

**Datenhandbuch
zur
Geschichte des
Deutschen Bundestages
1949 bis 1999**

**Kapitel-
übersichten**

**Volltext-
suche**

**Recherche mit Hilfe
von Registern**

Hilfe zu Acrobat

www.bundestag.de

Sachregister

Personenregister

Gesetzesregister

Plenarsitzungsregister

Autorenverzeichnis

Peter Schindler

**Datenhandbuch
zur Geschichte des
Deutschen Bundestages
1949 bis 1999**

Gesamtausgabe in drei Bänden

Eine Veröffentlichung
der Wissenschaftlichen Dienste
des Deutschen Bundestages



Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schindler, Peter:

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages : 1949 bis 1999 ; Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages / Peter Schindler. [Hrsg.: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Abteilung Wissenschaftliche Dienste/Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation]. – Gesamtausg. in 3 Bd. – Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges.

Bd. 1. Kapitel 1 – 6. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Bd. 2. Kapitel 7 – 13. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Bd. 3. Kapitel 14 – 36. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Abbildungs-Nachweise:

artemedia productions gmbh, Berlin: S. 3383 • Die Bauverwaltung (Reproduktion aus Heft 7/1966): S. 3291 • Günter Behnisch: S. 3315 • Bonner Geschichtsblätter (Reproduktion aus Band 35/1984): S. 3272, 3273, 3288 • Bundesbaudirektion/Antonia Weiße: S. 3358, 3359 (oben und unten) • Bundesbaugesellschaft Berlin mbH/Siegfried Bükler: S. 3385 • Bundesbaugesellschaft Berlin mbH/Jens Weber: S. 3367 • Bundesbildstelle: S. 3280, 3282, 3284, 3286 • Deutscher Bundestag: S. 3292 (rechts), 3293, 3312, 3314, 3317, 3318, 3319, 3322, 3323, 3324, 3325, 3327, 3330 • Deutscher Bundestag/Dienststelle Berlin: S. 3349, 3357, 3363, 3375, 3376, 3377, 3378, 3384 • Deutscher Bundestag/Alfred Hennig: S. 3292 (links) • Deutscher Bundestag/Jutta Spitzley: S. 3313 • Deutscher Bundestag/Stefan Thomas: S. 3295, 3380/3381 • Sir Norman Foster and Partners: S. 3365 • Helmut Frickel/Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31. 10. 1992: S. 3328/3329 • Christian Kandzia: S. 3331 • Landesbildstelle Berlin: S. 3341, 3342, 3347 • Max Malsch: S. 3333 • Hans Schwippert: S. 3276 • Stadtarchiv und Stadthistorische Bibliothek Bonn: S. 3274, 3277, 3278, 3279, 3281, 3283 • Helmut Stahl: S. 3300, 3301, 3310, 3311 • Wolfgang Volz/Bilderberg (© Christo und Jeanne-Claude, Wrapped Reichstag, Berlin 1971–1995): S. 3393, 3394, 3395

© Deutscher Bundestag, Berlin 1999

Herausgeber: Verwaltung des Deutschen Bundestages
Abteilung Wissenschaftliche Dienste/Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation

Verlag: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Druckvorstufen: Satzrechenzentrum Kühn & Weyh Software GmbH, Freiburg im Breisgau

Druck und Bindung: J.P. Himmer GmbH & Co. KG, Augsburg
ISBN 3-7890-5928-5

Das vorliegende **Datenhandbuch** wird über den Buchhandel vertrieben.

Vorwort

Fünfzig Jahre Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und zugleich fünfzig Jahre Deutscher Bundestag in Bonn – damit ist der zeitliche und örtliche Rahmen abgesteckt, den die vorliegende dreibändige Gesamtausgabe des „Datenhandbuchs“ umfaßt. Es ist freilich kein erzählendes Geschichtsbuch im üblichen Sinne, das innerhalb der Wissenschaftlichen Dienste der Bundestagsverwaltung zusammengestellt worden ist, sondern ein systematisch gegliedertes Nachschlagewerk, das alle nur denkbaren Aspekte beleuchtet. Etwas Vollständigeres, das wird immer wieder bestätigt, gibt es für kein anderes Parlament.

Das bestimmende Merkmal eines Parlaments ist seine Öffentlichkeit. Sie ist indes nicht auf die Öffentlichkeit der Verhandlungen beschränkt, wie das Grundgesetz sie fordert. Ob es sich um die personelle Zusammensetzung, die Organisation und die Arbeitsweise der Volksvertretung oder um den Gang der politischen Willensbildung handelt: Sie müssen so durchschaubar, einsichtig und verständlich sein wie nur möglich. Immer wieder muß deutlich werden, inwieweit es den Abgeordneten und Fraktionen gelingt, den vielfältigen Funktionen des Parlaments gerecht zu werden. Immer wieder muß der Bundestag bereit sein, seine Arbeit wechselnden Gegebenheiten anzupassen. Nur so kann es gelingen, Teilnahme, Verständnis und Vertrauen der Bevölkerung zu wecken und zu erhalten.

Auf seine Art leistet dazu das „Datenhandbuch“ einen wesentlichen Beitrag, gibt Einblick in die vielfältigen parlamentarischen Ebenen, die Kameras und Mikrofonen zumeist entzogen sind, fördert das Innenleben des Bundestages zutage. Ich wünsche ihm deshalb die gleiche Verbreitung und das gleiche Interesse wie den vier vorangegangenen Ausgaben.



Wolfgang Thierse
Präsident des Deutschen Bundestages

Vorbemerkungen

Das 50jährige Bestehen des Deutschen Bundestages im September 1999 wurde zum Anlaß genommen, vom **Datenhandbuch** eine Gesamtausgabe 1949 bis 1999 vorzulegen. Dadurch war es möglich, die Inhalte der bisher erschienenen vier Bücher zu jedem einzelnen Abschnitt zusammenzufassen, diese neu zu gliedern und um rund 70 Abschnitte und Unterabschnitte zu erweitern. Die zahlreichen Ergänzungen, die jeder Fortschreibungsband bisher schon enthielt, erforderten einen immer aufwendigeren Verweisungsapparat, der nun überflüssig ist.

Ein editorisches Problem blieb trotzdem. Verfasser von Büchern, die eine bestimmte Zeitspanne behandeln, stehen regelmäßig vor folgendem Dilemma: Entweder sie schöpfen den vorgegebenen Zeitraum – also wie hier die Jahre 1949 bis 1999 – voll aus, dann kann die Veröffentlichung frühestens im folgenden Jahr erscheinen; oder sie arbeiten auf einen bestimmten Jubiläumstag hin – etwa den 7. September 1999 –, dann müßte das Manuskript lange vorher abgebrochen werden. Dies gilt erst recht bei einem mehrbändigen Handbuch, wo die Zeit für Manuskript, Satz, Korrektur, Umbruch, Revision, Registererstellung, Druck und Bindung sich nicht mehr in Monaten ausdrücken läßt (zumal bei knapper redaktioneller Besetzung).

Für das vorliegende **Datenhandbuch** mußte deshalb folgender Kompromiß getroffen werden:

- Die Kapitel 1 bis 30 brechen mit dem einheitlichen **Bearbeitungsstand 31. August 1997** ab.
- Rund **50 Abschnitte** werden in einem NACHTRAG (= Kapitel 36) im Anschluß an die Register bis zum **Stand April/Mai 1999** fortgeführt.
- In das Personen- und Sachregister sind die Nachträge eingearbeitet, zwar nicht mit der Seitenzahl, aber mit der Abschnittsnummer. (Auf die Wahl von Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* beispielsweise wird mit „N 4.1“ verwiesen.)
- Auf Abschnitte, die im Nachtrag aktualisiert sind, wird im Hauptteil durch einen mit ■ gekennzeichneten Hinweis aufmerksam gemacht.

Damit ist gewährleistet, daß vor allem noch einige abschließende Statistiken zur 13. Wahlperiode, die Bundestagswahlergebnisse von 1998 und alle wichtigen Ämterbesetzungen zu Beginn der 14. Wahlperiode im vorliegenden **Datenhandbuch** zu finden sind.

Wie die bisherigen **Datenhandbücher** verfolgt auch diese Gesamtausgabe das Ziel, möglichst alles Wissenswerte über die Geschichte, Organisation, Arbeitsweise und Zusammensetzung des Deutschen Bundestages übersichtlich zusammenzufassen. Außer den zahlreichen Statistiken, Grafiken und Namenslisten sind es Chroniken, die entweder bestimmte dramatische Ereignisse (beispielsweise konstruktive Mißtrauensvoten) oder langwierige Handlungsabläufe (beispielsweise die nach wie vor erfolglosen Bemühungen um die Verabschiedung eines Untersuchungsausschußgesetzes) festhalten sollen. Mit tabellarischen Übersichten (z. B. über die geltenden absoluten Minderheitenrechte der Abgeordneten) wird versucht, kompliziertere Rechtsmaterien anschaulich darzustellen. Die zahlreichen Spezialbibliographien haben unterschiedliche Funktionen: Für Bereiche, die sich einer gestrafften Darstellung verschließen (zum Beispiel die Analysen der einzelnen Bundestagswahlen oder die unterschiedliche Organisation und Arbeitsweise einzelner Fachausschüsse oder

Enquete-Kommissionen), soll zumindest die relevante Literatur vollständig angegeben werden. Andere Bibliographien beschränken sich auf bestimmte Autorenkreise und Gegenstände, so die Zusammenstellung, was Mitglieder des Bundestages zum Thema Parlament in Zeitschriften und Büchern zu Papier gebracht haben.

Dem Selbstverständnis der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages dürfte es entsprechen, daß in einer Publikation wie dem **Datenhandbuch** der Stand insbesondere der empirischen Parlamentsforschung dokumentiert und mit möglichst vielen eigenen Unterlagen, auch „Rohmaterial“, ergänzt wird. Für die Parlamentsanalyse und die Parlamentarismustheorie dagegen ist die in mehreren Disziplinen beheimatete Parlamentswissenschaft zuständig. Unternehmungen wie das **Datenhandbuch** sollen hier nur Hilfestellung leisten – allerdings eine nicht ganz zu vernachlässigende. Denn wie es im Vorwort zu einem früheren Band formuliert wurde: Bilanzen, was der Deutsche Bundestag in seiner bisherigen Geschichte geleistet oder versäumt hat und welche Entwicklungen sich dabei abzeichnen, enthalten nicht selten einen der beiden folgenden Fehler: die Vernachlässigung empirischer Daten im einen Fall, ihre sorglose Überbewertung und Fehlinterpretation im anderen Fall. Tatsächlich kann Parlamentsanalyse weder auf Parlamentsstatistik verzichten, noch erschöpft sie sich darin. Deshalb wird in dieser Veröffentlichung besonderes Gewicht auf die Ergebnisse der empirischen Parlamentsforschung gelegt und zugleich zu skeptischer Verwendung geraten.

Die Ergebnisse dieser ganzen wissenschaftlichen Bemühungen kommen all denen zugute, die das **Datenhandbuch** „nur“ als Nachschlagewerk benutzen wollen, und das ist sicherlich die Mehrheit.

Die inhaltliche Konzentration des **Datenhandbuchs** auf empirische Befunde hat dazu motiviert, für die vorliegende Ausgabe die Parlamentsliteratur nochmals nach Untersuchungen zu durchforsten, aus denen sich Erkenntnisse zu Teilbereichen der parlamentarischen Arbeit gewinnen lassen, auch wenn sie nur für einzelne Wahlperioden vorliegen. So sind etwa die Unterabschnitte über die „Konstanz der Fraktionen“ (aus *Emil Obermann*), über den „Inhalt der Plenardebatten“ (aus *Wilhelm Hennis*), über die „Häufigkeit der Beteiligung an Plenardebatten“ (aus *Gerhard Loewenberg*) und über die „Verbandsfärbung ausgewählter Ausschüsse“ (aus *Jürgen Weber*) in das neue Buch geraten. Damit ließe sich der Erkenntniswert dieser älteren Untersuchungen prüfen, verbunden mit der Frage, ob es sich lohnte, die zum Teil zeitraubenden Auszählungen auf andere Wahlperioden auszuweihen, um Entwicklungen feststellen zu können.

Mit dem **Datenhandbuch** ist es in den letzten zwanzig Jahren in vielen Einzelfällen gelungen, einen wechselseitigen Informationsaustausch zu fördern: Einerseits liefert es Daten aus dem Bereich des Deutschen Bundestages (wobei die Mehrdeutigkeit des Begriffs „Daten“ von Anfang an einkalkuliert worden ist) und andererseits wertet es externe Untersuchungen über den Bundestag mit freundlicher Genehmigung der Verfasser aus. In der vorliegenden Ausgabe handelt es sich u. a. um die Abschnitte bzw. Unterabschnitte „Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen“ (von *Thomas Saalfeld*), „Schlüsselentscheidungen der Gesetzgebung seit 1949“ (von *Klaus von Beyme*) und „Erfolgreiche Gesetzesinitiativen der Opposition“ (von *Martin Sebaldt*).

Als besonderer Schwerpunkt beibehalten, aktualisiert und noch erweitert wurden die mit der Vereinigung Deutschlands zusammenhängenden Themenkomplexe: die parlamentarischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR, die Arbeit der Volkskammer während der „Wende“, die Rolle der beiden Parlamente im Einigungsprozeß, die Hauptstadtfrage, die Errichtung der Parlamentsneubauten in Berlin und die Chronik des Umzugs.

Die Quellenhinweise bei zahlreichen Abschnitten zeigen, daß auch dieses **Datenhandbuch** auf der Vorarbeit vieler Autoren beruht, die einzeln hier gar nicht aufgeführt werden können. Ihnen allen bin ich zu Dank verpflichtet.

Einige Personen aber sollten an dieser Stelle namentlich genannt werden, denn die jahrelange Zusammenarbeit mit ihnen war in der Sache und persönlich ein Gewinn und eine Freude. Das sind die (zeitweisen) Mitarbeiterinnen des Referats Parlementsgeschichtliche Dokumentation in der Bundestagsverwaltung *Martina Egizii, Waltraud Glomb, Renate Kashindi Wayloki, Lydia Rammelmeier, Dr. Inge Schlieper* und *Ursula Schmitt*; vom Satzrechenzentrum Kühn & Weyh Software GmbH in Freiburg im Breisgau *Raimund Haupenthal, Heinz Krieg, Marina Neumann* und *Wolfgang Trenkle*; die „studentischen Hilfskräfte“ *Christian Bellersen, Olaf Enck, Ulrike Müller, Frank Rehn* und *Heribert Vetter*, die zum Korrekturlesen zur Verfügung standen; und nicht zuletzt Dr. h.c. *Volker Schwarz*, Leiter der Nomos Verlagsgesellschaft in Baden-Baden, durch die das ***Datenhandbuch*** vertrieben wird.

Wenige Wochen nach Auslieferung der Gesamtausgabe endet mein Dienst in der Bundestagsverwaltung. Mit der dreibändigen Hinterlassenschaft möchte ich mich bei allen bedanken, die das Erscheinen und die Verbreitung des ***Datenhandbuchs*** seit über zwanzig Jahren gefördert haben. Es war – alles in allem – eine zufriedenstellende Zeit.

Bonn, im November 1999

Peter Schindler

Gliederung

Die drei Bände der Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs* sind folgendermaßen gegliedert:

Der vorliegende **Band I** enthält die Kapitel

- 1 Wahlen zum Deutschen Bundestag
- 2 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 3 Alters- und Sozialstruktur
- 4 Präsidium, Vorstand, Ältestenrat
- 5 Fraktionen und Gruppen
- 6 Parlament und Regierung

Band II enthält die Kapitel

- 7 Bundestag und innerdeutsche Entwicklung
- 8 Plenarsitzungen/Abstimmungen/Arbeitsrhythmus
- 9 Ausschüsse
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11 Gesetzgebung
- 12 Kontrolltätigkeiten
- 13 Funktionen und Reformen des Bundestages

Band III enthält die Kapitel

- 14 Grundgesetzänderungen
- 15 Parlamentsrecht
- 16 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17 Petitionen
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages
- 19 Bundesversammlung
- 20 Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02)
- 21 Parlamentsgebäude in Bonn und Berlin
- 22 Bundestagsverwaltung
- 23 Bundestag und Öffentlichkeit
- 24 Auswärtige Beziehungen und europäische Integration
- 25 Parlamentarische Vereinigungen
- 26 Kurzchronik
- 27 Statistische Gesamtübersicht
- 28 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
- 29 Literatur über den Deutschen Bundestag

30	Quellenverzeichnis
31	Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister
32	Sachregister
33	Gesetzesregister
34	Plenarsitzungs-Register
35	Abkürzungen
36	NACHTRÄGE

Die **Unterteilung der Kapitel** in die einzelnen Abschnitte ist dem anschließenden **Inhaltsverzeichnis** zu entnehmen.

Falls einzelne Abschnitte weiter untergliedert sind, werden diese Unterabschnitte in einem „**Überblick**“ aufgeführt, der den Kapiteln vorangestellt ist.

In der „**Liste der Ergänzungen**“ ab Seite 19 ist zusammengestellt, um welche Kapitel, Abschnitte oder Unterabschnitte die Gesamtausgabe des ***Datenhandbuchs*** gegenüber den vorangegangenen vier ***Datenhandbüchern*** erweitert worden ist.

Inhaltsverzeichnis zu den Bänden I bis III

Band I

	Seite
1	Wahlen zum Deutschen Bundestag 25
1.1	Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen 27
1.2	Chronik der Wahlrechtsdiskussion 48
1.3	Wahltermin und Wahlfristen 56
1.4	Wahlalter 68
1.5	Verzeichnis der Parteien und Wählergruppen 69
1.6	Die kandidierenden Parteien in Stichworten 79
1.7	Wahlkreis-Absprachen 138
1.8	Wahlkampf-Abkommen der Parteien 141
1.9	Wahlkampf-Slogans der Parteien 145
1.10	Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung 150
1.11	Wahlergebnisse auf Bundesebene 156
1.12	Wahlergebnisse alphabetisch nach Parteien 173
1.13	Wahlergebnisse nach Bundesländern 180
1.14	Wahlanalysen: Bibliographie 205
1.15	Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht 223
1.16	Stimmabgabe nach Beruf und Konfession 232
1.17	Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete 239
1.18	Erfolgreiche parteilose Wahlkreisbewerber 284
1.19	Überhangmandate 287
1.20	Briefwähler 289
1.21	Ungültige Stimmen 289
1.22	Stimmenanteil/Mandatsanteil 291
1.23	Nachwahlen während der Wahlperiode 292
1.24	Wahlprüfung 296
1.25	Tag der Konstituierung 300
1.26	Dauer der Wahlperioden 300
1.27	Auflösung des Bundestages 302
1.28	Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen 303
1.29	Staatliche Parteienfinanzierung 314
1.30	Rechenschaftsberichte der Parteien 322
2	Mitglieder des Deutschen Bundestages 378
2.1	Zahl der Abgeordneten 379
2.2	Statusrechte des Abgeordneten 386
2.3	Die Regelungen im Abgeordnetengesetz: Synopse 388
2.4	Immunität und Indemnität 392
2.5	Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR 396
2.6	Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft 402
2.7	Verstorbene Politiker 405
2.8	Mandatsverzichte 421

	Seite	
2.9	Inkompatibilitäten	434
2.10	Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung	441
2.11	Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag	459
2.12	Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament.	468
2.13	Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie	470
2.14	Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen.	529
2.15	Zeitbudget der Abgeordneten.	547
2.16	Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl	551
3	Alters- und Sozialstruktur	554
3.1	Altersgliederung	556
3.2	Durchschnittsalter	563
3.3	Die ältesten und jüngsten Abgeordneten	566
3.4	Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag.	570
3.5	Herkunft der Abgeordneten.	588
3.6	Politische Generationen	592
3.7	Tätigkeit und Verfolgung im „Dritten Reich“	605
3.8	Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen vor 1949	610
3.9	Politische Erfahrungen der Abgeordneten	629
3.10	Politische Familientraditionen.	632
3.11	Weibliche Abgeordnete.	634
3.12	Familienstand	662
3.13	Konfession	665
3.14	Schulabschluß und Hochschulbildung	668
3.15	Wehrdienst der Abgeordneten	675
3.16	Abgeordnete mit Adelsnamen	676
3.17	Berufsstruktur.	678
3.18	Interessenvertreter.	718
3.19	Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete.	722
3.20	Parlamentssoziologie: Bibliographie.	727
3.21	Parlamentarische Laufbahnen: Synopse	734
3.22	Besetzung von Führungspositionen	826
3.23	Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung.	837
3.24	Sozialprofil der Fraktionen.	845
3.25	Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamts	856
4	Präsidium, Vorstand, Ältestenrat	861
4.1	Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten.	862
4.2	Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten	870
4.3	Präsidium.	879
4.4	Vorstand des Bundestages	882
4.5	Ältestenrat	882
4.6	Kommissionen des Vorstandes und des Ältestenrates	885
4.7	Zahl der Sitzungen	892
4.8	Alterspräsidenten	893

Hinweis

Falls einzelne Abschnitte weiter untergliedert sind, werden diese Unterabschnitte in dem „Überblick“ aufgeführt, der den Kapiteln vorangestellt ist.

	Seite	
5	Fraktionen und Gruppen	895
5.1	Bildung von Fraktionen und Gruppen	896
5.2	Fraktionen und Gruppen: Statistik	900
5.3	Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden	902
5.4	Fraktionswechsel und Fraktionsstärken	907
5.5	Fraktionspaltungen und Fusionen: Chronik	934
5.6	Fraktionswechsel: Statistik	937
5.7	Vorstände der Fraktionen und Gruppen	943
5.8	Partei- und Fraktionsvorsitzende	983
5.9	Arbeitskreise und Arbeitsgruppen	989
5.10	Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen	1006
5.11	Sonstige im Bundestag vertretene Parteien	1010
6	Parlament und Regierung	1016
6.1	Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler	1018
6.2	Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste	1030
6.3	Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre	1060
6.4	Parlamentarische Staatssekretäre: Statistik	1109
6.5	Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz	1117
6.6	Koalitionen und Opposition im Bund	1122
6.7	Regierungsbildung	1141
6.8	Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat	1147
6.9	Zusammensetzung der Bundeskabinette: Strukturdaten	1150
6.10	Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse	1166
6.11	Regierungserklärungen	1170
6.12	Kanzler- und Ministerrücktritte	1212
6.13	Kanzlerwechsel während der Wahlperiode	1221
6.14	Konstruktives Mißtrauensvotum	1228
6.15	Vertrauensfrage des Bundeskanzlers	1237
6.16	Mißbilligungs- und Entlassungsanträge	1247
6.17	Herbeirufung von Regierungsmitgliedern	1255
6.18	Berichte der Bundesregierung an den Bundestag	1266
6.19	Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs	1378
6.20	Parlamentarische Beanspruchung der Bundesministerien	1433
6.21	Regierungen in Bund und Ländern nach 1945	1439

Band II

7	Bundestag und innerdeutsche Entwicklung	1473
7.1	Entschließungen zur Hauptstadt Berlin	1476
7.2	Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer	1485
7.3	Präsenz des Bundestages in Berlin	1499
7.4	Chronik der deutschen Vereinigung	1501
7.5	Ausschuß Deutsche Einheit	1566
7.6	Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR	1575
7.7	Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung	1592
7.8	Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik	1601

	Seite
8	Plenarsitzungen/Abstimmungen/Arbeitsrhythmus 1630
8.1	Tagungsstätte der Plenarsitzungen 1632
8.2	Sitzordnung im Plenum 1634
8.3	Plenarsitzungen: Statistik 1637
8.4	Daten der Plenarsitzungen 1643
8.5	Sondersitzungen 1660
8.6	Rederecht im Bundestag 1670
8.7	Redner im Plenum 1672
8.8	Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten 1693
8.9	Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern 1711
8.10	Inhalte der Plenarsitzungen 1714
8.11	Regelungen zur Debattendauer 1723
8.12	Arten der Abstimmung 1726
8.13	Erforderliche Abstimmungsmehrheiten 1730
8.14	Stimmerngebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen 1734
8.15	Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen 1781
8.16	Erklärungen zur Abstimmung 1788
8.17	Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze 1953
8.18	Stimmrecht der Berliner Abgeordneten 1973
8.19	Beschlußfähigkeit 1975
8.20	Ordnungsmaßnahmen 1988
8.21	Publizität der Verhandlungen 1993
8.22	Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie 1996
8.23	Arbeitsrhythmus des Parlaments 2006
8.24	Gedenksitzungen im Plenarsaal 2010
9	Ausschüsse 2019
9.1	Ausschüsse: Statistik 2021
9.2	Verzeichnis der Ausschüsse 2034
9.3	Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen 2081
9.4	Besetzung des Ausschuß-Vorsitzes 2093
9.5	Mitgliederzahl der Ausschüsse 2096
9.6	Zusammensetzung der Ausschüsse 2109
9.7	Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse: Bibliographie 2116
9.8	Öffentliche Anhörungen 2121
9.9	Registrierung der Interessenverbände 2182
9.10	Untersuchungsausschüsse 2184
9.11	Enquete-Kommissionen 2250
9.12	Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG 2297
10	Wahlen im Deutschen Bundestag 2299
10.1	Parlamentarische Ämter und Gremien 2301
10.2	Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien 2306
10.3	Außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung 2309
10.4	Internationale interparlamentarische Versammlungen 2316
11	Gesetzgebung 2318
11.1	Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes 2319
11.2	Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes 2334
11.3	Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes 2354
11.4	Anlässe zur Gesetzgebung 2374
11.5	Statistik zur Gesetzgebung 2386

	Seite	
11.6	Typen der Gesetze	2411
11.7	Dauer des Gesetzgebungsverfahrens	2413
11.8	Bundestag und Bundesrat	2427
11.9	Vermittlungsverfahren	2449
11.10	Materielles Prüfungsrecht des Bundespräsidenten	2453
11.11	Gesetzes-Dokumentationen: Synopse	2456
11.12	Bundestag und Bundesverfassungsgericht	2466
11.13	Für nichtig oder verfassungswidrig erklärte Bundesgesetze	2495
11.14	Gesetzgebungsnotstand	2511
11.15	Einzelfallstudien zur Gesetzgebung: Bibliographie	2512
11.16	Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen	2538
11.17	EG-Vorlagen	2589
11.18	Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages	2592
11.19	„Schlüsselelentscheidungen“ der Gesetzgebung seit 1949	2595
12	Kontrolltätigkeiten	2636
12.1	Anfragen	2638
12.2	Aktuelle Stunden	2705
12.3	Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung	2742
12.4	Oppositionelles Verhalten	2757
12.5	Minderheitenrechte	2775
12.6	Parlamentskontrolle der Finanzpolitik	2783
12.7	Parlamentarische Kontrollkommissionen	2809
12.8	Technologie-Bewertung	2816
13	Funktionen und Reformen des Bundestages	2834
13.1	Funktionskataloge für das Parlament	2834
13.2	Parlamentsreformen seit 1949	2848
13.3	Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren	2887
13.4	Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts	2902
13.5	Selbstverständnis-Debatten des Bundestages	2921
13.6	Interfraktionelle Reformgremien	2935
13.7	Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente	2939

Band III

14	Grundgesetzänderungen	2959
14.1	Grundgesetzänderungen: Statistik	2960
14.2	Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation	2964
14.3	Geänderte Grundgesetz-Artikel	2977
14.4	Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe	2984
14.5	Empfehlungen zur Verfassungsreform	3006
15	Parlamentsrecht	3020
15.1	Gesetzgebung zum Parlamentsrecht	3020
15.2	Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur	3052
15.3	Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	3064

	Seite
16	Änderungen der Geschäftsordnung 3093
16.1	Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen 3094
16.2	Neufassung 1980 der Geschäftsordnung 3108
16.3	Kommentare zur Geschäftsordnung: Bibliographie 3121
17	Petitionen 3123
17.1	Reform des Petitionswesens: Chronik 3124
17.2	Petitionsrecht und Petitionsverfahren 3131
17.3	Petitionen: Statistik 3133
17.4	Jahresberichte des Petitionsausschusses 3152
18	Wehrbeauftragter des Bundestages 3157
18.1	Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten 3158
18.2	Eingaben an den Wehrbeauftragten 3163
18.3	Weisungen an den Wehrbeauftragten 3166
18.4	Jahresberichte des Wehrbeauftragten 3168
19	Bundesversammlung 3179
19.1	Zusammensetzung nach Parteien 3180
19.2	Wahl der Bundespräsidenten 3185
19.3	Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler 3190
19.4	Präsidentenanklage 3194
20	Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02) 3195
20.1	Ausgaben Einzelplan 02 3196
20.2	Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik 3198
20.3	Höhe der Diäten 3214
20.4	Mandatsbedingte Ausgaben der Abgeordneten 3223
20.5	Leistungen an die Abgeordneten 3228
20.6	Altersversorgung der Abgeordneten 3235
20.7	Zuschüsse an die Fraktionen 3243
20.8	Mitarbeiter der Abgeordneten 3261
20.9	Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag 3266
21	Parlamentsgebäude in Bonn und Berlin 3270
21.1	Raumbedarf des Bundestages 3270
21.2	Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn 3271
21.3	Mietkosten des Bundestages in Bonn 3334
21.4	Unterbringung der Bundestagsverwaltung in Bonn 3334
21.5	Wiederaufbau und Nutzung des Reichstagsgebäudes in Berlin bis 1990 3341
21.6	Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands 3351
21.7	Chronik der Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1995) 3386
21.8	Bannmeile 3396

Hinweis

Falls einzelne Abschnitte weiter untergliedert sind, werden diese Unterabschnitte in dem „**Überblick**“ aufgeführt, der den Kapiteln vorangestellt ist.

	Seite
22 Bundestagsverwaltung	3401
22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung	3402
22.2 Chronik der Wissenschaftlichen Dienste	3428
22.3 Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste	3436
22.4 Datenbanken im Parlamentsbereich	3450
22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung: Bibliographie	3453
23 Bundestag und Öffentlichkeit	3462
23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	3463
23.2 Publikationen des Presseentrums und der Öffentlichkeitsarbeit	3472
23.3 Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen	3482
23.4 Förderpreise für Arbeiten zum Parlamentarismus	3500
23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“: Bibliographie	3503
23.6 Stenographische Berichte und Drucksachen des Bundestages in öffentlichen Bibliotheken	3506
23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag	3508
23.8 Verunglimpfungen des Bundestages	3541
24 Auswärtige Beziehungen und europäische Integration	3542
24.1 Parlamentarische Versammlung des Europarates	3544
24.2 Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU)	3547
24.3 Gemeinsame Versammlung der Montanunion	3550
24.4 Europäisches Parlament	3551
24.5 Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten	3598
24.6 Nordatlantische Versammlung	3603
24.7 Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE	3605
24.8 Interparlamentarische Union (IPU)	3606
24.9 Parlamentariergruppen	3607
24.10 Koordinierungsgremien beim Bundestag	3612
24.11 Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)	3618
24.12 Auslandsdienstreisen der Abgeordneten	3623
25 Parlamentarische Vereinigungen	3626
26 Kurzchronik	3633
27 Statistische Gesamtübersicht	3678
27.1 Parlaments- und Wahlstatistik seit 1949	3678
27.2 Besonderheiten der einzelnen Wahlperioden	3706
28 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik	3713
28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer	3718
28.2 Volkskammerwahl vom 18. März 1990	3884
28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer	3889
28.4 Alters- und Sozialstruktur der Volkskammer-Abgeordneten	3891
28.5 Selbstverständnis der Volkskammer-Abgeordneten: Umfrage	3896
28.6 Fraktionen der Volkskammer	3902
28.7 Ausschüsse der Volkskammer	3912
28.8 Ministerrat der DDR	3915

	Seite
29	Literatur über den Deutschen Bundestag 3924
29.1	Bibliographien 3924
29.2	Literaturführer und Fortschrittsberichte 3926
30	Quellenverzeichnis 3929
30.1	Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages 3929
30.2	Handbücher des Deutschen Bundestages. 3931
30.3	Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes 3932
30.4	Sonstige Literatur 3933
30.5	Autorenverzeichnis 3957
31	Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister 3974
32	Sachregister 4136
33	Gesetzesregister 4281
34	Plenarsitzungs-Register 4314
35	Abkürzungen 4337
36	NACHTRÄGE 4340

Liste der Ergänzungen

Die vorliegende Gesamtausgabe des **Datenhandbuchs** ist gegenüber den vorangegangenen **Datenhandbüchern** wiederum um zahlreiche Dokumentationen erweitert worden. Dazu zählen sowohl vollständig neu aufgenommene Kapitel und Abschnitte als auch wesentliche inhaltliche Ergänzungen von schon vorhandenen Abschnitten. Diese Ergänzungen reichen gegebenenfalls bis 1949 zurück.

Neu ist im vorliegenden **Datenhandbuch**

- Abschnitt 2.3 „Die Regelungen im Abgeordnetengesetz: Synopse“,
- Abschnitt 2.5 „Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR“,
- Abschnitt 3.5 „Herkunft der Abgeordneten“ mit den Unterabschnitten „Statistik der Geburtsorte der Abgeordneten“ und „Geburtsorte der 1990 in den alten und neuen Ländern gewählten Abgeordneten“,
- Abschnitt 3.6 „Politische Generationen“,
- Abschnitt 3.7 „Tätigkeit und Verfolgung im ‚Dritten Reich‘“,
- Abschnitt 3.9 „Politische Erfahrungen der Abgeordneten“,
- Abschnitt 3.15 „Wehrdienst der Abgeordneten“,
- Abschnitt 5.11 „Sonstige im Bundestag vertretene Parteien“,
- Abschnitt 7.2 „Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer“,
- Abschnitt 8.7 „Redner im Plenum“, der drei neue Unterabschnitte – „Häufigkeit der Beteiligung an Plenardebatten“, „Redner bei den Regierungserklärungen“ und „Gebrauch der Zwischenfrage“ – und Unterabschnitte enthält, die schon in früheren **Datenhandbüchern** vorhanden waren und hier fortgeschrieben werden („Zahl der Plenarreden“, „Namensliste der häufigsten Redner im Plenum“, „Statistische Aufgliederung der häufigsten Redner“ und „Rededauer bei den Erklärungen zum Regierungsprogramm und den Aussprachen“),
- Abschnitt 8.10 „Inhalte der Plenarsitzungen“ mit den Unterabschnitten „Inhalt der Plenardebatten: Statistik“, „Beratung der Gesetze im Plenum“, „Politische Aussprachen im Plenum: Statistik“, „Vereinbarte Debatten“ und „Behandlung selbständiger politischer Anträge im Plenum“,
- Abschnitt 8.15 „Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen“,
- Abschnitt 9.6 „Zusammensetzung der Ausschüsse“ mit den Unterabschnitten „Verbandsdichte der Ausschüsse“, „Verbandsfärbung ausgewählter Ausschüsse“, „Berufliche Zusammensetzung aller Ausschüsse“ und „Interessenbindung der Vorsitzenden ausgewählter Ausschüsse“,
- Abschnitt 9.12 „Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG“,
- Abschnitt 11.6 „Typen der Gesetze“,
- Abschnitt 11.17 „EG-Vorlagen“,
- Abschnitt 11.19 „Schlüsselentscheidungen der Gesetzgebung seit 1949“,
- Abschnitt 13.3 „Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren“,
- Abschnitt 13.6 „Interfraktionelle Reformgremien“,
- Abschnitt 19.4 „Präsidentenanklage“,
- Abschnitt 20.6 „Altersversorgung der Abgeordneten“ mit den Unterabschnitten „Bemühungen um die Einführung einer Abgeordnetenpension: Chronik“ und „Höhe der Altersversorgung“,
- Abschnitt 20.9 „Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag“,
- Abschnitt 21.7 „Chronik der Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1995)“,
- Abschnitt 23.4 „Förderpreise für Arbeiten zum Parlamentarismus“,
- Abschnitt 24.11 „Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)“,
- Abschnitt 24.12 „Auslandsdienstreisen der Abgeordneten“,

- Kapitel 27 „Statistische Gesamtübersicht“, untergliedert in
- Abschnitt 27.1 „Parlaments- und Wahlstatistik seit 1949“,
- Abschnitt 27.2 „Besonderheiten der einzelnen Wahlperioden“,
- Abschnitt 28.5 „Selbstverständnis der Volkskammer-Abgeordneten: Umfrage“.

Ergänzt wurde im vorliegenden *Datenhandbuch*

- Abschnitt 1.1 „Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen“ um eine Synopse „Die Wahlrechtsregelungen im einzelnen“,
- Abschnitt 1.11 „Wahlergebnisse auf Bundesebene“ um eine „Gesamtübersicht der Wahlergebnisse 1949–1994“,
- Abschnitt 2.1 „Zahl der Abgeordneten“ um den Unterabschnitt „Geplante Verkleinerung des Bundestages“,
- Abschnitt 3.8 „Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen vor 1949“ um die Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates nach Besatzungszonen, Ländern und Fraktionen,
- Abschnitt 3.11 „Weibliche Abgeordnete“ um mehrere Kategorien innerhalb des Unterabschnitts „Soziologische Abweichungen“, z. B. Dauer der Mitgliedschaft, Wiederwahlhäufigkeit, Konfession und Berufsstruktur,
- Abschnitt 3.17 „Berufsstruktur“ um eine Statistik „Anteil und Struktur der Beamten-Abgeordneten“,
- Abschnitt 3.18 „Interessenvertreter“ um den Unterabschnitt „Gebundene und ungebundene Abgeordnete“,
- Abschnitt 3.22 „Besetzung parlamentarischer Führungspositionen“ um den Unterabschnitt „Alter und Mandatsdauer der Inhaber von Führungspositionen“,
- Abschnitt 5.4 „Fraktionswechsel und Fraktionsstärken“ um eine „Chronik der Fraktionswechsel der 6. Wahlperiode (1969–72)“,
- Abschnitt 5.6 „Fraktionswechsel: Statistik“ um ein Meßverfahren für die „Konstanz der Fraktionen“,
- Abschnitt 5.10 „Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen“ um die Dokumentationen „Personalausgaben für Fraktionsmitglieder“ und „Mitglieder des Bundestages als frühere Fraktionsmitarbeiter“,
- Abschnitt 6.2 „Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste“ um ausführliche Hinweise zu Strukturveränderungen eines jeden Kabinetts im Vergleich zum vorangegangenen Kabinett,
- Abschnitt 6.6 „Koalitionen und Opposition im Bund“ um eine „Chronik der Bemühungen um eine Große Koalition“,
- Abschnitt 6.9 „Zusammensetzung der Bundeskabinette: Strukturdaten“ um eine Gegenüberstellung „Zahl der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten im Vergleich“ sowie um eine Zusammenstellung der „Regierungsmitglieder mit über zehnjähriger Amtszeit“,
- Abschnitt 6.15 „Vertrauensfrage des Bundeskanzlers“ um Angaben zum „Vertrauensfrage-Ersuchen an Bundeskanzler *Erhard* (1966)“,
- Abschnitt 6.18 „Berichte der Bundesregierung an den Bundestag“ innerhalb der statistischen Übersichten um eine „Aufschlüsselung der Berichte nach Initiativen und Berichtstyp“ (für die 6., 8. und 10. Wahlperiode),
- Abschnitt 7.6 „Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR“ um eine Statistik der Mitgliedschaften,
- Abschnitt 7.7 „Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung“ um eine Zusammenstellung „Westdeutsche als Abgeordnete in Ostdeutschland“,
- Abschnitt 8.5 „Sondersitzungen“ um eine Zusammenstellung „Plenarsitzungen während der Sommerpause“,

- Abschnitt 8.12 „Arten der Abstimmung“ um einen Auszug aus dem Stenographischen Bericht der 64. Plenarsitzung vom 8. November 1973, in der die „Letztmalige Anwendung der Abstimmungsanlage im Bundestagsplenium“ stattfand,
- Abschnitt 8.17 „Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze“ um eine Liste der kontrovers verabschiedeten Gesetze (überwiegend beschränkt auf namentliche Abstimmungen),
- Abschnitt 9.4 „Besetzung des Ausschuß-Vorsitzes“ um den Unterabschnitt „Zugreifverfahren“,
- Abschnitt 9.8 „Öffentliche Anhörungen“ um Angaben zur „Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter“,
- Abschnitt 9.10 „Untersuchungsausschüsse“ um eine Statistik zur „Zahl der Untersuchungsverfahren seit 1949“ und um die Synopse „Abgrenzungsmerkmale für Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen“,
- Abschnitt 11.4 „Anlässe zur Gesetzgebung“ um eine Bilanz der „Impulse zur Gesetzgebung in der 9. Wahlperiode (1980–83)“ sowie um Angaben zu „Gesetzen aufgrund europäischer Impulse“ in der 10., 11. und 12. Wahlperiode,
- Abschnitt 11.12 „Bundestag und Bundesverfassungsgericht“ um die beiden Unterabschnitte „Der Erfolg von Oppositionsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht“ und „Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts“,
- Abschnitt 12.1 „Anfragen“ um einen Bericht über die „SPIEGEL-Fragestunde“ vom November 1962,
- Abschnitt 12.2 „Aktuelle Stunden“ um eine Zusammenstellung der „Thematischen Schwerpunkte“,
- Abschnitt 12.4 „Oppositionelles Verhalten“ um eine Statistik „Erfolgreiche Gesetzesinitiativen der Opposition“ und um eine „Liste der direkt erfolgreichen Gesetzesinitiativen der Opposition“,
- Abschnitt 12.8 „Technologie-Bewertung“ um die Zusammenstellungen „Projekte des Büros für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) seit 1991“ und „Veröffentlichungen des TAB“,
- Abschnitt 13.1 „Funktionenkataloge für das Parlament“ um die Ergebnisse einer „Umfrage nach den Funktionen des Bundestages“,
- Abschnitt 13.2 „Parlamentsreformen seit 1949“ um eine Bibliographie,
- Abschnitt 18.2 „Eingaben an den Wehrbeauftragten: Statistik“ um eine Aufschlüsselung nach dem Inhalt der Eingaben,
- Abschnitt 23.3 „Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen“ um eine Chronik „Einführung eines Parlamentsfernsehens“,
- Abschnitt 24.4 „Europäisches Parlament“ um den Unterabschnitt „Europa-Wahlgesetze im Deutschen Bundestag“,
- Kapitel 28 „Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“ um einen Auszug über „Die Sprache der Volkskammer“,
- Abschnitt 28.2 „Volkskammerwahl vom 18. März 1990“ um den Unterabschnitt „Regionale Abweichungen der Stimmenanteile“,
- Abschnitt 28.4 „Alters- und Sozialstruktur der Volkskammerabgeordneten“ um Angaben zur „Berufs- und Bildungsstruktur“,
- Abschnitt 28.8 „Ministerrat der DDR“ um die „Zusammensetzung des Ministerrates unter Vorsitz von *Hans Modrow*“.

1 Wahlen zum Deutschen Bundestag

Überblick

	Seite
1.1 Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen	27
– Übersicht (S. 27)	
– Gesetzgebung zum Wahlrecht (S. 29)	
– Die Wahlrechtsregelungen im einzelnen (S. 41)	
– Verteilung der Bundestagsmandate nach <i>d'Hondt</i> und <i>Hare/Niemeyer</i> (S. 46)	
1.2 Chronik der Wahlrechtsdiskussion	48
1.3 Wahltermin und Wahlfristen	56
– Die Wahltage seit 1949 (S. 56)	
– Fristen und Termine für die Wahlvorbereitung (S. 58)	
– Bisherige und künftige Fristen bei der Durchführung von Bundestagswahlen (S. 59)	
– Terminplan für die 60-Tage-Frist bei der Neuwahl vom 6. März 1983 (S. 61)	
– Fristen bei der Durchführung der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 (S. 64)	
1.4 Wahlalter	68
1.5 Verzeichnis der Parteien und Wählergruppen	69
– Zahl der kandidierenden Parteien (S. 78)	
1.6 Die kandidierenden Parteien in Stichworten	79
1.7 Wahlkreis-Absprachen	138
1.8 Wahlkampf-Abkommen der Parteien	141
1.9 Wahlkampf-Slogans der Parteien	145
1.10 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung.	150
– Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht (S. 152)	
– Wahlbeteiligung und Wahlergebnis (S. 154)	
1.11 Wahlergebnisse auf Bundesebene	156
– Die wesentlichen Wahlergebnisse im Überblick (S. 156)	
– Gesamtübersicht der Wahlergebnisse 1949–1994 (S. 158)	
– Die Ergebnisse in den einzelnen Wahljahren (S. 164)	
1.12 Wahlergebnisse alphabetisch nach Parteien	173
1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern	180
– Zahl der Wahlkreise und Mandate jedes Bundeslandes (S. 181)	
– Die Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern (S. 183)	
– Abweichungen der Stimmenanteile vom Bundesdurchschnitt (S. 199)	
– Wahlergebnisse von 1990 und 1994 in den westlichen und östlichen Bundesländern (S. 203)	
1.14 Wahlanalysen: Bibliographie	205
– Analysen der einzelnen Bundestagswahlen (S. 205)	
– Regionale und lokale Wahlstudien (S. 214)	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

noch: Überblick		Seite
1.15	Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht.	223
	– Stimmabgabe nach Geschlecht (S. 223)	
	– Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht seit 1953 (S. 226)	
	– Wähleranteil der Parteien (S. 231)	
1.16	Stimmabgabe nach Beruf und Konfession	232
	– Stimmabgabe 1990 und 1994 im westlichen und östlichen Wahlgebiet (S. 238)	
1.17	Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete	239
	– Wahlkreissitze und Hochburgen (S. 240)	
	– Hochburgen (stabile Wahlkreise) seit 1949 (S. 240)	
	– Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil (S. 265)	
1.18	Erfolgreiche parteilose Wahlkreisbewerber	284
1.19	Überhangmandate	287
1.20	Briefwähler	289
1.21	Ungültige Stimmen	289
1.22	Stimmenanteil/Mandatsanteil	291
1.23	Nachwahlen während der Wahlperiode	292
1.24	Wahlprüfung.	296
	– Rechtsgrundlage (S. 296)	
	– Untersuchung zur Wahlprüfungspraxis (S. 297)	
	– Statistik (S. 297)	
1.25	Tag der Konstituierung	300
1.26	Dauer der Wahlperioden	300
1.27	Auflösung des Bundestages	302
1.28	Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen	303
	– Erfolgreiche und verlustreiche Wahljahre für CDU/CSU und SPD (S. 312)	
1.29	Staatliche Parteienfinanzierung	314
	– Entwicklung der Rechtslage (S. 314)	
	– Entwicklung der Parteienfinanzierung und der Wahlkampfkosten- erstattungen (S. 320)	
1.30	Rechenschaftsberichte der Parteien	322
	– Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien (S. 325)	
	– Anteil verschiedener Einnahmearten an den Gesamteinnahmen der Bundestagsparteien (S. 326)	
	– Fundstellen-Verzeichnis für die Rechenschaftsberichte 1968–1995 (S. 326)	
	– Auszüge aus den Rechenschaftsberichten 1968–1995: Einnahmen (S. 330)	
	– Auszüge aus den Rechenschaftsberichten 1984–1995: Ausgaben (S. 362)	

Hinweis

Angaben über die Direktwahlen zum Europäischen Parlament enthält das vorliegende *Datenhandbuch* in Abschnitt 24.4.

1.1 Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen

Übersicht

Der Bundestag besteht aus Abgeordneten des deutschen Volkes, die nach Artikel 38 Abs. 1 in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden. Das Grundgesetz bestimmt nicht das Wahlsystem (Mehrheitswahl oder Verhältniswahl), sondern behält nach Artikel 38 Abs. 3 diese Regelung einem Bundesgesetz vor.

Das Bundeswahlgesetz 1949

Die Wahl zum 1. Bundestag vollzog sich nach dem

- Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBl. S. 21) und dem
- Gesetz vom 5. August 1949 zur Ergänzung und Abänderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBl. S. 25).

Es war eigentlich nur ein Rahmengesetz, das die Bundesländer auf Grund der ihnen erteilten Ermächtigung durch Ausführungsvorschriften zu ergänzen hatten. 60 v. H. der insgesamt zu wählenden 400 Abgeordneten wurden in 242 Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheit gewählt, die übrigen 40 v. H. mit der gleichen – einzigen – Stimme nach Landeslisten. Die in der Mehrheitswahl abgegebenen Stimmen wurden dabei länderweise zusammengezogen und nunmehr im Verhältnis auf die Parteien, für die die Wahlkreisabgeordneten angetreten waren, auf die Parlamentssitze aufgeteilt, nachdem man die von den Parteien in den Wahlkreisen errungenen Sitze abgezogen hatte.

Als bedeutsam erwies sich die Einführung einer Sperrklausel, nach der in den einzelnen Ländern nur den Parteien Listensitze im Verhältnisausgleich zugeteilt wurden, die in dem betreffenden Land wenigstens 5 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen oder einen Wahlkreissitz errungen hatten.

In der 1. Wahlperiode wurden noch folgende Änderungsgesetze beschlossen:

- Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Januar 1952 (BGBl. I S. 21):
Hiernach konnte Berlin 19 Abgeordnete – gegenüber bisher 8 – mit beratender Funktion in den Bundestag entsenden.
- Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 20. Dezember 1952 (BGBl. I S. 831):
Hauptsächliche Änderungen: Abstellung der Wahlberechtigung auf Deutsche im Sinne des Artikels 116 GG und Regelung der Durchführung von Nachwahlen.
- Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 8. Januar 1953 (BGBl. I S. 2):
Modifizierung der Rechtslage, wenn ein Bewerber erklärt, daß er die Wahl nicht annimmt, oder falls ein Abgeordneter stirbt oder seinen Sitz verliert (§ 15).

Das Bundeswahlgesetz 1953

Ebenso wie das Wahlgesetz zum ersten Deutschen Bundestag bezog sich auch das Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBl. I S. 470) lediglich auf eine einzige Bundestagswahl, nämlich die im Titel genannte Wahl zum 2. Bundestag.

Das Gesetz brachte keine grundsätzliche Änderung des Bundeswahlgesetzes von 1949. Es erhöhte jedoch wegen der hinzugetretenen europäischen Verpflichtungen verschiedener Mitglieder des Bun-

destages die Zahl der Abgeordneten auf 484*) und sah vor, daß von diesen 484 Abgeordneten jetzt die Hälfte mit einer Erststimme in den Wahlkreisen nach relativem Mehrheitswahlrecht und die andere Hälfte mit einer Zweitstimme über Landeslisten nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt werden sollten. Für die Sitzverteilung blieb es bei dem bisherigen Verfahren. Dagegen wurde die Sperrklausel verschärft: Nunmehr waren bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten der Parteien nur noch diejenigen Parteien zu berücksichtigen, die mindestens 5 v. H. der im ganzen **Bundesgebiet** abgegebenen Zweitstimmen erhalten hatten oder in mindestens einem Wahlkreis mit der Erststimme ein Direktmandat erringen konnten.

Das Bundeswahlgesetz 1956

Das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383) gilt erstmals nicht nur für eine einzige Wahl, sondern allgemein. Es knüpft an das Bundeswahlgesetz von 1953 an, bringt jedoch einige wesentliche Neuregelungen: Eine ständige Wahlkreiskommission wird eingerichtet, das Verfahren zur Ermittlung der Landeslistensitze geändert, die Sperrklausel verstärkt, eine Verbindung der Landeslisten derselben Partei vorgesehen, ein Bundeswahlausschuß eingerichtet und die Briefwahl eingeführt. Das Gesetz ist im wesentlichen noch heute gültig, hat aber inzwischen mehrere Änderungen erfahren.

Die Einzelheiten zur Wahlgesetzgebung und zu den Wahlrechtsregelungen seit 1949**) sind den folgenden Unterabschnitten zu entnehmen:

- Gesetzgebung zum Wahlrecht,
- die Wahlrechtsregelungen im einzelnen und
- Verteilung der Bundestagsmandate nach *d'Hondt* und *Hare/Niemeyer*.

*) Zur Entwicklung der Zahl der Abgeordneten einschließlich der zusätzlichen Berliner Abgeordneten vgl. Abschnitt 2.1.

**) Als Literaturhinweis anstelle vieler vgl. *Wolfgang Schreiber*, Wahlkampf, Wahlrecht und Wahlverfahren. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 401–440.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Gesetzgebung zum Wahlrecht

In der folgenden Dokumentation*) sind die Bundeswahlgesetze zusammengestellt, die seit 1948 im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag eingebracht worden sind, und zwar sowohl die in jeder Wahlperiode verkündeten Gesetze als auch – durch eine **fette Linie** abgetrennt – die nicht mehr verabschiedeten Gesetzentwürfe.

Parlamentarischer Rat (1948–49)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im PR b) verkündet
Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland	Aufnahme der Beratungen durch den Wahlrechtsausschuß des Parlamentarischen Rates ohne Vorlage am 15. 9. 1948	Vorschriften über das passive und aktive Wahlrecht, den Wahlmodus, die Zahl der Abgeordneten und über den Wahltermin.	a) 10. 5. 1949 b) 15. 6. 1949 BGBl. S. 21
Gesetz vom 5. August 1949 zur Ergänzung und Abänderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949		Änderung des § 10: Keine Anwendung des Höchstzahlverfahrens für nicht im Landesmaßstab zugelassene Parteien.	a) 5. 8. 1949 ¹⁾ b) 5. 8. 1949 BGBl. S. 25

1) durch die Ministerpräsidenten der Länder; Zustimmung der Militärgouverneure vom gleichen Tage

*) Zusammengestellt nach folgenden Quellen:

1. bis 6. Wahlperiode: Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der ... Wahlperiode. Erstellt vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Referat Parlamentsarchiv. Bonn 1967/1970 (= Materialien Nr. 5, 7, 16, 19, 20, 32).
 7. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 7. Wahlperiode 1972–1976. Baden-Baden 1977.
 8. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 8. Wahlperiode 1976–1980. Baden-Baden 1981.
 9. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 9. Wahlperiode 1980–1983. Baden-Baden 1983.
 10. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 10. Wahlperiode 1983–1987. Baden-Baden 1987.
 11. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 11. Wahlperiode 1987–1990. Baden-Baden 1991.
 12. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 12. Wahlperiode 1990–1994. Baden-Baden 1995.
 13. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. 13. Wahlperiode. Fortsetzungswerk in Loseblattform. Baden-Baden 1994 ff.
- Vgl. auch *Eckhard Jesse*, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983. Düsseldorf 1985.

1. Wahlperiode (1949–53)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland	a) BP b) 2. 3. 1950 c) I/650 sowie a) Abg. der CSU b) ohne Datum c) I/724 sowie a) BP b) 23. 5. 1951 c) I/2271 sowie a) SPD b) 1. 10. 1951 c) I/2639	Erhöhung der Zahl der in den Bundestag entsandten Vertreter Berlins; Aufhebung der Wahlbeschränkungen für Entnazifizierte der Kategorie IV und V.	a) 13. 12. 1951 b) 17. 1. 1952 BGBl. I S. 21
Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland	a) Bundesrat b) 3. 12. 1951 c) I/2889	Abstellung der Wahlberechtigung auf Deutsche im Sinne des Artikels 116 GG; Einfügung einer Vorschrift, wonach die Durchführung von Nachwahlen Aufgabe des Bundes ist.	a) 9. 10. 1952 18. 11. 1952 nach Einschaltung des Verm.- Ausschusses b) 20. 12. 1952 BGBl. I S. 831
Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland	a) interfrakt. von CDU/CSU, FDP und DP b) 29. 10. 1952 c) I/3821	Vorschrift über den Wegfall der Nachwahlen für den Rest der Legislaturperiode.	a) 11. 12. 1952 b) 8. 1. 1953 BGBl. I S. 2

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

Die Leitsätze der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990 zum deutsch-deutschen Wahlvertrag sind innerhalb des Abschnitts 15.3 abgedruckt.

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung	a) CDU/CSU b) 16. 7. 1952 c) I/3636 sowie a) SPD b) 5. 2. 1953 c) I/4062 sowie a) BReg b) 19. 2. 1953 c) I/4090	Die Abgeordnetenzahl wird auf 484 erhöht, von denen 242 in Wahlkreisen und die andere Hälfte nach Landeslisten gewählt werden. Wahl nach einem gemischten Mehrheits- und Verhältniswahlrecht: Wahl mit einer Erststimme im Wahlkreis und einer Zweitstimme für die Landesliste. Die Summe der Zweitstimmen wird bei der Berechnung der Mandate zugrunde gelegt, wobei die direkt errungenen Mandate abgerechnet werden. Bei der Mandatsverteilung Berücksichtigung nur solcher Parteien, die mindestens 5% der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erhalten oder in mindestens einem Wahlkreis einen Sitz errungen haben. Bestimmung der Berliner Abgeordneten durch Landeslisten. Wahl der Bundesversammlung und des Bundespräsidenten.	a) 25. 6. 1953 b) 8. 7. 1953 BGBl. I S. 470
Gesetz über die Grundsätze für die freie Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung	a) BReg b) 5. 2. 1952 c) I/3063	Sobald festgestellt ist, daß freie Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone durchführbar sind und eine gesamtdeutsche Nationalversammlung ihre Aufgabe erfüllen kann, sollen Wahlen nach den im Entwurf genannten Grundsätzen durchgeführt werden.	a) –
Fünftes Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland	a) DP b) 27. 11. 1952 c) I/3907	Einfügung eines § 15 a: Regelungen für den Fall, daß auf Grund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gemäß Art. 21 Abs. 2 GG Mandate erloschen sind.	a) –

Hinweis

Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen und die Daten

- für den Wahltermin enthält Abschnitt 1.3,
- für den Tag der Konstituierung Abschnitt 1.25,
- für die Dauer der Wahlperioden Abschnitt 1.26.

2. Wahlperiode (1953–57)¹⁾

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Bundestwahlgesetz	a) SPD b) 16. 3. 1955 c) II/1272 sowie a) FDP b) 10. 6. 1955 c) II/1444 sowie a) Abg. der CDU/CSU b) 24. 6. 1955 c) II/1494	Geltung des Bundeswahlgesetzes erstmals nicht nur für eine einzige Wahl, sondern allgemein. Anknüpfung an das Bundeswahlgesetz von 1953 mit folgenden wesentlichen Neuregelungen: Einrichtung einer ständigen Wahlkreiskommission, Änderung des Verfahrens zur Ermittlung der Landeslistensitze, Verstärkung der Sperrklausel, Verbindung der Landeslisten derselben Partei, Einrichtung eines Bundeswahlausschusses und Einführung der Briefwahl.	a) 15. 3. 1956 b) 7. 5. 1956 BGBl. I S. 383
Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung und des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages	a) SPD b) 23. 2. 1955 c) II/1221	Erweiterung der Bestimmungen über Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag für den Fall eines über sechs Monate hinausgehenden Fernbleibens von den Arbeiten des Bundestages; Angleichung der Bestimmungen über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages an diese neue Rechtslage durch Sperrung der Bezüge des Abgeordneten durch den Präsidenten bei Vorliegen der erweiterten Voraussetzungen.	a) –
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) GB/BHE und DP b) 15. 12. 1956 c) II/3027	Abschwächung der 5%-Klausel.	a) –
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) SPD b) 15. 1. 1957 c) II/3097	Erleichterungen bei Anwendung der 5%-Klausel.	a) –

¹⁾ Eine Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält außerdem § 14 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (BGBl. I S. 1011).

Hinweis

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

3. Wahlperiode (1957–61)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
<i>keine Gesetzes-Vorlagen</i>			

4. Wahlperiode (1961–65)¹⁾

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) BReg b) 21. 6. 1963 c) IV/1376	Wegen veränderter Bevölkerungsverteilung Neueinteilung der Wahlkreise; Übertragung der Feststellung der Parteieigenschaft an den Bundeswahlausschuß.	a) 11. 12. 1963 b) 14. 2. 1964 BGBl. I S. 61

¹⁾ Eine Änderung des Bundeswahlgesetzes enthalten außerdem § 8 Abs. 3 und § 9 des Gesetzes über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 16. März 1965 (BGBl. I S. 65).

5. Wahlperiode (1965–69)¹⁾

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) CDU/CSU und SPD b) 19. 6. 1968 c) V/3036	Anpassung der Wahlkreiseinteilung an veränderte Stadt-, Landkreis- und Gemeindegrenzen.	a) 13. 12. 1968 23. 4. 1969 nach Einschaltung des Verm.-Ausschusses b) 4. 6. 1969 BGBl. I S. 473
Gesetz zur Herabsetzung des Wahlalters	a) FDP b) 14. 6. 1968 c) V/3009	Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18 und des passiven Wahlalters auf 23 Jahre.	a) –

¹⁾ Eine Änderung des Bundeswahlgesetzes enthalten auch der Artikel 4 des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503) sowie Artikel 14 des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645).

6. Wahlperiode (1969–72)¹⁾

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) BReg b) 2. 5. 1972 c) VI/3395	Angleichung der Bestimmungen über das Wahlalter an Art. 39 Abs.2 GG: Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr sowie Gleichsetzung des passiven Wahlalters mit dem Zeitpunkt des Eintritts der Volljährigkeit; Änderung der Grenzen einiger Wahlkreise.	a) 9. 6. 1972 b) 3. 7. 1972 BGBl. I S. 1061

¹⁾ Vgl. auch die Neufassung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 (BGBl. I S. 1100).

7. Wahlperiode (1972–76)¹⁾

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) BReg b) 2. 12. 1974 c) 7/2873	Anpassung der Wahlkreiseinteilung an die inzwischen erfolgte Bevölkerungsentwicklung und die durch Verwaltungs- und Gebietsreformen veränderten Verwaltungsgrenzen auf der Grundlage des Bevölkerungsstandes vom 30. September 1973 und des Gebietsstandes der Länder vom 1. Juli 1974; Beseitigung von Unklarheiten und Schwierigkeiten bei der Anwendung und Auslegung der Vorschriften des Bundeswahlgesetzes.	a) 10. 4. 1975 b) 24. 6. 1975 BGBl. I S. 1593

¹⁾ Eine Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält auch Artikel 32 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469).
Vgl. auch die Neufassung des Bundeswahlgesetzes i. d. F. der Bek. vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325).

Hinweis

Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen und die Daten

- für den Wahltermin enthält Abschnitt 1.3,
- für den Tag der Konstituierung Abschnitt 1.25,
- für die Dauer der Wahlperioden Abschnitt 1.26.

8. Wahlperiode (1976–80)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) BReg b) 19. 3. 1979 c) 8/2682 sowie a) CDU/CSU b) 17.11.1978 c) 8/2306	Anpassung der Wahlkreiseinteilung an die inzwischen erfolgte Bevölkerungsentwicklung und die durch Gebiets- und Verwaltungsreformen veränderten Verwaltungsgrenzen auf der Grundlage des Bevölkerungsstandes vom 1. April 1978 und des Gebietsstandes der Länder am 15. September 1978; Regelung des Wahlrechts im Falle einer Pflegerschaftsunterstellung; Feststellung der Fristen für die parteiinterne Kandidatenaufstellung; Regelung des Neuwahltermins; Unzulässigkeit der Veröffentlichung von Wählerbefragungen.	a) 31. 5. 1979 b) 20. 7. 1979 BGBl. I S. 1149
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) CDU/CSU b) 18. 4. 1978 c) 8/1716	Wahlberechtigung von deutschen Staatsbürgern, die ihren ersten Wohnsitz seit mindestens drei Monaten in den europäischen Gebieten eines Mitgliedstaates der EG haben.	a) –

9. Wahlperiode (1980–83)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Sechstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) interfrakt. b) 13. 10. 1982 c) 9/2034	Neuabgrenzung des Wahlkreises 228 (Erlangen).	a) 12. 11. 1982 b) 7. 12. 1982 BGBl. I S. 1613
Sechstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) CDU/CSU b) 20. 11. 1981 c) 9/1062	Deutsche Staatsangehörige mit erstem Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die nicht länger als zehn Jahre in diesen Gebieten leben, erhalten das aktive Wahlrecht.	a) –

Hinweis

Zur Liste der zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählergruppen vgl. Abschnitt 1.5.

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Sechstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) BReg b) 12. 8. 1982 c) 9/1913	Das für die Verteilung der nach den Landeslisten zu besetzenden Sitze im Bundestag auf die einzelnen Parteien bislang anzuwendende Höchstzahlberechnungsverfahren nach <i>d'Hondt</i> wird durch das Berechnungsverfahren der mathematischen Proportion (<i>Hare/Niemeyer</i>) ersetzt. Das aktive Wahlrecht wird auch Wahlberechtigten eingeräumt, die in den europäischen Gebieten der Mitgliedsstaaten der EG leben.	a) –

10. Wahlperiode (1983–87)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Siebtes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) CDU/CSU und FDP b) 23. 5. 1984 c) 10/1489	Deutsche, die in den Gebieten der übrigen Mitgliedsstaaten des Europarates leben, sowie ein weiterer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebender Personenkreis erhalten unter bestimmten Bedingungen das aktive Wahlrecht. Das für die Feststellung der auf die einzelnen Parteien insgesamt entfallenden Sitze und für die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Landeslisten vorgeschriebene Höchstzahlberechnungsverfahren nach <i>d'Hondt</i> wird durch das Berechnungsverfahren der mathematischen Proportion (System <i>Niemeyer</i>) ersetzt.	a) 7. 2. 1985 b) 15. 3. 1985 BGBl. I S. 521

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)

11. Wahlperiode (1987–90)¹⁾

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Achstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) BReg b) 21. 7. 1988 c) 11/2688	Verkürzung bzw. Vorziehung verschiedener Fristen (u. a. Vorlage des Berichts der Wahlkreiscommission, Auslegung des Wählerverzeichnisses, Beteiligungsanzeige der Parteien, Entscheidung des Bundeswahlausschusses, Einreichung der Kreiswahlvorschläge, Bekanntmachung der Landeslisten), Verlängerung der Frist für die Durchführung von Nachwahlen beim Tod eines Wahlkreisbewerbers vor der Wahl.	a) 1. 12. 1988 b) 28. 12. 1988 BGBl. I S. 2422
Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) CDU/CSU und FDP b) 8. 5. 1990 c) 11/7072	Einführung der Direktwahl der Berliner Abgeordneten für die Wahl zum 12. Bundestag; Wegfall der Sonderregelung für die Wahl der 22 Berliner Abgeordneten durch das Abgeordnetenhaus von Berlin, Verminderung der Zahl der Bundestagsabgeordneten auf 512, Ergänzung der Anlage zum Bundeswahlgesetz um 8 Berliner Wahlkreise.	a) 23. 5. 1990 b) 11. 6. 1990 BGBl. I S. 1015
Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990	a) CDU/CSU und FDP b) 5. 8. 1990 c) 11/7624	Ratifizierung des am 3. 8. 1990 in Berlin unterzeichneten Staatsvertrags: Schaffung einer einheitlichen Rechtsgrundlage für die erste gesamtdeutsche Wahl durch Erstreckung des Geltungsbereichs des Bundeswahlrechts auf die Länder der DDR; Änderung verschiedener Paragraphen des Bundeswahlgesetzes: Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Bundestages von 518 auf 656, Ergänzung der Wahlkreiseinteilung um die auf die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin (Ost) entfallenden Kreise (Wahlkreise 257–328), Zulassung von Listenverbindungen verschiedener Parteien für die erste gesamtdeutsche Wahl, Behandlung Berlins als ein Land, Verkürzung bislang im Bundeswahlgesetz festgelegter Fristen und Termine, Neufassungsermächtigung.	a) 23. 8. 1990 b) 29. 8. 1990 BGBl. II S. 813

1) Fußnote siehe Seite 38

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sowie zur Änderung des Parteiengesetzes	a) CDU/CSU und FDP b) 2. 10. 1990 c) 11/8023	Anpassung des Bundeswahlgesetzes für die Wahl zum 12. Bundestag an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. 9. 1990: Festlegung einer auf getrennte Wahlgebiete (Gebiete der beiden deutschen Staaten vor dem 3. 10. 1990) bezogenen Sperrklausel sowie Zulassung von Listenverbindungen für Parteien und andere politische Vereinigungen mit Sitz im Gebiet der ehemaligen DDR, Anpassung der Vorschriften über die Wahlkampfkostenerstattung.	a) 5. 10. 1990 b) 10. 10. 1990 BGBl. I S. 2141
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) DIE GRÜNEN b) 3. 5. 1989 c) 11/4462	Übertragung des aktiven und passiven Wahlrechts auf Ausländer bei einer Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet von mindestens fünf Jahren.	a) –
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) DIE GRÜNEN b) 29. 11. 1989 c) 11/5918	Änderung des Zweistimmenrechts durch die Möglichkeit, die Reihenfolge der Bewerbungen auf den Landeslisten durch Kumulieren zu verändern.	a) –
Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) SPD b) 27. 3. 1990 c) 11/6790	Einführung der Direktwahl der Berliner Abgeordneten für die Wahl zum 12. Bundestag, Bildung von 8 Wahlkreisen im Land Berlin auf der Grundlage der Bezirkseinteilung.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) DIE GRÜNEN b) 2. 10. 1990 c) 11/8033	Streichung der 5%-Sperrklausel, Möglichkeit von Listenvereinigungen für Parteien und politische Vereinigungen mit Sitz in der ehemaligen DDR.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

Fußnote für Seite 37:

- 1) vgl. auch die Bekanntmachung des Bundeswahlgesetzes in der für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag geltenden Fassung vom 21. 9. 1990 (BGBl. I S. 2059) sowie die Änderung der Bekanntmachung des Bundeswahlgesetzes in der für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag geltenden Fassung vom 19. 10. 1990 (BGBl. I S. 2218).

Hinweis

Angaben über die Wahl der Volkskammer der DDR vom März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Elfte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 24. 3. 1993 c) 12/4616	Öffentliche Beratung des Bundesausschusses über die Anerkennung einer politischen Vereinigung als Partei für die Wahl, Zweidrittelmehrheit im Falle einer ablehnenden Entscheidung; Änderung der Grenzen der Bundestagswahlkreise auch bei Veränderung von Ländergrenzen nur noch durch besonderes Bundesgesetz; Neueinteilung und -beschreibung der Wahlkreise.	a) 29. 4. 1993 b) 27. 7. 1993 BGBl. I S. 1594
Zwölftes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) Bundesrat b) 14. 1. 1994 c) 12/6586	Umgliederung des Wohngebietes Holzdorf-Ost aus dem Wahlkreis 282 in Brandenburg in den Wahlkreis 288 in Sachsen-Anhalt als Folge geänderter Landesgrenzen.	a) 10. 3. 1994 b) 19. 5. 1994 BGBl. I S. 993
Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 28. 6. 1994 c) 12/8152	Keine Verwendung von nach Alter und Geschlecht gekennzeichneten Stimmzetteln für die Wahl zum 13. Bundestag.	a) 29. 6. 1994 b) 7. 10. 1994 BGBl. I S. 2734
Zwölftes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) PDS/LL b) 15. 6. 1993 c) 12/5128	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer auf Bundesebene und Senkung des Wahlberechtigungsalters auf 16 Jahre.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) PDS/LL b) 15. 6. 1993 c) 12/5129	Streichung der Fünf-Prozent-Klausel zur Wahl des 13. Bundestages, Einräumung der Möglichkeit von Präferenzstimmen für die Wähler auf den Landeslisten der Parteien.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) PDS/LL b) 15. 6. 1993 c) 12/5130	Regionalisierung der Fünf-Prozent-Klausel wie bei der Wahl zum 12. Bundestag und Senkung der Fünf-Prozent-Klausel auf 3 Prozent bei der Wahl zum 13. Bundestag.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) PDS/LL b) 19. 5. 1994 c) 12/7614	Aufhebung der Einschränkung „ein Jahr Deutscher im Sinne des Art. 116 Grundgesetz“ beim passiven Wahlrecht.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) CDU/CSU und FDP b) 24. 9. 1996 c) 13/5583	Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Bundestages auf 598 mit Beginn der 15. Wahlperiode, Festlegung der Wahlkreiseinteilung auf 299 Wahlkreise bis zum Ende der 13. Wahlperiode, Vermeidung von Überhangmandaten bei der Wahlkreiseinteilung, Änderungen des Wahlkreischnitts für die Wahl zum 14. Bundestag.	a) 11. 10. 1996 b) 18. 11. 1996 BGBl. I S. 1712
Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) PDS b) 17. 1. 1996 c) 13/3520	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer auf Bundesebene und Senkung des Wahlberechtigungsalters auf 16 Jahre.	a) – ²⁾
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) PDS b) 17. 1. 1996 c) 13/3523	Abschaffung der 5-Prozent-Sperrklausel für die Wahl zum 14. Bundestag, Einräumung der Möglichkeit von Präferenzstimmen bei der Wahl der Landeslisten der Parteien, Kompensation von Überhangmandaten bei Beibehaltung der bisherigen Zahl der Bundestagsmandate, Überprüfung der Wahlkreiseinteilung zur Vermeidung von Überhangmandaten.	a) – ²⁾
Gesetz zur Kompensation von Überhangmandaten	a) B 90/GRÜNE b) 24. 9. 1996 c) 13/5575	Kompensation der in einem Land zugunsten einer Partei anfallenden Überhangmandate durch Abzug einer entsprechenden Mandatszahl bei anderen Landeslisten derselben Partei für die Wahl zum 14. Bundestag.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) SPD b) 24. 9. 1996 c) 13/5582	Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Bundestages auf 598 und der Zahl der Wahlkreise auf 299 mit Beginn der 15. Wahlperiode. Einführung einer Ausgleichsmandatsübergangsregelung und Änderungen des Wahlkreischnitts für die Wahl zum 14. Bundestag; Festlegung der Wahlkreiseinteilung und Bekanntmachung von Neubeschreibungen von Wahlkreisen.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

1) Stand: 31. August 1997

2) bei Redaktionsschluß am 31. August 1997 letzter Stand: Ausschußüberweisung

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Aufhebung der Begrenzung des aktiven Wahlrechts für Deutsche, die nicht in den Gebieten der Mitgliedstaaten des Europarates leben	a) B 90/GRÜNE b) 5. 6. 1997 c) 13/7854	Gewährung des aktiven Wahlrechts an alle Staatsbürger, sofern sie sich mindestens drei Monate ununterbrochen im Bundesgebiet aufgehalten haben.	a) – ²⁾

²⁾ bei Redaktionsschluß am 31. August 1997 letzter Stand: Ausschußüberweisung

■ Wahlgesetze, die noch bis Ende der 13. Wahlperiode verabschiedet worden sind, werden im NACHTRAG unter 1.1 aufgeführt.

Die Wahlrechtsregelungen im einzelnen

Die wichtigsten Regelungen des Wahlrechts, die für die Bundestagswahlen seit 1949 bestimmend waren, sind im folgenden zusammengestellt. In Klammern stehen die Paragraphen des jeweils geltenden Bundeswahlgesetzes (BWG) bzw. sonstige Rechtsgrundlagen.

■ Sollten bei der Bundestagswahl 1998 von 1994 abweichende Wahlrechtsregelungen gegolten haben, sind diese im NACHTRAG unter 1.1 aufgeführt.

Wahlrechts-gegenstand	Wahl-jahre	Wahlrechtsregelung
Wahlrechtsgrundsätze	1949 bis 1994	Die Abgeordneten werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. (Art. 38 Abs. 1 GG, später auch § 1 Abs. 1 BWG)
Wahlssystem	1949	Gemischte Mehrheits- und Verhältniswahl: Die Sitze werden zwischen Wahlkreisen und Landesergänzungsvorschlägen im ungefähren Verhältnis von 60 zu 40 verteilt. (§ 8 Abs. 2 BWG)
	1953	Gemischte Mehrheits- und Verhältniswahl: Von der Gesamtzahl der Abgeordneten werden im Verhältnis 50 zu 50 242 in Wahlkreisen und die übrigen nach Landeslisten gewählt. (§ 6 Abs. 1 BWG)
	1957 bis 1994	Gemischte Mehrheits- und Verhältniswahl: Wahl erfolgt nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl (§ 1 Abs. 1 BWG). Von den Abgeordneten werden die Hälfte nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt. (§ 1 Abs. 2 BWG)

Wahlrechts-gegenstand	Wahl-jahre	Wahlrechtsregelung
Wahlkreiseinteilung	1949	Die Wahlkreise müssen ein zusammenhängendes Ganzes bilden und eine annähernd gleichgroße Einwohnerzahl umfassen. Die Abgrenzung der Wahlkreise erfolgt in jedem Land durch einen vom Landesparlament berufenen Ausschuß. (§ 20 BWG)
	1953	Die Wahl erfolgt nach der in der Anlage zum BWG enthaltenen Wahlkreiseinteilung. (§ 6 Abs. 4 BWG)
	1957 bis 1994	<p>Jeder Wahlkreis muß ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise soll nicht mehr als 33 1/3 v. H. nach oben und unten betragen. (§ 3 Abs. 3 BWG)</p> <p>Die vom Bundespräsidenten ernannte ständige Wahlkreiskommission hat die Aufgabe, erforderlichenfalls dem Bundestag Änderungsvorschläge zu unterbreiten. (§ 3 Abs. 2 BWG)</p> <p>Die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise ergibt sich aus der Anlage zum BWG. (§ 2 Abs. 2 BWG)</p>
Anzahl der zu wählenden Abgeordneten¹⁾	1949	<p>a) mindestens 400 Abgeordnete (§ 8 Abs. 1 BWG);</p> <p>b) Berlin hat das Recht, bis zum Eintritt des Landes in die Bundesrepublik 8 (ab 1.2.1952: 19) Abgeordnete mit beratender Funktion in den Bundestag zu entsenden. (§ 26 BWG, geändert durch Gesetz vom 15.1.1952)</p>
	1953	<p>a) mindestens 484 Abgeordnete (§ 6 Abs. 1 BWG);</p> <p>b) Dazu treten 22 Abgeordnete des Landes Berlin, die vom Land Berlin entsandt werden. (§ 6 Abs. 3 und § 55 BWG)</p> <p>c) Dazu treten weitere 10 Abgeordnete des Saarlandes, die vom Landtag des Saarlandes alsbald nach Inkrafttreten des Gesetzes am 1.1.1957 gewählt werden. (§ 2 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23.12.1956)</p>
	1957 und 1960	<p>a) 494 Abgeordnete (§ 1 Abs. 1 in Verb. mit § 54 Nr. 1 BWG, § 14 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23.12.1956)</p> <p>b) Dazu treten 22 Abgeordnete des Landes Berlin, die vom Abgeordnetenhaus Berlin gewählt werden. (§ 54 Nr. 2 BWG)</p>
	1964 bis 1984	<p>a) 496 Abgeordnete (Art. I Nr. 9 BWGÄndG 1964; später § 1 Abs. 1 in Verb. mit § 54 Nr. 1 BWG)</p> <p>b) <i>unverändert</i></p>
	1987	<p>a) <i>unverändert</i></p> <p>b) <i>unverändert</i></p> <p>c) Dazu treten nach der Herstellung der Deutschen Einheit am 3.10.1990 weitere 144 Abgeordnete aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, die von der Volkskammer der DDR gewählt werden. (Art. 42 Einigungsvertragsgesetz)</p>
	1990 und 1994	656 Abgeordnete (§ 1 Abs. 1 BWG in Verb. mit Art. 2 Nr. 1 des Wahlvertragsgesetzes vom 25.8.1990)

¹⁾ vgl. auch Abschnitt 2.1: Zahl der Abgeordneten

Wahlrechts-gegenstand	Wahl-jahre	Wahlrechtsregelung
Listenvereinigungen	1990	Parteien und andere politische Vereinigungen oder deren Landesverbände, die am 3. Oktober 1990 ihren Sitz im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen oder Sachsen oder der Wahlkreise 257 bis 261 in Berlin hatten, können gemeinsame Wahlvorschläge einreichen (Listenvereinigungen). Sie dürfen sich in einem Land nur an einer Listenvereinigung beteiligen. Listenvereinigungen schließen eine eigenständige Liste oder eigenständige Kreiswahlvorschläge der beteiligten Parteien und anderen politischen Vereinigungen im betreffenden Land aus.
Aktives Wahlrecht	1949	a) deutscher Staatsangehöriger b) Vollendung des 21. Lebensjahres c) seit mindestens drei Monaten Wohnsitz oder Aufenthalt im Bundesgebiet d) kein Ausschluß vom Wahlrecht (Art. 38 Abs. 2 GG, § 1–4 BWG)
	1953	a) Deutscher i.S. des Art. 116 Abs. 1 GG b) <i>unverändert</i> c) seit mindestens drei Monaten Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes d) <i>unverändert</i> (Art. 38 Abs. 2 GG, § 1–3 BWG)
	1957 bis 1969	a) <i>unverändert</i> b) <i>unverändert</i> c) <i>unverändert</i> d) <i>unverändert</i> e) Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die auf Anordnung ihres Dienstherrn ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland genommen haben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes (Art. 38 Abs. 2 GG, § 12 BWG)
	1972 bis 1983	a) <i>unverändert</i> b) Vollendung des 18. Lebensjahres c) <i>unverändert</i> d) <i>unverändert</i> e) <i>unverändert</i> (Art. 38 Abs. 2 GG, § 12 BWG)

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so in Abschnitt

- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),

Wahlrechts-gegenstand	Wahl-jahre	Wahlrechtsregelung
noch: Aktives Wahlrecht	1987 bis 1994	a) <i>unverändert</i> b) <i>unverändert</i> c) <i>unverändert</i> d) <i>unverändert</i> e) diejenigen Deutschen i.S. des Art. 116 Abs. 1 GG, die am Wahltag 1. als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes leben sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. 2. in den Gebieten der übrigen Mitgliedsstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben. 3. in anderen Gebieten außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes leben, sofern sie vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und seit dem Fortzug aus diesem Geltungsbereich nicht mehr als zehn Jahre verstrichen sind. Entsprechendes gilt für Seeleute auf Schiffen, die nicht die Bundesflagge führen, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. (Art. 38 Abs. 2 GG, § 12 BWG)
Passives Wahlrecht	1949	a) seit mindestens einem Jahr Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit b) Vollendung des 25. Lebensjahres c) nach Landesrecht zum Landtag wählbar d) kein Ausschluß vom Wahlrecht (§ 5 BWG)
	1953 bis 1969	a) seit mindestens einem Jahr Deutscher i.S. des Art. 116 Abs. 1 GG b) <i>unverändert</i> c) <i>wie zuvor d)</i> (§ 5, später § 16 BWG)
	1972	a) <i>unverändert</i> b) Erreichung der Volljährigkeit (= Vollendung des 21. Lebensjahres) (Art. 38 Abs. 2 GG; geändert durch 27. ÄndG vom 23.7.1970) c) <i>unverändert</i> (§ 16 BWG)
	1976 bis 1994	a) <i>unverändert</i> b) Erreichung der Volljährigkeit (= Vollendung des 18. Lebensjahres) (Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters vom 31.7.1974) c) <i>unverändert</i> (§ 15 BWG)
Anzahl der Stimmen	1949	Jeder Wähler hat eine Stimme. (§ 13 Satz 1 BWG)
	1953 bis 1994	Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. (§ 7, später § 4 BWG)

Wahlrechts-gegenstand	Wahl-jahre	Wahlrechtsregelung
Wahl in Wahlkreisen und nach Landeslisten, Stimmenverrechnungsverfahren und Mandats-zuteilung	1949	(1) In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt; gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sicher vereinigt (relative Mehrheitswahl). (§ 9 BWG) (2) Alle im Lande abgegebenen Stimmen jeder Partei werden zusammengezählt und aus diesen Summen nach dem Höchstzahlverfahren (<i>d'Hondt</i>) die jeder Partei zustehenden Mandate errechnet (Verhältnisswahl). (§ 10 BWG)
	1953 bis 1983	(1) <i>unverändert</i> (§ 8 bzw. später § 5 BWG) (2) Für jede Partei werden die im Lande für sie abgegebenen Zweitstimmen zusammengezählt. Die Sitze werden auf die Parteien im Verhältnis der Summen der Zweitstimmen im Höchstzahlverfahren <i>d'Hondt</i> verteilt (Verhältnisswahl). (§ 9 bzw. später § 6 BWG)
	1987 bis 1994	(1) <i>unverändert</i> (§ 5 BWG) (2) Für jede Partei werden die im Lande für sie abgegebenen Zweitstimmen zusammengezählt. Die Sitze werden auf die Parteien im Verhältnis der Summen der Zweitstimmen im Berechnungsverfahren der mathematischen Proportion nach <i>Hare/Niemeyer</i> verteilt (Verhältnisswahl). (§ 6 BWG)
Sperrklausel für Parteien	1949	Parteien, deren Gesamtstimmenzahl weniger als 5 v. H. der gültigen Stimmen im Lande beträgt, werden bei der Errechnung und Zuteilung der Mandate nicht berücksichtigt. (§ 10 Abs. 4 BWG) Die Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Partei in einem Wahlkreis des Landes ein Mandat errungen hat. (§ 10 Abs. 5 BWG)
	1953	Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 v. H. der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens einem Wahlkreis einen Sitz errungen haben. (§ 9 Abs. 4 BWG)
	1957 bis 1987	Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 v. H. der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. (§ 6 Abs. 4 BWG)
	1990	Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 v. H. der abgegebenen gültigen Zweitstimmen entweder – im Gebiet der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Saarland sowie der Wahlkreise 249 bis 256 in Berlin oder – im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen sowie der Wahlkreise 257 bis 261 in Berlin erhalten haben (§ 53 Abs. 1 BWG) oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. (§ 6 Abs. 4 BWG)
	1994	<i>wie in den Wahljahren 1957–1987</i>

Wahlrechts-gegenstand	Wahl-jahre	Wahlrechtsregelung
Überhangmandate	1949 bis 1994	In den Wahlkreisen errungene Mandate verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach der Stimmenzahl ermittelte Zahl der Mandate übersteigen. In einem solchen Fall erhöht sich die Gesamtzahl der für das entsprechende Land vorgesehenen Abgeordnetensitze um die gleiche Zahl. (BWGÄndG 1949, später § 9 bzw. § 6 BWG)
Nachwahlen	1949	Erklärt ein Bewerber, daß er die Wahl nicht annimmt, stirbt ein Abgeordneter oder verliert er seinen Sitz, so findet, wenn er auf einem Kreiswahlvorschlag gewählt war, Nachwahl statt. (§ 15 BWG; rückwirkend zum 1. Oktober 1952 außer Kraft gesetzt durch das Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag ... vom 8. Januar 1953)

Verteilung der Bundestagsmandate nach *d'Hondt* und *Hare/Niemeyer*

Mit dem Siebten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. März 1985 (BGBl. I S. 521) wurde das Höchstzahlberechnungsverfahren nach *d'Hondt*, das für die Feststellung der auf die einzelnen Parteien insgesamt entfallenden Sitze sowie für die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Landeslisten bisher vorgeschrieben war, durch das Berechnungsverfahren der mathematischen Proportion (System *Hare/Niemeyer*) ersetzt. Das geänderte System fand erstmals bei den Bundestagswahlen vom 25. Januar 1987 Anwendung.

Der Vorteil des Berechnungsverfahrens nach *Hare/Niemeyer* liegt darin, daß es eine mathematisch genauere Übertragung des Stimmenverhältnisses auf das Sitzverhältnis bewirkt. Es ist stärker als das Verfahren nach *d'Hondt* an der mathematischen Proportion der jeweiligen Stimmenzahlen orientiert. Daher wird es vor allem dem Erfolgswert der für kleinere Parteien abgegebenen Stimmen

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

besser gerecht. Nach *d'Hondt* ist es eher möglich, daß die stärkste Partei mehr Sitze erhält, als es ihrem prozentualen Stimmenanteil entspricht. Allerdings kann das Berechnungsverfahren nach *Hare/Niemeyer* in Grenzfällen dazu führen, daß eine absolute Stimmenmehrheit nicht eine absolute Sitzmehrheit zur Folge hat. In solchen Fällen wird einer Landesliste, auf die mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Zweitstimmen entfallen ist, ohne daß sie mehr als die Hälfte der zu vergebenen Sitze erreicht hat, ein weiterer Sitz zugeteilt.

Die Unterschiede zwischen dem bisherigen Höchstzahlverfahren nach *d'Hondt* und dem Verfahren *Hare/Niemeyer* sind aus dem folgenden Berechnungsbeispiel zu ersehen.*) Grundlage bilden die Ergebnisse der Bundestagswahl 1983.

Bundesland	Verfahren	Sitze insgesamt	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE
Schleswig-Holstein	<i>d'Hondt</i>	21	10	9	1	1
	<i>Hare/Niemeyer</i>	21	10	9	1	1
Hamburg	<i>d'Hondt</i>	12	5	6	0	1
	<i>Hare/Niemeyer</i>	14	5	7	1	1
Niedersachsen	<i>d'Hondt</i>	63	29	26	4	4
	<i>Hare/Niemeyer</i>	62	28	26	4	4
Bremen	<i>d'Hondt</i>	4	2	2	0	0
	<i>Hare/Niemeyer</i>	6	2	3	0	1
Nordrhein-Westfalen	<i>d'Hondt</i>	146	65	63	10	8
	<i>Hare/Niemeyer</i>	143	65	61	9	8
Hessen	<i>d'Hondt</i>	48	21	20	4	3
	<i>Hare/Niemeyer</i>	47	21	19	4	3
Rheinland-Pfalz	<i>d'Hondt</i>	31	16	12	2	1
	<i>Hare/Niemeyer</i>	31	16	12	2	1
Baden-Württemberg	<i>d'Hondt</i>	74	39	23	7	5
	<i>Hare/Niemeyer</i>	74	39	23	7	5
Bayern	<i>d'Hondt</i>	89	53	26	6	4
	<i>Hare/Niemeyer</i>	89	53	26	6	4
Saarland	<i>d'Hondt</i>	8	4	4	0	0
	<i>Hare/Niemeyer</i>	9	4	4	1	0
Bundesgebiet ohne Berlin	<i>d'Hondt</i>	496	244	191	34	27
	<i>Hare/Niemeyer</i>	496	243	190	35	28

*) Quelle: Gruppe Datenverarbeitung

1.2 Chronik der Wahlrechtsdiskussion

Mehrmals nach 1945 – zuletzt 1967/68 – sind in der Bundesrepublik Deutschland lebhaftere Diskussionen um das „richtige“ Wahlsystem für die Wahlen zum Deutschen Bundestag entbrannt. Im wesentlichen ging es stets darum, das 1949 eingeführte „personalisierte Verhältniswahlsystem“ durch ein „mehrheitsbildendes Wahlsystem“ oder konkret durch das relative Mehrheitswahlsystem nach britischem Vorbild zu ersetzen.

Die wichtigsten Etappen und die Höhepunkte dieser Wahlrechtsdiskussion werden im folgenden chronologisch nachgezeichnet. *) Was aus den Quellen nicht übernommen wurde, ist die Erörterung der Vor- und Nachteile der einzelnen Wahlsysteme, sei es für die Sicherung der parlamentarischen Demokratie und für das Regierungssystem insgesamt, sei es für die einzelnen Parteien. Auch Spekulationen über die Motive der einzelnen Parteien, bestimmte Wahlsysteme zu favorisieren oder aber abzulehnen, sind im folgenden ausgeklammert – sie reichen von staatspolitischer Notwendigkeit, von der Sorge um die parlamentarisch-demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik angesichts der Erfahrungen aus der Weimarer Republik, bis zur parteipolitischen Opportunität, den voraussichtlichen Chancen und Risiken der einzelnen Wahlsysteme für die Mandatsentwicklung der eigenen Partei, der Ausschaltung des unbequemen Koalitionspartners durch Begünstigung eines Zweiparteiensystems usw.

- | | |
|---------------------------|--|
| nach 1945 | Schon vor Zusammentreten des Parlamentarischen Rates Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Entscheidung für das Verhältniswahlsystem bei der Verabschiedung des ersten Bundeswahlgesetzes begünstigten: <ul style="list-style-type: none"> – Bevorzugung von Verhältniswahlsystemen bei der Einführung der Landtags- und Kommunalwahlgesetze in allen Ländern der drei westlichen Besatzungszonen (mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Hamburg), – trotz zurückhaltender Lizenzierungspolitik der Alliierten Grundlegung eines Mehrparteiensystems. |
| 20./21. September
1947 | Gründung der „Deutschen Wählergesellschaft“ unter maßgeblicher Beteiligung von Prof. Dr. <i>Dolf Sternberger</i> in Frankfurt/Main. Einziger Programmpunkt laut Satzung: <p>„Die Deutsche Wählergesellschaft (eingetragener Verein für Personenwahlrecht) verfolgt den Zweck, für den Gedanken des Personen- und Mehrheitswahlrechts zu werben und dieses Wahlsystem in der Praxis durchzusetzen.“</p> |

*) Quellen:

- Rüdiger Bredthauer*, Das Wahlsystem als Objekt von Politik und Wissenschaft. Die Wahlsystemdiskussion in der BRD 1967/68 als politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung. Meisenheim am Glan 1973;
- Emil Hübner*, Wahlsysteme und ihre möglichen Wirkungen unter spezieller Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland. 6. Aufl. München 1984;
- Eckhard Jesse*, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland und das Wahlrecht. Wahlrechtsausgestaltung zwischen politischer Opportunität und demokratischer Legitimität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1977. B 51. S. 3–23;
- Joachim Raschke*, Wie wählen wir morgen? Verhältnis- oder Mehrheitswahl in der Bundesrepublik. Berlin 1967;
- Dolf Sternberger*, Die große Wahlreform. Zeugnisse einer Bemühung. Köln und Opladen 1964;
- Thomas von der Vring*, Reform oder Manipulation? Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts. Frankfurt am Main 1968.

Die Gesellschaft vereinigt namhafte Anhänger des relativen Mehrheitswahlrechts und legt im September 1948 einen Entwurf für ein Bundeswahlgesetz vor, der die relative Mehrheitswahl ohne Modifikation nach britischem Muster vorsieht.

15. September 1948 Aufnahme der Beratungen zu einem Bundeswahlgesetz durch den Wahlausschuß des Parlamentarischen Rates.
21. Oktober 1948 Im Wahlausschuß des Parlamentarischen Rates Abstimmung über die drei „reinen“ Wahlsysteme, die alle abgelehnt werden:
- das von der CDU/CSU befürwortete relative Mehrheitswahlsystem mit 3:5 Stimmen,
 - das absolute Mehrheitswahlsystem mit 0:8 Stimmen und
 - das reine Listen-Verhältniswahlsystem ebenfalls mit 0:8 Stimmen.
- Folge ist die Einführung eines modifizierten, d. h. proporzähnlichen Wahlrechts.
10. Mai 1949 Nach teilweise heftigen Kontroversen im Parlamentarischen Rat Verabschiedung des ersten, nur für 1949 gültigen Bundeswahlgesetzes mit den Stimmen der SPD, FDP, KPD und des Zentrums (und vor allem gegen die Stimmen der CDU/CSU): ein „personalisiertes Verhältniswahlsystem“. Keine Festlegung des Wahlsystems im Grundgesetz.
16. Juli 1952 Einbringung eines von der Deutschen Wählergesellschaft ausgearbeiteten Gesetzentwurfs für ein neues Bundeswahlgesetz (BT-Drs. I/3636), vorgelegt von 34 Abgeordneten der CDU/CSU (u. a. *Franz-Josef Wuermeling, Franz Josef Strauß, Richard Jaeger, Gerhard Schröder, Theodor Blank, Heinrich von Brentano, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich Krone, Paul Lübke*): ein relatives Mehrheitswahlsystem in 400 Einmann-Wahlkreisen mit der Notwendigkeit einer Stichwahl, falls die Mehrheit nicht ein Drittel der gültigen Stimmen erreicht.
- Dieser die Einheit der Koalition gefährdende Initiativentwurf führt zur Ausarbeitung eines Regierungsentwurfs (→ 19. Februar 1953).
5. Februar 1953 Einbringung eines Gesetzentwurfs für ein neues Bundeswahlgesetz durch die SPD-Fraktion (BT-Drs. I/4062): weitgehende Übernahme der Einzelheiten des Bundeswahlgesetzes von 1949, d. h. personalisierte Verhältniswahl.
19. Februar 1953 Einbringung eines nach Bundesinnenminister *Robert Lehr* benannten Regierungsentwurfs für ein neues Bundeswahlgesetz (BT-Drs. I/4090): gemischtes Wahlsystem – Wahl von 242 Abgeordneten in Einmann-Wahlkreisen und 242 Abgeordneten über eine Bundesliste – mit je einer Haupt- und einer Hilfsstimme pro Wähler.
- Schon vor Einbringung im Bundestag stößt der Entwurf auf fast einhellige Ablehnung („Koalitionssicherungsgesetz“; *Dolf Sternberger* in einem Leitartikel: „Kerls, wollt Ihr denn ewig regieren?!“), weil Hilfsstimmenkonstruktion Position der CDU/CSU und des Bürgerblocks auf Kosten der SPD stärken sollen.
- Die Bundesregierung zieht den Entwurf später zurück.

26. März 1953 Erste Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Bundestages, in dem die Entwürfe für ein Mehrheitswahlssystem keine Mehrheit finden; neues Wahlgesetz wird von SPD, FDP und FU gegen CDU/CSU und DP durchgesetzt.
- April 1953 Hamburger Programm der CDU für den 2. Bundestag fordert das Personen- und Mehrheitswahlrecht.
25. Juni 1953 Verabschiedung des Wahlgesetzes für den 2. Bundestag: wie das erste Wahlgesetz personalisierte Verhältniswahl mit einigen Änderungen (Einführung der Zweitstimme, Verschärfung der Sperrklausel).
- Sommer 1954 Berufung einer ersten „Wahlrechtskommission“ durch den Bundesinnenminister, die den Parteien bei der Klärung der Wahlrechtsfrage helfen soll. Mitglieder sind Professoren verschiedener Wissenschaftszweige (Staatsrecht, Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaft, Geschichte): *Wilhelm Grewe* (Vorsitzender), *Ulrich Scheuner*, *Erwin von Beckerath*, *Arnold Bergstraesser*, Senatspräsident a. D. *Albert Decker*, *Theodor Eschenburg*, *Friedrich Giese*, *Ferdinand A. Hermens*, *Walter Jellinek*, *Gerhard Leibholz*, Reichskanzler a. D. *Hans Luther*, *Hans Peters*, *Alexander Rüstow*, *Helmut Unkelbach*.
16. März 1955 Einbringung eines Entwurfs für ein neues Bundeswahlgesetz durch die SPD-Fraktion (BT-Drs. II/1272): Reduzierung der Sperrklausel auf das Maß von 1949, Abschaffung des Zweistimmen-Systems, Erschwerung von Wahlkreisbündnissen.
- April 1955 Vorlage des Berichts der im Sommer 1954 vom Bundesinnenminister einberufenen „Wahlrechtskommission“: enthält keine Empfehlung eines bestimmten Wahlsystems (wegen der konträren Positionen der berufenen Wissenschaftler), statt dessen abstrakte Gegenüberstellung der Vorzüge und Nachteile der einzelnen Wahlsysteme, teilweise ohne jegliche empirische Grundlage.
10. Juni 1955 Einbringung eines Entwurfs für ein neues Bundeswahlgesetz durch die FDP-Fraktion (BT-Drs. II/1444): gegenüber dem geltenden personalisierten Verhältniswahlssystem lediglich Verringerung der Zahl der Listenmandate und Verschärfung der Sperrklausel.
24. Juni 1955 Einbringung eines Entwurfs für ein neues Bundeswahlgesetz durch eine Gruppe von CDU/CSU-Abgeordneten – *Richard Stücklen*, *Richard Jaeger*, *Paul Lücke* u. a. (BT-Drs. II/1494) –: relatives Mehrheitswahlssystem nach britischem Vorbild.
27. Juni 1955 Konstituierende Sitzung des Wahlrechtsausschusses der 2. Wahlperiode, der lediglich die SPD- und FDP-Entwürfe zur Beratungsgrundlage macht.
14. Dezember 1955 Überraschender Antrag von CDU/CSU und DP im Wahlrechtsausschuß für ein sogenanntes „Grabensystem“: Streichung des Verhältnisausgleiches im geltenden Wahlgesetz, Wahl von 60 Prozent der Abgeordneten mit relativer Mehrheit in Wahlkreisen, Verteilung der restlichen Listenmandate

nach den Zweitstimmenanteilen der Parteien ohne Anrechnung der Direktmandate (Mischwahlsystem).

Der Antrag löst eine offene Koalitionskrise aus, weil die FDP in diesem Wahlrecht ihre Existenz gefährdet sieht.

20. Februar 1956 In Nordrhein-Westfalen kündigt FDP die Koalition mit der CDU und führt einen Regierungswechsel herbei, indem sie zusammen mit der SPD durch ein konstruktives Mißtrauensvotum anstelle von *Karl Arnold* (CDU) *Fritz Steinhoff* (SPD) zum Ministerpräsidenten wählt; hierdurch Veränderung des Stimmenverhältnisses im Bundesrat, um so eine Abstimmung über das Grabenwahlsystem zu verhindern.
20. Februar 1956 Distanzierung des Bundeskanzlers *Konrad Adenauer* vom Grabenwahlsystem.
25. Februar 1956 Geplante Wahlrechtsänderung zusammen mit außenpolitischen und persönlichen Differenzen führt zum Ausscheiden der FDP aus der Regierungskoalition in Bonn (nach Spaltung der Fraktion am 23. Februar 1956).
15. März 1956 Verabschiedung des Bundeswahlgesetzes mit den Stimmen der SPD, der FDP und der Mehrheit der CDU gegen die Stimmen der CSU und DP: personalisiertes Verhältniswahlsystem wie das 1953 verabschiedete Wahlgesetz zum 2. Bundestag mit einigen Modifizierungen (Verschärfung der Sperrklausel, geändertes Verfahren zur Ermittlung der Landeslistensitze, Einführung der Briefwahl, Einrichtung einer Wahlkreiskommission). Dieses Wahlgesetz ist im wesentlichen noch heute gültig.
- Nach Verabschiedung des neuen Bundeswahlgesetzes Abebben der Wahlrechtsdiskussion.
- 1960/1961 Beginn der „Kölner Wahlstudie“ unter Leitung von *Erwin K. Scheuch* und *Rudolf Wildenmann*, in der zusammen mit *Uwe Schleth* aus Anlaß der Bundestagswahl 1961 erstmals in der Bundesrepublik Deutschland umfangreiche wahlsoziologische Untersuchungen durchgeführt werden, u. a. auch Computer-Simulationen und Berechnungen der Auswirkung verschiedener Wahlsysteme auf die Zusammensetzung des Bundestages.
- Das Bekanntwerden der Simulationen und die Veröffentlichung der Kölner Studie („Zur Soziologie der Wahl“) im Jahre 1965 sowie Vorschläge von *Ferdinand A. Hermens*, *Helmut Unkelbach*, *Werner Kaltefleiter* u. a. hinsichtlich modifizierter Mehrheitswahlsysteme führen zu wissenschaftlichen Kontroversen und zu einem Wiederaufleben der Wahlrechtsdiskussion.
- 1961–1963 Während der Regierungskoalition zwischen CDU/CSU und FDP bis zum Rücktritt von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* im Oktober 1963 wiederholte Propagierung des Mehrheitswahlsystems durch CDU/CSU-Politiker.
- November/
Dezember 1962 Die im Anschluß an die „Spiegel-Affäre“ zwischen Vertretern der CDU/CSU und der SPD vertraulich geführten und schließlich gescheiterten Verhandlungen über die Möglichkeiten einer Großen Koalition schließen die Einführung des relativen Mehrheitswahlsystems schon für die Bundestagswahl 1965 ein.

Die Vorgänge von 1962 werden später als „Generalprobe“ für die Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 bezeichnet, in der eine auf ein Zweiparteiensystem zielende Wahlrechtsreform zum Regierungsprogramm gehört.

Mai 1963 Der Parteivorstand der SPD konstituiert eine Wahlrechtskommission unter Leitung von *Horst Ehmke* und *Rudolf Wildenmann*, die die Auswirkung diverser Wahlsysteme in der Bundesrepublik untersuchen soll. Eine ähnliche Kommission, der u. a. *Ferdinand A. Hermens* und *Helmut Unkelbach* angehören, wird von der CDU eingesetzt.

Die Resultate der beiden Kommissionen werden 1965 veröffentlicht bzw. bekannt. Die „Arbeitsgruppe für Wahlrechtsfragen der CDU“ votiert im Januar 1965 für ein relatives Mehrheitswahlrecht mit „Huckepack-Liste“.

9. November 1966 Nach Auflösung der CDU/CSU-FDP-Koalition unter Bundeskanzler *Ludwig Erhard* propagiert die „Deutsche Wählergesellschaft“ in einem von *Dolf Sternberger* und *Richard Freudenberg* unterzeichneten Aufruf an die Mitglieder des Bundestages die Bildung einer großen Koalition zum Zwecke der Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts.

28. November 1966 Noch während der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD zur Bildung einer Großen Koalition schlägt die „Wahlrechtsarbeitsgruppe der CDU“ ein sogenanntes „funktionales Wahlrecht“ vor, das auf einer Vorlage des *Hermens*-Schülers *Werner Kaltefleiter* beruht: Durch Verhältniswahl in 124 Wahlbezirken Vergabe von je vier Mandaten (zwei Plätze für je einen Direktkandidaten und je ein Platz für einen Landeslisten- und einen Bundeslistenkandidaten).

Ende November/
Anfang Dezember
1966 Heftige Auseinandersetzungen innerhalb der CDU/CSU und der SPD um die Frage der Wahlsystemreform bei der Erläuterung der Koalitionsabsprachen durch die Mitglieder der Verhandlungskommission.

Einwände gegenüber einem mehrheitsbildenden Wahlrecht kommen zum Teil aus jenen Gebieten, in denen eine der beiden großen Parteien bei einer Wahlsystemänderung besondere Nachteile zu befürchten hätte (so die wiederholten Hinweise des Hamburger CDU-Abgeordneten *Dietrich Rollmann*, beim Mehrheitswahlrecht würden die CDU „verprovinzialisieren“ und die SPD „verstädtern“.)

13. Dezember 1966 Regierungserklärung von Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger* nach Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD am 1. Dezember 1966. Zur Wahlrechtsreform führt *Kiesinger* unter anderem aus:

„Die stärkste Absicherung gegen einen möglichen Mißbrauch der Macht ist der feste Wille der Partner der großen Koalition, diese nur auf Zeit, also bis zum Ende dieser Legislaturperiode, fortzuführen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Während dieser Zusammenarbeit soll nach Auffassung der Bundesregierung ein neues Wahlrecht grundgesetzlich verankert werden, das für künftige Wahlen zum Deutschen Bundestag nach 1969 klare Mehrheiten ermöglicht.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Dadurch wird ein institutioneller Zwang zur Beendigung der großen Koalition und eine institutionelle Abwehr der Notwendigkeit zur Bildung von Koalitionen überhaupt geschaffen. Die Möglichkeit für ein Übergangswahlrecht für die Bundestagswahl 1969 wird von der Bundesregierung geprüft.“

Im Anschluß an die Regierungserklärung kommt es am 15. und 16. Dezember zu einer heftigen Debatte über die beabsichtigte Wahlrechtsreform. Die Redner der Opposition – neben *Wolfgang Mischnick* und *Thomas Dehler* vor allem *Hans-Dietrich Genscher* – deuten auf den manipulativen Charakter der Wahlrechtsreform hin. Unter Hinweis auf Zusicherungen in den Koalitionsverhandlungen sowohl mit CDU/CSU als auch mit SPD, es gebe keine Wahlrechtsänderung, falls eine Koalition mit der FDP zustande käme, stellt *Genscher* fest, daß es sich beim Wahlrecht eben nicht um eine Grundsatzfrage für die Parteien handle, sondern um ein politisches Instrument zur Ausschaltung der FDP.

Helmut Schmidt erklärt, daß die SPD bezüglich der Wahlrechtsreform völlig ungebunden sei und diese Frage auf einem außerordentlichen Parteitag entschieden werde.

13. Dezember 1966 Aus Protest gegen die geplante Wahlsystemänderung Rücktritt von *Hans Schäfer*, Staatssekretär im Bundesinnenministerium.

Dezember 1966/
März 1967 Innerhalb der CDU und der SPD fortgesetzte Auseinandersetzungen über das Mehrheitswahlsystem.

Auf der Seite von CDU und CSU gehören zu den überzeugten Verfechtern der Mehrheitswahl nach wie vor *Rainer Barzel*, *Josef Hermann Dufhues*, *Bruno Heck*, *Richard Jaeger*, *Heinrich Krone*, *Paul Lücke*, *Gerhard Schröder*, *Franz Josef Strauß*, *Richard Stücklen* u. a., doch wird aus CDU-Kreisen auch beträchtlicher Widerstand laut (für Beibehaltung des bestehenden Wahlsystems vor allem *Ludwig Erhard* und inzwischen auch *Konrad Adenauer*).

Auf der Seite der SPD sprechen sich zahlreiche prominente Politiker für die Mehrheitswahl aus (vor allem *Herbert Wehner*, *Helmut Schmidt*, *Carlo Schmid*, *Hermann Schmitt-Vockenhausen*, *Friedrich Schäfer*, *Heinz Kühn*, *Paul Nevermann*), doch gibt es auch Zweifel, ob die Mehrheit der Partei oder Fraktion einer Änderung des Wahlrechts zustimmen würde.

ab Februar 1967 Zur Vorbereitung der in der Regierungserklärung angekündigten Wahlrechtsreform Einsetzung von drei verschiedenen Kommissionen:

1) durch den Bundesinnenminister Berufung eines „Beirats für Fragen der Wahlrechtsreform“ (Konstituierung am 9.3.1967 – Vorsitzender: *Theodor Eschenburg*, weitere Mitglieder: die Politikwissenschaftler *Thomas Ellwein*, *Wilhelm Hennis*, *Ferdinand A. Hermens*; die Staatsrechtler *Günter Dürig* und *Ulrich Scheuner* sowie der Soziologe *Erwin K. Scheuch*) mit dem Auftrag:

„Der Bundesminister des Innern hat den Beirat für Fragen der Wahlrechtsreform berufen mit der Aufgabe, ihm Empfehlungen für ein Wahlrecht im Bund vorzulegen, das den Anforderungen des parlamentarischen Regierungssystems mit dem Ziel klarer Mehrheitsbildung und Stärkung der demokratischen Verantwortung bei realen Chancen eines Machtwechsels besser als das gegenwärtige Wahlsystem entspricht. Dem Beirat ist anheimgegeben, mit diesem Auftrag

in Zusammenhang stehende Einzelvorschläge und Erwägungen für die Gestaltung des Wahlrechts in seinen Bericht einzubeziehen.“

- 2) durch die CDU/CSU: Wahlrechtskommission unter Leitung von *Josef Hermann Dufhues* (Konstituierung im Februar 1967)
- 3) durch die SPD: Wahlrechtskommission unter Leitung des baden-württembergischen Innenministers *Walter Krause* (Konstituierung im Juni 1967).

- März/April 1967 Kontroverse zwischen den beiden Mehrheitswahl-Befürwortern *Dolf Sternberger* und *Ferdinand A. Hermens*, nachdem von der *Hermens*-Schule immer neue Modifikationen des Mehrheitswahlsystems zur Vermeidung bestimmter Nachteile vorgeschlagen werden, zuletzt das eigentümliche „Potenzierungs- oder Kubussystem“ (auch „Kubikwahlgesetz“), wobei u. a. die Gesamtstimmenzahl jeder Partei in die dritte Potenz erhoben und die Parlamentssitze nach dem Verhältnis dieser Kubikzahl verteilt werden. *Dolf Sternberger* nennt dieses Gebilde ein „Wahnsystem“.
- 8.–9. Mai 1967 Arbeitstagung des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln (Direktor: Prof. Dr. *Ferdinand A. Hermens*) zur Wahlrechtsreform.
- ab Juni 1967 Immer mehr führende SPD-Politiker äußern ihre Zweifel, daß es bis zur Bundestagswahl 1969 zu einer Wahlsystemänderung oder zu einem Übergangswahlrecht kommt.
11. Dezember 1967 Der vom Bundesinnenminister eingesetzte Beirat für Fragen der Wahlrechtsreform unter Vorsitz von *Theodor Eschenburg* votiert mit 6:1 Stimmen erwartungsgemäß für die Einführung eines relativen Mehrheitswahlrechts in Einerwahlkreisen. „Das neue Wahlrecht sollte sobald wie möglich eingeführt werden; würde indessen die Einführung für 1969 aus technischen oder politischen Gründen noch nicht erfolgen, wird ein Übergangswahlrecht für 1969 abgelehnt.“ Unter den Befürwortern empfiehlt lediglich *Ferdinand A. Hermens*, 20 Prozent der Sitze auf einer Ergänzungsliste zu vergeben. Eine Minderheit (*Günter Dürig*, *Thomas Ellwein* und *Erwin K. Scheuch*) befürwortet außerdem die Einführung von Vorwahlen. Gänzlich abgelehnt wird eine Wahlrechtsänderung von dem Staatsrechtler *Günter Dürig* u. a. mit dem Hinweis auf Probleme, die sich beim Austausch relativ bewährter Wahlsysteme ergeben.
- Der Bericht des Beirats wird am 27. Februar 1968 unter dem Titel „Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts“ veröffentlicht.
11. Januar 1968 In einem Koalitionsgespräch wird Klarheit erzielt, den in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 angekündigten Plan eines Übergangswahlrechts fallenzulassen. Gleichzeitig wird jedoch die Vorlage der für die Einführung der Mehrheitswahl und für ihre Verankerung im Grundgesetz notwendigen Gesetzentwürfe „noch vor Ostern“ angekündigt.
29. Januar 1968 Auf einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes berichtet *Josef Hermann Dufhues* über das Ergebnis der von ihm geleiteten Wahlrechtskommission der CDU/CSU: Votum der Kommissionsmehrheit für die baldmögliche

Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts in 500 Einerwahlkreisen und Ablehnung eines Übergangswahlrechts. Eine Minderheit hält die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts für falsch, um damit eine funktionsfähige parlamentarische Demokratie mit stabilen und eindeutigen Mehrheiten zu erreichen.

- 17.–21. März 1968 SPD-Parteitag in Nürnberg; auf Antrag des Parteivorstandes entscheidet der Parteitag, daß über die Haltung der Partei zur Wahlrechtsfrage erst auf dem 1970 stattfindenden ordentlichen Parteitag entschieden werde.
- Zu diesem Beschluß hat offenbar eine Analyse beigetragen, die kurz zuvor von dem der SPD nahestehenden Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) unter Leitung von *Klaus Liepelt* veröffentlicht wurde. Im Gegensatz zur Kölner Wahlstudie werden darin der SPD bei einem mehrheitsbildenden Wahlrecht nur geringe Chancen eingeräumt, weshalb *Liepelt* der SPD von einer Zustimmung zur Wahlreform abrät.
2. April 1968 Rücktritt von Bundesinnenminister *Paul Lücke* wegen des SPD-Parteitagbeschlusses zur Vertagung der Wahlrechtsreform. Aus dem gleichen Grund scheidet Ende April auch der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, *Werner Ernst*, aus seinem Amt aus.
21. Juni 1968 Vorlage des Berichts der SPD-Wahlrechtskommission unter Leitung des baden-württembergischen Innenministers *Walter Krause*: Votum für die von dem Mathematiker *Ernst G. Wrage* vorgeschlagene Wahl in Dreierwahlkreisen und zwar zur Bundestagswahl 1969 (Einteilung des Bundesgebietes in 166 Wahlkreise, Wahl von jeweils drei Abgeordneten, Ermittlung der den Parteien im Wahlkreis zufallenden Anzahl der Mandate nach *d'Hondt*; d.h. anstelle des von der SPD-Spitze favorisierten relativen Mehrheitswahlrechts ein modifiziertes Wahlsystem mit mehrheitsbildender Wirkung).
9. Juli 1968 In Bad Godesberg zweite Arbeitstagung des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln unter dem Thema „Staat und politische Willensbildung in der Bundesrepublik“ u. a. mit einem Referat von Staatssekretär Prof. Dr. *Friedrich Schäfer*: „Ist die Zeit reif für ein funktionsgerechtes Wahlrecht?“
- Juli 1968 In einer vom Kreßbronner Kreis, dem Koalitionsausschuß während der Zeit der Großen Koalition, erstellten Prioritätenliste von 32 noch in der 5. Wahlperiode zu verabschiedenden Gesetzen fehlt die Wahlreform.
- Ende 1968 Intensivierung der Kontakte der SPD zur FDP wegen der Unterstützung der Wahl von *Gustav W. Heinemann* zum Bundespräsidenten im März 1969; damit endgültiger Verzicht der SPD auf eine Wahlreform.
1. Oktober 1969 Nach der Wahl zum 6. Bundestag Versuch von Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger*, auf die zwischen SPD und FDP geführten Koalitionsgespräche Einfluß zu nehmen, indem er der FDP ein „umfassendes Programm der Zusammenarbeit in Bund und Ländern für die siebziger Jahre“ vorschlägt, das auch eine Garantie gegen Wahlrechtsänderungen als Koalitionsgrundlage enthält.

Als wenige Tage später deutlich wird, daß die FDP in der 6. Wahlperiode eine Koalition mit der SPD eingehen wird, erklärt Bundeskanzler *Kiesinger*, die CDU werde versuchen, zukünftig aus allen Landtagen „diese Partei herauszukatapultieren, die sich jetzt als Schlüsselfigur in der Bundesrepublik betätigt“.

- 25.–27. Januar 1971 18. Bundesparteitag der CDU; Verabschiedung des Berliner Programms (2. Fassung) mit der Forderung:
 „Wir wollen ein mehrheitsbildendes Wahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt und stabile politische Verhältnisse sichert.“

Die Frage einer Wahlsystemreform ist seitdem – von gelegentlichen Beiträgen in der Literatur*), Expertengesprächen**) und Äußerungen von Politikern***) abgesehen – nicht mehr in großer Breite öffentlich aufgeworfen worden.

1.3 Wahltermin und Wahlfristen

Den Termin zur Wahl des 1. Bundestages legte das vom Parlamentarischen Rat verabschiedete „Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland“ vom 15. Juni 1949 fest.

Zwischen 1953 und 1976 war für die Festlegung des Termins Artikel 39 Abs. 1 GG maßgebend: „Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet vier Jahre nach dem ersten Zusammentritt oder mit seiner Auflösung. *Die Neuwahl findet im letzten Vierteljahr der Wahlperiode statt, im Falle der Auflösung spätestens nach sechzig Tagen.*“

Artikel 39 GG ist inzwischen durch Gesetz vom 23. August 1976 (in Kraft getreten am 14. Dezember 1976) folgendermaßen geändert worden: „Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. *Die Neuwahl findet frühestens fünf- und vierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt.*“ Diese Regelung galt erstmals für die Bundestagswahl 1980.

Die Wahltage seit 1949

Die folgende Übersicht enthält für die Wahljahre seit 1949

- die für die Anordnung des Wahltermins zu beachtende verfassungsrechtliche Bestimmung des Artikels 39 GG,

*) Vgl. zusammenfassend *Eckhard Jesse*, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983. Düsseldorf 1985.

**) Z. B. ein Expertengespräch der Hanns-Seidel-Stiftung im Dezember 1993 (vgl. dazu den Bericht in: Das Parlament vom 24./31. Dezember 1993).

***) Z. B. im Mai 1993 der Ministerpräsident von Baden-Württemberg *Erwin Teufel* und im März 1994 der frühere Bundeskanzler *Helmut Schmidt* (vgl. dazu *Werner Kaltefleiter* und *Karl-Heinz Naßmacher*, Stimmen der Vernunft. In: DIE ZEIT vom 18. März 1994).

- die sich daraus ergebende Zeitspanne für den möglichen Wahltag (einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag!),
- das tatsächliche Datum der Wahl (**fett umrandet**).

Wahlperiode (Wahljahr)	für die Anordnung des Wahltages zu beachtende verfassungsrechtliche Bestimmung (Artikel 39 GG)	Bezugsdatum	Zeitspanne zwischen dem erstmöglichen und letztmöglichen Wahltermin	Tag der Wahl
1. WP (1949)	–	–	– –	14.8.1949 ¹⁾
2. WP (1953)	„im letzten Vierteljahr der Wahlperiode“	7. 9. 1953 ²⁾	7. 6. 1953 – 6. 9. 1953	6. 9. 1953 ³⁾ 4)
3. WP (1957)	„im letzten Vierteljahr der Wahlperiode“	6. 10. 1957 ²⁾	7. 7. 1957 – 6. 10. 1957	15. 9. 1957 ⁵⁾
4. WP (1961)	„im letzten Vierteljahr der Wahlperiode“	15. 10. 1961 ²⁾	16. 7. 1961 – 15. 10. 1961	17. 9. 1961 ⁶⁾
5. WP (1965)	„im letzten Vierteljahr der Wahlperiode“	17. 10. 1965 ²⁾	18. 7. 1965 – 17. 10. 1965	19. 9. 1965 ⁷⁾
6. WP (1969)	„im letzten Vierteljahr der Wahlperiode“	19. 10. 1969 ²⁾	20. 7. 1969 – 19. 10. 1969	28. 9. 1969 ⁸⁾
7. WP (1972)	„im Falle der Auflösung spätestens nach sechzig Tagen“	22. 9. 1972 ⁹⁾	24. 9. 1972 – 19. 11. 1972	19. 11. 1972 ¹⁰⁾ 4)
8. WP (1976)	„im letzten Vierteljahr der Wahlperiode“	13. 12. 1976 ²⁾	19. 9. 1976 – 12. 12. 1976	3. 10. 1976 ¹¹⁾
9. WP (1980)	„frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode“	14. 12. 1976 ¹²⁾	14. 9. 1980 – 9. 11. 1980	5. 10. 1980 ¹³⁾
10. WP (1983)	„im Falle einer Auflösung des Bundestages ... innerhalb von sechzig Tagen“	8. 1. 1983 ¹⁴⁾	9. 1. 1983 – 6. 3. 1983	6. 3. 1983 ¹⁵⁾ 16)
11. WP (1987)	frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode“	29. 3. 1983 ¹²⁾	1. 1. 1987 – 22. 2. 1987	25. 1. 1987 ¹⁷⁾

^{1) 2)} usw.: Fußnoten auf Seite 58

Wahlperiode (Wahljahr)	für die Anordnung des Wahltages zu beachtende verfassungsrechtliche Bestimmung (Artikel 39 GG)	Bezugsdatum	Zeitspanne zwischen dem erstmöglichen und letztmöglichen Wahltermin	Tag der Wahl
12. WP (1990)	„frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode“	18. 2. 1987 ¹²⁾	25. 11. 1990 – 13. 1. 1991	2. 12. 1990 ¹⁸⁾
13. WP (1994)	„frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode“	20. 12. 1990 ¹²⁾	25. 9. 1994 – 20. 11. 1994	16. 10. 1994 ¹⁹⁾

1) Verordnung über den Wahltag vom 15. Juni 1949 (BGBl. S. 24)

2) Ende der vorangegangenen Wahlperiode

3) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1953 vom 10. Juli 1953 (BGBl. I S. 494)

4) Die Wahl wurde zum letztmöglichen Termin durchgeführt.

5) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1957 vom 22. März 1957 (BGBl. I S. 282)

6) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1961 vom 21. März 1961 (BGBl. I S. 273)

7) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1965 vom 16. März 1965 (BGBl. I S. 150)

8) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1969 (BGBl. I S. 214)

9) Der 6. Bundestag wurde am 22. September 1972 auf Vorschlag des Bundeskanzlers durch den Bundespräsidenten aufgelöst (vgl. BGBl. I S. 1833).

10) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1972 (BGBl. I S. 1834)

11) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1976 (BGBl. I S. 281)

12) Beginn der vorangegangenen Wahlperiode

13) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1980 (BGBl. I S. 329)

14) Tag nach der Auflösung des Bundestages

15) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1983 (BGBl. I S. 2)

16) Die Wahl wurde zum letztmöglichen Termin durchgeführt.

17) Anordnung über die Bundestags-Wahl 1987 (BGBl. 1986 I S. 945)

18) Anordnung über die Bundestagswahl 1990 (BGBl. I S. 1713)

19) Anordnung über die Bundestagswahl 1994 (BGBl. I S. 301)

Fristen und Termine für die Wahlvorbereitung

Damit die ordnungsgemäße Durchführung der Bundestagswahl am Wahltag gewährleistet ist, sehen die Bundeswahlgesetze und die Bundeswahlordnung für die Vorbereitungszeit zahlreiche aufeinander abgestimmte Fristen und Termine vor. „Die entsprechenden Vorschriften enthalten zwingendes Recht; als Ausschlußfristen vertragen die Fristen grundsätzlich keine Verlängerung oder ‚Nachsicht bei Frist- oder Terminüberschreitung durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.‘“*) Diese strikte Handhabung ist auch erforderlich, um Wahlanfechtungen aus derartigen formellen Gründen ausschließen zu können.

Die Wahlfristen bei der Durchführung von Bundestagswahlen sind zuletzt durch das Achte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 28.12.1988 (BGBl. I S. 2422) geändert und dabei von 75

*) *Wolfgang Schreiber*, Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz. 4. Aufl. Köln, Berlin, Bonn, München 1990. S. 603.

auf 90 Tage verlängert worden. Die Einzelheiten zu den bisherigen und künftigen Fristen enthält der folgende Unterabschnitt.

Eine besondere Situation ergab sich 1983 bei der vorgezogenen Neuwahl nach der Auflösung des Bundestages. Einzelheiten enthält im folgenden der „Terminplan für die 60-Tage-Frist bei der Neuwahl vom 6. März 1983“ (Seiten 61–64).

Unter erheblichen Zeitdruck geriet die Vorbereitung der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, nachdem sich die geltende 90-Tage-Frist durch besondere Umstände schließlich auf 40 Tage reduzierte (siehe Terminplan auf den Seiten 64–67).

Bisherige und künftige Fristen bei der Durchführung von Bundestagswahlen

Das am 1. Dezember 1988 vom Bundestag verabschiedete und am 29. Dezember 1988 in Kraft getretene Achte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (BGBl. I S. 2422) enthält zahlreiche Änderungen, vor allem Vorverlegungen von Fristen, die bei der Vorbereitung der Wahlen zum Deutschen Bundestag zu beachten sind. Die folgende Synopse stellt die bisherigen und die (voraussichtlich) künftig geltenden Regelungen gegenüber.*)

Dieser Terminplan, der eigentlich erstmals bei der Wahl zum 12. Bundestag im Dezember 1990 zur Anwendung hätte kommen sollen, ließ sich wegen der knappen Terminlage der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl bekanntlich nicht einhalten. Welche Termine und Fristen bei der Bundestagswahl 1990 statt dessen galten, ist deshalb gesondert in einem anschließenden Unterabschnitt dokumentiert.

Tag vor dem Wahltag		Gegenstand	Rechtsgrundlage
bisher	künftig		
75. Tag	90. Tag	Letzter Tag für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl durch Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, beim Bundeswahlleiter.	§ 18 Abs. 2 BWG
58. Tag	72. Tag	Letzter Tag für die für alle Wahlorgane verbindliche Feststellung durch den Bundeswahlausschuß. <ul style="list-style-type: none"> – welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, – welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind. 	§ 18 Abs. 4 BWG

*) Quelle: Sekretariat des Innenausschusses

Tag vor dem Wahltag		Gegenstand	Rechtsgrundlage
bisher	künftig		
52. Tag	66. Tag	Letzter Tag – bis 18 Uhr – für die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen beim Kreiswahlleiter und von Landeslisten beim Landeswahlleiter.	§ 19 BWG
44. Tag	58. Tag	<p>1) Bis zur Zulassung am gleichen Tag</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ablauf der Frist für die Zurücknahme oder Änderung eines Wahlvorschlages, – Ablauf der Frist für die Beseitigung von Mängeln des Wahlvorschlages, die die Gültigkeit nicht berühren. <p>2) Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Kreiswahlausschüsse über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge, – der Landeswahlausschüsse über die Zulassung der Landeslisten. 	<p>§ 26 Abs. 1 BWG</p> <p>§§ 23 und 24, § 27 Abs. 5 i. V.m. §§ 23 und 24 BWG</p> <p>§ 25, § 27 Abs. 5 i.V.m. § 25 BWG</p> <p>§ 26 Abs. 1 BWG</p> <p>§ 28 Abs. 1 BWG</p>
41. Tag	55. Tag	<p>Letzter Tag für die Einlegung</p> <ul style="list-style-type: none"> – einer Beschwerde an den Landeswahlausschuß gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlages, – einer Beschwerde an den Bundeswahlausschuß gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste. 	<p>§ 26 Abs. 2 BWG</p> <p>§ 28 Abs. 2 BWG</p>
38. Tag	52. Tag	<p>Letzter Tag für die Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> – des Landeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlages, – des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste. 	<p>§ 26 Abs. 2 BWG</p> <p>§ 28 Abs. 2 BWG</p>
34. Tag	48. Tag	<p>Letzter Tag für die öffentliche Bekanntmachung</p> <ul style="list-style-type: none"> – der zugelassenen Kreiswahlvorschläge durch die Kreiswahlleiter, – der zugelassenen Landeslisten durch die Landeswahlleiter. 	<p>§ 26 Abs. 3 BWG</p> <p>§ 28 Abs. 3 BWG</p>
20. Tag	34. Tag	Letzter Tag – bis 18 Uhr – für die Abgabe der schriftlichen Erklärung über den Ausschluß von der Verbindung von Landeslisten gegenüber dem Bundeswahlleiter.	§ 29 Abs. 1 BWG
20.–15. Tag	20.–16. Tag (nur Werktage)	Öffentliche Auslegung des Wählerverzeichnisses zur allgemeinen Einsicht durch die Gemeindebehörden.	§ 17 Abs. 1 BWG

Tag vor dem Wahltag		Gegenstand	Rechtsgrundlage
bisher	künftig		
16. Tag	30. Tag	Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Erklärungen über den Ausschluß der Listenverbindung.	§ 29 Abs. 2 BWG
15. Tag	26. Tag	Letzter Tag für die Bekanntmachung des Bundeswahlleiters über die Landeslisten, die von einer Listenverbindung ausgeschlossen sind.	

Terminplan für die 60-Tage-Frist bei der Neuwahl vom 6. März 1983*)

Die Zeitspanne für den möglichen Wahltermin ist freilich insbesondere nach einer vorzeitigen Auflösung des Bundestages nur von theoretischer Bedeutung. Vor jeder Bundestagswahl sind umfangreiche Vorbereitungen erforderlich sowie Termine nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung unbedingt einzuhalten, um Wahlanfechtungen aus derartigen formellen Gründen ausschließen zu können.

Die 60-Tage-Frist für die vorgezogene Neuwahl nach einer Auflösung des Bundestages ist deshalb in Wirklichkeit kaum zu reichlich bemessen. Der nachfolgend wiedergegebene „Terminplan“ soll dies verdeutlichen; bezogen auf den Wahltag vom 6. März 1983 sind in ihm die Termine zusammengestellt, die sich aus dem Bundeswahlgesetz (BWG) und der Bundeswahlordnung (BWO) ergeben.

Frist/Datum	Wahlvorbereitung	Rechtsgrundlage
47. Tag = 18. 1. 1983	Letzter Tag für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl durch Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, beim Bundeswahlleiter.	§ 18 Abs. 2 BWG

*) Quelle: *Joseph Bücker* und *Helmut Schlimbach*, *Die Wende in Bonn*. Heidelberg 1983. S. 248–251.

Hinweis

Der Neuwahl des Bundestages vom 6. März 1983 gingen folgende Daten voraus:

Am 17. Dezember 1982 wird dem Bundeskanzler in der Abstimmung über die Vertrauensfrage erwartungsgemäß das Vertrauen verweigert, und der Bundeskanzler schlägt dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestages vor. Am 6. Januar 1983 ordnet der Bundespräsident die Auflösung des Bundestages und Neuwahlen an.

Einzelheiten enthält Abschnitt 6.14 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Frist/Datum	Wahlvorbereitung	Rechtsgrundlage
bis zum 38. Tag	Einladung der Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, zu der Sitzung über ihre Anerkennung als Partei für die Wahl durch den Bundeswahlleiter.	
37. Tag = 27. 1. 1983	<p>Letzter Tag für die für alle Wahlorgane verbindliche Feststellung durch den Bundeswahlausschuß und Verkündung durch den Bundeswahlleiter,</p> <ul style="list-style-type: none"> – welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, – welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind. 	§ 18 Abs. 3 BWG
35. Tag = 30. 1. 1983	Stichtag für die Eintragung aller Personen in das Wählerverzeichnis, bei denen an diesem Tag feststeht, daß sie am Wahltag wahlberechtigt sind.	§ 16 Abs. 1 BWO
34. Tag = 31. 1. 1983	Letzter Tag – bis 18.00 Uhr – für die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen beim Kreiswahlleiter und von Landeslisten beim Landeswahlleiter.	§ 19 BWG
30. Tag = 4. 2. 1983	<p>1) Bis zur Zulassung am gleichen Tag</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ablauf der Frist für die Zurücknahme oder Änderung eines Wahlvorschlages, – Ablauf der Frist für die Beseitigung von Mängeln des Wahlvorschlages, die die Gültigkeit nicht berühren. <p>2) Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Kreiswahlausschüsse über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge, – der Landeswahlausschüsse über die Zulassung der Landeslisten. <p>3) Frühester Termin für die Erteilung von Wahlscheinen.</p>	<p>§ 26 Abs. 1 BWG</p> <p>§§ 23, 24 BWG</p> <p>§ 25 BWG</p> <p>§ 26 Abs. 1 BWG</p> <p>§ 28 Abs. 1 BWG</p> <p>§ 28 Abs. 1 BWO</p>
27. Tag = 7. 2. 1983	<p>Letzter Tag für die Einlegung</p> <ul style="list-style-type: none"> – einer Beschwerde an den Landeswahlausschuß gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlages, – einer Beschwerde an den Bundeswahlausschuß gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste. 	<p>§ 26 Abs. 2 BWG</p> <p>§ 28 Abs. 2 BWG</p>

Frist/Datum	Wahlvorbereitung	Rechtsgrundlage
24. Tag = 10. 2. 1983	Letzter Tag für die Entscheidung <ul style="list-style-type: none"> – des Landeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlages, – des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste, – für die öffentliche Bekanntmachung über die Auslegung der Wählerverzeichnisse. 	§ 26 Abs. 2 BWG § 28 Abs. 2 BWG § 20 BWO
21. Tag = 13. 2. 1983	1) Letzter Tag zur Benachrichtigung der Wahlberechtigten über deren Eintragung in das Wählerverzeichnis. 2) Letzter Tag zur Stellung eines Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis durch Wahlberechtigte, die nur auf Antrag eingetragen werden.	§ 19 Abs. 1 BWO § 18 Abs. 1 BWO
20. Tag = 14. 2. 1983	1) Letzter Tag für die öffentliche Bekanntmachung <ul style="list-style-type: none"> – der zugelassenen Kreiswahlvorschläge durch die Kreiswahlleiter, – der zugelassenen Landeslisten durch die Landeswahlleiter. 2) Letzter Tag – bis 18.00 Uhr – für die Abgabe der schriftlichen Erklärung über den Ausschluß von der Listenverbindung gegenüber dem Bundeswahlleiter.	§ 20 Abs. 3 BWG § 28 Abs. 3 BWG § 29 Abs. 1 BWG
20.–15. Tag = 14. 2.–19. 2. 1983	Öffentliche Auslegung des Wählerverzeichnisses und Einspruchsmöglichkeit wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses.	§ 17 Abs. 1 BWG
16. Tag = 18. 2. 1983	Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Erklärungen über den Ausschluß von der Listenverbindung.	§ 29 Abs. 2 BWG
15. Tag = 19. 2. 1983	Letzter Tag <ul style="list-style-type: none"> – für die Bekanntmachung des Bundeswahlleiters über die Landeslisten, die von einer Listenverbindung ausgeschlossen sind, – der Auslegung der Wählerverzeichnisse, – für die Erhebung von Einsprüchen gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse. 	§ 29 Abs. 3 BWG § 17 Abs. 1 BWG § 22 Abs. 1 BWO
10. Tag = 24. 2. 1983	Letzter Tag für die Zustellung der Entscheidung über die Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses.	§ 22 Abs. 4 BWO

Frist/Datum	Wahlvorbereitung	Rechtsgrundlage
8. Tag = 26. 2. 1983	Letzter Tag für die Einreichung der Beschwerde an den Kreiswahlleiter gegen die Entscheidung der Gemeindebehörde über Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse; die Beschwerde ist bei der Gemeindebehörde einzulegen.	§ 22 Abs. 5 BWO
6. Tag = 28. 2. 1983	Spätester Termin für die Wahlbekanntmachung über Wahlleiter, Wahlbezirke, Wahlräume, Stimmzettel und Wahlverfahren.	§ 48 Abs. 1 BWO
4. Tag = 2. 3. 1983	Letzter Tag für die Entscheidung des Kreiswahlleiters über Beschwerden gegen Entscheidungen der Gemeindebehörde in bezug auf Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis.	§ 22 Abs. 5 BWO
Wahltag	<ol style="list-style-type: none"> 1) Stimmabgabe in der Regel in der Zeit ab 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr. 2) bis 12.00 Uhr Entgegennahme von Wahlscheinträgen in den Fällen des § 25 Abs. 2 BWO und bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung. 3) 12.00 Uhr letzter Termin für die Anforderung von Briefwahlunterlagen. 4) 18.00 Uhr spätester Zeitpunkt für den rechtzeitigen Eingang der Wahlbriefe bei der zuständigen Stelle bzw. beim Zustellpostamt der zuständigen Stelle. 5) nach 18.00 Uhr Feststellung und Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses. 	<p>§ 47 Abs. 1 BWO</p> <p>§ 27 Abs. 4 BWO</p> <p>§ 28 Abs. 3 BWO</p> <p>§ 74 Abs. 2 BWO</p> <p>§ 67 i. V. m. § 70 BWO</p>

Fristen bei der Durchführung der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

Ziele – wie oben gezeigt – das am 1. Dezember 1988 verabschiedete Achte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes auf eine generelle Verlängerung der Fristen bei der Durchführung künftiger Wahlen, so erforderten die besonderen, historisch einmaligen Umstände der ersten Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments am 2. Dezember 1990 im Gegenteil eine erhebliche Verkürzung der Fristen. Zwei Jahre zuvor von niemandem vorauszusehen, fiel die zwischen Ende November 1990

Hinweis

Zwei Chroniken zeichnen die Geschichte der Vereinigung Deutschlands auf:

- Abschnitt 7.4: Chronik der deutschen Vereinigung
- Abschnitt 28.1: Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

und Mitte Januar 1991 fällige Wahl zum 12. Bundestag zusammen mit der Vereinigung Deutschlands.

Bis erstens geklärt war,

- wie schnell und nach welchem verfassungsrechtlichen Verfahren die Einheit Deutschlands herbeigeführt werden sollte,
- in welchem zeitlichen Abstand und in welcher Reihenfolge die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland beitreten sowie das erste gesamtdeutsche Parlament gewählt werden sollten,

bis zweitens – neben allen sonstigen Regelungen für die deutsche Vereinigung – die notwendigen rechtlichen Grundlagen für die Wahl in den beiden Parlamenten und in gemeinsamen Beratungen erarbeitet und in letzter Minute aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990 nochmals geändert waren, hatte die geltende 90-Tage-Frist für eine Wahl am 2. Dezember 1990 längst zu laufen begonnen. Da man nach allgemeinen politischen Bekundungen an diesem vom Bundespräsidenten am 13. August 1990 festgesetzten Wahltermin nach Möglichkeit festhalten wollte, blieb nichts anderes übrig, als zunächst im Gesetz vom 23. September 1990 zum Wahlstaatsvertrag mit der DDR vom 3. August 1990 und dann nochmals im Zehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. Oktober 1990 die Fristen schließlich auf 40 Tage zu kürzen.

Im einzelnen galt für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 der im folgenden abgedruckte Terminplan.

Frist/Datum	Wahlvorbereitung	Rechtsgrundlage
40. Tag = 23. 10. 1990	1) Letzter Tag für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl der sogenannten „neuen“ Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, beim Bundeswahlleiter. 2) Letzter Tag für die schriftliche Erklärung der Absicht zu einer Listenvereinigung durch die Landesleitungsorgane (Vorstände) aller an der Liste Beteiligten gegenüber dem Bundeswahlleiter.	§ 18 Abs. 2 BWG
37. Tag = 26. 10. 1990	Letzter Tag für die für alle Wahlorgane verbindliche Feststellung durch den Bundeswahlausschuß, – ob die Voraussetzungen für eine Listenvereinigung vorliegen, – welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit der letzten Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren und – welche Vereinigungen, die ihre Wahlbeteiligung angezeigt haben, als Parteien anzuerkennen sind.	§ 18 Abs. 4 BWG
35. Tag = 28. 10. 1990	Stichtag für die Eintragung in das Wählerverzeichnis. Die Fristen des BWO werden durch den Wahlvertrag nicht geändert.	§ 16 Abs. 1 BWO

Frist/Datum	Wahlvorbereitung	Rechtsgrundlage
34. Tag = 29. 10. 1990	18 Uhr Fristablauf für die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen beim Kreiswahlleiter und von Landeslisten beim Landeswahlleiter.	§ 19 BWG
30. Tag = 2. 11. 1990	1) Bis zur Zulassung am gleichen Tag Fristablauf für die Zurücknahme oder Änderung von Wahlvorschlägen, die die Gültigkeit nicht berühren. 2) Entscheidung über die Zulassung des Kreiswahlvorschlages und der Landeslisten. 3) Frühester Termin für die Erteilung von Wahlscheinen.	§§ 23 f. i. V. m. § 26 BWG §§ 26 und 28 BWG § 28 Abs. 1 BWO
27. Tag = 5. 11. 1990	Letzter Tag für die Einlegung der Beschwerde an den Landeswahlausschuß gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlages und an den Bundeswahlausschuß gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste. Die Frist richtet sich nach den §§ 187, 188 BGB.	§§ 26 Abs. 2 und 28 Abs. 2 BWG
24. Tag = 8. 11. 1990	1) Letzter Termin für die Entscheidung über diese Beschwerden. 2) Letzter Tag für die öffentliche Bekanntmachung über die Auslegung der Wählerverzeichnisse.	§§ 26 Abs. 2 Satz 5 und 28 Abs. 2 Satz 5 BWG § 20 Abs. 1 BWO

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Frist/Datum	Wahlvorbereitung	Rechtsgrundlage
21. Tag = 11. 11. 1990	1) Letzter Tag zur Benachrichtigung der Wahlberechtigten über deren Eintragung in das Wählerverzeichnis. 2) Letzter Tag zur Stellung eines Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis.	§ 18 Abs. 1 BWO
20. Tag = 12. 11. 1990	1) Letzter Tag für die öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Kreiswahlvorschläge durch den Kreiswahlleiter und der zugelassenen Landeslisten durch den Landeswahlleiter. 2) Letzter Tag (bis 18.00 Uhr) für die Abgabe der Erklärung über den Ausschluß von der Listenverbindung gegenüber dem Bundeswahlleiter.	§§ 26 Abs. 3 und 28 Abs. 3 BWG §§ 7 und 29 Abs. 1 BWG
20.–16. Tag = 16.–12. 11. 1990	1) Öffentliche Auslegung des Wählerverzeichnisses. 2) Einspruchsmöglichkeit wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses.	§ 17 Abs. 1 BWG § 22 Abs. 1 BWO
16. Tag = 16. 11. 1990	Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Erklärung über den Ausschluß von den Listenverbindungen.	
15. Tag = 17. 11. 1990	Letzter Tag für die Bekanntmachung des Bundeswahlleiters über die Listenverbindungen und über die Landeslisten, die von einer Listenverbindung ausgeschlossen sind.	§ 29 Abs. 3 BWG
10. Tag = 22. 11. 1990	Letzter Tag für die Zustellung der Entscheidung über die Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses.	§ 22 Abs. 4 BWO
8. Tag = 24. 11. 1990	Letzter Tag für die Einreichung der Beschwerde an den Kreiswahlleiter über die Gemeindebehörde gegen die Entscheidung der Gemeindebehörde über Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses.	§ 22 Abs. 5 Satz 1 BWO
6. Tag = 26. 11. 1990	Spätester Termin für die Bekanntmachung der Wahlleiter, Wahlbezirke, Wahlräume, Stimmzettel und Wahlverfahren.	§ 48 BWO
4. Tag = 28. 11. 1990	Letzter Tag für die Entscheidung des Kreiswahlleiters über Beschwerden gegen Entscheidungen der Gemeindebehörde über Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis.	
3.–1. Tag = 29. 11.–1. 12. 1990	Abschluß des Wählerverzeichnisses.	

Frist/Datum	Wahlvorbereitung	Rechtsgrundlage
Wahltag = 2. 12. 1990	1) Stimmabgabe, in der Regel ab 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr; 2) bis 12.00 Uhr: Entgegennahme von Wahlscheinanträgen in den Fällen des § 25 Abs. 2 BWO und bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung; 3) 12.00 Uhr: letzter Termin für die Anforderung von Briefwahlunterlagen; 4) 18.00 Uhr: spätestester Zeitpunkt für den rechtzeitigen Eingang der Wahlbriefe bei der zuständigen Stelle bzw. bei dessen Zustellpostamt.	§ 28 Abs. 3 BWO

1.4 Wahlalter

Das Alter für die Wahlberechtigung und für die Wählbarkeit bei Bundestagswahlen ist seit 1949 in mehreren Schritten herabgesetzt worden.

Rechtsgrundlage bildete zunächst Artikel 38 Abs. 2 GG in der am 23. Mai 1949 beschlossenen Fassung: „Wahlberechtigt ist, wer das einundzwanzigste, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.“ Diese Bestimmung galt für die Wahljahre von 1949 bis 1969.

Mit dem 27. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. Juli 1970 wurde Artikel 38 Abs. 2 GG neu gefaßt: „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.“ Die Volljährigkeit, die im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt ist, begann zu der Zeit – und noch im Wahljahr 1972 – mit Vollendung des 21. Lebensjahres. Durch das Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters vom 31. Juli 1974 (in Kraft getreten am 1. Januar 1975) wurde die Volljährigkeit – und damit das Alter für die Wählbarkeit – schließlich auf die Vollendung des 18. Lebensjahres herabgesetzt.

Demnach betrug das Wahlalter für die einzelnen Wahljahre:

Wahljahr	Alter für Wahlberechtigung (aktives Wahlalter): ab Vollendung des ...	Alter für Wählbarkeit (passives Wahlalter): ab Vollendung des ...
1949–1969	21. Lebensjahres	25. Lebensjahres
1972	18. Lebensjahres	21. Lebensjahres
seit 1976	18. Lebensjahres	18. Lebensjahres

Hinweis

Zur Auswirkung der Herabsetzung der Wählbarkeit auf die Altersgliederung des Bundestages vgl. Abschnitt 3.1.

1.5 Verzeichnis der Parteien und Wählergruppen

Folgende Parteien und Wählergemeinschaften bzw. Wählergruppen sind bei den einzelnen Bundestagswahlen seit 1949 aufgetreten*):

Wahl zum 1. Bundestag (1949)

BP	Bayern-Partei
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DKP	Deutsche Konservative Partei
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei (Abkürzung in einigen Ländern auch für „Deutsche Rechtspartei“ angewendet)
DVP	Demokratische Volkspartei
EVD	Europäische Volksbewegung Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
RSF	Radikalsoziale Freiheitspartei
RWVP	Rheinisch-westfälische Volkspartei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
WAV	Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
ZP	Zentrums-Partei
-	Parteilose und Unabhängige

Wahl zum 2. Bundestag (1953)

BP	Bayernpartei
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DNS	Nationale Sammlung
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DVP	Demokratische Volkspartei (nur in Baden-Württemberg als Doppelbezeichnung mit FDP)
DZP	Deutsche Zentrumspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
FWS	Freie Wählergemeinschaft Stuttgart
GB-BHE	Gesamtdeutscher Block – BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten)
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NBayG	Notgemeinschaft Bayerisches Grenzland
PdgD	Partei der guten Deutschen
PWGp	Parteilose Wählergemeinschaft „parteilos“

*) Quelle: Statistisches Bundesamt; Quellennachweis im einzelnen siehe bei Abschnitt 1.11.

noch: Wahl zum 2. Bundestag (1953)

SHLP	Schleswig-Holsteinische Landespartei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
VU	Vaterländische Union
WGFp	Wählergemeinschaft Freudenberg „parteilos“

Wahl zum 3. Bundestag (1957)

BdD	Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DFWG	Deutsche Friedens-Wahlgemeinschaft
DG	Deutsche Gemeinschaft
DP	Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei)
DRP	Deutsche Reichspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
FU	Föderalistische Union (Bayernpartei – Zentrum)
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/BHE
Mittelstand	Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien – UDM)
PdgD	Partei der guten Deutschen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
VU	Vaterländische Union
WGSch	Wählergruppe Schumacher

Wahl zum 4. Bundestag (1961)

a) Parteien mit Kreiswahlvorschlägen und Landeslisten

CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DFU	Deutsche Friedens-Union
DG	Deutsche Gemeinschaft
DPS/FDP	Demokratische Partei Saar/Freie Demokratische Partei
DRP	Deutsche Reichs-Partei
FDP	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
GDP	Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband

b) Parteien und Wählergruppen mit Kreiswahlvorschlägen, aber ohne Landeslisten

DVG	Deutsche-Völkische Gemeinschaft
USACD	Union Sozialer Arbeiter Christi Deutschlands
WGnD	Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland – Wählergemeinschaft
WGrKel	Wählergruppe Dr. Dr. Dr. Keller
WGrNie	Wählergruppe Niemack

Wahl zum 5. Bundestag (1965)

a) Kreiswahlvorschläge und Landeslisten

AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
CVP	Christliche Volkspartei
DFU	Deutsche Friedens-Union
EFP	Europäische Föderalistische Partei
FDP	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FSU	Freisoziale Union
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UAP	Unabhängige Arbeiter-Partei

b) Einzelbewerber

<i>Fiebich</i>	(Wahlkreis 116)
<i>Pöhn</i>	(Wahlkreis 138)

Wahl zum 6. Bundestag (1969)

a) Parteien

ADF	Aktion Demokratischer Fortschritt
BP	Bayernpartei
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DV	Deutsche Volkspartei
Zentrum	Deutsche Zentrumsparlei
EP	Europa Partei
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FSU	Freisoziale Union – Demokratische Mitte –
GDP	Gesamtdeutsche Partei
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UAP	Unabhängige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten)

b) Wählergruppen

18 (Wahlkreis 21)
Aktionskomitee „Daniels in den Bundestag“ (Wahlkreis 63)
Freie Wählergemeinschaft (Wahlkreis 19)
Gegen Hereinholen von Ausländern (Wahlkreis 204)
Gerechtigkeit und Fortschritt (Wahlkreis 205)
Jugendgemeinschaft „Schwimmgürtel“ (Wahlkreis 14)
Parteilos (Wahlkreis 88)
Unabhängig (Wahlkreis 39)
Unabhängige Demokraten (Wahlkreise 171, 174, 185, 199, 203, 214, 227, 230, 231, 243)
Wählergruppe <i>Pape</i> (Wahlkreis 164)

Wahl zum 7. Bundestag (1972)

a) Parteien

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
EFP	Europäische Föderalistische Partei
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FSU	Freisoziale Union – Demokratische Mitte –
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

b) Wählergruppen

Athanasius (Wahlkreis 168)
Bürgerrechtler (Wahlkreis 177)
Gegen Hereinholen von Ausländern (Wahlkreis 204)
Gerechtigkeit und Fortschritt (Wahlkreis 205)
Wählergruppe <i>Blum</i> (Wahlkreis 149)
Wählergruppe <i>Pape</i> (Wahlkreis 164)
Wählergruppe <i>Volkholz</i> (Wahlkreis 219)

Wahl zum 8. Bundestag (1976)

a) Parteien

AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
AVP	Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
C.B.V.	Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
EAP	Europäische Arbeiterpartei
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FDP/DPS	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar
5%-BLOCK	5%-BLOCK Partei
GIM	Gruppe Internationaler Marxisten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
RFP	RECHT und FREIHEIT PARTEI
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UAP	Unabhängige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten)
VL	VEREINIGTE LINKE

b) Wählergruppen

<i>Zickler</i> (Wahlkreis 6)
<i>Reints</i> (Wahlkreis 23)
Parteibuchfrei/AWS – Arbeitsgemeinschaft der Wähler und Steuerzahler (Wahlkreis 63)
Parteibuchfrei/Freie Bürger-Union (Wahlkreis 63)
<i>Momm</i> (Wahlkreis 71)
Arbeitsgemeinschaft der Wähler und Steuerzahler – AWS (Wahlkreise 89, 101)

Gause (Wahlkreis 104)
Fichtner (Wahlkreis 116)
Otto (Wahlkreis 118)

Wahl zum 9. Bundestag (1980)

a) Parteien

Bürgerp	Bürgerpartei
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
C.B.V.	Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DFP	Deutsche Freiheits Partei
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DU	Deutsche Union
GRÜNE	Die Grünen
EAP	Europäische Arbeiterpartei
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FDP/DPS	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UAP	Unabhängige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten)
V	Volksfront

b) Wählergruppen

Umweltschutz (Dr. *Eggers*, Wahlkreis 3)
Wählergruppe Grüne Aktion (*Luers*, Wahlkreis 23)
Einzelbewerber (*Rosenbruch*, Wahlkreis 45)
Einzelbewerber (*Strakeljahn*, Wahlkreis 71)
Sanfte Technologie und Umweltschutz (*Künzinger*, Wahlkreis 143)
Einzelbewerber (*Hofer*, Wahlkreis 167)
Ungeteiltes und Einklagbares Menschenrecht für alle Deutschen (*Rector*, Wahlkreis 196)
Bezwinger der Arbeitslosigkeit (*Baumgärtel*, Wahlkreis 201)
Überparteiliche Wählervereinigung gegen den Rangierbahnhof im Norden Münchens – ÜPWB
(*Braumann*, Wahlkreis 204)

Wahl zum 10. Bundestag (1983)

a) Parteien

BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
C.B.V.	Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
GRÜNE	Die Grünen
EAP	Europäische Arbeiterpartei
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)

noch: Wahl zum 10. Bundestag (1983)

NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USD	Unabhängige Soziale Demokraten

b) Wählergruppen

Parteilos (Zickler, Wahlkreis 6)
Einzelbewerber (<i>Schmieta</i> , Wahlkreis 45)
Einzelbewerber (<i>Strakeljahn</i> , Wahlkreis 71)
Parteilose (<i>Schürmann</i> , Wahlkreis 90)
Parteiunabhängige (<i>Laufer</i> , Wahlkreis 101)
Bürgerrechtler (<i>Palmer</i> , Wahlkreis 167)
Unabhängig (<i>Holtz</i> , Wahlkreis 185)
Bezwinger der Arbeitslosigkeit (<i>Baumgärtel</i> , Wahlkreis 201)
Sozial-pazifistisch (<i>Schramm</i> , Wahlkreis 228)

Wahl zum 11. Bundestag (1987)

a) Parteien

ASD	Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei)
BP	Bayernpartei
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
C.B.V.	Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
Familie	Deutsche Familien-Partei
Solidarität	Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz
ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei
GRÜNE	Die Grünen
Mündige Bürger	Die Mündigen Bürger
FRAUEN	Frauenpartei
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FSU	Freisoziale Union – Demokratische Mitte
HP	Humanistische Partei
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
Patrioten	Patrioten für Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UAP	Unabhängige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten)

b) Wählergruppen

Frieden (Wahlkreise 1–37, 39–129, 131–237 und 239–248)
Einzelbewerber (<i>Brückner</i> , Wahlkreis 22)
Einzelbewerber (<i>Grünheier</i> , Wahlkreis 38)
DER KANDIDAT (Wahlkreis 45)
christlich umweltfreundlich sozial (Wahlkreis 67)
unabhängig und frei (Wahlkreis 82)
Einzelbewerber (<i>Witke</i> , Wahlkreis 113)
Einzelbewerber (<i>Janocha</i> , Wahlkreis 136)

Einzelbewerber (Dr. Krömer, Wahlkreis 154)
 Einzelbewerber (Munzinger, Wahlkreis 161)
 Bürgerrecht (Wahlkreis 168)
 Volksvertreter Remstal (Wahlkreis 168)
 Computer und Neue Medien (Wahlkreis 183)
 Einzelbewerber (Robert Heidel, Wahlkreis 185)
 Bezwinger der Arbeitslosigkeit (Wahlkreis 201)
 Initiative Saubere Luft und Grüne Wälder (Wahlkreis 203)
 HANDLOS-WÄHLERGRUPPE (Wahlkreis 213)

Wahl zum 12. Bundestag (1990)

a) Parteien und Listenvereinigungen

BP	Bayernpartei
B90/Gr	Bündnis 90/Grüne-BürgerInnenbewegungen ¹⁾
DDD	Bund der Deutschen Demokraten
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
LIGA	CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben
CM	CHRISTLICHE MITTE
ÖKO-UNION	DEUTSCHE SOLIDARITÄT, Union für Umwelt- und Lebensschutz
DSU	Deutsche Soziale Union
DIE GRAUEN	DIE GRAUEN Initiiert vom Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther“ e.V. („SSB-GP“)
GRÜNE	DIE GRÜNEN
GRÜNE/AL	Die Grünen/Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz ²⁾
GRÜNE/GAL	DIE GRÜNEN/Grün-Alternative Liste ³⁾
Mündige Bürger	Die Mündigen Bürger
REP	DIE REPUBLIKANER
EPF	Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei
FRAUEN	FRAUENPARTEI
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei ⁴⁾
FDP/DPS	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar ⁵⁾
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PDS/Linke Liste	Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste ⁶⁾
Patrioten	Patrioten für Deutschland
SpAD	Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

¹⁾ Listenvereinigung, bestehend aus den Parteien bzw. anderen politischen Vereinigungen DEMOKRATIE JETZT (DJ), Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), NEUES FORUM (NF), Unabhängiger Frauenverband (UFV), Die Grünen (Grüne)

²⁾ Landesverband Berlin der GRÜNEN

³⁾ Landesverband Hamburg der GRÜNEN

⁴⁾ Landesverband Baden-Württemberg der F.D.P.

⁵⁾ Landesverband Saarland der F.D.P.

⁶⁾ Landesverbände der PDS

noch: Wahl zum 12. Bundestag (1990)

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VAA	Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie

b) Wählergruppen und Einzelbewerber

Der Springende Punkt (Wahlkreise 7, 16, 50, 95, 107, 162, 163, 168, 185, 187, 190, 193, 194, 196, 222, 228, 230, 231, 238)

Focke Hofmann (Hofmann, Wahlkreis 21)

Unparteiisch (*Clasen, Wahlkreis 26*)

Jopp (Wahlkreis 29)

Bergmann (Wahlkreis 45)

Lissy (Wahlkreis 49)

Mensch (*Schumacher, Wahlkreis 54*)

PRO VOLKSENTSCHEID (*Schöbel, Wahlkreis 58*)

Humanisten ins Parlament HP (Wahlkreise 74, 75)

Dr. *Schmidt (Wahlkreis 103)*

Überparteilich Verbandsfrei Unabhängig (*Schopp, Wahlkreis 153*)

Parteilose Demokraten in den Bundestag (*Schlarp, Wahlkreis 162*)

Nießner (Wahlkreis 175)

Froböse (Wahlkreis 175)

Wählerinitiative *Joseph (Joseph, Wahlkreis 187)*

Partner *Palmer (Palmer, Wahlkreis 193)*

AKTION LÖWENZAHN (*Guter, Wahlkreis 197*)

Fußballreform (*Baumgärtel, Wahlkreis 201*)

PARTEIFREI (*Graf, Wahlkreis 215*)

JUNGE UNABHÄNGIGE BÜRGER-LISTE JUBL (*Wachta, Wahlkreis 218*)

Lebendiges Gewissen (*Dosch, Wahlkreis 236*)

MEHR EHRLICHE POLITIK (*Gehrke, Wahlkreis 241*)

Stalinismus-Faschismus Sterben (*Brückner, Wahlkreis 253*)

Richter (Wahlkreis 279)

Bräuer (Wahlkreis 286)

Usbek (Wahlkreis 286)

BI Welsleben (*Hilbich, Wahlkreis 287*)

U. SCHL. (*Schlegel, Wahlkreis 298*)

Konservative (*Siegerist, Wahlkreis 310*)

Heine (Wahlkreis 314)

Chemnitz wird leben (Wahlkreise 323, 324)

Wahl zum 13. Bundestag (1994)

a) Parteien

APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
BGD	Bund für Gesamtdeutschland, Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft – DIE NEUE DEUTSCHE MITTE –
BP	Bayernpartei
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.

DEMOKRATEN	DIE DEMOKRATEN
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DSU	Deutsche Soziale Union
DVP	Deutsche Volkspartei
FBU	FREIE BÜRGER UNION
FSU	FREISOZIALE UNION – Demokratische Mitte
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP ¹⁾	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FDP/DPS ²⁾	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar
GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GRÜNE/GAL ³⁾	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grün-Alternative-Liste
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LD	Liberale Demokraten, die Sozialliberalen
LIGA	CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NATURGESETZ	DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PDS Linke Liste ⁴⁾	Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Niedersachsen Linke Liste
REP	DIE REPUBLIKANER
Solidarität ⁵⁾	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STATT Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
Tierschutz ⁶⁾	Mensch Umwelt Tierschutz
UAP	UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten)
ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei

b) Wählergruppen und Einzelbewerber

Andresen (Wahlkreis 2)

Einer für Viele (*Palleske*, Wahlkreis 3)

Aktion für Reformen öffentliche Gelder – ARöG – (*Mey*, Wahlkreis 8)

Sozial Liberale Union SLU, das Spektrum (*Conrad*, Wahlkreis 12)

Politisches Frauen – Netzwerk (Wahlkreise 33, 50, 51, 303)

Stadermann (Wahlkreis 49)

Parteiloser Bürger (*Köppen*, Wahlkreis 51)

Wählergruppe Soziale Einheit Deutschlands (*Gürster*, Wahlkreis 62)

Frauen-Interessen (*Oesterle-Schwerin*, Wahlkreis 63)

FrauenFragen (*Horsthemke-Becker*, Wahlkreis 66)

Wählergruppe *Dürschmidt* (*Dürschmidt*, Wahlkreis 69)

Arbeitnehmerpolitik – Für die soziale Einheit Deutschlands (*Däuber*, Wahlkreis 85)

SONNTAG (*Sonntag*, Wahlkreis 97)

1) Landesverband Baden-Württemberg der F.D.P.

2) Landesverband Saarland der F.D.P.

3) Landesverband Hamburg der GRÜNEN

4) Landesverband Niedersachsen der PDS

5) Aus technischen Gründen war die Bildung einer Kurzbezeichnung notwendig.

6) Aus technischen Gründen ist die Schreibweise nicht identisch mit der satzungsgemäßen Kurzbezeichnung.

noch: Wahl zum 13. Bundestag (1994)

DER KANZLERKANDIDAT (*Clasen*, Wahlkreis 99)
 Feministische Initiative (*Höfelbarth*, Wahlkreis 125)
 BUNDESKANZLER IN SPE – DEUTSCHLAND AG (*Schulte*, Wahlkreis 139)
 LINKSWENDE (Wahlkreise 139, 140)
 Deutsche Freiheit und Arbeit (*Pape*, Wahlkreis 162)
 Palmer statt Parteien (*Palmer*, Wahlkreis 168)
 Weltbürger (*Peter*, Wahlkreis 187)
 Wählergruppe *Dobler* (*Dobler*, Wahlkreis 196)
 Parteionabhängige Bürger (*Ertel*, Wahlkreis 220)
 DER WELTREVOLUTIONÄR (*Kalupner*, Wahlkreis 228)
 Peters Liste (*Elsesser*, Wahlkreis 233)
 FÜR NEUES UND RICHTIGES DENKEN (*Alig*, Wahlkreis 233)
Sillge (Wahlkreis 249)
 Parteilose Reinickendorfer für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung
 (*Thesenvitz*, Wahlkreis 251)
Ciftci (Wahlkreis 255)
 Freie Wählergemeinschaft „Unabhängige Magdeburger“ FWG (*Geske*, Wahlkreis 286)
 Für die soziale Einheit Deutschlands (*Matzke*, Wahlkreis 310)
 PRO (*Kamilli*, Wahlkreis 310)
 Freie Bürger Dresden (*Kupfer*, Wahlkreis 319)
 Frauenliste Chemnitz (*Berger*, Wahlkreis 323)

■ Das Verzeichnis der bei der Bundestagswahl von 1998 aufgetretenen Parteien (ohne Wählergruppen und Einzelbewerber) ist im NACHTRAG unter 1.5 abgedruckt.

Zahl der kandidierenden Parteien

Die in diesem Abschnitt aufgeführten Parteien, die bei den einzelnen Bundestagswahlen aufgetreten sind, werden in der nebenstehenden Tabelle seit 1949 statistisch zusammengefaßt. Neben den teilweise erheblichen Schwankungen in der Zahl der kandidierenden Parteien zeigt sich vor allem auch, daß sich die meisten Parteien bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1990 um Stimmen beworben haben.

Wahl zum ... Bundestag	Zahl der Parteien
1. BT (1949)	16
2. BT (1953)	16
3. BT (1957)	14
4. BT (1961)	9
5. BT (1965)	11
6. BT (1969)	13
7. BT (1972)	8

Wahl zum ... Bundestag	Zahl der Parteien
8. BT (1976)	17
9. BT (1980)	15
10. BT (1983)	13
11. BT (1987)	21
12. BT (1990)	25 ¹⁾
13. BT (1994)	22

¹⁾ einschließlich der bei der Wahl zum 12. Bundestag zulässigen Listenvereinigungen

1.6 Die kandidierenden Parteien in Stichworten

In diesem Abschnitt sind alle Parteien und politischen Vereinigungen stichwortartig beschrieben, die sich zwischen 1949 und 1994 an den Wahlen zum Deutschen Bundestag beteiligt haben oder die anderweitig durch einzelne Abgeordnete zeitweise im Bundestag vertreten waren oder sind (z. B. infolge Fraktionsspaltungen, Fraktionswechsel, Parteineugründungen, Nachrücker usw.). Damit wird ein Abschnitt fortgeschrieben, der erstmals im **Datenhandbuch Bundestag 1980–1984** erschienen ist und erst mit Vorliegen des von *Richard Stöss* herausgegebenen „Parteien-Handbuchs“*) möglich geworden war.

Die stichwortartige Beschreibung der kandidierenden Parteien im vorliegenden **Datenhandbuch****) ist folgendermaßen gegliedert:

- Daten aus der Parteigeschichte oder Organisationsgeschichte
- Parteivorsitzende(r) bzw. Vorsitzende(r)
- Teilnahme an Bundestagswahl(en).

*) *Richard Stöss* (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Band I: AUD bis EFP, Opladen 1983; Band II: FDP bis WAV, Opladen 1984. Das zweibändige Werk, in zehnjähriger Arbeit innerhalb des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin entstanden und 1983/84 im Westdeutschen Verlag erschienen, ist in dieser Form die erste umfassende empirische Bestandsaufnahme des westdeutschen Parteiensystems nach 1945. 45 Parteien werden hier nach einem einheitlichen Raster in gesonderten Beiträgen dargestellt, in ihrem historisch-soziologischen Zusammenhang analysiert und in alle Verästelungen verfolgt, so daß auf diese Weise Kurzinformationen über weitere 80 Parteien hinzukommen.

**) Bei Parteien, die erst nach Erscheinen des „Parteien-Handbuchs“ erstmals an Bundestagswahlen teilgenommen haben, waren nach Möglichkeit *Richard Stöss* und andere Mitarbeiter des „Parteien-Handbuchs“ mit Informationen aus dem Parteienarchiv des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin und mit Formulierungsvorschlägen behilflich. Außerdem wurden die einschlägige Literatur und die von den Parteien beim Bundeswahlleiter hinterlegten Unterlagen (Zusammensetzung des Vorstandes, Satzung, Programm) ausgewertet.

Soweit bei den einzelnen Parteien als Quelle keine monographische Literatur angegeben ist, sind die Angaben aus folgenden Veröffentlichungen entnommen worden:

Jürgen Grünhagen, Vor der Wahl: Parteien und Bürgerbewegungen in der DDR. Teil I: Neuanfang nach 40 Jahren SED-Alleinherrschaft. In: dpa Hintergrund, Jg. 1990. Nr. 3322;

Fortsetzung der Fußnote auf Seite 80

Hinweis

In dem von *Richard Stöss* herausgegebenen zweibändigen Parteien-Handbuch (Westdeutscher Verlag, Opladen 1983 und 1984), das bis spätestens 1982 die Grundlage für den vorliegenden Abschnitt bildet, sind die Parteien wesentlich ausführlicher und zum Teil nach folgendem einheitlichen Raster dargestellt:

- Gründung, historische Tradition und Entwicklungsgeschichte
- Ideologie, Programm, Praxis
- Assoziationen und Dissoziationen
- Wahlbeteiligungen
- Parlamentarische Repräsentanz und Regierungsbeteiligungen
- Organisation
- Mitglieder und Führung
- Presse und Propaganda
- Gesamtgesellschaftliche Charakterisierung
- Quellen und Literatur

Fundstellen-Verzeichnis für die beschriebenen Parteien

Folgende Parteien werden in diesem Abschnitt beschrieben:

	Seite
Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)	83
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)	83
Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP)	83
Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)	84
Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands (APD)	84
Bayernpartei (BP)	84
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)	85
Bündnis 90 [I]	85
Bündnis 90 [II]	86
Bündnis 90/Die Grünen [I]	87
Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE) [II]	87
Bürgerpartei	88
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	88
Bund der Deutschen (BdD)	88
Bund der Deutschen Demokraten (DDD)	89
Bund für Gesamtdeutschland (BGD)	89
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	89
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	90
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	90

Fortsetzung von Seite 79

Eckhard Jesse, Die Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Von den vierziger Jahren bis in die neunziger Jahre. In: *Emil Hübner* und *Heinrich Oberreuter* (Hrsg.), *Parteien in Deutschland zwischen Kontinuität und Wandel*. München 1992. S. 11–87;

Eckhard Jesse, Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1992. B 3–4. S. 31–39;

Wolfgang Kühnel, *Jan Wielgoths* und *Marianne Schulz*, Die neuen politischen Gruppierungen auf dem Wege vom politischen Protest zur parlamentarischen Interessenvertretung. Soziale Bewegungen im Umbruch der DDR-Gesellschaft. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 21. 1990. H. 1. S. 22–37;

Alf Mintzel und *Heinrich Oberreuter* (Hrsg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Zweite, aktual. u. erw. Aufl. Bonn 1992;

Patrick Moreau, Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1990. B 46–47, S. 38–53;

Helmut Müller-Enbergs, *Marianne Schulz* und *Jan Wielgoths* (Hrsg.), *Von der Illegalität ins Parlament*. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. 2., erw. Aufl. Berlin 1992 [darin u. a. folgende Beiträge enthalten: *Marianne Schulz*, Neues Forum; *Jan Wielgoths/Helmut Müller-Enbergs*, Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt; *Wolfgang Templin/Reinhard Weißhuhn*, Initiative Frieden und Menschenrechte; *Wolfgang Kühnel/Carola Sallmon-Metzner*, Grüne Partei und Grüne Liga; *Anne Hampele*, Der Unabhängige Frauenverband; *Jan Wielgoths*, Die Vereinigte Linke; *Anne Hampele*, Das Wahlbündnis „Die Grünen/Bündnis 90 – BürgerInnenbewegung“];

Oskar Niedermayer und *Richard Stöss* (Hrsg.), *Parteien und Wähler im Umbruch*. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen 1994;

Helmut Quix, Vor der Wahl: Parteien und Bürgerbewegungen in der DDR. Teil II: Organisationen, Ziele, Repräsentanten in Stichworten. In: *dpa Hintergrund*. Jg. 1990. Nr. 3322;

Ute Reuter und *Thomas Schulte*, Dokumentation zur Entwicklung der neuen Parteien und Bürgerrechtsgruppen in der DDR (November 1989 – Februar 1990). Hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut. Bonn 1990;

Manfred Rowold, *Im Schatten der Macht*. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik. Düsseldorf 1974;

Richard Stöss, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik*. Opladen 1989;

Uwe Thaysen, *Der Runde Tisch*. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990.

	Seite
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)	91
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.)	92
Christliche Liga (LIGA)	92
Christliche Mitte (CM)	93
Christliche Volkspartei (CVP)	93
Dachverband der Nationalen Sammlung (DNS)	93
DIE DEMOKRATEN	94
DEMOKRATIE JETZT (DJ)	94
Demokratische Partei Saar (DPS)	95
Demokratische Sozialisten (DS)	95
Deutsche Familien-Partei (FAMILIE)	96
Deutsche FreiheitsPartei (DFP)	96
Deutsche Friedens-Union (DFU)	96
Deutsche Gemeinschaft (DG)	97
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	97
Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP)	99
Deutsche Partei (DP)	99
Deutsche Rechtspartei (DRP)	100
Deutsche Reichspartei (DRP)	100
Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz	101
Deutsche Soziale Union (DSU)	101
Deutsche Union (DU)	102
Deutsche Volkspartei (DV) [I]	102
Deutsche Volkspartei (DVP) [II]	102
Deutsche Zentrums-Partei (DZP)	103
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien – UDM)	104
Europa Partei (EP)	104
Europäische Arbeiterpartei (EAP)	104
Europäische Föderalistische Partei (EFP)	105
Europäische Volksbewegung Deutschlands (EVD)	106
Föderalistische Union (FU)	106
Frauenpartei (FRAUEN)	106
Freie Bürger Union (FBU)	107
Freie Demokratische Partei (FDP)	107
Freie Volkspartei (FVP)	109
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	109
Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU)	110
Die Friedensliste (FRIEDEN)	110
5%-Block-Partei	111
Gesamtdeutsche Partei [DP-BHE] (GDP)	111
Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)	112
Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)	112
Die Grauen	113
Grüne Aktion Zukunft (GAZ)	113
Grüne Partei (GP)	113
Die Grünen (GRÜNE)	114
Gruppe Internationale Marxisten (GIM)	116
Humanistische Partei (HP)	117
Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)	117
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [I]	118
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [II]	118
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [Maoisten]	119
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)	119
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	120

	Seite
Linke Liste/PDS	120
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	121
Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)	121
Die Mündigen Bürger (Mündige Bürger)	121
Nationaldemokratische Partei (NDP)	121
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	122
Nationale Rechte (NR)	123
NATURGESETZ PARTEI	123
Neues Forum	123
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	124
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	125
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	125
Partei der guten Deutschen (PgdD)	125
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	126
Patrioten für Deutschland (PATRIOTEN)	128
Radikalsoziale Freiheitspartei (RSF)	128
Recht und Freiheit Partei (RFP)	128
Rentnerpartei	128
Die Republikaner (REP)	129
Rheinisch-Westfälische Volkspartei (RWVP)	130
Sozialistische Reichspartei (SRP)	130
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	131
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)	132
STATT Partei	132
Südschleswigscher Wählerverband (SSW)	133
Tierschutzpartei	133
Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP)	133
Unabhängige Soziale Demokraten (USD)	134
Unabhängiger Frauenverband (UFV)	134
Union Deutscher Mittelstandsparteien (UDM)	135
Vaterländische Union (VU)	135
Vereinigte Linke (VL) [I]	135
Vereinigte Linke (VL) [II]	135
Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie (VAA)	136
Volksfront (V)	136
Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV)	137
Zentrum (Z)	137

Weitere Parteien oder politische Vereinigungen, die in den Beschreibungen erwähnt sind, ohne an Bundestagswahlen teilgenommen zu haben, sind im Sachregister (Kapitel 32) aufgeführt.

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 7. Dezember 1968 als linksextreme Wahlpartei für Bundestagswahl 1969 gegründet von der → Deutschen Friedens-Union (DFU), von dem in ihr mitarbeitenden → Bund der Deutschen (BdD) und vor allem von der am 25. September 1968 neu konstituierten → Deutschen Kommunistischen Partei (DKP); nach dem enttäuschenden Wahlergebnis im Oktober 1969 Beschluß der Parteiführung der DKP, künftig bei Wahlen selbständig aufzutreten; nach kurzer Übergangszeit 1970 Auflösung des ADF-Wahlbündnisses.

Teilnahme an Bundestagswahl:

1969 (0,6% Zweitstimmenanteil)

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 901–981 (insbes. S. 947–952): *Siegfried Heimann*, Die Deutsche Kommunistische Partei.

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 16. Mai 1965 entstanden „als national-neutralistische Sammlung aus einer Reihe kleiner neutralistischer – und jeweils bis dahin für sich gescheiterter – Gruppierungen: der → Deutschen Gemeinschaft (DG), der Deutschen Freiheits-Partei (DFP) und Teilen der Vereinigung Deutsche Nationalversammlung (VDNV)“; im Gegensatz zu der 1964 gegründeten → Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) war die AUD eine „Partei des Neuen Nationalismus“, die auch „politische Kräfte (umfaßte), die sich für eine aktive Ost- und Deutschlandpolitik einsetzten“; 1967/68 erfolglose Hinwendungsversuche der AUD zur Außerparlamentarischen Opposition (APO) und seit Anfang der siebziger Jahre zu Bürgerinitiativen und zur Umweltschutzbewegung; im April 1980 Parteitagbeschuß, die politische Tätigkeit der AUD zugunsten der → Grünen einzustellen; im November 1980 Selbstauflösung vollzogen.

Parteivorsitzende:

Hermann Schwann (1965–1968)

August Haußleiter (1968–1980)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1965 in allen Bundesländern (0,2% Zweitstimmenanteil); 1969 mit zehn Wahlkreiskandidaten in Baden-Württemberg und Bayern unter der Bezeichnung „Unabhängige Demokraten“; 1976 in sieben Bundesländern (0,1% Zweitstimmenanteil).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 310–335: *Richard Stöss*, Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher.

Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 18. Oktober 1975 als „Sammlung nationalkonservativer Gegner der sozialliberalen Koalition auf Bundesebene“, nachdem mehrere seit 1968 unternommene Versuche zur Gründung einer vierten Partei (u. a. „CSU-Freundeskreise“) als möglicher CDU/CSU-Bündnispartner fehlschlagen; Differenzen innerhalb der AVP noch vor der Bundestagswahl 1976; Distanzierungen seitens der CDU und CSU; rascher Verfall der Organisation nach der Wahl 1976.

Parteivorsitzende:

Dietrich Bahner (1975–1977)

Günther Leyk (ab 1977, zunächst kommissarisch)

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 336–366: *Richard Stöss*, Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei.

Teilnahme an Bundestagswahl:

1976 nach Zurückweisung von vier Landeslisten wegen formaler Mängel nur in sechs Bundesländern (4723 Zweitstimmen = 0,0%).

Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 15. Oktober 1982 in Rheinbach bei Bonn; verstand sich in erster Linie als Vertreterin der Sozialversicherten und Rentner zur Wahrung ihrer sozialpolitischen Interessen; wegen Erfolglosigkeit aufgrund einer Urabstimmung der Mitglieder zum 31. Dezember 1989 aufgelöst.

Parteivorsitzender:

Franz Gerhard Griep (1983–1989)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1987 mit Kreiswahlvorschlägen nur in Niedersachsen, Bremen und Hessen bzw. mit Landesliste nur in Bremen (1834 Zweitstimmen).

Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands (APD)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 10. Oktober 1988 zunächst als „Autofahrer Partei (AFP)“; am 5. Dezember 1992 Umbenennung in „Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands (APD)“; versteht sich als „Partei der neuen Mitte“, die sich in „allen Bereichen des täglichen Lebens für die Stärkung der Individualrechte der Bürger“ einsetzen will, d. h. sich gegen die Bevormundung durch die Bürokratie und steigende Steuerbelastung wendet und für Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild und die freie Wahl der Verkehrsmittel eintritt.

Parteivorsitzende:

Anton K. Marth (ab 1988 mit viermonatiger Unterbrechung bis 1995/96)

Jürgen Reichenbach (1995–1996)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 mit einer Landesliste nur in Baden-Württemberg (21 533 Zweitstimmen) sowie mit Kreiswahlvorschlägen in Schleswig-Holstein und im Saarland.

Bayernpartei (BP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Offiziell infolge amerikanischer Lizenzpolitik erst am 28. Oktober 1946 gegründet (Vorläuferinnen seit 1945 u. a. „Demokratische Union“ bzw. ab April 1946 „Bayerische Demokratische Union“); 29. März 1948 Zulassung als Landespartei; anfangs (1948/50) erfolgreiche bayerisch-partikularistische Protestbewegung, gestützt auf die einheimische Landbevölkerung Altbayerns; zeitweise Organisationskern der „bayerischen Bewegung“ und gefährlichste Konkurrentin der → Christlich-Sozialen Union (CSU); im Gegensatz zu der nach Moderni-

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S.395–489: *Alf Mintzel*, Die Bayernpartei; aktuelle Ergänzungen durch *Alf Mintzel*.

sierungsprozeß erfolgreichen CSU scheidet BP später „an ihrer partikularistischen Verteidigung überkommener Strukturen und Traditionen des ‚alten Bayern‘ bzw. an ihrem ‚verstockte(n) radikalföderalistische(n) Provinzialismus‘; 1953–57 „Schrumpfung zur Heimatpartei“; ab 1957 „Verkümmern zur marginalen Existenz in Bayern“ und „Dauerphase politischer Agonie als lokale Protestpartei“; 1967 Abspaltung der Bayerischen Staatspartei (BSP) und 1974/75 Abspaltung der → Christlichen Bayerischen Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.); seit 1987 nach längerer Pause wieder Teilnahme an Wahlen zum Deutschen Bundestag; im Dezember 1988 wieder Zusammenschluß mit der Christlichen Bayerischen Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.).

Parteivorsitzende:

Josef Baumgartner (zuvor CSU) (1948–1952)

Jakob Fischbacher (1952–1953)

Anton Besold (1953)

Josef Baumgartner (1953–1959)

Joseph Panholzer (1959–1963)

Robert Wehgartner (1963–1966)

Helmut Kalkbrenner (1966–1967)

Hans Höcherl (1967–1973)

Franz Sponheimer (1973–1976)

Rudolf Drasch (1976–1979)

Max Zierl (1979–1989)

Hubert Dorn (ab 1989)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1949 nur in Bayern (20,9% Stimmenanteil auf Landesebene und 17 Mandate); 1953 nur in Bayern (9,2% Zweitstimmenanteil auf Landesebene); 1957 als Föderalistische Union (FU) gemeinsam mit der → Deutschen Zentrumspartei (DZP); 1969 nur in Bayern (0,9% Zweitstimmenanteil auf Landesebene); 1987, 1990 und 1994 nur in Bayern (zwischen 0,4% und 0,6% Zweitstimmenanteil auf Landesebene; jeweils 0,1% auf Bundesebene).

Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)

siehe: Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)

Bündnis 90 [I]

Daten aus der Organisationsgeschichte:*)

Bündnis 90 ist 1990 in der ehemaligen DDR zweimal als Wahlbündnis in Erscheinung getreten. Außerdem hat sich Bündnis 90 1991 in den neuen Bundesländern als politische Vereinigung bzw. gesamtdeutsche Partei konstituiert (→ Bündnis 90 [II]).

(1) Am 7. Februar 1990 schlossen sich die linksorientierten Bürgerbewegungen → Neues Forum (NF), → DEMOKRATIE JETZT (DJ) und → Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), die seit 1989 maßgeblichen Anteil an den Demonstrationen in der DDR und damit am Zusammenbruch des kommunistischen Systems hatten, zu einer Listenverbindung für die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 zusammen, nachdem ein am 3. Januar 1990 geschlossenes „Wahlbündnis 90“ aus sechs Gruppierungen (Neues Forum, DEMOKRATIE JETZT, Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratischer Aufbruch, Vereinigte Linke und Sozialdemokratische Partei in der DDR [SDP]) nur kurzen Bestand hatte; Bündnis 90 verstand sich als „Korrektiv“ zu den Parteien mit der Absicht, sich um vernachlässigte soziale Probleme im Gefolge der Wirt-

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80

schaftsreformen zu kümmern, trat für eine behutsame Annäherung der beiden deutschen Staaten und gegen eine überstürzte Währungsunion ein; in der Volkskammer Zusammenschluß der zwölf Abgeordneten von Bündnis 90 mit den acht Abgeordneten der → Grünen Partei (GP) zur Fraktion → Bündnis 90/Grüne.

(2) Erneute Bildung einer Listenvereinigung mit den Grünen der neuen Bundesländer als → Bündnis 90/Die Grünen für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, nachdem das ursprünglich beschlossene Wahlbündnis mit den Grünen aus beiden Teilen Deutschlands („Die Grünen/Bündnis 90“) durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990 zum deutsch-deutschen Wahlvertrag hinfällig geworden war.

Bündnis 90 [II]

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet als Partei hauptsächlich unter dem Zwang der Bestimmungen des Parteiengesetzes am 21./22. September 1991 in Potsdam durch Zusammenschluß der parlamentarisch orientierten Strömungen der ostdeutschen Bürgerbewegungen → DEMOKRATIE JETZT (DJ), → Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und Teilen des → Neuen Forums (NF); Bündnis 90 verfügt anstelle eines systematisch zusammenhängenden Parteiprogramms nur über Willenserklärungen mit allgemeinen Zielvorstellungen und Wertorientierungen; die Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet und ein Zusammengehen mit den → Grünen sind zwar geplant, jedoch kein „Anschluß“; seitens der Grünen baldiges Drängen auf eine schnelle Fusion, ausgelöst durch deren Wahlniederlage von 1990 und primär wahltaktischen Überlegungen hinsichtlich der Bundestagswahl 1994; langwieriger Vereinigungsprozeß aufgrund der Zurückhaltung und Vorbehalte von Bündnis 90 gegenüber einer „Vereinnahmung“ durch die Grünen; Februar 1992 Angebot einer Fusion durch den Länderrat der Grünen; 3. Mai 1992 auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 in Berlin grundsätzliche Entscheidung für ein Zusammengehen; seit Juni 1992 offizielle Verhandlungen beider Parteien über eine Fusion; 23. November 1992 in Bonn Unterzeichnung eines Assoziationsvertrages durch die Vorstände der beiden Parteien; 17. Januar 1993 Zustimmung der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 und der Bundesversammlung der Grünen jeweils mit Zweidrittelmehrheit, den Assoziationsvertrag abzuschließen, nachdem auch in der Namensfrage der künftigen Partei ein Kompromiß erzielt wurde: Bündnis 90/Die Grünen, Kurzform: GRÜNE; 19. April 1993 Urabstimmung unter den Mitgliedern beider Parteien ergibt große Mehrheit für den Zusammenschluß (91% bei den Grünen, 85% bei Bündnis 90); 14./15. Mai 1993 gemeinsamer Parteitag in Leipzig setzt den Assoziationsvertrag formal in Kraft, womit die Vereinigung zur neuen Partei → Bündnis 90/Die Grünen abgeschlossen ist.

Parteivorsitzende (Gründungssprecherrat/Bundessprecherrat):

Gründungssprecherrat (1991–1992): *Ricarda Horn, Heiko Lietz, Petra Morawe, Erhard O. Müller, Matthias Platzeck, Werner Schulz, Wolfgang Templin, Wolfgang Ullmann und Christiane Ziller*

Bundessprecherrat (1992–1993): *Marianne Birthler, Wolfgang Ullmann, Gerd Poppe, Werner Schulz, Katrin Göring-Eckart, Christiane Ziller, Petra Morawe, Burghardt Brinkmeier und Uwe Lehmann*

Teilnahme an Bundestagswahl:

Aufgrund des Gründungsdatums keine Beteiligung an einer Bundestagswahl möglich, jedoch im Bundestag der 12. Wahlperiode durch die folgenden vier Abgeordneten der Gruppe Bündnis 90/Grüne vertreten: *Gerd Poppe, Werner Schulz, Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß*.

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80 sowie *Jan Wielgohs*, Bündnis 90 – zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. In: Parteien und Wähler im Umbruch. Hrsg. von *Oskar Niedermayer* und *Richard Stöss*. Opladen 1994, S. 143–168.

Hinweis

Welche Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien gleichzeitig auch Fraktionsvorsitzende waren oder sind, ist in Abschnitt 5.8 gegenübergestellt; welche Vorsitzenden der an einer Regierungskoalition beteiligten Parteien Mitglieder des Bundeskabinetts waren oder sind, ist in Abschnitt 6.9 zusammengestellt.

Bündnis 90/Die Grünen [I]

Diese Bezeichnung (abgekürzt meist: B 90/Grüne) steht für mehrere Zusammenschlüsse der maßgeblich am Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in der DDR beteiligten linksorientierten Bürgerbewegungen (vor allem → Neues Forum [NF], → DEMOKRATIE JETZT [DJ] und → Initiative Frieden und Menschenrechte [IFM]) zunächst mit der → Grünen Partei (GP) der DDR und später mit den → Grünen insbesondere der neuen Bundesländer.

(1) In der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer der DDR bilden die zwölf Abgeordneten der Listenverbindung → Bündnis 90 und die acht Abgeordneten der → Grünen Partei (GP) die gemeinsame Fraktion „Bündnis 90/Grüne“; sieben Abgeordnete werden am 28. September 1990 von der Volkskammer anteilig in den Deutschen Bundestag gewählt, wo sie nach der Vereinigung Deutschlands in die Fraktion → Die Grünen eintreten, die sich daraufhin in „Die Grünen/Bündnis 90“ umbenennt.

(2) Für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 im Bereich der neuen Bundesländer und Berlin wird eine Listenvereinigung beschlossen (vollständige Bezeichnung: „Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegungen [B 90/Gr]“), bestehend aus den einleitend aufgeführten drei Bürgerbewegungen, ferner aus dem → Unabhängigen Frauenverband (UFV) und den umbenannten, aber noch nicht den westlichen → Grünen beigetretenen Grünen der neuen Bundesländer, nachdem ein ursprünglich vereinbartes wesentlich breiteres Wahlbündnis („Die Grünen/Bündnis 90“) mit den Grünen der alten und neuen Bundesländer aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990 gegen den deutsch-deutschen Wahlvertrag gegenstandslos geworden war.

(3) Die mit 1,2% der Zweitstimmen in den Bundestag gewählte Listenvereinigung erreicht acht Mandate und konstituiert sich als Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“; von den acht Abgeordneten gehören je zwei dem → Neuen Forum (NF), den → Grünen und → DEMOKRATIE JETZT (DJ) sowie je eine(r) der → Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und dem → Unabhängigen Frauenverband (UFV) an.

(4) Die am 14. Mai 1993 durch Zusammenschluß der Parteien Die Grünen und Bündnis 90 entstandene Partei wird unter → Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE) [II] behandelt.

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE) [II]

Daten aus der Parteigeschichte:

Am 14./15. Mai 1993 in Leipzig auf dem gemeinsamen Parteitag der → GRÜNE und von → Bündnis 90 Vereinigung zur neuen Partei „Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)“, nachdem der in einer Urabstimmung von den Mitgliedern beider Parteien gebilligte Assoziationsvertrag formal in Kraft gesetzt und damit nach einem längeren Verfahren und schwierigen Verhandlungen die Fusion auf Drängen der Grünen abgeschlossen ist; als Grundkonsens wird genannt „der Wille nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, das Gebot einer umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte, das Engagement für Frieden und Abrüstung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Schutz von Minderheiten, Bewahrung der Natur sowie umweltverträgliches Wirtschaften und Zusammenleben“; Verabschiedung der „Leipziger Erklärung“ mit der Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung; angestrebt wird eine „Ablösung der Regierung Kohl“ mit Hilfe einer rot-grünen Koalition.

Parteivorsitzende (gleichberechtigte Sprecher/innen):

Marianne Birthler und Ludger Volmer (1993–1994)

Krista Sager und Jürgen Trittin (1994–1996)

Gunda Röstel und Jürgen Trittin (ab 1996)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 mit einem Zweitstimmenanteil von 7,3% (davon 7,9% in den westlichen und 4,3% in den östlichen Bundesländern).

Bürgerpartei

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 1. Mai 1979 von dem ehemaligen Vorsitzenden der „Deutschen Steuergewerkschaft“ und SPD-Mitglied *Hermann Fredersdorf* gegründete Steuerprotest- bzw. Mittelstandspartei (volle Bezeichnung: „Bürgerpartei – Partei der Steuerzahler“); erfolglose Versuche der Kooperation mit anderen konservativ-mittelständischen Parteien; im Juli 1980 Ausscheiden von *Fredersdorf* aus der Bürgerpartei; nach 1980 politisch nicht mehr in Erscheinung getreten.

Teilnahme an Bundestagswahl:

1980 nur in drei Bundesländern (11 256 Zweitstimmen = 0,0%).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 276–277.

Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)

Daten aus der Parteigeschichte:

Am 22. November 1992 entstanden durch Umbenennung der bisherigen → Patrioten für Deutschland, einer als Sekte zu bezeichnenden rechtskonservativen Organisation, die Teil der internationalen *LaRouche*-Gruppe war und ebenfalls durch Namensänderung aus der → Europäischen Arbeiterpartei (EAP) hervorgegangen ist; seit 1995 Kurzbezeichnung „BüSo“.

Parteivorsitzende:

Helga Zepp-LaRouche (seit 1992)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 nur in sieben Bundesländern (8 103 Zweitstimmen = 0,0%).

Bund der Deutschen (BdD)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 10. Mai 1953 entstanden unter dem Namen „Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit“ auf Beschluß der zuvor im Juni 1952 von dem ehem. Zentrumsolitiker und Reichskanzler *Joseph Wirth* gegründeten „Deutschen Sammlung für Einheit, Frieden und Freiheit“; BdD strebte als Alternative zur Remilitarisierung und fortschreitenden Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem Verhandlungen zur Erhaltung der deutschen Einheit an, und zwar in Zusammenarbeit mit Kommunisten und in direkten Gesprächen mit den offiziellen Vertretern der DDR und der UdSSR; BdD galt als kommunistische Tarnorganisation; Unterstützung der → Deutschen Friedens-Union (DFU) seit deren Gründung 1960 und Verzicht auf eigene Wahlbeteiligung.

Parteivorsitzende:

Wilhelm Elfes und *Joseph Wirth* (1953–1956)

Wilhelm Elfes (1956–1963)

Josef Weber (seit 1963; seit 1968 zugleich Mitglied des Direktoriums der DFU)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1953 nach erheblichen Zugeständnissen bezüglich kommunistischer Kandidaten innerhalb eines Wahlabkommens mit der → Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), 1957 (0,2% Zweitstimmenanteil).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 856–859.

Bund der Deutschen Demokraten (DDD)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 20. Oktober 1989 in Berlin durch Abspaltung eines Flügels des Berliner Landesverbandes der → Republikaner (REP) um dessen ehemaligen Vorsitzenden *Bernhard Andres*, den das Bundespräsidium der Partei am 10. September 1989 seines Amtes enthoben hatte; gemäß dem am 1. September 1990 beschlossenen Rahmen- und Wahlprogramm erweist sich die DDD als eine rechtsorientierte, „rein konservative“ und betont deutsch-nationale Splitterpartei; nach 1990 politisch nicht mehr in Erscheinung getreten.

Parteivorsitzender:

Bernhard Andres (seit 1990)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1990 nur in Berlin (1009 Zweitstimmen).

Bund für Gesamtdeutschland (BGD)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 12. August 1990 in Duisburg mit der Zusatzbezeichnung „Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft“; seit dem 24./25. April 1993 erweitert um die Bezeichnung „DIE NEUE DEUTSCHE MITTE“; Ziel der Partei ist in erster Linie die „Wiederherstellung des Rechtszustandes“ des Deutschen Reiches von 1945, d. h. sowohl territorial und kulturell als auch bezüglich der „Wiederherstellung der Vermögensverhältnisse“ (Grundsatzprogramm).

Parteivorsitzender:

Horst Zaborowski

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 mit Kreiswahlvorschlag nur in einem Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen (107 Erststimmen).

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)

Daten aus der Parteigeschichte:

Der zur trotzkistischen Bewegung zählende BSA ist die deutsche Sektion des Internationalen Komitees der Vierten Internationale und nach Spaltung des Internationalen Komitees im September 1971 entstanden (Vierte Internationale: 1938 von *Leo Trotzki* gegründet, um das Erbe von *Karl Marx*, *Friedrich Engels*, *Wladimir Iljitsch Lenin*, *Rosa Luxemburg* und *Karl Liebknecht* gegen den Stalinismus zu verteidigen und weiterzuentwickeln); tritt „für die internationale Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Stalinismus und Kapitalismus“ ein; 1989 und 1994 Teilnahme an der Europawahl und 1990 Teilnahme an der Volkskammerwahl; BSA interpretiert den Zusammenbruch der DDR als „Verrat der stalinistischen SED-PDS“.

Parteivorsitzender (Nationaler Sekretär):

Ulrich Rippert (seit 1971)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1990 nur in Berlin und Sachsen (826 Zweitstimmen); 1994 nur in Berlin und Nordrhein-Westfalen (1 285 Zweitstimmen).

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Entstanden am 20./21. September 1980 nach parteiinternen Streitigkeiten aus einer Abspaltung von ZK-Mitgliedern des (maoistischen) → Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW); am 4./5. März 1995 Auflösung als politische Partei und Konstituierung als politische Vereinigung unter der Bezeichnung „Bund Westdeutscher Kommunisten – Bundeskonferenz“ (BWK).

Parteivorsitzender (Geschäftsführer des Zentralen Komitees):

Jörg Detjen (1980–1995)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1983 nur in drei Bundesländern (2 129 Zweitstimmen = 0,0%).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S.1656, 1658 und 1660.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Ab Frühsommer 1945 aufgrund erster Initiativen von ehemaligen Zentrumsangehörigen und Anhängern der früheren Christlichen Gewerkschaften verschiedene regionale Parteigründungen in allen vier Besatzungszonen (Zentren der Parteibildung u. a. Berlin, Frankfurt und Köln [Christlich-Demokratische Partei – CDP]); in der Gründungsperiode ein Konglomerat von politisch wie regional uneinheitlichen Strömungen mit dem Ziel der Integrierung (deshalb „Union“); 14.–16. Dezember 1945 beim ersten überzonalen „Reichstreffen“ der Verbände in Bad Godesberg weitgehende Einigung auf Parteibezeichnung „CDU“ (Ausnahmen: → Christlich-Soziale Union in Bayern [CSU] und Badische Christlich-Soziale Volkspartei [BCSV]); dominierender Faktor in der Parteiorganisation wird der im Frühjahr 1946 gegründete nordwestdeutsche Zonenverband der CDU (britische Zone), in dem sich schon bald *Konrad Adenauer* „als Protagonist einer pro-westlichen, liberal-konservativen Richtung“ (statt des umstrittenen Christlichen Sozialismus) durchsetzte; erst am 20.–22. Oktober 1950 auf Bundesparteitag in Goslar Konstituierung der CDU als Bundesorganisation; entstanden war so eine „interkonfessionell-christliche, breite Schichten der Bevölkerung ansprechende bürgerliche Sammlungspartei“, womit es „zum erstenmal in der deutschen Parteigeschichte ... gelungen (war), divergierende politische Strömungen des bürgerlichen Lagers – große Teile des politischen Katholizismus, des deutschnationalen, protestantischen Konservatismus, aber auch Teile des liberalen und demokratischen Bürgertums – zusammenzufassen“. „Struktur und Selbstverständnis der Union in den fünfziger Jahren waren wesentlich geprägt durch ihre Funktion als Regierungspartei“; in dieser Zeit – zusammen mit → Christlich-Sozialer Union (CSU) in Bayern – Durchsetzung als dominierende Kraft in der bürgerlichen Parteienlandschaft der Bundesrepublik mit der Folge, daß Anhängerschaft und Führungspersonal kleinerer bürgerlicher Parteien mehr oder weniger aufgesogen wurden (vor allem der → Deutschen Zentrums-Partei [DZP], des → Gesamtdeutschen Blocks/BHE, der → Deutschen Partei [DP], der → Bayernpartei [BP], aber auch aus dem Bereich des politischen Liberalismus); führende Regierungspartei auf Bundesebene zusammen mit CSU und weiteren (wechselnden) Koalitionspartnern zwischen 1949 und 1969 – davon 1966 bis 1969 Große Koalition mit SPD – sowie seit 1982; während der Oppositionszeit im Bund (1969 bis 1982) Modernisierung des Parteiapparats der CDU und Entwicklung zur Mitgliederpartei; seit der Regierungsübernahme von 1982 häufigere Meinungsunterschiede zwischen CDU und CSU (insbesondere *Franz Josef Strauß*) über politische Einzelthemen und Fragen der politischen Strategie; am 1. Oktober 1990 in Hamburg Zusammenschluß der CDU-Verbände aus dem noch geteilten Deutschland zur gesamtdeutschen CDU, Wahl von *Lothar de Maizière* (seit dem 16. Dezember 1989 Vorsitzender der CDU der DDR) zum einzigen Stellvertreter des Parteivorsitzenden (Rücktritt im September 1991, Nachfolgerin: *Angela Merkel*); ab 28. Oktober 1992 wieder vier stellvertretende Vorsitzende.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 490–660: *Ute Schmidt*, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands; aktuelle Ergänzung durch *Ute Schmidt*.

Parteivorsitzende:*Konrad Adenauer* (1950–1966)*Ludwig Erhard* (1966–1967)*Kurt Georg Kiesinger* (1967–1971)*Rainer Barzel* (1971–1973)*Helmut Kohl* (seit 1973)**Teilnahme an Bundestagswahlen:**

1949 bis 1994 in allen Bundesländern außer Bayern (1949 mit 25,2% geringster Stimmenanteil; 1957 mit 39,7% höchster Zweitstimmenanteil; 1987: 34,5% Zweitstimmenanteil; 1990 bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen im westlichen Wahlgebiet 35,5%, im östlichen Wahlgebiet 41,8%, zusammen 36,7 %; 1994 34,2% Zweitstimmenanteil).

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 8. Januar 1946 – nach lokalen Gründungen 1945 – erstmaliges Auftreten der Christlich-Sozialen Union (CSU) als Landesverband; gegründet mit dem Ziel einer „christlich-interkonfessionellen Sammlungsbewegung“ und demokratischen Massenpartei mit „sozial-revolutionären“ Impulsen, ohne an die Tradition der katholisch geprägten Bayerischen Volkspartei (BVP) anzuknüpfen; Entwicklung gebremst durch heftige Flügelkämpfe – zurückgehend auf alte innerbayerische Gegensätze – zwischen der „liberal-konservativen, christlich-interkonfessionell orientierten Kerngruppe“ (u. a. *Josef Müller*) und der „bayerisch-katholisch-etatistischen Kerngruppe“ (u. a. *Fritz Schäffer*) einschließlich bäuerlicher Zirkel in beiden Gruppen; Versuch der (später erfolgreichen) Integration des fränkisch protestantischen, industriellen Nordbayern und des bäuerlichen katholischen Süd- und Südostbayern brachte CSU 1948/49 an den Rand des politisch-organisatorischen Zusammenbruchs; 1948 mit landesweiter Zulassung der → Bayernpartei (BP) Heranbildung der zeitweise gefährlichsten Konkurrenzpartei für die CSU; aufgrund landespolitischer Problemlage Sonderentwicklung der CSU unter den bis 1950 noch nicht vereinheitlichten Unionsparteien (→ Christlich Demokratische Union [CDU]) und Festhalten der CSU an ihrer Parteiautonomie; nach Rückbildung der CSU zur Honoratiorenpartei ab 1954 Umwandlung zu einer „Massen- und Apparat-Partei modernen Typs“; nach Modernisierung des Parteiapparates wachsende Erfolge der CSU als bayerische Regierungspartei durch strukturpolitische Förderung, insbesondere Industrialisierung Bayerns; Entwicklung der CSU zur konkurrenzlosen bayerischen „Staats- und Ordnungspartei“ mit der einzigartigen Doppelfunktion einer autonomen Landespartei und einer Quasi-Bundespartei; im Bundestag seit 1949 Fraktionsgemeinschaft mit CDU bei gleichzeitiger Existenz einer CSU-Landesgruppe; zunehmende Spannungen zwischen CSU und CDU seit Mitte der sechziger Jahre – bis hin zur vorübergehenden Aufkündigung der CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft am 19. November 1976 (Kreuthers Beschluß) – unter Betonung eines härteren Konfrontationskurses; 1955 bzw. 1957 bis 1959 zeitweise Existenz eines Landesverbandes Saar der CSU; nach 1970 Spekulationen über eine bundesweite Ausdehnung der CSU anlässlich der Bildung von „Freundeskreisen der CSU“ (→ Aktionsgemeinschaft Vierte Partei [AVP]); seit dem Koalitionswechsel im Bund 1982 und der Regierungsübernahme zumindest bis zum plötzlichen Tod von *Franz Josef Strauß* häufigere Meinungsunterschiede zwischen CSU und CDU über politische Einzelthemen und Fragen der politischen Strategie; 1990 mit der politischen Wende in der DDR und nach ihrem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zeitweise erneut Überlegungen einer Ausweitung der CSU insbesondere auf das Gebiet der neuen Bundesländer; deshalb tatkräftige Unterstützung der am 20. Januar 1990 in Leipzig gegründeten → Deutschen Sozialen Union (DSU), die jedoch bei den Bundestagswahlen 1990 mit einem Zweitstimmenanteil von nur 1,0% im östlichen Wahlgebiet an der Sperrklausel scheiterte (Volkskammerwahl 1990: 6,3% der Stimmen); Bruch der Partnerschaft mit der DSU nach deren Parteitagbeschuß vom April 1993, sich auf die westlichen Bundesländer auszudehnen.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 661–718: *Alf Mintzel*, Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.; aktuelle Ergänzung durch *Alf Mintzel*.

Parteivorsitzende:*Josef Müller* (1946–1949)*Hans Ehard* (1949–1955)*Hanns Seidel* (1955–1961)*Franz Josef Strauß* (1961–† 1988)*Theodor Waigel* (seit 1988)**Teilnahme an Bundestagswahlen:**

Teilnahme an allen Wahlen zwischen 1949 und 1994 nur in Bayern (1957 auch im Saarland neben der CDU); niedrigster Stimmenanteil 1949 mit 29,2%, höchster Zweitstimmenanteil 1976 mit 60,0%, 1987: 55,1% Zweitstimmenanteil, 1990: 51,9% Zweitstimmenanteil, 1994: 51,2% Zweitstimmenanteil (jeweils auf Landesebene).

Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

1974/75 (offizielles Gründungsdatum: 1. Mai 1976) durch Abspaltung von der → Bayernpartei von *Ludwig Volkholz* gegründete Splitterpartei im altbayerischen Raum. Tritt ein für die Autonomie aller Volksgruppen in einem geeinten Europa; im Dezember 1988 wieder Zusammenschluß mit der Bayernpartei.

Parteivorsitzender:*Ludwig Volkholz* (1975–1988)**Teilnahme an Bundestagswahlen:**

Zwischen 1976 und 1987 Teilnahme an allen Wahlen, jeweils nur in Bayern (auf Bundesebene umgerechnet Zweitstimmenanteil jedesmal 0,0%).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 395–489: *Alf Mintzel*, Die Bayernpartei; aktuelle Ergänzung durch *Alf Mintzel*.

Christliche Liga (LIGA)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 13. April 1985 in Ludwigshafen zunächst unter dem Namen „Christliche Partei für das Leben (CPL)“; Name am 21. Februar 1987 in „Christliche Liga (LIGA)“ und am 1. April 1989 in „Christliche Liga – Die Partei für das Leben (LIGA)“ geändert; richtet sich an Bürger aus allen sozialen Schichten und Gruppierungen, „um aus christlicher Verantwortung für den Schutz des menschlichen Lebens und seiner Würde einzutreten“ (Schwerpunkte: Schutz des ungeborenen Lebens, Umweltschutz und Tierschutz); Ende Februar 1990 Parteigründung auch in der DDR; Auflösung am 16. September 1995.

Parteivorsitzende:*Josef Ripsam* (1985–1989)*Herbert Völkl* (1989–1991)*Ewald Jaksch* (1991–1995)*Marion Gotthardt* (1995)**Teilnahme an Bundestagswahlen:**

1990 nur in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen (39 640 Zweitstimmen = 0,1%); 1994 nur in Bayern (5 195 Zweitstimmen).

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

Christliche Mitte (CM)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 27. August 1988 durch Abspaltung von der → Deutschen Zentrums-Partei (DZP) als eine dem gottgewollten Naturrecht und Sittengesetz verpflichtete nicht-konfessionelle Partei; Schwerpunkt des Parteiprogramms ist eine christliche Familienpolitik und insbesondere das kompromißlose Eintreten für den Schutz der ungeborenen Kinder; seit 1992 Untertitel des Parteinamens: „Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten“.

Parteivorsitzende:

Adelgunde Mertensacker (seit 1988)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1990 nur in den alten Bundesländern außer Bremen und Berlin (36 446 Zweitstimmen = 0,1%); 1994 nur in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern (19 887 Zweitstimmen = 0,0%).

Christliche Volkspartei (CVP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 10. Januar 1946 gegründet in der Nachfolge der 1933 aufgelösten saarländischen Zentrumsparlei, aber mit dem Ziel einer interkonfessionellen christlichen Weltanschauungspartei (wie CDU in Westdeutschland); in der Saarfrage Eintreten für autonomen Status; 1952 Abspaltung einer – bis 1955 verbotenen – pro-deutschen Christlich-Demokratischen Union Saar (CDU-S); am 23. Oktober 1955 in der Volksabstimmung über das Saarstatut Niederlage der CVP; am 6. Juli 1957 Konstituierung der CVP als saarländischer Landesverband der → Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU); nach Bundestagswahl 1957 allmähliche Einigung von CVP und CDU-S (seit 1956 saarländischer CDU-Landesverband) bis zur endgültigen Fusion am 19. April 1959.

Parteivorsitzende:

Johannes Hoffmann (1946–1956)

Josef Kurtz (1957–1959)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

Im Bundestag der 2. Wahlperiode nach Eintritt der saarländischen Abgeordneten am 4. Januar 1957 durch *Franz Ruland* und *Franz Schneider* vertreten; 1957 Wahlbeteiligung (neben der CDU-S!) als saarländischer Landesverband der CSU (21,3% Stimmenanteil im Saarland und zwei Mandate).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 719–765: *Frank Dingel*, Die Christliche Volkspartei des Saarlandes.

Dachverband der Nationalen Sammlung (DNS)*)

Daten aus der Parteigeschichte:**)

Am 8. Mai 1953 als rechtsextremes Wahlbündnis von der → Deutschen Gemeinschaft (DG) gemeinsam mit dem Deutschen Block (DB) und der Deutschen Sozialen Bewegung (DSB) gegründet; erfolglose Teilnahme an der Bundestagswahl 1953.

Parteivorsitzende:

DG: *August Haußleiter*

DB: *Karl Meißner*

DSB: *Heinz Priester*

Teilnahme an Bundestagswahl:

1953 nur in Baden-Württemberg und Bayern (0,3% Zweitstimmenanteil, auf Bundesebene umgerechnet).

*) Bezeichnung in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes: Nationale Sammlung (DNS)

**) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 888–889.

DIE DEMOKRATEN

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 24. Juli 1988; später umgewandelt in einen eingetragenen Verein, dessen Vorsitzender bei der Bundestagswahl 1994 als Einzelbewerber teilnahm („Einer für Viele [*Palleske*]“, Wahlkreis 3). Bei der Partei, die an der Bundestagswahl 1994 als DIE DEMOKRATEN mit einem Wahlkreisvorschlag in Nordrhein-Westfalen teilgenommen hat, handelt es sich um eine 1993 vollzogene Abspaltung unter Vorsitz von *Udo Klein*; gibt sich als „neue unabhängige, konservativ-liberale Volkspartei“ zu erkennen, deren Ziel insbesondere die Rückgewinnung und Erweiterung der Freiheitsrechte der Bürger und die Verhinderung weiterer Natur- und Umweltschäden ist.

Parteivorsitzende:

Hagen Palleske (ab 1988, inzwischen als Vorsitzender des eingetragenen Vereins)

Udo Klein (ab 1993 als Vorsitzender der abgespaltenen Partei)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 mit Kreiswahlvorschlag nur in einem Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen (104 Erststimmen).

DEMOKRATIE JETZT (DJ)

Daten aus der Organisationsgeschichte:*)

Die Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT (DJ) ist hervorgegangen u. a. aus dem kirchlichen Initiativkreis „Gegen Prinzip und Praxis der Abgrenzung“, der sich schon Mitte der achtziger Jahre in der DDR gebildet hatte; an die Öffentlichkeit getreten erstmals am 12. September 1989 mit einem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ (unterzeichnet u. a. von *Hans-Jürgen Fischbeck*, *Ulrike Poppe*, *Wolfgang Ullmann* und *Konrad Weiß*), womit gleichzeitig „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ vorgelegt wurden; erste Landesdelegiertenkonferenz am 19./21. Januar 1990 in Berlin (Ost); als oppositionelle Gruppe Teilnahme am zentralen Runden Tisch; Regierungsbeteiligung seit dem 5. Februar 1990 im erweiterten Kabinett von *Hans Modrow* durch *Wolfgang Ullmann* als Minister ohne Geschäftsbereich; Teilnahme an der Volkskammerwahl 1990 innerhalb der Listenverbindung → Bündnis 90 zusammen mit den Gruppen → Neues Forum (NF) und → Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM); DEMOKRATIE JETZT verstand sich nicht als Partei, sondern als Bürgerbewegung von Basisinitiativen, geprägt durch die Anliegen des Konziliaren Prozesses, Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung; befürwortet eine behutsame und schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten („Drei-Schritte-Plan“ im Dezember 1989); am 21./22. September 1991 in Potsdam Zusammenschluß mit den Bürgerbewegungen → Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und Teilen des → Neuen Forums (NF) zur neugegründeten politischen Vereinigung bzw. gesamtdeutschen Partei → Bündnis 90.

Vorsitzende (Sprecher):

Hans-Jürgen Fischbeck, *Stephan Bickhardt*, *Hans-Peter Schneider*, *Martin König* und *Christiane Ziller* (ab 1990 bis Auflösung 1991)

Teilnahme and Bundestagswahl:

Im Bundestag der 11. Wahlperiode ab 3. Oktober 1990 durch den von der Volkskammer der DDR gewählten Abgeordneten *Wolfgang Ullmann* vertreten; 1990 Teilnahme an der Bundestagswahl innerhalb der Listenvereinigung → Bündnis 90/Grüne und im Bundestag der 12. Wahlperiode durch die Abgeordneten *Wolfgang Ullmann* und *Konrad Weiß* vertreten.

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

Demokratische Partei Saar (DPS)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 26. Oktober 1946 zugelassene liberale und zunächst frankophile Partei des Saarlandes; 1950 unter Einfluß der späteren Parteivorsitzenden *Richard Becker* und *Heinrich Schneider* Umorientierung in eine national-konservative und pro-deutsche Oppositionspartei mit der Konsequenz des Parteiverbots ab 1951; Wiedergründung am 5. Mai bzw. 27. Juli 1955; erfolgreiche Abstimmungskampagne für die Ablehnung des Saarstatus am 23. Oktober 1955; nach Fusion mit der → Freien Demokratischen Partei (FDP) am 11. August 1957 saarländischer Landesverband der FDP unter Beibehaltung des Namens DPS.

Teilnahme an Bundestagswahl:

Keine selbständige Wahlbeteiligung, aber im Bundestag der 2. Wahlperiode ab 4. Januar 1957 nach Eintritt der saarländischen Abgeordneten durch *Heinrich Schneider*, *Erich Schwertner* und *Fritz Wedel* vertreten.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 766-806: *Frank Dingel*, Die Demokratische Partei Saar.

Demokratische Sozialisten (DS)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Nach einer längeren Gründungsphase – beginnend am 20. März 1982 mit dem Forum Demokratische Sozialisten in Recklinghausen – am 27./28. November 1982 in Münster auf Initiative der beiden Bundestagsabgeordneten und ehemaligen SPD-Parteimitglieder *Karl-Heinz Hansen* (Parteiausschluß im Dezember 1981) und *Manfred Coppik* (Parteiaustritt im Januar 1982) ins Leben gerufen; konzipiert als linkssozialistisches Sammelbecken u. a. für unzufriedene Sozialdemokraten mit dem Ziel der grundlegenden Veränderung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland; mit der politischen „Wende“ in Bonn (September/Oktober 1982) kam Parteientwicklung schon vor dem offiziellen Gründungsdatum zum Stillstand; außer auf kommunaler Ebene erfolglose Versuche mit Wahlbeteiligungen (vor allem innerhalb der → Friedensliste bei der Europawahl 1984); aufgrund der Erfolglosigkeit Parteiaustritt der beiden Initiatoren *Manfred Coppik* (August 1985) und *Karl-Heinz Hansen* (Januar 1987); 1990 Auflösung der Partei.

Parteivorsitzende (bis 1988 Geschäftsführender Bundesvorstand, danach gleichberechtigte Vorstandsmitglieder):

Herwart Achterberg, *Manfred Coppik*, *Karl-Heinz Hansen* und *Brigitte Kiechle* (1982–1984)

Brigitte Kiechle und *Henry Royeck* (1984–1985)

Herwart Achterberg, *Michael Höntsch* (nach dessen Rücktritt ab September 1985 *Matthias Arndt* und ab Oktober 1985 zusätzlich *Manfred Müller* und *Dieter Storck*) und *Brigitte Kiechle* (1985–1986)

Herwart Achterberg, *Manfred Müller* und *Dieter Storck* (1986–1988)

Matthias Arndt, *Martin Maier-Bode*, *Dieter Storck*, *Stefan Winneke* und *Karl Weil* (1988–1989)

Matthias Arndt, *Ralf Fischer*, *Martin Maier-Bode* und *Karl Weil* (1989)

Kurt Klein und *Thomas Wellner* (1990)

Teilnahme an Bundestagswahl:

Keine selbständige Teilnahme der Demokratischen Sozialisten an Bundestagswahlen, aber im Bundestag der 9. Wahlperiode zwischen 1982 und 1983 durch die fraktionslosen Abgeordneten *Manfred Coppik* und *Karl-Heinz Hansen* (zuvor SPD) vertreten.

*) Quellen: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1569 und 2120; Auskünfte des Bundesvorstandes der Demokratischen Sozialisten vom 26. 2. 1990; *Uwe Arndt*, *Werner Mackenbach*, *Willi Pohl* und *Bertold Scheller*, Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei. Frankfurt am Main 1990.

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Demokratische Volkspartei (DVP)

Bezeichnung des Landesverbandes Baden-Württemberg der → Freien Demokratischen Partei (FDP).

Deutsche Familien-Partei (FAMILIE)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 17. Oktober 1981; versteht sich – mit ihren Forderungen für eine „gesunde Familienpolitik“ – als eine „Partei der Mitte“ (Parteiprogramm).

Parteivorsitzende:

Anne-Marie Ossenbroich-Oepen (1981–1990)

Franz Josef Breyer (ab 1990)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1987 mit Kreiswahlvorschlag nur in einem Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen (130 Erststimmen); 1990 aus formalen Gründen zur Wahl nicht zugelassen.

Deutsche Freiheits Partei (DFP)*

Keine Partei im rechtlichen Sinne, sondern ein von *Hans Hermann Weyer* gegründetes Public-Relations-Unternehmen; Teilnahme an Bundestagswahl 1980 (96 Erststimmen, keine Landeslisten).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 192; nicht identisch mit der 1962 gegründeten rechtsextremen Deutschen Freiheits-Partei (DFP).

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 17. Dezember 1960 überwiegend von kommunistischen, sozialistischen und linken christlichen Repräsentanten „als Sammlung sehr heterogener oppositioneller Kräfte zur Bundestagswahl 1961 gegründet, um die ‚deutsche Frage‘ durch eine allgemeine Entspannungspolitik zwischen Ost und West und durch Verständigung mit den östlichen Nachbarn zu lösen“; „1963–68 Orientierung auf die linke Zielgruppe in der sich entwickelnden Außerparlamentarischen Opposition“; „seit der Gründung der → Deutschen Kommunistischen Partei im Jahre 1968, an der auch eine Reihe von DFU-Mitgliedern beteiligt war, verzichtete die DFU auf eigenständige Auftritte bei Wahlen; betrachtet sich seit 1984 nicht mehr als Partei im Sinne des Parteiengesetzes.“

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 848–876: *Rolf Schönfeldt*, Die Deutsche Friedens-Union.

Hinweis

Als Materialquelle für die stichwortartige Beschreibung der kandidierenden Parteien diene – mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers und des Westdeutschen Verlages –:

Richard Stöss (Hrsg.)

Parteien-Handbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980

Band I: AUD bis EFP, Opladen 1983.

Band II: FDP bis WAV, Opladen 1984; zusammen 2580 Seiten.

Parteivorstand (Direktorium):

Renate Riemeck / Karl Graf von Westphalen / Lorenz Knorr (1960–1975), später zusätzlich Arno Behrisch / Mira von Kühlmann / Heinrich Werner / Heinz-Joachim Nagel / Josef Weber (zugleich Vorsitzender des → Bundes der Deutschen)

Hilde Westphal / Lorenz Knorr / Arno Behrisch / Ingrid Kurz / Simon Peter Gerlach / Josef Weber (s. o.) – Heinrich Werner (ab 1975); ab 1978 Michael Höhn als Nachfolger von Heinrich Werner.

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1961 und 1965, wobei DFU zahlreiche Wahlbündnisse mit dem → Bund der Deutschen einging (Zweitstimmenanteil 1,9 bzw. 1,3%); 1969 Beteiligung im Wahlbündnis mit der → Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in der → Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF).

Im Bundestag in der 3. Wahlperiode zwischen Februar und Oktober 1961 durch den fraktionslosen Abgeordneten *Arno Behrisch* (zuvor SPD) vertreten.

Deutsche Gemeinschaft (DG)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 4. Dezember 1949 (nach Aufhebung des Lizenzzwanges) aus verschiedenen Vertriebenen-Notgemeinschaften und Geschädigtengruppen entstanden; hauptsächlich in Süddeutschland anfangs erfolgreiche rechtsextreme Partei; Vertreterin des neutralistischen „Neuen Nationalismus“ (im Gegensatz zu den überwiegend in Norddeutschland verbreiteten Parteien des „Alten Nationalismus“ wie → Deutsche Reichspartei [DRP]); Schwächung durch Übergreifen der DRP auf Süddeutschland und durch wachsende Integrationskraft des Bürgerblocks (einschließlich → Gesamtdeutscher Block/BHE); 1953 zusammen mit Deutschem Block (DB) und Deutscher Sozialer Bewegung (DSB) Gründung der Wahlpartei → Dachverband der Nationalen Sammlung (DNS); 1965 Aufgehen der Deutschen Gemeinschaft in der neutralistischen Sammlungspartei → Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD).

Parteivorsitzende:

Kurt Graebe (1950–1952)

August Haußleiter (1952–1965)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1953 als Wahlpartei → Dachverband der Nationalen Sammlung (DNS); 1957 in fünf Bundesländern (Zweitstimmenanteil 0,1%); 1961 in sieben Bundesländern (Zweitstimmenanteil 0,1%); ab 1965 → Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 877–900: *Richard Stöss*, Die Deutsche Gemeinschaft.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 25. September 1968 vom „Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ gegründet. „Die Partei steht in der Tradition der am 1. Januar 1919 gegründeten → Kommunistischen Partei Deutschlands [KPD], die nach 1945 neugegründet und am 17. August 1956 in der Bundesrepublik Deutschland durch Verbot [Urteil des Bundesverfassungsgerichts] in die Illegalität gedrängt wurde.“ Seit 1961 verstärkte Bemühungen um Wiedezulassung der KPD; Bundesregierung und Landesregierungen einigten sich im Oktober

*) Quellen: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 901–981: *Siegfried Heimann*, Die Deutsche Kommunistische Partei; aktuelle Ergänzungen aus dem Parteienarchiv des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; *Manfred Wilke*, *Hans-Peter Müller* und *Marion Brabant*, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik. Köln 1990; *Manfred Wilke*, Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1990, B 46–47, S. 27–37. Vgl. auch Fußnote auf Seite 79–80.

1967 darauf, eine Wiedenzulassung der früheren KPD auszuschließen, jedoch „die Gründung einer *neuen* KPD in der Bundesrepublik, die sich in ihrer Zielsetzung und in ihrer Tätigkeit deutlich von den verfassungswidrigen Umtrieben der alten KPD unterscheidet“, nach Art. 21 Abs. 1 GG für möglich zu erklären; DKP bildete nach 1968 eine der drei (KPD/SU-orientierten) kommunistischen Parteien in Gesamtdeutschland: „Bruderparteien“ waren die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR sowie die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW), nicht jedoch an die KP Chinas orientierte Parteien wie z. B. die → Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD/ML); nach Konstituierung der DKP zunächst Gründung der Wahlpartei → Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) mit maßgeblicher Unterstützung der DKP für Bundestagswahl 1969; nach Mißerfolg der ADF Beschluß, bei Wahlen künftig selbständig als DKP aufzutreten; auch hierbei kein Erfolg, statt dessen Stagnation; zur Europawahl 1984 erneuter Verzicht auf eigenständige Kandidatur als DKP und dafür maßgebliche Beteiligung an dem Wahlbündnis der → Friedensliste; ähnlich zur Bundestagswahl 1987 mit der Empfehlung an die Anhänger, die Erststimme den Einzelbewerbern der Friedensliste und die Zweitstimme den Grünen oder der SPD zu geben; innerparteiliche Diskussionen wegen des Wechsels zwischen eigenständiger Kandidatur und Kandidatur im Rahmen der Friedensliste bei Landtagswahlen seit 1985; seit 1987 wachsende Identitäts- und Organisationskrise der Partei, ausgelöst durch die Politik der KPdSU unter Generalsekretär *Michail Gorbatschow* (Stichwort: „Perestroika“), verstärkt durch die Erosion des Ostblocks und besiegelt durch den Zusammenbruch des SED-Regimes; Kennzeichen der Krise: Mitgliederverlust (auch bei den Nebenorganisationen), Fraktionsbildung in „Erneuerer“ und „Orthodoxe“, Ausgrenzung der Parteiposition; ab Ende 1989 Finanzkrise infolge Abhängigkeit von SED mit der Folge des Zusammenbruchs des hauptamtlichen DKP-Apparats, Einstellung zahlreicher Parteibetriebe, -organisationen und -publikationen; ab Anfang 1990 Sammelversuche der DKP-Erneuerer nach Parteiaustritt in verschiedenen neuen Gruppierungen (u. a. „Sozialistisches Forum“), Kontakte zur → Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die am 28./29. Juli 1990 einen Gründungsparteitag in Köln veranstaltete, Beteiligung an dem Listenbündnis → Linke Liste/PDS zur Bundestagswahl 1990; zwischen verbliebener DKP und PDS taktische Absprachen, aber keine offizielle Zusammenarbeit der beiden Parteien; in den Programmdiskussionen nach 1991 zwar Eingeständnis von Fehlern, insgesamt aber Festhalten an marxistisch-leninistischen Grundsätzen und an der Notwendigkeit einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

Parteivorsitzende:

Kurt Bachmann (1969–1973)

Herbert Mies (1973–1990)

Anne Frohnweiler, *Rolf-Jürgen Priemer*, *Helga Rosenberg* und *Heinz Stehr* (als vier gleichberechtigte Vorstandsmitglieder; 1990–1991)

Rolf-Jürgen Priemer und *Heinz Stehr* (als gleichberechtigte Sprecher; 1991–1996)

Heinz Stehr (ab 1996)

Ehrenvorsitzender der DKP ab 1971 bis † 1976 der frühere KPD-Vorsitzende *Max Reimann*

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1965 (noch als illegale KPD) Unterstützung der Deutschen Friedens-Union (DFU); 1969 innerhalb des Wahlbündnisses Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF); 1972 bis 1983 selbständig als DKP (bei diesen Wahlen Zweitstimmenanteil mit sinkender Tendenz zwischen 0,3 und 0,2%); 1987 Verzicht auf eigenständige Kandidatur als DKP und statt dessen Beteiligung an den Wahlvorschlägen von Einzelbewerbern bzw. Wählergruppen, die unter dem Kennwort „Frieden“ oder „Friedensliste“ kandidierten; 1994 nur mit Kreiswahlvorschlägen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg (zusammen 693 Erststimmen).

Hinweis

Welche Parteien aus der Bundesrepublik Deutschland sich seit 1979 an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament beteiligt haben, ist im vorliegenden *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 2.4.4 zu ersehen.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Entstanden am 22. März 1946 „durch Zusammenschluß der Deutschen Aufbau­partei (DAP) und der Deutschen Konservativen Partei (DKP), die beide nur in der britischen Zone existierten. Beide Parteien knüpften an unterschiedliche antidemokratische Traditionen an, die schon in der Weimarer Republik die Ideologie zweier verschiedener Parteien geprägt hatten“: DKP an Deutsch­nationale Volkspartei (DNVP) und DAP an Deutsch­völkische Freiheitspartei (DVFP); DKP-DRP beherbergte „Rechtsextremisten unterschiedlicher Prägung, bis hin zu Anhängern des Nationalsozialismus“; wegen ideologischer Heterogenität kontinuierlicher Auflösungsprozeß (hauptsächlich zugunsten der → Deutschen Partei und der → Freien Demokratischen Partei), bis zur Gründung der Nachfolgeorganisation → Deutsche Reichspartei (DRP) im Januar 1950.

Parteivorsitzende:

Franz Sonntag (1946)

Hermann Klingspor (1946–1947)

Wilhelm Jaeger (1947–1948)

Hermann Klingspor (ab 1948)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1949 nur in vier Bundesländern (Teilnahme unter verschiedenen Namen: in Schleswig-Holstein und Hamburg als DKP, in Niedersachsen als DRP, in Nordrhein-Westfalen als DKP-DRP), 1,8% Stimmenanteil, 5 Mandate (alle aus Niedersachsen infolge 8,1% Stimmenanteil auf Landesebene); im Bundestag zusammen mit Abgeordneten der Nationaldemokratischen Partei (NDP) Gründung der Gruppe Nationale Rechte (NR).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 982–1024: *Horst W. Schmollinger*, Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei.

Deutsche Partei (DP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

1945 als Niedersächsische Landespartei (NLP) in Anknüpfung an die frühere (1869 aus der Welfen-Bewegung hervorgegangene) Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) entstanden; Umbenennung in Deutsche Partei am 4. Juni 1947 als ein „Ausdruck des Versuchs ..., ihren Charakter als regionale Heimatpartei zu überwinden“ und mit dem Ziel der organisatorischen Erweiterung; protestantisch-konservative Bürgerblock-Partei mit teilweise rechtsextremistischen Positionen und insbesondere mit zahlreichen programmatischen Gemeinsamkeiten zur CDU; vergebliche Versuche, der CDU-Dominanz zu entgehen; vor Bundestagswahl 1957 Fusion mit → Freier Volkspartei (FVP) unter der Bezeichnung „Deutsche Partei (DP/FVP)“; nach 1957 starke Abwanderungstendenzen hauptsächlich zur CDU einschließlich Übertritt des Bonner „Ministerflügels“ am 1. Juli 1960; 15. April 1961 Fusion der Parteireste der DP mit dem → Gesamtdeutschen Block/BHE zur → Gesamtdeutschen Partei (GDP); rascher Zerfall nach der Bundestagswahl 1961; 1962 Reaktivierungsversuche der DP, jedoch Teilung in zwei Richtungen: (1) in die rechtsextreme Deutsche Partei des Landes Bremen (mit *Fritz Thielen* als Parteivorsitzenden, 1964–1967 vorübergehend → Nationaldemokratische Partei Deutschlands [NPD]), die bis 1990 ohne erkennbare politische Bedeutung bestand, und (2) in die stark monarchistisch orientierte niedersächsisch-welfische Deutsche Partei (mit *Wilhelm-Ernst von Cramm* als Parteivorsitzenden), die ebenfalls ohne Resonanz blieb; seit 1990 erneuter Reaktivierungsversuch mit der Übernahme der Bremer

*) Quellen: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 1025–1111: *Horst W. Schmollinger*, Die Deutsche Partei. Quellen für die Entwicklung nach 1990: Geschäftsführung des Landesverbandes Niedersachsen der Deutschen Partei; *Matthias Stoffregen*, Vorgeschichte, Entwicklung und Zerfall der Deutschen Partei. Seminararbeit am Historischen Seminar der Universität Hannover, 1995.

DP durch den niedersächsisch-welfischen Zweig; am 9. Mai 1993 Neukonstituierung der Deutschen Partei als Bundespartei mit einem streng wertkonservativen Programm rechts von der Union.

Parteivorsitzende:

Heinrich Hellwege (1946/47–1961)

Herbert Schneider (1961)

Deutsche Partei des Landes Bremen (1962–1990)

Fritz Thielen (1962–1964 und 1967–1990)

Deutsche Partei, Landesverband Niedersachsen (1962–1990)

Wilhelm-Ernst von Cramm (1962–1963)

Adolf Meyer-Ravenstein (1963–1990)

Neukonstituierung als Bundespartei (1993)

Wolf von Zworowsky (1993–1994)

Johannes Freiherr von Campenhausen (seit 1994)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1949 nur in vier Bundesländern, 1953, 1957 als Deutsche Partei (DP/FVP), 1961 nach Fusion mit dem Gesamtdeutschen Block/BHE als Gesamtdeutsche Partei (Zweitstimmenanteil zwischen 4,0 und 2,8%); Einzug in den Bundestag 1949–1957 aufgrund von Wahlabsprachen mit der CDU zwecks Überlassung von Wahlkreiskandidaturen.

Deutsche Rechtspartei (DRP)

siehe: Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP)

Deutsche Reichspartei (DRP)

Daten aus der Parteigeschichte:*

Am 21./22. Januar 1950 entstanden „als Fusion des niedersächsischen Landesverbandes der → Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP) und Teilen der hessischen → Nationaldemokratischen Partei (NDP)“; rechtsextreme Partei, „von politischer Bedeutung ... vor allem in Norddeutschland, wo sie an Traditionen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten anknüpfen konnte“; teilweise in Konkurrenz zur (neo-)faschistischen → Sozialistischen Reichspartei (SRP); Vertreterin des „Alten Nationalismus“ im Gegensatz zu der in Süddeutschland auftretenden → Deutschen Gemeinschaft (DG); 1962 Abspaltung der neutralistischen Deutschen Freiheits-Partei (DFP); zwecks Erweiterung der sozialen Basis initiiert DRP im November 1964 die Gründung der → Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als einer neuen Einheitspartei aller Rechtsextremisten; Auflösung der DRP am 4. Dezember 1965.

Parteivorsitzende:

Franz Richter / Karl Schäfer [Direktorium] (1950)

Karl Schäfer (1950–1951)

Hans-Heinrich Scheffer (1951–1953)

Wilhelm Meinberg / Alexander Andrae / Adolf von Thadden [Direktorium] (1953–1955)

Wilhelm Meinberg (1955–1957)

Herbert Freiberger / Horst-Günther Kosche / Hugo Jungmann [Direktorium] (1957)

Wilhelm Meinberg (1957–1960)

Heinrich Kunstmann (1960–1961)

Adolf von Thadden (1961–1965)

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 1112–1191: *Horst W. Schmollinger*, Die Deutsche Reichspartei.

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1953 nur in sechs Bundesländern, 1957 und 1961 (Zweitstimmenanteil zwischen 1,1 und 0,8%).

DRP war zum Zeitpunkt ihrer Gründung bis zum Ende der 1. Wahlperiode mit einer wechselnden Anzahl von Abgeordneten (u. a. der DKP-DRP) im Bundestag vertreten.

Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 12. Februar 1978 durch Abspaltung des niedersächsischen Landesverbandes der → Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP) durch den Göttinger Arzt Dr. Dr. *Horst Göttig*, zunächst als Vierte Partei Deutschlands (VPD); 1980 Umbenennung in „Union für Umwelt- und Lebensschutz (Vierte Partei Deutschlands)“, 1981 muß der Klammerzusatz entfallen: 1983 Namensergänzung „Freie Grüne Union“; 1984 Löschung aus dem Register des Bundeswahlleiters wegen Nichtbeteiligung an einer Bundes- oder Landeswahl für sechs Jahre; Wiedergründung als „Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz“ am 15. Juli 1984; typische „Ein-Mann-Partei“: eine der zahlreichen Parteischöpfungen des zunächst in der FDP und später in der NPD aktiven *Horst Göttig*; das Parteiprogramm, in dem sich die Deutsche Solidarität als „die Partei der Mitte“ bezeichnet, enthält konservativ-liberale Forderungen mit besonderer Betonung des Umweltschutzes; am 8. Januar 1995 erneute Umbenennung in „Gesamtdeutsche Solidarität – ÖKO-Union“ mit der Zusatzbezeichnung „Union für Umwelt- und Lebensschutz“.

Parteivorsitzender:

Horst Göttig (ab 1978)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1987 mit Kreiswahlvorschlag nur in einem Wahlkreis in Niedersachsen, nämlich Dr. Dr. *Horst Göttig* in Göttingen (754 Erststimmen); 1990 mit einer Landesliste in Niedersachsen unter der ergänzenden Kurzbezeichnung ÖKO-Union (4 661 Zweitstimmen).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S.336–366: *Richard Stöss*, Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei; aktuelle Ergänzungen zum Teil durch *Richard Stöss*.

Deutsche Soziale Union (DSU)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 20. Januar 1990 in Leipzig (Gründungsparteitag am 18. Februar 1990) als Zusammenschluß von zwölf christlichen, liberalen und konservativen Oppositionsgruppen und Kleinparteien (u. a. Christlich Soziale Partei Deutschlands [CSPD], Freie Deutsche Union [FDU], Fortschrittliche Volkspartei [FVP], Volksunion, Soziale Bürgerliche Union, Deutsche Freiheitsunion, Christlich Soziale Vereinigung, Forums-Partei Thüringen, Freie Demokratische Union Deutschlands [FDUD], Christlich-Soziale Union [CSU]); versteht sich als Schwesterpartei der westdeutschen CDU und insbesondere der CSU (DSU-Ehrenvorsitzender: CSU-Vorsitzender *Theodor Waigel*), wobei Überlegungen zeitweise eine Rolle spielten, die CSU könne sich mit Hilfe der DSU über Bayern hinaus ausdehnen; am 5. März 1990 vorübergehender Zusammenschluß gemeinsam mit der CDU der DDR und dem Demokratischen Aufbau (DA) zu dem Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“, das – von der DSU am entschiedensten befürwortet – für eine schnelle Vereinigung Deutschlands, die Wiederherstellung der alten DDR-Länder und eine schnelle Währungsunion mit der Bundesrepublik Deutschland bei ausdrücklichem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft eintritt; Juni 1990 Parteiaustritt u. a. des Parteivorsitzenden *Hans-Wilhelm Ebeling* und des Generalsekretärs *Peter-Michael Diestel* nach Niederlegung der Parteiämter; Wahlniederlagen und Bedeutungsschwund – trotz tatkräftiger Unterstützung durch CSU – u. a. aufgrund anhaltender Machtkämpfe im Vorstand und programmatischem Richtungsstreit der insgesamt rechtskonservativen

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

Partei; im Verlauf des Jahres 1990 in Westdeutschland mehrere offenbar nicht autorisierte DSU-Parteigründungen; Ablehnung einer Ausdehnung der DSU auf das alte Bundesgebiet vor allem durch CSU; Beschluß des DSU-Parteitages vom 24. April 1993 in Leipzig, sich auf die westlichen Bundesländer auszudehnen, führt folglich zum sofortigen Bruch der Partnerschaft mit der CSU; Gründung erster Landesverbände in Niedersachsen und Bayern; seit 1993 Zusatzbezeichnung „Die Vierte/Deutsche Partei“.

Parteivorsitzende:

Hans-Wilhelm Ebeling (zuvor CSPD) (Februar – Juni 1990)

Hansjoachim Walther (Juni 1990 – 1991)

Reinhard Keller (1991–1993)

Roberto Rink (seit 1993)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

Im Bundestag der 11. Wahlperiode ab 3. Oktober 1990 durch 8 von der Volkskammer der DDR gewählte Abgeordnete vertreten, Eintritt in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als „Gäste“; 1990 Wahlteilnahme in den fünf neuen Bundesländern sowie im gesamten Bundesland Berlin (1,0% der Zweitstimmen, bezogen auf dieses Wahlgebiet); 1994 nur mit Kreiswahlvorschlägen in Berlin, Sachsen-Anhalt und Sachsen (2 395 Erststimmen).

Deutsche Union (DU)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 12. Juni 1971 hervorgegangen aus der 1970 gegründeten Nationalliberalen Aktion (NLA), in der sich u. a. aus der FDP ausgeschiedene Opponenten der sozialliberalen Koalition vereinigt hatten; 1972 gescheiterter Versuch eines Wahlbündnisses mit der CDU/CSU; 1975 Beteiligung der DU an der Gründung der → Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP).

Parteivorsitzende:

Siegfried Zoglmann (1971–1974) (als MdB 1970 nach Ausscheiden aus der FDP zunächst Hospitant, später Mitglied der CDU/CSU-Fraktion)

Dietrich Bahner (1974–1976; 1974–1975 kommissarisch)

German Weiß (ab 1977)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1980 nur in je einem Wahlkreis in Baden-Württemberg und Bayern (421 Erststimmen).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 340–344.

Deutsche Volkspartei (DV) [I]*)

Am 29. März 1969 erneute Gründung einer (diesmal rechtsorientierten) Deutschen Volkspartei durch *Herbert Bursche*, nachdem eine am 17. Juni 1965 von *Claus-Heinrich von Wendorff* gegründete Partei gleichen Namens sich der → Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) angeschlossen hatte; Teilnahme von *Bursche* an der Bundestagswahl 1969 als Einzelbewerber im Wahlkreis Bonn (461 Erststimmen).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 2347.

Deutsche Volkspartei (DVP) [II]

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 20. November 1989 in Leipzig, zunächst auf Sachsen beschränkt; erstrebt eine „wirklich bürger-nahe Volksvertretung“ durch nicht nur parteiorientierte Kandidaten und eine „volksnahe“ Gestaltung der Politik durch vermehrte Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen; DVP fühlt sich besonders auch

für die Belange der deutschen Volksgruppen und Auslandsdeutschen (wie Schlesier, Siebenbürger und ehemalige Wolgadeutsche) zuständig.

Parteivorsitzender:

Rudolf Pusch (beim Stand Januar 1994)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 mit Kreiswahlvorschlag nur in einem Wahlkreis in Sachsen (606 Erststimmen).

Deutsche Zentrums-Partei (DZP)*)

Daten aus der Parteigeschichte:)**

Am 14. Oktober 1945 Wiedergründung der 1870 gegründeten und im Juli 1933 durch Selbstauflösung untergegangenen weltanschaulichen Interessenpartei, die eng mit der Geschichte des politischen Katholizismus („Kulturkampf“ 1871–1877) verbunden ist und sich den Grundsätzen der katholischen Soziallehre verpflichtet fühlt; in Konkurrenz mit der 1945 neugebildeten und erfolgreichen interkonfessionellen → Christlich Demokratischen Union (CDU) „schrumpfte die Zentrumspartei rasch zu einer, nur noch in den ehemaligen Zentrums-hochburgen in Westfalen, im Rheinland und in Niedersachsen verankerten Regionalpartei“; seit Anfang der fünfziger Jahre überwiegend erfolglose Versuche der Existenzsicherung durch Wahlabsprachen (mit der CDU, später mit der SPD), durch Fraktionsgemeinschaften (→ Föderalistische Union) und durch Fusionen (z. B. mit der → Christlichen Volkspartei des Saarlandes, später mit der Saarländischen Volkspartei sowie mit anderen Regional- oder Heimatparteien); dennoch kontinuierlicher Bedeutungsverlust bis zum zeitweise formalen Weiterbestehen; seit 1979 wieder gelegentliche Teilnahme an Wahlen (u. a. auch Europawahlen und zuletzt an der Bundestagswahl 1987); nach parteiinternen und gerichtlichen Auseinandersetzungen über die Wahl der Vorsitzenden *Adelgunde Mertensacker* und nach der Wiederwahl von *Gerhard Ribbeheger* personelle und politische Veränderungen mit dem Ziel, die Zentrumspartei nicht als rechte Splittergruppe neben CDU und CSU zu sehen, sondern die demokratisch-soziale Tradition des Nachkriegszentrums fortzusetzen; am 27. August 1988 Gründung der Partei → Christliche Mitte (CM) mit *Adelgunde Mertensacker* als Vorsitzende.

Parteivorsitzende:

Wilhelm Hamacher (1945–1946)

Johannes Brockmann (1946–1948)

Carl Spiecker (1948–1949)

Fritz Stricker (1949)

Helene Wessel (1949–1952)

Johannes Brockmann (1952–1969)

Gerhard Ribbeheger (1969–1974)

Gerhard Woitzik (1974–1986)

Adelgunde Mertensacker (1986–1987)

Gerhard Ribbeheger (1987–1996)

Gerhard Woitzik (ab 1996)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1949 in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (3,1% Stimmenanteil, 10 Mandate); 1953 nur in Nordrhein-Westfalen (0,8% Zweitstimmenanteil, 2 Mandate durch Wahlabsprachen mit CDU); 1957 als „Föderalistische Union (FU)“ gemeinsam mit der Bayernpartei in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern; 1965 als „Christliche Volkspartei (CVP)“ zusammen mit der Saarländischen Volkspartei in Nordrhein-Westfalen und im Saarland; 1969 wieder als Zentrum in Nordrhein-Westfalen und im Saarland (0,0% Zweitstimmenanteil, auf Bundesebene umgerechnet) und nach längerer Pause wieder 1987 in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg (0,1% Zweitstimmenanteil, auf Bundesebene umgerechnet); 1994 nur in Nordrhein-Westfalen (3 757 Zweitstimmen).

*) Kurzform auch: Zentrum, Zentrumspartei, ZENTRUM

**) Quellen: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 1192–1242: *Ute Schmidt*, Die Deutsche Zentrums-Partei, ferner *Ute Schmidt*, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung. Opladen 1987.

Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien – UDM)

siehe: Union Deutscher Mittelstandsparteien (UDM).

Die Friedensliste (FRIEDEN)

alphabetisch unter dem Buchstaben F aufgeführt.

Die Grauen

alphabetisch unter dem Buchstaben G aufgeführt.

Die Grünen (GRÜNE)

alphabetisch unter dem Buchstaben G aufgeführt.

Die Mündigen Bürger

alphabetisch unter dem Buchstaben M aufgeführt.

Die Republikaner (REP)

alphabetisch unter dem Buchstaben R aufgeführt.

Europa Partei (EP)

siehe: Europäische Föderalistische Partei (EFP).

Europäische Arbeiterpartei (EAP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 23. Dezember 1974 gegründet von *Lyndon H. LaRouche*, Führer der US-Labor Party und mehr oder weniger erfolgreicher Schöpfer verschiedener politischer Organisationen (u. a. „Labor Committees“); Programmatik der EAP besteht trotz anfänglicher Berufung auf den wissenschaftlichen Ansatz von *Karl Marx* „aus einem

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 1279–1295: *Michael Fichter*, Die Europäische Arbeiterpartei; aktuelle Ergänzungen aus dem Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, zusammengestellt durch *Michael Fichter*.

Konglomerat im Grunde genommen nicht zu vereinbarenden gedanklichen Versatzstücken von idealistischen, rationalistischen und humanistischen Philosophen, von klassischen Schriftstellern und Komponisten und von sozialistischen Theoretikern“, ergänzt durch eine Heilslehre für die Weltwirtschaftsordnung und eine Verschwörungstheorie; ursprünglich als sozialistische Organisation angetreten hat sich die EAP seit Ende der 1970er Jahre ihrer linken Phraseologie entledigt und ihre Programmatik auf missionarisch klingendes, rechtskonservatives und elitäres Gedankengut umgestellt; zugleich organisatorische Veränderungen, indem an die Stelle der EAP als neu gegründete Organisation die → Patrioten für Deutschland und das Schiller-Institut getreten sind, ohne die *LaRouche*-Gruppe aus dem Sektendasein herauszuführen.

Parteivorsitzende:

Helga Zepp-LaRouche [vor Eheschließung: *Helga Ljustina*] (seit 1974)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1976 und 1980 in allen Bundesländern außer Schleswig-Holstein und Saarland; 1983 (14 966 Zweitstimmen = 0,0%).

Europäische Föderalistische Partei (EFP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 12. Januar 1964 als westdeutsche Sektion der 1959 entstandenen „Föderalistischen Internationale [FI] der Europäischen Föderalistischen Parteien“ von dem Bremer Kaufmann *Ernst Ruban* unter dem Namen „Europa Partei (Europäische Föderalistische Partei)“ gegründet (eine erste erfolglose FI-Sektion in der Bundesrepublik entstand bereits 1960); seit 1971 Parteiname nur noch „Europäische Föderalistische Partei“; am 16./17. November 1974 in Genf Neugründung der EFP als einer gesamteuropäischen Partei (damit Abkehr vom ursprünglichen FI-Konzept, d. h. einem Bund nationaler europa-orientierter Parteien); programmatische Ziele – neben der Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses – ursprünglich geprägt vom materiellen Status-, Besitz- und Sicherheitsinteresse und vom Ost-West-Gegensatz des Nachkriegseuropas, inzwischen Propagierung des „Integralen Föderalismus“ als Ordnungsprinzip (u. a. Forderung nach Demokratisierung von Industriegesellschaften, Dezentralisierung wirtschaftlicher und politischer Macht; Öffnung gegenüber Ökologie- und Alternativbewegung); ab 1984 offizieller Parteiname „Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei (EFP)“; 1994 Parteiarbeit eingestellt.

Parteivorsitzende:

Ernst Ruban (1964–1970)

Hans-Wittich von Gottberg (1970–1975)

Karl Hahn (1975–1976)

Hans Joachim Krüger (1977–1979)

Lutz Roemheld (1979–1987)

Kurt Duwe (1987–1989)

Lothar Gügel (1989–1992)

Reinhard Bauer (1992–1994)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1965 nur in Bremen; 1969 und 1972 in allen Bundesländern außer Rheinland-Pfalz (0,2% bzw. 0,1% Zweitstimmenanteil); 1990 nur im Wahlkreis Göppingen (266 Erststimmen).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S.1296–1310: *Richard Stöss*, Die Europäische Föderalistische Partei (EFP)/ Europa Partei (EP).

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Europäische Volksbewegung Deutschlands (EVD)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

In Südbaden unter dieser Bezeichnung lizenziertes Landesverband der am 13. Mai 1949 gegründeten Sammlung zur Tat (SzT), die in Verbindung stand zu *Otto Strasser*, dem revolutionär-konservativen Gegner *Hitlers* innerhalb der NSDAP; am 1. Mai 1951 Fusion der Sammlung zur Tat und der Europäischen Volksbewegung Deutschlands mit anderen neofaschistischen Gruppierungen zur Europäischen Sozialen Bewegung in Deutschland, später umbenannt in Deutsche Soziale Bewegung (DSB).

Teilnahme an Bundestagswahl:

1949 nur im Bundesland Baden (0,1% Stimmenanteil, auf Bundesebene umgerechnet).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 1911 und Bd. II, a.a.O. S. 1259–1276.

Föderalistische Union (FU)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Die Föderalistische Union – ein jeweils vorübergehender Zusammenschluß von → Bayernpartei (BP) und → Deutscher Zentrums-Partei (DZP) – taucht zweimal auf:

(1) Am 14. Dezember 1951 gegründet als Fraktion des 1. Bundestages, nachdem mit Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung die Fraktionsmindeststärke von 10 auf 15 Abgeordnete erhöht worden war und Bayernpartei und Zentrum dadurch ihre Fraktionseigenschaft verloren hätten; Fraktion der FU bestand bis zum Ende der 1. Wahlperiode (1953);

(2) im Sommer 1957 gegründet als Wahlbündnis bzw. „föderative Sammlungspartei der vereinigten Mitte“ für die Bundestagswahl 1957; Auflösung nach der erfolglosen Wahlbeteiligung.

Parteivorsitzender zu (2):

Josef Baumgartner (1957; zugleich Landesvorsitzender der Bayernpartei)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1957 nur in den Bundesländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern (nach Nichtanerkennung der Landeslisten Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz), 0,9% Zweitstimmenanteil (auf Bundesebene umgerechnet).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 442–443 und 1206–1215.

Frauenpartei (FRAUEN)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 30. September 1979 durch *Eva Rath*, zuvor stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Schleswig-Holstein, aus Resignation über die SPD-Frauenpolitik; die Frauenpartei vertritt in ihrem Programm gesellschaftspolitische Ziele, die auf der gleichberechtigten Partnerschaft von Mann und Frau basieren; weitere Schwerpunkte sind Pazifismus, Schutz der Umwelt und Ableh-

*) Quellen: Unterlagen aus dem Parteienarchiv des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin sowie Bundesgeschäftsstelle der Frauenpartei in Neustadt/Holstein.

Hinweis

Abschnitt 5.11 enthält eine Liste der Parteien, die nicht durch Wahl, sondern hauptsächlich durch den Parteiwechsel einzelner Abgeordneter während der Wahlperiode im Bundestag vertreten waren.

nung der Kernenergie; gegenwärtig verfügt die Frauenpartei über acht Landesverbände; 1993 Umbenennung in „FRAUENPARTEI für menschliche Politik“; angestrebt wird seit 1996 eine Fusion mit der 1995 gegründeten „Feministischen Partei DIE FRAUEN“.

Parteivorsitzende:

Sibylle Helfferich (1979–1980)

Eva Rath (1980–1982; kommissarisch)

Hannelore Wohlers (1982–1984)

Karin Ernst (1984–1987)

Monika Christann, Yvonne Höfelbarth, Erika Güntsch, Christine Seidel und *Lydia Wegera* (Bundesvorstand, bestehend aus fünf gleichberechtigten Bundesvorsitzenden) (1987–1989)

Margret Ittenbach, Gisela Hospes und *Marlene Richter* (Bundesvorstand, bestehend aus drei gleichberechtigten Bundesvorsitzenden) (1989–1993)

Irmgard Löper, Karin Ernst und *Gisela Hospes* (Bundesvorstand, bestehend aus drei gleichberechtigten Bundesvorsitzenden) (ab 1993)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1987 nur in sieben Bundesländern (0,2% Zweitstimmenanteil), 1990 nur in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (0,0% Zweitstimmenanteil, auf Bundesebene umgerechnet).

Freie Bürger Union (FBU)

Daten aus der Parteigeschichte:

Zunächst auf Landesebene in Bayern im Laufe des Jahres 1993 hervorgegangen aus verschiedenen Bürgerbewegungen unter maßgeblicher Beteiligung des 1991 aus der CSU ausgetretenen *Ortwin Lowack*, Mitglied des Bundestages zwischen 1980 und 1994 (seit 1991 fraktionslos); Konstituierung als Bundespartei am 9. April 1994; „Leitmotiv“ der Partei „ist der Kampf für die bürgerliche Freiheit und Verantwortung gegen einen Staat, der die Freiheit unerträglich einschränkt, seine Macht mißbraucht und seine Bürger bevormundet“.

Parteivorsitzender:

Ortwin Lowack (ab 1994)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 mit Kreiswahlvorschlägen nur in Nordrhein-Westfalen und Bayern (8 193 Erststimmen).

Freie Demokratische Partei (FDP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Nach 1945 zunächst auf kommunaler und regionaler Ebene vielfältige Parteinuengründungen, die entweder stärker an die linksliberale Tradition der Deutschen Staatspartei (DSP) bzw. der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) anknüpften oder stärker an die nationalliberale Tradition der Deutschen Volkspartei (DVP); herausragend u. a. Zulassung der Demokratischen Volkspartei (DVP) am 14. Dezember 1945 für Württemberg-Baden auf Initiative von *Theodor Heuss, Wolfgang Haußmann* und *Reinhold Maier*; am 10./11. Dezember 1948 in Heppenheim Gründung der Freien Demokratischen Partei (FDP) als Bundespartei und damit organisatorische Vereinigung des ehemals in einen rechten und linken Flügel gespaltenen deutschen Liberalismus; in den folgenden Jahren wiederholte innere Auseinandersetzungen, Krisen und Spaltungen aufgrund dieser unterschiedlichen Traditionslinien und zeitweise auch wegen der Unterwanderung der FDP durch rechtsextremistische Kreise und ehemalige NS-Amtsträger („*Naumann-Affäre*“ in Nordrhein-Westfalen); Februar 1956 –

*) Quellen: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1311–1381: *Jürgen Dittberner*, Die Freie Demokratische Partei, ferner *Jürgen Dittberner*, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen 1987 sowie *Peter Lösche* und *Franz Walter*, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996.

wegen Differenzen zur Saarpolitik *Adenauers*, wegen der geplanten Wahlrechtsreform und nach Sturz des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten *Karl Arnold* (CDU) durch die sog. „Jungtürken“ (u. a. *Erich Mende*, *Walter Scheel* und *Willi Weyer*) zusammen mit SPD – Abspaltung des rechten Flügels der FDP (später erfolglose Parteigründung → Freie Volkspartei [FVP]) sowie Ausscheiden der FDP aus der Koalition im Bund; nach 1957 mit „Berliner Programm“ verstärkter Versuch der FDP, sich als „Dritte Kraft“ zu etablieren, anfangs mit koalitionspolitischer Präferenz zur CDU (aber ohne *Adenauer*), ab 1969 zur SPD (1971: „Freiburger Programm“) und ab 1982 erneut „Wende“ zur CDU; Koalitionswechsel jeweils mit Parteikrisen (u. a. Partei- und Fraktionsaustritten) verbunden (1969 nach Bildung der sozialliberalen Koalition Abspaltung der National-Liberalen Aktion [NLA], 1982 nach der „Wende“ Abspaltung der „Liberalen Demokraten“ [LD]); ambivalente Funktion der FDP als „Dritte Kraft“ (anfangs als Bürgerblock-Partei, später als SPD-Bündnispartner) sowie als „Korrektiv“ in diesen Koalitionen inzwischen (zeitweise) gefährdet durch Etablierung der „Grünen“ als vierte Partei; Serie von Wahlniederlagen nach 1982 (u. a. bei Europawahl 1984) führt 1985 zum Wechsel im Parteivorsitz von *Hans-Dietrich Genscher* zu *Martin Bangemann*; danach Beendigung der innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Koalitionswechsel; 11./12. August 1990 „Vereinigungsparteitag“ in Hannover, auf dem sich die FDP der Bundesrepublik und die drei liberalen Parteien der DDR zusammenschließen: (1) Bund Freier Demokraten (BFD), Anfang 1990 hervorgegangen aus der früheren Blockpartei Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) (ab 10. Februar 1990: Liberal-Demokratische Partei [LDP]) unter Einbeziehung der aufgelösten früheren Blockpartei National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), Vorsitzender seit 9. Februar 1990: *Rainer Ortleb*; (2) Freie Demokratische Partei (FDP), gegründet am 4. Februar 1990, Vorsitzender: *Bruno Menzel*; (3) Deutsche Forum-Partei (DFP), am 27. Januar 1990 durch Abspaltung hervorgegangen aus der im September 1989 gegründeten Bürgerbewegung → Neues Forum, Vorsitzender: *Jürgen Schmieder*; spätestens seit 1993 wachsende Verschleißerscheinungen, Richtungsstreit und Führungsschwächen der Partei, erkennbar an einer Abspaltung (am 23. Januar 1994 der europakritische „Bund Freier Bürger“ durch *Manfred Brunner*, früher bayerischer FDP-Landesvorsitzender) und Gruppenbildungen (vor allem der linksliberale „Freiburger Kreis“ [Sprecherin: *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*] und die nationalliberale „Liberaler Offensive“ [Sprecher: *Alexander von Stahl*] mit Sympathie für den „rechtspopulistischen“ österreichischen FPÖ-Vorsitzenden *Jörg Haider*), ferner erkennbar an dramatischen Stimmenverlusten weit unter 5 Prozent bei allen Wahlen bis 1996 („Die FDP vor dem Aus?“); überraschende Wende bei den drei Landtagswahlen vom März 1996.

Parteivorsitzende:

Theodor Heuss (1948–1949)
Franz Blücher (1949–1954)
Thomas Dehler (1954–1957)
Reinhold Maier (1957–1960)
Erich Mende (1960–1968)
Walter Scheel (1968–1974)
Hans-Dietrich Genscher (1974–1985)
Martin Bangemann (1985–1988)
Otto Graf Lambsdorff (1988–1993)
Klaus Kinkel (1993–1995)
Wolfgang Gerhardt (seit 1995)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1949 bis 1990 an allen Bundestagswahlen (1961 höchster Zweitstimmenanteil mit 12,8%, 1969 niedrigster Zweitstimmenanteil mit 5,8%; 1987: 9,1% Zweitstimmenanteil; 1990 bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen im westlichen Wahlgebiet 10,6%, im östlichen Wahlgebiet 12,9%, zusammen 11,0%); 1994: 6,9% Zweitstimmenanteil.

Hinweis

Angaben über die Direktwahlen zum Europäischen Parlament enthält das vorliegende *Datenhandbuch* in Abschnitt 24.4.

Freie Volkspartei (FVP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Offiziell am 23./24. Juni 1956 gegründet als ehemals rechter Flügel der → Freien Demokratischen Partei (FDP), der sich vier Monate zuvor abgespalten hatte wegen der deutschland- und ostpolitischen Umorientierung der FDP sowie wegen des Sturzes des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten *Karl Arnold* (CDU) am 20. Februar 1956 seitens der FDP („Jungtürken“) und Bildung einer Koalition mit der SPD; daraufhin am 23./25. Februar 1956 im Bundestag Fraktionsaustritt von 16 FDP-Abgeordneten (einschließlich aller vier Bundesminister), Bildung einer neuen Fraktion „Arbeitsgemeinschaft Freie Demokraten“, später umbenannt in „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ und nach Parteigründung „Freie Volkspartei“; Verbleib der Dissidenten in der Koalition, während FDP aus der Regierung ausscheidet; am 20. Januar 1957 Fusion der FVP mit der → Deutschen Partei (DP) unter der Bezeichnung „Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei)“; am 14. März 1957 im Bundestag Bildung einer gemeinsamen Fraktion DP/FVP; Wahlbündnis DP/FVP bei Bundestagswahl 1957 ein Fehlschlag.

Parteivorsitzender:

Viktor-Emanuel Preusker (1956–1957)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1957 als Wahlbündnis mit der → Deutschen Partei.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 1078 ff. und Bd. II, a.a.O. S. 1346 ff.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 15. März 1979 von *Martin Pape* durch Umbenennung der 1969 entstandenen Sozial-Liberalen Deutschen Partei (SLP); offizielle Gründung und Verabschiedung eines Aktionsprogramms am 17. März 1979 in Stuttgart; die FAP ist zunächst auch auf den Raum Stuttgart beschränkt und beteiligt sich dort an Kommunal- und Landeswahlen; nach dem Verbot der neofaschistischen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) des *Michael Kühnen* am 7. Dezember 1983 treten dessen Anhänger gezielt in die FAP ein und gründen weitere Landesverbände; mit der Ausbreitung zu einer Bundespartei entwickelt sich die FAP de facto zu einer rechtsextremistischen Partei u. a. mit dem Ziel einer Neugründung der NSDAP; ein im Juni 1986 gestellter Antrag Nordrhein-Westfalens, die FAP vom Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen, wird vom Bundesinnenminister wegen nicht ausreichender Beweise nicht weiterverfolgt; verboten werden dagegen am 9. Februar 1989 die von *Michael Kühnen* geführte neonazistische Vereinigung „Nationale Sammlung“ (N.S.), eine am 15. Juli 1988 gegründete Nachfolgeorganisation der ANS/NA, sowie im November und Dezember 1992 drei weitere neonazistische Vereinigungen; September 1993 beantragen Bundesregierung und Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der neonazistischen FAP gemäß Art. 21 Abs. 2 GG wegen ihrer fortgesetzten verfassungswidrigen Agitationen (u. a. Diffamierung demokratischer Institutionen, ausländerfeindliche und antisemitische Hetze, militante Aufmärsche); nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die FAP keine Partei im Sinne des Grundgesetzes darstelle, verbietet Bundesinnenminister *Manfred Kanther* am 24. Februar 1995 die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei nach Vereinsrecht und verfügt deren Auflösung.

Parteivorsitzende:

Martin Pape (1979–1988)

Friedhelm Busse (1988–1995)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1987 mit zwei Kreiswahlvorschlägen nur in Bremen und Baden-Württemberg bzw. mit Landesliste nur in Bremen (405 Zweitstimmen).

*) Quelle: Parteienarchiv des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin.

Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 9. September 1950 mit dem Ziel gegründet, „die Erkenntnisse *Silvio Gesells* durch eine unabhängige politische Organisation zu verwirklichen“ (*Silvio Gesell* [1862–1930], Begründer der „Freiwirtschaftslehre“, einer Wirtschaftsordnung durch „Freiland“ und zinsloses „Freigeld“; nach 1919 Zusammenschluß der Anhänger *Gesells* zum „Bund der Freiwirte“); FSU 1950 entstanden als Zusammenschluß der Anhänger *Gesells* in der britischen Zone (Radikal-Soziale Freiheitspartei) sowie in der französischen und amerikanischen Zone; seit Sammlungsinitiative von 1968 Parteibezeichnung „Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU)“; trotz mancher Versuche, Verbündete zu finden (z. B. in der außerparlamentarischen Opposition und später in der Umwelt- und Ökologiebewegung), insgesamt erfolgloses Wirken der FSU (u. a. wegen der sachlichen Begrenztheit ihres Programms).

Parteivorsitzende:

Richard Batz (1950–1952)

Wilhelm Radecke (1952–1954)

Albert Bartels (1954–1956)

Peter Thielen (1956–1957)

Ernst Schröder (1957–1958 kommissarisch; 1958–1961)

Kurt Keßler (1961–1986)

Hans-Bernhard Zill (1986–1996)

Karl-Heinz Wandel (ab 1996)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1965 nur in drei Bundesländern, 1969 in sechs Bundesländern, 1972 nur in zwei Bundesländern; Zweitstimmenanteil zwischen 16 371 (1969) und 3 166 (1972) (= jeweils 0,0%); 1987 mit Kreiswahlvorschlag nur in einem Wahlkreis in Schleswig-Holstein (110 Erststimmen); 1994 mit Kreiswahlvorschlägen in zwei Wahlkreisen Schleswig-Holsteins (467 Erststimmen).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a. a. O. S. 1397–1423: *Richard Stöss*, Die Freisoziale Union.

Die Friedensliste (FRIEDEN)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gründungskongreß am 18. März 1984 in Bonn-Bad Godesberg als „Sonstige Politische Vereinigung“ für die Europawahl im Juni desselben Jahres (Ergebnis: 1,3%); beteiligt an diesem als „Personenbündnis“ bezeichneten linken Wahlbündnis sind u. a. Mitglieder der → Demokratischen Sozialisten (z. B. die ehemaligen SPD-MdB *Karl-Heinz Hansen* und *Manfred Coppik*), der → Deutschen Friedens-Union (DFU) und vor allem → der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) sowie Personen aus der Friedensbewegung; am 7. Dezember 1984 Konstituierung in Nordrhein-Westfalen als politische Partei „Die Friedensliste NRW“ und Teilnahme an der Landtagswahl 1985 (0,7%); an der Bundestagswahl 1987 beteiligt sich die Friedensliste in 245 Wahlkreisen mit Direktkandidaten (um einer Zersplitterung der Zweitstimmen entgegenzuwirken, aber auch, weil angestrebte Listenverbindungen mit den Grünen nicht zustande kamen); hierzu auch Empfehlung der DKP (die – wie schon bei einigen Landtagswahlen zuvor – auf eine eigene Kandidatur als Partei verzichtete), die Erststimme den Einzelbewerbern der Friedensliste (zum Teil DKP-Mitglieder) und die Zweitstimme der SPD oder den Grünen zu geben; Hauptforderungen der Friedensliste sind die atomare Abrüstung und der Ausstieg der Bundesrepublik aus der Atomenergie; im Juni 1989 wird Einstellung der politischen Arbeit auf Bundesebene bekanntgegeben.

Parteivorsitzende (Sprecher des Bundesvorstandes):

Manfred Coppik, *Mechtild Jansen*, *Uwe Knickrehm*, *Hans Mausbach* und *Horst Trapp* (1984–1986)

Hans-Willem Confurius, *Helga Genrich*, *Karl-Heinz Hansen*, *Uwe Knickrehm* und *Horst Trapp* (ab 1986)

*) Quelle: Parteienarchiv des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin.

Teilnahme an Bundestagswahl:

1987, jedoch nicht als Partei, sondern unter dem Kennwort „FRIEDEN“ in 245 der 248 Wahlkreise mit Kreiswahlvorschlägen von – rechtlich gesehen – Einzelbewerbern bzw. Wählergruppen (zusammen 188 602 Erststimmen = 0,5%).

5%-Block-Partei

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Vor der Bundestagswahl 1976 als (erfolgloser) Versuch eines Wahlbündnisses zwischen verschiedenen rechts-extremistischen Gruppierungen mit teilweise ökologischer Programmatik unter Leitung von *Otto F. Schönbeck* gegründet; bald danach eingeschlafen.

Teilnahme an Bundestagswahl:

1976 nur in Bayern (2 940 Zweitstimmen).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 2352.

Gesamtdeutsche Partei [DP-BHE] (GDP)*

Daten aus der Parteigeschichte:)**

Am 15./16. April 1961 entstanden „als Fusion zweier, jeweils gescheiterter, Bürgerblockparteien“: des → Gesamtdeutschen Blocks/BHE und der → Deutschen Partei (DP); programmatische Verbindung mit konservativ-mittelständischen und bäuerlichen Forderungen der DP sowie der sozialen und nationalen Anliegen des GB/BHE; nach Niederlage bei der Bundestagswahl 1961 Auflösung der Fusion durch Rückzug des überwiegenden Teils der DP-Anhänger und damit organisatorische Fortsetzung des BHE unter neuem Namen; weiterer Zerfall der GDP durch Wahlbündnisse mit CSU und SPD zur Bundestagswahl 1965; Beziehungen auch zum rechtsextremistischen Lager; „als bedeutungslose vorparlamentarische Kleinpartei besteht die GDP noch heute“ (Stand 1983).

Parteivorsitzende:

Frank Seiboth und *Herbert Schneider* (gleichberechtigt; 1961–1962)

Hermann Ahrens (1962–1975)

Rudibert Schneider (1975–1978)

Gerhard Schuchart (ab 1978)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1961 (2,8% Zweitstimmenanteil); im Bundestag der 5. Wahlperiode (1965–69) infolge von Wahlbündnissen mit CSU und SPD durch vier Abgeordnete vertreten (Parteivorsitzender *Hermann Ahrens* sowie *Heinz Kreuzmann* als Gäste der SPD-Fraktion; *Walter Becher* und *Herbert Prochazka* als Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion); 1969 Wahlbeteiligung nur in sechs Bundesländern (0,1% Zweitstimmenanteil).

*) Überschrift entspricht der ursprünglichen Parteibezeichnung; nach 1961 zeitweise GDP/BHE; nach 1966 aufgrund eines gerichtlichen Vergleichs mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP): GPD/BHE; zeitweise auch GPD ohne Zusatz BHE.

***) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1460–1477: *Richard Stöss*, Die Gesamtdeutsche Partei (GDP bzw. GPD).

Hinweise

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Die Ergebnisse der Direktwahlen zum Europäischen Parlament enthält Abschnitt 24.4.

Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 29./30. November 1952 hervorgegangen aus der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, die im November 1951 von *Gustav Heinemann* (am 9. Oktober 1950 aus Protest gegen die Wiederaufrüstungspolitik von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* zurückgetretener Bundesinnenminister) und weiteren neun Personen (u. a. der Zentrums-Vorsitzenden *Helene Wessel*) gegründet worden war; Partei mit einer vorrangig deutschland- und außenpolitischen Zielsetzung („bedingter Neutralismus“, d. h. Wiedervereinigung Deutschlands und Friedenssicherung durch Widerstand gegen Aufrüstung sowie durch Verhandlungen mit der Sowjetunion und der DDR über eine Neutralisierung Deutschlands); vor Bundestagswahl 1953 Wahlbündnis mit dem → Bund der Deutschen (BdD); nach Wahlniederlage ab 1954 zunehmende Kontakte zur SPD (u. a. 1955 in der „Paulskirchen-Bewegung“); wegen der Weigerung der SPD, GVP durch Wahlabsprachen zu unterstützen, am 18./19. Mai 1957 Beschluß eines GVP-Parteitages, die Partei aufzulösen und den Übertritt zur SPD zu empfehlen.

Parteivorsitzende (vierköpfiges, ab 1955 fünfköpfiges Präsidium):

Gustav Heinemann, *Helene Wessel*, *Adolf Scheu* und *Robert Scholl* (1952–1957),
zusätzlich *Diether Posser* (1955–1957)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1953 (1,2% Zweitstimmenanteil); im Bundestag der 1. Wahlperiode ab November 1952 bis zum Ende der Wahlperiode durch vier Abgeordnete vertreten: *Helene Wessel* und *Thea Arnold* (zuvor Zentrum bzw. FU), *Hans Bodensteiner* (zuvor CDU/CSU) und *Hermann Etzel* (zuvor BP bzw. FU).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1478–1508: *Siegfried Heimann*, Die Gesamtdeutsche Volkspartei.

Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 8. Januar 1950 – nach Lockerung und Aufhebung des Lizenzierungsverbots von Vertriebenenorganisationen und -parteien – auf Initiative von *Waldemar Kraft* zunächst in Schleswig-Holstein entstanden; Ausbreitung über das ganze Bundesgebiet als eine „ökonomisch-soziale Interessenpartei“ eines großen Teils der Vertriebenen, die nach anfänglichen örtlichen „Notgemeinschaften“ nunmehr eine parlamentarisch-politische Vertretung für ihren Existenzkampf fanden; 28./29. Januar 1951 Gründung des Bundesverbandes des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)“; „mit dem erfolgreichen Kampf des BHE um die Eingliederung [der Vertriebenen] vernichtete er die gesellschaftliche Grundlage seiner Existenz als politische Partei“; erfolglose Versuche des BHE, der schwindenden sozialen Basis durch Hervorkehren des gesamtdeutschen Anliegens und durch Stärkung des Heimatbewußtseins entgegenzuwirken; 14. November 1952 Umbenennung in „Gesamtdeutscher Block/BHE“; seitens der Parteiführer (zuerst *Waldemar Kraft*, später *Theodor Oberländer*) Annäherung an die deutschland- und außenpolitische Konzeption *Adenauers*; wegen Ablehnung des Saarstatuts im Juli 1955 Ausscheiden des GB/BHE aus der Regierungskoalition und Fraktionsspaltung durch Übertritt der Gruppe *Kraft/Oberländer* zur CDU/CSU; nach verlorener Bundestagswahl 1957 am 15. April 1961 Fusion des GB/BHE und der → Deutschen Partei (DP) zur (ebenfalls erfolglosen) → Gesamtdeutschen Partei (GDP).

Parteivorsitzende:

Waldemar Kraft (1951–1954)
Theodor Oberländer (1954–1955)
Friedrich von Kessel (1955–1958)
Frank Seiboth (1958–1961)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1953 mit 5,9% Zweitstimmenanteil und 27 Mandaten; 1957 mit 4,6% Zweitstimmenanteil.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1424–1459: *Richard Stöss*, Der Gesamtdeutsche Block/BHE.

Die Grauen*)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 12. Juli 1989 in München auf Initiative des Senioren-Schutz-Bundes „Graue Panther“ e. V. (Gründerin und Bundesvorsitzende seit 1975: *Trude Unruh*, zwischen 1987 und 1990 parteiloses Mitglied des Bundestages, gewählt über die Landesliste Nordrhein-Westfalen der Grünen, zunächst Fraktionsmitglied der Grünen, ab September 1989 fraktionslos) nach Aufkündigung einer sechsjährigen Zusammenarbeit mit den → Grünen; die Partei will in Fortführung der Parlamentsstrategie der „Grauen Panther“ für eine soziale Altenpolitik eintreten und Garant gegen das Aufkommen rechtsradikaler Parteien sein; versteht sich als „Überpartei“, d. h. auch Parteilose und Mitglieder anderer Parteien können zur Kandidatur zugelassen werden.

Parteivorsitzende:

Trude Unruh (seit 1989)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

Im Bundestag der 11. Wahlperiode vertreten durch *Trude Unruh* (siehe oben); 1990 Teilnahme an Bundestagswahl in allen Bundesländern (385 910 Zweitstimmen = 0,8%), ebenso 1994 (238 642 Zweitstimmen = 0,5%).

*) vollständiger Name anfangs: DIE GRAUEN Initiiert vom Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther“ e. V. („SSB-GP“), ab Mai 1993 „DIE GRAUEN – Graue Panther“.

Grüne Aktion Zukunft (GAZ)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 12. Juli 1978 von dem Bundestagsabgeordneten *Herbert Gruhl* (zuvor CDU) gegründete konservativ-mittelständische Umweltschutz-Partei; zeitweise Zusammenarbeit mit der → Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) und der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH), u. a. Zusammenschluß zu dem Wahlbündnis „Die Grünen“ für die Europawahl 1979 und zu der „Sonstigen Politischen Vereinigung“ (SPV) → „Die Grünen“; aus programmatischen Gründen Zurückhaltung der GAZ bei der Umwandlung der SPV „Die Grünen“ in die Bundespartei „Die Grünen“; am 16. Juli 1980 Abspaltung des rechten Flügels (darunter GAZ) von der Bundespartei „Die Grünen“ und Zusammenschluß zur Grünen Föderation (GF), aus der am 10./11. Oktober 1981 die → Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) hervorging; Auflösung der GAZ zugunsten der ÖDP.

Parteivorsitzender:

Herbert Gruhl (1978–1981)

Teilnahme an Bundestagswahl:

Keine selbständige Teilnahme der GAZ an Bundestagswahl, aber im Bundestag der 8. Wahlperiode zwischen 1978 und 1980 durch den fraktionslosen Abgeordneten *Herbert Gruhl* (zuvor CDU) vertreten.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1509–1598: *Lilian Klotzsch* und *Richard Stöss*, Die Grünen.

Grüne Partei (GP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Die Grüne Partei der DDR, gegründet am 24. November 1989 in Ost-Berlin, ist neben der Grünen Liga zum Teil hervorgegangen aus einer grünen oppositionellen Bewegung, die jahrelang zumeist im Schutze der evangelischen Kirche bestehen konnte und durch Organisationen wie der „Umweltbibliothek“ bei der Zionskirchengemeinde in Ost-Berlin oder dem „Netzwerk Arche“ gewirkt hat, zum Teil wirkten an der Gründung auch Mitglieder kirchlicher Umweltgruppen, des Schriftstellerverbandes und sogar der offiziellen Gesellschaft

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

für Natur und Umwelt (GNU) mit; als oppositionelle Gruppe Teilnahme am Runden Tisch; Regierungsbeteiligung seit dem 5. Februar 1990 im erweiterten Kabinett von *Hans Modrow* durch *Matthias Platzeck* als Minister ohne Geschäftsbereich; Programmparteitag der Grünen Partei vom 9. bis 11. Februar 1990 in Halle; GP sah sich als Teil der europäischen Bewegung der Grünen und trat für den „konsequenten ökologischen Umbau“ der DDR sowie für eine „vollständige Abrüstung“ ein, in der Deutschlandfrage wurde der Aufbau einer deutschen Konföderation bei voller Souveränität beider deutscher Staaten befürwortet; Teilnahme an der Volkskammerwahl 1990 innerhalb eines am 14. Februar 1990 mit dem → Unabhängigen Frauenverband (UFV) eingegangenen Wahlbündnisses, wobei jedoch nur Kandidaten der GP (darunter auch Mitglieder der Grünen Liga) zum Zuge kamen; auf Sonderparteitag am 9. September 1990 in Magdeburg Umbenennung in „Die Grünen“ und Vereinigung mit den → Grünen der alten Bundesländer zum Jahresende beschlossen; August 1990 unter der Bezeichnung „Die Grünen/Bündnis 90“ Vereinbarung einer breiten Listenverbindung für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 zwischen den Grünen der Bundesrepublik, der GP sowie den im → ØB'ndnis 90 zusammengeschlossenen Bürgerbewegungen, die jedoch durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990 gegen den deutsch-deutschen Wahlvertrag gegenstandslos wurde, so daß nur die Grünen der DDR mit Bündnis 90 ein Wahlbündnis bilden konnten; mit dem Wahltag am 3. Dezember 1990 Wirksamwerden der Aufnahmeanträge der ostdeutschen Landesverbände der Grünen (mit Ausnahme von Sachsen) in die Gesamtpartei.

Parteivorstand (entsprechend Quotenregelung paritätisch besetzt):

Judith Demba, Friedrich Heilmann, Viktor Liebrecht, Dorit Nissing-Stranz, Henry Schramm und Christine Weiske (1990)

Teilnahme an Bundestagswahl:

Im Bundestag der 11. Wahlperiode ab 3. bzw. 4. Oktober 1990 durch die von der Volkskammer der DDR gewählten Abgeordneten *Matthias Platzeck* und (als Nachrückerin für *Joachim Gauck*) *Vera Wollenberger* vertreten; 1990 Teilnahme an der Bundestagswahl innerhalb der Listenvereinigung → Bündnis 90/Grüne und im Bundestag der 12. Wahlperiode – inzwischen als Mitglieder der gesamtdeutschen Partei Die Grünen – durch die Abgeordneten *Klaus-Dieter Feige* und *Vera Wollenberger* vertreten.

Die Grünen (GRÜNE)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 12./13. Januar 1980 auf Gründungsversammlung in Karlsruhe dadurch entstanden, daß die am 17./18. März 1979 zur Europawahl unter der Bezeichnung „Die Grünen“ gebildete „Sonstige Politische Vereinigung“ (SPV) mit Unterstützung von zusätzlichen Delegierten grüner und alternativer Listen in eine Partei umgewandelt wurde; Entwicklung bis Parteigründung reicht zurück auf die zu Beginn der sechziger Jahre einsetzende Bildung von Bürgerinitiativen (Mitte der siebziger Jahre 15 000–20 000, davon 3 000–4 000 Umweltschutz-Initiativen), auf die Herausbildung der Umweltbewegung einschließlich Atomkraftwerk(AKW)-Gegner, auf die Entstehung grüner und bunter Listen im Frühjahr 1978 (u. a. Grüne Liste Umweltschutz [GLU]) zunächst regional von Niedersachsen ausgehend, auf Parteigründungen wie Grüne Aktion Zukunft (GAZ), auf ökologische Umorientierung bestehender Kleinparteien wie Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) und auf Zusammenschlüsse wie die SPV „Die Grünen“ unter Beteiligung u. a. der GAZ, AUD und GLU; in der Entwicklungsphase 1978–1979 innerhalb und zwischen den Gruppierungen erhebliche Differenzen u. a. wegen des breiten politisch-ideologischen Spektrums von bürgerlich-konservativ bis kommunistisch („K-Gruppen“) sowohl bei inhaltlichen als auch bei strategischen Fragen wie parlamentarischer Beteiligung, Nebeneinander parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktionen, Gewaltfreiheit, Abgrenzung nach rechts und/oder links usw.; 21./23. März 1980 in Saarbrücken Verabschiedung eines zum Teil widersprüchlichen Programms aus konservativen und linken Aussagen; nach Konstituierung der Bundespartei Die Grünen Auflösung von AUD und GLU; 16. Juli 1980 noch vor der Bundestagswahl Zusammenschluß des rechten Flügels

*) Quellen: Parteien-Handbuch Bd. II, a. a. O. S. 1509–1598; *Lilian Klotzsch* und *Richard Stöss*, Die Grünen; *Joachim Raschke*, Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn. Marburg 1991; *Hubert Kleinert*, Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei. Bonn 1992; vgl. auch Fußnote auf Seite 79–80.

der Grünen (u. a. GAZ, Grüne Liste Schleswig-Holstein [GLSH], Bremer Grüne Liste [BGL] zur Grünen Föderation (GF), später Abspaltung von den Grünen und Umbildung zur → Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP); nach 1980 mit wachsenden Wahlerfolgen Herausbildung der Grünen zur bundesweiten ökologischen Partei „als parlamentarischer Arm der Umweltbewegung und als notwendige Alternative zu den ‚etablierten Parteien‘ und zeitweise Ablösung der → Freien Demokratischen Partei als ‚Dritte Kraft‘ im Parteiensystem der Bundesrepublik; Fortdauer von internen Konflikten und Widersprüchen als Folge der noch nicht abgeschlossenen Integration unterschiedlicher Strömungen, Interessen und Ausdrucksformen der Umweltschutz- und Friedensbewegung (Diskussionsfelder u. a. auch Rotation der Abgeordneten in der Mitte der Wahlperiode; imperatives Mandat; Tolerierung einer [SPD-]Minderheitsregierung statt offizieller Regierungsbeteiligung); zunehmende innere Aufspaltung in divergierende Gruppen, Strömungen und Fraktionen (u. a. „Realo“-Flügel, „Grüner Aufbruch“, „Linkes Forum“, „Radikal-Ökologen“ und neuerdings „Grünes Bündnis“) und wachsende Flügelkämpfe insbesondere zwischen Realpolitikern („Realos“) und Fundamentalisten („Fundis“); August 1990 Vereinbarung einer breiten Listenverbindung für die gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 zwischen den Grünen der Bundesrepublik, der → Grünen Partei (GP) der DDR sowie den Bürgerrechtsgruppen → Neues Forum (NF), → DEMOKRATIE JETZT (DJ), → Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) sowie → Unabhängiger Frauenverband (UFV) unter der Bezeichnung → Die Grünen/Bündnis 90, gegenstandslos geworden durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990 gegen den deutsch-deutschen Wahlvertrag, so daß nur die Grünen der DDR mit den Bürgerbewegungen ein Wahlbündnis bilden konnten; nach der Vereinigung Deutschlands am 3./4. Oktober 1990 Aufnahme der sieben von der DDR-Volkskammer aus der Fraktion → Bündnis 90/Grüne gewählten Abgeordneten in die Bundestags-Fraktion DIE GRÜNEN und Umbenennung in DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90; mit dem Wahltag am 3. Dezember 1990 Wirksamwerden der Aufnahmeanträge der ostdeutschen Landesverbände der Grünen (mit Ausnahme von Sachsen) in die Gesamtpartei; trotz Niederlage des „realpolitischen Lagers“ bei der Sprecherwahl auf dem Parteitag Ende April 1991 in Neumünster am 11./12. Mai 1991 Abspaltung einer fundamentalistischen Gruppe um *Jutta Ditfurth* und Gründung einer eigenen Partei unter dem Namen „Ökologische Linke (ÖkoLi)“ am 7./8. Dezember 1991; mit Konstituierung von → Bündnis 90 als Partei am 21./22. September 1991 in Potsdam ist für die Grünen die Frage der Fusion der beiden Parteien von besonderer Wichtigkeit, nicht zuletzt, um nach der Wahlniederlage von 1990 die Chancen für die Bundestagswahl 1994 zu verbessern; langwieriger Vereinigungsprozeß aufgrund der abwartenden Einstellung und der Vorbehalte von Bündnis 90 gegenüber einer „Vereinnahmung“ durch die Grünen; Februar 1992 Angebot einer Fusion durch den Länderrat der Grünen; 3. Mai 1992 auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 in Berlin grundsätzliche Entscheidung für ein Zusammengehen mit den Grünen; 15.–17. Mai 1992 Befürwortung einer Fusion auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen, Ablehnung einer Beteiligung der → Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) an der Fusion; seit Juni 1992 offizielle Verhandlungen beider Parteien über eine Fusion; 23. November 1992 in Bonn Unterzeichnung eines Assoziationsvertrages durch die Vorstände der beiden Par-

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

teien; 17. Januar 1993 Zustimmung der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 und der Bundesversammlung der Grünen jeweils mit Zweidrittelmehrheit, den Assoziationsvertrag abzuschließen, nachdem auch in der Namensfrage der künftigen Partei ein Kompromiß erzielt wurde: Bündnis 90/Die Grünen, Kurzform: GRÜNE; 19. April 1993 Urabstimmung unter den Mitgliedern beider Parteien ergibt große Mehrheit für den Zusammenschluß (91% bei den Grünen, 85% bei Bündnis 90); 14./15. Mai 1993 gemeinsamer Parteitag in Leipzig setzt den Assoziationsvertrag formal in Kraft, womit die Vereinigung zur neuen Partei → Bündnis 90/Die Grünen abgeschlossen ist; Verabschiedung der „Leipziger Erklärung“ mit der Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung.

Parteivorsitzende (gleichberechtigte Vorstandsmitglieder bzw. Parteisprecher):

Herbert Gruhl (Grüne Aktion Zukunft), *August Haußleiter* (Deutsche Gemeinschaft) und *Helmut Neddermeyer* (GLU Niedersachsen) (Januar–März 1980; = Vorstand der SPV „Die Grünen“ als kommissarischer Vorstand der Bundespartei „Die Grünen“)

August Haußleiter (nach dessen Rücktritt ab Juni 1980: *Dieter Burgmann*), *Petra Kelly* und *Nobert Mann* (März 1980–1981)

Dieter Burgmann, *Petra Kelly* und *Manon Maren-Griesebach* (1981–1982)

Wilhelm Knabe, *Manon Maren-Griesebach* und *Rainer Trampert* (1982–1983)

Wilhelm Knabe, *Rebekka Schmidt* und *Rainer Trampert* (1983–1984)

Lukas Beckmann, *Jutta Ditfurth* und *Rainer Trampert* (1984–1987)

Jutta Ditfurth, *Regina Michalik* und *Christian Schmidt* (1987–1988 [Abwahl]; anschließend kommissarischer Vorstand bis März 1989)

Ralf Fücks, *Ruth Hammerbacher* und *Verena Krieger* (1989–1990)

Renate Damus, *Heide Rühle* und *Hans-Christian Ströbele* (1990–1991; vorzeitiger Rücktritt von *Ströbele* im Januar 1991)

Ludger Volmer und *Christine Weiske* (1991–1993; vorzeitiger Rücktritt von *Christine Weiske* im Januar 1993 aus Protest gegen die nach ihrer Ansicht nicht ausreichend berücksichtigten Interessen der ostdeutschen Landesverbände der Grünen).

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1980 mit 1,5% Zweitstimmenanteil; 1983 mit 5,6% Zweitstimmenanteil; 1987 mit 8,3% Zweitstimmenanteil; 1990 mit 4,8% Zweitstimmenanteil in den alten Bundesländern Scheitern an der Fünfprozent-Klausel, im Bundestag der 12. Wahlperiode jedoch vertreten durch die beiden Abgeordneten *Klaus-Dieter Feige* und *Vera Wollenberger*, die in den neuen Bundesländern über die Listenvereinigung → Bündnis 90/Die Grünen gewählt wurden.

Gruppe Internationale Marxisten (GIM)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Pfingsten 1969 entstanden nach Aufspaltung der bis dahin eher als Geheimbund operierenden deutschen Sektion der internationalen trotzkistischen Bewegung in die Internationalen Deutschen Kommunisten (IKD) mit der Kommunistischen Jugendorganisation Spartacus einerseits und in die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) andererseits; Anlaß dieser Aufspaltung: Auseinandersetzungen über die bis dahin geübte „entristische Taktik“, d. h. unter konspirativer Bewahrung der eigenen Organisationsstruktur Eintritt in die großen traditionellen Arbeiterparteien; der GIM Status der deutschen Sektion der IV. Internationale („Weltpartei der sozialistischen Revolution“) zuerkannt; nach 1976/77 erneute Krise u. a. wegen der Frage einer Wahlunterstützung der SPD; 1986 zusammen mit der → Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten aufgegangen in der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP).

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1976 nur in drei Bundesländern (4 759 Zweitstimmen = 0,0%); 1980 Wahlaufbruch zugunsten der SPD.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1599–1647: *Peter Brandt* und *Rudolf Steinke*, Die Gruppe Internationale Marxisten.

Humanistische Partei (HP)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 23. September 1984 in Berlin; erstrebt in erster Linie ein neues Modell einer „solidarischen und gewaltfreien Gesellschaft“ und unterstützt dementsprechend alle gewaltlosen Aktionen gegen Gewalt und Diskriminierung.

Parteivorsitzende:

Lutz Jahn (bei Stand März 1986)

Beate Altmann (bei Stand Mai 1987 bis 1990)

Lucas Parra (1990–1993)

Gerhard Kufner (1993)

Matthias Holl (ab 1994)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1987 mit Kreiswahlvorschlägen nur in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern (788 Erststimmen); 1990 mit Kreiswahlvorschlägen nur in den Wahlkreisen 74 und 75 unter der Bezeichnung „Humanisten ins Parlament HP“.

Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)

Daten aus der Organisationsgeschichte:*)

Bereits Ende 1985 – als Antwort auf das Verbot eines Menschenrechtsseminars – in Berlin (Ost) gegründet (u. a. von *Wolfgang Templin* und *Gerd Poppe*) ist die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) somit die älteste, im Gegensatz zu anderen Gruppen auch unabhängig von kirchlichen Kreisen wirkende informelle Oppositionsgruppe der DDR und Vorläuferin der im Herbst 1989 zahlreich entstehenden Basisbewegungen und Parteien; trotz Bespitzelung durch die Staatssicherheit, Verhaftung und Ausweisung von Mitarbeitern der IFM (1988) Einrichtung von Regionalgruppen in mehreren Städten der DDR und von Projektgruppen; 11. März 1989 Veröffentlichung eines Aufrufs zur landesweiten Konstituierung, die am 28. Oktober 1989 vollzogen wird; als oppositionelle Gruppe Teilnahme am zentralen Runden Tisch; Regierungsbeteiligung seit dem 5. Februar 1990 im erweiterten Kabinett von *Hans Modrow* durch *Gerd Poppe* als Minister ohne Geschäftsbereich; Teilnahme an den Volkskammerwahlen 1990 innerhalb der Listenverbindung → Bündnis 90 zusammen mit den Gruppen → DEMOKRATIE JETZT (DJ) und → Neues Forum (NF); IFM will keine Partei sein, setzt sich für Abrüstung und Entmilitarisierung ein und wendet sich gegen jede Art von autoritärer Struktur, gegen die Verherrlichung von Gewalt, gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und Ausländern; befürwortete eine langsame und schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten; am 21./22. September 1991 in Potsdam Zusammenschluß mit den Bürgerbewegungen → DEMOKRATIE JETZT und Teilen des → Neuen Forums zur neugegründeten politischen Vereinigung bzw. gesamtdeutschen Partei → Bündnis 90.

Vorsitzende (Sprecher):

Werner Fischer, *Gerd Poppe* und *Thomas Rudolph* (ab Oktober 1989)

Matthias Eyck, *Dietmar Meckel*, *Bernd Oehler*, *Gerhard Ruden*, *Regina Templin* und *Reinhard Weißhuhn* (ab Februar 1990)

René Bartsch, *Bernd Oehler*, *Regina Templin*, *Wolfgang Templin*, *Katrin Walther* und *Reinhard Weißhuhn* (ab September 1990 bis Auflösung 1991)

Teilnahme an Bundestagswahl:

Im Bundestag der 11. Wahlperiode ab 3. Oktober 1990 vertreten durch die von der Volkskammer der DDR aus der Fraktion Bündnis 90/Grüne gewählte Abgeordnete *Marianne Birthler*; 1990 Teilnahme an der Bundestagswahl innerhalb der Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne und im Bundestag der 12. Wahlperiode durch den Abgeordneten *Gerd Poppe* vertreten.

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [I]

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Seit Frühjahr 1945 in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands Wiederentstehung von zunächst nur lokalen und regionalen kommunistischen Parteiorganisationen, die sich als Gliederung der 1919 aus dem Spartakusbund hervorgegangenen, 1933 verbotenen, aber illegal fortexistierenden Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) begriffen; Anerkennung des Zentral-Komitees der KPD und später der SED in Ostberlin als legitime und autorisierte Parteiführung; Frühjahr 1946 Wiedergründung der KPD im wesentlichen abgeschlossen; Ende April 1948 Wahl einer gemeinsamen Leitung für die elf westdeutschen Landesverbände (Vorsitzender: *Max Reimann*), die formal und real als Exekutivausschuß des SED-Parteivorstandes fungierte; Januar 1949 Konstituierung der KPD als westdeutsche Partei; nach anfänglichen Erfolgen zunehmender Einflußverlust wegen der Entwicklung der KPD zu einer „nationalistisch und zunehmend revolutionär argumentierenden Partei“, wegen ihres Selbstverständnisses als „Vorposten des sozialistischen Lagers und speziell der DDR“, Auswirkungen des Kalten Krieges sowie wegen aktueller Ereignisse wie Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR; seit 1951 unter Verbotsdrohung; November 1951 Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD, 8. April 1952 Bestätigung durch Bundesgerichtshof, aber erst am 17. August 1956 nach fünfjähriger Prozeßdauer erklärt Bundesverfassungsgericht KPD für verfassungswidrig, verboten und aufgelöst; seit 1961 wachsende Bemühungen um Wiederzulassung der KPD führen am 25. September 1968 zur Konstituierung der → Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und – als eine Folge des sowjetisch-chinesischen Konflikts – am 31. Dezember 1968 zur Gründung der (maoistischen) → Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten).

Parteivorsitzender:

Max Reimann (1948–1956)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1949 (5,7% Stimmenanteil und 15 Mandate); 1953 (2,2% Zweitstimmenanteil).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1663–1809: *Dietrich Staritz*, Die Kommunistische Partei Deutschlands.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [II]

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Nach Tagung eines Gründungskomitees im Januar 1990 und Distanzierung von der stalinistischen Vergangenheit der SED Neugründung der KPD auf dem Gebiet der DDR am 31. Januar 1990 in Anknüpfung an Traditionen aus dem Jahre 1919 und Berufung auf theoretische Positionen von *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg*; KPD trat für den Erhalt der DDR als gesellschaftliche Alternative zur Bundesrepublik ein und lehnte deshalb auch eine Währungsunion ab; vergebliche Befürwortung eines Wahlbündnisses mit linken Gruppierungen der DDR wie Die Nelken oder → Vereinigte Linke (VL); KPD erhält bei Volkskammerwahl am 18. März 1990 8 819 Stimmen (= 0,08%); im Oktober 1992 durch innerparteiliche Auseinandersetzungen in Erscheinung getreten, nachdem der frühere SED-Generalsekretär *Erich Honecker* der Splitterpartei beigetreten war.

Parteivorsitzender:

Klaus Sbrzesny (ab 1990)

Ekkehard Uhlmann (bei Stand 1992)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1990 nur in den Bundesländern Berlin und Sachsen (1 630 Zweitstimmen).

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [Maoisten]

Daten aus der Parteigeschichte:*)

„Die im Februar 1970 zunächst als Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO) gegründete maoistische KPD stellte sich in die Tradition der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung, die sich in den siebziger Jahren infolge des sowjetisch-chinesischen Konflikts als Gegenstück zum Kommunismus Moskau-orientierung herausgebildet hatte. Im Gegensatz zur → Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML), deren Initiatoren zum überwiegenden Teil Mitglieder der 1956 verbotenen → Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) waren, entstand die maoistische KPD – wie auch der ebenfalls maoistische → Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) – als ein Zersetzungsprodukt der antiautoritären Studentenbewegung.“ Mehrere gescheiterte Fusionsverhandlungen mit der KPD/ML; nach einer Serie politischer Mißerfolge Eingeständnis des Scheiterns und Auflösung der Parteien im März 1980.

Parteivorsitzender:

Christian Semler

Teilnahme an Bundestagswahl:

1976 in allen Bundesländern außer Saarland (22 714 Zweitstimmen = 0,1%).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1810–1830: *Jürgen Bacia*, Die Kommunistische Partei Deutschlands [Maoisten].

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 31. Dezember 1968 – kurz nach der Neugründung der KPdSU-orientierten → Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) – entstanden als maoistische kommunistische Partei, nachdem der sowjetisch-chinesische Konflikt auch die (seit dem KPD-Verbot von 1956 illegal agierenden) westdeutschen Kommunisten gespalten hatte; behielt den Charakter einer sektiererischen Gruppierung neben anderen maoistischen, marxistisch-leninistischen Parteien in der Bundesrepublik (→ Kommunistische Partei Deutschlands [Maoisten]; → Kommunistischer Bund Westdeutschland; → Bund Westdeutscher Kommunisten; → Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands); 1978 nach Tod *Mao Tsetung*s programmatische Revision eingeleitet; am 6. Oktober 1979 zusammen mit Resten maoistischer Splittergruppen Gründung einer „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“, die 1980 an den Bundestagswahlen teilnahm; 1986 aufgegangen in die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP).

Parteivorsitzende:

Ernst Aust (1968–1983)

Horst-Dieter Koch (1983–1986)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1980 als „Volksfront“; 1983 nur in vier Bundesländern (3 431 Zweitstimmen = 0,0%).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1831–1851: *Jürgen Bacia*, Die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten; aktuelle Ergänzungen aus dem Parteienarchiv des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin.

Hinweis

Angaben über die Wahl der Volkskammer der DDR vom März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 8./12. Juni 1973 als dritte maoistische Partei in der Bundesrepublik (nach der 1968 entstandenen → Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten [KPD/ML] und der 1970 entstandenen → Kommunistischen Partei Deutschlands [KPD]); (Zerfalls-)Produkt der Studentenbewegung von 1968; durch KBW Zusammenschluß der in zahlreichen Städten vorhandenen maoistischen Gruppen und Zirkel beabsichtigt; trotz relativ breit verzweigtem Organisationsnetz Zustand der Isolation nicht überwunden; zweimalige Teilnahme an militanten Demonstrationen (1977 gegen Kernkraftwerk Brokdorf und 1980 gegen Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion); nach parteiinternen Streitigkeiten 1980 Abspaltung des → Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK); auf letzter Mitgliederversammlung am 16. Februar 1985 in Frankfurt/Main Auflösung beschlossen.

Parteivorsitzender (Sekretär des Zentralen Komitees):

Hans-Gerhart Schmierer (1973–1985)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1976 und 1980 (1976 in allen Bundesländern außer Bayern und Saarland, 1980 außer Saarland) mit einem Zweitstimmenanteil von 0,1 bzw. 0,0%.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1648–1662: *Jürgen Bacia*, Der Kommunistische Bund Westdeutschland.

Linke Liste / PDS

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 12. August 1990 gemeinsam von der → Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und von verschiedenen linken Gruppen Westdeutschlands (u. a. dem Sozialistischen Forum, das im April 1990 von früheren Mitgliedern der → Deutschen Kommunistischen Partei [DKP] gebildet worden war, ferner dem Kommunistischen Bund, der Vereinigten Sozialistischen Partei [VSP] und der Grün-Alternativen Liste [GAL]) gegründete „Wahlpartei“; vorgesehen war, daß Linke Liste/PDS und PDS zur gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 eine Listenverbindung eingehen, wobei Linke Liste/PDS in den alten und PDS in den neuen Bundesländern kandidieren sollten; erster gesamtdeutscher Wahlkongreß am 16. September 1990; aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990, wonach Listenverbindungen zwischen Parteien aus den alten und neuen Bundesländern unzulässig sind, Umwandlung der Landesverbände der Linken Liste/PDS zu westdeutschen Landesverbänden der PDS und gemeinsame Kandidatur als eine Partei (in den westdeutschen Bundesländern durchweg unter der Bezeichnung „PDS/Linke Liste“).

Parteivorsitzende (Sprecher):

Andrea Lederer und *Michael Stamm* (1990)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1990 als westdeutsche Landesverbände der PDS, wobei ein Listenmandat (Landesliste Nordrhein-Westfalen: *Ulla Jelpke*) zum Zuge kam.

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

Hinweis

Zwei Chroniken zeichnen die Geschichte der Vereinigung Deutschlands auf:

- Abschnitt 7.4: Chronik der deutschen Vereinigung
- Abschnitt 28.1: Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 17./18. Juni 1982 in Bochum durch Umwandlung des im August 1972 (nach Abspaltung von der → Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten [KPD/ML]) entstandenen Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD); die MLPD will nach maoistischem Vorbild auf revolutionärem Weg die Diktatur des Proletariats aufbauen, begreift sich als einzige wahre Sachwalterin der Ideen *Mao Tsetungs* und beansprucht das Monopol auf die allein „richtige“ Anwendung des Marxismus-Leninismus; lehnt alle bestehenden sozialistischen Systeme der Welt ab und grenzt sich scharf von konkurrierenden linksextremistischen Strömungen ab.

Parteivorsitzender („1. Vorsitzender des ZK und des Politbüros“):

Stefan Engel (ab 1982)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1987 (13 422 Zweitstimmen = 0,0%), 1994 auch in den östlichen Bundesländern (10 038 Zweitstimmen = 0,0%).

*) Quelle: Archiv APO und Soziale Bewegungen des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin.

Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)

siehe: Tierschutzpartei

Die Mündigen Bürger (Mündige Bürger)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 30. August 1975 in Feucht als eine Partei, in deren Satzung (§ 1 Abs. 1) es heißt: „Wer die Mündigen Bürger öffentlich als Rechts, Links oder Mitte bezeichnet, hat mit gerichtlichen Schritten zu rechnen. Ebenso wer die Mündigen Bürger öffentlich als verkappte Sekte oder Sinnverwandtes verleumdet. Sie sind keine Religionsgemeinschaft, sondern handeln laut Grundgesetz ‚in der Verantwortung vor Gott und den Menschen.‘“

Parteivorsitzende:

Erika Herbst (ab 1975)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1987 nur in fünf Bundesländern (0,1% der Zweitstimmen), 1990 nur in Brandenburg (492 Zweitstimmen).

Nationaldemokratische Partei (NDP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Im Oktober 1945 für Friedberg (Hessen) lizenzierte, von *Heinrich Leuchtgens* gegründete und auf Hessen beschränkte rechtsextremistische Kleinpartei in Anknüpfung an Traditionen des in der Weimarer Republik eng mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) kooperierenden „Hessischen Landbundes“; nach 1947 verstärkter Beitritt nationalsozialistisch vorbelasteter Personenkreise; zur Bundestagswahl 1949 Wahlabkommen der NDP mit der hessischen FDP; Anfang 1950 wegen innerparteilicher Flügelkämpfe aufgrund sozial-

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1892–1921: *Horst W. Schmollinger*, Die Nationaldemokratische Partei.

struktureller und ideologischer Widersprüche Zerfall der NDP; Übertritt eines kleineren Teils der Parteimitglieder zur → Sozialistischen Reichspartei (SRP), Fusion des größeren Teils mit der → Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP) und Bildung der → Deutschen Reichspartei (DRP) am 21./22. Januar 1950 (nachdem im Juni 1948 zwischen DKP-DRP und NDP schon die „Arbeitsgemeinschaft Nationale Rechte“ gebildet worden war).

Parteivorsitzender:

Heinrich Leuchtgens (1945–1950)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1949 wegen fehlender Landeslizenz Beteiligung über ein Wahlabkommen mit der hessischen FDP, wodurch *Heinrich Leuchtgens* ein Mandat erhielt, sich jedoch im Bundestag sofort der Gruppe → Nationale Rechte (NR) anschloß.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 28. November 1964 gegründet „als eine von der → Deutschen Reichspartei (DRP) initiierte Sammlung zahlreicher rechtsextremistischer Kleingruppen, die sich der Traditionslinie des Alten Nationalismus verpflichtet fühlten“; rascher organisatorischer Aufbau; NPD „gewann unter den entspannungsfeindlichen Nationalisten und unter den von der 1966/67 einsetzenden Wirtschaftskrise betroffenen Gegnern der Großen Koalition Anhänger“; zwischen 1966 und 1968 Einzug in sieben Länderparlamente; 1967 offener Konflikt zwischen *Friedrich Thielen* und *Adolf von Thadden* über die Parteiführung; nach dem Koalitionswechsel in Bonn ab 1969 unter heftigen innerparteilichen Konflikten rascher Verlust an politischem Einfluß; 1970/71 erfolgloses außerparlamentarisches Aktionsbündnis („Aktion Widerstand“) gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD-FDP-Koalition; seit Bundestagswahl 1972 ist NPD „politisch einflußlose, vorparlamentarische, altnationalistische Kleinpartei“; seit 1977 Versuche, „mit Umweltprogrammen und mit ausländerfeindlichen Kampagnen ihre soziale Basis zu verbreitern“; seit 1988 für Europa- und Bundestagswahlen gegenseitige Unterstützung mit der 1971 von dem rechtsextremen Verleger *Gerhard Frey* gegründeten Deutschen Volksunion (DVU) und anderen rechten Gruppierungen angestrebt; Abspaltungen und Parteineugründungen, z. B. am 3. Oktober 1991 die rechtsextreme „Deutsche Liga für Volk und Heimat (DL)“ als Nachfolgeorganisation der im Januar 1991 gegründeten „Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte“ und als Sammelbecken des „rechten Lagers“ mit ehemaligen führenden Funktionären der NPD und der Republikaner, u. a. *Martin Mußgnug*, dem langjährigen NPD-Parteivorsitzenden; 1995/96 nach längerem parteiinternen Gerangel Ablösung des Parteivorsitzenden *Günter Deckert*, der u. a. wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war.

Parteivorsitzende:

Friedrich Thielen (1964–1967)

Adolf von Thadden (1967–1971)

Martin Mußgnug (1971–1990)

Günter Deckert (1991–1995)

Udo Voigt (seit 1996)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

Zwischen 1965 und 1990 an allen Wahlen; höchster Zweitstimmenanteil 1969 mit 4,3%, niedrigster Zweitstimmenanteil 1980 und 1983 mit jeweils 0,2%, 1987 227 054 Zweitstimmen = 0,6%, 1990 im gesamten Bundesgebiet 145 776 Zweitstimmen = 0,3%.

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1922–1994: *Horst W. Schmollinger*, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands; vgl. auch Fußnote auf Seite 79–80.

Nationale Rechte (NR)

Die Nationale Rechte taucht vorübergehend zweimal auf:

- (1) auf Parteiebene als eine am 11./12. September 1949 zwischen der → Deutschen Konservativen Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP) und der → Nationaldemokratischen Partei (NDP) eingegangene Fusion;
- (2) gleichzeitig auf Parlamentsebene in der 1. Wahlperiode des Bundestages als Zusammenschluß von anfänglich sechs Abgeordneten der oben genannten Parteien; am 1. Februar 1950 Umbenennung in Gruppe „Deutsche Reichspartei (DRP)“.

NATURGESETZ PARTEI*)

Daten aus der Parteigeschichte:

Die am 4. Juli 1992 gegründete Partei versteht sich als eine „grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien“. „Sie strebt eine Gesellschaft an, die ihre Entwicklung an dem für alle Menschen als Individuen und soziale Wesen geltenden NATURGESETZ orientiert.“ (Grundsatz-Programm) Der Begriff „Naturgesetz“ umfaßt „alle Gesetze der Natur, die das Leben im gesamten Universum steuern“, d. h. Gesetze, „die die Atome, Planeten, Sterne und Galaxien regieren, als auch diejenigen, die unsere Gesundheit, der Umwelt, Gesellschaft und der Wirtschaft zugrunde liegen“.

Parteivorsitzende:

Ilse Eickhoff (ab 1992)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 in allen Bundesländern außer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen (73 193 Zweitstimmen = 0,2%).

*) vollständige Bezeichnung: „NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN“

Neues Forum*)

Daten aus der Organisationsgeschichte:**)

Erstmals an die Öffentlichkeit getreten am 12. September 1989 mit dem Gründungsauftrag „Aufbruch 89 – Neues Forum“, der am 9./10. September 1989 in Grünheide bei Berlin von 30 Mitgliedern der unabhängigen Friedensbewegung der DDR (u. a. *Bärbel Bohley, Jens Reich, Katja Havemann, Hans-Jochen Tschiche, Reinhard Schult, Rolf Henrich, Werner Schulz*) unterzeichnet worden war; damit bildete das Neue Forum eine DDR-weite Gesprächs- und Handlungsmöglichkeit für alle Menschen, die an Veränderungen der Gesellschaft mitarbeiten und die private Sphäre verlassen wollten; Antrag vom 19. September 1989 auf formelle Zulassung beim Innenministerium der DDR wird drei Tage später über die Medien mit der Begründung abgelehnt, es handele sich um eine staatsfeindliche Organisation, und später, es bestehe für die Organisation kein gesellschaftlicher Bedarf (obwohl zu diesem Zeitpunkt schon rund 80 000 Unterschriften für die Zulassung gesammelt waren); nach Organisation von Demonstrationen in zahlreichen Städten und nach Konstituierung hunderter Basisgruppen in Berlin (Ost) und zahlreichen DDR-Bezirken erfolgte staatliche Duldung einschließlich Gesprächsangeboten von staatlichen Stellen; Neues Forum entwickelte sich zur größten Bürgerbewegung in der DDR; nach Verabschiedung von Statut und Programm am 27./28. September 1989 in Berlin (Ost) endgültige staatliche Anerkennung; Neues Forum trat für den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates in der DDR, für eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft und für eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik ein, in der Frage der Einheit Deutschlands bzw. dem Erhalt der Eigenständigkeit der DDR gespalten; Abspaltung einer Gruppierung, die sich am 27. Januar 1990 als Deutsche Forum-Partei (DFP) konstituierte; als oppositionelle Gruppe Teilnahme am zentralen Runden Tisch; Regierungsbeteiligung seit dem 5. Februar 1990 im erweiterten Kabinett von *Hans Modrow* durch *Sebastian Pflugbeil* als Minister ohne

*) Abkürzung zunächst NF, inzwischen wird FORUM verwendet.

***) Quelle: vgl. Fußnote auf Seite 79–80; Auskunft der Bundesgeschäftsstelle des Neuen Forum.

Geschäftsbereich; Teilnahme an der Volkskammerwahl 1990 innerhalb der Listenverbindung → Bündnis 90 zusammen mit den Gruppen → DEMOKRATIE JETZT (DJ) und → Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM); am 21./22. September 1991 in Potsdam Zusammenschluß von Teilen des Neuen Forums mit DJ und IFM zur neugegründeten politischen Vereinigung bzw. gesamtdeutschen Partei → Bündnis 90; Fortbestand des Neuen Forums in den neuen Bundesländern als politische Vereinigung und Verbleib mehrerer Gründungsmitglieder in der alten Organisation (u. a. *Bärbel Bohley*, *Sebastian Pflugbeil* und *Reinhard Schulz*); deutliche Abgrenzung zum Bündnis 90; Ziel des Neuen Forums „ist eine Bürgerbewegung, die außerparlamentarisch und parlamentarisch arbeitet“; nach 1995 Schwächung infolge Mitgliederschwunds und Differenzen unter den Landesverbänden; Auseinandersetzungen über die künftige Organisationsform (z. B. als Stiftung oder Verein).

Vorsitzende:

Bundeskoordinierungsrat, dessen Zusammensetzung seit 1989 mehrmals gewechselt hat und (1995) aus 18 Personen bestand.

Teilnahme an Bundestagswahl:

Im Bundestag der 11. Wahlperiode ab 3. Oktober 1990 durch den von der Volkskammer der DDR aus der Fraktion Bündnis 90/Grüne gewählten Abgeordneten *Hans-Jochen Tschiche* vertreten; 1990 Teilnahme an der Bundestagswahl innerhalb der Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne und im Bundestag der 12. Wahlperiode durch die Abgeordneten *Ingrid Köppe* und (bis September 1991) *Werner Schulz* vertreten.

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Hervorgegangen am 10./11. Oktober 1981 aus Teilen der Grünen Föderation (GF), dem ehemals rechten Flügel innerhalb der → Grünen, der sich am 16. Juli 1980 abgespalten hatte und in dem sich die Arbeitsgemeinschaft Ökologische Politik (AGÖP), die → Grüne Aktion Zukunft (GAZ), die Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH), die Bremer Grüne Liste (BGL) sowie später noch die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) Hamburg und die Grüne Liste Berlin (GLB) zusammengeschlossen hatten; Auflösung der GAZ, der GLU Hamburg, der GLB und der AGÖP zugunsten der ÖDP; im Vergleich und in Konkurrenz zu den → Grünen bislang erfolgloses Sammelbecken der konservativen Umweltschützer; 1989 nach Richtungskämpfen Grundsatzbeschluß zur Abgrenzung der ÖDP von den Rechtsparteien, Bezeichnung als „Partei der streitbaren Mitte“; 1992 ergebnislose Versuche einer Zusammenarbeit oder Vereinigung mit → Bündnis 90 und den → Grünen.

Parteivorsitzende:

Baldur Springmann (1981–1982, kommissarisch)

Herbert Gruhl (1982–1989)

Hans-Joachim Ritter (1989–1993)

Bernd Richter (1993–1995)

Hans Mangold (seit 1995)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1983 nur in Bayern (11 028 Zweitstimmen = 0,0%, auf Bundesebene umgerechnet); 1987 in sieben Bundesländern (109 152 Zweitstimmen = 0,3% auf Bundesebene); 1990 in allen Bundesländern (205 206 Zweitstimmen = 0,4%), ebenso 1994 (183 715 Zweitstimmen = 0,4%).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1509–1598: *Lilian Klotzsch* und *Richard Stöss*, Die Grünen.

Hinweis

Zur Liste der zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählergruppen vgl. Abschnitt 1.5.

Partei Bibeltreuer Christen (PBC)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 22. November 1989 in Karlsruhe; die PBC mit einem streng an das Alte und Neue Testament orientierten Grundsatzprogramm „sieht ihr Ziel darin, Gottes ewig gültiges Wort für die Menschen aller Völker, Rassen und Hautfarben in den Mittelpunkt des Lebens zu stellen“.

Parteivorsitzender:

Gerhard M. Heinzmann (ab 1989)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 nur in den Bundesländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen (65 651 Zweitstimmen = 0,1%).

Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)

Daten aus der Parteigeschichte:

Gegründet am 13. August 1993 mit einem Parteiprogramm, das zahlreiche Einzelforderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger enthält.

Parteivorsitzender:

Andreas Lüdecke (ab 1993)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 nur in den Bundesländern Berlin und Sachsen-Anhalt (15 040 Zweitstimmen = 0,0%).

Partei der guten Deutschen (PdgD)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 7. Juni 1953 gegründete, auf Rheinland-Pfalz beschränkte „Ein-Mann-Partei“, in der jeder Deutsche Mitglied werden konnte, „der guten Willens ist, das Gute zu bejahen und das Böse zu verneinen“ (Satzung); den Kuriosa zuzuordnen.

Parteivorsitzender:

August Unger

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1953 (654 Erststimmen) und 1957 (356 Erststimmen).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 200.

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)*)

Daten aus der Parteigeschichte:**)

Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die schon in der sowjetischen Besatzungszone am 21./22. April 1946 durch Zwangsvereinigung von SPD und KPD gebildet worden war und als Staatspartei der DDR – mit in der Verfassung abgesichertem Führungsanspruch und unterstützt durch die ihr untergebenen Blockparteien – im wesentlichen verantwortlich war für das 40jährige menschenrechtsverletzende DDR-Regime; spätestens ab Frühjahr 1989 Beginn des Machtverfalls von Staat und Partei, hervorgerufen u. a. durch den von KPdSU-Generalsekretär *Michail Gorbatschow* eingeleiteten politischen Wandel in der Sowjetunion (Stichwort: „Glasnost“ und „Perestroika“) und den offenen Widerstand der SED-Parteiführung dagegen, durch das stärkere öffentliche Hervortreten der im Schutze der evangelischen Kirche gebildeten oppositionellen Kräfte (u. a. Proteste wegen Fälschung der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai 1989), durch eine sprunghaft wachsende Ausreisewelle aus der DDR über sozialistische Nachbarstaaten, durch die zunehmende Beteiligung an Protestveranstaltungen (z. B. „Friedensgebete“) und Straßendemonstrationen (z. B. „Montags-Demo“ in Leipzig), durch die (anfangs illegale) Gründung zahlreicher Bürgerrechtsbewegungen, Foren und Parteien (u. a. → Neues Forum, → DEMOKRATIE JETZT, Sozialdemokratische Partei, → Vereinigte Linke), durch die Lossagung der Blockparteien, Öffnung der Grenzen, Bildung Runder Tische usw.; Legitimationsverfall der staatlichen Institutionen der DDR und der Zerfall der SED-Herrschaftsstruktur innerhalb weniger Wochen im Herbst 1989 ist durch folgende, zum Teil auch durch die SED-Basis erzwungene „Chronologie des Zusammenbruchs“ gekennzeichnet: am 18. Oktober Absetzung von *Erich Honecker*, Generalsekretär des ZK der SED seit 1971, von allen Ämtern und Funktionen, am 7. November Rücktritt des gesamten Ministerrats unter Vorsitz von *Willi Stoph* und des Politbüros der SED, am 1. Dezember Streichung der führenden Rolle der SED aus der DDR-Verfassung, am 3. Dezember Parteiausschluß zahlreicher Spitzenfunktionäre wie *Erich Honecker*, *Erich Mielke*, *Horst Sindermann*, *Willi Stoph* und *Harry Tisch*, geschlossener Rücktritt des verbliebenen ZK der SED und damit auch von *Egon Krenz*, seit 18. Oktober Nachfolger von *Erich Honecker*, am 8./9. Dezember Ersetzung des Zentralkomitees und des Politbüros durch einen Parteivorstand und ein Parteipräsidium, Umbenennung der Partei in „SED-PDS“ (anstelle einer vielfach geforderten Selbstauflösung); nach anfänglicher Bemühung (auch seitens des neuen Ministerrats unter Vorsitz von *Hans Modrow* [SED] ab 13. November 1989), die staatliche Existenz der DDR zu retten, wird die Vereinigung Deutschlands seit Anfang 1990 nicht mehr ausgeschlossen; 25. Februar 1990 nochmalige Umbenennung in „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“, Annahme eines Wahlprogramms, in der sich PDS u. a. für demokratische Freiheiten, für eine sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft und für eine europäische Lösung der deutschen Frage ausspricht; seit der „Wende“ in der DDR Wandel der SED von der allmächtigen

*) Zugleich Bezeichnung der Gruppe in der 11. Wahlperiode des Bundestages ab 4. Oktober 1990; die offizielle Bezeichnung als Gruppe in der 12. Wahlperiode lautet „PDS/Linke Liste“.

***) Quellen: *Johannes Kuppe* und *Thomas Ammer*, Von der SED zur PDS. Bonn 1991 (= Gesamtdeutsches Institut, Analysen und Berichte Nr. 3/1991); *Patrick Moreau*, Die PDS: eine postkommunistische Partei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1992. B 5. S. 35–44; *Manfred Gerner*, Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS. München 1993; *Patrick Moreau* (in Zusammenarbeit mit *Jürgen Lang* und *Viola Neu*), Was will die PDS? Frankfurt am Main, Berlin 1994.

Hinweis

Weitere Angaben zur SED und zur PDS bzw. PDS/LL – sowohl Partei als auch Fraktion in der Volkskammer und Gruppe im Bundestag – enthält das vorliegende *Datenhandbuch* u. a. in folgenden Abschnitten:

- 1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern
- 1.17 Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete
- 1.30 Rechenschaftsberichte der Parteien
- 5.7 Vorstände der Fraktionen und Gruppen
- 7.4 Chronik der deutschen Vereinigung
- 28 Anhang: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Staatspartei über die immer stärker kontrollierte Koalitionspartei (ab 5. Februar 1990 zusätzliche Aufnahme von Mitgliedern des Runden Tisches in das Kabinett) bis zur Oppositionspartei (Stimmenanteil bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 16,4%; 66 von 400 Mandaten), die personell, organisatorisch und inhaltlich zum großen Teil mit der Vergangenheit gebrochen hat und auf unter ein Zehntel ihres ursprünglichen Mitgliederbestandes von 2,3 Millionen gesunken ist; seit Frühjahr 1990 Versuche der PDS, auch in Westdeutschland Fuß zu fassen; Gründungs-Parteitag einer West-PDS am 28./29. Juli in Köln; am 12. August 1990 Bildung der „Wahlpartei“ → Linke Liste/PDS gemeinsam mit verschiedenen linken Gruppen Westdeutschlands (u. a. mit dem im April 1990 von früheren Mitgliedern der → Deutschen Kommunistischen Partei [DKP] gebildeten Sozialistischen Forum); vorgesehen war, daß PDS und Linke Liste/PDS zur gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 eine Listenverbindung eingehen, wobei PDS in den neuen und Linke Liste/PDS in den alten Bundesländern kandidieren sollten; aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990, wonach Listenverbindungen zwischen Parteien aus den alten und neuen Bundesländern unzulässig sind, am 14. Oktober 1990 Umwandlung der Landesverbände der Linken Liste/PDS zu westdeutschen Landesverbänden der PDS und gemeinsame Kandidatur als eine Partei (in den westdeutschen Bundesländern durchweg unter der Bezeichnung „PDS/Linke Liste“); zwischen PDS und der stark geschrumpften → Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) taktische Absprachen, aber keine offizielle Zusammenarbeit; Situation der PDS nach der Vereinigung Deutschlands und der gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 ist zunächst gekennzeichnet durch weiteren Mitgliederschwund in den östlichen Bundesländern, vergebliche Etablierungsversuche in den alten Bundesländern, innerparteiliche Kämpfe zwischen „Radikalerneuerern“ und „Konservativen“, Zweifeln am „Erneuerungsprozeß“, unzureichende Aufarbeitung der Vergangenheit, insbesondere bei Fragen zur Rolle des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, Finanzskandalen, wiederholten Rücktrittsdrohungen des Vorsitzenden *Gregor Gysi*, Gruppenbildungen und Spaltungstendenzen innerhalb der Partei (u. a. „Kommunistische Plattform“) und der Bundestagsgruppe der PDS/LL, Ächtung seitens der Mehrzahl der übrigen politischen Richtungen, gelegentliche Auflösungsforderungen; nach 1991 Etablierung der PDS als ostdeutsche Regionalpartei und drittstärkste politische Kraft in den neuen Bundesländern mit einem durchschnittlichen Wählerpotential von 20 Prozent; wachsende Stimmengewinne aufgrund der Funktion der PDS, Protestpartei für Teile der von der Vereinigung enttäuschten Bevölkerungsschichten zu sein; 1993 Verabschiedung eines neuen Programms, das die PDS als sozialistische Partei links von der SPD definiert.

Parteivorsitzende:

Gregor Gysi (1990–1993)

Lothar Bisky (ab 1993)

Ehrenvorsitzender: *Hans Modrow* (ab 1990)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

Im Bundestag der 11. Wahlperiode ab 3. Oktober 1990 durch 24 von der Volkskammer der DDR gewählte Abgeordnete vertreten, Bildung der Gruppe „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“; 1990 in Gesamtdeutschland mit 2,4% Zweitstimmenanteil, davon 11,1% Zweitstimmenanteil in den neuen Bundesländern und (als PDS/Linke Liste) 0,3% Zweitstimmenanteil in den alten Bundesländern; aufgrund der für das östliche und westliche Wahlgebiet getrennt zählenden Sperrklauselregelung Einzug in den Bundestag mit 17 Abgeordneten und Bildung der Gruppe „PDS/Linke Liste“; 1994 zwar nur 4,4% Zweitstimmenanteil, aber aufgrund von vier Direktmandaten Umgehung der Fünfprozent-Klausel und im Bundestag mit 30 Abgeordneten vertreten.

Hinweis

Welche Parteien aus der Bundesrepublik Deutschland sich seit 1979 an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament beteiligt haben, ist im vorliegenden *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 2.4.4 zu ersehen.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Patrioten für Deutschland (PATRIOTEN)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 23. März 1986 zunächst auf Landesebene in Niedersachsen gegründet, Konstituierung auf Bundesebene am 3. August 1986 in Rüdeseheim; direkte Nachfolgeorganisation der noch bestehenden → Europäischen Arbeiterpartei (EAP); die Programmatik der Patrioten setzt die rechtskonservative Linie fort, die die EAP durch ihre Rechtswende Ende der 1970er Jahre eingeschlagen hat; auch nach Umbenennung bleibt die Organisation, die Teil der internationalen *LaRouche*-Gruppe ist, eine Sekte; am 22. November 1992 Umbenennung in → Bürgerrechtsbewegung Solidarität.

Parteivorsitzende:

Helga Zepp-LaRouche (1986–1992; anschließend → Bürgerrechtsbewegung Solidarität)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1987 (0,1% der Zweitstimmen), 1990 nur in sechs Bundesländern (0,0% der Zweitstimmen), 1994 → Bürgerrechtsbewegung Solidarität.

*) Quelle: Unterlagen des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, zusammengestellt von *Michael Fichter*.

Radikalsoziale Freiheitspartei (RSF)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 27. Januar 1946 in der britischen Zone unter maßgeblicher Initiative der späteren Vorsitzenden der → Freisozialen Union (FSU) *Richard Batz* und *Peter Thielen* entstanden; parteimäßiger Zusammenschluß der Anhänger von *Silvio Gesell*, dem Begründer der „Freiwirtschaftslehre“; am 9. September 1950 Vereinigung der RSF mit den entsprechenden Parteigründungen in der amerikanischen und französischen Zone zur → Freisozialen Union (FSU).

Parteivorsitzender:

Richard Batz (1946–1950)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1949 in sechs Bundesländern (Stimmenanteil 0,9%).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1397–1399 und 1415.

Recht und Freiheit Partei (RFP)*)

Keine Partei im rechtlichen Sinne, sondern ein von *Rainer Friebe* gegründetes Public-Relations-Unternehmen; Teilnahme an Bundestagswahl 1976 (227 Erststimmen, keine Landeslisten).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 192.

Rentnerpartei

siehe: Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)

Die Republikaner (REP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 26./27. November 1983 gegründet von den aus Opposition zum Parteivorsitzenden *Franz Josef Strauß* (wegen dessen Einfädelung eines Milliarden-Kredits an die DDR) aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten *Franz Handlos* und *Ekkehard Voigt* sowie von dem ehem. Abteilungsleiter im Bayerischen Rundfunk, *Franz Schönhuber*, als „unabhängige, konservativ-liberale Volkspartei“ (Präambel); 1985 wegen rechtsextremer Tendenzen innerparteilicher Machtkampf zwischen *Schönhuber* einerseits sowie *Handlos* und *Voigt* andererseits; *Handlos* (zeitweise auch *Voigt*) verlassen die Partei, *Handlos* gründet die „Freie Volkspartei“; Entwicklung der Republikaner (ab 2. Mai 1987 offizielle Abkürzung: REP) zur populistisch agierenden, deutschnational-konservativen und rechtsradikalen, wenn nicht rechtsextremen Protestpartei, die sich jedoch um Abgrenzung von der → Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und von der Deutschen Volksunion – Liste D (DVU) unter Führung von *Gerhard Frey* bemüht; nach Anfangserfolg bei der bayerischen Landtagswahl 1986 (3,0% Stimmenanteil) wechselnde Niederlagen und Erfolge, so die aufsehenerregenden Resultate bei Abgeordnetenhauswahl Berlin im Januar 1989 (7,5%), bei Europawahl im Juni 1989 (7,1%) und bei Landtagswahl Baden-Württemberg im April 1992 (10,9% Stimmenanteil) durch Einbruch vor allem in das CDU- und CSU-, aber auch SPD-Wählerpotential; wiederholtes Aufbrechen von Flügelkämpfen, persönlichen Machtkämpfen um Parteivorsitz (z. B. 1990 zwischen *Franz Schönhuber* und dem ehem. REP-Generalsekretär *Harald Neubauer*), Abspaltungen und Parteineugründungen z. B. am 3. Oktober 1991 die rechtsextreme „Deutsche Liga für Volk und Heimat (DL)“ als Nachfolgeorganisation der im Januar 1991 gegründeten „Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte“ und als Sammelbecken des „rechten Lagers“ mit ehemaligen führenden Funktionären der NPD und der Republikaner, u. a. *Harald Neubauer*; 13./14. Januar 1990 in Rosenheim Verabschiedung eines überwiegend auf Deutschland ausgerichteten neuen Parteiprogramms; am 15. Dezember 1992 Entscheidung der Innenminister von Bund und Ländern, die Republikaner als extremistisch einzustufen und bundesweit nachrichtendienstlich beobachten zu lassen; im Herbst 1994 erneute Auseinandersetzungen um den Parteivorsitzenden *Franz Schönhuber*, nachdem er sich – trotz Unvereinbarkeitsbeschlüssen – im August 1994 mit dem DVU-Parteivorsitzenden *Gerhard Frey* getroffen hatte zwecks Bildung einer gemeinsamen „rechten Abwehrkraft“ gegen die „linke Volksfront“ und dies von den meisten REP-Landesverbänden als parteischädigender Alleingang heftig kritisiert worden war; am 1. Oktober 1994 Absetzung *Schönhubers* durch den Parteivorstand und nach gerichtlicher Anfechtung erneute Amtsenthebung am 5. Dezember 1994; 16. November 1995 Parteiaustritt von *Franz Schönhuber*, der sich inzwischen an konspirativen Sammlungsbewegungen rechtsextremistischer Splitterparteien beteiligt.

Parteivorsitzende:

Franz Handlos (1983–1985)

Franz Schönhuber (1985–1994, 1990 zeitweise Absetzung und Parteiausschlußverfahren; in dieser Zeit kommissarisch: *Johanna-Christina Grund*)

Rolf Schlierer (seit 1994)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

Im Bundestag der 10. Wahlperiode ab November 1983 vertreten durch die Abgeordneten *Franz Handlos* und *Ekkehard Voigt* (zuvor CSU); 1987 Rückziehung der zunächst angekündigten Teilnahme; 1990 Teilnahme in allen Bundesländern (987 269 Zweitstimmen = 2,1%), ebenso 1994 (875 239 Zweitstimmen = 1,9%). Im Bundestag der 12. Wahlperiode ab Mai 1993 vertreten durch den ostdeutschen Abgeordneten *Rudolf Karl Krause* (zuvor CDU).

*) Quellen u. a.: *Uwe Backes*, Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1990. B 46–47 S. 3–14; *Hans-Gerd Jaschke*, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei. Bonn 1990; *Claus Leggewie*, Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten. Berlin 1989; ders., Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an. Völlig überarb. u. erw. Neuaufl., Berlin 1990; *Richard Stöss*, Die extreme Recht in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen. Opladen 1989; vgl. auch Fußnote auf Seite 79–80.

Rheinisch-Westfälische Volkspartei (RWVP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Entstanden am 1. März 1946 nach zahlreichen Vorläufern zunächst unter der Bezeichnung „Rheinische Volkspartei“ als eine autonomistisch und separatistisch orientierte mittelständische Heimatpartei in Anknüpfung an die Rheinland-Bewegung der Weimarer Zeit; Kontakte mit pfälzischen Separatisten; Januar 1949 Umbenennung in „Rheinisch-Westfälische Volkspartei“ (RWVP); nach Bundestagswahl 1949 zunehmender Bedeutungsverlust; Beschränkung auf lokale Ebene in Euskirchen, Düren und Aachen; Dauer des Fortbestandes nicht mehr feststellbar.

Parteivorsitzende:

Erich Opitz (1946)

Alfred Metzroth (1946)

Hermann Klamt (1946–1948)

Hans Koch (1948–1949)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1949 nur in Nordrhein-Westfalen (21 931 Stimmen = 0,1% Stimmenanteil, auf Bundesebene umgerechnet).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 2011–2024: *Klaus Reimer*, Die Rheinische Volkspartei/Rheinisch-Westfälische Volkspartei.

Sozialistische Reichspartei (SRP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 2. Oktober 1949 durch Abspaltung von der → Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Reichspartei (DKP/DRP) entstandene neofaschistische Partei; SRP „knüpfte an die nationalsozialistische Traditionslinie des ‚Alten Nationalismus‘ an“ und verstand sich als „Sammelbewegung des nationalen Widerstandes gegen die ... politische Ordnung der Bundesrepublik“; Hochburgen vor allem in Niedersachsen; am 19. November 1951 Antrag der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht auf Verfassungswidrigkeit der SRP; 12. September 1952 Selbstauflösung der SRP; am 23. Oktober 1952 Feststellung der Verfassungswidrigkeit der SRP durch das Bundesverfassungsgericht, Auflösung und Verbot, Ersatzorganisationen einzurichten; Anschluß zahlreicher SRP-Repräsentanten an die → Deutsche Reichspartei (DRP).

Parteivorsitzender:

Fritz Dorls (1949–1952)

Teilnahme an Bundestagswahl:

Außer an Nachwahlen keine Beteiligung an einer Bundestagswahl, aber im Bundestag der 1. Wahlperiode vor allem durch *Fritz Dorls* vertreten (1949 für die → Deutsche Konservative Partei – Deutsche Reichspartei in den Bundestag gewählt; Oktober 1952 Mandatsverlust infolge Parteiverbot durch Bundesverfassungsgericht).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 2274–2336: *Horst W. Schmollinger*, Die Sozialistische Reichspartei.

Hinweis

Als Materialquelle für die stichwortartige Beschreibung der kandidierenden Parteien diene – mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers und des Westdeutschen Verlages –:

Richard Stöss (Hrsg.)

Parteien-Handbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980

Band I: AUD bis EFP, Opladen 1983.

Band II: FDP bis WAV, Opladen 1984; zusammen 2580 Seiten.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Im Sommer und Herbst 1945 – anfangs zum Teil nur regional – in allen vier Besatzungszonen Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), deren historische Tradition zurückreicht bis 1863: Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ durch *Ferdinand Lassalle* – 1869 Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) durch *Wilhelm Liebknecht* und *August Bebel* – 1875 Vereinigung beider Strömungen in der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD) – Verbot zwischen 1878 und 1890 – Entwicklung zur Massenpartei nach 1890 unter dem bis heute beibehaltenen Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ – Verbot ab 1933; erste offizielle Wiedenzulassung der SPD am 10. Juni 1945 in der sowjetischen Besatzungszone, der bald die zwangsweise Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands zur 1946 gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) folgte; in den Westzonen – 1. Parteitag am 9./11. Mai 1946 in Hannover – unter maßgeblichem Einfluß von *Kurt Schumacher* getrennte Entwicklung zu einer „reformistisch-antikapitalistischen und antikommunistischen Arbeiterpartei“; nach anfänglichen Erfolgen politische Niederlagen (u. a. bei Bundestagswahlen 1949 und 1953) aufgrund der Stabilisierung der erfolgreichen bürgerlichen Parteien (insbesondere CDU) und des durch den wirtschaftlichen Aufschwung geprägten politischen Bewußtseins; mit Verabschiedung des „Godesberger Programms“ am 13./15. November 1959 „Wandel der Partei zu einer gemeinwohlorientierten sozialreformerischen Volkspartei“ programmatisch abgeschlossen; 1960 nach Änderung auch der außenpolitischen Zielsetzung Bereitschaft der SPD zur „konstruktiven“ Opposition bekundet; Bemühungen um Regierungsbeteiligung im Bund (nach Scheitern 1962) am 1. Dezember 1966 erfolgreich durch die – zwar heftig umstrittene – Große Koalition mit der CDU/CSU; „Aufbruchstimmung“ 1969 nach Regierungübernahme der SPD in kleiner Koalition mit FDP, bis Grenzen der Reformpolitik sichtbar wurden; Herbst 1982 Auflösung der SPD-FDP-Koalition und Sturz von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* durch konstruktives Mißtrauensvotum; nach fünfjähriger Vorbereitung am 19./20. Dezember 1989 Verabschiedung des „Berliner Programms“ als Ergänzung und „Modernisierung“ des „Godesberger Programms“ von 1959; am 27. September 1990 Vereinigung mit der am 7. Oktober 1989 gegründeten Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) und am 13. Januar 1990 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannten SPD der DDR (Parteivorsitzende: Oktober 1989 bis Februar 1990 *Stephan Hilsberg*, Februar bis April 1990 *Ibrahim Böhme* [zuvor Geschäftsführer], ab Juni 1990 *Wolfgang Thierse*); nach der Bundestagswahl 1990 zeitweise Führungskrise durch die Weigerung des gescheiterten Kanzlerkandidaten *Oskar Lafontaine*, Partei- und Fraktionsvorsitz zu übernehmen; auch nach 1991 anhaltende Profilierungs- und Führungsprobleme trotz aller Geschlossenheitsappelle.

Parteivorsitzende:

Kurt Schumacher (1946–† 1952)

Erich Ollenhauer (1952–† 1963)

Willy Brandt (1964–1987)

Hans-Jochen Vogel (1987–1991)

Björn Engholm (1991–1993)

Rudolf Scharping (1993–1995)

Oskar Lafontaine (seit 1995)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

Teilnahme an allen Wahlen seit 1949; 1949 29,2% Stimmenanteil; 1953 niedrigster Zweitstimmenanteil mit 28,8%; danach kontinuierlicher Anstieg bis 1972 mit höchstem Anteil von 45,8%; danach sinkender Zweitstimmenanteil bis 1990 mit 33,5% (Westdeutschland: 35,7%, Ostdeutschland: 24,3%).

*) Quellen: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 2025–2216; *Siegfried Heimann*, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands; *Peter Lösche* und *Franz Walter*, Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Darmstadt 1992.

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)

Daten aus der Parteigeschichte:

Zur zersplitterten trotzkistischen Bewegung zählende Partei; am 21. Januar 1990 in Berlin als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) gegründet; sieht sich in der revolutionären marxistischen Tradition von *Wladimir Iljitsch Lenin*, *Rosa Luxemburg* und *Karl Liebknecht*, steht in Opposition zur stalinistischen Bürokratie ebenso wie zur „kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands“; Teilnahme an der Volkskammerwahl 1990; tritt ein „für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“, strebt eine „leninistisch-egalitäre Partei“ an, „die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppirt“.

Parteivorsitzende (gleichberechtigt):

Toralf Endruweit, *Werner Brand*, *Fred Zierenberg* und *Renate Dahlhaus* (ab 1990)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1990 mit Landeslisten nur in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen (1 610 Zweitstimmen).

STATT Partei

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Gegründet am 30. Juni 1993 durch den Verleger *Markus Wegner* in Hamburg als örtliche Wählervereinigung mit der Bezeichnung „STATT Partei Die Unabhängigen“; hervorgegangen aus einer jahrelangen Protestbewegung innerhalb des Hamburger CDU-Landesverbandes wegen dessen demokratiewidrigen Praktiken; nach anfänglichen lokalen Erfolgen als bürgerliche Protestpartei und Alternative zum bestehenden Parteiensystem (Durchsetzung von Neuwahlen der Bürgerschaft mit Hilfe einer Verfassungsbeschwerde; trotz Fehlens eines ausgearbeiteten Programms auf Anhieb Stimmenanteil von 5,6% bei der vorgezogenen Bürgerschaftswahl im September 1993; Abschluß eines Kooperationsvertrages mit der SPD und Regierungsbeteiligung mit zwei Senatoren) bei dem Versuch der bundesweiten Ausdehnung seit März 1994 erhebliche Unstimmigkeiten innerhalb und zwischen den neuen Landesverbänden sowie anhaltender Streit zwischen Vorstandsmitgliedern und dem (seit Mitte 1995 parteilosen) Parteigründer *Markus Wegner*; zeitweise Spaltung mit gleichzeitiger Existenz zweier Bundesvorsitzender; August 1994 wenig erfolgreicher Versuch eines Neuanfangs.

Parteivorsitzende:

Markus Wegner (Juni–November 1993; Gründungsvorsitzender)

Dieter Brandes (November 1993 – März 1994; Landesvorsitzender, ab Januar 1994 auch kommissarischer Bundesvorsitzender)

Bernd Schüneman (März–Mai 1994)

Mike Bashford und (von einem „Gegen-Parteitag“ gewählt) *Harald Kaiser* (beide Juni–August 1994)

Harald Kaiser (August 1994–1996)

Johannes Butscher (ab 1996)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 nur in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Saarland, Berlin, Brandenburg und Thüringen (63 354 Zweitstimmen = 0,1%).

*) Quelle u. a.: *Frank Decker*, Die Hamburger STATT Partei. Ursprünge und Entwicklung einer bürgerlichen Wählerbewegung. In: *Jahrbuch für Politik*. Jg. 4. 1994. 2. Halbband. S. 249–293; ders., STATT Reform: Protest PARTEI. Aufstieg und Fall der Hamburger STATT Partei. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 27. 1996. H. 2. S. 229–242.

Südschleswigscher Wählerverband (SSW)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 25. Juni 1948 aus dem Südschleswigschen Verein (SSV) hervorgegangen als „politische Vertretung der dänischen und national-friesischen Bevölkerung im Landesteil Schleswig“ (Programm).

Parteivorsitzende:*)

Svend Johannsen (1948)

Samuel Münchow (1949)

Hermann Clausen (1950–1956)

Friedrich Mommsen (1956–1960)

Karl Otto Meyer (1960–1975)

Gerhard Wehlitz (1975–1989)

Wilhelm Klüver (ab 1989)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1949 bis 1961 jeweils nur in Schleswig-Holstein; höchster Stimmenanteil (auf Landesebene umgerechnet) 1949 mit 5,4% und einem Mandat, niedrigster Anteil 1961 mit 1,9% Zweitstimmenanteil.

*) Quelle: Geschäftsstelle des SSW in Flensburg.

Tierschutzpartei*)

Daten aus der Parteigeschichte:

Die am 13. Februar 1993 in Bonn gegründete Partei „strebt auf parlamentarischem Wege eine moralisch-ethische Erneuerung der Gesellschaft zum Wohl von Mensch und Umwelt an; sie versteht sich aber ganz besonders als die Tierschutzpartei für Deutschland!“.

Parteivorsitzende:

Ingeborg Bingener (1993–1994)

Gisela Bulla (ab 1994)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1994 nur in den Bundesländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern (71 643 Zweitstimmen = 0,2%).

*) Kurzbezeichnung; eigentlicher Parteiname: „Mensch Umwelt Tierschutz“

Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 21. Januar 1962 gegründet als eine „dem Neuen Nationalismus zuzurechnende rechtsextremistische Partei“; auf Nordrhein-Westfalen beschränkt; entstand aus Teilen der zerfallenden Deutsch-Sozialen Union (DSU) von *Otto Strasser*; verstand sich als nationalistische und sozialistische Arbeiterpartei; mehrfache Kurs-

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 2337–2360: *Richard Stöss*, Die Unabhängige Arbeiter-Partei.

Hinweis

Inwieweit in den Regierungskoalitionen des Bundes die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, ist innerhalb des Abschnittes 6.9 dokumentiert.

wechsel; zunächst (erfolglose) Versuche, Anhänger bei den Sozialdemokraten zu finden; 1967–1969 ebenso erfolglose Bündnisversuche mit verwandten Rechtsparteien; 1969–1977 militant-antikommunistische national-revolutionäre Phase; danach keine nennenswerten Aktivitäten; Distanz zu übrigen rechtsextremistischen Gruppierungen, insbesondere zur → Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).

Parteivorsitzende: („Vorsitzende des Zentralbüros“):

Wolfgang Hülsmann (1962)

Horst Bosbach (1962–1963)

Erhard Kliese (1963–1966 amtierender ZB-Vorsitzender; 1966–1968 Vorsitzender)

Erich Kaufmann (1968–1969)

Erhard Kliese (1969–1970 amtierender ZB-Vorsitzender; ab 1970 Vorsitzender)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1965, 1969 und 1976 mit einer Landesliste jeweils nur in Nordrhein-Westfalen (höchster Zweitstimmenanteil 1969 mit 5 309 Stimmen = 0,1%); 1980 nur 159 Erststimmen, 1987 352 Erststimmen; 1990 aus formalen Gründen nicht zur Wahl zugelassen.

Unabhängige Soziale Demokraten (USD)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 14. Juni 1980 gegründet zum überwiegenden Teil von ehemaligen SPD-Mitgliedern als eine Protestpartei der bürgerlichen Mitte; im Oktober 1985 aufgelöst.

Parteivorsitzender:

Otto Bönnemann (seit 1980)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1983 nur in Nordrhein-Westfalen (3 333 Zweitstimmen).

*) Quelle: Geschäftsstelle der USD in Aachen.

Unabhängiger Frauenverband (UFV)

Daten aus der Organisationsgeschichte:*)

Konstituierung am 3. Dezember 1989 in Berlin (Ost) als Netzwerk von unabhängigen Frauengruppen und -initiativen und als feministische und basisdemokratische Alternative zu dem seit 1945 bestehenden Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD); offizieller Gründungskongreß am 17. Februar 1990 in Ost-Berlin; als oppositionelle Gruppe Teilnahme am zentralen Runden Tisch der DDR; Regierungsbeteiligung seit dem 5. Februar 1990 im erweiterten Kabinett von *Hans Modrow* durch *Tatjana Böhm* als Ministerin ohne Geschäftsbereich; Teilnahme an der Volkskammerwahl 1990 innerhalb eines am 14. Februar 1990 mit der → Grünen Partei (GP) eingegangenen Wahlbündnisses, wobei jedoch nur Kandidaten der GP zum Zuge kamen; UFV besteht seit August 1992 als eingetragener Verein.

Vorsitzende:

Auf dem Gründungskongreß vom 17. Februar 1990 Wahl eines elfköpfigen „Sprecherinnenrates“; Neuwahlen im April 1990 und September 1991 (inzwischen siebenköpfiger Sprecherinnenrat).

Teilnahme an Bundestagswahl:

1990 Teilnahme an der Bundestagswahl innerhalb des Wahlbündnisses („Listenvereinigung“) Bündnis 90/Die Grünen und im Bundestag der 12. Wahlperiode durch die Abgeordnete *Christina Schenk* vertreten.

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

Union Deutscher Mittelstandsparteien (UDM)*)

Daten aus der Parteigeschichte:**)

Im Juni 1957 entstanden aus dem Zusammenschluß verschiedener, seit 1956 gegründeter regionaler Mittelstandsparteien; Wahlniederlage von 1957 nicht überdauert.

Parteivorsitzender:

Carl Freybe (1957)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1957 in nur drei Bundesländern (36 592 Zweitstimmen = 0,1%).

*) Parteibezeichnung zum Teil auch: Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien – UDM) bzw. abgekürzt: Mittelstand.

***) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. I, a.a.O. S. 266–274.

Vaterländische Union (VU)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 27. April 1949 für die Stadt München lizenzierte, von *Karl Feitenhansl* gegründete rechtsextremistische Partei als Versuch, Anhänger des NS-Regimes zu sammeln; erfolglos u. a. wegen der bereits bestehenden Rechts-Parteien und wegen spektakulärer Aktionen ihres Gründers; mehrere gescheiterte Versuche, sich an politischen Sammlungen zu beteiligen; langsame Auflösung der VU spätestens ab 1958; im März 1966 Übertritt des VU-Vorsitzenden *Feitenhansl* zur → Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).

Parteivorsitzender:

Karl Feitenhansl (1949–1966)

Teilnahme an Bundestagswahlen:

1953, nach gescheiterter Aufstellung einer Landesliste, Kandidaturen nur in einigen Wahlkreisen Bayerns; 1957 mit einer Landesliste nur in Bayern (5 020 Zweitstimmen).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 2381–2391: *Horst W. Schmollinger*, Die Vaterländische Union.

Vereinigte Linke (VL) [I]

Gegründet am 12. Februar 1976; den sozialistischen Kleingruppen zuzuordnen; Teilnahme an Bundestagswahl 1976 nur in Nordrhein-Westfalen (701 Zweitstimmen); Auflösung am 9. Februar 1982.

Vereinigte Linke (VL) [II]

Daten aus der Organisationsgeschichte:*)

Im Zuge der Bürgerbewegungen der DDR im September 1989 von Mitarbeitern sehr heterogener Gruppierungen und Organisationen gegründet (u. a. von „Umweltbibliothek“ der Ostberliner Zionskirche, „Grünes Netzwerk Arche“, „Gegenstimmen“ bis hin zu marxistischen und SED-nahen Kreisen), in der weitgespannten „Böhlener Plattform“ vom gleichen Monat Aufruf zu einer „linken, sozialistischen Alternative“ in der DDR; VL will „Erneuerung des Sozialismus“ („dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und gescheitertem „Kommando-Sozialismus“, Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln), trat ein für eine Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik bei Fortbestand der DDR; Teilnahme am zentralen Runden Tisch, wo die VL u. a. mit der Forderung hervortrat, die DDR verfassungsrechtlich als „sozialistischen Staat deut-

*) Quelle: siehe Fußnote auf Seite 79–80.

scher Nation“ festzuschreiben; Ablehnung, in das erweiterte Kabinett von *Hans Modrow* einzutreten; am 25. Februar 1990 zur Volkskammerwahl Bildung des „Aktionsbündnisses Vereinigte Linke“ zusammen mit der marxistischen Partei Die Nelken; erhielt bei Volkskammerwahl am 18. März 1990 20 342 Stimmen (= 0,18%) und damit ein Mandat; wegen ideologischer Differenzen kein Anschluß an → Bündnis 90; VL besteht seit Herbst 1991 als eingetragener Verein.

Parteivorsitzende (Sprecher):

Marion Seelig und *Thomas Klein* (1990)

Teilnahme an Bundestagswahl:

Im Bundestag der 11. Wahlperiode ab 3. Oktober 1990 durch den auf Vorschlag der PDS von der Volkskammer der DDR gewählten Abgeordneten *Thomas Klein* vertreten; im Bundestag der 12. Wahlperiode durch die auf der PDS-Landesliste Brandenburg kandidierende *Jutta Braband* vertreten.

Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie (VAA)

Daten aus der Parteigeschichte:

Schon zur DDR-Volkskammerwahl vom 18. März 1990 gegründete linke Kleinpartei, die sich ihrem Aktionsprogramm zufolge vorrangig den Belangen des arbeitenden Volkes der ehemaligen DDR annehmen will, das zwar gegen verschiedene Widerstände die Einheit Deutschlands durchgesetzt hat, aber nun vor einer sozialen Katastrophe stehe, die durch die westdeutsche Regierung, Konzernherren und „Wendebürokraten“ verursacht worden sei.

Parteivorsitzender:

Karl Lohmann (ab 1990)

Teilnahme an Bundestagswahl:

1990 mit Landeslisten nur in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Sachsen (insgesamt 4 530 Zweitstimmen) sowie in weiteren Bundesländern mit einigen Wahlkreisvorschlägen.

Volksfront (V)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 6. Oktober 1979 durch Abspaltung von der (maoistischen) → Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) entstanden, deren „ultralinker“ Kurs als zu sektiererisch kritisiert wurde; volle Bezeichnung: „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“.

Teilnahme an Bundestagswahl:

1980 (9 319 Zweitstimmen = 0,0%).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 1846.

Hinweis

Welche Parteien aus der Bundesrepublik Deutschland sich seit 1979 an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament beteiligt haben, ist im vorliegenden **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 24.4 zu ersehen.

Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV)

Daten aus der Parteigeschichte:*)

Am 8. Dezember 1945 auf Betreiben des späteren Vorsitzenden *Alfred Loritz* für München und am 25. März 1946 als vierte Landespartei in Bayern lizenziert; in vielen Bereichen konzeptionslose und widersprüchliche Protestpartei verunsicherter mittelständischer Schichten, der sich auch bäuerliche Kreise sowie – mangels eigener Parteilizenz – Flüchtlinge und Vertriebene anschlossen; 1947 Abspaltung des von *Karl Meißner* gegründeten Deutschen Blocks (DB); 1949 bei Bundestagswahl überraschender Wahlerfolg infolge Bündnissen mit Vertriebenenorganisation „Neubürgerbund“; 1950 nach Aufhebung der Lizenzierungspflicht für Parteien und Gründung des → Gesamtdeutschen Blocks/BHE Austritt der Flüchtlingsabgeordneten aus WAV; weiterer Zerfall der WAV durch Abspaltung eines bayerischen Landesverbandes der Deutschen Partei (DPB) im Dezember 1951; Zusammenarbeit der WAV mit → Sozialistischer Reichspartei (SRP) als Deutsche Aufbau-Vereinigung (DAV); 11. August 1953 Umbenennung der WAV in DAV.

Parteivorsitzende:

Alfred Loritz (1945–1947)

zwischen Juni und Oktober 1947 nach innerparteilichen Führungskämpfen ein fünfköpfiges Direktorium, das jedoch überwiegend nicht anerkannt wurde

Julius Höllerer, *Erich Kühne* und *Alfred Loritz* (gleichberechtigte Vorsitzende 1947–1948; *Loritz* nach Flucht aus Untersuchungshaft zeitweise untergetaucht)

Alfred Loritz (1948–1953; im Sommer 1949 zeitweise – von der Militärregierung aber nicht anerkannt – auch *Erich Kühne*).

Teilnahme an Bundestagswahl:

1949 nur in Bayern (2,9% Stimmenanteil, auf Bundesebene umgerechnet, und 12 Mandate; jedoch baldiger Zerfall der WAV-Fraktion im Bundestag).

*) Quelle: Parteien-Handbuch Bd. II, a.a.O. S. 2458–2481: *Hans Woller*, Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung.

Zentrum (Z)

siehe: Deutsche Zentrums-Partei (DZP)

Hinweis

In dem von *Richard Stöss* herausgegebenen zweibändigen Parteien-Handbuch (Westdeutscher Verlag, Opladen 1983 und 1984), das bis spätestens 1982 die Grundlage für den vorliegenden Abschnitt bildet, sind die Parteien wesentlich ausführlicher und zum Teil nach folgendem einheitlichen Raster dargestellt:

- Gründung, historische Tradition und Entwicklungsgeschichte
- Ideologie, Programm, Praxis
- Assoziationen und Dissoziationen
- Wahlbeteiligungen
- Parlamentarische Repräsentanz und Regierungsbeteiligungen
- Organisation
- Mitglieder und Führung
- Presse und Propaganda
- Gesamtgesellschaftliche Charakterisierung
- Quellen und Literatur

1.7 Wahlkreis-Absprachen

Absprachen zwischen einzelnen Parteien, in bestimmten Wahlkreisen auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu verzichten und den Wählern statt dessen die Stimmabgabe zugunsten des Wahlkreiskandidaten der anderen Partei zu empfehlen, sind in den Wahljahren 1949, 1953 und 1957 mehrfach getroffen worden.

Solche Wahlabsprachen haben den Zweck, nach Möglichkeit

- einer kleineren Partei, die als Koalitionspartner in Betracht kommt, über die Sperrklausel*) zu verhelfen und/oder
- bei einem konkurrierenden Wahlkreiskandidaten eine Wahlniederlage herbeizuführen.

Alle wichtigen Wahlkreisabsprachen vor den drei Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1957 sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt.**)

Wahl zum 1. Bundestag (1949)

Wahlkreis	ohne eigene Wahlkreisbewerber	begünstigter Kandidat	stärkster Konkurrent	Anm.
2 Flensburg	CDU, DP, FDP, DKP, Z	Unabh.	SSW	
15 Hamburg I	FDP	CDU	SPD	
16 Hamburg II	FDP	CDU	SPD	
17 Hamburg III	FDP	CDU	SPD	1)
18 Hamburg IV	FDP	CDU	SPD	
19 Hamburg V	CDU	FDP	SPD	1)
20 Hamburg VI	CDU	FDP	SPD	1)
21 Hamburg VII	CDU	FDP	SPD	1)
22 Hamburg VIII	CDU	FDP	SPD	
75 Wuppertal I	CDU, DReP/DKP	FDP	SPD	
76 Wuppertal II	FDP, DReP/DKP	CDU	SPD	
174 Waiblingen	NG	DVP	CDU	
180 Mannheim-Land	DVP, NG	Unabh.	CDU	

1) Das Wahlkreismandat wurde durch die Absprache **nicht** gewonnen.

*) Bei der Zuteilung der Landeslistenmandate wurden bzw. werden Parteien nur unter folgenden Voraussetzungen berücksichtigt:

Bundestagswahl	Mindestanteil der Stimmen	oder	Mindestzahl der Wahlkreissitze
1949	5% der gültigen Stimmen im betr. Bundesland	oder	einen Sitz in einem Wahlkreis dieses Landes
1953	5% der gültigen Zweitstimmen im gesamten Bundesgebiet	oder	einen Sitz in mindestens einem Wahlkreis
ab 1957	wie 1953	oder	einen Sitz in mindestens drei Wahlkreisen

***) Quelle: Wahlen und Wähler in Westdeutschland. Hrsg. von *Erwin Faul*. Villingen 1960. S. 84–85.

Wahl zum 2. Bundestag (1953)

Wahlkreis	ohne eigene Wahlkreis- bewerber	begünstigter Kandidat	stärkster Konkurrent	Anm.
2 Flensburg	BHE, DP, FDP	CDU	SSW	2)
6 Kiel	DP	CDU	SPD	2)
8 Oldenburg–Eutin (Süd)	FDP, DP	CDU	SPD	2)
13 Stormarn	DP	CDU	SPD	2)
15 Hamburg I	FDP, DP	CDU	SPD	2)
16 Hamburg II	FDP, DP	CDU	SPD	2)
17 Hamburg III	CDU, FDP	DP	SPD	
18 Hamburg IV	CDU, DP	FDP	SPD	3)
19 Hamburg V	CDU, FDP	DP	SPD	
20 Hamburg VI	FDP, DP	CDU	SPD	
21 Hamburg VII	CDU, DP	FDP	SPD	1)
22 Hamburg VIII	CDU, DP	FDP	SPD	3)
23 Aurich–Emden	CDU, DP	FDP	SPD	1)
24 Leer	FDP, DP	CDU	SPD	2)
29 Delmenhorst–Wesermarsch	FDP, DP, DRP	CDU	SPD	2)
30 Oldenburg–Ammerland	CDU, DP	FDP	SPD	3)
32 Cuxh.-Hadeln-Wesermünde	CDU, FDP, DRP	DP	SPD	
33 Stade–Bremervörde	CDU, FDP	DP	SPD	2)
34 Verden–Rotenburg–Osterholz	CDU, FDP, DRP	DP	SPD	3)
36 Harburg–Soltau	CDU, FDP	DP	SPD	3)
37 Fallingb.-Hoya	CDU, FDP	DP	SPD	2)
45 Diepholz–Melle–Wittlage	DRP	DP	CDU	
46 Hameln–Springe	CDU, FDP	DP	SPD	
48 Hildesheim	DP, DRP	CDU	SPD	2)
56 Göttingen–Münden	CDU, DP	FDP	SPD	3)
75 Wuppertal I	CDU, Z	FDP	SPD	3)4)
76 Wuppertal II	FDP, Z	CDU	SPD	2)4)
87 Oberhausen	CDU	Z	SPD	3)4)
92 Duisburg I	Z	CDU	SPD	4)
109 Lemgo	CDU, Z	FDP	SPD	1)
126 Waldeck	CDU	FDP	SPD	
138 Wiesbaden	BHE	FDP	CDU	
180 Mannheim-Land	BHE	Unabh.	CDU	1)
200 München-Nord	BP	CSU	SPD	2)5)
201 München-Ost	BP	CSU	SPD	2)
202 München-Süd	BP	CSU	SPD	2)
203 München-West	BP	CSU	SPD	2)5)
214 Amberg	BP	CSU	SPD	2)
217 Regensburg	BP	CSU	SPD	2)
220 Bayreuth	CSU, FDP	BP	SPD	1)
221 Coburg	CSU, BP	FDP	SPD	3)
223 Hof	CSU, BP	FDP	SPD	
224 Kulmbach	FDP, BP	CSU	SPD	2)
227 Nürnberg	BP	CSU	SPD	1)
228 Nürnberg–Fürth	BP	CSU	SPD	1)
230 Weißenburg	BHE, BP	CSU	SPD	2)
236 Augsburg-Stadt	BP	CSU	SPD	2)

1) 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 140

Wahl zum 3. Bundestag (1957)

Wahlkreis	ohne eigene Wahlkreis- bewerber	begünstigter Kandidat	stärkster Konkurrent	Anm.
34 Verden–Rotenburg–Osterholz	CDU	DP	SPD	3)
37 Fallingbostal–Hoya	CDU	DP	SPD	3)
38 Celle	CDU	DP	SPD	3)
40 Stadt Hannover-Nord	DP	CDU	SPD	
53 Harz	DP	CDU	SPD	2)
55 Northeim–Einbeck–Duderstadt	DP	CDU	SPD	2)
56 Göttingen–Münden	CDU	DP	SPD	3)
131 Marburg	CDU	DP	SPD	3)
133 Gießen	CDU	DP	SPD	1)3)
141 Frankfurt/M. II	DP	CDU	SPD	2)
146 Dieburg	DP	CDU	SPD	1)
147 Bergstraße	DP	CDU	SPD	2)
196 Altötting	SPD	FU	CSU	1)
204 München-Land	SPD	FU	CSU	1)
206 Traunstein	SPD	FU	CSU	1)
211 Pfarrkirchen	SPD	FU	CSU	1)
223 Hof	FU	SPD	CSU	1)
230 Weißenburg	FU	SPD	CSU	1)
231 Aschaffenburg	FU	SPD	CSU	1)
238 Dillingen	FU	SPD	CSU	1)

1) Das Wahlkreismandat wurde durch die Absprache **nicht** gewonnen.

2) Nach dem Zweitstimmenergebnis hätte der begünstigte Kandidat das Wahlkreismandat auch ohne die Absprache gewinnen können.

3) Nach dem Zweitstimmenergebnis hätte ohne die Absprache der Kandidat der Unionspartei das Wahlmandat gewinnen können.

4) Das Zentrum stellte nur in Nordrhein-Westfalen eigene Kandidaten auf und empfahl seinen Wählern auch dort die CDU-Wahlkreisbewerber als Gegenleistung für die Unterstützung in Oberhausen, von der es abhing, daß es trotz der Sperrklausel in den 2. Bundestag einziehen konnte. Nach dem Zweitstimmenergebnis ist für den Wahlkreis 92 anzunehmen, daß diese Absprache der CDU ein Direktmandat eingebracht hat.

5) Da diese Bewerber, obgleich sie der BP angehörten, als CSU-Kandidaten aufgestellt wurden und der Absprache im Wahlkreis 220 kein Erfolg beschieden war, konnte die BP die Sperrklausel nicht umgehen.

Die meisten Wahlabsprachen gab es zwischen den „bürgerlichen“ Parteien (CDU, CSU, FDP, DP, Z bzw. BP) zur gemeinsamen Bekämpfung des SPD-Wahlkreis Kandidaten. Umgekehrt kam es 1957 zu einer Absprache zwischen SPD und FU (Bayernpartei) in Bayern, jedoch ohne Erfolg für letztere, da die SPD keine sicheren Wahlkreise zu verschenken hatte.

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Bekannt ist das Wahlbündnis 1953 von CDU und Zentrum in Nordrhein-Westfalen: Hier verzichtete die CDU auf einen Kandidaten im Wahlkreis 87 Oberhausen, wodurch *Johannes Brockmann* (Z) die Direktwahl in den Bundestag und damit die Überwindung der Sperrklausel für das Zentrum gelang. Als Gegenleistung wurde der CDU-Kandidat *Martin Heix*, der schon dem 1. Bundestag angehört hatte, auf den zweiten Platz der nordrhein-westfälischen Landesliste des Zentrums gesetzt; sofort nach seinem Eintritt in den 2. Bundestag wechselte *Heix* wieder zur CDU/CSU-Fraktion.

1.8 Wahlkampf-Abkommen der Parteien

1965 schlossen erstmals in der deutschen Parteiengeschichte SPD, CDU, CSU und FDP eine freiwillige „Vereinbarung über die Führung eines fairen Wahlkampfes und über die Begrenzung der Wahlkampfkosten“. Die wesentlichen Inhalte dieser Vereinbarung sowie Angaben über Zustandekommen und Regelungen aller weiteren Wahlkampfabkommen auf Bundesebene gibt die folgende Übersicht wieder.*)

*) Vgl. auch:

Konrad Zweigert, Das Wahlkampfabkommen und seine Schiedsstelle. Einige Gedanken und Erfahrungen. In: Die moderne Demokratie und ihr Recht. Bd. 2. Tübingen 1966. S. 367–374;

Götrik Wewer, Zur Problematik von Wahlkampfabkommen: Das Beispiel der Vereinbarungen vom 19. März 1980. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 11. 1980. H. 2. S. 264–271;

Hartmut Klatt, Wahlkampfführung und Wahlkostenbegrenzung. Möglichkeiten und Grenzen des Wahlkampfabkommens 1980. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 1. S. 21–34.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Wahljahr	Bezeichnung des Abkommens	unterzeichnet a) am b) von	Art der Verpflichtung	Schiedsstelle
1949 1953 1957 1961	} <i>keine Wahlkampfabkommen</i>			
1965	„Vereinbarung über die Führung eines fairen Wahlkampfes und über die Begrenzung der Wahlkampf-kosten“ Vereinbarung über die Einrichtung einer Schiedsstelle	a) 9. 1. 1965 b) SPD, CDU, CSU, FDP a) 6. 5. 1965 b) SPD, CDU, CSU, FDP	(1) Führung eines sachlichen und fairen Wahlkampfes (2) Begrenzung der Wahlkampfkosten vom 1. 1. 1965 bis 30. 9. 1965 auf: SPD 15 Mio. DM, FDP 15 Mio. DM, CDU 12,4 Mio DM, CSU 4 Mio. DM (3) Feststellung der Wahlausgaben durch Wirtschaftsprüfer eigener Wahl (4) Zeitliche Begrenzung zentraler Werbemaßnahmen: Plakatierungen auf 30 Tage, Anzeigen auf 8 Wochen vor der Wahl (5) Verzicht auf Luftwerbung sowie kommerzielle Fernseh- und Rundfunkwerbung (6) Schiedsgericht (Regelung durch Schiedsvertrag)	ja, bestehend aus dem Vorsitzenden*) (unabhängiger Sachverständiger) und aus vier Mitgliedern (von den Parteien entsandt) Einstimmigkeitsprinzip für Beschlüsse der Schiedsstelle *) Die vertragsschließenden Parteien verständigten sich auf zwei abwechselnd amtierende Vorsitzende: <i>Konrad Zweigert</i> und <i>Dieter Oberndörfer</i> .
1969	„Vereinbarung über die Führung eines fairen Wahlkampfes und zeitliche Begrenzung bestimmter zentraler Aktionen“	a) 24. 4. 1969 b) SPD, CDU, CSU, FDP	(1) Führung eines sachlichen und fairen Wahlkampfes (2) Zeitliche Begrenzung zentraler Werbemaßnahmen (Plakatwerbung) auf 20 Tage vor der Wahl (3) Verzicht auf Luftwerbung sowie kommerzielle Fernseh- und Rundfunkwerbung	nein ¹⁾

1972	„Vereinbarung zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien über die Führung eines fairen Wahlkampfes und zeitliche Begrenzung bestimmter zentraler Aktionen“	a) 4. 10. 1972 b) FDP Nicht in Kraft getreten, da von den übrigen Parteien nicht unterzeichnet	wie 1969	wie 1969
1976	<i>kein Wahlkampfabkommen²⁾</i>			
1980	„Wahlkampfabkommen für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag im Jahre 1980“	a) 19. 3. 1980 b) SPD, CDU, CSU, FDP	(1) Führung eines fairen und sachlichen Wahlkampfes (mit einer Reihe einzeln aufgeführter Tatbestände) (2) Begrenzung der Wahlkampfkosten ab 31. 3. 1980: SPD 40 Mio. DM, CDU 36 Mio. DM, CSU 9 Mio. DM, FDP 8 Mio. DM (3) Rechenschaftslegung über Wahlausgaben; Prüfung durch Wirtschaftsprüfer (4) Zeitliche Begrenzung zentraler Werbemaßnahmen (Plakatwerbung) auf 20 Tage vor der Wahl (5) Verzicht auf Luftwerbung sowie kommerzielle Fernseh- und Rundfunkwerbung (6) Überwachung der Einhaltung der Vereinbarungen durch Schiedsstelle	ja, bestehend aus dem unabhängigen Vorsitzenden und vier von den Parteien berufenen Beisitzern Erforderliche Mehrheit für Entscheidungen: Mehrheit der Mitglieder Vorsitzender: <i>Hermann Kunst</i> ; Beisitzer: <i>Alex Möller</i> (SPD), <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU), <i>Rudolf Hanauer</i> (CSU), <i>Bernhard Leverenz</i> (FDP)

1) § 7 der Vereinbarung enthält lediglich die Bestimmung: „Bei Verstößen gegen diese Vereinbarung werden die Vertragsschließenden oder ihre Beauftragten sofort zusammentreten, um über entsprechende Maßnahmen zu beraten.“

2) „Vier Jahre später (1976) scheiterte ein Abkommen vor allem an der Begrenzung der Wahlkosten für die Bundestagswahl 1976. CDU und CSU hatten gefordert, die Ausgaben der Bundesregierung für die amtliche Öffentlichkeitsarbeit in die Wahlkampfkostenbegrenzung einzubeziehen. Die CDU erhob daraufhin noch vor den Wahlen am 3. 10. 1976 Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht wegen Vergeudung von Steuergeldern zu Propagandazwecken durch die Regierung. Infolge der regierungsamtlichen Wahlwerbung zugunsten der Koalitionsparteien im Bundestagswahlkampf 1976 seien SPD und FDP aus Haushaltsmitteln finanziell begünstigt und damit wettbewerbswidrig vom Staat finanziert worden. Wenige Monate nach der Wahl, am 2. 3. 1977, ist dieser Klage in vollem Umfang stattgegeben worden.“ (*Hartmut Klatt*, a.a.O. S. 21)

Wahljahr	Bezeichnung des Abkommens	unterzeichnet a) am b) von	Art der Verpflichtung	Schiedsstelle
1983	„Wahlkampfabkommen für die Wahl zum 10. Deutschen Bundestag im Jahre 1983“	nicht unterzeichnet³⁾	Führung eines fairen und sachlichen Wahlkampfes (mit einer Reihe einzeln aufgeführter Tatbestände)	nicht vorgesehen
1987	<i>kein Wahlkampfabkommen⁴⁾</i>			
1990	<i>kein Wahlkampfabkommen</i>			
1994	<i>kein Wahlkampfabkommen⁵⁾</i>			

- 3) Das Wahlkampfabkommen, am 20. Januar 1983 von Bundestagspräsident *Richard Stücklen* den Generalsekretären der vier im Bundestag vertretenen Parteien vorgelegt, wurde von der SPD u. a. wegen einiger Zusatzformulierungen abgelehnt, die CDU-Generalsekretär *Heiner Geißler* vorgeschlagen hatte. Der Einfügung einer allgemeinen Wahrheitspflicht wollte die SPD nur zustimmen, falls bereits geschehene Einzelfälle der Verletzung des Abkommens rückwirkend einbezogen würden. Daraufhin und angesichts der fortgeschrittenen Zeit erklärte Bundestagspräsident *Stücklen* am 3. Februar 1983 seine Bemühungen um den Abschluß eines Fairneßabkommens für den Bundestagswahlkampf 1983 für gescheitert.
- 4) Am 23. Juni 1986 beschloß das FDP-Präsidium, den anderen im Bundestag vertretenen Parteien ein Abkommen über die Kostenbegrenzung und Fairneß im Bundestagswahlkampf vorzuschlagen. Mitte Juli verschickte der FDP-Generalsekretär *Helmut Haussmann* einen Entwurf, der dem Wahlkampfabkommen von 1980 entsprach und sich in drei Abschnitte gliederte; ein Fairneß-Abkommen, ein Abkommen über die Begrenzung der Wahlkampfkosten und ein Abkommen über eine Schiedsstelle. Nach Vorstellung der FDP sollte die Vereinbarung am 1. September 1986 in Kraft treten. Zu dem von *Haussmann* vorgeschlagenen gemeinsamen Treffen ist es nicht gekommen, da bei den angesprochenen Parteien – bei zum Teil widersprüchlichen öffentlichen Äußerungen – Skepsis und Ablehnung aufgrund der bisherigen Erfahrungen offenbar überwogen. Auch Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* hatte sich Ende Juli 1986 in einem Zeitungs-Interview kritisch zu den Plänen eines Fairneß-Abkommens geäußert. (Vgl. dazu fdk vom 15. 7. 1986, Neue Osnabrücker Zeitung vom 26. 7. 1986 sowie FAZ vom 24. 6. 1986 und 16. 8. 1986.)
- 5) Mitte Januar 1994 sandte der SPD-Bundesgeschäftsführer *Günter Verheugen* dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland einen Vorschlag für ein Fairneß-Abkommen für die Wahlkämpfe im Jahr 1994. Der SPD-Vorschlag orientierte sich an dem letzten Fairneß-Abkommen aus dem Wahljahr 1980. Er sah die Einrichtung einer Schiedsstelle vor, jedoch kein Abkommen zur Begrenzung der Wahlkampfkosten. Letzteres enthielt dagegen ein Entwurf der FDP, der Ende Januar folgte. Da die evangelische und katholische Kirche es Anfang Februar auch aufgrund der bisherigen Erfahrungen ablehnten, die Schirmherrschaft für das vorgeschlagene Fairneßabkommen zu übernehmen, wurde der Vorschlag von den Initiatoren nicht weiter verfolgt.

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

1.9 Wahlkampf-Slogans der Parteien

Schon seit den fünfziger Jahren versuchen die Parteien im Wahlkampf besondere Aufmerksamkeit dadurch zu erringen, daß sie komplexere Wahlaussagen auf knappe Wahlslogans reduzieren. Daraus ist mittlerweile eine Wissenschaft für sich geworden. Unter der Überschrift „Die zentrale Werbeaussage: Der Slogan“ schreibt *Peter Radunski* u. a.:

„Auch der Slogan entsteht im strategischen Dreieck jeder Wahlkampfplanung: Politik – Wissenschaft – Kommunikation. Wie sehr ein guter Wahlkampf die gelungene Verbindung der Politik mit der Kommunikation und der Demoskopie ist, zeigt sich gerade bei der Entwicklung des Slogans. Ohne die Kenntnisse aus der Demoskopie über die politischen Erwartungen und Einstellungen der Bevölkerung wird kein Politiker die zentrale politische Vorgabe formulieren, aus der schließlich mit Hilfe der kommunikativen und kreativen Erwägungen der Wahlkampfmanager und Agenturen ein Wahlkampflogan entsteht. Politische Slogans sind weder das Ergebnis dichterischer Inspirationen von Politikern noch das Produkt zwingender Analysen von Demoskopisten. Das normale Verfahren zur Entstehung eines Slogans wird vielmehr die Zusammenarbeit von Kommunikation, Demoskopie und Politik sein, wenn es gelingen soll, im Slogan die gesamte Kampagne brennpunktartig zusammenzufassen.“

Ein guter Slogan muß ins Zentrum einer Kampagne rücken. Er soll ausdrücken, worum es bei der anstehenden Wahl geht, und im besten Falle auch das Motiv für die Wahl einer Partei oder Person mitliefern. Wie sehr ein Slogan das ausdrücken kann, was in der Luft liegt und was die Grundstimmung in der Wählerschaft ausmacht, hat der CDU-Slogan von 1957 „Keine Experimente“ gezeigt, der später als Charakteristikum für die politische Stimmung am Ende der fünfziger Jahre galt. Seine Aussagekraft hat sich fast zu einem geflügelten Wort selbstständig.“*)

Im folgenden sind die in den Bundestagswahlkämpfen seit 1949 von den in den Bundestag eingerückten Parteien hauptsächlich verwendeten Wahlslogans zusammengestellt.***) Im Falle mehrerer Slogans einer Partei wurde nach Möglichkeit der am häufigsten plakatierte Slogan zuerst genannt. Gelegentlich haben Parteien während des Wahlkampfs zusätzliche Slogans nachgeschoben, teilweise als Reaktion auf Slogans des politischen Gegners.

Wahljahr	CDU/CSU	SPD	FDP	DP
1949	<p>„Freiheit – Gerechtigkeit – Frieden“</p> <p>„Das ganze Deutschland soll es sein. Zum ungeteilten Vaterland durch die CDU“</p> <p>„1947 – Hunger! Not! Elend! 1949 – Vorwärts! Aufwärts! Der Erfolg der CDU!“</p>	<p>„Nun erst recht: Sozialisierung! SPD“</p> <p>„Alle Millionäre wählen CDU-FDP. Alle übrigen Millionen Deutsche die SPD“</p> <p>„In der Eintracht liegt die Macht – alle wählen SPD“</p> <p>„SPD – Das ganze Deutschland soll es sein“</p>	<p>„Deutschland darf nicht sozialistisch werden“</p> <p>„Nur freie Wirtschaft bricht Not! Wählt FDP“</p>	<p>„Wählt nicht die Versager der Weimarer Zeit. Deutsche wählt die Deutsche Partei“</p>

*) *Peter Radunski*, Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfplanung als politische Kommunikation. München 1980. S. 99–100.

***) Quellen: die im Abschnitt 1.14 des vorliegenden *Datenhandbuchs* zu den einzelnen Wahljahren aufgeführte Literatur, Auskünfte der Parteien sowie Unterlagen des Parlamentsarchivs; vgl. inzwischen zusammenfassend *Monika Toman-Banke*, Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949–1994. Wiesbaden 1996.

Wahljahr	CDU/CSU	SPD	FDP	DP/FVP
1953	<p>„Deutschland wählt Adenauer“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Konrad Adenauer</i>)</p> <p>„Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau! Darum CSU!“</p> <p>„Er knüpft die Fäden zur freien Welt“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Konrad Adenauer</i>)</p> <p>„Einheit – Freiheit – Frieden – CDU“</p> <p>„Denkt an uns. Wählt für uns CSU“ (auf Plakat mit einem Rentner-Ehepaar)</p>	<p>„Statt Adenauer Ollenhauer“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Erich Ollenhauer</i>)</p> <p>„Kurt Schumacher mahnt: Wählt Sozialdemokraten“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Kurt Schumacher</i>)</p> <p>„Deutschlands Zukunft SPD“</p> <p>„Sicherheit mit Ollenhauer“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Erich Ollenhauer</i>)</p> <p>„Soziale Sicherheit für alle – keine Almosen für Alte und Kranke!“</p> <p>„Friede und Sicherheit durch Verständigung – nicht Kriegsgefahr durch Wettrüsten!“</p> <p>„Wähle Links, wo das Herz schlägt! Wähle Sozialdemokraten!“</p> <p>„Prof. Erhard – CDU ruiniert die Wirtschaft. Wer SPD wählt, wählt den Aufbau!“</p>	<p>„Wählt FDP, dann wählt Ihr Deutschland“</p> <p>„Weiter vorwärts mit Blücher für Deutschlands Aufstieg“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Franz Blücher</i>)</p> <p>„Denkt an unsere Zukunft! Wählt FDP!“</p> <p>„Wo Ollenhauer pflügt, sät Moskau! Wählt FDP!“</p> <p>„Wacht auf und wählt FDP“</p>	<p>„Macht den rechten Flügel stark“</p> <p>„Rechts ran! Darum Deutsche Partei!“ (auf Klebezettel)</p> <p>„Recht wählt wer rechts wählt“</p>
1957	<p>„Keine Experimente – CDU“</p> <p>„Keine Experimente! Konrad Adenauer – CDU“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Konrad Adenauer</i>)</p> <p>„Wohlstand für alle“</p> <p>„Es geht ums Ganze“ (auf Plakat mit Karte vom geteilten Deutschland)</p> <p>„Denkt an Ungarn: Seid wachsam! CDU“</p> <p>„Laßt uns weiterbauen“ [CSU]</p>	<p>„Deutsche Einheit – darum SPD“</p> <p>„Keine Wehrpflicht – darum SPD“</p> <p>„Sicherheit für alle – darum SPD“</p> <p>„Vertrauen zur SPD“</p> <p>„Runter mit den Preisen – darum SPD“</p> <p>„Mehr Wohnungen statt Kasernen – darum SPD“</p>	<p>„Auf <i>die</i> kommt's an!“ (auf Plakat mit Adler als FDP-Parteysymbol)</p> <p>„Auf <i>ihn</i> kommt's an!“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Reinhold Maier</i>)</p> <p>„Mit uns für ein geeintes Deutschland“</p> <p>„Laßt Euch nicht auf den Arm nehmen! Deshalb FDP. Auf <i>die</i> kommt's an!“ (auf Plakat mit Karikatur: DP-Vorsitzender <i>Heinrich Hellwege</i> auf dem Arm von <i>Konrad Adenauer</i>)</p>	<p>„Es liegt in deiner Hand: Nur mit uns ... Einig für Heimat, Deutschland, Europa. DP Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei)“</p> <p>„Stop: Nicht schwarz, Nicht rot, Nicht kariert – wählt DP“</p>

Wahljahr	CDU/CSU	SPD	FDP
1961	<p>„Adenauer, Erhard und die Mannschaft“</p> <p>„Auch morgen sicher leben – CDU“</p> <p>„Auch morgen in Freiheit leben – CDU“</p> <p>„Auch morgen keine Experimente – CDU“</p> <p>„Erfolg und Erfahrung – CDU“</p> <p>„Deutschland braucht eine starke Regierung! CDU“</p>	<p>„Deutschland braucht eine neue Regierung – deshalb SPD!“</p> <p>„Hand in Hand – gemeinsam geht es besser!“</p> <p>„Wohlstand ist für alle da! SPD“</p> <p>„Frohe Ferien. Jahresurlaub mindestens 4 Wochen – SPD“</p> <p>„Blauer Himmel über der Ruhr – SPD“</p> <p>„Wir sind eine Familie – SPD“</p>	<p>„Ein modernes Volk braucht eine Politik des Fortschritts“</p> <p>„Ein gesundes Volk braucht die gesunde Mitte“</p> <p>„Ein freies Volk braucht Freie Demokraten – FDP“</p> <p>„Wer weiter denkt, wählt FDP“</p> <p>„Deutschland braucht die FDP“</p>
1965	<p>„Es geht um Deutschland – CDU“</p> <p>„Unsere Sicherheit – CDU“</p> <p>„Es geht um Dich und Deutschland – CSU“</p>	<p>„Sicher ist sicher – darum SPD“</p> <p>„Deutschland. Ja – SPD – 1965“</p>	<p>„Neue Wege wagen, darum FDP“</p> <p>„FDP – nötiger denn je“</p> <p>„In seinem Geist mit neuer Kraft. FDP“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Erich Mende</i> im Vordergrund und von <i>Theodor Heuss</i> im Hintergrund)</p>
1969	<p>„CDU – Auf den Kanzler kommt es an“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Kurt Georg Kiesinger</i>)</p> <p>„CDU – Sicher in die 70er Jahre“</p> <p>„Unsere Zukunft in guter Hand“</p> <p>„CSU – Entschlossen die Zukunft sichern“</p> <p>„CSU – in Bonn für München“</p>	<p>„SPD – die beste Zukunft, die Sie wählen können“</p> <p>„Wir schaffen das moderne Deutschland – Wir haben die richtigen Männer – SPD“</p> <p>„Damit Sie auch morgen in Frieden leben können“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Willy Brandt</i>)</p> <p>„Sichere Arbeitsplätze, stabile Wirtschaft“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Karl Schiller</i>)</p> <p>„Mit Tatkraft das moderne Deutschland schaffen“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Helmut Schmidt</i>)</p>	<p>„Sie können Deutschland verändern – Machen Sie Schluß mit der großen Koalition – F.D.P.“</p> <p>„F.D.P. – die treibende Kraft“</p> <p>„F.D.P. – Wir schaffen die alten Zöpfe ab“</p> <p>„Einer ist da, der Schluß macht mit den alten Zöpfen“</p>
1972	<p>„Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität – CDU“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Rainer Barzel</i>)</p> <p>„Gegen Inflation, für Stabilität und Vernunft“</p> <p>„Wissen und Tatkraft, Bayern für Deutschland – CSU“</p>	<p>„Kanzler des Vertrauens – SPD“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Willy Brandt</i>)</p> <p>„Willy Brandt muß Kanzler bleiben!“</p> <p>„Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“</p> <p>„Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen“</p>	<p>„Vorfahrt für die Vernunft. F.D.P.“</p> <p>„F.D.P. – Laßt die Vernunft walten“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Walter Scheel</i>)</p>

Wahljahr	CDU/CSU	SPD	FDP
1976	<p>„Aus Liebe zu Deutschland – Freiheit statt Sozialismus. CDU – sicher, sozial und frei“</p> <p>„1976. Deutschland vor der Entscheidung: Freiheit oder Sozialismus“ [CSU]</p> <p>„Aus Liebe zu Deutschland – Die Freiheit wählen“</p> <p>„Kanzler für Deutschland“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Helmut Kohl</i>)</p> <p>„Helmut Kohl – der Mann, dem man vertrauen kann“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Helmut Kohl</i>)</p> <p>„Komm aus Deiner linken Ecke“</p>	<p>„Weiterarbeiten am Modell Deutschland“</p> <p>„Modell Deutschland. Freiheit – Sicherheit – Soziale Demokratie“</p> <p>„Der bessere Mann muß Kanzler bleiben: Helmut Schmidt. Deshalb SPD“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Helmut Schmidt</i>)</p> <p>„Von Freiheit verstehen wir mehr“</p> <p>„Den Frieden wählen“</p> <p>„Alle Mann an Deck! Der Steuermann braucht Euch“ (auf Plakat mit Fotografie eines jungen Mädchens mit Prinz-Heinrich-Mütze des Bundeskanzlers <i>Helmut Schmidt</i>)</p>	<p>„Leistung wählen. F.D.P. – Die Liberalen“</p> <p>„Freiheit, Fortschritt, Leistung“</p> <p>„Die vier, auf die es ankommt“ (auf Plakat mit Porträts von <i>Hans-Dietrich Genscher</i>, <i>Hans Friderichs</i>, <i>Werner Maihofer</i> und <i>Josef Ertl</i>)</p> <p>„Ihre Zweitstimme der F.D.P. Der Vernunft wegen. Das Beste für Deutschland“</p>
1980	<p>„Mit Optimismus gegen Sozialismus“</p> <p>„Für Frieden und Freiheit“</p> <p>„Den SPD-Staat stoppen“</p> <p>„Den Sozialismus stoppen“</p> <p>„Strauß wählen, den Sozialismus stoppen“</p> <p>„Damit ein Bayer Kanzler wird – CSU“</p>	<p>„Sicherheit für Deutschland“</p> <p>„Bundeskanzler Schmidt: Sie können etwas für Ihr Land tun. Geben Sie Ihre Stimme meiner Partei. SPD“</p>	<p>„Für die Regierung Schmidt/Genscher – Gegen die Alleinherrschaft einer Partei – Gegen Strauß – Diesmal F.D.P.“</p> <p>„Diesmal geht's ums Ganze – diesmal F.D.P.“</p>

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung

Wahljahr	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE GRÜNEN
1983	<p>„Aufwärts mit Deutschland – jetzt den Aufschwung wählen“</p> <p>„Dieser Kanzler schafft Vertrauen. Arbeit, Frieden, Zukunft, miteinander schaffen wir’s“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Helmut Kohl</i>)</p> <p>„Arbeitslosigkeit, Schulden, Pleiten. Nicht wieder SPD!“</p> <p>„Hoffnung für Deutschland – CSU“</p>	<p>„Im deutschen Interesse – SPD“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Hans-Jochen Vogel</i>)</p> <p>„Deutschland braucht wieder einen Bundeskanzler, der es packt. Hans-Jochen Vogel“</p> <p>„Wählen Sie Kohl ab“</p>	<p>„Deutschland braucht die F.D.P. – Die F.D.P. braucht Ihre Zweitstimme“</p> <p>„Freiheit braucht Mut. Deshalb F.D.P. – Die Liberalen“</p>	<p>Die am häufigsten verwendeten Wahlplakate („Sonnenblumenplakat“) trugen folgende Slogans:</p> <p>„DIE GRÜNEN in den Bundestag – das Jahr des Bundesadlers“</p> <p>„Rettet den Wald“</p> <p>„Tag für Tag stirbt ein Stück der Natur – Die Industrie macht Kasse“</p> <p>„Gegen die geFLICKte Demokratie“</p>
1987	<p>„Weiter so, Deutschland Stabile Preise Sichere Renten Mehr Arbeitsplätze CDU Die Zukunft“</p> <p>„Weiter so, Deutschland Für eine gute Zukunft“</p> <p>„Weiter so, Deutschland Zukunft statt Rot-Grün“</p> <p>„Entscheidung für Deutschland“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Helmut Kohl</i>)</p> <p>„Konsequent für Deutschland. CSU“</p> <p>„Für unsere Zukunft. CSU“</p>	<p>„Den Besten für Deutschland: Johannes Rau“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Johannes Rau</i>)</p> <p>„Damit Gerechtigkeit regiert, nicht soziale Kälte. SPD“</p> <p>„Damit der Friede sicher bleibt und deutsche Interessen zählen. SPD“</p> <p>„Deutschland braucht wieder einen Kanzler, dem man vertrauen kann. Johannes Rau.“</p> <p>„SPD – Mehrheit für soziale Gerechtigkeit“</p>	<p>Zukunft durch Leistung. Darum: Zweitstimme F.D.P.“</p>	<p>„Farbe bekennen!“</p> <p>Dieses Leitmotiv wurde ergänzt durch verschiedene themenspezifische Aussagen, z. B.:</p> <p>„Bäuerinnen und Bauern, kommt auf den grünen Zweig!“ oder „Arbeitszeitverkürzung: Bessere Karten für alle.“</p> <p>„Grün bricht durch!“</p>

Hinweis

Eine Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaften“ der Opposition enthält Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Wahljahr	CDU/CSU	SPD	FDP	PDS/Linke Liste	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1990	<p>„Kanzler für Deutschland“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Helmut Kohl</i>)</p> <p>„Ja zu Deutschland, ja zur Zukunft“</p> <p>„Bayern stark für Deutschland, CSU“</p> <p>„Mit uns für Deutschland, CSU“</p> <p>„Entscheidung für Deutschland“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Theodor Waigel</i>)</p>	<p>„Der neue Weg“</p> <p>„Oskar Lafontaine – Der neue Weg“</p> <p>(Hierzu Untertitel in den alten Bundesländern: „SPD – ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark“, in den neuen Bundesländern: „SPD – sichere Arbeitsplätze, saubere Luft, eine starke Wirtschaft“)</p> <p>„Jetzt das moderne Deutschland wählen“</p>	<p>„Erfolg für Deutschland. Das liberale Deutschland.“</p> <p>„Genscher wählen. F.D.P. wählen. Das liberale Deutschland.“ (auf Plakat mit Porträt von <i>Hans-Dietrich Genscher</i>)</p> <p>„Das Deutschland, dem die Welt vertraut.“</p> <p>„Haben wir noch eine Wahl? Ja. PDS“</p>	<p>„Links ist lebendig.“</p> <p>„Demokratie braucht Opposition“</p> <p>„Auch im Westen was Neues – PDS“</p> <p>„Einheit Ja – Unterordnung Nein“</p> <p>„Don't worry take Gysi“</p> <p>„PDS/Linke Liste ... das andere Deutschland“</p> <p>„Wir bleiben das Volk“</p>	<p>„Mehr Farben braucht das Land“</p>
Wahljahr	CDU/CSU	SPD	FDP	PDS	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1994	<p>„Damit es weiter aufwärts geht – CDU“</p> <p>„CDU – Sicher in die Zukunft“</p> <p>„Es geht um Deutschland – CDU“</p> <p>„Freiheit statt Volksfront – CSU“</p>	<p>„Freu' Dich auf den Wechsel, Deutschland – SPD“</p> <p>„Kanzlerwechsel – SPD“</p> <p>„Gemeinsam sind wir stark – SPD“</p>	<p>„Diesmal geht's um alles – F.D.P. Die Liberalen“</p> <p>„F.D.P. Die Liberalen – Die Kraft der Vernunft“</p>	<p>„Jede Stimme für Links ist eine Stimme gegen Rechts“</p> <p>„Links wählen: Gregor Gysi“</p> <p>„Veränderung beginnt mit Opposition“</p>	<p>„Nur mit uns“</p> <p>„Ein Land reformieren – Ökologisch wirtschaften“</p> <p>„Ein Land reformieren – Frauen nach vorn“</p>

1.10 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Aus der folgenden Tabelle*) ergibt sich, daß

- mit dem Anwachsen der durchschnittlichen Wohnbevölkerung die Zahl der Wahlberechtigten seit 1949 ununterbrochen gestiegen ist,
- die Zahl der Wahlberechtigten vor der Vereinigung Deutschlands am stärksten 1972 zugenommen hat infolge der Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr,

*) Quelle: Statistisches Bundesamt; Quellennachweis im einzelnen siehe Seite 164–165.

- aufgrund verschiedener Einflüsse (u. a. der sich wandelnden Altersgliederung im Bundesgebiet) der Anteil der Wahlberechtigten in Prozent der durchschnittlichen Wohnbevölkerung schwankt,
- die Zahl der Wähler vor der Vereinigung Deutschlands zwischen 1949 und 1983 kontinuierlich gewachsen ist (überdurchschnittlich in den Wahljahren 1953 und 1972),
- die Wahlbeteiligung in Prozent – von leichten Schwankungen abgesehen – bis 1972 teilweise sprunghaft gestiegen ist und seitdem wieder eine fallende Tendenz hat; die höchste Wahlbeteiligung war im Wahljahr 1972 mit 91,1% zu verzeichnen, die niedrigste 1990 bei der ersten gesamtdeutschen Wahl mit 77,8%.

■ Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1998 ist im NACHTRAG unter 1.10 zu finden.

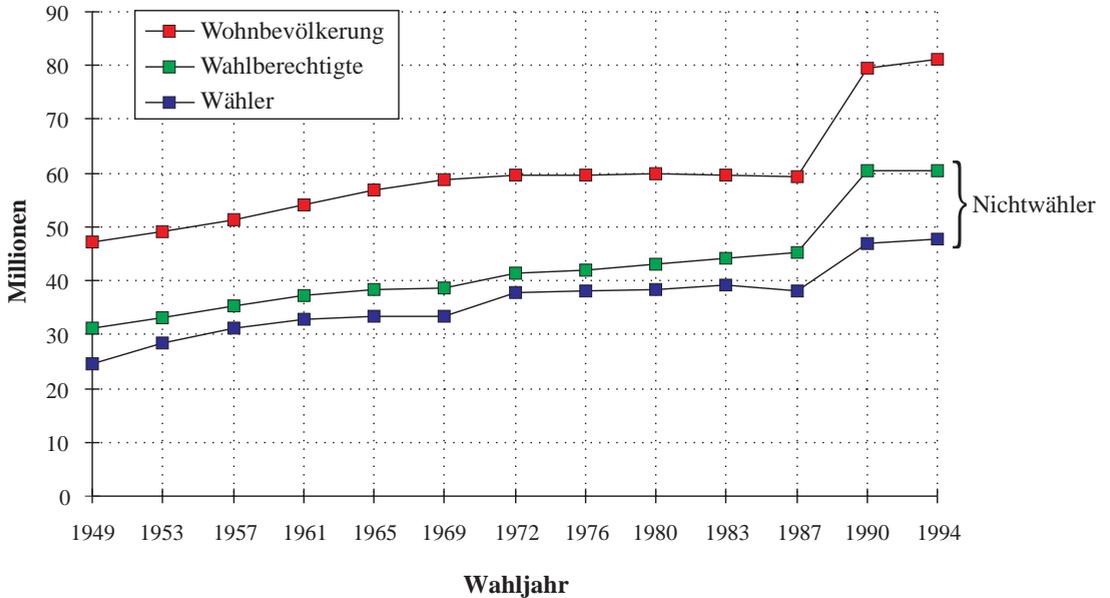
Wahljahr	Durchschnittliche Wohnbevölkerung ¹⁾	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte in % der durchschnittlichen Wohnbevölkerung	Wähler	Wahlbeteiligung: Wähler in % der Wahlberechtigten
1949	47 093 100	31 207 620	66,3	24 495 614	78,5
1953	49 141 900	33 202 287	67,4	28 479 550	86,0
1957	51 432 400	35 400 923	68,8	31 072 894	87,8
1961	53 977 400	37 440 715	69,4	32 849 624	87,7
1965	56 811 100	38 510 395	67,8	33 416 207	86,8
1969	58 711 700	38 677 235	65,9	33 523 064	86,7
1972	59 598 600	41 446 302	69,5	37 761 589	91,1
1976	59 563 700	42 058 015	70,6	38 165 753	90,7
1980	59 754 000	43 231 741	72,3	38 292 176	88,6
1983	59 676 500	44 088 935	73,9	39 279 529	89,1
1987	59 261 335	45 327 982	76,5	38 225 294	84,3
1990	79 364 504	60 436 560	76,4	46 995 915	77,8²⁾
1994	81 338 093 ⁴⁾	60 452 009	74,3	47 737 999	79,0³⁾

¹⁾ bis 1987: alte Bundesländer ohne Berlin (West), ab 1990: alte und neue Bundesländer

²⁾ Wahlbeteiligung in den westlichen Bundesländern einschließlich Berlin-West (Wahlkreise 1–256): 78,6%, Wahlbeteiligung in den östlichen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost (Wahlkreise 257–328): 74,5%.

³⁾ Wahlbeteiligung in den westlichen Bundesländern einschließlich Berlin-West (Wahlkreise 1–248 und 250–257): 80,5%, Wahlbeteiligung in den östlichen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost (Wahlkreise 249 und 258–328): 72,6%.

⁴⁾ Stand: 31. Dezember 1993



Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik wird seit 1953*) vom Statistischen Bundesamt die Wahlbeteiligung auch nach Alter und Geschlecht ermittelt. Aus methodischen Gründen sind in dieser Statistik Briefwähler nicht enthalten, so daß die Wahlbeteiligung insgesamt etwas niedriger ausfällt im Vergleich zu den oben angeführten Gesamtergebnissen.

Von dieser Abweichung abgesehen bietet die repräsentative Wahlstatistik interessante Aufschlüsse darüber, wie stark bisher die Wahlbeteiligung je nach Altersgruppe und Geschlecht der Wahlberechtigten vom Durchschnitt abgewichen ist.

*) Mit Ausnahme des Wahljahres 1994 aufgrund des Gesetzes zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag vom 7. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2734). Siehe auch Abschnitt 1.11.

Hinweise

Das Statistische Bundesamt schlüsselt mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik insbesondere auch die Stimmabgabe zugunsten bestimmter Parteien nach Alter und Geschlecht auf, Einzelheiten siehe unter Abschnitt 1.15.

Für die repräsentative Wahlstatistik wird – im Gegensatz zu den Umfragen der Forschungsinstitute – keine Befragung von Wählern vorgenommen. Vielmehr werden in ausgewählten Wahlbezirken besondere Wahlzettel ausgegeben, auf denen die Unterscheidungsmerkmale „Alter“ und „Geschlecht“ vermerkt sind.

In der folgenden Tabelle*) sind alle Einzelheiten zur Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht seit 1953 zusammengefaßt. Die höchste Prozentzahl jeder Rubrik ist **fett** gedruckt.

Wahljahr	1953			1957			1961			1965		
Jahre	M	F	Zus.									
18–20 ¹⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
21–24	77,8	77,4	77,6	80,9	80,3	80,6	78,9	80,0	79,5	76,1	77,5	76,8
25–29	82,7	81,8	82,2	85,3	84,0	84,6	84,5	83,7	84,1	81,6	81,7	81,7
30–34	} 87,2	86,0	86,5	} 89,6	87,6	88,5	} 90,1	88,5	89,2	86,6	85,7	86,2
35–39												
40–44	} 89,8	88,4	89,0	} 91,8	89,4	90,5	} 91,6	89,5	90,4	90,3	88,0	89,0
45–49												
50–59	91,7	89,0	90,2	92,4	89,4	90,8	92,0	89,2	90,5	91,3	88,1	89,4
60–69	92,2	85,9	88,6	92,9	87,4	89,7	91,8	87,3	89,3	91,2	86,4	88,5
ab 70	87,1	72,5	79,0	88,3	75,3	81,1	87,1	75,8	80,5	86,4	74,8	79,3
Alle	88,0	84,9	86,3	89,6	86,3	87,8	88,9	86,2	87,4	87,5	84,6	85,9
Wahljahr	1969			1972			1976			1980		
Jahre	M	F	Zus.									
18–20 ¹⁾	–	–	–	85,0	84,3	84,6	84,9	83,2	84,1	81,6	79,2	80,4
21–24	76,3	77,0	76,6	83,9	85,0	84,4	83,0	82,9	82,9	79,8	78,0	78,9
25–29	80,4	82,5	81,4	87,6	88,8	88,2	86,3	86,8	86,5	81,9	82,6	82,2
30–34	86,2	86,0	86,1	90,4	91,3	90,8	88,8	89,7	89,2	85,8	86,6	86,2
35–39	88,5	87,0	87,8	92,4	92,3	92,3	91,0	92,0	91,5	88,1	89,2	88,6
40–44	90,4	88,5	89,4	93,4	92,8	93,1	92,8	92,6	92,7	90,3	90,4	90,3
45–49	91,3	88,5	89,6	94,5	93,5	93,9	93,9	93,3	93,6	91,6	90,8	91,2
50–59	91,6	88,2	89,6	95,2	93,3	94,1	94,8	93,0	93,8	93,1	91,6	92,3
60–69	91,1	86,7	88,6	94,5	92,2	93,2	94,8	93,0	93,7	93,5	91,3	92,2
ab 70	85,9	75,7	79,5	90,2	83,3	85,9	91,2	86,0	88,0	89,6	83,6	85,7
Alle	87,5	84,9	86,1	91,4	90,2	90,8	90,8	90,0	90,4	88,2	87,1	87,6

¹⁾ Vgl. hierzu Abschnitt 1.4: Wahlalter

*) Quelle:

Statistisches Bundesamt; Quellennachweis im einzelnen siehe Kasten auf Seite 164–165.

Vgl. auch *Eckhard Jesse*, Die Bundestagswahlen von 1953 bis 1972 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 3. S. 310–322; ders., Die Bundestagswahlen von 1972 bis 1987 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 232–242; *Hans Rattinger*, Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953–1990. In: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Hrsg. von *Hans-Dieter Klingemann* und *Max Kaase*. Opladen 1994. S. 73–122.

Wahljahr	1983			1987			1990		
	M	F	Zus.	M	F	Zus.	M	F	Zus.
18–20	85,4	83,2	84,3	78,9	74,6	76,8	66,3	63,1	64,7
21–24	82,2	80,6	81,5	74,4	71,7	73,1	63,2	60,4	61,8
25–29	83,9	83,7	83,8	76,6	75,2	75,9	66,3	66,4	66,3
30–34	86,6	87,4	87,0	80,2	80,3	80,3	70,6	72,1	71,3
35–39	89,0	89,7	89,3	83,7	83,9	83,8	75,2	76,3	75,7
40–44	90,8	91,3	91,1	85,8	86,3	86,0	79,3	79,8	79,5
45–49	92,3	92,0	92,2	88,0	87,9	87,9	82,2	82,0	82,1
50–59	93,2	92,2	92,7	90,0	88,8	89,4	85,0	84,2	84,6
60–69	93,6	91,5	92,3	91,5	88,4	89,7	88,2	85,3	86,5
ab 70	88,5	82,9	84,9	85,1	76,5	79,4	81,3	71,3	74,5
Alle	89,1	87,8	88,4	84,2	82,1	83,1	77,0	75,7	76,3

Auffallend bei allen Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1990 ist u. a.:

- Eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung ist allgemein bei den Wählern zwischen rund 35 und 69 Jahren festzustellen; eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung bei den Wählern bis etwa 35 Jahre (1990: bis etwa 40 Jahre) und ab 70 Jahre.
- Frauen beteiligen sich insgesamt in geringerem Maße an der Wahl als Männer, doch geht dieser Unterschied seit 1972 merklich zurück, und er trifft inzwischen auch nicht mehr auf alle Altersgruppen zu, sondern überwiegend nur auf die Wählerinnen über 70 Jahre.
- Erstwähler zwischen 18 und 20 Jahren beteiligen sich stärker an der Wahl als die danach folgende Altersgruppe zwischen 21 und 24 Jahren.
- Die Wahlbeteiligung steigt von der niedrigsten Prozentzahl bei den 21- bis 24jährigen Wählern kontinuierlich an bis zur höchsten Wahlbeteiligung bei den 50- bis 59jährigen (1987 und 1990 sogar bei den 60- bis 69jährigen) Wählern.
- Anhand der **fett** gedruckten Prozentzahlen, die den jeweils höchsten Wert einer jeden Rubrik angeben, ist erkennbar, daß die stärkste Wahlbeteiligung bei den Männern bei den 50- bis 59jährigen und/oder 60- bis 69jährigen anzutreffen ist, während die stärkste Wahlbeteiligung bei den Frauen durchweg eine Altersgruppe darunter liegt (außer im Wahljahr 1965 und 1990). Von den weiblichen und männlichen Wählern zusammen sind von 1953 bis 1983 die 50- bis 59jährigen am häufigsten zur Urne gegangen, 1987 und 1990 die 60- bis 69jährigen.

Wahlbeteiligung und Wahlergebnis

Eine besondere Betrachtungsweise des Wahlergebnisses besteht darin, den Stimmenanteil nicht in Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen, sondern in Prozent aller Wahlberechtigten zu sehen. Die Nichtwähler und die ungültigen Stimmen wirken dabei wie eine Partei für sich. Zwar haben die so gewonnenen Prozentzahlen mit den amtlichen Wahlergebnissen*) nichts zu tun, sie können aber

*) Vgl. Abschnitte 1.10 bis 1.12.

ein genaueres Bild über den tatsächlichen Stimmenanteil einer Partei vermitteln, weil hierbei auch die Schwankungen in der Wahlbeteiligung berücksichtigt werden.

Stimmenanteil in % aller Wahlberechtigten:

Wahljahr	CDU/CSU in %	SPD in %	FDP in %	Sonstige in %	Nichtwähler und ungültige Stimmen in %
1949	23,6	22,2	9,1	21,2	24,0
1953	37,6	24,0	7,9	13,7	16,8
1957	42,4	26,8	6,5	8,7	15,5
1961	38,2	30,5	10,8	4,8	15,7
1965	40,3	33,3	8,0	3,1	15,3
1969	39,3	36,4	4,9	4,6	14,8
1972	40,5	41,4	7,6	0,9	9,6
1976	43,7	38,3	7,1	0,8	10,1
1980	39,1	37,7	9,3	1,8	12,2
1983	43,1	33,7	6,1	5,4	11,7
1987	37,0	30,9	7,6	8,0	16,5
1990	33,7	25,7	8,5	9,0	23,1
1994	32,3	28,4	5,4	11,6	22,3

Zum Vergleich die amtliche Wahlstatistik: Stimmenanteil in % der gültigen Stimmen

Wahljahr	CDU/CSU in %	SPD in %	FDP in %	Sonstige in %	Nichtwähler und ungültige Stimmen
1949	31,0	29,2	11,9	27,9	werden hierbei nicht berück- sichtigt
1953	45,2	28,8	9,5	16,7	
1957	50,2	31,8	7,7	10,3	
1961	45,3	36,2	12,8	5,7	
1965	47,6	39,3	9,5	3,6	
1969	46,1	42,7	5,8	5,4	
1972	44,9	45,8	8,4	0,9	
1976	48,6	42,6	7,9	0,9	
1980	44,5	42,9	10,6	2,1	
1983	48,8	38,2	7,0	6,0	
1987	44,3	37,0	9,1	9,6	
1990	43,8	33,5	11,0	11,7	
1994	41,5	36,4	6,9	15,2	

Dabei geht aus der voranstehenden Tabelle*) u. a. hervor, daß

- die CDU/CSU ihren höchsten Zweitstimmenanteil nicht 1957, sondern erst 1976 hatte,
- bei der SPD der Zweitstimmenanteil 1980 gegenüber 1976 niedriger und nicht höher war und schon zwischen 1949 (statt 1953) und 1972 ein kontinuierliches Ansteigen der Stimmen zu registrieren ist,
- daß der Zweitstimmenanteil der FDP 1969 unter der Fünfprozentmarke lag.

1.11 Wahlergebnisse auf Bundesebene*)

Dieser Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

- Wahlergebnisse im Überblick,
- Gesamtübersicht der Wahlergebnisse 1949–1994,
- Einzelergebnisse der Wahlen zum 1. bis 13. Bundestag,
- Graphik der Wahlergebnisse seit 1949.

■ Die Wahlergebnisse auf Bundesebene bei der Wahl zum 14. Bundestag (1998) enthält der NACHTRAG unter 1.11.

Die wesentlichen Wahlergebnisse im Überblick

Wahljahr	Wesentliche Ergebnisse
1949	Aufgrund des Wahlergebnisses Einzug von acht Fraktionen in den 1. Bundestag, wobei die CDU/CSU mit 31,0% Stimmenanteil die stärkste und die SPD mit 29,2% die zweitstärkste Fraktion bilden.
1953	Gegenüber 1949 starker Stimmengewinn bei der CDU/CSU (von 31,0% auf 45,2%), die damit stärkste Fraktion bleibt und die absolute Mehrheit an Mandaten erringt; Stimmenverluste bei der SPD (von 29,2% auf 28,8%), bei der FDP (von 11,9% auf 9,5%) und bei der DP (von 4,0% auf 3,2%); Stimmenverluste außerdem bei der KPD (von 5,7% auf 2,2%) und bei der BP (von 4,2% auf 1,7%), die damit an der Sperrklausel scheitern, und beim Zentrum (von 3,1% auf 0,8%), das nur aufgrund eines Wahlabkommens mit der CDU noch im 2. Bundestag vertreten ist; Wahl des GB/BHE in den Bundestag.
1957	Gegenüber 1953 erneuter Stimmengewinn bei der CDU/CSU (von 45,2% auf 50,2%), die damit nicht nur stärkste Fraktion bleibt, sondern auch die absolute Mehrheit der Stimmen erhält; außerdem Stimmengewinne bei der SPD (von 28,8% auf 31,8%) und in geringerem Maße bei der DP (von 3,3% auf 3,4%), der dennoch der Einzug in den 3. Bundestag nur aufgrund eines Wahlabkommens mit der CDU möglich ist; Stimmenverluste bei der FDP (von 9,5% auf 7,7%), ferner beim BHE (von 5,9% auf 4,6%), der damit an der 5%-Klausel scheitert.

*) Quelle bis 1976: *Manfred Berger, Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth und Wolfgang Schulte*, Bundestagswahl 1976: Politik und Sozialstruktur. Oder: Wider die falsche Einheit der Wahlforschung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 198. Quelle ab 1980: *Datenhandbuch*-Redaktion.

**) Quelle: Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes; Einzelheiten siehe Übersicht auf Seite 164–165. Daneben wird anstelle vieler hingewiesen auf *Gerhard A. Ritter und Merith Niehuss*, Wahlen in Deutschland 1946–1991. München 1991 sowie dies., Wahlen in Deutschland 1990–1994. München 1995.

Wahljahr	Wesentliche Ergebnisse
1961	Gegenüber 1957 starker Stimmengewinn bei der FDP (von 7,7% auf 12,8%) und erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 31,8% auf 36,2%); Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 50,2% auf 45,3%), die damit zwar stärkste Fraktion bleibt, aber die absolute Mehrheit verliert, sowie Stimmenverlust bei der GDP (einer Fusion von DP und BHE), die mit 2,8% an der 5%-Klausel scheitert.
1965	Gegenüber 1961 Stimmengewinn bei der CDU/CSU (von 45,3% auf 47,6%), die damit stärkste Fraktion bleibt, und erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 36,2% auf 39,3%); starker Stimmenverlust bei der FDP (von 12,8% auf 9,5%).
1969	Gegenüber 1965 erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 39,3% auf 42,7%); weiterer starker Stimmenverlust bei der FDP (von 9,5% auf 5,8%) und leichter Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 47,6% auf 46,1%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt.
1972	Gegenüber 1969 erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 42,7% auf 45,8%), die damit erstmals stärkste Fraktion wird, und Stimmengewinn bei der FDP (von 5,8% auf 8,4%); Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 46,1% auf 44,9%).
1976	Gegenüber 1972 Stimmengewinn bei der CDU/CSU (von 44,9% auf 48,6%), die damit nach Unterbrechung wieder stärkste Fraktion wird; Stimmenverluste sowohl bei der SPD (von 45,8% auf 42,6%) als auch bei der FDP (von 8,4% auf 7,9%).
1980	Gegenüber 1976 starker Stimmengewinn bei der FDP (von 7,9% auf 10,6%) und geringer Stimmengewinn bei der SPD (von 42,6% auf 42,9%); Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 48,6% auf 44,5%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt.
1983	Gegenüber 1980 Stimmegewinne bei der CDU/CSU (von 44,5% auf 48,8%), die damit stärkste Fraktion bleibt, und bei den Grünen (von 1,5% auf 5,6%), die damit als vierte Fraktion erstmals in den Bundestag einziehen; starke Stimmenverluste sowohl bei der SPD (von 42,9% auf 38,2%) als auch bei der FDP (von 10,6% auf 7,0%).
1987	Gegenüber 1983 starke Stimmegewinne bei den Grünen (von 5,6% auf 8,3%) und bei der FDP (von 7,0% auf 9,1%); Stimmenverluste bei der CDU/CSU (von 48,8% auf 44,3%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt, und bei der SPD (von 38,2% auf 37,0%).
1990	Erste gesamtdeutsche Wahl; aufgrund des Wahlergebnisses Einzug von sechs Parteien bzw. Listenvereinigungen in den 12. Bundestag: CDU, CSU, SPD, FDP, PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Grüne. Gegenüber 1987 (im damaligen Bundesgebiet ohne Berlin) starke Stimmegewinne bei der FDP (von 9,1% auf 11,0%), Stimmenverluste bei der CDU/CSU (von 44,3% auf 43,8%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt, bei der SPD (von 37,0% auf 33,5%) und bei den Grünen (von 8,3% auf 4,4%), die damit die Sperrklausel nicht überwinden.
1994	Gegenüber 1990 Stimmegewinne bei der SPD (von 33,5% auf 36,4%) und bei der PDS (von 2,4% auf 4,4%), die aufgrund von vier Direktmandaten die 5%-Klausel umgehen konnte, Stimmenverluste bei der CDU/CSU (von 43,8% auf 41,5%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt, und bei der FDP (von 11,0% auf 6,9%); Wiedereinzug der Grünen nach Vereinigung mit dem Bündnis 90 zur Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (mit 7,3%).

Gesamtübersicht der

Parteiename/Abkürzung	1949	1953	1957	1961	1965
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	25,2	36,4	39,7	35,8	38,0
Christlich-Soziale Union (CSU)	5,8	8,8	10,5	9,6	9,6
<i>CDU und CSU zusammen</i>	<i>31,0</i>	<i>45,2</i>	<i>50,2</i>	<i>45,3</i>	<i>47,6</i>
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3
Freie Demokratische Partei (FDP)	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5
Deutsche Partei (DP)	4,0	3,3	–	–	–
Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV)	2,9	–	–	–	–
Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertreibenen und Entrechteten (GB/BHE)	–	5,9	4,6	–	–
Dachverband der Nationalen Sammlung (DNS)	–	0,3	–	–	–
Deutsche Partei/Freie Volkspartei (DP/FVP)	–	–	3,4	–	–
Union Deutscher Mittelstandsparteien (UDM)	–	–	0,1	–	–
Deutsche Gemeinschaft (DG)	–	–	0,1	0,1	–
Gesamtdeutsche Partei (GDP)	–	–	–	2,8	–
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)	–	–	–	–	0,2
Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP)	–	–	–	–	0,0
Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP)	–	–	–	–	–
5%-Block-Partei	–	–	–	–	–
Europäische Arbeiterpartei (EAP)	–	–	–	–	–
Unabhängige Soziale Demokraten (USD)	–	–	–	–	–
Patrioten für Deutschland (PATRIOTEN)	–	–	–	–	–
Deutsche Soziale Union (DSU)	–	–	–	–	–
Bürgerrechtsbewegung Solidarität	–	–	–	–	–
Die Grünen (GRÜNE)	–	–	–	–	–
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	–	–	–	–	–
Bündnis 90/Grüne	–	–	–	–	–
Die Grauen (GRAUE)	–	–	–	–	–
Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)	–	–	–	–	–

Wahlergebnisse 1949–1994

1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	Abk.
36,6	35,2	38,0	34,2	38,2	34,5	36,7	34,2	CDU
9,5	9,7	10,6	10,3	10,6	9,8	7,1	7,3	CSU
46,1	44,9	48,6	44,5	48,8	44,3	43,8	41,5	CDU/CSU
42,7	45,8	42,6	42,9	38,2	37,0	33,5	36,4	SPD
5,8	8,4	7,9	10,6	7,0	9,1	11,0	6,9	FDP
–	–	–	–	–	–	–	–	DP
–	–	–	–	–	–	–	–	WAV
–	–	–	–	–	–	–	–	GB/BHE
–	–	–	–	–	–	–	–	DNS
–	–	–	–	–	–	–	–	DP/FVP
–	–	–	–	–	–	–	–	UDM
–	–	–	–	–	–	–	–	DG
0,1	–	–	–	–	–	–	–	GDP
–	–	0,1	–	–	–	–	–	AUD
0,0	–	0,0	–	–	–	–	–	UAP
–	–	0,0	–	–	–	–	–	AVP
–	–	0,0	–	–	–	–	–	5%
–	0,0	0,0	0,0	–	–	–	–	EAP
–	–	–	–	0,0	–	–	–	USD
–	–	–	–	–	0,1	0,0	–	PATRIOTEN
–	–	–	–	–	–	0,2	–	DSU
–	–	–	–	–	–	–	0,0	Solidarität
–	–	–	1,5	5,6	8,3	3,8	–	GRÜNE
–	–	–	–	0,0	0,3	0,4	0,4	ÖDP
–	–	–	–	–	–	1,2	–	B90/Gr
–	–	–	–	–	–	0,8	0,5	GRAUE
–	–	–	–	–	–	–	7,3	GRÜNE

Parteiame/Abkürzung	1949	1953	1957	1961	1965
Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)	–	1,2	–	–	–
Bund der Deutschen (BdD)	–	–	0,2	–	–
Deutsche Friedens-Union (DFU)	–	–	–	1,9	1,3
Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)	–	–	–	–	–
Vereinigte Linke (VL)	–	–	–	–	–
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	5,7	2,2	–	–	–
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	–	–	–	–	–
Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)	–	–	–	–	–
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [Maoisten]	–	–	–	–	–
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	–	–	–	–	–
VOLKSFRONT (V)	–	–	–	–	–
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	–	–	–	–	–
Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)	–	–	–	–	–
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	–	–	–	–	–
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	–	–	–	–	–
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	–	–	–	–	–
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [neu]	–	–	–	–	–
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)	–	–	–	–	–
Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP–DRP)	1,8	–	–	–	–
Europäische Volksbewegung Deutschlands (EVD)	0,1	–	–	–	–
Deutsche Reichspartei (DRP)	–	1,1	1,0	0,8	–
Vaterländische Union (VU)	–	–	0,0	–	–
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	–	–	–	–	2,0
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	–	–	–	–	–
Die Republikaner (REP)	–	–	–	–	–
Bund der Deutschen Demokraten (DDD)	–	–	–	–	–

1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	Abk.
-	-	-	-	-	-	-	-	GVP
-	-	-	-	-	-	-	-	BdD
-	-	-	-	-	-	-	-	DFU
0,6	-	-	-	-	-	-	-	ADF
-	-	0,0	-	-	-	-	-	VL
-	-	-	-	-	-	-	-	KPD
-	0,3	0,3	0,2	0,2	-	-	-	DKP
-	-	0,0	-	-	-	-	-	GIM
-	-	0,1	-	-	-	-	-	KPD [Mao.]
-	-	0,1	0,0	-	-	-	-	KBW
-	-	-	0,0	-	-	-	-	V
-	-	-	-	0,0	-	-	-	BWK
-	-	-	-	0,0	-	-	-	KPD/ML
-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	MLPD
-	-	-	-	-	-	2,4	4,4	PDS
-	-	-	-	-	-	0,0	0,0	BSA
-	-	-	-	-	-	0,0	-	KPD [neu]
-	-	-	-	-	-	0,0	-	SpAD
-	-	-	-	-	-	-	-	DKP-DRP
-	-	-	-	-	-	-	-	EVD
-	-	-	-	-	-	-	-	DRP
-	-	-	-	-	-	-	-	VU
4,3	0,6	0,3	0,2	0,2	0,6	0,3	-	NPD
-	-	-	-	-	0,0	-	-	FAP
-	-	-	-	-	-	2,1	1,9	REP
-	-	-	-	-	-	0,0	-	DDD

Parteiame/Abkürzung	1949	1953	1957	1961	1965
Bayernpartei (BP)	4,2	1,7	–	–	–
Deutsche Zentrums-Partei (Zentrum)	3,1	0,8	–	–	–
Südschleswigscher Wählerverband (SSW)	0,3	0,2	0,1	0,1	–
Rheinisch-Westfälische Volkspartei (RWVP)	0,1	–	–	–	–
Föderalistische Union (FU)	–	–	0,9	–	–
Christliche Volkspartei (CVP)	–	–	–	–	0,1
Europäische Föderalistische Partei (EFP) / Europa Partei (EP)	–	–	–	–	0,0
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.)	–	–	–	–	–
Radikalsoziale Freiheitspartei (RSF)	0,9	–	–	–	–
Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU)	–	–	–	–	0,0
Bürgerpartei	–	–	–	–	–
Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)	–	–	–	–	–
Frauenpartei (FRAUEN)	–	–	–	–	–
Die Mündigen Bürger	–	–	–	–	–
Christliche Liga (LIGA)	–	–	–	–	–
Christliche Mitte (CM)	–	–	–	–	–
Deutsche Solidarität (ÖKO-UNION)	–	–	–	–	–
Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie (VAA)	–	–	–	–	–
Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands (APD)	–	–	–	–	–
Naturgesetz Partei – Aufbruch zu neuem Bewußtsein (NATURGESETZ)	–	–	–	–	–
STATT Partei Die Unabhängigen	–	–	–	–	–
Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)	–	–	–	–	–
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	–	–	–	–	–
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	–	–	–	–	–

1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	Abk.
0,2	–	–	–	–	0,1	0,1	0,1	BP
0,0	–	–	–	–	0,1	–	0,0	Zentrum
–	–	–	–	–	–	–	–	SSW
–	–	–	–	–	–	–	–	RWVP
–	–	–	–	–	–	–	–	FU
–	–	–	–	–	–	–	–	CVP
0,2	0,1	–	–	–	–	–	–	EFF/EP
–	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–	–	C.B.V.
–	–	–	–	–	–	–	–	RSF
0,0	0,0	–	–	–	–	–	–	FSU
–	–	–	0,0	–	–	–	–	BP
–	–	–	–	–	0,0	–	–	ASD
–	–	–	–	–	0,2	0,0	–	FRAUEN
–	–	–	–	–	0,1	0,0	–	Mündige
–	–	–	–	–	–	0,1	0,0	LIGA
–	–	–	–	–	–	0,1	0,0	CM
–	–	–	–	–	–	0,0	–	ÖKO- UNION
–	–	–	–	–	–	0,0	–	VAA
–	–	–	–	–	–	–	0,0	APD
–	–	–	–	–	–	–	0,2	NATURG.
–	–	–	–	–	–	–	0,1	STATT P.
–	–	–	–	–	–	–	0,2	TIER- SCHUTZ
–	–	–	–	–	–	–	0,1	PBC
–	–	–	–	–	–	–	0,0	PASS

Die Ergebnisse in den einzelnen Wahljahren

Die folgenden Tabellen enthalten für jede einzelne Bundestagswahl zwischen 1949 und 1994 Anzahl und prozentualen Anteil der gültigen Stimmen (ab 1953: Erst- und Zweitstimmen) für jede aufgetretene Partei und Wählergruppe, außerdem die Zahl der Mandate (zuzüglich Berliner Abgeordnete). Die Parteien sind in der Reihenfolge ihrer Stärke, d. h. Anzahl ihrer gültigen (Zweit-)Stimmen aufgeführt.

Wahl zum 1. Bundestag (1949)

Partei	Stimmen		Zahl der Mandate (+ Berliner Abgeordnete)
	Anzahl	in %	
CDU/CSU	7 359 084	31,0	139 (+2)
SPD	6 934 975	29,2	131 (+5)
FDP, DVP	2 829 920	11,9	52 (+1)
KPD	1 361 706	5,7	15
BP	986 478	4,2	17
DP	939 934	4,0	17
ZP	727 505	3,1	10
WAV	681 888	2,9	12
DKP, DRP	429 031	1,8	5
RSF	216 749	0,9	–
SSW	75 388	0,3	1
EVD	26 162	0,1	–
RWVP	21 931	0,1	–
Parteilose und Kreiswahlvorschläge	1 141 647	4,8	3

Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

Im einzelnen wurden für die Wahlergebnisse folgende Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes ausgewertet:

Für 1949: Die Bundestagswahl am 14. August 1949. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Band 10. Stuttgart, Köln 1952.

Für 1953: Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953. Hefte 1 und 2. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Band 100. Stuttgart, Köln 1954 und 1955.

Für 1957: Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957. Hefte 1 bis 4. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Band 200. Stuttgart 1957–1959.

Für 1961: Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 4. Stuttgart, Mainz 1962–1964.

Fortsetzung siehe rechte Seite

Wahl zum 2. Bundestag (1953)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	12 027 945	43,7	12 443 981	45,2	243 (+ 6)
SPD	8 131 257	29,5	7 944 943	28,8	151 (+11)
FDP/DVP	2 967 566	10,8	2 629 163	9,5	48 (+ 5)
GB/BHE	1 613 215	5,9	1 616 953	5,9	27
DP	1 073 031	3,9	896 128	3,3	15
KPD	611 317	2,2	607 860	2,2	–
BP	399 070	1,5	465 641	1,7	–
GVP	286 465	1,0	318 475	1,2	–
DRP	204 725	0,7	295 739	1,1	–
Zentrum	55 835	0,2	217 078	0,8	3 ¹⁾
DNS	78 356	0,3	70 726	0,3	–
SSW	44 339	0,2	44 585	0,2	–
SHLP	6 269	0,0	–	–	–
VU	2 531	0,0	–	–	–
PdgD	654	0,0	–	–	–
unabhängige Wählergruppen	17 185	0,1	–	–	–

1) darunter ein Mitglied der CDU, das über die Landesliste der Deutschen Zentrumspartei gewählt worden ist

Fortsetzung von linker Seite

Für 1965: Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 9. Stuttgart, Mainz 1964–1967.

Für 1969: Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 8. Stuttgart, Mainz 1969–1971.

Für 1972: Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 9. Stuttgart, Mainz 1972–1975.

Für 1976: Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 6. Stuttgart, Mainz 1976; Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 7 bis 9. Stuttgart, Mainz 1977–1978.

Für 1980: Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 9 und Sonderheft. Stuttgart, Mainz 1980–1982.

Für 1983: Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 5. Stuttgart, Mainz 1983–1984.

Für 1987: Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 5. Stuttgart, Mainz 1987–1988.

Für 1990: Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Sonderheft und Hefte 1 bis 5. Stuttgart 1990–1991.

Für 1994: Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 3 und Heft 5. Stuttgart 1994–1995. (Heft 4 – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter – erscheint nicht wegen der Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1994 durch die Gesetzgebungsorgane.)

Wahl zum 3. Bundestag (1957)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	15 161 550	50,3	15 008 399	50,2	270 (+ 8)
SPD	9 651 669	32,0	9 495 571	31,8	169 (+12)
FDP	2 276 234	7,5	2 307 135	7,7	41 (+ 2)
GB/BHE	1 324 636	4,4	1 374 066	4,6	–
DP	1 062 293	3,5	1 007 282	3,4	17
DRP	290 622	1,0	308 564	1,0	–
FU	295 533	1,0	254 322	0,9	–
BdD	37 329	0,1	58 725	0,2	–
VU	2 250	0,0	5 020	0,0	–
Mittelstand	3 024	0,0	36 592	0,1	–
SSW	33 463	0,1	32 262	0,1	–
DG	16 410	0,1	17 490	0,1	–
PdgD	356	0,0	–	–	–
Wählergruppen	845	0,0	–	–	–

Wahl zum 4. Bundestag (1961)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	14 727 737	46,0	14 298 372	45,3	242 (+ 9)
SPD	11 672 057	36,5	11 427 355	36,2	190 (+13)
FDP	3 866 269	12,1	4 028 766	12,8	67
GDP	859 290	2,7	870 756	2,8	–
DFU	587 488	1,8	609 918	1,9	–
DRP	242 649	0,8	262 977	0,8	–
DG	21 083	0,1	27 308	0,1	–
SSW	24 951	0,1	25 449	0,1	–
Wählergruppen	2 942	0,0	–	–	–

Hinweis

Abschnitt 5.11 enthält eine Liste der Parteien, die nicht durch Wahl, sondern hauptsächlich durch den Parteiwechsel einzelner Abgeordneter während der Wahlperiode im Bundestag vertreten waren.

Wahl zum 5. Bundestag (1965)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	15 835 967	48,8	15 524 068	47,6	245 (+ 6)
SPD	12 998 474	40,1	12 813 186	39,3	202 (+15)
FDP	2 562 294	7,9	3 096 739	9,5	49 (+ 1)
NPD	587 216	1,8	664 193	2,0	–
DFU	386 900	1,2	434 182	1,3	–
AUD	46 146	0,1	52 637	0,2	–
CVP	11 978	0,0	19 832	0,1	–
FSU	6 287	0,0	10 631	0,0	–
UAP	1 127	0,0	3 959	0,0	–
EFP	–	–	1 015	0,0	–
Unabhängige	660	0,0	–	–	–

Wahl zum 6. Bundestag (1969)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	15 231 324	46,6	15 195 187	46,1	242 (+ 8)
SPD	14 402 374	44,0	14 065 716	42,7	224 (+13)
FDP	1 554 651	4,8	1 903 422	5,8	30 (+ 1)
NPD	1 189 375	3,6	1 422 010	4,3	–
ADF	209 180	0,6	197 331	0,6	–
BP	54 940	0,2	49 694	0,2	–
EP	20 927	0,1	49 650	0,2	–
GDP	–	–	45 401	0,1	–
FSU	10 192	0,0	16 371	0,0	–
Zentrum	–	–	15 933	0,0	–
UAP	1 531	0,0	5 309	0,0	–
DV	461	0,0	–	–	–
Unabhängige	38 561	0,1	–	–	–

Hinweis

Zur Liste der zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählergruppen vgl. Abschnitt 1.5.

Wahl zum 7. Bundestag (1972)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
SPD	18 228 239	48,9	17 175 169	45,8	230 (+12)
CDU/CSU	16 925 438	45,4	16 806 020	44,9	225 (+ 9)
FDP	1 790 513	4,8	3 129 982	8,4	41 (+ 1)
NPD	194 389	0,5	207 465	0,6	–
DKP	146 258	0,4	113 891	0,3	–
EFP	7 581	0,0	24 057	0,1	–
FSU	1 864	0,0	3 166	0,0	–
Unabhängige	9 497	0,0	–	–	–

Wahl zum 8. Bundestag (1976)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	18 431 671	48,9	18 394 801	48,6	243 (+11)
SPD	16 471 321	43,7	16 099 019	42,6	214 (+10)
FDP	2 417 683	6,4	2 995 085	7,9	39 (+ 1)
NPD	136 028	0,4	122 661	0,3	–
DKP	170 855	0,5	118 581	0,3	–
KPD	8 822	0,0	22 714	0,1	–
AUD	19 490	0,1	22 202	0,1	–
KBW	21 414	0,1	20 018	0,1	–
EAP	3 177	0,0	6 811	0,0	–
CBV	4 876	0,0	6 720	0,0	–
GIM	2 037	0,0	4 759	0,0	–
AVP	2 636	0,0	4 723	0,0	–
5%-Block	985	0,0	2 940	0,0	–
UAP	499	0,0	765	0,0	–
VL	217	0,0	701	0,0	–
RFP	227	0,0	–	–	–
Wählergruppen	3 706	0,0	–	–	–

Wahl zum 9. Bundestag (1980)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	17 408 572	46,0	16 897 659	44,5	226 (+11)
SPD	16 808 861	44,5	16 260 677	42,9	218 (+10)
F.D.P.	2 720 480	7,2	4 030 999	10,6	53 (+ 1)
GRÜNE	732 619	1,9	569 589	1,5	–
DKP	107 158	0,3	71 600	0,2	–
NPD	–	–	68 096	0,2	–
BÜRGERP	507	0,0	11 256	0,0	–
V	7 160	0,0	9 319	0,0	–
KBW	12 008	0,0	8 174	0,0	–
EAP	4 992	0,0	7 666	0,0	–
CBV	–	–	3 946	0,0	–
DU	421	0,0	–	–	–
UAP	159	0,0	–	–	–
DFP	96	0,0	–	–	–
Einzelbewerber und Wählergruppen	3 498	0,0	–	–	–

Wahl zum 10. Bundestag (1983)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	20 262 260	52,1	18 998 545	48,8	244 (+11)
SPD	15 686 033	40,4	14 865 807	38,2	193 (+ 9)
F.D.P.	1 087 918	2,8	2 706 942	7,0	34 (+ 1)
GRÜNE	1 609 855	4,1	2 167 431	5,6	27 (+ 1) ¹⁾
NPD	57 112	0,1	91 095	0,2	–
DKP	96 143	0,2	64 986	0,2	–
EAP	7 491	0,0	14 966	0,0	–
ÖDP	3 341	0,0	11 028	0,0	–
C.B.V.	2 068	0,0	10 994	0,0	–
KPD	–	–	3 431	0,0	–
USD	450	0,0	3 333	0,0	–
BWK	686	0,0	2 129	0,0	–
Unabhängige	31 996	0,1	–	–	–

1) Alternative Liste Berlin

Wahl zum 11. Bundestag (1987)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl d. Mandate (+ Berliner Abg.)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	18 027 771	47,7	16 761 572	44,3	223 (+11)
SPD	14 787 953	39,2	14 025 763	37,0	186 (+ 7)
F.D.P.	1 760 496	4,7	3 440 911	9,1	46 (+ 2)
GRÜNE	2 649 459	7,0	3 126 256	8,3	42 (+ 2)
NPD	182 880	0,5	227 054	0,6	–
ÖDP	40 765	0,1	109 152	0,3	–
FRAUEN	–	–	62 904	0,2	–
BP	8 024	0,0	26 367	0,1	–
MÜNDIGE	611	0,0	24 630	0,1	–
PATRIOTEN	27 352	0,1	22 732	0,1	–
ZENTRUM	4 020	0,0	19 035	0,1	–
MLPD	596	0,0	13 422	0,0	–
C.B.V.	741	0,0	5 282	0,0	–
ASD	3 151	0,0	1 834	0,0	–
FAP	349	0,0	405	0,0	–
HP	788	0,0	–	–	–
SOLIDARITÄT	754	0,0	–	–	–
UAP	352	0,0	–	–	–
FAMILIE	130	0,0	–	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	246 511	0,7	–	–	–

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Wahl zum 12. Bundestag (1990)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	21 131 478	45,7	20 358 096	43,8	319
SPD	16 279 980	35,2	15 545 366	33,5	239
F.D.P.	3 595 135	7,8	5 123 233	11,0	79
GRÜNE	2 037 885	4,4	1 788 200	3,8	–
PDS	1 049 245	2,3	1 129 578	2,4	17
REP	767 652	1,7	987 269	2,1	–
B 90/Gr	552 027	1,2	559 207	1,2	8
DIE GRAUEN	218 412	0,5	385 910	0,8	–
ÖDP	243 469	0,5	205 206	0,4	–
NPD	190 105	0,4	145 776	0,3	–
DSU	131 747	0,3	89 008	0,2	–
LIGA	8 667	0,0	39 640	0,1	–
CM	9 824	0,0	36 446	0,1	–
BP	10 836	0,0	31 315	0,1	–
FRAUEN	1 433	0,0	12 077	0,0	–
Patrioten	746	0,0	4 687	0,0	–
ÖKO-UNION	1 106	0,0	4 661	0,0	–
VAA	704	0,0	4 530	0,0	–
KPD	–	–	1 630	0,0	–
SpAD	124	0,0	1 610	0,0	–
DDD	474	0,0	1 009	0,0	–
BSA	214	0,0	826	0,0	–
Mündige	72	0,0	492	0,0	–
EFP	266	0,0	–	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	43 324	0,1	–	–	–

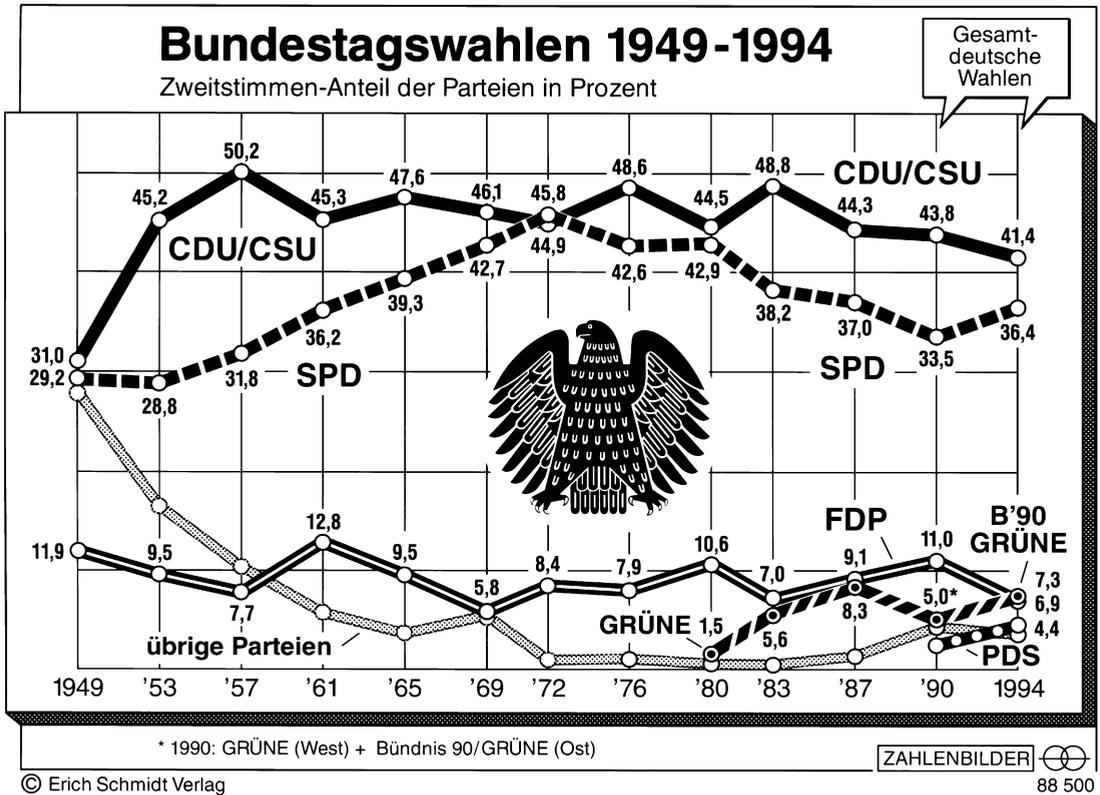
Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	21 130 952	45,0	19 517 156	41,5	294
SPD	17 966 813	38,3	17 140 354	36,4	252
GRÜNE	3 037 902	6,5	3 424 315	7,3	49
F.D.P.	1 558 185	3,3	3 258 407	6,9	47
PDS	1 920 420	4,1	2 066 176	4,4	30
REP	787 757	1,7	875 239	1,9	–
GRAUE	178 450	0,4	238 642	0,5	–
ÖDP	200 138	0,4	183 715	0,4	–
NATURGESETZ	59 087	0,1	73 193	0,2	–
Tierschutz	–	–	71 643	0,2	–
PBC	26 864	0,1	65 651	0,1	–
STATT Partei	7 927	0,0	63 354	0,1	–
BP	3 324	0,0	42 491	0,1	–
APD	1 654	0,0	21 533	0,0	–
CM	3 559	0,0	19 887	0,0	–
PASS	489	0,0	15 040	0,0	–
MLPD	4 932	0,0	10 038	0,0	–
Solidarität	8 032	0,0	8 103	0,0	–
LIGA	3 788	0,0	5 195	0,0	–
ZENTRUM	1 489	0,0	3 757	0,0	–
BSA	–	–	1 285	0,0	–
FBU	8 193	0,0	–	–	–
DSU	2 395	0,0	–	–	–
DKP	693	0,0	–	–	–
DVP	606	0,0	–	–	–
FSU	467	0,0	–	–	–
KPD	426	0,0	–	–	–
UAP	302	0,0	–	–	–
LD	221	0,0	–	–	–
BGD	107	0,0	–	–	–
DEMOKRATEN	104	0,0	–	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	34 080	0,1	–	–	–



1.12 Wahlergebnisse alphabetisch nach Parteien

Die folgende Tabelle*) enthält – alphabetisch nach Parteinamen und nach den Wahljahren geordnet – von allen Parteien und Wählergemeinschaften, die bei den Bundestagswahlen seit 1949 mit Landeslisten aufgetreten sind,

- die Zahl der gültigen Stimmen (ab 1953 der Zweitstimmen),
- den Stimmenanteil in Prozent der gültigen Stimmen bzw. Zweitstimmen,
- Hinweise, falls nicht in allen Bundesländern aufgetreten.

*) Quelle: Statistisches Bundesamt; Quellennachweis im einzelnen siehe Übersicht auf Seite 164–165.

Hinweis

Welche Parteien aus der Bundesrepublik Deutschland sich seit 1979 an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament beteiligt haben, ist im vorliegenden *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 2.4.4 zu ersehen.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Partei	Wahljahr	Gültige Stimmen (ab 1953: Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten nur in den Bundesländern ¹⁾
Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)	1969	197 331	0,6	–
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)	1965 1976	52 637 22 202	0,2 0,1	– SWH, HAM, NRW, HES, BWÜ, BAY, SAA
Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP)	1976	4 723	0,0	SWH, BRE, NRW, HES, BAY, SAA
Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)	1987	1 834	0,0	BRE
Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands (APD)	1994	21 533	0,0	BWÜ
Bayernpartei (BP)	1949 1953 1969 1987 1990 1994	986 478 465 641 49 694 26 367 31 315 42 491	4,2 1,7 0,2 0,1 0,1 0,1	BAY BAY BAY BAY BAY BAY
Bündnis 90/Grüne (B90/Gr)	1990	559 207	1,2	BLN, MBV, BRA, SAN, THÜ, SAC
Bündnis 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	1994	3 424 315	7,3	–
Bürgerpartei	1980	11 256	0,0	BRE, NRW, BAY
Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit (BdD)	1957	58 725	0,2	–
Bund der Deutschen Demokraten (DDD)	1990	1 009	0,0	BLN
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	1990 1994	826 1 285	0,0 0,0	BLN, SAC NRW, BLN

1) Strich bedeutet: aufgetreten in allen Bundesländern, 1949 und 1953 noch ohne Saarland und 1949 bis 1987 ohne Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

Abkürzungen:

SWH = Schleswig-Holstein
HAM = Hamburg
NDS = Niedersachsen
BRE = Bremen
NRW = Nordrhein-Westfalen
RPF = Rheinland-Pfalz
HES = Hessen
BWÜ = Baden-Württemberg

BAY = Bayern
SAA = Saarland
BLN = Berlin
MBV = Mecklenburg-Vorpommern
BRA = Brandenburg
SAN = Sachsen-Anhalt
THÜ = Thüringen
SAC = Sachsen

Partei	Wahljahr	Gültige Stimmen (ab 1953: Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten nur in den Bundesländern ¹⁾
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	1983	2 129	0,0	NDS, BWÜ, BAY
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	1949	5 978 636	25,2	} in allen außer BAY
	1953	10 016 594	36,4	
	1957	11 875 339	39,7	
	1961	11 283 901	35,8	
	1965	12 387 562	38,0	
	1969	12 079 535	36,6	
	1972	13 190 837	35,2	
	1976	14 367 302	38,0	
	1980	12 989 200	34,2	
	1983	14 857 680	38,2	
	1987	13 045 745	34,5	
1990	17 055 116	36,7		
1994	16 089 960	34,2		
Christlich-Soziale Union (CSU)	1949	1 380 448	5,8	BAY
	1953	2 427 387	8,8	BAY
	1957	3 133 060	10,5	BAY, SAA
	1961	3 014 471	9,6	BAY
	1965	3 136 506	9,6	BAY
	1969	3 115 652	9,5	BAY
	1972	3 615 183	9,7	BAY
	1976	4 027 499	10,6	BAY
	1980	3 908 459	10,3	BAY
	1983	4 140 865	10,6	BAY
	1987	3 715 827	9,8	BAY
	1990	3 302 980	7,1	BAY
	1994	3 427 196	7,3	BAY
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.)	1976	6 720	0,0	BAY
	1980	3 946	0,0	BAY
	1983	10 994	0,0	BAY
	1987	5 282	0,0	BAY
CHRISTLICHE LIGA (LIGA)	1990	39 640	0,1	BWÜ, BAY, BRA, THÜ, SAC
	1994	5 195	0,0	BAY
CHRISTLICHE MITTE (CM)	1990	36 446	0,1	HAM, NDS, NRW, RPF, BWÜ, BAY, SAA
	1994	19 887	0,0	NRW, BWÜ, BAY
Christliche Volkspartei (CVP)	1965	19 832	0,1	NRW, SAA
Deutsche Friedens-Union (DFU)	1961	609 918	1,9	–
	1965	434 182	1,3	–

¹⁾ Fußnote und Abkürzungen siehe Seite 174

Partei	Wahl- jahr	Gültige Stimmen (ab 1953: Zweitstimmen)	in % der Stim- men	Aufgetreten nur in den Bundesländern ¹⁾
Deutsche Gemeinschaft (DG)	1957	17 490	0,1	NDS, RPF, BWÜ, BAY, SAA
	1961	27 308	0,1	SWH, NDS, NRW, RPF, BWÜ, BAY, SAA
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	1972	113 891	0,3	–
	1976	118 581	0,3	–
	1980	71 600	0,2	–
	1983	64 986	0,2	–
Deutsche Konservative Partei/ Deutsche Rechtspartei (DKP/DRP)	1949	429 031	1,8	SWH, HAM, NDS, NRW
Deutsche Partei (DP) (1957: Deutsche Partei/Freie Volkspartei)	1949	939 934	4,0	SWH, HAM, NDS, BRE
	1953	896 128	3,3	–
	1957	1 007 282	3,4	–
Deutsche Reichspartei (DRP)	1953	295 739	1,1	SWH, HAM, NDS, BRE, RPF, BAY
	1957	308 564	1,0	–
	1961	262 977	0,8	–
DEUTSCHE SOLIDARITÄT (ÖKO-UNION)	1990	4 661	0,0	NDS
	1994	8 103	0,0	
Deutsche Soziale Union (DSU)	1990	89 008	0,2	BLN, MBV, BRA, SAN, THÜ, SAC
Deutsche Zentrumspartei (Zentrum)	1949	727 505	3,1	SWH, NDS, NRW
	1953	217 078	0,8	NRW
	1969	15 933	0,0	NRW, SAA
	1987	19 035	0,1	NRW, BWÜ
	1994	3 757	0,0	NRW
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien – UDM) (Mittelstand)	1957	36 592	0,1	NDS, NRW, BAY
Europa Partei (Europäische Föderalistische Partei Deutschlands – EFP) (EP)	1965	1 015	0,0	BRE
	1969	49 650	0,2	in allen außer RPF
	1972	24 057	0,1	in allen außer RPF
Europäische Arbeiterpartei (EAP)	1976	6 811	0,0	} in allen außer SWH und } SAA
	1980	7 666	0,0	
	1983	14 966	0,0	–
Europäische Volksbewegung Deutschland (EVD)	1949	26 162	0,1	BWÜ
Föderalistische Union (Bayernpartei – Zentrum) (FU)	1957	254 322	0,9	NDS, NRW, BAY

¹⁾ Fußnote und Abkürzungen siehe Seite 174

Partei	Wahljahr	Gültige Stimmen (ab 1953: Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten nur in den Bundesländern ¹⁾
Frauenpartei (FRAUEN)	1987	62 904	0,2	in allen außer NDS, RPF und SAA NRW
	1990	12 077	0,0	
Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	1949	2 829 920	11,9	–
	1953	2 629 163	9,5	–
	1957	2 307 135	7,7	–
	1961	4 028 766	12,8	–
	1965	3 096 739	9,5	–
	1969	1 903 422	5,8	–
	1972	3 129 982	8,4	–
	1976	2 995 085	7,9	–
	1980	4 030 999	10,6	–
	1983	2 706 942	7,0	–
	1987	3 440 911	9,1	–
	1990	5 123 233	11,0	–
1994	3 258 407	6,9	–	
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	1987	405	0,0	BRE
Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU)	1965	10 631	0,0	HAM, NDS, NRW
	1969	16 371	0,0	HAM, NDS, BRE, NRW, BWÜ, BAY
	1972	3 166	0,0	HAM, NRW
5 %-BLOCK-Partei (5 %-BLOCK)	1976	2 940	0,0	BAY
Gesamtdeutsche Partei (GDP)	1961	870 756	2,8	–
Gesamtdeutsche Volkspartei	1953	318 475	1,2	–
Gesamtdeutscher Block (GB/BHE); Gesamtdeutscher Block/ Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE); Gesamtdeutsche Partei (DP – BHE)	1953	1 616 953	5,9	–
	1957	1 374 066	4,6	–
	1969	45 401	0,1	SWH, NDS, NRW, HES, BWÜ, BAY
DIE GRAUEN	1990	385 910	0,8	–
	1994	238 642	0,5	–
Die Grünen (GRÜNE) (ab 1994: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – siehe dort)	1980	569 589	1,5	–
	1983	2 167 431	5,6	–
	1987	3 126 256	8,3	–
	1990	1 788 200	3,8	in allen außer MBV, BRA, SAN, THÜ, SAC
Gruppe Internationale Marxisten (GIM)	1976	4 759	0,0	HAM, NRW, BWÜ

¹⁾ Fußnote und Abkürzungen siehe Seite 174

Partei	Wahljahr	Gültige Stimmen (ab 1953: Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten nur in den Bundesländern ¹⁾
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ²⁾	1949	1 361 706	5,7	–
	1953	607 860	2,2	–
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [neu]	1976	22 714	0,1	in allen außer SAA
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [neu]	1990	1 630	0,0	BLN, SAC
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten- Leninisten) (KPD)	1983	3 431	0,0	SWH, HAM, BRE, NRW
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	1976	20 018	0,1	in allen außer BAY und SAA
	1980	8 174	0,0	in allen außer SAA
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	1987	13 422	0,0	–
	1994	10 038	0,0	–
Mensch Umwelt Tierschutz	1994	71 643	0,2	NDS, NRW, BAY
Die Mündigen Bürger	1987	24 630	0,1	NDS, BRE, NRW, BWÜ, BAY
	1990	492	0,0	BRA
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	1965	664 193	2,0	–
	1969	1 422 010	4,3	–
	1972	207 465	0,6	–
	1976	122 661	0,3	–
	1980	68 096	0,2	–
	1983	91 095	0,2	–
	1987	227 054	0,6	–
	1990	145 776	0,3	–
Nationale Sammlung (DNS)	1953	70 726	0,3	BWÜ, BAY
Naturgesetz-Partei (NATURGESETZ)	1994	73 193	0,2	in allen außer SAN, THÜ und SAC

¹⁾ Strich bedeutet: aufgetreten in allen Bundesländern, 1949 und 1953 noch ohne Saarland und 1949 bis 1987 ohne Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

Abkürzungen:

SWH = Schleswig-Holstein
HAM = Hamburg
NDS = Niedersachsen
BRE = Bremen
NRW = Nordrhein-Westfalen
RPF = Rheinland-Pfalz
HES = Hessen
BWÜ = Baden-Württemberg

BAY = Bayern
SAA = Saarland
BLN = Berlin
MBV = Mecklenburg-Vorpommern
BRA = Brandenburg
SAN = Sachsen-Anhalt
THÜ = Thüringen
SAC = Sachsen

²⁾ durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 aufgelöst

Partei	Wahljahr	Gültige Stimmen (ab 1953: Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten nur in den Bundesländern ¹⁾
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	1983	11 028	0,0	BAY in allen außer SWH, HAM und BRE – –
	1987	109 152	0,3	
	1990	205 206	0,4	
	1994	183 715	0,4	
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	1994	65 651	0,2	NDS, NRW, HES, BWÜ, BAY, SAC
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	1994	15 040	0,0	BLN, SAN
Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL bzw. PDS)	1990	1 129 578	2,4	–
	1994	2 066 176	4,4	–
Patrioten für Deutschland – (PATRIOTEN); 1994: Bürgerrechtsbewegung Solidarität	1987	22 732	0,1	– NRW, BWÜ, BAY, BLN, THÜ, SAC NDS, NRW, HES, BWÜ, BAY, BLN, THÜ
	1990	4 687	0,0	
	1994	8 103	0,0	
Radikalsoziale Freiheitspartei (RSF)	1949	216 749	0,9	SWH, HAM, NDS, BRE, NRW, BWÜ
DIE REPUBLIKANER (REP)	1990	987 269	2,1	–
	1994	875 239	1,9	–
Rheinisch-westfälische Volkspartei (RWVP)	1949	21 931	0,1	NRW
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	1949	6 934 975	29,2	–
	1953	7 944 943	28,8	–
	1957	9 495 571	31,8	–
	1961	11 427 355	36,2	–
	1965	12 813 186	39,3	–
	1969	14 065 716	42,7	–
	1972	17 175 169	45,8	–
	1976	16 099 019	42,6	–
	1980	16 260 677	42,9	–
	1983	14 865 807	38,2	–
	1987	14 025 763	37,0	–
	1990	15 545 366	33,5	–
1994	17 140 354	36,4	–	
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)	1990	1 610	0,0	BLN, MBV, SAN, SAC
STATT Partei	1994	63 354	0,1	NRW, RPF, BWÜ, BAY, SAA, BLN, BRA, THÜ

¹⁾ Fußnote und Abkürzungen siehe linke Seite

Partei	Wahljahr	Gültige Stimmen (ab 1953: Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten nur in den Bundesländern ¹⁾
Südschleswigscher Wählerverband (SSW)	1949	75 388	0,3	SWH
	1953	44 585	0,2	SWH
	1957	32 262	0,1	SWH
	1961	25 449	0,1	SWH
Unabhängige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten) (UAP)	1965	3 959	0,0	NRW
	1969	5 309	0,0	NRW
	1976	765	0,0	NRW
Unabhängige Soziale Demokraten (USD)	1983	3 333	0,0	NRW
Vaterländische Union (VU)	1957	5 020	0,0	BAY
VEREINIGTE LINKE (VL)	1976	701	0,0	NRW
Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie (VAA)	1990	4 530	0,0	NRW, BLN, SAC
Volksfront (V)	1980	9 319	0,0	–
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV)	1949	681 888	2,9	BAY

¹⁾ Fußnote und Abkürzungen siehe Seite 178

1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern

Dieser Abschnitt enthält folgende Tabellen und Übersichten:

- Die Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern
- Zahl der Wahlkreise und Mandate jedes Bundeslandes
- Abweichungen der Stimmenanteile vom Bundesdurchschnitt
- Wahlergebnisse von 1990 und 1994 in den westlichen und östlichen Bundesländern

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

Zahl der Wahlkreise und Mandate jedes Bundeslandes*)

Bundesland	Bundestagswahl 1949		Bundestagswahl 1953		Bundestagswahl 1957	
	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate
Schleswig-Holstein	14	23	14	26	14	23
Hamburg	8	13	8	18	8	19
Niedersachsen	34	58	34	66	34	61
Bremen	3	5	3	6	3	6
Nordrhein-Westfalen	66	109	66	138	66	154
Hessen	22	36	22	44	22	46
Rheinland-Pfalz	15	25	15	31	15	31
Baden-Württemberg	33 ¹⁾	55 ²⁾	33	67	33	67
Bayern	47	78	47	91	47	82
Saarland	–	–	–	–	5	8
insgesamt	242	402	242	487	247	497

1) Zahl der Wahlkreise von Württemberg-Baden (= 20), Baden (= 7) und Württemberg-Hohenzollern (= 6)

2) Zahl der Mandate von Württemberg-Baden (= 33), Baden (= 12) und Württemberg-Hohenzollern (= 10)

Bundesland	Bundestagswahl 1961		Bundestagswahl 1965		Bundestagswahl 1969	
	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate
Schleswig-Holstein	14	24	11	21	11	21
Hamburg	8	18	8	17	8	17
Niedersachsen	34	60	30	62	30	63
Bremen	3	5	3	5	3	5
Nordrhein-Westfalen	66	155	73	153	73	151
Hessen	22	45	22	45	22	46
Rheinland-Pfalz	15	31	16	31	16	31
Baden-Württemberg	33	66	36	68	36	70
Bayern	47	86	44	86	44	84
Saarland	5	9	5	8	5	8
insgesamt	247	499	248	496	248	496

*) bis 1987 ohne Berlin (West)

Bundesland	Bundestagswahl 1972		Bundestagswahl 1976		Bundestagswahl 1980	
	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate
Schleswig-Holstein	11	22	11	22	11	23
Hamburg	8	16	8	14	7	13
Niedersachsen	30	62	30	62	31	63
Bremen	3	4	3	5	3	4
Nordrhein-Westfalen	73	148	73	148	71	147
Hessen	22	47	22	47	22	46
Rheinland-Pfalz	16	31	16	31	16	32
Baden-Württemberg	36	72	36	71	37	72
Bayern	44	86	44	88	45	89
Saarland	5	8	5	8	5	8
insgesamt	248	496	248	496	248	497

Bundesland	Bundestagswahl 1983		Bundestagswahl 1987		Bundestagswahl 1990	
	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate
Schleswig-Holstein	11	21	11	22	11	24
Hamburg	7	13	7	14	7	14
Niedersachsen	31	63	31	63	31	65
Bremen	3	5	3	7	3	6
Nordrhein-Westfalen	71	146	71	143	71	146
Hessen	22	48	22	45	22	48
Rheinland-Pfalz	16	31	16	32	16	34
Baden-Württemberg	37	74	37	74	37	73
Bayern	45	89	45	87	45	86
Saarland	5	8	5	10	5	11
Berlin	–	–	–	–	13	28
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	–	9	16
Brandenburg	–	–	–	–	12	22
Sachsen-Anhalt	–	–	–	–	13	26
Thüringen	–	–	–	–	12	23
Sachsen	–	–	–	–	21	40
insgesamt	248	498	248	497	328	662

Bundesland	Bundestagswahl 1994	
	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate
Schleswig-Holstein	11	24
Hamburg	7	14
Niedersachsen	31	67
Bremen	3	6
Nordrhein-Westfalen	71	148
Hessen	22	49
Rheinland-Pfalz	16	33
Baden-Württemberg	37	79
Bayern	45	92
Saarland	5	9
Berlin	13	27
Mecklenburg-Vorpommern	9	15
Brandenburg	12	23
Sachsen-Anhalt	13	23
Thüringen	12	24
Sachsen	21	39
insgesamt	328	672

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

*

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d.h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

*

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

*

Die Wahlergebnisse nicht nur nach Bundesländern gegliedert, sondern jedes einzelnen Wahlkreises enthalten die auf Seite 164–165 angezeigten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Die Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern

Die Tabellen auf den folgenden Seiten*) enthalten, nach Wahljahren geordnet, Angaben über:

- die Zahl der Wahlkreissitze (abgekürzt: WK) eines jeden Bundeslandes,
- die Zahl der Landeslistensitze (abgekürzt: LL), die jedem Bundesland zusätzlich aufgrund des Wahlergebnisses zugefallen sind,
- die Zahl der Abgeordnetensitze insgesamt eines jeden Bundeslandes,
- den Anteil der gültigen Stimmen (ab 1953 der Zweitstimmen) in Prozent für die im Bundestag vertretenen Parteien in jedem Bundesland,
- die Zahl der Wahlkreismandate (abgekürzt: WK), der Landeslistenmandate (LL) und der Bundestagsmandate insgesamt für die im Bundestag vertretenen Parteien in jedem Bundesland,
- ab 1953 den Anteil der gültigen Zweitstimmen in Prozent für sonstige Parteien ohne Mandat in jedem Bundesland.

*) Quelle: Statistisches Bundesamt; Quellennachweis im einzelnen vgl. Kasten auf Seite 164–165.

Wahl zum 1. Bundestag (1949)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU % Man- date	SPD % Man- date	FDP % Man- date	Sonstige % Man- date				
Schleswig- Holstein	WK	14		7		–	1 ¹⁾			
	LL	9	30,7	1	29,6	2	32,3	4 ²⁾		
	insg.	23		8		2		5 ³⁾		
Hamburg	WK	8		3		1	–	–		
	LL	5	19,7	–	39,6	2	15,8	24,8	2 ⁴⁾	
	insges.	13		3		6		2 ⁴⁾		
Niedersachsen	WK	34		4		24	1	5 ⁵⁾		
	LL	24	17,6	8	33,4	–	4	41,5	12 ⁶⁾	
	insges.	58		12		24	5	17 ⁷⁾		
Bremen	WK	3		–		3	–	–		
	LL	2	16,9	1	34,4	–	12,9	35,9	1 ⁵⁾	
	insges.	5		1		3	–	1 ⁵⁾		
Nordrhein- Westfalen	WK	66		40		25	1	–		
	LL	43	36,9	3	31,4	12	8,6	9	23,0	19 ⁸⁾
	insges.	109		43		37	10	19 ⁸⁾		
Hessen	WK	22		3		12	7	–		
	LL	14	21,4	6	32,1	1	28,1	5	18,5	2 ⁹⁾
	insges.	36		9		13	12	2 ⁹⁾		
Rheinland-Pfalz	WK	15		11		4	–	–		
	LL	10	49,0	2	28,6	3	15,8	4	6,5	1 ⁹⁾
	insges.	25		13		7	4	1 ⁹⁾		
Württemberg- Baden	WK	20		11		5	2	2 ¹⁾		
	LL	13	31,0	1	25,2	5	18,2	5	25,5	2 ⁹⁾
	insges.	33		12		10	7	4 ¹⁰⁾		
Baden	WK	7		7		–	–	–		
	LL	5	51,1	–	23,7	3	17,4	2	7,8	–
	insges.	12		7		3	2	2	–	
Württemberg- Hohenzollern	WK	6		5		1	–	–		
	LL	4	59,1	2	18,9	1	15,3	1	6,8	–
	insges.	10		7		2	1	1	–	
Bayern	WK	47		24		12	–	11 ¹¹⁾		
	LL	31	29,2	–	22,7	6	8,5	7	39,5	18 ¹²⁾
	insges.	78		24		18	7	29 ¹³⁾		
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	242		115		96	12	19 ¹⁴⁾		
	LL	160	31,0	24	29,2	35	11,9	40	27,9	61 ¹⁵⁾
	insges.	402		139		131	52	80 ¹⁶⁾		

1) 2) 3) usw.: Fußnoten siehe rechte Seite

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Anmerkungen zu: Wahl zum 1. Bundestag (1949)

- 1) Parteilose(r)
- 2) davon DP 3 Mandate, SSW 1 Mandat
- 3) davon DP 3 Mandate, SSW 1 Mandat, Parteilose 1 Mandat
- 4) davon KPD 1 Mandat, DP 1 Mandat
- 5) DP
- 6) davon DP 7 Mandate, DKP/DRP 5 Mandate
- 7) davon DP 12 Mandate, DKP/DRP 5 Mandate
- 8) davon KPD 9 Mandate, ZP 10 Mandate
- 9) KPD
- 10) davon KPD 2 Mandate, Parteilose 2 Mandate
- 11) BP
- 12) davon BP 6 Mandate, WAV 12 Mandate
- 13) davon BP 17 Mandate, WAV 12 Mandate
- 14) davon BP 11 Mandate, DP 5 Mandate, Parteilose 3 Mandate
- 15) davon KPD 15 Mandate, BP 6 Mandate, DP 12 Mandate, DKP/DRP 5 Mandate, SSW 1 Mandat, WAV 12 Mandate, ZP 10 Mandate
- 16) davon KPD 15 Mandate, BP 17 Mandate, DP 17 Mandate, DKP/DRP 5 Mandate, SSW 1 Mandat, WAV 12 Mandate, ZP 10 Mandate, Parteilose 3 Mandate

Anmerkungen zu: Wahl zum 2. Bundestag (1953)

- 1) GB-BHE 11,6%, DP 4,0%
- 2) davon GB-BHE 3 Mandate, DP 1 Mandat
- 3) GB-BHE 2,5%, DP 5,9%
- 4) DP
- 5) GB-BHE 10,8%, DP 11,9%
- 6) GB-BHE
- 7) davon GB-BHE 7 Mandate, DP 8 Mandate
- 8) GB-BHE 3,3%, DP 17,0%
- 9) GB-BHE 2,7%, DP 1,0%, Zentrum 2,7%
- 10) Zentrum
- 11) davon GB-BHE 3 Mandate, DP 1 Mandat, Zentrum 2 Mandate (darunter ein Mitglied der CDU, das über die Landesliste der Deutschen Zentrumspartei gewählt worden ist)
- 12) davon GB-BHE 3 Mandate, DP 1 Mandat, Zentrum 3 Mandate (vgl. auch Fußnote 11)
- 13) GB-BHE 6,4%, DP 2,8%
- 14) GB-BHE 5,4%, DP 1,6%
- 15) GB-BHE 8,2%, DP 0,9%
- 16) GB-BHE 5,9%, DP 3,3%, Zentrum 0,8%
- 17) davon DP 10 Mandate, Zentrum 1 Mandat
- 18) davon GB-BHE 27 Mandate, DP 5 Mandate, Zentrum 2 Mandate (darunter ein Mitglied der CDU, das über die Landesliste der Deutschen Zentrumspartei gewählt worden ist)
- 19) davon GB-BHE 27 Mandate, DP 15 Mandate, Zentrum 3 Mandate (vgl. auch Fußnote 18)

Hinweis

Namentlich genannt sind im ***Datenhandbuch*** die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13).

Wahl zum 2. Bundestag (1953)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		GB-BHE/ DP/Zentrum		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	14		14		–		–		–	6,2
	LL	12	47,1	–	26,5	7	4,5	1	15,6 ¹⁾	4 ²⁾	
	insges.	26		14		7		1		4 ²⁾	
Hamburg	WK	8		3		1		2		2 ⁴⁾	6,6
	LL	10	36,7	4	38,1	6	10,3	–	8,4 ³⁾	–	
	insges.	18		7		7		2		2 ⁴⁾	
Nieder- sachsen	WK	34		13		11		2		8 ⁴⁾	5,2
	LL	32	35,2	12	30,1	10	6,9	3	22,7 ⁵⁾	7 ⁶⁾	
	insges.	66		25		21		5		15 ⁷⁾	
Bremen	WK	3		–		3		–		–	8,5
	LL	3	24,8	2	39,0	–	7,5	–	20,3 ⁸⁾	1 ⁴⁾	
	insges.	6		2		3		–		1 ⁴⁾	
Nordrhein- Westfalen	WK	66		51		13		1		1 ¹⁰⁾	4,4
	LL	72	48,9	21	31,9	34	8,5	11	6,4 ⁹⁾	6 ¹¹⁾	
	insges.	138		72		47		12		7 ¹²⁾	
Hessen	WK	22		7		10		5		–	4,2
	LL	22	33,2	8	33,7	6	19,7	4	9,2 ¹³⁾	4 ²⁾	
	insges.	44		15		16		9		4 ²⁾	
Rheinland- Pfalz	WK	15		13		2		–		–	6,0
	LL	16	52,1	5	27,2	7	12,1	4	2,6	–	
	insges.	31		18		9		4		–	
Baden- Württemberg	WK	33		29		2		2		–	4,9
	LL	34	52,4	9	23,0	14	12,7	7	7,0 ¹⁴⁾	4 ²⁾	
	insges.	67		38		16		9		4 ²⁾	
Bayern	WK	47		42		3		2		–	13,5
	LL	44	47,8	10	23,3	22	6,2	4	9,1 ¹⁵⁾	8 ⁶⁾	
	insges.	91		52		25		6		8 ⁶⁾	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	242		172		45		14		11 ¹⁷⁾	6,7
	LL	245	45,2	71	28,8	106	9,5	34	10,0 ¹⁶⁾	34 ¹⁸⁾	
	insges.	487		243		151		48		45 ¹⁹⁾	

¹⁾ ²⁾ ³⁾ usw.: Fußnoten auf Seite 185

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Hinweis

In Abschnitt 6.21 sind die Regierungen im Bund und in den Ländern synoptisch zusammengestellt. Daraus ist zu ersehen, wann und wo CDU, CSU und/oder SPD eine Regierungskoalition gebildet oder die Alleinregierung übernommen haben und welchen Regierungschef diese Parteien stellten.

Wahl zum 3. Bundestag (1957)

Bundesland	*)	Sitze insgesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		DP		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	14		14		–					
	LL	9	48,1	–	30,8	7	5,6	1	3,8	1	11,6
	insges.	23		14		7		1		1	
Hamburg	WK	8		1		7		–		–	
	LL	11	37,4	6	45,8	2	9,4	2	4,7	1	2,7
	insges.	19		7		9		2		1	
Nieder- sachsen	WK	34		21		8		–		5	
	LL	27	39,1	6	32,8	14	5,9	4	11,4	3	10,8
	insges.	61		27		22		4		8	
Bremen	WK	3		–		3		–		–	
	LL	3	30,4	2	46,2	–	5,8	–	13,8	1	3,8
	insges.	6		2		3		–		1	
Nordrhein- Westfalen	WK	66		53		13		–		–	
	LL	88	54,4	34	33,5	41	6,3	11	1,6	2	4,3
	insges.	154		87		54		11		2	
Hessen	WK	22		11		10		–		1	
	LL	24	40,9	9	38,0	9	8,5	4	5,5	2	7,0
	insges.	46		20		19		4		3	
Rheinland- Pfalz	WK	15		12		3		–		–	
	LL	16	53,7	6	30,4	7	9,8	3	1,6	–	4,5
	insges.	31		18		10		3		–	
Baden- Württemberg	WK	33		32		1		–		–	
	LL	34	52,8	5	25,8	17	14,4	11	1,3	1	5,8
	insges.	67		37		18		11		1	
Bayern	WK	47		47		–		–		–	
	LL	35	57,2	6	26,4	25	4,6	4	0,7	–	11,1
	insges.	82		53		25		4		–	
Saarland	WK	5		3		1		1		–	
	LL	3	54,5 ¹⁾	2 ²⁾	25,1	1	18,2	–	0,7	–	1,5
	insges.	8		5 ³⁾		2		1		–	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	247		194		46		1		6	
	LL	250	50,2	76	31,8	123	7,7	40	3,4	11	6,9
	insges.	497		270		169		41		17	

1) darunter 21,3 % für die CSU

2) CSU

3) davon CDU 3 Mandate, CSU 2 Mandate

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 4. Bundestag (1961)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	14		13		1		–	8,1
	LL	10	41,8	–	36,4	7	13,8	3	
	insges.	24		13		8		3	
Hamburg	WK	8		–		8		–	5,5
	LL	10	31,9	6	46,9	1	15,7	3	
	insges.	18		6		9		3	
Niedersachsen	WK	34		15		19		–	9,1
	LL	26	39,0	11	38,7	6	13,2	9	
	insges.	60		26		25		9	
Bremen	WK	3		–		3		–	8,2
	LL	2	27,0	1	49,7	–	15,2	1	
	insges.	5		1		3		1	
Nordrhein- Westfalen	WK	66		41		25		–	3,4
	LL	89	47,6	35	37,3	35	11,8	19	
	insges.	155		76		60		19	
Hessen	WK	22		3		19		–	7,1
	LL	23	34,9	14	42,8	2	15,2	7	
	insges.	45		17		21		7	
Rheinland- Pfalz	WK	15		10		5		–	4,4
	LL	16	48,9	6	33,5	6	13,2	4	
	insges.	31		16		11		4	
Baden- Württemberg	WK	33		27		6		–	6,0
	LL	33	45,3	5	32,1	16	16,6	12	
	insges.	66		32		22		12	
Bayern	WK	47		42		5		–	6,2
	LL	39	54,9	8	30,1	23	8,7	8	
	insges.	86		50		28		8	
Saarland	WK	5		5		–		–	4,6
	LL	4	49,0	–	33,5	3	12,9	1	
	insges.	9		5		3		1	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	247		156		91		–	5,7
	LL	252	45,3	86	36,2	99	12,8	67	
	insges.	499		242		190		67	

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 5. Bundestag (1965)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	11		10		1		–	3,6
	LL	10	48,2	1	38,8	7	9,4	2	
	insges.	21		11		8		2	
Hamburg	WK	8		–		8		–	4,7
	LL	9	37,6	7	48,3	1	9,4	1	
	insges.	17		7		9		1	
Niedersachsen	WK	30		20		10		–	3,5
	LL	32	45,8	9	39,8	16	10,9	7	
	insges.	62		29		26		7	
Bremen	WK	3		–		3		–	5,8
	LL	2	34,0	2	48,5	–	11,7	–	
	insges.	5		2		3		–	
Nordrhein- Westfalen	WK	73		38		35		–	2,7
	LL	80	47,1	36	42,6	31	7,6	13	
	insges.	153		74		66		13	
Hessen	WK	22		5		17		–	4,4
	LL	23	37,8	13	45,7	4	12,0	6	
	insges.	45		18		21		6	
Rheinland- Pfalz	WK	16		11		5		–	3,8
	LL	15	49,3	5	36,7	7	10,2	3	
	insges.	31		16		12		3	
Baden- Württemberg	WK	36		30		6		–	4,0
	LL	32	49,9	5	33,0	17	13,1	10	
	insges.	68		35		23		10	
Bayern	WK	44		36		8		–	3,9
	LL	42	55,6	13	33,1	22	7,3	7	
	insges.	86		49		30		7	
Saarland	WK	5		4		1		–	4,8
	LL	3	46,8	–	39,8	3	8,6	–	
	insges.	8		4		4		–	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	248		154		94		–	3,6
	LL	248	47,6	91	39,3	108	9,5	49	
	insges.	496		245		202		49	

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 6. Bundestag (1969)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	11		7		4		–	5,1
	LL	10	46,2	3	43,5	6	5,2	1	
	insges.	21		10		10		1	
Hamburg	WK	8		–		8		–	5,1
	LL	9	34,0	6	54,6	2	6,3	1	
	insges.	17		6		10		1	
Niedersachsen	WK	30		12		18		–	5,4
	LL	33	45,2	18	43,8	11	5,6	4	
	insges.	63		30		29		4	
Bremen	WK	3		–		3		–	6,4
	LL	2	32,3	2	52,0	–	9,3	–	
	insges.	5		2		3		–	
Nordrhein- Westfalen	WK	73		26		47		–	4,2
	LL	78	43,6	43	46,8	26	5,4	9	
	insges.	151		69		73		9	
Hessen	WK	22		2		20		–	6,7
	LL	24	38,4	17	48,2	4	6,7	3	
	insges.	46		19		24		3	
Rheinland- Pfalz	WK	16		10		6		–	5,8
	LL	15	47,8	6	40,1	7	6,3	2	
	insges.	31		16		13		2	
Baden- Württemberg	WK	36		27		9		–	5,3
	LL	34	50,7	10	36,5	18	7,5	6	
	insges.	70		37		27		6	
Bayern	WK	44		34		10		–	7,0
	LL	40	54,4	15	34,6	21	4,1	4	
	insges.	84		49		31		4	
Saarland	WK	5		3		2		–	7,3
	LL	3	46,1	1	39,9	2	6,7	–	
	insges.	8		4		4		–	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	248		121		127		–	5,4
	LL	248	46,1	121	42,7	97	5,8	30	
	insges.	496		242		224		30	

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 7. Bundestag (1972)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	11		2		9		–	0,8
	LL	11	42,0	7	48,6	2	8,6	2	
	insges.	22		9		11		2	
Hamburg	WK	8		–		8		–	1,0
	LL	8	33,3	5	54,4	1	11,2	2	
	insges.	16		5		9		2	
Niedersachsen	WK	30		7		23		–	0,7
	LL	32	42,7	20	48,1	7	8,5	5	
	insges.	62		27		30		5	
Bremen	WK	3		–		3		–	1,2
	LL	1	29,6	1	58,1	–	11,1	–	
	insges.	4		1		3		–	
Nordrhein- Westfalen	WK	73		21		52		–	0,8
	LL	75	41,0	40	50,4	23	7,8	12	
	insges.	148		61		75		12	
Hessen	WK	22		2		20		–	1,0
	LL	25	40,3	17	48,5	3	10,2	5	
	insges.	47		19		23		5	
Rheinland- Pfalz	WK	16		7		9		–	1,1
	LL	15	45,9	8	44,9	5	8,1	2	
	insges.	31		15		14		2	
Baden- Württemberg	WK	36		24		12		–	1,1
	LL	36	49,8	12	38,9	16	10,2	8	
	insges.	72		36		28		8	
Bayern	WK	44		31		13		–	1,0
	LL	42	55,1	17	37,8	20	6,1	5	
	insges.	86		48		33		5	
Saarland	WK	5		2		3		–	1,6
	LL	3	43,4	2	47,9	1	7,1	–	
	insges.	8		4		4		–	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	248		96		152		–	0,9
	LL	248	44,9	129	45,8	78	8,4	41	
	insges.	496		225		230		41	

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 8. Bundestag (1976)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	11		5		6		–	0,7
	LL	11	44,1	5	46,4	4	8,8	2	
	insges.	22		10		10		2	
Hamburg	WK	8		–		8		–	1,4
	LL	6	35,9	5	52,6	–	10,2	1	
	insges.	14		5		8		1	
Niedersachsen	WK	30		12		18		–	0,7
	LL	32	45,7	16	45,7	11	7,9	5	
	insges.	62		28		29		5	
Bremen	WK	3		–		3		–	1,6
	LL	2	32,5	2	54,0	–	11,8	–	
	insges.	5		2		3		–	
Nordrhein- Westfalen	WK	73		28		45		–	0,8
	LL	75	44,5	38	46,9	25	7,8	12	
	insges.	148		66		70		12	
Hessen	WK	22		5		17		–	1,0
	LL	25	44,8	16	45,7	5	8,5	4	
	insges.	47		21		22		4	
Rheinland- Pfalz	WK	16		10		6		–	0,9
	LL	15	49,9	6	41,7	7	7,6	2	
	insges.	31		16		13		2	
Baden- Württemberg	WK	36		32		4		–	1,0
	LL	34	53,3	6	36,6	22	9,1	7	
	insges.	71		38		26		7	
Bayern	WK	44		40		4		–	1,0
	LL	44	60,0	13	32,8	25	6,2	6	
	insges.	88		53		29		6	
Saarland	WK	5		2		3		–	1,1
	LL	3	46,2	2	46,1	1	6,6	–	
	insges.	8		4		4		–	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	248		134		114		–	0,9
	LL	248	48,6	109	42,6	100	7,9	39	
	insges.	496		243		214		39	

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 9. Bundestag (1980)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	11		–		11		–	1,7
	LL	12	38,9	9	46,7	–	12,7	3	
	insges.	23		9		11		3	
Hamburg	WK	7		–		7		–	3,0
	LL	6	31,2	4	51,7	–	14,1	2	
	insges.	13		4		7		2	
Niedersachsen	WK	31		8		23		–	2,0
	LL	32	39,8	18	46,9	7	11,3	7	
	insges.	63		26		30		7	
Bremen	WK	3		–		3		–	3,7
	LL	1	28,8	1	52,5	–	15,1	–	
	insges.	4		1		3		–	
Nordrhein- Westfalen	WK	71		27		44		–	1,7
	LL	76	40,6	33	46,8	26	10,9	17	
	insges.	147		60		70		17	
Hessen	WK	22		3		19		–	2,3
	LL	24	40,6	16	46,4	3	10,6	5	
	insges.	46		19		22		5	
Rheinland- Pfalz	WK	16		10		6		–	1,8
	LL	16	45,6	5	42,8	8	9,8	3	
	insges.	32		15		14		3	
Baden- Württemberg	WK	37		31		6		–	2,2
	LL	35	48,5	5	37,2	21	12,0	9	
	insges.	72		36		27		9	
Bayern	WK	45		40		5		–	1,8
	LL	44	57,6	12	32,7	25	7,8	7	
	insges.	89		52		30		7	
Saarland	WK	5		2		3		–	1,6
	LL	3	42,3	2	48,3	1	7,8	–	
	insges.	8		4		4		–	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	248		121		127		–	2,0
	LL	249	44,5	105	42,9	91	10,6	53	
	insges.	497		226		218		53	

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 10. Bundestag (1983)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	11		9		2		–		–	0,3
	LL	10	46,5	1	41,7	7	6,3	1	5,2	1	
	insges.	21		10		9		1		1	
Hamburg	WK	7		–		7		–		–	0,5
	LL	6	37,6	5	47,4	–	6,3	–	8,2	1	
	insges.	13		5		7		–		1	
Nieder- sachsen	WK	31		21		10		–		–	0,3
	LL	32	45,6	8	41,3	16	6,9	4	5,7	4	
	insges.	63		29		26		4		4	
Bremen	WK	3		–		3		–		–	0,8
	LL	2	34,2	2	48,7	–	6,5	–	9,7	–	
	insges.	5		2		3		–		–	
Nordrhein- Westfalen	WK	71		39		32		–		–	0,4
	LL	75	45,2	26	42,8	31	6,4	10	5,2	8	
	insges.	146		65		63		10		8	
Hessen	WK	22		17		5		–		–	0,5
	LL	26	44,3	4	41,6	15	7,6	4	6,0	3	
	insges.	48		21		20		4		3	
Rheinland- Pfalz	WK	16		11		5		–		–	0,6
	LL	15	49,6	5	38,4	7	7,0	2	4,5	1	
	insges.	31		16		12		2		1	
Baden- Württemberg	WK	37		36		1		–		–	0,5
	LL	37	52,6	3	31,1	22	9,0	7	6,8	5	
	insges.	74		39		23		7		5	
Bayern	WK	45		44		1		–		–	0,8
	LL	44	59,5	9	28,9	25	6,2	6	4,7	4	
	insges.	89		53		26		6		4	
Saarland	WK	5		3		2		–		–	0,7
	LL	3	44,8	1	43,8	2	6,0	–	4,8	–	
	insges.	8		4		4		–		–	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	248		180		68		–		–	0,4
	LL	250	48,8	64	38,2	125	7,0	34	5,6	27	
	insges.	498		244		193		34		27	

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 11. Bundestag (1987)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	11		8		3		–		–	0,9
	LL	11	41,9	1	39,8	6	9,4	2	8,0	2	
	insges.	22		9		9		2		2	
Hamburg	WK	7		2		5		–		–	0,8
	LL	7	37,4	3	41,2	1	9,6	1	11,0	2	
	insges.	14		5		6		1		2	
Nieder- sachsen	WK	31		18		13		–		–	0,9
	LL	32	41,5	8	41,4	13	8,8	6	7,4	5	
	insges.	63		26		26		6		5	
Bremen	WK	3		–		3		–		–	1,3
	LL	4	28,9	2	46,5	–	8,8	1	14,5	1	
	insges.	7		2		3		1		1	
Nordrhein- Westfalen	WK	71		33		38		–		–	0,8
	LL	72	40,1	25	43,2	24	8,4	12	7,5	11	
	insges.	143		58		62		12		11	
Hessen	WK	22		14		8		–		–	1,5
	LL	23	41,3	5	38,7	10	9,1	4	9,4	4	
	insges.	45		19		18		4		4	
Rheinland- Pfalz	WK	16		11		5		–		–	1,2
	LL	16	45,1	4	37,1	7	9,1	3	7,5	2	
	insges.	32		15		12		3		2	
Baden- Württemberg	WK	37		36		1		–		–	2,0
	LL	37	46,7	–	29,3	21	12,0	9	10,0	7	
	insges.	74		36		22		9		7	
Bayern	WK	45		45		–		–		–	2,1
	LL	42	55,1	4	27,0	24	8,1	7	7,7	7	
	insges.	87		49		24		7		7	
Saarland	WK	5		2		3		–		–	1,3
	LL	5	41,2	2	43,5	1	6,9	1	7,1	1	
	insges.	10		4		4		1		1	
Bundesgebiet ohne Berlin	WK	248		169		79		–		–	1,3
	LL	249	44,3	54	37,0	107	9,1	46	8,3	42	
	insges.	497		223		186		46		42	

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Wahl zum 12. Bundestag (1990)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Schleswig- Holstein	WK	11		9		2		–		–	6,3
	LL	13	43,5	2	38,5	8	11,4	3	0,3 ¹⁾	–	
	insges.	24		11		10		3		–	
Hamburg	WK	7		1		6		–		–	9,3
	LL	7	36,6	5	41,0	–	12,0	2	1,1 ¹⁾	–	
	insges.	14		6		6		2		–	
Nieder- sachsen	WK	31		20		11		–		–	6,7
	LL	34	44,3	11	38,4	16	10,3	7	0,3 ¹⁾	–	
	insges.	65		31		27		7		–	
Bremen	WK	3		–		3		–		–	12,7
	LL	3	30,9	2	42,5	–	12,8	1	1,1 ¹⁾	–	
	insges.	6		2		3		1		–	
Nordrhein- Westfalen	WK	71		33		38		–		–	7,1
	LL	75	40,5	30	41,1	27	11,0	17	0,3 ¹⁾	1 ¹⁾	
	insges.	146		63		65		17		1 ¹⁾	
Hessen	WK	22		13		9		–		–	9,4
	LL	26	41,3	9	38,0	11	10,9	6	0,4 ¹⁾	–	
	insges.	48		22		20		6		–	
Rheinland- Pfalz	WK	16		12		4		–		–	7,7
	LL	18	45,6	5	36,1	9	10,4	4	0,2 ¹⁾	–	
	insges.	34		17		13		4		–	
Baden- Württemberg	WK	37		36		1		–		–	11,8
	LL	36	46,5	3	29,1	23	12,3	10	0,3 ¹⁾	–	
	insges.	73		39		24		10		–	
Bayern	WK	45		43		2		–		–	12,5
	LL	41	51,9	8	26,7	24	8,7	9	0,2 ¹⁾	–	
	insges.	86		51		26		9		–	
Saarland	WK	5		–		5		–		–	4,5
	LL	6	38,1	4	51,2	1	6,0	1	0,2 ¹⁾	–	
	insges.	11		4		6		1		–	
Berlin	WK	13		8		4		–		1 ¹⁾	7,9
	LL	15	39,4	4	30,6	5	9,1	3	2 ²⁾	3 ³⁾	
	insges.	28		12		9		3		4 ⁴⁾	

*) 1) 2) 3) usw.: Fußnoten auf der rechten Seite

noch: Wahl zum 12. Bundestag (1990)

Bundesland	*)	Sitze insgesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige		Sonstige ohne Mandat in %
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	
Mecklenburg- Vorpommern	WK	9		8		1		–		–	3,1
	LL	7	41,2	–	26,5	3	9,1	1	5)	3 ³⁾	
	insges.	16		8		4		1		3 ³⁾	
Brandenburg	WK	12		7		5		–		–	3,5
	LL	10	36,3	1	32,9	2	9,7	2	6)	5 ⁷⁾	
	insges.	22		8		7		2		5 ⁷⁾	
Sachsen- Anhalt	WK	13		12		–		1		–	2,3
	LL	13	38,6	–	24,7	6	19,7	4	8)	3 ³⁾	
	insges.	26		12		6		5		3 ³⁾	
Thüringen	WK	12		12		–		–		–	3,9
	LL	11	45,2	–	21,9	5	14,6	3	9)	3 ³⁾	
	insges.	23		12		5		3		3 ³⁾	
Sachsen	WK	21		21		–		–		–	5,0
	LL	19	49,5	–	18,2	8	12,4	5	10)	6 ¹¹⁾	
	insges.	40		21		8		5		6 ¹¹⁾	
Bundesgebiet	WK	328		235		91		1		1 ¹⁾	8,1
	LL	334	43,8	84	33,5	148	11,0	78	12)	24 ¹³⁾	
	insges.	662		319		239		79		25 ¹⁴⁾	

1) PDS bzw. PDS/Linke Liste

2) PDS 9,7%, Bündnis 90/Grüne 3,3%

3) davon 2 PDS und 1 Bündnis 90/Grüne

4) davon 3 PDS und 1 Bündnis 90/Grüne

5) PDS 14,2%, Bündnis 90/Grüne 5,9%

6) PDS 11,0%, Bündnis 90/Grüne 6,6%

7) davon 3 PDS und 2 Bündnis 90/Grüne

8) PDS 9,4%, Bündnis 90/Grüne 5,3%

9) PDS 8,3%, Bündnis 90/Grüne 6,1%

10) PDS 9,0%, Bündnis 90/Grüne 5,9%

11) davon 4 PDS und 2 Bündnis 90/Grüne

12) PDS 2,4%, Bündnis 90/Grüne 1,2%

13) davon 16 PDS und 8 Bündnis 90/Grüne

14) davon 17 PDS und 8 Bündnis 90/Grüne

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

Hinweise

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Die Ergebnisse der Direktwahlen zum Europäischen Parlament enthält Abschnitt 24.4.

Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Bundesland	*)	Sitze ins- gesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Sonstige	
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date ¹⁾
Schleswig- Holstein	WK	11		9		2		–		–		–
	LL	13	41,5	1	39,6	8	7,4	2	8,3	2	3,2 ²⁾	–
	insges.	24		10		10		2		2		–
Hamburg	WK	7		1		6		–		–		–
	LL	7	34,9	4	39,7	–	7,2	1	12,6	2	5,6 ³⁾	–
	insges.	14		5		6		1		2		–
Nieder- sachsen	WK	31		17		14		–		–		–
	LL	36	41,3	11	40,6	14	7,7	5	7,1	5	3,3 ⁴⁾	1
	insges.	67		28		28		5		5		1
Bremen	WK	3		–		3		–		–		–
	LL	3	30,2	2	45,5	–	7,2	–	11,1	1	6,0 ⁵⁾	–
	insges.	6		2		3		–		1		–
Nordrhein- Westfalen	WK	71		31		40		–		–		–
	LL	77	38,0	27	43,1	26	7,6	12	7,4	11	3,9 ⁴⁾	1
	insges.	148		58		66		12		11		1
Hessen	WK	22		14		8		–		–		–
	LL	27	40,7	6	37,2	11	8,1	4	9,3	5	4,7 ²⁾	1
	insges.	49		20		19		4		5		1
Rheinland- Pfalz	WK	16		12		4		–		–		–
	LL	17	43,8	3	39,4	10	6,9	2	6,2	2	3,7 ⁶⁾	–
	insges.	33		15		14		2		2		–
Baden- Württemberg	WK	37		37		–		–		–		–
	LL	42	43,3	–	30,7	25	9,9	8	9,6	8	6,5 ⁷⁾	1
	insges.	79		37		25		8		8		1

1) ausschließlich Mandate der PDS

2) davon PDS 1,1%

3) davon PDS 2,2%

4) davon PDS 1,0%

5) davon PDS 2,7%

6) davon PDS 0,6%

7) davon PDS 0,8%

8) davon PDS 0,5%

9) davon PDS 0,7%

10) davon PDS 14,8%

11) davon PDS 23,6%

12) davon PDS 19,3%

13) davon PDS 18,0%

14) davon PDS 17,2%

15) davon PDS 16,7%

16) davon PDS 4,4%

*) WK = Wahlkreissitze bzw. -mandate, LL = Landeslistensitze bzw. -mandate

noch: Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Bundesland	*)	Sitze insgesamt	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Sonstige	
			%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date	%	Man- date ¹⁾
Bayern	WK	45		44		1		–		–		–
	LL	47	51,2	6	29,6	28	6,4	6	6,3	6	6,5 ⁸⁾	1
	insges.	92		50		29		6		6		1
Saarland	WK	5		–		5		–		–		–
	LL	4	37,2	4	48,8	–	4,3	–	5,8	–	3,9 ⁹⁾	–
	insges.	9		4		5		–		–		–
Berlin	WK	13		6		3		–		–		4
	LL	14	31,4	3	34,0	6	5,2	2	10,2	3	19,2 ¹⁰⁾	–
	insges.	27		9		9		2		3		4
Mecklenburg- Vorpommern	WK	9		7		2		–		–		–
	LL	6	38,5	–	28,8	2	3,4	1	3,6	–	25,7 ¹¹⁾	3
	insges.	15		7		4		1		–		3
Brandenburg	WK	12		–		12		–		–		–
	LL	11	28,1	6	45,1	–	2,6	1	2,9	–	21,3 ¹²⁾	4
	insges.	23		6		12		1		–		4
Sachsen- Anhalt	WK	13		10		3		–		–		–
	LL	10	38,8	–	33,4	4	4,1	1	3,6	1	20,1 ¹³⁾	4
	insges.	23		10		7		1		1		4
Thüringen	WK	12		12		–		–		–		–
	LL	12	41,0	–	30,2	6	4,1	1	4,9	1	19,8 ¹⁴⁾	4
	insges.	24		12		6		1		1		4
Sachsen	WK	21		21		–		–		–		–
	LL	18	48,0	–	24,3	9	3,8	1	4,8	2	19,1 ¹⁵⁾	6
	insges.	39		21		9		1		2		6
Bundesgebiet	WK	328		221		103		–		–		4
	LL	344	41,5	73	36,4	149	6,9	47	7,3	49	7,9 ¹⁶⁾	26
	insges.	672		294		252		47		49		30

*), 8), 9) usw.: Fußnoten auf der linken Seite

Abweichungen der Stimmenanteile vom Bundesdurchschnitt

Je nach Bundesland weichen die Stimmenanteile der Parteien teilweise erheblich – und meist kontinuierlich in einer Richtung – vom Bundesdurchschnitt ab. Für die CDU bzw. CSU, SPD und FDP ist in den folgenden drei Tabellen errechnet worden, wie viele Prozentpunkte ihre jeweiligen Landesergebnisse bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1994 über oder unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

CDU/CSU		1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	
Bundesgebiet ¹⁾		31,0%	45,2%	50,2%	45,3%	47,6%	46,1%	44,9%	48,6%	44,5%	48,8%	44,3%	43,8%	41,5%	
Abweichungen in Prozentpunkten in den Bundesländern	Schleswig-Holstein	- 0,3	+ 1,9	- 2,1	- 3,5	+ 0,6	+ 0,1	- 2,9	- 4,5	- 5,6	- 2,3	- 2,4	- 0,3	± 0,0	
	Hamburg	- 11,3	- 8,5	- 12,8	- 13,4	- 10,0	- 12,1	- 11,6	- 12,7	- 13,3	- 11,2	- 6,9	- 7,2	- 6,6	
	Niedersachsen	- 13,4	- 10,0	- 11,1	- 6,3	- 1,8	- 0,9	- 2,2	- 2,9	- 4,7	- 3,2	- 2,8	+ 0,5	- 0,2	
	Bremen	- 14,1	- 20,4	- 19,8	- 18,3	- 13,6	- 13,8	- 15,3	- 16,1	- 15,7	- 14,6	- 15,4	- 12,9	- 11,3	
	Nordrhein-Westfalen	+ 5,9	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,6	- 0,5	- 2,5	- 3,9	- 4,1	- 3,9	- 3,6	- 4,2	- 3,3	- 3,5	
	Hessen	- 9,6	- 12,0	- 9,3	- 10,4	- 9,8	- 7,7	- 4,6	- 3,8	- 3,9	- 4,5	- 3,0	- 2,5	- 0,8	
	Rheinland-Pfalz	+ 18,0	+ 6,9	+ 3,5	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,3	
	Württemberg-Baden	± 0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Baden	+ 20,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Württemberg-Hohenzollern	+ 28,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Baden-Württemberg	-	+ 7,2	+ 2,6	± 0,0	+ 2,3	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,7	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,8	
	Bayern	- 1,8	+ 2,6	+ 7,0	+ 9,6	+ 8,0	+ 8,3	+ 10,2	+ 11,4	+ 13,1	+ 10,7	+ 10,8	+ 8,1	+ 9,7	
	Saarland	-	-	+ 5,3	+ 3,7	- 0,8	± 0,0	- 1,5	- 2,4	- 2,2	- 4,0	- 3,1	- 5,7	- 4,3	
	Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 4,4	- 10,1
	Mecklenburg-Vorpommern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 2,6	- 3,0
	Brandenburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 7,5	- 13,4
Sachsen-Anhalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 5,2	- 2,7	
Thüringen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,4	- 0,5	
Sachsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 5,7	+ 6,5	

1) bis 1987 ohne Berlin (West)

SPD		1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	
Bundesgebiet ¹⁾		29,2%	28,8%	31,8%	36,2%	39,3%	42,7%	45,8%	42,6%	42,9%	38,2%	37,0%	33,5%	36,4%	
Abweichungen in Prozentpunkten in den Bundesländern	Schleswig-Holstein	+ 0,4	- 2,3	- 1,0	+ 0,2	- 0,5	+ 0,8	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 3,2	
	Hamburg	+ 10,4	+ 9,3	+ 14,0	+ 10,7	+ 9,0	+ 11,9	+ 8,6	+ 10,0	+ 8,8	+ 9,2	+ 4,2	+ 7,5	+ 3,3	
	Niedersachsen	+ 4,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,1	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 3,1	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,2
	Bremen	+ 5,2	+ 10,2	+ 14,4	+ 13,5	+ 9,2	+ 9,3	+ 12,3	+ 11,4	+ 9,6	+ 10,5	+ 9,5	+ 9,0	+ 9,1	
	Nordrhein-Westfalen	+ 2,4	+ 3,1	+ 1,7	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,1	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,9	+ 4,6	+ 6,2	+ 7,6	+ 6,7	
	Hessen	+ 2,9	+ 4,9	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,4	+ 5,5	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,8	
	Rheinland-Pfalz	- 0,6	- 1,6	- 1,4	- 2,7	- 2,6	- 2,6	- 0,9	- 0,9	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,0	
	Württemberg-Baden	- 4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Baden	- 5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Württemberg-Hohenzollern	- 10,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Baden-Württemberg	-	- 5,8	- 6,0	- 4,1	- 6,3	- 6,2	- 6,9	- 6,0	- 5,7	- 7,1	- 7,7	- 4,4	- 5,7	
	Bayern	- 6,5	- 5,5	- 5,4	- 6,1	- 6,2	- 8,1	- 8,0	- 9,8	- 10,2	- 9,3	- 10,0	- 6,8	- 6,8	
	Saarland	-	-	- 6,7	- 2,7	+ 0,5	- 2,8	+ 2,1	- 0,3	+ 5,4	+ 5,6	+ 6,5	+ 17,7	+ 12,4	
	Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 2,9	- 2,4	
	Mecklenburg-Vorpommern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 7,0	- 7,6	
	Brandenburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 0,6	+ 8,7	
Sachsen-Anhalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 8,8	- 3,0		
Thüringen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 11,6	- 6,2		
Sachsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 15,3	- 12,1		

1) bis 1987 ohne Berlin (West)

FDP		1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994
Bundesgebiet ¹⁾		11,9%	9,5%	7,7%	12,8%	9,5%	5,8%	8,4%	7,9%	10,6%	7,0%	9,1%	11,0%	6,9%
Abweichungen in Prozentpunkten in den Bundesländern	Schleswig-Holstein	- 4,5	- 5,0	- 2,1	+ 1,0	- 0,1	- 0,6	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,1	- 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5
	Hamburg	+ 3,9	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,9	- 0,1	+ 0,5	+ 2,8	+ 2,3	+ 3,5	- 0,7	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3
	Niedersachsen	- 4,4	- 2,6	- 1,8	+ 0,4	+ 1,4	- 0,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,7	- 0,1	- 0,3	- 0,7	+ 0,8
	Bremen	+ 1,0	- 2,0	- 1,9	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,5	- 0,5	- 0,3	+ 1,8	+ 0,3
	Nordrhein-Westfalen	- 3,3	- 1,0	- 1,4	- 1,0	- 1,9	- 0,4	- 0,6	- 0,1	+ 0,3	- 0,6	- 0,7	± 0,0	+ 0,7
	Hessen	+ 16,2	+ 10,2	+ 0,8	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,6	± 0,0	+ 0,6	± 0,0	- 0,1	+ 1,2
	Rheinland-Pfalz	+ 3,9	+ 2,6	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,8	± 0,0	± 0,0	- 0,6	± 0,0
	Württemberg-Baden	+ 6,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Baden	+ 5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Württemberg-Hohenzollern	+ 3,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Baden-Württemberg	-	+ 3,2	+ 6,7	+ 3,8	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,9	+ 1,3	+ 3,0
	Bayern	- 3,4	- 3,3	- 3,1	- 4,1	- 2,2	- 1,7	- 2,3	- 1,7	- 2,8	- 0,8	- 1,0	- 2,3	- 0,5
	Saarland	-	-	+ 10,5	+ 0,1	- 0,9	+ 0,9	- 1,3	- 1,3	- 2,8	+ 1,0	- 2,5	- 5,0	- 2,6
	Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 1,9	- 1,7
	Mecklenburg-Vorpommern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 1,9	- 3,5
	Brandenburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 1,3	- 4,3
Sachsen-Anhalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 8,7	- 2,8
Thüringen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 3,6	- 2,8
Sachsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,4	- 3,1

1) bis 1987 ohne Berlin (West)

Für die Wahljahre 1949 bis 1994 und bezogen auf das „alte“ Bundesgebiet ergeben sich aus den drei voranstehenden Tabellen für die CDU bzw. CSU, SPD und FDP folgende kontinuierliche (!) **über-** und **unter**durchschnittliche Stimmenanteile:

Partei	über durchschnittliche Stimmenanteile kontinuierlich ¹⁾ in	unter durchschnittliche Stimmenanteile kontinuierlich ¹⁾ in
CDU bzw. CSU	Rheinland-Pfalz Baden-Württemberg Bayern (ab 1953)	Schleswig-Holstein (zwischen 1972 und 1990) Hamburg Niedersachsen (außer 1990) Bremen Nordrhein-Westfalen (ab 1965) Hessen Saarland (ab 1972)
SPD	Schleswig-Holstein (ab 1969) Hamburg Niedersachsen Bremen Nordrhein-Westfalen Hessen Saarland (ab 1980)	Rheinland-Pfalz (bis 1980) Baden-Württemberg Bayern
FDP	Bremen (zwischen 1961 und 1980) Hessen (bis 1976) Rheinland-Pfalz (bis 1969) Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen (bis 1976) Bayern

¹⁾ mindestens fünf Bundestagswahlen hintereinander

Wahlergebnisse von 1990 und 1994 in den westlichen und östlichen Bundesländern

Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl (1990) weisen die Stimmenanteile der einzelnen Parteien in den westlichen und östlichen Bundesländern zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Für den Vergleich werden im folgenden nur Parteien aufgeführt, die zumindest in einem der beiden Wahlgebiete wenigstens 1,0% der Zweitstimmen erreicht haben. Zu beachten ist, daß die Prozentzahlen des westlichen und östlichen Wahlgebietes nicht addiert werden dürfen, weil sie sich auf eine unterschiedlich große Wählerzahl beziehen: auf 37 830 008 Wähler in den westlichen Wahlkreisen und nur 9 166 725 in den östlichen Wahlkreisen. Deutlich wird dies u. a. daran, daß den 4,8% Zweitstimmen der

Hinweise

Die Wahlergebnisse nicht nur nach Bundesländern gegliedert, sondern jedes einzelnen Wahlkreises enthalten die auf Seite 164–165 angezeigten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Hierin sind auszugsweise auch die Ergebnisse der Landtagswahlen aufgenommen, die vollständig wiederum in den Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter zu finden sind.

GRÜNEN rund 1 778 000 Wähler und den 6,0% Zweitstimmen von Bündnis 90/Grüne nur rund 545 000 Wähler entsprechen.

Wahljahr 1990	westliche Bundesländer ¹⁾		östliche Bundesländer ²⁾	
	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %
SPD	37,5	35,7	25,4	24,3
CDU	37,2	35,5	42,8	41,8
FDP	6,8	10,6	11,7	12,9
CSU	9,2	8,8	–	–
PDS bzw. PDS/LL	0,0	0,3	11,7	11,1
B 90/Gr	–	0,0	6,2	6,0
GRÜNE	5,5	4,8	–	0,1
REP	2,0	2,3	0,2	1,3
DSU	0,0	0,0	1,4	1,0

1) Wahlkreise 1–256 (ursprüngliches Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West)

2) Wahlkreise 257–328 (Gebiet der früheren DDR einschließlich Berlin-Ost)

Auch bei der zweiten gesamtdeutschen Wahl (1994) sind – wie die folgende Tabelle zeigt – nach wie vor deutliche Differenzen im Stimmenanteil der Parteien in den westlichen und östlichen Bundesländern erkennbar. Auch die Veränderungen zwischen den Bundestagswahlen von 1990 und 1994 haben sich keineswegs parallel vollzogen: In den östlichen Bundesländern haben die SPD und die PDS stärker als in den westlichen Bundesländern Stimmen gewonnen, die FDP hat umgekehrt stärker Stimmen verloren.

Wahljahr 1994	westliche Bundesländer ¹⁾		östliche Bundesländer ²⁾	
	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %
SPD	39,7	37,5	31,8	31,5
CDU	36,6	33,2	40,0	38,5
CSU	9,5	8,0	–	–
B 90/GRÜNE	7,1	7,9	3,8	4,3
FDP	3,4	7,7	2,9	3,5
PDS	0,4	1,0	20,5	19,8
REP	1,9	2,0	0,5	1,3

1) Wahlkreise 1–248 und 250–257

2) Wahlkreise 249 und 258–328

1.14 Wahlanalysen: Bibliographie

Dieser Abschnitt enthält die folgenden zwei Spezialbibliographien:

- Analysen der einzelnen Bundestagswahlen
- Regionale und lokale Wahlstudien.

Analysen der einzelnen Bundestagswahlen

Die wesentlichen Ergebnisse der Analysen zu den Bundestagswahlen in gestraffter Weise synoptisch in das *Datenhandbuch* aufzunehmen, erscheint unmöglich. Zu verschieden sind – analog zur Entwicklung der empirischen Wahlforschung – Fragestellungen, Erkenntnisziele, Materialerhebung, Erklärungsmodelle, Bezugsrahmen, Darstellungsformen usw. in den bisher vorgelegten Untersuchungen. Die Behandlung des Bereichs „Wahlanalysen“ muß deshalb auf die folgende Bibliographie beschränkt bleiben. In ihr sind ausschließlich die Titel derjenigen Untersuchungen enthalten, die das Wahlverhalten bei den einzelnen Bundestagswahlen ausführlich analysieren. Nicht aufgenommen wurden dagegen Arbeiten, bei denen bestimmte Bundestagswahlen nur den *Anlaß* boten zur Klärung wahlsoziologischer Methodenfragen,^{*)} oder die das Wahlverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen (z. B. Frauen, Jungwähler) über mehrere Wahljahre hinweg untersuchen.^{**)}

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
1949	<i>Falter, Jürgen W.</i> , Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 22. 1981. H. 3. S. 236–263.
1953	<i>Hirsch-Weber, Wolfgang</i> und <i>Klaus Schütz</i> , Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. Berlin, Frankfurt a. M. 1957. Das deutsche Wahlwunder. Hrsg. von <i>Chr.-Claus Baer</i> mit <i>Erwin Faul</i> . Mit Beiträgen von <i>Dolf Sternberger</i> , <i>Rudolf Wildenmann</i> u. a. Frankfurt am Main 1953.

^{*)} Deshalb fehlen in dieser Bibliographie eine Reihe bekannter Titel, so z. B.:

Zur Soziologie der Wahl. Hrsg. von *Erwin K. Scheuch* und *Rudolf Wildenmann*. Sonderheft 9 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln und Opladen 1965.

Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Hrsg. von *Max Kaase*. Schwerpunkt-Heft 2/3 der Politischen Vierteljahresschrift. Jg. 18. 1977.

Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zu ausgewählten Problemen der Wahlforschung aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Hrsg. von *Dieter Oberndörfer*. Berlin 1978.

Norpoth, Helmut, Wählerverhalten in der Bundesrepublik. Frankfurt/M., New York 1980.

^{**)} Vgl. etwa *Joachim Hofmann-Göttig*. Die jungen Wähler. Zur Interpretation der Jungwählerdaten der „Repräsentativen Wahlstatistik“ für Bundestag, Landtage und Europaparlament 1953–1984. Frankfurt, New York 1984 sowie ders., Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Bonn 1986.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
1957	<p><i>Faul, Erwin</i> (Hrsg.), Wahlen und Wähler in Westdeutschland. [Mit Beitr. v. <i>Dolf Sternberger, Friedrich Erbe, Peter Molt</i> und <i>Erwin Faul</i>.] Villingen 1960. (<i>Behandelt auch die Bundestagswahlen von 1949 und 1953.</i>)</p> <p><i>Grosser, Alfred</i>, Les élections allemandes. In: <i>Revue politique et parlementaire</i>. Jg. 59. 1957. H. 672. S. 228–235.</p> <p><i>Horstmann, Kurt</i>, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter. Hauptergebnisse einer Repräsentativstatistik bei der Bundestagswahl am 15. 9. 1957. In: <i>Wirtschaft und Statistik</i>. Jg. 10. NF. 1958. H. 1. S. 6–9.</p> <p><i>Kitzinger, U[we] W[ebster]</i>, German electoral politics. A study of the 1957 campaign. Oxford 1960.</p> <p><i>Kitzinger, U[we] W[ebster]</i>, Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957. Göttingen 1960. (<i>Gegenüber der englischen Ausgabe um rund 100 Seiten gekürzt.</i>)</p> <p><i>Lehmbruch, Gerhard</i>, Die Bundestagswahlen 1957. Bemerkungen zu den Wahlkreisergebnissen vom 15. September 1957. In: <i>Gesellschaft, Staat, Erziehung</i>. Jg. 3. 1958. H. 1. S. 6–19.</p>
1961	<p><i>Beger, Bernhard</i>, Anatomie einer Wahl. Gewinne und Verluste am 17. September. In: <i>Die Politische Meinung</i>. Jg. 6. 1961. H. 65. S. 17–30.</p> <p><i>Diekershoff, Karl-Heinz</i>, Das Wahlverhalten von Mitgliedern organisierter Interessengruppen. Dargestellt am Beispiel der Bundestagswahlen 1961. Diss. Köln 1965.</p> <p><i>Eberlein, Klaus D.</i>, Die Wahlentscheidung vom 17. September 1961, ihre Ursachen und Wirkung. In: <i>Zeitschrift für Politik</i>. Jg. 9. 1962. H. 3. S. 237–257.</p> <p><i>Kaase, Max</i>, Wechsel von Parteipräferenzen. Eine Analyse am Beispiel der Bundestagswahl 1961. Meisenheim am Glan 1967.</p> <p><i>Schwarz, Karl</i>, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter bei der Bundestagswahl 1961. In: <i>Wirtschaft und Statistik</i>. Jg. 1962. H. 2. S. 75–79.</p>
1965	<p><i>Beger, Bernhard</i>, Wahl-Analyse 1965. Wähler, Parteien und Abgeordnete. In: <i>Die Politische Meinung</i>. Jg. 10. 1965. H. 109. S. 58–65.</p> <p><i>Kaase, Max</i>, Politiker und Wählerschaft. In: <i>Zeitwende. Die Neue Furche</i>. Jg. 36. 1965. H. 8. S. 537–550.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Konsens ohne Macht? Eine Analyse der Bundestagswahl vom 19. September 1965. In: <i>Verfassung und Verfassungswirklichkeit</i>. Bd. 1. 1966. S. 14–62.</p> <p><i>Schwarz, Karl</i>, Das Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 1965. Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik. In: <i>Wirtschaft und Statistik</i>. Jg. 1966. H. 2. S. 85–93 und H. 3. S. 165–173.</p>
1969	<p><i>Beger, Bernhard</i>, Wähler im Aufbruch. Eine kritische Bilanz der sechsten Bundestagswahl. In: <i>Die Politische Meinung</i>. Jg. 14. 1969. H. 4. S. 41–52.</p> <p><i>Conradt, David P.</i>, Social Structure, Voting Behavior and Party Politics in West Germany. An Ecological Analysis of the 1969 Federal Election. In: <i>Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik</i>. Bd. 3. 1972. S. 175–230.</p> <p><i>Edinger, Lewis J.</i>, Politischer Wandel in Deutschland: Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wahl von 1969. In: <i>Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik</i>. Bd. 3. 1972. S. 231–260.</p> <p><i>Haungs, Peter</i>, Wahlkampf und Wählerverhalten 1969. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 1. 1970. H. 1. S. 90–106.</p>

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
noch: 1969	<p><i>Kaase, Max</i>, Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 11. 1970. H. 1. S. 46–110.</p> <p><i>Kaase, Max</i>, Party identification and voting behaviour in the West Germany election of 1969. In: Party identification and beyond. London [usw.] 1976. S. 81–102.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i> mit <i>Peter Arend, Paul Kevenhörster</i> und <i>Rüdiger Zülch</i>, Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969. In: Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Bd. 5. 1970. T. 1. S. 5–187.</p> <p><i>Klingemann, Hans D.</i> und <i>Franz Urban Pappi</i>, Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 11. 1970. S. 111–138.</p> <p><i>Nohlen, Dieter</i> und <i>Rainer-Olaf Schultze</i>, Die Bundestagswahl 1969 in wahlstatistischer Perspektive. Materialien zur Diskussion des Wahlergebnisses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 19. 1969. B. 51/52 S. 15–38.</p> <p>Wähler 1969: Woher – wohin? Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl 1969. Bad Godesberg 1969. (= Infas Report – Politogramm Nr. 27).</p> <p>Das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1969 nach Geschlecht und Alter. In: Wirtschaft und Statistik. Jg. 1971. H. 1. S. 18–23.</p>
1972	<p><i>Conradt, David P.</i> und <i>Dwight Lambert</i>, Party system, social structure, and competitive politics in West Germany. An ecological analysis of the 1972 federal election. In: Comparative Politics. Vol. 7. 1974. Nr. 1. S. 61–86.</p> <p><i>Falter, Jürgen W.</i>, Die Bundestagswahl vom 19. November 1972. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 115–132.</p> <p><i>Haungs, Peter</i>, Warum verlor die CDU/CSU die Bundestagswahl von 1972? Die Bedeutung des Wahlausgangs für das Parteiensystem der Bundesrepublik. In: Der Bürger im Staat. Jg. 23. 1973. H. 1. S. 11–17.</p> <p>Infas-Wanderungsbilanz. Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl 1972. Bonn-Bad Godesberg 1972. (= infas report – politogramm Nr. 34).</p> <p><i>Kaase, Max</i>, Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 14. 1973. H. 2. S. 145–190.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972. In: Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Bd. 7. 1973. T. 1. S. 1–209.</p> <p><i>Lepsius, M. Rainer</i>, Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen. Vermutungen zu Tendenzen und Hypothesen zur Untersuchung der Bundestagswahl 1972. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 14. 1973. H. 2. S. 295–313.</p> <p><i>Noelle-Neumann, Elisabeth</i> und <i>Friedrich Tennstädt</i>, Rückblick auf die Bundestagswahlen 1972. Allensbach 1973.</p> <p><i>Noelle-Neumann, Elisabeth</i>, Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie. Eine sozialpsychologische Interpretation der Bundestagswahl 1972. In: Auf der Suche nach dem mündigen Wähler. Bonn 1974. S. 161–205.</p> <p><i>Radtke, Günter</i>, Die Wahlen zum siebten Deutschen Bundestag. Ergebnis und Analyse. In: Sonde. Jg. 5. 1972. H. 4. S. 24–33.</p> <p>Das Wählerverhalten nach Geschlecht und Alter bei der Bundestagswahl 1972. In: Wirtschaft und Statistik. Jg. 1973. H. 6. S. 354–359.</p> <p>Wahlberichterstattung 1972. Materialien zur Analyse der Bundestagswahl. Bonn-Bad Godesberg 1972. (= infas report – politogramm).</p>

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
1976	<p><i>Berger, Manfred</i> und <i>Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth</i> und <i>Wolfgang Schulte</i>, Bundestagswahl 1976: Politik und Sozialstruktur. Oder: Wider die falsche Einheit der Wahlforschung. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 197–231.</p> <p>Bundestagswahl 1976. Eine Analyse der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976. [Bearb. v. <i>Manfred Berger</i> u. a.] Mannheim 1976. (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim. Nr. 12).</p> <p><i>Cerny, Karl H.</i> (Hrsg.), <i>Germany at the polls. The Bundestag Election of 1976</i>. [Mit Beitr. v. <i>Gerhard Loewenberg, David P. Conradt, Kurt Sontheimer, Heino Kaack, Werner Kaltefleiter, Paul Noack, Klaus Schönbach, Rudolf Wildenmann, Max Kaase</i> und <i>Richard M. Scammon</i>.] Washington 1978.</p> <p><i>Irving, R[onald] E[ckford] M[ill]</i> und <i>W[illiam] E. Paterson</i>, The West German general Election of 1976. In: <i>Parliamentary Affairs</i>. Vol. 30. 1977. No. 2. S. 209–225.</p> <p><i>Jesse, Eckhard</i>, Bundestagswahl 1976. Eine notwendige statistische Nachbetrachtung. In: <i>Die Neue Gesellschaft</i>. Jg. 24. 1977. H. 4. S. 326–329.</p> <p><i>Kaase, Max</i> und <i>Klaus von Beyme</i> (Hrsg.), <i>Elections & Parties. Socio-political Change and Participation in the West German Federal Election of 1976</i>. London 1978. (= German Political Studies, Vol. 3).</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Der Gewinner hat nicht gesiegt. Eine Analyse zur Bundestagswahl 1976. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1976. B. 50. S. 3–35.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Vorspiel zum Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1976. Berlin 1977.</p> <p><i>Noelle-Neumann, Elisabeth</i>, Kampf um die öffentliche Meinung. Eine vergleichende sozialpsychologische Analyse der Bundestagswahlen 1972 und 1976. In: <i>Entscheidung ohne Klarheit. Anmerkungen und Materialien zur Bundestagswahl 1976</i>. Hrsg. von <i>Dieter Just</i> und <i>Peter Röhrig</i>. Bonn 1978. S. 125–167.</p> <p><i>Oberndörfer, Dieter</i>, Perspektiven nach dem 3. Oktober 1976. Eine Analyse der Bundestagswahlen. In: <i>Die Politische Meinung</i>. Jg. 21. 1976. H. 169. S. 5–16.</p> <p><i>Rattinger, Hans</i>, Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1976. In: <i>Politische Vierteljahresschrift</i>. Jg. 20. 1979. H. 1. S. 51–70.</p> <p><i>Roth, Reinhold</i>, Die Bundestagswahl im Prozeß der machtpolitischen Auseinandersetzung – Wahlkampf und Wahlergebnisse 1976. In: <i>Parteien-Jahrbuch 1976. Dokumentation und Analyse der Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland im Bundestagswahljahr 1976</i>. Hrsg. von <i>Heino Kaack</i> und <i>Reinhold Roth</i>. Meisenheim am Glan 1979. S. 17–129.</p> <p>Wahlen zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976. Analysen und Materialien. Bonn-Bad Godesberg 1976. (= infas-Report Wahlen).</p>
1980	<p><i>Berger, Manfred</i> und <i>Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth, Wolfgang Schulte</i> (Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim), Stabilität und Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1980. In: <i>Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980</i>. Hrsg. von <i>Max Kaase</i> und <i>Hans-Dieter Klingemann</i>. Opladen 1983. S. 12–57.</p> <p>Bundestagswahl 1980. Eine Analyse der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980. Mannheim 1980. (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 25).</p> <p>Bundestagswahl 1980. Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980. Analysen und Dokumente. Bonn-Bad Godesberg 1980. (= infas-Report Wahlen – Politogramm Nr. 63).</p>

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
noch: 1980	<p><i>Falter, Jürgen W. und Hans Rattinger</i>, Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse. In: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Hrsg. von <i>Max Kaase</i> und <i>Hans-Dieter Klingemann</i>. Opladen 1983. S. 320–421.</p> <p><i>Falter, Jürgen W. und Hans Rattinger</i>, Parties, Candidates and Issues in the German Federal Election of 1980: An Application of Normal Vote Analysis. In: <i>Electoral Studies</i>. Jg. 1. 1982. H. 1. S. 65–94.</p> <p><i>Feist, Ursula und Klaus Liepelt</i>, Stärkung und Gefährdung der sozialliberalen Koalition. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 12. 1981. H. 1. S. 34–58.</p> <p><i>Herberger, Lothar und Willi Weber</i>, Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1980 nach Geschlecht und Alter. Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik. In: <i>Wirtschaft und Statistik</i>. Jg. 1981. H. 1. S. 15–26.</p> <p><i>Irving, R[onald] E[ckford] M[ill] und W[illiam] E. Paterson</i>, The West German Election of 1980: Continuity preferred to change. In: <i>Parliamentary Affairs</i>. Vol. 34. 1981. No. 2. S. 191–209.</p> <p><i>Just, Dieter</i>, Orientierungsprobleme. Zur Bundestagswahl 1980 und ihren Konsequenzen. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1981. B 18. S. 15–29.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Über die Polarisierung der Politik. Die Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1981. B 18. S. 3–13.</p> <p><i>Krauß, Fritz und Menno Smid</i>, Wählerwanderungsanalysen. Ein Vergleich verschiedener Ansätze am Beispiel der Bundestagswahl 1980. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 12. 1981. H. 1. S. 83–108.</p> <p><i>Neumann, Franz</i>, Bundestagswahl 1980: Entscheidung für die sozialliberale Koalition und ihren Kanzler. In: <i>Gegenwartskunde</i>. Jg. 29. 1980. H. 4. S. 461–468.</p> <p><i>Pridham, Geoffrey</i>, The 1980 Bundestag Election. A Case of „Normality“. In: <i>West European Politics</i>. Vol. 4. 1981. H. 2. S. 112–123.</p> <p><i>Rattinger, Hans</i>, Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential. Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1980. In: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Hrsg. von <i>Max Kaase</i> und <i>Hans-Dieter Klingemann</i>. Opladen 1983. S. 257–317.</p> <p><i>Rattinger, Hans</i>, Das Wahlverhalten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980. Zur Anwendung der ökologischen Regressionsanalyse. In: <i>Politische Vierteljahresschrift</i>. Jg. 24. 1983. Sonderh. 14. S. 94–111.</p> <p><i>Wagner, Baldur</i>, Die Bundestagswahl 1980. In: <i>Sonde</i>. Jg. 13. 1980. H. 4. S. 27–34.</p>
1983	<p><i>Berger, Manfred und Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth, Wolfgang Schulte</i> (Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim), Regierungswechsel und politische Einstellungen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 556–582.</p> <p><i>Berger, Manfred und Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth, Wolfgang Schulte</i>, Konstanz und Wechsel von Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1983. In: <i>Politische Willensbildung und Interessenvermittlung</i>. Hrsg. von <i>Jürgen W. Falter, Christian Fenner</i> und <i>Michael Th. Greven</i>. Opladen 1984. S. 312–320.</p> <p><i>Berger, Manfred und Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth, Wolfgang Schulte</i>, Das Eis schmilzt zuerst an den Rändern ... Zur Infas-These von den Stammwählerverlusten der SPD. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 15. 1984. H. 2. S. 305–312.</p>

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
noch: 1983	<p><i>Berger, Manfred</i> und <i>Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth, Wolfgang Schulte</i>, Legitimierung des Regierungswechsels. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983. In: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Hrsg. von <i>Hans-Dieter Klingemann</i> und <i>Max Kaase</i>. Opladen 1986. S. 251–288.</p> <p><i>Brand, Karl-Werner</i> und <i>Harro Honolka</i>, Ökologische Betroffenheit, Wahlkampf und Wahlscheidung. Ergebnisse einer qualitativen Studie zur Bundestagswahl 1983. In: Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Hrsg. von <i>Jürgen W. Falter, Christian Fenner</i> und <i>Michael Th. Greven</i>. Opladen 1984. S. 381–390.</p> <p>Bundestagswahl 1983. Eine Analyse der Wahl zum 10. deutschen Bundestag am 6. März 1983. Mannheim 1983. (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 32).</p> <p>Bundestagswahl 1983. Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983. Analysen und Dokumente. Bonn-Bad Godesberg 1983. (= infas-Report Wahlen – Politogramm Nr. 71).</p> <p><i>Eisfeld, Rainer</i>, The West German Elections: Economic fears and the deployment debate. In: Government and Opposition. Jg. 18. 1983. H. 3. S. 291–303.</p> <p><i>Falter, Jürgen W.</i> und <i>Hans Rattinger</i>, Die Bundestagswahl 1983: Eine Normal-Vote-Analyse. In: Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Hrsg. von <i>Jürgen W. Falter, Christian Fenner</i> und <i>Michael Th. Greven</i>. Opladen 1984. S. 321–327.</p> <p><i>Falter, Jürgen W.</i> und <i>Hans Rattinger</i>, Die Bundestagswahl 1983: Eine Normalwahlanalyse. In: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Hrsg. von <i>Hans-Dieter Klingemann</i> und <i>Max Kaase</i>. Opladen 1986. S. 289–337.</p> <p><i>Feist, Ursula</i> und <i>Klaus Liepelt</i>, Die Wahl zum Machtwechsel: Neuformierung der Wählerschaft oder Wählerkoalition aus Hoffnung? Eine Analyse der Bundestagswahl vom 6. März 1983. In: Journal für Sozialforschung. Jg. 23. 1983. H. 3. S. 287–310.</p> <p><i>Feist, Ursula, Hubert Krieger</i> und <i>Pavel Uttitz</i>, Das Wahlverhalten der Arbeiter bei der Bundestagswahl 1983. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 1983. H. 7. S. 414–427.</p> <p><i>Feist, Ursula, Hubert Krieger</i> und <i>Menno Smid</i>, Das „kritische“ Potential bei der Bundestagswahl 1983: Die bewußte Arbeitnehmerschaft. Eine Antwort auf die Forschungsgruppe Wahlen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 1. S. 124–136.</p> <p><i>Güllner, Manfred</i>, Zwischen Stabilität und Wandel. Das politische System nach dem 6. März 1983. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1983. B 14. S. 19–30.</p> <p><i>Kaase, Max</i>, The West German General Election of March 6, 1983. In: Electoral Studies. 1983. S. 158–166.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Die Bundestagswahl vom 6. März 1983: Bestimmungsgründe und Bedeutung für die deutsche Politik. In: Deutsche Parteien im Wandel. Hrsg. von <i>Warnfried Dettling</i>. München, Wien 1983. S. 19–33.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Eine kritische Wahl. Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1983. B 14. S. 3–17.</p> <p><i>Klingemann, Hans-Dieter</i>, Die Bundestagswahl 1983: Sozialstrukturelle und sozialpsychologische Erklärungsansätze. In: Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft e. V. (Hrsg.), Jahrbuch 1983. Berlin 1984. S. 94–123.</p> <p><i>Klingemann, Hans-Dieter</i>, Der „mündige“ Wähler? Ein Ansatz zur Erklärung des Wählerverhaltens, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1983. In: Politische Bildung. Jg. 19. 1986. H. 2. S. 45–58.</p> <p><i>Klingemann, Hans-Dieter</i>, Der vorsichtig abwägende Wähler. Einstellungen zu den politischen Parteien und Wahlabsicht. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983. In: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Hrsg. von <i>Hans-Dieter Klingemann</i> und <i>Max Kaase</i>. Opladen 1986. S. 385–410.</p>

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
noch: 1983	<p><i>Küchler, Manfred</i>, Ökonomische Kompetenzurteile und individuelles politisches Verhalten: Empirische Ergebnisse am Beispiel der Bundestagswahl 1983. In: <i>Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland</i>. Hrsg. von <i>Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger</i> und <i>Karl Schmitt</i>. Berlin 1984. S. 157–181.</p> <p><i>Rattinger, Hans</i>, Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983. In: <i>Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland</i>. Hrsg. von <i>Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger</i> und <i>Karl Schmitt</i>. Berlin 1984. S. 183–218.</p> <p><i>Reuband, Karl-Heinz</i>, Mehrheitsmeinungen und Wahlentscheidung. Paradoxien und Dilemmata „rationalen“ Wählens. In: <i>Gegenwartskunde</i>. Jg. 34. 1985. H. 3. S. 299–310.</p> <p><i>Schultze, Rainer-Olaf</i>, Regierungswechsel bestätigt. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 6. März 1983. In: <i>Westeuropas Parteiensysteme im Wandel</i>. Redaktion: <i>Hans-Georg Wehling</i>. Stuttgart 1983. S. 45–82.</p>
1987	<p><i>Berger, Manfred</i> und <i>Wolfgang G. Gibowski, Matthias Jung, Dieter Roth, Wolfgang Schulte</i> (Forschungsgruppe Wahlen e. V.), Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 253–283; überarbeitete Fassung unter dem Titel: <i>Sieg ohne Glanz: Eine Analyse der Bundestagswahl 1987</i>. In: <i>Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987</i>. Hrsg. von <i>Max Kaase</i> und <i>Hans-Dieter Klingemann</i>. Opladen 1990. S. 687–734.</p> <p><i>Bergsdorf, Wolfgang</i>, Kontinuität und Normalisierung. Die Winterwahl und ihre Ergebnisse. In: <i>Die politische Meinung</i>. Jg. 32. 1987. H. 231. S. 33–40.</p> <p><i>Bürklin, Wilhelm</i> und <i>Werner Kaltefleiter</i>, Die Bundestagswahl 1987. Streitfragen einer neuen Konfliktdimension. In: <i>Zeitschrift für Politik</i>. Jg. 34. 1987. H. 4. S. 400–425.</p> <p>Bundestagswahl 1987. Eine Analyse der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987. Mannheim 1987. (= <i>Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V.</i>, Nr. 45).</p> <p>Bundestagswahl 1987. Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987. Analysen und Dokumente. Bonn-Bad Godesberg 1987. (= <i>infas-Report Wahlen – Politogramm</i> Nr. 85).</p> <p><i>Cerny, Karl H.</i>, The Bundestag Election of 1987. In: <i>World Affairs</i>. Vol. 148. 1986–87. H. 3. S. 121–137.</p> <p><i>Dietrich, Jochen</i>, „Strukturelle Mehrheit“ rechts – „neue Mehrheiten“ links? Der Wandel des Wahlverhaltens und die Perspektiven einer neuen Politik. In: <i>Blätter für deutsche und internationale Politik</i>. Jg. 32. 1987. H. 7. S. 910–920.</p> <p><i>Dyson, Kenneth</i>, The challenged consensus. The 1987 German federal elections. In: <i>The Political Quarterly</i>. Jg. 58. 1987. H. 2. S. 152–166.</p> <p><i>Falbisaner, Christiane</i>, Les elections legislatives du 25 Janvier 1987. Stabilité et Changement. In: <i>Revue d'Allemagne</i>. Bd. 19. 1987. H. 2. S. 122–145.</p> <p><i>Falter, Jürgen W.</i>, Die Bundestagswahl von 1987: Ursachen und Auswirkungen des Wahlergebnisses. In: <i>Parteien in der Krise?</i> Hrsg. von <i>Peter Haungs</i> und <i>Eckhard Jesse</i>. Köln 1987. S. 257–264.</p> <p><i>Falter, Jürgen W.</i> und <i>Siegfried Schumann</i>, Vive la (très) petite différence! Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987. In: <i>Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987</i>. Hrsg. von <i>Max Kaase</i> und <i>Hans-Dieter Klingemann</i>. Opladen 1990. S. 109–142.</p> <p><i>Feist, Ursula</i> und <i>Hubert Krieger</i>, Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens. Eine Analyse zur Bundestagswahl vom 25. Januar 1987. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1987. B 12. S. 33–47.</p>

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
<p>noch: 1987</p>	<p><i>Feist, Ursula</i> und <i>Klaus Liepelt</i>, Modernisierung zu Lasten der Großen. Wie die deutschen Volksparteien ihre Integrationskraft verlieren. In: <i>Journal für Sozialforschung</i>. Jg. 27. 1987. H. 3/4. S. 277–295.</p> <p><i>Gagel, Walter</i>, Die Wahl der zwei Lager. Zur Bundestagswahl am 25. 1. 1987. In: <i>Gegenwartskunde</i>. Jg. 35. 1987. H. 1. S. 71–74.</p> <p><i>Güllner, Manfred</i>, Wahlen in Westdeutschland 1987. Politikmüdigkeit oder Politikmündigkeit? In: <i>Journal für Sozialforschung</i>. Jg. 27. 1987. H. 2. S. 123–138.</p> <p><i>Irving, R[onald] E[ckford] M[ill]</i> und <i>W[illiam] E. Paterson</i>, The West German General Election of 1987. In: <i>Parliamentary Affairs</i>. Vol. 40. 1987. No. 2. S. 333–356.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Festgefügte Blöcke. In: <i>Wirtschaftswoche</i>. Jg. 41. 1987. H. 6. S. 24–28.</p> <p><i>Lehr, Ursula</i> und <i>Joachim Wilbers</i>, Zum Wahlverhalten älterer Menschen. Die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 in gerontologischer Sicht. In: <i>Politische Studien zum 65. Geburtstag von Erwin Faul</i>. Hrsg. von <i>Rupert Breiting</i> und <i>Winand Gellner</i>. Teil II: Politische Studien zu Parteien und Wahlen. Gerlingen 1988. S. 54–63.</p> <p><i>Roberts, Geoffrey K.</i>, „Weiter so, Deutschland!“: The 1987 Bundestag Election in West Germany. In: <i>West European Politics</i>. Vol. 10. 1987. H. 3. S. 449–454.</p> <p><i>Schultze, Rainer-Olaf</i>, Die Bundestagswahl 1987 – eine Bestätigung des Wandels. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1987. B 12. S. 3–17.</p> <p>Wählerverhalten im Wandel. Bestimmungsgründe und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der Bundestagswahl 1987. Hrsg. von <i>Hans-Joachim Veen</i> und <i>Elisabeth Noelle-Neumann</i>. Paderborn [u. a.] 1991.</p>
<p>1990</p>	<p><i>Bergsdorf, Wolfgang</i>, Das Plebiszit. In: <i>Die politische Meinung</i>. Jg. 36. 1991. H. 254. S. 35–40.</p> <p><i>Beyme, Klaus von</i>, Electoral unification. The first German elections in december 1990. In: <i>Government and opposition</i>. Jg. 26. 1991. H. 2. S. 167–184.</p> <p>Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Mannheim 1990. (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 61).</p> <p>Bundestagswahl 1990. Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. Analysen und Dokumente. Bonn-Bad Godesberg 1991. (= infas-Report Wahlen – Politogramm).</p> <p><i>Dalton, Russell J.</i> (Hrsg.), <i>The New Germany Votes. Unification and the Creation of the New German Party System</i>. Providence/Oxford 1993.</p> <p><i>Dreyfus, François-Georges</i>, Les élections de 1990 dans les nouveaux Länder de l'Est. In: <i>Revue d'Allemagne</i>. Jg. 23. 1991. H. 2. S. 161–172.</p> <p><i>Falbisaner, Christiane</i>, Les élections législatives du 2 décembre 1990 dans les anciens Länder. In: <i>Revue d'Allemagne</i>. Jg. 23. 1991. H. 2. S. 145–160.</p> <p><i>Falter, Jürgen W.</i>, Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen. In: <i>Die Gestaltung der deutschen Einheit</i>. Hrsg. von <i>Eckhard Jesse</i> und <i>Armin Mitter</i>. Bonn, Berlin 1992. S. 163–188.</p> <p><i>Feist, Ursula</i>, Weder postmaterialistisch noch national. Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. In: <i>Gewerkschaftliche Monatshefte</i>. Jg. 42. 1991. H. 1. S. 8–17.</p> <p><i>Finkel, Steven E.</i> und <i>Peter Schrott</i>, Wählerstimmen durch Wahlkämpfe? Eine Analyse der Bundestagswahl 1990. In: <i>ZUMA-Nachrichten</i>. Jg. 18. 1994. H. 34. S. 7–34.</p>

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
<p>noch: 1990</p>	<p>Forschungsgruppe Wahlen e. V. (<i>Manfred Berger, Thomas Emmert, Matthias Jung, Dieter Roth, Wolfgang Schulte</i>), Gesamtdeutsche Bestätigung für die Bonner Regierungskoalition. Eine Analyse der Bundestagswahl 1990. In: <i>Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990</i>. Hrsg. von <i>Hans-Dieter Klingemann</i> und <i>Max Kaase</i>. Opladen 1994. S. 615–665.</p> <p><i>Gibowski, Wolfgang G.</i> und <i>Max Kaase</i>, Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1991. B 11–12. S. 3–20.</p> <p><i>Irving, R.E.M.</i> und <i>W.E. Paterson</i>, The 1990 German General Election. In: <i>Parliamentary Affairs</i>. Vol. 44. 1991. H. 3. S. 353–372.</p> <p><i>Kaase, Max</i>, Electoral Politics in the New Germany: Public Opinion and the Bundestag Election of December 2, 1990. In: <i>The Domestic Politics of German Unification</i>. Ed. by <i>Christopher Anderson</i> [u. a.]. Boulder, London 1993. S. 37–59.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i> unter Mitarbeit von <i>Barbara Lübcke</i>, Die Struktur der deutschen Wählerschaft nach der Vereinigung. In: <i>Zeitschrift für Politik</i>. Jg. 38 (N.F.). 1991. H. 1. S. 1–32.</p> <p><i>Kitschelt, Herbert P.</i>, The 1990 German federal election and the national unification. A watershed in German electoral history? In: <i>West European politics</i>. Jg. 14. 1991. H. 4. S. 121–148.</p> <p><i>Mayer, Hans-Ludwig</i>, Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1990 nach Geschlecht und Alter. Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik. In: <i>Wirtschaft und Statistik</i>. Jg. 1991. H. 4. S. 248–260.</p> <p><i>Oberndörfer, Dieter</i> und <i>Gerd Mielke</i>, Die deutsche Frage – im Westen kein bewegendes Thema. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990. In: <i>Die Bundesrepublik im Umbruch. Analysen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990</i>. Hrsg. von <i>Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke</i> und <i>Ulrich Eith</i>. Freiburg i. Br. 1992. S. 13–23.</p> <p><i>Pappi, Franz Urban</i>, Wahrgenommenes Parteiensystem und Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. Zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1991. B 44. S. 15–26.</p> <p><i>Rattinger, Hans</i>, Das Wahlverhalten bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl nach Alter und Geschlecht: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 23. 1992. H. 2. S. 266–280.</p> <p><i>Schultze, Rainer-Olaf</i>, Bekannte Konturen im Westen – ungewisse Zukunft im Osten. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990. In: <i>Wahlverhalten</i>. Redaktion: <i>Hans-Georg Wehling</i>. Stuttgart, Berlin, Köln 1991. S. 44–102.</p> <p><i>Veen, Hans-Joachim</i>, Abschluß, Neubeginn und Übergang. Die erste gesamtdeutsche Wahl und die Veränderungen der Wähler- und Parteienstrukturen in Deutschland. In: <i>Parteien in Deutschland zwischen Kontinuität und Wandel</i>. Hrsg. von <i>Emil Hübner</i> und <i>Heinrich Oberreuter</i>. München 1992. S. 125–167.</p>
<p>1994</p>	<p>Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Mannheim 1994 (= <i>Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V.</i>, Nr. 76).</p> <p><i>Dreyfus, François-Georges</i>, Les élections fédérales allemandes de 1994. In: <i>Défense nationale</i>. Jg. 50. 1994. H. 12. S. 107–114.</p> <p><i>Falter, Jürgen W.</i> und <i>Markus Klein</i>, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1994. B 51–52. S. 22–34.</p> <p><i>Feist, Ursula</i>, Nichtwähler 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1994. B 51–52. S. 35–46.</p>

Wahljahr	Titel der Wahlanalyse
noch: 1994	<p><i>Feist, Ursula</i>, Wählerstimmungen und Wahlentscheidung 1994 – Zeit für einen Wechsel? In: Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie. Hrsg. von <i>Heinrich Oberreuter</i>. München, Landsberg am Lech 1996. S. 59–76.</p> <p><i>Gibowski, Wolfgang G.</i>, Election Trends in Germany. An Analysis of the Second General Election in Reunited Germany. In: German Politics. Vol. 4. 1995. Nr. 2. S. 26–53.</p> <p><i>Green, Simon, Penny Henson and Charlie Jeffery</i>, The German Bundestag election of 1994. Towards a „Wende ohne Ende“? In: International Relations. Jg. 12. 1995. H. 5. S. 65–75.</p> <p><i>Jung, Helmut</i>, Zwischen Frust und Lust. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994. In: Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel. Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994. Hrsg. von <i>Gerhard Hirscher</i>. München 1995. S. 99–168.</p> <p><i>Jung, Matthias</i> und <i>Dieter Roth</i>, Kohls knappster Sieg. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1994. B 51–52. S. 3–15.</p> <p><i>Roth, Dieter</i>, Wahljahr '94: Eine demoskopische Bilanz. In: Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie. Hrsg. von <i>Heinrich Oberreuter</i>. München, Landsberg am Lech 1996. S. 24–35.</p> <p><i>Schultze, Rainer-Olaf</i>, Widersprüchliches, Ungleichzeitiges und kein Ende in Sicht: Die Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 2. S. 325–352.</p> <p><i>Zelle, Carsten</i>, Candidates, Issues and Party Choice in the Federal Election of 1994. In: German Politics. Vol. 4. 1995. Nr. 2. S. 54–78.</p>

Regionale und lokale Wahlstudien

In der folgenden Bibliographie sind wissenschaftliche Wahlstudien zusammengestellt worden, in denen – oft über einen längeren Zeitraum hinweg – das Wahlverhalten innerhalb einer Region (eines Bundeslandes, eines prägnanten Wirtschaftsraumes) oder in einzelnen Städten oder Wahlkreisen analysiert wird. Solche wahlsoziologische Regionalstudien bieten u. a. die Möglichkeit, den

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Zusammenhängen zwischen der sozialen Struktur der Bevölkerung und dem Wahlverhalten detailliert nachzugehen.

Die Titel sind nach Bundesländern gegliedert aufgeführt und innerhalb der Bundesländer nach der amtlichen Reihenfolge der Wahlkreise. Nicht aufgenommen wurden Arbeiten, die ausschließlich Landtags- oder Kommunalwahlen analysieren,*) sowie die zahlreichen Veröffentlichungen der statistischen Ämter der Bundesländer und Städte.**)

Schleswig-Holstein

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Schleswig-Holstein	<p><i>Heinz Josef Varain</i>, Kandidaten und Abgeordnete in Schleswig-Holstein 1947–1958. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 2. 1961. H. 4. S. 363–411.</p> <p><i>Heinz Sahrer</i>, Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zur Replikation von Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Meisenheim am Glan 1972.</p> <p><i>Andreas Kohlsche</i>, Wählerverhalten und Sozialstruktur in Schleswig-Holstein und Hamburg von 1947 bis 1983. Hamburg, Diss. 1983.</p>
Schleswig	<p><i>Peter Petersen</i>, Die Entwicklung der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig im Spiegel der Wahlergebnisse. In: Grenzfriedenshefte. Jg. 1958. H. 3. S. 109–116.</p> <p><i>Gerhard Isbary</i>, Problemgebiete im Spiegel politischer Wahlen am Beispiel Schlesiens. Bad Godesberg 1960.</p>

Hamburg

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Hamburg	<p><i>Klaus G. Troitzsch</i>, Sozialstruktur und Wählerverhalten. Möglichkeiten und Grenzen ökologischer Wahlanalyse, dargestellt am Beispiel der Wahlen in Hamburg von 1949 bis 1974. Meisenheim am Glan 1976.</p> <p><i>Andreas Kohlsche</i>, Wählerverhalten und Sozialstruktur in Schleswig-Holstein und Hamburg von 1967 bis 1983. Hamburg, Diss. 1983.</p>

*) Typische Beispiele: *Stephanie Münke*, Wahlkampf und Machtverschiebung. Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950. Berlin 1952; Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Hrsg. von *Ulrich von Alemann*. Köln 1985.

***) Typische Beispiele: Wahlen und Wähler in Leverkusen. Beitrag zur Analyse des Wahlgeschehens in einer Industriestadt. Hrsg. vom Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnermeldewesen. Leverkusen 1965; Analysen zum politischen Verhalten in Wiesbaden. Bearb.: *Jürgen Geisler* und *Thomas Parpart*. Wiesbaden 1983 [= Stadtentwicklung Wiesbaden].

Als unveröffentlichte Examensarbeiten wurden an der Universität Marburg in einer Arbeitsgruppe um *Wolfgang Abendroth* außerdem Untersuchungen vorgelegt über Brilon und Seeheim/Bergstraße (1956); Oberhausen (1957); Fulda (1958); Landkreis Marburg (1959); Eschwege und Gießen (1960); Waldeck, Fulda, Erkelenz, Alsfeld, Kiel, Wittgenstein und Wolfhagen (1961); Offenbach, Hersfeld und Frankenberg (1962); Detmold und Wetzlar (1963). (Vgl. *Hans-Gerd Schumann*, Wahlrecht – Wahlkampf – Wahlanalyse in der Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 15. 1968. H. 3. S. 359.)

Niedersachsen

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Niedersachsen	<i>Günther Franz</i> , Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949. 3. ergänzte Aufl. mit einem Anhang: Die Wahlen 1951 bis 1956. Bremen-Horn 1957.
Oldenburg und Ostfriesland	<i>Theodor Schmidt</i> , Untersuchung der Statistik und einschlägiger Quellen zu den Bundestagswahlen in Ostfriesland 1949–1972. Aurich, Leer 1978. <i>Karl-Heinz Naßmacher</i> , Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg. In: Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich. Hrsg. von <i>Herbert Kühr</i> . Königstein 1979. S. 29–134. <i>Astrid Wokittel</i> , Wahlverhalten in Oldenburg und Ostfriesland 1947–1970. Eine EDV-gestützte Analyse von Daten der amtlichen Statistik. In: Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Hrsg. von <i>Wolfgang Günther</i> . Oldenburg 1981. S. 189–219.
Diepholz–Melle–Wittlage	<i>Alfred Milatz</i> , Local Study A. Diepholz–Melle–Wittlage. In: <i>U. W. Kitzinger</i> , German electoral politics. A study of the 1957 campaign. Oxford 1960. S. 317–329.
Osterholz–Verden	<i>Andreas Engel</i> und <i>Klaus G. Troitzsch</i> , Wahlkampf in vier Wahlkreisen. Zur Analyse des Bundestagswahlkampfes 1980 auf lokaler Ebene. Koblenz 1983. (= Forschungsgruppe Parteiendemokratie, Analysen und Berichte Nr. 5)
Celle	<i>Peter Völker</i> , Wahlen und politische Parteien im Raum Celle von 1867–1972. Diss. Hannover 1977.
Hildesheim	<i>Rudolf Wichard</i> , Wahlen in Hildesheim 1867 bis 1972. Eine historisch-politische Analyse der Ergebnisse politischer Wahlen in der Stadt und im Landkreis Hildesheim von der Zeit des Kaiserreiches bis zur Gegenwart. Hildesheim, New York 1975.
Kreis Gandersheim/Salzgitter	<i>Albert Stoffregen</i> , Die Geschichte der politischen Parteien und Wahlen im Gebiet des Kreises Gandersheim und der Stadt Salzgitter von 1867 bis 1963. Diss. Marburg 1965.
Göttingen	<i>Klaus Wettig</i> , Kandidaten und Abgeordnete in der Region. Ein Beitrag zur Wahl- und Personengeschichte des Bundestagswahlkreises 49 Göttingen von 1949 bis 1987. In: <i>Göttinger Jahrbuch</i> 1989. Göttingen 1990. S. 157–174.

Bremen

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Bremen	<i>Reinhold Roth</i> , Parteien und Wahlen in Bremen 1945–1975. In: Etablierte Parteien im Wahlkampf. Studien zur Bremer Bürgerschaftswahl 1975. Hrsg. von <i>Reinhold Roth</i> und <i>Peter Seibt</i> . Meisenheim am Glan 1979. S. 9–64.
Bremen-Ost	<i>Andreas Engel</i> und <i>Klaus G. Troitzsch</i> , Wahlkampf in vier Wahlkreisen. Zur Analyse des Bundestagswahlkampfes 1980 auf lokaler Ebene. Koblenz 1983 (= Forschungsgruppe Parteiendemokratie, Analysen und Berichte Nr. 5)

Nordrhein-Westfalen

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Nordrhein-Westfalen	<p><i>Erhard Blankenburg</i>, Kirchliche Bindung und Wahlverhalten. Die sozialen Faktoren bei der Wahlentscheidung Nordrhein-Westfalen 1961 bis 1966. Olten 1967.</p> <p><i>Friedhelm Marciniak</i>, Wahlverhalten in Nordrhein-Westfalen 1948–1970. Eine statistisch-ökologische Analyse. Köln, Wien 1978.</p>
Köln	<p><i>Klaus Schütz</i>, Local Study C. Cologne. In: <i>U. W. Kitzinger</i>, German electoral politics. A study of the 1957 campaign. Oxford 1960. S. 341–349.</p> <p><i>Gunnar von Schuckmann</i>, Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung im Jahre 1871. Eine Längsschnittstudie politischer Gemeindeforschung. Diss. Köln 1965.</p>
Köln/Bonn	<p><i>Wolfgang W. Veiders</i>, Großstadt und Umland. Eine Mehrebenenanalyse des Wahlverhaltens im Großraum Köln/Bonn. St. Augustin 1978.</p>
Ruhrgebiet	<p><i>Heinz Günther Steinberg</i>, Die Bedeutung von Landtags- und Bundestagswahlen für die regionale Strukturforschung, dargestellt am Beispiel des Ruhrgebiets. In: Westfälische Forschungen. Bd. 15. 1962. S. 106–128.</p> <p><i>Karl Rohe</i>, Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Die Entwicklung einer regionalen politischen Gesellschaft im Spiegel der Wahlen. In: Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Politikforschung. Hrsg. von <i>Karl Rohe</i> und <i>Herbert Kühr</i>. Königstein 1979. S. 21–73.</p> <p>Bundestagswahl 1983 im Ruhrgebiet. Ergebnisse und Trends. Daten Ruhrgebiet. Bearb. von <i>Bernhard Rechmann</i> u. a. Essen 1983.</p> <p>Wahlen im Ruhrgebiet. Erste Bestandsaufnahme. [Von] <i>Wolfgang Bick</i> [u. a.]. Essen 1985. (= Arbeitshefte Ruhrgebiet. Kommunalverband Ruhrgebiet)</p> <p><i>Karl Rohe</i>, Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen – Parteien – Politische Kultur. Essen 1986.</p> <p><i>Karl Rohe</i>, Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD. Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Geschichte und Gesellschaft. Jg. 13. 1987. H. 4. S. 508–534.</p>
Duisburg	<p><i>Dieter Urban</i>, Der Rheinhausen-Effekt – Wahl- und parteipolitische Folgen eines kollektiven Widerstandes. Methodische und empirische Ergebnisse einer Längsschnitt-Untersuchung. In: Soziale Welt. Jg. 39. 1988. H. 4. S. 435–458.</p> <p><i>Wolfgang Bick</i>, Die Bundestagswahl 1990 in einer sozialdemokratischen Hochburg. Das Beispiel Duisburg – oder die mühsame Suche nach regionalen Unterschieden. In: Die Bundesrepublik im Umbruch. Analysen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990. Hrsg. von <i>Dieter Oberndörfer</i>, <i>Gerd Mielke</i> und <i>Ulrich Eith</i>. Freiburg i. Br. 1992. S. 82–103.</p>
Essen	<p><i>Helmut Hahn</i> und <i>Franz-Joseph Kemper</i>, Sozialökonomische Struktur und Wahlverhalten am Beispiel der Bundestagswahlen von 1980 und 1983 in Essen. Bonn 1985.</p>
Recklinghausen-Land	<p><i>Lewis J. Edinger</i> und <i>Paul Luebke jr.</i>, Grass-Roots Electoral Politics in the German Federal Republic. Five Constituencies in the 1969 Election. In: Comparative Politics Vol. 3. 1970/71. H. 4. S. 463–498.</p>

noch: Nordrhein-Westfalen

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Dortmund	<i>Hans Graf</i> , Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund. Hannover, Frankfurt a. M. 1958.
Coesfeld	<i>Stefan Rüping</i> , Parteiensystem und Sozialstruktur in zwei dominant katholischen und überwiegend ländlichen Regionen 1912–1972. Münster 1990.
Olpe	<i>Stefan Rüping</i> (wie zuvor)
Arnsberg–Soest	<i>Vera Gemmecke</i> , Parteien im Wahlkampf. Meisenheim am Glan 1967.

Rheinland-Pfalz

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Rheinland-Pfalz	<p><i>Karlheinz Kaufmann</i>, <i>Helmut Kohl</i> und <i>Peter Molt</i>, Die Auswahl der Bundestagskandidaten 1957 in zwei Bundesländern. Mit einem Essay über Vorschlag und Wahl von <i>Dolf Sternberger</i>. Köln, Berlin 1961.</p> <p><i>Andreas Engel</i>, Wahlergebnis und Wählerverhalten in Rheinland-Pfalz. Eine Analyse der Bundestags- und Landtagswahlergebnisse 1983. Koblenz 1984. (= Forschungsgruppe Parteiendemokratie, Analysen und Berichte Nr. 8). Redaktionell überarbeitet auch in dem folgenden Sammelband erschienen:</p> <p><i>Ulrich Sarcinelli</i> (Hrsg.), Wahlen und Wahlkampf in Rheinland-Pfalz. Beiträge für die politische Bildungsarbeit aus Anlaß der Landtags- und Bundestagswahlen am 6. März 1983. Opladen 1984 (Vertrieb auch durch die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz). Enthält u. a. folgende Beiträge: <i>Ulrich Sarcinelli</i>, Landtags- und Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz: Ein Überblick zu Wahlsystem, Wahlergebnissen und Abgeordnetenstruktur, a.a.O. S. 13–33; <i>Andreas Engel</i>, Die Bundestags- und Landtagswahlergebnisse 1983 in Rheinland-Pfalz: Zur Erklärung des Wählerverhaltens durch Wahlstatistik und Wählerverhaltensmodelle, a. a. O. S. 165–209.</p>
Ahrweiler	<i>Lewis J. Edinger</i> und <i>Paul Luebke jr.</i> , Grass-Roots Electoral Politics in the German Federal Republic. Five Constituencies in the 1969 Election. In: Comparative Politics. Vol. 3. 1970/71. H. 4. S. 463–498.
Mittelrheingebiet	<i>Hans-Peter Gorzel</i> , Zum Problem der Erfassung sozialräumlicher Differenzierung: Analyse des Wahlverhaltens im Mittelrheingebiet. In: Untersuchungen zur Struktur und Entwicklung rheinischer Gemeinden. Hrsg. von <i>Wolfgang Kuls</i> . Bonn 1971.
Koblenz	<i>Andreas Engel</i> und <i>Klaus G. Troitzsch</i> , Wahlkampf in vier Wahlkreisen. Zur Analyse des Bundestagswahlkampfes 1980 auf lokaler Ebene. Koblenz 1983. (= Forschungsgruppe Parteiendemokratie, Analysen und Berichte Nr. 5).
Kreuznach	<i>Kurt Falthäuser</i> , Wahlkampf im Wahlkreis. Eine Untersuchung zur Wähleranalyse, sowie zur Planung, Strategie und Durchführung eines Wahlkampfes auf Wahlkreisebene; dargestellt auf der Grundlage des Bundestagswahlkampfes 1969 der CDU im Bundestagswahlkreis 152. Diss. Mainz 1971.

noch: Rheinland-Pfalz

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Worms	<i>Lewis J. Edinger</i> und <i>Paul Luebke jr.</i> , Grass-Roots Electoral Politics in the German Federal Republic. Five Constituencies in the 1969 Election. In: Comparative Politics. Vol. 3. 1970/71. H. 4. S. 463–498.
Siebeldingen (Landkreis Landau)	<i>Ulrike Waller-Albrecht</i> , Bestimmungsgründe politischer Orientierungen und Verhaltensweisen in regionalen Subsystemen. Dargestellt am Beispiel der rheinland-pfälzischen Landgemeinde Siebeldingen. Diss. Mannheim 1971.

Hessen

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Waldeck	<i>Wolfgang Haseloff</i> , Die politischen Parteien und die Wahlen in Waldeck 1867–1953. Diss. Marburg 1955.
Kassel	<i>Wilhelm Frenz</i> , Die politische Entwicklung in Kassel von 1945–1969. Eine wahlsoziologische Untersuchung. Meisenheim am Glan 1974.
Werra-Meißner	<i>Andreas Engel</i> und <i>Klaus G. Troitzsch</i> , Wahlkampf in vier Wahlkreisen. Zur Analyse des Bundestagswahlkampfes 1980 auf lokaler Ebene. Koblenz 1983. (= Forschungsgruppe Parteiendemokratie, Analysen und Berichte Nr. 5).
Marburg	<i>David Schönbaum</i> , Ein Wahlkreis wählt „verkehrt“. In: Zur Soziologie der Wahl. Hrsg. von <i>Erwin K. Scheuch</i> und <i>Rudolf Wildenmann</i> . Köln, Opladen 1965. S. 320–347. <i>Lewis J. Edinger</i> und <i>Paul Luebke jr.</i> , Grass-Roots Electoral Politics in the German Federal Republic. Five Constituencies in the 1969 Election. In: Comparative Politics. Vol. 3. 1970/71. H. 4. S. 463–498. <i>Ermenhild Neustüß-Hunkel</i> , Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945. Meisenheim am Glan 1973.
Gießen	<i>Erwin Knauf</i> , Entwicklung und Strukturen des Kreises Gießen. Gießen 1961.
Obertaunuskreis	<i>Lewis J. Edinger</i> und <i>Paul Luebke jr.</i> , Grass-Roots Electoral Politics in the German Federal Republic. Five Constituencies in the 1969 Election. In: Comparative Politics. Vol. 3. 1970/71. H. 4. S. 463–498. <i>Norbert Schneider</i> , Parteien und Kandidaten. Die Bundestagswahl 1969 im Wahlkreis 135 (Obertaunuskreis). Diss. Köln 1972.
Frankfurt/Main	<i>Konrad Schacht</i> , Politische Kultur, sozialer Wandel und Wahlverhalten im Dienstleistungszentrum Frankfurt. In: Politische Kultur in Deutschland. Hrsg. von <i>Dirk Berg-Schlosser</i> und <i>Jakob Schissler</i> . Opladen 1987. S. 275–281.
Offenbach	<i>Alfred Kurt</i> , Wahlen und Wähler im Wahlkreis Offenbach. Eine historisch-statistische Untersuchung zur politischen Struktur der Stadt und des Landkreises Offenbach im Wandel der letzten anderthalb Jahrhunderte. Offenbach 1966.
Hersfeld	<i>Heinrich Nuhn</i> , Wahlen und Parteien im ehemaligen Landkreis Hersfeld. Eine historisch-analytische Längsschnittstudie. Darmstadt, Marburg 1990.

Baden-Württemberg

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Baden-Württemberg	<p><i>Karlheinz Kaufmann, Helmut Kohl</i> und <i>Peter Molt</i>, Die Auswahl der Bundestagskandidaten 1957 in zwei Bundesländern. Mit einem Essay über Vorschlag und Wahl von <i>Dolf Sternberger</i>. Köln, Berlin 1961.</p> <p><i>Gerd Mielke</i>, Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Wahlverhalten in einer ländlichen Region. Berlin 1987.</p> <p><i>Edgar Grande</i> und <i>Bernhard Keller</i>, Historisches Wahlverhalten in Baden-Württemberg. Materialien zur politischen Bildung. Stuttgart o. J. [1987].</p> <p><i>Horst Glück</i>, Politische Traditionen und Wahlverhalten. Ein Beitrag zur regionalen politischen Kultur. In: <i>Der Bürger im Staat</i>. Jg. 40. 1990. H. 3. S. 176–180.</p>
Württemberg-Hohenzollern	<p><i>Claus-Peter Grotz</i>, Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1987 in Württemberg-Hohenzollern. München, Köln, London 1989.</p>
Stuttgart	<p><i>Horst Glück</i>, Regionale politische Kultur und Wahlverhalten. Die Industrieregion Stuttgart – für die Wahlforschung ein abweichender Fall. Eine Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. In: <i>Die Bundesrepublik im Umbruch. Analysen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990</i>. Hrsg. von <i>Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke</i> und <i>Ulrich Eith</i>. Freiburg i. Br. 1992. S. 56–81.</p>
Esslingen	<p><i>Horst Glück</i>, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion. Die Stadt Esslingen und der Mittlere Neckarraum. Esslingen am Neckar 1991.</p>
Heilbronn	<p><i>Peter Pulzer</i>, Die Bundestagswahlen 1961 in Heilbronn. In: <i>Zur Soziologie der Wahl</i>. Hrsg. von <i>Erwin K. Scheuch</i> und <i>Rudolf Wildenmann</i>. Köln, Opladen 1965. S. 294–319.</p> <p><i>Hans-Dieter Klingemann</i>, Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung. Eine regionale Wahlanalyse. Meisenheim am Glan 1969.</p>
Heidelberg	<p><i>Bernhard Vogel</i> und <i>Peter Haungs</i>, Wahlkampf und Wählertradition. Eine Studie zur Bundestagswahl von 1961. Köln, Opladen 1965.</p>
Heidelberg–Mannheim/Land	<p><i>Peter Haungs</i> (Hrsg.), Wahlkampf als Ritual? Studien zur Bundestagswahl von 1969 im Wahlkreis Heidelberg–Mannheim/Land. Mit Beitr. von <i>Rüdiger Andel</i> u. a. Meisenheim am Glan 1974.</p>
Freiburg i. Br.	<p><i>Ernst M. Wallner</i>, Die Reichstags- und Bundestagswahlen im Landkreis Freiburg seit der Jahrhundertwende. Bühl/Baden 1965.</p> <p><i>Ulrich Eith</i>, Die Repräsentative Wahlstatistik in Freiburg im Breisgau. Möglichkeiten, Grenzen und Bedeutung der kommunalen Repräsentativstatistik am Beispiel der Bundestagswahl 1987 in Freiburg. Freiburg i. Br. 1989.</p>
Emmendingen–Lahr–Wolfach	<p><i>Helmut Köser</i>, Wahlkampf im ländlichen Raum. Ein Erfahrungsbericht aus der Praxis. In: <i>Die Bundesrepublik im Umbruch. Analysen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990</i>. Hrsg. von <i>Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke</i> und <i>Ulrich Eith</i>. Freiburg i. Br. 1992. S. 104–122.</p>

noch: Baden-Württemberg

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Reutlingen	<i>Klaus von Beyme, Peter Pawelka, Peter Staisch und Peter Seibt</i> , Wahlkampf und Parteiorganisation. Eine Regionalstudie zum Bundestagswahlkampf 1969. Tübingen 1974.

Bayern

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Bayern	<i>Dietrich Thränhardt</i> , Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems. Düsseldorf 1973. <i>Jürgen W. Falter</i> , Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 4. S. 504–521. <i>Alf Mintzel</i> , Gehen Bayerns Uhren wirklich anders? Zurückweisung einer falschen These. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 1. S. 77–93.
München	<i>Karl Ganser</i> , Sozialgeographische Gliederung der Stadt München aufgrund der Verhaltensweisen der Bevölkerung bei politischen Wahlen. Kallmünz/Regensburg 1966 (= Münchner Geographische Hefte, H. 28).
München-Land	<i>Keith Panter-Brick</i> , Local Study B. Munich-Land. In: <i>U. W. Kitzinger</i> , German electoral politics. A study of the 1957 campaign. Oxford 1960. S. 330–340.
Unterfranken	<i>Peter Spitznagel</i> , Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919–1969. Versuch einer Analyse der Wählerstruktur eines Regierungsbezirkes auf statistischer Grundlage nach den Erhebungen der Volkszählungen 1925, 1950, 1961 und 1970. Würzburg 1979.
Augsburg	<i>Alexander Burger</i> , Die Bundestagswahlen in Augsburg. In: Wahlen in Augsburg: Untersuchungen zur politischen Partizipation in einer deutschen Großstadt. Hrsg. von <i>Hans-Otto Mühleisen</i> und <i>Theo Stammen</i> . Bochum 1992. S. 111–125.

Saarland

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Saarland	<i>Walter Kappmeier</i> , Konfession und Wahlverhalten – untersucht am Beispiel der Bundestagswahl 1976 und der Landtagswahl 1975 im Saarland. Frankfurt am Main 1984.

Berlin

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
	<i>Bisher keine Regionalstudie nachgewiesen.</i>

Mecklenburg-Vorpommern

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
	<i>Bisher keine Regionalstudie nachgewiesen.</i>

Brandenburg

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
	<i>Bisher keine Regionalstudie nachgewiesen.</i>

Sachsen-Anhalt

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Sachsen-Anhalt	<i>Syra Averkorn und Ulrich Eith, Zwischen Hoffen und Bangen. Determinanten der Wahlentscheidung in Sachsen-Anhalt. In: Die Bundesrepublik im Umbruch. Analysen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990. Hrsg. von Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith. Freiburg i. Br. 1992. S. 24–55.</i>

Thüringen

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Jena	<i>Henry Kreikenbom und Carsten Bluck, Das Wahlverhalten von ostdeutschen Bürgern am Beispiel der Jenaer Wahlbefragungen 1990. In: Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Hrsg. von Oskar Niedermayer und Richard Stöss. Opladen 1994. S. 298–312.</i>

Sachsen

Untersuchte Region	Titel der Untersuchung
Sachsen	<i>Carol Corellou, L'élection au Bundestag de Manfred Kolbe, député CDU de Saxe. Une victoire prévisible? In: Revue d'Allemagne. Jg. 27. 1995. H. 1. S. 85–92.</i>

1.15 Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Zwischen 1953 und 1990 nahm das Statistische Bundesamt bei Bundestagswahlen regelmäßig Repräsentativerhebungen vor, die vor allem eine Aufschlüsselung der Stimmabgabe und der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht erlauben. Im Gegensatz zu den Umfragen der Forschungsinstitute werden jedoch für diese repräsentativen Wahlstatistiken keine Befragungen von Wählern vorgenommen. Vielmehr werden in repräsentativ ausgewählten Wahlbezirken besondere Wahlzettel ausgegeben, auf denen die Unterscheidungsmerkmale „Alter“ und „Geschlecht“ vermerkt sind.

Bei der Bundestagswahl 1994 mußte erstmals auf die repräsentative Wahlstatistik verzichtet werden. Der Bundestag hatte am 29. Juni 1994 das Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Bundestag verabschiedet (BGBl. I S. 2734).*) Für 1994 wird deshalb auf eine „Wahltagsbefragung“ zurückgegriffen, die die Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim durchgeführt hat.

Stimmabgabe nach Geschlecht

Aus der folgenden Tabelle**) ist die unterschiedliche Stimmabgabe von Männern und Frauen zugunsten der einzelnen Parteien bei den Bundestagswahlen 1983, 1987 und 1990 ersichtlich. Die Ergebnisse von 1990 sind zusätzlich nach „West“ und „Ost“ aufgegliedert, wobei folgende Gebietsabgrenzung gilt:

- Unter „W“ (= West) ist die („alte“) Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) nach dem Stand vor dem 3. Oktober 1990 zu verstehen,
- das Gebiet „O“ (= Ost) umfaßt die neuen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und das frühere Berlin (Ost).

*) Die Hintergründe dieser Gesetzesinitiative lassen sich aus folgender Notiz in der „woche im bundestag“ Nr. 13/94 vom 29. Juni 1994 entnehmen:

„Stimmzettel, die nach Geschlecht und Altersgruppen gekennzeichnet sind, sollen zumindest bei der nächsten Bundestagswahl nicht zulässig sein. Der Innenausschuß verständigte sich am 23. Juni darauf, noch in der kommenden Woche eine interfraktionelle Initiative für eine Gesetzesänderung ins Plenum einzubringen.

Die Abgeordneten waren sich einig, daß alle gesetzlichen Regelungen in bezug auf statistische Angaben bei Stimmzetteln in der nächsten Legislaturperiode umfassend überprüft werden müßten.

Den Äußerungen eines bei der Sitzung anwesenden Vertreters vom Deutschen Städtetag, nicht nach Geschlecht und Altersgruppen gekennzeichnete Stimmzettel gefährdeten die repräsentative Wahlstatistik, hielt die Union entgegen, sie wolle nicht die Verantwortung für eine möglicherweise unordnungsgemäß durchgeführte Bundestagswahl auf sich nehmen.

Die derzeitige Situation, in der derjenige von der Wahl ausgeschlossen wird, der sich nicht an der Statistik beteiligen will, nannte die FDP „verfassungswidrig“. Dem schloß sich die SPD an.“

**) Quelle für 1953 bis 1990: Statistisches Bundesamt; Quellennachweis im einzelnen siehe Kasten auf Seite 164–165;

Quelle für 1994: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Mannheim 1994 (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 76).

Vgl. auch *Eckhard Jesse*, Die Bundestagswahlen von 1953 bis 1972 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. Zur Bedeutung eines Schlüsselinstrumentes der Wahlforschung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 6. 1975. H. 3. S. 310–322; ders., Die Bundestagswahlen von 1972 bis 1987 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 232–242 sowie *Hans Rattinger*, Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953–1990. In: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Hrsg. von *Hans-Dieter Klingemann* und *Max Kaase*. Opladen 1994. S. 73–122.

Es zeigt sich, daß die Unterschiede im Wählerverhalten weniger zwischen männlichen und weiblichen Wählern festzustellen sind als zwischen den einzelnen Altersgruppen. Die Einzelheiten gehen aus den Tabellen auf den Seiten 226–229 hervor.

Im Anschluß daran ist auf Seite 231 zusammengefaßt, aus welchen Bevölkerungsgruppen die einzelnen Parteien seit 1953 ihren geringsten und ihren stärksten Wähleranteil zu verzeichnen hatten.

Partei	Wahljahr	Von 100 gültigen Zweitstimmen ¹⁾ der			
		Männer und Frauen	Männer	Frauen	
		entfielen auf nebenstehende Parteien			
CDU/CSU	1953	43,3	38,9	47,2	
	1957	49,3	44,6	53,5	
	1961	45,3	40,4	49,6	
	1965	47,3	42,1	51,7	
	1969	46,0	40,6	50,6	
	1972	44,6	43,0	46,0	
	1976	48,0	47,2	48,8	
	1980	44,0	44,2	43,7	
	1983	48,5	47,7	49,2	
	1987	43,8	42,5	45,1	
	1990	43,4	42,0	44,8	
			W: 44,0 O: 41,4	W: 42,6 O: 39,4	W: 45,3 O: 43,1
	1994	41,4	40,6	42,2	
SPD	1953	29,9	32,5	27,6	
	1957	31,9	35,3	28,9	
	1961	36,1	39,7	32,9	
	1965	39,8	44,0	36,2	
	1969	42,8	45,6	40,4	
	1972	46,3	46,9	45,7	
	1976	43,3	43,6	43,1	
	1980	43,5	43,1	43,9	
	1983	38,9	38,4	39,4	
	1987	38,1	38,5	37,8	
	1990	33,8	34,1	33,6	
			W: 36,4 O: 24,1	W: 36,5 O: 24,7	W: 36,2 O: 23,6
	1994	36,4	36,1	35,9	

¹⁾ ohne Stimmen der Briefwähler

²⁾ 1990: GRÜNE und Bündnis 90/Grüne; 1994: Bündnis 90/Die Grünen

Partei	Wahljahr	Von 100 gültigen Zweitstimmen ¹⁾ der			
		Männer und Frauen	Männer	Frauen	
		entfielen auf nebenstehende Parteien			
FDP	1953	11,0	11,7	10,4	
	1957	8,0	8,6	7,4	
	1961	12,9	13,6	12,2	
	1965	9,4	9,7	9,2	
	1969	5,6	6,1	5,3	
	1972	8,2	8,8	7,7	
	1976	7,8	8,1	7,6	
	1980	10,6	10,5	10,8	
	1983	6,7	7,2	6,3	
	1987	8,7	9,2	8,3	
	1990	10,8	11,0	10,6	
			W: 10,3 O: 13,0	W: 10,6 O: 13,0	W: 10,0 O: 13,0
	1994	6,9	7,5	6,6	
GRÜNE ²⁾	1980	1,4	1,6	1,2	
	1983	5,3	5,9	4,8	
	1987	8,0	8,3	7,7	
	1990	4,7	4,6	4,9	
			W: 4,6 O: 5,5	W: 4,6 O: 5,2	W: 4,6 O: 5,8
		1994	7,3	7,0	8,2
PDS/LL bzw. PDS	1990	2,6	2,8	2,5	
		W: 0,3 O: 11,5	W: 0,4 O: 12,3	W: 0,2 O: 10,9	
	1994	4,4	4,6	4,2	
Sonstige	1953	15,8	16,9	14,8	
	1957	10,8	11,5	10,2	
	1961	5,8	6,4	5,3	
	1965	3,5	4,3	2,9	
	1969	5,6	7,7	3,7	
	1972	0,9	1,3	0,6	
	1976	0,8	1,2	0,5	
	1980	0,5	0,6	0,3	
	1983	0,5	0,7	0,3	
	1987	1,4	1,6	1,2	
	1990	4,5	5,4	3,6	
		1994	3,6	4,2	2,9

¹⁾²⁾ Fußnoten siehe auf der linken Seite

Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht seit 1953

Die Unterschiede zwischen dem Anteil der weiblichen und der männlichen Wählerschaft von CDU/CSU und SPD sind inzwischen nahezu eingeebnet, dagegen haben sich die Differenzen zwischen den einzelnen Altersgruppen seit 1972 erheblich vergrößert. Abweichungen von 15 Prozentpunkten (beispielsweise 1980 zwischen den 18–24jährigen und den über 60jährigen weiblichen Wählern der CDU/CSU) sind durchaus möglich. Eine nach Geschlecht und Alter gegliederte Aufstellung zeigt auch, wie stark sich die Altersverteilung in der Wählerschaft einer Partei innerhalb weniger Jahre ändern kann. Alle Einzelheiten gehen aus der folgenden Tabelle hervor.

Wahljahr ¹⁾	Alter in Jahren	CDU/CSU-Wähler			SPD-Wähler			FDP-Wähler			Wähler sonstiger Parteien		
		männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %
1953 ²⁾	21–29	41,4	48,4	45,0	34,3	29,0	31,6	10,0	9,5	9,7	14,3	13,1	13,7
	30–59	37,0	45,4	41,6	32,9	28,3	30,4	12,3	10,9	11,6	17,8	15,4	16,4
	ab 60	42,2	51,4	47,1	30,1	24,7	27,2	11,4	9,6	10,4	16,3	14,3	15,3
	zusammen	38,9	47,2	43,3	32,5	27,6	29,9	11,7	10,4	11,0	16,9	14,8	15,8
1957 ³⁾	21–29	46,1	53,1	49,5	37,9	31,3	34,7	7,5	7,0	7,3	8,5	8,6	8,5
	30–59	43,2	52,2	48,1	35,8	29,5	32,4	9,1	7,8	8,4	11,9	10,5	11,1
	ab 60	47,1	57,4	52,6	31,8	25,3	28,3	8,2	6,7	7,4	12,9	10,6	11,7
	zusammen	44,6	53,5	49,3	35,3	28,9	31,9	8,6	7,4	8,0	11,5	10,2	10,8
1961	21–29	43,0	49,5	46,2	41,0	34,8	37,9	12,2	11,9	12,0	3,8	3,8	3,8
	30–59	38,2	47,9	43,4	40,7	33,7	36,9	14,4	12,8	13,5	6,7	5,6	6,2
	ab 60	43,4	53,7	49,1	35,9	29,7	32,5	12,9	10,9	11,8	7,8	5,7	6,6
	zusammen	40,4	49,6	45,3	39,7	32,9	36,1	13,6	12,2	12,9	6,4	5,3	5,8
1965	21–29	46,1	52,7	49,4	43,0	36,6	39,8	7,9	8,4	8,2	3,0	2,3	2,7
	30–44	38,9	48,0	43,6	47,9	39,5	43,5	9,3	9,6	9,5	3,9	2,9	3,4
	45–59	40,7	51,0	46,4	43,0	36,0	39,0	10,9	9,8	10,3	5,4	3,2	4,2
	ab 60	44,1	56,0	50,7	40,7	32,8	36,3	10,4	8,5	9,4	4,8	2,7	3,6
	zusammen	42,1	51,7	47,3	44,0	36,2	39,8	9,7	9,2	9,4	4,3	2,9	3,5

Wahljahr ¹⁾	Alter in Jahren	CDU/CSU-Wähler			SPD-Wähler			FDP-Wähler			Wähler sonstiger Parteien		
		männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %
1969	21–29	39,6	46,6	43,1	48,1	44,8	46,5	6,9	6,0	6,5	5,4	2,5	4,0
	30–44	38,6	47,1	42,8	48,6	43,5	46,0	6,0	5,8	5,9	6,8	3,7	5,3
	45–59	39,8	50,9	46,3	43,8	39,0	41,0	6,2	5,4	5,7	10,2	4,7	7,0
	ab 60	44,8	55,6	51,0	41,5	36,5	38,6	5,5	4,4	4,8	8,2	3,5	5,5
	zusammen	40,6	50,6	46,0	45,6	40,4	42,8	6,1	5,3	5,6	7,7	3,7	5,6
1972	18–24	34,7	35,9	35,3	54,3	55,0	54,6	9,6	8,5	9,2	1,4	0,6	1,0
	25–34	40,5	42,0	41,2	48,1	47,5	47,8	10,5	10,1	10,3	0,9	0,4	0,7
	35–44	41,5	43,8	42,6	48,4	47,3	47,9	8,9	8,3	8,6	1,1	0,6	0,9
	45–59	44,4	47,9	46,4	45,0	43,6	44,2	8,9	7,7	8,2	1,7	0,7	1,2
	ab 60	49,3	51,7	50,6	42,5	42,0	42,2	6,7	5,7	6,1	1,5	0,6	1,0
zusammen	43,0	46,0	44,6	46,9	45,7	46,3	8,8	7,7	8,2	1,3	0,6	0,9	
1976	18–24	40,3	40,2	40,2	49,4	50,2	49,8	8,5	8,5	8,5	1,8	1,0	1,4
	25–34	43,3	44,2	43,7	45,3	44,5	44,9	10,3	10,7	10,5	1,1	0,6	0,8
	35–44	48,8	50,0	49,5	41,4	40,9	41,1	9,0	8,7	8,9	0,8	0,4	0,6
	45–59	48,4	49,9	49,2	42,7	42,1	42,4	7,7	7,4	7,5	1,2	0,6	0,9
	ab 60	51,2	52,5	51,9	42,0	42,0	42,0	5,7	5,2	5,4	1,1	0,4	0,7
zusammen	47,2	48,8	48,0	43,6	43,1	43,3	8,1	7,6	7,8	1,2	0,5	0,8	

1) in allen Wahljahren ohne die Stimmen der Briefwähler

2) ohne Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland

3) ohne Saarland

Hinweise

Im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Wahlalters hat das Jungwählerverhalten besonderes Interesse gefunden, das mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik ermittelt werden kann. Zur Wahlbeteiligung der Jungwähler vgl. Abschnitt 1.10.

Zur Auswirkung der Herabsetzung der Wählbarkeit auf die Altersgliederung des Bundestages vgl. Abschnitt 3.1.

Wahljahr ¹⁾	Alter in Jahren	SPD-Wähler			CDU-Wähler ⁴⁾			CSU-Wähler ⁵⁾		
		männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %
1980	18–24	47,6	50,3	48,9	26,0	23,9	25,0	9,6	9,1	9,4
	25–34	46,4	47,9	47,1	27,4	25,9	26,6	10,2	9,7	10,0
	35–44	40,3	40,7	40,5	35,3	34,4	34,9	10,4	10,2	10,3
	45–59	42,2	42,5	42,4	36,8	35,9	36,3	10,1	10,6	10,3
	ab 60	41,2	42,6	42,1	39,9	38,7	39,1	10,7	10,6	10,7
	zusammen	43,1	43,9	43,5	34,0	33,5	33,8	10,2	10,2	10,2
1983	18–24	37,6	40,6	39,0	32,2	30,6	31,4	9,8	9,7	9,8
	25–34	38,3	40,4	39,4	32,9	32,6	32,8	10,2	10,2	10,2
	35–44	35,7	36,4	36,0	39,5	40,0	39,7	10,8	10,9	10,9
	45–59	39,7	39,6	39,6	39,1	40,1	39,7	10,1	10,8	10,4
	ab 60	39,9	39,7	39,8	40,4	42,4	41,7	10,5	11,1	10,9
	zusammen	38,4	39,4	38,9	37,4	38,5	38,0	10,3	10,7	10,5
1987	18–24	37,5	38,7	38,1	28,5	26,3	27,5	8,5	8,5	8,5
	25–34	39,0	39,0	39,0	26,1	25,7	25,9	8,6	8,7	8,7
	35–44	37,6	36,6	37,1	31,4	33,0	32,2	9,2	9,5	9,3
	45–59	39,4	38,1	38,8	35,8	37,2	36,5	9,4	10,2	9,8
	ab 60	38,0	37,2	37,5	39,8	42,3	41,4	10,3	11,2	10,9
	zusammen	38,5	37,8	38,1	32,2	35,1	34,2	9,3	10,0	9,6
1990	18–24	32,8	36,2	34,4	30,6	28,7	29,7	5,8	5,9	5,9
	25–34	37,5	39,0	38,2	29,3	28,4	28,9	5,9	5,8	5,8
	35–44	34,8	34,7	34,7	32,6	33,8	33,2	6,4	6,5	6,4
	45–59	32,8	31,5	32,1	38,6	40,5	39,5	6,8	7,2	7,0
	ab 60	33,0	31,0	31,8	40,8	45,7	43,7	7,8	8,2	8,0
	zusammen	34,1	33,6	33,8	35,3	37,8	36,6	6,7	7,0	6,8
1994	18–24	32,7	36,5	34,6	35,0	30,8	33,2	•	•	•
	25–34	36,7	42,5	39,4	34,9	29,1	32,1	•	•	•
	35–44	39,2	35,9	37,7	35,7	37,6	36,8	•	•	•
	45–59	36,4	35,9	36,7	44,2	45,3	44,5	•	•	•
	ab 60	34,7	32,2	34,3	47,7	52,6	49,7	•	•	•
	zusammen	36,1	35,9	36,4	40,6	42,2	41,4	•	•	•

^{1) 4) 5)} Fußnoten siehe auf der rechten Seite

Hinweis

Welche Parteien aus der Bundesrepublik Deutschland sich seit 1979 an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament beteiligt haben, ist im vorliegenden **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 24.4 zu ersehen.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Wahljahr ¹⁾	Alter in Jahren	FDP-Wähler			GRÜNE-Wähler ⁶⁾			Wähler sonstiger Parteien		
		männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %
1980	18–24	10,9	11,9	11,4	5,3	4,3	4,8	0,7	0,4	0,4
	25–34	12,8	13,9	13,3	2,6	2,4	2,4	0,7	0,3	0,5
	35–44	12,6	13,6	13,1	0,9	0,8	0,9	0,4	0,3	0,3
	45–59	9,7	10,1	9,9	0,6	0,6	0,6	0,6	0,3	0,5
	ab 60	7,1	7,5	7,4	0,4	0,3	0,4	0,7	0,3	0,4
	zusammen	10,5	10,8	10,6	1,6	1,2	1,4	0,6	0,3	0,5
1983	18–24	5,4	5,2	5,3	14,2	13,5	13,9	0,7	0,4	0,6
	25–34	6,3	6,2	6,3	11,5	10,1	10,8	0,7	0,5	0,6
	35–44	8,8	8,3	8,6	4,7	4,1	4,4	0,5	0,3	0,4
	45–59	8,0	6,7	7,3	2,4	2,4	2,4	0,7	0,4	0,5
	ab 60	6,8	5,4	5,9	1,5	1,1	1,2	0,9	0,3	0,5
	zusammen	7,2	6,3	6,7	5,9	4,8	5,3	0,7	0,3	0,5
1987	18–24	8,6	8,0	8,3	14,5	16,5	15,5	2,3	1,9	2,1
	25–34	7,9	7,3	7,6	16,9	17,9	17,4	1,5	1,5	1,5
	35–44	10,7	10,5	10,6	9,9	9,3	9,6	1,2	1,1	1,2
	45–59	10,3	9,4	9,9	3,7	3,9	3,8	1,4	1,1	1,3
	ab 60	7,9	6,9	7,3	2,2	1,6	1,8	1,7	0,8	1,2
	zusammen	9,2	8,3	8,7	8,3	7,7	8,0	1,6	1,2	1,4
1990	18–24	10,6	10,3	10,5	9,2	11,4	10,2	11,0	7,5	9,3
	25–34	9,9	9,6	9,7	9,0	10,4	9,7	8,5	6,8	7,7
	35–44	12,4	12,7	12,6	6,0	6,4	6,2	7,7	6,0	6,9
	45–59	12,5	12,3	12,4	2,1	2,6	2,4	7,2	5,9	6,5
	ab 60	9,3	8,8	9,0	0,9	0,8	0,9	8,2	5,5	6,6
	zusammen	11,0	10,6	10,8	4,6	4,9	4,7	8,2	6,1	7,1
1994	18–24	6,7	6,2	6,3	12,9	15,8	14,2	12,7	10,7	11,7
	25–34	5,7	4,9	5,3	11,5	14,2	12,7	11,2	9,3	10,5
	35–44	7,0	6,4	6,6	9,5	12,0	10,5	8,6	8,1	8,4
	45–59	8,7	7,2	7,8	3,9	5,0	4,3	6,8	6,6	6,7
	ab 60	8,4	7,2	7,5	1,9	3,2	2,5	7,3	4,8	6,0
	zusammen	7,5	6,6	6,9	7,0	8,2	7,3	8,8	7,1	8,0

1) in allen Wahljahren ohne die Stimmen der Briefwähler

4) 1994 CDU- und CSU-Wähler

5) 1994 nicht getrennt ausgezählt, Angaben siehe unter CDU-Wähler

6) 1990: Wähler der GRÜNEN und von Bündnis 90/Grüne; 1994 Wähler von Bündnis 90/Die Grünen

Hinweise

Zur Auswirkung der Herabsetzung der Wählbarkeit auf die Altersgliederung des Bundestages vgl. Abschnitt 3.1.

Methodische Hinweise zur repräsentativen Bundestagswahlstatistik 1990)*

Das Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1990 (BGBl. I S. 2059) unter Berücksichtigung der Änderung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2218) bestimmt in § 51 Abs. 2:

„In den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern zu bestimmenden Wahlbezirken sind auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wähler dadurch nicht erkennbar wird.“

Ausführungsbestimmungen dazu enthält die Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung vom 7. Dezember 1989 (BGBl. 1990 I S. 1, 142), geändert durch die Verordnungen vom 25. Juni 1990 (BGBl. I S. 1199), 14. September 1990 (BGBl. I S. 2030) und 9. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2159) in § 85:

- „1. Wahlstatistische Auszählungen dürfen, soweit sie nicht nach § 51 BWG angeordnet sind, nur mit Zustimmung des Kreiswahlleiters durchgeführt werden. Die Wahlbezirke müssen so ausgewählt und die Auszählungen so durchgeführt werden, daß das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Die Auszählungen können unter Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsbezeichnungen, unter Verwendung dazu geeigneter Wahlgeräte oder nach § 46 Abs. 2 Satz 1 durchgeführt werden. Durch die Auszählung darf die Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk nicht verzögert werden. Die Stimmzettel des Wahlbezirks stehen den mit der Auszählung beauftragten Behörden und Personen nur solange zur Verfügung, als es die Aufbereitung erfordert; im übrigen sind die Stimmzettel nach den Vorschriften der §§ 72 und 73 zu behandeln.
2. Die Veröffentlichung von Ergebnissen der wahlstatistischen Auszählungen aufgrund des § 51 Abs. 2 BWG ist dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vorbehalten. Diese Ergebnisse können den Gemeinden, die Auszählungen nach Absatz 1 durchführen, zu deren Ergänzung und zu zusammengefaßter Veröffentlichung überlassen werden. Die Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke dürfen nicht bekanntgegeben werden.“

Erste Auszählungen dieser Art sind im Jahre 1953 ohne Beteiligung der Länder Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland durchgeführt worden. Sie wurden seit 1957 unter Beteiligung aller Bundesländer wiederholt und werden häufig auch bei Landtags- und Kommunalwahlen durchgeführt.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahlstatistik, bei der es sich in der Hauptsache um eine Dokumentation der in den vorgeschriebenen Akten der Wahlorgane angefallenen Zahlen handelt, wird in der repräsentativen Wahlstatistik das Wahlverhalten, d. h. die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe verschiedener Bevölkerungsgruppen untersucht. Einfachere Untersuchungen dieser Art waren schon immer in der Weise möglich, daß man Wahlergebnisse für bestimmte regionale Einheiten mit der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung verglich (z. B. Gruppierung der Kreise oder Gemeinden nach dem Anteil der Religionszugehörigkeit, der sozial-ökonomischen Struktur u. dgl.). Ein solches Verfahren erfordert aber nicht nur einen großen Aufwand, sondern vermittelt auch nur gröbere Aussagen. Feststellungen über die Stimmabgabe nach dem Alter konnten überhaupt nicht getroffen werden.

Die besondere Bundestagswahlstatistik 1990 beruht auf den Wahlergebnissen in 2 593 Wahlbezirken für die Feststellung der Wahlbeteiligung und in 2 710 Wahlbezirken für die Feststellung der Stimmabgabe (die Abweichung beruht auf unterschiedlichen Auswahlätzen in Rheinland-Pfalz), die für die insgesamt rd. 80 000 Wahlbezirke (ohne Briefwahlbezirke) als repräsentativ angesehen werden können. Durch den Beitritt der fünf neuen Länder und Berlin (Ost) zur Bundesrepublik Deutschland und der unmittelbaren Wahl der Bundestagsabgeordneten durch die (West-)Berliner Bevölkerung war eine zusätzliche Auswahl von Wahlbezirken für die repräsentative Bundestagswahlstatistik 1990 erforderlich. Die Zahl der Auswahlbezirke erhöht sich dadurch gegenüber der Bundestagswahl 1987 (1767 für die Feststellung der Wahlbeteiligung, 1876 für die Feststellung der Stimmabgabe) um 826. Sie erstreckt sich dadurch auf

Fortsetzung auf der rechten Seite

*) Auszug aus: Wahl zum 12. Bundestag am 2. Dezember 1990. In: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. H. 4. 1991. S. 98–99.

Wähleranteil der Parteien

Die folgende Aufstellung faßt zusammen, aus welchen Bevölkerungsgruppen die einzelnen Parteien seit 1953 ihren geringsten und ihren stärksten Wähleranteil zu verzeichnen hatten.

Partei	geringster Wähleranteil		stärkster Wähleranteil	
	in den Wahljahren ...	bei den	in den Wahljahren ...	bei den
CDU/CSU	1953–61 1965–69 1972 1976–83 1987–94	30–59jähr. Männern 30–44jähr. Männern 18–24jähr. Männern 18–24jähr. Frauen 25–34jähr. Frauen	1953–76 1980 1983–94	über 60jähr. Frauen über 60jähr. Männern über 60jähr. Frauen
SPD	1953–72, 1990–94 1976 1980–83 1987	über 60jähr. Frauen 35–44jähr. Frauen 35–44jähr. Männern 35–44jähr. Frauen	1953–61 1965 1969 1972–83 1987 1990–94	21–29jähr. Männern 30–59jähr. Männern 30–44jähr. Männern 18–24jähr. Frauen 45–59jähr. Männern 25–34jähr. Frauen
FDP	1953 1957–61 1965 1969–76 1980 1983 1987–90 1994	21–29jähr. Frauen über 60jähr. Frauen 21–29jähr. Männern über 60jähr. Frauen über 60jähr. Männern 18–24jähr. Frauen über 60jähr. Frauen 25–34jähr. Frauen	1953–61 1965, 1994 1969 1972 1976–80 1983–87 1990	30–59jähr. Männern 45–59jähr. Männern 21–29jähr. Männern 25–34jähr. Männern 25–34jähr. Frauen 35–44jähr. Männern 35–44jähr. Frauen
GRÜNE ¹⁾	1980–90 1994	über 60jähr. Frauen über 60jähr. Männern	1980–83 1987 1990–94	18–24jähr. Männern 25–34jähr. Frauen 18–24jähr. Frauen
sonstige Parteien ²⁾	1953 1957 1961 1965–69 1972 1976 1980, 1987–94	21–29jähr. Frauen 21–29jähr. Männern 21–29jähr. insgesamt 21–29jähr. Frauen 25–34jähr. Frauen 35–44jähr. und über 60jähr. Frauen über 60jähr. Frauen	1953 1957–61 1965–72 1976–80, 87–94	30–59jähr. Männern über 60jähr. Männern 45–59jähr. Männern 18–24jähr. Männern

1) 1990: GRÜNE und Bündnis 90/Grüne; 1994 Bündnis 90/Die Grünen

2) 1983 keine besonderen Schwerpunkte erkennbar

Fortsetzung von Seite 230

2,1 Mill. der 60,4 Mill. Wahlberechtigten und 1,6 Mill. der 47,0 Mill. Wähler. Wie schon früher, ist danach ihre Zahlenbasis weit breiter als bei entsprechenden Untersuchungen nichtamtlicher Stellen, die sich nur auf wenige tausend Personen stützen. Außerdem handelt es sich bei der repräsentativen Bundestagswahlstatistik nicht um die Auswertung dessen, was Personen über ihr Wahlverhalten vor oder nach der Wahl aussagen, sondern um die Auswertung des tatsächlichen Wahlverhaltens nach den Wählerverzeichnissen und Stimmzetteln.

1.16 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession

Während die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht durch die amtliche Repräsentativstatistik mit Hilfe entsprechend gekennzeichnete Stimmzettel ziemlich genau ermittelt werden kann, muß die Stimmabgabe nach anderen sozialen Merkmalen – beispielsweise nach Berufsgruppen und Konfession – durch Umfragen erhoben werden. Derartige Ergebnisse der Umfrageforschung – in diesem Fall: Nachwahlbefragungen – liegen veröffentlicht für alle Bundestagswahlen außer 1949 und 1957 vor und werden im folgenden auszugsweise wiedergegeben. *) Eine Gegenüberstellung des Stimmverhaltens im westlichen und östlichen Wahlgebiet ist für 1990 aufgrund von Ergebnissen einer Wahltagsbefragung möglich, die in Auszügen in einem zusätzlichen Unterabschnitt veröffentlicht werden.

Die Daten zeigen u. a. das folgende konstante Wählerverhalten:

- Katholiken wählen überdurchschnittlich CDU und CSU, nicht katholische Wähler überdurchschnittlich SPD und die Grünen,
- Arbeiter, insbesondere nicht katholische Arbeiter, wählen überdurchschnittlich SPD,
- Selbständige, insbesondere katholische Selbständige, wählen überdurchschnittlich CDU und CSU,
- nicht katholische Selbständige wählen überdurchschnittlich FDP.

*) Quellen:

für 1953 und 1961: *Franz Urban Pappi*, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 14. 1973. H. 1. S. 199;

für 1965 bis 1976: *Manfred Berger, Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth* und *Wolfgang Schulte*, Bundestagswahl 1976: Politik und Sozialstruktur. Oder: Wider die falsche Einheit der Wahlforschung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 220–223;

für 1980, 1983 und 1990: Unterlagen, die die Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat;

für 1987: *Manfred Berger, Wolfgang G. Gibowski, Matthias Jung, Dieter Roth* und *Wolfgang Schulte*, Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 253–284;

für 1994: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Mannheim 1994 (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 76), S. 21.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Gewählt haben ...	Wahljahr	Konfession	CDU/ CSU in %	SPD in %	FDP in %	Grüne ²⁾ in %	Sonst. in %
alle Befragten	1953	insgesamt	45	30	10	–	15
		– katholisch	58	22	5	–	15
		– nicht katholisch ¹⁾	33	37	15	–	15
	1961	insgesamt	50	36	11	–	2
		– katholisch	65	25	7	–	3
		– nicht katholisch	37	46	14	–	2
	1965	insgesamt	53	38	7	–	2
		– katholisch	69	26	5	–	1
		– nicht katholisch	41	48	9	–	2
	1969	insgesamt	49	45	4	–	2
		– katholisch	62	36	1	–	2
		– nicht katholisch	36	55	9	–	2
1972	insgesamt	36	54	10	–	1	
	– katholisch	50	43	7	–	1	
	– nicht katholisch	22	65	12	–	0	
1976	insgesamt	48	43	8	–	1	
	– katholisch	63	31	5	–	1	
	– nicht katholisch	34	54	11	–	1	
1980	insgesamt	43	44	12	2 ³⁾	– ⁴⁾	
	– katholisch	56	35	7	2 ³⁾	– ⁴⁾	
	– nicht katholisch	32	50	16	2 ³⁾	– ⁴⁾	
1983	insgesamt	51	38	5	6	•	
	– katholisch	65	25	5	6	•	
	– nicht katholisch	40	49	5	7	•	
1987	insgesamt	43	38	9	9	•	
	– katholisch	55	30	7	6	•	
	– nicht katholisch	32	45	10	12	•	
1990 ⁵⁾	insgesamt	46	34	13	5	•	
	– katholisch	55	29	12	3	•	
	– nicht katholisch	39	38	14	7	•	
1994	insgesamt	41	36	7	7	8	
	– katholisch	•	•	•	•	•	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	•	

1), 2), 3) usw.: Fußnoten auf Seite 235

Hinweis

Namentlich genannt sind im **Datenhandbuch** die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8).

Gewählt haben ...	Wahljahr	Konfession	CDU/ CSU in %	SPD in %	FDP in %	Grüne ²⁾ in %	Sonst. in %
Arbeiter	1953	insgesamt	35	48	4	–	14
		– katholisch	47	36	2	–	15
		– nicht katholisch ¹⁾	22	60	6	–	12
	1961	insgesamt	36	56	5	–	3
		– katholisch	50	41	4	–	5
		– nicht katholisch	25	69	5	–	1
	1965	insgesamt	43	54	3	–	1
		– katholisch	58	40	1	–	1
		– nicht katholisch	31	65	3	–	1
	1969	insgesamt	39	58	2	–	1
		– katholisch	52	47	1	–	1
		– nicht katholisch	23	72	3	–	2
	1972	insgesamt	25	70	5	–	1
– katholisch		39	56	4	–	1	
– nicht katholisch		11	83	6	–	0	
1976	insgesamt	42	52	5	–	1	
	– katholisch	57	39	3	–	0	
	– nicht katholisch	24	67	8	–	1	
1980	insgesamt	33	57	10	1 ³⁾	– ⁴⁾	
	– katholisch	52	40	7	0 ³⁾	– ⁴⁾	
	– nicht katholisch	17	70	12	1 ³⁾	– ⁴⁾	
1983	insgesamt	44	51	2	3	•	
	– katholisch	58	36	4	2	•	
	– nicht katholisch	33	63	1	3	•	
1987	insgesamt	35	52	4	8	•	
	– katholisch	47	44	3	6	•	
	– nicht katholisch	25	60	5	9	•	
1990 ⁵⁾	insgesamt	44	45	4	5	•	
	– katholisch	52	34	6	5	•	
	– nicht katholisch	36	55	3	5	•	
1994	insgesamt	37	45	4	5	10	
	– katholisch	•	•	•	•	•	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	•	

¹⁾, ²⁾, ³⁾ usw.: Fußnoten auf der rechten Seite

Hinweis

Namentlich genannt sind im **Datenhandbuch** die Mitglieder des Bundestages, die

- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13).

Gewählt haben ...	Wahljahr	Konfession	CDU/ CSU in %	SPD in %	FDP in %	Grüne ²⁾ in %	Sonst. in %
Angestellte und Beamte	1953	insgesamt	49	27	14	–	10
		– katholisch	61	22	8	–	9
		– nicht katholisch ¹⁾	40	31	19	–	10
	1961	insgesamt	50	30	18	–	2
		– katholisch	64	21	12	–	3
		– nicht katholisch	41	36	21	–	2
	1965	insgesamt	54	35	9	–	2
		– katholisch	70	22	8	–	1
		– nicht katholisch	42	44	11	–	3
	1969	insgesamt	44	45	9	–	3
		– katholisch	58	36	1	–	5
		– nicht katholisch	33	52	14	–	1
1972	insgesamt	37	48	15	–	0	
	– katholisch	53	36	12	–	0	
	– nicht katholisch	25	57	17	–	1	
1976	insgesamt	48	41	11	–	1	
	– katholisch	65	27	8	–	1	
	– nicht katholisch	34	51	14	–	1	
1980	insgesamt	43	41	14	2 ³⁾	– ⁴⁾	
	– katholisch	51	39	9	2 ³⁾	– ⁴⁾	
	– nicht katholisch	36	43	18	3 ³⁾	– ⁴⁾	
1983	insgesamt	56	32	4	8	•	
	– katholisch	67	21	5	8	•	
	– nicht katholisch	47	41	3	8	•	
1987	insgesamt	46	32	10	10	•	
	– katholisch	58	25	8	6	•	
	– nicht katholisch	35	39	12	13	•	
1990 ⁵⁾	insgesamt	43	33	16	6	•	
	– katholisch	55	29	13	2	•	
	– nicht katholisch	34	36	19	8	•	
1994 ⁶⁾	insgesamt	•	•	•	•	•	
	– katholisch	•	•	•	•	•	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	•	

Fußnoten für die Seiten 233–237:

1) „nicht katholisch“ steht in allen Spalten für protestantisch, andere bzw. keine Konfession.

2) ab Wahljahr 1994 Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

3) einschließlich Wähler sonstiger Parteien

4) Der Anteil der Wähler sonstiger Parteien ist in den Zahlen der Wähler für die Grünen enthalten.

5) nur westliches Wahlgebiet ohne West-Berlin

6) 1994 wurden die Wahlentscheidungen der Angestellten und Beamten getrennt ausgezählt. Danach haben gewählt:

die Angestellten CDU/CSU 38%, SPD 36%, FDP 8%, Grüne 9% und Sonstige 9%,
die Beamten CDU/CSU 43%, SPD 33%, FDP 8%, Grüne 11% und Sonstige 6%.

Gewählt haben ...	Wahljahr	Konfession	CDU/ CSU in %	SPD in %	FDP in %	Grüne ²⁾ in %	Sonst. in %
Selbständige (ohne Landwirte)	1953	insgesamt	53	11	20	–	16
		– katholisch	66	7	14	–	13
		– nicht katholisch ¹⁾	39	15	26	–	20
	1961	insgesamt	62	14	23	–	1
		– katholisch	74	7	17	–	1
		– nicht katholisch	47	21	30	–	1
	1965	insgesamt	60	17	19	–	4
		– katholisch	75	12	9	–	4
		– nicht katholisch	46	22	28	–	4
	1969	insgesamt	77	16	8	–	–
		– katholisch	90	8	3	–	–
		– nicht katholisch	64	23	13	–	–
1972	insgesamt	52	36	12	–	–	
	– katholisch	61	33	7	–	–	
	– nicht katholisch	43	39	18	–	–	
1976	insgesamt	63	31	6	–	–	
	– katholisch	76	20	4	–	–	
	– nicht katholisch	52	40	8	–	–	
1980	insgesamt	57	27	13	3 ³⁾	– ⁴⁾	
	– katholisch	68	24	4	4 ³⁾	– ⁴⁾	
	– nicht katholisch	48	30	21	3 ³⁾	– ⁴⁾	
1983	insgesamt	58	23	18	2	•	
	– katholisch	76	11	11	2	•	
	– nicht katholisch	45	31	22	2	•	
1987	insgesamt	57	15	22	6	•	
	– katholisch	71	6	16	6	•	
	– nicht katholisch	45	22	27	6	•	
1990 ⁵⁾	insgesamt	59	17	18	6	•	
	– katholisch	72	12	16	0	•	
	– nicht katholisch	52	20	19	6	•	
1994	insgesamt	52	18	15	8	8	
	– katholisch	•	•	•	•	•	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	•	

1), 2), 3) usw.: Fußnoten auf Seite 235

Hinweis

Namentlich genannt sind im **Datenhandbuch** die Mitglieder des Bundestages, die

- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6).

Gewählt haben ...	Wahljahr	Konfession	CDU/ CSU in %	SPD in %	FDP in %	Grüne ²⁾ in %	Sonst. in %
Landwirte	1953	insgesamt	58	4	12	–	26
		– katholisch	68	0	4	–	28
		– nicht katholisch ¹⁾	48	8	20	–	24
	1961	insgesamt	77	8	13	–	2
		– katholisch	90	7	3	–	0
		– nicht katholisch	54	11	30	–	4
	1965	insgesamt	92	0	8	–	–
		– katholisch	97	0	3	–	–
		– nicht katholisch	85	0	15	–	–
	1969	insgesamt	72	16	4	–	8
		– katholisch	73	27	0	–	0
		– nicht katholisch	71	7	7	–	14
1972	insgesamt	82	10	8	–	–	
	– katholisch	88	9	3	–	–	
	– nicht katholisch	77	10	13	–	–	
1976	insgesamt	87	11	2	–	–	
	– katholisch	•	•	•	–	–	
	– nicht katholisch	•	•	•	–	–	
1980	insgesamt	92	5	3	0 ³⁾	– ⁴⁾	
	– katholisch	•	•	•	•	– ⁴⁾	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	– ⁴⁾	
1983	insgesamt	68	20	3	9	•	
	– katholisch	•	•	•	•	•	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	•	
1987	insgesamt	77	10	10	0	•	
	– katholisch	•	•	•	•	•	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	•	
1990 ⁵⁾	insgesamt	78	13	9	0	•	
	– katholisch	•	•	•	•	•	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	•	
1994	insgesamt	64	14	9	4	9	
	– katholisch	•	•	•	•	•	
	– nicht katholisch	•	•	•	•	•	

1), 2), 3) usw.: Fußnoten auf Seite 235

Hinweis

Namentlich genannt sind im **Datenhandbuch** die Mitglieder des Bundestages, die

- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- als weibliche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 3.11),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10).

Stimmabgabe 1990 und 1994 im westlichen und östlichen Wahlgebiet

Ein unmittelbarer Vergleich des Stimmverhaltens (Zweitstimmen) nach Beruf und Konfession zwischen dem westlichen und östlichen Wahlgebiet ist auf der Grundlage von Wahltagsbefragungen möglich, die die Forschungsgruppe Wahlen e. V. durchgeführt hat.**) Dabei umfaßt das westliche Wahlgebiet die bisherige Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin und das östliche Wahlgebiet die fünf neuen Bundesländer zuzüglich Ost-Berlin.

Wahljahr 1990: Berufsgruppe	Wahl- gebiet	CDU/ CSU in %	SPD in %	FDP in %	GR + B 90 in %	PDS/ LL in %	REP in %	DSU in %
Arbeiter	West	39,0	46,7	6,0	3,2	0,2	3,6	0,0
	Ost	49,8	24,8	11,0	5,0	5,3	2,0	1,3
Angestellte	West	43,0	35,9	12,1	5,3	0,3	1,6	0,0
	Ost	37,0	25,1	15,0	10,3	9,9	0,7	0,8
leitende Angest./ Beamte	West	46,7	31,9	12,7	6,1	0,1	1,7	0,0
	Ost	34,4	24,1	19,4	6,0	13,1	0,8	0,7
Selbständige	West	56,9	17,9	18,1	4,8	0,4	1,0	0,0
	Ost	50,3	16,2	21,5	4,7	4,3	1,0	1,0
in Ausbildung	West	32,1	33,5	11,8	16,9	1,3	1,7	0,0
	Ost	18,1	23,1	11,9	25,0	16,4	2,7	0,0
Wahljahr 1990: Konfession	Wahl- gebiet	CDU/ CSU in %	SPD in %	FDP in %	GR + B 90 in %	PDS/ LL in %	REP in %	DSU in %
katholisch	West	56,3	26,6	8,8	4,5	0,1	2,1	0,0
	Ost	65,8	11,5	11,4	6,3	1,5	0,9	1,5
evangelisch	West	39,6	39,7	13,3	4,3	0,2	1,7	0,0
	Ost	53,4	20,1	15,4	6,1	1,8	0,9	1,2
keine	West	25,7	45,0	11,2	11,7	1,4	2,5	0,0
	Ost	33,3	28,7	12,9	8,8	12,9	1,6	0,7

Bei der **Bundestagswahl 1994** hat die Forschungsgruppe Wahlen das unterschiedliche Wahlverhalten der **Arbeiter** in Ost und West durch die Wahltagsbefragung ermittelt:**)

*) Quelle: Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Mannheim 1990 (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 61), S. 31 und 35.

***) Quelle: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Mannheim 1994 (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 76), S. 22.

Hinweis

Die entsprechenden Angaben zur Sozialstruktur der Mitglieder des Bundestages sind im vorliegenden **Datenhandbuch** in Abschnitt 3.17 (Berufsstruktur) und Abschnitt 3.13 (Konfession) zu finden.

Wahljahr 1994: Berufsgruppe	Wahlgebiet	CDU/ CSU in %	SPD in %	FDP in %	Grüne in %	PDS in %	andere in %
Arbeiter	West	35,0	49,5	3,6	5,2	1,1	5,6
	Ost	40,6	35,1	3,3	3,3	14,7	3,0

1.17 Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete

Der Begriff „Hochburgen“ wird umgangssprachlich und in der Wissenschaft nicht eindeutig verwendet.*)

Einerseits versteht man darunter einen sicheren (besser noch: stabilen) Wahlkreis, der von der gegnerischen Partei aller Voraussicht nach nicht erobert werden kann. Es gibt allerdings keine Übereinkunft, wie groß der Stimmenanteil einer Partei sein muß und welche sonstigen Faktoren berücksichtigt werden müßten, um von einer Hochburg oder von einem stabilen Wahlkreis sprechen zu können. Mit einer gewissen Willkür und aus methodischen Gründen wurden deshalb in den **Datenhandbüchern** diejenigen Wahlkreise zusammengestellt, in denen von einer Partei bzw. einem Kandidaten ein Zweit- bzw. Erststimmenanteil von mindestens 55,0% erreicht worden ist.

Andererseits werden mit Hochburgen auch solche Wahlkreise bezeichnet, in denen eine Partei die höchsten Stimmenanteile erhalten hat, unabhängig davon, ob sie den betreffenden Wahlkreis auch erobern konnte. Typisches Beispiel dafür ist die FDP, die zwischen 1961 und 1987 kein Direktmandat mehr errungen hat und die dennoch „Hochburgen“ besitzt, in denen sie immer wieder überdurchschnittlich hohe Zweitstimmenanteile erhält.

Um beiden Definitionen von „Hochburgen“ gerecht zu werden, ist dieser Abschnitt folgendermaßen gegliedert:

- Statistik über die Wahlkreissitze und Hochburgen;
- Zusammenstellung der stabilen Wahlkreise, d. h. der Wahlkreise mit einem Stimmenanteil von über 55,0%;
- Aufstellung der Wahlkreise mit dem höchsten und – interessehalber – dem niedrigsten Stimmenanteil für jede in den Bundestag eingezogene Partei.

*) Vgl. dazu *Heino Kaack*, Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese. Köln/Opladen 1969. S. 20 f.

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Wahlkreissitze und Hochburgen

Die Wahlkreissitze (Direktmandate) und Hochburgen – hier: Wahlkreise ab 55,0% Stimmenanteil – verteilen sich nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten in den Wahljahren seit 1949 folgendermaßen:

Wahljahr	Wahlkreissitze insgesamt	davon entfallen auf folgende Parteien (in Klammern: Anteil der Hochburgen)				
		SPD	CDU	CSU	FDP	Sonstige
1949	242	96 (1)	91 (13)	24	12	19 ¹⁾
1953	242	45	130 (53)	42 (15)	14	11 ²⁾
1957	247	46	147 (59)	47 (32)	1	6 ³⁾
1961	247	91 (1)	114 (37)	42 (33)	0	–
1965	248	94 (11)	118 (45)	36 (28)	0	–
1969	248	127 (34)	87 (33)	34 (26)	0	–
1972	248	152 (65)	65 (24)	31 (25)	0	–
1976	248	114 (30)	94 (33)	40 (32)	0	–
1980	248	127 (28)	81 (20)	40 (32)	0	–
1983	248	68 (19)	136 (50)	44 (35)	0	0 ⁴⁾
1987	248	79 (16)	124 (23)	45 (32)	0	0 ⁴⁾
1990	328	91 (11)	192 (23)	43 (28)	1	1 ⁵⁾
1994	328	103 (14)	157 (17)	44 (24)	0	4 ⁵⁾

1) davon BP: 11, DP: 5, Wählergruppen: 3

2) davon DP: 10, Zentrum: 1

3) DP

4) Die Grünen

5) PDS/LL (1990) bzw. PDS (1994)

Hochburgen (stabile Wahlkreise) seit 1949

Für die folgende Zusammenstellung der Hochburgen (im Sinne stabiler Wahlkreise) bei den Bundestagswahlen seit 1983 wurde ein Erst- oder Zweitstimmenanteil von mindestens 55,0% zugrunde gelegt. Bei Prozentzahlen **ab 60,0** sind die Bezeichnung des Wahlkreises und/oder der Name des direkt gewählten Wahlkreisbewerbers **fett** gedruckt.

Hinweise

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Die Ergebnisse der Direktwahlen zum Europäischen Parlament enthält Abschnitt 24.4.

Wahl zum 1. Bundestag (1949)

Partei	Wahlkreis	Stimmen- anteil in %	Wahlkreis- abgeordneter
CDU	3 Geilenkirchen–Erkelenz–Jülich (NRW)	64,2	Karl Müller
	4 Düren–Monschau–Schleiden (NRW)	61,5	Bernhard Günther
	26 Geldern–Kleve (NRW)	60,0	Martin Frey
	62 Meschede–Olpe (NRW)	55,6	Hermann Ehren
	2 Ahrweiler (Rheinland-Pfalz)	67,9	Johann Junglas
	3 Koblenz (Rheinland-Pfalz)	57,5	Karl Weber
	4 Cochem (Rheinland-Pfalz)	66,6	Paul Gibbert
	6 Prüm (Rheinland-Pfalz)	80,2	Matthias Mehs
	7 Trier (Rheinland-Pfalz)	64,8	Heinrich Kemper
	7 Bühl (Baden)	59,5	Wendelin Morgenthaler
	4 Balingen (Württ.-Hohenzollern)	59,3	Franz Weiß
	5 Biberach (Württ.-Hohenzollern)	82,0	Bernhard Bauknecht
	6 Ravensburg (Württ.-Hohenzollern)	75,2	Kurt Georg Kiesinger
SPD	19 Hannover-Süd (Niedersachsen)	55,1	Kurt Schumacher

Wahl zum 2. Bundestag (1953)

Partei	Wahlkreis	Zweit- stimmen- anteil in %	Erst- stimmen- anteil in %	Wahlkreis- abgeordneter
CDU	2 Flensburg	40,1	59,6	Will Rasner
	5 Rendsburg	53,1	55,1	Detlef Struve
	6 Kiel	52,8	55,6	Walter Brookmann
	16 Hamburg II	40,0	55,6	Hugo Scharnberg
	24 Leer	43,3	56,3	Hermann Conring
	26 Emsland	68,2	67,1	Heinrich Barlage
	27 Bersenbrück–Lingen	65,0	65,1	Heinrich Eckstein
	31 Vechta–Cloppenburg	77,9	77,7	Kurt Schmücker
	60 Aachen-Stadt	56,8	57,7	Helene Weber
	61 Aachen-Land	55,8	56,1	Franz Mühlberg
	62 Geilenkirchen–Erkelenz–Jülich	70,0	71,0	Karl Müller
	63 Düren–Monschau–Schleiden	68,6	69,3	Bernhard Günther
	64 Bergheim–Euskirchen	56,1	56,3	Johannes Even
	69 Bonn-Stadt und -Land	64,0	68,8	Konrad Adenauer
	70 Siegkreis	58,7	64,8	Peter Etzenbach
	72 Rheinisch-Bergischer Kreis	59,3	60,1	Paul Lücke
	78 Düsseldorf I	55,5	58,0	Josef Gockeln
	80 Neuss–Grevenbroich	61,9	63,2	Richard Muckermann
	81 Krefeld	52,3	55,1	Günther Serres
	82 Rheydt–M.-Gladbach–Viersen	61,0	66,4	Joseph Illerhaus
	83 Kempen–Krefeld	57,4	62,7	Matthias Hoogen
	85 Geldern–Kleve	71,5	73,2	Emil Solke
	94 Borken–Bocholt–Ahaus	68,3	75,0	Theodor Blank
95 Steinfurt–Tecklenburg	52,5	61,9	Georg Pelster	
96 Beckum–Warendorf	62,8	67,5	Bernhard Raestrup	

noch: Wahl zum 2. Bundestag (1953)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CDU	97 Münster-Stadt und -Land	59,9	67,7	Peter Nellen
	98 Lüdinghausen–Coesfeld	63,4	69,6	Hubert Schulze-Pellengahr
	103 Warburg–Höxter–Büren	62,6	71,7	Josef Menke
	104 Paderborn–Wiedenbrück	64,6	69,3	Maria Niggemeyer
	121 Meschede–Olpe	68,9	72,9	Franz Lenze
	122 Arnsberg–Soest	55,2	61,9	Ernst Majonica
	123 Lippstadt–Brilon	61,3	66,5	Aloys Feldmann
	148 Altenkirchen (Westerwald)	56,1	56,2	Franz-Josef Wuermeling
	149 Ahrweiler	71,9	71,8	Otto Lenz
	150 Koblenz	61,7	62,1	Karl Weber
	151 Cochem	67,4	67,2	Paul Gibbert
	153 Prüm	79,6	79,6	Hans Richarts
	154 Trier	67,9	67,2	Heinrich Kemper
	170 Ulm	56,5	60,6	Ludwig Erhard
	171 Aalen	61,0	59,8	Rudolf Vogel
	179 Bruchsal	62,1	61,5	August Neuburger
	182 Tauberbischofsheim	66,3	63,4	Oskar Wacker
	183 Konstanz	66,5	63,8	Josef Schüttler
	184 Donaueschingen	67,8	64,8	Anton Hilbert
	185 Lörrach	57,4	56,9	Lambert Schill
	186 Freiburg	58,7	57,6	Hermann Kopf
	187 Emmendingen	61,9	60,9	Heinrich Höfler
	188 Offenburg	60,7	58,9	Oskar Rümmele
	189 Rastatt	66,1	65,4	Wendelin Morgenthaler
	192 Rottweil	59,8	56,6	Karl Gengler
193 Balingen	62,5	61,2	Gebhard Müller	
194 Biberach	81,7	79,1	Bernhard Bauknecht	
195 Ravensburg	77,2	76,3	Kurt Georg Kiesinger	
CSU	210 Passau	60,5	61,8	Fritz Schäffer
	214 Amberg	57,3	64,5	Anton Donhauser
	215 Burglengenfeld	59,8	60,4	Karl Kahn
	216 Cham	61,4	61,1	Alois Niederalt
	217 Regensburg	50,7	57,0	Hermann Höcherl

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CSU	222 Forchheim	54,6	56,3	Michael Horlacher
	230 Weißenburg	63,7	69,9	Richard Stücklen
	232 Bad Kissingen	58,1	57,9	Gustav Fuchs
	233 Karlstadt	65,1	68,5	Maria Probst
	234 Schweinfurt	53,8	56,3	Friedrich Funk
	237 Augsburg-Land	54,2	56,3	Josef Oesterle
	239 Donauwörth	57,8	59,1	Philip Meyer
	240 Kaufbeuren	56,8	57,7	Josef Spies
	241 Kempten	61,1	61,7	Karl Graf von Spreiti
242 Memmingen	56,7	57,2	Hans August Lücker	
FDP	30 Oldenburg–Ammerland ¹⁾	26,7	56,5	Robert Dannemann
DP	33 Stade–Bremervörde ²⁾	35,2	55,0	Heinrich Hellwege
SPD	–	–	–	–

1) Im Wahlkreis 30 war kein Bewerber für die CDU aufgestellt worden.

2) Im Wahlkreis 33 war kein Bewerber für die CDU aufgestellt worden.

Wahl zum 3. Bundestag (1957)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CDU	26 Emsland	66,2	67,0	Josef Stecker
	27 Bersenbrück–Lingen	62,2	63,2	Clemens Hesemann
	31 Vechta–Cloppenburg	77,1	77,2	Kurt Schmücker
	60 Aachen-Stadt	62,5	62,6	Franz Meyers
	61 Aachen-Land	61,5	61,3	Franz Mühlberg
	62 Geilenkirchen–Erkelenz–Jülich	72,0	72,6	Karl Arnold
	63 Düren–Monschau–Schleiden	73,3	73,0	Bernhard Günther
	64 Bergheim–Euskirchen	62,1	61,7	Johannes Even
	65 Köln-Land	58,6	58,8	Aloys Lenz
	66 Köln I	58,2	58,4	Änne Brauksiepe
	67 Köln II	59,8	60,6	Fritz Hellwig
	68 Köln III	55,0	55,0	Hans Katzer
	69 Bonn-Stadt und -Land	66,0	68,5	Konrad Adenauer
	70 Siegkreis	65,4	65,4	Peter Etzenbach
	71 Oberbergischer Kreis	50,1	56,0	August Dresbach
	72 Rheinisch-Bergischer Kreis	64,1	64,4	Paul Lücke
	73 Rhein-Wupper-Kr. Leverkusen	56,1	56,3	Peter Wilhelm Brand
	78 Düsseldorf I	57,9	59,7	Josef Gockeln
	80 Neuss–Grevenbroich	66,8	67,1	Richard Muckermann
	81 Krefeld	57,2	58,1	Günther Serres
	82 Rheydt–M.-Gladbach–Viersen	65,0	65,6	Joseph Illerhaus
	83 Kempen–Krefeld	65,3	65,5	Matthias Hoogen
	85 Geldern–Kleve	75,4	75,6	Emil Solke
	91 Essen III	54,3	56,3	Hans Toussaint
94 Borken–Bocholt–Ahaus	74,0	74,2	Theodor Blank	

noch: Wahl zum 3. Bundestag (1957)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CDU	95 Steinfurt–Tecklenburg	60,4	60,8	Georg Pelster
	96 Beckum–Warendorf	66,0	66,5	Heinrich Windelen
	97 Münster-Stadt und -Land	64,2	64,8	Peter Nellen
	98 Lüdinghausen–Coesfeld	69,0	69,1	Hubert Schulze-Pellengahr
	100 Recklinghausen-Land	55,6	55,7	Friedrich Wilhelm Willeke
	103 Warburg–Höxter–Büren	70,3	70,5	Josef Menke
	104 Paderborn–Wiedenbrück	68,1	68,2	Rainer Barzel
	121 Meschede–Olpe	73,6	74,0	Franz Lenze
	122 Arnsberg–Soest	61,2	61,6	Ernst Majonica
	123 Lippstadt–Brilon	65,5	65,5	Bernhard Balkenhol
	134 Fulda	59,7	59,6	Hermann Götz
	137 Limburg	57,5	58,2	Josef Arndgen
	148 Altenkirchen–Westerwald	57,2	57,6	Franz-Josef Wuermeling
	149 Ahrweiler	73,7	73,9	Johann Peter Josten
	150 Koblenz	61,3	61,7	Karl Weber
	151 Cochem	65,6	65,4	Paul Gibbert
	153 Prüm	79,1	79,6	Hans Richarts
	154 Trier	66,6	66,9	Alois Zimmer
	155 Montabaur	54,9	55,5	Robert Stauch
	162 Speyer	56,7	56,8	Albert Leicht
	170 Ulm	54,5	58,4	Ludwig Erhard
	171 Aalen	61,6	62,0	Rudolf Vogel
	179 Bruchsal	65,5	65,9	August Neuburger
	182 Tauberbischofsheim	70,2	71,4	August Berberich
	183 Konstanz	61,1	61,5	Josef Schüttler
	184 Donaueschingen	62,4	62,6	Anton Hilbert
	186 Freiburg	55,4	56,1	Hermann Kopf
	187 Emmendingen	58,3	58,4	Heinrich Höfler
	188 Offenburg	56,9	58,5	Hans Furler
	189 Rastatt	63,9	64,9	Ludwig Kroll
192 Rottweil	55,0	55,6	Bruno Heck	
193 Balingen	57,7	59,5	Walter Gaßmann	
194 Biberach	80,1	80,0	Bernhard Bauknecht	
195 Ravensburg	73,6	75,3	Kurt Georg Kiesinger	
CSU	196 Altötting	60,7	62,1	Josef Bauer
	198 Ingolstadt	62,1	63,6	Hans Demmelmeier
	204 München-Land	54,4	61,7	Franz Seidl
	206 Traunstein	55,2	55,8	Wolfgang Klausner
	207 Weilheim	56,3	57,6	Franz Josef Strauß
	208 Deggendorf	61,9	61,8	Stefan Dittrich
	209 Landshut	59,1	59,8	Friedrich Zimmermann
	210 Passau	69,6	70,4	Fritz Schäffer
	211 Pfarrkirchen	64,3	68,2	Friedrich Kempfler
	212 Straubing	60,8	60,4	Josef Lermer
	213 Vilshofen	65,4	66,3	Franz Xaver Unertl
	214 Amberg	65,8	65,0	Heinrich Aigner
	215 Burglengenfeld	65,5	66,4	Hans Drachslar
	216 Cham	71,9	73,4	Alois Niederalt
	217 Regensburg	56,7	57,8	Hermann Höcherl

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CSU	218 Tirschenreuth	62,6	62,8	Hugo Geiger
	219 Bamberg	63,2	63,1	Emil Kemmer
	222 Forchheim	68,4	68,4	Karl Theodor v. Guttenberg
	225 Ansbach	65,5	65,0	Friedrich Bauereisen
	226 Erlangen	52,5	55,5	Werner Dollinger
	230 Weißenburg	71,9	74,2	Richard Stücklen
	231 Aschaffenburg	58,7	58,9	Karl-Heinz Vogt
	232 Bad Kissingen	67,7	66,7	Gustav Fuchs
	233 Karlstadt	69,3	70,4	Maria Probst
	234 Schweinfurt	60,7	61,7	Friedrich Funk
	235 Würzburg	57,6	57,5	Linus Memmel
	237 Augsburg-Land	62,8	63,6	Josef Oesterle
	238 Dillingen	63,3	63,8	Hans Schütz
	239 Donauwörth	68,4	69,2	Philipp Meyer
	240 Kaufbeuren	63,5	62,6	Josef Spies
241 Kempten	63,6	64,3	Georg Krug	
242 Memmingen	63,5	64,0	Hans August Lücker	
SPD	–	–	–	–

Wahl zum 4. Bundestag (1961)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CDU	26 Emsland	66,9	67,0	Josef Stecker
	27 Bersenbrück–Lingen	64,0	64,4	Clemens Hesemann
	31 Vechta–Cloppenburg	81,3	81,9	Kurt Schmücker
	61 Aachen-Land	56,0	56,2	Josef Müller
	62 Geilenkirchen–Erkelenz–Jülich	64,1	64,4	Fritz Burgbacher
	63 Düren–Monschau–Schleiden	66,8	66,6	Bernhard Günther
	64 Bergheim–Euskirchen	57,3	57,0	Johannes Even
	69 Bonn-Stadt und -Land	58,4	60,3	Konrad Adenauer
	70 Siegkreis	59,1	59,1	Georg Kliesing
	72 Rheinisch-Bergischer Kreis	56,5	57,2	Paul Lücke
	80 Neuss–Grevenbroich	59,1	59,1	Josef Rommerskirchen
	82 Rheydt–M.-Gladbach–Viersen	56,6	56,7	Joseph Illerhaus
	83 Kempen–Krefeld	60,0	60,6	Matthias Hoogen
	85 Geldern–Kleve	70,2	70,6	Felix Frhr. v. Vittinghoff-Schell
	94 Borken–Bocholt–Ahaus	71,9	71,9	Theodor Blank
	95 Steinfurt–Tecklenburg	58,8	59,0	Franz Falke
	96 Beckum–Warendorf	62,5	63,0	Heinrich Windelen
	97 Münster-Stadt und -Land	58,2	58,7	Hermann Diebäcker
	98 Lüdinghausen–Coesfeld	67,1	67,6	Heinrich Hörnemann
	103 Warburg–Höxter–Büren	71,7	71,8	Josef Menke
	104 Paderborn–Wiedenbrück	64,3	64,9	Rainer Barzel
	121 Meschede–Olpe	70,5	70,8	Franz Lenze
	122 Arnsberg–Soest	56,4	57,0	Ernst Majonica

noch: Wahl zum 4. Bundestag (1961)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CDU	123 Lippstadt–Brilon	62,2	61,9	Bernhard Balkenhol
	149 Ahrweiler	68,5	69,0	Johann Peter Josten
	150 Koblenz	56,1	56,8	Karl Weber
	151 Cochem	60,3	60,7	Paul Gibbert
	153 Prüm	76,1	76,5	Hans Richarts
	154 Trier	61,9	62,0	Alois Zimmer
	179 Bruchsal	60,6	60,4	Adolf Bieringer
	182 Tauberbischofsheim	67,2	67,1	August Berberich
	184 Donaueschingen	55,7	55,6	Anton Hilbert
	189 Rastatt	57,6	57,7	Hugo Hauser
	194 Biberach	75,4	75,3	Bernhard Bauknecht
	195 Ravensburg	66,7	66,8	Eduard Adorno
	245 Saarlouis–Merzig	58,0	58,2	Albert Baldauf
	246 Ottweiler–St. Wendel	55,3	55,7	Leo Gottesleben
	CSU	196 Altötting	64,2	64,4
197 Fürstenfeldbruck		55,1	56,2	Richard Jaeger
198 Ingolstadt		65,4	66,0	Paul Weinzierl
204 München-Land		56,3	58,1	Franz Seidl
205 Rosenheim		55,3	55,9	Ludwig Franz
206 Traunstein		56,9	55,8	Heinz Brenck
207 Weilheim		56,3	57,7	Franz Josef Strauß
208 Deggendorf		64,9	63,8	Stefan Dittrich
209 Landshut		62,0	60,3	Friedrich Zimmermann
210 Passau		69,3	68,3	August Ramminger
211 Pfarrkirchen		73,9	74,3	Fritz Kempfler
212 Straubing		67,2	67,3	Josef Lermer
213 Vilshofen		68,8	68,2	Franz Xaver Unertl
214 Amberg		63,1	64,1	Heinrich Aigner
215 Burglengenfeld		66,0	67,2	Hans Drachsler
216 Cham		73,2	74,2	Alois Niederalt
217 Regensburg		57,3	58,3	Hermann Höcherl
218 Tirschenreuth		61,1	61,1	Franz Weigl
219 Bamberg		63,0	62,7	Emil Kemmer
222 Forchheim		66,9	67,7	Karl Theodor v. Guttenberg
225 Ansbach		61,1	60,6	Georg Ehnes
230 Weißenburg		71,5	73,7	Richard Stücklen
231 Aschaffenburg		54,8	55,0	Karl-Heinz Vogt
232 Bad Kissingen		64,3	64,7	Alex Hösl
233 Karlstadt		67,1	68,7	Maria Probst
234 Schweinfurt		55,9	56,7	Friedrich Funk
235 Würzburg		55,0	55,7	Linus Memmel
237 Augsburg-Land		58,2	58,6	Walter Althammer
238 Dillingen		57,0	58,6	Hans Schütz
239 Donauwörth		63,3	64,8	Philipp Meyer
240 Kaufbeuren	59,7	60,5	Josef Spies	
241 Kempten	54,4	56,1	Georg Krug	
242 Memmingen	59,2	60,6	Hans August Lückner	
SPD	58 Bremen-West	55,0	55,5	Hans Stefan Seifriz

Wahl zum 5. Bundestag (1965)

Partei	Wahlkreis	Zweit- stimmen- anteil in %	Erst- stimmen- anteil in %	Wahlkreis- abgeordneter
CDU	3 Husum	54,6	57,0	Hermann Glüsing
	25 Stade	52,2	55,8	Peter Tobaben
	26 Emsland	69,8	71,0	Josef Stecker
	27 Cloppenburg	77,5	79,4	Kurt Schmücker
	32 Bersenbrück	65,7	66,8	Burkhard Ritz
	55 Geilenkirchen-Heinsberg	62,3	63,1	Fritz Burgbacher
	56 Düren	64,1	64,7	Bert Even
	57 Bergheim	55,5	56,0	Hans Verbeek
	63 Bonn	56,1	59,6	Konrad Adenauer
	64 Siegkreis I-Bonn-Land	60,2	61,8	Georg Kliesing
	66 Rheinisch-Bergischer Kreis	54,8	56,6	Paul Lücke
	77 Neuss-Grevenbroich I	57,5	58,8	Josef Rommerskirchen
	79 Mönchengladbach	57,0	57,9	Joseph Illerhaus
	81 Kempen-Krefeld	57,1	58,3	Hugo Hammans
	83 Kleve	67,0	68,2	Felix Frhr. v. Vittinghoff-Schell
	92 Ahaus-Bocholt	71,4	71,2	Theodor Blank
	93 Tecklenburg	58,2	59,2	Wilhelm Rawe
	94 Beckum-Warendorf	61,9	63,3	Heinrich Windelen
	95 Münster	56,4	57,0	Hermann Diebäcker
	96 Steinfurt-Coesfeld	66,9	67,5	Heinrich Hörnemann
	102 Höxter	69,4	69,8	Heinrich Wilper
	106 Paderborn-Wiedenbrück	67,8	70,3	Rainer Barzel
	120 Lippstadt-Brilon	60,9	60,5	Bernhard Balkenhol
	121 Olpe-Meschede	68,0	68,9	Franz Lenze
	122 Arnsberg-Soest	55,8	57,4	Ernst Majonica
	149 Ahrweiler	66,3	67,4	Johann Peter Josten
	150 Koblenz	55,7	56,8	Egon Klepsch
	151 Cochem	62,8	63,5	Paul Gibbert
	153 Bitburg	73,8	74,9	Hans Richarts
	154 Trier	60,8	61,0	Heinrich Holkenbrink
	173 Ulm	51,8	58,2	Ludwig Erhard
	174 Aalen-Heidenheim	56,1	57,7	Manfred Abelein
	176 Crailsheim	53,6	55,3	Heinrich Stooß
	183 Bruchsal-Karlsruhe-Land II	57,2	58,1	Helmut Artzinger
	185 Tauberbischofsheim	65,6	65,6	August Berberich
	186 Konstanz	53,3	55,3	Hermann Biechele
	187 Donaueschingen	55,4	56,2	Hansjörg Häfele
	188 Waldshut	56,6	56,3	Anton Hilbert
	191 Emmendingen-Wolfach	55,1	54,8	Albert Burger
	192 Offenburg	54,8	56,8	Hans Furler
	193 Rastatt	59,8	61,1	Hugo Hauser
	196 Rottweil	55,0	55,9	Bruno Heck
197 Balingen	58,3	59,9	Hermann Schwörer	
198 Biberach	73,6	74,2	Bernhard Bauknecht	
199 Ravensburg	65,1	66,1	Eduard Adorno	

noch: Wahl zum 5. Bundestag (1965)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CSU	200 Altötting	69,0	69,4	Josef Bauer
	201 Fürstfeldbruck	56,1	57,9	Richard Jaeger
	202 Ingolstadt	64,2	64,2	Karl Heinz Gierenstein
	209 München-Land	56,2	55,8	Anton Besold
	210 Rosenheim	58,0	59,0	Ludwig Franz
	211 Traunstein	60,6	60,5	Heinz Brenck
	212 Weilheim	58,5	58,9	Franz Josef Strauß
	213 Deggendorf	65,8	63,0	Stefan Dittrich
	214 Landshut	64,4	63,9	Friedrich Zimmermann
	215 Passau	68,6	63,7	Franz Xaver Unertl
	216 Straubing	69,4	68,8	Alois Rainer
	217 Pfarrkirchen	74,2	74,7	Fritz Kempfler
	218 Amberg-Neumarkt i. d. Opf.	66,9	67,8	Heinrich Aigner
	219 Burglengenfeld	66,7	68,4	Alois Niederalt
	220 Regensburg	59,2	61,7	Hermann Höcherl
	221 Tirschenreuth	60,1	60,2	Franz Weigl
	222 Bamberg	62,5	63,0	Paul Röhner
	225 Kulmbach	58,1	59,0	Karl Theodor v. Guttenberg
	232 Weißenburg	69,7	72,3	Richard Stücklen
	233 Aschaffenburg	55,2	56,4	Karl Heinz Vogt
	234 Bad Kissingen	67,5	69,0	Alex Hösl
	235 Karlstadt	67,7	67,5	Maria Probst
	236 Schweinfurt	57,2	60,8	Max Schulze-Vorberg
	239 Augsburg-Land	60,0	60,6	Walter Althammer
240 Donauwörth	66,9	68,3	Karl Heinz Lemmrich	
241 Neu-Ulm	60,6	62,5	Leo Wagner	
242 Kaufbeuren	62,2	64,0	Hans August Lücker	
243 Kempten	57,5	59,1	Georg Krug	
SPD	82 Moers	54,8	55,9	Fritz Büttner
	88 Essen II	59,2	59,6	Karl Bergmann
	90 Duisburg I	56,8	56,8	Eberhard Brünen
	97 Gelsenkirchen I	55,7	56,2	Josef Löbbert
	98 Gelsenkirchen II	57,4	57,9	Hans Gertzen
	110 Wanne-Eickel-Wattenscheid	57,8	58,4	Heinz Westphal
	115 Dortmund II	60,1	60,6	Willi Beuster
	116 Dortmund III	55,9	56,6	Walter Behrendt
	117 Bochum	54,0	55,2	Karl Liedtke
	118 Bochum-Witten	59,1	60,1	Gustav Heinemann
	128 Eschwege	56,3	57,7	Egon Höhmann

Hinweise

Die Wahlergebnisse jedes einzelnen Wahlkreises enthalten die auf Seite 164–165 angezeigten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Hierin sind auszugsweise auch die Ergebnisse der Landtagswahlen aufgenommen, die vollständig wiederum in den Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter zu finden sind.

Wahl zum 6. Bundestag (1969)

Partei	Wahlkreis	Zweit- stimmen- anteil in %	Erst- stimmen- anteil in %	Wahlkreis- abgeordneter
CDU	26 Emsland	66,0	66,5	Rudolf Seiters
	27 Cloppenburg	73,1	73,9	Kurt Schmücker
	32 Bersenbrück	63,1	64,7	Burkhard Ritz
	55 Heinsberg	63,1	63,9	Fritz Burgbacher
	56 Düren	54,9	55,3	Herbert Hermesdorf
	64 Rhein-Sieg-Kreis I	53,7	55,3	Georg Kliesing
	79 Mönchengladbach	54,0	55,1	Curt Becker
	81 Kempen-Krefeld	55,3	56,4	Hugo Hammans
	83 Kleve	63,1	63,5	Emil Solke
	91 Ahaus-Bocholt	66,6	66,6	Hermann Josef Unland
	93 Tecklenburg	54,6	57,0	Wilhelm Rawe
	94 Beckum-Warendorf	57,5	60,3	Heinrich Windelen
	96 Steinfurt-Coesfeld	62,1	63,6	Gottfried Köster
	102 Höxter	66,9	67,5	Gerd Ritgen
	106 Paderborn-Wiedenbrück	65,5	67,2	Rainer Barzel
	120 Lippstadt-Bilon	56,1	57,9	Bernhard Balkenhol
	121 Olpe-Meschede	63,9	64,3	Franz Lenze
	134 Fulda	55,2	56,5	Hermann Götz
	149 Ahrweiler	61,3	61,2	Johann Peter Josten
	151 Cochem	59,7	59,5	Klaus Bremm
	153 Bitburg	68,8	69,1	Hans Richarts
	154 Trier	57,2	57,1	Carl-Ludwig Wagner
	174 Aalen-Heidenheim	55,1	56,6	Manfred Abelein
	183 Bruchsal-Karlsruhe-Land II	55,4	55,7	Helmut Artzinger
	185 Tauberbischofsheim	63,0	60,7	Karl Miltner
	188 Waldshut	59,3	62,5	Kurt Georg Kiesinger
	191 Emmendingen-Wolfach	55,3	56,0	Albert Burger
	192 Offenburg	55,7	56,9	Hans Furler
	193 Rastatt	59,9	61,0	Hugo Hauser
196 Rottweil	58,0	57,9	Bruno Heck	
197 Balingen	62,1	63,0	Hermann Schwörer	
198 Biberach	72,8	73,1	Eugen Maucher	
199 Ravensburg	65,3	66,1	Eduard Adorno	
CSU	200 Altötting	66,4	65,4	Valentin Dasch
	202 Ingolstadt	62,1	62,2	Karl Heinz Gierenstein
	210 Rosenheim	55,6	55,6	Ludwig Franz
	211 Traunstein	60,9	59,3	Matthias Engelsberger
	212 Weilheim	58,7	62,0	Franz Josef Strauß
	213 Deggendorf	64,9	58,8	Stefan Dittrich
	214 Landshut	62,8	58,6	Friedrich Zimmermann
	215 Passau	69,2	66,2	Franz Xaver Unertl
	216 Straubing	67,7	66,6	Alois Rainer
	217 Pfarrkirchen	70,4	69,0	Fritz Kempfler
	218 Amberg-Neumarkt	65,2	66,7	Heinrich Aigner
	219 Burglengenfeld	64,9	65,2	Dionys Jobst
	220 Regensburg	59,6	61,6	Hermann Höcherl
	221 Tirschenreuth	57,9	57,1	Franz Weigl
	222 Bamberg	62,7	64,6	Paul Röhner

noch: Wahl zum 6. Bundestag (1969)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CSU	225 Kulmbach	56,3	55,1	Lorenz Niegel
	232 Weißenburg	67,2	69,5	Richard Stücklen
	233 Aschaffenburg	56,2	56,0	Paul Gerlach
	234 Bad Kissingen	66,5	68,3	Alex Hösl
	235 Karlstadt	64,3	64,1	Alfred Biehle
	236 Schweinfurt	56,5	59,1	Max Schulze-Vorberg
	239 Augsburg-Land	61,0	61,9	Walter Althammer
	240 Donauwörth	65,9	67,3	Karl Heinz Lemmrich
	241 Neu-Ulm	58,5	59,8	Leo Wagner
	242 Kaufbeuren	63,6	64,0	Hans August Lückert
243 Kempten	59,1	58,2	Wolfgang Pohle	
SPD	12 Hamburg-Mitte	58,6	60,7	Eugen Glombig
	13 Altona	52,4	55,3	Karl Wilhelm Berkhan
	14 Elmsbüttel	52,6	55,9	Wilhelm Nölling
	15 Hamburg-Nord I	51,8	55,9	Hans Apel
	16 Hamburg-Nord II	57,1	59,8	Rolf Meinecke
	17 Wandsbek	51,3	55,0	Ilse Elsner
	18 Bergedorf	56,5	61,1	Helmut Schmidt
	19 Harburg	58,3	60,0	Herbert Wehner
	36 Hannover I	53,8	55,8	Egon Franke
	37 Hannover II	55,7	57,2	Helmut Rohde
	51 Bremen-West	55,5	57,1	Hans Stefan Seifriz
	62 Köln IV	54,2	55,4	Erich Henke
	82 Moers	57,4	59,3	Jürgen Schmude
	86 Mülheim	56,3	57,5	Willi Müller
	87 Essen I	56,9	57,7	Erwin Lange
	88 Essen II	61,3	62,3	Karl Bergmann
	90 Duisburg I	60,1	61,3	Eberhard Brünen
	91 Duisburg II	53,8	56,0	Hermann Spillecke
	97 Gelsenkirchen I	57,8	58,9	Josef Löbbert
	98 Gelsenkirchen II	59,3	60,0	Hans Gertzen
	101 Bottrop-Gladbeck	55,7	57,2	Johann Wuwer
	110 Wanne-Eickel-Wattenscheid	59,2	60,6	Heinz Westphal
	111 Herne-Castrop-Rauxel	57,2	57,7	Herbert Kriedemann
	112 Ennepe-Ruhrkreis	55,1	56,4	Wilhelm Michels
	114 Dortmund I	56,2	60,2	Karl Schiller
	115 Dortmund II	61,9	63,0	Friedhelm Dohmann
	116 Dortmund III	58,5	59,7	Walter Behrendt
	117 Bochum	56,7	59,1	Karl Liedtke
	118 Bochum-Witten	60,6	61,7	Herbert Baack
	123 Unna	55,4	57,4	Manfred Schulte
127 Kassel	55,1	56,9	Holger Börner	
128 Eschwege	58,5	60,8	Egon Höhmann	
140 Frankfurt I	49,8	55,3	Georg Leber	
179 Mannheim I	51,3	55,9	Carlo Schmid	

Wahl zum 7. Bundestag (1972)

Partei	Wahlkreis	Zweit- stimmen- anteil in %	Erst- stimmen- anteil in %	Wahlkreis- abgeordneter
CDU	26 Emsland	60,9	62,1	Rudolf Seiters
	27 Cloppenburg	70,1	70,8	Manfred Carstens
	32 Bersenbrück	59,8	61,2	Burkhard Ritz
	55 Heinsberg	58,6	59,9	Adolf Frhr. Spies von Büllesheim
	83 Kleve	58,4	58,7	Emil Solke
	92 Ahaus-Bocholt	64,0	64,0	Hermann Josef Unland
	96 Steinfurt-Coesfeld	58,1	59,0	Gottfried Köster
	102 Höxter	66,4	67,0	Leo Ernesti
	106 Paderborn-Wiedenbrück	63,5	63,9	Rainer Barzel
	120 Lippstadt-Brilon	54,9	55,8	Hermann Kroll-Schlüter
	121 Olpe-Meschede	62,5	63,1	Otto Entrup
	134 Fulda	55,6	55,9	Hermann Götz
	149 Ahrweiler	57,1	57,8	Johann Peter Josten
	151 Cochem	57,7	58,1	Klaus Bremm
	153 Bitburg	65,4	66,6	Alois Mertes
	185 Tauberbischofsheim	60,9	61,5	Karl Miltner
	187 Donaueschingen	53,6	55,3	Hansjörg Häfele
	188 Waldshut	55,6	55,7	Kurt Georg Kiesinger
	191 Emmendingen-Wolfach	54,2	55,9	Albert Burger
	193 Rastatt	57,5	58,2	Hugo Hauser
196 Rottweil	57,4	57,8	Bruno Heck	
197 Balingen	61,2	62,1	Hermann Schwörer	
198 Biberach	71,1	72,1	Eugen Maucher	
199 Ravensburg	63,9	64,3	Claus Jäger	
CSU	200 Altötting	66,8	65,9	Karl-Heinz Spilker
	202 Ingolstadt	61,7	62,5	Karl Heinz Gierenstein
	210 Rosenheim	58,2	57,9	Ludwig Franz
	211 Traunstein	63,3	63,6	Matthias Engelsberger
	212 Weilheim	62,0	62,3	Franz Josef Strauß
	213 Deggendorf	64,6	65,0	Franz Handlos
	214 Landshut	62,4	61,1	Friedrich Zimmermann
	215 Passau	67,3	66,4	Karl Fuchs
	216 Straubing	65,4	64,7	Alois Rainer
	217 Pfarrkirchen	71,2	71,5	Fritz Kempfler
	218 Amberg-Neumarkt	63,9	65,2	Heinrich Aigner
	219 Burglengenfeld	64,1	64,7	Dionys Jobst
	220 Regensburg	59,0	60,8	Hermann Höcherl
	221 Tirschenreuth	57,4	56,1	Max Kunz
	222 Bamberg	62,8	65,2	Paul Röhner
	225 Kulmbach	56,4	56,3	Lorenz Niegel
	232 Weißenburg	63,6	65,0	Richard Stücklen
	234 Bad Kissingen	66,2	67,1	Alex Hösl
	235 Karlstadt	63,7	64,6	Alfred Biehle
	236 Schweinfurt	56,7	58,2	Max Schulze-Vorberg
239 Augsburg-Land	61,6	62,8	Walter Althammer	
240 Donauwörth	64,4	65,4	Karl Heinz Lemmrich	

noch: Wahl zum 7. Bundestag (1972)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CSU	241 Neu-Ulm	58,2	59,1	Leo Wagner
	242 Kaufbeuren	65,5	65,7	Hans August Lückner
	243 Kempten	58,6	58,6	Ignaz Kiechle
SPD	1 Flensburg	52,0	55,8	Walter Suck
	6 Kiel	55,2	59,4	Norbert Gansel
	11 Lübeck	53,9	58,8	Björn Engholm
	12 Hamburg-Mitte	60,9	64,6	Eugen Glombig
	13 Altona	50,9	57,3	Karl Wilhelm Berkhan
	14 Elmsbüttel	52,2	58,7	Wilhelm Nölling
	15 Hamburg-Nord I	50,4	57,7	Hans Apel
	16 Hamburg-Nord II	57,6	62,3	Rolf Meinecke
	17 Wandsbek	48,4	55,0	Alfons Pawelczyk
	18 Bergedorf	58,0	64,0	Helmut Schmidt
	19 Harburg	60,5	64,0	Herbert Wehner
	20 Emden-Leer	57,2	61,2	Carl Ewen
	21 Wilhelmshaven	54,0	57,2	Herbert Ehrenberg
	23 Delmenhorst-Wesermarsch	54,0	57,7	Heinrich Müller
	35 Schaumburg	51,8	56,8	Friedel Schirmer
	36 Hannover I	53,9	58,5	Egon Franke
	37 Hannover II	55,6	59,8	Helmut Rohde
	38 Hannover III	51,0	55,7	Werner Marquardt
	42 Holzminden	54,4	57,5	Karl Ahrens
	44 Salzgitter	56,1	59,0	Hans-Jürgen Junghans
	45 Braunschweig	53,5	58,6	Hermann Oetting
	47 Goslar-Wolfenbüttel	50,9	55,7	Philip Rosenthal
	48 Northeim	53,8	56,9	Martin Schmidt
	50 Bremen-Ost	52,7	57,2	Ernst Waltemathe
	51 Bremen-West	63,3	66,6	Claus Grobecker
	52 Bremerhaven-Bremen-Nord	59,5	62,6	Horst Grunenberg
	59 Köln I	54,0	58,5	Hans-Jürgen Wischniewski
	61 Köln III	54,1	59,1	Hubert Weber
	62 Köln IV	55,8	60,2	Erich Henke
	67 Leverkusen-Opladen	51,6	57,3	Bruno Wiefel
	75 Düsseldorf II	54,2	57,6	Helmut Lenders
	82 Moers	63,7	67,2	Jürgen Schmude
	84 Dinslaken	56,0	59,6	Uwe Jens
85 Oberhausen	61,1	62,3	Erich Meinike	
86 Mülheim	59,1	63,0	Willi Müller	
87 Essen I	62,0	63,8	Erwin Lange	
88 Essen II	67,7	69,7	Peter W. Reuschenbach	
90 Duisburg I	68,7	70,0	Günter Schluckebier	
91 Duisburg II	59,8	62,6	Hermann Spillecke	
97 Gelsenkirchen I	65,3	66,2	Josef Löbbert	
98 Gelsenkirchen II	65,6	66,4	Hans Gertzen	
99 Recklinghausen-Land	55,3	58,3	Günther Eckerland	
100 Recklinghausen-Stadt	57,3	59,7	Erich Wolfram	
101 Bottrop-Gladbeck	63,3	64,7	Hans Wuwer	
107 Herford	54,3	57,3	Günter Biermann	
110 Wanne-Eickel-Wattenscheid	64,6	67,3	Heinz Westphal	

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: SPD	111 Herne-Castrop-Rauxel	63,8	66,0	Walter Arendt
	112 Ennepe-Ruhr-Kreis	56,8	59,8	Hans-Jürgen Augstein
	114 Dortmund I	56,7	60,2	Werner Zeitler
	115 Dortmund II	67,8	69,4	Hans-Eberhard Urbaniak
	116 Dortmund III	62,4	64,8	Walter Behrendt
	117 Bochum	60,5	64,0	Karl Liedtke
	118 Bochum-Witten	64,1	66,8	Herbert Baack
	123 Unna	61,4	64,1	Manfred Schulte
	127 Kassel	55,5	60,1	Holger Börner
	128 Eschwege	60,5	64,1	Egon Höhmann
	130 Hersfeld	51,5	55,2	Wendelin Enders
	132 Wetzlar	50,2	55,0	Helmut Kater
	143 Groß-Gerau	51,1	56,7	Hermann Schmitt-Vockenhausen
	145 Darmstadt	49,4	56,4	Günther Metzger
	158 Frankenthal	54,0	57,1	Rudolf Kaffka
	159 Ludwigshafen	55,1	58,9	Hans Bardens
	161 Kaiserslautern	52,9	55,7	Adolf Müller-Emmert
	179 Mannheim I	56,5	59,3	Werner Nagel
	231 Nürnberg-Süd	54,8	58,0	Egon Lutz

Wahl zum 8. Bundestag (1976)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CDU	26 Emsland	61,7	62,2	Rudolf Seiters
	27 Cloppenburg	71,2	72,7	Manfred Carstens
	32 Lingen	62,6	64,4	Burkhard Ritz
	55 Heinsberg	60,8	61,4	Adolf Frhr. Spies v. Büllesheim
	64 Rhein-Sieg-Kreis I	55,5	55,6	Franz Möller
	83 Kleve	60,0	60,3	Jochen van Aerssen
	92 Ahaus-Bocholt	66,2	65,7	Hermann Josef Unland
	96 Steinfurt-Coesfeld	60,4	60,4	Gottfried Köster
	102 Höxter	67,9	68,2	Leo Ernesti
	196 Paderborn-Wiedenbrück	65,9	66,6	Rainer Barzel
	120 Lippstadt-Brilon	58,2	58,6	Hermann Kroll-Schlüter
	121 Olpe-Meschede	65,5	65,4	Willi Josef Weiskirch
	134 Fulda	58,5	58,9	Alfred Dregger
	149 Ahrweiler	60,1	60,0	Johann Peter Josten
	151 Cochem	60,7	60,5	Waltrud Will-Feld
	153 Bitburg	68,9	69,7	Alois Mertes
	154 Trier	56,4	56,2	Günther Schartz
	174 Aalen-Heidenheim	55,5	57,1	Manfred Abelein
	175 Schwäbisch-Gmünd-Backnang	53,8	55,7	Dieter Schulte
	176 Crailsheim	57,3	57,4	Philipp Jenninger

noch: Wahl zum 8. Bundestag (1976)

Partei	Wahlkreis	Zweit- stimmen- anteil in %	Erst- stimmen- anteil in %	Wahlkreis- abgeordneter
noch: CDU	183 Bruchsal-Karlsruhe-Land II	56,9	56,8	Klaus Bühler
	185 Tauberbischofsheim	63,1	63,5	Karl Miltner
	186 Konstanz	55,6	55,4	Hermann Biechele
	187 Donaueschingen	57,0	58,2	Hansjörg Häfele
	188 Waldshut	57,9	57,2	Norbert Nothhelfer
	191 Emmendingen-Wolfach	56,0	56,9	Albert Burger
	192 Offenburg	55,5	55,3	Wolfgang Schäuble
	193 Rastatt	60,2	60,1	Bernhard Friedmann
	195 Calw	56,3	56,7	Haimo George
	196 Rottweil	61,2	61,2	Franz Sauter
	197 Balingen	63,6	64,1	Hermann Schwörer
	198 Biberach	73,2	72,9	Isidor Früh
	199 Ravensburg	66,8	66,9	Claus Jäger
CSU	200 Altötting	70,4	70,2	Karl-Heinz Spilker
	201 Freising	62,7	63,3	Albert Probst
	202 Fürstenfeldbruck	60,5	60,2	Richard Jaeger
	203 Ingolstadt	65,6	66,1	Karl Heinz Gierenstein
	209 München-Land	58,5	58,3	Franz Ludwig Schenk Graf v. Stauffenberg
	210 Rosenheim	63,9	62,6	Hans Georg Karl Fritz Graf Huyn
	211 Traunstein	68,2	68,4	Matthias Engelsberger
	212 Weilheim	66,4	66,3	Franz Josef Strauß
	213 Deggendorf	72,7	73,3	Franz Handlos
	214 Landshut	67,4	66,1	Friedrich Zimmermann
	215 Passau	67,9	66,9	Karl Fuchs
	216 Rottal-Inn	71,9	70,1	Günther Müller
	217 Straubing	69,7	69,2	Alois Rainer
	218 Amberg	66,4	66,9	Heinrich Aigner
	219 Regensburg	64,8	64,5	Albert Schedl
	220 Schwandorf	67,4	66,5	Dionys Jobst
	221 Weiden	62,7	62,1	Max Kunz
	222 Bamberg	67,0	68,4	Paul Röhner
	223 Bayreuth	55,6	55,1	Heinz Starke
	226 Kulmbach	60,3	60,8	Lorenz Niegel
	227 Ansbach	63,2	64,4	Carl-Dieter Spranger
	232 Roth	59,4	60,7	Richard Stücklen
	233 Aschaffenburg	58,2	57,9	Paul Gerlach
	234 Bad Kissingen	70,3	70,0	Alex Hösl
	235 Main-Spessart	63,5	63,5	Alfred Biehle
	236 Schweinfurt	61,3	62,0	Michael Glos
	237 Würzburg	57,4	57,4	Wolfgang Bötsch
	239 Augsburg-Land	67,7	68,1	Walter Althammer
	240 Donau-Ries	68,5	68,0	Karl Heinz Lemmrich
	241 Neu-Ulm	60,9	61,8	Theodor Waigel
	242 Oberallgäu	62,9	62,5	Ignaz Kiechle
	243 Unterallgäu	69,7	69,9	Hans August Lückner

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
SPD	5 Kiel	54,6	57,2	Norbert Gansel
	12 Hamburg-Mitte	56,8	57,7	Eugen Glombig
	16 Hamburg-Nord II	56,6	56,2	Rolf Meinecke
	18 Bergedorf	55,5	59,7	Helmut Schmidt
	19 Harburg	58,8	58,7	Herbert Wehner
	20 Emden-Leer	55,2	57,4	Carl Ewen
	44 Salzgitter	53,2	55,0	Hans-Jürgen Junghans
	51 Bremen-West	58,4	59,2	Claus Grobecker
	52 Bremerhaven-Bremen-Nord	56,5	56,3	Horst Grunenberg
	82 Moers	60,4	61,7	Jürgen Schmude
	84 Dinslaken	53,4	55,8	Uwe Jens
	85 Oberhausen	58,3	58,8	Erich Meinike
	86 Mülheim	55,6	58,0	Willi Müller
	87 Essen I	58,8	59,7	Erwin Lange
	88 Essen II	65,1	66,3	Peter W. Reuschenbach
	90 Duisburg I	66,2	66,3	Günter Schluckebier
	91 Duisburg II	56,5	57,5	Hermann Spillecke
	97 Gelsenkirchen I	63,1	63,0	Heinz Menzel
	98 Gelsenkirchen II	63,5	63,4	Hans Gertzen
	100 Recklinghausen-Stadt	55,3	56,1	Erich Wolfram
	101 Bottrop-Gladbeck	61,0	60,0	Johann Wuwer
	110 Wanne-Eickel-Wattenscheid	62,3	63,3	Heinz Westphal
	111 Herne-Castrop-Rauxel	62,0	62,9	Walter Arendt
	114 Dortmund I	54,2	55,4	Werner Zeitler
	115 Dortmund II	65,7	66,1	Hans-Eberhard Urbaniak
	116 Dortmund III	60,0	60,3	Alfred Meininghaus
	117 Bochum	57,9	59,4	Karl Liedtke
	118 Bochum-Witten	61,9	62,2	Herbert Baack
123 Unna	58,3	59,5	Manfred Schulte	
128 Werra-Meißner	56,9	58,1	Egon Höhmann	

Wahl zum 9. Bundestag (1980)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CDU	27 Cloppenburg-Vechta	69,0	71,5	Manfred Carstens
	55 Heinsberg	56,4	58,4	Adolf Frhr. Spies von Büllesheim
	81 Kleve	54,2	55,5	Jochen van Aerssen
	96 Borken	61,1	62,0	Hermann Josef Unland
	97 Coesfeld-Steinfurt I	57,6	59,3	Wilhelm Rawe
	107 Paderborn	63,0	63,9	Heinrich Pohlmeier
	119 Hochsauerlandkreis	56,3	57,4	Ferdinand Anton Tillmann
	132 Fulda	55,2	56,0	Alfred Dregger
	147 Ahrweiler	55,1	56,4	Karl Deres
	149 Cochem	56,1	57,5	Waltrud Will-Feld

noch: Wahl zum 9. Bundestag (1980)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CDU	151 Bitburg	62,8	65,1	Alois Mertes
	177 Rastatt	53,3	55,5	Bernhard Friedmann
	181 Odenwald-Tauber	57,9	60,8	Karl Miltner
	184 Calw	52,5	55,2	Haimo George
	188 Offenburg	53,9	55,7	Wolfgang Schäuble
	189 Rottweil	56,3	57,6	Franz Sauter
	190 Schwarzwald-Baar	51,2	55,4	Hansjörg Häfele
	196 Biberach	68,9	70,6	Alois Graf von Waldburg-Zeil
	197 Ravensburg-Bodensee	58,1	59,0	Claus Jäger
	198 Zollernalb-Sigmaringen	61,5	63,6	Hermann Schwörer
CSU	199 Altötting	64,8	64,5	Karl-Heinz Spilker
	200 Freising	64,9	65,5	Albert Probst
	201 Fürstfeldbruck	55,1	56,1	Eicke Götz
	202 Ingolstadt	63,7	65,5	Horst Seehofer
	209 Rosenheim	63,9	62,5	Hans Graf Huyn
	210 Starnberg	59,6	60,2	Franz L. Schenk Graf von Stauffenberg
	211 Traunstein	65,9	66,7	Matthias Engelsberger
	212 Weilheim	64,6	65,4	Franz Josef Strauß
	213 Deggendorf	70,3	72,0	Franz Handlos
	214 Landshut	65,3	63,1	Friedrich Zimmermann
	215 Passau	65,6	65,4	Klaus Rose
	216 Rottal-Inn	70,5	69,7	Günther Müller
	217 Straubing	68,2	67,2	Alois Rainer
	218 Amberg	63,6	64,4	Hermann Fellner
	219 Regensburg	62,4	63,3	Benno Zierer
	220 Schwandorf	65,8	65,6	Dionys Jobst
	221 Weiden	59,6	60,0	Maximilian Kunz
	222 Bamberg	64,0	66,7	Paul Röhner
	223 Bayreuth	53,8	55,6	Ortwin Lowack
	226 Kulmbach	59,2	60,4	Lorenz Niegel
	227 Ansbach	59,6	61,3	Carl-Dieter Spranger
	232 Roth	56,3	60,4	Richard Stücklen
	233 Aschaffenburg	55,5	56,7	Paul Gerlach
	234 Bad Kissingen	67,7	69,1	Eduard Lintner
	235 Main-Spessart	60,6	62,3	Alfred Biehle
	236 Schweinfurt	58,7	60,3	Michael Glos
	237 Würzburg	54,6	55,7	Wolfgang Bötsch
	239 Augsburg-Land	65,2	66,4	Walter Althammer
	240 Donau-Ries	65,6	65,7	Karl Heinz Lemmrich
	241 Neu-Ulm	58,8	61,2	Theodor Waigel
	242 Oberallgäu	60,6	60,9	Ignaz Kiechle
	243 Ostallgäu	67,5	68,6	Kurt J. Rossmannith
	SPD	5 Kiel	54,0	58,3
11 Lübeck		51,7	55,7	Björn Engholm
12 Hamburg-Mitte		56,4	57,5	Freimut Duve
17 Hamburg-Bergedorf		54,6	61,3	Helmut Schmidt

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: SPD	18 Hamburg-Harburg	57,6	59,2	Herbert Wehner
	19 Aurich-Emden	60,3	62,4	Carl Ewen
	51 Bremen-West	56,7	58,4	Claus Grobecker
	52 Bremerhaven-Bremen-Nord	55,9	56,3	Horst Grunenberg
	83 Wesel II	55,5	59,2	Jürgen Schmude
	84 Duisburg I	58,1	59,4	Helmut Wieczorek
	85 Duisburg II	64,2	65,3	Günter Schluckebier
	86 Oberhausen	59,0	59,9	Erich Meinike
	87 Mülheim	54,1	56,5	Thomas Schröer
	88 Essen I	57,3	59,1	Otto Reschke
	89 Essen II	64,7	66,6	Peter W. Reuschenbach
	91 Recklinghausen I	56,0	57,5	Erich Wolfram
	93 Gelsenkirchen I	62,3	62,2	Joachim Poß
	94 Gelsenkirchen II-Recklinghausen III	60,4	61,0	Heinz Menzel
	95 Bottrop-Recklinghausen IV	59,2	59,9	Franz-Josef Mertens
	110 Bochum I	58,6	59,9	Karl Liedtke
	111 Bochum II-Ennepe-Ruhr-Kreis II	60,3	61,3	Herbert Baack
	112 Herne	62,7	64,8	Heinz Westphal
	113 Dortmund I	56,7	57,3	Hans-Eberhard Urbaniak
	114 Dortmund II	63,3	64,1	Alfred Meininghaus
115 Dortmund III	57,4	58,6	Werner Zeitler	
116 Unna I	56,8	59,1	Manfred Schulte	
126 Werra-Meißner	56,7	58,2	Albert Nehm	
179 Mannheim I	52,5	55,3	Werner Nagel	

Wahl zum 10. Bundestag (1983)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CDU	20 Unterems	53,2	56,8	Rudolf Seiters
	26 Mittelems	57,4	60,0	Hans-Gerd Strube
	27 Cloppenburg-Vechta	71,6	74,8	Manfred Carstens
	55 Heinsberg	59,7	62,8	Adolf Freiherr Spies von Büllesheim
	58 Euskirchen-Erftkreis II	53,3	55,4	Peter Milz
	63 Bonn	49,3	55,1	Hans Daniels
	65 Rhein-Sieg-Kreis II	55,4	61,0	Franz Möller
	66 Oberbergischer Kreis	50,3	55,0	Horst Waffenschmidt
	67 Rheinisch-Bergischer Kreis I	50,2	55,9	Franz Heinrich Krey
	77 Neuss II	52,1	56,6	Willy Wimmer
	80 Viersen	52,9	56,6	Julius Louven
	81 Kleve	57,6	60,2	Heinrich Seesing
	96 Borken	64,5	67,3	Hermann Josef Unland
	97 Coesfeld-Steinfurt I	61,4	65,5	Wilhelm Rawe
	100 Warendorf	55,1	58,4	Heinrich Windelen

noch: Wahl zum 10. Bundestag (1983)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CDU	101 Gütersloh	54,7	59,1	Ottfried Hennig
	106 Höxter–Lippe II	54,7	58,7	Meinolf Michels
	107 Paderborn	66,1	69,0	Heinrich Pohlmeier
	118 Soest	52,3	56,3	Hermann Kroll-Schlüter
	119 Hochsauerlandkreis	59,9	62,9	Ferdinand Tillmann
	121 Olpe–Siegen II	57,8	61,1	Willi Weiskirch
	132 Fulda	58,5	61,8	Alfred Dregger
	147 Ahrweiler	59,2	62,8	Karl Deres
	149 Cochem	59,0	61,4	Waltrud Will-Feld
	151 Bitburg	65,6	69,9	Alois Mertes
	152 Trier	54,2	57,3	Günther Schartz
	161 Landau	52,7	55,7	Heiner Geißler
	164 Böblingen	50,5	56,8	Peter Petersen
	166 Nürtingen	51,1	56,9	Anton Stark
	169 Ludwigsburg	47,0	55,5	Matthias Wissmann
	172 Schwäbisch Hall	51,1	58,5	Philipp Jenninger
	173 Backnang–Schwäb. Gmünd	52,9	59,2	Dieter Schulte
	174 Aalen–Heidenheim	54,6	58,5	Manfred Abelein
	176 Karlsruhe-Land	56,9	61,4	Klaus Bühler
	177 Rastatt	57,9	61,9	Bernhard Friedmann
	181 Odenwald-Tauber	60,9	65,6	Karl Miltner
	182 Rhein-Neckar	51,7	55,5	Bernd Schmidbauer
	184 Calw	55,9	62,2	Haimo George
	187 Emmendingen–Lahr	52,9	56,1	Rainer Haungs
	188 Offenburg	58,0	62,4	Wolfgang Schäuble
	189 Rottweil	60,2	64,0	Franz Sauter
	190 Schwarzwald–Baar	56,5	62,9	Hansjörg Häfele
	191 Konstanz	55,8	60,7	Hans-Peter Repnik
	192 Waldshut	58,6	62,7	Werner Dörflinger
	193 Reutlingen	54,0	58,3	Anton Pfeifer
194 Tübingen	52,3	57,1	Jürgen Todenhöfer	
195 Ulm	57,1	61,5	Herbert Werner	
196 Biberach	71,3	75,1	Alois Graf von Waldburg-Zeil	
197 Ravensburg–Bodensee	61,8	65,4	Elmar Kolb	
198 Zollernalb–Sigmaringen	65,9	69,8	Hermann Schwörer	
CSU	199 Altötting	65,4	67,2	Karl-Heinz Spilker
	200 Freising	65,6	68,4	Albert Probst
	201 Fürstenfeldbruck	57,3	61,5	Eicke Götz
	202 Ingolstadt	65,7	68,8	Horst Lorenz Seehofer
	209 Rosenheim	64,0	65,8	Hans Graf Huyn
	210 Starnberg	59,3	63,6	Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg
	211 Traunstein	65,4	68,6	Matthias Engelsberger
	212 Weilheim	65,5	68,8	Franz Josef Strauß
	213 Deggendorf	71,5	73,6	Franz Handlos
	214 Landshut	65,4	66,3	Friedrich Zimmermann
	215 Passau	67,0	68,9	Klaus Rose
	216 Rottal–Inn	70,2	71,1	Günther Müller
	217 Straubing	68,8	71,3	Ernst Hinsken

Partei	Wahlkreis	Zweit- stimmen- anteil in %	Erst- stimmen- anteil in %	Wahlkreis- abgeordneter
noch: CSU	218 Amberg	65,2	68,3	Hermann Fellner
	219 Regensburg	62,8	64,7	Benno Zierer
	220 Schwandorf	65,3	65,3	Dionys Jobst
	221 Weiden	61,3	63,3	Max Kunz
	222 Bamberg	65,7	67,3	Gerhard Scheu
	223 Bayreuth	57,2	61,6	Ortwin Lowack
	224 Coburg	52,0	55,9	Otto Regenspurger
	226 Kulmbach	62,6	65,2	Lorenz Niegel
	227 Ansbach	61,8	64,8	Carl-Dieter Spranger
	229 Fürth	53,8	58,0	Werner Dollinger
	232 Roth	59,9	64,7	Richard Stücklen
	233 Aschaffenburg	58,6	61,9	Paul Gerlach
	234 Bad Kissingen	69,0	72,5	Eduard Lintner
	235 Main-Spessart	62,8	65,6	Alfred Biehle
	236 Schweinfurt	61,0	63,7	Michael Glos
	237 Würzburg	56,7	59,1	Wolfgang Bötsch
	238 Augsburg-Stadt	53,1	55,6	Stefan Höpfinger
	239 Augsburg-Land	66,9	69,9	Walter Althammer
	240 Donau-Ries	66,8	67,8	Karl Heinz Lemmrich
	241 Neu-Ulm	62,0	66,7	Theodor Waigel
	242 Oberallgäu	63,0	65,4	Ignaz Kiechle
	243 Ostallgäu	68,8	71,5	Kurt J. Rossmanith
	SPD	17 Hamburg-Bergedorf	50,9	55,6
18 Hamburg-Harburg		52,8	55,0	Hans-Ulrich Klose
19 Aurich-Emden		54,8	57,1	Carl Ewen
51 Bremen-West		53,3	57,0	Claus Grobecker
83 Wesel II		52,6	56,7	Jürgen Schmude
84 Duisburg I		55,0	56,7	Helmut Wiczorek
85 Duisburg II		61,3	62,7	Günter Schluckebier
86 Oberhausen		56,2	57,5	Dieter Schanz
88 Essen I		54,1	56,1	Otto Reschke
89 Essen II		61,6	63,4	Peter W. Reuschenbach
93 Gelsenkirchen I		59,6	60,2	Joachim Poß
94 Gelsenkirchen II- Recklinghausen III		57,1	58,3	Heinz Menzel
95 Bottrop-Recklinghausen IV		55,9	57,4	Franz-Josef Mertens
110 Bochum I				
111 Bochum II- Ennepe-Ruhr-Kreis II		54,9	56,7	Karl Liedtke
		56,3	58,5	Klaus Lohmann
112 Herne		59,3	61,0	Heinz Westphal
114 Dortmund II	59,4	60,8	Alfred Meininghaus	
115 Dortmund III	53,3	55,4	Werner Zeitler	
116 Unna I	53,0	55,0	Manfred Schulte	

Hinweis

Angaben über die Direktwahlen zum Europäischen Parlament enthält das vorliegende *Datenhandbuch* in Abschnitt 24.4.

Wahl zum 11. Bundestag (1987)

Partei	Wahlkreis	Zweit- stimmen- anteil in %	Erst- stimmen- anteil in %	Wahlkreis- abgeordneter
CDU	27 Cloppenburg–Vechta	66,0	70,0	Manfred Carstens
	55 Heinsberg	53,3	57,6	Karl Fell
	65 Rhein-Sieg-Kreis II	49,6	55,4	Franz Möller
	81 Kleve	52,0	55,2	Heinrich Seesing
	96 Borken	57,6	60,8	Hermann Josef Unland
	97 Coesfeld–Steinfurt I	53,6	58,4	Wilhelm Rawe
	107 Paderborn	58,8	61,4	Heinrich Pohlmeier
	119 Hochsauerlandkreis	53,8	57,6	Ferdinand Tillmann
	121 Olpe–Siegen–Wittgenstein II	53,0	57,0	Joachim Grünewald
	132 Fulda	53,9	57,7	Alfred Dregger
	147 Ahrweiler	53,7	57,6	Karl Deres
	149 Cochem	52,8	55,6	Waltrud Will-Feld
	151 Bitburg	57,2	60,9	Peter Harald Rau
	176 Karlsruhe-Land	52,7	58,4	Klaus Bühler
	177 Rastatt	53,4	58,4	Bernhard Friedmann
	181 Odenwald-Tauber	55,2	60,1	Karl Miltner
	188 Offenburg	53,2	58,6	Wolfgang Schäuble
	189 Rottweil-Tuttlingen	53,1	56,5	Franz Sauter
	190 Schwarzwald-Baar	48,7	56,2	Hansjörg Häfele
	192 Waldshut	51,3	57,4	Werner Dörflinger
196 Biberach	63,4	67,6	Alois Graf von Waldburg-Zeil	
197 Ravensburg–Bodensee	54,4	57,7	Elmar Kolb	
198 Zollernalb–Sigmaringen	58,0	62,7	Hermann Schwörer	
CSU	199 Altötting	61,6	62,3	Karl-Heinz Spilker
	200 Freising	60,1	62,6	Albert Probst
	201 Fürstenfeldbruck	54,7	58,4	Eicke Götz
	202 Ingolstadt	61,4	64,6	Horst Lorenz Seehofer
	209 Rosenheim	60,3	61,4	Wolfgang Zeitlmann
	210 Starnberg	56,6	61,3	Wolfgang Gröbl
	211 Traunstein	61,1	63,3	Matthias Engelsberger
	212 Weilheim	62,6	67,1	Michaela Geiger
	213 Deggendorf	64,7	57,2	Bartholomäus Kalb
	214 Landshut	59,4	57,4	Friedrich Zimmermann
	215 Passau	60,2	62,3	Klaus Rose
	216 Rottal-Inn	64,7	65,6	Günther Müller
	217 Straubing	64,4	68,0	Ernst Hinsken
	218 Amberg	59,6	62,7	Hermann Fellner
	219 Regensburg	55,8	57,3	Benno Zierer
	220 Schwandorf	54,2	55,9	Dionys Jobst
	221 Weiden	57,5	57,8	Max Kunz
	222 Bamberg	61,9	64,0	Gerhard Scheu
	223 Bayreuth	52,8	57,3	Ortwin Lowack
	226 Kulmbach	58,5	59,2	Lorenz Niegel
	227 Ansbach	54,9	58,1	Carl-Dieter Spranger
	232 Roth	53,7	59,2	Richard Stücklen
	233 Aschaffenburg	55,8	59,0	Norbert Geis
	234 Bad Kissingen	65,3	68,4	Eduard Lintner

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CSU	235 Main-Spessart	58,8	61,6	Alfred Biehle
	236 Schweinfurt	57,4	60,2	Michael Glos
	237 Würzburg	52,4	55,4	Wolfgang Bötsch
	239 Augsburg-Land	61,5	64,5	Stefan Höpfinger
	240 Donau-Ries	61,8	61,2	Karl Heinz Lemmrich
	241 Neu-Ulm	56,4	62,5	Theodor Waigel
	242 Oberallgäu	58,9	62,9	Ignaz Kiechle
	243 Ostallgäu	64,0	66,8	Kurt J. Rossmanith
SPD	19 Aurich-Emden	57,0	58,7	Carl Ewen
	51 Bremen-West	51,7	55,7	Hans Koschnick
	83 Wesel II	52,1	55,9	Jürgen Schmude
	84 Duisburg I	56,1	57,3	Helmut Wieczorek
	85 Duisburg II	63,2	63,6	Günter Schluckebier
	86 Oberhausen	57,7	59,1	Dieter Schanz
	88 Essen I	54,4	55,7	Otto Reschke
	89 Essen II	62,7	63,9	Peter W. Reuschenbach
	93 Gelsenkirchen I	60,3	59,4	Joachim Poß
	94 Gelsenkirchen II- Recklinghausen III	58,2	58,1	Heinz Menzel
	95 Bottrop-Recklinghausen IV	57,8	58,2	Franz-Josef Mertens
	110 Bochum I	56,4	56,8	Klaus Hasenfratz
	111 Bochum II- Ennepe-Ruhr-Kreis II	56,5	57,8	Klaus Lohmann
	112 Herne	60,4	61,1	Heinz Westphal
	114 Dortmund II	60,7	60,7	Wolfgang Weiermann
116 Unna I	54,2	55,4	Ulrich Böhme	

Wahl zum 12. Bundestag (1990)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CDU	20 Unterems	51,4	56,6	Rudolf Seiters
	26 Mittelems	57,3	57,2	Hans-Gerd Strube
	27 Cloppenburg-Vechta	69,8	71,8	Manfred Carstens
	55 Heinsberg	52,9	55,8	Karl H. Fell
	96 Borken II	57,3	59,1	Elke Wülfing
	97 Coesfeld-Steinfurt I	53,6	56,9	Wilhelm Rawe
	107 Paderborn	57,4	58,2	Friedhelm Ost
	119 Hochsauerlandkreis	53,6	55,4	Ferdinand Tillmann
	121 Olpe-Siegen-Wittgenstein II	53,6	56,2	Joachim Grünewald
	132 Fulda	52,8	56,7	Alfred Dregger
	151 Bitburg	55,2	57,2	Peter Harald Rauen
	181 Odenwald-Tauber	55,5	58,0	Siegfried Hornung
	188 Offenburg	54,8	64,3	Wolfgang Schäuble
	192 Waldshut	52,1	56,4	Werner Dörflinger

noch: Wahl zum 12. Bundestag (1990)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: CDU	196 Biberach	58,6	62,1	Alois Graf von Waldburg-Zeil
	198 Zollernalb-Sigmaringen	55,5	59,6	Hermann Schwörer
	255 Berlin-Tempelhof/ -Südost/-Steglitz	54,4	56,3	Rupert Scholz
	296 Nordhausen-Worbis- Heiligenstadt	55,8	56,6	Gerhard Reddemann
	315 Görlitz-Zittau-Niesky	55,3	53,5	Georg Janovsky
	316 Bautzen-Löbau	58,2	60,2	Gottfried Haschke
	317 Pirna-Sebnitz-Bischofswerda	57,3	57,4	Klaus Brähmig
	320 Dresden-Land- Freital-Dippoldiswalde	57,1	57,7	Rainer Jork
	321 Freiberg-Brand-Erbisdorf- Flöha-Marienberg	54,8	56,5	Joachim Schmidt
	326 Aue-Schwarzenberg- Klingenthal	53,6	56,1	Wolfgang Dehnel
CSU	199 Altötting	56,4	56,8	Karl-Heinz Spilker
	200 Freising	55,2	58,5	Albert Probst
	202 Ingolstadt	58,6	62,6	Horst Seehofer
	209 Rosenheim	54,2	56,4	Wolfgang Zeitlmann
	210 Starnberg	53,0	56,4	Wolfgang Gröbl
	211 Traunstein	55,7	57,4	Peter Ramsauer
	212 Weilheim	57,9	61,8	Michaela Geiger
	213 Deggendorf	59,8	61,6	Bartholomäus Kalb
	214 Landshut	54,9	55,6	Wolfgang Götzer
	215 Passau	56,1	56,7	Klaus Rose
	216 Rottal-Inn	60,2	60,3	Günther Müller
	217 Straubing	59,3	63,6	Ernst Hinsken
	218 Amberg	57,6	58,4	Rudolf Kraus
	219 Regensburg	53,6	55,0	Benno Zierer
	220 Schwandorf	56,0	58,9	Dionys Jobst
	221 Weiden	56,5	55,8	Simon Wittmann
	222 Bamberg	58,3	59,3	Gerhard Scheu
	226 Kulmbach	56,0	56,5	Bernd Protzner
	227 Ansbach	53,1	56,1	Carl-Dieter Spranger
	233 Aschaffenburg	52,8	55,3	Norbert Geis
	234 Bad Kissingen	63,1	65,2	Eduard Lintner
	235 Main-Spessart	56,1	57,7	Wolfgang Zöllner
	236 Schweinfurt	55,7	57,2	Michael Glos
	239 Augsburg-Land	56,0	59,5	Eduard Oswald
240 Donau-Ries	58,4	55,0	Hans Raidel	
241 Neu-Ulm	54,6	63,1	Theodor Waigel	
242 Oberallgäu	54,3	58,1	Ignaz Kiechle	
243 Ostallgäu	59,0	60,8	Kurt J. Rossmanith	
SPD	19 Aurich-Emden	55,3	56,9	Carl Ewen
	85 Duisburg II	58,7	60,0	Günter Schluckebier
	86 Oberhausen	54,1	55,5	Dieter Schanz
	89 Essen II	56,3	57,6	Peter W. Reuschenbach

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
noch: SPD	93 Gelsenkirchen I	56,0	55,9	Joachim Poß
	94 Gelsenkirchen II– Recklinghausen III	54,3	55,0	Norbert Formanski
	95 Bottrop–Recklinghausen IV	54,7	56,0	Franz-Josef Mertens
	111 Bochum II– Ennepe-Ruhr-Kreis II	54,1	55,5	Klaus Lohmann
	112 Herne	57,6	58,4	Dieter Maaß
	114 Dortmund II	57,8	58,9	Wolfgang Weiermann
	244 Saarbrücken I	52,2	55,5	Oskar Lafontaine

Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CDU	20 Unterems	48,3	56,7	Rudolf Seiters
	26 Mittelems	52,4	57,0	Hermann Kues
	27 Cloppenburg–Vechta	63,8	67,7	Manfred Carstens
	96 Borken II	51,7	55,6	Elke Wülfing
	107 Paderborn	53,2	56,9	Friedhelm Ost
	132 Fulda	51,4	55,1	Alfred Dregger
	151 Bitburg	52,7	57,1	Peter Harald Rauen
	188 Offenburger	48,6	58,3	Wolfgang Schäuble
	196 Biberach	54,2	58,9	Alois Graf von Waldburg-Zeil
	198 Zollernalb–Sigmaringen	50,4	56,5	Dietmar Schlee
	312 Döbeln–Grimma–Oschatz	49,4	55,8	Manfred Kolbe
	315 Görlitz–Zittau–Niesky	53,9	56,9	Georg Janovsky
	316 Bautzen–Löbau	56,7	60,3	Gottfried Haschke
	317 Pirna–Sebnitz–Bischofswerda	56,6	59,8	Klaus Brähmig
	320 Dresden-Land–Freital– Dipoldiswalde	56,2	60,9	Rainer Jork
	321 Freiberg–Brand-Erbisdorf– Flöha–Marienberg	53,3	56,6	Joachim Schmidt
	326 Aue–Schwarzenberg–Klingenthal	50,8	55,3	Wolfgang Dehnel

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

noch: Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Partei	Wahlkreis	Zweitstimmanteil in %	Erststimmanteil in %	Wahlkreisabgeordneter
CSU	199 Altötting	57,2	60,5	Josef Hollerith
	200 Freising	56,1	58,4	Albert Probst
	201 Fürstenfeldbruck	52,0	55,6	Gerda Hasselfeldt
	202 Ingolstadt	56,6	62,7	Horst Seehofer
	209 Rosenheim	56,6	60,6	Wolfgang Zeitlmann
	210 Starnberg	55,1	59,7	Wolfgang Gröbl
	211 Traunstein	57,4	61,1	Peter Ramsauer
	212 Weilheim	57,4	62,0	Michaela Geiger
	213 Deggendorf	57,7	61,1	Bartholomäus Kalb
	214 Landshut	54,9	57,8	Wolfgang Götzer
	215 Passau	54,8	59,1	Klaus Rose
	216 Rottal-Inn	59,5	61,9	Max Straubinger
	217 Straubing	58,4	63,6	Ernst Hinsken
	218 Amberg	54,4	56,6	Rudolf Kraus
	219 Regensburg	52,8	55,6	Benno Zierer
	222 Bamberg	53,5	56,8	Gerhard Scheu
	234 Bad Kissingen	57,8	61,6	Eduard Lintner
	235 Main-Spessart	52,1	55,4	Wolfgang Zöllner
	236 Schweinfurt	53,2	56,9	Michael Glos
	239 Augsburg-Land	53,7	58,3	Eduard Oswald
	240 Donau-Ries	56,7	60,6	Hans Raidel
	241 Neu-Ulm	52,9	58,6	Theodor Waigel
	242 Oberallgäu	52,6	57,7	Gerd Müller
243 Ostallgäu	56,7	60,2	Kurt J. Rossmanith	
SPD	19 Aurich–Emden	56,0	57,1	Jann-Peter Janssen
	84 Duisburg I	54,6	56,9	Helmut Wiczorek
	85 Duisburg II	61,0	62,6	Günter Schluckebier
	86 Oberhausen	57,9	59,3	Dieter Schanz
	88 Essen I	53,6	56,1	Otto Reschke
	89 Essen II	59,3	60,8	Rolf Hempelmann
	93 Gelsenkirchen I	58,3	59,3	Joachim Poß
	94 Gelsenkirchen II– Recklinghausen III	56,7	58,0	Norbert Formanski
	95 Bottrop–Recklinghausen IV	56,6	57,4	Dieter Grasedieck
	110 Bochum I	55,1	55,7	Klaus Hasenfratz
	111 Bochum II– Ennepe-Ruhr-Kreis II	55,4	56,6	Klaus Lohmann
	112 Herne	60,2	62,2	Dieter Maaß
	114 Dortmund II	59,3	60,0	Wolfgang Weiermann
	116 Unna I	53,7	55,5	Ulrich Böhme

Hinweis

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil

Für die folgende Aufstellung wurden aus den Wahlstatistiken*) seit 1949 die Wahlkreise mit den höchsten und niedrigsten (Zweit-)Stimmenanteilen der Parteien herausgeschrieben. Berücksichtigung fanden nur solche Parteien, die in dem betreffenden Wahljahr die Sperrklausel überwinden konnten und in den Bundestag eingezogen sind. Von den regelmäßig bundesweit kandidierenden Parteien wurden in den Wahljahren bis 1987 jeweils die ersten acht Wahlkreise mit dem höchsten oder niedrigsten Stimmenanteil aufgeführt, von der nur in einem Bundesland kandidierenden CSU sowie von kleineren Parteien der Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1957 die ersten fünf entsprechenden Wahlkreise.

Ab 1990 wird wegen der Ausdehnung des Wahlgebietes auf Gesamtdeutschland folgende Auswahl getroffen: Bei den in allen Bundesländern kandidierenden Parteien CDU, SPD und FDP sowie ab 1994 Bündnis 90/Die Grünen kommen die ersten zwölf Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil zum Zuge, bei der nur in Bayern kandidierenden CSU nach wie vor nur die ersten fünf und beim 1990 nur in Ostdeutschland kandidierenden Bündnis 90/Grüne die ersten acht; bei der im ganzen Bundesgebiet aufgetretenen PDS/Linke Liste wird wegen des erheblich abweichenden Stimmverhaltens eine nach Ost- und Westdeutschland aufgegliederte Aufnahme vorgenommen. Sofern sich an der letzten Stelle zufällig mehrere Wahlkreise mit gleicher Prozentzahl befinden, werden sie entweder alle aufgenommen oder die Aufstellung wird vorher abgebrochen.

Untersucht wurde auch, ob im Einzelfall der extreme Stimmenanteil auf Wahlabsprachen zurückzuführen ist, indem beispielsweise eine Partei zugunsten einer anderen auf die Aufstellung eigener Wahlkreisvorschläge verzichtete. Auf diese Besonderheiten aus den Wahljahren 1949, 1953 und 1957 weisen Fußnoten hin.

Bei der folgenden Aufstellung fällt vor allem die Kontinuität auf, mit der bestimmte Wahlkreise über viele oder alle Bundestagswahlen hinweg ihre Spitzenstellung in positiver wie in negativer Hinsicht behaupten. Bei der CDU beispielsweise fehlt Biberach bei keiner Bundestagswahl zwischen 1949 und 1994 unter den Wahlkreisen mit dem höchsten Stimmenanteil, und umgekehrt gehören für die SPD Vechta–Cloppenburg und Biberach bis 1987 stets zu den Wahlkreisen mit dem geringsten Stimmenanteil. Mit den gesamtdeutschen Bundestagswahlen werden sich – darauf deutet schon das Wahlergebnis von 1990 hin – neue und andere Kontinuitäten herausbilden.

*) Quelle: Statistisches Bundesamt; Quellennachweis im einzelnen siehe Kasten auf Seite 164–165.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht).

Bayernpartei (BP)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949 ¹⁾	16 Pfarrkirchen 39,3	32 Nürnberg 4,9
	18 Vilshofen 36,7	34 Schwabach 5,6
	13 Deggendorf 35,4	31 Erlangen 6,1
	17 Straubing 33,8	33 Nürnberg-Fürth 6,6
	11 Traunstein 33,6	30 Ansbach 7,5
		36 Aschaffenburg 7,5

¹⁾ Wahlvorschläge nur in Bayern

Bündnis 90 / Grüne (I)¹⁾

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1990 ²⁾	318 Dresden I 9,9	295 Eisleben-Sangerhausen-Hettstedt 3,8
	276 Potsdam 9,7	294 Zeitz-Hohenmölsen-Naumburg-Nebra 3,9
	300 Erfurt 9,5	325 Annaberg-Stollberg-Zschopau 3,9
	257 Berlin-Mitte/-Prenzlauer Berg/-Weißensee I 9,4	326 Aue-Schwarzenberg-Klingenthal 3,9
	310 Leipzig II 9,3	328 Reichenbach-Plauen-Auerbach-Oelsnitz 4,2
	265 Rostock 9,2	290 Bernburg-Aschersleben-Quedlinburg 4,3
	309 Leipzig I 9,0	322 Glauchau-Rochlitz-Hohenstein-Ernstthal-Hainichen 4,3
	319 Dresden II 8,9	268 Greifswald-Wolgast-Demmin 4,4

¹⁾ Listenvereinigung für die Bundestagswahl 1990 nur im Bereich der neuen Bundesländer und Berlins

²⁾ Wahlkreise in Berlin-West fehlen in der Aufstellung; der Stimmenanteil von Bündnis 90/Grüne liegt hier zwischen 2,1% und 0,5%.

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Bündnis 90/Die Grünen (II)¹⁾

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1994	255 Berlin-Kreuzberg/ -Schöneberg 23,0	295 Eisleben-Sangerhausen- Hettstedt 2,3
	185 Freiburg 18,9	272 Prenzlau-Angermünde- Schwedt-Templin-Gransee 2,4
	140 Frankfurt am Main III 16,4	271 Neuruppin-Kyritz-Wittstock- Pritzwalk-Perleberg 2,5
	203 München-Mitte 16,1	281 Senftenberg-Calau- Spremberg 2,6
	14 Hamburg-Eimsbüttel 15,8	270 Neustrelitz-Strasburg- Pasewalk-Ueckermünde- Anklam 2,8
	139 Frankfurt am Main II 15,7	274 Eberswalde-Bernau- Bad Freienwalde 2,8
	254 Berlin-Charlottenburg/ -Wilmersdorf 15,7	275 Brandenburg-Rathenow- Belzig 2,8
	59 Köln I 15,6	279 Frankfurt/Oder- Eisenhüttenstadt-Beeskow 2,8
	12 Hamburg-Mitte 15,4	280 Cottbus-Guben-Forst 2,8
	162 Stuttgart I 15,4	221 Weiden 2,9
	13 Hamburg-Altona 15,1	277 Fürstenwalde-Strausberg- Seelow 2,9
	99 Münster 14,6	278 Luckenwalde-Zossen- Jüterbog-Königs- Wusterhausen 2,9
		282 Bad Liebenwerda- Finsterwalde-Herzberg- Lübben-Luckau 2,9

1) Partei nach Fusion der Grünen mit Bündnis 90 im Juni 1993

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)¹⁾

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949	5 Biberach 82,0 6 Prüm 80,2 6 Ravensburg 75,2 2 Ahrweiler 67,9 4 Kochem 66,6 7 Trier 64,8 3 Geilenkirchen–Erkelenz– Jülich 64,2 4 Düren–Monschau–Schleiden 61,5	17 Uelzen 9,2 10 Cuxhaven–Hadeln– Wesermünde 9,3 11 Stade–Bremervörde 9,3 34 Göttingen–Münden 9,7 8 Gießen 9,9 15 Fallingbostal–Hoya 10,1 3 Wilhelmshaven 10,3 3 Melsungen 10,7
1953	194 Biberach 81,7 153 Prüm 79,6 ²⁾ 31 Vechta–Cloppenburg 77,9 195 Ravensburg 77,2 149 Ahrweiler 71,9 85 Geldern–Kleve 71,5 ²⁾ 62 Geilenkirchen–Erkelenz– Jülich 70,0 121 Meschede–Olpe 68,9	33 Stade–Bremervörde 19,0 ³⁾ 58 Bremen–West 20,8 129 Fritzlar–Homberg 21,7 128 Eschwege 22,8 133 Gießen 23,3 32 Cuxhaven–Hadeln– Wesermünde 24,2 ³⁾ 47 Alfeld–Holzminden 24,2 59 Bremerhaven–Bremen–Nord 24,4
1957	194 Biberach 80,1 153 Prüm 79,1 31 Vechta–Cloppenburg 77,1 85 Geldern–Kleve 75,4 94 Borken–Bocholt–Ahaus 74,0 149 Ahrweiler 73,7 121 Meschede–Olpe 73,6 195 Ravensburg 73,6 ²⁾	243 Saarbrücken–Stadt 22,7 ⁴⁾ 33 Stade–Bremervörde 24,8 32 Cuxhaven–Hadeln– Wesermünde 26,5 58 Bremen–West 26,9 44 Nienburg–Schaumburg– Lippe 28,1 47 Alfeld–Holzminden 29,1 43 Neustadt/Grafschaft Schaumburg 29,2 247 Homburg–St. Ingbert 29,2 ⁴⁾
1961	31 Vechta–Cloppenburg 81,3 153 Prüm 76,1 194 Biberach 75,4 94 Borken–Bocholt–Ahaus 71,9 103 Warburg–Höxter–Büren 71,7 121 Meschede–Olpe 70,5 85 Geldern–Kleve 70,2 149 Ahrweiler 68,5	58 Bremen–West 23,2 128 Eschwege 25,2 126 Waldeck 26,2 129 Fritzlar–Homberg 26,9 132 Wetzlar 27,2 109 Lemgo 27,9 21 Hamburg VII 28,1 59 Bremerhaven–Bremen–Nord 28,4 127 Kassel 28,4

1) keine Wahlvorschläge in Bayern

2) in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag der DP

3) in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag der CDU

4) 1957 hat neben der CDU auch die CSU im Saarland kandidiert.

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1965	27 Cloppenburg 77,5 153 Bitburg 73,8 198 Biberach 73,6 92 Ahaus-Bocholt 71,4 26 Emsland 69,8 102 Höxter 69,4 121 Olpe-Meschede 68,0 106 Paderborn-Wiedenbrück 67,8	128 Eschwege 28,3 51 Bremen-West 29,8 126 Waldeck 30,0 129 Fritzlar-Homberg 31,8 127 Kassel 31,9 118 Bochum-Witten 33,3 133 Gießen 33,3 115 Dortmund II 33,5
1969	27 Cloppenburg 73,1 198 Biberach 72,8 153 Bitburg 68,8 102 Höxter 66,9 92 Ahaus-Bocholt 66,6 26 Emsland 66,0 106 Paderborn-Wiedenbrück 65,5 199 Ravensburg 65,3	51 Bremen-West 28,3 128 Eschwege 30,1 115 Dortmund II 30,8 12 Hamburg-Mitte 30,9 118 Bochum-Witten 31,2 88 Essen II 31,7 127 Kassel 32,0 16 Hamburg-Nord II 32,1 19 Harburg 32,1
1972	198 Biberach 71,1 27 Cloppenburg 70,1 102 Höxter 66,4 153 Bitburg 65,4 92 Ahaus-Bocholt 64,0 199 Ravensburg 63,9 106 Paderborn-Wiedenbrück 63,5 121 Olpe-Meschede 62,5	51 Bremen-West 25,3 90 Duisburg I 25,5 88 Essen II 26,3 115 Dortmund II 26,4 82 Moers 28,4 98 Gelsenkirchen II 28,4 118 Bochum-Witten 28,4 97 Gelsenkirchen I 28,8
1976	198 Biberach 73,2 27 Cloppenburg 71,2 153 Bitburg 68,9 102 Höxter 67,9 199 Ravensburg 66,8 92 Ahaus-Bocholt 66,2 106 Paderborn-Wiedenbrück 65,9 121 Olpe-Meschede 65,5	90 Duisburg I 28,0 51 Bremen-West 28,3 115 Dortmund II 28,6 88 Essen II 28,9 98 Gelsenkirchen II 30,4 118 Bochum-Witten 30,9 97 Gelsenkirchen I 31,0 82 Moers 31,6
1980	27 Cloppenburg-Vechta 69,0 196 Biberach 68,9 107 Paderborn 63,0 151 Bitburg 62,8 198 Zollernalb-Sigmaringen 61,5 96 Borken 61,1 197 Ravensburg-Bodensee 58,1 181 Odenwald-Tauber 57,9	51 Bremen-West 25,3 85 Duisburg II 26,1 89 Essen II 26,2 114 Dortmund II 27,3 111 Bochum II- Ennepe-Ruhr-Kreis II 28,1 52 Bremerhaven-Bremen-Nord 28,2 12 Hamburg-Mitte 28,4 112 Herne 28,5 19 Aurich-Emden 28,5

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

noch: Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1983	27 Cloppenburg–Vechta 71,6 196 Biberach 71,3 107 Paderborn 66,1 198 Zollernalb–Sigmaringen 65,9 151 Bitburg 65,6 96 Borken 64,5 197 Ravensburg–Bodensee 61,8 97 Coesfeld–Steinfurt I 61,4	89 Essen II 31,0 85 Duisburg II 31,3 51 Bremen-West 31,3 114 Dortmund II 32,2 111 Bochum II– Ennepe-Ruhr-Kreis II 32,4 93 Gelsenkirchen I 32,5 112 Herne 32,7 19 Aurich–Emden 33,9
1987	27 Cloppenburg–Vechta 66,0 196 Biberach 63,4 107 Paderborn 58,8 198 Zollernalb–Sigmaringen 58,0 96 Borken 57,6 151 Bitburg 57,2 197 Ravensburg–Bodensee 54,4 132 Fulda 53,9	51 Bremen-West 25,6 85 Duisburg II 26,7 89 Essen II 27,4 114 Dortmund II 28,3 111 Bochum II– Ennepe-Ruhr-Kreis II 28,5 19 Aurich–Emden 28,6 112 Herne 28,7 93 Gelsenkirchen I 29,0
1990 ¹⁾	27 Cloppenburg–Vechta 69,8 196 Biberach 58,6 316 Bautzen–Löbau 58,2 107 Paderborn 57,4 26 Mittelems 57,3 96 Borken II 57,3 317 Pirna–Sebnitz– Bischofswerda 57,3 320 Dresden-Land–Freital– Dippoldiswalde 57,1 296 Nordhausen–Worbis– Heiligenstadt 55,8 181 Odenwald–Tauber 55,5 198 Zollernalb–Sigmaringen 55,5 315 Görlitz–Zittau–Niesky 55,3	259 Berlin-Friedrichshain/ -Treptow/-Lichtenberg I 23,1 260 Berlin-Köpenick/ -Lichtenberg II 23,9 257 Berlin-Mitte/-Prenzlauer Berg/-Weißensee I 24,2 291 Halle-Altstadt 24,2 261 Berlin-Hellersdorf/ -Mahrzahn 24,8 258 Berlin-Pankow/-Hohen- schönhausen/-Weißensee II 25,5 276 Potsdam 27,3 51 Bremen-West 27,4 85 Duisburg II 28,2 114 Dortmund II 28,4 89 Essen II 29,1 111 Bochum II– Ennepe-Ruhr-Kreis II 29,1

¹⁾ Anmerkung zum Wahljahr 1990:

In den 1987 außerdem noch aufgeführten Wahlkreisen wurden 1990 folgende Wahlergebnisse erzielt:

– Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil:

151 Bitburg	55,2%
197 Ravensburg–Bodensee	51,4%
132 Fulda	52,8%

– Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil:

19 Aurich–Emden	30,9%
112 Herne	29,7%
93 Gelsenkirchen I	30,1%

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1994	27 Cloppenburg–Vechta 63,8	249 Berlin-Mitte/-Prenzlauer Berg 17,3
	316 Bautzen–Löbau 56,7	258 Berlin-Friedrichshain/-Lichtenberg 18,3
	317 Pirna–Sebnitz–Bischofswerda 56,6	260 Berlin-Hellersdorf/-Marzahn 19,4
	320 Dresden-Land-Freital–Dippoldiswalde 56,2	276 Potsdam 20,6
	196 Biberach 54,2	261 Berlin-Hohenschönhausen/-Pankow/-Weißensee 21,1
	315 Görlitz–Zittau-Niesky 53,9	259 Berlin-Köpenick/-Treptow 21,2
	321 Freiberg–Brand-Erbisdorf–Flöha–Marienberg 53,3	278 Luckenwalde–Zossen–Jüterbog–Königs Wusterhausen 24,9
	107 Paderborn 53,2	85 Duisburg II 25,5
	151 Bitburg 52,7	274 Eberswalde–Bernau–Bad Freienwalde 25,8
	26 Mittelems 52,4	273 Oranienburg–Nauen 25,9
	325 Annaberg–Stollberg–Zschopau 51,9	277 Fürstenwalde–Strausberg–Seelow 26,1
	96 Borken II 51,7	279 Frankfurt/Oder–Eisenhüttenstadt–Beeskow 26,1

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949 ¹⁾	38 Karlstadt 54,0	33 Nürnberg–Fürth 13,2
	36 Aschaffenburg 46,8	32 Nürnberg 15,6
	40 Würzburg 43,8	28 Hof 16,4
	35 Weißenburg 42,7	6 München-Ost 16,8
	37 Bad Kissingen 42,4	8 München-West 16,8
1953 ¹⁾	233 Karlstadt 65,1	220 Bayreuth 25,6 ⁴⁾
	230 Weißenburg 63,7 ²⁾	223 Hof 26,6 ⁴⁾
	216 Cham 61,4 ³⁾	228 Nürnberg–Fürth 31,5
	241 Kempten 61,1	227 Nürnberg 33,0
	210 Passau 60,5	229 Schwabach 34,0

¹⁾ Wahlvorschläge nur in Bayern

²⁾ in diesem Wahlkreis keine Kreiswahlvorschläge von GB/BHE und DP

³⁾ in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag der DP

⁴⁾ in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag der CSU

Hinweis

Zur Liste der zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählergruppen vgl. Abschnitt 1.5.

noch: Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1957 ⁵⁾	216 Cham 71,9 ⁶⁾ 230 Weißenburg 71,9 ⁷⁾ 210 Passau 69,6 233 Karlstadt 69,3 222 Forchheim 68,4 ⁶⁾ 239 Donauwörth 68,4	228 Nürnberg-Fürth 41,1 201 München-Ost 43,4 227 Nürnberg 44,1 220 Bayreuth 44,5 202 München-Süd 45,7 <i>Anmerkung:</i> Bei der Wahl zum 3. Bundestag hat die CSU neben der CDU auch im Saarland kandidiert. Die fünf saarländischen Wahlkreise, in denen die CSU einen Zweitstimmenanteil zwischen 18,5 und 25,0% erhielt, blieben bei der Bestimmung der Wahlkreise mit dem niedrigsten Zweitstimmenanteil unberücksichtigt.
1961 ¹⁾	211 Pfarrkirchen 73,9 216 Cham 73,2 230 Weißenburg 71,5 210 Passau 69,3 213 Vilshofen 68,8	228 Nürnberg-Fürth 38,6 227 Nürnberg 38,9 201 München-Ost 39,5 202 München-Süd 41,2 220 Bayreuth 41,4
1965 ¹⁾	217 Pfarrkirchen 74,2 232 Weißenburg 69,7 216 Straubing 69,4 200 Altötting 69,0 215 Passau 68,6	231 Nürnberg-Süd 36,3 207 München-Süd 38,0 205 München-Nord 38,2 230 Nürnberg-Nord 38,4 206 München-Ost 39,3
1969 ¹⁾	217 Pfarrkirchen 70,4 215 Passau 69,2 216 Straubing 67,7 232 Weißenburg 67,2 234 Bad Kissingen 66,5	205 München-Nord 35,8 207 München-Süd 35,9 231 Nürnberg-Süd 36,2 206 München-Ost 37,0 230 Nürnberg-Nord 38,3
1972 ¹⁾	217 Pfarrkirchen 71,2 215 Passau 67,3 200 Altötting 66,8 234 Bad Kissingen 66,2 242 Kaufbeuren 65,5	231 Nürnberg-Süd 35,6 205 München-Ost 38,6 230 Nürnberg-Nord 39,7 207 München-Süd 40,0 206 München-Ost 40,5
1976 ¹⁾	213 Deggendorf 72,7 216 Rottal-Inn 71,9 200 Altötting 70,4 234 Bad Kissingen 70,3 217 Straubing 69,7 243 Unterallgäu 69,7	231 Nürnberg-Süd 41,0 205 München-Nord 45,2 230 Nürnberg-Nord 45,3 204 München-Mitte 46,1 225 Hof 46,5

1) Wahlvorschläge nur in Bayern

5) Wahlvorschläge nur in Bayern und im Saarland

6) in diesen Wahlkreisen keine Kreiswahlvorschläge der DP

7) in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag von DP und FU

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1980 ¹⁾	216 Rottal-Inn 70,5 213 Deggendorf 70,3 217 Straubing 68,2 234 Bad Kissingen 67,7 243 Ostallgäu 67,5	231 Nürnberg-Süd 40,3 203 München-Mitte 41,4 204 München-Nord 41,5 230 Nürnberg-Nord 43,2 206 München-Süd 43,7
1983 ¹⁾	213 Deggendorf 71,5 216 Rottal-Inn 70,2 234 Bad Kissingen 69,0 217 Straubing 68,8 243 Ostallgäu 68,8	203 München-Mitte 41,1 204 München-Nord 42,7 206 München-Süd 44,9 231 Nürnberg-Süd 45,0 205 München-Ost 45,3
1987 ¹⁾	234 Bad Kissingen 65,3 213 Deggendorf 64,7 216 Rottal-Inn 64,7 217 Straubing 64,4 243 Ostallgäu 64,0	203 München-Mitte 37,5 204 München-Nord 41,2 230 Nürnberg-Nord 42,7 206 München-Süd 42,9 205 München-Ost 43,3 231 Nürnberg-Süd 43,3
1990 ¹⁾	234 Bad Kissingen 63,1 216 Rottal-Inn 60,2 213 Deggendorf 59,8 217 Straubing 59,3 243 Ostallgäu 59,0	203 München-Mitte 32,9 204 München-Nord 37,9 230 Nürnberg-Nord 38,6 205 München-Ost 39,2 206 München-Süd 39,6
1994 ¹⁾	216 Rottal-Inn 59,5 217 Straubing 58,4 234 Bad Kissingen 57,8 213 Deggendorf 57,7 211 Traunstein 57,4 212 Weilheim 57,4	203 München-Mitte 34,3 230 Nürnberg-Nord 40,3 204 München-Nord 41,2 231 Nürnberg-Süd 43,1 228 Erlangen 43,4

¹⁾ Wahlvorschläge nur in Bayern

Deutsche Partei (DP)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949 ¹⁾	11 Stade-Bremervörde 40,4 23 Diepholz-Melle-Wittlage 34,2 12 Verden-Rotenburg-Osterholz 32,7 ²⁾ 15 Fallingbostel-Hoya 32,3 17 Uelzen 32,1	6 Kiel 1,2 7 Plön 3,8 5 Bersenbrück-Lingen 4,2 3 Schleswig 4,7 3 Wilhelmshaven 5,9

¹⁾ Wahlvorschläge nur in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen

²⁾ in diesem Wahlkreis kein Wahlvorschlag der FDP

noch: Deutsche Partei (DP)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1953	33 Stade–Bremervörde 35,2 ³⁾ 36 Harburg–Soltau 28,8 ³⁾ 32 Cuxhaven–Hadeln– Wesermünde 25,8 ³⁾ 37 Fallingbostal–Hoya 24,8 ³⁾ 39 Uelzen 22,7	100 Recklinghausen–Land 0,2 ⁴⁾ 153 Prüm 0,2 ⁴⁾ Daran schließen sich fünf Wahlkreise mit einem Zweitstimmenanteil von 0,3% an.
1957	33 Stade–Bremervörde 32,9 36 Harburg–Soltau 25,2 32 Cuxhaven–Hadeln– Wesermünde 24,3 45 Diepholz–Melle–Wittlage 23,4 39 Uelzen 22,6	218 Tirschenreuth 0,2 ⁵⁾ 210 Passau 0,3 214 Amberg 0,3 215 Burglengenfeld 0,3 216 Cham 0,3 ⁵⁾ 222 Forchheim 0,3 ⁵⁾

³⁾ in diesem Wahlkreis keine Kreiswahlvorschläge von CDU und FDP

⁴⁾ in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag der DP

⁵⁾ in diesen Wahlkreisen keine Kreiswahlvorschläge der DP

Freie Demokratische Partei (FDP)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949	12 Waiblingen 40,3 ¹⁾ 8 Gießen 39,5 16 Wuppertal I 39,4 ²⁾ 6 Eppendorf–Winterhude 38,7 ³⁾ 2 Kassel 37,1 20 Darmstadt 36,8 13 Wiesbaden 36,4 6 Marburg 36,2	3 Schleswig 1,1 9 Vechta–Cloppenburg 1,2 6 Kiel 1,4 23 Diepholz–Melle–Wittlage 1,4 43 Gladbeck–Bottrop 1,5 4 Emsland 1,7 5 Bersenbrück–Lingen 1,8 18 Vilshofen 1,9
1953	129 Fritzlar–Homberg 29,6 138 Wiesbaden 28,3 ⁴⁾ 166 Heilbronn 28,2 126 Waldeck 28,0 ⁵⁾ 133 Gießen 27,8 30 Oldenburg–Ammerland 26,7 ⁶⁾ 131 Marburg 25,9 128 Eschwege 24,7	31 Vechta–Cloppenburg 1,4 211 Pfarrkirchen 1,6 198 Ingolstadt 1,7 196 Altötting 1,8 34 Verden–Rotenburg– Osterholz 1,9 ⁷⁾ 215 Burglengenfeld 1,9 37 Fallingbostal–Hoya 2,2 ⁷⁾ 209 Landshut 2,2 216 Cham 2,2

¹⁾ in diesem Wahlkreis kein Wahlvorschlag der „Notgemeinschaft“

²⁾ in diesem Wahlkreis keine Wahlvorschläge der CDU und der DRP/DKP

³⁾ in diesem Wahlkreis kein Wahlvorschlag der CDU

⁴⁾ in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag des GB/BHE

⁵⁾ in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag der CDU

⁶⁾ in diesem Wahlkreis keine Kreiswahlvorschläge von CDU und DP

⁷⁾ in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag der FDP

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1957	243 Saarbrücken-Stadt 31,7 173 Crailsheim 25,7 166 Heilbronn 25,2 174 Waiblingen 23,2 163 Stuttgart I-West 22,1 191 Calw 21,1 172 Backnang 20,6 164 Stuttgart II-Ost 20,5	31 Vechta–Cloppenburg 0,9 208 Deggendorf 1,1 211 Pfarrkirchen 1,1 213 Vilshofen 1,3 198 Ingolstadt 1,4 199 Miesbach 1,4 196 Altötting 1,5 210 Passau 1,6 215 Burglengenfeld 1,6
1961	173 Crailsheim 26,9 166 Heilbronn 25,4 30 Oldenburg–Ammerland 25,0 191 Calw 24,9 45 Diepholz–Melle-Wittlage 24,3 172 Backnang 24,2 163 Stuttgart I-West 23,8 174 Waiblingen 23,3	210 Passau 3,3 213 Vilshofen 3,5 215 Burglengenfeld 3,6 31 Vechta–Cloppenburg 3,7 198 Ingolstadt 3,8 216 Cham 3,9 212 Straubing 4,0 211 Pfarrkirchen 4,1
1965	126 Waldeck 20,8 168 Heilbronn 20,6 176 Crailsheim 19,3 177 Waiblingen 19,0 166 Stuttgart III 18,8 129 Fritzlar–Homberg 18,7 165 Stuttgart II 18,7 195 Calw 18,6	215 Passau 2,6 213 Deggendorf 3,1 101 Bottrop–Gladbeck 3,4 219 Burglengenfeld 3,5 217 Pfarrkirchen 3,6 88 Essen II 3,8 216 Straubing 3,8 115 Dortmund II 3,9
1969	176 Crailsheim 12,0 50 Bremen-Ost 11,3 166 Stuttgart III 10,9 165 Stuttgart II 10,8 177 Waiblingen 10,8 244 Saarbrücken-Stadt 10,4 28 Hoya 10,3 168 Heilbronn 10,2	215 Passau 1,5 213 Deggendorf 1,7 217 Pfarrkirchen 1,7 216 Straubing 1,8 219 Burglengenfeld 2,0 200 Altötting 2,0 214 Landshut 2,1 202 Ingolstadt 2,2

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer

noch: Freie Demokratische Partei (FDP)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1972	166 Stuttgart III 16,7 165 Stuttgart II 16,4 190 Freiburg 14,9 141 Frankfurt II 13,9 17 Wandsbek 13,7 177 Waiblingen 13,7 50 Bremen-Ost 13,5 60 Köln II 13,3 167 Ludwigsburg 13,3	215 Passau 2,3 219 Burglengenfeld 2,4 213 Deggendorf 2,5 217 Pfarrkirchen 2,7 216 Straubing 3,1 200 Altötting 3,6 221 Tirschenreuth 3,6 102 Höxter 3,7 202 Ingolstadt 3,7
1976	166 Stuttgart III 14,1 50 Bremen-Ost 13,7 165 Stuttgart II 13,6 69 Wuppertal I 12,9 22 Oldenburg 12,6 17 Wandsbek 12,5 177 Waiblingen 12,3 207 München-Süd 12,3	220 Schwandorf 2,4 213 Deggendorf 2,5 217 Straubing 3,2 215 Passau 3,3 221 Weiden 3,4 216 Rottal-Inn 3,6 226 Kulmbach 3,6 92 Ahaus-Bocholt 3,8
1980	162 Stuttgart-Süd 19,4 50 Bremen-Ost 17,7 15 Hamburg-Nord 16,5 60 Köln II 16,4 22 Oldenburg-Ammerland 16,3 208 München-Land 16,2 168 Waiblingen 16,0 69 Wuppertal I 15,9	213 Deggendorf 3,4 220 Schwandorf 3,7 217 Straubing 4,0 215 Passau 4,0 216 Rottal-Inn 4,3 221 Weiden 4,4 226 Kulmbach 4,5 202 Ingolstadt 5,4 218 Amberg 5,4
1983	162 Stuttgart-Süd 13,5 168 Waiblingen 12,0 63 Bonn 11,8 170 Neckar-Zaber 11,8 169 Ludwigsburg 11,4 172 Schwäbisch Hall 11,4 208 München-Land 11,4 164 Böblingen 11,3	89 Essen II 2,8 93 Gelsenkirchen I 2,8 85 Duisburg II 2,9 112 Herne 2,9 95 Bottrop-Recklinghausen IV 3,1 114 Dortmund II 3,1 86 Oberhausen 3,4 94 Gelsenkirchen II-Recklinghausen III 3,4
1987	162 Stuttgart I 18,1 169 Ludwigsburg 15,6 168 Waiblingen 15,3 166 Nürtingen 14,9 172 Schwäbisch Hall 14,8 208 München-Land 14,8 60 Köln II 14,7 164 Böblingen 14,7	93 Gelsenkirchen I 3,5 85 Duisburg II 3,7 89 Essen II 3,7 112 Herne 3,8 114 Dortmund II 4,0 95 Bottrop-Recklinghausen IV 4,1 94 Gelsenkirchen II-Recklinghausen III 4,2 86 Oberhausen 4,4

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil	
1990 ¹⁾	291 Halle-Altstadt 34,6	220 Schwandorf 4,1	
	292 Halle-Neustadt– Saalkreis–Köthen 26,5	247 Sankt Wendel 4,4	
	289 Dessau–Bitterfeld 22,5	213 Deggendorf 4,9	
	293 Merseburg–Querfurt– Weißenfels 21,4	221 Weiden 4,9	
	294 Zeitz–Hohenmölsen– Naumburg–Nebra 21,2	216 Rottal-Inn 5,2	
	290 Bernburg–Aschersleben– Quedlinburg 20,0	217 Straubing 5,3	
	288 Wittenberg– Gräfenhainichen– Jessen–Roßlau–Zerbst 19,6	226 Kulmbach 5,3	
	295 Eisleben–Sangerhausen– Hettstedt 19,2	245 Saarbrücken II 5,5	
	162 Stuttgart I 17,7	246 Saarlouis 5,6	
	60 Köln II 17,6	225 Hof 5,7	
	301 Weimar–Apolda– Erfurt-Land 17,2	112 Herne 5,9	
	302 Jena–Rudolstadt–Stadtroda 16,8	202 Ingolstadt 5,9	
	1994	162 Stuttgart I 14,1	260 Berlin-Hellersdorf/ -Marzahn 1,7
		60 Köln II 13,1	249 Berlin-Mitte/-Prenzlauer Berg 1,8
		169 Ludwigsburg 12,5	258 Berlin-Friedrichshain/ -Lichtenberg 1,8
133 Hochtaunus 12,2		279 Frankfurt/Oder–Eisen- hüttenstadt–Beeskow 2,0	
166 Nürtingen 11,9		259 Berlin-Köpenick/-Treptow 2,1	
63 Bonn 11,8		261 Berlin-Hohenschönhausen/ -Pankow/-Weißensee 2,1	
164 Böblingen 11,8		272 Prenzlau–Angermünde– Schwedt–Templin–Gransee 2,1	
208 München-Land 11,8		277 Fürstenwalde–Strausberg– Seelow 2,3	
67 Rheinisch-Bergischer Kreis I 11,5		274 Eberswalde–Bernau– Bad Freienwalde 2,4	
193 Reutlingen 11,5		273 Oranienburg–Nauen 2,5	
28 Diepholz 11,4		276 Potsdam 2,5	
74 Düsseldorf I 11,4		278 Luckenwalde–Zossen– Jüterbog–Königs Wuster- hausen 2,5	
184 Calw 11,4			

1) Anmerkung zum Wahljahr 1990:

In den 1987 außerdem noch aufgeführten westdeutschen Wahlkreisen mit dem **höchsten** Stimmenanteil wurden 1990 folgende Wahlergebnisse erzielt:

169 Ludwigsburg	15,3%	172 Schwäbisch Hall	14,3%
168 Waiblingen	15,5%	208 München-Land	15,6%
166 Nürtingen	14,9%	164 Böblingen	14,4%

Bei den Wahlkreisen mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil fehlen ostdeutsche Wahlkreise, da hier die niedrigste Prozentzahl erst bei 6,9% einsetzt (im Wahlkreis 267 Stralsund–Rügen–Grimmen).

Gesamtdeutscher Block – BHE

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1953	39 Uelzen 18,0	102 Gladbeck–Bottrop 0,8
	239 Donauwörth 16,8	161 Zweibrücken 0,8 ¹⁾
	8 Oldenburg–Eutin/Süd 16,5	154 Trier 1,0
	43 Neustadt–Grafschaft Schumburg 15,6	158 Ludwigshafen am Rhein 1,0
	38 Celle 15,5	Daran schließen sich sechs Wahlkreise mit einem Zweitstimmenanteil von 1,1% an.

¹⁾ in diesem Wahlkreis kein Kreiswahlvorschlag des GB/BHE

Die Grünen¹⁾

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1983	185 Freiburg 12,4	226 Kulmbach 2,7
	50 Bremen-Ost 11,4	224 Coburg 2,8
	14 Hamburg-Eimsbüttel 10,7	217 Straubing 2,9
	203 München-Mitte 10,7	213 Deggendorf 3,0
	139 Frankfurt am Main II 9,7	221 Weiden 3,0
	140 Frankfurt am Main III 9,7	202 Ingolstadt 3,1
	15 Hamburg-Nord 9,5	216 Rottal-Inn 3,1
	99 Münster 9,5	223 Bayreuth 3,3
	194 Tübingen 9,5	225 Hof 3,3
1987	203 München-Mitte 19,4	221 Weiden 4,4
	185 Freiburg 18,4	226 Kulmbach 4,4
	50 Bremen-Ost 16,2	217 Straubing 4,5
	140 Frankfurt am Main III 15,5	224 Coburg 4,7
	194 Tübingen 15,1	121 Olpe–Siegen–Wittgenstein II 4,9
	139 Frankfurt am Main II 14,9	234 Bad Kissingen 4,9
	178 Heidelberg 14,9	27 Cloppenburg–Vechta 5,0
	14 Hamburg-Eimsbüttel 14,7	44 Salzgitter–Wolfenbüttel 5,1
		47 Goslar 5,1
		213 Deggendorf 5,1
		225 Hof 5,1

¹⁾ Das Wahljahr 1990 fehlt, weil die nur in den westlichen Bundesländern kandidierende Partei an der Sperrklausel scheiterte; ab Wahljahr 1994 siehe Bündnis 90/Die Grünen (II).

Hinweis

Abschnitt 5.11 enthält eine Liste der Parteien, die nicht durch Wahl, sondern hauptsächlich durch den Parteiwechsel einzelner Abgeordneter während der Wahlperiode im Bundestag vertreten waren.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949	15 Remscheid–Solingen 20,9	9 Vechta–Cloppenburg 1,0
	14 Mannheim–Stadt 18,7	16 Pfarrkirchen 1,1
	43 Gladbeck–Bottrop 15,8	44 Warburg–Höxter–Büren 1,2
	40 Gelsenkirchen 15,3	6 Prüm 1,4
	11 Ludwigshafen 14,7	1 Husum 1,5
		3 Schleswig 1,5
		45 Paderborn–Wiedenbrück 1,5

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)¹⁾

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1990 ²⁾	261 Berlin–Hellersdorf/ –Mahrzahn 27,3	296 Nordhausen–Worbis– Heiligenstadt 5,7
	259 Berlin–Friedrichshain/ –Treptow/–Lichtenberg I 25,7	297 Eisenach–Mühlhausen 6,2
	258 Berlin–Pankow/–Hohen- schönhausen/–Weißensee II 23,9	325 Annaberg–Stollberg– Zschopau 6,2
	260 Berlin–Köpenick/ –Lichtenberg II 23,8	299 Gotha–Arnstadt 6,3
	257 Berlin–Mitte/–Prenzlauer Berg/–Weißensee I 23,3	322 Glauchau–Rochlitz– Hohenstein–Ernstthal– Hainichen 6,3
	265 Rostock 19,2	328 Reichenbach–Plauen– Auerbach–Oelsnitz 6,5
	269 Neubrandenburg– Altentreptow–Waren–Röbel 16,7	301 Weimar–Apolda– Erfurt–Land 6,6
	276 Potsdam 16,0	326 Aue–Schwarzenberg– Klingenthal 6,9

¹⁾ 1990: Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL)

²⁾ Die Aufzählung der Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil bricht an der achten Stelle wegen des sehr unterschiedlichen Stimmverhaltens in Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost, in Berlin-West und in Westdeutschland ab. In Berlin-West (Wahlkreise 249–256) erreichte die PDS/LL einen Zweitstimmenanteil zwischen 3,4% (Wahlkreis 254 Berlin-Kreuzberg/Schöneberg) und 0,5% (Wahlkreis 250 Berlin-Reinickendorf); in Westdeutschland liegen die Stimmenanteile zwischen 1,7% (Wahlkreis 12 Hamburg-Mitte) und 0,1% (zahlreiche Wahlkreise).

Hinweis

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des **Datenhandbuchs** folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

noch: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1994 ³⁾	258 Berlin-Friedrichshain/ -Lichtenberg 37,8	325 Annaberg-Stollberg- Zschopau 12,3
	260 Berlin-Hellersdorf/-Marzahn 37,7	322 Glauchau-Rochlitz- Hohenstein-Ernstthal- Hainichen 13,1
	261 Berlin-Hohenschönhausen/ -Pankow/-Weißensee 33,3	328 Reichenbach-Plauen- Auerbach-Oelsnitz 13,1
	249 Berlin-Mitte/-Prenzlauer Berg 33,2	282 Bad Liebenwerda-Finster- walde-Herzberg-Lübben- Luckau 13,4
	259 Berlin-Köpenick/-Treptow 30,9	296 Nordhausen-Worbis- Heiligenstadt 13,5
	265 Rostock 29,9	321 Freiberg-Brand-Erbisdorf- Flöha-Marienberg 13,5
	276 Potsdam 26,7	320 Dresden-Land-Freital- Dippoldiswalde 13,9
	263 Schwerin-Hagenow 25,6	271 Neuruppin-Kyritz- Wittstock-Pritzwalk- Perleberg 14,2
		326 Aue-Schwarzenberg- Klingenthal 14,2

³⁾ Die Aufzählung der Wahlkreise mit dem **höchsten** und **niedrigsten** Stimmenanteil bricht an der achten Stelle wegen des nach wie vor sehr unterschiedlichen Stimmverhaltens in Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost, in Berlin-West und in Westdeutschland ab. In Berlin-West (Wahlkreise 250–257) erreichte die PDS einen Zweitstimmenanteil zwischen 5,3% (Wahlkreis 255 Berlin-Kreuzberg/-Schöneberg) und 1,6% (Wahlkreise 251–256); in Westdeutschland liegen die Stimmenanteile zwischen 3,6% (Wahlkreis 51 Bremen-West) und 0,2% (Wahlkreis 213 Deggendorf).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949	19 Hannover-Süd 55,1	5 Biberach 7,4
	8 Finkenwerder 48,0 ¹⁾	16 Pfarrkirchen 8,4
	46 Bielefeld-Land-Halle 46,6	6 Prüm 10,3
	20 Hannover-Land 45,9	11 Crailsheim 10,8
	48 Herford-Stadt und -Land 45,9	4 Kochem 11,0
	47 Bielefeld-Stadt 44,8	9 Vechta-Cloppenburg 11,1
	58 Dortmund III-Lünen 44,8	17 Straubing 12,5
	18 Hannover-Nord Stadt 44,1	18 Vilshofen 12,9
		6 Ravensburg 12,9

¹⁾ in diesem Wahlkreis Wahlabsprache zwischen CDU und FDP; kein Wahlvorschlag der CDU

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1953	41 Stadt Hannover-Süd 51,5 117 Dortmund III-Lünen 47,0 90 Essen II 46,9 107 Herford-Stadt und -Land 46,9 21 Hamburg VII 46,4 116 Dortmund II 45,2 58 Bremen-West 44,8 109 Lemgo 44,2	194 Biberach 7,6 31 Vechta-Cloppenburg 8,9 153 Prüm 10,0 195 Ravensburg 11,0 211 Pfarrkirchen 11,4 151 Cochem 11,7 182 Tauberbischofsheim 11,8 239 Donauwörth 12,3
1957	21 Hamburg VII 53,7 58 Bremen-West 52,5 90 Essen II 52,1 41 Stadt Hannover-Süd 51,7 117 Dortmund III-Lünen 49,7 127 Kassel 48,9 116 Dortmund II 48,7 23 Aurich-Emden 48,0	31 Vechta-Cloppenburg 8,8 194 Biberach 10,2 182 Tauberbischofsheim 12,1 211 Pfarrkirchen 12,1 ²⁾ 153 Prüm 12,2 103 Warburg-Höxter-Büren 14,5 151 Cochem 14,6 239 Donauwörth 14,6
1961	58 Bremen-West 55,0 41 Stadt Hannover-Süd 53,7 21 Hamburg VII 53,5 90 Essen II 52,7 117 Dortmund III-Lünen 52,4 116 Dortmund II 51,6 127 Kassel 51,5 59 Bremerhaven-Bremen-Nord 50,2 111 Wattenscheid-Wanne-Eickel 50,2	31 Vechta-Cloppenburg 11,5 153 Prüm 13,4 194 Biberach 14,1 211 Pfarrkirchen 16,0 182 Tauberbischofsheim 16,7 103 Warburg-Höxter-Büren 16,9 225 Ansbach 17,7 230 Weißenburg 17,8
1965	115 Dortmund II 60,1 88 Essen II 59,2 118 Bochum-Witten 59,1 110 Wanne-Eickel-Wattenscheid 57,8 98 Gelsenkirchen II 57,4 90 Duisburg I 56,8 128 Eschwege 56,3 116 Dortmund III 55,9	27 Cloppenburg 14,9 198 Biberach 17,4 153 Bitburg 17,7 217 Pfarrkirchen 20,5 232 Weißenburg 20,5 26 Emsland 21,8 102 Höxter 21,9 234 Bad Kissingen 22,2
1969	115 Dortmund II 61,9 88 Essen II 61,3 118 Bochum-Witten 60,6 90 Duisburg I 60,1 98 Gelsenkirchen II 59,3 110 Wanne-Eickel-Wattenscheid 59,2 12 Hamburg-Mitte 58,6 116 Dortmund III 58,5 128 Eschwege 58,5	217 Pfarrkirchen 19,8 27 Cloppenburg 20,1 198 Biberach 20,3 153 Bitburg 22,1 232 Weißenburg 23,1 215 Passau 23,1 216 Straubing 23,9 200 Altötting 24,1

²⁾ in diesem Wahlkreis Wahlabsprache mit der FU; kein Kreiswahlvorschlag der SPD

Hinweis

Eine Bibliographie der regionalen und lokalen Wahlstudien ist in Abschnitt 1.14 enthalten.

noch: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1972	90 Duisburg I 68,7 115 Dortmund II 67,8 88 Essen II 67,7 98 Gelsenkirchen II 65,6 97 Gelsenkirchen I 65,3 110 Wanne-Eickel-Wattenscheid 64,6 118 Bochum-Witten 64,1 111 Herne-Castrop-Rauxel 63,8	198 Biberach 23,4 27 Cloppenburg 24,5 217 Pfarrkirchen 25,2 234 Bad Kissingen 27,7 242 Kaufbeuren 28,1 199 Ravensburg 28,4 153 Bitburg 28,5 200 Altötting 28,6
1976	90 Duisburg I 66,2 115 Dortmund II 65,7 88 Essen II 65,1 98 Gelsenkirchen II 63,5 97 Gelsenkirchen I 63,1 110 Wanne-Eickel-Wattenscheid 62,3 111 Herne-Castrop-Rauxel 62,0 118 Bochum-Witten 61,9	198 Biberach 21,0 27 Cloppenburg 23,4 216 Rottal-Inn 23,7 213 Deggendorf 23,9 243 Unterallgäu 24,1 234 Bad Kissingen 24,3 200 Altötting 24,5 211 Traunstein 24,8
1980	89 Essen II 64,7 85 Duisburg II 64,2 114 Dortmund II 63,3 112 Herne 62,7 93 Gelsenkirchen I 62,3 94 Gelsenkirchen II- Recklinghausen III 60,4 19 Aurich-Emden 60,3 111 Bochum II- Ennepe-Ruhr-Kreis II 60,3	198 Biberach 21,7 27 Cloppenburg-Vechta 23,0 243 Ostallgäu 23,6 216 Rottal-Inn 23,7 213 Deggendorf 24,9 234 Bad Kissingen 25,0 211 Traunstein 25,1 199 Altötting 26,0
1983	89 Essen II 61,6 85 Duisburg II 61,3 93 Gelsenkirchen I 59,6 114 Dortmund II 59,4 112 Herne 59,3 94 Gelsenkirchen II- Recklinghausen III 57,1 111 Bochum II- Ennepe-Ruhr-Kreis II 56,3 86 Oberhausen 56,2	196 Biberach 16,2 27 Cloppenburg-Vechta 18,5 243 Ostallgäu 19,9 213 Deggendorf 21,1 198 Zollernalb-Sigmaringen 21,4 216 Rottal-Inn 21,4 234 Bad Kissingen 21,4 211 Traunstein 22,4
1987	85 Duisburg II 63,2 89 Essen II 62,7 114 Dortmund II 60,7 112 Herne 60,4 93 Gelsenkirchen I 60,3 94 Gelsenkirchen II- Recklinghausen III 58,2 95 Bottrop-Recklinghausen IV 57,8 86 Oberhausen 57,7	196 Biberach 16,9 243 Ostallgäu 18,5 210 Starnberg 20,1 212 Weilheim 20,1 211 Traunstein 20,4 27 Cloppenburg-Vechta 20,7 199 Altötting 20,7 209 Rosenheim 20,9

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1990 ¹⁾	85 Duisburg II 58,7 114 Dortmund II 57,8 112 Herne 57,6 89 Essen II 56,3 93 Gelsenkirchen I 56,0 19 Aurich–Emden 55,3 95 Bottrop–Recklinghausen IV 54,7 94 Gelsenkirchen II– Recklinghausen III 54,3 86 Oberhausen 54,1 111 Bochum II– Ennepe-Ruhr-Kreis II 54,1 110 Bochum I 53,5 245 Saarbrücken II 52,9	318 Dresden I 13,3 316 Bautzen–Löbau 13,7 320 Dresden-Land–Freital– Dippoldiswalde 14,0 319 Dresden II 14,1 317 Pirna–Sebnitz–Bischofswerda 14,4 315 Görlitz–Zittau–Niesky 14,9 325 Annaberg–Stollberg– Zschopau 16,1 321 Freiberg–Brand-Erbisdorf– Flöha–Marienberg 16,2 326 Aue–Schwarzenberg– Klingenthal 16,9 328 Reichenbach–Plauen– Auerbach–Oelsnitz 17,9 313 Meißen–Riesa–Großenhain 18,0 196 Biberach 18,1
1994	85 Duisburg II 61,0 112 Herne 60,2 114 Dortmund II 59,3 89 Essen II 59,3 93 Gelsenkirchen I 58,3 86 Oberhausen 57,9 94 Gelsenkirchen II– Recklinghausen III 56,7 95 Bottrop–Recklinghausen IV 56,6 19 Aurich–Emden 56,0 111 Bochum II–Ennepe- Ruhr-Kreis II 55,4 110 Bochum I 55,1 84 Duisburg I 54,6	320 Dresden-Land–Freital– Dippoldiswalde 17,7 319 Dresden II 17,8 318 Dresden I 17,9 316 Bautzen–Löbau 18,1 317 Pirna–Sebnitz–Bischofswerda 18,2 315 Görlitz–Zittau–Niesky 19,9 268 Greifswald–Wolgast– Demmin 20,8 209 Rosenheim 20,9 210 Starnberg 21,1 313 Meißen–Riesa–Großenhain 21,3 212 Weilheim 21,8 196 Biberach 22,0

1) Anmerkung zum Wahljahr 1990:

Bei den Wahlkreisen mit dem **höchsten** Stimmenanteil fehlen ostdeutsche Wahlkreise, da hier die höchste Prozentzahl erst bei 36,6% einsetzt (im Wahlkreis 272 Prenzlau–Angermünde–Schwedt–Templin–Gransee). In den 1987 außerdem noch aufgeführten westdeutschen Wahlkreisen mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil wurden 1990 folgende Wahlergebnisse erzielt:

243 Ostallgäu	19,2%	27 Cloppenburg–Vechta	19,0%
210 Starnberg	20,9%	199 Altötting	21,6%
212 Weilheim	19,1%	209 Rosenheim	20,3%
211 Traunstein	21,0%		

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949 ¹⁾	16 Pfarrkirchen 24,8	25 Bayreuth 6,0
	15 Passau 22,7	24 Bamberg 6,5
	18 Vilshofen 21,9	21 Cham 7,2
	44 Donauwörth 21,6	23 Tirschenreuth 7,8
	31 Erlangen 21,0	20 Burglengenfeld 8,1

¹⁾ Wahlvorschläge nur in Bayern

Zentrum (Z)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem niedrigsten Stimmenanteil
1949 ¹⁾	38 Münster-Stadt und -Land 30,5	19 Hannover-Süd 0,3
	35 Borken-Bocholt-Ahaus 29,3	11 Stade-Bremervörde 0,4
	9 Vechta-Cloppenburg 26,5 ²⁾	16 Celle 0,5
	44 Warburg-Höxter-Büren 24,6	13 Lüneburg-Dannenberg 0,5
	36 Steinfurt-Tecklenburg 24,0	51 Minden-Lübbecke 0,5

¹⁾ Wahlvorschläge nur in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen

²⁾ in diesem Wahlkreis kein Wahlvorschlag der DP

1.18 Erfolgreiche parteilose Wahlkreisbewerber

Parteilose Einzelbewerber, auch freie oder unabhängige Bewerber genannt, haben bei Bundestagswahlen praktisch keine Chance, in das Parlament zu gelangen. Auch die 1949 gewählten drei parteilosen Wahlkreis-Abgeordneten *Eduard Edert*, *Richard Freudenberg* und *Franz Ott*, die häufig als

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Ausnahmen genannt werden, waren in Wirklichkeit keine Unabhängigen, wenn man die Umstände ihrer Wahl näher betrachtet.*)

Eduard Edert

Dr. *Eduard Edert* aus Kiel, seit 1921 Oberschulrat und mehrfach mit der Lösung deutsch-dänischer Probleme beauftragt, konnte 1949 nach Auffassung der bürgerlichen Parteien als Vorstand des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, des Gegenparts des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) der dänischen Minderheit, allein verhindern, daß ein Däne den Wahlkreis Flensburg erobern würde. Er siegte auch als gemeinsamer Kandidat der CDU, FDP und DP mit 48,0% vor dem SSW-Kandidaten mit 31,4% der Stimmen.

Im 1. Bundestag wurde *Edert*, entsprechend seiner politischen Heimat, Gast der Fraktion der CDU/CSU. Dem 2. Bundestag gehörte er nicht mehr an.

Wahlergebnisse im Wahlkreis 2: Flensburg			
Partei	1949	1953	
	Stimmen in %	Erst- stimmen in %	Zweit- stimmen in %
CDU	–	59,6	40,1
SPD	15,1	13,9	13,7
DP	–	–	3,2
FDP	–	–	2,6
SSW	31,4	24,8	23,9
KPD	1,7	0,7	0,7
BHE	–	–	14,1
DNS	–	0,5	0,3
DRP/DKP	–	–	0,9
GVP	–	0,5	0,5
RSF	3,8	–	–
Unabh. ¹⁾	48,0	–	–

¹⁾ *Eduard Edert*

Richard Freudenberg

Der Weinheimer Lederfabrikant *Richard Freudenberg*, der 1949 mit 30 016 Stimmen (43,8%) den relativ kleinen Wahlkreis Mannheim-Land eroberte, war von 1919 bis 1924 für die Deutsche Demokratische Partei Abgeordneter im Badischen Landtag und neun Jahre bis 1933 ihr Landesvorsitzender. Nach 1945 vertrat er die Politik der FDP, ausgenommen deren Programmaussage für das Verhältniswahlrecht. Als Verfechter des Mehrheitswahlrechts entschloß sich der im Wahlkreis allseits bekannte und beliebte *Freudenberg* zu einer freien Kandidatur. Sein respektabler Erfolg war der Erfolg eines erfahrenen, gestandenen liberalen Politikers, nicht eines parteilosen Außenseiters. Die FDP sah ihn auch als ihren Kandidaten an; denn sie zog, als sie von *Freudenbergs* Kandidatur erfuhr, ihren FDP-Bewerber aus dem Rennen, und *Freudenberg* schloß sich seinerseits im Deutschen Bundestag der FDP an.

Wahlergebnisse im Wahlkreis 180: Mannheim-Land			
Partei	1949	1953	
	Stimmen in %	Erst- stimmen in %	Zweit- stimmen in %
CDU	25,5	38,1	43,1
SPD	20,7	26,1	28,7
FDP/DVP	–	7,5	10,9
KPD	10,0	5,5	5,9
BHE	–	–	6,4
DP	–	1,4	2,5
DNS	–	–	1,5
GVP	–	0,6	1,0
Unabh. ¹⁾	43,8	–	–
WGFP ²⁾	–	20,8	–

¹⁾ *Richard Freudenberg*

²⁾ Wählergemeinschaft *Freudenberg* parteilos

Freudenberg, der sich gegen Ende der 1. Wahlperiode mit der FDP überworfen hatte, konnte sich bei seiner Kandidatur bei der 2. Bundestagswahl 1953 („Wählergemeinschaft *Freudenberg* parteilos“) immerhin noch die Hälfte seiner Stimmen (15 705 = 20,8%) sichern; sein FDP-Gegenkandidat bekam 7,5% Erst- und die FDP

*) Die folgenden Angaben sind überwiegend wörtlich entnommen aus *Klemens Kremer*, Der Weg ins Parlament. Kandidatur zum Bundestag. Heidelberg, Hamburg 1982. S. 113 ff.

10,9% Zweitstimmen. Den Wahlkreis eroberte aber mit 38,1% der Erststimmen der Kandidat der inzwischen gefestigten CDU.

Franz Ott

Im Wahlkreis Esslingen drängte eine Notgemeinschaft von Heimatvertriebenen und Ausgebombten den 39jährigen katholischen Priester Dr. *Franz Ott* aus dem Sudetenland zu einer Bundestagskandidatur. *Ott*s hauptsächliche politische Devise war die Förderung der Wahrheit. Er respektierte sogar ein bischöfliches Redeverbot, das ihn kurz vor der Wahl traf. Dennoch bekam *Ott* dank seines Redetalents über ein Viertel aller Stimmen (27 069 = 28,0%) in seinem Wahlkreis, jedenfalls 1 010 Stimmen mehr als der SPD-Kandidat und 1 757 mehr als der CDU-Kandidat.

Die *Ott* unterstützende Notgemeinschaft war eine der Initialgruppen des schon am 9. Juli 1950 mit 23,4% der Stimmen bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein (3,7% mehr als die CDU!) und auch 1953 bei der zweiten Bundestagswahl sensationell erfolgreichen Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Der BHE war die bedeutendste von etwa 30 Splitterparteien, die sich nach der Aufhebung der Parteienlizenzierung seitens der Alliierten am 14. Januar 1950 gebildet hatten.

Ott fand während seiner vierjährigen Mitgliedschaft im Bundestag keine politischen Freunde und blieb trotz relativ vieler Wortmeldungen bedeutungslos. Er schloß sich zwar Anfang 1950 als Gast der damaligen Fraktion der bayerischen Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) an und wechselte folgerichtig mit vier Heimatvertriebenen aus dieser Fraktion zu der am 13. Oktober 1950 entstandenen Gruppe BHE/Deutsche Gemeinschaft. Im März 1952 war er Gast bei der kurzlebigen Gruppe der Deutschen Partei/Bayern, die sich aber schon drei Monate später von *Ott* trennte.

Zu zwei weiteren Kandidaten

Parteilos bei der 1. Bundestagswahl war auch der erfolgreiche Wahlkreisbewerber *Karl Georg Pfeleiderer*, der von der Demokratischen Volkspartei (der FDP im damaligen Land Württemberg-Baden) im Wahlkreis Waiblingen, dessen Landrat er war, als Kandidat nominiert worden war. Im Bundestag wurde *Pfeleiderer* sofort Mitglied der FDP-Fraktion und später auch der Partei.

Hingegen erscheint es nicht sachgerecht, den Einzelbewerber Dr. *Wilhelm Daniels* bei der 6. Bundestagswahl 1969 als Unabhängigen zu bezeichnen. Der ehemalige Bonner CDU-Oberbürgermeister war, entgegen seinem Wunsch, von der Delegiertenversammlung des Wahlkreises nicht als Direktkandidat aufgestellt worden. Verletzt und verkannt bewarb er sich außerhalb seiner Partei, aber uneingeschränkt die Ziele der CDU verfolgend. Nach einem geschickten Wahlkampf erhielt *Daniels* 29 895 (22,6%) Erststimmen. Diese Stimmen gefährdeten den Sieg des von der CDU aufgestellten Kandidaten *Alo Hauser* zwar nicht (37,9%); aber erst bei seiner Wiederwahl 1972 kam *Hauser* wieder als alleiniger CDU-Kandidat mit 51,8% in die Nähe des letzten Ergebnisses des vormaligen CDU-Wahlkreiskandidaten *Adenauer* von 59,6%.

Die parteiverbundene Kandidatur außerhalb der Partei hatte ein Nachspiel. Auf eine Verfassungsbeschwerde von Dr. *Daniels* hin wies das Bundesverfassungsgericht durch Beschluß vom 9. März 1976 den Bundesgesetzgeber an, daß Unabhängige von einer Wahlkampfkostenerstattung nicht ausgeschlossen werden dürfen, wenn sie die Ernsthaftigkeit ihrer Kandidatur verdeutlicht hätten. Der Gesetzgeber hat dann 1979 mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes die Ernsthaftigkeit einer freien Kandidatur bei einer Mindestzahl von 10% Erststimmen als gegeben angesehen.

Wahlergebnisse im Wahlkreis 168: Esslingen			
Partei	1949	1953	
	Stimmen in %	Erst- stimmen in %	Zweit- stimmen in %
CDU	26,2	43,2	42,3
SPD	27,0	29,1	29,0
FDP/DVP	11,5	10,8	11,4
KPD	7,3	3,5	3,5
BHE	–	9,3	8,9
DP	–	1,2	1,9
DNS	–	2,1	1,8
GVP	–	0,8	1,2
Unabh.1)	28,0	–	–

1) *Franz Ott*

1.19 Überhangmandate

Hat eine Partei in einem Bundesland mehr Wahlkreissitze errungen, als ihr nach dem Verhältnis der in diesem Land für alle Parteien abgegebenen Stimmen (ab 1953: Zweitstimmen) Mandate zustehen, so verbleiben dieser Partei diese sogenannten „Überhangmandate“; somit erhöht sich um diese Zahl der Überhangmandate die Zahl der Mandate in dem betreffenden Bundesland bzw. die Zahl der Mitglieder im Bundestag.

Beispiel: 1961 eroberte die CDU mit ihren Erststimmen 13 der 14 Wahlkreise Schleswig-Holsteins. Nach dem Verhältnis der Zweitstimmen hätten der CDU indes nur 9 Mandate zugestanden. Aufgrund der Bestimmungen über die Überhangmandate behielt jedoch die CDU ihre 4 zusätzlichen Mandate.

Angaben über die bisherigen Überhangmandate enthält die folgende Tabelle.

Wahlperiode (Wahljahr)	Zahl der Überhang- mandate	davon	im Bundesland	für Partei
1. WP (1949)	2	1 1	Bremen Baden	SPD CDU
2. WP (1953)	3	2 1	Schleswig-Holstein Hamburg	CDU DP
3. WP (1957)	3	3	Schleswig-Holstein	CDU
4. WP (1961)	5	4 1	Schleswig-Holstein Saarland	CDU CDU
5. WP (1965)	0	–	–	–
6. WP (1969)	0	–	–	–
7. WP (1972)	0	–	–	–
8. WP (1976)	0	–	–	–
9. WP (1980)	1	1	Schleswig-Holstein	SPD
10. WP (1983)	2	1 1	Hamburg Bremen	SPD SPD
11. WP (1987)	1	1	Baden-Württemberg	CDU
12. WP (1990)	6	2 3 1	Mecklenburg-Vorpommern Sachsen-Anhalt Thüringen	CDU CDU CDU

Wahlperiode (Wahljahr)	Zahl der Überhangmandate	davon	im Bundesland	für Partei
13. WP (1994)	16	2	Baden-Württemberg	CDU
		2	Mecklenburg-Vorpommern	CDU
		2	Sachsen-Anhalt	CDU
		3	Thüringen	CDU
		3	Sachsen	CDU
		1	Bremen	SPD
		3	Brandenburg	SPD

Nachdem bei der Bundestagswahl 1994 16 Überhangmandate angefallen waren (12 für die CDU und 4 für die SPD), wurde die Verfassungsmäßigkeit der Überhangmandate u. a. wegen eines angeblichen Verstoßes gegen den Grundsatz der Wahlgleichheit in Frage gestellt. Die namentlich von dem Verfassungsrechtler *Hans Meyer**) vertretene Position führte zu über 1300 Wahleinsprüchen beim Bundestag.

Vertreten durch *Hans Meyer* hatte die Landesregierung von Niedersachsen (Beschwerdeführer: Ministerpräsident *Gerhard Schröder*) mit einem Normenkontrollantrag gegen die Überhangmandate geklagt. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 10. April 1997 entschieden, daß § 7 Abs. 3 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes, der zu den 16 Überhangmandaten geführt hat, **verfassungsgemäß** ist. Diese Entscheidung wurde zwar nur mit der Stimmengleichheit 4:4 getroffen, doch gilt in diesem Fall § 15 Abs. 3 Satz 3 Bundesverfassungsgerichtsgesetz: „Bei Stimmengleichheit kann ein Verstoß gegen das Grundgesetz oder sonstiges Bundesrecht nicht festgestellt werden.“

Ohne Überhangmandate wäre die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP in der 13. Wahlperiode theoretisch zwar auch möglich gewesen, sie hätte jedoch nur über eine der absoluten Mehrheit entsprechende Stimmzahl verfügt, d. h. das Stimmenverhältnis von Regierung und Opposition hätte 329:327 betragen. Das zeigt die nebenstehende Gegenüberstellung.

■ Sofern es bei der Bundestagswahl von 1998 zu Überhangmandaten gekommen sein sollte, sind diese im NACHTRAG unter 1.19 angegeben.

★ Die Gesamtzahl der **Überhangmandate** bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1994 beträgt **39**.

	Mandatszahl ohne Überhangmandate	Mandatszahl mit Überhangmandaten
CDU/CSU	282	294
SPD	248	252
B90/GR	49	49
FDP	47	47
PDS	30	30
Abg. insgesamt	656	672
Koalition aus CDU/CSU und FDP	329	341
absolute Mehrheit	329	337

*) *Hans Meyer* hat schon seit langem auf die Verfassungswidrigkeit der Überhangmandate hingewiesen, zuletzt in: Der Überhang und anderes Unterhaltsame aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Jg. 9. 1994. H. 4. S. 312–362. Vgl. auch *Hans Meyer*, Wahlgrundsätze und Wahlverfahren. In: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Josef Isensee* und *Paul Kirchhof*. Bd. 3. Heidelberg 1987. S. 269–311.

1.20 Briefwähler

Erstmals bei der Bundestagswahl 1957 konnte auch brieflich gewählt werden. Der Anteil der Briefwähler hat sich in der Zwischenzeit fast verdreifacht.*)

Wahljahr	Wähler		
	insgesamt	darunter Briefwähler	
	Anzahl		%
1957	31 072 894	1 537 094	4,9
1961	32 849 624	1 891 604	5,8
1965	33 416 207	2 443 935	7,3
1969	33 523 064	2 381 860	7,1
1972	37 761 589	2 722 424	7,2
1976	38 165 753	4 099 212	10,7
1980	38 292 176	4 986 716	13,0
1983	39 279 529	4 117 511	10,5
1987	38 225 294	4 247 949	11,1
1990	46 995 915	4 496 015	9,6
1994	47 737 999	6 350 390	13,3

1.21 Ungültige Stimmen

Ungültig sind diejenigen Stimmen, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen, sowie die Stimmen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Trifft dies auf einem Stimmzettel nur für die Erst- oder nur für die Zweitstimme zu, so verliert dadurch die andere Stimme nicht ihre Gültigkeit.

In der Praxis müssen Stimmen am häufigsten aus folgenden Gründen für ungültig erklärt werden:

- Der Stimmzettel ist entweder auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen;
- es sind entweder auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite mehrere Wahlvorschläge angekreuzt.

In dem zuerst genannten Fall hat der Wähler absichtlich oder aus Unachtsamkeit darauf verzichtet, sich für einen Wahlkreisvorschlag oder eine Landesliste oder für beides zu entscheiden; im zweiten Fall kann vom Wahlvorstand nicht darüber befunden werden, welches Kreuz gelten soll.

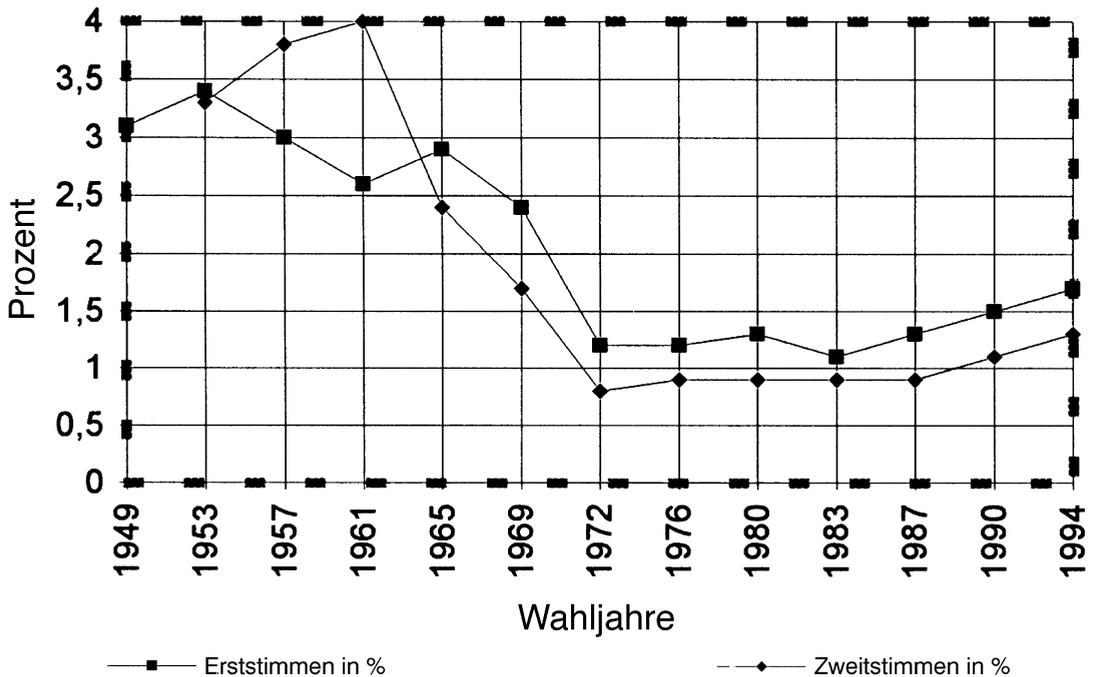
Aus der folgenden Statistik*) und der Grafik ergibt sich, daß seit 1953, als es erstmals zwei Stimmen gab, bis 1972 der Anteil der ungültigen **Erst**stimmen – mit Ausnahme von 1965 – ständig abgenommen hat.

*) Quelle: Statistisches Bundesamt; Quellennachweis im einzelnen siehe Kasten auf Seite 165–166.

Der Anteil der ungültigen **Zweitstimmen** ist von 1953 bis 1961 zunächst gestiegen, danach aber noch unter den Anteil der ungültigen Erststimmen gefallen.

Wahljahr	Gültige Erststimmen	Ungültige Erststimmen	in % aller Erststimmen	Gültige Zweitstimmen	Ungültige Zweitstimmen	in % aller Zweitstimmen
1949	23 732 398	763 216	3,1	–	–	–
1953	27 519 760	959 790	3,4	27 551 272	928 278	3,3
1957	30 156 214	916 680	3,0	29 905 428	1 167 466	3,8
1961	32 004 466	845 158	2,6	31 550 901	1 298 723	4,0
1965	32 437 049	979 158	2,9	32 620 442	795 765	2,4
1969	32 713 516	809 548	2,4	32 966 024	557 040	1,7
1972	37 303 779	457 810	1,2	37 459 750	301 839	0,8
1976	37 695 644	470 109	1,2	37 822 500	343 253	0,9
1980	37 806 531	485 645	1,3	37 938 981 ¹⁾	353 115 ¹⁾	0,9
1983	38 845 353	434 176	1,1	38 940 687	338 841 ¹⁾	0,9
1987	37 742 813	482 481	1,3	37 867 319	357 975	0,9
1990	46 274 925	720 990	1,5	46 455 772	540 143	1,1
1994	46 949 356	788 643	1,7	47 105 174	632 825	1,3

¹⁾ Infolge technischen Versagens eines Stimmzählgerätes ist im Wahlkreis 247 (Sankt Wendel) die Zahl der abgegebenen Zweitstimmen 1980 um 80 und 1983 um 1 geringer als die Zahl der Wähler.



1.22 Stimmenanteil/Mandatsanteil

Unterschiede zwischen dem Stimmenanteil der Parteien und ihrem Mandatsanteil im Deutschen Bundestag sind vorhanden, aber gering. Vor allem bei den größeren Parteien ist regelmäßig der Mandatsanteil höher als ihr Stimmenanteil. Dies folgt einmal daraus, daß die Stimmenanteile derjenigen Parteien, die die Sperrklausel nicht erreichen konnten, bei der Mandatzuteilung unberücksichtigt bleiben. Zum anderen können Überhangmandate (vgl. Abschnitt 1.19) zugunsten der größeren Parteien deren Mandatsanteil im Verhältnis zum Wählerstimmenanteil aufbessern. Insgesamt aber bestätigt der folgende Vergleich zwischen Stimmen- und Mandatsanteil, daß in den Bundeswahlgesetzen seit 1949 das Prinzip der Verhältniswahl im Großen und Ganzen verwirklicht wurde.

Wahlperiode (Wahljahr)	Partei	Anteil der (Zweit-) Stimmen in % ³⁾	Anteil der Mandate in %
1. WP (1949)	CDU/CSU	31,0	34,6 ¹⁾
	SPD	29,2	32,6 ¹⁾
	FDP	11,9	12,9
	KPD	5,7	3,7
	BP	4,2	4,2
	DP	4,0	4,2
	ZP	3,1	2,5
	WAV	2,9	3,0
	Sonstige	5,1	1,0
2. WP (1953)	CDU/CSU	45,2	49,9 ¹⁾
	SPD	28,8	31,0
	FDP	9,5	9,8
	GB/BHE	5,9	5,5
	DP	3,3	3,1 ¹⁾
	Zentrum	0,8	0,6
3. WP (1957)	CDU/CSU	50,2	54,3 ¹⁾
	SPD	31,8	34,0
	FDP	7,7	8,2
	DP	3,5	3,4
4. WP (1961)	CDU/CSU	45,3	48,4 ¹⁾
	SPD	36,2	38,1
	FDP	12,8	13,4
5. WP (1965)	CDU/CSU	47,6	49,4
	SPD	39,3	40,7
	FDP	9,5	9,9
6. WP (1969)	CDU/CSU	46,1	48,8
	SPD	42,7	45,2
	FDP	5,8	6,0
7. WP (1972)	CDU/CSU	44,9	45,4
	SPD	45,8	46,4
	FDP	8,4	8,3
8. WP (1976)	CDU/CSU	48,6	49,0
	SPD	42,6	43,1
	FDP	7,9	7,9

^{1), 2), 3)} Fußnoten auf Seite 292

Hinweise

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Die Ergebnisse der Direktwahlen zum Europäischen Parlament enthält Abschnitt 24.4.

- 1) Hierin Überhangmandat(e) enthalten (vgl. Abschnitt 1.19).
- 2) PDS und Bündnis 90/GRÜNE konnten bei der Verteilung der Mandate berücksichtigt werden, weil aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990 und einer entsprechenden Änderung des Wahlgesetzes die 5%-Sperrklausel nach dem westlichen und östlichen Wahlgebiet getrennt zu berechnen war (vgl. „Wahlrechtsregelungen im einzelnen“ innerhalb des Abschnitts 1.1 im vorliegenden *Datenhandbuch*). PDS und Bündnis 90/GRÜNE erhielten im östlichen Teil Deutschlands einen Zweitstimmenanteil von 9,9 bzw. 5,9%. Die Partei DIE GRÜNEN dagegen scheiterte mit 4,7% Zweitstimmenanteil im westlichen Teil Deutschlands an der Sperrklausel (Anteil der Zweitstimmen auf das gesamte Wahlgebiet umgerechnet: 3,9%).
- 3) Die Prozentzahlen in dieser Spalte liegen zusammengerechnet unter 100, weil nur diejenigen Parteien mit ihrem Stimmenanteil aufgeführt sind, die auch Mandate erringen konnten.

Wahlperiode (Wahljahr)	Partei	Anteil der (Zweit-) Stimmen in % ³⁾	Anteil der Mandate in %
9. WP (1980)	CDU/CSU	44,5	45,5
	SPD	42,9	43,9 ¹⁾
	FDP	10,6	10,7
10. WP (1983)	CDU/CSU	48,8	49,0
	SPD	38,2	38,8 ¹⁾
	FDP	7,0	6,7
	GRÜNE	5,6	5,4
11. WP (1987)	CDU/CSU	44,3	44,9 ¹⁾
	SPD	37,0	37,4
	FDP	9,1	9,3
	GRÜNE	8,3	8,4
12. WP (1990)	CDU/CSU	43,8	48,2 ¹⁾
	SPD	33,5	36,1
	FDP	11,0	11,9
	PDS	2,4	2,6 ²⁾
	B90/GR	1,2	1,2 ²⁾
13. WP (1994)	CDU/CSU	41,5	43,8 ¹⁾
	SPD	36,4	37,5 ¹⁾
	B90/GR	7,3	7,3
	FDP	6,9	7,0
	PDS	4,4	4,5

1.23 Nachwahlen während der Wahlperiode

Nicht immer nach 1949 war es wahlrechtliche Vorschrift, daß beim vorzeitigen Ausscheiden eines Abgeordneten aus dem Bundestag in jedem Fall (vom Parteiverbot abgesehen) „der Sitz aus der Landesliste derjenigen Partei besetzt (wird), für die der Ausscheidende bei der Wahl aufgetreten ist“ (§ 48 Abs. 1 Satz 1 des heute geltenden Bundeswahlgesetzes).

Während der 1. Wahlperiode wurde zwischen 1949 und 1952 nach dem Wahlgesetz zum ersten Bundestag unterschieden, ob der ausscheidende Abgeordnete in einem Wahlkreis direkt gewählt worden war oder das Mandat über die Landesliste („Landesergänzungsvorschlag“) einer Partei erhalten hatte; im ersten Fall wurde nicht einfach „nachgerückt“, sondern es hatten Nachwahlen stattzufinden.

Der entsprechende § 15 des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland lautete: „Erklärt ein Bewerber, daß er die Wahl nicht annimmt, stirbt ein Abgeordneter oder verliert er seinen Sitz (vgl. § 7), so findet, wenn er auf einem Kreiswahlvorschlag gewählt war, Nachwahl statt, im anderen Fall rückt der nachfolgende Bewerber des gleichen Landesergänzungsvorschlages nach.“

Gemäß dieser Vorschrift wurden im Verlauf der 1. Wahlperiode 14 Nachwahlen durchgeführt, die auf den folgenden Seiten tabellarisch zusammengestellt sind.

Lfd. Nr.	Datum der Nachwahl	Wahlkreis	Stimmergebnis am 14. 8. 1949 in %	Stimmergebnis bei Nachwahl in %	Gewählte Abgeordnete bei BTwahl 1949	Gewählte Abgeordnete bei Nachwahl	Parteiwechsel durch Nachwahl
1	14. 5. 1950	29 Kulmbach	SPD 27,6 WAV 20,7 CSU 19,6 BP 17,0 FDP 11,7 KPD 3,4	CSU 38,7 ¹⁾ BP FDP SPD 37,1 WAV 21,8 KPD 2,4	<i>Friedrich Schönauer</i> (SPD) – † 2. 4. 1950	<i>Johannes Semler</i> (CSU)	ja
2	19. 11. 1950	63 Arnsberg–Soest	CDU 40,7 SPD 23,6 Z 19,4 Unabh. 6,0 FDP 5,9 KPD 2,4 Sonst. 2,0	CDU 36,6 SPD 29,8 Z 17,4 FDP 14,8 KPD 1,5	<i>Heinrich Lübke</i> (CDU) – Mandatsniederlegung 30. 9. 1950	<i>Ernst Majonica</i> (CDU)	nein
3	11. 3. 1951	2 Kassel	SPD 42,3 FDP 37,1 CDU 11,4 KPD 9,2	SPD 55,1 FDP CDU 40,3 ¹⁾ BHE DRP KPD 4,6	<i>Georg-August Zinn</i> (SPD) – Mandatsniederlegung 21. 1. 1951	<i>Ludwig Preller</i> (SPD)	nein
4	15. 4. 1951	1 Hofgeismar–Waldeck–Wolfhagen [Korbach]	FDP 35,2 SPD 27,5 Unabh. 18,9 CDU 13,9 KPD 4,5	SPD 47,2 FDP 42,1 CDU 8,0 KPD 2,7	<i>Karl Rüdiger</i> (FDP) – † 20. 2. 1951	<i>Hans Merten</i> (SPD)	ja
5	6. 5. 1951	18 Hannover-Nord	SPD 44,1 CDU 16,1 DP 13,1 FDP 12,2 DRP 8,8 KPD 4,4 Sonst. 1,3	SPD 52,9 FDP CDU 38,7 ¹⁾ DP SRP 6,1 KPD 2,3	<i>Bruno Leddin</i> (SPD) – † 25. 3. 1951	<i>Egon Franke</i> (SPD)	nein

1) Fußnote siehe Seite 295

Lfd. Nr.	Datum der Nachwahl	Wahlkreis	Stimmergebnis am 14. 8. 1949 in %	Stimmergebnis bei Nachwahl in %	Gewählte Abgeordnete bei BTwahl 1949	Gewählte Abgeordnete bei Nachwahl	Parteiwechsel durch Nachwahl
6	27. 5. 1951	44 Donauwörth	CSU 36,2 WAV 21,6 SPD 17,1 BP 15,8 FDP 7,3 KPD 2,0	CSU } 42,9 ¹⁾ FDP } BHE 25,0 SPD 19,1 BP 10,3 KPD 1,4 DG 1,3	<i>Martin Loibl</i> (CSU) – † 16. 4. 1951	<i>Wilhelm Niklas</i> (CSU)	nein
7	23. 9. 1951	12 Neustadt (Wstr.)	SPD 39,3 CDU 34,4 FDP 18,7 KPD 7,6	SPD 53,8 CDU } 40,5 ¹⁾ FDP } KPD 4,1 DG 1,6	<i>Ernst Roth</i> (SPD) – † 14. 5. 1951	<i>Willy Odenthal</i> (SPD)	nein
8	2. 12. 1951	33 Nürnberg–Fürth	SPD 37,3 WAV 19,2 FDP 13,8 CSU 13,2 KPD 9,9 BP 6,6	SPD 52,8 FDP } 30,6 ¹⁾ CSU } BP } KPD 8,9 BHE 4,5 DG 3,2	<i>Willy Fischer</i> (SPD) – † 21. 10. 1951	<i>Johann-Adam Segitz</i> (SPD)	nein
9	16. 3. 1952	31 Harz	SPD 35,7 DP 18,3 CDU 15,2 FDP 12,7 Unabh. 8,5 DRP 4,3 KPD 3,3 Sonst. 2,0	DP } 45,3 ¹⁾ CDU } FDP } BHE } SPD 41,8 SRD 10,4 KPD 2,5	<i>Hermann Stopperich</i> (SPD) – † 6. 1. 1952	<i>Hans-Joachim Fricke</i> (DP)	ja

10	30. 3. 1952	4 Heilbronn	FDP 28,2 SPD 26,2 CDU 23,0 Unabh. 14,6 KPD 8,0	FDP } CDU } 60,3 ¹⁾ SPD 36,0 KP 3,7	<i>Georg Kohl</i> (FDP) – † 31. 1. 1952	<i>Adolf Mauk</i> (FDP)	nein
11	4. 5. 1952	11 Friedberg– Büdingen	SPD 33,1 FDP 29,3 Unabh. 17,9 CDU 14,0 KPD 5,7	SPD 53,9 FDP } CDU } 35,6 ¹⁾ SRP 10,5	<i>Willy Knothe</i> (SPD) – † 20. 2. 1952	<i>Kurt Moosdorf</i> (SPD)	nein
12	4. 5. 1962	10 Segeberg– Neumünster	CDU 31,0 SPD 30,3 DP 22,3 FDP 6,2 Unabh. 2,6 KPD 2,5 RSF 2,5 Sonst. 2,6	CDU } DP } 35,1 ¹⁾ FDP } SPD 31,9 BHE 22,1 SRP 10,5 UDU ²⁾ 0,4	<i>Carl Schröter</i> (CDU) – † 25. 2. 1952	<i>Walter Bartram</i> (CDU)	nein
13	18. 5. 1952	3 Bremerhaven– Bremen-Nord	SPD 37,3 DP 22,0 CDU 16,6 Unabh. 8,7 KPD 7,4 BDV 6,3 RSF 1,7	SPD 51,3 DP } CDU } 36,8 ¹⁾ BDV } BHE } SRP 11,9	<i>Bernhard Lohmüller</i> (SPD) – † 2. 3. 1952	<i>Philipp Wehr</i> (SPD)	nein
14	9. 11. 1952	19 Hannover-Süd	SPD 55,1 CDU 14,7 DP 9,7 FDP 8,0 DRP 6,3 KPD 5,4 Sonst. 0,8	SPD 59,8 DP } CDU } 27,8 ¹⁾ FDP } BHE 9,5 KPD 2,9	<i>Kurt Schumacher</i> (SPD) – † 20. 8. 1952	<i>Ernst Winter</i> (SPD)	nein

1) Wahlbündnis bzw. Verzicht auf Aufstellung eines eigenen Kandidaten durch die ab zweiter Stelle aufgeführten Parteien; der an erster Stelle genannten Partei gehört der gemeinsame Kandidat an.

2) Universal Demokratische Union

Die Verpflichtung zu Nachwahlen endete im Oktober 1952 mit dem „Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag ...“ vom 8. Januar 1953, indem bei Ausscheiden eines Abgeordneten nunmehr unterschiedslos von der jeweiligen Landesliste nachbesetzt wurde. *) Das Gesetz, das am 9. Januar 1953 in Kraft trat, galt nach Artikel 2 rückwirkend „auch für Nachwahlen, deren Voraussetzungen in der Zeit vom 1. Oktober 1952 bis zum Inkrafttreten eingetreten sind“.

Wie die voranstehende Tabelle zeigt, hatten die 14 Nachwahlen während der 1. Wahlperiode in drei Fällen zur Folge, daß die ursprüngliche Partei dieses Mandat verlor (Ifd. Nr. 1, 4 und 9); von diesem Wechsel profitierten zweimal die Regierungsparteien und einmal die SPD-Opposition. Aufmerksamkeit erregten die Nachwahlen auch wegen der mehrmaligen „bürgerlichen“ Wahlbündnisse, die jedoch den erhofften Erfolg verfehlten, indem der gemeinsame Stimmenanteil unter der Summe der einzelnen, bei der Bundestagswahl von 1949 errungenen Stimmenanteile blieb. Im übrigen enthalten die Stimmergebnisse der Nachwahlen manche Indizien für Veränderungen in der Parteistruktur zwischen den Bundestagswahlen von 1949 und 1953, aber keine Andeutungen für das (vor allem für die SPD enttäuschende) Bundestagswahl-Ergebnis von 1953.

1.24 Wahlprüfung

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Wahlprüfung**) sind Artikel 41 GG, das Wahlprüfungsgesetz (ein reines Verfahrensgesetz, das Gegenstand, Ziel und Verfahren der Wahlprüfung festlegt, aber keine materielle Aussagen über Wahlfehler, Wahlungültigkeiten und deren Rechtsfolgen enthält) sowie das materielle Wahlrecht. Das formelle Wahlprüfungsrecht (Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951) wurde in der 4. Wahlperiode durch Gesetz vom 24. August 1965 geändert (zuletzt geändert durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 2. August 1993 [BGBl. I S. 1442]). Es räumt dem Wahlprüfungsausschuß u. a. das Recht ein, von der Durchführung einer sonst obligatorischen öffentlichen mündlichen Verhandlung über jeden Wahleinspruch dann abzusehen, wenn dieser Einspruch offensichtlich unbegründet ist.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, auf die sich der Wahlprüfungsausschuß bei seiner Vorprüfung stützt, müssen Wahleinsprüche als offensichtlich unbegründet angesehen werden, die auf die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages keinen Einfluß gehabt haben bzw. haben konnten. Bisher wurden unter Berufung auf diese Auslegung alle Wahleinsprüche sowohl

*) Der Begriff „Nachwahl“ findet sich auch in den späteren Bundeswahlgesetzen, allerdings mit einer anderen Bedeutung; vgl. gegenwärtig § 43 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956:

„§ 43 Nachwahl

(1) Eine Nachwahl findet statt,

1. wenn in einem Wahlkreis oder in einem Wahlbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist,
2. wenn ein Wahlkreisbewerber nach der Zulassung des Kreiswahlvorschlages, aber noch vor der Wahl stirbt.

(2) Die Nachwahl soll spätestens drei Wochen nach dem Tage der Hauptwahl stattfinden. Den Tag der Nachwahl bestimmt der Landeswahlleiter.

(3) Die Nachwahl findet nach denselben Vorschriften und auf denselben Grundlagen wie die Hauptwahl statt.“

**) Literaturhinweis anstelle vieler: *Gerald Kretschmer*, Wahlprüfung. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 441–465.

vom Bundestag als auch (bei Beschwerde) vom Bundesverfassungsgericht als unbegründet oder unerheblich zurückgewiesen.

Ihrem Inhalt nach lassen sich die bisherigen Wahleinsprüche folgendermaßen unterscheiden:

- Wahlvorenthaltung, Nichteintragung im Wählerverzeichnis, Nichtzugang von Briefwahlunterlagen, Mängel bei der Durchführung der Wahl,
- allgemeine rechtliche und politische Vorbehalte,
- Nichtzulassung von Parteien bzw. Wählergruppen oder Einzelbewerbern zur Wahl durch den Bundeswahlausschuß,
- unrichtige Auszählung der Stimmen, Mehrfachwahl,
- Verletzung der Chancengleichheit der Parteien.

Untersuchung zur Wahlprüfungspraxis

Anlässlich der Wahl zum 5. Bundestag (1965) ist von *Friedrich Schäfer* und *Jürgen Jekewitz* die Praxis des Wahlprüfungsverfahrens genauer untersucht worden.*) Das Ergebnis fassen die Autoren folgendermaßen zusammen:

„Die Spruchpraxis von Bundestag und Bundesverfassungsgericht zur Wahlprüfung setzt auch in bezug auf die Wahl zum Bundestag der 5. Wahlperiode die seit 1949 entwickelte Linie fort. Beide Instanzen gehen von dem – wie *Karl-Heinz Seifert* es nennt – Prinzip der materiellen Wahlprüfung aus und werten Wahlfehler nur nach ihrem tatsächlichen Einfluß auf das Wahlergebnis im konkreten Fall. Dabei lassen sie für die Kausalitätsbejahung die Möglichkeit eines Einflusses genügen. Als Wahlergebnis wird das allgemeine Wahlergebnis angesehen, als Wahlfehler alle Unregelmäßigkeiten, die die Verteilung der Stimmen auf die Wahlvorschläge entsprechend dem unverfälschten Wählerwillen beeinträchtigt haben könnten. Bundestag und Bundesverfassungsgericht halten aber nach dem Prinzip der sogenannten ‚beschränkten Wahlprüfung‘ (*Seifert*) nur die Fehler für relevant, d. h. berichtigungsbedürftig, die einen Einfluß auf die den Wahlprozeß abschließende Sitzverteilung haben.

Auf diese Weise ist bei dem geltenden Wahlsystem mit der Kombination von Mehrheitswahl über die Erststimmen in verhältnismäßig großen Wahlkreisen und Verhältniswahl nach Landeslisten mit Bundesausgleich über die Zweitstimmen der Erfolg eines Wahleinspruchs nahezu ausgeschlossen. Das zeigt sich daran, daß in den bisherigen Wahlperioden im Wahlprüfungsverfahren noch kein Mandat aufgehoben, geschweige denn eine Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt worden ist...“

Statistik

Die folgende Statistik**) enthält Angaben über die Zahl der eingegangenen Wahleinsprüche zu jeder einzelnen Bundestagswahl einschließlich Begründung und Art der Erledigung.

*) *Friedrich Schäfer* und *Jürgen Jekewitz*, Die Wahlprüfung zum 5. Deutschen Bundestag. In: Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Bd. 3. Jahrbuch 1968. Teil 2. S. 237–256 (Zusammenfassung auf Seite 255).

**) Quelle: Unterlagen des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Eingegangene Wahleinsprüche	48	20	12	25	39	33	41
davon im Bundestag (Plenum) behandelt	22	14	6	17	39	31	40
Begründung des Einspruchs:							
– Wahlvorenthaltung, Nichteintragung in das Wählerverzeichnis, Nichtzugang von Briefwahlunterlagen, Mängel bei der Durchführung der Wahl	6	4	3	3	15	15	14
– allgemeine rechtliche und politische Vorbehalte	3	2	2	5	16	11	5
– Nichtzulassung von Parteien bzw. Wählergruppen oder Einzelbewerbern zur Wahl	4	1	0	0	0	2	4
– unrichtige Auszählung der Stimmen, Mehrfachwahl	2	0	1	1	0	0	0
– sonstige Begründungen	7	7	0	8	8	3	17 ²⁾
– ohne Begründung	0	0	0	0	0	0	0
Vom Bundestag zurückgewiesen:							
– als offensichtlich unbegründet	15	13	6	17	36	28	40
– als unzulässig wegen Nichteinhaltung der gesetzlichen Ausschußfrist	0	0	0	0	0	2	0
– als unzulässig wegen Verlustes des Wahlrechts	0	0	0	0	1	0	0
– als unzulässig wegen Ausschlusses vom Wahlrecht (infolge Richterspruchs, Pflegschaft, Entmündigung)	0	0	0	0	2	1	0
– als unzulässig wegen sonstiger Gründe	7	1	0	0	0	0	0
– als unzulässig wegen bestimmter Mängel ¹⁾	0	0	0	0	0	0	0
Anderweitige Erledigung (kein Einspruch, sondern Petition: Einspruch von Einspruchsführer zurückgenommen)	26	6	6	8	0	2	1

Fundstellen der Übersichten über die Wahleinsprüche

für die BT-Wahl **1949**: Drs. I/319

für die BT-Wahl **1953**: ⁻¹⁾

für die BT-Wahl **1957**: ⁻¹⁾

für die BT-Wahl **1961**: ⁻¹⁾

¹⁾ Kein gemeinsamer und zusammenfassender Bericht über alle Wahleinsprüche erstellt.

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
41	58	47	47	83	1 453
38	57	43	40	80	1 437
10	18	14	17	39	32
7	10	10	10	15	1 364 ³⁾
4	6	3	4	20	5
9	6	2	2	3	5
8	17	14	7	3	11
0	0	0	0	0	20
37	52	41	40	78	1 383
1	0	0	0	0	9
0	0	0	0	0	0
0	3	1	0	1	0
0	2	1	0	1	4
0	0	0	0	0	29
3	1	4	7	3	28

★ Die Gesamtzahl der eingegangenen und vom Bundestag behandelten **Wahleinsprüche** zu den Bundestagswahlen von 1949 bis 1994 beträgt **1 784**. Sämtliche Wahleinsprüche sind vom Bundestag zurückgewiesen worden.

- 1) Mängel i. S. des § 2 Abs. 3 Wahlprüfungsgesetz, die auch nicht nachträglich behoben werden konnten (z. B. fehlende Unterschrift)
- 2) Scheinwohnsitze von Westberlinern (12 Einsprüche)
- 3) hauptsächlich Wahleinsprüche wegen der hohen Zahl der Überhangmandate

für die BT-Wahl **1965**: ⁻¹⁾
für die BT-Wahl **1969**: ⁻¹⁾
für die BT-Wahl **1972**: ⁻¹⁾
für die BT-Wahl **1976**: Drs. 8/347
für die BT-Wahl **1980**: Drs. 9/316

für die BT-Wahl **1983**: Drs. 10/557
für die BT-Wahl **1987**: Drs. 11/1805
für die BT-Wahl **1990**: Drs. 12/1002
für die BT-Wahl **1994**: ⁻¹⁾

1.25 Tag der Konstituierung

„Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen.“ (Art. 39 Abs. 2 GG)
 Seit der Neufassung des Artikels 39 GG (durch Gesetz vom 23. August 1976, in Kraft getreten am 14. Dezember 1976 und erstmals angewandt zu Beginn der 9. Wahlperiode) braucht nicht mehr zusätzlich berücksichtigt zu werden, daß der Bundestag nicht vor dem Ende der vorangegangenen Wahlperiode einberufen werden kann. Nunmehr ist es möglich, daß der neugewählte Bundestag zusammentreten **muß**, auch wenn die vorhergehende vierjährige Wahlperiode noch nicht restlos abgelaufen ist.

Wahlperiode	Ende der vorhergehenden Wahlperiode	Tag der Wahl	Tag der Konstituierung
1. WP	–	14. 8. 1949	7. 9. 1949
2. WP	7. 9. 1953	6. 9. 1953	6. 10. 1953
3. WP	6. 10. 1957	15. 9. 1957	15. 10. 1957
4. WP	15. 10. 1961	17. 9. 1961	17. 10. 1961
5. WP	17. 10. 1965	19. 9. 1965	19. 10. 1965
6. WP	19. 10. 1969	28. 9. 1969	20. 10. 1969
7. WP	22. 9. 1972 ¹⁾	19. 11. 1972	13. 12. 1972
8. WP	13. 12. 1976	3. 10. 1976	14. 12. 1976
9. WP	4. 11. 1980	5. 10. 1980	4. 11. 1980
10. WP	29. 3. 1983	6. 3. 1983	29. 3. 1983
11. WP	18. 2. 1987	25. 1. 1987	18. 2. 1987
12. WP	20. 12. 1990	2. 12. 1990	20. 12. 1990
13. WP	10. 11. 1994	16. 10. 1994	10. 11. 1994

¹⁾ Anordnung über die Auflösung des 6. Deutschen Bundestages vom 22. September 1972 (vgl. BGBl. I S. 1833)

■ Das Datum der konstituierenden Sitzung des Bundestages der 14. Wahlperiode ist im NACHTRAG unter 1.25 zu finden.

1.26 Dauer der Wahlperioden

Die Dauer der Wahlperioden des Deutschen Bundestages ist in Artikel 39 Abs. 1 GG geregelt. Für die Dauer der 1. bis 7. Wahlperiode galt folgende Bestimmung:

„Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet vier Jahre nach dem ersten Zusammentritt oder mit seiner Auflösung.“

Die Wahlperiode beginnt demnach stets mit der ersten Plenarsitzung eines neuen Bundestages. Bis 1976 endete sie – vom Fall der Parlamentsauflösung abgesehen – genau vier Jahre danach, „d. h. mit

dem Ablauf des Kalendertages, der dem des ersten Zusammentritts entspricht“ (Troßmann, 1967, S. 287).

Inzwischen ist Artikel 39 Abs. 1 GG durch Gesetz vom 23. August 1976 geändert worden und lautet nunmehr:

„Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt.“

Daraus folgt seither eine flexiblere Dauer der Wahlperiode, indem ihr Ende bis zu einem gewissen Maße variabel ist: Nach Artikel 39 Abs. 2 GG **muß** der Bundestag am dreißigsten Tag nach der Wahl zusammentreten, auch wenn die vorangegangene vierjährige Wahlperiode noch nicht restlos abgelaufen ist. Das Ende der Wahlperiode hängt nunmehr allein von der mehr oder weniger frühzeitigen Datierung des Wahltermins ab, d. h. innerhalb des 45. und 47. Monats nach Beginn der Wahlperiode. Diese Bestimmung ist erstmals 1980 beim Ende der 8. Wahlperiode wirksam geworden.

Wahlperiode	Dauer der Wahlperiode			bis Beginn der nächsten WP:	
	von: _____	→ bis:		plenar-sitzungs-freie Zeit	„parlaments-lose“ Zeit
Konstituierung des Bundestages (1. Sitzung)	letzte Plenarsitzung	Ablauf der Wahlperiode			
1. WP	7. 9. 1949	29. 7. 1953	7. 9. 1953	68 Tage	28 Tage
2. WP	6. 10. 1953	29. 8. 1957	6. 10. 1957	46 Tage	8 Tage
3. WP	15. 10. 1957	22. 8. 1961	15. 10. 1961	55 Tage	1 Tag
4. WP	17. 10. 1961	23. 7. 1965	17. 10. 1965	87 Tage	1 Tag
5. WP	19. 10. 1965	3. 7. 1969	19. 10. 1969	108 Tage	keine
6. WP	20. 10. 1969	22. 9. 1972	22. 9. 1972 ¹⁾	82 Tage	82 Tage
7. WP	13. 12. 1972	8. 12. 1976	13. 12. 1976	5 Tage	keine
8. WP	14. 12. 1976	4. 7. 1980	4. 11. 1980	122 Tage	keine
9. WP	4. 11. 1980	20. 1. 1983	29. 3. 1983	68 Tage	keine
10. WP	29. 3. 1983	11. 12. 1986	18. 2. 1987	68 Tage	keine
11. WP	18. 2. 1987	22. 11. 1990	20. 12. 1990	27 Tage	keine
12. WP	20. 12. 1990	21. 9. 1994	10. 11. 1994	49 Tage	keine
13. WP	10. 11. 1994				

¹⁾ Anordnung über die Auflösung des 6. Deutschen Bundestages vom 22. September 1972 (BGBl I S. 1833)

★ Die Gesamtdauer der „parlamentslosen“ Zeit zwischen 1949 und 1994 beträgt **120 Tage**.

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Da eine Wahlperiode immer erst mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages endet, gibt es auch keine „parlamentslose“ Zeit mehr, die z. B. im Falle der Auflösung des 6. Bundestages 82 Tage betrug. Für diese Zeit war bisher ein Ständiger Ausschuß nach Artikel 45 GG vorgesehen, „der die Rechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung zwischen zwei Wahlperioden zu wahren hat“. Dieser Ausschuß ist einmal, am 30. Oktober 1972, zusammengetreten.**) Artikel 45 GG ist inzwischen gestrichen worden.

Getrennt von der „parlamentslosen“ Zeit ist die plenarsitzungsfreie Zeit bis zu Beginn der folgenden Wahlperiode zu sehen. Beide Zeiten stimmten bisher nur einmal überein: 1972 zwischen der Auflösung des 6. und der Konstituierung des 7. Bundestages. Dagegen gab es beim Übergang von der 8. zur 9. Wahlperiode zwar keine parlamentslose, dafür aber die bisher längste plenarsitzungsfreie Zeit, nämlich genau vier Monate (oder 122 Tage).

1.27 Auflösung des Bundestages

„Der Bundestag hat nicht das Recht, sich selbst aufzulösen. Das Auflösungsrecht steht nur dem Bundespräsidenten und auch ihm nur in zwei Fällen zu:

- a) Bei der Wahl des Bundeskanzlers, wenn der Bundestag in einer dritten Wahlphase einen Bundeskanzler wählt und dieser zwar die meisten Stimmen, aber nicht die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl auf sich vereinigt. Das Auflösungsrecht besteht nur innerhalb einer Frist von sieben Tagen nach der Wahl (vgl. Art. 63 Abs. 4 GG).
- b) Wenn der Bundestag einen Vertrauensantrag des Bundeskanzlers ablehnt oder der Antrag nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages findet. In diesem Fall kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers innerhalb einer Frist von 21 Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler gewählt hat (vgl. Art. 68, 81 Abs. 1 Satz 2 GG).

Der Bundespräsident ist nicht verpflichtet, dem Vorschlag des Bundeskanzlers, den Bundestag aufzulösen, zu entsprechen; er ist aber zur Auflösung nur berechtigt, wenn der Bundeskanzler sie vorschlägt.“***)

Seit 1949 hat es zwei Fälle einer Parlamentsauflösung gegeben: Am 22. September 1972 wurden der 6. Bundestag und am 6. Januar 1983 der 9. Bundestag aufgelöst***. Von den zwei nach dem Grundgesetz möglichen Verfahren der Parlamentsauflösung wurde hierbei das oben unter b) beschriebene angewendet.

*) Einzelheiten siehe bei Abschnitt 9.12.

**) *Hans Troßmann*, Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Bonn 1967. S. 21

***) Eine chronologische Darstellung der beiden Fälle einer Auflösung des Bundestages enthält Abschnitt 6.15.

Hinweis

Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen und die Daten

- für den Wahltermin enthält Abschnitt 1.3,
- für den Tag der Konstituierung Abschnitt 1.25,
- für die Dauer der Wahlperioden Abschnitt 1.26.

1.28 Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen

In diesem Abschnitt wird chronologisch der Stimmenanteil dokumentiert, den die beiden alternativen Hauptregierungsparteien CDU (in Bayern: CSU) und SPD bei den Bundestags- und Landtagswahlen nach 1945 errungen haben. *)

Im einzelnen wurden folgende Wahlen berücksichtigt:

- Wahlen zum Deutschen Bundestag (abgekürzt: BTWahl)
- Wahlen zu den Verfassunggebenden Landesversammlungen (abgekürzt: Wahl VerfgLV)
- Landtagswahlen (abgekürzt: LTWahl)
- Bürgerschaftswahlen von Hamburg und Bremen (abgekürzt: BüWahl)
- Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Berlin (abgekürzt: Wahl StVV)
- Wahlen zum Abgeordnetenhaus Berlin (abgekürzt: AHWahl)
- Wahlen zum Europäischen Parlament (abgekürzt: EuWahl).

Zur Verdeutlichung der Trendverschiebungen, d. h. der Stimmenanteilgewinne und -verluste, ist die Abweichung gegenüber der entsprechenden vorangegangenen Wahl in Prozentpunkten angegeben.

Mit Hilfe eines **dicken senkrechten Striches** ist in den Differenzspalten außerdem markiert, ob CDU/CSU und/oder SPD zum Zeitpunkt der jeweiligen Wahl an der Bundesregierung beteiligt waren. Diese Markierung steht im Zusammenhang mit der These, daß „die Regierungsparteien des Bundes ... bei Landtagswahlen innerhalb der Legislaturperiode *deutlich schlechter* ab(schneiden), als es die Ergebnisse der Bundestagswahlen in den gleichen Bundesländern vor- und nachher hätten erwarten lassen“. **)

*) Quelle: Statistisches Bundesamt; Quellenachweis im einzelnen siehe Kasten auf Seite 164–165.

**) *Reiner Dinkel*, Zur Gesetzmäßigkeit der Trendverschiebungen zwischen Landtags- und Bundestagswahlen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 1. S. 135.
Vgl. u. a. auch *Reiner Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 18. 1977. H. 2/3. S. 348–359, *Georg Fabritius*, Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik. Meisenheim am Glan 1978 und *Reiner H. Dinkel*, Landtagswahlen unter dem Einfluß der Bundespolitik: Die Erfahrung der letzten Legislaturperioden. In: Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Jürgen W. Falter*, *Hans Rattinger* und *Klaus G. Troitzsch*. Frankfurt am Main 1989. S. 253–262.

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Geszentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Die Wahlergebnisse nicht nur nach Bundesländern gegliedert, sondern jedes einzelnen Wahlkreises enthalten die auf Seite 164–165 angezeigten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
30. 6. 1946	Wahl Verfg. LV Bayern	58,3	–	28,8	–
30. 6. 1946	Wahl Verfg. LV Hessen	37,3	–	44,3	–
30. 6. 1946	Wahl Verfg. LV Württemberg-Baden	40,9	–	32,3	–
13. 10. 1946	BüWahl Hamburg	26,7	–	43,1	–
20. 10. 1946	Wahl StVV Berlin ²⁾	24,3 ³⁾	–	51,7 ³⁾	–
24. 11. 1946	LTWahl Württemberg-Baden	38,4	–	31,9	–
1. 12. 1946	LTWahl Bayern	52,3	–	28,6	–
1. 12. 1946	LTWahl Hessen	30,9	–	42,7	–
20. 4. 1947	LTWahl Niedersachsen	19,9	–	43,4	–
20. 4. 1947	LTWahl Nordrhein-Westfalen	37,6	–	32,0	–
20. 4. 1947	LTWahl Schleswig-Holstein	34,0	–	43,8	–
18. 5. 1947	LTWahl Baden	55,9 ⁴⁾	–	22,4	–
18. 5. 1947	LTWahl Rheinland-Pfalz	47,2	–	34,3	–
18. 5. 1947	LTWahl Württemberg-Hohenzollern	54,2	–	20,8	–
12. 10. 1947	BüWahl Bremen	22,0	–	41,7	–
5. 12. 1948	Wahl StVV Berlin (West)	19,4	– 4,9	64,5	+ 12,8
14. 8. 1949	Bundestagswahl	31,0	–	29,2	–
	Schleswig-Holstein	30,7	–	29,6	–
	Hamburg	19,7	–	39,6	–
	Niedersachsen	17,6	–	33,4	–
	Bremen	16,9	–	34,4	–
	Nordrhein-Westfalen	36,9	–	31,4	–
	Hessen	21,4	–	32,1	–
	Rheinland-Pfalz	49,0	–	28,6	–
	Württemberg-Baden	31,0	–	25,2	–
	Baden	51,1	–	23,7	–
	Württemberg-Hohenzollern	59,1	–	18,9	–
	Bayern	29,2	–	22,7	–
16. 10. 1949	BüWahl Hamburg	– ⁵⁾	–	42,8	– 0,3
18. 6. 1950	LTWahl Nordrhein-Westfalen	36,9	– 0,7	32,3	+ 0,3
9. 7. 1950	LTWahl Schleswig-Holstein	19,8	– 14,3	27,5	– 16,3
19. 11. 1950	LTWahl Hessen	18,8	– 12,1	44,4	+ 1,7
19. 11. 1950	LTWahl Württemberg-Baden	26,3	– 12,1	33,0	+ 1,1
26. 11. 1950	LTWahl Bayern	27,4	– 24,9	28,0	– 0,6
3. 12. 1950	AHWahl Berlin	24,6	+ 5,2	44,7	– 19,8

¹⁾ bei den Bundestagswahlen ab 1953 Zweitstimmenanteil

²⁾ Gesamtberliner Wahl

³⁾ Teilergebnis für die Westsektoren

⁴⁾ Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV)

⁵⁾ gemeinsame Kandidatur von CDU, FDP und DKP-DRP als Wahlbündnis „Vaterländischer Bund Hamburg (VBH)“

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
29. 4. 1951	LTWahl Rheinland-Pfalz	39,2	+ 8,0	34,0	- 0,3
6. 5. 1951	LTWahl Niedersachsen	- ⁶⁾	-	33,7	- 9,7
7. 10. 1951	BüWahl Bremen	9,1	- 12,9	39,1	- 2,6
9. 3. 1952	Wahl Verfg. LV Baden-Württemberg	36,0	-	28,0	-
6. 9. 1953	Bundestagswahl	45,2	+ 14,2	28,8	- 0,4
	Schleswig-Holstein	47,1	+ 16,4	26,5	- 3,1
	Hamburg	36,7	+ 17,0	38,1	- 1,5
	Niedersachsen	35,2	+ 17,6	30,1	- 3,3
	Bremen	24,8	+ 7,9	39,0	+ 4,6
	Nordrhein-Westfalen	48,9	+ 12,0	31,9	+ 0,5
	Hessen	33,2	+ 11,8	33,7	+ 1,6
	Rheinland-Pfalz	52,1	+ 3,1	27,2	- 1,4
	Baden-Württemberg	52,4	-	23,0	-
	Bayern	47,8	+ 18,6	23,3	+ 0,6
1. 11. 1953	BüWahl Hamburg	- ⁷⁾	-	45,2	+ 2,4
27. 6. 1954	LTWahl Nordrhein-Westfalen	41,3	+ 4,4	34,5	+ 2,2
12. 9. 1954	LTWahl Schleswig-Holstein	32,2	+ 12,4	33,2	+ 5,7
28. 11. 1954	LTWahl Bayern	38,0	+ 10,6	28,1	+ 0,1
28. 11. 1954	LTWahl Hessen	24,1	+ 5,3	42,6	- 1,8
5. 12. 1954	AHWahl Berlin	30,4	+ 5,8	44,6	- 0,1
24. 4. 1955	LTWahl Niedersachsen	26,6	-	35,2	+ 1,5
15. 5. 1955	LTWahl Rheinland-Pfalz	46,8	+ 7,6	31,7	- 2,3
9. 10. 1955	BüWahl Bremen	18,0	+ 8,9	47,8	+ 8,7
18. 12. 1955	LTWahl Saarland	25,4	-	14,3	-
4. 3. 1956	LTWahl Baden-Württemberg	42,6	+ 6,6	28,9	+ 0,9
15. 9. 1957	Bundestagswahl	50,2	+ 5,0	31,8	+ 3,0
	Schleswig-Holstein	48,1	+ 1,0	30,8	+ 4,3
	Hamburg	37,4	+ 0,7	45,8	+ 7,7
	Niedersachsen	39,1	+ 3,9	32,8	+ 2,7
	Bremen	30,4	+ 5,6	46,2	+ 7,2
	Nordrhein-Westfalen	54,4	+ 5,5	33,5	+ 1,6
	Hessen	40,9	+ 7,7	38,0	+ 4,3
	Rheinland-Pfalz	53,7	+ 1,6	30,4	+ 3,2
	Baden-Württemberg	52,8	+ 0,4	25,8	+ 2,8
	Bayern	57,2	+ 9,4	26,4	+ 3,1
	Saarland	54,5	-	25,1	-
10. 11. 1957	BüWahl Hamburg	32,2	-	53,9	+ 8,7

¹⁾ bei den Bundestagswahlen ab 1953 Zweitstimmenanteil

⁶⁾ gemeinsame Kandidatur von CDU und DP als Wahlbündnis „Niederdeutsche Union (NU)“

⁷⁾ gemeinsame Kandidatur von CDU, FDP und DP als Wahlbündnis „Hamburg-Block“

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
6. 7. 1958	LTWahl Nordrhein-Westfalen	50,5	+ 9,2	39,2	+ 4,7
28. 9. 1958	LTWahl Schleswig-Holstein	44,4	+ 12,2	35,9	+ 2,7
23. 11. 1958	LTWahl Bayern	45,6	+ 7,6	30,8	+ 2,7
23. 11. 1958	LTWahl Hessen	32,0	+ 7,9	46,9	+ 4,3
7. 12. 1958	AHWahl Berlin	37,7	+ 7,3	52,6	+ 8,0
19. 4. 1959	LTWahl Niedersachsen	30,8	+ 4,2	39,5	+ 4,3
19. 4. 1959	LTWahl Rheinland-Pfalz	48,4	+ 1,6	34,9	+ 3,2
11. 10. 1959	BüWahl Bremen	14,8	- 3,2	54,9	+ 7,1
15. 5. 1960	LTWahl Baden-Württemberg	39,5	- 3,1	35,3	+ 6,4
4. 12. 1960	LTWahl Saarland	36,6	+ 11,2	30,0	+ 15,7
17. 9. 1961	Bundestagswahl	45,3	- 4,9	36,2	+ 4,4
	Schleswig-Holstein	41,8	- 6,3	36,4	+ 5,6
	Hamburg	31,9	- 5,5	46,9	+ 1,1
	Niedersachsen	39,0	- 0,1	38,7	+ 5,9
	Bremen	27,0	- 3,4	49,7	+ 3,5
	Nordrhein-Westfalen	47,6	- 6,8	37,3	+ 3,8
	Hessen	34,9	- 6,0	42,8	+ 4,8
	Rheinland-Pfalz	48,9	- 4,8	33,5	+ 3,1
	Baden-Württemberg	45,3	- 7,5	32,1	+ 6,3
	Bayern	54,9	- 2,3	30,1	+ 3,7
	Saarland	49,0	- 5,5	33,5	+ 8,4
12. 11. 1961	BüWahl Hamburg	29,1	- 3,1	57,4	+ 3,5
8. 7. 1962	LTWahl Nordrhein-Westfalen	46,4	- 4,1	43,3	+ 4,1
23. 9. 1962	LTWahl Schleswig-Holstein	45,0	+ 0,6	39,2	+ 3,3
11. 11. 1962	LTWahl Hessen	28,8	- 3,2	50,8	+ 3,9
25. 11. 1962	LTWahl Bayern	47,5	+ 1,9	35,3	+ 4,5
17. 2. 1963	AHWahl Berlin	28,8	- 8,9	61,9	+ 9,3
31. 3. 1963	LTWahl Rheinland-Pfalz	44,4	- 4,0	40,7	+ 5,8
19. 5. 1963	LTWahl Niedersachsen	37,7	+ 6,9	44,9	+ 5,4
29. 9. 1963	BüWahl Bremen	28,9	+ 14,1	54,7	- 0,2
26. 4. 1964	LTWahl Baden-Württemberg	46,2	+ 6,7	37,3	+ 2,0
27. 6. 1965	LTWahl Saarland	42,7	+ 6,1	40,7	+ 10,7

1) bei den Bundestagswahlen ab 1953 Zweitstimmenanteil

Hinweis

In Abschnitt 6.21 sind die Regierungen im Bund und in den Ländern synoptisch zusammengestellt. Daraus ist zu ersehen, wann und wo CDU, CSU und/oder SPD eine Regierungskoalition gebildet oder die Alleinregierung übernommen haben und welchen Regierungschef diese Parteien stellten.

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
19. 9. 1965	Bundestagswahl	47,6	+ 2,3	39,3	+ 3,1
	Schleswig-Holstein	48,2	+ 6,4	38,8	+ 2,4
	Hamburg	37,6	+ 5,7	48,3	+ 1,4
	Niedersachsen	45,8	+ 6,8	39,8	+ 1,1
	Bremen	34,0	+ 7,0	48,5	- 1,2
	Nordrhein-Westfalen	47,1	- 0,5	42,6	+ 5,3
	Hessen	37,8	+ 2,9	45,7	+ 2,9
	Rheinland-Pfalz	49,3	+ 0,4	36,7	+ 3,2
	Baden-Württemberg	49,9	+ 4,6	33,0	+ 0,9
	Bayern	55,6	+ 0,7	33,1	+ 3,0
	Saarland	46,8	- 2,2	39,8	+ 6,3
27. 3. 1966	BüWahl Hamburg	30,0	+ 0,9	59,0	+ 1,6
10. 7. 1966	LTWahl Nordrhein-Westfalen	42,8	- 3,6	49,5	+ 6,2
6. 11. 1966	LTWahl Hessen	26,4	- 2,4	51,0	+ 0,2
20. 11. 1966	LTWahl Bayern	48,1	+ 0,6	35,8	+ 0,5
12. 3. 1967	AHWahl Berlin	32,9	+ 4,1	56,9	- 5,0
23. 4. 1967	LTWahl Rheinland-Pfalz	46,7	+ 2,3	36,8	- 3,9
23. 4. 1967	LTWahl Schleswig-Holstein	46,0	+ 1,0	39,4	+ 0,2
4. 6. 1967	LTWahl Niedersachsen	41,7	+ 4,0	43,1	- 1,8
1. 10. 1967	BüWahl Bremen	29,4	+ 0,6	46,0	- 8,7
28. 4. 1968	LTWahl Baden-Württemberg	44,2	- 2,0	29,0	- 8,3
28. 9. 1969	Bundestagswahl	46,1	- 1,5	42,7	+ 3,4
	Schleswig-Holstein	46,2	- 2,0	43,5	+ 4,7
	Hamburg	34,0	- 3,6	54,6	+ 6,3
	Niedersachsen	45,2	- 0,6	43,8	+ 4,0
	Bremen	32,3	- 1,7	52,0	+ 3,5
	Nordrhein-Westfalen	43,6	- 3,5	46,8	+ 4,2
	Hessen	38,4	+ 0,6	48,2	+ 2,5
	Rheinland-Pfalz	47,8	- 1,5	40,1	+ 3,4
	Baden-Württemberg	50,7	+ 0,8	36,5	+ 3,5
	Bayern	54,4	- 1,2	34,6	+ 1,5
	Saarland	46,1	- 0,7	39,9	+ 0,1
22. 3. 1970	BüWahl Hamburg	32,8	+ 2,8	55,3	- 3,7
14. 6. 1970	LTWahl Niedersachsen	45,7	+ 4,0	46,3	+ 3,2
14. 6. 1970	LTWahl Nordrhein-Westfalen	46,3	+ 3,5	46,1	- 3,4
14. 6. 1970	LTWahl Saarland	47,9	+ 5,2	40,8	+ 0,1
8. 11. 1970	LTWahl Hessen	39,7	+ 13,3	45,9	- 5,1
22. 10. 1970	LTWahl Bayern	56,4	+ 8,3	33,3	- 2,5
14. 3. 1971	AHWahl Berlin	38,2	+ 5,3	50,4	- 6,5
21. 3. 1971	LTWahl Rheinland-Pfalz	50,0	+ 3,3	40,5	+ 3,7
25. 4. 1971	LTWahl Schleswig-Holstein	51,9	+ 5,9	41,0	+ 1,6
10. 10. 1971	BüWahl Bremen	31,6	+ 3,1	55,3	+ 9,3

1) bei den Bundestagswahlen ab 1953 Zweitstimmenanteil

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
23. 4. 1972	LTWahl Baden-Württemberg	52,9	+ 8,7	37,6	+ 8,6
19. 11. 1972	Bundestagswahl	44,9	- 1,2	45,8	+ 3,1
	Schleswig-Holstein	42,0	- 4,2	48,6	+ 5,1
	Hamburg	33,3	- 0,7	54,4	- 0,2
	Niedersachsen	42,7	- 2,5	48,1	+ 4,3
	Bremen	29,6	- 2,7	58,1	+ 6,1
	Nordrhein-Westfalen	41,0	- 2,6	50,4	+ 3,6
	Hessen	40,3	+ 1,9	48,5	+ 0,3
	Rheinland-Pfalz	45,9	- 1,9	44,9	+ 4,8
	Baden-Württemberg	49,8	- 0,9	38,9	+ 2,4
	Bayern	55,1	+ 0,7	37,8	+ 3,2
	Saarland	43,4	- 2,7	47,9	+ 8,0
3. 3. 1974	BüWahl Hamburg	40,6	+ 7,8	44,9	- 10,4
9. 6. 1974	LTWahl Niedersachsen	48,8	+ 3,1	43,1	- 3,2
27. 10. 1974	LTWahl Bayern	62,1	+ 5,7	30,2	- 3,1
27. 10. 1974	LTWahl Hessen	47,3	+ 7,6	43,2	- 2,7
2. 3. 1975	AHWahl Berlin ⁸⁾	43,9	+ 5,7	42,6	- 7,8
9. 3. 1975	LTWahl Rheinland-Pfalz	53,9	+ 3,9	38,5	- 2,0
13. 4. 1975	LTWahl Schleswig-Holstein	50,4	- 1,5	40,1	- 0,9
4. 5. 1975	LTWahl Saarland	49,1	+ 1,3	41,8	+ 1,0
4. 5. 1975	LTWahl Nordrhein-Westfalen	47,1	+ 0,8	45,1	- 1,0
28. 9. 1975	BüWahl Bremen	33,8	+ 2,2	48,7	- 6,6
4. 4. 1976	LTWahl Baden-Württemberg	56,7	+ 3,8	33,3	- 4,3
3. 10. 1976	Bundestagswahl	48,6	+ 3,7	42,6	- 3,2
	Schleswig-Holstein	44,1	+ 2,1	46,4	- 2,2
	Hamburg	35,9	+ 2,6	52,6	- 1,8
	Niedersachsen	45,7	+ 3,0	45,7	- 2,4
	Bremen	32,5	+ 2,9	54,0	- 4,1
	Nordrhein-Westfalen	44,5	+ 3,5	46,9	- 3,5
	Hessen	44,8	+ 4,5	45,7	- 2,8
	Rheinland-Pfalz	49,9	+ 4,0	41,7	- 3,2
	Baden-Württemberg	53,3	+ 3,5	36,6	- 2,3
	Bayern	60,0	+ 4,9	32,8	- 5,0
	Saarland	46,2	+ 2,8	46,1	- 1,8
4. 6. 1978	BüWahl Hamburg	37,6	- 3,0	51,5	+ 6,6
4. 6. 1978	LTWahl Niedersachsen	48,7	- 0,1	42,2	- 0,9
8. 10. 1978	LTWahl Hessen	46,0	- 1,3	44,3	+ 1,1
15. 10. 1978	LTWahl Bayern	59,1	- 3,0	31,4	+ 1,2
18. 3. 1979	LTWahl Rheinland-Pfalz	50,1	- 3,8	42,3	+ 3,8
18. 3. 1979	AHWahl Berlin	44,4	+ 0,5	42,7	+ 0,1

¹⁾ bei den Bundestagswahlen ab 1953 Zweitstimmenanteil

⁸⁾ unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl in Zehlendorf am 25. 1. 1976

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
29. 4. 1979	LTWahl Schleswig-Holstein	48,3	- 2,1	41,7	+ 1,6
10. 7. 1979	EuWahl Bundesrepublik	49,2	-	40,8	-
7. 10. 1979	BüWahl Bremen	31,9	- 1,9	49,4	+ 0,7
16. 3. 1980	LTWahl Baden-Württemberg	53,4	- 3,3	32,5	- 0,8
27. 4. 1980	LTWahl Saarland	44,0	- 5,1	45,4	+ 3,6
11. 5. 1980	LTWahl Nordrhein-Westfalen	43,2	- 3,9	48,4	+ 3,3
5. 10. 1980	Bundestagswahl	44,5	- 4,1	42,9	+ 0,3
	Schleswig-Holstein	38,9	- 5,2	46,7	+ 0,3
	Hamburg	31,2	- 4,7	51,7	- 0,9
	Niedersachsen	39,8	- 5,9	46,9	+ 1,2
	Bremen	28,8	- 3,7	52,5	- 1,5
	Nordrhein-Westfalen	40,6	- 3,9	46,8	- 0,1
	Hessen	40,6	- 4,2	46,4	+ 0,7
	Rheinland-Pfalz	45,6	- 4,3	42,8	+ 1,1
	Baden-Württemberg	48,5	- 4,8	37,2	+ 0,6
	Bayern	57,6	- 2,4	32,7	- 0,1
	Saarland	42,3	- 3,9	48,3	+ 2,2
10. 5. 1981	AHWahl Berlin	48,0	+ 3,6	38,3	- 4,4
21. 3. 1982	LTWahl Niedersachsen	50,7	+ 2,0	36,5	- 5,7
6. 6. 1982	BüWahl Hamburg	43,2	+ 5,6	42,8	- 8,7
26. 9. 1982	LTWahl Hessen	45,6	- 0,4	42,8	- 1,5
10. 10. 1982	LTWahl Bayern	58,3	- 0,8	31,9	+ 0,5
19. 12. 1982	BüWahl Hamburg	38,6	- 4,6	51,3	+ 8,6
6. 3. 1983	Bundestagswahl	48,8	+ 4,3	38,2	- 4,7
	Schleswig-Holstein	46,5	+ 7,6	41,7	- 5,0
	Hamburg	37,6	+ 6,4	47,4	- 4,3
	Niedersachsen	45,6	+ 5,8	41,3	- 5,6
	Bremen	34,2	+ 5,4	48,7	- 3,8
	Nordrhein-Westfalen	45,2	+ 4,6	42,8	- 4,0
	Hessen	44,3	+ 3,7	41,6	- 4,8
	Rheinland-Pfalz	49,6	+ 4,0	38,4	- 4,4
	Baden-Württemberg	52,6	+ 4,1	31,1	- 6,1
	Bayern	59,5	+ 1,9	28,9	- 3,8
	Saarland	44,8	+ 2,5	43,8	- 4,5
6. 3. 1983	LTWahl Rheinland-Pfalz	51,9	+ 1,8	39,6	- 2,7
13. 3. 1983	LTWahl Schleswig-Holstein	49,0	+ 0,7	43,7	+ 2,0
25. 9. 1983	BüWahl Bremen	33,3	+ 1,4	51,4	+ 2,0
25. 9. 1983	LTWahl Hessen	39,4	- 6,2	46,2	+ 3,4
25. 3. 1984	LTWahl Baden-Württemberg	51,9	- 1,5	32,4	- 0,1
17. 6. 1984	EuWahl Bundesrepublik	46,0	- 3,2	37,4	- 3,4

1) bei den Bundestagswahlen Zweitstimmenanteil

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
10. 3. 1985	AHWahl Berlin	46,4	- 1,6	32,4	- 5,9
10. 3. 1985	LTWahl Saarland	37,3	- 6,7	49,2	+ 3,8
12. 5. 1985	LTWahl Nordrhein-Westfalen	36,5	- 6,7	52,1	+ 3,7
15. 6. 1986	LTWahl Niedersachsen	44,3	- 6,4	42,1	+ 5,6
12. 10. 1986	LTWahl Bayern	55,8	- 2,5	27,5	- 4,4
9. 11. 1986	BüWahl Hamburg	41,9	+ 3,3	41,7	- 9,6
25. 1. 1987	Bundestagswahl	44,3	- 4,5	37,0	- 1,2
	Schleswig-Holstein	41,9	- 4,6	39,8	- 1,9
	Hamburg	37,4	- 0,2	41,2	- 6,2
	Niedersachsen	41,5	- 4,1	41,4	+ 0,1
	Bremen	28,9	- 5,3	46,5	- 2,2
	Nordrhein-Westfalen	40,1	- 5,1	43,2	+ 0,4
	Hessen	41,3	- 3,0	38,7	- 2,9
	Rheinland-Pfalz	45,1	- 4,5	37,1	- 1,3
	Baden-Württemberg	46,7	- 5,9	29,3	- 1,8
	Bayern	55,1	- 4,4	27,0	- 1,9
	Saarland	41,2	- 3,6	43,5	- 0,3
5. 4. 1987	LTWahl Hessen	42,1	+ 2,7	40,2	- 6,0
17. 5. 1987	BüWahl Hamburg	40,5	- 1,4	45,0	+ 3,3
17. 5. 1987	LTWahl Rheinland-Pfalz	45,1	- 6,8	38,8	- 0,8
13. 9. 1987	LTWahl Schleswig-Holstein	42,6	- 6,4	45,2	+ 1,5
13. 9. 1987	BüWahl Bremen	23,4	- 9,9	50,5	- 0,8
20. 3. 1988	LTWahl Baden-Württemberg	49,0	- 2,9	32,0	- 0,4
8. 5. 1988	LTWahl Schleswig-Holstein	33,3	- 9,3	54,8	+ 9,6
29. 1. 1989	AHWahl Berlin	37,8	- 8,6	37,3	+ 4,9
18. 6. 1989	EuWahl Bundesrepublik	37,8	- 8,2	37,3	- 0,1
28. 1. 1990	LTWahl Saarland	33,4	- 3,9	54,4	+ 5,2
13. 5. 1990	LTWahl Niedersachsen	42,0	- 2,3	44,2	+ 2,1
13. 5. 1990	LTWahl Nordrhein-Westfalen	36,7	+ 0,2	50,0	- 2,1
14. 10. 1990	LTWahl Bayern	54,9	- 0,9	26,0	- 1,5
14. 10. 1990	LTWahl Mecklenb.-Vorpommern	38,3	-	27,0	-
14. 10. 1990	LTWahl Brandenburg	29,4	-	38,3	-
14. 10. 1990	LTWahl Sachsen-Anhalt	39,0	-	26,0	-
14. 10. 1990	LTWahl Sachsen	53,8	-	19,1	-
14. 10. 1990	LTWahl Thüringen	45,4	-	22,8	-

¹⁾ bei den Bundestagswahlen Zweitstimmenanteil

Hinweis

In Abschnitt 6.21 sind die Regierungen im Bund und in den Ländern synoptisch zusammengestellt. Daraus ist zu ersehen, wann und wo CDU, CSU und/oder SPD eine Regierungskoalition gebildet oder die Alleinregierung übernommen haben und welchen Regierungschef diese Parteien stellten.

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
2. 12. 1990	Bundestagswahl	43,8	[- 0,5]²⁾	33,5	[- 3,5]²⁾
	Schleswig-Holstein	43,5	+ 1,6	38,5	- 1,3
	Hamburg	36,6	- 0,8	41,0	- 0,2
	Niedersachsen	44,3	+ 2,8	38,4	- 3,0
	Bremen	30,9	+ 2,0	42,5	- 4,0
	Nordrhein-Westfalen	40,5	+ 0,4	41,1	- 2,1
	Hessen	41,3	± 0	38,0	- 0,7
	Rheinland-Pfalz	45,6	+ 0,5	36,1	- 1,0
	Baden-Württemberg	46,5	- 0,2	29,1	- 0,2
	Bayern	51,9	- 3,2	26,7	- 0,3
	Saarland	38,1	- 3,1	51,2	+ 7,7
	Berlin	39,4	-	30,6	-
	Mecklenburg-Vorpommern	41,2	[+ 4,9] ³⁾	26,5	[+ 3,1] ³⁾
	Brandenburg	36,3	[+ 2,7] ³⁾	32,9	[+ 3,0] ³⁾
	Sachsen-Anhalt	38,6	[- 5,9] ³⁾	24,7	[+ 1,0] ³⁾
	Thüringen	45,2	[- 7,3] ³⁾	21,9	[+ 4,4] ³⁾
	Sachsen	49,5	[+ 6,1] ³⁾	18,2	[+ 3,1] ³⁾
2. 12. 1990	AHWahl Berlin	40,4	-	30,4	-
20. 1. 1991	LTWahl Hessen	40,2	- 1,9	40,8	+ 0,6
21. 4. 1991	LTWahl Rheinland-Pfalz	38,7	- 6,4	44,8	+ 6,0
2. 6. 1991	BüWahl Hamburg	35,1	- 5,4	48,0	+ 3,0
29. 9. 1991	BüWahl Bremen	30,7	+ 7,3	38,8	- 11,7
5. 4. 1992	LTWahl Baden-Württemberg	39,6	- 9,4	29,4	- 2,6
5. 4. 1992	LTWahl Schleswig-Holstein	33,8	+ 0,5	46,2	- 8,6
19. 9. 1993	BüWahl Hamburg	25,1	- 10,0	40,4	- 7,6
13. 3. 1994	LTWahl Niedersachsen	36,4	- 5,6	44,3	+ 0,1
12. 6. 1994	EuWahl Bundesrepublik	38,8	+ 1,1	32,2	- 5,1
26. 6. 1994	LTWahl Sachsen-Anhalt	34,4	- 4,6	34,0	+ 8,0
11. 9. 1994	LTWahl Brandenburg	18,7	- 10,7	54,1	+ 15,9
11. 9. 1994	LTWahl Sachsen	58,1	+ 4,3	16,6	- 2,5
25. 9. 1994	LTWahl Bayern	52,8	- 2,1	30,0	+ 4,0

1) bei den Bundestagswahlen Zweitstimmenanteil

2) Die Differenz zur Bundestagswahl 1987 ist wegen der Unvergleichbarkeit der Wahlgebiete nur eingeklammert angegeben.

3) Differenz zur Volkskammerwahl vom 18. März 1990

Hinweis

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des **Datenhandbuchs** folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in % ¹⁾	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
16. 10. 1994	Bundestagswahl	41,5	- 2,3	36,4	+ 2,9
	Schleswig-Holstein	41,5	- 2,0	39,6	+ 1,1
	Hamburg	34,9	- 1,7	39,7	- 1,3
	Niedersachsen	41,3	- 3,0	40,6	+ 2,2
	Bremen	30,2	- 0,7	45,5	+ 3,0
	Nordrhein-Westfalen	38,0	- 2,5	43,1	+ 2,0
	Hessen	40,7	- 0,6	37,2	- 0,8
	Rheinland-Pfalz	43,8	- 1,8	39,4	+ 3,3
	Baden-Württemberg	43,3	- 3,2	30,7	+ 1,6
	Bayern	51,2	- 0,7	29,6	+ 2,9
	Saarland	37,2	- 0,9	48,8	- 2,4
	Berlin	31,4	- 8,0	34,0	+ 3,4
	Mecklenburg-Vorpommern	38,5	- 2,7	28,8	+ 2,3
	Brandenburg	28,1	- 8,2	45,1	+ 12,2
	Sachsen-Anhalt	38,8	+ 0,2	33,4	+ 8,7
	Thüringen	41,0	- 4,2	30,2	+ 8,3
	Sachsen	48,0	- 1,5	24,3	+ 6,1
16. 10. 1994	LTWahl Mecklenb.-Vorpommern	37,7	- 0,6	29,5	+ 2,5
16. 10. 1994	LTWahl Saarland	38,6	+ 5,2	49,4	- 5,0
16. 10. 1994	LTWahl Thüringen	42,6	- 2,8	29,6	+ 6,8
19. 2. 1995	LTWahl Hessen	39,2	- 1,0	38,0	- 2,8
14. 5. 1995	BüWahl Bremen	32,6	+ 1,9	33,4	- 5,4
14. 5. 1995	LTWahl Nordrhein-Westfalen	37,7	+ 1,0	46,0	- 4,0
22. 10. 1995	AHWahl Berlin	37,4	- 3,0	23,6	- 6,8
24. 3. 1996	LTWahl Schleswig-Holstein	37,2	+ 3,4	39,8	- 6,4
24. 3. 1996	LTWahl Rheinland-Pfalz	38,7	± 0	39,8	- 5,0
24. 3. 1996	LTWahl Baden-Württemberg	41,3	+ 1,7	25,1	- 4,3

1) bei den Bundestagswahlen Zweitstimmenanteil

Erfolgreiche und verlustreiche Wahljahre für CDU/CSU und SPD

Die Stimmenanteilgewinne und -verluste der CDU/CSU und der SPD bei allen Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in den einzelnen Jahren zwischen 1950 und 1996 sind in der nebenstehenden Übersicht durch folgende Symbole gekennzeichnet:

↑↑ Sehr erfolgreiches Wahljahr:

Stimmenanteilgewinne bei allen Wahlen (bei Bundestagswahlen: auch in allen Bundesländern)

↑ Erfolgreiches Wahljahr:

es überwiegen die Wahlen mit Stimmenanteilgewinn; wenn in dem Jahr nur eine Bundestagswahl stattgefunden hat: Stimmenanteilgewinn in der Mehrzahl der Bundesländer; wenn in dem Jahr nur eine Landtagswahl stattgefunden hat: Stimmenanteilgewinn

↑↓ Durchschnittliches Wahljahr:

die Zahl der Wahlen mit Stimmenanteilgewinnen und Stimmenanteilverlusten ist gleich

↓ Verlustreiches Wahljahr:

es überwiegen die Wahlen mit Stimmenanteilverlust; wenn in dem Jahr nur eine Bundestagswahl stattgefunden hat: Stimmenanteilverlust in der Mehrzahl der Bundesländer; wenn in dem Jahr nur eine Landtagswahl stattgefunden hat: Stimmenanteilverlust

↓↓ Sehr verlustreiches Wahljahr:

Stimmenanteilverluste bei allen Wahlen (bei Bundestagswahlen: auch in allen Bundesländern)

Jahr	CDU/ CSU	SPD
1950	↓	↓
1951	↑↓	↓↓
1952	keine Wahl	
1953	↑↑	↑↓
1954	↑↑	↑
1955	↑↑	↑
1956	↑	↑
1957	↑↑	↑↑
1958	↑↑	↑↑
1959	↑	↑↑
1960	↑↓	↑↑
1961	↓↓	↑↑
1962	↑↓	↑↑
1963	↑↓	↑
1964	↑	↑
1965	↑	↑

Jahr	CDU/ CSU	SPD
1966	↑↓	↑↑
1967	↑↑	↓
1968	↓	↓
1969	↓	↑↑
1970	↑↑	↓
1971	↑↑	↑
1972	↓	↑
1973	keine Wahl	
1974	↑↑	↓↓
1975	↑	↓
1976	↑↑	↓↓
1977	keine Wahl	
1978	↓↓	↑
1979	↓	↑↑
1980	↓↓	↑
1981	↑	↓

Jahr	CDU/ CSU	SPD
1982	↓	↓
1983	↑	↓
1984	↓↓	↓↓
1985	↓↓	↑
1986	↓	↓
1987	↓	↓
1988	↓↓	↑↓
1989	↓↓	↑↓
1990	↑	↓
1991	↓	↑
1992	↑↓	↓↓
1993	↓	↓
1994	↓	↑
1995	↑↓	↓↓
1996	↑	↓↓
1997		

1.29 Staatliche Parteienfinanzierung

Entwicklung der Rechtslage*)

Die Rechtslage zur staatlichen Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich folgendermaßen entwickelt:

- | | |
|------------------|---|
| 1949–1954 | Keine direkte oder indirekte Förderung durch den Bund. |
| 1954–1959 | Indirekte Förderung durch Steuerbegünstigung von Spenden durch das Gesetz zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954 (BGBl. I S. 373). |
| 24. Juni 1958 | Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Steuerbegünstigung von Spenden an politische Parteien für verfassungswidrig. Mit dem Leitsatz, daß es zulässig sei, „für die die Wahlen tragenden politischen Parteien finanzielle Mittel von Staats wegen zur Verfügung zu stellen“, weist das Gericht auf den Weg der direkten staatlichen Parteienfinanzierung. Geklagt hatte die SPD-geführte hessische Landesregierung. |
| 1959–1966 | Direkte finanzielle Förderung der im Bundestag vertretenen politischen Parteien SPD, CDU, CSU und FDP durch den Bund, ohne Zweckbindung der Mittel (vgl. Bundeshaushaltspläne 1959–1966, Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern – Kapitel 02, Titel 612, 1959: Titel 620). |
| 19. Juli 1966 | Das Bundesverfassungsgericht untersagt die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die gesamte politische Tätigkeit der Parteien; mit dem Grundgesetz sei es jedoch vereinbar, den politischen Parteien, die an der politischen Willensbildung in erster Linie durch die Beteiligung an den Parlamentswahlen mitwirken, aus Haushaltsmitteln die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes zu erstatten. |
| 24. Juli 1967 | Regelung durch das Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) in den §§ 18 ff.:

Beschränkung der staatlichen Parteienfinanzierung auf die Erstattung der „notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes“. Die Wahlkampfkosten werden mit einem Betrag von 2,50 DM je Wahlberechtigten insgesamt pauschaliert (Wahlkampfkostenpauschale). Voraussetzungen für die Erstattung: Die Partei erhält 2,5 v. H. der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder 10 v. H. der in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen Erststimmen, wenn in diesem Land eine Landesliste dieser Partei nicht zugelassen war. |
| 3. Dezember 1968 | Das Bundesverfassungsgericht erklärt den Prozentsatz von 2,5 v. H. für zu hoch angesetzt und hält 0,5 v. H. der Zweitstimmen für eine hinreichende Erstattungsvoraussetzung. |

*) Quelle bis 1969: *Ute Müller-Wigley*, Die Entwicklung der staatlichen Parteienfinanzierung seit 1949. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 147–151.
Die Neuregelungen des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 28. Januar 1994 sind dem Aktuellen Begriff Nr. 19/94 vom 14. Juni 1994 „Die Neuregelung der staatlichen Parteienfinanzierung“ entnommen, Bearbeiterin: *Gesa Breidenbach*.

22. Juli 1969 Änderung des Parteiengesetzes durch Gesetz vom 22. Juli 1969 (BGBl. I S. 925):
Herabsetzung des Prozentsatzes für die Erstattung der Wahlkampfkostenpauschale auf künftig „0,5 v. H. der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen“.
24. Juli 1974 Änderung des Parteiengesetzes durch Gesetz vom 24. Juli 1974 (BGBl. I S. 1537):
Die Wahlkampfkosten werden künftig mit einem Betrag von 3,50 DM je Wahlberechtigten pauschaliert.
9. März 1976 Das Bundesverfassungsgericht hält einen Ausschluß der unabhängigen Bewerber von der Wahlkampfkostenerstattung mit dem Grundgesetz der Chancengleichheit aller Wahlbewerber für nicht vereinbar (Fall *Daniels*).
21. Dezember 1979 Änderung des Parteiengesetzes durch Gesetz vom 21. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2358):
Auch parteiunabhängige Bewerber sind anspruchsberechtigt, „sofern sie mindestens 10 v. H. der in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen Erststimmen erreicht haben“.
18. Dezember 1981 Die Führungen der drei Bundestagsfraktionen empfehlen eine vom Bundespräsidenten einzuberufende Kommission, die neue Wege für die Parteienfinanzierung finden soll.
4. März 1982 Im Zusammenhang mit der sogenannten „Flick-Parteispenden-Affäre“ beruft Bundespräsident *Karl Carstens* eine unabhängige Sachverständigen-Kommission mit dem Auftrag, Vorschläge für eine künftige Regelung der mit der Parteienfinanzierung zusammenhängenden Fragen zu erarbeiten. Der Kommission gehören die folgenden fünf Mitglieder an: Prof. Dr. *Walther Fürst* (Berlin), Präsident des Bundesverwaltungsgerichts a. D. Prof. Dr. *Heino Kaack* (Kurtscheid), Dr. *Hermann Maassen* (Bonn), Prof. Dr. *Hans-Peter Schneider* (Hannover) und Prof. Dr. *Horst Vogel* (Bonn).
18. April 1983 Die am 4. März 1982 eingesetzte Sachverständigen-Kommission legt dem Bundespräsidenten ihre Vorschläge zur Neuordnung der Parteienfinanzierung vor. Die innerhalb der verfassungsrechtlichen Gebote und Grenzen erarbeitete Gesamtkonzeption hat zum Ziel, eine für den Bürger durchschaubare, aufgabengerechte und wettbewerbsneutrale Finanzierung der Parteien herbeizuführen.
Die Kommission unterbreitet Vorschläge zur Kostenbegrenzung, zur Transparenz der Parteifinanzen, zur verstärkten Bürgerfinanzierung der Parteien, zur begrenzten staatlichen Finanzierung der Parteien sowie zur Organisation und zum Verfahren.

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

1. Dezember 1983 Verabschiedung des 35. Gesetzes zur Änderung des Artikels 21 des Grundgesetzes mit 453 gegen 2 Stimmen, wodurch Parteien nicht nur über die Herkunft ihrer Mittel, sondern auch über deren Verwendung sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft ablegen müssen.
- Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP, gegen die Stimmen der GRÜNEN und bei einigen Stimmenthaltungen; die wichtigsten Bestimmungen:
- Erhöhung der Wahlkampfkostenersatzung für die Bundestags- und Europaparlamentswahlen von 3,50 DM auf 5,- DM je Wahlberechtigten; rückwirkende Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale für die Bundestagswahl vom 6. März 1983 von 3,50 DM auf 4,50 DM;
 - kein Überwiegen der Höhe der Wahlkampfkostenersatzungen gegenüber den Gesamteinnahmen einer Partei;
 - Zahlung eines „Chancenausgleichs“ zur Entzerrung verschiedener Steuervorteile bei Parteispenden;
 - besondere steuerliche Begünstigung kleinerer Spenden und Mitgliedsbeiträge an Parteien (bis 1 200 DM für Ledige und 2 400 DM für Verheiratete) und steuerliche Begünstigung darüber hinausgehender Spenden;
 - Unzulässigkeit der Annahme bestimmter Spenden (z. B. von politischen Stiftungen, gemeinnützigen Vereinigungen u. a.);
 - Abzugsfähigkeit von Großspenden über 20 000 DM nur bei Ausweisung des Spenders im Rechenschaftsbericht;
 - Verschärfung der Bestimmungen bei rechtswidrig erlangten Spenden.
- Zur Frage der Rückwirkung der Neuregelungen auf laufende Verfahren einer Steuerverkürzung: Erklärung der Koalitionsfraktionen, daß diese Frage allein von der rechtsprechenden Gewalt zu entscheiden sei.
18. April 1984 Klage der GRÜNEN beim Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz zur Neuordnung der Parteifinanzen.
15. Mai 1984 Rücknahme eines von der CDU/CSU und FDP eingebrachten Gesetzentwurfs über die Einstellung bestimmter Steuerstrafverfahren, womit Personen hätte Straffreiheit gewährt werden sollen, die vor der am 1. Januar 1984 in Kraft getretenen Neuregelung der Parteienfinanzierung bei Parteispenden gegen die §§ 370 und 378 der Abgabenordnung (Steuerhinterziehung, leichtfertige Steuerverkürzung) verstoßen haben.
- Der Gesetzentwurf war zunächst am 4. Mai 1984 als Änderungsantrag im Finanzausschuß während der Beratungen zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes von den Koalitionsfraktionen vorgelegt, jedoch im Ausschuß wegen geschäftsordnungsrechtlicher Bedenken nicht behandelt worden. (Der im Ausschuß beratene Entwurf bezog sich darauf, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Geldstrafen und -bußen als Betriebsausgabe oder Werbungskosten auszuschließen.)
- Der Entwurf des Amnestiegesetzes für Parteispenden wurde daraufhin am 8. Mai 1984 von den Koalitionsfraktionen als separate Gesetzesinitiative eingebracht. Die Rücknahme erfolgte aufgrund der kritischen Reaktion und des Widerstandes seitens der Öffentlichkeit, der Oppositionsparteien und Teilen der FDP.
24. Mai 1984 Bundestagsdebatte „zum gescheiterten Strafbefreiungsvorhaben“ bei Parteispenden. Keine Mehrheit findet ein Entschließungsantrag der SPD, in dem u. a. die Bundesregierung aufgefordert wird, Amnestiepläne für Steu-

erhinterziehung und -verkürzung bei Parteispenden „ein für allemal aufzugeben“, sowie ein noch weitergehender Antrag der GRÜNEN; mehrheitlich gebilligt wird dagegen ein die Amnestiepläne begründender Koalitionsantrag „Steuerstrafrechtliche Zweifelsfragen im Zusammenhang mit Parteispenden“.

16. November 1984 Erneute ausführliche Bundestagsdebatte zur „Flick- und Spendenaffäre“.
14. Juli 1986 Das Bundesverfassungsgericht verkündet seine Entscheidung im Verfahren über die Verfassungsmäßigkeit des Parteienfinanzierungsgesetzes und der staatlichen Unterstützung von Parteistiftungen. Gegen die Neuregelung der Parteienfinanzierung aus dem Jahre 1983 lagen dem Gericht eine Verfassungsbeschwerde eines Bürgers sowie eine Organklage der GRÜNEN vor.
- Aufgrund der Verfassungsbeschwerde entscheidet das Bundesverfassungsgericht, daß Parteispenden nur noch bis zu einer einheitlichen Obergrenze von 100 000 DM steuerlich absetzbar sind; bislang galten auf das Einkommen bezogene Prozentwerte.
- In seiner zweiten Entscheidung lehnt das Bundesverfassungsgericht die Organklage der GRÜNEN ab, mit der die Globalzuschüsse an die Parteistiftungen unterbunden werden sollten.
9. Dezember 1988 Aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1986 Verabschiedung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze in namentlicher Abstimmung mit 321 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen; die Bestimmungen des Gesetzes:
- Erweiterung der Wahlkampfkostenerstattung um Sockelbeträge für Parteien mit mehr als 2% der Zweitstimmen;
 - vor Änderungen der Wahlkampfkostenerstattung und des Chancenausgleichs Berufung einer Sachverständigenkommission;
 - Neuberechnung des Chancenausgleichs;
 - Verzeichnis der Mitgliederzahlen im Rechenschaftsbericht;
 - Anhebung der Veröffentlichungspflicht für „Großspenden“ von 20 000 DM auf 40 000 DM.
- Die Bestimmungen des Gesetzes treten am 1. Januar 1989 in Kraft.
4. Juli 1989 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* regt in gleichlautenden Schreiben an die Parteivorsitzenden der SPD, CDU, FDP, CSU und DIE GRÜNEN an, daß die nach dem Parteiengesetz beim Bundespräsidenten zu bildende unabhängige Sachverständigenkommission „unverzüglich“ berufen wird. Die Kommission soll den Bundestag unter anderem bei der Ausgestaltung einer angemessenen Wahlkampfkostenerstattung beraten und Vorschläge zur Lösung von Problemen bei der Durchführung des Parteiengesetzes unterbreiten.
23. Mai 1989 Klage der GRÜNEN beim Bundesverfassungsgericht wegen mehrerer Neuregelungen der Parteienfinanzierung, so u. a. die Einführung eines „Sockelbetrages“ in der 1988 verabschiedeten Änderung des Parteiengesetzes.

9. April 1992 Aufgrund der Organklage der GRÜNEN vom Mai 1989 erklärt das Bundesverfassungsgericht grundlegende Teile des Fünften Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze für verfassungswidrig und verlangt vom Bundestag eine Neuregelung bis 1993. Gleichzeitig ändert das Gericht seine bisherige Rechtsprechung zur staatlichen Parteienfinanzierung in einigen zentralen Punkten:

„Entgegen der bisher vom Senat vertretenen Auffassung ist der Staat verfassungsrechtlich nicht gehindert, den Parteien Mittel für die Finanzierung der **allgemein** ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit zu gewähren. Der Grundsatz der Staatsfreiheit erlaubt jedoch nur eine Teilfinanzierung der allgemeinen Tätigkeit der politischen Parteien aus staatlichen Mitteln. Er wird durch die Gewährung finanzieller Zuwendungen dann verletzt, wenn durch sie die Parteien der Notwendigkeit enthoben werden, sich um die finanzielle Unterstützung ihrer Aktivitäten durch ihre Mitglieder und ihnen nahestehende Bürger zu bemühen.“

Für verfassungswidrig bezeichnet wird u. a. die Regelung des Chancenausgleichs, die Festlegung der sogenannten Publizitätsgrenze auf 40 000 DM sowie die steuerliche Abzugsfähigkeit von Mitgliedsbeiträgen und Spenden bis zur Höhe von 60 000 DM (bzw. von 120 000 DM bei der Zusammenveranlagung Verheirateter).

23. Juni 1992 Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* setzt die im Parteiengesetz vorgesehene Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung ein. Auftrag der Kommission ist es, dem Deutschen Bundestag auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 „in voller Unabhängigkeit Vorschläge für eine künftige Regelung der mit der Parteienfinanzierung zusammenhängenden Fragen zu erarbeiten“. Die Einsetzung der Kommission war erforderlich geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 9. April 1992 wesentliche Teile der bisherigen Regelungen über die Parteienfinanzierung für verfassungswidrig erklärt hatte.

Der Bundespräsident beruft folgende Mitglieder in die Kommission: Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim* (Speyer), *Ernst Breit*, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Prof. D. h.c. *Wolfgang Kartte*, Präsident des Kartellamts a. D., Dr. *Siegfried Mann*, ehemaliger Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Prof. Dr. *Hans-Peter Schneider* (Hannover), Prof. Dr. *Horst Sendler*, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts a. D. und Prof. Dr. *Klaus Stern* (Köln); zum Vorsitzenden ernennt er Prof. Dr. *Sendler*.

Die Kommission konstituiert sich am 3. September 1992.

Hinweis

Im Zusammenhang mit dem Abschnitt über die staatliche Parteienfinanzierung sind auch die folgenden Abschnitte des *Datenhandbuchs* zu sehen:

- Abschnitt 11.12 „Bundestag und Bundesverfassungsgericht“,
- Abschnitt 15.1 „Gesetzgebung zum Parlamentsrecht“, in dem auch die Parteiengesetze berücksichtigt sind,
- Abschnitt 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“,
- Abschnitt 20.5 „Zuschüsse an die Fraktionen“.

17. Februar 1993 Die von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* im Sommer 1992 eingesetzte Expertenkommission zur Überprüfung der Parteienfinanzierung legt ihren Bericht vor.

Im Mittelpunkt steht die Überlegung, daß die Wahlkampfkostenerstattung künftig stärker davon abhängig gemacht werden soll, wieviel Unterstützung die Parteien von den Wählern erhalten. Für die staatliche Parteienfinanzierung wird eine Höchstgrenze von 220 Mio. DM vorgeschlagen, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an Parteien wird gegenüber den bisherigen Regelungen deutlich gemindert.

12. November 1993 Verabschiedung des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze

Durch dieses am 28. Januar 1994 ausgefertigte Gesetz (BGBl. I S. 142), das rückwirkend zum 1. Januar 1994 in Kraft tritt, ist die staatliche Parteienfinanzierung im Rahmen des Art. 21 Abs. 1 GG grundlegend überarbeitet worden. Die bisherigen Regelungen über die Wahlkampfkostenerstattung und den Chancenausgleich im Parteiengesetz, Europawahlgesetz sowie in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Länder werden durch die Regelung einer staatlichen Teilfinanzierung der politischen Parteien ersetzt.

Das neue Gesetz sieht vor, daß die Parteien jährlich entsprechend dem Grad ihrer Verwurzelung in der Gesellschaft Zuschüsse erhalten. Maßstab sind zum einen die Wählerstimmen, zum anderen das Beitrags- und Spendenaufkommen. Im einzelnen erhalten die Parteien jährlich für die bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielten gültigen Zweitstimmen bis zu einer Gesamtzahl von 5 Mio. Stimmen 1,30 DM je Stimme sowie für die darüber hinaus erzielten Stimmen 1,- DM je Stimme („degressive Staffelung“). Spenden und Beiträge werden bis zu einer Höhe von 6 000 DM je natürlicher Person zusätzlich mit einem Betrag von 0,50 DM je Beitrags- und Spendenmark bezuschußt.

Erhält die Partei staatliche Mittel, dürfen diese ihre Eigeneinnahmen (d.h. im wesentlichen Beiträge und Spenden) nicht überschreiten. Mit dieser „relativen Obergrenze“ wird sichergestellt, daß die Parteien nicht überwiegend vom Staat finanziert werden. Die Gesamthöhe der für alle Parteien errechneten staatlichen Zuschüsse darf nicht höher als die „absolute Obergrenze“ von zur Zeit jährlich 230 Mio. DM sein.

16. Mai 1995 Bundespräsident *Roman Herzog* setzt die auch im neuen Parteiengesetz vorgesehene Kommission unabhängiger Sachverständiger zu Fragen der Parteienfinanzierung ein. Die Kommission soll bis zum 31. März 1999 dem Bundestag einen Bericht über die Berechnungsgrundlagen und die Auswirkungen der 1994 neu geregelten staatlichen Parteienfinanzierung vorlegen.

Als Kommissionsmitglieder werden berufen: Dr. *Hedda Czasche-Meseke*, Präsidentin des Bundesrechnungshofes, *Otto Esser*, ehemaliger Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, *Hans Günther Merk*, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Prof. Dr. *Karl-Heinz Naßmacher* (Oldenburg), *Adolf Schmidt*, ehemaliger Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

Die Kommission konstituiert sich am 28. Mai 1995 unter Vorsitz von Dr. *Hedda Czasche-Meseke*.

Entwicklung der Parteienfinanzierung

Erstattungen 1959–1966*)

Jahr	Gesamtbetrag Bundesmittel	Zweckbestimmung	Aufschlüsselung auf die Parteien
1959–1961	5 Mio. DM pro Jahr	„Zuschüsse zur Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien“	<i>Erläuterung zum Titel:</i> „Die Mittel sollen die Parteien bei der Wahrnehmung ihres Auftrages, an der politischen Bildung des deutschen Volkes mitzuwirken, unterstützen.“ Die Mittel waren übertragbar. Sie waren mit Sperrvermerk versehen und durften nur mit Zustimmung des BT-Haushaltsausschusses freigegeben werden. In der 107. Sitzung beschloß der HH-Ausschuß einstimmig die Entsperrung: „Die Aufteilung erfolgt auf die im BT vertretenen Parteien nach dem Schlüssel ihrer Stärke im Bundesparlament.“
1962	5 Mio. DM Untertitel 612a	„Sondermittel für politische Bildungsarbeit“	<i>Erläuterung zum Titel 612a:</i> „Die Mittel werden auf die im BT vertretenen Parteien nach dem Schlüssel ihrer Stärke im Bundesparlament aufgeteilt.“
	15 Mio. DM Untertitel 612b	„Sondermittel für die Aufgaben der Parteien nach Art. 21 des GG“	<i>Erläuterung zum Titel 612b:</i> Mit Sperrvermerk versehen. HH-Ausschuß beschloß in der 34. Sitzung am 29. 2. 62 für Untertitel 612b den gleichen Verteilerschlüssel wie für den Untertitel 612a zu wählen. Danach werden die gesamten Mittel in Höhe von 20 Mio. DM nach dem d’Hondtschen Verfahren auf die im Bundestag vertretenen Parteien verteilt.
1963–1964 1965–1966	20 Mio. DM pro Jahr 38 Mio. DM pro Jahr	„Sondermittel für die Aufgaben der Parteien nach Art. 21 GG“	<i>Erläuterungen zum Titel 612:</i> „20 v. H. der Mittel werden auf die vier, im BT vertretenen Parteien zu je 5 v. H. und der Rest wird auf die vier im BT vertretenen Parteien entsprechend ihrer Stärke aufgeteilt.“

*) nach den Ausweisungen in den Bundeshaushaltsplänen

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter).

Wahlkampfkostenerstattungen seit Inkrafttreten des Parteiengesetzes vom 24. Juli 1967¹⁾

Wahlkampf- kosten- pauschale für die Bundes- tagswahl	Wahlkampf- kosten- pauschale pro Wahlberechtigtem in DM	Betrag der Wahlkampf- kostenerstattung in DM	zuzüglich Sockelbetrag in DM	Gesamtbetrag der direkten öffentlichen Finanzierung in DM
1965 (5. WP) ²⁾	–	6 418 399	–	6 418 399
1969 (6. WP)	–	96 693 088	–	96 693 088
1972 (7. WP)	–	103 615 755	–	103 615 755
1976 (8. WP)	–	147 203 052	–	147 203 052
1980 (9. WP)	3,50	151 311 093	–	151 311 093
1983 (10. WP)	4,50	198 400 207 ³⁾	–	198 400 207
1987 (11. WP)	5,-	226 639 910 ³⁾	–	226 639 910
1990 (12. WP) ⁴⁾	5,-	302 182 800 ³⁾	59 335 176	361 517 976

1) Hier nur für Bundestagswahlen; aufgrund der Regelungen des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 28. Januar 1994 ist die Fortsetzung der Statistik in dieser Form nicht möglich.

2) 1967 Nachzahlung auf die Wahlkampfkostenpauschale für die Bundestagswahl 1965 gem. § 39 Abs. 2 des Parteiengesetzes.

3) Neben den Parteien hatte ein Einzelbewerber Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung; dieser Betrag ist im Gesamtbetrag enthalten.

4) Erstmals Auszahlung von Sockelbeträgen gemäß § 18 Abs. 6 des Parteiengesetzes.

Bundes- tags- wahl	Wahlkampfkostenerstattung für einzelne Parteien (Auswahl)						
	SPD in DM	CDU in DM	CSU in DM	FDP in DM	GRÜNE in DM	B 90/ GRÜNE in DM	Sonstige in DM
1965 ¹⁾	2 618 707	2 528 849	641 840	629 003	–	–	–
1969	41 481 335	35 679 749	9 185 843	5 608 199	–	–	4 157 803 ²⁾
1972	47 687 115	36 624 557	10 037 610	8 690 442	–	–	576 029 ²⁾
1976	63 214 029	56 414 310	15 814 282	11 760 430	–	–	–
1980	65 161 306	52 051 537	15 662 342	16 153 396	2 282 510	–	–
1983	76 085 870	76 044 274	21 193 690	13 854 615	11 093 301	–	–
1987	84 492 269	78 588 566	22 384 426	20 728 311	18 832 805	–	–
1990	110 780 406 ³⁾	120 658 855 ³⁾	30 677 220 ³⁾	42 587 322 ³⁾	20 765 860 ³⁾	6 586 108 ⁴⁾	13 303 701 ⁵⁾

1) 1967 Nachzahlung auf die Wahlkampfkostenpauschale für die Bundestagswahl 1965 gem. § 39 Abs. 2 des Parteiengesetzes

2) NPD

3) einschließlich Sockelbetrag in Höhe von 9 065 484 DM

4) einschließlich Sockelbetrag in Höhe von 2 927 159 DM

5) PDS; einschließlich Sockelbetrag in Höhe von 5 912 756 DM

1.30 Rechenschaftsberichte der Parteien

Schon das 1949 in Kraft getretene Grundgesetz enthält in Artikel 21 die Forderung, die Parteien „müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben“. Interessengegensätze zwischen den Parteien in der Frage der staatlichen Parteienfinanzierung verzögerten die Verabschiedung des Parteiengesetzes, in dem „das Nähere“ der Rechenschaftslegung geregelt werden sollte, bis 1966. Dieses Parteiengesetz und die späteren Änderungsgesetze binden die Erstattung von Wahlkampfkosten an die Vorlage eines jährlichen Rechenschaftsberichts. Die Richtlinien für die Rechenschaftslegung sahen anfangs u. a. vor:

- Prüfung der Rechenschaftsberichte durch einen Wirtschaftsprüfer,
- Einreichung bis zum 30. September des dem Rechnungsjahr folgenden Jahres beim Präsidenten des Deutschen Bundestages,
- Veröffentlichung im Bundesanzeiger, ab Rechnungsjahr 1983 als Bundestags-Drucksache,
- Benennung der Spender bei Spenden von über 20 000 DM pro Jahr.

Die Pflicht zur Rechenschaftslegung ist 1983 bei der Neuordnung der Parteienfinanzierung erheblich erweitert worden. Durch eine Änderung des Artikels 21 Abs. 1 des Grundgesetzes und durch das Parteienfinanzierungsgesetz vom 22. Dezember 1983 sind die Parteien verpflichtet, nicht nur wie bisher über ihre Einnahmen, sondern auch über die Verwendung der Mittel und über ihren Vermögensstand Auskunft zu geben. Der entsprechende Paragraph 24 des Parteienfinanzierungsgesetzes lautete:

„§ 24 Rechenschaftsbericht

(1) Der Rechenschaftsbericht besteht aus einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung sowie einer Vermögensrechnung. In den Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei sind die Rechenschaftsberichte jeweils getrennt nach Bundesverband und Landesverband sowie die Rechenschaftsberichte der nachgeordneten Gebietsverbände je Landesverband aufzunehmen. Die Landesverbände haben die Teilberichte der ihnen nachgeordneten Gebietsverbände gesammelt bei ihren Rechenschaftsunterlagen aufzubewahren.

(2) Einnahmen sind:

1. Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge,
2. Einnahmen aus Vermögen,
3. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit der Partei,
4. Einnahmen aus Spenden,
5. Einnahmen aus dem Chancenausgleich,
6. Einnahmen aus der Wahlkampfkostenerstattung,
7. Zuschüsse von Gliederungen,
8. sonstige Einnahmen.

(3) Ausgaben sind:

1. Personalausgaben,
2. Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes,

3. Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information,
4. Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlen,
5. Zuschüsse an Gliederungen,
6. Zinsen,
7. sonstige Ausgaben.

(4) Die Vermögensrechnung umfaßt:

1. Besitzposten
 - I. Anlagevermögen
 1. Haus- und Grundvermögen
 2. Geschäftsstellenausstattung
 3. Finanzanlagen
 - II. Umlaufvermögen
 1. Beitragsforderungen
 2. Forderungen auf Erstattung von Wahlkampfkosten
 3. Forderungen auf Chancenausgleich
 4. Geldbestände
 5. sonstige Vermögensgegenstände
2. Schuldposten
 - I. Rückstellungen
 - II. Verbindlichkeiten
 1. Beitragsverbindlichkeiten
 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 3. sonstige Verbindlichkeiten
 - III. Reinvermögen (positiv oder negativ).

(5) Die wahlkampfbezogenen Kosten einer jeden Wahl sind nach Absatz 3 gegliedert und unabhängig von den Rechnungsjahren insgesamt gesondert auszuweisen und den nach Absatz 2 gegliederten wahlkampfkostenbezogenen Einnahmen gegenüberzustellen.

(6) Die Partei kann dem Rechenschaftsbericht, insbesondere einzelnen seiner Positionen, kurzgefaßte Erläuterungen beifügen.“

Seit Inkrafttreten des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 28. Januar 1994 (BGBl. I S. 142) gelten für die Rechenschaftsberichte u. a. folgende Bestimmungen:

„§ 24 Rechenschaftsberichte

(1) Der Rechenschaftsbericht besteht aus einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung sowie einer Vermögensrechnung. Er ist nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung unter Berücksichtigung des Gesetzeszweckes zu erstellen. In den Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei sind die Rechenschaftsberichte jeweils getrennt nach Bundesverband und Landesverband sowie die Rechenschaftsberichte der nachgeordneten Gebietsverbände je Landesverband aufzunehmen. Die Landesverbände und die ihnen nachgeordneten Gebietsverbände haben ihren Rechenschaftsberichten eine lückenlose Aufstellung aller Zuwendungen je Zuwender mit Namen und Anschrift beizufügen. Die Landesverbände haben die Teilberichte der ihnen nachgeordneten Gebietsverbände gesammelt bei ihren Rechenschaftsunterlagen aufzubewahren.

(2) Die Einnahmerechnung umfaßt:

1. Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge,
2. Spenden von natürlichen Personen,
3. Spenden von juristischen Personen,
4. Einnahmen aus Vermögen,
5. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit,
6. staatliche Mittel,
7. sonstige Einnahmen,
8. Zuschüsse von Gliederungen,
9. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 8.

(3) Die Ausgaberechnung umfaßt:

1. Personalausgaben,
2. Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes,
3. Ausgaben für allgemeine politische Arbeit,
4. Ausgaben für Wahlkämpfe,
5. Zinsen,
6. sonstige Ausgaben,
7. Zuschüsse an Gliederungen,
8. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 7.

(4) Die Vermögensrechnung umfaßt:

1. Besitzposten:
 - I. Anlagevermögen
 1. Haus- und Grundvermögen,
 2. Geschäftsstellenausstattung,
 3. Finanzanlagen;
 - II. Umlaufvermögen
 1. Forderungen an Gliederungen,
 2. Forderungen auf staatliche Mittel,
 3. Geldbestände,
 4. sonstige Vermögensgegenstände;
 - III. Gesamtbesitzposten;
2. Schuldposten:
 - I. Rückstellungen:
 1. Pensionsverpflichtungen,
 2. sonstige Rückstellungen;
 - II. Verbindlichkeiten:
 1. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen,
 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,
 3. sonstige Verbindlichkeiten;
 - III. Gesamte Schuldposten;
3. Reinvermögen (positiv oder negativ).

(5) Im Rechenschaftsbericht sind die Summe der Zuwendungen natürlicher Personen bis zu 6000 Deutsche Mark je Person sowie die Summe der Zuwendungen natürlicher Personen, soweit sie den Betrag von 6000 Deutsche Mark übersteigen, gesondert auszuweisen.

(6) Dem Rechenschaftsbericht ist eine Zusammenfassung voranzustellen:

1. Einnahmen der Gesamtpartei gemäß Absatz 2 Nr. 1 bis 7 und deren Summe,
2. Ausgaben der Gesamtpartei gemäß Absatz 3 Nr. 1 bis 6 und deren Summe,
3. Überschuß- oder Defizitausweis,
4. Besitzposten der Gesamtpartei gemäß Absatz 4 Nr. 1 I und II 2 bis 4 und deren Summe,
5. Schuldposten der Gesamtpartei gemäß Absatz 4 Nr. 2 I und II 2 und 3 und deren Summe,

6. Reinvermögen der Gesamtpartei (positiv oder negativ),
7. Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben, Überschüsse oder Defizite sowie Reinvermögen der drei Gliederungsebenen Bundesverband, Landesverbände und der ihnen nachgeordneten Gebietsverbände.

Neben den absoluten Beträgen zu den Nummern 1 und 2 ist der Vomhundertsatz der Einnahmensumme nach Nummer 1 und der Ausgabensumme nach Nummer 2 auszuweisen.

(7) Die Anzahl der Mitglieder zum Jahresende ist zu verzeichnen.

(8) Die Partei kann dem Rechenschaftsbericht, insbesondere einzelnen seiner Positionen, kurzgefaßte Erläuterungen beifügen.

(9) Öffentliche Zuschüsse, die den politischen Jugendorganisationen zweckgebunden zugewendet werden, bleiben bei der Ermittlung der absoluten und relativen Obergrenze unberücksichtigt. Sie sind im Rechenschaftsbericht der jeweiligen Partei nachrichtlich auszuweisen und bleiben bei der Einnahme- und Ausgaberechnung der Partei unberücksichtigt.“

Inzwischen liegen die Rechenschaftsberichte für die Rechnungsjahre bis 1986 vor (Fundstellen-Verzeichnis siehe Seite 326). Um dieses umfangreiche Zahlenwerk transparenter zu machen, enthält die vorliegende Dokumentation folgende Tabellen und Übersichten:

- Gesamteinnahmen von SPD, CDU, CSU, FDP und GRÜNEN (Seite 325),
- Anteil verschiedener Einnahmearten an den Gesamteinnahmen von SPD, CDU, CSU, FDP und GRÜNEN (Seiten 327–329),
- Auszüge aus den Rechenschaftsberichten alphabetisch nach Parteien mit dem Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen in % (Seiten 330–361),
- Auszüge aus den Rechenschaftsberichten alphabetisch nach Parteien mit dem Anteil der verschiedenen Ausgabearten an den Gesamtausgaben in % (Seiten 362–377).

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)

Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien⁶⁾

Jahr	SPD in DM	CDU in DM	CSU in DM	FDP in DM	
1968	48 026 161,29	34 443 259,03	10 127 957,40	10 032 795,52	
1969	65 117 768,15	49 318 645,44	13 921 475,57	16 147 562,91	
1970	59 945 214,60	50 216 359,58	12 873 645,02	12 031 176,26	
1971	58 032 386,18	45 210 348,44	13 961 364,68	10 034 549,30	
1972	113 977 167,86	113 986 482,63	22 931 070,42	24 377 535,23	
1973	76 774 063,15	72 448 236,37	13 042 770,09	13 758 478,39	
1974	95 740 396,75	88 615 264,48	26 644 901,69	18 952 363,78	
1975	130 049 770,34	113 630 526,18	20 048 366,48	22 752 229,32	
1976	138 617 322,37	154 413 807,34	33 782 682,04	28 479 415,77	
1977	106 230 644,89	101 195 335,31	23 034 151,53	17 071 730,88	
1978	127 194 394,65	122 400 833,01	42 931 340,16	20 776 511,43	
Jahr	SPD in DM	CDU in DM	CSU in DM	FDP in DM	GRÜNE ⁵⁾ in DM
1979	198 869 783	192 204 602	42 091 861	34 505 373	4 931 200 ¹⁾
1980	207 122 377	176 977 195	45 976 472	35 256 045	6 924 670
1981	122 905 117	122 779 381	33 049 792	24 331 016	2 799 942
1982	149 908 251	146 928 395	42 354 967	22 748 598	7 476 628
1983	233 465 999	252 919 039	68 258 018	49 854 430	19 757 967
1984	209 651 451	217 676 091	43 418 845	29 922 143	43 322 320
1985	206 263 035	182 151 384	40 114 305	30 750 689	34 503 865
1986	219 065 707	199 317 198	61 195 189	34 073 096	37 961 958
1987	225 087 601	198 523 958	49 525 342	45 570 139	64 659 916
1988	205 065 377	181 104 857	44 405 726	34 162 748	39 436 121
1989	258 008 137	206 522 361	57 665 896	45 162 460	61 308 912
1990	343 705 394 ²⁾	339 661 132 ³⁾	91 212 020	88 563 747 ⁴⁾	59 693 294 ²⁾
1991	358 453 603	227 223 873	52 543 372	55 256 234	51 501 055
1992	282 145 461	222 155 879	50 165 631	49 596 843	47 098 715
1993	298 165 992	234 018 259	57 151 310	51 435 077	42 519 096
1994	398 065 418	289 721 623	69 049 765	70 289 786	77 560 042
1995	307 198 731	225 939 290	50 294 274	53 940 968	66 830 971

1) Sonstige politische Vereinigung „Die Grünen“

2) ohne die Einnahmen der Gliederungen in den neuen Bundesländern

3) einschließlich der Einnahmen der CDU-Ost ab der Vereinigung mit der CDU-West am 1. Oktober 1990

4) einschließlich der Einnahmen der östlichen Landesverbände der FDP ab der Vereinigung mit den drei liberalen DDR-Parteien am 12. August 1990

5) ab 1993: Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

6) PDS siehe auf Seite 356

Anteil verschiedener Einnahmearten an den Gesamteinnahmen der Bundestagsparteien

Die folgende Statistik beschränkt sich auf die drei wichtigsten Einnahmearten der Parteien, nämlich

- Mitgliedsbeiträge,
- Spenden,
- staatliche Mittel, d. h. im wesentlichen Wahlkampfkostenerstattung,

und sie ist beschränkt auf die sogenannten „Bundestagsparteien“ seit Einführung der Rechenschaftsberichte im Jahre 1968: SPD, CDU, CSU, FDP (sowie ab 1979 die Grünen).

Fundstellen-Verzeichnis für die Rechenschaftsberichte 1968–1995

Die bisherigen Veröffentlichungen im Bundesanzeiger (BAnz.) und ab 1983 als Bundestags-Drucksache (BT-Drs.) erfolgten für

- | | | | |
|-----------------|--|-----------------|--|
| 1968 in: | BAnz. Nr. 196 vom 21. 10. 1969, S. 2 ff.
BAnz. Nr. 230 vom 10. 12. 1970, S. 4 ff. | 1984 als | BT-Drs. Nr. 10/4104 (neu)
vom 28. 10. 1985
BT-Drs. Nr. 10/4626 vom 8. 1. 1986 |
| 1969 in: | BAnz. Nr. 230 vom 10. 12. 1970, S. 4 ff.
BAnz. Nr. 232 vom 14. 12. 1971, S. 3 ff. | 1985 als | BT-Drs. Nr. 10/6194 vom 16. 10. 1986
BT-Drs. Nr. 10/6803 vom 22. 1. 1987 |
| 1970 in: | BAnz. Nr. 232 vom 14. 12. 1971, S. 3 ff.
BAnz. Nr. 11 vom 17. 1. 1973, S. 6
BAnz. Nr. 48 vom 9. 3. 1973, S. 3 | 1986 als | BT-Drs. Nr. 11/977 vom 16. 10. 1987
BT-Drs. Nr. 11/1660 vom 18. 1. 1988
BT-Drs. Nr. 11/3883 vom 20. 1. 1989 |
| 1971 in: | BAnz. Nr. 11 vom 17. 1. 1973, S. 3 ff. | 1987 als | BT-Drs. Nr. 11/3315 vom 14. 11. 1988
BT-Drs. Nr. 11/3883 vom 20. 1. 1989
BT-Drs. Nr. 11/5993 vom 7. 12. 1989 |
| 1972 in: | BAnz. Nr. 22 vom 1. 2. 1974, S. 3 ff. | 1988 als | BT-Drs. Nr. 11/5993 vom 7. 12. 1989
BT-Drs. Nr. 11/6303 vom 24. 1. 1990 |
| 1973 in: | BAnz. Nr. 3 vom 7. 1. 1975, S. 2 ff.
BAnz. Nr. 67 vom 10. 4. 1975, S. 2
BAnz. Nr. 90 vom 17. 5. 1975, S. 2 | 1989 als | BT-Drs. Nr. 11/8130 vom 7. 12. 1990
BT-Drs. Nr. 12/72 vom 6. 2. 1991
BT-Drs. Nr. 12/2165 vom 26. 2. 1992 |
| 1974 in: | BAnz. Nr. 221 vom 28. 11. 1975, S. 2 ff.
BAnz. Nr. 33 vom 18. 2. 1976, S. 1 ff. | 1990 als | BT-Drs. Nr. 12/2165 vom 26. 2. 1992 |
| 1975 in: | BAnz. Nr. 217 vom 16. 11. 1976, S. 2 ff.
BAnz. Nr. 238 vom 17. 12. 1976, S. 1
BAnz. Nr. 28 vom 10. 2. 1977, S. 2 ff. | 1991 als | BT-Drs. Nr. 12/3950 vom 4. 12. 1992
BT-Drs. Nr. 12/4475 vom 4. 3. 1993 |
| 1976 in: | BAnz. Nr. 219 vom 24. 11. 1977, S. 2 ff.
BAnz. Nr. 31 vom 14. 2. 1978, S. 4 | 1992 als | BT-Drs. Nr. 12/6140 vom 11. 11. 1993
BT-Drs. Nr. 12/6863 vom 14. 2. 1994 |
| 1977 in: | BAnz. Nr. 219 vom 21. 11. 1978, S. 3 ff. | 1993 als | BT-Drs. Nr. 13/145 vom 22. 12. 1994
BT-Drs. Nr. 13/588 (ohne Datum) |
| 1978 in: | BAnz. Nr. 218 vom 20. 11. 1979, S. 3 ff.
BAnz. Nr. 30 vom 13. 2. 1980, S. 3 | 1994 als | BT-Drs. Nr. 13/3390 vom 21. 12. 1995
BT-Drs. Nr. 13/4163 vom 20. 3. 1996 |
| 1979 in: | BAnz. Nr. 215 vom 15. 11. 1980, S. 3 ff. | 1995 als | BT-Drs. Nr. 13/6472 vom 10. 12. 1996
BT-Drs. Nr. 13/7785 vom 2. 6. 1997 |
| 1980 in: | BAnz. Nr. 227 vom 4. 12. 1981, S. 2 ff. | | |
| 1981 in: | BAnz. Nr. 206 vom 4. 11. 1982, S. 2 ff. | | |
| 1982 in: | BAnz. Nr. 213 vom 12. 11. 1983, S. 2 ff. | | |
| 1983 als | BT-Drs. Nr. 10/2172 vom 23. 10. 1984
BT-Drs. Nr. 10/2366 vom 14. 11. 1984
BT-Drs. Nr. 10/2724 vom 14. 1. 1985 | | |

Um die Abhängigkeit der genannten Parteien von den wichtigsten Einnahmearten zu verdeutlichen, werden die Beträge **in Prozent** der Gesamteinnahmen angegeben.

Die Schwerpunkte der Einnahmen in den Jahren 1968 bis 1995 bilden demnach

- für die **SDP und CDU**:
die Mitgliedsbeiträge, gefolgt von den staatlichen Mitteln (Wahlkampfkostenerstattung),
- für die **CSU**:
die staatlichen Mittel (Wahlkampfkostenerstattung), gefolgt von Spenden,
- für die **FDP**:
Spenden, gefolgt von den staatlichen Mitteln (Wahlkampfkostenerstattung),
- für die **GRÜNEN**:
staatliche Mittel (Wahlkampfkostenerstattung), gefolgt von Mitgliedsbeiträgen.

Einnahmeart	Jahr	SPD in %	CDU in %	CSU in %	FDP in %	GRÜNE ²⁾ in %
Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge ¹⁾	1968	47,4	28,6	21,1	18,6	–
	1969	40,2	23,0	15,3	12,4	–
	1970	49,3	29,0	19,5	17,2	–
	1971	53,1	39,6	19,5	20,3	–
	1972	34,5	20,8	13,6	12,3	–
	1973	68,2	39,1	33,0	24,8	–
	1974	55,2	38,4	16,8	21,9	–
	1975	42,5	36,7	30,2	20,1	–
	1976	47,8	31,6	21,2	20,1	–
	1977	64,2	54,2	33,2	33,2	–
	1978	55,6	47,8	21,2	28,3	–
	1979	41,0	32,8	22,5	17,9	0,5
	1980	41,7	37,6	26,8	19,6	8,4
	1981	69,4	56,9	36,2	30,6	36,5
	1982	56,1	50,4	31,0	35,0	20,9
	1983	37,4	31,2	19,4	15,1	10,3
	1984	46,8	38,3	33,8	26,5	8,4
	1985	49,1	46,0	35,4	28,4	11,5
	1986	49,7	44,3	23,4	24,2	11,8
	1987	49,1	44,1	29,0	19,1	8,5
	1988	55,6	47,5	32,8	25,0	13,0
1989	47,0	40,9	26,2	20,4	9,2	
1990	37,6	25,6	17,5	12,7	17,4	
1991	42,3	41,0	23,5	22,8	23,3	
1992	54,1	42,4	31,0	26,7	27,6	
1993	51,5	40,9	31,2	25,5	31,5	
1994	38,3	32,3	26,5	18,0	19,8	
1995	50,9	43,8	34,4	22,5	27,4	

¹⁾ bis 1983 Zusammenfassung der in den Rechenschaftsberichten getrennt ausgewiesenen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sowie aus Beiträgen der Fraktionsmitglieder und ähnlichen regelmäßigen Beiträgen

²⁾ ab 1993: Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Einnahmeart	Jahr	SPD in %	CDU in %	CSU in %	FDP in %	GRÜNE ²⁾ in %
Spenden ¹⁾	1968	5,2	14,7	20,3	21,0	–
	1969	17,9	29,3	46,9	26,7	–
	1970	10,6	26,7	44,1	33,7	–
	1971	8,7	26,8	14,1	29,7	–
	1972	19,6	44,2	44,6	36,3	–
	1973	7,6	40,3	26,9	45,8	–
	1974	7,7	29,8	30,4	28,9	–
	1975	10,2	25,7	17,3	37,7	–
	1976	14,1	34,8	37,3	50,2	–
	1977	5,8	24,6	29,2	40,1	–
	1978	6,8	17,8	33,9	31,6	–
	1979	3,9	13,4	12,7	18,2	0,3
	1980	6,2	27,4	36,7	31,5	7,4
	1981	6,7	17,0	21,6	43,3	20,5
	1982	10,9	20,6	26,9	19,0	10,8
	1983	5,0	15,9	25,0	27,0	11,3
	1984	7,7	11,3	28,5	29,1	12,8
	1985	7,4	12,6	22,2	31,9	25,1
	1986	9,8	18,8	29,6	41,5	28,7
	1987	9,3	15,5	29,1	28,6	18,4
	1988	9,3	13,1	28,1	33,8	31,8
	1989	9,9	20,7	30,8	33,2	19,9
	1990	10,6	21,3	39,2	26,0	17,6
	1991	6,5	17,0	28,0	23,8	14,9
	1992	7,6	16,9	32,4	24,9	14,4
	1993	8,9	18,8	36,0	28,8	18,6
	1994	8,7	19,6	26,0	23,6	11,6
	1995	8,1	15,9	26,6	21,7	13,1

1) ab 1994 Zusammenfassung der in den Rechenschaftsberichten getrennt ausgewiesenen Einnahmen aus Spenden natürlicher und juristischer Personen

2) ab 1993: Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Einnahmeart	Jahr	SPD in %	CDU in %	CSU in %	FDP in %	GRÜNE ²⁾ in %
Staatliche Mittel ¹⁾	1968	41,0	51,5	52,5	45,7	–
	1969	34,3	33,2	28,7	4,0	–
	1970	26,2	27,2	21,8	16,1	–
	1971	27,0	24,7	62,7	23,9	–
	1972	39,8	31,6	38,2	34,3	–
	1973	16,3	14,5	19,5	14,0	–
	1974	30,0	25,3	42,2	27,2	–
	1975	31,0	32,0	48,1	32,5	–
	1976	22,2	23,5	26,8	21,2	–
	1977	13,3	13,3	17,6	15,6	–
	1978	21,4	20,2	19,0	17,7	–
	1979	51,8	50,4	64,0	48,5	98,2
	1980	23,9	22,0	16,9	33,0	68,7
	1981	14,5	11,7	12,0	13,8	12,4
	1982	22,6	23,1	26,0	28,6	49,7
	1983	53,7	49,4	52,8	34,9	69,5
	1984	33,9	33,0	31,6	33,6	55,8
	1985	29,6	31,3	35,4	34,8	35,1
	1986	25,2	26,0	41,7	27,5	32,3
	1987	31,9	30,2	34,7	47,8	38,2
	1988	25,9	30,1	32,7	33,3	24,5
1989	31,6	27,3	36,7	38,0	34,7	
1990	40,0	44,2	38,6	52,0	33,3	
1991	20,8	27,7	36,5	36,1	16,0	
1992	23,9	30,3	30,0	34,7	32,6	
1993	26,6	30,9	26,3	33,0	23,4	
1994	33,5	40,0	39,3	34,3	26,7	
1995	29,4	32,6	30,7	26,7	26,8	

¹⁾ Einnahmen aus der Wahlkampfkostenerstattung für Bundestags-, Landtags- und Europawahlen; ab 1984 einschließlich eventueller Einnahmen aus dem Chancenausgleich. Ab 1994 ist „Staatliche Mittel“ die offizielle Bezeichnung der Einnahmeart.

²⁾ ab 1993: Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Hinweis

Im Zusammenhang mit dem Abschnitt über die staatliche Parteienfinanzierung sind auch die folgenden Abschnitte des *Datenhandbuchs* zu sehen:

- Abschnitt 11.12 „Bundestag und Bundesverfassungsgericht“,
- Abschnitt 15.1 „Gesetzgebung zum Parlamentsrecht“, in dem auch die Parteiengesetze berücksichtigt sind,
- Abschnitt 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“,
- Abschnitt 20.5 „Zuschüsse an die Fraktionen“.

Auszüge aus den Rechenschaftsberichten 1968–1995: Einnahmen

– alphabetisch nach Parteien –

Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Erstattungsbeträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahlgesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1969	1 032	3,8	–	–	0,9	44,8	50,5	–	–	0,1
1970	607	–	–	–	–	4,5	–	95,5	–	–
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Erstattungsbeträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahlgesetzes	Sonstige Einnahmen
1968	184	23,4	0,5	–	25,0	42,4	5,4	–	–	3,3
1969	149	23,5	0,7	–	20,1	49,0	3,4	–	–	3,4
1970	175	14,3	2,3	–	21,1	58,3	0,6	–	–	3,4
1971	227	10,1	0,9	–	15,0	55,1	2,2	–	–	16,7
1972	247	10,5	2,0	–	13,8	49,8	2,4	–	–	21,5
1973	242	9,9	0,8	–	12,4	42,1	0,8	–	–	33,9
1974	323	7,1	1,2	–	12,1	44,3	–	–	–	35,3
1975	365	6,8	0,3	0,3	11,0	45,5	–	–	–	36,2
1976	666	3,8	0,2	–	11,3	54,5	0,5	–	–	29,9
1977	622	7,2	–	0,2	9,3	49,0	0,2	–	–	34,1
1978	775	7,2	0,4	–	16,5	51,4	2,7	–	–	21,8

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:									
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen		
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –										
1985	12	28,3	–	0,0	59,6	–	–	8,3	3,8		
Autofahrer- und Bürgerinteressenpartei Deutschlands (APD)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:									
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen		
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –										
1991	328	–	–	–	100,0	–	–	–	–		
1992	804	0,5	–	–	99,2	–	–	0,4	–		
1993	2 483	0,4	0,0	0,1	99,4	–	–	–	0,0		
Bayernpartei (BP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:									
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen		
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –										
1991	80	68,9	0,1	1,9	19,7	–	–	9,5	–		
1992	94	60,3	0,4	1,8	23,1	–	–	14,5	–		
1993	102	59,7	0,3	6,6	23,8	–	–	9,8	–		
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen		
		1994	206	29,8	60,3	–	0,1	4,1	–	–	5,7
		1995	285	20,6	30,3	–	0,2	0,2	34,9	–	13,9

Bündnis 90		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1991 ¹⁾	1 281	0,4	0,1	0,0	0,9	–	–	97,0	1,6
1992	2 668	8,1	2,8	0,5	9,8	–	–	47,3	31,6
1993 ²⁾	1 095	14,0	2,6	2,1	9,1	–	41,9	2,7	27,7

¹⁾ einschließlich Rechenschaftsberichte von Demokratie Jetzt sowie Initiative Frieden und Menschenrechte, aus denen Bündnis 90 im September 1991 hervorgegangen ist.

²⁾ bis Juni; anschließend siehe Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1993 ¹⁾	42 519	31,5	6,1	0,1	18,6	–	23,4	13,8	6,4
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	77 560	19,8	11,4	0,2	2,1	4,3	26,7	3,6	31,9
1995	66 831	27,4	12,8	0,3	1,8	1,2	26,8	2,2	27,5

¹⁾ Fusion aus Bündnis 90 und Die Grünen

Hinweis

Eine Bibliographie der regionalen und lokalen Wahlstudien ist in Abschnitt 1.14 enthalten.

Bürgerrechtsbewegung Solidarität ¹⁾		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1992	1 898	8,1	–	0,0	61,7	–	–	30,2	0,0
1993	2 090	10,1	–	0,1	59,0	–	–	30,7	0,1
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	2 445	10,3	50,8	3,5	–	0,0	–	1,0	34,4
1995	2 307	10,9	50,0	3,1	–	0,0	–	–	36,1

1) zuvor siehe unter Patrioten für Deutschland

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsvorstandsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4).

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1989	221	1,9	–	23,1	74,7	–	–	–	0,2	
1990	245	10,0	–	30,7	59,3	–	–	–	–	
1991	267	17,8	–	28,1	54,2	–	–	–	–	
1992	261	22,5	–	26,2	51,3	–	–	–	–	
1993	257	25,4	–	25,3	49,3	–	–	–	0,0	
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen	
1994	333	19,3	53,5	–	–	27,2	–	–	–	
1995	267	23,2	51,8	–	–	24,7	–	–	–	
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Erstattungsbeträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahlgesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1968	34 443	20,1	8,5	2,0	1,5	14,7	1,4	51,5	–	0,4
1969	49 318	15,6	7,4	2,3	2,0	29,3	9,7	33,2	–	0,6
1970	50 216	18,7	10,3	2,1	1,1	26,7	12,9	27,2	–	1,0
1971	45 210	27,9	11,7	2,1	1,0	26,8	4,1	24,7	–	1,7
1972	113 986	15,5	5,3	1,5	1,0	44,2	0,3	31,6	–	0,6
1973	72 448	29,2	9,9	3,2	1,4	40,3	0,5	14,5	–	1,1
1974	88 615	29,1	9,3	3,1	1,1	29,8	1,5	25,3	–	0,9
1975	113 630	28,0	8,7	1,8	1,0	25,7	1,8	32,0	–	0,8
1976	154 414	24,6	7,0	1,3	1,4	34,8	6,4	23,5	–	1,0
1977	101 195	42,5	11,7	2,4	1,3	24,6	3,4	13,3	–	0,7

Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1968	10 128	12,6	8,5	2,7	2,1	20,3	1,3	52,5	–	–
1969	13 921	9,3	6,0	3,1	1,8	46,9	4,2	28,7	–	–
1970	12 874	12,6	6,9	3,9	1,2	44,1	9,6	21,8	–	–
1971	13 961	12,5	7,0	2,0	1,5	14,1	0,3	62,7	–	–
1972	22 931	8,8	4,8	1,3	1,8	44,6	0,5	38,2	–	–
1973	13 043	23,5	9,5	1,3	1,4	26,9	17,9	19,5	–	–
1974	26 645	11,6	5,0	0,6	1,3	30,4	8,6	42,2	–	–
1975	20 048	20,9	9,3	0,6	2,4	17,3	1,5	48,1	–	–
1976	33 783	13,5	5,7	0,6	1,8	37,3	14,4	26,8	–	–
1977	23 034	24,0	9,2	0,8	2,0	29,2	16,1	17,6	–	1,1
1978	42 931	15,1	6,1	0,4	0,5	33,9	24,9	19,0	–	0,1
1979	42 092	16,5	6,0	0,3	0,2	12,7	–	27,8	36,2	0,1
1980	45 976	19,2	7,6	0,9	0,2	36,7	18,2	16,9	–	0,2
1981	33 050	25,0	11,2	1,8	0,4	21,6	27,4	12,0	–	0,5
1982	42 355	22,7	8,3	1,4	0,4	26,9	13,9	18,8	7,2	0,5
1983	68 258	14,0	5,4	1,1	1,2	25,0	–	35,4	17,4	0,6
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	43 419	33,8	1,8	0,7	28,5	–	31,6	1,9	1,7	
1985	40 114	35,4	2,3	0,6	22,2	4,7	30,7	1,4	2,6	
1986	61 195	23,4	1,6	0,7	29,6	6,1	35,6	1,6	1,4	
1987	49 525	29,0	1,5	1,3	29,1	2,7	32,0	2,5	1,7	
1988	44 406	32,8	2,0	1,4	28,1	5,5	27,2	1,8	1,3	
1989	57 666	26,2	2,5	1,3	30,8	5,1	31,6	0,9	1,6	
1990	91 212	17,5	1,4	1,1	39,2	2,6	36,0	1,5	0,7	
1991	52 543	29,5	1,8	1,4	28,0	5,4	31,1	1,5	1,4	
1992	50 166	31,0	2,8	1,2	32,4	4,3	25,7	1,3	1,4	

1993	57 151	31,2	2,8	1,0	36,0	3,8	22,5	1,9	0,9
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	69 050	26,5	15,5	10,5	2,8	2,7	39,3	0,9	1,8
1995	53 941	34,4	18,4	8,2	2,7	3,3	30,7	0,4	2,0

Demokratie Jetzt		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
1990 ¹⁾	3 567 ¹⁾	0,4	0,2	0,3	2,5	–	1,6	9,5	85,5
1990 ²⁾	575	3,1	2,4	1,4	3,1	–	9,1	40,4	40,5

1) Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

2) Juli bis Dezember; ab 1991 siehe unter Bündnis 90

Demokratische Linke		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
1968	391	4,3	–	–	1,0	58,1	36,6	–	–	–

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Deutsche Friedens-Union (DFU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Erstattungsbeträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahlgesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1969	3 874	3,6	0,1	0,1	–	95,7	–	–	–	0,5
1970	2 038	6,3	0,1	1,2	0,2	66,2	–	–	–	25,9
1971	1 775	6,5	0,2	0,2	0,4	91,6	–	–	–	1,1
1972	2 190	6,0	0,1	0,1	0,4	92,8	–	–	–	0,5
1973	2 174	6,2	–	0,3	0,4	92,5	–	–	–	0,7
1974	2 391	7,4	–	0,4	0,8	90,7	–	–	–	0,8
1975	2 213	9,0	–	0,4	1,0	88,4	–	–	–	1,1
1976	2 307	9,2	–	0,3	1,2	87,3	–	–	–	1,9
1977	2 511	9,8	–	0,2	2,8	85,8	–	–	–	1,4
1978	2 641	10,9	–	0,3	2,5	85,2	–	–	–	1,2
1979	2 511	14,5	–	0,1	2,8	81,6	–	–	–	0,1
1980	2 813	13,2	–	0,1	2,5	82,4	–	–	–	1,9
1981	3 012	13,4	–	0,1	2,9	81,9	–	–	–	1,6
1982	2 645	15,9	–	0,1	2,0	81,5	–	–	–	0,5
1983	3 185	14,1	–	0,2	1,9	81,0	–	–	–	2,9

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Erstattungsbeträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahlgesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1969	2 485	16,8	–	–	4,1	76,3	0,2	–	–	2,6
1970	6 062	14,5	0,1	–	3,7	77,1	–	2,7	–	2,0
1971	6 789	15,6	0,1	0,1	5,3	75,2	0,1	0,8	–	2,9
1972	8 509	16,5	0,2	0,3	6,9	69,7	3,9	0,3	–	1,6
1973	9 304	18,4	0,8	0,7	7,7	69,1	–	0,5	–	2,8
1974	11 432	18,0	0,9	0,4	14,7	62,2	–	1,3	–	2,5
1975	12 249	19,4	1,3	0,2	30,0	43,5	–	0,6	–	5,0
1976	12 638	21,6	1,9	0,1	19,4	50,5	2,4	0,1	–	4,1

Deutsche Solidarität – Union f. Umwelt- u. Lebens- schutz (ÖKO-UNION)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1987	36	32,9	–	–	67,1	–	–	–	–
1988	51	43,3	–	0,2	56,5	–	–	–	–
1991	49	31,2	–	–	68,8	–	–	–	–
1992	14	91,4	–	–	8,6	–	–	–	–

Deutsche Soziale Union (DSU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1990 ¹⁾	7 900 ¹⁾	0,9	0,1	0,9	0,8	17,3	48,6	31,0	0,4
1990 ²⁾	6 415	0,9	0,2	0,5	0,3	–	76,3	21,8	0,0
1991	802	18,0	25,2	6,4	2,9	–	–	46,2	1,4
1992	804	19,7	30,2	3,5	8,2	–	–	33,6	4,9

¹⁾ Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

²⁾ Juli bis Dezember

Deutsche Union		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1972	203	3,9	–	–	–	67,5	10,8	–	–	17,7
1973	189	–	6,9	–	1,6	88,9	2,1	–	–	0,5

Deutsche Volkunion – Liste D (DVU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1987	1 034	20,5	–	–	70,9	–	8,7	–	–
1988	1 328	8,6	–	–	90,1	–	–	–	1,4
1989	8 391	13,3	–	–	42,2	–	43,9	–	0,6
1990	2 412	27,9	–	–	42,7	–	23,5	3,3	2,6
1991	2 840	10,3	–	–	56,6	–	25,6	6,0	1,5
1992	7 207	4,8	–	0,4	56,9	–	20,8	16,7	0,4
1993	5 125	2,5	–	0,4	46,5	–	17,7	32,7	0,2
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	4 104	21,8	42,8	0,2	0,0	0,6	34,3	0,2	0,3
1995	5 523	10,4	49,8	–	0,1	0,5	16,9	21,9	0,4

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht).

Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei (EFP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1968	34	61,8	–	–	2,9	32,4	–	–	–	2,9
1969	130	39,2	–	–	3,1	50,0	7,7	–	–	–
1970	127	49,6	–	–	5,5	39,4	4,7	–	–	0,8
1974	84	44,0	1,2	1,2	1,2	45,2	4,8	–	–	2,4
1976	133	25,6	0,8	–	0,8	60,9	12,0	–	–	–
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	42	24,3	0,1	–	62,7	–	–	12,1	0,8	
1985	54	23,2	0,3	0,1	69,1	–	–	7,1	0,2	
1986	77	21,6	0,0	3,2	66,4	–	–	8,5	0,3	
1987	90	20,6	0,1	0,1	74,0	–	–	4,1	1,2	
1988	84	29,7	0,2	–	63,8	–	–	6,3	0,1	
Frauenpartei		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1979	4	25,0	–	–	–	50,0	–	–	–	25,0
1980	9	60,0	–	–	–	40,0	–	–	–	–
1981	12	41,7	–	0,4	0,4	57,0	–	–	–	0,4
1982	15	53,7	–	–	3,0	42,3	–	–	–	0,7

		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
1985	35	39,8	–	4,0	45,4	–	–	9,6	1,2
1986	74	23,4	–	11,9	59,7	–	–	4,8	0,3
1987	79	28,3	0,0	3,7	61,2	–	–	5,5	1,4
1988	94	18,3	0,0	0,6	69,4	–	–	11,8	0,0
1989	66	22,4	–	0,3	69,8	–	–	7,6	–
1990	55	21,7	–	0,6	65,5	–	–	12,3	–
1991	38	31,6	–	0,9	55,8	–	–	11,8	–
Freie Bürger Union (FBU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
1993	26	20,7	0,1	–	79,3	–	–	–	–

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzstests und Wirkungsanalysen von Gesetzen

Freie Demokratische Partei (FDP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1968	10 033	12,0	6,6	1,4	0,6	21,0	4,3	45,7	–	8,4
1969	16 147	8,4	4,0	1,2	1,2	26,7	43,6	4,0	–	10,8
1970	12 031	11,7	5,5	1,7	1,4	33,7	13,5	16,1	–	16,4
1971	10 034	14,3	7,0	1,7	2,0	29,7	6,4	23,9	–	15,0
1972	24 378	8,1	4,2	0,8	3,2	36,3	5,2	34,3	–	7,9
1973	13 758	16,3	8,5	1,9	3,0	45,8	1,5	14,0	–	9,0
1974	18 952	14,8	7,1	1,9	3,2	28,9	7,0	27,2	–	9,9
1975	22 752	13,8	6,3	1,3	1,7	37,7	0,2	32,5	–	6,6
1976	28 479	13,2	6,9	0,8	0,6	50,2	0,7	21,2	–	6,7
1977	17 072	22,9	10,3	1,1	0,9	40,1	0,5	15,6	–	8,5
1978	20 776	20,5	7,8	1,0	1,0	31,6	6,3	17,7	–	14,1
1979	34 505	12,4	5,5	0,8	2,4	18,2	1,0	22,4	26,1	11,2
1980	35 256	13,8	5,8	2,0	3,0	31,5	0,7	33,0	–	10,2
1981	24 331	21,5	9,1	1,7	0,7	43,3	3,4	13,8	–	6,5
1982	22 749	24,2	10,8	1,9	0,8	19,0	9,3	20,7	7,9	5,3
1983	49 854	11,1	4,0	0,8	0,4	27,0	18,3	24,6	10,3	3,6
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	29 922	26,5	1,3	1,2	29,1	–	33,6	4,4	3,8	
1985	30 751	28,4	1,0	0,6	31,9	5,4	29,4	1,5	1,8	
1986	34 073	24,2	1,0	0,7	41,5	3,1	24,4	2,9	2,3	
1987	45 570	19,1	0,6	0,6	28,6	9,5	38,3	1,8	1,6	
1988	34 163	25,0	1,1	1,0	33,8	7,9	25,4	3,0	2,8	
1989	45 162	20,4	0,6	0,5	33,2	6,1	31,9	5,3	1,9	
1990	88 564 ¹⁾	12,7	1,5	0,3	26,0	1,6	50,4	5,4	2,0	
1991	55 256	22,8	8,5	0,3	23,8	7,3	28,8	5,5	3,0	

1992	49 597	26,7	4,0	0,7	24,9	6,8	27,9	4,6	4,5
1993	51 435	25,5	5,0	0,7	28,8	6,5	26,5	3,7	3,3
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	70 290	18,0	17,8	5,8	2,7	1,0	34,3	3,0	17,4
1995	50 294	22,5	16,7	5,0	5,9	0,8	26,7	13,8	8,7

1) In den Gesamteinnahmen der FDP sind ab dem 12. August 1990 auch die Einnahmen der neuen östlichen Landesverbände enthalten. An diesem Tage sind die DDR-Parteien Bund Freier Demokraten (BFD), Freie Demokratische Partei in der DDR (FDP-Ost) und Deutsche Forum Partei (DFP) der FDP der Bundesrepublik Deutschland beigetreten.

Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU)		<i>siehe Seite 346</i>							
Die Friedensliste		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
1987	810	3,7	0,2	7,0	36,3	–	52,8	–	0,1
1988	114	20,4	2,9	37,0	37,5	–	–	–	2,2
Die Friedensliste Nordrhein-Westfalen		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
1984	30	–	–	–	0,1	–	–	–	99,9
1985	1 199	9,0	0,0	0,6	1,3	–	36,8	–	54,4
1986	103	22,4	0,0	0,4	30,0	–	35,1	–	12,1
1987	138	0,5	0,0	2,5	32,6	–	64,1	–	0,4
1988	172	8,6	0,0	–	55,3	–	36,1	–	–

Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1969	129	50,4	–	–	–	49,6	–	–	–	–
1970	106	50,0	–	–	–	49,1	–	–	–	0,9
1971	112	57,1	–	0,9	–	41,1	–	–	–	0,9
1972	151	40,4	–	1,3	1,3	57,0	–	–	–	–
1973	130	44,6	–	0,8	1,5	53,1	–	–	–	–
1974	161	39,8	–	2,5	–	57,8	–	–	–	–
1975	169	41,4	–	2,4	0,6	55,0	–	–	–	0,6
1976	180	40,6	–	3,9	3,3	50,0	0,6	–	–	1,7
1977	176	35,8	–	4,5	–	59,7	–	–	–	–
1978	164	39,6	–	6,7	0,6	53,0	–	–	–	–
1979	201	39,3	–	2,0	–	58,7	–	–	–	–
1980	156	43,2	–	3,8	0,1	52,8	–	–	–	–
1981	198	38,8	–	3,3	0,2	57,8	–	–	–	–
1982	208	35,9	–	8,9	0,4	54,9	–	–	–	–
1983	178	36,7	–	7,3	–	56,0	–	–	–	–
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	278	23,1	6,1	13,2	57,1	–	–	–	0,5	
1985	197	30,1	9,0	17,1	43,1	–	–	–	0,8	
1986	255	24,8	6,7	13,1	55,1	–	–	–	0,3	
1987	200	25,9	8,4	18,6	45,5	–	–	–	1,6	
1988	195	24,6	7,8	15,3	47,6	–	–	–	4,7	
1989	221	21,2	5,7	16,4	54,2	–	–	1,5	1,0	

Die Grauen		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1989	197	16,9	–	–	67,5	–	–	–	15,6	
1990	2 855	3,0	0,0	0,0	7,0	–	88,4	1,6	–	
1991	3 137	3,3	0,1	0,0	78,0	6,5	1,4	10,8	0,0	
1992	2 673	4,5	5,7	–	63,0	7,6	18,9	0,4	–	
1993	2 508	5,7	3,7	–	45,3	–	44,2	1,1	–	
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen	
1994	2 534	7,5	28,7	–	1,3	0,5	35,4	–	26,7	
1995	2 467	7,7	30,5	–	0,1	1,1	51,7	–	8,8	
Grüne Liste Schleswig-Holstein		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Erstattungsbeträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahlgesetzes	Sonstige Einnahmen
1979	294	1,7	–	–	0,3	3,4	13,9	76,9	–	3,7

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkosten-erstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Grüne Liste Umweltschutz (GLU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1978	460	12,6	0,2	–	6,1	16,5	58,9	–	–	5,7
1979	830	4,7	–	0,8	1,7	3,7	2,9	86,1	–	–
Die Grünen (GRÜNE)³⁾		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1979	4 931	0,5	–	1,1	–	0,3	–	98,2	–	–
1980	6 925	8,4	–	1,7	7,1	7,4	3,4	68,7	–	3,3
1981	2 800	32,0	4,5	10,2	11,7	20,5	1,5	12,4	–	7,2
1982	7 477	14,8	6,1	2,6	5,6	10,8	6,4	49,7	–	4,1
1983	19 758	9,5	0,8	1,6	4,1	11,3	1,7	59,7	9,8	1,4
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	43 322	8,4	1,7	0,6	12,8	–	55,8	19,5	1,1	
1985	34 504	11,5	2,8	0,4	25,1	8,7	26,4	22,2	3,1	
1986	37 962	11,8	4,0	0,8	28,7	4,6	27,7	20,0	2,5	
1987	64 660 ¹⁾	8,5	2,0	0,2	18,4	9,1	29,1	31,7	1,1	
1988	39 436	13,0	4,2	0,4	31,8	–	24,5	27,1	1,1	
1989	61 309	9,2	3,1	0,3	19,9	8,4	26,3	31,9	1,0	
1990	59 693 ²⁾	17,4	3,6	0,2	17,6	–	33,3	26,2	1,8	
1991	51 501	23,3	4,3	0,4	14,9	–	16,0	36,9	4,1	
1992	47 099	27,6	6,6	0,4	14,4	2,1	30,5	16,5	2,0	

1) Korrigierte Fassung gemäß Drucksache 11/5993

2) Ohne die Einnahmen der Gliederungen in den neuen Bundesländern, für die für 1990 getrennte Rechenschaftsberichte (aufgeteilt in erstes und zweites Halbjahr) vorgelegt wurden.

3) ab 1993: Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1990 ¹⁾	2 153 ¹⁾	0,0	0,1	–	0,0	–	7,80	17,7	74,4
1990 ²⁾	234	0,1	0,5	–	0,3	–	–	30,8	68,3

1) Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

2) Juli bis Dezember; ab 1991 siehe unter Bündnis 90

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [I]¹⁾		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Erstattungsbeträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahlgesetzes
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1974	541	39,9	–	–	9,1	50,6	–	–	0,4
1975	1 062	41,2	–	–	0,8	51,8	–	–	6,2
1976	1 595	42,0	–	–	0,9	55,2	–	–	1,9

1) Maoisten; gegründet 1970

Hinweis

Zum Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02) enthält das vorliegende *Datenhandbuch* Angaben u. a. zu folgenden Bereichen:

- Abschnitt 20.1 eine Gegenüberstellung der Ausgaben des Bundestages mit den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts,
- Abschnitt 20.3 eine Tabelle über die Entwicklung der Diäten,
- Abschnitt 20.4 Hinweise zu den mandatsbedingten Ausgaben der Abgeordneten (auch zu Abgaben an die verschiedenen Gliederungen der Parteien),
- Abschnitt 20.7 eine Aufstellung über die Zuschüsse des Bundestages an die Fraktionen.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [III]¹⁾		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1990 ²⁾	95 ²⁾	–	0,1	5,6	45,0	–	–	–	49,3
1990 ³⁾	15	13,0	3,5	43,5	5,4	13,5	21,2	–	–
1991	50	18,1	2,3	7,5	8,6	–	39,1	20,0	4,5
1992	17	40,3	0,1	28,9	30,6	–	–	–	–

1) gegründet 1990 in den neuen Bundesländern

2) Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

3) Juli bis Dezember

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Erstattungsbeträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahlgesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1973	211	55,0	–	–	–	41,7	–	–	–	3,3
1974	733	34,5	–	–	–	61,0	–	–	–	4,5
1975	762	50,4	–	–	–	42,5	–	–	–	7,1
1976	827	55,6	–	–	–	43,0	–	–	–	1,3
1977	935	60,4	–	–	–	36,5	0,3	–	–	2,8
1978	1 387	48,2	–	–	1,8	49,0	–	–	–	1,1

Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1993	15	53,7	–	1,5	41,7	–	–	3,1	–

		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	29								
1995	42	42,6	54,3	–	0,0	–	–	1,4	1,8
		40,7	49,2	–	0,1	3,8	–	6,3	–
Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:									
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
1986	124	29,2	1,9	–	68,8	–	–	–	–
1987	162	20,8	1,0	–	78,2	–	–	–	–

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1968	3 861	16,4	5,6	1,3	–	24,2	9,1	42,7	–	0,6
1969	7 258	9,4	4,1	0,3	–	19,5	4,8	61,7	–	0,3
1970	3 425	16,4	12,1	0,7	–	27,1	8,0	35,8	–	0,1
1971	2 401	19,7	8,0	1,4	0,6	22,4	0,2	47,1	–	0,5
1972	3 036	17,1	2,8	1,1	0,4	26,7	0,6	50,9	–	0,5
1973	1 544	35,3	1,2	8,7	0,5	26,9	0,3	26,4	–	0,8
1974	1 896	29,7	0,6	5,6	1,2	41,0	0,4	18,3	–	3,1
1975	1 202	45,3	0,1	3,2	1,7	43,6	1,7	3,0	–	1,3
1976	1 251	39,6	0,1	1,5	0,9	53,4	2,6	–	–	2,0
1977	1 154	57,5	0,1	1,0	0,6	39,2	0,6	0,2	–	0,8
1978	1 434	47,0	–	0,7	0,6	45,3	0,7	0,5	–	5,2
1979	1 194	51,3	0,2	1,0	2,9	40,4	0,6	–	–	3,6
1980	1 502	38,6	0,1	0,8	0,8	55,4	0,8	–	–	3,4
1981	1 297	42,3	0,0	1,6	0,8	50,9	0,9	–	–	3,5
1982	1 478	39,0	0,0	0,9	2,0	52,5	1,2	–	–	4,5
1983	1 505	36,3	0,1	0,5	0,8	57,9	0,5	–	–	3,8
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	3 736	14,7	0,5	0,3	26,9	–	48,4	3,2	6,0	
1985	2 051	26,4	2,2	0,5	45,9	–	–	5,3	19,7	
1986	3 224	17,4	1,0	0,2	39,1	–	16,8	3,7	21,8	
1987	4 338	13,9	1,4	0,0	28,5	–	31,5	13,8	10,8	
1988	3 728	16,9	1,6	0,2	35,4	3,9	34,1	6,1	1,7	
1989	2 743	21,9	1,1	0,9	50,8	4,2	10,9	2,6	7,6	
1990	3 259	16,6	1,0	0,1	36,8	2,5	8,4	2,1	32,6	
1991	2 196	25,8	0,6	0,3	52,6	–	–	20,1	0,7	

1992	1 950	30,9	0,7	4,8	58,9	–	–	4,8	–
1993	1 984	29,3	0,5	2,6	64,8	–	–	2,9	–
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	2 240	28,8	61,6	–	0,4	2,0	–	4,7	2,2
1995	1 857	30,8	59,2	0,0	0,3	5,1	–	2,2	2,4
Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:									
Neues Forum (FORUM)		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1990 ¹⁾	15 413 ¹⁾	1,0	0,1	1,0	5,6	59,7	9,4	22,0	1,3
1990 ²⁾	4 341	3,5	0,2	1,3	6,1	12,0	7,3	64,0	5,6
1991	3 455	6,7	5,3	2,2	4,1	–	64,8	10,1	6,8
1992	1 070	14,1	24,8	2,2	9,9	–	0,0	33,6	15,3
1993	1 174	11,8	13,5	1,4	6,7	–	7,3	49,9	9,4
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	2 614	4,4	3,0	0,0	2,3	1,0	44,6	4,8	40,0
1995	725	10,4	9,5	0,5	9,8	12,7	18,9	0,4	37,8

¹⁾ Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

²⁾ Juli bis Dezember

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1983	226	24,3	–	0,3	0,5	64,4	8,4	0,7	–	1,4
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	431	18,8	0,2	0,8	60,1	–	–	2,0	18,1	
1985	259	28,5	0,0	1,5	66,9	–	–	0,2	2,9	
1986	569	18,1	0,5	1,5	77,1	–	–	0,2	2,7	
1987	781	20,5	0,0	2,3	70,3	–	–	0,5	6,4	
1988	1 813	8,2	0,2	0,7	38,2	–	27,5	19,1	5,9	
1989	3 097	6,7	0,4	0,3	23,5	–	49,0	19,8	0,4	
1990	3 415	5,2	2,1	0,4	33,5	–	31,6	26,9	0,3	
1991	4 123	5,0	2,7	0,4	18,1	3,1	53,9	16,1	0,7	
1992	2 933	6,8	5,4	1,4	33,6	4,2	36,6	11,3	0,7	
1993	3 034	7,0	8,3	1,5	35,6	–	38,4	7,7	1,6	
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen	
1994	7 001	5,0	37,5	0,2	2,3	1,4	18,9	0,6	34,2	
1995	4 278	11,6	47,6	–	0,6	0,7	33,8	0,6	5,2	

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Partei Bibeltreuer Christen (PBC)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1991	170	44,1	–	–	47,5	–	–	8,5	0,0
1992	245	31,7	–	–	63,8	–	–	1,9	2,6
1993	276	40,6	–	–	55,4	–	–	1,8	2,3
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	689	25,9	71,9	–	–	–	–	0,3	1,8
1995	415	32,0	65,7	–	–	–	–	0,9	1,4

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung.

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf-kosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1990	168 843 ¹⁾	4,7	10,4	0,9	0,2	6,8	9,7	56,8	10,5
1991	112 168	13,0	24,2	0,8	1,7	–	3,1	45,9	11,2
1992	36 689	38,2	2,6	4,2	10,2	2,0	1,3	38,6	2,9
1993	40 201	36,7	1,4	3,8	10,4	1,8	12,4	32,0	1,4
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	48 840								
1995	56 536	29,9	12,9	0,2	0,8	2,6	22,7	1,2	29,8
		28,7	8,8	0,1	4,3	1,9	26,2	2,3	27,8

¹⁾ Einnahmen nur für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990. Die PDS hat ihren Rechenschaftsbericht für 1990 unterteilt: Für das erste Halbjahr 1990 entspricht er den Grundsätzen des Parteiengesetzes der ehemaligen DDR; für das zweite Halbjahr wurde er – was Gliederung und Ausweis betrifft – an die Bestimmungen des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland angelehnt, doch war wegen der noch nicht vollzogenen Umstrukturierung der Partei eine vollständige Rechenschaftslegung nicht möglich.

Patrioten für Deutschland (PATRIOTEN) ¹⁾		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancenausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf-kosten-erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1986	2 716	10,9	–	0,2	45,2	–	–	43,8	–
1987	3 679	11,7	–	0,1	34,1	–	–	54,0	0,1
1988	3 592	11,1	–	0,1	40,3	–	–	48,4	–
1989	2 278	12,7	–	0,4	59,0	–	–	27,2	0,8
1990	2 551	10,8	–	0,2	57,3	–	–	31,1	0,7
1991	1 827	10,5	–	0,2	60,7	–	–	27,8	0,8

¹⁾ ab 1992 siehe unter Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Die Republikaner (REP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1984	139	52,9	0,1	7,9	25,2	–	–	12,2	1,7
1985	251	15,6	0,1	0,7	75,9	–	–	–	7,6
1986	1 864	5,3	0,0	0,1	25,7	68,6	–	0,1	0,1
1987	1 136	13,6	0,7	0,6	21,2	–	22,5	40,8	0,7
1988	1 378	22,0	0,0	0,8	45,8	–	18,6	12,6	0,3
1989	20 000	6,3	0,8	0,3	4,4	–	86,8	1,1	0,4
1990	12 764	10,7	3,8	0,2	14,0	–	48,0	23,3	0,1
1991	19 559	5,5	1,0	0,0	9,3	5,2	35,4	6,0	37,8
1992	16 332	7,4	2,3	0,3	16,1	6,2	57,6	9,5	0,4
1993	13 835	10,9	3,5	0,9	25,8	4,7	47,2	6,6	0,5
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	16 142	9,1	25,6	0,0	2,3	1,4	37,6	0,6	23,5
1995	5 763	17,6	60,9	0,1	2,7	2,8	9,9	1,9	4,2

Hinweise

In den Rechenschaftsberichten der Parteien sind deren Einnahmen und Ausgaben stets in D-Mark und Pfennig angegeben. Zur besseren Vergleichbarkeit, welche Bedeutung die einzelnen Einnahme- und Ausgabearten für die verschiedenen Parteien haben, wurden die Beträge in dieser Zusammenstellung **in Prozent** umgerechnet.

Mit Hilfe der in der linken Spalte für jedes Jahr aufgeführten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben (in 1 000 DM) läßt sich zumindest die ungefähre Höhe der Einzelbeträge zurückrechnen; ansonsten wird auf die im Bundesanzeiger bzw. als Bundestags-Drucksache veröffentlichten Rechenschaftsberichte verwiesen (Fundstellen-Verzeichnis siehe S. 326).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1968	48 026	39,4	8,8	2,5	1,1	5,2	0,1	41,0	–	2,8
1969	65 118	31,7	8,5	3,7	1,2	17,9	0,2	34,3	–	2,5
1970	59 945	38,5	10,8	7,9	1,1	10,6	2,6	26,2	–	2,6
1971	58 032	43,5	9,6	5,7	1,2	8,7	2,8	27,0	–	1,6
1972	113 977	27,7	6,8	3,9	0,7	19,6	0,8	39,8	–	1,2
1973	76 774	57,7	10,5	4,6	1,2	7,6	0,1	16,3	–	2,1
1974	95 740	46,1	9,1	4,1	1,0	7,7	0,1	30,0	–	1,7
1975	130 050	35,6	6,9	3,3	0,7	10,2	8,6	31,0	–	3,6
1976	138 617	40,0	7,8	1,2	0,9	14,1	10,9	22,2	–	2,7
1977	106 231	53,1	11,1	1,1	0,3	5,8	12,3	13,3	–	3,0
1978	127 194	45,6	10,0	1,0	–	6,8	13,1	21,4	–	2,1
1979	198 870	33,6	7,4	0,8	–	3,9	0,8	20,8	31,0	1,8
1980	207 122	34,0	7,7	1,3	0,2	6,2	24,6	23,9	–	2,2
1981	122 905	56,7	12,7	3,0	0,5	6,7	2,4	14,5	–	3,5
1982	149 908	45,7	10,4	2,3	1,4	10,9	4,5	14,4	8,2	2,2
1983	233 466	30,4	7,0	1,2	1,0	5,0	0,0	36,4	17,3	1,7
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	209 651	46,8	2,1	1,5	7,7	–	33,9	5,5	2,5	
1985	206 263	49,1	3,5	1,3	7,4	–	29,6	6,1	3,1	
1986	219 066	49,7	2,6	1,5	9,8	–	25,2	9,1	2,0	
1987	225 088	49,1	1,8	1,2	9,3	0,9	31,0	4,9	1,7	
1988	205 065	55,6	1,9	1,0	9,3	–	25,9	4,5	1,8	
1989	258 008	47,0	2,1	1,4	9,9	3,5	28,1	6,5	1,4	
1990	343 705 ¹⁾	37,6	2,0	1,1	10,6	2,7	37,3	7,5	1,3	
1991	358 454	42,3	2,1	1,1	6,5	2,8	18,0	5,3	21,9	

1992	282 145	54,1	5,3	0,9	7,6	3,6	20,3	7,1	1,2
1993	298 166	51,5	5,2	1,0	8,9	6,7	19,9	5,8	1,0
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	398 065	38,3	7,0	1,7	3,7	1,4	33,5	3,2	11,2
1995	307 199	50,9	6,6	1,5	2,4	1,1	29,4	0,9	7,2

1) Ohne die Einnahmen der Gliederungen in den neuen Bundesländern, für die für 1990 getrennte Rechenschaftsberichte (aufgeteilt in erstes und zweites Halbjahr) vorgelegt wurden.

STATT Partei		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –								
1993	550	4,8	0,1	0,4	30,8	–	63,9	–	–
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	1 027	23,4	51,6	2,0	0,8	0,5	9,0	1,8	11,0
1995	960	19,6	23,6	–	0,3	0,9	41,2	3,4	10,8

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Südschleswiger Wählerverband (SSW)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
		Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –									
1968	178	6,2	23,6	0,6	–	66,3	–	2,8	–	0,6
1969	196	7,1	21,4	2,6	–	64,8	–	3,6	–	0,5
1970	252	7,1	17,9	1,6	–	65,9	–	6,7	–	0,8
1971	318	6,0	23,0	1,9	–	56,3	–	11,0	–	1,9
1972	303	7,6	20,1	3,0	–	67,0	–	2,0	–	0,3
1973	336	7,1	16,4	3,0	–	69,0	–	3,0	–	1,5
1974	390	6,4	17,7	3,3	0,3	65,4	–	5,6	–	1,3
1975	501	6,0	32,5	3,4	0,4	51,7	–	5,2	–	0,8
1976	378	9,8	14,3	6,3	0,2	66,7	–	1,9	–	0,8
1977	377	9,0	11,1	5,6	1,1	68,2	–	2,4	–	2,7
1978	500	7,2	26,0	2,4	0,6	52,0	–	4,4	–	7,4
1979	610	6,7	28,9	3,4	0,5	47,9	–	9,2	–	3,4
1980	520	10,5	19,6	6,4	0,1	60,0	–	1,8	–	1,6
1981	535	8,9	20,7	6,6	–	57,0	–	2,7	–	4,2
1982	583	8,9	21,8	6,2	0,2	54,7	–	5,7	–	2,6
1983	635	8,6	27,2	4,5	0,4	52,8	–	5,3	–	1,3
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Einnahmen aus Spenden	Einnahmen aus dem Chancen- ausgleich	Einnahmen aus der Wahlkampf- kosten- erstattung	Zuschüsse von Gliederungen	Sonstige Einnahmen	
1984	589	42,4	7,2	0,7	0,8	–	2,1	1,3	45,4	
1985	609	25,2	7,9	0,2	1,4	–	3,2	16,4	45,9	
1986	481	22,2	7,2	0,6	2,5	–	6,7	2,8	58,0	
1987	612	10,0	3,8	2,9	6,4	–	14,9	17,1	45,0	
1988	704	8,6	2,3	0,7	4,3	–	25,4	14,3	44,4	
1989	479	13,1	3,4	0,3	3,0	–	7,5	5,6	67,2	
1990	545	11,9	2,5	1,2	2,1	–	6,6	15,2	60,6	
1991	645	8,7	2,3	0,6	37,5	–	5,5	0,7	44,7	

1992	847	12,3	3,2	0,6	28,9	–	11,1	9,7	34,3	
1993	621	17,3	2,5	0,7	36,7	–	6,5	2,7	33,7	
		Mitglieds- beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen	
1994	842	12,2	5,1	57,9	2,6	1,2	12,2	0,2	8,7	
1995	725	14,2	5,2	56,1	5,0	0,4	3,7	12,8	2,6	
Unabhängige Arbeiter- Partei e. V. (UAP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:								
Jahr	Gesamteinnahmen – in 1000 DM –	Mitglieds- beiträge	Beiträge der Fraktions- mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Ein- nahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent- lichungen u. a.	Spenden	Kredite	Erstattungs- beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteien- gesetzes	Erstattungs- beträge nach dem Dritten Abschnitt des Europawahl- gesetzes	Sonstige Einnahmen
1968	7	28,6	–	–	–	71,4	–	–	–	–

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Auszüge aus den Rechenschaftsberichten 1984–1995: Ausgaben

– alphabetisch nach Parteien –

Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1985	12	–	77,9	4,4	4,2	8,5	–	5,0
Autofahrer- und Bürgerinteressenpartei Deutschlands (APD)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1991	327	–	33,8	36,3	29,9	–	–	–
1992	803	0,2	37,5	34,8	27,1	0,4	–	–
1993	2 482	0,3	24,6	42,8	32,3	–	0,0	0,0
Bayernpartei (BP)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1991	62	7,8	30,7	30,9	1,4	12,2	3,2	14,0
1992	90	9,6	47,4	19,4	4,6	15,2	1,7	2,1
1993	109	6,2	28,2	48,8	5,7	9,2	1,8	0,3
1994	231	3,0	7,7	40,9	42,1	5,1	1,1	0,2
1995	237	2,6	22,9	52,5	4,1	16,7	1,5	0,0

Bündnis 90		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1991 ¹⁾	273	48,9	12,1	9,9	29,1	–	0,1	0,0
1992	3 264	27,5	12,0	6,0	12,5	38,7	0,1	3,2
1993 ²⁾	2 718	13,9	8,8	7,6	3,9	1,1	0,1	64,7

¹⁾ einschließlich Rechenschaftsberichte von Demokratie Jetzt sowie Initiative Frieden und Menschenrechte, aus denen Bündnis 90 im September 1991 hervorgegangen ist.

²⁾ bis Juni; anschließend siehe Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)¹⁾		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1993	45 894	25,8	20,8	13,7	24,4	12,8	0,4	2,1
1994	90 450	15,6	10,6	12,8	31,9	27,3	0,3	1,4
1995	63 104	21,2	14,3	20,3	11,9	29,2	0,3	2,9

¹⁾ Fusion aus Bündnis 90 und Die Grünen

Hinweis

Mit Inkrafttreten des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 28. Januar 1994 sind in den Rechenschaftsberichten ab 1994 zwei Ausgabensparten klarer definiert worden:

- Anstelle der „Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information“ heißt es nun „Ausgaben für allgemeine politische Arbeit“,
- anstelle der „Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlen“ treten die „Ausgaben für Wahlen“.

Aus technischen Gründen wurden im **Datenhandbuch** die Tabellenköpfe ab 1994 nicht ausgewechselt; die neu definierten Ausgaben sind unter der alten Bezeichnung ausgewiesen.

Bürgerrechtsbewegung Solidarität¹⁾		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1993	2 077	19,7	11,8	–	37,5	30,9	0,0	0,1
1994	2 172	25,4	14,9	36,2	23,4	–	0,1	0,4
1995	2 351	20,6	10,1	28,8	4,9	35,4	0,1	0,3

1) zuvor siehe unter Patrioten für Deutschland

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1989	195	–	28,5	8,7	62,8	–	0,0	–
1990	244	–	15,8	8,4	75,8	–	–	0,0
1991	282	–	22,7	5,2	72,2	–	–	0,0
1992	256	–	25,2	1,7	67,3	–	–	5,8
1993	249	8,3	20,9	3,1	66,9	–	–	0,7
1994	328	6,7	7,1	78,3	7,4	–	–	0,4
1995	274	8,4	5,2	86,4	–	–	–	–

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1984	221 205	24,9	16,6	5,8	39,0	11,3	0,4	1,9
1985	188 530	31,4	21,2	7,6	34,2	2,9	0,4	2,4
1986	228 710	27,2	18,7	6,4	40,9	3,6	0,7	2,9
1987	213 332	29,4	18,6	8,8	36,8	2,6	1,6	2,0
1988	177 840	35,2	23,6	9,1	22,4	4,0	2,3	3,5
1989	235 092	26,5	17,9	7,4	39,3	3,5	2,4	3,1

1990	291 531 ¹⁾	21,8	15,5	6,8	46,3	2,7	2,7	4,3
1991	216 688	33,7	23,0	10,7	23,5	2,9	2,8	3,4
1992	204 685	35,4	23,4	11,2	21,0	3,2	2,2	3,7
1993	198 769	36,5	25,0	10,5	19,3	3,0	1,8	4,0
1994	313 320	23,5	15,8	11,7	43,0	3,1	0,5	2,4
1995	214 683	34,2	23,7	20,2	14,2	3,6	0,8	3,3

¹⁾ In den Gesamtausgaben der CDU sind die Ausgaben der CDU-West für das gesamte Jahr 1990 sowie der CDU-Ost für den Zeitraum vom Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990 bis zum Ende 1990 zusammengefaßt.

Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1984	53 499	18,0	12,2	2,4	59,5	1,6	0,9	5,4
1985	38 154	28,3	17,5	4,1	39,1	1,5	0,8	8,6
1986	59 879	18,9	13,3	2,8	58,1	1,7	0,6	4,7
1987	48 783	21,4	16,7	3,7	50,3	2,6	0,6	4,8
1988	40 441	27,6	22,1	4,1	37,5	2,0	0,7	6,1
1989	54 355	22,4	17,2	3,3	50,8	1,0	0,8	4,5
1990	104 963	12,6	9,7	1,6	71,1	1,3	0,7	3,1
1991	48 431	26,9	19,2	4,3	38,9	1,7	1,9	7,2
1992	45 055	29,8	20,5	5,2	37,7	1,4	1,7	3,7
1993	52 100	26,3	19,1	4,0	43,0	2,1	1,3	4,3
1994	86 671	16,9	11,5	20,7	46,0	1,4	0,9	2,7
1995	53 292	26,1	19,4	40,2	7,7	2,0	2,4	2,4

Demokratie Jetzt		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1990 ¹⁾	948 ¹⁾	11,3	10,8	2,0	32,3	35,8	0,0	7,8
1990 ²⁾	817	21,4	12,1	2,7	26,4	28,4	0,0	9,0

¹⁾ Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

²⁾ Juli bis Dezember; ab 1991 siehe unter Bündnis 90

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1984	17 444	39,3	30,1	4,1	18,0	7,3	0,0	1,2
1985	20 323	34,8	29,7	3,7	16,7	11,5	0,0	3,6
1986	22 266	33,0	29,3	6,2	20,7	10,4	0,0	0,5
1987	21 850	28,7	23,5	4,6	32,8	10,4	0,0	0,0
1988	21 936	31,7	27,1	3,3	28,0	9,4	0,0	0,6
1989	21 481	31,4	25,6	4,6	29,3	9,0	0,1	0,0
1990	5 840	8,7	48,7	6,3	21,5	12,4	0,0	2,4
1991	3 258	12,5	43,9	5,9	21,6	14,2	0,0	1,9
1992	2 873	15,7	44,0	5,2	18,1	16,6	0,0	0,4
1993	3 767	10,6	37,9	4,8	24,5	15,6	0,3	6,3
1994	3 445	11,4	45,5	22,9	2,8	17,3	0,1	1,0
1995	3 013	11,3	32,5	33,3	1,6	21,3	0,0	–

Deutsche Solidarität – Union f. Umwelt- u. Lebens- schutz (ÖKO-UNION)		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1987	28	–	64,7	–	13,1	–	22,2	–
1988	24	–	88,8	–	0,8	–	10,4	–
1991	39	–	37,4	–	29,4	–	29,8	3,5
1992	25	–	8,9	–	47,7	–	43,4	–

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Deutsche Soziale Union (DSU)		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1990 ¹⁾	3 412 ¹⁾	3,0	4,3	1,0	19,0	72,7	0,0	0,0
1990 ²⁾	5 437	10,3	12,7	0,5	50,8	25,7	0,0	0,1
1991	2 583	21,1	34,3	1,7	28,2	14,4	0,1	0,3
1992	1 724	23,5	41,3	4,0	8,8	15,7	6,7	0,1

1) Januar bis Juli; Angaben in Mark der DDR

2) Juli bis Dezember

Deutsche Volkunion – Liste D (DVU)		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1987	2 434	1,3	3,1	–	94,8	–	0,7	0,0
1988	3 446	2,7	10,1	–	85,4	–	1,6	0,3
1989	16 392	3,1	1,6	–	91,4	–	3,8	0,2
1990	2 424	6,3	10,7	–	53,7	3,3	25,7	0,3
1991	2 592	3,8	7,2	–	57,7	6,7	24,6	0,1
1992	5 238	2,2	7,2	–	56,1	23,0	11,5	–
1993	6 165	3,4	11,3	–	45,5	27,1	12,7	–
1994	1 818	14,8	32,6	12,8	0,7	0,7	38,1	0,3
1995	5 101	5,2	17,4	19,2	22,5	23,7	11,9	0,0

Hinweis

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei (EFP)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1984	60	–	38,3	6,6	32,4	8,8	1,6	12,3
1985	56	–	20,3	33,1	36,1	6,8	2,2	1,5
1986	61	–	16,7	38,3	33,9	9,1	1,8	0,3
1987	83	–	16,2	44,2	28,6	4,5	0,6	5,8
1988	81	–	7,7	51,8	33,5	6,5	0,6	–
Frauenpartei (FRAUEN)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1985	39	–	52,5	7,1	27,6	8,8	–	4,1
1986	110	–	24,6	12,4	59,5	3,2	–	0,3
1987	76	–	25,0	29,2	38,9	5,7	0,5	0,9
1988	85	–	21,5	50,6	14,0	12,9	0,1	0,8
1989	52	–	23,4	27,7	38,0	9,5	0,1	1,3
1990	47	–	19,8	19,0	45,3	14,3	–	1,6
1991	30	–	18,2	18,6	45,8	15,0	–	2,4
Freie Bürger Union (FBU)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1993	24	–	0,6	–	99,0	–	–	0,6

Freie Demokratische Partei (FDP)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1984	39 259	15,5	18,2	8,1	50,5	3,4	2,0	2,2
1985	28 972	22,0	25,3	9,0	33,4	1,6	3,1	5,6
1986	34 162	18,3	20,9	10,0	42,0	2,8	2,1	4,0
1987	36 589	17,3	20,7	8,8	44,2	2,2	1,3	5,4
1988	26 872	24,2	26,6	12,1	27,7	3,8	0,5	5,1
1989	43 657	15,9	17,9	8,5	48,9	5,5	0,3	3,0
1990	83 242 ¹⁾	16,0	17,9	5,7	46,1	5,8	0,2	8,4
1991	50 585	25,8	26,3	8,9	23,4	6,0	0,4	9,3
1992	45 603	26,2	28,2	10,4	21,1	5,0	0,5	8,7
1993	46 489	27,4	31,1	11,0	21,6	4,1	1,0	3,8
1994	100 017	13,6	14,2	11,4	45,1	12,3	0,9	2,6
1995	50 379	24,3	26,9	17,4	16,4	8,7	3,1	3,3

¹⁾ In den Gesamtausgaben der FDP sind ab dem 12. August 1990 auch die Ausgaben der neuen östlichen Landesverbände enthalten. An diesem Tage sind die DDR-Parteien Bund Freier Demokraten (BFD), Freie Demokratische Partei in der DDR (FDP-Ost) und Deutsche Forum Partei (DFP) der FDP der Bundesrepublik Deutschland beigetreten.

Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1984	206	25,4	15,8	3,8	51,4	–	–	3,6
1985	209	22,8	21,2	5,1	46,7	–	–	4,2
1986	213	14,6	12,2	15,2	53,4	–	–	4,7
1987	206	18,1	11,5	21,2	47,8	–	–	1,4
1988	228	14,2	12,3	14,9	52,6	–	–	5,9
1989	199	18,9	12,9	15,7	45,9	2,4	–	4,2

Die Friedensliste		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1987	839	20,3	22,9	–	51,5	3,8	0,4	1,0
1988	420	45,9	27,9	–	15,6	9,5	0,5	0,6
Die Friedensliste Nordrhein-Westfalen		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1984	26	8,0	58,4	–	33,6	–	–	–
1985	1 098	1,1	4,3	–	89,6	–	0,0	5,0
1986	201	0,4	11,5	–	24,1	–	0,1	63,9
1987	15	1,7	54,2	–	44,1	–	0,1	–
1988	22	3,9	77,1	–	16,5	–	0,2	2,3
Die Grauen		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1989	91	8,8	31,1	16,2	23,6	14,8	1,5	3,9
1990	553	–	21,7	7,3	61,1	9,3	0,6	–
1991	3 539	66,3	5,1	4,1	14,5	9,6	0,2	0,3
1992	2 629	65,8	8,7	7,8	17,1	0,4	0,2	–
1993	2 403	51,6	14,2	10,2	22,4	1,1	0,4	–
1994	3 817	5,2	9,9	28,0	38,9	17,8	0,3	–
1995	3 114	3,6	11,3	56,1	5,7	6,9	0,3	16,1

Die Grünen (GRÜNE)³⁾		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1984	26 358	5,9	8,9	9,6	38,0	32,1	0,1	5,3
1985	27 774	9,5	13,1	13,5	30,9	27,6	0,2	5,2
1986	35 224	10,7	14,2	14,0	34,6	21,5	0,1	4,9
1987	51 364 ¹⁾	9,8	12,4	11,5	22,3	39,9	0,2	4,1
1988	37 762	15,6	15,3	14,3	21,1	26,2	0,2	7,4
1989	58 010	12,8	13,2	9,8	25,7	33,6	0,2	4,7
1990	62 322 ²⁾	15,0	11,8	10,5	33,3	25,1	0,2	4,2
1991	54 494	19,6	14,2	9,9	17,6	34,9	0,2	3,7
1992	41 570	25,6	18,1	12,2	22,3	18,7	0,4	2,6

1) Korrigierte Fassung gemäß Drucksache 11/5993

2) Ohne die Ausgaben der Gliederungen in den neuen Bundesländern, für die für 1990 getrennte Rechenschaftsberichte (aufgeteilt in erstes und zweites Halbjahr) vorgelegt wurden.

3) ab 1993 siehe unter Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1990 ¹⁾	1 311 ¹⁾	3,8	0,8	–	–	29,0	–	66,5
1990 ²⁾	336	38,3	13,1	0,9	0,9	21,4	0,0	25,4

1) Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

2) Juli bis Dezember; ab 1991 siehe unter Bündnis 90

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)¹⁾		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1990 ²⁾	70 ²⁾	–	27,6	24,1	34,0	–	–	14,4
1990 ³⁾	24	31,4	48,7	0,1	18,7	1,1	–	0,2
1991	41	3,3	49,7	3,0	15,1	27,1	0,0	1,7
1992	15	–	67,2	1,4	17,3	7,2	0,0	7,2

1) gegründet 1990 in den neuen Bundesländern

2) Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

3) Juli bis Dezember

Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1993	23	–	61,0	–	25,2	12,7	–	1,3
1994	38	–	48,4	50,4	–	1,4	–	–
1995	36	0,7	65,7	13,1	13,5	–	–	7,0

Die Mündigen Bürger		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1987	237	–	7,1	16,7	42,1	34,1	–	–

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1984	3 352	6,3	26,5	1,4	34,0	3,7	0,0	28,0
1985	2 494	11,3	32,7	6,0	29,2	11,2	0,3	9,2
1986	3 540	9,9	28,0	2,7	44,6	3,2	0,3	11,3
1987	4 404	11,1	26,7	3,4	32,0	16,4	0,0	10,5
1988	4 068	11,3	28,9	3,3	40,1	6,4	0,1	10,1
1989	3 814	10,3	26,4	3,2	29,6	3,4	2,0	25,4
1990	2 888	15,5	32,9	3,1	38,9	5,4	2,5	1,7
1991	2 329	6,9	37,1	3,4	29,2	18,9	1,7	2,7
1992	1 927	8,6	46,5	2,2	33,5	4,9	2,1	2,2
1993	1 879	6,7	44,6	3,7	36,0	3,1	1,9	4,1
1994	2 243	5,5	39,6	3,6	43,7	2,2	1,9	3,6
1995	1 700	7,1	45,3	4,7	30,0	3,7	3,2	6,0

Neues Forum (FORUM)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1990 ¹⁾	5 803 ¹⁾	5,7	8,4	0,8	24,9	58,3	–	2,0
1990 ²⁾	5 791	9,1	14,4	1,6	23,6	48,0	0,0	3,3
1991	2 537	32,2	28,0	3,0	15,4	13,7	0,0	7,7
1992	1 830	28,5	23,5	3,5	14,9	19,7	0,1	9,9
1993	2 254	31,3	18,3	3,4	15,1	26,0	0,1	5,9
1994	2 716	23,5	13,0	11,3	10,6	38,5	0,0	3,2
1995	1 032	31,4	25,5	14,3	0,5	26,5	0,0	1,9

1) Januar bis Juni; Angaben in Mark der DDR

2) Juli bis Dezember

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1984	429	11,4	13,8	5,5	62,6	2,6	0,0	4,1
1985	230	19,3	14,7	7,8	45,4	0,6	0,1	12,1
1986	591	8,3	12,8	2,9	72,9	1,0	0,0	2,1
1987	745	9,6	15,5	10,7	60,4	0,2	0,1	3,5
1988	1 495	6,1	9,8	8,5	38,3	23,1	0,1	14,1
1989	2 086	6,2	8,0	6,6	47,5	29,3	0,0	2,2
1990	3 677	4,8	5,9	6,6	60,9	21,3	0,1	0,4
1991	2 302	9,8	10,7	9,3	39,0	30,2	0,2	0,8
1992	2 511	10,6	10,7	10,8	53,6	13,4	0,1	0,9
1993	2 210	17,3	18,9	16,3	35,7	10,6	0,1	1,1
1994	10 077	8,0	7,5	12,7	47,4	23,8	0,1	0,5
1995	3 659	22,4	19,4	42,7	7,8	6,1	0,4	1,2

Partei Bibeltreuer Christen (PBC)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1991	121	3,7	22,1	12,9	40,3	11,8	–	–
1992	227	4,5	30,0	15,5	37,2	2,0	–	10,8
1993	269	14,1	41,1	5,2	35,5	1,8	–	2,4
1994	767	6,6	26,5	–	63,2	2,1	–	1,7
1995	369	14,0	46,0	–	38,0	2,0	–	–

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1990 ¹⁾	1 633 133 ¹⁾	29,2	4,8	10,2	30,0	2,5	–	23,4
1990 ²⁾	252 714 ²⁾	24,9	22,7	1,6	13,0	37,9	–	–
1991	157 754	36,5	23,0	2,5	3,2	33,4	0,0	1,5
1992	45 886	32,9	26,1	3,0	5,6	30,8	0,0	1,7
1993	41 148	22,5	29,7	4,0	11,9	31,3	0,0	0,7
1994	60 545	15,1	17,1	7,0	36,5	24,0	0,0	0,3
1995	45 686	24,0	21,1	12,8	7,1	34,4	0,0	0,7

1) Ausgaben nur für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1990. Die PDS hat ihren Rechenschaftsbericht für 1990 unterteilt: Für das erste Halbjahr 1990 entspricht er den Grundsätzen des Parteiengesetzes der ehemaligen DDR; für das zweite Halbjahr wurde er – was Gliederung und Ausweis betrifft – an die Bestimmungen des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland angelehnt, doch war wegen der noch nicht vollzogenen Umstrukturierung der Partei eine vollständige Rechenschaftslegung nicht möglich; Angaben in Mark der DDR.

2) Ausgaben nur für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990.

Patrioten für Deutschland (PATRIOTEN)¹⁾		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1986	2 942	0,0	9,1	–	50,2	40,4	0,3	–
1987	3 636	6,7	5,9	0,8	31,8	54,6	0,3	0,0
1988	3 451	10,5	5,5	0,8	32,6	50,4	0,2	0,1
1989	2 227	14,0	9,5	1,0	46,7	27,8	0,2	0,9
1990	2 524	16,3	8,9	–	42,3	31,4	0,1	1,0
1991	1 903	20,2	11,1	–	38,5	30,1	0,1	0,1

1) ab 1992 siehe unter Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Die Republikaner (REP)		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1984	206	10,2	55,5	11,5	–	15,2	0,1	7,5
1985	143	15,5	47,3	8,5	13,8	–	0,7	14,2
1986	1 207	0,3	4,1	0,3	94,2	0,2	0,2	0,8
1987	1 602	9,5	29,0	18,0	6,9	35,7	0,3	0,8
1988	1 427	8,5	16,5	20,8	40,7	12,1	1,3	0,1
1989	5 065	7,6	21,3	8,7	57,1	4,2	1,1	0,0
1990	17 555	6,8	13,9	1,9	60,4	16,9	0,1	–
1991	15 809	4,2	13,3	48,3	26,7	7,4	0,3	–
1992	11 196	3,1	32,2	2,1	48,2	13,9	0,3	0,3
1993	11 976	4,1	31,4	2,5	53,2	7,6	0,3	0,8
1994	22 529	2,3	16,0	1,9	61,2	16,8	0,3	1,7
1995	7 588	3,7	34,0	2,5	55,3	3,2	0,8	0,5

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)		Personal- ausgaben in %	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information in %	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen in %	Zuschüsse an Gliederungen in %	Zinsen in %	Sonstige Ausgaben in %
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –							
1984	197 571	28,6	14,6	4,3	42,3	5,9	1,3	3,1
1985	181 446	32,3	16,8	5,6	36,3	6,9	0,7	1,5
1986	226 154	26,9	14,6	5,0	43,4	8,8	6,4	1,3
1987	222 416	28,6	15,6	5,4	41,6	5,0	0,8	3,0
1988	193 987	35,2	19,4	7,4	30,2	4,8	0,5	2,5
1989	275 537	26,0	14,7	5,1	46,4	6,1	0,7	1,0
1990	354 405 ¹⁾	21,1	12,1	4,5	49,8	7,5	0,8	4,3
1991	272 696	30,2	17,2	5,7	25,1	6,9	0,9	14,1
1992	253 473	36,3	19,2	6,9	22,0	8,0	1,1	6,6
1993	268 140	34,7	19,4	6,3	26,7	6,5	0,9	5,5
1994	441 466	21,6	13,1	11,8	41,2	10,1	0,4	1,8
1995	281 428	33,6	19,3	20,7	15,8	7,8	1,1	1,8

1) Ohne die Ausgaben der Gliederungen in den neuen Bundesländern, für die für 1990 getrennte Rechenschaftsberichte (aufgeteilt in erstes und zweites Halbjahr) vorgelegt wurden.

STATT-Partei		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1993	386	0,3	20,0	–	69,3	–	0,6	9,8
1994	1 070	2,7	23,3	22,5	18,9	10,6	0,2	21,9
1995	593	1,4	29,2	25,8	8,5	17,5	2,2	15,4

Südschleswiger Wählerverband (SSW)		Personal- ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts- betriebes	Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information	Ausgaben für Öffentlichkeits- arbeit und Wahlen	Zuschüsse an Gliederungen	Zinsen	Sonstige Ausgaben
Jahr	Gesamtausgaben – in 1000 DM –	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1984	376	59,6	11,5	16,9	3,0	2,1	0,0	6,8
1985	555	44,4	8,1	10,4	15,9	18,0	–	3,3
1986	609	37,7	10,0	9,8	35,3	2,1	0,0	5,0
1987	780	31,6	7,3	7,8	37,1	13,4	–	2,9
1988	768	31,5	5,8	8,3	38,2	13,1	–	3,2
1989	448	57,6	11,3	11,2	10,0	6,0	–	3,8
1990	700	38,6	7,6	6,0	32,3	11,9	–	3,7
1991	469	63,8	12,4	11,9	9,6	0,3	–	2,0
1992	814	37,7	10,1	9,2	32,7	10,1	–	0,4
1993	599	56,9	20,2	12,2	7,6	2,8	–	0,3
1994	832	41,8	12,9	10,1	26,2	8,8	–	0,2
1995	674	53,7	23,9	11,0	7,8	2,8	–	0,8

Hinweis

Eine Bibliographie der regionalen und lokalen Wahlstudien ist in Abschnitt 1.14 enthalten.

2 Mitglieder des Deutschen Bundestages

Überblick		Seite
2.1	Zahl der Abgeordneten	379
	– Gesetzliche Mitgliederzahl (S. 379)	
	– Zahl der verschiedenen Abgeordneten seit 1949 (S. 382)	
	– Geplante Verkleinerung des Bundestages (S. 383)	
	– Mitgliederzahl anderer Parlamente (S. 384)	
2.2	Statusrechte des Abgeordneten	386
	– Übersicht über die Statusrechte des Abgeordneten (S. 386)	
2.3	Die Regelungen im Abgeordnetengesetz: Synopse	388
2.4	Immunität und Indemnität	392
	– Recht auf Indemnität (S. 392)	
	– Recht auf Immunität (S. 392)	
	– Recht auf Zeugnisverweigerung (S. 392)	
	– Rechtsgrundlagen (S. 393)	
	– Statistik (S. 393)	
	– Verfahren (S. 395)	
2.5	Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR	396
	– Rechtsgrundlagen (S. 396)	
	– Absprache zu den Überprüfungskriterien (S. 397)	
	– Statistik (S. 398)	
	– Feststellungen zu einzelnen Mitgliedern des Bundestages (S. 399)	
2.6	Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft	402
	– Statistik (S. 403)	
	– Fälle von Mandatsaberkennungen (S. 404)	
2.7	Verstorbene Politiker	405
2.8	Mandatsverzichte	421
2.9	Inkompatibilitäten	434
2.10	Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung	441
	– Statistik zur Doppelmitgliedschaft im Deutschen Bundestag und in einer Landesregierung (S. 442)	
	– Namensliste der Doppelmitgliedschaften (S. 444)	
2.11	Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag	459
	– Namensliste der Doppelmitgliedschaften (S. 461)	
	– Statistik zur Doppelmitgliedschaft im Deutschen Bundestag und in einem Landtag (S. 466)	
2.12	Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament	468
2.13	Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie	470
2.14	Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen	529
2.15	Zeitbudget der Abgeordneten	547
2.16	Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl	551

2.1 Zahl der Abgeordneten

Der Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

- Gesetzliche Mitgliederzahl
- Zahl der verschiedenen Abgeordneten seit 1949
- Geplante Verkleinerung des Bundestages
- Mitgliederzahl anderer Parlamente

Gesetzliche Mitgliederzahl

Die Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages in einer jeden Wahlperiode hängt von verschiedenen Faktoren ab.

(1) Zunächst ist maßgebend, was das jeweils geltende **Wahlgesetz** vorsieht, d. h. wie viele Abgeordnete entweder nach Kreiswahlvorschlägen oder über die Landeslisten zu wählen sind bzw. (bis 1987) vom Land Berlin entsandt wurden.

Gemäß Wahlgesetz zum ersten Bundestag vom 15. Juni 1949 waren **400** Abgeordnete zu wählen, Berlin entsandte **8** Abgeordnete. Noch während der 1. Wahlperiode, mit dem Änderungsgesetz vom 15. Januar 1952, erhöhte sich ab 1. Februar 1952 die Zahl der Berliner Abgeordneten von 8 auf **19**.

Eine beträchtliche Erhöhung der Mitgliederzahl brachte das Wahlgesetz zum Zweiten Bundestag vom 8. Juli 1953: Ab der 2. Wahlperiode bestand der Bundestag aus **484** Abgeordneten aus dem Bundesgebiet und aus **22** Berliner Abgeordneten. Diese Zahl der Berliner Abgeordneten ist seitdem konstant geblieben. Durch die Eingliederung des Saarlandes erhöhte sich indes noch in der 2. Wahlperiode ab 4. Januar 1957 die Zahl der Abgeordneten aus dem Bundesgebiet auf **494**.

Nach dem Wahlgesetz vom 7. Mai 1956 betrug für die 3. und 4. Wahlperiode die Zahl der im Bundesgebiet zu wählenden Abgeordneten **494**.

Zwischen der 5. und dem Beginn der 11. Wahlperiode war das Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 14. Februar 1964 maßgebend: Es sah **496** im Bundesgebiet zu wählende Abgeordnete vor sowie **22** Abgeordnete des Landes Berlin, die vom Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt wurden.

Eine Änderung für den Beginn der 12. Wahlperiode hätte das Neunte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 11. Juni 1990 gebracht, indem es die Direktwahl der Berliner Abgeordneten einführt und die bisherige Sonderregelung für die Wahl der 22 Berliner Abgeordneten aufhob; gleichzeitig sollte die Zahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf **512** gesenkt werden. Dieses Gesetz wäre praktisch wirksam geworden, wenn die Vereinigung Deutschlands erst nach der Wahl zum 12. Bundestag vollzogen worden wäre. Weil die umgekehrte Reihenfolge gewählt worden ist, wurde diese Novellierung des Bundeswahlgesetzes zunächst durch den deutsch-deutschen Einigungsvertrag vom 31. August 1990 und dann durch den Vertrag über die gesamtdeutsche Wahl überholt.

Das Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz) wirkte sich auf die Zahl der Abgeordneten insofern aus, als es in Artikel 42 die Entsendung von **144** Abgeordneten in den Deutschen Bundestag vorsah, die von der Volkskammer zu wählen waren und deren Mitgliedschaft im Bundestag mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik begann; das war am 3. Oktober 1990 der Fall.

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Das Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990 erhöhte die Zahl der Abgeordneten auf **656**.

(2) Diese in den Wahlgesetzen vorab festgelegte „gesetzliche Mitgliederzahl“ kann sich um sogenannte „**Überhangmandate**“ erhöhen, falls eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate errungen hat, als ihr nach dem Stimmenanteil zustehen.

Überhangmandate hat es bisher in der 1. bis 4. und in der 9. bis 13. Wahlperiode gegeben (vgl. dazu Abschnitt 1.19). Die meisten Überhangmandate – 16! – waren bei der Wahl zum 13. Bundestag zu verzeichnen.

(3) Im Laufe einer Wahlperiode kann sich die gesetzliche Mitgliederzahl aber auch verringern, wenn der Fall eintritt, daß einem Abgeordneten, der über die Landesliste gewählt wurde, als Folge eines Verbots seiner Partei das **Mandat aberkannt** werden muß.

Dieser Fall ist bisher einmal eingetreten, und zwar in der 1. Wahlperiode, als dem Abgeordneten *Fritz Dorls* das Mandat aberkannt wurde, nachdem das Bundesverfassungsgericht am 23. Oktober 1952 die Sozialistische Reichspartei (SRP) wegen Verfassungswidrigkeit verboten hatte.

(4) **Andere** im Wahlgesetz vorgesehene **Fälle**, wodurch sich ebenfalls die Mitgliederzahl verringern könnte, sind im Bundestag bisher nicht vorgekommen (beispielsweise wenn auf einer Landesliste keine Listenbewerber mehr vorhanden sind und daher kein Abgeordneter nachrücken könnte oder wenn eine Wiederholungs- oder Ersatzwahl unterbleibt, weil innerhalb der nächsten sechs Wochen ohnehin ein neuer Bundestag gewählt wird).

Die gesetzliche Mitgliederzahl ändert sich jedoch nicht, wenn ein Abgeordneter auf sein Mandat verzichtet oder wenn ein Mandatsinhaber stirbt und sein Sitz dadurch vorübergehend vakant ist.

Die gesetzliche Mitgliederzahl ist Grundlage für die exakte Berechnung beispielsweise von Mehrheiten, die bei Wahlen oder Abstimmungen erreicht werden müssen, oder bei der Feststellung bestimmter Teile der Gesamtzahl von Abgeordneten, wenn etwa „ein Viertel der Abgeordneten“ die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangt. (Näheres über die Höhe der „Mehrheit der Mitglieder“ bzw. Zweidrittelmehrheit vgl. Abschnitt 8.13: Erforderliche Abstimmungsmehrheiten.)

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die gesetzliche Mitgliederzahl seit der 1. Wahlperiode bis Stand vom 31. August 1997 entwickelt hat.

■ Die gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages zu Beginn der 14. Wahlperiode siehe im NACHTRAG unter 2.1.

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers

Wahlperiode	Stand	MdB gemäß Wahlgesetz ohne Berliner Abgeordnete	zuzüglich Berliner Abgeordnete	zuzüglich Überhangmandate	abzüglich Mandatsaberkennungen	gesetzl. Mitgliederzahl ohne Berliner Abgeordnete	gesetzl. Mitgliederzahl einschl. Berliner Abgeordnete
1. WP 1949–53	Beginn der WP	400	8	2	0	402	410
	1. 2. 52	400	19	2	0	402	421
	23. 10. 52	400	19	2	1	401	420
2. WP 1953–57	Beginn der WP	484	22	3	0	487	509
	4. 1. 57	494	22	3	0	497	519
3. WP 1957–61	Beginn der WP	494	22	3	0	497	519
4. WP 1961–65	Beginn der WP	494	22	5	0	499	521
5. WP 1965–69	Beginn der WP	496	22	0	0	496	518
6. WP 1969–72	Beginn der WP	496	22	0	0	496	518
7. WP 1972–76	Beginn der WP	496	22	0	0	496	518
8. WP 1976–80	Beginn der WP	496	22	0	0	496	518
9. WP 1980–83	Beginn der WP	496	22	1	0	497	519
10. WP 1983–87	Beginn der WP	496	22	2	0	498	520
11. WP 1987–90	Beginn der WP	496	22	1	0	497	519
	3. 10. 90	–2)	–2)	1	0	–2)	663
		MdB gemäß Wahlgesetz		zuzüglich Überhangmandate		abzüglich Mandatsaberkennungen	gesetzliche Mitgliederzahl
12. WP 1990–94	Beginn der WP	656		6		0	662
13. WP 1994 ¹⁾)	Beginn der WP	656		16		0	672

1) Stand: 31. August 1997

2) Mit der Zuerkennung des vollen Stimmrechts an die Mitglieder des Bundestages aus Berlin am 8. Juni 1990 sind diese Angaben überflüssig geworden.

Zahl der verschiedenen Abgeordneten seit 1949*)

Zum Aspekt „Zahl der Abgeordneten“ gehört auch die öfter gestellte Frage, wie viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland bisher Mitglied des Deutschen Bundestages waren, wobei es keine Rolle spielt, ob die Mandatszeit zehn Wahlperioden oder auch nur einen Tag (wie bei *Joachim Gauck*) dauerte und ob sie unterbrochen war.

Bei einer solchen Statistik ist es methodisch naheliegend, den schrittweisen Anstieg der Zahl der verschiedenen Abgeordneten von Wahlperiode zu Wahlperiode in zwei Etappen anzugeben: den Anstieg während der Wahlperiode durch Nachrücker und den Anstieg bei Beginn einer neuen Wahlperiode.

Nachdem die Zahl der neuen Abgeordneten pro Wahlperiode seit 1961 stets bei durchschnittlich rund 150 lag, haben die Vereinigung Deutschlands und die Vergrößerung des Bundestages 1990 im Vergleich zu 1987 einen Anstieg von 400 bewirkt.

Hinweis

Innerhalb des Abschnitts 6.9 ist die Zahl aller Abgeordneten der Zahl aller Regierungmitglieder jeweils seit 1949 gegenübergestellt worden.

Wahlperiode	Zahl der „verschiedenen“ Mitglieder des Deutschen Bundestages seit Beginn der 1. Wahlperiode	
	zu Beginn der WP	am Ende der WP
1. WP (1949–53)	410	474
2. WP (1953–57)	719	763
3. WP (1957–61)	922	953
4. WP (1961–65)	1 084	1 124
5. WP (1965–69)	1 256	1 285
6. WP (1969–72)	1 441	1 469
7. WP (1972–76)	1 614	1 641
8. WP (1976–80)	1 758	1 780
9. WP (1980–83)	1 910	1 929
10. WP (1983–87)	2 020	2 063
11. WP (1987–90)	2 173	2 340
12. WP (1990–94)	2 575	2 605
13. WP (1994–)	2 808	

*) Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Referat Datenbanken, Programmentwicklung

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Geplante Verkleinerung des Bundestages

Ab der 15. Wahlperiode – voraussichtlich vom Jahr 2002 an – soll die Zahl der Abgeordneten auf unter 600 sinken. Diese von der Ältestenratskommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten im Rahmen eines Reformpaketes am 16. Juni 1995 vorgelegte Empfehlung, der der Ältestenrat am 22. Juni 1995 zugestimmt hat und die vom Bundestag in der 55. Sitzung vom 21. September 1995 beschlossen wurde, hat folgenden Wortlaut (Drucksache 13/1803):

- „1. Der Deutsche Bundestag wird mit Wirkung von der 15. Wahlperiode an auf unter 600 Abgeordnete verkleinert (heutiger Stand 672 minus höchstens bis 100 Abgeordnete).
2. Zur künftigen Größe des Parlaments wird die Präsidentin beauftragt, im Einvernehmen mit den Fraktionen unverzüglich eine Kommission einzusetzen, die sich mehrheitlich aus Abgeordneten und weiteren Sachverständigen, einschließlich solchen mit eigener parlamentarischer Erfahrung, zusammensetzt.
Die Kommission soll eine Stellungnahme erarbeiten zu allen im Zusammenhang mit einer Verkleinerung des Parlaments entscheidungserheblichen Fragen, wie insbesondere die des Neuzuschnitts der Wahlkreise. Dabei ist neben der Bevölkerungszahl auch die räumliche Ausdehnung der Wahlkreise in die Betrachtung miteinzubeziehen. Verbindliche Grundlage der Arbeit der Kommission ist die Beibehaltung des geltenden Wahlrechts, d. h. einer personalisierten Verhältniswahl mit Parität zwischen Direkt- und Listenmandaten. Zum Prüfungsauftrag der Kommission gehört auch, inwieweit mit der Aussetzung von Anpassungsgeboten verfassungsrechtlicher Regelungsbedarf bereits für die 14. Wahlperiode besteht (insbesondere § 6 Abs. 5, § 6 Abs. 6 Satz 1 zweiter Halbsatz und § 7 Abs. 3 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes).
3. Die Kommission legt ihren Bericht spätestens im Frühjahr 1997 vor.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Innerhalb des Kapitels 24 sind die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Präsidenten, Vizepräsidenten, Ausschuß- und Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Versammlung der WEU und der Nordatlantischen Versammlung aufgeführt.

4. Der 13. Deutsche Bundestag trifft die zur Umsetzung einer Verkleinerung des Parlaments notwendigen Entscheidungen noch in der laufenden Wahlperiode mit Wirkung für die 15. Wahlperiode.“

Die in dem Beschluß vorgesehene Kommission – die „Reformkommission zur Größe des Bundestages“ – hat sich am 9. Oktober 1995 konstituiert. Sie bestand aus 17 Abgeordneten, derselben Zahl an Stellvertretern sowie 14 Sachverständigen; Vorsitzender war *Hans-Ulrich Klose*.

Nachdem die Reformkommission in einem Zwischenbericht (Drucksache 13/4560) zunächst Empfehlungen für die Wahl zum 14. Bundestag und zu den wesentlichen Regelungen für die Verkleinerung des Deutschen Bundestages vorgelegt hat, wurde die Empfehlung für seine künftige Größe in einem Ergänzungsbericht (Drucksache 13/4860) nachgereicht. Sie lautet:

„Der Deutsche Bundestag besteht ab der 15. Wahlperiode vorbehaltlich der sich aus dem Bundeswahlgesetz ergebenden Abweichungen aus 598 Abgeordneten.“

Das daraufhin von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachte Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes ist der Empfehlung gefolgt. Das am 15. November 1996 vom Bundestag verabschiedete Gesetz (BGBl. I S. 1712) enthält somit die gesetzliche Verankerung, daß sich mit dem Beginn der 15. Wahlperiode – voraussichtlich im Jahre 2002 – die Zahl der Mitglieder des Bundestages auf 598 reduziert bei gleichzeitiger Verringerung der Wahlkreise auf 299.

Die Reformkommission hat ihre Arbeit am 14. Mai 1997 abgeschlossen. Mit ihrem Schlußbericht (Drucksache 13/7950) legte sie auch einen Vorschlag für die erforderliche Neueinteilung des Bundesgebiets in nur 299 Wahlkreise vor.

Mitgliederzahl anderer Parlamente*)

Nach der Vereinigung Deutschlands hat sich die Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages von 518 (durch Überhangmandat 519) vor dem Beitritt der fünf neuen Bundesländer auf nunmehr 656 (durch Überhangmandate 662) Abgeordnete erhöht. Dies hat die Diskussion über die anzustrebende Größe des Bundestages wiederbelebt.

In der Tabelle auf der folgenden Seite werden für Deutschland und einige ausgewählte andere Staaten die Bevölkerungszahl und die Zahl der Abgeordneten im jeweiligen zentralen Parlament zueinander in Beziehung gesetzt:

Die erste Spalte verzeichnet die Abgeordnetenzahl, und zwar die zur Zeit (Stand: Ende 1991/Anfang 1992) tatsächliche Zahl, unabhängig davon, ob Verfassung oder Wahlgesetz eine bestimmte Zahl fordern (z. B. ist in Spanien festgelegt, daß die Zahl nicht weniger als 300 und nicht mehr als 400 betragen soll; tatsächlich hat das spanische Abgeordnetenhaus gegenwärtig 350 Sitze). Auch in letzter Zeit vorgenommene Änderungen (etwa in Portugal, wo die Zahl 1991 von ursprünglich 250 auf 230 Sitze verringert wurde) bleiben außer Betracht. Bei Staaten mit Zweikammersystem wird die Kammer, deren Mitglieder direkt gewählt werden, zugrunde gelegt.

Die zweite Spalte nennt die Einwohnerzahl (die letzte erreichbare Angabe).

In der dritten Spalte wird der Quotient aus der Division Einwohnerzahl durch Abgeordnetenzahl genannt. Die Angaben sind aus Gründen der Übersichtlichkeit gerundet, wodurch zudem Differenzen hinsichtlich der Einwohnerzahl oder geringfügiger Abweichungen der Abgeordnetenzahl durch wahrarithmetische Operationen vernachlässigt werden können.

Die Liste beginnt mit jenem Land (den Vereinigten Staaten), in dem ein Abgeordneter die meisten Einwohner vertritt.

*) Entnommen aus: Aktueller Begriff Nr. 12/92 vom 15. Mai 1992 „Mitgliederzahl von Parlamenten“, Bearbeiter: *Michael L. Wilhelmer*.

Im einzelnen ergibt sich das im folgenden dargestellte Bild:

Staat	Zahl der Abgeordneten	Einwohner in Millionen	Einwohner pro Abgeordneten in Tausend
Vereinigte Staaten von Amerika	435 ¹⁾	249,63	574
Japan	512	123,10	240
Rußland (Russische Föderation)	1 068 ²⁾	148,50	139
Deutschland	662³⁾	79,67	120
Spanien	350	39,54	113
Niederlande	150	14,89	99
Frankreich	577	56,56	98
Italien	630	57,70	92
Kanada	295	26,60	90
Großbritannien	650	57,24	88
Belgien	212	9,95	47
Portugal	230	10,30	45
Österreich	183	7,76	42
Schweiz	200	6,75	34
Griechenland	300	10,07	34
Dänemark	179	5,25	29
Norwegen	165	4,24	26
Schweden	349	8,60	25
Irland	166	3,50	21
Luxemburg	60	0,38	6

¹⁾ Repräsentantenhaus

²⁾ Hierbei handelt es sich um die Mitgliederzahl des Volkskongresses der Russischen Föderation, dem höchsten und gleichzeitig gesetzgebenden Organ der Staatsgewalt (eine Verfassung ist noch nicht verabschiedet).

³⁾ Vor der Vereinigung hatte die Bundesrepublik Deutschland 61,32 Millionen Einwohner und 519 Abgeordnete; das entspricht etwa 118 000 Einwohner/Abgeordneter (Stand 1988). Legt man die Zahl der Wahlkreise zugrunde (328), so ergeben sich ca. 243 000 Einwohner pro Wahlkreis.

Aus der Aufstellung geht hervor, daß innerhalb der EG in Deutschland ein Abgeordneter die meisten Wähler repräsentiert, nämlich 120 000, eine Zahl, die annähernd nur in Spanien (113 000) erreicht wird. Die Zusammenstellung bestätigt auch, daß die Abgeordnetenzahl von der Größenordnung der Einwohnerzahl eines Landes abhängt. Je geringer diese ist, um so größer ist **relativ** die Zahl der Abgeordneten.

2.2 Statusrechte des Abgeordneten*)

Der Abgeordnete im Deutschen Bundestag verfügt über Statusrechte, die von der Verfassung garantiert werden, und über Minderheitenrechte als das notwendige Instrumentarium, um am Verhandlungsablauf im Parlament mitwirken zu können. Die Minderheitenrechte sind im vorliegenden *Datenhandbuch* vollständig in Abschnitt 12.5 zusammengestellt. Die folgende Übersicht beschränkt sich auf die Statusrechte einschließlich der zum Schutz des Abgeordnetenmandats bestehenden Rechtsvorschriften.

Übersicht über die Statusrechte des Abgeordneten

Statusrechte des Abgeordneten	Rechtsgrundlage
Status als entscheidungsfreier, jeglicher Bindung an Aufträge oder Weisungen entlohener und gänzlich seinem Gewissen verpflichteter Repräsentant des Volkes	Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG
Verbot jeglicher Behinderung der Übernahme und Ausübung des Mandats, insbesondere durch den Anspruch auf den zur Wahl erforderlichen Urlaub und durch die Unzulässigkeit einer wegen des Mandats ausgesprochenen Kündigung oder Entlassung	Art. 48 Abs. 1 und 2 GG in Verbindung mit §§ 2 bis 4 des Abgeordnetengesetzes
Zuständigkeit des Bundestages für die Wahlprüfung aufgrund von Einsprüchen (Beschwerdemöglichkeit gegen Entscheidungen des Bundestages beim Bundesverfassungsgericht)	Art. 41 GG in Verbindung mit Wahlprüfungsgesetz, Bundesverfassungsgerichtsgesetz und § 15 GO BT
Indemnität für Abstimmungen und jede Äußerung des Abgeordneten, verleumderische Beleidigungen ausgenommen, im Bundestag, in seinen Ausschüssen und innerhalb der Fraktionen	Art. 46 Abs. 1 GG
Immunität gegenüber staatlichen Maßnahmen, die die persönliche Freiheit beeinträchtigen könnten, solange das Parlament selbst die Immunität des Abgeordneten nicht aufhebt	Art. 46 Abs. 2 bis 4 GG
Zeugnisverweigerungsrecht hinsichtlich der Mandatsausübung, das insoweit auch die Beschlagnahme von Schriftstücken ausschließt	Art. 47 GG
Anspruch auf eine angemessene, die Unabhängigkeit des Parlamentariers sichernde Entschädigung und auf kostenlose Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel	Art. 48 Abs. 3 GG in Verbindung mit §§ 11 ff. des Abgeordnetengesetzes
Nichtanwendung der Strafbestimmungen gegen Bestechung und Verletzung von Privatgeheimnissen	§ 108 b und § 108 d StGB; § 203 Abs. 2 Nr. 4 StGB

*) Auszug aus: *Hans-Josef Vonderbeck*, Die Rechte eines Mitglieds des Deutschen Bundestages. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 14, 1983. H. 3. S. 311–356. Auch als Sonderdruck erschienen: Informationsdienst der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. H. 97. Wiesbaden 1984.

Statusrechte des Abgeordneten	Rechtsgrundlage
<p>Teilnahme an den Beratungen und Entscheidungen des Parlaments; dazu zählen:¹⁾</p> <ul style="list-style-type: none"> – das aus der Mitte des Bundestages wahrzunehmende Recht der Gesetzesinitiative – die Mitwirkung an der Wahl der Parlamentspräsidenten sowie der Schriftführer, des Bundeskanzlers, des Wehrbeauftragten, von Richtern des Bundesverfassungsgerichts und der obersten Gerichtshöfe des Bundes, des Bundespräsidenten (durch Teilnahme an der Bundesversammlung), des Präsidenten und Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes – das Recht, als Mißtrauensvotum gegen den Bundeskanzler oder nach Ablehnung der vom Kanzler gestellten Vertrauensfrage einen anderen Kanzler mitzuwählen – das Verlangen vorzeitiger Einberufung des Bundestages – das Verlangen der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses – der Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit einer Plenarsitzung – der Antrag auf Herbeirufung eines Regierungsmitglieds – der Antrag zur Anklageerhebung gegen den Bundespräsidenten 	<p>Art. 76 Abs. 1 GG</p> <p>Art. 40 Abs. 1 Satz 1 GG; Art. 63 GG; Art. 45 b GG; Art. 94, 95 GG; Art. 54 GG</p> <p>Art. 67 und 68 GG</p> <p>Art. 39 Abs. 3 GG</p> <p>Art. 44 Abs. 1 und 45 a Abs. 2, 3 GG</p> <p>Art. 42 Abs. 1 GG</p> <p>Art. 43 Abs. 1 GG</p> <p>Art. 61 Abs. 1 GG</p>
<p>in Statusfragen Recht des Abgeordneten, im eigenen Namen auf dem Wege der Organklage eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herbeizuführen</p>	<p>Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, Bundesverfassungsgesetz</p>

¹⁾ Diese Rechte, die der Abgeordnete im Bundestag – als einzelner oder in einer Gruppe unterhalb der Mehrheit – wahrnehmen kann, zählen bereits zu den Minderheitenrechten (vgl. Abschnitt 12.5). Denn der Übergang zwischen Status- und Minderheitenrechten ist fließend: Mit dem verfassungsrechtlichen Abgeordnetenstatus verknüpft sind alle Minderheitenrechte; der Zusammenhang kann im Einzelfall so eng sein, daß ein Minderheitenrecht, wenn auch in der einen oder anderen Form seiner Ausgestaltung, für die verfassungsmäßige Mandatsausübung unabdingbar wird und insoweit den Rang eines Statusrechts hat.

Die Rechte des Bundestagsmitglieds sind auf seine parlamentarische Tätigkeit ausgerichtet. Von seinen im Grundgesetz geregelten Statusrechten haben das Behinderungsverbot, die Immunität, das Zeugnisverweigerungsrecht und der Entschädigungsanspruch Auswirkungen auf die Mandatsausübung schlechthin. Die übrigen Rechte, namentlich die Minderheitenrechte, berühren die Tätigkeit des Abgeordneten außerhalb des Parlaments, auch sein Wirken im Wahlkreis, nur mittelbar. Für den außerparlamentarischen Bereich sind dem Abgeordneten keine besonderen Rechte gewährt. Das gilt auch für die Informationsmöglichkeiten gegenüber der öffentlichen Verwaltung. Denn das parlamentarische Kontrollrecht steht dem Bundestag und seinen Ausschüssen zu, Rechtsträger dieser Kontrollfunktion sind aber nicht die einzelnen Abgeordneten. So bleibt nur die Möglichkeit, die Ausübung des Kontrollrechts auf einzelne Abgeordnete zu delegieren. Außerdem richtet sich der

Hinweis

Mitglieder der Bundesregierung ohne gleichzeitiges Bundestagsmandat sind in Abschnitt 6.8 aufgeführt.

Informationsanspruch des Parlaments grundsätzlich gegen die Mitglieder der Bundesregierung. Nach dem Prinzip der Gewaltenteilung, das die Ausübung der Staatsgewalt besonderen Organen der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung zuweist (Artikel 20 Abs. 2 GG), findet die parlamentarische Kontrolle gegenüber Regierung und Verwaltung innerhalb dieses von der Verfassung festgelegten Rahmens statt.

Eine Sonderregelung gilt für die parlamentarische Prüfung von Beschwerden eines Petenten (Artikel 17, 17a Abs. 1 und 45c GG). Denn hier gibt das Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Bundestages diesem Ausschuß ausdrücklich ein Recht auf Auskunft nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von allen Bundesministerien und deren nachgeordneten Behörden. Der Anspruch ist noch erweitert um das Recht auf Aktenvorlage und auf Zutritt zu den Einrichtungen betroffener Behörden (§§ 1, 2 G 45 c). Die Ausübung dieser Befugnisse kann vom Petitionsausschuß an einzelne Ausschußmitglieder delegiert werden (§ 6 G 45 c).

2.3 Die Regelungen im Abgeordnetengesetz: Synopse

Im Zusammenhang mit der geplanten Neuordnung, d. h. insbesondere der Besteuerung der Diäten und im Anschluß an das sogenannte „Diätenurteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 1975 hat der Bundestag zum Ende der 7. Wahlperiode am 8. Dezember 1976 erstmals ein Abgeordnetengesetz verabschiedet zur Regelung der Rechtsstellung der Mitglieder des Bundestages.*) Es enthielt anfangs im wesentlichen die Materien, die bislang in den Diätengesetzen und im Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 777) geregelt waren.

Inzwischen hat der Bundestag über 20 Gesetze zur Änderung des Abgeordnetengesetzes verabschiedet, womit sowohl die ursprünglich einbezogenen Materien neu gefaßt als auch völlig neue Materien gesetzlich geregelt wurden (u. a. die Verhaltensregeln für die Abgeordneten, die Rechtsstellung der Fraktionen und – damit konnte bis 1990 niemand rechnen – die Überprüfung der Mitglieder des Bundestages „auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“).

Um eine Übersicht zu gewinnen, welche Materien mit welchem Abgeordnetengesetz geregelt worden sind, wurde die folgende Synopse erstellt.

Zur Erläuterung:

Durch ● oder ○ wird markiert, welche Materien in den einzelnen Gesetzen geregelt sind, wobei ● bedeutet, daß diese Materie im Abgeordnetengesetz **erstmalig** gesetzlich gefaßt wurde. Bei der Aufstellung der Materien sind nur solche berücksichtigt, die sich auf die Mitglieder des Bundestages beziehen.

*) Vgl. *Rudolf Kabel*, Das neue Abgeordnetengesetz vom Dezember 1976. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 1. S. 3–10 sowie *Joachim Henkel*, Das Abgeordnetengesetz des Bundestages. Kritische Anmerkungen und Ausblick auf die Landtage. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 30. 1977. H. 10. S. 350–356.

Die Abkürzung „AbgG 1977“ bzw. die Zahlen 1 bis 20 in der Synopse beziehen sich auf die folgenden Gesetze:

AbgG 1977 = Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages [Abgeordnetengesetz] vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297)

Änderungsgesetze:

- 1 = Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. September 1980 (BGBl. I S. 1752)
- 2 = Zweites Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1513)
- 3 = Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 11. März 1985 (BGBl. I S. 540)
- 4 = Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 30. Juli 1985 (BGBl. I S. 1623)
- 5 = Fünftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 18. November 1986 (BGBl. I S. 2039)
- 6 = Sechstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 16. Januar 1987 (BGBl. I S. 142)
- 7 = Siebtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 16. Januar 1987 (BGBl. I S. 143)
- 8 = Achtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Sechstes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 23. Juli 1987 (BGBl. I S. 1674)
- 9 = Neuntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Siebtes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 25. Juli 1988 (BGBl. I S. 1081)
- 10 = Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Neuntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2209)
- 11 = Elfte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, Zehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes und Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2210)
- 12 = Zwölftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Elfte Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 24. November 1990 (BGBl. I S. 2466)
- 13 = Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Zwölftes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 7. Januar 1992 (BGBl. I S. 2)
- 14 = Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 20. Januar 1992 (BGBl. I S. 67)
- 15 = Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 462)
- 16 = Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) vom 19. März 1994 (BGBl. I S. 526)
- 17 = Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 4. November 1994 (BGBl. I S. 3346)
- 18 = Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes (nicht verkündet)
- 19 = Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1718)
- 20 = Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 19. Juni 1996 (BGBl. I S. 843)
- 21 = leer
- 22 = leer

		AbgG 1977	1 80	2 83	3 85	4 85	5 86	6 87	7 87	8 87	9 88	10 89	11 89	12 90	13 92	14 92	15 93	16 94	17 94	18 *)	19 95	20 96	21	22
gemeinsame Vorschriften (§ 30)	Bericht über die Angemes- senheit der Entschädigung durch BTPräs (§ 30)	●		○										○							○	○		
	Sonstiges ⁵⁾ (§§ 30–44)	●																			○	○		
Verhaltensregeln (§ 44a)			●					○																
Überprüfung der Mitglieder des Bundestages auf eine Sta- tätigkeit (§ 44b)																●								
Rechtsstellung, Aufgaben, Organisation und Finanze- rung der Fraktionen im Deut- schen Bundestag (§§ 45–54)																		●			○			
Verschwiegenheitspflicht und Aussagegenehmigung (§ 44c)																			●					

*) Zwar im Bundestag verabschiedet, aber nicht verkündet und durch das als 19. Änderungsgesetz gezählte Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten formell aufgehoben.

- 1) u. a. Schutz der freien Mandatsausübung, Wahlvorbereitungsurlaub, Berufs- und Betriebszeiten
- 2) u. a. Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats, Dienstzeiten im öffentlichen Dienst, Regelungen für Beamte auf Zeit, Richter, Soldaten, Angestellte des öffentlichen Dienstes, Professoren und Wahlbeamte auf Zeit
- 3) u. a. Kürzung der Kostenpauschale, Freifahrtberechtigung und Erstattung von Fahrtkosten, Dienstreisen
- 4) u. a. Gesundheitsschäden, Versorgungsabfindung, Sterbegeld, Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen, Unterstützungen
- 5) u. a. Verzicht und Übertragbarkeit von Entschädigungen, Beginn und Ende der Ansprüche
- 6) betrifft Professoren
- 7) betrifft Kürzung der Kostenpauschale, Erstattung von Fahrtkosten und Dienstreisen
- 8) betrifft u. a. Gesundheitsschäden, Versorgungsabfindung, Versorgungsausgleich (neu), Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen
- 9) betrifft Überbrückungsgeld für Hinterbliebene, Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen
- 10) betrifft Freifahrtberechtigung, Dienstreisen

2.4 Immunität und Indemnität

Das Grundgesetz garantiert dem Abgeordneten

- auf Dauer das Recht auf Indemnität (Art. 46 Abs. 1 GG) und
- während der Mandatszeit das Recht auf Immunität (Art. 46 Abs. 2–4 GG).

Recht auf Indemnität*)

Wegen einer Abstimmung oder einer Äußerung, die ein Abgeordneter im Bundestag oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, darf er zu keiner Zeit gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden (sogenannte *Indemnität* oder Straffreiheit). Niemand kann also einen Abgeordneten wegen seiner Abstimmung zur Rechenschaft ziehen, auch nicht nach Beendigung seiner Mandatszeit. Der Bundestag kann die Indemnität eines Abgeordneten nicht aufheben.

Dagegen muß der Abgeordnete, der bei seinen Äußerungen gegen die parlamentarische Ordnung verstößt, mit Ordnungsmaßnahmen des Präsidenten rechnen (vgl. Abschnitt 7.15: Ordnungsmaßnahmen). Die Indemnität gilt auch nicht für verleumderische Beleidigungen. Sie können strafrechtlich verfolgt werden, wenn der Bundestag die Immunität (im engeren Sinne) aufhebt.

Die Indemnität hindert schließlich nicht, daß der Abgeordnete von seiner Fraktion oder von Abgeordneten anderer Fraktionen, von seiner Partei, den Wählern im Wahlkreis oder von der öffentlichen Meinung für das, was er im Bundestag sagt, zur Rede gestellt und kritisiert wird.

Recht auf Immunität*)

Jede strafrechtliche Verfolgung oder jede Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten ist nur mit Genehmigung des Bundestages zulässig (*Immunität im engeren Sinne*). Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn der Abgeordnete auf frischer Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird.

Dieses Recht dient nach seiner historischen Entwicklung vor allem dazu, die Funktionsfähigkeit des Parlaments nicht durch staatliche Maßnahmen zu gefährden. Es ist ein Recht des Bundestages und nicht des einzelnen Abgeordneten. Daher ist die Entscheidung über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der Immunität, wie die Geschäftsordnung sagt, eine politische Entscheidung, die ihrem Wesen nach kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren sein darf, bei dem es um die Feststellung von Recht oder Unrecht, Schuld oder Nichtschuld geht. Sie beruht auf einer Interessenabwägung zwischen den Belangen des Parlaments und denen der anderen hoheitlichen Gewalten. Das betroffene Mitglied kann daher nicht selbst beantragen, seine Immunität aufzuheben.

Recht auf Zeugnisverweigerung

Der Abgeordnete darf über Personen, die ihm als Abgeordnete oder denen er in seiner Eigenschaft als Abgeordneter Tatsachen anvertraut hat, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis verwei-

*) Zitiert nach *Martin Lohmeier*, Bundestag A bis Z. Bonn 1983. S. 103 f.

Vgl. auch anstelle vieler *Hermann Butzer*, Immunität im demokratischen Rechtsstaat. Verfassungsgrundlagen und Parlamentspraxis des Deutschen Bundestages. Berlin 1991.

gern. Insoweit ist auch die Beschlagnahme von Schriftstücken unzulässig. Damit soll ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Abgeordneten und dem Bürger geschaffen werden. Über dieses Recht kann der Bundestag nicht verfügen. Es ist allein die Entscheidung des Abgeordneten, ob er von seinem *Zeugnisverweigerungsrecht* Gebrauch macht. Das Recht ist auch noch nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag wirksam.

Rechtsgrundlagen

Materielle Rechtsgrundlagen des Immunitätsrechts sind

– Artikel 46 GG:

„(1) Ein Abgeordneter darf zu keiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Bundestage oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.

(2) Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung darf ein Abgeordneter nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß er bei Begehung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird.

(3) Die Genehmigung des Bundestages ist ferner bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten oder zur Einleitung eines Verfahrens gegen einen Abgeordneten gemäß Artikel 18 erforderlich.

(4) Jedes Strafverfahren und jedes Verfahren gemäß Artikel 18 gegen einen Abgeordneten, jede Haft und jede sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit sind auf Verlangen des Bundestages auszusetzen.“

- § 107 der Geschäftsordnung des Bundestages, zuletzt geändert durch Beschluß des Bundestages vom 3. Dezember 1987;
- der vom Bundestag am 16. März 1973 verabschiedete Beschluß betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages, zuletzt zweimal ergänzt durch Beschlüsse des Bundestages vom 3. Dezember 1987 und vom 16. Juni 1988 (s. Anlage 6 der GO BT);
- die vom Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung am 24. April 1970 verabschiedeten Grundsätze in Immunitätsangelegenheiten und in Fällen der Genehmigung gemäß § 50 Abs. 3 StPO sowie bei Ermächtigungen gemäß § 90b Abs. 2 und § 194 Abs. 4 StGB (s. Anlage 6 der GO BT).

Statistik

Die folgende Tabelle*) enthält eine Aufstellung der vom Bundestag seit der 1. Wahlperiode behandelten Immunitätsfälle.

*) Quelle: Unterlagen des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

Hinweis

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Immunitätsfälle (insgesamt)	160	96	93	94	61	23	20
– genehmigt	100	71	69	88	48	13	8
– nicht genehmigt	60	25	24	6	8	10	12
– nicht behandelt bzw. eingestellt	0	0	0	0	5	0	0
Äußerungsdelikte (§ 185 ff. StGB)	63	23	22	6	9	11	12
– genehmigt	25	2	0	0	1	1	0
– nicht genehmigt	38	21	22	6	8	10	12
– nicht behandelt	0	0	0	0	0	0	0
Verkehrsdelikte	33	58	61	80	46	12	4
– genehmigt	33	58	59	80	46	12	4
– nicht genehmigt	0	0	2	0	0	0	0
Allgemeine Kriminalität	47	10	7	6	5	0	4
– genehmigt	25	8	5	6	0	0	4
– nicht genehmigt	22	2	2	0	0	0	0
– nicht behandelt bzw. eingestellt	0	0	0	0	5	0	0
Disziplinarverfahren (Ehrengerichtsverfahren)	2	2	2	0	0	0	0
– genehmigt	2	0	2	0	0	0	0
– nicht genehmigt	0	2	0	0	0	0	0
Strafvollstreckung	2	2	1	2	0	0	0
– genehmigt	2	2	1	2	0	0	0
– nicht genehmigt	0	0	0	0	0	0	0
Haft zur Erzwingung der Ableistung des Offenbarungseides	7	0	0	0	0	0	0
– genehmigt	7	0	0	0	0	0	0
– nicht genehmigt	0	0	0	0	0	0	0
– gegenstandslos	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Beschränkungen der persönlichen Freiheit (Untersuchungshaft, zwangsweise Vorführung)	6	1	0	0	0	0	0
– genehmigt	6	1	0	0	0	0	0
– nicht genehmigt	0	0	0	0	0	0	0
Sonstiges	0	0	0	0	1	0	0
– genehmigt	0	0	0	0	1	0	0
– gegenstandslos	0	0	0	0	0	0	0
Zeugenvernehmungen	5	3	0	1	5	2	1
– genehmigt	5	3	0	1	3	0	1
– nicht genehmigt	0	0	0	0	1	0	0
– zurückgezogen	0	0	0	0	1	0	0
– an ersuchende Stelle zurückgesandt	0	0	0	0	0	2	0
– gegenstandslos	0	0	0	0	0	0	0
Zahl der betroffenen Abgeordneten	86	75	81	70	46	23	20

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
26	11	63	43	13
17	5	60	37	12
8	4	3	4	1
1	2	0	2	0
11	5	7	7	2
2	1	4	3	1
8	4	3	4	1
1	0	0	0	0
10	2	4	5	2
10	2	4	5	2
0	0	0	0	0
5	2	47	27	6
5	2	47	27	6
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	3	0	0
0	0	3	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	1	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	1	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	2	3	0
0	0	2	2	0
0	0	0	1	0
0	1	0	0	3
0	0	0	0	3
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	1	0	0	0
0	0	0	0	0
25	12	63	32	12

Verfahren

Gemäß § 107 (früher 114) GO BT werden die auf dem Dienstweg dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleiteten Ersuchen in Immunitätsangelegenheiten dem Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung unmittelbar zugeleitet, der ohne eine Beweiswürdigung die formellen Voraussetzungen für eine Entscheidung des Bundestages prüft.

Bei Verkehrs- und Bagatelldelikten sowie bei der Fortsetzung von Strafverfahren zu Beginn einer Wahlperiode gegen Mitglieder des Bundestages, gegen die der vorhergehende Bundestag die Durchführung dieser Strafverfahren bereits genehmigt hatte, wird die Entscheidung des Ausschusses als Vorentscheidung gedruckt und an alle Mitglieder des Bundestages verteilt; sie gilt als Entscheidung des Bundestages, wenn nicht innerhalb von sieben Tagen nach Verteilung ein Mitglied des Bundestages Widerspruch gegen die Entscheidung erhebt.

In allen anderen Fällen wird die Beschlußempfehlung auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt. Die Entscheidung des Bundestages wird dem Bundesminister der Justiz zugeleitet, der sie auf dem Dienstweg an die zuständige Stelle weiterleitet.

★ Die Gesamtzahl der **Immunitätsfälle** von der 1. bis zur 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **703**.

■ Sofern bis zur Drucklegung des dritten Bandes des *Datenhandbuchs* die Statistik der Immunitätsangelegenheiten der 13. Wahlperiode erstellt worden ist, wird sie im NACHTRAG unter 2.4 veröffentlicht.

2.5 Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR

Rechtsgrundlagen*)

Der Bundestag hat in seiner 64. Sitzung am 5. Dezember 1991 das 14. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen (BGBl. I Seite 67), dem ein Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP (Drucksache 12/1324) in der Fassung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drucksache 12/1737) zu Grunde lag. Durch dieses Gesetz wurde § 44 b (Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit) in das Abgeordnetengesetz (AbgG) eingefügt. Die Regelung sieht im Grundsatz eine freiwillige Überprüfung (§ 44 b Abs. 1 AbgG), für Ausnahmefälle eine Überprüfung auf Grund eines Beschlusses des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (§ 44 b Abs. 2 AbgG) vor.

§ 44 b Abgeordnetengesetz

Der neugeschaffene § 44 b AbgG trat am 21. Januar 1992 in Kraft. Er löste die auf einer Empfehlung des Ältestenrates vom 30. Oktober 1990 beruhende Regelung ab, wonach das Präsidium bei Vorwürfen oder Behauptungen gegen ein Mitglied des Bundestages, die geeignet sind, das Ansehen dieses Mitgliedes oder das Ansehen des Bundestages zu beschädigen, nach Zustimmung des betroffenen Mitgliedes in Anlehnung an § 8 der Verhaltensregeln (Anlage 1 GO-BT) ermitteln konnte (Drucksache 11/8386). Die Empfehlung war vom Bundestag in seiner 234. Sitzung am 31. Oktober 1990 einstimmig angenommen worden. Sie wurde gemäß Beschluß vom 20. Dezember 1990 auch in die 12. Wahlperiode vorläufig übernommen.

Richtlinien

Zusammen mit dem Gesetz beschloß der Bundestag gemäß § 44 b Abs. 4 AbgG „Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit“ (Drucksache 12/1324) in der Fassung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drucksache 12/1737), die mit Wirkung vom Tage der Beschlußfassung des Deutschen Bundestages am 5. Dezember 1991 in Kraft traten (BGBl. I Seite 76). Es handelt sich ihrem rechtlichen Rang nach um besondere Geschäftsordnungsvorschriften (Sondergeschäftsordnung).

Die Richtlinien regeln auf der Grundlage des § 44 b Abs. 4 AbgG das Verfahren zur Feststellung einer Tätigkeit oder Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Ziffer 1. Abs. 1 begründet die Zuständigkeit des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung für alle Überprüfungen.

Nach Ziffer 3. trifft der Ausschuß auf Grund der Mitteilungen und auf Grund sonstiger ihm zugeleiteter oder von ihm beigezogener Unterlagen die Feststellung, ob eine hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen anzusehen ist.

*) Quelle: Drucksache 12/4613

Absprache zu den Überprüfungskriterien

Der Ausschuß hat außerdem am 30. April 1992 in einer „Absprache zur Durchführung der Richtlinien gemäß § 44 b AbgG“ weitere Einzelheiten des Überprüfungsverfahrens beschlossen (Amtliche Mitteilung des Deutschen Bundestages vom 22. Mai 1992).

Hierbei handelt es sich um Verfahrensgrundsätze, die sich der 1. Ausschuß für die Abwicklung der Überprüfungsverfahren im Rahmen der vorrangigen Regelungen des § 44 b AbgG und der Richtlinien gegeben hat. Richtlinien und Absprache konkretisieren und erläutern die vom Ausschuß als maßgeblich angesehenen Feststellungskriterien sowohl für das Verfahren der Überprüfung auf Antrag des Abgeordneten gegenüber dem Präsidenten (§ 44 b Abs. 1 AbgG) als auch für das Verfahren einer Überprüfung ohne Zustimmung des Abgeordneten (§ 44 b Abs. 2 AbgG).

Danach sind Feststellungskriterien für den Ausschuß insbesondere:

- hauptamtliche Tätigkeit für das MfS/AfNS;
- inoffizielle Tätigkeit, wenn (1) eine unterzeichnete Verpflichtungserklärung vorliegt oder (2) nachweislich Berichte oder Angaben über Personen geliefert wurden oder (3) Zuwendungen, Vergünstigungen, Auszeichnungen oder Vergleichbares nachweislich dafür entgegengenommen wurden oder (4) sonstige Unterlagen vorliegen, die schlüssiges Handeln für das MfS/AfNS belegen;
- politische Verantwortung für das MfS/AfNS oder seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen;
- das Vorliegen einer unterzeichneten Verpflichtungserklärung, wobei jedoch wegen fehlender Unterlagen eine Mitarbeit nicht bewertet werden kann, ein Tätigwerden nicht vorliegt oder nicht nachweisbar ist;
- eine nachgewiesene Eintragung in die IM-Kartei, wobei Verdachtsmomente jedoch offensichtlich auf manipulierten Daten zuungunsten des Betroffenen basieren;
- eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das MfS/AfNS, wobei jedoch Einzelpersonen nachweislich weder mittelbar noch unmittelbar belastet oder benachteiligt worden sind.

Diese Absprache ist auch in der 13. Wahlperiode gültig.

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

In einer Organklage beantragte der PDS-Abgeordnete *Gregor Gysi* u. a. festzustellen, daß der Deutsche Bundestag durch das Verfahren nach § 44 b Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes zur Überprüfung von Bundestagsabgeordneten auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der DDR die Rechte des Abgeordneten aus Artikel 38 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes und die Rechtsstaatlichkeit verletzt.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 21. Mai 1996 die Anträge zurückgewiesen bzw. als unzulässig verworfen. Die Leitsätze zum Beschluß lauten:

„1. a) Der verfassungsrechtliche Status eines Abgeordneten ist auch berührt, wenn die Legitimität seines Mandats im Rahmen einer Kollegialenquete in Abrede gestellt wird. Er gestattet nur in Ausnahmefällen die Einführung eines Verfahrens, mit dem der Bundestag zur Wahrung seiner Integrität und politischen Vertrauenswürdigkeit ein der Wahl vorausliegendes Verhalten von Abgeordneten untersuchen will.

b) Der Bundestag durfte als Folge des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in den neuen Ländern der Bundesrepublik ein Verfahren einführen, durch das Abgeordnete unter bestimmten Voraussetzungen auf ihre frühere Tätigkeit oder Verantwortung für das MfS/AfNS überprüft werden.

2. Ein solches Verfahren muß von Verfassungen wegen Sicherungen zum Schutz des Abgeordnetenstatus enthalten. Dem betroffenen Abgeordneten müssen Beteiligungsrechte eingeräumt sein, die ihm gestatten, aktiv an der Herstellung des Beweisergebnisses mitzuwirken. Die abschließende Auskunft über den ermittelten Sachverhalt muß der Eigenart des gewählten Verfahrens sowie der zugelassenen Beweismittel Rechnung tragen.“

Statistik*)

Die nebenstehende Statistik dokumentiert die vom Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 12. und 13. Wahlperiode bis zum Stand vom 31. August 1997 vorgenommenen Überprüfungen.

	12. WP 1990 – 94	13. WP 1994 – ³⁾
Zahl der Abgeordneten	662	672
Zahl der (freiwilligen) Anträge von Abgeordneten auf Überprüfung	324	178
– davon Überprüfung abgeschlossen	322	178
– davon Überprüfung nicht abgeschlossen	1	0
– davon Überprüfung durch Mandatsniederlegung erledigt ¹⁾	1	0
Ergebnis der abgeschlossenen Überprüfungen:		
– hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR ²⁾ festgestellt	0	0
– inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt	0	0
– politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt	0	0
– sonstige Feststellungen	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾
Namentliche Erwähnung im Bericht des 1. Ausschusses		
– gewünscht	272	161
– nicht gewünscht	30	17
Zahl der Fälle, in denen der 1. Ausschuß ohne Antrag bzw. Zustimmung der betroffenen Abgeordneten ein Überprüfungsverfahren eingeleitet hat	2	3
– davon Überprüfung abgeschlossen	2	0

1) Inwieweit einige der Mandatsverzeichte vor allem während der 12. Wahlperiode unmittelbar mit der Überprüfung auf eine frühere Stasi-Tätigkeit oder -Verantwortung zusammenhängen, ist offiziell vom Bundestag nicht festgestellt worden. Entsprechende Berichte in der Presse werden deshalb hier nicht übernommen.

2) Ministerium für Staatssicherheit (MfS)/Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) der Deutschen Demokratischen Republik

3) Stand: 31. August 1997

4) In einem Fall existiert eine auf ein bestimmtes Forschungsgebiet beschränkte schriftliche Verpflichtung zu inoffizieller Mitarbeit unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Forschungsergebnisse. Es hat sich jedoch nicht feststellen lassen, daß schriftliche Berichte oder Angaben über Personen tatsächlich geliefert wurden. Die angebaute Zusammenarbeit wurde vielmehr durch Dekonspiration in Form einer Offenbarung gegenüber dem Dienstvorgesetzten beendet.

*) Quellen:

12. Wahlperiode: Drucksachen 12/4613 und 12/6655;

13. Wahlperiode: Drucksachen 12/2994 und 13/4478.

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

Feststellungen zu einzelnen Mitgliedern des Bundestages

Dieser Unterabschnitt enthält in zeitlicher Reihenfolge Auszüge aus Bundestags-Drucksachen, in denen zunächst das Präsidium des Bundestages und anschließend der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung das Parlament über Feststellungen zu einzelnen Abgeordneten unterrichtet haben. Soweit die betroffenen Abgeordneten unmittelbar dazu Stellung genommen haben, werden diese Erklärungen ebenfalls übernommen.

Lothar de Maizière

„... Der Abgeordnete *Lothar de Maizière* wird verdächtigt, für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR gearbeitet zu haben.

Nach dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 12. Dezember 1990 hat das Präsidium des Deutschen Bundestages ihn um seine Zustimmung zur Überprüfung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe gebeten. Der Abgeordnete *de Maizière*, der damals noch der Bundesregierung angehörte, hat der Präsidentin mit Schreiben vom 12. Dezember 1990 mitgeteilt, daß er den Bundesminister des Innern gebeten habe, intensive Ermittlungen wegen der erhobenen Vorwürfe zu führen. Er habe den Bundesminister des Innern gebeten, die Präsidentin des Deutschen Bundestages über den Fortgang der Untersuchungen zu unterrichten.

Der Bundesminister des Innern hat am 12. März 1991 das Ergebnis seiner Untersuchungen mitgeteilt, das auch der Öffentlichkeit bekanntgemacht worden ist.

Nach Ausscheiden des Bundesministers *de Maizière* aus der Bundesregierung sind weitere Forderungen aus der Öffentlichkeit und aus dem parlamentarischen Bereich erhoben worden, ein erneutes Verfahren des Präsidiums gegen das Mitglied des Deutschen Bundestages *de Maizière* durchzuführen. Der Abgeordnete *de Maizière* ist daher mit Schreiben vom 5. Mai 1991 gebeten worden, seine Zustimmung zu einer Überprüfung der Vorwürfe durch das Präsidium des Deutschen Bundestages zu erteilen. Er ist gleichzeitig darauf hingewiesen worden, daß der Deutsche Bundestag entsprechend dem Beschluß vom 20. Dezember 1990 unterrichtet werde.

Mit Schreiben vom 8. Mai 1991 an die Präsidentin des Deutschen Bundestages hat der Abgeordnete *de Maizière* mitgeteilt, daß der Bundesminister des Innern ihm und der Öffentlichkeit das Ergebnis seiner Untersuchungen mitgeteilt und die Ausschöpfung aller Prüfungsmöglichkeiten deutlich gemacht

habe. Den Bundesminister des Innern habe er ermächtigt, dem Präsidium des Deutschen Bundestages die von ihm durchgeführten Überprüfungen zu erläutern. Er sehe daher nach Abschluß des Verfahrens durch den Bundesminister des Innern keine Veranlassung, einer erneuten Überprüfung zuzustimmen.“*)

Dr. Dietmar Keller

„... Dem Abgeordneten Dr. *Dietmar Keller* wird vorgeworfen, mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zusammengearbeitet zu haben und für dessen Tätigkeit politisch mitverantwortlich zu sein. Er hat am 15. Januar 1991 einer Überprüfung durch das Präsidium aufgrund des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Dezember 1990 zugestimmt...

Das Präsidium stellt hierzu fest:

Abgeordneter Dr. *Dietmar Keller* war nach Auskunft des Sonderbeauftragten der Bundesregierung weder hauptamtlicher noch inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Aufgrund der von ihm wahrgenommenen Funktionen trägt er aber eine Mitverantwortung an den Maßnahmen des staatlichen Unterdrückungssystems.

Die Überprüfung des vorliegenden Falles zeigt, daß vierzig Jahre SED-Regime der historisch-politischen Aufarbeitung bedürfen. Die gegenseitige Durchdringung von Partei- und Staatsapparat war kennzeichnend für das Fehlen einer rechtsstaatlichen Ordnung und ist zugleich der Grund für die Schwierigkeit, persönliche Verantwortung aufzudecken und zuzurechnen. Verantwortung und Schuld für das den Bürgern der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zugefügte Unrecht lassen sich deshalb nicht nur aufgrund von Akten aufklären. Sie bedürfen vielmehr einer längerfristi-

*) Unterrichtung durch das Präsidium des Deutschen Bundestags auf Drucksache 12/619 vom 24. 5. 1991

gen Auseinandersetzung mit allen Verflechtungen des Partei- und Staatsapparates.“**)

Dr. Hans Modrow (1)

„... Dem Abgeordneten Dr. Hans Modrow wird vorgeworfen, mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zusammengearbeitet zu haben und für seine Tätigkeit politisch mitverantwortlich zu sein. Er hat am 24. Juni 1991 einer Überprüfung durch das Präsidium aufgrund des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Dezember 1990 zugestimmt...

Das Präsidium stellt hierzu fest:

Abgeordneter Dr. Hans Modrow trägt aufgrund der von ihm wahrgenommenen Funktionen Mitverantwortung an den Maßnahmen des staatlichen Unterdrückungssystems. Dabei wird nicht verkannt, daß er zum einen um Schadensbegrenzung und Ausgleich bemüht war und zum anderen auch gegen ihn systemtypische Methoden der Überwachung angewendet wurden.

Die Überprüfung des vorliegenden Falles zeigt, daß vierzig Jahre SED-Regime der historisch-politischen Aufarbeitung bedürfen. Die gegenseitige Durchdringung von Partei- und Staatsapparat war kennzeichnend für das Fehlen einer rechtsstaatlichen Ordnung und ist zugleich der Grund für die Schwierigkeit, persönliche Verantwortung aufzudecken und zuzurechnen. Verantwortung und Schuld für das den Bürgern der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zugefügte Unrecht lassen sich deshalb nicht nur aufgrund von Akten aufklären. Sie bedürfen vielmehr einer längerfristigen Auseinandersetzung mit allen Verflechtungen des Partei- und Staatsapparates.“***)

Dr. Ilja Seifert

„... Der Abg. Dr. Ilja Seifert war auf der Grundlage politischer Überzeugung insgesamt ca. fünf Jahre für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik tätig.

In der Zeit vom April 1980 bis November 1983 war er als sogenannte Kontaktperson (KP) und erneut von Mai 1986 bis Dezember 1987 als inoffizieller Mitarbeiter (IMK/DT – inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration/Decktelefon) tätig.

Am 11. April 1980 unterzeichnete er eine Schweigeerklärung beim MfS.

Er lieferte Berichte und Angaben über Personen. Er gab Beurteilungen über die Eignung von Personen ab, die für eine Tätigkeit für das MfS in Betracht kamen.

Er erhielt geringfügige Vergünstigungen und Zuwendungen vom MfS.

Hinreichende Feststellungen über einen den betroffenen Personen entstandenen Schaden – etwa durch Versuche einer Anwerbung durch das MfS als IM, berufliche oder persönliche Nachteile etc. – können anhand der Dr. Ilja Seifert betreffenden Aktenvorgänge nicht getroffen werden...“****)

Erklärung des Abg. Dr. Ilja Seifert zum Beschluß des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 14. Januar 1993:

„1. Zu keinem Zeitpunkt habe ich bestritten, zeitweilig für das MfS der DDR tätig gewesen zu sein.

Diese Tätigkeit erfolgte freiwillig und aus Überzeugung.

Ich ging davon aus, daß die DDR erhaltenswert und verbesserungsfähig sei und daß das nicht zuletzt im Interesse der Stabilität in Europa liege.

Seinerzeit hielt ich es für nichts besonderes, daß die DDR – wie jeder andere souveräne Staat – auch über einen eigenen Geheimdienst verfügte.

Heute sehe ich vieles kritischer, auch selbstkritischer.

2. Die Überprüfung durch die Gauck-Behörde ergab eindeutig, daß es keine denunziatorischen Berichte durch mich gibt.

Das ist m. E. das Entscheidende.

*) Unterrichtung durch das Präsidium des Deutschen Bundestages auf Drucksache 12/1627 vom 19. 11. 1991

***) Unterrichtung durch das Präsidium des Deutschen Bundestages auf Drucksache 12/1626 vom 19. 11. 1991

****) Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in Drucksache 12/4613 vom 23. 3. 1993; Anlage 5 der Drucksache enthält eine ausführliche Begründung zu den Feststellungen des Ausschusses.

Was also besagen die ‚Feststellungen in dem zu veröffentlichenden Beschluß des Bundestagsausschusses, wenn es keine Überprüfung aller Abgeordneten auf Denunziation und andere, tatsächlich schädigende Verhaltensweisen in der Zusammenarbeit mit irgendeinem Geheimdienst oder anderen Behörden gibt?‘

3. Bei den ‚Vergünstigungen und Zuwendungen‘, die im Beschluß erwähnt sind, handelte es sich im Laufe der Jahre um eine Flasche Sekt und einen Kasten Konfekt.
4. Heute bin ich in meinem Erkenntnisstand so weit, daß ich jegliche geheimdienstliche Tätigkeit ablehne, weil sie sich wirklicher, demokratischer Kontrolle entziehen muß.“*)

Dr. Hans Modrow (2)

„... Der 1. Ausschuß ist in seiner 31. Sitzung am 25. Juni 1992 mit der erforderlichen Mehrheit davon ausgegangen, daß seit der für das damalige Überprüfungsverfahren eingeholten Auskunft des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Oktober 1991 weiteres Archivmaterial erschlossen worden ist. Der Ausschuß hat in der genannten Sitzung deshalb gemäß § 44 b Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes die Überprüfung des Abgeordneten Dr. Hans Modrow insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer politischen Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Nummer 2 Abs. 2 der Richtlinien zu § 44 b Abgeordnetengesetz) beschlossen.

Auf diese Feststellung des 1. Ausschusses hin hat die Präsidentin des Deutschen Bundestages unter dem 19. Juli 1992 gemäß der genannten Richtlinie den Bundesbeauftragten um Mitteilung ersucht, ob über die von ihm bereits mit Schreiben vom 11. Oktober 1991 zugeleiteten Erkenntnisse hinaus inzwischen weitere, neue Erkenntnisse vorliegen.

Der Bundesbeauftragte hat diesem Ersuchen durch Schreiben, eingegangen am 6. August 1992, sowie der Übermittlung zweier gutachterlicher Stellungnahmen nebst Anlagen vom 26. März und vom 25. Juni 1993 entsprochen.

Der 1. Ausschuß hat in seiner 52. Sitzung am 30. September 1993 mit der erforderlichen Mehrheit

gemäß § 44 b des Abgeordnetengesetzes eine politische Verantwortung des Abgeordneten Dr. Hans Modrow für das MfS/AfNS auf der Grundlage der bereits zitierten Ausführungen des Präsidiums vom 14. November 1991 gesehen und hierzu ergänzend festgestellt:

Neben der beschriebenen allgemeinen Verantwortung als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung und der damit verbundenen Mitgliedschaft im Zentralkomitee der SED, der Leitungsfunktion im Wehrebereichskommando und in der sogenannten Bezirkseinsatzleitung ist einer Vielzahl von Dokumenten zu entnehmen, daß Dr. Hans Modrow im Rahmen seiner Funktionen Einfluß auf die Arbeit des Staatssicherheitsdienstes genommen hat.

Dabei ergibt sich allerdings, daß Einzelfallregelungen selten von Dr. Hans Modrow selbst abgefaßt und unterschrieben wurden. Zwischen der Bezirksleitung der SED und ihrem 1. Sekretär und der Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes und ihrem Leiter bestand generell kein Weisungsverhältnis. Die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit war allein dem Minister für Staatssicherheit untergeordnet, der dem Zentralkomitee der SED angehörte. Diesem gehörten aber auch die 1. Sekretäre der Bezirksleitung an, was garantierte, daß im sog. demokratischen Zentralismus alle Gewalt der Partei untergeordnet war. Auf dieser Verflechtung beruhen aber auch auf Bezirksebene faktische Einflußmöglichkeiten gegenüber der Staatssicherheit:

So ließ Dr. Hans Modrow sich von der Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes Analysen über bestimmte Erscheinungen in seinem Territorium fertigen (Lageentwicklung). In einem Fall ersuchte Dr. Hans Modrow den Leiter der Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes, Generalmajor Böhm, in seinem Sinne in einer anderen Behörde tätig zu werden. Dr. Hans Modrow ließ Informationen zu Einzelpersonen durch die Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes fertigen, veranlaßte die Schreiber anonymer Briefe festzustellen oder unterstützte die Arbeit des MfS im Bezirk Dresden mit ‚Festlegungen zu aktuellen sicherheitspolitischen Anforderungen.

Die schriftlichen Äußerungen Dr. Hans Modrows beschränken sich dabei ansonsten jedoch im wesentlichen auf die Wiedergabe von Parteitagsbeschlüssen und tagespolitischen Dekreten des ZK der SED. Eine Einflußnahme in Einzelfällen, die unmittelbar ursächlich für persönliches Leid oder

*) Anlage 6 der Drucksache 12/4613

Schaden hätte sein können, hat sich aus den bislang erschlossenen Unterlagen nicht ergeben.

Der Abgeordnete Dr. *Hans Modrow* hat sich zu den Vorgängen **schriftlich eingelassen**. Er führt aus, daß ein Beziehungsgeflecht von SED und Staatssicherheitsdienst im rechtlichen Sinne nicht bestanden habe. Das Zentral-Komitee, dem die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen angehörten, habe zweimal im Jahr getagt. Schon deshalb scheide es als Anleitungsorgan für das MfS aus. Mit etwa 300 Mitgliedern und Kandidaten habe es auch eine Größe gehabt, die es als Anleitungsorgan ausschloß, zumal die Tätigkeit des MfS einer hohen Geheimhaltung unterlegen habe. Die Bezirkseinsatzleitung (BEL), der er vorgestanden habe, sei nur zur Vorbereitung auf den Verteidigungsfall tätig gewesen. Dieser sei von der Volkskammer aber nie beschlossen und demzufolge vom Staatsrat nie verkündet worden. Die Tatsache, daß eine direkte Unterstellung des Chefs der Bezirksverwaltung des MfS unter dem Befehl des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung nur

für den Verteidigungszustand vorgesehen war, widerlege gerade die verbreitete Lüge von der Befehlsgewalt des 1. Sekretärs über die Staatssicherheit in seinem Bezirk. Im Gegenteil: Die Kritik *Erich Honeckers* an seiner, Dr. *Hans Modrows*, Tätigkeit im Bezirk habe sich in hohem Maße gerade auf Informationen der Bezirksverwaltung des MfS gestützt. Dies hätte er jedoch mit Sicherheit nicht zugelassen, wenn er gegenüber der Bezirksverwaltung befehlsberechtigt gewesen wäre.

Weisungen seinerseits zu Einzelfällen habe es an die Bezirksverwaltung des MfS kaum gegeben. Entsprechende Formulierungen des MfS sollten möglicherweise eine „gute Abstimmung mit ihm als 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED vortäuschen. Zum Teil sei der Hintergrund auch ein anderer gewesen. So habe er ein Treffen mit Vertretern des „Neuen Forums“ durchführen wollen, wozu er sich notwendigerweise habe mitteilen lassen müssen, wer das „Neue Forum“ in der Stadt repräsentiere und in der Lage wäre, Absprachen zu führen und umzusetzen.“*)

2.6 Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft

Außer durch Tod kann die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag unter bestimmten Umständen vorzeitig enden, beispielsweise infolge

- Ungültigkeit der Wahl,
- Neufestsetzung des Wahlergebnisses,
- Mandatsverzicht,
- Mitgliedschaft zu einer durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen Partei,
- Übernahme von Funktionen, die mit dem Abgeordnetenmandat unvereinbar sind (z. B. Mitglied des Bundesverfassungsgerichts; vgl. im einzelnen Abschnitt 2.9).

*) Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in Drucksache 12/5976 vom 25. 10. 1993

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Statistik

In der folgenden Statistik sind alle Fälle einer vorzeitigen Beendigung der Mitgliedschaft einschließlich der Zahl der während der Mandatszeit verstorbenen Abgeordneten zusammengefaßt.

Die häufigsten Fälle, in denen die Mitgliedschaft vorzeitig beendet wurde, betrafen bisher **Mandatsniederlegungen** aus verschiedenen Gründen, beispielsweise privater oder beruflicher Natur oder infolge von Unvereinbarkeitsbestimmungen (vgl. Aufstellung unter Abschnitt 2.9). Vor allem in der 10. Wahlperiode sind Mandatsverzichte von Abgeordneten der Fraktion der GRÜNEN im Zusammenhang mit der Idee der Rotation von Mandatsträgern hinzugekommen (vgl. auch Fußnote 3 der Tabelle).

1) Davon wurde eine in Abwesenheit aus Ost-Berlin schriftlich mitgeteilte Niederlegung des Abgeordneten *Kurt Müller* (KPD) nicht anerkannt.

2) *Holger Börner* hat am 22. Oktober 1976 auf seine Mitgliedschaft im Bundestag sowohl für die 7. Wahlperiode als auch für die noch nicht begonnene 8. Wahlperiode verzichtet. Sein Mandatsverzicht wird bei beiden Wahlperioden gezählt.

3) In dieser Zahl sind 26 Abgeordnete der Fraktion der GRÜNEN enthalten, die auf ihr Mandat gemäß den Paragraphen 46 und 47 des Bundeswahlgesetzes verzichtet haben. Dabei handelte es sich wegen der Mandatsfreiheit nach Artikel 38 GG um jeweils freiwillige Entscheidungen, die im Zusammenhang standen mit der Befürwortung der Rotationsidee, d. h. des Wechsels der Mandatsträger in der Mitte der Wahlperiode. Einer der rechtlich nicht bindenden „Rotationsbeschlüsse“ der Partei der GRÜNEN lautete: „Jede/r GRÜNE Abgeordnete darf pro Legislaturperiode höchstens zwei Jahre sein/ihr Mandat wahrnehmen, dann muß er/sie zurücktreten und seinen/ihren Platz dem/der entsprechenden Nachrücker/in freimachen...“ (Beschluß der Bundes-Delegierten-Konferenz der Partei der GRÜNEN vom 16. Januar 1983 in Sindelfingen).

4) In der 11. Wahlperiode sind in dieser Zahl vier der in Fußnote 3 beschriebenen Kategorie von Mandatsniederlegungen enthalten.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65
Während der Mandatszeit verstorbene Abgeordnete	28	18	22	35
Mandatsniederlegungen	26 ¹⁾	22	21	24
Aberkennung von Mandaten	2	1	0	0

	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Während der Mandatszeit verstorbene Abgeordnete	22	13	10	15
Mandatsniederlegungen	21	25	21 ²⁾	21 ²⁾
Aberkennung von Mandaten	0	0	0	0

	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Während der Mandatszeit verstorbene Abgeordnete	6	9	5	10
Mandatsniederlegungen	24	47 ³⁾	34 ⁴⁾	27
Aberkennung von Mandaten	0	0	0	0

Fälle von Mandatsaberkennungen

Drei Fälle von **Mandatsaberkennungen** sind seit 1949 zu verzeichnen, davon zwei in der 1. Wahlperiode und ein Fall in der 2. Wahlperiode:

1. Wahlperiode (1949–53)

(1) Beim Abgeordneten *Fritz Dorls* (fraktionslos; Vorsitzender der 1949 gegründeten Sozialistischen Reichspartei) wurde das Erlöschen des Mandats festgestellt aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952, wonach die Verfassungswidrigkeit der Sozialistischen Reichspartei (SRP) festgestellt und deren Auflösung verfügt wurde. *Dorls* hatte am 27. April 1950 in einem Brief an den Bundestagspräsidenten bekanntgegeben, „daß ich ab sofort nicht mehr als unabhängiger Abgeordneter, sondern als Abgeordneter der Sozialistischen Reichspartei (SRP) gelte“.

(2) Beim Abgeordneten *Paul Hans Jaeger* (FDP) wurde das Erlöschen des Mandats festgestellt aufgrund einer Wahlanfechtung von Prof. Dr. *Hanns Linhardt* gegen die Gültigkeit der Entscheidung des Landeswahlleiters von Nordrhein-Westfalen vom 22. Januar 1953, *Jaeger* als Nachfolger des Abgeordneten Dr. *Hans Albrecht Frhr. von Rechenberg* (FDP) in den Bundestag zu berufen. Wegen Ablaufs der Wahlperiode ist die Mandatsaberkennung nicht mehr wirksam geworden.

Beim Abgeordneten *Kurt Müller* (fraktionslos, zuvor KPD) wurde dagegen ein Erlöschen des Mandats wegen seiner Verhaftung in Ost-Berlin **nicht** festgestellt.

2. Wahlperiode (1953–57)

(3) Beim Abgeordneten *Karlfranz Schmidt-Wittmack* (fraktionslos, zuvor CDU) wurde das Erlöschen des Mandats festgestellt wegen nachträglichen Wegfalls seiner Wählbarkeitsvoraussetzung. Durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde der entsprechende Beschluß des Bundestages rechtskräftig. Der über die Hamburger Landesliste der CDU am 6. September 1953 in den Bundestag gewählte Abgeordnete hatte sich am 21. August 1954 mit seiner Familie in die DDR begeben und auf einer am 26. August 1954 in Ost-Berlin veranstalteten Pressekonferenz geäußert, daß er beabsichtige, nunmehr in der DDR beruflich und auch politisch tätig zu sein.

■ Für die 13. Wahlperiode ist die Anzahl der während der Mandatszeit verstorbenen Abgeordneten und der Mandatsniederlegungen im NACHTRAG unter 2.6 zusammengestellt.

★ Die Gesamtzahl der zwischen der 1. und 12. Wahlperiode (1949–1994) während der Mandatszeit verstorbenen Abgeordneten beträgt 193, ihr Mandat niedergelegt haben im gleichen Zeitraum 313 Abgeordnete, und zur Aberkennung von Mandaten ist es in drei Fällen gekommen.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,

2.7 Verstorbene Politiker

1949

27. Oktober der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses Dr. **Fritz Linnert** (FDP)
 21. Dezember der DP-Fraktionsvorsitzende **Friedrich Klinge**

1950

27. Oktober der Vorsitzende des Beamtenrechtsausschusses und stellv. BP-Fraktionsvorsitzende Dr. **Ernst Falkner**
 21. November der Vorsitzende des Ausschusses für Bau- und Bodenrecht **Erich Klabunde** (SPD)

1951

25. März der SPD-Abgeordnete **Bruno Leddin**

1952

25. Februar der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion **Carl Schröter**
 9. März Wohnungsbauminister **Eberhard Wildermuth** (FDP)
 20. August der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. **Kurt Schumacher**

1953

15. Juli der SPD-Abgeordnete und Wirtschaftsexperte Dr. **Erik Nölting**
 14. September der ehem. Ministerpräsident von Hessen **Karl Geiler** (parteilos)
 29. September der Regierende Bürgermeister von Berlin **Ernst Reuter** (SPD)

1954

15. Januar der Präsident des Bundesverfassungsgerichts und frühere FDP-Abgeordnete Prof. Dr. **Hermann Höpker-Aschoff**
 10. Februar der SPD-Abgeordnete **Robert Görlinger**
 16. Oktober der ehem. schleswig-holsteinische Ministerpräsident **Friedrich-Wilhelm Lübke** (CDU)
 29. Oktober Bundestagspräsident D. Dr. **Hermann Ehlers** (CDU)

Hinweis

Die Sterbedaten von Mitgliedern des Deutschen Bundestages sind vollständig in Kapitel 31 enthalten.

1955

17. März der ehem. Präsident der Landesregierung Baden Dr. **Leo Wohleb**
 12. November Sonderminister Dr. **Robert Tillmanns** (CDU)

1956

19. Mai der Zentrums-Politiker und ehem. Fraktionsvorsitzende der Föderalistischen Union **Otto Pannenbecker**
 24. Mai der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftspolitik **Wilhelm Naegel** (CDU)
 13. Oktober der ehem. Innenminister Dr. **Robert Lehr** (CDU)

1957

12. April der ehem. Landwirtschaftsminister Dr. **Wilhelm Niklas** (CSU)
 2. Mai der CDU-Abgeordnete und ehem. Staatssekretär Dr. **Otto Lenz**
 4. Juni die SPD-Abgeordnete und ehem. Bürgermeisterin von Berlin **Louise Schroeder**
 30. August der Regierende Bürgermeister von Berlin Dr. **Otto Suhr** (SPD)
 8. Oktober der ehem. FDP-Abgeordnete und spätere Botschafter Dr. **Karl Georg Pfeleiderer**
 12. Oktober der ehem. CSU-Abgeordnete Dr. **Michael Horlacher**

1958

19. Mai der SPD-Abgeordnete und frühere stellv. Fraktionsvorsitzende **Wilhelm Mellies**
 7. Juni der ehem. SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des DGB **Walter Freitag**
 29. Juni der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und ehem. nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Karl Arnold**
 30. Juni der ehem. Regierende Bürgermeister von Berlin **Walter Schreiber** (CDU)
 23. Oktober der ehem. Bundestagspräsident Dr. **Erich Köhler** (CDU)
 6. Dezember der CDU-Abgeordnete **Josef Gockeln**

1959

26. März der ehem. Vizekanzler **Franz Blücher** (FDP, später FVP und DP)
 23. April der saarländische Ministerpräsident **Egon Reinert** (CDU)
 27. Mai der ehem. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein **Hermann Lüdemann** (SPD)
 14. September der ehem. Vorsitzende des Rechtsausschusses Prof. Dr. **Wilhelm Laforet** (CSU)
 11. Oktober der Vorsitzende des Ausschusses für den Lastenausgleich **Johannes Kunze** (CDU)

1960

26. Januar der ehem. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte **Hans Lukaschek** (CDU)
 27. Februar Schatzminister Dr. **Hermann Lindrath** (CDU)

23. März der ehem. SPD-Abgeordnete Prof. Dr. **Ludwig Bergstraesser**
 15. April der SPD-Abgeordnete Prof. Dr. **Wilhelm Gülich**
 29. April der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion **Adolf Cillien**
 20. Juli der ehem. CDU-Abgeordnete und spätere Botschafter
 Dr. **Hans Schlange-Schöningen**
 29. Juli Bundestagsvizepräsident Dr. **Max Becker** (FDP)
 14. Dezember der Vorsitzende des Innenausschusses **Friedrich Maier** (SPD)

1961

7. Mai der ehem. Minister für gesamtdeutsche Fragen **Jakob Kaiser** (CDU)
 5. August der ehem. bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende
 Dr. **Hanns Seidel**
 18. Oktober der ehem. rheinland-pfälzische Ministerpräsident **Wilhelm Boden** (CDU)
 3. November der SPD-Abgeordnete und ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Kriegsopfer-
 und Heimkehrerfragen **Kurt Pohle**
 21. Dezember der niedersächsische Ministerpräsident **Hinrich Wilhelm Kopf** (SPD)

1962

11. Mai der Flüchtlings-Experte der SPD-Fraktion **Richard Reitzner**
 8. Juni der CSU-Abgeordnete Dr. **Georg Baron Manteuffel-Szoeg**
 25. Juli die CDU-Abgeordnete **Helene Weber**
 8. September der ehem. Vorsitzende des Beamtenrechtsausschusses
 Dr. **Josef Ferdinand Kleindinst** (CSU)
 28. September der CDU-Abgeordnete und Alterspräsident des 4. Bundestages **Robert Pferd-
 menges**
 26. Oktober der ehem. Staatssekretär und spätere Abgeordnete Dr. **Georg Ripken** (DP,
 danach CDU/CSU)
 4. Dezember der innenpolitische Experte der FDP-Fraktion **Walther Kühn**

1963

17. Januar der stellv. Vorsitzende der FDP-Fraktion **Wolfgang Döring**
 8. März der ehem. stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion **Johannes Albers**
 5. August der CDU-Abgeordnete **Friedrich Funk**
 24. September der SPD-Abgeordnete und ehem. Parlamentarische Geschäftsführer und
 Ausschußvorsitzende Dr. **Walter Menzel**
 12. Dezember der ehem. Bundespräsident Prof. Dr. **Theodor Heuss**
 14. Dezember der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende **Erich Ollenhauer**

1964

11. Januar der ehem. 2. Vorsitzende der KPD-Fraktion **Heinz Renner**
 21. Januar der ehem. Vorsitzende der Bayernpartei Dr. **Josef Baumgartner**

7. März der stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende und Wirtschaftsexperte Dr. **Heinrich Deist**
3. September der ehem. Vorsitzende des Finanzausschusses Dr. **Hans Wellhausen** (FDP, später CDU)
14. November der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und ehem. Außenminister Dr. **Heinrich von Brentano**
24. November der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende der Katholischen Arbeiterbewegung **Johannes Even**

1965

24. Juni der Vorsitzende des Ausschusses für Kommunalpolitik und Sozialhilfe Dr. **Friedrich Wilhelm Willeke** (CDU)
26. November der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen **Emil Kemmer** (CSU)

1966

4. Februar der ehem. stellv. FDP-Fraktionsvorsitzende und spätere FVP- und DP-Abgeordnete **August-Martin Euler**
23. März die ehem. FDP-Abgeordnete und Alterspräsidentin des 2. und 3. Bundestages Dr. **Marie-Elisabeth Lüders**
26. Mai der ehem. Vorsitzende der FDP-Fraktion, Sonderminister und Bundestagsvizepräsident Dr. **Hermann Schäfer**
14. Juli der FDP-Politiker Dr. **Friedrich Middelhauve**
20. September der ehem. stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und Vorsitzende des Arbeitsausschusses **Josef Arndgen**
27. November der SPD-Abgeordnete und Vertriebenenpolitiker **Wenzel Jaksch**

1967

22. Februar der SPD-Fraktionsvorsitzende **Fritz Erler**
29. März der ehem. Finanz- und Justizminister **Fritz Schäffer** (CSU)
13. April der ehem. hessische Ministerpräsident **Christian Stock** (SPD)
19. April der ehem. Bundeskanzler und CDU-Parteivorsitzende Dr. **Konrad Adenauer**
1. Mai Bundestagsvizepräsidentin Dr. **Maria Probst** (CSU)
26. Juni der ehem. sozialpolitische Experte der CDU/CSU-Fraktion **Peter Horn**
21. Juli der Bundestagsvizepräsident und ehem. Justizminister sowie FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. **Thomas Dehler**
27. Juli der erste Oberbürgermeister von Gesamt-Berlin nach Kriegsende **Arthur Werner** (parteilos)
3. August der frühere Reichstagspräsident und Alterspräsident des 1. Bundestages **Paul Löbe** (SPD)
17. September der ehem. Verkehrsminister und frühere DP-Politiker Dr.-Ing. **Hans-Christoph Seeböhm** (CDU)
21. September der ehem. saarländische Ministerpräsident **Johannes Hoffmann** (CVP)
27. Oktober der ehem. schleswig-holsteinische Ministerpräsident **Theodor Steltzer** (CDU)

1968

11. Juni der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Wiedergutmachung
Dr. **Otto Heinrich Greve** (SPD)
28. August der ehem. Forschungsminister und stellv. FDP-Fraktionsvorsitzende **Hans Lenz**
4. Oktober der ehem. CDU-Abgeordnete Dr. **August Dresbach**

1969

21. April der ehem. nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. **Rudolf Amelunxen**
(Zentrum)
20. Mai der ehem. Vorsitzende der GB/BHE-Fraktion und spätere CDU-Abgeordnete
Horst Haasler
30. Juli der CSU-Abgeordnete **Konstantin Prinz von Bayern**
13. Oktober die ehem. Partei- und Fraktionsvorsitzende des Zentrums und spätere SPD-
Abgeordnete sowie Vorsitzende des Petitionsausschusses **Helene Wessel**
14. Oktober der ehem. stellv. Vorsitzende der DP-Fraktion und spätere Botschafter
Dr. **Hans Mühlenfeld**
22. Oktober der ehem. nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Fritz Steinhoff** (SPD)
15. November der ehem. CDU-Abgeordnete und spätere Gesandte Dr. **Friedrich Holzapfel**
19. Dezember der ehem. Finanzminister Dr. **Rolf Dahlgrün** (FDP)
29. Dezember der ehem. CDU- und spätere SPD-Abgeordnete **Peter Nellen**

1970

5. März der SPD-Abgeordnete **Werner Jacobi**
5. April der ehem. CSU-Abgeordnete und spätere Botschafter **Karl Graf von Spreiti**
23. April der CDU-Abgeordnete **Alfred Burgemeister**
9. Mai der ehem. Finanzminister **Franz Etzel** (CDU)
5. Juni der ehem. Schatzminister und Vorsitzende des Rechtsausschusses
Dr. **Hans Wilhelmi** (CDU)
18. August der CDU-Abgeordnete und ehem. Minister für Post- und Fernmeldewesen, für
gesamtdeutsche Fragen und für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
Ernst Lemmer
10. November der ehem. CDU-Abgeordnete und spätere Wehrbeauftragte des Bundestages
Hellmuth Guido Alexander Heye
31. Dezember der CSU-Abgeordnete **Franz Xaver Unertl**

1971

19. Januar der SPD-Abgeordnete und ehem. Staatssekretär Dr. **Udo Hein**
17. März der ehem. Vorsitzende des Patentrechtsausschusses und spätere Vizepräsident
des Bundesverfassungsgerichts **Friedrich Wilhelm Wagner** (SPD)
26. März der ehem. CDU-Bundesgeschäftsführer **Josef Hermann Dufhues**

19. Juni der ehem. Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses **Heinrich Georg Ritzel** (SPD)
2. Juli der SPD-Politiker **Waldemar von Knoeringen**
22. Juli der ehem. Vorsitzende des Verkehrsausschusses **Willy Max Rademacher** (FDP)
19. August der ehem. Ministerpräsident von Württemberg-Baden und später von Baden-Württemberg und FDP-Parteivorsitzende Dr. **Reinhold Maier**
27. August der Haushalts- und Finanzexperte der CDU/CSU-Fraktion Dr. **Wolfgang Pohle**
29. September der ehem. schleswig-holsteinische Ministerpräsident und spätere CDU-Abgeordnete Dr. **Walter Bartram**
10. Oktober der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Heimatvertriebene und später für Lastenausgleich **Ernst Kuntscher** (CDU)
15. Oktober der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion **Will Rasner**
17. Oktober der ehem. SPD-Abgeordnete **Willi Eichler**
3. November der ehem. CDU-Abgeordnete und kurzfristige Vertriebenenminister **Hans Krüger**
4. Dezember der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Heimatvertriebene und Flüchtlinge **Reinhold Rehs** (SPD, später CDU)

1972

17. Januar der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Kulturpolitik **Karl Gaul** (FDP)
11. März der ehem. CDU-Abgeordnete und Berliner Bürgermeister Prof. Dr. **Ferdinand Friedensburg**
11. März der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der FDP- und später der FVP-Fraktion sowie ehem. Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Dr. **Martin Blank**
6. April der ehem. Bundespräsident **Heinrich Lübke**
14. Mai der ehem. Verteidigungs- und Arbeitsminister **Theodor Blank** (CDU)
4. Oktober der ehem. CSU-Abgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär **Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg**
27. November der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Sozialpolitik **Willi Richter** (SPD)

1973

2. Februar der ehem. Hamburger Bürgermeister **Max Brauer** (SPD)
12. April der ehem. Wohnungsbau- und spätere Justizminister **Fritz Neumayer** (FDP, später FVP)
5. Mai der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen **Helmut Bazille** (SPD)
25. August der stellv. FDP-Fraktionsvorsitzende und FDP-Generalsekretär **Karl-Hermann Flach**
12. November der bildungs- und kulturpolitische Experte der CDU/CSU-Fraktion Dr. **Berthold Martin**

1974

12. Januar der ehem. saarländische FDP-Abgeordnete **Heinrich Schneider**
29. Januar der stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende und ehem. Parlamentarische Staatssekretär **Dr. Klaus Dieter Arndt**
13. Februar der Rechtsexperte der SPD-Fraktion Dr. **Adolf Arndt**
15. Mai der ehem. SPD-Abgeordnete Prof. Dr. **Fritz Baade**
9. Oktober der ehem. Berliner SPD-Abgeordnete und Parteivorsitzende **Franz Neumann**
24. November der CDU-Politiker Prof. Dr. **Adolf Süsterhenn**
31. Dezember der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Entwicklungshilfe **Robert Margulies** (FDP)

1975

29. Juni der ehem. CDU-Abgeordnete und Präsident des Europäischen Parlaments **Dr. Hans Furler**
24. November der SPD-Abgeordnete und Wehrexperte Dr. **Friedrich Beermann**
26. November der ehem. Arbeitsminister **Anton Storch** (CDU)
14. Dezember der ehem. Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei **Johannes Brockmann**
24. Dezember der ehem. CDU-Abgeordnete und Enkel des früheren Reichskanzlers **Otto Fürst von Bismarck**

1976

25. Januar der ehem. Bundestagsvizepräsident, stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion und Vorsitzende des Haushalts- und Geschäftsausschusses **Erwin Schoettle**
27. März der ehem. hessische Ministerpräsident **Georg-August Zinn** (SPD)
19. Mai die ehem. SPD-Abgeordnete **Jeanette Wolff**
2. Juli der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der DP-Fraktion **Heinz Matthes**
7. Juli der ehem. Bundespräsident D. Dr. Dr. **Gustav W. Heinemann**
10. August der ehem. Wohnungsbau- und spätere Innenminister **Paul Lücke** (CDU)
2. September der ehem. Postminister **Hans Schuberth** (CSU)
3. Oktober der CDU-Politiker und ehem. Vorsitzende der Ausschüsse für ERP-Fragen und für Kommunalpolitik Dr. **Hermann Pünder**

1977

18. Januar der ehem. Wehrbeauftragte des Bundestages **Helmuth von Grolman**
18. Januar der ehem. KPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende **Max Reimann**
19. Januar der ehem. FDP-Fraktionsvorsitzende und spätere CDU-Abgeordnete **Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm**
20. Januar der ehem. Agrar-Experte der SPD-Fraktion **Herbert Kriedemann**
5. Mai der ehem. Wirtschaftsminister, Bundeskanzler und CDU-Parteivorsitzende Prof. Dr. **Ludwig Erhard**, Alterspräsident des 7. und 8. Bundestages

29. Juni der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Kommunalpolitik und Raumordnung **Carl Hesberg** (CDU)
12. Juli der ehem. Sonderminister und Parteivorsitzende des GB/BHE und spätere CDU-Abgeordnete **Waldemar Kraft**
28. August der ehem. Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz **Peter Altmeier** (CDU)
1. September der ehem. Parlamentarische Staatssekretär **Karl Herold** (SPD)
8. September der ehem. DP-Abgeordnete und spätere Botschafter **Carl von Campe**
26. September der ehem. CDU-Abgeordnete Prof. Dr. **Franz Böhm**
4. Oktober der ehem. SPD-Abgeordnete und spätere Botschafter **Peter Blachstein**
18. November der SPD-Schatzmeister **Wilhelm Dröscher**

1978

16. April der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion **Alfred Ollesch**
23. April der ehem. Bundestagsvizepräsident und Fraktionsvorsitzende der DP und später FVP Dr. **Ludwig Schneider**
24. April der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen **Josef Mick** (CDU)
29. Juli der ehem. CDU-Abgeordnete Prof. Dr. **Fritz Burgbacher**
1. August der ehem. stellv. Vorsitzende und Wirtschaftsexperte der CDU/CSU-Fraktion **Peter Wilhelm Brand**
24. September der ehem. FDP-Abgeordnete und spätere stellv. Vorsitzende der FVP-Fraktion **Hasso von Manteuffel**

1979

19. Januar der Parlamentarische Staatssekretär **Egon Höhmann** (SPD)
1. Februar die SPD-Politikerin und ehem. Vorsitzende des Petitionsausschusses **Luise Albertz**
21. März der ehem. Hamburger Bürgermeister **Paul Nevermann** (SPD)
14. April der frühere Vorsitzende der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung (WAV) **Alfred Loritz**
30. April der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Geld und Kredit **Hugo Scharnberg** (CDU)
11. Mai der ehem. Regierungssprecher und Staatssekretär und spätere CDU-Abgeordnete **Felix von Eckardt**
26. Juni der saarländische Ministerpräsident Dr. **Franz Josef Röder** (CDU)
2. August Bundestagsvizepräsident Dr. **Hermann Schmitt-Vockenhausen** (SPD)
12. September der CSU-Mitbegründer **Josef Müller**
21. Oktober der ehem. CDU-Abgeordnete **Gustav Stein**
11. Dezember der ehem. Bundestagsvizepräsident, Bundesratsminister und stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion Prof. Dr. **Carlo Schmid**
19. Dezember der ehem. Bremer Bürgermeister **Wilhelm Kaisen** (SPD)

1980

5. März der ehem. bayerische Ministerpräsident Dr. **Wilhelm Hoegner** (SPD)
21. März der ehem. CDU-Abgeordnete Dr. **Hans Dichgans**
20. April der CDU-Politiker und ehem. Parlamentarische Staatssekretär **Heinrich Köppler**
5. Juni der SPD-Abgeordnete und ehem. Wohnungs- und Verkehrsminister Dr. **Lauritz Lauritzen**
31. Juli der ehem. CDU-Abgeordnete Prof. Dr. **Pascual Jordan**
3. September der ehem. SPD-Abgeordnete und spätere Staatssekretär Dr. **Heinz Morgenstern**
18. Oktober der ehem. bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Dr. **Hans Ehard**
19. Dezember der Intendant der Deutschen Welle und ehem. Regierungssprecher und SPD-Abgeordnete **Conrad Ahlers**

1981

13. Mai der ehem. CSU-Abgeordnete **Josef-Ernst Fürst Fugger von Glött**
2. April der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft Dr. **Karl Bechert** (SPD)
2. Juli der SPD-Abgeordnete und ehem. Senator im Land Berlin **Horst Korber**
1. September der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films **Paul Bausch** (CDU)
4. Oktober der CDU-Abgeordnete und ehem. Bürgermeister von Berlin **Franz Amrehn**
25. November die ehem. DP- und spätere CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Fragen der öffentlichen Fürsorge **Margot Kalinke**
26. Dezember der ehem. Vorsitzende des Außenhandelsausschusses und des Beirats des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen Dr. **Günther Serres** (CDU)

1982

11. Januar der ehem. schleswig-holsteinische Ministerpräsident und spätere SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Postausschusses im Bundestag **Bruno Diekmann**
13. Januar der frühere Zentrums-Politiker und ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Föderalistischen Union **Bernhard Reismann**
24. Januar der CSU-Politiker und Sozialexperte **Hans Schütz**
25. Februar der ehem. Minister für Angelegenheiten des Bundesrates, Justiz- und Vertriebenenminister sowie DP-Fraktionsvorsitzende Dr. **Hans-Joachim von Merkatz** (später CDU)
29. März der ehem. Staatssekretär und Präsident der EWG-Kommission sowie spätere CDU-Abgeordnete Prof. Dr. **Walter Hallstein**
1. Mai der ehem. Justizminister Dr. **Wolfgang Stammberger** (FDP, später SPD)
26. Juli der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen und Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE **Helmut Petersen**
2. September der ehem. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten **Werner Schwarz** (CDU)

1983

5. Januar der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und spätere Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung **Anton Sabel** (CDU)
24. Januar der ehem. Agrarexperte der FDP-Fraktion **Adolf Mauk**
10. Februar der SPD-Abgeordnete und ehem. Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung **Hermann Schmidt** (Würgendorf)
10. März der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Heimatvertriebene und spätere stellv. Fraktionsvorsitzende des GB/BHE Dr. **Linus Kather** (zuvor CDU)
21. März der ehem. SPD-Abgeordnete **Max Seidel**
18. Mai der ehem. SPD-Schatzmeister **Alfred Nau**
21. Mai die ehem. Parlamentarische Staatssekretärin und spätere Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit **Marie Schlei** (SPD)
7. Juni der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion **Josef Rösing** (zuvor Zentrum)
19. Juni der ehem. niedersächsische Ministerpräsident Dr. **Georg Diederichs** (SPD)
6. September der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Deutschen Partei **Rudolf Eickhoff**
9. Oktober der ehem. Erste Bürgermeister von Hamburg Dr. **Herbert Weichmann** (SPD)

1984

29. Januar der ehem. Vorsitzende des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform und spätere Generalbundesanwalt Dr. **Max Güde** (CDU)
3. Februar der ehem. saarländische Ministerpräsident **Hubert Ney** (CDU)
27. März der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft Dr. **Rolf Meinecke** (SPD)
31. Mai der ehem. Agrarexperte der FDP-Fraktion Dr. **Josef Effertz**
6. Juni der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Sozialpolitik (später für Arbeit und Sozialordnung) und ehem. stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion Prof. Dr. **Ernst Schellenberg**
11. Juni der ehem. Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und später für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft Prof. Dr.-Ing. **Siegfried Balke** (CSU)
8. Juli der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Atomfragen **Hugo Geiger** (CSU)
30. Juli der ehem. SPD-Abgeordnete **Fritz Sängler**
11. November der FDP-Politiker Prof. Dr. **Hans Reif**
12. Dezember der ehem. Vorsitzende des Finanzausschusses Dr. **Otto Schmidt** (CDU)
18. Dezember der ehem. Fraktionsvorsitzende der Bayernpartei **Gebhard Seelos**

1985

6. Februar der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Besatzungsfragen Prof. Dr. **Eduard Wahl** (CDU)

6. April der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion
Dr. h. c. **Werner Mertes**
21. Mai der ehem. Bundesminister der Justiz Dr. **Karl Weber** (CDU)
16. Juni der Staatsminister im Auswärtigen Amt Dr. **Alois Mertes** (CDU)
12. Juli der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Dr. **Werner Marx** (CDU)
13. Juli der ehem. Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages **Matthias Hoogen**
(CDU)
2. Oktober der ehem. Fraktionsvorsitzende der Föderalistischen Union (FU)
Dr. **Hugo Decker** (zuvor Bayernpartei)
2. Oktober der ehem. stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und Bundesminister
der Finanzen Prof. Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. **Alex Möller**
5. Oktober der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales der
CDU/CSU-Fraktion Dr. **Haimo George**
23. Oktober der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten **Bernhard Bauknecht** (CDU)
12. November der ehem. Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen **Willy Dehnkamp** (SPD)

1986

6. Januar der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen
Kurt Mattick (SPD)
9. Januar die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion
Dr. **Helga Wex**
16. Februar der ehem. stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion **Anton Hilbert**
7. März der ehem. Bundesminister für Familien- und Jugendfragen
Dr. **Franz-Josef Wuermeling** (CDU)
13. März der ehem. Präsident des Deutschen Bundestages
Prof. D. Dr. **Eugen Gerstenmaier** (CDU)
16. März der ehem. Erste Bürgermeister von Hamburg **Kurt Sieveking** (CDU)
29. Oktober die ehem. Bundesministerin für Gesundheitswesen Dr. **Elisabeth Schwarzhaupt**
(CDU)

1987

14. Januar der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Post- und Fernmeldewesen
Johann Cramer (SPD)
21. April der ehem. Vorsitzende des CDU/CSU-Arbeitskreises Soziales und Gesellschafts-
politik Dr. **Hermann Götz**
24. Mai der ehem. stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion **Detlef Struve**
20. Juni der ehem. stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion **Bruno Friedrich**
25. August der FDP-Politiker **Willi Weyer**
2. September der ehem. stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion und Alterspräsident
des 6. Bundestages **William Borm**
11. Oktober der neun Tage zuvor als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein zurückgetre-
tene Dr. Dr. **Uwe Barschel** (CDU)

6. Dezember der Berliner CDU-Politiker und ehem. Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin, Parlamentarischer Staatssekretär **Peter Lorenz**
26. Dezember der CDU-Politiker Dr. **Kurt Birrenbach**

1988

5. Februar der ehem. Vorsitzende des CDU/CSU-Arbeitskreises Gesellschaftspolitik, Kulturpolitik und Publizistik Dr. **Stefan Dittrich** (CSU)
1. März der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen **Karl-Heinz Vogt** (CSU)
9. März der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Bundeskanzler während der Großen Koalition Dr. h. c. **Kurt Georg Kiesinger** (CDU)
24. März der Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments Dr. **Heinrich Aigner** (CSU)
2. Juli der ehem. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und ehem. Vorsitzende des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen Dr. **Johann Baptist Gradl** (CDU)
31. August der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer und spätere stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Vorsitzende des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und später des Innenausschusses sowie der Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform sowie Staatssekretär a. D. Prof. Dr. **Friedrich Schäfer** (SPD)
3. Oktober der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Parteivorsitzende der Christlich-Sozialen Union und ehem. Bundesminister verschiedener Ressorts Dr. h. c. **Franz Josef Strauß** (CSU)
23. Dezember der ehem. Wirtschaftsexperte der SPD-Bundestagsfraktion **Georg Kurlbaum** (SPD)

1989

23. April der ehem. Parlamentarische Staatssekretär und zeitweilige stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion sowie Europa-Experte seiner Fraktion **Kurt Jung**
18. Mai der ehem. Bundesinnenminister und spätere Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und zeitweilige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion sowie Vorsitzende der CSU-Landesgruppe **Hermann Höcherl**
15. August der ehem. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und spätere Bundesminister für besondere Aufgaben und für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates Dr. **Heinrich Krone**
12. September der ehem. Vorsitzende des Arbeitskreises „Inneres, Bildung, Sport“ der SPD-Fraktion **Hugo Brandt**
16. September der ehem. Bundesminister für Familie und Jugend und spätere Generalsekretär der CDU Prof. Dr. **Bruno Heck**
26. September die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler und langjährige Vorsitzende des Petitionsausschusses **Lieselotte Berger** (CDU)

19. Oktober der ehem. Vorsitzende des Arbeitskreises „Sicherheitsfragen“ der SPD-Fraktion und zeitweilige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses **Werner Buchstaller**
28. Dezember der ehem. SPD-Abgeordnete und spätere Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts **Walter Seuffert**
31. Dezember der ehem. Bundesminister des Innern, anschließend des Auswärtigen und der Verteidigung und spätere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses **Dr. Gerhard Schröder** (CDU)

1990

19. Januar der ehem. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Herbert Wehner**, zuvor Vorsitzender des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen
15. April der ehem. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein **Dr. Helmut Lemke** (CDU)
31. Juli der ehem. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und spätere Chef des Bundeskanzleramtes, zuletzt als Bundesminister für besondere Aufgaben, **Dr. Ludger Westrick** (CDU)
7. August der ehem. Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und spätere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. **Dr. Gebhard Müller** (CDU)
3. September der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion und Vizepräsident des Deutschen Bundestages **Dr. Karl Mommer**
28. Oktober der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe **Gerhard Wachter**

1991

26. Januar der CDU-Politiker Prof. **Dr. Gerhard Zeitel**
12. April der SPD-Politiker **Werner Figgen**
5. Mai der ehem. Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses **Dr. Hermann Kopf** (CDU)
13. Mai der ehem. Bundesminister für Wohnungsbau und spätere Vizepräsident des Deutschen Bundestages **Dr. Victor-Emanuel Preusker** (zunächst FDP, später FVP, DP und CDU/CSU)
5. Juni der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films und spätere Staatssekretär im Bundesschatzministerium **Dr. Rudolf Vogel** (CDU)
20. September der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Föderalistischen Union **Dr. Anton Besold** (zuvor Bayernpartei, später CSU)
4. Oktober der ehem. Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und spätere Ministerpräsident des Landes Niedersachsen **Heinrich Hellwege**, zugleich Vorsitzender der Deutschen Partei
30. Oktober der ehem. Vorsitzende des Beirates für handelspolitische Vereinbarungen im Deutschen Bundestag sowie Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses und später des Haushaltsausschusses im Europäischen Parlament **Erwin Lange** (SPD)
31. Oktober der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion und spätere Bundesminister der Justiz sowie Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau **Dr. Ewald Bucher**

28. November der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik, später des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft bzw. für Forschung und Technologie Prof. Dr. **Ulrich Lohmar** (SPD)
29. November der ehem. Fraktionsvorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks/BHE **Erwin Feller**
2. Dezember der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Arbeitskreises „Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik“ der FDP-Fraktion
Dr. **Ernst Achenbach**
24. Dezember der ehem. Ministerpräsident des Freistaates Bayern
Dr. h. c. **Alfons Goppel** (CSU)

1992

15. Februar der Abgeordnete Prof. Dr. **Gerhard Riege**, Vorsitzender des Arbeitskreises „Demokratisierung und Recht“ der Gruppe der PDS/Linke Liste, zuvor Parlamentarischer Geschäftsführer der Gruppe der PDS im Bundestag
11. März der ehemalige Stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
Georg Stiller
12. März der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen **Heinz Kühn** (SPD)
12. April der ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Wiedergutmachung, der Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und spätere Richter am Bundesverfassungsgericht **Martin Hirsch**
30. Mai der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. **Karl Carstens**, zuvor Staatssekretär nacheinander im Auswärtigen Amt, im Bundesministerium der Verteidigung und im Bundeskanzleramt, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und Präsident des Deutschen Bundestages
31. Mai der CDU-Abgeordnete Dr. **Lutz G. Stavenhagen**, bis Ende 1991 zunächst Staatsminister im Auswärtigen Amt und später Staatsminister beim Bundeskanzler
19. Juli der CDU-Politiker Dr. **Georg Kliesing**
1. Oktober offizieller Todestag der ehemaligen Abgeordneten der Fraktion DIE GRÜNEN **Gert Bastian** und **Petra Kelly**, die am 19. Oktober in ihrer Bonner Wohnung tot aufgefunden wurden
8. Oktober der ehemalige Bundeskanzler und SPD-Parteivorsitzende **Willy Brandt**, zuvor Regierender Bürgermeister von Berlin und Bundesminister des Auswärtigen, zuletzt Alterspräsident des Deutschen Bundestages
8. Oktober die ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge **Lisa Korpeter** (SPD)
16. Dezember der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und spätere Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung **Jürgen Egert** (SPD)

Hinweis

Die Sterbedaten von Mitgliedern des Deutschen Bundestages sind vollständig in Kapitel 31 enthalten.

1993

13. Januar der SPD-Politiker **Ludwig Metzger**
13. März der ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen **W. Alexander Menne** (FDP)
13. April der ehemalige (kommissarische) Ministerpräsident von Schleswig-Holstein **Henning Schwarz** (CDU)
18. Mai der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin **Heinrich Albertz** (SPD)
26. Juni der frühere Abgeordnete **Herbert Gruhl** (erst CDU, später fraktionslos), Gründer der Partei Grüne Aktion Zukunft (GAZ) und zeitweise Vorsitzender der aus ihr hervorgegangenen Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)
24. September der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten **Fritz Logemann** (FDP)
19. Dezember der frühere SPD-Abgeordnete **Hugo Collet**

1994

1. Januar der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks/BHE und spätere CSU-Abgeordnete Dr. **Walter Eckhardt**
27. Januar der Vorsitzende des Finanzausschusses **Hans H. Gattermann** (FDP)
21. Februar der Staatssekretär beim Bundesminister für Familie und Senioren **Albrecht Hasinger**, in der 8. Wahlperiode Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU)
9. März der ehem. Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages **Karl Wilhelm Berkhan**, zuvor Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung
12. März der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP **Hansheinrich Schmidt**
9. Mai der SPD-Politiker und spätere Vorsitzende des DGB **Heinz-Werner Meyer**
27. Mai der ehem. Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft **Klaus Beckmann**, zuvor Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion
4. Juli der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks/BHE **Frank Seiboth**
19. Juli der ehem. stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Fraktion Dr. **Ernst Müller-Hermann**
13. August der Generalsekretär der Nordatlantischen Allianz und Vorsitzende des Nordatlantikrates Dr. **Manfred Wörner**, zuvor stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der CDU/CSU, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und Bundesminister der Verteidigung
1. September der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der WAV **Otto Reindl**
16. September die ehem. Vorsitzende des Petitionsausschusses **Maria Jacobi** (CDU)
2. Oktober der ehem. Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses und des Haushaltsausschusses, Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und spätere Präsident des Europäischen Rechnungshofes **Albert Leicht** (CDU)

30. Oktober der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie
Ludwig Gerstein (CDU)
26. Dezember der ehem. Bundesminister für Wirtschaft (und zeitweise auch für Finanzen)
Prof. Dr. **Karl Schiller** (SPD)

1995

26. April der ehem. stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Vorsitzende des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen und spätere langjährige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen **Egon Franke**
18. Juni der ehem. wirtschaftspolitische Experte der FDP-Fraktion und Vorsitzende des Ausschusses für Entwicklungshilfe Dr. **Karl Atzenroth**
29. September der Verleger und ehem. CDU-Politiker Dr. **Gerd Bucorius**, im Bundestag Vorsitzender des Ausschusses für Berlin und des Untersuchungsausschusses zum Fall *Otto John*
19. Oktober der CDU-Politiker **Jürgen Wohlrahe**
12. Dezember der ehem. Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Partei **Herbert Schneider** (zuletzt CDU)

1996

5. Januar der CDU-Politiker **Thomas Ruf**
6. Januar der ehem. Bundesminister für Wirtschaft und spätere Bundesschatzminister Dr. h. c. **Kurt Schmücker** (CDU)
18. Januar der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen Dr. **Paul Bleiß** (SPD)
18. Januar der Vorsitzende der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Wirtschaft **Rainer Haungs**
23. Februar der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion **Heinz-Adolf Hörskén**
26. März die ehem. Bundesministerin für Gesundheit und spätere Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit **Käte Strobel** (SPD)
14. Mai der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. **Ludwig Preiß**, zuvor FDP, später CDU
16. Juli **Adolf von Thadden**, als Abgeordneter der Deutschen Reichspartei zweitjüngstes Mitglied des ersten Bundestages, später als Vorsitzender der rechtsradikalen NPD hervorgetreten
17. Juli der ehem. Fraktionsvorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks/BHE Dr. **Karl Mocker**
18. Juli der ehem. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung **Hans Katzer** (CDU)
12. August der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP und spätere Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Dr. **Wolfgang Rutschke**
16. August der ehem. hessische Ministerpräsident **Albert Osswald** (SPD)
11. September der ehem. Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages **Willi Weiskirch**, zuvor Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion

14. September der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP Dr. **Bruno Menzel**, während der Zeit der Wende in der DDR Mitbegründer und Parteivorsitzender der ostdeutschen FDP
26. November der Vizepräsident des Deutschen Bundestages **Hans Klein** (CSU), zuvor Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
9. Dezember der ehem. CDU-Abgeordnete und spätere Kultusminister von Baden-Württemberg Prof. Dr. **Wilhelm Hahn**
15. Dezember die ehem. SPD-Abgeordnete und spätere Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg in Bonn, Senatorin a. D. Dr. **Ilse Elsner**

1997*)

1. Januar die ehem. stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und spätere Bundesministerin für Familie und Jugend **Aenne Brauksiepe**
24. Januar die ehem. stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende **Irma Blohm**
10. April der CDU-Politiker **Erik Blumenfeld**
18. April der ehem. Vorsitzende der Gruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Fraktion Dr. **Herbert Czaja**
8. Mai der ehem. Bundestagspräsident **Kai-Uwe von Hassel** (CDU/CSU), zuvor Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Bundesminister der Verteidigung und Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
29. Mai der ehem. stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende **Victor Kirst**
21. Juli der ehem. Vorsitzende des CDU/CSU-Arbeitskreises „Auswärtige, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen“ Dr. **Ernst G. Majonika**

■ Die Todesdaten von Politikern, die nach dem 1. September 1997 bis Anfang 1999 verstorben sind, stehen im NACHTRAG unter 2.7.

2.8 Mandatsverzichte

Bis zu 30 Abgeordnete haben bisher während einer jeden Wahlperiode auf ihre Mitgliedschaft im Bundestag verzichtet (vgl. Abschnitt 2.6) – größtenteils, weil ihnen Positionen und Aufgaben übertragen wurden, die mit der Ausübung des Mandats nicht vereinbar sind (vgl. Abschnitt 2.9 Inkompatibilitäten) und die in aller Regel eine Entwicklung in ihrer politischen Karriere bedeuteten. Die folgende Liste führt die Mitglieder des Bundestages auf, die seit der 1. Wahlperiode ihr Mandat niederlegt haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen. Mandatsnie-

*) Stand: 31. August

Hinweis

Die Sterbedaten von Mitgliedern des Deutschen Bundestages sind vollständig in Kapitel 31 enthalten.

derlegungen aus persönlichen, insbesondere gesundheitlichen Gründen*) oder aus politischen Gründen**) bleiben deshalb in der tabellarischen Aufstellung unerwähnt, ferner die 26 Mandatsniederlegungen von Abgeordneten der Fraktion DIE GRÜNEN in der Mitte der 10. Wahlperiode, die mit der Befürwortung der Rotationsidee zusammenhängen (vgl. Abschnitt 2.6: Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft).

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
1. WP 1949–53	<i>Heuss, Theodor</i>	FDP	15. 9. 1949	Bundespräsident
	<i>Amelunxen, Rudolf</i>	Z	7. 10. 1949	Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Hilpert, Werner</i>	CDU	10. 10. 1949	2. Ministerpräsident und Finanzminister des Landes Hessen (seit 1947)
	<i>Schlange-Schöningen, Hans</i>	CDU	9. 6. 1950	Geschäftsträger im Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Großbritannien
	<i>Lübke, Heinrich</i>	CDU	30. 9. 1950	Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen (seit 1947)
	<i>Middelhaue, Friedrich</i>	FDP	17. 10. 1950	Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Gesamt-FDP, Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen (seit 1946)
	<i>Baumgartner, Josef</i>	BP	1. 1. 1951	Vorsitzender der Bayernpartei (seit 1948)
	<i>Zinn, Georg-August</i>	SPD	21. 1. 1951	Ministerpräsident des Landes Hessen
	<i>Knoeringen, Waldemar von</i>	SPD	3. 4. 1951	Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag (seit 1946) und SPD-Landesvorsitzender in Bayern (seit 1947)
	<i>Oellers, Fritz</i>	FDP	5. 6. 1951	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien
	<i>Höpker-Aschoff, Hermann</i>	FDP	9. 9. 1951	Präsident des Bundesverfassungsgerichts
	<i>Seelos, Gebhard</i>	BP	25. 9. 1951	Rückkehr in den Bayerischen Staatsdienst
	<i>Herbig, Gustav</i>	SPD	1. 12. 1951	Deutscher Gesandter in Uruguay

*) Wegen schwerer Krankheit hat in der 9. Wahlperiode Bundesministerin a. D. *Marie Schlei* am 3. November 1981 auf ihr Mandat verzichtet; sie ist am 21. Mai 1983 gestorben. Ähnliche Beispiele sind Bundesminister a. D. *Theodor Blank* (Mandatsniederlegung am 21. April 1972, gestorben am 14. Mai 1972) oder *Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg* (Mandatsniederlegung am 6. Juni 1972, gestorben am 4. Oktober 1972).

**) Aus politischen Gründen haben beispielsweise in der 9. Wahlperiode ihr Mandat niedergelegt: *Ingrid Matthäus-Maier* (am 2. 12. 1982), *Andreas von Schoeler* (am 8. 12. 1982) und *Helga Schuchardt* am 10. 2. 1983), nachdem sie zunächst wegen des Koalitionswechsels der FDP im September/Oktober 1982 aus der Fraktion der FDP ausgetreten waren. In der 11. Wahlperiode legte der Abgeordnete *Otto Schily* sein Mandat im Zusammenhang mit seinem Austritt aus der Partei DIE GRÜNEN am 7. November 1989 nieder. Mandatsniederlegungen aus politischen Gründen in der 12. Wahlperiode hängen zum Teil mit dem Verdacht auf eine frühere Stasi-Mitarbeit in der DDR zusammen.

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 1. WP	<i>Degener, Johannes</i>	CDU	31. 12. 1951	Senator für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen der Freien Hansestadt Bremen
	<i>Campe, Carl von</i>	DP	8. 1. 1952	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Chile
	<i>Suhr, Otto</i>	SPD	31. 1. 1952	Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin (seit 1951)
	<i>Nowack, Wilhelm</i>	FDP	30. 9. 1952	Minister für Finanzen und Wiederaufbau des Landes Rheinland-Pfalz (seit 1951)
	<i>Etzel, Franz</i>	CDU	4. 1. 1953	Vizepräsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (seit 1952)
	<i>Holzapfel, Friedrich</i> <i>Mühlenfeld, Hans</i>	CDU DP	20. 1. 1953 15. 5. 1953	Deutscher Gesandter in Bern Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden
2. WP 1953–57	<i>Fiedler, Eduard</i>	GB/BHE	13. 10. 1953	Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte des Landes Baden-Württemberg
	<i>Müller, Gebhard</i>	CDU	11. 11. 1953	Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
	<i>Veit, Hermann</i>	SPD	10. 12. 1953	Stellvertretender Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
	<i>Middelhaue, Friedrich</i>	FDP	10. 9. 1954	Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Weyer, Willi</i>	FDP	17. 9. 1954	Minister für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Hassel, Kai-Uwe von</i>	CDU	4. 11. 1954	Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
	<i>Hellwege, Heinrich</i>	DP	27. 5. 1955	Ministerpräsident des Landes Niedersachsen
	<i>Dannemann, Robert</i>	FDP	1. 7. 1955	Präsident des Verwaltungsbezirks Oldenburg
	<i>Traub, Wilhelm</i>	SPD	8. 9. 1955	Direktor der Landesversicherungsanstalt des Landes Baden-Württemberg
	<i>Pfleiderer, Karl Georg</i>	FDP	20. 9. 1955	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien
	<i>Spreti, Karl Graf von</i>	CSU	5. 3. 1956	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg
	<i>Luchtenberg, Paul</i>	FDP	9. 4. 1956	Minister für Kultus des Landes Nordrhein-Westfalen

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 2. WP	<i>Maier, Reinhold</i>	FDP	14. 5. 1956	Wiederwahl in den Landtag von Baden-Württemberg
	<i>Leibfried, Eugen</i>	CDU	21. 6. 1956	Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Baden-Württemberg
	<i>Trittelvitz, Hermann</i>	SPD	12. 9. 1956	Leiter des Arbeitsamtes in Saarbrücken
	<i>Orth, Eduard</i>	CDU	7. 10. 1956	Minister für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Kratz, Wilhelm</i>	CDU	11. 4. 1957	Landtagspräsident des Saarlandes
	<i>Grunner, Josef</i>	SPD	21. 6. 1957	Bezirksstadtrat in Berlin-Schöneberg
	<i>Sabel, Anton</i>	CDU	16. 9. 1957	Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
3. WP 1957–61	<i>Blücher, Franz</i>	DP	28. 2. 1958	Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
	<i>Schreiner, Nikolaus</i>	SPD	31. 8. 1958	Arbeitsdirektor der Stadt Dillingen
	<i>Meyers, Franz</i>	CDU	4. 9. 1958	Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Euler, August-Martin</i>	DP	10. 9. 1958	Generaldirektor bei der Versorgungsabteilung der EURATOM
	<i>Kiesinger, Kurt Georg</i>	CDU	19. 2. 1959	Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
	<i>Gleisner, Alfred</i>	SPD	17. 3. 1959	Amtsdirektor
	<i>Graaff, Carlo</i>	FDP	8. 5. 1959	Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Niedersachsen
	<i>Conrad, Kurt</i>	SPD	20. 7. 1959	Minister des Inneren des Saarlandes
	<i>Lübke, Heinrich</i>	CDU	2. 9. 1959	Bundespräsident
	<i>Berendsen, Fritz</i>	CDU	15. 9. 1959	Brigadegeneral der Bundeswehr
	<i>Maier, Reinhold</i>	FDP	30. 9. 1959	Bundenvorsitzender der FDP (seit 1957)
	<i>Munzinger, Oskar</i>	SPD	1. 10. 1959	Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken
	<i>Glahn, Fritz</i>	FDP	2. 11. 1959	Staatsminister für Finanzen und Wiederaufbau des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Hellwig, Fritz</i>	CDU	30. 11. 1959	Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
	<i>Walpert, Otto</i>	SPD	12. 1. 1960	Geschäftsführer der Landesversicherungsanstalt Westfalen
<i>Ratzel, Ludwig</i>	SPD	21. 6. 1960	Bürgermeister der Stadt Mannheim	

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
4. WP 1961–65	<i>Zinn, Georg-August</i>	SPD	13. 12. 1961	Ministerpräsident des Landes Hessen (seit 1951)
	<i>Wagner, Friedrich Wilhelm</i>	SPD	19. 12. 1961	Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts
	<i>Brandt, Willy</i>	SPD	27. 12. 1961	Regierender Bürgermeister von Berlin
	<i>Hoegner, Wilhelm</i>	SPD	4. 1. 1962	Mitglied des Bayerischen Landtags (seit 1950)
	<i>Schütz, Klaus</i>	SPD	9. 1. 1962	Senator für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund
	<i>Keilhack, Irma</i>	SPD	19. 1. 1962	Senatorin der Freien und Hansestadt Hamburg, Präses der Jugendbehörde
	<i>Schmidt, Helmut</i>	SPD	19. 1. 1962	Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg
	<i>Huthmacher, Eugen</i>	CDU	13. 2. 1962	Vorsitzender der Saar Ferngas-AG
	<i>Bucerius, Gerd</i>	CDU	22. 3. 1962	Verleger (seit 1946)
	<i>Engelbrecht-Greve, Ernst</i>	CDU	7. 12. 1962	Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein
	<i>Schütz, Hans</i>	CSU	5. 2. 1963	Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge
	<i>Wacher, Gerhard</i>	CSU	26. 3. 1963	Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr
	<i>Kühn, Heinz</i>	SPD	9. 4. 1963	Vorsitzender der SPD-Fraktion des Landtages von Nordrhein-Westfalen
	<i>Neubauer, Kurt</i>	SPD	16. 4. 1963	Senator für Jugend und Sport des Landes Berlin
	<i>Wittrock, Karl</i>	SPD	8. 5. 1963	Regierungspräsident in Wiesbaden
	<i>Vogel, Rudolf</i>	CDU	15. 4. 1964	Botschafter bei der OECD in Paris
	<i>Margulies, Robert</i>	FDP	27. 8. 1964	Mitglied der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft
	<i>Birkelbach, Willi</i>	SPD	30. 9. 1964	Staatssekretär in der Staatskanzlei des Landes Hessen
	<i>Kemmer, Emil</i>	CSU	7. 10. 1964	Landrat
	<i>Hahn, Wilhelm</i>	CDU	16. 11. 1964	Kultusminister des Landes Baden-Württemberg
<i>Hoogen, Matthias</i>	CDU	11. 12. 1964	Wehrbeauftragter des Bundestages	
<i>Fritz, Gerhard</i>	CDU	5. 1. 1965	Kurator der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer	

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
5. WP 1965–69	<i>Hamm, Ludwig</i>	FDP	12. 5. 1966	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Morgenstern, Heinz</i>	SPD	14. 9. 1966	Staatssekretär im Ministerium für Bundesangelegenheiten, für Vertriebene und Flüchtlinge des Landes Niedersachsen
	<i>Vogel, Friedrich</i>	CDU	6. 10. 1966	Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Figgen, Werner</i>	SPD	6. 12. 1966	Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Hein, Udo</i>	SPD	22. 12. 1966	Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
	<i>Schäfer, Friedrich</i>	SPD	14. 2. 1967	Staatssekretär im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundes und der Länder
	<i>Zerbe, Edwin</i>	SPD	2. 5. 1967	Landrat des Landkreises Hersfeld (seit 1955)
	<i>Eisenmann, Otto</i>	FDP	1. 6. 1967	Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein
	<i>Holkenbrink, Heinrich</i>	CDU	17. 7. 1967	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Vogel, Bernhard</i>	CDU	17. 7. 1967	Minister für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Geißler, Heinrich</i>	CDU	11. 10. 1967	Sozialminister des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Seuffert, Walter</i>	SPD	18. 10. 1967	Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts
	<i>Effertz, Josef</i>	FDP	4. 3. 1968	Reigerungspräsident in Aachen
	<i>Blachstein, Peter</i>	SPD	21. 5. 1968	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien
	<i>Stingl, Josef</i>	CDU	15. 6. 1968	Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
	<i>Hübner, Klaus</i>	SPD	14. 1. 1969	Polizeipräsident der Stadt Berlin
	<i>Krips, Ursula</i>	SPD	31. 1. 1969	Oberregierungsrätin im Bundesministerium für Wirtschaft
<i>Heinemann, Gustav W.</i>	SPD	24. 6. 1969	Bundespräsident	

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
6. WP 1969–72	<i>Brandes, Bruno</i>	CDU	29. 10. 1969	Vorsitzender der CDU-Fraktion des Landtages von Niedersachsen
	<i>Schmidt, Horst</i>	SPD	3. 11. 1969	Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen des Landes Hessen
	<i>Gscheidle, Kurt</i>	SPD	7. 11. 1969	Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
	<i>Seifriz, Hans Stefan</i>	SPD	6. 1. 1970	Senator für das Bauwesen der Freien Hansestadt Bremen
	<i>Schultz, Fritz-Rudolf</i>	FDP	11. 3. 1970	Wehrbeauftragter des Bundestages
	<i>Elsner, Ilse</i>	SPD	14. 5. 1970	Senatorin, Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg in Bonn
	<i>Köppler, Heinrich</i>	CDU	8. 8. 1970	Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen
	<i>Dahrendorf, Ralf</i>	FDP	25. 8. 1970	Mitglied der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
	<i>Rutschke, Wolfgang</i>	FDP	7. 1. 1971	Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern
	<i>Stoltenberg, Gerhard</i>	CDU	3. 6. 1971	Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
	<i>Liehr, Harry</i>	SPD	16. 7. 1971	Senator für Arbeit und Soziales des Landes Berlin
	<i>Dröscher, Wilhelm</i>	SPD	12. 10. 1971	Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz
	<i>Benda, Ernst</i>	CDU	8. 12. 1971	Präsident des Bundesverfassungsgerichts
	<i>Hirsch, Martin</i>	SPD	8. 12. 1971	Richter beim Bundesverfassungsgericht
	<i>Kienbaum, Gerhard</i>	FDP	2. 5. 1972	Unternehmensberater (seit 1945)
	<i>Adorno, Eduard</i>	CDU	21. 8. 1972	Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg
<i>Griesinger, Annemarie</i>	CDU	6. 9. 1972	Minister für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg	
<i>Ehnes, Georg</i>	CSU	19. 9. 1972	Landrat des Landkreises Ansbach	
7. WP 1972–76	<i>Augstein, Rudolf</i>	FDP	24. 1. 1972	Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ (seit 1947)
	<i>Nölling, Wilhelm</i>	SPD	20. 5. 1974	Senator für Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg
	<i>Hermsdorf, Hans</i>	SPD	30. 5. 1974	Präsident der Landeszentralbank der Freien und Hansestadt Hamburg
	<i>Scheel, Walter</i>	FDP	27. 6. 1974	Bundespräsident
	<i>Groß, Rötger</i>	FDP	5. 7. 1974	Innenminister des Landes Niedersachsen

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 7. WP	<i>Wichert, Günter</i>	CDU	10. 9. 1974	Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Landes Niedersachsen
	<i>Kahn-Ackermann, Georg</i>	SPD	18. 9. 1974	Generalsekretär des Europarates
	<i>Staak, Werner</i>	SPD	13. 11. 1974	Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg
	<i>Frerichs, Göke D.</i>	SPD	15. 1. 1975	Vorstandsmitglied einer pharmazeutischen Großhandlung in Frankfurt am Main (seit 1969)
	<i>Berkhan, Karl Wilhelm</i>	FDP	19. 3. 1975	Wehrbeauftragter des Bundestages
	<i>Wurche, Gottfried</i>	FDP	3. 6. 1975	Bezirksbürgermeister des Bezirks Tiergarten von Berlin
	<i>Farthmann, Friedhelm</i>	CDU	5. 6. 1975	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Hirsch, Burkhard</i>	CDU	5. 6. 1975	Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Ronneburger, Uwe</i>	CDU	12. 6. 1975	Vorsitzender der FDP-Fraktion des Landtages von Schleswig-Holstein
	<i>Prassler, Helmut</i>	SPD	3. 11. 1975	Präsident der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg
	<i>Kiep, Walther Leisler</i>	CDU	24. 2. 1976	Finanzminister des Landes Niedersachsen
	<i>Wagner, Carl-Ludwig</i>	SPD	8. 4. 1976	Oberbürgermeister der Stadt Trier
	<i>Eppler, Erhard</i>	SPD	3. 6. 1976	Vorsitzender der SPD-Fraktion des Landtages von Baden-Württemberg
	<i>Härzschel, Kurt</i>	SPD	23. 9. 1976	Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung des Landes Baden-Württemberg
<i>Börner, Holger</i>	SPD	22. 10. 1976	Ministerpräsident des Landes Hessen	
8. WP 1976–80	<i>Lorenz, Peter</i>	CDU	23. 2. 1977	Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin (seit 1975)
	<i>Glötz, Peter</i>	SPD	16. 5. 1977	Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin
	<i>Sund, Olaf</i>	SPD	17. 5. 1977	Senator für Arbeit und Soziales des Landes Berlin
	<i>Nothhelfer, Norbert</i>	CDU	6. 6. 1977	Landrat im Landkreis Waldshut (seit 1973)
	<i>Wallmann, Walter</i>	CDU	14. 6. 1977	Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/M.

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 8. WP	<i>Gölter, Georg</i>	CDU	8. 7. 1977	Minister für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Leicht, Albert</i>	CDU	24. 10. 1977	Präsident des Europäischen Rechnungshofes
	<i>Friderichs, Hans</i>	FDP	8. 11. 1977	Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG
	<i>Ravens, Karl</i>	SPD	15. 6. 1978	Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Niedersachsen
	<i>Eyrich, Heinz</i>	CDU	16. 10. 1978	Justizminister des Landes Baden-Württemberg
	<i>Strauß, Franz Josef</i>	CSU	29. 11. 1978	Ministerpräsident des Freistaates Bayern
	<i>Schmidhuber, Peter M.</i>	CSU	6. 12. 1978	Bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten
		CDU	29. 6. 1979	Bundespräsident
	<i>Carstens, Karl</i>	CDU	10. 7. 1979	Ministerpräsident des Saarlandes
	<i>Zeyer, Werner</i>	CDU	4. 9. 1979	Mitglied des Europäischen Parlaments
	<i>Nordlohne, Franz-Josef</i>	CDU	6. 9. 1979	Mitglied des Europäischen Parlaments
	<i>Bismarck, Philipp von</i>	CDU	11. 9. 1979	stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin; Filmkaufmann
	<i>Wohlrabe, Jürgen</i>			
	<i>Funcke, Liselotte</i>	FDP	23. 11. 1979	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
	SPD	7. 3. 1980	Intendant der Deutschen Welle	
<i>Ahlers, Conrad</i>	CDU	3. 9. 1980	Finanzminister des Saarlandes	
<i>Zeitel, Gerhard</i>				
9. WP 1980–83	<i>Ritz, Burkhard</i>	CDU	2. 12. 1980	Finanzminister des Landes Niedersachsen
	<i>Pawelczyk, Alfons</i>	SPD	18. 12. 1980	Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg
	<i>Narjes, Karl-Heinz</i>	CDU	9. 1. 1981	EG-Kommissar
	<i>Brunner, Guido</i>	FDP	28. 1. 1981	Bürgermeister von Berlin und Senator für Wirtschaft und Verkehr des Landes Berlin
	<i>Porzner, Konrad</i>	SPD	28. 1. 1981	Senator für Finanzen des Landes Berlin
	<i>Ueberhorst, Reinhard</i>	SPD	28. 1. 1981	Senator für Gesundheit und Umweltschutz des Landes Berlin
	<i>Vogel, Hans-Jochen</i>	SPD	28. 1. 1981	Regierender Bürgermeister von Berlin
	<i>Diepgen, Eberhard</i>	CDU	3. 2. 1981	Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
	<i>Weizsäcker, Richard von</i>	CDU	15. 6. 1981	Regierender Bürgermeister von Berlin

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 9. WP	<i>Kunz, Gerhard</i>	CDU	15. 6. 1981	Senator für Finanzen des Landes Berlin
	<i>Blüm, Norbert</i>	CDU	15. 6. 1981	Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin
	<i>Hoffie, Klaus-Jürgen</i>	FDP	25. 6. 1981	Minister für Wirtschaft und Technik des Landes Hessen
	<i>Dohnanyi, Klaus von</i>	SPD	26. 6. 1981	Präsident des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
	<i>Pieroth, Elmar</i>	CDU	16. 7. 1981	Senator für Wirtschaft und Verkehr des Landes Berlin
	<i>Wrangel, Olaf Baron von</i>	CDU	3. 4. 1982	Hörfunk-Programmdirektor beim Norddeutschen Rundfunk
	<i>Kiep, Walther Leisler</i>	CDU	26. 4. 1982	CDU-Spitzenkandidat für die Hamburger Bürgerschaftswahl
	<i>Röhner, Paul</i>	CSU	11. 5. 1982	Oberbürgermeister von Bamberg
	<i>Jentsch, Hans-Joachim</i>	CDU	8. 9. 1982	Oberbürgermeister von Wiesbaden
	<i>Böhme, Rolf</i>	SPD	2. 12. 1982	Oberbürgermeister von Freiburg/Br.
10. WP 1983–87	<i>Lahnstein, Manfred</i>	SPD	31. 8. 1983	Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann AG
	<i>Linde, Jürgen</i>	SPD	10. 11. 1983	Oberstadtdirektor von Gelsenkirchen
	<i>Grobecker, Claus</i>	SPD	14. 11. 1983	Senator für Arbeit der Freien Hansestadt Bremen
	<i>Haase, Lothar</i>	CDU	5. 12. 1983	Mitglied des Präsidiums des Europäischen Rechnungshofes in Luxemburg
	<i>Klein, Hans Hugo</i>	CDU	20. 12. 1983	Richter des Bundesverfassungsgerichts
	<i>Lenz, Carl Otto</i>	CDU	13. 1. 1984	Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg
	<i>Schröder, Horst</i>	CDU	22. 3. 1984	Geschäftsführer der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DEG)
	<i>Franke, Heinrich</i>	CDU	9. 4. 1984	Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
	<i>Offergeld, Rainer</i>	SPD	1. 6. 1984	Oberbürgermeister von Lörrach
	<i>Hartmann, Klaus</i>	CSU	4. 6. 1984	Landrat des Landkreises Nürnberger Land
	<i>Gobrecht, Horst</i>	SPD	29. 6. 1984	Senator für Finanzen der Freien und Hansestadt Hamburg
	<i>Czempiel, Christa</i>	SPD	5. 7. 1984	Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund
	<i>Steger, Ulrich</i>	SPD	9. 7. 1984	Minister für Wirtschaft und Technik des Landes Hessen

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 10. WP	<i>Stauffenberg, Franz Ludwig Schenk Graf von</i>	CSU	20. 11. 1984	Mitglied des Europäischen Parlaments
	<i>Weiskirch, Willi</i>	CDU	20. 3. 1985	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
	<i>Hoffmann, Hans-Joachim</i>	SPD	11. 4. 1985	Minister für Wirtschaft des Saarlandes
	<i>Althammer, Walter</i>	CSU	14. 4. 1985	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Lastenausgleichsbank
	<i>Hackel, Wolfgang</i>	CDU	1. 12. 1985	Mitglied des Europäischen Parlaments
	<i>Schröder, Gerhard</i>	SPD	1. 7. 1986	Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Niedersachsen
11. WP 1987–90	<i>Strauß, Franz Josef</i>	CSU	19. 3. 1987	Ministerpräsident des Freistaates Bayern (seit 1978)
	<i>Wallmann, Walter</i>	CDU	29. 4. 1987	Ministerpräsident des Landes Hessen
	<i>Rumpf, Wolfgang</i>	FDP	6. 8. 1987	Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten von Rheinland-Pfalz
	<i>Miltner, Karl</i>	CDU	20. 5. 1988	Regierungspräsident in Karlsruhe
	<i>Spöri, Dieter</i>	SPD	5. 6. 1988	SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg
	<i>Simonis, Heide</i>	SPD	8. 6. 1988	Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein
	<i>Jansen, Günther</i>	SPD	16. 6. 1988	Minister für Soziales, Gesundheit und Energie des Landes Schleswig-Holstein
	<i>Wörner, Manfred</i>	CDU	30. 6. 1988	NATO-Generalsekretär
	<i>Sauter, Alfred</i>	CSU	6. 7. 1988	Staatssekretär beim Bayerischen Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten
	<i>Lemmrich, Karl Heinz</i>	CSU	28. 7. 1988	Technisches Vorstandsmitglied der Rhein-Main-Donau AG
	<i>Dobberthien, Marliese</i>	SPD	29. 8. 1988	Staatsrätin in Hamburg (Frauenbeauftragte des Senats)
	<i>Bangemann, Martin</i>	FDP	5. 1. 1989	Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
	<i>Krieger, Verena</i>	GRÜNE	4. 4. 1989	Sprecherin im Bundesvorstand der Partei DIE GRÜNEN
	<i>Mitzscherling, Peter</i>	SPD	10. 5. 1989	Senator für Wirtschaft des Landes Berlin
	<i>Martiny-Glotz, Anke</i>	SPD	22. 5. 1989	Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin
<i>Hauff, Volker</i>	SPD	14. 6. 1989	Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main	

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 11. WP	<i>Funk, Honor</i>	CDU	24. 8. 1989	Mitglied des Europäischen Parlaments
	<i>Pack, Doris</i>	CDU	8. 9. 1989	Mitglied des Europäischen Parlaments
	<i>Weirich, Dieter</i>	CDU	5. 12. 1989	Intendant der Deutschen Welle
	<i>Friedmann, Bernhard</i>	CDU	5. 2. 1990	Mitglied im Präsidium des Europäischen Rechnungshofes
	<i>Rost, Gabriele</i>	CDU	16. 2. 1990	Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
	<i>Kreile, Reinhold</i>	CSU	22. 2. 1990	Generaldirektor der GEMA
	<i>Biehle, Alfred</i>	CSU	27. 4. 1990	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
	<i>Conrad, Margit</i>	SPD	31. 5. 1990	Mitglied des saarländischen Landtags
	<i>Schoppe, Waltraud</i>	GRÜNE	21. 6. 1990	Niedersächsische Frauenministerin
	<i>Scherrer, Manfred</i>	SPD	31. 8. 1990	Oberbürgermeister von Neuwied
	<i>Porzner, Konrad</i>	SPD	2. 10. 1990	Präsident des Bundesnachrichtendienstes
	<i>Gauck, Joachim</i>	GRÜNE/ B 90	4. 10. 1990	Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
	<i>Biedenkopf, Kurt H.</i>	CDU	9. 11. 1990	Ministerpräsident von Sachsen
12. WP 1990–94	<i>Worms, Bernhard</i>	CDU	31. 1. 1991	Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
	<i>Geisler, Hans</i>	CDU	12. 2. 1991	Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie des Freistaates Sachsen
	<i>Götte, Rose</i>	SPD	7. 6. 1991	Ministerin für Bildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Gerster, Florian</i>	SPD	7. 6. 1991	Minister für Bundesangelegenheiten und Europa des Landes Rheinland-Pfalz
	<i>Zumkley, Peter</i>	SPD	3. 7. 1991	Senator und Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund
	<i>Schroeder, Conrad</i>	CDU	20. 10. 1991	Regierungspräsident des Regierungsbezirks Freiburg/Breisgau
	<i>Helmrich, Herbert</i>	CDU	21. 5. 1992	Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern
	<i>Hennig, Otfried</i>	CDU	31. 5. 1992	Vorsitzender der CDU-Fraktion und Oppositionsführer des Landtages Schleswig-Holstein
	<i>Schäfer, Harald B.</i>	SPD	27. 6. 1992	Umweltminister des Landes Baden-Württemberg

Wahlperiode	Name	Partei	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 12. WP	<i>Kubicki, Wolfgang</i>	FDP	2. 8. 1992	Vorsitzender der FDP-Fraktion des Landtages Schleswig-Holstein
	<i>Müntefering, Franz</i>	SPD	8. 12. 1992	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
	<i>Jagoda, Bernhard</i>	CDU	7. 2. 1993	Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
	<i>Roth, Wolfgang</i>	SPD	2. 9. 1993	Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg
	<i>Pfeffermann, Gerhard O.</i>	CDU	6. 9. 1993	Staatssekretär im Bundesministerium für Post und Telekommunikation
	<i>Meseke, Hedda</i>	CDU	6. 12. 1993	Präsidentin des Bundesrechnungshofes
	<i>Wieczorek, Bertram</i>	CDU	31. 1. 1994	Vorstandsvorsitzender der Berliner Wasserbetriebe
	<i>Scharrenbroich, Heribert</i>	CDU	23. 3. 1994	Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Senioren
	<i>Hämmerle, Gerlinde</i>	SPD	31. 7. 1994	Regierungspräsidentin in Karlsruhe
	<i>Weiler, Barbara</i>	SPD	14. 8. 1994	Mitglied des Europäischen Parlaments
	<i>Walter, Ralf</i>	SPD	21. 8. 1994	Mitglied des Europäischen Parlaments
13. WP 1994– ¹⁾	<i>Lafontaine, Oskar</i>	SPD	17. 11. 1994	Ministerpräsident des Saarlandes (seit 1985)
	<i>Bernrath, Hans Gottfried</i>	SPD	31. 12. 1994	Vorsitzender der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation
	<i>Marienfeld, Claire</i>	CDU	28. 4. 1995	Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages
	<i>Faltlhauser, Kurt</i>	CSU	20. 11. 1995	Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei
	<i>Lanfermann, Heinz</i>	FDP	7. 2. 1996	Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz
	<i>Steenblock, Rainder</i>	GRÜNE	1. 6. 1996	Minister für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein
	<i>Wittmann, Simon</i>	CSU	21. 8. 1996	Landrat von Neustadt a. d. Waldnaab
	<i>Glitz, Peter</i>	SPD	24. 9. 1996	Gründungsrektor der Universität Erfurt
	<i>Thieser, Dietmar</i>	SPD	19. 12. 1996	Oberbürgermeister von Hagen (seit 1989)
	<i>Gansel, Norbert</i>	SPD	16. 6. 1997	Oberbürgermeister von Kiel

¹⁾ Stand: 31. August 1997

2.9 Inkompatibilitäten

Vorbemerkung

Kompatibel (d. h. miteinander vereinbar) – und in der politischen Praxis die Regel – ist die gleichzeitige Mitgliedschaft im Bundestag und in der Bundesregierung (Ausnahme: die Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses nach Artikel 53 a GG, siehe Seite 435). In dieser gleichzeitigen Mitgliedschaft verwirklicht sich auf sehr unmittelbare Weise, durch eine personelle Gewaltenschränkung, der neuzeitliche Verfassungsbegriff der „parlamentarischen Regierung“. Kompatibel ist ferner die gleichzeitige Mitgliedschaft im Bundestag und im Parlament eines Bundeslandes (vgl. Abschnitt 2.11).*)

Vorschriften zur Unvereinbarkeit mit dem Bundestagsmandat bestehen bei folgenden Ämtern und Funktionen (mit → ist die Fundstellen-Nr. der im folgenden aufgeführten Rechtsgrundlagen angegeben):

- Bundespräsident → **2** (Art. 55)
- Mitglied des Bundesrates → **1**
- Mitglied einer Landesregierung → **1**
- Mitglied der Bundesregierung (gilt nur für Mitglieder des Bundestages, die dem Gemeinsamen Ausschuss nach Art. 53 a GG angehören) → **2** (Art. 53 a)
- Wehrbeauftragter des Bundestages → **3**
- Bundesbeauftragter für den Datenschutz → **13**
- Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik → **14**
- Beamte → **2** (Art. 137), **5, 8** (§ 5), **9, 10**
- Angestellte des öffentlichen Dienstes → **2** (Art. 137), **8** (§ 8)
- Beamte des Bundesrechnungshofes → **6**
- Wahlbeamte auf Zeit → **8** (§ 10)
- Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts → **2** (Art. 94), **4**
- Richter → **2** (Art. 137), **5, 8** (§ 8), **12**
- Professoren → **8** (§ 9)
- Berufssoldaten, freiwillige Soldaten auf Zeit → **2** (Art. 137), **8** (§ 8), **11**
- Mitglieder des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung → **7**

*) Vgl. anstelle vieler *Dimitris Th. Tsatsos*, Unvereinbarkeiten zwischen Bundestagsmandat und anderen Funktionen. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 701–726.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition).

Fundstellen-Nr.	Rechtsgrundlage
1	<p>Eine gesetzliche Regelung, die die gleichzeitige Mitgliedschaft im Bundestag und im Bundesrat betrifft, gibt es nicht. Allerdings erstellte der Rechtsausschuß des Bundesrates 1964 ein Gutachten, in dem die Auffassung vertreten wurde, die Mitgliedschaft im Bundestag sei mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft im Bundesrat unvereinbar. Der Bundesrat hat sich (in seiner Sitzung vom 6. November 1964) diese Auffassung zu eigen gemacht und vertritt sie seitdem auch durch eine entsprechende Geschäftsordnungsbestimmung (erstmalig in der Fassung vom 1. Juli 1966):</p> <p>„§ 2 Die Mitglieder des Bundesrates dürfen nicht gleichzeitig dem Bundestag angehören. Wird ein Mitglied des Bundesrates in den Bundestag gewählt, so muß es dem Präsidenten des Bundesrates in angemessener Frist mitteilen, welches der beiden Ämter es niederlegt.“</p> <p>In enger Verbindung hiermit (weil jedes Mitglied einer Landesregierung mindestens stellvertretendes Mitglied des Bundesrates ist) steht die Frage, ob nicht schon die Mitgliedschaft in einer Landesregierung mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft im Bundestag unvereinbar sei. Auch hierzu gibt es keine bundesrechtliche Regelung. Jedoch enthalten die Verfassungen von zwei Bundesländern entsprechende Bestimmungen, nach denen die Mitgliedschaft in der jeweiligen Landesregierung mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft im Bundestag unvereinbar ist (Art. 19 Abs. 3 Vorläufige Niedersächsische Verfassung; Art. 64 Abs. 4 Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen).</p>
2	<p>Grundgesetz</p> <p>Artikel 53 a, eingefügt durch Gesetz vom 24. Juni 1968, enthält die Bestimmungen über das sogenannte „Notparlament“:</p> <p>(1) Der Gemeinsame Ausschuß besteht zu zwei Dritteln aus Abgeordneten des Bundestages, zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates. Die Abgeordneten werden vom Bundestag entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen bestimmt; sie dürfen nicht der Bundesregierung angehören...</p> <p>Artikel 55</p> <p>(1) Der Bundespräsident darf weder der Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören.</p> <p>Artikel 94</p> <p>(1) Das Bundesverfassungsgericht besteht aus Bundesrichtern und anderen Mitgliedern. Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt. Sie dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.</p> <p>Artikel 137 (Abs. 1 in der Fassung vom 23. Mai 1949)</p> <p>(1) Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes und Richtern im Bunde, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden.</p> <p>Artikel 137 (Abs. 1 neugefaßt durch Gesetz vom 19. März 1956)</p> <p>(1) Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes, Berufssoldaten, freiwilligen Soldaten auf Zeit und Richtern im Bunde, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden.</p>

Fundstellen-Nr.	Rechtsgrundlage
3	<p>Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages vom 26. Juni 1957 (BGBl. I S. 652), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. März 1990 (BGBl. I S. 599)</p> <p>§ 14</p> <p>...</p> <p>(3) Der Wehrbeauftragte darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung und dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens noch einer Regierung oder gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören.</p>
4	<p>Gesetz über das Bundesverfassungsgericht in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2229)</p> <p>§ 3 (Qualifikation für das Richteramt)</p> <p>(1) Die Richter müssen das 40. Lebensjahr vollendet haben, zum Bundestag wählbar sein und sich schriftlich bereit erklärt haben, Mitglied des Bundesverfassungsgerichts zu werden.</p> <p>...</p> <p>(3) Sie können weder dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung noch dem entsprechenden Organen eines Landes angehören. Mit ihrer Ernennung scheidet sie aus solchen Organen aus.</p>
5	<p>Gesetz über die Rechtsstellung der in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 (BGBl. I S. 297)</p> <p>§ 1</p> <p>Die in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Beamten und Richter treten mit dem Tage der Annahme der Wahl in den Ruhestand.</p> <p>Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 777)</p> <p>§ 1</p> <p>Ein in den Deutschen Bundestag gewählter Beamter oder Richter mit Dienstbezügen tritt mit dem Tage der Annahme der Wahl in den Ruhestand.</p>
6	<p>Gesetz über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes vom 27. November 1950 (BGBl. S. 765), zuletzt geändert am 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), außer Kraft gesetzt durch das Gesetz über den Bundesrechnungshof (Bundesrechnungshofgesetz) vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1445)</p> <p>§ 12</p> <p>Die Beamten des Bundesrechnungshofes dürfen nicht dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung oder entsprechenden Organen eines Landes angehören.</p> <p>Gesetz über den Bundesrechnungshof (Bundesrechnungshofgesetz) vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1445)</p> <p>Materiell dieselbe Bestimmung wie im Gesetz zuvor, formell jedoch durch Bezugnahme auf das Bundesbeamtenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 und mit einer entsprechenden Änderung geregelt (vgl. § 21 Abs. 1 des Bundesrechnungshofgesetzes).</p>

Fundstellen-Nr.	Rechtsgrundlage
7	<p>Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 659), zuletzt geändert am 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)</p> <p>§ 1</p> <p>...</p> <p>(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören ...</p>
8	<p>Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. November 1990 (BGBl. I S. 2466)</p> <p>Dritter Abschnitt: Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes</p> <p>§ 5 Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis</p> <p>(1) Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines in den Bundestag gewählten Beamten mit Dienstbezügen ruhen vom Tage der Annahme der Wahl für die Dauer der Mitgliedschaft mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken. Der Beamte hat das Recht, seine Amts- oder Dienstbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) zu führen. Bei unfallverletzten Beamten bleiben die Ansprüche auf das Heilverfahren und einen Unfallausgleich unberührt. Satz 1 gilt längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.</p> <p>(2) Für den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten gilt Absatz 1 längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den dauernden Ruhestand sinngemäß.</p> <p>(3) Einem in den Bundestag gewählten Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ist auf seinen Antrag Urlaub ohne Anwärterbezüge zu gewähren. Wird der Beamte nach Bestehen der Laufbahnprüfung zum Beamten auf Probe ernannt, so ruhen seine Rechte und Pflichten aus diesem Dienstverhältnis nach Absatz 1 von dem Tage an, mit dem die Ernennung wirksam wird.</p> <p>§ 6 Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats</p> <p>(1) Nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag ruhen die in dem Dienstverhältnis eines Beamten begründeten Rechte und Pflichten für längstens weitere sechs Monate. Der Beamte ist auf seinen Antrag, der binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft zu stellen ist, spätestens drei Monate nach Antragstellung wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückzuführen. Das ihm zu übertragende Amt muß derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. Vom Tage der Antragstellung an erhält er die Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes.</p> <p>(2) Stellt der Beamte nicht binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag einen Antrag nach Absatz 1, so ruhen die in dem Dienstverhältnis begründeten Rechte und Pflichten (§ 5 Abs. 1) weiter bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand. Die oberste Dienstbehörde kann den Beamten jedoch, wenn er weder dem Bundestag mindestens zwei Wahlperioden angehört noch bei Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag das fünfundfünfzigste Lebensjahr vollendet hat, unter Übertragung eines Amtes im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückführen; lehnt der Beamte die</p>

Fundstellen-Nr.	Rechtsgrundlage
noch: 8	<p>Rückführung ab oder folgt er ihr nicht, so ist er entlassen. Satz 2 ist nicht anzuwenden, wenn der Beamte während der Dauer seiner Mitgliedschaft im Bundestag Mitglied der Bundesregierung gewesen ist.</p> <p>§ 7 Dienstzeiten im öffentlichen Dienst</p> <p>(1) Das Besoldungsdienstalter eines Beamten wird unbeschadet der Regelung des § 23 Abs. 5 nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag um die Hälfte der Dauer der Mitgliedschaft hinausgeschoben.</p> <p>(2) Wird der Beamte nicht nach § 6 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt, so wird das Besoldungsdienstalter um die Zeit nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag bis zum Eintritt des Versorgungsfalles hinausgeschoben.</p> <p>(3) Die Zeit der Mitgliedschaft im Bundestag gilt unbeschadet der Regelung des § 23 Abs. 5 nicht als Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts. Das gleiche gilt für die Zeit nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag, wenn der Beamte nicht nach § 6 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt wird.</p> <p>(4) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf laufbahnrechtliche Dienstzeiten, mit Ausnahme der Probezeit, anzurechnen.</p> <p>(5) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf Dienst- und Beschäftigungszeiten bei Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes anzurechnen; im Rahmen einer bestehenden zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung gilt dies nur im Hinblick auf Vorschriften, die die Anwartschaft oder den Anspruch dem Grunde nach regeln.</p> <p>§ 8 Beamte auf Zeit, Richter, Soldaten und Angestellte des öffentlichen Dienstes</p> <p>(1) Die §§ 5 bis 7 gelten für Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit entsprechend.</p> <p>(2) Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit ruhen längstens für die Dauer der Verpflichtungszeit und eines Beamten auf Zeit längstens für die Zeit, für die er in das Beamtenverhältnis berufen worden ist.</p> <p>(3) Absatz 2 und die Vorschriften der §§ 5, 6 und 7 Abs. 1 bis 4 gelten sinngemäß für Angestellte des öffentlichen Dienstes. Öffentlicher Dienst im Sinne dieser Vorschrift ist die Tätigkeit im Dienste des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde oder anderer Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts oder ihrer Verbände mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.</p> <p>§ 9 Professoren (neugefaßt durch Gesetz vom 22. September 1980 [BGBl. I S. 1752])</p> <p>(1) Für die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Professoren an einer Hochschule im Sinne des § 43 des Hochschulrahmengesetzes vom 26. Januar 1976 (BGBl. I S. 185) findet § 6 mit der Maßgabe Anwendung, daß sie in ihrem bisherigen Amt an der gleichen Hochschule wiederverwendet werden müssen.</p> <p>(2) Professoren können eine Tätigkeit in Forschung und Lehre sowie die Betreuung von Doktoranden und Habilitanden während der Mitgliedschaft im Bundestag wahrnehmen. Die Vergütung für die Lehrtätigkeit ist entsprechend der tatsächlich erbrachten Leistungen nach Maßgabe des § 55 Satz 3 des Hochschulrahmengesetzes zu bemessen. Im übrigen sind die für Bundesbeamte geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.¹⁾</p> <p>¹⁾ § 9 Abs. 2 wurde durch Gesetz vom 16. Januar 1987 (BGBl. I S. 143) wie folgt neugefaßt:</p> <p>(2) Professoren können eine Tätigkeit in Forschung und Lehre sowie die Betreuung von Doktoranden und Habilitanden während der Mitgliedschaft im Bundestag wahrnehmen. Die Vergütung für diese Tätigkeit ist entsprechend den tatsächlich erbrachten Leistungen zu bemessen. Die Vergütung darf 25 vom Hundert der Bezüge, die aus dem Professorendienstverhältnis zu zahlen wären, nicht übersteigen. Im übrigen sind die für Bundesbeamte geltenden Vorschriften anzuwenden.</p>

Fundstellen-Nr.	Rechtsgrundlage
noch: 8	<p>§ 10 Wahlbeamte auf Zeit</p> <p>Die Länder können durch Gesetz für Wahlbeamte auf Zeit von § 6 abweichende Regelungen treffen.</p>
9	<p>Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Januar 1977 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. November 1985 (BGBl. I S. 2090)</p> <p>§ 33 (Inkompatibilität)</p> <p>...</p> <p>(3) Durch Gesetz kann bestimmt werden, daß ein Beamter zu entlassen ist, wenn er als Inhaber eines Amtes, das kraft Gesetzes mit dem Mandat unvereinbar ist, zur Zeit seiner Ernennung Mitglied des Bundestages, der Volksvertretung seines Landes oder einer Vertretungskörperschaft seines Dienstherrn war und nicht innerhalb einer von der obersten Dienstbehörde zu bestimmenden angemessenen Frist sein Mandat niederlegt.</p>
10	<p>Bundesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 479), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2682)</p> <p>§ 28 (Entlassung...)</p> <p>Der Beamte ist zu entlassen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ... 2. wenn er zur Zeit der Ernennung Mitglied des Bundestages war und nicht innerhalb der von der obersten Dienstbehörde gesetzten angemessenen Frist sein Mandat niederlegt.
11	<p>Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) in der Neufassung vom 19. August 1975 (BGBl. I S. 2273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 1989 (BGBl. I S. 1282)</p> <p>§ 46 Entlassung</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) ... (2) Ein Berufssoldat ist zu entlassen, ... 5. wenn er zur Zeit der Ernennung Mitglied des Bundestages oder eines Landtages war und nicht innerhalb der vom Bundesminister der Verteidigung gesetzten angemessenen Frist sein Mandat niederlegt ...

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode

Fundstellen-Nr.	Rechtsgrundlage
12	<p>Deutsches Richtergesetz in der Neufassung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 1986 (BGBl. I S. 1446)</p> <p>§ 4 (Unvereinbare Aufgaben) (1) Ein Richter darf Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt und Aufgaben der gesetzgebenden oder der vollziehenden Gewalt nicht zugleich wahrnehmen.</p> <p>§ 36 (Mitgliedschaft in einer Volksvertretung oder Regierung) ...</p> <p>(2) Nimmt ein Richter die Wahl in den Deutschen Bundestag oder in die gesetzgebende Körperschaft eines Landes an oder wird ein Richter mit seiner Zustimmung zum Mitglied der Bundesregierung oder der Regierung seines Landes ernannt, so enden das Recht und die Pflicht zur Wahrnehmung des Richteramts ohne gerichtliche Entscheidung nach näherer Bestimmung der Gesetze.</p>
13	<p>Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz) vom 27. Januar 1977 (BGBl. I S. 201), außer Kraft gesetzt durch das Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954)</p> <p>§ 18 ...</p> <p>(2) Der Bundesbeauftragte darf neben seinem Amt kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung oder dem Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens noch einer Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören...</p> <p>Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954) Dieselbe Bestimmung wie im Gesetz zuvor (vgl. § 23 Abs. 2).</p>
14	<p>Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz) vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2272)</p> <p>§ 36 (1) ... (2) Der Bundesbeauftragte [für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik] darf neben seinem Amt kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung oder dem Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens noch einer Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören ...</p>

Hinweis

Die Namen der Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat sind in einer Übersicht in Abschnitt 6.8 zusammengestellt.

2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/ Landesregierung

Das Grundgesetz enthält keine ausdrückliche Regelung, wonach die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer Landesregierung und im Deutschen Bundestag unzulässig ist. In den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, als vor allem zahlreiche Landesminister in den Bundestag gewählt worden waren, führten einige – auch nur zeitweilige – Doppelmitgliedschaften wiederholt zu Kontroversen. Zwar hatten die Staatsrechtler *Karl Josef Partsch* und *Walter Erich Genzer* schon sehr bald an den „allgemeinen Satz des Parlamentsrechts“ erinnert, daß die gleichzeitige Mitgliedschaft in gesetzgebenden Körperschaften, die sich gegenseitig kontrollieren, unzulässig ist.**) In der Verfassungspraxis bis zur 5. Wahlperiode (1965–69) gab es jedoch immer wieder Fälle, in denen die Doppelmitgliedschaft über mehrere Monate aufrecht erhalten wurde.

Diese Einzelfälle waren 1964 Anlaß für ein Gutachten des Rechtsausschusses des Bundesrates, dem zwar keine gesetzliche Regelung folgte, so doch 1966 eine Neufassung der Geschäftsordnung des Bundesrates. Danach dürfen „Mitglieder des Bundesrates... nicht gleichzeitig dem Bundestag angehören“.**) Weil jedes Mitglied einer Landesregierung – nach der von den Landesregierungen geübten Bestellungspraxis für den Bundesrat – mindestens stellvertretendes Mitglied des Bundesrates ist, wird in dieser Geschäftsordnungsregelung inzwischen eine gewisse Rechtsgrundlage dafür gesehen, daß die Mitgliedschaft in einer Landesregierung und im Bundestag generell unvereinbar ist. Zumindest die Praxis entspricht dieser Auffassung, denn seit der 6. Wahlperiode (1969–72) sind fast alle Doppelmitgliedschaften in kürzerer Zeit aufgelöst worden.

Eine tabellarische Zusammenstellung aller Fälle einer Doppelmitgliedschaft im Bundestag und in einer Landesregierung*) seit 1949 sowie die statistische Zusammenfassung dieser Einzelfälle folgt auf den nächsten Seiten.

*) *Karl Josef Partsch* und *Walter Erich Genzer*, Inkompatibilität der Mitglieder in Bundestag und Bundesrat. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Bd. 76. 1950/51. S. 186 ff.

Vgl. zur verfassungsrechtlichen Problematik und zur Praxis inzwischen *Jürgen Jekewitz*, Landesregierungsamt und Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament. Ein altes verfassungsrechtliches Problem mit einer neuen Variante. Bonn 1978 [im Selbstverlag].

**) Vgl. Abschnitt 2.9 im vorliegenden *Datenhandbuch*.

***) Quellen:

Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. München, Wien 1970;
Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. Ergänzungsband 1969 bis 1973. Bearbeitet von *Jürgen Jekewitz*. München, Wien 1973;

Jürgen Jekewitz, a.a.O.;

Unterlagen und Auskünfte der Landtagsarchive.

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Statistik zur Doppelmitgliedschaft im Deutschen Bundestag

Zahl der Fälle	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Gleichzeitige Mitgliedschaft Landesregierung/Bundestag	19	18	7	12	6	7	6
– davon zuerst Mitglied einer Landesregierung und später Mitglied des Bundestages	15	5	1	5	2	0	1
– davon zuerst Mitglied des Bundestages und später Mitglied einer Landesregierung	4	13	6	7	4	7	5
Auflösung der Doppelmitgliedschaft							
– durch Rücktritt als Landesminister	3	2	1	2	2	0	1
– durch Entlassung als Landesminister infolge Neuwahl/ Umbildung der Landesregierung	9	1	1	1	0	0	0
– durch Verzicht auf das Bundestagsmandat	6	11	4	9	4	7	5
– durch Beendigung des Bundestagsmandats infolge Endes der Wahlperiode	0	4	1	0	0	0	0
– keine Auflösung bis zum Ende der laufenden Wahlperiode des Bundestages ¹⁾)	1	0	0	0	0	0	0
Auflösung der Doppelmitgliedschaft							
– innerhalb eines Monats	2	7	1	1	3	3	2
– nach 1 Monat	5	6	1	7	2	1	4
– nach 2 Monaten	0	0	1	1	0	3	0
– nach 3 Monaten	0	0	0	1	0	0	0
– nach 4–6 Monaten	0	3	2	1	1	0	0
– nach 7–12 Monaten	6	0	0	1	0	0	0
– nach 13–24 Monaten	4	0	2	0	0	0	0
– nach über 25 Monaten	1	2	0	0	0	0	0
– keine Auflösung ¹⁾)	1	0	0	0	0	0	0

Hinweise

Angaben aus dem Bereich der Bundesländer enthalten u. a. auch folgende Abschnitte des **Datenhandbuchs**:

- Abschnitt 1.28 registriert Trendverschiebungen zwischen allen Bundestags- und Landtagswahlen beim Stimmenanteil von CDU, CSU und SPD,
- in Abschnitt 6.21 sind in Form einer Synopse die Regierungen von Bund und Ländern gegenübergestellt, wobei vermerkt ist, aus welchen Parteien sich die jeweilige Regierungskoalition zusammensetzte und wer zum Bundeskanzler bzw. Ministerpräsidenten usw. gewählt wurde.

und in einer Landesregierung

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
9	11	4	15	7
0	0	0	1	0
9	11	4	14	7
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
9	11	4	8	6
0	0	0	6	1
0	0	0	0	0
7	10	4	8	5
1	1	0	6	0
0	0	0	0	1
1	0	0	0	1
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	1	0

Sowohl die nebenstehende Statistik als auch die tabellarische Zusammenstellung aller Fälle zeigen, daß Doppelmitgliedschaften im Bundestag und in einer Landesregierung inzwischen fast ausschließlich dadurch auftreten, daß Mitglieder des Bundestages in eine Landesregierung berufen werden und daß diese Doppelmitgliedschaft durch Verzicht auf das Bundestagsmandat aufgelöst wird.

Ausnahmen bilden Mitglieder einer Landesregierung, die für die Wahl zum Deutschen Bundestag kandidieren, gewählt werden, aber dann doch nach kurzer Zeit auf das Bundestagsmandat verzichten (so Ministerpräsident *Franz Josef Strauß* zu Beginn der 11. Wahlperiode und Ministerpräsident *Oskar Lafontaine* zu Beginn der 13. Wahlperiode).

★ Die Gesamtzahl der **Doppelmitgliedschaften im Deutschen Bundestag und in einer Landesregierung** zwischen der 1. und 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **121**. In **53** Fällen wurden diese Doppelmitgliedschaften **innerhalb eines Monats aufgelöst**.

1) statt dessen Wiederwahl in den folgenden Bundestag

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13).

Namensliste der Doppelmitgliedschaften

1. Wahlperiode (1949–53)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzutretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Wildermuth, Eberhard</i> (DVP/FDP)	a) Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Landesminister	a) 22. 7. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 20. 9. 1949	[1] ¹⁾
<i>Amelunxen, Rudolf</i> (Z)	a) Ministerpräsident, später Sozialminister von Nordrhein-Westfalen b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 29. 8. 1946 b) 7. 9. 1949 c) 7. 10. 1949	1
<i>Hilpert, Werner</i> (CDU)	a) Stellv. Ministerpräsident und Finanzminister von Hessen b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 6. 1. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 10. 10. 1949	1
<i>Arndgen, Josef</i> (CDU)	a) Arbeits- und Wohlfahrtsminister von Hessen b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Landesminister	a) 6. 1. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 1. 11. 1949	1
<i>Zinn, Georg-August</i> (SPD)	a) Justizminister von Hessen b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Landesminister infolge Regierungsumbildung	a) 1. 11. 1945 b) 7. 9. 1949 c) 1. 11. 1949	1
<i>Schmid, Carlo</i> (SPD)	a) Staatspräsident, später stellv. Staatspräsident sowie Justizminister von [Süd]Württemberg-Hohenzollern b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als stellvertretender Staatspräsident und Landesminister	a) 16. 10. 1945 b) 7. 9. 1949 c) 1. 5. 1950	7
<i>Menzel, Walter</i> (SPD)	a) Innenminister von Nordrhein-Westfalen b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Landesminister infolge Regierungsneubildung nach Landtagswahl vom 18. 6. 1950	a) 29. 8. 1946 b) 7. 9. 1949 c) 27. 7. 1950	10

¹⁾ [1] bedeutet „innerhalb eines Monats“

Hinweis

Fälle des Wechsels zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt enthält Abschnitt 3.25.

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzutretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Nölting, Erik</i> (SPD)	a) Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Landesminister infolge Regierungsneubildung nach Landtagswahl vom 18. 6. 1950	a) 29. 8. 1946 b) 7. 9. 1949 c) 27. 7. 1950	10
<i>Gülich, Wilhelm</i> (SPD)	a) Finanzminister von Schleswig-Holstein b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Landesminister infolge Kabinettsneubildung nach Landtagswahl vom 9. 7. 1950	a) 29. 4. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 5. 9. 1950	11
<i>Lübke, Heinrich</i> (CDU)	a) Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Nordrhein-Westfalen b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 17. 6. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 30. 9. 1950	12
<i>Koch, Harald</i> (SPD)	a) Wirtschafts- und Verkehrsminister von Hessen b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Landesminister infolge Regierungsneubildung nach Landtagswahl vom 19. 11. 1950	a) 6. 1. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 10. 1. 1951	16
<i>Schroeder, Louise</i> (SPD)	a) Stellvertretende Oberbürgermeisterin bzw. Bürgermeisterin von Berlin b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Bürgermeisterin infolge Senatsneubildung nach Abgeordnetenhauswahl vom 3. 12. 1950	a) 8. 5. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 18. 1. 1951	16
<i>Junglas, Johann</i> (CDU)	a) Gesundheits- und Wohlfahrtsminister von Rheinland-Pfalz b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Landesminister infolge Kabinettsneubildung nach Landtagswahl vom 29. 4. 1951	a) 9. 7. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 13. 6. 1951	21
<i>Weiß, Franz</i> (CDU)	a) Ernährungs- und Landwirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Landesminister infolge Bildung der Übergangsregierung Baden-Württemberg	a) 22. 7. 1947 b) 7. 9. 1949 c) 17. 5. 1952	32

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Veit, Hermann</i> (SPD)	a) Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden b) Mitglied des Bundestages c) – (siehe auch 2. WP)	a) 16. 12. 1946 b) 7. 9. 1949 c) –	–
<i>Wittenburg, Otto</i> (DP)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Justizminister von Schleswig-Holstein c) Entlassung als Landesminister infolge Regierungsumbildung	a) 7. 9. 1949 b) 5. 9. 1950 c) 25. 6. 1951	9
<i>Zinn, Georg-August</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Hessen c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 10. 1. 1951 c) 21. 1. 1951	[1]
<i>Nowack, Wilhelm</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Finanz- und Wiederaufbauminister von Rheinland-Pfalz c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 13. 6. 1951 c) 30. 9. 1952	15
<i>Degener, Johannes</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen von Bremen c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 29. 11. 1951 c) 31. 12. 1951	1

2. Wahlperiode (1953–57)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Veit, Hermann</i> (SPD)	a) Wirtschaftsminister und stellv. Ministerpräsident von Württemberg-Baden, später von Baden-Württemberg b) Mitglied des Bundestages (seit der 1. WP) c) Mandatsverzicht	a) 16. 12. 1946 b) 7. 9. 1949 c) 10. 12. 1953	51

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Maier, Reinhold</i> (DVP/FDP)	a) Ministerpräsident von Württemberg-Baden, später von Baden-Württemberg b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Ministerpräsident infolge Regierungsneubildung nach Gründung des Landes Baden-Württemberg	a) 19. 9. 1945 b) 6. 10. 1953 c) 7. 10. 1953	[1]
<i>Fiedler, Eduard</i> (GB/BHE)	a) Minister für Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte von Baden-Württemberg b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 25. 4. 1952 b) 6. 10. 1953 c) 13. 10. 1953	[1]
<i>Kraft, Waldemar</i> (GB/BHE)	a) Finanz- und Justizminister von Schleswig-Holstein b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Landesminister	a) 5. 9. 1950 b) 6. 10. 1953 c) 20. 10. 1953	[1]
<i>Metzger, Ludwig</i> (SPD)	a) Erziehungs- und Volksbildungsminister von Hessen b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Landesminister	a) 10. 1. 1951 b) 6. 10. 1953 c) 2. 12. 1953	1
<i>Farny, Oskar</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Bundesangelegenheiten von Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 6. 10. 1953 b) 7. 10. 1953 c) 11. 11. 1953	1
<i>Müller, Gebhard</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 6. 10. 1953 b) 7. 10. 1953 c) 11. 11. 1953	1
<i>Leibfried, Eugen</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 7. 10. 1953 c) 21. 6. 1956	32
<i>Middelhaue, Friedrich</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Stellv. Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft und Verkehr von Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 6. 10. 1953 b) 27. 7. 1954 c) 10. 9. 1954	1
<i>Weyer, Willi</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Wiederaufbau von Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 6. 10. 1953 b) 27. 7. 1954 c) 17. 9. 1954	1

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Hassel, Kai-Uwe von</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 6. 10. 1953 b) 11. 10. 1954 c) 4. 11. 1954	[1]
<i>Hellwege, Heinrich</i> (DP)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Niedersachsen c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 26. 5. 1955 c) 27. 5. 1955	[1]
<i>Luchtenberg, Paul</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Kultusminister von Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 18. 9. 1954 b) 28. 2. 1956 c) 9. 4. 1956	1
<i>Orth, Eduard</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Unterrichts- und Kultusminister von Rheinland-Pfalz c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 11. 9. 1956 c) 7. 10. 1956	[1]
<i>Schäfer, Manfred</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Finanz- und Forstminister des Saarlandes c) Ende der 2. Wahlperiode des Bundestages	a) 4. 1. 1957 b) 4. 6. 1957 c) 6. 10. 1957	4
<i>Schneider, Heinrich</i> (DPS/FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Stellv. Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft des Saarlandes c) Ende der 2. Wahlperiode des Bundestages	a) 4. 1. 1957 b) 4. 6. 1957 c) 6. 10. 1957	4
<i>Schwertner, Erich</i> (DPS)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für öffentliche Arbeiten und Wiederaufbau des Saarlandes c) Ende der 2. Wahlperiode des Bundestages	a) 4. 1. 1957 b) 4. 6. 1957 c) 6. 10. 1957	4
<i>Brandt, Willy</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Regierender Bürgermeister von Berlin c) Ende der 2. Wahlperiode des Bundestages	a) 7. 9. 1949 b) 3. 10. 1957 c) 6. 10. 1957	[1]

Hinweise

Angaben aus dem Bereich der Bundesländer enthalten u. a. auch folgende Abschnitte des **Datenhandbuchs**:

- Abschnitt 1.28 registriert Trendverschiebungen zwischen allen Bundestags- und Landtagswahlen beim Stimmenanteil von CDU, CSU und SPD,
- in Abschnitt 6.21 sind in Form einer Synopse die Regierungen von Bund und Ländern gegenübergestellt, wobei vermerkt ist, aus welchen Parteien sich die jeweilige Regierungskoalition zusammensetzte und wer zum Bundeskanzler bzw. Ministerpräsidenten usw. gewählt wurde.

3. Wahlperiode (1957–61)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Conrad, Kurt</i> (SPD)	a) Arbeits- und Wohlfahrtsminister des Saarlandes b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Landesminister	a) 10. 1. 1956 b) 15. 10. 1957 c) 23. 10. 1957	[1]
<i>Meyers, Franz</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 15. 10. 1957 b) 24. 7. 1958 c) 4. 9. 1958	1
<i>Krammig, Karl</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Wohlfahrts- und Gesundheitssenator von Bremen c) Entlassung als Senator infolge Senatsneubildung nach Bürgerschaftswahl am 11. 10. 1959	a) 6. 10. 1953 b) 8. 10. 1958 c) 21. 12. 1959	14
<i>Kiesinger, Kurt Georg</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 17. 12. 1958 c) 19. 2. 1959	2
<i>Conrad, Kurt</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Innenminister des Saarlandes c) Mandatsverzicht	a) 15. 10. 1957 b) 26. 2. 1959 c) 20. 7. 1959	4
<i>Glahn, Fritz</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Finanz- und Wiederaufbauminister von Rheinland-Pfalz c) Mandatsverzicht	a) 15. 10. 1957 b) 19. 5. 1959 c) 2. 11. 1959	5
<i>Schüttler, Josef</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Arbeitsminister von Baden-Württemberg c) Ende der 3. Wahlperiode des Bundestages	a) 7. 9. 1949 b) 23. 6. 1960 c) 15. 10. 1961	15

Hinweis

Namentlich genannt sind im **Datenhandbuch** die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13).

4. Wahlperiode (1961–65)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Brandt, Willy</i> (SPD)	a) Regierender Bürgermeister von Berlin b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 3. 10. 1957 b) 17. 10. 1961 c) 27. 12. 1961	2
<i>Huthmacher, Egon</i> (CDU)	a) Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft des Saarlandes b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 9. 2. 1960 b) 17. 10. 1961 c) 13. 2. 1962	3
<i>Kiep-Altenthal, Emilie</i> (FDP)	a) Sozial-, später Ernährungs- und Landwirtschaftssenatorin von Hamburg b) Mitglied des Bundestages c) Entlassung als Senatorin infolge Senatsumbildung nach Bürgerschaftswahl vom 12. 11. 1961	a) 17. 3. 1954 b) 17. 10. 1961 c) 13. 12. 1961	1
<i>Klein, Günter</i> (SPD)	a) Senator für Bundesangelegenheiten und für Post- und Fernmeldewesen von Berlin b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Senator	a) 1. 9. 1949 b) 17. 10. 1961 c) 19. 11. 1961	1
<i>Zinn, Georg-August</i> (SPD)	a) Ministerpräsident von Hessen b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 10. 1. 1951 b) 17. 10. 1961 c) 13. 12. 1961	1
<i>Keilhack, Irma</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Jugendsenatorin sowie Ernährungs- und Landwirtschaftssenatorin von Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 13. 12. 1961 c) 19. 1. 1962	1
<i>Schmidt, Helmut</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Innensenator von Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 6. 10. 1953 b) 13. 12. 1961 c) 19. 1. 1962	1
<i>Schütz, Klaus</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Bundesangelegenheiten und für Post- und Fernmeldewesen von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 15. 10. 1957 b) 21. 12. 1961 c) 9. 1. 1962	[1]
<i>Engelbrecht-Greve, Ernst</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 6. 10. 1953 b) 29. 10. 1962 c) 7. 12. 1962	1
<i>Arndt, Adolf</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Wissenschaft und Kunst von Berlin c) Rücktritt als Senator	a) 7. 9. 1949 b) 11. 3. 1963 c) 31. 3. 1964	12

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Neubauer, Kurt</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Jugend- und Sportsenator von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 1. 2. 1952 b) 11. 3. 1963 c) 16. 4. 1963	1
<i>Hahn, Wilhelm</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Kultusminister von Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 9. 5. 1962 b) 11. 6. 1964 c) 16. 11. 1964	5

5. Wahlperiode (1965–69)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Schiller, Karl</i> (SPD)	a) Wirtschaftssenator von Berlin b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Senator	a) 21. 12. 1961 b) 19. 10. 1965 c) 4. 11. 1965	[1]
<i>Schmidt, Helmut</i> (SPD)	a) Innensenator von Hamburg b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Senator	a) 13. 12. 1961 b) 19. 10. 1965 c) 14. 12. 1965	1
<i>Vogel, Friedrich</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Justizminister von Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 19. 10. 1965 b) 5. 10. 1966 c) 6. 10. 1966	[1]
<i>Eisenmann, Otto</i> (DP→FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene von Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 15. 10. 1957 b) 3. 5. 1967 c) 1. 6. 1967	[1]
<i>Vogel, Bernhard</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Kultusminister von Rheinland-Pfalz c) Mandatsverzicht	a) 19. 10. 1965 b) 18. 5. 1967 c) 17. 7. 1967	1
<i>Geißler, Heinrich</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Sozialminister von Rheinland-Pfalz c) Mandatsverzicht	a) 19. 10. 1965 b) 18. 5. 1967 c) 11. 10. 1967	4

Hinweis

Fälle des Wechsels zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt enthält Abschnitt 3.25.

6. Wahlperiode (1969–72)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzutretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Schmidt, Horst</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheitswesen von Hessen c) Mandatsverzicht	a) 17. 10. 1961 b) 23. 10. 1969 c) 3. 11. 1969	[1]
<i>Seifriz, Hans Stefan</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Bausenator von Bremen c) Mandatsverzicht	a) 17. 10. 1961 b) 3. 12. 1969 c) 6. 1. 1970	1
<i>Elsner, Ilse</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senatorin, Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund c) Mandatsverzicht	a) 17. 10. 1961 b) 22. 4. 1970 c) 14. 5. 1970	[1]
<i>Liehr, Harry</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Arbeit und Soziales von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 11. 1. 1962 b) 20. 4. 1971 c) 16. 7. 1971	2
<i>Stoltenberg, Gerhard</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 15. 10. 1957 b) 24. 5. 1971 c) 3. 6. 1971	[1]
<i>Adorno, Eduard</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Bundesangelegenheiten von Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 17. 10. 1961 b) 8. 6. 1972 c) 21. 8. 1972	2
<i>Griesinger, Annemarie</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Arbeits- und Sozialministerin von Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 23. 11. 1964 b) 8. 6. 1972 c) 6. 9. 1972	2

7. Wahlperiode (1972–76)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzutretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Narjes, Karl-Heinz</i> (CDU)	a) Wirtschafts- und Verkehrsminister von Schleswig-Holstein b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Landesminister	a) 10. 11. 1969 b) 13. 12. 1972 c) 29. 1. 1973	1

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Nölling, Wilhelm</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Gesundheitssenator von Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 20. 10. 1969 b) 30. 4. 1974 c) 20. 5. 1974	[1]
<i>Staak, Werner</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Innensenator von Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 21. 5. 1970 b) 13. 10. 1974 c) 13. 11. 1974	1
<i>Farthmann, Friedhelm</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales von Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 26. 1. 1971 b) 4. 5. 1975 c) 5. 6. 1975	1
<i>Hirsch, Burkhard</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Innenminister von Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 4. 5. 1975 c) 5. 6. 1975	1
<i>Börner, Holger</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Hessen c) Mandatsverzicht	a) 15. 10. 1957 b) 12. 10. 1976 c) 22. 10. 1976	[1]

8. Wahlperiode (1976–80)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Glitz, Peter</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Wissenschaft und Forschung von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 12. 5. 1977 c) 16. 5. 1977	[1]
<i>Sund, Olaf</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Arbeit und Soziales von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 12. 5. 1977 c) 17. 5. 1977	[1]
<i>Gölter, Georg</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Soziales, Gesundheit und Sport von Rheinland-Pfalz c) Mandatsverzicht	a) 20. 10. 1969 b) 23. 6. 1977 c) 8. 7. 1977	[1]
<i>Eyrich, Heinz</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Justizminister von Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 20. 10. 1969 b) 30. 8. 1978 c) 16. 10. 1978	1

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzutretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Strauß, Franz Josef</i> (CSU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Bayern c) Mandatsverzicht	a) 7. 9. 1949 b) 6. 11. 1978 c) 29. 11. 1978	[1]
<i>Schmidhuber, Peter M.</i> (CSU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Bundesangelegenheiten von Bayern c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 7. 11. 1978 c) 6. 12. 1978	[1]
<i>Zeyer, Werner</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident des Saarlandes c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 5. 7. 1979 c) 10. 7. 1979	[1]
<i>Funcke, Liselotte</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr von Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 17. 10. 1961 b) 19. 11. 1979 c) 23. 11. 1979	[1]
<i>Zeitel, Gerhard</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Finanzminister des Saarlandes c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 23. 5. 1980 c) 3. 9. 1980	3

9. Wahlperiode (1980–83)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzutretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Pawelczyk, Alfons</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Innensenator von Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 20. 10. 1969 b) 26. 11. 1980 c) 18. 12. 1980	[1]
<i>Vogel, Hans-Jochen</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Regierender Bürgermeister von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 23. 1. 1981 c) 28. 1. 1981	[1]
<i>Porzner, Konrad</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Finanzsenator von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 21. 5. 1962 b) 23. 1. 1981 c) 28. 1. 1981	[1]
<i>Ueberhorst, Reinhard</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Gesundheit und Umweltschutz von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 14. 12. 1976 b) 23. 1. 1981 c) 28. 1. 1981	[1]

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzutretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Brunner, Guido</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Bürgermeister und Senator für Wirtschaft und Verkehr von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 4. 11. 1980 b) 23. 1. 1981 c) 28. 1. 1981	[1]
<i>Weizsäcker, Richard von</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Regierender Bürgermeister von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 20. 10. 1969 b) 11. 6. 1981 c) 15. 6. 1981	[1]
<i>Blüm, Norbert</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Bundesangelegenheiten von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 11. 6. 1981 c) 15. 6. 1981	[1]
<i>Kunz, Gerhard</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Finanzsenator von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1971 b) 11. 6. 1981 c) 15. 6. 1981	[1]
<i>Pieroth, Elmar</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Wirtschaft und Verkehr von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 20. 10. 1969 b) 11. 6. 1981 c) 16. 7. 1981	1
<i>Hoffie, Klaus-Jürgen</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Wirtschaft und Technik von Hessen c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 22. 6. 1981 c) 25. 6. 1981	[1]
<i>Dohnanyi, Klaus von</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Erster Bürgermeister von Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 20. 10. 1969 b) 24. 6. 1981 c) 26. 6. 1981	[1]

10. Wahlperiode (1983–87)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzutretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Grobecker, Claus</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Arbeit von Bremen c) Mandatsverzicht	a) 8. 1. 1970 b) 10. 11. 1983 c) 14. 11. 1983	[1]

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Gobrecht, Horst</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Finanzen von Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 14. 12. 1976 b) 30. 5. 1984 c) 29. 6. 1984	[1]
<i>Steger, Ulrich</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Wirtschaft und Technik von Hessen c) Mandatsverzicht	a) 14. 12. 1976 b) 4. 7. 1984 c) 9. 7. 1984	[1]
<i>Hoffmann, Hans-Joachim</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Wirtschaft des Saarlandes c) Mandatsverzicht	a) 14. 12. 1976 b) 9. 4. 1985 c) 11. 4. 1985	[1]

11. Wahlperiode (1987–90)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Strauß, Franz Josef</i> (CSU)	a) Ministerpräsident von Bayern b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 6. 11. 1978 b) 18. 2. 1987 c) 19. 3. 1987	1
<i>Wallmann, Walter</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Hessen c) Mandatsverzicht	a) 18. 2. 1987 b) 23. 4. 1987 c) 29. 4. 1987	[1]
<i>Simonis, Heide</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Finanzministerin von Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 14. 12. 1976 b) 31. 5. 1988 c) 8. 6. 1988	[1]
<i>Jansen, Günther</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Soziales, Gesundheit und Energie von Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 4. 11. 1980 b) 31. 5. 1988 c) 16. 6. 1988	[1]
<i>Mitzscherling, Peter</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator für Wirtschaft von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 4. 11. 1980 b) 4. 4. 1989 c) 10. 5. 1989	1
<i>Martiny-Glotz, Anke</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senatorin für kulturelle Angelegenheiten von Berlin c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 4. 4. 1989 c) 22. 5. 1989	1

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Schoppe, Waltraud</i> (DIE GRÜNEN)	a) Mitglied des Bundestages b) Niedersächsische Frauenministerin c) Mandatsverzicht	a) 29. 3. 1983 b) 21. 6. 1990 c) 21. 6. 1990	[1]
<i>Biedenkopf, Kurt H.</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerpräsident von Sachsen c) Mandatsverzicht	a) 18. 2. 1987 b) 27. 10. 1990 c) 9. 11. 1990	[1]
<i>Lehment, Conrad-Michael</i> (FDP)	a) Mitglied des Bundestages b) Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern c) Ende der 11. Wahlperiode des Bundestages	a) 3. 10. 1990 b) 27. 10. 1990 c) 20. 12. 1990	1
<i>Schreiber, Werner</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Arbeit und Soziales von Sachsen-Anhalt c) Ende der 11. Wahlperiode des Bundestages	a) 29. 3. 1983 b) 2. 11. 1990 c) 20. 12. 1990	1
<i>Geisler, Hans</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie von Sachsen c) – (siehe 12. WP)	a) 3. 10. 1990 b) 8. 11. 1990 c) –	–
<i>Rehm, Stefanie</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Staatsministerin für Kultus von Sachsen c) Ende der 11. Wahlperiode des Bundestages	a) 3. 10. 1990 b) 8. 11. 1990 c) 20. 12. 1990	1
<i>Kühbacher, Klaus-Dieter</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister der Finanzen von Brandenburg c) Ende der 11. Wahlperiode des Bundestages	a) 14. 12. 1976 b) 22. 11. 1990 c) 20. 12. 1990	[1]
<i>Birthler, Marianne</i> (IFM)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerin für Bildung, Jugend und Sport von Brandenburg c) Ende der 11. Wahlperiode des Bundestages	a) 3. 10. 1990 b) 22. 11. 1990 c) 20. 12. 1990	[1]
<i>Platzek, Matthias</i> (DIE GRÜNEN)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Umwelt und Raumordnung von Brandenburg c) Ende der 11. Wahlperiode des Bundestages	a) 3. 10. 1990 b) 22. 11. 1990 c) 20. 12. 1990	[1]

12. Wahlperiode (1990–94)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Geisler, Hans</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages (seit der 11. WP) b) Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie von Sachsen c) Mandatsverzicht	a) 3. 10. 1990 b) 8. 11. 1990 c) 12. 2. 1991	3
<i>Götte, Rose</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Ministerin für Bildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz c) Mandatsverzicht	a) 18. 2. 1987 b) 21. 5. 1991 c) 7. 6. 1991	[1]
<i>Gerster, Florian</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Bundesangelegenheiten und Europa des Landes Rheinland-Pfalz c) Mandatsverzicht	a) 18. 2. 1987 b) 21. 5. 1991 c) 7. 6. 1991	[1]
<i>Zumkley, Peter</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund c) Mandatsverzicht	a) 18. 2. 1987 b) 26. 6. 1991 c) 3. 7. 1991	[1]
<i>Helmrich, Herbert</i> (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern c) Mandatsverzicht	a) 14. 12. 1976 b) 31. 3. 1992 c) 21. 5. 1992	2
<i>Schäfer, Harald B.</i> (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Umweltminister des Landes Baden-Württemberg c) Mandatsverzicht	a) 13. 12. 1972 b) 11. 6. 1992 c) 27. 6. 1992	[1]
<i>Männle, Ursula</i> (CSU)	a) Mitglied des Bundestages b) Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund c) Ende der 12. Wahlperiode des Bundestages	a) 4. 10. 1979 b) 27. 10. 1994 c) 20. 11. 1994	[1]

Hinweis

In Abschnitt 6.21 sind die Regierungen im Bund und in den Ländern synoptisch zusammengestellt. Daraus ist zu ersehen, wann und wo CDU, CSU und/oder SPD eine Regierungskoalition gebildet oder die Alleinregierung übernommen haben und welchen Regierungschef diese Parteien stellten.

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
<i>Lafontaine, Oskar</i> (SPD)	a) Ministerpräsident des Saarlandes b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 9. 4. 1985 b) 10. 11. 1994 c) 17. 11. 1994	[1]
<i>Falthäuser, Kurt</i> (CSU)	a) Mitglied des Bundestages b) Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei c) Mandatsverzicht	a) 4. 11. 1980 b) 15. 11. 1995 c) 20. 11. 1995	[1]
<i>Steenblock, Rainer</i> (GRÜNE)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 10. 11. 1994 b) 23. 5. 1996 c) 1. 6. 1996	[1]

¹⁾ Stand: 31. August 1997

2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag*)

Die (zumindest zeitweise) gleichzeitige Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und in einem Landtag war während der ersten drei Wahlperioden des Bundestages durchaus üblich, seit der 4. Wahlperiode gehört sie zur Ausnahme.

Das Thema „parlamentarisches Doppelmandat“ hat einen parlamentsrechtlichen und einen parlamentssoziologischen Aspekt.

*) Die Aufnahme dieses Abschnittes in das *Datenhandbuch* war nur möglich durch die Vorarbeit, die *Reinhard Wagner* mit seiner Dissertation „Die Zulässigkeit des parlamentarischen Doppelmandats“, Berlin 1986 geleistet hat. Diese Untersuchung enthält auch Namenslisten der kurzfristigen und längerfristigen Doppelmandate mit statistischen Auswertungen. Wenn die Statistik im *Datenhandbuch* davon geringfügig abweicht, hat das zwei Gründe: Erstens sind nur solche Doppelmandate berücksichtigt, die mindestens drei Monate gedauert haben, und zweitens wurden mit freundlicher Unterstützung der Landtagsverwaltungen nochmals alle möglichen Fälle einer Doppelmitgliedschaft geprüft, wobei sich einige Ergänzungen ergaben (auf mögliche Unvollständigkeiten seiner Statistiken weist *Wagner* ausdrücklich hin).

Hinweis

Detaillierte Angaben zur Doppelmitgliedschaft im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament sind im vorliegenden *Datenhandbuch* im anschließenden Abschnitt 2.12 zu finden.

Parlamentsrechtlich könnte es sich um einen Spezialfall aus dem Inkompatibilitätsbereich handeln, wobei sowohl das Bundesrecht als auch die Regelungen der einzelnen Bundesländer auf mögliche Unvereinbarkeitsbestimmungen zu prüfen sind.*) Tatsächlich steht das Grundgesetz einem Doppelmandat nicht entgegen: Weder verbietet es einem Landtagsabgeordneten, zusätzlich ein Bundestagsmandat zu übernehmen, noch wird einem Mitglied des Bundestages untersagt, Mitglied eines Landtags zu werden. Ebenso gibt es bislang, d. h. in den alten Bundesländern, keine landesrechtliche Norm, nach der ein Mandat im Bundestag mit einem Mandat in einem Landtag unvereinbar wäre. (Sobald die neuen Bundesländer über eigene Verfassungen verfügen, wäre diese Feststellung noch zu aktualisieren.)

Parlamentssoziologisch ist beim Doppelmandat zweierlei von Interesse: zum einen, was es für die politische Laufbahn des einzelnen Abgeordneten bedeutet, und zum anderen, inwieweit die gleichzeitige Mitgliedschaft in zwei Parlamenten, oder anders gesagt: die personelle Verschränkung verschiedener Parlamentsebenen im Föderalismus, sich förderlich auf die parlamentarische Willensbildung in beiden Häusern auswirkt.

Selbst wenn letzteres der Fall sein könnte, so ist aus dem Rückgang der Doppelmandate seit 1961 (vgl. Statistik auf Seite 466–467) zu schließen, daß wichtige Gründe dagegen sprechen. Dazu zählt in erster Linie zweifellos die Arbeitsbelastung, die schon ein Mandat mit sich bringt (vgl. im vorliegenden *Datenhandbuch* Abschnitt 2.15: Zeitbudget der Abgeordneten), so daß jedes weitere Mandat – von besonders günstigen Umständen abgesehen – einen Parlamentarier überfordern dürfte. Tatsächlich zeigt die Statistik, daß von den 41 Fällen einer Doppelmitgliedschaft seit 1961 29 in einem der „Stadtstaaten“ Berlin, Hamburg und Bremen vorgekommen sind. Aus Bundesländern mit einem großen Anteil an Flächenwahlkreisen sind Abgeordnete mit zwei Mandaten praktisch nicht mehr vorzufinden.

Die folgende, nach den Wahlperioden des Bundestages gegliederte Liste der Abgeordneten**) mit **mindestens dreimonatigem Doppelmandat** enthält vor allem auch Angaben über die genaue Dauer der beiden Mitgliedschaften.

*) *Reinhard Wagner*, a. a. O. S. 87 f.

**) Bis zur 10. Wahlperiode des Bundestages Übernahme der Namensliste aus der Arbeit von *Reinhard Wagner* mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages Duncker & Humblot, Berlin.

In sieben Fällen konnten veröffentlichte Namenslisten von Landtagsabgeordneten zum Vergleich herangezogen werden:

Abgeordnete in Niedersachsen 1946–1994. Biographisches Handbuch. Bearbeitet von *Barbara Simon*. Hannover 1996.

Abgeordnete in Rheinland-Pfalz 1946–1987. Biographisches Handbuch. Bearbeitet von *Heidi Mehl-Lipfert* und *Doris Maria Peckhaus*. Koblenz 1991.

50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten. Redaktion: *Friedhelm Geraedts* u. a. Düsseldorf 1996.

Norbert Korfmacher, Mitgliederverzeichnis der Bremischen Bürgerschaft 1946 bis 1996. Münster 1997.

Jochen Lengemann, Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags 1.–11. Wahlperiode. Frankfurt am Main 1986.

Erich Lüth, Die Hamburger Bürgerschaft 1946–1971. Wiederaufbau und Neubau. Hamburg 1971.

Josef Weik, Der Landtag von Baden-Württemberg und seine Abgeordneten von 1952 bis 1988 mit einem Verzeichnis der Abgeordneten von Baden, Württemberg und der Hohenzollerischen Lande 1919–1933 und der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1946–1952. 4. ergänzte Aufl. Stuttgart 1988.

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Namensliste der Doppelmitgliedschaften

Wahl- periode	Name des Abgeordneten Partei	Doppelmandat in der Zeit von...bis...	Mandat im Bundesland
1. WP 1949–53	<i>Adenauer, Konrad</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Albers, Johannes</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Albertz, Luise</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Aretin, Anton Freiherr von</i> (BP)	11. 12. 1950 – 2. 5. 1951	BAY
	<i>Bahlburg, Wilhelm</i> (DP)	7. 9. 1949 – 30. 4. 1951	NDS
	<i>Bauknecht, Bernhard</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1952	BWÜ
	<i>Baumgartner, Josef</i> (BP)	7. 9. 1949 – 1. 1. 1951	BAY
	<i>Bausch, Paul</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 15. 11. 1950	BWÜ
	<i>Bergmann, Karl</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Böhm, Hans</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Brandt, Willy</i> (SPD)	22. 12. 1950 – 6. 10. 1957	BLN
	<i>Brünen, Eberhard</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Clausen, Hermann</i> (fraktionslos [SSW])	7. 9. 1949 – 31. 5. 1950	SWH
	<i>Dorls, Fritz</i> (WAV; 26. 9. 1951 → fraktionslos)	6. 5. 1951 – 31. 12. 1951	NDS
	<i>Eberhard, Anton</i> (FDP)	3. 10. 1950 – 17. 10. 1951	RPF
	<i>Etzel, Hermann</i> (BP)	11. 12. 1950 – 17. 10. 1951	BAY
	<i>Even, Johannes</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Farke, Ernst August</i> (DP)	7. 9. 1949 – 10. 12. 1949	NDS
	<i>Feldmann, Aloys</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Freitag, Walter</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Gaul, Karl</i> (FDP)	7. 9. 1949 – 30. 11. 1950	HES
	<i>Gengler, Karl</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1952	BWÜ
	<i>Gibbert, Paul</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1951	RPF
	<i>Gleisner, Alfred</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Gockeln, Josef</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 6. 12. 1958	NRW
	<i>Greve, Otto Heinrich</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 5. 5. 1951	NDS
	<i>Gülich, Wilhelm</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 31. 5. 1950	SWH
	<i>Hagge, Johannes</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 31. 5. 1950	SWH
	<i>Hammer, Richard</i> (FDP)	7. 9. 1949 – 9. 12. 1949	HES
	<i>Hellwege, Heinrich</i> (DP)	7. 9. 1949 – 7. 1. 1952	NDS
	<i>Henßler, Fritz</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 7. 9. 1953	NRW
	<i>Hilbert, Anton</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 8. 2. 1956	BWÜ
	<i>Höcker, Heinrich</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Hoffmann, Curt</i> (FDP)	15. 6. 1951 – 7. 9. 1953	SWH
	<i>Hoppe, Anton</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Horlacher, Michael</i> (CSU)	7. 9. 1949 – 8. 2. 1950	BAY
	<i>Jacobi, Werner</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Junglas, Johann</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1951	RPF
	<i>Kalbfell, Oskar</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 7. 9. 1953	BWÜ
	<i>Keller, Wilfried</i> (fraktionslos [WAV])	24. 4. 1952 – 6. 9. 1953	BAY

Wahlperiode	Name des Abgeordneten Partei	Doppelmandat in der Zeit von...bis...	Mandat im Bundesland
noch: 1. WP	<i>Knoeringen, Waldemar von</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 3. 4. 1951	BAY
	<i>Lausen, Willi</i> (SPD)	25. 3. 1952 – 7. 9. 1953	BWÜ
	<i>Lehr, Robert</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Leibrand, Robert</i> (KPD)	7. 9. 1949 – 21. 1. 1950	BWÜ
	<i>Lemmer, Ernst</i> (CDU)	1. 2. 1952 – 15. 11. 1969	BLN
	<i>Lenz, Aloys</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Leonhard, Gottfried</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 15. 11. 1950	NRW
	<i>Loritz, Alfred</i> (WAV)	7. 9. 1949 – 26. 11. 1950	BAY
	<i>Lübke, Heinrich</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 30. 9. 1950	NRW
	<i>Maier, Friedrich</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 1. 6. 1951	BWÜ
	<i>Menzel, Walter</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 29. 7. 1954	NRW
	<i>Middelhaue, Friedrich</i> (FDP)	7. 9. 1949 – 17. 10. 1950	NRW
	<i>Muckermann, Richard</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Müller, Karl</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Nadig, Frieda</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Neumann, Franz</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 3. 3. 1960	BLN
	<i>Neumayer, Fritz</i> (FDP)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1951	RPF
	<i>Nölting, Erik</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 15. 7. 1953	NRW
	<i>Nowack, Wilhelm</i> (FDP)	7. 9. 1949 – 25. 9. 1951	RPF
	<i>Nuding, Hermann</i> (KPD)	7. 9. 1949 – 15. 11. 1950	BWÜ
	<i>Paul, Hugo</i> (KPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Pfender, Franz</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1952	SWH
	<i>Pohle, Kurt</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 31. 5. 1950	SWH
	<i>Pünder, Hermann</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Reif, Hans</i> (FDP)	7. 9. 1949 – 17. 9. 1951	BLN
	<i>Reimann, Max</i> (KPD)	5. 7. 1950 – 7. 9. 1953	NRW
	<i>Reismann, Bernhard</i> (Z)	7. 9. 1949 – 14. 12. 1949	NRW
	<i>Schmid, Carlo</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1952	BWÜ
	<i>Schroeder, Louise</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 1. 2. 1952	BLN
	<i>Schröter, Carl</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 31. 5. 1950	SWH
	<i>Schüttler, Josef</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 25. 5. 1950	BWÜ
	<i>Seebohm, Hans-Christoph</i> (DP)	7. 9. 1949 – 5. 5. 1951	NDS
	<i>Stahl, Willy</i> (FDP)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1952	BWÜ
	<i>Stegner, Artur</i> (FDP)	6. 5. 1951 – 1. 12. 1951	NDS
	<i>Steinhörster, Willy</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 31. 5. 1950	SWH
	<i>Suhr, Otto</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 31. 1. 1952	BLN
	<i>Volkholz, Ludwig</i> (BP→FU)	26. 11. 1950 – 7. 9. 1953	BAY
	<i>Wacker, Oskar</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 15. 11. 1950	BWÜ
	<i>Wagner, Friedrich Wilhelm</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1951	RPF
	<i>Welke, Erwin</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Wessel, Helene</i> (Z)	7. 9. 1949 – 17. 6. 1950	NRW
	<i>Wildermuth, Eberhard</i> (FDP)	7. 9. 1949 – 4. 4. 1950	BWÜ
<i>Wuermeling, Franz-Josef</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 17. 5. 1951	RPF	
<i>Ziegler, Franz</i> (BP)	7. 9. 1949 – 27. 12. 1949	BAY	

Wahlperiode	Name des Abgeordneten Partei	Doppelmandat in der Zeit von...bis...	Mandat im Bundesland
2. WP 1953–57	<i>Albrecht, Ernst</i> (CDU)	11. 5. 1956 – 1. 11. 1956	HAM
	<i>Blöcker, Hans</i> (CDU)	11. 11. 1954 – 31. 12. 1957	SWH
	<i>Böhner, Franz</i> (fraktionslos [Z])	6. 10. 1953 – 8. 1. 1954	NRW
	<i>Brandt, Willy</i> (SPD)	22. 12. 1950 – 6. 10. 1957	BLN
	<i>Brockmann, Johannes</i> (fraktionslos [Z])	6. 10. 1953 – 6. 10. 1957	NRW
	<i>Conring, Hermann</i> (CDU)	6. 10. 1953 – 5. 5. 1955	NDS
	<i>Czermak, Fritz</i> (GB/BHE)	6. 10. 1953 – 31. 8. 1954	HES
	<i>Diekmann, Bruno</i> (SPD)	6. 10. 1953 – 6. 8. 1954	SWH
	<i>Finckh, Hermann</i> (CDU)	6. 10. 1953 – 8. 2. 1956	BWÜ
	<i>Friese-Korn, Lotte</i> (FDP)	6. 10. 1953 – 4. 7. 1954	NRW
	<i>Gantenberg, Mathilde</i> (CDU)	8. 10. 1956 – 1. 10. 1957	RPF
	<i>Gille, Alfred</i> (GB/BHE)	6. 10. 1953 – 27. 10. 1954	SWH
	<i>Gockeln, Josef</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 6. 12. 1958	NRW
	<i>Grantze, Fritz</i> (CDU)	17. 11. 1955 – 6. 10. 1957	BLN
	<i>Haasler, Horst</i> (GB/BHE)	6. 10. 1953 – 2. 2. 1955	NDS
	<i>Häussler, Erwin</i> (CDU)	6. 10. 1953 – 8. 2. 1956	BWÜ
	<i>Hassel, Kai-Uwe von</i> (CDU)	6. 10. 1953 – 4. 11. 1954	SWH
	<i>Herklotz, Luise</i> (SPD)	24. 9. 1956 – 5. 10. 1957	RPF
	<i>Hilbert, Anton</i> (CDU)	7. 9. 1949 – 8. 2. 1956	BWÜ
	<i>Kratz, Wilhelm</i> (CDU)	4. 1. 1957 – 11. 4. 1957	SAA
	<i>Kühlthau, Walter</i> (CDU)	6. 10. 1953 – 4. 7. 1954	NRW
	<i>Kühn, Heinz</i> (SPD)	6. 10. 1953 – 4. 7. 1954	NRW
	<i>Lemmer, Ernst</i> (CDU)	1. 2. 1952 – 15. 11. 1969	BLN
	<i>Lübke, Heinrich</i> (CDU)	6. 10. 1953 – 6. 3. 1954	NRW
	<i>Maier, Reinhold</i> (FDP)	6. 10. 1953 – 14. 5. 1956	BWÜ
	<i>Maucher, Eugen</i> (CDU)	6. 10. 1953 – 16. 9. 1956	BWÜ
	<i>Menzel, Walter</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 29. 7. 1954	NRW
	<i>Metzger, Ludwig</i> (SPD)	6. 10. 1953 – 30. 11. 1954	HES
	<i>Middelhaue, Friedrich</i> (FDP)	6. 10. 1953 – 10. 9. 1954	NRW
	<i>Mocker, Karl</i> (GB/BHE)	6. 10. 1953 – 9. 3. 1954	BWÜ
		11. 4. 1956 – 6. 10. 1957	BWÜ
	<i>Neumann, Franz</i> (SPD)	7. 9. 1949 – 3. 3. 1960	BLN
	<i>Op den Orth, Franz</i> (SPD)	6. 10. 1953 – 17. 4. 1954	BAY
	<i>Praetorius, Gisela</i> (CDU)	6. 10. 1953 – 4. 7. 1954	NRW
	<i>Röder, Franz Josef</i> (CDU)	4. 1. 1957 – 6. 10. 1957	SAA
	<i>Ruland, Franz</i> (fraktionslos [CVP]; 23. 5. 1957 → CDU/CSU-Gast; 15. 10. 1957 → CDU/CSU)	4. 1. 1957 – 4. 12. 1960	SAA
	<i>Schäfer, Manfred</i> (CDU)	4. 1. 1957 – 6. 10. 1957	SAA
	<i>Scheel, Walter</i> (FDP)	6. 10. 1953 – 4. 7. 1954	NRW
	<i>Schlick, Josef</i> (CDU)	18. 5. 1955 – 26. 9. 1957	RPF
	<i>Schneider, Franz</i> (fraktionslos [CVP])	4. 1. 1957 – 6. 10. 1957	SAA

Wahlperiode	Name des Abgeordneten Partei	Doppelmandat in der Zeit von...bis...	Mandat im Bundesland
noch: 2. WP	<i>Schneider, Heinrich</i> (fraktionslos [DPS]; 8. 1. 1957 → FDP-Gast) <i>Schneider, Herbert</i> (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP) <i>Schreiner, Nikolaus</i> (SPD) <i>Schwertner, Erich</i> (fraktionslos [DPS]; 8. 1. 1957 → FDP-Gast) <i>Steinhauer, Karl</i> (CDU) <i>Sträter, Heinrich</i> (SPD) <i>Strosche, Johannes</i> (GB/BHE) <i>Thieme, Willy</i> (SPD) <i>Wedel, Fritz</i> (fraktionslos [DPS]; 8. 1. 1957 → FDP-Gast) <i>Wehking, Heinrich</i> (CDU) <i>Werber, Friedrich</i> (CDU) <i>Weyer, Willi</i> (FDP) <i>Will, Hans-Peter</i> (SPD) <i>Zimmermann, Heinrich</i> (DP)	4. 1. 1957 – 27. 6. 1965 6. 10. 1953 – 15. 10. 1961 4. 1. 1957 – 31. 8. 1958 4. 1. 1957 – 6. 10. 1957 12. 4. 1957 – 6. 10. 1957 6. 10. 1953 – 14. 1. 1954 6. 10. 1953 – 28. 11. 1954 6. 10. 1953 – 21. 4. 1954 5. 1. 1957 – 6. 10. 1957 6. 10. 1953 – 4. 7. 1954 6. 10. 1953 – 9. 5. 1956 6. 10. 1953 – 4. 7. 1954 4. 1. 1957 – 6. 10. 1957 6. 10. 1953 – 29. 3. 1954	SAA BRE SAA SAA SAA NRW BAY BAY SAA NRW BWÜ NRW SAA NDS
3. WP 1957–61	<i>Achenbach, Ernst</i> (FDP) <i>Arnold, Karl</i> (CDU) <i>Berger, Ulrich</i> (CDU) <i>Blöcker, Hans</i> (CDU) <i>Döring, Wolfgang</i> (FDP) <i>Gockeln, Josef</i> (CDU) <i>Hoven, Viktor</i> (FDP) <i>Kanka, Karl</i> (CDU) <i>Krammig, Karl</i> (CDU) <i>Lemmer, Ernst</i> (CDU) <i>Maier, Reinhold</i> (FDP) <i>Maucher, Eugen</i> (CDU) <i>Meyers, Franz</i> (CDU) <i>Neumann, Franz</i> (SPD) <i>Ramms, Egon Wilhelm Theodor</i> (FDP) <i>Ruland, Franz</i> (CDU) <i>Schmidt, Otto</i> (CDU) <i>Schneider, Heinrich</i> (FDP) <i>Schneider, Herbert</i> (DP; 2. 7. 1960 → Gruppe DP; 3., 5. 1961 → fraktionslos) <i>Schreiner, Nikolaus</i> (SPD) <i>Theil, Emil</i> (SPD) <i>Toussaint, Hans</i> (CDU) <i>Zoglmann, Siegfried</i> (FDP)	15. 10. 1957 – 12. 7. 1958 15. 10. 1957 – 29. 6. 1958 3. 4. 1958 – 12. 7. 1958 11. 11. 1954 – 31. 12. 1957 15. 10. 1957 – 12. 7. 1958 7. 9. 1949 – 6. 12. 1958 15. 10. 1957 – 12. 7. 1958 15. 10. 1957 – 9. 7. 1958 15. 10. 1957 – 9. 7. 1958 24. 12. 1959 – 15. 10. 1961 1. 2. 1952 – 15. 11. 1969 15. 10. 1957 – 30. 9. 1959 30. 1. 1958 – 11. 7. 1958 15. 10. 1957 – 4. 9. 1958 7. 9. 1949 – 3. 3. 1960 15. 10. 1957 – 12. 7. 1958 4. 1. 1957 – 4. 12. 1960 15. 10. 1957 – 12. 7. 1958 4. 1. 1957 – 27. 6. 1965 6. 10. 1953 – 15. 10. 1961 4. 1. 1957 – 31. 8. 1958 6. 3. 1960 – 15. 10. 1961 15. 10. 1957 – 12. 7. 1958 15. 10. 1957 – 12. 7. 1958	NRW NRW NRW SWH NRW NRW NRW HES BRE BLN BWÜ BWÜ NRW BLN NRW SAA NRW SAA BRE SAA BRE NRW NRW

Wahlperiode	Name des Abgeordneten Partei	Doppelmandat in der Zeit von...bis...	Mandat im Bundesland
4. WP 1961–65	<i>Bauer, Josef</i> (CSU) <i>Kühn, Heinz</i> (SPD) <i>Lemmer, Ernst</i> (CDU) <i>Schneider, Heinrich</i> (FDP) <i>Schulhoff, Georg</i> (CDU)	25. 11. 1962 – 19. 10. 1969 23. 7. 1962 – 9. 4. 1963 1. 2. 1952 – 15. 11. 1969 4. 1. 1957 – 27. 6. 1965 22. 2. 1962 – 20. 7. 1962	BAY NRW BLN SAA NRW
5. WP 1965–69	<i>Bauer, Josef</i> (CSU) <i>Blumenfeld, Erik Bernhard</i> (CDU) <i>Borm, William</i> (FDP) <i>Damm, Carl</i> (CDU) <i>Lemmer, Ernst</i> (CDU) <i>Meinecke, Rolf</i> (SPD) <i>Orgaß, Gerhard</i> (CDU) <i>Schmid-Burgk, Klaus</i> (CDU)	25. 11. 1962 – 19. 10. 1969 13. 4. 1966 – 13. 4. 1970 19. 10. 1965 – 8. 3. 1967 19. 10. 1965 – 29. 3. 1966 1. 2. 1952 – 15. 11. 1969 19. 10. 1965 – 29. 3. 1966 19. 10. 1965 – 29. 3. 1966 19. 10. 1965 – 29. 3. 1966	BAY HAM BLN HAM BLN HAM HAM HAM
6. WP 1969–72	<i>Blumenfeld, Erik Bernhard</i> (CDU) <i>Brandt, Willy</i> (SPD) <i>Dröschner, Wilhelm</i> (SPD) <i>Kirst, Victor</i> (FDP) <i>Lemmer, Ernst</i> (CDU) <i>Schmitz, Karl-Heinz</i> (CDU) <i>Warnke, Jürgen</i> (CSU)	13. 4. 1966 – 13. 4. 1970 20. 10. 1969 – 6. 4. 1971 18. 5. 1971 – 12. 10. 1971 20. 10. 1969 – 14. 4. 1970 1. 2. 1952 – 15. 11. 1969 20. 8. 1970 – 25. 8. 1971 20. 10. 1969 – 22. 11. 1970	HAM BLN RPF HAM BLN BLN BAY
7. WP 1972–76	<i>Hoppe, Hans-Günter</i> (FDP)	13. 12. 1972 – 11. 10. 1973	BLN
8. WP 1976–80	<i>Biedenkopf, Kurt H.</i> (CDU) <i>Blumenfeld, Erik Bernhard</i> (CDU) <i>Francke, Klaus</i> (CDU) <i>Reimers, Stephan</i> (CDU) <i>Rühe, Volker</i> (CDU) <i>Weber, Karl</i> (CDU) <i>Weizsäcker, Richard von</i> (CDU) <i>Wohlrabe, Jürgen</i> (CDU)	29. 5. 1980 – 4. 11. 1980 20. 6. 1978 – 10. 10. 1979 14. 12. 1976 – 17. 6. 1978 14. 12. 1976 – 17. 6. 1978 14. 12. 1976 – 17. 6. 1978 14. 12. 1976 – 17. 6. 1978 3. 6. 1980 – 4. 11. 1980 26. 4. 1979 – 26. 12. 1979 26. 4. 1979 – 11. 9. 1979	NRW HAM HAM HAM HAM HAM BWÜ BLN BLN
9. WP 1980–83	<i>Echternach, Jürgen</i> (CDU) <i>Fischer, Dirk</i> (CDU)	4. 11. 1980 – 5. 2. 1981 4. 11. 1980 – 5. 2. 1981	HAM HAM
10. WP 1983–87	<i>Pfuhl, Albert</i> (SPD)	29. 3. 1983 – 4. 8. 1983	HES
11. WP 1987–90	<i>Conrad, Margit</i> (SPD) <i>Lummer, Heinrich</i> (CDU) <i>Neumann, Bernd</i> (CDU)	28. 1. 1990 – 31. 5. 1990 18. 2. 1987 – 29. 6. 1987 18. 2. 1987 – 12. 10. 1987	SAA BLN BRE

Fortsetzung auf Seite 468

Statistik zur Doppelmitgliedschaft im Deutschen Bundestag und in einem Landtag

Wahlperiode des Bundestages	Zahl der Doppelmandate															
	insgesamt	davon von Abg. der Partei/Fraktion...				davon von Mitgliedern der Landesparlamente von ... ¹⁾										
		CDU/CSU	SPD	FDP	Sonst.	SWH	HAM	BLN	NDS	BRE	NRW	RPF	HES	BWÜ ²⁾	BAY	SAA ³⁾
1. WP 1949–53	84	27	27	11	19	7	0	6	7	0	30	7	2	16	9	–
2. WP 1953–57	53	23	12	8	10	4	1	4	3	1	14	3	2	7	3	11
3. WP 1957–61	23	12	3	7	1	1	0	2	0	3	11	0	1	2	0	3
4. WP 1961–65	5	3	1	1	0	0	0	1	0	0	2	0	0	0	1	1
5. WP 1965–69	8	6	1	1	0	0	5	2	0	0	0	0	0	0	1	0
6. WP 1969–72	7	4	2	1	0	0	2	3	0	0	0	1	0	0	1	0
7. WP 1972–76	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
8. WP 1976–80	8	8	0	0	0	0	4	2	0	0	1	0	0	1	0	0
9. WP 1980–83	2	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0

10. WP 1983–87	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
11. WP 1987–90	3	2	1	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1
12. WP 1990–94	3	2	0	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0
13. WP 1994– ⁴⁾	3	3	0	0	0	0	0	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0

- 1) Fälle von Doppelmandaten in den Landtagen der neuen Bundesländer und im Bundestag hat es bisher (Stand: 31. August 1997) noch nicht gegeben; die neuen Bundesländer fehlen deshalb in der Tabelle.
 2) In der 1. Wahlperiode faßt „BWÜ“ die damaligen drei Bundesländer Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zusammen.
 3) Ab Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1957.
 4) Stand: 31. August 1997

Abkürzungen:

SWH = Schleswig-Holstein
 HAM = Hamburg
 BLN = Berlin

NDS = Niedersachsen
 BRE = Bremen
 NRW = Nordrhein-Westfalen

RPF = Rheinland-Pfalz
 HES = Hessen
 BWÜ = Baden-Württemberg

BAY = Bayern
 SAA = Saarland

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsvorstandsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23).

Wahlperiode	Name des Abgeordneten Partei	Doppelmandat in der Zeit von...bis...	Mandat im Bundesland
12. WP 1990–94	<i>Grünbeck, Josef</i> (FDP)	24. 10. 1990 – 29. 1. 1991	BAY
	<i>Lummer, Heinrich</i> (CDU)	11. 1. 1991 – 31. 5. 1991	BLN
	<i>Wohlraube, Jürgen</i> (CDU)	5. 1. 1993 – 10. 11. 1994	BLN
13. WP 1994– ¹⁾	<i>Schütze, Diethard</i> (CDU)	10. 11. 1994 – 22. 10. 1995	BLN
	<i>Teiser, Michael</i> (CDU)	10. 11. 1994 – 5. 7. 1995	BRE
	<i>Wohlraube, Jürgen</i> (CDU)	10. 11. 1994 – 19. 10. 1995	BLN

¹⁾ Stand: 31. August 1997

2.12 Doppelmitgliedschaft Bundestag/ Europäisches Parlament

Die Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament haben sich nach der Direktwahl 1979 schrittweise gewandelt. Ein Indiz dafür ist die Zahl der Doppelmandate, d. h. die gleichzeitige Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament. Während bis 1979 die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag Voraussetzung war für die Entsendung in das Europäische Parlament, gehört das Doppelmandat seither zur Ausnahme.*)

Am 7. Juli 1988 hat das Europäische Parlament sogar eine Entschließung angenommen, in der die Auffassung vertreten wird, „daß die Mitglieder des Europäischen Parlaments im Prinzip für ein Vollzeitmandat gewählt werden und daher weder Zeit noch Gelegenheit haben, ein Mandat in einem nationalen Parlament wahrzunehmen“. Es forderte die Mitgliedstaaten auf, den Abgeordneten die Praxis des Doppelmandats zu untersagen. Gleichzeitig werden aber Kontakte zwischen nationalen und regionalen Wahlgremien einerseits und dem Europäischen Parlament andererseits befürwortet.

*) Über die Vor- und Nachteile der Doppelmandate siehe *Peter Mehl*, Die Europa-Kommission des Deutschen Bundestages. Eine neue Einrichtung interparlamentarischer Zusammenarbeit. Kehl [usw.] 1987. S. 24–31.

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung

In der folgenden Übersicht ist die Praxis der Doppelmitgliedschaft im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag dargestellt.

Wahlperiode des Bundestages	Name des Abgeordneten Partei	Doppelmandat in der Zeit von ... bis ...
3. – 7. WP 1957–76	alle 81 Mandate aus der Bundesrepublik Deutschland = Doppelmandate ¹⁾	ab 19. 3. 1958 ²⁾
8. WP 1976–80	wie zuvor alle 81 Mandate = Doppelmandate	bis 17. 7. 1979 ³⁾
	28 von 81 MdEP aus der Bundesrepublik Deutschland = Doppelmandate ⁴⁾	17. 7. 1979 ³⁾ – 4. 11. 1980 ⁵⁾
9. WP 1980–83	<i>Jochen van Aerssen</i> (CDU)	19. 1. 1977 ⁶⁾ – 29. 3. 1983 ⁷⁾
	<i>Willy Brandt</i> (SPD)	17. 7. 1979 ⁸⁾ – 1. 3. 1983 ⁹⁾
	<i>Herbert W. Köhler</i> (CDU)	17. 7. 1979 ⁸⁾ – 16. 1. 1981 ⁹⁾
10. WP 1983–87	<i>Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg</i> (CSU)	24. 7. 1984 ⁸⁾ – 20. 11. 1984 ¹⁰⁾
11. WP 1987–90	<i>Honor Funk</i> (CDU)	25. 7. 1989 ⁸⁾ – 24. 8. 1989 ¹⁰⁾
	<i>Günther Müller</i> (CSU)	1. 4. 1988 ¹¹⁾ – 24. 7. 1989 ¹²⁾
	<i>Doris Pack</i> (CDU)	25. 7. 1989 ⁸⁾ – 8. 9. 1989 ¹⁰⁾
	<i>Heidemarie Wieczorek-Zeul</i> (SPD)	18. 2. 1987 ¹³⁾ – 1. 3. 1987 ⁹⁾
12. WP 1990–94	<i>Peter Kittelmann</i> (CDU)	19. 7. 1994 ⁸⁾ – 10. 11. 1994 ¹⁵⁾
	<i>Klaus-Heiner Lehne</i> (CDU)	19. 7. 1994 ⁸⁾ – 10. 11. 1994 ¹⁵⁾
	<i>Günther Müller</i> (CSU)	4. 12. 1992 ¹⁴⁾ – 6. 11. 1993 ⁹⁾
	<i>Wolfgang Ullmann</i> (B 90/GRÜNE)	19. 7. 1994 ⁸⁾ – 10. 11. 1994 ¹⁵⁾
	<i>Ralf Walter</i> (SPD)	19. 7. 1994 ⁸⁾ – 21. 8. 1994 ¹⁰⁾
	<i>Barbara Weiler</i> (SPD)	19. 7. 1994 ⁸⁾ – 14. 8. 1994 ¹⁰⁾
13. WP 1994– ¹⁶⁾	kein Doppelmandat	

1) Die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag war Voraussetzung für die Entsendung in das Europäische Parlament.

2) Ab Konstituierung des Europäischen Parlaments; gleiches gilt schon für den Vorläufer, die Gemeinsame Versammlung der Montanunion, in die der Deutsche Bundestag 18 Vertreter entsandte.

3) Konstituierung des ersten direkt gewählten Europäischen Parlaments

4) In der Zahl 28 sind nicht enthalten *Philipp von Bismarck* und *Franz-Josef Nordlohne* (beide CDU), die im September 1979 das Bundestagsmandat wegen ihrer Wahl in das Europäische Parlament niedergelegt haben; enthalten ist dagegen *Dieter Schinzel* (SPD), der als MdEP im Mai 1980 für den Rest der 8. Wahlperiode in den Bundestag nachgerückt ist.

5) Ende der 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

6) 1977 Wahl in das Europäische Parlament als MdB durch den Bundestag, anschließend 1979 Wahl in das Europäische Parlament als MdB in Direktwahl

7) Ende der 9. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

8) Wahl in das Europäische Parlament als MdB in Direktwahl

9) Verzicht auf das Mandat im Europäischen Parlament

10) Verzicht auf das Bundestagsmandat

11) Nachgerückt als MdB in das Europäische Parlament für den verstorbenen *Heinrich Aigner*

12) Ende der Wahlperiode des Europäischen Parlaments

13) Wahl als MdEP in den Deutschen Bundestag

14) Nachgerückt als MdB in das Europäische Parlament für *Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg*

15) Ende der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

16) Stand: 31. August 1997

2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie

Was Abgeordnete während und nach ihrer Mandatszeit im Bundestag über ihr Parlaments- und Demokratieverständnis publiziert haben, ist in der folgenden Spezialbibliographie*) zusammengefaßt. Sie beschränkt sich auf Titel von Buchveröffentlichungen sowie von Aufsätzen in Zeitschriften und Sammelwerken; wegen der Fülle blieben Beiträge in Tages- und Wochenzeitungen sowie in Pressediensten unberücksichtigt.

Folgende Mitglieder des Bundestages sind mit ihren Veröffentlichungen in der Bibliographie verzeichnet:

- Abelein, Manfred** > 472
Adenauer, Konrad > 473
Aerssen, Jochen van > 473
Althammer, Walter > 473
Apel, Hans > 473
Arndt, Adolf > 437–474
Arndt, Claus > 474–475
Austermann, Dietrich > 475
- Bading, Harri** > 475
Bahr, Egon > 475
Barche, Hermann > 476
Barzel, Rainer > 476
Baum, Gerhart [Rudolf] > 476
Bausch, Paul > 476
Becher, Walter > 476
Beck-Oberdorf, Marieluise > 476
Becker, Curt > 476
Becker, Helmuth > 477
Becker, Karl > 477
Beckmann, Klaus > 477
Benda, Ernst > 477
Berger, Lieselotte > 477
Bergstraesser, Ludwig > 477
Berkhan, Karl Wilhelm > 477–478
Bernrath, Hans Gottfried > 478
Biedenkopf, Kurt H. > 478
Blücher, Franz > 478
Blüm, Norbert > 478
Börner, Holger > 478
Bötsch, Wolfgang > 478
Borchert, Jochen > 478
Borgmann, Annemarie > 478
Borm, William > 479
Bothmer, Lenelotte von > 479
Brandt, Hugo > 479
Brese, Wilhelm > 479
- Brill, Hermann L.** > 479
Brökelschen, Else > 479
Brück, Alwin > 480
Bucerius, Gerd > 480
Bucher, Ewald > 480
Bugl, Josef > 480
Burgmann, Dieter > 480
Busse, Hermann > 480
Bußmann, Bernhard > 480
- Carstens, Karl** > 481
Catenhusen, Wolf-Michael > 481
Collet, Hugo > 481
Conradi, Peter > 481–482
Cramer, Johann > 482
- Dahrendorf, Ralf** > 482
Dehler, Thomas > 482
Dichgans, Hans > 482–483
Diederich, Nils > 483
Dohnanyi, Klaus von > 483
Dollinger, Werner > 483
Dorn, Wolfram > 483
Drabiniok, Dieter > 484
Dübber, Ulrich > 484
Dürr, Hermann > 484
Duve, Freimut > 484
- Eckhardt, Walter** > 484
Ehlers, Hermann > 484–485
Ehmke, Horst > 485
Eichler, Willi > 485
Elsner, Ilse > 485
Engholm, Björn > 485
Eppler, Erhard > 485
Erhard, Benno > 485
Erler, Fritz > 485–486
- Ertl, Josef** > 486
Eylmann, Horst > 486
- Felder, Josef** > 486
Fischer, Joschka [Joseph] > 486
Flach, Karl-Hermann > 486
Friderichs, Hans > 486
Friedmann, Bernhard > 487
Fuchs, Anke > 487
Funcke, Liselotte > 487
Furler, Hans > 487
- Gansel, Norbert** > 487
Gattermann, Hans H. > 487
Geißler, Heiner > 487
Geldern, Wolfgang von > 487
Genscher, Hans-Dietrich > 488
Gerstenmaier, Eugen > 488
Gerster, Johannes > 488
Gewandt, Heinrich > 488
Giulini, Udo > 488
Glötz, Peter > 488–489
Glüsing, Hermann > 489
Gnädinger, Fritz-Joachim > 489
Goetzendorff, Günter > 489
Grüner, Martin > 489
Gruhl, Herbert > 489
- Häfele, Hansjörg** > 489
Hamm-Brücher, Hildegard > 489–490
Hansen, Karl-Heinz > 490–491
Hanz, August > 491
Hassel, Kai-Uwe von > 491
Hasselfeldt, Gerda > 491
Hauck, Rudolf > 491
Hauff, Volker > 491

*) Vgl. auch Abgeordnete des Deutschen Bundestages über Parlament und parlamentarische Demokratie. Bearbeiter: *Peter Schindler* und *Lydia Lang*. Bonn 1982 (= Bibliographien Nr. 55).

- Hauser, Hansheinz** > 492
Heck, Bruno > 492
Heinemann, Gustav W. > 492
Hellwig, Renate > 492
Helmrich, Herbert > 492–493
Heuer, Uwe-Jens > 493
Hirsch, Burkhard > 493
Hirsch, Martin > 493
Höcherl, Hermann > 493
Horn, Erwin > 493
Horten, Alphons > 493
Hoss, Willi > 494
- Jacobi, Maria** > 494
Jaeger, Richard > 494
Jahn, Gerhard > 494
Jenninger, Philipp > 494–495
Jungmann, Horst > 495
- Kahn-Ackermann, Georg** > 495
Karpf, Hugo > 495
Kelly, Petra > 495
Kiep, Walther Leisler > 495
Kiep-Altenloh, Emilie > 495
Kiesinger, Kurt Georg > 495
Kirst, Victor > 495
Klein, Hans Hugo > 496–497
Klein, Josef > 497
Kleinert, Detlef > 497
Kleinert, Hubert > 497
Klepsch, Egon > 497
Köhler, Herbert W. > 497
Köhler, Volkmar > 498
Koenig, Peter-Michael > 498
Köppler, Heinrich > 498
Kohl, Helmut > 498
Konrad, Klaus > 498
Kopf, Hermann > 498
Koschnick, Hans > 498
Kreile, Reinhold > 498
Kreutzmann, Heinz > 499
Krockert, Horst > 499
Kübler, Paul > 499
Kühn, Heinz > 499
Kurlbaum, Georg > 499
Kurlbaum-Beyer, Lucie > 499
- Laermann, Karl-Hans** > 499
Lammert, Norbert > 500
Lange, Erwin > 500
Languth, Gerd > 500
Lattmann, Dieter > 500
Leber, Georg > 500
Leicht, Albert > 500
Lemmer, Ernst > 500
- Lemp, Hans** > 501
Lensing, Eduard > 501
Lenz, Carl Otto > 501
Lenzer, Christian > 501
Löbe, Paul > 501–502
Löffler, Lothar > 502
Lohmar, Ulrich > 502–503
Luda, Manfred > 503
Lücke, Paul > 503
Lüders, Marie-Elisabeth > 503
Lütgens, Gerhard > 503
Lutz, Egon > 503
- Männle, Ursula** > 503
Maihofer, Werner > 503–504
Majonica, Ernst > 504
Mann, Norbert > 504
Martiny, Anke > 504
Marx, Franz > 504
Matthöfer, Hans > 504
Meermann, Hedwig > 504
Meinike, Erich > 505
Mende, Erich > 505
Menzel, Walter > 505–506
Merkatz, Hans-Joachim von > 506
Mertes, Werner > 506
Meyer, Jürgen > 506
Mikat, Paul > 506
Miltner, Karl > 506
Mischnick, Wolfgang > 506
Möller, Alex > 506
Möller, Franz > 507
Moersch, Karl > 507
Mommer, Karl > 507
Müller, Günther > 507
Müller-Hermann, Ernst > 507
Müthling, Hans > 508
Mulert, Friederike > 508
- Neuhausen, Friedrich** > 508
Nickels, Christa > 508
- Özdemir, Cem** > 508
Ollesch, Alfred > 508
Orgaß, Gerhard > 508
Ostman von der Leye, Wilderich Freiherr > 509
- Paul, Ernst** > 509
Peter, Horst > 509
Pitz-Savelsberg, Elisabeth > 509
Probst, Albert > 509
- Rapp, Heinz** > 509
Rappe, Hermann > 509
- Rasner, Will** > 509
Reents, Jürgen > 510
Reif, Hans > 510
Reimers, Stephan > 510
Renger, Annemarie > 510–511
Riege, Gerhard > 511
Ritzel, Heinrich Georg > 511
Röhner, Paul > 511
Rollmann, Dietrich-Wilhelm > 511
Rose, Klaus > 511–512
Roser, Hans > 512
Rüttgers, Jürgen > 512
Ruf, Thomas > 512
Rusche, Herbert > 512
- Sänger, Fritz** > 512
Sauter, Alfred > 512
Schäfer, Friedrich > 512–514
Schäfer, Helmut > 514
Schäuble, Wolfgang > 514
Scheel, Walter > 514
Scheer, Hermann > 514–515
Schenk, Christina > 515
Schily, Otto > 515
Schlags, Georg > 515
Schlei, Marie > 515
Schmid, Carlo > 515–516
Schmidhuber, Peter M. > 516
Schmidt, Adolf > 516
Schmidt, Helmut > 516
Schmidt-Jortzig, Edzard > 516
Schmitt-Vockenhausen, Hermann > 516–517
Schmude, Jürgen > 517
Schöfberger, Rudolf > 517
Schoeler, Andreas von > 517
Schoettle, Erwin > 517
Scholz, Rupert > 517–518
Schoppe, Waltraud > 518
Schroeder, Conrad > 518
Schröder, Gerhard > 518
Schröder, Gerhard > 518
Schröder, Richard > 518
Schuchardt, Helga > 518
Schütz, Hans > 518
Schulte, Manfred > 519
Schultz, Fritz-Rudolf > 519
Schulz, Klaus-Peter > 519
Schulze, Gerhard > 519
Schwarzhaupt, Elisabeth > 519
Schweitzer, Carl-Christoph > 519–520
Schwencke, Olaf > 520

- Seuffert, Walter** > 520
Siemer, J. Hermann > 520
Simonis, Heide > 521
Skarpelis-Sperk, Sigrid > 521
Slotta, Günter > 521
Sperling, Dietrich > 521
Spillecke, Hermann > 521
Spitzmüller, Kurt > 521
Steger, Ulrich > 521
Stoltenberg, Gerhard > 522
Storch, Anton > 522
Strauß, Franz Josef > 522
Struck, Peter > 522
Stücklen, Richard > 522
Süssmuth, Rita > 523

Thierse, Wolfgang > 523

Ullmann, Wolfgang > 523
- Verheugen, Günter** > 523
Verheyen, Hans > 523
Vogel, Bernhard > 524
Vogel, Friedrich > 524
Vogel, Hans-Jochen > 524–525
Vogel, Rudolf > 525
Vollmer, Antje > 525

Waffenschmidt, Horst > 525
Waigel, Theodor > 525
Walkhoff, Karl-Heinz > 525
Wallmann, Walter > 525–526
Wallow, Hans > 526
Walther, Rudi > 526
Warrikoff, Alexander > 526
Wehner, Herbert > 526
Weiskirch, Willi > 526
Weizsäcker, Richard von > 526
Wernitz, Axel > 526

Westphal, Heinz > 526–527
Wettig-Danielmeier, Inge > 527
Wieczorek, Norbert > 527
Wieczorek-Zeul, Heidemarie > 527
Wienand, Karl > 527
Wilz, Bernd > 527
Windelen, Heinrich > 527
Winkelheide, Bernhard > 527
With, Hans de > 527
Wittrock, Karl > 528
Wörner, Manfred > 528
Wolfgramm, Torsten > 528
Wrangel, Olaf von > 528
Wurbs, Richard > 528

Zander, Fred > 529
Zumpfort, Wolf-Dieter > 529

Die Titel sind bei jedem Autor in der Reihenfolge des Erscheinungsjahres aufgeführt.

Dr. Manfred Abelein

MdB 1965–1990 (CDU)

Abelein, Manfred

Parlamentsreform.

In: Die Entscheidung. Jg. 14. 1966. H. 4. S. 24–25.

Abelein, Manfred

Finanzplanung und Haushaltsrecht.

In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 2. 1969. H. 11. S. 242–245.

Abelein, Manfred

Kontrolle ohne Kontrolleure? Zur Bedeutung des Bundestages als Kontrollorgan.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 150–159.

Abelein, Manfred

Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers.

In: Regensburger Universitäts-Zeitung. Jg. 5. 1969. H. 11. S. 8–10 und 19–21.

Abelein, Manfred

Die Stellung des Abgeordneten im parlamentarisch-repräsentativen System.

In: Sonde. Jg. 2. 1969. H. 2. S. 27–36.

Abelein, Manfred

20 Jahre Deutscher Bundestag. Die politische Bilanz von fünf Legislaturperioden.

In: Der Deutsche Bundestag 1949–1969. Hrsg. von *Walther Keim*. Frankfurt a. M., Bonn 1969. S. 19–31.

Abelein, Manfred

Parlament und Parlamentarismus. Krisis und Reform – System und Institution.

In: Regensburger Universitäts-Zeitung. Jg. 6. 1970. H. 1. S. 6–8.

Abelein, Manfred

Plebiszitäre Elemente im deutschen Parlamentarismus.

In: Reale Utopien. Mainz 1970. S. 23–41.

Abelein, Manfred

Die Rechtsstellung des Abgeordneten in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.

In: Um Recht und Freiheit. Festschrift für *Friedrich August Frhr. von der Heydte*. Halbbd. 2. Berlin 1977. S. 777–792.

Abelein, Manfred

Zu wenig Zeit für Einarbeitung und Weiterbildung. Die Arbeitsbedingungen der Bundestagsabgeordneten aus der Sicht eines Betroffenen.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 97–100.

Dr. Konrad Adenauer

MdB 1949–1967 (CDU)

Adenauer, Konrad

The Development of Parliamentary Institutions in Germany since 1945.

In: *Parliamentary Affairs*. Vol. 7. 1954. Nr. 3. S. 279–287.**Adenauer, Konrad**

Möglichkeiten einer Koalition. Erfahrungen mit vier Regierungen.

In: *Die Politische Meinung*. Jg. 10. 1965. H. 108. S. 13–17.

Dr. Jochen van Aerssen

MdB 1976–1983 (CDU)

Aerssen, Jochen van

Dokumentation, Evaluierung und Kontrolle staatlicher Politik.

In: *Experimentelle Politik – Reformstrohfeuer oder Lernstrategie*. Hrsg. von *Gerd-Michael Hellstern* und *Hellmut Wollmann*. Opladen 1983. S. 250–255.

Dr. Walter Althammer

MdB 1961–1985 (CSU)

Althammer, Walter

Politiker oder Spezialisten? Aufgabe und Arbeitsweise der Fraktionen.

In: *Der Bundestag von innen gesehen*. Hrsg. von *Emil Hübner*, *Heinrich Oberreuter*, *Heinz Rausch*. München 1969. S. 59–67.

Dr. Hans Apel

MdB 1965–1990 (SPD)

Apel, Hans

Erfahrungen und Reflektionen eines Neulings zur Bundestagswahl 1965.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 13. 1966. H. 2. S. 125–132.**Apel, Hans**

Für und wider das Mehrheitswahlrecht. Eine Analyse und ein Vorschlag.

In: *Politische Meinung*. Jg. 12. 1967. H. 1. S. 15–25.**Apel, Hans**

Ein Plädoyer für den Berufspolitiker.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 14. 1967. H. 2. S. 129–135.**Apel, Hans**

Der deutsche Parlamentarismus. Unreflektierte Bejahung der Demokratie?

Reinbek bei Hamburg 1968.

Apel, Hans

Vorschläge für den 6. Bundestag.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 0. 1969. H. 0. S. 87–89.**Apel, Hans**

Die Willensbildung in den Bundestagsfraktionen. Die Rolle der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 222–232.**Apel, Hans**

Bonn, den ... Tagebuch eines Bundestagsabgeordneten.

Köln 1972.

Apel, Hans

Der Abstieg. Politisches Tagebuch 1978–1988.

Stuttgart 1990.

Apel, Hans

Die deformierte Demokratie. Parteienherrschaft in Deutschland.

Stuttgart 1991.

Adolf Arndt

MdB 1949–1969 (SPD)

Arndt, Adolf

Die Persönlichkeit in der parlamentarischen Demokratie. Vortrag.

Berlin 1958.

Arndt, Adolf

Die Entmachtung des Bundestages.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 6. 1959. H. 6. S. 431–438.

Arndt, Adolf

Die Nichtigkeit verfassungswidriger Gesetze.

In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 12. 1959. H. 3. S. 81–84.

Arndt, Adolf

Der Jurist im Parlament.

In: Juristen-Jahrbuch. Bd. 1. 1960. S. 82–89.

Arndt, Adolf

Das nicht erfüllte Grundgesetz. Ein Vortrag.
Tübingen 1960.

Arndt, Adolf

Das zeitgerechte Parlamentsgebäude.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 9. 1962. H. 6. S. 429–438.

Arndt, Adolf

Gesetzesrecht und Richterrecht.

In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 16. 1963. H. 29. S. 1273–1284.

Arndt, Adolf

Reform der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse?

In: Deutsche Richterzeitung. Jg. 42. 1964. H. 9. S. 290–292.

Arndt, Adolf

Opposition.

In: Die Neue Sammlung. Jg. 8. 1968. H. 1. S. 1–17.

Claus Arndt

MdB 1968–1972 und 1974–1976 (SPD)

Arndt, Claus

Parlament und Ministerialbürokratie.

In: Die Verwaltung. Jg. 2. 1969. H. 3. S. 265–278.

Arndt, Claus

Architektur und Parlamentsarbeit.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 4. S. 432–436.

Arndt, Claus

Zur Reform der Institution des Parlamentarischen Staatssekretärs.

In: Der Staat. Bd. 9. 1970. H. 4. S. 501–507.

Arndt, Claus

Das Verhältnis von Budgetrecht des Parlaments und Zustimmungrecht des Finanzministers nach Art. 112 GG.

In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 90. 1975. H. 16. S. 601–604.

Arndt, Claus

Zum Rederecht der Mitglieder des Bundesrates im Bundestag.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 7. 1976. H. 3. S. 317–322.

Arndt, Claus

Richter und Petitionsrecht.

In: Deutsche Richterzeitung. Jg. 55. 1977. H. 3. S. 75–76.

Arndt, Claus

Gesetzliche Neuregelungen auf dem Gebiete der Nachrichtendienste.

In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 93. 1978. H. 11. S. 385–389.

Arndt, Claus

Parlamentarisches Budgetrecht und Notbewilligungsrecht des Bundesministers der Finanzen – BVerfG, NJW 1977, 1387.

In: Juristische Schulung. Jg. 18. 1978. H. 1. S. 19–22.

Arndt, Claus

Rechtsprobleme der Post- und Fernmeldekontrolle.

In: Politik als gelebte Verfassung. Festschrift für *Friedrich Schäfer*. Hrsg. von *Jürgen Jekewitz*, *Michael Melzer*, *Wolfgang Zeh*. Opladen 1980. S. 147–161.

Arndt, Claus

Das G 10-Verfahren.

In: Verfassungsschutz und Rechtsstaat. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern. Köln 1981. S. 43–51.

Arndt, Claus

Parlamentarische Gesetzgebung und Bundesverfassungsgericht.

In: Die Freiheit des Anderen. Festschrift für *Martin Hirsch*. Hrsg. von *Hans-Jochen Vogel* u.a. Baden-Baden 1981. S. 423–436.

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Arndt, Claus

Bürger oder Rebell?

In: *Widerstand in der Demokratie*. Hamburg 1983. S. 36–53.

Arndt, Claus

Bürger oder Rebell? Zum Widerstandsrecht im Grundgesetz.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1983. B 39. S. 32–41.

Arndt, Claus

Mißtrauensvotum und Parlamentsauflösung.

In: *Recht und Politik*. Jg. 18. 1983. H. 2. S. 65–67.

Arndt, Claus

Der Bundestagsabgeordnete als Ausschußmitglied.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 15. 1984. H. 4. S. 523–529.

Arndt, Claus

Widerstand und ziviler Ungehorsam in der Demokratie.

In: *Recht und Politik*. Jg. 20. 1984. H. 2. S. 81–89.

Arndt, Claus

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*. Bd. 5. Boppard am Rhein 1988. S. 9–114.

Arndt, Claus

Fraktion und Abgeordneter.

In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 643–672.

Arndt, Claus

Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste.

In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1369–1392.

Arndt, Claus

Spuren in der Zeit. Politische und persönliche Erinnerungen aus einem halben Jahrhundert.

Düsseldorf 1991.

Arndt, Claus

25 Jahre Post- und Telefonkontrolle. Die G 10-Kommission des Deutschen Bundestages.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 24. 1993. H. 4. S. 621–634.

Arndt, Claus

Ursprünge und Entstehungsgeschichte des Widerstandsrechts (Art. 20 Abs. 4 GG).

In: *Recht und Politik*. Jg. 29. 1993. H. 3. S. 154–161.

Arndt, Claus

Öffentlichkeit der Parlamentsausschüsse? Unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Bundestages.

In: *Jahrbuch für Politik*. Jg. 4. 1994. H. 1. S. 9–33.

Arndt, Claus

Amt und Mandat. Ausgewählte Reden und Schriften aus drei Jahrzehnten. 3 Bände.

Band 1 Baden-Baden 1989, Band 2 Baden-Baden 1991, Band 3 Baden-Baden 1996.

[In den drei Bänden sind die meisten hier einzeln aufgeführten Aufsätze des Verfassers gesammelt veröffentlicht.]

Dietrich Austermann

MdB ab 1982 (CDU)

Austermann, Dietrich

Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr. Kontrollverfahren des Haushaltsausschusses.

In: *Wehrtechnik*. Jg. 27. 1995. H. 2. S. 4–5.

Harri Bading

MdB 1957–1969 (SPD)

Bading, Harri

Die Ordnung der Interessenvertretung.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 11. 1964. H. 2. S. 112–119.

Egon Bahr

MdB 1972–1990 (SPD)

Bahr, Egon

Die Grenzen der Bürgerinitiative.

In: *Energie, Beschäftigung, Lebensqualität*. Bonn 1977. S. 237–243.

Hermann Barche

MdB 1967–1976 (SPD)

Barche, Hermann

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 4. Boppard am Rhein 1988. S. 9–65.

Dr. Rainer Barzel

MdB 1957–1987 (CDU)

Barzel, Rainer

Schwerpunkte einer Opposition. Konzept für bessere Politik.

In: Politische Meinung. Jg. 14. 1969. H. 4. S. 24–28.

Barzel, Rainer

Die Rolle der Opposition.

In: Die CDU in der Opposition. Eine Selbstdarstellung. Hrsg. von *Dietrich Rollmann*. Hamburg 1970. S. 30–34.

Barzel, Rainer

Geschichten aus der Politik. Persönliches aus meinem Archiv.

Frankfurt/Main [u. a.] 1987.

Barzel, Rainer

Parlamentsreform – mein besonderes Anliegen.

In: Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen. Hrsg. von *Rupert Schick*. 9. neu bearbeitete und ergänzte Aufl. Stuttgart 1987. S. 134–139.

Gerhart Rudolf Baum

MdB 1972–1994 (FDP)

Baum, Gerhart [Rudolf]

Macht und Verantwortung der Verbände in der Demokratie.

In: Liberal. Jg. 18. 1976. H. 5. S. 325–340.

Paul Bausch

MdB 1949–1965 (CDU)

Bausch, Paul

Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten.

Kornthal (Selbstverl.) 1969.

Dr. Walter Becher

MdB 1965–1980 (CSU)

Becher, Walter

Zeitzeuge. Ein Lebensbericht.

München 1990.

[Vgl. u. a. Abschnitt „Auf dem Weg nach Bonn“, S. 295–302 und „Der Machtwechsel“, S. 330–374.]

Marieluise Beck-Oberdorf,

ab 1994 **Marieluise Beck**

MdB 1983–1985, 1987–1990 (GRÜNE) und ab

1994 (Bündnis 90/GRÜNE)

Beck-Oberdorf, Marieluise

Tagebuch. Aufbruch in die Kälte.

In: Natur. Jg. 1983. H. 7. S. 51–55, H. 8. S. 60–63 und H. 9. S. 98–101.

Dr. Curt Becker

MdB 1957–1961, 1964–1965 und 1969–1976

(CDU)

Becker, Curt

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 2. Boppard am Rhein 1983. S. 9–79.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Helmuth BeckerMdB 1969–1994 (SPD)

Becker, Helmuth

Persönliche Bilanz.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 49–53.

Dr. Karl BeckerMdB 1976–1980 und 1982–1990 (CDU)

Becker, Karl

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

Boppard am Rhein 1993 (= Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 12).

Klaus BeckmannMdB 1980–1994 (FDP)

Beckmann, Klaus

Politik und Information. Informationsbeschaffung und -verwendung im politisch-parlamentarischen Prozeß.

In: Parlament und Bibliothek. Internationale Festschrift für *Wolfgang Dietz* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Gerhard Hahn* und *Hildebert Kirchner*. München [usw.] 1986. S. 15–25.

Ernst BendaMdB 1957–1971 (CDU)

Benda, Ernst

Verfassungsprobleme der Großen Koalition.

In: Die Große Koalition 1966–1969. Eine kritische Bestandsaufnahme. Freudenstadt 1969. S. 162–168.

Benda, Ernst

Zukunftsfragen der Parlamentarischen Demokratie.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 9. 1978. H. 4. S. 510–521.

Benda, ErnstMeinungsforschung und repräsentative Demokratie. In: Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Hrsg. von *Horst Baier*, *Hans Mathias Kepplinger* und *Kurt Reumann*. Opladen 1981. S. 96–104.**Benda, Ernst**

Das Verhältnis von Parlament und Bundesverfassungsgericht.

In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 217–232.

Lieselotte BergerMdB 1971–1989 (CDU)

Berger, Lieselotte

Als Bundestagsabgeordnete in Bonn.

In: Frauen ins Parlament? Reinbek b. Hamburg 1976. S. 57–84.

Berger, Lieselotte

Der verwaltete Bürger. Erfahrungen und Erkenntnisse aus parlamentarischer Arbeit.

In: *Europa*. Jg. 29. 1978. H. 7/8. S. 26–29.

Dr. Ludwig BergstraesserMdB 1949–1953 (SPD)

Bergstraesser, Ludwig

Die Problematik des deutschen Parlamentarismus. München 1950.

Bergstraesser, Ludwig

Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland.

Laupheim/Württ. 1954.

Karl Wilhelm BerkhanMdB 1957–1975 (SPD)

Berkhan, Karl Wilhelm

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages. Bemerkungen des fünften Amtsinhabers.

In: Neue Zeitschrift für Wehrrecht. Jg. 18. 1976. H. 5/6. S. 177–180.

Berkhan, Karl Wilhelm

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages.

In: Ein deutscher Ombudsman. Der Bürgerbeauftragte von Rheinland-Pfalz unter Berücksichtigung von Petitionsinstanzen in Europa und Nordamerika. Hrsg. von *Udo Kempf* und *Herbert Uppendahl*. Opladen 1986. S. 76–89.

Hans Gottfried Bernrath

MdB 1980–1994 (SPD)

Bernrath, Hans Gottfried

Die europarechtlichen Schwerpunktbereiche in der parlamentarischen Arbeit des Innenausschusses.

In: Der Deutsche Bundestag und Europa. Hrsg. von *Renate Hellwig*. München 1993. S. 127–144.

Dr. Kurt H. Biedenkopf

MdB 1976–1980 und 1987–1990 (CDU)

Biedenkopf, Kurt H.

Macht und Verantwortung der Verbände in der Demokratie.

In: List Forum. Jg. 9. 1978. H. 6. S. 275–289.

Biedenkopf, Kurt H.

Zeitsignale. Parteienlandschaft im Umbruch. München 1989.

Franz Blücher

MdB 1949–1958 (FDP, später FVP und DP)

Blücher, Franz

Bundesregierung und Parlament. Bad Harzburg 1955.

Dr. Norbert Blüm

MdB 1972–1981 und ab 1983 (CDU)

Blüm, Norbert

Anpassung durch Überbeschäftigung.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1976. B 38. S. 24–26.

Holger Börner

MdB 1957–1976 (SPD)

Börner, Holger

Ernst Schellenberg als parlamentarischer Ausbilder. Erfahrungen eines jungen Abgeordneten.

In: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. *Ernst Schellenberg* zum 70. Geburtstag. Hrsg. von *Reinhard Bartholomäi* u. a. Bonn-Bad Godesberg 1977. S. 17–20.

Dr. Wolfgang Bötsch

MdB ab 1976 (CSU)

Bötsch, Wolfgang

Das Recht parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Überlegungen zu der Diskussion um eine Reform.

In: Parlamentarische Demokratie. Festschrift für *Helmut Schellknecht* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 9–14.

Jochen Borchert

MdB ab 1980 (CDU)

Borchert, Jochen

Der Einzelhaushalt des Deutschen Bundestages.

In: Die Haushälter. Ist die Zukunft finanzierbar? Hrsg. von *Klaus Rose* und *Kurt Falthäuser*. Köln 1990. S. 222–226.

Annemarie Borgmann

MdB 1985–1987 (GRÜNE)

Borgmann, Annemarie

Ich versuche jeden Tag so zu leben, als könnte es der letzte sein.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 38–49.

William Borm

MdB 1965–1972 (FDP)

Borm, William

Das große Unbehagen.

In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 12. 1967. H. 12. S. 1216–1223.

Borm, William

Große, kleine oder außerparlamentarische Opposition? Zur Rolle der Opposition im parlamentarischen Regierungssystem.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 207–218.**Borm, William**

Die Verantwortung der Opposition.

In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 32. 1987. H. 3. S. 267–272.

Lenelotte von Bothmer

MdB 1969–1980 (SPD)

Bothmer, Lenelotte von

Frau und Politik.

In: Frauen ins Parlament? Reinbek b. Hamburg 1976. S. 7–38.

Bothmer, Lenelotte von

Zehn Jahre im Deutschen Bundestag.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 25–33.**Bothmer, Lenelotte von**Mit der Kuh am Strick. Szenen aus den Dienstjahren einer Hinterbänklerin. Mit einem Vorwort von *Freimut Duve*.

Hamburg 1996.

Hugo Brandt

MdB 1969–1983 (SPD)

Brandt, Hugo

Stoßseufzer eines desinformierten MdB.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 5. 1974. H. 1. S. 117–118.

Brandt, Hugo

Thesen zur sogenannten Gesetzesflut.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 26. 1979. H. 12. S. 1090–1091.

Brandt, Hugo

Demokratie, Partizipation, Mitbestimmung.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 27. 1980. H. 9. S. 762–768.

Brandt, Hugo

Drei Ansichten über zehn Jahre.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 135–155.

Wilhelm Brese

MdB 1949–1969 (CDU)

Brese, Wilhelm

Erlebnisse und Erkenntnisse des langjährigen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Brese von der Kaiserzeit bis heute.

Marwede (Eigenverl.) 1976.

Dr. Hermann Louis Brill

MdB 1949–1953 (SPD)

Brill, Hermann L.

Gewaltenteilung im modernen Staat.

In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 7. 1956. H. 7. S. 385–393.

Dr. Else Brökelschen

MdB 1949–1961 (CDU)

Brökelschen, Else

Parlamentarische Erinnerungen und Erfahrungen.

In: Der Wähler. Jg. 1952. H. 3. S. 110–112.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Alwin Brück

MdB 1965–1990 (SPD)

Brück, Alwin

Europäische Integration und Entmachtung des Deutschen Bundestages: Ein Unterausschuß ist nicht genug.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 220–224.

Dr. Gerd Bucerius

MdB 1949–1962 (CDU)

Bucerius, Gerd

Ratschläge für „Einsteiger“.

In: Ein Leben für die Politik? Briefe an jüngere Mitbürger. Hrsg. von *Sonja Schmid-Burgk*. Freiburg im Breisgau 1988. S. 9–13.

Ewald Bucher

MdB 1953–1969 (FDP)

Bucher, Ewald

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1965. B 21. S. 3–9.

Bucher, Ewald

Mandatsverlust bei Parteiwechsel.

In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 4. 1971. H. 8. S. 192.

Bucher, Ewald

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

Boppard am Rhein 1990 (= Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 7).

Josef Bugl

MdB 1980–1987 (CDU)

Bugl, Josef

Das Parlament und die Herausforderung durch die Technik.

In: Universitas. Jg. 41. 1986. H. 8. S. 773–780.

Bugl, Josef

Das Parlament und die Herausforderung durch die Technik: Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“.

In: Technik und Parlament. Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen. Hrsg. von *Meinolf Dierkes, Thomas Petermann* und *Volker von Thienen*. Berlin 1986. S. 277–295.

Bugl, Josef

Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag. Ergebnisse der Enquete-Kommission Technikfolgenabschätzung der 10. Legislaturperiode.

In: Institutionen der Technikbewertung. Standpunkte aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Hrsg. von *Friedrich Rapp* und *Manfred Mai*. Düsseldorf 1989. S. 92–96.

Dieter Burgmann

MdB 1983–1985 (GRÜNE)

Burgmann, Dieter

Das Schönste an Bonn ist der Zug nach Nürnberg.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 50–62.

Hermann Busse

MdB 1961–1969 (FDP)

Busse, Hermann

Die Änderung des Wahlrechts in der Sicht der Parteien.

In: Mehrheitswahlrecht – Ende aller Krisen? Mülheim a. d. R. 1967. S. 76–90.

Dr. Bernhard Bußmann

MdB 1969–1980 (SPD)

Bußmann, Bernhard

Haushaltsausschuß. Informationen über seine Arbeitsweise.

Bonn 1974.

Dr. Karl CarstensMdB 1972–1979 (CDU)

Carstens, Karl

Bundestag, Regierung, Opposition. Kontrolle ist wichtiger als Alternative.

In: *Die Politische Meinung*. Jg. 19. 1974. H. 157. S. 75–81.**Carstens, Karl**

25 Jahre Bundestag. Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 1. S. 93–113.**Carstens, Karl**Selbstverständnis. Der Bundestag im Spiegel dreier Debattenbeiträge. [Von *Karl Carstens, Annemarie Renger, Alfred Ollesch*.] Bonn 1977.**Carstens, Karl**

The German Bundestag.

In: *Inter-Parliamentary Bulletin*. Jg. 58. 1978. H. 3. S. 123–126.**Carstens, Karl**

Die Stellung des Parlamentspräsidenten nach deutschem Parlamentsrecht.

In: *Parlamentarismus und Föderalismus*. Festschrift für *Rudolf Hanauer* aus Anlaß seines 70. Geburtstages. Hrsg. von *Heinz Rosenbauer* und *Volkmar Gabert*. München 1978. S. 121–129.**Carstens, Karl**

Untersuchungsausschüsse als Mittel parlamentarischer Kontrolle.

In: *450 Jahre Altes Gymnasium zu Bremen, 1528–1978*. Bremen 1978. S. 255–275.**Carstens, Karl**

Meine Erfahrungen 1976–1979.

In: *Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen*. Hrsg. von *Rupert Schick*. 9. neu bearbeitete und ergänzte Aufl. Stuttgart 1987. S. 123–128.**Carstens, Karl**

Die Auflösung des Deutschen Bundestags im Januar 1983.

In: *Festschrift der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zur 600-Jahr-Feier der Universität zu Köln*. Köln, Berlin, Bonn, München 1988. S. 661–677.**Carstens, Karl**Erinnerungen und Erfahrungen. Hrsg. von *Kai von Jena*.Boppard am Rhein 1993 (= *Schriften des Bundesarchivs* Bd. 44).

[Vgl. insbes. Kap. IX „Bundestagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender 1972–1976“ und Kap. X „Präsident des Deutschen Bundestages 1976–1979“, S. 413–520.]

Wolf-Michael CatenhusenMdB ab 1980 (SPD)

Catenhusen, Wolf-Michael

Technikentwicklung und Staat.

In: *Technikgestaltung durch den Staat*. Hrsg. von *Christoph Zöpel*. Bonn 1988. S. 37–53.**Catenhusen, Wolf-Michael**

Technikfolgenabschätzung – ein Schritt zur Technikdemokratie?

In: *Vorgänge*. Jg. 29. 1990. H. 1 [= H. 103]. S. 101–111.**Catenhusen, Wolf-Michael**

Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag. Erfahrungen und Perspektiven.

In: *Zukunftstechnologien und gesellschaftliche Verantwortung*. Bonn 1994. S. 283–294.

Hugo ColletMdB 1965–1987 (SPD)

Collet, Hugo

Parlamentsreform – Selbstverständlichkeit, Notwendigkeit, Aufgabe?

In: *Der Bundestag von innen gesehen*. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 273–285.

Peter ConradiMdB ab 1972 (SPD)

Conradi, Peter

Parlamentarier in privilegienfeindlicher Demokratie. Anmerkungen eines Bundestagsabgeordneten zum „Diäten-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 7. 1976. H. 1. S. 113–126.

Conradi, Peter

Wissenschaft und Politik?

In: Ein mühsamer Dialog. Beiträge zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft. Hrsg. von *Martin Greiffenhagen* [u. a.] Köln, Frankfurt/M. 1979. S. 163–168.

Conradi, Peter

Warum eine „Parlamentarische Linke“?

In: Forum ds. Jg. 1981. S. 39–49.

Conradi, Peter

Deutscher Bundestag und Rechtsverordnungen.

In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 45. 1994. H. 10. S. 977–978.

Johann Cramer

MdB 1949–1953 und 1957–1972 (SPD)

Cramer, Johann

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 1. Boppard am Rhein 1982. S. 255–307.

Dr. Ralf Dahrendorf

MdB 1969–1970 (FDP)

Dahrendorf, Ralf

Demokratie aus der Basis.

In: Liberal. Jg. 14. 1972. H. 7. S. 514–526.

Dr. Thomas Dehler

MdB 1949–1967 (FDP)

Dehler, Thomas

Das Parlament im Wandel der Staatsidee.

In: Macht und Ohnmacht der Parlamente. Stuttgart. 1965. S. 9–34.

Dehler, Thomas

Parlament und Presse.

In: Zeitungsverlag und Zeitschriften-Verlag. Jg. 62. 1965. Nr. 43/44. S. 1990–1991.

Dr. Hans Dichgans

MdB 1961–1972 (CDU)

Dichgans, Hans

Vom Beruf unserer Zeit zur Gesetzgebung.

In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 16. 1963. H. 22. S. 977–980.

Dichgans, Hans

Gewissenskonflikte. Entscheidungen des MdB.

In: Die Politische Meinung. Jg. 9. 1964. H. 96. S. 7–10.

Dichgans, Hans

Präsenz im Plenum. Pflichten der Abgeordneten.

In: Die Politische Meinung. Jg. 9. 1964. H. 94. S. 5–6.

Dichgans, Hans

Die Zusammenarbeit parlamentarischer Untersuchungsausschüsse.

In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 17. 1964. H. 21. S. 957–958.

Dichgans, Hans

Das Unbehagen in der Bundesrepublik. Ist die Demokratie am Ende?

Düsseldorf, Wien 1968.

[Vgl. insbes. die Kapitel „Dramatis personae“ und „Mechanik der politischen Entscheidung“, S. 56–124.]

Dichgans, Hans

Ohnmacht der Parlamente.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 237–244.

Dichgans, Hans

Überlegungen für eine Totalrevision des Grundgesetzes. Volk, Parlament und Regierung.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1970. B 7. S. 3–32.

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Dichgans, Hans

Vom Grundgesetz zur Verfassung. Überlegungen zu einer Gesamtrevision.
Düsseldorf [usw.] 1970.

Dichgans, Hans

Zwischenbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform.
In: *Zeitschrift für Rechtspolitik*. Jg. 6. 1973. H. 7. S. 173–175.

Dichgans, Hans

Der Bundestag.
In: 25 Jahre Grundgesetz. Ein Zwischenzeugnis. Hrsg. von *Konrad Löw*. Köln [usw.] 1974. S. 29–53.

Dichgans, Hans

Der Freiheitsraum des Abgeordneten. Vorschläge für die Wahrung seiner Unabhängigkeit.
In: *Evangelische Kommentare*. Jg. 8. 1975. H. 8. S. 477–479.

Dichgans, Hans

Mehr Freiheitsraum für die Abgeordneten.
In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 7. 1976. H. 1. S. 127–138.

Dichgans, Hans

Macht und Funktion der Wirtschaftsverbände in der Demokratie.
In: *Der Staat*. Jg. 16. 1977. H. 2. S. 201–214.

Dichgans, Hans

Aufzeichnungen und Erinnerungen.
In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 1. Boppard am Rhein 1982. S. 81–250.

Dr. Nils Diederich

MdB 1976–1987 und 1989–1994 (SPD)

Diederich, Nils

Politiker und Planer: Ziehen sie an einem Strang?
In: *Planung in öffentlicher Hand*. Hrsg. von *Carl Böhrer* [u. a.]. Opladen 1977. S. 13–17. (= transfer 4.)

Diederich, Nils

Der Abgeordnete – Studienobjekt und Selbstporträt. [Rezension von: *Carl-Christoph Schweitzer*, *Der Abgeordnete im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik*. Opladen 1979.]
In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 14. 1983. H. 3. S. 436–437.

Dr. Klaus von Dohnanyi

MdB 1969–1981 (SPD)

Dohnanyi, Klaus von

Grundgesetz und Wählerwille.
In: *In bester Verfassung? Anmerkungen zum 40. Geburtstag des Grundgesetzes*. Hrsg. von *Manfred Buchwald*. Gerlingen 1989. S. 22–34.

Dr. Werner Dollinger

MdB 1953–1990 (CSU)

Dollinger, Werner

Selbständiger Unternehmer und politisches Mandat.
In: *Dem Mittelstand verpflichtet*. Hrsg. von *Peter Spary*. Bonn 1982. S. 39–44.

Wolfram Dorn

MdB 1961–1972 (FDP)

Dorn, Wolfram

Effizienz statt Evidenz? Oder: Wie öffentlich ist der Bundestag?
In: *Der Bundestag von innen gesehen*. Hrsg. von *Emil Hübner*, *Heinrich Oberreuter*, *Heinz Rausch*. München 1969. S. 221–234.

Dorn, Wolfram

Planung der Regierungsarbeit.
In: *Liberal*. Jg. 15. 1973. H. 11. S. 821–830.

Dorn, Wolfram

Aufzeichnungen und Erinnerungen.
In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 15. Boppard am Rhein 1996. S. 9–327.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Dieter Drabiniok

MdB 1983–1985 (GRÜNE)

Drabiniok, Dieter

Ich will keinem Haushalt zustimmen, in dem auch nur eine Mark für Rüstung steckt.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 75–92.

Dr. Ulrich Dübber

MdB 1971–1983 (SPD)

Dübber, Ulrich

Herrschaftsauftrag auf Frist: Amts- und Mandatsdauer von Ministern und Parlamentariern.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 6. 1975. H. 4. S. 580–581.

Dübber, Ulrich

Neunzig Prozent ohne Resonanz. Das Bild der Bundestagsabgeordneten in Presse, Hörfunk und Fernsehen.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 149–151.

Hermann Dürr

MdB 1957–1965 (FDP) und 1969–1980 (SPD)

Dürr, Hermann

Parlamentarier und Ministerialbürokratie.

In: Vorgänge. Jg. 20. 1981. H. 1. S. 93–95.

Freimut Duve

MdB ab 1980 (SPD)

Duve, Freimut

Bürgerbeteiligung an der Zukunft.

In: L'80. Jg. 1980. H. 14. S. 39–53.

Duve, Freimut

Bürgerbewegungen als neue politische Kultur angesichts der Grenzen des Fortschritts?

In: Bildung und politisches Handeln angesichts der Grenzen des Fortschritts. Bad Boll 1980. S. 32–41.

Dr. Walter Eckhardt

MdB 1953–1961 und 1964–1969 (GB/BHE, später CSU)

Eckhardt, Walter

Ist der Deutsche Bundestag faul?

In: Finanz-Rundschau. Jg. 20. 1965. H. 14. S. 311–312.

Eckhardt, Walter

Vom Beruf unserer Zeit zur Gesetzgebung: Savigny und die Gegenwart.

In: Die Auslegung der Steuergesetze in Wissenschaft und Praxis. Hrsg. v. *Gerhard Thoma* und *Ursula Niemann*. Köln 1965. S. 39–55.

Dr. Hermann Ehlers

MdB 1949–1954 (CDU)

Ehlers, Hermann

Halbzeit im Bundestag.

In: Die neue Furche. Jg. 5. 1951. S. 581–583.

Ehlers, Hermann

Drei Jahre Deutscher Bundestag. Rede.

o. O. 1952 (= Wilhelmshavener Vorträge. Schriftenreihe der Nordwestdeutschen Universitätsgesellschaft. H. 13.).

Ehlers, Hermann

Fällt die politische Entscheidung im Parlament oder im vorparlamentarischen Raum?

In: 2. Deutscher Studententag. Hrsg. vom Verband Deutscher Studentenschaften. o. O. 1952. S. 16–24.

Ehlers, Hermann

Gegenwartsfragen des Parlamentarismus.

In: Für und Wider. Lebensfragen deutscher Politik. Offenbach/M., Frankfurt/M. 1952. S. 49–63.

Ehlers, Hermann

Bundestag in Rundfunk und Fernsehen.

In: Begegnungen mit Theodor Heuss. Hrsg. von *Hans Bott* und *Hermann Leins*. Tübingen 1954. S. 162–166.

Ehlers, Hermann

Der Deutsche Bundestag 1954.

In: Deutsches Monatsblatt. Jg. 1954. H. 1. S. 5–6.

Dr. Horst Ehmke

MdB 1969–1994 (SPD)

Ehmke, Horst

Demokratischer Sozialismus und demokratischer Staat.

Bonn-Bad Godesberg 1973.

Ehmke, Horst

Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit.

Berlin 1994.

Willi Eichler

MdB 1949–1953 (SPD)

Eichler, Willi

Das Parlament als Repräsentant der Öffentlichkeit im Rundfunk.

In: Die Freiheit des Rundfunks. München 1956.

Dr. Ilse Elsner

MdB 1961–1970 (SPD)

Elsner, Ilse

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 3. Boppard am Rhein 1985. S. 9–87.

Björn Engholm

MdB 1969–1983 (SPD)

Engholm, Björn

Herrschaft ohne Kontrolle? Zur Rolle der Verbände in der Bundesrepublik Deutschland.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 22. 1975. H. 4. S. 321–324.

Engholm, Björn

Alltag.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 9–23.

Engholm, Björn

Vom öffentlichen Gebrauch der Vernunft.

Düsseldorf 1990.

Dr. Erhard Eppler

MdB 1961–1976 (SPD)

Eppler, Erhard

Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache.

Frankfurt am Main 1992.

Eppler, Erhard

Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik.

Frankfurt am Main, Leipzig 1996.

Benno Erhard

MdB 1965–1987 (CDU)

Erhard, Benno

Gedanken zur Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts und der obersten Gerichtshöfe des Bundes.

In: Der Bundesfinanzhof und seine Rechtsprechung. Grundfragen – Grundlagen. Festschrift für *Hugo von Wallis* zum 75. Geburtstag am 12. April 1985. Hrsg. von *Franz Klein* und *Klaus Vogel*. Bonn 1985. S. 35–43.

Fritz Erler

MdB 1949–1967 (SPD)

Erler, Fritz

Demokratie und bewaffnete Macht.

In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 1954. H. 6. S. 355–361.

Erler, Fritz

Demokratie, Autorität und Führung.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 10. 1963. H. 2. S. 85–92.

Erl, Fritz

Demokratie in Deutschland.
Stuttgart 1965.

Erl, Fritz

Parteien, Parlament und Regierung in der pluralistischen Gesellschaft.

In: Mündige Gesellschaft. Die SPD zur Zukunft der Nation. Hrsg. von *Klaus Dieter Arndt*. Hannover 1967. S. 77–86.

Josef Ertl

MdB 1961–1987 (FDP)

Ertl, Josef

Gutwillig, aber überfordert? Der Abgeordnete in Bonn.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 52–56.

Horst Eylmann

MdB ab 1983 (CDU)

Eylmann, Horst

Die Umsetzung von EG-Recht in nationales Recht und die Mitwirkung des Rechtsausschusses.

In: Der Deutsche Bundestag und Europa. Hrsg. von *Renate Hellwig*. München 1993. S. 114–126.

Eylmann, Horst

Die Gesetzgebungsarbeit im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages.

In: *Zeitschrift für Gesetzgebung*. Jg. 9. 1994. H. 2. S. 146–152.

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Josef Felder

MdB 1957–1969 (SPD)

Felder, Josef

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 1. Boppard am Rhein 1982. S. 9–78.

Joseph (Joschka) Fischer

MdB 1983–1985 (GRÜNE) und ab 1994 (Bündnis 90/GRÜNE)

Fischer, Joschka [Joseph]

Parlamentarisierung der Protestkultur. Ein Gespräch mit *Joschka Fischer*.

In: *Materialien zur Politischen Bildung*. Jg. 1984. H. 4. S. 5–12.

Fischer, Joschka [Joseph]

Von grüner Kraft und Herrlichkeit.

Reinbek bei Hamburg 1984.

Fischer, Joschka [Joseph]

Das grüne Milieu hat mich hart gemacht.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 93–117.

Karl-Hermann Flach

MdB 1972–1973 (FDP)

Flach, Karl-Hermann

Bürgerinitiativen und repräsentative Demokratie.

In: *Liberal*. Jg. 14. 1972. H. 4. S. 245–253.

Dr. Hans Friderichs

MdB 1965–1969 und 1976–1977 (FDP)

Friderichs, Hans

Die Zukunft des Bundestages – eine Frage nach der Zukunft der parlamentarischen Demokratie?

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 286–296.

Dr. Bernhard FriedmannMdB 1976–1990 (CDU)

Friedmann, Bernhard

Die Effizienz der Tätigkeit des Bundesrechnungshofes aus der Sicht des Parlaments und seiner Ausschüsse.

In: Die Kontrolle der Staatsfinanzen. Geschichte und Gegenwart 1714–1989. Festschrift zur 275. Wiederkehr der Errichtung der Preußischen General-Rechen-Kammer. Hrsg. von *Heinz Günter Zavelberg*. Berlin 1989. S. 157–179.

Friedmann, Bernhard

Haushaltskontrolle und öffentliche Verschwendung. In: Die Haushälter. Ist die Zukunft finanzierbar? Hrsg. von *Klaus Rose* und *Kurt Falthäuser*. Köln 1990. S. 95–101.

Anke FuchsMdB ab 1980 (SPD)

Fuchs, Anke

Mut zur Macht. Selbsterfahrung in der Politik. Hamburg 1991.

Liselotte FunckeMdB 1961–1979 (FDP)

Funcke, Liselotte

Abgeordnete in entscheidend veränderter Lage. Die Entschädigungsregeln sollten weiter reformiert werden.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 93–96.

Dr. Hans FurlerMdB 1953–1972 (CDU)

Furler, Hans

Parlamente über den Nationen. Entwicklung, Zustand und Aussichten in Europa.

In: Die Politische Meinung. Jg. 2. 1957. H. 11. S. 17–28.

Norbert GanselMdB 1972–1997 (SPD)

Gansel, Norbert

Partei und Fraktion.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 22. 1975. H. 11. S. 920–924.

Gansel, Norbert

Abgeordnete – Lobbyisten oder Kontrolleure der Rüstungsindustrie? [Von] *Norbert Gansel, Heide Simonis* und *Horst Jungmann*.

In: Arbeitsplätze durch Rüstung? Reinbek 1978. S. 127–146.

Hans H. GattermannMdB 1976–1994 (FDP)

Gattermann, Hans H.

Aufgaben und Arbeitsstil des Finanzausschusses.

In: Steuer und Wirtschaft. Jg. 65. 1988. H. 2. S. 170–174.

Gattermann, Hans H.

Bundesfinanzhof und Gesetzgebung – wechselseitiger Einfluß.

In: 75 Jahre Reichsfinanzhof – Bundesfinanzhof. Bonn 1993. S. 91–103.

Dr. Heiner GeißlerMdB 1965–1967 und ab 1980 (CDU)

Geißler, Heiner

Gefährlicher Sieg. Die Bundestagswahl 1994 und ihre Folgen.

Köln 1995.

Dr. Wolfgang von GeldernMdB 1976–1994 (CDU)

Geldern, Wolfgang von

CDU und Umweltparteien.

In: Der grüne Protest. Hrsg. von *Rudolf Brun*. Frankfurt a. M. 1978. S. 141–149.

Hans-Dietrich Genscher

MdB seit 1965 (FDP)

Genscher, Hans-Dietrich

Opposition: Funktion der parlamentarischen Demokratie.

In: *Liberal*. Jg. 9. 1967. H. 11. S. 813–815.

Genscher, Hans-Dietrich

Staatsreform – Verfassungsreform.

In: *Liberal*. Jg. 10. 1968. H. 9. S. 647–653.

Genscher, Hans-Dietrich

Die Opposition in der modernen Demokratie.

In: Die Opposition in der modernen Demokratie. Hrsg. von *Rudolf K. Fr. Schnabel*. Stuttgart 1972. S. 38–43.

D. Dr. Eugen Gerstenmaier

MdB 1949–1969 (CDU)

Gerstenmaier, Eugen

Der dritte Bundestag. Zum Wahlgesetz und zur Gestalt des künftigen Parlaments.

In: *Der Wähler*. Jg. 5. 1955. H. 11. S. 495–497.

Gerstenmaier, Eugen

Brauchen wir einen besseren Bundestag? „Spiegel“-Gespräch.

In: *Der Spiegel*. Nr. 38/1964 vom 16. 9. 1964.

Gerstenmaier, Eugen

Öffentliche Meinung und parlamentarische Entscheidung.

In: Die moderne Demokratie und ihr Recht. Festschrift für *Gerhard Leibholz* zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. *Karl Dietrich Bracher* u. a. Bd. I. Tübingen 1966. S. 123–134.

Gerstenmaier, Eugen

Zukunftserwartungen der Demokratie.

In: *Bitburger Gespräche*. Jahrbuch 1972/73. Trier 1974. S. 41–50.

Gerstenmaier, Eugen

Gewissensentscheidung im Parlament.

In: *Deutsches Ärzteblatt*. Jg. 77. 1980. H. 30. S. 1855–1858.

Gerstenmaier, Eugen

Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1981.

[Vgl. insbes. Kap. „Deutscher Parlamentarismus“, S. 355–415].

Johannes Gerster

MdB 1972–1976 und 1977–1994 (CDU)

Gerster, Johannes

Der Berichterstatter im parlamentarischen Haushaltsverfahren.

Regensburg 1984.

(= Verwaltung – interdisziplinär H. 2.)

Heinrich Gewandt

MdB 1957–1976 (CDU)

Gewandt, Heinrich

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 5. Boppard am Rhein 1988. S. 115–223.

Dr. Udo Giulini

MdB 1965–1972 (CDU)

Giulini, Udo

Das Wort hat der Abgeordnete Giulini.

Sieben Bonner Jahre im Spiegel von Reden, Fragen, Dokumenten mit Beiträgen von *Carlo Schmid*, *Wigand Frhr. von Salmuth*, *Ludwig Erhard*, *Lothar Jettenberger*.

Dortmund 1974.

Dr. Peter Glotz

MdB 1972–1977 und 1983–1996 (SPD)

Glotz, Peter

Die Innenausstattung der Macht. Politisches Tagebuch 1976–1978.

München 1979.

Glutz, Peter

Die Rückkehr der Mythen in die Sprache der Politik.
In: Mythos und Politik. Über die magischen Gesten
der Rechten. Hamburg 1985. S. 115–130.

Glutz, Peter

Die Jahre der Verdrossenheit. Politisches Tagebuch
1993/94.
Stuttgart 1996.

Hermann Glüsing

MdB 1949–1972 (CDU)

Glüsing, Hermann

„Dor warr ik mi um kümmern“. Vorw.: *Gerhard Stol-*
tenberg.
Heide 1976.

Fritz-Joachim Gnädinger

MdB 1969–1976 und 1980–1983 (SPD)

Gnädinger, Fritz-Joachim

Sozialdemokratie und Bürgerinitiativen.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 23. 1976. H. 10. S. 834–
838.

Günter Goetzendorff

MdB 1949–1953 (WAV, zeitweise fraktionslos)

Goetzendorff, Günter

„Das Wort hat der Abgeordnete ...“ Erinnerungen
eines Parlamentariers der ersten Stunde.
München 1989.

Martin Grüner

MdB 1969–1994 (FDP)

Grüner, Martin

Bürokratie contra Politik?
In: Liberal. Jg. 16. 1974. H. 8/9. S. 633–641.

Dr. Herbert Gruhl

MdB 1969–1980 (CDU, später fraktionslos)

Gruhl, Herbert

Überleben ist alles. Erinnerungen.
München, Berlin 1987.

Dr. Hansjörg Häfele

MdB 1965–1990 (CDU)

Häfele, Hansjörg

Reform des Parlamentarismus.
In: Die Zukunft der CDU. Hrsg. von *Dietrich Roll-*
mann. Hamburg 1968. S. 37–48.

Häfele, Hansjörg

Bürokratisierung des Parlaments? Zur Beziehung von
Parlament, Parlaments- und Ministerialbürokratie.
In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil*
Hübner, *Heinrich Oberreuter*, *Heinz Rausch*. Mün-
chen 1969. S. 184–195.

Häfele, Hansjörg

Verbeamtung des Bundestages?
In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 1.
S. 103–106.

Dr. Hildegard Hamm-Brücher

MdB 1976–1990 (FDP)

Hamm-Brücher, Hildegard

Der Politiker und sein Gewissen. Eine Streitschrift für
mehr Freiheit.
München, Zürich 1983.

Hamm-Brücher, Hildegard

Die Krise des Parlamentarismus und Chancen zu ihrer
Überwindung.
In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1985. B 6.
S. 3–10.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Hamm-Brücher, Hildegard

Die Parlamentarisierung der Parlamente tut not.
In: *Liberal*. Jg. 27. 1985. H. 3. S. 23–35.

Hamm-Brücher, Hildegard

Gescheiterte Parlamentsreform. Über die Ohnmacht der Abgeordneten.
In: *Evangelische Kommentare*. Jg. 19. 1986. H. 3. S. 139–142.

Hamm-Brücher, Hildegard

Kämpfen für eine demokratische Kultur. Texte aus vier Jahrzehnten. Vorwort von *Helmut Schmidt*.
München 1986.

Hamm-Brücher, Hildegard

Kann jeder zweite Politiker eine Frau sein?
In: *Frauen in Wissenschaft und Politik*. Sammelband anlässlich des 60jährigen Bestehens des Deutschen Akademikerinnenbundes. Hrsg. von *Dorothea Frandsen* [u. a.]. Düsseldorf 1987. S. 239–241.

Hamm-Brücher, Hildegard

Der Politiker und sein Gewissen. Eine Streitschrift für mehr parlamentarische Demokratie.
Erw. Neuausgabe. München 1987.

Hamm-Brücher, Hildegard

Politische Tugenden.
In: *Evangelische Kommentare*. Jg. 20. 1987. H. 8. S. 462–465.

Hamm-Brücher, Hildegard

Politik und Moral. Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit des GG-Artikels 38.1.
In: *Liberal*. Jg. 30. 1988. H. 4. S. 63–68.

Hamm-Brücher, Hildegard

Abgeordneter und Fraktion.
In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 673–700.

Hamm-Brücher, Hildegard

Fünf Bausteine für eine demokratische Kultur.
In: *Die aufgeklärte Republik. Eine kritische Bilanz*. Hrsg. von *Hildegard Hamm-Brücher* und *Norbert Schreiber*. München 1989. S. 129–133.

Hamm-Brücher, Hildegard

Ist unser parlamentarisches System in guter Verfassung?
In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1989. B 37–38. S. 13–20.

Hamm-Brücher, Hildegard

Politik und Moral: Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit des Artikels 38.1 Grundgesetz.
In: *Ein normaler Staat? Perspektiven nach 40 Jahren Bundesrepublik*. Hrsg. von *Wilhelm Bleek* und *Hanns Maull*. München, Zürich 1989. S. 37–50.

Hamm-Brücher, Hildegard

Wie gefestigt ist unsere Demokratie?
In: *Die aufgeklärte Republik. Eine kritische Bilanz*. Hrsg. von *Hildegard Hamm-Brücher* und *Norbert Schreiber*. München 1989. S. 15–37.

Hamm-Brücher, Hildegard

Der freie Volksvertreter – eine Legende? Erfahrungen mit parlamentarischer Macht und Ohnmacht. Unter Mitarbeit von *Marion Mayer*.
München 1990.

Hamm-Brücher, Hildegard

Haben wir eine gefestigte Demokratie?
Stuttgart 1991 (= Schriftenreihe Schwäbische Gesellschaft Nr. 7).

Hamm-Brücher, Hildegard

Wege in die und Wege aus der Politik(er)verdrossenheit. Von der Zuschauerdemokratie zur demokratischen Bürgergesellschaft.
In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1993. B 31. S. 3–6.

Hamm-Brücher, Hildegard

Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz 1921–1996.
Köln 1996.
[Vgl. insbes. die Abschnitte „Höhepunkte, Wende und Ende in Bonn (1976–1990)“, S. 230–292, „Die verspätete Demokratie“, S. 373–394, „Demokratie als Staatsform“, S. 457–482 und „Demokratie als Lebensform“, S. 483–503.]

Karl-Heinz Hansen

MdB 1969–1983 (SPD, später fraktionslos)

Hansen, Karl-Heinz

Nicht nur das „kleinere Übel“.
In: *Hoffen, zweifeln, abstimmen*. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 41–47.

Hansen, Karl-Heinz

Parlamentarismus in Bonn: Selbstmord aus Angst vor dem Tode?
In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Jg. 28. 1983. H. 8. S. 1115–1124.

Hansen, Karl-Heinz

Entscheidungen im parlamentarisch-„repräsentativen“ System. Das Beispiel Tornado.

In: Vorgänge. Jg. 23. 1984. H. 5 [= H. 71]. S. 39–49.

August Hanz

MdB 1965–1972 und 1976–1987 (CDU)

Hanz, August

Ein Leben in bewegter Zeit.

2. überarb. Aufl. Frankfurt (Main) 1992.

Kai-Uwe von Hassel

MdB 1953–1954 und 1965–1980 (CDU)

Hassel, Kai-Uwe von

Die Öffentlichkeit hat einen ungünstigen Eindruck. Spiegel-Gespräch mit dem Bundestagspräsidenten über Parlamentsreform.

In: Der Spiegel. Nr. 23/1969 vom 2. 6. 1969.

Hassel, Kai-Uwe von

Parlament und Öffentlichkeit – ein belastetes Verhältnis?

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 235–240.

Hassel, Kai-Uwe von

Reform im Deutschen Bundestag. Vorschläge.

In: Limes. Jg. 1969. H. 3. S. 9–12.

Hassel, Kai-Uwe von

Parlamentsreform.

In: Politische Studien. Jg. 22. 1971. H. 198. S. 359–371.

Hassel, Kai-Uwe von

Demokratie und Demokratieverständnis.

In: Evangelische Verantwortung. Jg. 1972. H. 1/2. S. 1–6.

Hassel, Kai-Uwe von

Schwierige Entscheidungen.

In: Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen. Hrsg. von *Rupert Schick*. 9. neu bearbeitete und ergänzte Aufl. Stuttgart 1987. S. 111–116.

Hassel, Kai-Uwe von

Die Qualität der Abgeordneten verbessern.

In: Sonde. Jg. 21. 1988. H. 1/2. S. 112–117.

Hassel, Kai-Uwe von

Der Bundesrat zwischen Länderinteressen, gesamtstaatlicher Verantwortung und Parteipolitik.

In: Vierzig Jahre Bundesrat. Tagungsband zum wissenschaftlichen Symposium in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 11. bis 14. April 1989. Hrsg. vom Bundesrat. Baden-Baden 1989. S. 71–79.

Gerda Hasselfeldt

MdB ab 1987 (CSU)

Hasselfeldt, Gerda

Die Fremdheit von Frauen in der Politik.

In: Politische Studien. Jg. 44. 1993. H. 328. S. 31–35.

Rudolf Hauck

MdB 1965–1987 (SPD)

Hauck, Rudolf

Der Wasserträger. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Bundestagsabgeordneten 1965–1987.

Marburg 1989.

Dr. Volker Hauff

MdB 1969–1989 (SPD)

Hauff, Volker

Der Bedarf eines Politikers.

In: Nachrichten für Dokumentation. Jg. 21. 1970. H. 6. S. 263–265.

Hauff, Volker

Sprachlose Politik. Von der Schwierigkeit, nachdenklich zu sein.

Frankfurt a. M. 1979.

Hauff, Volker

Technikfolgenabschätzung – politische Erfahrungen und Notwendigkeiten.

In: Institutionen der Technikbewertung. Standpunkte aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Hrsg. von *Friedrich Rapp* und *Manfred Mai*. Düsseldorf 1989. S. 97–103.

Hansheinz Hauser

MdB 1972–1990 (CDU)

Hauser, Hansheinz

Parlament und wissenschaftlicher Beratungsbedarf.
In: Verantwortung und Klarheit in bedrängter Zeit.
Hrsg. von *Herbert Kremp* und *Florian H. Fleck*. Würzburg 1988. S. 304–308.

Dr. Bruno Heck

MdB 1957–1976 (CDU)

Heck, Bruno

Demokraten oder Demokratisierte? Eine notwendige Auseinandersetzung.
In: *Die Politische Meinung*. Jg. 14. 1969. H. 128. S. 11–18.

Heck, Bruno

Demokratisierung – Überwindung der Demokratie?
In: *Grenzen der Demokratie?* Hrsg. von *Ludwig Erhard* u. a. Düsseldorf, Wien 1973. S. 73–88.

Heck, Bruno

Die pluralistische Demokratie im Blickwinkel der neuesten deutschen Geschichte.
In: *Die christliche Konzeption der pluralistischen Demokratie*. Hrsg. von *Arthur F. Utz* u. a. Stuttgart 1977. S. 54–62.

Heck, Bruno

Die politischen Stiftungen und die Parteien.
In: „Unverdrossen für Europa“. Festschrift für *Kai-Uwe von Hassel* zum 75. Geburtstag. Hrsg. von *Philipp Jenninger*. Baden-Baden 1988. S. 247–255.

Dr. Dr. Gustav W. Heinemann

MdB 1957–1969 (SPD)

Heinemann, Gustav W.

Die Rechtsordnung des politischen Kampfes.
In: *Neue Juristische Wochenschrift*. Jg. 15. 1962. H. 20. S. 889–893.

Heinemann, Gustav W.

Kirchen und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 13. 1966. H. 6. S. 465–473.

Heinemann, Gustav W.

Richterwahlausschuß und ehrenamtliche Richter.
In: *Recht und Rechtsleben in der sozialen Demokratie*. Festgabe für *Otto Kunze* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Kurt Ballerstedt* u. a. Berlin 1969. S. 2–19.

Dr. Renate Hellwig

MdB ab 1980 (CDU)

Hellwig, Renate

Wahlrecht für Kinder – eine familienpolitische Initiative.
In: *Politische Studien*. Jg. 31. 1980. H. 253. S. 535–548.

Hellwig, Renate

Anspruch und Wirklichkeit parlamentarischer Mitwirkung des Bundestages.
In: *Die Deutschen Länder und die Europäischen Gemeinschaften*. Hrsg. von *Rudolf Hrbek* und *Uwe Thaysen*. Baden-Baden 1986. S. 111–137.

Hellwig, Renate

Die Europa-Institutionen des Bundestages und seine großen Europa-Initiativen.
In: *Der Deutsche Bundestag und Europa*. Hrsg. von *Renate Hellwig*. München 1993. S. 21–48.

Herbert Helmrich

MdB 1976–1992 (CDU)

Helmrich, Herbert

Die Innenseite der Rechtspolitik. Klima und Arbeitsweise im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages in der vergangenen Legislaturperiode.
In: *Zeitschrift für Rechtspolitik*. Jg. 20. 1987. H. 6. S. 204–209.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Helmrich, Herbert

Politische Grundsatzdiskussion oder Verbesserung der Regelungstechnik als Aufgabe der Bundestagsausschüsse.

In: Zustand und Perspektiven der Gesetzgebung. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 56. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung 1988 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Hrsg. von *Hermann Hill*. Berlin 1989. S. 149–176.

Helmrich, Herbert

Wege zu einer Verbesserung der gesetzgeberischen Regelungstechnik.

In: Probleme sozialpolitischer Gesetzgebung. Hrsg. von *Bernd Baron von Maydell*. Sankt Augustin 1991. S. 11–48.

Dr. Uwe-Jens Heuer

MdB ab 1990 (PDS)

Heuer, Uwe-Jens und Gerhard Riege

Der Rechtsstaat – eine Legende? Erfahrungen zweier Rechtswissenschaftler 1990/91 in Volkskammer und Bundestag.

Baden-Baden 1992.

Dr. Burkhard Hirsch

MdB 1972–1975 und ab 1980 (FDP)

Hirsch, Burkhard

Die demokratischen Institutionen und die Institutionen der Bürokratie. Bemerkungen zur Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik.

In: *Liberal*. Jg. 29. 1987. H. 4. S. 29–36.

Hirsch, Burkhard

In bester Verfassung? – Parlament und Parteien.

In: In bester Verfassung? Anmerkungen zum 40. Geburtstag des Grundgesetzes. Hrsg. von *Manfred Buchwald*. Gerlingen 1989. S. 35–49.

Hirsch, Burkhard

40 Jahre Grundgesetz – Beständigkeit und Veränderung.

In: *Liberal*. Jg. 31. 1989. H. 3. S. 52–60.

Hirsch, Burkhard und Alexander Hirsch

Bemerkungen zum Recht des Bundestages auf Selbstauflösung.

In: Gegenrede. Festschrift für *Ernst Gottfried Mahrenholz*. Hrsg. von *Herta Däubler-Gmelin* [u. a.]. Baden-Baden 1994. S. 387–396.

Martin Hirsch

MdB 1961–1971 (SPD)

Hirsch, Martin

Diktatur des Establishments? Zur Willensbildung in der Fraktion.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 83–93.

Hermann Höcherl

MdB 1953–1976 (CSU)

Höcherl, Hermann

Erfahrungen. Kritik am Bundestag und was drei MdB a. D. dazu sagen. [Von] *Alex Möller, Hermann Höcherl, Werner Mertes*.

Bonn 1976.

Höcherl, Hermann

Ist der Deutsche Bundestag seiner Aufgabe gerecht geworden?

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1985. B 6/85. S. 11–15.

Erwin Horn

MdB ab 1969 (SPD)

Horn, Erwin

Enttäuschungen und Hoffnung halten sich die Waage.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 35–39.

Alphons Horten

MdB 1965–1972 (CDU)

Horten, Alphons

Ein Jahr Bundestagsabgeordneter. Erfahrungen, Hoffnungen und Enttäuschungen.

In: *Die Aussprache*. Jg. 16. 1966. H. 10. S. 275–280.

Willi Hoss

MdB 1983–1985 und 1987–1990 (GRÜNE)

Hoss, Willi

11 Stunden aus dem Leben eines Abgeordneten.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 17–28.

Maria Jacobi

MdB 1961–1972 (CDU)

Jacobi, Maria

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 5. Boppard am Rhein 1988. S. 67–88.

Dr. Richard Jaeger

MdB 1949–1980 (CSU)

Jaeger, Richard

Deutscher Bundestag.

In: Staatslexikon. 6., völlig neu bearb. u. erw. Aufl. Freiburg. Bd. 2. 1958. Sp. 635–646.

Jaeger, Richard

Idee und Wirklichkeit. Das Grundgesetz in der Bewährung.

In: *Die Politische Meinung*. Jg. 24. 1979. H. 184. S. 54–59.

Jaeger, Richard

Unabhängigkeit – der Kern eines Mandats.

In: Ein Leben für die Politik? Briefe an jüngere Mitbürger. Hrsg. von *Sonja Schmid-Burgk*. Freiburg im Breisgau 1988. S. 85–91.

Gerhard Jahn

MdB 1957–1990 (SPD)

Jahn, Gerhard

Die Zuständigkeit des Richterwahlausschusses des Bundes. Eine Erwidern.

In: *Deutsche Richterzeitung*. Jg. 39. 1961. H. 10. S. 315–317.

Jahn, Gerhard

Plädoyer im Streit um die staatliche Parteienfinanzierung.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1966. B 45. S. 21–32.

Jahn, Gerhard

Die Parteien – nur Wahlvorbereitungsorganisationen?

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 14. 1967. H. 4. S. 267–273.

Jahn, Gerhard

Bundesrat gegen Bundestag. Gesetzgebung im Spannungsfeld zweier Verfassungsorgane.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 23. 1976. H. 8. S. 635–639.

Jahn, Gerhard

Tendenzen zum „Parteienbundesstaat“ seit 1969.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 7. 1976. H. 3. S. 291–297.

Jahn, Gerhard

Überlegungen zur Rolle des Bundesrates in der politischen Auseinandersetzung.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 28. 1981. H. 1. S. 59–62.

Jahn, Gerhard und Dieter Engels

Geheimchutzverordnung des Bundestages.

In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 619–641.

Dr. Philipp Jenninger

MdB 1969–1990 (CDU)

Jenninger, Philipp

Oft muß die Fraktion die Führung übernehmen.

In: *Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 43–45.

Jenninger, Philipp

Konflikt und Konsens in der politischen Auseinandersetzung.

In: *Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen*. Hrsg. von *Rupert Schick*. 9. neu bearbeitete und ergänzte Aufl. Stuttgart 1987. S. 140–144.

Jenninger, Philipp

Parlamentsreform: Verantwortung.

In: *trend*. Jg. 1987. H. 30. S. 13–15.

Jenninger, Philipp

Der Deutsche Bundestag – Herzstück unserer Demokratie.

In: Verantwortung und Klarheit in bedrängter Zeit. Hrsg. von *Herbert Kremp* und *Florian H. Fleck*. Würzburg 1988. S. 36–41.

Horst Jungmann

MdB 1976–1994 (SPD)

Jungmann, Horst

Abgeordnete – Lobbyisten oder Kontrolleure der Rüstungsindustrie? [Von] *Norbert Gansel*, *Heide Simonis* und *Horst Jungmann*.

In: Arbeitsplätze durch Rüstung? Reinbek 1978. S. 127–146.

Georg Kahn-Ackermann

MdB 1953–1957, 1962–1969 und 1970–1974 (SPD)

Kahn-Ackermann, Georg

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

Boppard am Rhein 1994 (= Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 13).

Hugo Karpf

MdB 1949–1957 (CSÜ)

Karpf, Hugo

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 3. Boppard am Rhein 1985. S. 89–139.

Petra Kelly

MdB 1983–1990 (GRÜNE)

Kelly, Petra

Und dann sitzt du oft ohnmächtig vor all diesen wichtigen Problemen.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 127–136.

Walther Leisler Kiep

MdB 1965–1976 und 1980–1982 (CDU)

Kiep, Walther Leisler

Die modernen Formen der Demokratie. Demokratie als Lösungswort.

In: Sonde. Jg. 3. 1970. H. 2/3. S. 58–68.

Dr. Emilie Kiep-Altenloh

MdB 1961–1965 (FDP)

Kiep-Altenloh, Emilie

Aufzeichnungen und Erinnerungen

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 1. Boppard am Rhein 1982. S. 315–343.

Kurt Georg Kiesinger

MdB 1949–1959 und 1969–1980 (CDU)

Kiesinger, Kurt Georg

Die Stellung des Parlamentariers in unserer Zeit. Stuttgart 1981.

Kiesinger, Kurt Georg

Die Stellung des Parlamentariers in unserer Zeit. *Wolfgang Haußmann*, *Hermann Müller* und *Willy Stahl* gewidmet.

In: Liberale Profile. Freiheit und Verantwortung. Hrsg. von *Jürgen Morlok*. Stuttgart 1983. S. 38–52.

Victor Kirst

MdB 1969–1976 (FDP)

Kirst, Victor

Die innerparteiliche Willensbildung im Verhältnis Bund, Länder und Gemeinden.

In: Politikverflechtung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Berlin 1974. S. 88–98.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Dr. Hans Hugo Klein

MdB 1972–1983 (CDU)

Klein, Hans H.

Zur Rechtsstellung des Bundestagsabgeordneten als Ausschußmitglied.

In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 25. 1972. H. 10. S. 329–331.

Klein, Hans H.

Das Bundesrats-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 5. 1974. H. 4. S. 485–495.

Klein, Hans H.

Gefährdungen des Prinzips der Gewaltenteilung in der Bundesrepublik Deutschland.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1974. B 50. S. 3–18.

Klein, Hans H.

Mehr geheime Abstimmungen in den Parlamenten! Ein Vorschlag zur Sicherung des freien Mandats.

In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 9. 1976. H. 4. S. 81–84.

Klein, Hans H.

Regierung ein halbes Jahr ohne Kontrolle? Zwischen dem 7. und 8. Bundestag.

In: Die Politische Meinung. Jg. 21. 1976. H. 167. S. 109–111.

Klein, Hans Hugo

Parteien sind gemeinnützig – das Problem der Parteienfinanzierung.

In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 35. 1982. H. 14. S. 735–737.

Klein, Hans Hugo

Die Auflösung des Deutschen Bundestages nach Art. 68 GG. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Februar 1983 (2 BvE 1–4/83).

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 3. S. 402–421.

Klein, Hans H.

Der Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland – die „Zweite Kammer“.

In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 108. 1983. H. 3. S. 329–370.

Klein, Hans Hugo

Der Vorbehalt des Gesetzes und seine Grenzen. Nachwort.

In: Die öffentliche Verwaltung zwischen Gesetzgebung und richterlicher Kontrolle. Göttinger Symposium. Hrsg. von *Volkmar Götz, Hans Hugo Klein* und *Christian Starck*. München 1985. S. 126–130.

Klein, Hans H.

Gedanken zum Parlament. Selbstverständnis, Arbeitsweise, Wirksamkeit.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 2. S. 263–270.

Klein, Hans Hugo

Aufgaben des Bundestages.

In: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Josef Isensee* und *Paul Kirchhof*. Bd. II. Heidelberg 1987. S. 341–366.

Klein, Hans Hugo

Status des Abgeordneten.

In: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Josef Isensee* und *Paul Kirchhof*. Bd. II. Heidelberg 1987. S. 367–390.

Klein, Hans Hugo

Indemnität und Immunität.

In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 555–592.

Klein, Hans H.

Die Legitimation des Bundesrates und sein Verhältnis zu Landesparlamenten und Landesregierungen.

In: Vierzig Jahre Bundesrat. Tagungsband zum wissenschaftlichen Symposium in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 11. bis 14. April 1989. Hrsg. vom Bundesrat. Baden-Baden 1989. S. 95–111.

Klein, Hans Hugo

Wider das Plebiszit.

In: Die politische Meinung. Jg. 37. 1992. H. 267. S. 8–12.

Klein, Hans Hugo

Die mehrspurige Demokratie. Prolegomena zu einer neuen Verfassungspolitik.

In: Für Recht und Staat. Festschrift für *Herbert Helmrich* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Klaus Letzgas* [u. a.]. München 1994. S. 255–268.

Klein, Hans Hugo

Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie des Grundgesetzes. Wie übt das Volk seine Macht aus?

In: Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven. Hrsg. von *Günther Rüther*. Baden-Baden 1996. S. 33–55.

Dr. Josef Klein

MdB 1972–1976 (CDU)

Klein, Josef

Sprache in der politischen Kommunikation.

In: Material zum Thema Politik und Sprache. Bonn 1973. S. 9–16.

Klein, Josef

Sprachstrategien zur innerparteilichen Konfliktvermeidung oder Wie ist die Rekonstruktion interaktionaler Bedeutung möglich?

In: Institutionen – Konflikte – Sprache. Arbeiten zur linguistischen Pragmatik. Hrsg. von *Josef Klein* und *Gunter Presch*. Tübingen 1981. S. 1–35.

Klein, Josef

Plebiszite in der Mediendemokratie.

In: Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven. Hrsg. von *Günther Rüther*. Baden-Baden 1996. S. 244–260.

Detlef Kleinert

MdB ab 1969 (FDP)

Kleinert, Detlef

Die Parlamentarier bilden ein Gegengewicht zur Bundesregierung.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 119–122.

Kleinert, Detlef

Gesetzesvereinfachung – ein wenig Praxis.

In: Gestalten und Dienen. Fortschritt mit Vernunft. Festschrift zum 70. Geburtstag von *Hans-Jochen Vogel*. Hrsg. von *Herta Däubler-Gmelin* [u. a.]. Baden-Baden 1996. S. 187–193.

Hubert Kleinert

MdB 1983–1986 und 1987–1990 (GRÜNE)

Kleinert, Hubert

Die Krise der Politik.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1992. B 34–35. S. 15–25.

Dr. Egon Alfred Klepsch

MdB 1965–1980 (CDU)

Klepsch, Egon

Die überfälligen Reformen.

In: *Civis*. Jg. 1968. H. 8. S. 15.

Dr. Herbert W. Köhler

MdB 1972–1987 (CDU)

Köhler, Herbert W.

Moderne Verbandstätigkeit. Zu ihrem Selbstverständnis.

In: *Der Arbeitgeber*. Jg. 26. 1974. H. 19. S. 724–726.

Köhler, Herbert W.

Probleme der Verwirklichung und Verteidigung des Rechtsstaates in einer gewandelten Gesellschaft.

In: *Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart 1975. S. 147–154.

Köhler, Herbert W.

Plädoyer für ein stärkeres politisches Engagement der Wirtschaft.

Köln 1980.

Köhler, Herbert W.

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*. Bd. 6. Boppard am Rhein 1989. S. 9–231.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Dr. Volkmar KöhlerMdB 1972–1994 (CDU)

Köhler, Volkmar

Wie hat die Opposition zu planen? Anregungen für Parlamentarier.

In: *Die Politische Meinung*. Jg. 19. 1974. H. 157. S. 82–84.

Peter-Michael KoenigMdB 1969–1972 (SPD)

Koenig, Peter-Michael

Der Parlamentarismus in der Bundesrepublik.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 18. 1971. H. 3. S. 193–196.

Heinrich KöpplerMdB 1965–1970 (CDU)

Köppler, Heinrich

Mißverständnisse, Spannungen, Rivalitäten? Zum Verhältnis von Parlament und Regierung.

In: *Der Bundestag von innen gesehen*. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 173–183.**Köppler, Heinrich**

Die Opposition in der modernen Demokratie.

In: *Die Opposition in der modernen Demokratie*. Hrsg. von *Rudolf K. Fr. Schnabel*. Stuttgart 1972. S. 18–21.

Dr. Helmut KohlMdB ab 1976 (CDU)

Kohl, Helmut

Politik und Demoskopie.

In: *Öffentliche Meinung und sozialer Wandel*. Für *Elisabeth Noelle-Neumann*. Hrsg. von *Horst Baier* u. a. Opladen 1981. S. 169–174.

Klaus KonradMdB 1969–1980 (SPD)

Konrad, Klaus

Dafür! – Gedanken und Erfahrungen eines Umweltschützers aus zehn Bonner Jahren.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 93–111.

Dr. Hermann KopfMdB 1949–1969 (CDU)

Kopf, Hermann

Das Parlament und die auswärtige Politik.

In: *Außenpolitik*. Jg. 18. 1967. H. 5. S. 306–312.

Hans KoschnickMdB 1987–1994 (SPD)

Koschnick, Hans

Der Bundesrat zwischen Länderinteressen, gesamtstaatlicher Verantwortung und Parteipolitik.

In: *Vierzig Jahre Bundesrat*. Tagungsbund zum wissenschaftlichen Symposium in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 11. bis 14. April 1989. Hrsg. vom Bundesrat. Baden-Baden 1989. S. 81–89.

Dr. Reinhold KreileMdB 1969–1987 und 1988–1990 (CSU)

Kreile, Reinhold

Die Steuergesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht des Parlamentariers.

In: *Steuer und Wirtschaft*. Jg. 54. 1977. H. 1. S. 1–8.**Kreile, Reinhold**

Die Entscheidungen des Bundesfinanzhofes und ihre Auswirkungen auf die Tätigkeit des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages.

In: *Der Bundesfinanzhof und seine Rechtsprechung*. Festschrift für *Hugo von Wallis* zum 75. Geburtstag am 12. April 1985. Hrsg. von *Franz Klein* und *Klaus Vogel*. Bonn 1985. S. 183–194.

Dr. Heinz KreutzmannMdB 1965–1983 (SPD)

Kreutzmann, Heinz

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 11. Boppard am Rhein 1993. S. 15–258.

Horst KrockertMdB 1969–1980 (SPD)

Krockert, Horst

Liebe Katja. Briefe an eine frühere Mitarbeiterin.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 85–92.

Dr. Paul KüblerMdB 1961–1969 (SPD)

Kübler, Paul

Für die Verbesserung des Petitionsrechts.

In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 17. 1966. H. 9. S. 527–530.

Kübler, Paul

Wie informieren sich die Parlamente?

In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 17. 1966. H. 4. S. 229–234.

Heinz KühnMdB 1953–1963 (SPD)

Kühn, Heinz

Konrad Adenauer und Kurt Schumacher als politische Redner.

In: Idee und Pragmatik in der politischen Entscheidung. *Alfred Kubel* zum 75. Geburtstag. Hrsg. von *Bernd Rebe*, *Klaus Lompe* und *Rudolf von Thadden*. Bonn 1984. S. 81–93.**Kühn, Heinz**

Die Kunst der politischen Rede.

Düsseldorf, Wien 1985.

[Vgl. insbes. Abschnitt „Der Bundestag, eine Stätte neuer politischer Beredsamkeit?“, S. 113–130.]

Georg KurlbaumMdB 1949–1969 (SPD)

Kurlbaum, Georg

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 4. Boppard am Rhein 1988. S. 89–132.

Lucie Kurlbaum-BeyerMdB 1953–1969 (SPD)

Kurlbaum-Beyer, Lucie

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 4. Boppard am Rhein 1988. S. 133–217.

Dr.-Ing. Karl-Hans LaermannMdB ab 1974 (FDP)

Laermann, Karl-Hans

Das Instrument „Enquete-Kommission“. Idee – Zusammensetzung und Funktionsweise – bisherige Erfahrungen.

In: Instrumente der Kontrolle und Folgenabschätzung moderner Wissenschaft und Technik. Hrsg. von *Klaus Hansen*. Gummersbach 1982. S. 61–74.**Laermann, Karl-Hans**

Perspektiven. Ein Wissenschaftler in der Politik. Bonn 1984.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Dr. Norbert Lammert

MdB ab 1980 (CDU)

Lammert, Norbert

Viel Kritik und wenig Krise.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1985. B 6. S. 17–24.

Lammert, Norbert

Format und Rückgrat ist keine Frage der Geschäftsordnung. Möglichkeiten und Grenzen einer „Parlamentsreform“.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 17. 1986. H. 3. S. 444–448.

Lammert, Norbert

„Zur Geschäftsordnung“. Notizen zur Entstehung und Bedeutung parlamentarischer Verfahrensregeln.

In: *Die Geschäftsordnungen deutscher Parlamente seit 1848*. Eine synoptische Darstellung. Bearbeitung: *Werner Güth* und *Gerald Kretschmer*. Bonn 1986. S. 9–14.

Erwin Lange

MdB 1949–1980 (SPD)

Lange, Erwin

Erinnerungen an 1949.

In: *Beginn in Bonn*. Erinnerungen an den ersten Deutschen Bundestag. Hrsg. von *Horst Ferdinand*. Freiburg im Breisgau 1985. S. 122–134.

Dr. Gerd Langguth

MdB 1976–1980 (CDU)

Langguth, Gerd

Zwölf Thesen zum Demokratieverständnis.

In: *Die Entscheidung*. Jg. 25. 1977. H. 4. S. 19–20.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Dieter Lattmann

MdB 1972–1980 (SPD)

Lattmann, Dieter

Spielregeln demokratischer Willensbildung. Übungsplätze für jedermann: Familie – Beruf – Gesellschaft.

In: *Toleranz*. Hrsg. von *Uwe Schultz*. Reinbek bei Hamburg 1974. S. 121–135.

Lattmann, Dieter

Die Einsamkeit des Politikers.

München 1977.

Lattmann, Dieter

Die liebelose Republik. Aufzeichnungen aus Bonn am Rhein.

München 1981.

Georg Leber

MdB 1957–1983 (SPD)

Leber, Georg

Interview: Die Regierung wird umfassend kontrolliert.

In: *Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 167–169.

Albert Leicht

MdB 1957–1977 (CDU)

Leicht, Albert

Die Haushaltsreform.

München, Wien 1970.

Ernst Lemmer

MdB 1952–1970 (CDU)

Lemmer, Ernst

Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten.

Frankfurt am Main 1968.

Hans Lemp

MdB 1967–1980 (SPD)

Lemp, Hans

Plattdeutsch im Bundestag.

In: Neue Stenographische Praxis. Jg. 24. 1976. H. 1/2 S. 26–28.

Eduard Lensing

MdB 1969–1972 (CDU)

Lensing, Eduard

Das landwirtschaftliche Verbandswesen.

In: Verbände und Herrschaft. Bonn 1970. S. 204–223.

Dr. Carl Otto Lenz

MdB 1965–1984 (CDU)

Lenz, Carl Otto

Strategie und Taktik der Unions-Fraktion in der Opposition.

In: Die Union in der Opposition. Hrsg. von *Georg Gölder* und *Elmar Pieroth*. Düsseldorf, Wien 1970. S. 117–129.

Lenz, Carl Otto

Notstandsverfassung des Grundgesetzes. Kommentar. Frankfurt a. M. 1971.

Lenz, Carl Otto

Die Planung in der Enquete-Kommission Verfassungsreform.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 2. S. 174–175.

Lenz, Carl Otto

Reform des Untersuchungsverfahrens. Beratungsstand der Enquete-Kommission Verfassungsreform.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 6. 1975. H. 3. S. 288–290.

Lenz, Carl Otto

Aktuelle Fragen der Machtverteilung zwischen Volk, Parlament und Regierung.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1977. B 28. S. 11–17.

Lenz, Carl Otto und Gerald Kretschmer

Ein exemplarischer Versuch, Verordnungen von der Zustimmung des Bundestages abhängig zu machen: Die Initiative im Bereich des Straßenverkehrsrechts.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 1. S. 20–27.

Lenz, Carl Otto

Der Bundestag braucht mehr Kontrollbefugnisse gegenüber der Regierung.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 111–114.

Lenz, Carl Otto

„Gesetzesflut“ und ihre Eindämmung.

In: Politik als gelebte Verfassung. Festschrift für *Friedrich Schäfer*. Hrsg. von *Jürgen Jekewitz*, *Michael Melzer*, *Wolfgang Zeh*. Opladen 1980. S. 66–75.

Lenz, Carl Otto und Gerald Kretschmer

Strukturfragen – Die Alternativen der Enquete-Kommission Verfassungsreform.

In: Parlamentsreform. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Passau 1981. S. 183–200.

Christian Lenzer

MdB ab 1969 (CDU)

Lenzer, Christian

Die Probleme forschungspolitischer Planung und Entscheidung beim Deutschen Bundestag.

In: Technikfolgen-Abschätzung. Hrsg. v. *Heinz Haas*. München, Wien 1975. S. 11–17.

Paul Löbe

MdB 1949–1953 (SPD)

Löbe, Paul

Gegenwartsfragen des Parlamentarismus.

In: Für und Wider. Lebensfragen deutscher Politik. Offenbach/M., Frankfurt/M. 1952. S. 39–48.

Löbe, Paul

Aus dem parlamentarischen Leben.

In: Hessische Hochschulwochen für Staatswissenschaftliche Fortbildung. Bd. 3. 1953. S. 312–318.

Löbe, Paul

Der Weg war lang. Lebenserinnerungen.
3. erweiterte Neuausgabe. Berlin 1954.
[Vgl. insbes. Kap. 10: „Parlamentarischer Rat und Bundestag“, S. 275–301.]

Lothar Löffler

MdB 1969–1987 (SPD)

Löffler, Lothar

Aufzeichnungen und Erinnerungen.
Boppard am Rhein 1992 (= Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 10).

Dr. Ulrich Lohmar

MdB 1957–1976 (SPD)

Lohmar, Ulrich

Das Problem der innerparteilichen Demokratie.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 5. 1958. H. 2. S. 110–117.

Lohmar, Ulrich

Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
Stuttgart 1963.

Lohmar, Ulrich

Politik und Planung
In: Deutschland 1975. Analysen, Prognosen, Perspektiven. Hrsg. von *Ulrich Lohmar*. München 1965. S. 232–241.

Lohmar, Ulrich

Ist die deutsche Demokratie modern?
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 13. 1966. Sonderheft. S. 64–69.

Lohmar, Ulrich

Der große Versuch.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 14. 1967. H. 1. S. 3–5.

Lohmar, Ulrich

Wissenschaftliche Politik-Beratung und politische Planung.
In: Die Deutsche Universitätszeitung. Jg. 22. 1967. H. 6. S. 2–6.

Lohmar, Ulrich

Wissenschaftsförderung und Politik-Beratung. Kooperationsfelder von Politik und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.
Gütersloh 1967.

Lohmar, Ulrich

Zielsetzung und Methodik politischer Planung.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 14. 1967. H. 6. S. 431–440.

Lohmar, Ulrich

Die „Neue Linke“ und die Institutionen der Demokratie.
In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1968. B 44. S. 3–11.

Lohmar, Ulrich

Demokratisierung als politische und pädagogische Aufgabe.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 16. 1969. H. 6. S. 598–604.

Lohmar, Ulrich

Demokratisierung in Deutschland. Vorträge und Aufsätze.
Gütersloh 1969.

Lohmar, Ulrich

Parlament und Wissenschaft. Zukunftsperspektiven eines modernen Parlamentarismus.
In: Der Deutsche Bundestag 1949–1969. Hrsg. von *Walther Keim*. Frankfurt am Main 1969. S. 45–55.

Lohmar, Ulrich

Politik-Beratung in Bonn.
In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 20. 1969. H. 3. S. 146–153.

Lohmar, Ulrich

Wissenschaftliche Beratung in der Politik.
In: Kommunikation. Jg. 5. 1969. H. 3. S. 101–109.

Lohmar, Ulrich

Politische Planung im Parlament.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 21. 1974. H. 4. S. 309–312.

Lohmar, Ulrich

Das Hohe Haus. Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit.
Stuttgart 1975.

Lohmar, Ulrich

Wo uns der Schuh drückt. Zwanzig Beiträge zur deutschen Politik.
München 1980.
[Vgl. insbes. Kap. „Das Parlament“, S. 7–56.]

Lohmar, Ulrich

Das Buch mit sieben Siegeln. Forschungspolitik im Labyrinth von Bürokratie, Industrie und Parlament. In: Instrumente der Kontrolle und Folgenabschätzungen moderner Wissenschaft und Technik. Hrsg. von *Klaus Hansen*. Gumpersbach 1982. S. 16–24.

Lohmar, Ulrich

Politik und Sachverstand. Zur Freiheit parlamentarischer Entscheidung in der wissenschaftlichen Zivilisation.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1987. B 42. S. 11–16.

Dr. Manfred Luda

MdB 1961–1980 (CDU)

Luda, Manfred

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 8. Boppard am Rhein 1990. S. 9–228.

Paul Lücke

MdB 1949–1972 (CDU)

Lücke, Paul

Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht.

Frankfurt a. M., Berlin 1968.

Dr. Marie-Elisabeth Lüders

MdB 1953–1961 (FDP)

Lüders, Marie-Elisabeth

Als Abgeordnete in Bonn.

In: *Politische Studien*. Jg. 14. 1963. H. 152. S. 692–701.

Dr. Gerhard Lützens

MdB 1949–1955 (SPD)

Lützens, Gerhard

Die parlamentarische Opposition in der Außenpolitik. Pflichten, Möglichkeiten und Aufgaben.

In: *Außenpolitik*. Jg. 2. 1951. H. 6. S. 398–407.

Egon Lutz

MdB 1972–1990 (SPD)

Lutz, Egon

Parlaments-Stückchen.

Bonn 1989.

Ursula Männle

MdB 1979–1980 und 1983–1994 (CSU)

Männle, Ursula

Bestandsaufnahme und Perspektiven des Verhältnisses von Frau und Politik.

In: *Informationen für die Frau*. Jg. 35. 1986. H. 5. S. 3–8.

Männle, Ursula

Erziehung zur Demokratie: Der zentrale Auftrag der politischen Bildung?

In: Normative und institutionelle Ordnungsprobleme des modernen Staates. Festschrift zum 65. Geburtstag von *Manfred Hättich* am 12. Oktober 1990. Hrsg. von *Manfred Mols*, *Hans-Otto Mühleisen*, *Theo Stammen*, *Bernhard Vogel*. Paderborn, München, Wien, Zürich 1990. S. 111–126.

Dr. Werner Maihofer

MdB 1972–1980 (FDP)

Maihofer, Werner

Gesetzgebungswissenschaft.

In: *Gesetzgebung. Kritische Überlegungen zur Gesetzgebungslehre und zur Gesetzgebungstechnik*. Wien, New York 1981. S. 3–34.

Maihofer, Werner

Wissenschaft und Gesetzgebung. Praktische Erfahrungen und theoretische Überlegungen im Vorfeld einer Gesetzgebungswissenschaft.

In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*. Jg. 18. 1981. H. 3/4. S. 19–32.

Maihofer, Werner

Der Beitrag der Wissenschaft zur Vorbereitung von Gesetzen.

In: *Theorie und Methoden der Gesetzgebung*. Frankfurt a. M. 1983. S. 9–16.

Maihofer, Werner

Prinzipien freiheitlicher Demokratie.

In: Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Ernst Benda* [u. a.]. Berlin, New York 1983. S. 173–237.

Maihofer, Werner

Rechtstatsachenforschung und Gesetzgebungswissenschaft.

In: Rechtstatsachenforschung heute. Hrsg. von *Wolfgang Heinz*. Konstanz 1986. S. 157–174.

Maihofer, Werner

Nachwort zur Fragestellung: Gesetzgebungstheorie und Rechtspolitik.

In: Gesetzgebungstheorie und Rechtspolitik. Hrsg. von *Dieter Grimm* und *Werner Maihofer* (= Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie. Bd. XIII). Opladen 1988. S. 403–419.

Ernst Majonica

MdB 1950–1972 (CDU)

Majonica, Ernst

Ein Parlament im Geheimen? Zur Arbeitsweise der Bundestagsausschüsse.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner*, *Heinrich Oberreuter*, *Heinz Rausch*. München 1969. S. 114–126.

Majonica, Ernst

Bundestag und Außenpolitik.

In: Handbuch der deutschen Außenpolitik. Hrsg. von *Hans-Peter Schwarz*. München, Zürich 1975. S. 112–122.

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Norbert Mann

MdB 1985–1987 (GRÜNE)

Mann, Norbert

Das Problem der Grünen liegt darin, daß wir noch immer eine Protestpartei sind.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*. Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 137–147.

Dr. Anke Martiny

MdB 1972–1989 (SPD)

Martiny, Anke

Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Frauen und der Mut zur Macht.

Reinbek 1986.

Franz Marx

MdB 1949–1972 (SPD)

Marx, Franz

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 2. Boppard am Rhein 1983. S. 81–139.

Hans Matthöfer

MdB 1961–1987 (SPD)

Matthöfer, Hans

Von der parlamentarischen zur partizipativen Demokratie.

In: Werden. Jahrbuch für die deutschen Gewerkschaften. Jg. 12. 1969. S. 7–13.

Hedwig Meermann

MdB 1961–1976 (SPD)

Meermann, Hedwig

Planung als Prozeß politischer Willensbildung.

In: Vom Nutzen unabhängiger Planung. Frankfurt a. M. 1972. S. 4–5.

Erich Meinike

MdB 1969–1983 (SPD)

Meinike, Erich

Erst Lust – dann Frust?

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 71–83.**Meinike, Erich**

Von der Wut will ich berichten.

In: *Konkret*. Jg. 1980. H. 5. S. 17–19.

Dr. Erich Mende

MdB 1949–1980 (FDP, später CDU)

Mende, Erich

Das parlamentarische Immunitätsrecht in der Bundesrepublik Deutschland und ihren Ländern. Diss., Köln 1950.

Mende, ErichStaatspolitische Aufsätze.
Bonn 1952.

[Vgl. insbes. Kapitel „Krise des Parlamentarismus?“, S. 5–41.]

Mende, Erich

Immunitätsrecht ist reformbedürftig.

In: *Bonner Hefte*. Jg. 1. 1953. H. 6. S. 6–10.**Mende, Erich**

Koalitionsspannungen – Koalitionskrisen.

In: *Bonner Hefte*. Jg. 2. 1954. H. 11. S. 5–8.**Mende, Erich**

Die Bedeutung der Verbände für Mensch und Staat.

In: *Zeitschrift für Sozialreform*. Jg. 8. 1962. H. 10. S. 585–598.**Mende, Erich**

Das manipulierte Staatsvolk.

In: *Politische Studien*. Jg. 18. 1967. H. 172. S. 133–137.**Mende, Erich**

Die schwierige Regierungsbildung 1961.

In: *Konrad Adenauer und seine Zeit*. Hrsg. von *Dieter Blumenwitz* u. a. Stuttgart 1976. Bd. 1. S. 302–325.**Mende, Erich**

Parlamentarismus in der Krise?

In: *Limes*. Jg. 1978. H. 2. S. 23–26.**Mende, Erich**

Bilanz aus der Distanz. Ist der Parlamentarismus in einer Krise?

Hamburg 1981.

Mende, Erich

Chancen und Gefährdungen der Demokratie in den achtziger Jahren.

In: *Panuropa Deutschland*. Jg. 1982. H. 1. S. 15–16.**Mende, Erich**

Krise der parlamentarischen Demokratie?

In: *Freiheit und Autorität als Grundlage der modernen Demokratie*. Würzburg 1982. S. 181–197.**Mende, Erich**

Demokratie. Gefahren und Chancen.

In: *Der Arbeitgeber*. Jg. 35. 1983. H. 5. S. 176–177.**Mende, Erich**

Der Neubeginn des Parlamentarismus. Erster Deutscher Bundestag 1949–1953.

In: *Beginn in Bonn. Erinnerungen an den ersten Deutschen Bundestag*. Hrsg. von *Horst Ferdinand*. Freiburg im Breisgau 1985. S. 112–121.**Mende, Erich**

Die freie Rede überzeugt.

In: *Ein Leben für die Politik? Briefe an jüngere Mitbürger*. Hrsg. von *Sonja Schmid-Burgk*. Freiburg im Breisgau 1988. S. 101–105.**Mende, Erich**

Gedanken zu einer Parlamentsreform.

In: *Volksparteien ohne Zukunft? Die Krise des Parteienstaates*. Hrsg. von *Gerd-Klaus Kaltenbrunner*. München 1988. S. 72–84.

Dr. Walter Menzel

MdB 1949–1963 (SPD)

Menzel, Walter

Die politische und staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.

In: *Recht, Staat, Wirtschaft*. Hrsg. von *Hermann Wandersleb*. Stuttgart, Köln 1950. Bd. 2. S. 122–130.**Menzel, Walter**

Grundgesetz und Verfassungswirklichkeit.

In: *Deutsches Verwaltungsblatt*. Jg. 74. 1959. H. 10. S. 346–354.

Menzel, Walter

Parliamentary Politics in the German Federal Republic from 1957–1960.

In: Parliamentary Affairs. Vol. 13. No. 4. S. 509–519.

Dr. Hans-Joachim von Merkatz

MdB 1949–1969 (DP, später CDU)

Merkatz, Hans-Joachim von

Die Parteien in ihrer heutigen verfassungspolitischen Bedeutung.

In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Jg. 19. 1958. H. 1–3. S. 249–268.

Merkatz, Hans-Joachim von

Das Parteiwesen in Deutschland.

In: Die Politische Meinung. Jg. 4. 1959. H. 32. S. 43–54.

Merkatz, Hans-Joachim von

Regiert die Lobby? Parlament, Regierung und Interessenverbände.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 196–206.

Werner Mertes

MdB 1961–1976 (FDP)

Mertes, Werner

Erfahrungen. Kritik am Bundestag und was drei MdB a. D. dazu sagen. [Von] *Alex Möller, Hermann Höcherl, Werner Mertes*.

Bonn 1976.

Dr. Jürgen Meyer

MdB ab 1990 (SPD)

Meyer, Jürgen

Der Rechtsausschuß als Verfassungsausschuß, untersucht am Beispiel der Vermögensstrafe.

In: Für Recht und Staat. Festschrift für *Herbert Helmrich* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Klaus Letzgas* [u. a.]. München 1994. S. 565–581.

Dr. Paul Mikat

MdB 1969–1987 (CDU)

Mikat, Paul

Starker oder schwacher Staat. Bemerkungen zum Staatsverständnis des Bonner Grundgesetzes.

In: Politik als gelebte Verfassung. Festschrift für *Friedrich Schäfer*. Hrsg. von *Jürgen Jekewitz, Michael Melzer, Wolfgang Zeh*. Opladen 1980. S. 33–45.

Dr. Karl Miltner

MdB 1969–1988 (CDU)

Miltner, Karl

Die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes.

In: Verfassungsschutz in der Demokratie. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Hrsg. vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Köln, Berlin, Bonn, München 1990. S. 53–66.

Wolfgang Mischnick

MdB 1957–1994 (FDP)

Mischnick, Wolfgang

Die Meinung des Bürgers sichtbar machen – Verantwortung delegieren.

In: Parlamentarische Demokratie. Bonn 1983. S. 14–18.

Alex Möller

MdB 1961–1976 (SPD)

Möller, Alex

Erfahrungen. Kritik am Bundestag und was drei MdB a. D. dazu sagen. [Von] *Alex Möller, Hermann Höcherl, Werner Mertes*.

Bonn 1976.

Möller, Alex

Tatort Politik.

München, Zürich 1982.

[Vgl. insbes. Kap. VII „Ist die Demokratie regierbar?“, S. 399–499.]

Dr. Franz Möller

MdB 1976–1994 (CDU)

Möller, Franz und *Martin Limpert*

Informations- und Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 24. 1993. H. 1. S. 21–32.

Karl Moersch

MdB 1964–1976 (FDP)

Moersch, Karl

Meine Woche in Bonn. Abgeordnetenalltag und Parlamentsreform.

In: Der Deutsche Bundestag 1949–1969. Hrsg. von *Walther Keim*. Frankfurt a. M., Bonn 1969. S. 33–44.**Moersch, Karl**

Parlament ohne Selbstverständnis. Oder: Was ist der Deutsche Bundestag?

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 31–41.**Moersch, Karl**

Der ziemlich geheime Bundestag.

In: Der Journalist. Jg. 19. 1969. H. 2. S. 14.

Dr. Karl Mommer

MdB 1949–1969 (SPD)

Mommer, Karl

Der schwierige Alltag des Parlamentariers.

In: Dokumente. Jg. 24. 1968. H. 3. S. 215–218.

Mommer, Karl

Parlament.

In: Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren. Erläutert von 21 Sozialdemokraten. Reinbek bei Hamburg 1969. S. 159–162.

Dr. Günther Müller

MdB 1965–1994 (SPD, später CSU)

Müller, Günther

Die Arbeit des Bundestages 1961–1965.

In: Bundestagswahl 1965. München, Wien 1965. S. 63–88.

Müller, Günther

Erfahrungen eines jungen Abgeordneten.

In: Junge Republik. Beiträge zur Mobilisierung der Demokratie. Hrsg. von *Michael Hereth*. München, Wien 1966. S. 56–63.**Müller, Günther**

Der Bundestagsabgeordnete – Vertreter des Volkes oder seiner Partei?

In: Der Wähler. Jg. 1967. H. 5. S. 3–5.

Müller, Günther

Die Bundestagswahl 1969.

München, Wien 1969.

Müller, Günther

Dreiklassenparlament in Bonn? Zur Stellung der Abgeordneten im Bundestag.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 42–51.**Dr. Ernst Müller-Hermann**

MdB 1952–1980 (CDU)

Müller-Hermann, Ernst

Politik der Bewährung im Wandel.

Stuttgart [usw.] 1985.

[Vgl. insbes. Kap. „Politische Führung in der parlamentarischen Demokratie“, S. 11–57.]

Müller-Hermann, Ernst

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 6. Boppard am Rhein 1989. S. 233–419.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Dr. Hans MütthlingMdB 1965–1972 (SPD)

Mütthling, Hans

Die Fraktionen in Parlament und Rathaus.

In: *Die Öffentliche Verwaltung*. Jg. 24. 1971. H. 7. S. 236–237.

Dr. Friederike MulertMdB 1952–1953 (FDP)

Mulert, Friederike

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*. Bd. 4. Boppard am Rhein 1988. S. 219–229.

Friedrich NeuhausenMdB 1980–1990 (FDP)

Neuhausen, FriedrichGedichte ums Bundeshaus.
Frankfurt/Main 1986.**Neuhausen, Friedrich**

Bonner Marginalien. Ungereimtes aus dem Bundeshaus.

o. O. 1987. (Als Manuskript gedruckt.)

Neuhausen, Friedrich

„Wenn die braven Bürger schlummern ...“ Gereimtes und Ungereimtes aus dem Bundeshaus.

Hannover [1988].

Christa NickelsMdB 1983–1985, 1987–1990 (GRÜNE) und ab 1994 (Bündnis 90/GRÜNE)

Nickels, Christa

Ich habe gelernt, mit Anstand auf die Nase zu fallen.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, *Zwischen Rotation und Routine*. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 164–179.

Cem ÖzdemirMdB ab 1994 (Bündnis 90/GRÜNE)

Özdemir, Cem

„Ich bin Inländer.“ Ein anatolischer Schwabe im Bundestag.

München 1997.

Alfred OlleschMdB 1961–1978 (FDP)

Ollesch, AlfredSelbstverständnis. Der Bundestag im Spiegel dreier Debattenbeiträge. [Von *Karl Carstens*, *Annemarie Renger*, *Alfred Ollesch*.]

Bonn 1977.

Gerhard OrgaßMdB 1965–1976 (CDU)

Orgaß, Gerhard

Ein parlamentarischer Hinterhof? Der Petitionsausschuß im Gefüge des Bundestages.

In: *Der Bundestag von innen gesehen*. Hrsg. von *Emil Hübner*, *Heinrich Oberreuter*, *Heinz Rausch*. München 1969. S. 254–260.

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Wilderich Freiherr Ostman von der Leye

MdB 1969–1976 (SPD)

Ostman von der Leye, Wilderich Freiherr

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 3. Boppard am Rhein 1985. S. 141–174.

Ernst Paul

MdB 1949–1969 (SPD)

Paul, Ernst

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 2. Boppard am Rhein 1983. S. 141–187.

Horst Peter

MdB 1980–1994 (SPD)

Peter, Horst

Mehr als der „Kummerkasten der Nation“. Das Petitionsrecht muß als politisches Teilhaberecht des Bürgers entwickelt werden.

In: Vorgänge. Jg. 23. 1984. H. 5 (= H. 71). S. 66–73.

Elisabeth Pitz-Savelsberg

MdB 1953–1969 (CDU)

Pitz-Savelsberg, Elisabeth

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 3. Boppard am Rhein 1985. S. 175–296.

Dr. Albert Probst

MdB ab 1969 (CSU)

Probst, Albert

Technikfolgenabschätzung – nicht nur Staatsaufgabe, sondern Auftrag an uns alle.

In: Institutionen der Technikbewertung. Standpunkte aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Hrsg. von *Friedrich Rapp* und *Manfred Mai*. Düsseldorf 1989. S. 62–80.

Heinz Rapp

MdB 1972–1987 (SPD)

Rapp, Heinz

Das Zeitbudget eines praktischen Politikers und seine Möglichkeit, sich wissenschaftliche Erkenntnisse anzueignen, dargestellt am Beispiel eines SPD-MdB.

In: Ein mühsamer Dialog. Beiträge zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft. Hrsg. von *Martin Greifenhagen* u. a. Köln, Frankfurt a. M. 1979. S. 169–181.

Hermann Rappe

MdB ab 1972 (SPD)

Rappe, Hermann

Das Bundessozialgericht und die Arbeit des Bundestages. Unter Mitarb. von *Klaus-Peter Pohl*.

In: Sozialrechtsprechung. Köln [usw.] 1979. S. 55–74.

Will Rasner

MdB 1953–1971 (CDU)

Rasner, Will

Herrschaft im Dunkel? Aufgabe und Bedeutung des Ältestenrates.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner*, *Heinrich Oberreuter*, *Heinz Rausch*. München 1969. S. 99–113.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Jürgen Reents

MdB 1983–1985 (GRÜNE)

Reents, Jürgen

Die Unberechenbaren. Die Oppositionsrolle der Grünen und die SPD.

In: SPD und Grüne. Das neue Bündnis? Hrsg. von *Wolfram Bickerich*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 129–132.

Dr. Hans Reif

MdB 1949–1957 (FDP)

Reif, Hans

Das Parlament im demokratischen Staat.

In: *Zeitschrift für Politik*. Jg. 6. (N. F.) 1959. H. 3. S. 205–217.

Dr. Stephan Reimers

MdB 1976–1980 (CDU)

Reimers, Stephan

Abgeordneter in Bonn. Kurzbericht eines Neulings.

In: *Sonde*. Jg. 11. 1978. H. 1. S. 20–22.

Annemarie Renger

MdB 1953–1990 (SPD)

Renger, Annemarie

Sozialdemokratie und Parlament.

In: Beiträge zu Einzelproblemen des „Entwurfs eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985“. Bonn-Bad Godesberg 1973. S. 29–37.

Renger, Annemarie

Parlamentarierinnen in den europäischen Versammlungen.

In: *Wissenschaft und Weltbild*. Festschrift für *Hertha Firnberg*. Hrsg. von *Wolf Frühauf*. Wien 1975. S. 49–56.

Renger, Annemarie

Selbstverständnis. Der Bundestag im Spiegel dreier Debattenbeiträge. [Von *Karl Carstens*, *Annemarie Renger*, *Alfred Ollesch*.]

Bonn 1977.

Renger, Annemarie

Die Konferenz der Europäischen Parlamentspräsidenten – Ursprung und Ziele.

In: *Parlamentarismus und Föderalismus*. Festschrift für *Rudolf Hanauer* aus Anlaß seines 70. Geburtstages. Hrsg. von *Heinz Rosenbauer* und *Volkmar Gabert*. München 1978. S. 184–189.

Renger, Annemarie

Berechtigte Kritik hält lebendig. Der Bundestag ist anpassungsfähig und reformbereit geblieben.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 141–144.

Renger, Annemarie

Notwendigkeit und Formen einer parlamentarischen Planungsbegleitung.

In: *Politik als gelebte Verfassung*. Festschrift für *Friedrich Schäfer*. Hrsg. von *Jürgen Jekewitz*, *Michael Melzer*, *Wolfgang Zeh*. Opladen 1980. S. 87–92.

Renger, Annemarie

Fasziniert von Politik. Beiträge zur Zeit. Vorwort von *Helmut Schmidt*.

Stuttgart 1981.

[Vgl. insbes. Kap. „Zur Aufgabe des Parlaments in unserer Zeit“, S. 131–179.]

Renger, Annemarie

Der zentrale Ort der Politik.

In: *Parlamentarische Demokratie*. Festschrift für *Helmut Schellknecht* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 3–8.

Renger, Annemarie

Eine faszinierende Aufgabe.

In: Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen. Hrsg. von *Rupert Schick*. 9. neu bearbeitete und ergänzte Aufl. Stuttgart 1987. S. 117–122.

Renger, Annemarie

Braucht der Staat des Grundgesetzes Elemente direkter Demokratie?

In: „Unverdrossen für Europa“. Festschrift für *Kai-Uwe von Hassel* zum 75. Geburtstag. Hrsg. von *Philipp Jenninger*. Baden-Baden 1988. S. 339–345.

Renger, Annemarie

Vierzig Jahre Deutscher Bundestag. Erfahrungen und Maßstäbe.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1989. B. 37–38. S. 7–12.

Renger, Annemarie

Ein politisches Leben. Erinnerungen. Stuttgart 1993.

[Vgl. insbes. Kap. „Als Parlamentarierin im Deutschen Bundestag“, S. 171–347.]

Dr. Gerhard Riege

MdB 1990–1992 (PDS)

Heuer, Uwe-Jens und Gerhard Riege

Der Rechtsstaat – eine Legende? Erfahrungen zweier Rechtswissenschaftler 1990/91 in Volkskammer und Bundestag.

Baden-Baden 1992.

Heinrich Georg Ritzel

MdB 1949–1965 (SPD)

Ritzel, Heinrich G. und Helmut Koch

Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, beschlossen am 6. Dezember 1951. Text und Kommentar.

Frankfurt/M. 1952.

Ritzel, Heinrich Georg

Einer von Vierhundertundzwei.

Offenbach a. M. 1953.

Ritzel, Heinrich Georg

Diktatur der Parlamentsausschüsse.

In: Geist und Tat. Jg. 9. 1954. Nr. 12. S. 389–393.

Ritzel, Heinrich Georg

Parlamentarische Geschäftsordnungen im Weimarer Reichstag und im Deutschen Bundestag.

In: Der Reichstag. Bearb. von *Ernst Deuerlein*. Frankfurt a. M. 1963. S. 145–154.

Ritzel, Heinrich G.

Die Rechnungsprüfung als Instrument der Demokratie.

In: 250 Jahre Rechnungsprüfung. Frankfurt a. M. 1964. S. 129–132.

Ritzel, Heinrich Georg

Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Frankfurt a. M. [usw.] 1966.

Ritzel, Heinrich Georg

Einer von 518.

Hannover 1967 (2. Aufl.).

Ritzel, Heinrich G.

Geordnete Einflußmöglichkeit.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 15. 1968. H. 3. S. 211–216.

Ritzel, Heinrich G.

20 Jahre Bundestag. Persönliche Erinnerungen.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 16. 1969. Sonderheft. S. 47–54.

Paul Röhner

MdB 1965–1982 (CSU)

Röhner, Paul

Parlamentarische Vertretung einer autonomen Partei. [CSU-Landesgruppe]

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 47–49.

Dietrich-Wilhelm Rollmann

MdB 1960–1976 (CDU)

Rollmann, Dietrich

Die CDU in der Opposition.

In: Die CDU in der Opposition. Eine Selbstdarstellung. Hrsg. von *Dietrich Rollmann*. Hamburg 1970. S. 148–153.

Rollmann, Dietrich

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 3. Boppard am Rhein 1985. S. 297–408.

Dr. Klaus Rose

MdB ab 1977 (CSU)

Rose, Klaus

Steuerungsinstrument Haushaltsausschuß.

In: Die Haushälter. Ist die Zukunft finanzierbar? Hrsg. von *Klaus Rose* und *Kurt Falthäuser*. Köln 1990. S. 90–94.

Rose, Klaus

Der Verteidigungsausschuß.

In: Wehrtechnik. Jg. 27. 1995. H. 2. S. 11.

Hans Roser

MdB 1969–1976 (CSU)

Roser, Hans

Den Erbsenzählern ausgeliefert? Parlamentarier brauchen mehr Handlungsspielraum.

In: Lutherische Monatshefte. Jg. 18. 1979. H. 10. S. 616–618.

Dr. Jürgen Rüttgers

MdB ab 1987 (CDU)

Rüttgers, Jürgen

Dinosaurier der Demokratie. Wege aus Parteienkrise und Politikverdrossenheit. Hamburg 1993.

Rüttgers, Jürgen

Von der Gremienpartei zur Bürgerpartei. Zu den Kontroversen um die Krise der Parteiendemokratie.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 24. 1993. H. 1. S. 153–158.

Thomas Ruf

MdB 1953–1972 (CDU)

Ruf, Thomas

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

Boppard am Rhein 1991 (= Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 9).

Herbert Rusche

MdB 1985–1987 (GRÜNE)

Rusche, Herbert

Die Männer sind oft Technokraten.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 180–190.

Fritz Sänger

MdB 1961–1969 (SPD)

Sänger, Fritz

Mehr Demokratie. Anmerkungen zu einem Regierungsprogramm.

In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 20. 1969. H. 12. S. 705–709.

Sänger, Fritz

Parlament und Parlamentsberichterstattung – wer hat den Schwarzen Peter?

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner*, *Heinrich Oberreuter*, *Heinz Rausch*. München 1969. S. 261–270.

Sänger, Fritz

Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten.

Bonn 1978.

[Vgl. insbes. Abschnitt „MdB“, S. 214–232].

Alfred Sauter

MdB 1980–1988 (CSU)

Sauter, Alfred

Die Zustimmungsbefähigung von Bundesgesetzen unter besonderer Berücksichtigung des Art. 84 Abs. 1 GG.

In: Steuerrecht, Verfassungsrecht, Finanzpolitik. Festschrift für *Franz Klein*. Hrsg. von *Paul Kirchhof* [u. a.]. Köln 1994. S. 561–575.

Dr. Friedrich Schäfer

MdB 1957–1967 und 1969–1980 (SPD)

Schäfer, Friedrich

Aufgabe und Arbeitsweise des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

In: Finanzwissenschaft und Finanzpolitik. *Erwin Schoettle* gewidmet. Hrsg. von *Friedrich Schäfer*. Tübingen 1964. S. 251–267.

Schäfer, Friedrich

Aufgaben einer Parlamentsreform.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 12. 1965. H. 3. S. 689–694.

Schäfer, Friedrich

Die Notstandsgesetze. Vorsorge für den Menschen und den demokratischen Rechtsstaat.

Köln, Opladen 1966.

Schäfer, Friedrich

Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise, verbunden mit Vorschlägen zur Parlamentsreform.

Köln, Opladen 1967.

Schäfer, Friedrich

Sozialdemokratie und Wahlrecht. Der Beitrag der Sozialdemokratie zur Gestaltung des Wahlrechts in Deutschland.

In: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*. Jahrbuch 1967. Teil 1. S. 157–196.

Schäfer, Friedrich

Die überfällige Parlamentsreform.

In: *Frontal*. Jg. 1967. H. 39. S. 6–11.

Schäfer, Friedrich

Vorschläge zu einer Parlamentsreform.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1967. B 1. S. 1–15.

Schäfer, Friedrich

Vorschläge zu einer Parlamentsreform.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 14. 1967. H. 2. S. 112–128.

Schäfer, Friedrich

Ist die Zeit reif für ein funktionsgerechtes Wahlrecht?

In: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*. Jahrbuch 1968. Teil 2. S. 155–159.

Schäfer, Friedrich und *Jürgen Jekewitz*

Die Wahlprüfung zum 5. Deutschen Bundestag.

In: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*. Jahrbuch 1968. Teil 2. S. 237–256.

Schäfer, Friedrich

Wie ist der Einfluß der Verbände auf die Tätigkeit des Gesetzgebers zu beurteilen?

In: *Die Stellung der Verbände im demokratischen Rechtsstaat*. Düsseldorf 1968. S. 45–59.

Schäfer, Friedrich

Verfassungsrevision in der Bundesrepublik Deutschland.

In: *Der Bürger im Staat*. Jg. 20. 1970. H. 2. S. 70–74.

Schäfer, Friedrich

Die Funktion von Bundesparteitagern im föderativen modernen Parteienstaat.

In: *Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik*. Hrsg. von *Gerhard Lehbruch* u. a. Für *Theodor Eschenburg*. München 1971. S. 287–297.

Schäfer, Friedrich

Der Untersuchungsausschuß: Kampfstätte oder Gericht?

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 5. 1974. H. 4. S. 496–502.

Schäfer, Friedrich

Die Ausschußberatung im Deutschen Bundestag als Teil des politischen Entscheidungsprozesses.

In: *Form und Erfahrung. Ein Leben für die Demokratie. Zum 70. Geburtstag von Ferdinand A. Hermens*. Hrsg. von *Rudolf Wildenmann*. Berlin 1976. S. 99–116.

Schäfer, Friedrich

Behutsame Weiterentwicklung der Verfassung.

In: *Die Demokratische Gemeinde*. Jg. 28. 1976. H. 10. S. 841–845.

Schäfer, Friedrich

Enquete-Kommissionen. Stellung, Aufgaben, Arbeitsweise.

Bonn 1976.

Schäfer, Friedrich

Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise.

Opladen 1977 (3., verbesserte und erweiterte Auflage).

Schäfer, Friedrich

Die Stellung der Verbände in der Demokratie aus der Sicht der parlamentarischen Praxis.

In: *Verbände und Staat*. Hrsg. von *Ulrich von Alemann* und *Rolf G. Heinze*. Opladen 1979. S. 187–198.

Schäfer, Friedrich

Verantwortung der Mehrheitsfraktionen für die Handlungsfähigkeit des Staates.

In: *Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 115–118.

Schäfer, Friedrich

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

In: *Die Neue Gesellschaft*. Jg. 27. 1980. H. 7. S. 600–607.

Schäfer, Friedrich

Verfassungsgerichtsbarkeit, Gesetzgebung und politische Führung.

In: *Verfassungsgerichtsbarkeit, Gesetzgebung und politische Führung. Ein Cappenberger Gespräch*. Köln 1980. S. 10–23.

Schäfer, Friedrich

Vorschläge zu einer Parlamentsreform. Anregungen für den 9. Deutschen Bundestag.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1980. B 44. S. 15–24.

Schäfer, Friedrich

Haben wir eine Krise des Parlamentarismus?
In: Universitas. Jg. 40. 1985. H. 3. S. 257–266.

Schäfer, Friedrich

Wir haben noch keine Parlamentarismuskrise.
In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1985. B 6. S. 25–30.

Schäfer, Friedrich

Gesetzgebung und Verwaltung.
In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 5: Die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl und Georg-Christoph von Unruh. Stuttgart 1987. S. 193–207.

Schäfer, Friedrich

Aufzeichnungen und Erinnerungen.
In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 5. Boppard am Rhein 1988. S. 225–281.

Helmut Schäfer

MdB ab 1977 (FDP)

Schäfer, Helmut und *Christian von Stechow*
Kontrolle der Sicherheitspolitik.

In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von Uwe Thaysen, Roger H. Davidson und Robert G. Livingston. Opladen 1988. S. 421–435.

Dr. Wolfgang Schäuble

MdB ab 1972 (CDU)

Schäuble, Wolfgang

Politische Führung in der parlamentarischen Demokratie.

In: Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand. Hrsg. von Thomas Leif [u. a.]. Bonn, Berlin 1992. S. 83–93.

Schäuble, Wolfgang

Das personale Element in der repräsentativen Demokratie.

In: Grundrechte, soziale Ordnung und Verfassungsgerichtsbarkeit. Festschrift für Ernst Benda zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Eckart Klein. Heidelberg 1995. S. 221–234.

Walter Scheel

MdB 1953–1974 (FDP)

Scheel, Walter

Opposition: Kritik und Kontrolle.
In: Liberal. Jg. 9. 1967. H. 11. S. 806–809.

Scheel, Walter

Opposition als Auftrag.
In: Liberal. Jg. 9. 1967. H. 8. S. 575–580.

Dr. Hermann Scheer

MdB ab 1980 (SPD)

Scheer, Hermann

Die SPD als Volkspartei und die Bürgerinitiativen.
In: Demokratischer Sozialismus – Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft. Hrsg. von Thomas Meyer. München, Wien 1980. S. 331–342.

Scheer, Hermann

Chancen innerparteilicher Demokratie und Gefahren organisierter Flügelbildung.
In: Forum ds. Jg. 1981. S. 49–58.

Scheer, Hermann

Kritik der „Volkspartei“.
In: Politische Bildung. Jg. 14. 1981. H. 2. S. 17–29.

Scheer, Hermann

Öffentlichkeit des Verwaltungshandelns als Elemente der sozialen Demokratie.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 28. 1981. H. 2. S. 126–130.

Scheer, Hermann

Auf einmal bist du ein anderer. Junge Erfahrungen eines jungen Abgeordneten am Beginn der achtziger Jahre.
In: Bitte einsteigen. Berichte aus dem politischen Alltag. Hrsg. von Hans Wallow. Bonn 1982. S. 13–33.

Scheer, Hermann

Mittendrin. Bericht zur Lage von Sozialdemokratie und Republik.
Köln 1982.

Scheer, Hermann

Plädoyer für parteiinterne Direktwahl bei der Aufstellung von Parlamentskandidaten.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 29. 1982. H. 1. S. 49–52.

Scheer, Hermann

Zweierlei Maß. Beobachtungen zur politischen Verhaltenspsychologie in der Bundesrepublik.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 30. 1983. H. 9. S. 845–853.

Scheer, Hermann

Zurück zur Politik. Die archimedische Wende gegen den Zerfall der Demokratie.

München 1995.

Christina Schenk

MdB ab 1990 (Bündnis 90/GRÜNE, später PDS)

Schenk, Christina

Feministische Politik im Bundestag. Erfahrungen und Perspektiven.

In: Demokratie oder Androkratie? Hrsg. von *Elke Biester* [u. a.]. Frankfurt/Main [u. a.] 1994. S. 35–51.

Otto Schily

MdB 1983–1986, 1987–1989 (GRÜNE) und ab 1990 (SPD)

Schily, Otto

Politik in bar. Flick und die Verfassung unserer Republik.

München 1986.

Georg Schlaga

MdB 1969–1987 (SPD)

Schlaga, Georg

„Linke“ Außenpolitik – gibt's das?

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 127–133.

Marie Schlei

MdB 1969–1981 (SPD)

Schlei, Marie

Die Vision gehört dazu.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 113–118.

Dr. Carlo Schmid

MdB 1949–1972 (SPD)

Schmid, Karl [= Carlo]

Regierung und Parlament.

In: Recht, Staat, Wirtschaft. Hrsg. von *Hermann Wandersleb*. Düsseldorf. Bd. 3. 1951. S. 86–98.

Schmid, Carlo

Vier Jahre Erfahrungen mit dem Grundgesetz.

In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 7. 1954. H. 1. S. 1–3.

Schmid, Carlo

Die Opposition als Staatseinrichtung.

In: Der Wähler. Jg. 5. 1955. H. 11. S. 498–506.

Schmid, Carlo

Der Abgeordnete zwischen Partei und Parlament.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 6. 1959. H. 6. S. 439–444.

Schmid, Carlo

Der Deutsche Bundestag in der Verfassungswirklichkeit.

In: Finanzwissenschaft und Finanzpolitik. *Erwin Schoettle* gewidmet. Hrsg. von *Friedrich Schäfer*. Tübingen 1964. S. 269–284 und in: Adenauer und die Folgen. Hrsg. von *Hans-Joachim Netzger*. München 1965. S. 40–58.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Schmid, Carlo

Der Deutsche Bundestag. Ein Essay.

In: Der Deutsche Bundestag. Porträt eines Parlaments. Pfullingen 1974. S. 12–17.

Schmid, Carlo

Das Fundament unserer staatlichen Ordnung.

In: Bekenntnis zur Demokratie. Wiesbaden 1974. S. 11–20.

Schmid, Carlo

Demokratie – die Chance, den Staat zu verwirklichen.

In: Forum heute. Mannheim 1975. S. 319–325.

Schmid, Carlo

Erinnerungen.

Bern, München, Wien 1979.

[Vgl. u. a. Abschnitt „Der erste Deutsche Bundestag“, S. 430–456.]

Peter M. Schmidhuber

MdB 1965–1969 und 1972–1978 (CSU)

Schmidhuber, Peter M.

Politik als Beruf. Bemerkungen zur politischen Praxis in der Bundesrepublik Deutschland.

In: Politische Studien. Jg. 25. 1974. H. 217. S. 525–534.

Adolf Schmidt

MdB 1972–1987 (SPD)

Schmidt, Adolf

Rollenkonflikte eines Gewerkschafters im politischen System der Bundesrepublik.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 5. 1974. H. 1. S. 24–27.

Helmut Schmidt

MdB 1953–1962 und 1965–1987 (SPD)

Schmidt, Helmut

Militärische Befehlsgewalt und parlamentarische Kontrolle.

In: Festschrift für *Adolf Arndt* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Horst Ehmke*, *Carlo Schmid* und *Hans Scharoun*. Frankfurt a. M. 1969. S. 437–449.

Schmidt, Helmut

Reform des Parlaments.

In: Das 198. Jahrzehnt. *Marion Gräfin Dönhoff* zu Ehren. Hrsg. von *Claus Grossner* u. a. Hamburg 1969. S. 323–336.

Schmidt, Helmut

Die Opposition in der modernen Demokratie.

In: Die Opposition in der modernen Demokratie. Hrsg. von *Rudolf K. Fr. Schnabel*. Stuttgart 1972. S. 51–60.

Schmidt, Helmut

Politik als Beruf heute.

In: Die aufgeklärte Republik. Eine kritische Bilanz. Hrsg. von *Hildegard Hamm-Brücher* und *Norbert Schreiber*. München 1989. S. 77–84.

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

MdB ab 1994 (FDP)

Schmidt-Jortzig, Edzard

Neue Rechtsgrundlage für die Bundestagsfraktionen.

In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 13. 1994. H. 12. S. 1145–1150.

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

MdB 1953–1979 (SPD)

Schmitt-Vockenhausen, Hermann

Durchgangsstation und sonst nichts? Zur Gesetzgebungsarbeit des Bundestages.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner*, *Heinrich Oberreuter*, *Heinz Rausch*. München 1969. S. 137–149.

Schmitt-Vockenhausen, Hermann

Die Wahlprüfung in Bund und Ländern unter Einbeziehung Österreichs und der Schweiz. Ein Beitrag zum Wesen der parlamentarischen Demokratie.

Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1969.

Schmitt-Vockenhausen, Hermann

Zum Selbstverständnis des Parlaments.

In: *République en miniature*. Eine Schrift für *Alfred Gleisner*. Hrsg. von *Horst Hensel*. Köln, Berlin 1974. S. 35–45.

Schmitt-Vockenhausen, Hermann

Zehn Jahre Parteiengesetz: Vorzüge und Schwächen.
In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 4.
S. 525–527.

Schmitt-Vockenhausen, Hermann

Leben für die oder von der Politik? Der Abgeordnete
im Widerspruch der Erwartungen.
In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundes-
republik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn
1980. S. 87–91.

Dr. Jürgen Schmude

MdB 1969–1994 (SPD)

Schmude, Jürgen

Wie imperativ sind die Mandate?
In: Konzepte SPD 74. Hrsg. von *Rolf Seeliger*. Mün-
chen 1974. S. 27–32.

Schmude, Jürgen

Stationen eines Anfangs.
In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundes-
tag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo*
Brandt. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 55–65.

Schmude, Jürgen

Mehrheitsprinzip und Gewissensentscheidung.
In: Festschrift für *Rudolf Wassermann* zum sechzig-
sten Geburtstag. Hrsg. von *Christian Broda*, *Erwin*
Deutsch, *Hans-Ludwig Schreiber* und *Hans-Jochen*
Vogel. Neuwied, Darmstadt 1985. S. 209–216.

Dr. Rudolf Schöffberger

MdB 1972–1994 (SPD)

Schöffberger, Rudolf

Eine Infrastruktur für „mehr Demokratie“.
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 20. 1973. H. 6. S. 410–
413.

Schöffberger, Rudolf

Agitation im Bundestag.
In: Schwarze Politik aus Bayern. Hrsg. von *Stephan*
Schmidt. Darmstadt, Neuwied 1974. S. 32–35.

Schöffberger, Rudolf

Imperatives Mandat und innerparteiliche Demokra-
tie.
In: Konzepte SPD 74. Hrsg. von *Rolf Seeliger*. Mün-
chen 1974. S. 15–20.

Schöffberger, Rudolf

Wirtschaftliche Macht und Demokratischer Sozialis-
mus.
In: Was alles auf dem Spiel steht. Hrsg. von *Rolf See-
liger*. München 1975. S. 32–41.

Andreas von Schoeler

MdB 1972–1982 (FDP, zuletzt fraktionslos)

Schoeler, Andreas von

Ist das Verhältnis zwischen Bürger und Staat gestört?
In: Liberal. Jg. 21. 1979. H. 7/8. S. 514–535.

Schoeler, Andreas von

Das Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien aus
der Sicht der F.D.P.
In: Bürger und Parteien. Hrsg. von *Joachim Raschke*.
Opladen 1982. S. 294–308.

Erwin Schoettle

MdB 1949–1972 (SPD)

Schoettle, Erwin

Permanente Opposition oder echte Alternative. Das
Problem der Sozialdemokratie.
In: Die Gegenwart. Jg. 8. 1953. Nr. 196. S. 792–794.

Dr. Rupert Scholz

MdB ab 1990 (CDU)

Scholz, Rupert

Aufgaben und Grenzen einer Reform des Grundge-
setzes.
In: Wege und Verfahren des Verfassungslebens. Hrsg.
von *Peter Badura* und *Rupert Scholz*. München 1993.
S. 65–81.

Scholz, Rupert

Die Gemeinsame Verfassungskommission. Auftrag,
Verfahren und Ergebnisse.
In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1993. B 52–53.
S. 3–5.

Scholz, Rupert

Mit plebiszitären Elementen gegen Politik- und
Staatsverdrossenheit?
In: Zeitschrift für politische Bildung. Jg. 32. 1995.
H. 2. S. 12–17.

Scholz, Rupert

Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Auftrag, Verfahrensgang und Ergebnisse.

In: *Zeitschrift für Gesetzgebung*. Jg. 9. 1994. H. 1. S. 1–34.

Waltraud Schoppe

MdB 1983–1985, 1987–1990 (GRÜNE) und ab 1994 (Bündnis 90/GRÜNE)

Schoppe, Waltraud

Wir Frauen müssen uns einmischen.

In: *Brigitte Jäger* und *Claudia Pinl*, Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag. Köln 1985. S. 203–212.

Dr. Conrad Schroeder

MdB 1980–1991 (CDU)

Schroeder, Conrad

Bundestagsneubau – ein Faß ohne Boden?

In: *Die Haushälter*. Ist die Zukunft finanzierbar? Hrsg. von *Klaus Rose* und *Kurt Falthäuser*. Köln 1990. S. 227–242.

Dr. Gerhard Schröder

MdB 1949–1980 (CDU)

Schröder, Gerhard

Für oder wider das konstruktive Mißtrauensvotum.

In: *Bonner Hefte*. Jg. 1. 1953. H. 1. S. 22–26.

Schröder, Gerhard

Das Flugzeug hieß „Westward Ho“.

In: *Beginn in Bonn*. Erinnerungen an den ersten Deutschen Bundestag. Hrsg. von *Horst Ferdinand*. Freiburg im Breisgau 1985. S. 139–144.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Gerhard Schröder

MdB 1980–1986 (SPD)

Schröder, Gerhard

Der Anwalt als Politiker.

In: *Rechtspolitik „mit aufrechtem Gang“*. *Werner Holtfort* zum 70. Geburtstag. Hrsg. von *Margarete Fabricius-Brand*, *Edgar Isermann*, *Jürgen Seifert* und *Eckart Spoo*. Baden-Baden 1990. S. 68–74.

Dr. Richard Schröder

MdB 1990 (SPD)

Schröder, Richard

Warum Parteien nötig sind.

In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 21. 1990. H. 4. S. 610–618.

Helga Schuchardt

MdB 1972–1983 (FDP, zuletzt fraktionslos)

Schuchardt, Helga und *Michael Kleff*

Der Abgeordnete als Abhängiger des parlamentarischen Systems.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1976. B 38. S. 26–29.

Schuchardt, Helga und *Carola Rüger*

Die Minderheitenregierung Mann.

In: *Frauen ins Parlament? Reinbek bei Hamburg* 1976. S. 39–55.

Hans Schütz

MdB 1949–1963 (CSU)

Schütz, Hans

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: *Abgeordnete des Deutschen Bundestages*. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 2. Boppard am Rhein 1983. S. 189–234.

Manfred Schulte

MdB 1965–1987 (SPD)

Schulte, Manfred

Manipulateure am Werk? Zur Funktion des Fraktionsvorstandes und der Parlamentarischen Geschäftsführer.

In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 68–82.**Schulte, Manfred**

Organisation und Willensbildung in der SPD-Bundestagsfraktion.

In: République en miniature. Eine Schrift für *Alfred Gleisner*. Hrsg. von *Horst Hensel*. Köln, Berlin 1974. S. 46–56.**Schulte, Manfred**

Mitwirken an den Richtlinien der Politik.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 39–42.**Schulte, Manfred** und *Wolfgang Zeh*

Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1161–1181.

Fritz-Rudolf Schultz

MdB 1957–1970 (FDP)

Schultz, Fritz Rudolf

Der Verfassungsauftrag des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.

In: Truppenpraxis. Jg. 1970. H. 7. S. 489–493.

Dr. Klaus-Peter Schulz

MdB 1965–1976 (SPD, später CDU)

Schulz, Klaus-Peter

Der Reichstag gestern – morgen.

Berlin 1969.

Schulz, Klaus-Peter

Unsere Demokratie ist leistungs- und reformfähig.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1969. B 32. S. 18–32.

Schulz, Klaus-Peter

Parlament zwischen Phrase und Realität.

In: Deutschland Magazin. Jg. 8. 1976. H. 6. S. 22–23.

Gerhard Schulze

MdB 1981–1990 (CDU)

Schulze, Gerhard

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 11. Boppard am Rhein 1993. S. 265–334.

Dr. Elisabeth Schwarzhaupt

MdB 1953–1969 (CDU)

Schwarzhaupt, Elisabeth

Die Frau in Regierungs- und Oppositionsparteien.

In: Neue Evangelische Frauenzeitung. Jg. 9. 1965. H. 2. S. 34–38.

Schwarzhaupt, Elisabeth

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 2. Boppard am Rhein 1983. S. 235–283.

Dr. Carl-Christoph Schweitzer

MdB 1972–1976 und 1980 (SPD)

Schweitzer, Carl-Christoph

Die nationalen Parlamente in der Gemeinschaft – ihr schwindender Einfluß in Bonn und Westminster auf die Europagesetzgebung.

Bonn 1978.

Schweitzer, Carl-Christoph

Der Abgeordnete im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik.

Opladen 1979.

Schweitzer, Carl-Christoph

Der Abgeordnete zwischen Rebellion und Anpassung. Stellungnahme aus der Sicht eines Theorie-Praxis-Bezuges.

In: Beiträge zur Konfliktforschung. Jg. 9. 1979. H. 4. S. 91–105.

Schweitzer, Carl-Christoph

Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages im außenpolitischen Entscheidungssystem.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1980. B 19. S. 3–24.

Schweitzer, Carl-Christoph

Anmerkungen zur innerparteilichen Konfliktsituation im Bundestagswahlkampf 1980.

In: Beiträge zur Konfliktforschung. Jg. 11. 1981. H. 1. S. 119–126.

Schweitzer, Carl-Christoph

Bremer Bundeswehrkrawalle. Gefahren für unseren Staat und ihre Verschleierung im Streit der politischen Parteien im parlamentarischen Untersuchungsverfahren.

Baden-Baden 1981.

Schweitzer, Carl-Christoph

Die Parlaments- und Behördenbibliotheken und ihre Benutzer. Anforderungen und Erfahrungen. Aus der Sicht eines Mitglieds des Deutschen Bundestages.

In: Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Arbeitshefte. Jg. 1981. Nr. 34. S. 27–30.

Schweitzer, Carl-Christoph

Anmerkungen zur Diskussion um die Parlamentsreform.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1985. B 24–25. S. 45–54.

Schweitzer, Carl-Christoph

Eine Krise des Parlamentarismus der Bundesrepublik Deutschland? Hinweise zu aktuellen Problemen einer Parlamentsreform.

In: Beiträge zur Konfliktforschung. Jg. 15. 1985. H. 3. S. 81–96.

Dr. Olaf Schwencke

MdB 1972–1980 (SPD)

Schwencke, Olaf

Hoffen lernen. Zwölf Jahre Politik als Beruf. Eine Zwischenbilanz.

Stuttgart 1985.

Walter Seuffert

MdB 1949–1967 (SPD)

Seuffert, Walter

Zu den Grundlagen des Begriffs der politischen Partei.

In: Festgabe für *Carlo Schmid* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Theodor Eschenburg*, *Theodor Heuss* und *Georg-August Zinn* unter Mitw. von *Wilhelm Hennis*. Tübingen 1962. S. 199–212.

Seuffert, Walter

Die Abgrenzung der Tätigkeit des Bundesverfassungsgerichts gegenüber der Gesetzgebung und der Rechtsprechung.

In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 22. 1969. H. 32. S. 1369–1373.

Dr. J. Hermann Siemer

MdB 1953–1972 (CDU)

Siemer, J. Hermann

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 2. Boppard am Rhein 1983. S. 285–312.

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Heide Simonis

MdB 1976–1988 (SPD)

Simonis, HeideAbgeordnete – Lobbyisten oder Kontrolleure der Rüstungsindustrie? [Von] *Norbert Gansel, Heide Simonis und Horst Jungmann*.

In: Arbeitsplätze durch Rüstung? Reinbek 1978. S. 127–146.

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

MdB ab 1980 (SPD)

Skarpelis-Sperk, Sigrid(zusammen mit *Constantin Skarpelis*)

Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen der Abgeordneten durch neue Informations- und Kommunikationstechniken und -medien im Deutschen Bundestag.

In: Verwaltungsführung, Organisation, Personal. Jg. 8. 1986. H. 6. S. 236–240.

Dr. Günter Slotta

MdB 1969–1974 (SPD)

Slotta, Günter

Der programmatisch-inhaltliche Aspekt der Problematik des imperativen Mandats.

In: Konzepte SPD 74. Hrsg. von *Rolf Seeliger*. München 1974. S. 21–26.

Dr. Dietrich Sperling

MdB ab 1969 (SPD)

Sperling, Dietrich

Politik als Veränderung.

In: Zwischen Ordnung und Veränderung. Hrsg. von *Hans Joachim Türk*. Düsseldorf 1973. S. 155–172.**Sperling, Dietrich**

„Meine Stimme gehört mir“ – oder: Das Privateigentum des Abgeordneten an seiner Stimme.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 22. 1975. H. 6. S. 482–484.

Sperling, Dietrich

Die Anpassung der Anpassungsmechanismen.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1976. B 38. S. 16–23.

Sperling, Dietrich und *Hans Robinsohn*

Briefwechsel über die Rolle des Parlamentariers.

In: Vorgänge. Jg. 19. 1980. H. 1. S. 8–11.

Sperling, Dietrich

Stolz auf die Politik des „kleineren Übels“? Ja, auch!

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 119–125.

Hermann Spillecke

MdB 1965–1977 (SPD)

Spillecke, Hermann

Probleme automationsgerechter Gesetzgebung.

In: IBM Nachrichten. Jg. 21. 1971. H. 207. S. 865–867.

Kurt Spitzmüller

MdB 1967–1969 und 1971–1980 (FDP)

Spitzmüller, Kurt

Nicht bloß ein ausführendes Organ der Partei.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 51–54.

Dr. Ulrich Steger

MdB 1976–1984 (SPD)

Steger, Ulrich

Jungparlamentarier im Bundestag – angepaßt und sonst gar nichts?

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 24. 1977. H. 6. S. 522–525.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

Dr. Gerhard Stoltenberg

MdB 1957–1971 und ab 1983 (CDU)

Stoltenberg, Gerhard

Führungsauswahl in der Demokratie.

In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*. Jg. 9. 1958. H. 11. S. 709–714.**Anton Storch**

MdB 1949–1965 (CDU)

Storch, Anton

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*. Bd. 2. Boppard am Rhein 1983. S. 313–344.**Franz Josef Strauß**

MdB 1949–1978 und 1987 (CSU)

Strauß, Franz Josef

Finanzreform – auf dem Wege zum modernen Bundesstaat.

In: *Jahre der Wende. Festgabe für Alex Möller zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von *Robert Schwebler* u. a. Karlsruhe 1968. S. 73–79.**Strauß, Franz Josef**Die Finanzverfassung.
München, Wien 1968.**Strauß, Franz Josef**

Europa und sein Parlament.

In: *Parlamentarismus und Föderalismus*. Festschrift für *Rudolf Hanauer* aus Anlaß seines 70. Geburtstages. Hrsg. von *Heinz Rosenbauer* und *Volkmar Gabert*. München 1978. S. 115–120.**Dr. Peter Struck**

MdB ab 1980 (SPD)

Struck, Peter

Parlamentarischer Geschäftsführer bei Hans-Jochen Vogel.

In: *Gestalten und Dienen. Fortschritt mit Vernunft*. Festschrift zum 70. Geburtstag von *Hans-Jochen Vogel*. Hrsg. von *Herta Däubler-Gmelin* [u. a.]. Baden-Baden 1996. S. 353–357.**Richard Stücklen**

MdB 1949–1990 (CSU)

Stücklen, Richard

Die Opposition in der modernen Demokratie.

In: *Die Opposition in der modernen Demokratie*. Hrsg. von *Rudolf K. Fr. Schnabel*. Stuttgart 1972. S. 22–30.**Stücklen, Richard**

Parlamentarier der ersten Stunde.

In: *Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß*. Hrsg. von *Friedrich Zimmermann*. Stuttgart-Degerloch 1980. S. 13–31.**Stücklen, Richard**

Das Parlament in unserer Mitte.

In: *Wirtschaftswoche*. Jg. 35. 1981. H. 11. S. 25.**Stücklen, Richard**

Würde und Humor gehören zusammen.

In: *Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen*. Hrsg. von *Rupert Schick*. 9. neu bearbeitete und ergänzte Aufl. Stuttgart 1987. S. 129–133.**Stücklen, Richard**

Am wichtigsten ist Glaubwürdigkeit.

In: *Ein Leben für die Politik? Briefe an jüngere Mitbürger*. Hrsg. von *Sonja Schmid-Burgk*. Freiburg im Breisgau 1988. S. 140–146.**Hinweis**

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Dr. Rita SüßmuthMdB ab 1987 (CDU)

Süßmuth, Rita

Der Deutsche Bundestag. Bewährung und Herausforderung nach vierzig Jahren.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1989. B 37–38. S. 3–6.**Süßmuth, Rita**

Die deutsche Frage in der parlamentarischen Praxis.

In: *Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes*. Hrsg. von *Dieter Haack* [u. a.]. Köln 1989. S. 135–145.**Süßmuth, Rita**

Das Präsidium des Deutschen Bundestages. Überlegungen zu seiner Funktion.

In: *Produktive Unruhe*. Festschrift *Heinz Westphal* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Hanspeter Blatt* und *Heinrich Eppe*. Bonn 1989. S. 143–147.**Süßmuth, Rita**

Wenn die Zeit den Rhythmus ändert. Persönliche und politische Erfahrungen im Amt der Bundestagspräsidentin.

Stuttgart [u. a.] 1991.

Süßmuth, Rita

Zum Konsensbedarf parlamentarischer Demokratie.

In: *Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel*. Hrsg. von *Uwe Thaysen* und *Hans Michael Kloth*. Baden-Baden 1992. S. 23–28.**Süßmuth, Rita**

Die kommunikative Brücke der Medien. Parlament, Presse und Öffentlichkeit.

In: *Medien und Demokratie*. Hrsg. von *Hermann Boverter*. Konstanz 1993. S. 113–120.**Süßmuth, Rita**

Die Rolle des Deutschen Bundestages im Europäischen Einigungsprozeß zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

In: *Der Deutsche Bundestag und Europa*. Hrsg. von *Renate Hellwig*. München 1993. S. 10–20.**Süßmuth, Rita**

Erinnerung an Widerstand und Verfolgung von Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus.

In: *50. Jahrestag des Attentates vom 20. Juli 1944*. Bonn 1994. S. 5–16.

Wolfgang ThierseMdB ab 1990 (SPD)

Thierse, Wolfgang

Mit eigener Stimme sprechen.

München [u. a.] 1992.

Thierse, Wolfgang

Politik- und Parteienverdrossenheit: Modeworte behindern berechtigte Kritik. Zur Notwendigkeit gesellschaftspolitischer Reformen.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1993. B 31. S. 19–25.

Dr. Wolfgang UllmannMdB 1990–1994 (Bündnis 90/GRÜNE)

Ullmann, WolfgangVerfassung und Parlament. Ein Beitrag zur Verfassungsdiskussion. [Sammlung von Texten von Oktober 1989 bis Oktober 1991, hrsg. von *Bernhard Maleck*.]

Berlin 1992.

Ullmann, Wolfgang

Bürgerbewegungen und Parlament.

In: *Parlamentslehre*. Hrsg. von *Raban Graf von Westphalen*. München, Wien 1993. S. 347–387.

Günter VerheugenMdB ab 1983 (SPD)

Verheugen, Günter

Die Arbeit des Sonderausschusses „Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“ des Deutschen Bundestages.

In: *Zeitschrift für Gesetzgebung*. Jg. 8. 1993. H. 2. S. 162–167.

Hans VerheyenMdB 1983–1985 (GRÜNE)

Verheyen, Hans

Ohne Basisdemokratie stirbt das Parlament.

In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1985. B 6. S. 31–39.

Dr. Bernhard Vogel

MdB 1965–1967 (CDU)

Vogel, Bernhard

Politische Bildung und politisches Engagement.

In: Politik als Gedanke und Tat. Hrsg. von *Richard Wisser*. Mainz 1967. S. 351–360.

Vogel, Bernhard

Probleme einer Wahlrechtsreform.

In: Zeitschrift für Politik. Jg. 14. [N. F.] 1967. H. 3. S. 246–258.

Vogel, Bernhard

Der Weg zur Großen Koalition.

In: Politologie. Jg. 8. 1967. H. 22. S. 10–13.

Vogel, Bernhard

Föderalismus und Parlamentarismus. Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland mit zwei Strukturprinzipien des demokratischen Bundesstaates.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 19. 1988. H. 4. S. 540–548.

Friedrich Vogel

MdB 1965–1966 und 1969–1994 (CDU)

Vogel, Friedrich

Der Untersuchungsausschuß: Fehlende Befugnisse oder Fehleinschätzung?

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 5. 1974. H. 4. S. 503–508.

Vogel, Friedrich

Stärkung des Föderalismus durch Selbstbeschränkung in der Bundesgesetzgebung.

In: Freiheit und Verantwortung im Verfassungsstaat. Festgabe zum zehnjährigen Jubiläum der Gesellschaft für Rechtspolitik. Hrsg. von *Bernd Rüthers* und *Klaus Stern*. München 1984. S. 493–504.

Vogel, Friedrich

Der Vermittlungsausschuß.

In: Vierzig Jahre Bundesrat. Tagungsbund zum wissenschaftlichen Symposium in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 11. bis 14. April 1989. Hrsg. vom Bundesrat. Baden-Baden 1989. S. 213–225.

Vogel, Friedrich

Zu den politischen und rechtlichen Grenzen der Kompetenzen des Vermittlungsausschusses.

In: Recht und Pflicht. Hrsg. von *Stefan Diekwisch*. Ronnenberg 1992. S. 91–100.

Dr. Hans-Jochen Vogel

MdB 1972–1981 und 1983–1994 (SPD)

Vogel, Hans-Jochen

Rechtswissenschaft und Politik. Über die Gesetzgebung in der sozialen Demokratie.

In: Recht und Politik. Jg. 13. 1977. H. 4. S. 193–203.

Vogel, Hans-Jochen

Kernkraftwerke: Die Parlamente sollen entscheiden.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 9. 1978. H. 1. S. 120.

Vogel, Hans-Jochen

Zur Diskussion um die Normenflut.

In: Juristenzeitung. Jg. 34. 1979. H. 10. S. 321–325.

Vogel, Hans-Jochen

Zur aktuellen Kritik am Bundesverfassungsgericht.

In: Politik als gelebte Verfassung. Festschrift für *Friedrich Schäfer*. Hrsg. von *Jürgen Jekewitz*, *Michael Melzer*, *Wolfgang Zeh*. Opladen 1980. S. 24–32.

Vogel, Hans-Jochen

Die bundesstaatliche Ordnung des Grundgesetzes.

In: Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Ernst Benda* [u. a.]. Berlin, New York 1983. S. 809–862.

Vogel, Hans-Jochen

Demokratie und Elite. Die Rolle der Elite in der pluralistischen Gesellschaft.

In: Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand. Hrsg. von *Thomas Leif* [u. a.]. Bonn, Berlin 1992. S. 94–107.

Vogel, Hans-Jochen

Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache.

In: Zeitschrift zur Gesetzgebung. Jg. 7. 1992. H. 4. S. 293–302.

Vogel, Hans-Jochen

Das Gelingen der Demokratie in der Bundesrepublik und seine Voraussetzungen.

In: Recht und Politik. Jg. 31. 1995. H. 4. S. 185–194.

Vogel, Hans-Jochen

Gewaltenvermischung statt Gewaltenteilung? Zu neueren Entwicklungen im Verhältnis der Verfassungsorgane zueinander.

In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 49. 1996. H. 23. S. 1505–1511.

Vogel, Hans-Jochen

Nachrichten. Meine Bonner und Berliner Jahre. München, Zürich 1996.

[Vgl. u. a. Abschnitt 13 „Parlamentserfahrungen“, S. 445–460.]

Dr. Rudolf Vogel

MdB 1949–1964 (CDU)

Vogel, Rudolf

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 4. Boppard am Rhein 1988. S. 231–304.

Dr. Antje Vollmer

MdB 1983–1985, 1987–1990 (GRÜNE) und ab 1994 (Bündnis 90/GRÜNE)

Vollmer, Antje

... und wehret euch täglich! Bonn – ein Grünes Tagebuch.

Gütersloh 1984.

Vollmer, Antje

Wider die Konzeptionslosigkeit in der Politik. „Das Komitee Europa“ – ein Vorschlag.

In: Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand. Hrsg. von *Thomas Leif* [u. a.]. Bonn, Berlin 1992. S. 274–282.

Dr. Horst Waffenschmidt

MdB ab 1972 (CDU)

Waffenschmidt, Horst

Veränderungen der Entscheidungsstrukturen der Verwaltung unter dem politischen System des Grundgesetzes.

In: Veränderung der Entscheidungsstrukturen in der öffentlichen Verwaltung. Hrsg. von *Werner Thieme*. Baden-Baden 1988. S. 9ff.

Dr. Theodor Waigel

MdB ab 1972 (CSU)

Waigel, Theo

Staats- und Parteienverdrossenheit. Schlagwort oder Wirklichkeit?

In: Gesellschaftspolitische Kommentare. Jg. 25. 1978. H. 23. S. 310–312.

Waigel, Theo

Parteiprogramme: Möglichkeiten und Grenzen der Programmpolitik.

In: Verantwortung und Klarheit in bedrängter Zeit. Hrsg. von *Herbert Kremp* und *Florian H. Fleck*. Würzburg 1988. S. 53–60.

Waigel, Theodor

Probleme der Vermittelbarkeit und Vermittlung von Politik.

In: Politische Studien. Jg. 41. 1990. H. 312. S. 428–438.

Waigel, Theo

Erwartungen an die Politik. Der Beitrag des Politikers.

In: Politische Studien. Sonderheft 8/1993. S. 5–11.

Karl-Heinz Walkhoff

MdB 1969–1976 und 1978–1980 (SPD)

Walkhoff, Karl-Heinz

Parlamentarismus kritisch betrachtet.

In: Quo vadis SPD? Hrsg. von *Rolf Seeliger*. München 1971. S. 85–93.

Dr. Walter Wallmann

MdB 1972–1977 und 1987 (CDU)

Wallmann, Walter

Auftrag der politischen Parteien nach Artikel 21 des Grundgesetzes.

In: „Unverdrossen für Europa“. Festschrift für *Kai-Uwe von Hassel* zum 75. Geburtstag. Hrsg. von *Philipp Jenninger*. Baden-Baden 1988. S. 239–245.

Wallmann, Walter

Das Parlament als zentrales Verfassungsorgan. Gedanken zu seiner Reform.

In: Beiträge zur politischen Ökonomie. Festschrift für *Clemens-August Andreae*. Hrsg. von *Peter M. Schmidhuber* [u. a.]. Bonn 1989. S. 51–59.

Hans Wallow

MdB 1981–1983 und ab 1990 (SPD)

Wallow, Hans

Weekend in Ahrweiler – oder jenseits der großen Töne.

In: Bitte einsteigen. Berichte aus dem politischen Alltag. Hrsg. von *Hans Wallow*. Bonn 1982. S. 89–118.

Rudi Walther

MdB 1972–1994 (SPD)

Walther, Rudi

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages und der Bundesrechnungshof.

In: Die Kontrolle der Staatsfinanzen. Geschichte und Gegenwart 1714–1989. Festschrift zur 275. Wiederkehr der Errichtung der Preußischen General-Rechen-Kammer. Hrsg. von *Heinz Günter Zavelberg*. Berlin 1989. S. 145–155.

Dr. Alexander Warrikoff

MdB 1983–1994 (CDU)

Warrikoff, Alexander

Politiker besser als ihr Ruf. Argumente gegen den Zeitgeist.

Offenburg 1995.

Herbert Wehner

MdB 1949–1983 (SPD)

Wehner, Herbert

Unsere Nation in der demokratischen Bewährung.

In: Jugend, Demokratie, Nation. Bonn 1967. S. 19–32.

Willi Weiskirch

MdB 1976–1985 (CDU)

Weiskirch, Willi

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 15. Boppard am Rhein 1996. S. 329–396.

Dr. Richard von Weizsäcker

MdB 1969–1981 (CDU)

Weizsäcker, Richard von

Parteien müssen den Vertrauensverlust wettmachen. Das Grundgesetz hat sich weitgehend am repräsentativen Prinzip orientiert.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 145–148.

Weizsäcker, Richard von

Krise und Chance unserer Parteiendemokratie.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1982. B 42. S. 3–12 und in: Parlamentarische Demokratie. Bonn 1983. S. 39–49.

Dr. Axel Wernitz

MdB 1972–1994 (SPD)

Wernitz, Axel

Die Chancen der Eindämmung der Gesetzesflut. Erwartungen und Schwierigkeiten.

In: Verwaltungsführung, Organisation, Personalwesen (VOP). Jg. 1. 1979. H. 3. S. 135–140.

Heinz Westphal

MdB 1965–1990 (SPD)

Westphal, Heinz

Zukunftsgestaltung als Parlamentsaufgabe: Entscheidungsnot und Entscheidungszwang.

In: Wahrheit statt Mehrheit? An den Grenzen der parlamentarischen Demokratie. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. München 1986. S. 11–21.

Westphal, Heinz

Ungefährdet ist Demokratie nie. Erlebnisse und Erfahrungen mit deutscher Zeitgeschichte.
Düsseldorf 1994.

Inge Wettig-Danielmeier

MdB ab 1990 (SPD)

Wettig-Danielmeier, Inge

Die Quote. Eine „Erfolgsstory“ auf dem Prüfstand.
In: Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand. Hrsg. von *Thomas Leif* [u. a.]. Bonn, Berlin 1992. S. 423–428.

Dr. Norbert Wieczorek

MdB ab 1980 (SPD)

Wieczorek, Norbert

Mitwirkung des Deutschen Bundestages in der Europäischen Union. Zum Wandel der Rolle der nationalen Parlamente im Integrationsverlauf.
In: Unsere Zukunft heißt Europa. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion. Hrsg. von *Theo Waigel*. Düsseldorf 1996. S. 315–352.

Heidemarie Wieczorek-Zeul

MdB ab 1987 (SPD)

Wieczorek-Zeul, Heidemarie

Der Vertrag von Maastricht im Deutschen Bundestag.
In: Europa-Archiv. Jg. 48. 1993. H. 13/14. S. 405–412.

Karl Wienand

MdB 1953–1974 (SPD)

Wienand, Karl

Der Partei oder dem Gewissen verpflichtet?
In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 17. 1970. H. 3. S. 366–371.

Bernd Wilz

MdB ab 1983 (CDU)

Wilz, Bernd

Mit offenem Visier. Geschichten zwischen Bundeswehr und Bundestag.
Asendorf 1994.

Heinrich Windelen

MdB 1957–1990 (CDU)

Windelen, Heinrich

Der Haushaltsausschuß im politischen Prozeß.
In: Verwaltung und Fortbildung. Jg. 6. 1978. H. 3. S. 93–100.

Windelen, Heinrich

Strukturveränderungen in der öffentlichen Finanzwirtschaft. Geldpolitik und Haushaltspolitik.
In: Geld und Währung. Bonn 1979. S. 55–61.

Windelen, Heinrich

Das Parlament zwischen Ausgabenfreude und Haushaltskontrolle.
In: Staatsfinanzen und Wirtschaft. Hrsg. von *Günter Triesch*. Köln 1981. S. 111–130.

Bernhard Winkelheide

MdB 1949–1972 (CDU)

Winkelheide, Bernhard

Aufzeichnungen und Erinnerungen.
In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 8. Boppard am Rhein 1990. S. 229–251.

Dr. Hans de With

MdB 1969–1994 (SPD)

With, Hans de

Haben wir eine Krise des Parlaments?
In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1985. B 6. S. 41–44.

Karl Wittrock

MdB 1953–1963 (SPD)

Wittrock, Karl

Möglichkeiten und Grenzen der Finanzkontrolle. Das Verhältnis des Bundesrechnungshofes zum Bundestag.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 2. S. 209–219.

Wittrock, Karl

Parlament, Regierung und Rechnungshof. Zur Geschichte einer schwierigen Dreiecksbeziehung.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 3. S. 414–422.

Dr. Manfred Wörner

MdB 1965–1988 (CDU)

Wörner, Manfred

Parliamentary control of defence: The German example.

In: Survival. London. Vol. 6. 1978. Nr. 1. S. 13–16.

Torsten Wolfgramm

MdB 1974–1994 (FDP)

Wolfgramm, Torsten

Anmerkungen zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

In: Parlamentarische Demokratie. Festschrift für *Helmut Schellknecht* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 15–19.

Olaf Baron von Wrangel

MdB 1965–1982 (CDU)

Wrangel, Olaf von

Ohnmacht des Abgeordneten. Mangelnde Kontrollmöglichkeiten im Wahlkreis.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 0. 1969. H. 0. S. 80–86.

Wrangel, Olaf von

Auf den Oppositionsbänken. Die Wandlung der Unions-Fraktion.

In: Die Politische Meinung. Jg. 15. 1970. H. 2. S. 17–20.

Wrangel, Olaf Baron von

Die Opposition in der modernen Demokratie.

In: Die Opposition in der modernen Demokratie. Hrsg. von *Rudolf K. Fr. Schnabel*. Stuttgart 1972. S. 31–37.

Wrangel, Olaf Baron von

Aufzeichnungen und Erinnerungen.

Boppard am Rhein 1995 (= Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 14).

Richard Wurbs

MdB 1965–1984 (FDP)

Wurbs, Richard

Interview: Langfristig wird nur ein Bundestags-Neubau den Problemen gerecht.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 171–173.

Hinweise

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Fred Zander

MdB 1969–1990 (SPD)

Zander, Fred

Als Neuling im Bundestag.

In: Die Neue Gesellschaft. Jg. 17. 1970. H. 5. S. 587–589.

Zander, Fred

Manche Erwartungen wurden auch übertroffen.

In: Hoffen, zweifeln, abstimmen. Seit 1969 im Bundestag. 14 SPD-Abgeordnete berichten. Hrsg. von *Hugo Brandt*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 67–70.**Dr. Wolf-Dieter Zumpfort**

MdB 1979–1983 (FDP)

Zumpfort, Wolf-Dieter

Nachrüstung der „Ritter ohne Schwert“. Probleme der parlamentarischen Haushaltskontrolle.

In: Liberal. Jg. 23. 1981. H. 5. S. 374–382.

Hinweis

Beiträge von Abgeordneten in Tages- und Wochenzeitungen blieben unberücksichtigt.

2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen

Das Selbstverständnis der Abgeordneten, ihre Sozialisation und ihre Einstellung zur Parlamentsreform, die Formen und Bedingungen ihrer Willensbildung – das waren die hauptsächlichen Themen, nach denen Mitglieder des Bundestages bisher in wissenschaftlich angelegten Umfragen befragt worden sind. Im folgenden werden diese Untersuchungen nach einem einheitlichen Raster in chronologischer Reihenfolge kurz vorgestellt. Die Einzelheiten können in den unter „Titel der Untersuchung“ angegebenen Veröffentlichungen nachgelesen werden.

Titel der Veröffentlichung:	<i>Günter Schmölders</i> Die Politiker und die Währung. Bericht über eine demoskopische Untersuchung der Meinungsbildung in Finanz- und Währungsfragen im Dritten Deutschen Bundestag. Frankfurt/Main 1959.
Durchführung der Untersuchung:	durch die Kölner Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik zusammen mit dem Allensbacher Institut für Demoskopie im Auftrage des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Köln.
Ziel der Untersuchung:	Ermittlung der persönlichen Einstellung der Abgeordneten zu bestimmten Fragen der Finanz- und Währungspolitik, insbesondere zu der finanz- und währungspolitischen Problematik des sogenannten „Julisturmes“, ferner zum „Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit“ und zum Inflationsproblem (a.a.O. S. 12–13).
Zeitpunkt der Befragung:	3. Wahlperiode – Juni 1958
Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren:	92 Mitglieder des Bundestages, davon alle 27 (d. h. 26 ordentliche und ein stellvertretendes) Mitglieder des Finanzausschusses sowie 67 durch Zufallsverfahren bestimmte Abgeordnete (davon auch zwei Mitglieder des Finanzausschusses!)

Erhebungsmethode: Mündliche Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens mit 32 sowohl geschlossenen als auch offenen Fragen (d. h. mit und ohne Antwortvorgaben)

Ergebnisse der Befragung: „Die Befunde der vorliegenden Untersuchung über von den befragten Abgeordneten durchschaute und nichtdurchschaute ‚Zusammenhänge‘ lassen die Schlagworte, Formeln und Stereotype erkennbar werden, an denen sich Wahrnehmung und Denken vieler Abgeordneter orientieren; ist damit auch nur ein erster schmaler Zugang zu dem Problem der politisch-parlamentarischen Meinungs- und Willensbildung gewonnen, so beweist das Ergebnis doch, daß derartige Stützen und Richtpunkte vorhanden sind und daß es nicht unmöglich ist, ihre Wirksamkeit zu analysieren...

Die Mehrheit der Politiker durchschaut nach alledem die volkswirtschaftlichen und insbesondere die währungspolitischen Zusammenhänge nicht genügend, um so schwierigen Problemen wie dem der ‚monetary fiscal policy‘ gewachsen zu sein. Diese werden damit automatisch Gegenstand von Ausschußberatungen oder selbständig entscheidende Gremien. In der Praxis hat sich gezeigt, daß ‚fiscal policy‘ im oben geschilderten Sinne nur verwirklicht werden kann, wo bürokratische Apparate mit eigener Entscheidungsbefugnis versehen und verselbständigt werden ...“ (a.a.O. S. 135 und 137)

Titel der Veröffentlichung: *Heribert Schatz*

Der parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag.

Meisenheim am Glan 1970.

Ziel der Untersuchung: Die Untersuchung „soll durch eine empirische Erhebung zu der ... dringlichen Erweiterung der Kenntnisse über den Bundestag beitragen. Zu diesem Zweck wird im folgenden versucht, die Vielfalt und die gegenseitige Bedingtheit der Faktoren herauszuarbeiten, die das Ergebnis des parlamentarischen Entscheidungsprozesses beeinflussen und damit über die Rolle entscheiden, die der Bundestag im politischen System der Bundesrepublik spielt.“ (Vorwort) Wegen der begrenzten Forschungsmöglichkeiten werden die Interaktionen aller Elemente der Institution Bundestag auf *einem* Teilgebiet der parlamentarischen Willensbildung untersucht, der Verteidigungspolitik.

Als theoretischer Rahmen dient der Untersuchung die sog. „Systemanalyse“, d. h. der Bundestag wird nicht isoliert, sondern als Teil des gesamten politischen Systems analysiert. Für die Untersuchung der verteidigungspolitischen Willensbildung wird daraus folgender Aufgabenkatalog abgeleitet:

- Entscheidungsfindung und -vollzug,
- Schaffung der informatorischen, organisatorischen, personellen und materiellen Grundlagen des Entscheidungsprozesses,
- Sicherung der Verbindlichkeit verteidigungspolitischer Entscheidungen,
- Kontrolle des Entscheidungsprozesses und des Entscheidungsvollzugs.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbiographie finden sich in dem regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnis der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“.

	Einen Teil der für die Systemanalyse des Bundestages notwendigen empirischen Daten wurde durch die Befragung von Abgeordneten gewonnen.
Zeitpunkt der Befragung:	4. Wahlperiode – Sommer 1964
Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren:	80 Mitglieder des Bundestages, davon 46 der 54 ordentlichen bzw. stellvertretenden Mitglieder des Verteidigungsausschusses sowie – als Kontrollgruppe – weitere 34 Mitglieder des Bundestages, die sich von 75 durch Zufallsauswahl bestimmten Abgeordneten zu einem Interview bereitfanden.
Erhebungsmethode:	Mündliche Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens mit 54 teilweise noch untergliederten überwiegend „offenen“ Fragen, d. h. in der Mehrzahl Fragen ohne Antwortvorgaben.
Ergebnisse der Befragung:	Die Ergebnisse zeigen gegenüber dem Aufgabenkatalog (siehe oben unter „Ziel der Untersuchung“) „gravierende Abweichungen. Die Beratung der Grundlagen der deutschen Verteidigungspolitik, die Ausarbeitung von Initiativen, die Kontrolle der inneren Entwicklung der Bundeswehr, der Beschaffungs- und der Haushaltspolitik des Verteidigungsministeriums und die Verbesserung der Kommunikation zwischen Bundeswehr, Bevölkerung und Bundestag nahmen im Untersuchungszeitraum bei weitem nicht den Rang ein, der ihnen aus den dargelegten Grünen hätte zukommen müssen. Dagegen war der Bundestag an der Kodifizierung und Formalisierung von Vollzugsentscheidungen in starkem Umfange beteiligt, allerdings auch hier mehr reaktiv als initiativ. Es gelang ihm nicht, die nachteiligen Folgen für seine Machtposition zu kompensieren, die u. a. aus der Verflechtung der Bundeswehr mit der NATO und der damit zusammenhängenden Stärkung der Exekutive entstanden waren. Versteht man den Bundestag lediglich als ‚Gesetzgebungsmaschinerie‘, so erscheinen die festgestellte Organisation des parlamentsinternen Entscheidungsprozesses und die Verfahren zur Ämterbesetzung weitgehend als zweckmäßig. Legt man jedoch den eingangs entwickelten Aufgabenkatalog zugrunde, so zeigen sich auch hier starke Abweichungen von einer optimalen Lösung. Weder der große Zeitaufwand der Abgeordneten zur Überbrückung ihrer Informationslücken noch die Doppelarbeiten in den zuwenig koordinierten Ausschüssen, die Ämterhäufung bei der Fraktionsprominenz, die Selektionsprozesse bei der Besetzung der Arbeitskreise und Ausschüsse, die Austrocknung von Kommunikationskanälen als Folge der Spezialisierung und Bürokratisierung – um nur einige Beispiele zu nennen – können als zweckrationales Handeln bezeichnet werden.“ (a.a.O. S. 176)

Titel der Untersuchung:	<i>Hans Maier, Heinz Rausch, Emil Hübner und Heinrich Oberreuter</i> Parlament und Parlamentsreform. Zum Selbstverständnis des fünften Deutschen Bundestages.
	2. korrigierte Auflage München 1979.
Durchführung der Untersuchung:	durch das Geschwister-Scholl-Institut der Universität München
Ziel der Untersuchung:	„Es geht in dieser Studie hauptsächlich darum aufzuzeigen, ob und inwieweit im fünften Deutschen Bundestag unterschiedliche Parlamentsvorstellungen anzutreffen sind und welche Auswirkungen diese auf eine Reform des Bundestages haben. Das setzt zum einen die Darstellung des Verständnisses der Bundestagsabgeordneten vom Parlament, seinen Funktionen und

seiner Stellung im parlamentarischen Regierungssystem voraus. Zum anderen werden an diesem Parlamentsverständnis bereits verwirklichte oder von Abgeordneten vorgetratene Reformvorschläge gemessen und auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweiligen Parlamentsverständnis geprüft. Auf diese Weise können sowohl die Stringenz des Selbstverständnisses als auch die Zielkonflikte als auch die Durchsetzbarkeit von Reformen bei andersgeartem Parlamentsverständnis (Dominanz der Zweckorientiertheit über die Zielorientiertheit) herausgearbeitet werden.“ (a.a.O. S. 13)

Zeitpunkt der Befragung:	1. Phase: 5. Wahlperiode – 1967 bis 1969; 2. Phase: 6. Wahlperiode – Dezember 1969 bis Januar 1970.
Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren:	Vollerhebung, d. h. Versand des (ursprünglich vom Politischen Club Bonn ausgearbeiteten) Fragebogens an 533 (auch ehemalige) Abgeordnete des 5. Bundestages; Rücklauf des Fragebogens von 258 Abgeordneten, davon für die rechnerische Auswertung verwertbar: 224 Fragebögen; weitere 151 Interviews in einer zweiten Phase, davon 63 mit Abgeordneten, die den Fragebogen nicht beantwortet hatten; ferner Befragung von 10 Abgeordneten bei Seminarveranstaltungen; in der 6. Wahlperiode wurden zusätzlich 38 Abgeordnete interviewt.
Erhebungsmethode:	schriftliche Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens; ergänzende Materialien: u. a. mündliche Interviews mit Abgeordneten.
Ergebnisse der Befragung:	„Obwohl das Parlamentsverständnis der Bundestagsabgeordneten keinesfalls frei von Widersprüchen ist, läßt sich doch für die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten ein gemeinsames Ziel konstatieren, das diese Widersprüche zumindest teilweise aufhebt und erklärt: Die Abgeordneten streben ein Parlament an, das einen relativ starken Einfluß auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß besitzen soll; die partielle Unabhängigkeit, die sich der Bundestag und vor allem auch die jeweiligen Regierungsmehrheiten bis heute erhalten bzw. errungen haben, soll abgesichert und – wenn möglich – ausgebaut werden. Die Aussagen der Abgeordneten zur politischen Kontrolle, zur Gesetzgebung, zur personalen Verflechtung von Regierung und Mehrheitsfraktion und zur Ministerialbürokratie, aber auch die Modellantworten und damit zusammenhängend die Haltung zur Gewaltenteilung und zur Stärkung der parlamentarischen Opposition wie auch die Einstufung der Parlamentsfunktionen unterstreichen dieses Ziel der Abgeordneten gegenüber der Regierung mit aller Deutlichkeit; der Bundestag soll die Regierung besser kontrollieren, er soll nicht als ‚Freistempler‘ für Regierungsvorlagen dienen, er soll verstärkt selbst im Gesetzgebungsverfahren initiativ werden, er soll sich durcheine quantitativ begrenzte Beteiligung der Parlamentarier der Mehrheitsfraktion an der Regierung Information und Einfluß sichern, umgekehrt soll die Ministerialbürokratie daran gehindert werden, ihre personale und materielle Übermacht gegen den Bundestag auszuspielen; bei den Parlamentsfunktionen legt man vor allem Wert auf die Ausfüllung der Arbeitsfunktionen; das Gewaltenteilungsverständnis der Abgeordneten unterstreicht nochmals diesen Autonomieanspruch der Abgeordneten, indem man die Übergriffsmöglichkeiten der Regierung auf das Parlament zu begrenzen versucht, und auch die Modellantworten dokumentieren den Wunsch nach einer Machtsteigerung des Parlaments gegenüber der Regierung. Dieses Macht- und Konkurrenzdenken der Abgeordneten gegenüber der Regierung stellt die wohl entscheidende Komponente des Parlamentsver-

ständnisses der Abgeordneten des V. Deutschen Bundestages dar, wobei betont werden muß, daß die diesem Konkurrenz- und Machtdenken zugrundeliegende Unzufriedenheit der Abgeordneten mit den Beziehungen zwischen Bundestag und Bundesregierung nicht die Grenzen des parlamentarischen Regierungssystems sprengt, da die von den Abgeordneten angestrebten Verbesserungen der exekutiv-legislativen Beziehungen innerhalb des parlamentarischen Regierungssystem liegen.“ (*Emil Hübner*, Die Beziehungen zwischen Bundestag und Bundesregierung im Selbstverständnis der Abgeordneten des V. Deutschen Bundestags. München 1980. S. 393–394.)

Anmerkung: Die Forschungsmaterialien liegen außerdem den folgenden Veröffentlichungen zugrunde:

Emil Hübner, Die Beziehungen zwischen Bundestag und Bundesregierung im Selbstverständnis der Abgeordneten des V. Deutschen Bundestages. München 1980.

Heinz Rausch und *Heinrich Oberreuter*, Parlamentsreform in der Dunkelkammer? Zum Selbstverständnis der Bundestagsabgeordneten. In: *Winfried Steffani* (Hrsg.), *Parlamentarismus ohne Transparenz?* Opladen 1971. S. 141–164.

Heinz Rausch, Parlamentsbewußtsein und Abgeordnetenverhalten während der Großen Koalition. In: *Politische Studien*. Jg. 21. 1970. H. 191. S. 313–333.

Heinrich Oberreuter, Institutionalisierung der Opposition? Opposition und Parlamentsreform. In: ders. (Hrsg.), *Parlamentarische Opposition*. Hamburg 1975. S. 266–291.

Heinz Rausch, Die wissenschaftliche Beratung des fünften Deutschen Bundestages. In: *Politik und Wissenschaft*. München 1971. S. 537–560.

Titel der Veröffentlichung:	<i>Franz Nuscheler</i> und <i>Winfried Steffani</i> Umfrage zum Selbstverständnis der Parlamentarischen Staatssekretäre (PStS). In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i> . Jg. 1. 1970. H. 1. S. 25–35.
Zeitpunkt der Befragung:	6. Wahlperiode – Februar 1970
Umfang der Stichprobe:	Vollerhebung, d. h. Versand des Fragebogens an alle 21 bisherigen Parlamentarischen Staatssekretäre; Rücklauf von 10 Parlamentarischen Staatssekretären (4 von 13 SPD, 3 von 5 CDU/CSU, 3 von 3 FDP).
Erhebungsmethode:	Schriftliche Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens, bestehend aus 11 offenen Fragen (d. h. ohne Antwortvorgaben).
Ergebnisse der Befragung:	Die Antworten der Parlamentarischen Staatssekretäre werden bei voller Namensnennung veröffentlicht. Zusammenfassung: „Die Antworten dokumentieren ein uneinheitliches Rollenverständnis, unterschiedliche Erfahrungen und Erwartungen, sie reflektieren einen noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozeß, eine nur vorläufige institutionelle und funktionale Einordnung der neuen Institution der PStS in das Regierungssystem der BRD. Gleichzeitig wird deutlich, welche Vorstellungen über die geforderte und zu erwartende Ausgestaltung des Amtes bestehen, aber auch, welche kritischen Einwände gegen die sich bereits abzeichnenden Entwicklungstendenzen erhoben werden.“ (a.a.O. S. 26)

Titel der Veröffentlichung:	<i>Bernhard Badura und Jürgen Reese</i>
	Jungparlamentarier in Bonn – ihre Sozialisation im Deutschen Bundestag. Stuttgart-Bad Cannstatt 1976.
Ziel der Untersuchung:	„Zweck der Untersuchung ist ... erstens, die spezifische Subkultur der Organisation Deutscher Bundestag aufzuspüren, jene überwiegend informellen Einstellungen, Orientierungen, Zumutungen, Verhaltensmuster, auf die der einzelne Neuparlamentarier bei Eintritt in den Bundestag stößt, mit denen er sich auseinandersetzen, auf die er sich einstellen muß, die er möglicherweise allmählich und eher unbewußt akzeptiert... Zweck der Untersuchung ist zweitens, die ‚Herkunft‘ der im Parlament dominanten Orientierungsmuster zu ermitteln und nach fraktionsspezifischen Varianten zu fragen. Zweck der Untersuchung ist es drittens, auf der Basis unserer Befunde Überlegungen über die Kosten parlamentarischer Sozialisation anzustellen, sowie zukünftige Entwicklungen zu antizipieren.“
Zeitpunkt der Befragung:	6. Wahlperiode – zweimalige Befragung 1969 und 1972 (zu Beginn und kurz vor Auflösung des 6. Bundestages)
Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren:	59 der 156 im Jahr 1969 erstmals in den Bundestag gewählten Abgeordneten; Auswahl nach dem Kriterium Lebensalter, d. h. Heranziehung der Jüngsten unter den Neuparlamentariern der 6. Wahlperiode (je 27 von CDU/CSU und SPD und 5 von FDP); infolge dreier Ausfälle bei der ersten Befragung und von sieben Ausfällen bei der zweiten Befragung standen 49 Interviews zur Auswertung zur Verfügung.
Erhebungsmethode:	Zweimalige mündliche Befragung im Abstand von drei Jahren anhand eines standardisierten Fragebogens mit jeweils denselben 69 Fragen („Panel-Methode“)
Ergebnisse der Befragung:	Die Befunde deuten zwischen Beginn und Ende der Wahlperiode u. a. hin auf – eine zunehmende „Introversion“ des Neuparlamentariers (d. h. die Wirksamkeit der parlamentarischen Sozialisation bzw. Subkultur), – eine zunehmende „Betriebsblindheit“ (d. h. Informationsättigung) des Neuparlamentariers, – eine zunehmende „Konvergenz“ (oder „Konformität“) der Meinungen der Neuparlamentarier, allerdings verbunden mit einer deutlichen Verschiebung des Konformitätsbereichs, – eine wachsende Zuneigung zu einem „konservativeren“ Gesellschaftsbild. „Die Ergebnisse unserer Analyse sind unseres Erachtens nicht unbedingt dazu angetan, das Vertrauen in das Parlament zu stärken. So beunruhigt insbesondere die Fülle der Anzeichen dafür, daß der Abgeordnete des Deutschen Bundestages in Einstellungsbereichen, die für seine Tätigkeit als Parlamentarier bedeutsam sind, sich überhaupt konfektionieren läßt; ferner daß die Konfektionierung nicht nur seine Einstellung gegenüber der parlamentarischen Organisation, sondern auch die gegenüber der politischen Umwelt (Gesellschaftsbild, Funktion der Presse, Verhältnis Parlament/Interessengruppen, Ministerialbürokratie) umfaßt. Die politische Umwelt, die vom Stuhl des Bonner Abgeordneten anders erscheint als aus dem Schatten seines ersten Wahlkampfes, prägt den Neuparlamentarier unerwartet schnell und stark. Um so wichtiger erscheint uns die Frage, welche zentrifugalen Kräfte innerhalb oder außerhalb des Parlaments für Meinungsvielfalt und Auseinandersetzungen sorgen.“ (a.a.O. S. 161–162)

Anmerkung: Ergebnisse der Befragung sind auch veröffentlicht in:
Jürgen Reese, Bürokratie im Parlament. Einstellungswandel bei neuen Abgeordneten im Bundestag. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1976. B 38. S. 3–15.

Titel der Untersuchung: *Paul Kevenhörster* und *Wulf Schönbohm*
Zur Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten.
 In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 18–37.

Durchführung der Untersuchung: durch das Institut für Kommunikationsplanung, Bonn

Ziel der Untersuchung: „Ob Abgeordnete überhaupt in der Lage sind, die vielfältigen Detailaufgaben zu bewältigen, mit denen sie Partei und Bürokratie, Wahlkreis und Beruf, gesellschaftliche Verpflichtungen und eigener politischer Ehrgeiz konfrontieren, hängt von der Arbeits- und Zeitökonomie ab, die ihr Tätigkeitsspektrum kennzeichnet.“ (a.a.O. S. 18)

Die Befragung der Abgeordneten soll die Analyse ihres Zeitbudgets ermöglichen und so einen Einblick in ihre Arbeitsökonomie vermitteln.

Zeitpunkt der Befragung: 6. Wahlperiode – Sommer 1972

Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren: 44 Mitglieder des Bundestages (= Zahl der Fragebogen-Rückläufe); keine Angaben zur Zahl der versandten Fragebögen.

Erhebungsmethode: Schriftliche Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens mit vorgegebener Tätigkeitsliste, unterteilt in Sitzungswochen und sitzungsfreie Wochen.

Ergebnisse der Befragung: „Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitsbelastung von Bundestagsabgeordneten beträgt in der Sitzungswoche 86,8 und in der sitzungsfreien Woche 78,3 Stunden. Dabei stehen in der Sitzungswoche die Sitzungen parlamentarischer Gremien, die Kontakttätigkeiten sowie administrative und Routine-tätigkeiten mit insgesamt 66,4 Stunden im Vordergrund, während für innovative Tätigkeiten nur 6,3 Wochenstunden verbleiben.

In der sitzungsfreien Woche nehmen die Sitzungen von Parteigremien demgegenüber nur 3,9 Stunden in Anspruch, während die ‚Kontakt-tätigkeiten‘ mit 33,6 Stunden die meiste Zeit beanspruchen, gefolgt von den administrativen und Routinetätigkeiten (7,9) sowie den innovativen Tätigkeiten (10,5). Kritisiert wird von den Befragten, daß sie zuviel Zeit für die Sichtung und Bearbeitung der Tagespost, Sitzungen (insbesondere Plenarsitzungen), Reisen und Teilnahme an Empfängen benötigen, während sie zuwenig Zeit für die fachliche und politische Vorbereitung und Weiterbildung, die aktuelle Informationsaufnahme sowie die Ausarbeitung von Manuskripten und Artikeln haben.“ (S. 115 und 116 der unten angegebenen Veröffentlichung)

■ Zu den wesentlichen Ergebnissen in tabellarischer Darstellung vgl. im vorliegenden *Datenhandbuch* Abschnitt 2.15.

Anmerkung: Die Ergebnisse der Befragung sind in größerem Zusammenhang auch veröffentlicht in:

Paul Kevenhörster und *Wulf Schönbohm*, *Zeitökonomie im Management*. Opladen 1974 (= Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 2443).

Titel der Veröffentlichung:	<i>Hans Mathias Kepplinger und Jürgen Fritsch</i>
	Unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Abgeordnete des 8. Deutschen Bundestages berichten über ihre Erfahrungen im Umgang mit Journalisten.
	In: Publizistik. Jg. 26. 1981. H. 1. S. 33–55.
Ziel der Untersuchung:	„Die vorliegende Studie soll einige jener Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten beleuchten, die sich außerhalb der eigentlichen Berichterstattung abspielen und sich dennoch häufig in ihr niederschlagen. Den theoretischen Hintergrund bildet die Annahme, daß die Massenmedien nicht nur über eine vorgegebene Realität berichten, sondern sie bis zu einem gewissen Grade selbst schaffen. Politiker und Journalisten werden dabei nicht als voneinander unabhängige Akteure und Chronisten, sondern als Träger unterschiedlicher Rollen im System der öffentlichen Kommunikation angesehen, die durch Rückkoppelungen miteinander verbunden sind. Zu diesem System gehören die informellen Vorbereitungen eines Berichtes ebenso wie die subjektiven Reaktionen der Betroffenen, so unangemessen sie im Einzelfall auch sein mögen ...“ (a.a.O. S. 33)
Zeitpunkt der Befragung:	8. Wahlperiode – Sommer 1979
Umfang der Stichprobe:	Vollerhebung, d. h. Versand des Fragebogens an alle 518 MdB der 8. WP; Rücklauf des Fragebogens von 286 MdB (= 55%); 60% bei der FDP, 58% bei der SPD und 52% bei der CDU/CSU)
Erhebungsmethode:	Schriftliche Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens (keine weiteren Angaben)
Ergebnisse der Befragung:	<p>„Die Abgeordneten der drei Fraktionen berichteten über folgende Erfahrungen im Umgang mit Journalisten: 1. Die meisten Abgeordneten zählen Journalisten zu ihrem engeren Bekanntenkreis und pflegen informelle Kontakte zu Journalisten. 2. Abgeordnete, die in ihrer Partei oder Fraktion eine Funktion innehaben, besitzen wesentlich bessere Zugangschancen zu den Massenmedien als Abgeordnete ohne eine derartige Funktion. 3. Journalisten mit einem ähnlichen politischen Standort verhalten sich nach Aussage der Abgeordneten anders als Journalisten mit einem gegensätzlichen politischen Standort. 4. Hörfunk- und Fernsehinterviews werden überwiegend akzeptabel gekürzt und zusammengefaßt. Dies ist im Hörfunk noch häufiger der Fall als im Fernsehen. 5. Die Abgeordneten fühlen sich häufiger durch Zeitungsberichte beleidigt als durch Berichte in Hörfunk und Fernsehen. 6. Die Tendenz der Berichterstattung über die eigene Partei wird, von Ausnahmen abgesehen, als negativ im Sinne von kritisch bezeichnet. 7. Die Abgeordneten haben mehr Gegendarstellungen gegen Zeitungen erwogen und verlangt als gegen Hörfunk und Fernsehen. Gegendarstellungserwägungen wurden gegen Zeitungen häufiger verwirklicht als gegen Hörfunk und Fernsehen ...</p> <p>Die vorliegenden Daten zeigen, daß Presse, Hörfunk und Fernsehen den Abgeordneten aller drei Bundestagsfraktionen Gelegenheit zur Selbstdarstellung geben. Sie bilden dabei jedoch keineswegs einen neutralen Resonanzboden für Parteien und Meinungen, sondern stellen eine aktive Kraft in der politischen Auseinandersetzung dar, die den Parlamentariern sehr unterschiedliche Möglichkeit bietet, ihre Ansichten häufig und unverfälscht darzustellen. Die Begünstigungen und Benachteiligungen, die die Befragung sichtbar gemacht hat, folgen nicht der Grenzlinie von Regierungs- und Oppositionsparteien, sondern verlaufen in vielen Fällen zwischen SPD und FDP. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind deshalb viel eher inhaltlich als funktional bestimmt: Sie sind eher Ausdruck politischer Präferenzen als Folgen parlamentarischer Rollen.“ (a.a.O. S. 53–54)</p>

Titel der Veröffentlichung:	<i>Ewald Rose und Joachim Hofmann-Göttig</i> Selbstverständnis und politische Wertungen der Bundestagsabgeordneten. Ergebnisse repräsentativer Umfragen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 1. S. 62–84.
Ziel der Untersuchung:	Aufschlüsse darüber, wie die Mitglieder des Bundestages (1) ihre eigene politische Tätigkeit und (2) dringende politische Aufgaben beurteilen.
Zeitpunkt der Befragung:	Voruntersuchung: 8. Wahlperiode – Juli 1980; Hauptuntersuchung: 9. Wahlperiode - November/Dezember 1980
Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren:	Vollerhebung bei Voruntersuchung und Hauptuntersuchung, d. h. Versand des Fragebogens an alle 518 MdB der 8. WP bzw. 519 MdB der 9. WP; Rücklauf des Fragebogens bei Voruntersuchung von 226 MdB (= 44%), bei Hauptuntersuchung Rücklauf von 232 MdB (= 45%).
Erhebungsmethode:	Voruntersuchung: schriftliche Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens mit 34 überwiegend offenen Fragen, d. h. ohne Antwortvorgaben; Hauptuntersuchung: schriftliche Befragung anhand zweier verschiedener standardisierter Fragebögen (Fragebogen I für Parlamentsneulinge der 9. WP; Fragebogen II für Parlamentarier, die schon dem 8. Bundestag angehört) mit überwiegend geschlossenen Fragen, d. h. mit Antwortvorgaben.
Ergebnisse der Befragung:	Bei den Fragen zur Parlamentsarbeit Einzelaussagen zu: – Motiven, Abgeordnete(r) zu werden, und Verhalten im ersten Parlamentsjahr (bei „Jungparlamentariern“), – Parlamentsreform (u. a. Gesetzesfülle; Verhältnis von Plenardebatte zu Ausschußarbeit; Gründe für mangelhafte Präsenz im Plenum; Ablauf der Plenardebatten). Bei den Fragen zu den politischen Prioritäten und den Zukunftssorgen der Abgeordneten einerseits und der Bevölkerung andererseits zeigen sich zum Teil auffallende Beurteilungsunterschiede.
Anmerkung:	Die Untersuchungsergebnisse waren zusammen mit einer Nachuntersuchung (mündliche Einzelinterviews) und weiteren Materialien für eine Buchveröffentlichung vorgesehen, die jedoch nicht zustande kam. Das fertige Manuskript kann unter dem geplanten Buchtitel – <i>Ewald Rose und Joachim Hofmann-Göttig, Die Volksvertreter. Ein- und Ansichten im Deutschen Bundestag</i> – in der Bundestagsbibliothek ausgeliehen werden.

Titel der Veröffentlichung:	<i>Roland Sturm</i> Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Haushaltspolitik. Zum Selbstverständnis des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 26. 1985. H. 3. S. 247–269.
Ziel der Untersuchung:	Zustandekommen von haushaltspolitischen Entscheidungen in der parlamentarischen Entscheidungsarena. „Welche Entscheidungsvoraussetzungen, welche Entscheidungsregeln, welche Entscheidungsprozesse und welche Ergebnisse sind in der Haushaltspolitik zu beobachten?“ (a.a.O. S. 247)
Zeitpunkt der Befragung:	10. Wahlperiode – Mai 1984
Umfang der Stichprobe:	Vollerhebung bei den 37 Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, d. h. Interviews mit 27 Ausschußmitgliedern und Ver-

sand des Fragebogens an die übrigen Mitglieder; hierbei sechs Ausfälle (keine Auskunft oder Fragebogen nicht zurückgeschickt).

Erhebungsmethode: Mündliche oder schriftliche Befragung anhand eines Fragebogens mit 65 Fragen (keine weiteren Angaben).

Ergebnisse der Befragung: „Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist die zentrale Arena, in der das Parlament seine Budgetentscheidungen fällt. Die Entscheidungsvoraussetzungen des einzelnen Abgeordneten variieren. Sie markieren teilweise persönliche Präferenzen, die aber nicht als unvereinbare Gegensätze ausgeprägt sind und damit genügend Spielraum für konsensual abgestimmte Politik lassen. Besonders groß ist die politische Gemeinsamkeit im Ausschuß hinsichtlich der z. T. stark formalisierten Entscheidungsregeln. So ist dafür gesorgt, daß Regelkonflikte nicht zum Hindernis für die eigentlichen Haushaltsberatungen werden. Bemerkenswert ist gerade in vergleichender Perspektive, daß weltanschauliche Grundsatzüberlegungen zur Neuorientierung der Haushaltspolitik in westlichen Industrieländern, die Ende der 70er Jahre beispielsweise in den USA (Stichwort: Angebotsökonomie) und Großbritannien (Stichwort: Monetarismus) eine wichtige Rolle spielten, bei den parlamentarischen Entscheidungsträgern der Haushaltspolitik der Bundesrepublik als Anleitung für ihre politische Praxis ein relativ geringes Interesse finden. Auf keinen Fall wirken solche Grundsatzüberlegungen polarisierend. Einzelne Abgeordnete haben zwar ‚Steckenpferde‘ entwickelt, die als Bruchstücke neoliberaler Haushaltspolitik eingeordnet werden könnten, wie die Privatisierung bzw. Teilprivatisierung von Bundesunternehmen. Sie selbst legen aber Wert auf eine ‚traditionelle‘ Begründung solcher Forderungen mit den Erfordernissen der auf einem Allparteienkonsens beruhenden Sozialen Marktwirtschaft.

Der Entscheidungsprozeß im Haushaltsausschuß verläuft inkremental und zum größten Teil reaktiv. Seine Außenbestimmtheit beginnt beim Informationsfluß und reicht bis zur von außen geforderten Gruppenloyalität...“ (a.a.O. S. 265)

Anmerkung: Eine Buchveröffentlichung ist erschienen unter dem Titel „Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages. Struktur und Entscheidungsprozeß“, Opladen 1988.

Titel der Veröffentlichung: *Joachim Friedrich Staab*

Direktkandidaten in den Bundestagswahlkämpfen 1969–1983. Erfahrungen im Umgang mit der lokalen und regionalen Tagespresse.

In: Publizistik. Jg. 31. 1986. H. 3–4. S. 296–314.

Durchführung der Untersuchung: durch das Institut für Publizistik in Mainz unter Leitung von *Walter J. Schütz* (1969) bzw. *Hans Mathias Kepplinger* (ab 1972) nacheinander von *Eva-Maria Panknin*, *Bernd Becker*, *Gaby Bingenheimer* und *Ludwig Lichtenhal*.

Ziel der Untersuchung: „Die vorliegende Studie versucht, einen Beitrag zur Verdeutlichung des rezipierten Wirkungszusammenhangs zwischen Massenmedien und Akteuren der Berichterstattung zu leisten. Hierzu werden die Erfahrungen von Direktkandidaten bei den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1980 und 1983 mit der lokalen und regionalen Tagespresse in ihren Wahlkreisen analysiert. Der Blickwinkel ist somit auf einen spezifischen Aspekt innerhalb des Prozesses der Wahlkommunikation konzentriert, der seine Bedeutung aufgrund der Besonderheiten des Wahlsystems der Bundesrepublik Deutschland erlangt. Zwar dürfte der Einfluß der lokalen und regionalen Tagespresse auf einen

	Bundestagswahlkampf insgesamt eher gering sein, ihr Einfluß auf die 248 Wahlkämpfe in den 248 verschiedenen Wahlkreisen ist jedoch vermutlich beachtlich. Diese Wahlkämpfe finden fast ausschließlich in den Zeitungen statt, die in den jeweiligen Wahlkreisen vertrieben werden.“ (a.a.O. 297)
Zeitpunkt der Befragung:	Jeweils drei bis vier Monate nach den Wahlterminen der Bundestagswahlen 1969, 1972, 1980 und 1983 (6. und 7. sowie 9. und 10. Wahlperiode).
Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren:	Alle Direktkandidaten in 25 der 248 Wahlkreise, die nach einem Zufallsverfahren ermittelt worden sind, d. h. insgesamt 576 Kandidaten, von denen sich 307 an der Umfrage beteiligten (= Rücklaufquote 53%).
Erhebungsmethode:	Schriftliche Befragung anhand eines Fragebogens mit 21 Fragen.
Ergebnisse der Befragung:	„Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich in fünf Feststellungen zusammenfassen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Kandidaten etablierter Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) besaßen erheblich mehr Kontakte zur lokalen und regionalen Tagespresse als Kandidaten nichtetablierter Parteien, die von einem Großteil der Zeitungen offensichtlich ignoriert wurden. Die Kandidaten der Grünen nahmen eine gewisse Zwischenstellung ein. 2. Kandidaten etablierter Parteien beurteilten die Berichterstattung über ihre Wahlkämpfe generell erheblich positiver als Kandidaten nichtetablierter Parteien. Dabei schätzten die SPD-Kandidaten die Berichterstattung insgesamt positiver ein als die Kandidaten der CDU/CSU und der FDP. Die Kandidaten der Grünen bewerteten sie insgesamt positiver als die Kandidaten der NPD und der DKP. In einzelnen Wahljahren traten allerdings einige bemerkenswerte Abweichungen auf. 3. Zwischen der Beurteilung der Informationshaltigkeit, der formalen Gestaltung, der sachlichen Richtigkeit und der politischen Tendenz der Berichterstattung einer Zeitung durch einen Kandidaten bestanden hohe Korrelationen; die Beurteilungen in den vier Dimensionen folgten somit einem generellen Bewertungstrend. 4. Die Kontaktmöglichkeiten der Kandidaten etablierter Parteien waren unabhängig von der Vielfalt des publizistischen Angebotes; die Kontaktmöglichkeiten der Kandidaten nichtetablierter Parteien waren um so höher, je geringer das publizistische Angebot war. Die Reduktion des publizistischen Angebotes besaß einen insgesamt negativen Einfluß auf die Kontaktchancen der Kandidaten aller Parteien. 5. Die Reduktion des publizistischen Angebotes (Pressekonzentration) besaß sowohl bei Kandidaten etablierter als auch bei Kandidaten nichtetablierter Parteien einen negativen Einfluß auf ihre Wahrnehmung der Wahlberichterstattung der lokalen und regionalen Tagespresse, während die Zeitungen in Wahlkreisen mit konstanter Pressestruktur in den verschiedenen Wahljahren sehr ähnlich beurteilt wurden.“ (a.a.O. S. 309)

Titel der Veröffentlichung: *Hans-Ulrich Derlien und Renate Mayntz*

Einstellungen der politisch-administrativen Elite des Bundes 1987.

Bamberg 1988 (= Universität Bamberg, Verwaltungswissenschaftliche Beiträge Nr. 25)

Ziel der Untersuchung: Die im Rahmen des Projekts „Comparative Elite Study II“ durchgeführte Untersuchung, „hat zum Ziel, das Rollenverständnis und die Werthaltungen

der politisch-administrativen Elite zu analysieren. Es handelt sich um eine in doppelter Hinsicht vergleichende Untersuchung:

- zum einen werden die deutschen Befunde mit Ergebnissen paralleler Erhebungen in Washington und Tokio verglichen werden,
- zum anderen stellt die Untersuchung eine Replikation einer erstmals 1970 auch in Bonn durchgeführten Befragung zum gleichen Thema dar. Der Vergleich der Ergebnisse aus dem Jahre 1987 mit den 17 Jahre älteren Befunden soll Aufschluß darüber geben, ob und wie sich Rollenverständnis und Werthaltungen der Entscheidungsträger im Laufe der Jahre gewandelt haben.“

Zeitpunkt der Befragung:	11. Wahlperiode – April bis Oktober 1987
Umfang der Stichprobe:	neben 147 Beamten 59 Politiker (davon 10 Mitglieder des Bundestagspräsidiums und Fraktionsvorstandsmitglieder, 10 Parlamentarische Staatssekretäre, 22 Parlamentarische Geschäftsführer, Arbeitskreis- und Ausschußvorsitzende sowie 17 „einfache“ MdB mit folgender Fraktionszugehörigkeit: 21 CDU, 5 CSU, 23 SPD, 5 FDP und 5 DIE GRÜNEN)
Erhebungsmethode:	Mündliche Befragung anhand eines Fragebogens mit 55 Fragen
Ergebnisse der Befragung:	<p>Antworten zu Fragen u. a. über</p> <ul style="list-style-type: none"> – Laufbahn und Berufsentscheidung, – Rollenverständnis, – Aspekte der Tätigkeit, – Thesen zu Verwaltung und Politik, – Meinungen zum politischen System, – Parteien und politische Aktivitäten, – Partizipation und soziale Konflikte. <p>Zunächst nur Veröffentlichung der quantitativen Verteilung der Antworten auf die einzelnen Fragen in der Reihenfolge des Interviews, wobei die Antworten der Politiker und der Beamten vergleichend gegenübergestellt sind.</p>
Anmerkung:	Auswertung in internationaler und longitudinaler Hinsicht steht (beim Stand Dezember 1991) noch aus.

Titel der Veröffentlichung:	<p><i>Renate Mayntz und Friedhelm Neidhardt</i></p> <p>Parlamentkultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirische explorative Studie.</p> <p>In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 20. 1989. H. 3. S. 370–387.</p>
Ziel der Untersuchung:	<p>Berichte von Abgeordneten und Journalisten zeigen, „daß der Berufsalltag des Parlamentariers im Vergleich mit anderen Spitzenberufen eine Reihe von Auffälligkeiten besitzt, die Ausmaß und Art ihres Zusammenwirkens im Parlament entscheidend mitbestimmen. Uns interessieren diese Besonderheiten als Bedingungen für die spezifischen Merkmale der Bonner Parlamentskultur, und im Hinblick auf diese Merkmale fragen wir – ähnlich wie in der angelsächsischen Forschung – vor allem nach Verhaltensstandards und Spielregeln, mit denen gewährleistet werden kann, daß sich aus der Vielzahl der Abgeordneten die kollektive Einheit des Parlaments und damit sein Charakter als Organisation herstellt. In welcher Weise kommt es zu der Stilisierung einer Mitgliedschaftsrolle ‚Bundestagsabgeordneter‘ und damit zur normativen Fundierung allgemeiner Rechte und Pflichten? Welche Wertorientierungen sichern die Kooperation der rivalisierenden Fraktionen und in den Fraktionen die Integration konkurrierender Mitglieder? Nach wel-</p>

chen Kriterien werden bestimmte Verhaltensweisen geächtet, andere prämiert? Und wodurch werden alle diese Normen entscheidend bestimmt?“ (a.a.O. S.371)

Zeitraum der Befragung:	10./11. Wahlperiode: zwischen Ende 1986 und Anfang 1988
Umfang der Stichprobe:	30 Abgeordnete (davon 7 der CDU, 3 der CSU, 11 der SPD, 4 der FDP und 5 der GRÜNEN bzw. 25 männliche und 5 weibliche Abgeordnete). Repräsentative Befunde im statistischen Sinne wurden bei dieser Stichprobe nicht erwartet.
Erhebungsmethode:	Mündliche Interviews anhand eines Leitfadens und 20 vorformulierter offener Fragen (d. h. ohne Antwortvorgaben) in einer relativ freien Gesprächsform.
Ergebnisse der Befragung:	„Zu unseren zentralen Befunden gehört, daß allgemeine Mitgliedschaftsnormen, die den Abgeordneten als <i>Mitglied des Bundestags</i> betreffen, nur relativ schwach ausgeprägt sind und überwiegend nur als Vermeidungsangebote abstrakten Zuschnitts präsent waren. Handlungsbestimmend sind fallspezifische Konkretisierungen allgemeiner Grundsätze, bei denen eine Fülle oft sehr strategischer Gesichtspunkte eine bestimmende Rolle spielen. Unter diesen hat die Außenwirkung, die antizipierbare Reaktion der Öffentlichkeit, eine ganz besondere Bedeutung. Die starke Außenorientierung an dieser Bezugsgruppe setzt der Entwicklung einer parlamentarischen Subkultur generell, vor allem aber der Entstehung eines Systems von Normen und Wertorientierungen, die im gesellschaftlichen Umfeld als abweichend empfunden würden, von vornherein enge Grenzen. Sie stärkt allerdings auch die Tendenz zu gefälligen Selbstinszenierungen und aufmerksamkeiterzeugenden Showeffekten. Das wird sowohl in der Dramatisierung von Gegnerschaften im interfraktionellen Verkehr (z. B. in den Polemiken der Parlamentsdebatten) als auch in den Geschlossenheitsanstrengungen der einzelnen Fraktionen erkennbar. Wieviel Verstellung und Zynismus damit einhergehen, ist schwer zu entscheiden.“ (a.a.O. S.387)
Anmerkung:	Ein weiterer Umfragebericht ist erschienen unter dem Titel: <i>Renate Mayntz</i> , Social Norms in the Institutional Culture of the German Federal Parliament. Köln 1989 [= Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 89/5].

Titel der Veröffentlichung:	<i>Henry Puhe</i> und <i>H. Gerd Würzberg</i> Lust & Frust. Das Informationsverhalten des deutschen Abgeordneten. Eine Untersuchung. Köln 1989.
Durchführung der Untersuchung:	durch das EMNID-Institut in Bielefeld
Ziel der Untersuchung:	Ermittlung des Informationsverhaltens der Abgeordneten, d. h. Feststellung, aus welchen Quellen sich Parlamentarier informieren (einschl. Verbandskontakte), wieviel Zeit sie darauf verwenden und wie die Informationen verarbeitet werden.
Zeitpunkt der Befragung:	11. Wahlperiode – September bis Dezember 1988
Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren:	100 Mitglieder des Deutschen Bundestages, 240 Abgeordnete von Landtagen sowie 152 wissenschaftliche Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten;

„repräsentative Auswahl“ (ohne nähere Angaben zum Auswahlverfahren); in den Tabellen sind die Mitglieder des Bundestages gesondert angegeben.

Erhebungsmethode: Mündliche Befragung anhand eines – soweit wie möglich – standardisierten Fragebogens.

Ergebnisse der Befragung: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die der Landtage sind eine sehr heterogene Gruppe. Sie unterscheiden sich nach ihren Funktionen, Ambitionen, Abhängigkeiten; nach ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei und darin wiederum zu einem bestimmten Flügel; nach ihrer beruflichen Herkunft und ihren sozio-demographischen Merkmalen sowie nicht zuletzt nach ihrem Informationsverhalten. Die schärfsten Unterscheidungskriterien sind in der Regel ihre Parteizugehörigkeit, ihre Mitgliedschaftsdauer im Parlament sowie Alter und Geschlecht.

Der Versuch, das Typische an bestimmten Abgeordnetengruppen herauszustellen, muß diese Merkmale berücksichtigen.

Hinsichtlich ihres Informationsverhaltens gibt es eher eine umgekehrte Lagertheorie: Das Unterscheidungskriterium ist nicht so sehr die politische Ausrichtung, sondern die Größe der Partei. Die beiden großen und die beiden kleinen Parteien sind sich jeweils ähnlicher. Zum Beispiel verwenden die Abgeordneten der großen Parteien durchschnittlich deutlich mehr Zeit auf die Lektüre der Lokalzeitung als die Abgeordneten der kleineren Parteien, was mit dem Stellenwert der Direktkandidaten zusammenhängt.

Zumindest in Bonn gibt es aber eine parteispezifische Präferenz für bestimmte überregionale Tageszeitungen, wobei sich die politischen Lager (CDU/CSU plus FDP und SPD plus Grüne) herauskristallisieren. Bei der Anzahl der gelesenen überregionalen Zeitungen dominieren aber wieder die beiden kleineren Parteien vor den beiden größeren und umgekehrt bei den Lokalzeitungen ...

Wenn die Abgeordneten Bücher lesen, dann Sachbücher; darin unterscheiden sich die Abgeordneten der verschiedenen Parteien überhaupt nicht. Wenn sie Vorträge halten, lassen sich die Abgeordneten der kleinen Parteien deutlich häufiger dabei unterstützen als die der großen. Die Abgeordneten der verschiedenen Parteien gruppieren sich je nach dem untersuchten Aspekt ihres Informationsverhaltens neu. Aus dem Rahmen fallen jedoch in der Regel die Abgeordneten der Grünen, die sich zwar oft ähnlich verhalten wie die der anderen kleinen Partei (FDP), gelegentlich auch wie die der politisch nächststehenden größeren Partei (SPD), aber selten wie die der CDU/CSU.

Der Verwendung der neuen Medien stehen die Abgeordneten der Grünen besonders skeptisch gegenüber, während die der CDU/CSU und der SPD diese häufiger nutzen...“ (a.a.O. S. 99 f.)

Titel der Veröffentlichung: *Dietrich Herzog, Hilke Rebenstorf, Camilla Werner, Bernhard Weßels* unter Mitarbeit von *Manfred Hirner, Helmut Müller-Enbergs, Uli Brückner* und *Dirk Martens*

Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung.

Opladen 1990.

Durchführung der Untersuchung: durch GfK-Marktforschung GmbH Nürnberg (Abgeordnetenbefragung)

Ziel der Untersuchung:	„Das Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Bedeutung des Deutschen Bundestages im gegenwärtigen Regierungs- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik. Doch geht es darüber hinaus um ein vertieftes Verständnis einer auf dem Prinzip demokratischer Repräsentation beruhenden politischen Ordnung, die vor neuen Herausforderungen steht: Darunter zunehmende politische Mitwirkungsansprüche aus der Bevölkerung, höhere Erwartungen an den Sozialstaat und ein insgesamt verstärkter Entscheidungsdruck bei der Lösung neuartiger, langfristiger und zudem international verschränkter Probleme. Gerade deshalb bedarf die komplizierte Ordnung einer Freiheit bewahrenden und zugleich sozial verpflichteten repräsentativen Demokratie der ständigen engagiert-kritischen Analyse und Interpretation. Dafür hat die deutsche und internationale Parlamentarismus-Forschung inzwischen vielfältige Erkenntnisse zutage gefördert; die verfassungs- und parlamentsrechtliche Forschung ebenso wie die politologische Institutionsanalyse. Dagegen sind die politisch-soziologischen Fragestellungen, zumal in Deutschland, noch wenig entwickelt. Diese richten sich nicht auf das Parlament als Institution, sondern auf seine „Akteure“, die Abgeordneten; und sie betreffen nicht die rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern die tatsächlichen Verhaltensweisen, politischen Vorstellungen und Handlungsspielräume der Parlamentarier selbst. Es ist diese Perspektive der Politischen Soziologie, unter der die hier vorgestellten Untersuchungsergebnisse einen Beitrag zum Verständnis der repräsentativen Demokratie leisten sollen.“ (a.a.O. S. 9)
Zeitpunkt der Befragung:	11. Wahlperiode – September 1988 bis Januar 1989
Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren:	Vollerhebung aller Mitglieder des 11. Bundestages; infolge von Ausfällen Zahl der durchgeführten und ausgewerteten Interviews: 329.
Erhebungsmethode:	Teils mündliche und teils schriftliche Befragung anhand eines dreiteiligen Fragebogens mit sowohl voll- und teilstrukturierten Fragen als auch offenen Fragen.
Ergebnisse der Befragung:	Die vielfältigen Befragungsergebnisse zur Funktionsweise der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie beziehen sich insbesondere auf folgende Fragenkomplexe: <ul style="list-style-type: none"> – Kommunikationsbeziehungen zwischen Bundestag und Gesellschaft, – Politische Einstellungen von Bürgern und Abgeordneten, – Rollenverständnis, Motivationen und Tätigkeitsschwerpunkte, – Kontakte zwischen den Fraktionen, – Wie informieren sich Abgeordnete? – Zeitbudget und Arbeitsbedingungen, – Der Bundestag im parlamentarischen Regierungssystem, – Handlungsspielraum und Aufgabenerfüllung des Bundestages, – Einstellungen zur Parlamentsreform und zu plebiszitären Verfahren.
Anmerkung:	„Mit dieser Veröffentlichung werden erste Ergebnisse eines Forschungsprojektes vorgestellt, das die Funktionsweise der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie zum Gegenstand hat... Vertiefende Analysen mit komplexeren wissenschaftlichen Methoden bedürfen naturgemäß einer längeren Bearbeitungszeit. In der hier gewählten Form des Ergebnisberichts stand die Aktualität der Publikation im Vordergrund.“ (a.a.O. S. 9 f.) Umfrageergebnisse aus dem Forschungsprojekt „MdB – Rolle und Kommunikationsbeziehungen des Abgeordneten in der repräsentativen Demokratie“ sind – in zeitlicher Reihenfolge – inzwischen u. a. in folgenden Publikationen veröffentlicht und ausführlich analysiert worden:

Dietrich Herzog, Der moderne Berufspolitiker. Karrierebedingungen und Funktion in westlichen Demokratien. In: *Der Bürger im Staat*. Jg. 40. 1990. H. 1. S. 9–16.

Hilke Rebenstorf, Frauen im Bundestag – anders als die Männer? Soziodemographische Merkmale, Rollen- und Politikverständnis. In: *Der Bürger im Staat*. Jg. 40. 1990. H. 1. S. 17–24.

Camilla Werner, Wer sind die Rebellen im Parlament? Die interfraktionelle Initiative Parlamentsreform im 11. Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 21. 1990. H. 3. S. 404–418.

Helmut Müller-Enbergs, Welchen Charakter hatte die Volkskammer nach den Wahlen am 18. März 1990? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 450–467.

Hans-Dieter Klingemann, Richard Stöss und Bernhard Weßels (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen. Probleme und Perspektiven der Elitenforschung. Opladen 1991. Hierin sind folgende Aufsätze enthalten:

- *Hilke Rebenstorf*, Politische Herkunft und politische Karriere. A.a.O. S. 217–234.
- *Bernhard Weßels*, Abgeordnete und Bürger: Parteien und Wahlkreiskommunikation als Faktoren politischer Repräsentation. A.a.O. S. 325–356.
- *Camilla Werner*, Direktdemokratische Entscheidungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland? Zum Diskussionsstand und zu den Meinungen der Abgeordneten des 11. Deutschen Bundestages und der Volkskammer. A.a.O. S. 405–433.

Dietrich Herzog, Hilke Rebenstorf und Bernhard Weßels (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie. Opladen 1993. Hierin sind folgende Aufsätze enthalten:

- *Dietrich Herzog*, Der Funktionswandel des Parlaments in der sozialstaatlichen Demokratie. A.a.O. S. 13–52.
- *Hilke Rebenstorf*, Gesellschaftliche Interessenrepräsentation und politische Integration. A.a.O. S. 53–98.
- *Bernhard Weßels*, Politische Repräsentation als Prozeß gesellschaftlich-parlamentarischer Kommunikation. A.a.O. S. 99–137.
- *Manfred Hirner*, Der Deutsche Bundestag im Netzwerk organisierter Interessen. A.a.O. S. 138–183.
- *Camilla Werner*, Das Dilemma parlamentarischer Opposition. A.a.O. S. 184–217.
- *Uli Brückner*, Der Deutsche Bundestag im europäischen Maßstab. Neue Anforderungen durch die Europäische Integration. A.a.O. S. 218–247.
- *Helmut Müller-Enbergs*, Zwischen Bewahrung und Modernisierung. Politische Einstellungen in der letzten Volkskammer der DDR. A.a.O. S. 248–271.
- *Bettina Scholz*, Bundestag und Volkskammer. Meinungsprofile von Abgeordneten im Vergleich. A.a.O. S. 272–299.

Titel der Veröffentlichung:	<i>Werner J. Patzelt</i> Repräsentation, Repräsentanten, Repräsentieren: Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit der bayerischen Abgeordneten. Habilitationsschrift, 2 Bde., Universität Passau, 1990.
Ziel der Untersuchung:	Feststellung des Amts- und Repräsentationsverständnisses bayerischer Abgeordneter, ihrer Wahlkreisarbeit sowie jenes „Wurzelwerks“, welches Parlamente mit der Gesellschaft verbindet.
Zeitpunkt der Befragung:	11. Wahlperiode – Januar bis Mai 1989

Umfang der Stichprobe, Auswahlverfahren, Erhebungsmethode:	<p>a) Anhand eines Leitfadens strukturierte Intensivinterviews mit 54 bayerischen Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten (im einzelnen: 24 MdL, 20 MdB, 10 MdEP; davon 25 CSU, 27 SPD und je einer der FDP und der GRÜNEN; Ausschöpfungsquote: 68%); theoriegeleitete, bewußte Auswahl der Gesprächspartner der Interviewstudie.</p> <p>b) Schriftliche Befragung aller übrigen bayerischen Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten (Vollerhebung: Rücklaufquote: 47%).</p>
Ergebnisse der Befragung:	<p>Das Amtsverständnis ist geprägt durch die Arbeit im Parlament sowie durch die Bereitschaft zu intensiver Informationsaufnahme und zur Umsetzung dieser Informationen in politische Arbeit und Entscheidungen bei klarer Betonung der damit einhergehenden Führungsaufgabe gewählter Politiker. Wichtige Bestandteile sind ferner die Ansicht, Abgeordnete hätten Dienstleistungsaufgaben für ihre Wahlkreise und die dort lebenden Bürger zu erfüllen, sowie die Vorstellung, ein Netzwerk an Kontakten, d. h. ein dichtes Kommunikations- und Interaktionsgeflecht, solle von Parlamentariern aufgebaut, aufrechterhalten und genutzt werden, in dem Informationen, Willensbildung, Führung und Legitimierung möglich sind. Traditionelle Kategorien zur Erfassung des Amtsverständnisses von Abgeordneten wie die Gegenüberstellung von freiem und imperativem Mandat oder die Unterscheidung von „trustee“, „politico“ und „delegate“ erwiesen sich als ungeeignet, das Amtsverständnis zu erfassen. Das Repräsentationsverständnis zeigt sich als geprägt von der Vorstellung, ein Abgeordneter habe im Parlament Vertreter und Anwalt von Personen und Interessen zu sein, im Wahlkreis präsent, „zum Anfassen“ zu sein und umfängliche „Repräsentationspflichten“ wahrzunehmen, bei denen er Parlament und Staat repräsentieren und sein Mandat personifizieren solle. Analysen zum „Wurzelwerk“ der Parlamente legten ein sehr dichtes Kommunikations- und Interaktionsgeflecht offen. Zu dessen wichtigsten Elementen gehören Verbände, die Verankerung in der eigenen Partei und die Vernetzung im Kommunalbereich. Außerdem wurden umfangreiche Daten zum Zeitbudget der Parlaments- wie Wahlkreisarbeit erhoben.</p>
Anmerkung:	<p>Die Buchveröffentlichung der Untersuchung ist unter dem Titel „Repräsentation und Repräsentanten. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit“ 1993 in Passau erschienen.</p> <p>Aus dem Forschungsprojekt sind außerdem die folgenden Veröffentlichungen des Verfassers hervorgegangen:</p> <p>Abgeordnete und Journalisten. In: Publizistik. Jg. 36. 1991. H. 3. S. 315–329.</p> <p>Das Amtsverständnis der Abgeordneten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1991. B. 21–22. S. 25–37.</p> <p>Der „ideale Abgeordnete“. Parlamentarier beschreiben ihren Beruf. In: Politische Studien. Jg. 42. 1991. H. 319. S. 497–512.</p> <p>Neuere Repräsentationstheorie und das Repräsentationsverständnis von Abgeordneten. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 38. 1991. H. 2. S. 166–199.</p> <p>Wie fassen Abgeordnete ihr Amt auf? Wider zwei Legenden. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Jg. 20. 1991. H. 2. S. 191–211.</p> <p>Reiz und Last des Abgeordnetenmandats. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden. Jg. 42. 1993. H. 1. S. 52–60.</p> <p>Abgeordnete, Parlamente und Bürger. Erwartungen und Enttäuschungen. In: Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Hrsg. von <i>Ulrich Sarcinelli</i>. Opladen 1994. S. 85–105.</p> <p>Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews, Umfragen, Analysen. Berlin 1995.</p>

In der Kontinuität der oben genannten Untersuchungen steht auch eine Arbeit des Verfassers, bei der im Frühjahr 1994 die rund 2800 deutschen Landes-, Bundes- und Europaparlamentarier schriftlich zu ihrem Amtsverständnis, ihrer Amtsführung und ihrer gesellschaftlichen Verankerung befragt wurden. Die Ergebnisse sind veröffentlicht unter folgendem Titel:

Werner J. Patzelt, Deutschlands Abgeordnete: Profil eines Berufsstands, der weit besser ist als sein Ruf. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 27. 1996. H. 3. S. 462–502.

Titel der Veröffentlichung:	<i>Sabine Lemke-Müller</i> und <i>Ingrid Mathäi</i> Emanzipatorisches Modell oder strukturiertes Chaos? Meinungsbilder zur Organisationsreform der SPD-Bundestagsfraktion. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 24. 1993. H. 4. S. 566–587.
Ziel der Untersuchung:	Ermittlung, wie <i>Hans-Ulrich Klose</i> s Organisationsreform vom Dezember 1991 in der Fraktion eingeschätzt wurde. („ <i>Klose</i> hatte beabsichtigt, den einzelnen Mitgliedern der Fraktion nach acht Jahren eines strengeren Reglements seines Vorgängers, <i>Hans-Jochen Vogel</i> , das viele als bürokratisch empfunden hatten, größere Freiräume zu eröffnen. Zu diesem Zweck hatte er eine Ebene der bisherigen Fraktionshierarchie, die den fachpolitisch ausgerichteten Arbeitsgruppen übergeordneten Arbeitskreise, abgeschafft.“ [a.a.O. S. 566]) Im Mittelpunkt der empirischen Erhebung stand, wie die Fraktionsmitglieder die Vor- und Nachteile der Umstrukturierung einschätzten und gewichteten und wieweit sie die Veränderungen billigten.
Zeitpunkt der Befragung:	12. Wahlperiode – Januar 1993
Umfang der Stichprobe:	Vollerhebung der 239 SPD-Fraktionsmitglieder im Bundestag (Rücklaufquote 41,8%)
Erhebungsmethode:	Schriftliche Befragung anhand eines Fragebogens, der sieben Themenkomplexe enthielt und aus einer Mischung von standardisierten und halbstrukturierten Fragen bestand.
Ergebnisse der Befragung:	„In der Einschätzung eines großen Teils der SPD-Bundestagsabgeordneten hat die von <i>Hans-Ulrich Klose</i> vorgenommene Organisationsreform nicht zur Verwirklichung eines emanzipatorischen Modells geführt. Zwar hatte <i>Klose</i> für seine Strukturreform die Zustimmung der Fraktionsmehrheit erhalten; doch war dieser Mehrheit wahrscheinlich nicht hinreichend bewußt gewesen, daß Emanzipation nur dann fruchtbar gemacht werden kann, wenn die politischen Gestaltungsräume, die sie öffnet, durch Engagement sinnvoll gefüllt werden. Fraglich ist von vornherein, ob nicht die Abgeordneten mit ihren ohnehin prall gefüllten Terminkalendern durch eine freiere Fraktionsstruktur, bei der sie sich zum Teil selbst um die für sie wichtigen Termine kümmern müssen, überfordert sind. Darüber hinaus können klare Organisationsstrukturen, wie sie in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1953 üblich gewesen waren, es auch erleichtern, komplizierte politische Entscheidungsprozesse für die Mehrheit nachvollziehbar abzuwickeln.“ (a.a.O. S. 585–586)

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

2.15 Zeitbudget der Abgeordneten

Auf 70 bis 80 Stunden pro Woche wurde lange Zeit der durchschnittliche Zeitaufwand eines Bundestagsabgeordneten für sämtliche politischen, beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen in Bonn und im Wahlkreis geschätzt. Repräsentative Untersuchungen darüber lagen zwar noch nicht vor, doch hatte das Institut für Kommunikationsplanung in Bonn im Sommer 1972 eine Umfrage zum Zeitbudget und zur Arbeitsökonomie bei über 300 Führungskräften aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik durchgeführt und dabei auch 44 Bundestagsabgeordnete einbezogen. *)

Inzwischen liegen die Ergebnisse einer Vollerhebung aller Mitglieder des 11. Bundestages vor, in der auch Fragen zum Zeitbudget der Abgeordneten gestellt wurden.**) Wie in der Untersuchung von 1972 ist versucht worden, die vielfältigen Tätigkeiten der Abgeordneten zu gruppieren und den Zeitaufwand getrennt nach Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen zu ermitteln. Dabei hat sich empirisch bestätigt, daß der durchschnittliche Zeitaufwand eines Abgeordneten pro Sitzungswoche 77,9 Stunden und in einer sitzungsfreien Woche 78,1 Stunden beträgt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung zum Zeitbudget der Abgeordneten sind – mit freundlicher Genehmigung der Autoren und des Westdeutschen Verlages – im folgenden in das **Datenhandbuch** übernommen worden.***)

Die Synopse auf der folgenden Seite gibt eine Übersicht über die Zahl der Stunden, die ein Abgeordneter für die verschiedenen Tätigkeitskategorien in einer Sitzungswoche und einer sitzungsfreien Woche aufzuwenden hat. Die anschließende Graphik auf Seite 549 soll verdeutlichen, wie unterschiedlich die Tätigkeitsschwerpunkte in einer Sitzungswoche und in einer sitzungsfreien Woche verteilt sind. Die Ergebnisse der Umfrage von 1972 werden zu Vergleichszwecken nochmals auf Seite 550 aufgenommen.

*) Paul Kevenhörster und Wulf Schönbohm, Zur Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 18–37.

**) Dietrich Herzog, Hilke Rebenstorf, Camilla Werner und Bernhard Weßels unter Mitarbeit von Manfred Hirner [u. a.], Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Opladen 1990. S. 83–100.

***) Es ist darauf hinzuweisen, daß die Befragung bezüglich des Zeitbudgets und des Arbeitsaufwands der Abgeordneten in der Untersuchung von Herzog u. a. wesentlich differenzierter angelegt ist; beispielsweise ist nach Parteien getrennt ausgezählt worden, ferner danach, ob der Befragte zu den Funktionsträgern (Mitglied des Fraktionsvorstandes, Ausschußvorsitzender) zählt oder nicht.

Hinweise

Weitere Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Befragungen und Veröffentlichungen von Abgeordneten zu ihrem Selbstverständnis sind in den vorangegangenen Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

Die Statistik der Plenarsitzungen findet sich in Abschnitt 8.3.

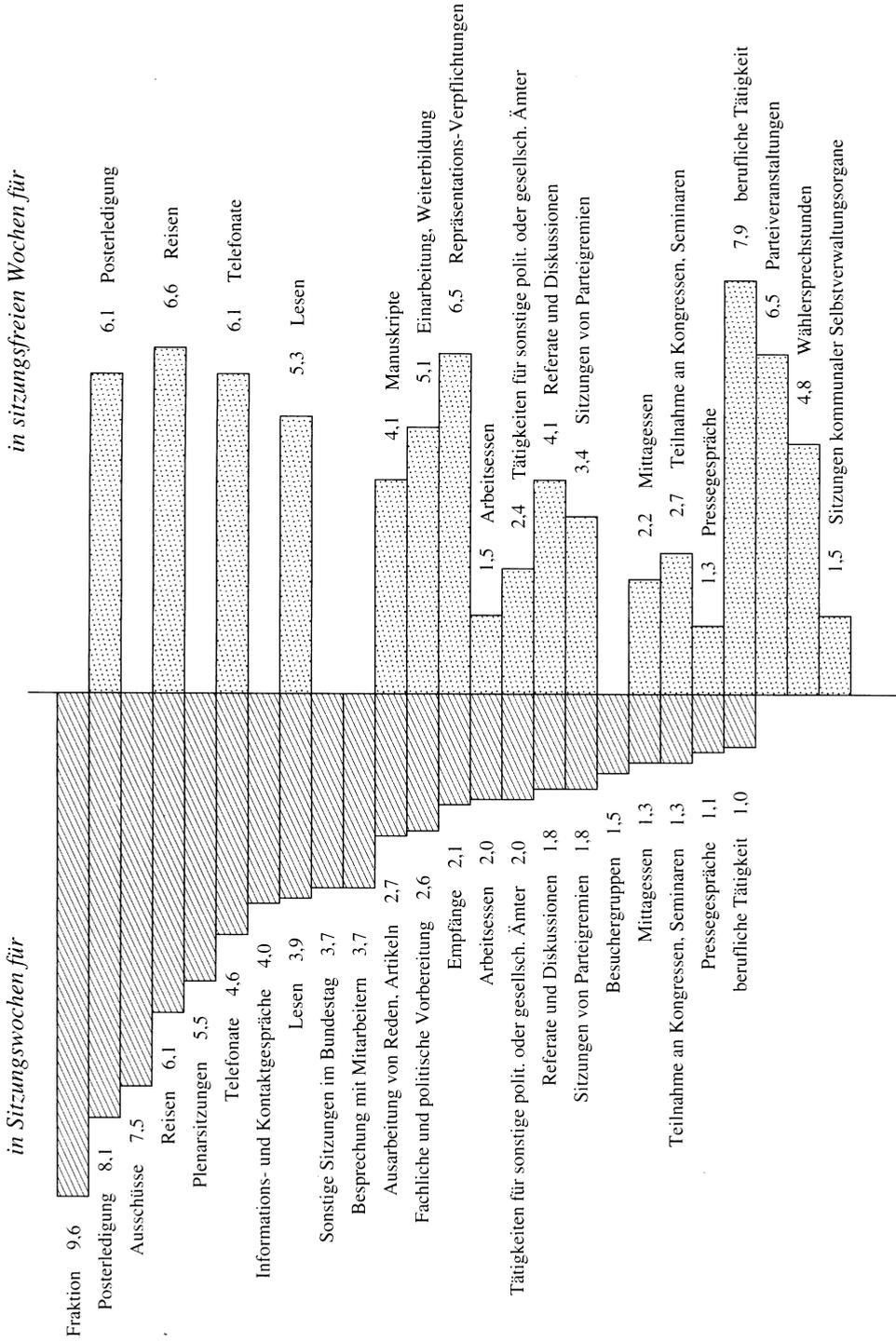
Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Die Entwicklung der Entschädigung (Diäten) und der Kostenpauschalen der Abgeordneten ist in Abschnitt 20.3 dargestellt.

Im folgenden Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – ist versucht worden, einen Maßstab für die Inanspruchnahme der Abgeordneten durch die vielfältige Gremienarbeit zu entwickeln.

Tätigkeitsgruppen	während einer Sitzungswoche		während einer sitzungsfreien Woche	
	Tätigkeiten im einzelnen (Stunden pro Woche in Klammern)	Wochenstunden insges.	Tätigkeiten im einzelnen (Stunden pro Woche in Klammern)	Wochenstunden insges.
Sitzungen	Plenum (4,9) – Fragestunden (0,6) – Bundestagsausschüsse und Arbeitsgruppen (7,5) – Vorbesprechung wichtiger Sitzungen (1,8) – Fraktion (3,3) – Fraktionsvorstand (0,6) – Fraktions-Arbeitskreise und -Arbeitsgruppen (4,0) – sonstige Gruppen (1,9) – Landesgruppe (1,7) – Parteigremien (1,8)	28,1	Parteigremien (3,4) – Kommunale Selbstverwaltungsorgane (1,5)	4,9
Informations- und Kontakt-tätigkeit	Informations- und Kontaktgespräche (4,0) – Pressegespräche (1,1) – Betreuung von Besuchergruppen (1,5) – Empfänge (2,1) – Telefonate (4,6) – sonstige politische/gesellschaftliche Ämter (2,0) – Referate und Diskussionen (1,8) – Arbeitsessen (2,0)	19,1	Wählersprechstunde (4,8) – Parteiveranstaltungen (6,5) – Repräsentative Verpflichtungen (6,5) – Pressegespräche (1,3) – Telefonate (6,1) – sonstige Tätigkeiten (2,4) – Referate und Diskussionen (4,1) – Arbeitsessen (1,5)	33,2
Administrative und Routine-tätigkeiten	Erledigung der Post (8,1) – Besprechung mit Mitarbeitern (3,7) – Lesen (3,9)	15,7	Erledigung der Post (6,1) – Lesen (5,3)	11,4
Innovative Tätigkeiten	Ausarbeitung von Reden, Artikeln (2,7) – Fachliche und politische Vorbereitung usw. (2,6) – Teilnahme an Kongressen, Seminaren (1,3)	6,6	Einarbeitung, Weiterbildung (5,1) – Manuskripte (4,1) – Teilnahme an Kongressen, Seminaren (2,7)	11,9
Sonstige Tätigkeiten	Reisen (6,1) – berufliche Tätigkeit (1,0) – Mittagessen (1,3)	8,4	berufliche Tätigkeit (7,9) – Reisen (6,6) – Mittagessen (2,2)	16,7
	Gesamtstundenzahl pro Sitzungswoche	77,9	Gesamtstundenzahl pro sitzungsfreie Woche	78,1

Zeitaufwand in Stunden pro Woche



Vergleichszahlen aus der Umfrage von 1972

Tätigkeitsgruppen	während einer Sitzungswoche		während einer sitzungsfreien Woche	
	Tätigkeiten im einzelnen (Stunden pro Woche in Klammern)	Wochenstunden insges.	Tätigkeiten im einzelnen (Stunden pro Woche in Klammern)	Wochenstunden insges.
Sitzungen	Plenum (8,5) – Fragestunde (0,8) – Ausschüsse des Bundestages (8,2) – Vorbesprechungen von Sitzungen (1,9) – Fraktion (3,3) – Fraktionsvorstand (1,0) – Fraktionsarbeitskreise und -gruppen (4,1) – Sitzungen sonstiger Gruppen (2,5) – Parteigremien (2,3)	32,6	Parteigremien (3,9) – Kommunale Selbstverwaltungsorgane (1,4)	5,3
Informations- und Kontakt-tätigkeiten	Informations- und Kontaktgespräche (3,0) – Pressegespräche (0,6) – Besuchergruppen (1,8) – Empfänge (2,7) – Telefonate (4,0) – Tätigkeiten für sonstige politische oder gesellschaftliche Ämter (1,8) – Referate und Diskussionen (3,0) – Arbeitsessen (2,5)	19,4	Wählersprechstunde (5,6) – Parteiveranstaltungen (8,6) – Repräsentations-Verpflichtungen (3,8) – Pressegespräche (1,2) – Telefonate (5,4) – Tätigkeiten für sonstige politische oder gesellschaftliche Ämter (2,6) – Referate und Diskussionen (4,6) – Arbeitsessen (1,8)	33,6
Administrative und Routine-tätigkeiten	Erledigung der Post (7,8) – Besprechung mit Mitarbeitern (2,4) – Lesen (4,2)	14,4	Erledigung der Post (6,1) – Lesen (4,8)	10,9
Innovative Tätigkeiten	Ausarbeitung von Reden, Artikeln (3,0) – Fachliche und politische Vorbereitung usw. (2,3) – Teilnahme an Kongressen, Seminaren (1,0)	6,3	Einarbeitung, Weiterbildung (4,0) – Manuskripte (4,0) – Teilnahme an Kongressen, Seminaren (2,5)	10,5
Sonstige Tätigkeiten	Reisen (9,9) – berufliche Tätigkeit (2,0) – Mittagessen (2,2)	14,1	berufliche Tätigkeit (7,9) – Reisen (7,0) – Mittagessen (3,1)	18,0
	Gesamtstundenzahl pro Sitzungswoche	86,6	Gesamtstundenzahl pro sitzungsfreie Woche	78,3

2.16 Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl

In diesem Abschnitt ist das Verhältnis zwischen der Zahl der Abgeordneten und der Zahl der Sitze errechnet worden, die in den verschiedenen parlamentarischen „Gremien“ zu besetzen sind. Der ermittelte Zahlenwert gibt an, wie viele Gremiensitze **im Durchschnitt** auf den **einzelnen** Abgeordneten zufallen. Diese Zahl soll einen Hinweis auf die Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Plenums des Bundestages und auf eventuelle Veränderungen im Laufe der Wahlperioden geben.

Um möglichst realistische Zahlenwerte zu erhalten, ist bei der Berechnung eine besondere Konstellation vorausgesetzt worden:

- bezüglich des **Zeitraumes** wurde die Situation während der letzten zwölf Monate einer jeden Wahlperiode ausgewählt, weil manche Gremien erst im Laufe der Wahlperiode eingesetzt werden (in der 11. Wahlperiode ist davon abgewichen worden, indem die personellen Veränderungen ab Oktober 1990 aufgrund des Beitritts der von der Volkskammer der DDR in den Bundestag gewählten Abgeordneten unberücksichtigt blieben);
- bei der **Auswahl der Gremien** war maßgebend, daß sie während der Sitzungswochen regelmäßig zusammentreten (nicht berücksichtigt wurden dagegen aus methodischen Gründen Fraktionsgremien wie Arbeitskreise und Arbeitsgruppen, weil diese Gremien parallel bestehen und nicht von allen Abgeordneten gleichermaßen zu besetzen sind – berücksichtigt wurden aber europäische parlamentarische Gremien wie die Versammlung des Europarates);
- bei der **Zahl der Abgeordneten** wurde nicht einfach die gesetzliche Mitgliederzahl genommen, sondern versucht, die Zahl der „verfügbaren“ Abgeordneten zu ermitteln, indem angenommen wurde, daß für die Besetzung der ausgewählten Gremien eine Reihe von Parlamentariern nicht oder nur bedingt zur Verfügung stehen: nämlich die Fraktionsvorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer (vom Ältestenrat abgesehen), die Mitglieder der Bundesregierung, die Parlamentarischen Staatssekretäre sowie fraktionslose Abgeordnete.

Sollte die im folgenden errechnete Zahl der Gremiensitze, die im Durchschnitt auf einen „verfügbaren“ Abgeordneten entfallen, ein brauchbares und realistisches Maß für die Belastung der Abgeordneten durch Gremienarbeit sein, dann wäre diese Belastung in der 1. Wahlperiode am größten gewesen. Im Durchschnitt 2,5 Gremiensitze entfielen zwischen 1952 und 1953 auf einen verfügbaren Abgeordneten. Dann folgte ein schrittweiser Abbau, hauptsächlich durch eine Reduzierung der Zahl der ständigen Ausschüsse. Die geringste Belastung wäre demnach auf die Abgeordneten der 8. Wahlperiode zugekommen (1,3 Gremiensitze). Die gegenläufige Tendenz seit der 9. Wahlperiode wird dadurch verursacht, daß sich einerseits die Zahl der Fraktionsposten und die der Parlamentarischen Staatssekretäre erhöhte, d. h. sich die Zahl der „verfügbaren“ Abgeordneten verringerte, und daß andererseits vor allem die Mitgliederzahl der ständigen Ausschüsse stieg, zuletzt sprunghaft in der 12. Wahlperiode.

Hinweise

Weitere Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Die Arbeitssituation der Abgeordneten und mögliche Reformen kommen sowohl in den jährlichen Beratungen des Bundestagshaushalts (Abschnitt 13.4) als auch in den gelegentlichen „Selbstverständnis-Debatten“ des Bundestages (Abschnitt 13.5) zur Sprache.

Über die Beschäftigung von Abgeordneten-Mitarbeitern informiert Abschnitt 20.8.

Zu besetzende Gremiensitze im Verhältnis

	Zahl der zu besetzenden Sitze innerhalb des Zeitraums					
	1. WP Okt. 1952– Sept. 1953	2. WP Nov. 1956– Okt. 1957	3. WP Nov. 1960– Okt. 1961	4. WP Nov. 1964– Okt. 1965	5. WP Nov. 1968– Okt. 1969	6. WP Okt. 1971– Sept. 1972
Präsidium (Bundestagspräsident, Vizepräsidenten) ¹⁾	3	5	4	5	5	5
Vorstand des Bundestages ²⁾	26	26	25	23	23	–
Ältestenrat	21	21	23	23	23	28
Ständige Ausschüsse	768	885	700	696	553	469
Sonderausschüsse	27	75	–	30	13	34
Untersuchungsausschüsse	35	55	–	–	12	7
Enquete-Kommissionen ³⁾	–	–	–	–	–	12
Vermittlungsausschuß ³⁾	10	10	11	11	11	11
Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a GG ³⁾	–	–	–	–	–	22
Beratende bzw. Parlamentarische Versammlung des Europarates ⁴⁾	18	18	18	18	18	18
Gemeinsame Versammlung der Montanunion/ Europäisches Parlament ⁴⁾	18	18	36	36	36	36
zu besetzende Sitze insgesamt	926	1 113	817	842	694	642
	Zahl der „verfügbaren“ Abgeordneten innerhalb des Zeitraums					
	1. WP Okt. 1952– Sept. 1953	2. WP Nov. 1956– Okt. 1957	3. WP Nov. 1960– Okt. 1961	4. WP Nov. 1964– Okt. 1965	5. WP Nov. 1968– Okt. 1969	6. WP Okt. 1971– Sept. 1972
Mitglieder des Bundestages insgesamt	420	519	519	521	518	518
abzüglich:						
– Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäfts- führer und Arbeitskreis- bzw. Arbeitsgruppenvorsitzende	13	28	29	30	30	32
– Mitglieder der Bundesregierung (soweit MdB)	12	16	17	20	17	14
– Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	–	–	–	–	7	15
– fraktionslose Abgeordnete	20 ⁶⁾	3 ⁶⁾	1	1	0	1
Zahl der „verfügbaren“ Abgeordneten	375	472	472	470	464	456
Zahl der Gremiensitze, die im Durchschnitt auf einen „verfügbaren“ Abgeordneten entfallen	2,5	2,4	1,7	1,8	1,5	1,4

zu den „verfügbaren“ Abgeordneten

Zahl der zu besetzenden Sitze innerhalb des Zeitraums					
7. WP Jan. 1976– Dez. 1976	8. WP Dez. 1979– Nov. 1980	9. WP April 1982– März 1983	10. WP März 1986– Febr. 1987	11. WP Dez. 1989– Sept. 1990	12. WP Dez. 1993– Nov. 1994
5	5	5	5	5	5
–	–	–	–	–	–
28	28	28	28	28	30
491	501	514	551	579	808
24	–	–	–	39	74 ⁸⁾
–	7	–	44	22	35
17	12	23	29 ⁷⁾	47	67
11	11	11	11	11	16
22	22	22	22	22	32
18	18	18	18	18	18
36	– ⁵⁾	– ⁵⁾	– ⁵⁾	– ⁵⁾	– ⁵⁾
652	604	621	708	771	1 085
Zahl der „verfügbaren“ Abgeordneten innerhalb des Zeitraums					
7. WP Jan. 1976– Dez. 1976	8. WP Dez. 1979– Nov. 1980	9. WP April 1982– März 1983	10. WP März 1986– Febr. 1987	11. WP Dez. 1989– Sept. 1990	12. WP Dez. 1993– Nov. 1994
518	518	519	520	519	662
31	32	42	61	61	104
14	16	15	16	18	20
20	19	24	24	27	26
1	1	3	2	2	5 ⁶⁾
452	450	435	417	411	507
1,4	1,3	1,4	1,7	1,9	2,1

1) Zu einem regelmäßig zusammentretenden Gremium mit bestimmten geschäftsordnungsrechtlichen Befugnissen wird das Präsidium erst mit Beginn der 6. Wahlperiode.

2) Zum Vorstand des Bundestages gehörten in den ersten drei Wahlperioden der Präsident, seine Stellvertreter und die Schriftführer.

Ab der 4. Wahlperiode bestand der Vorstand aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern, je einem Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen und den Schriftführern.

Die Zahl der Schriftführer betrug in der 1. Wahlperiode zu Beginn 6, ab 13. 7. 1950 15 und ab 23. 1. 1952 23; ab der 2. Wahlperiode 21 und ab der 4. Wahlperiode 15.

Mit Beginn der 6. Wahlperiode trat an die Stelle des Vorstandes der mit erweiterten Funktionen ausgestattete Ältestenrat.

3) nur Mitglieder des Bundestages

4) Mitglieder aus der Bundesrepublik Deutschland

5) Nach Einführung der Direktwahl des Europäischen Parlaments ist die Entsendung der Mitglieder aus dem Bundestag entfallen.

6) Durchschnittszahl für den angegebenen Zeitraum

7) einschließlich Europa-Kommission (11 Mitglieder des Bundestages)

8) einschließlich Gemeinsame Verfassungskommission (32 Mitglieder des Bundestages)

3 Alters- und Sozialstruktur

Überblick

	Seite
3.1 Altersgliederung	556
– Jahrgangsgliederung in Jahrzehntgruppen (S. 557)	
– Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahrgängen (S. 558)	
– Anteil der Abgeordneten nach Altersgruppen (S. 560)	
3.2 Durchschnittsalter	563
3.3 Die ältesten und jüngsten Abgeordneten	566
3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag	570
– Mittlere Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten (S. 571)	
– Mitgliedschaft der Abgeordneten seit den einzelnen Wahlperioden (Anciennitätsgruppen) (S. 573)	
– Zahl und Anteil der neuen Abgeordneten (S. 579)	
– Wiederwahlhäufigkeit der Abgeordneten (S. 582)	
– Mitglieder des Bundestages, die schon dem 1. Bundestag angehört haben (S. 583)	
– Abgeordnete mit mindestens 25jähriger Mandatszeit im Bundestag (S. 584)	
3.5 Herkunft der Abgeordneten	588
– Statistik der Geburtsorte der Abgeordneten (S. 589)	
– Geburtsorte der 1990 in den alten und neuen Ländern gewählten Abgeordneten (S. 591)	
3.6 Politische Generationen	592
3.7 Tätigkeit und Verfolgung im „Dritten Reich“	605
3.8 Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen vor 1949	610
– Gesamtstatistik zur früheren Mitgliedschaft in Parlamenten (S. 610)	
– Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages, die der Nationalversammlung, dem Reichstag und dem Parlamentarischen Rat angehört haben (S. 611)	
– Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages, die dem Länderrat, Zonenbeirat, Wirtschaftsrat und Parlamentarischen Rat angehört haben (S. 614)	
– Verzeichnis der Mitglieder des Länderrates, Zonenbeirates, Wirtschaftsrates und Parlamentarischen Rates, die keine Mitglieder des Bundestages geworden sind (S. 620)	
– Präsidium, Ausschuß- und Fraktionsvorsitz im Wirtschaftsrat (S. 622)	
– Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates nach Besatzungszonen, Ländern und Fraktionen (S. 624)	
– Präsidium, Ausschuß- und Fraktionsvorsitz im Parlamentarischen Rat (S. 625)	
– Daten zur Geschichte des Länderrates, Zonenbeirates, Wirtschaftsrates und Parlamentarischen Rates (S. 626)	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

noch: Überblick		Seite
3.9	Politische Erfahrungen der Abgeordneten	629
	– Frühere Mitgliedschaft im Reichstag (S. 630)	
	– Mitgliedschaft in Landtagen (S. 630)	
	– Mitgliedschaft in Kommunalparlamenten (S. 631)	
	– Mitgliedschaft im Europäischen Parlament (S. 631)	
	– Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR (S. 631)	
3.10	Politische Familientraditionen	632
3.11	Weibliche Abgeordnete	634
	– Statistische Übersicht (S. 634)	
	– Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Fraktionen und Gruppen (S. 636)	
	– Weibliche Kandidaten bei Bundestagswahlen (S. 637)	
	– Weibliche Wahlkreisabgeordnete (S. 638)	
	– Soziologische Abweichungen (S. 638)	
	– Weibliche Abgeordnete in Führungspositionen: Namensliste (S. 648)	
	– Anteil der weiblichen Abgeordneten in Führungspositionen (S. 656)	
3.12	Familienstand	662
3.13	Konfession	665
3.14	Schulabschluß und Hochschulbildung	668
	– Anteil der männlichen und weiblichen Abgeordneten mit Hochschulbildung (S. 668)	
	– Art des Schulabschlusses (S. 670)	
	– Art der Hochschulbildung (S. 672)	
	– Studienfächer der Abgeordneten mit Hochschulstudium (S. 674)	
3.15	Wehrdienst der Abgeordneten	675
3.16	Abgeordnete mit Adelsnamen	676
3.17	Berufsstruktur	678
	– Berufsstatistik: Kurzfassung (S. 680)	
	– Berufsstruktur der einzelnen Wahlperioden (S. 688)	
	– Anteil und Struktur der Beamten-Abgeordneten (S. 714)	
3.18	Interessenvertreter	718
	– „Gebundene“ und „ungebundene“ Abgeordnete (S. 721)	
3.19	Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete	722
	– Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten (S. 723)	
	– Mitgliedschaft in den Einzelgewerkschaften des DGB (S. 724)	
	– Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund (S. 726)	
3.20	Parlamentssoziologie: Bibliographie	727
3.21	Parlamentarische Laufbahnen: Synopse	734
3.22	Besetzung von Führungspositionen	826
	– Anteile der Fraktionen an der Besetzung von Führungspositionen (S. 826)	
	– Chancen der Abgeordneten bei der Besetzung von Führungspositionen (S. 832)	
	– Alter und Mandatsdauer der Inhaber von Führungspositionen (S. 834)	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Hinweis

Zur Volkskammer der ehemaligen DDR siehe im einzelnen Kapitel 28.

noch: Überblick

	Seite
3.23	Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung 837
	– Die jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände (S. 837)
	– Die jüngsten Ausschußvorsitzenden (S. 840)
	– Die jüngsten Mitglieder der Bundesregierung (S. 842)
	– Die jüngsten Parlamentarischen Staatssekretäre (ab 1967) (S. 844)
3.24	Sozialprofil der Fraktionen 845
3.25	Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt 856

3.1 Altersgliederung

Durch folgende Tabellen*) soll in diesem Abschnitt die Altersgliederung der Mitglieder des Deutschen Bundestages seit der 1. Wahlperiode verdeutlicht werden:

- Jahrgangsgliederung in Jahrzehntgruppen (in %),
- Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahrgängen (in Zahlen und in %),
- Anteil der Abgeordneten nach Altersgruppen (in Zahlen und in %),
- Anteil der Abgeordneten nach Altersgruppen (kumuliert in %).

Die auffallendsten Ergebnisse der tabellarischen Übersichten und der graphischen Darstellung sind:

- der zunehmende Anteil der älteren, d. h. über 60jährigen Abgeordneten von der 1. bis zur 4. Wahlperiode,
- die mit der 5. Wahlperiode 1965 einsetzende Verjüngung des Parlaments, die sich bis zur 7. Wahlperiode 1972 fortsetzte,
- eine Unterbrechung dieses Trends ab der 8. Wahlperiode 1976,
- die mangelnde Auswirkung der Herabsetzung des Wählbarkeitsalters auf 21 ab Wahljahr 1972 und auf 18 ab 1976.

*) Quellen:

1. – 9. Wahlperiode: *Heino Kaack*, Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages – ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 165–203;
10. und 11. Wahlperiode: Von *Heino Kaack* und *Klaus G. Troitzsch* freundlicherweise zur Verfügung gestellte Daten aus der Abgeordnetendatenbank des Seminars für Politikwissenschaft der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz; vgl. auch *Heino Kaack*, Zur Abgeordnetensoziologie des Deutschen Bundestages: Zugehörigkeitsdauer und Altersschichtung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 169–187;
12. und 13. Wahlperiode: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Referat Datenbanken, Programmentwicklung; Bearbeiter: *Dieter Adam*.

Hinweise

Welche Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette vorliegen, ist aus einer Bibliographie innerhalb des Abschnitts 6.9 zu ersehen.

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

Jahrgangsgliederung in Jahrzehntgruppen (in %)¹)

Geburtsjahrgänge	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
1870–1879	1,7	0,4	0,4	0,2	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–
1880–1889	15,9	8,8	4,6	2,1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1890–1899	36,1	32,8	25,2	15,9	5,6	1,2	0,2	0,2	–	–	–	–	–
1900–1909	32,7	35,6	38,3	37,6	29,9	13,3	2,9	1,2	0,2	–	–	–	–
1910–1919	12,4	20,0	22,7	28,6	31,7	31,3	21,4	11,2	3,9	2,3	1,4	0,2	0,1
1920–1929	1,2	2,4	8,5	14,6	27,6	39,8	44,2	41,9	32,8	29,1	19,8	7,4	2,4
1930–1939	–	–	0,2	1,0	5,0	14,1	25,7	33,0	38,7	40,7	38,7	34,6	24,6
1940–1949	–	–	–	–	–	0,4	5,6	12,5	23,9	25,6	33,3	41,9	46,7
1950–1959	–	–	–	–	–	–	–	–	0,6	2,3	6,6	14,0	21,5
1960–1969	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,2	1,9	4,6
ab 1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1

1) Die höchste Prozentzahl einer jeden Wahlperiode ist **fett** gedruckt.

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- als weibliche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 3.11),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8).

Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahren

Auffallend bei der Altersgliederung der Abgeordneten nach Geburtsjahren ist der gleichmäßige pyramidenartige Aufbau: Am stärksten vertreten in jeder Wahlperiode sind in der Regel ziemlich genau die Geburtsjahrgänge, die in der Mitte zwischen dem ältesten und dem jüngsten Jahrgang liegen.

a) in Zahlen

Geburtsjahrgänge	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
1875–1879	7	2	2	1	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1880–1884	22	7	3	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1885–1889	43	38	21	9	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1890–1894	59	63	41	18	2	–	–	–	–	–	–	–	–
1895–1899	89	104	90	65	27	6	1	1	–	–	–	–	–
1900–1904	82	99	105	99	67	21	5	2	–	–	–	–	–
1905–1909	52	82	94	97	88	48	10	4	1	–	–	–	–
1910–1914	41	73	77	86	94	88	52	19	6	4	2	1	1
1915–1919	10	29	41	63	70	74	59	39	14	8	5	–	–
1920–1924	5	11	30	48	78	107	116	103	63	54	25	5	2
1925–1929	–	1	14	28	65	99	113	114	107	97	78	44	14
1930–1934	–	–	1	–	24	49	77	95	102	100	92	81	42
1935–1939	–	–	–	–	2	24	56	76	99	112	109	148	123
1940–1944	–	–	–	–	–	2	26	55	104	109	130	185	185
1945–1949	–	–	–	–	–	–	3	10	20	24	43	93	129
1950–1954	–	–	–	–	–	–	–	–	3	10	28	59	85
1955–1959	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	6	34	59
1960–1964	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	9	22
1965–1969	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	3	9
1970–1974	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1
insgesamt	410	509	519	521	518	518	518	518	519	520	519	662	672

b) in Prozent¹⁾

Geburts- jahrgänge	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
1875–1879	1,7	0,4	0,4	0,2	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–
1880–1884	5,4	1,4	0,6	0,4	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1885–1889	10,5	7,5	4,0	1,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1890–1894	14,4	12,4	7,9	3,5	0,4	–	–	–	–	–	–	–	–
1895–1899	21,7	20,4	17,3	12,5	5,2	1,2	0,2	0,2	–	–	–	–	–
1900–1904	20,0	19,4	20,2	19,0	12,9	4,1	1,0	0,4	–	–	–	–	–
1905–1909	12,7	16,1	18,1	18,6	17,0	9,3	1,9	0,8	0,2	–	–	–	–
1910–1914	10,0	14,3	14,8	16,5	18,1	17,0	10,0	3,7	1,2	0,8	0,4	0,2	0,1
1915–1919	2,4	5,7	7,9	12,1	13,5	14,3	11,4	7,5	2,7	1,5	1,0	–	–
1920–1924	1,2	2,2	5,8	9,2	15,1	20,7	22,4	19,9	12,1	10,4	4,8	0,8	0,3
1925–1929	–	0,2	2,7	5,4	12,5	19,1	21,8	22,0	20,6	18,7	15,0	6,6	2,1
1930–1934	–	–	0,2	1,0	4,6	9,5	14,9	18,3	19,7	19,2	17,7	12,2	6,3
1935–1939	–	–	–	–	0,4	4,6	10,8	14,7	19,1	21,5	21,0	22,4	18,3
1940–1944	–	–	–	–	–	0,4	5,0	10,6	20,0	21,0	25,0	27,9	27,5
1945–1949	–	–	–	–	–	–	0,6	1,9	3,9	4,6	8,3	14,0	19,2
1950–1954	–	–	–	–	–	–	–	–	0,6	1,9	5,4	8,9	12,7
1955–1959	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,4	1,2	5,1	8,8
1960–1964	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,2	1,4	3,3
1965–1969	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,5	1,3
1970–1974	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Prozentzahlen ab 20,0 sind **fett** gedruckt.

Hinweis

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Anteil der Abgeordneten nach Altersgruppen

a) in Zahlen

Alter von ... bis unter ... Jahren	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
bis 25 ¹⁾	–	–	–	–	–	–	1 ⁴⁾	0	0	0	0	2 ⁵⁾	1 ⁶⁾
25 – 30	6	1	4	3	0	3	9	3	1	4	3	10	9
30 – 35	11	19	18	16	20	24	40	39	14	17	12	26	22
35 – 40	40	39	41	43	58	52	67	64	94	55	44	49	63
40 – 45	61	65	59	63	81	102	91	88	104	105	90	94	83
45 – 50	77	97	83	70	68	113	117	117	97	110	120	163	132
50 – 55	93	108	101	100	88	68	95	106	110	112	112	167	186
55 – 60	53	89	99	94	95	85	60	62	74	74	81	81	119
60 – 65	41	58	71	86	67	46	25	29	16	36	41	62	42
65 – 70	22	27	31	33	37	20	11	5	8	6	12	6	12
70 – 75	6	4	8	10	3	5	1	4	1	0	4	1	2
75 – 80	–	2	3	0	0	–	1	1	–	1	–	1	0
80 – 85	–	–	1 ²⁾	2 ³⁾	0	–	–	–	–	–	–	–	1 ⁷⁾
über 85	–	–	–	1 ²⁾	1 ²⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	410	509	519	521	518	518	518	518	519	520	519	662	672

¹⁾ In dieser Altersgruppe ist das Mindestalter für die Wählbarkeit zu berücksichtigen (vgl. Abschnitt 1.3): Voraussetzung für die Wählbarkeit war 1949 bis 1969 die Vollendung des 25. Lebensjahres, 1972 des 21. Lebensjahres und seit 1976 des 18. Lebensjahres.

²⁾ Konrad Adenauer

³⁾ Robert Pferdmenges und Helene Weber

⁴⁾ Andreas von Schoeler

⁵⁾ Hans Martin Bury und Claudia Nolte

⁶⁾ Matthias Berninger

⁷⁾ Stefan Heym

b) in Prozent¹⁾

Alter von ... bis unter ... Jahren	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
bis 25 ¹⁾)	–	–	–	–	–	–	0,2	–	–	–	–	0,3	0,1
25 – 30	1,5	0,2	0,8	0,6	–	0,6	1,7	0,6	0,2	0,8	0,6	1,5	1,3
30 – 35	2,7	3,7	3,5	3,1	3,9	4,6	7,7	7,5	2,7	3,3	2,3	3,9	3,3
35 – 40	9,8	7,7	7,9	8,3	11,2	10,0	12,9	12,4	18,1	10,6	8,5	7,4	9,4
40 – 45	14,9	12,8	11,4	12,1	15,7	19,7	17,6	17,0	20,0	20,2	17,3	14,2	12,4
45 – 50	18,8	19,1	16,0	13,4	13,1	21,8	22,6	22,6	18,7	21,2	23,1	24,6	19,6
50 – 55	22,7	21,2	19,5	19,2	17,0	13,1	18,3	20,5	21,2	21,5	21,6	25,2	27,7
55 – 60	12,9	17,5	19,1	18,0	18,4	16,4	11,6	12,0	14,3	14,2	15,6	12,2	17,7
60 – 65	10,0	11,4	13,7	16,5	12,9	8,9	4,8	5,6	3,1	6,9	7,9	9,4	6,3
65 – 70	5,4	5,3	6,0	6,3	7,1	3,9	2,1	1,0	1,5	1,1	2,3	0,9	1,8
70 – 75	1,5	0,8	1,5	1,9	0,6	1,0	0,2	0,8	0,2	0,0	0,8	0,2	0,3
75 – 80	–	0,4	0,6	–	–	–	0,2	0,2	–	0,2	–	0,2	–
80 – 85	–	–	0,2	0,4	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1
über 85	–	–	–	0,2	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Bei Altersgruppen mit einem Anteil ab 15,0 % sind die Prozentzahlen **fett** gedruckt.

Hinweis

Im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Wahlalters hat das Jungwählerverhalten besonderes Interesse gefunden, das mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik ermittelt werden kann. Zur Wahlbeteiligung der Jungwähler vgl. Abschnitt 1.10.

Die Regelungen des Wahlalters sind in Abschnitt 1.4 dargestellt.

Die Titel der Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette sind innerhalb des Abschnittes 6.9 zusammengestellt.

c) kumuliert in Prozent

Alter	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
unter 25	–	–	–	–	–	–	0,2	–	–	–	–	0,3	0,1
unter 30	1,5	0,2	0,8	0,6	–	0,6	1,9	0,6	0,2	0,8	0,6	1,8	1,4
unter 35	4,1	3,9	4,2	3,6	3,9	5,2	9,7	8,1	2,9	4,1	2,9	5,7	4,7
unter 40	13,9	11,6	12,1	11,9	15,1	15,3	22,6	20,5	21,0	14,7	11,4	13,1	14,1
unter 45	28,8	24,4	23,5	24,0	30,7	34,9	40,2	37,5	41,0	34,9	28,7	27,3	26,5
unter 50	47,6	43,4	39,5	37,4	43,8	56,8	62,7	60,0	59,7	56,1	51,8	52,0	46,1
unter 55	70,2	64,6	59,0	56,6	60,8	69,9	81,1	80,5	80,9	77,6	73,4	77,2	73,8
unter 60	83,2	82,1	78,0	74,7	79,2	86,3	92,7	92,9	95,2	91,8	89,0	89,4	91,5
unter 65	93,2	93,5	91,7	91,2	92,1	95,2	97,5	98,1	98,3	98,7	96,9	98,8	97,8
unter 70	98,5	98,8	97,7	97,5	99,2	99,0	99,6	99,0	99,8	99,8	99,2	99,7	99,6
unter 75	100,0	99,6	99,2	99,4	99,8	100,0	99,8	99,8	100,0	99,8	100,0	99,9	99,9
unter 80	–	100,0	99,8	99,4	99,8	–	100,0	100,0	–	100,0	–	100,0	99,9
unter 85	–	–	100,0	99,8	99,8	–	–	–	–	–	–	–	100,0
unter 90	–	–	–	100,0	100,0	–	–	–	–	–	–	–	–
unter 40	13,9	11,6	12,1	11,9	15,1	15,3	22,6	20,5	21,0	14,7	11,4	13,1	14,1
40 bis unter 60	69,3	70,5	65,9	62,8	64,1	71,0	70,1	72,0	74,2	77,1	77,6	76,3	77,4
mindestens 60	16,8	17,9	22,0	25,3	20,8	13,7	7,3	7,5	4,8	8,2	11,0	10,6	8,5

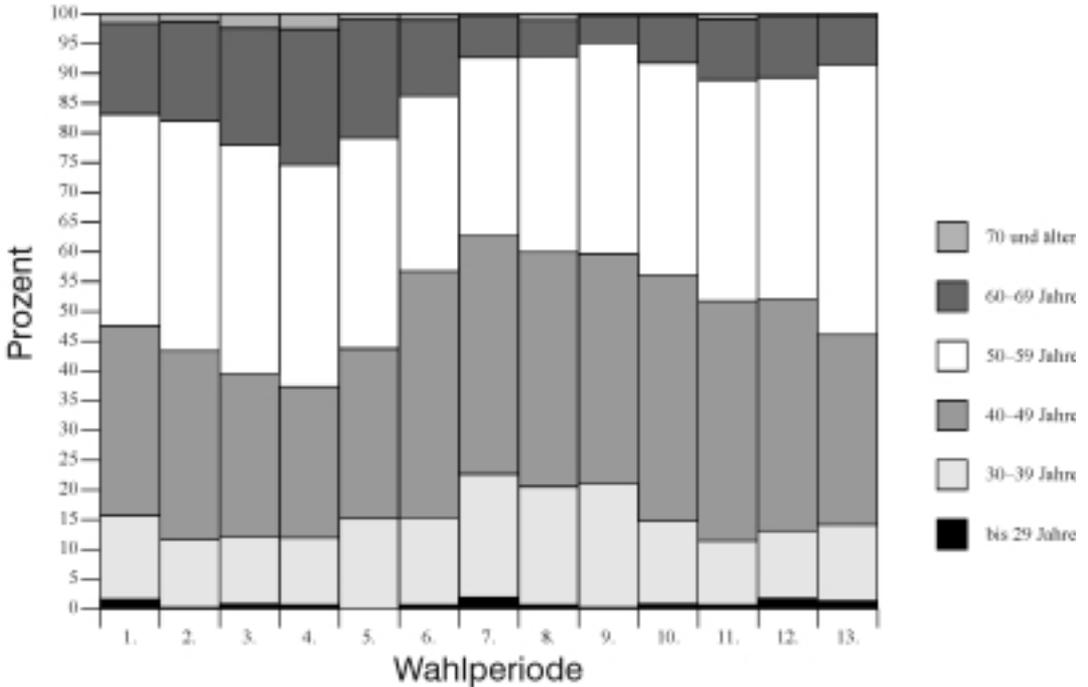
Die voranstehende Statistik und die Grafik auf der folgenden Seite veranschaulichen die wechselhaften Tendenzen in der Altersstruktur der einzelnen Wahlperioden des Bundestages.

Am deutlichsten wird die Entwicklung am Anteil der Abgeordneten unter 50 Jahren:

Ihr Anteil sinkt von der 1. bis zur 4. Wahlperiode von 47,6% auf 37,4%. Danach tritt eine Trendwende ein, die bis zur 7. Wahlperiode anhält: Von 37,4% in der 4. Wahlperiode steigt der Anteil der Abgeordneten unter 50 Jahre bis auf 62,7%. Ab der 7. Wahlperiode sinkt der Anteil gradlinig bis zur 13. Wahlperiode, in der die unter 50jährigen Abgeordneten mit einem Anteil von 46,1% vertreten sind.

Eine ähnliche Entwicklung ist beim Anteil der Abgeordneten zu beobachten, die mindestens 60 Jahre alt sind: In der 4. Wahlperiode beträgt dieser Anteil 25,3%, in der 9. Wahlperiode dagegen nur 4,8%.

Bei keinem anderen Strukturmerkmal der Abgeordnetensoziologie sind derart große Schwankungen festzustellen wie bei der Altersgliederung.



3.2 Durchschnittsalter

Wie hoch das Durchschnittsalter der Abgeordneten zu Beginn der einzelnen Wahlperioden lag, geht aus der Tabelle auf der folgenden Seite hervor. *) Dabei sind folgende Abweichungen und Trends festzustellen:

49,3 Jahre beträgt das Durchschnittsalter aller Abgeordneten jeweils zu Beginn aller 13 Wahlperioden, gewissermaßen der Durchschnitt vom Durchschnitt. Danach läßt sich bestimmen, welcher Bundestag zu den „älteren“ oder zu den „jüngeren“ gehört: Über 49,3 Jahre lag das Durchschnittsalter in der 1. bis 5. Wahlperiode, unter 49,3 Jahre in der 6. bis 10. und in der 12. bis 13. Wahlperiode; der 11. Bundestag entsprach genau dem Gesamtdurchschnitt. Das bislang höchste Durchschnittsalter war mit 52,3 Jahren in der 4. Wahlperiode (1961–65) zu registrieren, das niedrigste mit 46,6 Jahren in der 7. Wahlperiode (1969–72).

Bei der durchschnittlichen Altersentwicklung der Abgeordneten bei ihrem Eintritt in das Parlament sind verschiedene Phasen zu beobachten: Ein wachsendes Durchschnittsalter von 1949 bis Ende der 4. Wahlperiode im Jahr 1965, danach eine kontinuierliche Verjüngung von 1965 bis zum Ende der 7. Wahlperiode (1976) und anschließend schwankende Zahlen mit insgesamt steigender Tendenz bis zur 13. Wahlperiode.

Auffallend ist die über viele Wahlperioden hinweg konstante Abweichung der weiblichen Abgeordneten vom Durchschnitt der Parlamentarier: Ihr Durchschnittsalter lag von der 1. bis 9. Wahlperiode

*) Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Gruppe Datenverarbeitung, übergegangen in Referat Datenbanken, Programmentwicklung. Die genauere Berechnung des Durchschnittsalters mit Hilfe der Datenverarbeitung hat für die 1. bis 5. Wahlperiode Zahlenwerte ergeben, die von den damaligen Auszählungen und den früher stets veröffentlichten Angaben abweichen.

regelmäßig über dem Alter aller Abgeordneten, danach bis zur 13. Wahlperiode darunter (vgl. Grafik auf der folgenden Seite).

Ähnliche konstante Abweichungen zeigen sich bei den einzelnen Fraktionen des Bundestages:

- In allen Wahlperioden seit 1949 waren die Mitglieder der **CDU/CSU**-Fraktionen stets älter als der Durchschnitt aller Abgeordneten.

Wahlperiode	Durchschnittsalter aller Abgeordneten	Abweichungen vom Durchschnittsalter (in Jahren)					
		bei den männlichen Abgeordneten	bei den weiblichen Abgeordneten	bei den Abg. der CDU/CSU-Fraktion	bei den Abg. der SPD-Fraktion	bei den Abg. der FDP-Fraktion	bei den sonstigen Abgeordneten
1. WP 1949–53	50,0	± 0	+ 0,3	+ 1,5	– 0,7	+ 0,8	– 2,1
2. WP 1953–57	50,9	± 0	+ 0,5	+ 0,9	– 1,6	+ 1,4	– 0,7
3. WP 1957–61	51,8	– 0,2	+ 2,1	+ 0,9	– 1,2	– 0,9	– 0,4
4. WP 1961–65	52,3	– 0,2	+ 2,5	+ 1,3	– 1,3	– 1,2	–
5. WP 1965–69	50,9	– 0,2	+ 3,2	+ 0,4	– 0,6	+ 0,5	–
6. WP 1969–72	49,0	– 0,3	+ 4,0	+ 0,9	– 1,2	+ 1,7	–
7. WP 1972–76	46,6	– 0,2	+ 3,0	+ 1,0	– 0,8	– 1,3	–
8. WP 1976–80	47,3	– 0,1	+ 0,7	+ 0,1	± 0	– 1,0	–
9. WP 1980–83	47,0	± 0	+ 0,3	+ 0,4	– 0,2	– 0,9	–
10. WP 1983–87	48,1	+ 0,2	– 1,8	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,4	– 8,0 ¹⁾
11. WP 1987–90	49,3	+ 0,6	– 3,3	+ 1,6	– 0,2	+ 1,3	– 9,0 ¹⁾
12. WP 1990–94	48,7	+ 0,8	– 3,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	– ²⁾
13. WP 1994–	49,1	+ 0,9	– 2,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 2,4	– ³⁾

¹⁾ Abgeordnete der Fraktion Die Grünen

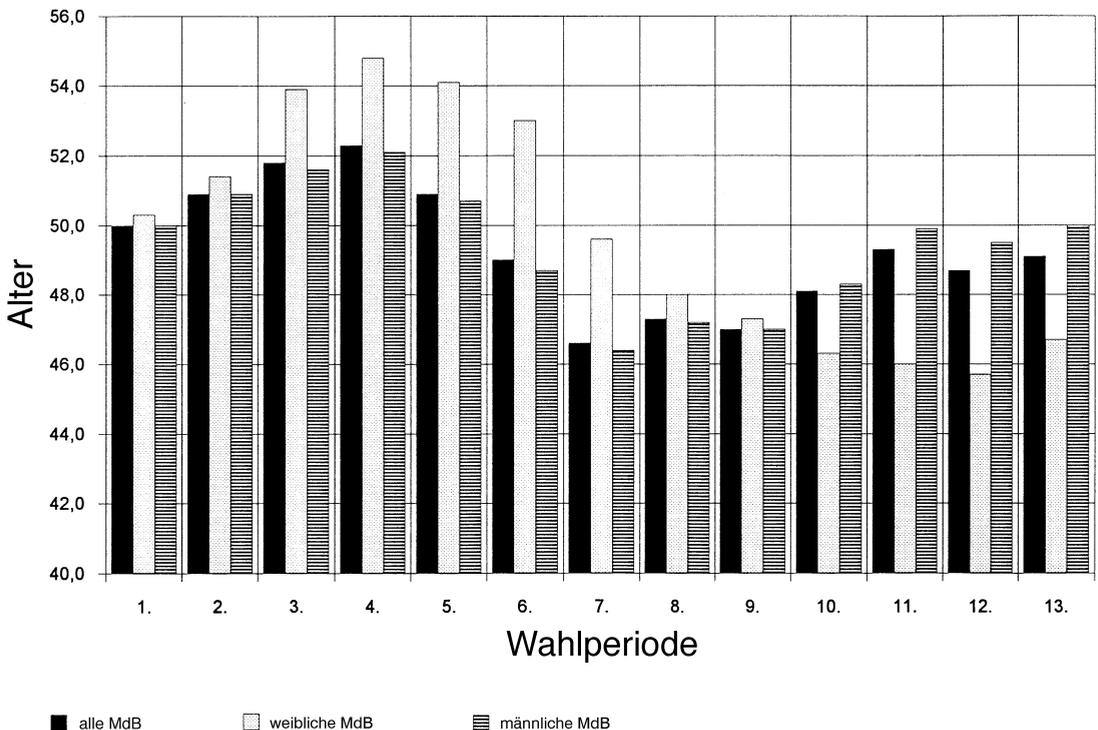
²⁾ Bei der Gruppe PDS/Linke Liste beträgt die Abweichung vom Durchschnitt –5,4 Jahre und bei der Gruppe Bündnis 90/Grüne ebenfalls –5,4 Jahre.

³⁾ Bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beträgt die Abweichung vom Durchschnitt –7,4 Jahre und bei der Gruppe PDS –0,7 Jahre.

- Dagegen lag das Eintrittsalter der **SPD**-Abgeordneten von der 1. bis zur 7. Wahlperiode unter dem Durchschnitt, seither schwankt es.
- Die stärkste Abweichung vom Durchschnitt weisen die Abgeordneten der **Grünen** auf: –8,0 Jahre in der 10. und –9,0 Jahre in der 11. Wahlperiode. Die (ostdeutsche) Gruppe **Bündnis 90/Die Grünen** in der 12. Wahlperiode lag – ebenso wie die Gruppe **PDS/LL** – 5,4 Jahre unter dem Durchschnitt, die gesamtdeutsche Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** in der 13. Wahlperiode 7,4 Jahre darunter.
- Die Durchschnittswerte für die **FDP**-Abgeordneten schwanken während des gesamten Zeitraums; eine Tendenz zu einem überdurchschnittlichen Eintrittsalter ihrer Abgeordneten zeichnet sich seit der 10. Wahlperiode ab.

Weiterhin fällt auf, wie stark die Höhe des Durchschnittsalters sich auf die Zahl der während einer Wahlperiode verstorbenen Abgeordneten auswirkt. Der 7. Bundestag mit dem bisher niedrigsten Durchschnittsalter verlor zehn Abgeordnete durch Tod, der 4. Bundestag mit dem höchsten Durchschnittsalter 35 Abgeordnete. Offenbar wird die Statistik aber auch durch das Ansteigen der allgemeinen Lebenserwartung beeinflusst, denn in der 9. und 12. Wahlperiode mit einem höheren Durchschnittsalter als in der 7. Wahlperiode verstarben auch nur neun bzw. zehn Abgeordnete während ihrer Mandatszeit.

Die folgende Grafik veranschaulicht, inwieweit das Durchschnittsalter der weiblichen und männlichen Abgeordneten vom Durchschnittsalter aller Mitglieder des Bundestages abweicht.



Hinweis

Zur Volkskammer der ehemaligen DDR siehe im einzelnen Kapitel 28.

3.3 Die ältesten und jüngsten Abgeordneten

In der folgenden Aufstellung*) sind von jeder Wahlperiode jeweils die zehn ältesten und die zehn jüngsten Mitglieder des Bundestages mit Parteizugehörigkeit und Geburtsdatum angegeben (Stand: Beginn der Wahlperiode).

1. Wahlperiode (1949–53)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Paul Löbe</i> (SPD)	* 14. 12. 1875
<i>Konrad Adenauer</i> (CDU)	* 5. 1. 1876
<i>Heinrich Leuchtgens</i> (NR)	* 31. 10. 1876
<i>Wilhelm Laforet</i> (CSU)	* 19. 11. 1877
<i>Otto Pannenbecker</i> (Z)	* 4. 3. 1879
<i>Matthäus Herrmann</i> (SPD)	* 8. 6. 1879
<i>Adolf Ahrens</i> (DP)	* 17. 9. 1879
<i>Bernhard Raestrup</i> (CDU)	* 25. 1. 1880
<i>Eduard Edert</i> (CDU)	* 31. 8. 1880
<i>Helene Weber</i> (CDU)	* 17. 3. 1881

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Hans Löfflad</i> (WAV)	* 1. 8. 1922
<i>Adolf von Thadden</i> (NR)	* 7. 7. 1921
<i>Helmut Bazille</i> (SPD)	* 19. 11. 1920
<i>Arthur Grundmann</i> (FDP)	* 23. 3. 1920
<i>Siegfried Bärsch</i> (SPD)	* 14. 2. 1920
<i>Kurt Schmücker</i> (CDU)	* 10. 11. 1919
<i>Ludwig Volkholz</i> (BP)	* 1. 3. 1919
<i>Gerhard Ribbeheger</i> (Z)	* 27. 11. 1918
<i>Anton Freiherr von Aretin</i> (BP)	* 15. 8. 1918
<i>Günter Goetzendorff</i> (WAV)	* 11. 3. 1917

2. Wahlperiode (1953–57)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Konrad Adenauer</i> (CDU)	* 5. 1. 1876
<i>Marie-Elisabeth Lüders</i> (FDP)	* 25. 6. 1878
<i>Bernhard Raestrup</i> (CDU)	* 25. 1. 1880
<i>Robert Pferdmenges</i> (CDU)	* 27. 3. 1880
<i>Helene Weber</i> (CDU)	* 17. 3. 1881
<i>Josef Ferdinand Kleindinst</i> (CSU)	* 20. 10. 1881
<i>Josef Brönnner</i> (CDU)	* 12. 5. 1884
<i>Karl Müller</i> (CDU)	* 29. 7. 1884
<i>Fritz Neumayer</i> (FDP)	* 29. 7. 1884
<i>Fritz Schuler</i> (CDU)	* 12. 4. 1885

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Karl Wienand</i> (SPD)	* 15. 12. 1926
<i>Hermann Schmitt</i> (SPD) ¹⁾	* 31. 1. 1923
<i>Kurt Neubauer</i> (SPD)	* 30. 9. 1922
<i>Ludwig Franz</i> (CSU)	* 30. 8. 1922
<i>Trudel Meyer</i> (SPD)	* 18. 6. 1922
<i>Karl Herold</i> (SPD)	* 6. 11. 1921
<i>Fritz Heinrich</i> (SPD)	* 8. 2. 1921
<i>Helmut Bazille</i> (SPD)	* 19. 11. 1920
<i>Ernst Majonica</i> (CDU)	* 29. 10. 1920
<i>Wolfgang Stammberger</i> (FDP)	* 14. 7. 1920

1) 1960 Namensänderung von *Schmitt* (Vockenhausen) in *Schmitt-Vockenhausen*

3. Wahlperiode (1957–61)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Konrad Adenauer</i> (CDU)	* 5. 1. 1876
<i>Marie-Elisabeth Lüders</i> (FDP)	* 25. 6. 1878
<i>Robert Pferdmenges</i> (CDU)	* 27. 3. 1880
<i>Helene Weber</i> (CDU)	* 17. 3. 1881
<i>Josef Brönnner</i> (CDU)	* 12. 5. 1884
<i>Peterheinrich Kirchhoff</i> (CDU)	* 6. 6. 1885
<i>Hans Jahn</i> (SPD)	* 29. 8. 1885
<i>Heinrich Höcker</i> (SPD)	* 15. 4. 1886
<i>Ferdinand Friedensburg</i> (CDU)	* 17. 11. 1886
<i>Jakob Diel</i> (CDU)	* 8. 12. 1886

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Holger Börner</i> (SPD)	* 7. 2. 1931
<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	* 29. 9. 1928
<i>Ulrich Lohmar</i> (SPD)	* 30. 4. 1928
<i>Hans Iven</i> (SPD)	* 25. 3. 1928
<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	* 10. 9. 1927
<i>Helmut Wendelborn</i> (CDU)	* 19. 12. 1926
<i>Karl Wienand</i> (SPD)	* 15. 12. 1926
<i>Egon Höhmann</i> (SPD)	* 29. 9. 1926
<i>Klaus Schütz</i> (SPD)	* 17. 9. 1926
<i>Heinrich Gewandt</i> (CDU)	* 21. 5. 1926

*) Quelle: Parlamentsarchiv und Tagungsbüro

4. Wahlperiode (1961–65)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Konrad Adenauer</i> (CDU)	* 5. 1. 1876
<i>Robert Pferdmenges</i> (CDU)	* 27. 3. 1880
<i>Helene Weber</i> (CDU)	* 17. 3. 1881
<i>Ferdinand Friedensburg</i> (CDU)	* 17. 11. 1886
<i>Emmi Welter</i> (CDU)	* 7. 8. 1887
<i>Max Brauer</i> (SPD)	* 3. 9. 1887
<i>Wilhelm Hoegner</i> (SPD)	* 23. 9. 1887
<i>Wilhelm Nieberg</i> (CDU)	* 11. 12. 1887
<i>Emilie Kiep-Altenloh</i> (FDP)	* 30. 7. 1888
<i>Georg Baron Manteuffel-Szoegé</i> (CDU)	* 7. 3. 1889

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Gottfried Arnold</i> (CDU)	* 10. 2. 1933
<i>Franz Weigl</i> (CSU)	* 31. 10. 1932
<i>Dietrich-Wilhelm Rollmann</i> (CDU)	* 23. 1. 1932
<i>Holger Börner</i> (SPD)	* 7. 2. 1931
<i>Günter Biermann</i> (SPD)	* 25. 1. 1931
<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	* 29. 9. 1928
<i>Adolf Bieringer</i> (CDU)	* 29. 8. 1928
<i>Ulrich Lohmar</i> (SPD)	* 30. 4. 1928
<i>Hans Iven</i> (SPD)	* 25. 3. 1928
<i>Walter Althammer</i> (CSU)	* 12. 3. 1928

5. Wahlperiode (1965–69)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Konrad Adenauer</i> (CDU)	* 5. 1. 1876
<i>Arthur Enk</i> (CDU)	* 15. 7. 1894
<i>Hermann Conring</i> (CDU)	* 4. 11. 1894
<i>William Borm</i> (FDP)	* 7. 7. 1895
<i>Heinrich Krone</i> (CDU)	* 1. 12. 1895
<i>Heinrich Stooß</i> (CDU)	* 14. 4. 1896
<i>Fritz Walter</i> (FDP)	* 30. 8. 1896
<i>Wenzel Jaksch</i> (SPD)	* 25. 9. 1896
<i>Carlo Schmid</i> (SPD)	* 3. 12. 1896
<i>Wilhelm Brese</i> (CDU)	* 28. 12. 1896

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Martin Wendt</i> (SPD)	* 24. 3. 1935
<i>Konrad Porzner</i> (SPD)	* 4. 2. 1935
<i>Günther Müller</i> (SPD)	* 27. 9. 1934
<i>Manfred Wörner</i> (CDU)	* 24. 9. 1934
<i>Ursula Krips</i> (SPD)	* 15. 2. 1933
<i>Gottfried Arnold</i> (CDU)	* 10. 2. 1933
<i>Bernhard Vogel</i> (CDU)	* 19. 12. 1932
<i>Franz Weigl</i> (CSU)	* 31. 10. 1932
<i>Hansjörg Häfele</i> (CDU)	* 6. 3. 1932
<i>Hans Apel</i> (SPD)	* 25. 2. 1932

6. Wahlperiode (1969–72)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>William Borm</i> (FDP)	* 7. 7. 1895
<i>Carlo Schmid</i> (SPD)	* 3. 12. 1896
<i>Ludwig Erhard</i> (CDU)	* 4. 2. 1897
<i>Ernst Lemmer</i> (CDU)	* 28. 4. 1898
<i>Georg Schulhoff</i> (CDU)	* 1. 12. 1898
<i>Erwin Schoettle</i> (SPD)	* 18. 10. 1899
<i>Fritz Burgbacher</i> (CDU)	* 1. 9. 1900
<i>Hans Müthling</i> (SPD)	* 8. 7. 1901
<i>Karl Bechert</i> (SPD)	* 23. 8. 1901
<i>Walter Hallstein</i> (CDU)	* 17. 11. 1901

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Dieter Schulte</i> (CDU)	* 9. 6. 1941
<i>Volker Hauff</i> (SPD)	* 9. 8. 1940
<i>Björn Engholm</i> (SPD)	* 9. 11. 1939
<i>Peter Würtz</i> (SPD)	* 6. 9. 1939
<i>Georg Gölder</i> (CDU)	* 22. 12. 1938
<i>Roelf Heyen</i> (SPD)	* 12. 12. 1938
<i>Ferdinand Breidbach</i> (CDU)	* 3. 5. 1938
<i>Fritz-Joachim Gnädinger</i> (SPD)	* 18. 4. 1938
<i>Rainer Offergeld</i> (SPD)	* 26. 12. 1937
<i>Rudolf Seiters</i> (CDU)	* 13. 10. 1937

Hinweise

Das an Jahren älteste oder, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied des Bundestages ist Alterspräsident. Dieser führt in der ersten Plenarsitzung den Vorsitz, bis der neugewählte Präsident oder einer seiner Stellvertreter das Amt übernimmt. Vgl. hierzu Abschnitt 4.8.

Die jüngsten Funktionsinhaber im Bundestag und in der Bundesregierung sind im Abschnitt 3.23 zusammengestellt.

7. Wahlperiode (1972–76)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Ludwig Erhard</i> (CDU)	* 4. 2. 1897
<i>Fritz Burgbacher</i> (CDU)	* 1. 9. 1900
<i>Alex Möller</i> (SPD)	* 26. 4. 1903
<i>Johann Baptist Gradl</i> (CDU)	* 25. 3. 1904
<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU)	* 6. 4. 1904
<i>Fritz Kempfler</i> (CSU)	* 6. 12. 1904
<i>Johannes Müller</i> (CDU)	* 5. 8. 1905
<i>Curt Becker</i> (CDU)	* 7. 8. 1905
<i>Herbert Wehner</i> (SPD)	* 11. 7. 1906
<i>Ernst Schellenberg</i> (SPD)	* 20. 2. 1907

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Andreas von Schoeler</i> (FDP)	* 4. 7. 1948
<i>Helmut Sauer</i> (CDU)	* 24. 12. 1945
<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	* 15. 7. 1945
<i>Uwe Holtz</i> (SPD)	* 19. 3. 1944
<i>Heiner Möller</i> (CDU)	* 22. 11. 1943
<i>Manfred Coppik</i> (SPD)	* 1. 11. 1943
<i>Herta Däubler-Gmelin</i> (SPD)	* 12. 8. 1943
<i>Peter Büchner</i> (SPD)	* 5. 3. 1943
<i>Manfred Carstens</i> (CDU)	* 23. 2. 1943
<i>Heinz Schreiber</i> (SPD)	* 24. 11. 1942

8. Wahlperiode (1976–80)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Ludwig Erhard</i> (CDU)	* 4. 2. 1897
<i>Johann Baptist Gradl</i> (CDU)	* 25. 3. 1904
<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU)	* 6. 4. 1904
<i>Johannes Müller</i> (CDU)	* 5. 8. 1905
<i>Herbert Wehner</i> (SPD)	* 11. 7. 1906
<i>Adolf Scheu</i> (SPD)	* 26. 4. 1907
<i>Kurt Mattick</i> (SPD)	* 27. 6. 1908
<i>Lauritz Lauritzen</i> (SPD)	* 20. 1. 1910
<i>Gerhard Schröder</i> (CDU)	* 11. 9. 1910
<i>Wolfgang Schwabe</i> (SPD)	* 12. 10. 1910

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Matthias Wissmann</i> (CDU)	* 15. 4. 1949
<i>Andreas von Schoeler</i> (FDP)	* 4. 7. 1948
<i>Reinhard Ueberhorst</i> (SPD)	* 24. 4. 1948
<i>Gerd Langguth</i> (CDU)	* 18. 5. 1946
<i>Helmut Sauer</i> (CDU)	* 24. 12. 1945
<i>Ekkehart Eymer</i> (CDU)	* 22. 9. 1945
<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP)	* 9. 9. 1945
<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	* 15. 7. 1945
<i>Hans-Joachim Hoffmann</i> (SPD)	* 12. 2. 1945
<i>Klaus Gärtner</i> (FDP)	* 10. 1. 1945

9. Wahlperiode (1980–83)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Herbert Wehner</i> (SPD)	* 11. 7. 1906
<i>Franz Amrehn</i> (CDU)	* 23. 11. 1912
<i>Egon Franke</i> (SPD)	* 11. 4. 1913
<i>Willy Brandt</i> (SPD)	* 18. 12. 1913
<i>Hans Georg Schachtschabel</i> (SPD)	* 16. 3. 1914
<i>R. Martin Schmidt</i> (SPD)	* 16. 6. 1914
<i>Herbert Czaja</i> (CDU)	* 5. 11. 1914
<i>Herbert Hupka</i> (CDU)	* 15. 8. 1915
<i>Adolf Müller</i> (CDU)	* 13. 5. 1916
<i>Richard Stücklen</i> (CSU)	* 20. 8. 1916

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Hermann Fellner</i> (CSU)	* 20. 12. 1950
<i>Alfred Sauter</i> (CSU)	* 3. 8. 1950
<i>Paul Breuer</i> (CDU)	* 25. 6. 1950
<i>Horst Seehofer</i> (CSU)	* 4. 7. 1949
<i>Wolfgang Rayer</i> (SPD)	* 12. 5. 1949
<i>Matthias Wissmann</i> (CDU)	* 15. 4. 1949
<i>Joachim Poß</i> (SPD)	* 27. 12. 1948
<i>Norbert Lammert</i> (CDU)	* 16. 11. 1948
<i>Andreas von Schoeler</i> (FDP)	* 4. 7. 1948
<i>Reinhard Ueberhorst</i> (SPD)	* 24. 4. 1948

Hinweise

Im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Wahlalters hat das Jungwählerverhalten besonderes Interesse gefunden, das mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik ermittelt werden kann. Zur Wahlbeteiligung der Jungwähler vgl. Abschnitt 1.10.

Zur Auswirkung der Herabsetzung der Wählbarkeit auf die Altersgliederung des Bundestages vgl. Abschnitt 3.1.

10. Wahlperiode (1983–87)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Egon Franke</i> (SPD)	* 11. 4. 1913
<i>Willy Brandt</i> (SPD)	* 18. 12. 1913
<i>R. Martin Schmidt</i> (SPD)	* 16. 6. 1914
<i>Herbert Czaja</i> (CDU)	* 5. 11. 1914
<i>Herbert Hupka</i> (CDU)	* 15. 8. 1915
<i>Adolf Müller</i> (CDU)	* 13. 5. 1916
<i>Richard Stücklen</i> (CSU)	* 20. 8. 1916
<i>Werner Dollinger</i> (CSU)	* 10. 10. 1918
<i>Helmut Schmidt</i> (SPD)	* 23. 12. 1918
<i>Gerhard Schulze</i> (CDU)	* 1. 9. 1919

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Gabriele Gottwald</i> (Die Grünen)	* 8. 7. 1955
<i>Gabriele Potthast</i> (Die Grünen)	* 3. 6. 1955
<i>Hubert Kleinert</i> (Die Grünen)	* 19. 4. 1954
<i>Dieter Drabiniok</i> (Die Grünen)	* 3. 3. 1954
<i>Reinhard Göhner</i> (CDU)	* 16. 1. 1953
<i>Christa Nickels</i> (Die Grünen)	* 29. 7. 1952
<i>Otto Hauser</i> (CDU)	* 11. 7. 1952
<i>Marieluise Beck-Oberdorf</i> (Die Grünen)	* 25. 6. 1952
<i>Hermann Fellner</i> (CSU)	* 20. 12. 1950
<i>Alfred Sauter</i> (CSU)	* 3. 8. 1950

11. Wahlperiode (1987–90)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Willy Brandt</i> (SPD)	* 18. 12. 1913
<i>Herbert Czaja</i> (CDU)	* 5. 11. 1914
<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	* 6. 9. 1915
<i>Richard Stücklen</i> (CSU)	* 20. 8. 1916
<i>Werner Dollinger</i> (CSU)	* 10. 10. 1918
<i>Gerhard Schulze</i> (CDU)	* 1. 9. 1919
<i>Annemarie Renger</i> (SPD)	* 7. 10. 1919
<i>Lieselotte Berger</i> (CDU)	* 13. 11. 1920
<i>Uwe Ronneburger</i> (FDP)	* 23. 11. 1920
<i>Alfred Dregger</i> (CDU)	* 10. 12. 1920

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Verena Krieger</i> (Die Grünen)	* 18. 10. 1961
<i>Uwe Hüser</i> (Die Grünen)	* 21. 8. 1958
<i>Angelika Beer</i> (Die Grünen)	* 24. 5. 1957
<i>Gerald Häfner</i> (Die Grünen)	* 3. 11. 1956
<i>Michael Weiss</i> (Die Grünen)	* 10. 6. 1956
<i>Thomas Wüppesahl</i> (Die Grünen)	* 9. 7. 1955
<i>Bärbel Rust</i> (Die Grünen)	* 22. 4. 1955
<i>Imma Hillerich</i> (Die Grünen)	* 23. 5. 1954
<i>Hubert Kleinert</i> (Die Grünen)	* 19. 4. 1954
<i>Reinhard Göhner</i> (CDU)	* 16. 1. 1953

12. Wahlperiode (1990–94)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Willy Brandt</i> (SPD)	* 18. 12. 1913
<i>Alfred Dregger</i> (CDU)	* 10. 12. 1920
<i>Karl-Heinz Spilker</i> (CSU)	* 3. 5. 1921
<i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)	* 29. 9. 1921
<i>Hermann Schwörer</i> (CDU)	* 1. 5. 1922
<i>Hans Stercken</i> (CDU)	* 2. 9. 1923
<i>Rudolf Sprung</i> (CDU)	* 16. 9. 1925
<i>Josef Grünbeck</i> (FDP)	* 17. 9. 1925
<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	* 3. 2. 1926
<i>Roswitha Wisniewski</i> (CDU)	* 23. 9. 1926

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Hans Martin Bury</i> (SPD)	* 5. 4. 1966
<i>Claudia Nolte</i> (CDU)	* 7. 2. 1966
<i>Birgit Homburger</i> (FDP)	* 11. 4. 1965
<i>Iris Gleicke</i> (SPD)	* 18. 7. 1964
<i>Petra Bläss</i> (PDS/LL)	* 12. 6. 1964
<i>Jürgen Augustinowitz</i> (CDU)	* 10. 6. 1964
<i>Steffen Kampeter</i> (CDU)	* 18. 4. 1963
<i>Cornelia Yzer</i> (CDU)	* 28. 7. 1961
<i>Christoph Matschie</i> (SPD)	* 15. 7. 1961
<i>Sigrid Hoth</i> (FDP)	* 8. 3. 1961

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

13. Wahlperiode (1994–)

Die zehn ältesten Mitglieder

<i>Stefan Heym</i> (PDS)	* 10. 4. 1913
<i>Alfred Dregger</i> (CDU)	* 10. 12. 1920
<i>Heinrich Graf von Einsiedel</i> (PDS)	* 26. 7. 1921
<i>Gerhard Zwerenz</i> (PDS)	* 3. 6. 1925
<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	* 20. 12. 1926
<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	* 21. 3. 1927
<i>Hans Gottfried Bernrath</i> (SPD)	* 5. 7. 1927
<i>Uwe-Jens Heuer</i> (PDS)	* 11. 7. 1927
<i>Dionys Jobst</i> (CSU)	* 5. 9. 1927
<i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)	* 20. 9. 1928

Die zehn jüngsten Mitglieder

<i>Matthias Berninger</i> (Bündnis 90/Grüne)	* 31. 1. 1971
<i>Steffi Lemke</i> (Bündnis 90/Grüne)	* 19. 1. 1968
<i>Simone Probst</i> (Bündnis 90/Grüne)	* 3. 12. 1967
<i>Steffen Tippach</i> (PDS)	* 18. 11. 1967
<i>Hans Martin Bury</i> (SPD)	* 5. 4. 1966
<i>Claudia Nolte</i> (CDU)	* 7. 2. 1966
<i>Cem Özdemir</i> (Bündnis 90/Grüne)	* 21. 12. 1965
<i>Eckart von Klaeden</i> (CDU)	* 18. 11. 1965
<i>Norbert Röttgen</i> (CDU)	* 2. 7. 1965
<i>Birgit Homburger</i> (FDP)	* 11. 4. 1965

3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag

Daten zur Mandatsdauer der Abgeordneten lassen Schlußfolgerungen darüber zu, inwieweit die personelle Mobilität des Bundestages im Laufe der Wahlperiode gesunken oder gestiegen ist. Unter folgenden Aspekten wird die Dauer der Mitgliedschaft hier näher aufgeschlüsselt:

- mittlere Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten (in Jahren) zu Beginn und am Ende der Wahlperioden (Seiten 571–572)*),
- Mitgliedschaft der Abgeordneten seit den einzelnen Wahlperioden (Anciennitätsgruppen) (Seiten 573–579)*),
- Zahl und Anteil der neuen Abgeordneten in einer jeden Wahlperiode (Seiten 579–581)*),
- Wiederwahlhäufigkeit der Abgeordneten (Seiten 582–583)**),
- Mitglieder des Bundestages, die schon dem 1. Bundestag angehört haben (Seiten 583–584).
- Abgeordnete mit mindestens 25jähriger Mandatszeit im Bundestag (Seiten 584–588)**),

Aus methodischen Gründen weichen die Angaben für die 9. und 10. Wahlperiode im vorliegenden **Datenhandbuch** geringfügig von Angaben in früheren Ausgaben ab. Dort bezogen sich die Daten auf den Stand am Tag der Wahl; nunmehr entsprechen sie dem Stand bei Konstituierung des neuen

*) Quellen:

Für die 1.–6. Wahlperiode sind die Tabellen errechnet nach *Heino Kaack*, Personelle Mobilität des Deutschen Bundestages 1949–1969. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 2. 1971. H. 4. S. 387–418;

für die 7. und 8. Wahlperiode wurden die Daten aus dem Archiv Parteien-Jahrbuch von *Heino Kaack* freundlicherweise übermittelt;

für die 9. Wahlperiode: *Heino Kaack*, Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages – ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 165–203;

für die 10. und 11. Wahlperiode wurden die Daten von *Heino Kaack* und *Klaus G. Troitzsch* freundlicherweise aus der Abgeordnetendatenbank des Seminars für Politikwissenschaft der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz zur Verfügung gestellt; vgl. auch *Heino Kaack*, Zur Abgeordnetensoziologie des Deutschen Bundestages: Zugehörigkeitsdauer und Altersschichtung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 169–187;

für die 12. und 13. Wahlperiode: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Referat Datenbanken, Programmentwicklung, Bearbeiter: *Dieter Adam*.

- ***) Verwaltung des Deutschen Bundestages, Referat Datenbanken, Programmentwicklung (zuvor: Gruppe Datenverarbeitung)

Bundestages, d. h. Veränderungen beispielsweise wegen Nichtannahme des Mandats sind berücksichtigt.

Mittlere Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten*)

Die mittlere Zugehörigkeitsdauer aller Mitglieder des Bundestages **zu Beginn der Wahlperioden** schwankte in den Wahljahren von 1961 bis 1980 zwischen 5,7 und 6,8 Jahren; wegen der geringen Zahl von Parlamentsneulingen in den Wahljahren 1983 und 1987 – trotz des Eintritts der Fraktion der GRÜNEN in den Bundestag! – stieg die Zugehörigkeitsdauer im Durchschnitt auf 7,2 bzw. 8,2 Jahre. Erst zu Beginn der 12. und 13. Wahlperiode ist die durchschnittliche Mandatszeit aller Abgeordneten wieder auf 6,2 Jahre gesunken, verursacht zum ersten durch die zusätzlichen Abgeordneten aus den neuen Bundesländern und zum zweiten durch den hohen Anteil neuer Abgeordneter auch aus den alten Bundesländern.

Am Ende der Wahlperioden schwankte die mittlere Zugehörigkeitsdauer aller Abgeordneten von 1965 bis 1980 zwischen 8,9 und 10,0 Jahren. Infolge der vorzeitigen Auflösung des 9. Bundestages fiel zwar die mittlere Zugehörigkeitsdauer 1983 geringfügig auf 8,7 Jahre, stieg danach aber wegen der geringen Fluktuation um so mehr auf 10,5 Jahre am Ende der 10. Wahlperiode 1987. Das Absinken der mittleren Mandatszeit zum Ende der 11. Wahlperiode erklärt sich aus dem Einzug der 144 von der Volkskammer der DDR in den Bundestag gewählten Abgeordneten; deren Zugehörigkeitsdauer konnte im Dezember 1990 einheitlich nicht mehr als knapp drei Monate betragen. Diese am 3. Oktober 1990 eingetretenen Abgeordneten (einschließlich eine Nachrückerin) beeinflussen insbesondere die Berechnung für die CDU, weil aus methodischen Gründen die der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (zum Teil „als Gast“) beigetretenen Abgeordneten insgesamt der Partei CDU zugerechnet wurden.

Bei den Daten für die 1. bis 3. Wahlperiode wirkt sich noch aus, daß der Bundestag erst seit 1949 besteht. Ab 4. Wahlperiode werden die Zeitangaben vergleichbar, so daß man sagen kann, daß die mittlere Zugehörigkeitsdauer – von den oben genannten Sonderfällen abgesehen – zwischen 5,7 und 6,8 Jahren am Anfang und zwischen 8,9 und 10,0 Jahren am Ende der einzelnen Wahlperiode schwankt.

Die folgenden zwei Tabellen geben die mittlere Zugehörigkeitsdauer aller Abgeordneten zum Bundestag in Jahren zu Beginn und am Ende der Wahlperiode an sowie die Abweichungen davon bei den Abgeordneten der einzelnen Parteien.

*) Quellen siehe Fußnote auf Seite 570.

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Zugehörigkeitsdauer zu Beginn der Wahlperioden

Zugehörigkeitsdauer (in Jahren)	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
Abgeordnete insgesamt	1,94	4,03	5,73	6,60	6,41	5,56	6,70	6,82	7,17	8,17	6,19	6,16
Abgeordnete der SPD	+ 0,37	+ 0,56	+ 0,14	+ 0,03	– 0,48	– 0,28	+ 0,34	+ 0,22	+ 0,85	+ 0,30	+ 0,18	– 0,19
Abgeordnete der CDU	– 0,02	– 0,13	+ 0,54	– 0,01	+ 0,14	– 0,10	– 0,73	– 0,19	– 0,45	– 0,65	– 0,08	+ 0,66
Abgeordnete der CSU	– 0,46	– 0,30	+ 0,43	+ 0,69	+ 1,01	+ 2,48	+ 1,65	+ 1,25	+ 1,98	+ 3,72	+ 2,68	+ 3,81
Abgeordnete der FDP	+ 0,48	– 1,47	– 2,35	– 0,80	+ 1,12	– 0,81	– 1,06	– 1,52	+ 0,44	– 0,48	– 0,19	+ 1,69
Abgeordnete der Grünen	–	–	–	–	–	–	–	–	– 7,17	– 7,59	–	–
sonstige Abgeordnete	– 1,20	+ 0,40	–	–	–	–	–	–	–	–	– 5,92 ¹⁾	– 4,89 ²⁾

1) Gruppe PDS/LL und Gruppe Bündnis 90/Grüne

2) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe der PDS

Zugehörigkeitsdauer am Ende der Wahlperioden

Zugehörigkeitsdauer (in Jahren)	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Abgeordnete insgesamt	3,70	5,59	7,66	8,89	10,01	8,84	9,08	9,96	8,70	10,52	9,05	9,69
Abgeordnete der SPD	+ 0,01	+ 0,37	+ 0,34	– 0,01	– 0,15	– 0,34	– 0,38	+ 0,51	+ 0,43	+ 1,30	+ 1,08	+ 0,16
Abgeordnete der CDU	+ 0,10	– 0,13	– 0,02	+ 0,68	+ 0,15	+ 0,16	+ 0,05	– 0,55	– 0,34	– 0,57	– 0,15	– 0,12
Abgeordnete der CSU	+ 0,20	– 0,28	– 0,10	+ 0,11	+ 1,15	+ 1,04	+ 2,96	+ 1,24	+ 0,91	+ 1,71	+ 5,46	+ 3,07
Abgeordnete der FDP	– 0,18	– 0,15	– 1,46	– 2,17	– 1,08	– 0,19	– 1,06	– 1,74	– 1,71	+ 0,44	+ 0,44	– 0,13
sonstige Abgeordnete	– 0,11	– 0,26	+ 2,74	+ 3,11	–	–	– 6,57	+ 0,85	+ 3,89	– 8,53	– 6,64	– 5,26

Mitgliedschaft der Abgeordneten seit den einzelnen Wahlperioden (Anciennitätsgruppen)

Unter „Anciennität“ wird hier das „Dienstalter“ der Abgeordneten verstanden, gemessen am Zeitpunkt ihres erstmaligen Eintritts in den Bundestag. Dazu ist im folgenden angegeben, inwieweit die Abgeordneten schon in den zurückliegenden Wahlperioden dem Bundestag angehört haben. Diese Angaben sind sowohl für den Bundestag insgesamt als auch gesondert für die seit 1949 im Bundestag vertretenen Parteien SPD, CDU, CSU und FDP erstellt worden, und zwar jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent. Ab der 11. bzw. 12. Wahlperiode sind auch Die Grünen und die PDS berücksichtigt.

Aus den Übersichten ergeben sich folgende Auffälligkeiten bei den „Anciennitätsgruppen“:

- Der 2. Bundestag setzte sich je zur Hälfte aus neuen Abgeordneten und Abgeordneten seit der 1. Wahlperiode zusammen;
- der 3. Bundestag setzte sich je zu einem Drittel aus neuen Abgeordneten sowie Abgeordneten seit der 1. bzw. 2. Wahlperiode zusammen;
- der 4. Bundestag setzte sich je zu einem Viertel aus neuen Abgeordneten sowie aus Abgeordneten seit der 1., 2. bzw. 3. Wahlperiode zusammen.

Seit dem 5. Bundestag ist eine derart gleichmäßige Verteilung der verschiedenen Anciennitätsgruppen nur noch zum Teil zu beobachten. Sie gilt im übrigen auch nur für den Bundestag insgesamt. Zum Teil erhebliche Abweichungen sind festzustellen, wenn man die Anciennitätsgruppen der einzelnen im Bundestag vertretenen Parteien miteinander vergleicht. Hierbei kommen Unterschiede in der Kandidatenauslese ebenso zum Ausdruck wie die Schwankungen der Wahlergebnisse.

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- als weibliche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 3.11),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsvorstandsmitgliedern, Bundesministern und parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- als ostdeutsche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 7.7).

Bundestag insgesamt

	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
MdB (in Zahlen)												
– seit 1. WP	262	184	125	70	34	13	11	6	4	3	1	0
– seit 2. WP	–	166	114	77	38	19	9	5	5	4	0	0
– seit 3. WP	–	–	134	94	59	34	15	9	9	6	3	1
– seit 4. WP	–	–	–	118	81	47	29	12	9	2	0	0
– seit 5. WP	–	–	–	–	117	90	68	46	31	17	6	2
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	146	114	88	61	47	29	15
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	131	112	94	77	52	22
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	112	101	82	60	32
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	114	102	82	61
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	69	58	51
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	136	102
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	183
MdB (in %)												
– seit 1. WP	51,5	35,4	24,0	13,5	6,6	2,5	2,1	1,2	0,8	0,6	0,2	0,0
– seit 2. WP	–	32,0	21,9	14,9	7,4	3,7	1,7	1,0	1,0	0,8	0,0	0,0
– seit 3. WP	–	–	25,7	18,1	11,4	6,6	2,9	1,7	1,7	1,2	0,5	0,1
– seit 4. WP	–	–	–	22,7	15,6	9,0	5,6	2,3	1,7	0,4	0,0	0,0
– seit 5. WP	–	–	–	–	22,6	17,4	13,1	8,9	6,0	3,3	0,9	0,3
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	28,2	22,0	16,9	11,7	9,1	4,4	2,2
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	25,3	21,6	18,1	14,8	7,9	3,3
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	21,6	19,4	15,8	9,1	4,8
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	21,9	19,7	12,4	9,1
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	13,3	8,8	7,6
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	20,5	15,2
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	27,2

Abgeordnete der CDU

	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
Gesamtzahl der Abgeordneten der CDU	198	222	201	202	201	186	201	185	202	185	268	244
davon (in Zahlen) MdB												
– seit 1. WP	100	72	54	30	14	5	4	0	0	0	0	0
– seit 2. WP	–	75	48	27	13	5	3	2	2	2	0	0
– seit 3. WP	–	–	53	38	25	14	5	2	3	2	2	1
– seit 4. WP	–	–	–	34	22	12	7	3	2	0	0	0
– seit 5. WP	–	–	–	–	52	38	27	23	15	9	3	1
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	46	39	28	20	16	9	7
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	48	39	34	26	18	7
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	49	45	39	27	13
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	45	38	32	22
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	34	35	26
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	49	34
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	74
davon (in %) MdB												
– seit 1. WP	50,5	32,4	26,9	14,9	7,0	2,7	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
– seit 2. WP	–	32,8	23,9	13,4	6,5	2,7	1,5	1,1	1,0	1,1	0,0	0,0
– seit 3. WP	–	–	26,4	18,8	12,4	7,6	2,5	1,1	1,5	1,1	0,7	0,4
– seit 4. WP	–	–	–	16,9	11,0	6,4	3,5	1,6	1,0	0,0	0,0	0,0
– seit 5. WP	–	–	–	–	25,9	20,4	13,4	12,4	7,4	4,9	1,1	0,4
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	24,7	19,4	15,1	9,9	8,6	3,4	2,9
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	23,9	21,1	16,8	14,1	6,7	2,9
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	26,5	22,3	21,1	10,1	5,3
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	22,3	20,5	11,9	9,0
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	18,4	13,1	10,7
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	18,3	13,9
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	30,3

Abgeordnete der CSU

	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
Gesamtzahl der Abgeordneten der CSU	52	55	50	49	49	48	53	52	53	49	51	50
davon (in Zahlen) MdB												
– seit 1. WP	18	12	8	4	3	3	3	2	1	2	0	0
– seit 2. WP	–	26	19	13	9	5	3	1	1	1	0	0
– seit 3. WP	–	–	13	8	4	4	1	1	1	1	0	0
– seit 4. WP	–	–	–	8	7	5	4	2	2	1	0	0
– seit 5. WP	–	–	–	–	7	7	6	3	1	1	1	0
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	16	15	13	13	11	8	4
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	6	5	5	3	2	2
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	13	15	11	8	7
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	13	11	8	7
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	3	3
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	7	7
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	14
davon (in %) MdB												
– seit 1. WP	34,6	21,8	16,0	8,2	6,1	6,3	5,7	3,8	1,9	4,1	0,0	0,0
– seit 2. WP	–	47,2	38,0	26,5	18,4	10,4	5,7	1,9	1,9	2,0	0,0	0,0
– seit 3. WP	–	–	26,0	16,3	8,2	8,3	1,9	1,9	1,9	2,0	0,0	0,0
– seit 4. WP	–	–	–	16,3	14,2	10,4	7,6	3,8	3,8	2,0	0,0	0,0
– seit 5. WP	–	–	–	–	14,2	14,6	11,4	5,8	1,9	2,0	2,0	0,0
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	33,4	28,3	25,0	24,5	22,4	15,7	8,0
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	11,4	9,6	9,4	6,1	3,9	4,0
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	25,0	28,3	22,4	15,7	14,0
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	24,5	22,4	15,7	14,0
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2,0	5,9	6,0
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	13,7	14,0
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	28,0

Abgeordnete der SPD

	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
Gesamtzahl der Abgeordneten der SPD	162	181	203	217	237	242	224	228	202	193	239	252
davon (in Zahlen) MdB												
– seit 1. WP	101	82	56	33	16	5	4	4	3	1	1	0
– seit 2. WP	–	51	40	33	14	8	3	2	2	1	0	0
– seit 3. WP	–	–	45	36	22	13	8	5	4	2	0	0
– seit 4. WP	–	–	–	58	44	24	14	5	4	1	0	0
– seit 5. WP	–	–	–	–	53	42	32	17	13	6	1	0
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	79	57	44	25	17	9	3
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	61	52	45	37	24	9
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	39	34	25	19	10
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	49	44	35	27
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	18	16	13
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	54	44
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	72
davon (in %) MdB												
– seit 1. WP	62,3	45,3	27,6	15,2	6,8	2,0	1,7	1,8	1,5	0,5	0,4	0,0
– seit 2. WP	–	28,2	19,7	15,2	5,9	3,4	1,3	0,9	1,0	0,5	0,0	0,0
– seit 3. WP	–	–	22,2	15,7	9,3	5,3	3,5	2,2	2,0	1,0	0,0	0,0
– seit 4. WP	–	–	–	26,7	18,5	9,9	6,2	2,2	2,0	0,5	0,0	0,0
– seit 5. WP	–	–	–	–	22,4	17,3	14,3	7,5	6,4	3,1	0,4	0,0
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	32,6	25,4	19,3	12,4	8,8	3,8	1,2
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	27,3	22,8	22,3	19,2	10,0	3,6
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	17,1	16,8	12,9	7,9	3,9
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	24,3	22,7	14,6	10,7
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,3	6,7	5,1
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	22,6	17,5
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	28,6

Abgeordnete der FDP

	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
Gesamtzahl der Abgeordneten der FDP	53	43	67	50	31	42	40	54	35	48	79	47
davon (in Zahlen) MdB												
– seit 1. WP	35	10	7	3	1	0	0	0	0	0	0	0
– seit 2. WP	–	10	7	4	2	1	0	0	0	0	0	0
– seit 3. WP	–	–	23	14	8	3	1	1	1	1	1	0
– seit 4. WP	–	–	–	18	8	6	4	2	1	0	0	0
– seit 5. WP	–	–	–	–	5	3	3	3	2	1	1	1
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	5	3	3	3	3	3	1
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	16	16	10	11	8	4
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	11	7	7	6	2
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	7	9	7	5
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5	4	2
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	13	6
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	17
davon (in %) MdB												
– seit 1. WP	66,0	23,3	10,5	6,0	3,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
– seit 2. WP	–	23,3	10,5	8,0	6,4	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
– seit 3. WP	–	–	34,4	28,0	25,8	7,1	2,5	1,9	2,9	2,1	1,3	0,0
– seit 4. WP	–	–	–	36,0	25,8	14,3	10,0	3,7	2,9	0,0	0,0	0,0
– seit 5. WP	–	–	–	–	16,1	7,1	7,5	5,6	5,7	2,1	1,3	2,1
– seit 6. WP	–	–	–	–	–	11,9	7,5	5,6	8,6	6,3	3,8	2,1
– seit 7. WP	–	–	–	–	–	–	40,0	29,6	28,6	22,9	10,1	8,5
– seit 8. WP	–	–	–	–	–	–	–	20,4	20,0	14,6	7,6	4,3
– seit 9. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	20,0	18,8	8,9	10,6
– seit 10. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	10,4	5,1	4,3
– seit 11. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	16,5	12,8
– seit 12. WP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	36,2

Abgeordnete der GRÜNEN

	11. WP ¹⁾ 1987–90	12. WP ²⁾ 1990–94	13. WP ³⁾ 1994–
Gesamtzahl der Abgeordneten der GRÜNEN	44	8	49
davon (in Zahlen) MdB			
– seit 10. WP	11	–	7
– seit 11. WP	–	3	7
– seit 12. WP	–	–	1
davon (in %) MdB			
– seit 10. WP	25,0	–	14,3
– seit 11. WP	–	37,5	14,3
– seit 12. WP	–	–	2,0

¹⁾ westdeutsche Partei DIE GRÜNEN

²⁾ ostdeutsche Listenvereinigung Bündnis 90/Die Grünen

³⁾ gesamtdeutsche Partei Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Abgeordnete der PDS/LL bzw. PDS

	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
Gesamtzahl der Abgeordneten der PDS	17	30
davon (in Zahlen) MdB		
– seit 11. WP	10	4
– seit 12. WP	–	5
davon (in %) MdB		
– seit 11. WP	58,8	13,3
– seit 12. WP	–	16,7

Zahl und Anteil der neuen Abgeordneten*)

Zwischen 1961 und 1980 schwankte die Zahl der neuen Abgeordneten zu Beginn der Wahlperiode zwischen 132 und 156, was einem Anteil zwischen 22,6% und 30,1% bzw. einem Durchschnittswert von rund 25% entsprach.

Nach der verkürzten 9. Wahlperiode sank der Anteil der 1983 in den 10. Bundestag gewählten neuen Abgeordneten auf 17,7%. Obwohl allein 28 Abgeordnete der GRÜNEN als Vertreter einer neuen Partei in das Parlament einzogen, betrug die Gesamtzahl der Parlamentsneulinge nur 92, wobei die CSU mit nur einem neuen Abgeordneten die absolut geringste Zahl aufwies.

*) Quellen siehe Fußnote auf Seite 570.

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der neuen Abgeordneten insgesamt ¹⁾	410	245	159	131	132	156	145
– davon Abg. der SPD	136	61	46	54	54	77	64
– davon Abg. der CDU	117	97	71	39	58	57	54
– davon Abg. der CSU	24	34	16	9	11	16	6
– davon Abg. der FDP	53	17	22	29	9	6	20
– davon Abg. der GRÜNEN ²⁾	–	–	–	–	–	–	–
– davon Abg. der PDS	–	–	–	–	–	–	–
– davon sonstige Abg.	80	36	4	–	–	–	–
Anteil der neuen Abgeordneten insgesamt (in %) ¹⁾	100,0	48,1	30,6	25,1	25,5	30,1	28,0
– Abg. der SPD (in %)	100,0	37,7	25,4	26,6	24,9	32,5	26,4
– Abg. der CDU (in %)	100,0	49,0	32,0	19,4	28,7	28,4	29,0
– Abg. der CSU (in %)	100,0	65,4	29,1	18,0	22,4	32,7	12,5
– Abg. der FDP (in %)	100,0	32,1	51,2	43,3	18,0	19,3	47,6
– Abg. der GRÜNEN ²⁾ (in %)	–	–	–	–	–	–	–
– Abg. der PDS ³⁾ (in %)	–	–	–	–	–	–	–
– sonstige Abg. (in %)	100,0	80,0	23,5	–	–	–	–

Auch zum Beginn der 11. Wahlperiode lag – mit einem Anteil von nur 21,2% – die Zahl der neuen Abgeordneten unter dem Durchschnitt der früheren Wahlperioden.

Dafür stieg der Anteil der neuen Abgeordneten um so mehr zu Beginn der 12. Wahlperiode auf die Rekordquote von 35,5%, die nur noch von der 2. Wahlperiode (1953–57) mit 48,1% und natürlich von der 1. Wahlperiode des Bundestages (1949–53) mit 100% übertroffen wird. Zwei Faktoren haben nicht ganz unerwartet zu diesem Ergebnis geführt: Erstens der hohe Anteil von Abgeordneten, die in den alten Bundesländern nicht wieder für den 12. Bundestag kandidiert haben, und zweitens der hohe Anteil neuer Abgeordneter aus den neuen Bundesländern (wobei freilich Parlamentarier nicht mehr zu „Neulingen“ zu zählen waren, die schon dem 11. Bundestag ab 3. Oktober 1990 für knapp drei Monate angehört haben).

Die zum Teil erheblichen Abweichungen bei den Abgeordneten der einzelnen Fraktionen erklären sich überwiegend mit Schwankungen der Mandatszahlen auf Grund der Wahlergebnisse, aber auch mit unterschiedlichen Entwicklungen in der innerparteilichen Generationenstruktur. Eine Beson-

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

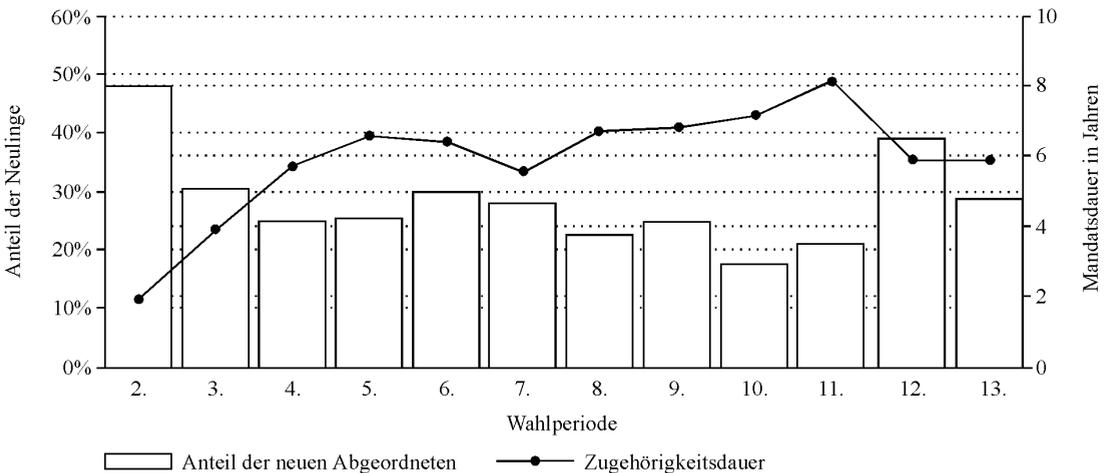
Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
117	129	92	110	235	203
37	60	23	41	80	74
57	39	36	19	93	59
13	12	1	6	14	6
10	18	4	11	36	9
–	–	28	33	5	34
–	–	–	–	7	21
–	–	–	–	–	–
22,6	24,9	17,7	21,2	35,5	30,2
16,5	26,3	11,4	21,2	33,5	29,4
28,4	21,1	17,8	10,3	34,7	24,2
24,5	23,1	1,9	12,2	27,5	12,0
25,0	33,3	11,4	22,9	45,6	19,1
–	–	100,0	75,0	62,5	69,4
–	–	–	–	41,2	70,0
–	–	–	–	–	–

- 1) Stand zu Beginn der Wahlperiode
- 2) 10. und 11. Wahlperiode: westdeutsche Partei DIE GRÜNEN,
12. Wahlperiode: ostdeutsche Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne,
13. Wahlperiode: gesamtdeutsche Partei Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)
- 3) 12. Wahlperiode: PDS/Linke Liste

derheit ist bei der CSU ab der 12. Wahlperiode zu berücksichtigen: Sie ist die einzige Partei, die nicht auch in den neuen Bundesländern kandidiert hat.

In der folgenden Grafik sind der Anteil der neuen Abgeordneten und die durchschnittliche Mandatsdauer zu Beginn der Wahlperiode kombiniert worden.*) Auch wenn die Daten keinen einheitlichen Trend erkennen lassen, so zeigt sich erwartungsgemäß zumindest die gegenseitige Abhängigkeit beider Merkmale: Je höher der Anteil der Neulinge, desto geringer die durchschnittliche Mandatsdauer.



*) Quelle für die 2.–11. Wahlperiode: *Hilke Rebenstorf*, Gesellschaftliche Interessenpräsentation und politische Integration. In: *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie*. Hrsg. von *Dietrich Herzog*, *Hilke Rebenstorf* und *Bernhard Weßels*. Opladen 1993. S. 69.

Wiederwahlhäufigkeit der Abgeordneten*)

Die Mitgliedschaft im Parlament für nur eine Wahlperiode gehört seit Bestehen des Bundestages zur Ausnahme, die einmalige oder mehrmalige Wiederwahl ist dagegen immer mehr zur Regel geworden. Deutlich wird diese Entwicklung an den sogenannten „Wiederwahlquoten“. Diese geben an, inwieweit Abgeordnete, die dem Bundestag in einer bestimmten Wahlperiode erstmals angehört haben, einmal oder mehrmals wiedergewählt worden sind.

Der Anstieg der Wiederwahlquoten der Abgeordneten zwischen 1949 und 1990 geht aus den folgenden zwei Tabellen hervor.

Die erste Tabelle gibt den Prozentsatz der ein- oder mehrmaligen Wiederwahl der Parlamentsneulinge einer jeden Wahlperiode getrennt nach der Häufigkeit an. So ist beispielsweise erkennbar, daß von den 117 neuen Abgeordneten der 8. Wahlperiode nur 12,0% einmal, 13,7% dagegen zweimal, 18,8% dreimal usw. wiedergewählt wurden. In der 3. Wahlperiode lag der Anteil der nur einmal Wiedergewählten mehr als doppelt so hoch.

MdB seit Beginn der ...	1.WP 1949	2.WP 1953	3.WP 1957	4.WP 1961	5.WP 1965	6.WP 1969	7.WP 1972	8.WP 1976	9.WP 1980	10.WP 1983	11.WP 1987	12.WP 1990
Zahl der Neulinge ¹⁾	410	245	159	131	132	156	145	117	130	91	110	235
davon (in %) nicht wieder gewählt	40,0	34,7	18,9	22,9	16,7	17,3	9,7	9,4	13,1	25,3	29,1	24,7
davon (in %) wieder gewählt ²⁾ :												
– einmal	17,3	14,7	26,4	23,7	18,9	14,7	16,6	12,0	10,0	16,5	22,7	75,3
– zweimal	12,9	16,7	18,9	21,4	16,7	20,5	13,1	13,7	19,2	15,4	48,2	–
– dreimal	12,9	17,1	14,5	11,5	15,9	14,1	15,2	18,8	16,9	42,9	–	–
– viermal	9,0	9,4	10,1	12,2	10,6	7,7	13,8	23,1	40,8	–	–	–
– fünfmal	5,1	3,7	5,7	3,1	10,6	9,6	19,3	23,1	–	–	–	–
– sechsmal	0,2	2,0	0,6	4,6	7,6	7,7	12,4	–	–	–	–	–
– siebenmal	1,2	0,0	2,5	0,8	2,3	8,3	–	–	–	–	–	–
– achtmal	0,5	0,4	1,9	0,0	0,8	–	–	–	–	–	–	–
– neunmal	0,5	1,2	0,6	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–
– zehnmal	0,2	0,0	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– elfmal	0,0	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– zwölfmal	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

1) Berücksichtigt sind nur Abgeordnete, die zu Beginn einer Wahlperiode erstmals in den Bundestag gewählt wurden, d. h. Nachrücker und der Wiedereintritt ehemaliger Abgeordneter nach Unterbrechung sind in den Zahlen **nicht** enthalten.

2) Hierbei sind auch Nachrücker berücksichtigt.

*) Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Referat Datenbanken, Programmentwicklung.

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

In der zweiten Tabelle werden die Prozentzahlen kumuliert dargestellt, so daß die Häufigkeitsangaben als „mindestens“ zu lesen sind.)*

Lesbeispiel: Von den 145 Parlamentsneulingen der 7. Wahlperiode (1972) wurden bisher 90,4% mindestens einmal, 73,8% mindestens zweimal, 60,7% mindestens dreimal, 45,5% mindestens viermal, 31,7% mindestens fünfmal, 12,4% mindestens sechsmal wiedergewählt. Von den 245 Parlamentsneulingen der 2. Wahlperiode (1953) sind dagegen nur 33,8% mindestens dreimal, 16,7% mindestens viermal und 7,3% mindestens fünfmal wiedergewählt worden.

MdB seit Beginn der ...	1.WP 1949	2.WP 1953	3.WP 1957	4.WP 1961	5.WP 1965	6.WP 1969	7.WP 1972	8.WP 1976	9.WP 1980	10.WP 1983	11.WP 1987	12.WP 1990
Zahl der Neulinge ¹⁾	410	245	159	131	132	156	145	117	130	91	110	235
davon (in %) wieder gewählt ²⁾ :												
mindestens ...												
– einmal	59,8	65,2	81,2	77,3	83,4	82,6	90,4	90,7	86,9	74,8	70,9	75,3
– zweimal	42,5	50,5	54,8	53,6	64,5	67,9	73,8	78,7	76,9	58,3	48,2	–
– dreimal	29,6	33,8	35,9	32,2	47,8	47,4	60,7	65,0	57,7	42,9	–	–
– viermal	16,7	16,7	21,4	20,7	31,9	33,3	45,5	46,2	40,8	–	–	–
– fünfmal	7,7	7,3	11,3	8,5	21,3	25,6	31,7	23,1	–	–	–	–
– sechsmal	2,6	3,6	5,6	5,4	10,7	16,0	12,4	–	–	–	–	–
– siebenmal	2,4	1,6	5,0	0,8	3,1	8,3	–	–	–	–	–	–
– achtmal	1,2	1,6	2,5	0,0	0,8	–	–	–	–	–	–	–
– neunmal	0,7	1,2	0,6	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–
– zehnmal	0,2	0,0	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– elfmal	0,0	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– zwölfmal	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

1) Berücksichtigt sind nur Abgeordnete, die zu Beginn einer Wahlperiode erstmals in den Bundestag gewählt wurden, d. h. Nachrücker und der Wiedereintritt ehemaliger Abgeordneter nach Unterbrechung sind in den Zahlen **nicht** enthalten.

2) Hierbei sind auch Nachrücker berücksichtigt.

Mitglieder des Bundestages, die schon dem 1. Bundestag angehört haben

Ab der 9. Wahlperiode sind es folgende Abgeordnete, die dem Deutschen Bundestag (teilweise mit Unterbrechungen) seit der 1. Wahlperiode angehört haben. Mit dem Tod von *Willy Brandt* während der 12. Wahlperiode bricht die Aufstellung ab.

*) Aus methodischen Gründen weichen die Angaben im vorliegenden *Datenhandbuch* geringfügig von den Angaben in den ersten *Datenhandbüchern* ab. Dort bezogen sich die Daten auf den Stand am Tag der Wahl; nunmehr entsprechen sie dem Stand bei Konstituierung des neuen Bundestages, d. h. Veränderungen beispielsweise wegen Nichtannahme des Mandats sind berücksichtigt.

Wahlperiode	Name	Partei	Eintritt in den Bundestag	Unterbrechung der Mandatszeit
9. WP 1980–83	<i>Willy Brandt</i>	SPD	1949	3. WP, 4. WP (27. 12. 1961 bis Ende), 5. WP
	<i>Egon Franke</i>	SPD	1951	
	<i>R. Martin Schmidt</i>	SPD	1949	
	<i>Richard Stücklen</i>	CSU	1949	
	<i>Herbert Wehner</i>	SPD	1949	
10. WP 1983–87	<i>Willy Brandt</i>	SPD	1949	wie zuvor
	<i>Egon Franke</i>	SPD	1951	
	<i>R. Martin Schmidt</i>	SPD	1949	
	<i>Richard Stücklen</i>	CSU	1949	
11. WP 1987–90	<i>Willy Brandt</i>	SPD	1949	wie zuvor
	<i>Richard Stücklen</i>	CSU	1949	
	<i>Franz Josef Strauß¹⁾</i>	CSU	1949	
12. WP 1990–94	<i>Willy Brandt²⁾</i>	SPD	1949	wie zuvor

¹⁾ in der 1. Wahlperiode MdB unter dem Namen *Franz Strauß*; in der 11. Wahlperiode MdB nur bis 19. März 1987

²⁾ während der 12. Wahlperiode am 8. Oktober 1992 verstorben

Abgeordnete mit mindestens 25jähriger Mandatszeit im Bundestag

Die folgenden Abgeordneten waren oder sind im Verlauf der angegebenen Wahlperiode jeweils **mindestens** 25 Jahre Mitglied des Bundestages:*)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Name des Abgeordneten, Partei	MdB seit
7. WP (1972–76) ¹⁾	1	<i>Erhard, Ludwig</i> (CDU)	1949 (1. WP)
	2	<i>Franke, Egon</i> (SPD)	1951 (1. WP, nachgerückt)
	3	<i>Götz, Hermann</i> (CDU)	1949 (1. WP)
	4	<i>Jaeger, Richard</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	5	<i>Lange, Erwin</i> (SPD)	1949 (1. WP)
	6	<i>Mende, Erich</i> (CDU)	1949 (1. WP)
	7	<i>Schmidt, R. Martin</i> (SPD)	1949 (1. WP)
	8	<i>Schröder, Gerhard</i> (CDU)	1949 (1. WP)
	9	<i>Strauß, Franz Josef</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	10	<i>Stücklen, Richard</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	11	<i>Wehner, Herbert</i> (SPD)	1949 (1. WP)

¹⁾ Kurz vor Erreichen der 25jährigen Mandatszeit sind aus dem Bundestag ausgeschieden: *Ernst Müller-Hermann* (CDU), MdB vom 1. 1. 1952 bis 13. 12. 1976, sowie *Ernst Schellenberg* (SPD), MdB vom 1. 2. 1952 bis 13. 12. 1976.

*) Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Referat Datenbanken, Programmentwicklung (zuvor Gruppe Datenverarbeitung)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Name des Abgeordneten, Partei	MdB seit
8. WP (1976–80)	1	<i>Czaja, Herbert</i> (CDU)	1953 (2. WP)
	2	<i>Dollinger, Werner</i> (CSU)	1953 (2. WP)
	3	<i>Erhard, Ludwig</i> (CDU)	1949 (1. WP)
	4	<i>Franke, Egon</i> (SPD)	1951 (1. WP, nachgerückt)
	5	<i>Jaeger, Richard</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	6	<i>Josten, Johann Peter</i> (CDU)	1953 (2. WP)
	7	<i>Lange, Erwin</i> (SPD)	1949 (1. WP)
	8	<i>Lücker, Hans August</i> (CSU)	1953 (2. WP)
	9	<i>Mattick, Kurt</i> (SPD)	1953 (2. WP)
	10	<i>Mende, Erich</i> (CDU)	1949 (1. WP)
	11	<i>Müller-Hermann, Ernst</i> (CDU)	1952 (1. WP, nachgerückt)
	12	<i>Renger, Annemarie</i> (SPD)	1953 (2. WP)
	13	<i>Schmidt, R. Martin</i> (SPD)	1949 (1. WP)
	14	<i>Schmitt-Vockenhausen, Hermann</i> (SPD)	1953 (2. WP)
	15	<i>Schröder, Gerhard</i> (CDU)	1949 (1. WP)
	16	<i>Starke, Heinz</i> (CSU)	1953 (2. WP)
	17	<i>Strauß, Franz Josef</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	18	<i>Stücklen, Richard</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	19	<i>Wehner, Herbert</i> (SPD)	1949 (1. WP)
9. WP (1980–83)	1	<i>Barzel, Rainer</i> (CDU)	1957 (3. WP)
	2	<i>Czaja, Herbert</i> (CDU)	1953 (2. WP)
	3	<i>Dollinger, Werner</i> (CSU)	1953 (2. WP)
	4	<i>Franke, Egon</i> (SPD)	1951 (1. WP, nachgerückt)
	5	<i>Jahn, Gerhard</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	6	<i>Junghans, Hans-Jürgen</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	7	<i>Leber, Georg</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	8	<i>Mischnick, Wolfgang</i> (FDP)	1957 (3. WP)
	9	<i>Renger, Annemarie</i> (SPD)	1953 (2. WP)
	10	<i>Rohde, Helmut</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	11	<i>Schmidt, Helmut</i> (SPD)	1953 (2. WP, mit Unterbrechung)
	12	<i>Schmidt, R. Martin</i> (SPD)	1949 (1. WP)
	13	<i>Schwörer, Hermann</i> (CDU)	1958 (3. WP, nachgerückt)
	14	<i>Stücklen, Richard</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	15	<i>Wehner, Herbert</i> (SPD)	1949 (1. WP)
	16	<i>Windelen, Heinrich</i> (CDU)	1957 (3. WP)
	17	<i>Wischniewski, Hans-Jürgen</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	18	<i>Zimmermann, Friedrich</i> (CSU)	1957 (3. WP, mit Unterbrechung)
10. WP (1983–87)	1	<i>Althammer, Walter</i> (CSU)	1961 (4. WP)
	2	<i>Barzel, Rainer</i> (CDU)	1957 (3. WP)
	3	<i>Brandt, Willy</i> (SPD)	1949 (1. WP, mit Unterbrechungen)
	4	<i>Czaja, Herbert</i> (CDU)	1953 (2. WP)
	5	<i>Dollinger, Werner</i> (CSU)	1953 (2. WP)
	6	<i>Ertl, Josef</i> (FDP)	1961 (4. WP)
	7	<i>Franke, Egon</i> (SPD)	1951 (1. WP, nachgerückt)
	8	<i>Jahn, Gerhard</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	9	<i>Junghans, Hans-Jürgen</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	10	<i>Lemmrich, Karl Heinz</i> (CSU)	1961 (4. WP)
	11	<i>Matthöfer, Hans</i> (SPD)	1961 (4. WP)
	12	<i>Mischnick, Wolfgang</i> (FDP)	1957 (3. WP)
	13	<i>Müller, Adolf</i> (CDU)	1961 (4. WP)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Name des Abgeordneten, Partei	MdB seit
noch: 10. WP	14	<i>Müller-Emmert, Adolf</i> (SPD)	1961 (4. WP)
	15	<i>Renger, Annemarie</i> (SPD)	1953 (2. WP)
	16	<i>Rohde, Helmut</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	17	<i>Schmidt, Helmut</i> (SPD)	1953 (2. WP, mit Unterbrechung)
	18	<i>Schmidt, R. Martin</i> (SPD)	1949 (1. WP)
	19	<i>Schwörer, Hermann</i> (CDU)	1958 (3. WP, nachgerückt)
	20	<i>Stücklen, Richard</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	21	<i>Windelen, Heinrich</i> (CDU)	1957 (3. WP)
	22	<i>Wischnewski, Hans-Jürgen</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	23	<i>Zimmermann, Friedrich</i> (CSU)	1957 (3. WP, mit Unterbrechung)
11. WP (1987–90)	1	<i>Abelein, Manfred</i> (CDU)	1965 (5. WP)
	2	<i>Apel, Hans</i> (SPD)	1965 (5. WP)
	3	<i>Brandt, Willy</i> (SPD)	1949 (1. WP, mit Unterbrechungen)
	4	<i>Brück, Alwin</i> (SPD)	1965 (5. WP)
	5	<i>Buschfort, Hermann</i> (SPD)	1965 (5. WP)
	6	<i>Czaja, Herbert</i> (CDU)	1953 (2. WP)
	7	<i>Dollinger, Werner</i> (CSU)	1953 (2. WP)
	8	<i>Genscher, Hans-Dietrich</i> (FDP)	1965 (5. WP)
	9	<i>Haar, Ernst</i> (SPD)	1965 (5. WP)
	10	<i>Häfele, Hansjörg</i> (CDU)	1965 (5. WP)
	11	<i>Jahn, Gerhard</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	12	<i>Lemmrich, Karl Heinz</i> (CSU)	1961 (4. WP)
	13	<i>Mischnick, Wolfgang</i> (FDP)	1957 (3. WP)
	14	<i>Müller, Günther</i> (CSU)	1965 (5. WP)
	15	<i>Porzner, Konrad</i> (SPD)	1962 (4. WP, nachgerückt, mit Unterbrechung)
	16	<i>Rawe, Wilhelm</i> (CDU)	1965 (5. WP)
	17	<i>Renger, Annemarie</i> (SPD)	1953 (2. WP)
	18	<i>Schwörer, Hermann</i> (CDU)	1958 (3. WP, nachgerückt)
	19	<i>Stark, Anton</i> (CDU)	1965 (5. WP)
	20	<i>Strauß, Franz Josef</i> (CSU)	1949 (1. WP, mit Unterbrechung)
	21	<i>Stücklen, Richard</i> (CSU)	1949 (1. WP)
	22	<i>Westphal, Heinz</i> (SPD)	1965 (5. WP)
	23	<i>Windelen, Heinrich</i> (CDU)	1957 (3. WP)
	24	<i>Wischnewski, Hans-Jürgen</i> (SPD)	1957 (3. WP)
	25	<i>Wörner, Manfred</i> (CDU)	1965 (5. WP)
	26	<i>Zimmermann, Friedrich</i> (CSU)	1957 (3. WP, mit Unterbrechung)
	27	<i>Zink, Otto</i> (CDU)	1965 (5. WP)
12. WP (1990–94)	1	<i>Becker, Helmuth</i> (SPD)	1969 (6. WP)
	2	<i>Brandt, Willy</i> (SPD)	1949 (1. WP, mit Unterbrechungen)
	3	<i>Bülow, Andreas von</i> (SPD)	1969 (6. WP)
	4	<i>Ehmke, Horst</i> (SPD)	1969 (6. WP)
	5	<i>Esters, Helmut</i> (SPD)	1969 (6. WP)
	6	<i>Genscher, Hans-Dietrich</i> (FDP)	1965 (5. WP)
	7	<i>Grüner, Martin</i> (FDP)	1969 (6. WP)
	8	<i>Horn, Erwin</i> (SPD)	1969 (6. WP)
	9	<i>Jobst, Dionys</i> (CSU)	1969 (6. WP)
	10	<i>Kiechle, Ignaz</i> (CSU)	1969 (6. WP)
	11	<i>Kleinert, Detlef</i> (FDP)	1969 (6. WP)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Name des Abgeordneten, Partei	MdB seit
noch: 12. WP	12	<i>Lenzer, Christian</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	13	<i>Mischnick, Wolfgang</i> (FDP)	1957 (3. WP)
	14	<i>Müller, Günther</i> (CSU)	1965 (5. WP)
	15	<i>Pfeifer, Anton</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	16	<i>Probst, Albert</i> (CSU)	1969 (6. WP)
	17	<i>Rawe, Wilhelm</i> (CDU)	1965 (5. WP)
	18	<i>Reddemann, Gerhard</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	19	<i>Riedl, Erich</i> (CSU)	1969 (6. WP)
	20	<i>Schmude, Jürgen</i> (SPD)	1969 (6. WP)
	21	<i>Schneider, Oscar</i> (CSU)	1969 (6. WP)
	22	<i>Schulte, Dieter</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	23	<i>Schwörer, Hermann</i> (CDU)	1958 (3. WP, nachgerückt)
	24	<i>Seiters, Rudolf</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	25	<i>Sperling, Dietrich</i> (SPD)	1969 (6. WP)
	26	<i>Spilker, Karl-Heinz</i> (CSU)	1969 (6. WP)
	27	<i>Sprung, Rudolf</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	28	<i>Stoltenberg, Gerhard</i> (CDU)	1957 (3. WP, mit Unterbrechung)
	29	<i>Susset, Egon</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	30	<i>Vogel, Friedrich</i> (CDU)	1965 (5. WP, mit Unterbrechung)
	31	<i>Vogt, Wolfgang</i> (CDU)	1969 (6. WP)
32	<i>Warnke, Jürgen</i> (CSU)	1969 (6. WP)	
33	<i>Wüth, Hans de</i> (SPD)	1969 (6. WP)	
13. WP ¹⁾ 1994–	1	<i>Carstens, Manfred</i> (CDU)	1972 (7. WP)
	2	<i>Conradi, Peter</i> (SPD)	1972 (7. WP)
	3	<i>Däubler-Gmelin, Herta</i> (SPD)	1972 (7. WP)
	4	<i>Dregger, Alfred</i> (CDU)	1972 (7. WP)
	5	<i>Gansel, Norbert</i> (SPD)	1972 (7. WP)
	6	<i>Genscher, Hans-Dietrich</i> (FDP)	1965 (5. WP)
	7	<i>Horn, Erwin</i> (SPD)	1969 (6. WP)
	8	<i>Hornhues, Karl-Heinz</i> (CDU)	1972 (7. WP)
	9	<i>Jens, Uwe</i> (SPD)	1972 (7. WP)
	10	<i>Jobst, Dionys</i> (CSU)	1969 (6. WP)
	11	<i>Kleinert, Detlef</i> (FDP)	1969 (6. WP)
	12	<i>Graf Lambsdorff, Otto</i> (FDP)	1972 (7. WP)
	13	<i>Lenzer, Christian</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	14	<i>Möllemann, Jürgen W.</i> (FDP)	1972 (7. WP)
	15	<i>Penner, Willfried</i> (SPD)	1972 (7. WP)
	16	<i>Pfeifer, Anton</i> (CDU)	1969 (6. WP)
17	<i>Probst, Albert</i> (CSU)	1969 (6. WP)	
18	<i>Rappe, Hermann</i> (SPD)	1972 (7. WP)	
19	<i>Riedl, Erich</i> (CSU)	1969 (6. WP)	
20	<i>Schäuble, Wolfgang</i> (CDU)	1972 (7. WP)	
21	<i>Schluckebier, Günter</i> (SPD)	1972 (7. WP)	
22	<i>Schmitz, Hans Peter</i> (CDU)	1972 (7. WP)	
23	<i>Schulte, Dieter</i> (CDU)	1969 (6. WP)	
24	<i>Seiters, Rudolf</i> (CDU)	1969 (6. WP)	
25	<i>Sperling, Dietrich</i> (SPD)	1969 (6. WP)	
26	<i>Spranger, Carl-Dieter</i> (CSU)	1972 (7. WP)	

¹⁾ Stand: Beginn der Wahlperiode; bei dieser Aufstellung wird von einer regulären Dauer der 13. Wahlperiode bis voraussichtlich Ende Oktober 1998 ausgegangen.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Name des Abgeordneten, Partei	MdB seit
noch: 13. WP	27	<i>Stoltenberg, Gerhard</i> (CDU)	1957 (3. WP, mit Unterbrechung)
	28	<i>Susset, Egon</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	29	<i>Urbaniak, Hans-Eberhard</i> (SPD)	1970 (6. WP, nachgerückt)
	30	<i>Vogt, Wolfgang</i> (CDU)	1969 (6. WP)
	31	<i>Waffenschmidt, Horst</i> (CDU)	1972 (7. WP)
	32	<i>Waigel, Theodor</i> (CSU)	1972 (7. WP)
	33	<i>Warnke, Jürgen</i> (CSU)	1969 (6. WP)
	34	<i>Wittmann, Fritz</i> (CSU)	1971 (6. WP, nachgerückt, mit Unterbrechung)

3.5 Herkunft der Abgeordneten

Bei der statistischen Aufgliederung der Geburtsorte der Abgeordneten interessierte in den ersten Wahlperioden überwiegend, den Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge im Parlament festzustellen.*) In letzter Zeit sollen die Statistiken Fragen der geographischen Repräsentanz oder auch der „Bindung“ der Parlamentarier an bestimmte Regionen beantworten.**)

*) Nicht immer freilich ist der Anteil der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge methodisch zweifelsfrei ermittelt worden. So sah das Statistische Bundesamt als vertriebene Abgeordnete „annäherungsweise“ alle Personen an, „deren Geburtsort in den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten und im Ausland (!) liegt“. Als Flüchtlinge galten automatisch alle Abgeordneten, die (lange vor der Teilung Deutschlands!) im Gebiet der späteren SBZ bzw. DDR oder des Sowjetsektors von Berlin auf die Welt gekommen sind. Statistiken, bei denen nur Abgeordnete berücksichtigt wurden, die den Vertriebenen ausweis besaßen, sind die Ausnahme. Wegen der Gleichsetzung von Geburtsort und Vertriebenen- oder Flüchtlings-Status nach 1945 wird auf eine derartige Statistik in diesem Abschnitt verzichtet.

**) Vgl. dazu kritisch und differenzierend *Adalbert Hess*: „Solche ‚Bindungen‘ mögen von sehr unterschiedlicher Art und Stärke sein: ein – freilich nie zu unterschätzender – schierer Gedanke an den Geburtsort, Kindheits- und Jugenderinnerungen (auch wenig angenehme, die aber eine Sympathie für die frühere Umgebung nicht ausschließen müssen) oder noch jetzt gepflegte verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen. Inwieweit solche Faktoren auch politisch zur Geltung kommen können, läßt sich schwer abschätzen. Einige ‚emotionale Ressourcen‘ zugunsten des Ostteiles Deutschlands – und damit ein zusätzlicher Antrieb auch für künftige (weitere) Kandidaturen westdeutscher Politiker im Neuländerbereich – dürfen hier wohl vorausgesetzt werden. So sehr aber ein ‚nostalgisches Element‘ u. ä. als Mittel und Kitt zur Pflege menschlicher Beziehungen, auch im Sinne politisch wirksamer Hilfsbereitschaft in einer schwierigen Angleichungszeit, von Nutzen sein mag, darf selbst in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß die Abgeordneten ‚Vertreter des ganzen Volkes‘ sind und daß das freie Mandat auch lokale, regionale und Länderbindungen relativiert.“ (*Adalbert Hess*, Daten und Aspekte zur Sozialstruktur des 12. Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 23. 1992. H. 2. S. 212.)

Hinweise

Im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Wahlalters hat das Jungwählerverhalten besonderes Interesse gefunden, das mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik ermittelt werden kann. Zur Wahlbeteiligung der Jungwähler vgl. Abschnitt 1.10.

Zur Auswirkung der Herabsetzung der Wählbarkeit auf die Altersgliederung des Bundestages vgl. Abschnitt 3.1.

Die Regelungen des Wahlalters sind in Abschnitt 1.4 dargestellt.

Statistik der Geburtsorte der Abgeordneten*)

Auch wenn nicht für alle Wahlperioden die Geburtsorte der Abgeordneten ausgezählt worden sind, so lassen sich doch aus der Statistik auf der folgenden Seite über längere Zeit hinweg gleichbleibende Beobachtungen treffen:

- Bis zur Vereinigung Deutschlands stammten rund drei Viertel der Abgeordneten aus dem Wahlgebiet, d. h. der Bundesrepublik ohne Berlin.
- Rund 5 Prozent der Parlamentarier (mit teilweise erheblichen Schwankungen) stammten aus Berlin, wobei keineswegs alle aus Berlin in den Bundestag entsandten oder ab 1990 gewählten Abgeordneten auch gebürtige Berliner waren oder sind.
- Schon vor Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wiesen 5 bis 6 Prozent der Abgeordneten (Tendenz steigend) einen Geburtsort auf, der auf dem Gebiet des 1949 gegründeten zweiten deutschen Staates lag.
- Mit der Vereinigung Deutschlands ist der Anteil der Abgeordneten mit Geburtsorten, die in den alten Bundesländern liegen, auf 62 bis 65 Prozent gefallen, der Anteil der Geburtsorte in den neuen Bundesländern auf 20 bis 21 Prozent gestiegen.
- Einen schwankenden Anteil zeigt die Rubrik der Abgeordneten mit einem Geburtsort, der 1949 außerhalb der Grenzen von Bundesrepublik und DDR lag, darunter zahlreiche Orte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aber auch Orte im sonstigen Ausland. In dem Maße, wie die Geburtsjahrgänge der Abgeordneten immer mehr in die Zeit nach 1945/49 rücken, werden die Anteile in dieser Rubrik schrumpfen; ein Anfang ist mit der 13. Wahlperiode offenbar gemacht.

*) Quellen:

für die 1., 11. und 13. Wahlperiode: *Datenhandbuch*-Redaktion;

für die 2. Wahlperiode: Die Abgeordneten des 2. Deutschen Bundestages nach Alter und Geschlecht, nach Herkunft und Beruf. In: *Wirtschaft und Statistik*. Jg. 5. N.F. 1953. H. 5. S. 462–464 (ergänzt um die Berliner Abgeordneten);

für die 3. Wahlperiode: Die Abgeordneten des 3. Deutschen Bundestages nach Geschlecht, Alter, Herkunft und Beruf. In: *Wirtschaft und Statistik*. Jg. 9. N.F. 1957. H. 10. S. 538–540 (korrigiert und teilweise umgerechnet);

für die 4. Wahlperiode: *Wolfgang Zapf*, Sozialstruktur deutscher Parlamente. In: *Wahlhandbuch 1965*. Hrsg. von *Fritz Sängler* und *Klaus Liepelt*. Frankfurt/M. 1965. Abschnitt 3.45. S. 6;

für die 6. Wahlperiode: *Alfred-Johannes Rangol*, Die Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages nach Geschlecht und Alter, Herkunft und Beruf. In: *Wirtschaft und Statistik*. Jg. 21. N.F. 1969. H. 11. S. 609–612;

für die 12. Wahlperiode: *Adalbert Hess*, Daten und Aspekte zur Sozialstruktur des 12. Deutschen Bundestages. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 23. 1992. H. 2. S. 201–216.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht).
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Wahlperiode	Zahl der Abgeordneten insgesamt	davon geboren ...							
		im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (bzw. alte Bundesländer – ohne Berlin)		in Berlin (Ost- oder Westteil)		im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (bzw. neue Bundesländer – ohne Berlin)		außerhalb der Grenzen Deutschlands nach 1949	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1. WP 1949–53	410 ¹⁾	305	74,4	14	3,4	24	5,9	61	14,9
2. WP 1953–57	509	368	72,3	29	5,7	28	5,5	84	16,5
3. WP 1957–61	519	399	76,9	25	4,8	30	5,8	65	12,5
4. WP 1961–65	544 ²⁾	410 ³⁾	75,4	27 ³⁾	5,0	31 ³⁾	5,7	70 ³⁾	12,9
5. WP 1965–69	•	•	•	•	•	•	•	•	•
6. WP 1969–72	518	382	73,8	27	5,2	34	6,6	75	14,5
7. WP 1972–76	•	•	•	•	•	•	•	•	•
8. WP 1976–80	•	•	•	•	•	•	•	•	•
9. WP 1980–83	•	•	•	•	•	•	•	•	•
10. WP 1983–87	•	•	•	•	•	•	•	•	•
11. WP 1987–90	519	403	77,6	20	3,9	36	6,9	60	11,6
12. WP 1990–94	662	409	61,8	32	4,8	131	19,8	90	13,6
13. WP 1994–	672	435	64,7	36	5,3	141	21,0	60	8,9

¹⁾ Da von sechs Abgeordneten keine Angaben vorlagen, addieren sich die Prozentzahlen nicht auf 100,0.

²⁾ Die Zahl setzt sich zusammen aus den 521 Mitgliedern des Bundestages zu Beginn der Wahlperiode zuzüglich 23 Nachrückern; da von sechs Abgeordneten keine Angaben vorlagen, addieren sich die Prozentzahlen nicht auf 100,0.

³⁾ einschließlich Nachrücker

Geburtsorte der 1990 in den alten und neuen Ländern gewählten Abgeordneten*)

Die folgende Statistik weist für die Wahl zum 12. Bundestag „die innerdeutsche Verzahnung durch die Herkunft der Abgeordneten“ nach (*Hess*). Auffallendstes Merkmal der Zahlen ist dabei der starke Trend „der Wanderbewegung von Osten nach Westen seit der Endphase des Krieges“. Beispiele:

- Von den 409 in den alten Bundesländern (ohne Berlin) Geborenen sind die allermeisten, nämlich 397, auch hier gewählt worden.
- Von den 131 im Gebiet der neuen Bundesländer (ebenfalls ohne Berlin) Geborenen sind dagegen nur 93 dort gewählt worden, dagegen 30 in den alten Ländern.
- Von den 32 gebürtigen Berlinern sind bei der Wahl 1990 nur 9 auch in Berlin gewählt worden, 18 jedoch „im Westen“.
- Die Lücke zwischen den im Wahlgebiet Geborenen und den dort Gewählten wird durch Abgeordnete gefüllt, die aus Geburtsorten „außerhalb der heutigen Grenzen Deutschlands“ stammen, worunter überwiegend die ehemaligen deutschen Ostgebiete enthalten sind. Dieser „Nachschub aus dem Osten“ fällt in allen Wahlgebieten ins Gewicht, ob in den neuen Bundesländern, Berlin oder den alten Bundesländern.

	Mitglieder des 12. Bundestages					
	insgesamt		davon (Anzahl) Gewählte ...			
	Anzahl	in %	aus den alten Bundesländern (ohne Berlin)	aus Berlin (West)	aus Berlin (Ost)	aus den neuen Bundesländern (ohne Berlin)
Anzahl insgesamt	662	100,0	507	16	12	127 ¹⁾
davon geboren:						
im Gebiet der alten Bundesländer (ohne Berlin)	409	61,8	397	4	0	8
in Berlin (Ost- oder Westteil)	32	4,8	18	6	3	5
im Gebiet der neuen Bundesländer (ohne Berlin)	131	19,8	30	3	5	93
außerhalb der heutigen Grenzen Deutschlands	90	13,6	62	3	4	21

¹⁾ einschließlich 11 Abgeordnete, die vor der Vereinigung Deutschlands ihren Wohnort in der Bundesrepublik hatten, und die bei der ersten gesamtdeutschen Wahl in den neuen Ländern kandidiert haben, fünf davon mit Geburtsort im Gebiet der neuen Länder (darunter z. B. *Wolfgang Mischnick*, geboren in Dresden).

*) Quelle: *Adalbert Hess*, a.a.O. S. 211–216.

Hinweis

Die Titel der Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette sind innerhalb des Abschnittes 6.9 zusammengestellt.

3.6 Politische Generationen

In jeder Wahlperiode vereint der Bundestag in seiner Zusammensetzung mehrere Generationen. In der 1. Wahlperiode reicht die Zeitspanne, in der die ältesten und jüngsten Abgeordneten „politisch volljährig“ wurden, vom Kaiserreich bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs durch den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen. In der 13. Wahlperiode sind es mittlerweile die ältesten Abgeordneten, die die Auflösung der Weimarer Republik und die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten als Jugendliche voll miterlebt haben; die jüngsten Abgeordneten sind mit der Regierungszeit von *Helmut Kohl*, dem Zerfall der DDR und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands groß geworden.

Mit Hilfe einer Reihe von stichwortartig zusammengestellten Geschichtsdaten soll im folgenden für jede Wahlperiode skizziert werden, wie weit der persönliche politische Erfahrungshorizont bei den ältesten Abgeordneten in die Vergangenheit und bei den jüngsten Abgeordneten in die Gegenwart reicht.*)

*) Damit wird ein von der politischen Sozialisationsforschung entwickelter Ansatz übernommen, den *Heino Kaack* in aller Kürze folgendermaßen beschreibt: „Geht man davon aus, daß die entscheidende politische Prägungsphase dasjenige Lebensalter ist, in dem zum ersten Mal politische Vorgänge systematisch wahrgenommen werden, so kann man die Phase von etwa 16 bis 20 Lebensjahren für spätere politische Grundeinstellungen ansetzen.“ (Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 139)

Vgl. im übrigen zum Forschungsansatz durchaus skeptisch *Helmut Fogt*, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell. Opladen 1982.

Die Geschichtsdaten sind verschiedenen Chroniken entnommen, insbesondere dem PLOETZ. Deutsche Geschichte. Epochen und Daten. Hrsg. von *Werner Conze* und *Volker Hentschel*. 6. Aufl. Freiburg, Würzburg 1996.

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des **Datenhandbuchs**, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmögliche Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
1. WP 1949–53	1901 bis 1906: <ul style="list-style-type: none"> – <i>Wilhelm II.</i> deutscher Kaiser (seit 1888) – Fürst <i>Bernhard von Bülow</i> Reichskanzler (1900–1909) 	1937 bis 1942: <ul style="list-style-type: none"> – Nationalsozialistische Herrschaft, <i>Adolf Hitler</i> Führer und Reichskanzler (seit 1933) – Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich (1938) – Abtrennung der Sudetengebiete von der ČSR und Angliederung an Deutschland (1938) – Judenpogrom („Reichskristallnacht“) (1938) – Beginn des 2. Weltkriegs durch den deutschen Überfall auf Polen (1939) – Beginn der Ausrottung von Millionen Juden in den Gaskammern der Vernichtungslager Auschwitz usw. (1942)
2. WP 1953–57	1902 bis 1908: <ul style="list-style-type: none"> – <i>Wilhelm II.</i> deutscher Kaiser (seit 1888) – Fürst <i>Bernhard von Bülow</i> Reichskanzler (1900–1909) – Erschütterung des Ansehens der Monarchie durch ein Interview des Kaisers („Daily-Telegraph-Affaire“) (1908) 	1939 bis 1946: <ul style="list-style-type: none"> – Nationalsozialistische Herrschaft unter dem Führer <i>Adolf Hitler</i> (1933–1945) – 2. Weltkrieg (1939–1945), Wendepunkt des Krieges 1943 (Stalingrad) – Ausrottung von Millionen Juden (1942–1945) – Mißglücktes Attentat auf den Führer (20. Juli 1944) – Selbstmord <i>Adolf Hitlers</i> (30. April 1945) – Kapitulation der deutschen Wehrmacht (9. Mai 1945) – Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, Potsdamer Konferenz der Siegermächte (1945) – Beginn der Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten (1945) – Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß (1945/46) – Ländergründungen (1945/46) – Wiederentstehen von Parteien (ab 1945)

Hinweise

Das an Jahren älteste oder, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied des Bundestages ist Alterspräsident. Dieser führt in der ersten Plenarsitzung den Vorsitz, bis der neugewählte Präsident oder einer seiner Stellvertreter das Amt übernimmt. Vgl. hierzu Abschnitt 4.8.

Die jüngsten Funktionsinhaber im Bundestag und in der Bundesregierung sind im Abschnitt 3.23 zusammengestellt.

Wahl- periode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
3. WP 1957–61	<p>1902 bis 1908:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Wilhelm II.</i> deutscher Kaiser (seit 1888) – Fürst <i>Bernhard von Bülow</i> Reichskanzler (1900–1909) – Erschütterung des Ansehens der Monarchie durch ein Interview des Kaisers („Daily-Telegraph-Affaire“) (1908) 	<p>1944 bis 1951:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ende der nationalsozialistischen Herrschaft unter dem Führer <i>Adolf Hitler</i> (1945) – Letztes Jahr des 2. Weltkriegs (bis 1945), Zerstörung der deutschen Städte durch alliierte Luftangriffe – Ausrottung von Millionen Juden (1942–1945) – Mißglücktes Attentat auf den Führer (20. Juli 1944) – Selbstmord <i>Adolf Hitlers</i> (30. April 1945) – Kapitulation der deutschen Wehrmacht (9. Mai 1945) – Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, Potsdamer Konferenz der Siegermächte (1945) – Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten (ab 1945) – Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß (1945/46) – Ländergründungen (1945/46) – Wiederenstehen von Parteien (ab 1945) – Besatzungszeit (1945–1949) – Einführung der D-Mark durch Währungsreform (1948) – Sowjetrussische Blockade West-Berlins, alliierte Luftbrücke (1948) – Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat (23. Mai 1949) – Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit provisorischer Hauptstadt Bonn und der Deutschen Demokratischen Republik mit Hauptstadt Berlin (1949) – 1. Bundestagswahl und Konstituierung des Deutschen Bundestages (14. August bzw. 7. September 1949) – <i>Theodor Heuss</i> Bundespräsident (ab 1949) – <i>Konrad Adenauer</i> (CDU) Bundeskanzler (ab 1949) – Etablierung der sozialen Marktwirtschaft, ab 1950 zunehmender rascher Wirtschaftsaufschwung

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
4. WP 1961–65	<p>1902 bis 1910:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Wilhelm II.</i> deutscher Kaiser (seit 1888) – Fürst <i>Bernhard von Bülow</i> Reichskanzler (bis 1909), Nachfolger: <i>Theobald von Bethmann Hollweg</i> – Erschütterung des Ansehens der Monarchie durch ein Interview des Kaisers („Daily-Telegraph-Affaire“) (1908) 	<p>1948 bis 1953:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen als Folge des verlorenen 2. Weltkriegs (seit 1945) – Einführung der D-Mark durch Währungsreform (1948) – Sowjetrussische Blockade West-Berlins, alliierte Luftbrücke (1948) – Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat (23. Mai 1949) – Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit provisorischer Hauptstadt Bonn und der Deutschen Demokratischen Republik mit Hauptstadt Berlin (1949) – 1. Bundestagswahl und Konstituierung des Deutschen Bundestages (14. August bzw. 7. September 1949) – <i>Theodor Heuss</i> Bundespräsident (ab 1949) – <i>Konrad Adenauer</i> (CDU) Bundeskanzler (ab 1949) – Etablierung der sozialen Marktwirtschaft, ab 1950 zunehmender rascher Wirtschaftsaufschwung – Erster größerer Flüchtlingsstrom aus der DDR (1952) – Arbeiteraufstand in Ost-Berlin und in der DDR (17. Juni 1953)
5. WP 1965–69	<p>1902 bis 1914:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Wilhelm II.</i> deutscher Kaiser (seit 1888) – Fürst <i>Bernhard von Bülow</i> Reichskanzler (bis 1909), Nachfolger: <i>Theobald von Bethmann Hollweg</i> – Erschütterung des Ansehens der Monarchie durch ein Interview des Kaisers („Daily-Telegraph-Affaire“) (1908) – Sozialdemokraten werden bei Reichstagswahl stärkste Einzelpartei (1912) – Ermordung des österreichischen Thronfolgers <i>Franz Ferdinand</i> in Sarajewo durch serbische Nationalisten (1914) – Beginn des 1. Weltkrieges (1914) 	<p>1951 bis 1955:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Theodor Heuss</i> Bundespräsident (seit 1949) – <i>Konrad Adenauer</i> (CDU) Bundeskanzler (seit 1949) – Rascher Wirtschaftsaufschwung („Wirtschaftswunder“) – Erster größerer Flüchtlingsstrom aus der DDR (1952) – Arbeiteraufstand in Ost-Berlin und in der DDR (17. Juni 1953) – Ergebnislose Außenminister-Konferenz zur Deutschland-Frage in Berlin (1954) – Entscheidung für die Wiederbewaffnung (1954) – Beendigung des Besatzungsregimes und Wiedererlangung der vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland nach Ratifizierung der Pariser Verträge (1955) – Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, Freilassung deutscher Kriegsgefangener (1955)

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
6. WP 1969–72	<p>1911 bis 1916:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Wilhelm II.</i> deutscher Kaiser (seit 1888) – <i>Theobald von Bethmann Hollweg</i> Reichskanzler (seit 1909) – Sozialdemokraten werden bei Reichstagswahl stärkste Einzelpartei (1912) – Ermordung des österreichischen Thronfolgers <i>Franz Ferdinand</i> in Sarajewo durch serbische Nationalisten (1914) – 1. Weltkrieg (seit 1914) – Übernahme der Obersten Heeresleitung durch Generalfeldmarschall <i>Paul von Hindenburg</i> und General <i>Erich Ludendorff</i> (1916) 	<p>1956 bis 1961:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Theodor Heuss</i> Bundespräsident (bis 1959), Nachfolger: <i>Heinrich Lübke</i> – <i>Konrad Adenauer</i> (CDU) Bundeskanzler (seit 1949) – Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands durch das Bundesverfassungsgericht (1956) – Rückgliederung des Saargebiets zur Bundesrepublik nach Ablehnung des Saarstatuts durch die saarländische Bevölkerung (1955/1957) – Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) – Erste Wehrpflicht-Soldaten (1957) – Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wegen dessen Anerkennung der DDR („Hallstein-Doktrin“) (1957) – Absolute Mehrheit für die CDU/CSU bei Bundestagswahl 1957 – Gründung des Europäischen Parlaments (1958) – Protest-Aktion „Kampf dem Atomtod“ gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr (1958) – Berlin-Ultimatum der Sowjetunion (Errichtung einer „Freien Stadt West-Berlin“) (1958) – Synagogen-Schändung in Köln durch Rechtsradikale (1959) – Anwachsener Flüchtlingsstrom aus der DDR, Errichtung der Mauer in Berlin (13. August 1961)

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts.

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
7. WP 1972–76	<p>1913 bis 1920:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Wilhelm II.</i> deutscher Kaiser (seit 1888) – <i>Theobald von Bethmann Hollweg</i> Reichskanzler (bis Entlassung 1917), erfolglose Nachfolger – 1. Weltkrieg (1914–1918) – Prinz <i>Max von Baden</i> Reichskanzler, Unterzeichnung des Ersuchens um sofortigen Waffenstillstand (1918) – Matrosenaufstand in Kiel, November-Revolution, Ausrufung der Räterepublik durch <i>Karl Liebknecht</i> (1918) – Abdankung des Kaisers, Ausrufung der Deutschen Republik durch <i>Philipp Scheidemann</i> (SPD) (9. November 1918) – Räterepublik in Bayern, Generalstreik, Straßenkämpfe, Niederwerfung des Spartakus-Aufstandes, Ermordung von <i>Rosa Luxemburg</i> und <i>Karl Liebknecht</i> (1919) – <i>Friedrich Ebert</i> (SPD) erster Reichspräsident (ab 1919) – Nationalversammlung in Weimar, Annahme einer demokratisch-republikanischen Verfassung („Weimarer Republik“) (1919) – Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages mit erheblichen Folgen für Deutschland (Gebietsabtretungen, Reparationszahlungen, Entmilitarisierung) (1919) – Instabile Reichsregierungen 	<p>1961 bis 1968:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Heinrich Lübke</i> Bundespräsident (seit 1959) – <i>Konrad Adenauer</i> (CDU) Bundeskanzler (bis 1961), Nachfolger: <i>Ludwig Erhard</i> (CDU), zuvor Wirtschaftsminister seit 1949 – Anwachsener Flüchtlingsstrom aus der DDR, Errichtung der Mauer in Berlin (13. August 1961) – Verlust der absoluten Mehrheit für die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1961 – Polizeiaktion gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wegen des Verdachts des Landesverrats („Spiegel-Affäre“), Regierungskrise (1962) – Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit (1963) – Bruch der CDU/CSU-FDP-Koalition, Rücktritt von Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i>, Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (1966) – Einzug der rechtsradikalen NPD in sieben Länderparlamente (1966–1968) – Studentenunruhen, Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg der USA (seit 1966), Unruhen und Todesopfer beim Besuch des Schah von Persien (1967), Herausbildung der Außerparlamentarischen Opposition – Verabschiedung der Notstandsgesetze trotz heftiger Proteste in der Öffentlichkeit (1968)

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten.

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
8. WP 1976–80	<p>1913 bis 1924:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Wilhelm II.</i> deutscher Kaiser (seit 1888) – <i>Theobald von Bethmann Hollweg</i> Reichskanzler (bis Entlassung 1917), erfolglose Nachfolger – 1. Weltkrieg (1914–1918) – Prinz <i>Max von Baden</i> Reichskanzler, Unterzeichnung des Ersuchens um sofortigen Waffenstillstand (1918) – Matrosenaufstand in Kiel, November-Revolution, Ausrufung der Räterepublik durch <i>Karl Liebknecht</i> (1918) – Abdankung des Kaisers, Ausrufung der Deutschen Republik durch <i>Philipp Scheidemann</i> (SPD) (9. November 1918) – Räterepublik in Bayern, Generalstreik, Straßenkämpfe, Niederwerfung des Spartakus-Aufstandes, Ermordung von <i>Rosa Luxemburg</i> und <i>Karl Liebknecht</i> (1919) – <i>Friedrich Ebert</i> (SPD) erster Reichspräsident (ab 1919) – Nationalversammlung in Weimar, Annahme einer demokratisch-republikanischen Verfassung („Weimarer Republik“) (1919) – Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages mit erheblichen Folgen für Deutschland (Gebietsabtretungen, Reparationszahlungen, Entmilitarisierung) (1919) – Andauernde Instabilität der Reichsregierungen u. a. wegen der Reparationsfrage; zehn Koalitions- und Regierungswechsel in sechs Jahren (1919–1924) – <i>Kapp</i>-Putsch gegen die Reichsregierung (1920) – Kämpfe im Ruhrgebiet, kommunistischer Aufruhr in Mitteldeutschland (1920/21) – Politische Morde durch Rechtsradikale gegen „Erfüllungspolitiker“ (1921 <i>Matthias Erzberger</i>, 1922 Reichsaußenminister <i>Walther Rathenau</i>) – Mehrmalige Verhängung des Ausnahmezustandes durch den Reichspräsidenten (1921–1924) – Übergang zur Hochinflation (1922/23) – Besetzung des Ruhrgebiets durch Franzosen, Beginn des Ruhrkampfes, passiver Widerstand (1923) 	<p>1964 bis 1969:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Heinrich Lübke</i> Bundespräsident (bis 1969), Nachfolger: <i>Gustav Heinemann</i> (SPD) – <i>Ludwig Erhard</i> (CDU) Bundeskanzler (bis 1966) – Bruch der CDU/CSU-FDP-Koalition, Rücktritt des Bundeskanzlers, Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (1966) – Einzug der rechtsradikalen NPD in sieben Länderparlamente (1966–1968) – Studentenunruhen, Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg der USA (seit 1966), Unruhen und Todesopfer beim Besuch des Schah von Persien (1967), Herausbildung der Außerparlamentarischen Opposition („68er-Bewegung“) – Verabschiedung der Notstandsgesetze trotz heftiger Proteste in der Öffentlichkeit (1968) – Mit Gründung der DKP Wiederzulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik (1969) – Nach der Bundestagswahl 1969 SPD-FDP-Koalition unter Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> – Intensivierung der Ostpolitik (ab 1969)

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
noch 8. WP 1976–80	<ul style="list-style-type: none"> – Separatistische Bewegungen (1923) – <i>Hitler</i>-Putsch in München (1923) – Beginn einer vorübergehenden Konsolidierung des politischen und wirtschaftlichen Krisenzustandes (1924) 	
9. WP 1980–83	<p>1922 bis 1932:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Friedrich Ebert</i> erster Reichskanzler der Weimarer Republik (bis Tod 1925), Nachfolger: Generalfeldmarschall <i>Paul von Hindenburg</i> – Andauernde Instabilität der Reichsregierungen u. a. wegen der Reparationsfrage; 19 Koalitions- und Regierungswechsel in 13 Jahren (1919–1932) – Politische Morde durch Rechtsradikale gegen „Erfüllungspolitiker“ (1921 <i>Matthias Erzberger</i>, 1922 Reichsaußenminister <i>Walther Rathenau</i>) – Mehrmalige Verhängung des Ausnahmezustandes durch den Reichspräsidenten (seit 1921) – Übergang zur Hochinflation (1922/23) – Besetzung des Ruhrgebiets durch Franzosen, Beginn des Ruhrkampfes, passiver Widerstand (1923) – Separatistische Bewegungen (1923) – <i>Hitler</i>-Putsch in München (1923) – Vorübergehende Konsolidierung des politischen und wirtschaftlichen Krisenzustandes (1924–1928) – Wirtschaftskrise und Zerfall der Republik (seit 1929) – Beginn der Phase der „Präsidialkabinette“, d. h. parlamentarisch tolerierte Minderheitsregierungen mit der Autorität des Reichspräsidenten (Notverordnungen!) zunächst unter Reichskanzler <i>Heinrich Brüning</i> (1930–1932); Nachfolger: <i>Franz von Papen</i> und <i>Kurt von Schleicher</i> – Wachsende Arbeitslosigkeit: Ende 1930 4,4 Millionen, Ende 1931 5,6 Millionen – Zunehmende Radikalisierung des innenpolitischen Kampfes vor allem durch die Nationalsozialisten (ab 1931) – Bei Reichstagswahl Juli 1932 NSDAP stärkste Partei, bei Reichstagswahl November 1932 Stimmenverluste – Wiederwahl von <i>Paul von Hindenburg</i> als Reichspräsident (1932) 	<p>1966 bis 1970:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Heinrich Lübke</i> Bundespräsident (bis 1969), Nachfolger: <i>Gustav Heinemann</i> (SPD) – <i>Ludwig Erhard</i> (CDU) Bundeskanzler (bis 1966) – Bruch der CDU/CSU-FDP-Koalition, Rücktritt des Bundeskanzlers, Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (1966) – Einzug der rechtsradikalen NPD in sieben Länderparlamente (1966–1968) – Studentenunruhen, Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg der USA (seit 1966), Unruhen und Todesopfer beim Besuch des Schah von Persien (1967), Herausbildung der Außerparlamentarischen Opposition („68er-Bewegung“) – Verabschiedung der Notstandsgesetze trotz heftiger Proteste in der Öffentlichkeit (1968) – Mit Gründung der DKP Wiedezulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik (1969) – Nach der Bundestagswahl 1969 SPD-FDP-Koalition unter Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> – Intensivierung der Ostpolitik (ab 1969); erstes Treffen von Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> mit dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates <i>Willi Stoph</i> in Erfurt (1970); Unterzeichnung des Moskauer und des Warschauer Vertrages (1970)

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
noch: 9. WP 1980–83	<ul style="list-style-type: none"> – Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen und Straßenkämpfe der SA mit Kommunisten (1932) – Zweimalige Auflösung des Reichstags (1932) 	
10. WP 1983–87	<p>1929 bis 1933:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Paul von Hindenburg</i> Reichspräsident (seit 1925) – Wirtschaftskrise und Zerfall der Republik (seit 1929) – Phase der „Präsidialkabinette“, d. h. parlamentarisch tolerierte Minderheitsregierungen mit der Autorität des Reichspräsidenten (Notverordnungen!) zunächst unter Reichskanzler <i>Heinrich Brüning</i> (1930–1932); Nachfolger: <i>Franz von Papen</i> und <i>Kurt von Schleicher</i> (1932–1933) – Wachsende Arbeitslosigkeit: Ende 1930 4,4 Millionen, Ende 1931 5,6 Millionen – Zunehmende Radikalisierung des innenpolitischen Kampfes vor allem durch die Nationalsozialisten (ab 1931) – Bei Reichstagswahl Juli 1932 NSDAP stärkste Partei, bei Reichstagswahl November 1932 Stimmenverluste – Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen und Straßenkämpfe der SA mit Kommunisten (1932) – Nach Rücktritt von <i>Kurt von Schleicher</i> Ernennung von <i>Adolf Hitler</i> zum Reichskanzler (30. Januar 1933); Machtergreifung der NSDAP, Auflösung des Reichstags, Ende der Weimarer Republik – Reichstagsbrand (27. Februar 1933); Verhaftungswelle vor allem gegen kommunistische Funktionäre – Bei Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhält NSDAP 44 % der Stimmen – Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes allein gegen die Stimmen der SPD (bei Ausschluß der Kommunisten) (23. März 1933) – Selbstauflösung aller noch bestehenden bürgerlichen Parteien, Verbot der SPD und der Gewerkschaften (Juni/Juli 1933); Alleinherrschaft der NSDAP – Einrichtung der ersten Konzentrationslager (KZ) (1933) 	<p>1971 bis 1975:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Gustav Heinemann</i> Bundespräsident (bis 1974), Nachfolger: <i>Walter Scheel</i> (FDP) – SPD-FDP-Koalition unter Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> (SPD) (seit 1969) – Unterzeichnung des Viermächteabkommens über Berlin (1971) – Durch Fraktionswechsler Mehrheitsverlust für die Regierungskoalition (1972) – Scheitern des konstruktiven Mißtrauensvotums der CDU/CSU-Opposition mit dem Ziel, <i>Rainer Barzel</i> (CDU) zum Bundeskanzler zu wählen (1972) – Ratifizierung der Ostverträge im Bundestag (1972) – Terroristisches Attentat auf die Olympischen Spiele in München (1972) – Parlamentsauflösung, vorgezogene Bundestagswahl, Stärkung der SPD-FDP-Koalition (1972) – Verabschiedung des Grundlagenvertrages mit DDR nach heftigen Auseinandersetzungen im Bundestag (1973) – Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO (1973) – Rücktritt von Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> wegen der „Spionageaffäre <i>Guillaume</i>“ (1974), Nachfolger: <i>Helmut Schmidt</i> (SPD)

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
11. WP 1987–90	<p>1929 bis 1934:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Paul von Hindenburg</i> Reichspräsident (seit 1925) – Wirtschaftskrise und Zerfall der Republik (seit 1929) – Phase der „Präsidialkabinette“, d. h. parlamentarisch tolerierte Minderheitsregierungen mit der Autorität des Reichspräsidenten (Notverordnungen!) zunächst unter Reichskanzler <i>Heinrich Brüning</i> (1930–1932); Nachfolger: <i>Franz von Papen</i> und <i>Kurt von Schleicher</i> (1932–1933) – Wachsende Arbeitslosigkeit: Ende 1930 4,4 Millionen, Ende 1931 5,6 Millionen – Zunehmende Radikalisierung des innenpolitischen Kampfes vor allem durch die Nationalsozialisten (ab 1931) – Bei Reichstagswahl Juli 1932 NSDAP stärkste Partei, bei Reichstagswahl November 1932 Stimmenverluste – Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen und Straßenkämpfe der SA mit Kommunisten (1932) – Nach Rücktritt von <i>Kurt von Schleicher</i> Ernennung von <i>Adolf Hitler</i> zum Reichskanzler (30. Januar 1933); Machtergreifung der NSDAP, Auflösung des Reichstags, Ende der Weimarer Republik – Reichstagsbrand (27. Februar 1933); Verhaftungswelle vor allem gegen kommunistische Funktionäre – Bei Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhält NSDAP 44 % der Stimmen – Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes allein gegen die Stimmen der SPD (bei Ausschluß der Kommunisten) (23. März 1933) – Selbstauflösung aller noch bestehenden bürgerlichen Parteien, Verbot der SPD und der Gewerkschaften (Juni/Juli 1933); Alleinherrschaft der NSDAP – Einrichtung der ersten Konzentrationslager (KZ) (1933) – Auflösung der Volksvertretungen der Länder (1934) – Mordaktion gegen den SA-Stabschef <i>Ernst Röhm</i> und führende SA-Führer wegen angeblicher Verschwörung (1934) – Tod von Reichspräsident <i>Paul von Hindenburg</i>; Übergang der Befugnisse auf den „Führer und Reichskanzler“ <i>Adolf Hitler</i> (1934) 	<p>1974 bis 1981:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Walter Scheel</i> Bundespräsident (bis 1979), Nachfolger: <i>Karl Carstens</i> (CDU) – SPD-FDP-Koalition unter Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> (SPD) (bis Rücktritt 1974 wegen der „Spionageaffäre <i>Guillaume</i>“), Nachfolger: <i>Helmut Schmidt</i> (SPD) – Energiekrise, Ausbau der Atomkraftwerke (ab 1974) – Entstehen „grüner“ und „alternativer“ ökologischer (Protest-)Bewegungen, damit teilweise verbunden Friedensbewegungen und Bürgerinitiativen (ab 1975) – Prozeß gegen Mitglieder der terroristischen „Rote-Armee-Fraktion (RAF)“ (1975); Selbstmorde mehrerer inhaftierter Führer, u. a. <i>Ulrike Meinhof</i> (1976/77) – Mordserie der RAF (u. a. Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten <i>Hanns-Martin Schleyer</i>) (1977) – Entführung einer Lufthansamaschine durch Palästinenser; Geiselfreiung in Mogadischu (Somalia) (1977) – Erstmalige Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments (1979) – Gründung der Partei „Die Grünen“ (1980)

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
12. WP 1990–94	<p>1929 bis 1940:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Paul von Hindenburg</i> Reichspräsident (seit 1925) – Wirtschaftskrise und Zerfall der Republik (seit 1929) – Phase der „Präsidialkabinette“, d. h. parlamentarisch tolerierte Minderheitsregierungen mit der Autorität des Reichspräsidenten (Notverordnungen!) zunächst unter Reichskanzler <i>Heinrich Brüning</i> (1930–1932); Nachfolger: <i>Franz von Papen</i> und <i>Kurt von Schleicher</i> (1932–1933) – Wachsende Arbeitslosigkeit: Ende 1930 4,4 Millionen, Ende 1931 5,6 Millionen – Zunehmende Radikalisierung des innenpolitischen Kampfes vor allem durch die Nationalsozialisten (ab 1931) – Bei Reichstagswahl Juli 1932 NSDAP stärkste Partei, bei Reichstagswahl November 1932 Stimmenverluste – Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen und Straßenkämpfe der SA mit Kommunisten (1932) – Nach Rücktritt von <i>Kurt von Schleicher</i> Ernennung von <i>Adolf Hitler</i> zum Reichskanzler (30. Januar 1933); Machtergreifung der NSDAP, Auflösung des Reichstags, Ende der Weimarer Republik – Reichstagsbrand (27. Februar 1933); Verhaftungswelle vor allem gegen kommunistische Funktionäre – Bei Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhält NSDAP 44 % der Stimmen – Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes allein gegen die Stimmen der SPD (bei Ausschluß der Kommunisten) (23. März 1933) – Selbstauflösung aller noch bestehenden bürgerlichen Parteien, Verbot der SPD und der Gewerkschaften (Juni/Juli 1933); Alleinherrschaft der NSDAP – Einrichtung der ersten Konzentrationslager (KZ) (1933) – Auflösung der Volksvertretungen der Länder (1934) – Mordaktion gegen den SA-Stabschef <i>Ernst Röhm</i> und führende SA-Führer wegen angeblicher Verschwörung (1934) – Tod von Reichspräsident <i>Paul von Hindenburg</i>; Übergang der Befugnisse auf den „Führer und Reichskanzler“ <i>Adolf Hitler</i> (1934) 	<p>1982 bis 1986:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Karl Carstens</i> Bundespräsident (bis 1984), Nachfolger: <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU) – Bruch der SPD-FDP-Koalition; konstruktives Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i> durch Wahl von <i>Helmut Kohl</i> (CDU); neue Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP (1982) – Parlamentsauflösung und vorgezogene Bundestagswahl; Einzug der „Grünen“ als vierte Partei (1983) – Gründung der Partei „Die Republikaner“ (1983) – <i>Flick</i>-Spenden-Affäre (1983/84) – Beitritt Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft (1986)

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
noch 12. WP 1990–94	<ul style="list-style-type: none"> – Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich (1935) – Fortschreitende Diskriminierung der Juden; Nachweis „arischer Abstammung“ aufgrund des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (ab 1935) – XI. Olympische Sommerspiele in Berlin (1936) – Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich (1938) – Abtrennung der Sudetengebiete von der ČSR und Angliederung an Deutschland (1938) – Judenpogrom („Reichskristallnacht“) (1938) – Beginn des 2. Weltkriegs durch den deutschen Überfall auf Polen (1939) 	
13. WP 1994–	<p>1929 bis 1940:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Paul von Hindenburg</i> Reichspräsident (seit 1925) – Wirtschaftskrise und Zerfall der Republik (seit 1929) – Phase der „Präsidialkabinette“, d. h. parlamentarisch tolerierte Minderheitsregierungen mit der Autorität des Reichspräsidenten (Notverordnungen!) zunächst unter Reichskanzler <i>Heinrich Brüning</i> (1930–1932); Nachfolger: <i>Franz von Papen</i> und <i>Kurt von Schleicher</i> (1932–1933) – Wachsende Arbeitslosigkeit: Ende 1930 4,4 Millionen, Ende 1931 5,6 Millionen – Zunehmende Radikalisierung des innenpolitischen Kampfes vor allem durch die Nationalsozialisten (ab 1931) – Bei Reichstagswahl Juli 1932 NSDAP stärkste Partei, bei Reichstagswahl November 1932 Stimmenverluste – Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen und Straßenkämpfe der SA mit Kommunisten (1932) – Nach Rücktritt von <i>Kurt von Schleicher</i> Ernennung von <i>Adolf Hitler</i> zum Reichskanzler (30. Januar 1933); Machtergreifung der NSDAP, Auflösung des Reichstags, Ende der Weimarer Republik – Reichstagsbrand (27. Februar 1933); Verhaftungswelle vor allem gegen kommunistische Funktionäre 	<p>1984 bis 1991:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Richard von Weizsäcker</i> Bundespräsident (seit 1984) – CDU/CSU-FDP-Koalition unter Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> (CDU) (seit 1982) – Beitritt Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft (1986) – Besuch des DDR-Staatschefs und SED-Generalsekretärs <i>Erich Honecker</i> in der Bundesrepublik Deutschland (1987) – Massenflucht aus der DDR über die Botschaften in Prag, Budapest und Warschau; Massendemonstrationen in den Städten, vor allem Leipzig; Abberufung von <i>Erich Honecker</i>; Gründung oppositioneller Bürgerrechtsgruppen und Parteien; Öffnung der Mauer; zunehmender Zerfall des alten SED-Regimes (1989) – Erstmalige freie Wahl zur Volkskammer der DDR; Übergangsregierung zum Zweck des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik (1990) – Wiederherstellung der Einheit Deutschlands (3. Oktober 1990) – Gesamtdeutsche Wahl (1990) – Beschluß des Bundestages für Berlin als künftigen Sitz von Parlament und Regierung (1991)

Wahlperiode	Die politische Sozialisation reicht ...	
	bei den ältesten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...	bei den jüngsten Abgeordneten der Wahlperiode von etwa ...
noch 13. WP 1994–	<ul style="list-style-type: none"> – Bei Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhält NSDAP 44 % der Stimmen – Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes allein gegen die Stimmen der SPD (bei Ausschluß der Kommunisten) (23. März 1933) – Selbstauflösung aller noch bestehenden bürgerlichen Parteien, Verbot der SPD und der Gewerkschaften (Juni/Juli 1933); Alleinherrschaft der NSDAP – Einrichtung der ersten Konzentrationslager (KZ) (1933) – Auflösung der Volksvertretungen der Länder (1934) – Mordaktion gegen den SA-Stabschef <i>Ernst Röhm</i> und führende SA-Führer wegen angeblicher Verschwörung (1934) – Tod von Reichspräsident <i>Paul von Hindenburg</i>; Übergang der Befugnisse auf den „Führer und Reichskanzler“ <i>Adolf Hitler</i> (1934) – Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich (1935) – Fortschreitende Diskriminierung der Juden; Nachweis „arischer Abstammung“ aufgrund des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (ab 1935) – XI. Olympische Sommerspiele in Berlin (1936) – Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich (1938) – Abtrennung der Sudetengebiete von der ČSR und Angliederung an Deutschland (1938) – Judenpogrom („Reichskristallnacht“) (1938) – Beginn des 2. Weltkriegs durch den deutschen Überfall auf Polen (1939) 	

Aus dem Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahrgängen (siehe Abschnitt 3.1) läßt sich (nach *Heino Kaack*) weiter ermitteln, welche „Generation“ in den einzelnen Wahlperioden am stärksten im Bundestag vertreten war. So dominierten

- in der 1. bis 3. Wahlperiode (1949–61) die Geburtsjahrgänge, für die das Kaiserreich, der Erste Weltkrieg und die Ausrufung der Weimarer Republik maßgebend waren;
- in der 4. und 5. Wahlperiode (1961–69) die Geburtsjahrgänge, die den Aufstieg und Untergang der Weimarer Republik und die Anfangsjahre der Nazi-Diktatur prägend miterlebt haben;
- in der 6. und 7. Wahlperiode (1969–76) die „Kriegsgeneration“;
- in der 8. und 9. Wahlperiode (1976–83) die „Kriegs- und Nachkriegsgeneration“;
- in der 10. bis 12. Wahlperiode (1983–94) die in der Ära *Adenauer* groß gewordene Generation.

3.7 Tätigkeit und Verfolgung im „Dritten Reich“

Es liegen im wesentlichen drei Untersuchungen vor, die sich mit der Frage befassen, inwieweit die Mitglieder des 1. Bundestages (1949–53) während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zwischen 1933 und 1945 politisch verfolgt worden sind. Zusätzlich wird zumindest in einer Studie versucht, Daten zur Tätigkeit der übrigen, nicht verfolgten Abgeordneten zu ermitteln bis hin zur Feststellung, in welchem Maße Abgeordnete in den Bundestag gewählt worden sind, die während der Hitlerzeit in führenden Positionen tätig waren, also zweifellos zu den „Nazis“ zu zählen sind.

Bei den drei Untersuchungen handelt es sich um

- den 1950 in einer amerikanischen Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz von *Otto Kirchheimer* über die Zusammensetzung des Bundestages, der einen Abschnitt „Status of Members under the Third Reich“ enthält. *Kirchheimer* stand für die statistischen Angaben lediglich das von *Fritz Sänger* unter dem Titel „Die Volksvertretung“ herausgegebene (nichtamtliche) Handbuch des Deutschen Bundestages zur Verfügung; die biographische Basis besteht somit aus nichtstandardisierten und nicht geprüften Selbstauskünften der Abgeordneten.
- den Beitrag von *Adalbert Hess* über die Zusammensetzung und Sozialstruktur des Bundestages, erschienen 1989 in dem von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh* herausgegebenen Handbuch „Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland“. Darin befaßt sich der Autor einleitend mit dem „geschichtlichen Erbe“ des Bundestages und ermittelt mit Hilfe einer wesentlich breiteren Materialbasis als *Kirchheimer* ein differenziertes statistisches Bild über die vom nationalsozialistischen Regime Verfolgten und Beeinträchtigten. Im Gegensatz zu *Kirchheimer* ist der Anteil der politisch Verfolgten und Geschädigten bei *Hess* mit 201 Abgeordneten wesentlich höher. Zu den **nicht** Verfolgten enthält *Hess* wenig Angaben. Lediglich bei 10 Abgeordneten des 1. Bundestages könne „ein stärkeres Engagement für das NS-Regime vorausgesetzt werden“. Im weiteren befaßt sich *Hess* mit der Problematik der Mitläufer und der Schwierigkeit der Quellenlage.
- die von *Martin Schumacher* herausgegebene umfassende Dokumentation „M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus“. Sie enthält eine Statistik darüber, wie viele der 38 Mitglieder des Bundestages, die bis 1933 auch schon dem Reichstag angehört haben, zwischen 1933 und 1945 politisch verfolgt worden sind (es sind die meisten).*)

Im übrigen finden sich in der Literatur allenfalls vereinzelte Angaben zum Komplex „Tätigkeit und Verfolgung im ‚Dritten Reich‘“, so vor allem die Angabe von *Karl Loewenstein*, daß von den 402 Abgeordneten der 1. Wahlperiode 53 frühere Nazis waren.**)

Die statistischen Ergebnisse der drei oben genannten Studien werden im folgenden unter „Studie *Kirchheimer*“, „Studie *Hess*“ und „Studie *Schumacher*“ mit Quellennachweis zitiert.

*) Das Verhältnis von Parlamentariern im Nachkriegsdeutschland zum Nationalsozialismus ist mit allen Aspekten sonst nur für die Landtage von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Bayern eingehend untersucht worden; vgl. *Rudolf Billerbeck*, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus. Düsseldorf 1971. Ermittelt wurden in dieser Studie u. a. die politische Tätigkeit der Abgeordneten vor 1933, ihre Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus (KZ, Gefängnis, Zuchthaus, berufliche Nachteile, andere Verfolgungen, NS-Widerstand bzw. nichts von alledem), ferner Erwerbstätigkeit zwischen 1933 und 1945. Registriert und systematisiert wurden daneben die Aussagen der „Parlamentarier der ersten Stunde“ der genannten Landtage zum Thema Nationalsozialismus. Eine ähnlich komplexe Studie über die Abgeordneten des ersten Bundestages gibt es nicht.

***) *Karl Loewenstein*, The Government and Politics of Germany. In: Governments of Continental Europe. Hrsg. von *James T. Shotwell*. Rev. Aufl. New York 1952. S. 525 (hier: Fußnote 10).

Der entsprechende Satz lautet bei *Loewenstein*: „Of the 402 deputies of the first Bundestag (federal parliament) 53 or 13 per cent are former Nazis. The percentage is even higher in some of the Landtage (Land parliaments).“ In der deutschen Ausgabe des Buches von *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. S. 124 ist „former Nazis“ mit „Mitglieder der NSDAP“ übersetzt.

Studie *Kirchheimer*

Für die 1. Wahlperiode des Bundestages (1949–53) ist aus den Biographien der Abgeordneten deren berufliche Stellung, Tätigkeit oder Lebenssituation während der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 ermittelt worden. Die entsprechende Passage („Status of Members under the Third Reich“) aus dem Aufsatz von *Otto Kirchheimer**) wird im folgenden in wörtlicher Übersetzung wiedergegeben:

„Eine genaue Kenntnis der Aktivitäten der Abgeordneten im Dritten Reich wäre für die Ermittlung ihrer gegenwärtigen politischen Einstellung nützlich; die Informationen über diese Abgeordneten sind jedoch ziemlich lückenhaft, obgleich die Abgeordneten ihre Lebensläufe**) selbst zur Verfügung gestellt haben. Von den 402 Abgeordneten haben 15,6 Prozent nur ihren Militärdienst im 2. Weltkrieg angegeben, sonst aber keine Angaben über ihre Aktivitäten in dieser Zeit gemacht. Wie einige zufällige Untersuchungen ergaben, wollten einige offenbar ihr Engagement in der Nazi-Politik verschweigen und andere (wahrscheinlich eine Minderheit) ihre früheren undurchsichtigen Positionen.

Die meisten Abgeordneten (45,7 Prozent) waren vor dem 2. Weltkrieg als Angestellte, Versicherungsvertreter, Kaufleute, Landwirte usw. tätig. Zwar bekleideten nur einige wenige Abgeordnete im Dritten Reich gehobene Positionen im öffentlichen Dienst, doch hatte eine relativ hohe Zahl (12,2 Prozent) führende Positionen in der Wirtschaft, in Agrarorganisationen oder in der Wissenschaft inne. Umgekehrt sind nur wenige Abgeordnete (6,8 Prozent) Flüchtlinge, die nach 1945 nach Deutschland zurückkehrten. Eine ziemlich hohe Zahl von Abgeordneten (8,7 Prozent) verbrachte vor dem Krieg und während des Kriegs längere Zeit in Konzentrationslagern oder Gefängnissen. Eine etwas geringere Zahl (7,7 Prozent) war weniger schwerwiegenden Verfolgungen ausgesetzt, mit denen in der Nazizeit der Verlust von Rechten einherging.

Was die Parteizugehörigkeit betrifft, läßt sich ein klares Muster erkennen. Die Abgeordneten, die in der Nazi-Zeit führende Positionen bekleidet haben, sind am stärksten vertreten in der rechtsgerichteten Deutschen Partei (DP) und in der Freien Demokratischen Partei (FDP), weniger stark in der CDU und kaum vertreten in der SPD. Die Politiker, die aus Nazi-Deutschland geflohen und später zurückgekehrt sind, sind fast ausschließlich Sozialdemokraten oder Kommunisten. Ähnlich gehören diejenigen, die in Konzentrationslagern oder Gefängnissen lange Strafen verbüßt haben, vorwiegend der SPD oder KPD an, und nur ein geringer Prozentsatz dieser Gruppe sind Mitglieder der CDU oder FDP. Die übrigen Kategorien – diejenigen, die im Krieg weniger schwerwiegenden Verfolgungen ausgesetzt waren, die unbedeutende Positionen bekleidet haben und diejenigen mit nicht spezifiziertem Status – verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf alle politischen Gruppierungen. Während die Abgeordneten, die aktiv im Kampf gegen das Dritte Reich beteiligt und Verfolgungen durch das Dritte Reich ausgesetzt waren, vorwiegend bei der politischen Linken zu finden sind, können die Abgeordneten, die unter diesem Regime führende Positionen bekleidet haben, im allgemeinen der politischen Rechten zugeordnet werden. Ein Großteil der Mitglieder der meisten Parteien überlebte das Nazi-Regime jedoch in unbedeutenden Positionen, ohne jemals Positionen angestrebt oder erlangt zu haben, die sie eng mit den Nazis identifizieren.“

*) *Otto Kirchheimer*, The Composition of the German Bundestag, 1950. In: The Western Political Quarterly, Jg.3.1950. H. 4. S. 590–601 (hier: S.592–593). Übersetzung: Sprachendienst der Bundestagsverwaltung.

**) Quelle: Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestages. Hrsg. von *Fritz Sängler*. Stuttgart 1949.

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

	Abgeordnete insgesamt		davon (Anzahl) Mitglieder der ...								
	Anzahl	in %	CDU/ CSU	SPD	FDP	BP	DP	KPD	WAV	Z	NR und Unabh.
Mitglieder des 1. Bundestages (1949–53)	402 ¹⁾	100,0									
davon während des „Dritten Reiches“:											
Staatsbeamte (ohne Lehrer und Beamte in untergeordneten Positionen)	10	2,3	3	0	4	1	0	0	1	0	1
Führungskräfte in den Sektoren Finanzen, Industrie, Landwirtschaft und Wissenschaften	49	12,2	20	3	17	3	6	0	0	0	0
Berufssoldaten bzw. -offiziere	4	1,0	1	0	1	0	0	0	2	0	0
Opfer schwerwiegender Verfolgungen	35	8,7	4	20	0	0	0	11	0	0	0
Sonstige Verfolgte	31	7,7	11	12	3	2	0	0	0	0	3
Flüchtlinge im Ausland	27	6,8	0	22	0	0	0	4	1	0	0
Weniger bedeutende Positionen	184	45,7	85	55	16	7	9	0	4	6	2
Keine genauen Angaben	62	15,6	17	18	11	4	2	0	4	4	2

¹⁾ ohne Berliner Abgeordnete

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10).

Studie Hess

Adalbert Hess differenziert in seiner Untersuchung*) zwischen „lebensbedrohenden Verfolgungen“ und „Verfolgungen und Beeinträchtigungen sonstiger Art“ während des Dritten Reiches.

Zur ersten Kategorie zählen auch KZ, Zuchthaus oder sonstige Inhaftierungen und Internierungen von längerer Dauer sowie Emigration. Zur zweiten Kategorie gehören die Fälle von Haft oder Internierung für kurze Zeit, Entlassungen oder Zwangspensionierungen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes sowie sonstige die berufliche Existenz gezielt schädigende Maßnahmen, Anklagen wegen „Wehrkraftzersetzung“ u. a. Die Statistik zeigt, daß die KPD und die SPD den höchsten Anteil der NS-verfolgten Fraktionsmitglieder aufweist, bei der KPD betrifft es sogar die gesamte Fraktion.

	Lebensbedrohende Verfolgungen		Verfolgungen und Beeinträchtigungen sonstiger Art		Verfolgte während des „Dritten Reiches“ insgesamt	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Von den insgesamt 410 Abgeordneten der 1. WP sind in der NS-Zeit politisch verfolgt worden:	122	29,8	79	19,3	201	49,0
Unterteilt nach Fraktionen:						
– von den 142 Abg. der CDU/CSU	24	16,9	37	26,1	61	43,0
– von den 136 Abg. der SPD	70	51,5	29	21,3	99	72,8
– von den 53 Abg. der FDP	5	9,4	9	17,0	14	26,4
– von den 15 Abg. der KPD	15	100,0	0	0,0	15	100,0
– von den 58 Abg. diverser bürgerlicher Parteien (DP, BP, WAV, Z, Sonst.)	6	10,3	6	10,3	12	20,7
– von den 6 Abg. der Nationalen Rechten	2	33,3	0	0,0	2	33,3

*) *Adalbert Hess*, Zusammensetzung und Sozialstruktur des Bundestages. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 727–756 (hier: S. 728–732).

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen

Studie Schumacher

Über die Zahl der Mitglieder des Bundestages, die während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt worden sind, liegen außerdem detaillierte, wissenschaftlich dokumentierte Angaben*) vor, soweit es sich um ehemalige Mitglieder des Reichstages der Jahre 1919 bis 1933 handelt. Demnach waren 36 der 38 Abgeordneten schweren Verfolgungen ausgesetzt gewesen.

	Anzahl insgesamt	davon Verfolgung dokumentiert
Mitglieder des Reichstages, die nach 1949 dem Bundestag angehörten	38	36
davon Mitglieder folgender Parteien/Fraktionen:		
– Kommunisten	2	2
– Sozialdemokraten	16	16
– Liberale	7	7
– Zentrum	8	7
– Konservative	4	3
– Sonstige	1	1

*) Quelle: *Martin Schumacher* (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. 3., erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994. S. 46.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Innerhalb des Kapitels 24 sind die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Präsidenten, Vizepräsidenten, Ausschuß- und Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Versammlung der WEU und der Nordatlantischen Versammlung aufgeführt.

3.8 Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen vor 1949

In diesem Abschnitt wird dokumentiert, welche Mitglieder des Bundestages bereits vor 1949 bestimmten Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen angehört haben. Untersucht wurden dazu die Nationalversammlung 1919/20, der Reichstag bis 1933, der Länderrat der amerikanischen Besatzungszone, der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone, der Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und der Parlamentarische Rat.

Der Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

- Gesamtstatistik zur früheren Mitgliedschaft in Parlamenten,
- Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages, die der Nationalversammlung, dem Reichstag und dem Parlamentarischen Rat angehört haben,
- Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages, die dem Länderrat, Zonenbeirat, Wirtschaftsrat und Parlamentarischen Rat angehört haben,
- Verzeichnis der Mitglieder des Länderrates, des Zonenbeirates, des Wirtschaftsrates und des Parlamentarischen Rates, die **keine** Mitglieder des Bundestages geworden sind,
- Präsidium, Ausschuß- und Fraktionsvorsitz im Wirtschaftsrat,
- Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates nach Besatzungszonen, Ländern und Fraktionen,
- Präsidium, Ausschuß- und Fraktionsvorsitz im Parlamentarischen Rat,
- Daten zur Geschichte des Länderrates, Zonenbeirates, Wirtschaftsrates und Parlamentarischen Rates.

Gesamtstatistik zur früheren Mitgliedschaft in Parlamenten

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Mitglieder des Bundestages, die schon ... angehörten:								
– der Nationalversammlung 1919/20	3	3	2	1	0	0	0	0
– dem Reichstag bis 1933	29	20	14	14	4	1	0	0
– dem Länderrat der amerikanischen Besatzungszone	6	5	4	5	2	1	1	0
– dem Zonenbeirat der britischen Besatzungszone	40	24	18	14	10	5	0	0
– dem Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet	56	37	31	26	13	7	1	1
– dem Parlamentarischen Rat	34	22	17	15	8	2	0	0

Seit der 9. Wahlperiode (1980–83) gibt es kein Mitglied des Bundestages, das früher schon Mitglied eines der genannten Gremien war.

Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages, die der Nationalversammlung, dem Reichstag und dem Parlamentarischen Rat angehört haben

Lfd. Nr.	Name	Fraktion ¹⁾	Mitglied der Nationalvers.	Mitglied des Reichstages	Mitglied des Parl. Rates	Mitglied des Deutschen Bundestages					
						1. WP	2. WP	3. WP	4. WP	5. WP	6. WP
1	<i>Adenauer, Konrad</i>	CDU	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–67	–
2	<i>Agatz, Willi</i>	KPD	–	1930–33	–	1949–53	–	–	–	–	–
3	<i>Ansorge, Maria</i>	SPD	–	1920–33	–	1949–53	–	–	–	–	–
4	<i>Baade, Fritz</i>	SPD	–	1930–33	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
5	<i>Bauer, Hannsheinz</i>	SPD	–	–	1948–49	–	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
6	<i>Bausch, Paul</i>	CDU	–	1930–33	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
7	<i>Becker, Max</i>	FDP	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–60	–	–	–
8	<i>Bergsträsser, Ludwig</i>	SPD	–	1924–28	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
9	<i>Bismarck, Otto Fürst von</i>	CDU	–	1924–28	–	–	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
10	<i>Brentano, Heinrich von</i>	CDU	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–64	–	–
11	<i>Brill, Hermann Louis</i>	SPD	–	1932	–	1949–53	–	–	–	–	–
12	<i>Brockmann, Johannes</i>	frakt.-los	–	–	1948–49	–	1953–57	–	–	–	–
13	<i>Daum, Robert</i>	SPD	–	1932	–	–	1953–57	–	–	–	–
14	<i>Dehler, Thomas</i>	FDP	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–67	–
15	<i>Dirscherl, Hans</i>	FDP	–	1930–32	–	1949–53	–	–	–	–	–
16	<i>Farny, Oskar</i>	CDU	–	1930–33 ²⁾	–	–	1953	–	–	–	–
17	<i>Felder, Josef</i>	SPD	–	1932–33	–	–	–	1957–61	1961–65	1965–69	–
18	<i>Gerns, Heinrich</i>	CDU	–	1928–30	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–63	–	–
19	<i>Gibbert, Paul</i>	CDU	–	1932–33	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–67	–
20	<i>Greve, Otto Heinrich</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	–	–	–
21	<i>Heiland, Rudolf-Ernst</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
22	<i>Henßler, Fritz</i>	SPD	–	1930–33	–	1949–53	–	–	–	–	–

1) Maßgebend ist die Fraktionszugehörigkeit im Deutschen Bundestag.

2) Gehörte auch dem am 12. November 1933 gewählten Reichstag an.

Lfd. Nr.	Name	Fraktion ¹⁾	Mitglied der Nationalvers.	Mitglied des Reichstages	Mitglied des Parl. Rates	Mitglied des Deutschen Bundestages					
						1. WP	2. WP	3. WP	4. WP	5. WP	6. WP
23	<i>Hepp, Karl</i>	FDP	–	1920–32	–	–	1953–57	–	–	–	–
24	<i>Heuss, Theodor</i>	FDP	–	1924–28, 1930–33	1948–49	bis 15.9.1949	–	–	–	–	–
25	<i>Hilbert, Anton</i>	CDU	–	–	1949	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	–
26	<i>Hoegner, Wilhelm</i>	SPD	–	1930–33	–	–	–	–	1961–62	–	–
27	<i>Höpker-Aschoff, Hermann</i>	FDP	–	1930–32	1948–49	1949–51	–	–	–	–	–
28	<i>Horlacher, Michael</i>	CSU	–	1924–33	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
29	<i>Kaiser, Jakob</i>	CDU	–	1933	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
30	<i>Karpf, Hugo</i>	CSU	–	1932 u. 1933	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
31	<i>Kiep-Altenthal, Emilie</i>	FDP	–	1930	–	–	–	–	1961–65	–	–
32	<i>Kleindinst, Josef Ferdinand</i>	CSU	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
33	<i>Krone, Heinrich</i>	CDU	–	1925–33	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	–
34	<i>Laforet, Wilhelm</i>	CSU	–	–	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
35	<i>Lehr, Robert</i>	CDU	–	–	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
36	<i>Lemmer, Ernst</i>	CDU	–	1924–33	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–70
37	<i>Löbe, Paul</i>	SPD	1919–20 Vizepräs.	1920–24 u. 1925–32 RT-Präs.	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
38	<i>Lüders, Marie-Elisabeth</i>	FDP	1919–20	1920–32	–	–	1953–57	1957–61	–	–	–
39	<i>Maier, Friedrich</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–60	–	–	–
40	<i>Maier, Reinhold</i>	FDP	–	1932–33	–	–	1953–56	1957–59	–	–	–
41	<i>Menzel, Walter</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–63	–	–
42	<i>Mertins, Arthur</i>	SPD	–	1929–30 u. 1933	–	1949–53	–	–	–	–	–
43	<i>Mücke, Willibald</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
44	<i>Nadig, Frieda</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	–	–	–
45	<i>Nowack, Friedrich</i>	SPD	–	1924–33	–	1949–53	–	–	–	–	–
46	<i>Ollenhauer, Erich</i>	SPD	–	–	1949	1949–53	1953–57	1957–61	1961–63	–	–

Lfd. Nr.	Name	Fraktion ¹⁾	Mitglied der Nationalvers.	Mitglied des Reichstages	Mitglied des Parl. Rates	Mitglied des Deutschen Bundestages					
						1. WP	2. WP	3. WP	4. WP	5. WP	6. WP
47	<i>Paul, Hugo</i>	KPD	–	1932	1948	1949–53	–	–	–	–	–
48	<i>Pohle, Kurt</i>	SPD	–	1930–33	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961	–	–
49	<i>Reif, Hans</i>	FDP	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
50	<i>Reimann, Max</i>	KPD	–	–	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
51	<i>Renner, Heinz</i>	KPD	–	–	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
52	<i>Ritzel, Heinrich Georg</i>	SPD	–	1930–33	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
53	<i>Roth, Ernst</i>	SPD	–	1932–33	–	1949–51	–	–	–	–	–
54	<i>Runge, Hermann</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
55	<i>Schäfer, Hermann</i>	FDP	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
56	<i>Schlange-Schöningen, Hans</i>	CDU	–	1924–33	–	1949–50	–	–	–	–	–
57	<i>Schmid, Carlo</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
58	<i>Schroeder, Louise</i>	SPD	1919–20	1920–33	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
59	<i>Schröter, Carl</i>	CDU	–	–	1948–49	1949–52	–	–	–	–	–
60	<i>Schumacher, Kurt</i>	SPD	–	1930–33	–	1949–52	–	–	–	–	–
61	<i>Seebohm, Hans-Christoph</i>	CDU	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–67	–
62	<i>Süsterhenn, Adolf</i>	CDU	–	–	1948–49	–	–	–	1961–65	1965–69	–
63	<i>Suhr, Otto</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–52	–	–	–	–	–
64	<i>Wagner, Friedrich Wilhelm</i>	SPD	–	1930–33	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	bis 1961	–	–
65	<i>Weber, Helene</i>	CDU	1919–20	1920–33	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–62	–	–
66	<i>Wessel, Helene</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–53	–	1957–61	1961–65	1965–69	–
67	<i>Zinn, Georg-August</i>	SPD	–	–	1948–49	1949–51	–	–	bis 1961	–	–
insgesamt:			4	38	37	55	39	29	27	12	3

¹⁾ Maßgebend ist die Fraktionszugehörigkeit im Deutschen Bundestag.

Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages, die dem Länderrat, Zonenbeirat, Wirtschaftsrat und Parlamentarischen Rat angehört haben

Name, Fraktion ¹⁾	Mitglied des				Mitglied des Deutschen Bundestages					
	Länder- rates	Zonen- beirates	Wirt- schafts- rates	Parlamen- tarischen Rates	1. WP	2. WP	3. WP	4. WP	5. WP	6. WP
<i>Adenauer, Konrad</i> (CDU)	–	1946–48 ⁸⁾	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–67	–
<i>Albertz, Luise</i> (SPD)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	–
<i>Amelunxen, Rudolf</i> (Z)	–	1946–47 ⁴⁾	–	–	1949	–	–	–	–	–
<i>Arndt, Adolf</i> (SPD)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	–
<i>Bauer, Hansheinz</i> (SPD)	–	–	–	1948–49	–	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Baur, Georg</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Baur, Valentin</i> (SPD)	–	–	1947–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	–	–	–
<i>Bausch, Paul</i> (CDU)	1947–49 ³⁾	–	–	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
<i>Becker, Max</i> (FDP)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–60	–	–	–
<i>Bergstraesser, Ludwig</i> (SPD)	–	–	–	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Bertram, Helmut</i> (Z→FU)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Blank, Theodor</i> (CDU)	–	–	1947–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Bleiß, Paul</i> (SPD)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
<i>Blücher, Franz</i> (FDP→FVP→DP)	–	1946–48 ⁸⁾	1947–49	–	1949–53	1953–57	1957–58	–	–	–
<i>Böhm, Hans</i> (SPD)	–	1947–48 ⁶⁾	–	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Brentano, Heinrich von</i> (CDU)	1948–49 ³⁾	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–64	–	–
<i>Brese, Wilhelm</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	–
<i>Brockmann, Johannes</i> (fraktionslos)	–	–	–	1948–49	–	1953–57	–	–	–	–
<i>Bucerius, Gerd</i> (CDU)	–	1947–48 ⁷⁾	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–62	–	–

<i>Campe, Carl von</i> (DP)	–	–	1948–49	–	1950–52	–	–	–	–	–
<i>Cramer, Johann</i> (SPD)	–	–	1948–49	–	1949–53	–	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Daum, Robert</i> (SPD)	–	–	1948–49	–	–	1953–57	–	–	–	–
<i>Dehler, Thomas</i> (FDP)	1947–49 ³⁾	–	–	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–67	–
<i>Ehren, Hermann</i> (CDU)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	1953–57	1957–61	1962–64	–	–
<i>Eichler, Willi</i> (SPD)	–	1947–48 ⁷⁾	1948–49	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Eplée, Hermann A.</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	1953	–	1958–61	–	–	–
<i>Euler, August-Martin</i> (FDP→ FVP→DP)	–	–	1947–49	–	1949–53	1953–57	1957–58	–	–	–
<i>Fassbender, Heinrich</i> (FDP→DP)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Fisch, Walter</i> (KPD)	1947–49 ³⁾	–	–	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Gehring, Albrecht</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	–	–	1957–61	1961–65	–	–
<i>Görlinger, Robert</i> (SPD)	–	1946–48 ⁵⁾⁶⁾	–	–	1949–53	1953–54	–	–	–	–
<i>Greve, Otto Heinrich</i> (SPD)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	–	–	–
<i>Günther, Bernhard</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
<i>Gundelach, Gustav</i> (KPD)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Heiland, Rudolf-Ernst</i> (SPD)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
<i>Heinen, Franz</i> (SPD)	–	–	1948–49	–	1953	–	–	–	–	–
<i>Hellwege, Heinrich</i> (DP)	–	1946–48 ⁸⁾	–	–	1949–53	1953–55	–	–	–	–
<i>Henle, Günther</i> (CDU)	–	–	1947–49	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Henßler, Fritz</i> (SPD)	–	1946–48 ⁸⁾	–	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Herberts, Hermann</i> (SPD)	–	–	1947–49	–	–	–	–	1964–65	1965–69	–
<i>Heuss, Theodor</i> (FDP)	–	–	–	1948–49	1949	–	–	–	–	–
<i>Hilbert, Anton</i> (CDU)	–	–	–	1949	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	–
<i>Höcker, Heinrich</i> (SPD)	–	1947–48 ⁶⁾	–	–	1949–53	1953–57	1957–61	–	–	–
<i>Hoegner, Wilhelm</i> (SPD)	1945–46 ²⁾	–	–	–	–	–	–	1961–62	–	–
<i>Höpker-Aschoff, Hermann</i> (FDP)	–	–	–	1948–49	1949–51	–	–	–	–	–

1)2) usw.: Fußnoten auf Seite 619

noch: Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages, die dem Länderrat, Zonenbeirat, Wirtschaftsrat und Parlamentarischen Rat angehört haben

Name, Fraktion ¹⁾	Mitglied des				Mitglied des Deutschen Bundestages					
	Länder- rates	Zonen- beirates	Wirt- schafts- rates	Parlamen- tarischen Rates	1. WP	2. WP	3. WP	4. WP	5. WP	6. WP
<i>Hohl, Heinrich</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Holzappel, Friedrich</i> (CDU)	–	1946–48 ⁵⁾⁶⁾	1947–49	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Hoogen, Matthias</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–64	–	–
<i>Horlacher, Michael</i> (CSU)	1947–49 ³⁾	–	–	–	1950–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Horn, Peter</i> (CDU)	–	–	1947–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
<i>Hubert, Elinor</i> (SPD)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	–
<i>Jacobi, Werner</i> (SPD)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–70
<i>Kaiser, Jakob</i> (CDU)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Kalinke, Margot</i> (DP→CDU)	–	1947–48 ⁶⁾	–	–	1949–53	1955–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Karpf, Hugo</i> (CSU)	–	–	1947–49	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Kather, Linus</i> (CDU→GB/BHE)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Klabunde, Erich</i> (SPD)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–50	–	–	–	–	–
<i>Kleindinst, Josef Ferdinand</i> (CSU)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Köhler, Erich</i> (CDU)	–	–	1947–49	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Korspeter, Lisa</i> (SPD)	–	1947–48 ⁶⁾	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	–
<i>Krahnstöver, Anni</i> (SPD)	–	1947–48 ⁶⁾	1948–49	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Kreyssig, Gerhard</i> (SPD)	–	–	1947–49	–	1951–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
<i>Kriedemann, Herbert</i> (SPD)	–	1946 ⁴⁾ und 1947–48 ⁶⁾	1947–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Kuhlemann, Christian</i> (DP)	–	–	1947–49	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Laforet, Wilhelm</i> (CSU)	–	–	–	1948–49	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Leddin, Bruno</i> (SPD)	–	–	1948–49	–	1949–51	–	–	–	–	–

<i>Lehr, Robert</i> (CDU)	-	1946-48 ⁸⁾	-	1948-49	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Löbe, Paul</i> (SPD)	-	-	-	1948-49	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Loritz, Alfred</i> (WAV)	1947-49 ³⁾	-	-	-	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Maier, Friedrich</i> (SPD)	-	-	-	1948-49	1949-53	1953-57	1957-60	-	-	-	-
<i>Maier, Reinhold</i> (FDP)	1945-49 ²⁾	-	-	-	-	1953-56	1957-59	-	-	-	-
<i>Meitmann, Karl</i> (SPD)	-	1946-48 ⁸⁾	-	-	1949-53	1953-57	1957-61	-	-	-	-
<i>Mellies, Wilhelm</i> (SPD)	-	-	1948-49	-	1949-53	1953-57	1957-58	-	-	-	-
<i>Menzel, Walter</i> (SPD)	-	1947-48 ⁶⁾	-	1948-49	1949-53	1953-57	1957-61	1961-63	-	-	-
<i>Meyer, Heinz</i> (SPD)	-	-	1947-49	-	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Möller, Alex</i> (SPD) ¹⁰⁾	1947-49 ³⁾	-	-	-	-	-	-	1961-65	1965-69	1969-72 ¹⁰⁾	-
<i>Mommer, Karl</i> (SPD)	-	-	1948-49	-	1949-53	1953-57	1957-61	1961-65	1965-69	-	-
<i>Mücke, Willibald</i> (SPD)	-	-	-	1948-49	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Mühlenfeld, Hans</i> (DP)	-	-	1948-49	-	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Müller, Karl</i> (CDU)	-	1947-48 ⁷⁾	-	-	1949-53	1953-57	-	-	-	-	-
<i>Müller, Kurt</i> (KPD)	-	1946-48 ⁵⁾⁶⁾	1948-49	-	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Nadig, Frieda</i> (SPD)	-	1947-48 ⁶⁾	-	1948-49	1949-53	1953-57	1957-61	-	-	-	-
<i>Naegel, Wilhelm</i> (CDU)	-	1946-48 ⁹⁾	1947-49	-	1949-53	1953-56	-	-	-	-	-
<i>Niebes, Heinrich</i> (KPD)	-	-	1948-49	-	1952-53	-	-	-	-	-	-
<i>Niggemeyer, Maria</i> (CDU)	-	-	1948-49	-	1949-53	1953-57	1957-61	-	-	-	-
<i>Oellers, Fritz</i> (FDP)	-	-	1948-49	-	1949-51	-	-	-	-	-	-
<i>Ollenhauer, Erich</i> (SPD)	-	-	-	1949	1949-53	1953-57	1957-61	1961-63	-	-	-
<i>Paul, Hugo</i> (KPD)	-	1947-48 ⁶⁾	-	1948	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Pferdmenges, Robert</i> (CDU)	-	-	1947-49	-	1950-53	1953-57	1957-61	1961-62	-	-	-
<i>Reif, Hans</i> (FDP)	-	-	-	1948-49	1949-53	1953-57	-	-	-	-	-
<i>Reimann, Max</i> (KPD)	-	1946-48 ⁸⁾	1947-49	1948-49	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Renner, Heinz</i> (KPD)	-	-	-	1948-49	1949-53	-	-	-	-	-	-
<i>Richter, Willi</i> (SPD)	-	-	1947-49	-	1949-53	1953-57	-	-	-	-	-

1)2) usw.: Fußnoten auf Seite 619

noch: Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages, die dem Länderrat, Zonenbeirat, Wirtschaftsrat und Parlamentarischen Rat angehört haben

Name, Fraktion ¹⁾	Mitglied des				Mitglied des Deutschen Bundestages					
	Länder- rates	Zonen- beirates	Wirt- schafts- rates	Parlamen- tarischen Rates	1. WP	2. WP	3. WP	4. WP	5. WP	6. WP
<i>Rische, Friedrich</i> (KPD)	–	–	1948–49	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Runge, Hermann</i> (SPD)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Schäfer, Hermann</i> (FDP→FVP)	–	1947–48 ⁶⁾	–	1948–49	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Scharnberg, Hugo</i> (CDU)	–	–	1948	–	1949–53	1953–57	1957–61	–	–	–
<i>Schlange-Schöningen, Hans</i> (CDU)	–	1946–47 ⁴⁾	–	–	1949–50	–	–	–	–	–
<i>Schmid, Carlo</i> (SPD)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Schmidt, Walter</i> (SPD)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	–	–	–	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Schöne, Joachim</i> (SPD)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Schoettle, Erwin</i> (SPD)	–	–	1947–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Schröter, Carl</i> (CDU)	–	1947–48 ⁶⁾	–	1948–49	1949–52	–	–	–	–	–
<i>Schütz, Hans</i> (CSU)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–63	–	–
<i>Schumacher, Kurt</i> (SPD)	–	1946–47 ⁴⁾	–	–	1949–52	–	–	–	–	–
<i>Seebohm, Hans-Christoph</i> (DP→ CDU)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–67	–
<i>Semler, Johannes</i> (CSU)	–	–	1947	–	1950–53	–	–	–	–	–
<i>Seuffert, Walter</i> (SPD)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–67	–
<i>Siemer, J. Hermann</i> (CDU)	–	1947–48 ⁶⁾	–	–	–	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Steinbiß, Viktoria</i> (CDU)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	1953–57	1957–61	–	–	–
<i>Steinhörster, Willi</i> (SPD)	–	1947–48 ⁷⁾	–	–	1949–53	–	–	–	–	–
<i>Storch, Anton</i> (CDU)	–	–	1947–48	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	–	–
<i>Strauß, Franz Josef</i> (CSU) ¹¹⁾	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72 ¹¹⁾
<i>Struve, Detlef</i> (CDU)	–	–	1947–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72

<i>Süsterhenn, Adolf</i> (CDU)	–	–	–	1948–49	–	–	–	1961–65	1965–69	–
<i>Suhr, Otto</i> (SPD)	–	–	–	1948–49	1949–52	–	–	–	–	–
<i>Veit, Hermann</i> (SPD)	–	–	1947	–	1949–53	1953	–	–	–	–
<i>Vogel, Rudolf</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–64	–	–
<i>Wagner, Friedrich Wilhelm</i> (SPD)	–	–	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961	–	–
<i>Weber, Helene</i> (CDU)	–	1947–48 ⁶⁾	–	1948–49	1949–53	1953–57	1957–61	1961–62	–	–
<i>Weinkamm, Otto</i> (CSU)	–	–	1947–49	–	–	–	1957–61	1961–65	–	–
<i>Wellhausen, Hans</i> (FDP→ CDU/CSU)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	–	–	–	–
<i>Wessel, Helene</i> (Z→FU→SPD)	–	1948 ⁶⁾	–	1948–49	1949–53	–	1957–61	1961–65	1965–69	–
<i>Winkelheide, Bernhard</i> (CDU)	–	–	1948–49	–	1949–53	1953–57	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72
<i>Zimmermann, Heinrich</i> (DP)	–	–	1949	–	–	1953–57	–	–	–	–
<i>Zinn, Georg-August</i> (SPD)	–	–	1947	1948–49	1949–51	–	–	1961	–	–
insgesamt:	9	42	61	37	113	76	59	50	28	14

Fußnoten für die Seiten 614–619

- 1) Maßgebend ist die Fraktionszugehörigkeit im Deutschen Bundestag.
- 2) Mitglied des Rates der Ministerpräsidenten
- 3) Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrates
- 4) Mitglied des Ersten Zonenbeirates
- 5) Stellv. Mitglied des Ersten Zonenbeirates
- 6) Mitglied des Zweiten Zonenbeirates
- 7) Stellv. Mitglied des Zweiten Zonenbeirates
- 8) Mitglied des Ersten und Zweiten Zonenbeirates
- 9) Stellv. Mitglied des Ersten und Zweiten Zonenbeirates
- 10) *Alex Möller* war außerdem Mitglied des Deutschen Bundestages in der 7. Wahlperiode (1972–76).
- 11) *Franz Josef Strauß* war außerdem Mitglied des Deutschen Bundestages in der 7. Wahlperiode (1972–76) sowie in der 8. Wahlperiode (bis 1978).

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Verzeichnis der Mitglieder des Länderrates, Zonenbeirates, Wirtschaftsrates und Parlamentarischen Rates, die keine Mitglieder des Bundestages geworden sind

Mitgliedschaft Länderrat

Folgende Mitglieder des Länderrates des amerikanischen Besatzungsgebietes sind **nicht** Mitglieder des Bundestages geworden:

<i>Andre, Joseph</i> (CDU) ²⁾	<i>Kaisen, Wilhelm</i> (SPD) ¹⁾
<i>Apel, Wilhelm</i> (SPD) ²⁾	<i>Keil, Wilhelm</i> (SPD) ²⁾
<i>Arnoul, Wilhelm</i> (SPD) ²⁾	<i>Köhler, Heinrich</i> (CDU) ²⁾
<i>Böhm, Franz</i> (SPD) ²⁾	<i>Müller, Josef</i> (CSU) ²⁾
<i>Bote, Albert</i> (BDV) ²⁾	<i>Schulze, Friedrich</i> ²⁾
<i>Buchmann, Albert</i> (KPD) ²⁾	<i>Stetefeld, Georg</i> (LDP) ²⁾
<i>Ehard, Hans</i> (CSU) ¹⁾	<i>Stieler, Georg</i> (CDU) ²⁾
<i>Geiler, Karl</i> (parteilos) ¹⁾	<i>Stock, Christian</i> (SPD) ¹⁾
<i>Hagedorn, August</i> (SPD) ²⁾	<i>Stock, Jean</i> (SPD) ²⁾
<i>Hagen, Georg</i> (SPD) ²⁾	<i>Vogelsang, Bernhard</i> ²⁾
<i>Haußmann, Wolfgang</i> (DVP) ²⁾	<i>Wagner, Albert</i> (SPD) ²⁾
<i>Heurich, Fridolin</i> (CDU) ²⁾	<i>Witte, Otto</i> (SPD) ²⁾
<i>Hundhammer, Alois</i> (CSU) ²⁾	

1) Mitglied des Rates der Ministerpräsidenten

2) Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrates

Mitgliedschaft Zonenbeirat

Folgende Mitglieder des Zonenbeirates sind **nicht** Mitglieder des Bundestages geworden:

<i>Agartz, Viktor</i> (SPD) ¹⁾	<i>Höcker, Karl</i> (CDU) ⁴⁾
<i>Albrecht, Karl</i> (SPD) ³⁾	<i>Hoffmann, Erich</i> (KPD) ¹⁾
<i>Altenhain, Gustav</i> (FDP) ²⁾ ⁴⁾	<i>Jungmann, Erich</i> (KPD) ⁴⁾
<i>Andrée, Ernst</i> ¹⁾	<i>Kaiser, Ewald</i> (KPD) ³⁾
<i>Biernat, Hubert</i> (SPD) ⁴⁾	<i>Karl, Albin</i> (SPD) ¹⁾ ³⁾
<i>Böckler, Hans</i> (SPD) ¹⁾	<i>Knoop, Hugo</i> (FDP) ³⁾
<i>Borowski, Richard</i> (SPD) ³⁾	<i>Koch, Willi</i> (CDU) ⁴⁾
<i>Bürger, Willi</i> (KPD) ⁴⁾	<i>Kopf, Hinrich Wilhelm</i> (SPD) ¹⁾
<i>Degkwitz, Rudolf</i> ¹⁾	<i>Kugelberg, Robert</i> (SPD) ⁴⁾
<i>Dobbert, Alfred</i> (SPD) ⁴⁾	<i>Lessmann, Horst</i> (DP) ⁴⁾
<i>Everling, Henry</i> ¹⁾	<i>Linden, Elly</i> (SPD) ⁴⁾
<i>Gereke, Günter</i> (CDU) ⁴⁾	<i>Lingemann, Heinrich</i> ¹⁾
<i>Gnoß, Ernst</i> (SPD) ³⁾	<i>Löffler, Heinrich</i> (SPD) ⁴⁾
<i>Grimme, Adolf</i> (SPD) ¹⁾	<i>Lübke, Friedrich-Wilhelm</i> (CDU) ⁴⁾
<i>Groß, Emil</i> (SPD) ⁴⁾	<i>Luster-Haggeney, Franz</i> (CDU) ³⁾
<i>Groth, Hubert</i> ¹⁾	<i>Otto, Paul</i> (CDU) ¹⁾ ³⁾
<i>Haake, Ferdinand</i> (Z) ³⁾	<i>Pagel, Paul</i> (CDU) ³⁾
<i>Heile, Wilhelm</i> (FDP/DP) ¹⁾ ⁴⁾	<i>Petersen, Rudolf</i> (CDU) ¹⁾ ³⁾
<i>Heimsberg, Bruno</i> (Z) ⁴⁾	<i>Schlack, Peter</i> ¹⁾
<i>Heitkamp, Willi</i> (CDU) ⁴⁾	<i>Schneider, Karl</i> ¹⁾
<i>Hewusch, Franz</i> (SPD) ⁴⁾	<i>Schramm, Heinrich</i> (KPD) ²⁾

1) Mitglied des Ersten Zonenbeirates

2) Stellvertretendes Mitglied des Ersten Zonenbeirates

3) Mitglied des Zweiten Zonenbeirates

4) Stellvertretendes Mitglied des Zweiten Zonenbeirates

noch: Mitgliedschaft Zonenbeirat

Schwering, Leo (CDU)¹⁾
Siemann, Johann (FDP)⁴⁾
Six, Bruno (CDU)⁴⁾
Spiecker, Carl (Z)¹⁾³⁾
Spliedt, Franz (SPD)¹⁾
Steltzer, Theodor (CDU)¹⁾

Sträter, Artur (CDU)⁴⁾
Stricker, Fritz (Z)³⁾
Strunk, Heinrich (CDU)³⁾
Tantzen, Theodor (FDP)¹⁾
Weiß, Rosel (KPD)⁴⁾
Wienecke, Ernst (FDP)⁴⁾

¹⁾²⁾ usw. Fußnoten siehe Seite 620

Mitgliedschaft Wirtschaftsrat

Folgende Mitglieder des Wirtschaftsrates sind **nicht** Mitglieder des Bundestages geworden:

Agartz, Viktor (SPD)
Altwein, Erich F. W. (SPD)
Ballof, Walter (SPD)
Baurichter, Kurt (SPD)
Becker, Ludwig (KPD)
Berger, Georg (SPD)
Bode, Wolfgang (DP[NLP])
Boysen, Georg-Wilhelm (CDU)
Braun, Josef (CDU)
Bungartz, Everhard (FDP)
Burghartz, Arnold (Z→CDU)
Butz, Wolfgang (CSU)
Cahn-Garnier, Fritz (SPD)
Dahrendorf, Gustav (SPD)
Dengler, Fritz (CSU)
Elsen, Franz-Michael (CSU)
Enderle, Irmgard (SPD)
Ficker, Ludwig (KPD)
Flörl, Fritz (CSU)
Fromm, Kurt-Wilhelm (CSU)
Haffner, Alex (CDU)
Heimerich, Hermann (SPD)
Hemsath, Heinrich (SPD)
Hermes, Andreas (CDU)
Heukelum, Gerhard van (SPD)
Hewusch, Franz (SPD)
Hölkeskamp, Walter (SPD)
Jacob, Joseph (Z→CDU)
Kaufmann, Heinrich Theophil (CDU)
Ketels, Max Detlef (CDU)
Kiesel, Wilhelm (SPD)
Köhler, Anton (SPD)

Köring, Heinz (CDU)
Krämer, Alfred (FDP)
Kroth, Alfred (KPD)
Kuehne, Erich (WAV)
Lang-Brumann, Thusnelda (CSU)
Loibl, Alfons (CSU)
Lücker, Willi (SPD)
Otto, Paul (CDU)
Potthoff, Erich (SPD)
Quilling, Karl (WAV→parteilos→FDP→parteilos)
Rattenhuber, Ernst (CSU)
Remmele, Adam (SPD)
Reuter, Georg (SPD)
Rupprecht, Fritz (SPD)
Schlack, Peter (CDU)
Schmidt, Hanno (CDU)
Schulze, Karl (SPD)
Schulze, Oskar (SPD)
Schwamberger, Emil (FDP)
Seeling, Otto (CSU)
Siara, Walter (CDU)
Sperling, Fritz (KPD)
Spiecker, Carl (Z)
Strahinger, Wilhelm (SPD)
Stricker, Fritz (Z)
Strunk, Heinrich (CDU)
Voß, Otto (SPD)
Wohlers, Robert (SPD)
Wolf, Christoph Heinrich (CDU)
Zwicznagl, Max (CSU)

Mitgliedschaft Parlamentarischer Rat

Folgende Mitglieder des Parlamentarischen Rates sind **nicht** Mitglieder des Bundestages geworden:

Binder, Paul (CDU)
Blohmeyer, Adolf (CDU)
Chapeaurouge, Paul de (CDU)
Diederichs, Georg (SPD)
Eberhard, Fritz (SPD)

Ehlers, Adolf (SPD)
Fecht, Hermann (CDU)
Finck, Albert (CDU)
Gayk, Andreas (SPD)
Heile, Wilhelm (DP)

noch: Mitgliedschaft Parlamentarischer Rat

Hermans, Hubert (CDU)
Hoch, Fritz (SPD)
Hofmeister, Werner (CDU)
Katz, Rudolf (SPD)
Kaufmann, Theophil (CDU)
Kroll, Gerhard (CSU)
Kühn, Adolf (SPD)
Kuhn, Karl (SPD)
Lensing, Lambert (CDU)
Löwenthal, Fritz (SPD)¹⁾
Mangoldt, Hermann von (CDU)
Mayr, Karl-Sigmund (CSU)
Pfeiffer, Anton (CSU)
Reuter, Ernst (SPD)
Rönneburg, Heinrich (CDU)

Rosshaupter, Albert (SPD)
Schlör, Kaspar Gottfried (CSU)
Schönfelder, Adolph (SPD)
Schrage, Josef (CDU)
Schwalber, Josef (CSU)
Seibold, Kaspar (CSU)
Seifried, Josef (SPD)
Selbert, Elisabeth (SPD)
Stock, Jean (SPD)
Strauß, Walter (CDU)
Walter, Felix (CDU)
Wirmer, Ernst (CDU)
Wolff, Friedrich (SPD)
Wunderlich, Hans (SPD)
Zimmermann, Gustav (SPD)

1) am 4. 5. 1949 Austritt aus der Fraktion der SPD, danach parteiloses Mitglied des Parlamentarischen Rates

Präsidium, Ausschuß- und Fraktionsvorsitz im Wirtschaftsrat*)

Präsident und stellvertretender Präsident	
Präsident:	1./2. WR: <i>Erich Köhler</i> (CDU)
Stellvertretender Präsident:	1. WR: <i>Georg-August Zinn</i> (SPD) (bis 1. 9. 1947) <i>Gustav Dahrendorf</i> (SPD) (ab 4. 9. 1947, kommissarisch) 2. WR: <i>Gustav Dahrendorf</i> (SPD)
Vorsitzende der Fraktionen im Wirtschaftsrat	
Fraktion der CDU/CSU, NLP/DP ¹⁾ 1./2. WR: <i>Friedrich Holzapfel</i> (CDU)	Fraktion der FDP/DP ²⁾ 2. WR: <i>Franz Blücher</i> (DVP)
Fraktion der SPD 1./2. WR: <i>Erwin Schoettle</i>	Fraktion der KPD 1. WR: <i>Ludwig Becker</i> 2. WR: <i>Ludwig Becker</i> (bis 12. 6. 1948); Nachfolger: <i>Friedrich Rische</i>
Fraktion der FDP/LDP/DVP 1. WR: <i>Franz Blücher</i> (DVP)	Fraktion des Zentrums 1./2. WR: <i>Fritz Stricker</i>

1) während des 1. WR und des 2. WR bis Mitte Oktober 1948 Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU/CSU und NLP/DP

2) während des 2. WR ab Mitte Dezember 1948 Fraktionsgemeinschaft der FDP und der DP

1. WR = 1. Wirtschaftsrat (1947–1948); **2. WR** = 2. Wirtschaftsrat (1948–49); Einzelheiten vgl. Chronik auf Seite 627–628

*) Quelle: Unterlagen des Parlamentsarchivs

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Vorsitzende der Ausschüsse des Wirtschaftsrates	
Hauptausschuß 1./2. WR: <i>Erwin Schoettle</i> (SPD)	Ausschuß Außenhandel (ab 2. WR) ²⁾ 2. WR: <i>Everhard Bungartz</i> (FDP)
Ausschuß für Wirtschaft 1. WR: <i>Wilhelm Naegel</i> (CDU) 2. WR: <i>Alexander Haffner</i> (CDU)	Patentrechtsausschuß (ab 1. WR/Dezember 1947) 1. WR: <i>Otto Seeling</i> (CSU) 2. WR: <i>Otto Seeling</i> (CSU); ab 9. 7. 1948: <i>Hans Wellhausen</i> (FDP)
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1./2. WR: <i>Andreas Hermes</i> (CDU)	Sonderkomitee für Bau- und Bodenrecht (ab 2. WR) 2. WR: <i>Heinrich Theophil Kaufmann</i> (CDU)
Ausschuß für Finanz- und Steuerwesen 1./2. WR: <i>Franz Blücher</i> (DVP)	Politischer Prüfungsausschuß (ab 1. WR/Oktober 1947) 1./2. WR: <i>Willi Richter</i> (SPD)
Haushaltsausschuß 1./2. WR: <i>Otto Weinkamm</i> (CSU)	Sonderausschuß zur Behandlung von Fragen der Kohlenförderung (ab 2. WR/November 1948) 2. WR: <i>Georg Berger</i> (SPD)
Ausschuß für Verkehrswesen 1. WR: <i>Wilhelm Kiesel</i> (SPD) 2. WR: <i>Wilhelm Strahringer</i> (SPD)	Enquete-Ausschuß (zur Prüfung der Preise für Steinkohle, Eisen, Stahl und Braunkohle) (ab 2. WR/Juli 1948) 2. WR: <i>Hermann Heimerich</i> (SPD)
Ausschuß für Arbeit 1./2. WR: <i>Willi Richter</i> (SPD)	Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Stadt Berlin (ab 2. WR) 2. WR: <i>Gustav Dahrendorf</i> (SPD)
Planungsausschuß zur Errichtung einer Verwaltung für Arbeit (ab 2. WR) 2. WR: <i>Willi Richter</i> (SPD)	Ausschuß zur Beratung aller wirtschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit dem europäischen Wiederaufbauplan (ERP-Ausschuß) (ab 2. WR) 2. WR: <i>Friedrich Holzapfel</i> (CDU)
Rechtsausschuß 1. WR: <i>Georg-August Zinn</i> (SPD) (bis 1. 9. 1947), Nachfolger: <i>Gustav Dahrendorf</i> (SPD) 2. WR: <i>Adolf Arndt</i> (SPD)	Ausschuß für den Lastenausgleich (ab 2. WR/November 1948) 2. WR: <i>Gerd Bucerius</i> (CDU)
Ausschuß für Post- und Fernmeldewesen 1./2. WR: <i>Peter Horn</i> (CDU)	Ausschuß für Beamtenrecht (ab 2. WR/ Dezember 1948) 2. WR: <i>Adolf Arndt</i> (SPD)
Flüchtlingsausschuß (ab 2. WR) 2. WR: <i>Hans Schütz</i> (CSU)	Sonderausschuß Wertpapierbereinigung (ab 2. WR/1949) 2. WR: <i>Adolf Arndt</i> (SPD)
Geschäftsordnungsausschuß (ab 2. WR) 2. WR: <i>Gustav Dahrendorf</i> (SPD)	Sonderkomitee DM-Eröffnungsbilanz (ab 2. WR/Juni 1949) 2. WR: <i>Adolf Arndt</i> (SPD)
Wahlprüfungsausschuß (ab 2. WR) 2. WR: <i>Hans Mühlenfeld</i> (DP)	
Ausschuß Amerika-Geschäft (ab 2. WR) ¹⁾ 2. WR: <i>Robert Pferdmeiges</i> (CDU)	

1) Bezeichnung ab 13. 5. 1948; zuvor im 1. WR ab 14. 1. 1948 als Unterausschuß des Ausschusses für Wirtschaft und zu Beginn des 2. WR als Sonderausschuß Amerika-Geschäft zusammengetreten.

2) zuvor Unterausschuß (des Ausschusses für Wirtschaft) Außenhandel

Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates nach Besatzungszonen, Ländern und Fraktionen*)

	insgesamt	CDU/ CSU	SPD	FDP	Zentrum	DP	KPD
Amerikanische Besatzungszone							
Bayern	13	8	4	1	–	–	–
Bremen	1	–	1	–	–	–	–
Hessen	6	2	3	1	–	–	–
Württemberg-Baden	5	2	2	1	–	–	–
	25	12	10	3	–	–	–
Britische Besatzungszone							
Hamburg	2	1	1	–	–	–	–
Niedersachsen	9	2	4	1	–	2	–
Nordrhein-Westfalen	17	6	6	1	2	–	2
Schleswig-Holstein	4	2	2	–	–	–	–
	32	11	13	2	2	2	2
Französische Besatzungszone							
Baden	2	1	1	–	–	–	–
Rheinland-Pfalz	4	2	2	–	–	–	–
Württemberg-Hohenzollern	2	1	1	–	–	–	–
	8	4	4	–	–	–	–
insgesamt stimmberechtigt	65	27	27	5	2	2	2
Berlin ¹⁾	(5)	(1)	(3)	(1)	–	–	–

¹⁾ nicht vollstimmberechtigt

*) Quelle: *Erhard H.M. Lange*, Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz. Heidelberg 1993. S. 186.

Fußnote für Seite 625:

*) Quelle: *Richard Ley*, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Ihre Wahl, Zugehörigkeit zu Parlamenten und Regierungen. Eine Bilanz nach 25 Jahren. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 3. S. 373–391 und ders., Organisation und Geschäftsordnung des Parlamentarischen Rates. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 2. S. 192–202.

Hinweis

Angaben aus dem Bereich der Bundesländer während der Tagungszeit des Parlamentarischen Rates enthalten folgende Abschnitte des *Datenhandbuchs*:

- 1.28 Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen
- 6.21 Regierungen in Bund und Ländern

Präsidium, Ausschuß- und Fraktionsvorsitz im Parlamentarischen Rat*)

Präsidium des Parlamentarischen Rates	
Präsident <i>Konrad Adenauer</i> (CDU) 1. Vizepräsident (zugleich Alterspräsident) <i>Adolph Schönfelder</i> (SPD) 2. Vizepräsident <i>Hermann Schäfer</i> (FDP)	Schriftführer <i>Helene Weber</i> (CDU) <i>Jean Stock</i> (SPD) <i>Helene Wessel</i> (Z) <i>Max Becker</i> (LPD)
Vorsitzende (a) und stellvertretende Vorsitzende (b) der Ausschüsse des Parlamentarischen Rates	
Geschäftsordnungsausschuß a) <i>Adolph Schönfelder</i> (SPD) b) <i>Theophil Kaufmann</i> (CDU)	Ausschuß für die Organisation des Bundes a) <i>Robert Lehr</i> (CDU) b) <i>Rudolf Katz</i> (SPD)
Hauptausschuß a) <i>Carlo Schmid</i> (SPD) b) <i>Heinrich von Brentano</i> (CDU)	Ausschuß für Verfassungsgerichtshof und Rechtspflege a) <i>Georg-August Zinn</i> (SPD) b) <i>Walter Strauß</i> (CDU)
Ausschuß für Grundsatzfragen und Grundrechte a) <i>Hermann von Mangoldt</i> (CDU) b) <i>Georg-August Zinn</i> (SPD)	Ausschuß für das Besatzungsstatut a) <i>Carlo Schmid</i> (SPD) b) <i>Heinrich von Brentano</i> (CDU)
Ausschuß für Zuständigkeitsabgrenzung a) <i>Friedrich Wilhelm Wagner</i> (SPD) b) <i>Walter Strauß</i> (CDU)	Ausschuß für Wahlrechtsfragen a) <i>Max Becker</i> (LPD) b) <i>Georg Diederichs</i> (SPD)
Ausschuß für Finanzfragen a) <i>Paul Binder</i> (CDU) b) <i>Jean Stock</i> (SPD)	
Vorsitzende (a) und stellvertretende Vorsitzende (b) der Fraktionen; Sprecher der Gruppen	
Fraktion der CDU/CSU (27 Mitglieder) a) <i>Anton Pfeiffer</i> (vorübergehend <i>Robert Lehr</i>) b) <i>Heinrich Rönneburg</i> , ab Dezember 1948: <i>Robert Lehr</i> <i>Adolf Süsterhenn</i> , ab Mai 1949: <i>Theophil Kaufmann</i> und <i>Heinrich von Brentano</i>	Fraktion der FDP/LDP/DVP (5 Mitglieder) a) <i>Theodor Heuss</i>
	Gruppe der DP (2 Mitglieder) a) <i>Hans-Christoph Seebohm</i>
Fraktion der SPD (27 Mitglieder) a) <i>Carlo Schmid</i> b) <i>Walter Menzel</i> <i>Andreas Gayk</i> <i>Gustav Zimmermann</i> <i>Paul Löbe</i>	Gruppe der KPD (2 Mitglieder) a) <i>Max Reimann</i>
	Gruppe des Zentrums (2 Mitglieder) a) <i>Johannes Brockmann</i>

*) Quelle:
siehe Fußnote auf der linken Seite

Daten zur Geschichte des Länderrates, Zonenbeirates, Wirtschaftsrates und Parlamentarischen Rates*)

Länderrat (*Amerikanische Zone*)

17. Oktober 1945 Die Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone und der Präsident des Bremer Senats beschließen auf Anregung der amerikanischen Militärregierung, einen Rat der Ministerpräsidenten zu bilden, den „Stuttgarter Länderrat“. Dem Länderrat fällt die Aufgabe zu, die Gesetzgebung innerhalb der amerikanischen Zone zu koordinieren. Bei einem Gesetz, das in allen Ländern gleichlautend oder wenigstens im Grundsatz einheitlich sein soll, ist ein einstimmiger Beschluß des Länderrates notwendig, bevor es ein Ministerpräsident in seinem Land verkünden kann. Auch nach Schaffung der Länderparlamente werden Gesetze, bei denen eine Rechtsgleichheit in allen Ländern der US-Zone erforderlich scheint – im Gegensatz zu einer bloßen Rechtsangleichung –, nach dem Beschluß des Länderrates ohne Vorlage an die Landtage von den Ministerpräsidenten erlassen und verkündet.
6. November 1945 Erstmaliges Zusammentreten des Länderrates in Stuttgart
11. März 1947 Errichtung des Parlamentarischen Rates des Länderrates durch die Proklamation Nr. 4 der amerikanischen Militärregierung vom 1. März 1947, um eine stärkere Verbindung der Länderparlamente mit der Arbeit des Länderrates herzustellen. Der Parlamentarische Rat des Länderrates besteht aus 24 von den Länderparlamenten bestimmten Mitgliedern (je 7 aus den Landtagen Bayerns, Groß-Hessens, Württemberg-Badens und drei der Bremer Bürgerschaft). Er hat zu allen vom Länderrat behandelten Gesetzen und Kontrollratsverhandlungen Stellung zu nehmen. Er hat jedoch nur beratende Funktion.
22. Oktober 1949 Schlußtagung des Länderrates

Zonenbeirat (*Britische Zone*)

15. Februar 1946 Mit Anweisung Nr. 12 über Zonenpolitik setzt die britische Militärregierung den Zonenbeirat ein, der sich aus vier Gruppen zusammensetzt:
- den höchsten Verwaltungsbeamten der Länder und Provinzen,
 - Vertretern der großen Parteien,
 - elf Sachgebietsvertretern entsprechend den elf Sachgebieten der Militärregierung,
 - je zwei Vertretern der Gewerkschaften und der Verbrauchergenossenschaften.
- Die insgesamt 27 Mitglieder werden von der Militärregierung ernannt. Als Sitz wird Hamburg bestimmt.
- Der Zonenbeirat ist nur ein Beratungsorgan der Militärregierung ohne exekutive oder legislative Vollmachten. Auch hinsichtlich der Gegenstände, die er beraten kann, ist er von der Genehmigung der Kontrollkommission abhängig.

*) Die Daten sind überwiegend wörtlich übernommen aus *Hans Troßmann, Der zweite Deutsche Bundestag. Seine Vorgeschichte, sein Aufbau und sein Wirken.* Bonn 1954. S. 5–22.
Vgl. auch *Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland.* Düsseldorf 1984 sowie *Erhard H.M. Lange, Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz.* Heidelberg 1993.

6. März 1946 Konstituierung des Zonenbeirates in Hamburg
10. Juni 1947 Inkrafttreten der Verordnung Nr.80 der britischen Militärregierung, wodurch der Zonenbeirat umgebildet wird (Zweiter Zonenbeirat). Er besteht aus 37 Mitgliedern, die durch die gesetzgebenden Körperschaften der britischen Zone bestellt werden. Es entfallen auf die Länder Nordrhein-Westfalen 20, Niedersachsen 10, Schleswig-Holstein 4 und die Hansestadt Hamburg 3 Mitglieder. Sie brauchen den gesetzgebenden Körperschaften ihres Landes nicht anzugehören, ihre Berufung bedarf aber der Zustimmung der Gebietsbeauftragten der Militärregierung.
- Der zweite Zonenbeirat hat ebenfalls lediglich beratende Funktion. Er ist jedoch nunmehr in der Wahl der Beratungsgegenstände frei.
11. Juni 1947 Erstmaliges Zusammentreten des neugestalteten Zonenbeirates
29. Juni 1948 Letztmaliges Zusammentreten des Zonenbeirates

Wirtschaftsrat

9. August 1946 Die amerikanische und die britische Militärregierung einigen sich grundsätzlich dahin, beide Zonen wirtschaftlich zusammenzuschließen, und sie treffen am 5. September eine Vereinbarung hierüber. Die Außenminister beider Staaten unterzeichnen am 2. Dezember 1946 ein entsprechendes Abkommen, das am 1. Januar 1947 in Kraft tritt.
- Ende Mai/Anfang Juni 1947 Über den Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet wird die amerikanische Proklamation Nr.5 erlassen, der die britische Verordnung Nr.88 entspricht. Beide Vorschriften treten am 10. Juni 1947 in Kraft.
- Diese neue Zweizonenverwaltung hat folgende Organisation:
- einen Wirtschaftsrat mit dem Sitz in Frankfurt a. M., der aus 54 Mitgliedern besteht, die von den Länderparlamenten beider Zonen gewählt werden. Dieser erste Wirtschaftsrat ist das oberste Organ des Vereinigten Wirtschaftsgebiets. Er hat eine genau umrissene Rechtsetzungsbefugnis auf wirtschaftlichem Gebiet. Alle Gesetze bedürfen der Genehmigung des Bipartite Board (englisch-amerikanisches Kontrollorgan) und sind dann im ganzen bizonalen Gebiet unmittelbar rechtsverbindlich;
 - einen Exekutivrat, der den Charakter einer Vertretung der Länder hat und dem Aufsichtsbefugnisse über die Verwaltungen zustehen. Er hat das Recht der Gesetzesinitiative und der Stellungnahme zu Gesetzentwürfen, die vom Wirtschaftsrat vorgeschlagen werden;
 - die Verwaltungen für Wirtschaft, für Ernährung und Landwirtschaft, für Verkehr, für Finanzen sowie für Post- und Fernmeldewesen.
- An ihrer Spitze stehen Direktoren, die der Wirtschaftsrat ernennt.
- Mit der Errichtung des Wirtschaftsrates und dem Aufbau seiner Verwaltungen ist die Auflösung der alten Verwaltungsräte verbunden. Der Länderrat der amerikanischen Zone und der Zonenbeirat der britischen Zone bleiben in ihrem Bestand zwar unberührt, eine nennenswerte Funktion können sie jedoch nicht mehr entfalten.
25. Juni 1947 Konstituierende Sitzung des (Ersten) Wirtschaftsrates in Frankfurt/Main
23. Januar 1948 Letzte Sitzung des Ersten Wirtschaftsrates

9. Februar 1948 Inkrafttreten der amerikanischen Proklamation Nr. 7, der die britische Verordnung Nr. 126 entspricht. Durch diese Vorschriften wird die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes grundlegend umgestaltet.
- Die Zahl der Mitglieder des Wirtschaftsrates wird von 52 auf 104 erhöht. Die neu hinzutretenden Mitglieder werden durch die Landtage gewählt. Die Art der Aufgaben des Wirtschaftsrates bleibt im wesentlichen unverändert. Die Gesetzgebungskompetenz wird jedoch erweitert. Sämtliche Gesetze bedürfen weiterhin der Genehmigung durch den Bipartite Board. An die Stelle des früheren Exekutivrates tritt ein Länderrat, der aus je zwei Mitgliedern der acht Länder der Bizone besteht. Der Länderrat wird als eine Art Zweite Kammer gestaltet. Die beiden Vertreter jedes Landes werden von den Landesregierungen bestellt. Der Länderrat kann selbst Gesetze einbringen. Er hat über alle Gesetze Beschluß zu fassen, die vom Wirtschaftsrat beraten werden. Er kann die Gesetzentwürfe billigen, ändern oder gegen sie Einspruch einlegen. Im Gegensatz zum Exekutivrat hat der Länderrat keine verwaltungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen.
24. Februar 1948 Konstituierende Sitzung des Zweiten Wirtschaftsrates
8. August 1949 Letzte (40.) Sitzung des Wirtschaftsrates

Parlamentarischer Rat

7. Juni 1948 Bekanntgabe der Londoner Sechsmächte-Vereinbarungen, womit die Besatzungspolitik der drei westlichen Besatzungsmächte in ein neues Stadium tritt.
1. Juli 1948 Die westlichen Militärgouverneure übergeben auf Grund der Londoner Vereinbarungen den elf Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen die drei „Frankfurter Dokumente“. In Dokument Nr. I werden die Ministerpräsidenten der Länder der drei westlichen Zonen ermächtigt, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten soll. Dokument Nr. II ersucht die Ministerpräsidenten, die Grenzen der deutschen Länder zu überprüfen. In Dokument Nr. III sind die Grundzüge eines Besatzungsstatuts umrissen.
- Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu diesen Grundsätzen zu äußern. Diese bitten sich eine Bedenkzeit aus.
- 8.–10. Juli 1948 Die Ministerpräsidenten beraten in Koblenz (Rittersturz) über die Frankfurter Dokumente. Sie übermitteln den Militärgouverneuren eine schriftliche Stellungnahme, worin sie sich bereit erklären, die ihnen übertragenen Vollmachten wahrzunehmen. Sie schlagen jedoch vor, die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung zurückzustellen, bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben seien und die deutsche Souveränität in ausreichendem Maße wiederhergestellt sei. Die Ministerpräsidenten regen vielmehr an, lediglich einen „Parlamentarischen Rat“ als Vertretung der drei Zonen zu wählen, der die Aufgabe habe, ein „Grundgesetz“ für eine einheitliche Verwaltung des Besatzungsgebietes der Westmächte auszuarbeiten und ebenso ein Wahlgesetz.
20. Juli 1948 Weitere Besprechung der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten, die jedoch zu keinem Ergebnis führt, weil die Militärgouverneure sich nicht in der Lage sehen, von sich aus auf die deutschen Gegenvorschläge einzugehen.

22. Juli 1948 Abermalige Beratung der Ministerpräsidenten im Jagdschloß Niederwald; teilweise Revision der Koblenzer Beschlüsse.
26. Juli 1948 Letzte Zusammenkunft der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten in Frankfurt, die zu einer Einigung führt.
- Noch am gleichen Tag vereinbaren die Ministerpräsidenten, einen „Parlamentarischen Rat“ einzuberufen. Jeder Ministerpräsident werde dem Landtag seines Landes den Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der Abgeordneten für den Parlamentarischen Rat vorlegen. Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten wird wie folgt berechnet: Auf jedes Land entfällt mindestens ein Abgeordneter. Für je 750 000 Einwohner wird ein Abgeordneter gewählt.
- August 1948 Im Laufe des Monats wählen sämtliche Landesparlamente die von ihnen zu entsendenden Mitglieder für den Parlamentarischen Rat.
1. September 1948 Der Parlamentarische Rat tritt in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die 65 Mitglieder beschließen in der ersten Sitzung, fünf Vertreter des Landes Berlin mit beratender Stimme zuzuziehen.
2. März 1949 Die alliierten Militärgouverneure treten mit einem Unterausschuß des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates zusammen, um ihre Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs zum Grundgesetz darzulegen. Es entsteht eine sehr kritische Situation.
25. April 1949 Einigung zwischen den Militärgouverneuren und einer Delegation des Parlamentarischen Rates.
8. Mai 1949 Der Parlamentarische Rat verabschiedet das Grundgesetz, das von den Militärgouverneuren am 12. Mai mit einigen Vorbehalten genehmigt wird. Der erste Vorbehalt lautet, daß das Besatzungsstatut sämtlichen deutschen Vorschriften vorgehe. Ein weiterer Vorbehalt bezieht sich auf die Polizeibefugnisse des Bundes, ein dritter auf die Beteiligung Großberlins, ein vierter Vorbehalt auf die Frage der Neuregelung der Ländergrenzen.
- 18.–21. Mai 1949 Annahme des Grundgesetzes durch die Landesparlamente der Westzonen mit Ausnahme von Bayern.
23. Mai 1949 Das Grundgesetz wird durch den Parlamentarischen Rat verkündet und in Kraft gesetzt, nachdem vorher die Länderparlamente der drei Westzonen über die Annahme des Grundgesetzes Beschluß gefaßt haben.

3.9 Politische Erfahrungen der Abgeordneten

Kontinuierliche und systematische Untersuchungen darüber, inwieweit Abgeordnete bei ihrem Eintritt in den Bundestag bereits über parlamentarische Erfahrungen verfügen, liegen – von der früheren Mitgliedschaft im Reichstag und in der Volkskammer von 1990 abgesehen – nicht vor. Meist nur punktuell ist der Frage nach der vorangegangenen Mitgliedschaft in anderen Parlamenten nachgegangen worden. Dies erstaunt um so mehr, als die Abgeordneten im biographischen Teil der Amtlichen Handbücher des Bundestages diese Angaben durchaus vollständig liefern.

Der folgende Überblick weist die gegenwärtige Forschungssituation nach.

Frühere Mitgliedschaft im Reichstag

Diese Daten liegen vollständig für alle Wahlperioden des Bundestages vor.

	1.WP 1949–53	2.WP 1953–57	3.WP 1957–61	4.WP 1961–65	5.WP 1965–69	6.WP 1969–72
Mitglieder des Bundestages, die schon dem Reichstag bis 1933 angehört haben						
– Anzahl insgesamt	29	20	14	14	4	1
– in %	7,1	3,9	2,7	2,7	0,8	0,2
Anteil der Fraktionen:						
– CDU/CSU	10	11	7	7	3	1
– SPD	14	6	5	6	1	0
– FDP	3	3	2	1	0	0
– KPD	2	–	–	–	–	–

Mitgliedschaft in Landtagen

Nur für die 2. Wahlperiode (1953–57) ist ermittelt worden, wie hoch der Anteil der Bundestagsabgeordneten ist, die nach 1945 Abgeordnete in einem Landtag gewesen sind oder noch sind.*) Im übrigen liegen lediglich Daten zur (zeitweisen) Doppelmitgliedschaft im Bundestag und in einem Landesparlament vor (vgl. Abschnitt 2.11).

	2. WP 1953–57
Mitglieder des Bundestages, die nach 1945 einem Landtag angehört haben oder noch angehören	
– Anzahl insgesamt	174
– in %	34,5
Anteil der Fraktionen:	
– CDU/CSU ¹⁾	69
– SPD	59
– FDP	24
– GB/BHE	12
– DP	10

¹⁾ In der zitierten Studie ist zwar immer nur von „CDU“ die Rede, aber da von 250 Abgeordneten ausgegangen wird, ist die Einbeziehung der CSU eindeutig.

*) Quelle: *Martin Virchow*, Die Zusammensetzung der Bundestagsfraktionen. In: *Wolfgang Hirsch-Weber* und *Klaus Schütz*, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. Berlin, Frankfurt a. M. 1957. S. 351–392.

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

Mitgliedschaft in Kommunalparlamenten

Die bei der Mitgliedschaft in Landtagen für die 2. Wahlperiode zitierte Studie enthält auch Angaben zum Anteil der Abgeordneten, die nach 1945 Stadtverordnete und/oder Mitglieder eines Kreistages gewesen sind oder noch sind.*)

*) Quelle siehe Fußnote auf Seite 630.

	2. WP 1953–57
Mitglieder des Bundestages, die nach 1945 Stadtverordnete und/oder Mitglieder eines Kreistages gewesen sind oder noch sind	
– Anzahl insgesamt	204
– in %	40,5
Anteil der Fraktionen:	
– CDU/CSU	109
– SPD	66
– FDP	17
– GB/BHE	8
– DP	4

Für den 11. Bundestag ist ausgezählt worden, wie viele Abgeordnete während der Wahlperiode zugleich auch Mitglieder kommunaler Körperschaften, d.h. Mitglieder eines Stadt- oder Gemeinderates bzw. eines Kreis- oder Bezirkstages gewesen sind.*) Die Zahl von Mitgliedschaften in einem Kommunalparlament vor der Wahl in den Bundestag fehlt darin freilich.

1) Mehrfach-Mitgliedschaften in kommunalen Vertretungskörperschaften sind in dieser Zahl nicht berücksichtigt.

*) Quelle: *Wolfgang Ismayr*, Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze. Opladen 1992. S.52. Die Auszählung wurde anhand des Teils 2 des Amtlichen Handbuchs des Deutschen Bundestages vorgenommen.

	11. WP 1987–90
Mitglieder des Bundestages, die einer kommunalen Vertretungskörperschaft angehören	
– Anzahl insgesamt	101 ¹⁾
– in %	22,4
Anteil der Fraktionen:	
– CDU/CSU	54
– SPD	39
– FDP	6
– GRÜNE	2

Mitgliedschaft im Europäischen Parlament

Seit der Einführung der Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979 ist es durchaus möglich, daß Abgeordnete parlamentarische Erfahrungen zuerst hier sammeln und später erst in den Bundestag gewählt werden. Diese sicherlich sehr vereinzelt Fälle sind noch nicht gezählt worden.

Dem Verzeichnis der Doppelmitgliedschaften im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag (Abschnitt 2.12) ist zumindest ein Fall zu entnehmen: *Heidemarie Wieczorek-Zeul* gehörte zuerst seit 1979 dem Europäischen Parlament acht Jahre lang an, bevor sie 1987 in den Bundestag gewählt wurde und bald danach auf das Mandat in Straßburg verzichtete.

Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR

Die Statistik für die 11. bis 13. Wahlperiode ist dem gleichlautenden Abschnitt 7.6 des *Datenhandbuchs* zu entnehmen.

3.10 Politische Familientraditionen

Speziell über politische Familientraditionen in der Bundesrepublik Deutschland ist – soweit ersichtlich – bisher keine systematische Untersuchung vorgelegt worden. Dies mag durchaus daran liegen, daß es auf diesem Gebiet nur noch wenig zu erforschen gibt. Viele Ursachen, zeitgeschichtliche, sozialstrukturelle zum Beispiel und nicht zuletzt ein gewandeltes Politikverständnis und Parteiensystem haben sicherlich andere und neue politische Rekrutierungs- und Karrieremuster geschaffen, bei denen der „Familiename“ eine geringe Rolle spielt, wenn nicht gar ein Hindernis bedeutet. Es gehört – wie sehr das in Deutschland auch immer der Fall war – nicht mehr oder nur noch selten zum Selbstverständnis einiger Familien, daß gewissermaßen „einer der Ihren“ stets eine Funktion oder ein Amt in der Politik anstrebt.

Zum allgemein geringen Einfluß des Elternhauses auf politische Karrieren schreibt zusammenfassend *Dietrich Herzog*:

„Untersuchungen über die politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen – ein Forschungsbereich, der bisher vor allem in den USA gepflegt worden ist – kommen allgemein zu dem Ergebnis, daß politische Werte und darüber hinaus spezielle parteipolitisch-ideologische Orientierungen bereits frühzeitig im Lebenszyklus, vor allem durch das Elternhaus vermittelt werden. Dies scheint in allen Ländern der Fall zu sein, die eine historisch gefestigte und verhältnismäßig ungebrochene ‚politische Kultur‘ haben. Für Deutschland trifft das weniger zu. Darüber hinaus wirkt sich hier im allgemeinen die politische Sozialisation durch die Eltern kaum mehr als Impuls für politisches Engagement oder sogar für eine politische Karriere (in der späteren Jugend- und Erwachsenenphase) aus. Nicht einmal die parteipolitische Option des Heranwachsenden läßt sich – jedenfalls in Befragungen von Führungspersonal – auf eine gleichartige politisch-ideologische Orientierung der Eltern zurückführen – wenngleich eine solche inter-generationsmäßige Übermittlung von Parteiidentifikationen durchaus bei Familien mit längerer sozialdemokratischer Tradition noch häufig anzutreffen ist. Generell jedenfalls scheint das Elternhaus als Institution der politischen Sozialisation an Bedeutung zu verlieren. An seine Stelle sind die Bildungsinstitutionen (Schule, Hochschule) sowie die politiknahen Jugendorganisationen getreten. Dort werden vorrangig jene Impulse vermittelt, die zu einer dezidierten parteipolitischen Orientierung, zu aktivem politischem Handeln, zum Parteibeitritt und zur Übernahme politischer Positionen führen können. Sucht man also nach den ersten Voraussetzungen für politische Führungsrekrutierung, so liegen sie in der Bundesrepublik vor allem im (primären, und stärker noch im sekundären) Bildungssystem.“*)

Gleichwohl, auch unter den Politikern nach 1945 sind zumindest vereinzelte Fälle von enger verwandtschaftlicher Beziehung zu finden. Dabei kann offen bleiben, inwieweit hier „politische Familientradition“ eine Rolle gespielt hat oder inwieweit einfach durch die Existenz eines Bundestagsabgeordneten in der Familie ein besonderes politisches Interesse erzeugt wurde.

Die folgende Aufstellung beschränkt sich aus methodischen Gründen auf „parlamentarische Familientraditionen“ innerhalb des Deutschen Bundestages, und zwar weiter eingegrenzt auf Abgeordnete, die in gerader Linie miteinander verwandt sind, also zueinander im Vater/Mutter-Sohn/Tochter-Verhältnis stehen.***) Stand ist der 31. August 1997.

*) *Dietrich Herzog*, Politische Führungsgruppen. Darmstadt 1982. S. 91–92.

**) Eine systematische Untersuchung politischer, insbesondere parlamentarischer Familientraditionen dürfte nicht auf den Bundestag beschränkt bleiben, sondern müßte auch auf den Bund-Länder-Bereich ausgeweitet werden (so ist z. B. die Abgeordnete *Anke Fuchs* die Tochter des früheren Hamburger Bürgermeisters *Paul Nevermann*) und könnte Geschwister ebenso einbeziehen (das wohl bekannteste Beispiel: *Hans-Jochen Vogel* [SPD] und *Bernhard Vogel* [CDU]) wie Schwiegersöhne und Schwiegertöchter (so war die Abgeordnete *Ursula Krone-Appuhn* die Schwiegertochter von *Heinrich Krone*).

Für freundliche Hinweise dankt der Verfasser Dr. *Claus Arndt* und Dr. *Carl Otto Lenz*.

Mitglied des Bundestages ...	
... in der 1. Generation	... in der 2. Generation
Adolf Arndt¹ MdB 1. – 5. WP (SPD)	Claus Arndt¹ MdB 5. WP ab 4. 6. 1968, 6. WP, 7. WP ab 20. 5. 1974 (SPD)
Karl Arnold MdB 3. WP bis † 29. 6. 1958 (CDU)	Gottfried Arnold MdB 4. – 9. WP (CDU)
Fritz Corterier MdB 2. – 5. WP (SPD)	Peter Corterier MdB 6. – 9. WP, 10. WP ab 13. 6. 1984 (SPD)
Oscar Funcke MdB 1. WP ab 14. 9. 1951 (FDP)	Liselotte Funcke MdB 4. – 7. WP, 8. WP bis 23. 11. 1979 (FDP)
Otto Lenz MdB 2. WP bis † 2. 5. 1957 (CDU)	Carl Otto Lenz MdB 5. – 9. WP, 10. WP bis 13. 1. 1984 (CDU)
Ludwig Metzger MdB 2. – 5. WP (SPD)	Günther Metzger MdB 6. – 7. WP (SPD)
Alois Rainer MdB 5. – 9. WP (CSU)	Gerda Hasselfeldt geb. Rainer MdB 11. WP ab 24. 3. 1987 und ab 12. WP (CSU)
Georg Schulhoff MdB 4. – 6. WP (CDU)	Wolfgang Schulhoff MdB ab 10. WP (CDU)
Heinz Schwarz MdB 8. – 11. WP (CDU)	Stefan Schwarz MdB 12. WP (CDU)
Günter Volmer MdB 6. – 9. WP (CDU)	Ludger Volmer MdB 10. WP ab 10. 4. 1985, 11. WP (Die Grünen), 13. WP (Bündnis 90/Die Grünen)

1) Gleichzeitige Mitgliedschaft in der 5. Wahlperiode ab Juni 1968.

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- als weibliche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 3.11).

3.11 Weibliche Abgeordnete*)

Dieser Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

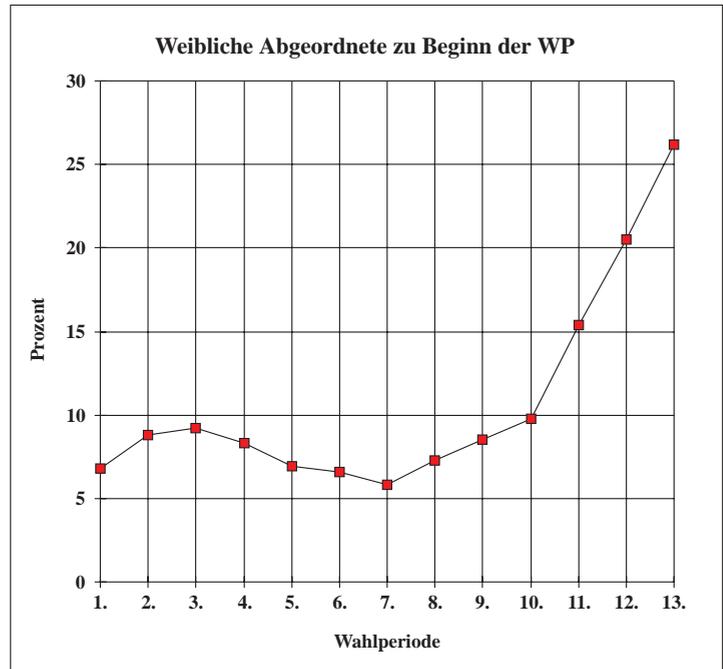
- Statistische Übersicht
- Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Fraktionen und Gruppen
- Weibliche Kandidaten bei Bundestagswahlen
- Weibliche Wahlkreisabgeordnete
- Soziologische Abweichungen
- Weibliche Abgeordnete in Führungspositionen: Namensliste
- Anteil der weiblichen Abgeordneten in Führungspositionen (nach Fraktionen und Gruppen gegliedert)

Statistische Übersicht

Der Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages ist bis vor kurzem stets als zu gering erachtet worden. Eine deutliche Wende zeichnet sich erstmals seit dem Beginn der 11. Wahlperiode (1987) ab.

Die Statistik über den Anteil der weiblichen Abgeordneten seit 1949 weist drei verschiedene Trendphasen auf:

- eine steigende Tendenz zwischen der 1. und 3. Wahlperiode (1949: 6,8%, 1953: 8,8%, 1957: 9,2%),
- eine fallende Tendenz zwischen der 4. und 7. Wahlperiode (1961: 8,3%, 1965: 6,9%, 1969: 6,6%, 1972: 5,8%) und
- eine steigende Tendenz ab der 8. Wahlperiode (1976: 7,3%, 1980: 8,5%, 1983: 9,8%, 1987: 15,4%, 1990: 20,5%, 1994: 26,3%).



*) Das Thema ist wiederholt in der Literatur untersucht worden; vgl. vor allem *Gabriele Bremme*, Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament. Göttingen 1956; *Mechtild Fülles*, Frauen in Partei und Parlament. Köln 1969 sowie *Beate Hoecker*, Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen 1987. Vgl. auch *Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949–1993*. Bearbeiter: *Günther J. Weller* u. a. Bonn 1993 (= Materialien Nr. 122 der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages).

Der Statistik der weiblichen Abgeordneten ist ferner zu entnehmen, daß ihr Anteil im Verlauf einer Wahlperiode regelmäßig wächst und zum Ende der Wahlperiode teilweise erheblich größer ist als zu Beginn. Dies ist darauf zurückzuführen, daß Frauen auf den Landeslisten der Parteien im Durchschnitt schlechter platziert werden und vielfach erst durch Nachrücken von der Liste im Laufe der Wahlperiode ein Mandat erhalten können.

■ Die entsprechenden Angaben zum Anteil der weiblichen Abgeordneten am Ende der 13. und zu Beginn der 14. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 3.11 veröffentlicht.

- 1) Die in vielen Statistiken angegebene Anzahl von 29 ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß dabei die Abgeordnete *Margarete Hütter* als Nachfolgerin für den Abgeordneten *Theodor Heuss* (ab 15. September 1949) bereits mitgerechnet wurde. Diese Abgeordnete ist auch schon in mehreren alphabetischen Mitgliederlisten zu Beginn der 1. Wahlperiode enthalten.
- 2) In dieser Anzahl sind 3 Parlamentarierinnen enthalten, die durch die Erhöhung der Anzahl der Vertreter Berlins von 8 auf 19 im Jahre 1952 Mitglied des Bundestages wurden.
- 3) In diesen Zahlen sind die 144 zusätzlichen Abgeordneten enthalten, die von der Volkskammer der DDR mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in den Deutschen Bundestag gewählt worden sind. Der Anteil der Frauen betrug 34 (bzw. 35 ab 5. Oktober 1990 infolge der Mandatsniederlegung von *Joachim Gauck* und des Nachrückens von *Vera Wollenberger*). Von den 35 weiblichen Abgeordneten traten 14 der CDU/CSU-Fraktion, 7 der SPD-Fraktion und 2 der umbenannten Fraktion DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 bei; 12 weibliche Abgeordnete gehörten zur Gruppe PDS.

Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete zu Beginn der WP insgesamt		Weibliche Abgeordnete am Ende der WP insgesamt	
	Anzahl	in % aller Abg.	Anzahl	in % aller Abg.
1. WP 1949–53	28 ¹⁾	6,8 ¹⁾	38 ²⁾	9,0
2. WP 1953–57	45	8,8	52	10,0
3. WP 1957–61	48	9,2	49	9,4
4. WP 1961–65	43	8,3	49	9,4
5. WP 1965–69	36	6,9	41	7,9
6. WP 1969–72	34	6,6	32	6,2
7. WP 1972–76	30	5,8	36	6,9
8. WP 1976–80	38	7,3	41	7,9
9. WP 1980–83	44	8,5	45	8,7
10. WP 1983–87	51	9,8	52	10,0
11. WP 1987–90	80	15,4	118 ³⁾	17,8 ³⁾
12. WP 1990–94	136	20,5	143	21,6
13. WP 1994–	176	26,2	–	–

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Fraktionen und Gruppen

Beträchtliche Unterschiede und teilweise gegenläufige Entwicklungen bezüglich des Anteils weiblicher Abgeordneter sind zwischen den einzelnen Fraktionen festzustellen.

- bei der **CDU/CSU** (abgesehen von drei Wahlperioden) ein im Vergleich zum gesamten Bundestag **unterdurchschnittlicher** Anteil weiblicher Abgeordneter, wobei die 13. Wahlperiode mit –12,7 Prozentpunkten die stärkste Abweichung nach unten aufweist;
- bei der **SPD** (abgesehen von der 7. bis 9. Wahlperiode) ein **überdurchschnittlicher** Anteil weiblicher Abgeordneter, wobei die 13. Wahlperiode mit 7,4 Prozentpunkten die stärkste Abweichung nach oben aufweist;
- bei der **FDP** (abgesehen von der 8. und 9., Wahlperiode) ein **unterdurchschnittlicher** Anteil weiblicher Abgeordneter, wobei die 13. Wahlperiode mit –9,3 Prozentpunkten die stärkste Abweichung nach unten aufweist;
- bei den **GRÜNEN** bzw. **Bündnis 90/Die Grünen** ein erheblich **über** dem Durchschnitt liegender Anteil weiblicher Abgeordneter, wobei die 13. Wahlperiode mit 32,9 Prozentpunkten die stärkste Abweichung nach oben aufweist;
- bei der **PDS** ebenfalls ein **überdurchschnittlicher** Anteil weiblicher Abgeordneter.

Wie die Zahlen für die 1. bis 13. Wahlperiode im einzelnen lauten, geht aus der nebenstehenden Tabelle hervor.

Fraktion	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
CDU/CSU	1.	11	7,7	+ 0,9
	2.	19	7,6	– 1,2
	3.	22	7,9	– 1,3
	4.	18	7,2	– 1,1
	5.	15	6,0	– 0,9
	6.	14	5,6	– 1,0
	7.	15	6,4	+ 0,6
	8.	19	7,5	+ 0,2
	9.	18	7,6	– 0,9
	10.	17	6,7	– 3,1
	11.	18	7,7	– 7,7
	12.	44	13,8	– 6,7
	13.	41	13,9	–12,4
SPD	1.	13	9,6	+ 2,8
	2.	21	13,0	+ 4,2
	3.	22	12,2	+ 3,0
	4.	21	10,3	+ 2,0
	5.	19	8,8	+ 1,9
	6.	18	7,6	+ 1,0
	7.	13	5,4	– 0,4
	8.	15	6,7	– 0,6
	9.	19	8,3	– 0,2
	10.	21	10,4	+ 0,6
	11.	31	16,1	+ 0,7
	12.	65	27,2	+ 6,7
	13.	85	33,7	+ 7,4
FDP	1.	0	0,0	– 6,8
	2.	3	5,7	– 3,1
	3.	3	7,0	– 2,2
	4.	4	6,0	– 2,3
	5.	2	4,0	– 2,9
	6.	2	6,5	– 0,1
	7.	2	4,8	– 1,0
	8.	4	10,0	+ 2,7
	9.	7	13,0	+ 4,5
	10.	3	8,6	– 1,2
	11.	6	12,5	– 2,9
	12.	16	20,3	– 0,2
	13.	8	17,0	– 9,3
DP	1.	1	5,9	– 0,9
	2.	0	0,0	– 8,8
	3.	1	5,9	– 3,3
Zentrum	1.	2	20,0	+ 13,2

Fraktion	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
WAV	1.	0	0,0	- 6,8
BP	1.	0	0,0	- 6,8
KPD	1.	1	6,7	- 0,1
GB/BHE	2.	2	7,4	- 1,4
GRÜNE bzw. B 90/ GR ¹⁾	10.	10	35,7	+ 25,9
	11.	25	56,8	+ 41,4
	12.	3	37,5	+ 17,0
	13.	29	59,2	+ 32,9
PDS/LL bzw. PDS	12.	8	47,1	+ 26,6
	13.	13	43,3	+ 17,0

¹⁾ 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

Weibliche Kandidaten bei Bundestagswahlen*)

Der wachsenden Zahl weiblicher Mitglieder des Bundestages entspricht es, daß schon bei den Kandidaturen zur Bundestagswahl ein zum Teil sprunghafter Anstieg des Frauenanteils feststellbar ist. Wie die nebenstehende Statistik zeigt, lag der Anteil bis 1969 stets unter 10% und wuchs seit 1972 auf inzwischen 29,5% (1994). Daß dennoch – vom Wahljahr 1957 abgesehen – der Anteil der gewählten Frauen im Vergleich zu den kandidierenden Frauen stets niedriger ist, ist ein untrüglicher Beweis für die schlechtere Platzierung weiblicher Kandidaten auf den Landeslisten oder aber für die Zuweisung von weniger aussichtsreichen Wahlkreisen.

Wahljahr	Kandidaten insgesamt	davon Frauen		Anteil der gewählten Frauen in %
		Anzahl	in %	
1949	2 324	207	8,9	6,8
1953	2 816	272	9,7	8,8
1957	2 714	208	7,7	9,2
1961	2 559	246	9,6	8,3
1965	2 485	240	9,7	6,9
1969	2 634	249	9,5	6,6
1972	2 754	292	10,6	5,8
1976	3 244	450	13,9	7,3
1980	2 953	592	20,1	8,5
1983	2 699	518	19,2	9,8
1987	2 690	685	25,4	15,4
1990	3 696	894	24,2	20,5
1994	3 923	1 157	29,5	26,2

*) Quelle: *Beate Hoecker*, Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen 1987. S. 71.

Hinweis

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Weibliche Wahlkreisabgeordnete

Der an sich schon geringe Anteil weiblicher Abgeordneter im Bundestag wird in allen Wahljahren seit 1949 noch unterboten, wenn man nur die in den Wahlkreisen direkt gewählten Abgeordneten in Betracht zieht. Das gesetzlich festgelegte Verhältnis von Wahlkreis- zu Listenmandaten liegt seit 1953 bekanntlich bei 1:1. Bei einer Gleichbehandlung der Frauen müßte dann auch bei den weiblichen Abgeordneten das Verhältnis 1:1 wiederzufinden sein; wenn also – wie beispielsweise in der 9. Wahlperiode – 44 Frauen ein Bundestagsmandat erhalten haben, wäre zu erwarten, daß ungefähr 22 von ihnen direkt und 22 über die Landesliste gewählt worden sind.

Doch weit gefehlt: Bei den weiblichen Abgeordneten betrug das Verhältnis von Wahlkreis- zu Listenmandaten bisher – Wahljahr 1949 ausgenommen – im günstigsten Fall 1:2,4 (Wahljahr 1990) und im ungünstigsten Fall 1:6,5 (Wahljahr 1972), d. h. auf eine direkt gewählte Abgeordnete kamen über 2 bzw. 6 über die Landesliste gewählte Frauen. Dieses Zahlenverhältnis weist darauf hin, wie stark weibliche Kandidaten bei der Nominierung für (sichere) Wahlkreise benachteiligt werden.

Wahljahr	Wahlkreismandate insgesamt	davon weibliche Abgeordnete Anzahl in %		weibliche Wahlkreisabgeordnete aufgegliedert nach Fraktionen				Verhältnis weibl. Wahlkreisabg. zu weibl. Listenabgeordneten
				CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	
1949	242	12	5,0	6 von 115	6 von 96	0 von 12	0 von 19	12:16 = 1:1,3
1953	242	9	3,7	6 von 172	3 von 45	0 von 14	0 von 11	9:36 = 1:4,0
1957	247	9	3,6	5 von 194	4 von 46	0 von 1	0 von 6	9:39 = 1:4,3
1961	247	7	2,8	2 von 156	5 von 91	–	–	7:36 = 1:5,1
1965	248	8	3,2	2 von 154	6 von 94	–	–	8:28 = 1:3,5
1969	248	6	2,4	1 von 121	5 von 127	–	–	6:28 = 1:4,7
1972	248	4	2,0	0 von 96	4 von 152	–	–	4:26 = 1:6,5
1976	248	7	2,8	2 von 134	5 von 114	–	–	7:31 = 1:4,4
1980	248	11	4,4	4 von 121	7 von 127	–	–	11:33 = 1:3,0
1983	248	10	4,0	7 von 180	3 von 68	–	–	10:41 = 1:4,1
1987	248	18	7,3	9 von 169	9 von 79	–	–	18:62 = 1:3,4
1990	328	40	12,2	25 von 235	15 von 91	0 von 1	0 von 1 ¹⁾	40:96 = 1:2,4
1994	328	44	13,4	24 von 221	19 von 103	–	1 von 4 ¹⁾	44:133 = 1:3,0

1) PDS/LL bzw. PDS

Soziologische Abweichungen

Weibliche Abgeordnete – das zeigen die vorhandenen Statistiken – weichen offenbar bei verschiedenen Sozialmerkmalen in allen Bundestagsfraktionen über längere Zeit in signifikanter Weise vom Durchschnitt aller Parlamentarier ab. Um so bedauerlicher ist es, daß die Parlamentssoziologie dieses Phänomen regelmäßig übersehen hat, so daß viele Auszählungen nicht oder nur punktuell und sporadisch nach Geschlechtern getrennt vorgenommen worden sind. In letzter Zeit hat *Beate*

Hoecker den Forschungsstand zusammengefaßt und zumindest für die jüngere Vergangenheit einige Lücken ausgefüllt. *)

Im vorliegenden *Datenhandbuch* ist der schon in den früheren Bänden enthaltene Unterabschnitt „Soziologische Abweichungen“ erweitert worden. Dazu wurden erstens die im *Datenhandbuch* bereits vorhandenen geschlechtsspezifischen Differenzierungen (zum Teil zusammengestellt nach Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag) hier noch ausführlicher zitiert und für die 13. Wahlperiode fortgeschrieben, zweitens die Forschungsergebnisse von *Beate Hoecker* eingearbeitet und drittens die reichhaltige, aber bezüglich weiblicher Abgeordneter recht unergiebigere parlamentssoziologische Literatur**) nochmals durchgesehen.

Zu folgenden Sozialmerkmalen werden in diesem Unterabschnitt die Abweichungen bei den weiblichen Abgeordneten dargestellt:

- Altersgliederung einschließlich Durchschnittsalter
- Dauer der Mitgliedschaft und Wiederwahlhäufigkeit
- Familienstand
- Konfession
- Schulabschluß und Hochschulbildung
- Berufsstruktur
- gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete

Altersgliederung***)

Aus den von allen Wahlperioden seit 1949 vorliegenden Daten zum Durchschnittsalter ist erkennbar, daß die weiblichen Abgeordneten bis zur 9. Wahlperiode zum Teil erheblich älter waren als der Durchschnitt aller Abgeordneten (in der von 1969 bis 1972 reichenden 6. Wahlperiode zum Beispiel volle vier Jahre). Erst ab 1983 mit der 10. Wahlperiode ist eine Trendwende zu beobachten, indem von da an die Frauen im Parlament im Durchschnitt jünger sind. Bestätigt wird diese Beobachtung von den Statistiken zur Altersstruktur, die für die 1. bis 9. und für die 12. Wahlperiode zur Verfügung stehen. Nach *Beate Hoecker* weist „die insgesamt festgestellte ‚Verjüngung‘ der Parlamentarierinnen

*) *Beate Hoecker*, Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1990. Ein Postskriptum zur Abgeordnetensoziologie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 25. 1994. H. 4. S. 556-581.

**) Vgl. z. B. *Beate Hoecker* über einen Autor: „Bei ... finden Frauen nur als ‚Hausfrauen‘ Erwähnung.“ (S. 557)

***) Quellenangaben siehe Einstern-Fußnote auf der folgenden Seite

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

... darauf hin, daß das langjährige Muster eines im Vergleich zu den Männern späteren Politikeintritts der Frauen – und damit verbunden auch eines höheren Eintrittsalters – inzwischen durchbrochen wurde“:**))

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete in Jahren	Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Jahren
Durchschnittsalter	1.	50,3	+ 0,3
	2.	51,4	+ 0,5
	3.	53,9	+ 2,1
	4.	54,8	+ 2,5
	5.	54,1	+ 3,2
	6.	53,0	+ 4,0
	7.	49,6	+ 3,0
	8.	48,0	+ 0,7
	9.	47,3	+ 0,3
	10.	46,3	- 1,8
	11.	46,0	- 3,3
	12.	45,7	- 3,0
	13.	46,7	- 2,4

*) Quellen für die statistischen Angaben: für das Durchschnittsalter *Datenhandbuch*, Abschnitt 3.2; für die Altersgliederung 1. bis 8. sowie 13. Wahlperiode *Datenhandbuch*-Redaktion, 9. Wahlperiode *Heino Kaack*, Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages – ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 196; für die 12. Wahlperiode *Beate Hoecker*, a.a.O. S. 570; Altersstruktur bei *Kaack* und bei *Hoecker* zusätzlich nach Fraktionen aufgeschlüsselt.

**) *Beate Hoecker*, a.a.O. S. 571.

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
Alter von ... bis unter ... Jahre:				
bis 35 Jahre	1.	0	0,0	- 4,2
35–40 Jahre		2	7,1	- 2,7
40–45 Jahre		5	17,9	+ 3,0
45–50 Jahre		6	21,4	+ 2,6
50 und mehr Jahre		15	53,6	+ 1,1
bis 35 Jahre	2.	2	4,4	+ 0,5
35–40 Jahre		2	4,4	- 3,3
40–45 Jahre		3	6,7	- 6,1
45–50 Jahre		10	22,2	+ 3,1
50 und mehr Jahre		28	62,2	+ 5,6
bis 35 Jahre	3.	1	2,1	- 2,2
35–40 Jahre		3	6,3	- 1,6
40–45 Jahre		4	8,3	- 3,1
45–50 Jahre		7	14,6	- 1,4
50 und mehr Jahre		33	68,8	+ 8,2
bis 35 Jahre	4.	0	0,0	- 3,7
35–40 Jahre		1	2,3	- 6,0
40–45 Jahre		4	9,3	- 2,8
45–50 Jahre		5	11,6	- 1,8
50 und mehr Jahre		33	76,7	+ 14,2

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
bis 35 Jahre 35–40 Jahre 40–45 Jahre 45–50 Jahre 50 und mehr Jahre	5.	1 0 4 3 28	2,8 0,0 11,1 8,3 77,8	- 1,1 - 11,2 - 4,6 - 4,8 + 21,6
bis 35 Jahre 35–40 Jahre 40–45 Jahre 45–50 Jahre 50 und mehr Jahre	6.	0 0 1 10 23	0,0 0,0 2,9 29,4 67,6	- 5,2 - 10,0 - 16,8 + 7,6 + 24,3
bis 35 Jahre 35–40 Jahre 40–45 Jahre 45–50 Jahre 50 und mehr Jahre	7.	3 1 0 7 19	10,0 3,3 0,0 23,3 63,3	+ 0,4 - 9,6 - 17,6 + 0,7 + 26,1
bis 35 Jahre 35–40 Jahre 40–45 Jahre 45–50 Jahre 50 und mehr Jahre	8.	6 3 3 4 22	15,8 7,9 7,9 10,5 57,9	+ 7,7 - 4,5 - 9,1 - 12,1 + 17,8
bis 35 Jahre 35–40 Jahre 40–45 Jahre 45–50 Jahre 50 und mehr Jahre	9.	8 8 8 9 11	18,2 18,2 18,2 20,5 25,0	- 3,2 - 11,7 - 5,7 + 5,9 + 14,7
bis 30 Jahre 30–35 Jahre 35–40 Jahre 40–45 Jahre 45–50 Jahre 50–55 Jahre 55–60 Jahre 60–65 Jahre 65–70 Jahre 70 und mehr Jahre	12.	• • • • • • • • • •	4,4 6,6 9,6 22,8 21,3 22,1 8,1 5,1 - -	+ 2,6 + 2,7 + 2,2 + 8,6 - 3,3 - 3,1 - 4,1 - 4,3 - 0,9 - 0,4
bis 30 Jahre 30–35 Jahre 35–40 Jahre 40–45 Jahre 45–50 Jahre 50–55 Jahre 55–60 Jahre 60–65 Jahre 65–70 Jahre 70 und mehr Jahre	13.	4 8 23 29 41 40 23 7 1 -	2,3 4,5 13,1 16,5 23,3 22,7 13,1 4,0 0,6 -	+ 0,9 + 1,2 + 3,7 + 4,1 + 3,7 - 5,0 - 4,6 - 2,3 - 1,2 - 0,4

Dauer der Mitgliedschaft*)

Zur Mandatsdauer weiblicher Abgeordneter – gemessen an der Häufigkeit ihrer Wiederwahl – liegen Zahlen seit der 6. Wahlperiode vor. Sie belegen zumindest für die Jahre ab 1972 (7. Wahlperiode), daß Frauen im Durchschnitt für eine geringere Zeitspanne dem Bundestag angehören. Denn dem überdurchschnittlichen Anteil der Frauen in der Rubrik der erstmals Gewählten und der einmal Wiedergewählten steht konsequenterweise ein unterdurchschnittlicher Anteil in der Rubrik der mehr als einmal wiedergewählten Abgeordneten gegenüber. Überdies ist seit der 7. Wahlperiode bis einschließlich 12. Wahlperiode ein ständiges Wachsen dieser Tendenz festzustellen. Was zwar für die Gesamtheit der Abgeordneten gilt – nämlich die immer mehr zur Regel werdende ein- und mehrmalige Wiederwahl –, trifft für die weiblichen Mandatsinhaber kaum zu, denn schon bei den einmal Wiedergewählten liegt ihr Anteil nur geringfügig über dem Durchschnitt der Abgeordneten.

Ein weiteres Indiz für die kürzere Mandatsdauer weiblicher Abgeordneter bietet im *Datenhandbuch* die Namensliste „25jährige Mandatszeit im Bundestag“ (Abschnitt 3.4): Hierin findet sich zwischen der 7. und 12. Wahlperiode, d. h. zwischen 1972 und 1994, nur ein einziges weibliches Mitglied des Bundestages: *Annemarie Renger*. In der 13. Wahlperiode ist es lediglich *Herta Däubler-Gmelin*, die als Frau 1997 die 25jährige Mandatszeit erreicht (gegenüber 33 männlichen Abgeordneten).

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
erstmals gewählt	6.	10	29,4	- 0,7
	7.	11	36,7	+ 8,7
	8.	12	31,6	+ 9,0
	9.	15	34,1	+ 9,2
	10.	•	27,5	+ 10,0
	11.	•	43,8	+ 22,6
	12.	79	58,1	+ 22,8
einmal wiedergewählt	13.	66	37,5	+ 7,0
	6.	3	8,8	- 13,8
	7.	10	33,3	+ 5,1
	8.	14	36,8	+ 11,5
	9.	11	25,0	+ 3,4
	10.	•	25,5	+ 2,8
	11.	•	15,0	+ 0,9
mehrmals wiedergewählt	12.	32	23,5	+ 2,0
	13.	63	35,8	+ 7,4
	6.	21	61,8	+ 14,5
	7.	9	30,0	- 13,8
	8.	12	31,6	- 20,5
	9.	18	40,9	- 12,7
	10.	•	47,1	- 12,7
	11.	•	41,3	- 23,4
	12.	25	18,4	- 24,2
	13.	47	26,7	- 14,6

*) Quellen für die statistischen Angaben: 6. bis 8. Wahlperiode *Datenhandbuch*-Redaktion aufgrund der Angaben in Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode errechnet aus *Heino Kaack*, Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages – ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 198; 10. bis 12. Wahlperiode *Beate Hoecker*, a.a.O. S. 565–566 und 13. Wahlperiode *Datenhandbuch*-Redaktion; in beiden zuletzt genannten Quellen zusammengestellt nach Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag.

Familienstand*)

Über den Familienstand der weiblichen Abgeordneten liegen seit 1957, dem Beginn der 3. Wahlperiode, vollständige Daten vor. Bei keinem anderen sozialen Merkmal weichen die weiblichen Abgeordneten während der Gesamtzeit derart signifikant vom Durchschnitt aller Abgeordneten ab. So läßt sich – auch wenn die Differenzen zum Teil geringer werden – generell sagen: Die weiblichen Abgeordneten sind weit überdurchschnittlich alleinstehend, d. h. ledig, verwitwet oder geschieden. Sie sind umgekehrt weit unter dem Durchschnitt in der Rubrik der verheirateten Abgeordneten mit Kindern vertreten. Lediglich bei den verheirateten, aber kinderlosen Abgeordneten zwischen 1957 und 1980 ist ein wachsender Anteil der Frauen erkennbar, der 1980 den männlichen Anteil sogar deutlich übersteigt. Diese Feststellungen treffen im wesentlichen für alle Fraktionen zu; allenfalls bei den Grünen bzw. Bündnis 90/ Die Grünen lassen sich in der 11. und 13. Wahlperiode ausgeglichene Verhältnisse erkennen.

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten	
		Anzahl	in %		
Familienstand ledig, verwitwet, geschieden bzw. ohne Angaben	3.	•	60,4	+ 47,3	
	4.	•	58,1	+ 44,9	
	5.	•	50,0	+ 39,4	
	6.	•	52,9	+ 43,4	
	7.	•	50,0	+ 42,1	
	8.	•	50,0	+ 40,7	
	9.	•	29,6	+ 20,2	
	10.	•	43,1	+ 31,6	
	11.	•	47,5	+ 32,7	
	12.	•	34,6	+ 19,6	
	13.	•	36,4	+ 16,0	
	Familienstand verheiratet, ohne Kinder bzw. ohne Angaben über Kinder	3.	•	18,8	- 26,7
		4.	•	16,3	- 15,4
5.		•	13,9	- 9,7	
6.		•	8,8	- 7,6	
7.		•	6,7	- 5,5	
8.		•	13,2	+ 0,8	
9.		•	25,0	+ 13,6	
10.		•	7,8	- 1,8	
11.		•	7,5	- 0,4	
12.		•	12,5	+ 4,2	
13.		•	11,4	+ 2,0	
Familienstand verheiratet, mit Kind(ern)		3.	•	20,8	- 20,6
		4.	•	25,6	- 29,5
	5.	•	36,1	- 29,7	
	6.	•	38,2	- 35,9	
	7.	•	43,3	- 36,6	
	8.	•	36,8	- 41,6	
	9.	•	45,5	- 33,7	
	10.	•	49,0	- 29,8	
	11.	•	45,0	- 32,3	
	12.	•	52,9	- 23,8	
	13.	•	52,3	- 17,9	

*) Quelle für die statistischen Angaben: Abschnitt 3.12 im vorliegenden *Datenhandbuch*.

Das Fazit von *Beate Hoecker*: „Trotz einer gewissen Annäherung von Frauen und Männern beim Familienstand bestehen insgesamt auch heute noch hochsignifikante Abweichungen, die auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten beim Zugang zu politischen Ämtern hinweisen.“^{**})

Konfession^{**})

„Das auffallendste Ergebnis ... ist, daß die weiblichen Abgeordneten sich durchgängig weniger zu einer Konfession bzw. zur Konfessionslosigkeit bekennen als die Männer ... “ (*Beate Hoecker*). In der folgenden Statistik macht sich das dadurch bemerkbar, daß in beiden großen Konfessionen die Frauen durchweg geringer als der Durchschnitt aller Abgeordneten vertreten sind; am größten ist die Abweichung im Bereich der katholischen Konfession.

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
Katholisch	2.	•	27,1	- 5,1
	3.	•	23,9	- 12,7
	4.	•	23,3	- 9,9
	5.	•	25,0	- 12,7
	6.	•	23,5	- 12,8
	7.	•	26,7	- 5,6
	8.	•	31,6	- 5,7
	9.	•	25,0	- 11,4
	10.	•	19,6	- 17,1
	11.	•	15,0	- 19,9
	12.	•	22,8	- 10,0
	13.	32	18,2	- 13,3
	Evangelisch	2.	•	31,3
3.		•	23,9	- 11,9
4.		•	27,9	- 1,7
5.		•	36,1	+ 1,9
6.		•	32,4	- 1,0
7.		•	26,7	- 5,2
8.		•	28,9	- 3,2
9.		•	40,9	+ 8,3
10.		•	31,4	- 1,7
11.		•	36,2	+ 2,1
12.		•	32,4	- 5,2
13.		54	30,7	- 2,6

^{*}) *Beate Hoecker*, a.a.O. S. 571–572.

^{**}) Quelle für die statistischen Angaben: bis zur 12. Wahlperiode für die weiblichen Abgeordneten *Beate Hoecker* (unveröffentlichtes Manuskript), zusammengestellt nach Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag; für alle Abgeordneten vgl. *Datenhandbuch* Abschnitt 3.13; für die 13. Wahlperiode *Datenhandbuch*-Redaktion; in Kürschners Volkshandbuch auch Aufgliederung nach Fraktionen und sonstigen Konfessionen bzw. konfessionslos sowie Angabe der absoluten Zahlen.

Die Differenz zwischen dem prozentualen Anteil der katholischen und der evangelischen Abgeordneten zu 100,0 Prozent entspricht dem Anteil der Abgeordneten ohne Angaben der Konfession bzw. die wenigen Fälle von sonstiger Konfession oder Konfessionslosigkeit.

Schulabschluß und Hochschulbildung*)

Die folgende Tabelle zeigt für die weiblichen Abgeordneten eine sonderbare Abweichung von den Daten aller Abgeordneten: Während die Frauen seit der 3. Wahlperiode in einem überdurchschnittlichen Maße über das Abitur verfügen, liegen sie bei der Hochschulbildung – von der 8. und 9. Wahlperiode abgesehen – stets unter dem Durchschnitt. Zu beachten ist freilich auch, daß die Quote der Parlamentarierinnen mit Hochschulbildung von 28,3 % im Jahre 1953 auf den bisher höchsten Stand von 84,2 % im Jahre 1976 gestiegen ist.

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
Schulabschluß Hochschulreife	2.	•	43,5	- 11,3
	3.	•	66,7	+ 2,2
	4.	•	72,1	+ 7,6
	5.	•	66,7	+ 4,5
	6.	•	76,5	+ 7,6
	7.	•	73,3	+ 0,5
	8.	•	84,2	+ 13,5
	9.	•	81,8	+ 13,8
	10.	•	86,3	+ 16,3
	11.	•	70,0	- 0,3
	12.	•	74,2	+ 1,5
	13.	•	73,3	+ 2,2
	Hochschulbildung	2.	13	28,3
3.		20	41,7	- 10,1
4.		20	46,5	- 11,1
5.		14	38,9	- 17,1
6.		20	58,8	- 5,1
7.		20	66,7	- 0,9
8.		32	84,2	+ 13,9
9.		34	77,3	+ 7,0
10.		40	78,4	- 4,1
11.		50	62,5	- 9,0
12.		101	74,3	- 3,7
13.		134	75,7	- 1,2

*) Quelle für die statistischen Angaben: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag ab der 2. bis zur 13. Wahlperiode; Berechnung des Schulabschlusses und der Hochschulbildung aller Abgeordneten sowie der Hochschulbildung der weiblichen Abgeordneten durch die *Datenhandbuch*-Redaktion; Berechnung der Hochschulreife der Frauen durch *Beate Hoecker*, a.a.O. S. 573–575, dort auch weitere Berechnungen zum Hauptschulabschluß und zur Mittleren Reife sowie Aufschlüsselung nach Fraktionen.

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Berufsstruktur*)

Zur Berufssoziologie der weiblichen Mitglieder des Bundestages liegen Untersuchungen nur für die 9. sowie für die 11. und 12. Wahlperiode vor. Wegen unterschiedlicher Kategorienbildung sind die beiden Statistiken zudem nur bedingt vergleichbar. Trotzdem wird für die Zeit ab 1980 zweierlei deutlich:

- Überdurchschnittlich vertreten sind Frauen in der Kategorie des öffentlichen Dienstes, der „sich auch für die Parlamentarierinnen als das zentrale Rekrutierungsfeld (erweist)“ (*Beate Hoecker*).
- Prozentual mehr weibliche Abgeordnete finden sich außerdem in der Restkategorie „Politische Randgruppen“, zu der u. a. Hausfrauen und Parlamentarier ohne bisherige Berufsausübung zählen.

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
Berufspolitiker (parteibezogene Berufstätigkeiten)	9.	9	20,5	– 5,7
Gewerkschaftsfunktionäre, betriebliche Arbeitnehmervertreter		2	4,5	– 1,9
Sonstige Verbandsfunktionäre und Bedienstete gesellschaftlicher Organisationen		1	2,3	– 2,2
Lehrer, Professoren, Dozenten, Wissenschaftliche Mitarbeiter an Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Institutionen		12	27,3	+ 14,4
(Sonstige) Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes		6	13,6	– 3,7
Rechtsanwälte		0	–	– 5,6
Unternehmer, selbständiger Mittelstand, Leitende Angestellte		1	2,3	– 7,3
Landwirte		0	–	– 4,6
(Sonstige) Freiberufler		2	4,5	+ 2,4
Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe		3	6,8	+ 1,2
Arbeiter und angestellte Handwerker		0	–	– 1,0
Hausfrauen		6	13,6	+ 12,4

*) Quellen für die statistischen Angaben: für die 9. Wahlperiode *Heino Kaack*, Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages – ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 196; für die 11. und 12. Wahlperiode *Beate Hoecker*, a.a.O. S. 577, dort Aufgliederung nach Fraktionen.

Hinweis

Zur Stimmabgabe der Frauen bei den Bundestagswahlen vgl. Abschnitt 1.15.

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
Regierungsmitglieder und ehemalige Regierungsmitglieder	11.	8	9,9	- 2,8
	12.	15	11,0	+ 0,9
Beamte, Richter, Pfarrer und Angestellte des öffentlichen Dienstes	11.	33	40,7	+ 6,8
	12.	58	42,6	+ 5,3
Angestellte der Wirtschaft sowie politischer und gesellschaftlicher Organisationen	11.	16	19,8	- 2,0
	12.	25	18,4	- 5,9
Selbständige und Angehörige freier Berufe	11.	7	8,6	- 16,4
	12.	18	13,2	- 11,1
„Politische Randgruppen“ ¹⁾	11.	17	21,0	+ 14,4
	12.	20	14,7	+ 9,7

¹⁾ Hierzu zählen üblicherweise Hausfrauen, Arbeiter sowie Abgeordnete ohne bisherige Berufsausübung bzw. ohne verwertbare Angaben.

Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete*)

Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften ist erst ab der 11. Wahlperiode nach männlichen und weiblichen Abgeordneten getrennt ausgezählt worden. Die Zahlen für die untersuchten drei Wahlperioden deuten auf einen erheblichen Anstieg des Anteils weiblicher Gewerkschaftsmitglieder im Parlament hin. Plausibel wird dieses Ergebnis, wenn man es mit der Berufssoziologie vergleicht und auf den überdurchschnittlichen Anteil der Frauen achtet, der aus dem öffentlichen Dienst kommt und eine Mitgliedschaft in den DGB-Gewerkschaften ÖTV und GEW angibt.

Soziologisches Merkmal	Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
Gewerkschaftsmitglieder	11.	38	47,5	- 12,2
	12.	55	40,4	+ 0,4
	13.	77	43,8	+ 9,9

*) Quelle für die statistischen Angaben: für die weiblichen Abgeordneten der 11. und 12. Wahlperiode *Beate Hoecker*, a.a.O. S. 579, zusammengestellt nach Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag; für alle Abgeordneten *Emil-Peter Müller* (vgl. Abschnitt 3.19); bei *Hoecker* auch Aufgliederung nach Fraktionen; für die 13. Wahlperiode *Datenhandbuch*-Redaktion.

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Weibliche Abgeordnete in Führungspositionen: Namensliste

Die folgende Aufstellung weist für die einzelnen Wahlperioden seit 1949 nach, welche Parlamentarierinnen bestimmte Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung innehatten bzw. innehaben, und zwar als

- Bundestagspräsidentin oder Vizepräsidentin
- Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende oder Parlamentarische Geschäftsführerin einer Fraktion oder Gruppe, ferner Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppen-Vorsitzende,
- Ausschußvorsitzende (einschließlich Enquete-Kommissions-Vorsitzende),
- Bundesministerin oder
- Parlamentarische Staatssekretärin bzw. Staatsministerin.

Dabei zeigt sich, daß

- ein weibliches Mitglied des Bundestagspräsidiums erstmals in der 5. Wahlperiode anzutreffen ist (Vizepräsidentin *Maria Probst*);
- der Bundestag bisher zweimal eine Abgeordnete zur Bundestagspräsidentin gewählt hat (*Anne-marie Renger* in der 7. Wahlperiode und *Rita Süßmuth* seit 1988);
- Parlamentarierinnen (von *Helene Wessel* [Zentrum] in der 1. Wahlperiode abgesehen) erst allmählich ab der 3. Wahlperiode in die engeren Fraktionsvorstände gewählt wurden (in der SPD-Fraktion sogar erst in der 6. Wahlperiode: *Annemarie Renger* als Parlamentarische Geschäftsführerin);
- dagegen bei der Fraktion der GRÜNEN im Bundestag seit der 10. Wahlperiode (1983–87) zeitweise der gesamte Vorstand mit weiblichen Abgeordneten (sowie „Nachrückerinnen“) besetzt ist;
- weibliche Abgeordnete als Ausschußvorsitzende durchgängig nur im Petitionsausschuß zu finden sind, im übrigen in den ersten Wahlperioden allenfalls in Ausschüssen mit „sozialer“ Thematik (eine Wende bildete erst *Liselotte Funcke* als Vorsitzende des Finanzausschusses ab der 7. Wahlperiode);
- eine Frau erstmals in der 4. Wahlperiode in das Bundeskabinett aufgenommen wurde (*Elisabeth Schwarzhaupt* als Gesundheitsministerin) und weibliche Bundesminister lange Zeit nur den Ressorts Jugend, Familie und Gesundheit vorstanden; erste Ausnahme: *Marie Schlei* als Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der 8. Wahlperiode zwischen 1976 und 1978;
- bei den 1967 eingeführten Parlamentarischen Staatssekretären ähnliche Beschränkungen auf bestimmte Ressorts bei der Ernennung von weiblichen Abgeordneten nicht festzustellen sind.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages.

Wahlperiode	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestagspräsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschußvorsitzende	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)
1. WP 1949–53	–	Vorsitzende der Z-Fraktion (bis 14. 12. 1951): <i>Helene Wessel</i> Vorsitzende der FU-Fraktion (ab 14. 12. 1951): <i>Helene Wessel</i> (bis Ende Februar 1952)	A. für Petitionen: <i>Luise Albertz</i> (SPD) A. für Fragen der öffentlichen Fürsorge: <i>Helene Wessel</i> (Z), ab 13. 2. 1953: <i>Maria Niggemeyer</i> (CDU/CSU) A. für Bücherei (ab 1952: Bücherei-beirat): <i>Margarete Gröwel</i> (CDU/CSU) UntersuchungsA zur Prüfung der unzulänglichen Einstellung von Schwerbeschädigten bei den Bundesdienststellen (ab 1. 10. 1952): <i>Maria Probst</i> (CDU/CSU)	–	–
2. WP 1953–57	–	–	A. für Petitionen: <i>Luise Albertz</i> (SPD) A. für Fragen der öffentlichen Fürsorge: <i>Maria Niggemeyer</i> (CDU/CSU)	–	–
3. WP 1957–61	–	Stellv. Vors. der CDU/CSU-Fraktion : <i>Elisabeth Schwarzhaupt</i> Stellv. Vors. der DP-Fraktion (bis 1. 7. 1960): <i>Margot Kalinke</i> Vorsitzende des FDP-AK Arbeit und Sozialpolitik : <i>Lotte Friese-Korn</i>	A. für Petitionen: <i>Luise Albertz</i> (SPD), ab 3. 6. 1959: <i>Helene Wessel</i> (SPD)	–	–

Wahlperiode	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestagspräsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschußvorsitzende	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)
4. WP 1961–65	–	Stellv. Vors. der CDU/CSU-Fraktion: <i>Luise Rehling</i> (ab 14. 4. 1964 bis † 29. 5. 1964) sowie <i>Aenne Brauksiepe</i> (ab 15. 12. 1964)	A. für Petitionen: <i>Helene Wessel</i> (SPD)	BM für Gesundheitswesen: <i>Elisabeth Schwarzhaupt</i> (CDU)	–
5. WP 1965–69	Vizepräsidentin: <i>Maria Probst</i> (CDU/CSU) (bis † 1. 5. 1967)	Stellv. Vors. der CDU/CSU-Fraktion: <i>Aenne Brauksiepe</i> (bis 3. 10. 1968) sowie <i>Irma Blohm</i> (ab 15. 10. 1968)	PetitionsA: <i>Maria Jacobi</i> (CDU/CSU) A. für Gesundheitswesen: <i>Elinor Hubert</i> (SPD) A. für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge: <i>Lisa Korpeter</i> (SPD) (ab 3. 6. 1969)	BM für Gesundheitswesen: <i>Elisabeth Schwarzhaupt</i> (CDU) (bis 1. 12. 1966) sowie <i>Käte Strobel</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966) BM für Familie und Jugend: <i>Aenne Brauksiepe</i> (CDU) (ab 16. 10. 1968)	–
6. WP 1969–72	Vizepräsidentin: <i>Liselotte Funcke</i> (FDP)	Stellv. Vors. der CDU/CSU-Fraktion: <i>Annemarie Griesinger</i> (bis 6. 9. 1972) Parl. Geschäftsf. der SPD-Fraktion: <i>Annemarie Renger</i>	PetitionsA: <i>Maria Jacobi</i> (CDU/CSU)	BM für Jugend, Familie und Gesundheit: <i>Käte Strobel</i> (SPD)	PStS im Bundeskanzleramt: <i>Katharina Focke</i> (SPD) PStS beim BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit: <i>Brigitte Freyh</i> (SPD)
7. WP 1972–76	Bundestagspräsidentin: <i>Annemarie Renger</i> (SPD) Vizepräsidentin: <i>Liselotte Funcke</i> (FDP)	Stellv. Vors. der CDU/CSU-Fraktion: <i>Helga Wex</i> Parl. Geschäftsf. der SPD-Fraktion: <i>Helga Timm</i> Vorsitzende des FDP-AK Bildung und Technologie: <i>Helga Schuchardt</i>	PetitionsA: <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU) Finanza: <i>Liselotte Funcke</i> (FDP) Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ (ab 19. 6. 1974): <i>Helga Timm</i> (SPD)	BM für Jugend, Familie und Gesundheit: <i>Katharina Focke</i> (SPD)	PStS im Bundeskanzleramt: <i>Marie Schlei</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)

Wahlperiode	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestagspräsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschußvorsitzende	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)
8. WP 1976–80	Vizepräsidentin: <i>Annemarie Renger</i> (SPD) Vizepräsidentin: <i>Liselotte Funcke</i> (FDP) (bis 23. 11. 1979)	Stellv. Vors. der CDU/CSU-Fraktion : <i>Helga Wex</i> Parl. Geschäftsf. der SPD-Fraktion : <i>Helga Timm</i> sowie <i>Elfriede Eilers</i> (ab 15. 12. 1977) Vorsitzende des SPD-AK Außenpolitik usw.: <i>Marie Schlei</i> (ab 16. 2. 1978) Vorsitzende des FDP-AK Bildung und Technologie: <i>Helga Schuchardt</i>	PetitionsA: <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU) FinanzaA: <i>Liselotte Funcke</i> (FDP), ab 28. 11. 1979: <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP) Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ (ab 14. 9. 1977): <i>Ursula Schleicher</i> (CDU/CSU)	BM für Jugend, Familie und Gesundheit: <i>Antje Huber</i> (SPD) BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit: <i>Marie Schlei</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978)	Staatsmin. im Auswärtigen Amt: <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)
9. WP 1980–83	Vizepräsidentin: <i>Annemarie Renger</i> (SPD)	CDU/CSU-Fraktion : Stellv. Vors.: <i>Helga Wex</i> Parl. Geschäftsf.: <i>Dorothee Wilms</i> (bis 4. 10. 1982) sowie <i>Agnes Hürland</i> (ab 14. 10. 1982) Vorsitzende der Gruppe „Frauen“: <i>Roswitha Verhülsdonk</i> SPD-Fraktion : Stellv. Vors.: <i>Marie Schlei</i> (bis 3. 11. 1981) Parl. Geschäftsf.: <i>Helga Timm</i>	PetitionsA: <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU) RechtsA: <i>Herta Däubler-Gmelin</i> (SPD) FinanzaA: <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP) (bis 4. 10. 1982)	BM für Jugend, Familie und Gesundheit: <i>Antje Huber</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) ¹⁾ sowie <i>Anke Fuchs</i> (SPD) (vom 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982) BM für Bildung und Wissenschaft: <i>Dorothee Wilms</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	Staatsmin. im Auswärtigen Amt: <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP) (bis 17. 9. 1982) PStS beim BM für Arbeit und Sozialordnung: <i>Anke Fuchs</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) PStS beim BM für Jugend, Familie und Gesundheit: <i>Irmgard Karwatzki</i> (CDU/CSU) (ab 4. 10. 1982)

¹⁾ Rücktrittserklärung am 7. April 1982; bis 28. April 1982 mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt.

Wahlperiode	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestagspräsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschußvorsitzende	Bundesminister ¹⁾	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)
10. WP 1983–87	Vizepräsidentin: <i>Annemarie Renger</i> (SPD)	<p>CDU/CSU-Fraktion:</p> <p>Stellv. Vors.: <i>Helga Wex</i> (bis † 9. 1. 1986) <i>Roswitha Verhülsdonk</i> (ab 28. 1. 1986)</p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Agnes Hürland</i></p> <p>Vorsitzende der Gruppe „Frauen“: <i>Roswitha Verhülsdonk</i> (bis 23. 1. 1986) <i>Ursula Männle</i> (ab 23. 1. 1986)</p> <p>SPD-Fraktion:</p> <p>Stellv. Vors.: <i>Herta Däubler-Gmelin</i> und <i>Anke Fuchs</i></p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Helga Timm</i></p> <p>FDP-Fraktion:</p> <p>Vors. des AK Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik: <i>Irmgard Adam-Schwaetzer</i> (ab 21. 9. 1984)</p> <p>Fraktion der GRÜNEN:</p> <p>Fraktions-sprecherinnen: <i>Marieluise Beck-Oberdorf</i> und <i>Petra Kelly</i> (bis 3. 4. 1984)</p>	<p>PetitionsA: <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU)</p> <p>A. für Forschung und Technologie: <i>Sabine Bard</i> (GRÜNE) (ab 14. 9. 1983 bis 17. 4. 1985)</p> <p>Europa-Kommission: <i>Renate Hellwig</i> (CDU/CSU) (ab 27. 1. 1984)</p>	<p>BM für Bildung und Wissenschaft: <i>Dorothee Wilms</i> (CDU/CSU)</p>	<p>PStS beim BM für Jugend, Familie und Gesundheit²⁾: <i>Irmgard Karwatzki</i> (CDU/CSU)</p>

¹⁾ nicht MdB in der 10. Wahlperiode: *Rita Süßmuth*, ab 26. September 1985 BM für Jugend, Familie und Gesundheit (ab 6. Juni 1986: BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit)

²⁾ ab 6. Juni 1986: BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Wahlperiode	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestagspräsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschußvorsitzende	Bundesminister ²⁾	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)
11. WP 1987–90	<p>Bundestagspräsidentin: <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU) (ab 25. 11. 1988)</p> <p>Vizepräsidentin: <i>Annemarie Renger</i> (SPD)</p>	<p>CDU/CSU-Fraktion:</p> <p>Stellv. Vors.: <i>Roswitha Verhülndonk</i></p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Ingrid Roitzsch</i></p> <p>Vorsitzende der Gruppe „Frauen“: <i>Ursula Männle</i></p> <p>Vors. der Arbeitsgruppe „Außenpolitik“: <i>Michaela Geiger</i></p> <p>SPD-Fraktion:</p> <p>Stellv. Vors. und Arbeitskreis-Vors.: <i>Anke Fuchs</i> (bis 23. 6. 1987), <i>Herta Däubler-Gmelin, Renate Schmidt</i> und – ab 27. 9. 1988 – <i>Ingrid Matthäus-Maier</i></p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Brigitte Traupe</i>¹⁾ und <i>Gudrun Weyel</i></p> <p>FDP-Fraktion:</p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Ursula Seiler-Albring</i> (ab 12. 4. 1988)</p> <p>Fraktion der GRÜNEN:</p> <p>Fraktions-sprecherinnen: <i>Bärbel Rust</i> und</p>	<p>A. für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: <i>Heike Wilms-Kegel</i> (GRÜNE)</p> <p>1. Untersuchungsausschuß: <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (SPD) (ab 22. 1. 1988 bis 12. 10. 1988)</p> <p>A. Deutsche Einheit: <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU) (ab 16. 5. 1990)</p>	<p>BM für innerdeutsche Beziehungen: <i>Dorothee Wilms</i> (CDU/CSU)</p> <p>BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU) (bis 25. 11. 1988)²⁾</p> <p>BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: <i>Gerda Hasselfeldt</i> (CDU/CSU) (ab 21. 4. 1989)</p> <p>BM für besondere Aufgaben: <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU/CSU) (ab 3. 10. 1990)</p>	<p>PStS beim Bundeskanzler: <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU) (bis † 26. 9. 1989)</p> <p>PStS beim BM des Auswärtigen („Staatsminister“): <i>Irmgard Adam-Schwaetzer</i> (FDP)</p> <p>PStS beim BM der Verteidigung: <i>Agnes Hürland-Büning</i> (CDU/CSU)</p> <p>PStS beim BM für Bildung und Wissenschaft: <i>Irmgard Karwatzki</i> (CDU/CSU) (bis 21. 4. 1989)</p>

¹⁾ ab 5. Mai 1989 Namensänderung: *Brigitte Schulte*

²⁾ nicht MdB in der 11. Wahlperiode: *Ursula Maria Lehr*, ab 9. Dezember 1988 BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Wahlperiode	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestagspräsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschußvorsitzende	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)
12. WP 1990–94	<p>Bundestagspräsidentin: <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU)</p> <p>Vizepräsidentin: <i>Renate Schmidt</i> (SPD)</p>	<p>CDU/CSU-Fraktion: Stellv. Vors.: <i>Maria Michalk</i>¹⁾</p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Ingrid Roitzsch</i> (bis 5. 5. 1992) und <i>Brigitte Baumeister</i> (ab 3. 12. 1991)</p> <p>Vors. der Arbeitsgruppe „Familie und Senioren“ sowie Vors. der Gruppe „Frauen“: <i>Ursula Männle</i></p> <p>Vors. der Arbeitsgruppe „Frauen und Jugend“: <i>Claudia Nolte</i></p> <p>SPD-Fraktion: Stellv. Vors.: <i>Ingrid Matthäus-Maier</i>²⁾, <i>Herta Däubler-Gmelin</i>²⁾ (bis 11. 5. 1993), <i>Ingrid Becker-Inglau</i>²⁾ (bis 10. 12. 1991) und <i>Anke Fuchs</i> (ab 11. 5. 1993)</p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Gerlinde Hämmerle</i> und <i>Gudrun Weyel</i></p> <p>Querschnittsgruppen- u. Arbeitsgruppen-Vors. (ab 10. 12. 1991): <i>Ulla Schmidt</i>, <i>Christel Hane-winckel</i>, <i>Hanna Wolf</i>, <i>Doris Oden-dahl</i>, <i>Heidemarie Wiczorek-Zeul</i></p>	<p>A. für Frauen und Jugend: <i>Edith Niehuis</i> (SPD)</p> <p>EG-Ausschuß (ab 4. 9. 1991): <i>Renate Hellwig</i> (CDU/CSU)</p> <p>SonderA „Schutz des ungeborenen Lebens“ (ab 10. 10. 1991): <i>Ursula Männle</i> (CDU/CSU)</p> <p>Enqu.-Komm. „Demographischer Wandel“: <i>Anke Fuchs</i> (SPD) (ab 2. 12. 1992 bis 24. 6. 1993)</p>	<p>BM für Familie und Senioren: <i>Hannelore Rönsch</i> (CDU/CSU)</p> <p>BM für Frauen und Jugend: <i>Angela Merkel</i> (CDU/CSU)</p> <p>BM für Gesundheit: <i>Gerda Hassel-feldt</i> (CDU/CSU) (bis 6. 5. 1992)</p> <p>BM für Raumord-nung, Bauwesen und Städtebau: <i>Irmgard Adam-Schwaetzer</i>³⁾ (FDP)</p> <p>BM der Justiz: <i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i> (FDP) (ab 18. 5. 1992)</p>	<p>PStS beim BM des Auswärtigen („Staatsminister“): <i>Ursula Seiler-Albring</i> (FDP)</p> <p>PStS beim BM für Familie und Senioren: <i>Roswitha Verhülsdonk</i> (CDU/CSU)</p> <p>PStS beim BM für Gesundheit: <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU/CSU)</p> <p>PStS beim BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ab 22. 1. 1993 beim BM der Verteidigung: <i>Michaela Geiger</i> (CDU/CSU)</p> <p>PStS beim BM der Verteidigung: <i>Ingrid Roitzsch</i> (CDU/CSU) (ab 8. 4. 1992 bis 22. 1. 1993)</p> <p>PStS beim BM für Frauen und Jugend: <i>Cornelia Yzer</i> (CDU/CSU) (ab 13. 5. 1992)</p>

1) MdB erst ab 13. Februar 1991

2) bis 12. November 1991 zugleich Arbeitskreis-Vorsitzende

3) ab 27. September 1991 Namensänderung: *Irmgard Schwaetzer*

Wahlperiode	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestagspräsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschußvorsitzende	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)
13. WP 1994 ¹⁾	<p>Bundestagspräsidentin: <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU)</p> <p>Vizepräsidentinnen: <i>Antje Vollmer</i> (B 90/GRÜNE) sowie – ab 16. 1. 1994 – <i>Michaela Geiger</i> (CDU/CSU)</p>	<p>CDU/CSU-Fraktion:</p> <p>Stellv. Vors.: <i>Hannelore Rönsch</i></p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Brigitte Baumeister</i></p> <p>Arbeitsgruppen-Vorsitzende: <i>Maria Eichhorn</i> sowie – ab 28. 11. 1995 – <i>Gerda Hasselfeldt</i></p> <p>Vors. der Gruppe „Frauen“: <i>Bärbel Sothmann</i></p> <p>SPD-Fraktion:</p> <p>Stellv. Vors.: <i>Anke Fuchs</i> und <i>Ingrid Matthäus-Maier</i></p> <p>Parl. Geschäftsf.: <i>Katrin Fuchs</i></p> <p>Querschnittsgruppen-Vorsitzende: <i>Ulla Schmidt</i> und <i>Heidmarie Wiczorek-Zeul</i></p> <p>Arbeitsgruppen-Sprecherinnen: <i>Herta Däubler-Gmelin</i>, <i>Christel Hane-winckel</i>, <i>Elke Ferner</i>, <i>Susanne Kastner</i>, <i>Heidmarie Wiczorek-Zeul</i> sowie – ab 24. 4. 1996 – <i>Adelheid Tröscher</i> und – ab 1. 7. 1996 – <i>Edelgard Bulmahn</i></p>	<p>PetitionsA: <i>Christa Nickels</i> (B 90/GRÜNE)</p> <p>A. für Arbeit und Sozialordnung: <i>Ulrike Mascher</i> (SPD)</p> <p>A. für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <i>Edith Niehuis</i> (SPD)</p> <p>A. für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung: <i>Edelgard Bulmahn</i> (SPD), ab 26. 6. 1996: <i>Doris Odendahl</i> (SPD)</p> <p>A. für Fremdenverkehr und Tourismus, ab 9. 10. 1996 A. für Tourismus: <i>Halo Saibold</i> (B 90/GRÜNE)</p> <p>Enqu.-Komm. „Schutz des Menschen u. der Umwelt“ (ab 21. 6. 1995): <i>Marion Caspers-Merk</i> (SPD)</p>	<p>BM der Justiz: <i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i> (FDP) (bis 17. 1. 1996)</p> <p>BM f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <i>Claudia Nolte</i> (CDU/CSU)</p> <p>BM f. Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: <i>Angela Merkel</i> (CDU/CSU)</p>	<p>PStS beim BM der Finanzen: <i>Irmgard Karwatzki</i> (CDU/CSU)</p> <p>PStS beim BM der Verteidigung: <i>Michaela Geiger</i> (CDU/CSU) (bis 15. 1. 1997)</p> <p>PStS beim BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <i>Gertrud Dempwolf</i> (CDU/CSU)</p> <p>PStS beim BM für Gesundheit: <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU/CSU)</p> <p>PStS beim BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie: <i>Cornelia Yzer</i> (CDU/CSU) (bis 22. 1. 1997) <i>Elke Wülfing</i> (CDU/CSU) (ab 23. 1. 1997)</p>

Fortsetzung auf der nächsten Seite

^{1) 2)} Fußnoten auf der nächsten Seite

Wahlperiode	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestagspräsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschußvorsitzende	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)
noch: 13. WP (1994–1)		Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sprecherin: <i>Kerstin Müller</i> Stellv. Parl. Geschäftsf.: <i>Simone Probst</i> und <i>Margareta Wolf-Mayer</i> ²⁾ Arbeitskreis-Koordinatorinnen: <i>Kristin Heyne</i> , <i>Michaele Hustedt</i> (Nachfolgerin ab 10. 10. 1995: <i>Franziska Eichstädt-Bohlig</i>) und <i>Andrea Fischer</i> (Nachfolgerin ab 8. 10. 1996: <i>Marie-luise Beck</i>) FDP-Fraktion: Parl. Geschäftsf.: <i>Ina Albowitz</i> Arbeitskreis-Vorsitzende: <i>Gisela Babel</i>	Enqu.-Komm. „Sog. Sekten und Psychogruppen“ (ab 9. 5. 1996): <i>Ortrun Schätzle</i> (CDU/CSU) Gruppe der PDS: Stellv. Vorsitzende: <i>Christa Luft</i> und <i>Heidi Knake-Werner</i> Stellv. Parl. Geschäftsf.: <i>Dagmar Enkelmann</i> , <i>Barbara Höll</i> sowie – ab 25. 8. 1995 – <i>Ruth Fuchs</i> und – ab 11. 9. 1996 – <i>Rosel Neuhäuser</i> Arbeitsbereich-Leiterinnen: <i>Andrea Lederer</i> ³⁾ , <i>Christa Luft</i> , <i>Heidi Knake-Werner</i> und <i>Christina Schenk</i>		

Fußnoten für die Seiten 655–656:

- 1) Stand: 31. August 1997; nicht in der Tabelle enthalten, weil mit Übernahme des Amtes am 28. April 1995 nicht mehr MdB: *Claire Marienfeld*, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages
 2) ab 24. März 1995 Namensänderung: *Margareta Wolf*
 3) ab 13. Mai 1996 Namensänderung: *Andrea Gysi*

Anteil der weiblichen Abgeordneten in Führungspositionen

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten bei der Besetzung von parlamentarischen Führungspositionen schwankt zwischen den Wahlperioden und innerhalb der einzelnen Fraktionen erheblich. Dies zeigen die folgenden zwei Tabellen. *)

*) Vgl. unter Abschnitt 3.22, welche Führungspositionen hierbei berücksichtigt wurden.

Die erste Aufstellung enthält für den Bundestag insgesamt seit 1949

- die Zahl der zu besetzenden politischen Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung,
- Zahl und Anteil der mit weiblichen Abgeordneten besetzten Führungspositionen
- und zum Vergleich den Anteil aller weiblichen Abgeordneten in den einzelnen Wahlperioden des Bundestages.

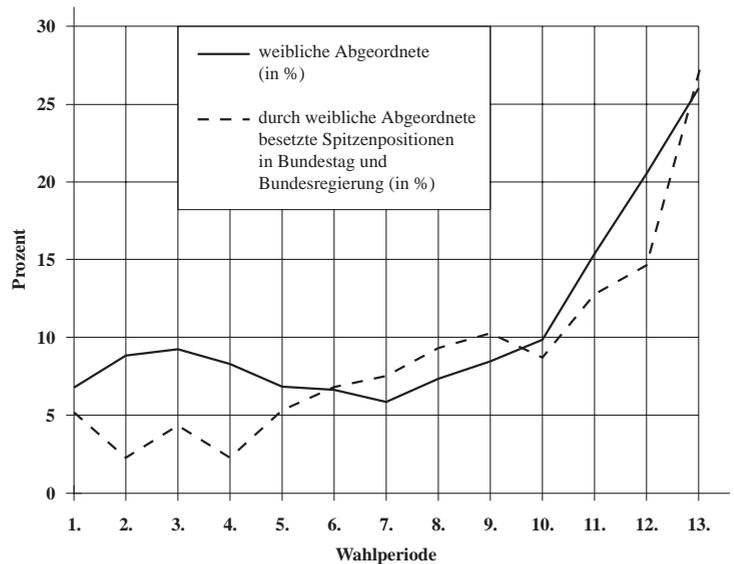
Wahlperiode	Stand	Spitzenpositionen in Bundestag und Bundesregierung			zum Vergleich: weibl. MdB insgesamt in %
		insgesamt zu besetzen Anzahl	davon besetzt durch weibliche MdB		
			Anzahl	in %	
1. WP 1949–53	Beginn der WP	79	4 ¹⁾	5,1	6,8
2. WP 1953–57	Beginn der WP	69	2	2,2	8,8
3. WP 1957–61	Beginn der WP	90	4	4,4	9,2
4. WP 1961–65	Beginn der WP	93	2	2,2	8,3
5. WP 1965–69	Beginn der WP	94	5	5,3	6,9
	Dezember 1966	94	5	5,3	.
6. WP 1969–72	Beginn der WP	101	7	6,9	6,6
7. WP 1972–76	Beginn der WP	107	8 ¹⁾	7,5	5,8
8. WP 1976–80	Beginn der WP	106	10 ¹⁾	9,4	7,3
9. WP 1980–83	Beginn der WP	118	12	10,2	8,5
	Oktober 1982	128	9	7,0	•
10. WP 1983–87	Beginn der WP	127	11	8,7	9,8
11. WP 1987–90	Beginn der WP	132	17	12,9	15,4
12. WP 1990–94	Beginn der WP	143	21	14,7	20,5
13. WP 1994–	Beginn der WP	164	44 ²⁾	26,8	26,2

1) davon in einem Fall zwei Positionen durch ein weibliches Mitglied des Bundestages besetzt

2) davon in drei Fällen zwei Positionen durch ein weibliches Mitglied des Bundestages besetzt

Beim Vergleich der Zahlenreihen von der 1. bis zur 13. Wahlperiode fällt auf:

- In acht Wahlperioden – in der 1. bis zur 5. und in der 10. bis zur 12. – lag der Anteil der Parlamentarierinnen, die Spitzenpositionen bekleideten, unter dem Gesamtanteil der weiblichen Mitglieder des Bundestages.
- Lediglich in fünf Wahlperioden – in der 6. bis zur 9. und in der 13. Wahlperiode – ist ein für die weiblichen Abgeordneten günstigeres Verhältnis festzustellen.
- Eine kontinuierliche Zunahme der Besetzung von politischen Führungspositionen durch Frauen setzt mit der 10. Wahlperiode ein. Während es bis zur 12. Wahlperiode so schien, daß diese Zunahme nicht Schritt zu halten vermag mit dem allgemeinen Anwachsen des Anteils der weiblichen Abgeordneten, ist diese Skepsis zumindest in der 13. Wahlperiode widerlegt durch einen ungewöhnlichen Sprung von 14,7 auf 26,8% weiblicher Führungskräfte im Bundestag und in der Bundesregierung.



In der folgenden zweiten Aufstellung wird der Anteil der weiblichen Abgeordneten in Führungspositionen für die einzelnen Fraktionen seit der 1. Wahlperiode angegeben. **Fett** gedruckt sind Prozentangaben, wenn sie **über dem Durchschnitt** aller weiblichen Abgeordneten in Spitzenpositionen liegen.

Fraktion	Wahlperiode	Stand	Spitzenpositionen in Bundestag und Bundesregierung		
			durch Fraktion insgesamt zu besetzen Anzahl	davon besetzt durch weibliche MdB Anzahl	in %
Bayernpartei (BP)	1. WP 1949–53	Beginn der WP	3	0	0,0
Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)	13. WP 1994–	Beginn der WP	13	9	69,2
Christlich Demokratische Union Deutschlands / Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)	1. WP 1949–53	Beginn der WP	29	1	3,4
	2. WP 1953–57	Beginn der WP	42	1	2,4
		Juli 1955	48	1	2,1
	Februar 1956	50	1	2,0	

Fraktion	Wahlperiode	Stand	Spitzenpositionen in Bundestag und Bundesregierung		
			durch Fraktion insgesamt zu besetzen Anzahl	davon besetzt durch weibliche MdB	
				Anzahl	in %
noch: CDU/CSU	3. WP 1957–61	Beginn der WP	47	1	2,1
		September 1960	48	1	2,1
	4. WP 1961–65	Beginn der WP	45	1	2,2
	5. WP 1965–69	Beginn der WP	48	4	8,3
		Dezember 1966	42	3	7,1
		April 1967	47	3	6,4
	6. WP 1969–72	Beginn der WP	30	2	6,7
	7. WP 1972–76	Beginn der WP	29	2	6,9
	8. WP 1976–80	Beginn der WP	31	2	6,5
	9. WP 1980–83	Beginn der WP	38	4	10,5
		Oktober 1982	77	6	7,8
10. WP 1983–87	Beginn der WP	77	5	6,5	
11. WP 1987–90	Beginn der WP	79	6	7,6	
12. WP 1990–94	Beginn der WP	88	11 ¹⁾	12,5	
13. WP 1994–	Beginn der WP	81	12	14,8	
Deutsche Partei (DP)	1. WP 1949–53	Beginn der WP	6	0	0,0
	2. WP 1953–57	Beginn der WP Februar 1956	5 6	0 0	0,0 0,0
3. WP 1957–61	Beginn der WP September 1960	6 –	1 –	16,7 –	

1) davon eine Abgeordnete – *Maria Michalk* – MdB erst ab Februar 1991

Fraktion	Wahlperiode	Stand	Spitzenpositionen in Bundestag und Bundesregierung		
			durch Fraktion insgesamt zu besetzen Anzahl	davon besetzt durch weibliche MdB	
				Anzahl	in %
Freie Demokratische Partei (FDP)	1. WP 1949–53	Beginn der WP	14	0	0,0
	2. WP 1953–57	Beginn der WP	13	0	0,0
		Februar 1956	9	0	0,0
	3. WP 1957–61	Beginn der WP	12	1	8,3
		September 1960	13	1	7,7
	4. WP 1961–65	Beginn der WP	20	0	0,0
	5. WP 1965–69	Beginn der WP	18	0	0,0
		Dezember 1966	14	0	0,0
	6. WP 1969–72	Beginn der WP	18	1	5,6
	7. WP 1972–76	Beginn der WP	23	3 ¹⁾	13,0
	8. WP 1976–80	Beginn der WP	22	4 ¹⁾	18,2
		Beginn der WP	23	2	8,7
	9. WP 1980–83	Beginn der WP	23	0	0,0
Oktober 1982		22	0	0,0	
10. WP 1983–87	Beginn der WP	19	0	0,0	
11. WP 1987–90	Beginn der WP	22	1	4,5	
12. WP 1990–94	Beginn der WP	29	3	10,4	
13. WP 1994–	Beginn der WP	24	3	12,5	
Freie Volkspartei (FVP)	2. WP 1953–57	Beginn der WP Februar 1956	– 3	– 0	– 0,0
Gesamtdeutscher Block – BHE	2. WP 1953–57	Beginn der WP	9	0	0,0
		Juli 1955	8	0	0,0

¹⁾ davon zwei Positionen durch *Liselotte Funcke* besetzt

Fraktion	Wahlperiode	Stand	Spitzenpositionen in Bundestag und Bundesregierung		
			durch Fraktion insgesamt zu besetzen	davon besetzt durch weibliche MdB	
			Anzahl	Anzahl	in %
Die Grünen (GRÜNE)¹⁾	10. WP 1983–87	Beginn der WP	7	3	42,9
		April 1984	7	5	71,4
		März 1985	7	3	42,9
		Februar 1986	7	3	42,9
	11. WP 1987–90	Beginn der WP	8	5	62,5
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	1. WP 1949–53	Beginn der WP	2	0	0,0
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	1. WP 1949–53	Beginn der WP	20	1	5,0
	2. WP 1953–57	Beginn der WP	24	1	4,2
		Juli 1955	26	1	3,8
	3. WP 1957–61	Beginn der WP	25	1	4,0
	4. WP 1961–65	Beginn der WP	28	1	3,6
		Beginn der WP	28	1	3,6
	5. WP 1965–69	Dezember 1966	38	2	5,3
		April 1967	40	2	5,0
	6. WP 1969–72	Beginn der WP	53	4	7,5
	7. WP 1972–76	Beginn der WP	55	3	5,5
	8. WP 1976–80	Beginn der WP	53	4	7,5
9. WP 1980–83	Beginn der WP	57	6	10,5	
	Oktober 1982	29	3	10,3	
10. WP 1983–87	Beginn der WP	24	3	12,5	
11. WP 1987–90	Beginn der WP	23	5	21,7	

1) Besetzungen durch Nachrückerinnen blieben unberücksichtigt.

Fraktion	Wahlperiode	Stand	Spitzenpositionen in Bundestag und Bundesregierung		
			durch Fraktion insgesamt zu besetzen Anzahl	davon besetzt durch weibliche MdB	
				Anzahl	in %
noch: SPD	12. WP 1990–94	Beginn der WP	26	7	26,9
		Dezember 1991	47	10	21,3
	13. WP 1994–	Beginn der WP	46	13 ¹⁾	28,3
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV)	1. WP 1949–53	Beginn der WP	3	0	0,0
Zentrum (Z)	1. WP 1949–53	Beginn der WP	2	2 ²⁾	100,0

1) davon zwei Positionen durch *Heidemarie Wieczorek-Zeul* besetzt

2) Beide Positionen durch *Helene Wessel* besetzt

Bei der Besetzung parlamentarischer Führungspositionen durch weibliche Abgeordnete fällt in den einzelnen Fraktionen auf:

- bei der **CDU/CSU** der zum Teil erheblich unter dem Durchschnitt liegende Anteil in allen Wahlperioden, ausgenommen bei Beginn der 2. sowie während der 5. und 9. Wahlperiode;
- bei der **SPD** in den ersten 30 Jahren ein zwischen über- und unterdurchschnittlichen Werten schwankender Anteil und erst seit der 9. Wahlperiode überdurchschnittliche Anteile;
- bei der **FDP** die meiste Zeit ein zum Teil erheblich unterdurchschnittlicher Anteil mit Ausnahme der 3., 7. und 8. Wahlperiode;
- bei den **GRÜNEN** der 10. und 11. Wahlperiode sowie bei **Bündnis 90/Die Grünen** der 13. Wahlperiode ein stets weit über dem Durchschnitt liegender Anteil.

3.12 Familienstand

Eine nach Geschlecht und Fraktionen aufgegliederte Statistik*) über den Familienstand der Mitglieder des Bundestages zeigt: Nicht so sehr zwischen den einzelnen Fraktionen bestehen die auffälligsten Unterschiede, sondern zwischen den männlichen und weiblichen Abgeordneten. Sieht man von einzelnen Ausnahmen ab, ließe sich sagen: Die männlichen Mitglieder des Bundestages sind in der Mehrzahl Familienväter mit Kindern, die weiblichen Mitglieder überwiegend alleinstehend.

Die wichtigsten statistischen Ergebnisse:

- In der Kategorie der alleinstehenden (ledigen, verwitweten oder geschiedenen) Parlamentarier – ob mit oder ohne Kinder – überwiegen die weiblichen Abgeordneten.

*) Errechnet und zusammengestellt ab der 3. Wahlperiode nach Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag.

- Entsprechend trifft man bei den verheirateten Parlamentariern mit Kindern auf eine umgekehrte Proportion: In dieser Gruppe sind die männlichen Abgeordneten im Durchschnitt fast doppelt so stark vertreten wie die weiblichen.

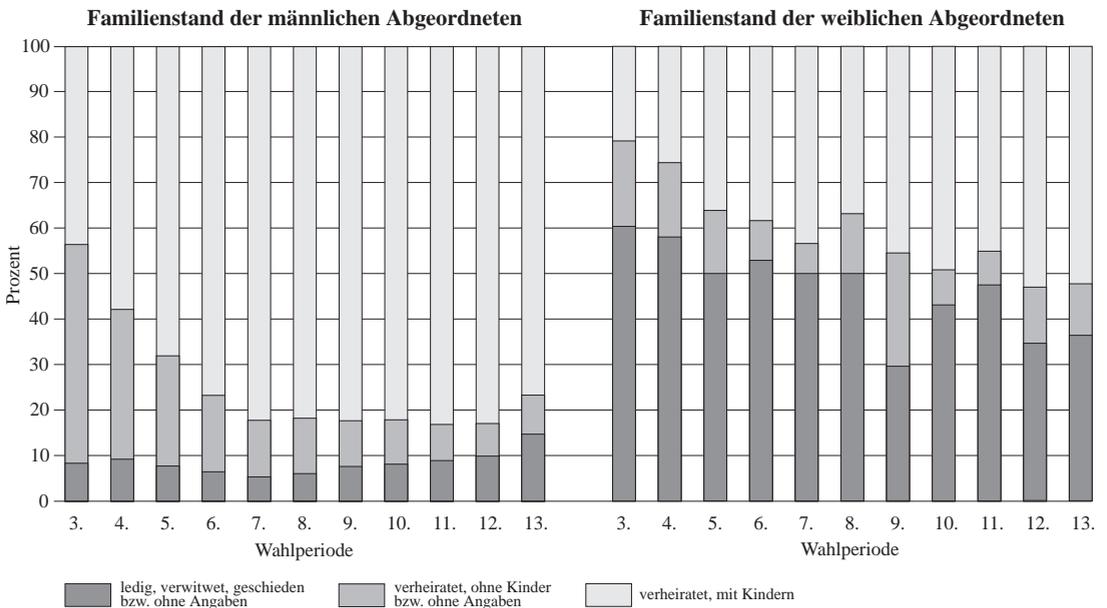
Folgende Entwicklungen sind zwischen 1957 und 1994 erkennbar:

- Der Anteil der unverheirateten bzw. alleinstehenden Abgeordneten hat bis 1972 eine sinkende Tendenz, danach wieder eine ununterbrochen steigende.
- Der Prozentanteil der verheirateten Abgeordneten ohne Kinder war bis 1987 insgesamt fallend.
- Der Anteil der verheirateten Abgeordneten mit einem oder mehreren Kindern hat sich zwischen 1957 und 1972 verdoppelt, scheint 1983 mit knapp 80% (bei den Männern etwas über 80%, bei den Frauen bis 49%) eine Obergrenze erreicht zu haben und ist 1987 wieder rücklaufend.

Bei den einzelnen Fraktionen fallen einige Abweichungen vom Durchschnitt auf:

- bei der CDU/CSU-Fraktion der kontinuierlich **über**durchschnittliche Anteil der verheirateten Abgeordneten mit Kindern und gleichzeitig **unter**durchschnittliche Anteil der verheirateten Abgeordneten ohne Kinder;
- bei der SPD-Fraktion der kontinuierlich **über**durchschnittliche Anteil der verheirateten Abgeordneten ohne Kinder;
- bei der FDP-Fraktion ein **unter** dem Durchschnitt liegender Anteil der verheirateten Abgeordneten mit Kindern sowie ein **über**durchschnittlicher Anteil von Abgeordneten ohne Kinder bzw. unverheirateten Abgeordneten;
- bei den Grünen ein **über**durchschnittlicher Anteil unverheirateter Abgeordneter und ein **unter** dem Durchschnitt liegender Anteil verheirateter Abgeordneter mit Kindern.

Von einigen wenigen Sprüngen abgesehen – beispielsweise bei den alleinstehenden Abgeordneten der SPD-Fraktion – hat die erweiterte gesamtdeutsche Zusammensetzung des 12. Bundestages offensichtlich keine wesentliche Veränderung in der Statistik des Familienstandes der Parlamentarier bewirkt; alle bis 1987 getroffenen Feststellungen lassen sich auch für den seit 1990 gewählten Bundestag übernehmen.



	Wahl- periode	Familienstand der Abgeordneten									
		ledig, verwitwet, geschieden bzw. ohne Angaben in %			verheiratet, ohne Kinder bzw. ohne Angaben in %			verheiratet, mit Kind(ern) in %			
		M	F	M+F	M	F	M+F	M	F	M+F	
Bundestag insgesamt	1.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	
	2. ¹⁾	•	•	•	•	•	•	•	•	•	
	3.	8,3	60,4	13,1	48,2	18,8	45,5	43,5	20,8	41,4	
	4.	9,2	58,1	13,2	33,0	16,3	31,7	57,7	25,6	55,1	
	5.	7,7	50,0	10,6	24,3	13,9	23,6	68,0	36,1	65,8	
	6.	6,4	52,9	9,5	16,9	8,8	16,4	76,7	38,2	74,1	
	7.	5,3	50,0	7,9	12,5	6,7	12,2	82,2	43,3	79,9	
	8.	6,0	50,0	9,3	12,3	13,2	12,4	81,7	36,8	78,4	
	9.	7,6	29,6	9,4	10,1	25,0	11,4	82,3	45,5	79,2	
	10.	8,1	43,1	11,5	9,8	7,8	9,6	82,1	49,0	78,8	
	11.	8,9	47,5	14,8	8,0	7,5	7,9	83,1	45,0	77,3	
	12.	9,9	34,6	15,0	7,2	12,5	8,3	82,9	52,9	76,7	
	13.	14,7	36,4	20,4	8,7	11,4	9,4	76,6	52,3	70,2	
CDU/CSU	3.	9,0	54,5	12,6	41,8	18,2	39,9	49,2	27,3	47,5	
	4.	7,7	66,7	12,0	31,8	11,1	30,3	60,5	22,2	57,8	
	5.	8,5	60,0	11,6	21,6	13,3	21,1	69,9	26,4	67,3	
	6.	7,6	50,0	10,0	15,3	14,3	15,2	77,1	35,7	74,8	
	7.	5,9	53,3	9,0	10,0	0,0	9,4	84,0	46,7	81,6	
	8.	5,5	57,9	9,4	11,0	0,0	10,2	83,4	42,1	80,3	
	9.	6,4	44,4	9,3	6,8	5,6	6,8	86,8	50,0	84,0	
	10.	5,5	52,9	8,6	6,7	0,0	6,3	87,8	47,1	85,1	
	11.	5,1	50,0	8,5	4,2	0,0	3,8	90,7	50,0	87,6	
	12.	8,0	29,5	11,0	5,1	9,1	5,6	86,9	61,4	83,4	
	13.	10,7	31,7	13,6	5,9	4,9	5,8	83,4	63,4	80,6	
	SPD	3.	8,2	63,6	14,9	60,4	22,7	55,8	31,4	13,6	29,3
		4.	11,6	57,1	16,3	39,0	14,3	36,5	49,5	28,6	47,3
5.		6,6	36,8	9,2	29,8	15,8	28,6	63,6	47,4	62,2	
6.		4,6	50,0	8,0	18,7	5,6	17,7	76,7	44,4	74,3	
7.		3,5	46,2	5,8	14,0	7,7	13,6	82,5	46,2	80,6	
8.		5,3	40,0	7,6	12,0	26,7	12,9	82,8	33,3	79,5	
9.		7,7	21,1	9,2	11,5	26,3	12,7	80,9	52,6	78,1	
10.		7,7	23,8	9,4	11,0	14,3	11,4	81,2	61,9	79,2	
11.		4,9	38,7	10,4	9,9	9,7	9,8	85,2	51,6	79,8	
12.		10,9	32,3	16,7	8,0	15,4	10,0	81,0	52,3	73,2	
13.		14,4	30,6	19,8	10,8	14,1	11,9	74,9	55,3	68,3	

¹⁾ Da in der 2. Wahlperiode bei rund 300 Abgeordneten die Angaben über den Familienstand fehlen, ist eine statistische Aufgliederung auch für 1953 nicht möglich.

Hinweis

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

	Wahlperiode	Familienstand der Abgeordneten									
		ledig, verwitwet, geschieden bzw. ohne Angaben in %			verheiratet, ohne Kinder bzw. ohne Angaben in %			verheiratet, mit Kind(ern) in %			
		M	F	M+F	M	F	M+F	M	F	M+F	
FDP	3.	7,5	66,7	11,6	40,0	0,0	37,2	52,5	33,3	51,2	
	4.	7,9	25,0	9,0	20,6	50,0	22,4	71,4	25,0	68,7	
	5.	8,3	100,0	12,0	14,6	0,0	14,0	77,1	0,0	74,0	
	6.	10,3	100,0	16,1	17,2	0,0	16,1	72,4	0,0	67,7	
	7.	12,5	50,0	14,3	17,5	50,0	19,0	70,0	0,0	66,7	
	8.	13,9	50,0	17,5	22,2	25,0	22,5	63,9	25,0	60,0	
	9.	12,8	0,0	11,1	19,1	71,4	26,0	68,1	28,6	63,0	
	10.	15,6	0,0	14,3	28,1	33,3	28,6	56,3	66,7	57,1	
	11.	19,4	16,7	18,8	21,4	16,7	20,8	59,5	66,7	60,4	
	12.	14,3	37,5	19,0	14,3	18,8	15,2	71,4	43,8	65,8	
	13.	15,4	37,5	19,2	18,0	25,0	19,2	66,7	37,5	61,7	
	DP	3.	0,0	100,0	5,9	50,0	0,0	47,1	50,0	0,0	47,1
	GRÜNE bzw. B90/GRÜNE ²⁾	10.	33,3	80,0	50,0	5,6	0,0	3,6	61,1	20,0	46,4
11.		63,2	64,0	63,6	5,3	8,0	6,8	31,6	28,0	29,5	
12.		0,0	66,7	25,0	0,0	0,0	0,0	100,0	33,3	75,0	
13.		55,0	55,2	55,1	15,0	10,3	12,2	30,0	34,5	32,7	
PDS/LL bzw. PDS	12.	22,2	62,5	41,2	11,1	0,0	5,9	66,7	37,5	52,9	
	13.	29,4	46,2	36,7	0,0	7,7	3,3	70,6	46,2	60,0	

2) 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“.

3.13 Konfession

Die statistische Auswertung der Angaben zur Konfessionszugehörigkeit der Abgeordneten in den Bundestagshandbüchern führte bei allen Wahlperioden zwischen 1953 und 1987 zu einem fast gleichbleibenden Ergebnis:

- Je ein Drittel aller Abgeordneten gaben katholische oder evangelische Konfession an (mit stets geringem Vorsprung der katholischen Konfession),
- von den Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion waren rund zwei Drittel katholisch und ein Drit-

Hinweis

In welcher Weise die Konfession bei den Bundestagswahlen die Stimmabgabe zugunsten bestimmter Parteien beeinflusst, ist aus Abschnitt 1.16 des vorliegenden *Datenhandbuchs* ersichtlich. Es zeigt sich u. a., daß Katholiken überdurchschnittlich CDU oder CSU wählen und nicht katholische Wähler eher der SPD ihre Stimme geben.

tel evangelisch, wobei sich das Verhältnis bis zur 9. Wahlperiode fast kontinuierlich zugunsten des katholischen Anteils verschoben hat,

- bei den Abgeordneten der SPD- und der FDP-Fraktion (und ab 1983 bei den Abgeordneten der Grünen) überwogen deutlich die Angaben zur evangelischen Konfession.

Die gesamtdeutschen Wahlen von 1990 und 1994 haben dieses Ergebnis in zwei Punkten geringfügig verändert:

- Der Bundestag der 12. und 13. Wahlperiode weist erstmals einen leichten Vorsprung beim Bekenntnis zur evangelischen Kirche auf.
- Von der Verschiebung zugunsten der evangelischen Konfession und vom Rückgang des Anteils katholischer Abgeordneter ist ausschließlich die CDU/CSU-Fraktion betroffen, doch überwiegen die Katholiken in dieser Fraktion nach wie vor bei weitem.

Einzelheiten enthält die folgende Zusammenstellung:*)

	Wahlperiode	katholisch in %	evangelisch in %	sonstige Konfession in %	konfessionslos in %	ohne Angabe ¹⁾ Anzahl
Bundestag insgesamt	1.	•	•	•	•	•
	2.	32,2	29,1	0,6 ²⁾	0,6	191
	3.	36,6	35,8	0,2	0,4	140
	4.	33,2	29,6	0,0	0,2	193
	5.	37,1	34,2	0,0	0,2	148
	6.	36,3	33,4	0,2 ³⁾	0,2	155
	7.	32,8	31,9	0,2 ³⁾	0,2	181
	8.	37,3	32,1	0,0	0,2	158
	9.	36,4	32,6	0,0	0,2	160
	10.	36,7	33,1	0,0	0,2	156
	11.	34,9	34,1	0,4 ³⁾ 4)	0,6	156
	12.	32,8	37,6	0,5 ³⁾ 4)5)	0,6	189
	13.	31,5	33,3	0,4 ³⁾ 4)	1,2	225
CDU/CSU	2.	61,6	38,4	0,0	0,0	0
	3.	61,0	39,4	0,0	0,0	0
	4.	61,0	38,7	0,0	0,0	1
	5.	62,6	37,5	0,0	0,0	0
	6.	63,2	36,8	0,0	0,0	0
	7.	62,0	37,6	0,0	0,0	1
	8.	64,2	34,7	0,0	0,0	3
	9.	65,4	33,3	0,0	0,0	3
	10.	63,1	35,3	0,0	0,0	4
	11.	64,5	33,3	0,0	0,0	5
	12.	55,8	40,1	0,3 ⁵⁾	0,0	12
	13.	57,5	39,5	0,3 ³⁾	0,0	8

1) 2) 3) usw.: Fußnoten siehe auf der rechten Seite

*) Die Prozentanteile ab der 2. Wahlperiode wurden nach den Angaben von Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag errechnet.

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

	Wahl- periode	katho- lisch in %	evan- gelisch in %	sonstige Konfession in %	konfes- sionslos in %	ohne Angabe ¹⁾ Anzahl
SPD	2.	3,7	14,2	1,9 ²⁾	1,2	128
	3.	7,2	21,0	0,6	1,1	127
	4.	4,4	10,8	0,0	0,5	171
	5.	11,5	24,9	0,0	0,5	137
	6.	11,0	27,4	0,4 ³⁾	0,4	144
	7.	8,7	25,6	0,4 ³⁾	0,4	157
	8.	11,2	29,9	0,0	0,5	131
	9.	12,7	29,8	0,0	0,4	130
	10.	12,9	32,7	0,0	0,5	109
	11.	11,4	38,9	0,5 ³⁾	0,5	94
	12.	11,7	36,4	0,8 ³⁾ 4)	0,0	122
	13.	12,3	32,5	0,4 ³⁾	0,4	137
	FDP	2.	3,8	32,8	0,0	0,0
3.		18,6	65,1	0,0	0,0	7
4.		16,4	52,2	0,0	0,0	21
5.		20,0	58,0	0,0	0,0	11
6.		12,9	51,6	0,0	0,0	11
7.		9,5	35,7	0,0	0,0	23
8.		12,5	27,5	0,0	0,0	24
9.		9,3	40,7	0,0	0,0	27
10.		8,6	37,1	0,0	0,0	19
11.		10,4	37,5	0,0	0,0	25
12.		12,7	39,2	0,0	2,5	36
13.		17,2	36,2	0,0	0,0	22
DP		3.	0,0	64,7	0,0	0,0
GRÜNE bzw. B 90/GRÜNE ⁶⁾	10.	3,6	10,7	0,0	0,0	24
	11.	6,8	13,6	2,3 ⁴⁾	4,6	32
	12.	12,5	37,5	0,0	0,0	4
	13.	6,1	16,3	0,0	2,0	37
PDS/LL bzw. PDS	12.	0,0	0,0	0,0	11,8	15
	13.	3,3	3,3	3,3 ⁴⁾	20,0	21
Sonstige	2.	4,4	26,7	0,0	2,2	30

Fußnoten für die Seiten 666–667:

- 1) „Ohne Angabe“ läßt keinesfalls den Schluß zu, daß die hier erfaßten Abgeordneten keiner Religionsgemeinschaft angehören.
- 2) jüdisch, Dissident
- 3) freireligiös
- 4) Atheist
- 5) neapostolisch
- 6) 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

3.14 Schulabschluß und Hochschulbildung

Die folgenden vier Übersichten*) enthalten Angaben zur Bildungsschichtung der Mitglieder des Deutschen Bundestages seit der 1. Wahlperiode und zwar für den Bundestag insgesamt sowie getrennt nach den einzelnen Fraktionen und Gruppen:

- Die erste Tabelle gliedert auf, wie sich der Anteil der Abgeordneten mit Hochschulbildung auf die männlichen und weiblichen Mitglieder des Bundestages verteilt;
- die zweite Tabelle gibt an, mit welcher Schulart die Abgeordneten ihre Schulbildung abgeschlossen haben und inwieweit diesem Schulabschluß ein Hochschulstudium nicht mehr folgte;
- in der dritten Tabelle ist aufgeführt, welche Art Hochschule die Abgeordneten mit akademischer Ausbildung besucht haben;
- in der vierten Tabelle sind die Studienfächer zusammengestellt, die die Abgeordneten mit abgeschlossenem Hochschulstudium für das Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages angegeben haben.

Anteil der männlichen und weiblichen Abgeordneten mit Hochschulbildung

Aus der anschließenden Tabelle geht hervor, daß

- der Anteil der Abgeordneten mit Hochschulbildung sich kontinuierlich von rund 50 Prozent auf rund 75 Prozent gesteigert hat,
- der Anteil der weiblichen Abgeordneten mit Hochschulbildung, der bis zur 6. Wahlperiode zum Teil erheblich unter dem der männlichen Abgeordneten lag, seit der 7. Wahlperiode (1972–76) – von Schwankungen abgesehen – dem allgemeinen Anteil entspricht,
- die Fraktion mit dem höchsten Akademikeranteil durchweg die FDP war, gefolgt von der CDU/CSU.

	Wahlperiode	männliche MdB		weibliche MdB		MdB insgesamt	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	1.	•	•	•	•	•	•
	2.	211	45,6	13	28,3	224	44,0
	3.	249	52,9	20	41,7	269	51,8
	4.	280	58,6	20	46,5	300	57,6
	5.	276	57,3	14	38,9	290	56,0
	6.	311	64,3	20	58,8	331	63,9
	7.	330	67,6	20	66,7	350	67,6
	8.	332	69,2	32	84,2	364	70,3
	9.	331	69,7	34	77,3	365	70,3
	10.	389	83,1	40	78,4	429	82,5
	11.	321	73,1	50	62,5	371	71,5
	12.	415	78,9	101	74,3	516	78,0
	13.	383	77,4	134	75,7	517	76,9

*) Errechnet und zusammengestellt nach Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag.

Vgl. auch – allerdings mit zum Teil erheblich abweichenden Zahlen – *Emil-Peter Müller*, Der Bundestag ist gebildeter geworden. Zur Entwicklung des Bildungsstandes der Bundestagsabgeordneten seit 1949. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 200–219.

	Wahlperiode	männliche MdB		weibliche MdB		MdB insgesamt	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
CDU/CSU	2.	111	48,3	9	45,0	120	48,0
	3.	156	60,9	16	72,7	172	61,9
	4.	156	67,0	13	72,2	169	67,3
	5.	161	68,2	9	60,0	170	67,7
	6.	175	74,1	9	64,3	184	73,6
	7.	165	75,3	11	73,3	176	75,2
	8.	182	77,4	17	89,5	199	78,3
	9.	170	77,6	14	77,8	184	77,6
	10.	187	78,6	13	76,5	200	78,4
	11.	175	81,0	12	66,7	187	79,9
	12.	219	79,6	37	84,1	256	80,3
	13.	196	77,5	29	70,7	225	76,5
	SPD	2.	36	25,5	1	4,8	37
3.		62	39,0	2	9,1	64	35,4
4.		82	45,0	3	14,3	85	41,9
5.		82	41,4	3	15,8	84	38,7
6.		117	53,4	9	50,0	126	53,2
7.		135	59,0	7	53,8	142	58,7
8.		121	57,9	11	73,3	132	58,9
9.		122	58,4	14	73,7	136	59,6
10.		164	90,6	17	81,0	181	89,6
11.		99	61,1	21	67,7	120	62,2
12.		128	73,6	46	70,8	174	72,8
13.		127	76,1	65	76,5	192	76,2
FDP		2.	35	71,4	2	66,7	37
	3.	22	55,0	2	66,7	24	55,8
	4.	42	66,7	4	100,0	46	68,7
	5.	33	68,8	2	100,0	35	70,0
	6.	19	65,5	2	100,0	21	67,7
	7.	30	75,0	2	100,0	32	76,2
	8.	29	80,6	4	100,0	33	82,5
	9.	39	83,0	6	85,7	45	83,3
	10.	24	75,0	2	66,7	26	74,3
	11.	33	78,6	4	66,7	37	77,1
	12.	54	85,7	9	56,3	63	79,8
	13.	34	87,2	5	62,5	39	83,0
	GRÜNE bzw. B 90/ GRÜNE ¹⁾	10.	14	77,8	8	80,0	22
11.		14	73,7	13	52,0	27	61,4
12.		5	100,0	2	66,7	7	87,5
13.		18	90,0	23	79,3	41	83,7
PDS/LL bzw. PDS	12.	9	100,0	7	87,5	16	94,1
	13.	8	47,1	12	92,3	20	66,7
Sonstige	2.	29	67,4	1	50,0	30	66,7
	3.	9	56,3	0	0,0	9	52,9

¹⁾ 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

Art des Schulabschlusses

	Wahlperiode	Schulabschluß mit										
		Volksschule/ Hauptschule		Mittel-, Realschule, Mittlere Reife		Höhere Schule		Berufs- und Berufsfachschule		Abschluß ohne Hochschulstudium		ohne Angaben
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Bundestag insgesamt	1.	164	40,8	32	7,9	206	51,2	•	•	220	54,7	0
	2.	112	22,0	46	9,0	279	54,8	•	•	285	56,0	72
	3.	114	22,0	21	4,0	335	64,5	•	•	250	48,2	49
	4.	128	24,6	24	4,6	336	64,5	•	•	221	42,4	33
	5.	75	14,5	32	6,2	322	62,2	69	13,3	228	44,0	20
	6.	19	3,7	27	5,2	357	68,9	109	21,0	187	36,1	6
	7.	33	6,4	29	5,6	377	72,8	75	14,5	168	32,5	4
	8.	15	2,9	41	7,9	366	70,7	91	17,6	154	29,7	5
	9.	38	7,3	65	12,5	353	68,0	51	9,8	154	29,7	12
	10.	45	8,7	47	9,0	364	70,0	47	9,0	91	17,5	17
	11.	4	0,8	36	6,9	365	70,3	102	19,7	148	28,5	12
	12.	62	9,4	76	11,5	481	72,7	12	1,8	146	22,1	31
	13.	57	8,5	101	15,0	478	71,1	4	0,6	155	23,1	32
CDU/CSU	1.	47	33,6	12	8,6	81	57,9	•	•	65	46,4	0
	2.	54	21,6	16	6,4	150	60,0	•	•	130	52,0	30
	3.	44	15,8	7	2,5	207	74,5	•	•	106	38,1	20
	4.	46	18,3	6	2,4	187	74,5	•	•	82	32,7	12
	5.	25	10,0	5	2,0	187	74,5	26	10,4	81	32,3	8
	6.	5	2,0	4	1,6	194	77,6	45	18,0	66	26,4	2
	7.	5	2,1	9	3,8	189	80,8	28	12,0	58	24,8	3
	8.	3	1,2	12	4,7	206	81,1	30	11,8	55	21,7	3
	9.	10	4,2	20	8,4	183	77,2	21	8,9	53	22,4	3
	10.	11	4,3	21	8,2	194	76,1	23	9,0	55	21,6	6
	11.	1	0,4	8	3,4	185	79,1	40	17,1	47	20,1	0
	12.	23	7,2	34	10,7	243	76,2	7	2,2	63	19,8	12
	13.	25	8,5	45	15,3	212	72,1	1	0,3	69	23,5	11

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung

	Wahlperiode	Schulabschluß mit										
		Volksschule/ Hauptschule		Mittel-, Realschule, Mittlere Reife		Höhere Schule		Berufs- und Berufsfachschule		Abschluß ohne Hochschulstudium		ohne Angaben
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
SPD	1.	72	55,0	14	10,7	45	34,3	•	•	93	71,0	0
	2.	56	34,6	22	13,6	50	30,9	•	•	125	77,2	34
	3.	65	35,9	13	7,2	78	43,1	•	•	117	64,6	25
	4.	77	37,9	16	7,9	90	44,3	•	•	118	58,1	20
	5.	50	23,0	26	12,0	94	43,3	36	16,6	133	61,3	11
	6.	14	5,9	22	9,3	135	57,0	62	26,2	111	46,8	4
	7.	28	11,6	20	8,3	151	62,4	42	17,4	100	41,3	1
	8.	12	5,4	26	11,6	127	56,7	57	25,4	92	41,1	2
	9.	27	11,8	42	18,4	127	55,7	25	11,0	92	40,4	7
	10.	31	15,3	25	12,4	118	58,4	21	10,4	21	10,4	7
	11.	1	0,5	25	13,0	112	58,0	52	26,9	73	37,8	3
	12.	32	13,4	33	13,8	157	65,7	4	1,7	65	27,2	13
	13.	30	11,9	45	17,9	164	65,1	3	1,2	60	23,8	10
FDP	1.	11	21,2	2	3,8	39	75,0	•	•	25	48,1	0
	2.	1	1,9	4	7,7	41	78,8	•	•	15	28,8	6
	3.	3	7,0	1	2,3	36	83,7	•	•	19	44,2	3
	4.	5	7,5	2	3,0	59	88,1	•	•	21	31,3	1
	5.	0	0,0	1	2,0	41	82,0	7	14,0	15	30,0	1
	6.	0	0,0	1	3,2	28	90,3	2	6,5	10	32,3	0
	7.	0	0,0	0	0,0	37	88,1	5	11,9	10	23,8	0
	8.	0	0,0	3	7,5	33	82,5	4	10,0	7	17,5	0
	9.	1	1,9	3	5,6	43	79,6	5	9,3	9	16,7	2
	10.	1	2,9	0	0,0	30	85,7	3	8,6	9	25,7	1
	11.	0	0,0	0	0,0	41	85,4	7	14,6	11	22,9	0
	12.	5	6,3	8	10,1	61	77,2	1	1,3	16	20,3	4
	13.	2	4,3	4	8,5	39	83,0	0	0,0	8	17,0	2
GB/BHE	2.	0	0,0	2	7,1	24	85,7	•	•	8	28,6	2
DP	2.	1	6,7	1	6,7	13	86,7	•	•	6	40,0	0
	3.	2	11,8	0	0,0	14	82,4	•	•	8	47,1	1
GRÜNE bzw. B 90/ GRÜNE ¹⁾	10.	2	7,1	1	3,6	22	78,6	0	0,0	6	21,4	3
	11.	2	4,5	3	6,8	27	61,4	3	6,8	17	38,6	9
	12.	0	0,0	0	0,0	8	100,0	0	0,0	1	12,5	0
	13.	0	0,0	4	8,2	41	83,7	0	0,0	8	16,3	4
PDS/LL bzw. PDS	12.	2	11,8	1	5,9	12	70,6	0	0,0	1	5,9	2
	13.	0	0,0	3	10,0	22	73,3	0	0,0	10	33,3	5
Übrige/ Fraktionslose	1.	34	43,0	4	5,1	41	51,9	•	•	47	59,5	0
	2.	0	0,0	1	50,0	1	50,0	•	•	1	50,0	0

¹⁾ 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

Art der Hochschulbildung

	Wahlperiode	Hochschulbildung		davon							
				Fachhochschule		Pädagogische Hochschule		Universität mit Abschluß		Universität ohne Abschluß	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bundestag insgesamt	1.	182	45,3	•	•	•	•	•	•	•	•
	2.	224	44,0	•	•	•	•	197	38,7	27	5,3
	3.	269	51,8	•	•	•	•	228	43,9	41	7,9
	4.	300	57,6	22	4,2	16	3,1	226	43,4	36	6,9
	5.	290	56,0	22	4,2	17	3,3	221	42,7	30	5,8
	6.	331	63,9	42	8,1	16	3,1	245	47,3	28	5,4
	7.	350	67,6	26	5,0	22	4,2	272	52,5	30	5,8
	8.	364	70,3	25	4,8	21	4,1	290	56,0	28	5,4
	9.	365	70,3	31	6,0	20	3,9	290	55,9	24	4,6
	10.	429	82,5	35	6,7	14	2,7	352	67,7	28	5,4
	11.	371	71,5	12	2,3	22	4,2	318	61,3	19	3,7
	12.	516	78,0	47	7,1	33	5,0	407	61,5	29	4,4
	13.	517	76,9	14	2,1	38	5,7	423	63,0	42	6,3
CDU/CSU	1.	75	53,6	•	•	•	•	•	•	•	•
	2.	120	48,0	•	•	•	•	106	42,4	14	5,6
	3.	172	61,9	•	•	•	•	148	53,2	24	8,6
	4.	169	67,3	10	4,0	7	2,8	131	52,2	21	8,4
	5.	170	67,7	10	3,4	6	2,4	137	54,6	17	6,8
	6.	184	73,6	20	8,0	4	1,6	143	57,2	17	6,8
	7.	176	75,2	11	4,7	3	1,3	148	63,2	14	6,0
	8.	199	78,3	10	3,9	2	0,8	169	66,5	18	7,1
	9.	184	77,6	13	5,5	5	2,1	154	65,0	12	5,1
	10.	200	78,4	18	8,9	4	1,6	165	64,7	13	5,1
	11.	187	79,9	7	3,0	5	2,1	167	71,4	8	3,4
	12.	256	80,3	22	6,9	14	4,4	207	64,9	13	4,1
	13.	225	76,5	5	1,7	8	2,7	194	66,0	18	6,1

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

	Wahlperiode	Hochschulbildung		davon							
				Fachhochschule		Pädagogische Hochschule		Universität mit Abschluß		Universität ohne Abschluß	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
SPD	1.	38	29,0	•	•	•	•	•	•	•	•
	2.	37	22,8	•	•	•	•	32	19,8	5	3,1
	3.	64	35,4	•	•	•	•	48	26,5	16	8,8
	4.	85	41,9	8	3,9	8	3,9	56	27,6	13	6,4
	5.	84	38,7	9	4,1	9	4,1	56	25,8	10	4,6
	6.	126	53,2	20	8,4	11	4,6	85	35,9	10	4,2
	7.	142	58,7	11	4,5	17	7,0	100	41,3	14	5,8
	8.	132	58,9	10	4,5	17	7,6	97	43,3	8	3,6
	9.	136	59,6	13	5,7	13	5,7	102	44,7	8	3,5
	10.	181	89,6	14	6,9	9	4,5	145	71,8	13	6,4
	11.	120	62,2	4	2,1	13	6,7	95	49,2	8	4,1
	12.	174	72,8	17	7,1	14	5,9	128	53,6	15	6,3
	13.	192	76,2	7	2,8	22	8,7	142	56,4	21	8,3
FDP	1.	37	66,0	•	•	•	•	•	•	•	•
	2.	37	71,2	•	•	•	•	34	65,4	3	5,8
	3.	24	55,8	•	•	•	•	23	53,5	1	2,3
	4.	46	68,7	4	6,0	1	1,5	39	58,2	2	3,0
	5.	35	70,0	3	6,0	2	4,0	28	56,0	2	4,0
	6.	21	67,7	2	6,5	1	3,2	17	54,8	1	3,2
	7.	32	76,2	4	9,5	2	4,8	24	57,1	2	4,8
	8.	33	82,5	5	12,5	2	5,0	24	60,0	2	5,0
	9.	45	83,3	5	9,3	2	3,7	34	63,0	4	7,4
	10.	26	74,3	2	5,7	1	2,9	23	65,7	0	0,0
	11.	37	77,1	1	2,1	2	4,2	33	68,8	1	2,1
	12.	63	79,8	7	8,9	4	5,1	52	65,8	0	0,0
	13.	39	83,0	1	2,1	3	6,4	35	74,5	0	0,0
GB/BHE	2.	20	71,4	•	•	•	•	16	57,1	4	14,3
DP	2.	9	60,0	•	•	•	•	8	53,3	1	6,7
	3.	9	52,9	•	•	•	•	9	52,9	0	0,0
GRÜNE bzw. B 90/ GRÜNE ¹⁾	10.	22	78,6	1	3,6	0	0,0	19	67,9	2	7,1
	11.	27	61,4	0	0,0	2	4,5	23	52,3	2	4,5
	12.	7	87,5	1	12,5	0	0,0	6	75,0	0	0,0
	13.	41	83,7	0	0,0	4	8,2	34	69,4	3	6,1
PDS/LL bzw. PDS	12.	16	94,1	0	0,0	1	5,9	14	82,4	1	5,9
	13.	20	66,7	1	3,3	1	3,3	18	60,0	0	0,0
Übrige/ Fraktionslose	1.	32	40,5	•	•	•	•	•	•	•	•
	2.	1	50,0	•	•	•	•	1	50,0	0	0,0

¹⁾ 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

Studienfächer der Abgeordneten mit Hochschulstudium

Die Abgeordneten mit abgeschlossenem Hochschulstudium nennen in den biographischen Angaben zum Amtlichen Handbuch die folgenden Studienfächer.*) In den Zahlen sind Abgeordnete mehrfach enthalten, falls sie mehrere Studien abgeschlossen haben.

	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72
Rechts- und Staatswissenschaften, Verwaltungswissenschaft	113	103	118
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Ökonomie	45	45	44
Philologie, Philosophie, Politologie, Soziologie, Geschichte, Kunst, Kulturwissenschaft, Bibliothekswissenschaft, Zeitungswissenschaft	37	31	47
Ingenieurwesen, Architektur	11	13	13
Land- und Forstwirtschaft	18	14	16
Pädagogik	0	0	0
Naturwissenschaften, Pharmazie, Geographie	2	0	0
Medizin, Psychologie, Sozialarbeit	7	9	10
Theologie	7	6	6

Hinweis

Der Anteil der Juristen im Bundeskabinett ist im Abschnitt 6.9 dokumentiert

	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
Rechts- und Staatswissenschaften, Verwaltungswissenschaft	139	146	141	139	134	151	135
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Ökonomie	49	56	52	61	59	62	62
Philologie, Philosophie, Politologie, Soziologie, Geschichte, Kunst, Kulturwissenschaft, Bibliothekswissenschaft, Zeitungswissenschaft	57	58	57	61	53	49	60
Ingenieurwesen, Architektur	10	9	29	30	24	69	68
Land- und Forstwirtschaft	11	10	17	14	11	14	9
Pädagogik	0	4	29	29	47	80	79
Naturwissenschaften, Pharmazie, Geographie	2	1	2	7	12	29	31
Medizin, Psychologie, Sozialarbeit	6	5	3	3	9	23	16
Theologie	6	5	0	3	2	11	14

*) Quelle (ab der 4. Wahlperiode): Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag.

An der Aufgliederung der Studienfächer fällt auf, daß die Zahl der Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und Philologen im gesamten untersuchten Zeitraum, d. h. seit 1961, stagniert, während seit der 11. Wahlperiode die Zahl der Absolventen bestimmter Studienrichtungen – vor allem im Bereich Naturwissenschaft, Ingenieurwesen, Medizin und Pharmazie – sprunghaft angestiegen ist. *)

3.15 Wehrdienst der Abgeordneten

Die Frage, wie viele der männlichen Abgeordneten Wehrdienst abgeleistet haben, wird nicht selten (und zum Teil mit provokativem Unterton im Sinne des Verdachts von Drückebergerei) gestellt. Eine genaue Statistik zum Wehrdienst der Abgeordneten kann es jedoch nicht geben, weil die Parlamentarier nicht verpflichtet sind, darüber für den biographischen Teil des Amtlichen Handbuchs des Deutschen Bundestages Angaben zu machen.

Anlässlich einer entsprechenden Anfrage an die Bundestagsverwaltung sind die Biographien der 439 männlichen Abgeordneten der 11. Wahlperiode (1987–90) auf entsprechende Hinweise durchgesehen worden. Außerdem erschien es zweckmäßig, diejenigen Abgeordneten gesondert auszuzählen, die zu den sogenannten „weißen Jahrgängen“ gehören, d. h. die für einen Einsatz im 2. Weltkrieg noch zu jung waren und umgekehrt zu alt waren, um noch zur Bundeswehr eingezogen zu werden; in diese Rubrik fallen alle Abgeordneten, die zwischen dem 1. Januar 1929 und dem 30. Juni 1937 geboren sind.

Daraus ergibt sich nebenstehende Statistik.

In der Zahl der 148 Abgeordneten „ohne Angaben“ können sich u. a. befinden:

- ältere Abgeordnete, die während der NS-Zeit emigriert waren (z. B. *Willy Brandt*),
- Abgeordnete mit Ausbildungsgängen, die mit einer Freistellung vom Wehrdienst verbunden sind (z. B. Bundesgrenzschutz),
- Abgeordnete, die bei der Musterung als wehruntauglich eingestuft worden sind,
- Abgeordnete, die vom Wehrdienst befreit sind (vor allem die Berliner Abgeordneten),
- Abgeordnete, die wegen der Zugehörigkeit zu geburtenstarken Jahrgängen von der Bundeswehr nicht benötigt worden sind und
- nicht zuletzt Abgeordnete, die zwar Wehrdienst geleistet haben, dies aber nicht für wichtig genug hielten, um es für das Bundestagshandbuch anzugeben.

	11. WP 1987–90	
	Anzahl	in %
Zahl der männlichen Abgeordneten	439	100,0
davon:		
– Kriegsdienst 1939–1945	67	15,3
– „weißer Jahrgang“	158	36,0
– Wehrdienst in der Bundeswehr	63	14,4
– Zivildienst	3	0,7
– keine Angaben über Wehrdienst u. ä. im Amtlichen Handbuch des Bundestages	148	33,7

*) Vgl. zu diesem Phänomen ausführlicher *Adalbert Hess*, Sozialstruktur des 13. Deutschen Bundestages: Berufliche und fachliche Entwicklungslinien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 4. S. 567–585 (hier: Abschnitt Naturwissenschaftler und Parlament ab Seite 582).

3.16 Abgeordnete mit Adelsnamen

Für die Parlamentssoziologie ist die Frage durchaus von Interesse, welche Rolle nach dem Zweiten Weltkrieg die Nachkommen einstmals privilegierter Schichten – insbesondere der Adel – in Politik und Parlament in der Bundesrepublik Deutschland gespielt haben oder spielen.*)

Bei der Aufnahme einer Statistik über „adlige Abgeordnete“ muß freilich darauf hingewiesen werden, daß die Vorrechte des Adels in Deutschland schon seit der Weimarer Republik abgeschafft sind. Artikel 109 Abs. 3 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (Weimarer Verfassung) lautet:

„Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.“

Die Weitergeltung dieser Bestimmung in der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich aus Artikel 123 Abs. 1 des Grundgesetzes:

„Recht aus der Zeit vor dem Zusammentritt des Bundestages gilt fort, soweit es dem Grundgesetz nicht widerspricht.“

Die folgende Statistik gibt den Anteil der Abgeordneten mit Adelsnamen für den Bundestag insgesamt und für die einzelnen Fraktionen seit 1949 an.**) Der Anteil schwankt zwischen 3,5% (in der 6. Wahlperiode) und 1,5% (in der 11. Wahlperiode). Den höchsten Anteil von „adligen Abgeordneten“ hatten in der 1. Wahlperiode Deutsche Reichs-Partei (20,0%), Bayernpartei (17,7%) und Deutsche Partei (11,8%) aufzuweisen, in der 2. und 3. Wahlperiode Deutsche Partei (13,3% bzw. 5,9%); danach findet sich der höchste Anteil überwiegend bei der FDP.

*) Vgl. *Adalbert Hess*, Zusammensetzung und Sozialstruktur des Bundestages. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 752–754.

**) Berücksichtigt werden auch Abgeordnete, die – soweit bekannt – auf ihr Adelsprädikat verzichtet haben (so *Hermann Otto Solms*), ferner weibliche Abgeordnete, die durch Eheschließung einen bürgerlichen Namen angenommen haben (so ist die frühere Abgeordnete *Marie-Elisabeth Klee* eine geborene *Freiin von Heyl zu Hemsheim*).

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949

Wahlperiode	Zahl der Abgeordneten	davon Abg. mit Adelsnamen		Anteil der Abgeordneten mit Adelsnamen in den Fraktionen							
				CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1. WP 1949–53	410	12	2,9	3	2,1	1	0,7	2	3,7	6 ¹⁾	– ¹⁾
2. WP 1953–57	509	15	3,0	9	3,6	0	0,0	3	5,7	3 ²⁾	– ²⁾
3. WP 1957–61	519	13	2,5	10	3,6	0	0,0	2	4,7	1 ³⁾	5,9 ³⁾
4. WP 1961–65	521	12	2,3	10	4,0	0	0,0	2	3,0	–	–
5. WP 1965–69	518	12	2,3	10	4,0	0	0,0	2	4,0	–	–
6. WP 1969–72	521	18	3,5	13	5,2	4	1,7	1	3,2	–	–
7. WP 1972–76	518	17	3,3	11	4,7	4	1,7	2	4,8	–	–
8. WP 1976–80	518	16	3,1	11	4,3	3	1,3	2	5,0	–	–
9. WP 1980–83	519	16	3,1	10	4,2	2	0,9	4	7,4	–	–
10. WP 1983–87	520	13	2,5	10	3,9	1	0,5	2	5,7	0 ⁴⁾	0,0
11. WP 1987–90	519	8	1,5	5	2,1	1	0,5	2	4,2	0 ⁴⁾	0,0
12. WP 1990–94	662	13	2,0	7	2,2	3	1,3	3	3,8	0 ⁵⁾	0,0
13. WP 1994–	672	11	1,6	6	2,0	2	0,8	2	4,3	1 ⁶⁾	3,3

1) davon Bayernpartei (BP) 3 (= 17,7%), Deutsche Partei (DP) 2 (= 11,8%) und Deutsche Reichs-Partei 1 (= 20,0%) Abgeordnete

2) davon Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) 1 (= 3,7%) und Deutsche Partei (DP) 2 (= 13,3%) Abgeordnete

3) Deutsche Partei (DP)

4) Die Grünen

5) Gruppen PDS/LL und Bündnis 90/Die Grünen

6) Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

3.17 Berufsstruktur

Zahlen zur Berufs- und Sozialstruktur gehören zu den wohl am häufigsten gefragten Angaben über den Deutschen Bundestag. Gerade hier liegt jedoch auch eine der Schwachstellen der Parlamentsstatistik, wofür sich gleich mehrere Gründe anführen lassen: (1) theoretische, (2) methodische, (3) empirische und (4) biographische.

Zu (1): Ein erhebliches theoretisches „Durcheinander“ bestand lange Zeit und besteht zum Teil immer noch darin, daß unklar ist, zu welchem Zweck eine Berufsstatistik der Abgeordneten erstellt wird und was sich aus den Zahlen herauslesen läßt. *Heino Kaack* beispielsweise differenziert:

„Je nachdem, ob die Frage der Rekrutierung von Parlamentariern, die der Praxis der Mandatsausübung, die politische Interessenaggregation oder die soziale Herkunft der Abgeordneten im Mittelpunkt der Analyse steht, wird man zu einer jeweils anderen Art der Datenaufbereitung gelangen müssen. So kann die berufliche Einordnung der Abgeordneten sich erstens auf den erlernten Beruf, zweitens auf den unmittelbar vor dem ersten Mandatsantritt ausgeübten Beruf und drittens auf die Berufstätigkeit während der Abgeordnetenzeit beziehen.“*)

In den Interpretationen der Berufsstatistik taucht regelmäßig die Frage der Repräsentativität oder „Spiegelbildlichkeit“ auf, d. h. die Frage, ob und inwieweit die Zusammensetzung des Parlaments

*) *Heino Kaack*, Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 128–149 (hier: S. 128).

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- als weibliche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 3.11),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsvorstandsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- als häufigste Redner im Plenum in Erscheinung getreten sind (Abschnitt 8.3),
- Erklärungen zur Abstimmung abgegeben haben (Abschnitt 8.16),
- im Rahmen der Ordnungsmaßnahmen von der Plenarsitzung ausgeschlossen wurden (Abschnitt 8.20),
- als ostdeutsche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 7.7).

der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht. (Wer auf eine Identität von Wählern und Repräsentanten pocht, wird regelmäßig enttäuscht sein.)**)

Eine weitere Frage ist die nach dem im Bundestag vereinten „Sachverstand“; auch hier muß einschränkend darauf hingewiesen werden, daß ein einst erlernter Beruf ohne erkennbare Weiterbildung dem Parlament wenig helfen dürfte. (Im *Datenhandbuch* sind Angaben zu der Frage der „Sachkunde“ im Abschnitt 3.14 „Schulabschluß und Hochschulbildung“ und hier im Unterabschnitt „Studienfächer der Abgeordneten mit Hochschulstudium“ zu finden; siehe etwa das Anwachsen der Naturwissenschaftler seit der 12. Wahlperiode.)

Andere, oft miteinander verbundene Erkenntnisziele im Zusammenhang mit der Berufsstatistik (bei *Kaack* zum Teil schon angedeutet) sind u. a. Fragen

- nach der Verbindung zwischen Beruf, darauf basierender „Interessenlage“ und dem vermutlichen Abstimmverhalten der Abgeordneten,
- nach der „Gebundenheit“ von Abgeordneten (beispielsweise bei Berufen wie Angestellte von Parteien, Fraktionen, Gewerkschaften, Verbänden usw.),
- nach der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Abgeordneten (beispielsweise durch bestimmte versorgungsrechtliche Regelungen wie bei Beamten) oder aber nach der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Mandat (bei Politikern, denen die Politik zum Beruf geworden ist),
- nach der Kontrollfähigkeit des Parlaments (angesichts des steigenden Anteils der Beamten-Abgeordneten).

Zu (2): Theoretische Unklarheiten drücken sich unmittelbar in methodischer Unsicherheit aus. In der Parlamentssoziologie führt das zu einer ungenügenden Trennung zwischen dem einst erlernten, oft aber längst nicht mehr ausgeübten Beruf eines Politikers einerseits und seiner Erwerbsstellung und beruflichen Funktion unmittelbar vor und gegebenenfalls während der Mandatszeit andererseits. Das in einer Berufsstatistik für Abgeordnete angewandte Kategorienschema gibt Aufschluß, ob der Autor sich über den Sinn seines Tuns im klaren war. (Was von einer Auszählung zu halten ist, die sowohl die Kategorie „Beamter“ als auch „Jurist“ benutzt, braucht nicht erläutert zu werden.)

Der Parlamentssoziologie in Deutschland fehlte es über 20 Jahre an einem für die Berufsstatistik der Abgeordneten geeigneten Kategorienschema, so daß die zahlreichen überwiegend singulären Berufsstatistiken für die ersten Wahlperioden des Bundestages zumindest nicht kompatibel waren. Ein von *Adalbert Hess* 1970 in der Verwaltung des Deutschen Bundestages erarbeitetes Kategorienschema schaffte Abhilfe und machte Schule. Unabhängig von *Hess* entwickelte *Heino Kaack* ein ähnliches Schema; es unterscheidet sich von dem von *Hess* dadurch, daß sich die gewählten Kategorien nicht in erster Linie an der formalen beruflichen Stellung (beamtet, angestellt, selbständig) orientieren, sondern die „Politiknähe“ beruflicher Positionen herausfiltern.

Während von *Hess* und von *Kaack* nur einige wenige Wahlperioden ausgezählt worden sind (Einzelheiten siehe im Abschnitt 3.20 „Parlamentssoziologie: Bibliographie“), hat *Emil-Peter Müller* unter Verwendung des Kategorienschemas von *Adalbert Hess****) inzwischen die Berufsstatistik für sämt-

**) Vgl. *Heino Kaack*:

„(1) Der Bundestag ist ein Parlament der berufstätigen Bevölkerung. Rentner, Arbeitslose und noch in Ausbildung befindliche – aber auch die große Zahl der als Hausfrauen Berufstätigen – sind im Parlament der Bundesrepublik in persona kaum präsent.

(2) Der Bundestag ist jedoch kein Spiegelbild der Sozialstruktur der Berufstätigen. Er ist vielmehr ein Parlament der politischen Berufe, ein Parlament der Vertreter gehobener Berufspositionen. Arbeiter und einfache Angestellte sind im Parlament faktisch nicht zugegen.

(3) Der Bundestag ist ein Parlament der überdurchschnittlich Gebildeten, ein Parlament der Akademiker...“ (a. a. O. S. 148)

***) *Hess* hat mittlerweile sein Schema verändert, indem er – was durchaus begründet ist – die Kategorie „Regierungsmitglieder“ ersatzlos aufgab, und auch *Müller* ist für die 13. Wahlperiode diesem Schritt gefolgt. Daß es dadurch methodisch bedingte „Sprünge“ gibt, war nicht zu vermeiden.

liche 13 Wahlperioden des Bundestages komplett erstellt und dem *Datenhandbuch* freundlicherweise zur Nutzung überlassen.

Zu (3): Die empirische Grundlage ist zum Teil ungenügend: Die Angaben der Abgeordneten selbst in den Parlamentshandbüchern sind für den Zweck einer genauen berufssoziologischen Auswertung nicht immer ausreichend eindeutig und vollständig. Sie müssen unter Zuhilfenahme sonstiger biographischer Quellen interpretiert werden, was eine sogenannte interpersonelle Nachprüfung erschwert und dazu führt, daß zwei getrennt arbeitende Wissenschaftler zu durchaus abweichenden Berufsstatistiken gelangen können. (Die für einige Wahlperioden parallel von *Adalbert Hess* und *Emil-Peter Müller* erstellten Arbeiten sind aus diesem Grunde nicht restlos identisch.)

Zu (4): Mit den biographischen Gründen ist gemeint, daß die „alte Schule“ der Parlamentssoziologen, der die genannten theoretischen, methodischen und empirischen Probleme bewußt sind und die entsprechend sorgfältig an die Erstellung der Berufsstatistiken der Abgeordneten herangeht, schrumpft. Die „neue Generation“ zeichnet sich bislang technisch durch einen großen Einfallsreich-

Berufsstatistik: Kurzfassung

Bundestag insgesamt	1. WP 1949–53 %	2. WP 1953–57 %	3. WP 1957–61 %	4. WP 1961–65 %	5. WP 1965–69 %	6. WP 1969–72 %
Regierungsmitglieder ¹⁾	2,4	3,7	4,3	4,6	6,4	9,3
Beamte	22,2	21,0	21,0	21,7	23,9	28,4
Angestellte des öffentlichen Dienstes	3,9	3,5	3,7	4,2	5,6	5,6
Pfarrer (ev.)	1,0	0,8	0,8	1,0	0,4	1,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen	28,3	23,2	22,5	20,5	21,2	14,9
Angestellte in der Wirtschaft	6,1	10,8	8,9	10,6	11,2	9,8
Selbständige	19,8	22,6	24,7	23,6	19,1	16,0
Angehörige freier Berufe	9,3	9,4	9,8	10,1	9,6	12,0
Hausfrauen	2,2	2,9	2,5	2,3	1,7	1,7
Arbeiter	2,0	1,2	1,3	1,2	0,8	1,2
keine Angaben u. a.	2,9	0,8	0,6	0,2	0,0	0,2
Abgeordnete insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Quellen:

1. – 6. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller* (bisher unveröffentlicht);

7. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, erstmals veröffentlicht in *Peter Schindler*, 30 Jahre Deutscher Bundestag. Dokumentation, Statistik, Daten. Bonn 1979. S. 69–71;

8. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Die sozio-ökonomische und verbandliche Struktur des VIII. Deutschen Bundestages. Köln 1977 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der deutschen Wirtschaft 7/1977);

9. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Der neunte Deutsche Bundestag: Strukturen des Parlaments. Köln 1981 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der deutschen Wirtschaft 10/1981);

tum beim Einsatz des Computers und bei der multimedialen Nutzung von Daten aus, inhaltlich aber (mit Verlaub) durch eine erschreckende Oberflächlichkeit und Naivität. Nur so ist etwa die Euphorie zu erklären, man könne künftig auf das wochenlange Tüfteln der Parlamentssoziologen verzichten und die Warterei auf die parlamentarische Berufsstatistik habe ein Ende, weil die Selbstangaben der Abgeordneten für das Amtliche Handbuch nun computerlesbar seien und sich die ersehnte Berufsstatistik in Sekundenschnelle von selbst erstelle.

Die Angaben zur Berufsstruktur der Abgeordneten des 1. bis 13. Bundestages werden im folgenden in zwei Fassungen veröffentlicht:

- in einer Kurzfassung für den Bundestag insgesamt und getrennt für jede Fraktion (auf den Seiten 680–686 zuzüglich Grafiken auf Seite 687),
- in einer ausführlicheren und differenzierteren Fassung nach Wahlperioden getrennt (auf den Seiten 688–713).*)

7. WP 1972–76 %	8. WP 1976–80 %	9. WP 1980–83 %	10. WP 1983–87 %	11. WP 1987–90 %	12. WP 1990–94 %	13. WP 1994– %
11,3	10,3	8,7	14,3	12,7	10,1	•2)
30,7	30,5	32,8	31,1	32,2	29,3	36,3
4,2	5,0	3,1	2,3	1,7	6,6	8,0
1,0	0,8	0,2	0,4	0,0	1,4	0,9
15,8	13,7	12,9	13,6	14,0	13,3	14,0
10,0	10,2	10,2	8,3	7,9	11,0	13,2
13,4	12,9	12,5	12,8	11,0	10,1	9,4
9,8	12,5	16,0	12,5	14,1	13,1	11,6
2,1	1,2	1,3	1,5	2,1	2,1	1,6
1,0	1,5	1,7	1,9	1,7	1,2	1,0
0,6	1,4	0,6	1,3	2,7	1,7	3,9
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

- 1) ab 2. Wahlperiode einschließlich ehemaliger Regierungsmitglieder
- 2) Kategorie ab 13. Wahlperiode aufgegeben; dies kann bei den anderen Kategorien zu einem methodisch bedingten leichten Ansteigen führen.

Fortsetzung Quellen:

10. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Soziale Strukturen im X. Deutschen Bundestag. Köln 1983 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 92/93);
11. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Daten zur Struktur des XI. Deutschen Bundestages. Köln 1988 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 132);
12. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Strukturen des XII. Deutschen Bundestages. Köln 1992 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 171);
13. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller* (bisher unveröffentlicht).

CDU/CSU-Fraktion	1. WP 1949–53 %	2. WP 1953–57 %	3. WP 1957–61 %	4. WP 1961–65 %	5. WP 1965–69 %	6. WP 1969–72 %
Regierungsmitglieder ¹⁾	3,5	4,4	6,5	7,2	10,0	7,6
Beamte	23,2	22,5	21,6	21,5	23,5	27,6
Angestellte des öffentlichen Dienstes	4,2	2,0	2,5	2,4	4,0	4,0
Pfarrer (ev.)	0,0	0,8	1,1	0,4	0,4	0,4
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen	16,9	16,0	13,7	13,5	12,7	9,2
Angestellte in der Wirtschaft	4,9	10,8	9,4	10,4	11,2	11,2
Selbständige	31,0	30,9	30,6	31,9	25,9	25,2
Angehörige freier Berufe	9,1	7,6	10,8	9,6	10,4	12,0
Hausfrauen	3,5	3,2	2,9	2,0	1,6	1,6
Arbeiter	1,4	0,8	1,1	0,4	0,4	0,8
keine Angaben u. a.	2,1	0,8	0,0	0,4	0,0	0,4
Abgeordnete insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

SPD-Fraktion	1. WP 1949–53 %	2. WP 1953–57 %	3. WP 1957–61 %	4. WP 1961–65 %	5. WP 1965–69 %	6. WP 1969–72 %
Regierungsmitglieder ¹⁾	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	9,3
Beamte	24,3	19,1	22,7	24,1	26,3	31,2
Angestellte des öffentlichen Dienstes	5,9	6,8	6,1	7,4	8,3	7,6
Pfarrer (ev.)	1,5	1,2	0,6	1,5	0,5	1,7
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen	45,6	40,1	39,8	34,0	35,0	21,5
Angestellte in der Wirtschaft	6,6	6,8	7,2	11,8	11,5	9,3
Selbständige	2,9	9,9	9,9	6,4	5,9	4,6
Angehörige freier Berufe	5,9	9,3	7,7	9,4	7,9	11,0
Hausfrauen	1,5	3,1	2,2	3,0	2,3	2,1
Arbeiter	1,5	2,5	2,2	2,5	1,4	1,7
keine Angaben u. a.	4,4	1,2	1,7	0,0	0,0	0,0
Abgeordnete insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

7. WP 1972–76 %	8. WP 1976–80 %	9. WP 1980–83 %	10. WP 1983–87 %	11. WP 1987–90 %	12. WP 1990–94 %	13. WP 1994– %
6,4	5,1	1,7	14,9	17,5	15,7	• ²⁾
32,5	30,7	28,2	26,4	25,6	23,5	34,0
3,8	4,7	3,8	3,1	0,9	6,3	5,4
0,4	0,4	0,0	0,0	0,0	0,9	0,7
9,8	8,7	6,3	6,3	7,7	9,0	9,5
11,5	12,6	12,7	9,5	9,8	11,6	15,3
20,5	19,3	21,1	20,0	18,0	15,1	16,0
12,0	14,1	24,1	17,7	18,8	14,1	13,2
2,1	1,6	1,3	1,6	1,3	2,2	2,4
0,9	1,1	0,8	0,8	0,4	0,6	0,3
0,0	1,6	0,0	0,0	0,0	0,9	3,1
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

- 1) ab 2. Wahlperiode einschließlich ehemaliger Regierungsmitglieder
- 2) Kategorie ab 13. Wahlperiode aufgegeben; dies kann bei den anderen Kategorien zu einem methodisch bedingten leichten Ansteigen führen.

7. WP 1972–76 %	8. WP 1976–80 %	9. WP 1980–83 %	10. WP 1983–87 %	11. WP 1987–90 %	12. WP 1990–94 %	13. WP 1994– %
14,5	13,9	14,5	13,4	7,3	1,3	• ²⁾
31,4	33,0	40,1	39,2	43,0	39,7	41,3
5,4	5,8	2,6	1,0	2,6	6,7	11,5
1,7	1,3	0,4	1,0	0,0	2,1	1,2
23,6	21,0	21,3	22,7	22,3	20,1	17,9
8,3	7,6	6,6	6,9	5,2	11,3	13,9
2,9	2,6	1,8	2,5	3,1	2,5	1,6
7,8	10,7	7,0	6,0	8,8	9,7	7,2
2,5	0,9	1,3	2,0	1,6	2,5	1,2
1,2	2,2	3,1	3,0	3,6	2,5	1,6
0,8	0,9	1,3	2,5	2,6	1,7	2,8
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

- 1) ab 2. Wahlperiode einschließlich ehemaliger Regierungsmitglieder
- 2) Kategorie ab 13. Wahlperiode aufgegeben; dies kann bei den anderen Kategorien zu einem methodisch bedingten leichten Ansteigen führen.

Hinweis

Der Anteil der Juristen im Bundeskabinett ist im Abschnitt 6.9 dokumentiert.

FDP-Fraktion	1. WP 1949–53 %	2. WP 1953–57 %	3. WP 1957–61 %	4. WP 1961–65 %	5. WP 1965–69 %	6. WP 1969–72 %
Regierungsmitglieder ¹⁾	5,6	7,5	0,0	9,0	12,0	22,6
Beamte	18,5	20,8	18,6	14,9	16,0	12,9
Angestellte des öffentlichen Dienstes	1,9	0,0	2,3	1,5	2,0	3,2
Pfarrer (ev.)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen	13,0	1,9	9,3	6,0	4,0	9,7
Angestellte in der Wirtschaft	3,7	18,7	7,0	7,5	10,0	3,2
Selbständige	37,0	30,2	44,2	44,8	42,0	29,0
Angehörige freier Berufe	14,8	17,0	16,3	14,9	14,0	19,4
Hausfrauen	1,9	3,8	2,3	1,5	0,0	0,0
Arbeiter	1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
keine Angaben u. a.	1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgeordnete insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Fraktion der DP	1. WP 1949–53 %	2. WP 1953–57 %	3. WP 1957–61 %
Regierungsmitglieder ¹⁾	11,1	13,3	23,6
Beamte	11,1	13,3	0,0
Angestellte des öffentlichen Dienstes	0,0	6,7	0,0
Pfarrer (ev.)	0,0	0,0	0,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen	16,7	20,0	17,6
Angestellte in der Wirtschaft	5,6	20,0	23,5
Selbständige	38,9	20,0	35,3
Angehörige freier Berufe	5,6	6,7	0,0
Hausfrauen	0,0	0,0	0,0
Arbeiter	5,6	0,0	0,0
keine Angaben u. a.	5,6	0,0	0,0
Abgeordnete insgesamt	100,0	100,0	100,0

¹⁾ ab 2. Wahlperiode einschließlich ehemaliger Regierungsmitglieder

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

7. WP 1972–76 %	8. WP 1976–80 %	9. WP 1980–83 %	10. WP 1983–87 %	11. WP 1987–90 %	12. WP 1990–94 %	13. WP 1994– %
21,4	22,5	14,8	25,8	22,9	17,7	• ²⁾
16,8	15,0	22,2	11,5	14,6	20,3	36,2
0,0	2,5	1,9	0,0	0,0	6,3	2,1
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4,8	5,0	5,6	17,2	14,6	7,6	4,2
11,9	10,0	14,8	8,6	6,2	10,2	10,6
33,3	30,0	20,4	25,8	14,6	15,2	21,3
9,5	12,5	18,4	11,5	18,8	20,2	21,3
0,0	0,0	1,9	0,0	4,2	1,3	2,1
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2,4	2,5	0,0	0,0	4,2	1,3	2,1
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

- 1) ab 2. Wahlperiode einschließlich ehemaliger Regierungsmitglieder
- 2) Kategorie ab 13. Wahlperiode aufgegeben; dies kann bei den anderen Kategorien zu einem methodisch bedingten leichten Ansteigen führen.

Fraktion der GRÜNEN³⁾	10. WP 1983–87 %	11. WP 1987–90 %	12. WP 1990–94 %	13. WP 1994– %
Regierungsmitglieder ¹⁾	0,0	0,0	–	• ²⁾
Beamte	39,1	38,7	–	34,7
Angestellte des öffentlichen Dienstes	7,1	4,5	–	12,2
Pfarrer (ev.)	0,0	0,0	–	0,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen	10,7	9,1	–	20,4
Angestellte in der Wirtschaft	7,1	11,4	–	2,0
Selbständige	7,1	4,5	–	2,0
Angehörige freier Berufe	14,3	6,8	–	12,2
Hausfrauen	0,0	6,8	–	0,0
Arbeiter	7,1	2,3	–	0,0
keine Angaben u. a.	7,1	15,9	–	16,3
Abgeordnete insgesamt	100,0	100,0	–	100,0

- 1) ab 2. Wahlperiode einschließlich ehemaliger Regierungsmitglieder
- 2) Kategorie ab 13. Wahlperiode aufgegeben; dies kann bei den anderen Kategorien zu einem methodisch bedingten leichten Ansteigen führen.
- 3) 13. Wahlperiode: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Hinweis

Zur Volkskammer der ehemaligen DDR siehe im einzelnen Kapitel 28.

Sonstige Fraktionen und Fraktionslose in der 1. Wahlperiode	KPD		WAV		Zentrum		Sonstige/ Fraktionslose	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Beamte	1	6,7	1	9,1	4	40,0	3	42,9
Angestellte des öffentlichen Dienstes	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1	14,3
Pfarrer (ev./kath.)	0	0,0	1	9,1	0	0,0	1	14,3
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen	12	80,0	2	18,2	3	30,0	0	0,0
Angestellte in der Wirtschaft	0	0,0	3	27,3	0	0,0	0	0,0
Selbständige	0	0,0	1	9,1	1	10,0	0	0,0
Angehörige freier Berufe	0	0,0	1	9,1	2	20,0	2	28,5
Hausfrauen	1	6,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Arbeiter	1	6,7	1	9,1	0	0,0	0	0,0
keine Angaben u. a.	0	0,0	1	9,1	0	0,0	0	0,0
Abgeordnete insgesamt	15	100,0	11	100,0	10	100,0	7	100,0

Aus den nebenstehenden vier Graphiken läßt sich die Entwicklung der Berufsstruktur im Deutschen Bundestag von der 1. bis zur 13. Wahlperiode ablesen. Der Übersicht wegen sind aus den vorangegangenen Statistiken drei Haupt-Berufsgruppen gebildet worden (siehe Legende). Außerdem blieben einige Berufe (Pfarrer, Hausfrauen, Arbeiter) wegen der sehr geringen Fallzahl unberücksichtigt.

Danach ist – bei allen Schwankungen seit 1949 – aus den Graphiken erkennbar:

für den Bundestag insgesamt

- der Anstieg der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes vom 3. auf den 1. Platz,
- der sinkende Anteil der Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie aus dem Bereich der Wirtschaft vom 1. auf den 2. Platz,
- der ebenfalls sinkende Anteil der Selbständigen und Freiberufler vom 2. auf den 3. Platz;

für die CDU/CSU-Fraktion

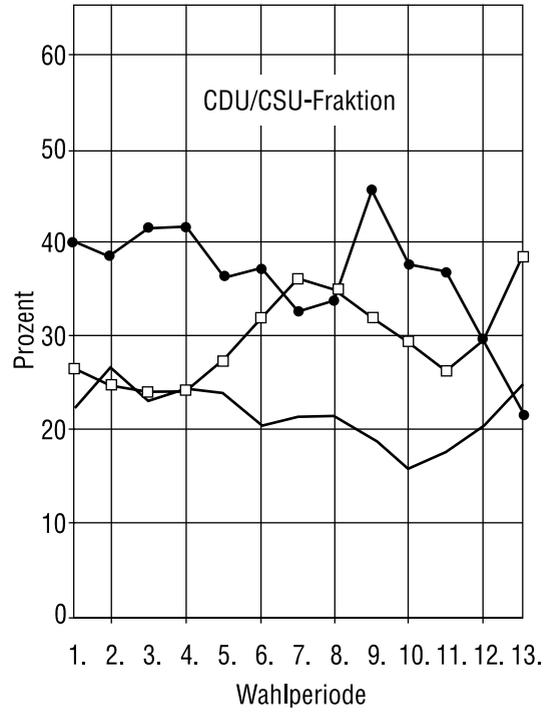
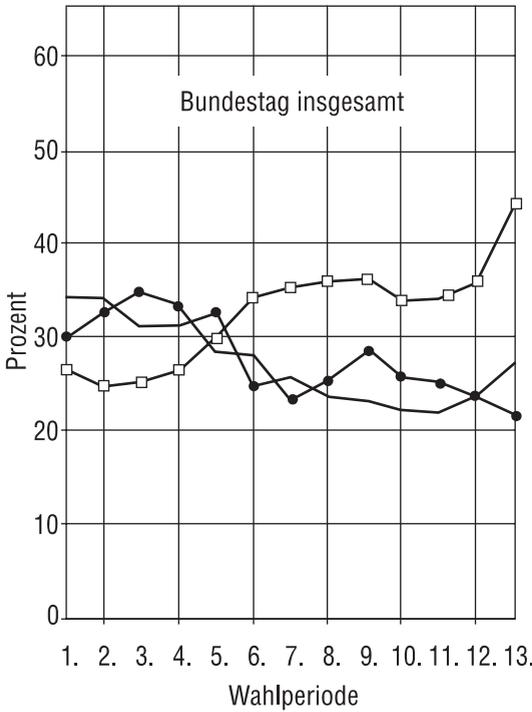
- der lange Zeit dominierende Anteil der Selbständigen und Freiberufler, mit der 13. Wahlperiode eindeutig überrundet von den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes;

für die SPD-Fraktion

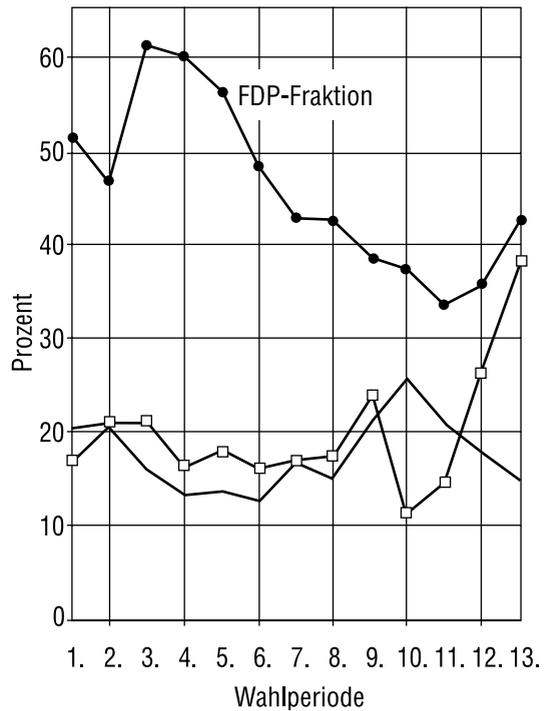
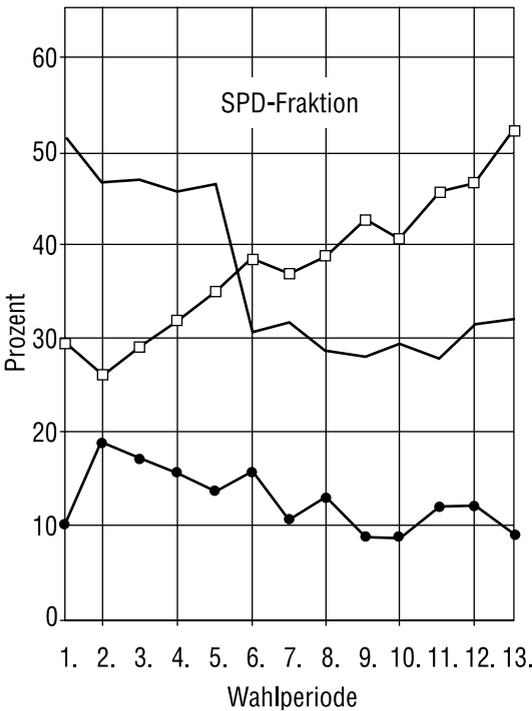
- der Wechsel der stärksten Berufsgruppe in der 6. Wahlperiode (1969–72) von den Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisationen und aus dem Wirtschaftsbereich hin zu den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes;

für die FDP-Fraktion

- der insgesamt gesunkene, aber nach wie vor stärkste Anteil der Selbständigen und Freiberufler, inzwischen dicht gefolgt von den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes.



- — □ Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes
- — — Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie Angestellte in der Wirtschaft
- — ● Selbständige und Angehörige freier Berufe



Berufsstruktur der einzelnen Wahlperioden

1. Wahlperiode (1949–53)

	CDU/CSU		SPD		FDP		DP		BP		insgesamt ²⁾	
	An- zahl	%	An- zahl	%								
Regierungsmitglieder – Bundeskanzler und Bundes- minister (amtierend)	5	3,5	0	0,0	3	5,6	2	11,1	0	0,0	10	2,4
Beamte – Sog. Politische Beamte ¹⁾	5	3,5	7	5,1	0	0,0	0	0,0	0	0,0	13 ³⁾	3,2
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	10	7,0	6	4,4	6	11,1	0	0,0	1	5,9	25 ³⁾	6,1
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1	5,9	2 ³⁾	0,5
– Richter und Staatsanwälte	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
– Kommunale Wahlbeamte	11	7,7	12	8,8	1	1,9	1	5,6	1	5,9	28 ³⁾	6,8
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	3	2,1	3	2,2	1	1,9	0	0,0	0	0,0	7	1,7
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	0	0,0	2	1,5	1	1,9	0	0,0	1	5,9	4	1,0
– Lehrer an Oberschulen	2	1,4	1	0,7	1	1,9	0	0,0	0	0,0	5 ³⁾	1,2
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	2	1,4	2	1,5	0	0,0	1	5,6	0	0,0	7 ³⁾	1,7
insgesamt	33	23,2	33	24,3	10	18,5	2	11,1	4	23,5	91	22,2
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	6	4,2	8	5,9	1	1,9	0	0,0	0	0,0	16 ³⁾	3,9
Pfarrer (evangelisch/katholisch)	0	0,0	2	1,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	4 ³⁾	1,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen – Angestellte von Parteien und Fraktionen	10	7,0	34	25,0	4	7,4	1	5,6	2	11,8	66 ³⁾	16,1
– Angestellte von Gewerk- schaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	8	5,6	20	14,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0	29 ³⁾	7,1
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	6	4,2	8	5,9	3	5,6	2	11,1	1	5,9	21 ³⁾	5,1
insgesamt	24	16,9	62	45,6	7	13,0	3	16,7	3	17,6	116	28,3

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

2) einschließlich KPD, WAV, Zentrum, Sonstige und Fraktionslose; wegen Einzelheiten siehe die Kurzfassung der Berufsstatistik auf Seite 686

3) einschließlich KPD, WAV, Zentrum, Sonstige und Fraktionslose

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

	CDU/CSU		SPD		FDP		DP		BP		insgesamt ²⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft												
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	4	2,8	9	6,6	1	1,9	1	5,6	2	11,8	20 ³⁾	4,9
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	3	2,1	0	0,0	1	1,9	0	0,0	1	5,9	5	1,2
insgesamt	7	4,9	9	6,6	2	3,7	1	5,6	3	17,6	25 ³⁾	6,1
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)												
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	16	11,3	2	1,5	13	24,1	2	11,1	2	11,8	35	8,5
– Selbständige Handwerker	7	4,9	0	0,0	2	3,7	2	11,1	0	0,0	11	2,7
– Selbständige Land- und Forstwirte	21	14,8	2	1,5	5	9,3	3	16,7	2	11,8	35 ³⁾	8,5
insgesamt	44	31,0	4	2,9	20	37,0	7	38,9	4	23,5	81 ³⁾	19,8
Angehörige freier Berufe												
– Rechtsanwälte und Notare	10	7,0	4	2,9	6	11,1	1	5,6	3	17,6	27 ³⁾	6,6
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	3	2,1	4	2,9	2	3,7	0	0,0	0	0,0	11 ³⁾	2,7
insgesamt	13	9,1	8	5,9	8	14,8	1	5,6	0	0,0	38 ³⁾	9,3
Hausfrauen	5	3,5	2	1,5	1	1,9	0	0,0	0	0,0	9 ³⁾	2,2
Arbeiter	2	1,4	2	1,5	1	1,9	1	5,6	0	0,0	8 ³⁾	2,0
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	3	2,1	6	4,4	1	1,9	1	5,6	0	0,0	12 ³⁾	2,9
Abgeordnete insgesamt	142	100,0	136	100,0	54	100,0	18	100,0	17	100,0	410	100,0

3) einschließlich KPD, WAV, Zentrum und Fraktionslose

Hinweise

Welche Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette vorliegen, ist aus einer Bibliographie innerhalb des Abschnitts 6.9 zu ersehen. In dem Abschnitt ist auch der Anteil der Juristen im Bundeskabinett dokumentiert.

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

2. Wahlperiode (1953–57)

	CDU/CSU		SPD		FDP		GB/BHE		DP		insgesamt ³⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder												
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	10	4,0	0	0,0	4	7,5	2	7,4	2	13,3	18	3,5
– ehem. Regierungsmitglieder	1	0,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1	0,2
insgesamt	11	4,4	0	0,0	4	7,5	2	7,4	2	13,3	19	3,7
Beamte												
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	8	3,2	10	6,2	1	1,9	0	0,0	1	6,7	20	3,9
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	19	7,6	7	4,3	6	11,3	2	7,4	0	0,0	34	6,7
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	5	2,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6 ²⁾	1,2
– Richter und Staatsanwälte	2	0,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	2	0,4
– Berufssoldaten	2	0,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	2	0,4
– Kommunale Wahlbeamte	7	2,8	8	4,9	2	3,8	1	3,7	1	6,7	19	3,7
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	4	1,6	3	1,9	1	1,9	0	0,0	0	0,0	8	1,6
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	0	0,0	0	0,0	1	1,9	0	0,0	0	0,0	1	0,2
– Lehrer an Oberschulen	6	2,4	1	0,6	0	0,0	1	3,7	0	0,0	8	1,6
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	3	1,2	2	1,2	0	0,0	2	7,4	0	0,0	7	1,4
insgesamt	56	22,5	31	19,1	11	20,8	6	22,2	2	13,3	107 ²⁾	21,0
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	5	2,0	11	6,8	0	0,0	1	3,7	1	6,7	18	3,5
Pfarrer (evangelisch)	2	0,8	2	1,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	4	0,8
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen												
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	13	5,2	35	21,6	1	1,9	1	3,7	2	13,3	52	10,2
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	17	6,8	23	14,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	41 ²⁾	8,1
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	10	4,0	7	4,3	0	0,0	7	25,9	1	6,7	25	4,9
insgesamt	40	16,0	65	40,1	1	1,9	8	29,6	3	20,0	118 ²⁾	23,2

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

2) einschließlich ein Abgeordneter des Zentrums

3) einschließlich drei Abgeordnete des Zentrums

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

	CDU/CSU		SPD		FDP		GB/BHE		DP		insgesamt ³⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft												
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	14	5,6	11	6,8	5	9,4	3	11,1	2	13,3	35	6,9
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	13	5,2	0	0,0	5	9,4	1	3,7	1	6,7	20	3,9
insgesamt	27	10,8	11	6,8	10	18,7	4	14,8	3	20,0	55	10,8
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)												
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	34	13,7	8	4,9	10	18,9	2	7,4	1	6,7	55	10,8
– Selbständige Handwerker	11	4,4	5	3,1	0	0,0	0	0,0	1	6,7	17	3,3
– Selbständige Land- und Forstwirte	32	12,9	3	1,9	6	11,3	0	0,0	1	6,7	43 ²⁾	8,4
insgesamt	77	30,9	16	9,9	16	30,2	2	7,4	3	20,0	115 ²⁾	22,6
Angehörige freier Berufe												
– Rechtsanwälte und Notare	14	5,6	5	3,1	7	13,2	3	11,1	0	0,0	29	5,7
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	5	2,0	10	6,2	2	3,8	1	3,7	1	6,7	19	3,7
insgesamt	19	7,6	15	9,3	9	17,0	4	14,8	1	6,7	48	9,4
Hausfrauen	8	3,2	5	3,1	2	3,8	0	0,0	0	0,0	15	2,9
Arbeiter	2	0,8	4	2,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6	1,2
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	2	0,8	2	1,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	4	0,8
Abgeordnete insgesamt	249	100,0	162	100,0	53	100,0	27	100,0	15	100,0	509 ³⁾	100,0

2) 3) siehe Fußnoten auf der linken Seite

Hinweise

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von einer Zwischensumme oder von der Endsumme 100,0% ergeben.

Die Namen der Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat sind in einer Übersicht in Abschnitt 6.8 zusammengestellt.

3. Wahlperiode (1957–61)

	CDU/CSU		SPD		FDP		DP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder										
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	16	5,8	0	0,0	0	0,0	2	11,8	18	3,5
– ehem. Regierungsmitglieder	2	0,7	0	0,0	0	0,0	2	11,8	4	0,8
insgesamt	18	6,5	0	0,0	0	0,0	4	23,6	22	4,3
Beamte										
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	5	1,8	8	4,4	2	4,7	0	0,0	15	2,9
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	27	9,7	6	3,3	2	4,7	0	0,0	35	6,7
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	3	1,1	5	2,8	0	0,0	0	0,0	8	1,5
– Richter und Staatsanwälte	4	1,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	4	0,8
– Berufssoldaten	1	0,4	0	0,0	1	2,3	0	0,0	2	0,4
– Kommunale Wahlbeamte	6	2,2	7	3,9	3	7,0	0	0,0	16	3,1
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	4	1,4	5	2,8	0	0,0	0	0,0	9	1,7
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	2	0,7	3	1,7	0	0,0	0	0,0	5	1,0
– Lehrer an Oberschulen	7	2,5	2	1,1	0	0,0	0	0,0	9	1,7
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	1	0,4	5	2,8	0	0,0	0	0,0	6	1,2
insgesamt	60	21,6	41	22,7	8	18,6	0	0,0	109	21,0
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	7	2,5	11	6,1	1	2,3	0	0,0	19	3,7
Pfarrer (evangelisch)	3	1,1	1	0,6	0	0,0	0	0,0	4	0,8
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen										
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	12	4,3	36	19,9	4	9,3	2	11,8	54	10,4
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	14	5,0	29	16,0	0	0,0	0	0,0	43	8,3
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	12	4,3	7	3,9	0	0,0	1	5,9	20	3,9
insgesamt	38	13,7	72	39,8	4	9,3	3	17,6	117	22,5

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 3. Wahlperiode (1957–61)

	CDU/CSU		SPD		FDP		DP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft										
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	16	5,8	13	7,2	2	4,7	3	17,6	34	6,6
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	10	3,6	0	0,0	1	2,3	1	5,9	12	2,3
insgesamt	26	9,4	13	7,2	3	7,0	4	23,5	46	8,9
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)										
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	33	11,9	11	6,1	11	25,6	3	17,6	58	11,2
– Selbständige Handwerker	10	3,6	5	2,8	1	2,3	0	0,0	16	3,1
– Selbständige Land- und Forstwirte	42	15,1	2	1,1	7	16,3	3	17,6	54	10,4
insgesamt	85	30,6	18	9,9	19	44,2	6	35,3	128	24,7
Angehörige freier Berufe										
– Rechtsanwälte und Notare	24	8,6	5	2,8	6	14,0	0	0,0	35	6,7
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	6	2,2	9	5,0	1	2,3	0	0,0	16	3,1
insgesamt	30	10,8	14	7,7	7	16,3	0	0,0	51	9,8
Hausfrauen	8	2,9	4	2,2	1	2,3	0	0,0	13	2,5
Arbeiter	3	1,1	4	2,2	0	0,0	0	0,0	7	1,3
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	0	0,0	3	1,7	0	0,0	0	0,0	3	0,6
Abgeordnete insgesamt	278	100,0	181	100,0	43	100,0	17	100,0	519	100,0

Hinweis

Der Anteil der Beamten sowie der Angestellten des öffentlichen Dienstes unter den Berufen der Mitglieder des Deutschen Bundestages hat sich seit der 1. Wahlperiode folgendermaßen entwickelt:

- | | | |
|-------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| 1. WP (1949–53): 26,1% | 6. WP (1969–72): 34,0% | 11. WP (1987–90): 33,9% |
| 2. WP (1953–57): 24,5% | 7. WP (1972–76): 34,9% | 12. WP (1990–94): 35,9% |
| 3. WP (1957–61): 24,7% | 8. WP (1976–80): 35,5% | 13. WP (1994–): 44,3% |
| 4. WP (1961–65): 25,9% | 9. WP (1980–83): 35,9% | |
| 5. WP (1965–69): 29,5% | 10. WP (1983–87): 33,4% | |

4. Wahlperiode (1961–65)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder								
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	16	6,4	0	0,0	5	7,5	21	4,0
– ehem. Regierungsmitglieder	2	0,8	0	0,0	1	1,5	3	0,6
insgesamt	18	7,2	0	0,0	6	9,0	24	4,6
Beamte								
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	3	1,2	7	3,4	1	1,5	11	2,1
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	22	8,8	14	6,9	5	7,5	41	7,9
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	4	1,6	6	3,0	0	0,0	10	1,9
– Richter und Staatsanwälte	4	1,6	2	1,0	0	0,0	6	1,2
– Berufssoldaten	0	0,0	0	0,0	1	1,5	1	0,2
– Kommunale Wahlbeamte	4	1,6	6	3,0	1	1,5	11	2,1
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	3	1,2	3	1,5	0	0,0	6	1,2
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	1	0,4	2	1,0	0	0,0	3	0,6
– Lehrer an Oberschulen	9	3,6	4	2,0	1	1,5	14	2,7
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	4	1,6	5	2,5	1	1,5	10	1,9
insgesamt	54	21,5	49	24,1	10	14,9	113	21,7
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	6	2,4	15	7,4	1	1,5	22	4,2
Pfarrer (evangelisch)	2	0,4	3	1,5	0	0,0	5	1,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen								
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	8	3,2	33	16,3	3	4,5	44	8,4
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	17	6,8	28	13,8	1	1,5	46	8,8
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	9	3,6	8	3,9	0	0,0	17	3,3
insgesamt	34	13,5	69	34,0	4	6,0	107	20,5

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft								
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	14	5,6	24	11,8	3	4,5	41	7,9
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	12	4,8	0	0,0	2	3,0	14	2,7
insgesamt	26	10,4	24	11,8	5	7,5	55	10,6
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)								
– Fabrikanten und Unterneh- mer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	30	12,0	7	3,4	16	23,9	53	10,2
– Selbständige Handwerker	11	4,4	4	2,0	3	4,5	18	3,5
– Selbständige Land- und Forstwirte	39	15,5	2	1,0	11	16,4	52	10,0
insgesamt	80	31,9	13	6,4	30	44,8	123	23,6
Angehörige freier Berufe								
– Rechtsanwälte und Notare	16	6,4	7	3,4	10	14,9	33	6,3
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	8	3,2	12	5,9	0	0,0	20	3,8
insgesamt	24	9,6	19	9,4	10	14,9	53	10,1
Hausfrauen	5	2,0	6	3,0	1	1,5	12	2,3
Arbeiter	1	0,4	5	2,5	0	0,0	6	1,2
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	1	0,4	0	0,0	0	0,0	1	0,2
Abgeordnete insgesamt	251	100,0	203	100,0	67	100,0	521	100,0

Hinweis

Der Anteil der Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie aus dem Wirtschaftsbereich hat sich seit der 1. Wahlperiode folgendermaßen entwickelt:

1. WP (1949–53): **34,4%**
 2. WP (1953–57): **34,0%**
 3. WP (1957–61): **31,4%**
 4. WP (1961–65): **31,1%**
 5. WP (1965–69): **32,4%**

6. WP (1969–72): **24,7%**
 7. WP (1972–76): **25,8%**
 8. WP (1976–80): **23,9%**
 9. WP (1980–83): **23,1%**
 10. WP (1983–87): **21,9%**

11. WP (1987–90): **21,9%**
 12. WP (1990–94): **24,3%**
 13. WP (1994–): **27,2%**

5. Wahlperiode (1965–69)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder								
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	17	6,9	0	0,0	3	6,0	20	3,9
– ehem. Regierungsmitglieder	8	3,2	2	0,9	3	6,0	13	2,5
insgesamt	25	10,0	2	0,9	6	12,0	33	6,4
Beamte								
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	1	0,4	0	0,0	0	0,0	1	0,2
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	27	10,8	20	9,2	5	10,0	52	10,0
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	7	2,8	10	4,6	0	0,0	17	3,3
– Richter und Staatsanwälte	4	1,6	2	0,9	0	0,0	6	1,2
– Berufssoldaten	1	0,4	0	0,0	0	0,0	1	0,2
– Kommunale Wahlbeamte	3	1,2	12	5,5	1	2,0	16	3,1
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	2	0,8	3	1,4	0	0,0	5	1,0
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	1	0,4	0	0,0	0	0,0	1	0,2
– Lehrer an Oberschulen	8	3,2	5	2,3	1	2,0	14	2,7
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	5	2,0	5	2,3	1	2,0	11	2,1
insgesamt	59	23,5	57	26,3	8	16,0	124	23,9
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	10	4,0	18	8,3	1	2,0	29	5,6
Pfarrer (evangelisch)	1	0,4	1	0,5	0	0,0	2	0,4
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen								
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	10	4,0	32	14,7	2	4,0	44	8,5
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	11	4,4	31	14,3	0	0,0	42	8,1
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	11	4,4	13	6,0	0	0,0	24	4,6
insgesamt	32	12,7	76	35,0	2	4,0	110	21,2

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft								
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	16	6,4	25	11,5	1	2,0	42	8,1
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	12	4,8	0	0,0	4	8,0	16	3,1
insgesamt	28	11,2	25	11,5	5	10,0	58	11,2
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)								
– Fabrikanten und Unterneh- mer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	28	11,2	7	3,2	9	18,0	44	8,5
– Selbständige Handwerker	10	4,0	4	1,8	3	6,0	17	3,3
– Selbständige Land- und Forstwirte	27	10,8	2	0,9	9	18,0	38	7,3
insgesamt	65	25,9	13	5,9	21	42,0	99	19,1
Angehörige freier Berufe								
– Rechtsanwälte und Notare	15	6,0	6	2,8	6	12,0	27	5,2
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	11	4,4	11	5,1	1	2,0	23	4,4
insgesamt	26	10,4	17	7,9	7	14,0	50	9,6
Hausfrauen	4	1,6	5	2,3	0	0,0	9	1,7
Arbeiter	1	0,4	3	1,4	0	0,0	4	0,8
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Abgeordnete insgesamt	251	100,0	217	100,0	50	100,0	518	100,0

Hinweis

Der Anteil der Selbständigen sowie der Angehörigen freier Berufe hat sich seit der 1. Wahlperiode folgendermaßen entwickelt:

1. WP (1949–53): **29,1%**
2. WP (1953–57): **32,0%**
3. WP (1957–61): **34,5%**
4. WP (1961–65): **33,7%**
5. WP (1965–69): **28,7%**

6. WP (1969–72): **28,0%**
7. WP (1972–76): **23,2%**
8. WP (1976–80): **25,4%**
9. WP (1980–83): **28,5%**
10. WP (1983–87): **25,3%**

11. WP (1987–90): **25,1%**
12. WP (1990–94): **23,2%**
13. WP (1994–): **21,0%**

6. Wahlperiode (1969–72)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder								
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	2	0,8	10	4,2	3	9,7	15	2,9
– Parlamentarische Staatssekretäre (amtierend)	0	0,0	9	3,8	2	6,5	11	2,1
– ehemalige Regierungsmitglieder	17	6,8	3	1,3	2	6,5	22	4,2
insgesamt	19	7,6	22	9,3	7	22,6	48	9,3
Beamte								
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	2	0,8	2	0,8	0	0,0	4	0,8
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	30	12,0	21	8,9	1	3,2	52	10,0
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	5	2,0	12	5,1	0	0,0	17	3,3
– Richter und Staatsanwälte	5	2,0	3	1,3	1	3,2	9	1,7
– Berufssoldaten	2	0,8	4	1,7	0	0,0	6	1,2
– Kommunale Wahlbeamte	0	0,0	8	3,4	0	0,0	8	1,5
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	4	1,6	6	2,5	1	3,2	11	2,1
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	4	1,6	3	1,3	0	0,0	7	1,4
– Lehrer an Oberschulen	12	4,8	6	2,5	0	0,0	18	3,5
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	5	2,0	9	3,8	1	3,2	15	2,9
insgesamt	69	27,6	74	31,2	4	12,9	147	28,4
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	10	4,0	18	7,6	1	3,2	29	5,6
Pfarrer (evangelisch)	1	0,4	4	1,7	0	0,0	5	1,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen								
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	3	1,2	16	6,8	1	3,2	20	3,9
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	10	4,0	25	10,5	0	0,0	35	6,8
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	10	4,0	10	4,2	2	6,5	22	4,2
insgesamt	23	9,2	51	21,5	3	9,7	77	14,9

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 6. Wahlperiode (1969–72)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft								
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	15	6,0	21	8,9	1	3,2	37	7,1
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	13	5,2	1	0,4	0	0,0	14	2,7
insgesamt	28	11,2	22	9,3	1	3,2	51	9,8
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)								
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	30	12,0	8	3,4	4	12,9	42	8,1
– Selbständige Handwerker	6	2,4	2	0,8	1	3,2	9	1,7
– Selbständige Land- und Forstwirte	27	10,8	1	0,4	4	12,9	32	6,2
insgesamt	63	25,2	11	4,6	9	29,0	83	16,0
Angehörige freier Berufe								
– Rechtsanwälte und Notare	15	6,0	9	3,8	4	12,9	28	5,4
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	15	6,0	17	7,2	2	6,5	34	6,6
insgesamt	30	12,0	26	11,0	6	19,4	62	12,0
Hausfrauen	4	1,6	5	2,1	0	0,0	9	1,7
Arbeiter	2	0,8	4	1,7	0	0,0	6	1,2
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	1	0,4	0	0,0	0	0,0	1	0,2
Abgeordnete insgesamt	250	100,0	237	100,0	31	100,0	518	100,0

Hinweis

Aus einer Graphik auf Seite 687 läßt sich die Entwicklung der Berufsstruktur im Deutschen Bundestag seit der 1. Wahlperiode ablesen. Für den Bundestag insgesamt ist erkennbar:

- der Anstieg der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes vom 3. auf den 1. Platz,
- der sinkende Anteil der Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie aus dem Bereich der Wirtschaft vom 1. auf den 2. Platz,
- der ebenfalls sinkende Anteil der Selbständigen und Freiberufler vom 2. auf den 3. Platz.

7. Wahlperiode (1972–76)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder								
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	0	0,0	8	3,3	4	9,5	12	2,3
– Parlamentarische Staatssekretäre (amtierend)	0	0,0	19	7,9	4	9,5	23	4,4
– ehemalige Regierungsmitglieder	15	6,4	8	3,3	1	2,4	24	4,6
insgesamt	15	6,4	35	14,5	9	21,4	59	11,3
Beamte								
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	2	0,9	3	1,2	0	0,0	5	1,0
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	33	14,1	16	6,6	2	4,8	51	9,8
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	4	1,7	15	6,2	1	2,4	20	3,9
– Richter und Staatsanwälte	8	3,4	6	2,5	0	0,0	14	2,7
– Berufssoldaten	1	0,4	3	1,2	1	2,4	5	1,0
– Kommunale Wahlbeamte	5	2,1	4	1,7	1	2,4	10	1,9
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	4	1,7	4	1,7	0	0,0	8	1,5
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	6	2,6	6	2,5	0	0,0	12	2,3
– Lehrer an Oberschulen	10	4,3	8	3,3	0	0,0	18	3,5
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	3	1,3	11	4,5	2	4,8	16	3,1
insgesamt	76	32,5	76	31,4	7	16,8	159	30,7
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	9	3,8	13	5,4	0	0,0	22	4,2
Pfarrer (evangelisch)	1	0,4	4	1,7	0	0,0	5	1,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen								
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	8	3,4	19	7,9	2	4,8	29	5,6
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	7	3,0	23	9,5	0	0,0	30	5,8
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	8	3,4	15	6,2	0	0,0	23	4,4
insgesamt	23	9,8	57	23,6	2	4,8	82	15,8

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierung

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft								
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	15	6,4	20	8,3	5	11,9	40	7,7
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	12	5,1	0	0,0	0	0,0	12	2,3
insgesamt	27	11,5	20	8,3	5	11,9	52	10,0
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)								
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	28	12,0	6	2,5	9	21,4	43	8,3
– Selbständige Handwerker	4	1,7	0	0,0	2	4,8	6	1,2
– Selbständige Land- und Forstwirte	16	6,8	1	0,4	3	7,1	20	3,9
insgesamt	48	20,5	7	2,9	14	33,3	69	13,4
Angehörige freier Berufe								
– Rechtsanwälte und Notare	13	5,6	10	4,1	4	9,5	27	5,2
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	15	6,4	9	3,7	0	0,0	24	4,6
insgesamt	28	12,0	19	7,8	4	9,5	51	9,8
Hausfrauen	5	2,1	6	2,5	0	0,0	11	2,1
Arbeiter	2	0,9	3	1,2	0	0,0	5	1,0
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	0	0,0	2	0,8	1	2,4	3	0,6
Abgeordnete insgesamt	234	100,0	242	100,0	42	100,0	518	100,0

Hinweis

Aus einer Graphik auf Seite 687 läßt sich die Entwicklung der Berufsstruktur in den Fraktionen des Deutschen Bundestages von der 1. bis zur 13. Wahlperiode ablesen.

Bei allen Schwankungen seit 1949 ist für die **CDU/CSU-Fraktion** erkennbar:

- der lange Zeit dominierende Anteil der Selbständigen und Freiberufler, mit der 13. Wahlperiode eindeutig überrundet von den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes.

8. Wahlperiode (1976–80)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder								
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	0	0,0	12	5,4	4	10,0	16	3,1
– Parlamentarische Staatssekretäre (amtierend)	0	0,0	15	6,7	5	12,5	20	3,9
– ehemalige Regierungsmitglieder	13	5,1	4	1,8	0	0,0	17	3,3
insgesamt	13	5,1	31	13,9	9	22,5	53	10,3
Beamte								
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	2	0,8	1	0,4	0	0,0	3	0,6
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	31	12,2	17	7,6	2	5,0	50	9,7
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	5	2,0	17	7,6	0	0,0	22	4,2
– Richter und Staatsanwälte	5	2,0	5	2,2	1	2,5	11	2,1
– Berufssoldaten	1	0,4	2	0,9	0	0,0	3	0,6
– Kommunale Wahlbeamte	8	3,1	6	2,7	0	0,0	14	2,7
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	6	2,4	3	1,3	1	2,5	10	1,9
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	7	2,7	5	2,2	0	0,0	12	2,3
– Lehrer an Oberschulen	10	3,9	8	3,6	0	0,0	18	3,5
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	3	1,2	10	4,5	2	5,0	15	2,9
insgesamt	78	30,7	74	33,0	6	15,0	158	30,5
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	12	4,7	13	5,8	1	2,5	26	5,0
Pfarrer (evangelisch)	1	0,4	3	1,3	0	0,0	4	0,8
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen								
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	10	4,0	17	7,6	1	2,5	28	5,4
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	5	2,0	17	7,6	0	0,0	22	4,2
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	7	2,7	13	5,8	1	2,5	21	4,1
insgesamt	22	8,7	47	21,0	2	5,0	71	13,7

1) einschließlich ehemalige Mitglieder der Landesregierung

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft								
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	19	7,5	17	7,6	4	10,0	40	7,7
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	13	5,1	0	0,0	0	0,0	13	2,5
insgesamt	32	12,6	17	7,6	4	10,0	53	10,2
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)								
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	29	11,4	4	1,8	9	22,5	42	8,1
– Selbständige Handwerker	5	2,0	0	0,0	0	0,0	5	1,0
– Selbständige Land- und Forstwirte	15	5,9	2	0,9	3	7,5	20	3,8
insgesamt	49	19,3	6	2,6	12	30,0	67	12,9
Angehörige freier Berufe								
– Rechtsanwälte und Notare	22	8,6	11	4,9	3	7,5	36	6,9
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	14	5,5	13	5,8	2	5,0	29	5,6
insgesamt	36	14,1	24	10,7	5	12,5	65	12,5
Hausfrauen	4	1,6	2	0,9	0	0,0	6	1,2
Arbeiter	3	1,1	5	2,2	0	0,0	8	1,5
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	4	1,6	2	0,9	1	2,5	7	1,4
Abgeordnete insgesamt	254	100,0	224	100,0	40	100,0	518	100,0

Hinweis

Aus einer Graphik auf Seite 687 läßt sich die Entwicklung der Berufsstruktur in den Fraktionen des Deutschen Bundestages von der 1. bis zur 13. Wahlperiode ablesen.

Bei allen Schwankungen seit 1949 ist für die **SPD-Fraktion** erkennbar:

- der Wechsel der stärksten Berufsgruppe in der 6. Wahlperiode (1969–72) von den Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisationen und aus dem Wirtschaftsbereich hin zu den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes.

9. Wahlperiode (1980–83)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder								
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	0	0,0	12	5,3	4	7,4	16	3,1
– Parlamentarische Staatssekretäre (amtierend)	0	0,0	16	7,0	4	7,4	20	3,9
– ehemalige Regierungsmitglieder	4	1,7	5	2,2	0	0,0	9	1,7
insgesamt	4	1,7	33	14,5	8	14,8	45	8,7
Beamte								
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	0	0,0	1	0,4	0	0,0	1	0,2
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	29	12,2	25	11,1	5	9,2	59	11,4
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	5	2,1	14	6,2	0	0,0	19	3,7
– Richter und Staatsanwälte	1	0,4	2	0,9	2	3,7	5	1,0
– Berufssoldaten	2	0,8	2	0,9	0	0,0	4	0,8
– Kommunale Wahlbeamte	3	1,3	8	3,5	0	0,0	11	2,1
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	6	2,5	5	2,2	1	1,9	12	2,3
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	4	1,7	5	2,2	0	0,0	9	1,7
– Lehrer an Oberschulen	12	5,1	14	6,1	2	3,7	28	5,4
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	5	2,1	15	6,6	2	3,7	22	4,2
insgesamt	67	28,2	91	40,1	12	22,2	170	32,8
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	9	3,8	6	2,6	1	1,9	16	3,1
Pfarrer (evangelisch)	0	0,0	1	0,4	0	0,0	1	0,2
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen								
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	8	3,4	21	9,2	1	1,9	30	5,8
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	5	2,1	18	7,9	0	0,0	23	4,4
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	2	0,8	10	4,4	2	3,7	14	2,7
insgesamt	15	6,3	49	21,3	3	5,6	67	12,9

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

	CDU/CSU		SPD		FDP		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft								
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	22	9,3	15	6,6	7	12,9	44	8,5
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	8	3,4	0	0,0	1	1,9	9	1,7
insgesamt	30	12,7	15	6,6	8	14,8	53	10,2
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)								
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	24	10,1	2	0,9	5	9,3	31	6,0
– Selbständige Handwerker	9	3,8	0	0,0	2	3,7	11	2,1
– Selbständige Land- und Forstwirte	17	7,2	2	0,9	4	7,4	23	4,4
insgesamt	50	21,1	4	1,8	11	20,4	65	12,5
Angehörige freier Berufe								
– Rechtsanwälte und Notare	43	18,2	9	3,9	6	11,0	58	11,2
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	14	5,9	7	3,1	4	7,4	25	4,8
insgesamt	57	24,1	16	7,0	10	18,4	83	16,0
Hausfrauen	3	1,3	3	1,3	1	1,9	7	1,3
Arbeiter	2	0,8	7	3,1	0	0,0	9	1,7
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	0	0,0	3	1,3	0	0,0	3	0,6
Abgeordnete insgesamt	237	100,0	228	100,0	54	100,0	519	100,0

Hinweis

Aus einer Graphik auf Seite 687 läßt sich die Entwicklung der Berufsstruktur in den Fraktionen des Deutschen Bundestages von der 1. bis zur 13. Wahlperiode ablesen.

Bei allen Schwankungen seit 1949 ist für die **FDP-Fraktion** erkennbar:

- der insgesamt gesunkene, aber nach wie vor stärkste Anteil der Selbständigen und Freiberufler, inszwischen dicht gefolgt von den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes.

10. Wahlperiode (1983–87)

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder										
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	14	5,5	0	0,0	3	8,6	0	0,0	17	3,3
– Parlamentarische Staatssekretäre (amtierend)	22	8,6	0	0,0	3	8,6	0	0,0	25	4,8
– ehemalige Regierungsmitglieder	2	0,8	27	13,4	3	8,6	0	0,0	32	6,2
insgesamt	38	14,9	27	13,4	9	25,8	0	0,0	74	14,3
Beamte										
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	1	0,4	1	0,5	1	2,9	0	0,0	3	0,6
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	25	9,8	16	7,9	2	5,7	2	7,1	45	8,7
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	7	2,7	10	5,0	0	0,0	0	0,0	17	3,3
– Richter und Staatsanwälte	3	1,2	4	2,0	0	0,0	0	0,0	7	1,3
– Berufssoldaten	2	0,8	2	1,0	0	0,0	0	0,0	4	0,8
– Kommunale Wahlbeamte	4	1,6	13	6,4	0	0,0	0	0,0	17	3,3
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	4	1,6	4	2,0	1	2,9	2	7,1	11	2,1
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	4	1,6	8	4,0	0	0,0	2	7,1	14	2,7
– Lehrer an Oberschulen	11	4,3	12	5,9	0	0,0	2	7,1	25	4,8
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	6	2,4	9	4,5	0	0,0	3	10,7	18	3,5
insgesamt	67	26,4	79	39,2	4	11,5	11	39,1	161	31,1
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	8	3,1	2	1,0	0	0,0	2	7,1	12	2,3
Pfarrer (evangelisch)	0	0,0	2	1,0	0	0,0	0	0,0	2	0,4
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen										
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	4	1,6	17	8,4	3	8,6	0	0,0	24	4,6
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	5	2,0	18	8,9	0	0,0	1	3,6	24	4,6
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	7	2,7	11	5,4	3	8,6	2	7,1	23	4,4
insgesamt	16	6,3	46	22,7	6	12,7	3	10,7	71	13,6

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft										
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	18	7,1	14	6,9	3	8,6	2	7,1	37	7,1
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	6	2,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6	1,2
insgesamt	24	9,5	14	6,9	3	8,6	2	7,1	43	8,3
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)										
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	27	10,6	3	1,5	5	14,3	2	7,1	37	7,1
– Selbständige Handwerker	7	2,7	0	0,0	1	2,9	0	0,0	8	1,5
– Selbständige Land- und Forstwirte	17	6,7	2	1,0	3	8,6	0	0,0	22	4,2
insgesamt	51	20,0	5	2,5	9	25,8	2	7,1	67	12,8
Angehörige freier Berufe										
– Rechtsanwälte und Notare	29	11,4	7	3,5	3	8,6	1	3,6	40	7,7
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	16	6,3	5	2,5	1	2,9	3	10,7	25	4,8
insgesamt	45	17,7	12	6,0	4	11,5	4	14,3	65	12,5
Hausfrauen	4	1,6	4	2,0	0	0,0	0	0,0	8	1,5
Arbeiter	2	0,8	6	3,0	0	0,0	2	7,1	10	1,9
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	0	0,0	5	2,5	0	0,0	2	7,1	7	1,3
Abgeordnete insgesamt	255	100,0	202	100,0	35	100,0	28	100,0	520	100,0

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes und der Arbeitssituation der Abgeordneten enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Befragungen und Veröffentlichungen von Abgeordneten zu ihrem Selbstverständnis sind in den vorangegangenen Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

Die Statistik der Plenarsitzungen findet sich in Abschnitt 8.3.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

11. Wahlperiode (1987–90)

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder										
– Bundeskanzler und Bundesminister (amtierend)	15	6,4	0	0,0	4	8,3	0	0,0	19	3,7
– Parlamentarische Staatssekretäre (amtierend)	23	9,8	0	0,0	4	8,3	0	0,0	27	5,2
– ehemalige Regierungsmitglieder	3	1,3	14	7,3	3	6,3	0	0,0	20	3,9
insgesamt	41	17,5	14	7,3	11	22,9	0	0,0	66	12,7
Beamte										
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	5	2,1	3	1,6	2	4,2	0	0,0	10	1,9
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	17	7,3	12	6,2	0	0,0	2	4,5	31	6,0
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	2	0,9	11	5,7	0	0,0	1	2,3	14	2,7
– Richter und Staatsanwälte	2	0,9	5	2,6	0	0,0	0	0,0	7	1,3
– Berufssoldaten	0	0,0	4	2,1	0	0,0	0	0,0	4	0,8
– Kommunale Wahlbeamte	10	4,3	8	4,1	0	0,0	0	0,0	18	3,5
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	3	1,3	4	2,1	1	2,1	0	0,0	8	1,5
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	2	0,9	8	4,1	1	2,1	3	6,8	14	2,7
– Lehrer an Oberschulen	10	4,3	17	8,8	1	2,1	6	13,6	34	6,6
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	9	3,8	11	5,7	2	4,2	5	11,4	27	5,2
insgesamt	60	25,6	83	43,0	7	14,6	17	38,7	167	32,2
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	2	0,9	5	2,6	0	0,0	2	4,5	9	1,7
Pfarrer (evangelisch)	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen										
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	9	3,8	20	10,4	4	8,3	1	2,3	34	6,6
– Angestellte von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	2	0,9	17	8,8	0	0,0	0	0,0	19	3,7
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	7	3,0	6	3,1	3	6,3	3	6,8	19	3,7
insgesamt	18	7,7	43	22,3	7	14,6	4	9,1	72	14,0

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft										
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	19	8,1	10	5,2	2	4,2	5	11,4	36	6,9
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	4	1,7	0	0,0	1	2,1	0	0,0	5	1,0
insgesamt	23	9,8	10	5,2	3	6,3	5	11,4	41	7,9
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)										
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	22	9,4	4	2,1	3	6,3	0	0,0	29	5,6
– Selbständige Handwerker	5	2,1	1	0,5	0	0,0	0	0,0	6	1,2
– Selbständige Land- und Forstwirte	15	6,4	1	0,5	4	8,3	2	4,5	22	4,2
insgesamt	42	18,0	6	3,1	7	14,6	2	4,5	57	11,0
Angehörige freier Berufe										
– Rechtsanwälte und Notare	31	13,2	8	4,1	7	14,6	1	2,3	47	9,1
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	13	5,6	9	4,7	2	4,2	2	4,5	26	5,0
insgesamt	44	18,8	17	8,8	9	18,8	3	6,8	73	14,1
Hausfrauen	3	1,3	3	1,6	2	4,2	3	6,8	11	2,1
Arbeiter	1	0,4	7	3,6	0	0,0	1	2,3	9	1,7
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	0	0,0	5	2,6	2	4,2	7	15,9	14	2,7
Abgeordnete insgesamt	234	100,0	193	100,0	48	100,0	44	100,0	519	100,0

Hinweis

Aus einer Graphik auf Seite 687 läßt sich die Entwicklung der Berufsstruktur im Deutschen Bundestag seit der 1. Wahlperiode ablesen. Für den Bundestag insgesamt ist erkennbar:

- der Anstieg der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes vom 3. auf den 1. Platz,
- der sinkende Anteil der Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie aus dem Bereich der Wirtschaft vom 1. auf den 2. Platz,
- der ebenfalls sinkende Anteil der Selbständigen und Freiberufler vom 2. auf den 3. Platz.

12. Wahlperiode (1990–94)

	CDU/CSU		SPD		FDP		PDS/LL		B 90/Gr		insgesamt	
	An- zahl	%										
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder												
– Bundeskanzler und Bundes- minister (amtierend)	15	4,7	0	0,0	4	5,1	0	0,0	0	0,0	10	2,9
– Parlamentarische Staats- sekretäre (amtierend)	24	7,5	0	0,0	7	8,9	0	0,0	0	0,0	31	4,7
– ehemalige Regierungsmitglieder	11	3,4	3	1,3	3	3,8	0	0,0	0	0,0	17	2,6
insgesamt	50	15,7	3	1,3	14	17,7	0	0,0	0	0,0	67	10,1
Beamte												
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	4	1,3	3	1,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0	7	1,1
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	14	4,4	9	3,8	2	2,5	0	0,0	0	0,0	25	3,8
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	5	1,6	8	3,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0	13	2,0
– Richter und Staatsanwälte	1	0,3	5	2,1	1	1,3	0	0,0	0	0,0	7	1,1
– Berufssoldaten	1	0,3	4	1,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0	5	0,8
– Kommunale Wahlbeamte	9	2,8	7	2,9	1	1,3	0	0,0	0	0,0	17	2,6
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	9	2,8	9	3,8	2	2,5	2	11,8	0	0,0	22	3,3
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	11	3,4	12	5,0	2	2,5	2	11,8	3	37,5	30	4,5
– Lehrer an Oberschulen	13	4,1	20	8,4	5	6,3	1	5,9	0	0,0	39	5,9
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	8	2,5	18	7,5	3	3,8	0	0,0	0	0,0	29	4,4
insgesamt	75	23,5	95	39,7	16	20,3	5	29,8	3	37,5	194	29,3
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	20	6,3	16	6,7	5	6,3	2	11,8	1	12,5	44	6,6
Pfarrer (evangelisch)	3	0,9	5	2,1	0	0,0	0	0,0	1	12,5	9	1,4
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen												
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	15	4,7	24	10,0	5	6,3	2	11,8	0	0,0	46	6,9
– Angestellte von Gewerk- schaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	3	0,9	14	5,9	0	0,0	2	11,8	0	0,0	19	2,9
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	11	3,4	10	4,2	1	1,3	0	0,0	1	12,5	23	3,5
insgesamt	29	9,0	48	20,1	6	7,6	4	23,6	1	12,5	78	13,3

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

	CDU/CSU		SPD		FDP		PDS/LL		B 90/Gr		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angestellte in der Wirtschaft												
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	34	10,7	27	11,3	7	8,9	0	0,0	1	12,5	69	10,4
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	3	0,9	0	0,0	1	1,3	0	0,0	0	0,0	4	0,6
insgesamt	37	11,6	27	11,3	8	10,2	0	0,0	1	12,5	73	11,0
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)												
– Fabrikanten und Unternehmer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	28	8,8	4	1,7	8	10,1	1	5,9	0	0,0	41	6,2
– Selbständige Handwerker	5	1,6	1	0,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6	0,9
– Selbständige Land- und Forstwirte	15	4,7	1	0,4	4	5,1	0	0,0	0	0,0	20	3,0
insgesamt	48	15,1	6	2,5	12	15,2	1	5,9	0	0,0	67	10,1
Angehörige freier Berufe												
– Rechtsanwälte und Notare	33	10,3	14	5,9	11	13,9	1	5,9	0	0,0	59	8,9
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	12	3,8	9	3,8	5	6,3	1	5,9	1	12,5	28	4,2
insgesamt	45	14,1	23	9,7	16	20,2	2	11,8	1	12,5	87	13,1
Hausfrauen	7	2,2	6	2,5	1	1,3	0	0,0	0	0,0	14	2,1
Arbeiter	2	0,6	6	2,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	8	1,2
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	3	0,9	4	1,7	1	1,3	3	17,6	0	0,0	11	1,7
Abgeordnete insgesamt	319	100,0	239	100,0	79	100,0	17	100,0	8	100,0	662	100,0

Hinweise

Welche Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette vorliegen, ist aus einer Bibliographie innerhalb des Abschnitts 6.9 zu ersehen. In dem Abschnitt ist auch der Anteil der Juristen im Bundeskabinett dokumentiert.

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

13. Wahlperiode (1994–)

	CDU/CSU		SPD		B 90/Gr		FDP		PDS		insgesamt	
	An- zahl	%										
Regierungsmitglieder und ehem. Regierungsmitglieder												
– Bundeskanzler und Bundes- minister (amtierend)	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
– Parlamentarische Staats- sekretäre (amtierend)	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
– ehemalige Regierungsmitglieder	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
insgesamt	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Beamte												
– Sog. Politische Beamte ¹⁾	8	2,7	7	2,8	1	2,0	2	4,3	0	0,0	18	2,7
– Andere Beamte des höheren Dienstes (Verwaltung)	29	9,9	10	4,0	1	2,0	4	8,5	0	0,0	44	6,5
– Beamte des gehobenen Dienstes (Verwaltung)	8	2,7	7	2,8	1	2,0	0	0,0	0	0,0	16	2,4
– Richter und Staatsanwälte	1	0,3	8	3,2	1	2,0	2	4,3	0	0,0	12	1,8
– Berufssoldaten	3	1,0	3	1,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6	0,9
– Kommunale Wahlbeamte	14	4,8	11	4,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	25	3,7
– Professoren an Universitäten und Hochschulen	6	2,0	4	1,6	0	0,0	3	6,4	1	3,3	14	2,1
– andere Wissenschaftler an Universitäten u. Hochschulen	9	3,1	13	5,2	3	6,1	3	6,4	4	13,3	32	4,8
– Lehrer an Oberschulen	14	4,8	20	7,9	6	12,2	1	2,1	1	3,3	42	6,3
– Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen	8	2,7	21	8,3	4	8,2	2	4,3	0	0,0	35	5,2
insgesamt	100	34,0	104	41,3	17	34,7	17	36,2	6	20,0	244	36,3
Angestellte des öffentl. Dienstes (auch von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts)	16	5,4	29	11,5	6	12,2	1	2,1	2	6,7	54	8,0
Pfarrer (evangelisch)	2	0,7	3	1,2	0	0,0	0	0,0	1	3,3	6	0,9
Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen												
– Angestellte von Parteien und Fraktionen	11	3,7	15	6,0	6	12,2	1	2,1	4	13,3	37	5,5
– Angestellte von Gewerk- schaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen	5	1,7	17	6,7	1	2,0	0	0,0	1	3,3	24	3,6
– Angestellte sonst. Organisationen u. Institutionen bzw. Verbände	12	4,1	13	5,2	3	6,1	1	2,1	4	13,3	33	4,9
insgesamt	28	9,5	45	17,9	10	20,4	2	4,2	9	30,0	94	14,0

1) einschließlich ehemalige Mitglieder von Landesregierungen

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

	CDU/CSU		SPD		B 90/GR		FDP		PDS		insgesamt	
	An- zahl	%										
Angestellte in der Wirtschaft												
– Angestellte in Industrie, Handel und Gewerbe	39	13,3	35	13,9	1	2,0	4	8,5	3	10,0	82	12,2
– Angestellte von Wirtschaftsorganisationen (Verbände, IHK)	6	2,0	0	0,0	0	0,0	1	2,1	0	0,0	7	1,0
insgesamt	45	15,3	35	13,9	1	2,0	5	10,6	3	10,0	89	13,2
Selbständige (oft zugleich Vertreter von Organisationen bzw. Verbänden ihres Bereichs)												
– Fabrikanten und Unterneh- mer, selbständige Kaufleute sowie quasiunabhängige Wirtschaftsvertreter	21	7,1	3	1,2	0	0,0	7	14,9	1	3,3	32	4,8
– Selbständige Handwerker	8	2,7	1	0,4	1	2,0	1	2,1	0	0,0	11	1,6
– Selbständige Land- und Forstwirte	18	6,1	0	0,0	0	0,0	2	4,3	0	0,0	20	3,0
insgesamt	47	16,0	4	1,6	1	2,0	10	21,3	1	3,3	63	9,4
Angehörige freier Berufe												
– Rechtsanwälte und Notare	28	9,5	8	3,2	1	2,0	7	14,9	2	6,7	46	6,8
– Sonstige Angehörige freier Berufe (Ärzte, Ingenieure, Journalisten u. a.)	11	3,7	10	4,0	5	10,2	3	6,4	3	10,0	32	4,8
insgesamt	39	13,2	18	7,2	6	12,2	10	21,3	5	16,7	78	11,6
Hausfrauen	7	2,4	3	1,2	0	0,0	1	2,1	0	0,0	11	1,6
Arbeiter	1	0,3	4	1,6	0	0,0	0	0,0	2	6,7	7	1,0
ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe	9	3,1	7	2,8	8	16,3	1	2,1	1	3,3	26	3,9
Abgeordnete insgesamt	294	100,0	252	100,0	49	100,0	47	100,0	30	100,0	672	100,0

Hinweise

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von einer Zwischensumme oder von der Endsumme 100,0% ergeben.

Die Namen der Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat sind in einer Übersicht in Abschnitt 6.8 zusammengestellt.

Anteil und Struktur der Beamten-Abgeordneten

Besondere Beachtung bei der Beurteilung der Berufsstatistik einer neuen Wahlperiode des Bundestages findet stets der Anteil der Beamten.*) Dieser ist in der Tat zumindest seit 1957 kontinuierlich gewachsen,**) und er hat beispielsweise in einer Fraktion wie der SPD zu einer völligen Umkehr des traditionell vorherrschenden Berufsgruppenanteils – in diesem Falle der Partei- und Gewerkschafts-angestellten – geführt.

Nun sind freilich „die Beamten“ im Parlament keine homogene Gruppe, vielmehr durch Funktionen und hierarchische Rangstufen ebenso gegliedert wie durch eine unterschiedliche parteipolitische Orientierung getrennt. Die folgende Statistik soll zeigen,

- daß sich der Anteil der Beamten keineswegs gleichmäßig auf die Fraktionen des Bundestages verteilt,
- daß ebenso die einzelnen „Funktionsgruppen“ der Beamten – sog. Politische Beamte, andere Beamte des höheren Dienstes, Beamte des gehobenen Dienstes, Richter und Staatsanwälte, Kommunale Wahlbeamte, Professoren und andere Wissenschaftler an Universitäten und Hochschulen, Lehrer an Oberschulen, Grund-, Haupt- und Realschulen, Berufssoldaten – sehr unterschiedlich stark in den jeweiligen Fraktionen vertreten sind und
- daß der Anteil dieser verschiedenen Beamtengruppen im Laufe der Wahlperioden keineswegs konstant geblieben ist, vielmehr vor allem durch einen überproportionalen Anstieg der Lehrer gekennzeichnet ist.

Die am stärksten vertretene Funktionsgruppe im Bundestag insgesamt und in den einzelnen Fraktionen ist **fett** gedruckt.

*) *Adalbert Hess* weist darauf hin, daß der hohe Beamtenanteil in der Geschichte der deutschen Parlamente schon einmal – unter völlig anderen Bedingungen – eine besondere Rolle gespielt hat:

„Seit der 1848er-Revolution, in manchen deutschen Staaten bereits seit dem Vormärz, waren in Deutschland nahezu über Nacht eine Unzahl von Parlamentssitzen zu besetzen. Und dies in einem Lande, das nicht wie England eine herangereifte, erprobte politische Elite besaß oder wie Frankreich schon auf mannigfache Gruppierungen einer politisierenden großstädtischen Bourgeoisie zurückgreifen konnte, sondern in einem Staatengebilde, in dem bis dahin ‚der größte Teil technischer Sachkenntnis des Verwaltungs- und Regierungsorganismus im Beamtenstand steckte und sich versteckte‘. Das relativ hohe intellektuelle und moralische Niveau der damaligen Beamtenschaft, ihr rechtstechnisches Können, eine vom Gesetz gestützte Autorität und partielle Unabhängigkeit – und zwar nach oben wie nach unten – machte die Beamtenschaft nahezu zwangsläufig zu einer politischen Ersatzelite und wiesen ihr eine oft dominierende Stellung in den Parlamenten zu. Dort erlangte sie nicht selten absolute Mehrheiten.“ (*Adalbert Hess*, Statistische Daten und Trends zur „Verbeamtung der Parlamente“ in Bund und Ländern. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 1. S. 34–39 [hier: S. 35].)

**) Das ist besonders deutlich aus den Graphiken auf Seite 687 erkennbar. Der nochmalige Sprung von der 12. zur 13. Wahlperiode ist zum Teil methodisch dadurch bedingt, daß erstmals die Berufskategorie „Regierungsmitglieder“ (in der 12. Wahlperiode mit einem Anteil von 10,1% vertreten) aufgegeben wurde. Der Wegfall der Kategorie wirkt sich – wie eine Parallelauszählung für die 12. Wahlperiode ergeben hat – so aus, daß der Anteil der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes von 35,9% auf 42,3% steigt. Die Anteile der Beamten-Abgeordneten sind für die früheren Wahlperioden demnach schätzungsweise 5% zu niedrig angeben.

Hinweise

Welche Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette vorliegen, ist aus einer Bibliographie innerhalb des Abschnitts 6.9 zu ersehen.

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

Fraktion	Wahlperiode	Zahl der Beamten insgesamt	davon:													
			Beamte des höheren Dienstes		Beamte des gehobenen Dienstes		Richter und Staatsanwälte		kommunale Wahlbeamte		Prof. u. and. Wissenschaftler an Universitäten und Hochschulen		Lehrer an Grund-, Haupt-, Real- und Oberschulen		Berufssoldaten	
			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	1.	91	38	41,2	2	2,2	0	–	28	30,8	11	12,1	12	13,1	–	–
	2.	107	54	50,5	6	5,6	2	1,9	19	17,8	9	8,4	15	14,0	2	1,9
	3.	109	50	45,9	8	7,3	4	3,7	16	14,7	14	12,8	15	13,8	2	1,8
	4.	113	52	46,0	10	8,8	6	5,3	11	9,7	9	8,0	24	21,2	1	0,9
	5.	124	53	42,7	17	13,7	6	4,8	16	12,9	6	4,8	25	20,2	1	0,8
	6.	147	56	38,1	17	11,6	9	6,1	8	5,4	18	12,2	33	22,4	6	4,1
	7.	159	56	35,2	20	12,6	14	8,8	10	6,3	20	12,6	34	21,4	5	3,1
	8.	158	53	33,5	22	13,9	11	7,0	14	8,9	22	13,9	33	20,9	3	1,9
	9.	170	60	35,3	19	11,2	5	2,9	11	6,5	21	12,4	50	29,4	4	2,4
	10.	161	48	29,8	17	10,6	7	4,3	17	10,6	25	15,5	43	26,7	4	2,5
	11.	167	41	24,6	14	8,4	7	4,2	18	10,8	22	13,2	61	36,5	4	2,4
	12.	194	32	16,5	13	6,7	7	3,6	17	8,8	52	26,8	68	35,1	5	2,6
	13.	244	62	25,4	16	6,6	12	4,9	25	10,2	46	18,9	77	31,6	6	2,5
CDU/CSU	1.	33	15	45,5	0	–	0	–	11	33,3	3	9,1	4	12,1	–	–
	2.	56	17	30,4	4	8,8	2	3,6	7	12,5	4	7,1	9	16,1	2	3,6
	3.	60	32	53,3	3	5,0	4	6,7	6	10,0	6	10,0	8	13,3	1	1,7
	4.	54	25	46,3	4	7,4	4	7,4	4	7,4	4	7,4	13	24,1	0	–
	5.	59	28	47,5	7	11,9	4	6,8	3	5,1	3	5,1	13	22,0	1	1,7
	6.	69	32	46,4	5	7,2	5	7,2	0	–	8	11,6	17	24,6	2	2,9
	7.	76	35	46,1	4	5,3	8	10,5	5	6,6	10	13,2	13	17,1	1	1,3
	8.	78	33	42,3	5	6,4	5	6,4	8	10,3	13	16,7	13	16,7	1	1,3
	9.	67	29	43,3	5	7,5	1	1,5	3	4,5	10	14,9	17	25,4	2	3,0
	10.	67	26	38,8	7	10,4	3	4,5	4	6,0	8	11,9	17	25,4	2	3,0
	11.	60	22	36,7	2	3,3	2	3,3	10	16,7	5	8,3	19	31,7	0	–
	12.	75	18	24,0	5	6,7	1	1,3	9	12,0	20	26,7	21	28,0	1	1,3
	13.	100	37	37,0	8	8,0	1	1,0	14	14,0	15	15,0	22	22,0	3	3,0

Fraktion	Wahlperiode	Zahl der Beamten insgesamt	davon:													
			Beamte des höheren Dienstes		Beamte des gehobenen Dienstes		Richter und Staatsanwälte		kommunale Wahlbeamte		Prof. u. and. Wissenschaftler an Universitäten und Hochschulen		Lehrer an Grund-, Haupt-, Real- und Oberschulen		Berufssoldaten	
			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
SPD	1.	33	13	39,4	0	–	0	–	12	36,4	5	15,2	3	9,1	–	–
	2.	31	17	54,8	0	–	0	–	8	25,8	3	9,7	3	9,7	0	–
	3.	41	14	34,1	5	12,2	0	–	7	17,1	8	19,5	7	17,1	0	–
	4.	49	21	42,9	6	12,2	2	4,1	6	12,2	5	10,2	9	18,4	0	–
	5.	57	20	35,1	10	17,5	2	3,5	12	21,1	3	5,3	10	17,5	0	–
	6.	74	23	31,1	12	16,2	3	4,1	8	10,8	9	12,2	15	20,3	4	5,4
	7.	76	19	25,0	15	19,7	6	7,9	4	5,3	10	13,2	19	25,0	3	3,9
	8.	74	18	24,3	17	23,0	5	6,8	6	8,1	8	10,8	18	24,3	2	2,7
	9.	91	26	28,6	14	15,4	2	2,2	8	8,8	10	11,0	29	31,9	2	2,2
	10.	79	17	25,1	10	12,7	4	5,1	13	16,5	12	15,2	21	26,6	2	2,5
	11.	83	15	18,1	11	13,3	5	6,0	8	9,6	12	14,5	28	33,7	4	4,8
	12.	95	12	12,6	8	8,4	5	5,3	7	7,4	21	22,1	38	40,0	4	4,2
	13.	104	17	16,3	7	6,7	8	7,7	11	10,6	17	16,3	41	39,4	3	2,9
FDP	1.	10	6	60,0	0	–	0	–	1	10,0	2	20,0	1	10,0	–	–
	2.	11	7	63,6	0	–	0	–	2	18,2	2	18,2	0	–	0	–
	3.	8	4	50,0	0	–	0	–	3	37,5	0	–	0	–	1	12,5
	4.	10	6	60,0	0	–	0	–	1	10,0	0	–	2	20,0	1	10,0
	5.	8	5	62,5	0	–	0	–	1	12,5	0	–	2	25,0	0	–
	6.	4	1	25,0	0	–	1	25,0	0	–	1	25,0	1	25,0	0	–
	7.	7	2	28,6	1	14,3	0	–	1	14,3	0	–	2	28,6	1	14,3
	8.	6	2	33,3	0	–	1	16,7	0	–	1	16,7	2	33,3	0	–
	9.	12	5	41,7	0	–	2	16,7	0	–	1	8,3	4	33,3	0	–
	10.	4	3	75,0	0	–	0	–	0	–	1	25,0	0	–	0	–
	11.	7	2	28,6	0	–	0	–	0	–	2	28,6	3	42,9	0	–
	12.	16	2	12,5	0	–	1	6,3	1	6,3	4	25,0	8	50,0	0	–
	13.	17	6	35,3	0	–	2	11,8	0	–	6	35,3	3	17,6	0	–

Fraktion	Wahlperiode	Zahl der Beamten insgesamt	davon:													
			Beamte des höheren Dienstes		Beamte des gehobenen Dienstes		Richter und Staatsanwälte		kommunale Wahlbeamte		Prof. u. and. Wissenschaftler an Universitäten und Hochschulen		Lehrer an Grund-, Haupt-, Real- und Oberschulen		Berufssoldaten	
			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
GRÜNE	10.	11	2	18,2	0	–	0	–	0	–	4	36,4	5	45,5	0	–
	11.	17	2	11,8	1	5,9	0	–	0	–	3	17,6	11	64,7	0	–
	12.	3	0	–	0	–	0	–	0	–	3	100,0	0	–	0	–
	13.	17	2	11,8	1	5,9	1	5,9	0	–	3	17,6	10	58,8	0	–
PDS/LL bzw. PDS	12.	5	0	–	0	–	0	–	0	–	4	80,0	1	20,0	0	–
	13.	6	0	–	0	–	0	–	0	–	5	83,3	1	16,7	0	–

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsvorstandsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- zu den häufigsten Rednern im Plenum zählten (Abschnitt 8.3).

3.18 Interessenvertreter

Seit Inkrafttreten der „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages“ vor Beginn der 7. Wahlperiode am 1. November 1972 sind die Abgeordneten zur Angabe verpflichtet, für welche Personen, Firmen, Institutionen oder Vereinigungen sie beruflich tätig sind. „Das gleiche gilt für eine entgeltliche Tätigkeit als Mitglied eines Vorstandes, Aufsichtsrates, Verwaltungsrates oder sonstigen Organs einer Gesellschaft, Genossenschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens oder als Treuhänder. Angehörige beratender Berufe haben die Art der Beratung anzugeben. Diese Angaben werden im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages veröffentlicht.“ (GO BT Anlage 1 Abs. 1). Seitdem ist es möglich, die Interessenverknüpfungen von Abgeordneten besser zu erkennen.

Während der 10. Wahlperiode hat der Bundestag die „Verhaltensregeln“ in Anlage 1 GO BT mit Wirkung vom 1. Februar 1987 verschärft und neu gefaßt. Das neue Verhaltensrecht unterscheidet Anzeigepflichtigen, deren Grund bereits vor Übernahme des Mandats entsteht, von solchen, die sich auf Tätigkeiten beziehen, die während der Mitgliedschaft im Bundestag ausgeübt oder aufgenommen werden. Bei den anzeigepflichtigen Tatbeständen wird nicht mehr zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Tätigkeiten unterschieden. Die Anzeigepflichten für wirtschaftliche Betätigungen sind ausgeweitet worden bis hin zu der Verpflichtung zur Bekanntgabe von Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, wenn dadurch ein wesentlicher Einfluß auf das Unternehmen begründet wird.

Für die Tabellen*) auf den beiden folgenden Seiten wurde die Zahl der Verbandsvertreter im engeren Sinne ermittelt, d. h. jener Gruppe von Abgeordneten, die hauptberuflich oder ehrenamtlich **Funktionen** in einem Verband ausüben oder ausgeübt haben (z. B. Geschäftsführer von Verbänden, Verbandsvorsitzende auf Kreis-, Bezirks- und Bundesebene, Vorstandsmitglieder, Verbandsangestellte, Gewerkschaftssekretäre und Vertreter der innerparteilichen Interessengruppen). Die bloße Mitgliedschaft in einem Verband hingegen blieb unberücksichtigt, weil aus ihr allein „nicht auf eine jederzeit aktualisierbare und damit politisch signifikante Identifikation mit den Forderungen der Verbandsführung geschlossen werden (kann)“ (*Jürgen Weber*).

In einzelnen Fällen üben Abgeordnete in mehreren Verbänden Funktionen aus. Sie sind in der folgenden Tabelle entsprechend mehrfach gezählt, so daß die rechnerische Gesamtzahl der Interessenvertreter im Bundestag geringfügig höher ist als die tatsächliche.

*) Quellen:

7.–10. Wahlperiode: Die Zahlen wurden von *Jürgen Weber* nach den Angaben im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages errechnet. Vgl. auch *Jürgen Weber*, Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. München 1980.

11. und 12. Wahlperiode: *Datenhandbuch*-Redaktion.

Wegen der Änderungen der Anzeigepflichten für den neuen Teil II des Amtlichen Handbuchs des Deutschen Bundestages und wegen des Wechsels in der Bearbeitung sind die statistischen Angaben zur 11. und 12. Wahlperiode möglicherweise nicht voll vergleichbar mit den Angaben zur 10. Wahlperiode.

Weitere Untersuchungen zur Interessenvertretung im Deutschen Bundestag liegen vor für die 1.–10. Wahlperiode (1949–87): *Bernhard Weßels*, Kommunikationspotentiale zwischen Bundestag und Gesellschaft: Öffentliche Anhörungen, informelle Kontakte und innere Lobby in wirtschafts- und sozialpolitischen Parlamentsausschüssen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 285–311 (hier: S. 301);

für die 3. Wahlperiode (1957–61): *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969 (hier: S. 162–163);

für die 7.–10. Wahlperiode (1972–87): *Ferdinand Müller-Rommel*, Interessengruppenvertretung im Deutschen Bundestag. In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 300–323.

Vgl. zum Thema auch *Rudolf Steinberg*, Parlament und organisierte Interessen. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 217–259.

	Wahlperiode ¹⁾	Vereinigungen im Wirtschafts- und Arbeitsbereich zusammen		davon:									
				Arbeitnehmer-Organisationen		Industrie- und Arbeitgeberverbände		Mittelständische Verbände		Verbände der freien Berufe		Verbraucherverbände	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	7.	159	30,7	85	16,4	29	5,6	38	7,3	6	1,2	1	0,2
	8.	144	27,8	83	16,0	23	4,4	38	7,3	0	–	0	–
	9.	168	32,4	86	16,6	25	4,8	56	10,8	1	0,2	0	–
	10.	135	26,0	66	11,9	17	3,3	49	9,4	5	1,0	1	0,2
	11.	68	13,1	15	2,9	16	3,1	30	5,8	3	0,6	4	0,8
	12.	69	10,4	16	2,4	19	2,9	28	4,2	5	0,8	1	0,2
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
CDU/CSU	7.	84	35,9	32	13,7	21	9,0	29	12,4	2	0,8	0	–
	8.	85	33,5	35	13,8	18	7,1	32	12,6	0	–	0	–
	9.	102	43,0	30	12,6	21	8,9	51	21,5	0	–	0	–
	10.	82	32,2	19	7,5	15	5,9	44	17,3	4	1,6	0	–
	11.	40	17,1	3	1,3	13	5,6	22	9,4	1	0,4	1	0,4
	12.	42	13,2	5	1,6	14	4,4	20	6,3	2	0,6	1	0,3
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
SPD	7.	61	25,2	53	22,0	3	1,2	2	0,8	3	1,2	0	–
	8.	53	23,7	48	21,4	2	0,9	3	1,3	0	–	0	–
	9.	60	26,3	56	24,6	2	0,9	2	0,9	0	–	0	–
	10.	47	23,3	43	21,3	0	–	1	0,5	1	0,5	1	0,5
	11.	17	8,8	11	5,7	2	1,0	2	1,0	0	–	2	1,0
	12.	14	5,9	10	4,2	1	0,4	2	0,8	1	0,4	0	–
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
FDP	7.	14	33,3	0	–	5	11,9	7	16,6	1	2,4	1	2,4
	8.	6	15,4	0	–	3	7,5	3	7,5	0	–	0	–
	9.	6	11,1	0	–	2	3,7	3	5,5	1	1,8	0	–
	10.	6	17,1	0	–	2	5,7	4	11,4	0	–	0	–
	11.	8	16,7	0	–	1	2,1	5	10,4	2	4,2	0	–
	12.	12	15,2	0	–	4	5,1	6	7,6	2	2,5	0	–
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
GRÜNE ⁵⁾	10.	0	–	0	–	0	–	0	–	0	–	0	–
	11.	3	6,8	1	2,3	0	–	1	2,3	0	–	1	2,3
	12.	1	5,9	1	5,9	0	–	0	–	0	–	0	–
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
PDS/LL bzw. PDS	12.	1	5,9	1	5,9	0	–	0	–	0	–	0	–
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•

1) bei der 8. Wahlperiode Stand Juli 1979, im übrigen Beginn der Wahlperiode

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

	Wahlperiode ¹⁾	Vereinigungen im Sozialbereich ²⁾		Vereinigungen im Freizeitbereich		Vereinigungen im Bereich Kultur, Wissenschaft, Religion, Politik		Vereinigungen von Gebietskörperschaften und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts		Vertreter aller Interessenverbände ⁴⁾	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	7.	47	9,1	6	1,2	26	5,0	13	2,5	251	48,5
	8.	48	9,3	8	1,5	61 ³⁾	11,8	16	3,1	277 ³⁾	53,5
	9.	76	14,6	10	1,9	99	19,1	5	1,0	358	69,0
	10.	60	11,5	17	3,3	87	16,7	3	0,6	302	58,1
	11.	78	15,0	18	3,5	117	22,6	14	2,7	226	43,6
	12.	92	13,9	15	2,3	137	20,7	14	2,1	261	39,4
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
CDU/CSU	7.	28	12,0	2	0,8	18	7,7	9	3,8	141	60,3
	8.	31	12,2	3	1,2	39	15,4	12	4,7	170	67,2
	9.	46	19,4	3	1,3	59	24,9	2	0,8	212	89,4
	10.	34	13,3	9	3,6	53	20,8	2	0,8	180	70,6
	11.	40	17,1	12	5,1	58	24,8	7	3,0	113	48,3
	12.	49	15,4	9	2,8	70	22,0	7	2,2	143	44,8
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
SPD	7.	16	6,6	3	1,2	6	2,5	4	1,7	90	37,2
	8.	15	6,7	3	1,3	19	8,5	4	1,8	94	42,0
	9.	26	11,4	6	2,6	30	13,1	1	0,4	123	53,9
	10.	24	11,9	7	3,5	23	11,4	1	0,5	102	50,5
	11.	27	14,0	5	2,6	42	21,8	6	3,1	77	39,9
	12.	31	13,0	5	2,1	44	18,4	6	2,5	74	31,0
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
FDP	7.	3	7,1	1	2,4	2	4,8	0	–	20	47,6
	8.	2	5,0	2	5,0	2	5,0	0	–	12	30,0
	9.	4	7,4	1	1,8	10	18,5	2	3,7	23	42,6
	10.	0	–	1	2,9	5	14,3	0	–	12	34,3
	11.	7	14,6	1	2,1	11	22,9	1	2,1	24	50,0
	12.	9	11,4	1	1,3	19	24,1	1	1,3	34	43,0
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
GRÜNE ⁵⁾	10.	2	7,1	0	–	6	21,4	0	–	8	28,6
	11.	4	9,1	0	–	6	13,6	0	–	12	27,3
	12.	2	11,8	0	–	3	17,7	0	–	6	8,8
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
PDS/LL bzw. PDS	12.	2	11,8	0	–	3	17,7	0	–	6	8,8
	13.	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•

1) bei der 8. Wahlperiode Stand Juli 1979, im übrigen Beginn der Wahlperiode

2) u. a. Geschädigten-, Vertriebenen-, Wohlfahrts-, Frauen- und Jugendverbände

3) einschließlich ein fraktionsloser Abgeordneter

4) Besonders in dieser Rubrik können sich Mehrfachnennungen auswirken.

5) 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

„Gebundene“ und „ungebundene“ Abgeordnete

Eine aufschlußreiche Statistik, die – soweit ersichtlich – in dieser Form nicht weitergeführt worden ist, wurde für die 2. Wahlperiode des Bundestages (1953–57) erstellt:*) der Anteil der „gebundenen“ Abgeordneten. Verstanden werden darunter die Partei- und Verbandsrepräsentanten im Parlament, d. h. Abgeordnete, die gleichzeitig entweder hauptamtlich angestellte Partei- und Verbandsfunktionäre sind oder die in Parteien oder Verbänden ehrenamtlich leitend tätig sind. Aus der Tatsache einer solchen besonderen Verbundenheit zur eigenen Partei oder zu einem Verband – bzw. in Personalunion zu beiden – wird auf einen „gebundenen“ Mandatsträger geschlossen, während die übrigen Abgeordneten als „ungebunden“ eingestuft werden.

Zumindest für die untersuchte 2. Wahlperiode gilt die Feststellung, daß der Anteil der „gebundenen“ Abgeordneten im umgekehrten Verhältnis zur Größe der Fraktion steht, d. h. je kleiner die Fraktion, desto höher der Anteil „gebundener“ Fraktionsmitglieder.

2. WP (1953–57)	Abgeordnete insgesamt	davon:									
		Parteipolitiker		Verbands- politiker		Verbands- und Parteipolitiker in Personalunion		„gebundene Politiker“ ²⁾		„ungebundene Politiker“	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	473¹⁾	191	40,4	151	31,9	44	9,3	298	63,0	175	37,0
davon:											
– CDU/ CSU	255	88	34,5	90	35,3	26	10,2	152	59,6	103	40,4
– SPD	162	73	45,1	38	23,5	10	6,2	101	62,4	61	37,6
– FDP	37	19	51,5	15	40,5	5	13,6	29	78,4	8	21,6
– GB/BHE	19	11	57,9	8	42,1	3	15,7	16	84,2	3	15,8

1) Die Gesamtzahl der Abgeordneten in der 2. Wahlperiode betrug zu Beginn der Wahlperiode 509, am Ende 519. Die Differenz erklärt sich dadurch, daß kleinere Parteien bzw. Fraktionen, z. B. DP/FVP, nicht tabellarisch behandelt wurden (vgl. *Bethusy-Huc* Seite 127). Aus den angegebenen Mandatsstärken, z. B. FDP 37 Abgeordnete, läßt sich schließen, daß der Stichtag der Untersuchungen im Jahr 1956 gelegen haben muß.

2) Parteipolitiker und Verbandspolitiker abzüglich Verbands- und Parteipolitiker in Personalunion.

*) *Viola Gräfin von Bethusy-Huc*, Die Soziologische Struktur Deutscher Parlamente. Ein Beitrag zur Theorie der politischen Elitenbildung. Bonn 1958. S. 111.

Es ist freilich darauf hinzuweisen, daß die hier übernommenen Zahlen erheblich über den Anteilen liegen, die in der Berufsstatistik (Abschnitt 3.17) für die Berufsgruppen „Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen“ und „Angestellte in der Wirtschaft“ angegeben sind. Methodisch ist dies zumindest dadurch zu erklären, daß bei *Bethusy-Huc* auch nebenberufliche bzw. ehrenamtliche Partei- und Verbandsämter gezählt wurden. Inwieweit außerdem die Datengrundlage abweicht, ist nicht ohne weiteres erkennbar.

Hinweis

Zum Thema Interessenvertreter enthält das *Datenhandbuch* Angaben auch in folgenden Abschnitten:

3.17 Berufsstruktur

9.6 Zusammensetzung der Ausschüsse

9.8 Öffentliche Anhörungen (mit dem Unterabschnitt „Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter“)

9.9 Registrierung der Interessenverbände

3.19 Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete

Zu den wenigen verlässlichen Daten, die über die Verbandszugehörigkeit von Bundestagsmitgliedern vorliegen, gehörten bis 1987 Angaben über ihre Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Seit der 12. Wahlperiode (1990) jedoch haben die einzelnen Gewerkschaften aus Datenschutzgründen keine Zahlen mehr über die bei ihnen organisierten Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Die Statistiken ab dieser Wahlperiode beruhen deshalb allein auf den (wahrscheinlich nicht lückenlosen) Angaben, die die Abgeordneten über ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft für das Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages gemacht haben.

Allerdings ist auch bei den im folgenden veröffentlichten Zahlen zu bedenken, daß sie nicht unterscheiden zwischen den vergleichsweise wenigen hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären im Parlament und der großen Zahl von Abgeordneten mit einfacher Gewerkschaftsmitgliedschaft, also ohne besondere Funktion innerhalb der Gewerkschaftsorganisation. Von diesem Status dürfte jedoch wesentlich die Intensität der gewerkschaftlichen Interessenwahrnehmung abhängen.

Die nachfolgenden drei Tabellen*) enthalten im einzelnen folgende Angaben zur gewerkschaftlichen Mitgliedschaft der Abgeordneten:

- Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten (ohne Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund), untergliedert nach DGB-Gewerkschaften und anderen Gewerkschaften (in der Hauptsache Deutsche Angestellten-Gewerkschaft [DAG] und Christlicher Gewerkschaftsbund [CGB]),
- Mitgliedschaft von Bundestagsabgeordneten im Deutschen Beamtenbund (DBB),
- Aufteilung der im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten Abgeordneten nach Einzelgewerkschaften.

Dabei ist für die 12. und 13. Wahlperiode ein wesentlich geringerer Organisationsgrad festzustellen, wobei wahrscheinlich zwei Ursachen zusammentreffen: einmal die oben erwähnte weniger zuverlässige Datengrundlage, zum anderen aber der Umstand, daß die Abgeordneten aus den fünf neuen Bundesländern insgesamt nicht (oder noch nicht) den Zugang zu den Gewerkschaftsorganisationen der (alten) Bundesrepublik gefunden haben.

*) Quellen:

- für die 1.–3. Wahlperiode: *Kurt Hirche*, Gewerkschafter im Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 8. 1957. H. 12. S. 705–710,
- für die 4. Wahlperiode: *Kurt Hirche*, Gewerkschafter im Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 12. 1961. H. 11. S. 641–651,
- für die 5. Wahlperiode: *Kurt Hirche*, Gewerkschafter im 5. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 16. 1965. H. 12. S. 705–712,
- für die 6. Wahlperiode: *Kurt Hirche*, Gewerkschafter im VI. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 20. 1969. H. 12. S. 716–722,
- für die 7. Wahlperiode: *Walter Böhm*, Gewerkschafter im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 5. 1974. H. 1. S. 17–23,
- für die 8. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen im 8. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 184–188,
- für die 9. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Arbeitnehmerinteressen im IX. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 4. S. 508–516,
- für die 10. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Gewerkschafter im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 490–499,
- für die 11. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Daten zur Struktur des XI. Deutschen Bundestages. Köln 1988. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 132,
- für die 12. Wahlperiode: *Emil-Peter Müller*, Strukturen des XII. Deutschen Bundestages. Köln 1992. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 171,
- für die 13. Wahlperiode: *Datenhandbuch*-Redaktion.

Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten

	Wahl- periode	Zahl der Abge- ordneten	davon gewerkschaftlich organisiert ¹⁾		davon			
			Anzahl	%	in DGB- Gewerkschaften		in anderen Gewerkschaften	
					Anzahl	% ²⁾	Anzahl	%
Bundestag insgesamt	1.	410	115	28,0	106	92,2	9	7,8
	2.	509	194	38,1	168	86,6	26	13,4
	3.	519	202	38,9	172	85,1	30	14,9
	4.	521	223	42,8	185	83,0	38	17,0
	5.	518	242	46,7	197	81,4	45	18,6
	6.	518	265	51,2	227	85,7	38	14,3
	7.	518	281	54,2	252	89,7	29	10,3
	8.	518	278	53,7	236	84,9	42	15,1
	9.	519	273	52,6	238	87,2	35	12,8
	10.	520	266	51,2	230	86,5	36	13,5
	11.	519	251	48,3	226	90,0	25	10,0
	12.	662	211	31,9	194	91,9	17	8,1
	13.	672	228	33,9	218	95,6	10	4,4
CDU/CSU	1.	142	22	15,5	•	•	.	•
	2.	250	47	18,8	•	•	•	•
	3.	278	46	16,5	•	•	•	•
	4.	251	41	16,3	16	39,0	25	61,0
	5.	251	51	20,3	16	31,4	35	68,6
	6.	250	47	18,8	19	40,4	28	59,6
	7.	234	44	18,8	24	54,5	20	45,5
	8.	254	54	21,3	22	40,7	32	59,3
	9.	237	46	19,4	17	37,0	29	63,0
	10.	255	52	20,4	21	40,4	31	59,6
	11.	234	41	17,5	18	43,9	23	56,1
	12.	319	24	7,5	11	45,8	13	54,2
	13.	294	15	5,1	7	46,7	8	53,3
SPD	1.	136	80	58,8	•	•	•	•
	2.	162	142	87,7	•	•	•	•
	3.	181	154	85,1	•	•	•	•
	4.	203	179	88,2	167	93,3	12	6,7
	5.	217	188	86,6	179	95,2	9	4,8
	6.	237	215	90,7	207	96,3	8	3,7
	7.	242	227	93,8	223	98,2	4	1,8
	8.	224	218	97,3	209	95,9	9	4,1
	9.	228	223	97,8	218	97,8	5	2,2
	10.	202	196	97,0	193	98,5	3	1,5
	11.	193	188	97,4	187	99,5	1	0,5
	12.	239	176	73,6	176	100,0	0	0,0
	13.	252	190	75,4	189	99,5	1	0,5

1) einschließlich Mehrfachnennungen

2) in Prozent der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten

	Wahlperiode	Zahl der Abgeordneten	davon gewerkschaftlich organisiert ¹⁾		davon			
			Anzahl	%	in DGB-Gewerkschaften		in anderen Gewerkschaften	
					Anzahl	% ²⁾	Anzahl	%
übrige Fraktionen, ab 3. Wahlperiode nur FDP	1.	132	13	9,8	•	•	•	•
	2.	98	5	5,1	•	•	•	•
	3.	61	2	3,3	•	•	•	•
	4.	67	3	4,5	2	66,7	1	33,3
	5.	50	3	6,0	2	66,7	1	33,3
	6.	31	3	9,7	1	33,3	2	66,7
	7.	42	6	14,3	5	83,3	1	16,7
	8.	40	6	15,0	5	83,3	1	16,7
	9.	54	4	7,4	3	75,0	1	25,0
	10.	35	3	8,6	1	33,3	2	66,7
	11.	48	1	2,1	0	0,0	1	100,0
	12.	79	5	6,3	1	20,0	4	80,0
	13.	47	0	0,0	0	0,0	0	0,0
GRÜNE bzw. B 90/GRÜNE ³⁾	10.	28	15	53,6	15	100,0	0	0,0
	11.	44	21	47,7	21	100,0	0	0,0
	12.	8	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	13.	49	12	24,5	11	91,7	1	8,3
PDS/LL bzw. PDS	12.	17	6	35,3	6	100,0	0	0,0
	13.	30	11	36,7	11	100,0	0	0,0

1) einschließlich Mehrfachnennungen

2) in Prozent der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten

3) 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

Mitgliedschaft in den Einzelgewerkschaften des DGB*)

Als Ergänzung zu den Zeitreihen über die im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Mitglieder des Bundestages wird auf der folgenden Seite dokumentiert, wie sich diese Mitgliedschaften im DGB auf dessen 17 bzw. 16 Einzelgewerkschaften verteilen.**)

Auffallend ist an der Entwicklung seit 1957: Während den höchsten Anteil stets die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) aufweist, gibt es bei der weiteren Reihenfolge erhebliche Verschiebungen:

Fortsetzung Seite 726

*) Quelle: Vgl. Fußnote S. 722

***) Mehrfachnennungen möglich.

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	64	72	77	91	103	99	101	91	87	74	77
IG Metall	22	27	26	32	35	35	33	32	29	21	25
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	17	19	22	17	12	14	13	13	14	19	18
IG Druck und Papier ²⁾)	16	16	15	13	13	16	15	18	15	12	17
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	9	13	14	28	41	35	39	42	49	40	43
IG Bergbau und Energie	9	6	10	11	14	12	6	7	8	10	11
IG Bau, Steine, Erden	8	5	10	11	8	5	8	10	7	5	11
IG Holz und Kunststoff	5	5	2	1	1	1	1	1	0	0	0
IG Chemie, Papier, Keramik	4	5	4	2	2	2	1	2	5	5	8
Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten	4	5	3	2	2	1	3	1	0	1	1
IG Textil–Bekleidung	3	3	3	1	1	1	1	0	0	0	1
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	3	3	9	10	11	8	6	7	5	2	2
Gewerkschaft Leder	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2	3	3	4	5	3	2	2	1	1	0
Deutsche Postgewerkschaft	2	2	1	2	2	3	4	2	2	2	2
Gewerkschaft Kunst ²⁾)	0	0	1	2	2	1	2	1	1	–	–
Gewerkschaft der Polizei ¹⁾)	–	–	–	–	–	–	3	1	3	2	4

1) Die Gewerkschaft der Polizei ist seit 1978 die 17. Einzelgewerkschaft des DGB.

2) ab April 1989: IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst

Folgten 1957 nach der ÖTV

- IG Metall
- Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
- IG Druck und Papier
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,

so sind es seit 1990 nach der ÖTV

- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- IG Metall
- Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
- IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst.

Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund

Erstmals ab der 8. Wahlperiode liegen detaillierte, d. h. auch nach Fraktionen untergliederte Angaben vor über den Anteil der Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder im Deutschen Beamtenbund (DBB) sind. Die meisten DBB-Mitglieder im Bundestag gehören der CDU/CSU-Fraktion an.

DBB-Mitglieder	8. WP (1976–80)		9. WP (1980–83)		10. WP (1983–87)	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	49	9,5	48	9,2	46	8,8
davon:						
– CDU/CSU	42	16,5	41	17,3	38	14,9
– SPD	4	1,8	2	0,9	4	2,0
– FDP	3	7,5	5	9,3	4	7,5
– GRÜNE	–	–	–	–	0	0,0
DBB-Mitglieder	11. WP (1987–90)		12. WP (1990–94)		13. WP (1994–)	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	52	10,0	54	8,2	6	0,9
davon:						
– CDU/CSU	43	18,4	47	14,7	6	2,0
– SPD	3	1,6	2	0,8	0	0,0
– FDP	5	10,4	5	6,3	0	0,0
– GRÜNE ¹⁾	1	2,3	0	0,0	0	0,0
– PDS/LL	–	–	0	0,0	0	0,0

¹⁾ 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion „Die Grünen“, 12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 13. Wahlperiode: Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

Hinweis

Welche Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien gleichzeitig auch Fraktionsvorsitzende waren oder sind, ist in Abschnitt 5.8 gegenübergestellt; welche Vorsitzenden der an einer Regierungskoalition beteiligten Parteien Mitglieder des Bundeskabinetts waren oder sind, ist in Abschnitt 6.9 zusammengestellt.

3.20 Parlamentssoziologie: Bibliographie

Wie die folgende Bibliographie zeigt, liegen Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung des Deutschen Bundestages für fast alle Wahlperioden – zum Teil doppelt und dreifach – vor. Allerdings variieren in diesen Arbeiten von Wahlperiode zu Wahlperiode nicht nur die untersuchten Merkmale erheblich, sondern auch die verwendeten Kategorien, Erhebungsstichtage, Erhebungsmethoden usw. Für die Erstellung parlamentssoziologischer Zeitreihen, die Aufschlüsse über eventuelle Veränderungen innerhalb der Sozialstruktur des Parlaments geben könnten, eignen sich die unten aufgeführten Arbeiten deshalb nur zum Teil. *) Wo aber Zeitreihen sich bilden ließen, sind diese auch in das vorliegende *Datenhandbuch* aufgenommen worden.

Die folgende Bibliographie soll in erster Linie aufzeigen, welche parlamentssoziologischen Merkmale in welcher Wahlperiode von der Parlamentsforschung näher untersucht worden sind. **)

Wahlperiode	Titel der Untersuchung Untersuchte Merkmale
1. WP 1949–53	<p><i>Kirchheimer, Otto</i>, The Composition of the German Bundestag, 1950. In: The Western Political Quarterly. Vol. 3. 1950. No. 3. S. 590–605.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur Altersstruktur Tätigkeit während des Dritten Reiches</p> <p><i>Sternberger, Dolf</i>, Berufs-Politiker und Politiker-Berufe. Zur Soziologie des Deutschen Bundestages. In: Die Gegenwart. Jg. 5. 1950. Nr. 22. S. 9–11 (<i>nicht tabellarisch</i>).</p> <p><i>Demeter, Karl</i>, Die soziale Schichtung des Deutschen Parlamentes seit 1848, ein Spiegelbild der Strukturwandlung des Volkes. In: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Bd. 39. 1952. H. 1. S. 1–29.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur (<i>nicht tabellarisch</i>)</p> <p><i>Köpcke, Horst</i>, Die Rolle der Akademiker in den einzelnen Fraktionen der deutschen Parlamente, darzustellen am Bundestag und dem Berliner Abgeordnetenhaus. In: Zur Analyse der Politik. Berlin 1954. S. 125–152 (<i>Angaben auf dem Stand 1952</i>).</p>

*) Bemühungen um eine vereinheitlichte Kategorienbildung und um Kontinuität in der Parlamentssoziologie hat es mehrfach gegeben; vgl. bereits *Ludger Anselm Versteyl*, Plädoyer zur Vereinheitlichung der Berufsbezeichnung der Abgeordneten. Ein Beitrag zur Parlamentssoziologie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 1. S. 27–43. Vgl. ferner die Kontroverse zwischen *Emil-Peter Müller* und *Adalbert Hess* in der Zeitschrift für Parlamentsfragen: *Emil-Peter Müller*, Plädoyer für Kontinuität der parlamentssoziologischen Statistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 2. S. 312–315 und *Adalbert Hess*, Politikerberufe und Politiker – Betrachtungen zur Parlamentssoziologie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 16. 1985. H. 4. S. 581–587.

**) Hinzuweisen ist auch auf den statistischen Anhang in den einzelnen Ausgaben von Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, ferner auf eine Reihe von Längsschnittanalysen, wie z. B.: *Heino Kaack*, Personelle Mobilität des Deutschen Bundestages 1949–1969. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 2. 1971. H. 4. S. 387–418; *Hartmut Klatt*, Das Sozialprofil des Deutschen Bundestages 1949–1976. Das parlamentarische Personal kommt aus der Mittelschicht. In: Gegenwartskunde. Jg. 28. 1979. Sonderheft 1. S. 65–80; *Christopher Anderson*, The Composition of the German Bundestag since 1949: Long-Term Trends and Institutional Effects. In: Historical Social Research. Vol. 18. 1993. H. 1. S. 3–25.

Wahl- periode	Titel der Untersuchung Untersuchte Merkmale
noch: 1. WP	<p><i>Hess, Adalbert</i>, Zusammensetzung und Sozialstruktur des Bundestages. In: <i>Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland</i>. Hrsg. von <i>Hans-Peter Schneider</i> und <i>Wolfgang Zeh</i>. Berlin, New York 1989. S. 727–756.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur Verfolgte und Geschädigte der NS-Zeit weitere Merkmale ohne tabellarische Darstellung</p> <p>Vgl. auch unter der 4. WP die Untersuchung von <i>Günter Triesch</i>.</p>
2. WP 1953–57	<p><i>Virchow, Martin</i>, Die Zusammensetzung der Bundestagsfraktionen. In: <i>Wolfgang Hirsch-Weber</i> und <i>Klaus Schütz</i>, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. Berlin, Frankfurt a. M. 1957. S. 351–392.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur (erlernte Berufe) regionale Herkunft Altersstruktur Schul- und Hochschulbildung Konfession Heimatvertriebene und Flüchtlinge</p> <p><i>Bethusy-Huc, Viola Gräfin von</i>, Die soziologische Struktur deutscher Parlamente. Ein Beitrag zur Theorie der politischen Elitenbildung. Bonn 1958.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur (erlernte Berufe) Erwerbsstruktur Partei- und Verbandsrepräsentanten Konfession weibliche Abgeordnete</p> <p>Die Abgeordneten des 2. Deutschen Bundestages nach Alter und Geschlecht, nach Herkunft und Beruf. In: <i>Wirtschaft und Statistik</i>. N. F. Jg. 5. 1953. H. 10. S. 462–464.</p> <p><i>Breitling, Rupert</i>, Der Beruf des Bundestagsabgeordneten. Das Parlament im Kräftespiel von Organisationen und Wirtschaftsgruppen. In: <i>Der Wähler</i>. Jg. 5. 1955. H. 10. S. 462–470.</p> <p><i>Lütken, Charlotte</i>, Die Familienverhältnisse der weiblichen Bundestagsabgeordneten. In: <i>Zeitschrift für Politik</i>. Jg. 6. N. F. 1959. H. 1. S. 58–61.</p> <p>Vgl. auch unter der 4. WP die Untersuchung von <i>Günter Triesch</i>.</p>
3. WP 1957–61	<p><i>Loewenberg, Gerhard</i>, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. (<i>Darin: Die Zusammensetzung des Bundestages</i>, S. 115–165.)</p> <p>Untersuchte Merkmale: Altersstruktur Zugehörigkeitsdauer zum Bundestag weibliche Abgeordnete Konfession Bildung und Ausbildung Berufsstruktur</p> <p>Die Abgeordneten des 3. Deutschen Bundestages nach Geschlecht, Alter, Herkunft und Beruf. In: <i>Wirtschaft und Statistik</i>. N. F. Jg. 9. 1957. H. 10. 538–540.</p> <p><i>Moersch, Karl</i>, Physionomie du troisième Bundestag. In: <i>Documents</i>. Jg. 13. 1958. H. 3. S. 326–333.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur (<i>nicht tabellarisch</i>)</p>

Wahlperiode	Titel der Untersuchung Untersuchte Merkmale
noch: 3. WP	<p><i>Hirche, Kurt</i>, Gewerkschafter im Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 8. 1957. H. 12. S. 705–710.</p> <p>Vgl. auch unter der 4. WP die Untersuchung von <i>Günter Triesch</i>.</p>
4. WP 1961–65	<p><i>Mersch, Wolf</i>, Volksvertreter in West und Ost. Das Sozialprofil von Bundestagsabgeordneten und Volkskammerdelegierten. Notizen zu einer Erhebung. In: Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht. Bearb. und hrsg. von <i>Wolfgang Zapf</i>. Tübingen 1964. S. 33–70.</p> <p>Untersuchte Merkmale: weibliche Abgeordnete Familienstand Altersstruktur Konfession regionale Herkunft soziale Herkunft Schulbildung, Ausbildung Berufsstruktur Zugehörigkeitsdauer zum Bundestag politische Familientradition Zugehörigkeit zu studentischen Korporationen Kriegsdienst politische Karriere</p> <p><i>Zapf, Wolfgang</i>, Sozialstruktur deutscher Parlamente. In: Wahlhandbuch 1965. Hrsg. von <i>Fritz Sänger</i> und <i>Klaus Liepelt</i>. Frankfurt/M. 1965. Abschnitt 3.45.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Altersstruktur weibliche Abgeordnete Familienstand Konfession regionale Herkunft soziale Herkunft Schulbildung, Ausbildung Berufsstruktur Interessenvertreter</p> <p><i>Triesch, Günter</i>, Struktur eines Parlaments. Der 4. Deutsche Bundestag. In: Die Politische Meinung. Jg. 6. 1961. H. 66. S. 3–10.</p> <p>Untersuchte Merkmale (<i>teilweise auch für 1. bis 3. Wahlperiode</i>): Berufsstruktur regionale Herkunft Altersstruktur Konfession Mitglieder der Gewerkschaften</p> <p>Der 17. September 1961 unter der Lupe. In: Deutsches Industrieinstitut (Hrsg.), Material zum Zeitgeschehen, Nr. 10 vom 26. Oktober 1961.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur Altersstruktur Mitglieder der Gewerkschaften</p> <p><i>Hirche, Kurt</i>, Gewerkschafter im Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 12. 1961. H. 11. S. 641–651.</p> <p>Vgl. auch unter der 5. WP „Analyse der Struktur des V. Deutschen Bundestages“.</p>

Wahlperiode	Titel der Untersuchung Untersuchte Merkmale
5. WP 1965–69	<p>Analyse der Struktur des V. Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zur Parlamentssoziologie. Köln 1966. (= Deutsches Industrieinstitut. Berichte, Analysen und Dokumente zur Politik. 4/1966.)</p> <p>Untersuchte Merkmale:</p> <p>Berufsstruktur (<i>auch für 4. WP</i>) Altersstruktur (<i>auch für 4. WP</i>) Schul- und Hochschulbildung (<i>auch für 4. WP</i>) Konfession weibliche Abgeordnete (<i>auch für 4. WP</i>) Mitglieder der Gewerkschaften (<i>auch für 4. WP</i>) regionale und landsmannschaftliche Herkunft</p> <p><i>Hirche, Kurt</i>, Gewerkschafter im 5. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 16. 1965. H. 12. S. 705–712.</p>
6. WP 1969–72	<p><i>Rangol, Alfred-Johannes</i>, Die Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages nach Geschlecht und Alter, Herkunft und Beruf. In: Wirtschaft und Statistik. Jg. 1969. H. 11. S. 609–612.</p> <p><i>Grube, Frank, Gerhard Richter</i> und <i>Uwe Thaysen</i>, Das Management des 6. Deutschen Bundestages. Eine Dokumentation parlamentarischer Karrieren. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 152–161.</p> <p><i>Hirche, Kurt</i>, Gewerkschafter im VI. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 20. 1969. H. 12. S. 716–722.</p>
7. WP 1972–76	<p><i>Hirche, Kurt</i>, Gewerkschafter im 7. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 24. 1973. H. 2. S. 83–90.</p> <p><i>Böhm, Walter</i>, Gewerkschafter im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 5. 1974. H. 1. S. 17–23.</p> <p><i>Hess, Adalbert</i>, Statistische Daten und Trends zur „Verbeamtung der Parlamente“ in Bund und Ländern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 7. 1976. H. 1. S. 34–42.</p> <p>Untersuchtes Merkmal:</p> <p>Berufsstruktur (unter besonderer Berücksichtigung der Beamten)</p>
8. WP 1976–80	<p><i>Kaack, Heino</i>, Personalselektion und Bundestagswahl – eine kommentierende Datendokumentation. In: Parteien-Jahrbuch 1976. Hrsg. von <i>Heino Kaack</i> und <i>Reinhold Roth</i>. Meisenheim am Glan 1979. S. 427–448.</p> <p>Untersuchte Merkmale:</p> <p>Zugehörigkeitsdauer zum Bundestag Altersstruktur Berufsstruktur weibliche Abgeordnete Bildung und Fortbildung</p> <p><i>Kaack, Heino</i>, Vom Einstieg in die Abgeordneten-Laufbahn. Zur sozialen Zusammensetzung des Bundestages. In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum dreißigjährigen Bestehen des Deutschen Bundestages. Hrsg. von <i>Hartmut Klatt</i>. Bonn 1980. S. 55–62.</p> <p>Untersuchte Merkmale:</p> <p>wie zuvor (<i>teilweise auch für die früheren Wahlperioden</i>)</p>

Wahl- periode	Titel der Untersuchung Untersuchte Merkmale
noch: 8. WP	<p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Die sozio-ökonomische und verbandliche Struktur des VIII. Deutschen Bundestages. Köln 1977 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 19).</p> <p>Untersuchte Merkmale:</p> <ul style="list-style-type: none"> Berufsstruktur Altersstruktur Bildung und Ausbildung weibliche Abgeordnete Mitglieder der Gewerkschaften Vertreter des Handwerks <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen im 8. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 184–188.</p> <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Vertreter der gewerblichen Wirtschaft im VIII. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 4. S. 422–428.</p>
9. WP 1980–83	<p><i>Kaack, Heino</i>, Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages – ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 165–203.</p> <p>Untersuchte Merkmale (<i>teilweise auch für die früheren Wahlperioden</i>):</p> <ul style="list-style-type: none"> Zugehörigkeitsdauer zum Bundestag Altersstruktur Berufsstruktur weibliche Abgeordnete Bildung und Fortbildung <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Der neunte Deutsche Bundestag: Strukturen des Parlaments. Köln 1981 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 70).</p> <p>Untersuchte Merkmale:</p> <ul style="list-style-type: none"> Berufsstruktur Altersstruktur Bildung und Ausbildung Konfession weibliche Abgeordnete Mitglieder der Gewerkschaften Vertreter des Handwerks und der gewerblichen Wirtschaft <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Arbeitnehmerinteressen im IX. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 4. S. 508–516.</p> <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Interessen der gewerblichen Wirtschaft im IX. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 4. S. 453–461.</p>
10. WP 1983–87	<p><i>Hess, Adalbert</i>, Berufsstatistik der Mitglieder des 10. Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 486–489.</p> <p><i>Kaack, Heino</i>, Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von <i>Uwe Thaysen, Roger H. Davidson</i> und <i>Robert G. Livingston</i>. Opladen 1988. S. 128–149.</p> <p>Untersuchte Merkmale:</p> <ul style="list-style-type: none"> Berufsgruppenschichtung (<i>auch für 6.–9. WP</i>) Alters- und Anciennitätsstruktur Führungselite in Bundesregierung und Bundestag

Wahlperiode	Titel der Untersuchung Untersuchte Merkmale
noch: 10. WP	<p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Soziale Strukturen im X. Deutschen Bundestag. Köln 1983 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 92/93).</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur Altersstruktur Bildung und Ausbildung Konfession weibliche Abgeordnete Mitglieder der Gewerkschaften Vertreter des Handwerks und der gewerblichen Wirtschaft</p> <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Gewerkschafter im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 490–499.</p> <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, „Die Wirtschaft“ im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 2. S. 187–196.</p> <p><i>Fogt, Helmut</i>, Die Grünen in den Parlamenten der Bundesrepublik. Ein Soziogramm. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 500–517.</p>
11. WP 1987–90	<p><i>Hess, Adalbert</i>, Zusammensetzung und Sozialstruktur des Bundestages. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von <i>Hans-Peter Schneider</i> und <i>Wolfgang Zeh</i>. Berlin, New York 1989. S. 727–756.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur Altersstruktur weibliche Abgeordnete Träger von Adelsnamen</p> <p><i>Kaack, Heino</i>, Zur Abgeordnetensoziologie des Deutschen Bundestages: Zugehörigkeitsdauer und Altersschichtung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 169–187.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Wiederwahlhäufigkeit Mittlere Zugehörigkeitsdauer Eintrittsaltersschichtung Altersschichtung Anciennitätsschichtung</p>

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

Wahl- periode	Titel der Untersuchung Untersuchte Merkmale
noch: 11. WP	<p><i>Klatt, Hartmut</i>, Zur Sozialstruktur des 11. Deutschen Bundestages. In: <i>Gegenwartskunde</i>. Jg. 37. 1988. H. 1. S. 45–57.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete weibliche Abgeordnete (weitere Merkmale ohne tabellarische Darstellung)</p> <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Daten zur Struktur des XI. Deutschen Bundestages. Köln 1988 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 132).</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur Altersstruktur Bildung und Ausbildung Konfession weibliche Abgeordnete Mitglieder der Gewerkschaften Vertreter des Handwerks und der gewerblichen Wirtschaft</p> <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Interessen der Sozialpartner im XI. Deutschen Bundestag. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 187–199.</p>
12. WP 1990–94	<p><i>Hess, Adalbert</i>, Daten und Aspekte zur Sozialstruktur des 12. Deutschen Bundestages. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 23. 1992. H. 2. S. 201–216.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur (nach alten und neuen Bundesländern untergliedert) Herkunft der Abgeordneten (innerdeutsche Verzahnung)</p> <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Strukturen des XII. Deutschen Bundestages. Köln 1992 (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 171).</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur Altersstruktur Bildung und Ausbildung Konfession weibliche Abgeordnete Mitglieder der Gewerkschaften Vertreter des Handwerks und der gewerblichen Wirtschaft</p> <p><i>Müller, Emil-Peter</i>, Wirtschaftliche und soziale Interessen im XII. Deutschen Bundestag. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 23. 1992. H. 1. S. 5–16.</p>
13. WP 1994–	<p><i>Hess, Adalbert</i>, Sozialstruktur des 13. Deutschen Bundestages: Berufliche und fachliche Entwicklungslinien. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 26. 1995. H. 4. S. 567–585.</p> <p>Untersuchte Merkmale: Berufsstruktur (nach alten und neuen Bundesländern untergliedert) Naturwissenschaftler</p>

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse

Die parlamentarische Laufbahn aller Bundespolitiker, die seit der 1. Wahlperiode des Bundestages bestimmte Führungspositionen im Bereich des Parlaments und der Regierung innehatten oder innehaben, ist in diesem Abschnitt synoptisch dargestellt. Folgende Ämter und Funktionen wurden ausgewählt und mit der voranstehenden Abkürzung bezeichnet:

- BPräs = Bundespräsident
 BTPräs = Bundestagspräsident
 VPräs = Vizepräsident des Deutschen Bundestages
 BK = Bundeskanzler
 BMin = Bundesminister
 PStS = Parlamentarischer Staatssekretär
 FrVst = Mitglieder des engeren Fraktionsvorstandes oder Gruppenvorstandes (Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer, Vorsitzende eines Arbeitskreises oder einer Arbeitsgruppe), außerdem der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
 AVst = Vorsitzender eines Ausschusses des Bundestages (einschließlich Sonderausschüsse, Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen und Europa-Kommission)
 WehrB = Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Bei jedem der aufgeführten Politiker ist zugleich die Dauer seiner Mandatszeit im Deutschen Bundestag eingetragen.

Alle Ämter- und Funktionsbezeichnungen, die bei den einzelnen Abgeordneten beim Stand „Beginn der WP“ eingetragen sind, beziehen sich grundsätzlich auf die gesamte Dauer der betreffenden Wahlperiode. Abweichungen und Ausnahmen sind stets durch Fußnoten gekennzeichnet, die in der Spalte „Bemerkungen“ erläutert werden. Lediglich die Angaben zur **13. Wahlperiode** enden beim **Stand vom 31. August 1997**.

Weitere Einzelheiten zu den angegebenen Ämtern und Funktionen können den entsprechenden Abschnitten des *Datenhandbuchs* entnommen werden, insbesondere den Abschnitten

- 4.1 Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten
- 4.2 Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten
- 5.7 Vorstände der Fraktionen und Gruppen
- 5.9 Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen bzw. Gruppen
- 6.2 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste
- 6.3 Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre
- 9.2 Verzeichnis der Ausschüsse
- 9.7 Untersuchungsausschüsse
- 9.8 Enquete-Kommissionen
- 18.1 Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten
- 19.2 Wahl des Bundespräsidenten

Hinweise

Welche Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette vorliegen, ist aus einer Bibliographie innerhalb des Abschnitts 6.9 zu ersehen.

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Achenbach, Ernst (FDP) * 9. 4. 1909 † 2. 12. 1991			MdB	MdB FrVst	MdB	MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst							1) ab Dez. 1971
Adam-Schwaetzer, Irmgard¹⁾ (FDP)														1) siehe Schwaetzer, Irmgard
Adenauer, Konrad (CDU) * 5. 1. 1876 † 19. 4. 1967	MdB FrVst ¹⁾ BK BMin ²⁾	MdB BK BMin ³⁾	MdB BK	MdB BK ⁴⁾	MdB ⁵⁾									1) wenige Tage bis Wahl BK 2) ab März 1951 3) bis Juni 1955 4) bis Okt. 1963 5) bis †
Adorno, Eduard (CDU) * 31. 10. 1920				MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB ³⁾								1) bis April 1967 2) ab April 1967 3) bis Aug. 1972
Albers, Johannes (CDU) * 8. 3. 1890 † 8. 3. 1963	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst												1) bis März 1950 2) ab Jan. 1951
Albertz, Luise (SPD) * 22. 6. 1901 † 1. 2. 1979	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB									1) bis Juni 1959
Albowitz, Ina (FDP) * 26. 4. 1943												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Juni 1992
Althammer, Walter (CSU) * 12. 3. 1928				MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst AVst ¹⁾	MdB	MdB ²⁾ FrVst ³⁾				1) ab Jan. 1978 2) bis April 1985 3) bis Jan. 1985

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Andres, Gerd (SPD) * 8. 4. 1951											MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	1) ab April 1997
Apel, Hans (SPD) * 25. 2. 1932					MdB	MdB FrVst AVst	MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin ³⁾	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst ⁴⁾ FrVst ⁴⁾			1) bis Mai 1974 2) ab Mai 1974 3) bis Okt. 1982 4) bis Sept. 1988
Arendt, Walter (SPD) * 17. 1. 1925				MdB	MdB	MdB BMin	MdB BMin	MdB FrVst ¹⁾						1) ab Dez. 1977
Arndgen, Josef (CDU) * 24. 2. 1894 † 20. 9. 1966	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst										1) bis Okt. 1958 2) ab Okt. 1958
Arndt, Adolf (SPD) * 12. 3. 1904 † 13. 2. 1974	MdB FrVst	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst FrVst	MdB	MdB									
Arndt, Klaus Dieter (SPD) * 9. 3. 1927 † 29. 1. 1974					MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾	MdB ³⁾ FrVst ³⁾							1) ab April 1967 2) bis Sept. 1970 3) bis †
Arnold, Karl (CDU) * 21. 3. 1901 † 29. 6. 1958			MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾											1) bis †
Aschoff, Albrecht (FDP) * 11. 4. 1899 † 11. 8. 1972				MdB AVst ¹⁾										1) ab Jan. 1963

Atzenroth, Karl (FDP) * 22. 9. 1895 † 18. 6. 1995	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ AVst ²⁾										1) bis Jan. 1963 2) ab Juni 1962
Babel, Gisela (FDP) * 23. 5. 1938												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Sept. 1992
Bachmaier, Hermann (SPD) * 5. 7. 1939										MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB	1) ab Okt. 1988 bis Okt. 1990
Bahr, Egon (SPD) * 18. 3. 1922							MdB BMin ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB			1) bis Mai 1974 u. ab Juli 1974
Balke, Siegfried (CSU) * 1. 6. 1902 † 11. 6. 1984		BMin ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin ²⁾	MdB									1) ab Dez. 1953 2) bis Dez. 1962
Bangemann, Martin (FDP) * 15. 11. 1934							MdB	MdB FrVst			BMin ¹⁾	MdB ²⁾ BMin ³⁾		1) ab Juni 1984 2) bis Jan. 1989 3) bis Dez. 1988
Bard, Sabine (GRÜNE) * 27. 11. 1946											MdB ¹⁾ AVst ²⁾ FrVst ³⁾			1) bis März 1985 2) ab Sept. 1983 bis März 1985 3) ab März 1985 bis Febr. 1986
Barzel, Rainer (CDU) * 20. 6. 1924			MdB	MdB BMin ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ³⁾	MdB AVst ⁴⁾	MdB AVst ⁵⁾ BMin ⁶⁾	MdB BTPräs ⁷⁾				1) ab Dez. 1962 bis Okt. 1963 2) ab Dez. 1963 3) bis Mai 1973 4) bis März 1979 5) bis Okt. 1982 6) ab Okt. 1982 7) bis Okt. 1984
Bauer, Hannsheinz (SPD) * 28. 3. 1909		MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB								1) ab Feb. 1967

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP							
Bauknecht, Bernhard (CDU) * 31. 3. 1900 † 23. 10. 1985	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst									
Baum, Gerhart Rudolf (FDP) * 28. 10. 1932							MdB PStS	MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB	MdB	MdB		1) bis Juni 1978 2) ab Juni 1978
Baumeister, Brigitte (CDU) * 19. 10. 1946												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Dez. 1991
Bausch, Paul (CDU) * 27. 5. 1895 † 1. 9. 1981	MdB	MdB AVst	MdB	MdB										
Bayerl, Alfons (SPD) * 27. 12. 1923					MdB ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS ²⁾	MdB						1) ab Okt. 1967 2) bis Mai 1974
Bazille, Helmut (SPD) * 19. 11. 1920 † 5. 5. 1973	MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB									
Bechert, Karl (SPD) * 23. 8. 1901 † 2. 4. 1981			MdB	MdB AVst	MdB	MdB								
Beck[-Oberdorf], Marieluise (GRÜNE→GRÜNE/ B90→B 90/GRÜNE) * 25. 6. 1952										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB		MdB FrVst ³⁾	1) bis April 1985 2) bis April 1984 3) ab Okt. 1996

Becker, Helmuth (SPD) * 3. 9. 1929						MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB VPräs		1) bis Okt. 1982
Becker, Max (FDP) * 25. 5. 1888 † 29. 7. 1960	MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ VPräs ³⁾	MdB ⁴⁾ VPräs ⁴⁾											1) ab Nov. 1951 bis Okt. 1952 2) ab Jan. 1956 3) ab Juli 1956 4) bis †
Becker-Inglau, Ingrid (SPD) * 20. 11. 1946											MdB	MdB FrVst ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB	1) bis Dez. 1991
Beckmann, Klaus (FDP) * 11. 8. 1944 † 27. 5. 1994									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB ³⁾ PStS ⁴⁾		1) bis Juli 1989 2) ab Juli 1989 3) bis † 4) bis Sept. 1992
Benda, Ernst (CDU) * 15. 1. 1925			MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾ BMin ³⁾	MdB ⁴⁾ FrVst ⁵⁾								1) bis April 1967 2) ab April 1967 bis April 1968 3) ab April 1968 4) bis Dez. 1971 5) bis Nov. 1971
Bender, Reinhold F. (GB/BHE→CDU/CSU) * 6. 8. 1908 † 11. 11. 1977		MdB AVst												
Berger, Lieselotte (CDU) * 13. 11. 1920 † 26. 9. 1989						MdB ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB ²⁾ PStS ²⁾			1) ab Aug. 1971 2) bis †
Bergmann-Pohl, Sabine (CDU) * 20. 4. 1946											MdB ¹⁾ BMin ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS	1) ab Okt. 1990

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Berkhan, Karl Wilhelm (SPD) * 8. 4. 1915 † 9. 3. 1994			MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB PStS	MdB ²⁾ PStS ²⁾ WehrB ³⁾	WehrB	WehrB	WehrB ⁴⁾				1) ab April 1967 2) bis März 1975 3) ab März 1975 4) bis März 1985
Bernrath, Hans Gottfried (SPD) * 5. 7. 1927									MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾	1) bis Dez. 1994
Besold, Anton (BP→FU→CSU) * 13. 1. 1904 † 20. 9. 1991	MdB FrVst ¹⁾		MdB	MdB	MdB									1) ab Dez. 1951 (FU)
Biedenkopf, Kurt H. (CDU) * 28. 1. 1930								MdB AVst ¹⁾			MdB ²⁾			1) ab März 1979 bis Juni 1980 2) bis Nov. 1990
Biehle, Alfred (CSU) * 15. 11. 1926						MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB ²⁾ AVst ²⁾ WehrB ³⁾	WehrB	WehrB ⁴⁾	1) ab Okt. 1982 2) bis April 1990 3) ab April 1990 4) bis April 1995
Birthler, Marianne (GRÜNE/B 90) * 22. 1. 1948											MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾			1) ab Okt. 1990
Bläss, Petra (PDS/LL→PDS) * 12. 6. 1964												MdB FrVst	MdB	
Blank, Joseph-Theodor (CDU) * 19. 3. 1947										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	

Blank, Martin (FDP→FVP→DP/FVP) * 5. 2. 1897 † 11. 3. 1972	MdB	MdB FrVst												
Blank, Theodor (CDU) * 19. 9. 1905 † 14. 5. 1972	MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB FrVst	MdB ²⁾								1) ab Juli 1955 bis Okt. 1956 2) bis April 1972
Bleiß, Paul (SPD) * 6. 11. 1904 † 17. 4. 1996	MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst										
Blohm, Irma (CDU) * 24. 11. 1909 † 24. 1. 1997			MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾									1) ab Okt. 1968
Blücher, Franz (FDP→FVP→DP) * 24. 3. 1896 † 26. 3. 1959	MdB BMin	MdB BMin	MdB ¹⁾											1) bis Feb. 1958
Blüm, Norbert (CDU) * 21. 7. 1935							MdB	MdB	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	1) bis Juni 1981 2) ab Okt. 1982
Böhme, Rolf (SPD) * 6. 8. 1934							MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB ³⁾ PStS ²⁾					1) bis Feb. 1978 2) bis April 1982 3) bis Dez. 1982
Börner, Holger (SPD) * 7. 2. 1931			MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS ³⁾	MdB ⁴⁾ AVst ⁴⁾							1) bis April 1967 2) ab April 1967 3) bis Feb. 1972 4) bis Okt. 1976
Börnsen, Arne (SPD) * 5. 10. 1944								MdB		MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB AVst		1) ab Dez. 1991

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Bötsch, Wolfgang (CSU) * 8. 9. 1938								MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst FrVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾ FrVst ³⁾ BMin ⁴⁾	MdB BMin	1) ab Mai 1982 2) ab April 1989 3) bis Jan. 1993 4) ab Jan. 1993
Bohl, Friedrich (CDU) * 5. 3. 1945									MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ BMin ³⁾	MdB BMin	1) ab Nov. 1984 2) bis Nov. 1991 3) ab Nov. 1991
Borchert, Jochen (CDU) * 25. 4. 1940									MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ BMin ³⁾	MdB BMin	1) ab April 1989 2) bis Jan. 1993 3) ab Jan. 1993
Borgmann, Annemarie (GRÜNE) * 13. 10. 1942										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) ab April 1985 2) bis März 1985 u. ab Feb. 1986
Borm, William (FDP) * 7. 7. 1895 † 2. 9. 1987					MdB	MdB FrVst ¹⁾								1) ab Jan. 1967 bis Jan. 1968
Brand, Peter Wilhelm (CDU) * 3. 8. 1900 † 1. 8. 1978		MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst									1) ab Sept. 1960
Brandt, Hugo (SPD) * 4. 8. 1930 † 12. 9. 1989						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst					
Brandt, Willy (SPD) * 18. 12. 1913 † 8. 10. 1992	MdB	MdB		MdB ¹⁾ BMin ²⁾		MdB BK	MdB BK ³⁾	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB ⁴⁾		1) bis Dez. 1961 2) ab Dez. 1966 3) bis Mai 1974 4) bis †

Brauksiepe, Aenne (CDU) * 23. 2. 1912 † 1. 1. 1997	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB								1) bis Okt. 1968 2) ab Okt. 1968
Braun, Gerhard (CDU) * 28. 12. 1923							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst				
Brentano, Heinrich von (CDU) * 20. 6. 1904 † 14. 11. 1964	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB BMin	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾										1) bis †
Breuer, Paul (CDU) * 25. 6. 1950									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Mai 1992
Broll, Werner (CDU) * 22. 5. 1932								MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾				1) ab Juni 1986
Brück, Alwin (SPD) * 23. 9. 1931					MdB	MdB AVst	MdB AVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS ³⁾	MdB	MdB			1) bis Mai 1974 2) ab Mai 1974 3) bis Okt. 1974
Brühler, Ernst-Christoph (DP→DP/FVP) * 12. 2. 1891 † 30. 8. 1961		MdB FrVst ¹⁾												1) ab Sept. 1955
Bucerius, Gerd (CDU) * 19. 5. 1906 † 29. 9. 1995	MdB AVst	MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB ²⁾										1) ab Nov. 1954 2) bis März 1962
Bucher, Ewald (FDP) * 19. 7. 1914 † 31. 10. 1991		MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ BMin ³⁾	MdB BMin ⁴⁾									1) ab Feb. 1956 2) bis Dez. 1962 3) ab Dez. 1962 bis März 1965 4) bis Okt. 1966

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Buchstaller, Werner (SPD) * 4. 11. 1923 † 19. 10. 1989				MdB	MdB	MdB FrVst	MdB AVst ¹⁾	MdB						1) ab April 1975
Bueb, Eberhard (GRÜNE) * 27. 6. 1938										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) ab April 1985 2) ab März 1985 bis Feb. 1986
Bülow, Andreas von (SPD) * 17. 7. 1937						MdB	MdB	MdB PStS	MdB BMin ¹⁾	MdB	MdB	MdB		1) bis Okt. 1982
Bugl, Josef (CDU) * 24. 12. 1932									MdB	MdB AVst ¹⁾				1) ab Mai 1985
Bulmahn, Edelgard (SPD) * 4. 3. 1951											MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	1) bis Juni 1996 2) ab Juli 1996
Burgemeister, Alfred (CDU) * 22. 7. 1906 † 23. 4. 1970		MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB ³⁾								1) ab Mai 1960 2) ab Dez. 1964 3) bis †
Bury, Hans Martin (SPD) * 5. 4. 1966												MdB	MdB FrVst	
Buschfort, Hermann (SPD) * 25. 6. 1928					MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS ²⁾	MdB	MdB			1) ab Mai 1974 2) bis April 1982

Carstens, Karl (CDU) * 14. 12. 1914 † 30. 5. 1992							MdB FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ BTPräs ³⁾ BPräs ⁴⁾	BPräs	BPräs ⁵⁾				1) ab Mai 1973 2) bis Juni 1979 3) bis Mai 1979 4) ab Juli 1979 5) bis Juni 1984
Carstens, Manfred (CDU) * 23. 2. 1943							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS	MdB PStS	1) ab Okt. 1982 2) bis April 1989 3) ab April 1989
Carstensen, Peter Harry (CDU) * 12. 3. 1947										MdB	MdB	MdB	MdB AVst	
Caspers-Merk, Marion (SPD) * 24. 4. 1955												MdB	MdB AVst	
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD) * 13. 7. 1945									MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst	MdB FrVst	1) ab Aug. 1984
Cillien, Adolf (CDU) * 23. 4. 1893 † 29. 4. 1960		MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾											1) bis †
Cortier, Peter (SPD) * 19. 6. 1936						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB ³⁾				1) bis Juni 1981 2) ab Juni 1981 3) ab Juni 1984
Cramer, Johann (SPD) * 29. 7. 1905 † 14. 1. 1987	MdB AVst		MdB	MdB	MdB	MdB								

Hinweis

Welche Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien gleichzeitig auch Fraktionsvorsitzende waren oder sind, ist in Abschnitt 5.8 gegenübergestellt; welche Vorsitzenden der an einer Regierungskoalition beteiligten Parteien Mitglieder des Bundeskabinetts waren oder sind, ist in Abschnitt 6.9 zusammengestellt.

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Cronenberg, Dieter-Julius (FDP) * 8. 2. 1930								MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ FrVst ³⁾ VPräs ⁴⁾	MdB VPräs FrVst	MdB VPräs FrVst ⁵⁾		1) ab Feb. 1979 2) bis Sept. 1984 3) bis Dez. 1984 4) ab Dez. 1984 5) bis Sept. 1992
Czaja, Herbert (CDU) * 5. 11. 1914 † 18. 4. 1997		MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst			
Däubler-Gmelin, Herta (SPD) * 12. 8. 1943							MdB	MdB	MdB AVst	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst	1) bis Dez. 1991 2) bis Mai 1993
Dahlgrün, Rolf (FDP) * 19. 5. 1908 † 19. 12. 1969			MdB	MdB AVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾									1) bis Dez. 1962 2) ab Dez. 1962 3) bis Okt. 1966
Dahrendorf, Ralf (FDP) * 1. 5. 1929						MdB ¹⁾ PStS ²⁾								1) bis Aug. 1970 2) bis Juli 1970
Dann, Heidemarie (GRÜNE) * 27. 3. 1950										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) ab März 1985 2) ab April 1984 bis März 1985
Daubertshäuser, Klaus (SPD) * 16. 10. 1943								MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾		1) ab Dez. 1991
Daweke, Klaus (CDU) * 14. 5. 1943								MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst			1) ab Okt. 1982

Decker, Hugo (BP→FU) * 15. 7. 1899 † 2. 10. 1985	MdB FrVst ¹⁾													1) ab Dez. 1951
Dehler, Thomas (FDP) * 14. 12. 1897 † 21. 7. 1967	MdB BMin	MdB FrVst ¹⁾	MdB AVst FrVst VPräs ²⁾	MdB VPräs AVst ³⁾	MdB ⁴⁾ VPräs ⁴⁾ AVst ⁴⁾									1) bis Jan. 1957 2) ab Sept. 1960 3) ab Juni 1963 4) bis †
Deist, Heinrich (SPD) * 10. 12. 1902 † 7. 3. 1964		MdB AVst	MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾										1) bis †
Dempwolf, Gertrud (CDU) * 3. 2. 1936									MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB PStS		1) ab März 1984
Diekmann, Bruno (SPD) * 19. 4. 1897 † 11. 1. 1982		MdB AVst	MdB	MdB	MdB									
Diller, Karl (SPD) * 27. 1. 1941										MdB	MdB	MdB FrVst		
Dittrich, Stefan (CSU) * 28. 6. 1912 † 5. 2. 1988		MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB	MdB								1) ab Feb. 1963
Dörfinger, Werner (CDU) * 2. 10. 1940									MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	1) ab Feb. 1992
Döring, Wolfgang (FDP) * 11. 11. 1919 † 17. 1. 1963			MdB	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾										1) bis †
Dohnanyi, Klaus von (SPD) * 23. 6. 1928						MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB PStS	MdB ⁴⁾ PStS ⁴⁾					1) bis März 1972 2) ab März 1972 3) bis Mai 1974 4) bis Juni 1981

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Dollinger, Werner (CSU) * 10. 10. 1918		MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB AVst ³⁾ BMin ⁴⁾	MdB BMin	MdB			1) bis Dez. 1962 2) ab Dez. 1962 3) bis Okt. 1982 4) ab Okt. 1982
Dorn, Wolfram (FDP) * 18. 7. 1924				MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB PStS ²⁾								1) ab Jan. 1962 2) bis Aug. 1972
Doss, Hansjürgen (CDU) * 9. 8. 1936									MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	1) ab Juli 1981
Dregger, Alfred (CDU) * 10. 12. 1920							MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾	MdB	1) bis Nov. 1991
Dreßler, Rudolf (SPD) * 17. 11. 1940									MdB PStS ¹⁾	MdB	MdB FrVst ²⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst FrVst ³⁾	MdB FrVst	1) ab April 1982 bis Okt. 1982 2) ab Juni 1987 3) bis Dez. 1991
Dürr, Hermann (FDP→SPD) * 7. 1. 1925			MdB	MdB FrVst ¹⁾		MdB	MdB FrVst	MdB FrVst						1) bis Nov. 1964
Ebermann, Thomas (GRÜNE) * 18. 4. 1951											MdB ¹⁾ FrVst ²⁾			1) bis Feb. 1989 2) bis Jan. 1988
Echternach, Jürgen (CDU) * 1. 11. 1937									MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS		

Eckhardt, Walter (GB/BHE→CSU) * 23. 3. 1906 † 1. 1. 1994		MdB FrVst ¹⁾	MdB ²⁾	MdB ³⁾	MdB									1) bis März 1955 2) ab Dez. 1957 3) ab Juli 1964
Effertz, Josef (FDP) * 29. 3. 1907 † 31. 5. 1984				MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾									1) bis März 1968
Egert, Jürgen (SPD) * 23. 10. 1941 † 16. 12. 1992						MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB	MdB AVst				1) ab April 1982 bis Okt. 1982
Ehlers, Hermann (CDU) * 1. 10. 1904 † 29. 10. 1954	MdB BTPräs ¹⁾	MdB ²⁾ BTPräs ²⁾												1) ab Okt. 1950 2) bis †
Ehmke, Horst (SPD) * 4. 2. 1927					BMin ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin ²⁾	MdB FrVst ³⁾	MdB FrVst	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst FrVst	MdB		1) ab März 1969 2) bis Mai 1974 3) ab Mai 1977
Ehrenberg, Herbert (SPD) * 21. 12. 1926						MdB FrVst ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin ²⁾	MdB	MdB				1) ab März 1974 2) bis April 1982
Eichhorn, Maria (CSU) * 11. 9. 1948											MdB	MdB FrVst		
Eichstädt-Bohlig, Franziska (B 90/GRÜNE) * 10. 9. 1941												MdB FrVst ¹⁾		1) ab Okt. 1995
Eickhoff, Rudolf (DP→DP/FVP) * 6. 2. 1902 † 6. 9. 1983	MdB	MdB FrVst												
Eid, Ursula (GRÜNE→ GRÜNE/B 90 →B 90/GRÜNE) * 18. 5. 1949										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB		MdB	1) ab April 1985 2) ab März 1985

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Eilers, Elfriede (SPD) * 17. 1. 1921			MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾						1) ab Dez. 1977
Eilers, Jan (FDP→CDU) * 16. 5. 1909			MdB FrVst				MdB							
Elm, Ludwig (PDS) * 10. 8. 1934													MdB FrVst	
Emde, Hans Georg (FDP) * 28. 7. 1919				MdB FrVst ¹⁾	MdB									1) ab Feb. 1963
Emmerlich, Alfred (SPD) * 10. 5. 1928							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst FrVst	MdB			
Engelhard, Hans A. (FDP) * 16. 9. 1934							MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB		1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982
Engholm, Björn (SPD) * 9. 11. 1939						MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾ BMin ³⁾					1) ab Mai 1977 2) bis Jan. 1981 3) ab Jan. 1981 bis Okt. 1982
Enkelmann, Dagmar (PDS→PDS/LL→PDS) * 5. 4. 1956											MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst	1) ab Okt. 1990 2) ab Feb. 1991
Eppelmann, Rainer (CDU) * 12. 2. 1943												MdB AVst	MdB AVst ¹⁾	1) ab Juni 1995

Eppler, Erhard (SPD) * 9. 12. 1926				MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin	MdB ²⁾ BMin ³⁾							1) ab Okt. 1968 2) bis Juni 1976 3) bis Juli 1974
Erhard, Benno (CDU) * 22. 2. 1923					MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾				1) ab Sept. 1978 2) bis Nov. 1983 3) ab Nov. 1983
Erhard, Ludwig (CDU) * 4. 2. 1897 † 5. 5. 1977	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾ BK ²⁾	MdB BK ³⁾	MdB	MdB	MdB ⁴⁾						1) bis Okt. 1963 2) ab Okt. 1963 3) bis Nov. 1966 4) bis †
Erler, Fritz (SPD) * 14. 7. 1913 † 22. 2. 1967	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾									1) bis März 1964 2) bis †
Ertl, Josef (FDP) * 7. 3. 1925				MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ²⁾	MdB				1) ab Jan. 1968 2) bis Sept. 1982 u. ab. Okt. 1982
Essen, Jörg van (FDP) * 29. 9. 1947												MdB	MdB FrVst	
Esters, Helmut (SPD) * 15. 12. 1935					MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB AVst ²⁾	MdB	MdB	MdB		1) ab Jan. 1969 2) ab Okt. 1982
Etzel, Franz (CDU) * 12. 8. 1902 † 9. 5. 1970	MdB ¹⁾ AVst ²⁾		MdB BMin	MdB FrVst										1) bis Jan. 1953 2) bis Okt. 1952
Euler, August-Martin (FDP→FVP→DP) * 9. 5. 1908 † 4. 2. 1966	MdB FrVst ¹⁾ AVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾ AVst ⁴⁾	MdB ⁵⁾											1) bis Mai 1952 2) ab Nov. 1949 3) bis Jan. 1956 4) ab Jan. 1957 5) bis Sept. 1958
Even, Bert (CDU) * 14. 3. 1925			MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾									1) ab April 1967

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Evers, Hans (CDU) * 24. 9. 1925						MdB	MdB AVst	MdB AVst						
Ewen, Carl (SPD) * 23. 2. 1931							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	MdB FrVst ¹⁾		¹⁾ ab Dez. 1991
Ewers, Hans (DP) * 5. 4. 1887 † 29. 12. 1968	MdB FrVst ¹⁾													¹⁾ ab März 1953
Eylmann, Horst (CDU) * 1. 12. 1933										MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst ²⁾ AVst ³⁾	MdB AVst	¹⁾ ab Juni 1987 bis Okt. 1990 ²⁾ ab Juni 1991 bis Juni 1992 ³⁾ ab Mai 1992
Eyrich, Heinz (CDU) * 1. 2. 1929						MdB	MdB	MdB ¹⁾ FrVst ²⁾						¹⁾ bis Okt. 1978 ²⁾ ab Mai 1977 bis Sept. 1978
Falkner, Ernst (BP) * 24. 2. 1909 † 27. 10. 1950	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾ AVst ¹⁾													¹⁾ bis †
Fatlhauser, Kurt (CSU) * 13. 9. 1940									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB ¹⁾ PStS ¹⁾	¹⁾ bis Nov. 1995
Feige, Klaus-Dieter (B 90/GRÜNE) * 30. 9. 1950												MdB FrVst ¹⁾		¹⁾ ab Jan. 1992
Feldmann, Olaf (FDP) * 9. 5. 1937									MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB AVst	MdB	¹⁾ ab Jan. 1981

Feller, Erwin (GB/BHE) * 8. 2. 1911 † 29. 11. 1991															1) ab März 1955
Ferner, Elke (SPD) * 5. 5. 1958												MdB	MdB FrVst		
Fink, Conrad (BP→FU→CDU/CSU) * 7. 7. 1900 † 25. 7. 1981	MdB FrVst ¹⁾														1) bis Jan. 1952
Fischer, Andrea (B 90/GRÜNE) * 14. 1. 1960													MdB FrVst ¹⁾		1) bis Okt. 1996
Fischer, Dirk Erik (CDU) * 29. 11. 1943									MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst		1) ab Nov. 1989
Fischer, Joseph [Joschka] (GRÜNE→ B 90/GRÜNE) * 12. 4. 1948										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾			MdB FrVst		1) bis März 1985 2) bis April 1984
Fischer, Ursula (PDS→PDS/LL) * 6. 9. 1952												MdB ¹⁾	MdB FrVst		1) ab Okt. 1990
Flach, Karl-Hermann (FDP) * 17. 10. 1929 † 25. 8. 1973							MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾								1) bis †
Focke, Katharina (SPD) * 8. 10. 1922						MdB PStS	MdB BMin	MdB							
Franke, Egon (SPD) * 11. 4. 1913 † 26. 4. 1995	MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ²⁾ AVst ³⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ⁴⁾	MdB					1) ab Mai 1951 2) ab Dez. 1966 3) ab Jan. 1967 4) bis Okt. 1982

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Franke, Heinrich (CDU) * 26. 1. 1928					MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB ³⁾ PStS ⁴⁾				1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) bis April 1984 4) bis März 1984
Frehsee, Heinz (SPD) * 30. 8. 1916		MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB							1) ab Jan. 1967
Frenzel, Alfred (SPD→frtl.) * 18. 9. 1899 † 23. 7. 1968		MdB	MdB ²⁾ AVst ¹⁾											1) ab Feb. 1958 bis Okt. 1960 2) bis Nov. 1960
Freyh, Brigitte (SPD) * 25. 4. 1924				MdB ¹⁾	MdB	MdB PStS								1) ab Dez. 1961
Friderichs, Hans (FDP) * 16. 10. 1931					MdB		BMin	MdB ¹⁾ BMin ²⁾						1) bis Nov. 1977 2) bis Okt. 1977
Friedensburg, Ferdinand (CDU) * 17. 11. 1886 † 11. 3. 1972	MdB ¹⁾	MdB	MdB AVst	MdB										1) ab Feb. 1952
Friedhoff, Paul K. (FDP) * 2. 2. 1943												MdB	MdB FrVst ¹⁾	1) ab Jan. 1997
Friedrich, Bruno (SPD) * 31. 5. 1927 † 20. 6. 1987							MdB	MdB FrVst ¹⁾						1) bis Sept. 1979

Friedrich, Gerhard (CSU) * 10. 3. 1948											MdB	MdB	MdB FrVst AVst ¹⁾	1) ab Mai 1995
Friese-Korn, Lotte (FDP) * 1. 9. 1899 † 14. 10. 1963		MdB	MdB FrVst											
Fuchs, Anke (SPD) * 5. 7. 1937									MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst ³⁾ FrVst ³⁾	MdB AVst ⁴⁾ FrVst ⁵⁾	MdB FrVst	1) bis April 1982 2) ab April 1982 bis Okt. 1982 3) bis Juni 1987 4) ab Okt. 1992 bis Juni 1993 5) ab Mai 1993
Fuchs, Katrin (SPD) * 25. 5. 1938										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	
Fuchs, Ruth (PDS→PDS/ LL→PDS) * 14. 12. 1946											MdB ¹⁾	MdB ²⁾	MdB FrVst ³⁾	1) ab Okt. 1990 2) ab März 1992 3) ab Aug. 1995
Fuhrmann, Arne (SPD) * 5. 6. 1941												MdB AVst ¹⁾	MdB	1) ab Juni 1993
Funcke, Liselotte (FDP) * 20. 7. 1918				MdB	MdB	MdB VPräs	MdB VPräs AVst	MdB ¹⁾ VPräs ¹⁾ AVst ¹⁾						1) bis Nov. 1979
Funke, Rainer (FDP) * 18. 11. 1940									MdB		MdB	MdB PStS	MdB PStS	
Furler, Hans (CDU) * 5. 6. 1904 † 29. 6. 1975		MdB AVst ¹⁾	MdB AVst ²⁾	MdB	MdB	MdB								1) ab Mai 1957 2) ab Jan. 1959 bis Mai 1960
Gärtner, Klaus (FDP) * 10. 1. 1945								MdB	MdB FrVst					

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Gallus, Georg (FDP) * 6. 7. 1927						MdB ¹⁾	MdB	MdB PStS	MdB PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS ³⁾		1) ab Sept. 1970 2) bis Sept. 1982 u. ab Okt. 1982 3) bis Jan. 1993
Gansel, Norbert (SPD) * 5. 8. 1940							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB ²⁾	1) bis Dez. 1991 2) bis Juni 1987
Garbe, Charlotte (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 24. 3. 1929											MdB FrVst ¹⁾			1) von Jan. 1988 bis Jan. 1989
Gattermann, Hans H. (FDP) * 24. 12. 1931 † 27. 1. 1994								MdB	MdB FrVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾		1) bis †
Gaul, Karl (FDP) * 1. 2. 1889 † 17. 1. 1972	MdB AVst	MdB AVst												
Geiger, Hugo (CSU) * 1. 4. 1901 † 8. 7. 1984		MdB AVst ¹⁾	MdB											1) ab März 1956 bis Jan. 1957
Geiger, Michaela (CSU) * 29. 9. 1943									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS ¹⁾ VPräs ²⁾	1) bis Jan. 1997 2) ab Jan. 1997
Geis, Norbert (CSU) * 13. 1. 1939											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	

Geißler, Heiner (CDU) * 3. 3. 1930					MdB ¹⁾				MdB BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	1) bis Okt. 1967 2) ab Okt. 1982 3) bis Sept. 1985
Geldern, Wolfgang von (CDU) * 4. 11. 1944								MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB AVst		
Genscher, Hans-Dietrich (FDP) * 21. 3. 1927					MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ²⁾	MdB	1) bis Sept. 1982 u. ab Okt. 1982 2) bis Mai 1992
George, Haimo (CDU) * 9. 8. 1933 † 5. 10. 1985								MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾				1) ab Okt. 1982 2) bis †
Gerhardt, Wolfgang (FDP) * 31. 12. 1943													MdB FrVst	
Gerstein, Ludwig (CDU) * 11. 1. 1928 † 30. 10. 1994								MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB			1) ab Okt. 1982
Gerstenmaier, Eugen (CDU) * 25. 8. 1906 † 13. 3. 1986	MdB	MdB AVst ¹⁾ BTPräs ²⁾	MdB BTPräs	MdB BTPräs	MdB BTPräs ³⁾									1) bis Nov. 1954 2) ab Nov. 1954 3) bis Jan. 1969
Gerster, Johannes (CDU) * 2. 1. 1941							MdB	MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		1) ab Juli 1977
Glombig, Eugen (SPD) * 23. 1. 1924				MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ²⁾	MdB AVst				1) ab Jan. 1962 2) ab Dez. 1980
Glos, Michael (CSU) * 14. 12. 1944								MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Jan. 1993

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Glötz, Peter (SPD) * 6. 3. 1939							MdB PStS ¹⁾	MdB ²⁾ PStS ²⁾		MdB	MdB	MdB	MdB ⁴⁾ FrVst ³⁾	1) ab Mai 1974 2) bis Mai 1977 3) bis Juni 1996 4) bis Sept. 1996
Göhner, Reinhard (CDU) * 16. 1. 1953										MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB PStS	MdB FrVst	1) ab Juni 1986
Götz, Hermann (CDU) * 20. 5. 1914 † 21. 4. 1987	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst							1) ab Juni 1968
Graaff, Carlo (FDP) * 22. 7. 1914 † 9. 12. 1975		MdB ¹⁾	MdB ²⁾		MdB	MdB AVst ³⁾	MdB ⁴⁾							1) ab Juli 1955 2) bis Mai 1959 3) ab Juni 1972 4) bis †
Gradl, Johann Baptist (CDU) * 25. 3. 1904 † 2. 7. 1988			MdB	MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB AVst	MdB	MdB						1) bis Dez. 1966
Greve, Otto Heinrich (SPD) * 30. 1. 1908 † 11. 6. 1968	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst ²⁾											1) ab Feb. 1955 2) bis Feb. 1958
Griesinger, Annemarie (CDU) * 21. 4. 1924				MdB ¹⁾	MdB	MdB ²⁾ FrVst ²⁾								1) ab Nov. 1964 2) bis Sept. 1972

Grobecker, Claus (SPD) * 5. 4. 1935						MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB PStS ²⁾	MdB ³⁾				1) ab Jan. 1970 2) ab April 1982 bis Okt. 1982 3) bis Nov. 1983
Gröbl, Wolfgang (CSU) * 12. 3. 1941											MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	
Gröwel, Margarete (CDU) * 14. 8. 1899 † 20. 1. 1979	MdB AVst													
Grolman, Helmuth von * 6. 11. 1898 † 18. 1. 1977			WehrB ¹⁾											1) ab Feb. 1959 bis Juli 1961
Großmann, Achim (SPD) * 17. 4. 1947											MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Dez. 1991
Grüner, Martin (FDP) * 19. 7. 1929						MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB		1) bis Sept. 1982 u. ab Okt. 1982
Grünewald, Joachim (CDU) * 21. 11. 1933											MdB	MdB PStS		
Gscheidle, Kurt (SPD) * 16. 12. 1924				MdB	MdB	MdB ¹⁾	BMin ²⁾	MdB BMin	BMin ³⁾					1) bis Nov. 1969 2) ab Mai 1974 3) bis April 1982
Güde, Max (CDU) * 6. 1. 1902 † 29. 1. 1984				MdB AVst ¹⁾	MdB AVst									1) ab Mai 1963
Günther, Horst (CDU) * 17. 7. 1939									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Günther, Joachim (FDP) * 22. 10. 1948												MdB FrVst ¹⁾ PStS	MdB PStS	1) im Jan. 1991
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu (CSU) * 23. 5. 1921 † 4. 10. 1972			MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB ²⁾								1) ab April 1967 2) bis Juni 1972
Gysi, Andrea ¹⁾ (PDS/LL→PDS) * 4. 10. 1957												MdB FrVst	MdB FrVst	1) zuvor Lederer, A.
Gysi, Gregor (PDS→PDS/LL→PDS) * 16. 1. 1948											MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	1) ab Okt. 1990
Haack, Dieter (SPD) * 9. 6. 1934						MdB	MdB PStS	MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB	MdB			1) bis Feb. 1978 2) ab Feb. 1978 3) bis Okt. 1982
Haar, Ernst (SPD) * 26. 1. 1925					MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS ²⁾	MdB	MdB	MdB			1) ab Feb. 1972 2) bis März 1979
Haase, Lothar (CDU) * 30. 8. 1923				MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB ²⁾ AVst ³⁾				1) ab April 1981 2) bis Dez. 1983 3) bis Sept. 1983
Haasler, Horst (GB/BHE→CDU/CSU) * 3. 3. 1905 † 20. 5. 1969		MdB FrVst ¹⁾												1) bis März 1955

Häfele, Hansjörg (CDU) * 6. 3. 1932					MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS ³⁾			1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) bis April 1989
Haehser, Karl (SPD) * 31. 3. 1928					MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS ²⁾	MdB				1) ab April 1974 2) bis Okt. 1982
Hämmerle, Gerlinde (SPD) * 5. 6. 1940											MdB	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾		1) bis Juli 1994
Hamm, Ludwig (FDP) * 6. 12. 1921					MdB AVst	MdB ¹⁾								1) bis Mai 1966
Hamm-Brücher, Hildegard (FDP) * 11. 5. 1921								MdB PStS	MdB PStS ¹⁾	MdB	MdB			1) bis Sept. 1982
Hammer, Richard (FDP) * 7. 2. 1897 † 3. 10. 1969	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst												1) ab Dez. 1949
Hanewinkel, Christel (SPD) * 6. 4. 1947												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Dez. 1991
Haschke, Gottfried (CDU) * 25. 3. 1935											MdB ¹⁾	MdB PStS ²⁾	MdB	1) ab Okt. 1990 2) bis Jan. 1993
Hasemann, Walther (FDP) * 18. 10. 1900 † 20. 11. 1976	MdB AVst ¹⁾													1) von März 1950 bis Juni 1952
Hassel, Kai-Uwe von (CDU) * 21. 4. 1913 † 8. 5. 1997		MdB ¹⁾			BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾ BTPräs ⁴⁾	MdB BTPräs	MdB VPräs	MdB					1) bis Nov. 1954 2) ab Jan. 1963 3) bis Feb. 1969 4) ab Feb. 1969

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP								
Hasselfeldt, Gerda (CSU) * 7. 7. 1950											MdB ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB FrVst ⁴⁾	1) ab März 1987 2) ab April 1989 3) bis Mai 1992 4) ab Nov. 1995
Hauchler, Ingomar (SPD) * 15. 3. 1938										MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	1) ab Dez. 1991 2) bis April 1996
Hauck, Rudolf (SPD) * 20. 4. 1924					MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB				
Hauff, Volker (SPD) * 9. 8. 1940						MdB	MdB PStS	MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB FrVst FrVst	MdB ⁴⁾ FrVst ⁵⁾ FrVst ⁵⁾			1) bis Feb. 1978 2) ab Feb. 1978 3) bis Okt. 1982 4) bis Juni 1989 5) bis März 1988
Haungs, Rainer (CDU) * 7. 9. 1942 † 18. 1. 1996										MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾	1) ab Feb. 1993 2) bis †
Hauser, Hansgeorg (CSU) * 20. 6. 1943												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	1) ab Feb. 1993 2) bis Nov. 1995 3) ab Nov. 1995
Hauser, Hansheinz (CDU) * 23. 6. 1922							MdB	MdB	MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst FrVst			1) ab Okt. 1982
Hauser, Hugo (CDU) * 18. 8. 1911 † 9. 6. 1980			MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB AVst							1) ab März 1960

Haussmann, Helmut (FDP) * 18. 5. 1943									MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB BMin ²⁾	MdB	MdB FrVst	1) bis Sept. 1984 2) ab Dez. 1988
Heck, Bruno (CDU) * 20. 1. 1917 † 16. 9. 1989			MdB AVst	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB	MdB								1) bis Dez. 1962 2) ab Dez. 1962 3) bis Okt. 1968
Hecker, Klaus (GRÜNE) * 22. 12. 1929											MdB ¹⁾ AVst ¹⁾				1) bis Aug. 1983
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU) * 21. 12. 1941													MdB	MdB PStS	
Heinemann, Gustav W. (SPD) * 23. 7. 1899 † 7. 7. 1976	BMin ¹⁾		MdB	MdB AVst ²⁾	MdB ³⁾ BMin ⁴⁾ BPräs ⁵⁾	BPräs	BPräs ⁶⁾								1) bis Okt. 1950 2) ab April 1965 3) bis Juni 1969 4) ab Dez. 1966 bis März 1969 5) ab Juli 1969 6) bis Juni 1974
Heinrich, Ulrich (FDP) * 11. 12. 1939												MdB	MdB	MdB FrVst	
Hellwege, Heinrich (DP) * 18. 8. 1908 † 4. 10. 1991	MdB BMin FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ BMin ³⁾													1) bis Nov. 1949 2) bis Mai 1955 3) bis Juni 1955
Hellwig, Fritz (CDU) * 3. 8. 1912		MdB AVst ¹⁾	MdB ²⁾ AVst ³⁾												1) ab Sept. 1956 2) bis Nov. 1959 3) bis Okt. 1959
Hellwig, Renate (CDU) * 19. 2. 1940										MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB AVst ²⁾	MdB	1) ab Jan. 1984 2) ab Sept. 1991
Helmrich, Herbert (CDU) * 1. 1. 1934									MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB ²⁾ AVst ²⁾		1) ab Sept. 1984 2) bis Mai 1992

Heuss, Theodor (FDP) * 31. 1. 1884 † 12. 12. 1963	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾ BPräs ²⁾	BPräs	BPräs ³⁾											1) im Sept. 1949 2) ab Sept. 1949 3) bis Sept. 1959
Heye, Hellmuth Guido Alexander (CDU) * 9. 8. 1895 † 10. 11. 1970		MdB	MdB	WehrB ¹⁾										1) ab Nov. 1961 bis Nov. 1964
Heyenn, Günther (SPD) * 13. 8. 1936							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst		
Heyne, Kristin (B 90/GRÜNE) * 25. 2. 1952													MdB FrVst	
Hickel, Erika (GRÜNE) * 14. 9. 1934										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) bis März 1985 2) ab April 1984 bis März 1985
Hilbert, Anton (CDU) * 24. 12. 1898 † 16. 2. 1986	MdB FrVst ¹⁾ AVst ²⁾	MdB	MdB	MdB	MdB									1) bis Jan. 1950 2) bis Nov. 1949
Hillerich, Imma (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 23. 5. 1954											MdB FrVst ¹⁾			1) ab März 1989 bis Jan. 1990
Hintze, Peter (CDU) * 25. 4. 1950												MdB PStS ¹⁾	MdB	1) bis Mai 1992
Hirche, Walter (FDP) * 13. 2. 1941													MdB PStS	
Hirsch, Burkhard (FDP) * 29. 5. 1930							MdB ¹⁾		MdB	MdB	MdB	MdB	MdB VPräs	1) bis Juni 1975

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Hirsch, Martin (SPD) * 6. 11. 1913 † 12. 4. 1992				MdB AVst	MdB FrVst ¹⁾ FrVst ²⁾ AVst ³⁾	MdB ⁴⁾ FrVst ⁵⁾ FrVst ⁵⁾								1) ab Dez. 1966 2) ab April 1967 3) ab Nov. 1968 bis Mai 1969 4) bis Dez. 1971 5) bis Nov. 1971
Höcherl, Hermann (CSU) * 31. 3. 1912 † 18. 5. 1989		MdB	MdB FrVst FrVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst							1) ab Sept. 1971
Höcker, Heinrich (SPD) * 15. 4. 1886 † 25. 2. 1962	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB											1) ab Okt. 1956
Höffkes, Peter Wilhelm (CSU) * 9. 4. 1927								MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾			1) ab Sept. 1988
Höhmann, Egon (SPD) * 29. 9. 1926 † 19. 1. 1979			MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB ¹⁾ PStS ¹⁾						1) bis †
Höll, Barbara (PDS/LL→PDS) * 26. 12. 1957												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Feb. 1991
Hönes, Hannegret (GRÜNE) * 16. 1. 1946										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) ab April 1985 2) ab März 1985

Höpfinger, Stefan (CSU) * 6. 9. 1925								MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS ⁴⁾			1) ab Okt. 1982 2) bis April 1984 3) ab April 1984 4) bis April 1989
Höpker-Aschoff, Hermann (FDP) * 31. 1. 1883 † 15. 1. 1954	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾													1) bis Sept. 1951
Hörken, Heinz-Adolf (CDU) * 6. 8. 1938 † 23. 2. 1996												MdB	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	1) bis †
Hörster, Joachim (CDU) * 26. 3. 1945											MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Mai 1992
Hoffacker, Paul (CDU) * 24. 11. 1930								MdB	MdB ¹⁾	MdB AVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst		1) ab Dez. 1982 2) ab April 1984
Holtz, Uwe (SPD) * 19. 3. 1944							MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst		1) ab Juni 1974
Holzappel, Friedrich (CDU) * 20. 7. 1900 † 15. 11. 1969	MdB ¹⁾ FrVst ²⁾													1) bis Jan. 1953 2) bis April 1950
Hoogen, Matthias (CDU) * 25. 6. 1904 † 13. 7. 1985	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst AVst ²⁾	MdB AVst	MdB ³⁾ AVst ⁴⁾ AVst ⁵⁾ WehrB ⁶⁾	WehrB	WehrB ⁷⁾								1) ab Nov. 1951 bis Juni 1952 2) ab März 1955 bis Juni 1957 3) bis Dez. 1964 4) bis Dez. 1964 5) ab März 1962 bis Aug. 1962 6) ab Dez. 1964 7) bis März 1970

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP							
Hoppe, Hans-Günter (FDP) * 9. 11. 1922							MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst FrVst			1) ab Sept. 1975
Horn, Peter (CDU) * 15. 4. 1891 † 26. 6. 1967	MdB ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB										1) ab Juni 1950
Hornhues, Karl-Heinz (CDU) * 10. 6. 1939							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB AVst	1) ab Okt. 1989
Hornung, Siegfried (CDU) * 8. 7. 1938										MdB	MdB ¹⁾	MdB AVst	MdB	1) ab Feb. 1990
Hoss, Willi (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 27. 4. 1929										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾			1) bis April 1985 2) ab Sept. 1986 3) ab Jan. 1990
Hoyer, Werner (FDP) * 17. 11. 1951											MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB PStS	1) ab Okt. 1989 2) bis Juni 1993
Huber, Antje (SPD) * 23. 5. 1924						MdB	MdB	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾	MdB				1) bis April 1982
Hubert, Elinor (SPD) * 11. 5. 1900 † 25. 1. 1973	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst									
Hübner, Heinz (FDP) * 9. 5. 1952												MdB ¹⁾ FrVst ²⁾		1) bis Mai 1992 2) ab Dez. 1991 bis Mai 1992

Hürland[-Büning], Agnes (CDU) * 17. 5. 1926							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB PStS			1) ab Okt. 1982
Hüsch, Heinz Günther (CDU) * 13. 6. 1929								MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB			1) ab Jan. 1986
Hüser, Uwe (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 21. 8. 1958											MdB FrVst ¹⁾			1) ab Jan. 1989
Huonker, Gunter (SPD) * 24. 2. 1937							MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾	MdB	MdB	MdB		1) ab Dez. 1979 2) bis Okt. 1982
Hupka, Herbert (SPD→CDU) * 15. 8. 1915						MdB FrVst	MdB	MdB	MdB	MdB				
Hustedt, Michael (B 90/GRÜNE) * 15. 10. 1958													MdB FrVst ¹⁾	1) bis Okt. 1995
Imig, Heinrich (SPD) * 23. 7. 1893 † 24. 2. 1956	MdB AVst ¹⁾													1) ab Juli 1950 bis Sept. 1950
Imle, Wolfgang (FDP) * 23. 3. 1909			MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB ³⁾									1) ab Juni 1960 2) ab Jan. 1963 3) ab Juni 1967
Irmer, Ulrich (FDP) * 19. 1. 1939											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	

Hinweis

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Jacobi, Maria (CDU) * 6. 4. 1906 † 16. 9. 1994				MdB	MdB AVst	MdB AVst								
Jacobi, Werner (SPD) * 18. 1. 1907 † 5. 3. 1970	MdB	MdB AVst	MdB	MdB	MdB	MdB ¹⁾								1) bis †
Jaeger, Richard (CSU) * 16. 2. 1913	MdB	MdB VPräs AVst	MdB VPräs AVst	MdB VPräs AVst	MdB VPräs ¹⁾ BMin ²⁾	MdB VPräs	MdB VPräs	MdB						1) im Okt. 1965 u. ab Mai 1967 2) bis Dez. 1966
Jagoda, Bernhard (CDU) * 29. 7. 1940									MdB	MdB FrVst ¹⁾		MdB ²⁾		1) ab Okt. 1985 2) bis Feb. 1993
Jahn, Friedrich-Adolf (CDU) * 7. 5. 1935							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB AVst ³⁾ FrVst ⁴⁾		1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) bis Feb. 1992 4) ab Jan. 1992
Jahn, Gerhard (SPD) * 10. 9. 1927			MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB BMin	MdB BMin ⁴⁾ AVst ⁵⁾ FrVst ⁶⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst AVst ⁷⁾	MdB FrVst			1) ab Nov. 1960 2) bis April 1967 3) ab April 1967 4) bis Mai 1974 5) ab Juni 1974 bis Mai 1975 6) ab Dez. 1974 7) ab Okt. 1985
Jenninger, Philipp (CDU) * 10. 6. 1932						MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS ⁴⁾ BTPräs ⁵⁾	MdB BTPräs ⁶⁾			1) ab Sept. 1973 2) bis Okt. 1982 3) ab Okt. 1982 4) bis Nov. 1984 5) ab Nov. 1984 6) bis Nov. 1988

Jens, Uwe (SPD) * 2. 10. 1935							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	1) ab Mai 1993 2) bis Sept. 1995
Jentsch, Hans-Joachim (CDU) * 20. 9. 1937								MdB	MdB ¹⁾ AVst ²⁾					1) bis Sept. 1982 2) ab Okt. 1981 bis Sept. 1982
Jobst, Dionys (CSU) * 5. 9. 1927						MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst	1) ab Sept. 1988
Jung, Kurt (FDP) * 15. 2. 1925 † 23. 4. 1989					MdB ¹⁾	MdB	MdB PStS	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾ PStS ⁴⁾					1) ab Mai 1966 2) bis Feb. 1979 3) bis Okt. 1982 4) ab Okt. 1982
Junghans, Hans-Jürgen (SPD) * 27. 1. 1922			MdB	MdB	MdB AVst	MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB				1) bis Juni 1972
Kaiser, Jakob (CDU) * 8. 2. 1888 † 7. 5. 1961	MdB BMin	MdB BMin												
Kalinke, Margot (DP→CDU) * 23. 4. 1909 † 25. 11. 1981	MdB	MdB ¹⁾ AVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾	MdB	MdB	MdB								1) ab Juni 1955 2) ab Sept. 1955 3) bis Juli 1960
Kansy, Dietmar (CDU) * 18. 7. 1938									MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	1) ab Okt. 1982
Kanther, Manfred (CDU) * 26. 5. 1939												BMin ¹⁾	MdB BMin	1) ab Juli 1993
Karwatzki, Irmgard (CDU) * 15. 12. 1940								MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS ²⁾	MdB	MdB PStS	1) ab Okt. 1982 2) bis April 1989
Kastner, Susanne (SPD) * 11. 12. 1946											MdB ¹⁾	MdB	MdB FrVst	1) ab Mai 1989

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Kather, Linus (CDU→GB/BHE) * 22. 9. 1893 † 10. 3. 1983	MdB AVst	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾												1) bis Juli 1954 2) ab Juli 1954 bis Sept. 1955
Katzer, Hans (CDU) * 31. 1. 1919 † 18. 7. 1996			MdB	MdB AVst	MdB BMin	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst						
Keller, Dietmar (PDS→PDS/LL) * 17. 3. 1942											MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾		1) ab Okt. 1990 2) ab Feb. 1991 bis Aug. 1991
Kelly, Petra (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 29. 11. 1947 † 1. 10. 1992										MdB FrVst ¹⁾	MdB			1) bis April 1984
Kemmer, Emil (CSU) * 31. 3. 1914 † 26. 11. 1965	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst	MdB ²⁾										1) ab Juni 1952 2) bis Okt. 1964
Kemper, Heinrich (CDU) * 25. 2. 1888 † 23. 8. 1962	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst												1) ab März 1952
Kiechle, Ignaz (CSU) * 23. 2. 1930						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾		1) bis Jan. 1993
Kienbaum, Gerhard (FDP) * 12. 10. 1919						MdB ¹⁾ AVst ¹⁾								1) bis Mai 1972

Kiep, Walther Leisler (CDU) * 5. 1. 1926					MdB AVst	MdB	MdB ¹⁾		MdB ²⁾ FrVst ²⁾					1) bis Feb. 1976 2) bis April 1982
Kiesinger, Kurt Georg (CDU) * 6. 4. 1904 † 9. 3. 1988	MdB AVst	MdB FrVst AVst ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾ AVst ³⁾		BK ⁴⁾	MdB	MdB	MdB						1) ab Dez. 1954 2) bis Feb. 1959 3) bis Jan. 1959 4) ab Dez. 1966
Kihn, Karl Alfred (CSU) * 20. 10. 1887 † 10. 5. 1976		MdB FrVst												
Kinkel, Klaus (FDP) * 17. 12. 1936												BMin	MdB BMin	
Kirschner, Klaus (SPD) * 4. 11. 1941							MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst		1) ab Juli 1987 bis Sept. 1990 2) ab Dez. 1991
Kirst, Victor (FDP) * 21. 9. 1925 † 29. 5. 1997					MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst								1) ab Jan. 1971
Kittelmann, Peter (CDU) * 17. 7. 1936							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst			
Klabunde, Erich (SPD) * 20. 2. 1907 † 21. 11. 1950	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾													1) bis †
Klein, Hans (CSU) * 11. 7. 1931 † 26. 11. 1996							MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB BMin ²⁾	MdB VPräs	MdB ³⁾ VPräs ³⁾		1) ab Okt. 1982 2) bis Dez. 1990 3) bis †
Klein, Hans Hugo (CDU) * 5. 8. 1936						MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB ²⁾ PStS ³⁾					1) ab Okt. 1982 2) bis Dez. 1983 3) bis Nov. 1983

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Kleindinst, Josef Ferdinand (CSU) * 20. 10. 1881 † 8. 9. 1962	MdB AVst ¹⁾ AVst ²⁾	MdB AVst AVst												1) ab Nov. 1950 2) ab März 1953
Kleinert, Detlef (FDP) * 26. 7. 1932						MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Kleinert, Hubert (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 19. 4. 1954										MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾			1) bis Jan. 1986 2) bis Jan. 1989
Klinge, Friedrich (DP) * 13. 1. 1883 † 21. 12. 1949	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾													1) bis †
Klinkert, Ulrich (CDU) * 23. 5. 1955											MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS	1) ab Okt. 1990 2) bis Feb. 1994 3) ab April 1994
Klötzer, Otto (GB/BHE) * 2. 7. 1914 † 22. 5. 1976		MdB FrVst ¹⁾												1) ab Sept. 1955
Klose, Hans-Ulrich (SPD) * 14. 6. 1937										MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB VPräs	1) ab Nov. 1991
Knake-Werner, Heidi (PDS) * 5. 3. 1943													MdB FrVst FrVst	

Köhler, Erich (CDU) * 27. 6. 1892 † 23. 10. 1958	MdB BTPräs ¹⁾	MdB												1) bis Okt. 1950
Köhler, Volkmar (CDU) * 20. 5. 1930							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS ³⁾	MdB		1) ab Juni 1981 2) ab Okt. 1982 3) bis April 1989
Köppe, Ingrid (B 90/GRÜNE) * 6. 3. 1958												MdB FrVst		
Köppler, Heinrich (CDU) * 26. 11. 1925 † 20. 4. 1980					MdB PStS ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾								1) ab April 1968 2) bis Aug. 1970
Körper, Fritz Rudolf (SPD) * 14. 11. 1954												MdB	MdB FrVst	
Kohl, Helmut (CDU) * 3. 4. 1930								MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ BK ²⁾	MdB BK	MdB BK	MdB BK	MdB BK	1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982
Kolb, Heinrich Leonhard (FDP) * 8. 1. 1956												MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	1) ab Sept. 1992
Kolbow, Walter (SPD) * 27. 4. 1944									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Dez. 1991
Kopf, Hermann (CDU) * 29. 5. 1901 † 5. 5. 1991	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst									1) ab Mai 1960
Korspeter, Lisa (SPD) * 31. 1. 1900 † 8. 10. 1992	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾									1) ab Juni 1969

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Koschyk, Hartmut (CSU) * 16. 4. 1959												MdB FrVst	MdB FrVst	
Kraft, Waldemar (GB/BHE→CDU) * 19. 2. 1898 † 12. 7. 1977		MdB BMin ¹⁾	MdB AVst ²⁾											1) bis Nov. 1956 2) ab Juni 1960
Kraske, Konrad (CDU) * 5. 6. 1926					MdB	MdB AVst	MdB	MdB						
Kraus, Rudolf (CSU) * 27. 2. 1941								MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS	1) ab April 1989 2) bis Mai 1992 3) ab Mai 1992
Krause, Günther (CDU) * 13. 9. 1953											MdB ¹⁾ BMin ¹⁾	MdB BMin ²⁾		1) ab Okt. 1990 2) bis Mai 1993
Kreile, Reinhold (CSU) * 1. 12. 1929						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ¹⁾			1) ab Juli 1988 bis Feb. 1990
Kreutzmann, Heinz (SPD-Gast→SPD) * 23. 9. 1919					MdB	MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾ AVst ³⁾					1) ab Feb. 1979 2) bis April 1982 3) ab Juni 1982
Kriedemann, Herbert (SPD) * 1. 3. 1903 † 20. 1. 1977	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst ²⁾	MdB	MdB	MdB	MdB								1) ab März 1950 bis Nov. 1950 2) ab Mai 1956 bis Mai 1957
Kriedner, Arnulf (CDU) * 16. 5. 1938												MdB AVst ¹⁾	MdB	1) ab Jan. 1993

Krzsan, Julius H. (GRÜNE) * 10. 5. 1937										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) bis März 1985 2) ab Okt. 1983 bis April 1984
Kroll-Schlüter, Hermann (CDU) * 1. 3. 1939							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB			
Krone, Heinrich (CDU) * 1. 12. 1895 † 15. 8. 1989	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin ²⁾									1) ab Dez. 1951 2) bis Dez. 1966
Kronenberg, Friedrich (CDU) * 16. 2. 1933										MdB	MdB AVst ¹⁾			1) ab Sept. 1989 bis Sept. 1990
Krüger, Hans (CDU) * 6. 7. 1902 † 3. 11. 1971			MdB	MdB BMin ¹⁾										1) ab Okt. 1963 bis Feb. 1964
Krüger, Paul (CDU) * 7. 3. 1950											MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ BMin ³⁾	MdB FrVst	1) ab Okt. 1990 2) bis Mai 1993 3) ab Mai 1993
Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von (FDP→CDU) * 17. 10. 1916 † 19. 1. 1977			MdB ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ³⁾	MdB							1) ab Aug. 1960 2) bis Mai 1972 3) bis Dez. 1971
Kühn, Walther (FDP) * 27. 12. 1892 † 4. 12. 1962	MdB FrVst	MdB	MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ²⁾										1) bis † 2) bis Jan. 1962
Küster, Uwe (SPD) * 14. 7. 1945												MdB FrVst	MdB FrVst	

Lahnstein, Manfred (SPD) * 20. 12. 1937									BMin ¹⁾	MdB ²⁾				1) ab April 1982 bis Okt. 1982 2) bis Aug. 1983
Lambsdorff, Otto Graf (FDP) * 20. 12. 1926							MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB BMin ⁴⁾ FrVst ⁵⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ⁶⁾	1) bis Okt. 1977 2) ab Okt. 1977 3) bis Sept. 1982 u. ab Okt. 1982 4) bis Juni 1984 5) ab Sept. 1984 6) bis Jan. 1997
Lamers, Karl (CDU) * 11. 11. 1935									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Lammert, Norbert (CDU) * 16. 11. 1948									MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS	1) ab April 1989
Lange, Erwin (SPD) * 10. 5. 1914 † 30. 10. 1991	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB	MdB	MdB						
Langner, Manfred (CDU) * 28. 6. 1941								MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst			1) ab Mai 1983 bis März 1986
Laufs, Paul (CDU) * 22. 6. 1938								MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS	1) ab Nov. 1983 2) bis Dez. 1991 3) ab Dez. 1991
Lauritzen, Lauritz (SPD) * 20. 1. 1910 † 5. 6. 1980					BMin ¹⁾	MdB BMin BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB ⁴⁾						1) ab Dez. 1966 2) ab Juli 1972 3) bis Mai 1974 4) bis †
Leber, Georg (SPD) * 7. 10. 1920			MdB	MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ²⁾ VPräs ³⁾	MdB VPräs					1) ab Okt. 1966 2) bis Feb. 1978 3) ab Sept. 1979
Leddin, Bruno (SPD) * 17. 2. 1898 † 25. 3. 1951	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾													1) bis †

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Lederer, Andrea ¹⁾ (PDS/LL→PDS)														1) siehe Gysi, Andrea
Lehr, Robert (CDU) * 20. 8. 1883 † 13. 10. 1956	MdB BMin ¹⁾													1) ab Okt. 1950
Lehr, Ursula [Maria] (CDU) * 5. 6. 1930											BMin ¹⁾	MdB		1) ab Dez. 1988
Leicht, Albert (CDU) * 1. 3. 1922 † 2. 10. 1994			MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst	MdB ²⁾ AVst ²⁾						1) ab April 1967 2) bis Okt. 1977
Lemmer, Ernst (CDU) * 28. 4. 1898 † 18. 8. 1970	MdB ¹⁾	MdB BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin ³⁾ FrVst ⁴⁾	MdB	MdB ⁵⁾								1) ab Feb. 1952 2) ab Nov. 1956 3) bis Dez. 1962 u. ab Feb. 1964 4) von Feb. 1963 bis Feb. 1964 5) bis †
Lemrich, Karl Heinz (CSU) * 28. 9. 1926				MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾			1) bis Juli 1988
Lenders, Helmut (SPD) * 13. 8. 1922					MdB	MdB	MdB FrVst	MdB						
Lengsfeld, Vera ¹⁾ (GRÜNE/B 90→B 90/ GRÜNE→CDU/CSU) * 4. 5. 1952											MdB ²⁾	MdB FrVst ³⁾	MdB	1) zuvor Wollen- berger, V. 2) ab Okt. 1990 3) bis Jan. 1992

Lenz, Carl Otto (CDU) * 5. 6. 1930					MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB	MdB ¹⁾ AVst ²⁾				1) bis Jan. 1984 2) ab Okt. 1983 bis Jan. 1984
Lenz, Hans (FDP) * 12. 7. 1907 † 28. 8. 1968		MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB BMin	MdB ²⁾									1) ab Jan. 1957 2) bis Okt. 1967
Lenzer, Christian (CDU) * 19. 2. 1933						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	1) ab Okt. 1982
Leussink, Hans (parteilos) * 2. 2. 1912						BMin ¹⁾								1) bis März 1972
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (FDP) * 26. 7. 1951												MdB BMin ¹⁾	MdB BMin ²⁾	1) ab Mai 1992 2) bis Jan. 1996
Liedtke, Karl (SPD) * 10. 3. 1925					MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst				
Linde, Jürgen (SPD) * 7. 2. 1935								MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB ²⁾				1) ab Jan. 1981 2) bis Nov. 1983
Lindrath, Hermann (CDU) * 29. 6. 1896 † 27. 2. 1960		MdB	MdB ¹⁾ BMin ¹⁾											1) bis †
Link, Walter (CDU) * 21. 7. 1937										MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst ²⁾	1) ab März 1993 2) ab Juni 1995
Linnert, Fritz (FDP) * 28. 1. 1885 † 27. 10. 1949	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾													1) bis †
Linsmeier, Josef (CSU) * 17. 9. 1944									MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB			1) ab Okt. 1982

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Lintner, Eduard (CSU) * 4. 11. 1944								MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS	
Lippelt, Helmut (GRÜNE→ GRÜNE/B 90→ B 90/GRÜNE) * 24. 3. 1932											MdB FrVst ¹⁾		MdB FrVst	¹⁾ ab Jan. 1988 bis Jan. 1990
Lippold, Klaus W. (CDU) * 14. 2. 1943										MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst	¹⁾ ab Juni 1991 ²⁾ ab März 1994
Lischewski, Manfred (CDU) * 2. 9. 1940												MdB	MdB AVst	
Löffler, Lothar (SPD) * 11. 8. 1929						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB				¹⁾ ab Nov. 1981
Logemann, Fritz (DP→FDP) * 9. 6. 1907 † 24. 9. 1993			MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS							¹⁾ ab März 1968
Lohmann, Klaus (SPD) * 17. 3. 1936										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	
Lohmann, Wolfgang (CDU) * 29. 5. 1935										MdB	MdB ¹⁾	MdB	MdB FrVst	¹⁾ ab Nov. 1990

Lohmar, Ulrich (SPD) * 30. 4. 1928 † 28. 11. 1991			MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst							
Lorenz, Peter (CDU) * 22. 12. 1922 † 6. 12. 1987								MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS	MdB ⁴⁾			1) bis Feb. 1977 2) bis Okt. 1982 3) ab Okt. 1983 4) bis †
Loritz, Alfred (WAV → frtl.) * 24. 4. 1902 † 14. 4. 1979	MdB FrVst ¹⁾													1) bis Okt. 1951
Louven, Julius (CDU) * 18. 2. 1933									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Lübke, Heinrich (CDU) * 14. 10. 1894 † 6. 4. 1972	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾	MdB BMin	MdB ²⁾ BMin ²⁾ BPräs ³⁾	BPräs	BPräs ⁴⁾									1) bis Sept. 1950 2) bis Sept. 1959 3) ab Sept. 1959 4) bis Juni 1969
Lücke, Paul (CDU) * 13. 11. 1914 † 10. 8. 1976	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ²⁾	MdB								1) ab März 1950 2) bis April 1968
Lühr, Uwe-Bernd (FDP) * 17. 3. 1949												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Jan. 1991 bis Dez. 1991 u. ab Juni 1993
Luft, Christa (PDS) * 22. 2. 1938													MdB FrVst FrVst	
Lukaschek, Hans (CDU) * 22. 5. 1885 † 26. 1. 1960	BMin													
Männle, Ursula (CSU) * 7. 1. 1944								MdB ¹⁾	MdB ²⁾	MdB FrVst ³⁾	MdB FrVst	MdB FrVst FrVst AVst ⁴⁾		1) ab Okt. 1979 2) ab März 1983 3) ab Jan. 1986 4) ab Okt. 1991

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Mahne, Erhard (FDP) * 29. 9. 1931							MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾					1) ab März 1979 2) bis Okt. 1982
Maier, Friedrich (SPD) * 29. 12. 1894 † 14. 12. 1960	MdB AVst AVst ¹⁾	MdB FrVst AVst	MdB ²⁾ FrVst ²⁾ AVst ²⁾											1) ab März 1953 2) bis †
Maihofer, Werner (FDP) * 20. 10. 1918							MdB BMin	MdB BMin ¹⁾						1) bis Juni 1978
Maizière, Lothar de (CDU) * 2. 3. 1940											MdB ¹⁾ BMin ²⁾	MdB ³⁾		1) ab Okt. 1990 2) ab Okt. 1990 bis Dez. 1990 3) bis Okt. 1991
Majonica, Ernst (CDU) * 29. 10. 1920 † 21. 7. 1997	MdB ¹⁾	MdB	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB								1) ab Nov. 1950 2) ab Stand 1960
Manteuffel, Hasso von (FDP→FVP) * 14. 1. 1897 † 24. 9. 1978		MdB FrVst ¹⁾												1) ab Feb. 1956
Margulies, Robert (FDP) * 29. 9. 1908 † 31. 12. 1974	MdB	MdB	MdB	MdB ¹⁾ AVst ²⁾										1) bis Aug. 1964 2) bis Juni 1962
Marienfeld, Claire (CDU) * 21. 4. 1940												MdB	MdB ¹⁾ WehrB ²⁾	1) bis April 1995 2) ab April 1995

Marschewski, Erwin (CDU) * 31. 3. 1940										MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Jan. 1992
Martin, Berthold (CDU) * 23. 6. 1913 † 12. 11. 1973			MdB	MdB AVst	MdB FrVst	MdB FrVst AVst ¹⁾	MdB ²⁾ AVst ²⁾							1) ab März 1971 2) bis †
Marx, Werner (CDU) * 15. 11. 1924 † 12. 7. 1985					MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾				1) bis †
Mascher, Ulrike (SPD) * 24. 10. 1938												MdB	MdB AVst	
Matthäus-Maier, Ingrid (FDP→frtl.→SPD) * 9. 9. 1945								MdB AVst ¹⁾	MdB ³⁾ AVst ²⁾	MdB	MdB AVst ⁴⁾ FrVst ⁵⁾ FrVst ⁵⁾	MdB FrVst FrVst ⁶⁾	MdB FrVst	1) ab Nov. 1979 2) bis Okt. 1982 3) bis Dez. 1982 4) ab Jan. 1988 bis Okt. 1988 5) ab Sept. 1988 6) bis Dez. 1991
Matthes, Heinz (DP→frtl.) * 13. 4. 1897 † 2. 7. 1976	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾											1) ab März 1953 2) bis Juli 1960
Matthöfer, Hans (SPD) * 25. 9. 1925				MdB	MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin ³⁾	MdB				1) bis Mai 1974 2) ab Mai 1974 3) bis Okt. 1982
Mattick, Kurt (SPD) * 27. 6. 1908 † 6. 1. 1986		MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst						
Mauk, Adolf (FDP) * 8. 5. 1906 † 24. 1. 1983	MdB ¹⁾	MdB	MdB FrVst	MdB	MdB									1) ab April 1952

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Mayer, Ernst (FDP) * 8. 6. 1901 † 18. 12. 1952	MdB ¹⁾ FrVst ²⁾													1) bis † 2) ab Mai 1952 bis †
Meinecke, Rolf (SPD) * 4. 12. 1917 † 28. 3. 1984					MdB	MdB	MdB	MdB AVst						
Mellies, Wilhelm (SPD) * 5. 9. 1899 † 19. 5. 1958	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB ²⁾											1) bis Okt. 1952 2) bis †
Memmel, Linus (CSU) * 24. 7. 1914			MdB	MdB AVst	MdB	MdB	MdB							
Mende, Erich (FDP→CDU) * 28. 10. 1916	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB	MdB	MdB						1) bis Okt. 1963 2) ab Okt. 1963 3) bis Okt. 1966
Menne, W. Alexander (FDP) * 20. 6. 1904 † 13. 3. 1993				MdB	MdB AVst	MdB ¹⁾								1) ab Mai 1972
Menzel, Bruno (FDP) * 25. 2. 1932 † 14. 9. 1996												MdB FrVst		
Menzel, Walter (SPD) * 13. 9. 1901 † 24. 9. 1963	MdB AVst ¹⁾ AVst ²⁾ FrVst ³⁾	MdB FrVst AVst	MdB FrVst	MdB ⁴⁾										1) ab Feb. 1951 2) ab Nov. 1951 bis April 1953 3) ab Okt. 1952 4) bis †

Merkatz, Hans-Joachim von (DP→frtl.→CDU) * 7. 7. 1905 † 25. 2. 1982	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾ BMin ³⁾	MdB BMin BMin ⁴⁾	MdB BMin ⁵⁾	MdB AVst ⁶⁾									1) bis Sept. 1955 2) ab Juni 1955 3) ab Okt. 1956 4) ab Okt. 1960 5) bis Dez. 1962 6) ab April 1967
Merkel, Angela (CDU) * 17. 7. 1954												MdB BMin	MdB BMin	
Mertes, Alois (CDU) * 29. 10. 1921 † 16. 6. 1985						MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB ³⁾ PStS ³⁾					1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) bis †
Mertes, Werner (FDP) * 21. 11. 1919 † 6. 4. 1985				MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst							1) ab Nov. 1964
Metzger, Günther (SPD) * 23. 1. 1933						MdB	MdB FrVst							
Meyer, Heinz (SPD) * 6. 1. 1897 † 14. 10. 1959	MdB AVst ¹⁾													1) ab Jan. 1951
Michalk, Maria (CDU) * 6. 12. 1949											MdB ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾		1) ab Okt. 1990 2) ab Feb. 1991
Mick, Josef (CDU) * 2. 2. 1914 † 24. 7. 1978			MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB							
Miessner, Herwart (DRP/NR→FDP) * 19. 2. 1911	MdB	MdB	MdB ¹⁾	MdB	MdB AVst									1) ab Mai 1959
Mikat, Paul (CDU) * 10. 12. 1924						MdB	MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst				1) ab Feb. 1973 bis Sept. 1973

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Miltner, Karl (CDU) * 16. 7. 1929						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ²⁾			1) ab Okt. 1982 2) bis Mai 1988
Mischnick, Wolfgang (FDP) * 29. 9. 1921			MdB FrVst ¹⁾	MdB BMin ²⁾ FrVst ³⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB		1) ab Nov. 1959 2) bis Okt. 1963 3) ab Nov. 1963
Mocker, Karl (GB/BHE) * 22. 11. 1905 † 17. 7. 1996		MdB FrVst ¹⁾												1) bis April 1956
Modrow, Hans (PDS→PDS/LL) * 27. 1. 1928											MdB ¹⁾	MdB FrVst		1) ab Okt. 1990
Möllemann, Jürgen W. (FDP) * 15. 7. 1945							MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS	MdB BMin	MdB BMin ⁴⁾	MdB	1) ab Juni 1979 2) bis Okt. 1982 3) ab Okt. 1982 4) bis Jan. 1993
Möller, Alex (SPD) * 26. 4. 1903 † 2. 10. 1985				MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst FrVst	MdB BMin ²⁾ FrVst ³⁾	MdB FrVst FrVst							1) ab April 1964 2) bis Mai 1971 3) ab Juni 1972
Möller, Franz (CDU) * 2. 11. 1930								MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst	MdB FrVst		1) ab Okt. 1982
Moersch, Karl (FDP) * 11. 3. 1926				MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB PStS ³⁾	MdB PStS							1) ab Sept. 1964 2) ab Jan. 1968 3) ab Juli 1970
Mommer, Karl (SPD) * 13. 3. 1910 † 3. 9. 1990	MdB AVst	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ VPräs ²⁾									1) bis Dez. 1966 2) ab Dez. 1966

Mosdorf, Siegmар (SPD) * 29. 1. 1952												MdB	MdB AVst ¹⁾	1) ab Jan. 1996
Mühlenfeld, Hans (DP) * 11. 9. 1901 † 14. 10. 1969	MdB ¹⁾ FrVst ²⁾													1) bis Mai 1953 2) bis März 1953
Müller, Adolf (CDU) * 13. 5. 1916				MdB	MdB AVst	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst				
Müller, Elmar (CDU) * 21. 5. 1942												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Sept. 1993
Müller, Karl (CDU) * 29. 7. 1884 † 18. 4. 1964	MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst												1) ab Okt. 1950
Müller, Kerstin (B 90/GRÜNE) * 13. 11. 1963													MdB FrVst	
Müller, Manfred (PDS) * 27. 2. 1943													MdB FrVst ¹⁾	1) bis Aug. 1995
Müller, Michael (SPD) * 10. 7. 1948										MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst	1) ab Feb. 1992 bis Okt. 1992 2) ab Sept. 1992
Müller, Rudolf (SPD) * 26. 11. 1932							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB		
Müller-Emmert, Adolf (SPD) * 1. 3. 1922				MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB	MdB AVst	MdB				
Müller-Hermann, Ernst (CDU) * 30. 9. 1915 † 19. 7. 1994	MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB						1) ab Jan. 1952 2) ab Juni 1967

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Müntefering, Franz (SPD) * 16. 1. 1940							MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB ²⁾ FrVst ²⁾		1) ab Juni 1975 2) bis Dez. 1992
Naegel, Wilhelm (CDU) * 3. 8. 1904 † 24. 5. 1956	MdB AVst ¹⁾	MdB ²⁾ AVst ²⁾												1) ab Okt. 1952 2) bis †
Narjes, Karl-Heinz (CDU) * 30. 1. 1924							MdB AVst	MdB	MdB ¹⁾					1) bis Jan. 1981
Nelle, Engelbert (CDU) * 9. 6. 1933									MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst	
Neuburger, August (CDU) * 22. 12. 1902	MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB AVst											1) bis Nov. 1949
Neuhäuser, Rosel (PDS) * 6. 4. 1949													MdB FrVst ¹⁾	1) ab Sept. 1996
Neumann, Bernd (CDU) * 6. 1. 1942											MdB	MdB PStS	MdB PStS	
Neumann, Volker (SPD) * 10. 9. 1942								MdB ¹⁾	MdB	MdB ²⁾		MdB	MdB AVst ³⁾	1) ab Juni 1978 2) ab Nov. 1983 3) ab Sept. 1995
Neumayer, Fritz (FDP→FVP) * 29. 7. 1884 † 12. 4. 1973	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin ²⁾												1) ab Juli 1952 2) bis Okt. 1956

Nickels, Christa (GRÜNE → B 90/GRÜNE) * 29. 7. 1952										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB		MdB AVst	1) bis März 1985 2) ab April 1984 bis März 1985
Niederalt, Alois (CSU) * 10. 4. 1911		MdB	MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin ²⁾									1) ab Dez. 1962 2) bis Dez. 1966
Niehuis, Edith (SPD) * 2. 8. 1950											MdB	MdB AVst	MdB AVst	
Niggemeyer, Maria (CDU) * 18. 5. 1888 † 27. 9. 1968	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB											1) ab Feb. 1953
Niklas, Wilhelm (CSU) * 24. 9. 1887 † 12. 4. 1957	MdB ¹⁾ BMin													1) ab Mai 1951
Nitsch, Johannes (CDU) * 24. 3. 1937											MdB ¹⁾	MdB FrVst	MdB PStS	1) ab Okt. 1990
Nolte, Claudia (CDU) * 7. 2. 1966											MdB ¹⁾	MdB FrVst	MdB BMin	1) ab Okt. 1990
Oberländer, Theodor (GB/BHE→CDU) * 1. 5. 1905		MdB BMin	MdB BMin ¹⁾	MdB										1) bis Mai 1960
Odendahl, Doris (SPD) * 30. 6. 1933										MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB AVst ²⁾	1) ab Dez. 1991 2) ab Juni 1996
Odenthal, Willy (SPD) * 24. 7. 1896 † 12. 1. 1962	MdB ¹⁾	MdB FrVst	MdB											1) ab Sept. 1951
Oesterle-Schwerin, Jutta (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 25. 2. 1941											MdB FrVst ¹⁾			1) ab Jan. 1989 bis Jan. 1990

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Özdemir, Cem (B 90/GRÜNE) * 21. 12. 1965													MdB FrVst ¹⁾	1) bis April 1995
Offergeld, Rainer (SPD) * 26. 12. 1937						MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾	MdB PStS ³⁾ BMin ⁴⁾	MdB BMin ⁵⁾	MdB ⁶⁾				1) ab März 1972 2) ab Jan. 1975 3) bis Feb. 1978 4) ab Feb. 1978 5) bis Okt. 1982 6) bis Juni 1984
Olderog, Rolf (CDU) * 29. 12. 1937									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Ollenhauer, Erich (SPD) * 27. 3. 1901 † 14. 12. 1963	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾										1) bis †
Ollesch, Alfred (FDP) * 20. 11. 1915 † 16. 4. 1978				MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾						1) bis †
Olms, Ellen (GRÜNE) * 17. 4. 1950											MdB ¹⁾ FrVst ²⁾			1) bis Feb. 1989 2) ab Jan. 1988 bis Jan. 1989
Ortleb, Rainer (FDP) * 5. 6. 1944											MdB ¹⁾ BMin ¹⁾	MdB BMin ²⁾	MdB	1) ab Okt. 1990 2) bis Feb. 1994
Ost, Friedhelm (CDU) * 15. 6. 1942												MdB AVst	MdB AVst	

Oswald, Eduard (CSU) * 6. 9. 1947											MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Mai 1992
Pannenbecker, Otto (Z→FU) * 4. 3. 1879 † 19. 5. 1956	MdB FrVst ¹⁾													1) ab Dez. 1951
Paterna, Peter (SPD) * 22. 12. 1937							MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst			
Penner, Willfried (SPD) * 25. 5. 1936							MdB	MdB FrVst	MdB PStS ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ FrVst ²⁾ AVst ³⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ⁴⁾ FrVst ⁴⁾ FrVst ⁵⁾	MdB AVst ⁶⁾	1) bis Okt. 1982 2) ab Juni 1985 3) ab Dez. 1986 4) bis Dez. 1991 5) ab März 1992 6) ab Jan. 1995
Peter, Horst (SPD) * 16. 2. 1937									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾		1) ab Dez. 1991
Petersen, Helmut (GB/BHE) * 18. 9. 1903 † 26. 7. 1982		MdB FrVst AVst												
Pfeffermann, Gerhard O. (CDU) * 17. 6. 1936							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ²⁾		1) ab Okt. 1982 2) bis Sept. 1993
Pfeifer, Anton (CDU) * 21. 3. 1937						MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982
Pfennig, Gero (CDU) * 11. 2. 1945								MdB ¹⁾		MdB ²⁾	MdB AVst	MdB AVst	MdB FrVst	1) ab Feb. 1977 2) ab Dez. 1985
Pferdmenges, Robert (CDU) * 27. 3. 1880 † 28. 9. 1962	MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB ²⁾ AVst ²⁾										1) ab Jan. 1950 2) bis †

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Pieroth, Elmar (CDU) * 9. 11. 1934						MdB	MdB	MdB	MdB ¹⁾ FrVst ²⁾					1) bis Juli 1981 2) bis Juni 1981
Pinger, Winfried (CDU) * 15. 5. 1932						MdB		MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	1) ab Okt. 1982
Pohle, Kurt (SPD) * 2. 5. 1899 † 3. 11. 1961	MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB AVst	MdB ²⁾										1) ab April 1951 2) bis †
Pohle, Wolfgang (CDU→CSU) * 28. 11. 1903 † 27. 8. 1971		MdB			MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾								1) bis †
Pohler, Hermann (CDU) * 22. 1. 1935												MdB FrVst ¹⁾	MdB	1) ab Juni 1993
Poppe, Gerd (B 90/GRÜNE) * 25. 3. 1941												MdB FrVst	MdB	
Porzner, Konrad (SPD) * 4. 2. 1935				MdB ¹⁾	MdB	MdB FrVst ²⁾	MdB PStS ³⁾ FrVst ⁴⁾	MdB FrVst	MdB ⁵⁾ FrVst ⁵⁾	MdB FrVst	MdB ⁶⁾ AVst ⁶⁾			1) ab Mai 1962 2) ab Juni 1972 3) bis Dez. 1974 4) ab Dez. 1974 5) bis Jan. 1981 6) bis Okt. 1990
Poß, Joachim (SPD) * 27. 12. 1948									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Dez. 1991

Potthast, Gabriele (GRÜNE) * 3. 6. 1955										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) bis April 1985 2) bis Okt. 1983
Preiß, Ludwig (FDP→FVP→DP→ CDU) * 25. 7. 1910 † 14. 5. 1996	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB ²⁾	MdB	MdB								1) bis Juli 1960 2) ab Nov. 1964
Preusker, Victor-Emanuel (FDP→FVP→DP→ CDU) * 25. 2. 1913 † 13. 5. 1991	MdB	MdB BMin	MdB VPräs ¹⁾											1) ab April 1958 bis Okt. 1960
Probst, Albert (CSU) * 29. 12. 1931						MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB	1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982
Probst, Maria (CSU) * 1. 7. 1902 † 1. 5. 1967	MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB ²⁾ VPräs ²⁾									1) ab Okt. 1952 2) bis †
Probst, Simone (B 90/GRÜNE) * 3. 12. 1967													MdB FrVst	
Pünder, Hermann (CDU) * 1. 4. 1888 † 3. 10. 1976	MdB AVst AVst ¹⁾	MdB												1) ab März 1952
Rademacher, Willy Max (FDP) * 26. 12. 1897 † 22. 7. 1971	MdB AVst	MdB	MdB	MdB										
Raffert, Joachim (SPD) * 16. 3. 1925					MdB	MdB PStS ¹⁾								1) ab März 1972 bis Aug. 1972

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Rappe, Hermann (SPD) * 20. 9. 1929							MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB	MdB	MdB	MdB	
Rasner, Will (CDU) * 14. 6. 1920 † 15. 10. 1971		MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ²⁾								1) ab Juli 1955 2) bis †
Ravens, Karl (SPD) * 29. 6. 1927				MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB ³⁾ BMin ⁴⁾						1) bis Mai 1974 2) ab Mai 1974 3) bis Juni 1978 4) bis Feb. 1978
Rawe, Wilhelm (CDU) * 7. 2. 1929					MdB	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ³⁾ PStS ⁴⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS ⁵⁾		1) ab Okt. 1971 2) ab Nov. 1971 3) bis Okt. 1982 4) ab Okt. 1982 5) bis Jan. 1993
Reddemann, Gerhard (CDU) * 22. 2. 1932						MdB	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB	MdB	MdB AVst	MdB	MdB		1) bis Sept. 1973 2) ab Sept. 1973
Rehling, Luise (CDU) * 30. 11. 1896 † 29. 5. 1964	MdB	MdB	MdB	MdB ¹⁾ FrVst ²⁾										1) bis † 2) ab April 1964 bis †
Rehs, Reinhold (SPD→CDU/CSU) * 12. 10. 1901 † 4. 12. 1971		MdB	MdB	MdB AVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst AVst ²⁾									1) ab Juni 1962 2) bis Mai 1969

Reichstein, Willy (GB/BHE) * 9. 12. 1915 † 22. 8. 1978		MdB FrVst ¹⁾												1) ab April 1956
Reimann, Max (KPD) * 31. 10. 1898 † 18. 1. 1977	MdB FrVst ¹⁾													1) bis Dez. 1951
Reindl, Otto (WAV→firtl.) * 5. 10. 1900	MdB FrVst ¹⁾													1) bis Okt. 1951
Reischl, Gerhard (SPD) * 17. 7. 1918 † 1. 9. 1994				MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾								1) bis Mai 1971
Reismann, Bernhard (Z→FU) * 29. 1. 1903 † 13. 1. 1982	MdB FrVst ¹⁾													1) ab Dez. 1951
Reitzner, Richard (SPD) * 19. 8. 1893 † 11. 5. 1962	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾										1) bis †
Renger, Annemarie (SPD) * 7. 10. 1919		MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB BTPräs	MdB VPräs	MdB VPräs	MdB VPräs	MdB VPräs			
Renner, Heinz (KPD) * 6. 1. 1892 † 11. 1. 1964	MdB FrVst													
Rentrop, Friedhelm (FDP) * 14. 2. 1929									MdB AVst ¹⁾					1) ab Okt. 1982
Repnik, Hans-Peter (CDU) * 27. 5. 1947									MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB FrVst	1) ab April 1989

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP									
Reuter, Bernd (SPD) * 9. 11. 1940									MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	
Rexrodt, Günter (FDP) * 12. 9. 1941												BMin ¹⁾	MdB BMin	¹⁾ ab Jan. 1993
Richter, Manfred (FDP) * 2. 12. 1948											MdB	MdB FrVst		
Richter, Willi (SPD) * 1. 10. 1894 † 27. 11. 1972	MdB AVst	MdB AVst												
Riedl, Erich (CSU) * 23. 6. 1933						MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS ¹⁾	MdB	¹⁾ bis Jan. 1993
Riege, Gerhard (PDS→PDS/LL) * 23. 5. 1930 † 15. 2. 1992											MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾		¹⁾ ab Okt. 1990 ²⁾ bis †
Riesenhuber, Heinz (CDU) * 1. 12. 1935								MdB	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ³⁾	MdB	¹⁾ bis Okt. 1982 ²⁾ ab Okt. 1982 ³⁾ bis Jan. 1993
Rind, Hermann (FDP) * 5. 1. 1939											MdB	MdB FrVst AVst ¹⁾		¹⁾ ab Feb. 1994
Ritz, Burkhard (CDU) * 4. 8. 1931					MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ¹⁾					¹⁾ bis Dez. 1980

Ritzel, Heinrich Georg (SPD) * 10. 4. 1893 † 19. 6. 1971	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst										
Röhner, Paul (CSU) * 7. 8. 1927					MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ²⁾					1) ab Feb. 1975 2) bis Mai 1982
Rönsch, Hannelore (CDU) * 12. 12. 1942										MdB	MdB	MdB BMin	MdB FrVst	
Rösing, Josef (Frtl. → CDU) * 31. 1. 1911 † 7. 6. 1983		MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB ³⁾ FrVst ³⁾	MdB FrVst	MdB FrVst								1) ab Jan. 1954 2) ab Nov. 1955 3) ab Juni 1965
Rohde, Helmut (SPD) * 9. 11. 1925			MdB	MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾ FrVst ⁴⁾	MdB FrVst	MdB				1) bis Mai 1974 2) ab Mai 1974 3) bis Feb. 1978 4) ab Sept. 1979
Roitzsch, Ingrid (CDU) * 30. 7. 1940									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾		1) bis Mai 1992 2) ab April 1992 bis Jan. 1993
Ronneburger, Uwe (FDP) * 23. 11. 1920							MdB ¹⁾ FrVst ²⁾		MdB AVst	MdB FrVst	MdB FrVst AVst ³⁾			1) bis Juni 1975 2) ab Sept. 1973 bis Juni 1975 3) ab Mai 1990
Rose, Klaus (CSU) * 7. 12. 1941								MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst ²⁾ PStS ³⁾	1) ab März 1977 2) bis Jan. 1997 3) ab Jan. 1997
Rosenthal, Philip (SPD) * 23. 10. 1916						MdB PStS ¹⁾	MdB	MdB	MdB					1) ab Sept. 1970 bis Nov. 1971
Rossmann, Kurt J. (CSU) * 22. 11. 1944									MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	1) ab Jan. 1997

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Roth, Adolf (CDU) * 15. 9. 1937										MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Feb. 1993
Roth, Wolfgang (SPD) * 26. 1. 1941								MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ³⁾ FrVst ²⁾ FrVst ⁴⁾		1) ab Nov. 1981 2) bis Dez. 1991 3) bis Sept. 1993 4) bis Mai 1993
Rühe, Volker (CDU) * 25. 9. 1942								MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾	MdB BMin ³⁾	MdB BMin	1) ab Okt. 1982 2) bis Okt. 1989 3) ab April 1992
Rümmele, Oskar (CDU) * 6. 5. 1890 † 29. 6. 1975	MdB	MdB AVst												
Rüttgers, Jürgen (CDU) * 26. 6. 1951											MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB BMin	1) ab Dez. 1987 bis Sept. 1989 2) ab April 1989
Ruhnke, Heinrich-Wilhelm (SPD) * 21. 8. 1891 † 21. 3. 1963	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB											1) ab Mai 1956
Rust, Bärbel (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 22. 4. 1955											MdB FrVst ¹⁾			1) bis Jan. 1988
Rutschke, Wolfgang (FDP) * 27. 11. 1919 † 12. 8. 1996			MdB	MdB	MdB	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾								1) bis Jan. 1971

Sabel, Anton (CDU) * 15. 10. 1902 † 5. 1. 1983	MdB AVst	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾												1) bis Sept. 1957
Saibold, Halo (GRÜNE→ GRÜNE/B 90→ B 90/GRÜNE) * 1. 10. 1943										MdB			MdB AVst	
Samwer, Adolf Franz (GB/BHE→ CDU/CSU) * 8. 7. 1895 † 30. 9. 1958		MdB ¹⁾ FrVst ²⁾												1) ab Okt. 1953 2) bis März 1955
Sauter, Alfred (CSU) * 3. 8. 1950								MdB	MdB	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾				1) bis Juli 1988
Schäfer, Friedrich (SPD) * 6. 4. 1915 † 31. 8. 1988			MdB	MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾ AVst ¹⁾	MdB FrVst AVst ²⁾	MdB FrVst AVst ³⁾ AVst ⁴⁾	MdB FrVst						1) bis Feb. 1967 2) ab März 1971 3) ab Mai 1973 4) ab Juni 1973 bis März 1974
Schäfer, Harald B. (SPD) * 20. 7. 1938							MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB	MdB FrVst ²⁾ FrVst ²⁾	MdB ⁴⁾ FrVst ³⁾ FrVst ⁴⁾		1) ab Juni 1981 2) ab Mai 1988 3) bis Dez. 1991 4) bis Juni 1992
Schäfer, Helmut (FDP) * 9. 1. 1933								MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	1) ab Nov. 1977 2) ab Nov. 1982
Schäfer, Hermann (FDP→FVP) * 6. 4. 1892 † 26. 5. 1966	MdB VPräs FrVst	MdB VPräs ¹⁾ BMin ²⁾												1) im Okt. 1953 2) bis Nov. 1956
Schäffer, Fritz (CSU) * 12. 5. 1888 † 29. 3. 1967	MdB FrVst ¹⁾ BMin	MdB BMin	MdB BMin											1) im Sept. 1949

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Schätzle, Ortrun (CDU) * 20. 4. 1934											MdB ¹⁾	MdB	MdB AVst ²⁾	1) ab Aug. 1989 2) ab Mai 1996
Schäuble, Wolfgang (CDU) * 18. 9. 1942							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ BMin ³⁾	MdB BMin	MdB BMin ⁴⁾ FrVst ⁵⁾	MdB FrVst	1) ab Juni 1981 2) bis Nov. 1984 3) ab Nov. 1984 4) bis Nov. 1991 5) ab Nov. 1991
Scharnberg, Hugo (CDU) * 28. 6. 1893 † 30. 4. 1979	MdB AVst	MdB AVst AVst ¹⁾	MdB											1) ab Juni 1955
Scharping, Rudolf (SPD) * 2. 12. 1947													MdB FrVst	
Scharrenbroich, Heribert (CDU) * 8. 3. 1940										MdB ¹⁾	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ²⁾		1) ab Juni 1985 2) bis März 1994
Scheel, Walter (FDP) * 8. 7. 1919		MdB	MdB	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾ VPräs ²⁾	MdB BMin	MdB ³⁾ BMin ⁴⁾ BPräs ⁵⁾	BPräs ⁶⁾						1) bis Okt. 1966 2) ab Sept. 1967 3) bis Juni 1974 4) bis Mai 1974 5) ab Juli 1974 6) bis Juni 1979
Schellenberg, Ernst (SPD) * 20. 2. 1907 † 6. 6. 1984	MdB ¹⁾	MdB	MdB FrVst AVst	MdB FrVst AVst	MdB FrVst FrVst ²⁾ AVst	MdB FrVst FrVst AVst	MdB FrVst ³⁾ AVst							1) ab Feb. 1952 2) ab Dez. 1966 3) bis Juni 1975

Schenk, Christina (B 90/GRÜNE → frtl. → PDS) * 8. 7. 1952												MdB FrVst ¹⁾	MdB	1) bis Mai 1994
Scheppmann, Heinrich (CDU) * 4. 11. 1895 † 28. 9. 1968		MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst										1) ab Nov. 1958
Scheu, Gerhard (CSU) * 27. 3. 1943										MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Okt. 1993
Schierholz, Henning (GRÜNE) * 2. 2. 1949										MdB ¹⁾ AVst ²⁾				1) ab März 1985 2) ab April 1985
Schiller, Karl (SPD) * 24. 4. 1911 † 26. 12. 1994					MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin ³⁾ BMin ⁴⁾								1) bis Dez. 1966 2) ab Dez. 1966 3) bis Juli 1972 4) ab Mai 1971 bis Juli 1972
Schily, Otto (GRÜNE → SPD) * 20. 7. 1932										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB ³⁾	MdB AVst ⁴⁾	MdB FrVst	1) bis März 1986 2) bis April 1984 3) bis Nov. 1989 4) ab Sept. 1993
Schlauch, Rezzo (B 90/GRÜNE) * 4. 10. 1947													MdB FrVst ¹⁾	1) ab April 1995
Schlei, Marie (SPD) * 26. 11. 1919 † 21. 5. 1983						MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB BMin ²⁾ FrVst ³⁾	MdB ⁴⁾ FrVst ⁴⁾					1) bis Mai 1974 2) bis Feb. 1978 3) ab Feb. 1978 4) bis Nov. 1981
Schleicher, Ursula (CSU) * 15. 5. 1933							MdB	MdB AVst ¹⁾						1) ab Sept. 1977

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Schmid, Carlo (SPD) * 3. 12. 1896 † 11. 12. 1979	MdB VPräs FrVst AVst	MdB VPräs	MdB VPräs FrVst	MdB VPräs FrVst	MdB VPräs ¹⁾ BMin ²⁾	MdB VPräs								1) bis Dez. 1966 2) ab Dez. 1966
Schmidbauer, Bernd (CDU) * 29. 5. 1939										MdB	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB PStS	MdB PStS	1) ab Dez. 1987 2) ab Juni 1988
Schmidt, Adolf (SPD) * 18. 4. 1925							MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB	MdB				1) ab Juni 1975 2) bis Dez. 1977
Schmidt, Andreas (CDU) * 4. 11. 1956												MdB	MdB FrVst	
Schmidt, Christian (GRÜNE) * 23. 2. 1943										MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) ab März 1985 2) ab März 1985 bis Feb. 1986
Schmidt, Hansheinrich (FDP) * 6. 9. 1922 † 12. 3. 1994				MdB	MdB	MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst					1) bis Jan. 1971
Schmidt, Helmut (SPD) * 23. 12. 1918		MdB	MdB	MdB ¹⁾	MdB FrVst FrVst ²⁾	MdB BMin BMin ³⁾	MdB BMin ⁴⁾ BK ⁵⁾	MdB BK	MdB BK ⁶⁾	MdB				1) bis Jan. 1962 2) ab April 1967 3) ab Juli 1972 4) bis Mai 1974 5) ab Mai 1974 6) bis Okt. 1982

Schmidt, Hermann (SPD) * 6. 2. 1917 † 10. 2. 1983				MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB	MdB ³⁾						1) bis März 1975 2) ab März 1975 3) bis †	
Schmidt, Otto (CDU) * 1. 8. 1902 † 12. 12. 1984			MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst AVst										
Schmidt, R[einhold] Martin (SPD) * 16. 6. 1914	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst						
Schmidt, Renate (SPD) * 12. 12. 1943									MdB	MdB	MdB FrVst FrVst	MdB VPräs				
Schmidt, Ulla (SPD) * 13. 6. 1949												MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst		1) ab Dez. 1991	
Schmidt, Wilhelm (SPD) * 13. 5. 1944											MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst		1) ab Dez. 1991	
Schmidt-Bott, Regula (GRÜNE) * 10. 6. 1945											MdB ¹⁾ FrVst ²⁾				1) bis Feb. 1989 2) ab Jan. 1988 bis Jan. 1989	
Schmidt-Jortzig, Edzard (FDP) * 8. 10. 1941													MdB BMin ¹⁾		1) ab Jan. 1996	
Schmitt-Vockenhausen, Hermann (SPD) * 31. 1. 1923 † 2. 8. 1979		MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst AVst AVst ²⁾	MdB FrVst AVst	MdB VPräs FrVst	MdB VPräs	MdB ³⁾ VPräs ³⁾								1) ab Jan. 1961 2) ab Nov. 1963 bis April 1964 3) bis †
Schmitz, Hans Peter (CDU) * 21. 5. 1937							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB AVst			

Schoettle, Erwin (SPD) * 18. 10. 1899 † 25. 1. 1976	MdB AVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst FrVst AVst	MdB FrVst AVst	MdB VPräs AVst FrVst ²⁾	MdB VPräs AVst	MdB AVst								1) ab März 1951 2) ab März 1964
Scholz, Rupert (CDU) * 23. 5. 1937											BMin ¹⁾	MdB	MdB FrVst	1) ab Mai 1988 bis April 1989
Schoppe, Waltraud (GRÜNE→ B 90/GRÜNE) * 27. 6. 1942											MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB ³⁾ FrVst ⁴⁾	MdB	1) bis März 1985 2) ab April 1984 bis März 1985 3) bis Juni 1990 4) bis Jan. 1988 und ab Jan. bis Juni 1990
Schreiner, Ottmar (SPD) * 21. 2. 1946									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Dez. 1991
Schröder, Gerhard (CDU) * 11. 9. 1910 † 31. 12. 1989	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst						1) ab März 1950 bis Sept. 1950 2) ab Juni 1952
Schröter, Carl (CDU) * 29. 5. 1887 † 25. 2. 1952	MdB ¹⁾ FrVst ²⁾													1) bis † 2) ab Jan. 1950 bis †
Schuberth, Hans (CSU) * 5. 4. 1897 † 2. 9. 1976	BMin	MdB BMin ¹⁾												1) bis Dez. 1953
Schuchardt, Helga (FDP→frtl.) * 2. 8. 1939							MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ¹⁾					1) bis Feb. 1983
Schütz, Hans (CSU) * 14. 2. 1901 † 24. 1. 1982	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾										1) bis Jan. 1963

Schumann, Fritz (PDS→PDS/LL) * 8. 12. 1948											MdB ¹⁾	MdB FrVst FrVst ²⁾		1) ab Okt. 1990 2) ab Aug. 1991 bis Aug. 1992
Schwaetzer, Irmgard¹⁾ (FDP) * 5. 4. 1942								MdB	MdB FrVst ²⁾	MdB PStS	MdB BMin	MdB		1) zuvor Adam- Schwaetzer, I. 2) ab Sept. 1984
Schwalbe, Clemens (CDU) * 31. 12. 1947										MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst		1) ab Okt. 1990
Schwanhold, Ernst (SPD) * 5. 12. 1948											MdB AVst ¹⁾	MdB AVst ²⁾ FrVst ³⁾		1) ab Okt. 1992 2) bis Okt. 1995 3) ab Sept. 1995
Schwanitz, Rolf (SPD) * 2. 4. 1959										MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst		1) ab Okt. 1990 2) ab Dez. 1991
Schwarz, Werner (CDU) * 21. 1. 1900 † 2. 9. 1982		MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin										1) ab Okt. 1959
Schwarz-Schilling, Christian (CDU) * 19. 11. 1930							MdB	MdB AVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ³⁾	MdB		1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) bis Dez. 1992
Schwarzhaupt, Elisabeth (CDU) * 7. 1. 1901 † 29. 10. 1986		MdB	MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾									1) bis Dez. 1966
Seebohm, Hans-Christoph (DP→CDU) * 4. 8. 1903 † 17. 9. 1967	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB ¹⁾ BMin ²⁾									1) bis † 2) bis Dez. 1966
Seehofer, Horst (CSU) * 4. 7. 1949								MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾ BMin ³⁾	MdB BMin		1) ab April 1989 2) bis Mai 1992 3) ab Mai 1992

Sielaff, Horst (SPD) * 7. 2. 1937									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Dez. 1991
Singer, Johannes (SPD) * 4. 6. 1943											MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	1) ab Dez. 1991
Solms, Hermann Otto (FDP) * 24. 11. 1940									MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	1) ab Jan. 1985
Sothmann, Bärbel (CDU) * 20. 8. 1939												MdB	MdB FrVst	
Sperling, Dietrich (SPD) * 1. 3. 1933						MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾	MdB	MdB	MdB	MdB	1) ab Feb. 1978 2) bis Okt. 1982
Spilker, Karl-Heinz (CSU) * 3. 5. 1921						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst		1) bis Okt. 1982 2) ab Jan. 1985
Spitzmüller, Kurt (FDP) * 13. 5. 1921			MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst						1) ab Jan. 1971
Spranger, Carl-Dieter (CSU) * 28. 3. 1939							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB BMin	MdB BMin	1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982
Sprung, Rudolf (CDU) * 16. 9. 1925						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB PStS	MdB	MdB		1) ab Okt. 1982
Stahl, Erwin (SPD) * 25. 6. 1931							MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾	MdB	MdB			1) ab Feb. 1978 2) bis Okt. 1982
Stammburger, Wolfgang (FDP→SPD) * 14. 7. 1920 † 1. 5. 1982		MdB	MdB AVst	MdB BMin ¹⁾	MdB									1) bis Dez. 1962

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Staratzke, Hans-Werner (FDP) * 5. 8. 1912					MdB FrVst									
Stark, Anton (CDU) * 23. 8. 1929					MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB			1) bis Sept. 1984
Starke, Heinz (FDP→CSU) * 27. 2. 1911		MdB	MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB	MdB	MdB						1) bis Dez. 1962 2) bis Jan. 1967
Stavenhagen, Lutz G. (CDU) * 6. 5. 1940 † 31. 5. 1992							MdB	MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB ³⁾ PStS ²⁾		1) ab Sept. 1985 2) bis Dez. 1991 3) bis †
Stercken, Hans (CDU) * 2. 9. 1923								MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst		1) ab Sept. 1985
Stingl, Josef (CDU) * 19. 3. 1919		MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾									1) ab Feb. 1963 2) bis Juni 1968
Stoltenberg, Gerhard (CDU) * 29. 9. 1928			MdB	MdB	MdB BMin	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾				BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ³⁾	1) bis Juni 1971 2) ab Okt. 1982 3) bis April 1992
Storch, Anton (CDU) * 1. 4. 1892 † 26. 11. 1975	MdB BMin	MdB BMin	MdB	MdB										
Straßmeir, Günter (CDU) * 20. 6. 1929							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾			1) ab Okt. 1982 2) bis Okt. 1989 3) ab Okt. 1989

Strauß, Franz Josef (CSU) * 6. 9. 1915 † 3. 10. 1988	MdB FrVst FrVst AVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾ FrVst ³⁾ BMin ⁴⁾	MdB	MdB	MdB ⁵⁾			MdB ⁶⁾			1) bis Jan. 1963 2) ab Jan. 1963 3) bis Dez. 1966 4) ab Dez. 1966 5) bis Nov. 1978 6) bis März 1987	
Strobel, Käte (SPD) * 23. 7. 1907 † 26. 3. 1996	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin								1) ab Dez. 1966	
Struck, Peter (SPD) * 24. 1. 1943									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		
Struve, Detlef (CDU) * 12. 5. 1903 † 24. 5. 1987	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst									
Stücklen, Richard (CSU) * 20. 8. 1916	MdB	MdB FrVst FrVst AVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾ FrVst ²⁾ FrVst ³⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB VPräs ⁴⁾ BTPräs ⁵⁾	MdB BTPräs	MdB VPräs	MdB VPräs			1) bis Dez. 1966 2) ab Dez. 1966 3) ab Jan. 1967 4) bis Mai 1979 5) ab Mai 1979	
Such, Manfred (GRÜNE→ GRÜNE/B 90→ B 90/GRÜNE) * 21. 12. 1942											MdB ¹⁾ FrVst ²⁾		MdB	1) ab April 1989 2) ab Jan. 1990	
Süssmuth, Rita (CDU) * 17. 2. 1937											BMin ¹⁾	MdB BMin ²⁾ BTPräs ³⁾ AVst ⁴⁾	MdB BTPräs	MdB BTPräs	1) ab Sept. 1985 2) bis Nov. 1988 3) ab Nov. 1988 4) ab Mai 1990
Sund, Olaf (SPD) * 31. 8. 1931							MdB	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾						1) bis Mai 1977	
Susset, Egon (CDU) * 3. 6. 1929						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	1) ab Okt. 1982	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Teubner, Maria Luise (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 3. 11. 1951											MdB FrVst ¹⁾			1) ab Jan. 1990
Thiele, Carl-Ludwig (FDP) * 9. 8. 1953												MdB	MdB AVst	
Thierse, Wolfgang (SPD) * 22. 10. 1943											MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB FrVst FrVst ²⁾	MdB FrVst	1) ab Okt. 1990 2) bis Dez. 1991
Thomae, Dieter (FDP) * 23. 6. 1940											MdB	MdB AVst	MdB AVst	
Tillmann, Ferdinand (CDU) * 27. 6. 1932							MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst		
Tillmanns, Robert (CDU) * 5. 4. 1896 † 12. 11. 1955	MdB	MdB ¹⁾ BMin ¹⁾												1) bis †
Timm, Helga (SPD) * 11. 7. 1924						MdB	MdB FrVst AVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB			1) ab Juni 1974
Timm, Jürgen (FDP) * 15. 9. 1936									MdB		MdB	MdB FrVst ¹⁾		1) ab März 1994
Töpfer, Klaus (CDU) * 29. 7. 1938											BMin ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin	1) ab Mai 1987

Traupe, Brigitte¹⁾ (SPD)															1) siehe Schulte, Brigitte
Tröscher, Adelheid (SPD) * 16. 2. 1939													MdB FrVst ¹⁾		1) ab April 1996
Ueberhorst, Reinhard (SPD) * 24. 4. 1948								MdB AVst ¹⁾	MdB ²⁾						1) ab Mai 1979 2) bis Jan. 1981
Uldall, Gunnar (CDU) * 17. 11. 1940										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾		1) ab Feb. 1996
Unland, Hermann Josef (CDU) * 5. 6. 1929						MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB AVst				1) ab Sept. 1983
Vennegerts, Christa (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 4. 8. 1951											MdB FrVst ¹⁾				1) bis Jan. 1989
Verheugen, Günter (SPD) * 28. 4. 1944										MdB	MdB	MdB AVst ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾		1) ab Okt. 1992 bis Dez. 1992 2) von März 1993 bis Aug. 1993 3) bis März 1997
Verhülsdonk, Roswitha (CDU) * 26. 4. 1927							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS			

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Vogel, Axel (GRÜNE) * 3. 6. 1956										MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾				1) ab März 1985
Vogel, Friedrich (CDU) * 2. 6. 1929					MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ³⁾	MdB PStS ⁴⁾	MdB PStS	MdB	MdB AVst ⁵⁾		1) bis Okt. 1966 2) ab Dez. 1971 3) bis Mai 1977 4) ab Okt. 1982 5) ab Juni 1992 bis Juni 1994
Vogel, Hans-Jochen (SPD) * 3. 2. 1926							MdB BMin	MdB BMin	MdB ¹⁾ BMin ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾		1) bis Jan. 1981 2) bis Nov. 1991
Vogel, Rudolf (CDU) * 18. 4. 1906 † 5. 6. 1991	MdB AVst	MdB	MdB	MdB ¹⁾										1) bis April 1964
Vogelsang, Kurt (SPD) * 4. 8. 1925							MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst				
Vogt, Karl-Heinz (CSU) * 9. 11. 1919 † 1. 3. 1988			MdB	MdB	MdB AVst									
Vogt, Wolfgang (CDU) * 1. 12. 1929						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB FrVst ³⁾	1) ab Juni 1981 bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) ab Mai 1996
Vohrer, Manfred (FDP) * 21. 6. 1941							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾					1) ab Nov. 1982

Voigt, Hans-Peter (CDU) * 12. 11. 1936									MdB ¹⁾	MdB AVst ²⁾	MdB		1) ab Dez. 1983 2) ab Juni 1987	
Voigt, Karsten D. (SPD) * 11. 4. 1941							MdB ¹⁾	MdB	MdB FrVst ²⁾	MdB	MdB FrVst ³⁾	MdB FrVst	1) ab Okt. 1976 2) ab Mai 1982 3) ab Dez. 1991	
Vollmer, Antje (GRÜNE→ GRÜNE/B 90→ B 90/GRÜNE) * 31. 5. 1943									MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾		MdB VPräs	1) bis April 1985 2) ab April 1984 bis März 1985 3) ab Jan. 1989	
Volmer, Ludger (GRÜNE→ GRÜNE/B 90→ B 90/GRÜNE) * 17. 2. 1952									MdB ¹⁾ FrVst ²⁾	MdB		MdB	1) ab April 1985 2) ab Feb. 1986 bis Sept. 1986	
Vosen, Josef (SPD) * 23. 7. 1943								MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ²⁾	MdB	1) ab Okt. 1979 2) ab Dez. 1991
Voss, Friedrich (CSU) * 1. 2. 1931								MdB	MdB PStS ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS			1) ab Okt. 1982
Wacher, Gerhard (CSU) * 29. 11. 1916 † 27. 10. 1990		MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ³⁾										1) ab Nov. 1955 2) bis März 1963 3) bis Jan. 1963
Waffenschmidt, Horst (CDU) * 10. 5. 1933							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS ³⁾	1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) bis Mai 1997
Wagner, Friedrich Wilhelm (SPD) * 28. 2. 1894 † 17. 3. 1971	MdB AVst	MdB AVst	MdB	MdB ¹⁾										1) bis Dez. 1961

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Wagner, Leo (CSU) * 13. 3. 1919				MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾							1) ab Jan. 1963 2) bis Feb. 1975
Wahl, Eduard (CDU) * 29. 3. 1903 † 9. 2. 1985	MdB	MdB AVst	MdB	MdB	MdB									
Waigel, Theodor (CSU) * 22. 4. 1939							MdB	MdB	MdB FrVst FrVst ¹⁾	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst ²⁾ FrVst ²⁾ BMin ³⁾	MdB BMin	MdB BMin	1) ab Okt. 1982 2) bis April 1989 3) ab April 1989
Waldburg-Zeil, Alois Graf von (CDU) * 20. 9. 1933									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB	
Wallmann, Walter (CDU) * 24. 9. 1932							MdB AvSt ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾			BMin ³⁾	MdB ⁴⁾ BMin ⁴⁾		1) ab Juni 1974 bis Jan. 1975 2) bis Juni 1977 3) ab Juni 1986 4) bis April 1987
Walther, Hansjoachim (DSU) * 16. 12. 1939												MdB ¹⁾ BMin ¹⁾		1) ab Okt. 1990
Walther, Rudi (SPD) * 22. 10. 1928							MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst		1) ab Mai 1982
Warnke, Jürgen (CSU) * 20. 3. 1932						MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB BMin ¹⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB	MdB	1) ab Okt. 1982

Wartenberg, Gerd (SPD) * 26. 6. 1944									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾		1) ab Dez. 1991
Wartenberg, Ludolf-Georg von (CDU) * 22. 9. 1941								MdB	MdB	MdB	MdB PStS ¹⁾			1) bis Juli 1989
Weber, Karl (CDU) * 8. 3. 1898 † 21. 5. 1985	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾										1) bis April 1965 2) ab April 1965
Wehner, Herbert (SPD) * 11. 7. 1906 † 19. 1. 1990	MdB AVst	MdB FrVst AVst	MdB FrVst FrVst ¹⁾ AVst	MdB FrVst AVst FrVst ²⁾	MdB FrVst ³⁾ FrVst ³⁾ AVst ³⁾ BMin ⁴⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst					1) bis Juni 1958 2) ab März 1964 3) bis Dez. 1966 4) ab Dez. 1966
Weickert, Stephan (WAV → BHE/DG) * 12. 6. 1892 † 16. 3. 1952	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾													1) bis †
Weiskirch, Willi (CDU) * 1. 1. 1923 † 11. 9. 1996								MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ FrVst ²⁾ WehrB ³⁾	WehrB ⁴⁾			1) ab Okt. 1982 2) bis März 1985 3) ab März 1985 4) bis März 1990
Weizsäcker, Richard von (CDU) * 15. 4. 1920						MdB	MdB FrVst	MdB FrVst VPräs ¹⁾	MdB ²⁾ VPräs ³⁾	BPräs ⁴⁾	BPräs	BPräs ⁵⁾		1) ab Juni 1979 2) bis Juni 1981 3) bis März 1981 4) ab Juli 1984 5) bis Juni 1994
Wellhausen, Hans (FDP → CDU/CSU) * 19. 9. 1894 † 3. 9. 1964	MdB FrVst AVst ¹⁾ AVst ²⁾	MdB AVst												1) ab Sept. 1951 2) ab Mai 1953
Weng, Wolfgang (FDP) * 21. 12. 1942											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Wernitz, Axel (SPD) * 17. 4. 1937							MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB	MdB		
Wessel, Helene (Z→FU→frtl.→SPD) * 6. 7. 1898 † 13. 10. 1969	MdB FrVst ¹⁾ AVst ²⁾		MdB AVst ³⁾	MdB AVst	MdB ⁴⁾									1) bis Feb. 1952 2) bis Feb. 1953 3) ab Juni 1959 4) bis †
Westphal, Heinz (SPD) * 4. 6. 1924					MdB	MdB PStS	MdB PStS ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ BMin ³⁾	MdB VPräs	MdB VPräs			1) bis Mai 1974 2) bis April 1982 3) ab April 1982 bis Okt. 1982
Wetzel, Dietrich (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 27. 10. 1936											MdB AVst			
Wex, Helga (CDU) * 5. 7. 1924 † 9. 1. 1986					MdB ¹⁾		MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ²⁾				1) ab April 1967 2) bis †
Weyel, Gudrun (SPD) * 19. 5. 1927									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		
Wieczorek, Bertram (CDU) * 16. 1. 1951											MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾	MdB ²⁾ PStS ²⁾		1) ab Okt. 1990 2) bis Jan. 1994
Wieczorek, Helmut (SPD) * 24. 2. 1934									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB AVst	1) ab Dez. 1991

Wieczorek, Norbert (SPD) * 12. 12. 1940									MdB	MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB AVst	1) ab Juli 1984
Wieczorek-Zeul, Heidemarie (SPD) * 21. 11. 1942											MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst FrVst	1) ab Dez. 1991
Wiefelspütz, Dieter (SPD) * 22. 9. 1946											MdB	MdB AVst	MdB AVst	
Wienand, Karl (SPD) * 15. 12. 1926		MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB ²⁾ FrVst ³⁾							1) ab März 1964 2) bis Dez. 1974 3) bis Aug. 1974
Wieninger, Karl (CSU) * 28. 4. 1905		MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB									
Wildermuth, Eberhard (FDP) * 23. 10. 1890 † 9. 3. 1952	MdB ¹⁾ BMin ¹⁾													1) bis †
Wilhelmi, Hans (CDU) * 27. 8. 1899 † 5. 6. 1970			MdB BMin ¹⁾	MdB AVst ²⁾	MdB AVst AVst ³⁾									1) ab Mai 1960 2) ab Dez. 1964 3) ab Juni 1968
Willeke, Friedrich Wilhelm (CDU) * 7. 12. 1893 † 24. 6. 1965		MdB AVst	MdB AVst	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾										1) bis †
Wilms, Dorothee (CDU) * 11. 10. 1929								MdB	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB BMin	MdB		1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982
Wilms-Kegel, Heike (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 19. 10. 1952											MdB AVst			

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Wilz, Bernd (CDU) * 13. 12. 1942										MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS	1) ab Jan. 1989 2) bis April 1992 3) ab April 1992
Wimmer, Willy (CDU) * 18. 5. 1943								MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst ²⁾ PStS ³⁾	MdB PStS ⁴⁾	MdB	1) ab März 1985 2) bis Dez. 1988 3) ab Dez. 1988 4) bis April 1992
Windelen, Heinrich (CDU) * 25. 6. 1921		MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB BMin ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst AVst ³⁾	MdB AVst ⁴⁾ VPräs ⁵⁾	MdB BMin	MdB			1) ab Sept. 1957 2) ab Feb. 1969 3) ab Okt. 1977 4) bis April 1981 5) ab April 1981
Wischnewski, Hans-Jürgen (SPD) * 24. 7. 1922			MdB	MdB	MdB BMin ¹⁾	MdB	MdB PStS ²⁾	MdB PStS ³⁾	MdB FrVst ⁴⁾ PStS ⁵⁾	MdB	MdB			1) bis Okt. 1968 2) ab Mai 1974 3) bis Dez. 1979 4) bis April 1982 5) ab April 1982
Wissmann, Matthias (CDU) * 15. 4. 1949								MdB	MdB AVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst ²⁾ BMin ³⁾	MdB BMin	1) ab Juli 1981 2) bis Jan. 1993 3) ab Jan. 1993
With, Hans de (SPD) * 21. 5. 1932						MdB	MdB AVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS ³⁾	MdB	MdB	MdB FrVst ⁴⁾		1) bis Mai 1974 2) ab Mai 1974 3) bis Okt. 1982 4) ab Dez. 1991
Wittmann, Fritz (CSU) * 21. 3. 1933						MdB ¹⁾	MdB	MdB	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst		1) ab Sept. 1971 2) ab Okt. 1982

Wittrock, Karl (SPD) * 29. 9. 1917		MdB	MdB	MdB ¹⁾ FrVst ¹⁾										1) bis Mai 1963
Wörner, Manfred (CDU) * 24. 9. 1934 † 13. 8. 1994					MdB	MdB FrVst	MdB	MdB AVst	MdB FrVst ¹⁾ BMin ²⁾	MdB BMin	MdB ³⁾ BMin ⁴⁾			1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) bis Juni 1988 4) bis Mai 1988
Wolf, Hanna (SPD) * 14. 6. 1936												MdB FrVst ¹⁾	MdB	1) ab Dez. 1991
Wolf, Margareta (B 90/GRÜNE) * 26. 5. 1957													MdB FrVst	
Wolfgramm, Torsten (FDP) * 30. 8. 1936							MdB ¹⁾	MdB FrVst ²⁾	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS ³⁾		1) ab Juli 1974 2) ab Sept. 1978 3) bis Jan. 1993
Wollenberger, Vera ¹⁾ (GRÜNE/B 90 →B 90/GRÜNE)														1) siehe Lengsfeld, Vera
Wollny, Lieselotte (GRÜNE→ GRÜNE/B 90) * 26. 2. 1926											MdB FrVst ¹⁾			1) ab Jan. 1989 bis Jan. 1990
Wrangel, Olaf Baron von (CDU) * 20. 7. 1928					MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾ AVst ²⁾	MdB	MdB ³⁾					1) bis Sept. 1973 2) ab Sept. 1973 3) bis April 1982
Wrede, Lothar (SPD) * 12. 11. 1930						MdB	MdB	MdB PStS	MdB AVst ¹⁾ PStS ²⁾					1) bis April 1982 2) ab April 1982
Wülfig, Elke (CDU) * 7. 11. 1947												MdB	MdB PStS ¹⁾	1) ab Jan. 1997

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–	Bemerkungen
	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	Beginn der WP	
Würfel, Uta (FDP) * 19. 8. 1944											MdB	MdB FrVst		
Wuermeling, Franz-Josef (CDU) * 8. 11. 1900 † 7. 3. 1986	MdB	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin ¹⁾	MdB									1) bis Dez. 1962
Würzbach, Peter Kurt (CDU) * 15. 12. 1937								MdB	MdB FrVst ¹⁾ PStS ²⁾	MdB PStS	MdB PStS ³⁾	MdB	MdB	1) bis Okt. 1982 2) ab Okt. 1982 3) bis Dez. 1988
Wurbs, Richard (FDP) * 26. 8. 1920					MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾ VPräs ²⁾	MdB VPräs FrVst	MdB ³⁾ VPräs ³⁾ FrVst ³⁾				1) ab Dez. 1977 2) ab Nov. 1979 3) bis Dez. 1984
Yzer, Cornelia (CDU) * 28. 7. 1961												MdB PStS ¹⁾	MdB PStS ²⁾	1) ab Mai 1992 2) bis Jan. 1997
Zander, [Karl] Fred (SPD) * 23. 1. 1935						MdB ¹⁾	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS ²⁾	MdB	MdB			1) ab Nov. 1969 2) bis Okt. 1982
Zeitler, Werner (SPD) * 28. 9. 1926							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB	MdB			
Zimmer, Alois (CDU) * 18. 5. 1896 † 11. 4. 1973			MdB	MdB FrVst ¹⁾										1) ab April 1965

Zimmermann, Friedrich (CSU) * 18. 7. 1925			MdB	MdB	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾	MdB AVst	MdB AVst ²⁾	MdB FrVst FrVst	MdB FrVst ³⁾ FrVst ³⁾ BMin ⁴⁾	MdB BMin	MdB BMin			1) bis Okt. 1969 2) ab Dez. 1975 3) bis Okt. 1982 4) ab Okt. 1982
Zink, Otto (CDU) * 31. 10. 1925					MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst ¹⁾	MdB FrVst	MdB FrVst			1) ab Okt. 1982
Zinn, Georg-August (SPD) * 27. 5. 1901 † 27. 3. 1976	MdB ¹⁾ AVst ¹⁾			MdB ²⁾										1) bis Jan. 1951 2) bis Dez. 1961
Zoglmann, Siegfried (FDP→CSU) * 17. 8. 1913			MdB	MdB FrVst	MdB FrVst ¹⁾	MdB	MdB							1) bis Jan. 1968

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsvorstandsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- zu den häufigsten Rednern im Plenum zählten (Abschnitt 8.3),
- Erklärungen zur Abstimmung abgegeben haben (Abschnitt 8.16),
- im Rahmen der Ordnungsmaßnahmen von der Plenarsitzung ausgeschlossen wurden (Abschnitt 8.20).

3.22 Besetzung parlamentarischer Führungspositionen

Dieser Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

- Anteile der Fraktionen an der Besetzung von Führungspositionen
- Chancen der Abgeordneten bei der Besetzung von Führungspositionen
- Alter und Mandatsdauer der Inhaber von Führungspositionen

Anteile der Fraktionen an der Besetzung von Führungspositionen

In diesem Unterabschnitt ist versucht worden, den – unterschiedlichen und schwankenden – Anteil der einzelnen Fraktionen an der Besetzung der Spitzenämter und -funktionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung zu ermitteln.

Folgende Führungspositionen wurden hierzu berücksichtigt:

- Bundestagspräsident, Vizepräsidenten des Bundestages
- Zugehörigkeit zum engeren Fraktionsvorstand (d.h. Fraktionsvorsitzender, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer, Vorsitzende von Arbeitskreisen bzw. Arbeitsgruppen)
- Vorsitz in einem der ständigen Ausschüsse des Bundestages
- Mitglieder der Bundesregierung
- Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister

Die folgende Tabelle führt für jede Wahlperiode – Stand bei Beginn der Wahlperiode und im Falle größerer Veränderungen infolge Koalitionswechsels, Einrichtung zusätzlicher Spitzenpositionen usw. auch Stand während der Wahlperiode – auf, wie viele Spitzenämter in jeder Kategorie insgesamt existierten und wie sich deren Besetzung auf die einzelnen Parteien oder Fraktionen verteilte.

Die in diesem Abschnitt errechnete Anzahl von Spitzenfunktionen und Spitzenämtern, die innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung von den einzelnen Fraktionen in jeder Wahlperiode zu besetzen waren, bildet die Grundlage einer weiteren Berechnung in Abschnitt 3.11: Hier wird für jede Fraktion angegeben, in welchem Maße **weibliche** Abgeordnete an der Besetzung der Führungspositionen beteiligt waren.

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Wahlperiode	Stand	Spitzenfunktionen, Spitzenämter Bundestag/Bundesregierung	Ämter insgesamt	davon zu besetzen durch Partei bzw. Fraktion der			
				CDU/ CSU	SPD	FDP	Son- stige
1. WP 1949–53	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	3	1	1	1	0
		Fraktionsvorstand	24	4	5	5	10 ¹⁾
		Vorsitz in den Ausschüssen	38	15	14	5	4 ²⁾
		Mitglieder der Bundesregierung	14	9	0	3	2 ³⁾
		insgesamt	79	29	20	14	16 ⁴⁾
2. WP 1953–57	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	4	2	1	1	0
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	35	11	12	4	8 ⁵⁾
		Vorsitz in den Ausschüssen	36	19	11	4	2 ⁶⁾
		Mitglieder der Bundesregierung	19	10	0	4	5 ⁷⁾
		insgesamt	94	42	24	13	15 ⁸⁾
	Juli 1955	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	4	2	1	1	0
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	37	11	13	4	9 ⁹⁾
		Vorsitz in den Ausschüssen	40	22	12	4	2 ⁶⁾
		Mitglieder der Bundesregierung	21	13	0	4	4 ¹⁰⁾
		insgesamt	102	48	26	13	15 ¹¹⁾
	Februar 1956	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	4	2	1	1	0
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	43	13	13	4	13 ¹²⁾
		Vorsitz in den Ausschüssen	41	23	12	4	2 ⁶⁾
Mitglieder der Bundesregierung		20	12	0	0	8 ¹³⁾	
insgesamt		108	50	26	9	23 ¹⁴⁾	

1) DP: 3; BP, KPD und WAV je 2; Z: 1

2) davon DP, WAV, BP und Z je 1

3) DP

4) DP: 6; BP und WAV je 3; KPD und Z je 2

5) GB/BHE: 5; DP: 3

6) GB/BHE

7) DP: 2; GB/BHE: 2; parteilos: 1

8) GB/BHE: 9; DP: 5; parteilos: 1

9) GB/BHE: 6; DP: 3

10) DP: 2; fraktionslos: 2

11) GB/BHE: 8; DP: 5; fraktionslos: 2

12) GB/BHE: 6; DP: 4; FVP: 3

13) DP: 2; fraktionslos: 6

14) GB/BHE: 8; DP: 6; FVP: 3; fraktionslos: 6

Wahlperiode	Stand	Spitzenfunktionen, Spitzenämter Bundestag/Bundesregierung	Ämter insgesamt	davon zu besetzen durch Partei bzw. Fraktion der			
				CDU/ CSU	SPD	FDP	Sonstige
3. WP 1957–61	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	4	2	1	1	0
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	42	14	15	9	4 ¹⁾
Vorsitz in den Ausschüssen		26	15	9	2	0	
Mitglieder der Bundesregierung		18	16	0	0	2 ¹⁾	
insgesamt		90	47	25	12	6 ¹⁾	
September 1960	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	4	2	1	1	–	
	Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	39	14	15	10	–	
	Vorsitz in den Ausschüssen	26	15	9	2	–	
	Mitglieder der Bundesregierung	17	17	0	0	–	
	insgesamt	86	48	25	13	–	
4. WP 1961–65	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	39	13	15	11	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	28	14	11	3	–
		Mitglieder der Bundesregierung	21	16	0	5	–
		insgesamt	93	45	28	20	–
5. WP 1965–69	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	43	16	16	11	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	24	12	10	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	22	18	0	4	–
		insgesamt	94	48	28	18	–

1) DP

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Wahlperiode	Stand	Spitzenfunktionen, Spitzenämter Bundestag/Bundesregierung	Ämter insgesamt	davon zu besetzen durch Partei bzw. Fraktion der			
				CDU/ CSU	SPD	FDP	Son- stige
noch: 5. WP	Dezember 1966	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	44	16	17	11	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	24	12	10	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	21	12	9	0	–
		insgesamt	94	42	38	14	–
	April 1967	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	43	16	16	11	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	25	13	10	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	21	12	9	0	–
		Parlamentarische Staats- sekretäre	7	4	3	0	–
insgesamt	101	47	40	14	–		
6. WP 1969–72	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	47	19	18	10	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	19	9	9	1	–
		Mitglieder der Bundesregierung	16	0	12	3	1 ¹⁾
		Parlamentarische Staats- sekretäre	15	0	12	3	–
		insgesamt	102	30	53	18	1
7. WP 1972–76	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	45	18	16	11	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	20	9	10	1	–
		Mitglieder der Bundesregierung	18	0	13	5	–
		Parlamentarische Staats- sekretäre	19	0	14	5	–
		insgesamt	107	29	55	23	–

1) parteilos

Wahlperiode	Stand	Spitzenfunktionen, Spitzenämter Bundestag/Bundesregierung	Ämter insgesamt	davon zu besetzen durch Partei bzw. Fraktion der			
				CDU/ CSU	SPD	FDP	Son- stige
8. WP 1976–80	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzende	46	19	16	11	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	19	10	8	1	–
		Mitglieder der Bundesregierung	16	0	12	4	–
		Parlamentarische Staatssekretäre	20	0	15	5	–
	insgesamt	106	31	53	22	–	
9. WP 1980–83	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	56	27	17	12	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	20	9	9	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	17	0	13	4	–
		Parlamentarische Staatssekretäre	20	0	16	4	–
	insgesamt	118	38	57	23	–	
9. WP 1980–83	Oktober 1982	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	58	30	17	11	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	24	12	10	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	17	13	0	4	–
		Parlamentarische Staatssekretäre	24	20	0	4	–
	insgesamt	128	77	29	22	–	
10. WP 1983–87	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	0
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	60	29	14	11	6
		Vorsitz in den Ausschüssen	20	10	8	1	1
		Mitglieder der Bundesregierung	17	14	0	3	0
		Parlamentarische Staatssekretäre	25	22	0	3	0
	insgesamt	127	77	24	19	7	

Wahlperiode	Stand	Spitzenfunktionen, Spitzenämter Bundestag/Bundesregierung	Ämter insgesamt	davon zu besetzen durch Partei bzw. Fraktion der			
				CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne
11. WP 1987-90	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	0
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	60	30	13	11	6
		Vorsitz in den Ausschüssen	21	9	8	2	2
		Mitglieder der Bundesregierung	19	15	0	4	0
		Parlamentarische Staatssekretäre	27	23	0	4	0
		insgesamt	132	79	23	22	8
	Oktober 1990	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	0
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	65	32	15	12	6
		Vorsitz in den Ausschüssen	21	9	8	2	2
		Mitglieder der Bundesregierung	24	19 ¹⁾	0	5	0
Parlamentarische Staatssekretäre		27	22	0	5	0	
	insgesamt	142	84	25	25	8	
12. WP 1990-94	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	-
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	63	35	15	13	-
		Vorsitz in den Ausschüssen	23	11	9	3	-
		Mitglieder der Bundesregierung	19	14	0	5	-
		Parlamentarische Staatssekretäre	33	26	0	7	-
		insgesamt	143	88	26	29	-
	Dezember 1991	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	-
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	84	35	36	13	-
		Vorsitz in den Ausschüssen	24	12	9	3	-
		Mitglieder der Bundesregierung	19	14	0	5	-
Parlamentarische Staatssekretäre		33	26	0	7	-	
	insgesamt	165	89	47	29	-	

1) davon ein Bundesminister der DSU

Wahlperiode	Stand	Spitzenfunktionen, Spitzenämter Bundestag/Bundesregierung	Ämter insgesamt	davon zu besetzen durch Partei bzw. Fraktion der			
				CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne
noch: 12. WP	Januar 1993	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	2	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	85	36	36	13	–
		Vorsitz in den Ausschüssen	25	13	9	3	–
		Mitglieder der Bundesregierung	19	14	0	5	–
		Parlamentarische Staatssekretäre	26	21	0	5	–
		insgesamt	160	86	47	27	–
13. WP 1994– ¹⁾	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	1	1	1
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	92	33	37	10	12
		Vorsitz in den Ausschüssen	22	10	8	2	2
		Mitglieder der Bundesregierung	18	15	0	3	0
		Parlamentarische Staatssekretäre	27	21	0	6	0
		insgesamt	164	81	46	22	15

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Chancen der Abgeordneten bei der Besetzung von Führungspositionen

Die Chancen eines Abgeordneten, eine der einleitend aufgeführten parlamentarischen Spitzenpositionen zu besetzen, hängt rein rechnerisch hauptsächlich von zwei Faktoren ab:

- von der Größe der Fraktion, der der Abgeordnete angehört,
- von der Zahl der Spitzenpositionen, die dieser Fraktion zur Besetzung zufallen, wobei besonders ins Gewicht fällt, ob sie an der Regierungskoalition beteiligt ist oder sich in Opposition befindet.

Die Chancen der Abgeordneten von CDU/CSU, SPD und FDP seit der 1. Wahlperiode sowie von Bündnis 90/Die Grünen in der 13. Wahlperiode auf eine Spitzenposition wurden in der folgenden Tabelle in der Weise errechnet, daß die Zahl der Abgeordneten dieser Fraktionen durch die Zahl der durch sie zu besetzenden Spitzenpositionen dividiert wurde.*) Je geringer demnach in der fol-

*) Rechenbeispiel:

Zu Beginn der 9. Wahlperiode zählte die SPD-Fraktion 228 Abgeordnete und 57 zu besetzende Spitzenpositionen ($228:57 = 4,0$), „Chancen“ demnach für den einzelnen Abgeordneten 1:4; Oktober 1982, nach dem Wechsel der SPD in die Opposition, betrug die Zahl ihrer Abgeordneten infolge dreier Fraktionsaustritte nur noch 225, die Zahl der zu besetzenden Spitzenpositionen nur noch 29 ($225:29 = 7,8$), „Chancen“ deshalb für den einzelnen Abgeordneten rund 1:8.

genden Tabelle die Zahl der Abgeordneten ausfällt, auf die **eine** Spitzenposition kommt, desto höher sind rechnerisch die Chancen des einzelnen Abgeordneten in der betreffenden Fraktion.

Als auffälligstes Ergebnis läßt sich der Tabelle entnehmen:

Fortsetzung siehe nächste Seite

Wahlperiode	Stand	Zahl der Abgeordneten, auf die in der Fraktion der ... eine Führungsposition kommt			
		CDU/CSU	SPD	FDP	
1. WP 1949–53	Beginn der WP	4,9	6,8	3,8	
2. WP 1953–57	Beginn der WP	6,0	6,8	4,1	
3. WP 1957–61	Beginn der WP	5,9	7,2	3,6	
4. WP 1961–65	Beginn der WP	5,6	7,3	3,4	
5. WP 1965–69	Beginn der WP	5,2	7,8	2,8	
	Dezember 1966	6,0	5,7	3,6	
	April 1967	5,3	5,4	3,6	
6. WP 1969–72	Beginn der WP	8,3	4,5	1,7	
7. WP 1972–76	Beginn der WP	8,1	4,4	1,8	
8. WP 1976–80	Beginn der WP	8,2	4,2	1,8	
9. WP 1980–83	Beginn der WP	6,2	4,0	2,3	
	Oktober 1982	3,1	7,8	2,5	
10. WP 1983–87	Beginn der WP	3,3	8,4	1,8	
11. WP 1987–90	Beginn der WP	3,0	8,4	2,2	
	Oktober 1990	3,6	9,0	2,3	
12. WP 1990–94	Beginn der WP	3,6	9,2	2,7	
		CDU/CSU	SPD	B 90/GR	FDP
13. WP 1994– ¹⁾	Beginn der WP	3,6	5,4	3,8	2,0

¹⁾ Stand: 31. August 1997

- Größte Chancen auf eine parlamentarische Führungsposition haben durchgehend die Abgeordneten der FDP-Fraktion bzw. generell Mitglieder kleiner Fraktionen,
- in allen Fraktionen ändern sich die Chancen auf eine Führungsposition sprunghaft bei einem Wechsel aus der Regierungskoalition in die Opposition oder umgekehrt.

Alter und Mandatsdauer der Inhaber von Führungspositionen

Zwei Untersuchungen liegen vor, in denen vor allem die unterschiedliche Altersschichtung der Inhaber von parlamentarischen Führungspositionen im Vergleich zur Gesamtheit der Mitglieder des Bundestages festgestellt worden ist.

Für die 1. bis 10. Wahlperiode hat *Heino Kaack* gegenübergestellt, wie hoch in einzelnen Jahrgangsgruppen der Anteil aller Abgeordneten und der Anteil der Inhaber von Führungspositionen ist.*) Erfasst wurden jeweils alle Mitglieder mit Führungspositionen während der gesamten Dauer der Wahlperiode, in der 10. Wahlperiode jedoch nur die Positionen zu Beginn.

Wie die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt, entstammen die Abgeordneten mit Führungspositionen durchweg eher der jeweils älteren Generation – ein Beweis für die Geltung des Senioritätsprinzips bei der Ämterbesetzung im Bundestag.

*) Quelle: *Heino Kaack*, Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 128–149 (hier: S. 139–140).

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Innerhalb des Kapitels 24 sind die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Präsidenten, Vizepräsidenten, Ausschuß- und Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Versammlung der WEU und der Nordatlantischen Versammlung aufgeführt.

Geburtsjahrgänge	Anteil aller Abgeordneten/ Anteil der Abgeordneten mit Führungspositionen	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87
1875–1899	alle Abg. in % Abg. mit Führungspositionen in %	54 62	42 45	30 25	18 17	6 8	1 1	0 0	0 0	– –	– 1
1900–1914	alle Abg. in % Abg. mit Führungspositionen in %	43 35	50 50	52 57	54 50	48 43	30 25	13 11	5 5	1 1	1 1
1915–1929	alle Abg. in % Abg. mit Führungspositionen in %	4 3	8 6	16 18	27 33	41 46	54 64	56 60	49 51	35 47	31 43
1930–1944	alle Abg. in % Abg. mit Führungspositionen in %	– –	– –	0 –	1 –	5 3	15 11	31 29	44 41	59 51	62 49
ab 1945	alle Abg. in % Abg. mit Führungspositionen in %	– –	– –	– –	– –	– –	– –	1 –	2 3	5 1	7 7

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

Für die 6. Wahlperiode (1969–72) ist ermittelt worden, inwieweit sich die Inhaber bestimmter parlamentarischer Führungspositionen (in der Untersuchung als „Management“ bezeichnet) hinsichtlich einiger Sozialmerkmale vom Durchschnitt aller Abgeordneten unterscheiden. *)

Zum „Management“ gezählt und in die Auswertung einbezogen wurden:

- Bundestagspräsident und Vizepräsidenten,
- Mitglieder des Ältestenrates,
- Ausschußvorsitzende,
- Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende sowie Geschäftsführer der Fraktionen,
- Arbeitskreisvorsitzende der Fraktionen,
- wichtige Mitglieder des Fraktionsvorstandes, darunter auch frühere Regierungsmitglieder.

Nach diesen Kriterien sind 74 Abgeordnete (= 14,3% der Mitglieder des Bundestages) in die Auswahl gekommen. Bezüglich des durchschnittlichen Lebensalters und der durchschnittlichen Mitgliedsdauer im Bundestag lassen sich folgende Differenzen erkennen:

	Inhaber von Führungspositionen	alle MdB	Differenz Führungspositionen zu allen MdB
Durchschnittsalter (in Jahren):			
– MdB aller Fraktionen	51,9	49,0	+ 2,9
– MdB der CDU/CSU	52,3	49,9	+ 2,4
– MdB der SPD	52,0	47,8	+ 4,2
– MdB der FDP	50,1	50,7	– 0,6
durchschnittliche Mitgliedsdauer im Bundestag (in Jahren):			
– MdB aller Fraktionen	11,9	6,4	+ 5,5
– MdB der CDU/CSU	12,4	• ¹⁾	•
– MdB der SPD	12,6	5,9	+ 6,7
– MdB der FDP	8,7	7,5	+ 1,2

1) Die durchschnittliche Mitgliedsdauer im Bundestag liegt für die CDU und die CSU nur getrennt vor:
 Abgeordnete der CDU 6,5 Jahre,
 Abgeordnete der CSU 7,4 Jahre.

Damit zeigt sich, daß sich die Inhaber parlamentarischer Führungspositionen nicht so sehr im Lebensalter von den übrigen Abgeordneten unterscheiden, sondern in der Dauer der Mandatszeit im Bundestag. Dabei weist die SPD-Fraktion in der 6. Wahlperiode den höchsten Grad parlamentarischer Seniorität für ihr Management auf, ganz im Gegensatz zur FDP-Fraktion.

Auffallend ist auch, daß das Durchschnittsalter der Mitglieder verschiedener Führungsgremien erheblich voneinander abweicht. In der folgenden Tabelle erweist sich das Präsidium als das Füh-

*) *Frank Grube, Gerhard Richter und Uwe Thaysen, Das Management des 6. Deutschen Bundestages. Eine Dokumentation parlamentarischer Karrieren. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 152–161.*

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

rungsgremium mit der ältesten Mitgliederstruktur, der Ältestenrat als das Gremium mit dem geringsten Durchschnittsalter.

	Inhaber der betr. Führungsposition	Differenz zu den Inhabern aller Führungspositionen ¹⁾	Differenz zu allen MdB ²⁾
Durchschnittsalter (in Jahren):			
– Präsidium	57,0	+ 5,1	+ 8,0
– Ältestenratsmitglieder	51,4	– 0,5	+ 2,4
– Ausschußvorsitzende	52,8	+ 0,9	+ 3,8
– Arbeitskreisvorsitzende	53,2	+ 1,3	+ 4,2

1) 51,9 Jahre

2) 49,0 Jahre

3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung

In diesem Abschnitt wurden für die einzelnen Wahlperioden seit 1949 aufgelistet:

- die jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände,
- die jüngsten Ausschußvorsitzenden und
- die jüngsten Mitglieder der Bundesregierung;
- ferner seit 1967 die jüngsten Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister.

Die jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände*)

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
1. WP 1949–53	Beginn der WP	<i>Erich Mende</i> (FDP)	28. 10. 1916	32	Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion
2. WP 1953–57	Beginn der WP	<i>Erich Mende</i> (FDP)	28. 10. 1916	36	Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion; jüngstes Mitglied eines Fraktionsvorstandes bis zur Wahl von <i>Will Rasner</i> (CDU/CSU)
	6. 7. 1955	<i>Will Rasner</i> (CDU)	14. 6. 1920	35	Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion

*) Begrenzt auf den „engeren“ Fraktionsvorstand, d. h. die Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen der Bundestages in den einzelnen Wahlperioden. Gruppenvorstände wurden nicht berücksichtigt.

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
3. WP 1957–61	Beginn der WP	<i>Will Rasner</i> (CDU)	14. 6. 1920	37	Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion; jüngstes Mitglied eines Fraktionsvorstandes bis zur Wahl von <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)
	10. 11. 1959	<i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)	29. 9. 1921	38	Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion
4. WP 1961–65	Beginn der WP	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	10. 9. 1927	34	Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion (bis 12. 3. 1963)
	12. 3. 1963	<i>Hermann Dürr</i> (FDP)	7. 1. 1925	38	Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion (seit Beginn der WP bis 10. 11. 1964); jüngstes Mitglied eines Fraktionsvorstandes nach Ausscheiden von <i>Gerhard Jahn</i> (SPD)
	10. 11. 1964	<i>Rainer Barzel</i> (CDU)	20. 6. 1924	40	Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion (seit 3. 12. 1963 bis 1. 12. 1964); Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion (ab 1. 12. 1964); jüngstes Mitglied eines Fraktionsvorstandes nach Ausscheiden von <i>Hermann Dürr</i> (FDP)
5. WP 1965–69	Beginn der WP	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	10. 9. 1927	38	Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion (bis 27. 4. 1967)
	27. 4. 1967	<i>Manfred Schulte</i> (SPD)	6. 8. 1930	36	Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion (ab 27. 4. 1967)
6. WP 1969–72	Beginn der WP	<i>Manfred Wörner</i> (CDU)	24. 9. 1934	35	Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion; jüngstes Mitglied eines Fraktionsvorstandes bis zur Wahl von <i>Rudolf Seiters</i> (CDU)
	9. 11. 1971	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU)	13. 10. 1937	34	Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion (ab 9. 11. 1971)
7. WP 1972–76	Beginn der WP	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU)	13. 10. 1937	35	Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion

Hinweis

Die zehn jüngsten Abgeordneten zu Beginn einer Wahlperiode sind in Abschnitt 3.3 aufgeführt.

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
8. WP 1976–80	Beginn der WP	<i>Konrad Porzner</i> (SPD)	4. 2. 1935	41	Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion; jüngstes Mitglied eines Fraktionsvorstandes bis zur Wahl von <i>Gerhard Kunz</i> (CDU)
	6. 9. 1977	<i>Gerhard Kunz</i> (CDU)	11. 2. 1942	35	Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion (ab 6. 9. 1977)
9. WP 1980–83	Beginn der WP	<i>Klaus Gärtner</i> (FDP)	10. 1. 1945	35	Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion
10. WP 1983–87	Beginn der WP	<i>Marieluise Beck-Oberdorf</i> (GRÜNE)	25. 6. 1952	30	Fraktionssprecherin der GRÜNEN (bis 3. 4. 1984)
	3. 4. 1984	<i>Christa Nickels</i> (GRÜNE)	29. 7. 1952	31	Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion der GRÜNEN (ab 3. 4. 1984 bis 30. 3. 1985)
	30. 3. 1985	<i>Axel Vogel</i> (GRÜNE)	3. 6. 1956	28	Stellv. Parlamentarischer Geschäftsführer (ab 30. 3. 1985) bzw. Parlamentarischer Geschäftsführer (ab 1. 2. 1986) der Fraktion der GRÜNEN
11. WP 1987–90	Beginn der WP	<i>Bärbel Rust</i> (GRÜNE)	22. 4. 1954	32	Fraktionssprecherin der GRÜNEN (bis 26. 1. 1988)
	26. 1. 1988	<i>Hubert Kleinert</i> (GRÜNE)	19. 4. 1954	33	Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der GRÜNEN (ab 26. 1. 1988 bis 30. 1. 1989)
	30. 1. 1989	<i>Uwe Hüser</i> (GRÜNE)	21. 8. 1958	30	Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der GRÜNEN (ab 30. 1. 1989)
12. WP 1990–94	Beginn der WP	<i>Werner Hoyer</i> (FDP)	17. 11. 1951	39	Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion (bis 22. 6. 1993)
	22. 6. 1993	<i>Maria Michalk</i> (CDU)	6. 12. 1949	43	Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion (seit 13. 2. 1991); jüngstes Mitglied eines Fraktionsvorstandes nach Ausscheiden von <i>Werner Hoyer</i> (FDP)
13. WP 1994– ¹⁾	Beginn der WP	<i>Simone Probst</i> (Bündnis 90/ GRÜNE)	3. 12. 1967	27	Stellv. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE

1) Stand: 31. August 1997

Die jüngsten Ausschußvorsitzenden

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
1. WP 1949–53	Beginn der WP	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	6. 9. 1915	34	Vorsitzender des Ausschusses für Jugendfürsorge, ab 19. 7. 1952 Vorsitzender des Ausschusses zur Mitberatung des EVG-Vertrages und der damit zusammenhängenden Abmachungen (ab 21. 1. 1953 Umbenennung in: Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit)
2. WP 1953–57	Beginn der WP	<i>Richard Stücklen</i> (CSU)	20. 8. 1916	37	Vorsitzender des Ausschusses für Sonderfragen des Mittelstandes
3. WP 1957–61	Beginn der WP	<i>Wolfgang Stammberger</i> (FDP)	14. 7. 1920	37	Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheitswesen; jüngster Ausschußvorsitzender bis zur Benennung von <i>Gerhard Jahn</i>
	10. 11. 1960	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	10. 9. 1927	33	Vorsitzender des Ausschusses für Wiedergutmachung
4. WP 1961–65	Beginn der WP	<i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD)	31. 1. 1923	38	Vorsitzender des Ausschusses für Inneres
5. WP 1965–69	Beginn der WP	<i>Holger Börner</i> (SPD)	7. 2. 1931	34	Vorsitzender des Verkehrsausschusses (bis Juni 1967)
	Juni 1967	<i>Ulrich Lohmar</i> (SPD)	30. 4. 1928	39	Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik (seit Beginn der WP); jüngster Ausschußvorsitzender nach Ausscheiden von <i>Holger Börner</i>
6. WP 1969–72	Beginn der WP	<i>Hans Apel</i> (SPD)	25. 2. 1932	37	Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen
7. WP 1972–76	Beginn der WP	<i>Hans de With</i> (SPD)	21. 5. 1932	40	Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (bis Juni 1974)
	6. 6. 1974	<i>Uwe Holtz</i> (SPD)	19. 3. 1944	30	Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Hinweise

Zur Auswirkung der Herabsetzung der Wählbarkeit auf die Altersgliederung des Bundestages vgl. Abschnitt 3.1.

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
8. WP 1976–80	Beginn der WP	<i>Uwe Holtz</i> (SPD)	19. 3. 1944	32	Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit; jüngster Ausschußvorsitzender bis zur Benennung von <i>Ingrid Matthäus-Maier</i>
	28. 11. 1979	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP)	9. 9. 1945	34	Vorsitzende des Finanzausschusses
9. WP 1980–83	Beginn der WP	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP)	9. 9. 1945	35	Vorsitzende des Finanzausschusses (bis Oktober 1982)
	Oktober 1982	<i>Uwe Holtz</i> (SPD)	19. 3. 1944	38	Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (seit Beginn der WP); jüngster Vorsitzender nach Ausscheiden von <i>Ingrid Matthäus-Maier</i>
10. WP 1983–87	Beginn der WP	<i>Uwe Holtz</i> (SPD)	19. 3. 1944	39	Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit; jüngster Vorsitzender bis zur Benennung von <i>Sabine Bard</i>
	31. 8. 1983	<i>Sabine Bard</i> (GRÜNE)	27. 11. 1946	36	Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie (bis 17. 4. 1985)
	17. 4. 1985	<i>Henning Schierholz</i> (GRÜNE)	2. 2. 1949	36	Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie; jüngster Vorsitzender bis zur Benennung von <i>Reinhard Göhner</i>
	6. 6. 1986	<i>Reinhard Göhner</i> (CDU)	16. 1. 1953	33	Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
11. WP 1987–90	Beginn der WP	<i>Reinhard Göhner</i> (CDU)	16. 1. 1953	34	Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
12. WP 1990–94	Beginn der WP	<i>Edith Niehuis</i> (SPD)	2. 8. 1950	40	Vorsitzende des Ausschusses für Frauen und Jugend
13. WP 1994– ¹⁾	Beginn der WP	<i>Carl-Ludwig Thiele</i> (FDP)	9. 8. 1953	41	Vorsitzender des Finanzausschusses

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Die jüngsten Mitglieder der Bundesregierung

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
1. WP 1949–53	Beginn der WP	<i>Heinrich Hellwege</i> (DP)	18. 8. 1908	41	BMin für Angelegenheiten des Bundesrates
2. WP 1953–57	Beginn der WP	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	6. 9. 1915	38	BMin für besondere Aufgaben, ab 21. 10. 1955 BMin für Atomfragen, ab 16. 10. 1956 BMin für Verteidigung
3. WP 1957–61	Beginn der WP	<i>Richard Stücklen</i> (CSU)	20. 8. 1916	41	BMin für das Post- und Fernmeldewesen
4. WP 1961–65	Beginn der WP ¹⁾	<i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)	29. 9. 1921	40	BMin für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (bis 15. 10. 1963); jüngstes Mitglied der Bundesregierung bis zum Eintritt von <i>Rainer Barzel</i> in das Kabinett <i>Adenauer</i>
	14. 12. 1962	<i>Rainer Barzel</i> (CDU)	20. 6. 1924	38	BMin für gesamtdeutsche Fragen (bis 15. 10. 1963)
	17. 10. 1963 ²⁾	<i>Kurt Schmücker</i> (CDU)	10. 11. 1919	43	BMin für Wirtschaft
5. WP 1965–69	Beginn der WP	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	29. 9. 1928	37	BMin für wissenschaftliche Forschung; jüngstes Mitglied der Bundesregierung sowohl im Kabinett <i>Erhard</i> (bis 1966) als auch im Kabinett <i>Kiesinger</i> (ab 1966)
6. WP 1969–72	Beginn der WP	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	10. 9. 1927	42	BMin der Justiz; jüngstes Mitglied der Bundesregierung bis zum Eintritt von <i>Klaus von Dohnanyi</i> in das Kabinett
	15. 3. 1972	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD)	23. 6. 1928	43	BMin für Bildung und Wissenschaft

¹⁾ Kabinett *Adenauer* (bis 15. 10. 1963)

²⁾ Kabinett *Erhard* (ab 17. 10. 1963)

Hinweise

Welche Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette vorliegen, ist aus einer Bibliographie innerhalb des Abschnitts 6.9 zu ersehen.

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen des Bundes die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, ist innerhalb des Abschnittes 6.9 dokumentiert.

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
7. WP 1972–76	Beginn der WP ¹⁾	<i>Hans Friderichs</i> (FDP)	16. 10. 1931	41	BMin für Wirtschaft; in dieser WP nicht MdB; jüngstes Mitglied der Bundesregierung bis zum Eintritt von <i>Hans Apel</i> in das Kabinett <i>Schmidt</i>
	16. 5. 1974 ²⁾	<i>Hans Apel</i> (SPD)	25. 2. 1932	42	BMin der Finanzen
8. WP 1976–80	Beginn der WP	<i>Hans Apel</i> (SPD)	25. 2. 1932	44	BMin der Finanzen (bis 16. 2. 1978); jüngstes Mitglied der Bundesregierung bis zum Eintritt von <i>Volker Hauff</i> in das Kabinett
	16. 2. 1978	<i>Volker Hauff</i> (SPD)	9. 8. 1940	37	BMin für Forschung und Technologie
9. WP 1980–83	Beginn der WP ³⁾	<i>Volker Hauff</i> (SPD)	9. 8. 1940	40	BMin für Verkehr (bis 4. 10. 1982)
	4. 10. 1982 ⁴⁾	<i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU)	1. 12. 1935	46	BMin für Forschung und Technologie
10. WP 1983–87	Beginn der WP	<i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU)	1. 12. 1935	47	BMin für Forschung und Technologie; jüngstes Mitglied der Bundesregierung bis zum Eintreten von <i>Wolfgang Schäuble</i> in das Kabinett
	15. 11. 1984	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU)	18. 9. 1942	42	BMin für besondere Aufgaben
11. WP 1987–90	Beginn der WP	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	15. 7. 1945	41	BMin für Bildung und Wissenschaft; jüngstes Mitglied der Bundesregierung bis zum Eintreten von <i>Gerda Hasselfeldt</i> in das Kabinett
	21. 4. 1989	<i>Gerda Hasselfeldt</i> (CSU)	7. 7. 1950	38	BMin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; jüngstes Mitglied der Bundesregierung bis zum Eintreten von <i>Günther Krause</i> in das Kabinett
	3. 10. 1990	<i>Günther Krause</i> (CDU)	13. 9. 1953	37	BMin für besondere Aufgaben
12. WP 1990–94	Beginn der WP ⁵⁾	<i>Angela Merkel</i> (CDU)	17. 7. 1954	36	BMin für Frauen und Jugend
13. WP 1994– ⁶⁾	Beginn der WP	<i>Claudia Nolte</i> (CDU)	7. 2. 1966	28	BMin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

¹⁾ Kabinett *Brandt* (bis 16. 5. 1974)

²⁾ Kabinett *Schmidt* (ab 16. 5. 1974)

³⁾ Kabinett *Schmidt* (bis 1. 10. 1982)

⁴⁾ Kabinett *Kohl* (ab 4. 10. 1982)

⁵⁾ Ernennung der Bundesminister am 18. Januar 1991

⁶⁾ Stand: 31. August 1997

Die jüngsten Parlamentarischen Staatssekretäre (ab 1967)

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
5. WP 1965–69	April 1967	<i>Holger Börner</i> (SPD)	7. 2. 1931	36	PStS beim BMin für Verkehr
6. WP 1969–72	Beginn der WP	<i>Holger Börner</i> (SPD)	7. 2. 1931	38	PStS beim BMin für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (bis 4. 2. 1972)
	4. 2. 1972	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD)	23. 6. 1928	43	PStS beim BMin für Bildung und Wissenschaft (seit Beginn der WP bis 15. 3. 1972); jüngster PStS nach Ausscheiden von <i>Holger Börner</i>
	15. 3. 1972	<i>Rainer Offergeld</i> (SPD)	26. 12. 1937	34	PStS beim BMin für Wirtschaft und Finanzen (Bereich Wirtschaft)
7. WP 1972–76	Beginn der WP	<i>Volker Hauff</i> (SPD)	9. 8. 1940	32	PStS beim BMin für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen (ab Mai 1974: BMin für Forschung und Technologie)
8. WP 1976–80	Beginn der WP	<i>Andreas von Schoeler</i> (FDP)	4. 7. 1948	28	PStS beim BMin des Innern
9. WP 1980–83	Beginn der WP	<i>Andreas von Schoeler</i> (FDP)	4. 7. 1948	32	PStS beim BMin des Innern (bis 17. 9. 1982)
	17. 9. 1982	<i>Jürgen Egert</i> (SPD)	23. 10. 1941	40	PStS beim BMin für Arbeit und Sozialordnung (seit Beginn der WP bis 4. 10. 1982); jüngster PStS nach Ausscheiden von <i>Andreas von Schoeler</i>
	4. 10. 1982	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	15. 7. 1945	37	Staatsminister im Auswärtigen Amt
10. WP 1983–87	Beginn der WP	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	15. 7. 1945	37	Staatsminister im Auswärtigen Amt
11. WP 1987–90	Beginn der WP	<i>Wolfgang von Geldern</i> (CDU)	4. 11. 1944	42	PStS beim BMin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (bis 21. 4. 1989); jüngster PStS bis zur Ernennung von <i>Horst Seehofer</i>
	21. 4. 1989	<i>Horst Seehofer</i> (CSU)	4. 7. 1949	39	PStS beim BMin für Arbeit und Sozialordnung
12. WP 1990–94	Beginn der WP ¹⁾	<i>Reinhard Göhner</i> (CDU)	16. 1. 1953	38	PStS beim BMin der Justiz; jüngster PStS bis zur Ernennung von <i>Cornelia Yzer</i>
	13. 5. 1992	<i>Cornelia Yzer</i> (CDU)	28. 7. 1961	30	PStS beim BMin für Frauen und Jugend

Wahlperiode	Stand	Name, Partei	Geburtsdatum	Alter bei Amtsübernahme	Bemerkungen
13. WP 1994– ²⁾	Beginn der WP	<i>Cornelia Yzer</i> (CDU)	28. 7. 1961	33	PStS beim BMin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (bis 22. 1. 1997)
	22. 1. 1997	<i>Ulrich Klinkert</i> (CDU)	23. 5. 1955	41	PStS beim BMin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (seit Beginn der WP); jüngster PStS nach Ausscheiden von <i>Cornelia Yzer</i>

¹⁾ Ernennung der Parlamentarischen Staatssekretäre am 24. Januar 1991

²⁾ Stand: 31. August 1997

3.24 Sozialprofil der Fraktionen

Die soziale Zusammensetzung der Bundestagsfraktionen weist von Partei zu Partei oft über alle Wahlperioden hinweg eigentümliche Unterschiede auf. Um Hinweise auf das Sozialprofil der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP seit 1949 sowie der Fraktion der GRÜNEN seit 1983 zu erhalten, wurde im folgenden errechnet, inwieweit bestimmte Sozialstrukturdaten dieser Fraktionen vom Durchschnitt abweichen.

Es werden deshalb die hier ausgewählten Strukturdaten

- zunächst für den Bundestag allgemein **in Prozent bzw. in Jahren** und
- danach (auf den Seiten 848–855) für die einzelnen Fraktionen die **Abweichungen** davon **in Prozentpunkten bzw. in Jahren** angegeben.

Die in den folgenden Übersichten zusammengestellten Sozialdaten sind ausnahmslos aus anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* übernommen worden. Es handelt sich dabei um die Abschnitte:

- 3.2 Durchschnittsalter
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag
- 3.11 Weibliche Abgeordnete
- 3.12 Familienstand
- 3.14 Schulabschluß und Hochschulbildung
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 3.19 Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete

In den genannten Abschnitten sind zum Teil noch weitere Daten – nach Fraktionen untergliedert – enthalten.

Hinweis

Weitere Angaben zur Sozialstruktur der Fraktionen enthält Abschnitt 3.4: Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (insbesondere mit der Aufstellung über die verschiedenen „Anciennitätsgruppen“, d. h. über den Anteil der Abgeordneten, die ununterbrochen seit den einzelnen Wahlperioden Mitglied im Bundestag waren bzw. sind).

Bundestag allgemein

Wahlperiode	Anteil (in %) der ...							
	weiblichen Abgeordneten	ledigen, verwitw. oder gesch. Abgeordneten	verh. Abgeordneten ohne Kinder	verh. Abgeordneten mit Kind(ern)	Abgeordneten mit Schulabschluß Volksschule	Abgeordneten mit Schulabschluß Höherer Schule	Abgeordneten mit Hochschulbildung	Parlamentsneulinge
1. WP 1949–53	6,8	•	•	•	40,8	51,2	45,3	–
2. WP 1953–57	8,8	•	•	•	22,0	54,8	44,0	48,1
3. WP 1957–61	9,2	13,1	45,5	41,4	22,0	64,5	51,8	30,6
4. WP 1961–65	8,3	13,2	31,7	55,1	24,6	64,5	57,6	25,1
5. WP 1965–69	6,9	10,6	23,6	65,8	14,5	62,2	56,0	25,5
6. WP 1969–72	6,6	9,5	16,4	74,1	3,7	68,9	63,9	30,1
7. WP 1972–76	5,8	7,9	12,2	79,9	6,4	72,8	67,6	28,0
8. WP 1976–80	7,3	9,3	12,4	78,4	2,9	70,7	70,3	22,6
9. WP 1980–83	8,5	9,4	11,4	79,2	7,3	68,0	70,3	24,9
10. WP 1983–87	9,8	11,5	9,6	78,8	8,7	70,0	82,5	17,7
11. WP 1987–90	15,4	14,8	7,9	77,3	0,8	70,3	71,5	21,2
12. WP 1990–94	20,5	15,0	8,3	76,7	9,4	72,7	78,0	35,5
13. WP 1994–	26,2	20,4	9,4	70,2	8,5	71,1	76,9	30,2

Hinweis

Weitere Angaben zur Sozialstruktur der Fraktionen enthält Abschnitt 3.17: Berufsstruktur.

Durchschnitt in Jahren		Anteil (in %) der ...						
Durchschnittsalter der Abgeordneten	Dauer der Mitgliedschaft im BT (zu Beginn der WP)	Beamten und Angestellten des öffentl. Dienstes	Angestellten politischer oder gesellsch. Organisationen	Angestellten in der Wirtschaft	Selbständigen	Angehörigen freier Berufe	gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten	Interessenvertreter
50,0	–	26,1	28,3	6,1	19,8	9,3	28,0	•
50,9	1,9	24,5	23,2	10,8	22,6	9,4	38,1	•
51,8	4,0	24,7	22,5	8,9	24,7	9,8	38,9	•
52,3	5,7	25,9	20,5	10,6	23,6	10,1	42,8	•
50,9	6,6	29,5	21,2	11,2	19,1	9,6	46,7	•
49,0	6,4	34,0	14,9	9,8	16,0	12,0	51,2	•
46,6	5,7	34,9	15,8	10,0	13,4	9,8	54,2	48,5
47,3	6,7	35,5	13,7	10,7	12,9	12,5	53,7	53,5
47,0	6,8	35,9	12,9	10,2	12,5	16,0	52,6	69,0
48,1	7,2	33,4	13,6	8,3	12,8	12,5	51,2	58,1
49,3	8,2	33,9	14,0	7,9	11,0	14,1	48,3	•
48,7	6,2	35,9	13,3	11,0	10,1	13,1	31,9	39,4
49,1	6,2	44,3	14,0	13,2	9,4	11,6	33,9	•

Hinweis

Weitere Angaben zur Sozialstruktur der Fraktionen enthält Abschnitt 3.13: Konfession.

Christlich Demokratische Union Deutschlands / Christlich-Soziale

Wahlperiode	Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten beim Anteil der ...							
	weiblichen Abgeordneten	ledigen, verwitw. oder gesch. Abgeordneten	verh. Abgeordneten ohne Kinder	verh. Abgeordneten mit Kind(ern)	Abgeordneten mit Schulabschluß Volksschule	Abgeordneten mit Schulabschluß Höherer Schule	Abgeordneten mit Hochschulbildung	Parlamentsneulinge
1. WP 1949–53	+ 0,9	•	•	•	- 7,2	+ 6,7	+ 8,3	-
2. WP 1953–57	- 1,2	•	•	•	- 0,4	+ 5,2	+ 4,0	+ 5,2
3. WP 1957–61	- 1,3	- 0,5	- 5,6	+ 6,1	- 6,2	+10,0	+10,1	+ 0,9
4. WP 1961–65	- 1,1	- 1,2	- 1,4	+ 2,7	- 6,3	+10,0	+ 9,7	- 6,0
5. WP 1965–69	- 0,9	+ 1,0	- 2,5	+ 1,5	- 4,5	+12,3	+11,7	+ 2,2
6. WP 1969–72	- 1,0	+ 0,5	- 1,2	+ 0,7	- 1,7	+ 8,7	+ 9,7	- 0,8
7. WP 1972–76	+ 0,6	+ 1,1	- 2,8	+ 1,7	- 4,3	+ 8,0	+ 7,6	- 0,7
8. WP 1976–80	+ 0,2	+ 0,1	- 2,2	+ 1,9	- 1,7	+10,4	+ 8,3	+ 5,1
9. WP 1980–83	- 0,9	- 0,1	- 4,6	+ 4,8	- 3,1	+ 9,2	+ 7,3	- 3,3
10. WP 1983–87	- 3,1	- 2,9	- 3,3	+ 6,3	- 4,4	+ 6,1	- 4,1	- 3,2
11. WP 1987–90	- 7,7	- 6,3	- 4,1	+10,3	- 0,4	+ 8,8	+ 8,4	-10,5
12. WP 1990–94	- 6,7	- 4,0	- 2,7	+ 6,7	- 2,2	+ 3,5	+ 2,3	- 1,9
13. WP 1994–	-12,4	- 6,8	- 3,6	+10,4	± 0	+ 1,0	- 0,4	- 8,1

Hinweis

Siehe hierzu auch die Zusammenfassung auf Seite 854–856.

Union in Bayern (CDU/CSU)

Abweichungen vom Durchschnitt in Jahren		Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten beim Anteil der ...						
Durchschnittsalter der Abgeordneten	Dauer der Mitgliedschaft im BT (zu Beginn der WP)	Beamten und Angestellten des öffentl. Dienstes	Angestellten politischer oder gesellschaftl. Organisationen	Angestellten in der Wirtschaft	Selbständigen	Angehörigen freier Berufe	gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten	Interessenvertreter
+ 1,5	-	+ 1,3	- 11,4	+ 2,2	+ 11,2	- 0,2	- 12,5	•
+ 0,9	- 0,1	± 0	- 7,2	± 0	+ 8,3	- 1,8	- 19,3	•
+ 0,9	- 0,2	- 0,6	- 8,8	+ 0,5	+ 5,9	+ 1,0	- 22,4	•
+ 1,3	+ 0,5	- 2,0	- 7,0	- 0,2	+ 8,3	- 0,5	- 26,5	•
+ 0,4	+ 0,1	- 2,0	- 8,5	± 0	+ 6,8	+ 0,8	- 26,4	•
+ 0,9	+ 0,3	- 2,4	- 5,7	+ 1,4	+ 9,2	± 0	- 32,4	•
+ 1,0	+ 0,4	+ 1,4	- 6,0	+ 1,5	+ 7,1	+ 2,2	- 35,4	+ 11,8
+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 5,0	+ 2,4	+ 6,4	+ 1,6	- 32,4	+ 13,7
+ 0,4	+ 0,1	- 3,9	- 6,6	+ 2,5	+ 8,6	+ 8,1	- 33,2	+ 20,4
+ 0,5	+ 0,1	- 3,9	- 7,3	+ 1,2	+ 7,2	+ 5,2	- 30,8	+ 12,5
+ 1,6	+ 1,3	- 7,4	- 6,3	+ 1,9	+ 7,0	+ 4,7	- 30,8	•
+ 0,3	+ 0,4	- 6,1	- 4,3	+ 0,6	+ 5,0	+ 1,0	- 24,4	+ 5,4
+ 0,3	•	- 4,9	- 4,5	+ 2,1	+ 6,6	+ 1,6	- 28,8	•

Hinweis

Weitere Angaben zur Sozialstruktur der Fraktionen enthält Abschnitt 3.16: Abgeordnete mit Adelsnamen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Wahlperiode	Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten beim Anteil der ...							
	weiblichen Abgeordneten	ledigen, verwitw. oder gesch. Abgeordneten	verh. Abgeordneten ohne Kinder	verh. Abgeordneten mit Kind(ern)	Abgeordneten mit Schulabschluß Volksschule	Abgeordneten mit Schulabschluß Höherer Schule	Abgeordneten mit Hochschulbildung	Parlamentsneulinge
1. WP 1949–53	+ 2,8	•	•	•	+ 14,2	- 16,8	- 16,3	-
2. WP 1953–57	+ 4,2	•	•	•	+ 12,6	- 23,9	- 21,2	- 10,4
3. WP 1957–61	+ 3,0	+ 1,8	+ 10,3	- 12,1	+ 13,9	- 21,4	- 16,4	- 5,2
4. WP 1961–65	+ 2,0	+ 3,1	+ 4,8	- 7,8	+ 13,3	- 20,2	- 15,7	+ 1,5
5. WP 1965–69	+ 1,9	- 1,4	+ 5,0	- 3,6	+ 8,5	- 18,9	- 17,3	- 0,6
6. WP 1969–72	+ 1,0	- 1,5	+ 1,3	+ 0,2	+ 2,2	- 11,9	- 10,7	+ 2,4
7. WP 1972–76	- 0,4	- 2,1	+ 1,4	+ 0,7	+ 5,2	- 10,4	- 8,9	- 1,4
8. WP 1976–80	- 0,6	- 1,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 2,5	- 14,0	- 11,4	- 6,1
9. WP 1980–83	- 0,2	- 0,2	+ 1,3	- 1,1	+ 4,5	- 12,3	- 10,7	+ 1,4
10. WP 1983–87	+ 0,6	- 2,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 6,6	- 11,6	+ 7,1	- 6,3
11. WP 1987–90	+ 0,7	- 4,4	+ 1,9	+ 2,5	- 0,3	- 12,3	- 9,3	± 0
12. WP 1990–94	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,7	- 3,5	+ 4,0	- 7,0	- 5,2	- 2,0
13. WP 1994–	+ 7,4	- 0,6	+ 2,5	- 1,9	+ 3,4	- 6,0	- 0,7	- 0,8

Hinweis

Siehe hierzu auch die Zusammenfassung auf Seite 854–856.

Abweichungen vom Durchschnitt in Jahren		Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten beim Anteil der ...						
Durchschnittsalter der Abgeordneten	Dauer der Mitgliedschaft im BT (zu Beginn der WP)	Beamten und Angestellten des öffentl. Dienstes	Angestellten politischer oder gesellschaftl. Organisationen	Angestellten in der Wirtschaft	Selbständigen	Angehörigen freier Berufe	gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten	Interessenvertreter
- 0,7	-	+ 4,1	+ 13,7	+ 0,5	- 16,9	- 3,4	+ 30,8	•
- 1,6	+ 0,4	+ 1,4	+ 16,9	+ 4,0	- 12,7	- 0,1	+ 49,6	•
- 1,2	+ 0,6	+ 4,1	+ 17,3	- 1,7	- 14,8	- 2,1	+ 46,2	•
- 1,3	+ 0,1	+ 5,6	+ 14,5	+ 1,2	- 17,2	- 0,7	+ 45,4	•
- 0,6	± 0	+ 5,0	+ 13,8	+ 0,3	- 13,2	- 1,7	+ 39,9	•
- 1,2	- 0,5	+ 4,8	+ 6,6	- 0,5	- 11,4	- 1,0	+ 39,5	•
- 0,8	- 0,3	+ 1,9	+ 7,8	- 1,7	- 10,5	- 2,0	+ 39,6	- 11,3
± 0	+ 0,3	+ 3,3	+ 7,3	- 2,6	- 10,3	- 1,8	+ 43,6	- 11,5
- 0,2	+ 0,2	+ 6,8	+ 8,4	- 3,6	- 10,7	- 9,0	+ 45,2	- 15,1
+ 0,2	+ 0,8	+ 6,8	+ 9,1	- 1,4	- 10,3	- 6,5	+ 45,8	- 7,6
- 0,2	+ 0,3	+ 11,7	+ 8,3	- 2,7	- 7,9	- 5,3	+ 49,1	•
+ 0,1	+ 0,2	+ 10,5	+ 6,8	+ 0,3	- 7,6	- 3,4	+ 41,7	- 8,4
+ 0,8	- 0,2	+ 8,5	+ 3,9	+ 0,7	- 7,8	- 4,4	+ 41,5	•

Hinweis

Weitere Angaben zur Sozialstruktur der Fraktionen enthält Abschnitt 3.17: Berufsstruktur.

Freie Demokratische Partei (FDP)

Wahlperiode	Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten beim Anteil der ...							
	weiblichen Abgeordneten	ledigen, verwitw. oder gesch. Abgeordneten	verh. Abgeordneten ohne Kinder	verh. Abgeordneten mit Kind(ern)	Abgeordneten mit Schulabschluß Volksschule	Abgeordneten mit Schulabschluß Höherer Schule	Abgeordneten mit Hochschulbildung	Parlamentsneulinge
1. WP 1949–53	- 6,8	•	•	•	- 19,6	+ 23,8	+ 20,7	-
2. WP 1953–57	- 3,1	•	•	•	- 20,1	+ 24,0	+ 27,2	- 16,0
3. WP 1957–61	- 2,2	- 1,5	- 8,3	+ 9,8	- 15,0	+ 19,2	+ 4,0	+ 20,6
4. WP 1961–65	- 2,3	- 4,2	- 9,3	+ 13,6	- 17,1	+ 23,6	+ 11,1	+ 18,2
5. WP 1965–69	- 2,9	+ 1,4	- 9,6	+ 8,2	- 14,5	+ 19,8	+ 14,0	- 7,5
6. WP 1969–72	- 0,1	+ 6,6	- 0,3	- 6,4	- 3,7	+ 21,4	+ 3,8	- 10,8
7. WP 1972–76	- 1,0	+ 6,4	+ 6,8	- 13,2	- 6,4	+ 15,3	+ 8,6	+ 19,8
8. WP 1976–80	+ 2,7	+ 8,2	+ 10,1	- 18,4	- 2,9	+ 11,8	+ 12,2	+ 2,4
9. WP 1980–83	+ 4,5	+ 1,7	+ 14,6	- 16,2	- 5,4	+ 11,6	+ 13,0	+ 8,4
10. WP 1983–87	- 1,2	+ 2,8	+ 19,0	- 21,7	- 5,8	+ 15,7	- 8,2	- 6,3
11. WP 1987–90	- 2,9	+ 4,0	+ 12,9	- 16,9	- 0,8	+ 15,1	+ 5,6	+ 1,7
12. WP 1990–94	- 0,2	+ 4,0	+ 6,9	- 10,9	- 3,1	+ 4,5	+ 1,8	+ 10,1
13. WP 1994–	- 9,3	- 1,2	+ 9,8	- 8,5	- 4,2	+ 11,9	+ 6,1	- 11,1

Hinweis

Siehe hierzu auch die Zusammenfassung auf Seite 854–856.

Abweichungen vom Durchschnitt in Jahren		Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten beim Anteil der ...						
Durchschnittsalter der Abgeordneten	Dauer der Mitgliedschaft im BT (zu Beginn der WP)	Beamten und Angestellten des öffentl. Dienstes	Angestellten politischer oder gesellschaftl. Organisationen	Angestellten in der Wirtschaft	Selbständigen	Angehörigen freier Berufe	gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten	Interessenvertreter
+ 0,8	-	- 5,7	- 15,3	- 3,4	+ 17,2	+ 5,5	•	•
+ 1,4	+ 0,5	- 3,7	- 21,3	+ 7,9	+ 7,6	+ 7,6	•	•
- 0,9	- 1,5	- 3,8	- 13,2	- 1,9	+ 19,5	+ 6,5	- 35,6	•
- 1,2	- 2,4	- 9,5	- 14,5	- 3,1	+ 21,2	+ 4,8	- 38,3	•
+ 0,5	- 0,8	- 11,5	- 17,2	- 1,2	+ 22,9	+ 4,6	- 40,7	•
+ 1,7	+ 1,1	- 17,9	- 5,2	- 5,6	+ 23,0	+ 7,4	- 41,5	•
- 1,3	- 0,8	- 18,1	- 11,0	+ 1,9	+ 19,9	- 0,3	- 39,9	- 0,9
- 1,0	- 1,1	- 18,0	- 8,7	- 0,2	+ 17,1	± 0	- 38,7	- 23,5
- 0,9	- 1,5	- 11,8	- 7,3	+ 4,6	+ 7,9	+ 2,4	- 45,2	- 26,4
+ 1,4	+ 0,4	- 21,9	+ 3,6	+ 0,3	+ 13,0	- 1,0	- 42,6	- 23,8
+ 1,3	- 0,5	- 19,3	+ 0,6	- 1,7	+ 3,6	+ 4,7	- 46,2	•
+ 0,2	- 0,2	- 9,3	- 5,7	- 0,8	+ 5,1	+ 7,1	- 25,6	+ 3,6
+ 2,4	+ 1,7	- 6,0	- 9,8	- 2,6	+ 11,9	+ 9,7	- 33,9	•

Hinweis

Weitere Angaben zur Sozialstruktur der Fraktionen enthält Abschnitt 3.13: Konfession.

Die Grünen bzw. Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)¹⁾

Wahlperiode	Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten beim Anteil der ...							
	weiblichen Abgeordneten	ledigen, veritw. oder gesch. Abgeordneten	verh. Abgeordneten ohne Kinder	verh. Abgeordneten mit Kind(ern)	Abgeordneten mit Schulabschluß Volksschule	Abgeordneten mit Schulabschluß Höherer Schule	Abgeordneten mit Hochschulbildung	Parlamentsneulinge
10. WP 1983–87	+ 25,9	+ 38,5	– 6,0	– 32,4	– 1,6	+ 8,6	– 3,9	+ 82,3
11. WP 1987–90	+ 41,4	+ 48,8	– 1,1	– 47,8	+ 3,7	– 9,9	– 10,1	+ 53,8
13. WP 1994–	+ 32,9	+ 16,3	+ 2,8	– 37,5	– 8,5	+ 12,6	+ 6,8	+ 39,3

¹⁾ In der 12. Wahlperiode bestand nur die ostdeutsche Gruppe Bündnis 90/Die Grünen

Zusammenfassung

Typisch für die Mitglieder der **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** in allen Wahlperioden ist u. a.

- das höhere Durchschnittsalter,
- die längere Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag,
- der meist niedrigere Anteil weiblicher Abgeordneter,
- der niedrigere Anteil alleinstehender sowie verheirateter Abgeordneter ohne Kinder und entsprechend der höhere Anteil verheirateter Abgeordneter mit Kindern,
- der niedrigere Anteil von Abgeordneten mit Schulabschluß Volksschule und entsprechend der höhere Anteil mit Schulabschluß Höhere Schule sowie – abgesehen von der 10. Wahlperiode – mit Hochschulbildung,
- der seit 1957 niedrigere Anteil der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes,
- der niedrigere Anteil der Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisationen,
- der höhere Anteil der Angestellten in der Wirtschaft und der Selbständigen,
- der seit 1965 höhere Anteil der Angehörigen freier Berufe,
- der erheblich niedrigere Anteil gewerkschaftlich organisierter Abgeordneter.

Typisch für die Mitglieder der **SPD-Bundestagsfraktion** in allen Wahlperioden ist u. a.

- die meist längere Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag,
- der meist höhere Anteil weiblicher Abgeordneter,
- der höhere Anteil verheirateter Abgeordneter ohne Kinder,
- der niedrigere Anteil von Abgeordneten mit Schulabschluß Höhere Schule und – abgesehen von der 10. Wahlperiode – mit Hochschulbildung,
- der höhere Anteil der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie der Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisationen,

Abweichungen vom Durchschnitt in Jahren		Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten beim Anteil der ...						
Durchschnittsalter der Abgeordneten	Dauer der Mitgliedschaft im BT (zu Beginn der WP)	Beamten und Angestellten des öffentl. Dienstes	Angestellten politischer oder gesellsch. Organisationen	Angestellten in der Wirtschaft	Selbständigen	Angehörigen freier Berufe	gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten	Interessenvertreter
- 8,0	- 7,2	+ 12,8	- 2,9	- 1,2	- 5,7	+ 1,8	+ 2,4	- 29,5
- 9,0	- 7,6	+ 9,3	- 4,9	+ 3,5	- 6,5	- 9,6	- 0,6	•
- 7,4	•	+ 2,6	+ 6,4	- 11,2	- 7,4	+ 0,6	- 9,4	•

- der niedrigere Anteil der Selbständigen und der Angehörigen freier Berufe,
- der wesentlich höhere Anteil gewerkschaftlich organisierter Abgeordneter.

Typisch für die Mitglieder der **FDP-Bundestagsfraktion** in allen Wahlperioden ist u. a.

- das meist höhere Durchschnittsalter,
- der niedrigere Anteil weiblicher Abgeordneter (von der 8. und 9. Wahlperiode abgesehen),
- der meist höhere Anteil alleinstehender Abgeordneter und verheirateter Abgeordneter ohne Kinder,
- der niedrigere Anteil verheirateter Abgeordneter mit Kindern (ab 1969),
- der niedrigere Anteil von Abgeordneten mit Schulabschluß Volksschule und entsprechend der höhere Anteil mit Schulabschluß Höhere Schule und – abgesehen von der 10. Wahlperiode – mit Hochschulbildung,
- der niedrigere Anteil der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes,
- der höhere Anteil der Selbständigen und meist auch der Angehörigen freier Berufe,
- der erheblich geringere Anteil gewerkschaftlich organisierter Abgeordneter.

Typisch für die Mitglieder der **Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN** zu Beginn der 10. und 11. Wahlperiode sowie von **Bündnis 90/Die Grünen** in der 13. Wahlperiode ist u. a.

- der wesentlich höhere Anteil weiblicher Abgeordneter,
- das geringere Durchschnittsalter,
- die wesentlich kürzere Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag,
- der höhere Anteil alleinstehender Abgeordneter und entsprechend der geringere Anteil verheirateter Abgeordneter mit Kindern,

- der geringere Anteil von Abgeordneten mit Hochschulbildung (nur in der 10. und 11. Wahlperiode),
- der höhere Anteil der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes,
- der geringere Anteil von Selbständigen.

3.25 Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt

Der Wechsel eines Bundestagsabgeordneten auf das Amt des Ministerpräsidenten eines Bundeslandes gehört – mit zeitlichen Schwankungen – durchaus zur Verfassungspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Unter den Ministerpräsidenten (einschließlich Bürgermeistern der Stadtstaaten), die zwischen 1950 und 1996 neu in ihr Amt gewählt wurden, befanden sich 27 ehemalige Mitglieder des Bundestages. Die Gliederung nach Zeitepochen zeigt die Schwankungen:*)

	1950–1959	1960–1969	1970–1979	1980–1989	seit 1990 ¹⁾
Neugewählte Ministerpräsidenten	20	14	12	13	18
davon ehemalige Mitglieder des Bundestages:					
– Anzahl	9	2	5	7	4
– in %	45,0	14,3	41,7	53,9	22,2

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Aber auch der umgekehrte Wechsel ist in fast gleicher Höhe festzustellen: 21 ehemalige Ministerpräsidenten haben nach 1949 ein Mandat im Bundestag angenommen und/oder sind Mitglied der Bundesregierung geworden.

Alle Einzelheiten dieser Wechsel sowohl vom Bund in ein Land als auch umgekehrt ab 1949 bis Stand August 1997 sind – nach Bundesländern gegliedert – in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

■ Mögliche weitere Fälle eines Wechsels zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt ab September 1997 sind im NACHTRAG unter 3.25 verzeichnet.

*) Vgl. Jürgen Plöhn, Ehemalige Bundestagsabgeordnete als Ministerpräsidenten der Länder – ein etabliertes Karrieremuster. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 2. S. 178.

Hinweis

Im Zusammenhang mit dem Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt sind auch die folgenden Abschnitte von Interesse:

- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 6.21 Regierungen in Bund und Ländern
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.9 Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern

Bundesland	Name/Partei	Mitglied a) des Bundes- tages b) der Bundes- regierung	Minister- präsident	Mitglied a) des Bundes- tages b) der Bundes- regierung
Schleswig- Holstein	<i>Bruno Diekmann</i> (SPD)	–	1949–1950	a) 1953–1969
	<i>Walter Bartram</i> (CDU)	–	1950–1951	a) 1952–1957
	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU)	a) 1953–1954	1954–1963	a) 1965–1980 b) 1963–1969
	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	a) 1957–1971 b) 1965–1969	1971–1982	a) seit 1983 b) 1982–1992
	<i>Björn Engholm</i> (SPD)	a) 1969–1983 b) 1981–1982	1988–1993	–
	<i>Heide Simonis</i> (SPD)	a) 1976–1988	seit 1993	–
Hamburg	<i>Max Brauer</i> (SPD)	–	1946–1952 und 1957–1960	a) 1961–1965
	<i>Hans-Ulrich Klose</i> (SPD)	–	1974–1981	a) seit 1983
	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD)	a) 1969–1981 b) 1972–1974	1981–1988	–
Nieder- sachsen	<i>Heinrich Hellwege</i> (DP)	a) 1949–1955 b) 1949–1955	1955–1959	–
	<i>Gerhard Schröder</i> (SPD)	a) 1980–1986	seit 1990	–
Bremen	<i>Hans Koschnick</i> (SPD)	–	1967–1985	a) 1987–1994
Berlin	<i>Otto Suhr</i> (SPD)	a) 1949–1952	1955–1957 (†)	–
	<i>Willy Brandt</i> (SPD)	a) 1949–1957 und 1961	1957–1966	a) 1961 und 1969–1992 (†) b) 1966–1974
	<i>Klaus Schütz</i> (SPD)	a) 1957–1962	1967–1977	–
	<i>Dietrich Stobbe</i> (SPD)	–	1977–1981	a) 1983–1990
	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	a) 1972–1981 b) 1972–1981	1981	a) 1983–1994
	<i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU)	a) 1969–1981	1981–1984	1984–1994 Bun- despräsident
	<i>Eberhard Diepgen</i> (CDU)	a) 1980–1981	1984–1989 und seit 1991	–
Nordrhein- Westfalen	<i>Rudolf Amelunxen</i> (Z)	–	1946–1947	a) 1949
	<i>Karl Arnold</i> (CDU)	–	1947–1956	a) 1957–1958 (†)
	<i>Fritz Steinhoff</i> (SPD)	–	1956–1958	a) 1961–1969
	<i>Franz Meyers</i> (CDU)	a) 1957–1958	1958–1966	–
	<i>Heinz Kühn</i> (SPD)	a) 1953–1963	1966–1978	–

Hinweis

Zur Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung siehe Abschnitt 2.10.

Bundesland	Name/Partei	Mitglied a) des Bundestages b) der Bundesregierung	Ministerpräsident	Mitglied a) des Bundestages b) der Bundesregierung
Rheinland-Pfalz	<i>Helmut Kohl</i> (CDU)	–	1969–1976	a) seit 1976 b) seit 1982
	<i>Bernhard Vogel</i> (CDU) ¹⁾	a) 1965–1967	1976–1988	–
	<i>Carl-Ludwig Wagner</i> (CDU)	a) 1969–1976	1988–1991	–
	<i>Rudolf Scharping</i> (SPD)	–	1991–1994	a) seit 1994
Hessen	<i>Georg August Zinn</i> (SPD)	a) 1949–1951 und 1961	1951–1969	a) 1961
	<i>Holger Börner</i> (SPD)	a) 1957–1976	1976–1987	–
	<i>Walter Wallmann</i> (CDU)	a) 1972–1977 und 1987 b) 1986–1987	1987–1991	–
(1) Württemberg-Baden	<i>Reinhold Maier</i> (DVP/FDP)	–	1945–1952 1952–1953	a) 1953–1956 und 1957–1959
(2) Württemberg-Hohenzollern	<i>Carlo Schmid</i> (SPD)	–	1945–1947	a) 1949–1972 b) 1966–1969
	<i>Gebhard Müller</i> (CDU)	– a) 1953	1948–1952 1953–1958	a) 1953
(3) Baden ab 1952: Baden-Württemberg	– <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU)	– a) 1949–1959	– 1958–1966	– a) 1969–1980 b) 1966–1969
Bayern	<i>Fritz Schäffer</i> (CSU)	–	1945	a) 1949–1961 b) 1949–1961
	<i>Wilhelm Hoegner</i> (SPD)	–	1945–1946 und 1954–1957	a) 1961–1962
	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	a) 1949–1978 b) 1953–1962 und 1966–1969	1978–1988 (†)	a) 1987
Saarland	<i>Franz Josef Röder</i> (CDU)	a) 1957	1959–1979 (†)	–
	<i>Werner Zeyer</i> (CDU)	a) 1972–1979	1979–1985	–
	<i>Oskar Lafontaine</i> (SPD)	–	seit 1985	a) 1994

¹⁾ ab 1992 Ministerpräsident von Thüringen

Hinweis

In Abschnitt 6.21 sind die Regierungen im Bund und in den Ländern synoptisch zusammengestellt. Daraus ist zu ersehen, wann und wo CDU, CSU und/oder SPD eine Regierungskoalition gebildet oder die Alleinregierung übernommen haben und welchen Regierungschef diese Parteien stellten.

Bundesland	Name/Partei	Mitglied a) des Bundestages b) der Bundesregierung	Ministerpräsident	Mitglied a) des Bundestages b) der Bundesregierung
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	–
Brandenburg	–	–	–	–
Sachsen-Anhalt	<i>Werner Münch</i> (CDU)	1984–1990 Mitglied des Europäischen Parlaments	1991–1993	–
Thüringen	<i>Bernhard Vogel</i> (CDU) ¹⁾	a) 1965–1967	seit 1992	–
Sachsen	<i>Kurt H. Biedenkopf</i> (CDU)	a) 1976–1980 und 1987–1990	seit 1990	–

¹⁾ 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Die Schwankungen der Wechsel zwischen 1949 und 1997 gehen aus der folgenden Tabelle hervor:

	Mitglied Bundestag/ Bundesregierung → Ministerpräsident	Ministerpräsident → Mitglied Bundestag/ Bundesregierung
1949–1953	3	7
1954–1958	6	1
1959–1963	2	4
1964–1968	1	3
1969–1973	1	0
1974–1978	2	1
1979–1983	5	4
1984–1988	3	2
1989–1997	4	2
insgesamt	27	24

Gegliedert nach der Parteizugehörigkeit der Wechsler zwischen 1949 und 1997 zeigt sich für

jede Partei ein fast vollständig ausgeglichener Saldo:

	Mitglied Bundestag/ Bundesregierung → Ministerpräsident	Ministerpräsident → Mitglied Bundestag/ Bundesregierung
CDU	14	10
CSU	1	1
SPD	11	11
FDP	0	1
DP	1	0
Z	0	1
insgesamt	27	24

Ein uneinheitliches Bild ergibt sich bei näherer Betrachtung der einzelnen Bundesländer:

- Bundesländer, bei denen in stärkerem Maße ehemalige Ministerpräsidenten in den Bereich des Bundes wechselten als

umgekehrt, sind Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern.

- In Berlin, Niedersachsen, Hessen und im Saarland überwiegen die Fälle, daß ehemalige Mitglieder des Bundestages in diesen Bundesländern das Ministerpräsidentenamt übernahmen.
- In den neuen Bundesländern sind bisher zwei Fälle eines Wechsels zu verzeichnen: *Kurt H. Biedenkopf*, der als Mitglied des Bundestages zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen gewählt wurde, und *Bern-*

hard Vogel, der von 1965 bis 1967 Mitglied des Bundestages war, von 1967 bis 1988 der Landesregierung von Rheinland-Pfalz angehörte (von 1976 bis 1988 als Ministerpräsident) und 1992 das Amt des Ministerpräsidenten in Thüringen übernahm.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien bestimmte Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden.

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder d. Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen und Gruppen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen.

	Mitglied Bundestag/ Bundesregierung ¹⁾ → Ministerpräsident	Ministerpräsident → Mitglied Bundestag/ Bundesregierung ²⁾
Schleswig-Holstein	4 (2)	4 (2)
Hamburg	1 (1)	2
Berlin	6 (1)	3 (1)
Niedersachsen	2 (1)	0
Bremen	0	1
Nordrhein-Westfalen	2	3
Rheinland-Pfalz	2	2 (1)
Hessen	3 (1)	1
Baden-Württemberg	2	4 (2)
Bayern	1 (1)	3 (1)
Saarland	2	1
Mecklenburg-Vorpommern	0	0
Brandenburg	0	0
Sachsen-Anhalt	0	0
Thüringen	1	0
Sachsen	1	0
insgesamt	27 (7)	24 (7)

¹⁾ Zahl in Klammern = davon vor Ministerpräsidentenamt Mitglied der Bundesregierung

²⁾ Zahl in Klammern = davon nach Ministerpräsidentenamt Mitglied der Bundesregierung

4 Präsidium, Vorstand, Ältestenrat

Überblick		Seite
4.1	Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten	862
	– Abstimmverhalten bei den Wahlen der Bundestagspräsidenten (S. 868)	
4.2	Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten	870
	– Zahl der Vizepräsidenten (S. 870)	
	– Namensliste und Amtszeit der Vizepräsidenten (S. 871)	
	– Verfahren bei den Wahlen der Vizepräsidenten (S. 873)	
	– Wahlvorschläge und Wahlergebnisse (S. 874)	
4.3	Präsidium	879
	– Zusammensetzung des Präsidiums (S. 880)	
4.4	Vorstand des Bundestages	882
4.5	Ältestenrat	882
	– Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat (S. 883)	
4.6	Kommissionen des Vorstandes und des Ältestenrates	885
4.7	Zahl der Sitzungen	892
4.8	Alterspräsidenten	893

Stellung und Funktionen des Bundestagspräsidenten*)

Dem protokollarischen Rang nach steht der Präsident des Deutschen Bundestages an zweiter Stelle unmittelbar nach dem Bundespräsidenten, begründet aus der Tatsache, daß er der Repräsentant desjenigen Verfassungsorgans ist, das als einziges unmittelbar vom Volk gewählt wird.

Der Bundestagspräsident besitzt im wesentlichen folgende Funktionen:

- Er „vertritt den Bundestag“ (§ 7 GO BT),
- er hat die Leitungs- und Ordnungsgewalt in den Bundestagssitzungen,
- er übt das Hausrecht und die Polizeigewalt in den Räumen des Bundestages aus,
- er ist Chef und oberste Dienstbehörde der Angehörigen der Bundestagsverwaltung,
- er führt den Vorsitz in den Führungs- und Lenkungsorganen des Bundestages.

*) Vgl. u. a. *Rupert Schick* (Hrsg.), *Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen*. 12., aktualisierte Auflage. Stuttgart 1991, ab 13. Auflage erschienen unter dem Titel: *Der Bundestagspräsident, die Bundestagspräsidentin*. München, Landsberg 1995; *Jürgen Wermser*, *Der Bundestagspräsident. Funktion und reale Ausformung eines Amtes im Deutschen Bundestag*. Opladen 1984 sowie *Joseph Bücker*, *Präsident und Präsidium*. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 795–807.

Zu diesen Gremien zählen insbesondere das Präsidium, der Vorstand (bis 1969) und der Ältestenrat.

Ist der Bundestagspräsident an der Ausübung seiner Funktionen verhindert, wird er von einem Vizepräsidenten (seit 1969: aus der zweitstärksten Fraktion) vertreten.

4.1 Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten

Über die Einreichung von Wahlvorschlägen für das Amt des Bundestagspräsidenten enthält die Geschäftsordnung keine Bestimmungen, so daß grundsätzlich jeder Abgeordnete vorschlagsberechtigt ist. Nach altem Parlamentsbrauch wird jedoch die Besetzung des Präsidentenamtes der stärksten Fraktion überlassen, die einen entsprechenden Wahlvorschlag einreicht.

Gewählt ist nach § 2 GO BT, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages erhält, d. h. die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl*) einschließlich der Berliner Abgeordneten, die bei dieser Wahl immer schon stimmberechtigt waren. Weiter heißt es in § 2 GO BT:

„Ergibt sich im ersten Wahlgang keine Mehrheit, so können für einen zweiten Wahlgang neue Bewerber vorgeschlagen werden. Ergibt sich auch dann keine Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Bundestages, so kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los durch die Hand des amtierenden Präsidenten.“

Der Bundestagspräsident und seine Stellvertreter werden für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Nach § 131 Abs. 1 GO BT a. F. führte das Präsidium bis zum Zusammentreten eines neuen Bundestages seine Geschäfte fort. Diese Bestimmung ist mittlerweile entfallen. Sie war durch die am 1. Juli 1976 beschlossene Änderung des Artikels 39 GG überflüssig geworden, da es künftig keine „parlamentslosen“ Zeiten zwischen den Wahlperioden mehr gibt.

■ Das Ergebnis der Wahl der Bundestagspräsidenten zu Beginn der 14. Wahlperiode ist im NACHTRAG unter 4.1 veröffentlicht.

*) Dies war ständige Übung auch schon vor 1970, als § 2 Abs. 1 GO BT noch lautete: „Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der Mitglieder des Bundestages erhält.“ (Vgl. *Hans Troßmann*, Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Bonn 1967. S. 78)

Hinweise

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Die Mitglieder des Präsidiums gehören in der Regel qua Amt dem Vorstand ihrer Fraktion an. Innerhalb des Abschnittes 5.7: Vorstände der Fraktionen und Gruppen sind auszugsweise die aktuellen Geschäftsordnungen der Fraktionen abgedruckt, woraus entnommen werden kann, wie die Zusammensetzung des Vorstandes im einzelnen geregelt ist.

Die Zusammensetzung des Präsidiums des Wirtschaftsrates (1946–49) und des Parlamentarischen Rates (1948–49) findet sich innerhalb des Abschnittes 3.8: Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen vor 1949.

1. WP 1949–53	<p>1. Sitzung, 7. September 1949</p> <p><i>Wahlvorschläge:</i> 1) Dr. <i>Erich Köhler</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Konrad Adenauer</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p>2) <i>Hans Böhm</i> (SPD), vorgeschlagen durch <i>Max Reimann</i> (KPD) namens der Fraktion der KPD (die Erklärung von <i>Böhm</i>, eine Wahl abzulehnen, bleibt für die Abstimmung unberücksichtigt)</p> <p><i>Wahlergebnis:</i> abgegebene Stimmen: 402 davon für Dr. <i>Erich Köhler</i> (CDU/CSU): 346 für <i>Hans Böhm</i> (SPD): 15 Enthaltungen: 41</p> <p>Bundestagspräsident: Dr. Erich Köhler (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 7. 9. 1949 bis 18. 10. 1950 (Amtsniederlegung)</p>
	<p><i>Wahl des Nachfolgers:</i> 93. Sitzung, 19. Oktober 1950</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> D. Dr. <i>Hermann Ehlers</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch <i>Johannes Kunze</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i> abgegebene Stimmen: 325 davon für D. Dr. <i>Hermann Ehlers</i> (CDU/CSU): 201 für Dr. h. c. <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU): 55 für Dr. <i>Michael Horlacher</i> (CDU/CSU): 3 für Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD): 1 für <i>Karl Kahn</i> (CDU/CSU): 1 für <i>Hans Tichi</i> (fraktionslos): 1 für <i>Alfred Loritz</i> (WAV): 1 Enthaltungen: 59 Nein-Stimmen: 3</p> <p>Bundestagspräsident: D. Dr. Hermann Ehlers (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 19. 10. 1950 bis 6. 10. 1953</p>
2. WP 1953–57	<p>1. Sitzung, 6. Oktober 1953</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> D. Dr. <i>Hermann Ehlers</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Heinrich von Brentano</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i> abgegebene Stimmen: 500 davon für D. Dr. <i>Hermann Ehlers</i> (CDU/CSU): 466 Enthaltungen: 30 ungültige Stimmen: 4</p> <p>Bundestagspräsident: D. Dr. Hermann Ehlers (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 6. 10. 1953 bis 29. 10. 1954 (†)</p>

Hinweis

Alle Wahlen im Bundestag sind im Kapitel 10 zusammengefaßt worden.

noch:
2. WP

Wahl des Nachfolgers: 55. Sitzung, 16. November 1954

1. Wahlgang:

Wahlvorschlag: D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. *Heinrich von Brentano* (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	424
davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU):	206
für <i>Ernst Lemmer</i> (CDU/CSU):	41
für Dr. <i>August Dresbach</i> (CDU/CSU):	1
für Dr. <i>Fritz Hellwig</i> (CDU/CSU):	1
für Dr. h. c. <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU):	1
für Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD):	1
Enthaltungen:	172
ungültige Stimmen:	1

Damit wurde die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl (255) nicht erreicht.

2. Wahlgang:

Wahlvorschläge:

- 1) D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. *Heinrich Krone* (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU
- 2) *Ernst Lemmer* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Prof. Dr. *Hans Reif* (FDP)

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	414
davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU):	207
für <i>Ernst Lemmer</i> (CDU/CSU):	191
für Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD):	1
Enthaltungen:	15

Damit wurde die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl auch im 2. Wahlgang nicht erreicht; in diesem Falle sieht die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vor, daß die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl kommen, d. h. daß zwischen D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* und *Ernst Lemmer* zu entscheiden war.

3. Wahlgang:

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	409
davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU):	204
für <i>Ernst Lemmer</i> (CDU/CSU):	190
Enthaltungen:	15

Bundestagspräsident: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU)

Amtszeit: 16. 11. 1954 bis 15. 10. 1957

Hinweise

Das an Jahren älteste oder, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied des Bundestages ist Alterspräsident. Dieser führt in der ersten Plenarsitzung den Vorsitz, bis der neugewählte Präsident oder einer seiner Stellvertreter das Amt übernimmt. Vgl. hierzu Abschnitt 4.8.

Die jüngsten Funktionsinhaber im Bundestag und in der Bundesregierung sind im Abschnitt 3.23 zusammengestellt.

3. WP 1957–61	<p>1. Sitzung, 15. Oktober 1957</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Heinrich Krone</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i> abgegebene Stimmen: 494 davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU): 437 Enthaltungen: 54 ungültige Stimmen: 3</p> <p>Bundestagspräsident: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 15. 10. 1957 bis 17. 10. 1961</p>
4. WP 1961–65	<p>1. Sitzung, 17. Oktober 1961</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Heinrich Krone</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i> abgegebene Stimmen: 504 davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU): 463 Enthaltungen: 36 ungültige Stimmen: 5</p> <p>Bundestagspräsident: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 17. 10. 1961 bis 19. 10. 1965</p>
5. WP 1965–69	<p>1. Sitzung, 19. Oktober 1965</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i> abgegebene Stimmen: 508 davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU): 385 Enthaltungen: 98 Nein-Stimmen: 21 ungültige Stimmen: 4</p> <p>Bundestagspräsident: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 19. 10. 1965 bis 31. 1. 1969 (Amtsniederlegung)</p> <hr/> <p><i>Wahl des Nachfolgers:</i> 212. Sitzung, 5. Februar 1969</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i> abgegebene Stimmen: 457 davon für <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU): 262 Enthaltungen: 29 Nein-Stimmen: 123 ungültige Stimmen: 43</p> <p>Bundestagspräsident: Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU):</p> <p><i>Amtszeit:</i> 5. 2. 1969 bis 20. 10. 1969</p>

<p>6. WP 1969–72</p>	<p>1. Sitzung, 20. Oktober 1969</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="463 295 1081 406"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>517</td> </tr> <tr> <td>davon für Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU):</td> <td>411</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>34</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>72</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 20. 10. 1969 bis 13. 12. 1972</p>	abgegebene Stimmen:	517	davon für Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU):	411	Enthaltungen:	34	Nein-Stimmen:	72										
abgegebene Stimmen:	517																		
davon für Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU):	411																		
Enthaltungen:	34																		
Nein-Stimmen:	72																		
<p>7. WP 1972–76</p>	<p>1. Sitzung, 13. Dezember 1972</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Annemarie Renger (SPD), vorgeschlagen durch Herbert Wehner (SPD) namens der Fraktion der SPD</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="463 656 1081 794"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>516</td> </tr> <tr> <td>davon für Annemarie Renger (SPD):</td> <td>438</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>30</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>45</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>3</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsidentin: Annemarie Renger (SPD)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 13. 12. 1972 bis 14. 12. 1976</p>	abgegebene Stimmen:	516	davon für Annemarie Renger (SPD):	438	Enthaltungen:	30	Nein-Stimmen:	45	ungültige Stimmen:	3								
abgegebene Stimmen:	516																		
davon für Annemarie Renger (SPD):	438																		
Enthaltungen:	30																		
Nein-Stimmen:	45																		
ungültige Stimmen:	3																		
<p>8. WP 1976–80</p>	<p>1. Sitzung, 14. Dezember 1976</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Prof. Dr. Karl Carstens (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="463 1044 1081 1182"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>516</td> </tr> <tr> <td>davon für Karl Carstens (CDU/CSU):</td> <td>346</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>110</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>24</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>36</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Prof. Dr. Karl Carstens (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 14. 12. 1976 bis 31. 5. 1979 (Amtsniederlegung nach Wahl zum Bundespräsidenten)</p> <hr/> <p><i>Wahl des Nachfolgers:</i> 157. Sitzung, 31. Mai 1979</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Richard Stücklen (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="463 1459 1081 1570"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>469</td> </tr> <tr> <td>davon für Richard Stücklen (CDU/CSU):</td> <td>410</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>40</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>19</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Richard Stücklen (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 31. 5. 1979 bis 4. 11. 1980</p>	abgegebene Stimmen:	516	davon für Karl Carstens (CDU/CSU):	346	Nein-Stimmen:	110	Enthaltungen:	24	ungültige Stimmen:	36	abgegebene Stimmen:	469	davon für Richard Stücklen (CDU/CSU):	410	Nein-Stimmen:	40	Enthaltungen:	19
abgegebene Stimmen:	516																		
davon für Karl Carstens (CDU/CSU):	346																		
Nein-Stimmen:	110																		
Enthaltungen:	24																		
ungültige Stimmen:	36																		
abgegebene Stimmen:	469																		
davon für Richard Stücklen (CDU/CSU):	410																		
Nein-Stimmen:	40																		
Enthaltungen:	19																		

<p>9. WP 1980–83</p>	<p>1. Sitzung, 4. November 1980</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 297 1083 436"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>515</td> </tr> <tr> <td>davon für <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU):</td> <td>463</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>38</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>13</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Richard Stücklen (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 4. 11. 1980 bis 29. 3. 1983</p>	abgegebene Stimmen:	515	davon für <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU):	463	Nein-Stimmen:	38	Enthaltungen:	13	ungültige Stimmen:	1										
abgegebene Stimmen:	515																				
davon für <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU):	463																				
Nein-Stimmen:	38																				
Enthaltungen:	13																				
ungültige Stimmen:	1																				
<p>10. WP 1983–87</p>	<p>1. Sitzung, 29. März 1983</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Dr. <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Alfred Dregger</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 685 1083 824"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>509</td> </tr> <tr> <td>davon für Dr. <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU):</td> <td>407</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>88</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>13</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 29. 3. 1983 bis 25. 10. 1984 (Amtsniederlegung)</p> <hr/> <p>96. Sitzung, 5. November 1984</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen von der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 1073 1083 1212"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>471</td> </tr> <tr> <td>davon für Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU):</td> <td>340</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>105</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>24</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>2</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Dr. Philipp Jenninger (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 5. 11. 1984 bis 18. 2. 1987</p>	abgegebene Stimmen:	509	davon für Dr. <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU):	407	Nein-Stimmen:	88	Enthaltungen:	13	ungültige Stimmen:	1	abgegebene Stimmen:	471	davon für Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU):	340	Nein-Stimmen:	105	Enthaltungen:	24	ungültige Stimmen:	2
abgegebene Stimmen:	509																				
davon für Dr. <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU):	407																				
Nein-Stimmen:	88																				
Enthaltungen:	13																				
ungültige Stimmen:	1																				
abgegebene Stimmen:	471																				
davon für Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU):	340																				
Nein-Stimmen:	105																				
Enthaltungen:	24																				
ungültige Stimmen:	2																				
<p>11. WP 1987–90</p>	<p>1. Sitzung, 18. Februar 1987</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Alfred Dregger</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 1461 1083 1600"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>514</td> </tr> <tr> <td>davon für Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU):</td> <td>393</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>89</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>29</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>3</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Dr. Philipp Jenninger (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 18. 2. 1987 bis 11. 11. 1988 (Amtsniederlegung)</p>	abgegebene Stimmen:	514	davon für Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU):	393	Nein-Stimmen:	89	Enthaltungen:	29	ungültige Stimmen:	3										
abgegebene Stimmen:	514																				
davon für Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU):	393																				
Nein-Stimmen:	89																				
Enthaltungen:	29																				
ungültige Stimmen:	3																				

<p>noch: 11. WP</p>	<p>111. Sitzung, 25. November 1988</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Alfred Dregger</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="463 295 1081 434"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>475</td> </tr> <tr> <td>davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):</td> <td>380</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>72</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>21</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>2</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsidentin: Prof. Dr. Rita Süßmuth (CSU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 25. 11. 1988 bis 20. 12. 1990</p>	abgegebene Stimmen:	475	davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):	380	Nein-Stimmen:	72	Enthaltungen:	21	ungültige Stimmen:	2
abgegebene Stimmen:	475										
davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):	380										
Nein-Stimmen:	72										
Enthaltungen:	21										
ungültige Stimmen:	2										
<p>12. WP 1990–94</p>	<p>1. Sitzung, 20. Dezember 1990</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Alfred Dregger</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="463 674 1081 794"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>650</td> </tr> <tr> <td>davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):</td> <td>525</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>81</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>44</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsidentin: Prof. Dr. Rita Süßmuth (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> 20. 12. 1990 bis 10. 11. 1994</p>	abgegebene Stimmen:	650	davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):	525	Nein-Stimmen:	81	Enthaltungen:	44		
abgegebene Stimmen:	650										
davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):	525										
Nein-Stimmen:	81										
Enthaltungen:	44										
<p>13. WP 1994–¹⁾</p>	<p>1. Sitzung, 10. November 1994</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="463 1034 1081 1173"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>669</td> </tr> <tr> <td>davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):</td> <td>555</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>81</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>32</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsidentin: Prof. Dr. Rita Süßmuth (CDU/CSU)</p> <p><i>Amtszeit:</i> ab 10. 11. 1994</p>	abgegebene Stimmen:	669	davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):	555	Nein-Stimmen:	81	Enthaltungen:	32	ungültige Stimmen:	1
abgegebene Stimmen:	669										
davon für Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU):	555										
Nein-Stimmen:	81										
Enthaltungen:	32										
ungültige Stimmen:	1										

¹⁾ Stand: 31. August 1997

■ Das Ergebnis der Wahl der Bundestagspräsidenten zu Beginn der 14. Wahlperiode ist im NACHTRAG unter 4.1 veröffentlicht.

Abstimmverhalten bei den Wahlen der Bundestagspräsidenten

Die Übersicht auf der rechten Seite zeigt:

- Bei den 19 Wahlen des Bundestagspräsidenten seit 1949 haben in 14 Fällen die vorgeschlagenen Kandidaten einen Stimmenanteil von über 75% der abgegebenen Stimmen erhalten.
- Den höchsten Stimmenanteil erhielten bisher *Hermann Ehlers* bei seiner Wiederwahl 1953 mit 93,2%, *Eugen Gerstenmaier* bei seiner zweiten Wiederwahl 1961 mit 91,9% und *Richard Stücklen* bei seiner Wiederwahl 1980 mit 89,9%.

- Bundestagspräsidenten sind somit in den meisten Fällen von Abgeordneten aller Fraktionen gewählt worden.
- Alle Bundestagspräsidenten erhielten bisher – von einer Ausnahme abgesehen – bei ihrer Wiederwahl einen (teilweise erheblich) höheren Stimmenanteil als bei ihrer Erstwahl.

Wahlperiode	Wahl von Bundestagspräsident(in)	abgegebene Stimmen	davon Ja-Stimmen	Stimmenanteil in % ¹⁾
1. WP 1949–53	<i>Erich Köhler</i>	402	346	86,1
	<i>Hermann Ehlers</i>	325	201	61,8
2. WP 1953–57	<i>Hermann Ehlers</i>	500	466	93,2
	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	409 ²⁾	204 ²⁾	49,9 ²⁾
3. WP 1957–61	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	494	437	88,5
4. WP 1961–65	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	504	463	91,9
5. WP 1965–69	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	508	385	75,8
	<i>Kai-Uwe von Hassel</i>	457	262	57,3
6. WP 1969–72	<i>Kai-Uwe von Hassel</i>	517	411	79,5
7. WP 1972–76	<i>Annemarie Renger</i>	516	438	84,9
8. WP 1976–80	<i>Karl Carstens</i>	516	346	67,1
	<i>Richard Stücklen</i>	469	410	87,4
9. WP 1980–83	<i>Richard Stücklen</i>	515	463	89,9
10. WP 1983–87	<i>Rainer Barzel</i>	509	407	80,0
	<i>Philipp Jenninger</i>	471	340	72,2
11. WP 1987–90	<i>Philipp Jenninger</i>	514	393	76,5
	<i>Rita Süßmuth</i>	475	380	80,0
12. WP 1990–94	<i>Rita Süßmuth</i>	650	525	80,8
13. WP 1994– ³⁾	<i>Rita Süßmuth</i>	669	555	83,0

¹⁾ Stimmenanteil der Ja-Stimmen in Prozent der abgegebenen Stimmen

²⁾ im 3. Wahlgang

³⁾ Stand: 31. August 1997

4.2 Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten

Der Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

- Zahl der Vizepräsidenten (S. 870)
- Namensliste und Amtszeit der Vizepräsidenten (S. 871)
- Verfahren bei den Wahlen der Vizepräsidenten (S. 873)
- Wahlvorschläge und Wahlergebnisse (S. 874)

Zahl der Vizepräsidenten

Die Zahl der Stellvertreter des Präsidenten war bis zum Beginn der 13. Wahlperiode (1994) in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages nicht festgelegt; sie beruhte während der 1. bis 9. Wahlperiode auf interfraktionellen Vereinbarungen.

Erstmals zu Beginn der 10. Wahlperiode (1983), nach Einzug der Fraktion der GRÜNEN in den Deutschen Bundestag, mußte über die Zahl der Vizepräsidenten abgestimmt werden. Abgelehnt wurde dabei ein Antrag der Fraktion der GRÜNEN, die Zahl der Stellvertreter auf fünf zu erhöhen; Zustimmung fanden dagegen zwei Anträge der CDU/CSU und FDP sowie der SPD, die Zahl der Stellvertreter des Präsidenten wie bisher auf vier festzusetzen.

Auch zu Beginn der 11. Wahlperiode kam es zu einer Abstimmung über die Zahl der Präsidiumsmitglieder. Die Fraktion der GRÜNEN hatte wiederum eine Erhöhung der Zahl der Vizepräsidenten auf fünf beantragt, wobei jede im Bundestag vertretene Fraktion ein „Grundmandat“ erhalten sollte. Die SPD hatte ebenfalls fünf Stellvertreter des Bundestagspräsidenten beantragt mit dem Zusatz, daß bei Stimmgleichheit im Präsidium die Stimme des Präsidenten den Ausschlag geben soll. Beide Anträge wurden abgelehnt und dafür der Antrag der CDU/CSU und FDP angenommen, wie bisher nur vier Vizepräsidenten zu wählen.

Während der 11. Wahlperiode unternahm die Fraktion der GRÜNEN noch zwei weitere Versuche, die Zahl der Stellvertreter des Präsidenten zu erhöhen und dadurch im Präsidium vertreten zu sein: am 25. November 1988 anlässlich der Wahl von *Rita Süßmuth* zur neuen Bundestagspräsidentin und 1990 im Zusammenhang mit dem deutschen Einigungsprozeß, wobei dieser Antrag am 7. Mai gestellt, aber erst in der ersten Sitzung des gesamtdeutschen Parlaments am 4. Oktober 1990 behandelt und an den Ältestenrat überwiesen wurde.

Zu Beginn der 12. Wahlperiode lagen zur Zahl der Stellvertreter des Präsidenten zwei Anträge vor:

- ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP, die Zahl auf vier festzulegen,
- ein Antrag der Abgeordneten der PDS/LL, die Zahl der Vizepräsidenten zu erhöhen, „daß gesichert ist, daß ein Vorschlag der Abgeordneten ohne Konkurrenzsituation entschieden werden kann“ (Drs. 12/6).

Der zweite Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP und einigen Stimmen des Bündnisses 90/GRÜNE abgelehnt.

Hinweis

Die Zusammensetzung des Präsidiums der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer der DDR ist im Abschnitt 28.3 dokumentiert.

Seit Ende 1994, mit Beginn der 13. Wahlperiode, ist auf jeden Fall die Mindestzahl der Vizepräsidenten in der Geschäftsordnung des Bundestages geregelt, indem durch Beschluß vom 10. November 1994 § 2 Absatz 1 um folgenden Satz ergänzt wurde:

„Jede Fraktion des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten.“^{*)}

Seitdem gilt für jede Fraktion das Recht auf ein Grundmandat im Präsidium.

Namensliste und Amtszeit der Vizepräsidenten

Die Stellvertreter des Präsidenten werden wie der Bundestagspräsident für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Die folgende Tabelle enthält die Vizepräsidenten seit der 1. Wahlperiode des Bundestages:

Wahlperiode	Vizepräsidenten	Amtszeit
1. WP 1949–53	1) Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD) 2) Dr. <i>Hermann Schäfer</i> (FDP)	7. 9. 1949 bis 6. 10. 1953 7. 9. 1949 bis 6. 10. 1953
2. WP 1953–57	1) Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD) 2) Dr. <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) 3) Dr. <i>Hermann Schäfer</i> (FDP) Dr. <i>Ludwig Schneider</i> (FDP, ab 23. 2. 1956 fraktionslos, ab 15. 3. 1956 DA, ab 26. 6. 1956 FVP) 4) Dr. <i>Max Becker</i> (FDP) ¹⁾	6. 10. 1953 bis 15. 10. 1957 6. 10. 1953 bis 15. 10. 1957 6. 10. 1953 bis 20. 10. 1953 (→ Bundesminister für besondere Aufgaben) 28. 10. 1953 bis 15. 10. 1957 4. 7. 1956 bis 15. 10. 1957
3. WP 1957–61	1) Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD) 2) Dr. <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) 3) Dr. <i>Max Becker</i> (FDP) Dr. <i>Thomas Dehler</i> (FDP) 4) Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP, ab 1. 7. 1960 fraktionslos, ab 20. 9. 1960 CDU/CSU)	15. 10. 1957 bis 17. 10. 1961 15. 10. 1957 bis 17. 10. 1961 15. 10. 1957 bis 29. 7. 1960 (†) 28. 9. 1960 bis 17. 10. 1961 23. 4. 1958 bis 4. 10. 1960 (Amtsniederlegung) ²⁾
4. WP 1961–65	1) Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD) 2) Dr. <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) 3) Dr. <i>Thomas Dehler</i> (FDP) 4) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD)	17. 10. 1961 bis 19. 10. 1965 17. 10. 1961 bis 19. 10. 1965 17. 10. 1961 bis 19. 10. 1965 17. 10. 1961 bis 19. 10. 1965

1) Der Bundestag wählte *Max Becker* als 4. Vizepräsidenten, weil die FDP mit Übertritt von *Ludwig Schneider* zur FVP nicht mehr im Präsidium vertreten war.

2) Amtsniederlegung wegen des Fraktionswechsels zur CDU/CSU

*) Damit hatte ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weitergeltung von Geschäftsordnungsrecht (Drucksache 13/8) die Mehrheit gefunden.

Abgelehnt wurde ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu § 5 GO BT (Drucksache 13/7): „Der Präsident/die Präsidentin und die stellvertretenden Präsidenten/Präsidentinnen bilden das Präsidium. Das Präsidium besteht aus sechs Mitgliedern. Für die Zusammensetzung des Präsidiums gilt § 12.“

Abgelehnt wurde ferner ein Änderungsantrag des Abgeordneten *Gregor Gysi* zu § 2 GO BT (Drucksache 13/15 [neu]): „Jede Fraktion und parlamentarische Gruppe des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten.“

Wahlperiode	Vizepräsidenten	Amtszeit
5. WP 1965–69	1) Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD) Dr. <i>Karl Mommer</i> (SPD) 2) Dr. <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) Dr. <i>Maria Probst</i> (CDU/CSU) Dr. <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) 3) Dr. <i>Thomas Dehler</i> (FDP) <i>Walter Scheel</i> (FDP) 4) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD)	19. 10. 1965 bis 1. 12. 1966 (→ Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder) 14. 12. 1966 bis 20. 10. 1969 19. 10. 1965 bis 26. 10. 1965 (→ Bundesminister der Justiz) 9. 12. 1965 bis 1. 5. 1967 (†) 11. 5. 1967 bis 20. 10. 1969 19. 10. 1965 bis 21. 7. 1967 (†) 8. 9. 1967 bis 20. 10. 1969 19. 10. 1965 bis 20. 10. 1969
6. WP 1969–72	1) Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD) 2) Dr. <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) 3) Dr. <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) 4) <i>Liselotte Funcke</i> (FDP)	28. 10. 1969 bis 13. 12. 1972 28. 10. 1969 bis 13. 12. 1972 28. 10. 1969 bis 13. 12. 1972 28. 10. 1969 bis 13. 12. 1972
7. WP 1972–76	1) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU) 2) Dr. <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) 3) Dr. <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) 4) <i>Liselotte Funcke</i> (FDP)	13. 12. 1972 bis 14. 12. 1976 13. 12. 1972 bis 14. 12. 1976 13. 12. 1972 bis 14. 12. 1976 13. 12. 1972 bis 14. 12. 1976
8. WP 1976–80	1) <i>Annemarie Renger</i> (SPD) 2) <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU) Dr. <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) 3) Dr. <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) <i>Georg Leber</i> (SPD) 4) <i>Liselotte Funcke</i> (FDP) <i>Richard Wurbs</i> (FDP)	14. 12. 1976 bis 4. 11. 1980 14. 12. 1976 bis 31. 5. 1979 (→ Bundestagspräsident) 21. 6. 1979 bis 4. 11. 1980 14. 12. 1976 bis 2. 8. 1979 (†) 12. 9. 1979 bis 4. 11. 1980 14. 12. 1976 bis 23. 11. 1979 (→ Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen) 28. 11. 1979 bis 4. 11. 1980
9. WP 1980–83	1) <i>Annemarie Renger</i> (SPD) 2) Dr. <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) <i>Heinrich Windelen</i> (CDU/CSU) 3) <i>Georg Leber</i> (SPD) 4) <i>Richard Wurbs</i> (FDP)	4. 11. 1980 bis 29. 3. 1983 4. 11. 1980 bis 21. 3. 1981 ³⁾ 2. 4. 1981 bis 29. 3. 1983 4. 11. 1980 bis 29. 3. 1983 4. 11. 1980 bis 29. 3. 1983
10. WP 1983–87	1) <i>Annemarie Renger</i> (SPD) 2) <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU) 3) <i>Heinz Westphal</i> (SPD) 4) <i>Richard Wurbs</i> (FDP) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	29. 3. 1983 bis 18. 2. 1987 29. 3. 1983 bis 18. 2. 1987 29. 3. 1983 bis 18. 2. 1987 29. 3. 1983 bis 13. 12. 1984 ⁴⁾ 14. 12. 1984 bis 18. 2. 1987

³⁾ Amtsniederlegung wegen seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der Berliner CDU

⁴⁾ Amtsniederlegung wegen Mandatsverzichts

Hinweis

Die weiblichen Mitglieder des Bundestagspräsidiums enthält Abschnitt 3.11.

Wahlperiode	Vizepräsidenten	Amtszeit
11. WP 1987–90	1) <i>Annemarie Renger</i> (SPD) 2) <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU) 3) <i>Heinz Westphal</i> (SPD) 4) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	18. 2. 1987 bis 20. 12. 1990 18. 2. 1987 bis 20. 12. 1990 18. 2. 1987 bis 20. 12. 1990 18. 2. 1987 bis 20. 12. 1990
12. WP 1990–94	1) <i>Helmuth Becker</i> (SPD) 2) <i>Hans Klein</i> (CDU/CSU) 3) <i>Renate Schmidt</i> (SPD) 4) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	20. 12. 1990 bis 10. 11. 1994 20. 12. 1990 bis 10. 11. 1994 20. 12. 1990 bis 10. 11. 1994 20. 12. 1990 bis 10. 11. 1994
13. WP 1994– ⁵⁾	1) <i>Hans Klein</i> (CDU/CSU) <i>Michaela Geiger</i> (CDU/CSU) 2) <i>Hans-Ulrich Klose</i> (SPD) 3) <i>Dr. Antje Vollmer</i> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 4) <i>Dr. Burkhard Hirsch</i> (FDP)	10. 11. 1994 bis 26. 11. 1996 (†) ab 16. 1. 1997 ab 10. 11. 1994 ab 10. 11. 1994 ab 10. 11. 1994

⁵⁾ Stand: 31. August 1997

■ Die Amtsdauer der Vizepräsidenten der 13. Wahlperiode und die Namen der zu Beginn der 14. Wahlperiode gewählten Vizepräsidenten stehen im NACHTRAG unter 4.2.

Verfahren bei den Wahlen der Vizepräsidenten

Für die Wahl der Stellvertreter des Präsidenten sieht die Geschäftsordnung des Bundestages in § 2 Absatz 1 und 2 getrennte Wahlhandlungen mit verdeckten Stimmzetteln vor. Von dieser Vorschrift wich der Bundestag bis zur 9. Wahlperiode – von zwei kontroversen Fällen in der 3. und 8. Wahlperiode abgesehen – regelmäßig ab und wählte die Stellvertreter des Präsidenten in **einer** Wahlhandlung und in offener Abstimmung.

Daß alle Vizepräsidenten in getrennten Wahlgängen geheim gewählt werden, geschah aufgrund interfraktioneller Vereinbarung erstmals zu Beginn der 10. Wahlperiode.

In der 11. Wahlperiode wurde geheim, aber in **einer** Wahlhandlung abgestimmt: Nachdem zunächst ein Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen worden war, wie bisher nur vier Vizepräsidenten zu wählen, wurden bei der anschließenden Wahl zwar alle fünf vorgeschlagenen Kandidaten auf demselben Stimmzettel aufgeführt, jeder Abgeordnete verfügte aber nur über vier Stimmen. In gleicher Weise wurde zu Beginn der 12. Wahlperiode verfahren mit dem Unterschied, daß diesmal sechs Kandidaten vorgeschlagen waren, aber wieder nur vier gewählt werden konnten.

In der 13. Wahlperiode war ein Problem dadurch entstanden, daß einerseits Bündnis 90/Die Grünen drittstärkste Fraktion geworden war (und selbstverständlich Anspruch auf einen Platz im Präsidium erhob), die SPD andererseits auf einen ihrer bisherigen zwei Vizepräsidenten nicht verzichten wollte. Zugleich war erkennbar, daß sich keine Mehrheit für eine Vergrößerung des Präsidiums von fünf auf sechs Mitglieder finden ließ, und erst recht war die FDP nicht bereit, als nunmehr kleinste Fraktion aus dem Präsidium auszuschneiden. Da eine interfraktionelle Einigung nicht zustande kam, mußte die Wahl der Vizepräsidenten mit Hilfe einer Geschäftsordnungsänderung durchgeführt werden. Vor der eigentlichen Wahl kam es nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte zu folgendem Verfahren:

1) Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Einräumung eines Grundmandats im Präsidium für jede Fraktion (Drucksache 13/8): Annahme (!)

- 2) Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD: Erweiterung des Präsidiums auf sechs Mitglieder (Drucksache 13/7): Ablehnung
- 3) Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe der PDS: Einräumung eines Grundmandats im Präsidium für jede Fraktion und Gruppe (Drucksache 13/15 [neu]): Ablehnung
- 4) Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: Festlegung der Zahl der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten auf vier (Drucksache 13/6): Annahme
- 5) Entsprechend interfraktioneller Vereinbarung Wahl der Stellvertreter getrennt und mit verdeckten Stimmkarten in der Reihenfolge des Stärkeverhältnisses der Fraktionen.

Zu den Wahlvorschlägen und Wahlergebnissen siehe den folgenden Unterabschnitt.

Wahlvorschläge und Wahlergebnisse

Die einzelnen Wahlhandlungen und die Abstimmungsergebnisse von den Wahlen der Vizepräsidenten in der 3. und seit der 10. Wahlperiode sind im folgenden zusammengestellt:

3. WP 1957–61	<p><i>Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten:</i> 24. Sitzung, 23. April 1958</p> <p><i>1. Wahlgang:</i></p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP), vorgeschlagen durch <i>Herbert Schneider</i> (Bremerhaven) (DP) namens der Koalition</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="padding-right: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">418</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):</td> <td style="text-align: right;">236</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">Nein-Stimmen und ungültige Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">182</td> </tr> </table> <p>Damit wurde die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl einschl. der Berliner Abgeordneten (260) nicht erreicht.</p> <p><i>2. Wahlgang:</i></p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP), vorgeschlagen durch <i>Herbert Schneider</i> (Bremerhaven) (DP) namens der Fraktionen der DP und der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="padding-right: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">424</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):</td> <td style="text-align: right;">228</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">Nein-Stimmen und ungültige Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">196</td> </tr> </table> <p>Damit wurde die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl auch im 2. Wahlgang nicht erreicht.</p> <p><i>3. Wahlgang:</i></p> <p><i>Wahlvorschläge:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD), vorgeschlagen durch Dr. <i>Karl Mommer</i> (SPD) namens der Fraktion der SPD 2) Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP), vorgeschlagen durch <i>Will Rasner</i> (CDU/CSU) namens der Koalition <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="padding-right: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">426</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):</td> <td style="text-align: right;">233</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">für <i>Erwin Schoettle</i> (SPD):</td> <td style="text-align: right;">167</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">Enthaltungen:</td> <td style="text-align: right;">26</td> </tr> </table> <p>Damit war Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> mit relativer Mehrheit im 3. Wahlgang gewählt.</p>	abgegebene Stimmen:	418	davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):	236	Nein-Stimmen und ungültige Stimmen:	182	abgegebene Stimmen:	424	davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):	228	Nein-Stimmen und ungültige Stimmen:	196	abgegebene Stimmen:	426	davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):	233	für <i>Erwin Schoettle</i> (SPD):	167	Enthaltungen:	26
abgegebene Stimmen:	418																				
davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):	236																				
Nein-Stimmen und ungültige Stimmen:	182																				
abgegebene Stimmen:	424																				
davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):	228																				
Nein-Stimmen und ungültige Stimmen:	196																				
abgegebene Stimmen:	426																				
davon für Dr. <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (DP):	233																				
für <i>Erwin Schoettle</i> (SPD):	167																				
Enthaltungen:	26																				

<p>8. WP 1976–80</p>	<p><i>Wahl eines Nachfolgers für den zum Bundestagspräsidenten gewählten Richard Stücklen:</i> 161. Sitzung, 21. Juni 1979</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> Dr. <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU), vorgeschlagen von Dr. <i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 325 1083 463"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>489</td> </tr> <tr> <td>davon für Dr. <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU):</td> <td>272</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>177</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>37</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>3</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	489	davon für Dr. <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU):	272	Nein-Stimmen:	177	Enthaltungen:	37	ungültige Stimmen:	3
abgegebene Stimmen:	489										
davon für Dr. <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU):	272										
Nein-Stimmen:	177										
Enthaltungen:	37										
ungültige Stimmen:	3										
<p>10. WP 1983–87</p>	<p><i>Wahl der Stellvertreter des Präsidenten:</i> 1. Sitzung, 29. März 1983</p> <p><i>Wahl des 1. Vizepräsidenten:</i></p> <p><i>Wahlvorschläge:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <i>Annemarie Renger</i> (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD 2) <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE), vorgeschlagen durch die Fraktion der GRÜNEN <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 759 1083 898"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>503</td> </tr> <tr> <td>davon für <i>Annemarie Renger</i> (SPD):</td> <td>436</td> </tr> <tr> <td>für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):</td> <td>33</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>30</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>4</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	503	davon für <i>Annemarie Renger</i> (SPD):	436	für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):	33	Enthaltungen:	30	ungültige Stimmen:	4
abgegebene Stimmen:	503										
davon für <i>Annemarie Renger</i> (SPD):	436										
für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):	33										
Enthaltungen:	30										
ungültige Stimmen:	4										
	<p><i>Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten:</i></p> <p><i>Wahlvorschläge:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <i>Richard Stücklen</i> (CSU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU 2) <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE), vorgeschlagen durch die Fraktion der GRÜNEN <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 1119 1083 1258"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>498</td> </tr> <tr> <td>davon für <i>Richard Stücklen</i> (CSU):</td> <td>403</td> </tr> <tr> <td>für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):</td> <td>45</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>44</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>6</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	498	davon für <i>Richard Stücklen</i> (CSU):	403	für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):	45	Enthaltungen:	44	ungültige Stimmen:	6
abgegebene Stimmen:	498										
davon für <i>Richard Stücklen</i> (CSU):	403										
für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):	45										
Enthaltungen:	44										
ungültige Stimmen:	6										
	<p><i>Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten:</i></p> <p><i>Wahlvorschläge:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <i>Heinz Westphal</i> (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD 2) <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE), vorgeschlagen durch die Fraktion der GRÜNEN <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 1480 1083 1618"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>503</td> </tr> <tr> <td>davon für <i>Heinz Westphal</i> (SPD):</td> <td>314</td> </tr> <tr> <td>für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):</td> <td>43</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>129</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>17</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	503	davon für <i>Heinz Westphal</i> (SPD):	314	für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):	43	Enthaltungen:	129	ungültige Stimmen:	17
abgegebene Stimmen:	503										
davon für <i>Heinz Westphal</i> (SPD):	314										
für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):	43										
Enthaltungen:	129										
ungültige Stimmen:	17										

noch: 10. WP	<p>noch: 1. Sitzung, 29. März 1983</p> <p><i>Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten:</i></p> <p><i>Wahlvorschläge:</i> 1) <i>Richard Wurbs</i> (FDP), vorgeschlagen durch die Fraktion der FDP 2) <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE), vorgeschlagen durch die Fraktion der GRÜNEN</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 371 1083 506"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>504</td> </tr> <tr> <td>davon für <i>Richard Wurbs</i> (FDP):</td> <td>316</td> </tr> <tr> <td>für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):</td> <td>68</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>108</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>12</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	504	davon für <i>Richard Wurbs</i> (FDP):	316	für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):	68	Enthaltungen:	108	ungültige Stimmen:	12				
abgegebene Stimmen:	504														
davon für <i>Richard Wurbs</i> (FDP):	316														
für <i>Christa Reetz</i> (GRÜNE):	68														
Enthaltungen:	108														
ungültige Stimmen:	12														
11. WP 1987–90	<p><i>Wahl eines Nachfolgers für den am 13. Dezember 1984 ausgeschiedenen Vizepräsidenten Richard Wurbs (FDP):</i> 112. Sitzung, 14. Dezember 1984</p> <p><i>Wahlvorschläge:</i> 1) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP), vorgeschlagen durch die Fraktion der FDP 2) <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP), vorgeschlagen durch Abgeordnete der GRÜNEN (wegen Verzichts auf Kandidatur nicht zur Wahl gestellt)</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table data-bbox="464 820 1083 955"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>391</td> </tr> <tr> <td>davon für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):</td> <td>277</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>84</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>20</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>10</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	391	davon für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):	277	Nein-Stimmen:	84	Enthaltungen:	20	ungültige Stimmen:	10				
abgegebene Stimmen:	391														
davon für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):	277														
Nein-Stimmen:	84														
Enthaltungen:	20														
ungültige Stimmen:	10														
11. WP 1987–90	<p><i>Wahl der Stellvertreter des Präsidenten:</i> 1. Sitzung, 18. Februar 1987</p> <p><i>Wahlvorschläge:</i> 1) <i>Richard Stücklen</i> (CSU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU 2) <i>Annemarie Renger</i> (SPD) und 3) <i>Heinz Westphal</i> (SPD), beide vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD 4) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP), vorgeschlagen durch die Fraktion der FDP 5) <i>Christa Nickels</i> (GRÜNE), vorgeschlagen durch die Fraktion der GRÜNEN</p> <p><i>Wahlergebnis:</i>¹⁾</p> <table data-bbox="464 1350 1083 1541"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>510</td> </tr> <tr> <td>davon für <i>Annemarie Renger</i> (SPD):</td> <td>449</td> </tr> <tr> <td>für <i>Richard Stücklen</i> (CSU):</td> <td>375</td> </tr> <tr> <td>für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):</td> <td>366</td> </tr> <tr> <td>für <i>Heinz Westphal</i> (SPD):</td> <td>326</td> </tr> <tr> <td>für <i>Christa Nickels</i> (GRÜNE):</td> <td>119²⁾</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>1</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	510	davon für <i>Annemarie Renger</i> (SPD):	449	für <i>Richard Stücklen</i> (CSU):	375	für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):	366	für <i>Heinz Westphal</i> (SPD):	326	für <i>Christa Nickels</i> (GRÜNE):	119 ²⁾	Enthaltungen:	1
abgegebene Stimmen:	510														
davon für <i>Annemarie Renger</i> (SPD):	449														
für <i>Richard Stücklen</i> (CSU):	375														
für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):	366														
für <i>Heinz Westphal</i> (SPD):	326														
für <i>Christa Nickels</i> (GRÜNE):	119 ²⁾														
Enthaltungen:	1														

¹⁾ Da vor der Wahl der Antrag der CDU/CSU und FDP angenommen worden war, **vier** Stellvertreter des Präsidenten zu wählen, konnte jeder Abgeordnete auf der Stimmkarte höchstens nur vier Wahlvorschläge ankreuzen.

²⁾ Erforderliche absolute Mehrheit nicht erreicht.

<p>12. WP 1990–94</p>	<p><i>Wahl der Stellvertreter des Präsidenten:</i> 1. Sitzung, 20. Dezember 1990</p> <p><i>Wahlvorschläge:</i> 1) <i>Hans Klein</i> (CSU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU 2) <i>Renate Schmidt</i> (SPD) und 3) <i>Helmuth Becker</i> (SPD), beide vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD 4) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP), vorgeschlagen durch die Fraktion der FDP 5) <i>Jutta Braband</i> (PDS/LL), vorgeschlagen durch die Abgeordneten der PDS/Linke Liste 6) <i>Dr. Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/GRÜNE), vorgeschlagen durch die Abgeordneten des Bündnisses 90/GRÜNE</p> <p><i>Wahlergebnis:</i>¹⁾</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="padding-left: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">638</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">davon für <i>Helmuth Becker</i> (SPD):</td> <td style="text-align: right;">621</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):</td> <td style="text-align: right;">597</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">für <i>Hans Klein</i> (CSU):</td> <td style="text-align: right;">511</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">für <i>Renate Schmidt</i> (SPD):</td> <td style="text-align: right;">479</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">für <i>Dr. Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/GRÜNE):</td> <td style="text-align: right;">101²⁾</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">für <i>Jutta Braband</i> (PDS/LL):</td> <td style="text-align: right;">28²⁾</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	638	davon für <i>Helmuth Becker</i> (SPD):	621	für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):	597	für <i>Hans Klein</i> (CSU):	511	für <i>Renate Schmidt</i> (SPD):	479	für <i>Dr. Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/GRÜNE):	101 ²⁾	für <i>Jutta Braband</i> (PDS/LL):	28 ²⁾				
abgegebene Stimmen:	638																		
davon für <i>Helmuth Becker</i> (SPD):	621																		
für <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP):	597																		
für <i>Hans Klein</i> (CSU):	511																		
für <i>Renate Schmidt</i> (SPD):	479																		
für <i>Dr. Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/GRÜNE):	101 ²⁾																		
für <i>Jutta Braband</i> (PDS/LL):	28 ²⁾																		
<p>13. WP 1994–³⁾</p>	<p><i>Wahl der Stellvertreter des Präsidenten:</i> 1. Sitzung, 10. November 1994</p> <p><i>Wahl eines Stellvertreters des Präsidenten:</i></p> <p><i>Wahlvorschläge:</i> 1) <i>Hans Klein</i> (CSU) vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU 2) <i>Dr. Dagmar Enkelmann</i> (PDS), vorgeschlagen durch die Gruppe der PDS</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="padding-left: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">662</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">davon für <i>Hans Klein</i> (CSU):</td> <td style="text-align: right;">515</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">für <i>Dr. Dagmar Enkelmann</i> (PDS):</td> <td style="text-align: right;">45</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">Enthaltungen:</td> <td style="text-align: right;">76</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">ungültige Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">26</td> </tr> </table> <hr/> <p><i>Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten:</i></p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> <i>Hans-Ulrich Klose</i> (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="padding-left: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">661</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">davon Ja-Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">591</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">Nein-Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">50</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">Enthaltungen:</td> <td style="text-align: right;">20</td> </tr> </table>	abgegebene Stimmen:	662	davon für <i>Hans Klein</i> (CSU):	515	für <i>Dr. Dagmar Enkelmann</i> (PDS):	45	Enthaltungen:	76	ungültige Stimmen:	26	abgegebene Stimmen:	661	davon Ja-Stimmen:	591	Nein-Stimmen:	50	Enthaltungen:	20
abgegebene Stimmen:	662																		
davon für <i>Hans Klein</i> (CSU):	515																		
für <i>Dr. Dagmar Enkelmann</i> (PDS):	45																		
Enthaltungen:	76																		
ungültige Stimmen:	26																		
abgegebene Stimmen:	661																		
davon Ja-Stimmen:	591																		
Nein-Stimmen:	50																		
Enthaltungen:	20																		

¹⁾ Da vor der Wahl ein Antrag angenommen worden war, **vier** Stellvertreter des Präsidenten zu wählen, konnte jeder Abgeordnete auf der Stimmkarte höchstens nur vier Wahlvorschläge ankreuzen.

²⁾ Erforderliche absolute Mehrheit nicht erreicht.

³⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die weiblichen Mitglieder des Bundestagspräsidiums enthält Abschnitt 3.11.

noch:
13. WP

noch: 1. Sitzung, 10. November 1994

Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten:

Wahlvorschläge: 1) Dr. *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), vorgeschlagen durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2) *Anke Fuchs* (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	669
davon für Dr. <i>Antje Vollmer</i> (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN):	358
für <i>Anke Fuchs</i> (SPD):	279
Enthaltungen:	27
ungültige Stimmen:	5

Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten:

Wahlvorschläge: 1) Dr. *Burkhard Hirsch* (FDP), vorgeschlagen durch die Fraktion der FDP
2) *Anke Fuchs* (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	662
davon für Dr. <i>Burkhard Hirsch</i> (FDP):	394
für <i>Anke Fuchs</i> (SPD):	259
Enthaltungen:	8
ungültige Stimmen:	1

Wahl einer Nachfolgerin für den am 26. November 1996 verstorbenen Vizepräsidenten Hans Klein (CDU/CSU):

151. Sitzung, 16. Januar 1997

Wahlvorschläge: 1) *Michaela Geiger* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU
2) Dr. *Dagmar Enkelmann* (PDS), vorgeschlagen durch die Gruppe der PDS

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	616
davon für <i>Michaela Geiger</i> (CDU/CSU):	407
für Dr. <i>Dagmar Enkelmann</i> (PDS):	48
Nein-Stimmen:	36
Enthaltungen:	116
ungültige Stimmen:	9

Hinweise

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Die Mitglieder des Präsidiums gehören in der Regel qua Amt dem Vorstand ihrer Fraktion an. Innerhalb des Abschnittes 5.7: Vorstände der Fraktionen und Gruppen sind auszugsweise die aktuellen Geschäftsordnungen der Fraktionen abgedruckt, woraus entnommen werden kann, wie die Zusammensetzung des Vorstandes im einzelnen geregelt ist.

4.3 Präsidium

Das Präsidium besteht aus dem Bundestagspräsidenten und seinen Stellvertretern, den Vizepräsidenten. Als Kollegialorgan jedoch besaß das Präsidium bis 1969 praktisch keine Entscheidungsbefugnisse.*)

Erst seit 1969 hat sich aus dem Präsidium ein regelmäßig zusammentretendes Gremium entwickelt, nachdem durch die Änderung der Geschäftsordnung zu Beginn der 6. Wahlperiode der Bundestagspräsident Verträge von erheblicher Bedeutung nur im Benehmen mit seinen Stellvertretern schließen und andere bestimmte Aufgaben nur im Benehmen oder mit Zustimmung des Präsidiums wahrnehmen kann.

Sowohl die Zahl der Präsidiumsmitglieder als auch der Stellenanteil der Fraktionen war bis Ende der 12. Wahlperiode in der Geschäftsordnung nicht geregelt. Erst durch Beschluß des Bundestages vom 10. November 1994 bestimmt § 2 Abs. 1 Satz 2 GO BT:

„Jede Fraktion des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten.“

Die folgende Tabelle weist die bisherige Praxis nach.

*) Vgl. *Hans Troßmann*: „Als Kollegium hat das Präsidium nach der Geschäftsordnung nur die Funktion, darüber zu entscheiden, ob Tonbandaufnahmen von Bundestagssitzungen im Archiv aufbewahrt werden sollen. Auch von dieser Funktion hat es bisher keinen Gebrauch gemacht.“ (Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Bonn 1967. S. 205.)

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Innerhalb des Kapitels 24 sind die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Präsidenten, Vizepräsidenten, Ausschuß- und Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Versammlung der WEU und der Nordatlantischen Versammlung aufgeführt.

Zusammensetzung des Präsidiums

Wahlperiode	Stand	Zahl der Präsidiumsmitglieder	Aufgliederung nach Fraktionszugehörigkeit							Nicht im Präsidium vertretene Fraktionen
			BTPräs	Vizepräsidenten						
				CDU/CSU	SPD	FDP	DP	FVP ²⁾	GRÜNE	
1. WP 1949–53	Beginn der WP	3	CDU/CSU	0	1	1	0	–	–	DP, BP ¹⁾ , KPD ¹⁾ , WAV ¹⁾ , Zentrum ¹⁾ , FU ²⁾
2. WP 1953–57	Beginn der WP ab 4. 7. 1956	4	CDU/CSU	1	1	1	0	–	–	GB/BHE, DP
		5	CDU/CSU	1	1	1	0 ³⁾	1 ³⁾	–	GB/BHE, DP ³⁾
3. WP 1957–61	Beginn der WP ab 23. 4. 1958 ab 4. 10. 1960	4	CDU/CSU	1	1	1	0	–	–	DP ¹⁾
		5	CDU/CSU	1	1	1	1	–	–	–
		4	CDU/CSU	1	1	1	0 ¹⁾	–	–	–
4. WP 1961–65	Beginn der WP	5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	–	–
5. WP 1965–69	Beginn der WP	5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	–	–
6. WP 1969–72	Beginn der WP	5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	–	–
7. WP 1972–76	Beginn der WP	5	SPD	2	1	1	–	–	–	–
8. WP 1976–80	Beginn der WP ab 31. 5. 1979 ab 21. 6. 1979	5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	–	–
		4	CDU/CSU	0	2	1	–	–	–	–
		5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	–	–

9. WP 1980–83	Beginn der WP	5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	–	–
10. WP 1983–87	Beginn der WP	5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	0	GRÜNE
11. WP 1987–90	Beginn der WP	5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	0	GRÜNE
12. WP 1990–94	Beginn der WP	5	CDU/CSU	1	2	1	–	–	–	–
13. WP 1994– ⁴⁾	Beginn der WP	5	CDU/CSU	1	1	1	–	–	1	–

- 1) Verlust der Fraktionseigenschaft während der Wahlperiode.
2) Erst im Verlauf der Wahlperiode gegründete Fraktion.
3) Ab 14. März 1957 Fusion von DP und FVP zur Fraktion DV (FVP).
4) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Namentlich genannt sind im **Datenhandbuch** die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsvorstandsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- zu den häufigsten Rednern im Plenum zählten (Abschnitt 8.3),
- Erklärungen zur Abstimmung abgegeben haben (Abschnitt 8.16).

4.4 Vorstand des Bundestages

Einen „Vorstand des Bundestages“ gab es nur während der 1. bis 5. Wahlperiode. Es handelte sich um ein Beschlußorgan zur Regelung der sogenannten inneren Angelegenheiten des Bundestages.

Zum Vorstand des Bundestages gehörten in den ersten drei Wahlperioden der Präsident, seine Stellvertreter und die Schriftführer (§ 6 Abs. 1 der GO BT).

Durch Änderung der Geschäftsordnung auf Beschluß des Bundestages vom 13. Dezember 1961 erhielt der § 6 Abs. 1 folgende Fassung:

„(1) Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern, je einem Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen und den Schriftführern. Die Mitglieder des Vorstandes können sich in den Vorstandssitzungen durch Mitglieder des Ältestenrates vertreten lassen.“

Im Rahmen der Geschäftsordnungsreform der 5. Wahlperiode (wirksam ab Beginn der 6. Wahlperiode) wurde 1969 auf einen Vorstand, dem neben dem Ältestenrat besondere Aufgaben oblagen, verzichtet. Statt dessen wurden dem Ältestenrat erweiterte Befugnisse übertragen.

Der Vorstand war als Beschlußorgan zur Regelung der sogenannten inneren Angelegenheiten des Bundestages u. a. für folgende Materien zuständig:

- Entwurf des Haushaltsplans für den Bundestag,
- Regelung der Bezüge der Abgeordneten,
- Verwendung der dem Bundestag zur Verfügung stehenden Räume,
- bauliche Maßnahmen und technische Neuerungen größeren Umfangs,
- Betreuung der Bücherei.

Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse hat der Vorstand des Bundestages verschiedene Unterkommissionen eingesetzt. Sie sind im Abschnitt 4.6 aufgeführt.

4.5 Ältestenrat^{*)}

Der Ältestenrat setzt sich aus dem Bundestagspräsidenten, den Vizepräsidenten und weiteren 20 bis 24 Mitgliedern^{**)} zusammen, die von den Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke zu benennen sind.

Neben der traditionellen Aufgabe eines parlamentarischen Lenkungsgremiums sind dem Ältestenrat 1969 mit der Änderung der Geschäftsordnung auch die Aufgaben des früheren Vorstandes des Bundestages zugefallen.

^{*)} Vgl. dazu umfassend *Hans-Achim Roll*, Der Ältestenrat. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 809–828.

^{**)} Die Vorläufige Geschäftsordnung des Bundestages vom 20. September 1949 sah weitere 21 Mitglieder vor. Nach der endgültigen Geschäftsordnung vom 6. Dezember 1951 wurde die Stärke des Ältestenrats vom Bundestag festgesetzt (in der 1. Wahlperiode ab 1952 beispielsweise auf 15, in der 5. Wahlperiode ab 1965 auf 20 weitere Mitglieder). Seit der Geschäftsordnungsänderung vom 1. Oktober 1969 ist die Zahl ausdrücklich auf „23 weitere ... Mitglieder“ festgeschrieben. Allerdings kann sich die Zahl noch erhöhen, sofern im Bundestag Gruppen vertreten sind und ihnen durch Beschluß des Bundestages die Entsendung eines Vertreters in den Ältestenrat zugestimmt worden ist; dadurch beträgt beispielsweise in der 13. Wahlperiode ab 1994 die Zahl der weiteren Mitglieder im Ältestenrat 24.

Die traditionellen Aufgaben des Ältestenrates sind in § 6 Abs. 2 GO BT beschrieben:

„Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte. Er führt eine Verständigung zwischen den Fraktionen über die Besetzung der Stellen der Ausschußvorsitzenden und ihrer Stellvertreter sowie über den Arbeitsplan des Bundestages herbei.“

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben ist der Ältestenrat kein Beschlußorgan, d. h. es wird nicht abgestimmt über bestimmte Vorschläge oder Vorlagen, sondern es werden Vereinbarungen zwischen den Fraktionen getroffen.

Zum Beschlußorgan wird der Ältestenrat seit 1969 hingegen, wenn über die sogenannten inneren Angelegenheiten zu entscheiden ist. Dazu heißt es in § 6 Abs. 3 GO BT:

„Der Ältestenrat beschließt über die inneren Angelegenheiten des Bundestages, soweit sie nicht dem Präsidenten oder dem Präsidium vorbehalten sind. Er verfügt über die Verwendung der dem Bundestag vorbehaltenen Räume. Er stellt den Voranschlag für den Haushaltseinzelplan des Bundestages auf, von dem der Haushaltsausschuß nur im Benehmen mit dem Ältestenrat abweichen kann.“

Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse setzt der Ältestenrat seit der 6. Wahlperiode (1969–72) Unterkommissionen (ab 1980 „Kommissionen“) ein. Eine Zusammenstellung dieser Kommissionen enthält das vorliegende *Datenhandbuch* im anschließenden Abschnitt 4.6.

Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat

Ab März 1950 wird meist für die ganze Wahlperiode von der Bundesregierung ein ständiger Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat benannt. Zwischen der 3. und 5. Wahlperiode handelte es sich um den Bundesratsminister, danach um ein Mitglied des Bundeskanzleramtes, d. h. um einen Bundesminister für besondere Aufgaben („Kanzleramtsminister“) oder um einen Parlamentarischen Staatssekretär bzw. Staatsminister.

Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat waren bisher:*)

Wahlperiode	a) Vertreter des Kabinetts b) Stellvertreter
1. WP 1949–53	von September 1949 bis März 1950 nahmen an Sitzungen des Ältestenrates teil: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (4ö) BMin <i>Jakob Kaiser</i> (11ö) BMin <i>Gustav Heinemann</i> (2ö) BMin <i>Fritz Schäffer</i> (1ö) ab März 1950: a) BMin <i>Jakob Kaiser</i> b) verschiedene Kabinettsmitglieder
2. WP 1953–57	a) BMin <i>Robert Tillmanns</i> (bis † 12. 11. 1955) BMin <i>Waldemar Kraft</i> (ab 29. 11. 1955 bis Oktober 1956) BMin <i>Jakob Kaiser</i> (ab 22. 10. 1956) b) BMin <i>Franz-Josef Wuermeling</i>
3. WP 1957–61	a) BMin <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> b) BMin <i>Franz-Josef Wuermeling</i>

*) Quelle: Parlamentssekretariat und Parlamentsarchiv

Wahlperiode	a) Vertreter des Kabinetts b) Stellvertreter
4. WP 1961–65	a) BMin <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (bis 11. 12. 1962) BMin <i>Alois Niederalt</i> (ab 8. 1. 1963) b) BMin <i>Franz-Josef Wuermeling</i> (bis 11. 12. 1962) BMin <i>Bruno Heck</i> (ab 8. 1. 1963)
5. WP 1965–69	a) BMin <i>Alois Niederalt</i> (bis November 1966) BMin <i>Carlo Schmid</i> (ab Dezember 1966) b) BMin <i>Bruno Heck</i> (bis Oktober 1968)
6. WP 1969–72	a) BMin <i>Horst Ehmke</i> b) BMin <i>Hans-Dietrich Genscher</i>
7. WP 1972–76	a) PStS <i>Karl Ravens</i> (bis Mai 1974) PStS <i>Marie Schlei</i> (ab Mai 1974) b) BMin <i>Hans-Dietrich Genscher</i> (bis Mai 1974) PStS <i>Gerhart Rudolf Baum</i> (ab Mai 1974)
8. WP 1976–80	a) Staatsminister <i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (bis November 1979) Staatsminister <i>Gunter Huonker</i> (ab Dezember 1979) b) PStS <i>Gerhart Rudolf Baum</i> (bis Juni 1978) PStS <i>Andreas von Schoeler</i> (ab Juni 1978)
9. WP 1980–83	a) Staatsminister <i>Gunter Huonker</i> (bis April 1982) Staatsminister <i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (ab April 1982 bis Oktober 1982) Staatsminister <i>Philipp Jenninger</i> (ab Oktober 1982) b) PStS <i>Andreas von Schoeler</i> (bis September 1982)
10. WP 1983–87	a) Staatsminister <i>Philipp Jenninger</i> (bis November 1984) BMin <i>Wolfgang Schäuble</i> (ab November 1984) b) Staatsminister <i>Friedrich Vogel</i> und PStS <i>Peter Lorenz</i>
11. WP 1987–90	a) BMin <i>Wolfgang Schäuble</i> (bis April 1989) BMin <i>Rudolf Seiters</i> (ab April 1989) b) Staatsminister <i>Lutz G. Stavenhagen</i> und PStS <i>Lieselotte Berger</i> (bis † 26. 9. 1989) PStS <i>Günter Straßmeir</i> (ab Oktober 1989)
12. WP 1990–94	a) BMin <i>Rudolf Seiters</i> (bis November 1991) BMin <i>Friedrich Bohl</i> (ab November 1991) b) Staatsminister <i>Anton Pfeifer</i> und Staatsminister <i>Lutz G. Stavenhagen</i> (bis Dezember 1991) Staatsminister <i>Bernd Schmidbauer</i> (ab Dezember 1991)
13. WP 1994 ¹⁾	a) BMin <i>Friedrich Bohl</i> b) Staatsminister <i>Anton Pfeifer</i> Staatsminister <i>Bernd Schmidbauer</i>

1) Stand: 31. August 1997

4.6 Kommissionen des Vorstandes und des Ältestenrates

Die Regelung der sogenannten inneren Angelegenheiten des Bundestages – u. a. Voranschlag für den Haushaltseinzelnplan des Bundestages, Verwendung der Räume im Bundeshaus – war in der 1. bis 5. Wahlperiode Aufgabe des Bundestagsvorstandes. Mit der 1969er Reform der Geschäftsordnung wurde dieses Gremium aufgelöst, und seine Zuständigkeiten gingen ab der 6. Wahlperiode auf den Ältestenrat über.

Bundestagsvorstand und Ältestenrat setzten zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse unterschiedlich benannte Unterkommissionen (ab 1980 „Kommissionen“) ein. Die Anzahl und genaue Bezeichnung dieser Kommissionen und die Namen ihrer Vorsitzenden gehen aus der folgenden Aufstellung hervor.*) In ihr sind auch vereinzelt Gremien enthalten, die der Bundestag mit teilweise anderer Zusammensetzung zur Vorberatung innerer Angelegenheiten (z. B. Diätenregelung, Parlamentsreform) eingesetzt hat.

1. Wahlperiode (1949–53)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Bundestagsvorstandes	Vorsitzende(r)
Unterkommission „Haushalt“	–1)
Bauausschuß	<i>Oskar Matzner</i> (SPD)
Raumkommission ²⁾	<i>Oskar Matzner</i> (SPD)
Bücherei-beirat ³⁾	<i>Margarete Gröwel</i> (CDU/CSU)

1) Wahl eines Vorsitzenden aus Protokoll nicht ersichtlich

2) Bezeichnung in den Protokollen teilweise auch Unterkommission „Raumplanung“ und „Raumfragen“

3) bis April 1952: Ausschuß für Bücherei

2. Wahlperiode (1953–57)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Bundestagsvorstandes	Vorsitzende(r)
Unterkommission „Haushalt“	Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU), ab 8. 10. 1956: Vizepräsident <i>Ludwig Schneider</i> (FVP)
Bauausschuß	<i>Oskar Matzner</i> (SPD)
Raumkommission	<i>Oskar Matzner</i> (SPD)
Bücherei-beirat	<i>Richard Muckermann</i> (CDU/CSU)

*) Quelle: Parlamentsarchiv und Parlamentssekretariat

3. Wahlperiode (1957–61)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Bundestagsvorstandes	Vorsitzende(r)
Unterkommission „Haushalt“	Bundestagspräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU), ab 12. 10. 1959: Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> (SPD)
Bau- und Raumkommission	<i>Oskar Matzner</i> (SPD)
Kommission „Plenarsaalumbau“	–1)
Bücherei-beirat	<i>Richard Muckermann</i> (CDU/CSU)

1) Wegen lückenhafter Unterlagen nicht nachweisbar; vorgesehen: Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* (CDU/CSU).

4. Wahlperiode (1961–65)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Bundestagsvorstandes	Vorsitzende(r)
Unterkommission „Haushalt“	Vizepräsident <i>Erwin Schoettle</i> (SPD) ¹⁾
Unterkommission „Versicherungsfragen“	–2)
Unterkommission „Dienstpostenbewertung“	<i>Thomas Ruf</i> (CDU/CSU)
Bau- und Raumkommission	<i>Oskar Matzner</i> (SPD)
Bücherei-beirat	<i>Friedrich Knorr</i> (CDU/CSU)

1) vermutlich ab 4. 2. 1964 *Hermann Götz* (CDU/CSU)

2) Vorsitz ist dem Protokoll der einzigen Sitzung nicht zu entnehmen.

5. Wahlperiode (1965–69)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Bundestagsvorstandes	Vorsitzende(r)
Unterkommission „Haushalt“	<i>Thomas Ruf</i> (CDU/CSU), ab 6. 12. 1967: <i>Hermann Götz</i> (CDU/CSU), ab 26. 11. 1968: <i>Thomas Ruf</i> (CDU/CSU)
Bau- und Raumkommission	<i>Heinz Frehsee</i> (SPD)
Bücherei-beirat	<i>Karl August Bühler</i> (CDU/CSU)

6. Wahlperiode (1969–72)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Haushaltskommission	Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU)
Diätenkommission	Vizepräsident <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD)
Raumkommission	<i>Heinz Frehsee</i> (SPD)
Unterkommission für die Planung der weiteren Bauten des Deutschen Bundestages	Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU)
Unterkommission für EDV	Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU)
Restaurant-Kommission	Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU), ab 12. 2. 1971: <i>Ingeborg Geisendörfer</i> (CDU/CSU)
Unterkommission für die Abstimmungsanlage	Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU)
Unterkommission zur Entscheidung von strittigen Fällen nach Nr. 3 der Richtlinien über die Erstattung von Kosten für Mitarbeiter der Abgeordneten	<i>Werner Marquardt</i> (SPD)
Ständiger Unterausschuß für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und anderer Dokumentationen (gem. § 6 Abs. 4 GO)	<i>Hugo Hauser</i> (CDU/CSU)

7. Wahlperiode (1972–76)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Unterkommission für den Haushalt	Bundestagspräsidentin <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
Unterkommission für die Planung der weiteren Bauten des Deutschen Bundestages	Vizepräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU)
Unterkommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsident <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD)
Kommission für Fragen der Besteuerung der Abgeordneten-Diäten	Bundestagspräsidentin <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
Unterkommission für die Raumverteilung (Raumkommission)	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU/CSU)
Unterkommission für Restaurantangelegenheiten	<i>Hugo Collet</i> (SPD)
Unterkommission zur Entscheidung der strittigen Fälle nach Nr. 3 der Richtlinien über die Erstattung von Kosten für Mitarbeiter der Abgeordneten (Unterkommission für Mitarbeiterangelegenheiten)	<i>Werner Marquardt</i> (SPD)

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Unterkommission für die Parlamentsreform	Bundestagspräsidentin <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
Ständiger Unterausschuß für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, anderer Dokumentationen und EDV (gem. § 6 Abs. 4 GO)	<i>Alfred Ollesch</i> (FDP)
Beirat für Entschädigungsfragen	<i>Ludwig Rosenberg</i> (nicht MdB)

8. Wahlperiode (1976–80)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Unterkommission für den Haushalt	Bundestagspräsident <i>Karl Carstens</i> (CDU/CSU), ab 31. 5. 1979: Bundestagspräsident <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU)
Unterkommission für die Planung der weiteren Bauten des Deutschen Bundestages	Vizepräsidentin <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
Unterkommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsident <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD), ab 19. 9. 1979: Vizepräsidentin <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
Unterkommission für Restaurantangelegenheiten	<i>Hugo Collet</i> (SPD)
Unterkommission zur Entscheidung der strittigen Fälle nach Nr. 3 der Richtlinien über die Erstattung von Kosten für Mitarbeiter der Abgeordneten (Unterkommission für Mitarbeiterangelegenheiten)	<i>Werner Marquardt</i> (SPD)
Ständiger Unterausschuß für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, anderer Dokumentationen und EDV	<i>Kurt Spitzmüller</i> (FDP)
Unterkommission für die Raumverteilung	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU/CSU)
Unterkommission des Koordinierungsgremiums „Enquete-Kommission Verfassungsreform“	Bundestagspräsident <i>Karl Carstens</i> (CDU/CSU), ab 31. 5. 1979: Bundestagspräsident <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU)
Kommission zur Behandlung von Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag	<i>Gerhard Kunz</i> (CDU/CSU)

Hinweis

Die Zusammensetzung des Präsidiums des Wirtschaftsrates (1946–49) und des Parlamentarischen Rates (1948–49) findet sich innerhalb des Abschnittes 3.8: Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen vor 1949.

9. Wahlperiode (1980–83)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Kommission für den Haushalt	Bundestagspräsident <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU)
Baukommission	Bundestagspräsident <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU)
Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsidentin <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
Kommission für die Raumverteilung	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU/CSU)
Kommission für Restaurantangelegenheiten	<i>Hugo Collet</i> (SPD)
Kommission für Mitarbeiterangelegenheiten	<i>Waltraud Steinhauer</i> (SPD)
Kommission für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, der Dokumentation und der Datenverarbeitung	<i>Klaus Gärtner</i> (FDP)
Kommission zur Behandlung von Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag	<i>Gerhard Kunz</i> (CDU/CSU), ab 3. 9. 1981: <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU/CSU), ab 26. 10. 1982: <i>Rudolf Seiters</i> (CDU/CSU)
Ad-hoc-Kommission zur Prüfung von Fragen der Besucherbetreuung	<i>Carl Ewen</i> (SPD)

10. Wahlperiode (1983–87)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Kommission für den Haushalt	Bundestagspräsident <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU), ab 5. 11. 1984: Bundestagspräsident <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU)
Baukommission	Vizepräsident <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU)
Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsidentin <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
Kommission für die Raumverteilung	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU/CSU), ab 15. 11. 1984: <i>Friedrich Bohl</i> (CDU/CSU)
Kommission für Restaurantangelegenheiten	<i>Brigitte Traupe</i> (SPD)
Kommission für Mitarbeiterangelegenheiten	<i>Waltraud Steinhauer</i> (SPD)
Kommission für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, der Dokumentation und der Datenverarbeitung	<i>Klaus Beckmann</i> (FDP)
Ad-hoc-Kommission zur Prüfung von Fragen der Besucherbetreuung	<i>Agnes Hürland</i> (CDU/CSU)

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Kommission für deutsch-amerikanischen Jugendaustausch (Abgeordneten-Patenschaftsprogramm)	<i>Klaus Daweke</i> (CDU/CSU)
Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien	<i>Sigrid Skarpelis-Sperk</i> (SPD)
Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform	Bundestagspräsident <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU), ab 5. 11. 1984: Bundestagspräsident <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU)

11. Wahlperiode (1987–90)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Kommission für den Haushalt	Bundestagspräsident <i>Philipp Jenninger</i> (CDU/CSU), ab 25. 11. 1988: Bundestagspräsidentin <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU)
Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsidentin <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
Kommission für die Raumverteilung	<i>Friedrich Bohl</i> (CDU/CSU), ab 27. 4. 1989: <i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU/CSU)
Kommission für Mitarbeiterangelegenheiten, ab 5. 11. 1987: Kommission für Angelegenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten	<i>Waltraud Steinhauer</i> (SPD)
Kommission für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, der Dokumentation und der Datenverarbeitung	<i>Klaus Beckmann</i> (FDP), ab 21. 9. 1989: <i>Ursula Seiler-Albring</i> (FDP)
Kommission für die Besucherbetreuung	<i>Ingrid Roitzsch</i> (CDU/CSU)
Kommission für deutsch-amerikanischen Jugendaustausch, ab 14. 12. 1989: Kommission für internationale Austauschprogramme	<i>Klaus Daweke</i> (CDU/CSU)
Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien	<i>Sigrid Skarpelis-Sperk</i> (SPD), ab 10. 5. 1989: <i>Wolfgang Sieler</i> (SPD)

Hinweis

Die weiblichen Mitglieder des Bundestagspräsidiums enthält Abschnitt 3.11.

12. Wahlperiode (1990–94)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Kommission für den Haushalt	Bundestagspräsidentin <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU)
Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsident <i>Helmuth Becker</i> (SPD)
Kommission für die Raumverteilung	<i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU/CSU), ab 14. 1. 1992: <i>Brigitte Baumeister</i> (CDU/CSU)
Kommission für Angelegenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten	<i>Gudrun Weyel</i> (SPD)
Kommission für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, der Dokumentation und der Datenverarbeitung, ab 6. 6. 1991: Kommission für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und der Dokumentation	<i>Uwe-Bernd Lühr</i> (FDP), ab 15. 4. 1992: <i>Heinz Hübner</i> (FDP), ab 11. 6. 1992: <i>Ina Albowitz</i> (FDP), ab 22. 6. 1993: <i>Uwe-Bernd Lühr</i> (FDP)
Kommission für die Besucherbetreuung	<i>Ingrid Roitzsch</i> (CDU/CSU), ab 20. 5. 1992: <i>Joachim Hörster</i> (CDU/CSU)
Kommission für internationale Austauschprogramme	<i>Wolfgang Börnsen</i> (CDU/CSU)
Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken	<i>Brigitte Schulte</i> (SPD)
Kommission zur Begleitung und Mitgestaltung des Konzeptes zur Verwirklichung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 (Konzeptkommission) (ab 16. 10. 1991)	Bundestagspräsidentin <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU)
Kommission für die Verlegung des Bundestages von Bonn nach Berlin und für die Bauangelegenheiten des Bundestages in Bonn (Baukommission) (ab 28. 10. 1991)	<i>Dietmar Kansy</i> (CDU/CSU)
Kommission für soziale, dienst- und tarifrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes nach Berlin (Personalkommission) (ab 9. 10. 1991)	Vizepräsident <i>Helmuth Becker</i> (SPD)
Kommission für Restaurantangelegenheiten (ab 5. 11. 1992)	<i>Gudrun Weyel</i> (SPD)

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitzende(r)
Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsident <i>Hans-Ulrich Klose</i> (SPD)
Kommission für die Raumverteilung	<i>Brigitte Baumeister</i> (CDU/CSU)
Kommission für Angelegenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten	<i>Ina Albowitz</i> (FDP)
Kommission für soziale, dienst- und tarifrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes nach Berlin (Personal- und Sozialkommission)	Vizepräsident <i>Hans-Ulrich Klose</i> (SPD)
Kommission für die Verlegung des Bundestages von Bonn nach Berlin und für die Bauangelegenheiten des Bundestages in Bonn (Baukommission)	<i>Dietmar Kansy</i> (CDU/CSU)
Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien	<i>Uwe Küster</i> (SPD)
Kommission für innere Angelegenheiten des Bundestages gem. § 6 Abs. 3, 4 GO BT ²⁾	<i>Eduard Oswald</i> (CDU/CSU)
Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages ³⁾	

¹⁾ Stand: 31. August 1997

²⁾ Diese Kommission nimmt die bisher von den Kommissionen für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und der Dokumentation, für die Besucherbetreuung, für internationale Austauschprogramme sowie für Restaurantangelegenheiten betreuten Aufgaben und gegebenenfalls weitere innere Angelegenheiten wahr.

³⁾ Keine Kommission des Ältestenrates, sondern eine Kommission „sui generis“ ist die am 9. Oktober 1995 konstituierte „Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages“, die sich aus 17 Mitgliedern des Bundestages, derselben Zahl von Stellvertretern und 14 Sachverständigen zusammensetzt. Zum Vorsitzenden wurde *Hans-Ulrich Klose* (SPD) bestimmt. (Vgl. auch Abschnitt 2.1, Unterabschnitt „Geplante Verkleinerung des Bundestages“.)

4.7 Zahl der Sitzungen

Die Statistik auf der folgenden Seite enthält die Zahl der Sitzungen des Bundestagsvorstandes, seiner Kommissionen, des Präsidiums sowie des Ältestenrates und seiner Kommissionen.

★ Die Gesamtzahl der **Ältestenratssitzungen** der 1. bis 12. Wahlperiode beträgt **1 293**, die Gesamtzahl der **Kommissionssitzungen des Vorstandes** (in der 1. bis zur 5. Wahlperiode) und des **Ältestenrates** (ab der 6. bis zur 12. Wahlperiode) **972**. Vorstandssitzungen fanden in der 1. bis 5. Wahlperiode insgesamt **96** statt. Die **Präsidiumssitzungen** werden erst ab der 6. Wahlperiode gezählt; die Angabe einer Gesamtzahl seit 1949 ist daher nicht möglich.

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Sitzungen des Vorstandes	27	17	16	14	22	–	–	–
Kommissionssitzungen des Vorstandes	93	64	31	34	39	–	–	–
Sitzungen des Präsidiums	•	•	•	•	•	49	70	85
Sitzungen des Ältestenrates	185	172	96	96	114	104	103	86
Kommissionssitzungen des Ältestenrates	–	–	–	–	–	49	65	83

	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Sitzungen des Vorstandes	–	–	–	–
Kommissionssitzungen des Vorstandes	–	–	–	–
Sitzungen des Präsidiums	53	89	88	99
Sitzungen des Ältestenrates	53	103	94	87
Kommissionssitzungen des Ältestenrates	45	150	105	214

■ Die Sitzungsstatistik der 13. Wahlperiode für die Sitzungen des Präsidiums, des Ältestenrates und seiner Kommissionen enthält der NACHTRAG unter 4.7.

4.8 Alterspräsidenten

Wer Alterspräsident des Deutschen Bundestages ist und welche hauptsächliche Funktion er hat, ergibt sich aus § 1 Abs. 2 GO BT:

„In der ersten Sitzung des Bundestages führt das an Jahren älteste oder, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied des Bundestages den Vorsitz, bis der neugewählte Präsident oder einer seiner Stellvertreter das Amt übernimmt.“*)

*) Erwähnt ist der Alterspräsident außerdem noch in § 8 („Sitzungsvorstand“) Abs. 2 Satz 2 GO BT: „Sind Präsident und Stellvertreter gleichzeitig verhindert, so übernimmt der Alterspräsident die Leitung.“

Vgl. im übrigen zur Rechtsstellung des Alterspräsidenten und zur historischen Entwicklung des Amtes *Gerd Michael Köhler*, Die Rechtsstellung des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestags. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 2. S. 177–188.

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Seit 1949 haben folgende Alterspräsidenten die konstituierende Sitzung des Bundestages bis zur Wahl des Bundestagspräsidenten geleitet:

Wahlperiode	Alterspräsident	Bemerkungen
1. WP 1949–53	<i>Paul Löbe</i> (SPD) * 14. Dezember 1875	1920–24 und 1925–32 Präsident des Reichstages
2. WP 1953–57	<i>Dr. Marie-Elisabeth Lüders</i> (FDP) * 25. Juni 1878	Das älteste Mitglied, <i>Dr. Konrad Adenauer</i> (* 5. Januar 1876), hatte verzichtet.
3. WP 1957–61	<i>Dr. Marie-Elisabeth Lüders</i> (FDP) * 25. Juni 1878	Das älteste Mitglied, <i>Dr. Konrad Adenauer</i> , hatte erneut verzichtet.
4. WP 1961–65	<i>Robert Pferdmenges</i> (CDU/CSU) * 27. März 1880	Das älteste Mitglied, <i>Dr. Konrad Adenauer</i> , hatte wiederum verzichtet.
5. WP 1965–69	<i>Dr. Konrad Adenauer</i> (CDU/CSU) * 5. Januar 1876	während der Wahlperiode am 19. April 1967 verstorben
6. WP 1969–72	<i>William Borm</i> (FDP) * 7. Juli 1895	
7. WP 1972–76	<i>Prof. Dr. Ludwig Erhard</i> (CDU/CSU) * 4. Februar 1897	
8. WP 1976–80	<i>Prof. Dr. Ludwig Erhard</i> (CDU/CSU) * 4. Februar 1897	während der Wahlperiode am 5. Mai 1977 verstorben
9. WP 1980–83	<i>Herbert Wehner</i> (SPD) * 11. Juli 1906	
10. WP 1983–87	<i>Willy Brandt</i> (SPD) * 18. Dezember 1913	Der älteste in den 10. Bundestag gewählte Abgeordnete, <i>Werner Vogel</i> (DIE GRÜNEN) (* 8. Oktober 1907), hatte noch vor der konstituierenden Sitzung auf das Mandat verzichtet. Das älteste Mitglied des Bundestages, <i>Egon Franke</i> (SPD) (* 11. April 1913), lehnte ab.
11. WP 1987–90	<i>Willy Brandt</i> (SPD) * 18. Dezember 1913	
12. WP 1990–94	<i>Willy Brandt</i> (SPD) * 18. Dezember 1913	während der Wahlperiode am 8. Oktober 1992 verstorben
13. WP 1994–	<i>Stefan Heym</i> (PDS) * 10. April 1913	Mandatsniederlegung am 31. Oktober 1995

■ Der Alterspräsident der 14. Wahlperiode ist im NACHTRAG unter 4.8 aufgeführt.

5 Fraktionen und Gruppen

Überblick		Seite
5.1	Bildung von Fraktionen und Gruppen	896
	– Fraktionsbildung (S. 896)	
	– Gruppenbildung (S. 897)	
5.2	Fraktionen und Gruppen: Statistik	900
5.3	Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden	902
	– Sitze der Parteien im Deutschen Bundestag 1949–1994 (S. 904)	
	– Mandatsanteile der CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion (S. 906)	
5.4	Fraktionswechsel und Fraktionsstärken	907
	– Zusammenstellung aller Fraktionswechsel während der Wahlperiode (S. 907)	
	– Chronik der Fraktionswechsel der 6. Wahlperiode (1969–1972) (S. 931)	
5.5	Fraktionsspaltungen und Fusionen: Chronik	934
5.6	Fraktionswechsel: Statistik	937
	– Arten der Fraktionswechsel (S. 937)	
	– Fraktionswechsel-Bilanz für die einzelnen Fraktionen (S. 938)	
	– Konstanz der Fraktionen (S. 941)	
5.7	Vorstände der Fraktionen und Gruppen	943
5.8	Partei- und Fraktionsvorsitzende	983
5.9	Arbeitskreise und Arbeitsgruppen	989
5.10	Hilfswdienste der Fraktionen und Gruppen	1006
	– Zahl der Fraktionsmitarbeiter (S. 1007)	
	– Personalausgaben für Fraktionsmitarbeiter (S. 1009)	
	– Mitglieder des Bundestages als frühere Fraktionsmitarbeiter (S. 1010)	
5.11	Sonstige im Bundestag vertretene Parteien	1011

Begriffsbestimmung*)

„Die Fraktionen sind mit eigenen Rechten ausgestattete Teile des Bundestages. Ihre Eigenständigkeit berechtigt sie, Rechte des Bundestages und eigene Rechte, die das Grundgesetz einräumt, vor dem Bundesverfassungsgericht geltend zu machen.

Die Fraktionen sind dagegen keine Organe des Bundestages, da sie von ihm weder eingesetzt werden noch Aufträge oder Weisungen erhalten; sie sind vielmehr von der Organisationsgewalt des

*) *Hans Troßmann*, Der Deutsche Bundestag. Vorgeschichte und Leistungen, Organisation und Arbeitsweise. Darmstadt 1971, S. 101–102.

Bundestages unabhängige Vereinigungen von Mitgliedern des Bundestages, die sich zur gemeinsamen Verfolgung politischer Ziele zusammengeschlossen haben.“*)

5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen

Fraktionsbildung

Die Geschäftsordnung des Bundestages knüpft die Bildung einer Fraktion an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen wie Mindestmitgliederzahl und die Zugehörigkeit zur gleichen Partei. Diese Bedingungen sind seit 1949 mehrfach geändert worden, wie die folgende Synopse zeigen soll.

Wahlperiode	Stand ab	Bestimmung der GO BT	Fraktionsmindeststärke
1. WP 1949–53	20. 9. 1949	„Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens 10 Mitgliedern. “ (§ 7 Satz 1 der vorläufigen GO BT vom 20. 9. 1949)	10
	6. 12. 1951/ 16. 1. 1952	„Die Fraktionen sind Vereinigungen von Mitgliedern des Bundestages, die der gleichen Partei angehören. Die zur Bildung einer Fraktion notwendige Mitgliederzahl wird durch Beschluß des Bundestages festgestellt.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 1 und 2 der GO BT vom 6. 12. 1951) Beschluß des Bundestages in der 185. Sitzung am 16. 1. 1952: Mindestmitgliederzahl = 15	15
2.–5. WP 1953–69 ¹⁾		<i>unverändert</i>	15
5. WP 1965–69	27. 3. 1969	„Die Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages , die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander in Wettbewerb stehen. Schließen sich Mitglieder des Bundestages abweichend von Satz 1 zusammen, bedarf die Anerkennung als Fraktion der Zustimmung des Bundestages.“ (§ 10 Abs. 1 GO BT, geändert durch Beschluß vom 27. 3. 1969) Anmerkung: Diese Änderung beseitigte das Erfordernis der Zustimmung des Bundestages zur Bildung einer Fraktion der CDU/CSU.	26 (bei einer gesetzlichen Mitgliederzahl von 518 MdB)
6.–13. WP 1969– ²⁾		<i>unverändert</i>	

1) 5. Wahlperiode bis März 1969

2) Stand: 31. August 1997

*) Vgl. im übrigen anstelle vieler *Jürgen Jekewitz*, Politische Bedeutung, Rechtsstellung und Verfahren der Bundestagsfraktionen. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1021–1053 sowie *Gerald Kretschmer*, *Fraktionen. Parteien im Parlament*. 2. Aufl. Heidelberg 1991.

Die nebenstehende Tabelle gibt für die verschiedenen gesetzlichen Mitgliederzahlen, die seit der 5. Wahlperiode im Bundestag gegolten haben (vgl. auch Abschnitt 2.1), an, wie viele Abgeordnete für die Bildung einer Fraktion mindestens erforderlich waren bzw. sind.

Gesetzliche Mitgliederzahl	zutreffend für folgende Wahlperioden	Fraktionsmindeststärke ¹⁾
518	5.–8. WP (1965–80)	26
519	9. WP (1980–83), 11. WP (1987–90) bis zum 3. 10. 1990	26
520	10. WP (1983–87)	26
662	12. WP (ab 1990)	34
663	11. WP (1987–90) ab dem 3. 10. 1990	34
672	13. WP (ab 1994)	34

1) 5% (aufgerundet) von der gesetzlichen Mitgliederzahl

Gruppenbildung

„Abgeordnete in geringerer Zahl als zur Bildung einer Fraktion erforderlich, können sich gemäß § 10 Abs. 4 zu einer Gruppe nur zusammenschließen, wenn der Bundestag zustimmt. Letztmals hatte der Bundestag über die Anerkennung einer Gruppenbildung am 28. September 1960 zu entscheiden. Sie wurde anerkannt.“

Wie viele Mitglieder für die Bildung einer Gruppe erforderlich sind, läßt die Geschäftsordnung offen. Ob die erforderliche Stärke vorhanden ist, entscheidet der Bundestag implicite mit der Anerkennung oder Ablehnung als Gruppe. Der Präsident erklärte in der Sitzung am 28. September 1960, als Mindeststärke sollten, wie früher, fünf Abgeordnete gefordert werden.

Hinweis

Zum Thema „Fraktionen“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.22 Stimmenanteil/Mandatsanteil
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 3.24 Sozialprofil der Fraktionen
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 6.6 Koalitionen und Opposition im Bund
- 6.7 Regierungsbildung (mit einer Gegenüberstellung des Mandatsanteils und des Kabinettsmitgliederanteils der an der Regierung beteiligten Fraktionen)
- 8.2 Sitzordnung im Plenum
- 8.15 Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit Angaben darüber, welche Tage in den Sitzungswochen für die Fraktionen vorgesehen sind)
- 9.3 Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen
- 12.5 Minderheitenrechte
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer

Die Geschäftsordnung räumt Gruppen keinerlei den Fraktionen eingeräumte Rechte ein.“*)

Die Frage der Gruppenbildung und der Rechte von Gruppen innerhalb des Bundestages bekam erst wieder im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands aktuelle Bedeutung. Zum Ende der 11. Wahlperiode, in der 12. sowie in der 13. Wahlperiode waren Parteien und politische Gruppen in den Bundestag gewählt worden, deren Mandatsanteil unter fünf Prozent lag bzw. liegt:

- Drei Monate vor Ende der 11. Wahlperiode des Bundestages zogen 144 Abgeordnete aus den neuen Bundesländern in das gesamtdeutsche Parlament ein, nachdem die Volkskammer sie aus ihren 400 Mitgliedern mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in den Bundestag gewählt hatte. Während die ehemaligen Volkskammer-Abgeordneten der CDU/DA, SPD, Liberalen und von Bündnis 90/Die Grünen in den bestehenden Bundestagsfraktionen als Mitglieder oder Gäste Aufnahme fanden, gab es für die 24 Abgeordneten der PDS keine derartige Möglichkeit.
- Bei der Wahl des 12. Bundestages wirkte sich die getrennte Anwendung der Fünfprozentklausel im westlichen und östlichen Wahlgebiet so aus, daß aus den neuen Bundesländern die PDS/Linke Liste mit 17 Abgeordneten und Bündnis 90/Die Grünen mit 8 Abgeordneten in den Bundestag einzogen.
- Bei der Wahl zum 13. Bundestag profitierte die PDS von einer Wahlrechtsbestimmung aus dem Jahr 1956, wonach Parteien bei der Mandatsverteilung berücksichtigt werden, wenn sie in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Die PDS erreichte – auf das Bundesgebiet umgerechnet – zwar nur einen Zweitstimmenanteil von 4,4%, dafür aber vier Direktmandate, und sie zog so mit 30 Abgeordneten in den Bundestag ein.

Sowohl im Oktober 1990 als auch im Dezember 1990/Januar 1991 und im November 1994 hatten die Abgeordneten der PDS bzw. von Bündnis 90/Die Grünen gefordert und beantragt, als Fraktion anerkannt zu werden. In allen Fällen hat die Mehrheit des Bundestages auf Empfehlung des Ältestenrates die Anerkennung als Fraktion abgelehnt. Statt dessen wurden die Antragsteller als Gruppe anerkannt, und der Bundestag konkretisierte für den jeweiligen Einzelfall die einer Gruppe einzuräumenden Rechte.

Die Gruppenrechte in der 11. Wahlperiode

Am 24. Oktober 1990 beschloß der Bundestag gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 und der PDS-Abgeordneten entsprechend Drucksache 11/8169 (ausdrücklich „ohne präjudizierende Wirkung“):

„... der von 24 Mitgliedern des Deutschen Bundestages hilfsweise angestrebte Status als Gruppe gem. § 10 Abs. 4 GO-BT wird anerkannt mit der Maßgabe, daß sie für den verbleibenden Zeitraum der 11. Wahlperiode folgende Rechte erhält:

- a) Die Gruppe ist berechtigt, ein beratendes Mitglied in den Ältestenrat und je ein beratendes Mitglied sowie ein stellvertretendes beratendes Mitglied in die Fachausschüsse zu entsenden. Diese Mitglieder haben Antrags- und Rederecht.
- b) Die Gruppe erhält das Recht, Vorlagen im Sinne des § 75 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einzubringen.
- c) Die Gruppe erhält Redezeit entsprechend ihrer Stärke im Verhältnis zu den Fraktionen des Deutschen Bundestages.
- d) Dem Vorsitzenden der Gruppe werden die Rechte zuerkannt, die ein Vorsitzender einer Fraktion des Deutschen Bundestages entsprechend der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages besitzt.
- e) Die Gruppe erhält die für ihre parlamentarische Arbeit erforderliche finanzielle, technische und personelle Unterstützung. Hierfür wird ihr ein Grundbetrag in Höhe von 213 158 DM im Monat sowie ein monatlicher Zuschlag in Höhe von 7 726 DM je Abgeordneter gewährt.“

*) *Hans Troßmann*, Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages. München 1977. S. 69

Die Gruppenrechte in der 12. Wahlperiode

Für die 12. Wahlperiode beschloß der Bundestag am 21. Februar 1991 entsprechend Drucksache 12/149:

- „1. Der Zusammenschluß von Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird gemäß § 10 Abs. 4 GO-BT als Gruppe anerkannt.
2. Angesichts der besonderen Umstände und Bedingungen für politische Parteien und Listenvereinigungen bei den Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Bundestag und in Erwägung der Einmaligkeit dieser Lage bei der Einigung Deutschlands erhält die nach Nummer 1 anerkannte Gruppe für die 12. Wahlperiode folgende Rechte:
 - a) Die Gruppe ist berechtigt, für jeden Fachausschuß jeweils ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied zu benennen. Insoweit erhöht sich die in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Januar 1991 beschlossene Mitgliederzahl (Drucksache 12/54) dieser Ausschüsse entsprechend. Das von der Gruppe benannte Mitglied hat Antrags-, Rede- und Stimmrecht.
 - b) Die Gruppe kann durch jeweils ein Mitglied an der Arbeit der Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüsse mitwirken.
 - c) Die Gruppe kann ein Mitglied in den Ältestenrat entsenden.
 - d) Die Gruppe erhält das Recht, Gesetzentwürfe, Anträge, Entschließungsanträge sowie Große und Kleine Anfragen einzubringen.
 - e) Die Gruppe kann Geschäftsordnungsanträge sowie geschäftsordnungsrechtliche Verlangen und Widerspruchsrechte, deren Geltendmachung den Fraktionen oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages vorbehalten ist, dann einbringen, wenn der Antrag, das Verlangen oder der Widerspruch von mindestens 34 Mitgliedern des Bundestages unterstützt wird.
Der Gruppe wird das Recht zugestanden, pro Jahr eine noch festzulegende Zahl von Aktuellen Stunden zu verlangen.
Sie kann die Erstattung von Zwischenberichten zu eigenen Vorlagen gemäß § 62 Abs. 2 GO-BT verlangen.
 - f) Die Gruppe erhält Redezeit entsprechend ihrer Stärke im Verhältnis zu den Fraktionen des Deutschen Bundestages und nach näherer Vereinbarung im Ältestenrat.
 - g) Dem Vorsitzenden der Gruppe werden die Rechte zuerkannt, die ein Vorsitzender einer Fraktion des Deutschen Bundestages entsprechend der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages besitzt.
 - h) Die Gruppe erhält die für ihre parlamentarische Arbeit erforderliche finanzielle, technische und personelle Unterstützung. Hierfür werden ihr der hälftige Grundbetrag sowie der Zuschlag entsprechend ihrer Stärke einschließlich der besonderen Zuschläge für die Opposition gewährt; sie erhält einen ihrer Stärke entsprechenden Sondergrundbetrag und wird an den Zuschüssen an die Fraktionen für die Unterstützung der parlamentarischen Arbeit der Fraktionen in den Volksvertretungen der neuen Bundesländer sowie für internationale Zusammenarbeit beteiligt.
3. ...“

Gleichzeitig stimmte der Bundestag der Beschlußempfehlung auf Drucksache 12/150 zu:

„1. Der Beschluß des Deutschen Bundestages zur Rechtsstellung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Drucksache 12/149 findet entsprechende Anwendung auf die PDS.

2. ...“

In zwei Punkten wurden die Gruppenrechte in der 12. Wahlperiode noch erweitert aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Juli 1991 (BvE 1/91; vgl. auch Abschnitt 15.3 des vorliegenden *Datenhandbuchs*, ausgelöst durch eine Organklage der Gruppe PDS/Linke Liste betreffend Zuerkennung des Fraktionsstatus, hilfsweise weiterer Gruppenrechte. Die Entscheidungsformel des Bundesverfassungsgerichts lautete:

„Der Deutsche Bundestag verletzt die Rechte der Antragstellerin aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes dadurch, daß er ihr nicht das Recht auf Mitgliedschaft in den Unterausschüssen nach § 55 der

Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags eingeräumt und ihr die Rechte einer ‚Fraktion im Ausschuß‘ vorbehalten hat, soweit sie aufgrund der Zahl ihrer Mitglieder zu einer Vertretung im Ausschuß berechtigt ist.

Im übrigen werden die Anträge zurückgewiesen.“

Darüber hinaus beantragten die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 12/1177) sowie die Gruppe PDS/Linke Liste (Drucksache 12/1322) (1) eine sachverständige Person für die Mitwirkung in Enquete-Kommissionen benennen zu können, (2) diesem Sachverständigen die vollen Mitwirkungsrechte wie den von den Fraktionen benannten externen Mitgliedern zuzubilligen und (3) dem aus der Gruppe benannten Mitglied in der Enquete-Kommission zusätzlich zu dem Mitwirkungsrecht volles Stimmrecht zu gewähren. In einer Beschlußvorlage des Ältestenrates vom 20. Dezember 1991 (Drucksache 12/1898) wird empfohlen, die Anträge abzulehnen. Beim Ende der 12. Wahlperiode stand der Beschluß des Bundestages aus.

Die Gruppenrechte in der 13. Wahlperiode

Für die 13. Wahlperiode beschloß der Bundestag am 9. März 1995 entsprechend Drucksache 13/684:

- „1. Der Zusammenschluß von Abgeordneten der PDS wird gemäß § 10 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) als Gruppe anerkannt.
2. Die Gruppe erhält für die 13. Wahlperiode folgende Rechte:
- a) Die Gruppe ist berechtigt, entsprechend § 12 Satz 1 GO-BT ordentliche und stellvertretende Mitglieder in die Fachausschüsse zu entsenden. Die von der Gruppe entsandten Mitglieder haben die gleichen Rechte wie die von den Fraktionen entsandten Mitglieder. Ihnen stehen die einer ‚Fraktion im Ausschuß‘ in den Bestimmungen des VII. Abschnitts der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

Fortsetzung auf der rechten Seite

5.2 Fraktionen und Gruppen: Statistik

Die folgende Statistik enthält Angaben über die Anzahl der Fraktionen und Gruppen zu Beginn und am Ende der Wahlperioden sowie über die Anzahl der Sitzungen dieser Fraktionen und Fraktionsvorstände bzw. Gruppen und Gruppenvorstände.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der Fraktionen (zu Beginn der WP)	8	5	4	3	3	3	3
Zahl der Fraktionen (am Ende der WP)	5	5	3	3	3	3	3
Zahl der Gruppen (zu Beginn der WP)	1	0	0	0	0	0	0
Zahl der Gruppen (am Ende der WP)	2	0	1	0	0	0	0
Fraktions- und Fraktions- vorstandssitzungen	1 774	1 777	675	727	802	530	718
Gruppen- und Gruppen- vorstandssitzungen	•	–	•	–	–	–	–

ingeräumten Rechte zu. Soweit die Gruppe in Fachausschüssen vertreten ist, muß sie auf Verlangen entsprechend § 55 Abs. 3 GO-BT in Unterausschüssen vertreten sein.

- b) Für die Berechtigung der Gruppe, Mitglieder in Untersuchungsausschüsse zu entsenden, gilt § 12 Satz 1 GO-BT entsprechend; das gleiche gilt für die Berechtigung, Mitglieder in Enquete-Kommissionen zu entsenden. Soweit die Gruppe mit einem Mitglied in Enquete-Kommissionen vertreten ist, findet § 56 Abs. 2 GO-BT entsprechende Anwendung.
- c) Die Gruppe kann ein Mitglied in den Ältestenrat entsenden. Das von der Gruppe entsandte Mitglied tritt zu den in § 6 Abs. 1 GO-BT vorgesehenen Mitgliedern des Ältestenrates hinzu. Es hat Stimmrecht, soweit der Ältestenrat über die inneren Angelegenheiten des Deutschen Bundestages beschließt. Soweit der Ältestenrat kein Beschlußorgan ist, kann Einvernehmen durch Konsens der Fraktionen hergestellt werden.
- d) Die Gruppe erhält das Recht, Gesetzentwürfe, Anträge, Entschließungsanträge sowie Große und Kleine Anfragen einzubringen. Für das Verlangen auf Beratung ihrer Gesetzentwürfe stehen der Gruppe die den Fraktionen zustehenden geschäftsordnungsrechtlichen Befugnisse zu. Die Gruppe kann die Aufsetzung ihrer Vorlagen auf die Tagesordnung gemäß § 20 Abs. 4 GO-BT und die Erstattung von Zwischenberichten zu eigenen Vorlagen entsprechend § 62 Abs. 2 GO-BT verlangen. Sie kann der Ausschußüberweisung ihrer Entschließungsanträge gemäß § 88 Abs. 2 Satz 1 GO-BT widersprechen. Für eigene Große Anfragen hat sie die Rechte gemäß § 101 Satz 3 und § 102 Satz 2 GO-BT.
- e) Der Gruppe wird das Recht zugestanden, pro Jahr eine noch festzulegende Zahl von Aktuellen Stunden zu verlangen.
Im übrigen kann die Gruppe Geschäftsordnungsanträge sowie geschäftsordnungsrechtliche Verlangen und Widerspruchsrechte, deren Geltendmachung den Fraktionen oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages vorbehalten ist, dann einbringen, wenn der Antrag, das Verlangen oder der Widerspruch von mindestens 34 Mitgliedern des Bundestages unterstützt wird.
- f) Die Gruppe erhält Redezeit entsprechend ihrer Stärke im Verhältnis zu den Fraktionen des Deutschen Bundestages und nach näherer Vereinbarung im Ältestenrat.
- g) Dem Vorsitzenden der Gruppe werden die Rechte zuerkannt, die ein Vorsitzender einer Fraktion des Deutschen Bundestages entsprechend der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages besitzt.
- h) Die Gruppe erhält die für ihre parlamentarische Arbeit erforderliche finanzielle, technische und personelle Unterstützung. Hierfür werden ihr der hälftige Grundbetrag sowie der Zuschlag entsprechend ihrer Stärke einschließlich der besonderen Zuschläge für die Opposition gewährt; sie erhält für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1994 einen ihrer Stärke entsprechenden Sondergrundbetrag und einen Anteil an den Zuschüssen für internationale Zusammenarbeit.

3. ...“

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–
3	3	4	4	3	4
3	3	4	4	3	–
0	0	0	0	2	1
0	0	0	1	2	–
674	400	900	829	708	•
–	–	–	11	439	•

Zu Veränderungen in der Anzahl der Fraktionen und Gruppen während der Wahlperioden vgl. Abschnitt 5.4.

■ Die Statistik der Fraktions- und Gruppensitzungen der 13. Wahlperiode ist im NACHTRAG unter 5.2 enthalten.

★ Die Gesamtzahl der **Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen** in der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **10514**.

5.3 Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden

Die folgende Tabelle und die Grafik weisen die zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie die Zahl ihrer Mitglieder nach.

Geringfügige Unterschiede gegenüber anderen für die 1. bis 3. Wahlperiode veröffentlichten Angaben sind darauf zurückzuführen, daß es nach den Wahlen von 1949, 1953 und 1957 bereits zwischen dem Wahltag und der konstituierenden Bundestagssitzung zu vereinzelt Parteiwechsell gekommen ist. Sie wurden in der folgenden Aufstellung berücksichtigt.

Sämtliche Fraktionswechsel und die sich daraus ergebenden fortlaufenden Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken sind in einer chronologisch-tabellarischen Darstellung in Abschnitt 5.4 enthalten.

Eine Chronik in Abschnitt 5.5 zeichnet alle Veränderungen der Fraktionsstruktur einer jeden Wahlperiode auf, d. h. Abspaltungen, Fusionen, Neubildungen, Arbeitsgemeinschaften usw. ganzer Gruppen und Fraktionen.

■ Die Fraktionen – und gegebenenfalls Gruppen – zu Beginn der 14. Wahlperiode des Bundestages sind im NACHTRAG unter 5.3 aufgeführt.

Hinweise

Zum Thema „Fraktionen“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.22 Stimmenanteil/Mandatsanteil
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 3.24 Sozialprofil der Fraktionen
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 6.6 Koalitionen und Opposition im Bund
- 6.7 Regierungsbildung (mit einer Gegenüberstellung des Mandatsanteils und des Kabinettsmitgliederanteils der an der Regierung beteiligten Fraktionen)
- 8.2 Sitzordnung im Plenum
- 8.15 Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit Angaben darüber, welche Tage in den Sitzungswochen für die Fraktionen vorgesehen sind)
- 9.3 Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht (mit einer Aufstellung der Fälle, in denen Bundestagsfraktionen als Kläger aufgetreten sind)
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.5 Minderheitenrechte
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer

*

Weitere Angaben zur Sozialstruktur der Fraktionen enthält Abschnitt 1.17: Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete (insbesondere mit der Übersicht über das Zahlenverhältnis der direkt gewählten Abgeordneten zu den über die Landesliste gewählten Abgeordneten) sowie Abschnitt 1.13: Wahlergebnisse nach Bundesländern (mit Hinweisen auf regionale Schwerpunkte).

Fraktion/Gruppe	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
CDU/CSU	140 + 2 (Berlin)	244 + 6 (Berlin)	270 + 8 (Berlin)	242 + 9 (Berlin)	245 + 6 (Berlin)	242 + 8 (Berlin)	225 + 9 (Berlin)
SPD	131 + 5 (Berlin)	151 + 11 (Berlin)	169 + 12 (Berlin)	190 + 13 (Berlin)	202 + 15 (Berlin)	224 + 13 (Berlin)	230 + 12 (Berlin)
FDP	52 + 1 (Berlin)	48 + 5 (Berlin)	41 + 2 (Berlin)	67	49 + 1 (Berlin)	30 + 1 (Berlin)	41 + 1 (Berlin)
DP	17	15	17				
BP	17						
KPD	15						
WAV	12						
Zentrum	10						
Nationale Rechte	6						
Fraktionslose	2 ¹⁾	2 ²⁾					
GB/BHE		27					
Fraktion/Gruppe	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP ⁴⁾ 1998–
CDU/CSU	243 + 11 (Berlin)	226 + 11 (Berlin)	244 + 11 (Berlin)	223 + 11 (Berlin)	319	294	
SPD	214 + 10 (Berlin)	218 + 10 (Berlin)	193 + 9 (Berlin)	186 + 7 (Berlin)	239	252	
FDP	39 + 1 (Berlin)	53 + 1 (Berlin)	34 + 1 (Berlin)	46 + 2 (Berlin)	79	47	
GRÜNE ³⁾			27 + 1 (Berlin)	42 + 2 (Berlin)	8	49	
PDS/LL bzw. PDS					17	30	

1) davon 1 SSW, 1 Unabhängiger

2) Zentrum

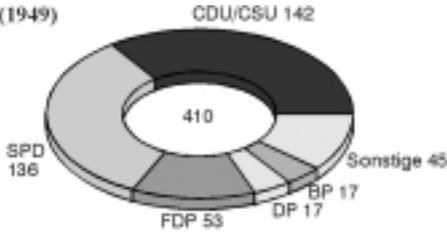
3) 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion DIE GRÜNEN, 12. Wahlperiode: Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, 13. Wahlperiode: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

4) Angaben zur 14. Wahlperiode im NACHTRAG unter Abschnitt 5.3

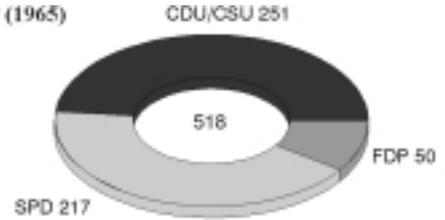
Sitze der Parteien im Deutschen Bundestag 1949–1994

Die Graphiken geben die Zahl der Sitze jeweils zu Beginn der Wahlperiode an.

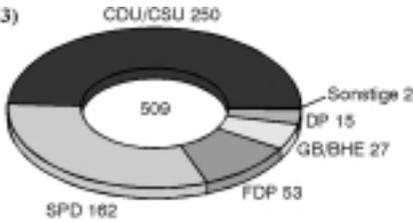
1. WP (1949)



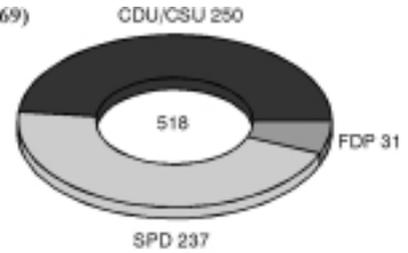
5. WP (1965)



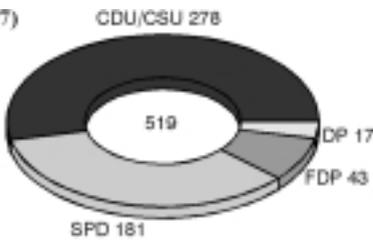
2. WP (1953)



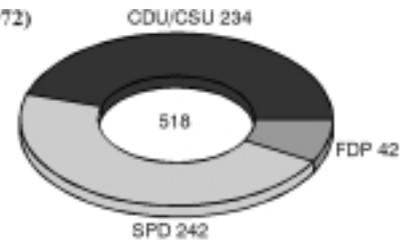
6. WP (1969)



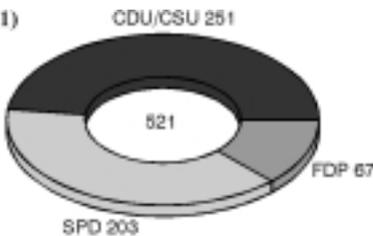
3. WP (1957)



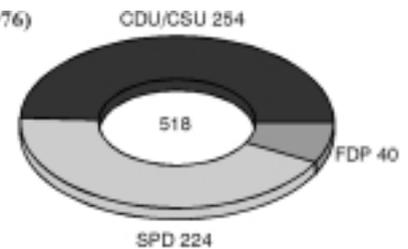
7. WP (1972)



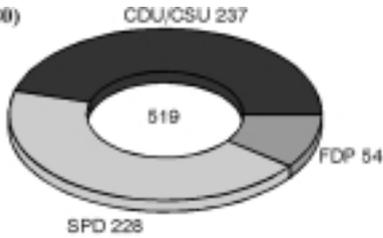
4. WP (1961)



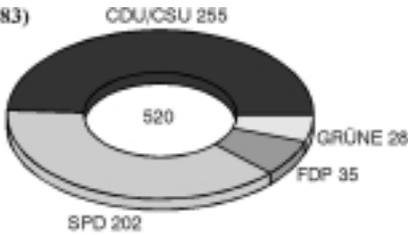
8. WP (1976)



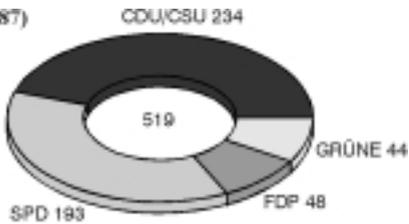
9. WP (1980)



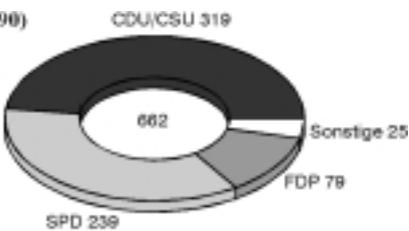
10. WP (1983)



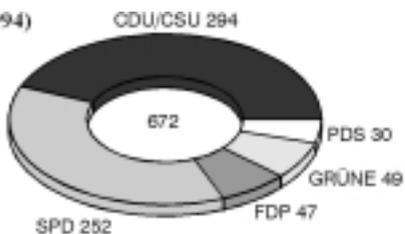
11. WP (1987)



12. WP (1990)



13. WP (1994)



Hinweise

Ein Verzeichnis der Parteien und Wählergemeinschaften bzw. Wählergruppen, die bei den einzelnen Bundestagswahlen seit 1949 aufgetreten sind, findet sich unter Abschnitt 1.5.

*

Der Stimmenanteil und der Mandatsanteil der im Bundestag vertretenen Parteien (jeweils in Prozent) ist in Abschnitt 1.22 verglichen worden.

*

Daten zur Geschichte aller Parteien, die seit 1949 an Bundestagswahlen teilgenommen haben, enthält Abschnitt 1.6 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

*

Die Mehrheitsverhältnisse in jeder Wahlperiode – d. h. die Mandatsstärke von Regierungskoalition und Opposition – mit allen Veränderungen z. B. aufgrund von Fraktions- und Koalitionswechselln innerhalb der Wahlperiode sind chronologisch zusammengefaßt in einer Dokumentation in Abschnitt 6.6: Koalitionen und Opposition im Bund.

*

Zum Thema „Fraktionen“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.22 Stimmenanteil/Mandatsanteil
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 3.24 Sozialprofil der Fraktionen
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 6.6 Koalitionen und Opposition im Bund
- 6.7 Regierungsbildung (mit einer Gegenüberstellung des Mandatsanteils und des Kabinettsmitgliederanteils der an der Regierung beteiligten Fraktionen)
- 8.2 Sitzordnung im Plenum
- 8.15 Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit Angaben darüber, welche Tage in den Sitzungswochen für die Fraktionen vorgesehen sind)

Mandatsanteile der CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion

Bisher schwankte der Mandatsanteil der CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Gesamtfraktion zwischen 16,9% (in der 1. Wahlperiode) und 21,9% (in der 9. Wahlperiode). Mit der Vereinigung Deutschlands und der Ausweitung der CDU auf die neuen Bundesländer sank der Mandatsanteil der CSU innerhalb der Unionsfraktion in der 12. Wahlperiode auf 16,0%, stieg aber schon in der 13. Wahlperiode wieder auf 17,0%.

Wahlperiode	Mandate der CDU/CSU Fraktion ¹⁾ Anzahl	davon Mandate der CSU-Landesgruppe	
		Anzahl	in %
1. WP 1949–53	142	24	16,9
2. WP 1953–57	250	52	20,8
3. WP 1957–61	278	53	19,1
4. WP 1961–65	251	50	19,9
5. WP 1965–69	251	49	19,5
6. WP 1969–72	250	49	19,6
7. WP 1972–76	234	48	20,5
8. WP 1976–80	254	53	20,9
9. WP 1980–83	237	52	21,9
10. WP 1983–87	255	53	20,8
11. WP 1987–90	234	49	20,9
12. WP 1990–94	319	51	16,0
13. WP 1994–	294	50	17,0

¹⁾ einschließlich Berliner Abgeordnete

Hinweis

Welche Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien gleichzeitig auch Fraktionsvorsitzende waren oder sind, ist in Abschnitt 5.8 gegenübergestellt; welche Vorsitzenden der an einer Regierungskoalition beteiligten Parteien Mitglieder des Bundeskabinetts waren oder sind, ist in Abschnitt 6.9 zusammengestellt.

5.4 Fraktionswechsel und Fraktionsstärken

Gewöhnlich findet man in Nachschlagewerken nur die zu Beginn einer Wahlperiode bestehenden Fraktionsstärken verzeichnet. Diese haben sich bisher jedoch stets während der Wahlperioden geändert, was verschiedene Gründe haben kann, wie zum Beispiel

- Wechsel der Fraktion durch einzelne Abgeordnete,
- Abspaltungen oder auch Fusionen ganzer Fraktionen und Gruppen,
- Veränderung der Zahl der Abgeordneten (beispielsweise 1952 Erhöhung der Zahl der Berliner Abgeordneten, 1957 Eintritt von 10 saarländischen Abgeordneten, 1990 Eintritt der 144 von der Volkskammer der DDR gewählten Mitglieder des Bundestages),
- Nachwahlen (nur in der 1. Wahlperiode),
- Nachrücken von Abgeordneten,
- Mandatsaberkennungen.

Zusammenstellung aller Fraktionswechsel während der Wahlperiode

In der folgenden Dokumentation sind sämtliche während der einzelnen Wahlperioden eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken sowie der Zahl der fraktionslosen Abgeordneten registriert, einschließlich der Parteiwechsel, die zwischen dem Wahltag und der konstituierenden Bundestagssitzung erfolgten. Auf derartige Wechsel sind übrigens die Differenzen zurückzuführen, die sich in einigen Fällen zwischen der aufgrund des amtlichen Wahlergebnisses ermittelten Mandatsverteilung und der tatsächlichen Mandatsverteilung zu Beginn einer Wahlperiode feststellen lassen.

Zur Rolle, die die Fraktionswechsel in den einzelnen Wahlperioden des Bundestages gespielt haben, vgl. Seite 931. Auf dieser Seite beginnt auch eine in das *Datenhandbuch* übernommene Chronik der Fraktionswechsel der 6. Wahlperiode (1969–72), die zum Patt führte.

Vorbemerkungen zur folgenden Dokumentation)*

- Die Mandatszahlen der einzelnen Fraktionen und Gruppen werden in jeder Wahlperiode nur einmal vollständig angegeben: In der ersten Zeile „Mandatsverteilung aufgrund der Wahlergebnisse“ und ggf. getrennt davon in der Zeile „Fraktionen des ... Bundestages“. Danach werden Mandatszahlen nur noch angegeben, wenn bei der betreffenden Fraktion oder Gruppe eine Änderung eingetreten ist.
- Zahlen in runden Klammern bedeuten: Mandatszahlen einschließlich Berliner Abgeordneter (Wegfall der Zahlen in runden Klammern mit Zuerkennung des vollen Stimmrechts an die Mitglieder des Deutschen Bundestages aus Berlin).
- Zahlen in eckigen Klammern sind bei der Addition nicht zu berücksichtigen; die entsprechenden Abgeordneten sind in der Spalte „Fraktionslose“ mitgezählt.
- Ein „NR“ vor einem Namen bedeutet „Nachrücker“ und weist auf eine dadurch bedingte Veränderung in der Mandatszahl einer Fraktion hin.

*) Quellen:

1. bis 6. Wahlperiode: *Heino Kaack*, Fraktions- und Parteiwechsler im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 1. S. 3–27 und ders., Fraktionswechsel und Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 2. S. 131–139;
ab 7. Wahlperiode: *Datenhandbuch*-Redaktion.

1. Wahlperiode (1949–53)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken										
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	DP	BP	KPD	WAV	Z	DRP	SSW	Un- abh.
14. 8. 1949	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses	–	–	139 (141)	131 (136)	52 (53)	17	17	15	12	10	5	1	3
6. 9. 1949	FrW: <i>Edert, Eduard</i> FrW: <i>Freudenberg, Richard</i> FrW: <i>Leuchtgens, Heinrich</i>	Unabh. Unabh. FDP	CDU/CSU (Gast) FDP (Gast) DRP (NR)	140 (142)		52 (53)						6		1
7. 9. 1949	Fraktionen des 1. Bundestages	–	–	140 (142)	131 (136)	52 (53)	17	17	15	12	10	NR 6	[1]	Frtrl. 2
2. 10. 1949	FrW: <i>Dorls, Fritz</i>	DRP (NR)	frtl.									5		3
19. 1. 1950	FrW: <i>Hedler, Wolfgang</i>	DP	frtl.				16							4
28. 3. 1950	FrW: <i>Hedler, Wolfgang</i>	frtl.	DRP (Gast)									6		3
29. 3. 1950	FrW: <i>Goetzendorff, Günter / Paschek, Wilhelm</i>	WAV	DRP (Gast)							10		8		
4. 5. 1950	FrW: <i>Ott, Franz</i>	Unabh./frtl.	WAV (Gast)							11				2
10. 5. 1950	FrW: <i>Müller, Kurt</i> (verschollen)	KPD	frtl.						14					3

14. 5. 1950	Veränderung infolge Nachwahl	-	-	141 (143)	130 (135)									
6. 9. 1950	FrW: <i>Richter, Franz</i> (alias <i>Rössler, Fritz</i>)	DRP (NR)	frtl.									7		4
8. 9. 1950	FrW: <i>Aumer, Hermann Walter / Donhauser, Anton / Rahn, Wilhelm</i>	BP	frtl.					14						7
16. 9. 1950	FrW: <i>Hedler, Wolfgang</i>	DRP (Gast)	frtl.									6		8
5. 10. 1950	FrW: <i>Miessner, Herwart</i> FrW: <i>Friedrich, Hans</i> FrW: <i>Frommhold, Heinz / Goetzendorff, Günter / Leuchtgens, Heinrich / Paschek, Wilhelm</i>	DRP (NR) FDP DRP (NR)	FDP frtl. frtl. (DRP)			52 (53)						5		9
13. 10. 1950	FrW: <i>Fröhlich, Hans-Gerd / Ott, Franz / Tichi, Hans / Weickert, Stephan</i>	WAV	BHE/DG							7			BHE/ DG 4	
17. 10. 1950	FrW: <i>Rahn, Wilhelm</i>	frtl.	WAV (Gast)							8				8
7. 11. 1950	FrW: <i>Fürstenberg, Elimar Frhr. v.</i>	BP	frtl.					13						12
16. 11. 1950	FrW: <i>Friedrich, Hans</i>	frtl.	BHE/DG										5	8
6. 12. 1950	FrW: <i>Leuchtgens, Heinrich</i>	frtl. (DRP)	DP				17					[4]		12

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken										
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	FDP	DP	BP	KPD	WAV	Z	DRP (NR)	BHE/DG	Frtl.
13. 12. 1950	FrW: <i>Dorls, Fritz</i> FrW: <i>Richter, Franz</i> (alias <i>Rössler, Fritz</i>)	frtl. (SRP) frtl.	WAV (Gast) WAV (Gast)							10				10
19. 1. 1951	FrW: <i>Fürstenberg, Elimar Frhr. v.</i>	frtl.	CDU/CSU	142 (144)										9
30. 1. 1951	FrW: <i>Paschek, Wilhelm</i>	frtl. (DRP)	WAV							11		[3]		8
14. 2. 1951	FrW: <i>Rahn, Wilhelm</i>	WAV (Gast)	CDU/CSU	143 (145)						10				
23. 4. 1951	Veränderung infolge Nachwahl	–	–		131 (136)	51 (52)								
7. 9. 1951	FrW: <i>Bahlburg, Wilhelm</i>	DP	frtl.				16							9
12. 9. 1951	FrW: <i>Goetzendorff, Günter</i>	frtl. (DRP)	frtl.									[2]		9
26. 9. 1951	FrW: <i>Dorls, Fritz / Richter, Franz</i> (alias <i>Rössler, Fritz</i>)	WAV (Gast)	frtl.							8				11
24. 10. 1951	FrW: <i>Thadden, Adolf von</i>	DRP (NR)	frtl.									[1]		11
23. 11. 1951	FrW: <i>Glasmeyer, Heinrich</i>	Z	CDU/CSU	144 (146)							9			

6. 12. 1951	FrW: <i>Löfflad, Hans / Paschek, Wilhelm / Schuster, Johann / Schmidt, Wilhelm / Reindl, Otto / Wallner, Josef / Wittmann, Konrad</i> FrW: <i>Loritz, Alfred</i>	WAV WAV	DPB frtl. (WAV)				DP/ DPB 23		[1]					12
14. 12. 1951	FrW: <i>Aretin, Anton Frhr. v. / Besold, Anton / Decker, Hugo / Eichner, Josef / Etzel, Hermann / Fink, Conrad / Lampl, Roman / Mayerhofer, Georg / Meitinger, Franz / Oettingen-Wallerstein, Eugen Fürst zu / Parzinger, Sepp / Volkholz, Ludwig / Wartner, Johann</i> FrW: <i>Arnold, Thea / Bertram, Helmut / Determann, Gregor / Hoffmann, Johannes / Pannenbecker, Otto / Reismann, Bernhard / Ribbeheger, Gerhard / Wessel, Helene / Willenberg, Alex</i>	BP Z	FU FU					0 FU 22		0				
5. 1. 1952	FrW: <i>Fink, Conrad</i>	FU	CDU/CSU	145 (147)				21						
23. 1. 1952	FrW: <i>Clausen, Hermann Bahlburg, Wilhelm</i>	frtl. (SSW) frtl.	FU (Gast) DP (Gast)				24	22						10

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken										
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	DP/ DPB	FU	KPD	WAV		DRP	BHE/ DG	Frtl.
1. 2. 1952	Erhöhung der Zahl der Berliner MdB von 8 auf 19	–	–	145 (150)	131 (140)	51 (56)								
16. 3. 1952	Veränderung infolge Nachwahl	–	–		130 (139)		25							
21. 3. 1952	FrW: <i>Friedrich, Hans / Fröhlich, Hans-Gerd / Ott, Franz / Tichi, Hans</i> NR: <i>Bieganowski, Anna Maria</i>	BHE/DG frtl. (WAV)	frtl. frtl.									0	15	
26. 3. 1952	FrW: <i>Frommhold, Heinz</i> <i>Ott, Franz</i>	frtl. (DRP) frtl.	DP/DPB (Gast) DP/DPB (Gast)				27					[0]	13	
2. 4. 1952	FrW: <i>Friedrich, Hans</i>	frtl.	FDP (Gast)			52 (57)							12	
23. 4. 1952	FrW: <i>Bieganowski, Anna M.</i>	frtl.	DP/DPB				28						11	
24. 4. 1952	NR: <i>Keller, Wilfried</i>	frtl. (WAV)	frtl.				27						12	
9. 5. 1952	FrW: <i>Wittmann, Konrad</i>	DPB	frtl.				26						13	

10. 6. 1952	FrW: <i>Langer, Erich</i>	FDP	frtl.			51 (56)								14
26. 6. 1952	FrW: <i>Ott, Franz</i>	DP/DPB (Gast)	frtl.				25							15
9. 7. 1952	FrW: <i>Wittmann, Konrad</i>	frtl.	CDU/CSU (Gast)	146 (151)										14
4. 9. 1952	FrW: <i>Bahlburg, Wilhelm</i>	DP (Gast)	frtl.				24							15
17. 9. 1952	FrW: <i>Donhauser, Anton</i>	frtl.	CDU/CSU	147 (152)										14
23. 10. 1952	Mandatsaberkennung von <i>Fritz Dorls</i> infolge SRP-Verbot; dadurch Verringerung der Gesamtzahl der MdB von 402 (421) auf 401 (420)													13
13. 11. 1952	FrW: <i>Wessel, Helene</i>	FU	frtl. (GVP)					21						14
14. 11. 1952	FrW: <i>Bodensteiner, Hans</i>	CDU/CSU	frtl. (GVP)	146 (151)										15
26. 11. 1952	FrW: <i>Zawadil, Walter</i>	FDP	DP			50 (55)	25							
3. 12. 1952	FrW: <i>Etzel, Hermann</i>	FU	frtl. (GVP)					20						16
5. 12. 1952	FrW: <i>Freudenberg, Richard</i>	FDP (Gast)	frtl.			49 (54)								17
9. 12. 1952	FrW: <i>Bieganowski, Anna Maria / Reindl, Otto / Schmidt, Wilhelm / Wallner, Josef</i> FrW: <i>Arnold, Thea</i>	DP/DPB FU	frtl. frtl. (GVP)				21	19						22

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken										
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	DP/ DPB	FU	KPD	WAV		DRP	BHE/ DG	Frtl.
11. 2. 1953	FrW: <i>Frommhold, Heinz</i>	DP/DPB (Gast)	frtl.				20							23
29. 4. 1953	FrW: <i>Hedler, Wolfgang / Goetzendorff, Günter / Langer, Erich / Lortz, Alfred / Reindl, Otto</i>	frtl.	WAV							5				18
24. 6. 1953	FrW: <i>Hagge, Johannes</i>	CDU/CSU	FDP	145 (150)		50 (55)								
3. 7. 1953	FrW: <i>Clausen, Hermann</i>	FU (Gast)	frtl.					18						19
27. 7. 1953	FrW: <i>Leuchtgens, Heinrich</i>	DP	frtl.				19							20

Hinweis

Namentlich genannt sind im **Datenhandbuch** die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5).

2. Wahlperiode (1953–57)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken								
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	FDP	GB/BHE	DP	Z	Gruppe Kraft/Oberländer	DA	Frtl.
6. 9. 1953	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses	–	–	243 (249)	151 (162)	48 (53)	27	15	3			
23. 9. 1953	FrW: <i>Heix, Martin</i>	Z	CDU/CSU	244 (250)					2			
6. 10. 1953	Fraktionen des 2. Bundestages	–	–	244 (250)	151 (162)	48 (53)	27	15	[2]			2
13. 1. 1954	FrW: <i>Stegner, Artur</i>	FDP	frtl.			47 (52)						3
15. 6. 1954	FrW: <i>Kather, Linus</i>	CDU/CSU	GB/BHE	243 (249)			28					
25. 6. 1954	NR: <i>Rösing, Josef</i>	frtl. (Z)	CDU/CSU (Gast)	244 (250)					[1]			2
20. 8. 1954	FrW: <i>Meyer-Ronnenberg, Rudolf</i>	GB/BHE	CDU/CSU	245 (251)			27					
22. 8. 1954	FrW: <i>Schmidt-Wittmack, Karlfranz</i>	CDU/CSU	frtl.	244 (250)								3

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken								
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	FDP	GB/BHE	DP	Z	Gruppe Kraft/Oberländer	DA	Frtl.
12. 7. 1955	FrW: <i>Kraft, Waldemar / Oberländer, Theodor / Bender, Reinhold / Eckhardt, Walter / Finckenstein, Eva Gräfin / Haasler, Horst / Samwer, Adolf / Körner, Georg</i>	GB/BHE	frtl.				19					11
14. 7. 1955	FrW: <i>Kraft, Waldemar / Oberländer, Theodor / Bender, Reinhold / Eckhardt, Walter / Finckenstein, Eva Gräfin / Haasler, Horst / Samwer, Adolf</i> FrW: <i>Körner, Georg</i> FrW: <i>Czermak, Fritz</i>	frtl. frtl. GB/BHE	Gruppe Kraft/Oberländer FDP FDP			49 (54)	18			7		3
15. 7. 1955	FrW: Gruppe Kraft/Oberländer (s. 14. 7. 1955)	Gruppe Kraft/Oberländer	CDU/CSU (Gast) (ab 20. 3. 1956: CDU/CSU)	251 (257)						0		
18. 11. 1955	FrW: <i>Fassbender, Heinrich</i>	FDP	DP			48 (53)		16				

23. 2. 1956	FrW: <i>Euler, August-Martin / Blücher, Franz / Berg, Hermann / Blank, Martin / Henn, Hans / Hepp, Karl / Lahr, Karl / Manteuffel, Hasso von / Neumayer, Fritz / Körner, Georg / Schäfer, Hermann / Hübner, Karl / Preiß, Ludwig / Preusker, Victor-Emanuel / Schneider, Ludwig / Wellhausen, Hans</i>	FDP	frtl.			34 (37)						17 (19)	
15. 3. 1956	FrW: „Euler-Gruppe“ (s. 23. 2. 1956)	frtl.	DA									14 (16)	3
11. 5. 1956	Nachrücken von <i>Ernst Albrecht</i> anstelle von <i>Karlfranz Schmidt-Wittmack</i> (ab 22. 8. 1954 frtl.), dessen Mandat aberkannt wurde	–	–	252 (258)									2
23. 6. 1956	FrW: <i>Wellhausen, Hans</i>	DA	CDU/CSU	253 (259)								13 (15)	

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- zu den häufigsten Rednern im Plenum zählten (Abschnitt 8.3),
- Erklärungen zur Abstimmung abgegeben haben (Abschnitt 8.16),
- im Rahmen der Ordnungsmaßnahmen von der Plenarsitzung ausgeschlossen wurden (Abschnitt 8.20),
- bei den Beratungen des Bundestagshaushalts oder in den „Selbstverständnis-Debatten“ Vorschläge zur Parlamentsreform vorgetragen haben (Abschnitte 13.4 bzw. 13.5).

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken									
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	FDP	GB/BHE	DP	Z		FVP	Frtl.	
26. 6. 1956	FrW: <i>Euler, August-Martin / Blücher, Franz / Berg, Hermann / Blank, Martin / Henn, Hans / Hepp, Karl / Lahr, Karl / Manteuffel, Hasso von / Neumayer, Fritz / Körner, Georg / Schäfer, Hermann / Hübner, Karl / Preiß, Ludwig / Preusker, Victor-Emanuel / Schneider, Ludwig</i>	DA	FVP									13 (15)	
26. 10. 1956	FrW: <i>Graf, Benno / Gumrum, Otto</i>	CDU/CSU	FVP	251 (257)								15 (17)	
12. 12. 1956	FrW: <i>Platner, Eduard</i>	CDU/CSU	DP	250 (256)				17					
4. 1. 1957	Eintritt von 10 saarländischen MdB	–	–	253 (259)	153 (164)								7
8. 1. 1957	FrW: <i>Schneider, Heinrich / Schwertner, Erich / Wedel, Fritz</i>	frtl. (DPS)	FDP (Gast)			37 (40)							4
6. 2. 1957	FrW: <i>Stegner, Artur</i>	frtl.	GB/BHE				19						3

14.	3. 1957	FrW: <i>Euler, August-Martin / Blücher, Franz / Berg, Hermann / Blank, Martin / Henn, Hans / Hepp, Karl / Lahr, Karl / Manteuffel, Hasso von / Neumayer, Fritz / Körner, Georg / Schäfer, Hermann / Hübner, Karl / Preiß, Ludwig / Preusker, Victor-Emanuel / Schneider, Ludwig / Graf, Benno / Gumrum, Otto</i>	FVP	DP (FVP)					DP (FVP) 32 (34)			0	
23.	5. 1957	FrW: <i>Ruland, Franz / Schneider, Franz</i>	frtl. (CVP)	CDU/CSU (Gast)	255 (261)								1
6.	6. 1957	FrW: <i>Löwenstein, Hubertus Prinz zu</i>	FDP	frtl.			36 (39)						2
25.	6. 1957	FrW: <i>Löwenstein, Hubertus Prinz zu</i>	frtl.	DP (FVP)					33 (35)				1

Hinweis

Zum Thema „Fraktionsvorstände“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Aufstellung der weiblichen Fraktionsvorstandsmitglieder)
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung (mit einer Aufstellung der ostdeutschen Fraktionsvorstandsmitglieder)

3. Wahlperiode (1957–61)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken								
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	DP	FDV	Frtl.			
15. 9. 1957	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses	–	–	270 (277)	169 (181)	41 (43)	17	(1)				
9. 10. 1957	FrW: <i>Hübner, Karl</i>	FDV	CDU/CSU (Gast)	270 (278)				0				
15. 10. 1957	Fraktionen des 3. Bundestages	–	–	270 (278)	169 (181)	41 (43)	17					
3. 6. 1958	FrW: <i>Eisenmann, Otto</i>	DP	FDP			42 (44)	16					
20. 6. 1958	FrW: <i>Elbrächter, Alexander</i>	DP	frtl.				15		1			
24. 6. 1958	FrW: <i>Elbrächter, Alexander</i>	frtl.	CDU/CSU	271 (279)					0			
1. 7. 1960	FrW: <i>Kalinke, Margot / Merkatz, Hans-Joachim von / Preiß, Ludwig / Preusker, Victor-Emanuel / Probst, Wilhelm / Ripken, Georg / Schild, Heinrich / Seebohm, Hans-Christoph / Steinmetz, Willy</i>	DP	frtl.				6		9			

20. 9. 1960	FrW: <i>Kalinke, Margot / Merkatz, Hans-Joachim von / Preiß, Ludwig / Preusker, Victor-Emanuel / Probst, Wilhelm / Ripken, Georg / Schild, Heinrich / Seebohm, Hans-Christoph / Steinmetz, Willy</i>	frtl.	CDU/CSU	280 (288)					0			
8. 11. 1960	FrW: <i>Nellen, Peter</i>	CDU/CSU	SPD	279 (287)	170 (182)							
24. 2. 1961	FrW: <i>Behrisch, Arno</i>	SPD	frtl. (DFU)		169 (181)				1			
25. 4. 1961	FrW: <i>Logemann, Fritz</i>	DP	FDP			43 (45)	5					
3. 5. 1961	FrW: <i>Tobaben, Peter / Schneider, Ludwig</i> FrW: <i>Matthes, Heinz / Schneider, Herbert / Schranz, Helmuth</i>	DP DP	CDU/CSU frtl.	281 (289)			[3]		4			
18. 8. 1961	FrW: <i>Kinat, Georg Richard</i>	SPD	frtl.		168 (180)				5			

Hinweis

Zum Thema „Fraktionen“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 9.3 Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht (mit einer Aufstellung der Fälle, in denen Bundestagsfraktionen als Kläger aufgetreten sind)
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.5 Minderheitenrechte
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen

4. Wahlperiode (1961–65)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken										
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	Frtl.							
17. 9. 1961 17. 10. 1961	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses / Fraktionen des 4. Bundestages	–	–	242 (251)	190 (203)	67								
20. 9. 1962	FrW: <i>Gontrum, Wilhelm</i>	CDU/CSU	frtl.	241 (250)			1							
3. 6. 1964	FrW: <i>Stammberger, Wolfgang</i>	FDP	SPD		191 (204)	66								

5. Wahlperiode (1965–69)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken										
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	Frtl.							
19. 9. 1965 19. 10. 1965	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses / Fraktionen des 5. Bundestages	–	–	245 (251)	202 (217)	49 (50)								
13. 10. 1967	FrW: <i>Hellige, Walther</i>	FDP	frtl.			48 (49)	1							
24. 10. 1967	FrW: <i>Hellige, Walther</i>	frtl.	CDU/CSU	246 (252)			0							
13. 5. 1969	FrW: <i>Rehs, Reinhold</i>	SPD	CDU/CSU	247 (253)	201 (216)									

6. Wahlperiode (1969–72)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken									
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	Frtl.						
28. 9. 1969 20. 10. 1969	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses / Fraktionen des 6. Bundestages	–	–	242 (250)	224 (237)	30 (31)							
9. 10. 1970	FrW: <i>Mende, Erich / Starke, Heinz</i> FrW: <i>Zoglmann, Siegfried</i>	FDP FDP	CDU/CSU CDU/CSU (Gast)	245 (253)		27 (28)							
14. 10. 1971	FrW: <i>Schulz, Klaus-Peter</i>	SPD	frtl.		224 (236)		1						
19. 10. 1971	FrW: <i>Schulz, Klaus-Peter</i>	frtl.	CDU/CSU	245 (254)			0						
29. 2. 1972	FrW: <i>Hupka, Herbert</i>	SPD	frtl.		223 (235)		1						
2. 3. 1972	FrW: <i>Seume, Franz</i>	SPD	frtl.		223 (234)		1 (2)						
3. 3. 1972	FrW: <i>Hupka, Herbert</i>	frtl.	CDU/CSU	246 (255)			0 (1)						
17. 3. 1972	FrW: <i>Seume, Franz</i>	frtl.	CDU/CSU (Gast)	246 (256)			0						
23. 4. 1972	FrW: <i>Helms, Wilhelm</i>	FDP	frtl.			26 (27)	1						

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken								
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	FDP	Frtl.					
5. 5. 1972	FrW: <i>Helms, Wilhelm</i>	frtl.	CDU/CSU (Gast)	247 (257)			0					
17. 5. 1972	FrW: <i>Müller, Günther</i>	SPD	frtl.		222 (233)		1					
19. 9. 1972	FrW: <i>Müller, Günther</i>	frtl.	CDU/CSU	248 (258)			0					

7. Wahlperiode (1972–76)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken								
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	FDP	Frtl.					
19. 11. 1972 13. 12. 1972	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses / Fraktionen des 7. Bundestages	–	–	225 (234)	230 (242)	41 (42)						
8. 12. 1975	NR: <i>Emeis, Hans-Uwe</i>	gew. für SPD	frtl.		229 (241)		1					
8. 12. 1976	FrW: <i>Stienen, Karl-Heinz</i>	SPD	frtl.		228 (240)		2					

8. Wahlperiode (1976–80)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken								
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	FDP	Frtl.					
3. 10. 1976 14. 12. 1976	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses / Fraktionen des 8. Bundestages	–	–	243 (254)	214 (224)	39 (40)						
11. 7. 1978	FrW: <i>Gruhl, Herbert</i>	CDU/CSU	frtl.	242 (253)			1					

Hinweis

Zum Thema „Fraktionen“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.22 Stimmenanteil/Mandatsanteil
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 3.24 Sozialprofil der Fraktionen
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 6.6 Koalitionen und Opposition im Bund
- 6.7 Regierungsbildung (mit einer Gegenüberstellung des Mandatsanteils und des Kabinettsmitgliederanteils der an der Regierung beteiligten Fraktionen)
- 8.2 Sitzordnung im Plenum
- 8.15 Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit Angaben darüber, welche Tage in den Sitzungswochen für die Fraktionen vorgesehen sind)
- 9.3 Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht (mit einer Aufstellung der Fälle, in denen Bundestagsfraktionen als Kläger aufgetreten sind)
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.5 Minderheitenrechte
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer

9. Wahlperiode (1980–83)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken									
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	Frtl.						
5. 10. 1980 4. 11. 1980	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses / Fraktionen des 9. Bundestages	–	–	226 (237)	218 (228)	53 (54)	0						
14. 12. 1981	FrW: <i>Hansen, Karl-Heinz</i>	SPD	frtl.		217 (227)		1						
27. 1. 1982	FrW: <i>Coppik, Manfred</i>	SPD	frtl.		216 (226)		2						
1. 4. 1982	FrW: <i>Hofmann, Karl</i>	SPD	frtl.		215 (225)		3						
9. 11. 1982	FrW: <i>Matthäus-Maier, Ingrid</i>	FDP	frtl.			52 (53)	4						
23. 11. 1982	FrW: <i>Hölscher, Friedrich / Schoeler, Andreas von / Schuchardt, Helga</i>	FDP	frtl.			49 (50)	7						
9. 12. 1982	NR: <i>Ginsberg, Matthias</i> ¹⁾	–	FDP			50 (51)	6						
13. 12. 1982	NR: <i>Riebensahm, Dietrich</i> ²⁾	–	FDP			51 (52)	5						
11. 2. 1983	NR: <i>Brunnstein, Klaus</i> ³⁾	–	FDP			52 (53)	4						

¹⁾ nachgerückt für *Ingrid Matthäus-Maier* (frtl., Mandatsniederlegung am 2. 12. 1982)

²⁾ nachgerückt für *Andreas von Schoeler* (frtl., Mandatsniederlegung am 8. 12. 1982)

³⁾ nachgerückt für *Helga Schuchardt* (frtl., Mandatsniederlegung am 10. 2. 1983)

10. Wahlperiode (1983–87)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken								
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE	AL	Frtl.			
6. 3. 1983	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses	–	–	244 (255)	193 (202)	34 (35)	27 (27)	0 (1)				
29. 3. 1983	Fraktionen des 10. Bundestages	–	–	244 (255)	193 (202)	34 (35)	27 (28)	0 (0)				
8. 7. 1983	FrW: <i>Handlos, Franz</i>	CDU/CSU	frtl.	243 (254)					1			
28. 10. 1983	FrW: <i>Voigt, Ekkehard</i>	CDU/CSU	frtl.	242 (253)					2			
10. 2. 1984	FrW: <i>Bastian, Gert</i>	GRÜNE	frtl.				26 (27)		3			
18. 3. 1986	FrW: <i>Bastian, Gert</i>	frtl.	GRÜNE				27 (28)		2			
27. 10. 1986	FrW: <i>Eickmeyer, Karl-Arnold</i>	SPD	frtl.		192 (201)				3			
2. 12. 1986	FrW: <i>Tischer, Udo</i>	GRÜNE	frtl.				26 (27)		4			

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

11. Wahlperiode (1987–90)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken								
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜ- NE ¹⁾	AL	PDS	Frtl.		
25. 1. 1987	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses	–	–	223 (234)	186 (193)	46 (48)	42 (42)	0 (2)				
18. 2. 1987	Fraktionen des 11. Bundestages	–	–	223 (234)	186 (193)	46 (48)	42 (44)	0 (0)				
26. 1. 1988	FrW: <i>Wüppesahl, Thomas</i>	GRÜNE	frtl.				41 (43)				1	
13. 9. 1989	FrW: <i>Unruh, Trude</i>	GRÜNE	frtl.				40 (42)				2	
8. 6. 1990	volles Stimmrecht der Berliner Abgeordneten			234	193	48	42				2	
1. 10. 1990	FrW: <i>Briefs, Ulrich</i>	GRÜNE	frtl.				41				3	
3. 10. 1990	Eintritt der 144 von der Volkskammer der DDR gewählten MdB ²⁾	–	–	305 ³⁾	226	57	48		24			

¹⁾ ab 4. 10. 1990: DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90

²⁾ Gemäß Art. 42 des Einigungsvertrages hat die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 28. 9. 1990 „auf der Grundlage ihrer Zusammensetzung“ 144 Abgeordnete zur Entsendung in den 11. Deutschen Bundestag gewählt, davon 63 Abgeordnete der CDU, 33 Abgeordnete der SPD, 24 Abgeordnete der PDS (einschließlich einem fraktionslosen Abgeordneten), 9 Abgeordnete der FDP, 8 Abgeordnete der DSU und 7 Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Grüne.

³⁾ davon 8 „als Gast“ (= die von der DSU-Fraktion der Volkskammer gestellten Abgeordneten)

12. Wahlperiode (1990–94)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken							
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/ CSU	SPD	FDP	PDS/LL	B 90/GR	Frtl.		
2. 12. 1990 20. 12. 1990	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses/ Fraktionen und Gruppen des 12. Bundestages	–	–	319	239	79	17	8			
22. 4. 1991	FrW: <i>Lowack, Ortwin</i>	CDU/CSU	frtl.	318					1		
21. 10. 1991	FrW: <i>Henn, Bernd</i>	PDS/LL	frtl.				16		2		
19. 12. 1991	FrW: <i>Briefs, Ulrich</i>	PDS/LL	frtl.				15		3		
1. 1. 1993	FrW: <i>Henn, Bernd</i>	frtl.	PDS/LL				16		2		
25. 5. 1993	FrW: <i>Krause, Rudolf</i>	CDU/CSU	frtl.	317					3		
20. 3. 1994	FrW: <i>Hackel, Heinz-Dieter</i>	FDP	frtl.			78			4		
10. 5. 1994	FrW: <i>Schenk, Christina</i>	B90/Gr	frtl.					7	5		
15. 6. 1994	FrW: <i>Stachowa, Angela</i>	PDS/LL	frtl.				15		6		

Hinweis

Daten zur Geschichte aller Parteien, die seit 1949 an Bundestagswahlen teilgenommen haben, enthält Abschnitt 1.6 des vorliegenden **Datenhandbuchs**.

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken							
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	B 90/GR	FDP	PDS	Frfl.		
16. 10. 1994 10. 11. 1994	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses/ Fraktionen und Gruppen des 13. Bundestages	–	–	294	252	49	47	30			
8. 10. 1996	FrW: <i>Neumann, Kurt</i>	SPD	frtl.		251				1		
16./17. 12. 1996	FrW: <i>Lengsfeld, Vera</i>	B 90/GR	CDU/CSU	295		48					

¹⁾ Stand: 31. August 1997

■ Sofern es bis zum Ende der 13. Wahlperiode zu weiteren Fällen von Fraktionswechseln gekommen sein sollte, sind diese mit den dadurch bedingten Veränderungen der Fraktionsstärken im NACHTRAG unter 5.4 mitgeteilt.

Hinweis

Zum Thema „Fraktionsvorstände“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Aufstellung der weiblichen Fraktionsvorstandsmitglieder)
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung (mit einer Aufstellung der ostdeutschen Fraktionsvorstandsmitglieder)

Die Fraktionswechsel haben in den einzelnen Wahlperioden des Bundestages eine sehr unterschiedliche Rolle gespielt:

- Die 1. Wahlperiode ist gekennzeichnet von einer kaum überschaubaren Fülle einzelner Fraktionswechsel, die sich jedoch größtenteils außerhalb der Koalitionsfraktionen im Bereich der Splitterparteien abspielten und keine Gefährdung der Regierungskoalition bedeuteten.
- In der 2. und 3. Wahlperiode überwog eindeutig der Gruppenwechsel in Verbindung mit Partei- und Fraktionswechsel und mit der für die Entwicklung des Parteiensystems bedeutsamen Folge, daß sich dadurch die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien immer mehr verringerte.
- Dramatische Auswirkungen hatten die Fraktionswechsel in der 6. Wahlperiode (1969–72), weil sie einen Verlust der Regierungsmehrheit bewirkten und zur Parlamentsauflösung von 1972 beitrugen (vgl. die folgende Chronik).

Chronik der Fraktionswechsel der 6. Wahlperiode (1969–72)

In keiner anderen Wahlperiode gewannen Fraktionswechsel im Bundestag eine derartige Aufmerksamkeit und Bedeutung wie in der 6. Wahlperiode von 1969 bis 1972. Knapp 120 Mitglieder des Bundestages hatten in den fünf Wahlperioden zuvor schon ihre Fraktion verlassen, ohne daß deswegen der Fortbestand der Regierung in Frage gestellt war. In der 6. Wahlperiode trat erstmals der Fall ein, daß durch Fraktionsaustritte oder -ausschlüsse eine Bundesregierung ihre Mehrheit verlor und die Auflösung des Bundestages herbeigeführt werden mußte, um vorgezogene Neuwahlen zu ermöglichen. Die folgende Chronik*) stellt die einzelnen Fraktionswechsel dar. Unter jedem Datum ist das neue Mandatsverhältnis von Regierung und Opposition angegeben (abgekürzt: **Reg/Opp**), wobei nur die Zahl der voll stimmberechtigten Abgeordneten berücksichtigt wurde.

21. Oktober 1969

Reg/Opp: 254:242

Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition aus SPD (224 stimmberechtigte Mandate) und FDP (30 stimmberechtigte Mandate), zusammen also mit 254 Mandaten, d. h. einer rechnerischen Mehrheit von zwölf Stimmen. Die SPD/FDP-Regierung muß daher – anders als frühere Regierungen – von Anfang an jeden Fraktionswechsel als mögliche Gefährdung ihres Bestandes ansehen. Das verleiht jedem der folgenden Fraktionswechsel eine besondere Brisanz.

8. Oktober 1970

Reg/Opp: 251:245

Die FDP-Abgeordneten **Erich Mende**, **Heinz Starke** und **Siegfried Zoglmann** treten aus der Bundestagsfraktion der FDP aus, nachdem sie offen für den Antrag der Oppositionsfraktion CDU/CSU gestimmt hatten, dem Bundesminister der Finanzen die Mißbilligung auszusprechen.

Alex Möller (SPD) hatte am 23. September 1970 in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts der Opposition nach zahlreichen Zwischenrufen aus ihren Reihen vorgeworfen: „Die, die diese Weltkriege und die darauffolgenden Inflationen zu verantworten haben, stehen Ihnen geistig näher als der SPD.“ Die Opposition verließ darauf den Plenarsaal und brachte am folgenden Tag, nachdem der Oppositionsführer *Rainer Barzel* die persönliche Erklärung des Ministers für unzureichend erklärt hatte, den Mißbilligungsantrag ein, der am 8. Oktober 1970 mit 260 gegen 251 Stimmen –

*) auszugsweise entnommen aus: *Martin Müller*, Fraktionswechsel im Parteienstaat. Parlamentsreform und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1974, S. 16–22.

dabei auch die der Abgeordneten *Erich Mende*, *Heinz Starke* und *Siegfried Zoglmann* – abgelehnt wurde.

Diese Ereignisse dürfen jedoch nicht als Ursache für den Bruch der Abgeordneten mit ihrer Partei verstanden werden. Vielmehr waren die drei Fraktionswechsler von Anfang an Gegner der Regierungskoalition von SPD und FDP.

Nach ihrem Austritt werden die Abgeordneten *Erich Mende* und *Heinz Starke* als Mitglieder, der Abgeordnete *Siegfried Zoglmann* als Gast in die CDU/CSU-Fraktion aufgenommen.

14. Oktober 1971

Reg/Opp: 251:245

Der Berliner Abgeordnete **Klaus-Peter Schulz** (SPD) wechselt von seiner Partei in die CDU über.

Als Grund werden Differenzen über Fragen der Europa- und Ostpolitik angegeben. „Mein Kampf innerhalb der SPD hat keinen Sinn mehr“, meint *Klaus-Peter Schulz* und betont: „Ich habe mich nicht gewandelt, die Partei hat sich geändert.“ Er wird von der Berliner CDU „als Freund“ begrüßt und in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgenommen.

Der Übertritt des Abgeordneten *Klaus-Peter Schulz* zur CDU/CSU-Fraktion wirft nicht unmittelbar die Frage der Gefährdung der Regierung auf, da die Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag nicht voll stimmberechtigt sind. Darauf weist der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich hin. *Herbert Wehner* kann daher ironisch hinzufügen: „Die Fraktion wird das Ausscheiden von *Klaus-Peter Schulz* zu verwinden haben.“

29. Februar/
2. März 1972

Reg/Opp: 250:246

Am 29. Februar 1972 zieht die SPD-Bundestagsfraktion unter anderem den Abgeordneten *Herbert Hupka* und ihre Berliner Abgeordneten *Willy Bartsch* und *Franz Seume* aus dem Auswärtigen Ausschuß und dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages zurück, in denen die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen – im folgenden Ostverträge genannt – zur Beratung anstehen. Die Abgeordneten stehen den Verträgen kritisch, ja ablehnend gegenüber, so daß die Regierungskoalition in den Ausschüssen bei der Beratung mit Kritik aus den eigenen Reihen und bei der Abstimmung Niederlagen erwarten muß.

Die Abgeordneten **Herbert Hupka** und **Franz Seume** treten daraufhin am 29. Februar beziehungsweise am 2. März unter scharfer Kritik an der Ostpolitik der Bundesregierung aus der Partei und Fraktion aus und werden als Mitglied beziehungsweise als Gast in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgenommen. Der Abgeordnete *Willy Bartsch* verbleibt in der SPD, legt aber alle Parteiämter nieder.

Der Übertritt des Abgeordneten *Herbert Hupka* (SPD) und des Berliner Abgeordneten *Franz Seume* (SPD) zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion leitet den Zerfall der parlamentarischen Mehrheit der Regierung ein. Durch ihn verschiebt sich das Mehrheitsverhältnis zugunsten der Opposition auf 250 zu 246 und (unter Einbeziehung der Berliner Abgeordneten) das Verhältnis der Fraktionsstärke von Regierungskoalition und Opposition auf 263 zu 255 Stimmen. Die Regierung verfügt damit nur noch über eine Stimme mehr als die absolute Mehrheit, die sie zur Verabschiedung der Ostverträge benötigt. Zwar weist der Regierungssprecher *Conrad Ahlers*

darauf hin, daß sich an dem Mehrheitsverhältnis nichts geändert habe, „weil seit langem bekannt sei, daß *Hupka* die Ostverträge ablehne“. Jedoch hat der Übertritt zugleich deutlich gemacht, wie gefährlich knapp die Mehrheit der Koalition ist. Dies gilt um so mehr, als *Herbert Hupka* am 4. März 1972 behauptet, es gäbe noch mehr Abgeordnete in der SPD-Fraktion, die gegenüber den Ostverträgen „Skrupel haben“ und „skeptisch sind“.

23. April 1972

Reg/Opp: 249:247

Am 23. April 1972 findet die Landtagswahl in Baden-Württemberg statt. Kurz vor Schließung der Wahllokale tritt der FDP-Abgeordnete **Wilhelm Helms** „allein aus innerparteilichen Gründen“ aus seiner Partei und Fraktion aus. Er betont, seine Entscheidung sei nicht mit der anstehenden Ratifizierung der Ostverträge in Verbindung zu bringen, wenn auch durch die Veröffentlichung der sogenannten Protokollauszüge zum Moskauer Vertrag eine neue Situation eingetreten sei, die ihn „doch bedenklich gestimmt“ habe.

Mit dem Austritt des Abgeordneten *Wilhelm Helms* sinkt die Regierungsmehrheit auf das für die Verabschiedung der Ostverträge unbedingt erforderliche Minimum. Da sich in den Wochen vorher bereits die FDP-Abgeordneten *Knut von Kühlmann-Stumm* und *Gerhard Kienbaum* kritisch zu den Verträgen und der Innenpolitik der Bundesregierung geäußert hatten, scheint die Regierung *Brandt/Scheel* keine parlamentarische Mehrheit mehr zu besitzen.

16./17. Mai 1972

Reg/Opp: 248:248

Ein solcher Eindruck erscheint umso mehr berechtigt, als am 16. März 1972 die Absicht des SPD-Abgeordneten *Günther Müller* angedeutet wird, wegen des angeblich zunehmenden Einflusses des linken Flügels, insbesondere der Jungsozialisten, in der SPD aus der Partei auszutreten. Dies muß vor dem Hintergrund der besonderen Situation in München gesehen werden. Der Abgeordnete *Günther Müller* (SPD) gründet die Gruppierung „Soziale Demokraten 72“, mit denen er als Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl und mit einer eigenen Liste für die Stadtratswahl von München antritt.

Günther Müller wird deswegen am 16. Mai 1972 aus der SPD ausgeschlossen. Er wird im Bundestag fraktionsloser Abgeordneter.

Schlägt man seine Stimme der Opposition zu, verfügt sie wie die Regierung über 248 Stimmen.

Die Verhältnisse klären sich endgültig, als der Abgeordnete *Günther Müller*, nach der Niederlage seiner „Sozialen Demokraten 72“ bei der Münchener Kommunalwahl drei Monate später am 13. September 1972 in die CSU eintritt und in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgenommen wird.

Zum Fortgang der Ereignisse bis zur Auflösung des Bundestages siehe die Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler *Willy Brandt* in Abschnitt 6.14.

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen: Chronik

Hauptsächlich im 1., 2. und 3. Bundestag hat es im Verlauf der Wahlperiode eine Reihe von Veränderungen in der Fraktions- und Gruppenstruktur gegeben. Diese Spaltungen, Fusionen, Neubildungen, Arbeitsgemeinschaften usw. ganzer Gruppen und Fraktionen sind in der folgenden Chronik zusammengefaßt.

1. Wahlperiode (1949–53)

15. September 1949 Bildung der Gruppe „Nationale Rechte“, bestehend aus 6 Abgeordneten der Deutschen Reichspartei (DRP) und der Nationaldemokratischen Partei (NDP).
29. September 1949 WAV und Zentrum bilden eine Arbeitsgemeinschaft zwecks Bemessung des Stellenanteils in den Ausschüssen (Auflösung am 11. Januar 1951).
30. September 1949 Die Fraktionen der FDP und der DP bilden ebenfalls eine Fraktionsverbindung zwecks Bemessung des Stellenanteils in den Ausschüssen.
1. Februar 1950 Gruppe „Nationale Rechte“ ändert ihren Namen in „Deutsche Reichspartei“.
13. Oktober 1950 Bildung der Gruppe „Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE/DG) aus 4 Abgeordneten der WAV (Auflösung am 21. März 1952).
6. Dezember 1951 Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Inkrafttreten am 1. Januar 1952). Durch Neuregelung der Fraktionsmindeststärke (15 statt bisher 10 Abgeordnete) verlieren Bayernpartei, Zentrum und KPD ihre Fraktionseigenschaft. (Die KPD zählte seit Mai 1950 nur noch 14 Mitglieder. Eine briefliche Mandatsniederlegung des KPD-Abgeordneten *Kurt Müller* wurde zwar vom Bundestag nicht anerkannt, doch wurde *Müller* seit seiner Mitteilung über den Verlust seiner sämtlichen Parteiämter und über seine Verhaftung in Ost-Berlin nicht mehr zur Fraktion der KPD gezählt, sondern als fraktionsloser Abgeordneter geführt.)
 Die Gruppe der WAV bildet sich um in die Gruppe der Deutschen Partei Bayern (DPB) und schließt sich der Fraktion der Deutschen Partei an.
14. Dezember 1951 Zentrum und Bayernpartei schließen sich zur Fraktion „Föderalistische Union“ (FU) zusammen.
21. März 1952 Auflösung der Gruppe BHE/DG
29. April 1953 Wiedergründung der Gruppe „Wirtschaftliche Aufbauvereinigung“ (WAV)

Hinweis

Die Mehrheitsverhältnisse seit der 1. Wahlperiode – d. h. die Mandatsstärke von Regierungskoalition und Opposition – mit allen Veränderungen z. B. aufgrund von Fraktions- und Koalitionswechseln innerhalb der Wahlperiode sind chronologisch zusammengefaßt in einer Dokumentation in Abschnitt 6.6: Koalitionen und Opposition im Bund.

2. Wahlperiode (1953–57)

- 11./12. Juli 1955 Sieben Abgeordnete, darunter die Bundesminister Dr. *Theodor Oberländer* und *Waldemar Kraft*, treten aus der Fraktion Gesamtdeutscher Block/BHE aus, schließen sich am 14. Juli 1955 zu der „Gruppe *Kraft/Oberländer*“ zusammen und treten am 15. Juli 1955 der Fraktion der CDU/CSU als Gäste bei (später Aufnahme in die CDU/CSU).
23. Februar 1956 Als Auswirkung des Regierungs- und Koalitionswechsels in Nordrhein-Westfalen geben 16 FDP-Abgeordnete (die sog. „*Euler-Gruppe*“) ihren Austritt bekannt (u. a. die vier Bundesminister *Franz Blücher*, *Fritz Neumayer*, Dr. *Hermann Schäfer* und *Victor-Emanuel Preusker* sowie Bundestagsvizepräsident Dr. *Ludwig Schneider*).
1. März 1956 Die 16 aus der Bundestagsfraktion der FDP ausgetretenen Abgeordneten beschließen die neue Fraktion „Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten“ (später in „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ umbenannt bzw. nach Parteigründung in „Freie Volkspartei“).
15. März 1956 Bundestag stimmt der Bildung einer eigenen Fraktion der 16 aus der FDP-Fraktion ausgeschiedenen Abgeordneten unter dem Namen „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ (DA) zu.
26. Juni 1956 Umbenennung der Fraktion „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ in „Freie Volkspartei“ (FVP) nach offizieller Parteigründung in Bochum am 23./24. Juni 1956.
25. September 1956 Die Fraktionen der FVP und der DP geben den Zusammenschluß zu einer Arbeits- und Aktionsgemeinschaft bekannt.
14. März 1957 Bundestag stimmt der Bildung der Fraktion DP (FVP) zu, nachdem Deutsche Partei und Freie Volkspartei am 1. März 1957 die Bildung einer einheitlichen Partei beschlossen hatten.
3. Juli 1957 Fraktion der DP teilt mit, daß sie sich in formeller Angleichung an den Namen der Partei künftig „Fraktion der Deutschen Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei)“ nennt.

3. Wahlperiode (1957–61)

1. Juli 1960 Neun Abgeordnete der Deutschen Partei, darunter die Bundesminister Dr. *Hans-Christoph Seebohm* und Dr. *Hans-Joachim von Merkatz* sowie Bundestagsvizepräsident Dr. *Victor-Emanuel Preusker* erklären ihren Übertritt zur CDU/CSU, wodurch die Bundestagsfraktion der DP aufhört zu bestehen; sie konstituiert sich am 2. Juli 1960 als Gruppe.
3. Mai 1961 Infolge des Wechsels von *Peter Tobaben* und *Ludwig Schneider* von der Gruppe der DP zur Fraktion der CDU/CSU löst sich die bis dahin aus fünf Mitgliedern bestehende Gruppe der DP auf.

4.–6. Wahlperiode (1961–72)

Keine Veränderungen in der Fraktionsstruktur während der Wahlperiode.

7. Wahlperiode (1972–76)

19. November 1976 Die CSU-Landesgruppe kündigt auf einer Klausurtagung in Kreuth/Oberbayern in geheimer Abstimmung mit 30 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU auf und beschließt, sich im 8. Bundestag als selbständige Fraktion zu konstituieren.
12. Dezember 1976 Zwei Tage vor der konstituierenden Sitzung des 8. Bundestages vereinbaren die Verhandlungskommissionen von CDU und CSU, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU auf der Grundlage neuer Vereinbarungen fortzuführen.

8.–10. Wahlperiode (1976–87)

Keine Veränderungen in der Fraktionsstruktur während der Wahlperiode.

11. Wahlperiode (1987–90)

Keine Veränderung in der Fraktionsstruktur während der Wahlperiode bis zum 3. Oktober 1990, dem Tag des Eintritts der 144 von der Volkskammer der DDR gewählten Mitglieder des Bundestages.

- 3./4. Oktober 1990 Die 144 Abgeordneten, die die Volkskammer der DDR gemäß Artikel 42 des Einigungsvertrages aufgrund der Vorschläge der Volkskammerfraktionen am 28. September 1990 zur Entsendung in den Deutschen Bundestag gewählt hat, verteilen sich folgendermaßen:
- die 63 Abgeordneten der CDU, die 33 Abgeordneten der SPD und die 9 Abgeordneten der FDP treten den entsprechenden Bundestagsfraktionen bei;

Hinweise

Zur Sozialstruktur der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der GRÜNEN bietet das vorliegende **Datenhandbuch** Unterlagen in den folgenden Abschnitten von Kapitel 3:

- 3.1 Altersgliederung
- 3.2 Durchschnittsalter
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag
- 3.11 Weibliche Abgeordnete
- 3.12 Familienstand
- 3.13 Konfession
- 3.14 Schulabschluß und Hochschulbildung
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 3.19 Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete

- die 24 Abgeordneten der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) konstituieren sich im Bundestag als Gruppe, da ihre Zahl die Fraktionsmindeststärke von 34 Abgeordneten nicht erreicht; zu den 24 Abgeordneten der PDS gehört auch ein Abgeordneter (*Thomas Klein*), der über das Aktionsbündnis Vereinigte Linke (VL) in die Volkskammer gewählt worden war und ihr als fraktionsloser Abgeordneter angehörte;
- die 8 Abgeordneten der Deutschen Sozialen Union (DSU) treten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Hospitanten bei;
- die 7 Abgeordneten der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne treten der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN bei, die darauf ab 4. Oktober 1990 ihren Namen in DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 wechselt; die 7 Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne gehören folgenden Parteien bzw. politischen Vereinigungen an: 2 bzw. 3 der Grünen Partei (GP) (*Ernst Dörfler* und *Matthias Platzeck*, ab 5. Oktober 1990 auch *Vera Wollenberger*), 3 bzw. 2 dem Neuen Forum (NF) (*Werner Schulz* und *Hans-Jochen Tschiche*, bis 4. Oktober 1990 auch *Joachim Gauck*), eine der Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) (*Marianne Birthler*) und einer DEMOKRATIE JETZT (DJ) (*Wolfgang Ullmann*).

12.–13. Wahlperiode (1990–*)

Keine Veränderungen in der Fraktionsstruktur während der Wahlperiode.

5.6 Fraktionswechsel: Statistik

In diesem Abschnitt sind folgende drei Statistiken zusammengefaßt:

- Arten der Fraktionswechsel
- Fraktionswechsel-Bilanz für die einzelnen Fraktionen
- Konstanz der Fraktionen

Arten der Fraktionswechsel

In der Übersicht auf den nächsten beiden Seiten (obere Hälfte) sind die in Abschnitt 5.4 chronologisch aufgeführten Fraktionswechsel statistisch zusammengefaßt.

Als Fraktionswechsel werden in der Untergliederung nur die Fälle gezählt, in denen der Wechsel von einer Fraktion zur anderen unmittelbar bzw. innerhalb eines Monats vollzogen wird. Liegt zwischen dem Austritt aus der bisherigen Fraktion und dem Eintritt in eine neue Fraktion ein „fraktionsloser“ Zeitraum von mehr als einem Monat, wird dieser Wechsel je einmal bei Fraktionsaustritt und Fraktionseintritt gezählt. Nur als Fraktionsaustritt rechnen solche Fälle, in denen die betreffenden Abgeordneten den fraktionslosen Status beibehalten. Fraktions-Umbenennungen bleiben unberücksichtigt.

*) Stand: 31. August 1997

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der Fraktionswechsel	91	77	30	2	2	9	1
– davon Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter	18	11	6	1	2	7	0
– davon Fraktionswechsel infolge Spaltungen und Fusionen	29	57	0	0	0	0	0
– davon Fraktionsaustritte	29	2	14	1	0	1	1
– davon Fraktionseintritte bzw. -beitritte als Gast	15	7	10	0	0	1	0
Zahl der am Fraktionswechsel beteiligten Abgeordneten	53	40	21	2	2	8	1

Fraktionswechsel-Bilanz für die einzelnen Fraktionen

Eine „Bilanz“ der Fraktionswechsel für jede Fraktion enthält die folgende Tabelle. Für die einzelnen Wahlperioden ist der Gewinn und Verlust an Mandaten infolge von ausscheidenden oder beitretenden Abgeordneten angegeben. Addiert man die Zahlen zwischen 1949 und 1994, so haben durch Fraktionsaustritte und -beitritte

- die CDU/CSU-Fraktion 26 Abgeordnete dazugewonnen,
- die SPD-Fraktion 11 Abgeordnete verloren und
- die FDP-Fraktion 25 Abgeordnete verloren.

Fraktion	Wahlperiode	Gewinne/ Verluste	Summe
CDU/CSU	1. WP 1949–53	+ 6 – 2	+ 4
	2. WP 1953–57	+ 10 – 4	+ 6
	3. WP 1957–61	+ 13 – 1	+ 12
	4. WP 1961–65	+ 0 – 1	– 1
	5. WP 1965–69	+ 2 – 0	+ 2
	6. WP 1969–72	+ 8 – 0	+ 8
	7. WP 1972–76	± 0	± 0

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
1	7	6	3	8
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
1	7	5	3	7
0	0	1	0	1
1	7	5	3	7

★ Die Gesamtzahl der **Fraktionswechsel** zwischen der 1. und 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **237**; dabei handelt es sich um

- 45 Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter,
- 86 Fraktionswechsel infolge Spaltungen und Fusionen,
- 71 Fraktionsaustritte und
- 35 Fraktionseintritte bzw. -beitritte als Gast.

■ Die Statistik der Fraktionswechsel für die abgeschlossene 13. Wahlperiode enthält der NACHTRAG unter 5.6.

Fraktion	Wahlperiode	Gewinne/ Verluste	Summe
noch: CDU/CSU	8. WP 1976–80	+ 0 – 1	– 1
	9. WP 1980–83	± 0	± 0
	10. WP 1983–87	+ 0 – 2	– 2
	11. WP 1987–90	± 0	± 0
	12. WP 1990–94	+ 0 – 2	– 2
SPD	1. WP 1949–53	± 0	± 0
	2. WP 1953–57	± 0	± 0
	3. WP 1957–61	+ 1 – 2	– 1
	4. WP 1961–65	+ 1 – 0	+ 1
	5. WP 1965–69	+ 0 – 1	– 1
	6. WP 1969–72	+ 0 – 4	– 4

Fraktion	Wahlperiode	Gewinne/ Verluste	Summe
noch: SPD	7. WP 1972–76	+ 0 – 2	– 2
	8. WP 1976–80	± 0	± 0
	9. WP 1980–83	+ 0 – 3	– 3
	10. WP 1983–87	+ 0 – 1	– 1
	11. WP 1987–90	± 0	± 0
	12. WP 1990–94	± 0	± 0
FDP	1. WP 1949–53	+ 3 – 4	– 1
	2. WP 1953–57	+ 2 – 19	– 17
	3. WP 1957–61	+ 1 – 0	+ 1
	4. WP 1961–65	+ 0 – 1	– 1
	5. WP 1965–69	+ 0 – 1	– 1
	6. WP 1969–72	+ 0 – 4	– 4
	7. WP 1972–76	± 0	± 0
	8. WP 1976–80	± 0	± 0
	9. WP 1980–83	+ 3 ¹⁾ – 4	– 1
	10. WP 1983–87	± 0	± 0
	11. WP 1987–90	± 0	± 0
	12. WP 1990–94	+ 0 – 1	– 1

¹⁾ Nachrücker, nachdem drei der vier aus der Fraktion ausgetretenen Abgeordneten später ihr Mandat niederlegten.

Fraktion/Gruppe	Wahlperiode	Gewinne/ Verluste	Summe
DP zeitweise DP/DPB bzw. DP (FVP)	1. WP 1949–53	+ 13 – 11	+ 2
	2. WP 1953–57	+ 21 – 0	+ 21
	3. WP 1957–61	+ 0 – 11	– 11
BP (bis Dezember 1951)	1. WP 1949–53	+ 0 – 17	– 17
KPD	1. WP 1949–53	+ 0 – 1	– 1
WAV (bis Oktober 1950)	1. WP 1949–53	+ 2 – 6	– 4
Zentrum (bis Dezember 1951)	1. WP 1949–53	+ 0 – 10	– 10
FU (ab Dezember 1951)	1. WP 1949–53	+ 23 – 5	+ 18
GB/BHE	2. WP 1953–57	+ 1 – 10	– 9
FVP (ab März 1956 bis März 1957)	2. WP 1953–57	+ 18 – 18	± 0
GRÜNE bzw. Bündnis 90/GRÜNE	10. WP 1983–87	+ 1 – 2	– 1
	11. WP 1987–90	+ 0 – 3	– 3
	12. WP 1990–94	± 0	± 0
PDS/LL	12. WP 1990–94	+ 1 – 2	– 1

Konstanz der Fraktionen

Für die erste Wahlperiode des Bundestages (1949–53) ist die „Konstanz“ der Fraktionen genauer untersucht worden.*) Dabei geht der Autor von folgender These aus: „Die politische Bedeutung einer Fraktion ist nicht allein abhängig von ihrer absoluten Stärke ... Wenn eine Fraktion wenig Zusammenhalt, eine geringe ‚Dichte‘ hat, und vor allen Dingen, wenn sie in ihrem personellen Bestand nicht konstant ist, vermindert sich ihr politisches Gewicht automatisch.“ (S. 24) Die Kon-

*) *Emil Obermann*, *Alter und Konstanz von Fraktionen. Veränderungen in deutschen Parlamentsfraktionen seit dem Jahre 1920*. Meisenheim am Glan 1956.

stanz einer Fraktion werde u. a. bei Abstimmungen sichtbar, ein Maßstab könne aber auch die Häufigkeit von Fraktionsveränderungen sein: „Abgänge und Zugänge von Abgeordneten verändern die Konstanz ebenso wie Mandatsniederlegungen und Todesfälle. Es liegt wohl im Sinne aller Parteien, ihre Parlamentsfraktion während einer und derselben Wahlperiode so beständig wie nur irgend möglich zu wissen, und auch die Fraktionsführungen sind bestrebt, Tendenzen, die auf Veränderung abzielen, nicht aufkommen zu lassen. Selbst Zugänge von Abgeordneten werden nicht selten eher als eine Belastung für die Fraktion empfunden.“ (a. a. O.)

Zur Messung der Konstanz einer Fraktion entwickelte *Obermann* die sogenannte „Konstanzzahl“, die von 100 bis 0 schwanken kann. Sie ist definiert als prozentualer Vergleich zwischen (1) der Zahl der Abgeordneten, die der Fraktion ununterbrochen während der ganzen Wahlperiode angehört (= Stamm der Fraktion) und (2) dem arithmetischen Mittel aus den schwankenden Mandatszahlen der Fraktion während der Wahlperiode.

Beispiel:

- (1) Zahl der Abgeordneten, die der Fraktion während der ganzen Wahlperiode angehört zuzüglich Todesfälle
Stamm der Fraktion
- 45
5
= 50 Abg.
- (2) Fraktionsstärken im Verlauf der Wahlperiode zu bestimmten Zeitpunkten: 55/60/57/58/63 Abg.
Arithmetisches Mittel dieser Fraktionsstärken
- = 58 Abg.
- Konstanzzahl der Fraktion (k) = $\frac{50 \cdot 100}{58} = 86,2$

Die Konstanzzahl 100 würde besagen, daß die Fraktion weder Abgänge noch Zugänge noch Mandatsniederlegungen während der Wahlperiode zu verzeichnen hatte. Die Konstanzzahl 0 bedeutet, daß die betreffende Fraktion nicht während der ganzen Wahlperiode bestanden hat.

Die Konstanzzahlen der Fraktionen der 1. Wahlperiode des Bundestages (1949–53) gehen aus der nebenstehenden Tabelle hervor (a. a. O. S. 44–46).

Die Berechnung der Konstanzzahl für die übrigen Wahlperioden ist bisher nicht vorgenommen worden.

Fraktion/Gruppe	Konstanzzahl
SPD	98,1
CDU/CSU	95,0
FDP	89,1
große Fraktionen ¹⁾	94,1
KPD	83,9
Zentrum ²⁾	81,5
DP	75,4
BP ²⁾	63,7
WAV	0
kleine Fraktionen ³⁾	60,9

¹⁾ Fraktionen mit einem Mandatsanteil von über 10 Prozent der Gesamtzahl der Abgeordneten.

²⁾ Zentrum und Bayernpartei (BP) schlossen sich im Dezember 1951 zur Fraktion der Föderalistischen Union (FU) zusammen; beide Teile werden jedoch bei der Berechnung der Konstanzzahl weiterhin getrennt behandelt.

³⁾ Fraktionen mit einem Mandatsanteil von unter 10 Prozent der Gesamtzahl der Abgeordneten.

5.7 Vorstände der Fraktionen und Gruppen

In der folgenden Aufstellung*) wird die Zusammensetzung der Vorstände aller Fraktionen dokumentiert, die sich bisher im Deutschen Bundestag gebildet haben, außerdem die Zusammensetzung des Vorstandes der CSU-Landesgruppe sowie – ab der 11. Wahlperiode – die Gruppenvorstände.

Die Mitglieder des Fraktionsvorstandes werden in allen Fraktionen von der Fraktionsvollversammlung in geheimer Wahl gewählt, meist für die Dauer eines Jahres, vereinzelt auch für die Dauer einer ganzen Wahlperiode (z. B. die Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD).

Zum Fraktionsvorstand zählen regelmäßig auch Vorstandsmitglieder kraft Amtes (meist nur mit beratender Stimme), z. B. Mitglieder des Bundestagspräsidiums und des Bundeskabinetts, ferner auch Ehrenvorsitzende.

Für die 1. und 2. Wahlperiode ließen sich nicht alle Angaben genau ermitteln und überprüfen; dies trifft besonders für die Fraktionen der inzwischen nicht mehr im Bundestag vertretenen Parteien zu und hier wiederum für die Namen der übrigen Vorstandsmitglieder neben dem Fraktionsvorsitzenden.

Von folgenden Fraktionen und Gruppen des Bundestages sind – in alphabetischer Reihenfolge – in diesem Abschnitt Angaben über deren Vorstand enthalten:

	Seite
Fraktionen:	
– Bayernpartei (BP): 1. Wahlperiode	944
– Bündnis 90/Die Grünen: 13. Wahlperiode	944
– Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union (CDU/CSU): 1.–13. Wahlperiode	945
– Deutsche Partei (DP): 1.–3. Wahlperiode	959
– Föderalistische Union (FU): 1. Wahlperiode	960
– Freie Demokratische Partei (FDP): 1.–13. Wahlperiode	960
– Freie Volkspartei (FVP): 2. Wahlperiode	965
– Gesamtdeutscher Block – BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) (GB/BHE): 2. Wahlperiode	966
– Die Grünen: 10. und 11. Wahlperiode.	966
– Kommunistische Partei Deutschlands (KPD): 1. Wahlperiode	970
– Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD): 1.–13. Wahlperiode	970
– Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV): 1. Wahlperiode	979
– Zentrum (Z): 1. Wahlperiode	979
Gruppen:	
– Gruppe Bündnis 90/Die Grünen: 12. Wahlperiode.	979
– Gruppe der PDS bzw. PDS/Linke Liste: 11.–13. Wahlperiode	980
– Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU-Landesgruppe): 1.–13. Wahlperiode	981

*) Quelle: Unterlagen des Parlamentsarchivs und Auskünfte der Bundestagsfraktionen und -gruppen.

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Bayernpartei (BP): 1. Wahlperiode

Die Fraktion der Bayernpartei bestand nur in der 1. Wahlperiode und nur bis zum 14. Dezember 1951. Mit Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages am 6. Dezember 1951 (wirksam ab 1. Januar 1952) war die Fraktionsmindeststärke von bisher 10 auf 15 Abgeordnete erhöht worden, wodurch die Bayernpartei neben anderen Fraktionen ihre Fraktionseigenschaft verlor. Bayernpartei und Zentrum schlossen sich darauf am 14. Dezember 1951 zur Fraktion „Föderalistische Union“ (FU) zusammen.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender
1. WP 1949–53 (bis 14. 12. 1951)	<i>Gebhard Seelos</i>	<i>Ernst Falkner</i>

Bündnis 90/Die Grünen: 13. Wahlperiode

Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes der Fraktion sind in der am 14. November 1994 beschlossenen Geschäftsordnung folgendermaßen geregelt:

„§ 7 Erweiterter Fraktionsvorstand

(1) Dem Erweiterten Fraktionsvorstand gehören an:

- eine Sprecherin (Fraktionsvorsitzende) und ein Sprecher (Fraktionsvorsitzender), die die Fraktion nach außen repräsentieren;
- der Parlamentarische Geschäftsführer oder die Parlamentarische Geschäftsführerin und die beiden Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen;
- die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Arbeitskreise;
- das auf Vorschlag der Fraktion im Bundestag gewählte Mitglied des Präsidiums.

(2) ...

§ 8 Der Fraktionsvorstand

(1) Die Mitglieder des Fraktionsvorstands nach § 7 Absatz 1 Ziffer a) und b) bilden den Fraktionsvorstand. Mindestens drei Mitglieder des Fraktionsvorstandes sind Frauen.

(2) ...

§ 13 Wahlen und Abstimmungen

(1) ...

(2) ...

(3) Die Mitglieder des Fraktionsvorstandes nach § 8 werden einzeln in geheimer Wahl für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der

Hinweis

Die weiblichen Mitglieder der Fraktionsvorstände sind im Abschnitt 3.11 zusammengestellt; innerhalb des Abschnittes 3.23 befindet sich eine Aufstellung mit den jeweils jüngsten Mitgliedern der Fraktionsvorstände.

Fraktion auf sich vereinigt. Erreicht im ersten Wahlgang keiner der Bewerber und Bewerberinnen die erforderliche Mehrheit, so können für den zweiten Wahlgang neue Bewerber und Bewerberinnen vorgeschlagen werden. Erreicht auch im zweiten Wahlgang niemand die erforderliche Mehrheit, so nehmen am dritten Wahlgang die beiden Bewerber oder Bewerberinnen mit den meisten Stimmen – oder, falls eine Bewerbung zurückgezogen wird, die Nächstplatzierte oder der Nächstplatzierte – teil. Gewählt ist in diesem Fall, wer die höchste Stimmzahl erreicht.“

Wahlperiode	Fraktionssprecher(innen) – gleichberechtigt –	Parlamentarische Geschäftsführer(innen)
13. WP 1994 ¹⁾	1) <i>Joseph Fischer</i> 2) <i>Kerstin Müller</i>	1) <i>Werner Schulz</i> 2) <i>Simone Probst</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) 3) <i>Margareta Wolf-Mayer</i> ²⁾ (stellv. Parl. Geschäftsführerin)

1) Stand: 31. August 1997

2) ab 24. März 1995 Namensänderung: *Margareta Wolf*

■ Etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und die Angaben für den Beginn der 14. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 5.7 veröffentlicht.

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)

In den Arbeitsordnungen der Bundestagsfraktion der CDU/CSU sind die Bestimmungen über die Zusammensetzung und Wahl des Fraktionsvorstandes mehrmals geändert worden.

*Arbeitsordnung nach 1953**)

„§ 5 Der Vorstand

- 1.) Der Vorstand besteht aus den Vorsitzenden, 4 Stellvertretenden Vorsitzenden, 24 Mitgliedern und 5 Vorsitzenden der Arbeitskreise.
- 2.) ...

§ 7 Wahl des Vorstandes

- 1.) Die Wahl zum Vorstand erfolgt in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen für eine Zeitdauer, die von der Fraktionsvollversammlung beschlossen wird.
- 2.) Vorsitzende, seine Stellvertreter sowie die Vorsitzenden der Arbeitskreise werden getrennt gewählt. Falls in den ersten Wahlgängen ein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erreicht, finden Stichwahlen zwischen den beiden Kandidaten statt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Die Vorsitzenden der Arbeitskreise können, falls die Fraktion dies beschließt, gemeinsam gewählt werden.
- 3.) ...“

*) Datum der Verabschiedung nicht feststellbar.

In der bei *Friedrich Schäfer* abgedruckten, nicht datierten, aber offenbar erst um 1965 gültigen Fassung der Arbeitsordnung sind in § 5 sechs stellvertretende Vorsitzende sowie sechs Vorsitzende von Arbeitskreisen genannt (*Friedrich Schäfer*, Der Bundestag. Köln und Opladen 1967. S. 352).

Arbeitsordnung vom 4. Mai 1971

Die Zusammensetzung des Vorstandes war seit dem 4. Mai 1971 in der Arbeitsordnung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgendermaßen geregelt:

„§ 5 Vorstand

1. ...
2. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, sechs Stellvertretenden Vorsitzenden, den Vorsitzenden der Arbeitskreise oder deren stellvertretenden Vorsitzenden, den Parlamentarischen Geschäftsführern und 23 weiteren Mitgliedern (Beisitzer).
3. ...
4. Bei den Vorstandssitzungen sind die Parteivorsitzenden und Generalsekretäre von CDU und CSU und, soweit sie der CDU/CSU angehören, die Mitglieder des Bundestagspräsidiums, der Bundesregierung und die früheren Bundeskanzler mitberatungsberechtigt. Der Vorsitzende kann andere Persönlichkeiten zur Beratung hinzuziehen. Die Arbeitskreise können empfehlen, zur Beratung einzelner Tagesordnungspunkte ein Mitglied des Arbeitskreises im Vorstand zu hören.“

Am 19. Juni 1979 wurde § 5 Ziffer 4 wie folgt geändert:

„Bei den Vorstandssitzungen sind die Parteivorsitzenden und Generalsekretäre von CDU und CSU und, soweit sie der CDU/CSU angehören, die Mitglieder des Bundestagspräsidiums und *des Präsidiums des Europäischen Parlaments*, der Bundesregierung, die früheren Bundeskanzler und *der Vorsitzende der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments und der Obmann der deutschen Mitglieder dieser Fraktion* mitberatungsberechtigt.“

Arbeitsordnung vom 6. November 1980

Die am 6. November 1980 beschlossene Arbeitsordnung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterschied zwischen einem geschäftsführenden Vorstand, der die Sitzungen des Vorstandes und der Fraktionsversammlung vorbereitet sowie die laufenden Geschäfte der Fraktion führt, und dem Vorstand, dessen Zusammensetzung sich hauptsächlich durch den Wegfall der Arbeitskreisvorsitzenden und die Einrichtung von Arbeitsgruppenvorsitzenden geändert hat:

„§ 5 Geschäftsführender Vorstand

1. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Parlamentarischen Geschäftsführern und den Justitiaren.
2. ...

§ 6 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Parlamentarischen Geschäftsführern, den Justitiaren, den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen (Sprechern), den Vorsitzenden der sonstigen Gruppen und acht weiteren Mitgliedern (Beisitzern).
2. Bei den Vorstandssitzungen sind die Parteivorsitzenden und Generalsekretäre der CDU und der CSU und, soweit sie der CDU oder der CSU angehören, die Mitglieder des Bundestagspräsidiums und des Präsidiums des Europäischen Parlaments, der Bundesregierung, die früheren Bundeskanzler und der Vorsitzende der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments und der Obmann der deutschen Mitglieder dieser Fraktion mitberatungsberechtigt. Der Vorsitzende kann Gäste zur Beratung hinzuziehen.
3. ...“

In die am 23. März 1983 und am 17. Februar 1987 beschlossenen Arbeitsordnungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden die Paragraphen 5 und 6 unverändert übernommen.

Arbeitsordnung vom 11. September 1990

Am 11. September 1990 beschloß die Fraktion in Anbetracht der Vereinigung Deutschlands folgenden Zusatz für den Rest der 11. Wahlperiode:

- „1. Die Abgeordneten der CDU/DA-Fraktion, die gemäß Art. 42 des Einigungsvertrages von der Volkskammer zur Entsendung in den 11. Deutschen Bundestag gewählt worden sind, werden Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
2. Sie sind in der 11. Wahlperiode berechtigt, einen Stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion und fünf Beisitzer im Vorstand zur Wahl durch die CDU-Abgeordneten vorzuschlagen. Weiterhin können sie in der 11. Wahlperiode dem Fraktionsvorsitzenden empfehlen, einen Parlamentarischen Geschäftsführer zur Wahl durch die CDU-Abgeordneten vorzuschlagen.“

Arbeitsordnungen vom 19. Dezember 1990 und vom 19. Februar 1991

Die Arbeitsordnung für die 12. Wahlperiode hat die CDU/CSU-Fraktion am 19. Dezember 1990 beschlossen und am 19. Februar 1991 nochmals geändert. Da diese Arbeitsordnung in einigen Punkten – beispielsweise in der Zahl der Beisitzer – gegenüber der früheren Fassung abweicht, werden die relevanten Absätze der Paragraphen 5 und 6 im folgenden vollständig zitiert:

„§ 5 Geschäftsführender Vorstand

1. Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Parlamentarischen Geschäftsführern und den Justitiaren.
2. ...

§ 6 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Parlamentarischen Geschäftsführern, den Justitiaren, den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen (Sprechern), den Vorsitzenden der sonstigen Gruppen und dreizehn weiteren Mitgliedern (Beisitzern).
2. Bei den Vorstandssitzungen sind die Parteivorsitzenden und Generalsekretäre der CDU und der CSU und, soweit sie der CDU oder der CSU angehören, die Mitglieder des Bundestagspräsidiums und des Präsidiums des Europäischen Parlaments, der Bundesregierung, die früheren Bundeskanzler, der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments und der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe dieser Fraktion mitberatungsberechtigt. Der Vorsitzende kann Gäste zur Beratung hinzuziehen.
3. ...“

Die für Herbst 1991 beabsichtigte und am 25. November 1991 vollzogene Ablösung des bisherigen Fraktionsvorsitzenden *Alfred Dregger* kam in der zu Beginn der 12. Wahlperiode beschlossenen „Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages“ zum Ausdruck. Dort heißt es unter Punkt 3: „Die Wahl für Ämter in der Fraktion erfolgt zu Beginn der Wahlperiode des Bundestages für ein Jahr, dann für den Rest der Wahlperiode ...“

Arbeitsordnung vom 22. November 1994

In die am 22. November 1994 beschlossene Arbeitsordnung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden die Paragraphen 5 und 6 der Arbeitsordnung vom 19. Februar 1991 unverändert übernommen.

Hinweis

Eine Reihe der in Kapitel 3 veröffentlichten Daten sind in Abschnitt 3.24 zu einem Sozialprofil der Fraktionen zusammengefaßt worden.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Arbeitskreis-Vorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberatungsberechtigt
1. WP 1949–53	<i>Heinrich von Brentano</i> ¹⁾ (CDU) (ab 30. 9. 1949)	1) <i>Friedrich Holzapfel</i> ¹⁾ (CDU) (ab 30. 9. 1949 bis April 1950) <i>Johannes Albers</i> (CDU) (ab 31. 1. 1951) 2) <i>Anton Hilbert</i> ¹⁾ (CDU) (ab 30. 9. 1949 bis 17. 1. 1950) <i>Carl Schröter</i> (CDU) (ab 17. 1. 1950 bis † 25. 2. 1952) <i>Gerhard Schröder</i> (CDU) (ab 25. 6. 1952) 3) <i>Franz Josef Strauß</i> ¹⁾ (CSU) (ab 30. 9. 1949)	<i>Heinrich Krone</i> (CDU) (ab Aug. 1951)	–	18 ²⁾	–
2. WP 1953–57	<i>Heinrich von Brentano</i> (CDU) (bis 7. 6. 1955) <i>Heinrich Krone</i> (CDU) (ab 15. 6. 1955)	1) <i>Adolf Cillien</i> (CDU) 2) <i>Johannes Albers</i> (CDU) 3) <i>Johannes Kunze</i> (CDU) 4) <i>Richard Stücklen</i> (CSU)	1) <i>Heinrich Krone</i> (CDU) (bis 15. 6. 1955) <i>Will Rasner</i> (CDU) (ab 6. 7. 1955) 2) <i>Josef Rösing</i> (CDU) (ab November 1955) 3) <i>Gerhard Wacher</i> (Parl. Geschäftsf. der CSU-Landesgruppe) (ab November 1955)	1) <i>Karl Alfred Kihn</i> (CSU) 2) <i>Karl Müller</i> (CDU) 3) <i>August Neuburger</i> (CDU) 4) <i>Peter Horn</i> (CDU) 5) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU)	16 ³⁾	–

¹⁾ In der Fraktionssitzung am 1. September 1949 wurden als 1. Vorsitzender gewählt: *Konrad Adenauer* (CDU), als 2. Vorsitzende: *Jakob Kaiser* (CDU) und *Fritz Schäffer* (CSU), als 3. Vorsitzender: *Friedrich Holzapfel* (CDU);

Stand am 21. September 1949: Vorsitzende: *Friedrich Holzapfel* (CDU), *Heinrich von Brentano* (CDU), *Anton Hilbert* (CDU), *Franz Josef Strauß* (CSU)

²⁾ ab 25. Juni 1952: 20

³⁾ ab Juni 1954: 24

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Arbeitskreis-Vorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberatungsberechtigt
3. WP 1957–61	<i>Heinrich Krone</i> (CDU)	1) <i>Karl Arnold</i> (CDU) (bis † 29. 6. 1958) <i>Josef Arndgen</i> (CDU) (ab 28. 10. 1958) 2) <i>Adolf Cillien</i> (CDU) (bis † 29. 4. 1960) <i>Alfred Burgemeister</i> (CDU) (ab Mai 1960) 3) <i>Hermann Höcherl</i> (CSU) 4) <i>Elisabeth Schwarzhaupt</i> (CDU) 5) <i>Detlef Struve</i> (CDU)	1) <i>Will Rasner</i> (CDU) 2) <i>Josef Rösing</i> (CDU) (stellv. Parl. Geschäftsführer) 3) <i>Gerhard Wacher</i> (CSU) (Parl. Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe)	1) <i>Werner Dollinger</i> (CSU) 2) <i>Peter Horn</i> (CDU) 3) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (bis 19. 2. 1959) <i>Ernst Majonica</i> (CDU) (ab Stand von 1960) 4) <i>Kurt Schmücker</i> (CDU) (bis Stand 1960) <i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU) (ab Stand 1960) 5) <i>Karl Weber</i> (CDU)	28	–
4. WP 1961–65	<i>Heinrich von Brentano</i> (CDU) (bis † 14. 11. 1964) <i>Rainer Barzel</i> (CDU) (ab 1. 12. 1964)	1) <i>Josef Arndgen</i> (CDU) 2) <i>Werner Dollinger</i> (CSU) (bis 14. 12. 1962) <i>Franz Josef Strauß</i> (CSU) (ab 22. 1. 1963) 3) <i>Kurt Schmücker</i> (CDU) (bis 17. 10. 1963) <i>Rainer Barzel</i> (CDU) (ab 3. 12. 1963 bis 1. 12. 1964) <i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU) (ab 15. 12. 1964) 4) <i>Detlef Struve</i> (CDU) 5) <i>Ernst Lemmer</i> (CDU) (ab 12. 2. 1963 bis 19. 2. 1964) <i>Luise Rehling</i> (CDU) (ab 14. 4. 1964)	1) <i>Will Rasner</i> (CDU) 2) <i>Bruno Heck</i> (CDU) (bis 14. 12. 1962) <i>Josef Rösing</i> (CDU) (ab 1965) 3) <i>Gerhard Wacher</i> (CSU) (bis Januar 1963) <i>Leo Wagner</i> (CSU) (ab 22. 1. 1963)	1) <i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU) (bis 15. 12. 1964) <i>Alfred Burgemeister</i> (CDU) (ab 15. 12. 1964) 2) <i>Franz Etzel</i> (CDU) 3) <i>Ernst Majonica</i> (CDU) 4) <i>Hans Schütz</i> (CSU) (bis Januar 1963) <i>Josef Stingl</i> (CDU) (ab 12. 2. 1963) 5) <i>Karl Weber</i> (CDU) (bis 1. 4. 1965) <i>Alois Zimmer</i> (CDU) (ab April 1965; kommissarisch) 6) <i>Stefan Dittrich</i> (CSU) (ab 12. 2. 1963)	29	–

noch: CDU/CSU

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Arbeitskreis-Vorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberatungsberechtigt
5. WP 1965–69	<i>Rainer Barzel</i> (CDU)	1) <i>Eduard Adorno</i> (CDU) (bis 19. 4. 1967) <i>Ernst Müller-Hermann</i> (CDU) (ab 13. 6. 1967) 2) <i>Theodor Blank</i> (CDU) 3) <i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU) 4) <i>Aenne Brauksiepe</i> (CDU) (bis 3. 10. 1968) <i>Irma Blohm</i> (CDU) (ab 15. 10. 1968) 5) <i>Franz Josef Strauß</i> (CSU) (bis 1. 12. 1966) <i>Richard Stücklen</i> (CSU) (ab 25. 1. 1967) 6) <i>Detlef Struve</i> (CDU)	1) <i>Will Rasner</i> (CDU) 2) <i>Josef Rösing</i> (CDU) 3) <i>Leo Wagner</i> (CSU)	1) <i>Ernst Benda</i> (CDU) (bis 12. 4. 1967) <i>Bert Even</i> (CDU) (ab 18. 4. 1967) 2) <i>Alfred Burgemeister</i> (CDU) 3) <i>Ernst Majonica</i> (CDU) 4) <i>Berthold Martin</i> (CDU) 5) <i>Wolfgang Pohle</i> (CSU) 6) <i>Josef Stingl</i> (CDU) (bis 15. 6. 1968) <i>Hermann Götz</i> (CDU) (ab 25. 6. 1968)	24	<i>Konrad Adenauer</i> (CDU) (Bundeskanzler a. D.; bis † 19. 4. 1967) <i>Ludwig Erhard</i> (CDU) (ab Januar 1967; Bundeskanzler a. D.) <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU) (Bundestagspräsident, bis 31. 1. 1969) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU) (Bundestagspräsident, ab 5. 2. 1969) <i>Richard Jaeger</i> (CSU) (Bundestagsvizepräsident, bis 26. 10. 1965 u. ab 11. 5. 1967) <i>Maria Probst</i> (CSU) (Bundestagsvizepräsidentin, ab 9. 12. 1965 bis † 1. 5. 1967) <i>Hans Furler</i> (CDU) (Vizepräsident des Europäischen Parlaments) <i>Joseph Illerhaus</i> (CDU) (Vors. der Christlich-Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments)

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Arbeitskreis-Vorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberatungsberechtigt
6. WP 1969–72	<i>Rainer Barzel</i> (CDU)	1) <i>Annemarie Griesinger</i> (CDU) (bis 6. 9. 1972) 2) <i>Hans Katzer</i> (CDU) 3) <i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU) (bis 3. 6. 1971) 4) <i>Detlef Struve</i> (CDU) 5) <i>Richard Stücklen</i> (CSU) 6) <i>Heinrich Windelen</i> (CDU) 7) <i>Manfred Wörner</i> (CDU)	1) <i>Heinrich Köppler</i> (CDU) (bis 8. 8. 1970) <i>Wilhelm Rawe</i> (CDU) (ab 9. 11. 1971) 2) <i>Will Rasner</i> (CDU) (bis † 15. 10. 1971) <i>Rudolf Seiters</i> (CDU) (ab 9. 11. 1971) 3) <i>Josef Rösing</i> (CDU) 4) <i>Leo Wagner</i> (CSU) 5) <i>Olaf Baron von Wrangel</i> (CDU)	1) <i>Ernst Benda</i> (CDU) (bis 8. 11. 1971) <i>Friedrich Vogel</i> (CDU) (ab 7. 12. 1971) 2) <i>Ernst Müller-Hermann</i> (CDU) 3) <i>Wolfgang Pohle</i> (CSU) (bis † 27. 8. 1971) <i>Hermann Höcherl</i> (CSU) (ab 21. 9. 1971) 4) <i>Hermann Götz</i> (CDU) 5) <i>Werner Marx</i> (CDU) 6) <i>Berthold Martin</i> (CDU)	35	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (Parteivorsitzender der CDU, Bundeskanzler a. D.) <i>Franz Josef Strauß</i> (Parteivorsitzender der CSU) <i>Ludwig Erhard</i> (Ehrenvorsitzender der CDU, Bundeskanzler a. D.) <i>Bruno Heck</i> (CDU) (Generalsekretär bis 5. 10. 1971) <i>Konrad Kraske</i> (CDU) (Generalsekretär ab 5. 10. 1971) <i>Kurt Schmücker</i> (CDU) (Schatzmeister bis 5. 10. 1971) <i>Walther Leisler Kiep</i> (CDU) (Schatzmeister ab 5. 10. 1971) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU) (Bundestagspräsident) <i>Richard Jaeger</i> (CSU) (Bundestagsvizepräsident)

noch: CDU/CSU

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Arbeitskreis-Vorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberatungsberechtigt
7. WP 1972–76	<p><i>Rainer Barzel</i> (CDU) (bis 9. 5. 1973)</p> <p><i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (kommissarisch zwischen 9. und 17. 5. 1973)</p> <p><i>Karl Carstens</i> (CDU) (ab 17. 5. 1973)</p>	<p>1) <i>Richard Stücklen</i> (CSU)</p> <p>2) <i>Hans Katzer</i> (CDU)</p> <p>3) <i>Burkhard Ritz</i> (CDU)</p> <p>4) <i>Richard Frhr. von Weizsäcker</i> (CDU)</p> <p>5) <i>Helga Wex</i> (CDU)</p> <p>6) <i>Heinrich Windelen</i> (CDU)</p>	<p>1) <i>Leo Wagner</i> (CSU) (bis 20. 2. 1975)</p> <p><i>Paul Röhner</i> (CSU) (ab 20. 2. 1975)</p> <p>2) <i>Rudolf Seiters</i> (CDU)</p> <p>3) <i>Wilhelm Rawe</i> (CDU)</p> <p>4) <i>Olaf Baron von Wrangel</i> (CDU) (bis 19. 9. 1973)</p> <p><i>Gerhard Reddemann</i> (CDU) (ab 19. 9. 1973)</p> <p>5) <i>Paul Mikat</i> (CDU) (ab 4. 2. 1973 bis 19. 9. 1973)</p> <p><i>Philipp Jenninger</i> (CDU) (ab 19. 9. 1973)</p>	<p>1) <i>Hermann Götze</i> (CDU)</p> <p>2) <i>Hermann Höcherl</i> (CSU)</p> <p>3) <i>Werner Marx</i> (CDU)</p> <p>4) <i>Ernst Müller-Hermann</i> (CDU)</p> <p>5) <i>Anton Pfeifer</i> (CDU)</p> <p>6) <i>Friedrich Vogel</i> (CDU)</p>	23	<p><i>Helmut Kohl</i> (ab 12. 6. 1973; Parteivorsitzender der CDU)</p> <p><i>Franz Josef Strauß</i> (Parteivorsitzender der CSU)</p> <p><i>Ludwig Erhard</i> (CDU) (Bundeskanzler a. D.)</p> <p><i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (Bundeskanzler a. D.)</p> <p><i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU) (Bundestagsvizepräsident)</p> <p><i>Richard Jaeger</i> (CSU) (Bundestagsvizepräsident)</p> <p><i>Rainer Barzel</i> (CDU) (ab 9. 5. 1973; ehem. Parteivorsitzender der CDU)</p> <p><i>Konrad Kraske</i> (Generalsekretär der CDU, bis 7. 3. 1972)</p> <p><i>Kurt H. Biedenkopf</i> (Generalsekretär der CDU, ab 12. 6. 1973)</p> <p><i>Gerold Tandler</i> (Generalsekretär der CSU)</p> <p><i>Paul Mikat</i> (CDU) (Justitiar)</p> <p><i>Reinhold Kreile</i> (CSU) (stellv. Justitiar)</p>

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Arbeitskreis-Vorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberatungsberechtigt
8. WP 1976–80	<i>Helmut Kohl</i> (CDU)	1) 1. Stv. Vors.: <i>Friedrich Zimmermann</i> (CSU) 2) <i>Walter Althammer</i> (CSU) 3) <i>Alfred Dregger</i> (CSU) 4) <i>Hans Katzer</i> (CDU) 5) <i>Burkhard Ritz</i> (CDU) 6) <i>Richard Frhr. von Weizsäcker</i> (CDU) (bis 21. 6. 1979) 7) <i>Helga Wex</i> (CDU) 8) <i>Heinrich Windelen</i> (CDU)	1) <i>Philipp Jenninger</i> (CDU) 2) <i>Wilhelm Rawe</i> (CDU) 3) <i>Paul Röhner</i> (CSU) 4) <i>Walter Wallmann</i> (CDU) (bis 14. 6. 1977) <i>Gerhard Kunz</i> (CDU) (ab 6. 9. 1977)	1) <i>Werner Dollinger</i> (CSU) 2) <i>Heinrich Franke</i> (CDU) 3) <i>Hansjörg Häfele</i> (CDU) 4) <i>Werner Marx</i> (CDU) 5) <i>Anton Pfeifer</i> (CDU) 6) <i>Friedrich Vogel</i> (CDU) (bis 27. 5. 1977) <i>Heinz Eyrich</i> (CDU) (ab 27. 5. 1977 bis 26. 9. 1978) <i>Benno Erhard</i> (CDU) (ab 26. 9. 1978)	22	<i>Franz Josef Strauß</i> (Parteivorsitzender der CSU) <i>Ludwig Erhard</i> (CDU) (Bundeskanzler a. D., bis † 5. 5. 1977) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (Bundeskanzler a. D.) <i>Rainer Barzel</i> (CDU) (früh. Frakt.-Vors.) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU) (früherer Bundestagspräs.) <i>Karl Carstens</i> (CDU) (Bundestagspräsident, bis 31. 5. 1979) <i>Richard Stücklen</i> (CSU) (Bundestagsvizepräs./Bundestagspräsident) <i>Richard Frhr. von Weizsäcker</i> (CDU) (Bundestagsvizepräsident, ab 21. 6. 1979) <i>Kurt H. Biedenkopf</i> , ab 7. 3. 1977: <i>Heiner Geißler</i> (CDU-Generalsekr.) <i>Gerold Tandler</i> , ab 20. 11. 1978: <i>Edmund Stoiber</i> (CSU-Generalsekr.) <i>Paul Mikat</i> (CDU) (Justitiar) <i>Reinhold Kreile</i> (CSU) (stellv. Justitiar)

Anmerkung zur 8. Wahlperiode (1976):

Nachdem die CSU-Landesgruppe am 19. November 1976 die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU gekündigt hatte, wählte die CDU-Fraktion am 1. und 7. Dezember 1976 folgenden Vorstand für die 8. Wahlperiode des Bundestages:

Vorsitzender:	<i>Helmut Kohl</i>
Stellv. Vorsitzende:	<i>Karl Carstens</i> <i>Alfred Dregger</i> <i>Hans Katzer</i> <i>Burkhard Ritz</i> <i>Walter Wallmann</i> <i>Helga Wex</i> <i>Heinrich Windelen</i>
Parlamentarische Geschäftsführer:	<i>Philipp Jenninger</i> <i>Wilhelm Rawe</i>
Arbeitskreisvorsitzende:	<i>Heinrich Franke</i> <i>Hansjörg Häfele</i> <i>Werner Marx</i> <i>Anton Pfeifer</i> <i>Elmar Pieroth</i> <i>Friedrich Vogel</i>
Justitiar:	<i>Paul Mikat</i>

Dieser Vorstand der CDU-Fraktion trat sein Amt nicht an, weil am 12. Dezember 1976 – zwei Tage vor der konstituierenden Sitzung des 8. Bundestages – die Verhandlungskommissionen von CDU und CSU vereinbarten, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU fortzuführen.

noch: CDU/CSU

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Justitiare, Arbeitsgruppenvorsitzende, Gruppenvorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberaturungsberechtigt
9. WP 1980–83	<i>Helmut Kohl</i> (CDU) (bis 4. 10. 1982) <i>Alfred Dregger</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	1) 1. Stv. Vors.: <i>Friedrich Zimmermann</i> (CSU) (bis 4. 10. 1982) <i>Theodor Waigel</i> (CSU) (ab 4. 10. 1982) 2) <i>Norbert Blüm</i> (CDU) (bis 15. 6. 1981) <i>Adolf Müller</i> (CDU) (ab 23. 6. 1981) 3) <i>Alfred Dregger</i> (CDU) (bis 4. 10. 1982) <i>Benno Erhard</i> (CDU) (ab 14. 10. 1982) 4) <i>Walther Leisler Kiep</i> (CDU) (bis 26. 4. 1982) <i>Hansheinz Hauser</i> (CDU) (ab 14. 10. 1982) 5) <i>Helga Wex</i> (CDU) 6) <i>Manfred Wörner</i> (CDU) (bis 4. 10. 1982) <i>Ignaz Kiechle</i> (CSU) (ab 14. 10. 1982) 7) <i>Volker Rühle</i> (CDU) (ab 14. 10. 1982)	1) 1. Parl. Geschf. <i>Philipp Jenninger</i> (CDU) (bis 4. 10. 1982) <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982) 2) <i>Paul Röhner</i> (CSU) (bis 11. 5. 1982) <i>Wolfgang Bötsch</i> (CSU) (ab 11. 5. 1982) 3) <i>Gerhard Kunz</i> (CDU) (bis 15. 6. 1981) <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) (ab 23. 6. 1981 bis 4. 10. 1982) ¹⁾ 4) <i>Wilhelm Rawe</i> (CDU) (bis 4. 10. 1982) <i>Rudolf Seiters</i> (CDU) (ab 14. 10. 1982) 5) <i>Dorothee Wilms</i> (CDU) (bis 4. 10. 1982) <i>Agnes Hürland</i> (CDU) (ab 14. 10. 1982)	<i>Paul Mikat</i> (CDU) (Justitiar) <i>Reinhold Kreile</i> (CSU) (Justitiar) (bis 14. 10. 1982) <i>Karl-Heinz Spilker</i> (CSU) (Justitiar) (ab 14. 10. 1982) ----- Die Namen der 15 (ab Okt. 1982: 17) Arbeitsgruppen- vorsitzenden siehe unter Abschn. 5.9. ----- Vorsitzende der sonst. Gruppen: <i>Roswitha Verhülsdonk</i> (CDU) (Frauen) <i>Adolf Müller</i> (CDU), ab 26. 6. 1981: <i>Wolfgang Vogt</i> (CDU), ab 14. 10. 1982: <i>Otto Zink</i> (CDU) (Arbeitnehmer) <i>Hansheinz Hauser</i> (CDU) (Mittelstand) <i>Herbert Czaja</i> (CDU) (Vertriebene und Flüchtlinge) <i>Horst Waffenschmidt</i> (CDU), ab 14. 10. 1982: <i>Gerhard Braun</i> (CDU) (Kommunalpol.)	8	2)

1) ab 4. Oktober 1982 1. Parlamentarischer Geschäftsführer

2) Der bei Vorstandssitzungen mitberatungsberechtigte Personenkreis ist in § 6 Abs. 2 der Arbeitsordnung der CDU/CSU (vgl. S. 946) im einzelnen aufgeführt.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Justitiare, Arbeitsgruppenvorsitzende, Gruppenvorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitbera- tungsberechtigt
10. WP 1983–87	<i>Alfred Dregger</i> (CDU)	1) 1. Stv. Vors.: <i>Theodor Waigel</i> (CSU) 2) <i>Walter Althammer</i> (CSU) (bis 11. 1. 1985) <i>Karl-Heinz Spilker</i> (CSU) (ab 11. 1. 1985) 3) <i>Benno Erhard</i> (CDU) (bis 3. 11. 1983) <i>Karl Miltner</i> (CDU) (ab 23. 11. 1983) 4) <i>Hansheinz Hauser</i> (CDU) 5) <i>Adolf Müller</i> (CDU) 6) <i>Volker Rühle</i> (CDU) 7) <i>Helga Wex</i> (CDU) (bis † 9. 1. 1986) <i>Roswitha Verhülsdonk</i> (CDU) (ab 28. 1. 1986)	1) 1. Parl. Geschf. <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) (bis 15. 11. 1984) <i>Rudolf Seiters</i> (CDU) (ab 15. 11. 1984) 2) <i>Wolfgang Bötsch</i> (CSU) 3) <i>Agnes Hürland</i> (CDU) 4) <i>Rudolf Seiters</i> (CDU) (bis 15. 11. 1984) ¹⁾ <i>Friedrich Bohl</i> (CDU) (ab 15. 11. 1984)	<i>Paul Mikat</i> (CDU) (Justitiar) <i>Karl-Heinz Spilker</i> (CSU) (Justitiar) ----- Die Namen der 17 (ab Juni 1986: 18) Arbeitsgruppen- vorsitzenden siehe unter Abschn. 5.9. ----- Vorsitzende der sonst. Gruppen: <i>Roswitha Verhülsdonk</i> (CDU), ab 23. 1. 1986: <i>Ursula Männle</i> (CSU) (Frauen) <i>Otto Zink</i> (CDU) (Arbeitnehmer) <i>Hansheinz Hauser</i> (CDU) (Mittelstand) <i>Herbert Czaja</i> (CDU) (Vertriebene und Flüchtlinge) <i>Gerhard Braun</i> (CDU) (Kommunalpol.)	8	2)

¹⁾ danach 1. Parlamentarischer Geschäftsführer

²⁾ Der bei Vorstandssitzungen mitberatungsberechtigte Personenkreis ist in § 6 Abs. 2 der Arbeitsordnung der CDU/CSU (vgl. S. 946) im einzelnen aufgeführt.

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 6.5 sind seit 1949 gegenübergestellt:

- die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
- die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

noch: CDU/CSU

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Justitiare, Arbeitsgruppenvorsitzende, Gruppenvorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberaturungsberechtigt
11. WP 1987–90	<i>Alfred Dregger</i> (CDU)	1) 1. Stv. Vors.: <i>Theodor Waigel</i> (CSU) (bis 21. 4. 1989) <i>Wolfgang Bötsch</i> (CSU) (ab 25. 4. 1989) 2) <i>Karl Miltner</i> (CDU) (bis 20. 5. 1988) <i>Paul Laufs</i> (CDU) (ab 7. 6. 1988) 3) <i>Hansheinz Hauser</i> (CDU) 4) <i>Karl-Heinz Spilker</i> (CSU) 5) <i>Otto Zink</i> (CDU) 6) <i>Volker Rühle</i> (CDU) (bis 3. 10. 1989) <i>Karl-Heinz Hornhues</i> (CDU) (ab 3. 10. 1989) 7) <i>Roswitha Verhülsdonk</i> (CDU) 8) <i>Bertram Wiczorek</i> (CDU) (ab 4. 10. 1990)	1) 1. Parl. Geschf. <i>Rudolf Seiters</i> (CDU) (bis 21. 4. 1989) <i>Friedrich Bohl</i> (CDU) (ab 25. 4. 1989) 2) Stv. d. 1. Parl. Geschf. <i>Wolfgang Bötsch</i> (CSU) (bis 25. 4. 1989) <i>Rudolf Kraus</i> (CSU) (ab 25. 4. 1989) 3) <i>Friedrich Bohl</i> (CDU) (bis 25. 4. 1989) ²⁾ <i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU) (ab 25. 4. 1989) 4) <i>Ingrid Roitzsch</i> (CDU) 5) <i>Clemens Schwalbe</i> (CDU) (ab 4. 10. 1990)	<i>Manfred Langner</i> (CDU) (Justitiar) <i>Alfred Sauter</i> (CSU) (Justitiar) (bis 6. 7. 1988) <i>Peter Wilhelm Höffkes</i> (CSU) (Justitiar) (ab 21. 9. 1988) ----- Die Namen der 18 Arbeitsgruppenvorsitzenden siehe unter Abschn. 5.9. ----- Vorsitzende der sonst. Gruppen: <i>Ursula Männle</i> (CSU) (Frauen) <i>Adolf Herkenrath</i> (CDU) (Kommnalpol.) <i>Heribert Scharrenbroich</i> (CDU) (Arbeitnehmer) <i>Hansheinz Hauser</i> (CDU) (Mittelstand) <i>Herbert Czaja</i> (CDU) (Vertriebene und Flüchtlinge)	8 ³⁾	1)

1) Der bei Vorstandssitzungen mitberatungsberechtigte Personenkreis ist in § 6 Abs. 2 der Arbeitsordnung der CDU/CSU (vgl. S. 946) im einzelnen aufgeführt.

2) danach 1. Parlamentarischer Geschäftsführer

3) ab 4. 10. 1990 Erhöhung der Zahl der sonstigen Vorstandsmitglieder auf 13 infolge Eintritts der Mitglieder des Bundestages aus dem Gebiet der ehemaligen DDR

Hinweis

Die weiblichen Mitglieder des Bundestagspräsidiums enthält Abschnitt 3.11.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Justitiare, Arbeitsgruppenvorsitzende, Gruppenvorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberatungsberechtigt
12. WP 1990–94	<i>Alfred Dregger</i> (CDU) (bis 25. 11. 1991) ⁵⁾ <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) (ab 25. 11. 1991)	1) 1. Stv. Vors. ¹⁾ : <i>Wolfgang Bötsch</i> (CSU) (bis 22. 1. 1993) <i>Michael Glos</i> (CSU) (ab 22. 1. 1993) 2) <i>Paul Laufs</i> (CDU) (bis 18. 12. 1991) <i>Johannes Gerster</i> (CDU) (ab 14. 1. 1992) 3) <i>Michael Glos</i> (CSU) (bis 22. 1. 1993) ²⁾ <i>Kurt Falthäuser</i> (CSU) (ab 22. 1. 1993) 4) <i>Hans Peter Schmitz</i> (CDU) 5) <i>Heiner Geißler</i> (CDU) 6) <i>Karl-Heinz Hornhues</i> (CDU) 7) <i>Maria Michalk</i> (CDU) ³⁾ 8) <i>Johannes Nitsch</i> (CDU)	1) 1. Parl. Geschf. <i>Friedrich Bohl</i> (CDU) (bis 25. 11. 1991) <i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU) (ab 25. 11. 1991) 2) Stv. d. 1. Parl. Geschf.: <i>Rudolf Kraus</i> (CSU) (bis 5. 5. 1992) <i>Eduard Oswald</i> (CSU) (ab 5. 5. 1992) 3) <i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU) (bis 25. 11. 1991) ⁴⁾ <i>Brigitte Baumeister</i> (CDU) (ab 3. 12. 1991) 4) <i>Ingrid Roitzsch</i> (CDU) (bis 5. 5. 1992) <i>Joachim Hörster</i> (CDU) (ab 5. 5. 1992) 5) <i>Clemens Schwalbe</i> (CDU)	<i>Franz Möller</i> (CDU) (Justitiar) <i>Karl-Heinz Spilker</i> (CSU) (Justitiar) ----- Die Namen der 21 Arbeitsgruppenvorsitzenden siehe unter Abschn. 5.9. ----- Vorsitzende der sonst. Gruppen: <i>Adolf Herkenrath</i> (CDU) (Kommunalpol.) <i>Hartmut Koschyk</i> (CSU) (Vertriebene und Flüchtlinge) <i>Hansjürgen Doss</i> (CDU) (Mittelstand) <i>Ursula Männle</i> (CSU) (Frauen) <i>Heribert Scharrenbroich</i> (CDU) (bis 23. 3. 1994) (Arbeitnehmer)	13	6)

1) zugleich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe

2) danach 1. Stellvertretender Vorsitzender

3) MdB erst ab 13. Februar 1991

4) danach 1. Parlamentarischer Geschäftsführer

5) ab 25. November 1991 Ehrevorsitzender der Fraktion

6) Der bei Vorstandssitzungen mitberatungsberechtigte Personenkreis ist in § 6 Abs. 2 der Arbeitsordnung der CDU/CSU (vgl. S. 947) im einzelnen aufgeführt.

Hinweis

Eine Reihe der in Kapitel 3 veröffentlichten Daten sind in Abschnitt 3.24 zu einem Sozialprofil der Fraktionen zusammengefaßt worden.

noch: CDU/CSU

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Arbeitskreis-Vorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.	mitberatungsberechtigt
13. WP 1994– ¹⁾	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU)	1) 1. Stv. Vors. ²⁾ : <i>Michael Glos</i> (CSU) 2) <i>Gerhard Friedrich</i> (CSU) 3) <i>Heiner Geißler</i> (CDU) 4) <i>Paul Krüger</i> (CDU) 5) <i>Hans-Peter Replik</i> (CDU) 6) <i>Hannelore Rönsch</i> (CDU) 7) <i>Rupert Scholz</i> (CDU) 8) <i>Rudolf Seiters</i> (CDU)	1) 1. Parl. Geschf. <i>Joachim Hörster</i> (CDU) 2) Stv. d. 1. Parl. Geschf.: <i>Eduard Oswald</i> (CSU) 3) <i>Brigitte Baumeister</i> (CDU) 4) <i>Andreas Schmidt</i> (CDU) 5) <i>Clemens Schwalbe</i> (CDU)	<i>Reinhard Göhner</i> (CDU) (Justitiar) <i>Gerhard Scheu</i> (CSU) (Justitiar) ----- Die Namen der 19 Arbeitsgruppenvorsitzenden siehe unter Abschn. 5.9. ----- Vorsitzende der sonst. Gruppen: <i>Joseph-Theodor Blank</i> (CDU) (Kommunalpolitik) <i>Hartmut Koschyk</i> (CSU) (Vertriebene und Flüchtlinge) <i>Hansjürgen Doss</i> (CDU) (Mittelstand) <i>Bärbel Sothmann</i> (CDU) (Frauen) <i>Heinz-Adolf Hörsken</i> (CDU) (bis † 23. 2. 1996) <i>Wolfgang Vogt</i> (CDU) (ab 21. 5. 1996) (Arbeitnehmer)	13	³⁾

¹⁾ Stand: 31. August 1997

²⁾ zugleich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe

³⁾ Der bei Vorstandssitzungen mitberatungsberechtigte Personenkreis ist in § 6 Abs. 2 der Arbeitsordnung der CDU/CSU (vgl. S. 947) im einzelnen aufgeführt.

■ Etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes der CDU/CSU-Fraktion ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und die Angaben für den Beginn der 14. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 5.7 veröffentlicht.

Deutsche Partei (DP): 1.–3. Wahlperiode

Die Fraktion der Deutschen Partei bestand nur im 1. bis 3. Bundestag.

In der 1. Wahlperiode (1949–53) benannte sich die DP-Fraktion ab 6. Dezember 1951 um in Deutsche Partei/Deutsche Partei Bayern (DP/DPB), nachdem die Gruppe der WAV sich in die Gruppe der Deutschen Partei Bayern (DPB) umgebildet und der Fraktion der Deutschen Partei angeschlossen hatte. Nach Fraktionsaustritten im Dezember 1952 wurde wieder die ursprüngliche Fraktionsbezeichnung verwendet.

In der 2. Wahlperiode (1953–57) stimmte der Bundestag am 14. März 1957 der Bildung der Fraktion Deutsche Partei (Freie Volkspartei) (DP[FVP]) zu, nachdem Deutsche Partei und Freie Volkspartei die Bildung einer einheitlichen Partei beschlossen und sich schon seit September 1956 zu einer Arbeits- und Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten.

In der 3. Wahlperiode (1957–61) erlosch die Fraktion der Deutschen Partei am 1. Juli 1960 durch den Fraktionswechsel von 9 Abgeordneten von der Deutschen Partei zur CDU/CSU; die verbliebenen DP-Abgeordneten konstituierten sich am 2. Juli 1960 als Gruppe der DP.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Zahl der sonst. Vorst.-mitgl.
1. WP 1949–53	<i>Heinrich Hellwege</i> (bis Stand 2. 11. 1949) <i>Friedrich Klinge</i> (ab Stand 2. 11. 1949 bis † 21. 12. 1949) <i>Hans Mühlenfeld</i> (ab Stand 8. 9. 1950 bis 15. 3. 1953) <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (ab 17. 3. 1953)	<i>Hans Mühlenfeld</i> (bis Stand 8. 9. 1950) <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (ab Stand 8. 9. 1950 bis 17. 3. 1953) <i>Hans Ewers</i> (ab 17. 3. 1953)	<i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (bis Stand 8. 9. 1950) <i>Heinz Matthes</i> (ab Stand 23. 3. 1953)	2
2. WP 1953–57 ab 14. 3. 1957: DP (FVP)	<i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (bis Stand 11. 9. 1955) <i>Ernst-Christoph Brühler</i> (ab Stand 11. 9. 1955) 1) <i>Ernst-Christoph Brühler</i> 2) <i>Ludwig Schneider</i>	<i>Rudolf Eickhoff</i> <i>Herbert Schneider</i> (ab 13. 9. 1955)	<i>Heinz Matthes</i>	1
3. WP 1957–61 (bis Auflösung am 1. 7. 1960)	<i>Herbert Schneider</i>	1) <i>Margot Kalinke</i> (FrW 1. 7. 1960 fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU) 2) <i>Ludwig Preiß</i> (FrW 1. 7. 1960 fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU)	<i>Heinz Matthes</i>	–

Föderalistische Union (FU): 1. Wahlperiode

Die Fraktion der Föderalistischen Union bestand nur im 1. Bundestag ab 14. Dezember 1951. Sie ist aus dem Zusammenschluß der Fraktionen der Bayernpartei und des Zentrums entstanden, nachdem mit Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages am 6. Dezember 1951 (wirksam ab 1. Januar 1952) die Fraktionsmindeststärke von 10 auf 15 Abgeordnete erhöht worden war und Bayernpartei und Zentrum dadurch ihre Fraktionseigenschaft verloren hatten.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer
1. WP 1949–53 ab 14. 12. 1951	1) <i>Hugo Decker</i> 2) <i>Helene Wessel</i> (bis Ende Februar 1952) <i>Otto Pannenbecker</i> (ab 20. 2. 1952)	1) <i>Anton Besold</i> 2) <i>Bernhard Reismann</i>	1) <i>Conrad Fink</i> (bis 5. 1. 1952; FrW → CDU/CSU) 2) <i>Otto Pannenbecker</i> (bis 20. 2. 1952)

Freie Demokratische Partei (FDP)

In der Geschäftsordnung der Bundestagsfraktion der FDP sind die Bestimmungen über die Zusammensetzung und Wahl des Fraktionsvorstandes mehrmals geändert worden.

Geschäftsordnung vom 26. November 1958

„§ 5

Der Vorstand der Fraktion besteht aus:

1. dem Vorsitzenden
2. zwei stellvertretenden Vorsitzenden
3. dem Parlamentarischen Sekretär
4. dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages.

Der Vorstand wird auf ein Jahr gewählt; Wiederwahl ist zulässig. Zur Neuwahl des Fraktionsvorstandes ist mit einer Frist von mindestens zwei Wochen einzuladen.

Der Bundesvorsitzende und die Ehrenpräsidentin der FDP haben das Recht, an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes teilzunehmen.“

Geschäftsordnung vom 17. März 1981

Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes waren seit dem 17. März 1981 in der Geschäftsordnung der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag folgendermaßen geregelt (ähnlich schon zuvor die Fassung vom 1. Oktober 1962 und identisch damit die Fassung vom 7. Oktober 1976):

„§ 5

(1) Der Vorstand der Fraktion besteht aus:

1. dem Vorsitzenden
2. den drei stellvertretenden Vorsitzenden
3. den auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden zu wählenden zwei parlamentarischen Geschäftsführern
4. dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages

(2) Der Vorstand wird auf ein Jahr gewählt: Wiederwahl ist zulässig. Erfolgt die Wahl weniger als zwei Jahre vor Ablauf der Legislaturperiode, so gilt sie für den Rest der Legislaturperiode. Zur Neuwahl des Fraktionsvorstandes ist mit einer Frist von mindestens vier Wochen einzuladen.

(3) Der Bundesvorsitzende, die Ehrenpräsidenten der FDP, die Bundesminister, die der FDP angehören, sowie der Fraktionsgeschäftsführer (§ 6 Abs. 1 Satz 2) nehmen an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes teil. Eine Stellvertretung ist ausgeschlossen.“

Geschäftsordnung vom 12. November 1991

Eine Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder sieht erstmals die am 12. November 1991 beschlossene Geschäftsordnung*) vor (sie ist identisch mit der am 9. November 1994 beschlossenen Fassung):

„§ 5 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht

1. aus dem Vorsitzenden,
2. aus bis zu vier stellvertretenden Vorsitzenden,
3. aus bis zu drei Parlamentarischen Geschäftsführern,
4. kraft Amtes aus den Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Bundestages, die Mitglied der Freien Demokratischen Partei sind.

(2) Der Vorsitzende, seine Stellvertreter und die Parlamentarischen Geschäftsführer werden auf ein Jahr gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig. Die Parlamentarischen Geschäftsführer werden auf Vorschlag des Vorsitzenden gewählt. Erfolgt die Wahl weniger als zwei Jahre vor Ablauf der Wahlperiode, gilt sie bis zum Ende der Wahlperiode.

(3) Die Fraktion kann aus ihrer Mitte einen Ehrenvorsitzenden wählen, der dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied angehört.

(4) Der Bundesvorsitzende, die Ehrenvorsitzenden der Partei, der Generalsekretär der Partei und die Bundesminister, die Mitglied der Freien Demokratischen Partei sind, können an den Sitzungen des Vorstandes teilnehmen.

(5) ...“

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes
1. WP 1949–53	<i>Theodor Heuss</i> (ab 4. bis 12. 9. 1949) <i>Hermann Schäfer</i> (ab 12. 9. 1949 bis 10. 1. 1951) <i>August-Martin Euler</i> (ab 10. 1. 1951 bis 6. 5. 1952) <i>Hermann Schäfer</i> (ab 6. 5. 1952)	1) <i>August-Martin Euler</i> (bis 10. 1. 1951) <i>Hermann Schäfer</i> (ab 10. 1. 1951 bis 6. 5. 1952) <i>Ernst Mayer</i> (ab 6. 5. 1952 bis † 18. 12. 1952) 2) <i>Hans Wellhausen</i>	<i>Walther Kühn</i> <i>Erich Mende</i>	<i>Hermann Schäfer</i> (Bundestags- vizepräsident; s. a. unter Vors. und stv. Vors.)

*) Mit dieser Geschäftsordnung ändert sich auch die offizielle Abkürzung der Fraktion in „F.D.P.“, indem – wie bei der Partei – nach den Großbuchstaben jeweils ein Punkt eingefügt wird.

noch: FDP

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes
2. WP 1953–57	<i>Thomas Dehler</i> (bis 8. 1. 1957) <i>Max Becker</i> (ab 8. 1. 1957)	1) <i>August-Martin Euler</i> (bis 10. 1. 1956) <i>Max Becker</i> (ab 10. 1. 1956 bis 8. 1. 1957) <i>Hans Lenz</i> (ab 8. 1. 1957) 2) <i>Erich Mende</i>	<i>Martin Blank</i> (FrW: 23. 2. 1956 fraktionslos; 15. 3. 1956 DA; 26. 6. 1956 FVP; 13. 3. 1957 DP/FVP) <i>Ewald Bucher</i> (ab Ende Februar 1956)	<i>Hermann Schäfer</i> (bis 20. 10. 1953; Bundestags- vizepräsident) <i>Ludwig Schneider</i> (ab 28. 10. 1953; Bun- destagsvizepräsident) <i>Max Becker</i> (ab 4. 7. 1956; Bun- destagsvizepräsident; s. a. unter stv. Vors. und Vors.)
3. WP 1957–61	<i>Erich Mende</i>	1) <i>Hans Lenz</i> 2) <i>Jan Eilers</i>	1) <i>Ewald Bucher</i> 2) <i>Wolfgang Mischnick</i> (ab 10. 11. 1959) Geschäftsführer: <i>Hans-Dietrich Genscher</i> (ab 1959)	<i>Max Becker</i> (bis † 29. 7. 1960; Bundestags- vizepräsident) <i>Thomas Dehler</i> (ab 28. 9. 1960; Bun- destagsvizepräsident)
4. WP 1961–65	<i>Erich Mende</i> (bis 17. 10. 1963; s. danach unter Vorstandsmitglieder kraft Amtes) <i>Knut Frhr. v. Kühl- mann-Stumm</i> (ab 5. 11. 1963; 17. 10. 1963 bis 5. 11. 1963 kommissarisch)	1) <i>Ewald Bucher</i> (bis 13. 12. 1962; s. danach unter Vorstandsmitglieder kraft Amtes) <i>Fritz-Rudolf Schultz</i> (ab 8. 1. 1963) 2) <i>Wolfgang Döring</i> (bis † 17. 1. 1963) <i>Siegfried Zoglmann</i> (ab 12. 2. 1963) 3) <i>Knut Frhr. v. Kühlmann-Stumm</i> (bis 17. 10. 1963) <i>Wolfgang Mischnick</i> (ab 5. 11. 1963)	1) <i>Hermann Dürr</i> (bis 10. 11. 1964) <i>Werner Mertes</i> (ab 10. 11. 1964) 2) <i>Siegfried Zoglmann</i> (bis 12. 2. 1963) <i>Hans Georg Emde</i> (ab 19. 2. 1963) Geschäftsführer: <i>Hans-Dietrich Genscher</i>	<i>Thomas Dehler</i> (Bundestags- vizepräsident)

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 6.5 sind seit 1949 gegenübergestellt:

- die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
- die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes
5. WP 1965–69	<i>Knut Frhr. v. Kühlmann-Stumm</i> (bis 23. 1. 1968) <i>Wolfgang Mischnick</i> (ab 23. 1. 1968)	1) <i>Wolfgang Mischnick</i> (bis 23. 1. 1968) <i>Knut Frhr. v. Kühlmann-Stumm</i> (ab 23. 1. 1968) 2) <i>Heinz Starke</i> (bis 17. 1. 1967) <i>William Borm</i> (ab 17. 1. 1967 bis 23. 1. 1968) <i>Josef Ertl</i> (ab 23. 1. 1968) 3) <i>Siegfried Zoglmann</i> (bis 23. 1. 1968) <i>Wolfram Dorn</i> (ab 23. 1. 1968)	1) <i>Hans-Dietrich Genscher</i> 2) <i>Werner Mertes</i>	<i>Thomas Dehler</i> (bis † 21. 7. 1967; Bundestags- vizepräsident) <i>Walter Scheel</i> (ab 8. 9. 1967; Bundestags- vizepräsident)
6. WP 1969–72	<i>Wolfgang Mischnick</i>	1) <i>Knut Frhr. von Kühlmann-Stumm</i> (bis 7. 12. 1971) <i>Ernst Achenbach</i> (ab 7. 12. 1971) 2) <i>Wolfgang Rutschke</i> (bis 7. 1. 1971) <i>Victor Kirst</i> (ab 19. 1. 1971) 3) <i>Hansheinrich Schmidt</i> (bis 19. 1. 1971) <i>Kurt Spitzmüller</i> (ab 19. 1. 1971)	1) <i>Werner Mertes</i> 2) <i>Alfred Ollesch</i>	<i>Liselotte Funcke</i> (Bundestags- vizepräsidentin)
7. WP 1972–76	<i>Wolfgang Mischnick</i>	1) <i>Karl-Hermann Flach</i> (bis † 25. 8. 1973) <i>Uwe Ronneburger</i> (ab 18. 9. 1973 bis 12. 6. 1975) <i>Hans-Günter Hoppe</i> (ab 22. 9. 1975) 2) <i>Victor Kirst</i> 3) <i>Kurt Spitzmüller</i>	1) <i>Werner Mertes</i> 2) <i>Alfred Ollesch</i>	<i>Liselotte Funcke</i> (Bundestags- vizepräsidentin)

noch: FDP

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes
8. WP 1976–80	<i>Wolfgang Mischnick</i>	1) <i>Hans A. Engelhard</i> 2) <i>Hans-Günter Hoppe</i> 3) <i>Kurt Jung</i> (bis 6. 2. 1979) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (ab 6. 2. 1979)	1) <i>Alfred Ollesch</i> (bis † 16. 4. 1978) <i>Torsten Wolfgramm</i> (ab 26. 9. 1978) 2) <i>Kurt Spitzmüller</i>	<i>Liselotte Funcke</i> (bis 23. 11. 1979; Bundestags- vizepräsidentin) <i>Richard Wurbs</i> (ab 28. 11. 1979; Bundestags- vizepräsident)
9. WP 1980–83	<i>Wolfgang Mischnick</i>	1) <i>Hans-Günter Hoppe</i> 2) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> 3) <i>Hans A. Engelhard</i> (bis 4. 10. 1982)	1) <i>Torsten Wolfgramm</i> 2) <i>Klaus Gärtner</i> Fraktions- geschäftsführer: <i>Kurt Spitzmüller</i>	<i>Richard Wurbs</i> (Bundestags- vizepräsident)
10. WP 1983–87	<i>Wolfgang Mischnick</i>	1) <i>Hans-Günter Hoppe</i> 2) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (bis 14. 12. 1984) <i>Hermann Otto Solms</i> (ab 15. 1. 1985) 3) <i>Uwe Ronneburger</i>	1) <i>Torsten Wolfgramm</i> 2) <i>Klaus Beckmann</i>	<i>Richard Wurbs</i> (bis 13. 12. 1984; Bundestags- vizepräsident) <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (ab 14. 12. 1984; Bundestags- vizepräsident)
11. WP 1987–90	<i>Wolfgang Mischnick</i>	1) <i>Uwe Ronneburger</i> 2) <i>Hermann Otto Solms</i> 3) <i>Wolfgang Weng</i>	1) <i>Torsten Wolfgramm</i> 2) <i>Klaus Beckmann</i> (bis 4. 7. 1989) <i>Werner Hoyer</i> (ab 3. 10. 1989) 3) <i>Ursula Seiler-Albring</i> (ab 12. 4. 1988)	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (Bundestags- vizepräsident)

Hinweise

Daten zur Geschichte aller Parteien, die seit 1949 an Bundestagswahlen teilgenommen haben, enthält Abschnitt 1.6 des vorliegenden **Datenhandbuchs**.

Die Mehrheitsverhältnisse in jeder Wahlperiode – d. h. die Mandatsstärke von Regierungskoalition und Opposition – mit allen Veränderungen z. B. aufgrund von Fraktions- und Koalitionswechseln innerhalb der Wahlperiode sind chronologisch zusammengefaßt in einer Dokumentation in Abschnitt 6.6: Koalitionen und Opposition im Bund.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes
12. WP 1990–94	<i>Hermann Otto Solms</i>	1) <i>Wolfgang Weng</i> 2) <i>Bruno Menzel</i> 3) <i>Uta Würfel</i> 4) <i>Hermann Rind</i>	1) <i>Werner Hoyer</i> (bis 22. 6. 1993) 2) <i>Manfred Richter</i> ¹⁾ 3) <i>Joachim Günther</i> (ab 15. bis 28. 1. 1991) <i>Uwe-Bernd Lühr</i> (ab 29. 1. 1991 bis 10. 12. 1991 und ab 22. 6. 1993) <i>Heinz Hübner</i> (ab 10. 12. 1991 bis 12. 5. 1992) <i>Ina Albowitz</i> (ab 2. 6. 1992) ²⁾	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (Bundestagsvizepräsident) Ehrevorsitzender: <i>Wolfgang Mischnick</i>
13. WP 1994– ³⁾	<i>Hermann Otto Solms</i>	1) <i>Wolfgang Weng</i> 2) <i>Ulrich Irmer</i> 3) <i>Uwe Lühr</i>	1) <i>Jörg van Essen</i> 2) <i>Ina Albowitz</i> 3) <i>Ulrich Heinrich</i>	<i>Burkhard Hirsch</i> (Bundestagsvizepräsident)

1) ab 22. 6. 1993: 1. Parlamentarischer Geschäftsführer

2) ab 22. 6. 1993: 2. Parlamentarische Geschäftsführerin

3) Stand: 31. August 1997

■ Etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes der FDP-Fraktion ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und die Angaben für den Beginn der 14. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 5.7 veröffentlicht.

Freie Volkspartei (FVP): 2. Wahlperiode

Die Fraktion der FVP bestand nur im 2. Bundestag. Sie wurde am 1. März 1956 von 16 aus der FDP ausgetretenen Abgeordneten unter der Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten (AFD)“ gegründet und danach zweimal umbenannt: am 15. März 1956 in „Demokratische Arbeitsgemeinschaft (DA)“ und am 26. Juni 1956 in „Freie Volkspartei (FVP)“. Am 25. September 1956 gaben die Fraktionen der FVP und der DP den Zusammenschluß zu einer Arbeits- und Aktionsgemeinschaft bekannt, und am 14. März 1957 stimmte der Bundestag der Bildung der Fraktion „Deutsche Partei (Freie Volkspartei) (DP[FVP])“ zu, nachdem DP und FVP die Bildung einer einheitlichen Partei beschlossen hatten.

Hinweis

Alle Wahlen im Bundestag sind im Kapitel 10 zusammengefaßt worden.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender	Parlamentarischer Geschäftsführer
2. WP 1953–57 (ab 1. 3. 1956 bis 14. 3. 1957)	<i>Ludwig Schneider</i>	<i>Hasso von Manteuffel</i>	<i>Martin Blank</i>

Gesamtdeutscher Block – BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) (GB/BHE): 2. Wahlperiode

Die Fraktion des GB/BHE bestand nur in der 2. Wahlperiode:

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Zahl der sonst. Vorst.-mitgl.
2. WP 1953–57	<i>Horst Haasler</i> (bis 15. 3. 1955; FrW: 12. 7. 1955) <i>Karl Mocker</i> (ab 15. 3. 1955 bis 26. 4. 1956) <i>Erwin Feller</i> (ab 26. 4. 1956)	1) <i>Walter Eckhardt</i> (bis 15. 3. 1955) <i>Erwin Feller</i> (ab 15. 3. 1955 bis 26. 4. 1956) <i>Willy Reichstein</i> (ab 26. 4. 1956) 2) <i>Karl Mocker</i> (bis 15. 3. 1955) <i>Frank Seiboth</i> (ab 15. 3. 1955) 3) <i>Linus Kather</i> (ab 24. 7. 1954 bis 13. 9. 1955)	1) <i>Adolf Franz Samwer</i> (bis 15. 3. 1955) <i>Otto Klötzer</i> (ab 15. 3. 1955) 2) <i>Helmut Petersen</i>	2

Die Grünen: 10. und 11. Wahlperiode

Die Fraktion „Die Grünen“ war im Bundestag erstmals in der 10. Wahlperiode (1983–87) vertreten. In der 11. Wahlperiode (1987–90) führte die Fraktion ab dem 4. Oktober 1990 die Bezeichnung „Die Grünen/Bündnis 90“, nachdem ihr die sieben Abgeordneten beigetreten waren, die die Volkskammer der DDR am 28. September 1990 anteilig aus der Fraktion „Bündnis 90/Grüne“ in den Deutschen Bundestag gewählt hatte.

Bei der Wahl zum 12. Bundestag (1990) verfehlten die Grünen in den westdeutschen Bundesländern die Fünfprozent-Klausel; lediglich die in den ostdeutschen Bundesländern kandidierende Listenver-

einigung „Bündnis 90/Die Grünen“ erreichte acht Mandate und konstituierte sich in der 12. Wahlperiode (1990–94) als Gruppe im Bundestag. (Angaben zum Vorstand siehe Seite 979.)

Nachdem „Die Grünen“ und „Bündnis 90“ sich im Juni 1993 zu einer Partei unter der Bezeichnung „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)“ vereinigt hatten, traten sie 1994 zur Wahl des 13. Bundestages an und bildeten eine Fraktion mit gleicher Bezeichnung. Angaben zur Zusammensetzung und Wahl der Gruppe bzw. Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ seit der 12. Wahlperiode sind alphabetisch unter B eingeordnet.

Geschäftsordnung für die 10. Wahlperiode (1983–87)

Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes der Fraktion „Die Grünen im Bundestag“ richteten sich in der 10. Wahlperiode nach einer – nicht beschlossenen – Geschäftsordnung der Fraktion:

„§ 4 Der geschäftsführende Fraktionsvorstand

(1) Dem geschäftsführenden Vorstand der Fraktion gehören an:

1. die drei gleichberechtigten Sprecher/innen,
2. der/die Parlamentarische Geschäftsführer/in und seine/ihre beiden Stellvertreter/innen sowie
3. mit beratender Stimme der/die Fraktionsgeschäftsführer/in.

Stellt die Fraktion eine/n der Vizepräsidenten/innen des Deutschen Bundestages, so gehört diese/r dem Fraktionsvorstand ebenfalls an.

(2) ...

§ 10 Wahlen und Abstimmungen

(1) ...

(2) Die drei gleichberechtigten Sprecher/innen sowie der/die Parlamentarische Geschäftsführer/in und seine/ihre beiden Stellvertreter/innen werden einzeln in geheimer Wahl für die Dauer von zwölf Monaten gewählt; einmalige Wiederwahl ist möglich...“

Geschäftsordnung vom 6. März 1987

In der 11. Wahlperiode war die Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes der Fraktion „Die Grünen im Bundestag“ in einer am 6. März 1987 verabschiedeten Geschäftsordnung folgendermaßen geregelt:

„§ 5 Der Fraktionsvorstand

(1) Dem Fraktionsvorstand gehören an:

1. zwei Sprecherinnen und ein Sprecher, die gleichberechtigt sind, und
2. der/die Parlamentarische Geschäftsführer/in und seine/ihre beiden Stellvertreter/innen.

Stellt die Fraktion ein Mitglied des Präsidiums des Bundestages, so gehört dieses dem Fraktionsvorstand an. Mindestens drei Mitglieder des Fraktionsvorstandes sind Frauen.

(2) ...

§ 11 Wahlen und Abstimmungen

(1) ...

(2) Die Mitglieder des Fraktionsvorstandes werden einzeln in geheimer Wahl für die Dauer von einem Jahr gewählt; einmalige Wiederwahl ist möglich. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Fraktion auf sich vereinigt. Erreicht im ersten Wahlgang keine/r der Bewerber/innen die erforderliche Mehrheit, so können für den zweiten Wahlgang neue Bewerber/innen vorgeschlagen werden. Erreicht auch im zweiten Wahlgang niemand die erforderliche Mehrheit, so nehmen am dritten Wahlgang die beiden Bewerber/innen mit den meisten Stimmen – oder, falls eine/r von ihnen die Bewerbung zurückzieht, der/die Nächstplazierte – teil. Gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl erreicht. Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt.“

Wahlperiode	Fraktionssprecher(innen) – gleichberechtigt –	Parlamentarische Geschäftsführer(innen)
10. WP 1983–87	ab Beginn der WP bis 3. 4. 1984: 1) <i>Marieluise Beck-Oberdorf</i> 2) <i>Petra Kelly</i> 3) <i>Otto Schily</i>	ab Beginn der WP bis 3. 4. 1984: 1) <i>Joseph Fischer</i> 2) <i>Annemarie Borgmann</i> ¹⁾ (stellv. Parl. Geschäftsführerin) 3) <i>Gabriele Potthast</i> , ab 25. 10. 1983: <i>Julius Krizsan</i> (stellv. Parl. Geschäftsführer) Fraktionsgeschäftsführer (nicht MdB): <i>Michael Vesper</i>
	ab 3. 4. 1984: 1) <i>Annemarie Borgmann</i> ¹⁾ 2) <i>Waltraud Schoppe</i> 3) <i>Antje Vollmer</i>	ab 3. 4. 1984: 1) <i>Christa Nickels</i> 2) <i>Heidemarie Dann</i> ¹⁾ (stellv. Parl. Geschäftsführerin) 3) <i>Erika Hickel</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) Fraktionsgeschäftsführer (nicht MdB): <i>Michael Vesper</i>
	ab 30./31. 3. 1985: 1) <i>Sabine Bard</i> ¹⁾ 2) <i>Hannegret Hönes</i> 3) <i>Christian Schmidt</i>	ab 30./31. 3. 1985: 1) <i>Eberhard Bueb</i> 2) <i>Axel Vogel</i> (stellv. Parl. Geschäftsführer) 3) <i>Ursula Eid</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) Fraktionsgeschäftsführer (nicht MdB): <i>Michael Vesper</i>
	ab 1. 2. 1986: 1) <i>Annemarie Borgmann</i> 2) <i>Hannegret Hönes</i> 3) <i>Ludger Volmer</i> (bis 18. 7. 1986), ab 8. 9. 1986: <i>Willi Hoss</i> ¹⁾	ab 1. 2. 1986: 1) <i>Axel Vogel</i> 2) <i>Ursula Eid</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) 3) <i>Hans-Werner Senfft</i> (stellv. Parl. Geschäftsführer) Fraktionsgeschäftsführer (nicht MdB): <i>Michael Vesper</i>

¹⁾ Während dieser Zeit nicht oder zeitweise nicht MdB.

Hinweis

Eine Reihe der in Kapitel 3 veröffentlichten Daten sind in Abschnitt 3.24 zu einem Sozialprofil der Fraktionen zusammengefaßt worden.

Wahl- periode	Fraktionssprecher(innen) – gleichberechtigt –	Parlamentarische Geschäftsführer(innen)
11. WP 1987–90	ab Beginn der WP bis 26. 1. 1988: 1) <i>Thomas Ebermann</i> 2) <i>Bärbel Rust</i> 3) <i>Waltraud Schoppe</i>	ab Beginn der WP bis 26. 1. 1988: 1) <i>Hubert Kleinert</i> 2) <i>Karitas Dagmar Hensel</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) 3) <i>Christa Vennegerts</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) Fraktionsgeschäftsführer (nicht MdB): <i>Michael Vesper</i>
	ab 26. 1. 1988: 1) <i>Helmut Lippelt</i> 2) <i>Regula Schmidt-Bott</i> 3) <i>Christa Vennegerts</i>	ab 26. 1. 1988: 1) <i>Hubert Kleinert</i> 2) <i>Charlotte Garbe</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) 3) <i>Ellen Olms</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) Fraktionsgeschäftsführer (nicht MdB): <i>Michael Vesper</i>
	ab 30. 1. 1989: 1) <i>Helmut Lippelt</i> 2) <i>Jutta Oesterle-Schwerin</i> 3) <i>Antje Vollmer</i>	ab 30. 1. 1989: 1) <i>Uwe Hüser</i> 2) <i>Lieselotte Wollny</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) 3) <i>Imma Hillerich</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) (ab 16. 3. 1989) Fraktionsgeschäftsführer (nicht MdB): <i>Michael Vesper</i>
	ab 15. 1. 1990: 1) <i>Willi Hoss</i> 2) <i>Waltraud Schoppe</i> (bis 21. 6. 1990) <i>Marianne Birthler</i> (ab 4. 10. 1990) 3) <i>Antje Vollmer</i>	ab 15. 1. 1990: 1) <i>Uwe Hüser</i> 2) <i>Manfred Such</i> (stellv. Parl. Geschäftsführer) 3) <i>Maria Luise Teubner</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) Fraktionsgeschäftsführer (nicht MdB): <i>Michael Vesper</i> (bis 30. 6. 1990)

Hinweis

Die weiblichen Mitglieder der Fraktionsvorstände sind im Abschnitt 3.11 zusammengestellt; innerhalb des Abschnittes 3.23 befindet sich eine Aufstellung mit den jeweils jüngsten Mitgliedern der Fraktionsvorstände.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD): 1. Wahlperiode*)

Die Fraktion der KPD bestand nur in der 1. Wahlperiode und nur bis Ende Dezember 1951. Mit Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages am 6. Dezember 1951 (wirksam ab 1. Januar 1952) war die Fraktionsmindeststärke von bisher 10 auf 15 Abgeordnete erhöht worden, wodurch die Kommunistische Partei neben anderen Fraktionen ihre Fraktionseigenschaft verlor. Die KPD wandelte sich am 16. Januar 1952 in die Gruppe der KPD um.

Bei den Wahlen zum 2. Bundestag hatte die KPD die Sperrklausel nicht überwunden. Am 17. August 1956 erklärte das Bundesverfassungsgericht die KPD als verfassungswidrig und aufgelöst.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender
1. WP 1949–53 (bis Dezember 1951)	<i>Max Reimann</i>	<i>Heinz Renner</i> (2. Vorsitzender)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**)

In der Geschäftsordnung der Bundestagsfraktion der SPD sind die Bestimmungen über die Zusammensetzung und Wahl des Fraktionsvorstandes mehrmals geändert worden.

*Geschäftsordnung nach 1957***)*

„§ 10 (Zusammensetzung)

Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem 1. Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, den übrigen aus der Fraktion gewählten Mitgliedern und den parlamentarischen Geschäftsführern. Der Präsident und die Stellvertreter des Präsidenten des Bundestages, die Mitglieder der Fraktion sind, gehören kraft Amtes dem Vorstand an. Soweit die Obleute der Arbeitskreise dem Fraktionsvorstand nicht angehören, nehmen sie oder ihre Stellvertreter an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teil.

§ 11 (Wahl des Vorstandes)

Die Fraktion wählt in geheimer Wahl die Mitglieder des Fraktionsvorstandes und in getrennten Wahlgängen die Vorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführer. Die erste Wahl erfolgt für die Dauer von 12 Monaten.

*) Zwar verfügte die Fraktion der KPD zu Beginn der 1. Wahlperiode über 15 Abgeordnete, da jedoch im März 1950 der KPD-Abgeordnete *Kurt Müller* in die DDR verschleppt worden war – er kehrte nach mehrjähriger Haft in Sibirien erst im Oktober 1955 in die Bundesrepublik zurück –, seine briefliche Mandatsniederlegung vom 6. Mai 1950 vom Bundestag nicht anerkannt wurde und er statt dessen ab dem 10. Mai 1950 (in Abwesenheit) als fraktionsloser Abgeordneter geführt wurde, umfaßte die KPD-Fraktion von da an für den Rest der 1. Wahlperiode nur noch 14 Abgeordnete.

Vgl. dazu insgesamt und zum „Fall *Kurt Müller*“ *Jens Ulrich Klocksinn*, *Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945–1956)*. 2. Aufl. Bonn 1994 (hierin insbesondere Abschnitt VI: Die KPD im Bundestag [1949–1953], Seite 224–291).

***) Vgl. Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag 1949–1981. Eine Chronik. Überreicht ihrem Vorsitzenden *Herbert Wehner* zum 75. Geburtstag von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 11. Juli 1981. Zusammenstellung: *Peter Pütz*. Bonn 1981.

****) in der Fassung des Fraktionsbeschlusses vom 23. Oktober 1957 und vom 19. Oktober 1965

Neuwahlen erfolgen in Abständen von 18 Monaten. Die parlamentarischen Geschäftsführer werden für die Dauer der Legislaturperiode gewählt.“

Geschäftsordnung vom 2. Juni 1970

„§ 8 (Zusammensetzung)

(1) Der Fraktionsvorstand setzt sich zusammen aus dem Fraktionsvorsitzenden, seinen Stellvertretern, den übrigen aus der Fraktion gewählten Mitgliedern und den Parlamentarischen Geschäftsführern.

(2) Der Präsident und die Vizepräsidenten des Bundestages gehören, wenn sie Mitglieder der Fraktion sind, kraft Amtes dem Fraktionsvorstand mit beratender Stimme an.

(3) Soweit die Vorsitzenden der Arbeitskreise dem Fraktionsvorstand nicht angehören, nehmen sie oder ihre Stellvertreter an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teil. Das gleiche gilt für die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Parlamentarischen Staatssekretäre.

§ 9 (Wahl des Fraktionsvorstandes)

(1) Die Fraktion wählt in geheimer Wahl in getrennten Wahlgängen den Fraktionsvorsitzenden, seine Stellvertreter, die Parlamentarischen Geschäftsführer und die weiteren Mitglieder des Fraktionsvorstandes.

(2) Die erste Wahl erfolgt für die Dauer von 12 Monaten. Neuwahlen erfolgen in Abständen von 18 Monaten. Die Parlamentarischen Geschäftsführer werden für die Dauer der Legislaturperiode gewählt.“

Geschäftsordnung vom 15. Mai 1979

„§ 8 (Zusammensetzung)

(1) Der Fraktionsvorstand setzt sich zusammen aus dem Fraktionsvorsitzenden, seinen Stellvertretern, den übrigen aus der Fraktion gewählten Mitgliedern und den Parlamentarischen Geschäftsführern.

(2) Der Präsident und die Vizepräsidenten des Bundestages gehören, wenn sie Mitglieder der Fraktion sind, kraft Amtes dem Fraktionsvorstand mit beratender Stimme an.

(3) Soweit die Vorsitzenden der Arbeitskreise dem Fraktionsvorstand nicht angehören, nehmen sie oder ihre Stellvertreter an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teil. Das gleiche gilt für die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Parlamentarischen Staatssekretäre.

(4) Der Obmann der deutschen Mitglieder in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments oder sein Stellvertreter sowie der Präsident oder die Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, wenn sie deutsche Mitglieder der Sozialistischen Fraktion sind, nehmen an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teil.

§ 9 (Wahl des Fraktionsvorstandes)

(1) Die Fraktion wählt in geheimer Wahl in getrennten Wahlgängen den Fraktionsvorsitzenden, seine Stellvertreter, die Parlamentarischen Geschäftsführer und die weiteren Mitglieder des Fraktionsvorstandes.

(2) Die erste Wahl erfolgt für die Dauer von 12 Monaten. Neuwahlen erfolgen in Abständen von 18 Monaten. Die Parlamentarischen Geschäftsführer werden für die Dauer der Legislaturperiode gewählt.“

Geschäftsordnungen vom 22. März 1983 und 13. Mai 1985

In den am 22. März 1983 und 13. Mai 1985 beschlossenen Fassungen der Geschäftsordnung der Fraktion der SPD im Bundestag wurden § 8 (Zusammensetzung) zu § 9 und § 9 (Wahl des Fraktionsvorstandes) zu § 13. Inhaltlich änderte sich im neuen § 9 der Absatz 1 folgendermaßen:

„(1) Der Fraktionsvorstand setzt sich zusammen aus dem Fraktionsvorsitzenden, seinen Stellvertretern, den übrigen aus der Fraktion gewählten Mitgliedern und den Parlamentarischen Geschäftsführern. Die Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden führen den Vorsitz in den bei der Wahl bestimmten Arbeitskreisen und Arbeitsgebieten.“

Geschäftsordnung vom 22. Januar 1991

Mehrere inhaltliche und formale Änderungen zur Zusammensetzung und Wahl des Fraktionsvorstandes – auch im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands – enthielt die zu Beginn der 12. Wahlperiode am 22. Januar 1991 beschlossene Geschäftsordnung der Fraktion der SPD im Bundestag. Die einschlägigen Bestimmungen lauteten nunmehr:

„§ 9 (Zusammensetzung)

(1) Der Fraktionsvorstand setzt sich zusammen aus dem bzw. der Fraktionsvorsitzenden, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (Arbeitskreisvorsitzenden), den übrigen aus der Fraktion gewählten Mitgliedern und den Parlamentarischen Geschäftsführern und Geschäftsführerinnen. Die Arbeitskreisvorsitzenden führen den Vorsitz in den bei der Wahl bestimmten Arbeitskreisen und Arbeitsgebieten.

(2) Dem Fraktionsvorstand sollen mindestens sechs Mitglieder aus den neuen Bundesländern oder den neuen Bezirken des Landes Berlin angehören.

(3) Der Präsident und die Vizepräsidenten des Bundestages gehören, wenn sie Mitglieder der Fraktion sind, kraft Amtes dem Fraktionsvorstand mit beratender Stimme an.

(4) Sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung und sozialdemokratische Parlamentarische Staatssekretäre und Staatssekretärinnen nehmen an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teil.

(5) Der bzw. die Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der deutschen Mitglieder in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments sowie Präsident bzw. Präsidentin oder die Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen des Europäischen Parlaments, wenn sie deutsche Mitglieder der Sozialistischen Fraktion sind, nehmen an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teil.

§ 13 (Wahl des Fraktionsvorstandes)

(1) Die Fraktion wählt in geheimer Wahl in getrennten Wahlgängen den Fraktionsvorsitzenden bzw. die Fraktionsvorsitzende, die Stellvertreter und Stellvertreterinnen unter Bestimmung des Arbeitskreises, dem sie vorsitzen, die Parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen und die weiteren Mitglieder des Fraktionsvorstandes. Ein Mitglied der Parlamentarischen Geschäftsführung soll aus den neuen Bundesländern oder den neuen Bezirken des Landes Berlin kommen.

(2) § 11 Abs. 1 und § 41 (9) Ziff. 2 des Organisationsstatuts der Partei gelten entsprechend.

Anmerkung: In den beiden Paragraphen ist die Quote für Frauen und Männer geregelt:

„In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40% vertreten sein.“ (§ 11 [1] Satz 2)

„§ 11 Absatz 1 Satz 2 – soweit Funktionen der Partei betroffen sind – ... gelten ab 1994; bis dahin gelten sie mit der Maßgabe, daß Frauen und Männer mindestens zu je einem Drittel vertreten sein müssen.“ (§ 41 [9] Ziff. 2 Satz 1)

(3) Die erste Wahl erfolgt für die Dauer von 12 Monaten. Neuwahlen erfolgen in Abständen von 18 Monaten. Die Parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen werden für die Dauer der Legislaturperiode gewählt.“

Geschäftsordnung vom 19. Mai 1992

Eine umfassende Strukturreform trat während der 12. Wahlperiode in Kraft. Auf Vorschlag des am 12. November 1991 gewählten neuen Fraktionsvorsitzenden *Hans-Ulrich Klose* beschloß die SPD-Fraktion im Dezember 1991 eine neue Fraktionsstruktur, die vor allem durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:*)

*) Vgl. hierzu *Volker Kamm*, Von Hans-Jochen Vogel zu Hans-Ulrich Klose. Die aktuelle Strukturreform der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 24. 1993. H. 4. S. 553–565.

Vgl. dazu auch *Sabine Lemke-Müller* und *Ingrid Matthäi*, Emanzipatorisches Modell oder strukturiertes Chaos? Meinungsbilder zur Organisationsreform der SPD-Bundestagsfraktion. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 24. 1993. H. 4. S. 566–587. Zu den Ergebnissen der Befragung der SPD-Bundestagsabgeordneten siehe Abschnitt 2.14 im vorliegenden *Datenhandbuch* auf Seite 546.

- Reduzierung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von neun auf vier, wobei einer als „erster stellvertretender Vorsitzender“ besonders herausgehoben wird,
- Wegfall der neun Arbeitskreise, in denen bisher mehrere Arbeitsgruppen gebündelt waren und die von jeweils einem der neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden geleitet worden sind („Dezernentenmodell“),
- statt dessen Einrichtung von zwei „Querschnittsgruppen“ und von 24 Arbeitsgruppen,
- Einbeziehung der Vorsitzenden der Querschnittsgruppen in den zwölf Personen umfassenden Geschäftsführenden Vorstand, der sich aus dem Fraktionsvorsitzenden, den vier Stellvertretern, den fünf Parlamentarischen Geschäftsführern und den zwei Vorsitzenden der Querschnittsgruppen zusammensetzt.

Die entsprechende Änderung der Geschäftsordnung in der Fassung vom 19. Mai 1992 hat bezüglich der Zusammensetzung und Wahl des Fraktionsvorstandes folgenden Wortlaut:

„Der Fraktionsvorstand

§ 10 Zusammensetzung

- (1) Der Fraktionsvorstand setzt sich zusammen aus dem/der Fraktionsvorsitzenden, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, den Vorsitzenden der Querschnittsgruppen, den übrigen aus der Fraktion gewählten Mitgliedern und den Parlamentarischen Geschäftsführern und Geschäftsführerinnen.
- (2) Dem Fraktionsvorstand sollen mindestens sechs Mitglieder aus den neuen Bundesländern oder den neuen Bezirken des Landes Berlin angehören.
- (3) Der Präsident/die Präsidentin und die Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen des Bundestages gehören, wenn sie Mitglieder der Fraktion sind, kraft Amtes dem Fraktionsvorstand mit beratender Stimme an.
- (4) Sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung und sozialdemokratische Parlamentarische Staatssekretäre und Staatssekretärinnen nehmen an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teil.
- (5) Der/die Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der deutschen Mitglieder in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments sowie Präsident/Präsidentin oder die Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen des Europäischen Parlaments, wenn sie deutsche Mitglieder der Sozialistischen Fraktion sind, nehmen an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teil.

§ 14 Wahl des Fraktionsvorstandes

- (1) Die Fraktion wählt in geheimer Wahl in getrennten Wahlgängen den Fraktionsvorsitzenden/die Fraktionsvorsitzende, die Stellvertreter und Stellvertreterinnen, die Vorsitzenden der Querschnittsgruppen, die Parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen und die weiteren Mitglieder des Fraktionsvorstandes. Ein Mitglied der parlamentarischen Geschäftsführung soll aus den neuen Bundesländern oder den neuen Bezirken des Landes Berlin kommen.
- (2) § 11 Abs. 1 und § 41 (9) Ziff. 2 des Organisationsstatuts der Partei gelten entsprechend.
- (3) Die erste Wahl erfolgt für die Dauer von 12 Monaten. Neuwahlen erfolgen in Abständen von 18 Monaten. Die Parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen werden für die Dauer der Legislaturperiode gewählt.“

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 6.5 sind seit 1949 gegenübergestellt:

- die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
- die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes	Sonst. Vorst.-mitgl.
1. WP 1949–53	<i>Kurt Schumacher</i> (bis † 20. 8. 1952) <i>Erich Ollenhauer</i> (ab 7. 10. 1952)	1) <i>Erich Ollenhauer</i> (bis 7. 10. 1952) 2) <i>Carlo Schmid</i> 3) <i>Erwin Schoettle</i> (ab 13. 3. 1951)	1) <i>Wilhelm Mellies</i> (polit. Sekretär, bis 7. 10. 1952) <i>Walter Menzel</i> (polit. Sekretär, ab 7. 10. 1952) 2) <i>Adolf Arndt</i> (jurist. Sekretär)	–	15
2. WP 1953–57	1. Vors.: <i>Erich Ollenhauer</i>	2. Vors.: <i>Wilhelm Mellies</i> 3. Vors.: <i>Erwin Schoettle</i>	1) <i>Walter Menzel</i> 2) <i>Adolf Arndt</i> (juristischer Geschäftsführer)	–	16
3. WP 1957–61	<i>Erich Ollenhauer</i>	1) <i>Fritz Erler</i> 2) <i>Carlo Schmid</i> 3) <i>Herbert Wehner</i> (bis 18. 6. 1958) <i>Heinrich Deist</i> (ab 4. 11. 1958)	1) <i>Adolf Arndt</i> 2) <i>Walter Menzel</i> 3) <i>Karl Mommer</i>	–	16
4. WP 1961–65	<i>Erich Ollenhauer</i> (bis † 14. 12. 1963) <i>Fritz Erler</i> (ab 3. 3. 1964)	1) <i>Heinrich Deist</i> (bis † 7. 3. 1964) <i>Alex Möller</i> (ab 16. 4. 1964) 2) <i>Fritz Erler</i> (bis 3. 3. 1964) <i>Erwin Schoettle</i> (ab 3. 3. 1964) 3) <i>Carlo Schmid</i> 4) <i>Herbert Wehner</i> (ab 3. 3. 1964)	1) <i>Gerhard Jahn</i> (bis 12. 3. 1963) 2) <i>Karl Mommer</i> 3) <i>Friedrich Schäfer</i>	–	16
5. WP 1965–69	<i>Fritz Erler</i> (bis † 22. 2. 1967) <i>Helmut Schmidt</i> (ab 14. 3. 1967)	1) <i>Alex Möller</i> 2) <i>Karl Schiller</i> (bis 1. 12. 1966) <i>Egon Franke</i> (ab 13. 12. 1966) 3) <i>Helmut Schmidt</i> (bis 14. 3. 1967) 4) <i>Herbert Wehner</i> (bis 1. 12. 1966) <i>Martin Hirsch</i> (ab 13. 12. 1966) 5) <i>Ernst Schellenberg</i> (ab 13. 12. 1966)	1) <i>Gerhard Jahn</i> (bis 27. 4. 1967) <i>Manfred Schulte</i> (ab 27. 4. 1967) 2) <i>Karl Mommer</i> (bis 14. 12. 1966) <i>Heinz Frehsee</i> (ab 24. 1. 1967) 3) <i>Friedrich Schäfer</i> (bis 14. 2. 1967) <i>Karl Wienand</i> (ab 7. 3. 1967)	<i>Carlo Schmid</i> (bis 1. 12. 1966, Bundestags- vizepräsident) <i>Karl Mommer</i> (ab 14. 12. 1966, Bundestags- vizepräsident) <i>Erwin Schoettle</i> (Bundestags- vizepräsident)	16

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes	Sonst. Vorst.-mitgl.
6. WP 1969–72	<i>Herbert Wehner</i>	1) <i>Hans Apel</i> 2) <i>Martin Hirsch</i> (bis 8. 11. 1971) <i>Alex Möller</i> (ab 13. 6. 1972) 3) <i>Hans-Jürgen Junghans</i> (bis 13. 6. 1972) <i>Konrad Porzner</i> (ab 13. 6. 1972) 4) <i>Friedrich Schäfer</i> 5) <i>Ernst Schellenberg</i>	1) <i>Heinz Frehsee</i> 2) <i>Annemarie Renger</i> 3) <i>Manfred Schulte</i> 4) <i>Karl Wienand</i>	<i>Carlo Schmid</i> (Bundestagsvizepräsident) <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (Bundestagsvizepräsident)	18
7. WP 1972–76	<i>Herbert Wehner</i>	1) <i>Klaus Dieter Arndt</i> (bis † 29. 1. 1974) <i>Herbert Ehrenberg</i> (ab 21. 3. 1974) 2) <i>Günther Metzger</i> 3) <i>Alex Möller</i> 4) <i>Friedrich Schäfer</i> 5) <i>Ernst Schellenberg</i> (bis 11. 6. 1975) <i>Adolf Schmidt</i> (ab 11. 6. 1975)	1) <i>Helmut Lenders</i> 2) <i>Manfred Schulte</i> (bis 18. 12. 1974) <i>Gerhard Jahn</i> (ab 18. 12. 1974) 3) <i>Helga Timm</i> 4) <i>Karl Wienand</i> (bis 30. 8. 1974) <i>Konrad Porzner</i> (ab 18. 12. 1974)	<i>Annemarie Renger</i> (Bundestagspräsidentin) <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (Bundestagsvizepräsident)	18
8. WP 1976–80	<i>Herbert Wehner</i>	1) <i>Bruno Friedrich</i> (bis 30. 9. 1979) <i>Helmut Rohde</i> (ab 30. 9. 1979) 2) <i>Karl Liedtke</i> 3) <i>Friedrich Schäfer</i> 4) <i>Adolf Schmidt</i> (bis 15. 12. 1977) <i>Walter Arendt</i> (ab 15. 12. 1977) 5) <i>Olaf Sund</i> (bis 17. 5. 1977) <i>Horst Ehmke</i> (ab 27. 5. 1977)	1) <i>Helmuth Becker</i> 2) <i>Gerhard Jahn</i> 3) <i>Konrad Porzner</i> 4) <i>Helga Timm</i> 5) <i>Elfriede Eilers</i> (ab 15. 12. 1977)	<i>Annemarie Renger</i> (Bundestagsvizepräsidentin) <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (Bundestagsvizepräsident; bis † 2. 8. 1979) <i>Georg Leber</i> (Bundestagsvizepräsident; ab 12. 9. 1979)	18

Hinweis

Die Sterbedaten von Mitgliedern des Deutschen Bundestages sind vollständig in Kapitel 31 enthalten.

noch: SPD

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende ¹⁾	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes	Sonst. Vorst.-mitgl.
9. WP 1980–83	<i>Herbert Wehner</i>	1) <i>Horst Ehmke</i> 2) <i>Karl Liedtke</i> 3) <i>Marie Schlei</i> (bis 3. 11. 1981) <i>Lothar Löffler</i> (ab 12. 11. 1981) 4) <i>Helmut Rohde</i> 5) <i>Hans-Jürgen Wischnewski</i> (bis 12. 11. 1981) <i>Wolfgang Roth</i> (ab 12. 11. 1981)	1) <i>Carl Ewen</i> 2) <i>Gerhard Jahn</i> 3) <i>Konrad Porzner</i> (bis 28. 1. 1981) <i>Jürgen Linde</i> (ab 29. 1. 1981) 4) <i>Helga Timm</i> 5) <i>Werner Zeitler</i>	<i>Annemarie Renger</i> (Bundestagsvizepräsidentin) <i>Georg Leber</i> (Bundestagsvizepräsident)	19, ab 22. 1. 1981: 20
10. WP 1983–87	<i>Hans-Jochen Vogel</i>	1) <i>Hans Apel</i> 2) <i>Herta Däubler-Gmelin</i> 3) <i>Horst Ehmke</i> 4) <i>Alfred Emmerlich</i> 5) <i>Anke Fuchs</i> 6) <i>Volker Hauff</i> 7) <i>Wolfgang Roth</i> 8) <i>Jürgen Schmude</i> (bis 21. 5. 1985) <i>Willfried Penner</i> (ab 20. 6. 1985)	1) <i>Helmuth Becker</i> 2) <i>Carl Ewen</i> 3) <i>Gerhard Jahn</i> 4) <i>Konrad Porzner</i> 5) <i>Helga Timm</i>	<i>Annemarie Renger</i> (Bundestagsvizepräsidentin) <i>Heinz Westphal</i> (Bundestagsvizepräsident)	26

¹⁾ ab der 10. Wahlperiode bis Dezember 1991 zugleich Vorsitzende der Arbeitskreise oder Arbeitsbereiche (vgl. Abschnitt 5.9)

Hinweise

Zur Sozialstruktur der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der GRÜNEN bietet das vorliegende **Datenhandbuch** Unterlagen in den folgenden Abschnitten von Kapitel 3:

- 3.1 Altersgliederung
- 3.2 Durchschnittsalter
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag
- 3.11 Weibliche Abgeordnete
- 3.12 Familienstand
- 3.13 Konfession
- 3.14 Schulabschluß und Hochschulbildung
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 3.19 Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende ¹⁾	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes	Sonst. Vorst.-mitgl.
11. WP 1987–90	<i>Hans-Jochen Vogel</i>	1) <i>Hans Apel</i> (bis 5. 9. 1988) <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (ab 27. 9. 1988) 2) <i>Herta Däubler-Gmelin</i> 3) <i>Horst Ehmke</i> 4) <i>Anke Fuchs</i> (bis 23. 6. 1987) <i>Rudolf Dreßler</i> (ab 23. 6. 1987) 5) <i>Volker Hauff</i> (bis 4. 3. 1988) <i>Harald B. Schäfer</i> (ab 3. 5. 1988) 6) <i>Willfried Penner</i> 7) <i>Wolfgang Roth</i> 8) <i>Renate Schmidt</i> 9) <i>Wolfgang Thierse</i> (ab 4. 10. 1990)	1) <i>Helmuth Becker</i> 2) <i>Gerhard Jahn</i> 3) <i>Brigitte Traupe</i> ²⁾ 4) <i>Gudrun Weyel</i> 5) <i>Christian Schultze</i> (ab 4. 10. 1990)	<i>Annemarie Renger</i> (Bundestagsvizepräsidentin) <i>Heinz Westphal</i> (Bundestagsvizepräsident)	27 ³⁾

¹⁾ bis Dezember 1991 zugleich Vorsitzende der Arbeitskreise oder Arbeitsbereiche; ab Dezember 1991 zusätzlich zwei Vorsitzende von „Querschnittsgruppen“, die zugleich Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes sind (vgl. Abschnitt 5.9)

²⁾ ab 5. 5. 1989 Namensänderung: *Brigitte Schulte*

³⁾ ab 4. 10. 1990 Erhöhung der Zahl der sonstigen Vorstandsmitglieder auf 33 infolge Eintritts der Mitglieder des Bundestages aus dem Gebiet der ehemaligen DDR

Hinweis

Zum Thema „Fraktionsvorstände“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung (mit einer Aufstellung der ostdeutschen Fraktionsvorstandsmitglieder)
- 24.1 Parlamentarische Versammlung des Europarates (mit Angabe der Fraktionsvorsitzenden aus der Bundesrepublik Deutschland)
- 24.2 Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) (mit Angabe der Fraktionsvorsitzenden aus der Bundesrepublik Deutschland)
- 24.4 Europäisches Parlament (mit Angabe der Fraktionsvorsitzenden aus der Bundesrepublik Deutschland)
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer (mit Angabe der Fraktionsvorstände)

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstandsmitglieder kraft Amtes	Sonst. Vorst.-mitgl.
12. WP 1990–94	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (bis 12. 11. 1991)	bis 10. 12. 1991: 1) <i>Ingrid Becker-Inglau</i> 2) <i>Herta Däubler-Gmelin</i> 3) <i>Rudolf Dreßler</i> 4) <i>Norbert Gansel</i> 5) <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> 6) <i>Willfried Penner</i> 7) <i>Wolfgang Roth</i> 8) <i>Harald B. Schäfer</i> 9) <i>Wolfgang Thierse</i>	bis 10. 12. 1991: 1) <i>Peter Struck</i> 2) <i>Gerlinde Hämmerle</i> 3) <i>Uwe Küster</i> 4) <i>Franz Müntefering</i> 5) <i>Gudrun Weyel</i>	<i>Helmuth Becker</i> (Bundestagsvizepräsident) <i>Renate Schmidt</i> (Bundestagsvizepräsidentin)	33
	<i>Hans-Ulrich Klose</i> (ab 12. 11. 1991)	ab 10. 12. 1991: 1) 1. Stv. Vors.: <i>Herta Däubler-Gmelin</i> (bis 11. 5. 1993) <i>Anke Fuchs</i> (ab 11. 5. 1993) 2) <i>Rudolf Dreßler</i> 3) <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> 4) <i>Wolfgang Thierse</i>	ab 10. 12. 1991: 1) <i>Peter Struck</i> 2) <i>Gerlinde Hämmerle</i> (bis 31. 7. 1994) 3) <i>Uwe Küster</i> 4) <i>Franz Müntefering</i> (bis 8. 12. 1992) <i>Günter Verheugen</i> (ab 2. 3. 1993 bis 15. 8. 1993) 5) <i>Gudrun Weyel</i>	(wie zuvor)	34
13. WP 1994 ¹⁾	<i>Rudolf Scharping</i>	1) <i>Rudolf Dreßler</i> 2) <i>Anke Fuchs</i> 3) <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> 4) <i>Otto Schily</i> 5) <i>Wolfgang Thierse</i> 6) <i>Günter Verheugen</i> (bis 18. 3. 1997) <i>Ottmar Schreiner</i> (ab 18. 3. 1997)	1) <i>Peter Struck</i> 2) <i>Wolf-Michael Catenhusen</i> 3) <i>Katrin Fuchs</i> 4) <i>Uwe Küster</i> 5) <i>Wilhelm Schmidt</i>	<i>Hans-Ulrich Klose</i> (Bundestagsvizepräsident)	30

¹⁾ Stand: 31. August 1997

■ Etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes der SPD-Fraktion ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und die Angaben für den Beginn der 14. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 5.7 veröffentlicht.

Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV): 1. Wahlperiode

Die Fraktion der WAV bestand nur im 1. Bundestag und nur bis zum 13. Oktober 1950, nachdem infolge von Fraktionsaustritten die WAV nicht mehr die damals erforderliche Fraktionsmindeststärke von 10 Abgeordneten aufwies. Danach gab es die Gruppe der WAV, die sich am 6. Dezember 1951 in die Gruppe der Deutschen Partei Bayern (DPB) umwandelte und sich der Fraktion der Deutschen Partei anschloß. Am 29. April 1953 kam es zu einer Wiedergründung der Gruppe der WAV.

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender
1. WP 1949–53 (bis 13. 10. 1951)	<i>Alfred Loritz</i>	<i>Otto Reindl</i>

Zentrum (Z): 1. Wahlperiode

Die Fraktion des Zentrums (auch: Deutsche Zentrumspartei) bestand nur in der 1. Wahlperiode und nur bis zum 14. Dezember 1951. Mit Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages am 6. Dezember 1951 (wirksam ab 1. Januar 1952) war die Fraktionsmindeststärke von bisher 10 auf 15 Abgeordnete erhöht worden, wodurch das Zentrum neben anderen Fraktionen seine Fraktionseigenschaft verlor. Zentrum und Bayernpartei schlossen sich darauf am 14. Dezember 1951 zur Fraktion „Föderalistische Union“ (FU) zusammen.

Wahlperiode	Vorsitzender
1. WP 1949–53 (bis 14. 12. 1951)	<i>Helene Wessel</i>

Gruppe Bündnis 90/Die Grünen (12. Wahlperiode)

Der Vorstand der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezeichnet sich als „Geschäftsführender Ausschuß“ und setzt sich aus dem Parlamentarischen Geschäftsführer und seinen Stellvertretern zusammen.

Wahlperiode	Parlamentarischer Geschäftsführer	Stellvertreter des Parlamentarischen Geschäftsführers
12. WP 1990–94	<i>Werner Schulz</i>	1) <i>Christina Schenk</i> (bis 10. 5. 1994) ¹⁾ 2) <i>Vera Wollenberger</i> (bis 13. 1. 1992) <i>Klaus-Dieter Feige</i> (ab 13. 1. 1992)

¹⁾ danach fraktionslos

Gruppe der PDS bzw. PDS/Linke Liste

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), im Frühjahr 1990 nach zweimaliger Umbenennung aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der DDR hervorgegangen, konnte zwar seit Oktober 1990 aufgrund verschiedener Wahlrechtsregelungen in der 11., 12. und 13. Wahlperiode in den Bundestag einziehen, erreichte jedoch in keinem Fall die für die Konstituierung als Fraktion notwendige Mindestanzahl von fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages (§ 10 Abs. 1 GO BT), d. h. 34 Abgeordnete seit dem Beitritt der neuen Bundesländer. In allen drei Wahlperioden wurde deshalb die PDS durch Beschluß des Bundestages gemäß § 10 Abs. 4 GO BT nur als Gruppe anerkannt (vgl. dazu auch Abschnitt 5.1).

In der 11. Wahlperiode ab 4. Oktober 1990 bestand die Gruppe aus den 24 Abgeordneten, die – aufgrund von Art. 42 des Einigungsvertrages – am 28. September 1990 von der Volkskammer der DDR aus der Fraktion der PDS in den Bundestag gewählt worden waren.

In der 12. Wahlperiode (1990–94) handelte es sich um den Zusammenschluß der anfangs 17 Abgeordneten, die in den neuen und alten Bundesländern für die PDS bzw. für PDS/Linke Liste bei der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 in den Bundestag gewählt worden waren. Dabei wirkte sich eine Ausnahmeregelung anlässlich der ersten gesamtdeutschen Wahl aus, die durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aufgenommen worden war, nämlich die getrennte Anwendung der Fünfprozentklausel im westlichen und östlichen Wahlgebiet. Die PDS bzw. PDS/LL erhielt im gesamten Bundesgebiet zwar nur 2,4% der Zweitstimmen, ausschlaggebend aber war der Zweitstimmenanteil von 11,1% in den östlichen Bundesländern.

Bei der Wahl zum 13. Bundestag (1994) errang die PDS vier Direktmandate und konnte damit – trotz eines Zweitstimmenanteils von nur 4,4% – die Fünfprozentklausel umgehen.

Anträge der Abgeordneten der PDS bzw. der PDS/Linken Liste in der 11. sowie zu Beginn der 12. Wahlperiode, als Fraktion anerkannt zu werden, wurden vom Bundestag abgelehnt (vgl. Abschnitt 5.1), und auch die Organklagen der PDS vor dem Bundesverfassungsgericht blieben insofern erfolglos (vgl. Abschnitt 15.3).

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer
11. WP 1987–90 ¹⁾	<i>Gregor Gysi</i>	<i>Dietmar Keller</i>	1) <i>Gerhard Riege</i> 2) <i>Dagmar Enkelmann</i>
12. WP 1990–94	<i>Gregor Gysi</i>	1) <i>Andrea Lederer</i> (bis 9. 2. 1993) <i>Dagmar Enkelmann</i> (ab 9. 2. 1993) 2) <i>Dietmar Keller</i> (ab 19. 2. 1991 bis 29. 8. 1991) <i>Fritz Schumann</i> (ab 29. 8. 1991 bis 28. 8. 1992)	<i>Ursula Fischer</i> ²⁾ <i>Andrea Lederer</i> (ab 9. 2. 1993) ²⁾ <i>Bernd Henn</i> (bis 19. 2. 1991) <i>Dagmar Enkelmann</i> (ab 19. 2. 1991 bis 9. 2. 1993) <i>Barbara Höll</i> (ab 19. 2. 1991)

¹⁾ ab 4. Oktober 1990

²⁾ Erste Parlamentarische Geschäftsführerin: bis 9. 2. 1993 *Ursula Fischer*, ab 9. 2. 1993: *Andrea Lederer*

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer
13. WP 1994 ¹⁾	<i>Gregor Gysi</i>	1) <i>Christa Luft</i> 2) <i>Heidi Knake-Werner</i>	1) <i>Manfred Müller</i> ²⁾ (bis 25. 8. 1995) 2) <i>Dagmar Enkelmann</i> ²⁾ <i>Barbara Höll</i> <i>Ruth Fuchs</i> (ab 25. 8. 1995) 3) <i>Rosel Neuhäuser</i> (ab 11. 9. 1996)

1) Stand: 31. August 1997

2) Erste(r) Parlamentarische(r) Geschäftsführer(in); bis 25. 8. 1995: *Manfred Müller*, ab 25. 8. 1995: *Dagmar Enkelmann*

■ Etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes der Gruppe der PDS ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und eventuelle Angaben für den Beginn der 14. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 5.7 veröffentlicht.

Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU-Landesgruppe)

„Als am 7. September 1949 der Bundestag zu seiner 1. Sitzung zusammentrat, hatten sich die CSU-Abgeordneten entschlossen, unter Beibehaltung ihrer Selbständigkeit als CSU-Landesgruppe mit der CDU eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen ...

Der Landesgruppenvorstand setzt sich zusammen aus dem Landesgruppenvorsitzenden, dessen beiden Stellvertretern, dem Parlamentarischen Geschäftsführer und mindestens drei weiteren Mitgliedern der Landesgruppe. Außerdem sind amtierende Bundesminister und Parlamentarische Staatssekretäre, die Mitglieder des Bundestagspräsidiums und die Arbeitskreisvorsitzenden der Gesamtfraktion, soweit sie von der CSU gestellt werden, kraft ihrer Ämter ebenfalls Mitglieder des Landesgruppen-Vorstands.“*)

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Sonst. Vorst.-mitgl.
1. WP 1949–53	<i>Fritz Schäffer</i> (nach dessen Übernahme des Finanzministeriums 1949 wird <i>Franz Josef Strauß</i> geschäftsf. Vorsitzender)	1) <i>Max Solleder</i> 2) <i>Franz Josef Strauß</i> (bis 20. 9. 1949) 3) <i>Werner Dollinger</i>	–	3

*) Quelle:

Wolfgang F. Dexheimer, Die CSU-Landesgruppe. Ihre organisatorische Stellung in der CDU/CSU-Fraktion. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 3. S. 307–313.

Angaben zum Vorstand der Landesgruppe vom Archiv der CSU-Landesgruppe, Bonn, verantwortlich: *Otto Eckhardt*, veröffentlicht in: *Alf Mintzel*, Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977. S. 356–359.

noch: CSU-Landesgruppe

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Sonst. Vorst.-mitgl.
2. WP 1953–57	<i>Franz Josef Strauß</i> (nach dessen Übernahme des Sonderministeriums 1953 wird <i>Richard Stücklen</i> geschäftsf. Vorsitzender)	<i>Friedrich Jakob Funk</i>	<i>Gerhard Wachter</i> (ab 1954)	6
3. WP 1957–61	<i>Hermann Höcherl</i>	1) <i>Werner Dollinger</i> 2) <i>Hans Schütz</i>	<i>Gerhard Wachter</i>	8
4. WP 1961–65	<i>Werner Dollinger</i> (bis Dezember 1962) <i>Franz Josef Strauß</i> (ab Januar 1963)	1) <i>Alois Niederalzt</i> (bis 1962) <i>Josef Bauer</i> (ab 1963) 2) <i>Hans Schütz</i> (bis 1962) <i>Georg Stiller</i> (ab 1963)	<i>Gerhard Wachter</i> (bis 15. 2. 1963) <i>Leo Wagner</i> (ab 15. 2. 1963)	8 ab 1963: 9
5. WP 1965–69	<i>Franz Josef Strauß</i> (bis 1966) <i>Richard Stücklen</i> (ab 1966)	1) <i>Josef Bauer</i> 2) <i>Georg Stiller</i>	<i>Leo Wagner</i>	10
6. WP 1969–72	<i>Richard Stücklen</i>	1) <i>Werner Dollinger</i> 2) <i>Hermann Höcherl</i>	<i>Leo Wagner</i>	6
7. WP 1972–76	<i>Richard Stücklen</i>	1) <i>Werner Dollinger</i> 2) <i>Friedrich Zimmermann</i>	<i>Leo Wagner</i> (bis Januar 1975) <i>Paul Röhner</i> (ab 29. 1. 1975)	11
8. WP 1976–80	<i>Friedrich Zimmermann</i>	1) <i>Walter Althammer</i> 2) <i>Karl Heinz Lemmrich</i>	<i>Paul Röhner</i>	7
9. WP 1980–83	<i>Friedrich Zimmermann</i> (bis 4. 10. 1982) <i>Theodor Waigel</i> (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Stefan Höpfinger</i> (bis 25. 10. 1982) <i>Dionys Jobst</i> (ab 25. 10. 1982) 2) <i>Jürgen Warnke</i> (bis 4. 10. 1982) <i>Peter Wilhelm Höffkes</i> (ab 13. 10. 1982)	<i>Paul Röhner</i> (bis 11. 5. 1982) <i>Wolfgang Bötsch</i> (ab 11. 5. 1982)	8
10. WP 1983–87	<i>Theodor Waigel</i>	1) <i>Dionys Jobst</i> 2) <i>Peter Wilhelm Höffkes</i>	<i>Wolfgang Bötsch</i>	9

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Sonst. Vorst.-mitgl.
11. WP 1987–90	<i>Theodor Waigel</i> (bis 25. 4. 1989) <i>Wolfgang Böttsch</i> (ab 25. 4. 1989)	1) <i>Dionys Jobst</i> 2) <i>Peter Wilhelm Höffkes</i>	<i>Wolfgang Böttsch</i> (bis 25. 4. 1989) <i>Rudolf Kraus</i> (ab 25. 4. 1989)	9
12. WP 1990–94	<i>Wolfgang Böttsch</i> (bis 22. 1. 1993) <i>Michael Glos</i> (ab 22. 1. 1993)	1) <i>Otto Regenspurger</i> 2) <i>Kurt J. Rossmann</i>	<i>Rudolf Kraus</i> (bis 8. 5. 1992) <i>Eduard Oswald</i> (ab 19. 5. 1992)	9
13. WP 1994–	<i>Michael Glos</i>	1) <i>Otto Regenspurger</i> 2) <i>Kurt J. Rossmann</i>	<i>Eduard Oswald</i>	9

5.8 Partei- und Fraktionsvorsitzende

Bei den vier ununterbrochen seit 1949 im Bundestag vertretenen Parteien SPD, CDU, CSU und FDP gehört es bisher weder zur Regel noch zur Ausnahme, daß der Parteivorsitzende zugleich auch der Vorsitzende der entsprechenden Bundestagsfraktion ist.

Gleichzeitig Partei- und Fraktionsvorsitzender waren:

bei der CDU/CSU:	1971–73	<i>Rainer Barzel</i> (CDU)
	1976–82	<i>Helmut Kohl</i> (CDU)
bei der SPD:	1949–52	<i>Kurt Schumacher</i>
	1952–63	<i>Erich Ollenhauer</i>
	1987–91	<i>Hans-Jochen Vogel</i>
	1994–95	<i>Rudolf Scharping</i>
bei der FDP:	1949	<i>Theodor Heuss</i> (nur wenige Tage)
	1954–57	<i>Thomas Dehler</i>
	1960–63	<i>Erich Mende</i>

In den folgenden Übersichten sind die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag seit 1949 vertretenen Parteien gegenübergestellt.

Bayernpartei (BP)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
1. WP	1949–51 ¹⁾ <i>Gebhard Seelos</i>	1948–52 <i>Josef Baumgartner</i>

¹⁾ Fraktion nur bis 14. 12. 1951; vgl. Abschnitt 5.7

Christlich Demokratische Union Deutschlands / Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)

Wahl- periode	Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU	Parteivorsitzende	
		der CDU	der CSU
1. WP	1949–53 <i>Heinrich von Brentano</i>	1950–66 <i>Konrad Adenauer</i>	1946–49 <i>Josef Müller</i> 1949–55 <i>Hans Ehard</i>
2. WP	1953–55 <i>Heinrich von Brentano</i> 1955–57 <i>Heinrich Krone</i>		1955–61 <i>Hanns Seidel</i>
3. WP	1957–61 <i>Heinrich Krone</i>		
4. WP	1961–64 (†) <i>Heinrich von Brentano</i> 1964–65 <i>Rainer Barzel</i>		1961–88 (†) <i>Franz Josef Strauß</i>
5. WP	1965–59 <i>Rainer Barzel</i>	1966–67 <i>Ludwig Erhard</i>	
6. WP	1969–72 <i>Rainer Barzel</i>	1967–71 <i>Kurt Georg Kiesinger</i>	
7. WP	1972–73 <i>Rainer Barzel</i> 1973–76 <i>Karl Carstens</i>	1971–73 <i>Rainer Barzel</i> ab 1973 <i>Helmut Kohl</i>	
8. WP	1976–80 <i>Helmut Kohl</i>		
9. WP	1980–82 <i>Helmut Kohl</i> 1982–83 <i>Alfred Dregger</i>		
10. WP	1983–87 <i>Alfred Dregger</i>		
11. WP	1987–90 <i>Alfred Dregger</i>		ab 1988 <i>Theodor Waigel</i>
12. WP	1990/91 <i>Alfred Dregger</i> 1991–94 <i>Wolfgang Schäuble</i>		
13. WP	ab 1994 <i>Wolfgang Schäuble</i>		

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Wahlperiode	Fraktionssprecher(innen) ¹⁾	Parteisprecher(innen) ¹⁾
13. WP	ab 1994 <i>Joseph Fischer</i> <i>Kerstin Müller</i>	seit 1993 <i>Marianne Birthler</i> <i>Ludger Volmer</i> ab 1994 <i>Krista Sager</i> <i>Jürgen Trittin</i>

¹⁾ Anstelle eines bzw. einer Fraktions- oder Parteivorsitzenden gibt es bei der Partei Bündnis 90/Die Grünen und bei der Fraktion im Bundestag jeweils zwei gleichberechtigte Sprecher bzw. Sprecherinnen.

Deutsche Partei (DP)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
1. WP	1949 <i>Heinrich Hellwege</i> <i>Friedrich Klinge</i> (bis †) 1950–53 <i>Hans Mühlenfeld</i> 1953 <i>Hans-Joachim von Merkatz</i>	1947–61 ¹⁾³⁾ <i>Heinrich Hellwege</i>
2. WP	1953–55 <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> 1955–57 <i>Ernst-Christoph Brühler</i>	
3. WP	1957–60 ²⁾ <i>Herbert Schneider</i>	

¹⁾ 1952 (auf dem Parteitag in Goslar) wurde *Hans-Christoph Seebohm* zum Vorsitzenden gewählt, der jedoch das Amt ablehnte, so daß *Hellwege* weiterhin Parteivorsitzender blieb.

²⁾ Fraktion nur bis 1. 7. 1960; vgl. Abschnitt 5.7

³⁾ 1961 Übertritt *Hellweges* zur CDU

Freie Volkspartei (FVP)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
2. WP	1956 ¹⁾ –57 <i>Ludwig Schneider</i>	1956–57 ²⁾ <i>Victor-Emanuel Preusker</i>

¹⁾ Fraktion ab 1. 3. 1956 nach Abspaltung von der FDP

²⁾ Fusion mit Deutscher Partei

Hinweis

Inwieweit in den Regierungskoalitionen des Bundes die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, ist innerhalb des Abschnittes 6.9 dokumentiert.

Freie Demokratische Partei (FDP)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
1. WP	1949 <i>Theodor Heuss</i> 1949–51 <i>Hermann Schäfer</i> 1951–52 <i>August-Martin Euler</i> 1952–53 <i>Hermann Schäfer</i>	1948–49 <i>Theodor Heuss</i> 1949–54 <i>Franz Blücher</i>
2. WP	1953–57 <i>Thomas Dehler</i> 1957 <i>Max Becker</i>	1954–57 <i>Thomas Dehler</i>
3. WP	1957–61 <i>Erich Mende</i>	1957–60 <i>Reinhold Maier</i> 1960–68 <i>Erich Mende</i>
4. WP	1961–63 <i>Erich Mende</i> 1963–65 <i>Knut Frhr. v. Kühlmann-Stumm</i>	
5. WP	1965–68 <i>Knut Frhr. v. Kühlmann-Stumm</i> 1968–69 <i>Wolfgang Mischnick</i>	1968–74 <i>Walter Scheel</i>
6. WP	1969–72 <i>Wolfgang Mischnick</i>	
7. WP	1972–76 <i>Wolfgang Mischnick</i>	1974–85 <i>Hans-Dietrich Genscher</i>
8. WP	1976–80 <i>Wolfgang Mischnick</i>	
9. WP	1980–83 <i>Wolfgang Mischnick</i>	
10. WP	1983–87 <i>Wolfgang Mischnick</i>	1985–1988 <i>Martin Bangemann</i>
11. WP	1987–90 <i>Wolfgang Mischnick</i>	1988–1993 <i>Otto Graf Lambsdorff</i>
12. WP	1990/91–94 <i>Hermann Otto Solms</i>	1993–1995 <i>Klaus Kinkel</i>
13. WP	ab 1994 <i>Hermann Otto Solms</i>	ab 1995 <i>Wolfgang Gerhardt</i>

Freie Volkspartei (FVP) siehe Seite 985

Gesamtdeutscher Block – BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) (GB/BHE)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
2. WP	1953–55 <i>Horst Haasler</i> 1955–56 <i>Karl Mocker</i> 1956–57 <i>Erwin Feller</i>	1951 ¹⁾ –54 <i>Waldemar Kraft</i> 1954–55 <i>Theodor Oberländer</i> 1955–58 <i>Friedrich von Kessel</i>

¹⁾ ursprünglicher Parteiname „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)“

Die Grünen¹⁾

Wahlperiode	Fraktionssprecher(innen) ²⁾	Parteisprecher(innen) ²⁾
10. WP	ab 1983 <i>Marieleise Beck-Oberdorf</i> <i>Petra Kelly</i> <i>Otto Schily</i>	ab 1983 <i>Wilhelm Knabe</i> <i>Rebekka Schmidt</i> <i>Rainer Trampert</i>
	ab 1984 <i>Annemarie Borgmann</i> ³⁾ <i>Waltraud Schoppe</i> <i>Antje Vollmer</i>	ab 1984 <i>Lukas Beckmann</i> <i>Jutta Ditfurth</i> <i>Rainer Trampert</i>
	ab 1985 <i>Sabine Bard</i> ⁴⁾ <i>Hannegret Hönes</i> <i>Christian Schmidt</i>	
	ab 1986 <i>Annemarie Borgmann</i> <i>Hannegret Hönes</i> <i>Ludger Volmer</i> bzw. <i>Willi Hoss</i> ⁴⁾	
11. WP	ab 1987 <i>Thomas Ebermann</i> <i>Bärbel Rust</i> <i>Waltraud Schoppe</i>	ab 1987 ⁵⁾ <i>Jutta Ditfurth</i> <i>Regina Michalik</i> <i>Christian Schmidt</i>
	ab 1988 <i>Helmut Lippelt</i> <i>Regula Schmidt-Bott</i> <i>Christa Vennegerts</i>	
	ab 1989 <i>Helmut Lippelt</i> <i>Jutta Oesterle-Schwerin</i> <i>Antje Vollmer</i>	ab 1989 <i>Ralf Fücks</i> <i>Ruth Hammerbacher</i> <i>Verena Krieger</i>
	ab 1990 <i>Willi Hoss</i> <i>Waltraud Schoppe</i> ⁶⁾ <i>Antje Vollmer</i>	ab 1990 <i>Renate Damus</i> <i>Heide Rühle</i> <i>Christian Ströbele</i>
12. WP	– ⁷⁾	1991–93 ⁸⁾ <i>Ludger Volmer</i> <i>Christine Weiske</i>

1) Bezeichnung der Fraktion ab 4. Oktober 1990: DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90

2) Anstelle eines bzw. einer Fraktions- oder Parteivorsitzenden gibt es bei der Partei der Grünen und bei der Fraktion der Grünen im Bundestag jeweils drei gleichberechtigte Sprecher bzw. Sprecherinnen.

3) Nachrücker(in)

4) während dieser Zeit nicht MdB

5) Abwahl 1988, anschließend bis März 1989 ein kommissarischer Vorstand

6) bis Juni 1990, ab Oktober 1990 *Marianne Birthler*

7) In der 12. Wahlperiode (1990–94) im Bundestag nicht vertreten wegen des Scheiterns an der Fünfprozent-Klausel in den westlichen Bundesländern; 1993 Fusion der GRÜNEN mit dem 1991 gegründeten Bündnis 90 zur Partei Bündnis 90/Die Grünen; Fortsetzung der Gegenüberstellung der Fraktions- und Parteisprecher(innen) siehe alphabetisch unter dem Namen der neuen Partei.

8) ab 1991 nur noch zwei gleichberechtigte Parteisprecher(innen)

Hinweis

Mit Hilfe einer Reihe von Sozialdaten der Abgeordneten wurde ein Sozialprofil der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und von den Grünen ermittelt; vgl. dazu Abschnitt 3.24.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
1. WP	1949–51 ¹⁾ <i>Max Reimann</i>	1948–56 ²⁾ <i>Max Reimann</i>

1) Fraktion nur bis Ende Dezember 1951; vgl. Abschnitt 5.7

2) 1956 Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
1. WP	1949–52(†) <i>Kurt Schumacher</i> 1952–53 <i>Erich Ollenhauer</i>	1946–52(†) <i>Kurt Schumacher</i> 1952–63(†) <i>Erich Ollenhauer</i>
2. WP	1953–57 <i>Erich Ollenhauer</i>	
3. WP	1957–61 <i>Erich Ollenhauer</i>	
4. WP	1961–63(†) <i>Erich Ollenhauer</i> 1964–65 <i>Fritz Erler</i>	1964–87 <i>Willy Brandt</i>
5. WP	1965–67(†) <i>Fritz Erler</i> 1967–69 <i>Helmut Schmidt</i>	
6. WP	1969–72 <i>Herbert Wehner</i>	
7. WP	1972–76 <i>Herbert Wehner</i>	
8. WP	1976–80 <i>Herbert Wehner</i>	
9. WP	1980–83 <i>Herbert Wehner</i>	
10. WP	1983–87 <i>Hans-Jochen Vogel</i>	
11. WP	1987–90 <i>Hans-Jochen Vogel</i>	1987–91 <i>Hans-Jochen Vogel</i>
12. WP	1990–91 <i>Hans-Jochen Vogel</i> 1991–94 <i>Hans-Ulrich Klose</i>	1991–93 <i>Björn Engholm</i> 1993–95 <i>Rudolf Scharping</i>
13. WP	ab 1994 <i>Rudolf Scharping</i>	ab 1995 <i>Oskar Lafontaine</i>

Hinweis

In Abschnitt 6.21 sind die Regierungen im Bund und in den Ländern synoptisch zusammengestellt. Daraus ist zu ersehen, wann und wo CDU, CSU und/oder SPD eine Regierungskoalition gebildet oder die Alleinregierung übernommen haben und welchen Regierungschef diese Parteien stellten.

Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
1. WP	1949–51 ¹⁾ <i>Alfred Loritz</i>	1945–53 ²⁾ <i>Alfred Loritz</i>

¹⁾ Fraktion nur bis 13. Oktober 1951; vgl. Abschnitt 5.7

²⁾ 1952/53 Zerfall der Partei

Zentrum (Z)

Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende
1. WP	1949–51 ¹⁾ <i>Helene Wessel</i>	1949–51 ²⁾ <i>Helene Wessel</i>

¹⁾ Fraktion nur bis 14. 12. 1951; vgl. Abschnitt 5.7

²⁾ Parteiaustritt, gründet gemeinsam mit *Gustav Heinemann* Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)

5.9 Arbeitskreise und Arbeitsgruppen

Seit der 2. Wahlperiode (1953–57) haben die Fraktionen der CDU/CSU und SPD*), seit der 3. Wahlperiode auch die FDP-Fraktion damit begonnen, intern Arbeitskreise einzurichten, deren Arbeitsgebiet in der Regel das mehrerer Bundestagsausschüsse umfaßte. Die beiden großen Fraktionen haben später die Arbeitskreise teilweise noch in Arbeitsgruppen untergliedert und sind inzwischen – die CDU/CSU-Fraktion zu Beginn der 9. Wahlperiode, die SPD-Fraktion während der 12. Wahlperiode – dazu übergegangen, nur noch Arbeitsgruppen entsprechend der Gliederung der Bundestagsausschüsse zu bilden.

Ähnlich wie die Fachausschüsse des Bundestages sind die Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen Hilfsorgane der Fraktionsvollversammlung und dienen der gründlichen fraktionsinternen Vorberatung.

In den folgenden Übersichten werden – nach den Fraktionen und Gruppen getrennt – die seit der 2. Wahlperiode eingesetzten Arbeitskreise bzw. Arbeitsgruppen und die Namen ihrer Vorsitzenden aufgeführt, und zwar in folgender Reihenfolge:

	Seite		Seite
– CDU/CSU	990	– Die Grünen	1004
– SPD	996	– Bündnis 90/Die Grünen	1004
– FDP	1001	– PDS bzw. PDS/LL	1005

*) Vgl. zur Einführung der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen *Hans Apel*, Die Willensbildung in den Bundestagsfraktionen. Die Rolle der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 223–232 sowie *Wolfgang F. Dexheimer* und *Max Hartmann*, Zur Geschichte und Struktur der Arbeitskreise und -gruppen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 232–236.

Arbeitskreise bzw. Arbeitsgruppen der CDU/CSU

Wahlperiode	AK I: Allgemeine und Rechtsfragen	AK II: Wirtschafts- und Landwirtschaftsfragen	AK III: Finanz- und Steuerfragen	AK IV: Sozialfragen	AK V: Auswärtige und Verteidigungsfragen	
2. WP 1953–57	<i>Karl Alfred Kihn</i> (CSU)	<i>Karl Müller</i> (CDU)	<i>August Neuburger</i> (CDU)	<i>Peter Horn</i> (CDU)	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU)	
3. WP 1957–61	<i>Karl Weber</i> (CDU)	<i>Kurt Schmücker</i> (CDU) (bis Stand 1960) <i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU) (ab Stand 1960)	<i>Werner Dollinger</i> (CSU)	<i>Peter Horn</i> (CDU)	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (bis 19. 2. 1959) <i>Ernst Majonica</i> (CDU) (ab Stand 1960)	
4. WP 1961–65	AK I: (unverändert)	AK II: (unverändert)	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	AK V: (unverändert)	AK VI: Gesellschaftspolitik, Kulturpolitik und Publizistik (seit 1962)
	<i>Karl Weber</i> (CDU) (bis 1. 4. 1965) <i>Alois Zimmer</i> (CDU) (ab April 1965, kommissarisch)	<i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU) (bis 15. 12. 1964) <i>Alfred Burgemeister</i> (CDU) (ab 15. 12. 1964)	<i>Franz Etzel</i> (CDU)	<i>Hans Schütz</i> (CSU) (bis Januar 1963) <i>Josef Stingl</i> (CDU) (ab 12. 2. 1963)	<i>Ernst Majonica</i> (CDU)	<i>Stephan Dittrich</i> (CSU) (ab 12. 2. 1963)
5. WP 1965–69	AK I: (unverändert)	AK II: Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft	AK III: Haushalt, Steuern und Finanzen	AK IV: Soziales und Gesellschaftspolitik	AK V: Auswärtige, gesamt- deutsche und Verteidigungsfragen	AK VI: Wissenschaft und Publizistik
	<i>Ernst Benda</i> (CDU) (bis 12. 4. 1967) <i>Bert Even</i> (CDU) (ab 18. 4. 1967)	<i>Alfred Burgemeister</i> (CDU)	<i>Wolfgang Pohle</i> (CSU)	<i>Josef Stingl</i> (CDU) (bis 15. 6. 1968) <i>Hermann Götz</i> (CDU) (ab 25. 6. 1968)	<i>Ernst Majonica</i> (CDU)	<i>Berthold Martin</i> (CDU)

Wahlperiode	AK I: (unverändert)	AK II: Wirtschaft und Ernährung	AK III: (unverändert)	AK IV: Sozial- und Gesellschaftspolitik	AK V: Auswärtige, gesamt- deutsche, Verteidi- gungs- und Entwicklungspolitik	AK VI: Bildung, Wissenschaft und Publizistik
6. WP 1969–72	<i>Ernst Benda</i> (CDU) (bis 8. 11. 1971) <i>Friedrich Vogel</i> (CDU) (ab 7. 12. 1971)	<i>Ernst Müller- Hermann</i> (CDU)	<i>Wolfgang Pohle</i> (CSU) (bis † 27. 8. 1971) <i>Hermann Höcherl</i> (CSU) (ab 21. 9. 1971)	<i>Hermann Götz</i> (CDU)	<i>Werner Marx</i> (CDU)	<i>Berthold Martin</i> (CDU)
7. WP 1972–76	AK I: Innen- und Rechtspolitik	AK II: (unverändert)	AK III: Haushalt, Steuern, Geld und Kredit	AK IV: (unverändert)	AK V: Außen-, Deutsch- land-, Verteidigungs-, Europa- und Entwicklungspolitik	AK VI: Bildung, Wissen- schaft, Forschung und Technologie
	<i>Friedrich Vogel</i> (CDU)	<i>Ernst Müller- Hermann</i> (CDU)	<i>Hermann Höcherl</i> (CSU)	<i>Hermann Götz</i> (CDU)	<i>Werner Marx</i> (CDU)	<i>Anton Pfeifer</i> (CDU)
8. WP 1976–80	<i>Friedrich Vogel</i> (CDU) (bis 27. 5. 1977) <i>Heinz Eyrich</i> (CDU) (ab 27. 5. 1977 bis 26. 9. 1978) <i>Benno Erhard</i> (CDU) (ab 26. 9. 1978)	<i>Werner Dollinger</i> (CSU)	<i>Hansjörg Häfele</i> (CDU)	<i>Heinrich Franke</i> (CDU)	<i>Werner Marx</i> (CDU)	<i>Anton Pfeifer</i> (CDU)

9. WP 1980–83	Vorsitzende der Arbeitsgruppen (zugleich die Sprecher der Fraktion für die einzelnen Fachgebiete) (bis 14. Oktober 1982):		
	<p>1. Recht (mit Petitionen, Geschäftsordnung, Immunität und Wahlprüfung) <i>Benno Erhard</i> (CDU)</p> <p>2. Inneres/Umwelt (mit Sport) <i>Carl-Dieter Spranger</i> (CSU)¹⁾</p> <p>3. Wirtschaft <i>Theodor Waigel</i> (CSU)¹⁾</p> <p>4. Energie <i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU)¹⁾</p> <p>5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Ignaz Kiechle</i> (CSU)</p>	<p>6. Verkehr/Post <i>Dieter Schulte</i> (CDU)¹⁾</p> <p>7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Friedrich-Adolf Jahn</i> (CDU)¹⁾</p> <p>8. Finanzen und Haushalt <i>Hansjörg Häfele</i> (CDU)¹⁾</p> <p>9. Außenpolitik <i>Alois Mertes</i> (CDU)¹⁾</p> <p>10. Verteidigung <i>Peter Kurt Würzbach</i>(CDU)¹⁾</p>	<p>11. Entwicklungspolitik <i>Elmar Pieroth</i> (CDU) (bis 23. 6. 1981) <i>Volkmar Köhler</i> (CDU) (ab 23. 6. 1981)¹⁾</p> <p>12. Innerdeutsche Beziehungen und Berlinfragen <i>Peter Lorenz</i> (CDU)¹⁾</p> <p>13. Arbeit und Soziales <i>Heinrich Franke</i> (CDU)¹⁾</p> <p>14. Familie, Jugend und Gesundheit <i>Hermann Kroll-Schlüter</i> (CDU)</p> <p>15. Bildung und Forschung <i>Anton Pfeifer</i> (CDU)¹⁾</p>
	Vorsitzende der Arbeitsgruppen (zugleich die Sprecher der Fraktion für die einzelnen Fachgebiete) (ab 14. Oktober 1982):		
	<p>1. Recht (einschließlich Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie Petitionen) <i>Fritz Wittmann</i> (CSU)</p> <p>2. Inneres, Umwelt und Sport <i>Karl Miltner</i> (CDU)</p> <p>3. Wirtschaft <i>Rudolf Sprung</i> (CDU)</p> <p>4. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Egon Susset</i> (CDU)</p> <p>5. Verkehr <i>Günter Straßmeir</i> (CDU)</p>	<p>6. Post- und Fernmeldewesen <i>Gerhard O. Pfeffermann</i> (CDU)</p> <p>7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Dietmar Kansy</i> (CDU)</p> <p>8. Finanzen <i>Reinhold Kreile</i> (CSU)</p> <p>9. Haushalt <i>Manfred Carstens</i> (CDU)</p> <p>10. Arbeit und Sozialordnung <i>Haimo George</i> (CDU)</p> <p>11. Jugend, Familie und Gesundheit <i>Hermann Kroll-Schlüter</i> (CDU)</p>	<p>12. Außenpolitik <i>Hans Klein</i> (CSU)</p> <p>13. Verteidigung <i>Willi Weiskirch</i> (CDU)</p> <p>14. Deutschlandpolitik und Berlinfragen <i>Eduard Lintner</i> (CSU)</p> <p>15. Wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Winfried Pinger</i> (CDU)</p> <p>16. Forschung und Technologie <i>Christian Lenzer</i> (CDU)</p> <p>17. Bildung und Wissenschaft <i>Klaus Daweke</i> (CDU)</p>

1) bis 4. Oktober 1982

10. WP 1983–87	Vorsitzende der Arbeitsgruppen (zugleich die Sprecher der Fraktion für die einzelnen Fachgebiete):		
11. WP 1987–90	<ol style="list-style-type: none"> 1. Recht (einschließlich Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie Petitionen) <i>Fritz Wittmann</i> (CSU) 2. Inneres, Umwelt und Sport (ab 24. 6. 1986: Inneres und Sport) <i>Karl Miltner</i> (CDU) (bis 23. 11. 1983) <i>Paul Laufs</i> (CDU) (ab 23. 11. 1983 bis 24. 6. 1986) <i>Werner Broll</i> (CDU) (ab 24. 6. 1986) 3. Wirtschaft <i>Matthias Wissmann</i> (CDU) 4. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Egon Susset</i> (CDU) 5. Verkehr <i>Günter Straßmeir</i> (CDU) 	<ol style="list-style-type: none"> 6. Post- und Fernmeldewesen <i>Gerhard O. Pfeffermann</i> (CDU) 7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Dietmar Kansy</i> (CDU) 8. Finanzen <i>Reinhold Kreile</i> (CSU) 9. Haushalt <i>Manfred Carstens</i> (CDU) 10. Arbeit und Soziales <i>Haimo George</i> (CDU) (bis † 5. 10. 1985) <i>Bernhard Jagoda</i> (CDU) (ab 22. 10. 1985) 11. Jugend, Familie und Gesundheit <i>Hermann Kroll-Schlüter</i> (CDU) 12. Außenpolitik <i>Hans Klein</i> (CSU) 	<ol style="list-style-type: none"> 13. Verteidigung <i>Willi Weiskirch</i> (CDU) (bis 20. 3. 1985) <i>Willy Wimmer</i> (CDU) (ab 26. 3. 1985) 14. Deutschlandpolitik und Berlinfragen <i>Eduard Lintner</i> (CSU) 15. Wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Winfried Pinger</i> (CDU) 16. Forschung und Technologie <i>Christian Lenzer</i> (CDU) 17. Bildung und Wissenschaft <i>Klaus Daweke</i> (CDU) 18. Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ab 27. 6. 1986) <i>Paul Laufs</i> (CDU)
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Recht <i>Fritz Wittmann</i> (CSU) 2. Inneres und Sport <i>Johannes Gerster</i> (CDU) 3. Wirtschaft <i>Matthias Wissmann</i> (CDU) 4. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Egon Susset</i> (CDU) 5. Verkehr <i>Günter Straßmeir</i> (CDU) (bis 26. 10. 1989) <i>Dirk Fischer</i> (CDU) (ab 7. 11. 1989) 6. Post- und Fernmeldewesen <i>Gerhard O. Pfeffermann</i> (CDU) 7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Dietmar Kansy</i> (CDU) 	<ol style="list-style-type: none"> 8. Finanzen <i>Michael Glos</i> (CSU) 9. Haushalt <i>Manfred Carstens</i> (CDU) (bis 21. 4. 1989) <i>Jochen Borchert</i> (CDU) (ab 25. 4. 1989) 10. Arbeit und Soziales <i>Horst Günther</i> (CDU) 11. Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit <i>Paul Hoffacker</i> (CDU) 12. Außenpolitik <i>Michaela Geiger</i> (CSU) 13. Verteidigung <i>Willy Wimmer</i> (CDU) (bis 19. 12. 1988) <i>Bernd Wilz</i> (CDU) (ab 17. 1. 1989) 	<ol style="list-style-type: none"> 14. Deutschlandpolitik und Berlinfragen <i>Eduard Lintner</i> (CSU) 15. Wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Winfried Pinger</i> (CDU) 16. Forschung und Technologie <i>Christian Lenzer</i> (CDU) 17. Bildung und Wissenschaft <i>Klaus Daweke</i> (CDU) 18. Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <i>Paul Laufs</i> (CDU) (bis 7. 6. 1988) <i>Bernd Schmidbauer</i> (CDU) (ab 15. 6. 1988)

12. WP 1990–1994	Vorsitzende der Arbeitsgruppen (zugleich die Sprecher der Fraktion für die einzelnen Fachgebiete):		
	<p>1. Recht (einschließlich Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie Petitionen) <i>Norbert Geis</i> (CSU)</p> <p>2. Inneres und Sport <i>Johannes Gerster</i> (CDU) (bis 21. 1. 1992) <i>Erwin Marschewski</i> (CDU) (ab 21. 1. 1992)</p> <p>3. Wirtschaft <i>Matthias Wissmann</i> (CDU) (bis 9. 2. 1993) <i>Rainer Haungs</i> (CDU) (ab 9. 2. 1993)</p> <p>4. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Egon Susset</i> (CDU)</p> <p>5. Verkehr <i>Dirk Fischer</i> (CDU)</p> <p>6. Post und Telekommunikation <i>Gerhard O. Pfeffermann</i> (CDU) (bis 6. 9. 1993) <i>Elmar Müller</i> (CDU) (ab 21. 9. 1993)</p> <p>7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Dietmar Kansy</i> (CDU)</p> <p>8. Finanzen <i>Kurt Falthäuser</i> (CSU) (bis 9. 2. 1993) <i>Hansgeorg Hauser</i> (CSU) (ab 9. 2. 1993)</p>	<p>9. Haushalt <i>Jochen Borchert</i> (CDU) (bis 21. 1. 1993) <i>Adolf Roth</i> (CDU) (ab 9. 2. 1993)</p> <p>10. Arbeit und Soziales <i>Julius Louven</i> (CDU)</p> <p>11. Gesundheit <i>Paul Hoffacker</i> (CDU)</p> <p>12. Auswärtiges <i>Karl Lamers</i> (CDU)</p> <p>13. Verteidigung <i>Bernd Wilz</i> (CDU) (bis 8. 4. 1992) <i>Paul Breuer</i> (CDU) (ab 5. 5. 1992)</p> <p>14. Europa (ab 13. 10. 1992: Europäische Union) <i>Peter Kittelmann</i> (CDU)</p> <p>15. Wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Winfried Pinger</i> (CDU)</p> <p>16. Forschung und Technologie <i>Christian Lenzer</i> (CDU)</p>	<p>17. Bildung und Wissenschaft <i>Alois Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU)</p> <p>18. Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <i>Ulrich Klinkert</i> (CDU) (bis 4. 2. 1994) <i>Klaus W. Lippold</i> (CDU) (ab 1. 3. 1994)</p> <p>19. Familie und Senioren <i>Ursula Männle</i> (CSU)</p> <p>20. Frauen und Jugend <i>Claudia Nolte</i> (CDU)</p> <p>21. Fremdenverkehr <i>Rolf Olderog</i> (CDU)</p> <p>22. Verfassung (ab 21. 1. 1992) <i>Friedrich-Adolf Jahn</i> (CDU)</p> <p>23. Treuhand (ab 9. 2. 1993) <i>Paul Krüger</i> (CDU) (bis 13. 5. 1993) <i>Hermann Pohler</i> (CDU) (ab 15. 6. 1993)</p>

13. WP 1994– ¹⁾	1. Recht <i>Norbert Geis</i> (CSU) 2. Inneres und Sport <i>Erwin Marschewski</i> (CDU) 3. Wirtschaft <i>Rainer Haungs</i> (CDU) (bis † 18. 1. 1996) <i>Gunnar Uldall</i> (CDU) (ab 6. 2. 1996) 4. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Egon Susset</i> (CDU) 5. Verkehr <i>Dirk Fischer</i> (CDU) 6. Post und Telekommunikation <i>Elmar Müller</i> (CDU) 7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Dietmar Kansy</i> (CDU)	8. Finanzen <i>Hansgeorg Hauser</i> (CSU) (bis 15. 11. 1995) <i>Gerda Hasselfeldt</i> (CSU) (ab 28. 11. 1995) 9. Haushalt <i>Adolf Roth</i> (CDU) 10. Arbeit und Soziales <i>Julius Louven</i> (CDU) 11. Gesundheit <i>Wolfgang Lohmann</i> (CDU) 12. Auswärtiges <i>Karl Lamers</i> (CDU) 13. Verteidigung <i>Paul Breuer</i> (CDU) 14. Europa <i>Gero Pfennig</i> (CDU)	15. Wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Winfried Pinger</i> (CDU) 16. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie <i>Christian Lenzer</i> (CDU) 17. Umwelt, Naturschutz und Reaktor- sicherheit <i>Klaus W. Lippold</i> (CDU) 18. Familie, Senioren, Frauen und Jugend <i>Maria Eichhorn</i> (CSU) 19. Fremdenverkehr und Tourismus <i>Rolf Olderer</i> (CDU)
-------------------------------	---	---	---

1) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Zum Thema „Fraktionsvorstände“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Aufstellung der weiblichen Fraktionsvorstandsmitglieder)
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung (mit einer Aufstellung der ostdeutschen Fraktionsvorstandsmitglieder)
- 24.1 Parlamentarische Versammlung des Europarates (mit Angabe der Fraktionsvorsitzenden aus der Bundesrepublik Deutschland)
- 24.2 Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) (mit Angabe der Fraktionsvorsitzenden aus der Bundesrepublik Deutschland)
- 24.4 Europäisches Parlament (mit Angabe der Fraktionsvorsitzenden aus der Bundesrepublik Deutschland)
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer (mit Angabe der Fraktionsvorstände)

Arbeitskreise bzw. Arbeitsgruppen der SPD

Wahlperiode	AK I: Außenpolitik	AK II: Innenpolitik	AK III: Wirtschafts- politik	AK IV: Sozialpolitik	AK V: Haushalt und Finanzen	AK VI: Heimat- vertriebene	AK VII: Rechts- wesen	AK VIII (ab 1955): Sicherheits- fragen
2. WP 1953–57	<i>Herbert Wehner</i>	<i>Friedrich Maier</i>	<i>Joachim Schöne</i>	<i>Willy Odenthal</i>	<i>Erwin Schoettle</i>	<i>Richard Reitzner</i>	<i>Adolf Arndt</i>	<i>Fritz Erler</i>
3. WP 1957–61	<i>Herbert Wehner</i>	<i>Friedrich Maier</i>	<i>Heinrich Deist</i> , ab Nov. 1958: <i>Georg Kurlbaum</i>	<i>Ernst Schellenberg</i>	<i>Erwin Schoettle</i>	<i>Richard Reitzner</i>	<i>Adolf Arndt</i>	<i>Fritz Erler</i>
4. WP 1961–65	AK I: Außenpolitik und gesamt- deutsche Fragen	AK II: (unverändert)	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	AK V: Öffentliche Finanz- wirtschaft	AK VI: Heimat- vertriebene und Flüchtlinge	AK VII: (unverändert)	AK VIII: (unverändert)
	<i>Herbert Wehner</i>	<i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i>	<i>Georg Kurlbaum</i>	<i>Ernst Schellenberg</i>	<i>Alex Möller</i>	<i>Richard Reitzner</i> (bis † 11. 5. 1962) Nachfolger: <i>Reinhold Rehs</i>	<i>Karl Wittrock</i> (bis 8. 5. 1963) Nachfolger: <i>Gerhard Jahn</i>	<i>Fritz Erler</i> (bis 3. 3. 1964) Nachfolger: <i>Karl Wienand</i>
5. WP 1965–69	<i>Herbert Wehner</i> , ab 27. 4. 1967: <i>Helmut Schmidt</i>	<i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i>	<i>Georg Kurlbaum</i>	<i>Ernst Schellenberg</i>	<i>Alex Möller</i>	<i>Reinhold Rehs</i>	<i>Gerhard Jahn</i> , ab 27. 4. 1967: <i>Martin Hirsch</i>	<i>Karl Wienand</i> , ab 27. 4. 1967: <i>Karl Wilhelm Berkhan</i>

Wahlperiode	AK I: Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen	AK II: Inneres, Bildung und Sport	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	AK V: (unverändert)	AK VI: (unverändert)	AK VII: (unverändert)	AK VIII: (unverändert)
6. WP 1969–72	<i>Kurt Mattick</i>	<i>Hermann Schmitt- Vockenhausen</i>	<i>Hans-Jürgen Junghans</i>	<i>Ernst Schellenberg</i>	<i>Hans Hermsdorf</i>	<i>Herbert Hupka</i>	<i>Martin Hirsch</i>	<i>Werner Buchstaller</i>
7. WP 1972–76	AK I: Außen- und Sicher- heitspolitik, Inner- deutsche Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik	AK II: Inneres, Bildung, Forschung und Technologie, Post und Sport	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	AK V: (unverändert)	AK VI: (entspricht bisher AK VII: Rechtswesen)		
	<i>Kurt Mattick</i>	<i>Karl Liedtke</i>	<i>Hans-Jürgen Junghans</i>	<i>Eugen Glombig</i>	<i>Alex Möller</i>	<i>Hermann Dürr</i>		
8. WP 1976–80	AK I: (unverändert)	AK II: Inneres, Bildung und Sport	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	AK V: (unverändert)	AK VI: (unverändert)		
	<i>Jürgen Schmude</i> (bis 14. 2. 1978) <i>Marie Schlei</i> (ab 16. 2. 1978)	<i>Willfried Penner</i>	<i>Hans-Jürgen Junghans</i>	<i>Eugen Glombig</i>	<i>Heinz Westphal</i>	<i>Hermann Dürr</i>		

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Wahlperiode	AK I: Außen- und Sicherheitspolitik, Innerdeutsche Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik	AK II: Inneres, Bildung und Sport	AK III: Wirtschaftspolitik	AK IV: Sozialpolitik	AK V: Öffentliche Finanzwirtschaft	AK VI: Rechtswesen		
9. WP 1980–83	<i>Peter Corterier</i> (bis 26. 6. 1981) <i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (ab 10. 11. 1981 bis 28. 4. 1982) <i>Karsten D. Voigt</i> (ab 25. 5. 1982)	<i>Hugo Brandt</i>	<i>Hans-Jürgen Junghans</i>	<i>Eugen Glombig</i>	<i>Heinz Westphal</i> (bis 28. 4. 1982) <i>Rudi Walther</i> (ab 25. 5. 1982)	<i>Alfred Emmerlich</i>		
10. WP ¹⁾ 1983–87	<i>Horst Ehmke</i>	<i>Jürgen Schmude</i> (bis 21. 5. 1985) <i>Willfried Penner</i> (ab 20. 6. 1985)	<i>Wolfgang Roth</i>	<i>Anke Fuchs</i>	<i>Hans Apel</i>	<i>Alfred Emmerlich</i>		
11. WP 1987–90	AK I: (unverändert)	AK II: (unverändert)	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	AK V: (unverändert)	AK VI: Umwelt und Energie	AK VII: (wie zuvor AK VI)	AK VIII: Gleichstellung von Frau und Mann ²⁾
	<i>Horst Ehmke</i>	<i>Willfried Penner</i>	<i>Wolfgang Roth</i>	<i>Anke Fuchs</i> (bis 23. 6. 1987) <i>Rudolf Dreßler</i> (ab 23. 6. 1987)	<i>Hans Apel</i> (bis 5. 9. 1988) <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (ab 27. 9. 1988)	<i>Volker Hauff</i> (bis 4. 3. 1988) <i>Harald B. Schäfer</i> (ab 3. 5. 1988)	<i>Herta Däubler-Gmelin</i>	<i>Renate Schmidt</i>

1) Außerdem wurden zu Beginn der 10. Wahlperiode zwei „Arbeitsbereiche“ eingerichtet:

„Gleichstellung der Frau“, Vorsitzende: *Herta Däubler-Gmelin*

„Umweltschutz“, Vorsitzender: *Volker Hauff*

2) Bezeichnung des Arbeitskreises bis 1. 3. 1988: „Gleichstellung der Frau“

12. WP 1990–94	Vorsitzende der Arbeitskreise (bis Dezember 1991):		
	<p>I: Außen- und Sicherheitspolitik, Europa- und Entwicklungspolitik <i>Norbert Gansel</i></p> <p>II: Inneres, Bildung und Sport <i>Willfried Penner</i></p> <p>III: Wirtschaftspolitik <i>Wolfgang Roth</i></p>	<p>IV: Sozialpolitik <i>Rudolf Dreßler</i></p> <p>V: Öffentliche Finanzwirtschaft <i>Ingrid Mathäus-Maier</i></p> <p>VI: Ökologische Erneuerung – Umwelt – Energie – Verkehr – Landwirtschaft <i>Harald B. Schäfer</i></p>	<p>VII: Rechtswesen <i>Herta Däubler-Gmelin</i></p> <p>VIII: Gleichstellung von Frau und Mann <i>Ingrid Becker-Inglau</i></p> <p>IX: Neue Länder/ Deutschlandpolitik <i>Wolfgang Thierse</i></p>
	Vorsitzende der Querschnitts- und Arbeitsgruppen (ab Dezember 1991)¹⁾:		
	<p>Querschnittsgruppen:</p> <p>Einheit Deutschlands <i>Rolf Schwanitz</i></p> <p>Gleichstellung von Frau und Mann <i>Ulla Schmidt</i></p> <p>Arbeitsgruppen:</p> <p>1. Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung <i>Johannes Singer</i></p> <p>2. Petitionen <i>Horst Peter</i></p> <p>3. Außenpolitik <i>Karsten D. Voigt</i></p> <p>4. Inneres <i>Gerd Wartenberg</i></p> <p>5. Sportpolitik <i>Wilhelm Schmidt</i></p> <p>6. Rechtspolitik <i>Hans de With</i></p>	<p>7. Finanzen <i>Joachim Poß</i></p> <p>8. Haushalt <i>Helmut Wieczorek</i></p> <p>9. Wirtschaft <i>Wolfgang Roth</i> (bis 11. 5. 1993) <i>Uwe Jens</i> (ab 11. 5. 1993)</p> <p>10. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Horst Sielaff</i></p> <p>11. Arbeit und Sozialordnung <i>Ottmar Schreiner</i></p> <p>12. Sicherheitsfragen (Verteidigung) <i>Walter Kolbow</i></p> <p>13. Familie und Senioren <i>Christel Hanewinkel</i></p> <p>14. Frauen und Jugend <i>Hanna Wolf</i></p> <p>15. Gesundheit <i>Klaus Kirschner</i></p>	<p>16. Verkehr <i>Klaus Daubertshäuser</i></p> <p>17. Umwelt <i>Harald B. Schäfer</i> (bis 27. 6. 1992) <i>Michael Müller</i> (ab 21. 9. 1992)</p> <p>18. Post und Telekommunikation <i>Arne Börnsen</i></p> <p>19. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Achim Großmann</i></p> <p>20. Forschung und Technologie <i>Josef Vosen</i></p> <p>21. Bildung und Wissenschaft <i>Doris Odendahl</i></p> <p>22. Wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Ingomar Hauchler</i></p> <p>23. Fremdenverkehr <i>Carl Ewen</i></p> <p>24. Europäische Gemeinschaft <i>Heidmarie Wieczorek-Zeul</i></p>

¹⁾ Zur neuen Fraktionsstruktur der SPD ab Dezember 1991 vgl. Abschnitt 5.7.

13. WP 1994- ¹⁾	Vorsitzende der Querschnitts- und Arbeitsgruppen		
	<p>Querschnittsgruppen:</p> <p>Deutsche Einheit <i>Rolf Schwanitz</i></p> <p>Europa <i>Heidmarie Wieczorek-Zeul</i></p> <p>Gleichstellung von Frau und Mann <i>Ulla Schmidt</i></p> <p>Arbeitsgruppen:²⁾</p> <p>(1.) Wahlprüfung und Geschäftsordnung <i>Johannes Singer</i></p> <p>(2.) Petitionen <i>Bernd Reuter</i></p> <p>(3.) Außenpolitik <i>Karsten D. Voigt</i></p> <p>(4.) Inneres <i>Fritz Rudolf Körper</i></p> <p>(5.) Sportpolitik <i>Klaus Lohmann</i></p> <p>(6.) Rechtspolitik <i>Herta Däubler-Gmelin</i></p> <p>(7.) Finanzen <i>Joachim Poß</i></p> <p>(8.) Haushalt <i>Karl Diller</i></p>	<p>(9.) Wirtschaft <i>Uwe Jens</i> (bis 13. 9. 1995) <i>Ernst Schwanhold</i> (ab 26. 9. 1995)</p> <p>(10.) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Horst Sielaff</i></p> <p>(11.) Arbeit und Sozialordnung <i>Otmar Schreiner</i> (bis 18. 3. 1997) <i>Gerd Andres</i> (ab 22. 4. 1997)</p> <p>(12.) Verteidigung <i>Walter Kolbow</i></p> <p>(13.) Familie und Senioren, Frauen und Jugend <i>Christel Hanewinkel</i></p> <p>(14.) Gesundheit <i>Klaus Kirschner</i></p> <p>(15.) Verkehr <i>Elke Ferner</i></p> <p>(16.) Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <i>Michael Müller</i></p>	<p>(17.) Post und Telekommunikation <i>Hans Martin Bury</i></p> <p>(18.) Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Achim Großmann</i></p> <p>(19.) Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technik <i>Peter Glotz</i> (bis 30. 6. 1996) <i>Edelgard Bulmahn</i> (ab 1. 7. 1996)</p> <p>(20.) Wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Ingomar Hauchler</i> (bis 23. 4. 1996) <i>Adelheid Tröscher</i> (ab 24. 4. 1996)</p> <p>(21.) Fremdenverkehr und Tourismus <i>Susanne Kastner</i></p> <p>(22.) Angelegenheiten der Europäischen Union <i>Heidmarie Wieczorek-Zeul</i></p>

1) Stand: 31. August 1997

2) Numerierung nicht offiziell

Arbeitskreise der FDP

Wahlperiode	AK I: Außenpolitik und Verteidigung	AK II: Wirtschaftspolitik	AK III: Arbeit und Sozialpolitik	AK IV: Innenpolitik	AK V: Agrarpolitik
3. WP 1957–61	<i>Thomas Dehler</i>	<i>Karl Atzenroth</i>	<i>Lotte Friese-Korn</i>	<i>Walther Kühn</i>	<i>Adolf Mauk</i>
4. WP 1961–65	<i>Ernst Achenbach</i>	<i>Karl Atzenroth</i> (bis 8. 1. 1963) <i>Wolfgang Imle</i> (ab 8. 1. 1963)	<i>Kurt Spitzmüller</i>	<i>Walther Kühn</i> (bis 15. 1. 1962) <i>Wolfram Dorn</i> (ab 15. 1. 1962)	<i>Josef Effertz</i>
5. WP 1965–69	<i>Fritz-Rudolf Schultz</i>	<i>Hans-Werner Staratzke</i>	<i>Kurt Spitzmüller</i>	<i>Wolfram Dorn</i> (bis 21. 1. 1968) <i>Karl Moersch</i> (ab 21. 1. 1968)	<i>Josef Effertz</i> (bis 4. 3. 1968) <i>Fritz Logemann</i> (ab 5. 3. 1968)
6. WP 1969–72	AK I: Außen-, Deutschland- und Sicherheitsfragen	AK II: Wirtschafts-, Finanzpolitik und Landwirtschaft	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	
	<i>Ernst Achenbach</i>	<i>Werner Mertes</i>	<i>Hansheinrich Schmidt</i>	<i>Detlef Kleinert</i>	
7. WP 1972–76	AK I: Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik	AK II: (unverändert)	AK III: Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik	AK IV: Innen- und Rechtspolitik	AK V: Bildung und Technologie
	<i>Ernst Achenbach</i>	<i>Otto Graf Lambsdorff</i>	<i>Hansheinrich Schmidt</i>	<i>Detlef Kleinert</i>	<i>Helga Schuchardt</i>

Hinweis

Die jüngsten Funktionsinhaber im Bundestag und in der Bundesregierung sind im Abschnitt 3.23 zusammengestellt.

Wahlperiode	AK I: (unverändert)	AK II: (unverändert)	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	AK V: (unverändert)	AK VI (ab 26. 7. 1979): Europa
8. WP 1976–80	<i>Martin Bangemann</i> (bis 19. 6. 1979) <i>Jürgen W. Möllemann</i> (ab 19. 6. 1979)	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (bis 7. 10. 1977) <i>Richard Wurbs</i> (ab 6. 12. 1977)	<i>Hansheinrich Schmidt</i>	<i>Detlef Kleinert</i>	<i>Helga Schuchardt</i>	<i>Martin Bangemann</i>
9. WP 1980–83	AK I: Außen-, Deutschland-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik	AK II: Wirtschafts-, Finanzpolitik und Landwirtschaft	AK III: Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik	AK IV: Innen- und Rechtspolitik	AK V: Bildung und Technologie	AK VI: Europa
	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (bis 4. 10. 1982) <i>Helmut Schäfer</i> (ab 11. 11. 1982)	<i>Hans H. Gattermann</i>	<i>Hansheinrich Schmidt</i>	<i>Detlef Kleinert</i>	<i>Karl-Hans Laermann</i>	<i>Kurt Jung</i> (bis 4. 10. 1982) <i>Manfred Vohrer</i> (ab 23. 11. 1982)
10. WP 1983–87	AK I: Außen- und Sicherheitspolitik, Deutschland-, Europa- und Entwicklungspolitik	AK II: Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik	AK III: (unverändert)	AK IV: (unverändert)	AK V: (unverändert)	
	<i>Helmut Schäfer</i>	<i>Helmut Haussmann</i> (bis 21. 9. 1984) <i>Otto Graf Lambsdorff</i> (ab 21. 9. 1984)	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (bis 21. 9. 1984) <i>Irmgard Adam-Schwaetzer</i> (ab 21. 9. 1984)	<i>Detlef Kleinert</i>	<i>Karl-Hans Laermann</i>	

Wahlperiode	AK I: (unverändert)	AK II: (unverändert)	AK III: Arbeits- und Sozialpolitik	AK IV: (unverändert)	AK V: (unverändert)
11. WP 1987–90	<i>Hans-Günter Hoppe</i>	<i>Otto Graf Lambsdorff</i>	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i>	<i>Detlef Kleinert</i>	<i>Karl-Hans Laermann</i>
12. WP 1990–94	AK I: Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik	AK II: (unverändert)	AK III: Arbeits-, Sozial-, Jugend-, Frauen-, Familien-, Senioren- und Gesundheitspolitik	AK IV: Innen-, Rechts-, Umwelt- und Sportpolitik	AK V: Bildungs-, Forschungs- politik und Technologie
	<i>Ulrich Irmer</i>	<i>Otto Graf Lambsdorff</i>	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (bis 7. 9. 1992) <i>Gisela Babel</i> (ab 7. 9. 1992)	<i>Detlef Kleinert</i>	<i>Karl-Hans Laermann</i> (bis 4. 2. 1994) <i>Jürgen Timm</i> (ab 1. 3. 1994)
13. WP 1994– ¹⁾	AK I: (unverändert)	AK II: (unverändert)	AK III: (unverändert)	AK IV: Innen-, Rechts- und Sportpolitik	AK V: Umwelt-, Bildungs-, Wissenschafts-, Verkehrs-, Bau-, Forschungs- und Technologiepolitik
	<i>Helmut Haussmann</i>	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (bis 28. 1. 1997) <i>Paul K. Friedhoff</i> (ab 28. 1. 1997)	<i>Gisela Babel</i>	<i>Detlef Kleinert</i>	<i>Wolfgang Gerhardt</i>

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Arbeitskreise der Grünen¹⁾

10. WP 1983–87	AK I: Haushalt, Wirtschaft und Finanzen AK II: Frauen und Soziales, ab 1. 1. 1984: Sozialpolitik AK III: Recht und Gesellschaft	AK IV: Abrüstung, Frieden, Internationales AK V: Umwelt AK VI: ²⁾ Frauen
11. WP 1987–90	AK I: Haushalt, Wirtschaft und Finanzen AK II: Arbeit und Soziales AK III: Innen und Recht AK IV: Raumordnung und Verkehr AK V: Umwelt	AK VI: Frauenpolitik AK VII: Forschung und Wissenschaft AK VIII: Außenpolitik Ost/West AK IX: Außenpolitik Nord/Süd

1) Offizielle Sprecher der Arbeitskreise wurden nicht gewählt.

2) ab 1. Januar 1984

Arbeitskreise von Bündnis 90/Die Grünen¹⁾

Wahlperiode	AK I: Wirtschaft, Finanzen, Forschung und Technologie, Bildung und Wissenschaft, Post, Tourismus	AK II: Umwelt, Raumordnung und Verkehr	AK III: Innen, Recht und Petition	AK IV: Frauen, Arbeit und Soziales, Jugend und Gesundheit	AK V: Außenpolitik, Menschenrechte, Abrüstung
13. WP 1994– ²⁾	<i>Kristin Heyne</i>	<i>Michaele Hustedt,</i> ab 10. 10. 1995: <i>Franziska Eichstädt- Bohlig</i>	<i>Cem Özdemir,</i> ab 25. 4. 1995: <i>Rezzo Schlauch</i>	<i>Andrea Fischer,</i> ab 8. 10. 1996: <i>Marie Luise Beck</i>	<i>Helmut Lippelt</i>

1) Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen in der 12. Wahlperiode hatten folgende Arbeitskreise eingerichtet:

AK I: Ökologie und Wirtschaft, Arbeits-, Sozial- und Frauenpolitik

AK II: Friedenspolitik, Ost/West, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

AK III: Innen und Recht

Offizielle Sprecher der Arbeitskreise wurden nicht gewählt.

2) Stand: 31. August 1997

Arbeitskreise bzw. Arbeitsbereiche der PDS/Linke Liste bzw. PDS

Wahlperiode	AK I: Friedens-, Außen- und Entmilitarisierungspolitik	AK II: Ökologie, Soziales, Wirtschaft	AK III: Demokratisierung und Recht	AK IV: Feminisierung der Gesellschaft
12. WP 1990–94	<i>Hans Modrow</i>	<i>Fritz Schumann</i>	<i>Gerhard Riege</i> (bis † 15. 2. 1992) ¹⁾	<i>Petra Bläss</i>
	AB I: Außen- und Friedenspolitik	AB II: Wirtschaft, Finanzen, Haushalt, Umwelt, Verkehr	AB III: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	AB IV: Innen-, Rechts-, Aus- länderInnen-, Wissen- schafts- und Bildungs- politik
13. WP 1994– ²⁾ 3)	<i>Andrea Lederer</i> ⁴⁾	<i>Christa Luft</i>	<i>Heidi Knake-Werner</i>	<i>Ludwig Elm</i>

¹⁾ ab 26. Mai 1992 Umwandlung des AK III in drei gleichberechtigte Arbeitsgruppen:

AG Verfassungs- und Rechtsfragen (Vorsitzender: *Uwe Jens Heuer*)

AG Innenpolitik-/AusländerInnen (Vorsitzende: *Ulla Jelpke*)

AG Wissenschaft-Bildung-Kultur-Geschichte (Vorsitzender: *Dietmar Keller*)

²⁾ Stand: 31. August 1997

³⁾ außerdem Arbeitskreis Feministische Politik (Vorsitzende: *Christina Schenk*)

⁴⁾ ab 13. Mai 1996 Namensänderung: *Andrea Gysi*

Hinweis

Die Vorsitzenden der anderen Gremien, Kommissionen usw. des Bundestages sind in folgenden Abschnitten zu finden:

4.6 Kommissionen des Vorstandes und des Ältestenrates

9.2 Ständige Ausschüsse, Sonderausschüsse, Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a GG, Wahlmännerausschuß

9.7 Untersuchungsausschüsse

9.8 Enquete-Kommissionen

24.10 Koordinierungsgremien beim Bundestag

5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen

Jede der Bundestagsfraktionen hat sich im Verlauf der Wahlperioden einen eigenen, organisatorisch von der Bundestagsverwaltung getrennten Fraktionshilfsdienst aufgebaut. *)

Zu diesen Fraktionshilfsdiensten gehören neben den Bürokräften sowie weiteren administrativen und technischen Hilfskräften insbesondere

- die Mitarbeiter (wissenschaftliche Referenten, Sachbearbeiter) der Fraktions-Arbeitskreise und -Arbeitsgruppen,
- die persönlichen Referenten des Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden und der Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion,
- die Mitarbeiter der fraktionseigenen Pressestellen und Informationsdienste.

Fraktionseigene Mitarbeiterstäbe haben vor allem für die in Opposition befindlichen Fraktionen besondere Bedeutung, da diese – im Gegensatz zu den Fraktionen der Regierungskoalition – nur im geringen Maß Unterstützung durch die Ministerialbürokratie erwarten können. Entsprechend hat die SPD schon seit der 2. Wahlperiode die Zahl ihrer Fraktionsassistenten Schritt für Schritt vergrößert. So verfügte sie in der 5. Wahlperiode – im Vergleich zur CDU/CSU-Fraktion – über die rund vierfache Anzahl wissenschaftlicher Mitarbeiter. Die CDU/CSU hat ihren Fraktionsdienst um das Dreifache erweitert, seit sie Ende 1969 in Opposition geriet.

Der Abschnitt, der für das vorliegende **Datenhandbuch** um zwei Unterabschnitte erweitert worden ist, ist folgendermaßen untergliedert:

- Zahl der Fraktionsmitarbeiter
- Personalausgaben für Fraktionsmitarbeiter
- Mitglieder des Bundestages als frühere Fraktionsmitarbeiter

*) Vgl. *Jürgen Jekewitz*, Das Personal der Parlamentsfraktionen: Funktion und Status zwischen Politik und Verwaltung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 3. S. 395–423.

Hinweis

Zum Thema „Fraktionen“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.22 Stimmenanteil/Mandatsanteil
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 3.24 Sozialprofil der Fraktionen
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 6.6 Koalitionen und Opposition im Bund
- 6.7 Regierungsbildung (mit einer Gegenüberstellung des Mandatsanteils und des Kabinettsmitgliederanteils der an der Regierung beteiligten Fraktionen)
- 8.2 Sitzordnung im Plenum
- 8.15 Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit Angaben darüber, welche Tage in den Sitzungswochen für die Fraktionen vorgesehen sind)
- 9.3 Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.5 Minderheitenrechte

Zahl der Fraktionsmitarbeiter

Die nebenstehende und die folgenden Übersichten geben die personelle Stärke der Hilfsdienste für den Bundestag insgesamt und für die einzelnen Fraktionen und Gruppen wieder.*)

Wahlperiode	Stand	insgesamt		
		höherer Dienst	andere	insges.
1. WP 1949–53	Ende der WP	•	•	•
2. WP 1953–57	Ende der WP	•	•	•
3. WP 1957–61	Ende der WP	•	•	•
4. WP 1961–65	Ende der WP	•	•	•
5. WP 1965–69	Juni 1966	34	81	115
	April 1968	49	82	131
	April 1969	55	105	160
6. WP 1969–72	Juli 1970	93	133	226
	Juli 1971	99	140	239
7. WP 1972–76	April 1974	150	93 ¹⁾	243 ¹⁾
	Oktober 1975	159	97 ¹⁾	256 ¹⁾
8. WP 1976–80	Oktober 1977	156	109 ¹⁾	265 ¹⁾
	März 1979	163	119 ¹⁾	282 ¹⁾
9. WP 1980–83	Mai 1981	170	223	393
10. WP 1983–87	November 1983	177 ²⁾	256 ²⁾	508
11. WP 1987–90	Dezember 1987	214	405	619
12. WP 1990–94	November 1991	247	480	727
13. WP 1994–	Dezember 1995	315	522	837

*) Quellen:

1.–4. WP (nur SPD): Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag 1949–1981. Eine Chronik. Bonn 1981;
ab 5. WP: Auszählungen aufgrund der Organisations- und Geschäftsverteilungspläne der Bundestagsfraktionen sowie Auskünfte der Fraktionen und Gruppen; geringfügige Abweichungen in den Zahlenangaben bei *Jürgen Glückert*, Die Hilfsdienste der Fraktionen im 5. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 0. 1969. H. 0. S. 28–36 und bei *Norbert Konegen*, Sachverstand und politische Entscheidung im Deutschen Bundestag. Köln. Diss. 1970. S. 117–119.

1) Summe insgesamt unvollständig wegen unvollständiger Angaben bei der CDU/CSU-Fraktion.

2) Teilsumme unvollständig wegen fehlender Angaben bei der Fraktion der Grünen.

Hinweis

Zur Möglichkeit der Abgeordneten, persönliche Mitarbeiter zu beschäftigen, vgl. Abschnitt 20.8: Mitarbeiter der Abgeordneten.

Wahlperiode	Stand	CDU/CSU-Fraktion			SPD-Fraktion			FDP-Fraktion		
		höherer Dienst	andere	insges.	höherer Dienst	andere	insges.	höherer Dienst	andere	insges.
1. WP 1949–53	Ende der WP	•	•	•	1 ¹⁾	•	.	•	•	•
2. WP 1953–57	Ende der WP	•	•	•	7	18	25	.	•	•
3. WP 1957–61	Ende der WP	•	•	•	10	30	40	•	•	•
4. WP 1961–65	Ende der WP	•	•	•	16	34	50	•	•	•
5. WP 1965–69	Juni 1966	6	27	33	23	44	67	5	10	15
	April 1969	11	29	40	36	63	99	8	13	21
6. WP 1969–72	Juli 1970	44	55	99	42	62	104	7	16	23
7. WP 1972–76	April 1974	71	•	71 ²⁾	58	72	130	21	21	42
8. WP 1976–80	Okt. 1977	74	•	74 ²⁾	59	82	141	23	27	50
9. WP 1980–83	Mai 1981	79	96	175	63	96	159	28	31	59
10. WP 1983–87	Nov. 1983	73	119	192	81	109	190	23	28	51
11. WP 1987–90	Dez. 1987	72	155	227	79	173	252	26	28	54
12. WP 1990–94	Nov. 1991	85	195	280	100	190	290	29	58	87
13. WP 1994–	Dez. 1995	109	212	321	106	186	292	27	50	77

1) Als erster wissenschaftlicher Assistent wurde von der SPD-Fraktion 1951/52 zunächst Dr. *Wilhelm Hennis* und anschließend bis 1956 Dr. *Horst Ehmke* eingestellt. Beide waren Mitarbeiter des Parlamentarischen Geschäftsführers (Bezeichnung anfangs „Juristischer Sekretär“) Dr. *Adolf Arndt*.

2) Summe unvollständig

Hinweis

Mit Hilfe einer Reihe von Sozialdaten der Abgeordneten wurde ein Sozialprofil der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und von den Grünen ermittelt; vgl. dazu Abschnitt 3.24.

Wahlperiode	Stand	Fraktion der Grünen ¹⁾			Gruppe PDS/LL bzw. PDS			Gruppe B 90/Grüne		
		höherer Dienst	andere	insges.	höherer Dienst	andere	insges.	höherer Dienst	andere	insges.
10. WP 1983–87	Nov. 1983	•	•	75	–	–	–	–	–	–
11. WP 1987–90	Dez. 1987	37	49	86	–	–	–	–	–	–
12. WP 1990–94	Nov. 1991	–	–	–	16	26	42	17	11	28
13. WP 1994–	Dez. 1995	47	45	92	26	29	57	–	–	–

1) 13. Wahlperiode Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Personalausgaben für Fraktionsmitarbeiter

Die Fraktionshilfsdienste werden aus den dafür vorgesehenen Zuschüssen aus dem Haushalt des Bundestages finanziert (vgl. Abschnitt 20.7: Zuschüsse an die Fraktionen). Mit dem am 1. Januar 1995 in Kraft getretenen Sechzehnten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) vom 11. März 1994 (BGBl. I S. 526) sind die Geld- und Sachleistungen der Fraktionen außerhalb der Haushaltsgesetze erstmals generell geregelt worden.*) Im Gesetz ist auch die Rechnungslegung vorgeschrieben, so daß nun ab 1995 die Personalausgaben für die Fraktionsmitarbeiter dokumentiert werden können.

Fraktion/Gruppe	Ausgaben im Kalenderjahr	
	1995 in DM ¹⁾	1996 in DM ¹⁾
CDU/CSU	28 164 163	30 897 988
SPD	29 735 790	30 601 760
Bündnis 90/ Die Grünen	6 684 552	8 497 568
FDP	8 280 609	8 013 788
PDS	5 080 123	5 721 086
insgesamt	77 945 237	83 732 190

1) Quellen:
für 1995 Drucksache 13/5473
für 1996 Drucksache 13/8456

*) Vgl. zum bisherigen Zustand kritisch *Hans Herbert von Arnim*, Staatliche Fraktionsfinanzierung ohne Kontrolle? Wiesbaden 1987.

Hinweis

Ein Fundstellen-Verzeichnis über Äußerungen von Abgeordneten zu Parlamentsfragen im Plenum (einschließlich stichwortartiger Wiedergabe der Redebeiträge) findet sich unter Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts und unter Abschnitt 13.5: Selbstverständnis-Debatten des Bundestages.

Mitglieder des Bundestages als frühere Fraktionsmitarbeiter

Die Biographien der Abgeordneten sind noch nicht systematisch danach geprüft worden, welche Mitglieder des Bundestages zuvor Mitarbeiter in den Bundestagsfraktionen waren. Bei den im folgenden aufgeführten Namen*) handelt es sich daher nur um Beispiele. Auch wenn weitere Beispiele**) sich finden lassen sollten, dürfte ihre Zahl die Feststellung erlauben, daß die Mitarbeit in einer Fraktion nur sehr begrenzt eine Vorstufe für die spätere Mitgliedschaft im Bundestag ist.

Name des MdB, Fraktion	MdB von/bis	zuvor im Bundestag tätig als Fraktionsangestellte(r)
<i>Beck, Volker</i> (Bündnis 90/Die Grünen)	ab 1994	1987–1990 bei der Fraktion der Grünen Schwulereferent
<i>Beermann, Friedrich</i> (SPD)	1969–1975	1955–1959 bei der SPD-Fraktion als wissenschaftlicher Assistent des Arbeitskreises Sicherheitspolitik
<i>Bersch, Walter</i> (SPD)	1994	1992–1994 bei der SPD-Fraktion Referent für mittelfristige und langfristige Aufgabenplanung unter Leitung von <i>Franz Müntefering</i>
<i>Bußmann, Bernhard</i> (SPD)	1969–1980	1966–1969 bei der SPD-Fraktion als Assistent des Arbeitskreises Sicherheit
<i>Ehmke, Horst</i> (SPD)	1969–1994	1952–1956 bei der SPD-Fraktion als wissenschaftlicher Assistent von MdB <i>Adolf Arndt</i> , dem „Juristischen Sekretär“ der Fraktion
<i>Elchlepp, Dietrich</i> (SPD)	1976	unmittelbar vor Mandatsübernahme; keine weiteren Angaben
<i>Genscher, Hans-Dietrich</i> (FDP)	ab 1965	1956–1959 bei der FDP-Fraktion als wissenschaftlicher Assistent und 1959–1965 als hauptamtlicher Geschäftsführer
<i>Hendricks, Barbara</i> (SPD)	ab 1994	1978–1981 bei der SPD-Fraktion Mitarbeiterin in der Pressestelle
<i>Hermendorf, Hans</i> (SPD)	1953–1974	ab 1952 bei der SPD-Fraktion als persönlicher Referent des Partei- und Fraktionsvorsitzenden <i>Erich Ollenhauer</i>
<i>Jens, Uwe</i> (SPD)	ab 1972	1967–1972 bei der SPD-Fraktion als Assistent des Arbeitskreises Wirtschaft
<i>Saibold, Hannelore [Halo]</i> (Die Grünen)	1987–1990 und ab 1994	1983–1987 bei der Fraktion Die Grünen „politische Mitarbeiterin“

*) Größtenteils entnommen aus *Jürgen Jekewitz*, a. a. O.

**) besonders bei der Fraktion der Grünen – und hier während der Praktizierung des Rotationsprinzips in der 10. und 11. Wahlperiode

Name des MdB, Fraktion	MdB von/bis	zuvor im Bundestag tätig als Fraktionsangestellte(r)
<i>Soell, Hartmut</i> (SPD)	1980–1994	1965–1968 bei der SPD-Fraktion als persönlicher Assistent von MdB <i>Helmut Schmidt</i> , ab 1967 Fraktionsvorsitzender
<i>Thüsing, Klaus</i> (SPD)	1977–1983	1974–1977 Mitarbeiter in der SPD-Fraktion

5.11 Sonstige im Bundestag vertretene Parteien

Durch Wahlbündnisse, Wahlabsprachen oder auf andere Weise waren oder sind immer wieder auch sonstige, meist kleinere und oft erst neu gegründete Parteien durch einzelne Abgeordnete im Bundestag vertreten. Abgesehen von den Wahlbündnissen und Wahlabsprachen, d. h. der Überlassung von sicheren Listenplätzen oder aussichtsreichen Wahlkreisen durch größere Parteien, können sonstige Parteien dadurch Präsenz im Parlament erlangen, daß Abgeordnete die Parteizugehörigkeit wechseln, ihre bisherige Fraktion verlassen und das Mandat bis zum Ende der Wahlperiode beibehalten.

In der folgenden Tabelle sind die einzelnen Fälle seit der 1. Wahlperiode des Bundestages aufgeführt.

Wahlperiode	im Bundestag vertretene Partei, Gründungsdatum	Zeitraum	durch den/die Abgeordnete(n) ... vertreten
1. WP 1949–53	Sozialistische Reichspartei (SRP) (gegr. am 2. Oktober 1949; am 23. Oktober 1952 durch Bundesverfassungsgericht verboten; zuvor im September 1952 Selbstauflösung)	ab Oktober 1949 bis Oktober 1952	<i>Fritz Dorls</i> (gewählt als Abgeordneter der Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei [DKP–DRP]; im Bundestag Mitglied der Gruppe „Nationalen Rechte“; Austritt im Oktober 1949; im Oktober 1952 Mandatsverlust infolge Parteiverbot)
	Deutsche Reichspartei (DRP) (gegr. am 21./22. Januar 1950; Fusion aus Teilen der Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei [DKP–DRP] und der Nationaldemokratischen Partei [NDP])	ab Januar 1950 mit Unterbrechungen bis Ende der WP im September 1953	zeitweise durch eine kleine, ständig wechselnde Zahl von Abgeordneten u. a. <i>Adolf von Thadden</i> , <i>Heinrich Leuchtgens</i> , <i>Franz Richter</i> (alias <i>Fritz Rössler</i>), <i>Herwart Miessner</i> , <i>Günter Goetzen-dorff</i> und <i>Wilhelm Paschek</i>

Hinweis

Sämtliche Fraktionswechsel sind in Abschnitt 5.4 zusammengestellt.

Wahlperiode	im Bundestag vertretene Partei, Gründungsdatum	Zeitraum	durch den/die Abgeordnete(n) ... vertreten
noch: 1. WP	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) , ab 14. November 1952: Gesamtdeutscher Block/BHE (gegr. am 28./29. Januar 1951)	ab Januar 1951 bis März 1952	<i>Hans-Gerd Fröhlich, Franz Ott, Hans Tichi und Stephan Weickert</i> (alle zuvor WAV; Gründung der Gruppe „Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten [BHE/DG]; Auflösung am 21. März 1952)
	Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) (gegr. am 29./30. November 1952)	ab November 1952 bis Ende der WP im September 1953	<i>Helene Wessel und Thea Arnold</i> (beide zuvor Zentrum bzw. FU; Fraktionsaustritt), <i>Hans Bodensteiner</i> (zuvor CDU/CSU; Fraktionsaustritt), <i>Hermann Etzel</i> (zuvor BP bzw. FU; Fraktionsaustritt)
2. WP 1953–57	Deutsche Zentrums-Partei (DZP) (gegr. am 14. Oktober 1945)	ab Januar bis Juni 1954	<i>Josef Rösing</i> (kandidiert durch Wahlabsprache auf der NRW-Landesliste der CDU; im Januar 1954 in den Bundestag nachgerückt; ab Juni 1954 Gast der CDU/CSU-Fraktion, ab Juni 1955 Mitglied)
	Freie Volkspartei (FVP) (gegr. am 23./24. Juni 1956 durch Abspaltung von der FDP; 20. Januar 1957 Fusion mit der Deutschen Partei)	ab Juni 1956 bis Januar 1957	16 Abgeordnete (zuvor FDP; Fraktionsaustritt; Gründung der Fraktion bereits am 1. März 1956 unter der Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten“ bzw. ab 15. März 1956 „Demokratische Arbeitsgemeinschaft [DA]“; ab 26. Juni 1956 Fraktionsbezeichnung „Freie Volkspartei [FVP]“; ab März 1957 Fusion mit der Fraktion der Deutschen Partei)
	Christliche Volkspartei (CVP) (gegr. im Saarland am 10. Januar 1946)	ab Januar 1957 bis Ende der WP im Oktober 1957	<i>Franz Ruland</i> und <i>Franz Schneider</i> (in den Bundestag eingetreten als saarländische Abgeordnete nach Beitritt des Saarlandes; beide ab Mai 1957 Gast in der CDU/CSU-Fraktion)
	Demokratische Partei Saar (DPS) (gegr. im Saarland am 26. Oktober 1946)	ab Januar 1957 bis Ende der WP im Oktober 1957	<i>Heinrich Schneider, Erich Schwertner</i> und <i>Fritz Wedel</i> (in den Bundestag eingetreten als saarländische Abgeordnete nach Beitritt des Saarlandes; alle Gast in der FDP-Fraktion)

Wahlperiode	im Bundestag vertretene Partei, Gründungsdatum	Zeitraum	durch den/die Abgeordnete(n) ... vertreten
3. WP 1957–61	Deutsche Friedens-Union (DFU) (gegr. am 17. Dezember 1960)	ab Februar 1961 bis Ende der WP im Oktober 1961	<i>Arno Behrisch</i> (zuvor SPD; Fraktionsaustritt)
	Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) (gegr. am 15./16. April 1961)	ab Mai 1961 bis Ende der WP im Oktober 1961	<i>Heinz Matthes, Herbert Schneider</i> und <i>Helmuth Schranz</i> (zuvor alle DP; Fraktionsaustritt)
4.–7. WP 1961–1976	–	–	–
8. WP 1976–80	Grüne Aktion Zukunft (GAZ) (gegr. am 7. Juli 1978)	ab Juli 1978 bis Ende der WP im November 1980	<i>Herbert Gruhl</i> (zuvor CDU/CSU; Fraktionsaustritt)
9. WP 1980–83	Demokratische Sozialisten (DS) (gegr. am 27./28. November 1982)	ab November 1982 bis Ende der WP im März 1983	<i>Karl-Heinz Hansen</i> und <i>Manfred Coppik</i> (zuvor SPD; Fraktionsausschluß)
10. WP 1983–87	Alternative Liste [Berlin] (AL)	während der gesamten WP	<i>Dirk Schneider</i> und nach dessen Mandatsniederlegung ab März 1985 <i>Hans-Christian Ströbele</i> (<i>Schneider</i> und <i>Ströbele</i> sind im Bundestag Fraktionsmitglieder der GRÜNEN)
	Die Republikaner (REP) (gegr. am 26./27. November 1983)	ab November 1983 bis Frühjahr 1985	<i>Franz Handlos</i> und <i>Ekkehard Voigt</i> (zuvor CDU/CSU; Fraktionsaustritt; Ausscheiden aus der Partei Die Republikaner im Frühjahr 1985)
11. WP 1987–90	Alternative Liste [Berlin] (AL)	während der gesamten WP	<i>Ellen Olms</i> und <i>Peter Sellin</i> bzw. nach deren Mandatsniederlegung ab Februar 1989 <i>Sieglinde Frieß</i> und <i>German Meneses Vogl</i> (<i>Olms</i> und <i>Sellin</i> bzw. <i>Frieß</i> und <i>Meneses Vogl</i> sind im Bundestag Fraktionsmitglieder der GRÜNEN)
	Seniorenpartei Die Grauen (gegr. am 13. Juli 1989 auf Initiative des Senioren-Schutz-Bundes „Graue Panther“)	ab Juli 1989 bis Ende der WP im Dezember 1990	<i>Trude Unruh</i> (gewählt auf der NRW-Landesliste der GRÜNEN; als parteilose Abgeordnete Fraktionsmitglied der GRÜNEN; Fraktionsausschluß am 13. September 1989)

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Wahlperiode	im Bundestag vertretene Partei, Gründungsdatum	Zeitraum	durch den/die Abgeordnete(n) ... vertreten
noch: 11. WP	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) (durch zweimalige Umbenennung am 25. Februar 1990 hervorgegangen aus der am 21./22. April 1946 gebildeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands [SED])	ab Oktober 1990 bis Ende der WP im Dezember 1990	24 Abgeordnete (in den Bundestag eingetreten als ehemalige Mitglieder der Volkskammer nach Beitritt der DDR; im Bundestag Konstituierung als Gruppe)
	Deutsche Soziale Union (DSU) (gegr. in der DDR am 20. Januar 1990)	ab Oktober 1990 bis Ende der WP im Dezember 1990	8 Abgeordnete (in den Bundestag eingetreten als ehemalige Mitglieder der Volkskammer nach Beitritt der DDR; im Bundestag Gäste in der CDU/CSU-Fraktion)
	Grüne Partei (GP) (gegr. in der DDR am 24. November 1989)	ab Oktober 1990 bis Ende der WP im Dezember 1990	<i>Ernst Dörfler, Matthias Platzack und Vera Wollenberger</i> (in den Bundestag eingetreten als ehemalige Mitglieder der Volkskammer [dort Fraktion Bündnis 90/Grüne] nach Beitritt der DDR; im Bundestag Mitglieder der umbenannten Fraktion DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90)
	NEUES FORUM (NF) (gegr. in der DDR am 27./28. September 1989)	ab Oktober 1990 bis Ende der WP im Dezember 1990	<i>Werner Schulz und Hans-Jochen Tschiche</i> [weitere Angaben wie zuvor]
	Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) (gegr. in der DDR Ende 1985)	ab Oktober 1990 bis Ende der WP im Dezember 1990	<i>Marianne Birthler</i> [weitere Angaben wie zuvor]
	DEMOKRATIE JETZT (DJ) (gegr. in der DDR im Herbst 1989)	ab Oktober 1990 bis Ende der WP im Dezember 1990	<i>Wolfgang Ullmann</i> [weitere Angaben wie zuvor]
12. WP 1990–94	Die Grünen (nur ostdeutsche Landesverbände) (gegr. in der DDR am 24. November 1989 als Grüne Partei [GP], Umbenennung in „Die Grünen“ am 9. September 1990; Aufnahme in die Gesamtpartei am 3. Dezember 1990; 14./15. Mai 1993 Vereinigung mit Bündnis 90 zu Bündnis 90/Die Grünen [GRÜNE])	ab Beginn der WP im Dezember 1990 bis Mai 1993	<i>Klaus-Dieter Feige und Vera Wollenberger</i> (gewählt über die ostdeutsche Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne; im Bundestag Konstituierung als Gruppe für die gesamte Wahlperiode)

Wahlperiode	im Bundestag vertretene Partei, Gründungsdatum	Zeitraum	durch den/die Abgeordnete(n) ... vertreten
noch: 12. WP	Neues Forum (NF) (gegr. in der DDR am 27./28. September 1989)	während der ganzen Wahlperiode	<i>Ingrid Köppe</i> und – bis September 1991 – <i>Werner Schulz</i> [weitere Angaben wie zuvor]
	DEMOKRATIE JETZT (DJ) (gegr. in der DDR im Herbst 1989; im September 1991 Zusammenschluß zu Bündnis 90 [siehe weiter unten])	ab Beginn der WP im Dezember 1990 bis September 1991	<i>Wolfgang Ullmann</i> und <i>Konrad Weiß</i> [weitere Angaben wie zuvor]
	Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) (gegr. in der DDR Ende 1985, im September 1991 Zusammenschluß zu Bündnis 90 [siehe weiter unten])	ab Beginn der WP im Dezember 1990 bis September 1991	<i>Gerd Poppe</i> [weitere Angaben wie zuvor]
	Unabhängiger Frauenverband (UFV) (gegr. in der DDR am 3. Dezember 1989)	während der ganzen Wahlperiode	<i>Christina Schenk</i> [weitere Angaben wie zuvor mit folgender Abweichung: Austritt aus der Gruppe Bündnis 90/Grüne am 10. Mai 1994]
	Bündnis 90 (gegr. am 21./22. September 1991 durch Zusammenschluß von DEMOKRATIE JETZT [DJ], Initiative Frieden und Menschenrechte [IFM] und Teilen des Neuen Forums [NF]; 14./15. Mai 1993 Vereinigung mit den Grünen zu Bündnis 90/Die Grünen [GRÜNE])	ab September 1991 bis Mai 1993	<i>Gerd Poppe</i> , <i>Werner Schulz</i> , <i>Wolfgang Ullmann</i> und <i>Konrad Weiß</i> [weitere Angaben wie zuvor]
	Die Grünen/Bündnis 90 (GRÜNE) (gegr. am 14./15. Mai 1993)	ab Mai 1993 bis Ende der WP im November 1994	<i>Klaus-Dieter Feige</i> , <i>Vera Wollenberger</i> , <i>Ingrid Köppe</i> , <i>Werner Schulz</i> , <i>Wolfgang Ullmann</i> , <i>Konrad Weiß</i> und <i>Gerd Poppe</i> [weitere Angaben wie zuvor]
	Freie Bürger Union (FBU) (gegr. am 9. April 1994)	ab April 1994 bis Ende der WP im November 1994	<i>Ortwin Lowack</i> (zuvor CDU/CSU; Fraktionsaustritt)
	Die Republikaner (REP) (gegr. am 26./27. November 1983)	ab Mai 1993 bis Ende der WP im November 1994	<i>Rudolf Krause</i> (zuvor CDU/CSU; Fraktionsausschluß)
13. WP 1994– ¹⁾	–	–	–

1) Stand: 31. August 1997

6 *Parlament und Regierung*

Überblick

	Seite
6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler	1018
– Abstimmverhalten bei den Kanzlerwahlen (S. 1025)	
– Gewünschte Bundeskanzler seit 1961 (S. 1028)	
– Alterssynopse der Bundeskanzler seit 1949 (S. 1029)	
6.2 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste	1030
6.3 Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre	1060
– Abkürzungen der Ministerien (S. 1108)	
6.4 Parlamentarische Staatssekretäre	1109
– Verteilung der Parlamentarischen Staatssekretäre auf die Bundesministerien (S. 1110)	
– Zahl der Minister und der Parlamentarischen Staatssekretäre seit 1967 (S. 1112)	
– Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister (S. 1114)	

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 19.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler
- 28.8 Ministerrat der DDR

noch: Überblick

	Seite
6.5	Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz 1117
6.6	Koalitionen und Opposition im Bund 1122
	– Koalitionen und Opposition im Bund seit 1949 (S. 1122)
	– Koalitionen und Mehrheitsverhältnisse (S. 1133)
	– Dauer der Regierungsbeteiligung der Parteien (S. 1135)
	– Chronik der Bemühungen um eine Große Koalition (S. 1135)
6.7	Regierungsbildung 1141
	– Dauer der Regierungsbildungen zu Beginn der Wahlperiode (S. 1141)
	– Mandatsanteil/Anteil der Kabinettsmitglieder (S. 1143)
	– Chronologische Darstellungen zur Regierungsbildung: Bibliographie (S. 1145)
6.8	Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat 1147
6.9	Zusammensetzung der Bundeskabinette: Strukturdaten 1150
	– Zahl der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten im Vergleich (S. 1150)
	– Zahl der Regierungsmitglieder seit 1949 (S. 1151)
	– Anteil der Juristen im Kabinett (S. 1154)
	– Dienstalter der Mitglieder der Bundesregierung (S. 1155)
	– Die Regierungsmitglieder mit über zehnjähriger Amtszeit (S. 1158)
	– Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden zum Bundeskabinett (S. 1160)
	– Soziale Zusammensetzung der Bundeskabinette: Bibliographie (S. 1162)
6.10	Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse 1166
6.11	Regierungserklärungen 1170
	– Tabellarische Übersicht: Erklärungen zum Regierungsprogramm (S. 1171)
	– Regierungserklärungen und Aussprachen bei Amtsantritt der Bundesregierung (S. 1174)
	– Zusammenstellung sämtlicher Regierungserklärungen (S. 1189)
	– Statistische Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen (S. 1210)
6.12	Kanzler- und Ministerrücktritte 1212
6.13	Kanzlerwechsel während der Wahlperiode 1221
	– Kanzlerwechsel <i>Adenauer/Erhard</i> (1963) (S. 1221)
	– Kanzlerwechsel <i>Erhard/Kiesinger</i> (1966) (S. 1224)
	– Kanzlerwechsel <i>Brandt/Schmidt</i> (1974) (S. 1226)
6.14	Konstruktives Mißtrauensvotum 1228
	– Chronik des Mißtrauensvotums von 1972 (S. 1229)
	– Chronik des Mißtrauensvotums von 1982 (S. 1232)
6.15	Vertrauensfrage des Bundeskanzlers 1237
	– Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler <i>Brandt</i> (1972) (S. 1238)
	– Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler <i>Schmidt</i> (1982) (S. 1242)
	– Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler <i>Kohl</i> (1982) (S. 1244)
	– Vertrauensfrage-Ersuchen an Bundeskanzler <i>Erhard</i> (1966) (S. 1246)
6.16	Mißbilligungs- und Entlassungsanträge 1247
	– Anträge gegen Regierungsmitglieder (S. 1247)
	– Statistische Übersicht (S. 1248)
	– Anträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre (S. 1254)
6.17	Herbeirufung von Regierungsmitgliedern 1255
	– Tabellarische Übersicht der Herbeirufungen von Regierungsmitgliedern (S. 1256)
	– Statistik der Herbeirufungen von Regierungsmitgliedern (S. 1265)

Fortsetzung auf der nächsten Seite

noch: Überblick		Seite
6.18	Berichte der Bundesregierung an den Bundestag	1266
	– Statistische Übersichten (S. 1266)	
	– Zusammenstellung der erstatteten Berichte (S. 1270)	
6.19	Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs	1378
	– Tabellarische Übersicht der Anträge (S. 1378)	
	– Statistische Übersicht (S. 1432)	
6.20	Parlamentarische Beanspruchung der Bundesministerien	1433
6.21	Regierungen in Bund und Ländern nach 1945	1439

6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler

Zur Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers schreibt Artikel 63 GG vor:

„(1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt.

(2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.

(3) Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgange mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen.

(4) Kommt eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Vereinigt der Gewählte die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich, so muß der Bundespräsident ihn binnen sieben Tagen nach der Wahl ernennen. Erreicht der Gewählte diese Mehrheit nicht, so hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen entweder ihn zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen.“

Da bisher noch bei jeder Bundeskanzlerwahl schon im 1. Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht worden ist, war es nicht erforderlich, auf die Regelungen von Abs. 3 und 4 zurückzugreifen.

Nicht im Grundgesetz, sondern nur in der Geschäftsordnung des Bundestages (§ 4) ist festgelegt, daß die Wahl des Bundeskanzlers „mit verdeckten Stimmzetteln“, also geheim, erfolgt.

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 6.11 mit einer statistischen Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen, nach Ressorts gegliedert,
- 6.18 mit einer Aufstellung der von den Ressorts an den Bundestag erstatteten Berichte,
- 6.20 mit der parlamentarischen Beanspruchung der Bundesministerien,
- 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert,
- 12.1 mit der Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen,
- 17.3 mit einer Statistik der Petitionen, aufgegliedert nach der Zuständigkeit der Ministerien.

Das Amt des Bundeskanzlers endet vorzeitig außer durch Tod oder durch Rücktritt mit der Wahl eines Nachfolgers und dessen Ernennung zum Bundeskanzler aufgrund eines konstruktiven Mißtrauensvotums nach Artikel 67 Abs. 1 GG:

„(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muß dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.“

Das Amt des Bundeskanzlers endet in jedem Falle mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages einer neuen Wahlperiode. Auf Ersuchen des Bundespräsidenten ist der Bundeskanzler verpflichtet, die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterzuführen. (Artikel 69 Abs. 2 und 3 GG)

Die für die Wahl des Bundeskanzlers erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedeutet Mehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl*); die Berliner Abgeordneten waren bis Juni 1990 bei der Bundeskanzlerwahl nicht stimmberechtigt.

<p>1. WP 1949–53</p>	<p>3. Sitzung, 15. September 1949 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: Dr. <i>Konrad Adenauer</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 763 757 901"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>389</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>202</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>142</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>44</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 202 Stimmzahl der Koalition: 209 (+ 3 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Konrad Adenauer (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 5. Sitzung, 20. 9. 1949 Amtszeit: 20. 9. 1949 bis 20. 10. 1953</p>	abgegebene Stimmen:	389	davon Ja-Stimmen:	202	Nein-Stimmen:	142	Stimmenthaltungen:	44	ungültige Stimmen:	1
abgegebene Stimmen:	389										
davon Ja-Stimmen:	202										
Nein-Stimmen:	142										
Stimmenthaltungen:	44										
ungültige Stimmen:	1										
<p>2. WP 1953–57</p>	<p>2. Sitzung, 9. Oktober 1953 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: Dr. <i>Konrad Adenauer</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 1280 971 1391"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>467 (+ 22 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>305 (+ 11 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>148 (+ 11 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>14</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 244 Stimmzahl der Koalition: 334 (+ 11 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Konrad Adenauer (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 20. 10. 1953 Amtszeit: 20. 10. 1953 bis 29. 10. 1957</p>	abgegebene Stimmen:	467 (+ 22 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	305 (+ 11 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	148 (+ 11 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	14		
abgegebene Stimmen:	467 (+ 22 Berliner Abg.)										
davon Ja-Stimmen:	305 (+ 11 Berliner Abg.)										
Nein-Stimmen:	148 (+ 11 Berliner Abg.)										
Stimmenthaltungen:	14										

*) Vgl. dazu Abschnitt 2.1: Zahl der Abgeordneten, ferner die Abschnitte 6.6: Koalitionen und Opposition im Bund sowie 8.13: Erforderliche Abstimmungsmehrheiten.

<p>3. WP 1957–61</p>	<p>2. Sitzung, 22. Oktober 1957 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: Dr. <i>Konrad Adenauer</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="280 310 972 421"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>476 (+ 21 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>274 (+ 8 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>193 (+ 13 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>9</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249 Stimmenzahl der Koalition: 287 (+ 8 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Konrad Adenauer (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 29. 10. 1957 Amtszeit: 29. 10. 1957 bis 14. 11. 1961</p>	abgegebene Stimmen:	476 (+ 21 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	274 (+ 8 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	193 (+ 13 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	9										
abgegebene Stimmen:	476 (+ 21 Berliner Abg.)																		
davon Ja-Stimmen:	274 (+ 8 Berliner Abg.)																		
Nein-Stimmen:	193 (+ 13 Berliner Abg.)																		
Stimmenthaltungen:	9																		
<p>4. WP 1961–65</p>	<p>2. Sitzung, 7. November 1961 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: Dr. <i>Konrad Adenauer</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="280 833 972 944"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>490 (+ 19 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>258 (+ 8 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>206 (+ 10 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>26 (+ 1 Berliner Abg.)</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 250 Stimmenzahl der Koalition: 309 (+ 9 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Konrad Adenauer (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 4. Sitzung, 14. 11. 1961 Amtszeit: 14. 11. 1961 bis 15. 10. 1963 (Rücktritt)</p> <hr/> <p><i>Wahl des Nachfolgers:</i> 87. Sitzung, 16. Oktober 1963 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: Prof. Dr. <i>Ludwig Erhard</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="280 1323 972 1461"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>484 (+ 20 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>279 (+ 6 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>180 (+ 12 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>24 (+ 2 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 250 Stimmenzahl der Koalition: 308 (+ 9 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Prof. Dr. Ludwig Erhard (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 88. Sitzung, 16. 10. 1963 Amtszeit: 16. 10. 1963 bis 26. 10. 1965</p>	abgegebene Stimmen:	490 (+ 19 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	258 (+ 8 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	206 (+ 10 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	26 (+ 1 Berliner Abg.)	abgegebene Stimmen:	484 (+ 20 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	279 (+ 6 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	180 (+ 12 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	24 (+ 2 Berliner Abg.)	ungültige Stimmen:	1
abgegebene Stimmen:	490 (+ 19 Berliner Abg.)																		
davon Ja-Stimmen:	258 (+ 8 Berliner Abg.)																		
Nein-Stimmen:	206 (+ 10 Berliner Abg.)																		
Stimmenthaltungen:	26 (+ 1 Berliner Abg.)																		
abgegebene Stimmen:	484 (+ 20 Berliner Abg.)																		
davon Ja-Stimmen:	279 (+ 6 Berliner Abg.)																		
Nein-Stimmen:	180 (+ 12 Berliner Abg.)																		
Stimmenthaltungen:	24 (+ 2 Berliner Abg.)																		
ungültige Stimmen:	1																		

<p>5. WP 1965–69</p>	<p>2. Sitzung, 20. Oktober 1965 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: Prof. Dr. <i>Ludwig Erhard</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 310 972 421"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>487 (+ 22 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>272 (+ 6 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>200 (+ 15 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>15 (+ 1 Berliner Abg.)</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249 Stimmenzahl der Koalition: 294 (+ 7 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Prof. Dr. Ludwig Erhard (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 2. Sitzung, 20. 10. 1965 Amtszeit: 20. 10. 1965 bis 30. 11. 1966 (Rücktritt)</p>	abgegebene Stimmen:	487 (+ 22 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	272 (+ 6 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	200 (+ 15 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	15 (+ 1 Berliner Abg.)		
abgegebene Stimmen:	487 (+ 22 Berliner Abg.)										
davon Ja-Stimmen:	272 (+ 6 Berliner Abg.)										
Nein-Stimmen:	200 (+ 15 Berliner Abg.)										
Stimmenthaltungen:	15 (+ 1 Berliner Abg.)										
	<p><i>Wahl des Nachfolgers:</i> 77. Sitzung, 1. Dezember 1966 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: Dr. h. c. <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 800 972 938"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>473 (+ 22 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>340 (+ 16 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>109 (+ 3 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>23 (+ 3 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249 Stimmenzahl der Koalition: 447 (+ 21 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 77. Sitzung, 1. 12. 1966 Amtszeit: 1. 12. 1966 bis 20. 10. 1969</p>	abgegebene Stimmen:	473 (+ 22 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	340 (+ 16 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	109 (+ 3 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	23 (+ 3 Berliner Abg.)	ungültige Stimmen:	1
abgegebene Stimmen:	473 (+ 22 Berliner Abg.)										
davon Ja-Stimmen:	340 (+ 16 Berliner Abg.)										
Nein-Stimmen:	109 (+ 3 Berliner Abg.)										
Stimmenthaltungen:	23 (+ 3 Berliner Abg.)										
ungültige Stimmen:	1										
<p>6. WP 1969–72</p>	<p>2. Sitzung, 21. Oktober 1969 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Willy Brandt</i> (SPD)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 1341 972 1480"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>495 (+ 22 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>251 (+ 14 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>235 (+ 8 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>5</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>4</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249 Stimmenzahl der Koalition: 254 (+ 14 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Willy Brandt (SPD)</p> <p>Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 21. 10. 1969 Amtszeit: 21. 10. 1969 bis 14. 12. 1972</p>	abgegebene Stimmen:	495 (+ 22 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	251 (+ 14 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	235 (+ 8 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	5	ungültige Stimmen:	4
abgegebene Stimmen:	495 (+ 22 Berliner Abg.)										
davon Ja-Stimmen:	251 (+ 14 Berliner Abg.)										
Nein-Stimmen:	235 (+ 8 Berliner Abg.)										
Stimmenthaltungen:	5										
ungültige Stimmen:	4										

7. WP 1972–76	<p>2. Sitzung, 14. Dezember 1972</p> <p>Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Willy Brandt</i> (SPD)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="282 310 971 450"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>493 (+ 22 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>269 (+ 13 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>223 (+ 9 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>0</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249</p> <p>Stimmenzahl der Koalition: 271 (+ 13 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Willy Brandt (SPD)</p> <p>Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 14. 12. 1972</p> <p>Amtszeit: 14. 12. 1972 bis 6. 5. 1974 (Rücktritt)</p>	abgegebene Stimmen:	493 (+ 22 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	269 (+ 13 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	223 (+ 9 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	0	ungültige Stimmen:	1
abgegebene Stimmen:	493 (+ 22 Berliner Abg.)										
davon Ja-Stimmen:	269 (+ 13 Berliner Abg.)										
Nein-Stimmen:	223 (+ 9 Berliner Abg.)										
Stimmenthaltungen:	0										
ungültige Stimmen:	1										
	<p><i>Wahl des Nachfolgers: 97. Sitzung, 16. Mai 1974</i></p> <p>Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Helmut Schmidt</i> (SPD)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="282 827 971 938"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>492 (+ 22 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>267 (+ 13 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>225 (+ 9 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>0</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249</p> <p>Stimmenzahl der Koalition: 271 (+ 13 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Helmut Schmidt (SPD)</p> <p>Tag der Vereidigung: 98. Sitzung, 16. 5. 1974</p> <p>Amtszeit: 16. 5. 1974 bis 15. 12. 1976</p>	abgegebene Stimmen:	492 (+ 22 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	267 (+ 13 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	225 (+ 9 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	0		
abgegebene Stimmen:	492 (+ 22 Berliner Abg.)										
davon Ja-Stimmen:	267 (+ 13 Berliner Abg.)										
Nein-Stimmen:	225 (+ 9 Berliner Abg.)										
Stimmenthaltungen:	0										
8. WP 1976–80	<p>2. Sitzung, 15. Dezember 1976</p> <p>Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Helmut Schmidt</i> (SPD)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="282 1339 971 1480"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>495 (+ 22 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>250 (+ 11 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>243 (+ 11 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249</p> <p>Stimmenzahl der Koalition: 253 (+ 11 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Helmut Schmidt (SPD)</p> <p>Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 15. 12. 1976</p> <p>Amtszeit: 15. 12. 1976 bis 4. 11. 1980</p>	abgegebene Stimmen:	495 (+ 22 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	250 (+ 11 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	243 (+ 11 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	1	ungültige Stimmen:	1
abgegebene Stimmen:	495 (+ 22 Berliner Abg.)										
davon Ja-Stimmen:	250 (+ 11 Berliner Abg.)										
Nein-Stimmen:	243 (+ 11 Berliner Abg.)										
Stimmenthaltungen:	1										
ungültige Stimmen:	1										

<p>9. WP 1980–83</p>	<p>2. Sitzung, 5. November 1980 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Helmut Schmidt</i> (SPD)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 310 971 450"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>491</td> <td>(+ 22 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>266</td> <td>(+ 11 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>222</td> <td>(+ 11 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>2</td> <td></td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>1</td> <td></td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249 Stimmenzahl der Koalition: 271 (+ 11 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Helmut Schmidt (SPD)</p> <p>Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 5. 11. 1980 Amtszeit: 5. 11. 1980 bis 1. 10. 1982 (Entlassung nach Wahl eines Nachfolgers [konstruktives Mißtrauensvotum nach Artikel 67 GG])</p>	abgegebene Stimmen:	491	(+ 22 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	266	(+ 11 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	222	(+ 11 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	2		ungültige Stimmen:	1	
abgegebene Stimmen:	491	(+ 22 Berliner Abg.)														
davon Ja-Stimmen:	266	(+ 11 Berliner Abg.)														
Nein-Stimmen:	222	(+ 11 Berliner Abg.)														
Stimmenthaltungen:	2															
ungültige Stimmen:	1															
	<p><i>Wahl des Nachfolgers:</i> 118. Sitzung, 1. Oktober 1982 Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP (Drs. 9/2004): <i>Dr. Helmut Kohl</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Ergebnis der Abstimmung:</i></p> <table data-bbox="284 883 971 994"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>495</td> <td>(+ 21 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>256</td> <td>(+ 11 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>235</td> <td>(+ 10 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>4</td> <td></td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249 Stimmenzahl der Koalition: 279 (+ 12 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 119. Sitzung, 1. 10. 1982 Amtszeit: 1. 10. 1982 bis 29. 3. 1983</p>	abgegebene Stimmen:	495	(+ 21 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	256	(+ 11 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	235	(+ 10 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	4				
abgegebene Stimmen:	495	(+ 21 Berliner Abg.)														
davon Ja-Stimmen:	256	(+ 11 Berliner Abg.)														
Nein-Stimmen:	235	(+ 10 Berliner Abg.)														
Stimmenthaltungen:	4															
<p>10. WP 1983–87</p>	<p>2. Sitzung, 29. März 1983 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 1382 971 1493"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>486</td> <td>(+ 21 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>271</td> <td>(+ 11 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>214</td> <td>(+ 10 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>1</td> <td></td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 250 Stimmenzahl der Koalition: 278 (+ 12 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 2. Sitzung, 29. 3. 1983 Amtszeit: 29. 3. 1983 bis 11. 3. 1987</p>	abgegebene Stimmen:	486	(+ 21 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	271	(+ 11 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	214	(+ 10 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	1				
abgegebene Stimmen:	486	(+ 21 Berliner Abg.)														
davon Ja-Stimmen:	271	(+ 11 Berliner Abg.)														
Nein-Stimmen:	214	(+ 10 Berliner Abg.)														
Stimmenthaltungen:	1															

<p>11. WP 1987–90</p>	<p>2. Sitzung, 11. März 1987 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 310 971 449"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>487</td> <td>(+ 21 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>253</td> <td>(+ 13 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>225</td> <td>(+ 8 Berliner Abg.)</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>6</td> <td></td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>3</td> <td></td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 249 Stimmenzahl der Koalition: 269 (+ 13 Berliner Abg.)</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU) Tag der Vereidigung: 2. Sitzung, 11. 3. 1987 Amtszeit: 11. 3. 1987 bis 17. 1. 1991</p>	abgegebene Stimmen:	487	(+ 21 Berliner Abg.)	davon Ja-Stimmen:	253	(+ 13 Berliner Abg.)	Nein-Stimmen:	225	(+ 8 Berliner Abg.)	Stimmenthaltungen:	6		ungültige Stimmen:	3	
abgegebene Stimmen:	487	(+ 21 Berliner Abg.)														
davon Ja-Stimmen:	253	(+ 13 Berliner Abg.)														
Nein-Stimmen:	225	(+ 8 Berliner Abg.)														
Stimmenthaltungen:	6															
ungültige Stimmen:	3															
<p>12. WP 1990–94</p>	<p>3. Sitzung, 17. Januar 1991 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 838 754 949"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>644</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>378</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>257</td> </tr> <tr> <td>Stimmenthaltungen:</td> <td>9</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 332 Stimmenzahl der Koalition: 398</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU) Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 17. 1. 1991 Amtszeit: 17. 1. 1991 bis 15. 11. 1994</p>	abgegebene Stimmen:	644	davon Ja-Stimmen:	378	Nein-Stimmen:	257	Stimmenthaltungen:	9							
abgegebene Stimmen:	644															
davon Ja-Stimmen:	378															
Nein-Stimmen:	257															
Stimmenthaltungen:	9															
<p>13. WP 1994¹⁾</p>	<p>2. Sitzung, 15. November 1994 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table data-bbox="284 1313 754 1393"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>671</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td>338</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>333</td> </tr> </table> <p>Mehrheit der Mitglieder: 337 Stimmenzahl der Koalition: 341</p> <p>Bundeskanzler: Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU) Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 15. 11. 1994 Amtszeit: ab 15. 11. 1994</p>	abgegebene Stimmen:	671	davon Ja-Stimmen:	338	Nein-Stimmen:	333									
abgegebene Stimmen:	671															
davon Ja-Stimmen:	338															
Nein-Stimmen:	333															

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Abstimmverhalten bei den Kanzlerwahlen

In der folgenden Tabelle wird zusammengefaßt, wie der Bundestag bei den Kanzlerwahlen abgestimmt hat.

Eine Auswertung des Abstimmverhaltens bei den Wahlen des Bundeskanzlers seit 1949 (einschließlich der beiden Abstimmungen über den Antrag nach Art. 67 GG im April 1972 und im Oktober 1982) führt zu folgenden Ergebnissen:

- Kein Bundeskanzler ist bisher einstimmig von allen Abgeordneten der jeweiligen Regierungskoalition gewählt worden. Stets lagen die bei der Kanzlerwahl abgegebenen Ja-Stimmen unter der Stimmenzahl, über die die Koalition rein rechnerisch verfügte.
- Die Zahl der „fehlenden Koalitionsstimmen“ schwankte bisher zwischen zwei (bei der Wahl von *Brandt* 1972 und von *Schmidt* 1976) und mindestens 104 (bei der Wahl von *Kiesinger* 1966).

Bei der Angabe dieser Zahlen wird vorausgesetzt, daß kein Abgeordneter der Oppositionsfraktion(en) dem Bundeskanzler seine Stimme gegeben hat. Die „fehlenden Koalitionsstimmen“ lassen sich danach aus der Differenz zwischen der „Stimmenzahl der Koalition“ und den abgegebenen „Ja-Stimmen“ ermitteln, gegebenenfalls reduziert um diejenigen Koalitionsabgeordneten, die in der Liste der entschuldigt fehlenden oder beurlaubten Abgeordneten namentlich genannt sind. Liegt die Summe der abgegebenen Stimmen und die Zahl der beurlaubten Abgeordneten unter der Zahl der stimmberechtigten Abgeordneten (haben also Abgeordnete an der Abstimmung unentschuldigt nicht teilgenommen), kann für die Höhe der fehlenden Koalitionsstimmen auf jeden Fall eine Mindestzahl genannt werden.

- Bei mehreren Kanzlerwahlen war die Differenz zwischen der Stimmenzahl der Koalition und der Zahl der beim ersten Wahlgang erforderlichen Stimmen nur sehr knapp. Dies betraf die Wahlen von 1976 und 1994 (mit nur vier Stimmen Differenz), 1969 (fünf Stimmen Differenz) sowie 1949 (sieben Stimmen Differenz). Bei diesen Wahlen war es nicht auszuschließen, daß der vorgeschlagene Kanzlerkandidat die erforderliche Stimmenzahl zumindest im ersten Wahlgang nicht erreicht.

Einen Sonderfall stellt der (gescheiterte) Versuch des konstruktiven Mißtrauensvotums 1972 dar. Bei der Abstimmung über den Antrag nach Art. 67 GG, *Rainer Barzel* zum Bundeskanzler zu wählen, verfügte die CDU/CSU anstatt der erforderlichen 249 nur über 247 Stimmen (einschließlich des damals noch fraktionslosen Abgeordneten *Helms*); vgl. dazu auch Abschnitt 6.14.

- Entsprechend knapp war bei den genannten vier Kanzlerwahlen das Abstimmergebnis: *Adenauer* wurde 1949 mit der geringstmöglichen Mehrheit von nur einer Stimme (bekanntlich seiner eigenen) gewählt, *Schmidt* 1976 und *Kohl* 1994 mit zwei Stimmen Mehrheit sowie *Brandt* 1969 mit drei Stimmen Mehrheit. Nur eine Mehrheit von neun Stimmen erhielt auch *Adenauer* 1961 trotz einer zahlenmäßig starken Koalitionsmehrheit, weil mindestens 46 Abgeordnete der Koalition mit „Nein“ oder „Enthaltung“ gestimmt haben müssen.

Hinweise

Seit 1960/61 haben mit Unterbrechungen die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, zeigt eine Zusammenstellung innerhalb des Abschnittes 6.9.

Die Wahlergebnisse der CDU, CSU und SPD bei allen Bundestags- und Landtagswahlen sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in Abschnitt 1.28 zusammengestellt.

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Wahlperiode	Kanzlerwahl	Zahl der stimmberechtigten Abgeordneten	abgegebene Stimmen	Stimmenzahl der Koalition	erforderliche Stimmenzahl	von den abgegebenen Stimmen:				beurlaubte Abg.	davon Abg. der Koalition	fehlende Koalitionstimmen ¹⁾	gewählt: Bundeskanzler
						Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	ungültige Stimmen				
1.	1949	402	389	209	202	202	142	44	1	7	3	mind. 4	Adenauer
2.	1953	487	467	334	244	305	148	14	0	13	10	mind. 19	Adenauer
3.	1957	497	476	287	249	274	193	9	0	21	6	7	Adenauer
4.	1961	499	490	309	250	258	206	26	0	7	5	mind. 46	Adenauer
	1963	499	484	308	250	279	180	24	1	15	4	25	Erhard
5.	1965	496	487	294	249	272	200	15	0	9	2	20	Erhard
	1966	496	473	447	249	340	109	23	1	18	3	mind. 104	Kiesinger
6.	1969	496	495	254	249	251	235	5	4	1	0	3	Brandt
	1972 ²⁾	496	260	247 ³⁾	249	247	10	3	0	- ⁴⁾	- ⁴⁾	?	-
7.	1972	496	493	271	249	269	223	0	1	3	0	2	Brandt
	1974	496	492	271	249	267	225	0	0	4	1	3	Schmidt
8.	1976	496	495	253	249	250	243	1	1	1	1	2	Schmidt
9.	1980	497	491	271	249	266	222	2	1	6	0	5	Schmidt
	1982 ²⁾	497	495	279	249	256	235	4	0	2	0	23	Kohl
10.	1983	498	486	278	250	271	214	1	0	11	0	7	Kohl
11.	1987	497	487	269	249	253	225	6	3	8	1	15	Kohl
12.	1991	662	644	398	332	378	257	9	0	8	3	17	Kohl
13.	1994	672	671	341	337	338	333	0	0	1	0	3	Kohl

- 1) Fehlende Koalitionsstimmen errechnet nach der Formel „Stimmenzahl der Koalition“ abzüglich „Ja-Stimmen“ und abzüglich „beurlaubte Abgeordnete der Koalition“; z. B. bei der Kanzlerwahl *Schmidt* 1974: $271 - (267 + 1) = 3$. D. h. drei Abgeordnete der SPD und/oder FDP haben 1974 bei der Wahl des Bundeskanzlers der sozialliberalen Koalition nicht mit „Ja“ gestimmt, wenn es zutrifft, daß gleichzeitig auch kein CDU/CSU-Abgeordneter eine Ja-Stimme abgegeben hat.
- 2) Konstruktives Mißtrauensvotum
- 3) Stimmenzahl der CDU/CSU zuzüglich des fraktionslosen Abgeordneten *Helms* (Stand vom 27. 4. 1972)
- 4) Keine Angabe im Stenographischen Bericht

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 19.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler
- 28.8 Ministerrat der DDR

*

Eine Dokumentation sämtlicher während der einzelnen Wahlperiode eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken – und damit auch der Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierungskoalition und Opposition – enthält Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken.

Eine Chronik der Fraktionsspaltungen und Fusionen – und damit wiederum auch eine Chronik der Koalitions- und Oppositionsstrukturen – findet sich unter Abschnitt 5.5.

Gewünschte Bundeskanzler seit 1961*)

Seit 1961 liegen (jeweils kurz vor dem Wahltermin erhobene) repräsentative Umfragedaten dazu vor, wen man sich am ehesten als Bundeskanzler wünsche. Inwieweit der Auswahl der Spitzenkandidaten für eine der beiden großen Parteien wahlentscheidende Bedeutung zukommt, ist noch nicht zweifelsfrei erforscht. Was die folgenden Daten zumindest zeigen, ist der „Amtsbonus“, mit dem ein Bundeskanzler bei seiner erneuten Kandidatur rechnen kann. Amtierende Bundeskanzler mit den Prozentangaben sind im folgenden **fett** gedruckt, der Name des Gegenkandidaten *kursiv*.

Wahljahr	Kanzlerkandidat der CDU/CSU	als Bundeskanzler gewünscht von...	Kanzlerkandidat der SPD	als Bundeskanzler gewünscht von...
1961	Konrad Adenauer	47 %	<i>Willy Brandt</i>	34 %
1965	Ludwig Erhard	57 %	<i>Willy Brandt</i>	33 %
1969	Kurt Georg Kiesinger	52 %	<i>Willy Brandt</i>	28 %
1972	<i>Rainer Barzel</i>	24 %	Willy Brandt	56 %
1976	<i>Helmut Kohl</i>	39 %	Helmut Schmidt	51 %
1980	<i>Franz Josef Strauß</i>	29 %	Helmut Schmidt	61 %
1983	Helmut Kohl	44 %	<i>Hans-Jochen Vogel</i>	35 %
1987	Helmut Kohl	46 %	<i>Johannes Rau</i>	46 %
1990	Helmut Kohl	56 %	<i>Oskar Lafontaine</i>	38 %
1994	Helmut Kohl	43 %	<i>Rudolf Scharping</i>	31 %

*) Quellen:

Für 1961 und 1965: *Helmuth Norpoth*, Kanzlerkandidaten. Wie sie vom Wähler bewertet werden und seine Wahlentscheidung beeinflussen. In: *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976.* Hrsg. von *Max Kaase*. Politische Vierteljahresschrift. Jg. 18. 1977. H. 2/3. S. 551–572, hier: S. 563;

für 1969 und 1972: *Max Kaase*, Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen. In: *Politische Vierteljahresschrift.* Jg. 14. 1973. H. 2. S. 145–190, hier: S. 155;

für 1976 bis 1983: *Manfred Berger, Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth und Wolfgang Schulte* (Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim), Regierungswechsel und politische Einstellungen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen.* Jg. 14. 1983. H. 4. S. 556–582, hier: S. 569;

für 1987: Forschungsgruppe Wahlen e. V. (*Manfred Berger, Wolfgang G. Gibowski, Matthias Jung, Dieter Roth und Wolfgang Schulte*), Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen.* Jg. 18. 1987. H. 2. S. 253–284, hier: S. 276.

für 1990: *Wolfgang G. Gibowski und Max Kaase*, Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte.* Jg. 1991. B 11–12. S. 3–20, hier: S. 14.

für 1994: Institut für Demoskopie Allensbach, zitiert nach FAZ vom 28. September 1994.

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Alterssynopse der Bundeskanzler seit 1949*)

	Adenauer * 5. 1. 1876 † 19. 4. 1967	Erhard * 4. 2. 1897 † 5. 5. 1977	Kiesinger * 6. 4. 1904 † 10. 3. 1988	Brandt * 18. 12. 1913 † 8. 10. 1992	Schmidt * 23. 12. 1918	Kohl * 3. 4. 1930
1900	24	3				
1914	38	17	10			
1918	42	21	14	5		
1929	53	32	25	16	11	
1933	57	36	29	20	15	3
1945	69	48	41	32	27	15
1949	73	52	45	36	31	19
1963	87	66	59	50	45	33
1966	90	69	62	53	48	36
1969		72	65	56	51	39
1974		77	70	61	56	44
1982			78	69	64	52
1994					76	64

Lesbeispiel: Als *Adenauer* 1949 mit 73 Jahren Kanzler wurde, war *Erhard* 52 und *Kohl* 19 Jahre alt. Bislang jüngster Kanzler bei Amtsantritt ist *Kohl* mit 52 Jahren. (Das Alter bei Amtsantritt ist jeweils **fett** gedruckt.)

*) Quelle: ZEIT-Magazin Nr. 12/1989 vom 17. März 1989, S. 58.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

6.2 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste

Die folgenden Tabellen*) enthalten für jede einzelne Wahlperiode Angaben über die Zusammensetzung des Bundeskabinetts mit allen Veränderungen. In einem Vorspann vor jedem Kabinett wird insbesondere auf strukturelle Besonderheiten sowie Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Kabinett hingewiesen, d. h. insbesondere auf Zahl, Zuständigkeit und Bezeichnung der Fachressorts.

Seit 1949 bestanden folgende Kabinette:

	Seite
1. Wahlperiode (1949–53): 1. Kabinett <i>Adenauer</i>	1031
2. Wahlperiode (1953–57): 2. Kabinett <i>Adenauer</i>	1032
3. Wahlperiode (1957–61): 3. Kabinett <i>Adenauer</i>	1034
4. Wahlperiode (1961–65): 4. Kabinett <i>Adenauer</i> (bis 1962).	1035
5. Kabinett <i>Adenauer</i> (1962–63)	1037
1. Kabinett <i>Erhard</i> (ab 1963)	1038
5. Wahlperiode (1965–69): 2. Kabinett <i>Erhard</i> (bis 1966)	1040
1. Kabinett <i>Kiesinger</i> (ab 1966)	1042
6. Wahlperiode (1969–72): 1. Kabinett <i>Brandt</i>	1043
7. Wahlperiode (1972–76): 2. Kabinett <i>Brandt</i> (bis 1974)	1045
1. Kabinett <i>Schmidt</i> (ab 1974)	1047
8. Wahlperiode (1976–80): 2. Kabinett <i>Schmidt</i>	1048
9. Wahlperiode (1980–83): 3. Kabinett <i>Schmidt</i> (bis 1982).	1049
1. Kabinett <i>Kohl</i> (ab 1982)	1051
10. Wahlperiode (1983–87): 2. Kabinett <i>Kohl</i>	1052
11. Wahlperiode (1987–90): 3. Kabinett <i>Kohl</i>	1054
12. Wahlperiode (1990–94): 4. Kabinett <i>Kohl</i>	1056
13. Wahlperiode (1994–) : 5. Kabinett <i>Kohl</i>	1058

*) Quellen:

Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages;
 Auskünfte des Bundespräsidialamtes und der Bundesministerien;
 Veröffentlichungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, insbesondere *Hans Ulrich Behn* und *Erhardt Eisenacher*, Politische Zeittafel 1949–1979. Drei Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1981;
Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. München, Wien 1970;
Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. Ergänzungsband 1969 bis 1973. Bearbeitet von *Jürgen Jekewitz*. München, Wien 1973;
 Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland (1949/1969). Bearbeiter: *Lutz Roemheld*. Bonn 1969. Materialien Nr. 13;
Gerold Lehnguth und *Klaus Vogelgesang*, Die Organisationserlasse der Bundeskanzler seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland im Lichte der politischen Entwicklung. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Bd. 113. 1988. H. 4. S. 531–582;
Volker Busse, Bundeskanzleramt und Bundesregierung. Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise. Heidelberg 2. Aufl. 1997.

Hinweis

Ab März 1950 wird meist für die ganze Wahlperiode von der Bundesregierung ein ständiger **Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat** benannt. Einzelheiten vgl. unter Abschnitt 4.5.

1. Wahlperiode (1949–53): 1. Kabinett *Adenauer*

Das 1., von September 1949 bis Oktober 1953 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Adenauer* besteht anfangs aus 13 Ressorts. Im März 1951 kommt nach Revision des Besatzungsstatuts als 14. Ressort das Auswärtige Amt hinzu (durch Umwandlung der im Juni 1950 im Bundeskanzleramt errichteten Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten in ein Bundesministerium).

Eine Umbenennung betrifft das Bundesministerium für Angelegenheiten des Fernmeldewesens: Nachdem am 1. April 1950 die einzelnen Postverwaltungen in den Ländern der Bundesrepublik unter der Bezeichnung Deutsche Bundespost zusammengefaßt worden sind, ändert sich die Bezeichnung in Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Konrad Adenauer</i>	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Franz Blücher</i>	FDP
Bundesminister des Auswärtigen (ab März 1951)	<i>Konrad Adenauer</i> (ab 15. 3. 1951)	CDU
Bundesminister des Innern	<i>Gustav Heinemann</i> (bis 11. 10. 1950)	CDU ¹⁾
	<i>Robert Lehr</i> (ab 13. 10. 1950)	CDU
Bundesminister der Justiz	<i>Thomas Dehler</i>	FDP
Bundesminister der Finanzen	<i>Fritz Schäffer</i>	CSU
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Ludwig Erhard</i>	CDU
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Wilhelm Niklas</i>	CSU ²⁾
Bundesminister für Arbeit	<i>Anton Storch</i>	CDU
Bundesminister für Verkehr	<i>Hans-Christoph Seebohm</i>	DP
Bundesminister für Angelegenheiten des Fernmeldewesens; ab 1. 4. 1950: Bundes- minister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Hans Schubert</i>	CSU ¹⁾
Bundesminister für Wohnungsbau	<i>Eberhard Wildermuth</i> (bis † 9. 3. 1952)	FDP
	<i>Fritz Neumayer</i> (ab 19. 7. 1952)	FDP
Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen	<i>Hans Lukaschek</i>	CDU ¹⁾
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	<i>Jakob Kaiser</i>	CDU
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates	<i>Heinrich Hellwege</i>	DP
Bundesminister für Angelegenheiten des Marshallplanes	<i>Franz Blücher</i>	FDP

¹⁾ während dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

²⁾ MdB erst ab 30. 5. 1951

2. Wahlperiode (1953–57): 2. Kabinett Adenauer

Das 2., von Oktober 1953 bis Oktober 1957 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Adenauer* besteht anfangs aus 15 Ressorts, d. h. einem mehr als zuvor. Neu gegenüber dem 1. Kabinett ist das Bundesministerium für Familienfragen.

Während der 2. Wahlperiode kommen zwei weitere Ressorts dazu: (1) im Juni 1955 das Bundesministerium für Verteidigung (durch Umwandlung der schon 1950 geschaffenen Dienststelle des Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, nach ihrem Leiter *Theodor Blank* kurz auch „Dienststelle Blank“ genannt) und (2) im Oktober 1955 das Bundesministerium für Atomfragen.

Umbenannt wird zu Beginn der Wahlperiode das bisherige Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplanes in Bundesministerium für [europäische!] wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine weitere Umbenennung am 1. Februar 1954 betrifft das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen: Mit Übertragung der bisher beim Bundesinnenministerium liegenden Zuständigkeit für Kriegssachgeschädigte und Evakuierte erhält das Ressort die neue Bezeichnung Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Konrad Adenauer</i>	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Franz Blücher</i>	FDP → FVP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Konrad Adenauer</i> (bis 6. 6. 1955) <i>Heinrich von Brentano</i> (ab 8. 6. 1955)	CDU CDU
Bundesminister des Innern	<i>Gerhard Schröder</i>	CDU
Bundesminister der Justiz	<i>Fritz Neumayer</i> (bis 16. 10. 1956) <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (ab 16. 10. 1956)	FDP → FVP DP
Bundesminister der Finanzen	<i>Fritz Schäffer</i>	CSU
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Ludwig Erhard</i>	CDU
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Heinrich Lübke</i>	CDU
Bundesminister für Arbeit	<i>Anton Storch</i>	CDU

Hinweis

Nicht in allen Fällen war es möglich, Differenzen zwischen den herangezogenen Quellen zu klären, die hauptsächlich bei dem genauen Datum der Amtszeit anzutreffen sind. Offensichtlich wurden für die Zeitangaben unterschiedliche formale Kriterien herangezogen, indem beispielsweise bei Ernennungs- bzw. Entlassungsurkunden einmal die Datumsangabe auf der Urkunde, zum anderen der Tag der Aushändigung angeführt wird. Da die Differenzen oft nur einen oder wenige Tage betragen, werden sie als unerheblich betrachtet.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Verteidigung (ab 7. 6. 1955)	<i>Theodor Blank</i> (ab 7. 6. 1955 bis 16. 10. 1956)	CDU
	<i>Franz Josef Strauß</i> (ab 16. 10. 1956)	CSU
Bundesminister für Verkehr	<i>Hans-Christoph Seebohm</i>	DP
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Hans Schubert</i> (bis 9. 12. 1953)	CSU
	<i>Siegfried Balke</i> (ab 10. 12. 1953 bis 14. 11. 1956)	parteilos → CSU ¹⁾
	<i>Ernst Lemmer</i> (ab 15. 11. 1956)	CDU
Bundesminister für Wohnungsbau	<i>Victor-Emanuel Preusker</i>	FDP → FVP
Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen; ab 1. 2. 1954: Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	<i>Theodor Oberländer</i>	GB/BHE → CDU
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	<i>Jakob Kaiser</i>	CDU
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates	<i>Heinrich Hellwege</i> (bis 7. 6. 1955)	DP
	<i>Hans-Joachim von Merkat</i> (ab 8. 6. 1955)	DP
Bundesminister für Atomfragen (ab 20. 10. 1955)	<i>Franz Josef Strauß</i> (ab 21. 10. 1955 bis 16. 10. 1956)	CSU
	<i>Siegfried Balke</i> (ab 16. 10. 1956)	CSU ¹⁾
Bundesminister für Familienfragen	<i>Franz-Josef Wuermeling</i>	CDU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Franz Blücher</i>	FDP → FVP
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Robert Tillmanns</i> (bis † 12. 11. 1955)	CDU
	<i>Hermann Schäfer</i> (bis 16. 10. 1956)	FDP → FVP
	<i>Waldemar Kraft</i> (bis 16. 10. 1956)	GB/BHE → CDU
	<i>Franz Josef Strauß</i> (bis 19. 10. 1955)	CSU

¹⁾ während dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

3. Wahlperiode (1957–61): 3. Kabinett Adenauer

Das 3., von Oktober 1957 bis November 1961 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Adenauer* besteht wie zuvor das 2. Kabinett aus 17 Ressorts, wobei einige Zuständigkeiten geändert worden sind:

Das Ressort für Familienfragen übernimmt vom Bundesministerium des Innern die Zuständigkeit für Jugendfragen und wird in Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen umbenannt; das Bundesministerium für Arbeit erhält mit der Erweiterung seiner Zuständigkeit die Bezeichnung Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Weitere Umbenennungen betreffen das bisherige Bundesministerium für [europäische!] wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen Aufgaben in das neugeschaffene Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes aufgehen sowie das Bundesministerium für Atomfragen, das die Zuständigkeit für die Wasserwirtschaft übernimmt und damit die Bezeichnung Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft erhält. Weiterhin wird das bisherige Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates in Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder umbenannt.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Konrad Adenauer</i>	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Ludwig Erhard</i>	CDU
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Heinrich von Brentano</i> (bis 30. 10. 1961)	CDU
Bundesminister des Innern	<i>Gerhard Schröder</i>	CDU
Bundesminister der Justiz	<i>Fritz Schäffer</i>	CSU
Bundesminister der Finanzen	<i>Franz Etzel</i>	CDU
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Ludwig Erhard</i>	CDU
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Heinrich Lübke</i> (bis 15. 9. 1959) <i>Werner Schwarz</i> (ab 14. 10. 1959)	CDU CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Theodor Blank</i>	CDU
Bundesminister für Verteidigung	<i>Franz Josef Strauß</i>	CSU
Bundesminister für Verkehr	<i>Hans-Christoph Seebohm</i>	DP → CDU
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Richard Stücklen</i>	CSU
Bundesminister für Wohnungsbau	<i>Paul Lücke</i>	CDU
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	<i>Theodor Oberländer</i> (bis 4. 5. 1960) <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (ab 27. 10. 1960)	CDU DP → CDU
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	<i>Ernst Lemmer</i>	CDU

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	<i>Hans-Joachim von Merkatz</i>	DP → CDU
Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	<i>Siegfried Balke</i>	CSU
Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	<i>Franz-Josef Wuermeling</i>	CDU
Bundesminister für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes	<i>Hermann Lindrath</i> (bis † 27. 2. 1960) <i>Hans Wilhelmi</i> (ab 12. 4. 1960)	CDU CDU

4. Wahlperiode (1961–65): 4. Kabinett *Adenauer* (bis 1962)¹⁾

Das 4., von November 1961 bis Dezember 1962 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Adenauer* besteht aus 19 Ressorts, d. h. zwei mehr als zuvor.

Neu gegenüber dem 3. Kabinett wird (1) für Aufgaben der Entwicklungshilfe das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen sowie (2) das Bundesministerium für Gesundheitswesen. Letzteres übernimmt die bisher überwiegend beim Bundesministerium des Innern liegende Zuständigkeit für die Fragen der Gesundheit, ferner den Bereich Wasserwirtschaft vom bisherigen Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft.

Mit Beginn der Wahlperiode erhält das bisherige Bundesministerium für Wohnungsbau auch die Zuständigkeit für Städtebau und Raumordnung und wird in Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung umbenannt. Nachdem die Wasserwirtschaft auf das neue Bundesministerium für Gesundheitswesen übergegangen ist, nennt sich das bisherige Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft nur noch Bundesministerium für Atomkernenergie. Das Ressort für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes erhält die neue Bezeichnung Bundesschatzministerium und das Bundesministerium für Verteidigung ab Dezember 1961 die Bezeichnung Bundesministerium **der** Verteidigung.

Als Folge der Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts u. a. über das Verhalten einzelner Kabinettsmitglieder in der „Spiegel“-Affäre wird im Dezember 1962 eine Neubildung der Bundesregierung erforderlich.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Konrad Adenauer</i>	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Ludwig Erhard</i>	CDU
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Gerhard Schröder</i>	CDU
Bundesminister des Innern	<i>Hermann Höcherl</i>	CSU
Bundesminister der Justiz	<i>Wolfgang Stammberger</i> (bis 19. 11. 1962) ²⁾	FDP

^{1) 2)} Fußnoten auf der folgenden Seite

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister der Finanzen	<i>Heinz Starke</i> (bis 19. 11. 1962) ²⁾	FDP
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Ludwig Erhard</i>	CDU
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Werner Schwarz</i>	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Theodor Blank</i>	CDU
Bundesminister für Verteidigung; ab 20. 12. 1961 Bundesminister der Verteidigung	<i>Franz Josef Strauß</i> (bis 11. 12. 1962, mdWdGb bis 9. 1. 1963)	CSU
Bundesminister für Verkehr	<i>Hans-Christoph Seebohm</i>	CDU
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Richard Stücklen</i>	CSU
Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	<i>Paul Lücke</i>	CDU
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	<i>Wolfgang Mischnick</i> (bis 19. 11. 1962) ²⁾³⁾	FDP
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	<i>Ernst Lemmer</i> (bis 11. 12. 1962)	CDU
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	<i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (bis 11. 12. 1962)	CDU
Bundesminister für Atomkernenergie	<i>Siegfried Balke</i> (bis 11. 12. 1962)	CSU
Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	<i>Franz-Josef Wuermeling</i> (bis 11. 12. 1962)	CDU
Bundesschatzminister	<i>Hans Lenz</i> (bis 19. 11. 1962) ²⁾	FDP
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Walter Scheel</i> (bis 19. 11. 1962) ²⁾³⁾	FDP
Bundesminister für Gesundheitswesen	<i>Elisabeth Schwarzhaupt</i>	CDU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Heinrich Krone</i>	CDU

1) Bei denjenigen Bundesministern, die auch dem nachfolgenden 5. Kabinett *Adenauer* angehörten und dabei auch das gleiche Ressort innehatten, fehlt das Datum der Amtszeit „bis 11. Dezember 1962“.

2) Rücktritt nach Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts wegen der „Spiegel“-Affäre; Datum der Entlassungsurkunde: 11. Dezember 1962, Aushändigung ein Tag später.

3) wieder Mitglied des nachfolgenden 5. Kabinetts *Adenauer*

Hinweis

In Abschnitt 6.21 sind die Regierungen im Bund und in den Ländern synoptisch zusammengestellt. Daraus ist zu ersehen, wann und wo CDU, CSU und/oder SPD eine Regierungskoalition gebildet oder die Alleinregierung übernommen haben und welchen Regierungschef diese Parteien stellten.

noch 4. Wahlperiode (1961–65): 5. Kabinett *Adenauer* (1962–63)¹⁾

Im 5., von Dezember 1962 bis Oktober 1963 amtierenden Kabinett von Bundeskanzler *Adenauer* sind – von einer Änderung abgesehen – jene 19 Ressorts vertreten, die bereits dem vorhergehenden Kabinett angehörten.

Erweitert haben sich die Aufgaben des bisherigen Bundesministeriums für Atomkernenergie, das schon seit Januar 1961 auch für Fragen der Weltraumforschung, der Raumfahrtforschung und der Raumfahrttechnik zuständig ist; es geht deshalb im neuen Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung auf, dem im Mai 1963 weitere Aufgaben aus dem Bereich Forschung und Wissenschaftsförderung übertragen werden.

Das 5. Kabinett *Adenauer* endet mit dem Rücktritt des Bundeskanzlers am 15. Oktober 1963, den er in den Koalitionsverhandlungen im Dezember 1962 verbindlich zugesagt hatte.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Konrad Adenauer</i> (bis 15. 10. 1963)	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Ludwig Erhard</i> (bis 15. 10. 1963)	CDU
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Gerhard Schröder</i>	CDU
Bundesminister des Innern	<i>Hermann Höcherl</i>	CSU
Bundesminister der Justiz	<i>Ewald Bucher</i> (ab 14. 12. 1962)	FDP
Bundesminister der Finanzen	<i>Rolf Dahlgrün</i> (ab 14. 12. 1962)	FDP
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Ludwig Erhard</i> (bis 15. 10. 1963)	CDU
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Werner Schwarz</i>	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Theodor Blank</i>	CDU
Bundesminister der Verteidigung	<i>Franz Josef Strauß</i> (mdWdGb bis 9. 1. 1963)	CSU
	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> (ab 9. 1. 1963)	CDU ²⁾
Bundesminister für Verkehr	<i>Hans-Christoph Seebohm</i>	CDU
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Richard Stücklen</i>	CSU
Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	<i>Paul Lücke</i>	CDU
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	<i>Wolfgang Mischnick</i> (bis 15. 10. 1963)	FDP

¹⁾ Bei denjenigen Bundesministern, die schon dem vorangegangenen 4. Kabinett *Adenauer* bzw. dem nachfolgenden 1. Kabinett *Erhard* angehörten und dabei auch das gleiche Ressort innehatten, fehlt das Datum „ab 14. 12. 1962“ bzw. „bis 15. 10. 1963“.

²⁾ in dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	<i>Rainer Barzel</i> (ab 14. 12. 1962 bis 15. 10. 1963)	CDU
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	<i>Alois Niederalt</i> (ab 14. 12. 1962)	CSU
Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	<i>Hans Lenz</i> (ab 14. 12. 1962)	FDP
Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	<i>Bruno Heck</i> (ab 14. 12. 1962)	CDU
Bundesschatzminister	<i>Werner Dollinger</i> (ab 14. 12. 1962)	CSU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Walter Scheel</i>	FDP
Bundesminister für Gesundheitswesen	<i>Elisabeth Schwarzhaupt</i>	CDU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Heinrich Krone</i>	CDU

noch 4. Wahlperiode (1961–65): 1. Kabinett *Erhard* (ab 1963)¹⁾

Das 1., von Oktober 1963 bis Oktober 1965 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Erhard* besteht unverändert aus 19 Ressorts.

Eine Umbenennung betrifft das Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen, das jetzt die Bezeichnung Bundesministerium für Familie und Jugend bekommt.

Erstmals wird – ab Juni 1964 – der Chef des Bundeskanzleramtes zum Bundesminister ernannt (aus beamtenrechtlichen Gründen, weil wegen Erreichung der Altersgrenze des Amtsinhabers eine Verlängerung seiner Dienstzeit als beamteter Staatssekretär nicht möglich war).

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Ludwig Erhard</i> (ab 16. 10. 1963)	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Erich Mende</i> (ab 17. 10. 1963)	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Gerhard Schröder</i>	CDU
Bundesminister des Innern	<i>Hermann Höcherl</i>	CSU
Bundesminister der Justiz	<i>Ewald Bucher</i> (bis 27. 3. 1965)	FDP
	<i>Karl Weber</i> (ab 1. 4. 1965)	CDU

¹⁾ Fußnote siehe rechte Seite

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister der Finanzen	<i>Rolf Dahlgrün</i>	FDP
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Kurt Schmücker</i> (ab 17. 10. 1963)	CDU
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Werner Schwarz</i>	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Theodor Blank</i>	CDU
Bundesminister der Verteidigung	<i>Kai-Uwe von Hassel</i>	CDU ³⁾
Bundesminister für Verkehr	<i>Hans-Christoph Seebohm</i>	CDU
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Richard Stücklen</i>	CSU
Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	<i>Paul Lücke</i>	CDU
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	<i>Hans Krüger</i> (ab 17. 10. 1963 bis 7. 2. 1964)	CDU
	<i>Ernst Lemmer</i> (ab 19. 2. 1964)	CDU
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	<i>Erich Mende</i> (ab 17. 10. 1963)	FDP
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	<i>Alois Niederalt</i>	CSU
Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	<i>Hans Lenz</i>	FDP
Bundesminister für Familie und Jugend	<i>Bruno Heck</i>	CDU
Bundesschatzminister	<i>Werner Dollinger</i>	CSU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Walter Scheel</i>	FDP
Bundesminister für Gesundheitswesen	<i>Elisabeth Schwarzhaupt</i>	CDU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Heinrich Krone</i> (bis 13. 7. 1964)	CDU
Bundesminister (Vorsitzender des Bundesverteidigungsrates) ²⁾	<i>Heinrich Krone</i> (ab 13. 7. 1964)	CDU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Ludger Westrick</i> (ab 16. 6. 1964)	CDU ³⁾

¹⁾ Bei denjenigen Bundesministern, die schon dem vorangegangenen 5. Kabinett *Adenauer* angehörten und dabei auch das gleiche Ressort innehatten, fehlt das Datum der Amtszeit „ab 17. 10. 1963“.

²⁾ ab 26. 10. 1965: Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates

³⁾ in dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

Hinweis

Fälle des Wechsels zwischen Bundesminister und Ministerpräsidentenamt enthält Abschnitt 3.25.

5. Wahlperiode (1965–69): 2. Kabinett *Erhard* (bis 1966)¹⁾

Das 2., von Oktober 1965 bis Dezember 1966 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Erhard* besteht aus 20 Ressorts. Neben den bisherigen 19 Ressorts ist erstmals das Ressort für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates vertreten.

Umbenannt wird zu Beginn der Wahlperiode das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau, da das Bundesinnenministerium wieder die Zuständigkeit für Raumordnung übernimmt.

Das 2. Kabinett *Erhard* endet mit dem Rücktritt des Bundeskanzlers am 30. November 1966.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Ludwig Erhard</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Erich Mende</i> (bis 28. 10. 1966)	FDP
	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966, mdWdGb)	CDU
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Gerhard Schröder</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister des Innern	<i>Paul Lücke</i>	CDU
Bundesminister der Justiz	<i>Richard Jaeger</i> (bis 1. 12. 1966)	CSU
Bundesminister der Finanzen	<i>Rolf Dahlgrün</i> (bis 28. 10. 1966)	FDP
	<i>Kurt Schmücker</i> (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966, mdWdGb)	CDU

¹⁾ Bei denjenigen Bundesministern, die auch dem nachfolgenden Kabinett *Kiesinger* angehörten und dabei auch das gleiche Ressort innehatten, fehlt das Datum der Amtszeit „bis 1. 12. 1966“.

Hinweise

Seit 1960/61 haben mit Unterbrechungen die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, zeigt eine Zusammenstellung innerhalb des Abschnittes 6.9.

Die Wahlergebnisse der CDU, CSU und SPD bei allen Bundestags- und Landtagswahlen sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in Abschnitt 1.28 zusammengestellt.

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Kurt Schmücker</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Hermann Höcherl</i>	CSU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Hans Katzer</i>	CDU
Bundesminister der Verteidigung	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister für Verkehr	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Richard Stücklen</i> (bis 1. 12. 1966)	CSU
Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	<i>Ewald Bucher</i> (bis 28. 10. 1966)	FDP
	<i>Bruno Heck</i> (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966, mdWdGb)	CDU
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	<i>Johann Baptist Gradl</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	<i>Erich Mende</i> (bis 28. 10. 1966)	FDP
	<i>Johann Baptist Gradl</i> (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966, mdWdGb)	CDU
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	<i>Alois Niederalt</i> (bis 1. 12. 1966)	CSU
Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	<i>Gerhard Stoltenberg</i>	CDU
Bundesminister für Familie und Jugend	<i>Bruno Heck</i>	CDU
Bundesschatzminister	<i>Werner Dollinger</i> (bis 1. 12. 1966)	CSU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Walter Scheel</i> (bis 28. 10. 1966)	FDP
	<i>Werner Dollinger</i> (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966, mdWdGb)	CSU
Bundesminister für Gesundheitswesen	<i>Elisabeth Schwarzhaupt</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	<i>Heinrich Krone</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Ludger Westrick</i> (bis 1. 12. 1966)	CDU ²⁾

²⁾ in dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. Abschnitt 6.9)

noch 5. Wahlperiode (1965–69): 1. Kabinett *Kiesinger* (ab 1966)¹⁾

Das 1., von Dezember 1966 bis Oktober 1969 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Kiesinger* (Große Koalition) besteht nur noch aus 19 Ressorts, d. h. einem Ressort weniger als das 2. Kabinett von Bundeskanzler *Erhard*. Entfallen ist das Bundesministerium für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (ab 1. 12. 1966)	CDU ²⁾
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Willy Brandt</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD ²⁾
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Willy Brandt</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD ²⁾
Bundesminister des Innern	<i>Paul Lücke</i> (bis 2. 4. 1968)	CDU
	<i>Ernst Benda</i> (ab 2. 4. 1968)	CDU
Bundesminister der Justiz	<i>Gustav Heinemann</i> (ab 1. 12. 1966 bis 26. 3. 1969)	SPD
	<i>Horst Ehmke</i> (ab 26. 3. 1969)	SPD ²⁾
Bundesminister der Finanzen	<i>Franz Josef Strauß</i> (ab 1. 12. 1966)	CSU
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Karl Schiller</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Hermann Höcherl</i>	CSU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Hans Katzer</i>	CDU
Bundesminister der Verteidigung	<i>Gerhard Schröder</i> (ab 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister für Verkehr	<i>Georg Leber</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Werner Dollinger</i> (ab 1. 12. 1966)	CSU
Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	<i>Lauritz Lauritzen</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD ²⁾
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> (ab 1. 12. 1966 bis 5. 2. 1969)	CDU
	<i>Heinrich Windelen</i> (ab 7. 2. 1969)	CDU

^{1) 2)} Fußnoten siehe rechte Seite

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	<i>Herbert Wehner</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	<i>Carlo Schmid</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD
Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	<i>Gerhard Stoltenberg</i>	CDU
Bundesminister für Familie und Jugend	<i>Bruno Heck</i> (bis 2. 10. 1968)	CDU
	<i>Aenne Brauksiepe</i> (ab 2. 10. 1968)	CDU
Bundesschatzminister	<i>Kurt Schmücker</i> (ab 1. 12. 1966)	CDU
Bundesminister für Gesundheitswesen	<i>Käte Strobel</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Hans-Jürgen Wischnewski</i> (ab 1. 12. 1966 bis 2. 10. 1968)	SPD
	<i>Erhard Eppler</i> (ab 2. 10. 1968)	SPD

- 1) Bei denjenigen Bundesministern, die schon dem vorangegangenen Kabinett *Erhard* angehörten und dabei auch das gleiche Ressort innehatten, fehlt das Datum der Amtszeit „ab 1. 12. 1966“.
- 2) in dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

6. Wahlperiode (1969–72): 1. Kabinett *Brandt*

Das 1., von Oktober 1969 bis Dezember 1972 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Brandt* besteht nur noch aus 15 Ressorts, d. h. vier weniger als das vorherige Kabinett.

Folgende bisher selbständige Ministerien werden entweder aufgelöst oder mit anderen Ressorts zusammengelegt:

Aufgelöst werden (1) das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, dessen Kompetenzen auf das Bundesministerium für Inneres übergehen, (2) das Bundesschatzministerium, dessen Aufgaben – mit Ausnahme der dem Bundeswirtschaftsministerium zufallenden Zuständigkeit für das ERP-Sondervermögen – vom Bundesministerium der Finanzen wahrgenommen werden, und (3) das Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder.

Aus den beiden bisher eigenständigen Ressorts für Familie und Jugend sowie für das Gesundheitswesen wird das neue Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gebildet. Die Zuständigkeit für Umweltschutz geht dabei vom Gesundheitsressort auf das Bundesministerium des Innern über.

Hinweis

Wechsel von Mitgliedern der Bundesregierung auf das Amt des Regierungschefs eines Bundeslandes sind in Abschnitt 3.25 verzeichnet.

Zusammengelegt werden auch die Geschäftsbereiche Verkehr sowie Post- und Fernmeldewesen. Es bleibt aber ein Doppelministerium aus zwei nach wie vor nebeneinander bestehenden Ressorts, und es wird in Personalunion vom Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen geleitet. Diese Zusammenfassung ging von der Erwartung einer baldigen Umstrukturierung der Post aus.

Umbenannt werden als Folge von Schwerpunktverlagerungen drei Ministerien: (1) Das bisherige Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen erhält die neue Bezeichnung Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, worin sich eine neue programmatische Zielsetzung ausdrücken soll; (2) das bisherige Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung heißt nun Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (mit der zusätzlichen Kompetenz für Wissenschaftsförderung und Bildungspolitik, bisher im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums); (3) das Ressort für Wohnungswesen und Städtebau nennt sich jetzt Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen.

Wie schon in den beiden Kabinetten von Bundeskanzler *Erhard* wird der Chef des Bundeskanzleramtes zum Bundesminister für besondere Aufgaben ernannt.

Eine größere Veränderung der Kabinettsstruktur während der Wahlperiode, wodurch sich u. a. die Zahl der Ministerien auf 14 verringert, bedeutet (nach dem Rücktritt des Bundesfinanzministers) die Zusammenfassung der beiden wichtigen Ressorts Wirtschaft und Finanzen zum Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen im Mai 1971. Dieses „Superministerium“, anfangs von *Karl Schiller* und später von *Helmut Schmidt* geleitet, währt nicht viel länger als ein Jahr bis zum Ende der 6. Wahlperiode.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Willy Brandt</i>	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Walter Scheel</i>	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Walter Scheel</i>	FDP
Bundesminister des Innern	<i>Hans-Dietrich Genscher</i>	FDP
Bundesminister der Justiz	<i>Gerhard Jahn</i>	SPD
Bundesminister der Finanzen (bis Mai 1971)	<i>Alex Möller</i> (bis 13. 5. 1971)	SPD
Bundesminister für Wirtschaft (bis Mai 1971)	<i>Karl Schiller</i> (bis 13. 5. 1971)	SPD
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen (ab 13. 5. 1971)	<i>Karl Schiller</i> (ab 13. 5. 1971 bis 7. 7. 1972)	SPD
	<i>Helmut Schmidt</i> (ab 7. 7. 1972)	SPD
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Josef Ertl</i>	FDP
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Walter Arendt</i>	SPD
Bundesminister der Verteidigung	<i>Helmut Schmidt</i> (bis 7. 7. 1972)	SPD
	<i>Georg Leber</i> (ab 7. 7. 1972)	SPD

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	<i>Käte Strobel</i>	SPD
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Georg Leber</i> (bis 7. 7. 1972)	SPD
	<i>Lauritz Lauritzen</i> (ab 7. 7. 1972)	SPD
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	<i>Lauritz Lauritzen</i>	SPD
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	<i>Egon Franke</i>	SPD
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Hans Leussink</i> (bis 15. 3. 1972)	parteilos ¹⁾
	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (ab 15. 3. 1972)	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Erhard Eppler</i>	SPD
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Horst Ehmke</i>	SPD

¹⁾ in dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

7. Wahlperiode (1972–76): 2. Kabinett *Brandt* (bis 1974)*)

Das 2., von Dezember 1972 bis Mai 1974 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Brandt* besteht aus 16 Ressorts, d. h. zwei mehr als zuvor.

In zwei Ressorts aufgeteilt wird wieder das im Mai 1971 gebildete „Superministerium“ für Wirtschaft und Finanzen; die beiden Bundesministerien erhalten ihre frühere Bezeichnung zurück.

Als neues Ressort entsteht das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Es ist zuständig für Grundsätze und Koordinierung der Nachrichtentechnologie sowie der Luft- und Raumfahrtforschung. Weitere Zuständigkeiten erhält es aus dem Ressort Bildung und Wissenschaft (u. a. Forschungsförderung, Kerntechnik und Datenverarbeitung), aus dem Ressort Inneres (hier: Datenbanksysteme) und aus dem Gesundheitsressort (hier: Krebsforschung). Bis zur geplanten Überleitung der Bundespost in eine Anstalt des Bundes übernimmt das neue Ministerium auch das Ressort Post- und Fernmeldewesen (zuvor beim Ressort Verkehr) und wird als Doppelministerium in Personalunion vom Bundesminister für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen geleitet.

Umbenannt werden zwei Bundesministerien: (1) Da das Ressort Post- und Fernmeldewesen (im letzten Kabinett zusammen mit Ressort Verkehr) dem neuen Ressort Forschung und Technologie angeschlossen worden ist, erhält das Bundesministerium für Verkehr seine alte Bezeichnung zurück; (2) das zuvor mit Städtebau und Wohnungswesen bezeichnete Ressort übernimmt vom Bundesministerium des Innern zusätzlich wieder die Zuständigkeit für Raumordnung und wird umbenannt in Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

*) Bei denjenigen Bundesministern, die auch dem nachfolgenden Kabinett *Schmidt* angehörten und dabei auch das gleiche Ressort innehatten, fehlt das Datum der Amtszeit „bis 15. bzw. 16. 5. 1974“.

Das 2. Kabinett von Bundeskanzler *Brandt* endet vorzeitig im Mai 1974 mit dem Rücktritt des Kanzlers im Anschluß an die Agentenaffäre *Guillaume*.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Willy Brandt</i> (bis 6. 5. 1974)	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Walter Scheel</i> (bis 16. 5. 1974)	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Walter Scheel</i> (bis 16. 5. 1974)	FDP
Bundesminister des Innern	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (bis 15. 5. 1974)	FDP
Bundesminister der Justiz	<i>Gerhard Jahn</i> (bis 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister der Finanzen	<i>Helmut Schmidt</i> (bis 15. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Hans Friderichs</i>	FDP ¹⁾
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Josef Ertl</i>	FDP
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Walter Arendt</i>	SPD
Bundesminister der Verteidigung	<i>Georg Leber</i>	SPD
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	<i>Katharina Focke</i>	SPD
Bundesminister für Verkehr	<i>Lauritz Lauritzen</i> (bis 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (bis 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	<i>Egon Franke</i>	SPD
Bundesminister für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Horst Ehmke</i> (bis 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (bis 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Erhard Eppler</i>	SPD
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Egon Bahr</i> (bis 7. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Werner Maihofer</i> (bis 7. 5. 1974)	FDP

¹⁾ in dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

noch 7. Wahlperiode (1972–76): 1. Kabinett *Schmidt* (ab 1974)¹⁾

Das 1., von Mai 1974 bis Dezember 1976 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Schmidt* setzt sich unverändert aus 16 Ressorts zusammen.

Eine Änderung betrifft das nach wie vor eigenständige Ressort Post- und Fernmeldewesen, das zu Beginn der Wahlperiode dem neuen Bundesministerium für Forschung und Technologie angegliedert worden war und jetzt wieder – wie schon in der 6. Wahlperiode – mit dem Ressort für Verkehr zusammengelegt wird, so daß es erneut zu einem Doppelministerium unter Leitung des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen kommt.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Helmut Schmidt</i> (ab 16. 5. 1974)	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (ab 16. 5. 1974)	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (ab 16. 5. 1974)	FDP
Bundesminister des Innern	<i>Werner Maihofer</i> (ab 16. 5. 1974)	FDP
Bundesminister der Justiz	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (ab 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister der Finanzen	<i>Hans Apel</i> (ab 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Hans Friderichs</i>	FDP ²⁾
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Josef Ertl</i>	FDP
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Walter Arendt</i>	SPD
Bundesminister der Verteidigung	<i>Georg Leber</i>	SPD
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	<i>Katharina Focke</i>	SPD
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Kurt Gscheidle</i> (ab 16. 5. 1974)	SPD ²⁾
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Karl Ravens</i> (ab 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	<i>Egon Franke</i>	SPD
Bundesminister für Forschung und Technologie	<i>Hans Matthöfer</i> (ab 16. 5. 1974)	SPD
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Helmut Rohde</i> (ab 16. 5. 1974)	SPD

¹⁾ Bei denjenigen Bundesministern, die schon dem vorangegangenen Kabinett *Brandt* angehörten und dabei auch das gleiche Ressort innehatten, fehlt das Datum der Amtszeit „ab 16. 5. 1974“.

²⁾ in dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Erhard Eppler</i> (bis 8. 7. 1974)	SPD
	<i>Egon Bahr</i> (ab 8. 7. 1974)	SPD

8. Wahlperiode (1976–80): 2. Kabinett *Schmidt*

Das 2., von Dezember 1976 bis November 1980 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Schmidt* besteht unverändert aus den gleichen 16 Ressorts wie das vorangegangene Kabinett.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Helmut Schmidt</i>	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Hans-Dietrich Genscher</i>	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Hans-Dietrich Genscher</i>	FDP
Bundesminister des Innern	<i>Werner Maihofer</i> (bis 8. 6. 1978)	FDP
	<i>Gerhart Rudolf Baum</i> (ab 8. 6. 1978)	FDP
Bundesminister der Justiz	<i>Hans-Jochen Vogel</i>	SPD
Bundesminister der Finanzen	<i>Hans Apel</i> (bis 16. 2. 1978)	SPD
	<i>Hans Mathöfer</i> (ab 16. 2. 1978)	SPD
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Hans Friderichs</i> (bis 7. 10. 1977)	FDP
	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (ab 7. 10. 1977)	FDP
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Josef Ertl</i>	FDP
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Herbert Ehrenberg</i>	SPD
Bundesminister der Verteidigung	<i>Georg Leber</i> (bis 16. 2. 1978)	SPD
	<i>Hans Apel</i> (ab 16. 2. 1978)	SPD
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	<i>Antje Huber</i>	SPD
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Kurt Gscheidle</i>	SPD

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Karl Ravens</i> (bis 16. 2. 1978)	SPD
	<i>Dieter Haack</i> (ab 16. 2. 1978)	SPD
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	<i>Egon Franke</i>	SPD
Bundesminister für Forschung und Technologie	<i>Hans Matthöfer</i> (bis 16. 2. 1978)	SPD
	<i>Volker Hauff</i> (ab 16. 2. 1978)	SPD
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Helmut Rohde</i> (bis 16. 2. 1978)	SPD
	<i>Jürgen Schmude</i> (ab 16. 2. 1978)	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Marie Schlei</i> (bis 16. 2. 1978)	SPD
	Rainer Offergeld (ab 16. 2. 1978)	SPD

9. Wahlperiode (1980–83): 3. Kabinett *Schmidt* (bis 1982)

Das 3., von November 1980 bis Oktober 1982 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Schmidt* setzt sich erneut aus 16 Ressorts zusammen.

Eine Änderung betrifft lediglich die beiden Ressorts Verkehr sowie Post- und Fernmeldewesen, die von nun an wieder als zwei eigenständige Bundesministerien geführt werden.

Das 3. Kabinett *Schmidt* endet vorzeitig im Oktober 1982 infolge eines konstruktiven Mißtrauensvotums nach Artikel 67 des Grundgesetzes.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Helmut Schmidt</i> (bis 1. 10. 1982)	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (bis 17. 9. 1982) ¹⁾	FDP
	<i>Egon Franke</i> (ab 17. 9. 1982 bis 1. 10. 1982)	SPD

Fußnoten für Seite 1049–1050:

1) ab 4. Oktober 1982 Mitglied des nachfolgenden Kabinetts *Kohl*

2) während dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

3) Rücktrittserklärung am 7. April 1982; bis 28. April 1982 mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (bis 17. 9. 1982) ¹⁾	FDP
	<i>Helmut Schmidt</i> (ab 17. 9. 1982 bis 1. 10. 1982)	SPD
Bundesminister des Innern	<i>Gerhart Rudolf Baum</i> (bis 17. 9. 1982)	FDP
	<i>Jürgen Schmude</i> (ab 17. 9. 1982 bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister der Justiz	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (bis 22. 1. 1981)	SPD
	<i>Jürgen Schmude</i> (ab 28. 1. 1981 bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister der Finanzen	<i>Hans Matthöfer</i> (bis 28. 4. 1982)	SPD
	<i>Manfred Lahnstein</i> (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	SPD ²⁾
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (bis 17. 9. 1982) ¹⁾	FDP
	<i>Manfred Lahnstein</i> (ab 17. 9. 1982 bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Josef Ertl</i> (bis 17. 9. 1982) ¹⁾	FDP
	<i>Björn Engholm</i> (ab 17. 9. 1982 bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Herbert Ehrenberg</i> (bis 28. 4. 1982)	SPD
	<i>Heinz Westphal</i> (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister der Verteidigung	<i>Hans Apel</i> (bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	<i>Antje Huber</i> (bis 28. 4. 1982) ³⁾	SPD
	<i>Anke Fuchs</i> (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für Verkehr	<i>Volker Hauff</i> (bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Kurt Gscheidle</i> (bis 28. 4. 1982)	SPD ²⁾
	<i>Hans Matthöfer</i> (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	SPD

¹⁾ ²⁾ ³⁾ Fußnoten auf Seite 1049

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Dieter Haack</i> (bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	<i>Egon Franke</i> (bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für Forschung und Technologie	<i>Andreas von Bülow</i> (bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Jürgen Schmude</i> (bis 28. 1. 1981)	SPD
	<i>Björn Engholm</i> (ab 28. 1. 1981 bis 4. 10. 1982)	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Rainer Offergeld</i> (bis 4. 10. 1982)	SPD

9. Wahlperiode (1980–83): 1. Kabinett *Kohl* (ab 1982)

Das 1., von Oktober 1982 bis März 1983 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Kohl* besteht aus den gleichen 16 Ressorts wie das vorangegangene 3. Kabinett von Bundeskanzler *Schmidt*.

Das Kabinett endet vorzeitig durch die – mit Hilfe der Vertrauensfrage herbeigeführte – Auflösung des Bundestages.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Helmut Kohl</i> (ab 1. 10. 1982)	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (ab 4. 10. 1982) ¹⁾	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (ab 4. 10. 1982)	FDP
Bundesminister des Innern	<i>Friedrich Zimmermann</i> (ab 4. 10. 1982)	CSU
Bundesminister der Justiz	<i>Hans A. Engelhard</i> (ab 4. 10. 1982)	FDP
Bundesminister der Finanzen	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU ²⁾
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (ab 4. 10. 1982) ¹⁾	FDP
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Josef Ertl</i> (ab 4. 10. 1982) ¹⁾	FDP

¹⁾ bis 17. September 1982 Mitglied des vorangegangenen Kabinetts *Schmidt*

²⁾ während dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Norbert Blüm</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU ²⁾
Bundesminister der Verteidigung	<i>Manfred Wörner</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	<i>Heiner Geißler</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU
Bundesminister für Verkehr	<i>Werner Dollinger</i> (ab 4. 10. 1982)	CSU
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Oscar Schneider</i> (ab 4. 10. 1982)	CSU
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	<i>Rainer Barzel</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU
Bundesminister für Forschung und Technologie	<i>Heinz Riesenhuber</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Dorothee Wilms</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Jürgen Warnke</i> (ab 4. 10. 1982)	CSU

²⁾ während dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

10. Wahlperiode (1983–87): 2. Kabinett Kohl

Das 2., von März 1983 bis März 1987 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Kohl* setzt sich zu Beginn der Wahlperiode aus den gleichen 16 Ressorts wie das vorangegangene Kabinett zusammen.

Zwei Änderungen erfährt die Kabinettsstruktur während der Wahlperiode im Juni 1986: (1) Als Konsequenz aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Frühjahr 1986 wird als 17. Ressort ein Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebildet, dem zwei Abteilungen aus dem Bundesinnenministerium (Umweltschutz sowie Sicherheit kerntechnischer Anlagen und Strahlenschutz) übertragen werden, ferner Zuständigkeiten aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (hier: Naturschutz) und aus dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (hier u. a. gesundheitliche Belange des Umweltschutzes). (2) Mit zusätzlichen Aufgaben aus dem Bereich der Frauenpolitik („Federführung einschließlich der Gesetzgebungskompetenz“) wird das bisherige Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ausgestattet; seine Bezeichnung ändert sich damit in Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

Neu ab November 1984 ist ferner, daß der Chef des Bundeskanzleramtes wie schon früher in Kabinetten von Bundeskanzler *Erhard* und *Brandt* Ministerrang erhält (Bundesminister für besondere Aufgaben).

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Helmut Kohl</i>	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Hans-Dietrich Genscher</i>	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Hans-Dietrich Genscher</i>	FDP
Bundesminister des Innern	<i>Friedrich Zimmermann</i>	CSU
Bundesminister der Justiz	<i>Hans A. Engelhard</i>	FDP
Bundesminister der Finanzen	<i>Gerhard Stoltenberg</i>	CDU
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (bis 27. 6. 1984)	FDP
	<i>Martin Bangemann</i> (ab 27. 6. 1984)	FDP ¹⁾
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Ignaz Kiechle</i>	CSU
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	<i>Heinrich Windelen</i>	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Norbert Blüm</i>	CDU
Bundesminister der Verteidigung	<i>Manfred Wörner</i>	CDU
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit;	<i>Heiner Geißler</i> (bis 26. 9. 1985)	CDU
ab 6. 6. 1986:	<i>Rita Süßmuth</i> (ab 26. 9. 1985)	CDU ¹⁾
Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit		
Bundesminister für Verkehr	<i>Werner Dollinger</i>	CDU
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ab 6. 6. 1986)	<i>Walter Wallmann</i> (ab 6. 6. 1986)	CDU ¹⁾
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	<i>Christian Schwarz-Schilling</i>	CDU
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Oscar Schneider</i>	CSU
Bundesminister für Forschung und Technologie	<i>Heinz Riesenhuber</i>	CDU
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Dorothee Wilms</i>	CDU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Jürgen Warnke</i>	CSU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Wolfgang Schäuble</i> (ab 15. 11. 1984)	CDU

¹⁾ während dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

Hinweis

Fälle des Wechsels zwischen Bundesminister und Ministerpräsidentenamt enthält Abschnitt 3.25.

11. Wahlperiode (1987–90): 3. Kabinett Kohl

Das 3., von März 1987 bis Januar 1991 amtierende Kabinett *Kohl* setzt sich wiederum aus 17 Ressorts zusammen.

Eine Umbenennung während der Wahlperiode betrifft das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, das mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz) vom 8. Juni 1989 und mit der Zuweisung neuer Aufgaben die Bezeichnung Bundesministerium für Post und Telekommunikation erhält.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Helmut Kohl</i>	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Hans-Dietrich Genscher</i>	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Hans-Dietrich Genscher</i>	FDP
Bundesminister des Innern	<i>Friedrich Zimmermann</i> (bis 21. 4. 1989)	CSU
	<i>Wolfgang Schäuble</i> (ab 21. 4. 1989)	CDU
Bundesminister der Justiz	<i>Hans A. Engelhard</i>	FDP
Bundesminister der Finanzen	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (bis 21. 4. 1989)	CDU
	<i>Theodor Waigel</i> (ab 21. 4. 1989)	CSU
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Martin Bangemann</i> (bis 9. 12. 1988)	FDP
	<i>Helmut Haussmann</i> (ab 9. 12. 1988)	FDP
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Ignaz Kiechle</i>	CSU
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	<i>Dorothee Wilms</i>	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Norbert Blüm</i>	CDU
Bundesminister der Verteidigung	<i>Manfred Wörner</i> (bis 18. 5. 1988)	CDU
	<i>Rupert Scholz</i> (ab 18. 5. 1988 bis 21. 4. 1989)	CDU ¹⁾
	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (ab 21. 4. 1989)	CDU
	<i>Rita Süßmuth</i> (bis 25. 11. 1988)	CDU
Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	<i>Ursula Lehr</i> (ab 9. 12. 1988)	CDU ¹⁾

¹⁾ während dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Verkehr	<i>Jürgen Warnke</i> (bis 21. 4. 1989)	CSU
	<i>Friedrich Zimmermann</i> (ab 21. 4. 1989)	CSU
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	<i>Walter Wallmann</i> (bis 22. 4. 1987)	CDU
	<i>Klaus Töpfer</i> (ab 7. 5. 1987)	CDU ¹⁾
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen; ab 1. 7. 1989: Bundesminister für Post und Telekommunikation	<i>Christian Schwarz-Schilling</i>	CDU
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Oscar Schneider</i> (bis 21. 4. 1989)	CSU
	<i>Gerda Hasselfeldt</i> (ab 21. 4. 1989)	CSU
Bundesminister für Forschung und Technologie	<i>Heinz Riesenhuber</i>	CDU
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Jürgen W. Möllemann</i>	FDP
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Hans Klein</i> (bis 21. 4. 1989)	CSU
	<i>Jürgen Warnke</i> (ab 21. 4. 1989)	CSU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Wolfgang Schäuble</i> (bis 21. 4. 1989)	CDU
	<i>Hans Klein</i> (ab 21. 4. 1989 bis 20. 12. 1990)	CSU
	<i>Rudolf Seiters</i> (ab 21. 4. 1989)	CDU
	<i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (ab 3. 10. 1990)	CDU
	<i>Günther Krause</i> (ab 3. 10. 1990)	CDU
	<i>Lothar de Maizière</i> (ab 3. 10. 1990 bis 19. 12. 1990)	CDU
	<i>Rainer Ortleb</i> (ab 3. 10. 1990)	FDP
	<i>Hansjoachim Walther</i> (ab 3. 10. 1990)	DSU

¹⁾ während dieser Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

12. Wahlperiode (1990–94): 4. Kabinett Kohl

Das 4., von Januar 1991 bis November 1994 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Kohl* besteht aus 18 Ressorts, einem mehr als das Kabinett zuvor.

Zu dieser Veränderung tragen folgende organisatorische Maßnahmen bei: (1) Aufteilung des bisherigen Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit auf drei Ressorts: auf das Bundesministerium für Familie und Senioren, das Bundesministerium für Frauen und Jugend sowie auf das Bundesministerium für Gesundheit; (2) Auflösung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen als Folge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Dem Bundesministerium für Gesundheit werden aus dem Geschäftsbereich des ehemaligen Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die Zuständigkeit nicht nur für Gesundheit, sondern auch für Verbraucherschutz und Veterinärmedizin übertragen, aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung die Zuständigkeit für Gesundheit und Krankenversicherung.

Umbenannt wird im Januar 1993 das bisherige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Helmut Kohl</i>	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (bis 18. 5. 1992)	FDP
	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (ab 18. 5. 1992 bis 21. 1. 1993)	FDP
	<i>Klaus Kinkel</i> (ab 21. 1. 1993)	FDP ²⁾
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (bis 18. 5. 1992)	FDP
	<i>Klaus Kinkel</i> (ab 18. 5. 1992)	FDP ²⁾
Bundesminister des Innern	<i>Wolfgang Schäuble</i> (bis 26. 11. 1991)	CDU
	<i>Rudolf Seiters</i> (ab 26. 11. 1991 bis 7. 7. 1993)	CDU
	<i>Manfred Kanther</i> (ab 7. 7. 1993)	CDU ²⁾
Bundesminister der Justiz	<i>Klaus Kinkel</i> (bis 18. 5. 1992)	FDP ²⁾³⁾
	<i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i> (ab 18. 5. 1992)	FDP

Fußnoten für Seite 1056–1057:

¹⁾ Die Wahl des Bundeskanzlers bzw. die Ernennung der Kabinettsmitglieder erfolgte erst am 17. bzw. 18. Januar 1991.

²⁾ während der Wahlperiode nicht MdB (vgl. auch Abschnitt 6.9)

³⁾ Aufnahme in die FDP am 16. Januar 1991 beantragt

⁴⁾ ab 27. September 1991 Namensänderung: *Irmgard Schwaetzer*

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister der Finanzen	<i>Theodor Waigel</i>	CSU
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (bis 21. 1. 1993)	FDP
	<i>Günter Rexrodt</i> (ab 21. 1. 1993)	FDP ²⁾
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Ignaz Kiechle</i> (bis 21. 1. 1993)	CSU
	<i>Jochen Borchert</i> (ab 21. 1. 1993)	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Norbert Blüm</i>	CDU
Bundesminister der Verteidigung	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (bis 1. 4. 1992)	CDU
	<i>Volker Rühle</i> (ab 1. 4. 1992)	CDU
Bundesminister für Familie und Senioren	<i>Hannelore Rösch</i>	CDU
Bundesminister für Frauen und Jugend	<i>Angela Merkel</i>	CDU
Bundesminister für Gesundheit	<i>Gerda Hasselfeldt</i> (bis 6. 5. 1992)	CSU
	<i>Horst Seehofer</i> (ab 6. 5. 1992)	CSU
Bundesminister für Verkehr	<i>Günther Krause</i> (bis 13. 5. 1993)	CDU
	<i>Matthias Wissmann</i> (ab 13. 5. 1993)	CDU
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	<i>Klaus Töpfer</i>	CDU
Bundesminister für Post und Telekommunikation	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (bis 17. 12. 1992)	CDU
	<i>Wolfgang Bötsch</i> (ab 21. 1. 1993)	CSU
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Irmgard Adam-Schwaetzer⁴⁾</i>	FDP

^{2) 4)} Fußnoten siehe Seite 1056

Hinweis

Nicht in allen Fällen war es möglich, Differenzen zwischen den herangezogenen Quellen zu klären, die hauptsächlich bei dem genauen Datum der Amtszeit anzutreffen sind. Offensichtlich wurden für die Zeitangaben unterschiedliche formale Kriterien herangezogen, indem beispielsweise bei Ernennungs- bzw. Entlassungsurkunden einmal die Datumsangabe auf der Urkunde, zum anderen der Tag der Aushändigung angeführt wird. Da die Differenzen oft nur einen oder wenige Tage betragen, werden sie als unerheblich betrachtet.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Forschung und Technologie	<i>Heinz Riesenhuber</i> (bis 21. 1. 1993)	CDU
	<i>Matthias Wissmann</i> (ab 21. 1. 1993 bis 13. 5. 1993)	CDU
	<i>Paul Krüger</i> (ab 13. 5. 1993)	CDU
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	<i>Rainer Ortleb</i> (bis 4. 2. 1994)	FDP
	<i>Karl-Hans Laermann</i> (ab 4. 2. 1994)	FDP
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit; ab 22. 1. 1993: Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	<i>Carl-Dieter Spranger</i>	CSU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Rudolf Seiters</i> (bis 26. 11. 1991)	CDU
	<i>Friedrich Bohl</i> (ab 26. 11. 1991)	CDU

13. Wahlperiode (1994–¹): 5. Kabinett *Kohl*

Das 5., ab November 1994 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Kohl* besteht zu Beginn der Wahlperiode nur noch aus 16 Ressorts, d. h. aus zwei weniger als das 4. Kabinett.

Die Verringerung der Zahl der Ressorts wird erreicht durch die Vereinigung verschiedener Ministerien. Zusammengelegt werden (1) das bisherige Bundesministerium für Familie und Senioren und das bisherige Bundesministerium für Frauen und Jugend zu einem neuen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie (2) das bisherige Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und das bisherige Bundesministerium für Forschung und Technologie zu einem neuen Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.

¹) Stand: 31. August 1997

Hinweise

Seit 1960/61 haben mit Unterbrechungen die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, zeigt eine Zusammenstellung innerhalb des Abschnittes 6.9.

Die Wahlergebnisse der CDU, CSU und SPD bei allen Bundestags- und Landtagswahlen sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in Abschnitt 1.28 zusammengestellt.

Dem Bundesministerium für Gesundheit wird die Zuständigkeit für Sozialhilfe aus dem Geschäftsbereich des bisherigen Bundesministeriums für Familie und Senioren übertragen.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Helmut Kohl</i>	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Klaus Kinkel</i>	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Klaus Kinkel</i>	FDP
Bundesminister des Innern	<i>Manfred Kanther</i>	CDU
Bundesminister der Justiz	<i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i> (bis 14. 12. 1995 [Rücktrittserklärung]; mdWdGb bis 17. 1. 1996)	FDP
Bundesminister der Finanzen	<i>Theodor Waigel</i>	CSU
Bundesminister für Wirtschaft	<i>Günter Rexrodt</i>	FDP
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Jochen Borchert</i>	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Norbert Blüm</i>	CDU
Bundesminister der Verteidigung	<i>Volker Rühe</i>	CDU
Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	<i>Claudia Nolte</i>	CDU
Bundesminister für Gesundheit	<i>Horst Seehofer</i>	CSU
Bundesminister für Verkehr	<i>Matthias Wissmann</i>	CDU
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	<i>Angela Merkel</i>	CDU
Bundesminister für Post und Telekommunikation ¹⁾	<i>Wolfgang Bötsch</i>	CSU
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<i>Klaus Töpfer</i>	CDU
Bundesminister für Bildung, Wissenschaft Forschung und Technologie	<i>Jürgen Rüttgers</i>	CDU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	<i>Carl-Dieter Spranger</i>	CSU
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Friedrich Bohl</i>	CDU

¹⁾ Auflösung des Ministeriums zum 31. Dezember 1997 als Folge der Neuordnung des Postwesens beschlossen.

■ Etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Bundeskabinetts ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und die Namensliste zu Beginn der 14. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 6.2 veröffentlicht.

6.3 Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre

Die folgende tabellarische Übersicht*) enthält für jedes Bundesministerium einschließlich Bundeskanzleramt seit 1949 bis zum Stand 31. August 1997 Angaben über

- die genaue Bezeichnung des Ministeriums mit allen Änderungen,
- Name, Partei und Amtszeit der Minister,

*) Quellen:

Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages;
 Auskünfte des Bundespräsidialamtes und der Bundesministerien;
Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. München, Wien 1970;
Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. Ergänzungsband 1969 bis 1973. Bearbeitet von *Jürgen Jekewitz*. München, Wien 1973;
 Veröffentlichungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung;
 Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland (1949/1969). Bearbeiter: *Lutz Roemheld*. Bonn 1969. Materialien Nr. 13;
 Die Beamten und die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bund 1949–1979. Bearbeiter: *Adalbert Hess*. Bonn 1979. Materialien Nr. 56.

Alphabetische Übersicht der Ministerien

	Seite
Auswärtiges Amt (ab 1. WP)	1068
Bundeskanzleramt (ab 1. WP)	1062
BM für Angelegenheiten des Bundesrates (1. bis 2. WP)	1105
BM für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder (3. bis 5. WP)	1105
BM für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates (4. bis 5. WP)	1105
BM für Angelegenheiten des Fernmeldewesens (1. WP)	1090
BM für Angelegenheiten des Marshallplans (1. WP)	1080
BM für Angelegenheiten der Vertriebenen (1. bis 2. WP)	1097
BM für Arbeit (1. und 2. WP)	1083
BM für Arbeit und Sozialordnung (ab 3. WP)	1083
BM für Atomfragen (2. WP)	1100
BM für Atomkernenergie (4. WP)	1100
BM für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft (3. WP)	1100
BM für Bildung und Wissenschaft (6. bis 12. WP)	1100
BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (ab 13. WP)	1102
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ab 1. WP)	1081
BM für [europäische] wirtschaftliche Zusammenarbeit (2. WP)	1080
BM für Familie und Jugend (4. bis 5. WP)	1088
BM für Familie und Senioren (12. WP)	1089
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (ab 13. WP)	1089
BM für Familienfragen (2. WP)	1088
BM für Familien- und Jugendfragen (3. bis 4. WP)	1088
BM der Finanzen (ab 1. WP)	1075
BM für Forschung und Technologie (7. bis 12. WP)	1102
BM für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen (7. WP)	1102
BM für Frauen und Jugend (12. WP)	1089
BM für gesamtdeutsche Fragen (1. bis 5. WP)	1098

Fortsetzung auf der rechten Seite

- Name, Partei und Amtszeit der Parlamentarischen Staatssekretäre,
- Name und Amtszeit der (beamteten) Staatssekretäre.

Die Ministerien sind in der allgemein üblichen, teilweise „klassischen“ Reihenfolge aufgeführt. Zur besseren Orientierung bei der Suche nach einem bestimmten Ministerium und wegen des häufigen Namenswechsels bei einigen Ressorts sind die Bundesministerien im folgenden auch alphabetisch mit Seitenangabe genannt.

Nicht in allen Fällen war es möglich, Differenzen zwischen den herangezogenen Quellen zu klären, die hauptsächlich bei dem genauen Datum der Amtszeit anzutreffen sind. Offensichtlich wurden für die Zeitangaben unterschiedliche formale Kriterien herangezogen, indem beispielsweise bei Ernennungs- bzw. Entlassungsurkunden einmal die Datumsangabe auf der Urkunde, zum anderen der Tag der Aushändigung angeführt wird. Da die Differenzen oft nur einen oder wenige Tage betragen, werden sie als unerheblich betrachtet.

Für die Bundesministerien sind offizielle Abkürzungen in Gebrauch. Eine Übersicht dieser Abkürzungen mit allen Veränderungen seit der 1. Wahlperiode befindet sich auf den Seiten 1107–1108.

Fortsetzung: Alphabetische Übersicht der Ministerien

	Seite
BM für Gesundheit (ab 12. WP)	1090
BM für Gesundheitswesen (4. bis 5. WP)	1090
BM für innerdeutsche Beziehungen (6. bis 11. WP)	1099
BM des Innern (ab 1. WP)	1071
BM für Jugend, Familie und Gesundheit (6. bis 10. WP)	1088
BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (10. und 11. WP)	1089
BM der Justiz (ab 1. WP)	1073
BM für das Post- und Fernmeldewesen (1. bis 5. WP und 9. bis 11. WP)	1090
BM für Post und Telekommunikation (ab 11. WP)	1092
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (ab 7. WP)	1096
BM für Städtebau und Wohnungswesen (6. WP)	1096
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ab 10. WP)	1095
BM für Verkehr (1. bis 5., 7. und ab 9. WP)	1093
BM für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (6. bis 8. WP)	1093
BM für Verteidigung (2. bis 3. WP)	1085
BM der Verteidigung (ab 4. WP)	1085
BM für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (2. bis 5. WP)	1097
BM für Wirtschaft (ab 1. WP)	1077
BM für Wirtschaft und Finanzen (6. WP)	1078
BM für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes (3. WP)	1080
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit (4. bis 12. WP)	1103
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (ab 12. WP)	1104
BM für [europäische] wirtschaftliche Zusammenarbeit (2. WP)	1080
BM für wissenschaftliche Forschung (4. und 5. WP)	1100
BM für Wohnungsbau (1. bis 3. WP)	1096
BM für Wohnungswesen und Städtebau (5. WP)	1096
BM für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (4. WP)	1096
Bundesminister für besondere Aufgaben (2. WP, 4. bis 7. und 10. bis 13. WP)	1106
Bundespresseamt (ab 3. WP)	1062
Bundesschatzministerium (4. und 5. WP)	1080

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
Bundeskanzleramt	1. WP 1949–53	–	–	<i>Franz-Josef Wuermeling</i> (kommissarisch) (ab 12. 10. 1949 bis 14. 1. 1951) <i>Walter Hallstein</i> (ab 1. 9. 1950 bis 1951) <i>Otto Lenz</i> (ab 15. 1. 1951)
	2. WP 1953–57	–	–	<i>Hans Globke</i>
Bundeskanzleramt/ Bundespresseamt ¹⁾	3. WP 1957–1961	–	–	1) Bundeskanzleramt: <i>Hans Globke</i> 2) Sprecher der Bundesregierung: ²⁾ <i>Felix von Eckardt</i>
	4. WP 1961–65	<i>Ludger Westrick</i> (CDU) (BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleram- tes ³⁾ ; ab 16. 6. 1964)	–	1) Bundeskanzleramt: <i>Hans Globke</i> (bis 15. 10. 1963) <i>Ludger Westrick</i> (ab 18. 10. 1963 bis Juni 1964; danach → BMin) 2) Sprecher der Bundesregierung: <i>Felix von Eckardt</i> (bis 30. 6. 1962) <i>Karl-Günther von Hase</i> (ab 1. 7. 1962) 3) Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin: ⁴⁾ <i>Felix von Eckardt</i> (ab 1. 7. 1962)

¹⁾ ²⁾ ³⁾ ⁴⁾ Fußnoten auf der rechten Seite

Hinweis

Bei der Datierung der 12. Wahlperiode ist darauf zu achten, daß die Konstituierung des 12. Bundestages zwar am 20. Dezember **1990** stattfand, die Regierungsbildung jedoch in den Januar **1991** fiel (Wahl und Eidesleistung des Bundeskanzlers am 17. Januar, Ernennung und Eidesleistung der Minister am 18. Januar, Ernennung der Parlamentarischen Staatssekretäre am 24. Januar).

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: Bundeskanzleramt/ Bundespresseamt	5. WP 1965–69	<i>Ludger Westrick</i> (CDU) (BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes; bis 1. 12. 1966)	<i>Karl Theodor Frhr. von und zu Guttenberg</i> (CSU) (ab 17. 4. 1967)	1) Chef des Bundeskanzleramtes: <i>Werner Knieper</i> (ab 13. 12. 1966 bis 31. 12. 1967) <i>Karl Carstens</i> (ab 1. 1. 1968) 2) Sprecher der Bundesregierung: <i>Karl-Günther von Hase</i> (bis 14. 11. 1967) <i>Günter Diehl</i> (ab 15. 11. 1967) 3) Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin: <i>Carl Krautwig</i>
	6. WP 1969–72	<i>Horst Ehmke</i> (SPD) (BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes)	<i>Katharina Focke</i> (SPD)	1) Sprecher der Bundesregierung: <i>Conrad Ahlers</i> 2) Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin: <i>Egon Bahr</i>

Fußnoten für Seite 1062:

- 1) Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Bundespresseamt) wird am 30. Juli 1958 aus dem Bundeskanzleramt ausgegliedert und als Oberste Bundesbehörde verselbständigt.
- 2) Der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und Sprecher der Bundesregierung ist Staatssekretär seit dem 30. Juli 1958. Amtszeiten der vorangegangenen Sprecher der Bundesregierung:
Heinrich Böx (kommissarisch; 25. 9. 1949 bis 10. 11. 1949)
Paul Bourdin (10. 11. 1949 bis 28. 2. 1950)
Heinrich Brand (28. 2. 1950 bis 15. 12. 1950)
Fritz Twardowski (kommissarisch; 16. 12. 1950 bis 15. 2. 1952)
Felix von Eckardt (16. 12. 1952 bis 30. 4. 1955)
Edmund Forsbach (kommissarisch; 1. 5. 1955 bis 30. 6. 1956)
Felix von Eckardt (ab 1. 7. 1956)
- 3) Die Bezeichnung „Chef des Bundeskanzleramtes“ wird damit offiziell eingeführt und nach Ausscheiden von Bundesminister *Westrick* auch für den Staatssekretär im Bundeskanzleramt beibehalten.
- 4) Das Amt eines Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin (Berlin-Bevollmächtigter) wird am 1. Februar 1950 als eine der ersten Bundesbehörden in Berlin (West) eingerichtet. Erster Berlin-Bevollmächtigter ist *Heinrich Vockel*. Seit Juli 1962 ist der Berlin-Bevollmächtigte Staatssekretär.

Hinweis

Ab März 1950 wird meist für die ganze Wahlperiode von der Bundesregierung ein ständiger **Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat** benannt. Einzelheiten vgl. unter Abschnitt 4.5.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: Bundeskanzleramt/ Bundespresseamt ¹⁾	7. WP 1972–76	<i>Egon Bahr</i> (SPD) (BM für besondere Aufgaben und beauftragt als Bevollmächtigter der BReg in Berlin ⁵⁾ ; bis 16. 5. 1974)	<i>Karl Ravens</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Marie Schlei</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	1) Chef des Bundeskanzleramtes: <i>Horst Grabert</i> (bis 15. 5. 1974) <i>Manfred Schüler</i> (ab 16. 5. 1974) 2) Sprecher der Bundesregierung: <i>Rüdiger Freiherr von Wechmar</i> (bis 20. 5. 1974) <i>Klaus Bölling</i> (ab 20. 5. 1974) 3) Bevollmächtigter der BReg in Berlin: <i>Dietrich Spangenberg</i> (ab 1. 7. 1974) 4) Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR (ab 20. 6. 1974): <i>Günter Gaus</i> (Staatssekretär seit 5. 6. 1973)
	8. WP 1976–80	–	<i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (SPD) (Staatsminister) (bis 10. 12. 1979) <i>Gunter Huonker</i> (SPD) (Staatsminister) (ab 10. 12. 1979)	1) Chef des Bundeskanzleramtes: <i>Manfred Schüler</i> 2) Sprecher der Bundesregierung: <i>Klaus Bölling</i> 3) Bevollmächtigter der BReg in Berlin: <i>Dietrich Spangenberg</i> 4) Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR: <i>Günter Gaus</i>

⁵⁾ Der Berlin-Bevollmächtigte führt seit Februar 1972 die Bezeichnung „Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin“.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: Bundeskanzleramt/ Bundespresseamt	9. WP 1980–83	–	<p><i>Gunter Huonker</i> (SPD) (Staatsminister) (bis 28. 4. 1982)</p> <p><i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (SPD) (Staatsminister; zugleich Bevollmächtigter der BReg in Berlin) (ab 29. 4. 1982 bis 1. 10. 1982)</p>	<p>1) Chef des Bundeskanzleramtes: <i>Manfred Schüler</i> (bis 1. 12. 1980)</p> <p><i>Manfred Lahnstein</i> (ab 1. 12. 1980 bis 28. 4. 1982)</p> <p><i>Gerhard Konow</i> (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)</p> <p>2) Sprecher der Bundesregierung: <i>Klaus Bölling</i> (bis 15. 12. 1980)</p> <p><i>Kurt Becker</i> (ab 15. 12. 1980 bis 28. 4. 1982)</p> <p><i>Klaus Bölling</i> (ab 29. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)</p> <p>3) Bevollmächtigter der BReg in Berlin: <i>Dietrich Spangenberg</i> (bis 28. 4. 1982)</p> <p>4) Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR: <i>Günter Gaus</i> (bis 23. 1. 1981)</p> <p><i>Klaus Bölling</i> (ab 1. 2. 1981 bis 28. 4. 1982)</p> <p><i>Hans-Otto Bräutigam</i> (ab 10. 5. 1982)</p>

Hinweise

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die seit 1949 bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Die weiblichen Mitglieder der Bundesregierung sind in Abschnitt 3.11 zusammengestellt; innerhalb des Abschnittes 3.23 befindet sich eine Aufstellung mit den jeweils jüngsten Mitgliedern der Bundesregierung.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: Bundeskanzleramt/ Bundespresseamt	noch: 9. WP	–	1) <i>Philipp Jenninger</i> (CDU) (Staatsminister) (ab 4. 10. 1982) 2) <i>Friedrich Vogel</i> (CDU) (Staatsminister) (ab 4. 10. 1982) 3) <i>Peter Lorenz</i> (CDU) (Bevollmächtigter der BReg in Berlin) (ab 4. 10. 1982)	1) Chef des Bundeskanzleramtes: <i>Waldemar Schreckenberger</i> (ab 4. 10. 1982) 2) Sprecher der Bundesregierung: <i>Diether Stolze</i> (ab 12. 10. 1982) 3) Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR: <i>Hans-Otto Bräutigam</i>
	10. WP 1983–87	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) (BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzler- amtes ⁶⁾) (ab 15. 11. 1984)	1) <i>Philipp Jenninger</i> (CDU) (Staatsminister) (bis 5. 11. 1984) 2) <i>Friedrich Vogel</i> (CDU) (Staatsminister) 3) <i>Peter Lorenz</i> (CDU) (Bevollmächtigter der BReg in Berlin)	1) Chef des Bundeskanzler- amtes: ⁷⁾ <i>Waldemar Schreckenberger</i> ⁸⁾ 2) Sprecher der Bundesregierung: <i>Diether Stolze</i> (bis 19. 5. 1983) <i>Peter Boenisch</i> (ab 19. 5. 1983 bis 14. 6. 1985) <i>Friedhelm Ost</i> (ab 21. 6. 1985) 3) Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR: <i>Hans-Otto Bräutigam</i>

⁶⁾ Chef des Bundeskanzleramtes bis 15. November 1984 siehe unter Beamtete Staatssekretäre

⁷⁾ Chef des Bundeskanzleramtes ab 15. November 1984 siehe unter Bundesminister

⁸⁾ ab 15. November 1984 Beamteter Staatssekretär ohne die Funktion „Chef des Bundeskanzleramtes“

Hinweise

Die weiblichen Mitglieder der Bundesregierung sind in Abschnitt 3.11 zusammengestellt; innerhalb des Abschnittes 3.23 befindet sich eine Aufstellung mit den jeweils jüngsten Mitgliedern der Bundesregierung.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: Bundeskanzleramt/ Bundespresseamt	11. WP 1987–90	BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes: <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) (bis 21. 4. 1989) <i>Rudolf Seiters</i> (CDU) (ab 21. 4. 1989) BM für besondere Aufgaben und Sprecher der Bundesregierung: <i>Hans Klein</i> (CSU) (ab 21. 4. 1989 bis 20. 12. 1990)	1) <i>Lutz G. Stavenhagen</i> (CDU) (Staatsminister) 2) <i>Lieselotte Berger</i> (CDU) (Bevollmächtigte der BReg in Berlin) (bis † 26. 9. 1989) <i>Günter Straßmeir</i> (CDU) (Bevollmächtigter der BReg in Berlin) ¹²⁾ (ab 26. 10. 1989)	1) <i>Waldemar Schreckenberger</i> (bis 3. 5. 1989) 2) Sprecher der Bundesregierung: ⁹⁾ <i>Friedhelm Ost</i> (bis 21. 4. 1989) 3) Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR: ¹⁰⁾ <i>Hans-Otto Bräutigam</i> (bis 9. 1. 1989) <i>Franz Bertele</i> ¹¹⁾ (ab 2. 2. 1989)
	12. WP 1990–94	BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes: <i>Rudolf Seiters</i> (CDU) (bis 26. 11. 1991) <i>Friedrich Bohl</i> (CDU) (ab 26. 11. 1991)	1) <i>Lutz G. Stavenhagen</i> (CDU) (Staatsminister) (bis 2. 12. 1991) <i>Bernd Schmidbauer</i> (CDU) (Staatsminister) (ab 18. 12. 1991) 2) <i>Anton Pfeifer</i> (CDU) (Staatsminister)	Sprecher der Bundesregierung: <i>Dieter Vogel</i>
	13. WP 1994– ¹³⁾	BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes: <i>Friedrich Bohl</i> (CDU)	1) <i>Bernd Schmidbauer</i> (CDU) (Staatsminister) 2) <i>Anton Pfeifer</i> (CDU) (Staatsminister)	Sprecher der Bundesregierung: <i>Dieter Vogel</i> (bis 28. 2. 1995) <i>Peter Hausmann</i> (ab 1. 3. 1995)

⁹⁾ Sprecher der Bundesregierung ab 21. April 1989 siehe unter Bundesminister

¹⁰⁾ Auflösung der Ständigen Vertretung mit Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 23 GG am 3. Oktober 1990.

¹¹⁾ Nach Schließung der Ständigen Vertretung am 3. Oktober 1990 wird *Franz Bertele* Leiter der Verwaltungs- und Abwicklungsstelle (im bisherigen Außenministerium der DDR) als Außenstelle des Auswärtigen Amtes in Berlin.

¹²⁾ Nach Herstellung der deutschen Einheit Auflösung der Dienststelle zum 31. Dezember 1990.

¹³⁾ Stand: 31. August 1997

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
Auswärtiges Amt (ab 15. 3. 1951)	1. WP 1949–53	<i>Konrad Adenauer</i> (CDU) (ab 15. 3. 1951)	–	<i>Walter Hallstein</i>
	2. WP 1953–57	<i>Konrad Adenauer</i> (CDU) (bis 6. 6. 1955) <i>Heinrich von Brentano</i> (CDU) (ab 8. 6. 1955)	–	<i>Walter Hallstein</i>
	3. WP 1957–61	<i>Heinrich von Brentano</i> (CDU) (bis 30. 10. 1961)	–	1) <i>Walter Hallstein</i> (bis Januar 1958) <i>Hilger van Scherpenberg</i> (ab Januar 1958 bis April 1961) <i>Rolf Lahr</i> (ab Juli 1961) 2) <i>Karl Carstens</i> (ab 28. 7. 1960)
	4. WP 1961–65	<i>Gerhard Schröder</i> (CDU)	–	1) <i>Rolf Lahr</i> 2) <i>Karl Carstens</i>
	5. WP 1965–69	<i>Gerhard Schröder</i> (CDU) (bis 1. 12. 1966) <i>Willy Brandt</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966)	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD) (ab 12. 4. 1967)	1) <i>Rolf Lahr</i> 2) <i>Karl Carstens</i> (bis 12. 12. 1966) <i>Klaus Schütz</i> (ab 12. 12. 1966 bis 27. 10. 1967) <i>Georg Ferdinand Duckwitz</i> (ab 27. 10. 1967)
	6. WP 1969–72	<i>Walter Scheel</i> (FDP)	<i>Ralf Dahrendorf</i> (FDP) (bis 2. 7. 1970) <i>Karl Moersch</i> (FDP) (ab 2. 7. 1970)	1) <i>Günther Harkort</i> (bis 31. 5. 1970) <i>Sigismund Frhr. von Braun</i> (ab 1. 6. 1970) 2) <i>Georg Ferdinand Duckwitz</i> (bis 31. 5. 1970) <i>Paul Frank</i> (ab 1. 6. 1970)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: Auswärtiges Amt	7. WP 1972–76	<i>Walter Scheel</i> (FDP) (bis 16. 5. 1974) <i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP) (ab 16. 5. 1974)	1) <i>Karl Moersch</i> (FDP) (ab 19. 8. 1974 Umbenennung in „Staatsminister“) 2) <i>Hans Apel</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974; ab 19. 8. 1974 Umbenennung in „Staatsminister“)	1) <i>Sigismund Frhr. von Braun</i> (bis 12. 6. 1973) <i>Hans-Georg Sachs</i> (ab 12. 6. 1973 bis 10. 7. 1975) <i>Peter Hermes</i> (ab 18. 8. 1975) 2) <i>Paul Frank</i> (bis 31. 5. 1974) <i>Walter Gehlhoff</i> (ab 31. 5. 1974)
	8. WP 1976–80	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	1) <i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD) (Staatsminister) 2) <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP) (Staatsminister)	1) <i>Peter Hermes</i> (bis 21. 11. 1979) <i>Hans Werner Lautenschlager</i> (ab 21. 11. 1979) 2) <i>Walter Gehlhoff</i> (bis Mai 1977) <i>Günther van Well</i> (ab Mai 1977)
	9. WP 1980–83	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP) (bis 17. 9. 1982) <i>Helmut Schmidt</i> (SPD) (ab 17. 9. 1982 bis 1. 10. 1982)	1) <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP) (Staatsminister) (bis 17. 9. 1982) 2) <i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD) (Staatsminister) (bis 24. 6. 1981) <i>Peter Corterier</i> (SPD) (Staatsminister) (ab 29. 6. 1981 bis 1. 10. 1982)	1) <i>Günther van Well</i> (bis 1. 6. 1981) <i>Berndt von Staden</i> (ab 1. 6. 1981) 2) <i>Hans Werner Lautenschlager</i>
		<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Alois Mertes</i> (CDU) (Staatsminister) (ab 4. 10. 1981) 2) <i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP) (Staatsminister) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Berndt von Staden</i> 2) <i>Hans Werner Lautenschlager</i>

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: Auswärtiges Amt	10. WP 1983–87	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	1) <i>Alois Mertes</i> (CDU) (Staatsminister) (bis † 16. 6. 1985) <i>Lutz G. Stavenhagen</i> (CDU) (ab 4. 9. 1985) 2) <i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP) (Staatsminister)	1) <i>Berndt von Staden</i> (bis 31. 10. 1983) <i>Andreas Meyer-Landrut</i> (ab 31. 10. 1983) 2) <i>Hans Werner Lautenschlager</i> (bis 2. 7. 1984) <i>Jürgen Ruhfus</i> (ab 2. 7. 1984)
	11. WP 1987–90	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	1) <i>Irmgard Adam-Schwaetzer</i> (FDP) (Staatsministerin) 2) <i>Helmut Schäfer</i> (FDP) (Staatsminister)	1) <i>Andreas Meyer-Landrut</i> (bis 22. 4. 1987) <i>Jürgen Sudhoff</i> (ab 22. 4. 1987) 2) <i>Jürgen Ruhfus</i> (bis 3. 11. 1987) <i>Hans Werner Lautenschlager</i> (ab 3. 11. 1987)
	12. WP 1990–94	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP) (bis 18. 5. 1992) <i>Klaus Kinkel</i> (FDP) (ab 18. 5. 1992)	1) <i>Helmut Schäfer</i> (FDP) (Staatsminister) 2) <i>Ursula Seiler-Albring</i> (FDP) (Staatsministerin)	1) <i>Dieter Kastrup</i> 2) <i>Hans Werner Lautenschlager</i> (bis 31. 1. 1993) <i>Jürgen Trumpf</i> (ab 1. 2. 1993 bis 23. 8. 1994) <i>Hans-Friedrich von Ploetz</i> (ab 2. 9. 1994)
	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Klaus Kinkel</i> (FDP)	1) <i>Helmut Schäfer</i> (FDP) (Staatsminister) 2) <i>Werner Hoyer</i> (FDP) (Staatsminister)	1) <i>Dieter Kastrup</i> (bis 10. 3. 1995) <i>Peter Hartmann</i> (ab 13. 3. 1995) 2) <i>Hans-Friedrich von Ploetz</i>

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Der Anteil der Juristen im Bundeskabinett ist im Abschnitt 6.9 dokumentiert.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM des Innern	1. WP 1949–53	<i>Gustav Heinemann</i> (CDU) (bis 11. 10. 1950) <i>Robert Lehr</i> (CDU) (ab 13. 10. 1950)	–	1) <i>Hans Ritter von Lex</i> (ab 1. 8. 1950) 2) <i>Karl-Theodor Bleek</i> (ab 1951)
	2. WP 1953–57	<i>Gerhard Schröder</i> (CDU)	–	1) <i>Hans Ritter von Lex</i> 2) <i>Karl-Theodor Bleek</i> (bis 1. 6. 1957) <i>Georg Anders</i> (ab Juli 1957)
	3. WP 1957–61	<i>Gerhard Schröder</i> (CDU)	–	1) <i>Hans Ritter von Lex</i> (bis 31. 10. 1960) <i>Josef Hölzl</i> (ab 1. 11. 1960) 2) <i>Georg Anders</i>
	4. WP 1961–65	<i>Hermann Höcherl</i> (CSU)	–	1) <i>Josef Hölzl</i> 2) <i>Georg Anders</i> (bis 1962) <i>Hans Schäfer</i> (ab 1. 11. 1962)
	5. WP 1965–69	<i>Paul Lücke</i> (CDU) (bis 2. 4. 1968) <i>Ernst Benda</i> (CDU) (ab 2. 4. 1968)	<i>Ernst Benda</i> (CDU) (ab 12. 4. 1967 bis 2. 4. 1968) <i>Heinrich Köppler</i> (CDU) (ab 19. 4. 1968)	1) <i>Werner Ernst</i> (bis April 1968) 2) <i>Hans Schäfer</i> (bis Dezember 1966) <i>Karl Gumbel</i> (ab Dezember 1966)
	6. WP 1969–72	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	<i>Wolfram Dorn</i> (FDP) (bis 31. 8. 1972)	1) <i>Günter Hartkopf</i> 2) <i>Hans Schäfer</i> (bis 31. 5. 1971) <i>Wolfgang Rutschke</i> (ab 1. 6. 1971)
	7. WP 1972–76	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP) (bis 15. 5. 1974) <i>Werner Maihofer</i> (FDP) (ab 16. 5. 1974)	1) <i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP) 2) <i>Kurt Jung</i> (FDP) (bis 16. 5. 1974) <i>Jürgen Schmude</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	1) <i>Günter Hartkopf</i> 2) <i>Wolfgang Rutschke</i> (bis 31. 12. 1973) <i>Siegfried Fröhlich</i> (ab 7. 2. 1974)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM des Innern	8. WP 1976–80	<i>Werner Maihofer</i> (FDP) (bis 8. 6. 1978) <i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP) (ab 8. 6. 1978)	1) <i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP) (bis 8. 6. 1978) 2) <i>Andreas von Schoeler</i> (FDP)	1) <i>Günter Hartkopf</i> 2) <i>Siegfried Fröhlich</i>
	9. WP 1980–83	<i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP) (bis 17. 9. 1982) <i>Jürgen Schmude</i> (SPD) (ab 17. 9. 1982 bis 4. 10. 1982)	<i>Andreas von Schoeler</i> (FDP) (bis 17. 9. 1982)	1) <i>Günter Hartkopf</i> 2) <i>Siegfried Fröhlich</i>
		<i>Friedrich Zimmermann</i> (CSU) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Carl-Dieter Spranger</i> (CSU) (ab 4. 10. 1982) 2) <i>Horst Waffenschmidt</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Günter Hartkopf</i> 2) <i>Siegfried Fröhlich</i>
	10. WP 1983–87	<i>Friedrich Zimmermann</i> (CSU)	1) <i>Carl-Dieter Spranger</i> (CSU) 2) <i>Horst Waffenschmidt</i> (CDU)	1) <i>Siegfried Fröhlich</i> (bis 30. 6. 1985) <i>Hans Neusel</i> (ab 1. 8. 1985) 2) <i>Günter Hartkopf</i> (bis 19. 4. 1983) <i>Franz Kroppenstedt</i> (ab 16. 5. 1983)
	11. WP 1987–90	<i>Friedrich Zimmermann</i> (CSU) (bis 21. 4. 1989) <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) (ab 21. 4. 1989)	1) <i>Horst Waffenschmidt</i> (CDU) 2) <i>Carl-Dieter Spranger</i> (CSU)	1) <i>Hans Neusel</i> 2) <i>Franz Kroppenstedt</i>
	12. WP 1990–94	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) (bis 26. 11. 1991) <i>Rudolf Seiters</i> (CDU) (ab 26. 11. 1991 bis 7. 7. 1993) <i>Manfred Kanther</i> (CDU) (ab 7. 7. 1993)	1) <i>Horst Waffenschmidt</i> (CDU) 2) <i>Eduard Lintner</i> (CSU)	1) <i>Hans Neusel</i> (bis 30. 9. 1992) <i>Johannes Vöcking</i> (ab 1. 10. 1992 bis 22. 6. 1993) <i>Kurt Schelter</i> (ab 15. 9. 1993) 2) <i>Franz Kroppenstedt</i> 3) <i>Walter Priesnitz</i>

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM des Innern	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Manfred Kanther</i> (CDU)	1) <i>Horst Waffenschmidt</i> (CDU) (bis 15. 5. 1997) <i>Manfred Carstens</i> (CDU) (ab 15. 5. 1997) 2) <i>Eduard Lintner</i> (CSU)	1) <i>Franz Kroppenstedt</i> (bis 30. 4. 1995) <i>Eckart Werthebach</i> (ab 1. 6. 1995) 2) <i>Kurt Schelter</i> 3) <i>Walter Priesnitz</i> (bis 31. 3. 1996)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM der Justiz	1. WP 1949–53	<i>Thomas Dehler</i> (FDP)	–	<i>Walter Strauß</i>
	2. WP 1953–57	<i>Fritz Neumayer</i> (FDP → FVP) (bis 16. 10. 1956) <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (DP) (ab 16. 10. 1956)	–	<i>Walter Strauß</i>
	3. WP 1957–61	<i>Fritz Schäffer</i> (CSU)	–	<i>Walter Strauß</i>
	4. WP 1961–65	<i>Wolfgang Stammberger</i> (FDP) (bis 11. 12. 1962) <i>Ewald Bucher</i> (FDP) (ab 14. 12. 1962 bis 27. 3. 1965) <i>Karl Weber</i> (CDU) (ab 1. 4. 1965)	–	<i>Walter Strauß</i> (bis 4. 2. 1963) <i>Arthur Bülow</i> (ab 27. 5. 1963)
	5. WP 1965–69	<i>Richard Jaeger</i> (CSU) (bis 1. 12. 1966) <i>Gustav Heinemann</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966 bis 26. 3. 1969) <i>Horst Ehmke</i> (SPD) (ab 26. 3. 1969)	–	<i>Arthur Bülow</i> (bis Dezember 1966) <i>Horst Ehmke</i> (ab 1. 1. 1967 bis 26. 3. 1969) <i>Hermann Maassen</i> (ab 1969)

1) Stand: 31. August 1997

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM der Justiz	6. WP 1969–72	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	<i>Alfons Bayerl</i> (SPD)	<i>Hermann Maassen</i> (bis 3. 11. 1971) <i>Günther Erkel</i> (ab 3. 11. 1971)
	7. WP 1972–76	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Alfons Bayerl</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Hans de With</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Günther Erkel</i>
	8. WP 1976–80	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	<i>Hans de With</i> (SPD)	<i>Günther Erkel</i>
	9. WP 1980–83	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD) (bis 22. 1. 1981) <i>Jürgen Schmude</i> (SPD) (ab 28. 1. 1981 bis 4. 10. 1982)	<i>Hans de With</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Günther Erkel</i> (bis 11. 10. 1982)
		<i>Hans A. Engelhard</i> (FDP) (ab 4. 10. 1982)	<i>Hans Hugo Klein</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Klaus Kinkel</i> (ab 13. 10. 1982)
	10. WP 1983–87	<i>Hans A. Engelhard</i> (FDP)	<i>Hans Hugo Klein</i> (CDU) (bis 3. 11. 1983) <i>Benno Erhard</i> (CDU) (ab 3. 11. 1983)	<i>Klaus Kinkel</i>
	11. WP 1987–90	<i>Hans A. Engelhard</i> (FDP)	<i>Friedrich-Adolf Jahn</i> (CDU)	<i>Klaus Kinkel</i>
	12. WP 1990–94	<i>Klaus Kinkel</i> (FDP) (bis 18. 5. 1992) <i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i> (FDP) (ab 18. 5. 1992)	1) <i>Reinhard Göhner</i> (CDU) (bis 22. 1. 1993) 2) <i>Rainer Funke</i> (FDP)	<i>Ingo Kober</i>

Hinweis

Fälle des Wechsels zwischen Bundesminister und Ministerpräsidentenamt enthält Abschnitt 3.25.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM der Justiz	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i> (FDP) (bis 14. 12. 1995 [Rücktrittserklärung]; mdWdGb bis 17. 1. 1996) <i>Edzard Schmidt-Jortzig</i> (FDP) (ab 17. 1. 1996)	<i>Rainer Funke</i> (FDP)	<i>Ingo Kober</i> (bis 31. 12. 1995) <i>Heinz Lanfermann</i> (ab 7. 2. 1996)
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM der Finanzen	1. WP 1949–53	<i>Fritz Schäffer</i> (CSU)	–	<i>Alfred Hartmann</i>
	2. WP 1953–57	<i>Fritz Schäffer</i> (CSU)	–	<i>Alfred Hartmann</i>
	3. WP 1957–61	<i>Franz Etzel</i> (CDU)	–	<i>Alfred Hartmann</i> (bis März 1959) <i>Karl Maria Hettlage</i> (ab März 1959)
	4. WP 1961–65	<i>Heinz Starke</i> (FDP) (bis 11. 12. 1962) <i>Rolf Dahlgrün</i> (FDP) (ab 14. 12. 1962)	–	<i>Karl Maria Hettlage</i> (bis 1962) <i>Walter Grund</i> (ab 1963)
	5. WP 1965–69	<i>Rolf Dahlgrün</i> (FDP) (bis 28. 10. 1966) <i>Kurt Schmücker</i> (CDU) (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966; mdWdGb) <i>Franz Josef Strauß</i> (CSU) (ab 1. 12. 1966)	<i>Albert Leicht</i> (CDU) (ab 12. 4. 1967)	1) <i>Walter Grund</i> 2) <i>Karl Maria Hettlage</i> (ab 1967)
	von Mai 1971 bis Dezember 1972: BM für Wirtschaft und Finanzen s. unter BM für Wirtschaft	6. WP 1969–72	<i>Alex Möller</i> (SPD) (bis 13. 5. 1971)	<i>Gerhard Reischl</i> (SPD) (bis 13. 5. 1971)

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM der Finanzen	7. WP 1972–76	<i>Helmut Schmidt</i> (SPD) (bis 15. 5. 1974) <i>Hans Apel</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	1) <i>Hans Hermsdorf</i> (SPD) (bis 1. 4. 1974) <i>Karl Haehser</i> (SPD) (ab 1. 4. 1974) 2) <i>Konrad Porzner</i> (SPD) (bis 20. 12. 1974) <i>Rainer Offergeld</i> (SPD) (ab 24. 1. 1975)	1) <i>Manfred Schüler</i> (ab Januar 1973 bis 15. 5. 1974) <i>Joachim Hiehle</i> (ab 20. 5. 1974) 2) <i>Karl Otto Pöhl</i>
	8. WP 1976–80	<i>Hans Apel</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Hans Matthöfer</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	1) <i>Karl Haehser</i> (SPD) 2) <i>Rainer Offergeld</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Rolf Böhme</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	1) <i>Joachim Hiehle</i> (bis 17. 2. 1978) <i>Günter Obert</i> (ab 18. 2. 1978) 2) <i>Karl Otto Pöhl</i> (bis Mai 1977) <i>Manfred Lahnstein</i> (ab Mai 1977)
	9. WP 1980–83	<i>Hans Matthöfer</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) <i>Manfred Lahnstein</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	1) <i>Karl Haehser</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982) 2) <i>Rolf Böhme</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) <i>Gunter Huonker</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	1) <i>Manfred Lahnstein</i> (bis 1. 12. 1980) <i>Horst Schulmann</i> (ab 2. 1. 1981) 2) <i>Günter Obert</i>
		<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Hansjörg Häfele</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982) 2) <i>Friedrich Voss</i> (CSU) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Horst Schulmann</i> (bis 31. 10. 1982) <i>Hans Tietmeyer</i> (ab 1. 11. 1982) 2) <i>Günter Obert</i>
	10. WP 1983–87	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	1) <i>Hansjörg Häfele</i> (CDU) 2) <i>Friedrich Voss</i> (CSU)	1) <i>Hans Tietmeyer</i> 2) <i>Günter Obert</i>

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM der Finanzen	11. WP 1987–90	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU) (bis 21. 4. 1989) <i>Theodor Waigel</i> (CSU) (ab 21. 4. 1989)	1) <i>Hansjörg Häfele</i> (CDU) (bis 21. 4. 1989) <i>Manfred Carstens</i> (CDU) (ab 21. 4. 1989) 2) <i>Friedrich Voss</i> (CSU)	1) <i>Hans Tietmeyer</i> (bis 31. 12. 1989) <i>Horst Köhler</i> (ab 1. 1. 1990) 2) <i>Günter Obert</i> (bis 28. 2. 1989) <i>Peter Klemm</i> (ab 21. 4. 1989)
	12. WP 1990–94	<i>Theodor Waigel</i> (CSU)	1) <i>Manfred Carstens</i> (CDU) (bis 22. 1. 1993) <i>Jürgen Echernach</i> (CDU) (ab 22. 1. 1993) 2) <i>Joachim Grünewald</i> (CDU)	1) <i>Peter Klemm</i> (bis 31. 10. 1993) <i>Manfred Overhaus</i> (ab 1. 11. 1993) 2) <i>Horst Köhler</i> (bis 31. 7. 1993) <i>Gert Haller</i> (ab 1. 8. 1993) 3) <i>Franz-Christoph Zeitler</i> (ab 1. 3. 1991)
	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Theodor Waigel</i> (CSU)	1) <i>Irmgard Karwatzki</i> (CDU) 2) <i>Kurt Faltlhauser</i> (CSU) (bis 15. 11. 1995) <i>Hansgeorg Hauser</i> (CSU) (ab 15. 11. 1995)	1) <i>Manfred Overhaus</i> 2) <i>Jürgen Stark</i> 3) <i>Franz-Christoph Zeitler</i> (bis 28. 2. 1995)
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Wirtschaft	1. WP 1949–53	<i>Ludwig Erhard</i> (CDU)	–	<i>Eduard Schalfjew</i> (bis 1951) <i>Ludger Westrick</i> (ab März 1951)
	2. WP 1953–57	<i>Ludwig Erhard</i> (CDU)	–	<i>Ludger Westrick</i>
	3. WP 1957–61	<i>Ludwig Erhard</i> (CDU)	–	1) <i>Ludger Westrick</i> 2) <i>Alfred Müller-Armack</i> (ab 1958)

1) Stand: 31. August 1997

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Wirtschaft	4. WP 1961–65	<i>Ludwig Erhard</i> (CDU) (bis 15. 10. 1963) <i>Kurt Schmücker</i> (CDU) (ab 17. 10. 1963)	–	1) <i>Ludger Westrick</i> (bis 16. 10. 1963) <i>Wolfram Langer</i> (ab 16. 10. 1963) 2) <i>Alfred Müller-Armack</i> (bis 1963) <i>Fritz Neef</i> (ab November 1963)
	5. WP 1965–69	<i>Kurt Schmücker</i> (CDU) (bis 1. 12. 1966) <i>Karl Schiller</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966)	<i>Klaus Dieter Arndt</i> (SPD) (ab 12. 4. 1967)	1) <i>Wolfram Langer</i> (bis 1966) <i>Johann Baptist Schöllhorn</i> (ab 1967) 2) <i>Fritz Neef</i> (bis 31. 1. 1968) <i>Klaus von Dohnanyi</i> (ab 1. 3. 1968)
	6. WP 1969–72	<i>Karl Schiller</i> (SPD) (bis 13. 5. 1971)	<i>Klaus Dieter Arndt</i> (SPD) (bis 14. 9. 1970) <i>Philip Rosenthal</i> (SPD) (ab 14. 9. 1970 bis 13. 5. 1971)	1) <i>Johann Baptist Schöllhorn</i> (bis 13. 5. 1971) 2) <i>Detlev Karsten Rohwedder</i> (bis 13. 5. 1971)
von Mai 1971 bis Dezember 1972: BM für Wirtschaft und Finanzen		<i>Karl Schiller</i> (SPD) (ab 13. 5. 1971 bis 7. 7. 1972) <i>Helmut Schmidt</i> (SPD) (ab 7. 7. 1972)	Bereich Wirtschaft: <i>Philip Rosenthal</i> (SPD) (ab 13. 5. 1971 bis 17. 11. 1971) <i>Rainer Offergeld</i> (SPD) (ab 15. 3. 1972) Bereich Finanzen: <i>Hans Hermsdorf</i> (SPD) (ab 13. 5. 1971)	Bereich Wirtschaft: 1) <i>Johann Baptist Schöllhorn</i> (ab 13. 5. 1971 bis 7. 7. 1972) <i>Ernst Wolf Mommsen</i> (ab 7. 7. 1972) 2) <i>Detlev Karsten Rohwedder</i> (ab 13. 5. 1971) Bereich Finanzen: 1) <i>Hans Georg Emde</i> (ab 13. 5. 1971) 2) <i>Heinz Haller</i> (ab 13. 5. 1971 bis 14. 3. 1972)
	wieder: BM für Wirtschaft	7. WP 1972–76	<i>Hans Friderichs</i> (FDP)	<i>Martin Grüner</i> (FDP)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Wirtschaft	8. WP 1976–80	<i>Hans Friderichs</i> (FDP) (bis 7. 10. 1977) <i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP) (ab 7. 10. 1977)	<i>Martin Grüner</i> (FDP)	1) <i>Otto Schlecht</i> 2) <i>Detlev Karsten Rohwedder</i> (bis 31. 12. 1978) <i>Dieter von Würzen</i> (ab 1. 1. 1979)
	9. WP 1980–83	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP) (bis 17. 9. 1982) <i>Manfred Lahnstein</i> (SPD) (ab 17. 9. 1982 bis 4. 10. 1982)	<i>Martin Grüner</i> (FDP) (bis 17. 9. 1982)	1) <i>Otto Schlecht</i> 2) <i>Dieter von Würzen</i>
		<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP) (ab 4. 10. 1982)	<i>Martin Grüner</i> (FDP) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Otto Schlecht</i> 2) <i>Dieter von Würzen</i>
	10. WP 1983–87	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP) (bis 27. 6. 1984) <i>Martin Bangemann</i> (FDP) (ab 27. 6. 1984)	1) <i>Martin Grüner</i> (FDP) 2) <i>Rudolf Sprung</i> (CDU)	1) <i>Otto Schlecht</i> 2) <i>Dieter von Würzen</i>
	11. WP 1987–90	<i>Martin Bangemann</i> (FDP) (bis 9. 12. 1988) <i>Helmut Haussmann</i> (FDP) (ab 9. 12. 1988)	1) <i>Ludolf-Georg von Wartenberg</i> (CDU) (bis 4. 7. 1989) <i>Klaus Beckmann</i> (FDP) (ab 4. 7. 1989) 2) <i>Erich Riedl</i> (CSU)	1) <i>Otto Schlecht</i> 2) <i>Dieter von Würzen</i>
		<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP) (bis 21. 1. 1993) <i>Günter Rexrodt</i> (FDP) (ab 21. 1. 1993)	1) <i>Klaus Beckmann</i> (FDP) (bis 15. 9. 1992) <i>Heinrich Leonhard Kolb</i> (FDP) (ab 15. 9. 1992) 2) <i>Erich Riedl</i> (CSU) (bis 22. 1. 1993) <i>Reinhard Göhner</i> (CDU) (ab 22. 1. 1993)	1) <i>Otto Schlecht</i> (bis 30. 4. 1991) <i>Johann Eekhoff</i> (ab 1. 5. 1991) 2) <i>Dieter von Würzen</i>

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Wirtschaft	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Günter Rexrodt</i> (FDP)	1) <i>Norbert Lammert</i> (CDU) (bis 15. 5. 1997) 2) <i>Heinrich Leonhard Kolb</i> (FDP)	1) <i>Johannes Ludewig</i> (bis 30. 4. 1997) <i>Rudi Geil</i> (ab 30. 4. 1997) 2) <i>Dieter von Würzen</i> (bis 30. 6. 1995) <i>Lorenz Schomerus</i> (ab 1. 7. 1995) 3) <i>Klaus Bünger</i> (ab 15. 5. 1997)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Angelegenheiten des Marshallplans	1. WP 1949–53	<i>Franz Blücher</i> (FDP)	–	<i>Walther Ernst Gase</i> (ab 1950 bis 1952)
BM für [europäische] wirtschaftliche Zusammenarbeit Oktober 1957 aufgegangen im BM für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes – s. dort	2. WP 1953–57	<i>Franz Blücher</i> (FDP → DA → FVP → DP[FVP])	–	–

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes	3. WP 1957–61	<i>Hermann Lindrath</i> (CDU) (bis † 27. 2. 1960) <i>Hans Wilhelmi</i> (CDU) (ab 12. 4. 1960)	–	<i>Hans Busch</i>
Bundesschatzministerium	4. WP 1961–65	<i>Hans Lenz</i> (FDP) (bis 11. 12. 1962) <i>Werner Dollinger</i> (CSU) (ab 14. 12. 1962)	–	<i>Hans-Hellmuth Qualen</i> (ab 29. 5. 1962 bis 1963) <i>Ludwig Kattenstroth</i> (ab 1963)

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: Bundesschatzministerium BM im Oktober 1969 aufgelöst	5. WP 1965–69	<i>Werner Dollinger</i> (CSU) (bis 1. 12. 1966) <i>Kurt Schmücker</i> (CDU) (ab 1. 12. 1966)	–	<i>Rolf Thiessen</i> (1966) <i>Wolfram Langer</i> (ab 1966 bis 1968) <i>Rudolf Vogel</i> (ab 1. 7. 1968)
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1. WP 1949–53	<i>Wilhelm Niklas</i> (CSU)	–	<i>Theodor Sonnemann</i>
	2. WP 1953–57	<i>Heinrich Lübke</i> (CDU)	–	<i>Theodor Sonnemann</i>
	3. WP 1957–61	<i>Heinrich Lübke</i> (CDU) (bis 15. 9. 1959) <i>Werner Schwarz</i> (CDU) (ab 14. 10. 1959)	–	<i>Theodor Sonnemann</i>
	4. WP 1961–65	<i>Werner Schwarz</i> (CDU)	–	<i>Rudolf Hüttebräuker</i> (ab März 1962)
	5. WP 1965–69	<i>Hermann Höcherl</i> (CSU)	–	1) <i>Rudolf Hüttebräuker</i> (bis 1. 2. 1968) <i>Fritz Neef</i> (ab 1. 2. 1968) 2) <i>Reinhold Mercker</i> (ab 1967 bis 1968; Sonderaufgabe)
	6. WP 1969–72	<i>Josef Ertl</i> (FDP)	<i>Fritz Logemann</i> (FDP)	<i>Hans Griesau</i>
	7. WP 1972–76	<i>Josef Ertl</i> (FDP)	<i>Fritz Logemann</i> (FDP)	<i>Hans Griesau</i> (bis Januar 1973) <i>Hans-Jürgen Rohr</i> (ab Januar 1973)
	8. WP 1976–80	<i>Josef Ertl</i> (FDP)	<i>Georg Gallus</i> (FDP)	<i>Hans-Jürgen Rohr</i>

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9. WP 1980–83	<i>Josef Ertl</i> (FDP) (bis 17. 9. 1982)	<i>Georg Gallus</i> (FDP) (bis 17. 9. 1982)	<i>Hans-Jürgen Rohr</i>
		<i>Björn Engholm</i> (SPD) (ab 17. 9. 1982 bis 4. 10. 1982)		
		<i>Josef Ertl</i> (FDP) (ab 4. 10. 1982)	<i>Georg Gallus</i> (FDP) (ab 4. 10. 1982)	<i>Hans-Jürgen Rohr</i>
	10. WP 1983–87	<i>Ignaz Kiechle</i> (CSU)	1) <i>Georg Gallus</i> (FDP) 2) <i>Wolfgang von Geldern</i> (CDU)	<i>Hans-Jürgen Rohr</i> (bis 17. 10. 1984) <i>Walther Florian</i> (ab 17. 10. 1984)
	11. WP 1987–90	<i>Ignaz Kiechle</i> (CSU)	1) <i>Georg Gallus</i> (FDP) 2) <i>Wolfgang von Geldern</i> (CDU)	1) <i>Walter Florian</i> (bis 30. 6. 1987) <i>Walter Kittel</i> (ab 1. 7. 1987) 2) <i>Kurt Eisenkrämer</i> (ab 1. 1. 1988)
	12. WP 1990–94	<i>Ignaz Kiechle</i> (CSU) (bis 21. 1. 1993) <i>Jochen Borchert</i> (CDU) (ab 21. 1. 1993)	1) <i>Gottfried Haschke</i> (CDU) (bis 21. 1. 1993) <i>Wolfgang Gröbl</i> (CSU) (ab 22. 1. 1993) 2) <i>Georg Gallus</i> (FDP) (bis 21. 1. 1993)	1) <i>Walter Kittel</i> (bis 29. 1. 1993) <i>Franz-Josef Feiter</i> (ab 29. 1. 1993) 2) <i>Kurt Eisenkrämer</i> (bis 31. 8. 1991) <i>Helmut Scholz</i> (ab 1. 9. 1991 bis 31. 8. 1993)
13. WP 1994– ¹⁾	<i>Jochen Borchert</i> (CDU)	<i>Wolfgang Gröbl</i> (CSU)	<i>Franz-Josef Feiter</i>	

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Arbeit	1. WP 1949–53	<i>Anton Storch</i> (CDU)	–	<i>Maximilian Sauerborn</i>
	2. WP 1953–57	<i>Anton Storch</i> (CDU)	–	<i>Maximilian Sauerborn</i> (bis 1. 3. 1957) <i>Hans Busch</i> (ab 1957)
BM für Arbeit und Sozialordnung	3. WP 1957–61	<i>Theodor Blank</i> (CDU)	–	<i>Wilhelm Claussen</i>
	4. WP 1961–65	<i>Theodor Blank</i> (CDU)	–	<i>Wilhelm Claussen</i>
	5. WP 1965–69	<i>Hans Katzer</i> (CDU)	–	<i>Ludwig Kattenstroth</i> (ab 1. 1. 1966)
	6. WP 1969–72	<i>Walter Arendt</i> (SPD)	<i>Helmut Rohde</i> (SPD)	<i>Walter Auerbach</i> (bis 30. 4. 1971) <i>Herbert Ehrenberg</i> (ab 1. 5. 1971)
	7. WP 1972–76	<i>Walter Arendt</i> (SPD)	<i>Helmut Rohde</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Hermann Buschfort</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Heinz Eicher</i>
	8. WP 1976–80	<i>Herbert Ehrenberg</i> (SPD)	<i>Hermann Buschfort</i> (SPD)	1) <i>Reinhard Strehlke</i> (ab Januar 1977) 2) <i>Anke Fuchs</i> (ab 26. 4. 1977)

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Arbeit und Sozialordnung	9. WP 1980–83	<i>Herbert Ehrenberg</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982)	1) <i>Hermann Buschfort</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) <i>Rudolf Dreßler</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	<i>Helmut Fingerhut</i> (bis 7. 10. 1982)
		<i>Heinz Westphal</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	2) <i>Anke Fuchs</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) <i>Jürgen Egert</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	
	<i>Norbert Blüm</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Wolfgang Vogt</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982) 2) <i>Heinrich Franke</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Manfred Baden</i> (ab 7. 10. 1982)	
	10. WP 1983–87	<i>Norbert Blüm</i> (CDU)	1) <i>Wolfgang Vogt</i> (CDU) 2) <i>Heinrich Franke</i> (CDU) (bis 30. 3. 1984) <i>Stefan Höpfinger</i> (CSU) (ab 4. 4. 1984)	<i>Manfred Baden</i>
	11. WP 1987–90	<i>Norbert Blüm</i> (CDU)	1) <i>Wolfgang Vogt</i> (CDU) 2) <i>Stefan Höpfinger</i> (CSU) (bis 21. 4. 1989) <i>Horst Seehofer</i> (CSU) (ab 21. 4. 1989)	1) <i>Manfred Baden</i> (bis 30. 11. 1987) <i>Werner Tegtmeier</i> (ab 1. 1. 1988) 2) <i>Bernhard Jagoda</i> (ab 1. 6. 1987)
12. WP 1990–94	<i>Norbert Blüm</i> (CDU)	1) <i>Horst Günther</i> (CDU) 2) <i>Horst Seehofer</i> (CSU) (bis 6. 5. 1992) <i>Rudolf Kraus</i> (CSU) (ab 8. 5. 1992)	1) <i>Werner Tegtmeier</i> 2) <i>Bernhard Worms</i>	

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Arbeit und Sozialordnung	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Norbert Blüm</i> (CDU)	1) <i>Horst Günther</i> (CDU) 2) <i>Rudolf Kraus</i> (CSU)	1) <i>Bernhard Worms</i> (bis 31. 3. 1995) <i>Karl Jung</i> (ab 5. 5. 1995 bis 31. 3. 1996) <i>Wilhelm Hecker</i> (ab 1. 4. 1996) 2) <i>Werner Tegtmeier</i>
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Verteidigung (ab Juni 1955)	2. WP 1953–57	<i>Theodor Blank</i> (CDU) (ab 7. 6. 1955 bis 16. 10. 1956) <i>Franz Josef Strauß</i> (CSU) (ab 16. 10. 1956)	–	<i>Josef Rust</i> (ab Oktober 1955)
	3. WP 1957–61	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	–	<i>Josef Rust</i> (bis August 1959) <i>Volkmar Hopf</i> (ab 24. 10. 1959)
BM der Verteidigung	4. WP 1961–65	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU) (bis 20. 11. 1962; mdWdGb bis 9. 1. 1963) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU) (ab 9. 1. 1963)	–	<i>Volkmar Hopf</i> (bis 1964) <i>Karl Gumbel</i> (ab 1964)
	5. WP 1965–69	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU) (bis 1. 12. 1966) <i>Gerhard Schröder</i> (CDU) (ab 1. 12. 1966)	<i>Eduard Adorno</i> (CDU) (ab 19. 4. 1967)	<i>Karl Gumbel</i> (bis 1966) <i>Karl Carstens</i> (ab 1966 bis 31. 12. 1967) <i>Karl-Günther von Hase</i> (ab 1. 1. 1968)

1) Stand: 31. August 1997

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM der Verteidigung	6. WP 1969–72	<i>Helmut Schmidt</i> (SPD) (bis 7. 7. 1972) <i>Georg Leber</i> (SPD) (ab 7. 7. 1972)	<i>Karl Wilhelm Berkhan</i> (SPD)	1) <i>Johannes Birckholtz</i> (bis 31. 10. 1971) <i>Günter Wetzell</i> (ab 1. 11. 1971 bis 10. 7. 1972) <i>Helmut Fingerhut</i> (ab 10. 7. 1972) 2) <i>Ernst Wolf Mommsen</i> (ab 1. 4. 1970 bis 7. 7. 1972) <i>Siegfried Mann</i> (ab 10. 7. 1972)
	7. WP 1972–76	<i>Georg Leber</i> (SPD)	<i>Karl Wilhelm Berkhan</i> (SPD) (bis 19. 3. 1975) <i>Hermann Schmidt</i> (SPD) (ab 19. 3. 1975)	1) <i>Helmut Fingerhut</i> 2) <i>Siegfried Mann</i>
	8. WP 1976–80	<i>Georg Leber</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Hans Apel</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	<i>Andreas von Bülow</i> (SPD)	1) <i>Helmut Fingerhut</i> (bis 17. 2. 1978) <i>Joachim Hiehle</i> (ab 17. 2. 1978) 2) <i>Karl Schnell</i> (ab 10. 1. 1977)
	9. WP 1980–83	<i>Hans Apel</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Willfried Penner</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	1) <i>Joachim Hiehle</i> 2) <i>Klaus Dieter Leister</i> (bis 1. 10. 1982)
		<i>Manfred Wörner</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Peter Kurt Würzbach</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982) 2) <i>Kurt Jung</i> (FDP) (ab 4. 10. 1982)	1) <i>Joachim Hiehle</i> 2) <i>Lothar Rühl</i> (ab 1. 11. 1982)
10. WP 1983–87	<i>Manfred Wörner</i> (CDU)	<i>Peter Kurt Würzbach</i> (CDU)	1) <i>Joachim Hiehle</i> (bis 31. 3. 1984) <i>Günter Ermisch</i> (ab 1. 4. 1984) 2) <i>Lothar Rühl</i> 3) <i>Manfred Timmermann</i> (ab 2. 4. 1984)	

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM der Verteidigung	11. WP 1987–90	<i>Manfred Wörner</i> (CDU) (bis 18. 5. 1988) <i>Rupert Scholz</i> (CDU) (ab 18. 5. 1988 bis 21. 4. 1989) <i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU) (ab 21. 4. 1989)	1) <i>Peter Kurt Würzbach</i> (CDU) (bis 19. 12. 1988) <i>Willy Wimmer</i> (CDU) (ab 19. 12. 1988) 2) <i>Agnes Hürland-Büning</i> (CDU)	1) <i>Günter Ermisch</i> (bis 31. 3. 1987) <i>Ludwig-Holger Pfahls</i> (ab 1. 4. 1987) 2) <i>Lothar Rühl</i> (bis 15. 1. 1989) <i>Karl-Heinz Carl</i> (ab 15. 2. 1989) 3) <i>Manfred Timmermann</i> (bis 15. 1. 1989)
	12. WP 1990–94	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU) (bis 1. 4. 1992) <i>Volker Rühe</i> (CDU) (ab 1. 4. 1992)	1) <i>Willy Wimmer</i> (CDU) (bis 1. 4. 1992) <i>Bernd Wilz</i> (CDU) (ab 8. 4. 1992) 2) <i>Ottfried Hennig</i> (CDU) (bis 1. 4. 1992) <i>Ingrid Roitzsch</i> (CDU) (ab 8. 4. 1992 bis 22. 1. 1993) <i>Michaela Geiger</i> (CSU) (ab 22. 1. 1993)	1) <i>Ludwig-Holger Pfahls</i> (bis 22. 2. 1992) <i>Jörg Schönbohm</i> (ab 1. 3. 1992) 2) <i>Karl-Heinz Carl</i> (bis 30. 4. 1991) <i>Peter Wichert</i> (ab 1. 5. 1991)
	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Volker Rühe</i> (CDU)	1) <i>Michaela Geiger</i> (CSU) (bis 15. 1. 1997) <i>Klaus Rose</i> (CSU) (ab 23. 1. 1997) 2) <i>Bernd Wilz</i> (CDU)	1) <i>Jörg Schönbohm</i> (bis 24. 1. 1996) <i>Gunnar Simon</i> (ab 9. 2. 1996) 2) <i>Peter Wichert</i>

1) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Familienfragen	2. WP 1953–57	<i>Franz-Josef Wuermeling</i> (CDU)	–	–
BM für Familien- und Jugendfragen	3. WP 1957–61	<i>Franz-Josef Wuermeling</i> (CDU)	–	<i>Gabriele Wülker</i> (bis September 1959)
ab Oktober 1963: BM für Familie und Jugend	4. WP 1961–65	<i>Franz-Josef Wuermeling</i> (CDU) (bis 11. 12. 1962) <i>Bruno Heck</i> (CDU) (ab 14. 12. 1962)	–	<i>Heinrich Barth</i> (ab 1963)
	5. WP 1965–69	<i>Bruno Heck</i> (CDU) (bis 2. 10. 1968) <i>Aenne Brauksiepe</i> (CDU) (ab 2. 10. 1968)	–	<i>Heinrich Barth</i>
BM für Jugend, Familie und Gesundheit	6. WP 1969–72	<i>Käte Strobel</i> (SPD)	<i>Heinz Westphal</i> (SPD)	<i>Ludwig von Manger-Koenig</i>
	7. WP 1972–76	<i>Katharina Focke</i> (SPD)	<i>Heinz Westphal</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Karl Fred Zander</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Ludwig von Manger-Koenig</i> (bis 4. 5. 1973) <i>Hans-Georg Wolters</i> (ab 4. 5. 1973)
	8. WP 1976–80	<i>Antje Huber</i> (SPD)	<i>Karl Fred Zander</i> (SPD)	<i>Hans-Georg Wolters</i>
	9. WP 1980–83	<i>Antje Huber</i> (SPD) (Rücktritt 7. 4. 1982; mdWdGb bis 28. 4. 1982) <i>Anke Fuchs</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	<i>Karl Fred Zander</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) <i>Claus Grobecker</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	<i>Georges Michael Fülgraff</i> (bis 11. 10. 1982)
		<i>Heiner Geißler</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Irmgard Karwatzki</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Werner Chory</i> (ab 11. 10. 1982)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Jugend, Familie und Gesundheit ab 6. 6. 1986: BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	10. WP 1983–87	<i>Heiner Geißler</i> (CDU) (bis 26. 9. 1985) <i>Rita Süßmuth</i> (CDU) (ab 26. 9. 1985)	<i>Irmgard Karwatzki</i> (CDU)	<i>Werner Chory</i>
	11. WP 1987–90	<i>Rita Süßmuth</i> (CDU) (bis 25. 11. 1988) <i>Ursula Lehr</i> (CDU) (ab 9. 12. 1988)	<i>Anton Pfeifer</i> (CDU)	<i>Werner Chory</i>
	12. WP 1990–94	<i>Hannelore Rösch</i> (CDU)	<i>Roswitha Verhülsdonk</i> (CDU)	<i>Albrecht Hasinger</i> (bis † 21. 2. 1994) <i>Heribert Scharrenbroich</i> (ab 21. 4. 1994)
	13. WP 1994– ²⁾	<i>Claudia Nolte</i> (CDU)	<i>Gertrud Dempwolf</i> (CDU)	1) <i>Willi Hausmann</i> 2) <i>Heribert Scharrenbroich</i> (bis 30. 11. 1995)
ab 18. 1. 1991: BM für Familie und Senioren ¹⁾				
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend				
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Frauen und Jugend (ab 18. 1. 1991) ab 17. 11. 1994: BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – s. dort	12. WP 1990–94	<i>Angela Merkel</i> (CDU)	<i>Peter Hintze</i> (CDU) (bis 13. 5. 1992) <i>Cornelia Yzer</i> (CDU) (ab 3. 5. 1992)	<i>Werner Chory</i> (bis † 24. 8. 1991) <i>Willi Hausmann</i> (ab 19. 9. 1991)

¹⁾ siehe daneben ab 18. 1. 1991 BM für Frauen und Jugend sowie BM für Gesundheit

²⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die Titel der Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette sind innerhalb des Abschnittes 6.9 zusammengestellt.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Gesundheitswesen Zwischen Oktober 1969 und Januar 1991: BM für Jugend, Familie u. Gesundheit bzw. BM für Jugend, Familie, Frauen u. Gesundheit – s. dort BM für Gesundheit (ab 18. 1. 1991)	4. WP 1961–65	<i>Elisabeth Schwarzhaupt</i> (CDU)	–	<i>Walter Bargatzky</i> (ab 1963)
	5. WP 1965–69	<i>Elisabeth Schwarzhaupt</i> (CDU) (bis 1. 12. 1966) <i>Käte Strobel</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966)	–	<i>Walter Bargatzky</i> (bis 1966) <i>Ludwig von Manger-Koenig</i> (ab Februar 1967)
	12. WP 1990–94	<i>Gerda Hasselfeldt</i> (CSU) (bis 6. 5. 1992) <i>Horst Seehofer</i> (CSU) (ab 6. 5. 1992)	<i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU)	<i>Baldur Wagner</i>
	13. WP 1994 ¹⁾	<i>Horst Seehofer</i> (CSU)	<i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU)	<i>Baldur Wagner</i>
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Angelegenheiten des Fernmeldewesens ab 1. 4. 1950: BM für das Post- und Fernmeldewesen	1. WP 1949–53	<i>Hans Schubert</i> (CSU)	–	<i>Karl Richard Gustav Schneider</i> (bis März 1953)

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die Namen der Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat sind in einer Übersicht in Abschnitt 6.8 zusammengestellt.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für das Post- und Fernmelde- wesen	2. WP 1953–57	<i>Hans Schubert</i> (CSU) (bis 9. 12. 1953) <i>Siegfried Balke</i> (parteilos/CSU) (ab 10. 12. 1953 bis 14. 11. 1956) <i>Ernst Lemmer</i> (CDU) (ab 15. 11. 1956)	–	1) <i>Franz Weber</i> (ab 1. 12. 1953 bis 30. 4. 1955) <i>Hans Steinmetz</i> (ab Februar 1956) 2) <i>Friedrich Gladenbeck</i> (ab 1. 1. 1954)
	3. WP 1957–61	<i>Richard Stücklen</i> (CSU)	–	1) <i>Hans Steinmetz</i> 2) <i>Friedrich Gladenbeck</i> (bis 31. 12. 1959) <i>Karl Herz</i> (ab 17. 12. 1959)
	4. WP 1961–65	<i>Richard Stücklen</i> (CSU)	–	1) <i>Hans Steinmetz</i> 2) <i>Karl Herz</i> (bis 21. 6. 1963) <i>Helmut Bornemann</i> (ab 21. 6. 1963)
	5. WP 1965–69	<i>Richard Stücklen</i> (CSU) (bis 30. 11. 1966) <i>Werner Dollinger</i> (CSU) (ab 1. 12. 1966)	–	1) <i>Hans Steinmetz</i> (bis 1969) <i>Gerd Lemmer</i> (1969) 2) <i>Helmut Bornemann</i> (bis 1968) <i>Hans Pausch</i> (ab 1968)

Hinweise

Seit 1960/61 haben mit Unterbrechungen die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, zeigt eine Zusammenstellung innerhalb des Abschnittes 6.9.

Die Wahlergebnisse der CDU, CSU und SPD bei allen Bundestags- und Landtagswahlen sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in Abschnitt 1.28 zusammengestellt.

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
	6.–8. WP ¹⁾ 1969–80	–	–	–
wieder: BM für das Post- und Fernmelde- wesen	9. WP 1980–83	<i>Kurt Gscheidle</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) <i>Hans Matthöfer</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	<i>Helmuth Becker</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Dietrich Elias</i>
		<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Wilhelm Rawe</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Dietrich Elias</i>
	10. WP 1983–87	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU)	<i>Wilhelm Rawe</i> (CDU)	<i>Dietrich Elias</i> (bis 30. 4. 1983) <i>Winfried Florian</i> (ab 1. 5. 1983)
ab 1. 7. 1989: BM für Post und Telekommunikation	11. WP 1987–90	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU)	<i>Wilhelm Rawe</i> (CDU)	<i>Winfried Florian</i>
	12. WP 1990–94	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU) (bis 17. 12. 1992) <i>Wolfgang Bötsch</i> (CSU) (ab 21. 1. 1993)	<i>Wilhelm Rawe</i> (CDU) (bis 17. 12. 1992) ²⁾ <i>Paul Laufs</i> (CDU) (ab 22. 1. 1993)	<i>Frerich Görts</i> (bis 31. 8. 1993) <i>Gerhard O. Pfeffermann</i> (ab 1. 9. 1993)
	13. WP 1994– ³⁾	<i>Wolfgang Bötsch</i> (CSU)	<i>Paul Laufs</i> (CDU)	<i>Gerhard O. Pfeffermann</i>

¹⁾ ab Oktober 1969:

BM für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen – s. dort; die Behörde selbst besteht weiter;

ab Dezember 1972:

BM für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen – s. dort;

ab Mai 1974:

BM für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen – s. dort

²⁾ Mit Rücktritt von Bundesminister *Schwarz-Schilling* endet auch die Amtszeit des Parlamentarischen Staatssekretärs *Wilhelm Rawe*. *Rawe* nimmt vom 17. Dezember 1992 bis 22. Januar 1993 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr die Aufgaben des Ressorts Post und Telekommunikation wahr.

³⁾ Stand: 31. August 1997; Auflösung des Ministeriums zum 31. Dezember 1997 als Folge der Neuordnung des Postwesens beschlossen.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Verkehr	1. WP 1949–53	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (DP)	–	<i>Edmund Frohne</i> (ab 8. 7. 1950 bis 3. 4. 1952) <i>Günther Bergemann</i> (ab 1. 9. 1952)
	2. WP 1953–57	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (DP → DP[FVP])	–	<i>Günther Bergemann</i>
	3. WP 1957–61	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (DP → CDU/CSU)	–	<i>Ludwig Seiermann</i>
	4. WP 1961–65	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (CDU)	–	<i>Ludwig Seiermann</i>
	5. WP 1965–69	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (CDU) (bis 1. 12. 1966) <i>Georg Leber</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966)	<i>Holger Börner</i> (SPD) (ab 12. 4. 1967)	<i>Ludwig Seiermann</i> (bis 31. 3. 1967) <i>Karl Wittrock</i> (ab 1. 4. 1967)
BM für Verkehr und für das Post- und Fernmelde- wesen	6. WP 1969–72	<i>Georg Leber</i> (SPD) (bis 7. 7. 1972) <i>Lauritz Lauritzen</i> (SPD) (ab 7. 7. 1972)	<i>Holger Börner</i> (SPD) (bis 4. 2. 1972) <i>Ernst Haar</i> (SPD) (ab 7. 2. 1972)	Bereich Verkehr: <i>Karl Wittrock</i> Bereich Post- und Fernmeldewesen: 1) <i>Kurt Gscheidle</i> 2) <i>Hans Pausch</i>
BM für Verkehr ab 16. 5. 1974: BM für Verkehr und für das Post- und Fernmelde- wesen ¹⁾	7. WP 1972–76	<i>Lauritz Lauritzen</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Kurt Gscheidle</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	1) <i>Ernst Haar</i> (SPD) 2) <i>Kurt Jung</i> (FDP) (ab 16. 5. 1974)	Bereich Verkehr: <i>Karl Wittrock</i> (bis 20. 5. 1974) <i>Heinz Ruhnau</i> (ab 20. 5. 1974) Bereich Post- und Fernmeldewesen: <i>Dietrich Elias</i> (ab 16. 5. 19974)

¹⁾ Bereich Post- und Fernmeldewesen siehe zwischen 1972 und 1974 bei BM für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen, zwischen 1974 und 1980 wieder bei BM für Verkehr

Hinweis

Wechsel von Mitgliedern der Bundesregierung auf das Amt des Regierungschefs eines Bundeslandes sind in Abschnitt 3.25 verzeichnet.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Verkehr und für das Post- und Fernmelde- wesen	8. WP 1976–80	<i>Kurt Gscheidle</i> (SPD)	1) <i>Ernst Haar</i> (SPD) (bis 29. 3. 1979) <i>Erhard Mahne</i> (SPD) (ab 29. 3. 1979) 2) <i>Lothar Wrede</i> (SPD)	Bereich Verkehr: <i>Heinz Ruhнау</i> Bereich Post- und Fernmeldewesen: <i>Dietrich Elias</i>
wieder: BM für Verkehr	9. WP 1980–83	<i>Volker Hauff</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Erhard Mahne</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Heinz Ruhнау</i> (bis 31. 3. 1982) <i>Gerhard Konow</i> (ab 1. 4. 1982 bis 28. 4. 1982) <i>Georg-Wilhelm Rehm</i> (ab 29. 4. 1982)
		<i>Werner Dollinger</i> (CSU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Dieter Schulte</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Georg-Wilhelm Rehm</i> (bis 26. 10. 1982) <i>Alfred Bayer</i> (ab 27. 10. 1982)
	10. WP 1983–87	<i>Werner Dollinger</i> (CSU)	<i>Dieter Schulte</i> (CDU)	<i>Alfred Bayer</i>
	11. WP 1987–90	<i>Jürgen Warnke</i> (CSU) (bis 21. 4. 1989) <i>Friedrich Zimmermann</i> (CSU) (ab 21. 4. 1989)	<i>Dieter Schulte</i> (CDU)	<i>Alfred Bayer</i> (bis 30. 6. 1987) <i>Wilhelm Knittel</i> (ab 20. 7. 1987)
	12. WP 1990–94	<i>Günther Krause</i> (CDU) (bis 13. 5. 1993) <i>Matthias Wissmann</i> (CDU) (ab 13. 5. 1993)	1) <i>Dieter Schulte</i> (CDU) (bis 21. 1. 1993) <i>Manfred Carstens</i> (CDU) (ab 22. 1. 1993) 2) <i>Wolfgang Gröbl</i> (CSU) (bis 22. 1. 1993) 3) <i>Wilhelm Rawe</i> (CDU) (ab 17. 12. 1992 bis 22. 1. 1993) ¹⁾	<i>Wilhelm Knittel</i>

¹⁾ Fußnote siehe auf der rechten Seite

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Verkehr	13. WP 1994–2)	<i>Matthias Wissmann</i> (CDU)	1) <i>Manfred Carstens</i> (CDU) (bis 15. 5. 1997) <i>Norbert Lammert</i> (CDU) (ab 15. 5. 1997) 2) <i>Johannes Nitsch</i> (CDU)	<i>Wilhelm Knittel</i> (bis 31. 3. 1995) <i>Hans Jochen Henke</i> (ab 1. 4. 1995)
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ab 6. 6. 1986)	10. WP 1983–87	<i>Walter Wallmann</i> (CDU) (ab 6. 6. 1986)	–	<i>Christean Wagner</i> (ab 18. 6. 1986)
	11. WP 1987–90	<i>Walter Wallmann</i> (CDU) (bis 22. 4. 1987) <i>Klaus Töpfer</i> (CDU) (ab 7. 5. 1987)	1) <i>Martin Grüner</i> (FDP) 2) <i>Wolfgang Gröbl</i> (CSU)	<i>Christean Wagner</i> (bis 23. 4. 1987) <i>Clemens Stroetmann</i> (ab 15. 6. 1987)
	12. WP 1990–94	<i>Klaus Töpfer</i> (CDU)	1) <i>Bernd Schmidbauer</i> (CDU) (bis 18. 12. 1991) <i>Paul Laufs</i> (CDU) (ab 18. 12. 1991 bis 21. 1. 1993) 2) <i>Bertram Wiczorek</i> (CDU) (bis 31. 1. 1994) <i>Ulrich Klinkert</i> (CDU) (ab 4. 2. 1994)	<i>Clemens Stroetmann</i>
	13. WP 1994–2)	<i>Angela Merkel</i> (CDU)	1) <i>Ulrich Klinkert</i> (CDU) 2) <i>Walter Hirche</i> (FDP)	<i>Clemens Stroetmann</i> (bis 16. 1. 1995) <i>Erhard Jauck</i> (ab 18. 1. 1995)

1) *Wilhelm Rawe*, dessen Amt als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Post und Telekommunikation mit dem Rücktritt von *Christian Schwarz-Schilling* am 17. Dezember 1992 endet, nimmt im Anschluß daran bis zu seiner Entlassung am 22. Januar 1993 die Aufgaben des Ressorts Post und Telekommunikation als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr wahr.

2) Stand: 31. August 1997

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Wohnungsbau	1. WP 1949–53	<i>Eberhard Wildermuth</i> (FDP) (bis † 9. 3. 1952) <i>Fritz Neumayer</i> (FDP) (ab 19. 7. 1952)	–	<i>Hermann Wandersleb</i>
	2. WP 1953–57	<i>Victor-Emanuel Preusker</i> (FDP → DA → FVP → DP[FVP])	–	<i>Hermann Wandersleb</i>
	3. WP 1957–61	<i>Paul Lücke</i> (CDU)	–	<i>Hermann Wandersleb</i> (bis 6. 3. 1959) <i>Werner Ernst</i> (ab 2. 4. 1959)
BM für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	4. WP 1961–65	<i>Paul Lücke</i> (CDU)	–	<i>Werner Ernst</i>
BM für Wohnungswesen und Städtebau	5. WP 1965–69	<i>Ewald Bucher</i> (FDP) (bis 28. 10. 1966) <i>Bruno Heck</i> (CDU) (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966; mdWdGb) <i>Lauritz Lauritzen</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966)	–	<i>Johannes Schornstein</i>
BM für Städtebau und Wohnungswesen	6. WP 1969–72	<i>Lauritz Lauritzen</i> (SPD)	<i>Karl Ravens</i> (SPD)	<i>Louis Storck</i>
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7. WP 1972–76	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Karl Ravens</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Dieter Haack</i> (SPD)	<i>Louis Storck</i> (bis 15. 1. 1973) <i>Hubert Abreß</i> (ab 15. 1. 1973)
	8. WP 1976–80	<i>Karl Ravens</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Dieter Haack</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	<i>Dieter Haack</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Dietrich Sperling</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	<i>Hubert Abreß</i> (bis 1. 8. 1978) <i>Albert Schmid</i> (ab 1. 8. 1978)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9. WP 1980–83	<i>Dieter Haack</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Dietrich Sperling</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Albert Schmid</i>
		<i>Oscar Schneider</i> (CSU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Friedrich-Adolf Jahn</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Albert Schmid</i> (bis 28. 10. 1982) <i>Gerhard von Loewenich</i> (ab 1. 12. 1982)
	10. WP 1983–87	<i>Oscar Schneider</i> (CSU)	<i>Friedrich-Adolf Jahn</i> (CDU)	<i>Gerhard von Loewenich</i>
	11. WP 1987–90	<i>Oscar Schneider</i> (CSU) (bis 21. 4. 1989) <i>Gerda Hasselfeldt</i> (CSU) (ab 21. 4. 1989)	<i>Jürgen Echernach</i> (CDU)	<i>Gerhard von Loewenich</i>
	12. WP 1990–94	<i>Irmgard Adam-Schwaetzer</i> ¹⁾ (FDP)	1) <i>Jürgen Echernach</i> (CDU) (bis 22. 1. 1993) 2) <i>Joachim Günther</i> (FDP)	1) <i>Gerhard von Loewenich</i> (bis 28. 2. 1994) 2) <i>Herbert Schmülling</i>
13. WP 1994– ²⁾	<i>Klaus Töpfer</i> (CDU)	<i>Joachim Günther</i> (FDP)	<i>Christa Thoben</i>	
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Angelegenheiten der Vertriebenen	1. WP 1949–53	<i>Hans Lukaschek</i> (CDU)	–	<i>Ottomar Schreiber</i> (bis Juni 1953) <i>Peter-Paul Nahm</i> (ab 10. 6. 1953)
ab 1. 2. 1954: BM für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	2. WP 1953–57	<i>Theodor Oberländer</i> (GB/BHE → CDU/CSU)	–	<i>Peter-Paul Nahm</i>

1) ab 27. 9. 1991 Namensänderung: *Irmgard Schwaetzer*

2) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Fälle des Wechsels zwischen Bundesminister und Ministerpräsidentenamt enthält Abschnitt 3.25.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	3. WP 1957–61	<i>Theodor Oberländer</i> (CDU) (bis 4. 5. 1960) <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (CDU) (ab 27. 10. 1960)	–	<i>Peter-Paul Nahm</i>
	4. WP 1961–65	<i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP) (bis 15. 10. 1963) <i>Hans Krüger</i> (CDU) (ab 17. 10. 1963 bis 7. 2. 1964) <i>Ernst Lemmer</i> (CDU) (ab 19. 2. 1964)	–	<i>Peter-Paul Nahm</i>
	5. WP 1965–69	<i>Johann Baptist Gradl</i> (CDU) (bis 1. 12. 1966) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU) (ab 1. 12. 1966 bis 5. 2. 1969) <i>Heinrich Windelen</i> (CDU) (ab 7. 2. 1969)	–	<i>Peter-Paul Nahm</i> (bis 29. 11. 1967) <i>Gerd Lemmer</i> (ab 1. 12. 1967)
BM im Oktober 1969 aufgelöst				
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für gesamt- deutsche Fragen	1. WP 1949–53	<i>Jakob Kaiser</i> (CDU)	–	<i>Franz Thedieck</i>
	2. WP 1953–57	<i>Jakob Kaiser</i> (CDU)	–	<i>Franz Thedieck</i>
	3. WP 1957–61	<i>Ernst Lemmer</i> (CDU)	–	<i>Franz Thedieck</i>

Hinweis

Nicht in allen Fällen war es möglich, Differenzen zwischen den herangezogenen Quellen zu klären, die hauptsächlich bei dem genauen Datum der Amtszeit anzutreffen sind. Offensichtlich wurden für die Zeitangaben unterschiedliche formale Kriterien herangezogen, indem beispielsweise bei Ernennungs- bzw. Entlassungsurkunden einmal die Datumsangabe auf der Urkunde, zum anderen der Tag der Aushändigung angeführt wird.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für gesamtdeutsche Fragen	4. WP 1961–65	<i>Ernst Lemmer</i> (CDU) (bis 11. 12. 1962) <i>Rainer Barzel</i> (CDU) (ab 14. 12. 1962 bis 15. 10. 1963) <i>Erich Mende</i> (FDP) (ab 17. 10. 1963)	–	<i>Franz Thedieck</i> (bis 31. 1. 1964) <i>Carl Krautwig</i> (ab 1. 2. 1964)
	5. WP 1965–69	<i>Erich Mende</i> (FDP) (bis 28. 10. 1966) <i>Johann Baptist Gradl</i> (CDU) (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966 mdWdGb) <i>Herbert Wehner</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966)	–	<i>Carl Krautwig</i> (bis 1968) <i>Günter Wetzel</i> (ab April 1968)
BM für innerdeutsche Beziehungen	6. WP 1969–72	<i>Egon Franke</i> (SPD)	<i>Karl Herold</i> (SPD)	<i>Günter Wetzel</i> (bis 31. 10. 1971) <i>Heinz Morgenstern</i> (ab 1. 11. 1971)
	7. WP 1972–76	<i>Egon Franke</i> (SPD)	<i>Karl Herold</i> (SPD)	<i>Heinz Morgenstern</i>
	8. WP 1976–80	<i>Egon Franke</i> (SPD)	<i>Egon Höhmann</i> (SPD) (bis † 19. 1. 1979) <i>Heinz Kreuzmann</i> (SPD) (ab 7. 2. 1979)	<i>Dietrich Spangenberg</i> (ab 3. 2. 1977)
	9. WP 1980–83	<i>Egon Franke</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Heinz Kreuzmann</i> (SPD) (bis 28. 4. 1982) <i>Lothar Wrede</i> (SPD) (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	<i>Dietrich Spangenberg</i> (bis 10. 10. 1982)
		<i>Rainer Barzel</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Otfried Hennig</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Ludwig A. Rehlinger</i> (ab 11. 10. 1982)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für innerdeutsche Beziehungen mit Wirkung vom 18. 1. 1991 aufgelöst	10. WP 1983–87	<i>Heinrich Windelen</i> (CDU)	<i>Ottfried Hennig</i> (CDU)	<i>Ludwig A. Rehlinger</i>
	11. WP 1987–90	<i>Dorothee Wilms</i> (CDU)	<i>Ottfried Hennig</i> (CDU)	<i>Ludwig A. Rehlinger</i> (bis 19. 5. 1988) <i>Walter Priesnitz</i> (ab 30. 5. 1988)
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Atomfragen (ab Oktober 1955)	2. WP 1953–57	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU) (ab 21. 10. 1955 bis 16. 10. 1956) <i>Siegfried Balke</i> (CSU) (ab 16. 10. 1956)	–	–
BM für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	3. WP 1957–61	<i>Siegfried Balke</i> (CSU)	–	<i>Wolfgang Cartellieri</i> (ab 15. 7. 1959)
BM für Atomkernenergie ab Dezember 1962: BM für wissenschaftliche Forschung	4. WP 1961–65	<i>Siegfried Balke</i> (CSU) (bis 11. 12. 1962) <i>Hans Lenz</i> (FDP) (ab 14. 12. 1962)	–	<i>Wolfgang Cartellieri</i>
	5. WP 1965–69	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	–	<i>Wolfgang Cartellieri</i> (bis 31. 10. 1966) <i>Hans von Heppe</i> (ab 1966)
BM für Bildung und Wissenschaft	6. WP 1969–72	<i>Hans Leussink</i> (parteilos) (bis 15. 3. 1972) <i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD) (ab 15. 3. 1972)	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD) (bis 15. 3. 1972) <i>Joachim Raffert</i> (SPD) (ab 15. 3. 1972 bis 31. 8. 1972)	1) <i>Hans von Heppe</i> (bis 31. 1. 1971) <i>Hans-Hilger Haunschild</i> (ab 1. 2. 1971) 2) <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (bis 31. 5. 1972)

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Bildung und Wissenschaft	7. WP 1972–76	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Helmut Rohde</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Karl Fred Zander</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Peter Glotz</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Reimut Jochimsen</i> (ab 2. 2. 1973)
	8. WP 1976–80	<i>Helmut Rohde</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Jürgen Schmude</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	<i>Peter Glotz</i> (SPD) (bis 16. 5. 1977) <i>Björn Engholm</i> (SPD) (ab 18. 5. 1977)	<i>Reimut Jochimsen</i> (bis 25. 9. 1978) <i>Hermann Granzow</i> (ab 4. 10. 1978)
	9. WP 1980–83	<i>Jürgen Schmude</i> (SPD) (bis 28. 1. 1981) <i>Björn Engholm</i> (SPD) (ab 28. 1. 1981 bis 4. 10. 1982)	<i>Björn Engholm</i> (SPD) (bis 28. 1. 1981) <i>Eckart Kuhlwein</i> (SPD) (ab 28. 1. 1981 bis 4. 10. 1982)	<i>Hermann Granzow</i> (bis 7. 10. 1982)
		<i>Dorothee Wilms</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Anton Pfeifer</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	
	10. WP 1983–87	<i>Dorothee Wilms</i> (CDU)	<i>Anton Pfeifer</i> (CSU)	<i>Paul Harro Piazzolo</i>
	11. WP 1987–90	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	<i>Irmgard Karwatzki</i> (CDU) (bis 21. 4. 1989) <i>Norbert Lammert</i> (CDU) (ab 21. 4. 1989)	<i>Paul Harro Piazzolo</i> (bis 6. 4. 1987) <i>Eberhard Böning</i> (ab 7. 4. 1987 bis † 20. 3. 1988) <i>Fritz Schaumann</i> (ab 26. 5. 1988)
12. WP 1990–94	<i>Rainer Ortleb</i> (FDP) (bis 4. 2. 1994) <i>Karl-Hans Laermann</i> (FDP) (ab 4. 2. 1994)	1) <i>Norbert Lammert</i> (CDU) 2) <i>Torsten Wolfgramm</i> (FDP) (bis 22. 1. 1993)	<i>Fritz Schaumann</i>	

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU)	1) <i>Bernd Neumann</i> (CDU) 2) <i>Cornelia Yzer</i> (CDU) (bis 22. 1. 1997) <i>Elke Wülfing</i> (CDU) (ab 23. 1. 1997)	1) <i>Fritz Schaumann</i> 2) <i>Gebhard Ziller</i> (bis 30. 6. 1996) <i>Helmut Stahl</i> (ab 19. 8. 1996)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen ab Mai 1974: BM für Forschung und Technologie	7. WP 1972–76	<i>Horst Ehmke</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Hans Matthöfer</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Volker Hauff</i> (SPD)	Bereich Forschung und Technologie: <i>Hans-Hilger Haunschild</i> Bereich Post- und Fernmeldewesen: 1) <i>Kurt Gscheidle</i> (bis 16. 5. 1974) 2) <i>Hans Pausch</i> (bis 27. 2. 1973) <i>Dietrich Elias</i> (ab 27. 2. 1973 bis 16. 5. 1974)
	8. WP 1976–80	<i>Hans Matthöfer</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Volker Hauff</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	<i>Volker Hauff</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Erwin Stahl</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	<i>Hans-Hilger Haunschild</i>
	9. WP 1980–83	<i>Andreas von Bülow</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Erwin Stahl</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Hans-Hilger Haunschild</i>
		<i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Albert Probst</i> (CSU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Hans-Hilger Haunschild</i>
	10. WP 1983–87	<i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU)	<i>Albert Probst</i> (CSU)	<i>Hans-Hilger Haunschild</i>

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Forschung und Technologie	11. WP 1987–90	<i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU)	<i>Albert Probst</i> (CSU)	<i>Hans-Hilger Haunschild</i> (bis 13. 3. 1987) <i>Gebhard Ziller</i> (ab 3. 4. 1987)
	12. WP 1990–94	<i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU) (bis 21. 1. 1993) <i>Matthias Wissmann</i> (CDU) (ab 21. 1. 1993 bis 13. 5. 1993) <i>Paul Krüger</i> (CDU) (ab 13. 5. 1993)	<i>Bernd Neumann</i> (CDU)	<i>Gebhard Ziller</i>
ab 17. 11. 1994: BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie – s. dort				
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4. WP 1961–65	<i>Walter Scheel</i> (FDP)	–	<i>Friedrich Karl Vialon</i> (ab 1. 3. 1962)
	5. WP 1965–69	<i>Walter Scheel</i> (FDP) (bis 28. 10. 1966) <i>Werner Dollinger</i> (CSU) (ab 28. 10. 1966 bis 1. 12. 1966; mdWdGb) <i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966 bis 2. 10. 1968) <i>Erhard Eppler</i> (SPD) (ab 2. 10. 1968)	–	<i>Friedrich Karl Vialon</i> (bis 15. 12. 1966) <i>Udo Hein</i> (ab 16. 12. 1966)
	6. WP 1969–72	<i>Erhard Eppler</i> (SPD)	<i>Brigitte Freyh</i> (SPD)	<i>Karl-Heinz Sohn</i>
	7. WP 1972–76	<i>Erhard Eppler</i> (SPD) (bis 8. 7. 1974) <i>Egon Bahr</i> (SPD) (ab 8. 7. 1974)	<i>Hans Matthöfer</i> (SPD) (bis 16. 5. 1974) <i>Alwin Brück</i> (SPD) (ab 16. 5. 1974)	<i>Karl-Heinz Sohn</i> (bis 29. 6. 1974) <i>Udo Walter Kollatz</i> (ab 1. 7. 1974)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	8. WP 1976–80	<i>Marie Schlei</i> (SPD) (bis 16. 2. 1978) <i>Rainer Offergeld</i> (SPD) (ab 16. 2. 1978)	<i>Alwin Brück</i> (SPD)	<i>Udo Walter Kollatz</i> (bis 16. 2. 1978) <i>Carl-Werner Sanne</i> (ab 17. 2. 1978)
	9. WP 1980–83	<i>Rainer Offergeld</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Alwin Brück</i> (SPD) (bis 4. 10. 1982)	<i>Carl-Werner Sanne</i> (bis † 4. 7. 1981) <i>Konrad Porzner</i> (ab 15. 7. 1981 bis 12. 10. 1982)
		<i>Jürgen Warnke</i> (CSU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Volkmar Köhler</i> (CDU) (ab 4. 10. 1982)	<i>Siegfried Lengl</i> (ab 20. 10. 1982)
	10. WP 1983–87	<i>Jürgen Warnke</i> (CSU)	<i>Volkmar Köhler</i> (CDU)	<i>Siegfried Lengl</i>
	11. WP 1987–90	<i>Hans Klein</i> (CSU) (bis 21. 4. 1989) <i>Jürgen Warnke</i> (CSU) (ab 21. 4. 1989)	<i>Volkmar Köhler</i> (CDU) (bis 21. 4. 1989) <i>Hans-Peter Replik</i> (CDU) (ab 21. 4. 1989)	<i>Siegfried Lengl</i>
ab 22. 1. 1993: BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12. WP 1990–94	<i>Carl-Dieter Spranger</i> (CSU)	1) <i>Hans-Peter Replik</i> (CDU) 2) <i>Michaela Geiger</i> (CSU) (bis 21. 1. 1993)	<i>Siegfried Lengl</i> (bis 31. 1. 1992) <i>Wighard Härdtl</i> (ab 1. 2. 1992)
	13. WP 1994– ¹⁾	<i>Carl-Dieter Spranger</i> (CSU)	<i>Klaus-Jürgen Hedrich</i> (CDU)	<i>Wighard Härdtl</i>

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweise

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die seit 1949 bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Die weiblichen Mitglieder der Bundesregierung sind in Abschnitt 3.11 zusammengestellt; innerhalb des Abschnittes 3.23 befindet sich eine Aufstellung mit den jeweils jüngsten Mitgliedern der Bundesregierung.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates (ab Juli 1964)	4. WP 1961–65	<i>Heinrich Krone</i> (CDU) (ab 13. 7. 1964) ¹⁾	–	–
	5. WP 1965–69	<i>Heinrich Krone</i> (CDU) (bis 1. 12. 1966) ²⁾	–	<i>Reinhold Mercker</i> (ab 20. 7. 1966 bis 1967)
Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
BM für Angelegenheiten des Bundesrates	1. WP 1949–53	<i>Heinrich Hellwege</i> (DP)	–	–
	2. WP 1953–57	<i>Heinrich Hellwege</i> (DP) (bis 7. 6. 1955) <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (DP) (ab 8. 6. 1955)	–	<i>Georg Ripken</i> (ab März 1954)
BM für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	3. WP 1957–61	<i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (DP → CDU/CSU)	–	<i>Georg Ripken</i> (bis März 1958)
	4. WP 1961–65	<i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (CDU) (bis 11. 12. 1962) <i>Alois Niederalt</i> (CSU) (ab 14. 12. 1962)	–	–
	5. WP 1965–69	<i>Alois Niederalt</i> (CSU) (bis 1. 12. 1966) <i>Carlo Schmid</i> (SPD) (ab 1. 12. 1966)	–	<i>Friedrich Schäfer</i> (ab 1. 2. 1967)
BM im Oktober 1969 aufgelöst				

¹⁾ Zwischen dem 13. 7. 1964 und dem 26. 10. 1965 gilt die Bezeichnung „Bundesminister – Der Vorsitzende des Bundesverteidigungsrates“.

²⁾ Anschließend (wie bis 1964) ist wieder der Bundeskanzler Vorsitzender des Bundesverteidigungsrates.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
Bundesminister für besondere Aufgaben	2. WP 1953–57	1) <i>Waldemar Kraft</i> (GB/BHE → CDU/CSU) (bis 16. 10. 1956) 2) <i>Hermann Schäfer</i> (FDP → DA → FVP) (bis 16. 10. 1956) 3) <i>Franz Josef Strauß</i> (CSU) (bis 19. 10. 1955) 4) <i>Robert Tillmanns</i> (CDU) (bis † 12. 11. 1955)	–	–
	4. WP 1961–65	1) <i>Heinrich Krone</i> (CDU) (bis 13. 7. 1964) 2) <i>Ludger Westrick</i> (parteilos → CDU) (ab 16. 6. 1964)	–	–
	5. WP 1965–69	<i>Ludger Westrick</i> (CDU) ¹⁾ (bis 1. 12. 1966)	–	–
	6. WP 1969–72	<i>Horst Ehmke</i> (SPD) ¹⁾	–	–
	7. WP 1972–76	1) <i>Egon Bahr</i> (SPD) (BM beim Bundeskanzler; bis 7. 5. 1974) 2) <i>Werner Maihofer</i> (FDP) (BM beim Stellvertreter des Bundeskanzlers; bis 7. 5. 1974)	–	–

¹⁾ Chef des Bundeskanzleramtes

Hinweis

Ab März 1950 wird meist für die ganze Wahlperiode von der Bundesregierung ein ständiger **Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat** benannt. Einzelheiten vgl. unter Abschnitt 4.5.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre (ab 1967)	Beamtete Staatssekretäre
Bundesminister für besondere Aufgaben	10. WP 1983–87	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) ¹⁾ (ab 15. 11. 1984)	–	–
	11. WP 1987–90	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) ¹⁾ (bis 21. 4. 1989)	–	–
		<i>Hans Klein</i> (CSU) ²⁾ (ab 21. 4. 1989 bis 20. 12. 1990)		
		<i>Rudolf Seiters</i> (CDU) ¹⁾ (ab 21. 4. 1989)		
12. WP 1990–94	<i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU) (ab 3. 10. 1990)	–	–	
	<i>Günther Krause</i> (CDU) (ab 3. 10. 1990)			
	<i>Lothar de Maizière</i> (CDU) (ab 3. 10. 1990 bis 19. 12. 1990)			
	<i>Rainer Ortleb</i> (FDP) (ab 3. 10. 1990)			
	<i>Hansjoachim Walther</i> (DSU) (ab 3. 10. 1990)			
13. WP 1994– ³⁾	<i>Friedrich Bohl</i> (CDU) ¹⁾	–	–	

1) Chef des Bundeskanzleramtes

2) Sprecher der Bundesregierung

3) Stand: 31. August 1997

■ Angaben zur Fortschreibung der tabellarischen Übersicht der Bundesminister, der Parlamentarischen und der beamteten Staatssekretäre ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode sowie die Namensliste zu Beginn der 14. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 6.3 zu finden.

Abkürzungen der Ministerien

Die folgende Übersicht enthält die offiziellen Abkürzungen der Bundesministerien seit der 1. Wahlperiode. Wenn Abkürzungen gewechselt haben (beispielsweise BMVtg, BMVtdg, BMVg für Bundesministerium für/der Verteidigung), so gibt die zuletzt genannte Version die aktuelle Abkürzung an.

AA	Auswärtiges Amt
BMA	Bundesministerium für Arbeit (und Sozialordnung)
BMAt	Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft
BMAtomfr	Bundesministerium für Atomfragen
BMAusw	Bundesministerium des Auswärtigen
BMB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMBau	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
BMBes	Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes
BMBF	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
BMBR	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFa	Bundesministerium für Familienfragen, Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen, Bundesministerium für Familie und Jugend
BMFJ	Bundesministerium für Frauen und Jugend
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMFuS	Bundesministerium für Familie und Senioren
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
BMGes, BMG	Bundesministerium für Gesundheit(swesen)
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJFFG	Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
BMJFG	Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMM	Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplanes
BMP	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen
BMPT	Bundesministerium für Post und Telekommunikation
BMSchatz	Bundesschatzministerium
BMSt	Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMV	Bundesministerium für Verkehr
MBVt	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
BMVtg, BMVtdg, BMVg	Bundesministerium für/der Verteidigung

BMW, BMW <i>i</i>	Bundesministerium für Wirtschaft
BMWF	Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen
BMwF	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung
BMWo	Bundesministerium für Wohnungsbau, Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (und Entwicklung)

6.4 Parlamentarische Staatssekretäre

Die Berufung von Parlamentarischen Staatssekretären war bei Bildung der Großen Koalition Ende 1966 vereinbart und durch das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 6. April 1967 ermöglicht worden.*)

Parlamentarische Staatssekretäre sind – das ist Voraussetzung – Mitglieder des Bundestages, die die nicht näher umschriebene Aufgabe haben, die Bundesminister, denen sie beigegeben sind, bei ihrer Regierungsaufgabe zu unterstützen. Parlamentarische Staatssekretäre (einschließlich der „Staatsminister“) werden mit ihrer Ernennung jedoch keine Regierungsmitglieder.

An die Einführung der Parlamentarischen Staatssekretäre wurden u. a. die Erwartungen geknüpft, sie sollten den Bundesminister bei seiner Arbeit entlasten und das Amt sollte eine Art „Minister-Schule“ darstellen.

Die Entlastungsfunktion ist vor allem in der Fragestunde des Bundestages deutlich geworden: Die Mehrzahl der Mündlichen Anfragen wird seit langem durch die Parlamentarischen Staatssekretäre beantwortet.**)

Zur Klärung der Frage, inwieweit die Funktion der „Minister-Schule“ praktische Bedeutung erlangt hat, wurde eine Statistik aufgenommen, in der der Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister untersucht wird (vgl. S. 1115–1116).

Die folgende Tabelle gibt die zahlenmäßige Entwicklung der Parlamentarischen Staatssekretäre (einschließlich Staatsminister) sowie ihre Aufteilung auf die Ressorts ab 1967 an.

*) Vgl. *Friedrich Karl Fromme*, Die Parlamentarischen Staatssekretäre. Entwicklung in der 6. Wahlperiode. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 1. S. 53–83. Vgl. auch *Heinz Laufer*, Der Parlamentarische Staatssekretär. Eine Studie über ein neues Amt in der Bundesregierung. München 1969 und *Die Beamten und die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bund 1949–1979*. Bearbeiter: *Adalbert Hess*. Bonn 1979. Materialien Nr. 56.

***) Eine systematische und nach Wahlperioden gegliederte Statistik zum Anteil der Mündlichen Anfragen, die im Bundestagsplenum entweder vom zuständigen Bundesminister persönlich oder vom Parlamentarischen Staatssekretär beantwortet worden sind, ist noch nicht erstellt worden. Siehe einige Hinweise bei *Franz Peter Gallois*, Rechtsstellung und Aufgaben des Parlamentarischen Staatssekretärs. Diss. Mainz 1983. S. 96–97; hierbei sind allerdings die Mündlichen und die schriftlich beantworteten Anfragen nicht getrennt ausgewiesen.

Hinweis

Ab März 1950 wird meist für die ganze Wahlperiode von der Bundesregierung ein ständiger **Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat** benannt. Einzelheiten vgl. unter Abschnitt 4.5.

Verteilung der Parlamentarischen Staatssekretäre auf die

	5. WP ¹⁾	6. WP	7. WP	8. WP	9. WP ²⁾	
	1965–69	1969–72	1972–76	1976–80	1980–82	ab 1982
Bundeskanzleramt	1	1	1	1	1	3
Auswärtiges Amt	1	1	2	2	2	2
BM des Innern	1	1	2	2 ⁶⁾	1	2
BM der Justiz	0	1	1	1	1	1
BM der Finanzen	1	1	2	2	2	2
BM für Wirtschaft	1	1	1	1	1	1
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	0	1	1	1	1	1
Bundesschatzministerium ⁷⁾	0	–	–	–	–	–
BM für Arbeit und Sozialordnung	0	1	1	1	2	2
BM für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte ⁷⁾	0	–	–	–	–	–
BM der Verteidigung	1	1	1	1	1	2
BM für Jugend, Familie und Gesundheit ⁸⁾	0	1	1	1	1	1
BM für Familie und Senioren ⁹⁾	–	–	–	–	–	–
BM für Gesundheit(swesen) ¹⁰⁾	0	–	–	–	–	–
BM für Verkehr [und für das Post- und Fernmeldewesen] ¹¹⁾	1	1	1 ¹²⁾	2	1	1
BM für das Post- und Fernmeldewesen ¹³⁾	0	–	–	–	1	1
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ¹⁴⁾	0	1	1	1	1	1
BM für Bildung und Wissenschaft ¹⁵⁾	0	1	1	1	1	1
BM für Forschung und Technologie ¹⁶⁾	–	–	1	1	1	1
BM für innerdeutsche Beziehungen ¹⁷⁾	0	1	1	1	1	1
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit [und Entwicklung]	0	1	1	1	1	1
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ¹⁸⁾	–	–	–	–	–	–
BM für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder ⁷⁾	0	–	–	–	–	–
Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre insgesamt	7	15	19 ¹⁹⁾	20 ²⁰⁾	20	24

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Bundesministerien

10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94 ³⁾		13. WP 1994– ⁴⁾
3 ⁵⁾	2	2	2	2
2	2	2	2	2
2	2	2	2	2 ²²⁾
1	1	2	1	1
2	2	2	2	2
2	2	2	2	2
2	2	2	1	1
–	–	–	–	–
2	2	2	2	2
–	–	–	–	–
1	2	2	2	2
1	1	1	1	1
–	–	1	1	–
–	–	1	1	1
1	1	2	1	2
1	1	1	1	1
1	1	2	1	1
1	1	2	1	–
1	1	1	1	2
1	1	–	–	–
1	1	2	1	1
0	2	2	1	2
–	–	–	–	–
25 ²¹⁾	27	33	26	27 ²³⁾

1) Parlamentarische Staatssekretäre ab 1967

2) linke Spalte: bis Stand 17. September 1982 (SPD-FDP-Koalition), rechte Spalte: ab 1. Oktober 1982 (CDU/CSU-FDP-Koalition)

3) linke Spalte: bis Januar 1993, rechte Spalte: ab Januar 1993

4) Stand: 31. August 1997

5) ab November 1984: 2

6) ab Juni 1978: 1

7) Ministerium im Oktober 1969 aufgelöst

8) in der 5. WP: BM für Familie und Jugend; ab Juni 1986: BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit; in der 12. WP: BM für Frauen und Jugend; in der 13. WP: BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

9) nur in der 12. Wahlperiode

10) zwischen der 6. und 11. Wahlperiode kein selbständiges Ministerium, siehe unter BM für Jugend, Familie und Gesundheit

11) in der 6. WP und ab der 9. WP: BM für Verkehr; in der 7. WP ab Mai 1974 und in der 8. WP: BM für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

12) ab Mai 1974: 2

13) in der 6. und 8. WP kein selbständiges Ministerium; ab Juli 1989: BM für Post und Telekommunikation

14) in der 6. und 7. WP abweichende Bezeichnungen

15) in der 5. WP: BM für wissenschaftliche Forschung; in der 13. WP kein selbständiges Ministerium, siehe unter BM für Forschung und Technologie

16) Ministerium besteht erst seit der 7. WP; von 1972 bis 1974: BM für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen; in der 13. WP: BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

17) In der 5. WP: BM für gesamtdeutsche Fragen; Ministerium im Januar 1991 aufgelöst

18) ab Juni 1986

19) ab Mai 1974: 20

20) ab Juni 1978: 19

21) ab November 1984: 24

22) ab Mai 1997: 1

23) ab Mai 1997: 26

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt.

Zahl der Minister und der Parlamentarischen Staatssekretäre seit 1967

Die folgende Übersicht veranschaulicht die Entwicklung der Zahl der Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister seit der 5. Wahlperiode, untergliedert nach den Parteien, die an den jeweiligen Regierungskoalitionen beteiligt waren. Während die Zahl der Bundesminister in der Zeit zwischen 1967 und 1994 nahezu unverändert geblieben ist, hat sich die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre in diesen 27 Jahren vervierfacht.

Wahlperiode	Stand	BMin insges.	PStS insges.	davon							
				CDU		CSU		SPD		FDP	
				BMin	PStS	BMin	PStS	BMin	PStS	BMin	PStS
5. WP 1965–69	Beginn der WP	21	–	12	–	5	–	0	–	4	–
	Oktober 1966	17	–	12	–	5	–	0	–	0	–
	Dezember 1966	20	–	8	–	3	–	9	–	0	–
	April 1967	20	7	8	3	3	1	9	3	0	0
6. WP 1969–72	Beginn der WP	15 ¹⁾	15	0	0	0	0	11	12	3	3
	Mai 1971	14 ¹⁾	15	0	0	0	0	10	12	3	3
	März 1972	14	15	0	0	0	0	11	12	3	3
	Juli 1972	13	15	0	0	0	0	10	12	3	3
7. WP 1972–76	Beginn der WP	17	19	0	0	0	0	12	14	5	5
	Mai 1974	15	20	0	0	0	0	11	15	4	5
8. WP 1976–80	Beginn der WP	15	20	0	0	0	0	11	15	4	5
	Juni 1978	15	19	0	0	0	0	11	15	4	4
9. WP 1980–83	Beginn der WP	16	20	0	0	0	0	12	16	4	4
	Oktober 1982	16	24	8	17	4	3	0	0	4	4

10. WP 1983–87	Beginn der WP	16	25	8	19	5	3	0	0	3	3
	April 1984	16	25	8	18	5	4	0	0	3	3
	November 1984	17	24	9	17	5	4	0	0	3	3
	Juni 1986	18	24	10	17	5	4	0	0	3	3
11. WP 1987–90	Beginn der WP	18	27	9	17	5	6	0	0	4	4
	April 1989	19	27	9	17	6	6	0	0	4	4
	Juli 1989	19	27	9	16	6	6	0	0	4	5
	Oktober 1990	24 ²⁾	27	12	16	6	6	0	0	5	5
12. WP 1990–94	Beginn der WP ³⁾	19	33	10	21	4	5	0	0	5	7
	Januar 1993	19	26	10	17	4	4	0	0	5	5
13. WP 1994– ⁴⁾	Beginn der WP	17	27	10	16	4	5	0	0	3	6
	Mai 1997	17	26	10	15	4	5	0	0	3	6

1) davon ein Minister parteilos

2) davon ein Bundesminister der DSU

3) Ernennung der Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretäre erst im Januar 1991

4) Stand: 31. August 1997

■ Etwaige Änderungen bei der Zahl der Minister und der Parlamentarischen Staatssekretäre bis zum Ende der 13. Wahlperiode und die Angaben zum Beginn der 14. Wahlperiode sind als NACHTRAG zu Abschnitt 6.4 zu finden.

Hinweis

Seit 1960/61 haben die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen des Bundes die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, ist innerhalb des Abschnitts 6.9 dokumentiert.

Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister

Wie eingangs erwähnt, war mit der Einführung der Parlamentarischen Staatssekretäre die Vorstellung verbunden worden, in diesem Amt könnten Abgeordnete Erfahrungen für eine mögliche spätere Verwendung als Minister sammeln. Es ist deshalb von Interesse, inwieweit bisher tatsächlich Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister zu Bundesministern ernannt wurden. Zu diesem Zweck wurde die folgende Statistik aufgenommen, in der der Frage aus zwei Blickrichtungen nachgegangen wird:

- Wie hoch ist seit 1967 der Anteil der Parlamentarischen Staatssekretäre, die später einmal Bundesminister geworden sind, und umgekehrt?
- Wie hoch ist unter den erstmals in einer Wahlperiode ernannten Bundesministern der Anteil Parlamentarischer Staatssekretäre?

Die Daten zu dem zuletzt genannten Aspekt schwanken von Wahlperiode zu Wahlperiode erheblich: zwischen Fehlanzeige (in der 10. Wahlperiode) und 66,7% (in der 8. Wahlperiode), so daß sich irgendein Trend nicht herauslesen läßt.

Erst wenn man die Gesamtzahl der seit 1967 ernannten Parlamentarischen Staatssekretäre zur Gesamtzahl derjenigen in Beziehung setzt, die später Bundesminister geworden sind, wird eine Entwicklung erkennbar: nämlich ein steigender Anteil von der 5. bis zur 7. Wahlperiode und von da an eine fallende Tendenz bis zum Beginn der 12. Wahlperiode. Fast einem Drittel der 45 bis 1976 ernannten Parlamentarischen Staatssekretäre glückte später der Wechsel zum Bundesminister; beim Stand 31. August 1997 ist diese Erfolgsquote auf unter 16 Prozent gesunken. Diese Entwicklung ist freilich in besonderem Maße dadurch beeinflusst, daß einer ständig steigenden Zahl von Parlamentarischen Staatssekretären eine weitgehend stagnierende Zahl von Bundesministern gegenübersteht.

Zur realistischen Einschätzung der nicht sehr stark ausgeprägten Funktion der „Minister-Schule“ trägt auch die Tatsache bei, daß nur in sechs Fällen (von insgesamt 21) ein unmittelbarer Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister im **gleichen** Ressort stattfand. In den übrigen 15 Fällen wechselten die Parlamentarischen Staatssekretäre auf Ministerämter eines anderen Ressorts, sei es unmittelbar oder nach einer zeitlichen Unterbrechung.

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)

Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister

Wahlperiode	Gesamtzahl der seit 1967 erstmals ernannten Parlamentarischen Staatssekretäre	davon später Bundesminister geworden		Zahl der in der ... Wahlperiode erstmals ernannten Bundesminister	davon zuvor Parlamentarischer Staatssekretär gewesen		Namen der Bundesminister, die zuvor Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister waren
		Anzahl	in %		Anzahl	in %	
5. WP 1965–69	8	2	25,0	5 ²⁾	1	20,0	<i>Ernst Benda</i> (CDU) ³⁾
6. WP 1969–72	27	8	29,6	9	2	22,2	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD) ³⁾ <i>Gerhard Jahn</i> (SPD) ⁴⁾
7. WP 1972–76	45	15	30,0	10	5	50,0	<i>Hans Apel</i> (SPD) ⁴⁾ <i>Katharina Focke</i> (SPD) ⁴⁾ <i>Hans Matthöfer</i> (SPD) ⁶⁾ <i>Karl Ravens</i> (SPD) ⁶⁾ <i>Helmut Rohde</i> (SPD) ⁴⁾
8. WP 1976–80	58	17	29,3	9	6	66,7	<i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP) ³⁾ <i>Dieter Haack</i> (SPD) ³⁾ <i>Volker Hauff</i> (SPD) ³⁾ <i>Rainer Offergeld</i> (SPD) ⁴⁾ <i>Marie Schlei</i> (SPD) ⁴⁾ <i>Jürgen Schmude</i> (SPD) ⁶⁾
9. WP 1980–83	86	20	23,3	15	4	26,7	<i>Andreas von Bülow</i> (SPD) ⁴⁾ <i>Björn Engholm</i> (SPD) ³⁾ <i>Anke Fuchs</i> (SPD) ⁴⁾ <i>Heinz Westphal</i> (SPD) ⁶⁾

²⁾ nur Ernennungen nach Einführung der Parlamentarischen Staatssekretäre im April 1967

³⁾ **unmittelbarer Wechsel** vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister **im gleichen Ressort**

⁴⁾ **unmittelbarer Wechsel** vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister **in einem anderen Ressort**

⁵⁾ Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister **nach einer Unterbrechung, jedoch im gleichen Ressort** (bisher kein Fall)

⁶⁾ Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister **nach einer Unterbrechung und in einem anderen Ressort**

Wahlperiode	Gesamtzahl der seit 1967 erstmals ernannten Parlamentarischen Staatssekretäre	davon später Bundesminister geworden		Zahl der in der ... Wahlperiode erstmals ernannten Bundesminister	davon zuvor Parlamentarischer Staatssekretär gewesen		Namen der Bundesminister, die zuvor Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister waren
		Anzahl	in %		Anzahl	in %	
10. WP 1983–87	91	20	22,0	3	0	–	
11. WP 1987–90	104	21	20,2	14	1	7,1	<i>Jürgen W. Möllemann (FDP)⁴⁾</i>
12. WP 1990–94	122	22	17,1	16	3	18,8	<i>Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP)⁴⁾</i> <i>Carl-Dieter Spranger (CSU)⁴⁾</i> <i>Horst Seehofer (CSU)⁴⁾</i>
13. WP 1994– ¹⁾	138	22	15,9	3	0	–	

¹⁾ Stand: 31. August 1997

⁴⁾ **unmittelbarer Wechsel** vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister **in einem anderen Ressort**

Hinweise

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten außerdem die folgenden Abschnitte des *Datenhandbuchs*:

- Abschnitt 6.3 mit Angaben über Name, Partei und Amtszeit der Minister, Name, Partei und Amtszeit der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie Name und Amtszeit der (beamteten) Staatssekretäre;
- Abschnitt 6.4 mit Statistiken über die Parlamentarischen Staatssekretäre;
- Abschnitt 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert;
- Abschnitt 12.1 mit der Zahl der von Ressorts beantworteten Anfragen.

In Abschnitt 6.20 wird versucht, die unterschiedliche parlamentarische Beanspruchung der einzelnen Ressorts zu veranschaulichen.

Eine detaillierte Statistik zur Gesetzgebung mit Angaben darüber, wie hoch der Anteil der von der Bundesregierung, vom Bundestag und vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwürfe ist, enthält Abschnitt 11.5.

6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz

In der folgenden Übersicht sind ab 1949 gegenübergestellt:

- die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
- die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

■ Angaben zur Fortschreibung der Tabelle Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz bis Ende 1998/Anfang 1999 sind im NACHTRAG unter 6.5 zu finden.

Hinweis

Zur **Kontrollfunktion des Bundestages** enthält das vorliegende *Datenhandbuch* Materialien in folgenden Abschnitten:

- 1.24 Wahlprüfung
- 1.30 Rechenschaftsberichte der Parteien
- 2.4 Immunitätsangelegenheiten
- 2.5 Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
- 8.5 Sondersitzungen
- 8.10 Inhalte der Plenarsitzungen
- 8.17 Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 9.12 Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG
- 11.9 Vermittlungsverfahren
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.5 Minderheitenrechte
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 17 Petitionswesen
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages
- 19 Mitwirkung des Bundestages in Gremien
- 24.9 Koordinierungsgremien beim Bundestag

Wahljahr	Stand	Partei-vorsitzende CDU und CSU	Kanzler-kandidat CDU/CSU	Fraktions-vorsitzender CDU/CSU	Partei-vorsitzender SPD	Kanzler-kandidat SPD	Fraktions-vorsitzender SPD	Bundeskanzler
1949	vor der Wahl	CDU: – CSU: <i>Hans Ehard</i>	<i>Konrad Adenauer</i>	–	<i>Kurt Schumacher</i> (bis † 1952)	<i>Kurt Schumacher</i>	–	–
	in der 1. WP	CDU: <i>Konrad Adenauer</i> (ab 1950) CSU: <i>Hans Ehard</i>		<i>Heinrich von Brentano</i>	<i>Erich Ollenhauer</i> (ab 1952)		<i>Kurt Schumacher</i> (bis † 1952) <i>Erich Ollenhauer</i> (ab 1952)	<i>Konrad Adenauer</i>
1953	vor der Wahl	CDU: <i>Konrad Adenauer</i>	<i>Konrad Adenauer</i>	<i>Heinrich von Brentano</i>	<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Konrad Adenauer</i>
	in der 2. WP	CSU: <i>Hans Ehard</i> (bis 1955) <i>Hanns Seidel</i> (ab 1955)		<i>Heinrich von Brentano</i> (bis 1955) <i>Heinrich Krone</i> (ab 1955)			<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Konrad Adenauer</i>
1957	vor der Wahl	CDU: <i>Konrad Adenauer</i>	<i>Konrad Adenauer</i>	<i>Heinrich Krone</i>	<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Konrad Adenauer</i>
	in der 3. WP	CSU: <i>Hanns Seidel</i> (bis 1961) <i>Franz Josef Strauß</i> (ab 1961)		<i>Heinrich Krone</i>			<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Konrad Adenauer</i>

Hinweis

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

Wahljahr	Stand	Partei- vorsitzende CDU und CSU	Kanzler- kandidat CDU/CSU	Fraktions- vorsitzender CDU/CSU	Partei- vorsitzender SPD	Kanzler- kandidat SPD	Fraktions- vorsitzender SPD	Bundeskanzler
1961	vor der Wahl	CDU: <i>Konrad Adenauer</i>	<i>Konrad Adenauer</i>	<i>Heinrich Krone</i>	<i>Erich Ollenhauer</i> (bis † 1963) <i>Willy Brandt</i> (ab 1964)	<i>Willy Brandt</i>	<i>Erich Ollenhauer</i>	<i>Konrad Adenauer</i>
	in der 4. WP	CSU: <i>Franz Josef Strauß</i>		<i>Heinrich von Brentano</i> (bis † 1964) <i>Rainer Barzel</i> (ab 1964)				
1965	vor der Wahl	CDU: <i>Konrad Adenauer</i> (bis 1966) <i>Ludwig Erhard</i> (1966–1967)	<i>Ludwig Erhard</i>	<i>Rainer Barzel</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Fritz Erler</i>	<i>Ludwig Erhard</i>
	in der 5. WP	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (ab 1967) CSU: <i>Franz Josef Strauß</i>		<i>Rainer Barzel</i>				
1969	vor der Wahl	CDU: <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (bis 1972) <i>Rainer Barzel</i> (ab 1972)	<i>Kurt Georg Kiesinger</i>	<i>Rainer Barzel</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Helmut Schmidt</i>	<i>Kurt Georg Kiesinger</i>
	in der 6. WP	CSU: <i>Franz Josef Strauß</i>		<i>Rainer Barzel</i>				

Wahljahr	Stand	Partei-vorsitzende CDU und CSU	Kanzler-kandidat CDU/CSU	Fraktions-vorsitzender CDU/CSU	Partei-vorsitzender SPD	Kanzler-kandidat SPD	Fraktions-vorsitzender SPD	Bundeskanzler
1972	vor der Wahl	CDU: <i>Rainer Barzel</i> (bis 1973) <i>Helmut Kohl</i> (ab 1973)	<i>Rainer Barzel</i>	<i>Rainer Barzel</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Herbert Wehner</i>	<i>Willy Brandt</i>
	in der 7. WP	CSU: <i>Franz Josef Strauß</i>		<i>Rainer Barzel</i> (bis 1973) <i>Karl Carstens</i> (ab 1973)			<i>Herbert Wehner</i>	<i>Willy Brandt</i> (bis 1974) <i>Helmut Schmidt</i> (ab 1974)
1976	vor der Wahl	CDU: <i>Helmut Kohl</i>	<i>Helmut Kohl</i>	<i>Karl Carstens</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Helmut Schmidt</i>	<i>Herbert Wehner</i>	<i>Helmut Schmidt</i>
	in der 8. WP	CSU: <i>Franz Josef Strauß</i>		<i>Helmut Kohl</i>			<i>Herbert Wehner</i>	<i>Helmut Schmidt</i>
1980	vor der Wahl	CDU: <i>Helmut Kohl</i>	<i>Franz Josef Strauß</i>	<i>Helmut Kohl</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Helmut Schmidt</i>	<i>Herbert Wehner</i>	<i>Helmut Schmidt</i> (bis 1982)
	in der 9. WP	CSU: <i>Franz Josef Strauß</i>	<i>Helmut Kohl</i> ¹⁾	<i>Helmut Kohl</i> (bis 1982) <i>Alfred Dregger</i> (ab 1982)		<i>Helmut Schmidt</i> ²⁾	<i>Herbert Wehner</i>	<i>Helmut Kohl</i> (ab 1982)
1983	vor der Wahl	CDU: <i>Helmut Kohl</i>	<i>Helmut Kohl</i>	<i>Alfred Dregger</i>	<i>Willy Brandt</i>	<i>Hans-Jochen Vogel</i>	<i>Herbert Wehner</i>	<i>Helmut Kohl</i>
	in der 10. WP	CSU: <i>Franz Josef Strauß</i>		<i>Alfred Dregger</i>			<i>Hans-Jochen Vogel</i>	<i>Helmut Kohl</i>

1) für den Fall eines Regierungswechsels während der 9. Wahlperiode

2) für den Fall von Neuwahlen noch im Jahr 1982

Wahljahr	Stand	Partei-vorsitzende CDU und CSU	Kanzler-kandidat CDU/CSU	Fraktions-vorsitzender CDU/CSU	Partei-vorsitzender SPD	Kanzler-kandidat SPD	Fraktions-vorsitzender SPD	Bundeskanzler
1987	vor der Wahl	CDU: <i>Helmut Kohl</i>	<i>Helmut Kohl</i>	<i>Alfred Dregger</i>	<i>Willy Brandt</i> (bis 1987)	<i>Johannes Rau</i>	<i>Hans-Jochen Vogel</i>	<i>Helmut Kohl</i>
	in der 11. WP	CSU: <i>Franz Josef Strauß</i> (bis † 1988) <i>Theodor Waigel</i> (ab 1988)		<i>Alfred Dregger</i>	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (ab 1987)		<i>Hans-Jochen Vogel</i>	<i>Helmut Kohl</i>
1990	vor der Wahl	CDU: <i>Helmut Kohl</i>	<i>Helmut Kohl</i>	<i>Alfred Dregger</i>	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (bis 1991)	<i>Oskar Lafontaine</i>	<i>Hans-Jochen Vogel</i>	<i>Helmut Kohl</i>
	in der 12. WP	CSU: <i>Theodor Waigel</i>		<i>Alfred Dregger</i> (bis 1991) <i>Wolfgang Schäuble</i> (ab 1991)	<i>Björn Engholm</i> (1991–1993) <i>Rudolf Scharping</i> (ab 1993)		<i>Hans-Jochen Vogel</i> (bis 1991) <i>Hans-Ulrich Klose</i> (ab 1991)	<i>Helmut Kohl</i>
1994	vor der Wahl	CDU: <i>Helmut Kohl</i>	<i>Helmut Kohl</i>	<i>Wolfgang Schäuble</i>	<i>Rudolf Scharping</i> (bis 1995)	<i>Rudolf Scharping</i> ¹⁾	<i>Hans-Ulrich Klose</i>	<i>Helmut Kohl</i>
	in der 13. WP ²⁾	CSU: <i>Theodor Waigel</i>		<i>Wolfgang Schäuble</i>	<i>Oskar Lafontaine</i> (ab 1995)		<i>Rudolf Scharping</i>	<i>Helmut Kohl</i>
1998	vor der Wahl ²⁾	CDU: <i>Helmut Kohl</i> CSU: <i>Theodor Waigel</i>	<i>Helmut Kohl</i>	<i>Wolfgang Schäuble</i>	<i>Oskar Lafontaine</i>	– ³⁾	<i>Rudolf Scharping</i>	<i>Helmut Kohl</i>

¹⁾ Bis zu seinem Rücktritt als Parteivorsitzender im Mai 1993 war *Björn Engholm* Kanzlerkandidat der SPD.

²⁾ Stand: 31. August 1997

³⁾ beim Stand Ende August 1997 noch nicht beschlossen

6.6 Koalitionen und Opposition im Bund

Der Abschnitt „Koalitionen und Opposition im Bund“ ist folgendermaßen untergliedert:

- in eine entsprechende tabellarische Übersicht seit 1949,
- in eine zusammenfassende Übersicht über die Koalitionen und Mehrheitsverhältnisse,
- in eine Aufstellung über die Dauer der Regierungsbeteiligung der einzelnen Parteien seit der 1. Wahlperiode sowie
- in eine Chronik der Bemühungen um eine Große Koalition.

Koalitionen und Opposition im Bund seit 1949

Die folgende Dokumentation verzeichnet in tabellarischer Form

- die seit der 1. Wahlperiode des Bundestages geschlossenen Regierungskoalitionen mit allen Veränderungen,
- die Zahl der Kabinettsmitglieder (jeweils einschließlich Bundeskanzler!) insgesamt und nach Parteizugehörigkeit getrennt mit allen Veränderungen im Verlauf der Wahlperiode,
- die zur Regierungskoalition gehörende Mandatszahl mit allen Veränderungen während der Wahlperiode, z. B. aufgrund von Fraktions- oder Koalitionswechsel (Zahlen in Klammern = Mandatszahl einschließlich der bis Juni 1990 nicht voll stimmberechtigten Berliner Abgeordneten),
- Zusammensetzung und Mandatszahl der Opposition, in der die Zahl aller Abgeordneten, deren Fraktion nicht ausdrücklich und offiziell an der Regierung beteiligt ist, und aller fraktionslosen Abgeordneten enthalten ist (Zahlen in Klammern = Mandatszahl einschließlich Berliner Abgeordneten).

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 19.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler
- 28.8 Ministerrat der DDR

Wahlperiode	Stand	Regierungs- koalition aus	Zahl der Kabinetts- mitglieder (einschl. Bun- deskanzler)	Mandatszahl der Regierungs- koalition	in Opposition	Mandats- zahl der Opposition	Bemerkungen (FrW = Fraktionswechsel)
1. WP 1949–53	15. 9. 1949	CDU/ CSU FDP DP	CDU 6 } CSU 3 } FDP 3 } DP 2 } 14	209 (212)	SPD BP KPD WAV Z Sonst.	193 (198)	Kabinett <i>Konrad Adenauer</i>
	19. 1. 1950			208 (211)		194 (199)	FrW
	14. 5. 1950			209 (212)		193 (198)	Veränderung infolge Nachwahl
	6. 12. 1950			210 (213)		192 (197)	FrW
	19. 1. 1951			211 (214)		191 (196)	FrW
	14. 2. 1951			212 (215)		190 (195)	FrW
	15. 3. 1951						Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> übernimmt zusätz- lich das neugeschaffene Amt des Außenministers.
	23. 4. 1951			211 (214)		191 (196)	Veränderung infolge Nachwahl
7. 9. 1951			210 (213)		192 (197)	FrW	
23. 11. 1951			211 (214)		191 (196)	FrW	
6. 12. 1951			218 (221)		184 (189)	FrW	
13. 12. 1951				218 (221)	SPD FU KPD Sonst.	184 (189)	Zusammenschluß von Fraktionen
5. 1. 1952				219 (222)		183 (188)	FrW
23. 1. 1952				220 (223)		182 (187)	FrW
1. 2. 1952				220 (230)		182 (191)	Erhöhung der Zahl der Berliner Abgeordneten
9. 3. 1952							† BMin <i>Eberhard Wildermuth</i> (FDP); bis Amtsantritt seines Nachfolgers <i>Fritz Neumayer</i> (FDP) am 19. 7. 1952 nur 2 FDP-Kabinettsmitglieder

Wahlperiode	Stand	Regierungs- koalition aus	Zahl der Kabinetts- mitglieder (einschl. Bun- deskanzler)	Mandatszahl der Regierungs- koalition	in Opposition	Mandats- zahl der Opposition	Bemerkungen (FrW = Fraktionswechsel)
noch 1. WP	16. 3. 1952			221 (231)		181 (190)	Veränderung infolge Nachwahl FrW
	26. 3. 1952			223 (233)		179 (188)	
	2. 4. 1952			224 (234)		178 (187)	
	23. 4. 1952			225 (235)		177 (186)	
	24. 4. 1952			224 (234)		178 (187)	FrW
	9. 5. 1952			223 (233)		179 (188)	FrW
	10. 6. 1952			222 (232)		180 (189)	FrW
	26. 6. 1952			221 (231)		181 (190)	FrW
	9. 7. 1952			222 (232)		180 (189)	FrW
	4. 9. 1952			221 (231)		181 (190)	FrW
	17. 9. 1952			222 (232)		180 (189)	FrW
	23. 10. 1952			222 (232)		179 (188)	Mandatsaberken- nung infolge SRP-Verbots
	14. 11. 1952			221 (231)		180 (189)	FrW
	5. 12. 1952			220 (230)		181 (190)	FrW
	9. 12. 1952			216 (226)		185 (194)	FrW
11. 2. 1953			215 (225)		186 (195)	FrW	
27. 7. 1953			214 (224)		187 (196)	FrW	
2. WP 1953–57	9. 10. 1953	CDU/ CSU FDP DP GB/ BHE	CDU 8*)	334 (345)	SPD Sonst.	153 (164)	Kabinett <i>Konrad Adenauer</i> *) nicht gesondert berücksichtigt: Bundeskanzler <i>Adenauer</i> als BMin des Auswärtigen
			CSU 2				
			FDP 4				
			DP 2				
			GB/ BHE 2				
			partei- los 1				
			19				
	1. 1. 1954						Infolge Beitritts des bisher parteilosen BMin <i>Siegfried Balke</i> zur CSU erhöht sich die Zahl der CSU-Kabinettsmitglieder auf 3.

13. 1. 1954			333 (344)		154 (165)	FrW
25. 6. 1954			334 (345)		153 (164)	FrW
22. 8. 1954			333 (344)		154 (165)	FrW
7. 6. 1955		CDU 10 CSU 3 FDP 4 DP 2 GB/ BHE 2	21			Ernennung von <i>Heinrich von Brentano</i> (CDU) zum BMin des Auswärtigen als Nachfolger von <i>Konrad Adenauer</i> und von <i>Theodor Blank</i> (CDU) zum BMin für Verteidigung
12. 7. 1955	CDU/ CSU FDP DP GB/ BHE	CDU 10 CSU 3 FDP 4 DP 2 frtl. 2	21			7 Abgeordnete des GB/BHE, darunter die beiden Kabinettsmitglieder <i>Theodor Oberländer</i> und <i>Waldemar Kraft</i> , verlassen ihre Fraktion, bilden die „Gruppe Kraft/Oberländer“ und hospitierten ab 15. 7. 1955 bei der CDU/CSU-Fraktion.
23. 7. 1955	CDU/ CSU FDP DP	CDU 10 CSU 3 FDP 4 DP 2 frtl. 2	21	315 (326)	SPD GB/ BHE	172 (183) Gesamtdeutscher Block/BHE scheidet aus der Regierungskoalition aus.
12. 11. 1955		CDU 9 CSU 3 FDP 4 DP 2 frtl. 2	20			† BMin <i>Robert Tillmanns</i> (CDU)
23./25. 2. 1956	CDU/ CSU DP	CDU 9 CSU 3 DP 2 frtl. 6	20	281 (289)	SPD GB/ BHE FDP	206 (220) 16 FDP-Abgeordnete („Euler-Gruppe“), darunter die 4 Kabinettsmitglieder <i>Franz Blücher</i> , <i>Fritz Neumayer</i> , <i>Hermann Schäfer</i> und <i>Victor-Emanuel Preusker</i> , verlassen ihre Fraktion, beschließen eine Fraktion „Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten“, später „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ (DA) genannt. FDP scheidet aus der Regierungskoalition am 25. 2. aus.

Wahlperiode	Stand	Regierungs- koalition aus	Zahl der Kabinetts- mitglieder (einschl. Bun- deskanzler)	Mandatszahl der Regierungs- koalition	in Opposition	Mandats- zahl der Opposition	Bemerkungen (FrW = Fraktionswechsel)
noch 2. WP	20./21. 3. 1956	CDU/ CSU DP DA [FVP]	CDU 11 } CSU 3 } DP 2 } DA 4 } 20				20. 3. 1956: Eintritt der bisher bei der CDU/CSU-Fraktion hospitierenden Gruppe Kraft/Oberländer in die CDU/CSU 21. 3. 1956: Aufnahme der Demokratischen Arbeitsgemeinschaft (DA) in die Regierungskoalition (ab 26. 6. 1956: Umbenennung in Freie Volkspartei [FVP])
	11. 5. 1956			282 (290)		205 (219)	FrW
	16. 10. 1956		CDU 9 } CSU 3 } DP 2 } FVP 2 } 16				Kabinettsumbildung: die BMin <i>Theodor Blank</i> (CDU), <i>Waldemar Kraft</i> (CDU), <i>Fritz Neumayer</i> (FVP) und <i>Hermann Schäfer</i> (FVP) scheiden aus dem Kabinett aus.
	14. 11. 1956		CDU 10 } CSU 3 } DP 2 } FVP 2 } 17				Ernennung von <i>Ernst Lemmer</i> (CDU) zum Bundespostminister
	4. 1. 1957			285 (293)		212 (226)	Eintritt von 10 saarländischen MdB
	14. 3. 1957	CDU/ CSU DP (FVP)	CDU 10 } CSU 3 } DP } (FVP) 4 } 17				DP und FVP bilden die Fraktion DP (FVP).
	23. 5. 1957 25. 6. 1957			287 (295) 288 (296)		210 (224) 209 (223)	FrW FrW
3. WP 1957–61	29. 10. 1957	CDU/ CSU DP	CDU 12 } CSU 4 } DP 2 } 18	287 (295)	SPD FDP	210 (224)	Kabinett <i>Konrad Adenauer</i>

3. 6. 1958			286 (294)		211 (225)	FrW
27. 2. 1960		CDU 11 CSU 4 17 DP 2				† BMin <i>Hermann Lindrath</i> (CDU)
8. 4. 1960		CDU 12 CSU 4 18 DP 2				Ernennung von <i>Hans Wilhelmi</i> (CDU) als Nachfolger von BMin <i>Lindrath</i>
4. 5. 1960		CDU 11 CSU 4 17 DP 2				Rücktritt von BMin <i>Theodor Oberländer</i> (CDU)
1. 7. 1960		CDU 11 CSU 4 17 frtl. 2				Neun Abgeordnete der DP, darunter die beiden DP-Kabinettsmitglieder BMin <i>Hans-Christoph Seeborn</i> und <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> , verlassen ihre Fraktion.
20. 9. 1960		CDU 13 CSU 4 17				Eintritt der neun ehemaligen DP-Abgeordneten einschließlich der beiden DP-Kabinettsmitglieder in die CDU
8. 11. 1960			285 (293)		212 (226)	FrW
25. 4. 1961			284 (292)		213 (227)	FrW
3. 5. 1961			281 (289)		216 (230)	FrW
30. 10. 1961		CDU 12 CSU 4 16				Rücktritt von BMin <i>Heinrich von Brentano</i> (CDU)

Hinweise

Eine Dokumentation sämtlicher während der einzelnen Wahlperiode eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken – und damit auch der Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierungskoalition und Opposition – enthält Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken.

Eine Chronik der Fraktionsspaltungen und Fusionen – und damit wiederum auch eine Chronik der Koalitions- und Oppositionsstrukturen – findet sich unter Abschnitt 5.5.

In einer Übersicht in Abschnitt 8.13 sind die Mandatsstärken (Quoren) zusammengestellt, die für die verschiedenen Mehrheiten erforderlich sind.

Wahlperiode	Stand	Regierungs- koalition aus	Zahl der Kabinetts- mitglieder (einschl. Bun- deskanzler)	Mandatszahl der Regierungs- koalition	in Opposition	Mandats- zahl der Opposition	Bemerkungen (FrW = Fraktionswechsel)
4. WP 1961–65	17. 11. 1961	CDU/ CSU FDP	CDU 12 } CSU 4 } 21 FDP 5 }	309 (318)	SPD	190 (203)	Kabinett <i>Konrad Adenauer</i>
	20. 9. 1962			308 (317)		191 (204)	FrW
	19. 11. 1962						Die 5 FDP-Minister erklären ihren Rücktritt.
	11. 12. 1962						Nachdem Bundeskanzler <i>Adenauer</i> am 2. 12. 1962 verbindlich zugesagt hat, im Herbst 1963 zurückzutreten, einigen sich CDU/CSU und FDP, wieder eine Koalition zu bilden.
	13. 12. 1962	CDU/ CSU FDP	CDU 12 } CSU 4 } 21 FDP 5 }				
	16. 10. 1963	CDU/ CSU FDP	CDU 12 } CSU 4 } 21 FDP 5 }				nach Rücktritt von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> : Kabinett <i>Ludwig Erhard</i>
	3. 6. 1964			307 (316)		192 (205)	FrW
	16. 6. 1964		CDU 12 } CSU 4 } 22 FDP 5 } partei- los 1 }				Ernennung des (parteilosen) Staatssekretärs im Bundeskanzleramt <i>Ludger Westrick</i> zum BMin für besondere Aufgaben; <i>Westrick</i> tritt später der CDU bei.
	1. 4. 1965		CDU 13 } CSU 4 } 22 FDP 4 } partei- los 1 }				Ernennung von <i>Karl Weber</i> (CDU) als Nachfolger des zurückgetretenen Justizministers <i>Ewald Bucher</i> (FDP)

5. WP 1965–69	20. 10. 1965	CDU/ CSU FDP	CDU 13 } CSU 5 } 22 FDP 4 }	294 (301)	SPD	202 (217)	Kabinett <i>Ludwig Erhard</i>
	28. 10. 1966	CDU/ CSU	CDU 13 } CSU 5 } 18	245 (251)	SPD FDP	251 (267)	Rücktritt der 4 FDP-Bundesminister; 4 CDU/CSU-Bundesminister werden mit der Verwaltung der Ressorts beauftragt; Ausscheiden der FDP aus der Koalition → Minderheitsregierung
	1. 12. 1966	CDU/ CSU SPD	CDU 9 } CSU 3 } 21 SPD 9 }	447 (468)	FDP	49 (50)	nach Rücktritt von Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i> Koalitionswechsel („Große Koalition“) und Regierungswechsel: Kabinett <i>Kurt Georg Kiesinger</i>
	24. 10. 1967			448 (469)		48 (49)	FrW
6. WP 1969–72	21. 10. 1969	SPD FDP	SPD 12 } FDP 3 } 16 partei- los 1 }	254 (268)	CDU/ CSU	242 (250)	Kabinett <i>Willy Brandt</i>
	9. 10. 1970			251 (265)		245 (253)	FrW
	13. 5. 1971		SPD 11 } FDP 3 } 15 partei- los 1 }				Rücktritt von BMin <i>Alex Möller</i> (SPD)
	14. 10. 1971			251 (264)		245 (254)	FrW
	29. 2. 1972			250 (263)		246 (255)	FrW
	2. 3. 1972			250 (262)		246 (256)	FrW
	15. 3. 1972		SPD 12 } FDP 3 } 15				Ernennung von <i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD) als Nachfolger des zurückgetretenen (parteilosen) Wissenschaftsministers <i>Hans Leussink</i>
23. 4. 1972			249 (261)		247 (257)	FrW	
17. 5. 1972			248 (260)		248 (258)	FrW → „Patt-Situation“	
7. 7. 1972		SPD 11 } FDP 3 } 14				Rücktritt von BMin <i>Karl Schiller</i> (SPD)	

Wahlperiode	Stand	Regierungs-koalition aus	Zahl der Kabinetts-mitglieder (einschl. Bundeskanzler)	Mandatszahl der Regierungs-koalition	in Opposition	Mandats-zahl der Opposition	Bemerkungen (FrW = Fraktionswechsel)
7. WP 1972–76	14. 12. 1972	SPD FDP	SPD 13 } FDP 5 } 18	271 (284)	CDU/ CSU	225 (234)	Kabinett <i>Willy Brandt</i>
	16. 5. 1974	SPD FDP	SPD 12 } FDP 4 } 16				nach Rücktritt von Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> : Kabinett <i>Helmut Schmidt</i>
	8. 12. 1975 8. 12. 1976			270 (283) 269 (282)		226 (235) 227 (236)	FrW FrW
8. WP 1976–80	15. 12. 1976	SPD FDP	SPD 12 } FDP 4 } 16	253 (264)	CDU/ CSU	243 (254)	Kabinett <i>Helmut Schmidt</i>
9. WP 1980–83	5. 11. 1980	SPD FDP	SPD 13 } FDP 4 } 17	271 (282)	CDU/ CSU	226 (237)	Kabinett <i>Helmut Schmidt</i>
	14. 12. 1981 27. 1. 1982			270 (281) 269 (280)		227 (238) 228 (239)	FrW FrW
	17. 9. 1982	SPD	SPD 13	216 (226)	CDU/ CSU FDP	281 (293)	Rücktritt der 4 FDP-Bundesminister; 4 SPD-Bundesminister übernehmen die Ressorts; Ausscheiden der FDP aus der Koalition → Minderheitsregierung der SPD
	1. 10. 1982	CDU/ CSU FDP	CDU 9 } CSU 4 } FDP 4 } 17	279 (291)	SPD	218 (228)	nach Entlassung von Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i> infolge Antrag nach Art. 67 GG („konstruktives Mißtrauensvotum“) Koalitions- und Regierungswechsel: Kabinett <i>Helmut Kohl</i>
10. WP 1983–87	29. 3. 1983	CDU/ CSU FDP	CDU 9 } CSU 5 } FDP 3 } 17	278 (290)	SPD GRÜNE	220 (230)	Kabinett <i>Helmut Kohl</i>

	8. 7. 1983 28. 10. 1983			277 (289) 276 (288)		221 (231) 222 (232)	FrW FrW
	15. 11. 1984	CDU 10 } CSU 5 } 18 FDP 3 }					Ernennung von <i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU) zum Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes
	6. 6. 1986	CDU 11 } CSU 5 } 19 FDP 3 }					Ernennung von <i>Walter Wallmann</i> (CDU) zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
11. WP 1987–90	11. 3. 1987	CDU/ CSU FDP	CDU 10 } CSU 5 } 19 FDP 4 }	269 (282)	SPD GRÜNE	228 (237)	Kabinett <i>Helmut Kohl</i>
	21. 4. 1989		CDU 10 } CSU 6 } 20 FDP 4 }				Kabinettsumbildung und -erweiterung
	8. 6. 1990			282		237	volles Stimmrecht der Berliner Abgeordneten
	3. 10. 1990	CDU/ CSU FDP [DSU]	CDU 13 } CSU 6 } 25 FDP 5 } DSU 1 }	362	SPD GRÜNE/ BÜNDN. 90 PDS	301	Eintritt der 144 von der Volkskammer der DDR gewählten Abgeordneten in den Bundestag gemäß Art. 42 des Einigungsvertrages; Erweiterung des Kabinetts um fünf Bundesminister für besondere Aufgaben, davon drei der CDU und je einen der FDP und der DSU (Namen siehe Abschnitt 6.3); Einbeziehung der DSU in die Koalition (ohne ausdrücklichen Koalitionsvertrag); Umbenennung der Fraktion DIE GRÜNEN in DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90.
	19./20. 12. 1990		CDU 12 } CSU 5 } 23 FDP 5 } DSU 1 }				Rücktritt der Bundesminister <i>Hans Klein</i> (CSU) und <i>Lothar de Maizière</i> (CDU)

Hinweis

Eine Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaften“ der Opposition enthält Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Wahlperiode	Stand	Regierungs- koalition aus	Zahl der Kabinetts- mitglieder (einschl. Bun- deskanzler)	Mandatszahl der Regierungs- koalition	in Opposition	Mandats- zahl der Opposition	Bemerkungen (FrW = Fraktionswechsel)
12. WP 1990–94	18. 1. 1991	CDU/ CSU FDP	CDU 11 } CSU 4 } 20 FDP 5 }	398	SPD PDS/LL B 90/GR	264	Kabinett <i>Helmut Kohl</i>
	22. 4. 1991			397		265	FrW
	25. 5. 1993			396		266	FrW
	20. 3. 1994			395		267	FrW
13. WP 1994–1)	17. 11. 1994	CDU/ CSU FDP	CDU 11 } CSU 4 } 18 FDP 3 }	341	SPD B 90/GR PDS	331	Kabinett <i>Helmut Kohl</i>
	16. 12. 1996			342		330	FrW

1) Stand: 31. August 1997

■ Angaben zur Fortschreibung der Tabelle „Koalitionen und Opposition im Bund seit 1949“ bis zum Beginn der 14. Wahlperiode enthält der NACHTRAG unter 6.6.

Hinweise

In Abschnitt 12.4 ist zum oppositionellen Verhalten zusammengestellt, in welchem Ausmaße die jeweilige Opposition in einer jeden Wahlperiode die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien (Gesetzesinitiativen, Anfragen, Beteiligung an der Aussprache über die Regierungserklärungen, Mißbilligungsanträge usw.) in Anspruch genommen hat.

Eine Dokumentation sämtlicher während der einzelnen Wahlperiode eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken – und damit auch der Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierungskoalition und Opposition – enthält Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken.

Eine Chronik der Fraktionsspaltungen und Fusionen – und damit wiederum auch eine Chronik der Koalitions- und Oppositionsstrukturen – findet sich unter Abschnitt 5.5.

In einer Übersicht in Abschnitt 8.13 sind die Mandatsstärken (Quoren) zusammengestellt, die für die verschiedenen Mehrheiten erforderlich sind, d. h. insbesondere für die absolute Mehrheit der Mitglieder und für die Zweidrittelmehrheit.

Koalitionen und Mehrheitsverhältnisse

Sämtliche Bundesregierungen seit 1949 waren Koalitionsregierungen, da – von der 3. Wahlperiode (1957–61) abgesehen – keine im Bundestag vertretene Partei allein die Mehrheit aller Mandate erreicht hatte; lediglich im 3. Bundestag verfügte die CDU/CSU über die absolute Mehrheit, ging aber trotzdem eine Koalition mit der Deutschen Partei ein.

Koalitionen und Regierungen lassen sich u. a. nach folgender Typologie einteilen:*)

- Allparteienkoalitionen: ein Ausnahmefall, der in der Bundesrepublik auf Bundesebene noch nie eingetreten ist;
- Große Koalitionen: das nur unter dem Druck besonderer Umstände eingegangene Bündnis zweier großer Parteien, von denen jede für sich politisch einen Führungsanspruch erhebt, so in dem bisher einzigen Fall auf Bundesebene die Koalition von CDU/CSU und SPD in der 5. Wahlperiode zwischen 1966 und 1969;
- Kleine Koalitionen: der Normalfall in der Bundesrepublik;
- Minderheitsregierungen: bestanden bisher nur dreimal kurzfristig: (1) Ende 1966 zwischen der Auflösung der CDU/CSU-FDP-Koalition und der Bildung der Großen Koalition, (2) 1972 zwischen dem Patt der Regierungskoalitionen und der Auflösung des Bundestages und (3) im September 1982 zwischen der Auflösung der SPD-FDP-Koalition und Bildung der CDU/CSU-FDP-Koalition.**)

Wahlperiode	Stand	Art der Regierung bzw. Koalition	an der Regierung bzw. Koalition beteiligte Parteien	Mehrheitsverhältnis der Regierung bzw. Koalition
1. WP 1949–53	15. 9. 1949	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP, DP	absolute Mehrheit
2. WP 1953–57	9. 10. 1953	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP, DP, GB/BHE	Zweidrittelmehrheit
	23. 7. 1955	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP, DP	absolute Mehrheit
	21. 3. 1956	Kleine Koalition	CDU, CSU, DP, DA (FVP)	absolute Mehrheit
3. WP 1957–61	29. 10. 1957	Kleine Koalition	CDU, CSU, DP	absolute Mehrheit
	20. 9. 1960	CDU/CSU-Regierung	CDU, CSU	absolute Mehrheit
4. WP 1961–65	17. 11. 1961	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP	absolute Mehrheit

*) Vgl. dazu *Gerhard Zwoch* und *Jürgen Lorenz*, *Koalition. Analytisches und Dokumentarisches*. Bonn 1974. (= Bundestag von a–z, Nr. 9)

***) In der Literatur wird als vierter Fall einer Minderheitsregierung gelegentlich auch der Zeitraum vom 19. November bis 13. Dezember 1962 angegeben. Am 19. November traten die fünf Bundesminister der FDP zurück, um damit gegen das Verhalten von Bundesverteidigungsminister *Franz Josef Strauß* in der „Spiegel-Affäre“ zu protestieren. Am 13. Dezember konnte Bundeskanzler *Konrad Adenauer* die von ihm gebildete neue Bundesregierung wiederum aus CDU/CSU und FDP vorstellen, nachdem zwischenzeitliche Verhandlungen zwischen Vertretern der CDU/CSU und der SPD über die Möglichkeit einer Großen Koalition gescheitert waren. Weswegen dieser Vorgang nicht allgemein als Fall einer Minderheitsregierung gewertet wird, liegt offenbar daran, daß die Koalition zwischen CDU/CSU und FDP niemals förmlich gekündigt worden war.

Wahlperiode	Stand	Art der Regierung bzw. Koalition	an der Regierung bzw. Koalition beteiligte Parteien	Mehrheitsverhältnis der Regierung bzw. Koalition
5. WP 1965–69	20. 10. 1965	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP	absolute Mehrheit
	28. 10. 1966	Minderheitsregierung	CDU, CSU	ohne Mehrheit
	1. 12. 1966	Große Koalition	CDU, CSU, SPD	Zweidrittelmehrheit
6. WP 1969–72	21. 10. 1969	Kleine Koalition	SPD, FDP	absolute Mehrheit
	17. 5. 1972	Kleine Koalition	SPD, FDP	ohne Mehrheit: „Patt-Situation“
7. WP 1972–76	14. 12. 1972	Kleine Koalition	SPD, FDP	absolute Mehrheit
8. WP 1976–80	15. 12. 1976	Kleine Koalition	SPD, FDP	absolute Mehrheit
9. WP 1980–83	5. 11. 1980	Kleine Koalition	SPD, FDP	absolute Mehrheit
	17. 9. 1982	Minderheitsregierung	SPD	ohne Mehrheit
	1. 10. 1982	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP	absolute Mehrheit
10. WP 1983–87	29. 3. 1983	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP	absolute Mehrheit
11. WP 1987–90	11. 3. 1987	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP	absolute Mehrheit
	3. 10. 1990	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP, DSU ¹⁾	absolute Mehrheit
12. WP 1990–94	17. 1. 1991	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP	absolute Mehrheit
13. WP 1994– ²⁾	17. 11. 1994	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP	absolute Mehrheit

1) kein offizielles Koalitionsabkommen mit der DSU

2) Stand: 31. August 1997

Hinweise

Seit 1960/61 haben mit Unterbrechungen die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, zeigt eine Zusammenstellung innerhalb des Abschnittes 6.9.

Die Wahlergebnisse der CDU, CSU und SPD bei allen Bundestags- und Landtagswahlen sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in Abschnitt 1.28 zusammengestellt.

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Dauer der Regierungsbeteiligung der Parteien

Die Dauer der Regierungsbeteiligung der einzelnen Parteien ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich. Danach war es die FDP, die zwischen 1949 und 1994 mit 36 Jahren und 4 Monaten am längsten an der Regierung des Bundes beteiligt war.

Stand am Ende der ... Wahlperiode (im Jahr)	Dauer der Regierungsbeteiligung (in Monaten) der Partei der ...													
	CDU		CSU		SPD		FDP		DP		GB/BHE		FVP	
	pro WP	kumuliert	pro WP	kumuliert	pro WP	kumuliert	pro WP	kumuliert	pro WP	kumuliert	pro WP	kumuliert	pro WP	kumuliert
1. WP (1953)	48	48	48	48	0	0	48	48	48	48	–	0	–	0
2. WP (1957)	48	96	48	96	0	0	28	76	48	96	21	21	19	19
3. WP (1961)	49	145	49	145	0	0	0	76	32	128	–	21	–	19
4. WP (1965)	48	193	48	193	0	0	48	124	–	128	–	21	–	19
5. WP (1969)	48	241	48	241	34	34	12	136	–	128	–	21	–	19
6. WP (1972)	0	241	0	241	38	72	38	174	–	128	–	21	–	19
7. WP (1976)	0	241	0	241	48	120	48	222	–	128	–	21	–	19
8. WP (1980)	0	241	0	241	47	167	47	269	–	128	–	21	–	19
9. WP (1983)	6	247	6	247	23	190	28	297	–	128	–	21	–	19
10. WP (1987)	47	294	47	294	0	190	47	344	–	128	–	21	–	19
11. WP (1990)	46	340	46	340	0	190	46	390	–	128	–	21	–	19
12. WP (1994)	46	386	46	386	0	190	46	436	–	128	–	21	–	19
1. – 12. WP insgesamt	32 Jahre u. 2 Monate		32 Jahre u. 2 Monate		15 Jahre u. 10 Monate		36 Jahre u. 4 Monate		10 Jahre u. 8 Monate		1 Jahr u. 9 Monate		1 Jahr u. 7 Monate	

Chronik der Bemühungen um eine Große Koalition*)

In den westdeutschen Landesparlamenten der ersten Nachkriegszeit – noch vor Gründung der Bundesrepublik – waren Große Koalitionen oder gar Allparteienregierungen unter der Führung von CDU, CSU oder SPD durchaus üblich. Große Koalitionen waren gewissermaßen ein Gebot der

*) Quelle: *Heribert Knorr*, Die Große Koalition in der parlamentarischen Diskussion der Bundesrepublik von 1949 bis 1965. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 24. 1974. B 33. S. 24–47; ders., *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition*. Meisenheim am Glan 1975. Vgl. auch *Franz Schneider*, *Große Koalition. Ende oder Neubeginn?* München 1969.

Stunde, um die enormen Probleme des beginnenden Wiederaufbaus zu bewältigen; parteipolitische Gegensätze waren daher anfangs zweitrangig. Doch schon die zunächst innerparteiliche Auseinandersetzung in der CDU über die Frage der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien – strikt dagegen auf der einen Seite eine wachsende Gruppe um *Konrad Adenauer*, auf der anderen Seite die Befürworter um die ehemaligen christlichen Gewerkschaftsführer *Karl Arnold* und *Jakob Kaiser* – führten schon 1948 bei Einrichtung des bizonalen Wirtschaftsrates zu grundsätzlichen Gegensätzen der beiden großen Parteien.

Neben den konträren Auffassungen in der Wirtschaftspolitik wurden spätestens ab 1949 im Parlamentarischen Rat auch erhebliche innenpolitische Differenzen zwischen den Parteien erkennbar. Lange vor der ersten Bundestagswahl – und ungeachtet der in den Landesparlamenten bestehenden Koalitionen – hatte sich somit „im Bund“ schon eine bürgerliche Mehrheit aus CDU, CSU, FDP und DP sowie eine sozialdemokratische Opposition herausgebildet. Diese Konstellation schloß die Fortsetzung einer Großen Koalition im Bundestag aus, doch gab es seit 1949 immer wieder Bestrebungen, ein solches Regierungsbündnis einzugehen. Sie scheiterten jedoch alle bis 1966. *Heribert Knorr* schreibt als Erklärung:

„Während sich vor 1966 allein die Opposition parteitaktische Vorteile von einem derartigen Regierungsbündnis versprechen konnte und deshalb als der drängende Teil bei der Mehrheitsfraktion auf keine Resonanz stieß, befand sich 1966 die amtierende Regierungsfraktion in einer Krise, die sie nur durch eine Große Koalition glaubte bewältigen zu können. In dieser Situation war sie der agierende Teil, während die Opposition reagierte und ihre Forderungen anmeldete. Im Gegensatz zu den früheren Versuchen betrachtete nicht nur ein Partner, sondern betrachteten beide Partner dieses Regierungsbündnis als die für sie – zumindest kurzfristig – vorteilhafteste Lösung. Die Geschichte der Bemühungen um die Bildung der Großen Koalition in der Bundesrepublik zeigt, daß die Bildung eines derartigen Regierungsbündnisses – abgesehen von wirklichen nationalen außen- und innenpolitisch bedingten Notlagen – solange aussichtslos bleibt, solange die amtierende Regierungsfraktion daran aus parteitaktischen Erwägungen kein Interesse hat.“**)

Die folgende Chronik zeichnet die wesentlichen Initiativen zwischen 1949 und 1966 nach. Die auch nach 1969 immer wieder erhobenen Forderungen nach einer Großen Koalition sind wissenschaftlich noch nicht ausgewertet und gewichtet worden.

14. August 1949 Wahl zum 1. Deutschen Bundestag.
- Obwohl das Ergebnis die Koalition der bürgerlichen Parteien im Wirtschaftsrat bestätigt, *Konrad Adenauer* schon in der Wahlnacht für eine Fortsetzung dieser Koalition eintritt und obwohl auch der SPD-Parteivorstand die Oppositionsrolle im Bundestag auf sich zukommen sieht, gibt es sowohl in der CDU als auch in der SPD Politiker, die sich um die Bildung einer gemeinsamen Regierung bemühen.
- Für eine Große Koalition sprechen sich nach der Wahl einstimmig die Ministerpräsidenten der Länder aus. Einen Vorstoß bei *Konrad Adenauer* unternimmt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident *Karl Arnold* (CDU). In den Äußerungen in den ersten Tagen nach der Wahl zeigt sich, daß die Koalitionsfrage daran zu scheitern droht, welche Partei den wirtschaftspolitischen Kurs bestimmen und das Wirtschaftsministerium besetzen wird.
21. August 1949 *Konrad Adenauer* versammelt in seinem Haus in Rhöndorf einen geschickt ausgewählten Kreis von CDU- und CSU-Politikern zwecks Beratung aller mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fra-

**) *Heribert Knorr*, Die Große Koalition..., a.a.O. S. 47

gen. Befürworter einer Großen Koalition sind zum großen Teil nicht eingeladen worden.

Nach teilweise heftiger Diskussion entscheidet sich der Kreis schließlich für eine Koalition mit FDP und DP und nominiert *Adenauer* als Kanzlerkandidaten der CDU und CSU.

Durch diese informelle Gesprächsrunde, die keinerlei Legitimation beanspruchen kann, ist die Koalitionsfrage zu Beginn der 1. Wahlperiode wirksam vorentschieden worden. Die einstimmige Entschließung der Ministerpräsidenten der Länder vom 25. August auf dem Rittersturz bei Koblenz, in der sie auf die Bildung einer Großen Koalition drängen, bleibt ebenso wirkungslos wie andere Bestrebungen des Arbeitnehmerflügels der CDU und von Mitgliedern des DGB-Gewerkschaftsvorstandes, zumal der SPD-Parteivorstand sich am 29./30. August voll und ganz für eine Strategie als Oppositionspartei entscheidet. Besonders der SPD-Vorsitzende *Kurt Schumacher* ist zu Kompromissen, etwa auch zu einer „konstruktiven“ Oppositionsrolle, nicht bereit.

1953 Nachdem sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den großen Parteien während der 1. Wahlperiode noch verhärtet haben, spielt die Möglichkeit einer Großen Koalition im Wahlkampf zur 2. Bundestagswahl kaum eine Rolle.

Als *Jakob Kaiser*, in der 1. Wahlperiode Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, auf einer Wahlversammlung das Thema anspricht, wird er von allen Koalitionsparteien und von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* scharf zurückgewiesen. Gleichzeitig ergreift der DGB eindeutig Partei für die SPD und festigt damit eher die bisherige Regierungskoalition.

1957 Während des Wahlkampfes zur 3. Bundestagswahl gibt es ungeachtet heftiger Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition vereinzelte Stimmen, die vor allem aus außenpolitischen Gründen für eine Regierung auf möglichst breiter Basis eintreten. Durch das Wahlergebnis vom 15. September 1957, das der CDU/CSU die absolute Mehrheit der Stimmen beschert, erledigt sich die Koalitionsfrage von selbst.

Bei der SPD löst der enttäuschende Wahlausgang einen Anpassungsprozeß aus, dessen erste Anzeichen sich schon auf dem Parteitag 1956 als Bereitschaft zur Abkehr von der „Politik des ewigen Verneinens“ deutlich geworden waren. Die Reformgruppe konzentriert sich um *Willy Brandt* und *Herbert Wehner* und wird vom Parteivorsitzenden *Erich Ollenhauer* unterstützt. Die erste Etappe der Kursänderung ist das Godesberger Programm von 1959, die zweite Etappe das Einlenken in der Außenpolitik im Jahr 1960.

30. Juni 1960 In seiner Rede im Bundestag nach dem Scheitern der Vier-Mächte-Gipfelkonferenz in Paris plädiert *Herbert Wehner* für ein „Ringeln um das höchste Maß an Übereinstimmung bei der Bewältigung der deutschen Lebensfrage“.

November 1960 Auf dem SPD-Parteitag in Hannover wird das Ziel der Partei deutlich, eine gemeinsame Regierung der beiden großen Parteien anzu-

streben. Als Kanzlerkandidat wird *Willy Brandt* nominiert, der als Regierender Bürgermeister von Berlin einer Großen Koalition vorsteht und der der bundesdeutschen Politik „stärkere Berliner Impulse“ empfiehlt.

25. April 1961 Auf dem CDU-Parteitag in Köln weist Bundeskanzler *Konrad Adenauer* und andere führende Politiker der Union ein Koalitionsangebot von *Herbert Wehner* unter Hinweis auf die bisher vertretene „verderbliche Ostpolitik“ der SPD scharf zurück.

Wehner hatte zwei Tage zuvor erklärt, die SPD sei unter bestimmten Umständen zu einer Regierung mit der CDU/CSU bereit.

Während des anschließenden Wahlkampfes und erst recht nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 betont die SPD die Notwendigkeit einer „Konzentration aller nationalen Kräfte in der Verantwortung“, während die CDU/CSU darauf im wesentlichen mit Ablehnung reagiert. Nur einzelne Unionspolitiker wie Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* schließen Situationen nicht aus, die ein Zusammengehen aller Parteien erfordern.

17. September 1961 Nach der Wahl zum 4. Bundestag, bei der die CDU/CSU die absolute Mehrheit verliert und die FDP erklärt, sich an keiner von einem Bundeskanzler *Konrad Adenauer* geführten Koalition zu beteiligen, rückt die Möglichkeit einer Großen Koalition vorübergehend in durchaus realistische Nähe.

Es finden eine Reihe von Kontakten zwischen den Befürwortern einer Großen Koalition in CDU und SPD statt, und auch Bundeskanzler *Adenauer* trifft zu einem Gespräch mit den SPD-Führern *Erich Ollenhauer*, *Herbert Wehner* und *Willy Brandt* zusammen.

Nachdem jedoch die FDP-Fraktion am 29. September eine – wenn auch befristete – Fortsetzung der Kanzlerschaft *Adenauer* akzeptiert, ist die Entscheidung für eine erneute Kleine Koalition von CDU/CSU und FDP gefallen. Wiederholte Forderungen der SPD nach einer „Regierung der nationalen Konzentration“ können daran nichts ändern.

Oktober/November 1962 Die durch die „Spiegel-Affäre“ ausgelöste Koalitionskrise, während der u. a. die FDP-Minister ihren Rücktritt erklären, wächst unter den CDU/CSU-Politikern die Bereitschaft, eine Große Koalition mit der SPD einzugehen.

Es finden mehrere vertrauliche Sondierungsgespräche u. a. zwischen Bundeswohnungsbauminister *Paul Lücke* (CDU), *Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg* (CSU) und *Herbert Wehner* (SPD) statt, die auf *Wehners* Wunsch von Bundeskanzler *Adenauer* ausdrücklich autorisiert werden. Sie gehen nach dem 1. Dezember in offizielle Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD über, wobei sich freilich die Befürworter und Gegner einer Großen Koalition in der CDU/CSU die Waage halten.

Dezember 1962 Nach tagelangen pausenlosen Koalitionsgesprächen zwischen Vertretern aller Parteien und bisweilen stürmischen Diskussionen in den

Partei- und Fraktionsgremien, auch nach Einschaltung von Bundespräsident *Heinrich Lübke*, der sich schon 1961 für eine Große Koalition ausgesprochen hatte, scheitert schließlich die gemeinsame Regierungsbildung von CDU/CSU und SPD. Der Grund des Scheiterns liegt weniger an strittigen Einzelpunkten wie an der Frage der Fortdauer der Kanzlerschaft *Adenauer* oder der Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts, vielmehr an den noch bestehenden grundsätzlichen Widerständen in beiden großen Parteien.

Ergebnis der Koalitionsverhandlungen aber bleibt, daß der SPD durch die offiziellen Koalitionsangebote von CDU/CSU und FDP die Regierungsfähigkeit nicht länger bestritten wird.

1965 Im Wahlkampf zur 5. Bundestagswahl wird das Thema Große Koalition durchaus divergierend behandelt. Während Bundeskanzler *Ludwig Erhard* (CDU) wie schon früher ein solches Regierungsbündnis strikt ablehnt, wird es von anderen Politikern der Union – beispielsweise *Eugen Gerstenmaier*, *Franz Josef Strauß* – zumindest nicht generell ausgeschlossen. Vorsitzender *Willy Brandt* erklärt, daß er auf keinen Fall eine Große Koalition von vornherein ausschließen wolle.

Ende August 1965 Für Aufregung sorgt der CDU-Parteivorsitzende *Konrad Adenauer*, als er in der September-Ausgabe der Zeitschrift „Die politische Meinung“ für eine Große Koalition eintritt, um für notwendige Grundgesetz-Änderungen die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zu erhalten.

Bundeskanzler *Ludwig Erhard* fordert auf einer Wahlveranstaltung, nun endlich das „dumme Gerede“ über eine Große Koalition einzustellen. Gegner und Befürworter einer Großen Koalition treten bis zum Wahltag abwechselnd in den Vordergrund.

19. September 1965 Bei der Wahl zum 5. Bundestag gewinnt die SPD zwar Stimmen dazu, aber auch die CDU/CSU unter Bundeskanzler *Ludwig Erhard* geht gestärkt hervor. Die Fortsetzung der Koalition aus CDU/CSU und FDP steht nicht in Frage. Der SPD-Kanzlerkandidat *Willy Brandt* verzichtet aus Enttäuschung auf die Annahme des Bundestagsmandats.

27. Oktober 1966*) FDP-Fraktionsvorstand und FDP-Fraktion kündigen die Koalition mit der CDU/CSU ausdrücklich auf; die vier FDP-Bundesminister treten zurück.

Vorausgegangen waren wochenlange Differenzen innerhalb der Regierungskoalition wegen der Frage, wie der Bundeshaushalt 1967 vor dem Hintergrund einer wachsenden Wirtschaftskrise ausgeglichen werden soll. Die FDP lehnte die Forderung der CDU/CSU nach Steuererhöhungen grundsätzlich – auch als letzten Ausweg – ab.

Schon zuvor – spätestens seit der Wahlniederlage der CDU im Juli 1966 in Nordrhein-Westfalen – waren in der Union erhebliche Zwei-

*) Zu weiteren Einzelheiten der Ereignisse im Herbst 1966 siehe auch Abschnitt 6.13 „Kanzlerwechsel während der Wahlperiode“ mit der Chronik des Kanzlerwechsels *Erhard/Kiesinger*.

fel an der Eignung von *Ludwig Erhard* als Bundeskanzler aufgekommen, und die Suche nach einem Nachfolger hatte schon längst begonnen, unabhängig vom Scheitern der Koalition mit der FDP.

8. November 1966 Mit den Stimmen der SPD und FDP nimmt der Bundestag einen SPD-Antrag an, in dem Bundeskanzler *Ludwig Erhard* ersucht wird, die Vertrauensfrage zu stellen.
- In derselben Bundestagssitzung trägt *Herbert Wehner* (SPD) die Grundzüge eines 8-Punkte-Programms seiner Partei vor, das die Leitsätze einer künftigen Regierungspolitik enthält.
- Auf dieser Grundlage führt die SPD zunächst Koalitionsgespräche mit der FDP, die sich nachdrücklich zu einer Koalition mit der SPD bekennt.
10. November 1966 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert im dritten Wahlgang mit absoluter Mehrheit *Kurt Georg Kiesinger* zum Kanzlerkandidaten. *Kiesinger* erhält den Auftrag, eine neue Koalition zu bilden.
- In den kommenden 14 Tagen finden fast pausenlos bilaterale Verhandlungen zwischen allen drei bzw. vier Parteien statt.
25. November 1966 Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP gelten als gescheitert, da eine Einigung über Steuererhöhungen nicht erzielt werden kann.
26. November 1966 Die Verhandlungskommissionen von CDU/CSU und SPD einigen sich, ihren Fraktionen die Bildung einer gemeinsamen Regierung unter Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger* und Vizekanzler *Willy Brandt* zu empfehlen.
- 26./27. November 1966 Nach einer zehnstündigen Sondersitzung der SPD-Fraktion entscheiden sich rund 60 Prozent der Fraktionsmitglieder für die Empfehlung ihrer Verhandlungsdelegation. Sie geben ihr den Auftrag, über die Regierungsbildung mit der CDU/CSU abschließend zu verhandeln.
- Erhebliche Einwände richten sich gegen *Kurt Georg Kiesinger* (wegen seiner NSDAP-Kontakte im „Dritten Reich“) und gegen *Franz Josef Strauß* (wegen seines Verhaltens in der „Spiegel-Affäre“). Die Sitzung wird begleitet von einer Flut von Telegrammen und Telefonanrufen von Parteigliederungen gegen eine Große Koalition.
29. November 1966 Die SPD-Fraktion stimmt nach erneuten harten Auseinandersetzungen der Großen Koalition mit 126 gegen 53 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu.
- Auch in der CDU/CSU-Fraktion werden 27 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen gezählt.
30. November 1966 Bundeskanzler *Ludwig Erhard* reicht sein Rücktrittsgesuch ein.
1. Dezember 1966 Der Bundestag wählt mit 340 gegen 109 Stimmen bei 23 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme *Kurt Georg Kiesinger* (CDU) zum Bundeskanzler einer Großen Koalition. Mindestens 104 Abgeordnete der 447 Stimmen umfassenden Koalition haben *Kiesinger* nicht gewählt.

6.7 Regierungsbildung

Dieser Abschnitt enthält folgende Zusammenstellungen:

- Dauer der Regierungsbildungen zu Beginn der Wahlperiode
- Mandatsanteil/Anteil der Kabinettsmitglieder
- Chronologische Darstellungen zur Regierungsbildung: Bibliographie

Dauer der Regierungsbildungen zu Beginn der Wahlperiode

Die Dauer der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildung kann ein Indiz für die Schwierigkeit ihres Zustandekommens sein. Tatsächlich zeigen sich bei einem Vergleich von 1949 bis 1994 Schwankungen zwischen 58 Tagen (im Jahre 1961) und 24 Tagen (in den Jahren 1969 und 1983).

Gemessen wird die Dauer der Regierungsbildung vom Tag der Wahl bis zur Vereidigung des Bundeskabinetts (und nicht bis zur Wahl des Bundeskanzlers), weil es – wie 1953 und 1957 – möglich ist, daß zwar der neue Bundeskanzler schon gewählt wurde, die Koalitionsverhandlungen (einschließlich der Verhandlungen zwischen CDU und CSU) über die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts aber noch nicht abgeschlossen sind.

	1. WP 1949	2. WP 1953	3. WP 1957	4. WP 1961	5. WP 1965	6. WP 1969
Tag der Wahl	14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969
Beginn der Koalitionsverhandlungen	6. 9. 1949	10. 9. 1953	20. 9. 1957	2. 10. 1961	12. 10. 1965	30. 9. 1969
Abschluß der Koalitionsverhandlungen	16. 9. 1949	19. 10. 1953	23. 10. 1957	13. 11. 1961	18. 10. 1965	15. 10. 1969
Ende der vorangegangenen Wahlperiode	–	7. 9. 1953	6. 10. 1957	15. 10. 1961	17. 10. 1965	19. 10. 1969
Konstituierung des neuen Bundestages	7. 9. 1949	6. 10. 1953	15. 10. 1957	17. 10. 1961	19. 10. 1965	20. 10. 1969
Wahl des Bundeskanzlers ¹⁾	15. 9. 1949	9. 10. 1953	22. 10. 1957	7. 11. 1961	20. 10. 1965	21. 10. 1969
Vereidigung des Kabinetts	20. 9. 1949	20. 10. 1953 ³⁾	29. 10. 1957 ⁴⁾	14. 11. 1961	26. 10. 1965	22. 10. 1969
Abgabe der Regierungserklärung	20. 9. 1949	20. 10. 1953 ³⁾	29. 10. 1957 ⁴⁾	29. 11. 1961	10. 11. 1965	28. 10. 1969
Dauer der Regierungsbildung ²⁾	37 Tage	44 Tage	44 Tage	58 Tage	37 Tage	24 Tage

¹⁾ ²⁾ ³⁾ ⁴⁾ Fußnoten siehe Seite 1142

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

	7. WP 1972	8. WP 1976	9. WP 1980	10. WP 1983	11. WP 1987	12. WP 1990/91
Tag der Wahl	19. 11. 1972	3. 10. 1976	5. 10. 1980	6. 3. 1983	25. 1. 1987	2. 12. 1990
Beginn der Koalitionsverhandlungen	21. 11. 1972	25. 10. 1976	27. 10. 1980	17. 3. 1983	5. 2. 1987	6. 12. 1990
Abschluß der Koalitionsverhandlungen	13. 12. 1972	14. 12. 1976	3. 11. 1980	22. 3. 1983	9. 3. 1987	16. 1. 1991
Ende der vorangegangenen Wahlperiode	22. 9. 1972	13. 12. 1976	4. 11. 1980	29. 3. 1983	18. 2. 1987	20. 12. 1990
Konstituierung des neuen Bundestages	13. 12. 1972	14. 12. 1976	4. 11. 1980	29. 3. 1983	18. 2. 1987	20. 12. 1990
Wahl des Bundeskanzlers ¹⁾	14. 12. 1972	15. 12. 1976	5. 11. 1980	29. 3. 1983	11. 3. 1987	17. 1. 1991
Vereidigung des Kabinetts	15. 12. 1972	16. 12. 1976	6. 11. 1980	30. 3. 1983	12. 3. 1987	18. 1. 1991
Abgabe der Regierungserklärung	15. 12. 1972	16. 12. 1976	24. 11. 1980	4. 5. 1983	18. 3. 1987	30. 1. 1991
Dauer der Regierungsbildung ²⁾	26 Tage	- ⁵⁾	32 Tage	24 Tage	46 Tage	47 Tage

	13. WP 1994
Tag der Wahl	16. 10. 1994
Beginn der Koalitionsverhandlungen	27. 10. 1994
Abschluß der Koalitionsverhandlungen	11. 11. 1994
Ende der vorangegangenen Wahlperiode	10. 11. 1994
Konstituierung des neuen Bundestages	10. 11. 1994
Wahl des Bundeskanzlers ¹⁾	15. 11. 1994
Vereidigung des Kabinetts	17. 11. 1994
Abgabe der Regierungserklärung	23. 11. 1994
Dauer der Regierungsbildung ²⁾	32 Tage

1) Eine tabellarische Zusammenstellung der Wahlergebnisse siehe unter Abschnitt 6.1.

2) Gerechnet vom Tag der Wahl bis zur Vereidigung des Kabinetts.

3) Die Vorstellung des Kabinetts und die Abgabe der Regierungserklärung waren ursprünglich für den 14. Oktober 1953 vorgesehen. Am 19. Oktober greift Bundespräsident *Theodor Heuss* unmittelbar in die noch nicht abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen ein und legt der FDP nahe, auf *Thomas Dehler* als Justizminister des neuen Kabinetts zu verzichten. Die CSU fordert er auf, sich nicht definitiv auf *Hans Schuberth* als Postminister festzulegen. Die Frage, wer Postminister werden soll (nach Möglichkeit ein evangelisches CSU-Mitglied), ist indes auch am 20. Oktober noch nicht entschieden, sondern löst sich erst, als am 27. Oktober *Hans Schuberth* auf das Postministerium verzichtet und am 9. Dezember 1953 der Nachfolger in Prof. Dr. *Siegfried Balke* (parteilos, später CSU) gefunden wird (vgl. *Jürgen Domes*, Mehrheitsfraktionen und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Bundestag zum Kabinett Adenauer. Köln, Opladen 1964. S. 60f.).

4) Die Vorstellung des Kabinetts war ursprünglich für den 23. Oktober 1957 vorgesehen (vgl. *Domes*, a. a. O. S. 73).

5) Wegen des frühzeitigen Wahltermins – über zwei Monate vor Ablauf der Wahlperiode – ist die Berechnungsmethode 1976 nicht anwendbar.

Mandatsanteil / Anteil der Kabinettsmitglieder

In diesem Abschnitt wird der Mandatsanteil der an der Regierungskoalition beteiligten Parteien verglichen mit dem Anteil der Kabinettsmitglieder (einschließlich Bundeskanzler), den diese Parteien stellen.

Es zeigt sich dabei, daß kleineren Koalitionspartnern seit 1949 fast immer ein größeres Ministerkontingent überlassen wurde, als ihnen nach der Mandatszahl zugestanden hätte. Umgekehrt hat die den Bundeskanzler stellende Regierungspartei sich stets mit einem geringeren Kabinettsmitgliederanteil zufriedengegeben, als es ihrem Mandatsanteil im Bundestag entsprochen hätte.

Wahlperiode	Stand	Mandatsanteil der Koalitionsparteien		Anteil der Kabinettsmitglieder	
		Zahl insg. = 100%	davon	Zahl insg. = 100%	davon
1. WP 1949–53	15. 9. 1949 (Beginn der WP)	212 = 100%	CDU 118 = 55,7% CSU 24 = 11,3% FDP 53 = 25,0% DP 17 = 8,0%	14 = 100%	CDU 6 = 42,9% CSU 3 = 21,4% FDP 3 = 21,4% DP 2 = 14,3%
2. WP 1953–57	9. 10. 1953 (Beginn der WP)	345 = 100%	CDU 198 = 57,4% CSU 52 = 15,1% FDP 53 = 15,4% DP 15 = 4,3% GB/BHE 27 = 7,8%	19 = 100%	CDU 8 = 42,1% CSU 3 = 15,8% FDP 4 = 21,1% DP 2 = 10,5% GB/BHE 2 = 10,5%
	23. 7. 1955	326 = 100%	CDU 205 = 62,9% CSU 52 = 16,0% FDP 54 = 16,6% DP 15 = 4,6%	21 = 100%	CDU 10 = 47,6% CSU 3 = 14,3% FDP 4 = 19,0% DP 2 = 9,5% frtl. 2 = 9,5%
	16. 10. 1956	290 = 100%	CDU 207 = 71,4% CSU 52 = 17,9% DP 16 = 5,5% FVP 15 = 5,2%	16 = 100%	CDU 9 = 56,3% CSU 3 = 18,8% DP 2 = 12,5% FVP 2 = 12,5%
3. WP 1957–61	29. 10. 1957 (Beginn der WP)	295 = 100%	CDU 225 = 76,3% CSU 53 = 18,0% DP 17 = 5,8%	18 = 100%	CDU 12 = 66,7% CSU 4 = 22,2% DP 2 = 11,1%
	20. 9. 1960	288 = 100%	CDU 235 = 81,6% CSU 53 = 18,4%	17 = 100%	CDU 13 = 76,5% CSU 4 = 23,5%
4. WP 1961–65	17. 11. 1961 (Beginn der WP)	318 = 100%	CDU 201 = 63,2% CSU 50 = 15,7% FDP 67 = 21,1%	21 = 100%	CDU 12 = 57,1% CSU 4 = 19,0% FDP 5 = 23,8%
5. WP 1965–69	20. 10. 1965 (Beginn der WP)	301 = 100%	CDU 202 = 67,1% CSU 49 = 16,3% FDP 50 = 16,6%	22 = 100%	CDU 13 = 59,1% CSU 5 = 22,7% FDP 4 = 18,2%
	1. 12. 1966	468 = 100%	CDU 202 = 43,2% CSU 49 = 10,5% SPD 217 = 46,4%	21 = 100%	CDU 9 = 42,9% CSU 3 = 14,3% SPD 9 = 42,9%

Wahlperiode	Stand	Mandatsanteil der Koalitionsparteien			Anteil der Kabinettsmitglieder		
		Zahl insg. = 100%	davon		Zahl insg. = 100%	davon	
6. WP 1969–72	21. 10. 1969 (Beginn der WP)	268 = 100%	SDP FDP	237 = 88,4% 31 = 11,6%	16 = 100%	SPD FDP parteilos	12 = 75,0% 3 = 18,8% 1 = 6,3%
7. WP 1972–76	14. 12. 1972 (Beginn der WP)	284 = 100%	SPD FDP	242 = 85,2% 42 = 14,8%	18 = 100%	SPD FDP	13 = 72,2% 5 = 27,8%
	16. 5. 1974	284 = 100%	SPD FDP	242 = 85,2% 42 = 14,8%	16 = 100%	SPD FDP	12 = 75,0% 4 = 25,0%
8. WP 1976–80	15. 12. 1976 (Beginn der WP)	264 = 100%	SPD FDP	224 = 84,8% 40 = 15,2%	16 = 100%	SPD FDP	12 = 75,0% 4 = 25,0%
9. WP 1980–83	5. 10. 1980 (Beginn der WP)	282 = 100%	SPD FDP	228 = 80,9% 54 = 19,1%	17 = 100%	SPD FDP	13 = 76,5% 4 = 23,5%
	1. 10. 1982	291 = 100%	CDU CSU FDP	185 = 63,6% 52 = 17,9% 54 = 18,6%	17 = 100%	CDU CSU FDP	9 = 52,9% 4 = 23,5% 4 = 23,5%
10. WP 1983–87	29. 3. 1983 (Beginn der WP)	290 = 100%	CDU CSU FDP	202 = 69,7% 53 = 18,3% 35 = 12,1%	17 = 100%	CDU CSU FDP	9 = 52,9% 5 = 29,4% 3 = 17,6%
	15. 11. 1984	288 = 100%	CDU CSU FDP	202 = 70,1% 51 = 17,7% 35 = 12,2%	18 = 100%	CDU CSU FDP	10 = 55,6% 5 = 27,8% 3 = 16,7%
	6. 6. 1986	288 = 100%	CDU CSU FDP	202 = 70,1% 51 = 17,7% 35 = 12,2%	19 = 100%	CDU CSU FDP	11 = 57,9% 5 = 26,3% 3 = 15,8%
11. WP 1987–90	18. 2. 1987 (Beginn der WP)	282 = 100%	CDU CSU FDP	185 = 65,6% 49 = 17,4% 48 = 17,0%	19 = 100%	CDU CSU FDP	10 = 52,6% 5 = 26,3% 4 = 21,1%
	21. 4. 1989	282 = 100%	CDU CSU FDP	185 = 65,6% 49 = 17,4% 48 = 17,0%	20 = 100%	CDU CSU FDP	10 = 50,0% 6 = 30,0% 4 = 20,0%
	3. 10. 1990	362 = 100%	CDU CSU FDP DSU ¹⁾	248 = 68,5% 49 = 13,5% 57 = 15,8% 8 = 2,2%	25 = 100%	CDU CSU FDP DSU	13 = 52,0% 6 = 24,0% 5 = 20,0% 1 = 4,0%

¹⁾ als Gäste der CDU/CSU-Fraktion beigetreten

Hinweis

Wegen der Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Wahlperiode	Stand	Mandatsanteil der Koalitionsparteien			Anteil der Kabinettsmitglieder		
		Zahl insg.	davon		Zahl insg.	davon	
12. WP 1990–94	17. 1. 1991 (Beginn der WP) ²⁾	398 = 100%	CDU CSU FDP	268 = 67,3% 51 = 12,8% 79 = 19,9%	20 = 100%	CDU CSU FDP	11 = 55,0% 4 = 20,0% 5 = 25,0%
13. WP 1994– ³⁾	15. 11. 1994 (Beginn der WP)	341 = 100%	CDU CSU FDP	244 = 71,6% 50 = 14,7% 47 = 13,8%	18 = 100%	CDU CSU FDP	11 = 61,1% 4 = 22,2% 3 = 16,7%

²⁾ In der 12. Wahlperiode ist zu berücksichtigen, daß die Wahlperiode zwar 1990 begonnen hat, die Wahl des Bundeskanzlers bzw. die Ernennung der Kabinettsmitglieder aber erst am 17./18. Januar 1991 erfolgte.

³⁾ Stand: 31. August 1997

Chronologische Darstellungen zur Regierungsbildung: Bibliographie

Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen seit 1949 finden sich u. a. in folgenden Veröffentlichungen:*)

Jahr	Titel der Untersuchung
1949	<p><i>Franz Alt</i>, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer. Eine monographische Untersuchung der Bildung der ersten Bundesregierung 1949. Eichholz 1970.</p> <p><i>Rudolf Morsey</i>, Die Bildung der ersten Regierungskoalition 1949. Adenauers Entscheidungen von Frankfurt und Rhöndorf am 20. und 21. August 1949. In: Historisches Jahrbuch. Jg. 97/98. 1978. S. 418–438; Vorabdruck in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1978. B 34. S. 3–14.</p> <p>Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. Bearbeitet von <i>Udo Wengst</i>. Düsseldorf 1985 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 3).</p> <p><i>Udo Wengst</i>, Adenauers erste Koalitions- und Regierungsbildung im Spätsommer 1949. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1985. B 18. S. 3–14.</p>
1953	<p><i>Jürgen Domes</i>, Mehrheitsfraktionen und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Bundestag zum Kabinett Adenauer. Köln, Opladen 1964. [Kapitel II: Der Prozeß der Regierungsbildung 1953 und 1957, S. 49–93.]</p>
1957	<p><i>Jürgen Domes</i>, a. a. O.</p> <p><i>Daniel Koerfer</i>, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987. S. 147–177.</p>
1961	<p><i>Wolfgang F. Dexheimer</i>, Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961, 1965, 1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen. Bonn 1973.</p> <p><i>Daniel Koerfer</i>, a. a. O., S. 555–609.</p>

*) Vgl. auch *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. [Kapitel V: Die Regierungsbildung, S. 265–318.]

Jahr	Titel der Untersuchung
1963	<i>Daniel Koerfer</i> , a. a. O., S. 707–751.
1965	<i>Wolfgang F. Dexheimer</i> , a. a. O.
1966	<i>Heribert Knorr</i> , Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition. Meisenheim am Glan 1975. S. 49–100.
1969	<p><i>Wolfgang F. Dexheimer</i>, a. a. O.</p> <p><i>Udo Bernbach</i>, Stationen der Regierungsbildung 1969. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 1. S. 5–23.</p> <p><i>Klaus Bohnsack</i>, Bildung von Regierungskoalitionen, dargestellt am Beispiel der Koalitionsentscheidung der F.D.P. von 1969. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 7. 1976. H. 3. S. 400–425.</p> <p><i>Hartmut H. Brauswetter</i>, Kanzlerprinzip, Ressortprinzip und Kabinettsprinzip in der ersten Regierung Brandt 1969–1972. Bonn 1976, S. 6–16.</p>
1972	<i>Rolf Lange</i> und <i>Gerhard Richter</i> , Erste vorzeitige Auflösung des Bundestages. Stationen vom konstruktiven Mißtrauensvotum bis zur Vereidigung der zweiten Regierung Brandt/Scheel. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 38–75.
1976	<i>Udo Bernbach</i> , Stationen der Regierungs- und Oppositionsbildung 1976. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 159–182.
1980	<i>Udo Bernbach</i> , Stationen der Regierungs- und Oppositionsbildung 1980. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 1. S. 58–83.
1982	<p><i>Klaus Bohnsack</i>, Die Koalitionskrise 1981/82 und der Regierungswechsel 1982. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 1. S. 5–32.</p> <p><i>Joseph Bücken</i> und <i>Helmut Schlimbach</i>, Die Wende in Bonn. Deutsche Politik auf dem Prüfstand. Heidelberg 1983.</p> <p><i>Johannes Merck</i>, „Klar zur Wende?“ – Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980–1982. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 28. 1987. H. 4. S. 384–402.</p>
1983	<i>Klaus Bohnsack</i> , Regierungsbildung und Oppositionsformierung 1983. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 476–486.
1987	<i>Eberhard Sandschneider</i> , Regierungsbildung 1987: Koalitionsverhandlungen und Personalentscheidungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 203–221.
1990/91	<i>Antje Vorbeck</i> , Regierungsbildung 1990/1991: Koalitions- und Personalentscheidungen im Spiegel der Presse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 377–389.
1994	<i>Gudrun Heinrich</i> , Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung auf Bundesebene 1994 im Spiegel der Presse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 2. S. 193–204.

6.8 Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat

In der Regel sind die Mitglieder der Bundesregierung zugleich auch Mitglieder des Deutschen Bundestages. Es gibt jedoch weder eine Bestimmung, die dieses vorschreibt, noch eine, die dieses einschränkt oder generell ausschließt (vgl. Abschnitt 2.8: Inkompatibilitäten).

In den bisherigen Fällen, in denen Mitglieder der Bundesregierung nicht gleichzeitig Bundestagsmitglieder waren, kann man zwischen „typischen“ und „situationsbedingten“ Nichtmitgliedschaften im Bundestag unterscheiden (*Adalbert Hess*).

Typische Nichtmitgliedschaften findet man z. B. bei Experten und hohen Beamten, die in ein Ministeramt gerufen werden, situationsbedingte Nichtmitgliedschaften oft bei Politikern, die kurzfristig wegen überraschender Minister- oder Regierungswechsel in das Bundeskabinett eintreten.

In dem Maße, wie es üblich werden sollte, daß bei Ministerrücktritten die Parlamentarischen Staatssekretäre nachrücken (z. B. 1978), werden Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat noch seltener als bisher (vgl. dazu Abschnitt 6.4).

★ Die Gesamtzahl der **Regierungsmitglieder** (einschließlich Bundeskanzler) **ohne Bundestagsmandat** betrug zwischen dem Beginn der 1. und dem Beginn der 13. Wahlperiode (1949–1994) **25**. Gemessen an den 153 Regierungsmitgliedern im gleichen Zeitraum ist das ein Anteil von **16,3%**.

Die Namen der Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat seit der 1. Wahlperiode sind in der folgenden tabellarischen Übersicht zusammengestellt.*)

Wahlperiode	Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat	Partei	Ressort	Bemerkungen
1. WP 1949–53	<i>Gustav Heinemann</i>	CDU	BM des Innern	Rücktritt: 11. 10. 1940; später MdB [SPD!](3.–4. WP, 5. WP bis Juni 1969)
	<i>Hans Lukaschek</i>	CDU	BM für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	
	<i>Wilhelm Niklas</i>	CSU	BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	MdB ab 30. 5. 1951
	<i>Hans Schubert</i>	CSU	BM für das Post- und Fernmeldewesen	später MdB (in der 2. WP)
2. WP 1953–57	<i>Siegfried Balke</i>	parteilos	BM für das Post- und Fernmeldewesen; ab 16. 10. 1956: Atomfragen	ab 1. 1. 1954: CSU; später MdB (3.–5. WP)
3. WP 1957–61	–	–	–	–

*) Quelle:

Adalbert Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft der Minister in Bund und Ländern (1946–1971). In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 2. 1971. H. 3. S. 262–276. Vgl. auch: *Edzard Schmidt-Jortzig*, Die Bundestagszugehörigkeit der Bonner Minister. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 5. 1974. H. 3. S. 313–315. Fortschreibung durch **Datenhandbuch**-Redaktion.

Wahlperiode	Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat	Partei	Ressort	Bemerkungen
4. WP 1961–65	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> (ab 9. 1. 1963)	CDU	BM der Verteidigung	zuvor und später MdB (in der 2. WP bis Nov. 1954 sowie 5.–8. WP)
	<i>Ludger Westrick</i> (ab 16. 6. 1964)	partei- los	BM für besondere Aufgaben (Chef des Bundeskanzleramtes)	später CDU-Ehren- mitglied
5. WP 1965–69	<i>Ludger Westrick</i>	CDU	BM für besondere Aufgaben (Chef des Bundeskanzleramtes)	Rücktritt am 1. 12. 1966
	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (ab 1. 12. 1966)	CDU	Bundeskanzler	zuvor und später MdB (1.–2. WP, 3. WP bis Febr. 1959 sowie 6.–8. WP)
	<i>Willy Brandt</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD	BM des Auswärtigen	zuvor und später MdB (1.–2. WP, 4. WP bis Dez. 1961, 6.–11. WP und 12. WP bis † am 8. 10. 1992)
	<i>Lauritz Lauritzen</i> (ab 1. 12. 1966)	SPD	BM für Wohnungs- wesen und Städtebau	später MdB (6.–7. WP und 8. WP bis † am 5. 6. 1980)
	<i>Horst Ehmke</i> (ab 26. 3. 1969)	SPD	BM der Justiz	später MdB (6.–12. WP)
6. WP 1969–72	<i>Hans Leussink</i>	partei- los	BM für Bildung und Wissenschaft	Rücktritt am 15. 3. 1972
7. WP 1972–76	<i>Hans Friderichs</i>	FDP	BM für Wirtschaft	zuvor und später MdB (5. WP sowie 8. WP bis Nov. 1977)
	<i>Kurt Gscheidle</i> (ab 16. 5. 1974)	SPD	BM für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	zuvor MdB (4.–5. WP; s. auch Bemerkun- gen bei 9. WP)
8. WP 1976–80	–	–	–	–

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 6.11 mit einer statistischen Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen, nach Ressorts gegliedert,
- 6.18 mit einer Aufstellung der von den Ressorts an den Bundestag erstatteten Berichte,
- 6.20 mit der parlamentarischen Beanspruchung der Bundesministerien,
- 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert,
- 12.1 mit der Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen,
- 17.3 mit einer Statistik der Petitionen, aufgegliedert nach der Zuständigkeit der Ministerien.

Wahlperiode	Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat	Partei	Ressort	Bemerkungen
9. WP 1980–83	<i>Kurt Gscheidle</i> (bis 28. 4. 1982)	SPD	BM für das Post- und Fernmeldewesen	zuvor MdB (in der 4.–5. WP, 6. WP bis Nov. 1969 und in der 8. WP)
	<i>Manfred Lahnstein</i> (ab 28. 4. 1982 bis 4. 10. 1982)	SPD	BM der Finanzen	Entlassung aufgrund des konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler <i>Schmidt</i> ; später MdB (in der 10. WP bis Aug. 1983)
	<i>Norbert Blüm</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU	BM für Arbeit und Sozialordnung	zuvor und später MdB (7.–8. WP, 9. WP bis Juni 1981 und ab 10. WP)
	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (ab 4. 10. 1982)	CDU	BM der Finanzen	zuvor und später MdB (3.–5. WP, 6. WP bis Juni 1971 und ab 10. WP)
10. WP 1983–87	<i>Martin Bangemann</i> (ab 27. 6. 1984)	FDP	BM für Wirtschaft	zuvor und später MdB (7.–8. WP, 11. WP bis Jan. 1989)
	<i>Rita Süßmuth</i> (ab 26. 9. 1985)	CDU	BM für Jugend, Familie und Gesundheit; ab 6. 6. 1986: BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	später MdB (ab 11. WP)
	<i>Walter Wallmann</i> (ab 6. 6. 1986)	CDU	BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	zuvor und später MdB (7. WP, 8. WP bis Juni 1977 und 11. WP bis April 1987)
11. WP 1987–90	<i>Klaus Töpfer</i> (ab 7. 5. 1987)	CDU	BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	später MdB (ab 12. WP)
	<i>Rupert Scholz</i> (ab 18. 5. 1988 bis 21. 4. 1989)	CDU	BM der Verteidigung	später MdB (ab 12. WP)
	<i>Ursula Lehr</i> (ab 9. 12. 1988)	CDU	BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	später MdB (12. WP)
12. WP 1990–94	<i>Klaus Kinkel</i>	FDP ¹⁾	BM der Justiz; ab 18. 5. 1992 BM des Auswärtigen	später MdB (ab 13. WP)
	<i>Günter Rexrodt</i>	FDP	BM für Wirtschaft	später MdB (ab 13. WP)
13. WP 1994– ²⁾	–	–	–	–

1) bis Januar 1991 parteilos

2) Stand: 31. August 1997

6.9 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Strukturdaten

In diesem Abschnitt werden folgende Übersichten zur strukturellen Zusammensetzung der Bundeskabinette zusammengefaßt:

- Zahl der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten im Vergleich
- Zahl der Regierungsmitglieder (einschließlich Bundeskanzler) seit 1949
- Anteil der Juristen im Kabinett
- Dienstalster der Mitglieder der Bundesregierung
- Die Regierungsmitglieder mit über zehnjähriger Amtszeit
- Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden zum Bundeskabinett
- Soziale Zusammensetzung der Bundeskabinette: Bibliographie

Zahl der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten im Vergleich

155 Personen würde eine Liste aller Regierungsmitglieder – Bundeskanzler und Bundesminister – umfassen, die in den 45 Jahren vom Beginn der 1. Wahlperiode bis zum Beginn der 13. Wahlperiode dem Kabinett angehört. Eine entsprechende Liste aller Mitglieder des Bundestages brächte es auf 2 808 Namen.

Der Unterschied zwischen den beiden Gruppen liegt in der Steigerungsrate: Gemessen an der Zahl von 14 Kabinettsmitgliedern im Jahr 1949 ist deren Zahl bis 1994 um das Elfache gestiegen. Bei den Abgeordneten dagegen hat sich die Zahl im gleichen Zeitraum nur um das Siebenfache vergrößert.

Die Einzelheiten sind aus der Gegenüberstellung der Indexpzahlen ersichtlich, die 1949 jeweils von 100 ausgehen und 1994 bei den Regierungsmitgliedern auf 1 107 gestiegen sind, bei den Abgeordneten jedoch nur auf 685.

Infolge von Koalitions- und Regierungswechseln findet insgesamt gesehen im Kabinettsbereich ein wesentlich stärkerer personeller Austausch statt als im Parlament. Entsprechend liegen die durchschnittlichen Mandatszeiten der Abgeordneten erheblich über den Amtszeiten der Kabinettsmitglieder.

Wahlperiode	Stand	Zahl der		Entwicklung der Zahlenreihe (Index 1949 = 100)	
		Regierungsmitglieder seit 1949	Mitglieder des Bundestages seit 1949	Regierungsmitglieder	Mitglieder des Bundestages
1. WP 1949–53	Beginn	14	410	100	100
	Ende	16	474	114	116
2. WP 1953–57	Beginn	25	719	178	175
	Ende	30	763	214	186
3. WP 1957–61	Beginn	34	922	242	225
	Ende	36	953	257	232

Wahlperiode	Stand	Zahl der		Entwicklung der Zahlenreihe (Index 1949 = 100)	
		Regierungsmitglieder seit 1949	Mitglieder des Bundestages seit 1949	Regierungsmitglieder	Mitglieder des Bundestages
4. WP 1961–65	Beginn	44	1084	314	264
	Ende	56	1124	400	274
5. WP 1965–69	Beginn	60	1256	429	306
	Ende	74	1285	529	313
6. WP 1969–72	Beginn	82	1441	586	351
	Ende	83	1469	593	358
7. WP 1972–76	Beginn	88	1614	629	394
	Ende	93	1641	664	400
8. WP 1976–80	Beginn	96	1758	686	429
	Ende	102	1780	729	434
9. WP 1980–83	Beginn	103	1910	736	466
	Ende	118	1929	843	470
10. WP 1983–87	Beginn	119	2020	850	493
	Ende	123	2063	879	503
11. WP 1987–90	Beginn	125	2173	893	530
	Ende	137	2340	979	571
12. WP 1990–94	Beginn	142	2575	1021	628
	Ende	153	2605	1093	635
13. WP 1994– ¹⁾	Beginn	155	2808	1107	685
	Ende				

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Zahl der Regierungsmitglieder seit 1949

155 beträgt die Zahl aller Regierungsmitglieder, die – einschließlich Bundeskanzler – dem Bundeskabinett von 1949 bis zum Beginn der 13. Wahlperiode (1994) angehören bzw. angehört haben.

Nur 1949 waren alle Kabinettsmitglieder erstmalig in dieser Funktion tätig; in allen übrigen Kabinetten lag der Anteil der Neulinge überwiegend unter 50%. Mehr als die Hälfte erstmaliger Regierungsmitglieder wies nur das Kabinett *Kohl* von 1982 auf; im Kabinett *Brandt* von 1969 betrug der Anteil der Neulinge genau 50%. Mit anderen Worten: Kein Kabinett außer 1949 hat gewissermaßen bei Null angefangen, was Regierungserfahrung betrifft, weder bei einem Kanzlerwechsel noch bei einem Koalitionswechsel.

Alle Einzelheiten sind der folgenden Statistik zu entnehmen. Aus ihr lassen sich im übrigen die Zahl der Rücktritte bzw. Entlassungen und die Zahl der Todesfälle während der Amtszeit ersehen.

Zahl der Regierungsmitglieder (einschließlich Bundeskanzler) seit 1949

Wahlperiode	Kabinett	zu Beginn der Amtszeit des Kabinetts		im Verlauf der Amtszeit des Kabinetts					Zahl der verschiedenen Regierungsmitglieder ab der 1. Wahlperiode ¹⁾ insgesamt
		Zahl der Regierungsmitglieder	davon erstmals im Kabinett	Rücktritte/Entlassungen	Todesfälle	Veränderungen der Zahl der Regierungsmitglieder	Zahl der dadurch nachrückenden Regierungsmitglieder	davon erstmals im Kabinett	
1. WP 1949–53	Adenauer	14	14	1	1	± 0	2	2	16
2. WP 1953–57	Adenauer	19	9	6	1	+ 3 – 5	5	5	30
3. WP 1957–61	Adenauer	18	4	3	1	– 2	2	2	36
4. WP 1961–65	Adenauer (bis 1963)	21	8	7	0	± 0	7	7	51
	Erhard (ab 1963)	21	3	2	0	+ 1	3	2	56
5. WP 1965–69	Erhard (bis 1966)	22	4	4	0	– 4	0	0	60
	Kiesinger (ab 1966)	20	9	5	0	± 0	5	5	74
6. WP 1969–72	Brandt	16	8	3	0	– 2	1	1	83

7. WP 1972–76	Brandt (bis 1974)	18	5	0	0	± 0	0	0	88
	Schmidt (ab 1974)	16	5	1	0	± 0	1	0	93
8. WP 1976–80	Schmidt	16	3	6	0	± 0	6	6	102
9. WP 1980–83	Schmidt (bis 1982)	17	1	8	0	– 4	4	4	107
	Kohl (ab 1982)	17	11	0	0	± 0	0	0	118
10. WP 1983–87	Kohl	17	1	2	0	+ 2	4	4	123
11. WP 1987–90	Kohl	19	2	8	0	+ 6 – 2	12	12	137
12. WP 1990–94	Kohl	20	5	11	0	± 0	11	11	153
13. WP 1994–	Kohl	18	2						155 ²⁾

1) Stand am Ende des jeweiligen Kabinetts bzw. der Wahlperiode

2) Stand zu Beginn der Amtszeit des Kabinetts in der 13. Wahlperiode

Hinweis

Seit 1960/61 haben die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen des Bundes die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, ist innerhalb des Abschnitts 6.9 dokumentiert.

Anteil der Juristen im Kabinett*)

Vor dem Hintergrund der These vom Juristenmonopol in den staatlichen Organen und Institutionen ist die Frage von Interesse, wie stark Juristen in den Kabinetten der Bundesregierung vertreten sind. Die nebenstehende Tabelle zeigt, daß der Anteil der Volljuristen an den jeweiligen Bundesregierungen erheblich schwankt – zwischen 25 und 50 Prozent – und auch nicht von der parteipolitischen Zusammensetzung des Kabinetts abhängt.

Wahlperiode	Kabinett	Anzahl der Regierungsmitglieder ¹⁾	Anteil der Volljuristen unter den Regierungsmitgliedern	
			Anzahl ¹⁾	in % ¹⁾
1. WP 1949–53	<i>Adenauer</i>	14	6	42,9
2. WP 1953–57	<i>Adenauer</i>	20	5	25,0
3. WP 1957–61	<i>Adenauer</i>	18	7	38,9
4. WP 1961–65	<i>Adenauer</i> (bis 1963)	21	8	38,1
	<i>Erhard</i> (ab 1963)	22	7	31,8
5. WP 1965–69	<i>Erhard</i> (bis 1966)	22	7	31,8
	<i>Kiesinger</i> (ab 1966)	20	6	30,0
6. WP 1969–72	<i>Brandt</i>	16	4	25,0
7. WP 1972–76	<i>Brandt</i> (bis 1974)	18	8	44,4
	<i>Schmidt</i> (ab 1974)	16	4	25,0
8. WP 1976–80	<i>Schmidt</i>	16	4	25,0
9. WP 1980–83	<i>Schmidt</i> (bis 1982)	17	8	47,1
	<i>Kohl</i> (ab 1982)	17	8	47,1
10. WP 1983–87	<i>Kohl</i>	17	8	47,1
11. WP 1987–90	<i>Kohl</i>	19	9	47,4
12. WP 1990–94	<i>Kohl</i>	20	6	33,3
13. WP 1994–	<i>Kohl</i>	18	9	50,0

*) Quelle: *Hans Christian Hillner* und *Christa Pampel*, Juristenmonopol – auch in den Bundesregierungen? Eine statistische Dokumentation 1949–1983. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 15. 1984. H. 1. S. 5–6; Fortschreibung bis 1994 durch Parlamentsarchiv sowie durch *Datenhandbuch*-Redaktion.

¹⁾ Die Angaben beziehen sich jeweils auf den Beginn der Kabinette; der Bundeskanzler ist in die Zahl einbezogen.

Dienstalter der Mitglieder der Bundesregierung

Der Statistik über das Dienstalter der Mitglieder der Bundesregierung seit 1949 läßt sich u. a. entnehmen:

- Das Kabinett mit dem höchsten durchschnittlichen Dienstalter seiner Mitglieder war das 3. Kabinett *Schmidt* zu Beginn der 9. Wahlperiode (1980) mit 5,65 Jahren, gefolgt vom 4. Kabinett *Kohl* zu Beginn der 12. Wahlperiode (1990/91) mit 4,68 Jahren.
- Das durchschnittliche Dienstalter **aller Mitglieder** der Bundesregierung hat sich seit 1961 auf einer Höhe von rund fünf Jahren eingependelt.
- Der Durchschnittszeit von rund fünf Dienstjahren steht freilich eine erhebliche Spannweite gegenüber: beispielsweise zu Beginn der 12. Wahlperiode die Dienstzeit von Bundesminister *Hans-Dietrich Genscher* mit über 21 Jahren und die Dienstzeit „0“ der Minister und Ministerinnen *Irmgard Adam-Schwaetzer*, *Klaus Kinkel*, *Angela Merkel*, *Hannelore Rösch* und *Carl-Dieter Spranger*.
- Drei Kabinette weisen an ihrem Ende ein niedrigeres durchschnittliches Dienstalter auf als zu Beginn: das letzte Kabinett von *Adenauer* (1961–1963), das letzte Kabinett von *Schmidt* (1980–1982) und das vierte Kabinett von *Kohl* (1990–1994) – in allen drei Fällen ein Hinweis auf eine umfangreiche Umbildung und Verjüngung des Kabinetts während dessen Amtszeit.

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamenteinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Wissenschaftliche Dienste
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages
- 23.3 Parlamentsberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen
- 24.4 Europäisches Parlament

Dienstalter der Mitglieder der Bundesregierung

Wahlperiode	Kabinett (Dauer in Jahren)	Durchschnittliches Dienstalter der Mitglieder des jeweiligen Kabinetts (in Jahren)		Sämtliche Mitglieder der Bundesregierung seit der 1. Wahlperiode ¹⁾		Dienstälteste Minister zu Beginn der Amtszeit des Kabinetts ²⁾	
		zu Beginn	am Ende	Gesamtzahl	durchschnittliches Dienstalter in Jahren	Dienstalter in Jahren	Name oder Zahl
1. WP 1949–53	Adenauer (4,08)	0,00	3,80	16	3,55	0,00	–
2. WP 1953–57	Adenauer (4,00)	2,00	5,29	30	4,41	4,08	8 Minister
3. WP 1957–61	Adenauer (4,08)	3,51	7,09	36	5,67	8,08	3 Minister
4. WP 1961–65	Adenauer (1,92)	4,56	4,42	51	4,79	12,17	2 Minister
	Erhard (2,00)	3,62	5,58	56	5,14	14,08	<i>Seebohm</i>
5. WP 1965–69	Erhard (1,08)	4,43	5,89	60	5,19	16,08	<i>Seebohm</i>
	Kiesinger (2,92)	2,72	4,26	74	4,99	13,08	<i>Schröder</i>
6. WP 1969–72	Brandt (3,17)	1,32	4,30	83	5,04	4,92	<i>Scheel</i>

7. WP 1972–76	Brandt (1,42)	3,01	4,42	88	5,04	8,08	<i>Scheel</i>
	Schmidt (2,58)	2,61	4,92	93	5,21	7,50	<i>Leber</i>
8. WP 1976–80	Schmidt (3,92)	3,98	6,01	102	5,37	10,08	<i>Leber</i>
9. WP 1980–83	Schmidt (1,92)	5,65	5,10	107	5,42	11,08	2 Minister
	Kohl (0,50)	2,50	3,00	118	4,99	12,92	2 Minister
10. WP 1983–87	Kohl (3,92)	2,17	5,10	123	5,35	13,42	<i>Genscher</i>
11. WP 1987–90	Kohl (3,83)	4,27	5,71	137	5,39	17,34	<i>Genscher</i>
12. WP 1990–94	Kohl (3,90)	4,68	3,90	153	5,34	21,17	<i>Genscher</i>
13. WP 1994– ³⁾	Kohl	3,78				12,09	<i>Blüm</i>

¹⁾ Stand am Ende des jeweiligen Kabinetts

²⁾ Die Angaben in dieser Spalte sind nicht identisch mit der von der Bundesregierung veröffentlichten „Dienstaltersliste der Bundesminister“, bei der der Zeitpunkt der ersten Ernennung maßgebend ist. Dies hat beispielsweise zu Beginn der 12. Wahlperiode zur Folge, daß nicht *Hans-Dietrich Genscher*, sondern *Gerhard Stoltenberg* (Dienstzeit: 12,25 Jahre) dienstältester Bundesminister ist, weil dessen erste Ernennung (26. Oktober 1965) vier Jahre vor der von *Genscher* liegt. Unerheblich ist, daß *Stoltenberg* zwischen Juni 1971 und Oktober 1982 dem Kabinett nicht angehörte.

³⁾ Stand: 31. August 1997

Die Regierungsmitglieder mit über zehnjähriger Amtszeit

Folgende Regierungsmitglieder – Bundeskanzler und Bundesminister – haben in der Zeit von 1949 bis zum **Stand vom 31. August 1997** länger als 120 Monate, d. h. über zehn Jahre dem Bundeskabinett angehört.

Amtszeit in Monaten	Name, Partei		Ressort
270	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	1969 – 1974 1974 – 1992	Bundesminister des Innern Bundesminister des Auswärtigen (mit kurzer Unterbrechung 1982)
206	<i>Ludwig Erhard</i> (CDU)	1949 – 1963 1963 – 1966	Bundesminister für Wirtschaft Bundeskanzler
206	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (DP → CDU)	1949 – 1966	Bundesminister für Verkehr
192	<i>Gerhard Schröder</i> (CDU)	1953 – 1961 1961 – 1966 1966 – 1969	Bundesminister des Innern Bundesminister des Auswärtigen Bundesminister der Verteidigung
179	<i>Norbert Blüm</i> (CDU)	ab 1982	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
179	<i>Helmut Kohl</i> (CDU)	ab 1982	Bundeskanzler
169	<i>Konrad Adenauer</i> (CDU)	1949 – 1963	Bundeskanzler (1951 – 1953 gleichzeitig auch Bundesminister des Auswärtigen)
161	<i>Josef Ertl</i> (CSU)	1969 – 1982	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (mit kurzer Unterbrechung 1982)
161	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	1965 – 1969 1982 – 1989 1989 – 1992	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung Bundesminister der Finanzen Bundesminister der Verteidigung
156	<i>Egon Franke</i> (SPD)	1969 – 1982	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
156	<i>Helmut Schmidt</i> (SPD)	1969 – 1972 1972 – 1974 1974 – 1982	Bundesminister der Verteidigung Bundesminister der Finanzen (1972 zeitweise Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen) Bundeskanzler
146	<i>Fritz Schäffer</i> (CSU)	1949 – 1957 1957 – 1961	Bundesminister der Finanzen Bundesminister der Justiz

Amtszeit in Monaten	Name, Partei	Ressort	
146	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	1953 – 1955 1955 – 1956 1956 – 1963 1966 – 1969	Bundesminister für besondere Aufgaben Bundesminister für Atomfragen Bundesminister für Verteidigung, ab 1961: Bundesminister der Verteidigung Bundesminister der Finanzen
135	<i>Werner Dollinger</i> (CSU)	1962 – 1966 1982 – 1987	Bundesschatzminister Bundesminister für Verkehr
135	<i>Georg Leber</i> (SPD)	1966 – 1969 1969 – 1972 1972 – 1978	Bundesminister für Verkehr Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen Bundesminister der Verteidigung
125	<i>Paul Lücke</i> (CDU)	1957 – 1965 1965 – 1968	Bundesminister für Wohnungsbau, ab 1961: Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung Bundesminister des Innern
124	<i>Klaus Töpfer</i> (CDU)	1987 – 1994 ab 1994	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
123	<i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU)	1982 – 1993	Bundesminister für Forschung und Technologie
122	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU)	1982 – 1992	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, ab 1989: Bundesminister für Post und Telekommunikation

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur

Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden zum Bundeskabinett

Inwieweit in den Regierungskoalitionen seit 1949 die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, zeigt die folgende Zusammenstellung. Demnach gehört es eher zur Regel als zur Ausnahme, daß die Vorsitzenden der Koalitionsparteien Mitglieder der Bundesregierung sind. Die Tabelle berücksichtigt auch, ob die im Kabinett vertretenen Parteivorsitzenden das Amt des Bundeskanzlers oder Vizekanzlers innehatten.

Wahlperiode	Stand	Zusammensetzung der Koalition	Parteivorsitzende	Mitglied der Bundesregierung	als Bundeskanzler	als Vizekanzler
1. WP 1949–53	Beginn der WP	CDU	<i>Konrad Adenauer</i> (ab 1950) ¹⁾	ja ¹⁾	ja	–
		CSU	<i>Hans Ehard</i>	nein	–	–
		FDP	<i>Franz Blücher</i>	ja	–	ja
		DP	<i>Heinrich Hellwege</i>	ja	–	nein
2. WP 1953–57	Beginn der WP	CDU	<i>Konrad Adenauer</i>	ja	ja	–
		CSU	<i>Hans Ehard</i> (bis 1955) <i>Hanns Seidel</i> (ab 1955)	nein	–	–
		FDP ²⁾	<i>Franz Blücher</i> (bis 1954) <i>Thomas Dehler</i> (ab 1954)	ja nein	– –	ja –
		DP	<i>Heinrich Hellwege</i>	ja ³⁾	–	nein
		GB/BHE ⁴⁾	<i>Waldemar Kraft</i> (bis 1954) <i>Theodor Oberländer</i> (1954–55) ⁴⁾	ja ja	– –	nein nein
		16. 10. 1956	CDU CSU DP FVP	<i>Konrad Adenauer</i> <i>Hanns Seidel</i> <i>Heinrich Hellwege</i> <i>Victor-Emanuel Preusker</i>	ja nein nein ja	ja – – –
3. WP 1957–61	Beginn der WP	CDU	<i>Konrad Adenauer</i>	ja	ja	–
		CSU	<i>Hanns Seidel</i> (bis März 1961) <i>Franz Josef Strauß</i> (ab März 1961)	nein ja	– –	– nein
		DP ⁵⁾	<i>Heinrich Hellwege</i>	nein	–	–

¹⁾ Parteivorsitzender erst ab 1950 nach Gründung der CDU als Bundespartei

²⁾ Februar 1956 Ausscheiden der FDP aus der Koalition; die vier der FDP angehörenden Kabinettsmitglieder verlassen mit weiteren 12 Abgeordneten ihre Fraktion und gründen eine eigene Fraktion; endgültiger Name nach Parteigründung ab Juni 1956 „Freie Volkspartei (FVP)“.

³⁾ bis Juni 1955; anschließend Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

⁴⁾ Juli 1955 Ausscheiden des GB/BHE aus der Koalition; Fraktionswechsel von *Theodor Oberländer* zur CDU/CSU und Verbleiben im Kabinett

⁵⁾ Juli 1960 Übertritt von neun DP-Abgeordneten (darunter den beiden DP-Kabinettsmitgliedern) zur CDU/CSU-Fraktion; Auflösung der Fraktion der DP

Wahlperiode	Stand	Zusammensetzung der Koalition	Parteivorsitzende	Mitglied der Bundesregierung	als Bundeskanzler	als Vizekanzler
4. WP 1961–65	Beginn der WP	CDU CSU FDP	<i>Konrad Adenauer</i> <i>Franz Josef Strauß</i> <i>Erich Mende</i>	ja ⁶⁾ ja ⁷⁾ ja ⁸⁾	ja ⁶⁾ – –	– nein ja ⁸⁾
5. WP 1965–69	Beginn der WP	CDU CSU FDP ¹⁰⁾	<i>Konrad Adenauer</i> (bis März 1966) <i>Ludwig Erhard</i> (ab März 1966) <i>Franz Josef Strauß</i> <i>Erich Mende</i>	nein ja ⁹⁾ nein ja ¹⁰⁾	– ja ⁹⁾ – –	– – – ja ¹⁰⁾
	1. 12. 1966	CDU CSU SPD	<i>Ludwig Erhard</i> (bis Mai 1967) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (ab Mai 1967) <i>Franz Josef Strauß</i> <i>Willy Brandt</i>	nein ja ¹¹⁾ ja ja	– ja – –	– – nein ja
6. WP 1969–72	Beginn der WP	SPD FDP	<i>Willy Brandt</i> <i>Walter Scheel</i>	ja ja	ja –	– ja
7. WP 1972–76	Beginn der WP	SPD FDP	<i>Willy Brandt</i> <i>Walter Scheel</i> (bis 1974) <i>Hans-Dietrich Genscher</i> (ab 1974)	ja ¹²⁾ ja ¹³⁾ ja ¹⁴⁾	ja ¹²⁾ – –	– ja ¹³⁾ ja ¹⁴⁾
8. WP 1976–80	Beginn der WP	SPD FDP	<i>Willy Brandt</i> <i>Hans-Dietrich Genscher</i>	nein ja	– –	– ja
9. WP 1980–83	Beginn der WP	SPD FDP	<i>Willy Brandt</i> <i>Hans-Dietrich Genscher</i>	nein ja	– –	– ja
	1. 10. 1982	CDU CSU FDP	<i>Helmut Kohl</i> <i>Franz Josef Strauß</i> <i>Hans-Dietrich Genscher</i>	ja nein ja	ja – –	– – ja
10. WP 1983–87	Beginn der WP	CDU CSU FDP	<i>Helmut Kohl</i> <i>Franz Josef Strauß</i> <i>Hans-Dietrich Genscher</i> (bis 1985) <i>Martin Bangemann</i> (ab 1985)	ja nein ja ja	ja – – –	– – ja nein

⁶⁾ Bundeskanzler bis Oktober 1963 (Rücktritt)

⁷⁾ bis Januar 1963 (Entlassung im Anschluß an die „Spiegel-Affäre“)

⁸⁾ Vizekanzler ab Oktober 1963 (Kabinett *Erhard*)

⁹⁾ Bundeskanzler bis November 1966 (Rücktritt)

¹⁰⁾ Oktober 1966 Ausscheiden der FDP aus der Koalition

¹¹⁾ Bundeskanzler seit Dezember 1966

¹²⁾ Bundeskanzler bis Mai 1974 (Rücktritt)

¹³⁾ Vizekanzler bis Mai 1974, anschließend Bundespräsident

¹⁴⁾ Vizekanzler ab Mai 1974 (Kabinett *Schmidt*)

Wahlperiode	Stand	Zusammensetzung der Koalition	Parteivorsitzende	Mitglied der Bundesregierung	als Bundeskanzler	als Vizekanzler
11. WP 1987–90	Beginn der WP	CDU CSU	<i>Helmut Kohl</i>	ja	ja	–
			<i>Franz Josef Strauß</i> (bis † 1988)	nein	–	–
		FDP	<i>Theodor Waigel</i> (ab 1988)	ja ¹⁵⁾	–	nein
			<i>Martin Bangemann</i> (bis 1988) <i>Otto Graf Lambsdorff</i> (ab 1988)	ja nein	– –	nein –
12. WP 1990–94	Beginn der WP	CDU CSU	<i>Helmut Kohl</i>	ja	ja	–
			<i>Theodor Waigel</i>	ja	–	nein
		FDP	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (bis 1993)	nein	–	–
			<i>Klaus Kinkel</i> (ab 1993)	ja	–	ja
13. WP 1994– ¹⁶⁾	Beginn der WP	CDU CSU	<i>Helmut Kohl</i>	ja	ja	–
			<i>Theodor Waigel</i>	ja	–	nein
		FDP	<i>Klaus Kinkel</i> (bis 1995)	ja	–	ja
			<i>Wolfgang Gerhardt</i> (ab 1995)	nein	–	–

¹⁵⁾ ab April 1989

¹⁶⁾ Stand: 31. August 1997

Soziale Zusammensetzung der Bundeskabinette: Bibliographie

Zur sozialen Zusammensetzung der Bundeskabinette liegen verschiedene Untersuchungen vor.)* Die folgende Bibliographie gibt bei jedem Titel an, welche Merkmale für welchen Zeitraum dabei berücksichtigt wurden.

*) Nicht berücksichtigt wurde *Frank Armbruster*, Ressort-Rotationen in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland. Minister: Fachmann oder Politiker? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 95–110. In dieser Untersuchung sind nicht nur die Bundesregierungen von 1949 bis 1972 eingeschlossen, sondern auch sämtliche Landesregierungen der Bundesrepublik Deutschland im gleichen Zeitraum. Eine nach Bund und Ländern getrennte Auszählung der verschiedenen Merkmale (u. a. Ausbildung, berufliche und politische Tätigkeit, Kontakte bzw. Verflechtungen mit sozialen Bereichen sowie führende Stellung in Partei, Fraktion und Parlament) ist nicht vorgenommen worden.

Hinzuweisen ist dagegen auf die von *Gerhard Loewenberg* durchgeführte (deskriptive) Untersuchung der Struktur der acht Kabinette, die zwischen 1949 und 1967 gebildet wurden: *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. S. 299–318.

Hinweis

Eine Bibliographie der Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung des Bundestages enthält Abschnitt 3.24.

Schmidt, Hannelore

Die deutsche Exekutive 1949–1960.

In: Archives Européennes de Sociologie. Jg. 4. 1963. Nr. 1. S. 166–176.

Untersuchter Zeitraum: 1. bis 4. Wahlperiode (1949–1960)

Untersuchte Merkmale:¹⁾ durchschnittliche Amtsdauer/Fluktuation
 vorministerielle Positionen
 parteipolitische Bindungen
 Durchschnittsalter
 regionale Herkunft
 Konfession
 Schulbildung
 Studienfächer
 militärische Erfahrung
 berufliche Tätigkeit
 Berufe der Väter

1) Ergänzung der Daten von *Maxwell E. Knight*, *The German Executive 1890–1933*. Stanford University Press 1952

Angaben pauschal für alle 36 Bundesminister des untersuchten Zeitraumes, d. h. nicht nach Wahlperioden getrennt

Lange, Rolf-Peter

Auslesestrukturen bei der Besetzung von Regierungsgätern.

In: Parteiensystem in der Legitimationskrise. Hrsg. von *Jürgen Dittberner* und *Rolf Ebbighausen*. Opladen 1973. S. 132–171.

Untersuchter Zeitraum: generell 1. bis 6. Wahlperiode (1949–1969); Abweichungen siehe Fußnoten

Untersuchte Merkmale: Konfession¹⁾
 Schulbildung²⁾
 vorpolitische Berufe²⁾
 Berufe der Väter¹⁾
 soziale Herkunft¹⁾³⁾
 Parteizugehörigkeit¹⁾²⁾
 Parteierfahrungen auf Bundesebene vor der ersten Amtsübernahme⁴⁾
 Wahlpositionen bzw. -funktionen auf Landesebene vor der ersten Amtsübernahme⁵⁾
 Parteipositionen bzw. -funktionen zum Zeitpunkt der ersten Amtsübernahme¹⁾

1) nach den ersten fünf Wahlperioden gegliedert

2) für alle 74 zwischen Oktober 1949 und Oktober 1969 ernannten Bundesminister, d. h. nicht nach Wahlperioden getrennt

3) getrennte Auszählung für die zwischen 1966 und 1972 ernannten SPD-Bundesminister

4) nur für die CDU-Bundesminister, nach den ersten fünf Wahlperioden gegliedert

5) getrennt für die 44 CDU-Bundesminister zwischen 1949 und 1969 sowie für alle 83 zwischen 1949 und 1972 ernannten Bundesminister

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Gerstein, Hannelore und Hartmut Schellhoss

Die Bonner Exekutive. Eine Sozialstatistik der Bundeskabinette 1949–63.

In: Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht. Bearb. und hrsg. von *Wolfgang Zapf*. Tübingen 1964. S. 71–100.

Untersuchter Zeitraum: 1. Wahlperiode bis zur ersten Hälfte der 4. Wahlperiode (1949–1963)¹⁾

Untersuchte Merkmale:²⁾ personelle Zirkulation
 soziale Zirkulation
 Parteipositionen und -funktionen vor der ersten Amtsübernahme
 (nur CDU-Minister)
 Erfahrungen in Beamtenpositionen
 Berufe der Väter
 soziale Schichtzugehörigkeit
 vertikale Mobilität
 vorpolitische Berufe³⁾
 Berufsausübung während des Dritten Reiches
 Alter und Geschlecht
 Konfession
 regionale Zugehörigkeit und Mobilität
 Auslandsbeziehungen
 Schulbildung (einschließlich Aufgliederung nach Studienfächern)

1) Zum Teil werden auch Vergleiche gezogen mit der Sozialstruktur der Kabinettsmitglieder des deutschen Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des Dritten Reiches anhand der Untersuchungsergebnisse von *Maxwell E. Knight*, *The German Executive 1890–1933*. Stanford University Press 1952.

2) im allgemeinen gemeinsam für alle 54 Bundesminister des untersuchten Zeitraumes, d. h. nicht nach Wahlperioden getrennt

3) zusätzlich biographische Angaben zu den Vorpositionen der Minister des 1. Kabinetts *Adenauer* (1949)

Beyme, Klaus von

Regierungswechsel 1969. Zum Wandel der Karrieremuster der politischen Führung.

In: Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik. [Festschrift für *Theodor Eschenburg*.] Hrsg. von *Gerhard Lehbruch, Klaus von Beyme, Iring Fetscher*. München 1971. S. 255–286.

Untersuchter Zeitraum: 6. Wahlperiode (1969–1972)

Untersuchte Merkmale: Geschlecht
 regionale Herkunft
 Herkunftsschichten
 Gruppenzugehörigkeit
 Ausbildungsgänge
 Militärdienst
 parlamentarische Erfahrungen
 Parteiarbeit
 Eintritt in das höchste Amt

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Armingeon, Klaus

Die Bundesregierungen zwischen 1949 und 1985. Eine Forschungsnotiz über Ausbildung und Berufe der Mitglieder der Bundeskabinette in der Bundesrepublik Deutschland.

In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 1. S. 25–40.

Untersuchter Zeitraum: 1. Wahlperiode bis zur 1. Hälfte der 10. Wahlperiode (1949–1985)

Untersuchte Merkmale:¹⁾ Politikertyp (Berufs-, Fach- bzw. Machtpolitiker einschl. Kombinationen)
Beruf²⁾
Ausbildung (höchster Ausbildungsabschluß sowie Studienfächer)²⁾
Durchschnittsalter²⁾

¹⁾ Angaben generell nach den einzelnen Jahren zwischen 1949 und 1985 gegliedert, nicht nach Wahlperioden

²⁾ Angaben weiter untergliedert in Zugehörigkeit zum Gesamtkabinett und zum „Kernkabinett“ (Bundeskanzler, Minister des Äußeren, des Innern, der Finanzen und der Wirtschaft)

Spahn, Thomas

Merkmale politischer Karrieren von Mitgliedern der Bundesregierung seit 1969.

Bonn, Magisterarbeit [um 1985]

Untersuchter Zeitraum: 6. Wahlperiode bis zum Beginn der 10. Wahlperiode (1969–1984)

Untersuchte Merkmale:¹⁾ Konfession
Geschlecht
Bildungsniveau (Gymnasial- und Universitätsbesuch, Studienfächer)
Beruf
Verbandszugehörigkeiten (Verbandsfunktionäre, Gewerkschaftsmitglieder)
Alter (Geburtsjahrgänge, Durchschnittsalter)
Partei- und Wahlamtskarrieren
Karrieretypen

¹⁾ Insbesondere in Anknüpfung an die Studie von *Rolf-Peter Lange*, Auslesestrukturen bei der Besetzung von Regierungsämtern. In: Parteiensystem in der Legitimationskrise. Hrsg. von *Jürgen Dittberner* und *Rolf Ebbighausen*. Opladen 1973. S. 132–171.

Einbeziehung auch der Parlamentarischen Staatssekretäre.

Angaben für alle 126 Spitzenpolitiker des untersuchten Zeitraumes, getrennt nach Bundeskanzlern und Bundesministern einerseits sowie Parlamentarischen Staatssekretären und Staatsministern andererseits, ferner aufgeschlüsselt nach der Parteizugehörigkeit und zum Teil gegliedert nach bestimmten Analysezeitpunkten (nicht immer identisch mit dem Wechsel der Wahlperioden).

Herzog, Dietrich

Elitensoziologische Aspekte der Bundestagswahl 1980.

In: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Hrsg. von *Max Kaase* und *Hans-Dieter Klingemann*. Opladen 1983, S. 101–120.

Untersuchter Zeitraum: 9. Wahlperiode bis September 1982

Untersuchte Merkmale: Amtsdauer
Alter (Geburtsjahrgänge)
Parlaments- und Ministerialerfahrung
Ausbildung und berufliche Herkunft

6.10 Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse

„Es liegt in der Konsequenz von Regierungskoalitionen, daß die Koalitionspartner vor dem definitiven Abschluß ihres Bündnisses die Bedingungen ihrer Zusammenarbeit festlegen. Unter **Koalitionsvereinbarungen** versteht man demzufolge in einem parlamentarischen Regierungssystem jene Übereinkünfte, in denen von den Koalitionspartnern (Parteien bzw. deren Fraktionen) die personellen und sachlichen Bedingungen festgehalten werden, unter denen sie bereit sind, eine Regierung zu bilden und für die Dauer ihres Bestehens parlamentarisch zu stützen. Dabei können solche Vereinbarungen in verschiedenen Formen getroffen werden: von mündlichen Absprachen zwischen Verhandlungsdelegationen, die eventuell nachträglicher Bestätigung durch die betroffenen Fraktionen bedürfen, über Gedächtnisprotokolle, die zu den eigenen Akten genommen oder ausgetauscht werden, über Briefwechsel bis hin zu vertragsähnlichen Dokumenten mit oder ohne Unterzeichnung...

In dem Maße, in dem Koalitionsvereinbarungen einen förmlichen, d. h. schriftlich fixierten Charakter angenommen haben, ergab sich auch die Notwendigkeit, ein Gremium zu schaffen, das die Einhaltung der Absprachen garantieren und überwachen sollte. Im Koalitionsvertrag von 1961 war erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Einsetzung eines „**Koalitionsausschusses**“ explizit vorgesehen, was freilich nicht heißt, daß es solche Ausschüsse nicht bereits zuvor gegeben hätte. Bereits die Regierungskoalitionen der Weimarer Republik kannten solche Kontrollausschüsse in der Form eines dem Kabinett und den jeweiligen Mehrheitsfraktionen vorgeschalteten Koordinationsgremiums, und man kann vermuten, daß auch in der Bundesrepublik mit Bildung der ersten Regierungskoalition von 1949 eine ähnliche Institution mit eher informellem Charakter begründet wurde.“*)

Die Informationslage über den Nachweis von offiziell nicht vorgesehenen, informellen Koalitions-gremien – insbesondere auch über deren Sitzungsturnus, Zusammensetzung, Tagesordnung und Relevanz der Gesprächsergebnisse – ist nach wie vor unzureichend, und die Forschungsergebnisse hinken oft mehrere Wahlperioden hinterher.

Die Fortschreibung des früheren Abschnitts 6.9 war daher regelmäßig mit nachträglichen Zusätzen verbunden. Konnte im *Datenhandbuch Bundestag 1980–1987* infolge einer neueren Untersuchung**) die Übersicht über die Koalitionsverträge und Koalitionsausschüsse für die Zeit der Kanzlerschaft von *Konrad Adenauer* ergänzt werden, so war es aufgrund neuerer Nachforschungen von *Wolfgang Rudzio****) möglich, für die Jahre ab 1979 zahlreiche Einzelheiten nachzutragen. Zahlreiche Informationen zur Praxis seit der Kanzlerschaft von *Helmut Kohl* sind *Waldemar Schreckenberger* zu verdanken.****)

*) *Udo Bernbach*, Artikel „Koalition“. In: *Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. München 1977. S. 319–324 (Auszug).

**) *Jost Küpper*, *Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer*. Frankfurt am Main 1985; vgl. zuvor schon *Jürgen Domes*, *Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer*. Köln, Opladen 1964. S. 162–165.

***) *Wolfgang Rudzio*, *Informelle Entscheidungsmuster in Bonner Koalitionsregierungen*. In: *Regieren in der Bundesrepublik II. Formale und informale Komponenten des Regierens in den Bereichen Führung, Entscheidung, Personal und Organisation*. Hrsg. von *Hans-Hermann Hartwich* und *Göttrik Wewer*. Opladen 1991, S. 125–141. Vgl. auch *Wolfgang Rudzio*, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, 2. aktualisierte Aufl. Opladen 1987. S. 268–271.

****) *Waldemar Schreckenberger*, *Informelle Verfahren der Entscheidungsvorbereitung zwischen der Bundesregierung und den Mehrheitsfraktionen: Koalitionsgespräche und Koalitionsrunden*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 25. 1994. H. 3. S. 329–346.

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuß
1. WP 1949–53	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP, DP	Nicht veröffentlichte Koalitionsabsprachen in Form eines Briefwechsels und – soweit bekannt – auf inhaltlich-politische Fragen beschränkt.	Offiziell nicht vorgesehen, nachweisbar aber sind sowohl regelmäßige Sitzungen eines Koalitionsausschusses auf Fraktionsebene als auch regelmäßige (z. T. wöchentliche) Termine von Koalitionsgesprächen zwischen Bundeskanzler, Kabinett und Koalition.
2. WP 1953–57	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP, DP, GB/BHE	Nicht veröffentlichte Koalitionsabsprachen in Form eines Briefwechsels und – soweit bekannt – nicht nur auf inhaltlich-politische Fragen beschränkt, sondern auch strukturelle Fragen der Regierungsorganisation betreffend.	Offiziell nicht vorgesehen, Sitzungen eines Koalitionsausschusses bzw. regelmäßige Koalitionsgespräche jedoch nachweisbar.
3. WP 1957–61	Beginn der WP	CDU/CSU, DP	Nicht veröffentlichte Koalitionsabsprachen.	Offiziell nicht vorgesehen, Existenz eines Koalitionsausschusses und Durchführung von Koalitionsgesprächen jedoch bezeugt.
4. WP 1961–65	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP	<p>Koalitionsabkommen vom 20. 10. 1961 (in nicht autorisierten Fassungen in der Presse veröffentlicht), sieht u. a. vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zusammenarbeit der Regierungsparteien für die Dauer der 4. Legislaturperiode; – Zusicherung, während dieser Zeit kein anderes Koalitionsangebot anzunehmen; – Übereinkunft, <i>Adenauer</i> zum Kanzler zu wählen, allerdings nicht für die Dauer der ganzen Regierungszeit; – das Versprechen, im BT nicht mit wechselnden Mehrheiten zu stimmen; – die Einrichtung eines Koalitionsausschusses mit weitreichenden Kompetenzen; – die Teilnahmeberechtigung der Fraktionsvorsitzenden an Kabinettsberatungen sowie – die Formulierung politischer Grundsätze im Bereich der Außen- und Deutschlandpolitik, der Innen-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Agrar- und Sozialpolitik. 	Im Koalitionsabkommen ausdrücklich vorgesehen; bestehend aus „den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, deren Stellvertretern und den parlamentarischen Geschäftsführern der Koalitionsfraktionen“.

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuß
noch: 4. WP	Dezember 1962 ¹⁾	CDU/CSU, FDP	Abkommen z. T. bestätigt und ergänzt durch ein „Arbeitspapier“ bzw. „Arbeitsprogramm“	
5. WP 1965–69	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP	Nicht veröffentlichte Koalitionsabsprachen.	Nicht wieder vorgesehen.
	Dezember 1966	CDU/CSU, SPD	Verzicht auf detaillierten Koalitionsvertrag; teilweise Übernahme der „Leitsätze der SPD für die Koalitionsverhandlungen im Herbst 1966“ in der Regierungserklärung.	Zunächst nicht vorgesehen; ab Sommer 1967 „Kressbronner Kreis“ ²⁾ , bestehend aus Bundeskanzler <i>Kiesinger</i> , Vizekanzler <i>Brandt</i> , den beiden Fraktionsvorsitzenden <i>Barzel</i> und <i>Schmidt</i> sowie weiteren Mitgliedern je nach Bedarf.
6. WP 1969–72	Beginn der WP	SPD, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen.
7. WP 1972–76	Beginn der WP	SPD, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen.
8. WP 1976–80	Beginn der WP	SPD, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen, doch mehr oder weniger regelmäßige Treffen spätestens ab 1979 auf vier Ebenen nachweisbar: (1) interfraktionelle Ebene, (2) Parteiebene, (3) innerhalb der Bundesregierung und (4) ein als „Koalitionsgespräch“ oder „Koalitionsrunde“ bezeichnetes informelles Entscheidungszentrum, an dem die Spitzenpolitiker aus Kabinett, Fraktionen und Parteien teilnahmen.
9. WP 1980–83	Beginn der WP	SPD, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen, aber regelmäßige „Koalitionsgespräche“ nachweisbar (siehe dazu 8. Wahlperiode).
	Oktober 1982	CDU/CSU, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen.

10. WP 1983–87	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen, doch sind als „Koalitionsgespräche“ oder „Koalitionsrunde“ bezeichnete turnusmäßige Treffen der Spitzenpolitiker nachweisbar; ferner gelegentliche Treffen der drei Parteivorsitzenden („Dreier-Gipfel“, „Elefantenrunde“).
11. WP 1987–90	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP	Zahlreiche Einzelvereinbarungen, kein ausdrücklicher Koalitionsvertrag.	Offiziell nicht vorgesehen, aber – wie in der 10. Wahlperiode – „Koalitionsgespräche“ und gelegentliche Treffen der Parteivorsitzenden; Weiterentwicklung der „Koalitionsrunde“ zu einem Entscheidungsgremium.
12. WP 1990–94	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen; Entwicklung der „Koalitionsrunde“ zu einem informellen Entscheidungsorgan mit umfassenden Kompetenzen; Einsetzung von „Koalitionsarbeitsgruppen“.
13. WP 1994– ³⁾	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen; Fortsetzung der bisher entwickelten Praxis mit „Koalitionsrunde“ und „Koalitionsarbeitsgruppen“.

1) Nach der „Spiegel-Affäre“; vgl. auch *Helmut Gerber*, Koalitionsabkommen im Bund. Tübingen 1964. S. 44–48.

2) Die Bezeichnung „Kressbronner Kreis“ geht zurück auf ein mehrtägiges Treffen führender Koalitionspolitiker, zu dem Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger* im August 1967 in seinen Urlaubsort Kressbronn am Bodensee eingeladen hatte. Dieser Gesprächskreis wurde später zu einem Koalitionsgremium institutionalisiert, „das die Arbeitsfähigkeit der Koalition und die Stabilität der Regierung sichern sollte“. (*Heribert Knorr*, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Meisenheim am Glan 1975. S. 224).

3) Stand 31. August 1997

Hinweis

Seit 1960/61 haben die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Inwieweit in den Regierungskoalitionen des Bundes die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, ist innerhalb des Abschnitts 6.9 dokumentiert.

6.11 Regierungserklärungen

Regierungserklärungen*) werden üblicherweise im Parlament zu Beginn einer Wahlperiode nach Bildung der neuen Regierung vom Regierungschef abgegeben. In diesen Erklärungen wird das politische Programm der Regierung umrissen und der Kritik der Opposition ausgesetzt. Aber auch während der Wahlperiode gelangen Regierungserklärungen zu besonderen Anlässen auf die Tagesordnung, abgegeben in der Regel ebenfalls durch den Regierungschef, gelegentlich aber auch durch den zuständigen Ressortminister.

Auf die konstitutive Bedeutung der Regierungserklärungen weist mit Nachdruck *Hans Troßmann* hin:

„In der Regel, insbesondere zu Beginn einer Wahlperiode oder bei einem Regierungswechsel während der Wahlperiode, findet die Festlegung der zu verfolgenden Politik aufgrund einer Erklärung der Bundesregierung statt. Diese ist eine Absichtserklärung des Bundeskanzlers darüber, welche Politik die Regierung zu verfolgen gedenkt. Verfahren kann der Bundeskanzler danach erst, wenn der Bundestag, mindestens in seiner Mehrheit, diese Politik gebilligt hat. Diese Billigung ist verfassungsrechtlich der entscheidende Akt, gleichgültig, in welcher Form sie zum Ausdruck kommt. Sie kann aus einer bloßen Kenntnisnahme bestehen ...

Die Kenntnisnahme solcher Regierungserklärungen ist ein konstitutiver Akt. In diesem Akt der Billigung liegt die Entscheidung der Volksvertretung über die Politik, die die Regierung nicht nur nach ihrem Ermessen verfolgen kann, sondern zu vertreten hat, und zwar so lange, als nicht aufgrund besonderer Umstände eine Änderung dieser Grundlinien der Politik vom Bundestag gebilligt wird. Das Verfahren – in der Regel aufgrund einer Regierungserklärung –, die Politik, die die Regierung zu verfolgen hat, zur Grundlage der Entscheidung des Bundestages zu machen, kann allzu leicht den Eindruck erwecken, die Regierung lege ihre Politik dar, habe sie somit schon festgelegt und der Bundestag nehme davon nur als von einer vollendeten Tatsache Kenntnis oder

*) Vgl. *Udo Bernbach*, Regierungserklärung. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von *Hans Helmut Röhring* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 421–422 sowie *Klaus von Beyme*, Funktionen der Regierungserklärung im Parlamentarismus der Bundesrepublik. In: Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München, Wien 1979. S. 7–50.

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten

suche im Wege der parlamentarischen Kontrolle die Regierung zu veranlassen, ihre Politik zu ändern. Die Neigung zu einer solchen Sicht wird gefördert durch die überholte Auffassung, dem Bundestag stehe – neben seinen Aufgaben als Kurationsorgan – nur die parlamentarische Kontrolle und die Gesetzgebung zu. Das hat für die Weimarer Republik gegolten, man sollte aber heute von solcher Auffassung endgültig Abschied nehmen.“*)

Neben den Regierungserklärungen bieten die jährlichen Haushaltsberatungen Gelegenheit, sowohl über die allgemeine politische Lage als auch über die Tätigkeit der einzelnen Regierungsressorts zu diskutieren. Nach amerikanischem Vorbild schließlich war 1968 die jährliche Debatte über den „Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland“ hinzugekommen.

Die Praxis des Bundestages ab der 1. Wahlperiode veranschaulichen die folgenden vier Tabellen und Übersichten:

- eine tabellarische Übersicht über die sogenannten Antrittserklärungen der Regierung,
- eine detaillierte Aufstellung über diese Regierungserklärungen,
- eine Zusammenstellung sämtlicher Regierungserklärungen mit Datum, Thema und der Angabe, von welchem Regierungsmitglied die Erklärung abgegeben wurde,
- und eine statistische Übersicht über die thematischen Schwerpunkte der Regierungserklärungen.

Tabellarische Übersicht: Erklärungen zum Regierungsprogramm

Anhand dieser Übersicht lassen sich folgende Fragestellungen beantworten und Entwicklungen verfolgen:

- wie viele Tage zwischen der Wahl des Bundeskanzlers und der Abgabe der Regierungserklärung lagen,
- wie viele Tage zwischen der Abgabe der Regierungserklärung und dem Beginn der Aussprache lagen,
- welche zeitliche Dauer (in Sitzungstagen bzw. Stunden) die einzelnen Regierungserklärungen mit Aussprache in Anspruch nahmen,
- Zahl der verschiedenen Redner und Zahl der Wortmeldungen, unterteilt nach Mitgliedern der Bundesregierung (Reg.), Abgeordneten der Regierungskoalition (Koa.) und Abgeordneten der Opposition (Opp.),
- ob als erster Redner nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers die Opposition das Wort erhielt oder nicht.

Die Übersicht zeigt u. a., daß der Bundestag seit 1965 (nach zahlreicher Kritik wegen seiner „Mundfaulheit“**) wesentlich ausführlichere Aussprachen über die Regierungserklärung führte als zuvor; sowohl die Dauer der Aussprache als auch die Zahl der Redner läßt dies erkennen. Von der dem parlamentarischen Regierungssystem entsprechenden Verfahrensweise, auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers unmittelbar die Erwiderung des Oppositionssprechers folgen zu lassen, wurde erst seit 1966 nicht mehr abgewichen.

*) *Hans Troßmann*, Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Bd. 28 N.F. 1979. S. 17–18.

***) *Wilhelm Hennis* beispielsweise verglich die Regierungserklärung und Aussprache im Deutschen Bundestag in den Jahren 1953 bis 1965 mit der jährlichen (!) Praxis im britischen Unterhaus 1959, 1960 und 1961. Die Aussprache dauerte dort jeweils 6 Sitzungstage mit mehr als 37 Stunden Sitzungszeit und rund 100 Rednern. (*Wilhelm Hennis*, Der Deutsche Bundestag 1949–1965. Leistung und Reformaufgaben. In: Der Monat. Jg. 18. 1966. H. 215. S. 35.)

Tabellarische Übersicht: Erklärungen zum Regierungsprogramm

Wahlperiode	Datum Wahl des Bundeskanzlers	Datum Abgabe der Regierungserklärung	Datum Beginn der Aussprache	Zeitliche Verzögerung (in Tagen) zwischen		Dauer von Reg.-Erklärung und Aussprache		in der Aussprache zur Regierungserklärung						
				BK-Wahl/ Abgabe Reg.-Erkl.	Reg.-Erkl./ Beginn Aussprache	in Sitzungstagen	in Stunden	Zahl der verschiedenen Redner von			Zahl der Wortmeldungen von			erster Sprecher nach BKanzler
								Reg.	Koa.	Opp.	Reg.	Koa.	Opp.	
1. WP 1949–53	15. 9. 1949	20. 9. 1949	21. 9. 1949	5	1	6	20	1	16	20	2	16	20	Opp.
2. WP 1953–57	9. 10. 1953	20. 10. 1953	28. 10. 1953	11	8	3	12 '	2	10	3	2	10	3	Koa.
3. WP 1957–61	22. 10. 1957	29. 10. 1957	5. 11. 1957	7	7	2	9	2	4	6	7	5	10	Koa.
4. WP 1961–65	7. 11. 1961	29. 11. 1961	6. 12. 1961	22	7	2	10 '	0	7	3	0	7	3	Opp.
	16. 10. 1963	18. 10. 1963	24. 10. 1963	2	6	2	6 '	1	2	1	1	2	1	Koa.
5. WP 1965–69	20. 10. 1965	10. 11. 1965	29. 11. 1965	21	19	5	30 '	6	17	11	11	22	15	Koa.
	1. 12. 1966	13. 12. 1966	15. 12. 1966	12	2	3	21	8	26	14	8	28	16	Opp.
6. WP 1969–72	21. 10. 1969	28. 10. 1969	29. 10. 1969	7	1	3	25 '	13	21	18	18	23	22	Opp.
7. WP 1972–76	14. 12. 1972	15. 12. 1972 18. 1. 1973	15. 12. 1972	1	0	5	29	13	27	17	23	33	28	Opp.
	16. 5. 1974	17. 5. 1974	20. 5. 1974	1	3	3	11 '	6	6	5	6	6	5	Opp.
8. WP 1976–80	15. 12. 1976	16. 12. 1976	17. 12. 1976	1	1	5	32 '	7	20	17	10	21	20	Opp.

Wahlperiode	Datum Wahl des Bundeskanzlers	Datum Abgabe der Regierungserklärung	Datum Beginn der Aussprache	Zeitliche Verzögerung (in Tagen) zwischen		Dauer von Reg.-Erklärung und Aussprache		in der Aussprache zur Regierungserklärung						
				BK-Wahl/ Abgabe Reg.-Erkl.	Reg.-Erkl./ Beginn Aussprache	in Sitzungstagen	in Stunden	Zahl der verschiedenen Redner von			Zahl der Wortmeldungen von			erster Sprecher nach BKanzler
								Reg.	Koa.	Opp.	Reg.	Koa.	Opp.	
9. WP 1980–83	5. 11. 1980	24. 11. 1980	26. 11. 1980	19	2	4	24	8	17	9	8	17	9	Opp.
	1. 10. 1982	13. 10. 1982	13. 10. 1982	12	0	3	24 ‘	10	20	15	11	21	16	Opp.
10. WP 1983–87	29. 3. 1983	4. 5. 1983	4. 5. 1983	37	0	3	23 ‘	8	19	26	9	19	28	Opp.
11. WP 1987–90	11. 3. 1987	18. 3. 1987	18. 3. 1987	7	0	3	23	7	18	26	8	20	26	Opp.
12. WP 1990–94	17. 1. 1991	30. 1. 1991	31. 1. 1991	13	0	3	18 ‘	12	22	27	12	27	34	Opp.
13. WP 1994–1)	15. 11. 1994	23. 11. 1994	23. 11. 1994	8	0	3	26	13	26	49	13	27	50	Opp.

1) Stand: 31. August 1997

Hinweise

In Abschnitt 12.4 ist zum oppositionellen Verhalten zusammengestellt, in welchem Ausmaße die jeweilige Opposition in einer jeden Wahlperiode die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien (Gesetzesinitiativen, Anfragen, Beteiligung an der Aussprache über die Regierungserklärungen, Mißbilligungsanträge usw.) in Anspruch genommen hat.

Eine Dokumentation sämtlicher während der einzelnen Wahlperiode eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken – und damit auch der Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierungskoalition und Opposition – enthält Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken.

Eine Chronik der Fraktionsspaltungen und Fusionen – und damit wiederum auch eine Chronik der Koalitions- und Oppositionsstrukturen – findet sich unter Abschnitt 5.5.

Regierungserklärungen und Aussprachen bei Amtsantritt der Bundesregierung

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungserklärung	Aussprache über Regierungserklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wortmeldungen von		
						Regierung	Koalition	Opposition
1. WP 1949–53	5. Sitz. vom 20. 9. 1949	6.–9. Sitz. vom 21. 9. 1949 22. 9. 1949 23. 9. 1949 27. 9. 1949 28. 9. 1949	a) 6 Tage b) 20 Std.	Adenauer (CDU/CSU)	21. 9.: Schumacher (SPD) – von Brentano (CDU/CSU) – Schäfer (FDP)	0	2	1
					22. 9.: Ewers (DP) – Seelos (BP) – Reimann (KPD) – BK Adenauer (CDU/CSU) – Loritz (WAV) – Wessel (Z) – Richter (DRP) – Clausen (SSW) – Edert (parteilos)	1	1	7
					23. 9.: Blank (CDU/CSU) – Laforet (CDU/CSU) – Henle (CDU/CSU) – Ollenhauer (SPD) – Wellhausen (FDP) – Rüdiger (FDP) – BK Adenauer (CDU/CSU) – Zawadil (FDP) – von Merkatz (DP) – Kalinke (DP) – Etzel (BP) – Fisch (KPD) – Goetzendorff (WAV) – Ribbeheger (Z) – Leuchtgens (NR)	1	8	6
					27. 9.: Etzel (CDU/CSU) – Frey (CDU/CSU) – Kather (CDU/CSU) – Euler (FDP) – Mühlenfeld (DP) – Besold (BP) – Löfflad (WAV) – Miessner (NR) – Ott (parteilos)	0	5	4
					28. 9.: Agatz (KPD) – Reismann (Z)	0	0	2
					insgesamt	2	16	20
2. WP 1953–57	3. Sitz. vom 20. 10. 1953	4.–5. Sitz. vom 28. 10. 1953 29. 10. 1953	a) 3 Tage b) 12 3/4 Std.	Adenauer (CDU/CSU)	28. 10.: von Brentano (CDU/CSU) – Ollenhauer (SPD) – Dehler (FDP) – Eckhardt (GB/BHE)	0	3	1
					29. 10.: von Merkatz (DP) – BMin Preusker (FDP) – Jacobi (SPD) – Jaeger (CDU/CSU) – Gerstenmaier (CDU/CSU) – Haasler (GB/BHE) – Kather (CDU/CSU) – BMin Oberländer (GB/BHE) – Schöne (SPD) – Gille (GB/BHE) – Kiesinger (CDU/CSU)	2	7	2
					insgesamt	2	10	3

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungserklärung	Aussprache über Regierungserklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wortmeldungen von		
						Regierung	Koalition	Opposition
3. WP 1957–61	3. Sitz. vom 29. 10. 1957	4. Sitz. vom 5. 11. 1957	a) 2 Tage b) 9 Std.	<i>Adenauer</i> (CDU/CSU)	<i>Krone</i> (CDU/CSU) – <i>Ollenhauer</i> (SPD) – <i>Becker</i> (FDP) – <i>Schneider</i> (DP) – <i>Höcherl</i> (CDU/CSU) – <i>Deist</i> (SPD) – <i>Höcherl</i> (CDU/CSU) – <i>BK Adenauer</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Erhard</i> (CDU/CSU) – <i>Ollenhauer</i> (SPD) – <i>Hellwig</i> (CDU/CSU) – <i>Ollenhauer</i> (SPD) – <i>BK Adenauer</i> (CDU/CSU) – <i>Deist</i> (SPD) – <i>BMin Erhard</i> (CDU/CSU) – <i>Deist</i> (SPD) – <i>BMin Erhard</i> (CDU/CSU) – <i>Margulies</i> (FDP) – <i>Erlers</i> (SPD) – <i>BK Adenauer</i> (CDU/CSU) – <i>Schmid</i> (SPD) – <i>BK Adenauer</i> (CDU/CSU)	7	5	10
4. WP 1961–65	5. Sitz. vom 29. 11. 1961	6. Sitz. vom 6. 12. 1961	a) 2 Tage b) 10 ' Std. (geschätzt)	<i>Erhard</i> (CDU/CSU), Stellvertreter des Bundeskanzlers ¹⁾	<i>Brandt</i> (SPD) – <i>von Brentano</i> (CDU/CSU) – <i>Mende</i> (FDP) – <i>Dollinger</i> (CDU/CSU) – <i>Erlers</i> (SPD) – <i>Döring</i> (FDP) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Atzenroth</i> (FDP) – <i>Gradl</i> (CDU/CSU) – <i>Ollenhauer</i> (SPD)	0	7	3
	90. Sitz. vom 18. 10. 1963	92. Sitz. vom 24. 10. 1963	a) 2 Tage b) 6 ' Std.	<i>Erhard</i> (CDU/CSU)	<i>von Brentano</i> (CDU/CSU) – <i>Erlers</i> (SPD) – <i>von Kühlmann-Stumm</i> (FDP) – <i>BK Erhard</i> (CDU/CSU)	1	2	1

1) wegen Erkrankung von Bundeskanzler *Adenauer*

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 6.5 sind seit 1949 gegenübergestellt:

- die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
- die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

Wahl- periode	Sitzung/Datum		Gesamt- dauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
5. WP 1965–69	4. Sitz. vom 10. 11. 1965	7.–10. Sitz. vom 29. 11. 1965 30. 11. 1965 1. 12. 1965 2. 12. 1965	a) 5 Tage ¹⁾ b) 30‘ Std.	<i>Erhard</i> (CDU/CSU)	29. 11.: <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Erlers</i> (SPD) – BK <i>Erhard</i> (CDU/CSU) – <i>von Kühlmann-Stumm</i> (FDP) – <i>Althammer</i> (CDU/CSU) – <i>Schiller</i> (SPD)	1	3	2
					30. 11.: BMin <i>Schmücker</i> (CDU/CSU) – <i>Burgbacher</i> (CDU/CSU) – <i>Starke</i> (FDP) – <i>Möller</i> (SPD) – BMin <i>Dahlgrün</i> (FDP) – <i>Strauß</i> (CDU/CSU) – <i>Schmidt</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Erlers</i> (SPD) – <i>Pohle</i> (CDU/CSU) – <i>Horten</i> (CDU/CSU)	2	6	3
					1. 12.: <i>Emde</i> (FDP) – BMin <i>Gratl</i> (CDU/CSU) – <i>Schiller</i> (SPD) – BMin <i>Schmücker</i> (CDU/CSU) – BMin <i>Dahlgrün</i> (FDP) – <i>Luda</i> (CDU/CSU) – <i>Heinemann</i> (SPD) – <i>Benda</i> (CDU/CSU) – <i>Busse</i> (FDP) – BK <i>Erhard</i> (CDU/CSU) – <i>Schmid</i> (SPD) – BMin <i>Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Martin</i> (CDU/CSU) – <i>Moersch</i> (FDP) – <i>Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) – <i>Illerhaus</i> (CDU/CSU) – <i>Schellenberg</i> (SPD) – BMin <i>Katzer</i> (CDU/CSU) – LMin <i>Osswald</i> (SPD) – <i>Mommer</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU)	6	8	7
					2. 12.: <i>Mischnick</i> (FDP) – <i>Luda</i> (CDU/CSU) – BMin <i>Dahlgrün</i> (FDP) – LMin <i>Osswald</i> (SPD) – <i>Wehner</i> (SPD) – <i>Dehler</i> (FDP) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>von Kühlmann-Stumm</i> (FDP) – BK <i>Erhard</i> (CDU/CSU) – <i>Erlers</i> (SPD)	2	5	3
					insgesamt	11	22	15

¹⁾ Die Aussprache über die Regierungserklärung wurde verbunden mit der 1. Beratung des Haushaltssicherungsgesetzes.

Hinweis

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

Wahl- periode	Sitzung/Datum		Gesamt- dauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
noch: 5. WP	80. Sitz. vom 13. 12. 1966	82.–83. Sitz. vom 15. 12. 1966 16. 12. 1966	a) 3 Tage b) 21 Std.	<i>Kiesinger</i> (CDU/CSU)	15. 12.: <i>Mischnick</i> (FDP) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Schmidt</i> (SPD) – <i>Bauer</i> (CDU/CSU) – <i>Dehler</i> (FDP) – <i>Möller</i> (SPD) – <i>Pohle</i> (CDU/CSU) – <i>Starke</i> (FDP) – BMin <i>Schmücker</i> (CDU/CSU) – <i>Stein</i> (CDU/CSU) – BMin <i>Strauß</i> (CDU/CSU) – <i>Arndt</i> (SPD) – <i>Menne</i> (FDP) – <i>Luda</i> (CDU/CSU) – <i>Gscheidle</i> (SPD) – <i>Gewandt</i> (CDU/CSU) – <i>Friderichs</i> (FDP) – BMin <i>Schiller</i> (SPD) – <i>Opitz</i> (FDP) – <i>Müller-Hermann</i> (CDU/CSU) – <i>Schulhoff</i> (CDU/CSU) – <i>Schwörer</i> (CDU/CSU) – <i>Mertes</i> (FDP)	3	13	7
					16. 12.: <i>Dichgans</i> (CDU/CSU) – <i>Diemer-Nicolaus</i> (FDP) – BMin <i>Heinemann</i> (SPD) – <i>Geißler</i> (CDU/CSU) – <i>Moersch</i> (FDP) – <i>Lohmar</i> (SPD) – <i>Schober</i> (CDU/CSU) – <i>Mühlhan</i> (FDP) – BMin <i>Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Orgaß</i> (CDU/CSU) – <i>Kubitzka</i> (FDP) – <i>Even</i> (CDU/CSU) – <i>Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) – <i>Genscher</i> (FDP) – <i>Lemmer</i> (CDU/CSU) – <i>Dehler</i> (FDP) – <i>Schoettle</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Stingl</i> (CDU/CSU) – <i>Schellenberg</i> (SPD) – <i>Spitzmüller</i> (FDP) – BK <i>Kiesinger</i> (CDU/CSU) – BMin <i>Brandt</i> (SPD) – <i>Mende</i> (FDP) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – BMin <i>Wehner</i> (SPD) – <i>Rehs</i> (SPD) – <i>Mommer</i> (SPD) – <i>Mischnick</i> (FDP)	5	15	9
					insgesamt	8	28	16

Hinweis

Inwieweit in den Regierungskoalitionen des Bundes die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, ist innerhalb des Abschnitts 6.9 dokumentiert.

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
6. WP 1969–72	5. Sitz. vom 28. 10. 1969	6.–7. Sitz. vom 29. 10. 1969 30. 10. 1969	a) 3 Tage b) 25 ‘ Std.	<i>Brandt</i> (SPD)	<p>29. 10.: <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Mischnick</i> (FDP) – <i>Wehner</i> (SPD) – <i>BK Brandt</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Wehner</i> (SPD) – ... – <i>Strauß</i> (CDU/CSU) – <i>BK Brandt</i> (SPD) – <i>Strauß</i> (CDU/CSU) – <i>Kiesinger</i> (CDU/CSU) – <i>Dorn</i> (FDP) – <i>Wischniewski</i> (SPD) – <i>BMin Scheel</i> (FDP) – <i>von und zu Guttenberg</i> (CDU/CSU) – <i>BK Brandt</i> (SPD) – <i>Hallstein</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Schüller</i> (SPD) – <i>Apel</i> (SPD) – <i>BMin Ertl</i> (FDP) – <i>Junghans</i> (SPD) – <i>Zimmermann</i> (CDU/CSU) – <i>Schultz</i> (FDP) – <i>BMin Schmidt</i> (SPD) – <i>Mattick</i> (SPD) – <i>Borm</i> (FDP) – <i>Gratl</i> (CDU/CSU)</p> <p>30. 10.: <i>Strauß</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Möller</i> (SPD) – <i>Kienbaum</i> (FDP) – <i>Höcherl</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Ertl</i> (FDP) – <i>Schmidt</i> (SPD) – <i>Peters</i> (FDP) – <i>Klinker</i> (CDU/CSU) – <i>Logemann</i> (FDP) – <i>BMin Schiller</i> (SPD) – <i>Müller-Hermann</i> (CDU/CSU) – <i>PStS Arndt</i> (SPD) – <i>Gewandt</i> (CDU/CSU) – <i>Haas</i> (FDP) – <i>Dichgans</i> (CDU/CSU) – <i>Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Leussink</i> (parteilos) – <i>Meinecke</i> (SPD) – <i>Mikat</i> (CDU/CSU) – <i>Moersch</i> (FDP) – <i>BMin Genscher</i> (FDP) – <i>Lohmar</i> (SPD) – <i>Katzer</i> (CDU/CSU) – <i>Schellenberg</i> (SPD) – <i>Schmidt</i> (FDP) – <i>Burgbacher</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Arendt</i> (SPD) – <i>Benda</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Ehmke</i> (SPD) – <i>Rutschke</i> (FDP) – <i>BMin Lauritzen</i> (SPD) – <i>Vogel</i> (CDU/CSU) – <i>Diemer-Nicolaus</i> (FDP) – <i>BMin Jahn</i> (SPD) – <i>BK Brandt</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Wehner</i> (SPD)</p>	7	10	9
					insgesamt	18	23	22

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungserklärung	Aussprache über Regierungserklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wortmeldungen von		
						Regierung	Koalition	Opposition
7. WP 1972–76	4. und 7. Sitz. vom 15. 12. 1972 18. 1. 1973	4. Sitz., 7.–10. Sitz. vom 15. 12. 1972 18. 1. 1973 24. 1. 1973 25. 1. 1973 26. 1. 1973	a) 5 Tage b) 29 Std.	<i>Brandt</i> (SPD)	15. 12.: <i>Barzel</i> (CDU/CSU)	0	0	1
					18. 1.: <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Wehner</i> (SPD) – <i>Mischnick</i> (FDP)	0	2	1
					24. 1.: <i>BMin Scheel</i> (FDP) – <i>Schröder</i> (CDU/CSU) – <i>Apel</i> (SPD) – <i>Strauß</i> (CDU/CSU) – <i>Möller</i> (SPD) – <i>Flach</i> (FDP) – <i>BMin Vogel</i> (SPD) – <i>von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) – <i>Bangemann</i> (FDP) – <i>Arndt</i> (SPD) – <i>Mikat</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Eppler</i> (SPD) – <i>Marx</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Scheel</i> (FDP) – <i>BMin Franke</i> (SPD) – <i>Mattick</i> (SPD) – <i>Windelen</i> (CDU/CSU) – <i>Ronneburger</i> (FDP) – <i>BMin Bahr</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Schröder</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Scheel</i> (FDP) – <i>Gefßner</i> (SPD) – <i>Wischnewski</i> (SPD) – <i>Kiep</i> (CDU/CSU) – <i>Brück</i> (SPD) – <i>BMin Bahr</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Wehner</i> (SPD)	8	11	10
					25. 1.: <i>Opitz</i> (FDP) – <i>Wulff</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Eppler</i> (SPD) – <i>von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Eppler</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>BK Brandt</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>Wehner</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Scheel</i> (FDP) – <i>Mikat</i> (CDU/CSU) – <i>BK Brandt</i> (SPD) – <i>Wehner</i> (SPD) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Ehmke</i> (SPD) – <i>Mischnick</i> (FDP) – <i>BMin Friderichs</i> (FDP) – <i>Narjes</i> (CDU/CSU) – <i>Junghans</i> (SPD) – <i>Lambsdorff</i> (FDP) – <i>Wex</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Arendt</i> (SPD) – <i>BMin Focke</i> (SPD) – <i>Katzer</i> (CDU/CSU) – <i>Schellenberg</i> (SPD) – <i>Funcke</i> (FDP) – <i>Eilers</i> (SPD) – <i>BMin Genscher</i> (FDP) – <i>Dregger</i> (CDU/CSU) – <i>Schäfer</i> (SPD) – <i>Vogel</i> (CDU/CSU) – <i>Hirsch</i> (FDP) – <i>BMin Genscher</i> (FDP) – <i>Meinecke</i> (SPD) – <i>Martin</i> (CDU/CSU) – <i>Schuchardt</i> (FDP) – <i>BMin von Dohnanyi</i> (SPD)	12	13	13

Fortsetzung auf Seite 1180

Wahl- periode	Sitzung/Datum		Gesamt- dauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
noch: 7. WP					<i>Fortsetzung von Seite 1179</i> 26. 1.: <i>Wörner (CDU/CSU) – PStS Berkhan (SPD) – Krall (FDP) – Buchstaller (SPD) – Zimmermann (CDU/CSU) – Schmidt (Würzburg) (SPD) – PStS Berkhan (SPD) – Jung (FDP) – Möllemann (FDP) – BK Brandt (SPD) – Barzel (CDU/CSU) – Mischnick (FDP) – Wehner (SPD)</i>	3	7	3
	insgesamt			23	33	28		
	100. Sitz. vom 17. 5. 1974	101.–102. Sitz. vom 20. 5. 1974 21. 5. 1974	a) 3 Tage b) 11 ' Std.	<i>Schmidt (SPD)</i>	20. 5.: <i>Carstens (CDU/CSU) – Wehner (SPD) – Mischnick (FDP) – BK Schmidt (SPD) – Barzel (CDU/CSU) – Friedrich (SPD) – Lambsdorff (FDP)</i> 21. 5.: <i>BMin Arendt (SPD) – Katzer (CDU/CSU) – BMin Rohde (SPD) – Strauß (CDU/CSU) – BMin Vogel (SPD) – BMin Friderichs (FDP) – Ehrenberg (SPD) – Kirst (FDP) – von Bismarck (CDU/CSU) – BMin Genscher (FDP)</i>	1	4	2
insgesamt			6	6	5			

Hinweis

Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen und die Daten

- für den Wahltermin enthält Abschnitt 1.3,
- für den Tag der Konstituierung Abschnitt 1.25,
- für die Dauer der Wahlperioden Abschnitt 1.26.

Wahl- periode	Sitzung/Datum		Gesamt- dauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
8. WP 1976–80	5. Sitz. vom 16. 12. 1976	6.–9. Sitz. vom 17. 12. 1976 19. 1. 1977 20. 1. 1977 21. 1. 1977	a) 5 Tage b) 32' Std.	<i>Schmidt</i> (SPD)	<p>17. 12.: <i>Kohl</i> (CDU/CSU) – <i>Brandt</i> (SPD) – <i>Mischnick</i> (FDP) – <i>Strauß</i> (CDU/CSU) – <i>Wehner</i> (SPD) – <i>Hoppe</i> (FDP) – <i>Barzel</i> (CDU/CSU) – <i>BK Schmidt</i> (SPD) – <i>BMin Genscher</i> (FDP)</p> <p>19. 1.: <i>von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) – <i>Ehmke</i> (SPD) – <i>Bangemann</i> (FDP) – <i>BMin Genscher</i> (FDP) – <i>Marx</i> (CDU/CSU) – <i>Friedrich</i> (SPD) – <i>Hoppe</i> (FDP) – <i>von Stauffenberg</i> (CDU/CSU) – <i>BK Schmidt</i> (SPD) – <i>Kohl</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Leber</i> (SPD) – <i>Wörner</i> (CDU/CSU) – <i>Spitzmüller</i> (FDP) – <i>Wörner</i> (CDU/CSU) – <i>Möllemann</i> (FDP) – <i>Mertes</i> (CDU/CSU) – <i>Pawelczyk</i> (SPD) – <i>Jung</i> (FDP) – <i>Lorenz</i> (CDU/CSU) – <i>Mattick</i> (SPD) – <i>Czaja</i> (CDU/CSU) – <i>Kreutzmann</i> (SPD)</p> <p>20. 1.: <i>Katzer</i> (CDU/CSU) – <i>Sund</i> (SPD) – <i>Schmidt</i> (FDP) – <i>BMin Ehrenberg</i> (SPD) – <i>Franke</i> (CDU/CSU) – <i>MinPräs Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Westphal</i> (SPD) – <i>Lambsdorff</i> (FDP) – <i>BMin Apel</i> (SPD) – <i>Biedenkopf</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Friderichs</i> (FDP) – <i>Dollinger</i> (CDU/CSU)</p> <p>21. 1.: <i>Dregger</i> (CDU/CSU) – <i>Liedtke</i> (SPD) – <i>Wendig</i> (FDP) – <i>BK Schmidt</i> (SPD) – <i>Kohl</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Maihofer</i> (FDP) – <i>LMin Hirsch</i> (FDP) – <i>Schwarz</i> (CDU/CSU)</p>	2	4	3
					3	10	9	
					3	4	5 ¹⁾	
					2	3 ¹⁾	3	
					insgesamt	10	21 ¹⁾	20 ¹⁾

1) darunter ein Mitglied des Bundesrates

Hinweis

In Abschnitt 6.20 wird versucht, die unterschiedliche parlamentarische Beanspruchung der einzelnen Ressorts zu veranschaulichen.

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
9. WP 1980–83	5. Sitz. vom 24. 11. 1980	6.–8. Sitz. vom 26. 11. 1980 27. 11. 1980 28. 11. 1980	a) 4 Tage b) 24 Std.	<i>Schmidt</i> (SPD)	26. 11.: <i>Kohl</i> (CDU/CSU) – <i>Brandt</i> (SPD) – <i>Hoppe</i> (FDP) – <i>Zimmermann</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Genscher</i> (FDP) – <i>Bahr</i> (SPD) – <i>Wörner</i> (CDU/CSU) – <i>Ehmke</i> (SPD) – <i>Möllemann</i> (FDP) – <i>BMin Apel</i> (SPD) – <i>Holtz</i> (SPD) – <i>Pieroth</i> (CDU/CSU) – <i>Vohrer</i> (FDP) 27. 11.: <i>Kiep</i> (CDU/CSU) – <i>Roth</i> (SPD) – <i>Hausmann</i> (FDP) – <i>BMin Lambsdorff</i> (FDP) – <i>MinPräs Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Westphal</i> (SPD) – <i>Matthäus-Maier</i> (FDP) – <i>BMin Matthöfer</i> (SPD) – <i>Blüm</i> (CDU/CSU) – <i>Rohde</i> (SPD) – <i>Cronenberg</i> (FDP) – <i>BMin Ehrenberg</i> (SPD) – <i>Wex</i> (CDU/CSU) – <i>Kuhlwein</i> (SPD) – <i>Adam-Schwaetzer</i> (FDP) – <i>BMin Huber</i> (SPD) 28. 11.: <i>BK Schmidt</i> (SPD) – <i>Dregger</i> (CDU/CSU) – <i>Liedtke</i> (SPD) – <i>Hirsch</i> (FDP) – <i>BMin Baum</i> (FDP)	2	7	4
					4	8	4	
					2	2	1	
					insgesamt	8	17	9 ¹⁾

1) darunter ein Mitglied des Bundesrates

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinetttberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungserklärung	Aussprache über Regierungserklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wortmeldungen von		
						Regierung	Koalition	Opposition
noch: 9. WP	121. Sitz. vom 13. 10. 1982	121.–123. Sitz. vom 13. 10. 1982 14. 10. 1982 15. 10. 1982	a) 3 Tage b) 24' Std.	<i>Kohl</i> (CDU/CSU)	<p>13. 10.: <i>Ehmke</i> (SPD) – <i>Dregger</i> (CDU/CSU) – BMin <i>Genscher</i> (FDP) – <i>Apel</i> (SPD) – BMin <i>Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Westphal</i> (SPD)</p> <p>14. 10.: BMin <i>Lambsdorff</i> (FDP) – <i>Engholm</i> (SPD) – <i>Waigel</i> (CDU/CSU) – 1. BM <i>von Dohnanyi</i> (SPD) – <i>Gattermann</i> (FDP) – MPräs <i>Strauß</i> (CSU) – <i>Brandt</i> (Grolsheim) (SPD) – LMin <i>Schnoor</i> (SPD) – <i>Miltner</i> (CDU/CSU) – <i>Hirsch</i> (FDP) – BMin <i>Zimmermann</i> (CDU/CSU) – <i>Emmerlich</i> (SPD) – <i>Kleinert</i> (FDP) – <i>Erhard</i> (Bad Schwalbach) (CDU/CSU) – BMin <i>Engelhard</i> (FDP) – <i>Roth</i> (SPD) – <i>Hauser</i> (Krefeld) (CDU/CSU) – <i>Hausmann</i> (FDP) – BMin <i>Lambsdorff</i> (FDP) – <i>Matthäus-Maier</i> (FDP) – <i>Möllemann</i> (FDP) – <i>Fuchs</i> (SPD) – <i>von Braun-Stützer</i> (FDP) – <i>Kuhlwein</i> (SPD) – <i>Daweke</i> (CDU/CSU) – BMin <i>Wilms</i> (CDU/CSU) – <i>Waltemathe</i> (SPD) – <i>Möller</i> (CDU/CSU) – <i>Gattermann</i> (FDP) – BMin <i>Schneider</i> (CDU/CSU)</p> <p>15. 10.: BMin <i>Blüm</i> (CDU/CSU) – <i>Glombig</i> (SPD) – <i>Kroll-Schlüter</i> (CDU/CSU) – <i>Lutz</i> (SPD) – <i>Cronenberg</i> (FDP) – <i>Brandt</i> (SPD) – <i>Mischnick</i> (FDP) – BK <i>Kohl</i> (CDU/CSU) – <i>Brandt</i> (SPD) – <i>Hölscher</i> (FDP) – <i>Vohrer</i> (FDP) – BMin <i>Warnke</i> (CDU/CSU)</p>	2	1	3
					6	15	9	
					3	5	4	
					insgesamt	11	21 ¹⁾	16 ²⁾

1) darunter ein Mitglied des Bundesrates

2) darunter zweimal ein Mitglied des Bundesrates

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
10. WP 1983–87	4. Sitz. vom 4. 5. 1983	4.–6. Sitz. vom 4. 5. 1983 5. 5. 1983 6. 5. 1983	a) 3 Tage b) 23' Std.	<i>Kohl</i> (CDU/CSU)	<p>4. 5.: <i>Vogel</i> (SPD) – <i>Waigel</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Genscher</i> (FDP) – <i>Beck-Oberdorf</i> (GRÜNE) – <i>Ehmke</i> (SPD) – <i>Rühe</i> (CDU/CSU) – <i>Kelly</i> (GRÜNE) – <i>Schäfer</i> (FDP) – <i>Voigt</i> (SPD) – <i>Bastian</i> (GRÜNE) – <i>Klein</i> (München) (CDU/CSU) – <i>Büchler</i> (SPD) – <i>Lintner</i> (CDU/CSU) – <i>Schneider</i> (GRÜNE) – <i>Ronneburger</i> (FDP)</p> <p>5. 5.: <i>Althammer</i> (CDU/CSU) – <i>Hoffmann</i> (SPD) – <i>Hoppe</i> (FDP) – <i>Kleinert</i> (GRÜNE) – <i>BMin Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Apel</i> (SPD) – <i>MPräs Börner</i> (SPD) – <i>BMin Lambdsdorff</i> (FDP) – <i>Roth</i> (SPD) – <i>Kleinert</i> (GRÜNE) – <i>BMin Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Hauser</i> (Krefeld) (CDU/CSU) – <i>Reuschenbach</i> (SPD) – <i>Hausmann</i> (FDP) – <i>BMin Blüm</i> (CDU/CSU) – <i>Fuchs</i> (Köln) (SPD) – <i>George</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Wilms</i> (CDU/CSU) – <i>Lutz</i> (SPD) – <i>Hoss</i> (GRÜNE) – <i>Cronenberg</i> (FDP) – <i>BMin Zimmermann</i> (CDU/CSU) – <i>Schmude</i> (SPD) – <i>Fischer</i> (GRÜNE) – <i>Miltner</i> (CDU/CSU) – <i>Hirsch</i> (FDP) – <i>Schäfer</i> (SPD) – <i>Ehmke</i> (GRÜNE) – <i>BMin Engelhard</i> (FDP) – <i>Emmerlich</i> (SPD) – <i>Erhard</i> (CDU/CSU) – <i>Schoppe</i> (GRÜNE) – <i>Kleinert</i> (FDP) – <i>Vollmer</i> (GRÜNE) – <i>Seiters</i> (CDU/CSU)</p> <p>6. 5.: <i>Dregger</i> (CDU/CSU) – <i>Brandt</i> (SPD) – <i>Schily</i> (GRÜNE) – <i>Mischnick</i> (FDP) – <i>BK Kohl</i> (CDU/CSU) – <i>Vogel</i> (SPD)</p>	1	6	8
					7	11	17	
					1	2	3	
					insgesamt	9	19	28 ¹⁾

1) darunter ein Mitglied des Bundesrates

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungserklärung	Aussprache über Regierungserklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wortmeldungen von		
						Regierung	Koalition	Opposition
11. WP 1987–90	4. Sitz. vom 18. 3. 1987	4.–6. Sitz. vom 18. 3. 1987 19. 3. 1987 20. 3. 1987	a) 3 Tage b) 23 Std.	<i>Kohl</i> (CDU/CSU)	18. 3.: <i>Vogel</i> (SPD) – <i>Waigel</i> (CDU/CSU) – <i>Schoppe</i> (GRÜNE) – <i>BMin Bangemann</i> (FDP) – <i>Roth</i> (SPD) – <i>Hauser</i> (Krefeld) (CDU/CSU) – <i>Ebermann</i> (GRÜNE) – <i>Biedenkopf</i> (CDU/CSU) – <i>Mitzscherling</i> (SPD) – <i>Lambsdorff</i> (FDP) – <i>Sellin</i> (GRÜNE) – <i>Spilker</i> (CDU/CSU)	1	5	6
					19. 3.: <i>Apel</i> (SPD) – <i>Carstens</i> (Emstek) (CDU/CSU) – <i>Vennegerts</i> (GRÜNE) – <i>Solms</i> (FDP) – <i>BMin Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Spöri</i> (SPD) – <i>StaatsMin Krollmann</i> (SPD) – <i>BMin Wallmann</i> (CDU/CSU) – <i>Kleinert</i> (Marburg) (GRÜNE) – <i>Mischnick</i> (FDP) – <i>Hauff</i> (SPD) – <i>Laufs</i> (CDU/CSU) – <i>Garbe</i> (GRÜNE) – <i>Baum</i> (FDP) – <i>Rust</i> (GRÜNE) – <i>Weiermann</i> (SPD) – <i>BMin Blüm</i> (CDU/CSU) – <i>Unruh</i> (GRÜNE) – <i>Cronenberg</i> (Arnsberg) (FDP) – <i>Fuchs</i> (Köln) (SPD) – <i>Faltlhauser</i> (CDU/CSU) – <i>Hoss</i> (GRÜNE) – <i>BMin Blüm</i> (CDU/CSU) – <i>Schmidt</i> (Nürnberg) (SPD) – <i>BMin Süssmuth</i> (CDU/CSU) – <i>Wilms-Kegel</i> (GRÜNE) – <i>Hirsch</i> (FDP) – <i>Verhülsdonk</i> (CDU/CSU) – <i>Penner</i> (SPD) – <i>Miltner</i> (CDU/CSU) – <i>Wüppesahl</i> (GRÜNE) – <i>Hirsch</i> (FDP) – <i>BMin Zimmermann</i> (CDU/CSU)	6	11	16
					20. 3.: <i>Dregger</i> (CDU/CSU) – <i>Däubler-Gmelin</i> (SPD) – <i>Mischnick</i> (FDP) – <i>Lippelt</i> (Hannover) (GRÜNE) – <i>Rühe</i> (CDU/CSU) – <i>Ehmke</i> (Bonn) (SPD) – <i>RegBM Diepgen</i> (CDU) – <i>Mecktersheimer</i> (GRÜNE) – <i>BMin Genscher</i> (FDP)	1	4	4
					insgesamt	8	20 ¹⁾	26 ¹⁾

1) darunter ein Mitglied des Bundesrates

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
12. WP 1990-94	5. Sitz. vom 30. 1. 1991	6.-7. Sitz. vom 31. 1. 1991 1. 2. 1991	a) 3 Tage b) 18' Std.	<i>Kohl</i> (CDU/CSU)	<p>31. 1.: <i>Vogel</i> (SPD) – <i>Dregger</i> (CDU/CSU) – <i>Solms</i> (FDP) – <i>Modrow</i> (PDS/LL) – <i>Schulz</i> (Berlin) (B 90/GRÜNE) – BMin <i>Waigel</i> (CDU/CSU) – <i>Matthäus-Maier</i> (SPD) – BMin <i>Genscher</i> (FDP) – <i>Gansel</i> (SPD) – <i>Lambsdorff</i> (FDP) – MPräs <i>Biedenkopf</i> (CDU) – LMin <i>Kühbacher</i> (SPD) – BK <i>Kohl</i> (CDU/CSU) – <i>Krause</i> (CDU/CSU) – <i>Matthäus-Maier</i> (SPD) – BMin <i>Möllemann</i> (FDP) – <i>Rühe</i> (CDU/CSU) – <i>Gansel</i> (SPD) – <i>Genscher</i> (FDP) – <i>Möllemann</i> (FDP) – <i>Lederer</i> (PDS/LL) – <i>Roth</i> (SPD) – <i>Lambsdorff</i> (FDP) – <i>Roth</i> (SPD) – BMin <i>Krause</i> (CDU/CSU) – LMin <i>Kühbacher</i> (SPD) – <i>Ullmann</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Krause</i> (CDU/CSU) – <i>Lambsdorff</i> (FDP) – <i>Glos</i> (CDU/CSU) – <i>Ullmann</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Briefs</i> (PDS/LL) – <i>Weng</i> (Gerlingen) (FDP) – <i>Nitsch</i> (CDU/CSU) – <i>Seifert</i> (PDS/LL) – <i>Schäfer</i> (Offenburg) (SPD) – <i>Baum</i> (FDP) – <i>Braband</i> (PDS/LL) – BMin <i>Töpfer</i> (CDU/CSU) – <i>Feige</i> (B 90/GRÜNE) – BMin <i>Blüm</i> (CDU/CSU) – <i>Dreßler</i> (SPD) – <i>Cronenberg</i> (Arnsberg) (FDP) – <i>Schumann</i> (Kroppenstedt) (PDS/LL) – BMin <i>Rönsch</i> (CDU/CSU) – <i>Schenk</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Merkel</i> (CDU/CSU) – <i>Höll</i> (PDS/LL) – <i>Bläss</i> (PDS/LL) – <i>Becker-Inglau</i> (SPD) – BMin <i>Adam-Schwaetzer</i> (FDP) – <i>Scharrenbroich</i> (CDU/CSU) – BMin <i>Ortleb</i> (FDP)</p> <p>1. 2.: BMin <i>Schäuble</i> (CDU/CSU) – <i>Penner</i> (SPD) – BMin <i>Kinkel</i> (FDP) – <i>Laufs</i> (CDU/CSU) – <i>Gerster</i> (Mainz) (CDU/CSU) – <i>Heuer</i> (PDS/LL) – <i>Köppe</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Thierse</i> (SPD) – <i>Geißler</i> (CDU/CSU) – <i>Thierse</i> (SPD) – <i>Ullmann</i> (B 90/GRÜNE) – <i>von Schönburg-Glauchau</i> (CDU/CSU) – <i>Gerster</i> (Mainz) (CDU/CSU) – <i>Lambsdorff</i> (FDP) – <i>Dübler-Gmelin</i> (SPD) – <i>Geis</i> (CDU/CSU) – <i>Jelpke</i> (PDS/LL) –</p>	10	18	25

					<i>Kleinert</i> (Hannover) (FDP) – <i>Riege</i> (PDS/LL) – <i>Bohl</i> (CDU/CSU)	2	9	9
					insgesamt	12	27 ¹⁾	34 ²⁾
13. WP 1994– ³⁾	5. Sitz. vom 23. 11. 1994	5.–7. Sitz. vom 23. 11. 1994 24. 11. 1994 25. 11. 1994	a) 3 Tage b) 25 '	<i>Kohl</i> (CDU/CSU)	23. 11.: <i>Scharping</i> (SPD) – <i>Schäuble</i> (CDU/CSU) – <i>Fischer</i> (Frankfurt) (B 90/GRÜNE) – <i>BMin Kinkel</i> (FDP) – <i>Gysi</i> (PDS) – <i>Schulz</i> (Berlin) (B 90/GRÜNE) – <i>Müller</i> (PDS) – <i>Verheugen</i> (SPD) – <i>BMin Waigel</i> (CDU/CSU) – <i>MPräs Lafontaine</i> (SPD) – <i>Solms</i> (FDP) – <i>Volmer</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Dregger</i> (CDU/CSU) – <i>Wieczorek-Zeul</i> (SPD) – <i>Seiters</i> (CDU/CSU) – <i>Häfner</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Weng</i> (Gerlingen) (FDP) – <i>Lederer</i> (PDS) – <i>BMin Kanther</i> (CDU/CSU) – <i>Köster-Loßack</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Schily</i> (SPD) – <i>Müller</i> (Köln) (B 90/GRÜNE) – <i>BMin Leutheusser-Schnarrenberger</i> (FDP) – <i>Scholz</i> (CDU/CSU) – <i>Däubler-Gmelin</i> (SPD) – <i>Repnik</i> (CDU/CSU) – <i>Schwanitz</i> (SPD) – <i>von Einsiedel</i> (PDS) – <i>Kleinert</i> (Hannover) (FDP) – <i>Zwerenz</i> (PDS) – <i>Jelpke</i> (PDS) – <i>Heuer</i> (PDS) 24. 11.: <i>MPräs Schröder</i> (SPD) – <i>Glos</i> (CDU/CSU) – <i>Wolf-Mayer</i> (B 90/GRÜNE) – <i>BMin Rexrodt</i> (FDP) – <i>Luft</i> (PDS) – <i>Krüger</i> (CDU/CSU) – <i>Dreßler</i> (SPD) – <i>BMin Blüm</i> (CDU/CSU) – <i>Beck</i> (Bremen) (B 90/GRÜNE) – <i>Babel</i> (FDP) – <i>Knake-Werner</i> (PDS) – <i>Fuchs</i> (Köln) (SPD) – <i>Geißler</i> (CDU/CSU) – <i>Rössel</i> (PDS) – <i>Müller</i> (Düsseldorf) (SPD) – <i>BMin Merkel</i> (CDU/CSU) – <i>Hustedt</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Homburger</i> (FDP) – <i>Lippold</i> (Offenbach) (CDU/CSU) – <i>BMin Borcherdt</i> (CDU/CSU) – <i>Thalheim</i> (SPD) – <i>Susset</i> (CDU/CSU) – <i>Schmidt</i> (Aachen) (SPD) – <i>BMin Nolte</i> (CDU/CSU) – <i>Grießhaber</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Schmalz-Jacobsen</i> (FDP) – <i>Schenk</i> (PDS) – <i>Eichhorn</i> (CDU/CSU) – <i>Hanewinkel</i> (SPD) – <i>Schätzle</i> (CDU/CSU) – <i>Falk</i> (CDU/CSU) – <i>Kirschner</i> (SPD) – <i>BMin Seehofer</i> (CDU/CSU) – <i>Knoche</i> (B 90/GRÜNE) – <i>Thomae</i> (FDP) – <i>Fuchs</i> (PDS) – <i>Lohmann</i> (Lüdenscheid) (CDU/CSU)	4	8	20
						6	13	18

Fortsetzung auf Seite 1188

1) darunter ein Mitglied des Bundesrates

2) darunter zweimal ein Mitglied des Bundesrates

3) Stand: 31. August 1997

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs- erklärung durch Bundes- kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs- erklärung	Aussprache über Regierungs- erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort- meldungen von		
						Regie- rung	Koa- lition	Oppo- sition
noch: 13. WP					<i>Fortsetzung von Seite 1187</i> 25. 11.: Thierse (SPD) – BMin Rüttgers (CDU/CSU) – Kiper (B 90/GRÜNE) – Gerhardt (FDP) – Elm (PDS) – Glotz (SPD) – MPräs Stoiber (CSU) – Altmann (Pommelsbrunn) (B 90/GRÜNE) – Glotz (SPD) – MPräs Stoiber (CSU) – Großmann (SPD) – Rönsch (Wiesbaden) (CDU/CSU) – Eichstädt-Bohlig (B 90/GRÜNE) – Warnick (PDS) – BMin Töpfer (CDU/CSU) – Kansy (CDU/CSU) – Ferner (SPD) – BMin Wissmann (CDU/CSU) – Altmann (Aurich) (B 90/GRÜNE) – Friedrich (FDP) – Enkelmann (PDS)	3	6	12
					insgesamt	13	27 ¹⁾	50 ¹⁾

¹⁾ darunter zweimal ein Mitglied des Bundesrates

Hinweise

In Abschnitt 12.4 ist zum oppositionellen Verhalten zusammengestellt, in welchem Ausmaße die jeweilige Opposition in einer jeden Wahlperiode die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien (Gesetzesinitiativen, Anfragen, Beteiligung an der Aussprache über die Regierungserklärungen, Mißbilligungsanträge usw.) in Anspruch genommen hat.

Eine Dokumentation sämtlicher während der einzelnen Wahlperiode eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken – und damit auch der Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierungskoalition und Opposition – enthält Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken.

Eine Chronik der Fraktionsspaltungen und Fusionen – und damit wiederum auch eine Chronik der Koalitions- und Oppositionsstrukturen – findet sich unter Abschnitt 5.5.

In einer Übersicht in Abschnitt 8.13 sind die Mandatsstärken (Quoren) zusammengestellt, die für die verschiedenen Mehrheiten erforderlich sind, d. h. insbesondere für die absolute Mehrheit der Mitglieder und für die Zweidrittelmehrheit.

Zusammenstellung sämtlicher Regierungserklärungen

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
1. WP 1949–53	1	5. 6. 7. (1) 7. (2) 8. 9.	20. 9. 1949 21. 9. 1949 22. 9. 1949 23. 9. 1949 27. 9. 1949 28. 9. 1949	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Adenauer</i>
	2	9.	28. 9. 1949	Auswirkung der Pfundabwertung	BKanzler <i>Adenauer</i>
	3	10.	29. 9. 1949	Die Besprechungen mit den drei Hohen Kommissaren	BKanzler <i>Adenauer</i>
	4	13.	21. 10. 1949	Gesamtdeutsche Fragen einschl. Berlin	BKanzler <i>Adenauer</i>
	5	17.	15. 11. 1949	Beschlüsse der Pariser Konferenz	BKanzler <i>Adenauer</i>
	6	18.	24./25. 11. 1949	Petersberger Abkommen	BKanzler <i>Adenauer</i>
	7	46.	10. 3. 1950	Saarfrage	BKanzler <i>Adenauer</i>
	8	62.	5. 5. 1950	TASS-Meldung über Deutsche in sowjetrussischer Gefangenschaft	BKanzler <i>Adenauer</i>
	9	78.	21. 7. 1950	Lebensmittelversorgung der Bevölkerung	BMin <i>Blücher</i> (Stellvertr. d. BKanzlers)
	10	85.	14. 9. 1950	Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone am 15. Oktober 1950	BKanzler <i>Adenauer</i>
	11	90.	6. 10. 1950	Streikbeschluß der Arbeiter und Angestellten der Bundeswasserstraßenverwaltung	BMin <i>Storch</i> (Arbeit)
	12	94.	26. 10. 1950	Gedenktag für die deutschen Kriegsgefangenen	BKanzler <i>Adenauer</i>
	13	98.	8. 11. 1950	Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Verteidigung des Westens, Plevan-Plan und Vorschlag der Sowjetregierung zur Einberufung der Außenministerkonferenz der vier Großmächte	BKanzler <i>Adenauer</i>
	14	125.	9. 3. 1951	Konferenz der Außenminister und Deutschland-Problem; Wiederherstellung der Einheit Deutschlands	BKanzler <i>Adenauer</i>
	15	144.	30. 5. 1951	Saarfrage	BKanzler <i>Adenauer</i>
	16	159.	10. 7. 1951	Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland	BKanzler <i>Adenauer</i>
	17	165.	27. 9. 1951	Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden	BKanzler <i>Adenauer</i>

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 1. WP	18	165.	27. 9. 1951	Wiederherstellung der deutschen Einheit und gesamtdeutsche Wahlen	BKanzler <i>Adenauer</i>
	19	168.	16. 10. 1951	Ergebnis der bei den Alliierten unternommenen Schritte betr. Wiederherstellung der deutschen Einheit und gesamtdeutsche Wahlen	BKanzler <i>Adenauer</i>
	20	190.	7. 2. 1952	Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages und der Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft; Saarfrage; Atlantikpaktfrage	BKanzler <i>Adenauer</i>
	21	237.	18. 11. 1952	Saarverhandlungen und Wahlen im Saargebiet	BKanzler <i>Adenauer</i>
	22	244.	11. 12. 1952	Rechtsgutachten des Bundesverfassungsgerichts über die Vereinbarkeit des EVG-Vertrages mit dem Grundgesetz	BKanzler <i>Adenauer</i>
	23	245.	21. 1. 1953	Verhaftung mehrerer Deutscher durch die britischen Behörden und amerikanische Verlautbarungen über ein Anwachsen nationalsozialistischer Stimmungen in Deutschland	BKanzler <i>Adenauer</i>
	24	269.	10. 6. 1953	Außenpolitische Lage	BKanzler <i>Adenauer</i>
	25	272.	17. 6. 1953	Vorgänge in Berlin und Wiederherstellung der deutschen Einheit	BKanzler <i>Adenauer</i>
	26	278.	1. 7. 1953	Aufstand in der Sowjetzone, Wiedervereinigung Deutschlands und außenpolitische Lage	BKanzler <i>Adenauer</i>
	27	278.	1. 7. 1953	Vier-Mächte-Verhandlungen	BKanzler <i>Adenauer</i>
2. WP 1953–57	1	3. 4. 5.	20. 10. 1953 28. 10. 1953 29. 10. 1953	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Adenauer</i>
	2	16.	25. 2. 1954	Berliner Konferenz zur Wiederherstellung der deutschen Einheit (Januar/Februar 1954)	BKanzler <i>Adenauer</i>
	3	18.	11. 3. 1954	Finanz- und Steuerreform	BMin <i>Schäffer</i> (Finanzen)
	4	23.	7. 4. 1954	Spaltung Deutschlands und kommunistisches Regime in der sowjetisch besetzten Zone	BKanzler <i>Adenauer</i>
	5	37.	8. 7. 1954	Verfassungsschutz	BMin <i>Schröder</i> (Inneres)
	6	46. 47.	5. 10. 1954 7. 10. 1954	Londoner Konferenz	BKanzler <i>Adenauer</i>
	7	100.	16. 7. 1955	Genfer Konferenz und Wiedervereinigung Deutschlands	BKanzler <i>Adenauer</i>

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 2. WP	8	101. 102.	22. 9. 1955 23. 9. 1955	Moskauer Besprechungen	BKanzler <i>Adenauer</i>
	9	106. 107.	19. 10. 1955 20. 10. 1955	Konjunkturpolitische Lage	BMin <i>Erhard</i> (Wirtschaft)
	10	114. 115.	1. 12. 1955 2. 12. 1955	Genfer Konferenz der Außenminister, europäische Sicherheit, Wiedervereinigung Deutschlands und Ost-West-Kontakte	BMin <i>von Brentano</i> (Auswärtiges)
	11	152. 153.	22. 6. 1956 26. 6. 1956	Konjunkturpolitik (Zweites Konjunkturprogramm)	BMin <i>Erhard</i> (Wirtschaft)
	12	155. 156.	28. 6. 1956 29. 6. 1956	Außenpolitik	BMin <i>von Brentano</i> (Auswärtiges)
	13	168.	8. 11. 1956	Weltpolitische Entwicklung, Vorgänge in Ungarn und Ägypten	BKanzler <i>Adenauer</i>
	14	188.	31. 1. 1957	Außenpolitische Lage, Wiedervereinigung Deutschlands, Sicherheitssysteme	BMin <i>von Brentano</i> (Auswärtiges)
	15	200.	21. 3. 1957	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	StS <i>Hallstein</i> (Auswärtiges)
3. WP 1957–61	1	3. 4.	29. 10. 1957 5. 11. 1957	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Adenauer</i>
	2	9.	23. 1. 1958	Außenpolitische Entwicklung	BMin <i>von Brentano</i> (Auswärtiges)
	3	87.	5. 11. 1959	Außenpolitische Ziele der Bundesregierung in internationalen Gesprächen und Verhandlungen	BMin <i>von Brentano</i> (Auswärtiges)
	4	103.	18. 2. 1960	Antisemitische Vorfälle	BMin <i>Schröder</i> (Inneres)
	5	117.	24. 5. 1960	Pariser Konferenz 1960	BKanzler <i>Adenauer</i>
	6	122.	30. 6. 1960	Außenpolitische Entwicklung nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960	BMin <i>von Brentano</i> (Auswärtiges)
	7	156.	21. 4. 1961	Besprechungen des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten <i>Kennedy</i> anlässlich des Amerikabesuches vom 5. bis 8. April 1961	BKanzler <i>Adenauer</i>
	8	167.	18. 8. 1961	Lage Berlins und allgemeine politische Lage	BKanzler <i>Adenauer</i>
4. WP 1961–65	1	5. 6.	29. 11. 1961 6. 12. 1961	Regierungsprogramm	BMin <i>Erhard</i> (Stellvertr. d. BKanzlers) ¹⁾
	2	9.	17. 1. 1962	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	BKanzler <i>Adenauer</i>

¹⁾ wegen Erkrankung von Bundeskanzler *Adenauer*

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch	
noch: 4. WP	3	12. 13.	24. 1. 1962 31. 1. 1962	Gemeinsame Agrarpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	BMin <i>Schwarz</i> (Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten)	
	4	16.	22. 2. 1962	Sturmflutkatastrophe an der Nordsee	BMin <i>Erhard</i> (Stellvertr. des BKanzlers)	
	5	39. 40. 41.	9. 10. 1962 11. 10. 1962 12. 10. 1962	Innen- und Außenpolitik	BKanzler <i>Adenauer</i>	
	6	53.	14. 12. 1962	Umbildung der Bundesregierung	BKanzler <i>Adenauer</i>	
	7	57. 58.	6. 2. 1963 7. 2. 1963	Innen- und Außenpolitik	BKanzler <i>Adenauer</i>	
	8	90. 92.	18. 10. 1963 24. 10. 1963	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Erhard</i>	
	9	137. 138.	15. 10. 1964 16. 10. 1964	Lagebericht zum Bundeshaushalt 1965	BKanzler <i>Erhard</i>	
	10	148. 152.	2. 12. 1964 10. 12. 1964	Harmonisierung des Getreidepreises	BKanzler <i>Erhard</i>	
	5. WP 1965–69	1	4. 7. 8. 9. 10.	10. 11. 1965 29. 11. 1965 30. 11. 1965 1. 12. 1965 2. 12. 1965	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Erhard</i>
		2	13.	12. 1. 1966	NATO-Konferenz und Amerikareise	BMin <i>Schröder</i> (Auswärtiges)
3		17.	27. 1. 1966	Verhandlungen in Luxemburg	BMin <i>Schröder</i> (Auswärtiges)	
4		31.	17. 3. 1966	Nordatlantische Allianz	BMin <i>Schröder</i> (Auswärtiges)	
5		34.	25. 3. 1966	Vorschläge zur Abrüstung und Friedenssicherung in Europa	BKanzler <i>Erhard</i>	
6		43.	25. 5. 1966	Kanzlerbesuch in London	BKanzler <i>Erhard</i>	
7		57.	21. 9. 1966	Die Lage der Bundeswehr	BKanzler <i>Erhard</i>	
8		60.	5. 10. 1966	Gespräche in Washington	BKanzler <i>Erhard</i>	
9		67.	26. 10. 1966	Stabsrahmenübung „Fallex 66“ der NATO	BMin <i>Lücke</i> (Inneres)	
10		80. 82. 83.	13. 12. 1966 15. 12. 1966 16. 12. 1966	Bildung der neuen Bundesregierung	BKanzler <i>Kiesinger</i>	
11		84.	18. 1. 1967	Kanzlerbesuch in Paris	BKanzler <i>Kiesinger</i>	

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 5. WP	12	86. 88.	20. 1. 1967 26. 1. 1967	Ausgleich des Bundeshaushalts 1967	BKanzler <i>Kiesinger</i>
	13	90.	1. 2. 1967	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien	BKanzler <i>Kiesinger</i>
	14	101.	12. 4. 1967	VII. Parteitag der SED	BKanzler <i>Kiesinger</i>
	15	115.	14. 6. 1967	Friedensregelung im Nahen Osten	BMin <i>Brandt</i> (Auswärtiges)
	16	126.	13. 10. 1967	Europapolitik	BMin <i>Brandt</i> (Auswärtiges)
	17	129.	26. 10. 1967	Verhandlungen in Luxemburg sowie Kanzlerbesuch in London	BMin <i>Brandt</i> (Auswärtiges) und BKanzler <i>Kiesinger</i>
	18	158. 160.	11. 3. 1968 14. 3. 1968	Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland	BKanzler <i>Kiesinger</i>
	19	161.	27. 3. 1968	Rücktrittsgesuch von Bundesinnenminister <i>Lücke</i> ; Oder-Neiße-Linie	BKanzler <i>Kiesinger</i>
	20	169. 170.	30. 4. 1968 7. 5. 1968	Bericht der Bundesregierung zur innenpolitischen Situation	BMin <i>Benda</i> (Inneres)
	21	185. 186.	25. 9. 1968 26. 9. 1968	Außenpolitische Lage	BKanzler <i>Kiesinger</i>
	22	188. 189. 190.	16. 10. 1968 17. 10. 1968 18. 10. 1968	Außenpolitik, Verhandlungen mit dem französischen Staatspräsidenten und Innenpolitik	BKanzler <i>Kiesinger</i>
	23	200. 201.	29. 11. 1968 4. 12. 1968	Außen- und Verteidigungspolitik	BMin <i>Brandt</i> (Auswärtiges) und BMin <i>Schröder</i> (Verteidigung)
	24	239.	17. 6. 1969	Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland	BKanzler <i>Kiesinger</i>
	6. WP 1969–72	1	5. 6. 7.	28. 10. 1969 29. 10. 1969 30. 10. 1969	Regierungsprogramm
2		16.	3. 12. 1969	Gipfelkonferenz der Staaten der Europäischen Gemeinschaft in Den Haag	BKanzler <i>Brandt</i>
3		22. 23. 24.	14. 1. 1970 15. 1. 1970 16. 1. 1970	Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland	BKanzler <i>Brandt</i>
4		41.	20. 3. 1970	Begegnung des Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der DDR in Erfurt	BKanzler <i>Brandt</i>
5		42.	15. 4. 1970	Besuch des Bundeskanzlers in den Vereinigten Staaten	BKanzler <i>Brandt</i>

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 6. WP	6	51.	8. 5. 1970	25. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges	BKanzler <i>Brandt</i>
	7	59.	17. 6. 1970	Deutschland-, Ost- und Europapolitik	BKanzler <i>Brandt</i>
	8	62.	10. 7. 1970	Konjunkturpolitik	BMin <i>Schiller</i> (Wirtschaft)
	9	66.	18. 9. 1970	Unterzeichnung des Gewaltverzichtsvertrages mit der Sowjetunion	BKanzler <i>Brandt</i>
	10	71.	9. 10. 1970	Europa- und Ostpolitik	BMin <i>Scheel</i> (Auswärtiges)
	11	93. 94.	28. 1. 1971 29. 1. 1971	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation	BKanzler <i>Brandt</i>
	12	109.	24. 3. 1971	Innere Reformen	BKanzler <i>Brandt</i>
	13	111.	26. 3. 1971	Situation der Bundeswehr	BMin <i>Schmidt</i> (Verteidigung)
	14	121.	11. 5. 1971	Außen- und binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm	BMin <i>Schiller</i> (Wirtschaft)
	15	123.	13. 5. 1971	Brüsseler Beschlüsse des Agrar-Ministerrates vom 11. und 12. Mai 1971	PStS <i>Logemann</i> (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
	16	131.	24. 6. 1971	Ergebnis der Beitrittsverhandlungen der EWG mit Großbritannien	BKanzler <i>Brandt</i>
	17	133.	19. 7. 1971	Westeuropapolitik	BMin <i>Scheel</i> (Auswärtiges)
	18	159.	15. 12. 1971	Berlin-Abkommen	BMin <i>Franke</i> (Innerdeutsche Beziehungen)
	19	159.	15. 12. 1971	Beitrittsverhandlungen der EWG mit Großbritannien, Irland und Dänemark; Ministerratstagung der NATO	BMin <i>Scheel</i> (Auswärtiges)
	20	162.	19. 1. 1972	Internationale und europäische Währungspolitik sowie Situation der deutschen Wirtschaft	BMin <i>Schiller</i> (Wirtschaft und Finanzen)
	21	171. 172. 173.	23. 2. 1972 24. 2. 1972 25. 2. 1972	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation	BKanzler <i>Brandt</i>
	22	184.	28. 4. 1972	Politische Situation nach dem Mißtrauensvotum der CDU/CSU	BKanzler <i>Brandt</i>
	23	188.	7. 6. 1972	Vier-Mächte-Abkommen über Berlin	BKanzler <i>Brandt</i>
	24	188.	7. 6. 1972	Fragen der inneren Sicherheit	BMin <i>Genscher</i> (Inneres)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 6. WP	25	196.	23. 6. 1972	NATO-Konferenzen, Fragen der Verteidigung und aus dem Bereich der Bundeswehr	BMin <i>Schmidt</i> (Verteidigung)
7. WP 1972–76	1	4.	15. 12. 1972	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Brandt</i>
	2	7.	18. 1. 1973	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Brandt</i>
		8.	24. 1. 1973		
		9.	25. 1. 1973		
		10.	26. 1. 1973		
		10.	26. 1. 1973		
	3	8.	24. 1. 1973	Waffenstillstandsabkommen über Vietnam	BKanzler <i>Brandt</i>
	4	13.	14. 2. 1973	Währungskrise	BMin <i>Schmidt</i> (Finanzen)
	5	30.	10. 5. 1973	2. Stabilitätsprogramm der Bundesregierung	BKanzler <i>Brandt</i>
	6	35.	23. 5. 1973	Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, <i>Leonid Breschnew</i> , in Bonn	BKanzler <i>Brandt</i>
	7	48.	13. 9. 1973	Konferenz der neun europäischen Außenminister in Kopenhagen im September 1973	BMin <i>Scheel</i> (Auswärtiges)
	8	53.	3. 10. 1973	Situation der deutschen Außenpolitik nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen	BMin <i>Scheel</i> (Auswärtiges)
	9	67.	29. 11. 1973	Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Energiepolitik	BKanzler <i>Brandt</i>
	10	67.	29. 11. 1973	Neue Wehrstruktur der Bundeswehr	BMin <i>Leber</i> (Verteidigung)
	11	73.	17. 1. 1974	Lage der Energieversorgung	BMin <i>Friderichs</i> (Wirtschaft)
	12	76.	24. 1. 1974	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation	BKanzler <i>Brandt</i>
	13	100. 101. 102.	17. 5. 1974 20. 5. 1974 21. 5. 1974	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Schmidt</i>
14	105.	6. 6. 1974	Besuch des Bundeskanzlers beim französischen Staatspräsidenten <i>Giscard d'Estaing</i>	BKanzler <i>Schmidt</i>	
15	105.	6. 6. 1974	Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaft am 4. 6. 1974 in Luxemburg	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)	
16	110.	20. 6. 1974	NATO-Tagung in Ottawa und Deklaration von Ottawa	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)	
17	115.	18. 9. 1974	Außenpolitik	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)	

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 7. WP	18	127.	6. 11. 1974	Reise des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers im Oktober 1974 in die Sowjetunion	BKanzler <i>Schmidt</i>
	19	130.	13. 11. 1974	Sondersitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister aus Anlaß der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Dr. <i>Günter von Drenkmann</i>	BMin <i>Maihofer</i> (Inneres)
	20	130.	13. 11. 1974	Sondersitzung der Justizminister aus Anlaß des Todes des Untersuchungsgefangenen <i>Holger Meins</i> und der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Dr. <i>Günter von Drenkmann</i>	BMin <i>Vogel</i> (Justiz)
	21	135.	11. 12. 1974	Gespräche in Washington und New York, Pariser Konferenz und Gespräche mit der DDR	BKanzler <i>Schmidt</i>
	22	137.	13. 12. 1974	Maßnahmen zur konjunkturellen Situation	BKanzler <i>Schmidt</i>
	23	139.	19. 12. 1974	Ergebnis der NATO-Außenministerkonferenz vom 12.–13. 12. 1974	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	24	143.	23. 1. 1975	Ergebnisse der Washingtoner Währungskonferenz	BMin <i>Apel</i> (Finanzen)
	25	146.	30. 1. 1975	Internationales Jahr der Frau 1975	BMin <i>Focke</i> (Jugend, Familie und Gesundheit)
	26	146. 147.	30. 1. 1975 31. 1. 1975	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation	BKanzler <i>Schmidt</i>
	27	154.	12. 3. 1975	1. Tagung des Europäischen Rates in Dublin am 10. und 11. März 1975	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	28	155.	13. 3. 1975	Innere Sicherheit	BKanzler <i>Schmidt</i>
	29	161.	9. 4. 1975	Humanitäre Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland für Vietnam	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	30	162.	10. 4. 1975	Schaffung eines finanziellen Beistandsfonds der OECD	BMin <i>Apel</i> (Finanzen)
	31	168.	25. 4. 1975	Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm	BKanzler <i>Schmidt</i>
	32	175.	4. 6. 1975	Konferenzen des Verwaltungsrates der Internationalen Energie-Agentur, des OECD-Ministerrats und des Rats der Atlantischen Allianz	BKanzler <i>Schmidt</i>
	33	183.	25. 7. 1975	Dritte und abschließende Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
34	184.	17. 9. 1975	Konjunkturpolitische Lage und Verbesserung der Haushaltssituation	BKanzler <i>Schmidt</i>	

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 7. WP	35	218.	29. 1. 1976	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation	BKanzler <i>Schmidt</i>
	36	235.	8. 4. 1976	Lage der Europäischen Gemeinschaft und innere Stabilität der Bundesrepublik Deutschland	BKanzler <i>Schmidt</i>
	37	246.	2. 6. 1976	Ergebnisse der 4. UN-Weltkonferenz für Handel und Entwicklung	BMin <i>Friderichs</i> (Finanzen) und BMin <i>Bahr</i> (Wirtschaftliche Zusammenarbeit)
	38	255.	30. 6. 1976	Konferenz von Puerto Rico im Juni 1976	BKanzler <i>Schmidt</i>
8. WP 1976–80	1	5. 6. 7. 8. 9.	16. 12. 1976 17. 12. 1976 19. 1. 1977 20. 1. 1977 21. 1. 1977	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Schmidt</i>
	2	17.	16. 3. 1977	Abhöraktion des Verfassungsschutzes gegen den Atomwissenschaftler Dr. <i>Klaus Traube</i>	BMin <i>Maihofer</i> (Inneres)
	3	22.	20. 4. 1977	Terrorismusbekämpfung	BKanzler <i>Schmidt</i>
	4	26.	12. 5. 1977	Londoner Gipfeltreffen	BKanzler <i>Schmidt</i>
	5	33.	17. 6. 1977	17. Juni	BKanzler <i>Schmidt</i>
	6	42.	15. 9. 1977	Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. <i>Hanns-Martin Schleyer</i> durch Terroristen	BKanzler <i>Schmidt</i>
	7	50.	20. 10. 1977	Aktuelle Situation nach der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. <i>Hanns-Martin Schleyer</i>	BKanzler <i>Schmidt</i>
	8	65.	19. 1. 1978	Hauptaufgaben der Regierungspolitik im Jahre 1978	BKanzler <i>Schmidt</i>
	9	78.	9. 3. 1978	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation	BKanzler <i>Schmidt</i>
	10	83.	13. 4. 1978	Ergebnisse der NATO-Ratstagung vom 7. April 1978 in Brüssel und der Tagung des Europäischen Rates vom 7./8. April 1978 in Kopenhagen	BKanzler <i>Schmidt</i>
	11	90.	11. 5. 1978	Besuch des Staatsoberhauptes der Sowjetunion, Generalsekretär <i>Breschnew</i> , in der Bundesrepublik Deutschland vom 4.–7. Mai 1978	BKanzler <i>Schmidt</i>

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 8. WP	12	93.	1. 6. 1978	Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung in New York und NATO-Tagung der Staats- und Regierungschefs in Washington	BKanzler <i>Schmidt</i>
	13	117.	16. 11. 1978	Ergebnis der Verkehrsverhandlungen mit der DDR	BMin <i>Franke</i> (innerdeutsche Beziehungen)
	14	122.	6. 12. 1978	Ergebnisse des Europäischen Rates in Brüssel	BKanzler <i>Schmidt</i>
	15	154.	17. 5. 1979	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation	BKanzler <i>Schmidt</i>
	16	167.	4. 7. 1979	Erklärung zur Energiepolitik nach den Beratungen des Europäischen Rates in Straßburg und zum Treffen des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio	BKanzler <i>Schmidt</i>
	17	194.	14. 12. 1979	Ergebnisse der Herbst-Ministerkonferenz der NATO in Brüssel	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	18	196.	17. 1. 1980	Zur außenpolitischen Lage im Januar 1980	BKanzler <i>Schmidt</i>
	19	203.	28. 2. 1980	Zur internationalen Lage im Frühjahr 1980	BKanzler <i>Schmidt</i>
	20	208.	20. 3. 1980	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation	BKanzler <i>Schmidt</i>
	21	222.	17. 6. 1980	Tag der Deutschen Einheit	BKanzler <i>Schmidt</i>
	22	229.	3. 7. 1980	Treffen der sieben Staats- und Regierungschefs in Venedig und die Gespräche des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers in Moskau	BKanzler <i>Schmidt</i>
	9. WP 1980–83	1	5. 6. 7. 8.	24. 11. 1980 26. 11. 1980 27. 11. 1980 28. 11. 1980	Regierungsprogramm
2		26.	19. 3. 1981	Zur Rechtspolitik	BMin <i>Schmude</i> (Justiz)
3		31.	9. 4. 1981	Bericht zur Lage der Nation	BKanzler <i>Schmidt</i>
4		34.	7. 5. 1981	Besuch des Bundeskanzlers und des Bundeswirtschaftsministers in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie Frühjahrskonferenz der NATO-Außenminister in Rom	BKanzler <i>Schmidt</i>
5		38.	26. 5. 1981	Besuch des Bundeskanzlers in Washington und Paris	BKanzler <i>Schmidt</i>
6		62.	29. 10. 1981	Entwurf des Bundeshaushalts 1982 und der diesen begleitenden Gesetze	BMin <i>Lambsdorff</i> (Wirtschaft)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch	
noch: 9. WP	7	70.	3. 12. 1981	Ergebnisse des Europäischen Rates in London und Besuch von <i>Leonid Breschnew</i> im November 1981 in Bonn	BKanzler <i>Schmidt</i>	
	8	74.	18. 12. 1981	Besuch des Bundeskanzlers in der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. bis 13. Dezember 1981	BKanzler <i>Schmidt</i>	
	9	76.	14. 1. 1982	Gespräche des Bundeskanzlers am 5. und 6. Januar 1982 in Washington sowie aktuelle Fragen der Ost-West-Beziehungen	BKanzler <i>Schmidt</i>	
	10	91.	11. 3. 1982	Afghanistantag	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)	
	11	108.	24. 6. 1982	Weltwirtschaftsgipfel, Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland, NATO-Gipfel sowie Europapolitik	BKanzler <i>Schmidt</i>	
	12	111.	9. 9. 1982	Bericht zur Lage der Nation	BKanzler <i>Schmidt</i>	
	13	115.	17. 9. 1982	Bruch der sozialliberalen Koalition	BKanzler <i>Schmidt</i>	
	14	118.	1. 10. 1982	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP nach Artikel 67 des Grundgesetzes (konstruktives Mißtrauensvotum)	BKanzler <i>Schmidt</i>	
	15	121. 122. 123.	13. 10. 1982 14. 10. 1982 15. 10. 1982	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Kohl</i>	
	16	130.	25. 11. 1982	Außenpolitik, Ergebnis der USA-Reise, Zukunft des Atlantischen Bündnisses und Europafragen	BKanzler <i>Kohl</i>	
	10. WP 1983–87	1.	4. 5. 6.	4. 5. 1983 5. 5. 1983 6. 5. 1983	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Kohl</i>
		2	11.	9. 6. 1983	Wirtschaftsgipfel in Williamsburg	BKanzler <i>Kohl</i>
		3	13.	15. 6. 1983	Ergebnis der NATO-Konferenz am 9./10. Juni 1983	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
		4	15.	22. 6. 1983	Europäischer Rat in Stuttgart	BKanzler <i>Kohl</i>
		5	16.	23. 6. 1983	Bericht zur Lage der Nation	BKanzler <i>Kohl</i>
		6	22.	15. 9. 1983	Unsere Verantwortung für die Umwelt	BMin <i>Zimmermann</i> (Inneres)
7		23.	16. 9. 1983	Abschluß und die Ergebnisse der KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)	

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 10. WP	8	35.	21. 11. 1983	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	BKanzler <i>Kohl</i>
	9	48.	20. 1. 1984	Bericht über die Eröffnung der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm vom 17. bis 19. Januar 1984	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	10	53.	9. 2. 1984	Gespräche des Bundeskanzlers in Israel	BKanzler <i>Kohl</i>
	11	59.	15. 3. 1984	Bericht zur Lage der Nation	BKanzler <i>Kohl</i>
	12	60.	28. 3. 1984	Verlauf des EG-Gipfels in Brüssel	BKanzler <i>Kohl</i>
	13	73.	6. 6. 1984	Zum bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London	BKanzler <i>Kohl</i>
	14	77.	28. 6. 1984	Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels in London und zum EG-Gipfel in Fontainebleau	BKanzler <i>Kohl</i>
	15	80.	31. 7. 1984	Haltung der Bundesregierung zum Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 1984 (Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus)	BMin <i>Stoltenberg</i> (Finanzen)
	16	87.	3. 10. 1984	Jahresversammlung 1984 des Internationalen Währungsfonds in Washington	BMin <i>Stoltenberg</i> (Finanzen)
	17	88.	4. 10. 1984	Konferenz zwischen den Mitgliedstaaten der EG sowie Spaniens und Portugals mit den Staaten Mittelamerikas und den Contadora-Staaten in San José am 28./29. September 1984	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	18	91.	18. 10. 1984	Gespräche mit der Staats- und Parteiführung der Volksrepublik China, dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan und dem Präsidenten der Sozialistischen Republik Rumänien	BKanzler <i>Kohl</i>
	19	98.	8. 11. 1984	Bericht über die Tagung der WEU in Rom	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	20	101.	15. 11. 1984	Schutz der Nordsee und des Küstenmeeres	BMin <i>Zimmermann</i> (Inneres)
	21	109.	7. 12. 1984	Gespräche des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers in Washington; Ergebnis des Europäischen Rates in Dublin	BKanzler <i>Kohl</i>
	22	122.	27. 2. 1985	Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	23	129.	28. 3. 1985	Ergebnisse des EG-Umweltrates in Brüssel vom 20. März 1985	BMin <i>Zimmermann</i> (Inneres)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 10. WP	24	132.	18. 4. 1985	Strategische Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika	BKanzler <i>Kohl</i>
	25	135.	25. 4. 1985	Zwischenbilanz über die Verwirklichung des Regierungsprogramms der Koalition der Mitte	BKanzler <i>Kohl</i>
	26	137.	14. 5. 1985	Zum Wirtschaftsgipfel Bonn 1985 und zu den Staatsbesuchen von Präsident <i>Reagan</i> und Ministerpräsident <i>Nakasone</i>	BKanzler <i>Kohl</i>
	27	149.	27. 6. 1985	Expertentreffen für Menschenrechte der KSZE in Ottawa	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	28	150.	28. 6. 1985	Sicherheitslage in der deutschen Zivilluftfahrt	BMin <i>Dollinger</i> (Verkehr)
	29	150.	28. 6. 1985	Verhandlungen des EG-Umweltrates vom 27. Juni 1985 in Luxemburg zum umweltfreundlichen Auto	BMin <i>Zimmermann</i> (Inneres)
	30	164.	16. 10. 1985	Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	BKanzler <i>Kohl</i>
	31	172.	8. 11. 1985	Eureka	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	32	174.	14. 11. 1985	30 Jahre Bundeswehr	BKanzler <i>Kohl</i>
	33	175.	15. 11. 1985	Aktivitäten des Bundesnachrichtendienstes in der Terrorismus-Auslandsaufklärung	BMin <i>Schäuble</i> (besondere Aufgaben)
	34	181	5. 12. 1985	Europäischer Rat am 2. und 3. Dezember 1985 in Luxemburg	BKanzler <i>Kohl</i>
	35	184.	12. 12. 1985	Klarstellung der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf	BMin <i>Blüm</i> (Arbeit und Sozialordnung)
	36	198.	20. 2. 1986	Aktivitäten des BND bei der Nachforschung nach Dioxinabfällen im Jahre 1983	BMin <i>Zimmermann</i> (Inneres)
	37	205.	14. 3. 1986	Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	38	207.	20. 3. 1986	Lage in Afghanistan	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	39	209.	16. 4. 1986	Internationaler Terrorismus	BKanzler <i>Kohl</i>
	40	210.	17. 4. 1986	Abschluß der Vereinbarungen über Technologieaustausch und Forschungsbeteiligung bei SDI mit den USA	BMin <i>Bangemann</i> (Wirtschaft)
	41	213.	24. 4. 1986	Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt	BMin <i>Blüm</i> (Arbeit und Sozialordnung)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 10. WP	42	215.	14. 5. 1986	Reaktorunfall in der Sowjetunion und Wirtschaftsgipfel in Tokio	BKanzler <i>Kohl</i>
	43	232.	25. 9. 1986	Ergebnis der GATT-Konferenz von Punta del Este	BMin <i>Bangemann</i> (Wirtschaft)
	44	235.	2. 10. 1986	Bericht über die Sonderkonferenz zur Reaktorsicherheit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien	BMin <i>Wallmann</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	45	235.	2. 10. 1986	Ergebnisse der Stockholmer Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa und ihre Bedeutung für die West-Ost-Beziehungen	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	46	238.	16. 10. 1986	Jahresversammlung 1986 des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington	BMin <i>Stoltenberg</i> (Finanzen)
	47	243.	6. 11. 1986	Zusammenarbeit im Bündnis – zu den Ergebnissen der Gespräche in den Vereinigten Staaten und der deutsch-französischen Konsultationen	BKanzler <i>Kohl</i>
	48	246.	13. 11. 1986	Entscheidungen und Maßnahmen von Bund und Ländern nach dem Großbrand bei der Firma Sandoz/Basel und daraus resultierende Konsequenzen	BMin <i>Wallmann</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	49	253.	4. 12. 1986	Vorsorge gegen Chemieunfälle	BMin <i>Wallmann</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
11. WP 1987–90	1	4. 5. 6.	18. 3. 1987 19. 3. 1987 20. 3. 1987	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Kohl</i>
	2	10.	7. 5. 1987	Bericht über den Stand der Abrüstungsgespräche	BKanzler <i>Kohl</i>
	3	16.	4. 6. 1987	Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle	BKanzler <i>Kohl</i>
	4	17.	5. 6. 1987	40. Jahrestag des Marshall-Planes	BKanzler <i>Kohl</i>
	5	33.	15. 10. 1987	Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	6	34.	16. 10. 1987	Soziale Flankierung des Strukturwandels in der Stahlindustrie	BMin <i>Bangemann</i> (Wirtschaft)
	7	49.	10. 12. 1987	Gipfeltreffen in Washington und Europäischer Rat in Kopenhagen	BKanzler <i>Kohl</i>

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 11. WP	8	51.	13. 1. 1988	Die Behandlung schwach- und mittelaktiver Abfallstoffe aus Kernkraftwerken im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Firma Transnuklear GmbH	BMin <i>Töpfer</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	9	58.	4. 2. 1988	25. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Ergebnisse des offiziellen Besuchs des Bundeskanzlers in der ČSSR	BKanzler <i>Kohl</i>
	10	61.	25. 2. 1988	Ergebnisse des Europäischen Rates und der Gespräche in Washington	BKanzler <i>Kohl</i>
	11	88.	24. 6. 1988	Rückblick auf den Weltwirtschaftsgipfel in Toronto und Ausblick auf den Europäischen Rat in Hannover	BKanzler <i>Kohl</i>
	12	100.	13. 10. 1988	Ergebnisse der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin vom 27. bis 29. September 1988	BMin <i>Stoltenberg</i> (Finanzen)
	13	106.	10. 11. 1988	Ergebnisse der Reise des Bundeskanzlers und seiner Delegation in die UdSSR	BKanzler <i>Kohl</i>
	14	113.	1. 12. 1988	Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	15	117.	9. 12. 1988	40. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948	BKanzler <i>Kohl</i>
	16	126.	17. 2. 1989	Eine mögliche Beteiligung deutscher Firmen an einer C-Waffen-Produktion in Libyen	BMin <i>Schäuble</i> (besondere Aufgaben)
	17	140.	27. 4. 1989	Zur künftigen Regierungsarbeit	BKanzler <i>Kohl</i>
	18	146.	1. 6. 1989	NATO-Gipfel am 29./30. Mai 1989 in Brüssel	BKanzler <i>Kohl</i>
	19	147.	2. 6. 1989	Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt	BMin <i>Blüm</i> (Arbeit und Sozialordnung)
	20	150.	16. 6. 1989	Besuch des Generalsekretärs der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR <i>Michail Gorbatschow</i> in der Bundesrepublik Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	21	154.	1. 9. 1989	50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges	BKanzler <i>Kohl</i>
	22	161.	28. 9. 1989	Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik	BMin <i>Blüm</i> (Arbeit und Sozialordnung)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 11. WP	23	173.	8. 11. 1989	Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	24	174.	9. 11. 1989	Vorläufige Freigabe von Besuchsreisen und Ausreisen aus der DDR	BMin <i>Seiters</i> (besondere Aufgaben)
	25	176.	16. 11. 1989	Polenreise und Lage in der DDR	BKanzler <i>Kohl</i>
	26	182.	7. 12. 1989	Die Bundeswehr in den 90er Jahren	BMin <i>Stoltenberg</i> (Verteidigung)
	27	188.	18. 1. 1990	Zu den Erfolgen der Gesundheitsreform	BMin <i>Blüm</i> (Arbeit und Sozialordnung)
	28	194.	8. 2. 1990	Rechtspolitik im Jahr des deutsch-deutschen Aufbruchs	BMin <i>Engelhard</i> (Justiz)
	29	197.	15. 2. 1990	Gespräche des Bundeskanzlers mit Generalsekretär <i>Gorbatschow</i> und Ministerpräsident <i>Modrow</i>	BKanzler <i>Kohl</i>
	30	208.	27. 4. 1990	Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR	BMin <i>Seiters</i> (besondere Aufgaben)
	31	210.	10. 5. 1990	Sondertagung des Europäischen Rats am 28. April 1990 in Dublin	BKanzler <i>Kohl</i>
	32	210.	10. 5. 1990	NATO-Außenminister-Treffen am 28. April 1990 und Zwei-plus-Vier-Gespräche auf Ebene der Außenminister am 5. Mai 1990	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	33	217.	21. 6. 1990	a) Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik b) Äußere Aspekte der deutschen Einheit c) Deutsch-polnische Beziehungen	BKanzler <i>Kohl</i>
	34	221.	23. 8. 1990	Tagung der WEU und EPZ-Sitzung zur Lage am Golf	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	35	226.	20. 9. 1990	Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	36	228.	4. 10. 1990	Politik der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung	BKanzler <i>Kohl</i>

Hinweis

Zum Thema Regierungserklärungen enthält außerdem Abschnitt 8.7 „Redner im Plenum“ zwei Unterabschnitte: Redner bei der Abgabe der Regierungserklärungen sowie Rededauer bei den Erklärungen zum Regierungsprogramm und den Aussprachen.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 11. WP	37	235.	15. 11. 1990	a) Ergebnisse der Gespräche des Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der Republik Polen, <i>Tadeusz Mazowiecki</i> , und dem Präsidenten der UdSSR, <i>Michail Gorbatschow</i> b) Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	BKanzler <i>Kohl</i>
	38	236.	22. 11. 1990	Ergebnisse des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der KSZE in Paris und der bevorstehende Europäische Rat in Rom	BKanzler <i>Kohl</i>
12. WP 1990–94	1	2.	14. 1. 1991	Lage in der Golfregion und in Litauen	BKanzler <i>Kohl</i>
	2	3.	17. 1. 1991	Krieg am Golf	BKanzler <i>Kohl</i>
	3	5.	30. 1. 1991	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Kohl</i>
		6.	31. 1. 1991		
		7.	1. 2. 1991		
	4	9.	21. 2. 1991	Finanzpolitik im vereinten Deutschland	BMin <i>Waigel</i> (Finanzen)
	5	10.	22. 2. 1991	Reise des Bundesministers des Auswärtigen nach Kairo, Damaskus und Amman (12. bis 14. 2. 1991)	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	6	20.	17. 4. 1991	Die Lage im Irak und die Situation der irakischen Flüchtlinge, insbesondere der Kurden	BMin <i>Genscher</i> (Auswärtiges)
	7	37.	4. 9. 1991	Lage und Entwicklung in der Sowjetunion und Jugoslawien	BKanzler <i>Kohl</i>
	8	39.	6. 9. 1991	Deutsch-polnische Verträge	BKanzler <i>Kohl</i>
	9	53.	6. 11. 1991	Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der NATO in Rom sowie EG-Konferenz in Maastricht	BKanzler <i>Kohl</i>
	10	68.	13. 12. 1991	Ergebnisse des Europäischen Rates in Maastricht	BKanzler <i>Kohl</i>
	11	85.	19. 3. 1992	Deutsche Verkehrspolitik im zusammenwachsenden Europa	BMin <i>Krause</i> (Verkehr)
12	87.	2. 4. 1992	Aktuelle Fragen der deutschen Außenpolitik	BKanzler <i>Kohl</i>	
13	93.	20. 5. 1992	Vorbereitung der VN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro	BKanzler <i>Kohl</i>	

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 12. WP	14	97.	17. 6. 1992	Unsere Verantwortung in der Welt	BKanzler <i>Kohl</i>
	15	101.	22. 7. 1992	Lage und Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und Entscheidung der Bundesregierung über die Beteiligung der Bundeswehr an Überwachungsmaßnahmen von WEU und NATO zur Unterstützung der VN-Resolutionen 713 und 757	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	16	108.	25. 9. 1992	Aktuelle Entwicklung in der Europapolitik	BKanzler <i>Kohl</i>
	17	128.	10. 12. 1992	Extremismus und zunehmende Gewaltbereitschaft in Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	18	149.	25. 3. 1993	Der Solidarpakt als Grundlage für die Sicherung des Standortes Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	19	151.	21. 4. 1993	Deutsche Mithilfe bei VN-Friedensbemühungen	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	20	162.	16. 6. 1993	Aktuelle Lage der deutsch-türkischen Beziehungen, Bekämpfung von Gewalt und Extremismus sowie Maßnahmen für eine verbesserte Integration der Ausländer in Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	21	176.	23. 9. 1993	Friedensprozeß im Nahen Osten	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	22	182.	21. 10. 1993	Zukunftssicherung des Standortes Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	23	189.	11. 11. 1993	Bericht über die Sondersitzung des Europäischen Rates in Brüssel vom 29. Oktober 1993	BKanzler <i>Kohl</i>
	24	197.	3. 12. 1993	Ausblick auf die Tagung des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 1993 in Brüssel	BKanzler <i>Kohl</i>
	25	202.	13. 1. 1994	NATO-Gipfel vom 10./11. Januar in Brüssel	BKanzler <i>Kohl</i>
	26	205.	20. 1. 1994	Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung	BMin <i>Waigel</i> (Finanzen)
	27	216.	10. 3. 1994	Bericht der Bundesregierung über die Erweiterungsverhandlungen der Europäischen Union mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	28	218.	13. 4. 1994	Bericht der Bundesregierung zu den deutsch-türkischen Beziehungen	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	29	219.	14. 4. 1994	Bericht der Bundesregierung zur Lage im früheren Jugoslawien	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 12. WP	30	223.	22. 4. 1994	Unterzeichnung der GATT-Schlußakte in Marrakesch	BMin <i>Rexrodt</i> (Wirtschaft)
	31	231.	27. 5. 1994	Aktuelle Fragen der Europapolitik	BKanzler <i>Kohl</i>
	32	233.	16. 6. 1994	Wohnungspolitische Bilanz der Bundesregierung	BMin <i>Schwaetzer</i> (Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)
	33	237.	29. 6. 1994	Deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Union	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	34	240.	22. 7. 1994	Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. 7. 1994 (Auslandseinsätze der Bundeswehr)	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	35	243.	21. 9. 1994	Wirtschaftlicher Aufschwung im geeinten Deutschland	BMin <i>Rexrodt</i> (Wirtschaft)
13. WP 1994– ¹⁾)	1	5. 6. 7.	23. 11. 1994 24. 11. 1994 25. 11. 1994	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Kohl</i>
	2	12.	19. 1. 1995	Lage in Tschetschenien	BKanzler <i>Kohl</i>
	3	18.	9. 2. 1995	Sicherung des Verbraucherschutzes bei Rindfleischimporten (BSE)	BMin <i>Seehofer</i> (Gesundheit)
	4	18.	9. 2. 1995	Hochwasserkatastrophe – Hilfe und Möglichkeiten vorbeugender Maßnahmen	BMin <i>Merkel</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	5	21.	16. 2. 1995	Hilfen für die neuen Bundesländer – Erfolgreicher Aufbau Ost	BMin <i>Rexrodt</i> (Wirtschaft)
	6	27.	16. 3. 1995	Klimakonferenz Berlin – Perspektiven für einen besseren Klimaschutz	BMin <i>Merkel</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	7	28.	17. 3. 1995	Deutsch-tschechische Beziehungen	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	8	33.	26. 4. 1995	Ergebnisse der Berliner Klimakonferenz sowie aktuelle Fragen der Kernenergie	BMin <i>Merkel</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Weitere Angaben zu den in Plenarsitzungen behandelten aktuellen Themen sind enthalten in:

- Abschnitt 12.2 „Aktuelle Stunden“
- Abschnitt 12.3 „Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung“

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 13. WP	9	38.	18. 5. 1995	Auswirkungen der aktuellen währungs- politischen Entwicklungen in der Europä- ischen Union auf die Landwirtschaft	BMin <i>Borchert</i> (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
	10	41.	1. 6. 1995	Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa	BKanzler <i>Kohl</i>
	11	44.	22. 6. 1995	Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Cannes am 26./27. Juni 1995	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	12	56.	22. 9. 1995	Lateinamerikakonzept der Bundes- regierung	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	13	61.	12. 10. 1995	Fünf Jahre Deutsche Einheit	BKanzler <i>Kohl</i>
	14	61.	12. 10. 1995	Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung und ihrer einnahme- und ausgabemäßigen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte	BMin <i>Waigel</i> (Finanzen)
	15	63.	25. 10. 1995	50. Jahrestag der Vereinten Nationen	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	16	65.	27. 10. 1995	40 Jahre Bundeswehr – 5 Jahre Armee der Einheit	BKanzler <i>Kohl</i>
	17	74.	30. 11. 1995	Friedensvereinbarungen für Bosnien	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	18	76.	6. 12. 1995	Deutsche Beteiligung an den militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien- Herzegowina	BKanzler <i>Kohl</i>
	19	77.	7. 12. 1995	Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Madrid am 15./16. Dezember 1995	BKanzler <i>Kohl</i>
	20	84.	2. 2. 1996	Aktuelle Lage der Rentenversicherung	BMin <i>Blüm</i> (Arbeit und Sozialordnung)
	21	86.	8. 2. 1996	Jahreswirtschaftsbericht 1996 und Bericht der Bundesregierung betr. Aktions- programm für Investitionen und Arbeits- plätze	BMin <i>Rexrodt</i> (Wirtschaft)
	22	101.	25. 4. 1996	10 Jahre Tschernobyl	BMin <i>Merkel</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 13. WP	23	102.	26. 4. 1996	Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung	BKanzler <i>Kohl</i>
	24	110.	13. 6. 1996	Auswärtige Kulturpolitik	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	25	128.	10. 10. 1996	Europapolitik, insbesondere Stand der Regierungskonferenz	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	26	128.	10. 10. 1996	Wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern	BMin <i>Rexrodt</i> (Wirtschaft)
	27	145.	5. 12. 1996	Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	28	148.	12. 12. 1996	Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Dublin am 13./14. Dezember 1996	BKanzler <i>Kohl</i>
	29	154.	30. 1. 1997	Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung	BKanzler <i>Kohl</i>
	30	155.	31. 1. 1997	Gemeinsame Verantwortung für mehr Beschäftigung in Deutschland	BKanzler <i>Kohl</i>
	31	157.	20. 2. 1997	Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung	BMin <i>Rexrodt</i> (Wirtschaft)
	32	160.	27. 2. 1997	Anstehende Castor-Transporte	BMin <i>Kanther</i> (Inneres)
	33	177.	4. 6. 1997	Fragen der Finanzpolitik	BMin <i>Waigel</i> (Finanzen)
	34	180.	11. 6. 1997	Tagung des Europäischen Rates in Amsterdam am 16./17. Juni 1997	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	35	181.	12. 6. 1997	50. Jahrestag des Marshallplans	BKanzler <i>Kohl</i>
	36	185.	27. 6. 1997	Europäischer Rat in Amsterdam sowie Weltwirtschaftsgipfel in Denver und Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen	BKanzler <i>Kohl</i>
	37	186.	5. 8. 1997	Die Hochwasserkatastrophe an der Oder und die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung	BKanzler <i>Kohl</i>

■ Die Themen der übrigen Regierungserklärungen ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und weiter in der 14. Wahlperiode bis voraussichtlich Anfang 1999 sind im NACHTRAG unter 6.11 zusammengestellt.

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Statistische Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen

Themen der Regierungserklärungen	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Regierungsprogramm ¹⁾	1	1	1	3	2 ¹⁶⁾	2	3	2	4	2	3	1
Auswärtiges	10 ⁶⁾ 7)	6 ⁹⁾	5	0 ¹³⁾	12 ¹⁷⁾	6 ²⁰⁾	15	7	7	7	12 ³¹⁾	12
Europäische Gemeinschaft ²⁾	0	1	0	1 ¹⁴⁾	1	4 ²¹⁾	2 ²⁴⁾	0	0	4	0	7
Gesamtdeutsche/Innerdeutsche Fragen und Berlin ³⁾	7	3 ¹⁰⁾	1 ¹²⁾	0	3	6 ²²⁾	3	6	3	4	8 ³²⁾	0
Inneres	3	1	1	3 ¹⁵⁾	1 ¹⁸⁾	2	4 ²⁵⁾	4	0	2	2	1
Rechtspolitik	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Haushalt und Finanzen	0	1	0	1	1	0	3 ²⁶⁾	0	1	2	1	2
Wirtschaft ⁴⁾	1	2	0	0	0	3	5 ²⁷⁾	1	0	6 ²⁹⁾	4	4
Verkehr	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ⁴⁾	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Arbeit und Sozialordnung	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2 ³⁰⁾	1	0
Verteidigung ⁵⁾	3 ⁸⁾	0 ¹¹⁾	0	0	4 ¹⁹⁾	2 ²³⁾	1	2	0	7	4	4
Jugend, Familie, Gesundheit	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Forschung und Technologie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Entwicklungshilfe	0	0	0	0	0	0	1 ²⁸⁾	0	0	0	0	0
Umweltschutz und Reaktorsicherheit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10	1	2

Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Regierungserklärungen insgesamt	27	15	8	10	24	25	38	22	16	49	38	35

★ Die Gesamtzahl der **Regierungserklärungen** in der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **307**.

- 1) einschl. Fragen zur Regierungskoalition und Kabinettsumbildung sowie konstruktives Mißtrauensvotum
- 2) einschl. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europapolitik und Europäische Union
- 3) einschl. (ab 5. Wahlperiode) Bericht zur Lage der Nation sowie Einheit Deutschlands
- 4) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft siehe unter Europäische Gemeinschaft
- 5) einschl. NATO, Abrüstung, Friedenssicherung, Bundeswehr
- 6) einschl. besatzungspolitische Themen, Saarfrage, Kriegsgefangene, Beendigung des Kriegszustandes
- 7) zwei weitere Regierungserklärungen zusammen mit verteidigungspolitischen Fragen; Zählung bei Verteidigung
- 8) zwei Regierungserklärungen zusammen mit außenpolitischen Fragen
- 9) davon je zwei Regierungserklärungen einschl. Wiedervereinigung Deutschlands und europäische Sicherheit
- 10) außerdem zwei Regierungserklärungen zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zusammen mit außenpolitischer Lage; Zählung bei Auswärtiges
- 11) zwei Regierungserklärungen zur europäischen Sicherheit zusammen mit außenpolitischer Lage; Zählung bei Auswärtiges
- 12) zusammen mit allgemeiner politischer Lage
- 13) zwei Regierungserklärungen zur Innen- und Außenpolitik; Zählung bei Inneres
- 14) außerdem zwei Regierungserklärungen zur gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG; Zählung bei Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- 15) davon zwei Regierungserklärungen zusammen mit Außenpolitik
- 16) außerdem eine Regierungserklärung zur Frage eines Ministerrücktritts zusammen mit außenpolitischer Thematik; Zählung bei Auswärtiges
- 17) vier Regierungserklärungen zusammen mit Innenpolitik, Verteidigungspolitik und Frage eines Ministerrücktritts
- 18) außerdem eine Regierungserklärung zusammen mit außenpolitischen Fragen; Zählung bei Auswärtiges
- 19) außerdem zwei Regierungserklärungen zusammen mit außenpolitischen Fragen; Zählung bei Auswärtiges
- 20) davon eine Regierungserklärung zusammen mit Deutschlandpolitik
- 21) davon eine Regierungserklärung zusammen mit NATO-Tagung des Ministerrats
- 22) außerdem eine Regierungserklärung zur Deutschlandpolitik zusammen mit Ost- und Europapolitik; Zählung bei Auswärtiges
- 23) außerdem eine Regierungserklärung zur Ministerratstagung der NATO zusammen mit einer EG-Beitrittsfrage; Zählung bei Europäischer Gemeinschaft
- 24) davon eine Regierungserklärung zusammen mit der Frage der innenpolitischen Stabilität
- 25) außerdem eine Regierungserklärung zur inneren Stabilität zusammen mit der Lage der EG; Zählung bei Europäischer Gemeinschaft
- 26) außerdem eine Regierungserklärung zur Haushaltssituation zusammen mit konjunktureller Lage; Zählung bei Wirtschaft
- 27) einschl. Energiepolitik; eine Regierungserklärung zusammen mit Haushaltssituation
- 28) zusammen mit Fragen des Außenhandels
- 29) außerdem eine Regierungserklärung zusammen mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes; Zählung bei Arbeit und Sozialordnung
- 30) davon eine Regierungserklärung zusammen mit Entwicklung der Wirtschaft
- 31) außerdem eine Regierungserklärung gemeinsam mit Lage in der DDR; Zählung bei Gesamtdeutsche/Innerdeutsche Fragen und Berlin
- 32) davon eine Regierungserklärung zusammen mit der Polenreise des Bundeskanzlers

6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte

Der Rücktritt des Bundeskanzlers oder eines Regierungsmitgliedes während einer Wahlperiode gehört in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor eher zu den Ausnahmen. Infolgedessen finden die vorkommenden Fälle sowie Regierungsumbildungen große Beachtung.

Zieht man die verschiedenen Umstände in Betracht, die zum Ausscheiden von Bundesministern führten, kann man folgende Fallgruppen unterscheiden:

1. Ausscheiden von einzelnen Regierungsmitgliedern

- aus persönlichen Gründen oder wegen sachlicher oder persönlicher Differenzen,
- aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung (z. B. wegen angeblicher „politischer Belastung“),
- wegen Übernahme besonderer Parteiämter (z. B. Berufung zum Bundesgeschäftsführer einer Partei),
- wegen Übernahme von Staatsämtern außerhalb des Bereichs der Bundesregierung (z. B. Bundespräsident, Bundestagspräsident, Ministerpräsident eines Bundeslandes);

2. gemeinsames Ausscheiden aller oder mehrerer Regierungsmitglieder

- wegen Rücktritts des Bundeskanzlers (1963, 1966 und 1974),
- wegen Entlassung des Bundeskanzlers durch Wahl eines Nachfolgers (konstruktives Mißtrauensvotum nach Artikel 67 GG; bisher einmal 1982),
- wegen des Bruchs bzw. der Aufkündigung der Regierungskoalition (z. B. in den Jahren 1956, 1966 und 1982),
- wegen Umbildung des Kabinetts (z. B. in den Jahren 1962, 1978, 1982 und 1989).

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 19.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler
- 28.8 Ministerrat der DDR

Im folgenden sind die bisherigen drei Fälle des Rücktritts eines Bundeskanzlers sowie alle Fälle der vorzeitigen Beendigung des Amtsverhältnisses von Bundesministern seit der 1. Wahlperiode aufgeführt, einschließlich derjenigen, die auf einen Kanzlerücktritt oder einen Ressortwechsel zurückzuführen sind.

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen (bei Verbleiben im Kabinett: → neues Ressort)
-------	--------------	---------	---

1. Wahlperiode (1949–53): Kabinett *Adenauer*

11. 10. 1950	<i>Gustav Heinemann</i> (CDU)	Inneres	
--------------	-------------------------------	---------	--

2. Wahlperiode (1953–57): Kabinett *Adenauer*

9. 12. 1953	<i>Hans Schubert</i> (CSU)	Post	
26. 5. 1955	<i>Heinrich Hellwege</i> (DP)	Bundesrat	Wahl zum Ministerpräsidenten von Niedersachsen
6. 6. 1955	<i>Konrad Adenauer</i> (CDU)	Auswärtiges	Bundeskanzler
12. 10. 1955	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	besondere Aufgaben	→ Atomfragen
16. 10. 1956	<i>Waldemar Kraft</i> (BHE → CDU)	besondere Aufgaben	
16. 10. 1956	<i>Hermann Schäfer</i> (FDP → FVP)	besondere Aufgaben	
16. 10. 1956	<i>Theodor Blank</i> (CDU)	Verteidigung	
16. 10. 1956	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	Atomfragen	→ Verteidigung
16. 10. 1956	<i>Fritz Neumayer</i> (FDP → FVP)	Justiz	
14. 11. 1956	<i>Siegfried Balke</i> (CSU)	Post	→ Atomfragen

3. Wahlperiode (1957–61): Kabinett *Adenauer*

15. 9. 1959	<i>Heinrich Lübke</i> (CDU)	Ernährung	Wahl zum Bundespräsidenten
4. 5. 1960	<i>Theodor Oberländer</i> (CDU)	Vertriebene	
30. 10. 1961	<i>Heinrich von Brentano</i> (CDU)	Auswärtiges	

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen (bei Verbleiben im Kabinett: → neues Ressort)
-------	--------------	---------	---

4. Wahlperiode (1961–65): Kabinett *Adenauer* (bis 1963)

19. 11. 1962	* <i>Wolfgang Stammberger</i> (FDP)	Justiz	} Rücktrittserklärung aller fünf FDP-Minister; die mit einem * versehenen Minister erhalten am 11. 12. 1962 ihre Entlassungsurkunden und treten aus dem Kabinett aus. <i>Hans Lenz</i> wird am 13. 12. 1962 zum Wissenschaftsminister berufen.
19. 11. 1962	* <i>Heinz Starke</i> (FDP)	Finanzen	
19. 11. 1962	<i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)	Vertriebene	
19. 11. 1962	* <i>Hans Lenz</i> (FDP)	Schatz	
19. 11. 1962	<i>Walter Scheel</i> (FDP)	wirtschaftliche Zusammenarbeit	
20. 11. 1962	Alle CDU/CSU-Minister stellen ihre Ämter zur Verfügung, um eine neue Regierungsbildung zu ermöglichen; von ihnen erhalten Entlassungsurkunden:		
11. 12. 1962	<i>Franz Josef Strauß</i> (CSU)	Verteidigung	bis 9. 1. 1963 beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte
11. 12. 1962	<i>Ernst Lemmer</i> (CDU)	gesamtdeutsche Fragen	
11. 12. 1962	<i>Franz-Josef Wuermeling</i> (CDU)	Familie	
11. 12. 1962	<i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (CDU)	Bundesrat	
11. 12. 1962	<i>Siegfried Balke</i> (CSU)	Atomenergie	
15. 10. 1963	<i>Konrad Adenauer</i> (CDU)	Bundeskanzler	Rücktritt; Auflösung des Kabinetts <i>Adenauer</i>
	Folgende Minister gehören dem nachfolgenden Kabinett <i>Erhard</i> nicht wieder an:		
	<i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP) <i>Rainer Barzel</i> (CDU)	Vertriebene gesamtdeutsche Fragen	

noch 4. Wahlperiode (1961–65): Kabinett *Erhard* (ab 1963)

7. 2. 1964	<i>Hans Krüger</i> (CDU)	Vertriebene	
27. 3. 1965	<i>Ewald Bucher</i> (FDP)	Justiz	

Hinweis

Nicht in allen Fällen war es möglich, Differenzen zwischen den herangezogenen Quellen zu klären, die hauptsächlich bei dem genauen Datum der Amtszeit anzutreffen sind. Offensichtlich wurden für die Zeitangaben unterschiedliche formale Kriterien herangezogen, indem beispielsweise bei Ernennungs- bzw. Entlassungsurkunden einmal die Datumsangabe auf der Urkunde, zum anderen der Tag der Aushändigung angeführt wird. Da die Differenzen oft nur einen oder wenige Tage betragen, werden sie als unerheblich betrachtet.

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen (bei Verbleiben im Kabinett: → neues Ressort)
-------	--------------	---------	---

5. Wahlperiode (1965–69): Kabinett *Erhard* (bis 1966)

28. 10. 1966	<i>Erich Mende</i> (FDP)	Vizekanzler und gesamtddeutsche Fragen	} Auflösung der CDU/CSU- FDP-Koalition
28. 10. 1966	<i>Rolf Dahlgrün</i> (FDP)	Finanzen	
28. 10. 1966	<i>Walter Scheel</i> (FDP)	wirtschaftliche Zusammenarbeit	
28. 10. 1966	<i>Ewald Bucher</i> (FDP)	Wohnungswesen	
30. 11. 1966	<i>Ludwig Erhard</i> (CDU)	Bundeskanzler	Rücktritt; Auflösung des Kabinetts <i>Erhard</i>
<p>Folgende CDU/CSU-Minister gehören dem nachfolgenden Kabinett <i>Kiesinger</i> nicht wieder an:</p>			
	<i>Richard Jaeger</i> (CSU)	Justiz	
	<i>Hans-Christoph Seebohm</i> (CDU)	Verkehr	
	<i>Richard Stücklen</i> (CSU)	Post	
	<i>Johann Baptist Gradl</i> (CDU)	Vertriebene	
	<i>Alois Niederalt</i> (CSU)	Bundesrat	
	<i>Elisabeth Schwarzhaupt</i> (CDU)	Gesundheitswesen	
	<i>Heinrich Krone</i> (CDU)	Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	
	<i>Ludger Westrick</i> ¹⁾	besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes	

noch 5. Wahlperiode (1965–69): Kabinett *Kiesinger* (ab 1966)

2. 4. 1968	<i>Paul Lücke</i> (CDU)	Inneres	
2. 10. 1968	<i>Bruno Heck</i> (CDU)	Familie	
2. 10. 1968	<i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (SPD)	wirtschaftliche Zusammenarbeit	
5. 2. 1969	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU)	Vertriebene	Wahl zum Bundestagspräsidenten
26. 3. 1969	<i>Gustav Heinemann</i> (SPD)	Justiz	Wahl zum Bundespräsidenten

¹⁾ In einigen Nachschlagewerken wird in der 5. Wahlperiode mit Datum vom 15. September 1966 auch der Rücktritt von *Ludger Westrick* (CDU), Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, angegeben. Tatsächlich hatte *Westrick* am 17. September 1966 ein Rücktrittsgesuch eingereicht, er erhielt jedoch keine Entlassungsurkunde, weil ein Nachfolger nicht gefunden werden konnte. *Westrick* wurde deshalb erst im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Bundeskanzler *Ludwig Erhard* gemeinsam mit den übrigen Kabinettsmitgliedern am 1. Dezember 1966 entlassen.

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen (bei Verbleiben im Kabinett: → neues Ressort)
-------	--------------	---------	---

6. Wahlperiode (1969–72): Kabinett *Brandt*

13. 5. 1971	<i>Alex Möller</i> (SPD)	Finanzen	
15. 3. 1972	<i>Hans Leussink</i> (parteilos)	Wissenschaft	
7. 7. 1972	<i>Karl Schiller</i> (SPD)	Wirtschaft und Finanzen	
7. 7. 1972	<i>Helmut Schmidt</i> (SPD)	Verteidigung	→ Wirtschaft und Finanzen
7. 7. 1972	<i>Georg Leber</i> (SPD)	Verkehr	→ Verteidigung

7. Wahlperiode (1972–76): Kabinett *Brandt* (bis 1974)

6. 5. 1974	<i>Willy Brandt</i> (SPD)	Bundeskanzler	Rücktritt; Auflösung des Kabinetts <i>Brandt</i>
Folgende Minister gehören dem nachfolgenden Kabinett <i>Schmidt</i> nicht wieder an:			
7. 5. 1974	<i>Egon Bahr</i> (SPD)	besondere Aufgaben	Wahl zum Bundespräsidenten
7. 5. 1974	<i>Walter Scheel</i> (FDP)	Auswärtiges	
7. 5. 1974	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	Justiz	
7. 5. 1974	<i>Lauritz Lauritzen</i> (SPD)	Verkehr	
7. 5. 1974	<i>Horst Ehmke</i> (SPD)	Forschung, Technologie, Post- und Fernmeldewesen	
7. 5. 1974	<i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD)	Bildung und Wissenschaft	
Folgende Minister übernehmen in dem nachfolgenden Kabinett <i>Schmidt</i> ein anderes Ressort:			
7. 5. 1974	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	Inneres	→ Auswärtiges
7. 5. 1974	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	Raumordnung, Bauwesen, Städtebau	→ Justiz
7. 5. 1974	<i>Werner Maihofer</i> (FDP)	besondere Aufgaben	→ Inneres

noch 7. Wahlperiode (1972–76): Kabinett *Schmidt* (ab 1974)

8. 7. 1974	<i>Erhard Eppler</i> (SPD)	wirtschaftliche Zusammenarbeit	
------------	----------------------------	--------------------------------	--

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen (bei Verbleiben im Kabinett: → neues Ressort)
-------	--------------	---------	---

8. Wahlperiode (1976–80): Kabinett *Schmidt*

7. 10. 1977	<i>Hans Friderichs</i> (FDP)	Wirtschaft	
16. 2. 1978	<i>Hans Apel</i> (SPD)	Finanzen	→ Verteidigung
16. 2. 1978	<i>Georg Leber</i> (SPD)	Verteidigung	
16. 2. 1978	<i>Karl Ravens</i> (SPD)	Raumordnung, Bauwesen, Städtebau	
16. 2. 1978	<i>Hans Matthöfer</i> (SPD)	Forschung und Technik	→ Finanzen
16. 2. 1978	<i>Helmut Rohde</i> (SPD)	Bildung und Wissenschaft	
16. 2. 1978	<i>Marie Schlei</i> (SPD)	wirtschaftliche Zusammenarbeit	
8. 6. 1978	<i>Werner Maihofer</i> (FDP)	Inneres	

9. Wahlperiode (1980–83): Kabinett *Schmidt* (bis 1982)

22. 1. 1981	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	Justiz	
28. 1. 1981	<i>Jürgen Schmude</i> (SPD)	Bildung und Wissenschaft	→ Justiz
28. 4. 1982	<i>Hans Matthöfer</i> (SPD)	Finanzen	→ Post- und Fernmeldewesen
28. 4. 1982	<i>Herbert Ehrenberg</i> (SPD)	Arbeit und Sozialordnung	
28. 4. 1982	<i>Antje Huber</i> (SPD)	Jugend, Familie und Gesundheit	
28. 4. 1982	<i>Kurt Gscheidle</i> (SPD)	Post- und Fernmeldewesen	

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen (bei Verbleiben im Kabinett: → neues Ressort)
17. 9. 1982	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	Auswärtiges	} Auflösung der SPD-FDP-Koalition; der mit einem * versehene Minister gehört dem nachfolgenden Kabinett <i>Kohl</i> nicht an
17. 9. 1982	* <i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP)	Inneres	
17. 9. 1982	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	Wirtschaft	
17. 9. 1982	<i>Josef Ertl</i> (FDP)	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	
1. 10. 1982	<i>Helmut Schmidt</i> (SPD)	Bundeskanzler sowie Auswärtiges	Entlassung durch Wahl eines Nachfolgers (konstruktives Mißtrauensvotum nach Art. 67 GG), Auflösung des Kabinetts <i>Schmidt</i>
Alle SPD-Minister gehören dem nachfolgenden Kabinett <i>Kohl</i> nicht an:			
4. 10. 1982	<i>Jürgen Schmude</i> (SPD)	Justiz sowie Inneres	
4. 10. 1982	<i>Manfred Lahnstein</i> (SPD)	Finanzen sowie Wirtschaft	
4. 10. 1982	<i>Björn Engholm</i> (SPD)	Bildung und Wissenschaft sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	
4. 10. 1982	<i>Heinz Westphal</i> (SPD)	Arbeit und Sozialordnung	
4. 10. 1982	<i>Hans Apel</i> (SPD)	Verteidigung	
4. 10. 1982	<i>Anke Fuchs</i> (SPD)	Jugend, Familie und Gesundheit	
4. 10. 1982	<i>Volker Hauff</i> (SPD)	Verkehr	
4. 10. 1982	<i>Hans Matthöfer</i> (SPD)	Post- und Fernmeldewesen	
4. 10. 1982	<i>Dieter Haack</i> (SPD)	Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	
4. 10. 1982	<i>Egon Franke</i> (SPD)	innerdeutsche Beziehungen	
4. 10. 1982	<i>Andreas von Bülow</i> (SPD)	Forschung und Technologie	
4. 10. 1982	<i>Rainer Offergeld</i> (SPD)	wirtschaftliche Zusammenarbeit	

9. Wahlperiode (1980–83): Kabinett *Kohl* (ab 1982)

keine Rücktritte		
------------------	--	--

Hinweis

Die jüngsten Funktionsinhaber im Bundestag und in der Bundesregierung sind im Abschnitt 3.23 zusammengestellt.

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen (bei Verbleiben im Kabinett: → neues Ressort)
-------	--------------	---------	---

10. Wahlperiode (1983–87): Kabinett Kohl

27. 6. 1984	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	Wirtschaft	
26. 9. 1985	<i>Heiner Geißler</i> (CDU)	Jugend, Familie und Gesundheit	

11. Wahlperiode (1987–90): Kabinett Kohl

22. 4. 1987	<i>Walter Wallmann</i> (CDU)	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	
18. 5. 1988	<i>Manfred Wörner</i> (CDU)	Verteidigung	
25. 11. 1988	<i>Rita Süßmuth</i> (CDU)	Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	Wahl zur Bundestagspräsidentin
9. 12. 1988	<i>Martin Bangemann</i> (FDP)	Wirtschaft	
21. 4. 1989	<i>Friedrich Zimmermann</i> (CSU)	Inneres	→ Verkehr
21. 4. 1989	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	Finanzen	→ Verteidigung
21. 4. 1989	<i>Rupert Scholz</i> (CDU)	Verteidigung	
21. 4. 1989	<i>Jürgen Warnke</i> (CSU)	Verkehr	→ Wirtschaftliche Zusammenarbeit
21. 4. 1989	<i>Oscar Schneider</i> (CSU)	Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	
21. 4. 1989	<i>Hans Klein</i> (CSU)	wirtschaftliche Zusammenarbeit	→ besondere Aufgaben (Sprecher der Bundesregierung)
21. 4. 1989	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU)	besondere Aufgaben (Chef des Bundeskanzleramtes)	→ Inneres
19. 12. 1990	<i>Lothar de Maizière</i> (CDU)	besondere Aufgaben	
20. 12. 1990	<i>Hans Klein</i> (CSU)	besondere Aufgaben (Sprecher der Bundesregierung)	Wahl zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 6.11 mit einer statistischen Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen, nach Ressorts gegliedert,
- 6.18 mit einer Aufstellung der von den Ressorts an den Bundestag erstatteten Berichte,
- 6.20 mit der parlamentarischen Beanspruchung der Bundesministerien,
- 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert,
- 12.1 mit der Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen,
- 17.3 mit einer Statistik der Petitionen, aufgegliedert nach der Zuständigkeit der Ministerien.

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen (bei Verbleiben im Kabinett: → neues Ressort)
-------	--------------	---------	---

12. Wahlperiode (1990–94): Kabinett Kohl

26. 11. 1991	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU)	Inneres	Wahl zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
26. 11. 1991	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU)	besondere Aufgaben (Chef des Bundeskanzleramtes)	→ Inneres
1. 4. 1992	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU)	Verteidigung	
6. 5. 1992	<i>Gerda Hasselfeldt</i> (CSU)	Gesundheit	
18. 5. 1992	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	Auswärtiges und Stellvertreter des Bundeskanzlers	
18. 5. 1992	<i>Klaus Kinkel</i> (FDP)	Justiz	→ Auswärtiges (ab 21. 1. 1993 auch Stellvertreter des Bundeskanzlers)
17. 12. 1992	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU)	Post und Telekommunikation	
21. 1. 1993	<i>Jürgen Möllemann</i> (FDP)	Wirtschaft (seit 18. 5. 1992 auch Stellvertreter des Bundeskanzlers)	
21. 1. 1993	<i>Ignaz Kiechle</i> (CSU)	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	
21. 1. 1993	<i>Heinz Riesenhuber</i> (CDU)	Forschung und Technologie	
7. 7. 1993	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU)	Inneres	
13. 5. 1993	<i>Günther Krause</i> (CDU)	Verkehr	
13. 5. 1993	<i>Matthias Wissmann</i> (CDU)	Forschung und Technologie	→ Verkehr
4. 2. 1994	<i>Rainer Ortleb</i> (FDP)	Bildung und Wissenschaft	

13. Wahlperiode (1994–¹): Kabinett Kohl

14. 12. 1995	<i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i> (FDP)	Justiz	mdWdGb bis 17. 1. 1996
--------------	---	--------	------------------------

¹) Stand: 31. August 1997

6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kam es bislang zu fünf Kanzlerwechseln:

- 1963 von *Konrad Adenauer* (CDU) zu *Ludwig Erhard* (CDU),
- 1966 von *Ludwig Erhard* (CDU) zu *Kurt Georg Kiesinger* (CDU),
- 1969 von *Kurt Georg Kiesinger* (CDU) zu *Willy Brandt* (SPD),
- 1974 von *Willy Brandt* (SPD) zu *Helmut Schmidt* (SPD),
- 1982 von *Helmut Schmidt* (SPD) zu *Helmut Kohl* (CDU).

Vier dieser Kanzlerwechsel erfolgten **während** einer laufenden Wahlperiode, und bei drei Wechseln handelte es sich zugleich um „innerparteiliche“ Kanzlerwechsel. Der chronologische Ablauf dieser drei Wechsel von 1963, 1966 und 1974 wird im folgenden dargestellt.

Kanzlerwechsel *Adenauer/Erhard* (1963)*)

7. April 1959 Bundeskanzler *Konrad Adenauer* erklärt sich gegenüber einem CDU/CSU-Auswahlgremium bereit, für das Amt des Bundespräsidenten als Nachfolger von *Theodor Heuss* zu kandidieren.
- Das Auswahlgremium hatte zuvor am 24. Februar Bundeswirtschaftsminister *Ludwig Erhard* nominiert, der jedoch – in CDU/CSU-Kreisen vielfach begrüßt – am 3. März auf die Kandidatur verzichtete.
8. April 1959 In einer Rundfunkansprache erläutert *Adenauer* seine Entscheidung u. a. damit: „Die Stellung, die Aufgaben und die Arbeit des Bundespräsidenten werden in der deutschen Öffentlichkeit zu gering eingeschätzt. Sie sind viel größer, als man schlechthin glaubt.“
- April/Mai 1959 In der anschließenden Diskussion über einen Nachfolger für *Adenauer* als Bundeskanzler neigt die Fraktionsmehrheit offensichtlich Bundeswirtschaftsminister *Ludwig Erhard* zu und nur eine Minderheit Bundesfinanzminister *Franz Etzel*, dem von *Adenauer* favorisierten Kandidaten.
20. Mai 1959 Aus dem Urlaub in Cadenabbia zurückgekehrt, erklärt Bundeskanzler *Adenauer*, daß er sich einer Ernennung Prof. *Erhards* zum Bundeskanzler widersetzen werde.
- 25./26. Mai 1959 Wegen anderslautender Gerüchte befragt, bekräftigt Bundeskanzler *Adenauer* in der Sitzung des Fraktionsvorstandes und der Fraktion der CDU/CSU, er werde an seiner Präsidentschaftskandidatur „unbedingt“ festhalten.

*) Quellen:

Klaus Günther, Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik. Adenauer–Erhard–Kiesinger. Eine Analyse zum Problem der intraparteilichen De-Nominierung des Kanzlers und der Nominierung eines Kanzlerkandidaten am Beispiel des Streits um Adenauers und Erhards Nachfolge. Hannover 1970;
Jürgen Domes, Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer. Köln, Opladen 1964;
Wolfgang F. Dexheimer, Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961, 1965, 1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen. Bonn 1973.

4. Juni 1959 In einem Brief an den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden *Heinrich Krone* erklärt Bundeskanzler *Adenauer*, er habe sich – wegen der Verschlechterung der außenpolitischen Lage angesichts des Verlaufs der Genfer Konferenz – entschlossen, seine Kandidatur zum Bundespräsidenten zurückzuziehen und Bundeskanzler zu bleiben. (Der Hauptgrund für *Adenauers* Entschluß wird allgemein in der möglichen Kanzlerschaft *Erhards* gesehen.)
5. Juni 1959 Nach langer Diskussion stimmt die CDU/CSU-Fraktion einer Erklärung zu, sie „respektiere *Adenauers* Entschluß“.

*

Es bedarf in den folgenden Tagen und Wochen zahlreicher Versöhnungsversuche insbesondere des Fraktionsvorsitzenden *Heinrich Krone*, um den immer wieder aufflammenden Konflikt zwischen *Adenauer* und *Erhard* beizulegen.

Danach bis zur Bundestagswahl 1961 ruht innerhalb der CDU/CSU weitgehend die Diskussion über die Frage der Kanzlernachfolge. Die CDU/CSU zieht mit der Parole „Adenauer, Erhard und die Mannschaft“ in den Wahlkampf 1961.

*

17. September 1961 Wahlen zum 4. Bundestag: Der Stimmenanteil der CDU/CSU sinkt von 50,2% (1957) auf 45,3%, was den Verlust der absoluten Mehrheit bedeutet.
19. September 1961 Beschluß des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der FDP, Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aufzunehmen, sich aber nicht an einem Kabinett unter der Kanzlerschaft *Adenauers* zu beteiligen.
- Auf der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes in Anwesenheit des CSU-Vorsitzenden *Franz Josef Strauß* wird *Konrad Adenauer* gebeten, sich erneut als Kanzler zur Verfügung zu stellen.
- Es folgen langwierige Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP.
17. Oktober 1961 CDU/CSU-Fraktionssitzung: *Adenauer* erklärt, er denke nicht daran, noch einmal vier Jahre Bundeskanzler zu bleiben, wolle sich aber nicht zum Bundeskanzler auf Zeit abstempeln lassen; er sagt zu, sich in Briefen an die Fraktionsvorsitzenden mit einer befristeten Kanzlerschaft einverstanden erklären zu wollen.
- In einem solchen gleichlautenden Brief an den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden *Heinrich Krone* und den FDP-Vorsitzenden *Erich Mende* verspricht *Adenauer* – jedoch ohne eine bestimmte Zeitangabe –, so rechtzeitig zurückzutreten, daß sich ein Nachfolger einarbeiten und den nächsten Bundestagswahlkampf führen könne.
- 2./3. Nov. 1961 Vereinbarung eines Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und FDP.

*

19. November 1962 Im Anschluß an die „Spiegel-Affäre“ – insbesondere wegen des Verhaltens von Bundesverteidigungsminister *Franz Josef Strauß* – treten die fünf FDP-

- Bundesminister zurück; am 27. November stellen auch die CDU/CSU-Bundesminister ihre Ämter zur Verfügung, und am 30. November erklärt Bundesverteidigungsminister *Strauß*, er wolle dem neuen Kabinett *Adenauer* nicht wieder angehören.
5. Dezember 1962 Bundeskanzler *Adenauer* sagt einen Gesprächstermin mit der SPD über eine Große Koalition ab, nachdem die SPD zu erkennen gab, auch über eine mögliche Ablösung *Adenauers* diskutieren zu wollen. (Gespräche über die Bildung einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD fanden seit dem 26. November 1962 statt, zuerst zwischen *Paul Lücke* und *Herbert Wehner*.)
6. Dezember 1962 Bundeskanzler *Konrad Adenauer* erklärt sich gegenüber einer CDU-Partei-Kommission bereit, im Oktober 1963 zurückzutreten.
11. Dezember 1962 Erneutes Zustandekommen einer Regierungskoalition zwischen CDU/CSU und FDP.
17. Februar 1963 Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus: Der Stimmenanteil der CDU sinkt von 37,7% (1958) auf 28,8%.
5. März 1963 Bundeskanzler *Konrad Adenauer* bekräftigt seine Absicht, im Herbst 1963 zurückzutreten.
- Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Heinrich von Brentano* und später auch der geschäftsführende CDU-Parteivorsitzende *Josef Hermann Dufhues* sowie der CSU-Parteivorsitzende *Franz Josef Strauß* werden beauftragt, einen Kanzlerkandidaten zu ermitteln; sie schlagen *Ludwig Erhard* vor.
31. März 1963 Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz: Der Stimmenanteil der CDU sinkt von 48,4% (1959) auf 44,4%.
- Die Wahlniederlagen der CDU in Berlin und Rheinland-Pfalz sind Anlaß, auf eine schnelle Klärung der Nachfolgerfrage von Bundeskanzler *Adenauer* zu drängen.
22. April 1963 Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes: Der überwiegende Teil ist zur Nominierung von *Ludwig Erhard* zum Bundeskanzler entschlossen.
23. April 1963 In einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion wird *Ludwig Erhard* in einem einzigen Wahlgang zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU als Nachfolger von *Konrad Adenauer* nominiert.
- Von den 250 stimmberechtigten Abgeordneten nehmen 225 an der Abstimmung teil; 159 stimmen mit ja, 47 mit nein, 19 enthalten sich der Stimme.
- Bundeskanzler *Adenauer* hatte zuvor versucht, eine Verschiebung der Entscheidung zu erreichen, und schlug als Gegenkandidaten zu *Erhard Heinrich von Brentano*, *Heinrich Krone* und *Gerhard Schröder* vor.
15. Oktober 1963 Rücktritt von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* im Alter von 87 Jahren.
16. Oktober 1963 Der Bundestag wählt Bundeswirtschaftsminister *Ludwig Erhard* (CDU) zum neuen Bundeskanzler.

Kanzlerwechsel *Erhard/Kiesinger* (1966)*)

10. Juli 1966 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen: Der Stimmenanteil der CDU sinkt von 46,4% (1962) auf 42,8%, der Anteil der SPD steigt von 43,3% auf 49,5%.
- Die Wahlniederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen gilt als Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen um die Nachfolge von Bundeskanzler *Ludwig Erhard*. Einzelne CDU-Abgeordnete machen ihn öffentlich für den Stimmenverlust verantwortlich.
- Juli bis September 1966 Verschiedene CDU-interne Forderungen nach einer Änderung der Kabinettszusammensetzung.
14. August 1966 Der FDP-Parteivorsitzende *Erich Mende* erklärt in einem Interview „jede Partei (als) mit jeder regierungsfähig“.
- August/September 1966 Eine Reihe außen- und innenpolitischer Mißerfolge *Erhards* – insbesondere das Scheitern seiner Bemühungen, in den USA einen Aufschub fälliger Devisenausgleichszahlungen zu erwirken und dadurch den eigenen Haushalt zu entlasten – verstärken die Zweifel an seiner Kanzlereignung.
15. September 1966 Bundesminister *Ludger Westrick*, Chef des Bundeskanzleramtes, sucht um seinen Rücktritt nach. Da es Bundeskanzler *Erhard* nicht gelingt, einen Nachfolger zu finden, bleibt *Westrick* bis zum Rücktritt *Erhards* im Amt.
3. Oktober 1966 Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes, in der es u. a. heißt: „*Ludwig Erhard* ist und bleibt unser Bundeskanzler.“ (Dieser Satz wurde nachträglich als Versuch gedeutet, über Meinungsverschiedenheiten in der Nominierungsfrage hinwegzutäuschen.)
- 5.–26. Oktober 1966 Wachsende Krise innerhalb der Regierungskoalition wegen der Frage, wie der Bundeshaushalt 1967 ausgeglichen werden soll: durch Steuererhöhungen (Forderung der CDU/CSU) oder Kürzung des Verteidigungsetats (Forderung der FDP). *Erich Mende* bezeichnet am 21. Oktober den Bundeshaushalt als „Prüfstein der Regierungskoalition“.
26. Oktober 1966 Im Bundeskabinett stimmen die FDP-Bundesminister einem Kompromiß zu, wonach als letzter Ausweg zum Haushaltsausgleich auch Steuererhöhungen in Betracht gezogen werden müßten.
27. Oktober 1966 Die FDP-Fraktion lehnt diesen Kompromiß ab; die vier FDP-Bundesminister treten zurück; FDP-Fraktionsvorstand und FDP-Fraktion kündigen die Koalition mit der CDU/CSU ausdrücklich auf; die amtierende CDU/CSU-Regierung kann sich nur noch auf eine Minderheit von 245 (gegen 251) vollstimmberechtigte Abgeordnete stützen. Bundeskanzler *Erhard*, der den Rücktritt der FDP-Minister angenommen hat, beauftragt vier CDU/CSU-Bundesminister mit der Wahrnehmung der Geschäfte.

*) Quelle: *Klaus Günther*, a. a. O. Zu den Gründen für die Ablösung von Bundeskanzler *Ludwig Erhard* siehe *Heinrich Oberreuter*, Führungsschwäche in der Kanzlerdemokratie: Ludwig Erhard. In: Normative und institutionelle Ordnungsprobleme des modernen Staates. Festschrift zum 65. Geburtstag von *Manfred Härtlich* am 12. Oktober 1990. Hrsg. von *Manfred Mols*, *Hans-Otto Mühleisen*, *Theo Stammen*, *Bernhard Vogel*. Paderborn, München, Wien, Zürich 1990. S. 214–234.

2. November 1966 Bundeskanzler *Ludwig Erhard* erklärt vor dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand seine prinzipielle Rücktrittsbereitschaft.
- 2.–10. November 1966 Wiederholte Tagungen der einzelnen Landesgruppen der CDU/CSU. Eine Probeabstimmung in der Landesgruppe Baden-Württemberg am 4. November ergibt eine Mehrheit für eine Kandidatur des baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Kurt Georg Kiesinger*.
8. November 1966 Mit 255 gegen 246 Stimmen nimmt der Bundestag einen SPD-Antrag an, in dem der Bundeskanzler ersucht wird, die Vertrauensfrage zu stellen. Bundeskanzler *Ludwig Erhard* erklärt vor der Abstimmung u. a.:
- „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde dem Ersuchen, das Vertrauen des Hauses für mich zu erbitten, unter gar keinen Umständen nachkommen, und zwar weil ich nicht gegen Geist und Sinn der Verfassung verstoßen möchte.
(Beifall bei der CDU/CSU)
- Meine eigene Haltung habe ich deutlich genug gemacht, indem ich wiederholt erklärt habe: ich klebe nicht an diesem Sessel; an mir wird eine regierungsfähige Mehrheit nicht scheitern. Ich glaube, klarer kann eine Aussage nicht lauten. Aber ich lehne es ab, an einem Schauprozeß teilzunehmen,
(Beifall bei der CDU/CSU – Abg. *Wehner*: Pfui, Herr Bundeskanzler! – weitere Zurufe von der SPD)
- um so mehr, als ein rechtskräftiges Urteil von Ihnen überhaupt nicht gefällt werden kann und nicht gefällt werden darf.
(Erneuter Beifall bei der CDU/CSU)
- ...“
- Am Abend: Sitzung des Bundesvorstandes der CDU. Er übermittelt der CDU/CSU-Fraktion eine Liste mit vier Kanzleramtsbewerbern – *Rainer Barzel*, *Eugen Gerstenmaier*, *Kurt Georg Kiesinger* und *Gerhard Schröder* – und bittet um Auswahlentscheidung „noch in dieser Woche“.
9. November 1966 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* zieht seine Kandidatur zurück. Der Landesvorstand der CSU legt sich zugunsten von *Kurt Georg Kiesinger* fest.
10. November 1966 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert im dritten Wahlgang mit absoluter Mehrheit *Kurt Georg Kiesinger* zum Kanzlerkandidaten. Neben *Kiesinger* bewarben sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Rainer Barzel* und Außenminister *Gerhard Schröder*, außerdem war der Präsident der EWG-Kommission, *Walter Hallstein*, als Bewerber aufgestellt worden. Von den 251 Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion waren 244 anwesend.
- | | 1. Wahlgang | 2. Wahlgang | 3. Wahlgang |
|----------------------------|-------------|-------------|-------------|
| abgegebene gültige Stimmen | 243 | 244 | 244 |
| davon für <i>Kiesinger</i> | 97 | 118 | 137 |
| <i>Schröder</i> | 76 | 80 | 81 |
| <i>Barzel</i> | 56 | 43 | 26 |
| <i>Hallstein</i> | 14 | 3 | – |
15. November 1966 Erstmaliges Zusammentreffen der Kommissionen von CDU/CSU und SPD zwecks Bildung einer Großen Koalition.

25. November 1966 Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP gelten als gescheitert, da eine Einigung über Steuererhöhungen nicht erzielt werden kann.
26. November 1966 Die Verhandlungskommission von CDU/CSU und SPD einigt sich über die Bildung einer gemeinsamen Regierung unter Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger* und Vizekanzler *Willy Brandt*.
30. November 1966 Bundeskanzler *Erhard* reicht sein Rücktrittsgesuch ein und verabschiedet sich mit einer Fernsehansprache von der Öffentlichkeit.
1. Dezember 1966 Der Bundestag wählt *Kurt Georg Kiesinger* (CDU) zum neuen Bundeskanzler.

Kanzlerwechsel *Brandt/Schmidt* (1974)*)

- 24./25. April 1974 In Bonn werden *Günter Guillaume* aus dem Mitarbeiterstab des Bundeskanzlers und seine Ehefrau *Christel* wegen des Verdachts der Spionage für die DDR verhaftet.
26. April 1974 Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion. Für die Bundesregierung gibt Bundesjustizminister *Gerhard Jahn* eine längere Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Im Jahre 1970 wurde er [*Günter Guillaume*] im Bundeskanzleramt angestellt, wo er zunächst in der Wirtschaftsabteilung beschäftigt war. Erst Ende des Jahres 1972 wurde er als angestellter Mitarbeiter im Kanzleramt mit der Organisation von Parteterminen und Reisen des Bundeskanzlers betraut. Zu seinen Aufgaben gehörten ferner die Verbindung zu Parteien und Verbänden sowie die Erledigung von Schriftverkehr mit Gliederungen und Angehörigen der Partei. Die Bearbeitung amtlich geheimgehaltener Vorgänge fiel nicht in seinen Aufgabenbereich. Dennoch wurde er entsprechend einer ständigen Übung im Bundeskanzleramt von den zuständigen Behörden mehrfach sicherheitsüberprüft. Auf Grund eines sich gegen *Guillaume* im Jahre 1973 ergebenden Verdachts wurden unverzüglich von den Sicherheitsbehörden Überwachungs- und Abwehrmaßnahmen getroffen sowie die zuständigen Stellen der Bundesregierung unterrichtet. Auch der Bundeskanzler ist unterrichtet worden. In voller Kenntnis der eingeleiteten Überwachungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden hat er eine Entscheidung getroffen, die für den Erfolg der Sicherheitsbehörden ausschlaggebend war. Er hat zunächst darauf verzichtet, unmittelbare dienstrechtliche Maßnahmen gegen *Guillaume* zu treffen. Nur dadurch war es möglich, *Guillaume* und mehrere weitere Verdächtige zu überführen...“

Bundeskanzler *Willy Brandt* stellt abschließend u. a. fest, daß man einen besonders geschickten und durchtriebenen Agenten auf ihn angesetzt habe, was eigentlich nicht überraschen könne. Das ändere aber nichts an seiner tiefen menschlichen Enttäuschung. Er habe auch zur Kenntnis genommen, daß der SED-Staat seine Feindschaft zum SPD-Vorsitzenden auch auf diese Weise hervorgehoben habe. Der Agent sei von ihm nicht mit Geheimakten befaßt worden, weil dies nicht zu seinen Aufgaben gehört habe.

*) Quelle: Unterlagen der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages.
Vgl. auch *Arnulf Baring*, Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel. Stuttgart 1982.

In den folgenden Tagen kommt es in der Affäre *Guillaume* zu innenpolitischen Kontroversen zwischen Regierung und Opposition, wobei der Regierung der Versuch der Bagatellisierung vorgeworfen und Aufklärung über die Hintergründe des Falles verlangt wird.

4./5. Mai 1974 In Bad Münstereifel, am Rande einer Klausurtagung mit leitenden Funktionären des DGB, deutet Bundeskanzler *Willy Brandt* im engsten Kreis der SPD-Führungsspitze (u. a. *Herbert Wehner*, *Helmut Schmidt*, *Heinz Kühn*, *Holger Börner*) seine Rücktrittsabsicht an.

6. Mai 1974 Vormittags: In einer Besprechung im Bundeskanzleramt erfahren Außenminister *Walter Scheel*, Finanzminister *Helmut Schmidt*, Innenminister *Hans-Dietrich Genscher*, SPD-Fraktionsvorsitzender *Herbert Wehner*, SPD-Bundesgeschäftsführer *Holger Börner* und FDP-Fraktionsvorsitzender *Wolfgang Mischnick* von Bundeskanzler *Willy Brandt*, daß er sich zum Rücktritt entschlossen habe.

Während des ganzen Tages: Verschiedene Versuche von führenden SPD- und FDP-Politikern, *Brandt* umzustimmen.

Am Abend erklärt *Willy Brandt*, daß sein Entschluß endgültig sei.

21.30 Uhr: Staatssekretär *Horst Grabert*, Chef des Bundeskanzleramtes, fliegt zusammen mit Bundesfinanzminister *Helmut Schmidt* in einer Bundeswehr-Sondermaschine zu Bundespräsident *Gustav Heinemann*, der sich zu seinem offiziellen Abschiedsbesuch in Hamburg aufhält, um ihm das folgende Rücktrittsgesuch von *Willy Brandt* zu übergeben:

„Sehr geehrter Herr Bundespräsident, ich übernehme die politische Verantwortung für Fahrlässigkeiten im Zusammenhang mit der Agentenaffäre *Guillaume* und erkläre meinen Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers. Gleichzeitig bitte ich darum, diesen Rücktritt unmittelbar wirksam werden zu lassen und meinen Stellvertreter Bundesminister *Scheel* mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bundeskanzlers zu beauftragen, bis mein Nachfolger gewählt ist.

Mit ergebenen Grüßen, Ihr *Willy Brandt*.“

Bundespräsident *Heinemann* nimmt den Rücktritt an und ersucht Vizekanzler *Walter Scheel*, die Geschäfte des Bundeskanzlers bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen. Staatssekretär *Grabert* tritt sofort den Rückflug nach Bonn an.

7. Mai 1974 0.30 Uhr: Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gibt den Rücktritt von Bundeskanzler *Willy Brandt* bekannt.

Vormittags: *Willy Brandt* schlägt dem SPD-Parteivorstand Bundesfinanzminister *Helmut Schmidt* zu seinem Nachfolger als Bundeskanzler vor. Der SPD-Vorstand – und kurz darauf ebenso die SPD-Bundestagsfraktion – beschließen einstimmig die Nominierung von *Helmut Schmidt*. Die FDP stimmt der Entscheidung zu.

14.30 Uhr: Bundespräsident *Gustav Heinemann* überreicht dem zurückgetretenen Bundeskanzler *Willy Brandt* und den Kabinettsmitgliedern die Entlassungsurkunden; die Kabinettsmitglieder werden gebeten, die Geschäfte bis zur Ernennung der Nachfolger weiterzuführen.

8. Mai 1974 Der zurückgetretene Bundeskanzler *Willy Brandt* gibt im Fernsehen folgende Erklärung ab:

„Nachdem ich dem Vorstand meiner Partei berichtet habe, spreche ich heute abend zu Ihnen zum ersten Mal gelöst von der Pflicht des Staatsamtes. Am Abend des 6. Mai habe ich dem Bundespräsidenten meinen Rücktritt erklärt und damit die politische und persönliche Verantwortung für Fahrlässigkeiten im Zusammenhang mit der Agentenaffäre übernommen. Diese Entscheidung konnte mir niemand abnehmen. Mein Rücktritt geschah aus Respekt vor ungeschriebenen Regeln der Demokratie und auch, um meine politische und persönliche Integrität nicht zerstören zu lassen. Dazu bedarf es eines erklärenden Wortes. Ich habe mich lange geprüft und kam zu dem Ergebnis:

1. Was immer mir an Ratschlägen gegeben worden war, ich hätte nicht zulassen dürfen, daß während meines Urlaubs in Norwegen im Sommer vergangenen Jahres auch geheime Papiere durch die Hände des Agenten gegangen sind. Mehr darüber zu sagen, verbietet das Sicherheitsinteresse unseres Staates. Doch ich warne davor, durch Indiskretionen und Spekulationen den Schaden zu vergrößern.

2. Als ich mich zum Rücktritt entschloß, war mit entscheidend, daß ich mich für einen Teil der Politik – hier meine ich unser Verhältnis zur DDR und zum Warschauer Pakt – zeitweilig nicht mehr unbefangen genug fühlte.

3. Es gab Anhaltspunkte, daß mein Privatleben in Spekulationen über den Spionagefall gezerzt werden sollte. Was immer noch darüber geschrieben werden mag, es ist und bleibt grotesk, einen deutschen Bundeskanzler für erpreßbar zu halten. Ich bin es jedenfalls nicht. Ich bleibe Vorsitzender meiner Partei und werde weiter mit aller Kraft für eine Politik arbeiten, die den Menschen und dem Frieden dient.“

16. Mai 1974 Einen Tag nach der Wahl von *Walter Scheel* zum neuen Bundespräsidenten wird *Helmut Schmidt* zum Bundeskanzler als Nachfolger von *Willy Brandt* gewählt.

6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum

Als „konstruktives Mißtrauensvotum“ wird folgendes, in Artikel 67 GG geregeltes Verfahren bezeichnet:

„(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muß dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.

(2) Zwischen dem Antrage und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.“

In der Geschichte des Deutschen Bundestages hat es bisher zweimal einen Antrag nach Artikel 67 GG gegeben:

- im April 1972 (der gescheitert ist, indem er keine Mehrheit fand),
- im September/Oktober 1982.

Beide Fälle werden mit ihrer Vorgeschichte im folgenden chronologisch dokumentiert.

Hinweis

Abschnitt 15.2 „Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur“ faßt synoptisch die Kommentierungen aller Grundgesetz-Artikel mit Parlamentsbezug zusammen.

Chronik des Mißtrauensvotums von 1972*)

20. Oktober 1969 Der 6. Deutsche Bundestag tritt zu seiner ersten Sitzung mit folgenden Fraktionsstärken zusammen:
 CDU/CSU: 242 und 8 Berliner Abgeordnete
 SPD: 224 und 13 Berliner Abgeordnete
 FDP: 30 und 1 Berliner Abgeordnete
- Die Koalition von SPD und FDP setzt sich aus 254 und 14 Berliner Abgeordneten zusammen, die Opposition der CDU/CSU aus 242 und 8 Berliner Abgeordneten.
21. Oktober 1969 *Willy Brandt* wird mit 251 Stimmen aus SPD und FDP zum Bundeskanzler gewählt. Die zur Kanzlerwahl erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Bundestages gemäß Artikel 121 GG beträgt 249.
9. Oktober 1970 Die FDP-Abgeordneten *Erich Mende*, *Heinz Starke* und *Siegfried Zoglmann* wechseln unter Beibehaltung ihres Mandats zur Fraktion der CDU/CSU.
14. Oktober 1971 Der SPD-Abgeordnete *Klaus-Peter Schulz* aus Berlin verläßt seine Fraktion und tritt am 19. Oktober 1971 der Fraktion der CDU/CSU bei.
29. November 1971 Der CDU-Parteivorsitzende *Rainer Barzel* wird von einer gemeinsamen Kommission der CDU und der CSU zum Kanzlerkandidaten nominiert.
- 23.–25. Febr. 1972 Erste Beratung der Ostverträge im Bundestag.
29. Februar 1972 Der SPD-Abgeordnete *Herbert Hupka* verläßt seine Fraktion.
2. März 1972 Der Berliner SPD-Abgeordnete *Franz Seume* verläßt seine Fraktion.
3. März 1972 Der fraktionslose Abgeordnete *Hupka* tritt der Fraktion der CDU/CSU bei.
5. März 1972 Bundesvorstand und Deutschlandrat der Jungen Union fordern Neuwahlen.
6. März 1972 Oppositionsführer *Rainer Barzel* erklärt die Bereitschaft der CDU/CSU zur Übernahme der Regierungsverantwortung.
7. März 1972 Alle Parteien erklären, daß sie sich mit der Vorbereitung vorzeitiger Neuwahlen befassen.

*) Quellen:

- Werner Blischke*, Verfahrensfragen des Bundestages im Jahre 1972. Bericht über erstmals angewandte parlamentarische Verfahren. In: *Der Staat*. Jg. 12. 1973. H. 1. S. 65–84;
Peter Hopfen, Das Konstruktive Mißtrauensvotum 1972. In: *Sternstunden des Parlaments*. Hrsg. von *Rainer Barzel*. Heidelberg 1989. S. 383–408;
Rolf Lange und *Gerhard Richter*, Erste vorzeitige Auflösung des Bundestages. Stationen vom konstruktiven Mißtrauensvotum bis zur Vereidigung der zweiten Regierung Brandt/Scheel. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 38–75;
Martin Müller, Das konstruktive Mißtrauensvotum. Chronik und Anmerkungen zum ersten Anwendungsfall nach Art. 67 GG. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 3. 1972. H. 3. S. 275–291;
Wolfgang Zeh, Kalendarium der Ereignisse auf dem Weg zur Auflösung des Bundestages am 22. September 1972. In: *Parlamentsauflösung*. Hrsg. von *Klemens Kremer*. Köln, Berlin, Bonn, München 1974. S. 151–158.

10. März 1972 Oppositionsführer *Rainer Barzel* spricht auf einer Pressekonferenz erstmals öffentlich von der Möglichkeit, vom konstruktiven Mißtrauensvotum Gebrauch zu machen. Er stellt *Franz Josef Strauß* als potentiellen Bundesfinanzminister und *Karl-Heinz Narjes* als potentiellen Bundeswirtschaftsminister eines von ihm geführten Kabinetts vor.
17. März 1972 Der fraktionslose Abgeordnete *Seume* wird Hospitant der CDU/CSU-Fraktion. Oppositionsführer *Rainer Barzel* erklärt erneut die Bereitschaft der CDU/CSU zur Übernahme der Regierungsverantwortung.
27. März 1972 FDP-Generalsekretär *Karl-Hermann Flach* äußert sich in einem Interview zur Frage einer Vertrauens-Abstimmung und geht davon aus, daß die Koalition eine Mehrheit hat.
3. April 1972 Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel* berichtet, der Ältestenrat werde sich in seiner ersten Sitzung nach den Osterferien des Parlaments mit Verfahrensvorschriften zu Vertrauensfrage, Rücktritt des Bundeskanzlers und Einbringung eines konstruktiven Mißtrauensvotums befassen.
23. April 1972 Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg erhält die CDU 53,0%, die SPD 37,5% und die FDP 8,9% der Stimmen.
Der FDP-Abgeordnete *Wilhelm Helms* verläßt seine Fraktion. Die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag sind nunmehr:
Koalition: 249 und 12 Berliner Abgeordnete;
Opposition: 246 und 10 Berliner Abgeordnete;
1 fraktionsloser Abgeordneter (*Helms*).
24. April 1972 Nach vorausgegangenen Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes der CDU, Gesprächen mit der CSU-Führung und einer Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes beschließt die Fraktion der CDU/CSU am Abend einstimmig, den folgenden Antrag nach Artikel 67 GG einzubringen:
„Der Bundestag wolle beschließen: Der Bundestag spricht Bundeskanzler *Willy Brandt* das Mißtrauen aus und wählt als seinen Nachfolger den Abgeordneten Dr. *Rainer Barzel* zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundespräsident wird ersucht, Bundeskanzler *Willy Brandt* zu entlassen.“
Dieser Antrag wird noch am gleichen Abend als Drucksache VI/3380 an die Abgeordneten verteilt.
25. April 1972 Bundespräsident *Gustav Heinemann* empfängt den FDP-Vorsitzenden *Walter Scheel* und den Oppositionsführer *Rainer Barzel* zu getrennten Aussprachen.
Die Fraktionsführung der FDP erwägt, vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag den Plenarsaal zu verlassen. Sie empfiehlt schließlich, wie die SPD-Fraktionsführung, ihren Abgeordneten, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen. – Im Auswärtigen Ausschuß und im Rechtsausschuß des Bundestages kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Ostverträge.
Der Mißtrauensantrag löst zum Teil heftige Reaktionen in der Bevölkerung aus; es finden Sympathiekundgebungen für die Bundesregierung und Warnstreiks statt.

26. April 1972 Der Bundestag beginnt die zweite Beratung des Bundeshaushalts für das Jahr 1972; bei der Aussprache über den Etat des Bundestages (Einzelplan 02) kommt es zu grundsätzlichen Debatten über Fraktionswechsel und Mandatsfreiheit der Abgeordneten und über mögliche Verhaltensweisen bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag. Bei der anschließenden Lesung des Etats des Bundeskanzlers (Einzelplan 04) legen Bundeskanzler *Willy Brandt* und Oppositionsführer *Rainer Barzel* ihre grundsätzlichen Auffassungen zu aktuellen politischen Fragen dar.
27. April 1972 Der Abgeordnete *Kurt Georg Kiesinger* begründet den Mißtrauensantrag seiner Fraktion. In der anschließenden Aussprache äußern sich die Abgeordneten *Herbert Wehner* (SPD), *Wolfgang Mischnick* (FDP), *Gerhard Schröder* (CDU), *Richard von Weizsäcker* (CDU), Bundesaußenminister *Walter Scheel*, Bundesinnenminister *Hans-Dietrich Genscher* und Bundeskanzler *Willy Brandt*. Mit wenigen Ausnahmen beteiligen sich die Abgeordneten der Koalition nicht an der folgenden geheimen Wahl mit Stimmzetteln in der Wahlzelle, sondern bleiben auf ihren Plätzen im Plenarsaal.
- Um 13.22 Uhr gibt Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel* das Ergebnis bekannt:
- „Von den stimmberechtigten Abgeordneten wurden abgegeben 260 Stimmen, von den Berliner Abgeordneten 11 Stimmen. Von den 260 stimmberechtigten Abgeordneten haben für den Antrag mit Ja gestimmt 247, mit Nein 10 Abgeordnete; 3 Stimmen sind Enthaltungen. Von den Berliner Abgeordneten haben 10 Abgeordnete mit Ja und 1 Abgeordneter mit Nein gestimmt; keine Enthaltung... Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf Drs. VI/3380 ist damit abgelehnt.“
- Das Ergebnis wird von Koalitionsabgeordneten mit stürmischem Jubel aufgenommen, von Oppositionsabgeordneten mit Schweigen und Kopfschütteln (*Barzel*).*)

Unmittelbar nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum wurden Überlegungen laut, nunmehr den Bundestag vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen, wie es dann auch geschehen ist.

Auf die Chronik des Mißtrauensvotums von 1972 folgt daher im nächsten Abschnitt eine Chronik des Vorgangs der Parlamentsauflösung von 1972 mittels der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers.

*) Die CDU/CSU war sich offenbar sicher, die für die Annahme des konstruktiven Mißtrauensvotums erforderlichen 249 Stimmen zu erhalten. Sie verfügte im April 1972 zwar nur über 246 stimmberechtigte Fraktionsmitglieder, rechnete aber damit, daß die FDP-Abgeordneten *Knut von Kühlmann-Stumm* und *Gerhard Kienbaum* (entsprechend früheren Zusicherungen) sowie der seit wenigen Tagen fraktionslose Abgeordnete *Wilhelm Helms* für *Rainer Barzel* stimmen würden – dies haben die drei Abgeordneten auch am Tage der Abstimmung Journalisten gegenüber versichert. Somit gab es Anlaß zu zahlreichen Spekulationen; vgl. etwa *Wolfgang Zeh* (a. a. O., S.154): „Unter der Voraussetzung, daß die FDP-Abgeordneten *von Kühlmann-Stumm*, *Kienbaum* und *Helms*, jedoch kein weiterer Abgeordneter der Koalition mit Ja gestimmt haben, haben danach zwei Abgeordnete der CDU/CSU ihre Stimme dem Oppositionsführer nicht gegeben.“

Bald ist von zwei „Dissidenten“ die Rede, die zur Stimmenverweigerung „gekauft“ worden seien. Tatsächlich behauptet Ende Mai/Anfang Juni 1972 der CDU-Abgeordnete *Julius Steiner*, er habe gegen *Barzel* gestimmt und dafür vom Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion *Karl Wienand* 50 000 DM erhalten. (Vgl. dazu auch den im Juni 1973 eingesetzten Untersuchungsausschuß zur Prüfung, ob Entscheidungen von Abgeordneten des 6. Bundestages im Zusammenhang mit den Abstimmungen über das konstruktive Mißtrauensvotum und über die Ostverträge beeinflusst worden sind [„*Steiner/Wienand-Ausschuß*“].)

Chronik des Mißtrauensvotums von 1982*)

5. Februar 1982 Mit 269 Ja-Stimmen von SPD und FDP gegen 224 Nein-Stimmen der Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion nimmt der Bundestag den Antrag des Bundeskanzlers an, ihm nach Artikel 68 GG das Vertrauen auszusprechen. Damit versichert sich Bundeskanzler *Helmut Schmidt* der Zustimmung der beiden Koalitionsparteien für seine weitere politische Arbeit. Der Regierungschef hatte das Vertrauensvotum zwar nicht mit dem am 3. Februar vom Kabinett beschlossenen Beschäftigungsprogramm verbunden, aber mit den „ungewöhnlich schwierigen“ Verhandlungen innerhalb der Koalition begründet. (Vgl. dazu auch Abschnitt 6.15.)
- Warnungen vor einem Bruch der sozialliberalen Koalition insbesondere wegen wirtschaftspolitischer Differenzen und Aufrufe zu größerer Geschlossenheit innerhalb der SPD vor allem in Fragen der Sicherheitspolitik (Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses zur Rüstungspolitik) dauern schon seit Anfang 1981 an.
- 19.–23. April 1982 Bundesparteitag der SPD in München (mit Forderungen nach Steuererhöhungen zur Finanzierung weiterer Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, befristete Ergänzungsabgabe u. a.)
- 26.–27. April 1982 Kabinettsumbildung (u. a. übernehmen *Manfred Lahnstein* das Finanzministerium anstelle von *Hans Mathöfer* und *Heinz Westphal* das Arbeits- und Sozialministerium anstelle von *Herbert Ehrenberg*).
- 5.–6. Mai 1982 Spitzengespräche von SPD- und FDP-Politikern wegen der bevorstehenden Entscheidung über das sog. „Beschäftigungspaket“. Die FDP hatte den Bundeskanzler aufgefordert, die Beschlüsse des Münchener SPD-Parteitages nicht in die Regierungspolitik eingehen zu lassen. Kompromiß am 12. Mai im Vermittlungsausschuß (u. a. Verzicht auf geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer).
6. Juni 1982 Bürgerschaftswahlen in Hamburg (CDU 43,2%, SPD 42,8%, Grün-Alternative Liste 7,7%; mit 4,8% scheitert die FDP erneut an der 5%-Klausel).
17. Juni 1982 Die hessische FDP entscheidet sich auf einem Sonderparteitag in Darmstadt mit 169 zu 129 Stimmen für eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU bei den Landtagswahlen am 26. September 1982.
- Juli 1982 Differenzen zwischen SPD und FDP über die Höhe der notwendigen Neuverschuldung des Bundes und notwendiger Sparmaßnahmen.
31. Juli 1982 Gespräch zwischen Bundeskanzler *Helmut Schmidt* und dem FDP-Vorsitzenden und Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* in Hamburg.
25. August 1982 Das Bundeskabinett billigt die Begleitgesetze für die Sanierung des Haushalts 1983. Ein Termin für mögliche Etatkorrekturen wird nicht erörtert. Keine Einigung zwischen den Koalitionspartnern wird in der Kabinettsit-

*) Quelle: Unterlagen der Pressedokumentation.

Vgl. auch *Klaus Bohnsack*, Die Koalitionskrise 1981/82 und der Regierungswechsel 1982. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 1. S. 5–32, die Dokumentation von *Joseph Bückler* und *Helmut Schlimbach*, Die Wende in Bonn. Heidelberg 1983 sowie *Johannes Merck*, „Klar zur Wende?“ – Die FDP vor dem Koalitionswechsel 1980–1982. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 28. 1987. H. 4. S. 384–402.

zung über Modalitäten eines Finanzausgleichs unter den Krankenkassen erzielt.

1. September 1982 In der Kabinettsitzung kritisiert Bundeskanzler *Helmut Schmidt* Wirtschaftsminister *Otto Graf Lambsdorff* wegen eines Zeitungsinterviews, in dem es u. a. hieß: „Der hessische Wähler entscheidet, was er von einem Wechsel der FDP in eine andere Koalition hält. Das würde für uns in Bonn eine wichtige Erkenntnis sein.“
Bundeskanzler *Schmidt* beauftragt den Wirtschaftsminister, seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu Papier zu bringen, sofern sie vom Regierungsprogramm abweichen.
2. bis 5. September 1982 Gegenseitige Vorwürfe von SPD- und FDP-Spitzenpolitikern, den Bruch der Koalition herbeizuführen und die Handlungsfähigkeit der Regierung zu untergraben.
7. September 1982 Wirtschaftsminister *Otto Graf Lambsdorff* trägt seine wirtschaftspolitischen Thesen vor der FDP-Fraktion vor.
8. September 1982 Der Bundestag lehnt den Antrag der CDU/CSU-Fraktion an die Bundesregierung, ihre Vorlagen für den Nachtrag des Haushalts 1982, den Etat 1983 und den Finanzplan bis 1986 zurückzuziehen und neue Haushaltsentwürfe vorzulegen, mit den Stimmen der Regierungskoalition ab.
9. September 1982 Regierungserklärung zur Lage der Nation: Größte Aufmerksamkeit findet, was Bundeskanzler *Helmut Schmidt* in seiner persönlichen Verantwortung als Regierungschef und nicht im Namen der gesamten Bundesregierung zur Lage der Koalition sagt. *Schmidt* erklärt, er denke nicht an Rücktritt, er werde gegenwärtig nicht die Vertrauensfrage stellen und wolle auch nicht mit einem Minderheitskabinett ohne die FDP weiterregieren. Zum Oppositionsführer *Helmut Kohl* gewandt sagt Bundeskanzler *Schmidt*, wenn er die Macht wolle, dann solle er ein konstruktives Mißtrauensvotum versuchen. Auch diejenigen Abgeordneten von der FDP, die eine andere Koalition wünschten, sollten dies „offen und ehrlich“ sagen und „mit offenem Visier“ dafür eintreten.
Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Helmut Kohl* fordert statt dessen den Bundeskanzler auf, „endlich zurückzutreten“. Im übrigen solle man den Ausgang der Landtagswahlen in Hessen und Bayern abwarten und dann die Debatte im Bundestag weiterführen.
Auch der FDP-Vorsitzende, Vizekanzler und Außenminister *Hans-Dietrich Genscher*, spricht in seiner Eigenschaft als Abgeordneter und vermeidet es, sich direkt zur Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition zu bekennen. Er erklärt den Haushalt 1983 und die dazugehörigen Sparbeschlüsse zur „Bewährungsprobe der Koalition“. Als eine Absage an die Koalition wird eine Passage verstanden, die Grenze der Zusammenarbeit müsse dort liegen, „wo man sich gegenseitig überfordert“. *Genscher* erhält für seine Rede Beifall von den Abgeordneten der CDU/CSU, nicht aber von der Seite der SPD.
12. September 1982 Veröffentlichung des 34seitigen „Lambsdorff-Papiers“, das zahlreiche Sparvorschläge des Wirtschaftsministers innerhalb der Wirtschafts-,

Finanz- und Sozialpolitik enthält. Bundeskanzler *Schmidt* war die Denkschrift zwei Tage zuvor vorgelegt worden.

14. September 1982 Das „Lambsdorff-Papier“ wird immer stärker als „Scheidungsbrief“ der Koalition gewertet. In Spitzenkreisen der SPD werden Forderungen nach einem Rücktritt des Wirtschaftsministers *Otto Graf Lambsdorff* laut.
15. September 1982 Während der Kabinettsitzung verlangt Bundeskanzler *Helmut Schmidt* von *Hans-Dietrich Genscher* und von *Otto Graf Lambsdorff*, innerhalb von „24 bis 48 Stunden“ ihre Haltung zur Koalition zu klären. Die FDP-Minister *Genscher*, *Graf Lambsdorff* und *Baum* versuchen einzulenken und bezeichnen das „Lambsdorff-Papier“ lediglich als Diskussionsbeitrag des Ministers.
16. September 1982 In der Haushaltsdebatte des Bundestages werden aufs neue die Risse zwischen SPD und FDP deutlich, auch wenn zunächst Wirtschaftsminister *Otto Graf Lambsdorff* erklärt hatte, die FDP stehe zu diesem Etat und zur Regierungspolitik.
- Bundeskanzler *Helmut Schmidt* sucht am späten Nachmittag Bundespräsident *Karl Carstens* auf. Eine Stunde später trifft Oppositionsführer *Helmut Kohl* mit *Helmut Schmidt* im Kanzleramt zusammen.
- In der Nacht zum Donnerstag versuchen mehrere Abgeordnete der SPD und FDP, den drohenden Bruch der Koalition in letzter Minute abzuwenden.
17. September 1982 Bundeskanzler *Helmut Schmidt* erklärt am Vormittag vor dem Bundestag, er wolle das Regierungsbündnis mit der FDP nicht länger fortsetzen und strebe eine Auflösung des Bundestages sowie Neuwahlen im November an. Nach den Ereignissen der letzten Tage habe er das politische Vertrauen zu einigen Führungspersonen der FDP verloren. „Eine weitere Zusammenarbeit ist weder den sozialdemokratischen Bundesministern noch dem Bundeskanzler zuzumuten.“
- Die vier FDP-Bundesminister *Hans-Dietrich Genscher*, *Otto Graf Lambsdorff*, *Gerhart Rudolf Baum* und *Josef Ertl* hatten schon zuvor um 10 Uhr Bundeskanzler *Schmidt* ihren Rücktritt erklärt.
- Bundeskanzler *Helmut Schmidt* erklärt sich bereit, die Vertrauensfrage nach Artikel 68 des Grundgesetzes zu stellen und dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestages vorzuschlagen, falls er die Mehrheit nicht erhalte. Er schlägt den Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Bundestages eine entsprechende Vereinbarung vor bei gleichzeitigem Verzicht der Opposition auf ein zwischenzeitliches Mißtrauensvotum.
- Nach der Erklärung von Bundeskanzler *Schmidt* spricht sich die FDP-Bundestagsfraktion in einer Sondersitzung am Mittag mit 33:18 Stimmen – und am Abend der FDP-Parteivorstand mit 18:15 Stimmen – für Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aus.
- Oppositionsführer *Helmut Kohl* weist in der wiederaufgenommenen Bundestagsitzung den Vorschlag von Bundeskanzler *Schmidt* zurück. Er fordert statt dessen erneut den Rücktritt des Kanzlers. Die CDU/CSU werde versuchen, „so rasch wie möglich eine handlungsfähige Regierung zu bilden“. Erst danach sollten Neuwahlen stattfinden. Auch der FDP-Vorsitzen-

de *Hans-Dietrich Genscher* lehnt den Vorschlag von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* ab.

Anstelle der zurückgetretenen FDP-Bundesminister übernehmen in der SPD-Minderheitsregierung der Bundeskanzler das Außenministerium, Finanzminister *Manfred Lahnstein* das Wirtschaftsministerium, Justizminister *Jürgen Schmude* das Innenministerium und der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, *Björn Engholm*, das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

20. September 1982 Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP nehmen die Koalitionsgespräche auf. Sie einigen sich darauf, Bundeskanzler *Helmut Schmidt* am 1. Oktober durch ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, *Helmut Kohl* zum Kanzler zu wählen und für den 6. März 1983 Neuwahlen anzustreben. Der CSU-Vorsitzende *Franz Josef Strauß*, der zunächst Neuwahlen noch 1982 verlangt hatte, erklärt sich mit dem Termin einverstanden.
21. September 1982 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wählt *Helmut Kohl* in geheimer Abstimmung mit 228 Stimmen gegen eine Stimme bei einer Enthaltung zum Kanzlerkandidaten der Union. Die Koalitionsverhandlungen werden fortgesetzt.
- In mehreren Gesprächsrunden handeln Politiker der Union und der FDP in den folgenden Tagen ein Regierungsprogramm aus.
- Der FDP-Vorsitzende *Hans-Dietrich Genscher* sieht sich wachsender Kritik aus den Reihen seiner Partei ausgesetzt. Nunmehr fordern vier FDP-Landesverbände einen Sonderparteitag im Oktober.
26. September 1982 Bei den Landtagswahlen in Hessen verfehlt die CDU mit 45,6% der Stimmen die erwartete absolute Mehrheit (1978: 46,0%); die FDP scheitert mit 3,1% (1978: 6,6%) an der 5%-Klausel. Die SPD verzeichnet mit 42,8% (1978: 44,3%) geringe Verluste. Die Grünen erhalten 8,0% der Stimmen.
27. September 1982 CDU/CSU und FDP sprechen sich dafür aus, trotz des Wahlergebnisses von Hessen am „Fahrplan“ für das konstruktive Mißtrauensvotum festzuhalten.
28. September 1982 Die Verhandlungspartner von CDU, CSU und FDP einigen sich in den frühen Morgenstunden auf ein gemeinsames Sachprogramm für eine Regierungskoalition. Es sieht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, einschneidende Einsparungen im sozialen Bereich sowie eine Zwangsanleihe bei den Besserverdienenden vor.
- Nach über achtstündiger Beratung in der FDP-Bundestagsfraktion stimmen von den 54 FDP-Abgeordneten 32 dem Koalitionspapier zu, 20 stimmen dagegen, zwei Abgeordnete enthalten sich. In einer geheimen Probeabstimmung bekunden 34 FDP-Abgeordnete (darunter ein Berliner Abgeordneter) ihre Absicht, beim konstruktiven Mißtrauensvotum am 1. Oktober für *Helmut Kohl* als Nachfolger von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* zu stimmen, 18 votieren dagegen, zwei enthalten sich.
- Im FDP-Bundesvorstand wird ein Antrag, mit der Wahl *Kohls* zum Bundeskanzler bis zum FDP-Sonderparteitag Mitte Oktober zu warten, mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Am Abend stellen die Fraktionen CDU/CSU und FDP fristgemäß für die Abstimmung am 1. Oktober den Antrag nach Artikel 67 des Grundgesetzes:

„Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag spricht Bundeskanzler *Helmut Schmidt* das Mißtrauen aus und wählt als seinen Nachfolger den Abgeordneten Dr. *Helmut Kohl* zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Der Bundespräsident wird ersucht, Bundeskanzler *Helmut Schmidt* zu entlassen.“

Der Antrag ist unterzeichnet vom 1. stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Dr. *Friedrich Zimmermann* und vom FDP-Fraktionsvorsitzenden *Wolfgang Mischnick*.

29. September 1982 FDP-Generalsekretär *Günter Verheugen* tritt von seinem Amt zurück.

1. Oktober 1982 Um 9 Uhr beginnt im Bundestag die Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP nach Artikel 67 des Grundgesetzes.

Bundeskanzler *Helmut Schmidt* erklärt in seiner letzten Rede als Regierungschef vor dem Bundestag, der angestrebte Koalitionswechsel ohne Wählerauftrag sei ein „Vertrauensbruch“. Er setzt sich erneut für Neuwahlen ein und legt in zwölf Punkten die Leitlinien seiner Politik dar.

Begründet wird der Mißtrauensantrag namens der CDU/CSU- und FDP-Fraktion von Dr. *Rainer Barzel* (CDU/CSU). Es sei „dringend nötig, daß eine neue Mehrheit mit einer neuen Regierung ein neues Programm vorlegt und sich dann den Wählern stellt“.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende *Herbert Wehner* nimmt in Anspruch, auch als Alterspräsident des Bundestages seiner „tiefen Sorge um die Entwicklung unserer parlamentarischen Demokratie“ Ausdruck zu geben und kritisiert, daß den Bürgern die Entscheidung über den Regierungswechsel verwehrt werde.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Mischnick* wirbt um Verständnis für den Versuch, „die Agonie über Wochen und Monate“ zu beenden. Bis zur letzten Minute sei von FDP und SPD versucht worden, den gemeinsamen Weg weiterzugehen, doch hätte festgestellt werden müssen, „daß der Mut zu unpopulären Entscheidungen zuletzt im umgekehrten Verhältnis zu den Notwendigkeiten gestanden hat“.

Für diejenigen Abgeordneten der FDP, die dem Mißtrauensantrag nicht zustimmen können, geben der frühere Bundesinnenminister *Gerhart Rudolf Baum* und die ehemalige Staatsministerin Dr. *Hildegard Hamm-Brücher* Erklärungen ab.

Weitere Redner in der bis 14.20 Uhr andauernden Aussprache sind: Dr. *Heiner Geißler* (CDU/CSU), *Willy Brandt* (SPD), *Karl-Heinz Hansen* (fraktionslos), Dr. *Helmut Kohl* (CDU/CSU), Dr. *Horst Ehmke* (SPD) sowie *Philip Rosenthal* (SPD).

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Um 15.10 Uhr gibt Bundestagspräsident *Richard Stücklen* das Ergebnis der Wahl bekannt:

„Von den voll stimmberechtigten Abgeordneten wurden insgesamt 495 Stimmen abgegeben. Von diesen abgegebenen Stimmen waren 495 gültig. Mit Ja haben 256 Abgeordnete gestimmt.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und Beifall bei der FDP – Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich – Die Abgeordneten Dr. *Zimmermann* [CDU/CSU], *Schmidt* [Hamburg] [SPD], *Genscher* [FDP], *Mischnick* [FDP] und *Brandt* [SPD] beglückwünschen Abg. Dr. *Kohl* [CDU/CSU])

235 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt, vier Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Es gab keine ungültigen Stimmen.

Die Berliner Abgeordneten haben wie folgt gestimmt. Abgegebene Stimmen: 21; mit Ja haben 11 Abgeordnete, mit Nein 10 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen: keine, ungültige Stimmen: keine.

Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP nach Art. 67 des Grundgesetzes mit der erforderlichen absoluten Mehrheit der Mitglieder des Bundestages angenommen. Ich stelle fest, der Abgeordnete Dr. *Helmut Kohl* ist zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und Beifall bei der FDP).“

Bundespräsident *Karl Carstens* überreicht kurz danach in der Villa Hammerschmidt *Helmut Schmidt* und den aus dem Amt scheidenden Ministern seines Kabinetts die Entlassungsurkunden. Bundeskanzler *Helmut Kohl* erhält die Ernennungsurkunde und leistet anschließend vor dem erneut zusammengetretenen Bundestag den im Grundgesetz festgelegten Amtseid.

6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers

Der Bundeskanzler kann jederzeit den Antrag stellen, ihm das Vertrauen auszusprechen. In Artikel 68 GG ist festgelegt, was geschehen kann, falls dieser Vertrauensantrag keine Mehrheit findet:

„(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

(2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.“

Neben dieser Möglichkeit, einen Vertrauensantrag selbständig nach Artikel 68 GG zu stellen, kann der Bundeskanzler auch den Vertrauensantrag mit einer Gesetzesvorlage verbinden (vgl. dazu Artikel 81 GG), doch ist dieser Fall bisher nicht vorgekommen.

Mit der Vertrauensfrage verfügt der Bundeskanzler über ein Instrument, das zu zweierlei Zwecken eingesetzt werden kann: „zur Stabilisierung seiner Macht oder zur Initiierung von Neuwahlen“.*)

In der Geschichte des Deutschen Bundestages hat bisher dreimal ein Bundeskanzler die Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG gestellt:

*) *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*, Koalitionen, Kanzlerwahl und Kabinettsbildung. In: dies. (Hrsg.), *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, New York 1989. S. 1297–1324 (hier: S. 1309).

- in der 6. Wahlperiode 1972 *Willy Brandt* von vornherein in der Erwartung, daß ihm die Mehrheit **nicht** das Vertrauen ausspricht, damit so eine Voraussetzung zur Parlamentsauflösung durch den Bundespräsidenten und zu vorzeitigen Neuwahlen geschaffen wird,
- in der 9. Wahlperiode 1982 *Helmut Schmidt*,
- in der 9. Wahlperiode 1982 *Helmut Kohl*, ebenfalls mit der Absicht, eine Voraussetzung zur Parlamentsauflösung und zu den für den 6. März 1983 angestrebten Neuwahlen zu schaffen.

Aus diesen drei Anwendungsfällen läßt sich erkennen, daß der „Hauptzweck von Art. 68 GG ... heute darin (besteht), eine Parlamentsauflösung zu ermöglichen, von der sich ein antragstellender Kanzler die Erneuerung seiner parlamentarischen Legitimation durch eine vom Volk unmittelbar gewählte Mehrheit erhofft.“*)

Im folgenden werden die Abläufe der drei Vertrauensfragen chronologisch dargestellt, ferner das Vertrauensfrage-Ersuchen von Bundeskanzler *Ludwig Erhard* vom Jahre 1966.

Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler *Brandt* (1972)

Vorgeschichte und Verlauf dieses ersten Anwendungsfalles des Artikels 68 GG mit anschließender Auflösung des Bundestages und Neuwahlen werden in der folgenden Chronik dokumentiert, die unmittelbar an die Chronik des ersten konstruktiven Mißtrauensvotums (vgl. Abschnitt 6.14) anschließt.**)

27. April 1972 Der Antrag der CDU/CSU, Bundeskanzler *Willy Brandt* das Mißtrauen auszusprechen und als seinen Nachfolger *Rainer Barzel* zum Bundeskanzler zu wählen, scheidet.
- Am Nachmittag findet ein Gespräch zwischen Koalition und Opposition statt, an dem u. a. *Brandt*, *Barzel*, *Scheel* und *Stücklen* teilnehmen. In der darauffolgenden Nacht tritt das Bundeskabinett zu einer Sondersitzung zusammen.
28. April 1972 Die Sitzung des Bundestages zur Fortsetzung der zweiten Beratung des Bundeshaushalts 1972 beginnt mit fast halbstündiger Verspätung. Bundeskanzler *Brandt* gibt eine Erklärung ab, in der er der Opposition anbietet, in einigen wichtigen politischen Fragen (gemeinsame Entschließung zu den Ostverträgen, Währungs- und Finanzpolitik, innere Sicherheit, Haushalt,

*) *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*, a. a. O.

Skeptisch beurteilen die Autoren die Anwendung der Vertrauensfrage zur Stabilisierung der Regierungsmehrheit: „Geht man nämlich vom Normalfall einer klaren Regierungsmehrheit im Parlament aus, dann erscheint die Möglichkeit der Vertrauensfrage überflüssig. Droht indessen die parlamentarische Mehrheit zu schwinden, so wird man ihren Zerfall – wie die politische Entwicklung nach *Helmut Schmidts* erfolgreicher Vertrauensfrage am 5. Februar 1982 bis zu seinem Sturz im Oktober des gleichen Jahres geradezu lehrbuchhaft demonstriert hat – auch mit dem Instrument des Art. 68 GG nicht aufhalten, höchstens vor die Öffentlichkeit tragen und dadurch den Erosionsprozeß erfahrungsgemäß nur beschleunigen können.“

**) Quelle: *Wolfgang Zeh*, Kalendarium der Ereignisse auf dem Weg zur Auflösung des Bundestages am 22. September 1972. In: *Parlamentsauflösung*. Köln, Berlin, Bonn, München 1974. S. 151–158.
Vgl. auch: *Rolf Lange* und *Gerhard Richter*, Erste vorzeitige Auflösung des Bundestages. Stationen vom konstruktiven Mißtrauensvotum bis zur Vereidigung der zweiten Regierung Brandt/Scheel. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 38–75;
Werner Blichke, Verfahrensfragen des Bundestages im Jahre 1972. In: *Der Staat*. Jg. 1973. H. 1. S. 65–84;
Eckart Busch, Die Parlamentsauflösung 1972. Verfassungsgeschichtliche und verfassungsrechtliche Würdigung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 2. S. 213–246.

- Neuwahlen) eine gemeinsame Linie zu suchen. Zur Frage der Neuwahlen äußert er sich zurückhaltend. – Die namentliche Abstimmung über den Einzelplan 04 des Bundeshaushalts ergibt eine Ablehnung des Etats mit 247:247 Stimmen. Damit ist deutlich, daß bei kontroversen Abstimmungen weder Koalition noch Opposition über eine Mehrheit verfügen.
5. Mai 1972 Der fraktionslose Abgeordnete *Wilhelm Helms* wird Hospitant der CDU/CSU-Fraktion.
8. Mai 1972 Zur Formulierung einer gemeinsamen EntschlieÙung zur Ratifikation der Ostverträge wird eine Redaktionskommission aus Vertretern aller Fraktionen des Bundestages eingesetzt; der Versuch miÙlingt.
10. Mai 1972 Die CDU/CSU-Fraktion beantragt, die Ostverträge von der Tagesordnung abzusetzen. Die Berliner Abgeordneten sind bei Geschäftsordnungsanträgen voll stimmberechtigt. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich inzwischen wie folgt verändert:
Koalition: 249 und 12 Berliner Abgeordnete;
Opposition: 247 und 10 Berliner Abgeordnete;
für Geschäftsordnungsanträge ist das Stimmenverhältnis mithin 261:257.
Der Absetzungsantrag wird bei Stimmengleichheit (259:259) abgelehnt. Am Nachmittag stimmen die Koalitionsfraktionen jedoch einer Unterbrechung der Debatte zu.
16. Mai 1972 Der SPD-Abgeordnete *Günther Müller* (München) wird aus der SPD ausgeschlossen und gehört damit nicht mehr der Bundestagsfraktion der SPD an. Damit verfügt die Koalition nur noch über 248 voll stimmberechtigte Abgeordnete.
17. Mai 1972 Die Zustimmungsgesetze zu den Ostverträgen werden in namentlicher Abstimmung mit folgenden Ergebnissen verabschiedet: Dem Vertrag mit der Sowjetunion wird zugestimmt mit 248 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 238 Enthaltungen (Berliner: 12 Ja, 10 Enthaltungen); dem Vertrag mit Polen wird zugestimmt mit 248 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 231 Enthaltungen (Berliner: 12 Ja, 10 Enthaltungen). Die Vertragsgesetze sind damit angenommen. Anschließend wird die gemeinsame EntschlieÙung zu den Verträgen mit 491 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen bei 5 Enthaltungen angenommen (Berliner: 22 Ja-Stimmen).
18. Mai 1972 Bundesaußenminister *Walter Scheel* spricht sich für eine Vereinbarung der Parteien über Neuwahlen im Herbst 1972 aus.
19. Mai 1972 Bundeskanzler *Brandt* läÙt im Einvernehmen mit Vizekanzler *Scheel* den im Bundestag vertretenen Parteien eine Erklärung zur Frage von Neuwahlen zugehen. Darin wird die Notwendigkeit einer Vereinbarung über Neuwahlen betont. Die Opposition verlangt demgegenüber den Rücktritt des Bundeskanzlers mit nachfolgenden Wahlen.
23. Mai 1972 Die Bundesregierung schlägt eine Vereinbarung zwischen Koalition und Opposition dahin gehend vor, daß der Kanzler die Vertrauensfrage stellen, die Opposition auf ein weiteres Mißtrauensvotum verzichten solle; nach Ablehnung der Vertrauensfrage könne der Bundespräsident sodann den

- Bundestag auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, ein Selbstauflösungsrecht des Bundestages zu nominieren, wird nicht befürwortet.
2. Juni 1972 Oppositionsführer *Rainer Barzel* teilt in seinem Wahlkreis mit, als Wahltermin käme etwa der 26. November oder der 3. Dezember 1972 in Betracht. – In der Folgezeit konzentrieren sich die Überlegungen auf einen Wahltermin im Herbst; der Weg zu Neuwahlen bleibt umstritten.
12. Juni 1972 Nach der Tagung des Bundesausschusses der CDU in Berlin stellt Oppositionsführer *Barzel* fest, die CDU sei zu Neuwahlen bereit, wolle aber auf ihr verfassungsmäßiges Recht zu einem konstruktiven Mißtrauensvotum nicht verzichten. – Schrittweise scheinen sich Koalition und Opposition einem Übereinkommen über Neuwahlen im Herbst zu nähern.
2. Juli 1972 Bundeswirtschafts- und Finanzminister *Karl Schiller* tritt von seinem Regierungsamt zurück.
7. Juli 1972 Das Kabinett wird umgebildet: An die Stelle von *Karl Schiller* tritt *Helmut Schmidt*; Bundesminister der Verteidigung wird der bisherige Bundesverkehrsminister *Georg Leber*, und Wohnungsbauminister *Lauritz Lauritzen* übernimmt zusätzlich das Bundesministerium für Verkehr und Post.
8. August 1972 Kanzleramtsminister *Horst Ehmke* spricht gegenüber der Presse das Thema einer Verbindung der Vertrauensfrage mit der Schlußabstimmung über den Haushalt an.
18. September 1972 Bundeskanzler *Willy Brandt* gibt auf einer Pressekonferenz um 13.15 Uhr seinen Entschluß bekannt, am darauffolgenden Mittwoch (20. September 1972) „den Antrag nach Artikel 68 des Grundgesetzes“ zu stellen.
19. September 1972 Der fraktionslose Abgeordnete *Günther Müller* (München) tritt in die CSU ein und wird Mitglied der Fraktion der CDU/CSU. Damit ist die Sitzverteilung folgendermaßen verändert:
- Koalition: 248 und 12 Berliner Abgeordnete,
Opposition: 248 und 10 Berliner Abgeordnete.
- Da der frühere Wirtschafts- und Finanzminister *Karl Schiller* an den Sitzungen nicht mehr teilnimmt, ist das Stimmenverhältnis faktisch weiter verringert auf:
- Koalition: 247 und 12 Berliner Abgeordnete,
Opposition: 248 und 10 Berliner Abgeordnete.
- Die Koalition hat somit keine Mehrheit mehr für Abstimmungen im Gesetzgebungsverfahren, während die Opposition damit rechnen kann, über 248:247 Stimmen zu verfügen; die Koalition verfügt demgegenüber noch über eine rechnerische Mehrheit von 259:258 Stimmen bei Abstimmungen über Geschäftsordnungsfragen.
20. September 1972 Bundeskanzler *Willy Brandt* stellt am Vormittag die Vertrauensfrage gemäß Artikel 68 GG. Zwischen dem Antrag des Kanzlers und der Abstimmung müssen 48 Stunden liegen. Am Nachmittag werden die Änderungsvorschläge der CDU/CSU zum Rentenreformgesetz mit 248:247 Stimmen angenommen (der Abgeordnete *Karl Schiller* ist nicht anwesend).

22. September 1972

Vor der Abstimmung über die Vertrauensfrage findet im Bundestag eine Debatte über die Bilanz der Koalition statt, in der die gegensätzlichen Auffassungen dargelegt werden.

Gegen Mittag beginnt die Abstimmung, an der sich die Bundesminister nicht beteiligen. Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel* gibt gegen 18.00 Uhr das Ergebnis bekannt:

„An der Abstimmung haben insgesamt 482 stimmberechtigte Abgeordnete und 22 Berliner Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja haben gestimmt 233 stimmberechtigte Abgeordnete und 12 Berliner Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 248 stimmberechtigte Abgeordnete und 10 Berliner Abgeordnete; enthalten haben sich 1 stimmberechtigter Abgeordneter und kein Berliner Abgeordneter ... Der Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, hat somit nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Ich werde dem Herrn Bundespräsidenten unverzüglich davon Mitteilung machen.“

Sodann führt der Bundestagspräsident in seiner Schlußansprache u. a. folgendes aus:

„Ich kann und will dem Herrn Bundespräsidenten nicht vorgreifen; sein Recht, über die Auflösung des Bundestages zu entscheiden, bleibt unangetastet. Die Fraktionen haben mich aber gebeten, angesichts des klaren Willens aller Parteien, zu Neuwahlen zu kommen, die Sitzung nicht zu unterbrechen, um auf die Auflösungsanordnung des Herrn Bundespräsidenten zu warten, wie ich es gerne gesehen hätte, sondern diese Sitzung mit einem kurzen Wort zu schließen in dem Bewußtsein, daß es keine Sitzung des 6. Deutschen Bundestages mehr geben wird ... Selbst unter dem lebendigen Eindruck dieser Woche zeigt sich jedoch, daß auch bei schweren politischen Gegensätzen zwischen den beiden großen Blöcken immer das Gespräch miteinander möglich blieb ... So soll es auch in Zukunft bleiben, zum Wohle unseres Volkes und Vaterlandes.“

Bundeskanzler *Willy Brandt* begibt sich zum Bundespräsidenten und schlägt vor, den Bundestag aufzulösen. Nach Rücksprache mit den drei Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und FDP entspricht Bundespräsident *Gustav Heinemann* dem Vorschlag. Am Abend läßt er dem Präsidenten des Deutschen Bundestages durch den Chef des Bundespräsidialamtes die „Anordnung über die Auflösung des 6. Deutschen Bundestages“ überreichen; sie lautet:

„Gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes löse ich hiermit auf Vorschlag des Bundeskanzlers den 6. Deutschen Bundestag auf.“ (BGBl. I S. 1833)

Die Anordnung ist entsprechend Artikel 58 GG vom Bundeskanzler gegengezeichnet. Zugleich hat der Bundespräsident die – vom Bundeskanzler und vom Bundesminister des Innern gegengezeichnete – „Anordnung über die Bundestagswahl 1972“ (BGBl. I S. 1834) erlassen; sie lautet:

„Auf Grund des § 17 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juli 1972 (BGBl. I S. 1100) ordne ich an: Die Wahl zum Bundestag findet am 19. November 1972 statt.“

19. November 1972

Die Bundestagswahl hat bei einer Wahlbeteiligung von 91,1% (die bisher höchste Wahlbeteiligung in der deutschen Geschichte bei freien Wahlen) für die in den Bundestag einziehenden Parteien folgendes Ergebnis:

	Erststimmen	Zweitstimmen	Sitze	Berliner Abgeordnete
SPD	48,9%	45,8%	230	12
CDU	35,7%	35,2%	177	9
CSU	9,7%	9,7%	48	–
FDP	4,8%	8,4%	41	1

Nach Fortsetzung der Koalition aus SPD und FDP ergibt sich damit für den Bundestag eine Verteilung von 271 Mandaten für die Koalition und 225 Mandaten für die Opposition; mit den Berliner Abgeordneten beträgt das Verhältnis 284 zu 234 Mandate.

Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler *Schmidt* (1982)*)

3. Februar 1982 Gegen 14.20 Uhr teilt Bundeskanzler *Helmut Schmidt* Bundestagspräsident *Richard Stücklen* in einem Telefonanruf überraschend mit, daß er den Antrag gemäß Artikel 68 GG stelle, ihm das Vertrauen auszusprechen.
- 14.30 Uhr Beginn der Bundespressekonferenz zu dem Thema „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht 1982“. Bundeskanzler *Schmidt* schließt gegen 15.00 Uhr seine Erläuterungen mit dem Hinweis:
- „Ich will erwähnen, daß ich soeben im Gesamtzusammenhang dieser Gemeinschaftsinitiative bei dem Präsidenten des Deutschen Bundestages den Antrag nach Artikel 68 des Grundgesetzes gestellt habe.“
- Um 17.02 Uhr ist die entsprechende Bundestags-Drucksache 9/1312 verteilt:
- „Gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes stelle ich den Antrag, mir das Vertrauen auszusprechen. *Schmidt*“**)
4. Februar 1982 Bundestagspräsident *Richard Stücklen* teilt zu Beginn der 83. Plenarsitzung mit, daß auf Grund einer interfraktionellen Vereinbarung die morgige Tagesordnung um die Beratung des Vertrauensantrags des Bundeskanzlers erweitert wird. Außerdem werde „auf Grund einer interfraktionellen Vereinbarung vorgeschlagen, gemäß § 126 der Geschäftsordnung von der Regelung des § 123 Abs. 1 abzuweichen und die Frist mit der abgeschlossenen Verteilung des Antrags des Bundeskanzlers auf Drucksache 9/1312 beginnen zu lassen“.
- Bundestagspräsident *Stücklen* fährt fort:
- „Für die Abweichung von der Geschäftsordnung ist gemäß § 126 eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Bundestages erforderlich. Erhebt sich gegen diese interfraktionelle Vereinbarung Widerspruch? – Dies ist nicht der Fall. So ist diese Änderung mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen.“
- (Unruhe bei Abgeordneten der CDU/CSU)

*) Vgl. auch *Klaus Bohmsack*, Die Koalitionskrise 1981/82 und der Regierungswechsel 1982. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 1. S. 5–32 sowie die Dokumentation von *Joseph Bückler* und *Helmut Schlimbach*, Die Wende in Bonn. Heidelberg 1983.

***) Hinweis zur Geschäftslage: Zwischen dem Antrag des Kanzlers und der Abstimmung müssen mindestens 48 Stunden liegen. Da der Vertrauensantrag nicht vor dem Plenum gestellt wurde, ist für die Fristenberechnung § 123 GO BT maßgebend, wonach der Tag der Verteilung der Drucksache nicht mitgerechnet wird. Die Abstimmung könnte deshalb nicht vor Samstag, den 6. Februar erfolgen.

Da die Drucksache 9/1312 gestern, Mittwoch, den 3. Februar 1982, um 17.02 Uhr verteilt worden ist, darf die Abstimmung über den Antrag des Bundeskanzlers frühestens am Freitag um 17.02 Uhr erfolgen.“

Da vielen Abgeordneten diese Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung und die Abweichung von der Geschäftsordnung nicht bekannt war, wird die Abstimmung auf Vorschlag des Ältestenrats am Nachmittag gegen 16.00 Uhr wiederholt.

5. Februar 1982

Die um 13.47 Uhr unterbrochene 84. Plenarsitzung wird um 15.00 Uhr wieder eröffnet. Vor der Abstimmung über die Vertrauensfrage findet eine über zweistündige Debatte statt. Bundeskanzler *Helmut Schmidt* führt zur Begründung der Vertrauensfrage u. a. aus:

„Als die Vertrauensfrage im September 1972 von *Willy Brandt* zum erstenmal gestellt wurde, ging es darum, nach einer nicht vom Wähler legitimierten, sondern durch Fraktionswechsel mehrerer damaliger Abgeordneter zustande gekommenen Veränderung der Mehrheitsverhältnisse, den Weg zur Neuwahl aller Abgeordneten frei zu machen. Diesmal geht es bei der Vertrauensfrage um etwas ganz anderes, nämlich darum, den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, die gerade in schwieriger Zeit Anspruch darauf haben, und der internationalen Öffentlichkeit ein Signal der Klarheit zu geben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)“

An der Aussprache beteiligen sich *Helmut Kohl* (CDU/CSU), *Willy Brandt* (SPD), *Wolfgang Mischnick* (FDP) und der fraktionslose Abgeordnete *Manfred Coppik*.

Das endgültige Ergebnis¹⁾ der von der SPD-Fraktion beantragten namentlichen Abstimmung lautet:

abgegebene Stimmen: 493 (und 22 Berliner Abgeordnete)
 Ja-Stimmen: 269 (und 11 Berliner Abgeordnete)
 Nein-Stimmen: 224¹⁾ (und 11 Berliner Abgeordnete)
 Enthaltungen oder ungültige Stimmen: keine.

Damit ist der Antrag des Bundeskanzlers nach Artikel 68 des Grundgesetzes angenommen worden.

In der Abstimmung haben sämtliche 216 SPD- und 53 FDP-Abgeordnete mit Ja und sämtliche anwesenden 224 CDU/CSU-Abgeordnete mit Nein gestimmt.

Der fraktionslose Abgeordnete *Coppik* hatte erklärt, daß er und der fraktionslose Abgeordnete *Karl-Heinz Hansen* sich nicht an der Abstimmung beteiligen werden. Entschuldigt fehlte der Abgeordnete *Matthias Wissmann* (CDU); die Nein-Stimme des Abgeordneten *Karl-Heinz Hornhues* (CDU) wurde nicht gezählt, weil irrtümlich die Stimmkarte mit dem Namen eines anderen Abgeordneten abgegeben worden war.

¹⁾ Das im Plenum verkündete vorläufige Abstimmungsergebnis lautete auf 226 Nein-Stimmen.

Hinweis

Zu den Rechten einzelner Abgeordneter im Deutschen Bundestag siehe die Abschnitte 2.2 und 12.5: Statusrechte des Abgeordneten sowie Minderheitenrechte.

Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler *Kohl* (1982)

13. Oktober 1982 In der Regierungserklärung erneuert Bundeskanzler *Helmut Kohl* die Zusage, daß am 6. März 1983 Neuwahlen zum Bundestag stattfinden sollen.
Über die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten, vor Ablauf der Wahlperiode Neuwahlen herbeizuführen, entsteht in den folgenden Wochen eine lebhafte Diskussion.
9. Dezember 1982 Bundeskanzler *Helmut Kohl* unterbreitet Bundespräsident *Karl Carstens* seinen Zeitplan zur Einleitung der Parlamentsauflösung. Danach soll der Bundestag am 17. Dezember über die Vertrauensfrage des Kanzlers nach Artikel 68 GG abstimmen.
Die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der FDP billigen das Verfahren.
13. Dezember 1982 Bundeskanzler *Helmut Kohl* richtet folgendes Schreiben an den Bundestagspräsidenten:
„Sehr geehrter Herr Präsident,
hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich den Antrag gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes stelle. Ich beabsichtige, vor der Abstimmung über den Antrag am Freitag, dem 17. Dezember 1982, eine Erklärung dazu abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. *Kohl*“

Dieser Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes wird noch am gleichen Tag als Drucksache 9/2304 verteilt.
- 14.–16. Dezember 1982 Zweite und dritte Beratung des Haushaltsgesetzes 1983, des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 1982 und der Begleitgesetze zum Haushaltsplan 1983. Das Haushaltsgesetz 1983 wird mit 266 Ja-Stimmen gegen 210 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen verabschiedet.
17. Dezember 1982 Bundeskanzler *Helmut Kohl* begründet vor dem Bundestag die Vertrauensfrage gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes damit, daß die gegenwärtige Regierungskoalition nur einen zeitlich und sachlich begrenzten Auftrag habe. Das von der CDU/CSU-FDP-Koalition im September 1982 vereinbarte Dringlichkeitsprogramm sei erfüllt worden. Damit sei „für die Weiterarbeit der Koalition eine parlamentarische Grundlage nicht mehr gegeben. Wir wollen nun die Wähler bitten, uns den Auftrag für eine langfristige Politik der neuen Koalition der Mitte zu geben.“ Der Bundeskanzler bekräftigt seine Auffassung, daß der von ihm gewählte Weg zur Auflösung des Bundestages „überzeugend und verfassungsrechtlich einwandfrei“ sei.
In der anschließenden vierstündigen Debatte sprechen sich die Redner aller Fraktionen für Neuwahlen aus. Der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* unterstreicht die im Koalitionsabkommen getroffenen Vereinbarungen.
Der SPD-Vorsitzende *Willy Brandt* äußert dagegen Bedenken über das eingeschlagene Verfahren und fragt, ob damit nicht ein Präzedenzfall geschaffen werde, nach dem eine Parlamentsmehrheit das Ende einer Wahlperiode

des Bundestages nach eigenem Ermessen herbeiführen könne. Der Rücktritt des Bundeskanzlers wäre verfassungsrechtlich unproblematischer gewesen.

In der namentlichen Abstimmung über die Vertrauensfrage nach Artikel 68 des Grundgesetzes stimmen 248 Abgeordnete mit Enthaltung, 218 mit Nein und 8 mit Ja. Von den Berliner Abgeordneten stimmen 9 mit Nein, 11 enthalten sich der Stimme. Damit ist dem Bundeskanzler verabredungsgemäß das Vertrauen verweigert worden: von der großen Mehrheit der Unions- und der FDP-Abgeordneten in Form von Stimmenthaltung, von den Abgeordneten der SPD, von zwei FDP- und fünf fraktionslosen Abgeordneten durch Nein-Stimmen.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* begibt sich anschließend zum Bundespräsidenten, um ihm das Abstimmungsergebnis mitzuteilen und folgendes Schreiben zu übergeben:

„Ich schlage Ihnen gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes vor, den Deutschen Bundestag aufzulösen.“

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamenteinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Wissenschaftliche Dienste
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages
- 23.3 Parlamentsberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen
- 24.4 Europäisches Parlament
- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

6. Januar 1983 Bundespräsident *Karl Carstens* ordnet die Auflösung des Bundestages an. Die Anordnung tritt am 7. Januar in Kraft. In einer zweiten Anordnung setzt der Bundespräsident Neuwahlen für den 6. März 1983 an.
7. Januar 1983 Bundespräsident *Karl Carstens* begründet in einer Ansprache über Hörfunk und Fernsehen seine Entscheidung, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen.
12. Januar 1983 Das Bundesverfassungsgericht weist eine Verfassungsbeschwerde und einen Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung gegen die Anordnung des Bundespräsidenten über die Auflösung des Bundestages und über die Bundestagswahl am 6. März 1983 ab.
16. Februar 1983 Das Bundesverfassungsgericht weist die Organklage von vier Bundestagsabgeordneten gegen die Anordnungen des Bundespräsidenten über die Auflösung des Bundestages und über die Bestimmung des 6. März 1983 als Tag der Wahl zum 10. Bundestag zurück. Damit ist der Weg für Neuwahlen am 6. März 1983 frei.

Vertrauensfrage-Ersuchen an Bundeskanzler *Erhard* (1966)

Neben der Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG hat es in der Parlamentspraxis des Deutschen Bundestages bisher auch einen Fall gegeben, daß das Parlament den Bundeskanzler ersucht hat, die Vertrauensfrage zu stellen.

Auf dem Höhepunkt der Regierungs- und Koalitionskrise vom Herbst 1966 stellte die oppositionelle SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Der Bundeskanzler wird ersucht, dem Bundestag gemäß Artikel 68 GG alsbald einen Antrag vorzulegen, ihm das Vertrauen auszusprechen.“

Während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Plenarsitzung vom 8. November 1966 mit ihrem Antrag scheiterte, die Abstimmung über den SPD-Antrag durch Übergang zur Tagesordnung zu verhindern, erhielt das Vertrauensfrage-Ersuchen der Opposition anschließend die Mehrheit von 255 Stimmen bei 246 Nein-Stimmen. Damit war Bundeskanzler *Ludwig Erhard* das Mißtrauen ausgesprochen worden, ohne daß er die Vertrauensfrage gestellt hatte.*)

*) Zur Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Vertrauensfrage-Ersuchens siehe *Erich Küchenhoff*, Mißtrauensantrag und Vertrauensfrage-Ersuchen. Zwei zulässige Mittel parlamentarischer Regierungskontrolle mit unterschiedlichen Funktionen. In: *Die öffentliche Verwaltung*, Jg. 20, 1967, H. 4, S. 116–124. Siehe zur Chronologie im vorliegenden *Datenhandbuch* Abschnitt 6.13: Kanzlerwechsel während der Wahlperiode, dort: Kanzlerwechsel *Erhard/Kiesinger* (1966).

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 6.5 sind seit 1949 gegenübergestellt:

- die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
- die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge

Anträge gegen Regierungsmitglieder

Das Grundgesetz kennt außer dem sogenannten „konstruktiven Mißtrauensvotum“ gegen den Bundeskanzler keine Mißtrauensvoten gegen Mitglieder der Bundesregierung. Doch sind im Bundestag wiederholt Mißbilligungs- und Tadelsanträge gegen den Bundeskanzler und gegen Bundesminister eingebracht worden, ferner Anträge, in denen der Bundeskanzler um Entlassung eines Bundesministers ersucht wird, und schließlich, in einem Fall, der Antrag an den Bundeskanzler, die Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG zu stellen („Vertrauensfrage-Ersuchen“).

Es ist nach wie vor umstritten, ob solche in der Verfassung nicht vorgesehenen Anträge überhaupt zulässig sind. Sie wurden jedoch wiederholt zur Abstimmung des Bundestages gestellt. Von dem Vertrauensfrage-Ersuchen 1966 während der 5. Wahlperiode abgesehen, sind alle Anträge abgelehnt oder auf andere Weise erledigt worden (z. B. durch Übergang zur Tagesordnung, Rücknahme des Antrags). Aber auch bei einer Annahme hätten die Anträge keine rechtlich zwingende Wirkung.

In diesem Abschnitt sind die Mißbilligungs- und Entlassungsanträge seit 1949 zusammengestellt, und zwar

- in statistischer Form (für die 1.–12. Wahlperiode) und
- in tabellarischer Form (für die 1.–12. Wahlperiode sowie für die 13. Wahlperiode bis zum Stand vom 31. August 1997).*)

Aufgenommen sind nur solche Anträge,

- die das Ziel der Mißbilligung oder der Entlassung förmlich und ausdrücklich schon in der Überschrift bezeichnen,
- die sich gegen ein konkret benanntes Regierungsmitglied richten.**)

Unberücksichtigt bleiben dementsprechend Anträge, die einen politisch weiter gefaßten Gegenstand betreffen und in denen sich die Mißbilligung oder „Verurteilung“ eines Regierungsmitgliedes nur innerhalb des Textes findet,***) ferner Anträge, in denen die Bundesregierung pauschal wegen eines Verhaltens getadelt wird.****)

*) Vgl. zur Grundsatzdiskussion über die Zulässigkeit von Entlassungs- und Mißbilligungsanträgen sowie zur parlamentarischen Praxis des Bundestages bis zur 10. Wahlperiode *Udo Wengst*, Ministerverantwortlichkeit in der parlamentarischen Praxis der Bundesrepublik Deutschland. Eine historische Bestandsaufnahme. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 4. S. 539–551.

***) Gelegentlich ist auch beantragt worden, die Bezüge eines Bundesministers zu streichen, zum Beispiel während der zweiten Beratung des Haushaltsplans 1960, Einzelplan 26 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte):

Reitzner (SPD): „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem nun erfolgten Rücktritt des Herrn Bundesministers Professor *Oberländer* zieht die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ihren Antrag auf Streichung des Ministergehalts zurück ...“

(Stenographischer Bericht der 112. Sitzung vom 5. 5. 1960, S. 6267 B)

****) So beispielsweise der Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 11/6611), der mit „Garantie der polnischen Westgrenze“ überschrieben ist und in dem es erst unter Punkt II. heißt: „Der Deutsche Bundestag verurteilt, daß der Bundeskanzler einen Zusammenhang zwischen der Grenzfrage und der Reparationsfrage hergestellt [hat]...“

*****) So beispielsweise der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/6719) mit der Überschrift „Volksabstimmung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten und verfassungsgebende Versammlung statt Anschluß der DDR“, in dem es unter Punkt 2 heißt: „Der Deutsche Bundestag mißbilligt vor diesem Hintergrund die wiederholten Versuche der Bundesregierung ...“

Statistische

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72
Anträge auf konstruktives Mißtrauensvotum gemäß Art. 67 GG	0	0	0	0	0	1
– davon angenommen	–	–	–	–	–	0
– davon gescheitert	–	–	–	–	–	1
Vertrauensfrage des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG	0	0	0	0	0	1
– dazu erforderliche Mehrheit erhalten	–	–	–	–	–	1
– dazu erforderliche Mehrheit nicht erhalten	–	–	–	–	–	0
Vertrauensfrage-Ersuchen an den Bundeskanzler	0	0	0	0	1	0
Mißbilligungsanträge gegen den Bundeskanzler	1	0	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	1	–	–	–	–	–
– davon nicht behandelt	0	–	–	–	–	–
Anträge auf Entlassung eines Bundesministers	2	1	0	1	1	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	1	0	–	0	1	–
– davon mit Mehrheit von der Tagesordnung abgesetzt und später zurückgezogen	1	0	–	0	0	–
– davon durch Übergang zur Tagesordnung erledigt	0	1	–	0	0	–
– davon nicht behandelt	0	0	–	0	0	–
– davon vom Antragsteller zurückgezogen	0	0	–	1	0	–
Mißbilligungs- und Tadelsanträge gegen einen Bundesminister	6 ¹⁾	1	0	0	1	1
– davon mit Mehrheit abgelehnt	6	1	–	–	1	1
– davon auf Aufsetzung auf Tagesordnung verzichtet, durch Ablauf der Wahlperiode erledigt	0	0	–	–	0	0
Entlassungsanträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre	–	–	–	–	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	–	–	–	–	–	–
Mißbilligungs- und Tadelsanträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre	–	–	–	–	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	–	–	–	–	–	–

Hinweis

Entlassungen und Rücktritte von Ministern siehe unter Abschnitt 6.12.

Übersicht

7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
0	0	1	0	0	0
–	–	1	–	–	–
–	–	0	–	–	–
0	0	2	0	0	0
–	–	1	–	–	–
–	–	1	–	–	–
0	0	0	0	0	0
0	0	0	3	0	0
–	–	–	2	–	–
–	–	–	1	–	–
0	0	0	6	0	1
–	–	–	6	–	0
–	–	–	0	–	0
–	–	–	0	–	0
–	–	–	0	–	1
–	–	–	0	–	0
1	3	0	1	2	0
0	3	0	1	2	–
1	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	1
–	–	–	–	–	1
0	0	0	0	1	0
–	–	–	–	1	–

★ Die Gesamtzahl der verschiedenen Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegen Regierungsmitglieder zwischen der 1. und der 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt:

- Anträge auf konstruktives Mißtrauensvotum gemäß Art. 67 GG insgesamt 2 Fälle,
- Mißbilligungsanträge gegen den Bundeskanzler insgesamt 4 Fälle,
- Anträge auf Entlassung eines Bundesministers insgesamt 12 Fälle und
- Mißbilligungs- und Tadelsanträge gegen einen Bundesminister insgesamt 16 Fälle.

¹⁾ In einem Fall mit der Aufforderung verbunden, das Ministeramt niederzulegen

Hinweis

Angaben zur Rechtsstellung der Parlamentarischen Staatssekretäre siehe unter Abschnitt 6.4.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	Art des Antrages	Abstimmungsergebnis	a) Drucksache b) Sitzungs-Nr. c) Datum
1. WP 1949–53	1	SPD-Fraktion	Wirtschaftsminister	Antrag betr. Entlassung des Bundeswirtschaftsministers <i>Ludwig Erhard</i>	Antrag abgelehnt	a) 1176 b) 81. c) 28. 7. 1950
	2	BP-Fraktion	Finanzminister	Antrag betr. Entlassung des Bundesfinanzministers <i>Fritz Schäffer</i>	Antrag von der TO abgesetzt und mit Schreiben der BP vom 14. 6. 1951 zurückgenommen	a) 1259 b) 87. c) 21. 9. 1950
	3	SPD-Fraktion	Finanzminister	Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens des Bundesministers der Finanzen <i>Fritz Schäffer</i> mit der Aufforderung, das Amt niederzulegen	Antrag abgelehnt	a) Umdruck Nr. 214 Abs. III b) 149. c) 8. 6. 1951
	4	KPD-Fraktion	Justizminister	Antrag betr. Mißbilligung der Haltung des Bundesministers der Justiz <i>Thomas Dehler</i>	Antrag abgelehnt	a) 2714 (neu) b) 180. c) 12. 12. 1951
	5	SPD-Fraktion	Justizminister	Antrag betr. Mißbilligung der Haltung des Bundesministers der Justiz <i>Thomas Dehler</i>	Antrag abgelehnt	a) 2897 b) 180. c) 12. 12. 1951
	6	SPD-Fraktion	Justizminister	Antrag betr. Mißbilligung von Äußerungen des Bundesministers der Justiz <i>Thomas Dehler</i>	Antrag abgelehnt	a) 3897 b) 252. c) 4. 3. 1953
	7	SPD-Fraktion	Justizminister	Antrag betr. Mißbilligung von Äußerungen des Bundesministers der Justiz <i>Thomas Dehler</i> über das Bundesverfassungsgericht	Antrag abgelehnt	a) 3974 b) 252. c) 4. 3. 1953
	8	SPD-Fraktion	Bundeskanzler	Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens des Bundeskanzlers <i>Konrad Adenauer</i>	Antrag abgelehnt	a) 3955 b) 253. c) 5. 3. 1953
	9	SPD-Fraktion	Justizminister	Antrag betr. Mißbilligung von Äußerungen des Bundesministers der Justiz <i>Thomas Dehler</i>	Antrag abgelehnt	a) 4360 b) 270. c) 11. 6. 1953

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	Art des Antrages	Abstimmungsergebnis	a) Drucksache b) Sitzungs-Nr. c) Datum
2. WP 1953–57	10	SPD-Fraktion	Innenminister	Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens des Bundesministers des Innern <i>Gerhard Schröder</i>	Antrag abgelehnt	a) II/769 b) 43. c) 17. 9. 1954
	11	GB/BHE-Fraktion	Sonderminister und Vertriebenenminister	Antrag betr. Entlassung der Bundesminister <i>Waldemar Kraft</i> (besondere Aufgaben) und <i>Theodor Oberländer</i> (Vertriebene)	Antrag durch Übergang zur TO erledigt	a) II/1809 b) 114. c) 1. 12. 1955
3. WP 1957–61				keine Anträge gestellt		
4. WP 1961–65	12	SPD-Fraktion	Verteidigungsminister	Antrag betr. Entlassung des Bundesverteidigungsministers <i>Franz Josef Strauß</i>	Antrag vom Antragsteller als erledigt betrachtet	a) IV/733 b) 54. c) 16. 1. 1963
5. WP 1965–69	13	SPD-Fraktion	Verteidigungsminister	Tadel santrag gegenüber dem Bundesminister der Verteidigung <i>Kai-Uwe von Hassel</i>	Antrag abgelehnt	a) Um- druck 32 b) 33. c) 24. 3. 1966
	14	SPD-Fraktion	Verteidigungsminister	Antrag betr. Entlassung des Bundesministers der Verteidigung <i>Kai-Uwe von Hassel</i>	Antrag abgelehnt	a) V/915 b) 57. c) 21. 9. 1966
	15	SPD-Fraktion	Bundeskanzler	Antrag betr. Vertrauensfrage des Bundeskanzlers (Ersuchen an <i>Ludwig Erhard</i> , die Vertrauensfrage zu stellen)	Antrag angenommen	a) V/1070 b) 70. c) 8. 11. 1966
6. WP 1969–72	16	CDU/CSU-Fraktion	Finanzminister	Antrag betr. Mißbilligung der Äußerungen des Bundesministers der Finanzen <i>Alex Möller</i>	Antrag abgelehnt	a) VI/1193 b) 70. c) 8. 10. 1970
7. WP 1972–76	17	CDU/CSU-Fraktion	Verteidigungsminister	Antrag betr. Mißbilligung der Entscheidung von Verteidigungsminister <i>Georg Leber</i> , die Generale <i>Krupinski</i> und <i>Franke</i> in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen	– ¹⁾	a) 7/5858 b) 258. c) 10. 11. 1976

¹⁾ Antrag wurde wegen Erkrankung des zuständigen Bundesministers nicht auf die TO gesetzt und erledigte sich durch Ablauf der WP.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	Art des Antrages	Abstimmungsergebnis	a) Drucksache b) Sitzungs-Nr. c) Datum
8. WP 1976–80	18	CDU/CSU-Fraktion	Verteidigungsminister	Antrag betr. Mißbilligung der Entscheidung von Verteidigungsminister <i>Georg Leber</i> , die Generale <i>Krupinski</i> und <i>Franke</i> in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen	Antrag abgelehnt	a) 8/2 b) 11. c) 3. 2. 1977
	19	CDU/CSU-Fraktion	Bundeskanzler (als früherer Finanzminister)	Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens des früheren Bundesministers der Finanzen <i>Helmut Schmidt</i> bei der Bewilligung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben zum Jahreswechsel 1973/74	Antrag abgelehnt	a) 8/595 b) 34. c) 21. 6. 1977
	20	CDU/CSU-Fraktion	Innenminister	Antrag betr. u. a. Mißbilligung des Verhaltens von Innenminister <i>Gerhart Rudolf Baum</i> „in Angelegenheiten der inneren Sicherheit“	Antrag abgelehnt	a) 8/2855 b) 160. c) 20. 6. 1979
9. WP 1980–83				keine Anträge gestellt		
10. WP 1983–87 ¹⁾	21	SPD-Fraktion	Minister für Jugend, Familie und Gesundheit	Antrag betr. Entlassung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit <i>Heiner Geißler</i> wegen seiner „Pazifismus“-Äußerung vom 15. Juni 1983	Antrag in namentl. Abstimmung abgelehnt	a) 10/178 b) 16. c) 23. 6. 1983
	22 23	Fraktion der GRÜNEN und SPD-Fraktion	Innenminister und Justizminister	Anträge betr. Entlassung von Bundesinnenminister <i>Friedrich Zimmermann</i> und Bundesjustizminister <i>Hans A. Engelhard</i> wegen des Selbstmordes eines türkischen Asylanten in Berlin	Anträge in namentl. Abstimmung abgelehnt	a) 10/333 (neu) 10/342 b) 19. c) 8. 9. 1983
	24	SPD-Fraktion	Wirtschaftsminister	Antrag betr. Entlassung von Bundeswirtschaftsminister <i>Otto Graf Lambsdorff</i> nach Anklageerhebung wegen des Verdachts der Bestechlichkeit in der <i>Flick-Parteispenden-Affäre</i>	Antrag in namentl. Abstimmung abgelehnt	a) 10/798 b) 45. c) 9. 12. 1983

¹⁾ Die von der Opposition während der Affäre *Wörner/Kießling* (Januar/Februar 1984) mehrfach an Bundeskanzler *Helmut Kohl* gerichtete Forderung, Bundesverteidigungsminister *Manfred Wörner* zu entlassen, ist im Bundestag formal nicht zur Abstimmung gestellt worden. Bundeskanzler *Kohl* entschied am 1. Februar 1984, den Verteidigungsminister im Amt zu belassen.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	Art des Antrages	Abstimmungsergebnis	a) Drucksache b) Sitzungs-Nr. c) Datum
noch: 10. WP	25 26	Fraktion der GRÜNEN und SPD-Fraktion	Innenminister	Anträge betr. Entlassung von Bundesinnenminister <i>Friedrich Zimmermann</i> wegen Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit Spionagefall <i>Tiedge</i>	Anträge in namentl. Abstimmung abgelehnt	a) 10/3596 10/3762 b) 151. c) 3. 9. 1985
	27	SPD-Fraktion	Innenminister	Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens von Bundesinnenminister <i>Friedrich Zimmermann</i> gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission	Antrag abgelehnt	a) 10/5055 b) 198. c) 20. 2. 1986
	28 29	Fraktion der GRÜNEN und SPD-Fraktion	Bundeskanzler	Anträge betr. u. a. Mißbilligung des Vergleichs <i>Gorbatschow/Goebbels</i> in einem „Newsweek“-Interview durch Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	Anträge abgelehnt	a) 10/6345 10/6363 b) 243. c) 6. 11. 1986
	30	Fraktion der SPD	Bundeskanzler	Antrag betr. Mißbilligung der unbegründeten Vorwürfe von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> wegen der Wiedergabe seines Interviews in „Newsweek“	Antrag nicht behandelt	a) 10/6382 b) – c) –
11. WP 1987–90	31 32	Fraktion der GRÜNEN und SPD-Fraktion	Minister für besondere Aufgaben und Chef des Presse- und Informationsamtes	Anträge betr. Mißbilligung der Äußerungen von Regierungssprecher <i>Hans Klein</i> zur Waffen-SS	Anträge abgelehnt	a) 11/4585 11/4696 (neu) b) 149. c) 15. 6. 1989
12. WP 1990–94	33	SPD-Fraktion	Verteidigungsminister	Antrag betr. Entlassung des Bundesministers der Verteidigung <i>Gerhard Stoltenberg</i> wegen Verstoßes gegen das Haushaltsgesetz 1992	Antrag nicht behandelt ¹⁾	a) 12/2409 b) – c) –
13. WP 1994– ²⁾	34	Fraktion B90/GRÜNE	Verkehrsminister	Antrag betr. Mißbilligung des Bundesministers für Verkehr <i>Matthias Wissmann</i> wegen Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen nach §§ 5 und 7 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes	Überweisung an den Ausschuß für Verkehr (federführend)	a) 13/6857 b) 172. c) 24. 4. 1997

¹⁾ wegen Rücktritts des Ministers am Tage der Antragstellung (31. März 1992)

²⁾ Stand: 31. August 1997

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	Art des Antrages	Abstimmungsergebnis	a) Drucksache b) Sitzungs-Nr. c) Datum
noch: 13. WP	35	Gruppe der PDS	Bundeskanzler	Antrag betr. Aufforderung an Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> , die Vertrauensfrage gemäß Art. 68 GG zu stellen	Antrag abgelehnt	a) 13/7786 b) 177. c) 4. 6. 1997
	36	Fraktionen der SPD und B 90/GRÜNE	Finanzminister	Antrag betr. Entlassung des Bundesministers der Finanzen <i>Theodor Waigel</i>	Antrag in namentl. Abstimmung abgelehnt	a) 13/7787 b) 177. c) 4. 6. 1997

Anträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre

Erstmals in der 11. Wahlperiode wurde auch ein förmlicher Antrag gestellt, einem Parlamentarischen Staatssekretär die Mißbilligung auszusprechen. Um derartige Vorgänge, bei denen es sich nicht um Mitglieder der Bundesregierung handelt, dennoch dokumentieren zu können, war eine Unterteilung des Abschnitts 6.15 erforderlich.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Parlamentarischer Staatssekretär	Art des Antrages	Abstimmungsergebnis	a) Drucksache b) Sitzungs-Nr. c) Datum
11. WP 1987–90	1	SPD-Fraktion	PStS beim Bundesinnenminister	Antrag betr. Miðbilligung von Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs <i>Carl-Dieter Spranger</i> gegenüber Vertretern der Kirchen und Wohlfahrtsverbände in der Asyl Diskussion	Antrag in namentl. Abstimmung abgelehnt	a) 11/4204 b) 137. c) 20. 4. 1989
12. WP 1990–94	2	Gruppe der PDS/LL	PStS beim Bundesminister für Wirtschaft	Antrag auf Entlassung des Parlamentarischen Staatssekretärs <i>Erich Riedl</i> wegen seiner öffentlichen Äußerung, der Münchner Süden müsse „ab sofort zur asylantenfreien Zone erklärt werden“	Antrag abgelehnt ¹⁾	a) 12/2629 b) 115. c) 29. 10. 1992
13. WP 1994– ²⁾				keine Anträge gestellt		

¹⁾ Entlassung des Parlamentarischen Staatssekretärs *Erich Riedl* am 19. Januar 1993 im Rahmen einer allgemeinen Reduzierung der Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre

²⁾ Stand: 31. August 1997

6.17 Herbeirufung von Regierungsgliedern

Die Herbeirufung von Regierungsgliedern durch das Parlament zählt zu seinen grundlegenden Kontrollrechten.*) Artikel 43 Abs. 1 GG lautet: „Der Bundestag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Bundesregierung verlangen.“ Das Verfahren der Antragstellung ist mehrmals geändert worden.

Bis 1970 mußte der Antrag eines Abgeordneten auf Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung von 30 anwesenden Abgeordneten unterstützt sein, und der Bundestag entschied darüber mit einfacher Mehrheit.

Bis 1980 konnte nach § 46 GO BT zwar jedes Mitglied des Bundestages die Herbeirufung verlangen. Der Antrag bedurfte jedoch der Unterstützung von soviel anwesenden Abgeordneten, wie einer Fraktionsmindeststärke entsprach (d. h. auch fünf vom Hundert bzw. 26 der Mitglieder des Bundestages), und über den Antrag hatte dann ebenfalls der Bundestag zu entscheiden.

Gegenwärtig kann der Bundestag „auf Antrag einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages die Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung beschließen“ (§ 42 GO BT n. F.).

58 Einzelfälle der Herbeirufung von Regierungsgliedern zu Plenarsitzungen sind bisher zwischen 1949 und Ende August 1997 registriert worden.**) In der Synopse auf den folgenden Seiten werden diese Fälle dokumentiert. In der anschließenden Statistik ist für die 1. bis 12. Wahlperiode zusammengefaßt, wie die Anträge auf Herbeirufung von Regierungsgliedern zu Plenarsitzungen behandelt worden sind.

*) Vgl. auch *Uwe Thaysen*, Zur Praxis eines grundlegenden parlamentarischen Kontrollrechts: Die Herbeirufung von Regierungsgliedern durch das Parlament. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 5. 1974. H. 4. S. 459–469.

) Mögliche Fälle der Herbeirufung von Regierungsgliedern zu **Ausschußsitzungen sind noch nicht zusammengestellt worden.

Vgl. zumindest den folgenden Hinweis: „Die Fälle, daß ein Minister auf Grund von Artikel 43 Absatz 1 von einem Ausschuß herbeigerufen wird, sind sehr selten. Die Minister legen im allgemeinen Wert darauf, zu den Ausschüssen in einem guten Verhältnis zu stehen; deshalb wird man immer eine Vereinbarung zwischen dem Ausschuß und dem Minister treffen können, wann der Minister zur Verfügung steht und über welche Fragen dabei gesprochen werden soll. Selbst wenn harte Diskussionen geführt werden, bemüht man sich allseitig, ein gutes Klima zu erhalten.“ (*Friedrich Schäfer*, Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise. 4. verb. und erw. Aufl. Opladen 1982. S. 118).

Vgl. auch einen der wenigen dokumentierten Fälle, in denen ein Ausschuß die förmliche Herbeirufung eines Regierungsgliedes zumindest erwogen hat:

„‚Empört‘ haben sich die Entwicklungshilfe-Politiker über das Nichterscheinen von Bundeswirtschaftsminister *Jürgen Möllemann* am 24. Juni 1992 im Ausschuß gezeigt. Der FDP-Politiker hatte nunmehr das dritte Mal seine Zusage nicht eingehalten, den Abgeordneten zum Thema ‚Rüstungsexporte bzw. Rüstungsproduktionshilfen für Länder der Dritten Welt‘ Rede und Antwort zu stehen. Die Abgeordneten wollen dem Vizekanzler ihre Empörung per Brief mitteilen und ihn auf der Grundlage der Geschäftsordnung (GO) des Bundestages erneut für den 23. September in den Ausschuß laden.“ (Parlamentskorrespondenz wib Nr. 12/92 vom 1. 7. 1992)

Hinweis

Bei der Datierung der 12. Wahlperiode ist darauf zu achten, daß die Konstituierung des 12. Bundestages zwar am 20. Dezember **1990** stattfand, die Regierungsbildung jedoch in den Januar **1991** fiel (Wahl und Eidesleistung des Bundeskanzlers am 17. Januar, Ernennung und Eidesleistung der Minister am 18. Januar, Ernennung der Parlamentarischen Staatssekretäre am 24. Januar).

Tabellarische Übersicht der Herbeirufungen von Regierungsmitgliedern

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungs- resultat	unmittel- barer Erfolg	a) StenBer: Sitz.- Nr./Seite b) Datum
1. WP 1949–53	1	SPD-Fraktion	Bundeskanzler	a) Äußerungen BMJ zum Mitbestimmungsrecht b) 2168	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 140./5591 b) 9. 5. 1951
	2	<i>Bertram</i> (Zentrum)	Bundeskanzler	a) Haushalt des Bundeskanzlers b) 1904	keine Abstimmung	ja	a) 145./5789 ff. b) 31. 5. 1951
	3	<i>Mellies</i> (SPD)	Wirtschaftsminister	a) Versorgung mit Hausbrandkohle und Nutzholz b) 2295	Zustimmung mit Mehrheit	Absetzung d. TO-Pkt.	a) 151./6023 b) 13. 6. 1951
	4	<i>Mellies</i> (SPD)	Bundeskanzler	a) Haushalt des BMI b) 2655 und 2607	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 166./6800 f. b) 10. 10. 1951
	5	<i>Schellenberg</i> (SPD)	Arbeitsminister	a) Deckung der Rentenzulage b) 4411	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 273./13509 b) 18. 6. 1953
2. WP 1953–57	6	FDP-Fraktion	Vertreter des AA	a) Freundschafts- und Konsularvertrag mit den USA b) II/71	Einstimmige Annahme	Absetzung d. TO-Pkt.	a) 30./1433 b) 21. 5. 1954
	7	<i>Rehs</i> (SPD)	Bundeskanzler (Außenminister)	a) Große Anfrage betr. Nationales Minderheitenrecht b) II/904	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 60./3079 f. b) 10. 12. 1954
	8	<i>Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD)	Innenminister	a) Haushalt des BMI b) II/2455	Zustimmung mit Mehrheit	ja	a) 151./8056 f. b) 21. 6. 1956
	9	<i>Gülich</i> (SPD)	Finanzminister und Verteidigungsminister	a) Haushalt Verteidigungslasten betr. ausländische Streitkräfte b) II/2476	zurückgezogen	–	a) 152./8236 ff. b) 22. 6. 1956
	10	<i>Erler</i> (SPD)	Bundeskanzler	a) Entwurf eines Wehrpflichtgesetzes b) II/2303	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 157./8574 f. b) 4. 7. 1956

	11	<i>Kühn</i> (Köln) (SPD)	Bundeskanzler	a) Haushalt des Bundeskanzlers b) II/2455	Zustimmung mit Mehrheit	Vertagung d. TO-Pkt.	a) 207./11877 ff. b) 8. 5. 1957
	12	<i>Schoettle</i> (SPD)	Wirtschaftsminister	a) Gesetzentwurf über Berufsausbildung im Handel b) II/1872	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 224./13362 b) 5. 7. 1957
3. WP 1957–61	13	SPD-Fraktion	Bundeskanzler und Wirtschaftsminister	a) Sozialbericht 1959 und 2. Rentenanpassungsgesetz b) III/1255 und 1325	Zustimmung mit Mehrheit	ja	a) 78./4256 ff. b) 24. 6. 1959
	14	FDP-Fraktion	Finanzminister	a) Gesetzentwurf zur Einführung von Bundesrecht im Saarland b) III/1097 und 1126	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 88./4777 f. b) 6. 11. 1959
	15	SPD-Fraktion	Arbeitsminister	a) Entwurf eines Handwerkerversicherungsgesetzes b) III/993	Zustimmung mit Mehrheit	ja	a) 121./6994 ff. b) 29. 6. 1960
4. WP 1961–65	16	<i>Schäfer</i> (SPD)	Wirtschaftsminister	a) Gesetzentwürfe zur Aufhebung des Kaffee- und Teesteuergesetzes b) IV/65 und 66	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 9./197 f. b) 17. 1. 1962
	17	<i>Mommer</i> (SPD)	Arbeitsminister	a) Antrag betr. Berufsausbildungsgesetz b) IV/354	Ablehnung bei Stimmengleichheit	–	a) 36./1548 f. b) 27. 6. 1962
	18	<i>Schellenberg</i> (SPD)	Familienminister	a) Entwurf eines Bundeskindergeldgesetzes b) IV/818	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 118./5422 f. b) 4. 3. 1964
5. WP 1965–69	19	SPD-Fraktion	Finanzminister oder ständiger Stellvertreter	a) Änderung des Länderfinanzausgleichsgesetzes b) V/511	Zustimmung mit Mehrheit	nein	a) 38./1716 b) 4. 5. 1966
	20	<i>Jahn</i> (Marburg) (SPD)	Bundeskanzler	a) Änderung des Grundgesetzes und Stabilitätsgesetzes b) V/890 und 891	Zurückstellung des Antrages	–	a) 56./2730 b) 15. 9. 1966

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungsresultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBer: Sitz.-Nr./Seite b) Datum
noch: 5. WP	21	<i>Genscher</i> (FDP)	Bundeskanzler	a) Fragestunde (außerhalb/Rücktritt BMI) b) –	Ablehnung mit großer Mehrheit	ja	a) 161./8432, 8462 b) 27. 3. 1968
6. WP 1969–72	22	<i>Krammig</i> (CDU/CSU)	Finanz- und Wirtschaftsminister	a) 2. Steueränderungsgesetz und Änderung Einkommensteuergesetz b) VI/1901 und 1934	Zustimmung mit Mehrheit	zeitw. Aussetzung d. Beratung/ nein	a) 131./7625 f. b) 24. 6. 1971
	23	<i>Stücklen</i> (CDU/CSU)	Finanz- und Wirtschaftsminister	a) Aktuelle Stunde betr. Erhöhung der Postgebühren b) –	Verzicht auf Herbeirufung	–	a) 175./10171 f. b) 2. 3. 1972
7. WP 1972–76	24	<i>Rawe</i> (CDU/CSU)	Finanzminister	a) Jahresgutachten und Jahreswirtschaftsbericht 1973 b) 7/1273 und 7/1646	Beschlußunfähigkeit des Hauses	–	a) 92./6215 f. b) 29. 3. 1974
	25	CDU/CSU-Fraktion	Bundeskanzler	a) Große Anfrage betr. KSZE b) 7/2354 und 7/2616	Zustimmung mit großer Mehrheit	ja	a) 125./8371 ff. b) 17. 10. 1974
	26	CDU/CSU-Fraktion	Arbeitsminister	a) 3. Beratung Haushalt 1975, hier: Rentenreform b) –	Ablehnung mit Mehrheit	–	a) 160./11267 f. b) 21. 3. 1975
	27	CDU/CSU-Fraktion	Verteidigungsminister	a) Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes b) 7/3730	Ablehnung	–	a) 182./12761 f. b) 20. 6. 1975
8. WP 1976–80				keine Anträge			
9. WP 1980–83	28	CDU/CSU-Fraktion	Bundeskanzler	a) 2. Beratung Haushalt 1981, hier: Einzelplan 04	ohne Abstimmung ¹⁾	ja	a) 41. b) 3. 6. 1981

10. WP 1983–87	29	Fraktion der GRÜNEN	Mitglied der Bundesregierung, vorzugsweise Bundesinnenminister	a) Aktuelle Stunde zum Thema „Waldnotstand“ b) –	Zustimmung	ja ²⁾	a) 90. b) 17. 10. 1984
	30	SPD-Fraktion	Bundeskanzler, Finanzminister, Arbeits- und Sozialminister, Familienminister	a) 2. und 3. Beratung eines Ergänzungsabgabengesetzes b) 10/2460, 10/2619	Ablehnung	– ³⁾	a) 111. b) 13. 12. 1984
	31	Fraktion der GRÜNEN	Bundeskanzler	a) Aktuelle Stunde zum Thema „Abgaswerte schadstoffarmer Autos“ b) –	Ablehnung	–	a) 142. b) 12. 6. 1985
	32	Fraktion der GRÜNEN	Bundesinnenminister	a) 2. und 3. Beratung des Volkszählungsgesetzes 1986 b) 10/2814, 10/3843, 10/3889	Zustimmung	– ⁴⁾	a) 159. b) 26. 9. 1985
	33	Fraktion der GRÜNEN	Bundesinnenminister	a) Aktuelle Stunde zum Thema „Haltung der Bundesregierung zum Rodungsbeginn für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf“ b) –	Ablehnung	–	a) 183. b) 11. 12. 1985
	34	SPD-Fraktion	Verteidigungsminister	a) Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zum Atomtestverbot b) –	Beschlußfähigkeit des Hauses	– ⁵⁾	a) 190. b) 23. 1. 1986

1) Nach fast einstündiger Unterbrechung der Sitzung Erscheinen von Bundesinnenminister *Friedrich Zimmermann*.

2) Antrag erledigt durch das Erscheinen von Bundeskanzler *Helmut Kohl* noch während der durch Auszählung vorgenommenen Abstimmung.

3) Nach 25minütiger Unterbrechung der Sitzung Erscheinen von Bundesinnenminister *Friedrich Zimmermann*.

4) Antrag erledigt durch das Erscheinen von Bundesverteidigungsminister *Manfred Wörner* in der anschließend einberufenen 191. Plenarsitzung.

5) Ablehnung der Anträge auf Herberufung der drei Mitglieder der Bundesregierung in **einer** namentlichen Abstimmung.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungs- resultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBer: Sitz.- Nr./Seite b) Datum
noch: 10. WP	35	Fraktion der GRÜNEN	Bundeskanzler	a) 2. und 3. Beratung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen b) 10/4389	Ablehnung ⁵⁾	–	a) 194. b) 30. 1. 1986
	36	Fraktion der GRÜNEN	Bundesinnenminister und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a) 2. und 3. Beratung des Ersten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes b) 10/3158, 10/5259 u. a.	Ablehnung	–	a) 210. b) 17. 4. 1986
	37	Fraktion der GRÜNEN	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a) Fragestunde b) 10/5712	Zustimmung	ja	a) 225. b) 26. 6. 1986
	38	Fraktion der GRÜNEN	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a) Abgabe einer Regierungserklärung zur sozialen Flankierung des Strukturwandels in der Stahlindustrie, abgegeben durch den Bundesminister für Wirtschaft b) –	ohne Abstimmung ⁶⁾	ja ⁶⁾	a) 34. b) 16. 10. 1987
11. WP 1987–90	39	SPD-Fraktion	Bundesminister für Wirtschaft	a) Antrag der GRÜNEN betr. Beendigung der Arbeiten am Endlager Gorleben sowie Antrag der SPD betr. Entsorgung – Endlager (Gorleben) b) 11/511 und 11/581	Zustimmung	– ⁷⁾	a) 34. b) 16. 10. 1987
	40	Fraktion der GRÜNEN	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit				

41	Fraktion der GRÜNEN	Bundeskanzler	a) Abgabe einer Regierungserklärung zur Behandlung schwach- und mittelaktiver Abfallstoffe aus Kernkraftwerken im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Firma Transnuklear GmbH b) –	Ablehnung	–	a) 51. b) 13. 1. 1988
42	Fraktion der GRÜNEN	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	a) Aktuelle Stunde betr. Ausstellung falscher Herkunftsbescheinigungen für australisches und südafrikanisches Uran durch die Firma Nukem mit Wissen der Euratom b) –	ohne Abstimmung ⁸⁾	–	a) 63. b) 2. 3. 1988
43	Fraktion der GRÜNEN	Bundesfinanzminister	a) 1. Beratung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesbahngesetzes u. a. b) 11/1516 u. a.	Ablehnung	–	a) 65. b) 4. 3. 1988
44	SPD-Fraktion	Bundesfinanzminister	a) Antrag der SPD betr. Die Wohnungsgemeinnützigkeit erhalten und stärken b) 11/1389	Zustimmung	– ⁹⁾	a) 67. b) 10. 3. 1988
45	SPD-Fraktion	Bundesfinanzminister	a) Fragestunde: Dringlichkeitsfragen aus dem Bereich des Bundesministers der Finanzen (Verkauf von Kampfflugzeugen an Jordanien) b) –	ohne Abstimmung ¹⁰⁾	– ¹⁰⁾	a) 102. b) 26. 10. 1988

⁵⁾ Ablehnung der Anträge auf Herberufung der drei Mitglieder der Bundesregierung in **einer** namentlichen Abstimmung.

⁶⁾ Antrag vor Abstimmung erledigt durch das Erscheinen von Bundeswirtschaftsminister *Martin Bangemann*.

⁷⁾ Nach Abstimmung Unterbrechung der Sitzung für sieben Minuten und nach Rücksprache mit den Parlamentarischen Geschäftsführern Wiederaufnahme der Sitzung mit Aufruf des folgenden Tagesordnungspunktes; während der Beratung dieses Tagesordnungspunktes Abbruch der Sitzung, nachdem auf Antrag der CDU/CSU die Beschlußunfähigkeit des Hauses festgestellt worden war.

⁸⁾ Rücknahme des Antrages aufgrund der Mitteilung des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU, *Friedrich Bohl*, Bundesminister *Klaus Töpfer* befände sich auf dem Wege zum Bundestag; der Bundesminister erscheint kurz darauf.

⁹⁾ Aufhebung der Sitzung nach Feststellung der Beschlußunfähigkeit durch Zählung der Stimmen im Zusammenhang mit der Abstimmung über den gestellten Antrag; Einberufung einer neuen Plenarsitzung nach 4 Minuten Pause, aber keine Wiederholung des Antrags auf Herberufung des Bundesfinanzministers.

¹⁰⁾ Antrag nach Aussetzung der Abstimmung erledigt durch das Erscheinen von Bundesfinanzminister *Gerhard Stoltenberg*.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungsresultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBer: Sitz.-Nr./Seite b) Datum
noch: 11. WP	46	SPD-Fraktion	Bundesfinanzminister	a) Anträge der SPD und der GRÜNEN betr. Export von Tornadokampfflugzeugen nach Jordanien b) 11/3242 und 11/3283	Rücknahme des Antrags ¹¹⁾	- ¹¹⁾	a) 123. b) 27. 1. 1989
	47	Abg. <i>Thomas Wüppesahl</i> (fraktionslos)	Bundesinnenminister	a) Antrag der GRÜNEN betr. Übernahme des Berliner Document Centers für NS-Akten durch die Bundesrepublik Deutschland b) 11/1926 und 11/4032	ohne Abstimmung ¹²⁾	-	a) 137. b) 20. 4. 1989
	48	SPD-Fraktion	Bundesinnenminister und Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	a) Regierungserklärung zur künftigen Regierungsarbeit b) -	Rücknahme des Antrags ¹³⁾	- ¹³⁾	a) 140. b) 27. 4. 1989
	49	Fraktion der GRÜNEN	Bundesminister für besondere Aufgaben (Chef des Bundeskanzleramtes) <i>Rudolf Seiters</i> sowie weitere Regierungsmitglieder	a) Bericht des Petitionsausschusses betr. Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag [im Jahre 1988] b) 11/4570	Rücknahme des Antrags ¹⁴⁾	- ¹⁴⁾	a) 151. b) 21. 6. 1989
	50	Fraktion der GRÜNEN	Bundesaußenminister	a) Aktuelle Stunde zur UNO-Resolution betr. Einhaltung des Embargos gegen Südafrika durch die Bundesregierung b) -	ohne Abstimmung ¹⁵⁾	- ¹⁵⁾	a) 182. b) 7. 12. 1989

	51	Fraktion der GRÜNEN	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	a) 2. und 3. Beratung eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes b) 11/4909, 11/5242, 11/6633	Ablehnung	–	a) 202. b) 15. 3. 1990
	52	SPD-Fraktion	Mitglied des Bundesfinanzministeriums (Minister oder Parl. Staatssekretär oder Staatssekretär)	a) Entlastung der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 1987; Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 1989 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung; Rechnung des Bundesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 1988 (Epl. 20) b) 11/3750, 11/5383, 11/7112, 11/4599, 11/7111	ohne Abstimmung ¹⁶⁾	– ¹⁶⁾	a) 216. b) 20. 6. 1990
12. WP 1990–94	53	SPD-Fraktion	Bundeswirtschaftsminister oder einer der Staatssekretäre	a) Aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zur sozialen Lage der Menschen in den fünf neuen Bundesländern b) –	Zustimmung	ja ¹⁷⁾	a) 18. b) 21. 3. 1991
	54	SPD-Fraktion	Bundeskanzler	a) Antrag/Aktuelle Stunde „Konsens der Demokraten“ b) 12/3607	Ablehnung	–	a) 116. b) 4. 11. 1992

¹¹⁾ Rücknahme des Antrages unter der Voraussetzung, daß Bundesfinanzminister *Stoltenberg* – wie von dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion *Friedrich Bohl* angekündigt – „in wenigen Minuten“ zurückkommt.

¹²⁾ Keine Abstimmung, da die nach § 42 GO BT erforderliche Unterstützung des Antrags nicht gegeben war.

¹³⁾ Rücknahme des Antrags, falls die beiden herbeigerufenen Bundesminister *Wolfgang Schäuble* und *Klaus Töpfer* in 10 Minuten im Plenum anwesend sind; dies ist der Fall.

¹⁴⁾ Rücknahme des Antrags aufgrund der Ankündigung, Bundesminister *Rudolf Seiters* befinde sich auf dem Weg in das Plenum; der Bundesminister erscheint kurz darauf.

¹⁵⁾ Keine Abstimmung aufgrund des Vorschlages von Vizepräsident *Dieter-Julius Cronenberg*, Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* von dem Wunsch zu unterrichten und trotzdem mit der Aktuellen Stunde zu beginnen; der Bundesminister erscheint kurz darauf.

¹⁶⁾ Keine Abstimmung aufgrund der Ankündigung, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, *Friedrich Voss*, befände sich – von einem auswärtigen Termin kommend – auf dem Weg in das Plenum; Unterbrechung der Beratungen und Vorziehen des nächsten Tagesordnungspunktes bis zum Erscheinen des Parlamentarischen Staatssekretärs kurze Zeit später.

¹⁷⁾ Kurze Zeit später Eintreffen des Parlamentarischen Staatssekretärs *Klaus Beckmann*.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungs- resultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBer: Sitz.- Nr./Seite b) Datum
13. WP 1994 ²⁰⁾	55	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	a) Aktuelle Stunde zum Krebsrisiko durch bodennahe Ozon b) –	Zustimmung	ja ¹⁸⁾	a) 38. b) 18. 5. 1995
	56	SPD-Fraktion	Bundeswirt- schaftsminister	a) Große Anfrage betr. Entwicklung und Stand der Arbeitszeitflexibili- sierung in Deutschland b) 13/1334, 13/2581	Ablehnung	ja ¹⁹⁾	a) 61. b) 12. 10. 1995
	57	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bundeskanzler	a) Aktuelle Stunde betr. Ursachen der aktuellen Schwierigkeiten im deutsch-tschechischen Verhältnis b) –	Ablehnung	–	a) 82. b) 31. 1. 1996
	58	SPD-Fraktion	Bundesfinanz- minister	a) Aktuelle Stunde betr. Einschätzung der Ausbildungsplatzsituation und des Handlungsbedarfs durch die Bundesregierung	Ablehnung	–	a) 175. b) 15. 5. 1997

¹⁸⁾ Nach Abstimmung neunminütige Unterbrechung der Sitzung bis zum Erscheinen von Bundesumweltministerin *Angela Merkel*.

¹⁹⁾ Bundeswirtschaftsminister *Günter Rexrodt* erscheint einige Zeit später im Plenum.

²⁰⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweise

In Abschnitt 12.4 ist zum oppositionellen Verhalten zusammengestellt, in welchem Ausmaße die jeweilige Opposition in einer jeden Wahlperiode die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien (Gesetzesinitiativen, Anfragen, Beteiligung an der Aussprache über die Regierungserklärungen, Mißbilligungsanträge usw.) in Anspruch genommen hat.

Eine Dokumentation sämtlicher während der einzelnen Wahlperiode eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken – und damit auch der Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierungskoalition und Opposition – enthält Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken.

Eine Chronik der Fraktionsspaltungen und Fusionen – und damit wiederum auch eine Chronik der Koalitions- und Oppositionsstrukturen – findet sich unter Abschnitt 5.5.

Statistik der Herbeirufungen von Regierungsmitgliedern

In der folgenden Statistik wird zusammengefaßt, in welcher Weise die bisherigen Anträge auf Herbeirufung von Regierungsmitgliedern zu Plenarsitzungen behandelt worden sind.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Anträge auf Herbeirufung von Regierungsmitgliedern	5	7	3	3	3	2	4	0	1	10	14	2
– davon einstimmig angenommen	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
– davon mit Mehrheit zugestimmt	1	2	2	0	1	1	1	0	0	2	3	1
– davon bei Stimmgleichheit abgelehnt	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	3	3	1	2	1	0	2	0	0	6	3	1
– davon ohne Abstimmung	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	5	0
– davon zurückgezogen/ zurückgestellt/Verzicht	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	3	0
– dabei Beschlußfähigkeit festgestellt	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0

★ Die Gesamtzahl der **Anträge auf Herbeirufung eines Regierungsmitgliedes ins Plenum** in der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **54**. 16 dieser Anträge wurden einstimmig oder mit Mehrheit angenommen.

Hinweis

In Abschnitt 6.20 wird versucht, die unterschiedliche parlamentarische Beanspruchung der einzelnen Ressorts zu veranschaulichen.

6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag

Die Berichte der Bundesregierung an den Bundestag haben sowohl quantitativ als auch qualitativ von Wahlperiode zu Wahlperiode an Bedeutung für die parlamentarische Arbeit gewonnen. Eine umfassende Untersuchung des Berichtswesens steht noch aus.*) Feststellen läßt sich auf jeden Fall, daß die Berichte der Bundesregierung – von ihrer reinen Informationsfunktion abgesehen – die parlamentarische Arbeit auf dem Gebiet der Gesetzesnovellierung, der Kontrolle und der Planung zu unterstützen vermögen.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, die Berichte in ihrer kaum noch überschaubaren Vielzahl und Vielfalt einzugruppieren:

1. nach der Art der Initiative:

- Berichte aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung,
- Berichte aufgrund eines entsprechenden Ersuchens (Beschlusses) des Parlaments,
- Berichte aufgrund eigener Initiative der Regierung;

2. nach dem Berichtstyp:

- Gesamtberichte (z. B. Bericht zur Lage der Nation),
- Politikbereichsberichte (z. B. Jahreswirtschaftsbericht, Sozialbericht, Agrarbericht, Verkehrsbericht, Bildungsbericht),
- Maßnahmeberichte (zum Stand und zu Erfahrungen mit bestimmten Gesetzen und Programmen).

Statistische Übersichten

In den folgenden zwei statistischen Übersichten werden die von der Bundesregierung erstatteten Berichte aufgeschlüsselt

- nach den Initiativen und nach dem Berichtstyp (nur für die 6., 8. und 10. Wahlperiode),
- nach den Ressorts (für die 1. bis 12. Wahlperiode).

*) Vgl. zumindest *Hans-Ulrich Derlien*, Das Berichtswesen der Bundesregierung – Ein Mittel der Kontrolle und Planung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 1. S. 42–47; *Joachim Linck*, Berichte der Regierung an das Parlament. In: *Die Öffentliche Verwaltung*. Jg. 32. 1979. H. 4. S. 116–124 und *Wolfgang Ismayr*, Berichte der Bundesregierung im Prozeß parlamentarischer Willensbildung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 21. 1990. H. 4. S. 553–559; vgl. ferner *Christian Maiwald*, Berichtspflichten gegenüber dem Deutschen Bundestag. Frankfurt am Main [u. a.] 1993.

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Aufschlüsselung der Berichte nach Initiativen und Berichtstyp

Für die 6., 8. und 10. Wahlperiode wurden die Berichte nach Initiativen und nach dem Berichtstyp ausgezählt. *)

Bei der Aufschlüsselung nach Initiatoren ist im untersuchten Zeitraum eine deutliche Zunahme von Berichten festzustellen, die aufgrund eines Beschlusses des Bundestages vorgelegt wurden. Statistisch nicht erfaßt sind Ersuchen des Parlaments, denen die Bundesregierung offensichtlich nicht nachgekommen ist.

Bei den Berichtstypen überwiegen die Maßnahmenberichte gegenüber den Politikbereichs- und Querschnittsberichten.

„Politikbereichsberichte“ sind definiert als Berichte, „die sich dem Aufgabengebiet eines Ministeriums widmen (Agrarbericht, Städtebaubericht)“, als „Querschnittsberichte“ werden solche Berichte gezählt, die ressortübergreifend „ein umfangreiches Politikfeld erfassen (Subventionsbericht, Energiebericht)“. Diese Berichte werden überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung und meist periodisch erstattet.

In die Kategorie „Maßnahmenberichte“ fallen Berichte, die mit dem Ziel angefordert wurden, „genaue(re) Kenntnis über Erfahrungen beim Vollzug und über die Wirksamkeit (und mögliche Nebenwirkungen) von Gesetzen und (Förderungs-) Programmen sowie über veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu erhalten“.

1) Die Zahlen weichen geringfügig von der anschließenden Statistik ab, da zum Teil nicht die gleichen Berichte berücksichtigt wurden.

*) Quelle: *Ismayr*, a. a. O. S. 554f.

	6. WP 1969–72	8. WP 1976–80	10. WP 1983–87
Zahl der Berichte insgesamt ¹⁾	123	177	190
davon in % Berichte			
– aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung	28,5	32,2	31,1
– aufgrund eines Ersuchens (Beschlusses) des Bundestages	56,1	58,8	60,5
– aufgrund eigener Initiative der Bundesregierung	15,4	9,0	8,4
davon in %			
– Politikbereichs- und Querschnittsberichte	45,5	39,0	46,3
– Maßnahmenberichte	54,5	61,0	53,7

Hinweise

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten außerdem die folgenden Abschnitte:

- 6.11 mit einer statistischen Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen, nach Ressorts gegliedert,
- 6.20 mit der parlamentarischen Beanspruchung der Bundesministerien,
- 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert,
- 12.1 mit der Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen,
- 17.3 mit einer Statistik der Petitionen, aufgegliedert nach der Zuständigkeit der Ministerien.

*

Eine Bibliographie zu Wirkungsanalysen von Gesetzen enthält Abschnitt 11.16.

Aufschlüsselung nach den Ressorts der Bundesregierung

Aus der Statistik ist das Anwachsen des Berichtswesens allgemein erkennbar, aber auch die wechselnde Inanspruchnahme der einzelnen Ressorts im Verlauf der Wahlperioden.

Ressort ¹⁾	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Arbeit und Sozialordnung	5	2	9	18	17	21	37	29	17	26	24	20
Auswärtiges	1	0	0	6	13	10	12	15	8	18	16	30
Bildung und Wissenschaft	–	–	–	0	1	4	13	11	9	15	14	16
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	0	2	8	10	10	6	9	9	6	13	13	19
Finanzen	0	5	9	10	32	21	28	34	17	32	24	33
Forschung und Technologie	–	–	1	2	4	1	1	5	3	12	4	6
Innerdeutsche Beziehungen	0	1	0	0	5	9	6	3	2	4	1	–
Inneres	0	3	5	12	40	27	26	20	9	13	9	15
Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	–	0	1	7	15	5	8	12	3	13	13	14
Justiz	0	0	1	4	1	1	3	7	0	2	4	7
Post und Telekommunikation	0	0	0	0	2	1	1	0	3	2	1	2

Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	0	3	1	3	4	5	6	3	2	6	6	6
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	–	–	–	–	–	–	–	–	–	3	20	17
Verkehr	1	1	12	20	15	8	15	13	10	13	9	13
Verteidigung	0	1	2	1	1	3	3	1	0	3	5	6
Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	2	2	0	0	1	1	–	–	–	–	–	–
Wirtschaft	0	3	8	17	28	25	34	30	17	27	28	43
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	–	–	–	0	0	0	2	2	1	2	4	4
Gesamtzahl	9	23	57	110	189	148	204	194	107	204	195²⁾	251

1) Die Bezeichnung der Ressorts entspricht dem Stand Ende 1991; Abweichungen in früheren Wahlperioden sind nicht berücksichtigt. Nicht beachtet wurde auch, daß mehrere Ressorts zeitweise in einem Ministerium zusammengefaßt waren bzw. umgekehrt auf verschiedene Ministerien verteilt waren oder sind (beispielsweise Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit).

2) zuzüglich 4 Berichte des Bundeskanzleramtes

★ Die Gesamtzahl der **Berichte der Bundesregierung an den Bundestag in der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt 1 691.**

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten außerdem die folgenden Abschnitte des **Datenhandbuchs**:

- Abschnitt 6.3 mit Angaben über Name, Partei und Amtszeit der Minister, Name, Partei und Amtszeit der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie Name und Amtszeit der (beamteten) Staatssekretäre;
- Abschnitt 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert;
- Abschnitt 12.1 mit der Zahl der von Ressorts beantworteten Anfragen.

Zusammenstellung der erstatteten Berichte

Im folgenden ist versucht worden, die seit der 1. Wahlperiode bis Stand August 1997 erstatteten Berichte der Bundesregierung nach Ressorts gegliedert und danach in chronologischer Reihenfolge zusammenzustellen. *)

Auf methodische Schwierigkeiten ist schon in den früheren *Datenhandbüchern* hingewiesen worden. Sie ergeben sich u. a. dadurch, daß die Bezeichnung des angeforderten Berichts mit der Überschrift des erstatteten Berichts nicht immer übereinstimmt, daß die Berichtstitel mit der Zeit geändert wurden, verschiedene Berichtspflichten vereinigt wurden und die Zuständigkeit der Ressorts wechselte. Einige Ungenauigkeiten sind auch aus diesem Grunde nicht auszuschließen.

Zu jedem Bericht ist die Berichtspflicht (gesetzliche Grundlage) oder das Berichtersuchen (Beschluß des Bundestages) angegeben. Fehlt ein solcher Hinweis und ist auch die Rubrik „Vorlagetermin“ nicht ausgefüllt, handelt es sich um einen Bericht aufgrund eigener Initiative der Bundesregierung. Berichte mit prägnantem Kurztitel (z. B. Sozialbericht) stehen in **Fettdruck**.

*) Quellen: Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates; die jährlichen Übersichten des Parlamentssekretariats über die bestehenden Berichtspflichten.

Reihenfolge der Ressorts

	Seite
Arbeit und Sozialordnung	1271
Auswärtiges	1285
Bildung und Wissenschaft	1292
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1299
Finanzen	1302
Forschung und Technologie	1312
Innerdeutsche Beziehungen (zuvor: Gesamtdeutsche Fragen)	1316
Inneres	1317
Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	1330
Justiz	1340
Post- und Fernmeldewesen/Post und Telekommunikation	1344
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1345
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	1350
Verkehr	1355
Verteidigung	1362
Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	1365
Wirtschaft	1366
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	1376

Anmerkung:

Es gehört zur seltenen Ausnahme, daß das **Bundeskanzleramt** als „Ressort“ federführend einen Bericht erstellt. Es wird deshalb in der Reihenfolge der Ressorts nicht aufgeführt.

Eine Ausnahme ist für die 11. Wahlperiode (1987–90) zu verzeichnen:

Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über eine mögliche Beteiligung deutscher Firmen an einer C-Waffen-Produktion in Libyen (Drucksache 11/3995), zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 15. Februar 1989 gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 18. Januar 1989 – Drucksache 11/3854 Absatz 4 (Vorlagefrist: 15. Februar 1989). Der Bericht wurde federführend vom Bundesminister für besondere Aufgaben erstellt.

Ressort: Arbeit und Sozialordnung

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Übersicht über die Beschäftigung Schwerbehinderter bei den Bundesdienststellen</p> <p>Beschluß vom 4. November 1949 – Drucksache 131; Beschluß vom 8. April 1959 – Drucksache III/886; Beschluß vom 16. Oktober 1964 sowie Stellungnahme der Fraktionen vom 24. Juni 1968</p>	<p>jährlich, nach dem Stand vom 1. Oktober [bis 1. November]</p>	<p>1. WP: Drs. 1304, 3432, 3921, 4480</p> <p>2. WP: Drs. –</p> <p>3. WP: Drs. III/1496, III/1963, III/2270, III/2972</p> <p>4. WP: Drs. IV/105, IV/581, IV/821, IV/1679, IV/2612, IV/2780</p> <p>5. WP: Drs. V/66, V/1181, V/2340, V/3695</p> <p>6. WP: Drs. VI/192, VI/1804, VI/2966</p> <p>7. WP: Drs. 7/49, 7/1964, 7/3904, 7/5585 (neu)</p> <p>8. WP: Drs. 8/807, 8/1892, 8/3035, 8/4495</p> <p>9. WP: Drs. 9/940, 9/2002</p> <p>10. WP: Drs. 10/475, 10/1650, 10/2665, 10/4466</p> <p>11. WP: Drs. 11/52, 11/1545, 11/2621, 11/5669, 11/7556</p> <p>12. WP: Drs. 12/2050, 12/3147, 12/5208, 12/8374, 12/8477¹⁴⁾</p> <p>13. WP: Drs. 13/2024, 13/5132</p>

Fußnoten auf Seite 1285

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes Beschluß vom 21. Juni 1951	monatlich, erstmals zum 31. Juni 1951	1. WP: Drs. 2277 ¹⁾
Bericht über die Arbeitsmarktlage und die Möglichkeiten und Maßnahmen zur Sicherung des Bedarfs an Arbeitskräften in der Bundesrepublik Beschluß vom 11. Oktober 1955 – Drucksache 1749	einmalig, innerhalb von zwei Monaten	2. WP: Drs. II/3343
Bericht betr. Verunreinigung der Luft durch Industriebetriebe Beschluß vom 11. Januar 1957 – Drucksache II/2598	einmalig, ohne Termin	2. WP: Drs. II/3757
Bericht über die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen und über die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen (Sozialbericht) [sowie das Gutachten des Sozialbeirats über die Rentenanpassung] § 1273 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 45)	jährlich, zum 30. September	3. WP: Drs. III/568, III/1255, III/2082, III/3005 4. WP: Drs. IV/641, IV/1486, IV/2566, IV/3795 5. WP: Drs. V/940, V/2117, V/3256, V/4645 6. WP: – ²⁾
Bericht betr. Erstattungsansprüche der Rentenversicherungsträger gegen den Bund nach § 90 des Bundesversorgungsgesetzes Beschluß vom 4. Juli 1958 – Drucksachen III/300 und III/401	einmalig, unverzüglich	3. WP: Drs. III/2066
Bericht über die Prüfung der Anrechnungsbestimmungen in den verschiedenen Zweigen des sozialen Leistungsrechts a) Beschluß vom 13. Dezember 1961 – Drucksachen IV/16 und IV/72 und b) Beschluß vom 24. November – Drucksache V/1033	a) einmalig, bis Ende Mai 1962 b) einmalig, ohne Termin	4. WP: Drs. IV/446
Bericht zur Frage der lohnbezogenen Abgaben Beschluß vom 31. Januar 1962 – Drucksache IV/134	einmalig, bis 30. Juni 1962	4. WP: Drs. IV/579 ³⁾ , IV/3230

Bericht über die Auswirkungen der Vorschriften zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft Artikel VI des Zweiten Änderungsgesetzes zum AVAVG vom 7. Dezember 1959 (BGBl. I S. 705)	einmalig, bis 30. September 1962	4. WP: Drs. IV/643
Bericht betr. Ausländische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Beschluß vom 27. Juni 1962 – Drucksache IV/470	einmalig, zum 31. Dezember 1962	4. WP: Drs. IV/859
Aufstellung über gesetzliche Vorschriften, die eine Anrechnung von Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz auf andere gesetzliche Leistungen bewirken Beschluß vom 22. Januar 1964 – Drucksache IV/1831	einmalig, ohne Termin	4. WP: Drs. IV/2522
Bericht und versicherungstechnische Bilanz für die knappschaftliche Rentenversicherung § 129 des Reichsknappschaftsgesetzes	alle vier Jahre, erstmals zum 1. Januar 1959	4. WP: Drs. IV/2870
Bericht betr. Soziale Sicherung der bei den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten alliierten Streitkräften beschäftigten zivilen Bediensteten Beschluß vom 23. Juni 1965 – Drucksache IV/3501	einmalig, möglichst kurzfristig	4. WP: Drs. IV/3796
Bericht über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik (Unfallverhütungsbericht – Statistischer Teil) § 722 RVO, neugefaßt durch Artikel 1 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 30. April 1963 (BGBl. I S. 241)	jährlich, zum 31. Dezember, erstmals 1965	5. WP: Drs. V/152, V/1470, V/3745 6. WP: Drs. VI/183, VI/1970, VI/2590 7. WP: Drs. 7/189, 7/991, 7/2622, 7/4668, 7/5817 8. WP: Drs. 8/1128, 8/2328, 8/3650 9. WP: Drs. 9/43, 9/901, 9/2045 10. WP: Drs. 10/618, 10/2541, 10/4601 11. WP: Drs. 11/1574, 11/3736, 11/5898 12. WP: Drs. 12/1845, 12/3988, 12/6429 13. WP: Drs. 13/3091, 13/6120
Bericht über die Versorgung der Angehörigen des ehemaligen reichseigenen Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) Beschluß vom 1. Juli 1965 – Drucksache IV/3581	einmalig, bis 31. Mai 1966	5. WP: Drs. V/668
Bericht über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft ⁴⁾ Beschluß vom 9. Dezember 1964 – Drucksache IV/2771	fortlaufend	5. WP: Drs. V/909

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über „Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland (Sozialenquete)“	–	5. WP: Drs. V/961
Bericht über den Bildungsurlaub Beschluß vom 28. Juni 1967 – Drucksachen V/965, V/1815	einmalig, bis 1. November 1967	5. WP: Drs. V/2345
Bericht über den Finanzierungsausgleich in der gewerblichen Unfallversicherung Beschluß vom 8. Dezember 1967 – Umdruck 334, Drucksache V/2149 und V/2341	einmalig, binnen drei Monaten	5. WP: Drs. V/3034
Bericht über die Anwendung des in Artikel 119 des EWG-Vertrags niedergelegten Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland; später:	a) alle zwei Jahre, erstmals 1969 b) einmalig, bis Anfang 1980 c) alle drei Jahre, erstmals zum 30. November 1989	5. WP: Drs. V/3782 6. WP: Drs. VI/1702 7. WP: Drs. 7/90, 7/1451, 7/3267 8. WP: Drs. 8/547, 8/4156 9. WP: –
Bericht über die Art, den Umfang und den Erfolg der von ihr [der Bundesregierung] oder den Länderregierungen vorgenommenen Beanstandungen betreffend die Anwendung des Artikels 119 EWG-Vertrag über gleiches Entgelt für Männer und Frauen a) Beschluß vom 8. Dezember 1966 – Drucksache V/1177; b) Beschluß vom 27. Oktober 1977 – Drucksache 8/1002; c) Beschluß vom 19. Januar 1989 – Drucksache 11/2176	10. WP: Drs. 10/6501 11. WP: Drs. 11/5785 12. WP: Drs. 12/4033 13. WP: Drs. 13/3120	
Bericht über die Möglichkeit von Änderungen der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des realen Wachstums der Volkswirtschaft (Kriegs- und Wehrdienststopferbericht) § 56 des Bundesversorgungsgesetzes i. d. F. vom 20. Januar 1967 (BGBl. I S. 141)	alle zwei Jahre, erstmals 1969	6. WP: Drs. VI/81
Bericht der Sachverständigenkommission betr. Mitbestimmung im Unternehmen Beschluß vom 14. Juni 1967 bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1967	einmalig, ohne Termin	6. WP: Drs. VI/334

Bericht über die gesetzlichen Rentenversicherungen, insbesondere über deren Finanzlage in den künftigen 15 Kalenderjahren, gemäß §§ 1273 und 579 RVO. § 50 AVG und § 71 RKG (**Rentenanpassungsbericht**) [und Gutachten des Sozialbeirats zu den Anpassungen der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen und zu den Vorausberechnungen der Einnahmen, Ausgaben und des Vermögens der gesetzlichen Rentenversicherung]⁵⁾; ab 1992:

Bericht über die gesetzlichen Rentenversicherungen, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB VI (**Rentenversicherungsbericht**); ab 1997 Ergänzung um

- die Leistungen der anderen ganz oder teilweise öffentlich finanzierten Alterssicherungssysteme sowie deren Finanzierung,
- die Einkommenssituation der Leistungsbezieher der Alterssicherungssysteme und
- das Zusammentreffen von Leistungen der Alterssicherungssysteme (**Alterssicherungsbericht**)

§ 154 Abs. 2 und 3 des Sozialgesetzbuchs (SGB) VI und Beschluß vom 29. Juni 1994 – Drucksache 12/8145

Sozialbericht

Beschluß vom 10. Dezember 1986 – Drucksache 10/6704⁶⁾

Bericht über die auf dem Gebiet der Berufsförderung und zur Beseitigung von sozialversicherungsrechtlichen Nachteilen bei ehrenamtlicher Tätigkeit sowie von sonstigen Unzulänglichkeiten der gesetzlichen Rentenversicherung zu treffenden Maßnahmen

Beschluß vom 2. Juli 1969 bei der Verabschiedung des 3. Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes

Fußnoten auf Seite 1285

jährlich, bis zum 31. März/
31. Oktober

jährlich, zum 31. Juli
(Ergänzung ab 1997:
einmal in jeder Wahlperiode)

fortlaufend, ohne Termin⁶⁾

einmalig, zum 30. Juni 1970

3.–5. WP: –⁵⁾

6. WP: Drs. VI/581, VI/2040, VI/3254

7. WP: Drs. 7/88, 7/1176, 7/2721, 7/4250

8. WP: Drs. 8/119, 8/132, 8/1615, 8/1665, 8/2709, 8/3845

9. WP: Drs. 9/290, 9/1551

10. WP: Drs. 10/560, 10/2235, 10/4550, 10/6074

11. WP: Drs. 11/1540, 11/3735, 11/6123, 11/8504

12. WP: Drs. 12/1841

12. WP: Drs. 12/1841, 12/3111, 12/5470, 12/8309

13. WP: Drs. 13/2017, 13/5370, 13/8300

6. WP: Drs. VI/643, VI/2155, VI/3432

7. WP: Drs. 7/1167, 7/4953

8. WP: Drs. 8/1805, 8/4327

9. WP: –

10. WP: Drs. 10/842, 10/5810

11. WP: Drs. 11/7527

12. WP: Drs. 12/7130

6. WP: Drs. VI/1126

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen den neuen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz und den Aufgaben der Träger der Sozialversicherung und anderer Sozialleistungsträger im Bereich der Arbeits- und Berufsförderung Behinderter (berufliche Rehabilitation)</p> <p>a) Beschluß vom 2. Juli 1969 bei der Verabschiedung des Dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes; b) Beschluß vom 3. Februar 1971 – Drucksache VI/1727</p>	<p>einmalig, a) bis 30. Juni 1970 b) bis 31. März 1972</p>	<p>6. WP: Drs. VI/1127, VI/3654</p>
<p>Bericht über die Versorgung von Eltern nach dem Bundesversorgungsgesetz</p> <p>Beschluß vom 4. Juni 1970 – Drucksache VI/863</p>	<p>einmalig, ohne Termin</p>	<p>6. WP: Drs. VI/2707</p>
<p>Bericht über die Auswirkungen der Sparförderung</p> <p>Beschluß vom 4. Juni 1970 – Drucksache VI/860</p>	<p>einmalig, zum 31. Dezember 1971</p>	<p>6. WP: Drs. VI/3186</p>
<p>Bericht über die Erfahrungen mit der Begutachtung der Arbeitsunfähigkeit durch den Vertrauensärztlichen Dienst (VäD) und über das Zusammenwirken der Kassenärzte (Kassenzahnärzte), der Krankenkassen u. des VäD</p> <p>Beschluß vom 12. Juni 1969 – Umdruck 684</p>	<p>einmalig, zum 31. Dezember 1971</p>	<p>6. WP: Drs. VI/3200</p>
<p>Arbeitsförderungsbericht</p> <p>§ 239 des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969</p>	<p>einmalig, bis Ende 1972</p>	<p>7. WP: Drs. 7/403</p>
<p>Bericht über die Erfahrungen mit der Einführung von Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten als Pflichtleistungen der Krankenkassen sowie den zusätzlich von den Krankenkassen gewährten Maßnahmen der Vorsorgehilfe</p> <p>Beschluß vom 4. November 1970 bei der Verabschiedung des Zweiten Krankenversicherungs-Änderungsgesetzes</p>	<p>einmalig, bis 31. Dezember 1972</p>	<p>7. WP: Drs. 7/454</p>

Bericht über die getroffenen Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die Bautätigkeit im Winter bei Bauvorhaben öffentlicher Bauherren Beschluß vom 14. April 1972 bei der Verabschiedung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsförderungsgesetzes	einmalig, bis 30. Juni 1974	6. WP: – ⁶⁾
Bericht über den Umfang der Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft nach dem Arbeitsförderungsgesetz sowie über arbeitsmarktpolitische, sozialpolitische und volkswirtschaftliche Auswirkungen der Förderung in der Berichtszeit (Winterbaubericht) Beschluß vom 14. April 1972 anlässlich der Verabschiedung des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsförderungsgesetzes (§ 238)	jährlich, bis 31. Dezember, erstmals 1973, letztmalig 1980	7. WP: Drs. 7/1623, 7/3508, 7/4621
Bericht über Auswirkungen des Rentenreformgesetzes vom 16. Oktober 1972 (Rente nach Mindesteinkommen, Flexible Altersgrenze, Öffnung der Rentenversicherung, Bearbeitungsdauer von Rentenanträgen) Beschluß vom 20. Dezember 1972 – Drucksache 7/33, vom 15. Juni 1973 – Drucksache 7/757 und vom 4. Februar 1974 – Drucksache 7/1642	einmalig, bis 31. Dezember 1973 bzw. alsbald	7. WP: Drs. 7/2046
Erfahrungsbericht über die Ausführung des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte Beschluß vom 22. Februar 1973 zum Agrarbericht 1973 – Drucksache 7/220; Beschluß vom 7. Juni 1973 – Drucksache 7/621	einmalig, bis 1. Oktober 1973 bzw. bis 1. April 1974	7. WP: Drs. 7/2346
Bericht über die bei der Anwendung des Gesetzes zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung gewonnenen Erfahrungen Beschluß vom 21. Juni 1972 – Drucksache VI/3505	alle zwei Jahre erstmalig zum 30. Juni 1974	7. WP: Drs. 7/2365, 7/5352, 7/5631 8. WP: Drs. 8/2025, 8/4479
Sozialbudget 1974	–	7. WP: Drs. 7/2853
Bericht über die Auswirkung der Aufhebung des Grundsatzes, daß Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung von Frauen nur durch Frauen auszuüben sind Beschluß vom 13. Mai 1969 bei der Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes	einmalig, bis Ende 1974	7. WP: Drs. 7/3026

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über die Beseitigung etwaiger Nachteile in der Rentenversicherung bei Personen mit langen Zeiten des Kriegsdienstes und der Kriegsgefangenschaft Beschluß vom 15. März 1974 – Drucksachen 7/668 und 7/1664</p>	<p>einmalig, bis 31. Dezember 1974</p>	<p>7. WP: Drs. 7/3054</p>
<p>Bericht über die soziale Sicherung der selbständigen Künstler (Künstlerbericht) Beschluß vom 30. April 1971 – Drucksache VI/2081; Beschluß vom 1. Juli 1976 – Drucksache 7/5524</p>	<p>jeweils einmalig, ohne Termin</p>	<p>7. WP: Drs. 7/3071</p>
<p>Bericht über das Selbstverwaltungsrecht [Sozialversicherung] a) Beschluß vom 7. Juni 1973 – Drucksache 7/644; b) Beschluß vom 24. Juni 1981 – Drucksache 9/577</p>	<p>einmalig, a) bis 31. Oktober 1975 b) bis Ende 1981</p>	<p>7. WP: Drs. 7/4244 9. WP: Drs. 9/12647)</p>
<p>Bericht über</p> <ul style="list-style-type: none"> – gesetzliche Initiativen zur Verbesserung der Leistungen an Behinderte und die Errichtung von Rehabilitationsstätten – die Möglichkeiten einer Einbeziehung von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz in das Rehabilitationsangleichungsgesetz – weitere Fragen im Zusammenhang mit dem nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation erteilten Berichtsauftrag, insbesondere zur wirksamen Koordinierung im institutionellen Bereich der Rehabilitation <p>a) Beschluß vom 4. November 1971 – Drucksache VI/2300; b) § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation; c) Beschluß vom 20. Juni 1974 – Drucksache 7/2245</p>	<p>einmalig, a) ohne Termin b) und c) bis 31. Dezember 1975⁸⁾</p>	<p>7. WP: Drs. 7/4535, 7/5575</p>

Bericht über den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit Beschuß vom 19. Oktober 1973 – Drucksache 7/1085	einmalig, ohne Termin	7. WP: Drs. 7/4668
Bericht über die Auswirkungen, die sich aus der Nichterrichtung (bzw. Auflösung) eines Landesversorgungsamtes in bestimmten Ländern ergeben haben Beschuß vom 21. Juni 1972 anlässlich der Verabschiedung des Vierten Gesetzes über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes (Viertes Anpassungsgesetz – KOV)	einmalig, bis zum 31. Januar 1976	7. WP: Drs. 7/4683
Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel	–	8. WP: Drs. 8/51
Bericht über Erfahrungen bei der Anwendung des § 12 a des Tarifvertragsgesetzes (Artikel II § 1 des Heimarbeitsänderungsgesetzes) a) Beschuß vom 11. Juni 1974 – Drucksache 7/2025; b) Beschuß vom 23. Februar 1978 – Drucksache 8/1483	einmalig, a) bis 30. Juni 1975 ⁹⁾ b) 1981	8. WP: Drs. 8/716 9. WP: Drs. 9/993
Bericht über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik (Unfallverhütungsbericht – Textteil) Beschuß vom 1. Juli 1976 – Drucksache 7/5380	einmal in jeder Wahlperiode	8. WP: Drs. 8/1128, 8/3658 9. WP: – 10. WP: Drs. 10/6690 11. WP: Drs. 11/8165 12. WP: – 13. WP: Drs. 13/122
Bericht über die Erfahrungen bei der Durchführung des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung Beschuß vom 5. Dezember 1974 – Drucksache 7/2843	einmalig, zum 31. Dezember 1978	8. WP: Drs. 8/2377
Bericht über die Erfahrungen mit den ergänzenden Maßnahmen zum Fünften Strafrechtsreformgesetz [§ 218 StGB] Beschuß vom 21. März 1974 – Drucksache 7/1753	einmalig, Ende 1977	8. WP: Drs. 8/2445

Fußnoten auf Seite 1285

Hinweis

Eine Bibliographie zu Wirkungsanalysen von Gesetzen enthält Abschnitt 11.16.

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Erfahrungen, die mit den Vorschriften des Sozialgesetzbuchs – Allgemeiner Teil – über die Aufklärungs-, Beratungs- und Auskunftspflicht in allen Sozialleistungsbereichen (§§ 13 bis 15), über den Zugang zu Sozialleistungen (§ 17 Abs. 1 Nr. 3) sowie über Eigenermittlungen der Leistungsträger (§ 65 Abs. 1 Nr. 3) gemacht wurden Beschluß vom 19. Juni 1975 – Drucksache 7/3738	einmalig, zum 31. Dezember 1978	8. WP: Drs. 8/2454
Bericht darüber, wie sich die Neuregelung des Verbots der Beschäftigung von Kindern in den §§ 5 und 6 des Jugendarbeitsschutzgesetzes in der Praxis bewährt hat Beschluß vom 23. Januar 1976 – Drucksache 7/4544	einmalig, zum 30. April 1979	8. WP: Drs. 8/2794
Bericht über das Konzept der Politik der Bundesregierung für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer (Berufsausbildung und Arbeitslosigkeit ausländischer Jugendlicher) Beschluß vom 21. Juni 1978 – Drucksache 8/1758	einmalig, ohne Termin	8. WP: Drs. 8/2796 ³⁾
a) Bericht zur Frage der Notwendigkeit einer Anpassung der im Gesetz bestimmten Höhe der Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner an den durchschnittlichen Beitragsatz der gesetzlichen Krankenversicherung b) Bericht zur Frage einer Anpassung der Einkommensgrenzen bei den Waisenrenten in der Sozialversicherung der volljährigen Waisen in Ausbildung Zu a) und b): Beschluß vom 13. Mai 1977 – Drucksache 8/337	alle drei Jahre	8. WP: Drs. 8/3849 9. WP: – 10. WP: Drs. 10/560, 10/2235, 10/6074 11. WP: Drs. 11/6123 12. WP: – ¹¹⁾
Gutachten des Sozialbeirats über langfristige Probleme der Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland	–	9. WP: Drs. 9/632
Bericht über die Wettbewerbssituation zwischen praxiseigenen zahntechnischen Labors und gewerblichen zahntechnischen Labors Beschluß vom 13. Mai 1977 – Drucksache 8/338	einmalig, ohne Termin	9. WP: Drs. 9/811

Bericht über die finanziellen Auswirkungen der Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für Schwerbehinderte und die Finanzierung dieser Neuregelung vom Jahre 1982 an Beschluß vom 20. Oktober 1978 – Drucksache 8/2228	einmalig, bis zum 30. Juni 1981	9. WP: Drs. 9/1209
Bericht über die finanziellen Auswirkungen der Zahlungen des Bundes für die Renten- und Krankenversicherung der Frau während des Mutterschaftsurlaubs und die Finanzierung dieser Neuregelung von 1982 an (Bericht über den Mutterschaftsurlaub) Beschluß vom 25. April 1979 – Drucksache 8/2797	einmalig, bis zum 30. Juni 1981	9. WP: Drs. 9/1210
Bericht über das Ergebnis der Prüfung, ob im Arbeitsgerichtsgesetz eine noch stärkere Beteiligung der ehrenamtlichen Richter möglich ist Beschluß vom 17. Januar 1979 – Drucksache 8/2535	einmalig, unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Jahren	9. WP: Drs. 9/1271
Bericht über die Erfahrungen mit der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen, den Bundesempfehlungen zur Veränderung der Gesamtvergütungen und der Arzneimittelhöchstbeträge sowie über die Auswirkung der Regelungen über die Gesamtvergütungen und die Arzneimittelhöchstbeträge Artikel 2 § 6 des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1069)	einmalig, zum 31. Dezember 1981	9. WP: Drs. 9/1300
Bericht über die bisherigen Aufwendungen und Auswirkungen des Gesetzes über die Sozialversicherung Behinderter Beschluß vom 24. Januar 1980 – Drucksache 8/3404	einmalig, ohne Termin	9. WP: Drs. 9/1670
Bericht über die Erfahrungen mit der praktischen Anwendung der bestehenden Gesamtvereinbarungen zwischen den Rehabilitationsträgern Beschluß vom 24. Januar 1980 – Drucksache 8/3404	einmalig, ohne Termin	9. WP: Drs. 9/1676
Bericht über Erfahrungen mit dem die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz betreffenden Teil des Arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes und zu der Frage eventueller Benachteiligungen von Frauen außerhalb des Bereiches des Arbeitslebens Beschluß vom 25. Juni 1980 – Drucksache 8/4259	einmalig, zum 31. Dezember 1982	10. WP: Drs. 10/14

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht zur Errichtung von Widerspruchsausschüssen bei der Bundesanstalt für Arbeit a) Beschluß vom 1. Juni 1979 – Drucksache 8/2914; b) Beschluß vom 4. Dezember 1986 – Drucksache 10/6605</p>	<p>einmalig, a) zum 1. Januar 1981¹⁰⁾ b) ohne Termin</p>	<p>10. WP: Drs. 10/442 11. WP: Drs. 11/485</p>
<p>Bericht zum Gesetz über die Gewährung von Bildungsbeförderungen für arbeitslose Jugendliche aus Bundesmitteln (Artikel 3 Beschäftigungsförderungsgesetz) Beschluß vom 16. Dezember 1982 – Drucksache 9/2283</p>	<p>einmalig, bis zum 31. Dezember 1983</p>	<p>10. WP: Drs. 10/857</p>
<p>Bericht über die Lage der Behinderten und die Entwicklung der Rehabilitation Beschluß vom 26. Juni 1980 – Drucksache 8/4286; Beschluß vom 25. Juni 1982 – Drucksache 9/1753; Beschluß vom 10. Dezember 1986 – Drucksache 10/6705; Beschluß vom 20. Februar 1992 – Drucksache 12/1943; Beschluß vom 23. Juni 1994 – Drucksache 12/8074</p>	<p>einmal in der Wahlperiode, erstmals zum 31. Dezember 1983</p>	<p>10. WP: Drs. 10/1233 11. WP: Drs. 11/4455 12. WP: Drs. 12/7148</p>
<p>Bericht über die Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – AüG – und des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung Beschluß vom 12. November 1981 – Drucksache 9/975</p>	<p>alle vier Jahre, erstmals zum 30. Juni 1984</p>	<p>10. WP: Drs. 10/1934 11. WP: Drs. 11/2639 12. WP: Drs. 12/3180 13. WP: Drs. 13/5498</p>
<p>Bericht über die Erfahrungen, a) die aus der Zuzahlung der Versicherten während der Krankenhauspflege und bei Kuren vorliegen b) die über die Regelung vorliegen, daß die in § 182f Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung genannten Arzneimittel in der Regel nicht zu Lasten der Krankenversicherung verordnet werden dürfen Beschluß vom 16. Dezember 1982 – Drucksache 9/2283</p>	<p>einmalig, bis zum 31. Dezember 1984</p>	<p>10. WP: Drs. 10/2661</p>

Bericht über die Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung unter Berücksichtigung der Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages von Versorgungsbezügen und die Änderung des Rechnungszinsfußes für Pensionsrückstellungen

Beschluß vom 23. Oktober 1981 – Drucksache 9/884

Bericht über die Auswirkungen, die sich aus den Einschränkungen in § 44 des Arbeitsförderungsgesetzes durch das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz 1984 ergeben haben

Beschluß vom 9. Dezember 1983 – Drucksache 10/690

Bericht über die jährliche Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubs seit 1981 und die vom Bund erbrachten jährlichen finanziellen Leistungen im Rahmen des Mutterschutzgesetzes

Beschluß vom 8. Dezember 1983 – Drucksache 10/706

Bericht über die mit dem Künstlersozialversicherungsgesetz gewonnenen praktischen Erfahrungen

Beschluß vom 26. Mai 1981 – Drucksache 9/429

Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit der Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes

Beschluß vom 21. Juni 1978 – Drucksache 8/1758

Bericht über die finanziellen Auswirkungen des Übergangs von Schadensersatzansprüchen nach § 116 SGB X

Beschluß vom 25. Juni 1982 – Drucksache 9/1753

Bericht über die sozialrechtliche Stellung mithelfender Ehegatten von selbständig Erwerbstätigen sowie über Möglichkeiten ihrer Einbeziehung in das bestehende System der sozialen Sicherung

Beschluß vom 16. Mai 1986 – Drucksache 10/5489

Bericht zur Anwendung des Artikels 118a EWG-Vertrag

Beschluß vom 15. Dezember 1989 – Drucksache 11/5997

einmalig, bis zum
31. Dezember 1984

einmalig, Frühjahr 1985

einmalig, bis zum
31. März 1986

einmalig, bis zum
30. Juni 1987¹²⁾

einmalig, ohne Termin

einmalig, zum
31. Dezember 1985¹³⁾

einmalig, ohne Termin

einmalig, bis zum
31. Dezember 1989

10. WP: Drs. 10/2681

10. WP: Drs. 10/3659

10. WP: Drs. 10/5327

11. WP: Drs. 11/2979

11. WP: Drs. 11/3404

11. WP: Drs. 11/3794

11. WP: Drs. 11/5182

11. WP: Drs. 11/8335

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 23. September 1993 – Drucksache 12/5713	jährlich, bis zum 1. Dezember	12. WP: Drs. 12/6960 13. WP: Drs. 13/3140
Bericht zu Punkt 16 „Mehr Teilzeitarbeit“ des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung	–	12. WP: Drs. 12/6983
Bericht über Gewalttaten gegen Deutsche im Ausland und über die dabei angewandten Entschädigungsregelungen Beschluß vom 23. Juni 1993 – Drucksache 12/5182	einmalig, ohne Termin	12. WP: Drs. 12/7539
Bericht über Kinderarbeit in der Welt a) Beschluß vom 29. Juni 1994 – Drucksache 12/8163; b) Beschluß vom 5. Dezember 1996 – Drucksache 13/6407	einmalig, a) bis zum 31. Dezember 1994 b) bis voraussichtlich März 2000	13. WP: Drs. 13/1079
Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung ihrer Beschlüsse vom 4. Dezember 1991 und 2. Dezember 1992 zur Förderung der Einstellung und Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes Beschluß vom 23. Juni 1994 – Drucksache 12/6771	einmalig, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/2024
Statistischer Bericht über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland, der die Berichte der Unfallversicherungsträger und die Jahresberichte der für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden zusammenfaßt	jährlich, bis 31. Dezember	13. WP: Drs. 13/6120
<i>Ergänzung:</i> Umfassender Überblick über die Entwicklung der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, ihre Kosten und die Maßnahmen zur Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit Artikel 1 § 25 des Unfallversicherungs-Einordnungsgesetzes vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1254)	alle 4 Jahre	

- 1) weitere Drucksachen-Nummern siehe Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages
 2) ab 6. Wahlperiode Fortsetzung als „Rentenanpassungsbericht“ – siehe dort
 3) Zwischenbericht
 4) spätere Berichte siehe unter dem Ressort Jugend, Familie und Gesundheit
 5) Vorläufer in der 3. bis 5. Wahlperiode siehe oben unter „Sozialbericht“
 6) Bericht erstattet zusammen mit dem „Winterbaubericht“ 1974
 7) ergänzender Bericht
 8) Fristverlängerung bis 30. Juni 1976 erbeten
 9) Fristverlängerung bis Juni 1977 erbeten
 10) Fristverlängerung bis zur 2. Jahreshälfte 1982 beantragt
 11) aufgrund inzwischen erfolgter gesetzlicher Regelung ab 12. Wahlperiode keine weiteren Berichte
 12) Fristverlängerung um ein Jahr gewährt
 13) Fristverlängerung um drei Jahre gewährt
 14) Berichtigung

Ressort: Auswärtiges

Bezeichnung des Berichts Beschuß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Ausführung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amtes für 1950 Beschuß vom 16. Januar 1952	einmalig, sobald als möglich	1. WP: Drs. 3184
Bericht betr. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raum Soltau-Lüneburg (Soltau-Lüneburg-Abkommen) vom 3. August 1959 Zahlreiche Einzelbeschlüsse des Bundestages mit Erneuerungen der Berichtspflicht	jeweils einmalig	4. WP: Drs. IV/238, IV/908, IV/1190 5. WP: Drs. V/2442, V/2763 6. WP: Drs. VI/1073, VI/3643 7. WP: Drs. 7/2443 8. WP: Drs. 8/262, 8/1827, 8/2973
Bericht betr. intereuropäische Naturparks Beschuß vom 12. Dezember 1962 – Drucksache IV/586 und IV/777	einmalig, bis 1. April 1963	4. WP: Drs. IV/1175
Bericht über auswärtige Kulturpolitik Beschuß vom 24. Februar 1965 – Drucksache IV/2888	einmalig, bis 1. Februar 1965	4. WP: Drs. IV/3646

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. Lage und Stand des Ausbaus der deutschen Auslandsschulen Beschluß vom 24. Februar 1965 – Drucksache IV/2888	einmalig, bis 1. Februar 1965	4. WP: Drs. IV/3673
Bericht betr. Verfolgung von Ansprüchen deutscher unehelicher Kinder gegenüber Mitgliedern der in Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte Beschluß vom 4. Mai 1961 – Drucksachen III/2146, III/2699 und Umdruck 883 (neu)	einmalig, bis 31. Dezember 1962	5. WP: Drs. V/106
Bericht über die deutschen Auslandsschulen Beschluß vom 28. Juni 1967 – Drucksache V/1862	einmalig, bis 1. September 1967	5. WP: Drs. V/2121, V/4550
Bericht über die Tätigkeit des Europarates und der Westeuropäischen Union Beschlüsse vom 22. Februar und 28. April 1967 – Drucksachen V/1010 und V/1653	halbjährlich, erstmals zum 1. Oktober 1967	alle WP: – ¹⁾
Bericht über das internationale Jahr für Menschenrechte 1968 Beschluß vom 28. Juni 1967 – Drucksache V/1739	einmalig, zum 1. November 1967	5. WP: Drs. V/2238
Bericht betr. Kulturarbeit im Ausland Beschluß vom 28. Juni 1967 – Drucksache V/1863	einmalig, unverzüglich	5. WP: Drs. V/2344
Allgemeines Programm zur Beseitigung der technischen Hemmnisse im innergemeinschaftlichen Warenverkehr, die sich aus der Unterschiedlichkeit der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften ergeben Artikel 2 des Gesetzes zu den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaft	–	5. WP: Drs. V/2743
Bericht betr. deutsche Lehrer an europäischen Schulen Beschluß vom 28. Juni 1968 – Drucksache V/3105	einmalig, zum 31. Dezember 1968	5. WP: Drs. V/3747
Dokumentation über die Bemühungen zur Freilassung des entführten deutschen Botschafters <i>Karl Graf von Spreti</i>	–	6. WP: Drs. VI/622

Bericht betr. Rechtsstellung und Ausbildung der deutschen Beamten für internationale Aufgaben Beschluß vom 2. Juli 1969 – Drucksache V/4484	einmalig, ohne Termin	6. WP: Drs. VI/1465
Bericht betr. personelle Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an internationalen Organisationen Beschluß vom 2. Dezember 1971 – Drucksache VI/2829	einmalig, bis 31. Dezember 1971	7. WP: Drs. 7/158
Bericht über den Stand der Reform des Auswärtigen Dienstes a) Beschluß vom 1. April 1976 – Drucksache 7/4833; b) Beschluß vom 25. Juni 1981 – Drucksache 9/615; c) Beschluß vom 20. Juni 1985 – Drucksache 10/3493	einmalig, a) zum 1. April 1977 b) nach Ablauf von zwei Jahren c) zu den Beratungen des Haushaltsentwurfs 1996	7. WP: Drs. 7/1551 8. WP: Drs. 8/1400, 8/4513 10. WP: Drs. 10/882, 10/4202
Bericht über die 29. Generalversammlung der Vereinten Nationen	–	7. WP: Drs. 7/3637
Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik im Schulwesen (Auslandsschulen, Sprachförderung und internationale Zusammenarbeit)	–	8. WP: Drs. 8/2103
Bericht über die deutsche Humanitäre Hilfe im Ausland 1965 bis 1977	–	8. WP: Drs. 8/2155
Bericht zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis (Jahresabrüstungsbericht) a) Beschluß vom 14. Januar 1982 – Drucksache 9/1251; Beschluß vom 25. März 1982 – Drucksache 9/1464; b) Beschluß vom 10. Dezember 1986 – Drucksache 10/6681	jährlich, a) im 2. Quartal b) innerhalb der ersten zwei Monate	9. WP: Drs. 9/1819 10. WP: Drs. 10/216, 10/1650, 10/4094, 10/5762 11. WP: Drs. 11/2215, 11/5620, 11/7994 12. WP: Drs. 12/2442, 12/4846, 12/6985 13. WP: Drs. 13/1126, 13/4450, 13/7389
Bericht zur Entwicklung in der Türkei Beschluß vom 5. Juni 1981 – Drucksache 9/531	einmalig, im nächsten Jahr	9. WP: Drs. 9/2213 10. WP: Drs. 10/998 ²)

Fußnoten auf Seite 1291

Hinweis

Eine detaillierte Statistik zur Gesetzgebung mit Angaben darüber, wie hoch der Anteil der von der Bundesregierung, vom Bundestag und vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwürfe ist, enthält Abschnitt 11.5.

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die deutsche Humanitäre Hilfe im Ausland 1978 bis 1981 Beschluß vom 2. Juli 1980 – Drucksache 8/4236	einmalig, bis zum 31. August 1982	9. WP: Drs. 9/2364
Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit den staatlichen sowjetischen Stellen über die Erfassung und Pflege deutscher Kriegsgräber in der Sowjetunion Beschluß vom 30. April 1982 – Drucksachen 9/447 und 9/1447	fortlaufend	10. WP: Drs. 10/1019
Bericht über die deutsche Sprache in der Welt	–	10. WP: Drs. 10/3784
Bericht über die Humanitäre Hilfe für die Jahre 1982 bis 1985 Beschluß vom 12. April 1984 – Drucksache 10/1050	einmalig, ohne Termin	10. WP: Drs. 10/6564
Bericht über Stand und Entwicklung der deutschen Schulen im Ausland	–	11. WP: Drs. 11/1642
Bericht über die von der Bundesregierung unternommenen Schritte zur Stärkung der gesetzgeberischen Befugnisse des Europäischen Parlaments und über den Stand der Beratungen zwischen den Mitgliedstaaten Beschluß vom 15. Juni 1989 – Drucksache 11/4751	jährlich, erstmals zum Jahresende 1989	11. WP: Drs. 11/6479 12. WP: Drs. 12/75, 12/4733, 12/7214 13. WP: Drs. 13/875, 13/4212, 13/7370
Bericht der Bundesregierung zum „Europa der Bürger“ Beschluß vom 19. Januar 1989 – Drucksache 11/2507	einmalig, bis Ende 1989	11. WP: Drs. 11/6297
Bericht über die Lage der Menschenrechte in der Welt (Menschenrechtsbericht) a) Beschluß vom 10. Dezember 1986 – Drucksache 10/6223; b) Beschluß vom 6. Dezember 1991 – Drucksache 12/1735; Beschluß vom 23. Juni 1994 – Drucksache 12/7752	a) einmal in jeder Wahlperiode, ohne Termin b) fortlaufend, alle zwei Jahre	11. WP: Drs. 11/6553 12. WP: Drs. 12/6330 ⁵) 13. WP: Drs. 13/3312
Bericht über die deutsche Humanitäre Hilfe im Ausland 1986 bis 1989 Beschluß vom 25. Februar 1988 – Drucksache 11/1719	einmalig, ohne Termin	11. WP: Drs. 11/7508

Bericht über das Ergebnis der Bemühungen der Bundesregierung, der Forderung des Europäischen Parlaments in Ziffer 3 der Entschließung zu den Massendemonstrationen in den baltischen Staaten vom 7. Juli 1988, in der die Außenminister aufgefordert werden, die Forderungen der baltischen Völker zu unterstützen, Rechnung zu tragen

Beschluß vom 27. April 1989 – Drucksache 11/4004

Bericht über die Bemühungen der Bundesregierung, wie sie sich im Rat der Europäischen Gemeinschaft dafür eingesetzt hat, die Forderungen des Europäischen Parlaments zu unterstützen, die im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte neu eingeführte Entscheidungsbefugnis zur Abstimmung beim Beitritt neuer Mitgliedstaaten und beim Abschluß von Assoziierungsabkommen durch Bestimmungen zu ergänzen, durch die das Europäische Parlament auch bei der Festlegung des Verhandlungsmandats eine politische Rolle erhält.

Beschluß vom 19. Januar 1990 – Drucksache 11/3396

Bericht zu den Möglichkeiten der Verringerung der Belastungen für die Bevölkerung im Raum Soltau-Lüneburg durch militärische Ausbildungs- und Übungsaktivitäten

Beschluß vom 30. Oktober 1990 – Drucksache 11/7958

Bericht zum Stand der Arbeiten zur Stärkung des Europäischen Parlaments in den Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union

Beschluß vom 30. Oktober 1990 – Drucksache 11/7729

Bericht über die mittelfristige Bau- und Investitionsplanung im Bereich der deutschen Schulen im Ausland

Beschluß vom 7. März 1990 – Drucksache 11/6478 (Ziffer II Nr. 9)

Bericht über den Stand der Unterzeichnung und Ratifizierung europäischer Abkommen und Konventionen durch die Bundesrepublik Deutschland

Beschluß vom 25. Januar 1990 – Drucksache 11/6074

Bericht zur Verbesserung der kulturellen Lage der Deutschen in Mittel- und Osteuropa

Beschluß vom 20. September 1990 – Drucksache 11/6477

Fußnoten auf Seite 1291

einmalig, bis zum
31. Dezember 1989

einmalig, bis zum
31. Dezember 1989

einmalig, bis zum
30. April 1991

halbjährlich, erstmals im
Juli 1991

einmalig, bis zum
31. Dezember 1990

fortlaufend, alle zwei Jahre

einmalig, im ersten Jahr der
12. Wahlperiode

11. WP: Drs. –³)

11. WP: Drs. –³)

12. WP: Drs. 12/463

12. WP: Drs. 12/999⁴)

12. WP: Drs. 12/1005, 12/2675, 12/4069

12. WP: Drs. 12/2015, 12/7469
13. WP: Drs. 13/5006

12. WP: Drs. 12/2310

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über die Umsetzung der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 7. März 1990 zu dem Bericht der Bundesregierung über Stand und Entwicklung der deutschen Schulen im Ausland Beschluß vom 7. März 1990 – Drucksache 11/6478</p>	einmalig, nach zwei Jahren	12. WP: Drs. 12/2675
<p>Bericht über den Stand der Verhandlungen und Absprachen mit der ungarischen Regierung über die mittelfristige Bau- und Investitionsplanung im Bereich der deutschen Schulen im Ausland Beschluß vom 5. November 1992 – Drucksache 12/3425</p>	einmalig	12. WP: Drs. 12/4069
<p>Asien-Konzept der Bundesregierung</p>	–	12. WP: Drs. 12/6151
<p>Bericht über die Bewertung des Antrags des Schulvereins vom 17. August 1989 auf Bezuschussung eines Neubaus der Deutschen Schule Teneriffas, insbesondere unter Berücksichtigung des Umstandes, daß aus Eigenmitteln bereits damals ein baureifes Grundstück erworben wurde und ein potenter Käufer für das gegenwärtige Schulgebäude vorhanden war Beschluß vom 10. Dezember 1993 – Drucksache 12/6294</p>	einmalig, bis zum 31. März 1994	12. WP: Drs. 12/7308
<p>Bericht über den Stand des Verfahrens beim geplanten Erweiterungsbau der Deutschen Schule Mailand Beschluß vom 10. Dezember 1993 – Drucksache 12/6294</p>	einmalig, bis 31. März 1994	12. WP: Drs. 12/7309
<p>Bericht über die Ergebnisse einer Vereinbarung über gemeinsame Schritte der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik gegenüber dem Sudan Beschluß vom 14. Januar 1993 – Drucksache 12/3681</p>	einmalig, baldmöglichst	12. WP: Drs. 12/7392

Bericht über die deutsche Humanitäre Hilfe im Ausland unter vergleichender Einbeziehung des Umfangs humanitärer Hilfeleistungen anderer Industrieländer Beschluß vom 30. September 1993 – Drucksache 12/5430	regelmäßig, mindestens einmal pro Wahlperiode	12. WP: Drs. 12/7737
Bericht zur Katastrophen- und Flüchtlingshilfe Beschluß vom 14. Januar 1993 – Drucksache 12/3761	jährlich, ohne Termin	12. WP: Drs. – ⁶⁾
Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung	–	13. WP: Drs. 13/1479
Sachstandsbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik Beschluß vom 15. Juni 1994 – Drucksache 12/7890	jährlich, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/3823
Bericht über die Bemühungen zur Wiederherstellung der Demokratie in Nigeria Beschluß vom 1. Dezember 1995 – Drucksache 13/3178	einmalig, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/4327
Bericht zu Stand und Problemen der Implementierung des KSE-Vertrages, über die Ergebnisse der KSE-Überprüfungskonferenz und zu den weiteren Vorstellungen der Bundesregierung über neue Impulse für konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa Beschluß vom 10. Mai 1996 – Drucksache 13/4565	einmalig, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/5488
Bericht über die Entwicklung in Nigeria seit März 1996 Beschluß vom 5. Dezember 1996 – Drucksache 13/6417	einmalig, bis März 1997	13. WP: Drs. 13/7322

¹⁾ Drucksachen-Nummern siehe Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages

²⁾ abschließende Bewertung

³⁾ Bericht wurde dem Auswärtigen Ausschuß unmittelbar zugeleitet; nicht als Bundestags-Drucksache gezählt.

⁴⁾ Zu den Drucksachen-Nummern weiterer Berichte siehe das Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages.

⁵⁾ enthält Bericht über Menschenrechtsverletzungen an Frauen

⁶⁾ enthalten in Drs. 12/7737 (= Bericht über die deutsche Humanitäre Hilfe...)

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten außerdem die folgenden Abschnitte des **Datenhandbuchs**:

- Abschnitt 6.4 mit Statistiken über die Parlamentarischen Staatssekretäre;
- Abschnitt 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert;
- Abschnitt 12.1 mit der Zahl der von Ressorts beantworteten Anfragen.

Ressort: Bildung und Wissenschaft

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Internationale Organisationen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung a) Beschluß vom 18. Januar 1967 – Drucksache V/1191; b) Beschluß vom 26. Juni 1968 – Drucksache V/3029	einmalig, a) bis 15. April 1967 b) 1. Mai 1970	5. WP: Drs. V/1635 6. WP: Drs. VI/875
Bericht zur Bildungspolitik	–	6. WP: Drs. VI/925
Bericht über Maßnahmen zur Überwindung des Numerus clausus [Bericht über Nachfrage und Angebot bei Studienplätzen] Beschluß vom 18. März 1970 zu Drucksache VI/523	einmalig, bis Oktober 1970	6. WP: Drs. VI/1338 7. WP: Drs. 7/1340
Bericht a) betr. soziale Lage der verheirateten Studenten b) über die wirtschaftliche und soziale Sicherung des Studiums Beschluß vom 9. Juni 1971 – Drucksache VI/2070	einmalig, 15. Oktober 1971	6. WP: Drs. VI/2864 7. WP: Drs. 7/2116, 7/2803
Bericht über den Fortgang der Angleichung der Berufs- und Laufbahnreform an die neuen Bildungsabschlüsse Beschluß vom 14. Juni 1973 – Drucksache 7/694	fortlaufend, in angemessenen Abständen	7. WP: Drs. 7/1129 8. WP: – ¹⁾
Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vohndertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Abs. 2 BAföG Gesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz) in der Neufassung vom 9. April 1976 (BGBl. I S. 989) und Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes i. d. F. vom 31. Juli 1974 (BGBl. I S. 1649); zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1988 (BGBl. I S. 829)	alle zwei Jahre, ohne Termin	7. WP: Drs. 7/1440 8. WP: Drs. 8/28, 8/2269 9. WP: Drs. 9/206 10. WP: Drs. 10/835, 10/4617 11. WP: Drs. 11/877, 11/5524 12. WP: Drs. 12/1920, 12/6605 13. WP: Drs. 13/3413

Bericht über den Fortgang und die Entscheidungskriterien bei der Arbeit am Bildungsgesamtplan und am Gesamtbildungsbudget

Beschluß vom 9. Juni 1971 – Drucksache VI/2179

Bericht des Ausschusses für die Hochschulstatistik gem. § 21 Abs. 2 des Gesetzes über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen vom 31. August 1971 (BGBl. I S. 1473)⁹⁾

Bericht der Sachverständigenkommission betr. Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung

Beschluß vom 14. Oktober 1970 – Drucksache VI/1198

Bericht über die Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, insbesondere über die Bewährung der Zuständigkeit nach den §§ 45 und 61 und Vorschläge für die endgültige sachliche und örtliche Zuständigkeit

Bundesausbildungsförderungsgesetz § 62 (BGBl. I 1971 S. 1422 ff) und Änderung (BGBl. I 1973 S. 1638); Beschluß vom 4. Oktober 1973 – Drucksache 7/1036

Bericht betr. Europäische Hochschulpolitik

a) Beschluß vom 9. Juni 1971 – Drucksache VI/2222; b) Beschluß vom 23. Juni 1976 – Drucksache 7/5288; c) Beschluß vom 6. Dezember 1978 – Drucksache 8/2162

Bericht zu Einzelfragen von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz

Beschluß vom 21. Juni 1974 – Drucksache 7/2279

Bericht über die Erfahrungen mit der Studentenwohnraumförderung nach den Richtlinien des Bundes und der Länder

Beschluß vom 11. Juni 1974 – Drucksache 7/2159

Bericht über die Verwendung der den Ländern für die Einrichtung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten im Rahmen des Stufenplans zur Verfügung gestellten Mittel

Beschluß vom 30. Juni 1976 – Drucksache 7/5533

fortlaufend

alle zwei Jahre, ohne Termin

einmalig, Ende 1971²⁾

einmalig, zum 1. Oktober 1974

einmalig,

a) ohne Termin³⁾

b) bis zum 1. Oktober 1977⁴⁾

c) bis 1979⁵⁾

einmalig, zum 1. März 1975

einmalig, bis Ende 1975

einmalig, ohne Termin

7. WP: Drs. 7/1474

7. WP: Drs. 7/1751, 7/4636

8. WP: Drs. 8/1451, 8/3591

9. WP: Drs. 9/1296

10. WP: Drs. 10/987

11. WP: Drs. 11/1993, 11/6319

12. WP: Drs. 12/2461

13. WP: Drs. 13/4433

7. WP: Drs. 7/1811

7. WP: Drs. 7/2697

7. WP: Drs. 7/3331

8. WP: Drs. 8/1775, 8/3963

7. WP: Drs. 7/3438

7. WP: Drs. 7/4536

8. WP: Drs. 8/698⁶⁾

9. WP: Drs. 9/1

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems	–	8. WP: Drs. 8/1551, 8/1956
Bericht über die Erfahrungen mit der durch das Haushaltsstrukturgesetz veränderten Graduiertenförderung Beschluß vom 24. November 1977 – Drucksache 8/1192	einmalig, zum 30. September 1978	8. WP: Drs. 8/2149
Bericht darüber, ob nach der tatsächlichen Entwicklung des 10. Bildungsjahres und den Erfahrungen beim Vollzug des 5. BAföGÄndG eine Aufhebung der jetzigen Befristung des 5. BAföGÄndG empfohlen werden kann Beschluß vom 18. Mai 1979 – Drucksache 8/2868	einmalig, bis zum 1. April 1980	8. WP: Drs. 8/4187 ⁶) 9. WP: Drs. 9/1555
Bericht über das Ergebnis der weiteren Verhandlungen über den Richtlinienvorschlag betreffend den Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht Beschluß vom 23. Februar 1978 – Drucksache 8/1348	einmalig, ohne Termin	9. WP: Drs. 9/449
Bericht über das Ergebnis der Prüfung der Frage, ob die Bundesregierung eine Verwaltung der BAföG-Darlehen außerhalb der Bundesverwaltung für möglich hält und welche Modelle dabei vertretbar wären Beschluß vom 25. Juni 1981 – Drucksache 9/603	einmalig, bis zum 30. November 1981	9. WP: Drs. 9/1105 10. WP: Drs. 10/1734 ⁸)
Berufsbildungsbericht⁷) § 3 des Berufsbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1692); Beschluß vom 17. Oktober 1985 – Drucksache 10/3542; Beschluß vom 5. Dezember 1992 – Drucksache 12/3448	jährlich, zum 1. März	9. WP: Drs. 9/1424 10. WP: Drs. 10/334, 10/1135, 10/2974, 10/5110 11. WP: Drs. 11/98, 11/2032, 11/4442, 11/6787 12. WP: Drs. 12/348, 12/2427, 12/4652, 12/7344 13. WP: Drs. 13/1300, 13/4555, 13/7607
Bericht über die Bereitstellung und Finanzierung einer ausreichenden Zahl hochwertiger Ausbildungsplätze Beschluß vom 1. Oktober 1981 – Drucksache 9/827	einmalig, bis zum Sommer 1982	9. WP: Drs. 9/1934

Bericht zum Stand der Beratungen sowie zum weiteren Verfahren der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans

Beschluß vom 12. Mai 1982 – Drucksache 9/1643

Bericht zur Förderung der Drittmittelforschung im Rahmen der Grundlagenforschung

a) Beschluß vom 9. Dezember 1982 – Drucksachen 9/1936 und 9/2275; b) Beschluß vom 15. November 1984 – Drucksachen 10/1121 und 10/2381

Bericht über

a) Möglichkeiten einer bundeseinheitlichen Regelung der Ausbildungsförderung für Schüler

b) Darlehensförderung für Studenten und Studienkosten

c) Verbesserung der Ausbildungsförderung im Rahmen eines Gesamtkonzepts für den Familienlastenausgleich

Beschluß vom 16. Dezember 1982 – Drucksache 9/2283

Bericht zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend in Ausbildung und Beruf

Bericht „Hochschulpolitische Zielsetzungen der Bundesregierung und Förderung der Drittmittelforschung“

Beschlüsse vom 15. November 1984 – Drucksachen 10/2159, 10/1121 und 10/2381

Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen zum „Vorschlag eines Beschlusses des Rates über die Entsprechung der beruflichen Befähigungsnachweise zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft“ (EG-Dok. Nr. 9324/83)

Beschluß vom 7. Juni 1984 – Drucksache 10/1422

Bericht über die Entwicklung der beruflichen Bildung für Abiturienten im dualen System

Beschluß vom 17. Oktober 1985 – Drucksache 10/4019

einmalig, bis zum
31. Oktober 1982

einmalig,
a) Ende 1982,
b) alsbald

einmalig, ohne Termin

–

einmalig, ohne Termin

einmalig, ohne Termin

einmalig, ohne Termin

9. WP: Drs. 9/2012

10. WP: Drs. 10/225, 10/332

10. WP: Drs. 10/526

10. WP: Drs. 10/1716

10. WP: Drs. 10/3782

10. WP: Drs. 10/5193

10. WP: Drs. 10/5835

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die wirtschaftliche Situation der Familien mit mittlerem Einkommen, deren Kinder Förderleistungen nur noch in geringer Höhe oder überhaupt nicht erhalten, und über Modelle zu ihrer Entlastung einschließlich der Berechnung des erforderlichen Mittelaufwandes Beschluß vom 15. Mai 1986 – Drucksache 10/5410	einmalig, bis zum 31. Mai 1987	11. WP: Drs. 11/610
Bericht über die Erfahrungen mit der Altersgrenze in der Ausbildungsförderung Beschluß vom 14. Mai 1985 – Drucksache 10/3280	einmalig, bis Mitte 1988	11. WP: Drs. 11/2823
Bericht über Maßnahmen im Bereich des Buches Beschluß vom 10. November 1988 – Drucksache 11/2505	einmalig, bis zur Mitte des Jahres 1989	11. WP: Drs. 11/5005
Bericht über die steuerlichen Fördermaßnahmen für den Fernunterricht Beschluß vom 29. April 1982 – Drucksache 9/1472	einmalig, ohne Termin	11. WP: Drs. 11/6486
Bericht über die Erfahrungen mit den Auswahlgesprächen in den medizinischen Studiengängen Beschluß vom 8. Februar 1985 – Drucksache 10/2734	einmalig, bis Frühjahr 1990	11. WP: Drs. 11/7532
Bericht „Hochschulpolitische Zielsetzungen“ Beschluß vom 25. April 1990 – Drucksache 11/6114	einmalig, noch in dieser Legislaturperiode	11. WP: Drs. 11/8506
Bericht über die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Beschluß vom 13. Juni 1991 – Drucksache 12/734	einmalig, bis 31. Dezember 1991	12. WP: Drs. 12/1900
Bericht über die Entwicklung geeigneter Qualifikationsprofile des Ausbildungsplatzangebots Beschluß vom 17. Oktober 1985 – Drucksache 10/3542; Beschluß vom 5. Dezember 1992 – Drucksache 12/3448	ohne Termin, regelmäßig	12. WP: Drs. 12/2427 ¹⁰ , 12/4652 13. WP: Drs. 13/7625
Bericht zur Erweiterung der Schülerförderung Beschluß vom 7. Mai 1992 – Drucksache 12/2518	einmalig	12. WP: Drs. 12/3171

Bericht zur Wohnungsversorgung der Studierenden Beschuß vom 7. Mai 1992 – Drucksache 12/2518	einmalig, Ende 1992	12. WP: Drs. 12/4594
Bericht zu den Förderungsvoraussetzungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz für Schüler der Fachoberschulklassen 12 Beschuß vom 7. Mai 1992 – Drucksache 12/2518	einmalig, ohne Termin	12. WP: Drs. 12/5397
Bericht zur Studienabschlußförderung und zum Stand der Bemühungen um eine Verkürzung der Studienzeiten Beschuß vom 7. Mai 1992 – Drucksache 12/2518	einmalig	12. WP: Drs. 12/5423
Bericht zur Bekämpfung des Analphabetismus in der Bundesrepublik Deutschland Beschuß vom 30. Oktober 1990 – Drucksache 11/7175	einmalig, „alsbald“	12. WP: Drs. 12/5821
Bericht zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den mittel- und osteuropäischen Staaten in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur Beschuß vom 11. Februar 1993 – Drucksache 12/4159	einmalig, im Laufe des Jahres 1993	12. WP: Drs. 12/6146
Bericht über die Möglichkeit einer Erhöhung der Bedarfsätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) im Jahre 1995 sowie über Änderungsbedarf im Recht der Ausbildungsförderung unter Einbeziehung der beruflichen Aufstiegsfortbildung Beschuß vom 16. Juni 1994 – Drucksache 12/7902	einmalig, bis zum 1. März 1995	13. WP: Drs. 13/735
Bericht zur Notwendigkeit der Studienabschlußförderung vor dem Hintergrund derzeit geplanter Strukturreformen an Hochschulen Beschuß vom 27. Mai 1993 – Drucksache 12/5021	einmalig, bis Ende 1995	13. WP: Drs. 13/3414
Bericht über die EU-Bildungsprogramme LEONARDO DA VINCI und SOKRATES im ersten Jahr ihrer Durchführung 1995/96 Beschuß vom 28. April 1994 – Drucksache 12/7274	einmalig, kurzfristig und umfassend	13. WP: Drs. 13/3866
Bericht „Stärkung und Modernisierung der beruflichen Bildung“	–	13. WP: Drs. 13/4213

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Arbeitsstrukturen und Arbeitsprogramm der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Ausbildungsförderung Beschluß vom 27. Juni 1996 – Drucksache 13/5116	einmalig, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/7080

- 1) weitere Eintragungen siehe unter BMin des Innern
- 2) Fristverlängerung bis März 1974 erbeten
- 3) drei Monate nach der Europäischen Erziehungsministerkonferenz
- 4) Fristverlängerung bis Februar 1978 erbeten
- 5) Fristverlängerung bis 30. März 1980 erbeten
- 6) Zwischenbericht
- 7) Früher von BMin für Bildung und Wissenschaft veröffentlichte Berufsbildungsberichte sind nicht als Bundestagsdrucksache erschienen.
- 8) ergänzender Bericht
- 9) später gemäß § 17 Abs. 2 des Hochschulstatistikgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453)
- 10) zuvor erledigt mit dem Berufsbildungsbericht auf Drs. 12/348

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinetttberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 19.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler
- 28.8 Ministerrat der DDR

Ressort: Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Bezeichnung des Berichts Beschuß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über die Lage der Landwirtschaft (Agrarbericht; Grüner Bericht)²⁾; später: Bericht über die Lage der Landwirtschaft (Agrarbericht) einschließlich des Berichts über die Forstwirtschaft nach § 41 Abs. 3 Bundeswaldgesetz zusammen mit Bericht über die Auswirkungen der EWG-Marktorganisationen auf dem Agrargebiet; Agrar- und ernährungspolitischer Bericht § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565)</p>	jährlich, bis zum 15. Februar	<p>2. WP: Drs. II/2100¹⁾, II/3200 3. WP: Drs. III/200, III/850, III/1600, III/2400 4. WP: Drs. IV/180, IV/940, IV/1860, IV/2990 5. WP: Drs. V/255, V/1400, V/2540, V/3810 6. WP: Drs. VI/372, VI/1800, VI/3090 7. WP: Drs. 7/146²⁾, 7/1650, 7/3210, 7/4680 8. WP: Drs. 8/80, 8/1500, 8/2530, 8/3635 9. WP: Drs. 9/140, 9/1340, 9/2402 10. WP: Drs. 10/980, 10/2850, 10/5015 11. WP: Drs. 11/85, 11/1760, 11/3968, 11/6387 12. WP: Drs. 12/70, 12/2038, 12/4257, 12/6750 13. WP: Drs. 13/400, 13/3680, 13/6868</p>
<p>Fünfjahresplan zur weiteren Eingliederung von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen in die Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland</p>	–	<p>3. WP: Drs. III/863 4. WP: Drs. IV/2132</p>
<p>Bericht betr. Brandschäden in Niedersachsen Beschuß vom 25. Juni 1959 – Drucksache III/1195</p>	einmalig, ohne Termin	<p>3. WP: Drs. III/1805</p>
<p>Bericht betr. Schäden im deutschen Tabakanbau infolge Auftretens der Blauschimmelkrankheit Beschuß vom 9. Dezember 1960 – Drucksachen III/2152 und III/2247</p>	einmalig, bis 31. März 1961	<p>3. WP: Drs. III/2786 4. WP: Drs. IV/646</p>
<p>Bericht über Stellung und Lage der Seefischerei in der Bundesrepublik Deutschland Beschuß vom 17. März 1961 – Umdruck 781 (neu), Drucksachen III/2050, III/2300 und III/2509</p>	einmalig, unverzüglich	<p>3. WP: Drs. III/2935 4. WP: Drs. IV/230</p>
<p>Bericht betr. Förderung des Tabakanbaues Beschuß vom 28. Juni 1963 – Drucksache IV/1392</p>	einmalig, bis 1. September 1963	<p>4. WP: Drs. IV/1458</p>

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über die Auswirkungen der EWG-Marktorganisation auf dem Agrargebiet³⁾ Beschlüsse vom 5. Februar 1964 – Drucksachen IV/1883 und V/4489 – und vom 26. Juni 1968 – Drucksache V/2952</p>	jährlich, zum 15. Mai	<p>4. WP: Drs. IV/2640 5. WP: Drs. V/29, V/1108, V/2277, V/3649 6. WP: Drs. VI/776 7. WP: –³⁾</p>
<p>Bericht über die Durchführung der Verordnung über die Senkung von Abschöpfungssätzen bei der Einfuhr von geschlachteten Hühnern nach Berlin Beschluß vom 11. Dezember 1963 – Umdruck 376</p>	einmalig, bis 1. April 1964	4. WP: Drs. IV/2205
<p>Bericht betr. Struktur- und Preisenquête auf den Märkten land- und ernährungswirtschaftlicher Güter Beschluß vom 22. Januar 1965 – Drucksache IV/2939</p>	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/1627 ⁴⁾
<p>Bericht betr. Import von Pflanzgut der Kartoffelsorte „Bintje“ Beschluß vom 24. November 1966 – Drucksache V/1055</p>	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/1808
<p>Bericht betreffend Landabgabe Beschluß vom 11. November 1970 – Drucksache VI/1384</p>	einmalig, bis zum 31. März 1971	6. WP: Drs. VI/2238
<p>Bericht über den Absatz der Weinernte 1971 Beschluß vom 21. Oktober 1971 – Drucksache VI/2305</p>	einmalig, ohne Termin	6. WP: Drs. VI/3442
<p>Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“</p>	–	<p>7. WP: Drs. 7/61, 7/1538, 7/3563, 7/5671 8. WP: Drs. 8/488, 8/1780, 8/2754, 8/3843 9. WP: Drs. 9/755, 9/1608 10. WP: Drs. 10/26, 10/1419, 10/3297, 10/5364, 10/6786 11. WP: Drs. 11/2153, 11/4330, 11/7014, 11/7717 12. WP: Drs. 12/1045, 12/5686, 12/7845, 12/8478 13. WP: Drs. 13/1718, 13/4349, 13/5562, 13/8435</p>
<p>Bericht über frühreifende und qualitativ hochwertige Ergänzungsrebsorten zur Verbesserung der Weine in witterungsmäßig ungünstigen Jahren Beschluß vom 23. April 1969 bei der Verabschiedung des Weingesetzes 1969</p>	einmalig, ohne Termin	7. WP: Drs. 7/2115

Bericht über die Erfahrungen bei der Durchführung des Gesetzes über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft

Beschluß vom 5. Juni 1974 – Drucksache 7/2066

Bericht über die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

a) Beschluß vom 11. Februar 1982 – Drucksache 9/1235; b) Beschluß vom 3. Mai 1984 – Drucksache 10/1250 sowie Beschluß vom 13. Juni 1985 – Drucksache 10/3271

Bericht über alle nationalen und internationalen Regelungen, in denen Tierversuche vorgeschrieben und vorgesehen sind, sowie Maßnahmen zur Einschränkung entsprechender Tierversuche

Beschluß vom 17. April 1986 – Drucksache 10/5259

Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes (**Tierschutzbericht**)

§ 16d des Tierschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1986 (BGBl. I S. 1319), zuletzt geändert durch Artikel 86 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512, 2436)

Waldzustandsbericht

Beschluß vom 23. September 1993 – Drucksache 12/4943

Bericht der Bundesregierung über ihre laufenden Aktivitäten zur Tropenwalderhaltung und zum Stand der Umsetzung der genannten Schutzmaßnahmen auf internationaler, EG-weiter und nationaler Ebene und darüber hinaus über die Entwicklung auf dem Gebiet des Schutzes der tropischen Wälder⁵) (**Tropenwaldbericht**)

Beschluß vom 26. Oktober 1990 – Drucksache 11/8009

Bericht über den Stand der Verhandlungen in der Internationalen Walfangkommission (IWC), insbesondere hinsichtlich der Überprüfung des weltweiten Verbots des kommerziellen Walfangs (Moratorium)

Beschluß vom 1. Februar 1996 – Drucksache 13/2781

einmalig, bis zum 30. Juni 1977

jährlich,
a) zum 31. März
b) zum 15. September

einmalig, innerhalb von drei Monaten

alle zwei Jahre, erstmals zum 1. Januar 1989

jährlich, ohne Termin

alle zwei Jahre, beginnend ab 1. März 1991

einmalig

8. WP: Drs. 8/712

9. WP: Drs. 9/1597
10. WP: Drs. 10/626, 10/1832, 10/3813, 10/6033
11. WP: Drs. 11/841, 11/2953, 11/5211, 11/7977
12. WP: Drs. 12/1045, 12/1184, 12/1228, 12/2996 (neu), 12/3266, 12/4207
13. WP: Drs. 13/2330, 13/5562

10. WP: Drs. 10/5892

11. WP: Drs. 11/3846
12. WP: Drs. 12/224, 12/4242
13. WP: Drs. 13/350, 13/7016

12. WP: Drs. 12/3845, 12/6374
13. WP: Drs. 13/146, 13/3208, 13/6300

12. WP: Drs. 12/5403
13. WP: Drs. 13/1859, 13/8100

13. WP: Drs. 13/3969

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Absatzförderung für Wein Beschluß vom 14. April 1994 – Drucksache 12/7205	einmalig, bis 31. Dezember 1995	13. WP: Drs. 13/4230
Bericht über die 1995 für Einsatzzwecke der Bundesministerien beschafften biologisch schnell abbaubaren Schmierstoffe und Hydraulikflüssigkeiten Beschluß vom 16. Juni 1994 – Drucksache 12/7915	einmalig	13. WP: Drs. 13/5354
Waldbericht Beschluß vom 23. September 1993 – Drucksache 12/4943; Beschluß vom 19. Mai 1994 – Drucksache 12/7391	einmal in jeder Wahlperiode	

- 1) Meistens unter der folgenden laufenden Drucksachen-Nummer wird der Materialband zum Agrarbericht veröffentlicht.
- 2) ab der 7. Wahlperiode zusammen mit dem Bericht über die Auswirkungen der EWG-Marktorganisation auf dem Agrargebiet
- 3) ab der 7. Wahlperiode zusammen mit dem Agrarbericht; Eintragungen siehe dort
- 4) Zwischenbericht
- 5) Der Bericht soll auch darüber Aufschluß geben, ob und inwieweit die von der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ unterbreiteten Forschungsempfehlungen durch die Bundesregierung realisiert wurden.

Ressort: Finanzen

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Verhandlungen mit den Ländern über den Vergleichsvorschlag zur Bereinigung der Streitfragen aus der Verwaltung des Branntweinmonopols Beschluß vom 14. Juli 1954 – Drucksache II/689	einmalig, bis 31. Dezember 1954	2. WP: Drs. II/1114

Bericht über Mißstände auf dem Gebiet der Besatzungsbauten Beschluß vom 14. Juli 1954 – Drucksache II/689	einmalig, bis zum 31. März 1955	2. WP: Drs. II/1307
Denkschriften betr. Maßnahmen zur gleichmäßigen und gerechten Besteuerung der Ehegatten und zum Ausgleich der stärkeren steuerlichen Belastung der Arbeitseinkünfte aus nichtselbständiger und selbständiger Arbeit Beschluß vom 23. Februar 1955 – Drucksache II/481, Umdruck 237 (neu)	einmalig, bis zum 30. September 1955	2. WP: Drs. II/1866
Bericht über die Verwendung der für den Wohnungsbau bestimmten Lastenausgleichsmittel Beschluß vom 8. Juni 1956 – Drucksache II/2358	einmalig, bis 31. Oktober 1956	2. WP: Drs. II/2878
Bericht über Förderungsmaßnahmen für Berlin Beschluß vom 6. Februar 1957 – Drucksachen II/2998 und II/3129	einmalig, zu den Beratungen des Bundeshaushaltsplans 1955	2. WP: Drs. II/3762
Bericht betr. Auswirkungen des Verkehrsfinanzgesetzes 1955, insbesondere auf den Werkfernverkehr Beschluß vom 21. Februar 1957 – Drucksache II/3024	einmalig, zum 31. Dezember 1957	3. WP: Drs. III/281
Bericht betr. a) Vereinigung der Kassengeschäfte des Bundes im Raume Bonn bei der Bundeshauptkasse als Einheitskasse b) Einrichtung von Einheitskassen im übrigen Bundesgebiet c) Zentralisierung der Gehaltszahlungen im Raume Bonn bei der Besoldungsstelle der Bundesfinanzverwaltung in Bad Godesberg Beschluß vom 29. Mai 1957 – Drucksachen II/2900, II/3450 bis 3478	einmalig, zum 1. Juli 1958	3. WP: Drs. III/508
Bericht betr. Art und Umfang der Landbeschaffungsvorhaben Beschluß vom 5. Dezember 1956 – Drucksache II/2909 (zuständig außerdem BMin für Verteidigung und BMin für wirtschaftlichen Besitz des Bundes)	jährlich, ohne Termin	3. WP: Drs. III/547, III/1341, III/2227
Bericht betr. Freigabe des Reichssportfeldes Beschluß vom 29. Juni 1957 – Drucksachen II/2762 und II/3396	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/840

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. Änderung und Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes Beschluß vom 11. Dezember 1958 – Drucksache III/695	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/1037
Erfahrungsbericht über die Durchführung des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes Beschluß vom 29. August 1957 – Drucksachen II/1659, II/3529 und II/zu 3529	einmalig, spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes	3. WP: Drs. III/1737
Jahresbericht über die Beteiligungen des Bundes Beschluß vom 4. Juli 1958 – Umdruck 156	jährlich, gleichzeitig mit dem Entwurf des Bundeshaushaltsplans	ab 3. WP: Drs. – ¹⁾
Bericht betr. Freimachung des Rasthauses am Chiemsee Beschluß vom 25. Februar 1959 – Drucksachen III/196 und III/825	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/2251
Bericht über die Ergebnisse der Entbehrlichkeitsprüfung und der Veräußerung von Bundesgelände zum Zwecke des Wohnungsbaues und der Eigentumsbildung [Bericht über die verbilligte Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken] Beschluß vom 18. Mai 1962 – Umdruck 103 sowie Beschluß vom 8. Dezember 1966 – Drucksache V/993 (neu) und Beschluß vom 1. März 1972 – Drucksache VI/3087 [Zuständigkeit anfangs beim Bundesschatzministerium]	jährlich, zum 15. Februar	4. WP: Drs. IV/981, IV/1921, IV/3076 5. WP: Drs. V/308, V/2604, V/3874 6. WP: Drs. VI/399, VI/1851 7. WP: Drs. 7/282, 7/1706, 7/3226, 7/4704 8. WP: Drs. 8/76, 8/1503, 8/2558, 8/3671
Bericht betr. Einbeziehung des Umlaufvermögens in die Begünstigungen des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes Beschluß vom 11. Dezember 1963 – Umdruck 366, Drucksachen IV/1476 und IV/1691	einmalig, bis 31. März 1964	4. WP: Drs. IV/2133
Überblick über die voraussichtliche Entwicklung des Bundeshaushalts für den Drei-Jahreszeitraum 1964 bis 1966 Beschluß vom 15. Mai 1963 – Umdruck 293	im Rahmen des Finanzberichts 1964	4. WP: Drs. IV/2410

Bericht über die Wettbewerbsverfälschungen, die sich aus Sitzverlagerungen und aus dem zwischenstaatlichen Steuergefälle ergeben können Beschuß vom 12. April 1962 – Umdruck 75	einmalig, ohne Termin	4. WP: Drs. IV/2412
Bericht über die Berechnung der Umsatzausgleichsteuer für Schweineschmalz und Talg Beschuß vom 4. Dezember 1963 – Drucksache IV/1639	einmalig, ohne Termin	4. WP: Drs. IV/2698
Bericht betr. Umsatzsteuervergünstigungen nach dem Berlinhilfegesetz für Spirituosen Beschuß vom 26. Juni 1964 – Umdrucke 484, 503	einmalig, bis 31. Oktober 1964	4. WP: Drs. IV/2812
Bericht betr. einheitliche Richtlinien zur Bewertung der Dienstposten und Harmonisierung der Stellenpläne Beschuß vom 28. Juni 1963 – Drucksache IV/1373	einmalig	4. WP: Drs. IV/3035
Bericht betr. Umsatzsteuervergünstigungen nach dem Berlinhilfegesetz für Rohmassen und Kernpräparate Beschuß vom 22. Januar 1965 – Drucksache IV/2872	einmalig, bis 1. April 1965	4. WP: Drs. IV/3398
Bericht über die Entwicklung der sichtbaren und unsichtbaren Finanzhilfen des Bundes Beschuß vom 27. Mai 1966 – Umdruck 72, Drucksachen V/250 und V/606	jährlich, bis 15. September	5. WP: Drs. V/931
Bericht über Mineralölsteuermehreinnahmen für das Rechnungsjahr 1966 Beschuß vom 25. Mai 1966	einmalig, zum 1. Oktober 1966	5. WP: Drs. V/990
Bericht über die Auswirkungen des Entwicklungshilfe-Steuerergesetzes Beschuß vom 11. Dezember 1963 – Drucksache IV/1691	einmalig, bis 31. Dezember 1966	5. WP: Drs. V/1257
Bericht über den Fortgang der Mechanisierung bei der Bearbeitung aller veranlagten Steuern (Bericht über die Automation in den Steuerverwaltungen der Länder) Beschuß vom 14. Oktober 1966 – Drucksache V/957; Beschuß vom 3. Juli 1969 – Drucksache V/4529	fortlaufend, erstmalig zum 31. Dezember 1966	5. WP: Drs. V/1264, V/2749 6. WP: Drs. VI/2749 7. WP: Drs. 7/4406
Bericht betr. Gestaltung des Branntweinmonopols im Gemeinsamen Markt Beschuß vom 8. Dezember 1966 – Drucksache V/1005	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/1788

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Auswirkung der EWG-Agrarfinanzierung auf den Bundeshaushalt Beschluß vom 22. Februar 1967 – Drucksachen V/687 und V/1383	einmalig, zum Oktober 1966	5. WP: Drs. V/1817, V/2449, V/4575
Finanzplan § 9 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)	jährlich, ohne Termin	5. WP: Drs. V/2065, V/3299 6. WP: Drs. VI/301, VI/1101, VI/2651 7. WP: Drs. 7/370, 7/600, 7/1101, 7/1506, 7/2503, 7/4101 8. WP: Drs. 8/101, 8/951, 8/2151, 8/3101 9. WP: Drs. 9/771, 9/1921 10. WP: Drs. 10/281, 10/1801, 10/3701, 10/5901 11. WP: Drs. 11/701, 11/2701, 11/5001, 11/7601 ⁵⁾ 12. WP: Drs. 12/101 ⁵⁾ , 12/1001, 12/3100, 12/5501, 12/8001 13. WP: Drs. 13/2001, 13/5201, 13/8201
Bericht betr. Belastungsveränderungen bei verbrauchssteuerpflichtigen Waren durch die Einführung der Mehrwertsteuer Beschluß vom 26. April 1967 – Umdruck 212, Drucksachen V/48, V/1581, V/1632	einmalig, „rechtzeitig“	5. WP: Drs. V/2250
Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen (Subventionsbericht) § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)	alle zwei Jahre, zusammen mit dem Haushalt	5. WP: Drs. V/2423 6. WP: Drs. VI/391, VI/2994 7. WP: Drs. 7/1144, 7/4203 8. WP: Drs. 8/1195, 8/3097 9. WP: Drs. 9/986, 9/2386 10. WP: Drs. 10/352, 10/3821 11. WP: Drs. 11/1338, 11/5116 12. WP: Drs. 12/1525, 12/5580 13. WP: Drs. 13/2230, 13/8420
Bericht über die Verwendung von Kunstgegenständen aus ehemaligem Reichsbesitz	–	5. WP: Drs. V/4537 ²⁾
Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben § 37 Abs. 4 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284)	vierteljährlich	ab 5. WP: Drs. – ³⁾

Finanzbericht

§ 31 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284)

Bericht betr. Reparationsschädengesetz

Beschluß vom 22. Januar 1970 – Umdrucke 572, 575

Bericht über den Stand der Steuerreform

Investitionsprogramm

§ 50 Abs. 5 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273)

Bericht zu Fragen des Leistungsrechts des Arbeitsförderungsgesetzes

Beschluß vom 12. Dezember 1974 – Drucksache 7/2931

Bericht über die Verwendung der Mittel aus dem Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen (Teil C – Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) durch die Bundesanstalt für Arbeit

Beschluß vom 25. September 1975 – Drucksache 7/4044

Bericht über die Möglichkeiten zur Einführung eines Einkommensteuertarifs mit durchgehendem Progressionsverlauf (**Tarifbericht**)

§ 56 des Einkommensteuerreformgesetzes vom 5. August 1974 (BGBl. I S. 1769)

Bericht über die Erfahrungen über die Änderung des Hypothekbankgesetzes und des Schiffsbankgesetzes

Beschluß vom 12. Dezember 1973 – Drucksache 7/1382 und 7/4291

Bericht über die Möglichkeit der Einführung der Verzinsung der Steuerschulden und Steuerguthaben

Beschluß vom 27. November 1975 – Drucksache 7/4292

jährlich, ohne Termin

einmalig, binnen eines Jahres

–

jährlich, als Bestandteil des Finanzplans des Bundes

einmalig, zum 30. September 1975

einmalig, bis 31. März 1976

einmalig, zum 1. Januar 1977

einmalig, Dezember 1976

einmalig, zum 1. Januar 1978

ab 5. WP: Drs. –¹⁾

6. WP: Drs. VI/248

6. WP: Drs. VI/1152

6. WP: Drs. VI/1169, VI/1698, VI/3290

7. WP: Drs. 7/891, 7/1888, 7/4101

8. WP: Drs. 8/951, 8/2151, 8/3101

9. WP: Drs. 9/51, 9/771, 9/1921

10. WP: Drs. 10/281, 10/1801, 10/3701, 10/5901

11. WP: Drs. 11/701, 11/2701, 11/5001, 11/7601⁵⁾

12. WP: Drs. 12/101⁵⁾, 12/1001, 12/3100, 12/5501, 12/8001

13. WP: Drs. 13/2001

7. WP: Drs. 7/4120

7. WP: Drs. 7/5093

8. WP: Drs. 8/62

8. WP: Drs. 8/335

8. WP: Drs. 8/1410

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Möglichkeiten zur Umstellung der § 7b EStG auf ein anderes Förderungssystem Beschluß vom 27. Mai 1977 – Drucksache 8/453	einmalig, bis zum 31. Dezember 1978	8. WP: Drs. 8/2554
Bericht über die Auswirkungen des Gesetzes über steuerliche Vergünstigungen bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude auf das geltende Grunderwerbsteuerrecht und über die Überlegungen, die zur Reform des Rechts der Grunderwerbsteuer angestellt worden sind (Grunderwerbsteuerbericht) Beschluß vom 27. Mai 1977 – Drucksache 8/453	einmalig, bis 31. Dezember 1978	8. WP: Drs. 8/2555
Bericht über das Ergebnis der Überprüfung der Besteuerung von Stiftungen im Verhältnis zu ihren Destinatären im Hinblick auf das Wirksamwerden der Körperschaftsteuerreform Beschluß vom 10. Juni 1976 – Drucksache 7/5303	einmalig, ohne Termin (möglichst bald)	8. WP: Drs. 8/3165
Bericht über die Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform hinsichtlich der Berlin-Darlehen nach den §§ 16 und 17 des Berlinförderungsgesetzes Beschluß vom 30. Juni 1976 – Drucksache 7/5476	einmalig, bis Mitte 1979	8. WP: Drs. 8/3930
Bericht darüber, welche steuerlichen Belastungen mit der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen und deren Veräußerung für den Eigentümer – private Wohnungsunternehmen, gemeinnützige Wohnungsunternehmen, Einzelprivatvermögen – bestehen Beschluß vom 7. Dezember 1978 – Drucksache 8/1903	einmalig, ohne Termin	8. WP: Drs. 8/4035
Bericht über die Wettbewerbssituation zwischen praxiseigenen zahntechnischen Labors und gewerblichen zahntechnischen Labors Beschluß vom 13. Mai 1977 – Drucksache 8/338	einmalig, ohne Termin	9. WP: Drs. 9/811
Bericht über das Realsplitting Beschluß vom 19. Oktober 1978 – Drucksache 8/2200	einmalig, bis 31. Dezember 1981	9. WP: Drs. 9/1772

Bericht über die Entwicklung der mit den Verkaufserlösen und Betriebsausgaben in der Land- und Forstwirtschaft anfallenden Mehrwertsteuer (Vorsteuerbelastung)

Beschluß vom 4. Februar 1982 – Drucksache 9/1266

Bericht über die Wirkung der im Steuerentlastungsgesetz 1984 enthaltenen und der schon vorher verwirklichten Maßnahmen zur Eindämmung von Verlustzuweisungsmodellen, verbunden mit einem Bericht darüber, wie weitere Maßnahmen zur Eindämmung von Verlustzuweisungsmodellen getroffen werden können

Beschluß vom 9. Dezember 1983 – Drucksache 10/686

Bericht über die Angemessenheit der mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 getroffenen Regelung zum horizontalen Länderfinanzausgleich und zur Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen

Beschluß vom 16. Dezember 1982 – Drucksache 9/2283

Bericht zur steuerlichen Abgrenzung der landwirtschaftlichen von der gewerblichen Tierhaltung (§ 51 Abs.1 des Bewertungsgesetzes)

Beschluß vom 27. Juni 1984 – Drucksache 10/1643

Bericht über die Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht sowie über die Lage der Sinti, Roma und verwandter Gruppen

Beschluß vom 26. Juni 1986 – Drucksache 10/5765

Bericht über vorhandene private Initiativen, die im Zusammenhang mit Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges ergriffen wurden

Beschluß vom 28. September 1989 – Drucksache 11/5254

Bericht über die Möglichkeit einer Fondslösung für Entschädigungsleistungen an Zwangsarbeiter aus dem Zweiten Weltkrieg

Beschluß vom 31. Oktober 1990 – Drucksache 11/8046

jährlich, ohne Termin⁴⁾⁶⁾

einmalig, bis zum 1. Juli 1984

einmalig, bis zum
31. Oktober 1984

einmalig, ohne Termin

einmalig, spätestens bis zum
1. November 1986

einmalig, bis zum
31. Dezember 1989

einmalig, bis zum
31. Dezember 1990

9. WP: Drs. 9/1973

10. WP: Drs. 10/1122, 10/3155, 10/5631

11. WP: Drs. 11/1580, 11/4200

10. WP: Drs. 10/1927

10. WP: Drs. 10/2298

10. WP: Drs. 10/3233 (neu)

10. WP: Drs. 10/6287

11. WP: Drs. 11/6286

12. WP: Drs. 12/1973

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über die Anwendung des Gesetzes zur steuerlichen Begünstigung von Zuwendungen an unabhängige Wählervereinigungen insbesondere in bezug auf die Korrektheit seiner Handhabung durch die begünstigten unabhängigen Wählervereinigungen Beschluß vom 23. Juni 1988 – Drucksache 11/2554</p>	<p>einmalig, spätestens bis zum 31. Dezember 19917)</p>	<p>12. WP: Drs. 12/6532</p>
<p>Bericht zur Verringerung von Beteiligungen und Liegenschaften des Bundes</p>	<p>–</p>	<p>12. WP: Drs. 12/6889</p>
<p>Bericht über die Umsetzung des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung; hier: Existenzgründungs- und Innovationsinitiative für den Mittelstand</p>	<p>–</p>	<p>12. WP: Drs. 12/7173</p>
<p>Bericht über die Möglichkeit, die Kraftfahrzeugsteuer für Kraftfahrzeuge mit einem verkehrsrechtlich zulässigen Gesamtgewicht zwischen 12 t und 16 t im Zusammenhang mit der Einführung einer Autobahngebühr ab 1. Januar 1995 abzusenken Beschluß vom 11. November 1993 – Drucksache 12/6131</p>	<p>einmalig, bis zum 31. März 1994</p>	<p>12. WP: Drs. 12/7538⁸⁾ 13. WP: Drs. 13/1558</p>
<p>Bericht über die Erfahrungen mit der erweiterten Befreiung der Kunstgegenstände und Handschriften von der Vermögensteuer und Gewerbesteuer bei Ausstellungsbereitschaft nach Maßgabe des Kultur- und Stiftungsförderungsgesetzes Beschluß vom 31. Oktober 1990 – Drucksache 11/8371</p>	<p>einmalig, bis zur Mitte der 12. Wahlperiode</p>	<p>12. WP: Drs. 12/8208</p>
<p>Fortschrittsbericht über die Mißbrauchsbekämpfung und Anpassung von öffentlichen Leistungen an veränderte Rahmenbedingungen</p>	<p>–</p>	<p>12. WP: Drs. 12/8246 13. WP: Drs. 13/3412</p>
<p>Bericht über den Stand der Abwicklung des Fonds für Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Verfolgte Beschluß vom 29. Juni 1994 – Drucksache 12/7989</p>	<p>jährlich, bis zum 30. September</p>	<p>12. WP: Drs. 12/8542 13. WP: Drs. 13/2394, 13/5654</p>

Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft	–	13. WP: Drs. 13/76
Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Kindern und Familien vom Jahr 1996 Beschuß vom 20. Januar 1994 – Drucksache 12/6329	einmalig, bis zum 31. Dezember 1994	13. WP: Drs. 13/381
Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union Beschuß vom 2. Dezember 1992 – Drucksache 12/3906	jährlich, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/634, 13/4101, 13/7238
Verringerung und Straffung von Bundesbehörden	–	13. WP: Drs. 13/3923
Umfassender Bericht über bisherige Wiedergutmachungsleistungen deutscher Unternehmen Beschuß vom 24. Februar 1994 – Drucksache 12/6725	einmalig, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/4787
Gutachten der Unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Problematik steigender Beiträge der privat Krankenversicherten im Alter Beschuß vom 19. Mai 1994 – Drucksache 12/7595	einmalig, bis Mitte 1995	13. WP: Drs. 13/4945
Bericht des Arbeitsstabes Wirtschafts- und Währungsunion beim Bundesministerium der Finanzen zur Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung vom 28. April 1997	–	13. WP: Drs. 13/7727 ⁸⁾

1) erscheint als Sonderdruck des Bundesministeriums der Finanzen

2) Bericht erstattet vom Bundesschatzministerium

3) Drucksachen-Nr. siehe im Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages

4) Nach einer Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages ist der Bericht für das zuletzt abgelaufene Wirtschaftsjahr jeweils im Februar des folgenden Jahres zu erstellen.

5) Vom Bundestag in der 11. Wahlperiode nicht behandelt; erneute Vorlage als Drucksache 12/101.

6) Jährliche Berichtspflicht mit Beschluß des Bundestages vom 15. Februar 1990 (Drucksache 11/6420) aufgehoben zugunsten einer formlosen Berichterstattung.

7) Fristverlängerung bis 31. Dezember 1993 beantragt

8) Zwischenbericht

Hinweis

Eine Bibliographie zu Wirkungsanalysen von Gesetzen enthält Abschnitt 11.16.

Ressort: Forschung und Technologie⁷⁾

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. Überwachung radioaktiver Verseuchung ¹⁾ Beschluß vom 16. März 1960 – Drucksachen III/496 und III/1655	einmalig, bis 31. Dezember 1960	3. WP: Drs. III/2354
Bericht über die EURATOM-Forschungsstätten Beschluß vom 13. Dezember 1963 – Drucksachen IV/1620 und IV/1753	einmalig, zum 15. Januar 1964	4. WP: Drs. IV/1934
Bericht über den Stand der Entwicklung der Wissenschaft in der Bundesrepublik (Bundesbericht Forschung) ²⁾ a) Beschluß vom 15. Mai 1963 – Drucksache IV/1247; b) Beschluß vom 30. Juni 1965 – Drucksache IV/3644	a) einmalig, 30. Juni 1963, b) alle zwei Jahre, erstmals Mitte 1967	4. WP: Drs. IV/2963 5. WP: Drs. V/2054, V/4335 6. WP: Drs. VI/3251 7. WP: Drs. – ³⁾
Bericht betr. internationale wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit Beschluß vom 13. Mai 1969 – Drucksache V/3968	einmalig, zum 1. Juni 1969	5. WP: Drs. V/4281
Bericht über den Stand der Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau regionaler Großrechenzentren Beschluß vom 13. Mai 1969 – Drucksache V/3968	einmalig, bis 1. Juni 1969	5. WP: Drs. V/4308
Forschungsbericht über die Ziele, Struktur und Schwerpunkte der Forschungspolitik (Bundesbericht Forschung) a) Beschluß vom 23. Juni 1976 – Drucksache 7/5389; b) Beschluß vom 13. Oktober 1983	a) bis zur Mitte der Wahlperiode, mindestens alle vier Jahre b) alle vier Jahre, im 1. Quartal des jeweiligen Berichtsjahres ⁶⁾	4.–6. WP: Drs. – ⁴⁾ 7. WP: Drs. 7/3574 8. WP: Drs. 8/3024 10. WP: Drs. 10/1943 11. WP: Drs. 11/2049 12. WP: Drs. 12/5550 13. WP: Drs. 13/4554
Faktenbericht zur Forschungspolitik (Bundesbericht Forschung) Beschluß vom 23. Juni 1976 – Drucksache 7/5389; Beschluß vom 13. Oktober 1983	alle zwei Jahre, ohne Termin, später: im 1. Quartal des jeweiligen Berichtsjahres	8. WP: Drs. 8/1116, 8/1214, 8/3024 9. WP: Drs. 9/1581 10. WP: Drs. 10/1543, 10/5298 11. WP: Drs. 11/6886

Bericht über die Förderung der Solartechnik in der Bundesrepublik Deutschland a) Beschluß vom 18. Oktober 1979 – Drucksache 8/3016; b) Beschluß vom 29. April 1982 – Drucksache 9/1461	einmalig, a) zum 31. März 1981 b) ohne Termin (in angemessener Frist)	8. WP: Drs. 8/3789 10. WP: Drs. 10/1090
Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen der Bundesregierung mit den Ländern zur Verbesserung der Förderung der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 13. Juni 1980 – Drucksache 8/4175	einmalig, zum 31. März 1981	9. WP: Drs. 9/962
Bericht zu Stand und künftiger Förderung von Datenverarbeitung und Informationstechniken durch die Bundesregierung Beschluß vom 10. Dezember 1981 – Drucksache 9/1108	einmalig, bis zum 1. April 1982	9. WP: Drs. 9/1556
Bericht zur Planung für die Weiterentwicklung des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens“ Beschluß vom 9. Dezember 1982 – Drucksache 9/2099	einmalig, zum 28. Februar 1983	10. WP: Drs. 10/16
Bericht zu den Konsequenzen aus dem Bericht „Global 2000“ Beschluß vom 28. Oktober 1982 – Drucksache 9/1728	einmalig, zum 30. September 1982	10. WP: Drs. 10/362
Programm „Umweltforschung und Umwelttechnologie“ 1984 bis 1987	–	10. WP: Drs. 10/1280

Reihenfolge der Ressorts

	Seite		Seite
Arbeit und Sozialordnung	1271	Justiz	1340
Auswärtiges	1285	Post- und Fernmeldewesen/Post und Telekommunikation	1344
Bildung und Wissenschaft	1292	Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1345
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1299	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	1350
Finanzen	1302	Verkehr	1355
Forschung und Technologie	1312	Verteidigung	1362
Innerdeutsche Beziehungen (zuvor: Gesamtdeutsche Fragen)	1316	Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	1365
Inneres	1317	Wirtschaft	1366
Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	1330	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	1376

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken	–	10. WP: Drs. 10/1281
Bericht über Maßnahmen auf den Gebieten der Großforschungseinrichtungen und der Grundlagenforschung und über die Ergebnisse dieser Maßnahmen a) Beschluß vom 26. Januar 1984 – Drucksachen 10/539 und 10/915; b) Beschluß vom 16. Oktober 1986 – Drucksache 10/5178	einmalig, a) bis zum 15. April 1984 b) bis Jahresende 1986	10. WP: Drs. 10/1327, 10/6225
Bericht über die Übereinstimmung des Forschungs- und Entwicklungsprogramms der EG für Forschung im nicht-nuklearen Energiebereich mit den Auswahlkriterien für EG-Forschungsprogramme Beschluß vom 6. Juni 1984 – Drucksache 10/1459	einmalig, ohne Termin	10. WP: Drs. 10/2956
Programm der Bundesregierung „Angewandte Biologie und Biotechnologie“	–	10. WP: Drs. 10/3724
Bericht über den Stand der immunbiologischen und virologischen Forschung, insbesondere zum Problem AIDS, Forschungsförderung des Bundes und der pharmazeutischen Industrie Beschluß vom 16. Januar 1986 – Drucksache 10/3943	einmalig, ohne Termin (alsbald)	10. WP: Drs. 10/5932
Bericht über das ESPRIT-Programm der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Beschluß vom 26. Januar 1984 – Drucksache 10/678	einmalig ⁵⁾	11. WP: Drs. 11/6428
Bericht zur Förderinitiative „Naturmedizin erforschen und anwenden“ Beschluß vom 20. Juni 1990 – Drucksache 11/6372	einmalig, bis zum September 1990	11. WP: Drs. 11/8115
Bericht zur Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland Beschluß vom 10. Dezember 1992 – Drucksache 12/2949	einmalig, bis Ende Februar 1993	12. WP: Drs. 12/4629

Bericht zur Intensivierung des Dialogs zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat zu Forschung, Technologie und Innovation	–	12. WP: Drs. 12/6934
Bericht über das Finanzierungskonzept der Magnetschwebebahnverbindung Berlin–Hamburg (TRANSRAPID)	–	12. WP: Drs. 12/6964
Bericht zum Stand der Beratungen über die Aufstellung eines mehrjährigen Programms zur Entwicklung von Gemeinschaftsstatistiken über Forschung, Entwicklung und Innovation der Europäischen Union Beschluß vom 11. Februar 1993 – Drucksache 12/3975	fortlaufend, ohne Termin	12. WP: Drs. 12/7122
Bericht „Globale Umweltveränderungen“	–	12. WP: Drs. 12/7144
Bericht über die Flexibilisierungsinstrumente bei den Großforschungseinrichtungen. Erfahrungen mit den Flexibilisierungsregelungen bei den Großforschungseinrichtungen (GFE) Beschluß vom 15. Juni 1994 – Drucksache 12/6435	einmalig, bis Mitte 1995	13. WP: Drs. 13/4273
Klonierung beim Menschen. Biologische Grundlagen und ethisch-rechtliche Bewertung. Stellungnahme der Wissenschaftskommission Beschluß vom 21. März 1997 – Drucksache 13/7243	einmalig	13. WP: Drs. 13/7590
Bericht über die zukünftigen Perspektiven der Weltraumforschung. Konzept Raumfahrt: Perspektiven für Forschung und Anwendung Beschluß vom 20. Juni 1996 – Drucksachen 13/3497 und 13/4609	einmalig	13. WP: Drs. 13/8377

1) Zuständigkeit späterer Berichte beim BMin für Jugend, Familie und Gesundheit und beim BMin des Innern

2) Zuständigkeit zuvor beim BMin für Bildung und Wissenschaft

3) Nach Aufgliederung des Bundesberichtes Forschung in einen Forschungsbericht und einen Faktenbericht ab der 7. Wahlperiode siehe Fortsetzung weiter unten.

4) In der 4., 5. und 6. Wahlperiode erstattete Berichte siehe weiter oben.

5) nach Ablauf der ersten Fünfjahresperiode des Ersten europäischen strategischen Programms für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT)

6) Für den ersten gesamtdeutschen Bericht Fristverlängerung bis 1. April 1993 erbeten.

7) In der 13. Wahlperiode Zusammenlegung mit dem Ressort Bildung und Wissenschaft. Die Eintragungen der Berichte folgen der alten Ressort-Aufteilung.

Ressort: Innerdeutsche Beziehungen (zuvor: Gesamtdeutsche Fragen)¹⁾

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. Besucher aus der sowjetisch besetzten Zone Beschluß vom 10. Januar 1957 – Drucksachen II/3013 und II/2080	kein Vorlagetermin	2. WP: Drs. II/3392
Bericht über die Lage der Nation [im gespaltenen Deutschland] ²⁾ Beschluß vom 28. Juni 1967 – Drucksache V/1898	jährlich, innerhalb des ersten Vierteljahres	5. WP: 158. Sitz., 239. Sitz. 6. WP: 22. Sitz., 93. Sitz., 171. Sitz. 7. WP: 76. Sitz., 146. Sitz., 218. Sitz. 8. WP: 78. Sitz., 154. Sitz., 208. Sitz. 9. WP: 31. Sitz., 111. Sitz. 10. WP: 16. Sitz., 59. Sitz., 122. Sitz., 205. Sitz. 11. WP: 33. Sitz. ³⁾ , 113. Sitz., 173. Sitz.
Bericht über die Erfahrungen, die mit der Regelung des Zeitungsbezugs gemäß Gesetz zur Änderung von Artikel 8 des Achten Strafrechtsänderungsgesetzes gemacht werden [Bericht über den Bezug von Zeitungen und Zeitschriften aus der DDR] a) Beschluß vom 17. Mai 1968 – Drucksache V/2860; b) Beschluß vom 26. März 1969 – Drucksache V/4044	a) einmalig, nach sechs Monaten b) jährlich, im April, erstmalig 1970	5. WP: Drs. V/3863 6. WP: Drs. VI/641, VI/2028, VI/3748 7. WP: Drs. 7/712
Bericht betr. Wissenschaft und Forschung sowie vergleichende Darstellung des Bildungswesens im geteilten Deutschland Beschluß vom 13. Mai 1969 – Drucksache V/3968	einmalig, bis 30. Juni 1969	5. WP: Drs. V/4609, V/4631 ⁴⁾
Materialien zum Bericht zur Lage der Nation	–	6. WP: Drs. VI/223, VI/1690, VI/3080 7. WP: Drs. 7/2423 11. WP: Drs. 11/11
Bericht betr. die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	–	7. WP: Drs. 7/420

¹⁾ Ressort zum Ende der 11. Wahlperiode aufgelöst

²⁾ Bericht wird in Form einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag erstattet.

³⁾ Vgl. auch die Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland (Drucksache 11/11).

⁴⁾ Berichte erstattet zusammen mit Bundesminister für wissenschaftliche Forschung bzw. Bundesminister des Innern

Ressort: Inneres¹⁾

Bezeichnung des Berichts Beschluss des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Abschlussbericht des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebietes Beschluss vom 13. Juni 1951 – Drucksache 2222 der 1. Wahlperiode	einmalig, ohne Termin	2. WP: Drs. II/1844, Sonderdruck
Bericht über die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der aus der Sowjetzone geflüchteten Jugend Beschluss vom 20. Januar 1956 – Drucksache II/2034	kein Vorlagetermin	2. WP: Drs. II/3237
Bericht betr. Gesamtplanung und Gesamtkosten des zivilen Bevölkerungsschutzes Beschluss vom 28. Juni 1956 – Drucksache II/1900, Umdruck 713, Drucksache II/2455	einmalig, bis 31. Dezember 1956	2. WP: Drs. II/3430
Bericht der Wahlkreiskommission [mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung] § 3 Abs. 3 des Bundeswahlgesetzes a) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149) und b) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1990 (BGBl. I S. 2059), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2141) i. V. mit der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2218)	a) alle vier Jahre ²⁾ b) innerhalb von 15 Monaten nach Beginn der Wahlperiode	3. WP: Drs. III/677 4. WP: Drs. IV/741 5. WP: Drs. V/1174 6. WP: Drs. VI/1627 7. WP: Drs. 7/867, 7/1379 8. WP: Drs. 8/1876 9. WP: Drs. 9/1636 10. WP: Drs. 10/2053 11. WP: Drs. 11/2870 12. WP: Drs. 12/2276 13. WP: Drs. 13/3804
Bericht betr. Zunahme von Mißgeburten Beschluss vom 12. Juni 1958 – Drucksache III/386	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/954
Bericht betr. Wegfall der Ortsklasse B Beschluss vom 25. Juni 1959 – Drucksachen III/1127 und III/1183	einmalig, zum 31. Dezember 1959	3. WP: Drs. III/1544
Bericht der Sachverständigenkommission für die Vereinfachung der Verwaltung Beschluss vom 12. April 1956	erster Bericht zum 31. Dezember 1956	3. WP: Drs. III/1637, Sonderdruck

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Vorarbeiten zur Einrichtung eines Lenkungsorgans für das wissenschaftliche und technische Informationswesen Beschluß vom 5. Mai 1960 – Umdruck 543	einmalig, zum 31. Dezember 1960	3. WP: Drs. III/2392
Bericht betr. Einführung der Fünf-Tage-Woche in der Bundesverwaltung Beschlüsse vom 29. Juni 1961 und 6. November 1963 – Drucksachen III/630, III/2851 und IV/1524	jeweils einmalig	4. WP: Drs. IV/913, IV/1026, IV/2102
Bericht betr. Zuständigkeit für Bundesstatistiken Beschluß vom 7. Dezember 1962 – Drucksache IV/767	einmalig, bis 31. März 1963	4. WP: Drs. IV/1191
Bericht betr. großzügigere Öffnung von Grenzübergängen Beschluß vom 6. November 1963 – Drucksache IV/1566	einmalig, bis 1. April 1964	4. WP: Drs. IV/2127
Bericht betr. Ausbau Berlins als Stätte der Bildung, Wissenschaft und Kunst Beschluß vom 28. Juni 1963 – Umdrucke 43 und 45 sowie Drucksachen IV/1349 und IV/1350	einmalig, ohne Termin	4. WP: Drs. IV/2429
Bericht über organisatorische und personelle Maßnahmen auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes und über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste Beschluß vom 29. April 1964 – Drucksachen IV/1544 und IV/2170	einmalig, bis 1. Oktober 1964	4. WP: Drs. IV/2582 5. WP: Drs. V/148
Bericht betr. zeitliche und finanzielle Planung für bauliche Zivilschutzmaßnahmen und für den Selbstschutz Beschluß vom 24. Juni 1964 – Drucksache IV/2373	einmalig, bis 15. Oktober 1964	4. WP: Drs. IV/2607
Bericht betr. Besoldung der Techniker und vergleichbarer anderer Beamtengruppen Beschluß vom 24. Juni 1964 – Drucksache IV/2361, Umdruck 496	einmalig, bis 1. Januar 1965	4. WP: Drs. IV/2889
Bericht über die Unzweckmäßigkeit der Schaffung einheitlicher gesetzlicher Grundlagen für die Sozialstatistiken Beschluß vom 7. Dezember 1962 – Drucksache IV/768	einmalig, zum 1. Januar 1965	4. WP: Drs. IV/2976

Bericht betr. Öffnung des Grenzüberganges Wahlerscheid-Rocherath

Beschluß vom 6. November 1963 – Drucksache IV/1566

Bericht über organisatorische Maßnahmen auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes

Beschluß vom 30. Juni 1965 – Drucksache IV/3469

Bericht betr. Rechtsstellung und Ausbildung der deutschen Beamten für internationale Aufgaben

a) Beschluß vom 1. Juli 1965 – Drucksache IV/3560; b) Beschluß vom 24. März 1966 – Drucksache V/455; c) Beschluß vom 26. Juni 1968 – Drucksache V/3061; d) Beschluß vom 2. Juli 1969 – Drucksache V/4484; e) Beschluß vom 2. Dezember 1971 – Drucksache VI/2829

Bericht über die Erfahrungen mit dem Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 31. August 1965 (BGBl. I S. 1005)

Beschluß vom 1. Juli 1965 – Drucksachen IV/3462, IV/3578, IV/3661

Bericht betr. Internationale Polizeikonvention

a) Beschluß vom 12. Mai 1965 – Drucksache IV/3003 (neu); b) Beschluß vom 26. Juni 1968 – Drucksache V/3039; c) Beschluß vom 26. Juni 1969 – Drucksache V/4420

Bericht über die Durchführung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1203)

Beschluß vom 1. Juli 1965 – Drucksache IV/3681

Bericht über die Erfahrungen mit der Koordinierungsbefugnis des Bundeskriminalamtes

Beschlüsse vom 29. Juni 1966 – Drucksachen V/434 und V/750; vom 12. Mai 1967 – Drucksache V/1697; vom 7. Februar 1968 – Drucksache V/2502; vom 3. Dezember 1968 – Drucksache V/3569; vom 2. Juli 1969 bei Verabschiedung des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalamtes

einmalig, bis 1. Februar 1965

einmalig, bis 1. Januar 1966

jeweils einmalig,
a) bis 1. Januar 1966
b) ohne Termin
c) 31. Dezember 1968
d) 31. März 1970
e) 31. Dezember 1972

einmalig, bis 1. April 1966

jeweils einmalig,
a) zum 31. März 1966
b) zum 31. Oktober 1968
c) zum 1. Juni 1971

einmalig, ohne Termin

jeweils einmalig

4. WP: Drs. IV/2999

5. WP: Drs. V/148

5. WP: Drs. V/153, V/2854, V/3794

5. WP: Drs. V/488, V/2443

5. WP: Drs. V/496, V/3425

6. WP: Drs. VI/2258

5. WP: Drs. V/853

5. WP: Drs. V/1337, V/2552, V/2855, V/3792

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. Neuregelung der Beamtenbesoldung Beschluß vom 21. April 1966 – Drucksache V/431	einmalig, bis 1. April 1967	5. WP: Drs. V/1497
Bericht über die [Vorbereitung und] Gesamtfinanzierung der Olympischen Spiele 1972 Beschlüsse vom 7. Oktober 1966 – Drucksache V/944; vom 28. Juni 1967 – Drucksache V/1917; vom 7. Februar 1968 – Drucksache V/2502; vom 6. Dezember 1968 – Drucksache V/3484; vom 2. Juli 1969 – Drucksache V/4543 und vom 4. Juni 1970 – Drucksache VI/852	jeweils einmalig, erstmals zum 30. April 1967	5. WP: Drs. V/1733, V/2796, V/2855, V/3789 6. WP: Drs. VI/108, VI/382, VI/1492, VI/1968 7. WP: Drs. 7/3066
Bericht betr. betrieblicher Selbstschutz (Betriebsselbstschutz) Beschluß vom 13. Juni 1967 – Drucksache V/1834	einmalig, zum 26. Juni 1967	5. WP: Drs. V/1948
Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk/Fernsehen und Film Beschluß vom 29. April 1964 – Drucksache IV/2158	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/2120
Bericht über eine längere Dienstzeit für Polizeivollzugsbeamte als Ersatz für die Pflicht zum Grundwehrdienst Beschluß vom 12. Mai 1967 – Drucksache V/1698	einmalig, zum 1. Oktober 1967	5. WP: Drs. VI/2126
Bericht über die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen und technischen Personals an den hochschulfreien Forschungseinrichtungen des Bundes [und bei Zuwendungsempfängern des Bundes] a) Beschluß vom 22. Februar 1967 – Drucksachen V/693 und V/1423; b) Beschluß vom 28. Juni 1968 – Drucksache V/3071; c) Beschluß vom 2. Juli 1969 – Drucksache V/4476; d) Beschluß vom 4. November 1971 – Drucksache VI/2766	jeweils einmalig, a) zum 15. Oktober 1967 b) zum 31. Januar 1969 c) zum 1. April 1971 d) zum 31. Oktober 1972	5. WP: Drs. V/2165, V/3963 6. WP: Drs. VI/2044 7. WP: Drs. 7/93
Bericht über den Stand der Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildungsplanung Beschlüsse vom 9. Dezember 1964 und 26. Oktober 1966 – Drucksachen IV/2773 und V/995	einmalig, möglichst bald	5. WP: Drs. V/2166

Bericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik (Pressekommission)

Beschluß vom 11. Mai 1967

Bericht über Wahlrechtsänderungen

Beschluß vom 23. Februar 1967 – Drucksache V/1412

Bericht über die Fassung der Ermächtigung eines Bundesministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen

Beschluß vom 15. März 1967 – Drucksache V/1484

Bericht über die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung

a) Beschluß vom 13. Dezember 1967 – Drucksache V/2381; b) Beschluß vom 3. Juli 1969 – Drucksache V/4546

Bericht über die Erfahrungen beim Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Baulärm vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1214) und über den Stand der Technik in der Baulärmbekämpfung

Beschluß vom 23. Juni 1965 – Drucksache IV/3584

Bericht über das Konzept der zivilen Verteidigung und das Programm für die Zeit bis 1972

Beschlüsse vom 28. Oktober 1966 – Drucksache V/994; vom 30. Mai 1968 – Drucksache V/2935 und vom 2. Juli 1969 – Drucksache V/4480

Bericht über die Sportförderungsmaßnahmen (**Sportbericht**)

Beschlüsse u. a. vom 8. Mai 1968 – Drucksache V/2803; vom 2. Juli 1969 – Drucksache V/4543; vom 6. Mai 1970 – Drucksache VI/717; vom 13. Mai 1971 – Drucksache VI/2152; vom 19. Oktober 1979 – Drucksache 8/3210 und vom 26. Oktober 1989 – Drucksache 11/3948

einmalig, bis 1. Oktober 1967

einmalig, zum
31. Dezember 1967

einmalig, ohne Termin

einmalig,
a) bis 1. April 1968
b) bis 31. Dezember 1969

alle zwei Jahre, erstmalig 1968

einmalig, ohne Termin bzw.
31. Dezember 1969

anfangs jeweils einmalig; später alle zwei Jahre, erstmals Mai 1973; danach alle vier Jahre

5. WP: Drs. V/2403³), V/3122

5. WP: Drs. V/2434

5. WP: Drs. V/2941

5. WP: Drs. V/3355
6. WP: Drs. VI/648

5. WP: Drs. V/3475
6. WP: Drs. VI/2060

5. WP: Drs. V/3683

5. WP: Drs. V/3729, V/3954, V/4079
6. WP: Drs. VI/109, VI/1122
7. WP: Drs. 7/1040, 7/4609
8. WP: Drs. 8/2033, 8/4391
9. WP: Drs. 9/1945
10. WP: Drs. 10/6241
11. WP: Drs. 11/8459
12. WP: –
13. WP: Drs. 13/1114

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zur Einführung einer „Akademie-Reife“ Beschluß vom 26. Juni 1968 – Drucksache V/3077	einmalig, bis 1. Oktober 1968	5. WP: Drs. V/3806
Bericht über das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom 9. Juli 1968 (BGBl. I S. 776) Beschluß vom 30. Mai 1968 – Drucksache V/2935	einmalig, zum 31. März 1969	5. WP: Drs. V/4140
Bericht über die mit einer Herabsetzung der Altersgrenzen [von Strahlflugzeugführern] verbundenen Fragen/Bericht zum Siebenten Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes Beschluß vom 5. Februar 1969 – Drucksache V/3731	einmalig, zum 1. Mai 1969	5. WP: Drs. V/4280
Bericht über das Gesetz zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts Beschluß vom 12. Mai 1967 – Drucksache V/1693	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/4573
Bericht betr. Verbesserung der Ausbildung der Kriminalpolizei Beschluß vom 2. Juli 1969 – Drucksache V/4530	einmalig, bis 1. Januar 1970	6. WP: Drs. VI/226
Bericht über die Möglichkeit einer Verstärkung der zivilen Verteidigung Beschluß vom 2. Juli 1969 – Drucksache V/4480	einmalig, bis 31. Dezember 1969	6. WP: Drs. VI/386
Bericht über Beeinträchtigung von Grundrechten durch gewalttätige Aktionen Beschluß vom 30. Januar 1970 – Drucksache VI/270	einmalig, bis zum 5. März 1970	6. WP: Drs. VI/479
Bericht zur Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland (Medienbericht) Beschluß vom 12. März 1976 – Drucksache 7/4770 (zuständig: Bundesminister des Innern, Bundesminister für Wirtschaft und Presse- und Informationsamt)	regelmäßig in kürzeren Abständen	6. WP: Drs. VI/692 7. WP: Drs. 7/2104 8. WP: Drs. 8/2264 10. WP: Drs. 10/5663 12. WP: Drs. 12/8587

Bericht über Umweltradioaktivität [und Strahlenbelastung] ⁴⁾ ⁸⁾ Beschluß vom 22. Mai 1962 – Drucksache IV/281; Beschluß vom 14. März 1975 – Drucksache 7/3128 i.V.m. Beschluß vom 29. November 1979 – Drucksache 8/3330; Beschluß vom 15. Dezember 1982 – Drucksache 9/2263	anfangs jährlich, spätestens im Zeitraum eines Jahres; später alle zwei Jahre, ohne Termin	6. WP: Drs. VI/908, VI/2422, VI/3688 7. WP: Drs. 7/929, 7/2510, 7/3128, 7/4706 8. WP: Drs. 8/311, 8/1682, 8/3119, 8/3324, 8/4101 9. WP: Drs. 9/644, 9/2237 10. WP: Drs. 10/2048 11. WP: Drs. – ⁸⁾
Sofortprogramm der Bundesregierung zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung unter Bezugnahme auf die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969	–	6. WP: Drs. VI/1334
Bericht betr. Teilzeitbeschäftigung und langfristige Beurlaubung von Beamtinnen und Richterinnen Beschluß vom 12. Februar 1969 – Drucksache V/3831	einmalig, zum 31. März 1971	6. WP: Drs. VI/2064
Bericht über die Durchführung des Benzinbleigesetzes a) Beschluß vom 24. Juni 1971 – Drucksache VI/2351; b) Beschluß vom 10. Oktober 1974 – Drucksache 7/2561	einmalig, a) zum 1. Juni 1973 b) zum 1. April 1977	6. WP: Drs. VI/2702 7. WP: Drs. 7/854
Umweltprogramm der Bundesregierung (Umweltbericht)	–	6. WP: Drs. VI/2710 7. WP: Drs. 7/5684
Bericht über das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) Beschluß vom 6. Mai 1970 – Drucksache VI/717	einmalig, zum 1. Juli 1970	6. WP: Drs. VI/2728
Bericht betr. thermische Belastung von Gewässern durch Kernkraftwerke Beschluß vom 2. Dezember 1971 – Drucksache VI/2826	einmalig, bis 31. Dezember 1971	6. WP: Drs. VI/3052

Fußnoten auf Seite 1330

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten außerdem die folgenden Abschnitte des **Datenhandbuchs**:

- Abschnitt 6.3 mit Angaben über Name, Partei und Amtszeit der Minister, Name, Partei und Amtszeit der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie Name und Amtszeit der (beamteten) Staatssekretäre;
- Abschnitt 6.4 mit Statistiken über die Parlamentarischen Staatssekretäre;
- Abschnitt 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert;
- Abschnitt 12.1 mit der Zahl der von Ressorts beantworteten Anfragen.

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht darüber, wie hoch die Kosten der Erfüllung der Ansprüche auf Hauptentschädigung für Zonenschäden (§ 15a des Lastenausgleichsgesetzes) nach den bisherigen Ergebnissen anzusetzen sind § 4 des 21. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1232)	1972, 1974 und 1976, jeweils zum 1. April	6. WP: Drs. VI/3300 7. WP: Drs. 7/1950
Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland	–	6. WP: Drs. VI/3345
Bericht zur Frage eines etwaigen Besoldungsrückstandes Beschluß vom 27. Februar 1970 und vom 3. März 1971 bei der Verabschiedung des Ersten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern	einmalig, bis 31. Dezember 1970 bzw. 30. September 1971 ⁵⁾)	6. WP: Drs. VI/3504
Bericht über die Erfahrungen bei der Anwendung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm [über Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm] a) Beschluß vom 16. Dezember 1970 bei der Verabschiedung des Gesetzes gegen Fluglärm – Drucksache VI/1377; b) Beschluß vom 17. April 1975 – Drucksache 7/3400	einmalig, a) zum 1. Oktober 1972 b) zum 30. September 1975 ⁷⁾)	6./7. WP: Drs. VI/VII/1 ⁶⁾ 7. WP: Drs. 7/4580 8. WP: Drs. 8/2254
Bericht der Bund-Länder-Kommission zur Ämterbewertung Beschluß vom 28. Februar 1969 – Drucksache V/3827 und Beschluß vom 3. März 1971 – Drucksache VI/1885	einmalig, bis 1. Oktober 1970 bzw. 30. September 1972	7. WP: Drs. 7/6
Bericht betr. Prüfung von Fragen zum Bundestagswahlrecht Beschluß vom 9. Juni 1972 – Drucksache VI/3482	einmalig, ohne Termin	7. WP: Drs. 7/867
Bericht über den Fortgang der Angleichung der Berufs- und Laufbahnreform an die neuen Bildungsabschlüsse Beschluß vom 14. Juni 1973 – Drucksache 7/694	fortgesetzt in angemessenen Abständen	7. WP: Drs. 7/1129 8. WP: Drs. 8/3228
Bericht über die Erfahrungen, ob die Vorschriften des Abfallbeseitigungsgesetzes ausreichend sind [Bericht über die Beseitigung von Autowracks] Beschluß vom 2. März 1972 – Drucksache VI/3154	einmalig, bis 31. Dezember 1973	7. WP: Drs. 7/1760

Umweltgutachten 1974 bzw. 1978

Bericht, den die Kommission „Vorbeugender Geheimschutz“ über die Prüfung von Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem Fall *Guillaume* im November 1974 der Bundesregierung erstattet hat, sowie

Auszug aus dem 2. Teil des Berichts der sogenannten *Mercker-Kommission* vom 24. Juli 1969, der sich mit der Lage des Bundesnachrichtendienstes vor dem Jahr 1969 befaßt

Bericht über die Fortentwicklung des Bundesgrenzschutzes
Beschluß vom 22. Juni 1972 – Drucksache VI/3569

Abfallwirtschaftsprogramm '75 der Bundesregierung
Beschluß vom 12. April 1976 – Drucksache 7/4699

Bericht über die Umweltprobleme des Rheins

Bericht über die Vorarbeiten für eine Ämter- und Dienstpostenbewertung

Beschluß vom 27. Februar 1975 – Drucksache 7/3213

Bericht zu der zwischen dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen und der Deutschen Postgewerkschaft geschlossenen Vereinbarung vom 11. März 1975

Beschluß vom 1. Juli 1976 – Drucksache 7/5558

Bericht über die Erfahrungen und etwa aufgetretene Störungen bei dem Einsatz von Wahlgeräten

Beschluß vom 10. April 1975 – Drucksache 7/3371

Bericht über die Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung

§ 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) vom 3. September 1971 (BGBl. I S. 1565, 1807) und Beschluß des Bundestages vom 13. April 1978 – Drucksache 8/1564; Beschluß vom 4. Juli 1980 – Drucksache 8/4299; Beschluß vom 27. Juni 1984 – Drucksache 10/1671; Beschluß vom 23. Oktober 1986 – Drucksache 10/6212; Beschluß vom 5. Oktober 1989 – Drucksache 11/5082; § 96 des Bundesvertriebenengesetzes vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829); Beschluß vom 19. April 1996 – Drs. 13/3195

–

–

einmalig, bis
31. Dezember 1974

einmalig, ohne Termin

–

einmalig, noch in dieser (= 7.)
Wahlperiode

einmalig, ohne Termin

einmalig, nach der nächsten
Bundestagswahl

alle zwei Jahre, anfangs ohne
Termin, später Anfang und
Mitte einer Wahlperiode

7. WP: Drs. 7/2802

8. WP: Drs. 8/1938

7. WP: Drs. 7/3083

7. WP: Drs. 7/3170

7. WP: Drs. 7/4826

7. WP: Drs. 7/5014

7. WP: Drs. 7/5510

7. WP: Drs. 7/5927

8. WP: Drs. 8/94

8. WP: Drs. 8/586, 8/3563

9. WP: Drs. 9/1589

10. WP: Drs. 10/2178

11. WP: Drs. 11/2572

12. WP: Drs. 12/5490, 12/7877

13. WP: Drs. 13/6796, 13/8096

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Dr. <i>Hanns Martin Schleyer</i> und der Lufthansamaschine „Landshut“	–	8. WP: Drs. 8/1141, Sonderdruck
Bericht zur Situation der Entsorgung der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland (Entsorgungsbericht) ⁸⁾ a) Beschluß vom 1. Juli 1976 – Drucksache 7/5466; b) Beschluß vom 14. Dezember 1978 – Drucksache 8/2370; c) Beschluß vom 15. Dezember 1982 – Drucksache 9/2280	a) einmalig, zum 1. Juli 1977 b) in regelmäßigen Abständen c) zum 1. September 1983	8. WP: Drs. 8/1281 10. WP: Drs. 10/327
Bericht der Bundesregierung gem. § 61 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) (Immissionsschutzbericht) ⁸⁾	alle vier Jahre, jeweils ein Jahr nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages	8. WP: Drs. 8/2006 9. WP: Drs. 9/1458 10. WP: Drs. 10/1354 11. WP: Drs. – ⁸⁾
Bericht über die Erfahrungen mit der Einführung der Sommerzeit Beschluß vom 22. Juni 1978 – Drucksache 8/565	einmalig, nach Ablauf der beiden ersten Sommerzeitperioden	9. WP: Drs. 9/1583
Bericht über die Verwirklichung des Entschließungsantrags des Sportausschusses zum Vierten Sportbericht der Bundesregierung Beschluß vom 19. Oktober 1979 – Drucksache 8/3210	einmalig, bis zum 30. Juni 1980	8. WP: Drs. 8/4391
Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	–	8. WP: Drs. 8/4437 10. WP: Drs. 10/863
Bericht betr. Bewertung der Strahlenexposition in der Umgebung von Steinkohlekraftwerken und Vergleich mit der Strahlenexposition durch Kernkraftwerke Beschluß vom 11. September 1981 – Drucksache 9/726	einmalig, bis 31. Dezember 1981	9. WP: Drs. 9/1247
Bericht über die Erfahrungen beim Vollzug des § 42 des Waffengesetzes Beschluß vom 12. Juni 1980 – Drucksache 8/4119	einmalig, bis zum 31. Dezember 1982	9. WP: Drs. 9/2375

Bericht, in dem die Bundesregierung die von ihr für eine optimale Umsetzung der Richtlinie des Rates (EG) über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Vorhaben erforderlichen Maßnahmen im einzelnen darlegt

Beschluß vom 25. November 1983 – Drucksache 10/613

Bericht über die unverzüglich einzuleitenden notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Gewässerbelastungen durch schwerabbaubare und sonstige kritische Stoffe

Beschluß vom 9. Februar 1984 – Drucksache 10/870

Bericht, ob und gegebenenfalls wie Emissionen, insbesondere Schwefeldioxid und Stickoxide aus sogenannten Altanlagen, noch schneller und weitgehender vermindert werden können, als dies nach den bereits bestehenden Vorgaben zu erwarten ist

Beschluß vom 9. Februar 1984 – Drucksache 10/870

Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung⁸⁾

Bericht darüber, inwieweit die Bundesregierung den Empfehlungen des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen zur Verminderung von Waldschäden und Luftverunreinigungen gefolgt ist

Beschluß vom 25. Oktober 1984 – Drucksache 10/2168

Zusammenfassender Bericht 1984 über die von der Bundesregierung auf allen Gebieten des Umweltschutzes für notwendig gehaltenen Maßnahmen, gemeinsam mit einem Programm zur Förderung

- der Ursachen- und Wirkungsforschung,
- der Technologieentwicklung,
- der Markteinführung umweltfreundlicher Technologien unter Einbeziehung des Nachfragepotentials der öffentlichen Hand

Beschluß vom 9. Februar 1984 – Drucksache 10/870

Vorschläge zur Verringerung von Emissionen aus Kleinfeuerungsanlagen (Einzelhaushalte, Zentralheizungen)

Beschluß vom 9. Februar 1984 – Drucksache 10/870

einmalig⁹⁾

10. WP: Drs. 10/2143

einmalig, 1984

10. WP: Drs. 10/2833

einmalig, bis Anfang 1984

10. WP: Drs. 10/2965

–

10. WP: Drs. 10/2977

einmalig, bis zum
25. Oktober 1985

10. WP: Drs. 10/4284

einmalig, ohne Termin

10. WP: Drs. 10/4614

einmalig, ohne Termin

10. WP: Drs. 10/5570

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht gemäß § 26 Abs. 4 Bundesstatistikgesetz i.V. m. dem Beschluß zum 2. Statistikbereinigungsgesetz § 26 Abs. 4 Satz 2 des Bundesstatistikgesetzes vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) und Beschluß vom 4. Dezember 1986 – Drucksache 10/6612	einmalig, bis zum 1. Januar 1988	11. WP: Drs. 11/1755
Bericht über die Erfahrungen bei der Durchführung des Mikrozensusgesetzes vom 10. Juni 1985 a) Beschluß vom 15. Dezember 1982 – Drucksache 9/2261; b) Beschluß vom 14. Mai 1985 – Drucksache 10/3328	einmalig, a) zum 31. Dezember 1985 b) verschoben bis zum 1. Januar 1988	11. WP: Drs. 11/1756
Bericht über die Volkszählung 1987 Beschluß vom 26. September 1985 – Drucksache 10/3843	einmalig, zum 1. Januar 1988	11. WP: Drs. 11/1762
Bericht zur strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts Beschluß vom 14. November 1985 – Drucksache 10/4225 und vom 13. November 1986 – Drucksache 10/6158	einmalig, bis zum Herbst 1986	11. WP: Drs. 11/3129
Bericht über die nach § 5 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes angeordneten Statistiken sowie über die Statistiken nach § 7 des Bundesstatistikgesetzes (Erhebung für besondere Zwecke) unter Darlegung der geschätzten Kosten bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden und der Belastung der zu Befragenden (Bericht zu Statistiken nach § 5 Abs. 2 und § 7 des Bundesstatistikgesetzes) § 5 Abs. 3 des Bundesstatistikgesetzes vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565)	alle zwei Jahre, erstmals 1988	11. WP: Drs. 11/4363 12. WP: Drs. 12/541, 12/558, 12/5549 13. WP: Drs. 13/1360, 13/7390
Bericht zum Stand der Filmarchivierung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung des Kinematheksverbundes Beschluß vom 29. September 1988 – Drucksache 11/2379	einmalig, ohne Termin	11. WP: Drs. 11/5233

Bericht zum Auf- und Ausbau der öffentlichen Verwaltung und der Justiz in den neuen Bundesländern Beschluß vom 28. Februar 1991 – Drucksache 12/162	einmalig, bis zum 8. April 1991	12. WP: Drs. 12/347
Zwischenbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR Beschluß vom 20. September 1990 – Drucksachen 11/7920, 11/7931	einmalig, bis zum 15. Januar 1991 ¹⁰⁾	12. WP: Drs. 12/622
Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 30. Oktober 1990 – Drucksache 11/7988	einmalig, bis zum 1. November 1990 ¹¹⁾	12. WP: Drs. 12/1773
Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern	–	12. WP: Drs. 12/6854 13. WP: Drs. 13/2280
Förderung von Teilzeitbeschäftigung bei den Bundesressorts	–	12. WP: Drs. 12/6868
Bericht über das Programm zur Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze im öffentlichen Dienst	–	12. WP: Drs. 12/6936
Anti-Doping-Bericht Beschluß vom 11. November 1993 – Drucksache 12/5813	einmalig, bis zum 1. April 1994	12. WP: Drs. 12/7540
Bericht zur Filmarchivierung, insbesondere zu den Veränderungen infolge der deutschen Einheit Beschluß vom 21. Januar 1993 – Drucksache 12/3569	einmalig, baldmöglichst	12. WP: Drs. 12/8487
Bericht über die Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) vom 5. bis 13. September 1994 in Kairo Beschluß vom 29. Juni 1994 – Drucksache 12/8162	einmalig, sofort nach Abschluß der Konferenz	13. WP: Drs. 13/2520
Bericht über die jeweils im Vorjahr erbrachten Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst sowie Hochrechnungen für die in den nächsten 15 Jahren zu erwartenden Versorgungsleistungen (Versorgungsbericht) Artikel 17 des Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (BGBl. I S. 2218); Beschluß vom 9. November 1989 – Drucksache 11/5537	alle vier Jahre zu Beginn jeder Wahlperiode (erstmal 1995)	13. WP: Drs. 13/5840

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 29. Juni 1994 – Drucksachen 12/6111 und 12/7884	einmalig	13. WP: Drs. 13/8486
Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit Beschluß vom 9. Mai 1996 – Drucksache 13/3643	jährlich	13. WP: Drs. 13/8450

1) Der **Verfassungsschutzbericht** erscheint nicht als Drucksache des Bundestages.

2) im Laufe des ersten Jahres nach Zusammentritt des Bundestages; später: innerhalb von eineinhalb Jahren nach Beginn der Wahlperiode

3) vorläufiger Bericht

4) Zuständigkeit zunächst beim BMin für Jugend, Familie und Gesundheit; Eintragungen für die 4. und 5. Wahlperiode siehe dort

5) Fristverlängerung bis April 1972 erbeten

6) Zwischenbericht

7) Fristverlängerung ohne Termin erbeten

8) Ab Juni 1986 ist die Zuständigkeit auf das neu eingerichtete Ressort Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit übergegangen.

9) spätestens ein Jahr nach Verabschiedung der Richtlinie des Rates (EG) über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Vorhaben

10) Fristverlängerung beantragt

11) Fristverlängerung bis 31. Dezember 1991 beantragt

Ressort: Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit¹⁾

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. berufliche und gesellschaftliche Eingliederung spätausgesiedelter und ehemals zwangsverschleppter deut- scher Kinder und Jugendlicher Beschluß vom 14. Dezember 1956 – Drucksachen II/2974 und II/ 2752	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/393

<p>Erfahrungsbericht über Lebensmittel-Importkontrolle Beschluß vom 6. November 1958 – Drucksachen III/316 und III/553</p>	<p>einmalig, bis 1. Januar 1961</p>	<p>4. WP: Drs. IV/360²⁾</p>
<p>Bericht zum Problem der Beseitigung von Abfallstoffen Beschluß vom 26. Oktober 1962 – Drucksache IV/587</p>	<p>einmalig, zum 1. Dezember 1962</p>	<p>4. WP: Drs. IV/945 5. WP: Drs. V/248</p>
<p>Bericht über Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung / Bericht über die von Bund und Ländern getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Anwendung radioaktiver Gefährdung Beschluß vom 22. Mai 1962 – Drucksache IV/281³⁾</p>	<p>jährlich, ohne Termin</p>	<p>4. WP: Drs. IV/1334, IV/2263, IV/3733 5. WP: Drs. V/678, V/1793, V/2983, V/4307 6. WP: Drs. VI/908, VI/2422, VI/3688 7. WP: Drs. –³⁾</p>
<p>Bericht über die Lage der Jugend [und die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe] / Bericht der von der Bundesregierung beauftragten Sachverständigenkommission über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe (Jugendbericht) § 25 Abs.2 des Jugendwohlfahrtsgesetzes vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1532); Beschluß vom 16. Oktober 1986 – Drucksache 10/5624; § 84 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1163) und Beschluß vom 12. Dezember 1991 – Drucksache 12/671 (neu); Beschluß vom 11. November 1993 – Drucksache 12/5811</p>	<p>alle vier Jahre zum 1. Juli, erstmals 1963⁴⁾</p>	<p>4. WP: Drs. IV/3515 5. WP: Drs. V/302, V/2453 6. WP: Drs. VI/3170 7. WP: – 8. WP: Drs. 8/2110, 8/3684, 8/3685 9. WP: – 10. WP: Drs. 10/1007, 10/6730 11. WP: Drs. 11/6576 12. WP: – 13. WP: Drs. 13/70</p>
<p>Bericht betr. Gesundheitsgefährdung durch Schädlingsbekämpfungsmittel Beschluß vom 24. Juni 1964 – Drucksache IV/2391</p>	<p>einmalig, bis 15. Juli 1965</p>	<p>4. WP: Drs. IV/3708</p>
<p>Bericht betr. Kredit- und Bürgschaftsprogramm für technische Anlagen zur Einhaltung der Luft und für lufthygienische Heizformen Beschluß vom 30. Juni 1965 – Drucksache IV/3630</p>	<p>einmalig, bis 1. März 1966</p>	<p>5. WP: Drs. V/828</p>
<p>Bericht über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft sowie evtl. weitere Berichte aufgrund sich als notwendig erweisender Untersuchungen und statistischer Erhebungen Beschluß vom 9. Dezember 1964 – Drucksache IV/2771 (Zuständigkeit zuvor bei BMin für Arbeit und Sozialordnung)</p>	<p>fortlaufend</p>	<p>5. WP: Drs. V/909 6. WP: Drs. VI/3689</p>

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über den Stand der Maßnahmen auf dem Gebiet der individuellen Förderung von Ausbildung und Fortbildung Beschlüsse vom 9. Dezember 1964 und 25. März 1965 – Drucksachen IV/2773, IV/3304 und IV/3189	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/1580
Bericht betr. toxikologische Beurteilung der Lebensmittelfarbstoffe Beschluß vom 14. Dezember 1966 – Drucksache V/1194	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/2062
Sachstandsbericht über die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesminister für Gesundheitswesen, dem Bundesminister des Innern und dem Bundesminister der Verteidigung über die Zahl der der Bundeswehr zur Verfügung stehenden Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte Beschluß vom 11. Mai 1967 – Drucksache V/1698	einmalig, zum 1. Oktober 1967	5. WP: Drs. V/2160
Bericht über die Ölverschmutzung des Rheins	–	5. WP: Drs. V/2518
Bericht über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland (Familienbericht) a) Beschluß vom 23. Juni 1965 – Drucksache IV/3474; b) Beschluß vom 18. Juni 1970 – Drucksache VI/834; c) Beschluß vom 10. Dezember 1982 – Drucksache 9/1286	a) alle zwei Jahre zum 31. Mai, erstmals 1966 b) alle vier Jahre, im 1. Jahr jeder Wahlperiode, erstmals zum 30. Juni 1974 c) jede zweite Wahlperiode, beginnend mit der 10. Wahlperiode	5. WP: Drs. V/2532 6. WP: – 7. WP: Drs. 7/3502 8. WP: Drs. 8/3120, 8/3121 9. WP: – ¹⁴⁾ 10. WP: Drs. 10/6145 12. WP: Drs. 12/7560 ¹⁵⁾
Bericht über die finanzielle Lage der Krankenanstalten Beschluß vom 1. Juli 1966 – Drucksache V/784	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/4230
Gesundheitsbericht	–	6. WP: Drs. VI/1667

Bericht über die Durchführung und den Erfolg der Maßnahmen zur Sicherung der Eingliederung Behinderter nach Abschnitt 12 des Bundessozialhilfegesetzes § 126 c des Bundessozialhilfegesetzes i. d. F. vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1153)	alle vier Jahre zum 1. Oktober, erstmals 1972	7. WP: Drs. 7/654
Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 23. Juni 1971 – Drucksache VI/2322	einmalig, baldmöglichst	7. WP: Drs. 7/1124 ²⁾ , 7/4200, 7/4201
Bericht zur Naßverbesserung und zur schefeligen Säure Beschluß vom 23. April 1969 bei der Verabschiedung des Weingesetzes – Drucksache V/4072	einmalig, Juli 1973	7. WP: Drs. 7/1625
Bericht über die Auswirkungen des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze Beschluß vom 1. März 1972 – Drucksache VI/3082	einmalig, bis zum 30. September 1975	7. WP: Drs. 7/4530
Bericht über die Durchführung der Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes hinsichtlich der Hilfe zur häuslichen Pflege Beschluß vom 14. Januar 1974 – Drucksache 7/1467	einmalig, bis 31. Oktober 1975 ⁵⁾	7. WP: Drs. 7/4947
Bericht über die Erfahrungen hinsichtlich der jetzt getroffenen Regelungen des Fleischbeschaugesetzes, insbesondere, ob eine Änderung der Vorschriften aus Verbraucherschutzgründen angezeigt erscheint Beschluß vom 11. Mai 1973 – Drucksache 7/483	einmalig, ohne Termin	8. WP: Drs. 8/2032
Bericht über Anwendung und Auswirkungen des Gesetzes zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Verbraucherschutzes Beschluß vom 18. Juni 1974 – Drucksache 7/2243	einmalig, Mitte 1978	8. WP: Drs. 8/2373
Erfahrungsbericht über die Auswirkung der Mitwirkungsregelung des § 4 [jetzt § 5] des Heimgesetzes Beschluß vom 11. Juni 1974 – Drucksache 7/2068	einmalig, Anfang 1978 ⁶⁾	8. WP: Drs. 8/2429
Bericht über die Auswirkungen des Verkaufs von frischem Geflügelfleisch auf Wochenmärkten Beschluß vom 11. Mai 1973 – Drucksache 7/392	einmalig, zum 9. Januar 1979 ⁷⁾	8. WP: Drs. 8/2604

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Krebsbericht Beschluß vom 1. Juli 1976 – Drucksache 7/5459	einmalig, bis 31. Dezember 1978 ⁸⁾)	8. WP: Drs. 8/3556
Bericht über Maßnahmen zur Rheumabekämpfung Beschluß vom 30. November 1978 – Drucksache 8/2199	einmalig, bis 31. Dezember 1979	8. WP: Drs. 8/3625
Bericht einer beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit einzusetzenden Sachverständigenkommission zur Prüfung von Maßnahmen und Erfahrungen im Zusammenhang mit der Reform des § 218 StGB Beschluß vom 21. März 1975 – Drucksache 7/1789	einmalig, zum 1. Januar 1978 ⁹⁾)	8. WP: Drs. 8/3630
Bericht über die Entwicklung der Pockenerkrankungen in der Bundesrepublik Deutschland und über die Entwicklung der Welt-Pockenlage insgesamt Beschluß vom 12. Februar 1976 – Drucksache 7/4709	einmalig, bis Mai 1981	9. WP: Drs. 9/548
Bericht über Erfahrungen mit dem Arzneimittelgesetz Beschluß vom 6. Mai 1976 – Drucksache 7/5025	einmalig, bis 31. Dezember 1981	9. WP: Drs. 9/1335
Bericht zu dem Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Pockenschutzimpfung Beschluß vom 30. September 1982 – Drucksache 9/1996	einmalig, bis zum 1. März 1983	9. WP: Drs. 9/2423
Bericht über die mit den Ländern vereinbarte Zusammenarbeit bei der Auswahl der Einsatzbereiche im Zivildienst und über eine verstärkte Beteiligung der Länder an der Bereitstellung neuer Zivildienstplätze Beschluß vom 17. Dezember 1982 – Drucksache 9/2293	einmalig, zum 30. Juni 1983	10. WP: Drs. 10/220
Bericht zur Frage, ob bundesgesetzliche Grundlagen zur Finanzierung von Frauenhäusern geschaffen werden können Beschluß vom 26. Juni 1980 – Drucksache 8/4286	einmalig, in der 9. Wahlperiode	10. WP: Drs. 10/291

Bericht über die Erfahrungen mit dem Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts, insbesondere die strafrechtlichen und pharmakologischen Regelungen

Beschluß vom 26. Mai 1981 – Drucksache 9/443

Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen zur Rheumabekämpfung

Beschluß vom 2. Juli 1980 – Drucksache 8/4298

Bericht zu Fragen der Pflegebedürftigkeit

Beschluß vom 10. Dezember 1982 – Drucksache 9/2117

Formaldehyd. Ein gemeinsamer Bericht des Bundesgesundheitsamtes, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und des Umweltbundesamtes unter Beteiligung der Bundesanstalt für Materialprüfung, der Biologischen Bundesanstalt und des Vorsitzenden der Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Bericht über die Weltfrauenkonferenz in Nairobi

Beschluß vom 27. Juni 1985 – Drucksache 10/3490

Bericht über die Erfahrungen mit der Durchführung des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes

Artikel 6 Abs. 1 des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes vom 28. Februar 1983 (BGBl. I S. 203)

Bericht über die Anwendung und Auswirkungen des Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz)

Beschluß vom 25. Juni 1980 – Drucksache 8/4243

Bericht über die gegenwärtige Situation des Mißbrauchs von Alkohol, illegalen Drogen und Medikamenten in der Bundesrepublik Deutschland und die Ausführung des Aktionsprogramms des Bundes und der Länder zur Eindämmung und Verhütung des Alkoholmißbrauchs

Beschluß vom 26. Juni 1985 – Drucksache 10/3540

einmalig, bis
31. Dezember 1983

einmalig, bis
31. Dezember 1983

einmalig, baldmöglichst

–

einmalig, ohne Termin

einmalig, bis zum
31. Dezember 1985

binnen vier Jahren nach
Inkrafttreten des Gesetzes

einmalig, bis zum
31. März 1986

10. WP: Drs. 10/843

10. WP: Drs. 10/850

10. WP: Drs. 10/1943

10. WP: Drs. 10/2602

10. WP: Drs. 10/3888

10. WP: Drs. 10/3936

10. WP: Drs. 10/5007

10. WP: Drs. 10/5856

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die erzielten Ergebnisse zur Rheumabekämpfung (Rheumabericht) a) Beschluß vom 2. Juli 1980 – Drucksache 8/4298 – sowie Beschluß vom 7. Februar 1985 – Drucksache 10/2736; b) Beschluß vom 27. Juni 1996 – Drucksache 13/5047	einmalig, a) bis zum 31. Dezember 1987 b) ohne Termin	11. WP: Drs. 11/1479 13. WP: Drs. 13/8434
Bericht über die Lage der Frauenhäuser für mißhandelte Frauen und Kinder Beschluß vom 10. Dezember 1986 – Drucksache 10/4688	einmalig, bis zum 30. Juni 1988	11. WP: Drs. 11/2848
Bericht über gesetzliche Regelungen zur Gentechnik	–	11. WP: Drs. 11/3908
Bericht zu Auswirkungen des Prozesses von Aufbereitung und Nachzulassung für Arzneimittel mit vorbeugender Wirkung und Phytotherapeutika Beschluß vom 26. Juni 1986 – Drucksache 10/5732	einmalig, bis zum 1. Januar 1989	11. WP: Drs. 11/4250
Bericht über die Rechtsprechung nach den strafrechtlichen Vorschriften des Betäubungsmittelgesetzes Beschluß vom 26. Juni 1985 – Drucksache 10/3540	jährlich, ohne Termin	11. WP: Drs. 11/4329
Bericht über die Gleichstellungsstellen in Bund, Ländern und Kommunen a) Beschluß vom 10. Dezember 1986 – Drucksache 10/5623; b) Beschluß vom 11. Oktober 1991 – Drucksache 12/872; c) Beschluß vom 12. April 1994 – Drucksache 12/7066	einmalig, a) zum 1. Januar 1988 b) Mitte 1992 c) 1995	11. WP: Drs. 11/4893 12. WP: Drs. 12/5588 13. WP: Drs. 13/4021
Bericht zu der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 16. Juni 1989 zum Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes und zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und anderer Vorschriften Beschluß vom 16. Juni 1989 – Drucksache 11/4768	einmalig, zum 1. Oktober 1989	11. WP: Drs. 11/5329
Bericht über die Realisierung der Tätigkeit als Arzt im Praktikum Beschluß vom 13. Dezember 1984 – Drucksache 10/2586	zweimalig, zum 1. Oktober 1989 und zum 1. Oktober 1990	11. WP: Drs. 11/6149 12. WP: Drs. 12/1316

Bericht über die Behandlung von Lebensmitteln mit ionisierenden Strahlen Beschluß vom 9. November 1989 – Drucksache 11/4421	einmalig, zum 31. Oktober 1990	11. WP: Drs. 11/7574
Bericht zur Umsetzung der „Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung“ ¹⁰⁾ Beschluß vom 10. Dezember 1986 – Drucksache 10/5623	alle drei Jahre	11. WP: Drs. 11/8129 12. WP: Drs. 12/6226 13. WP: Drs. 13/5991
Bericht über die in den Jahren 1986 bis 1988 gemachten Erfahrungen mit dem Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub Beschluß vom 23. Februar 1989 – Drucksache 11/2329	einmalig, zweites Halbjahr 1989	11. WP: Drs. 11/8517
Bericht über die Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages zum Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ Beschluß vom 26. Oktober 1989 – Drucksache 11/5320	einmalig, bis Ende 1990	11. WP: Drs. 11/8520
Bericht zur Frage weiterer Maßnahmen der Frauenförderung in Beruf, Familie und anderen Bereichen Beschluß vom 22. Juni 1990 – Drucksache 11/7449	einmalig, bis zum 1. November 1990	12. WP: Drs. 12/447
Bericht über die Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen, auf deren Besetzung die Bundesregierung Einfluß hat Beschluß vom 11. Mai 1990 – Drucksache 11/4866	einmalig, bis zum 1. November 1990	12. WP: Drs. 12/594
Bericht zur Entwicklung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung und zur Umsetzung der Empfehlungen und Vorschläge der Konzentrierten Aktion zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen § 141 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (BGBl. I S. 2477, 2519)	alle drei Jahre, erstmals im Jahr 1991	12. WP: Drs. 12/1901, 12/8570
Bericht über die von der Selbstverwaltung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung durchgeführten Entlastungsmaßnahmen Beschluß vom 31. Mai 1990 – Drucksache 11/7233	einmalig, spätestens bis zum 31. Dezember 1991	12. WP: Drs. 12/2851
Bericht zur Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Juni 1986 zur Gewalt gegen Frauen Beschluß vom 31. Oktober 1990 – Drucksachen 10/5846, 11/8034	einmalig, zu Beginn der 12. Wahlperiode	12. WP: Drs. 12/3748

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über die Auswirkungen des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes unter Einbeziehung der weiteren Entwicklung der Werbung und des Verbrauchs von nicht rezeptpflichtigen Arzneimitteln und die Wirksamkeit von Maßnahmen der freiwilligen Selbstkontrolle sowie unter Einbeziehung der weiteren Entwicklung der Abgabe von Arzneimitteln in Selbstbedienung Beschluß vom 26. Juni 1986 – Drucksache 10/5732; Beschluß vom 20. Oktober 1989 – Drucksache 11/3048</p>	<p>einmalig, bis zum 31. März 1991¹¹⁾</p>	<p>12. WP: Drs. 12/5226</p>
<p>Bericht über die Auswirkungen der Festbeträge bei Arzneimitteln nach § 35 Abs. 1 bis 3 und Abs. 5 des Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen Beschluß vom 25. November 1988 – Drucksache 11/3320</p>	<p>einmalig, bis zum 31. Dezember 1992¹²⁾</p>	<p>12. WP: Drs. 12/5480</p>
<p>Altenbericht</p>	<p>–</p>	<p>12. WP: Drs. 12/5897</p>
<p>Bericht zur Gleichbehandlung von Grundwehrdienstleistenden und Zivildienstleistenden Beschluß vom 26. November 1993 – Drucksache 12/6209</p>	<p>einmalig, bis Anfang April 1994</p>	<p>12. WP: Drs. 12/7537</p>
<p>Bericht über Menschenrechtsverletzungen an Frauen Beschluß vom 31. Oktober 1990 – Drucksache 11/4150</p>	<p>einmalig, zum Ende der 12. Wahlperiode</p>	<p>12. WP: Drs. –¹³⁾</p>
<p>Bericht zur Gemeinschaftsverpflegung der Zivildienstleistenden Beschluß vom 26. November 1993 – Drucksache 12/6209</p>	<p>einmalig, November 1995</p>	<p>13. WP: Drs. 13/3173</p>
<p>Bericht über Erfahrungen mit dem Gentechnikgesetz Beschluß vom 12. November 1992 – Drucksache 12/3658</p>	<p>alle drei Jahre, erstmals Juni 1996</p>	<p>13. WP: Drs. 13/6538</p>
<p>Bericht über die 4. Weltfrauenkonferenz (4. WFK) vom 4. bis 15. September 1995 in Peking Beschluß vom 18. April 1996 – Drucksache 13/4042</p>	<p>einmalig, ohne Termin</p>	<p>13. WP: Drs. 13/6736</p>

Bericht über Erfahrungen mit dem Gesetz über die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung (Säuglingsnahrungswerbegesetz) Beschluß vom 29. Juni 1994 – Drucksache 12/8146	einmalig, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes	13. WP: Drs. 13/6927
Bericht zu der Frage einer Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs durch den Vater während der Mutterschutzfrist Beschluß vom 15. November 1996 – Drucksache 13/6110	einmalig	13. WP: Drs. 13/7206
Bericht über Erfahrungen mit dem Gesetz über die Berufe in der Physiotherapie (Masseur- und Physiotherapeutengesetz) Beschluß vom 10. März 1994 – Drucksache 13/6998	einmalig, drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes	13. WP: Drs. 13/8285

- 1) Unabhängig von der von Wahlperiode zu Wahlperiode abweichenden Aufgliederung der Ressorts im Bereich Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit werden die Berichte aus diesen Ministerien zusammenfassend unter dieser Ressortbezeichnung aufgeführt.
- 2) Zwischenbericht
- 3) Fortschreibung siehe unter Ressort Inneres.
- 4) Jeder 3. Bericht, erstmals zum 1. Juli 1979, soll einen Überblick über die gesamte Jugendhilfe vermitteln.
- 5) Fristverlängerung bis Ende März 1976 erbeten
- 6) Fristverlängerung bis Ende 1978 erbeten
- 7) zwei Jahre nach Inkrafttreten des Geflügelfleischhygienegesetzes
- 8) Fristverlängerung bis 31. Dezember 1979 erbeten; Zwischenbericht bis 1. April 1979 verlangt
- 9) Fristverlängerung bis 31. Dezember 1979 gewährt
- 10) gemeinsame Federführung mit dem Bundesministerium des Innern
- 11) Terminverschiebung beantragt
- 12) Fristverlängerung bis 31. März 1993 beantragt
- 13) Erledigt durch Drucksache 12/6330: Menschenrechtsbericht des Auswärtigen Amtes, der einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen an Frauen enthält.
- 14) Der in der 9. Wahlperiode fällige Bericht wurde gemäß Schreiben des BMJFG vom 14. Januar 1982 zurückgestellt.
- 15) Thema des Fünften Familienberichts: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten außerdem die folgenden Abschnitte des **Datenhandbuchs**:

- Abschnitt 6.4 mit Statistiken über die Parlamentarischen Staatssekretäre;
- Abschnitt 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert;
- Abschnitt 12.1 mit der Zahl der von Ressorts beantworteten Anfragen.

Ressort: Justiz

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. Gesetz über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) Beschluß vom 9. Juni 1961 – Drucksachen III/2838 und III/2904	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/2982
Bericht betr. § 116 des Deutschen Richtergesetzes Beschluß vom 14. Juni 1961 – Drucksache III/2785	einmalig, binnen Jahresfrist	4. WP: Drs. IV/634
Bericht über die Möglichkeit einer wahrheitsgemäßen vergleichenden Werbung	–	4. WP: Drs. IV/1976
Bericht über eine Streichung oder Neufassung des § 128 StGB Beschluß vom 4. Juni 1964 – Umdruck 467 (neu)	einmalig, bis 15. Oktober 1964	4. WP: Drs. IV/2862
Bericht über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten Beschluß vom 9. Dezember 1964 – Drucksache IV/2823	einmalig, bis 1. März 1965	4. WP: Drs. IV/3124
Bericht über die Errichtung eines zentralen Instituts zur Ausbildung und Fortbildung von Strafvollzugsbediensteten Beschluß vom 25. Mai 1965 – Drucksachen IV/3455 und IV/3239	einmalig, ohne Termin	5. WP: Drs. V/233
Bericht betr. Beeinträchtigung von Grundrechten durch gewalttätige Aktionen Beschluß vom 30. Januar 1970 – Drucksache VI/270	einmalig, bis 5. März 1970	6. WP: Drs. VI/479
Bericht betr. Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. 12. 1966 Beschluß vom 18. Oktober 1973 – Drucksache 7/1092	einmalig, bis 31. Dezember 1974	7. WP: Drs. 7/3076
Bericht über die Erfahrungen der Ausbildungs- und Prüfungssysteme für Juristen in den Bundesländern sowie über die Erfahrungen mit der Anrechnung von außerhalb der Universität erworbenen juristischen Kenntnissen Beschluß vom 24. Juni 1971 anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes	einmalig, 1974 ¹⁾	7. WP: Drs. 7/3604

Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden, ob und inwieweit eine vermehrte Aufstellung von Mietspiegeln durch die Gemeinden ermöglicht werden kann Beschluß vom 17. Oktober 1974 – Drucksache 7/2629	einmalig, baldmöglichst	7. WP: Drs. 7/5160
Bericht über die Erfahrungen mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Abzahlungsgesetzes Beschluß vom 12. Dezember 1973 anlässlich der Verabschiedung dieses Gesetzes	einmalig, Ende 1975	8. WP: Drs. 8/234
Bericht über die Auswirkungen des Gesetzes zur Entlastung des Bundesfinanzhofs Beschluß vom 5. Juni 1975 – Drucksache 7/3654	einmalig, Juli 1977	8. WP: Drs. 8/1016
Bericht über Maßnahmen der Bundesregierung zur rechtlichen Gleichstellung von ehelichen Kindern und Adoptivkindern sowie von leiblichen Eltern und Adoptiveltern Beschluß vom 6. Mai 1976 – Drucksache 7/5087	einmalig, bis Januar 1978	8. WP: Drs. 8/1495
Bericht über die Auswirkungen des Zweiten Gesetzes über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum Beschluß vom 17. Oktober 1974 – Drucksache 7/2629	einmalig, nach Ablauf des Jahres 1978	8. WP: Drs. 8/2610
Bericht über Zahl, Art, Dauer und andere Daten der Verwaltungsstreitverfahren wegen Vergabe von Studienplätzen bei dem zentral zuständigen Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Beschluß vom 26. Juni 1978 – Drucksache 8/1935	einmalig, bis zum 1. April 1979	8. WP: Drs. 8/2698
Bericht über die Erfahrungen beim Vollzug des Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung Beschluß vom 16. Februar 1978 – Drucksache 8/1510	einmalig, zum 31. Dezember 1979	8. WP: Drs. 8/3564
Bericht darüber, ob die im Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren (Vereinfachungs-novelle) enthaltenen Änderungen des Mahnverfahrens, insbesondere die Neuregelung, wonach die Schlüssigkeit des geltend gemachten Anspruchs bei Erlass des Mahnbescheids nicht mehr geprüft zu werden braucht, die Einführung eines neuen Straftatbestandes zum Schutz der in Anspruch genommenen Partei erforderlich machen Beschluß vom 3. Juni 1976 – Drucksache 7/5250	einmalig, bis Juli 1980	8. WP: Drs. 8/4347

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht darüber, ob der Grundgedanke des angelsächsischen Prozeßrechts, daß öffentliche Vorverurteilungen ein faires Verfahren nicht erschweren dürfen, in das deutsche Strafprozeßrecht übernommen werden kann Beschluß vom 24. Mai 1984 – Drucksache 10/1496</p>	<p>einmalig, bis zum 31. Dezember 1984²⁾</p>	<p>10. WP: Drs. 10/4608</p>
<p>Bericht über die Bewährung des bestehenden Sanktionssystems von StGB und StPO Beschluß vom 5. Dezember 1985 – Drucksache 10/4391</p>	<p>einmalig, bis zum 1. Juli 1986</p>	<p>10. WP: Drs. 10/5828</p>
<p>Kabinetttbericht zur künstlichen Befruchtung beim Menschen</p>	<p>–</p>	<p>11. WP: Drs. 11/1856</p>
<p>Situation in der Finanzgerichtsbarkeit Beschluß vom 5. November 1987 – Drucksache 11/1082</p>	<p>einmalig, bis zum 30. Juni 1988</p>	<p>11. WP: Drs. 11/3085</p>
<p>Bericht über die praktischen Erfahrungen mit den durch das Gesetz zur Änderung wirtschafts-, verbraucher-, arbeits- und sozialrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1169) novellierten Vorschriften</p>	<p>–</p>	<p>11. WP: Drs. 11/4280</p>
<p>Bericht über die Auswirkungen der Urheberrechtsnovelle 1985 und Fragen des Urheber- und Leistungsschutzrechts Beschluß vom 23. Mai 1985 – Drucksache 10/3360</p>	<p>alle drei Jahre³⁾⁴⁾</p>	<p>11. WP: Drs. 11/4929 12. WP: –⁴⁾</p>
<p>Maskuline und feminine Personenbezeichnungen in der Rechtssprache. Bericht der Arbeitsgruppe Rechtssprache vom 17. Januar 1990 Beschluß vom 11. Mai 1990 – Drucksache 11/2152</p>	<p>einmalig</p>	<p>12. WP: Drs. 12/1041</p>
<p>Bericht über Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes für die Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 14. November 1991 – Drucksache 12/1579</p>	<p>einmalig, bis zum 15. November 1992</p>	<p>12. WP: Drs. 12/4168</p>

Bericht über die Auswirkungen der durch das Gesetz zur Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums und zur Bekämpfung der Produktpiraterie (PrPG) vom 7. März 1990 (BGBl. I S. 422) eingeführten neuen Maßnahmen zur Bekämpfung der Schutzrechtsverletzungen im Bereich des geistigen Eigentums, insbesondere der Produktpiraterie Beschuß vom 14. Dezember 1989 – Drucksache 11/5744	einmalig, zum 1. Juli 1992	12. WP: Drs. 12/4427
Bericht über Situation und Fortschritte bei der Beseitigung von Investitionshemmnissen im eigentumsrechtlichen Bereich der neuen Bundesländer Beschuß vom 26. Juni 1992 – Drucksache 12/2957	einmalig, bis zum 1. Juli 1993	12. WP: Drs. 12/6866
Erfahrungsbericht über den Vollzug des Überstellungsausführungsgesetzes Beschuß vom 13. Juni 1991 – Drucksache 12/538	einmalig, bis zum 8. Oktober 1992	12. WP: Drs. 12/7177
Bericht über die Entwicklung des Urhebervertragsrechts Beschuß vom 8. Februar 1990 – Drucksache 11/5958	einmalig, zu gegebener Zeit	12. WP: Drs. 12/7489
Bericht zur Frage gesetzgeberischen Handlungsbedarfs beim Schutz vor sexuellem Mißbrauch in Abhängigkeits- und Therapieverhältnissen Beschuß vom 10. März 1994 – Drucksache 12/7035	einmalig, bis spätestens 15. Juni 1994	12. WP: Drs. 12/8336
Bericht zur Rechtsstellung des ausgleichsberechtigten Ehegatten beim Ausgleich fremder Versorgungsansprüche Beschuß vom 13. November 1986 – Drucksache 10/6369	einmalig, bis zum 31. Dezember 1994	13. WP: Drs. 13/152
Bericht über die praktischen Auswirkungen der im Betreuungsgesetz enthaltenen Regelungen zur Sterilisation Beschuß vom 25. April 1990 – Drucksache 11/6983	alle vier Jahre, erstmals zum 1. Januar 1996	13. WP: Drs. 13/3822
Bericht über den Verhandlungsstand zu einer Bioethik-Konvention des Europarates [jetzt: Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin] Beschuß vom 29. Juni 1995 – Drucksache 13/1816	in angemessenem zeitlichen Abstand zu den Sitzungen des Lenkungsausschusses für Bioethik	13. WP: Drs. 13/5435

1) Fristverlängerung bis April 1975 erbeten.

2) Fristverlängerung bis Anfang des Jahres 1985 gewährt.

3) ab Inkrafttreten (1. Juli 1985) des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts vom 24. Juni 1985 (BGBl. I S. 1137)

4) Freistellung von der Berichtspflicht für 1994 erbeten, weil Bundesministerium der Justiz mehrere Gesetzesinitiativen vorgelegt hat.

Ressort: Post- und Fernmeldewesen / Post und Telekommunikation¹⁾

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht betr. Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten der EWG für Postgebühren a) Beschluß vom 23. Juni 1965 – Drucksache IV/3539; b) Beschluß vom 29. Juni 1966 – Drucksache V/761; c) Beschluß vom 16. Februar 1968 – Drucksache V/2538</p>	<p>einmalig, a) bis 31. März 1966 b) bis 31. Dezember 1967 c) ohne Termin</p>	5. WP: Drs. V/497, V/2439
<p>Übersicht zu Pressepräferenzen im Fernmeldewesen verschiedener europäischer Länder und allgemeine vergleichbare Daten Beschluß vom 19. Juni 1969 – Drucksachen V/3903 und V/4363</p>	einmalig, unverzüglich	6. WP: Drs. IV/1392
<p>Bericht über die Einführung der Notrufnummer 110 im gesamten Bundesgebiet Beschluß vom 29. November 1973 – Drucksache 7/1189</p>	einmalig, zum 1. September 1974	7. WP: Drs. 7/2588 (neu)
<p>Bericht über das Konzept zur künftigen Postversorgung auf dem Lande Beschluß vom 17. Oktober 1979 – Drucksache 8/3286</p>	einmalig, unverzüglich	9. WP: Drs. 9/408
<p>Bericht über die Entwicklung der Verkehrsstruktur und der Gebühreneinnahmen im Fernsprecbereich seit dem 1. 4. 1980 sowie über die Verkehrsqualität im Fernsprechnet Beschluß vom 26. Juni 1980 – Drucksache 8/4254</p>	einmalig, bis zum 1. Juni 1981	9. WP: Drs. 9/528
<p>Bericht über die Erschließung des Zonenrandgebietes im Bereich des Post- und Fernmeldewesens Beschluß vom 17. April 1980 zu Nr.2 des Antrags in Drucksache 8/3786 in Verbindung mit Nr.4 der Einleitung zum Bericht des Bundesministers für Verkehr 1980 über den Fortgang der Verkehrserschließung des Zonenrandgebietes (Drucksache 9/89); Beschluß vom 15. Dezember 1982 – Drucksache 9/2267; Beschluß vom 4. Dezember 1986 – Drucksache 10/6468; Beschluß vom 28. Oktober 1988 – Drucksache 11/2294; Beschluß vom 25. Oktober 1990 – Drucksache 11/6109</p>	alle zwei Jahre, erstmals 1981	<p>9. WP: Drs. 9/552 10. WP: Drs. 10/2660, 10/6790 11. WP: Drs. 11/3704 12. WP: Drs. 12/203, 12/3151</p>

¹⁾ Wechsel der Ressortbezeichnung im September 1989

Ressort: Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Lage auf dem Geschäftsraummarkt Beschluß vom 8. Dezember 1954 – Umdruck 275	einmalig, bis zum 31. Juni 1955	2. WP: Drs. II/1701
Bericht über die von Bund und Ländern für die Förderung des Wohnungsbaues für Facharbeiter in den Zonenrandgebieten bereitgestellten Mittel Beschluß vom 28. Juni 1956 – Drucksachen II/2222 und II/2496, Umdruck 716	einmalig, zum 30. Oktober 1956	2. WP: Drs. II/2826, II/3410
Bericht betr. Räumung von Lagern und Notunterkünften durch Wohnungsbau Beschluß vom 26. Februar 1958 – Drucksache III/72, Umdruck 14	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/667
Bericht betr. Maßnahmen zur raumordnerisch wirksamen Förderung einer verstärkten Ausweisung und Erschließung neuen Baulandes in Randgebieten der Schwerpunkte des Wohnungsbedarfs Beschluß vom 18. Mai 1962 – Drucksache IV/212, Umdruck 103	einmalig, zum 1. November 1962	4. WP: Drs. IV/707

Reihenfolge der Ressorts

Arbeit und Sozialordnung	Seite 1271	Justiz	Seite 1340
Auswärtiges	1285	Post- und Fernmeldewesen/Post und Telekommunikation	1344
Bildung und Wissenschaft	1292	Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1345
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1299	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	1350
Finanzen	1302	Verkehr	1355
Forschung und Technologie	1312	Verteidigung	1362
Innerdeutsche Beziehungen (zuvor: Gesamtdeutsche Fragen)	1316	Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	1365
Inneres	1317	Wirtschaft	1366
Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	1330	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	1376

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über die bei der räumlichen Entwicklung des Bundesgebietes zugrunde zu legenden Tatsachen, die Auswirkungen zwischenstaatlicher Verträge auf die räumliche Entwicklung des Bundesgebietes, in Sonderheit dessen regionale Wirtschaftsstruktur sowie die im Rahmen der angestrebten räumlichen Entwicklung durchgeführten und geplanten Maßnahmen (Raumordnungsbericht) Beschluß vom 6. März 1963 – Drucksache IV/473; § 11 des Raumordnungsgesetzes vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 306), geändert durch Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes vom 10. August 1976 (BGBl. I S. 2127) und Beschluß vom 3. Dezember 1987 – Drucksache 11/1173; Beschluß vom 17. Juni 1992 – Drucksache 12/2143; Beschluß vom 20. Juni 1996 – Drucksache 13/1740</p>	<p>alle zwei (später: vier) Jahre, erstmals 1966¹⁾</p>	<p>4. WP: Drs. IV/1492 5. WP: Drs. V/1155, V/3958 6. WP: Drs. VI/1340, VI/3793 7. WP: Drs. 7/3582 8. WP: Drs. 8/2378 9. WP: – 10. WP: Drs. 10/210, 10/6027 11. WP: Drs. 11/7589 12. WP: Drs. 12/1098⁵⁾, 12/6921 13. WP: Drs. 13/2941⁸⁾</p>
<p>Bericht betr. Umschichtungsmaßnahmen der Länder und Kommunen im sozialen Wohnungsbau Beschluß vom 27. Juni 1963 – Drucksachen IV/971, IV/1335, Umdruck 317</p>	<p>einmalig, „alsbald“</p>	<p>4. WP: Drs. IV/2467</p>
<p>Bericht über die in den einzelnen Ländern gemachten Erfahrungen mit dem Wohngeldgesetz (Wohngeldbericht) Beschluß vom 12. Februar 1965 bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Wohnbeihilfen; Beschluß vom 11. Mai 1967 – Drucksache V/1687; Beschluß vom 4. November 1970 – Drucksache VI/1325</p>	<p>alle zwei Jahre zum 1. Juli, erstmals 1967</p>	<p>5. WP: Drs. V/796, V/2399 6. WP: Drs. VI/378 7. WP: Drs. 7/1563²⁾</p>
<p>Städtebaubericht Beschluß vom 23. Januar 1976 zu Nr. 2 des Antrags in Drucksache 7/4465³⁾</p>	<p>fortlaufend</p>	<p>6. WP: Drs. VI/1497 7. WP: Drs. 7/3583 13. WP: Drs. 13/5490</p>
<p>Bericht über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum (Mietenbericht) § 8 Abs. 4 des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1637); § 8 Abs. 4 in der Neufassung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1866)</p>	<p>jährlich im Januar, erstmals 1972</p>	<p>6. WP: Drs. VI/3237 7. WP: Drs. 7/651²⁾</p>

Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes (**Bundesraumordnungsprogramm**)

Beschluß vom 3. Juli 1969

Wohngeld- und Mietenbericht

Beschluß vom 2. April 1974 zu Drucksache 7/1833 über die Zusammenlegung des Wohngeld- und Mietenberichtes; im übrigen Rechtsgrundlage bei Wohngeldbericht und Mietenbericht; später zeitweise:

Bericht über die Durchführung des Wohngeldgesetzes und über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum (**Wohngeld- und Mietenbericht**)

§ 8 Abs. 7 des Wohngeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1421), a) Beschluß vom 6. April 1984 – Drucksache 10/1144 – sowie Beschluß vom 20. Juni 1985 – Drucksache 10/3475; b) Beschluß vom 9. Juni 1988 – Drucksache 11/2394

Bericht über das Zusammenwirken finanzwirksamer wohnungspolitischer Instrumente

Beschluß vom 18. Juni 1980 – Drucksache 8/3942

Programmatische Schwerpunkte der Raumordnung

Städtebaulicher Bericht: Umwelt und Gewerbe in der Städtebaupolitik

Beschluß vom 26. Juni 1986 – Drucksache 10/4510 und 10/5742

Bericht über Schäden an Gebäuden

a) Beschluß vom 21. Januar 1988 – Drucksache 11/1652;

b) Beschluß vom 28. September 1989 – Drucksache 11/4368

Städtebaulicher Bericht: Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege

Beschluß vom 23. Oktober 1986 – Drucksache 10/6252 und Beschluß vom 5. Mai 1988 – Drucksache 11/2193

Bericht zur Erneuerung von Dörfern und kleinen Orten (**Dorferneuerungsbericht**)

a) Beschluß vom 23. Oktober 1986 – Drucksache 10/6252;

b) Beschluß vom 5. November 1992 – Drucksache 12/3403

einmalig, ohne Termin

alle zwei Jahre,
a) bis zum 31. Dezember
b) bis zum 31. März

einmalig, 1981

–

einmalig, noch in der
10. Wahlperiode

einmalig,
a) unverzüglich
b) frühestens im
4. Quartal 1995

einmalig, ohne Termin

einmalig,
a) ohne Termin
b) 1995⁷⁾

7. WP: Drs. 7/3584

7. WP: Drs. 7/4460⁴⁾

8. WP: Drs. 8/707, 8/3528

9. WP: Drs. 9/1242

10. WP: Drs. 10/854, 10/3222

11. WP: Drs. 11/1583, 11/6483

12. WP: Drs. 12/2356, 12/7153

13. WP: Drs. 13/4254

9. WP: Drs. 9/1708

10. WP: Drs. 10/3146

10. WP: Drs. 10/5999

11. WP: Drs. 11/1830

13. WP: Drs. 13/3593

11. WP: Drs. 11/2568

11. WP: Drs. 11/6346

13. WP: Drs. 13/5490

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Auswirkungen des Wohngeldsondergesetzes Beschluß vom 14. Mai 1991 – Drucksache 12/495	einmalig, bis zum 31. Dezember 1992	12. WP: Drs. 12/4062
Großsiedlungsbericht 1994 Beschluß vom 7. Dezember 1989 – Drucksache 11/4702	einmalig	12. WP: Drs. 12/8406
Bericht zur Umsetzung der Vorschläge des Deutschen Bundestages bezüglich einer Verkürzung des Genehmigungsverfahrens für Anlagen durch ergänzende Regelungen in der 9. BImSchVO oder darauf basierenden Verwaltungsvorschriften Beschluß vom 12. Februar 1993 – Drucksache 12/4317	einmalig	12. WP: –6)
Bericht der Expertenkommission Wohnungspolitik Beschluß vom 13. März 1992 – Drucksache 12/2231	einmalig, baldmöglichst	13. WP: Drs. 13/159
Bericht über die erzielten Ergebnisse und den Stand der mitgliedstaatlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung innerhalb der Europäischen Union Beschluß vom 29. April 1993 – Drucksache 12/4640	einmalig, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/1078
Bericht über die Wirkung der geänderten und neuen Instrumente des Wohnungsbau-Erleichterungsgesetzes, hier: Bericht über die Auswirkungen der mietrechtlichen Teile des Gesetzes Beschluß vom 15. März 1990 – Drucksache 11/6636; Beschluß vom 12. Februar 1993 – Drucksache 12/4317	einmalig, Anfang 1995	13. WP: Drs. 13/1242
Stellungnahme zum Bericht der Expertenkommission Wohnungspolitik (Drucksache 13/159)	–	13. WP: Drs. 13/1268
Handlungsrahmen der Bundesregierung für eine Initiative zum kosten- und flächensparenden Bauen	–	13. WP: Drs. 13/2247

Bericht über die Umsetzung des Altschuldenhilfe-Gesetzes und den Fortgang der Wohnungsprivatisierung in den neuen Bundesländern Beschuß vom 16. Juni 1994 – Drucksache 12/7923	einmalig, bis zum 30. Juni 1995	13. WP: Drs. 13/2501
Bericht über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung entlang der deutsch-polnischen Grenze	–	13. WP: Drs. 13/2685
Bericht zur Regionalisierung raumwirksamer Bundesmittel Beschuß vom 21. Juni 1995 – Drucksache 13/1740	einmalig, ohne Termin	13. WP: Drs. 13/2941
Bericht über Schäden an Gebäuden, der – auf die bis dahin eingeleiteten Maßnahmen eingeht, – die Bauschäden von historischen Bau- und Kunstdenkmälern einbezieht und – auch die Verkehrsbauten und die durch den Verkehr bedingten Bauschäden behandelt Beschuß vom 28. September 1989 – Drucksache 11/4368	einmalig, innerhalb von vier Jahren	13. WP: Drs. 13/3593
Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik. Nationalbericht Deutschland (Habitat II)	–	13. WP: Drs. 13/3679
Bericht über Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit Beschuß vom 29. Juni 1995 – Drucksache 13/1848	einmalig, bis 1. Juli 1996	13. WP: Drs. 13/5226
Bericht zum Stand der Maßnahmen der Bundesregierung zum Umzug nach Berlin und zum Ausgleich für die Region Bonn	–	13. WP: Drs. 13/5371
Bericht über die Wirkung der geänderten und neuen Instrumente des Wohnungsbau-Erleichterungsgesetzes, hier: Bericht über die baurechtlichen Auswirkungen des Gesetzes Beschuß vom 15. März 1990 – Drucksache 11/6636; Beschuß vom 12. Februar 1993 – Drucksache 12/4317	einmalig, im Laufe des Jahres 1997	13. WP: Drs. 13/5489

Fußnoten auf Seite 1350

Hinweis

Eine detaillierte Statistik zur Gesetzgebung mit Angaben darüber, wie hoch der Anteil der von der Bundesregierung, vom Bundestag und vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwürfe ist, enthält Abschnitt 11.5.

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über das Programm zur Bürgschaftsübernahme – insbesondere für den Erwerb von Wohnungen zur Eigennutzung aus dem Bestand in den neuen Bundesländern Beschluß vom 27. Oktober 1995 – Drucksache 13/2784	einmalig, bis Mitte 1997	13. WP: Drs. 13/8297

- 1) Zuständigkeit zunächst beim BMin des Innern
- 2) Weitere Berichte siehe weiter unten unter Wohngeld- und Mietenbericht.
- 3) Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau beabsichtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau künftig anstelle eines umfassenden „Städtebauberichts“ „Städtebauliche Berichte“ über bestimmte aktuelle Teilfragen und Entwicklungstendenzen vorzulegen.
- 4) Frühere Berichte in der 5., 6. und 7. Wahlperiode siehe getrennt unter Wohngeld- bzw. Mietenbericht.
- 5) gesonderter Raumordnungsbericht, der sich mit der Situation in den neuen Bundesländern befaßt
- 6) Erledigt mit Drucksache 12/6923 vom 28. Februar 1994, vorgelegt vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 7) Fristverlängerung bis Frühjahr 1996 erbeten
- 8) mit Bericht zur Regionalisierung raumwirksamer Bundesmittel und Darstellung der großräumigen raumbedeutsamen Planungen nach § 4 Abs. 1 des Raumordnungsgesetzes

Ressort: Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit¹⁾

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung a) Beschluß vom 22. Mai 1962 – Drucksache IV/281; Beschluß vom 14. März 1975 – Drucksache 7/3128 i. V. m. Beschluß vom 29. November 1979 – Drucksache 8/3330; Beschluß vom 15. Dezember 1982 – Drucksache 9/2263; b) § 5 Abs. 2 des Strahlenschutzvorsorgegesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610); Beschluß vom 16. Oktober 1992 – Drucksache 12/2515	a) alle zwei Jahre, ohne Termin b) jährlich, ohne Termin	9. WP: Drs. 9/644, 9/2237 10. WP: Drs. 10/2048 11. WP: Drs. 11/949, 11/5049, 11/6142, 11/6144 12. WP: Drs. 12/69, 12/2677, 12/4687, 12/7536, 12/8539 13. WP: Drs. 13/2287, 13/5572

Bericht der Bundesregierung gem. § 61 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl.I S.721, 1193) (Immissionsschutzbericht)	alle vier Jahre, jeweils ein Jahr nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages	9. WP: Drs. 9/1458 10. WP: Drs. 10/1354 11. WP: Drs. 11/2714 12. WP: Drs. 12/4006 13. WP: Drs. 13/4825
Gesamtkonzept einer stufenweisen drastischen Emissionsverminderung aller vom Menschen in die Atmosphäre, Gewässer oder Boden eingebrachten Stoffe, die die Regenerationsfähigkeit des Naturkreislaufs nachhaltig stören oder zerstören Beschluß vom 9. Februar 1984 – Drucksache 10/870	einmalig, bis Mitte 1984	10. WP: Drs. 10/6028 ²⁾
Luftverunreinigungen in Innenräumen. Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen	–	11. WP: Drs. 11/613
Bericht über den Vollzug des Abfallgesetzes vom 27. August 1986 Beschluß vom 18. Juni 1986 – Drucksache 10/5656	einmalig, bis Jahresmitte 1987	11. WP: Drs. 11/756
Bericht zur Vorbereitung der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz vom 21. September 1987 Beschluß vom 5. Juni 1986 – Drucksache 10/5255	einmalig, vor der nächsten Nordseeschutz-Konferenz	11. WP: Drs. 11/878
Umweltgutachten 1987	–	11. WP: Drs. 11/1568
Maßnahmen zum Bodenschutz	–	11. WP: Drs. 11/1625
Bericht zur Entsorgung der Kernkraftwerke und anderer kerntechnischer Einrichtungen (Entsorgungsbericht) ³⁾	–	11. WP: Drs. 11/1632
Bericht „Sport und Umwelt“ Beschluß vom 4. Dezember 1986 – Drucksache 10/6563	einmalig, bis zum 1. September 1987 ⁴⁾	11. WP: Drs. 11/2134
Bericht über den Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Beschlüsse der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz (2. INK) vom 24. bis 25. November 1987 in London Beschluß vom 10. Juni 1988 – Drucksache 11/2184	einmalig, bis Ende 1988	11. WP: Drs. 11/3847
Bericht über die weitere Entwicklung der Belastung der Gewässer durch Ammonium-Stickstoff und Phosphor Beschluß vom 5. Dezember 1986 – Drucksache 10/6656	einmalig, bis zum 31. Dezember 1988 ⁵⁾	11. WP: Drs. 11/4213

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Wirkungen des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes vom 19. Dezember 1986 Beschluß vom 13. November 1986 – Drucksache 10/6404	einmalig, bis zum 31. Dezember 1988	11. WP: Drs. 11/4315
Bericht über den Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Beschlüsse der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz (2. INK) vom 24. bis 25. November 1987 in London und über die Vorbereitungsarbeiten zur 3. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz (3. INK) vom 7. bis 8. März 1990 in Den Haag Beschluß vom 10. Juni 1988 – Drucksache 11/2184; Beschluß vom 7. Dezember 1988 – Drucksache 11/3299	einmalig, bis Ende 1989	11. WP: Drs. 11/6373
Bericht über die Erfüllung international eingegangener Verpflichtungen zur Reduzierung der Luftverunreinigungen	–	11. WP: Drs. 11/6894
Bericht über die Auswirkungen der 5. Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz auf die Gewässer Beschluß vom 27. Juni 1986 – Drucksache 10/5727	einmalig, bis zum 31. Dezember 1989 ⁶⁾	11. WP: Drs. 11/7327
Bericht über die Konsequenzen des bis 1992 angestrebten gemeinsamen Binnenmarktes für die Abfallentsorgung in der Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 14. März 1990 – Drucksache 11/6376	einmalig, rechtzeitig vor der Verabschiedung der Richtlinie des Rates (EWG) über gefährliche Abfälle	11. WP: Drs. 11/8161
Bericht über Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht Beschluß vom 22. September 1988 – Drucksache 11/2946; Beschluß vom 9. März 1989 – Drucksache 11/4133	jährlich	11. WP: Drs. 11/8166 12. WP: Drs. 12/3846, 12/8557 13. WP: Drs. 13/8273
Bericht über die Ergebnisse des Planspiels zu den Entwürfen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift nach § 20 UVPG und der Novelle zur Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Beschluß vom 16. November 1989 – Drucksache 11/5532	einmalig, ohne Termin	12. WP: Drs. 12/584

Bericht der Bundesregierung über ihre laufenden Aktivitäten zur Tropenwalderhaltung und zum Stand der Umsetzung der genannten Schutzmaßnahmen auf internationaler, EG-weiter und nationaler Ebene und darüber hinaus über die Entwicklung auf dem Gebiet des Schutzes der tropischen Wälder sowie Stellungnahme zu den Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ zum Schutz der tropischen Wälder Beschuß vom 26. Oktober 1990 – Drucksache 11/8009	alle zwei Jahre, beginnend ab 1. März 1991	12. WP: Drs. 12/1831
Bericht über die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (3.–14. Juni 1992)	–	12. WP: Drs. 12/3380
Bericht über die Umsetzung der Beschlüsse der 3. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz (3. INK) vom 7. bis 8. März 1990 in Den Haag Beschuß vom 7. Dezember 1988 – Drucksache 11/3299	einmalig	12. WP: Drs. 12/4406
Bericht über die Möglichkeiten einer weiteren Beschleunigung und Vereinfachung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Beschuß vom 12. Februar 1993 – Drucksache 12/4317	einmalig	12. WP: Drs. 12/6923
Umweltgutachten 1994 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung	–	12. WP: Drs. 12/6995
Bericht über die Auswirkungen der 2. und 3. Novelle zum Abwasserabgabengesetz und Ausgestaltung einer Abwasserabgabe für Indirekteinleiter Beschuß vom 5. Dezember 1986 – Drucksache 10/6656 und Beschuß vom 31. Mai 1990 – Drucksache 11/7231	einmalig, bis zum 31. Dezember 1993	12. WP: Drs. 12/8344

Fußnoten auf Seite 1355

Hinweis

In Abschnitt 6.20 wird versucht, die unterschiedliche parlamentarische Beanspruchung der einzelnen Ressorts zu veranschaulichen.

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Umweltbericht § 11 des Umweltinformationsgesetzes vom 8. Juli 1994 (BGBl. I S. 1490)	alle vier Jahre	12. WP: Drs. 12/84517)
Erster Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	–	12. WP: Drs. 12/8556
Sondergutachten „Altlasten II“ des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen	–	13. WP: Drs. 13/380
Bericht zum Jahresgutachten 1994 des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen „Welt im Wandel: Die Gefährdung der Böden“	–	13. WP: Drs. 13/2221
Bericht zur Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland	–	13. WP: Drs. 13/2707
Umweltgutachten 1996 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung	–	13. WP: Drs. 13/4108
Sondergutachten „Konzepte einer dauerhaft-umweltgerechten Nutzung ländlicher Räume“ des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen	–	13. WP: Drs. 13/4109
Bericht über die Umsetzung des Arbeitsprogramms der Bundesregierung zu den sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl vom 19. März 1986	–	13. WP: Drs. 13/4453
Bericht zum Jahresgutachten 1995 „Welt im Wandel: Wege zur Lösung globaler Umweltprobleme“ des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen	–	13. WP: Drs. 13/5146

- 1) Einrichtung des Ressorts im Juni 1986; Berichtspflichten dieses Bereichs bestanden zuvor hauptsächlich beim Ressort Inneres.
- 2) Leitlinien der Bundesregierung zur Umweltvorsorge durch Vermeidung und stufenweise Verminderung von Schadstoffen (Leitlinien Umweltvorsorge).
- 3) Bis Einrichtung des Ressorts Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wurde der Entsorgungsbericht vom Ressort Inneres erstellt.
- 4) Fristverlängerung gewährt
- 5) Fristverlängerung bis März 1989 gewährt
- 6) Fristverlängerung bis März 1990 gewährt
- 7) Überschrift des Umweltberichts 1994: Politik für eine nachhaltige umweltgerechte Entwicklung

Ressort: Verkehr

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die wirtschaftliche Lage der Deutschen Bundesbahn und die Wirtschaftsabschlüsse der Hauptverwaltung der Bundesbahn in Offenbach (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) und der Generaldirektion Speyer (französische Zone) für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1949 Beschluß vom 21. Oktober 1949	einmalig, „beschleunigt“	1. WP: Drs. 505, Sonderdruck
Bericht über Maßnahmen zur Eindämmung des unechten Werkverkehrs Beschluß vom 21. Februar 1957 – Drucksachen II/2573 und II/3163	einmalig	2. WP: Drs. II/3526
Bericht betr. Vergabe der Aufträge durch die Eurofima Beschluß vom 28. September 1956 – Drucksachen II/2190 und II/2519	jährlich, ohne Termin	3. WP: Drs. III/322, III/991, III/1759, III/2660 4. WP: Drs. IV/365, IV/1075, IV/2143, IV/3281 5. WP: Drs. V/604, V/1712, V/2869, V/3130
Bericht betr. Schiffbarmachung der Mosel Beschluß vom 14. Dezember 1956 – Drucksachen II/2903 und II/3000	jährlich, ohne Termin	3. WP: Drs. III/789, III/1545, III/2420 4. WP: Drs. IV/173, IV/1000, IV/1919, IV/3190

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Vierjahresprogramm für den Ausbau der Bundeswasserstraßen im Binnen- und Küstenbereich für die Haushaltsjahre 1959 bis 1962 Beschluß vom 4. Juli 1958 – Drucksachen III/300 und III/463 sowie Umdruck 147</p>	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/1199
<p>Bericht betr. Sonderregelungen für den Güternahverkehr in wirtschaftlich schwachen und verkehrsmäßig ungünstig gelegenen Gebieten Beschluß vom 22. April 1959 – Drucksachen III/562 und III/945</p>	einmalig, bis 1. Dezember 1959	3. WP: Drs. III/1585
<p>Bericht der Prüfungskommission für die Deutsche Bundesbahn über die Deutsche Bundesbahn (DB) a) Beschluß vom 12. Februar 1958; b) Beschluß vom 29. Juni 1961 – Drucksache III/2844</p>	einmalig, a) ohne Termin b) kommende Wahlperiode	3. WP: Drs. III/1602 4. WP: Drs. IV/840
<p>Bericht betr. Zwischenaufenthalt der Deutschen Bundesbahn in Offenburg zur Sicherung der Verbindung mit Straßburg Beschluß vom 17. März 1961 – Drucksachen III/2050 und III/2511</p>	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/2764
<p>Bericht betr. Sicherung von schienengleichen Kreuzungen Beschluß vom 4. Mai 1961 – Drucksachen III/1337 und III/2693</p>	einmalig, ohne Termin	3. WP: Drs. III/2995
<p>Bericht betr. Reiseerleichterungen für Kriegsversehrte Beschluß vom 29. Juni 1961 – Drucksachen III/1352 und III/2883</p>	einmalig, ohne Termin	4. WP: Drs. IV/252
<p>Bericht betr. Ausbau der Lahn Beschluß vom 29. Juni 1961 – Drucksache III/2882</p>	einmalig, zum 31. März 1962	4. WP: Drs. IV/293, IV/2511
<p>Bericht über den Stand der Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Straßenbaufinanzierungshilfe zugunsten kommunaler Baulastträger Beschluß vom 9. März 1960 – Umdruck 478</p>	einmalig, bis 30. September 1960	4. WP: Drs. IV/345

Bericht betr. Planung der Bundesfernstraßen in den Regierungsbezirken Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden

Beschluß vom 29. Juni 1961 – Drucksache III/2894

Bericht [über den Stand der Arbeiten] der Sachverständigenkommission über eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden

a) § 4 des Gesetzes über eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden vom 1. August 1961 (BGBl. I S. 1109); b) Beschluß vom 11. Dezember 1968 – Drucksache V/3294; c) Beschluß vom 15. Dezember 1970 – Drucksache VI/1588

Bericht über die Verzerrungen der Wettbewerbsbedingungen im binnenländischen Güterverkehr nach Art und Ausmaß und Vorschläge zu ihrer Beseitigung

Beschlüsse vom 29. Juni 1961 und 12. April 1962 – Drucksachen III/2830 – 2833, IV/200 und IV/311

Bericht über die Fremdschulden der Deutschen Bundesbahn, ihre politischen Lasten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Beschluß vom 12. April 1962 – Umdruck 73

Bericht über die Frachtsätze für Braumalz

Beschluß vom 11. Dezember 1963 – Drucksache IV/1704

Bericht über die Entgelte nach den Bestimmungen der Verkehrsneovenen von 1961

Beschluß vom 30. Juni 1965 – Drucksache IV/3588

Bericht über den Stand der zivilen Flugsicherung

Beschluß vom 1. Februar 1966 – Drucksache V/241

Bericht betr. Huckepackverkehr

Beschluß vom 30. April 1964 – Drucksache IV/2044

einmalig, bis
31. Dezember 1962

a) einmalig, zum
31. März 1963

b) zwei Berichte zum
1. Januar bzw. 1. Februar 1969
c) einmalig, bis 1. April 1972²⁾

einmalig, ohne Termin

einmalig, zum
31. Dezember 1962

einmalig, möglichst bald

einmalig, ohne Termin

einmalig, bis 1. April 1966

einmalig, zu gegebener Zeit

4. WP: Drs. IV/1016

4. WP: Drs. IV/1158¹⁾, IV/2661, IV/3602
5. WP: Drs. V/3883, V/3884

4. WP: Drs. IV/1449

4. WP: Drs. IV/2220

4. WP: Drs. IV/2583

5. WP: Drs. V/36

5. WP: Drs. V/493

5. WP: Drs. V/522

Fußnoten auf Seite 1362

Hinweis

Eine Bibliographie zu Wirkungsanalysen von Gesetzen enthält Abschnitt 11.16.

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über das Verfahren bei Stilllegungen von Bundesbahnstrecken	–	5. WP: Drs. V/565
Bericht über den Fortgang der Verkehrserschließung des Zonenrandgebietes Beschluß vom 1. Juli 1965 – Drucksache IV/3668; Beschluß vom 28. Juni 1967 – Drucksache V/1919; Beschluß vom 22. Januar 1969 – Drucksache V/3711; Beschluß vom 3. Dezember 1982 – Drucksache 9/2175; Beschluß vom 13. November 1986 – Drucksache 10/5254; Beschluß vom 5. Mai 1988 – Drucksache 11/1794	alle zwei Jahre	5. WP: Drs. V/1498, V/3194 6. WP: Drs. VI/1402 7. WP: Drs. 7/64, 7/2992, 7/4471 8. WP: Drs. 8/31, 8/1896, 8/2521 9. WP: Drs. 9/89, 9/2254 10. WP: Drs. 10/2624, 10/6810 11. WP: Drs. 11/3811
Bericht über die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der deutschen Seehäfen Beschluß vom 8. Dezember 1966 – Umdruck 111 und Drucksache V/1187	einmalig, bis 30. Juni 1967	5. WP: Drs. V/1942
Verkehrspolitisches Programm für die Jahre 1968 bis 1972	–	5. WP: Drs. V/2494
Bericht betr. Verkehrswegeplan für die Bundesausbaugebiete Beschluß vom 30. Juni 1965 – Drucksache IV/3550	einmalig, zum 30. September 1966	5. WP: Drs. V/2751
Bericht über die Verkehrsverbindungen zwischen Hamburg und dem Ostseeraum Beschluß vom 19. Juni 1969 – Drucksachen V/1318 und V/4329	einmalig, alsbald	6. WP: Drs. VI/1329
Verkehrsbericht	–	6. WP: Drs. VI/1350 10. WP: Drs. 10/2695
Bericht über die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Neuregelung des § 8 des Personenbeförderungsgesetzes a) Beschluß vom 26. März 1969 – Drucksache V/3964; b) Beschluß vom 4. November 1971 – Drucksache VI/2743; c) Beschluß vom 15. März 1974 – Drucksache 7/1409	jeweils einmalig, a) zum 30. Juni 1971 b) zum 31. Dezember 1973 c) zum 31. Dezember 1975 ³⁾	6. WP: Drs. VI/2386 7. WP: Drs. 7/1460 8. WP: Drs. 8/803
Bericht betr. Sicherheit des Luftverkehrs Beschluß vom 22. Oktober 1971 – Drucksache VI/2721	einmalig, zum 1. April 1972	6. WP: Drs. VI/3317

Bericht über den Fortgang des Bundesfernstraßenbaues nach dem Stand vom 31. Dezember des Vorjahres (**Straßenbaubericht**)

§ 7 des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 vom 30. Juni 1971 (BGBl. I S. 873) bzw. zuletzt in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 1878)

Bericht zu den Entschließungen des Deutschen Bundestages zum Verkehrsbericht 1970 (Entschließungsbericht)

Beschlüsse vom 28. April 1971, 18. Juni 1971 und 2. Dezember 1971 – Drucksachen VI/2054, VI/2279 und VI/2283

Bericht über Maßnahmen auf dem Gebiete der Unfallverhütung im Straßenwesen (**Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr**)

Beschlüsse vom 26. Juni 1969 – Drucksache V/4412 –, vom 7. November 1975 – Drucksache 7/4164 – und vom 23. Juni 1976 – Drucksache 7/5318

Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Unfallrettung [des Rettungswesens]

- a) Beschluß vom 2. Dezember 1971 – Drucksache VI/2846;
- b) Beschluß vom 19. September 1974 – Drucksache 7/2287

Bericht über ein Bundesverkehrswegeprogramm

Beschluß vom 2. April 1968 bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1968

Bericht über den Ausbau der Saar und zusätzliche Maßnahmen zur Strukturverbesserung im Saarland und in Rheinland-Pfalz

Beschluß vom 20. Juni 1973 – Drucksache 7/838

Bericht über die zukünftige Entwicklung der fortdauernden Folgekosten des öffentlichen Nahverkehrs für die öffentlichen Hände

Beschluß vom 14. November 1974 – Drucksache 7/2725

jährlich, ohne Termin

einmalig, bis 30. Juni 1972

zunächst jährlich ohne Termin;
ab 1975 alle zwei Jahre,
erstmalig zum
31. Dezember 1977

einmalig,
a) bis 1. Oktober 1972
b) bis 30. Juni 1976

einmalig, noch in der
5. Wahlperiode⁴⁾

einmalig, alsbald

einmalig, zum 1. Januar 1976

6. WP: Drs. VI/3512
7. WP: Drs. 7/782, 7/2413, 7/3822, 7/5677
8. WP: Drs. 8/713, 8/2017, 8/3116, 8/4129
9. WP: Drs. 9/812, 9/1960
10. WP: Drs. 10/361, 10/2058, 10/3802, 10/6087
11. WP: Drs. 11/922, 11/3069, 11/5450, 11/7628
12. WP: Drs. 12/2113, 12/4068, 12/6225
13. WP: Drs. 13/130, 13/2682, 13/5850

6. WP: Drs. VI/3620

6. WP: Drs. VI/3718
7. WP: Drs. 7/1283, 7/3685
8. WP: Drs. 8/1403, 8/3584
9. WP: Drs. 9/1246
10. WP: Drs. 10/963, 10/5030
11. WP: Drs. 11/2364, 11/7344
12. WP: Drs. 12/3102, 12/8335
13. WP: Drs. 13/4826

7. WP: Drs. 7/489, 7/3815

7. WP: Drs. 7/1045

7. WP: Drs. 7/1468

7. WP: Drs. 7/4556

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht über verkehrsregelnde und organisatorische Maßnahmen von Städten und Gemeinden zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs Beschluß vom 13. Februar 1976 – Drucksache 7/4581</p>	einmalig, ohne Termin	8. WP: Drs. 8/452
<p>Bericht über die Erfahrungen mit der Neuregelung der Tarifüberwachung im Güternahverkehr Beschluß vom 17. September 1975 – Drucksache 7/3807</p>	einmalig, zum 1. Mai 1978	8. WP: Drs. 8/1774
<p>Bericht über die Prüfung der Auswirkungen einer Trennung von Fahrweg und Betrieb bei der Deutschen Bundesbahn Beschluß vom 10. Mai 1979 – Drucksache 8/2623</p>	einmalig, so bald wie möglich	8. WP: Drs. 8/3049
<p>Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Tankerunfällen und zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Meere und Küsten a) Beschluß vom 24. April 1980 – Drucksache 8/3725; b) Beschluß vom 26. Juni 1981 – Drucksache 9/435; c) Beschluß vom 9. Februar 1984 – Drucksache 10/780</p>	<p>einmalig, a) bis 31. Dezember 1980 b) bis 31. Dezember 1982 c) bis 31. Dezember 1984</p>	<p>9. WP: Drs. 9/72, 9/2359 10. WP: Drs. 10/2690</p>
<p>Bericht über die Förderungsmöglichkeiten, die derzeitigen Einsatzmöglichkeiten und Hemmnisse für den serienmäßigen Einsatz von Elektrofahrzeugen sowie über die Notwendigkeiten von Forschungsförderung zu weiteren technischen Entwicklungen a) Beschluß vom 17. April 1980 – Drucksache 8/3784; b) Beschluß vom 25. Juni 1981 – Drucksache 9/616; c) Beschluß vom 5. April 1984 – Drucksache 10/1152; d) Beschluß vom 10. Dezember 1986 – Drucksache 10/6458; e) Beschluß vom 14. März 1990 – Drucksache 11/6501</p>	<p>einmalig, a) bis zum 1. November 1980⁵⁾ b) bis zum 30. Juni 1982 c) bis zum 30. Juni 1986 d) bis zum 30. Juni 1989 e) bis zum 30. Juni 1992</p>	<p>9. WP: Drs. 9/165, 9/1816 10. WP: Drs. 10/5823 11. WP: Drs. 11/5013 12. WP: Drs. 12/3222</p>
<p>Bericht über die Entwicklung der Kostenunterdeckung im öffentlichen Personennahverkehr Beschluß vom 10. Juni 1976 – Drucksache 7/5242</p>	alle fünf Jahre	<p>9. WP: Drs. 9/1658 10. WP: Drs. 10/6773 12. WP: Drs. 12/1965 13. WP: Drs. 13/7552</p>

Bericht über die „Förderung der Infrastruktur für den Fahrradverkehr“ Beschluß vom 20. März 1986 – Drucksache 10/4538	einmalig, bis zum 31. März 1986	10. WP: Drs. 10/5573
Bericht über den öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche Beschluß vom 26. Juni 1985 – Drucksache 10/3488	einmalig, ohne Termin	11. WP: Drs. 11/5746
Erfahrungsbericht über das Zentrale Verkehrsinformationssystem (ZEVIS) Beschluß vom 5. Dezember 1986 – Drucksache 10/6613	einmalig, spätestens bis zum 14. Februar 1991	12. WP: Drs. 12/3251
Bericht darüber, auf welche Weise nach dem Beispiel von Regelungen in Frankreich (speziell des Gesetzes vom 1. Dezember 1992 über die Beziehungen mit der Subunternehmenschaft im Bereich des Straßengüterverkehrs) vergleichbare Krisenbewältigungsmaßnahmen durch gesetzliche Regelungen ergriffen werden können Beschluß vom 25. März 1993 – Drucksache 12/4595	einmalig	12. WP: Drs. 12/5511
Bericht über die Möglichkeit der Einführung fälschungssicherer amtlicher Kfz-Kennzeichen zur Bekämpfung von Kfz-Diebstählen Beschluß vom 24. Februar 1994 – Drucksache 12/6627	einmalig	12. WP: Drs. 12/7446
Überprüfung von gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften zur Entlastung und Verbesserung der wirtschaftlichen Ergebnisse der Eisenbahnen Beschluß vom 2. Dezember 1993 – Drucksache 12/6313	einmalig, a) bis zum 30. Juni 1994 ¹⁾ b) bis zum 30. September 1994 ⁷⁾	12. WP: Drs. 12/8222 ¹⁾ , 12/8582 ⁷⁾
Bericht über die Vorsorge und Bekämpfung von Ö lunfällen vor den deutschen Küsten Beschluß vom 21. April 1994 – Drucksache 12/6736	einmalig, bis Februar 1995	12. WP: Drs. 12/8359
Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffssicherheit und der Gefahrguttransporte auf See Beschluß vom 21. April 1994 – Drucksache 12/6736	einmalig	13. WP: Drs. 13/1279
Bericht über Schäden an Bauwerken der Bundesverkehrswege Beschluß vom 28. September 1989 – Drucksache 11/4368	einmalig	13. WP: Drs. 13/3970

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zum Ausbau der Schienenwege § 7 des Gesetzes über den Ausbau der Schienenwege des Bundes (Bundesschienenwegeausbaugesetz) vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 1874)	jährlich, ohne Termin ⁶⁾	13. WP: Drs. 13/6929
Bericht zur Förderung der Seeschifffahrt in Deutschland. Konzept zur Behandlung der Unternehmen der deutschen Seeschifffahrt und der Seeleute auf Schiffen unter deutscher Flagge Beschluß vom 26. Juni 1997 – Drucksache 13/8022	einmalig	13. WP: Drs. 13/8298
Bericht zur Überprüfung des Bedarfsplans für die Bundes- schienenwege	–	13. WP: Drs. 13/8389

- 1) Zwischenbericht
- 2) Fristverlängerung bis 1. Februar 1973 erbeten
- 3) Fristverlängerung bis 31. Mai 1976 erbeten
- 4) „zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in der 6. Wahlperiode“ vom BM Verkehr angekündigt
- 5) Fristverlängerung bis zum 1. Februar 1981 gewährt
- 6) mit dem Stand vom 31. Dezember des Vorjahres
- 7) Schlußbericht

Ressort: Verteidigung

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Bemühungen der Bundesregierung zur Freigabe der mit Manöverrechten belegten Gebiete in der Lüneburger Heide und Verwendung des Truppenübungs- platzes Münster-Nord für Panzerübungen Beschluß vom 24. März 1955 – Drucksache II/1280	einmalig, bis 1. Mai 1955	2. WP: Drs. II/1361

Tätigkeitsbericht des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte	–	3. WP: Drs. III/109
Bericht über die Einstellung ehemaliger Berufssoldaten (Übergangsgeldestempfänger) als Ergänzungsoffiziere oder -unteroffiziere in die Bundeswehr und in Organisationen des zivilen Bevölkerungsschutzes Beschluß vom 12. Juni 1959 – Drucksache III/1074, Umdruck 279	einmalig, zum 30. September 1959	3. WP: Drs. III/1489
Bericht betr. Ausschöpfung des Wehrpotentials und Ausgleichs von Härten bei der Ableistung des Wehrdienstes Beschluß vom 27. Juni 1962 – Drucksache IV/489	einmalig, ohne Termin	4. WP: Drs. IV/649
Weißbuch zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung [später: Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr]	–	5. WP: Drs. V/4100 ¹⁾ 6. WP: Drs. VI/765 ¹⁾ , VI/2920 ¹⁾ 7. WP: Drs. 7/1505 ¹⁾ , 7/4554 ¹⁾ 8. WP: Drs. 8/3568 ¹⁾
Bericht „Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“ der von der Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Wehrstruktur-Kommission	–	6. WP: Drs. VI/1815
Bericht „Die Wehrstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Optionen“ der von der Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Wehrstruktur-Kommission	–	7. WP: Drs. 7/242 ¹⁾
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zum Jahresbericht 1982 des Wehrbeauftragten Beschluß vom 29. September 1983 – Drucksache 10/136	einmalig, zum 29. September 1984	10. WP: Drs. – ²⁾
Bericht über die Prüfung der Empfehlungen des Wehrbeauftragten [Jahresbericht 1983] und über vollzogene Maßnahmen Beschluß vom 4. Oktober 1984 – Drucksache 10/1611	einmalig, binnen Jahresfrist	10. WP: Drs. – ²⁾
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zum Jahresbericht 1984 des Wehrbeauftragten Beschluß vom 27. September 1985 – Drucksache 10/3779	einmalig, binnen Jahresfrist (bis zum 26. September 1986)	10. WP: Drs. – ²⁾
Bericht über den Entwicklungsstand des Jagdflugzeugs 90 Beschluß vom 30. März 1990 – Drucksache 11/6863	einmalig, so frühzeitig wie möglich	11. WP: Drs. 11/7533

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1985 des Wehrbeauftragten Beschluß vom 26. Juni 1986 – Drucksache 10/5722	einmalig, binnen Jahresfrist (bis zum 25. Juni 1987)	11. WP: Drs. – ²)
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1986 des Wehrbeauftragten Beschluß vom 10. Dezember 1987 – Drucksache 11/1131	einmalig, bis zum 1. März 1988	11. WP: Drs. – ²)
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1987 des Wehrbeauftragten Beschluß vom 23. Juni 1988 – Drucksache 11/2528	einmalig, bis zum 1. März 1989	11. WP: Drs. – ²)
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen der im Jahresbericht 1988 des Wehrbeauftragten enthaltenen Empfehlungen Beschluß vom 22. Juni 1989 – Drucksache 11/4809	einmalig, bis zum 1. März 1990	11. WP: Drs. – ²)
Bericht über den Stand der Verhandlungen mit den NATO-Entsendestreitkräften über die Schließung des Luft-Boden-Übungsplatzes „Nordhorn-Range“ Beschluß vom 25. Oktober 1990 – Drucksache 11/8055	einmalig, zum 1. März 1991	12. WP: Drs. 12/537
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betreffend Jahresbericht 1989 des Wehrbeauftragten Beschluß vom 13. September 1990 – Drucksache 11/7798	einmalig, zum 1. März 1991	12. WP: Drs. – ²)
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1990 des Wehrbeauftragten Beschluß vom 19. September 1991 – Drucksache 12/1073	einmalig, bis zum 1. März 1992	12. WP: Drs. – ²)
Bericht zum Personalstärkegesetz und zum Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetz Beschlüsse vom 15. November 1991 – Drucksachen 12/1564, 12/1566, 12/1568	einmalig, bis Ende Februar 1992	12. WP: Drs. 12/2206

Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1991 des Wehrbeauftragten Beschluß vom 8. Oktober 1992 – Drucksache 12/2783	einmalig, bis zum 1. März 1993	12. WP: Drs. 12/4600
Bericht über die Ergebnisse der Bemühungen um eine Freigabe des Standortübungsplatzes Viernheimer/Lampertheimer Wald Beschluß vom 23. Juni 1993 – Drucksache 12/5119	einmalig, so bald wie möglich	12. WP: Drs. 12/7354
Bericht über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht ... des Wehrbeauftragten Beschluß vom 21. September 1994 – Drucksache 12/8465	jährlich, bis zum 1. März	13. WP: Drs. 13/3900

1) zuzüglich Sonderdruck

2) Bericht wurde dem Verteidigungsausschuß des Bundestages vom BMin der Verteidigung unmittelbar zugeleitet.

Ressort: Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. Überführung der noch in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten sowie der in Polen, der Tschechoslowakei und den südosteuropäischen Staaten lebenden Deutschen Beschluß zu Drucksachen 78 und 459	einmalig, ohne Termin	1. WP: Drs. 591
Bericht über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet Beschluß vom 12. Dezember 1951 – Drucksache 2831	einmalig, baldmöglichst	1. WP: Drs. 2959
Bericht über Maßnahmen zur Förderung und Festigung von Kriegssachgeschädigten-Unternehmen Beschluß vom 16. November 1956 – Drucksache II/2745	einmalig, bis 31. Dezember 1956	2. WP: Drs. II/3052

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. Evakuiertenrückführung Beschluß vom 16. November 1956 – Drucksache II/2828	einmalig, bis 31. Dezember 1956 ¹⁾	2. WP: Drs. II/3739
Bericht betr. Fortführung der Suchdienstarbeiten des Deutschen Roten Kreuzes und der kirchlichen Wohlfahrtsverbände a) Beschluß vom 26. Februar 1965 – Umdruck 591 – und b) Beschluß vom 28. Juni 1968 – Drucksache VI/2816 (neu)	a) einmalig, ohne Termin b) einmalig, bis 31. Dezember 1970	5. WP: Drs. V/2435 6. WP: Drs. VI/2395 ²⁾

1) Fristverlängerung bis 31. März 1957 erbeten

2) Bericht nach Auflösung des Ressorts Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte durch das BM des Innern erstattet.

Ressort: Wirtschaft

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht betr. UFI-Vermögen Beschluß vom 23. Februar 1955 – Drucksache 1187 Ziffer V	einmalig, bis 28. Februar 1955	2. WP: Drs. II/1356
Bericht über Maßnahmen zur Sicherstellung der Rentabilität der deutschen Filmproduktion Beschluß vom 23. Februar 1955 – Drucksache 1187 Ziffer III	einmalig, bis 31. März 1955	2. WP: Drs. II/1546
Bericht über Maßnahmen zur Überprüfung der Preisgestaltung und wirksam gewordenen Preissenkungen Beschluß vom 13. Januar 1956 – Drucksache II/1922	einmalig, bis 1. Februar 1956	2. WP: Drs. II/2110
Bericht über die Maßnahmen zur Förderung der kleinen und mittleren Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	–	3. WP: Drs. III/698

Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung § 50 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1081) bzw. in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1980 (BGBl. I S. 1761)	jährlich, ohne Termin, ab 1980 alle zwei Jahre, ohne Termin	3. WP: Drs. III/1000, III/1795, III/2734 4. WP: Drs. IV/378, IV/1220, IV/2370, IV/3752 5. WP: Drs. V/530, V/1950, V/2841, V/4236 6. WP: Drs. VI/950, VI/2380, VI/3570 7. WP: Drs. 7/986, 7/2250, 7/3791, 7/5390 8. WP: Drs. 8/704, 8/1925, 8/2980 9. WP: Drs. 9/565 10. WP: Drs. 10/243, 10/3550 11. WP: Drs. 11/554, 11/4611 12. WP: Drs. 12/847, 12/5200 13. WP: Drs. 13/1660, 13/7900
Bericht betr. wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes Beschluß vom 16. Oktober 1958 – Drucksache III/429, Umdruck 168	einmalig, bis 31. Mai 1959	3. WP: Drs. III/1002
Bericht betr. Verbesserung der Verhältnisse in der Bauwirtschaft Beschluß vom 27. November 1958 – Drucksache III/495, Umdruck 189	einmalig, bis 31. Mai 1959	3. WP: Drs. III/1211
Bericht über die Lage der Mittelschichten Beschluß vom 20. Januar 1960 – Drucksachen III/712 und III/1516	einmalig, bis 31. März 1960	3. WP: Drs. III/2012 4. WP: Drs. IV/1475
Bericht des interministeriellen Arbeitskreises „Lohnbezogene Abgaben“	–	3. WP: Drs. III/2723
Bericht über die Situation der deutschen Filmwirtschaft Beschluß vom 16. Februar 1962 – Drucksache IV/144	einmalig, bis 31. März 1962	4. WP: Drs. IV/366
Bericht betr. Energie-Gutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. Beschluß vom 12. Juni 1959 – Drucksachen III/19 und III/1135	einmalig, ohne Termin	4. WP: Drs. IV/394, Sonderdruck
Bericht betr. Belastung mit lohnbezogenen Abgaben Beschluß vom 31. Januar 1962 – Drucksache IV/134	erstmalig zum 30. Juni 1962	4. WP: Drs. IV/579, IV/3230
Bericht über Änderungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen Beschluß vom 29. Juni 1961 – Drucksache III/2886	einmalig, zum 1. April 1962	4. WP: Drs. IV/617

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre ... und die Aussichten für ... (Wirtschaftsbericht)	–	4. WP: Drs. IV/1010, IV/1752
Bericht über die Kreditversorgung der kleinen und mittleren Betriebe in der Wirtschaft Beschluß vom 12. Dezember 1962 – Drucksachen IV/192 und IV/825	einmalig, alsbald	4. WP: Drs. IV/1444
Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft § 6 des Gesetzes über eine Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 31. Dezember 1960 (BGBl. I S. 9)	einmalig, bis 31. Dezember 1962	4. WP: Drs. IV/2320
Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung [nebst Stellungnahme der Bundesregierung] § 6 des Gesetzes über die Bildung des Sachverständigenrates vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 685) bzw. § 6 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 8. November 1966 (BGBl. I S. 633)	jährlich, unverzüglich nach Zuleitung an die Bundesregierung (15. November)	4. WP: Drs. IV/2890 5. WP: Drs. V/123, V/1160, V/2310, V/3550 6. WP: Drs. VI/100, VI/1470, VI/2847 7. WP: Drs. 7/2, 7/1273, 7/2848, 7/4326, 7/5902 8. WP: Drs. 8/1221, 8/2313, 8/3420 9. WP: Drs. 9/17, 9/2118 10. WP: Drs. 10/669, 10/2541, 10/4295, 10/6562 11. WP: Drs. 11/1317, 11/3478, 11/5786, 11/8472 12. WP: Drs. 12/1618, 12/3774, 12/6170 13. WP: Drs. 13/26, 13/3016, 13/6200
Bericht betr. Gesetz zu dem Internationalen Kaffee-Übereinkommen 1962 Beschluß vom 19. Juni 1963 – Drucksache IV/1273	einmalig, ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes	4. WP: Drs. IV/3260
Bericht betr. Sammlung und Beseitigung von Altölen und Ölrückständen im Interesse des Schutzes der Gewässer und des Bodens Beschluß vom 14. November 1963 – Drucksache IV/1613	einmalig, bis 30. Juni 1965	4. WP: Drs. IV/3724 ¹⁾ 5. WP: Drs. V/1072

Jahreswirtschaftsbericht

zusammen mit Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

§ 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)

Sondergutachten über die Wirtschaftslage im Frühjahr 1967

Zweites Programm der Bundesregierung für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68

§ 8 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)

Bericht über die zweite „Untersuchung über Ursache, Herkunft und Verbleib mineralöhlhaltiger Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland“

Bericht

a) über die Auswirkungen des Gesetzes zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft vom 5. September 1966 und

b) zur Frage, ob eine Degression der Steuer für schweres Heizöl um 5 DM/t zum 1. Januar 1970 geboten erscheint
Beschlüsse vom 30. Juni 1966 – Drucksache V/753, Umdruck 86 – und vom 15. März 1967 – Drucksachen V/886, V/1432, Umdruck 136

Bericht über die Untersuchung der Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe und über eine Einlagensicherung
Beschuß vom 16. März 1961 bei Verabschiedung des Gesetzes über das Kreditwesen

Bericht über das Erste Konjunkturprogramm und das zweite Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68

Beschluß vom 8. September 1967 – Drucksache V/2105

jährlich, im Januar

–

–

–

einmalig,

a) zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes
b) bis 15. Juli 1968

einmalig, ohne Termin

einmalig, ohne Termin

5. WP: Drs. V/1313, V/2511, V/3786
6. WP: Drs. VI/281, VI/1760, VI/3078
7. WP: Drs. 7/225, 7/1646, 7/3197, 7/4677
8. WP: Drs. 8/72, 8/2502, 8/3628
9. WP: Drs. 9/125, 9/1322, 9/2400
10. WP: Drs. 10/952, 10/2817, 10/4981, 10/6796
11. WP: Drs. 11/1733, 11/3917, 11/6278
12. WP: Drs. 12/223, 12/2018, 12/4330, 12/6676
13. WP: Drs. 13/370, 13/3601⁵⁾, 13/6800⁶⁾

5. WP: Drs. V/1588

5. WP: Drs. V/2070

5. WP: Drs. V/2830¹⁾

5. WP: Drs. V/3184

5. WP: Drs. V/3500

5. WP: Drs. V/3630

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Lage, Entwicklung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen und zur Förderung dieser Unternehmen durch die Bundesregierung (Mittelstandsbericht) Beschluß vom 26. Juni 1963 – Drucksache IV/1290	ohne Termin	5. WP: Drs. V/3678 7. WP: Drs. 7/5248
Bericht betr. steuerliche Möglichkeiten der außenwirtschaftlichen Absicherung – Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) Beschluß vom 10. Mai 1967 – Drucksache V/1678	einmalig, Anfang 1968	5. WP: Drs. V/4015
Bericht über die Erfahrungen in der Ausführung des § 38 Satz 1 Nr. 10 und Satz 2 der Gewerbeordnung (Altenheime) Beschluß vom 28. Juni 1967	einmalig, bis 31. März 1969	5. WP: Drs. V/4122
Bericht über „Lage und Erwartungen der Berliner Wirtschaft“ Beschluß vom 26. Juni 1968 – Drucksachen V/2970, V/3063	einmalig, alsbald	5. WP: Drs. V/4251
Strukturbericht	–	5. WP: Drs. V/4564 6. WP: Drs. VI/761
Bericht über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften (EWG, Euratom, EGKS); später: Bericht über die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union a) Beschlüsse vom 22. Februar und 28. April 1967 – Drucksachen V/1010 und V/1653; b) Beschluß vom 25. Januar 1990 – Drucksache 11/4877	a) halbjährlich b) jährlich bis zum 31. März des folgenden Jahres, erstmals 1996	ab 5. WP: Drs.: – ²) 13. WP: Drs. 13/4176, 13/7168
Sondergutachten „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970“	–	6. WP: Drs. VI/773
Bericht über die Lage der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie Beschluß vom 5. April 1968 – Drucksache V/2758	jährlich, ohne Termin, erstmals 1969	6. WP: Drs. VI/1044 7. WP: Drs. 7/2986 12. WP: Drs. 12/4244
Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen	–	6. WP: Drs. IV/1666

Sondergutachten „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971“	–	6. WP: Drs. VI/2230
Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ § 6 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1861)	jährlich	6. WP: Drs. VI/2451 7. WP: Drs. 7/401, 7/1769, 7/3601, 7/4742 8. WP: Drs. 8/759, 8/2014, 8/2590, 8/3788 9. WP: Drs. 9/967 10. WP: Drs. 10/303, 10/1279, 10/3562, 10/5910 11. WP: Drs. 11/583, 11/2362, 11/5099, 11/7501 12. WP: Drs. 12/895, 12/2599, 12/4850, 12/7175 13. WP: Drs. 13/4291, 13/7205
Bericht zur Verbraucherpolitik	–	6. WP: Drs. VI/2724 7. WP: Drs. 7/4181
Bericht betr. Koordinierung und Harmonisierung der regionalen Wirtschaftsförderung von Bund und Ländern Beschluß vom 18. Juni 1969 – Drucksache V/4287	einmalig, bis 31. Dezember 1971	6. WP: Drs. VI/2995
Bericht über die Tätigkeit des Rückstellungsfonds nach dem Altölgesetz, insbesondere die Möglichkeiten einer Ermäßigung der laufenden Zuschüsse und der Ausgleichsabgabe § 2 Abs. 4 des Gesetzes über Maßnahmen zur Sicherung der Altölbeseitigung (Altölgesetz) vom 23. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1419) bzw. in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2113)	alle drei Jahre, zum 31. März, erstmals 1972	6. WP: Drs. VI/3312 7. WP: Drs. 7/3455 8. WP: Drs. 8/1676 9. WP: Drs. 9/288 10. WP: Drs. 10/1229
Sondergutachten zur währungspolitischen Lage im Juli 1972	–	6. WP: Drs. VI/3639
Energieprogramm der Bundesregierung	–	7. WP: Drs. 7/1057, 7/2713 8. WP: Drs. 8/1357 9. WP: Drs. 9/983
Bericht über die Ausnahmereiche des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) Beschluß vom 14. Juni 1973 – Drucksache 7/779	einmalig, Mitte 1974	7. WP: Drs. 7/3206
Bericht über realisierte und eingeleitete Maßnahmen, ihre Wirkungen und gegebenenfalls notwendige Korrekturen der Tourismuspolitik Beschluß vom 1. Juli 1976 – Drucksache 7/5403	einmalig, Ende 1978	7. WP: Drs. 7/3840 8. WP: Drs. 8/2805

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Stellungnahme der Bundesregierung zum Hauptgutachten der Monopolkommission nach § 24b des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Neufassung vom 4. April 1974 (BGBl. I S. 869) bzw. in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1990 (BGBl. I S. 235)	alle zwei Jahre, ohne Termin	8. WP: Drs. 8/702, 8/2835, 8/4404 9. WP: Drs. 9/460 10. WP: Drs. 10/409, 10/3683 11. WP: Drs. 11/555, 11/4804 12. WP: Drs. 12/848, 12/5249 13. WP: Drs. 13/1594, 13/7998
Bericht über Erfahrungen mit den Vorschriften über unverbindliche Preisempfehlungen bei Markenwaren (§ 38a des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) Beschluß vom 14. Juni 1973 – Drucksache 7/778	einmalig, Januar 1977	8. WP: Drs. 8/703
Bericht über die Tätigkeit des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung Beschluß vom 13. Dezember 1973 – Drucksache 7/1391 (neu)	einmalig, ohne Termin	8. WP: Drs. 8/1097
Bericht über die Erfahrungen mit der Fusionskontrolle bei Presseunternehmen Beschluß vom 12. März 1976 – Drucksache 7/4842	einmalig, spätestens nach zwei Jahren	8. WP: Drs. 8/2265
Bericht über die Lage der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 14. Juni 1978 – Drucksache 8/1841; Beschluß vom 12. Juni 1980 – Drucksache 8/4154 (neu)	fortlaufend, in zeitlich angemessener Weise, erstmalig zum 14. Juni 1979	8. WP: Drs. 8/3139 12. WP: Drs. 12/21
Bericht über die Verhandlungen über Gemeinschaftsregelungen zur Förderung Europäischer Investitionen in den Entwicklungsländern Beschluß vom 22. Juni 1978 – Drucksache 8/1918	einmalig, bis Mitte 1979	9. WP: Drs. 9/102
Bericht über die Auswirkungen des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 insbesondere im Bereich der Exporterlösstabilisierung Beschluß vom 10. Dezember 1975 – Drucksache 7/4404	einmalig, ohne Termin (zu gegebener Zeit)	9. WP: Drs. 9/207

Bericht über Stand und Ergebnisse von Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung Beschluß vom 3. Juli 1980 – Drucksache 8/4355	einmalig, bis 1. Juli 1981	9. WP: Drs. 9/1953
Bericht über die Entwicklung der Preisauszeichnung bei Großhändlern, die regelmäßig an Endverbraucher verkaufen Beschluß vom 4. Oktober 1984 – Drucksache 10/2024	einmalig ³⁾	10. WP: Drs. 10/5815
Energiebericht	–	10. WP: Drs. 10/6073
Detaillierter Bericht über die Aktivitäten, Erfolge und Mißerfolge des Gemeinsamen Fonds und der einzelnen Rohstoffabkommen Beschluß vom 14. März 1985 – Drucksache 10/2994	alle zwei Jahre ⁴⁾	11. WP: Drs. 11/1728, 11/6226 12. WP: Drs. 12/854, 12/2458, 12/8220, 12/8466 ⁷⁾ 13. WP: Drs. 13/4655
Zwischenbericht über den Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen des Verdachts illegaler Ausfuhren von Ausrüstungsteilen zur Produktion chemischer Kampfstoffe im Irak Beschluß vom 27. Oktober 1988 – Drucksache 11/2962	einmalig, bis zum 1. Dezember 1988	11. WP: Drs. 11/3762
Bericht zum Filmförderungsgesetz und zum Ergebnis der Verhandlungen mit den Fernsehveranstaltern privaten Rechts über deren Beitrag zur deutschen Filmförderung Beschluß vom 16. Oktober 1986 – Drucksache 10/6108	einmalig, spätestens am 1. Januar 1989	11. WP: Drs. 11/4500
Bericht über Selbstbeschränkungsvereinbarungen der Automatenwirtschaft Beschluß vom 20. April 1989 – Drucksache 11/4244	einmalig, binnen drei Jahren	11. WP: Drs. 11/6224
Bericht über legale und illegale Waffenexporte in den Irak und die Aufrüstung des Irak durch Firmen der Bundesrepublik Deutschland Beschluß vom 1. Februar 1991 – Drucksache 12/64	einmalig, ohne Termin	12. WP: Drs. 12/487
Das energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung. Energiepolitik für das vereinte Deutschland	–	12. WP: Drs. 12/1799
Bericht über die Auswirkungen der Änderung der Spielverordnung Beschluß vom 20. April 1989 – Drucksache 11/4244	einmalig, binnen drei Jahren	12. WP: Drs. 12/3232

Bezeichnung des Berichts Beschluß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zum Stand der EG-Harmonisierung des Exportkontrollrechts für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-use-Waren) Beschluß vom 23. Januar 1992 – Drucksache 12/1952	halbjährlich ⁸⁾	12. WP: Drs. 12/3275, 12/6187, 12/8368
Bericht über ergriffene Maßnahmen zur Unterstützung des Umgestaltungsprozesses zu Demokratie und Marktwirtschaft in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Hilfe zur Selbsthilfe für die Sowjetunion und ihre Republiken) Beschluß vom 24. Januar 1992 – Drucksache 12/1975	einmalig, nach der Sommerpause 1992	12. WP: Drs. 12/3643
Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland	–	12. WP: Drs. 12/5620
Bericht über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung	–	12. WP: Drs. 12/6907, 12/8090 ⁹⁾
Bericht über die Deregulierungsmaßnahmen der Bundesregierung	–	12. WP: Drs. 12/7468
Bericht über die Entwicklung des Tourismus Beschluß vom 16. Oktober 1986 – Drucksache 10/6171	fortlaufend, in regelmäßigen Abständen	12. WP: Drs. 12/7895
Bericht über die Erfahrungen mit der befristeten umsatzsteuerlichen Übergangsregelung und den Auswirkungen auf den innergemeinschaftlichen Warenverkehr sowie über den Stand der Bemühungen, zu einer endgültigen Umsatzsteuer-Regelung im europäischen Binnenmarkt zu kommen Beschluß vom 26. Juni 1992 – Drucksache 12/2906	einmalig	12. WP: Drs. 12/8221
Bericht über die Verschärfung der Kontrolle des Exports von zivil und militärisch verwendbaren Gütern Beschluß vom 23. Januar 1992 – Drucksache 12/1952	halbjährlich	ab 12. WP: Drs. – ²⁾

Bericht über die praktischen Auswirkungen der Anwendung der §§ 15 bis 17 des Filmförderungsgesetzes Beschuß vom 12. November 1992 – Drucksache 12/3669	einmalig, 1995	13. WP: Drs. 13/1666
Erfahrungsbericht zum Stromeinspeisungsgesetz Beschuß vom 29. Juni 1995 – Drucksache 13/1783	einmalig	13. WP: Drs. 13/2681
Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze	–	13. WP: Drs. 13/3629
Bericht zu den Auswirkungen der rechtlichen Gestaltung der Insolvenzabsicherung gemäß Artikel 1 des Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen auf die Entwicklung des Wettbewerbs im Bereich der Sicherungsgelder sowie auf die wirtschaftliche Situation der Anbieter im Reisemarkt unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes Beschuß vom 21. April 1994 – Drucksache 12/7334	einmalig, spätestens bis Ende 1995	13. WP: Drs. 13/3766
Bericht „Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“	–	13. WP: Drs. 13/4000
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 1995 (Subsidiaritätsbericht 1995)	–	13. WP: Drs. 13/5180
Aufbau Ost – Chancen und Risiken für Deutschland und Europa	–	13. WP: Drs. 13/5657
Bericht über die Verhandlungen mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und den privaten Fernsehveranstaltern zur Weiterführung des Förderbeitrags zur Filmförderung Beschuß vom 8. November 1995 – Drucksache 13/2647	einmalig	13. WP: Drs. 13/6632
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 1996 (Subsidiaritätsbericht 1996)	–	13. WP: Drs. 13/8174

1) Zwischenbericht

2) Drucksachen-Nummern siehe im Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages.

3) ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Regelung der Preisangaben

4) ab Inkrafttreten des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe

5) Jahreswirtschaftsbericht 1996 unter dem Titel „Vorrang für Beschäftigung“

6) Jahreswirtschaftsbericht 1997 unter dem Titel „Reformen für Beschäftigung“

7) Gutachten über den Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und die speziellen Rohstoff-Abkommen

8) Berichtspflicht aufgehoben mit Beschuß vom 12. Oktober 1995 in Drucksache 13/2545; statt dessen Bericht über Erfahrungen mit der Umsetzung der EG-Dual-use-Verordnung angefordert

9) Fortschrittsbericht

Ressort: Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bezeichnung des Berichts Beschuß des Bundestages Rechtsgrundlage bei Berichtspflicht	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
<p>Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung Beschuß vom 28. April 1971 – Umdruck 171 – in Verbindung mit den Beschlüssen vom 25. April 1980 – Drucksache 8/3217 –, vom 5. März 1982 – Drucksache 9/1344 –, vom 18. Oktober 1984 – Drucksache 10/1274 –, vom 16. Mai 1986 – Drucksachen 10/5174, 10/5405 und 10/4109 –, vom 15. September 1989 – Drucksache 11/4381 –, vom 30. Oktober 1990 – Drucksachen 11/7108, 11/8366 –, vom 10. Oktober 1991 – Drucksache 12/1172 –, vom 14. Januar 1993 – Drucksache 12/3761 –, vom 23. Juni 1993 – Drucksache 12/4098 –, vom 3. Februar 1994 – Drucksache 12/6659 –, vom 26. Mai 1994 – Drucksache 12/7619 und 12/7628</p>	alle zwei Jahre, erstmalig 1973	<p>7. WP: Drs. 7/1236, 7/4293 8. WP: Drs. 8/1185, 8/3582 9. WP: Drs. 9/2411 10. WP: Drs. 10/3028 11. WP: Drs. 11/2020, 11/7313 12. WP: Drs. 12/4096 13. WP: Drs. 13/3342</p>
<p>Bericht zur EG-Vorlage „Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3331/82 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung“ Beschlüsse vom 6. Juni 1984 – Drucksache 10/1411 – und vom 29. März 1985 – Drucksache 10/2742</p>	einmalig, ohne Termin	10. WP: Drs. 10/4500
<p>Bericht über die Umsetzung des Konzeptes für die Förderung von Frauen in Entwicklungsländern Beschuß vom 15. Juni 1989 – Drucksache 11/3732</p>	einmalig, bis zum 31. Dezember 1989	11. WP: Drs. 11/6126
<p>Bericht zum Thema „Der entwicklungspolitische Beitrag zur Lösung von Weltflüchtlingsproblemen“ Beschuß vom 27. Januar 1989 – Drucksache 11/3455</p>	einmalig, ohne Termin	11. WP: Drs. 11/7352
<p>Bericht über die Armutsbekämpfung der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe a) Beschuß vom 10. Mai 1990 – Drucksache 11/6137; b) Beschuß vom 14. Januar 1993 – Drucksache 12/3574</p>	a) einmalig, so bald wie möglich b) alle zwei Jahre ¹⁾	<p>12. WP: Drs. 12/924 13. WP: Drs. 13/3395</p>

<p>Bericht über die Bemühungen der Bundesregierung, – im Rahmen der GATT-Verhandlungen zu einer Verringerung der Agrarsubventionen als auch zu einem Abbau der Importhindernisse für Agrargüter aus Entwicklungsländern zu kommen, – die EG-Nahrungsmittelhilfepolitik an entwicklungspolitischen Zielsetzungen auszurichten, – um eine Änderung des Artikels 3 der Nahrungsmittelhilfe-Verordnung dahin gehend, daß Nahrungsmittelhilfen entgegen der bestehenden Regelung grundsätzlich in Entwicklungsländern und nur ausnahmsweise in der EG beschafft werden Beschluß vom 30. Oktober 1990 – Drucksache 11/8058</p>	<p>einmalig, bis zum 30. Juni 1991</p>	<p>12. WP: Drs. 12/926</p>
<p>Bericht über die Auswirkungen der Ost-West-Entspannung auf die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Beschluß vom 30. Oktober 1990 – Drucksache 11/8082</p>	<p>einmalig, ohne Termin</p>	<p>12. WP: Drs. 12/7063</p>
<p>Entwicklung und Aufbau von sozialen Sicherungssystemen in den Entwicklungsländern Beschluß vom 26. Mai 1994 – Drucksache 12/7616</p>	<p>einmalig, ohne Termin</p>	<p>13. WP: Drs. 13/4535</p>

1) gleichzeitig mit Bericht zur Entwicklungspolitik

Reihenfolge der Ressorts

	Seite		Seite
Arbeit und Sozialordnung	1271	Justiz	1340
Auswärtiges	1285	Post- und Fernmeldewesen/Post und Telekommunikation	1344
Bildung und Wissenschaft	1292	Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1345
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1299	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	1350
Finanzen	1302	Verkehr	1355
Forschung und Technologie	1312	Verteidigung	1362
Innerdeutsche Beziehungen (zuvor: Gesamtdeutsche Fragen)	1316	Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	1365
Inneres	1317	Wirtschaft	1366
Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	1330	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	1376

6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs

Die vor allem in den ersten Wahlperioden durchaus zahlreichen Ersuchen des Bundestages an die Bundesregierung um Vorlage eines bestimmten Gesetzentwurfs sind noch nicht eingehender untersucht worden. Erwähnung finden sie – soweit ersichtlich – gelegentlich in juristischen Darstellungen zu den verschiedenen Formen parlamentarischer Ersuchen (in der Literatur auch als „schlichte Parlamentsbeschlüsse“ bezeichnet*) sowie in Arbeiten zur Gesetzgebungslehre**). Darin finden sich allenfalls nur Erörterungen zur Zulässigkeit und Verbindlichkeit derartiger Entschließungen, aber (außer vereinzelt Beispielen) keine Angaben darüber, in welchem Umfang der Deutsche Bundestag bisher von dieser Möglichkeit der „indirekten Gesetzesinitiative“ Gebrauch gemacht hat.

Tabellarische Übersicht der Anträge

Als ein erster Versuch, diese Lücke in der Parlamentsforschung zu schließen, ist die folgende tabellarische Zusammenstellung der Ersuchen gedacht.

In ihr sind – nach den Wahlperioden gegliedert – möglichst vollständig alle Entschließungsanträge seit 1949 enthalten, soweit sie auch tatsächlich angenommen worden sind. (Ausgeklammert wurde eine – auch nicht unerhebliche – Anzahl von Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs, die anderweitig erledigt worden sind, d. h. abgelehnt oder zur weiteren Beratung einem Ausschuß überwiesen oder von den Antragstellern zurückgenommen oder vom Bundestag als erledigt erklärt oder der Bundesregierung lediglich als Material zur Verfügung gestellt worden sind.)

Übrig bleiben somit alle Anträge, in denen der Bundestag oder die Mehrheit des Bundestages – jedenfalls immer auch Abgeordnete der Regierungskoalition – von der Bundesregierung mehr oder weniger dringlich eine bestimmte Gesetzesinitiative gefordert haben.

In einer weiteren Spalte ist vermerkt, ob in der gleichen Wahlperiode von der Bundesregierung ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde, der – zumindest auf den ersten Blick – dem Ersuchen des Bundestages entspricht, und wie der weitere Gang der Gesetzgebung war.

In einer letzten Spalte sind Hinweise enthalten, ob (wegen Untätigkeit der Regierung) aus der Mitte des Bundestages ein eigener Gesetzentwurf eingebracht worden ist, ob von seiten des Bundestages die Vorlage angemahnt oder ob von seiten der Bundesregierung erklärt worden ist, warum dem Ersuchen nicht oder noch nicht entsprochen werden konnte.

*) Vgl. u. a. *Jürgen Criegee*, Ersuchen des Parlaments an die Regierung. Grundlagen im Verfassungsrecht, Zulässigkeit und Verbindlichkeit, o. O. 1965, S. 32–34 und *Klaus-Albrecht Sellmann*, Der schlichte Parlamentsbeschluß. Berlin 1966, S. 103.

**) Vgl. u. a. *Hans Schneider*, Gesetzgebung. Ein Lehrbuch. Heidelberg 1982, S. 56.

Hinweis

Die Reihenfolge, in der die Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs im folgenden aufgeführt sind, ist innerhalb der Wahlperioden chronologisch. Sie richtet sich nach dem Datum der Plenarsitzung, in der der entsprechende Antrag angenommen wurde (dritte Spalte der Tabellen).

Eine nach den Ressorts der Bundesregierung aufgegliederte Statistik der Gesetzgebung ist innerhalb des Abschnitts 11.5 zu finden.

Auf einige Schwachstellen der Zusammenstellung sei ausdrücklich verwiesen:

- Wie beim Berichtswesen (vgl. den vorangegangenen Abschnitt 6.18) wurde zwar Vollständigkeit angestrebt, wegen der schwierigen Quellenlage kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß entweder ein Ersuchen oder eine Gesetzesvorlage der Bundesregierung aufgrund eines solchen Ersuchens übersehen wurde. Als Quelle dienten in erster Linie das Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Unterlagen des Parlamentssekretariats sowie Hinweise im Informationssystem GESTA.
- Gesetzesvorlagen der Bundesregierung wurden aufgenommen, soweit sie „auf den ersten Blick“ dem Ersuchen des Bundestages entsprachen; hierbei sind irrtümliche Fehlanzeigen und falsche Zuordnungen durchaus möglich – ganz abgesehen davon, daß nicht geprüft werden konnte, ob die Gesetzesvorlage nicht ohnehin, also ohne das Ersuchen des Bundestages, von der Bundesregierung eingebracht worden wäre.
- Nicht berücksichtigt wurden eventuelle Vorlagetermine im Zusammenhang mit den Ersuchen, so daß Fälle unerkannt bleiben, in denen der Bundestag selbst mit der Gesetzesvorlage nicht mehr in der laufenden Wahlperiode gerechnet hat.

Ungeachtet dieser „Schwachstellen“, die im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung überprüft werden müssen, besitzt eine Übersicht über Gesetzgebungs-Ersuchen des Parlaments sowohl theoretische wie empirische Bedeutung. Bei allem, was über die mangelnde Wahrnehmung der Gesetzgebunginitiative durch den Bundestag rechtfertigend oder kritisch gesagt wird, müßte dieser für die Rolle des Parlaments als Gesetzgeber nicht unwichtige Teilaspekt berücksichtigt werden. Für die Gesetzgebungstatistik, die rein formal nur dasjenige Verfassungsorgan als Gesetzesinitiator registrieren kann, das das Gesetz eingebracht hat, bedeuten Gesetzesvorlagen der Bundesregierung aufgrund von Ersuchen des Bundestages zumindest eine gewisse Korrektur der offiziellen Zahlenwerte.

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 19.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler
- 28.8 Ministerrat der DDR

1. Wahlperiode (1949–53)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) DP b) 37	Kündigungsschutz für ältere Angestellte	Ann. m. Änd. in 12. Sitz. v. 20. 10. 1949	a) Kündigungsschutzgesetz (Drs. 2090) b) 159. Sitz. v. 10. 7. 1951 c) 10. 8. 1951 (BGBl. I S. 499)	
a) SPD b) 75	Heimarbeit	Ann. in 12. Sitz. v. 20. 10. 1949	a) Heimarbeitsgesetz (Drs. 1357) b) 105. Sitz. v. 7. 12. 1950 c) 14. 3. 1951 (BGBl. I S. 191)	
a) SPD b) 79	Mutterschutz	Ann. in 12. Sitz. v. 20. 10. 1949	a) –	Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs zum Schutze der Mutter (Mutterschutzgesetz) der SPD (Drs. 1182), verabschiedet im BT in 180. Sitz. v. 12. 12. 1951, Gesetz v. 24. 1. 1952 (BGBl. I S. 69)
a) Abg. der CDU/CSU b) 108	Überbrückung zum KB-Leistungsgesetz	Überw. an 21. u. 26. Aussch.; Ann. gem. Aussch. Antr. in 15. Sitz. v. 4. 11. 1949	a) Gesetz zur Verbesserung von Leistungen an Kriegsoffer (Drs. 395) b) 34. Sitz. v. 2. 2. 1950 c) 27. 3. 1950 (BGBl. S. 77)	vgl. SPD-Interpellation betr. KB-Leistungsgesetz (Drs. Nr. 308), Behandl.: 25. Sitz. v. 16. 12. 1949
a) CDU/CSU b) 117	Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber	Ann. in 15. Sitz. v. 4. 11. 1949	a) Gesetz über die Neuordnung der Beziehungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Betrieben (Betriebsverfassungsgesetz) (Drs. 1546) b) 227. Sitz. v. 19. 7. 1952 c) 11. 10. 1952 (BGBl. I S. 681)	

a) SPD b) 77	Herstellung der Gleichberechtigung der Heimatvertriebenen	Überw. an 22. u. 12. Aussch.; Mdl. Ber. d. 22. Aussch. (Drs. 126); Ann. gem. Aussch. Antr. in 15. Sitz. v. 4. 11. 1949	a) Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) (Drs. 2872) b) 257. Sitz. v. 25. 3. 1953 c) 19. 5. 1953 (BGBl. I S. 201)	
a) SPD b) 176	Verwirklichung der Grundsätze des Art. 3 Abs. 2 GG	Ann. in 20. Sitz. v. 2. 12. 1949	a) –	
a) CDU/CSU b) 103	Bekämpfung von Schmutz und Schund	Überw. an 34. Aussch.; Mdl. Ber. d. 34. Aussch. (Drs. 259); Ann. gem. Aussch. Antr. in 24. Sitz. v. 16. 12. 1949	a) Gesetz über den Vertrieb jugendgefährdender Schriften (Drs. 1101) b) 230. Sitz. v. 17. 9. 1952; nach zweimaliger Einber. d. VermAussch. in 265. Sitz. v. 12. 5. 1953 c) 9. 6. 1953 (BGBl. I S. 377)	
a) FDP b) 90	Ländergrenzen (Gesetzesvorlage zu Art. 29 Abs. 1, 2, 6 und Art. 118 GG)	Überw. an 30. Aussch.; Mdl. Ber. d. 30. Aussch. (Drs. 232); Ann. gem. Aussch. Antr. in 24. Sitz. v. 16. 12. 1949	a) Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid bei Neugliederung des Bundesgebietes gemäß Artikel 29 Absatz 2–6 des Grundgesetzes (Drs. 599) b) –	
a) SPD b) 73	Förderung und Ordnung des sozialen Wohnungsbaues	Überw. an 18. u. 12. Aussch.; Mdl. Ber. d. 18. Aussch. (Drs. 286); Ann. gem. Aussch. Antr. in 24. Sitz. v. 16. 12. 1949	a) Erstes Wohnungsbaugesetz (Drs. 567) b) 53. Sitz. v. 28. 3. 1950 c) 24. 4. 1950 (BGBl. S. 83)	
a) DP b) 229	Rahmengesetz für die Jagd	Überw. an 19. Aussch.; Mdl. Ber. d. 19. Aussch. (Drs. 401); Ann. gem. Aussch. Antr. in 32. Sitz. v. 27. 1. 1950	a) Bundesjagdgesetz (Drs. 1813) b) 216. Sitz. v. 29. 5. 1952; nach zweimaliger Einber. d. VermAussch. in 236. Sitz. v. 30. 10. 1952 c) 29. 11. 1952 (BGBl. I S. 780)	vgl. Stellungnahme des Bundeskanzlers (Drs. 731)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) SPD b) 329	Befreiung von der Rückerstattungspflicht für Fürsorgeaufwendungen	Überw. an 31. Aussch.; Mdl. Ber. d. 31. Aussch. (Drs. 416); Ann. gem. Aussch. Antr. in 33. Sitz. v. 1. 2. 1950	a) –	vgl. FDP-Anfrage betr. Zeitpunkt der Vorlage des Gesetzentwurfs (Drs. 896) u. Antw. BMI (Drs. 987); anstelle Gesetzentwurf: Verordnung über den Ersatz von Fürsorgekosten v. 31. 1. 1951 (BGBl. I S. 154)
a) CDU/CSU b) 109	Neuordnung der Eigentumsverhältnisse im Kohlenbergbau	Überw. an 35. Aussch.; Mdl. Ber. d. 35. Aussch. (Drs. 472); Ann. gem. Aussch. Antr. in 35. Sitz. v. 8. 2. 1950	a) –	vgl. SPD-Antr. betr. Vorlage eines Gesetzes; Ann. in 105. Sitz. v. 7. 12. 1950
a) DP b) 230	Landwirtschaftliches Pachtwesen	Überw. an 19. u. 36. Aussch.; Mdl. Ber. d. 19. Aussch. (Drs. 535); Ann. gem. Aussch. Antr. in 43. Sitz. v. 1. 3. 1950	a) Gesetz über das landwirtschaftliche Pachtwesen (Landpachtgesetz) (Drs. 1812) b) 203. Sitz. v. 2. 4. 1952; nach Einber. d. VermAussch. in 216. Sitz. v. 29. 5. 1952 c) 25. 6. 1952 (BGBl. I S. 343)	
a) CDU/CSU b) 104	Neufassung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	Überw. an 32. Aussch.; Mdl. Ber. d. 32. Aussch. (Drs. 529); Ann. gem. Aussch. Antr. in 43. Sitz. v. 1. 3. 1950	a) Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (Drs. 3232) b) 271. Sitz. v. 12. 6. 1953 c) 22. 7. 1953 (BGBl. I S. 700)	vgl. SPD-Anfrage betr. Vorlage des Gesetzentwurfs (Drs. 2898) u. Antw. BMI (Drs. 2960)
a) 18. Ausschuß b) 703	Steuerbegünstigungen zur Förderung des Wohnungsbaus	Ann. in 53. Sitz. v. 28. 3. 1950	a) –	

a) SPD b) 405	Mißbrauch wirtschaftlicher Macht	Überw. an 13. Aussch.; Mdl. Ber. d. 13. Aussch. (Drs. 621); Erl. gem. Aussch. Antr. in 56. Sitz. v. 31. 3. 1950	a) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) (Drs. 3462) b) –	
a) Abg. der CDU/CSU b) 163	Errichtung einer Familien- Ausgleichskasse	Überw. an 21. Aussch.; Mdl. Ber. d. 21. Aussch. (Drs. 2870); Ann. gem. Aussch. Antr. in 60. Sitz. v. 28. 4. 1950	a) –	
a) BP b) 663	Bekämpfung der Fälschung von Nahrungs- und Genuß- mitteln	Überw. an 32. Aussch.; Mdl. Ber. d. 32. Aussch. (Drs. 903); Ann. gem. Aussch. Antr. in 66. Sitz. v. 2. 6. 1950	a) –	
a) 11. Ausschuß b) 964	Senkung der Tabak-, Kaffee- und Teesteuer	Ann. in 66. Sitz. v. 2. 6. 1950	a) Tabaksteuergesetz (Drs. 3861) b) 259. Sitz. v. 15. 4. 1953 c) 6. 5. 1953 (BGBl. I S. 169)	vgl. BP-, Z- u. WAV-Interp. betr. Gesetzentwurf über eine Senkung der Tabak-, Kaffee- und Teesteuer (Drs. 1429); Überw. an 11. Aussch.; Einbringung eigener Gesetzentwürfe zur Neuregelung bzw. Herab- setzung der Tabaksteuer durch CDU/CSU (Drs. 3171) sowie SPD (Drs. 3242); Er- ledigung durch Verabschie- dung der Regierungsvorlage
a) Abg. der BP b) 824	Regelung der Rechtsverhält- nisse des unter Art. 131 GG fallenden Personenkreises	Überw. an 25. Aussch.; Mdl. Ber. d. 25. Aussch. (Drs. 1034); Ann. gem. Aussch. Antr. in 71. Sitz. v. 22. 6. 1950	a) Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fal- lenden Personen (Drs. 1306) b) 132. Sitz. v. 10. 4. 1951 c) 11. 5. 1951 (BGBl. I S. 307)	vgl. auch Interp. von BP u. Z betr. Gründe für nicht ter- mingerechte Vorlage eines Gesetzentwurfs (Drs. 1151), Behandlung in 84. Sitz. v. 13. 9. 1950

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) FDP b) 262	Umsatzsteuer für die Ver- bände der freien Wohlfahrts- pflege	Überw. an 11. Aussch.; Mdl. Ber. d. 11. Aussch. (Drs. 1124); Ann. gem. Aussch. Antr. in 78. Sitz. v. 21. 7. 1950	a) –	
a) Abg. der SPD b) 1025	Flurbereinigung	Überw. an 19. Aussch.; Mdl. Ber. d. 19. Aussch. (Drs. 1223); Ann. gem. Aussch. Antr. in 81. Sitz. v. 28. 7. 1950	a) Flurbereinigungsgesetz (Drs. 3385) b) 270. Sitz. v. 11. 6. 1953 c) 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591)	
a) SPD b) 590	Deutsch-französisches Wirt- schaftsabkommen	Überw. an 14. u. 23. Aussch.; Mdl. Ber. d. 14. Aussch. (Drs. 1207); Ann. gem. Aussch. Antr. in 81. Sitz. v. 28. 7. 1950	a) –	
a) Z b) 571	Finanzielle Förderung und Sicherung der Schwerbeschä- digten-Betriebe	Überw. an 10. u. 26. Aussch.; Mdl. Ber. d. 10. Aussch. (Drs. 1449); Ann. gem. Aussch. Antr. in 91. Sitz. v. 13. 10. 1950	a) –	
a) Z b) 275	Gesetz gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes über ein Par- teiangesetz	Überw. an 23. Aussch.; Mdl. Ber. d. 23. Aussch. (Drs. 1426); Ann. gem. Aussch. Antr. in 92. Sitz. v. 18. 10. 1950	a) –	

a) 26. Ausschuß b) 1466	Verfahrensgesetz zum Bundesversorgungsgesetz	Ann. in 93. Sitz. v. 19. 10. 1950	a) –	
a) Abg. der FDP b) 1091	Vereinigung des Zahnärzte- und Dentistenberufs	Überw. an 32. Aussch.; Mdl. Ber. d. 32. Aussch. (Drs. 1274); Ann. gem. Aussch. Antr. in 95. Sitz. v. 26. 10. 1950	a) Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde (Drs. 2573) b) 193. Sitz. v. 14. 2. 1952; nach Einber. d. VermAussch. in 200. Sitz. v. 20. 3. 1952 c) 31. 3. 1952 (BGBl. I S. 221)	
a) Abg. der BP b) 796	Heilpraktikergesetz	Überw. an 32. Aussch.; Mdl. Ber. d. 32. Aussch. (Drs. 1503); Ann. gem. Aussch. Antr. in 108. Sitz. v. 15. 12. 1950	a) –	vgl. SPD-Anfrage betr. Vorlage des Gesetzentwurfs (Drs. 2898) u. Antw. BMI (Drs. 2960); Kleine Anfrage der BP betr. Vorlage (Drs. 3517) u. Antw. BMI (Drs. 3614); Kleine Anfrage der SPD betr. Einbringung des Entwurfs (Drs. 3739) u. Antw. BMI (Drs. 3853); Große Anfrage der CDU/CSU betr. Vorlage eines Heilpraktikergesetzes (Drs. 4224) u. Antw. in 262. Sitz. v. 29. 4. 1953
a) FDP b) 1707	Neubildung von Landwirtschaftskammern	Ann. in 110. Sitz. v. 11. 1. 1951	a) Gesetz über die landwirtschaftliche Selbstverwaltung (Drs. 4382) b) –	vgl. Mitteilung BML (Drs. 2766)
a) CDU/CSU, FDP, DP b) 1620	Änderung des Gesetzes über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk	Überw. an 21. Aussch.; Mdl. Ber. d. 21. Aussch. (Drs. 1746); Ann. gem. Aussch. Antr. in 111. Sitz. v. 17. 1. 1951	a) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk (Drs. 3598) b) –	vgl. Große CDU/CSU-Anfr. betr. Zeitpunkt der Vorlage des Gesetzes (Drs. 3129) u. Antw. BMA in 199. Sitz. v. 19. 3. 1952; Kleine SPD-Anfr. (Drs. 3095) u. Antw. BMA (Drs. 3165)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) Abg. der CDU/CSU b) 805	Diensterfindungen	Überw. an 20. u. 16. Aussch.; Mdl. Ber. d. 20. Aussch. (Drs. 1846); Ann. gem. Aussch. Antr. in 117. Sitz. v. 14. 2. 1951	a) Gesetz über Erfindungen von Arbeitnehmern und Beamten (Drs. 3343) b) –	
a) SPD b) –	Schaffung des erforderlichen Wohnraums in zerbombten Städten zur beschleunigten Rückführung der Evakuier- ten	Ann. in 124. Sitz. v. 8. 3. 1951	a) –	
a) 33. Ausschuß b) 2155	Einheitliche Regelung des Jugendarbeitsschutzes im Bundesgebiet	Ann. in 139. Sitz. v. 26. 4. 1951	a) –	vgl. Kleine SPD-Anfr. (Drs. 3446) u. Antw. BMA (Drs. 3553)
a) BP b) 2113	Verkehr mit Gemüse und Obst	Überw. an 19. Aussch.; Mdl. Ber. d. 19. Aussch. (Drs. 2203); Ann. gem. Aussch. Antr. in 142. Sitz. v. 22. 5. 1951	a) Gesetz zur Ordnung der Gartenbauwirtschaft (Drs. 3384) b) –	
a) 11. Ausschuß b) 2213	Neufassung des Gesetzes über steuerliche Maßnah- men zur Förderung der Aus- fuhr mit verschiedener steu- erlicher Begünstigung von Fertigwaren und Vorerzeu- gnissen und stärkerer Begünstigung der Ende- zeugnisse	Ann. in 146. Sitz. v. 1. 6. 1951	a) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über steu- erliche Maßnahmen zur Förderung der Aus- fuhr (Drs. 4242) b) 280. Sitz. v. 3. 7. 1953 c) 6. 8. 1953 (BGBl. I S. 884)	vgl. Stellungnahme BMF zur Frist vom 31. Oktober 1951 (Drs. 2796)

a) Abg. der CDU/CSU b) 2386	Verkehrsgesetz (Änderung der Straßenverkehrsordnung)	Ann. in 156. Sitz. v. 5. 7. 1951	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) 2442	Bundesbaugesetz	Ann. in 162. Sitz. v. 13. 9. 1951	a) –	
a) SPD b) 2331	Bundesarbeits- und Sozialgerichte	Überw. an 20. u. 21. Aussch.; Mdl. Ber. d. 20. Aussch. (Drs. 2634); Ann. gem. Aussch. Antr. in 170. Sitz. v. 24. 10. 1951	a) Arbeitsgerichtsgesetz (Drs. 3516) b) 272. Sitz. v. 17. 6. 1953; nach Einber. d. VermAussch. in 280. Sitz. v. 3. 7. 1953 c) 21. 3. 1952 (BGBl. I S. 146) sowie a) Sozialgerichtsgesetz (Drs. 4225) b) –	vgl. SPD-Anfr. betr. Vorlage des Gesetzentwurfs (Drs. 3450) u. Antw. BMA (Drs. 3509)
a) FDP b) 2664	Bundespostgesetz	Ann. in 171. Sitz. v. 25. 10. 1951	a) Gesetz über die Verwaltung der Deutschen Bundespost (Postverwaltungsgesetz) (Drs. 3479) b) 261. Sitz. v. 28. 4. 1953; nach Einber. d. VermAussch. in 270. Sitz. v. 11. 6. 1953 c) 24. 7. 1953 (BGBl. I S. 676)	
a) SPD b) 2626	Beschäftigung Schwerbeschädigter	Überw. an 26. Aussch.; Mdl. Ber. d. 26. Aussch. (Drs. 2741); Ann. gem. Aussch. Antr. in 174. Sitz. v. 14. 11. 1951	a) Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter (Schwerbeschädigtengesetz) (Drs. 3430) b) 263. Sitz. v. 5. 5. 1953 c) 16. 6. 1953 (BGBl. I S. 389)	
a) DP b) 1248	Zwangsweise Einweisung geisteskranker Personen in Anstalten	Überw. an 24. Aussch.; Mdl. Ber. d. 24. Aussch. (Drs. 2736); Ann. gem. Aussch. Antr. in 175. Sitz. v. 15. 11. 1951	a) –	
a) 23. Ausschuß b) 2938	Neuregelung des Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaftsrechts	Ann. in 181. Sitz. v. 13. 12. 1951	a) –	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) SPD b) 1938	Frage der Konzessionsabgaben	Überw. an 13. u. 11. Aussch.; Mdl. Ber. d. 13. Aussch. (Drs. 3254); Ann. gem. Aussch. Antr. in 206. Sitz. v. 24. 4. 1952	a) –	
a) SPD b) Umdr. 563	Bereitstellung von Mitteln für die baldige Rückführung der Evakuierten und für die Beseitigung ihrer sonstigen sozialen Notstände wegen nicht ausreichender Berücksichtigung im Lastenausgleich	Ann. in 213. Sitz. v. 16. 5. 1952	a) –	
a) 21. Ausschuß b) Drs. 3444	Endgültige Regelung der Verhältnisse der Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen	Ann. in 219. Sitz. v. 18. 6. 1952	a) –	vgl. auch Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs von Abg. der CDU/CSU, FU, BHE/DG (Drs. 2334); auf Antr. d. 21. Aussch. vorläufig zurückgestellt
a) CDU/CSU, SPD, FDP, DP/DPB b) 3466	Teuerungszuschläge zur Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz	Ann. in 219. Sitz. v. 18. 6. 1952	a) –	
a) CDU/CSU, FDP, DP/ DPB b) Umdr. 577	Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Ann. in 220. Sitz. v. 26. 6. 1952	a) Gesetz über die Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Drs. 4319) b) 280. Sitz. v. 3. 7. 1953 c) 7. 8. 1953 (BGBl. I S. 857)	

a) CDU/CSU b) 3135	Bekämpfung der Schwarzarbeit	Überw. an 20. Aussch.; Mdl. Ber. d. 20. Aussch. (Drs. 3566); Ann. gem. Aussch. Antr. in 229. Sitz. v. 11. 9. 1952	a) –	
a) 23. Ausschuß b) 3583	Bundesergänzungs- und Rahmengesetz zur Regelung der Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus	Ann. in 229. Sitz. v. 11. 9. 1952	a) Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Drs. 4527) b) 279. Sitz. v. 2. 7. 1953; nach Einber. d. VermAussch. in 282. Sitz. v. 29. 7. 1953 c) 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)	
a) 23. Ausschuß b) 3583	Regelung der rückerstattungsrechtlichen Verbindlichkeiten des Deutschen Reiches	Ann. in 229. Sitz. v. 11. 9. 1952	a) –	
a) DP b) 3305	Schaffung einheitlichen Rechts in der Angestelltenversicherung	Überw. an 21. Aussch.; Mdl. Ber. d. 21. Aussch. (Drs. 3732); Ann. gem. Aussch. Antr. in 238. Sitz. v. 26. 11. 1952	a) –	
a) SPD b) 3790	Änderung des Bundesversorgungsgesetzes	Überw. an 26. Aussch.; Mdl. Ber. d. 26. Aussch. (Drs. 4009); Ann. gem. Aussch. Antr. in 248. Sitz. v. 29. 1. 1953	a) Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes (Drs. 4296) b) 279. Sitz. v. 2. 7. 1953 c) 7. 8. 1953 (BGBl. I S. 862)	
a) Abg. der CDU/CSU b) 3777	Ordnung des Hebammenwesens	Überw. an 32. Aussch.; Mdl. Ber. d. 32. Aussch. (Drs. 4011); Ann. gem. Aussch. Antr. in 248. Sitz. v. 29. 1. 1953	a) –	Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs zur Regelung von Fragen des Hebammenwesens von Abg. der CDU/CSU, SPD, FDP u. DP (Drs. 4351); verabschiedet in 271. Sitz. v. 12. 6. 1953, Gesetz v. 4. 1. 1954 (BGBl. I S. 1)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) FDP b) 3286	Regelung der Zulassung von Masseuren und Krankengymnastikerinnen	Überw. an 32. Aussch.; Mdl. Ber. d. 32. Aussch. (Drs. 4083); Ann. gem. Aussch. Antr. in 253. Sitz. v. 5. 3. 1953	a) –	vgl. auch DP-Antr. (Drs. 3304)
a) DP b) 3281	Laufbahnbestimmungen für medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten	Überw. an 32. Aussch.; Mdl. Ber. d. 32. Aussch. (Drs. 4082); Ann. gem. Aussch. Antr. in 253. Sitz. v. 5. 3. 1953	a) –	
a) DP b) 3039	Novelle zur Krankenversicherung der Rentner (Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsrentner)	Überw. an 21. Aussch.; Mdl. Ber. d. 21. Aussch. (Drs. 4144); Ann. gem. Aussch. Antr. in 256. Sitz. v. 20. 3. 1953	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU, SPD, FDP, DP u. FU b) 4138	Speditionswesen	Ann. in 257. Sitz. v. 25. 3. 1953	a) –	
a) FDP b) Umdruck 997	Verwaltung auch der nach Art. 103 GG von den Ländern verwalteten Steuern ab 1. Januar 1955 allgemein oder im Auftrag der einzelnen Länder durch Bundesfinanzbehörden	Ann. in 274. Sitz. v. 19. 6. 1953	a) –	

2. Wahlperiode (1953–57)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) Abg. der CDU/CSU b) 66	Neuregelung des Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsrechts	Überw. an 21. u. 24. Aussch.; Mdl. Ber. d. 21. Aussch. (Drs. 118); Ann. in 8. Sitz. v. 10. 12. 1953	a) Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und des Rabattgesetzes (Drs. 475) b) 34. Sitz. v. 19. 6. 1954 c) 21. 7. 1954 (BGBl. I S. 212)	
a) DP b) 188	Getreidepreisgesetz 1954/55	Ann. in 13. Sitz. v. 5. 2. 1954	a) Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung für das Getreidewirtschaftsjahr 1954/55 sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft (Getreidepreisgesetz 1954/55) (Drs. 524) b) 33. Sitz. v. 18. 6. 1954 c) 10. 7. 1954 (BGBl. I S. 180)	vgl. Mitteilung des BML betr. kurzfristige Verzögerung bei Fertigstellung des Gesetzentwurfs (Drs. 387)
a) CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP b) Umdruck 132	Reform des Genossenschaftsrechts	Ann. in 34. Sitz. v. 19. 6. 1954	a) –	vgl. Zwischenberichte über den Stand der Reformarbeiten am geltenden Genossenschaftsrecht (Drs. 1544 u. 2557)

Abkürzungen

In den Tabellen dieses Abschnittes werden in abgekürzter Fassung u. a. die folgenden Formulierungen verwendet:

Mdl. [Schriftl.] Ber. d. ... Aussch. = Mündlicher [Schriftlicher] Bericht des ... Ausschusses des Deutschen Bundestages;

Ann. gem. Aussch. Antr. [m. Änd.] in ... Sitz. v. ... = Annahme gemäß Ausschuß-Antrag [mit Änderung] in der ... Plenarsitzung des Bundestages vom ...;

n. Einber. d. VermAussch. = nach Einberufung des Vermittlungsausschusses.

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU, FDP, GB/ BHE, DP b) 700	Hilfsmaßnahmen für ehema- lige politische Häftlinge der sowjetischen Besatzungszone	Ann. in 40. Sitz. v. 14. 7. 1954	a) Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) in Gewahrsam genommen wurden (Drs. 1450) b) 98. Sitz. v. 14. 7. 1955 c) 6. 8. 1955 (BGBl. I S. 498)	vgl. SPD-Antrag (Drs. 701) und SPD-Gesetzentwurf (Drs. 1837)
a) CDU/CSU b) 558	Ergänzung des Bundesver- sorgungsgesetzes	Ann. in 40. Sitz. v. 14. 7. 1954	a) –	Einbringung eigener Gesetzentwürfe zur Ände- rung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes durch FDP (Drs. 716 neu), durch SPD (Drs. 836), durch GB/BHE (Drs. 859) u. durch Abg. der CDU/CSU (Drs. 887); Drittes Gesetz zur Änderung und Ergän- zung des Bundesversor- gungsgesetzes, verabschiedet im BT in 61. Sitz. v. 15. 12. 1954, Gesetz v. 19. 1. 1955 (BGBl. I S. 25)
a) Abg. der SPD, FDP, CDU/CSU, GB/BHE b) 561	Bundeswasserrecht (wasser- gesetzliche Rahmenbestim- mungen des Bundes)	Ann. in 66. Sitz. v. 17. 2. 1955	a) Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) (Drs. 2072) b) 216. Sitz. v. 27. 6. 1957 c) 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110)	

a) 21. Ausschuß b) 1294	Energiewirtschaftsgesetz	Ann. in 75. Sitz. v. 23. 3. 1955	a) –	Stellungnahme der BReg betr. Unmöglichkeit einer termingerechten Vorlage des Gesetzentwurfs (Drs. 1647)
a) SPD b) 1208	Tuberkulosenhilfe	Ann. in 76. Sitz. v. 24. 3. 1955	a) Gesetz über die Tuberkulosenhilfe (THG) (Drs. 2213) b) 215. Sitz. v. 26. 6. 1957/Versagung der Zustimmung des Bundesrates c) –	
a) SPD b) 973	Gewährung von Steigerungsbeträgen für Zeiten der Arbeitslosigkeit in den gesetzlichen Rentenversicherungen	Überw. an 28. u. 27. Aussch.; Mdl. Ber. d. 28. Aussch. (Drs. 1162); Ann. in 77. Sitz. v. 31. 3. 1955	a) –	
a) CDU/CSU, FDP, GB/ BHE, DP b) 917	Senkung der Zündwarensteuer	Überw. an 19. Aussch.; Mdl. Ber. d. 19. Aussch. (Drs. 1131); Ann. mit Änd. in 82. Sitz. v. 25. 5. 1955	a) Gesetz zur Änderung des Zündwarensteuergesetzes (Drs. 1699) b) 122. Sitz. v. 12. 1. 1956 c) 10. 2. 1956 (BGBl. I S. 70)	
a) Abg. der CDU/CSU b) 135	Beschränkung des Lastwagenverkehrs an Sonn- und Feiertagen	Überw. an 30. Aussch.; Mdl. Ber. d. 30. Aussch. (Drs. 1215); Ann. gem. Aussch. Antr. in 98. Sitz. v. 14. 7. 1955	a) –	
a) 19. Ausschuß b) 1724	Änderung des Tabaksteuergesetzes (Auflockerung des bestehenden Systems der gebundenen Preise)	Ann. in 105. Sitz. v. 12. 10. 1955	a) Drittes Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes (Drs. 2763) b) 177. Sitz. v. 6. 12. 1956 c) 24. 12. 1956 (BGBl. I S. 1078)	
a) Abg. der CDU/CSU, SPD u. FDP b) 1840	Arzneimittelgesetz	Ann. in 114. Sitz. v. 1. 12. 1955	a) –	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU b) Umdruck 501	Neufassung der drei Kindergeldgesetze	Ann. in 120. Sitz. v. 15. 12. 1955	a) Gesetz zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften der Kindergeldgesetze (Drs. 3490) b) 221. Sitz. v. 2. 7. 1957 c) 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1061)	vgl. nochmaliges Ersuchen um Gesetzesvorlage in 155. Sitz. v. 28. 6. 1956 (Umdruck 712); Kleine SPD-Anfr. betr. Kindergeldgesetze (Drs. 298) u. Antw. BMA (Drs. 2933); Kleine DP-Anfr. betr. Neuregelung der Kindergeldgesetze (Drs. 324) u. Antw. BMA (Drs. 3227)
a) FDP b) Umdruck 562	Allgemeine Reform des Steuerstrafrechts	Ann. in 136. Sitz. v. 21. 3. 1956	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU, SPD, FDP b) 2127	Änderung des Lebensmittelgesetzes	Überw. an 8. u. 26. Aussch.; Mdl. Ber. d. 8. Aussch. (Drs. 2373); Ann. gem. Aussch. Antr. in 149. Sitz. v. 8. 6. 1956	a) Gesetz zur Änderung des Lebensmittelgesetzes (Drs. 2923) b) –	
a) FDP b) 2436	Errichtung eines Obersten Bundesgerichts gemäß Artikel 95 des Grundgesetzes	Überw. an 16. Aussch.; Mdl. Ber. d. 16. Aussch. (Drs. 2796); Ann. gem. Aussch. Antr. in 174. Sitz. v. 29. 11. 1956	a) –	

a) CDU/CSU b) Umdruck 1020	Errichtung eines einheitlichen Versicherungsträgers in der knappschaftlichen Versicherung (Bundesknappschaft)	Ann. in 204. Sitz. v. 11. 4. 1957	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU, SPD, FDP, FVP, GB/ BHE b) Umdruck 1034	Freistellung der Ansprüche eines Ehegatten von der Erbschafts- und Schenkungssteuer aufgrund der Neuregelung des ehelichen Güterrechts bei Auflösung der Ehe	Ann. in 206. Sitz. v. 3. 5. 1957	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU b) Umdruck 1290	Energiewirtschaftsgesetz	Ann. in 223. Sitz. v. 4. 7. 1957	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU, SPD, FDP, DP (FVP), GB/BHE b) Umdruck 1304	Allgemeines Siedlungsgesetz	Ann. in 225. Sitz. v. 6. 7. 1957	a) –	

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

3. Wahlperiode (1957–61)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) Abg. der CSU b) Umdruck 65	Steuerliche Abzugsfähigkeit von Aufwendungen zur Erhaltung alten Kunst- und Kulturbesitzes, soweit er unter Denkmalschutz steht	Ann. in 33. Sitz. v. 20. 6. 1958	a) –	
a) FDP b) Umdruck 154	Rechtsstellung der Parteien (Parteiengesetz)	Ann. in 40. Sitz. v. 4. 7. 1958	a) Gesetz über die politischen Parteien (Partei- engesetz) (Drs. III/1509) b) –	
a) 11. Ausschuß b) III/553	Gesamtreform des Lebens- mittelrechts	Ann. in 48. Sitz. v. 6. 11. 1958	a) –	
a) SPD b) III/366	Änderung und Durchfüh- rung des Lastenausgleichsge- setzes	Überw. an 15. Aussch.; Mdl. Ber. d. 15. Aussch. (Drs. III/695); Ann. gem. Aussch. Antr. in 53. Sitz. v. 11. 12. 1958	a) –	vgl. Bericht der BReg betr. Änderung und Durchfüh- rung des Lastenausgleichs- gesetzes (Drs. III/1037)
a) CDU/CSU b) Umdruck 214	Ausgleich der Belastungen lohnintensiver Betriebe	Ann. in 65. Sitz. v. 26. 2. 1959	a) –	
a) DP b) III/432	Schlußnovelle für das Gesetz zu Art. 131 GG	Überw. an 6. Aussch.; Mdl. Ber. d. 6. Aussch. (Drs. III/906); Ann. gem. Aussch. Antr. in 68. Sitz. v. 8. 4. 1959	a) –	

a) SPD b) III/459	Gewährung von Berufsausbildungs- und Erziehungshilfen	Überw. an 10. u. 21. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 10. Aussch. (Drs. III/927); Ann. gem. Aussch. Antr. in 68. Sitz. v. 8. 4. 1959	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP, DP b) Umdruck 284 (neu)	Getreidepreisgesetz 1960/61	Ann. in 70. Sitz. v. 3. 6. 1959	a) Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft (Getreidepreisgesetz 1960/61) (Drs. III/1508) b) 116. Sitz. v. 20. 5. 1960 c) 28. 7. 1960 (BGBl. I S. 597)	
a) 12. Ausschuß b) III/1090	Umwandlung des Bundesverfassungsgerichtes	Ann. in 70. Sitz. v. 3. 6. 1959	a) –	
a) 13. Ausschuß b) III/1079	Gesetzliche Regelung der Zulassung der Revision bei den oberen Bundesgerichten	Ann. in 75. Sitz. v. 12. 6. 1959	a) –	
a) DP, CDU/ CSU b) III/237	Angleichung des Haushaltsjahres an das Kalenderjahr	Überw. an 13. u. 14. Aussch.; Mdl. Ber. d. 13. Aussch. (Drs. III/1124); Ann. gem. Aussch. Antr. in 75. Sitz. v. 12. 6. 1959	a) Gesetz zur Anpassung des Rechnungsjahres an das Kalenderjahr (Drs. III/1435) b) 93. Sitz. v. 10. 12. 1959 c) 29. 12. 1959 (BGBl. I S. 832)	
a) Abg. der CDU/CSU, SPD, FDP b) Umdruck 303	Gesetzliche Neuordnung der Einfuhr- und Vorratsstellen	Ann. in 75. Sitz. v. 12. 6. 1959	a) –	
a) CDU/CSU, DP b) Umdruck 391	Enquete über den Grad der Konzentration in der Wirtschaft	Ann. in 82. Sitz. v. 15. 10. 1959	a) Gesetz über eine Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft (Drs. III/1884) b) 131. Sitz. v. 9. 11. 1960 c) 31. 12. 1960 (BGBl. 1961 I S. 9)	
a) 16. Ausschuß b) III/1409	Aktiengesetz	Ann. in 91. Sitz. v. 2. 12. 1959	a) –	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) FDP b) III/563	Deutsches Arbeitsgesetz- buch	Überw. an 21. u. 12. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 21. Aussch. (Drs. III/1401); Ann. gem. Aussch. Antr. in 91. Sitz. v. 2. 12. 1959	a) –	
a) SPD b) Umdruck 455	Novelle zum Gesetz über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung vom 22. August 1949	Ann. in 96. Sitz. v. 22. 1. 1960	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU, SPD, FDP, DP b) III/638	Maßnahmen zur wirksamen Gestaltung der Raumord- nung	Ann. in 116. Sitz. v. 20. 5. 1960	a) –	
a) CDU/CSU b) Umdruck 664	Ergänzungsgesetz zur Rege- lung von Miet- und Lasten- beihilfen im Rahmen der stu- fenweisen Mietpreisfreigabe	Ann. in 117. Sitz. v. 24. 5. 1960	a) –	Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs zur Ände- rung des Gesetzes über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen und des Mieterschutzgesetzes der CDU/CSU, SPD, FDP (Drs. III/2542), verabschie- det im BT in 153. Sitz. v. 17. 3. 1961, Gesetz v. 10. 4. 1961 (BGBl. I S. 421)

a) CDU/CSU b) Umdruck 763	Gesetzliche Regelung der Grundstückshergabe aus Bundesbesitz zur Förderung des Einzeleigentums und des Familienheimbaues	Ann. in 144. Sitz. v. 22. 2. 1961	a) –	
a) 16. Ausschuß b) III/2563	Gesetzliche Regelung der Aufsicht über Bausparkassen	Ann. in 152. Sitz. v. 16. 3. 1961	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU b) Umdruck 836 (neu)	Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsverhältnisse der Eier- und Geflügelwirtschaft in bäuerlichen Familienbetrieben	Ann. in 153. Sitz. v. 17. 3. 1961	a) –	
a) 6. Ausschuß b) III/2851	Regelung der Doppelversorgung bei Beamten und Versorgungsempfängern sowie Änderung der Ruhensvorschriften und sonstiger versorgungsrechtlicher Vorschriften	Ann. in 165. Sitz. v. 29. 6. 1961	a) –	

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU b) Umdruck 990	Gesetzliche Regelung der Gewährung von Weihnachtswendungen in einer Novelle zum Bundesbesoldungsgesetz	Ann. in 165. Sitz. v. 29. 6. 1961	a) –	

4. Wahlperiode (1961–65)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) Umdruck 20	Ausführung der Brüsseler Beschlüsse vom 14. Januar 1962 über die landwirtschaftliche Integration aufgrund des Römischen Vertrages	Ann. in 13. Sitz. v. 31. 1. 1962	a) –	Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs über die Erhebung der Abschöpfungen nach Maßgabe der Verordnungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die schrittweise Errichtung gemeinsamer Marktorganisationen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Abschöpfungserhebungsgesetz) der CDU/CSU und FDP (Drs. IV/464), verabschiedet im BT in 38. Sitz. v. 29. 6. 1962; Gesetz vom 25. 7. 1962 (BGBl. I S. 453)

a) SPD b) IV/354	Berufsausbildungsgesetz	Ann. in 36. Sitz. v. 27. 6. 1962	a) –	
a) SPD b) IV/469 (neu)	Zweites Neuordnungsgesetz zur Kriegsoferversorgung	Ann. in 42. Sitz. v. 24. 10. 1962	a) Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts (Zweites Neuordnungsgesetz) (Drs. IV/1305) b) 107. Sitz. v. 22. 1. 1964 c) 21. 2. 1964 (BGBl. I S. 85)	Einbringung eigener Gesetzentwürfe zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes bzw. zur Neuordnung des Kriegsofferrechts (Zweites Neuordnungsgesetz) durch Abg. der CDU/CSU (Drs. IV/1030), von Abg. der FDP (Drs. IV/1033) und von der SPD (Drs. IV/1148); Gesetzentwürfe in der Beratung vereinigt mit Regierungsvorlage
a) CDU/CSU b) Umdruck 204	Hauptamtliche Sicherheitsbeauftragte, insbesondere Sicherheits-Ingenieure [gesetzliche Unfallversicherung]	Ann. in 62. Sitz. v. 6. 3. 1963	a) –	
a) SPD b) Umdruck 211	Neuregelung der Organisation und der Zuständigkeit der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Ann. m. Änd. in 62. Sitz. v. 6. 3. 1963	a) –	

Abkürzungen

In den Tabellen dieses Abschnittes werden in abgekürzter Fassung u. a. die folgenden Formulierungen verwendet:

Mdl. [Schriftl.] Ber. d. ... Aussch. = Mündlicher [Schriftlicher] Bericht des ... Ausschusses des Deutschen Bundestages;

Ann. gem. Aussch. Antr. [m. Änd.] in ... Sitz. v. ... = Annahme gemäß Ausschuß-Antrag [mit Änderung] in der ... Plenarsitzung des Bundestages vom ...;

n. Einber. d. VermAussch. = nach Einberufung des Vermittlungsausschusses.

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU b) Umdruck 205	Gesetzliche Unfallversicherung der bäuerlichen Familie (Landwirte, Ehegatten und mithelfende Familienangehörige)	Ann. in 62. Sitz. v. 6. 3. 1963	a) –	Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs über die Anordnung allgemeiner Zwischenfestsetzungen durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienste in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (Drs. IV/2304) der CDU/CSU, SPD und FDP; verabschiedet im BT in 131. Sitz. v. 12. 6. 1964; Gesetz vom 6. 8. 1964 (BGBl. I S. 602)
a) SPD b) IV/800	Abschlußgesetz zur Gesetzgebung nach Artikel 131 GG	Überw. an 6. Aussch.; Mdl. Ber. d. 6. Aussch. (Drs. IV/969); Ann. gem. Aussch. Antr. in 63. Sitz. v. 8. 3. 1963	a) Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Drs. IV/1840) b) 195. Sitz. v. 1. 7. 1965 c) 9. 9. 1965 (BGBl. I S. 1203)	
a) 14. Ausschuß b) IV/1006	Neuregelung der Absetzungen für Abnutzung bei Gebäuden	Ann. in 64. Sitz. v. 13. 3. 1963	a) –	Einbringung eigener Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Absetzungen für Abnutzung bei Gebäuden von Abg. der CDU/CSU u. FDP (Drs. IV/1892) sowie Abg. der CDU/CSU u. FDP (Drs. IV/1894), verabschiedet im BT in 125. Sitz. v. 30. 4. 1964; Gesetz vom 16. 6. 1964 (BGBl. I S. 353)

a) 20. Ausschuß b) IV/1092	Regelung der Rehabilitation im Bereich der Altershilfe für die Landwirte	Ann. in 70. Sitz. v. 28. 3. 1963	a) –	Einbringung eigener Entwürfe eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte der SPD (Drs. IV/1947) u. der CDU/CSU u. FDP (Drs. IV/2425); verabschiedet im BT in 193. Sitz. v. 25. 6. 1965; Gesetz vom 13. 8. 1965 (BGBl. I S. 801)
a) 8. Ausschuß b) IV/1247	Förderung der wissenschaftlichen Forschung nach Artikel 74 Nr. 13 GG	Ann. in 76. Sitz. v. 15. 5. 1963	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) IV/1388 (neu)	Zweites Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 GG [Verhinderung der Beteiligung Deutscher an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen im Ausland]	Ann. in 83. Sitz. v. 28. 6. 1963	a) –	Einbringung eines eigenen Entwurfs eines Zweiten Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Beteiligung Deutscher an der Herstellung und dem Vertrieb von Waffen außerhalb des Bundesgebietes) (Drs. IV/2355) durch die SPD; nicht verabschiedet
a) 22. Ausschuß b) IV/1831	Rehabilitationsgesetz	Ann. in 107. Sitz. v. 22. 1. 1964	a) –	
a) 11. Ausschuß b) IV/1963	Geflügelhygienegesetz	Ann. in 118. Sitz. v. 4. 3. 1964	a) –	
a) 11. Ausschuß b) IV/2162	Herstellung und Verkehr mit Kosmetika hinsichtlich der Zubereitungsstoffe, deren Zulässigkeit sowie Verbesserung der Überwachung importierter Lebensmittel	Ann. in 124. Sitz. v. 29. 4. 1964	a) –	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) SPD b) Umdruck 467 (neu)	Neufassung des § 128 des Strafgesetzbuches	Ann. in 128. Sitz. v. 4. 6. 1964	a) –	vgl. Bericht des BMJ über eine Streichung oder Neu- fassung des § 128 StGB (Drs. IV/2862)
a) SPD b) IV/1405	Neuregelung des Kranken- pflegegesetzes	Überw. an 11. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 11. Aussch. (Drs. IV/2155); Ann. in 131. Sitz. v. 12. 6. 1964	a) Krankenpflegegesetz (Drs. IV/2550) b) 191. Sitz. v. 23. 6. 1965; nach Einber. d. VermAussch. in 198. Sitz. v. 23. 7. 1965 c) 20. 9. 1965 (BGBl. I S. 1438)	
a) 6. Ausschuß b) IV/2377	Zustimmungsgesetz zum Genfer Übereinkommen des Jahres 1958	Ann. in 132. Sitz. v. 24. 6. 1964	a) –	
a) 6. Ausschuß b) IV/2377	Abgrenzung des Festland- sockels der Nordsee	Ann. in 132. Sitz. v. 24. 6. 1964	a) Gesetz zu dem Vertrag vom 1. Dezember 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die seitliche Abgrenzung des Festlandsockels in Küstennähe (Drs. IV/3087) b) 191. Sitz. v. 23. 6. 1965 c) 27. 8. 1965 (BGBl. II S. 1141)	
a) Abg. der CDU/CSU u. FDP b) IV/2799	Bundeseinheitliche Tierseu- chenbekämpfung	Überw. an 19. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 19. Aussch. (Drs. IV/2863); Ann. gem. Aussch. Antr. in 158. Sitz. v. 22. 1. 1965	a) Gesetz zur Änderung des Viehseuchen- gesetzes (Drs. IV/3203) b) 179. Sitz. v. 5. 5. 1965 c) 26. 7. 1965 (BGBl. I S. 627)	
a) 14. Ausschuß b) IV/2873	Bundesforstgesetz (zur Nutz- barmachung des Waldes für das Gemeinwohl)	Ann. in 159. Sitz. v. 27. 1. 1965	a) –	

a) FDP b) Umdruck 625	Zahlung vermögenswirksamer Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit	Überw. an 21. Aussch.; Mdl. Ber. d. 21. Aussch. (Drs. IV/3479); Ann. gem. Aussch. Antr. in 191. Sitz. v. 23. 6. 1965	a) –	
a) 16. Ausschuß b) IV/3416	Regelung der Bestimmungen gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen	Ann. in 193. Sitz. v. 25. 6. 1965	a) –	
a) CDU/CSU b) Umdruck 716	Reform des Gemeinnützigkeitsrechts im Wohnungswesen	Ann. in 194. Sitz. v. 30. 6. 1965	a) –	
a) 11. Ausschuß b) IV/3641	Weingesetz	Ann. in 194. Sitz. v. 30. 6. 1965	a) –	
a) Abg. der FDP b) Umdruck 724	Währungsausgleich für vor dem 8. Mai 1945 begründete Sparguthaben bei Geldinstituten in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin	Ann. in 195. Sitz. v. 1. 7. 1965	a) –	

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinetttberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 19.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler
- 28.8 Ministerrat der DDR

5. Wahlperiode (1965–69)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU, FDP b) V/271	Besoldungsreform	Überw. an 6. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 6. Aussch. (Drs. V/431); Ann. m. Änd. gem. Aussch. Antr. in 36. Sitz. v. 21. 4. 1966	a) Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes (4. BesÄndG) (Drs. V/2635) b) 181. Sitz. v. 21. 6. 1968 c) 19. 7. 1968 (BGBl. I S. 843)	vgl. Bericht des BMI über die Neuregelung der Beamtenbesoldung (Drs. V/1497)
a) CDU/CSU b) V/222	Anpassung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) an den technischen Fortschritt und an die wirtschaftliche Entwicklung	Überw. an 19. u. 15. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 19. Aussch. (Drs. V/752); Ann. gem. Aussch. Antr. in 52. Sitz. v. 29. 6. 1966	a) –	
a) SPD b) V/173	Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts	Überw. an 6. u. 8. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 6. Aussch. (Drs. V/768); Ann. gem. Aussch. Antr. in 54. Sitz. v. 1. 7. 1966	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU b) V/794	Olympiagroschen [zusätzliche Abgabe von DM 0,10 für jeden angenommenen Lotto- oder Totoschein zur Finanzierung der Olympischen Spiele 1972]	Überw. an 6. Aussch.; Mdl. Ber. d. 6. Aussch. (Drs. V/944); Ann. in 62. Sitz. v. 7. 10. 1966	a) –	

a) CDU/CSU, SPD b) Umdruck 117	Anhebung der Zinssätze für ältere Sozialwohnungen	Ann. in 78. Sitz. v. 8. 12. 1966	a) Gesetz zur Fortführung des sozialen Wohnungsbaus (Wohnungsbauänderungsgesetz 1968) (Drs. V/2063) b) 171. Sitz. v. 8. 5. 1968; nach Einber. d. VermAussch. in 183. Sitz. v. 26. 6. 1968 c) 17. 7. 1968 (BGBl. I S. 821)	
a) 17. Ausschuß b) V/1189	Statistik für Bundeszwecke	Ann. in 78. Sitz. v. 8. 12. 1966	a) –	
a) 6. Ausschuß b) V/1412	Änderung des Bundeswahlgesetzes [Teilnahme deutscher Staatsangehöriger im Ausland an den Bundestagswahlen]	Ann. in 97. Sitz. v. 23. 2. 1967	a) –	vgl. Bericht des BMI über Wahlrechtsänderungen (Drs. V/2434) sowie Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs von Abg. der CDU/CSU und SPD (Drs. V/3036)
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) Umdruck 213	Sicherstellung der Weitergeltung der Berlin-Präferenzen nach Inkrafttreten des Mehrwertsteuergesetzes	Ann. in 105. Sitz. v. 26. 4. 1967	a) Zweites Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes (Drs. V/2237) b) 134. Sitz. v. 15. 11. 1967 c) 14. 12. 1967 (BGBl. I S. 1221)	
a) 6. Ausschuß b) V/1693	Vereinfachung und einheitliche Regelung der Disziplinargerichtsorganisation und des disziplinargerichtlichen Verfahrens in Bund und Ländern	Ann. in 110. Sitz. v. 12. 5. 1967	a) –	vgl. Bericht des BMI über das Gesetz zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts (Drs. V/4573)
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) Umdruck 269 (neu)	Förderung des Dienstes von Freiwilligen in Entwicklungsländern	Ann. in 115. Sitz. v. 14. 6. 1967	a) Entwicklungshelfer-Gesetz (Drs. V/2696) b) 220. Sitz. v. 28. 2. 1969; nach Einber. d. VermAussch. in 227. Sitz. v. 23. 4. 1969 c) 18. 6. 1969 (BGBl. I S. 549)	

Hinweis

Die Reihenfolge, in der die Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs im folgenden aufgeführt sind, ist innerhalb der Wahlperioden chronologisch. Sie richtet sich nach dem Datum der Plenarsitzung, in der der entsprechende Antrag angenommen wurde (dritte Spalte der Tabellen).

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU, SPD b) Umdruck 251	Reform des Familienlasten- ausgleichs	Ann. in 115. Sitz. v. 14. 6. 1967	a) –	
a) 18. Ausschuß b) V/1925	Rechtsstellung der Geschäftsführer oder der Geschäftsführung der Sozial- versicherungsträger	Ann. in 118. Sitz. v. 30. 6. 1967	a) –	
a) CDU/CSU, SPD b) Umdruck 323	Einbeziehung von Selbstän- digen und Angehörigen freier Berufe in die gesetzli- che Rentenversicherung	Ann. in 142. Sitz. v. 8. 12. 1967	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) Umdruck 392	Zweites Gesetz zur Ände- rung des Bundessozialhilfe- gesetzes	Ann. in 168. Sitz. v. 5. 4. 1968	a) Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesso- zialhilfegesetzes (Drs. V/3495) b) 243. Sitz. v. 26. 6. 1969 c) 14. 8. 1969 (BGBl. I S. 1153)	
a) CDU/CSU, SPD b) Umdruck 445 (neu)	Änderung des Bergarbeiter- wohnungsbaugesetzes	Ann. in 171. Sitz. v. 8. 5. 1968	a) –	vgl. Zwischenbericht des BMin für Wohnungswesen und Städtebau über die Änderung des Bergarbeiter- wohnungsbaugesetzes (Drs. V/4567)
a) Sonder- ausschuß für die Straf- rechtsreform b) V/2860	Einführung einer zweiten Instanz für alle Strafschutz- sachen	Ann. in 177. Sitz. v. 29. 5. 1968	a) Gesetz zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutz-Strafsa- chen (Drs. V/4086) b) 236. Sitz. v. 11. 6. 1969 c) 8. 9. 1969 (BGBl. I S. 1582)	

a) Sonder- ausschuß für die Straf- rechtsreform b) V/2860	Abschaffung der Staats- schutzkammern	Ann. in 177. Sitz. v. 29. 5. 1968	a) –	
a) 6. Ausschuß b) V/2991	Besoldungsneuregelungsge- setz	Ann. in 181. Sitz. v. 21. 6. 1968	a) Zweites Gesetz zur Neuregelung des Besol- dungsrechts (Zweites Besoldungsneurege- lungsgesetz) (Drs. V/3693) b) 220. Sitz. v. 28. 2. 1969 c) 14. 5. 1969 (BGBl. I S. 365)	
a) 18. Ausschuß b) V/3031	Hauptamtlicher Sicherheits- beauftragter [Unfallverhü- tung]	Ann. in 183. Sitz. v. 26. 6. 1968	a) –	
a) SPD b) Umdruck 349	Gewährung von Unfallversi- cherungsschutz für den Schulweg von Schulkindern	Überw. an 18. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 18. Aussch. (Drs. V/3383); Ann. gem. Aussch. Antr. in 198. Sitz. v. 27. 11. 1968	a) –	
a) 6. Ausschuß b) V/3568	Grenzschutzdienstpflichtge- setz	Ann. in 203. Sitz. v. 6. 12. 1968	a) –	
a) SPD b) V/2500	Betriebsärztegesetz	Überw. an 19., 11. u. 18. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 19. Aussch. (Drs. V/3511); Ann. gem. Aussch. Antr. in 203. Sitz. v. 6. 12. 1968	a) –	
a) Abg. der CDU/CSU, SPD, FDP b) Umdruck 633	Fleischhygienegesetz	Ann. in 226. Sitz. v. 28. 3. 1969	a) –	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU, SPD b) Umdruck 622	Reform des Familienlasten- ausgleichs (unter Zusam- menfassung steuerlicher Erleichterungen und unmit- telbarer Zahlungen zu einem einheitlichen System)	Ann. in 226. Sitz. v. 28. 3. 1969	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) Umdruck 654	Änderung des Lebensmittel- gesetzes (Ahndung von Ver- stößen gegen Füllmengen- vorschriften bei Lebensmit- telpackungen)	Ann. in 232. Sitz. v. 9. 5. 1969	a) –	
a) Sonder- ausschuß für die Straf- rechtsreform b) V/4095	Einführungsgesetz zum neuen Strafgesetzbuch	Ann. in 232. Sitz. v. 9. 5. 1969	a) –	
a) Sonder- ausschuß für die Straf- rechtsreform b) V/4095	Strafvollzugsgesetz	Ann. in 232. Sitz. v. 9. 5. 1969	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) Umdruck 667	Reform des Erbrechts des Bürgerlichen Rechts	Ann. in 235. Sitz. v. 14. 5. 1969	a) –	
a) 12. Ausschuß b) V/4179	Änderung des Jugendwohl- fahrtsgesetzes	Ann. in 235. Sitz. v. 14. 5. 1969	a) –	

a) 7. Ausschuß b) V/4192	Anhebung des Selbständi- genzuschlages zur LAG- Unterhaltshilfe	Ann. in 238. Sitz. v. 13. 6. 1969	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) V/4475	Förderung des Huckepack- und kombinierten Behälter- verkehrs (Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer)	Ann. in 243. Sitz. v. 26. 6. 1969	a) –	
a) 10. Ausschuß b) V/4377	Neuregelung der Studenten- förderung an Hochschulen, Ingenieurschulen, Akade- mien und höheren Fachschu- len	Ann. in 243. Sitz. v. 26. 6. 1969	a) –	
a) 12. Ausschuß b) V/4352	Vermeidung sozialversiche- rungsrechtlicher Nachteile im Falle einer ehrenamtli- chen Tätigkeit, insbesondere als Richter	Ann. in 243. Sitz. v. 26. 6. 1969	a) –	
a) 12. Ausschuß b) V/4341	Vorbildung und Ausbildung der Rechtspfleger	Ann. in 243. Sitz. v. 26. 6. 1969	a) –	
a) 6. Ausschuß b) V/4422	Tierschutzgesetz (mit Rege- lungen für bestimmte For- men der Massentierhaltung sowie wirksame Ahndungs- maßnahmen wie z. B. die Einführung von Ordnungswi- drigkeiten)	Ann. in 246. Sitz. v. 2. 7. 1969	a) –	
a) 8. Ausschuß b) V/4344	Regelung zur Fusionskon- trolle	Ann. in 246. Sitz. v. 2. 7. 1969	a) –	

Hinweis

Eine nach den Ressorts der Bundesregierung aufgegliederte Statistik der Gesetzgebung ist innerhalb des Abschnitts 11.5 zu finden.

6. Wahlperiode (1969–72)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 11. Ausschuß b) VI/149	Verbesserung und Einführung eines dauerhaften Regelung der besonderen Zuwendungen an Grundwehrdienstleistende	Ann. in 21. Sitz. v. 12. 12. 1969	a) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/420	Änderung des Personalvertretungsgesetzes	Ann. in 35. Sitz. v. 27. 2. 1970	a) Bundespersonalvertretungsgesetz (Drs. VI/3721) b) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/420	Gewährung vermögenswirksamer Leistungen	Ann. in 35. Sitz. v. 27. 2. 1970	a) Gesetz über vermögenswirksame Leistungen für Bundesbeamte, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit (Drs. VI/797) b) 56. Sitz. v. 4. 6. 1970 c) 17. 7. 1970 (BGBl. I S. 1097)	
a) SPD, FDP b) VI/409	Verwaltungsverfahrensgesetz	Überw. an 4. Aussch.; Mdl. Ber. d. 4. Aussch. (Drs. VI/579); Ann. gem. Aussch. Antr. in 42. Sitz. v. 15. 4. 1970	a) Verwaltungsverfahrensgesetz (Drs. VI/1173) b) –	
a) 10. Ausschuß b) VI/860	Reform der gesamten Sparförderung und Sparförderung von Selbständigen	Ann. in 56. Sitz. v. 4. 6. 1970	a) –	
a) SPD, FDP b) Umdruck 84	Regelung für Wohnkosten von Lehrlingen im Bundesausbildungsförderungsgesetz	Ann. in 75. Sitz. v. 4. 11. 1970	a) –	

a) 4. Ausschuß b) VI/1351	Schlußregelung der Kriegsschadensrente für bestimmte ehemalige Selbständige	Ann. in 78. Sitz. v. 11. 11. 1970	a) –	
a) 8. Ausschuß b) VI/1379	Feststellung der Wirtschaftspläne des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1971	Ann. in 78. Sitz. v. 11. 11. 1970	a) Gesetz über die Feststellung der Wirtschaftspläne des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1971 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 1971) (Drs. VI/1810) b) 129. Sitz. v. 18. 6. 1971 c) 26. 7. 1971 (BGBl. I S. 1065)	
a) 4. Ausschuß b) VI/1377	Änderung und Ergänzung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm	Ann. in 87. Sitz. v. 16. 12. 1970	a) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/1885	Höherstufung der Eingangsämter unter Wegfall der Regelbeförderung	Ann. in 103. Sitz. v. 3. 3. 1971	a) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/1885	Umwandlung der Unterhaltszuschüsse für Beamtenanwärter in Anwärterbezüge	Ann. in 103. Sitz. v. 3. 3. 1971	a) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/1885	Erstellung einer neuen Grundgehaltstabelle einschließlich der allgemeinen Zulagen	Ann. in 103. Sitz. v. 3. 3. 1971	a) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/1885	Neuordnung der Besoldungsordnung B	Ann. in 103. Sitz. v. 3. 3. 1971	a) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/1885	Vereinheitlichung des Reise- und Unkostenrechts sowie des Beihilferechts	Ann. in 103. Sitz. v. 3. 3. 1971	a) –	

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 10. Ausschuß b) VI/1775	Gesetz für Sicherheitsingenieure, Betriebsärzte und Sicherheitsbeauftragte	Ann. in 103. Sitz. v. 3. 3. 1971	a) –	
a) SPD, FDP b) Umdruck 90	Einführung der Pflichtkrankenversicherung für Landwirte	Überw. an 9. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 9. Aussch. (Drs. VI/1812); Ann. gem. Aussch. Antr. in 106. Sitz. v. 10. 3. 1971	a) Gesetz zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte – KVLG) (Drs. VI/3012) b) 194. Sitz. v. 21. 6. 1972 c) 10. 8. 1972 (BGBl. I S. 1433)	vgl. auch CDU/CSU-Gesetzentwürfe zur Krankenversicherung der Landwirte (Drucksachen VI/970 und VI/2937)
a) 4. Ausschuß b) VI/2009	Aufhebung des Flüchtlingshilfegesetzes unter Berücksichtigung des dort beteiligten Personenkreises im Härtefonds des LAG	Ann. in 112. Sitz. v. 31. 3. 1971	a) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/2196	Änderung des Bundeswahlgesetzes [unter Zugrundelegung des Gebietsstandes vom 1. Juli 1972 bei der Wahlkreiseinteilung]	Ann. in 125. Sitz. v. 8. 6. 1971	a) Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (Drs. VI/3395) b) 190. Sitz. v. 9. 6. 1972 c) 3. 7. 1972 (BGBl. I S. 1061)	
a) 14. Ausschuß b) VI/2204	Sanierungs- und Entwicklungsgemeinschaften [Städtebauförderung]	Ann. in 127. Sitz. v. 16. 6. 1971	a) –	
a) 13. Ausschuß b) VI/2279	Änderung des Bundesbahngesetzes	Ann. in 129. Sitz. v. 18. 6. 1971	a) –	

a) 8. Ausschuß b) VI/2270	Feststellung der Wirtschaftspläne des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1972	Ann. in 129. Sitz. v. 18. 6. 1971	a) Gesetz über die Feststellung der Wirtschaftspläne des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1972 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 1972) (Drs. VI/2439) b) 174. Sitz. v. 1. 3. 1972 c) 24. 4. 1972 (BGBl. I S. 667)	
a) 13. Ausschuß b) VI/2279	Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes	Ann. in 129. Sitz. v. 18. 6. 1971	a) Zweites Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes (Drs. VI/2684) b) 159. Sitz. v. 15. 12. 1971 c) 24. 12. 1971 (BGBl. I S. 2149)	
a) 13. Ausschuß b) VI/2279	Änderung des Gesetzes über den gewerblichen Binnenschiffsverkehr (u. a. Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Schifferbetriebsverbände in Unternehmensverbände mit freiwilliger Mitgliedschaft)	Ann. in 129. Sitz. v. 18. 6. 1971	a) –	
a) 13. Ausschuß b) VI/2279	Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes	Ann. in 129. Sitz. v. 18. 6. 1971	a) –	
a) 9. Ausschuß b) VI/2321	Seefischereigesetz	Ann. in 130. Sitz. v. 23. 6. 1971	a) –	
a) SPD, FDP b) Umdruck 198	Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung (2. Rentenreformgesetz)	Ann. in 130. Sitz. v. 23. 6. 1971	a) Gesetz zur weiteren Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und über die Fünfzehnte Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Rentenreformgesetz – RRG) (Drs. VI/2916) b) 198. Sitz. v. 21. 9. 1972 c) 16. 10. 1972 (BGBl. I S. 1965)	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 12. Ausschuß b) VI/2300	Verbesserung der Hilfen für Behinderte nach dem Bun- dessozialhilfegesetz	Ann. in 148. Sitz. v. 4. 11. 1971	a) –	
a) 4. Ausschuß b) VI/2765	Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen und Beamten	Ann. in 148. Sitz. v. 4. 11. 1971	a) –	
a) 5. Ausschuß b) VI/2870	Problem der Pfändbarkeit von Ansprüchen auf Sozial- leistungen	Ann. in 155. Sitz. v. 3. 12. 1971	a) –	
a) SPD, FDP b) VI/2367	Änderung des Adoptions- rechts	Überw. an 5. u. 12. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 5. Aussch. (Drs. VI/3067); Ann. gem. Aussch. Antr. in 168. Sitz. v. 2. 2. 1972	a) –	
a) CDU/CSU b) VI/2591	Neuregelung des Adoptiv- rechts	Überw. an 5. u. 12. Aussch.; Schriftl. Ber. d. 5. Aussch. (Drs. VI/3067); Ann. gem. Aussch. Antr. in 168. Sitz. v. 2. 2. 1972	a) –	

Hinweis

Die Reihenfolge, in der die Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs im folgenden aufgeführt sind, ist innerhalb der Wahlperioden chronologisch. Sie richtet sich nach dem Datum der Plenarsitzung, in der der entsprechende Antrag angenommen wurde (dritte Spalte der Tabellen).

7. Wahlperiode (1972–76)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 4. Ausschuß b) 7/4494	Herbeiführung eines einheitlichen Verwaltungsverfahrenrechts	Ann. in 212. Sitz. v. 15. 1. 1976	a) –	
a) 7. Ausschuß b) 7/5303	Besteuerung von Stiftungen im Verhältnis zu ihren Destinatären im Hinblick auf das Wirksamwerden der Körperschaftssteuerreform	Ann. in 250. Sitz. v. 10. 6. 1976	a) –	

8. Wahlperiode (1976–80)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 15. Ausschuß b) 8/2885	Regelung von Förderungsmaßnahmen zwischen Modernisierung und Sanierung (vereinfachte städtebauliche Erneuerung)	Ann. in 157. Sitz. v. 31. 5. 1979	a) –	
a) 4. Ausschuß b) 8/3498	Datenschutzgerechtes Melderechtsrahmengesetz	Ann. in 196. Sitz. v. 17. 1. 1980	a) –	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 13. Ausschuß b) 8/4286	Weiterentwicklung des Behindertenrechts	Ann. in 226. Sitz. v. 26. 6. 1980	a) –	
a) 4. Ausschuß b) 8/4300	Novelle zum Fluglärmsgesetz	Ann. in 230. Sitz. v. 4. 7. 1980	a) –	

9. Wahlperiode (1980–83)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU b) 9/200	Zustimmungsgesetz zu dem von der Bundesrepublik Deutschland am 10. April 1972 unterzeichneten Vertrag über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von B-Waffen (bakteriologische/biologische Waffen) sowie der Vernichtung vorhandener Waffen dieser Art	Überw. an 3. u. 12. Aussch.; Ber. d. 3. Aussch. (Drs. 9/1083); Ann. in 70. Sitz. v. 3. 12. 1981	a) Gesetz zu dem Übereinkommen vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Drs. 9/1951) b) 137. Sitz. v. 10. 12. 1982 c) 21. 2. 1983 (BGBl. II S. 132)	
a) 11. Ausschuß b) 9/1753	Weiterentwicklung des Behindertenrechts	Ann. in 109. Sitz. v. 25. 6. 1982	a) –	

a) CDU/CSU, FDP b) 9/2283	Sozial gerechtere Verteilung der Bundesmittel in der Altershilfe für Landwirte	Ann. in 140. Sitz. v. 16. 12. 1982	a) –	
---------------------------------	--	------------------------------------	------	--

10. Wahlperiode (1983–87)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 4. Ausschuß b) 10/870	Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes	Ann. in 53. Sitz. v. 9. 2. 1984	a) Fünftes Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (Drs. 10/3973) b) 226. Sitz. v. 27. 6. 1986 c) 31. 7. 1986 (BGBl. I S. 1165)	
a) 8. Ausschuß b) 10/1392	Bundesrechnungshofgesetz	Ann. in 73. Sitz. v. 6. 6. 1984	a) Gesetz über den Bundesrechnungshof (Bundesrechnungshofgesetz) (Drs. 10/3323) b) 148. Sitz. v. 26. 6. 1985 c) 19. 7. 1985 (BGBl. I S. 1445)	vgl. auch Entwürfe der SPD sowie der CDU/CSU und FDP zu einem Gesetz über den Bundesrechnungshof (Drs. 10/2929 bzw. 10/3204)
a) 4. Ausschuß b) 10/1719	Gesetzliche Grundlage für das Zentrale Verkehrsinformationssystem	Ann. in 85. Sitz. v. 20. 9. 1984	a) Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, des Verwaltungsverfahrensgesetzes ... (Drs. 10/5343)	vgl. auch Entwurf der CDU/CSU und FDP (Drs. 10/4737)
a) 13. Ausschuß b) 10/2413	Zweite Änderung zum Arzneimittelgesetz	Ann. in 111. Sitz. v. 13. 12. 1984	a) Zweites Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (Drs. 10/5112) b) 225. Sitz. v. 26. 6. 1986 c) 21. 8. 1986 (BGBl. I S. 1296)	vgl. auch Entwurf der SPD zu einem Zweiten Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (Drs. 10/4144)
a) CDU/CSU, FDP b) 10/4020	Änderung des Heimgesetzes	Ann. in 166. Sitz. v. 18. 10. 1985	a) –	

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU, FDP b) 10/4221	Änderung des Bundeserzie- hungsgeldgesetzes	Ann. in 174. Sitz. v. 14. 11. 1985	a) –	
a) 6. Ausschuß b) 10/4391	Jugendgerichtsgesetz	Ann. in 181. Sitz. v. 5. 12. 1985	a) –	
a) 7. Ausschuß b) 10/4498	Einführung der verbindli- chen Zusage der Finanzbe- hörden sowie Neuordnung der Grenzgänger-Besteue- rung	Ann. in 184. Sitz. v. 12. 12. 1985	a) –	
a) 10. Ausschuß b) 10/5259	Gesetz über die Errichtung einer zentralen Datenbank für die Sammlung von Daten über Tierversuche	Ann. in 210. Sitz. v. 17. 4. 1986	a) –	
a) 8. Ausschuß b) 10/6329	Gesetz zur Verbesserung der Unterhaltssicherung sowie Gesetz zur sozialen Absiche- rung ehemaliger Zeitsoldat- en	Ann. in 251. Sitz. v. 28. 11. 1986	a) –	
a) 4. Ausschuß b) 10/6583	Änderung des Bundesdaten- schutzgesetzes	Ann. in 255. Sitz. v. 10. 12. 1986	a) –	

Hinweis

Eine nach den Ressorts der Bundesregierung aufgegliederte Statistik der Gesetzgebung ist innerhalb des Abschnitts 11.5 zu finden.

11. Wahlperiode (1987–90)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 11. Ausschuß b) 11/1160	Redaktionelle Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes (geschlechtsneutrale Bezeichnungen)	Ann. in 39. Sitz. v. 12. 11. 1987	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) 11/1866	Gesetz über die Errichtung einer zentralen Datenbank für den Tierschutz	Ann. in 61. Sitz. v. 25. 2. 1988	a) –	
a) 13. Ausschuß b) 11/1541	Neuregelung des Jugendwohlfahrtsgesetzes (unter Berücksichtigung der von einer unabhängigen Sachverständigenkommission entwickelten Vorschläge)	Ann. in 62. Sitz. v. 26. 2. 1988	a) –	
a) CDU/CSU, FDP b) 11/536	Strukturgesetz zwecks Definition des bäuerlichen Familienbetriebes und zwecks Ausschluß von Agrarfabriken von der Inanspruchnahme staatlicher Hilfen	Überw. an 10. Aussch.; Ber. d. 10. Aussch. (Drs. 11/1347); Ann. in 75. Sitz. v. 22. 4. 1988	a) Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft (Drs. 11/4087) b) 150. Sitz. v. 16. 6. 1989 c) 12. 7. 1989 (BGBl. I S. 1435)	
a) 16. Ausschuß b) 11/2394	Gesetzentwurf zur vereinfachten Wohngeldzahlung an Sozialhilfeempfänger und Kriegsofoper	Ann. in 83. Sitz. v. 9. 6. 1988	a) Aechtes Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes (Drs. 11/6930) b) 214. Sitz. v. 31. 5. 1990 c) 10. 8. 1990 (BGBl. I S. 1522)	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) 11/3423	Gesetz über den Auswärtigen Dienst	Ann. in 110. Sitz. v. 24. 11. 1988	a) Gesetz über den Auswärtigen Dienst (GAD) (Drs. 11/6547) b) 214. Sitz. v. 31. 5. 1990 c) 5. 9. 1990 (BGBl. I S. 1842)	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) CDU/CSU, FDP b) 11/3422	Gesetz zur Anpassung der Leistungen im Sterbefall von Bundesministern und Parla- mentarischen Staatssekretä- ren an Hinterbliebene	Ann. in 111. Sitz. v. 25. 11. 1988	a) –	Erledigung durch das von CDU/CSU, SPD und FDP eingebrachte Elfte Gesetz zur Änderung des Abgeord- netengesetzes, Zehnte Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengeset- zes und Gesetz zur Ände- rung des Einkommensteuer- gesetzes vom 18. 12. 1989 (BGBl. I S. 2210)
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) 11/3682	Gesetz zur Ratifizierung der Konvention der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmensch- liche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984	Ann. in 117. Sitz. v. 9. 12. 1988	a) Gesetz zu dem VN-Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grau- same, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Drs. 11/5459) b) 194. Sitz. v. 8. 2. 1990 c) 6. 4. 1990 (BGBl. II S. 246)	vgl. auch SPD-Entwurf (Drs. 11/3668); mit Regie- rungsvorlage für erledigt erklärt
a) 21. Ausschuß b) 11/4126	Novellierung des Bundes- Immissionsschutzgesetzes zwecks Verbesserung des gebietsbezogenen Immissi- onsschutzes und zwecks Ver- schärfung der verbindlichen Luftreinhaltepläne	Ann. in 131. Sitz. v. 9. 3. 1989	a) –	

a) 6. Ausschuß b) 11/2597	Novellierung der Vorschriften der §§ 63, 64 StGB (Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus bzw. in einer Erziehungsanstalt) sowie Vorschläge zur wirksameren Abschöpfung rechtswidrig erlangter Gewinne, insbesondere im Hinblick auf den illegalen Handel mit Betäubungsmitteln und die Wirtschaftskriminalität	Ann. in 137. Sitz. v. 20. 4. 1989	a) ... Strafrechtsänderungsgesetz – Erweiterter Verfall – (Drs. 11/6623)	
a) 14. Ausschuß b) 11/4249	Gesetz zur Bildung einer „Deutschen Agentur für Flugsicherung“	Ann. in 143. Sitz. v. 11. 5. 1989	a) Zehntes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (Drs. 11/6745) b) 214. Sitz. v. 31. 5. 1990 c) Vom Bundespräsidenten wegen Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz nicht ausgefertigt.	Beraten und verabschiedet wurde nicht die Regierungsvorlage, sondern ein textidentischer Gesetzentwurf der CDU/CSU und FDP (Drs. 11/6261)
a) 7. Ausschuß b) 11/4721	Gesetz zur Änderung des Börsengesetzes zwecks verbesserten Schutzes der privaten Wertpapier-Anleger	Ann. in 149. Sitz. v. 15. 6. 1989	a) –	
a) CDU/CSU, FDP b) 11/4768	Ausweitung der Regelungen des Bundeserziehungsgeldgesetzes auf Soldaten, Zivildienstleistende u. a. (Prüfungsauftrag)	Ann. in 150. Sitz. v. 16. 6. 1989	a) Erstes Gesetz zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (Drs. 11/7103) b) 230. Sitz. v. 24. 10. 1990 c) 17. 12. 1990 (BGBl. I S. 2823)	

Hinweis

Eine detaillierte Statistik zur Gesetzgebung mit Angaben darüber, wie hoch der Anteil der von der Bundesregierung, vom Bundestag und vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwürfe ist, enthält Abschnitt 11.5.

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 18. Ausschuß b) 11/5320	Gesetz über den Umgang mit der Gentechnologie	Ann. in 171. Sitz. v. 26. 10. 1989	a) Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik (Drs. 11/5622) b) 204. Sitz. v. 29. 3. 1990 c) 20. 6. 1990 (BGBl. I S. 1080)	
a) 21. Ausschuß b) 11/5532	Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (Festlegung von Umweltschutz und Ressourcenschonung als gleichberechtigte Ziele neben der Sicherheit und Preiswürdigkeit der Energieversorgung sowie Einführung eines bundeseinheitlichen Zulassungsverfahrens für Freileitung ab 110 KV Nennspannung)	Ann. in 176. Sitz. v. 16. 11. 1989	a) –	
a) 4. Ausschuß b) 11/5677	Gesetz zur Ausschließung der Gefahr einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung der Aussiedler und Übersiedler (i. S. von Art. 3 Abs. 1 GG und der auf Art. 116 GG bestehenden Gesetze)	Ann. in 176. Sitz. v. 16. 11. 1989	a) –	
a) 7. Ausschuß b) 11/6262	Zulassung von Geldmarktfonds ab 1. Januar 1993	Ann. in 191. Sitz. v. 25. 1. 1990	a) –	Vorlagetermin: 12. WP

a) 6. Ausschluß b) 11/5958	Änderung der Urheberrechtsnovelle 1985 (weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Inkassos, der Einkünfte aus der Fotokopiervergütung und zum Schutz vor der Aushöhlung der Urheberrechte und der Leistungsschutzrechte)	Ann. in 194. Sitz. v. 8. 2. 1990	a) –	
a) 21. Ausschluß b) 11/7231	Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes (Regelung über die Offenlegung der Einleitungsdaten)	Ann. in 214. Sitz. v. 31. 5. 1990	a) –	
a) CDU/CSU, FDP b) 11/7169	Gesetz zur Regelung der Einspeisevergütung für erneuerbare Energien	Überw. an 9. (f), 7., 16., 18. u. 21. Aussch.; Ber. d. 9. Aussch. (Drs. 11/7418); Ann. in 216. Sitz. v. 20. 6. 1990	a) Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz (Stromeinspeisungsgesetz) (Drs. 11/7971, 11/8006) b) 229. Sitz. v. 5. 10. 1990 c) 14. 12. 1990 (BGBl. I S. 2633)	Beraten und verabschiedet wurde nicht die Regierungsvorlage, sondern ein textidentischer Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 11/7816)
a) 6. Ausschluß b) 11/7421	Zweites Gesetz zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes	Ann. in 216. Sitz. v. 20. 6. 1990	a) –	
a) CDU/CSU, SPD, FDP b) 11/7921	Gesetz zur Regelung der Voraussetzungen und des Verfahrens zur Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung	Ann. in 225. Sitz. v. 19. 9. 1990	a) –	
a) SPD b) 11/4166	Gesetz über die Errichtung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	Überw. an 4. Ausschuß; Ber. d. 4. Aussch. (Drs. 11/8056); Ann. in 234. Sitz. v. 31. 10. 1990	a) –	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 4. Ausschuß b) 11/8114	Novellierung des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung	Ann. in 234. Sitz. v. 31. 10. 1990	a) –	

12. Wahlperiode (1990–94)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 17. Ausschuß b) 12/1136	Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes	Ann. in 45. Sitz. v. 27. 9. 1991	a) –	
a) 14. Ausschuß b) 12/872	Gesetz zur Regelung der Bestellung und Kompetenzen von Frauenbeauftragten in der öffentlichen Verwaltung	Ann. in 48. Sitz. v. 11. 10. 1991	a) Gesetz zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Zweites Gleichberechtigungsgesetz) (Drs. 12/5468) b) 222. Sitz. v. 21. 4. 1994 c) 24. 6. 1994 (BGBl. I S. 1406)	
a) CDU/CSU, FDP b) 12/1393	Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes	Ann. in 52. Sitz. v. 30. 10. 1991	a) –	

<p>a) CDU/CSU, FDP b) 12/1510</p>	<p>Gesetz zur Sicherung der Mitbestimmungsrechte bei der Umsetzung der Fusionsrichtlinie</p>	<p>Ann. in 55. Sitz. v. 8. 11. 1991</p>	<p>a) –</p>	<p>vgl. statt dessen das Gesetz zur Beibehaltung der Mitbestimmung im Austausch von Anteilen und der Einbringung von Unternehmensteilen, die Gesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten der Europäischen Union betreffen (Mitbestimmungs-Beibehaltungsgesetz), eingebracht von CDU/CSU und FDP (Drs. 12/3280), verabschiedet in der 233. Sitz. v. 16. 6. 1994</p>
<p>a) CDU/CSU, FDP b) 12/1579</p>	<p>Grundlegende Novellierung des elterlichen Sorgerechts</p>	<p>Ann. in 57. Sitz. v. 14. 11. 1991</p>	<p>a) –</p>	
<p>a) CDU/CSU, FDP b) 12/1566</p>	<p>Erleichterungen für ausscheidende Soldaten bei einer anschließenden Beschäftigung im Bereich des öffentlichen Dienstes</p>	<p>Ann. in 58. Sitz. v. 15. 11. 1991</p>	<p>a) Gesetz zur Förderung der anderweitigen Verwendung von Berufssoldaten und Beamten (Verwendungsförderungsgesetz) (Drs. 12/3159) b) 120. Sitz. v. 12. 11. 1992 c) 21. 12. 1992 (BGBl. I S. 2091)</p>	
<p>a) 6. Ausschuß b) 12/1956</p>	<p>Gesetz zur Zusammenfassung der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Rechtsanwaltsgesetzes der ehemaligen DDR</p>	<p>Ann. in 73. Sitz. v. 23. 1. 1992</p>	<p>a) Gesetz zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte (Drs. 12/4993) b) 230. Sitz. v. 26. 5. 1994 c) 2. 9. 1994 (BGBl. I S. 2278)</p>	
<p>a) CDU/CSU, SPD, FDP b) 12/770</p>	<p>Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinien auf dem Gebiet des öffentlichen Auftragswesens – EG-Baukoordinierungsrichtlinie (89/440/EG) und der EG-Überwachungsrichtlinie (89/665/EG)</p>	<p>Überw. an 9. Aussch.; Ber. d. 9. Aussch. (Drs. 12/2540); Ann. in 93. Sitz. v. 20. 5. 1992</p>	<p>a) Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgrundsätzegesetzes (Drs. 12/4636) b) 168. Sitz. v. 1. 7. 1993 c) 26. 11. 1993 (BGBl. I S. 1928)</p>	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 9. Ausschuß b) 12/2017	Partnerschaftsgesetz, durch das eine zusätzliche Rechtsform für eine gemeinschaftliche Berufsausübung von Angehörigen der Freien Berufe geschaffen wird	Ann. in 94. Sitz. v. 3. 6. 1992	a) Gesetz zur Schaffung von Partnerschaftsgesellschaften und zur Änderung anderer Gesetze (Drs. 12/6152) b) 230. Sitz. v. 26. 5. 1994 c) 25. 7. 1994 (BGBl. I S. 1744)	
a) CDU/CSU, FDP b) 12/2957	Entschädigungsgesetz; Gesetz zur Bereinigung des Sachenrechts in den neuen Ländern; Gesetzesinitiativen zur Regelung der Verfahren über Erlaubnisse, Bewilligungen und Genehmigungen, die zur Durchführung der Investitionsvorhaben in den neuen Bundesländern erforderlich sind	Ann. in 100. Sitz. v. 26. 6. 1992	a) Gesetz zur Änderung sachenrechtlicher Bestimmungen (Sachenrechtsänderungsgesetz) b) 225. Sitz. v. 28. 4. 1994 c) 28. 9. 1994 (BGBl. I S. 2457) sowie a) Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz) b) 229. Sitz. v. 20. 5. 1994 c) 30. 9. 1994 (BGBl. I S. 2624)	
a) 20. Ausschuß b) 12/3658	Novellierung des Gentechnikrechtes	Ann. in 120. Sitz. v. 12. 11. 1992	a) Erstes Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes (Drs. 12/5614) b) 180. Sitz. v. 1. 10. 1993 c) 21. 12. 1993 (BGBl. I S. 2059)	Verabschiedet wurde der textidentische Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP; die Regierungsvorlage wurde in 2. Ber. für erledigt erklärt

a) 4. Ausschuß b) 12/1384	Gesetz zu einer bereichsspezifischen Regelung des Arbeitnehmer/innen-Datenschutzes sowie des Personalaktenrechts	Ann. in 138. Sitz. v. 5. 2. 1993	a) –	
a) 4. Ausschuß b) 12/1942	Gesetz zur Regelung von Sicherheitsüberprüfungen sowie künftiger beruflicher Einsatzmöglichkeiten von ehemaligen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit	Ann. in 152. Sitz. v. 22. 4. 1993	a) –	
a) 17. Ausschuß b) 12/6281	Gesetz zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes, das die Veranlagung nach der tatsächlich eingeleiteten, statt der behördlich zugelassenen Schadstofffracht ermöglicht	Ann. in 196. Sitz. v. 2. 12. 1993	a) –	Vorlage des Gesetzentwurfs erst im Laufe der 13. Wahlperiode erbeten
a) CDU/CSU, FDP b) 12/6625	Verschärfung des Gesetzes gegen Schwarzarbeit	Ann. in 205. Sitz. v. 20. 1. 1994	a) –	vgl. statt dessen das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zur Änderung anderer Gesetze, eingebracht von CDU/CSU und FDP (Drs. 12/7563), verabschiedet in der 231. Sitz. v. 27. 5. 1994
	Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts	Ann. in 205. Sitz. v. 20. 1. 1994	a) Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts (Drs. 12/7265) b) 233. Sitz. v. 16. 6. 1994 c) 28. 10. 1994 (BGBl. I S. 3210)	

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
noch: a) CDU/CSU, FDP b) 12/6625	Gesetz zur Abschaffung des Rabattgesetzes	Ann. in 205. Sitz. v. 20. 1. 1994	a) Gesetz über die Deregulierung des Rabattge- setzes (Rabattderegulierungsgesetz) (Drs. 12/7271) b) 233. Sitz. v. 16. 6. 1994 c) –	
	Gesetz zur Aufhebung der Zugabeverordnung	Ann. in 205. Sitz. v. 20. 1. 1994	a) –	vgl. statt dessen das Gesetz zur Aufhebung der Zugabe- verordnung, eingebracht von CDU/CSU und FDP (Drs. 12/6723), nicht verab- schiedet)
a) 11. Ausschuß b) Drs. 12/7244	Gesetz zur Änderung des § 12a des Arbeitsförderungs- gesetzes zur Sicherstellung, daß die Überlassung von Arbeitnehmern zwischen Betrieben des Baugewerbes zulässig wird	Ann. in 219. Sitz. v. 14. 4. 1994	a) –	vgl. statt dessen das Gesetz zur Änderung des Arbeits- förderungsgesetzes im Bereich des Baugewerbes, eingebracht von CDU/CSU und FDP (Drs. 12/7564), ver- abschiedet in der 231. Sitz. v. 27. 5. 1994
a) SPD b) 12/2553	Gesetz zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes	Überw. an 17. Aussch.; Ber. d. 17. Aussch. (Drs. 12/6609); Ann. in 220. Sitz. v. 15. 4. 1994	a) –	

a) 6. Ausschuß b) 12/7425	Gesetz zur Regelung der Eigentumsverhältnisse für Privatgrundstücke, die in der Deutschen Demokratischen Republik für öffentliche Zwecke verwendet worden sind	Ann. in 225. Sitz. v. 28. 4. 1994	a) –	
------------------------------	--	-----------------------------------	------	--

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

a) Antragsteller b) Drs.-Nr.	Ersuchen um Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend...	Behandlung des Antrags	a) Vorlage des Gesetzentwurfs (Titel des Gesetzes) mit Drs.-Nr. b) verabschiedet im Bundestag c) verkündet	Bemerkungen
a) 11. Ausschuß b) 13/4009	Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes	Ann. in 108. Sitz. v. 24. 5. 1996	a) Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (Drs. 13/4587) b) 126. Sitz. v. 27. 9. 1996 c) 11. 11. 1996 (BGBl. I S. 1674)	

1) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Statistische Übersicht

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Zahl der Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs insgesamt	59	21	23	25	36	31	2	4	3	13	24	22
– davon von Fraktionen beantragt	50	19	17	14	18	6	0	0	2	2	9	12
– davon von Ausschüssen beantragt	9	2	6	11	18	25	2	4	1	11	15	10
Zahl der Gesetzesvorlagen der Bundesregierung aufgrund von Ersuchen des Bundestages insgesamt	28	9	4	5	7	9	0	0	1	4	8	10
– davon Gesetz geworden	21	7	3	5	7	7	0	0	1	3	6	9
– davon nicht verabschiedet oder nicht verkündet	7	2	1	0	0	2	0	0	0	1	2	1

Der Statistik über die Ersuchen des Bundestages an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs ist u. a. zu entnehmen, daß

- die Zahl der Ersuchen bis zur 9. Wahlperiode (1980–83) eine fallende Tendenz hat mit zwei deutlichen Zäsuren in der 2. und in der 7. Wahlperiode (wobei einer der Gründe in dem parallelen Ausbau der fraktionsinternen Arbeitsstäbe liegen kann),
- seit der 10. Wahlperiode (1983–87) die Zahl der Ersuchen wieder steigt,
- die Ersuchen inzwischen eher von den Ausschüssen als von den Fraktionen beantragt werden,
- die Bundesregierung den Ersuchen bis zur 11. Wahlperiode (1987–90) tendenziell immer seltener entspricht,
- sich seit der 12. Wahlperiode (1990–94) eine Umkehr abzeichnet.

★ Die Gesamtzahl der **Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs** durch die Bundesregierung beträgt in der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) **263**; aufgrund dieser Ersuchen sind von der Bundesregierung im gleichen Zeitraum **mindestens 85 Gesetzentwürfe vorgelegt** worden.

6.20 Parlamentarische Beanspruchung der Bundesministerien

Die unterschiedliche Beanspruchung der einzelnen Ressorts der Bundesregierung durch den Deutschen Bundestag während der 8. bis 12. Wahlperiode sollen die Zahlen folgender Vorgänge veranschaulichen:

- eingebrachte Gesetzesvorlagen,*)
- Antworten auf Große, Kleine und Mündliche/Schriftliche Anfragen (Fragestunde),**)
- Berichte an den Bundestag (auch „Unterrichtungen“ genannt), die in der Regel aufgrund eines Berichtersuchens des Parlaments oder aufgrund einer gesetzlichen Berichtspflicht zu erstatten sind.***)

Auch wenn zu berücksichtigen ist, daß in dieser Statistik sehr unterschiedliche „Vorgänge“ zusammengezählt wurden und – beispielsweise – der für die Vorlage eines Gesetzentwurfs und die Beantwortung einer Mündlichen Anfrage erforderliche Arbeitsaufwand schlechterdings nicht vergleichbar ist, zeigen die Angaben seit der 8. Wahlperiode zumindest zweierlei:

- der Anstieg der Zahlen seit 1980 in praktisch allen Einzelsparten,
- die bezüglich der Zahl der „Vorgänge“ herausragende Position der Ressorts Arbeit und Sozialordnung sowie Finanzen.

Für jede Wahlperiode ist durch **Fettdruck** angegeben, welches Ressort in den einzelnen Sparten die höchste Zahl von Vorgängen aufzuweisen hat.

*) Quelle: Abschnitt 11.5

**) Quelle: Abschnitt 12.1

***) Quelle: Abschnitt 6.18

Fußnoten für die Seiten 1434–1437:

- 1) ab Juni 1986 BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
- 2) ab Juni 1986
- 3) einschl. BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit
- 4) Gesetzesvorlagen beim BM für Wirtschaft gezählt
- 5) Bericht über die Lage der Nation
- 6) ab Juli 1989 BM für Post und Telekommunikation

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag

8. Wahlperiode (1976–80)

Ressort	Gesetzes- vorlagen	Antworten auf			Berichte an den Bundestag	Summe der Vorgänge
		Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündl./ Schriftliche Anfragen		
Bundeskanzleramt/Bundespresseamt	0	0	3	351	0	354
Auswärtiges Amt	11	10	12	2 250	15	2 298
BM des Innern	36	9	77	3 426	20	3 568
BM der Justiz	59	0	18	621	7	705
BM der Finanzen	71	1	42	1 735	34	1 883
BM für Wirtschaft	28	6	50	1 821	30	1 935
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13	0	11	966	9	999
BM für Arbeit und Sozialordnung	38	2	20	2 027	29	2 116
BM der Verteidigung	6	2	6	1 633	1	1 648
BM für Jugend, Familie und Gesundheit	14	4	27	1 266	12	1 323
BM für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	39	1	42	4 304	13	4 399
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7	2	15	800	3	827
BM für innerdeutsche Beziehungen	0	5	12	570	3 ⁷⁾	590
BM für Forschung und Technologie	2	1	44	881	5	933
BM für Bildung und Wissenschaft	4	2	43	542	11	602
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	0	0	11	274	2	287
Gesamtzahl	328	45	433	23 467	194	24 467

⁷⁾ Fußnote auf Seite 1433

9. Wahlperiode (1980–83)

Ressort	Gesetzes- vorlagen	Antworten auf			Berichte an den Bundestag	Summe der Vorgänge
		Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündl./ Schriftliche Anfragen		
Bundeskanzleramt/Bundespresseamt	0	0	1	253	0	254
Auswärtiges Amt	5	3	11	963	8	990
BM des Innern	24	4	50	1 667	9	1 754
BM der Justiz	29	0	16	379	0	424
BM der Finanzen	31	0	22	1 184	17	1 254
BM für Wirtschaft	11	2	25	1 344	17	1 399
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	1	10	734	6	758
BM für Arbeit und Sozialordnung	17	2	12	1 164	17	1 212
BM der Verteidigung	1	2	17	1 184	0	1 204
BM für Jugend, Familie und Gesundheit	7	2	15	866	3	893
BM für Verkehr	} 17	1	25	2 022	10	} 2 750
BM für das Post- und Fernmeldewesen		0	19	653	3	
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4	1	7	441	2	455
BM für innerdeutsche Beziehungen	0	0	4	245	2 ⁷⁾	251
BM für Forschung und Technologie	0	3	25	616	3	647
BM für Bildung und Wissenschaft	2	2	19	425	9	457
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	0	0	18	244	1	263
Gesamtzahl	155	23	296	14 384	107	14 965

⁷⁾ Fußnote siehe auf Seite 1433

10. Wahlperiode (1983–87)

Ressort	Gesetzes- vorlagen	Antworten auf			Berichte an den Bundestag	Summe der Vorgänge
		Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündl./ Schriftliche Anfragen		
Bundeskanzleramt/Bundespresseamt	0	0	5	308	0	313
Auswärtiges Amt	8	19	79	1 723	18	1 847
BM des Innern	37	14	169	2 543	13	2 776
BM der Justiz	49	6	20	573	2	650
BM der Finanzen	44	7	52	2 272	32	2 407
BM für Wirtschaft	30 ³⁾	19	81	1 822	27	1 979
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	19	10	39	1 312	13	1 393
BM für Arbeit und Sozialordnung	38	13	26	1 836	26	1 939
BM der Verteidigung	5	11	143	2 207	3	2 369
BM für Jugend, Familie und Gesundheit ¹⁾	16	26	105	1 685	13	1 845
BM für Verkehr	} 25	8	127	3 039	13	} 4 123
BM für das Post- und Fernmeldewesen		5	22	882	2	
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3	4	11	593	6	617
BM für innerdeutsche Beziehungen	0	0	7	296	4 ⁵⁾	307
BM für Forschung und Technologie	1	6	38	737	12	794
BM für Bildung und Wissenschaft	6	6	24	455	15	506
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	- ⁴⁾	5	32	265	2	304
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ²⁾	7	6	17	316	3	349
Gesamtzahl	288	165	997	22 864	204	24 518

¹⁾, ²⁾ usw.: Fußnoten auf Seite 1433

11. Wahlperiode (1987–90)

Ressort	Gesetzes- vorlagen	Antworten auf			Berichte an den Bundestag	Summe der Vorgänge
		Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündl./ Schriftliche Anfragen		
Bundeskanzleramt/Bundespresseamt	0	0	11	215	4	230
Auswärtiges Amt	12	8	119	1 513	16	1 668
BM des Innern	39	15	112	1 689	9	1 864
BM der Justiz	55	7	45	412	4	523
BM der Finanzen	55	4	80	2 811	24	2 974
BM für Wirtschaft	32 ³⁾	15	85	1 467	28	1 627
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16	4	43	794	13	870
BM für Arbeit und Sozialordnung	38	11	50	1 464	24	1 587
BM der Verteidigung	10	4	165	1 952	5	2 136
BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	20	22	117	1 305	13	1 477
BM für Verkehr	} 17	5	192	2 552	9	} 3 351
BM für das Post- und Fernmeldewesen ⁶⁾		1	20	554	1	
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	10	5	17	557	6	595
BM für innerdeutsche Beziehungen	0	0	3	203	17)	207
BM für Forschung und Technologie	2	9	40	513	4	568
BM für Bildung und Wissenschaft	4	4	11	295	14	328
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	– ⁴⁾	3	75	297	4	379
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14	13	220	1 658	20	1 925
Gesamtzahl	324	130	1 405	20 251	199	22 309

³⁾, ⁴⁾ usw.: Fußnoten auf Seite 1433

12. Wahlperiode (1990–94)

Ressort	Gesetzes- vorlagen	Antworten auf			Berichte an den Bundestag	Summe der Vorgänge
		Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündl./ Schriftliche Anfragen		
Bundeskanzleramt/Bundespresseamt	0	1	21	237	0	259
Auswärtiges Amt	34	9	107	1 703	30	1 883
BM des Innern	45	13	343	2 244	15	2 660
BM der Justiz	69	2	71	701	7	850
BM der Finanzen	64	5	158	3 371	33	3 631
BM für Wirtschaft	41	10	82	1 383	43	1 559
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16	5	39	639	19	718
BM für Arbeit und Sozialordnung	28	2	52	1 204	20	1 306
BM der Verteidigung	3	1	116	1 799	6	1 925
BM für Familie und Senioren	7	5	14	428	} 14	} 2 107
BM für Frauen und Jugend	5	5	27	363		
BM für Gesundheit	24	8	62	1 145		
BM für Verkehr	41	4	89	2 281	13	2 428
BM für das Post und Telekommunikation	5	0	9	591	2	607
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	24	16	110	1 136	17	1 303
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	6	1	13	526	6	552
BM für Forschung und Technologie	1	1	23	417	6	448
BM für Bildung und Wissenschaft	5	3	15	208	16	247
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	1	2	28	313	4	348
Gesamtzahl	419	93	1 379	20 689	251	22 831

6.21 Regierungen in Bund und Ländern nach 1945

Die folgende Synopse*) enthält für den Bund ab 1949 und für die einzelnen Bundesländer nach 1945 Angaben,

- aus welchen Parteien sich in den verschiedenen Wahlperioden die Regierungskoalition (Koa) zusammensetzte bzw. welche Partei die Alleinregierung (Reg) übernahm,
- wer zum Bundeskanzler (BK) bzw. Ministerpräsidenten (MPr), Regierenden Bürgermeister (RBM), Ersten Bürgermeister (1. BM) usw. gewählt wurde,
- ob die Zusammensetzung der Koalition oder die Person des Regierungschefs im Lauf der Wahlperiode gewechselt hat.

Ab 1990 ist die Synopse um die neuen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erweitert.

Der Beginn oder Wechsel einer Wahlperiode ist jeweils durch einen **dicken Querstrich** markiert. Die anschließenden Daten beziehen sich auf den Monat der Wahl (W) und auf die anschließende Wahl des Regierungschefs bzw. die offizielle Bekanntgabe der Regierungsbildung.

Die synoptische Darstellungsform der Regierungsbildungen im Bund und in den Ländern ermöglicht Aufschlüsse, inwieweit hier bestehende Koalitionen im Bund (unter dem Aspekt der Bundesratsmehrheiten) offensichtlichen Einfluß auf die Koalitionsbildungen in den Ländern ausgeübt haben**) oder wann es möglicherweise zu umgekehrten Einflüssen gekommen ist.

*) Quellen:

Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. München, Wien 1970;
Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. Ergänzungsband 1969 bis 1973. Bearbeitet von *Jürgen Jekewitz*. München, Wien 1973;
 dpa-Monatschronik Inland;
 Vgl. inzwischen auch zusammenfassend (mit zum Teil abweichenden Angaben) *Josef Anton Völk*, Regierungskoalitionen auf Bundesebene. Dokumentation und Analyse des Koalitionswesens von 1949 bis 1987. Regensburg 1989 sowie *Uwe Jun*, Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949. Opladen 1994.

**) vgl. *Georg Fabritius*, Der Bundesrat: Transmissionsriemen für die Unitarisierung der Bundesrepublik? Geschichte der Koalitionsbildung in den Bundesländern. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 7. 1976. H. 4. S. 448–460.

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1945			ab Mai: Koa: SPD + CDU + FDP + KPD + Parteilose BM: Rudolf H. Petersen (parteilos) ¹⁾	ab Mai: Koa: Parteilose ²⁾ OB: Arthur Werner (parteilos) ³⁾		ab Juni: Koa: SPD + BDV ⁴⁾ + KPD + Parteilose RBM: Erich Vagts (parteilos) ¹⁾ (bis Rücktritt Juli 1945) ab August: BM: Wilhelm Kaisen (SPD) ¹⁾
1946		ab April: Koa: CDU + SPD + KPD MPr: Theodor Steltzer (CDU) ⁶⁾ ab November: Koa: CDU + SPD	W: Oktober ab November: Koa: SPD + FDP + KPD 1. BM: Max Brauer (SPD)	W: Oktober ab Dezember: Koa: SPD + CDU + LPD + SED OB: Otto Ostrowski (SPD) (bis Rücktritt 1947)	ab Januar: ⁷⁾ ab Dezember: Koa: SPD + CDU + FDP + NLP ⁸⁾ + KPD MPr: Hinrich Wilhelm Kopf ¹⁾ (SPD)	ab November: Koa: SPD + BDV + KPD BM: Wilhelm Kaisen (SPD)
1947		W: April ab April: Reg: SPD MPr: Hermann Lüdemann (SPD) (bis Rücktritt 1949)		ab Juni: OB: Ernst Reuter (SPD) ¹⁰⁾	W: April ab Juni: Koa: SPD + CDU + DP + FDP + Z + KPD MPr: Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)	
						W: Oktober

1) Von der Militärregierung ernannt.

2) Politische Parteien bestanden zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

3) Vom Sowjetischen Stadtkommandanten eingesetzt.

4) BDV = Bremer Demokratische Volkspartei, Januar 1951 umbenannt in FDP.

5) Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1957.

6) Bis August 1946 „Oberpräsident“, von der Militärregierung ernannt.

7) 1946 gab es zunächst Regierungen in:

Braunschweig – ab Januar 1946: Koa: SPD + CDU + KPD; MPr: *Alfred Kubel*¹⁾ (SPD) (bis Mai 1946)

Oldenburg – ab Januar 1946: Koa: FDP + SPD + CDU; MPr: *Theodor Tantzen*¹⁾ (FDP)

Hannover – ab August 1946: Koa: SPD + CDU + FDP + NLP + KPD; MPr: *Hinrich Wilhelm Kopf*¹⁾ (SPD)

Bildung des Landes Niedersachsen am 1. Dezember 1946.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland ⁵⁾	
		ab Oktober: Koa: SPD + KPD + Parteilose MPr: Karl Geiler¹⁾ (parteilos) ab November: Koa: SPD + CDU + LPD + KPD + Parteilose MPr: Karl Geiler¹⁾ (parteilos)		ab Mai: Koa: CSU + SPD + Parteilose MPr: Fritz Schäffer (CSU)¹⁾ ab September: Koa: SPD + CSU + KPD + Parteilose MPr: Wilhelm Hoegner (SPD)¹⁾		1945
ab August: Koa: SPD + FDP + Z + KPD + Parteilose MPr: Rudolf Amelunxen⁹⁾ (parteilos) ab Dezember: Koa: SPD + CDU + FDP + Z + KPD + Parteilose	ab Dezember: Koa: CDU + SPD + KPD MPr: Wilhelm Boden (CDU)¹⁾	ab September: Koa: SPD + CDU + KPD + Parteilose W: Dezember		ab Juli: Koa: SPD + CSU + Parteilose W: Dezember ab Dezember: Koa: CSU + SPD + WAV MPr: Hans Ehard (CSU)		1946
W: April ab Juni: Koa: CDU + SPD + Z + KPD MPr: Karl Arnold (CDU)	W: Mai ab Juni: Reg: CDU ab Juli: Koa: CDU + SPD + FDP + KPD MPr: Peter Altmeier (CDU)	ab Januar: Koa: SPD + CDU MPr: Christian Stock (SPD)		ab Juni: Koa: CSU + SPD ab September: Reg: CSU	ab Dezember: Koa: CVP + SPS + Parteilose MPr: Johannes Hoffmann (CVP)	1947

noch Fußnote 7:

Außerdem bestanden nach 1945 vorübergehend noch die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe. Schaumburg-Lippe wurde im Mai 1946 der Hannover-Region angegliedert und bildet seit November 1946 ein Teil des Landes Niedersachsen, während das Land Lippe durch die Verordnung Nr. 77 der Militärregierung vom 21. Januar 1947 an das Land Nordrhein-Westfalen angegliedert wurde. „Landespräsident“ von Lippe und in Personalunion zeitweise auch von Schaumburg-Lippe war *Heinrich Drake* (SPD); der im Dezember 1946 gebildeten dreiköpfigen Landesregierung für Lippe gehörten außer *Drake* je ein Mitglied der CDU und KPD an.

⁸⁾ NLP = Niedersächsische Landespartei, ab Juni 1947 Deutsche Partei (DP).

⁹⁾ im Juli 1946 von der Militärregierung ernannt

¹⁰⁾ siehe Seite 1442

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1948			ab Juli: Koa: SPD + FDP	W: Dezember ab Dezember: Koa: SPD + CDU + LPD	ab Februar: Koa: SPD + CDU + DP + FDP + Z ab Juni: Koa: SPD + CDU + Z	ab Januar: Koa: SPD + BDV/FDP BM: Wilhelm Kaisen (SPD)
1949	W: August ab September: Koa: CDU/CSU + FDP + DP BK: Konrad Adenauer (CDU)	ab August: MPr: Bruno Diekmann (SPD)	W: Oktober ab November: Koa: SPD + FDP 1. BM: Max Brauer (SPD)	ab Januar: Koa: SPD + CDU + LPD/ FDP OB: Ernst Reuter (SPD)		

Fußnote für Seite 1440:

¹⁰⁾ Nichtbestätigung der Wahl von *Ernst Reuter* zum Oberbürgermeister durch die Alliierte Militärkommandantur wegen eines sowjetischen Vetos; amtierender Bürgermeister von Mai/Juni 1947 bis Dezember 1948 *Louise Schröder* (SPD), zeitweilig vertreten durch *Ferdinand Friedensburg* (CDU); Amtsübernahme von *Ernst Reuter* nach Spaltung Berlins am 7. Dezember 1948.

Bis zur Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg 1952/53 bestanden im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland die drei Bundesländer Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden.

Deren Regierungskoalitionen und Ministerpräsidenten sind nebenstehend angegeben.

Württemberg-Baden¹⁾

ab Juni 1945:
Einsetzung von Landesdirektoren durch den französischen General-Gouverneur von Stuttgart

ab September 1945:
Koa: **DVP²⁾ + CDU + SPD**
MPr: **Reinhold Maier** (DVP)
ab Dezember 1945:
Koa: **DVP + CDU + SPD + KPD**

W: November 1946
ab Dezember 1946:
Koa: **DVP + CDU + SPD + KPD**
MPr: **Reinhold Maier** (DVP)
ab Juli 1948:
Koa: **DVP + CDU + SPD**

W: November 1950
ab Januar 1951³⁾
Koa: **DVP + SPD**
MPr: **Reinhold Maier** (DVP)

¹⁾ anfangs Nordwürttemberg-Nordbaden

²⁾ Demokratische Volkspartei, ab 1952 FDP/DVP

³⁾ bis April/Mai 1952: Zusammenlegung der Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern und Bildung des Übergangskabinetts Baden-Württemberg am 25. 4. 1952

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland ⁵⁾	
ab Februar: Koa: CDU + SPD + Z	ab April: Koa: CDU + SPD					1948
	ab Oktober: Reg: CDU ab Dezember: Koa: CDU + SPD					1949

⁵⁾ Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1957.

Fußnoten für Seite 1444–1445:

¹¹⁾ Nach der Zusammenlegung der Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat wird am 11. 11. 1953 von der Verfassungsgebenden Landesversammlung der Name „Baden-Württemberg“ beschlossen.

¹²⁾ Übergangskabinetts

<p>Württemberg-Hohenzollern¹⁾</p> <p>ab Oktober 1945:</p> <p>Koa: SPD + CDU + Parteilose Vors:²⁾ Carlo Schmid (SPD)</p> <p>ab Dezember 1946:</p> <p>Koa: SPD + CDU + DVP³⁾ Präs:²⁾ Carlo Schmid (SPD)</p> <hr/> <p>W: Mai 1947</p> <p>ab Juli 1947:</p> <p>Koa: CDU + SPD + DVP StPr:⁴⁾ Lorenz Bock (CDU) (bis Rücktritt 1948)</p> <p>ab August 1948:</p> <p>StPr: Gebhard Müller (CDU)</p> <p>ab September 1949:⁵⁾</p> <p>Koa: CDU + SPD</p> <p>1) 1945 bis Juli 1947: Südwürttemberg-Hohenzollern 2) Vorsitzender/Präsident des Staatssekretariats 3) DVP = Demokratische Volkspartei 4) Staatspräsident 5) bis April/Mai 1952: Zusammenlegung der Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern und Bildung des Übergangskabinetts Baden-Württemberg am 25. 4. 1952</p>	<p>Baden (Südbaden)</p> <p>ab Juni 1945:</p> <p>Koa: BCSV¹⁾ + SPB²⁾ + DP³⁾ + Parteilose</p> <p>Präs: Direktorium mit wechselndem Vorsitz</p> <p>ab Dezember 1946:</p> <p>Koa: BCSV¹⁾ + SPB²⁾ + DP³⁾ + KP + Parteilose</p> <p>Präs:⁴⁾ Leo Wohleb (BCSV)</p> <hr/> <p>W: Mai 1947</p> <p>ab August 1947:</p> <p>Koa: CDU + SPD Präs: Leo Wohleb (CDU)</p> <p>ab Februar 1948:⁵⁾</p> <p>Reg: CDU</p> <p>1) im Januar 1948 Umbenennung in CDU 2) ab September 1947 SPD 3) DP = Demokratische Partei, ab April 1948 FDP 4) Präsident des Staatssekretariats 5) bis April/Mai 1952: Zusammenlegung der Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern und Bildung des Übergangskabinetts Baden-Württemberg am 25. 4. 1952</p>
--	--

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1950		W: Juli ab September: Koa: CDU + BHE + DP + FDP MPr: Walter Bartram (CDU) (bis Rücktritt 1951)	ab Februar: Reg: SPD		ab August: Koa: SPD + Z	
				W: Dezember		
1951		ab Juni: Koa: CDU + FDP MPr: Friedrich-Wilhelm Lübke (CDU) ab Juli: Koa: CDU + GB/BHE + DP + FDP		ab Februar: Koa: SPD + CDU + FDP RBM: Ernst Reuter (SPD) (bis † 1953)	W: Mai ab Juni: Koa: SPD + GB/BHE + Z MPr: Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)	W: Oktober ab November: Koa: SPD + CDU + FDP BM: Wilhelm Kaisen (SPD)
		ab Januar: Koa: CDU + GB/BHE + DP				
1952						
1953	W: September ab Oktober: Koa: CDU/CSU + FDP + DP + GB/BHE BK: Konrad Adenauer (CDU)	ab Januar: Koa: CDU + GB/BHE	W: November ab Dezember: Koa: CDU + FDP + DP (Hamburg-Block) 1. BM: Kurt Sieveking (CDU)	ab Dezember: Koa: CDU + FDP RBM: Walter Schreiber (CDU)	ab Dezember: Koa: SPD + GB/BHE	
		W: September ab Oktober: Koa: CDU + GB/BHE + FDP MPr: Kai-Uwe von Hassel (CDU)				
1954				W: Dezember		

^{5), 11), 12)}: Fußnoten siehe auf Seite 1443

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg ¹¹⁾	Bayern	Saarland ⁵⁾	
W: Juni				W: November		1950
ab August: Reg: CDU MPr: Karl Arnold (CDU) ab September: Koa: CDU + Z				ab Dezember: Koa: CSU + SPD + BHE MPr: Hans Ehard (CSU)		
		W: November				1951
	W: April	ab Januar: Reg: SPD MPr: Georg August Zinn (SPD)			ab April: Reg: CVP	
	ab Juni: Koa: CDU + FDP MPr: Peter Altmeier (CDU)					1952
			W: März		ab Dezember: Koa: CVP + SPS MPr: Johannes Hoffmann (CVP) (bis Rücktritt 1954)	
			ab April: ¹²⁾ Koa: FDP/DVP + SPD + BHE MPr: Reinhold Maier (FDP/DVP) (bis Rücktritt 1953)			1953
			ab Oktober: Koa: CDU + SPD + FDP/DVP + GB/BHE MPr: Gebhard Müller (CDU)			
W: Juni				W: November		1954
ab Juli: Koa: CDU + FDP + Z MPr: Karl Arnold (CDU) (bis Sturz 1956)				ab Dezember: Koa: SPD + BP + GB/BHE + FDP MPr: Wilhelm Hoegner (SPD) (bis Rücktritt 1957)	ab Juli: Reg: CVP MPr: Johannes Hoffmann (CVP) (bis Rücktritt 1955)	
		W: November				

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1955	ab Juli: Koa: CDU/CSU + FDP + DP			ab Januar: Koa: SPD + CDU RBM: Otto Suhr (SPD) (bis † 1957)	W: April	W: Oktober
					ab Mai: Koa: DP + CDU + GB/BHE + FDP MPr: Heinrich Hellwege (DP)	ab Dezember: Koa: SPD + CDU + FDP BM: Wilhelm Kaisen (SPD)
1956	ab Februar: Koa: CDU/CSU + DP + Fraktionslose					
	ab März: Koa: CDU/CSU + DP + DA [FVP]					
1957	ab März: Koa: CDU/CSU + DP [FVP]		W: November	ab Oktober: RBM: Willy Brandt (SPD)	ab November: Koa: DP + CDU + SPD	
	W: September		ab Dezember: Koa: SPD + FDP 1. BM: Max Brauer (SPD) (bis Rücktritt 1960)			
	ab Oktober: Koa: CDU/CSU + DP BK: Konrad Adenauer (CDU)					
1958		W: September				
		ab Oktober: Koa: CDU + FDP MPr: Kai-Uwe von Hassel (CDU)				
1959				ab Januar: Koa: SPD + CDU RBM: Willy Brandt (SPD)	W: April	W: Oktober
					ab Mai: Koa: SPD + GB/BHE + FDP MPr: Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) (bis † 1961)	ab Dezember: Koa: SPD + FDP BM: Wilhelm Kaisen (SPD)

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	
	W: Mai ab Juni: Koa: CDU + FDP MPr: Peter Altmeier (CDU)	ab Januar: Koa: SPD + GB/BHE MPr: Georg August Zinn (SPD)			ab Oktober: Reg: Parteilose MPr: Heinrich Welsch (parteilos)	1955
					W: Dezember	
ab Februar: Koa: SPD + FDP + Z MPr: Fritz Steinhoff (SPD)			W: März ab Mai: Koa: CDU + SPD + FDP/ DVP + GB/BHE MPr: Gebhard Müller (CDU) (bis Rücktritt 1958)		ab Januar: Koa: CDU + DPS + SPD + Parteilose MPr: Hubert Ney (CDU) (bis Rücktritt 1957) ab Dezember: Koa: CDU + SPD	1956
				ab Oktober: Koa: CSU + GB/BHE + FDP MPr: Hanns Seidel (CSU)	ab Juni: Koa: CDU + DPS + SPD MPr: Egon Reinert (CDU) (bis † 1959)	1957
W: Juli			ab Dezember: MPr: Kurt Georg Kiesinger (CDU)	W: November		
ab Juli: Reg: CDU MPr: Franz Meyers (CDU)				ab Dezember: Koa: CSU + GB/BHE + FDP MPr: Hanns Seidel (CSU) (bis Rücktritt 1960)		1958
		W: November				
	W: April ab Mai: Koa: CDU + FDP MPr: Peter Altmeier (CDU)	ab Januar: Koa: SPD + GB/BHE MPr: Georg August Zinn (SPD)			ab Februar: Koa: CDU + SPD + CSU/ CVP ab April: Koa: CDU + SPD MPr: Franz Josef Röder (CDU)	1959

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1960	ab Juli: Koa: CDU/CSU + Fraktionslose ab September: Reg: CDU/CSU					
1961	W: September		ab Januar: 1. BM: Paul Nevermann (SPD)		ab Dezember: MPr: Georg Diederichs (SPD)	
	ab November: Koa: CDU/CSU + FDP BK: Konrad Adenauer (CDU) (bis Rücktritt 1963)		W: November			
			ab Dezember: Koa: SPD + FDP 1. BM: Paul Nevermann (SPD) (bis Rücktritt 1965)			
1962		W: September				
		ab Oktober: Reg: CDU MPr: Kai-Uwe von Hassel (CDU) (bis Rücktritt 1963)				
1963	ab Oktober: BK: Ludwig Erhard (CDU)	ab Januar: Koa: CDU + FDP MPr: Helmut Lemke (CDU)		W: Februar	W: Mai	W: September
				ab März: Koa: SPD + FDP RBM: Willy Brandt (SPD) (bis Rücktritt 1966)	ab Juni: Koa: SPD + FDP MPr: Georg Diederichs (SPD)	ab November: Koa: SPD + FDP BM: Wilhelm Kaisen (SPD) (bis Rücktritt 1965)
1964						

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	
			W: Mai ab Juni: Koa: CDU + FDP/DVP + GB/BHE¹³⁾ MPr: Kurt Georg Kiesinger (CDU)	ab Januar: MPr: Hans Ehard (CSU)		1960
					W: Dezember	
					ab Januar: Koa: CDU + FDP/DPS MPr: Franz Josef Röder (CDU)	1961
W: Juli ab Juli: Koa: CDU + FDP MPr: Franz Meyers (CDU)				W: November ab Dezember: Reg: CSU MPr: Alfons Goppel (CSU)		1962
		W: November				
	W: März ab Mai: Koa: CDU + FDP MPr: Peter Altmeier (CDU)	ab Januar: Koa: SPD + GDP/BHE MPr: Georg August Zinn (SPD)				1963
			W: April ab Juni: Koa: CDU + FDP/DVP MPr: Kurt Georg Kiesinger (CDU) (bis Rücktritt 1966)			1964

¹³⁾ ab Juni 1961 Umbenennung in GDP

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1965	W: September		ab Juni: 1. BM: Herbert Weichmann (SPD)		ab Mai: Koa: SPD + CDU	ab Juli: BM: Willy Dehnkamp (SPD)
	ab Oktober: Koa: CDU/CSU + FDP BK: Ludwig Erhard (CDU) (bis Rücktritt 1966)					
1966	ab Oktober: Reg: CDU/CSU ab Dezember: Koa: CDU/CSU + SPD BK: Kurt Georg Kiesinger (CDU)		W: März ab April: Reg: SPD 1. BM: Herbert Weichmann (SPD)	ab Dezember: RBM: Heinrich Albertz (SPD)		
		W: April ab Mai: Koa: CDU + FDP MPr: Helmut Lemke (CDU)		W: März ab April: Koa: SPD + FDP RBM: Heinrich Albertz (SPD) (bis Rücktritt 1967) ab Oktober: RBM: Klaus Schütz (SPD)	W: Juni ab Juli: Koa: SPD + CDU MPr: Georg Diederichs (SPD)	W: Oktober ab November: Koa: SPD + FDP BM: Hans Koschnick (SPD)
1967						
1968						
1969	W: September					
	ab Oktober: Koa: SPD + FDP BK: Willy Brandt (SPD)					

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	
					W: Juni ab Juli: Koa: CDU + FDP/DPS MPr: Franz Josef Röder (CDU)	1965
W: Juli ab Juli: Koa: CDU + FDP MPr: Franz Meyers (CDU) (bis Sturz 1966) ab 1. Dezember: Reg: CDU ab 8. Dezember: Koa: SPD + FDP MPr: Heinz Kühn (SPD)			ab Dezember: Koa: CDU + SPD MPr: Hans Filbinger (CDU)	W: November ab Dezember: Reg: CSU MPr: Alfons Goppel (CSU)		1966
	W: April ab Mai: Koa: CDU + FDP MPr: Peter Altmeier (CDU) (bis Rücktritt 1969)	ab Januar: Reg: SPD MPr: Georg August Zinn (SPD) (bis Rücktritt 1969)				1967
			W: April ab Juni: Koa: CDU + SPD MPr: Hans Filbinger (CDU)			1968
	ab Mai: MPr: Helmut Kohl (CDU)	ab Oktober: MPr: Albert Osswald (SPD)				1969

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1970			W: März ab April: Koa: SPD + FDP 1. BM: Herbert Weichmann (SPD) (bis Rücktritt 1971)		W: Juni ab Juli: Reg: SPD MPr: Alfred Kubel (SPD)	
		W: April ab Mai: Reg: CDU MPr: Gerhard Stoltenberg (CDU)	ab Juni: 1. BM: Peter Schulz (SPD)	W: März ab April: Reg: SPD RBM: Klaus Schütz (SPD)		ab Juni: Reg: SPD W: Oktober ab Dezember: Reg: SPD BM: Hans Koschnick (SPD)
1972	W: November ab Dezember: Koa: SPD + FDP BK: Willy Brandt (SPD) (bis Rücktritt 1974)					
1973						
1974	ab Mai: BK: Helmut Schmidt (SPD)		W: März ab April: Koa: SPD + FDP 1. BM: Peter Schulz (SPD) (bis Rücktritt 1974) ab November: 1. BM: Hans-Ulrich Klose (SPD)		W: Juni ab Juli: Koa: SPD + FDP MPr: Alfred Kubel (SPD) (bis Rücktritt 1976)	
		W: April ab Mai: Reg: CDU MPr: Gerhard Stoltenberg (CDU)		W: März ab April: Koa: SPD + FDP RBM: Klaus Schütz (SPD) (bis Rücktritt 1977)		W: September ab Oktober: Reg: SPD BM: Hans Koschnick (SPD)
1975						

¹⁴⁾ Wegen der Patt-Situation im Landtag keine Neuwahl des Ministerpräsidenten, sondern Verbleiben im Amt aus der

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	
W: Juni		W: November		W: Oktober	W: Juni	1970
ab Juli: Koa: SPD + FDP MPr: Heinz Kühn (SPD)		ab Dezember: Koa: SPD + FDP MPr: Albert Osswald (SPD)		ab Dezember: Reg: CSU MPr: Alfons Goppel (CSU)	ab Juli: Reg: CDU MPr: Franz Josef Röder (CDU)	
	W: März					1971
	ab Mai: Reg: CDU MPr: Helmut Kohl (CDU)					
			W: April			1972
			ab Juni: Reg: CDU MPr: Hans Filbinger (CDU)			
						1973
		W: Oktober		W: Oktober		1974
		ab Dezember: Koa: SPD + FDP MPr: Albert Osswald (SPD) (bis Rücktritt 1976)		ab November: Reg: CSU MPr: Alfons Goppel (CSU)		
W: Mai	W: März				W: Mai	1975
ab Juli: Koa: SPD + FDP MPr: Heinz Kühn (SPD) (bis Rücktritt 1978)	ab Mai: Reg: CDU MPr: Helmut Kohl (CDU) (bis Rücktritt 1976)				ab Juli: Reg: CDU MPr: Franz Josef Röder (CDU) ¹⁴⁾ (bis † 1979)	

vorangegangenen Wahlperiode.

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1976	W: Oktober				ab Januar: MPr: Ernst Albrecht (CDU) ¹⁵⁾	
	ab Dezember: Koa: SPD + FDP BK: Helmut Schmidt (SPD)				ab Februar: Reg: CDU MPr: Ernst Albrecht (CDU)	
1977				ab Mai: RBM: Dietrich Stobbe (SPD)	ab Januar: Koa: CDU + FDP	
1978			W: Juni		W: Juni	
			ab Juni: Reg: SPD 1. BM: Hans-Ulrich Klose (SPD) (bis Rücktritt 1981)		ab Juni: Reg: CDU MPr: Ernst Albrecht (CDU)	
1979		W: April		W: März		W: Oktober
		ab Mai: Reg: CDU MPr: Gerhard Stoltenberg (CDU) (bis Rücktritt 1982)		ab April: Koa: SPD + FDP RBM: Dietrich Stobbe (SPD) (bis Rücktritt 1981)		ab November: Reg: SPD BM: Hans Koschnick (SPD)
1980	W: Oktober					
	ab November: Koa: SPD + FDP BK: Helmut Schmidt (SPD)					

¹⁵⁾ Da der gewählte Ministerpräsident nach seiner Wahl erklärte, noch kein Kabinett vorstellen zu können, blieb die Koalitionsregierung aus SPD und FDP weiter geschäftsführend im Amt. Als auch nach der verfassungsmäßigen Frist von 21 Tagen keine Regierungsbildung zustande gekommen war, hatte der Landtag über seine Auflösung zu beschließen, und da diese einstimmig abgelehnt wurde, mußte eine neue Wahl des Ministerpräsidenten stattfinden.

Fußnoten für Seite 1456–1457:

¹⁶⁾ Keine Neuwahl des 1. Bürgermeisters, sondern Verbleiben im Amt aus der vorangegangenen Wahlperiode.

¹⁷⁾ Keine Neuwahl des Ministerpräsidenten, sondern Weiteramtieren mit geschäftsführender Landesregierung.

¹⁸⁾ Wiederum zunächst keine Neuwahl des Ministerpräsidenten, sondern bis Juli 1984 Weiteramtieren mit geschäftsführender Landesregierung; im Juli 1984 spricht die Landtagsmehrheit von SPD und GRÜNEN der SPD-Minderheitsregierung das Vertrauen aus, nachdem *Holger Börner* im Juni 1984 mit gleicher Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Im November 1984 vorübergehende Beendigung der Zusammenarbeit zwischen SPD und GRÜNEN; im Mai 1985 förmliches Koalitionsangebot von Ministerpräsident *Holger Börner* an die GRÜNEN; Koalitionsverhandlungen ab September/Oktober 1985 bis zum Abschluß einer Koalition der SPD mit den GRÜNEN im Dezember 1985.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	
	ab Dezember: MPr: Bernhard Vogel (CDU)	ab Oktober: MPr: Holger Börner (SPD)	W: April ab Juni: Reg: CDU MPr: Hans Filbinger (CDU) (bis Rücktritt 1978)			1976
					ab März: Koa: CDU + FDP	1977
ab September: MPr: Johannes Rau (SPD)		W: Oktober ab Dezember: Koa: SPD + FDP MPr: Holger Börner (SPD)	ab August: MPr: Lothar Späth (CDU)	W: Oktober ab November: Reg: CSU MPr: Franz Josef Strauß (CSU)		1978
	W: März ab Mai: Reg: CDU MPr: Bernhard Vogel (CDU)				ab Juli: MPr: Werner Zeyer (CDU)	1979
W: Mai ab Juni: Reg: SPD MPr: Johannes Rau (SPD)			W: März ab Juni: Reg: CDU MPr: Lothar Späth (CDU)		W: April ab Mai: Koa: CDU + FDP MPr: Werner Zeyer (CDU)	1980

Hinweise

Seit 1960/61 haben mit Unterbrechungen die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt. Einzelheiten vgl. Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Die Wahlergebnisse der CDU, CSU und SPD bei allen Bundestags- und Landtagswahlen sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in Abschnitt 1.28 zusammengestellt.

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1981			ab Juni: 1. BM: Klaus von Dohnanyi (SPD)	ab Januar: RBM: Hans-Jochen Vogel (SPD)		
				W: Mai		
				ab Juni: Reg: CDU RBM: Richard von Weizsäcker (CDU) (bis Rücktritt 1984)		
1982	ab September: Reg: SPD ab Oktober: Koa: CDU/CSU + FDP BK: Helmut Kohl (CDU)	ab Oktober: MPr: Uwe Barschel (CDU)	W: Juni		W: März	
			ab Juni: Reg: SPD 1. BM: Klaus von Dohnanyi (SPD)		ab Juni: Reg: CDU MPr: Ernst Albrecht (CDU)	
			W: Dezember			
			ab Dezember: Reg: SPD 1. BM: Klaus von Dohnanyi (SPD) ¹⁶⁾			
1983	W: März	W: März		ab März: Koa: CDU + FDP		W: September
	ab März: Koa: CDU/CSU + FDP BK: Helmut Kohl (CDU)	ab April: Reg: CDU MPr: Uwe Barschel (CDU) (bis Rücktritt Oktober 1987)				ab November: Reg: SPD BM: Hans Koschnick (SPD) (bis Rücktritt 1985)
1984				ab Februar: RBM: Eberhard Diepgen (CDU)		
1985				W: März		ab September: BM: Klaus Wedemeier (SPD)
				ab April: Koa: CDU + FDP RBM: Eberhard Diepgen (CDU)		

^{16), 17), 18)}: Fußnoten siehe auf Seite 1454

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	
						1981
		W: September ab Oktober: Reg: SPD ab Dezember: Reg: SPD MPr: Holger Börner (SPD) ¹⁷⁾		W: Oktober ab Oktober: Reg: CSU MPr: Franz Josef Strauß (CSU)		1982
	W: März ab Mai: Reg: CDU MPr: Bernhard Vogel (CDU)	W: September ab Oktober: Reg: SPD MPr: Holger Börner (SPD) ¹⁸⁾				1983
			W: März ab Juni: Reg: CDU MPr: Lothar Späth (CDU)			1984
W: Mai ab Juni: Reg: SPD MPr: Johannes Rau (SPD)		ab Dezember: Koa: SPD + GRÜNE			W: März ab April: Reg: SPD MPr: Oskar Lafontaine (SPD)	1985

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1986			W: November ab Dezember: Reg: SPD 1. BM: Klaus von Dohnanyi (SPD) ¹⁶⁾		W: Juni ab Juli: Koa: CDU + FDP MPr: Ernst Albrecht (CDU)	
	W: Januar ab Februar: Koa: CDU/CSU + FDP BK: Helmut Kohl (CDU)	W: September ab Oktober: Reg ¹⁹⁾ : CDU MPr ²⁰⁾ : Henning Schwarz (CDU)	W: Mai ab September: Koa: SPD + FDP 1. BM: Klaus von Dohnanyi (SPD) (bis Rücktritt 1988)			W: September ab Oktober: Reg: SPD BM: Klaus Wedemeier (SPD)
1988		W: Mai ab Mai: Reg: SPD MPr: Björn Engholm (SPD)	ab Juni: 1. BM: Henning Voscherau (SPD)			
				W: Januar ab März: Koa: SPD + AL RBM: Walter Momper (SPD)		
1990				ab November: Reg: SPD	W: Mai: ab Juni: Koa: SPD + GRÜNE MPr: Gerhard Schröder (SPD)	
	W: Dezember			W: Dezember		
1991	ab Januar: Koa: CDU/CSU + FDP BK: Helmut Kohl (CDU)		W: Juni ab Juni: Reg: SPD 1. BM: Henning Voscherau (SPD)	ab Januar: Koa: CDU + SPD RBM: Eberhard Diepgen (CDU)		W: September ab Dezember: Koa: SPD + FDP + GRÜNE BM: Klaus Wedemeier (SPD)

¹⁶⁾ Keine Neuwahl des 1. Bürgermeisters, sondern Verbleiben im Amt aus der vorangegangenen Wahlperiode.

¹⁹⁾ Geschäftsführende Regierung, nachdem sich SPD, CDU und FDP am 17. Oktober 1987 angesichts der Patt-Situation darauf geeinigt haben, ohne vorherigen Versuch, einen Ministerpräsidenten zu wählen, im Früh-

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	
				W: Oktober ab Oktober: Reg: CSU MPr: Franz Josef Strauß (CSU) (bis † 1988)		1986
	W: Mai ab Juni: Koa: CDU + FDP MPr: Bernhard Vogel (CDU) (bis Rücktritt 1988)	ab Februar: Reg: SPD W: April ab April: Koa: CDU + FDP MPr: Walter Wallmann (CDU)				1987
	ab Dezember: MPr: Carl-Ludwig Wagner (CDU)		W: März ab Juni: Reg: CDU MPr: Lothar Späth (CDU) (bis Rücktritt 1991)	ab Oktober: MPr: Max Streibl (CSU)		1988
						1989
W: Mai ab Juni: Reg: SPD MPr: Johannes Rau (SPD)				W: Oktober ab Oktober: Reg: CSU MPr: Max Streibl (CSU) (bis Rücktritt 1993)	W: Januar ab Februar: Reg: SPD MPr: Oskar Lafontaine (SPD)	1990
	W: April ab Mai: Koa: SPD + FDP MPr: Rudolf Scharping (SPD) (bis Rücktritt 1994)	W: Januar ab April: Koa: SPD + GRÜNE MPr: Hans Eichel (SPD)	ab Januar: MPr: Erwin Teufel (CDU)			1991

jahr 1988 Neuwahlen zum Landtag vorzusehen. Zuvor soll der Untersuchungsausschuß zur Affäre *Barschel/Pfeiffer* seine Arbeit abschließen.

²⁰⁾ Geschäftsführender Ministerpräsident nach dem Rücktritt von *Uwe Barschel*.

	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Niedersachsen	Bremen
1992		W: April				
		ab Mai: Reg: SPD MPr: Björn Engholm (SPD) (bis Rücktritt 1993)				
1993		ab Mai: MPr: Heide Simonis (SPD)	W: September			
			ab Dezember: Koa: SPD + STATT Partei 1. BM: Henning Voscherau (SPD)			
1994	W: Oktober				W: März	
	ab November: Koa: CDU/CSU + FDP BK: Helmut Kohl (CDU)				ab Juni: Reg: SPD MPr: Gerhard Schröder (SPD)	
1995						ab Februar: Reg: SPD²¹⁾
						W: Mai
				W: Oktober		ab Juli: Koa: SPD + CDU BM: Henning Scherf (SPD)
1996		W: März		ab Januar: Koa: CDU + SPD RBM: Eberhard Diepgen (CDU)		
		ab Mai: Koa: SPD + Bündnis 90/Grüne MPr: Heide Simonis (SPD)				
1997 ²²⁾						

21) Minderheitsregierung

22) Stand: 31. August 1997

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	
			W: April ab Juni: Koa: CDU + SPD MPr: Erwin Teufel (CDU)			1992
				ab Mai: MPr: Edmund Stoiber (CSU)		1993
	ab Oktober: MPr: Kurt Beck (SPD)			W: September ab Oktober: Reg: CSU MPr: Edmund Stoiber (CSU)	W: Oktober ab Oktober: Reg: SPD MPr: Oskar Lafontaine (SPD)	1994
W: Mai ab Juli: Koa: SPD + Bündnis 90/ Grüne MPr: Johannes Rau (SPD)		W: Februar ab April: Koa: SPD + Bündnis 90/ Grüne MPr: Hans Eichel (SPD)				1995
	W: März ab Mai: Koa: SPD + FDP MPr: Kurt Beck (SPD)		W: März ab Juni: Koa: CDU + FDP MPr: Erwin Teufel (CDU)			1996
						1997 ²²⁾

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
	W: Oktober	W: Oktober	W: Oktober	W: Oktober	W: Oktober
1990	ab Oktober: Koa: CDU + FDP MPr: Alfred Gomolka (CDU) (bis Rücktritt 1992)	ab November: Koa: SPD + FDP + Bündnis 90 MPr: Manfred Stolpe (SPD)	ab November: Koa: CDU + FDP MPr: Gerd Gies (CDU) (bis Rücktritt 1991)	ab Oktober: Reg: CDU MPr: Kurt H. Biedenkopf (CDU)	ab Oktober: Koa: CDU + FDP MPr: Josef Duhač (CDU) (bis Rücktritt 1992)
1991			ab Juli: MPr: Werner Münch (CDU) (bis Rücktritt 1993)		
1992	ab März: MPr: Berndt Seite (CDU)				ab Februar: MPr: Bernhard Vogel (CDU)
1993			ab Dezember: MPr: Christoph Bergner (CDU)		
1994	W: Oktober	ab März: Koa: SPD + FDP¹⁾	W: Juni	W: September	W: Oktober
	ab Dezember: Koa: CDU + SPD MPr: Berndt Seite (CDU)	W: September	ab Juli: Koa: SPD + Bündnis 90/ Grüne¹⁾ MPr: Reinhard Höppner (SPD)	ab Oktober: Reg: CDU MPr: Kurt H. Biedenkopf (CDU)	ab November: Koa: CDU + SPD MPr: Bernhard Vogel (CDU)
		ab Oktober: Reg: SPD MPr: Manfred Stolpe (SPD)			
1995					
1996					
1997 ²⁾					

1) Minderheitsregierung

2) Stand: 31. August 1997

Datenhandbuch
zur Geschichte des Deutschen Bundestages
1949 bis 1999
– Band II –

Peter Schindler

**Datenhandbuch
zur Geschichte des
Deutschen Bundestages
1949 bis 1999**

Gesamtausgabe in drei Bänden

Eine Veröffentlichung
der Wissenschaftlichen Dienste
des Deutschen Bundestages

Band II: Kapitel 7–13



Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schindler, Peter:

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages : 1949 bis 1999 ; Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages / Peter Schindler. [Hrsg.: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Abteilung Wissenschaftliche Dienste/Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation]. – Gesamtausg. in 3 Bd. – Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges.

Bd. 1. Kapitel 1 – 6. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Bd. 2. Kapitel 7 – 13. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Bd. 3. Kapitel 14 – 36. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Abbildungs-Nachweise:

artemedia productions gmbh, Berlin: S. 3383 • Die Bauverwaltung (Reproduktion aus Heft 7/1966): S. 3291 • Günter Behnisch: S. 3315 • Bonner Geschichtsblätter (Reproduktion aus Band 35/1984): S. 3272, 3273, 3288 • Bundesbaudirektion/Antonia Weiße: S. 3358, 3359 (oben und unten) • Bundesbaugesellschaft Berlin mbH/Siegfried Büker: S. 3385 • Bundesbaugesellschaft Berlin mbH/Jens Weber: S. 3367 • Bundesbildstelle: S. 3280, 3282, 3284, 3286 • Deutscher Bundestag: S. 3292 (rechts), 3293, 3312, 3314, 3317, 3318, 3319, 3322, 3323, 3324, 3325, 3327, 3330 • Deutscher Bundestag/Dienststelle Berlin: S. 3349, 3357, 3363, 3375, 3376, 3377, 3378, 3384 • Deutscher Bundestag/Alfred Hennig: S. 3292 (links) • Deutscher Bundestag/Jutta Spitzley: S. 3313 • Deutscher Bundestag/Stefan Thomas: S. 3295, 3380/3381 • Sir Norman Foster and Partners: S. 3365 • Helmut Fricke/Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31. 10. 1992: S. 3328/3329 • Christian Kandzia: S. 3331 • Landesbildstelle Berlin: S. 3341, 3342, 3347 • Max Malsch: S. 3333 • Hans Schwippert: S. 3276 • Stadtarchiv und Stadthistorische Bibliothek Bonn: S. 3274, 3277, 3278, 3279, 3281, 3283 • Helmut Stahl: S. 3300, 3301, 3310, 3311 • Wolfgang Volz/Bilderberg (© Christo und Jeanne-Claude, Wrapped Reichstag, Berlin 1971–1995): S. 3393, 3394, 3395

© Deutscher Bundestag, Bonn 1999

Herausgeber: Verwaltung des Deutschen Bundestages
Abteilung Wissenschaftliche Dienste/Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation

Verlag: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Druckvorstufen: Satzrechenzentrum Kühn & Weyh Software GmbH, Freiburg im Breisgau

Druck und Bindung: J.P. Himmer GmbH & Co. KG, Augsburg
ISBN 3-7890-5928-5

Das vorliegende **Datenhandbuch** wird über den Buchhandel vertrieben.

Gliederung

Die drei Bände der Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs* sind folgendermaßen gegliedert:

Band I enthält die Kapitel

- 1 Wahlen zum Deutschen Bundestag
- 2 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 3 Alters- und Sozialstruktur
- 4 Präsidium, Vorstand, Ältestenrat
- 5 Fraktionen und Gruppen
- 6 Parlament und Regierung

Der vorliegende **Band II** enthält die Kapitel

- 7 Bundestag und innerdeutsche Entwicklung
- 8 Plenarsitzungen/Abstimmungen/Arbeitsrhythmus
- 9 Ausschüsse
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11 Gesetzgebung
- 12 Kontrolltätigkeiten
- 13 Funktionen und Reformen des Bundestages

Band III enthält die Kapitel

- 14 Grundgesetzänderungen
- 15 Parlamentsrecht
- 16 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17 Petitionen
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages
- 19 Bundesversammlung
- 20 Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02)
- 21 Parlamentsgebäude in Bonn und Berlin
- 22 Bundestagsverwaltung
- 23 Bundestag und Öffentlichkeit
- 24 Auswärtige Beziehungen und europäische Integration
- 25 Parlamentarische Vereinigungen
- 26 Kurzchronik
- 27 Statistische Gesamtübersicht
- 28 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
- 29 Literatur über den Deutschen Bundestag

30	Quellenverzeichnis
31	Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister
32	Sachregister
33	Gesetzesregister
34	Plenarsitzungs-Register
35	Abkürzungen
36	Nachträge

Die **Unterteilung der Kapitel** des vorliegenden Bandes in die einzelnen Abschnitte ist dem anschließenden **Inhaltsverzeichnis** zu entnehmen. Band I enthält das Inhaltsverzeichnis aller drei Bände.

Falls einzelne Abschnitte weiter untergliedert sind, werden diese Unterabschnitte in einem „**Überblick**“ aufgeführt, der den Kapiteln vorangestellt ist.

In der „**Liste der Ergänzungen**“ ab Seite 19 ist zusammengestellt, um welche Kapitel, Abschnitte oder Unterabschnitte die Gesamtausgabe des ***Datenhandbuchs*** gegenüber den vorangegangenen vier ***Datenhandbüchern*** erweitert worden ist.

Inhaltsverzeichnis zum vorliegenden Band II*)

	Seite
7 Bundestag und innerdeutsche Entwicklung	1473
7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin	1476
7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer . .	1485
7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin	1499
7.4 Chronik der deutschen Vereinigung	1501
7.5 Ausschuß Deutsche Einheit	1566
7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR	1575
7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung	1592
7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik	1601
8 Plenarsitzungen/Abstimmungen/Arbeitsrhythmus	1630
8.1 Tagungsorte der Plenarsitzungen	1632
8.2 Sitzordnung im Plenum	1634
8.3 Plenarsitzungen: Statistik	1637
8.4 Daten der Plenarsitzungen	1643
8.5 Sondersitzungen	1660
8.6 Rederecht im Bundestag	1670
8.7 Redner im Plenum	1672
8.8 Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten	1693
8.9 Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern	1711
8.10 Inhalte der Plenarsitzungen	1714
8.11 Regelungen zur Debattendauer	1723
8.12 Arten der Abstimmung	1726
8.13 Erforderliche Abstimmungsmehrheiten	1730
8.14 Stimmerngebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen	1734
8.15 Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen	1781
8.16 Erklärungen zur Abstimmung	1788
8.17 Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze	1953
8.18 Stimmrecht der Berliner Abgeordneten	1973
8.19 Beschlußfähigkeit	1975
8.20 Ordnungsmaßnahmen	1988
8.21 Publizität der Verhandlungen	1993
8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie	1996
8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments	2006
8.24 Gedenksitzungen im Plenarsaal	2010

*) Das Inhaltsverzeichnis zu allen drei Bänden befindet sich im Band I auf den Seiten 11–18.

Hinweis

Falls einzelne Abschnitte weiter untergliedert sind, werden diese Unterabschnitte in dem „Überblick“ aufgeführt, der den Kapiteln vorangestellt ist.

	Seite
9 Ausschüsse	2019
9.1 Ausschüsse: Statistik	2021
9.2 Verzeichnis der Ausschüsse	2034
9.3 Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen	2081
9.4 Besetzung des Ausschuß-Vorsitzes	2093
9.5 Mitgliederzahl der Ausschüsse	2096
9.6 Zusammensetzung der Ausschüsse	2109
9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse: Bibliographie	2116
9.8 Öffentliche Anhörungen	2121
9.9 Registrierung der Interessenverbände	2182
9.10 Untersuchungsausschüsse	2184
9.11 Enquete-Kommissionen	2250
9.12 Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG	2297
10 Wahlen im Deutschen Bundestag	2299
10.1 Parlamentarische Ämter und Gremien	2301
10.2 Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien	2306
10.3 Außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung	2309
10.4 Internationale interparlamentarische Versammlungen	2316
11 Gesetzgebung	2318
11.1 Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes	2319
11.2 Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes	2334
11.3 Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes	2354
11.4 Anlässe zur Gesetzgebung	2374
11.5 Statistik zur Gesetzgebung	2386
11.6 Typen der Gesetze	2411
11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens	2413
11.8 Bundestag und Bundesrat	2427
11.9 Vermittlungsverfahren	2449
11.10 Materielles Prüfungsrecht des Bundespräsidenten	2453
11.11 Gesetzes-Dokumentationen: Synopse	2456
11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht	2466
11.13 Für nichtig oder verfassungswidrig erklärte Bundesgesetze	2495
11.14 Gesetzgebungsnotstand	2511
11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung: Bibliographie	2512
11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen	2538
11.17 EG-Vorlagen	2589
11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages	2592
11.19 „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung seit 1949	2595
12 Kontrolltätigkeiten	2636
12.1 Anfragen	2638
12.2 Aktuelle Stunden	2705
12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung	2742
12.4 Oppositionelles Verhalten	2757
12.5 Minderheitenrechte	2775
12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik	2783
12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen	2809
12.8 Technologie-Bewertung	2816

	Seite
13 Funktionen und Reformen des Bundestages	2834
13.1 Funktionenkataloge für das Parlament	2834
13.2 Parlamentsreformen seit 1949	2848
13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren	2887
13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts	2902
13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages	2921
13.6 Interfraktionelle Reformgremien	2935
13.7 Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente	2939

7 Bundestag und innerdeutsche Entwicklung

Überblick		Seite
7.1	Entschließungen zur Hauptstadt Berlin	1476
	– Entschließungen des Bundestages seit 1949 (S. 1477)	
	– Analyse des Abstimmungsverhaltens bei der Entscheidung des Bundestages vom 20. Juni 1991 (S. 1483)	
7.2	Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und Volkskammer der DDR	1485
7.3	Präsenz des Bundestages in Berlin	1499
7.4	Chronik der deutschen Vereinigung	1501
7.5	Ausschuß Deutsche Einheit	1566
7.6	Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR	1575
	– Statistik zur früheren Mitgliedschaft in der Volkskammer (S. 1575)	
	– Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer: Namensliste (S. 1576)	
7.7	Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung	1592
	– Westdeutsche als Abgeordnete in Ostdeutschland (S. 1593)	
	– Besetzung führender Positionen durch ostdeutsche Abgeordnete (S. 1596)	
7.8	Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik	1601

Die Teilung Deutschlands kam in früheren *Datenhandbüchern* hauptsächlich nur im Kapitel „Präsenz des Bundestages in Berlin“ zum Ausdruck. Die ungeahnten historischen Ereignisse der Jahre

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen

1989/90 erforderten schon im letzten *Datenhandbuch* eine inhaltliche Umgestaltung. Die Präsenz des Bundestages in Berlin ist inzwischen nur noch ein Aspekt von vielen und zudem mit völlig neuer Bedeutung.

Um das vielfältige Geschehen – die Etappen der deutschen Vereinigung, die Rolle des Bundestages im Einigungsprozeß, die Hauptstadtfrage, die Integration ostdeutscher Politiker in Parlament und

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 7 sind weitere Angaben zur politischen Wende in der DDR, zur Vereinigung Deutschlands, zu den neuen Bundesländern und zur Integration der ostdeutschen Politiker in Bundestag und Bundesrat in folgenden Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* zu finden:

- 1.1 Wahlgesetze (mit den Wahlrechtsregelungen bei den ersten beiden gesamtdeutschen Wahlen 1990 und 1994)
- 1.3 Wahltermin und Wahlfristen (mit den Fristen bei der Durchführung der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990)
- 1.6 Die kandidierenden Parteien in Stichworten (mit Angaben insbesondere auch zu den in der DDR gegründeten Parteien und Bürgerbewegungen, die an der ersten gesamtdeutschen Wahl teilgenommen haben)
- 1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern (mit Angaben zu den einzelnen neuen Bundesländern und einer Gegenüberstellung der Wahlergebnisse von 1990 und 1994 in den westlichen und östlichen Bundesländern)
- 1.16 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession (mit einer Gegenüberstellung der Stimmabgabe 1990 im westlichen und östlichen Wahlgebiet)
- 1.17 Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete (mit Angaben zu den Hochburgen der Parteien in den neuen Bundesländern)
- 1.28 Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen (mit Berücksichtigung der seit Herbst 1990 in den neuen Bundesländern durchgeführten Landtagswahlen)
- 2.1 Zahl der Abgeordneten (mit den Veränderungen aufgrund der Vereinigung Deutschlands)
- 2.5 Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR
- 3.5 Herkunft der Abgeordneten (mit einer Statistik der Geburtsorte der 1990 in den alten und neuen Ländern gewählten Abgeordneten)
- 5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen (mit Angabe der den beiden Gruppen PDS bzw. PDS/LL und Bündnis 90/Grüne im Bundestag eingeräumten Rechte)
- 5.4 Fraktionsspaltungen und Fusionen: Chronik (mit der Angabe der Veränderungen, die der Eintritt der von der Volkskammer in den Bundestag gewählten Abgeordneten im Oktober 1990 bewirkt hat)
- 5.11 Sonstige im Bundestag vertretene Parteien (mit den Parteien und Bürgerbewegungen, die sich während der „Wende“ in der DDR gebildet haben)
- 6.11 Regierungserklärungen (mit den Daten und Themen der Erklärungen, die zur Lage in der DDR und später zu den Verhandlungen mit der DDR über die Herbeiführung der deutschen Einheit abgegeben wurden)
- 6.21 Regierungen in Bund und Ländern (mit der Ergänzung der neuen Bundesländer)
- 8.1 Tagungsorte der Plenarsitzungen (mit Aufzählung der Sitzungen, die im Gefolge der deutschen Vereinigung erstmals im Reichstagsgebäude in Berlin stattfinden konnten)
- 8.5 Sondersitzungen (mit Angaben zu den Plenarsitzungen, die 1990 außerhalb des ursprünglichen Zeitplans insbesondere zur Beratung der deutsch-deutschen Staatsverträge einberufen wurden)
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung (mit der Aufzählung der durchaus zahlreichen Erklärungen einzelner Abgeordneter zu den deutsch-deutschen Verträgen)
- 8.24 Gedenksitzungen im Plenarsaal (mit Angaben zu den Gedenksitzungen zum Tag der deutschen Einheit vor, während und nach der Vereinigung)
- 9.2 Verzeichnis der Ausschüsse (mit Angaben zum Ausschuß Deutsche Einheit in der 11. Wahlperiode)

Fortsetzung des Hinweises auf der folgenden Seite

Regierung, den Umzug des Parlaments nach Berlin – zusammenfassen zu können, ist das folgende Kapitel 7 „Bundestag und innerdeutsche Entwicklung“ eingerichtet worden.

Wegen der Darstellung der Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik – beginnend mit Daten oppositioneller Aktivitäten Anfang 1989 bis zur Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 – mit Schwerpunkt Volkskammer wird auf das Kapitel 28 verwiesen.

Fortsetzung des Hinweises von Seite 1474

- 9.10 Untersuchungsausschüsse (mit dem Wortlaut der Untersuchungsaufträge des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode zur Rolle des Arbeitskreises „Kommerzielle Koordinierung“ im System von SED-Führung, Staatsleitung und Volkswirtschaft der früheren DDR sowie des 2. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode zum Thema DDR-Vermögen)
- 9.11 Enquete-Kommissionen (mit dem Wortlaut der Untersuchungsaufträge der Enquete-Kommissionen der 12. Wahlperiode zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland und der 13. Wahlperiode zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit)
- 11.4 Anlässe zur Gesetzgebung (mit Beispielen von gesetzlichen Maßnahmen, die infolge der Vereinigung Deutschlands erforderlich wurden)
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens (mit der Aufzählung der Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer, wobei es sich in der 11. Wahlperiode um Gesetze im Zusammenhang mit der deutschen Einheit handelt)
- 11.8 Bundestag und Bundesrat (mit Angaben über die Veränderungen der Sitzverteilung und der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nach der Änderung der Stimmenanteile der Länder im Rahmen des Einigungsvertrages und nach dem Eintritt der fünf neuen Bundesländer)
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht (mit Angaben, zu welchen Verfahren im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands der Bundestag beigetreten ist und welche Verfahren durch Verfassungsklagen von Abgeordneten und Fraktionen des Bundestages ausgelöst wurden)
- 11.19 „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung seit 1949 (in der 12. Wahlperiode mit Gesetzen im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands)
- 12.2 Aktuelle Stunden (mit Angabe der hier behandelten „DDR-Themen“)
- 12.3 Regierungsbefragung (ebenfalls mit Angabe der hier behandelten „DDR-Themen“)
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform (mit Angaben zur Einrichtung der im Einigungsvertrag vorgesehenen Gemeinsamen Verfassungskommission)
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht (u. a. mit der Verabschiedung des 14. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes betr. Überprüfung der Bundestagsabgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR)
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (u. a. mit den Leitsätzen zur Entscheidung über den deutsch-deutschen Wahlvertrag und über den Fraktionsstatus der Gruppe PDS im Bundestag)
- 17.3 Petitionen: Statistik (mit Hinweisen zum Anteil der Petitionen aus den neuen Bundesländern)
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 22.3 Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste (mit Angabe der Titel zum Thema DDR und Vereinigung Deutschlands)
- 24.4 Europäisches Parlament (mit Angaben zum Problem der Vertretung Ostdeutschlands)
- 28 Anhang: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik mit den Abschnitten
 - 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer
 - 28.2 Volkskammerwahl vom 18. März 1990
 - 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
 - 28.4 Alters- und Sozialstruktur der Volkskammerabgeordneten
 - 28.5 Selbstverständnis der Volkskammer-Abgeordneten: Umfrage
 - 28.6 Fraktionen der Volkskammer
 - 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
 - 28.8 Ministerrat der DDR

7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages haben von Anfang an keine Zweifel aufkommen lassen, daß Berlin für sie die Hauptstadt Deutschlands – jedenfalls eines vereinigten Deutschlands – ist. In mehreren, nahezu einstimmig angenommenen Gesetzestexten und Entschließungen haben sie zwischen 1949 und 1990 diese Auffassung immer wieder bekräftigt, von den zahllosen einschlägigen Beteuerungen im Parlament bei verschiedenen Gelegenheiten ganz zu schweigen. Dabei stand niemals zur Diskussion, daß „Hauptstadt“ nicht auch „Parlaments- und Regierungssitz“ bedeutet, sobald die politische Lage dies zulat.

Erst mit der Herstellung der Einheit Deutschlands ist diese jahrzehntelange Selbstverständlichkeit brüchig geworden. Schon im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 wird die Frage nach dem Sitz von Parlament und Regierung losgelöst betrachtet von der definitiven Festlegung Berlins als Hauptstadt. Die Abstimmung des Bundestages am 20. Juni 1991 über den künftigen Parlaments- und Regierungssitz hat schließlich gezeigt, daß nur noch eine knappe Mehrheit der Abgeordneten für Berlin eintritt.

In der folgenden Aufstellung sind die Berlin-Beschlüsse des Bundestages seit 1949 chronologisch dokumentiert. *) Es handelt sich hauptsächlich um Gesetze und Entschließungen, die die Verlegung von Bundesorganen nach Berlin betreffen, um Empfehlungen zur Berlin-Präsenz des Bundestages sowie um Unterstützungsmaßnahmen, die Berlin befähigen sollen, „seine Aufgaben als Hauptstadt eines geeinten Deutschlands zu erfüllen“ (so die Formulierung im Gesetz über die Sicherung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes).

In der Aufstellung blieben unberücksichtigt:

- alle im Plenum abgegebenen Erklärungen von Mitgliedern des Bundestages und der Bundesregierung zu Berlin oder Bonn,
- die Haushaltsgesetze, in denen regelmäßig entsprechende Bundeshilfen für Berlin enthalten sind (z. B. auch für den Aufbau des Reichstagsgebäudes),**)
- Entschließungen von Gremien des Bundestages, die im Plenum nicht behandelt wurden.***)

An die Aufstellung schließt sich eine Analyse des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten bei der Berlin/Bonn-Entscheidung des Bundestages vom 20. Juni 1991 an. Hierbei wurde untersucht, inwieweit bestimmte Merkmale – beispielsweise Fraktions- und Parteizugehörigkeit, Geschlecht, Konfession, Geburtsort und Wohnort – das Votum für Berlin oder Bonn offenbar beeinflusst haben.

*) Quellen:

Der Deutsche Bundestag zu Berlin seit 1949. Dokumentation zur Hauptstadtfrage. In: Juristische Rundschau. Jg. 1991. H. 1. S. 1–5.

Hauptstadt Berlin in Anträgen und Entschließungen des Deutschen Bundestages (1.–11. Wahlperiode). Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Bearbeiterin: *Birgit Strube-Edelmann*. Bonn 1990.

Ulrich Repkewitz, Berlin: Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und eines vereinigten Deutschlands? Rechtliche Aspekte der Hauptstadtfrage. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 3. S. 505–515.

Jörg-Detlef Kühne, Replik i. S. Hauptstadt: Nicht nur Papier und Sonntagsreden. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 3. S. 515–524.

Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages.

**) Vgl. beispielsweise die Erläuterung von Bundesfinanzminister *Fritz Schäffer* zum Haushaltsgesetz für 1957 in der 178. Sitzung vom 7. Dezember 1956: „Berlin wird in diesem Jahr – d. h. ohne Rücksicht auf das geringere Notopferaufkommen – die Bundeshilfe erhalten, die es zur Erfüllung seiner Aufgaben und zum Wiederaufbau als Hauptstadt braucht...“

***) Beispielsweise hat am 7. Februar 1990 der Ausschüß für innerdeutsche Beziehungen in seiner Beschlussempfehlung (Drs. 11/6434) einmütig – bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN – festgestellt: „Im Rahmen des Einigungsprozesses muß Berlin wieder Hauptstadt werden!“ Im Plenum ist diese Beschlussempfehlung nicht behandelt worden.

Entschließungen des Bundestages seit 1949

Wahlperiode	Antragsteller	Text der verabschiedeten Entschließung / des verabschiedeten Gesetzes	Behandlung im Plenum a) Sitz-Nr. b) Datum c) Abstimmungsergebnis
1. WP 1949–53	SPD-Fraktion	„Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands. Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem Willen des deutschen Volkes Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und in Zukunft ihre Hauptstadt wieder werden soll.“ ¹⁾ (Drs. 3 unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zu Drs. 3)	a) 11. Sitz. b) 30. 9. 1949 c) mit überwiegender Mehrheit angenommen
	KPD-Fraktion/ SPD-Fraktion	„Die leitenden Bundesorgane verlegen ihren Sitz in die Hauptstadt Deutschlands Berlin, sobald allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahlen in ganz Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführt sind. Der Bundestag versammelt sich alsdann in Berlin.“ ²⁾ (Antrag der KPD-Fraktion auf Drs. 135 in der Fassung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion auf Drs. 143)	a) 14. Sitz. b) 3. 11. 1949 c) mit überwiegender Mehrheit angenommen, d. h. wegen Annahme des Änderungsantrags gegen die Stimmen der KPD-Fraktion
	Fraktion der WAV / Ausschuß für Berlin	„Ausschüsse des Bundestages sollen bei Erörterungen von Berliner Angelegenheiten und bei Fragen von grundsätzlich gesamtdeutscher Bedeutung in Berlin tagen. Ebenso sollen nach Möglichkeit bei besonderen Anlässen Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages in Berlin stattfinden.“ ³⁾ (Drs. 1963, 2322)	a) 154. Sitz. b) 20. 6. 1951 c) angenommen mit Ausnahme der Stimmen der KPD-Fraktion
	Bundesregierung / Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und DP	„Die Nationalversammlung tritt am 30. Tage nach ihrer Wahl in Berlin zusammen.“ (Art. 3 Abs.1 des Gesetzes über die Grundsätze für die Freie Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung)	a) 189. Sitz. b) 6. 2. 1952 c) in namentlicher Abstimmung mit 292 Ja-Stimmen bei 29 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen angenommen

¹⁾ Ursprünglich lautete der letzte Teil von Satz 2 des Antrages der SPD-Fraktion auf Drs. 3: „... und ihre Hauptstadt sein soll“.

²⁾ Der Antrag der KPD-Fraktion „betr. den Sitz der leitenden Bundesorgane“ (Drs. 135) lautete: „Die leitenden Bundesorgane verlegen ihren Sitz in die Hauptstadt Deutschlands Berlin. Der Bundestag versammelt sich alsbald in Berlin.“

³⁾ Vgl. dazu auch den Berichterstatter des Ausschusses, *Willy Brandt*, in der 154. Sitzung vom 20. 6. 1951: „Dem Ausschuß für Berlin war auch im Zusammenhang mit der heute dem Haus zu unterbreitenden Empfehlung daran gelegen, ein erneutes Bekenntnis zur Hauptstadt des gesamtdeutschen Staates und zu dem, wenn auch nicht gleichgestellten und durch äußere Gewalt schwer bedrängten Lande Berlin abzulegen.“

Wahlperiode	Antragsteller	Text der verabschiedeten Entschließung / des verabschiedeten Gesetzes	Behandlung im Plenum a) Sitz-Nr. b) Datum c) Abstimmungsergebnis
2. WP 1953–57	Fraktion der DP / Ausschuß für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen	„Der Bundestag hält es für erwünscht, daß sowohl Berlin als auch Bonn als Amtssitz des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen bestimmt werden.“ (Drs. 584, 1314)	a) 85. Sitz. b) 8. 6. 1955 c) gegen eine Stimme angenommen
	SPD-Fraktion	„Die Bundesregierung wird ersucht, im Nachtragshaushalt für das Rechnungsjahr 1955, spätestens jedoch im Bundshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1956, für die Vorbereitung und Durchführung eines gesamtdeutschen städtebaulichen Ideenwettbewerbs ‚Hauptstadt Berlin‘ 350 000 DM und für die Vorbereitung und Durchführung eines beschränkten Architektenwettbewerbs ‚Wiederherstellung Reichstagsgebäude‘ 60 000 DM zu veranschlagen.“ ⁴⁾ (Drs. 1690)	a) 108. Sitz. b) 26. 10. 1955 c) angenommen gegen einige Stimmen und bei Enthaltungen
	SPD-Fraktion	„Die Bundeshilfe ... soll so bemessen sein, daß das Land Berlin befähigt wird, die durch seine besondere Lage bedingten Ausgaben zur wirtschaftlichen und sozialen Sicherung seiner Bevölkerung zu leisten und seine Aufgaben als Hauptstadt eines geeinten Deutschlands zu erfüllen.“ (§ 15 Abs. 2 i. d. F. des Dritten Änderungsgesetzes zum Gesetz über die Sicherung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes [Drittes Überleitungsgesetz] vom 11. 5. 1956 [BGBl. I S. 420])	a) 136. Sitz. b) 21. 3. 1956 c) einstimmig beschlossen

⁴⁾ Vgl. dazu Mitteilung des Bundesministers der Finanzen betr. Einstellung von 60 000 DM in den Einzelplan 60 – Allgemeine Finanzverwaltung – für das Rechnungsjahr 1956; Veranschlagung der Mittel für den städtebaulichen Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“ im Betrage von 350 000 DM im Einzelplan 25 – Bundesministerium für Wohnungsbau (Drs. 1907).

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer

Wahlperiode	Antragsteller	Text der verabschiedeten Entschließung / des verabschiedeten Gesetzes	Behandlung im Plenum a) Sitz-Nr. b) Datum c) Abstimmungsergebnis
noch: 2. WP	Fraktionen der SPD, FDP und GB/BHE / Ausschuß für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen	<p>„1. Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands.</p> <p>2. Mit der Planung und Durchführung des Baues eines Parlamentsgebäudes in Berlin ist unverzüglich zu beginnen.</p> <p>3. Der Bundesregierung wird empfohlen,</p> <ul style="list-style-type: none"> a) unverzüglich die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Bundesministerien nach Berlin verlegt werden; b) die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß weitere Dienststellen und Institutionen des Bundes so schnell wie möglich nach Berlin verlegt werden; c) bei neu zu errichtenden Bundesbehörden von vornherein Berlin als Sitz zu bestimmen; d) Bauten, die für oberste Bundesbehörden erforderlich werden, nicht mehr in Bonn, sondern in Berlin durchzuführen; e) für die beschleunigte Wiederherstellung des Schlosses Bellevue Sorge zu tragen. <p>4. Die Bundesregierung wird ersucht,</p> <ul style="list-style-type: none"> a) dem Bundestag darüber zu berichten, welche obersten Bundesbehörden sowie den Ministerien nachgeordnete Bundesbehörden in absehbarer Zeit nach Berlin verlegt werden können ...; b) Raum für die Aufnahme der Regierungsstellen in Berlin durch beschleunigten Ausbau der bundeseigenen Gebäude in Berlin sicherzustellen, insbesondere 20 000 000 DM für die Wiederherstellung des Europa-Hauses und der noch nicht aufgebauten Teile des Reichspatentamtes sowie des Bendlerblocks in den Bundeshaushaltsplan einzusetzen, und den Bundestag über die Pläne für den weiteren Ausbau bundeseigener Gebäude zu unterrichten; c) ...“⁵⁾ <p>(Drs. 2998, 3116)</p>	<ul style="list-style-type: none"> a) 190. Sitz. b) 6. 2. 1957 c) bei vier Gegenstimmen angenommen

⁵⁾ Im Ausschußbericht (Drs. 3116) wird als das Ziel der Antragsteller dargestellt, „der Antrag wolle die Bundesregierung nicht zu einem überstürzten vollständigen Umzug nach Berlin veranlassen, er wolle aber erreichen, daß

- a) Berlin schon jetzt – noch während der Spaltung Deutschlands – durch **Verlegung von Behörden**, soweit das nur möglich sei, den ihm zukommenden hauptstädtischen Charakter und echte hauptstädtische Funktionen erhalte und
- b) darüber hinaus unverzüglich die **praktische Vorbereitung** der Hauptstadt für den Tag der Wiedervereinigung beginne“.

Wahlperiode	Antragsteller	Text der verabschiedeten Entschließung / des verabschiedeten Gesetzes	Behandlung im Plenum a) Sitz-Nr. b) Datum c) Abstimmungsergebnis
noch: 2. WP	Bundesregierung / Abg. der CSU	„Die Bank hat ihren Sitz am Sitz der Bundesregierung; solange sich dieser nicht in Berlin befindet, ist Sitz der Bank Frankfurt am Main.“ ⁶⁾ (§ 2 Satz 3 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. 7. 1957 [BGBl. I S. 745])	a) 223. Sitz. b) 4. 7. 1957 c) einstimmig beschlossen
4. WP 1961–65	SPD-Fraktion	„Die Bundesregierung wird ersucht, 1. gemeinsam mit dem Berliner Senat und den Regierungen der anderen Länder in der Bundesrepublik dafür zu sorgen, daß Berlin eine der geistigen und kulturellen Metropolen der freien Welt bleibt, seine Aufgabe als Hauptstadt Deutschlands erfüllen und seine freiheitliche Lebensform bewahren und gestalten kann ...“ (Umdruck 43. Drs. IV/1350)	a) 83. Sitz. b) 28. 6. 1963 c) einstimmig angenommen
11. WP 1987–90	Bundesregierung	„Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.“ (Artikel 2 Abs.1 des Gesetzes zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 [Einigungsvertragsgesetz])	a) 226. Sitz. b) 20. 9. 1990 c) in namentlicher Abstimmung mit 440 Ja-Stimmen bei 47 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen

⁶⁾ Zu dieser Festlegung, die im Gesetzentwurf der Bundesregierung fehlte, war es aufgrund eines CSU-Antrages (Drs. 2832) gekommen, mit dem die Antragsteller die „Frage des Sitzes eindeutig dadurch klären (wollten), daß Frankfurt zum vorläufigen und Berlin zum endgültigen Sitz ausdrücklich erklärt wird“.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Wahlperiode	Antragsteller	Text der verabschiedeten Entschließung / des verabschiedeten Gesetzes	Behandlung im Plenum a) Sitz-Nr. b) Datum c) Abstimmungsergebnis
12. WP 1990–94	Abgeordnete der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und der Gruppe Bündnis 90/Grüne	<p>„In Einlösung seiner Beschlüsse, in denen der Deutsche Bundestag seinen politischen Willen vielfach bekundet hat, daß nach der Herstellung der Deutschen Einheit Parlament und Regierung wieder in der deutschen Hauptstadt Berlin sein sollen, wolle der Bundestag beschließen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sitz des Deutschen Bundestages ist Berlin. 2. Die Bundesregierung wird beauftragt, gemeinsam mit der Verwaltung des Deutschen Bundestages und dem Senat von Berlin bis zum 31. Dezember 1991 ein Konzept zur Verwirklichung dieser Entscheidung zu erarbeiten. Dabei soll mit der Herrichtung der notwendigen Kapazitäten für Tagungen des Deutschen Bundestages, seiner Fraktionen, Gruppen und Ausschüsse in Berlin schnell begonnen werden. Die Arbeitsfähigkeit soll in vier Jahren hergestellt sein. Bis dahin finden in der Bundeshauptstadt Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages nur auf Beschluß des Ältestenrates in besonderen Fällen statt. Die volle Funktionsfähigkeit Berlins als Parlaments- und Regierungssitz soll in spätestens zehn bis zwölf Jahren erreicht sein. 3. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung geeignete Maßnahmen trifft, um ihrer Verantwortung gegenüber dem Parlament in Berlin nachzukommen und in entsprechender Weise in Berlin ihre politische Präsenz dadurch sichert, daß der Kernbereich der Regierungsfunktionen in Berlin angesiedelt wird. 4. ...“⁷⁾ <p>(Antrag „Vollendung der Einheit Deutschlands“, Drs. 12/815)</p>	<ol style="list-style-type: none"> a) 34. Sitz. b) 20. 6. 1991 c) in namentlicher Abstimmung mit 338 Stimmen bei 320 Gegenstimmen angenommen

⁷⁾ Der volle Wortlaut ist im vorliegenden **Datenhandbuch** bei Abschnitt 7.8 abgedruckt.

Hinweis

Im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes von Bonn nach Berlin sind folgende Abschnitte im vorliegenden **Datenhandbuch** von Interesse:

- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 8.1 Tagungsstätte der Plenarsitzungen
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Wahlperiode	Antragsteller	Text der verabschiedeten Entschließung / des verabschiedeten Gesetzes	Behandlung im Plenum a) Sitz-Nr. b) Datum c) Abstimmungsergebnis
noch: 12. WP	Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP	<p>§ 1 Zweck des Gesetzes</p> <p>(1) Zweck des Gesetzes ist es, zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages zur Vollendung der Einheit Deutschlands vom 20. Juni 1991 Grundsätze für die Verlagerung der Verfassungsorgane Bundestag und Bundesregierung in die Bundeshauptstadt Berlin zu bestimmen sowie die Wahrnehmung von Regierungstätigkeiten in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn zu sichern und einen Ausgleich für die Region Bonn zu gewährleisten.</p> <p>(2) Hierbei hat die Umsetzung nach folgenden Maßgaben zu erfolgen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sicherstellung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn. 2. Ansiedlung des Kernbereichs der Regierungsfunktionen in der Bundeshauptstadt Berlin. 3. Erhalt und Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt Bonn in folgenden Politikbereichen: <ol style="list-style-type: none"> a) Bildung und Wissenschaft, Kultur, Forschung und Technologie, Telekommunikation, b) Umwelt und Gesundheit, c) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, d) Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen, e) Verteidigung. 4. Gewährleistung der politischen Verantwortung der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat sowie der Funktionsfähigkeit der Bundesregierung und ihrer Behörden. 5. Unterstützung der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn bei den ihnen vom Bund zur Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Repräsentation vereinbarungsgemäß übertragenen besonderen Aufgaben. 6. Angemessener Ausgleich für die Region Bonn für die Verlagerung der Verfassungsorgane Deutscher Bundestag und Bundesregierung nach Berlin. 7. Ausgleich entstehender Nachteile für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit dies erforderlich und angemessen ist. 	<ol style="list-style-type: none"> a) 216. Sitz. b) 10. 3. 1994 c) Annahme „mit Mehrheit“

Wahlperiode	Antragsteller	Text der verabschiedeten Entschließung / des verabschiedeten Gesetzes	Behandlung im Plenum a) Sitz-Nr. b) Datum c) Abstimmungsergebnis
noch: 12. WP		<p>§ 2 Sitz des Deutschen Bundestages</p> <p>(1) Sitz des Deutschen Bundestages ist die Bundeshauptstadt Berlin.</p> <p>(2) Diese Sitzentscheidung wird vollzogen, sobald der Deutsche Bundestag festgestellt hat, daß die erforderlichen Voraussetzungen für seine Arbeitsfähigkeit in der Bundeshauptstadt Berlin hergestellt sind.</p> <p>(Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands [Berlin/Bonn-Gesetz] vom 26. 4. 1994 [BGBl. I S. 918])</p>	

Analyse des Abstimmungsverhaltens bei der Entscheidung des Bundestages vom 20. Juni 1991

Das Abstimmungsverhalten der Mitglieder des Bundestages bei der Entscheidung vom 20. Juni 1991 über den künftigen Parlaments- und Regierungssitz ist von *Udo Wengst* nach zahlreichen soziologischen Kriterien genauer untersucht worden.*) Die Ergebnisse sind im folgenden tabellarisch zusammengestellt worden. Die Analyse zeigt, daß die – nach wochenlanger erregter Debatte mit großer Spannung erwartete – Abstimmung zugunsten von Berlin oder zugunsten von Bonn nicht entlang der Fraktionsgrenzen verlief, sondern „quer durch die Fraktionen hindurch“. Die Schlußfolgerung des Autors:

„*Lothar de Maizière*, dem letzten Ministerpräsidenten der DDR, wird der Ausspruch nachgesagt, die ‚neue Bundesrepublik werde östlicher, preußischer und protestantischer als die ‚alte‘ sein. Die Abstimmung über den Parlaments- und Regierungssitz im Bundestag am 20. Juni 1991 muß nicht unbedingt als ein Schritt in diese Richtung interpretiert werden. Aber es besteht kein Zweifel darüber, daß in dieser Abstimmung der Westen dem Osten und der Süden dem Norden unterlegen sind und daß die Katholiken gegen die Protestanten und die Jüngeren gegen die Älteren in einer politischen Auseinandersetzung eine Niederlage erlitten haben, die mitsamt ihren Folgen für das politische Selbstverständnis dieser Republik von Bedeutung sein wird.“

*) Quelle: *Udo Wengst*, Wer stimmte für Bonn, wer für Berlin? Die Entscheidung über den Parlaments- und Regierungssitz im Bundestag am 20. Juni 1991. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 339–343 (Zitat der Schlußfolgerung: S. 343).

Hinweis

Der jeweilige Stand des Einigungsprozesses, die von der Bundesregierung eingenommene Position und – in der anschließenden Aussprache – die Stellungnahmen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen lassen sich den Regierungserklärungen in den Jahren 1989 und 1990 entnehmen. Daten und Themenlisten sind in Abschnitt 6.11 zusammengestellt.

Merkmal		Stimmabgabe		
		für Berlin	für Bonn	in % für Berlin
	Mitglieder des Bundestages insgesamt	338	320 ¹⁾	51,4
Fraktion bzw. Partei	Abg. der CDU/CSU-Fraktion	154	164	48,4
	Abg. der SPD-Fraktion	110	126	46,6
	Abg. der FDP-Fraktion	53	26	67,1
	Abg. der PDS/Linke Liste	17	1	94,5
	Abg. von Bündnis 90/Grüne	4	2	66,7
	CDU-Abgeordnete CSU-Abgeordnete	146 8	124 40	54,1 16,7
Geschlecht	männliche Abgeordnete	275	248	52,6
	weibliche Abgeordnete	63	72	46,7
	weibliche Abg. aus den alten Bundesländern	44	58	43,1
	weibliche Abg. aus den neuen Bundesländern	19	14	57,6
Geburtsort	Abg. aus den alten Bundesländern mit Geburtsort in den ehem. deutschen Ostgebieten, Sudetenland oder in einem anderen Ort in Osteuropa	27	28	49,1
	Abg. aus den alten Bundesländern mit Geburtsort Berlin oder in einem Ort im Gebiet der ehem. DDR	27	16	62,8
Wohnort	Abg. aus den alten Bundesländern	214	291	42,4
	Abg. aus den neuen Bundesländern einschl. Gesamt-Berlin	124	29	81,1
	Abg. aus Schleswig-Holstein	22	2	91,7
	Abg. aus Hamburg	13	1	92,9
	Abg. aus Niedersachsen	49	16	75,4
	Abg. aus Bremen	4	2	66,7
	Abg. aus Nordrhein-Westfalen	34	111	23,5
	Abg. aus Rheinland-Pfalz	6	28	17,7
	Abg. aus Hessen	28	18	60,9
	Abg. aus Saarland	4	7	36,4
	Abg. aus Baden-Württemberg	29	45	39,2
	Abg. aus Bayern	24	61	28,2
	Abg. aus Berlin	29	0	100,0
	Abg. aus Mecklenburg-Vorpommern	15	1	93,8
	Abg. aus Brandenburg	19	1	95,0
	Abg. aus Sachsen-Anhalt	20	6	76,9
Abg. aus Thüringen	17	6	73,9	
Abg. aus Sachsen	24	15	61,5	

1) einschließlich ein fraktionsloser Abgeordneter

Merkmal		Stimmabgabe		
		für Berlin	für Bonn	in% für Berlin
Konfession	katholische Abg.	71	147	32,6
	evangelische Abg.	159	89	64,1
	Abg. ohne Konfessionsangabe	103	80	56,3
	katholische Abg. aus den alten Bundesländern	52	138	27,4
	evangelische Abg. aus den alten Bundesländern	108	77	58,4
Funktionsträger in Regierung und Parlament	Bundeskanzler und Bundesminister	13	5	72,2
	Parlamentarische Staatssekretäre	14	19	42,4
	Bundestagspräsident und Vizepräsidenten	1	4	20,0
	Vorsitzende der Bundestagsfraktionen	3	0	100,0
	sämtliche parlamentarische Funktionsträger ²⁾	53	50	51,5
	sämtliche parlamentarische Funktionsträger ²⁾ aus den alten Bundesländern	36	47	43,4

²⁾ Bundestagspräsident, Vizepräsidenten, Fraktions- und Gruppenvorstände, Arbeitskreisvorsitzende, Ausschußvorsitzende

Hinweis

Zu allgemeinen Angaben zur Sozialstruktur des Bundestages siehe Kapitel 3.

7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und Volkskammer der DDR

Die Geschichte der parlamentarischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR seit Gründung der beiden deutschen Staaten ist noch nicht geschrieben. Die folgende Chronik beschränkt sich daher auf eine Auswahl mehr oder weniger bekannter und offizieller Daten.*)

Dabei zeigt sich zumindest eines schon: Die Kontakte auf parlamentarischer Ebene sind weitaus spärlicher gewesen als die vergleichsweise vielfältigen Beziehungen auf Regierungs- und Behörden-ebene. Dafür lassen sich im wesentlichen drei Gründe anführen.

*) Quelle: Verschiedene Chroniken, insbesondere *Hartwig Bögeholz*, Die Deutschen nach dem Krieg. Eine Chronik. Befreit, geteilt, vereint: Deutschland 1945 bis 1995. Reinbek bei Hamburg 1995 sowie die regelmäßige Rubrik „Chronik“ des Deutschland-Archivs. Vgl. auch *Rita Süßmuth*, Die deutsche Frage in der parlamentarischen Praxis. In: Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Hrsg. von *Dieter Haack* [u. a.]. Köln 1989. S. 135–145.

Erstens: Für das Aushandeln beiderseitiger Regelungen, Abkommen usw. bedurfte es keiner parlamentarischen Kontakte.

Nicht nur wegen der Versorgung der Westsektoren Berlins waren ständige Kontakte, Verhandlungen, Abkommen usw. auf den Gebieten Wirtschaft, Handel („Interzonenhandel“), Verkehr („Auto-bahngebühr“), Gerichtsbarkeit, Post- und Fernmeldewesen, Grenzfragen („Passierscheinabkommen“) und in anderen, mitunter heiklen Bereichen („Häftlingsfreikauf“, „Milliardenkredit“) immer schon erforderlich. Für alle diese Regelungen war letztlich die Bundesregierung zuständig, auch wenn sie dabei offiziell eher selten in Erscheinung trat. Erst recht war es alleinige Angelegenheit der Regierungsspitze, was die Beauftragung von „Unterhändlern“, das Führen von „Sondierungsgesprächen“ und das Aushandeln von Verträgen mit völkerrechtlichem Charakter (so vor allem beim Grundlagen- oder Grundvertrag von 1972) betraf. Selbstverständlich war das Parlament in allen diesen politisch zum Teil hochbrisanten Materien mehr oder weniger beteiligt, die zuständigen Ausschüsse ebenso wie das Plenum. So zahllos jedoch immer schon die Debatten im Bundestag zum Thema Wiedervereinigung und innerdeutsche Beziehungen waren, so selten kam es lange Zeit zu unmittelbaren Kontakten zwischen Parlamentariern beider Staaten. Zum Aushandeln innerdeutscher Regelungen bedurfte es ihrer nicht. Und selbst als nach der Ratifizierung des Grundvertrages vom 21. Dezember 1972 die Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR völkerrechtlich verbindlich geregelt waren, begannen erst allmählich Delegationsreisen einzelner Ausschüsse und Fraktionen (vor allem SPD und FDP, nicht aber CDU/CSU) bis hin zum Besuch des Volkskammerpräsidenten *Horst Sindermann* in Bonn. Niemals aber bis 1990 kam es zu offiziellen Kontakten des Bundestages mit der Volkskammer.

Zweitens: Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer hätten den deutschlandpolitischen Positionen der Bundesregierung lange Zeit diametral widersprochen.**)

Während der Regierungszeit von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* verfolgte die Bundesregierung eine Politik der Nichtanerkennung und weitestgehenden Ignorierung der DDR als Staat, d. h. Behandlung der DDR als Inland, Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland, Ablehnung eines auch nur zeitweisen Nebeneinanders zweier deutscher Staaten als Übergangsstadium vor einer Wiedervereinigung. Unter diesen Umständen waren dauerhafte förmliche Beziehungen des Bundestages zur Volkskammer, etwa durch die Konstituierung bilateraler Kontaktgruppen oder auch nur in Gestalt einzelner Einladungen und Begegnungen, absolut undenkbar. (Nicht auszuschließen und zu vermuten ist freilich, daß es auch in der Zeit der strikten offiziellen Ignorierung der DDR zu mehr oder weniger privaten Treffen von Politikern gekommen ist, die gleichzeitig auch Mitglieder des Bundestages und der Volkskammer gewesen sind; diese aber fanden dann überwiegend unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.)

Auch wenn die für die Regierungszeit von Bundeskanzler *Adenauer* skizzierten Positionen nach den Regierungswechseln ab 1963 modifiziert und ab 1969 teilweise fallengelassen wurden, so gab es für den Bundestag lange Zeit insgesamt und seit 1972 bis zur „Wende“ zumindest für die CDU/CSU-Fraktion einen Grund, weswegen förmliche Beziehungen zur Volkskammer nicht in Frage kamen: Die Volkskammer war bis zu ihrer ersten freien Wahl im April 1990 aufgrund des fundamental anderen politischen Systems der DDR kein ebenbürtiges „Pendant“ für den Bundestag.***) Das nach der Verfassung „oberste staatliche Machtorgan“ war in der Verfassungswirklichkeit „gänzlich von dem Willen der SED abhängig“: ein ohnmächtiges „Akklamationsorgan“, ein „Scheinparlament“ nach dem Verfassungsverständnis einer parlamentarischen Demokratie. Große Teile des Bundes-

***) Vgl. anstelle vieler: *Klaus Körner*, Art. „Die Wiedervereinigungspolitik“ und „Die innerdeutschen Beziehungen“, in: *Handbuch der deutschen Außenpolitik*. Hrsg. von *Hans-Peter Schwarz*. München, Zürich 1975. S. 587–646.

****) Vgl. hierzu *Eckhard Jesse*, Die Volkskammer der DDR: Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1821–1844 (hier: S. 1843–1844).

tages haben Beziehungen zur Volkskammer immer abgelehnt, um eine Aufwertung zu vermeiden, auch wenn die Volkskammer über ihre Interparlamentarische Gruppe zuletzt zu über 100 Parlamenten offizielle Kontakte unterhielt.

Drittens: Die Geschichte der innerdeutschen Beziehungen war nicht nur durch Phasen des „Kalten Krieges“ geprägt, sondern auch durch einschneidende Ereignisse, die eine reguläre Kontaktaufnahme unmöglich machten. Dazu gehören insbesondere die Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, das Berlin-Ultimatum (1958), der Mauerbau in Berlin (1961) und der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR (1968). Und auch nach Inkrafttreten des Grundlagenvortrages zwischen beiden Staaten und dem Austausch Ständiger Vertreter waren die drastischen Ausreisebeschränkungen und der Schußwaffengebrauch der DDR an der deutsch-deutschen Grenze („Schießbefehl“) für nicht wenige Mitglieder des Bundestages das entscheidende Hindernis, zu Vertretern dieses Systems Kontakte aufzunehmen.

So spiegelt sich die wechselhafte Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nur teilweise und nicht synchron in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer wider. Es ist eine Geschichte voller Widersprüche, Unsicherheiten, Ungereimtheiten, abrupten Wendungen, diplomatischer Verkrampfungen, Überreaktionen usw.

7. September 1949 In Bonn Konstituierung des am 14. August gewählten Deutschen Bundestages.
7. Oktober 1949 In Ost-Berlin Umbildung des dritten Deutschen Volksrates zur „Provisorischen Volkskammer“ der DDR.
Die Bundesregierung protestiert gegen die Gründung der DDR und ihre von der Provisorischen Volkskammer inkraftgesetzte Verfassung. Das nicht frei gewählte SED-Regime sei rechtswidrig und nicht befugt, die Bevölkerung in der SBZ zu vertreten. Vierzehn Tage später betont Bundeskanzler *Konrad Adenauer* im Bundestag, nur die Bundesrepublik sei „allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen“. Damit werden die Erklärungen der „Sowjetzone“ u. a. über die Oder-Neiße-Linie nicht als verbindlich für das deutsche Volk anerkannt.
14. September 1950 Der Bundestag verabschiedet eine vom Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen vorgelegte Erklärung, in der als erster Schritt zur Wiedervereinigung gesamtdeutsche freie Wahlen in allen vier Besatzungszonen unter internationaler Kontrolle gefordert werden.
8. November 1950 In Ost-Berlin Konstituierung der am 15. Oktober nach Einheitslisten und einem zuvor festgelegten Sitzverteilungsschlüssel gewählten Volkskammer.
30. November 1950 DDR-Ministerpräsident *Otto Grotewohl* (SED) schlägt in einem Brief an Bundeskanzler *Konrad Adenauer* (CDU) die Bildung eines paritätisch besetzten „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen und Einleitung von Regierungsbildung sowie Friedensverhandlungen vor.
15. Januar 1951 Bundeskanzler *Konrad Adenauer* lehnt die Vorschläge von DDR-Ministerpräsident *Grotewohl* ab und erinnert an die Entschließung des Bundestages vom 14. September 1950.

24. Januar 1951 Einen Antrag der KPD-Fraktion, wonach Bundeskanzler *Konrad Adenauer* ersucht werden soll, den Standpunkt der Bundesregierung zu dem Schreiben des DDR-Ministerpräsidenten *Otto Grotewohl* vor dem Bundestag darzulegen, erledigt der Bundestag durch Übergang zur Tagesordnung.
30. Januar 1951 Im Anschluß an eine Regierungserklärung von DDR-Ministerpräsident *Otto Grotewohl* (SED) wendet sich die Volkskammer an den Bundestag mit dem schon bekannten Vorschlag, einen paritätisch besetzten „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat“ einzuberufen, der die Einsetzung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung vorbereiten solle.
9. März 1951 Mit großer Mehrheit nimmt der Bundestag eine von allen Fraktionen (außer KPD) vorgelegte Erklärung an, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, den vier Besatzungsmächten als dringendes Anliegen des ganzen deutschen Volkes das Ersuchen zu unterbreiten, die Voraussetzungen für freie Wahlen zu einem Parlament für ganz Deutschland zu schaffen.
15. September 1951 Erneut fordert die Volkskammer mit dem Appell „Deutsche an einen Tisch“ den Bundestag auf, gesamtdeutsche Beratungen über die Durchführung freier, gleicher, geheimer und demokratischer Wahlen für ganz Deutschland und über den Abschluß eines Friedensvertrages aufzunehmen. Sie verzichtet nun auf die paritätische Besetzung des „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“.
27. September 1951 Bundeskanzler *Konrad Adenauer* (CDU) fordert vor dem Bundestag erneut die „Abhaltung freier, allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahlen in ganz Deutschland zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung“. Der Bundestag billigt vierzehn Grundsätze, die die Bundesregierung dann an die Vereinten Nationen, die vier Besatzungsmächte sowie an die DDR übermittelt. Aus Vertretern neutraler Mächte sollen internationale Kontrollorgane gebildet werden, die die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sichern.
10. Oktober 1951 Die Volkskammer bezeichnet die Mehrzahl der „Vierzehn Punkte“ des Bundestages vom 27. September als annehmbare Verhandlungsgrundlage.
9. Januar 1952 Die Volkskammer verabschiedet einen Gesetzentwurf für die Durchführung freier und geheimer gesamtdeutscher Wahlen zu einer Nationalversammlung.
16. Januar 1952 Die DDR verweigert einer UN-Kommission, die die Voraussetzung für gesamtdeutsche Wahlen in beiden Teilen Deutschlands prüfen soll, die Einreise.
6. Februar 1952 In namentlicher Abstimmung stimmt der Bundestag dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Grundsätze für die Freie Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung zu.
10. März 1952 Angesichts der bevorstehenden Unterzeichnung der Verträge der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird den Botschaftern der drei Westmächte in Moskau eine von *Stalin* persönlich unterzeichnete Note übergeben.

Danach soll mit Deutschland ein Friedensvertrag geschlossen werden, der es als einheitlichen Staat wiederherstellt und den Abzug sämtlicher ausländischer Streitkräfte beinhaltet. Allerdings müsse sich Deutschland verpflichten, „keinerlei Koalition oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat“.

25. März 1952 Die drei westlichen Alliierten beantworten die Note der Sowjetunion vom 10. März ablehnend. Bundeskanzler *Konrad Adenauer* spricht von einem „Störmanöver“ gegen den „Generalvertrag“ und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Einen Tag später unterzeichnen die Außenminister der drei Westmächte den „Generalvertrag“ bzw. „Deutschlandvertrag“, der der Bundesrepublik durch die Aufhebung des Besatzungsstatuts weitgehende Gleichberechtigung innerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft geben soll.

Als Reaktion auf die Vertragsunterzeichnung beginnen die DDR-Behörden, die bis dahin noch durchlässige innerdeutsche Grenze und die Grenze zu West-Berlin abzuriegeln.

Nach der ersten sowjetischen Note vom 10. März und ihrer Beantwortung vom 25. März folgen bis August/September 1952 noch weitere drei Notenwechsel über freie gesamtdeutsche Wahlen, wobei jedoch die Sowjetunion nur einer Kontrolle durch die Vier Mächte und nicht einer UN-Kontrolle zustimmt. Die Standpunkte verhärten sich, und der Notenwechsel endet, ohne daß das sowjetische Angebot eines Friedensvertrages restlos ausgelotet worden ist.

5. September 1952 Die Volkskammer fordert alle Deutschen auf, die Note der Sowjetunion anzuerkennen und die Annahme des Deutschlandvertrages durch den Bundestag zu verhindern. Außerdem beschließt die Volkskammer, eine Abordnung nach Bonn zu entsenden, um dem Präsidium des Bundestages Vorschläge über die Entsendung von Sprechern der DDR und der Bundesrepublik zur Teilnahme an der Viererkonferenz sowie Vorschläge über die Bildung einer Prüfungskommission für freie gesamtdeutsche Wahlen zu unterbreiten. Zu Delegierten bestimmt sie u. a. *Hermann Matern* (SED) und *Otto Nuschke* (CDU-Ost).

9. September 1952 Bundestagspräsident *Hermann Ehlers* (CDU) erklärt sich nach Absprache mit dem Präsidium des Bundestages bereit, die angekündigte Volkskammerdelegation zu empfangen.

19. September 1952 Bundestagspräsident *Hermann Ehlers* (CDU) empfängt in Bonn – entgegen einer Empfehlung von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* – eine Delegation der DDR-Volkskammer unter Leitung ihres Vizepräsidenten *Hermann Matern* (SED).

Der Empfang dauert 18 Minuten und verläuft frostig. *Ehlers* nimmt eine Erklärung der Volkskammer entgegen, in der Gespräche über die Zukunft der beiden deutschen Staaten angeregt und „die Dringlichkeit der gesamtdeutschen Verständigung“ hervorgehoben wird. Mehrmals ist in dem Text von „Wiedervereinigung“, „gesamtdeutscher Regierung“ und von „gesamtdeutschen Wahlen“ zu einer „Nationalversammlung“ die Rede. Das Schreiben enthält auch den Vorschlag, Abgeordnete beider Volksvertretungen sollten gegenseitig vor den Parlamenten ihre Standpunkte darlegen.

- Bundestagspräsident *Ehlers* nimmt zu den Vorschlägen der Volkskammer-Delegation bei dem Gespräch nicht Stellung; er beschränkt sich auf die Zusage, sie dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung zuzuleiten.
- Die Unterredung bleibt ohne Ergebnis; sie wird nicht als Kontaktaufnahme zwischen Vertretern beider deutscher Staaten gewertet.
10. Juni 1953 Der Bundestag fordert in einer einstimmigen Entschließung eine Viermächtekonferenz über freie Wahlen in ganz Deutschland, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und den Abschluß eines Friedensvertrages.
17. Juni 1953 Volksaufstand in Ost-Berlin und in der DDR.
- Im Bundestag gibt noch am gleichen Tag Bundeskanzler *Konrad Adenauer* eine Regierungserklärung ab; Thema: „Vorgänge in Berlin und Wiederherstellung der deutschen Einheit“.
- Januar 1954 Der Ausschuß für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen des Bundestages unter Vorsitz von *Herbert Wehner* (SPD) bittet den Bundestagspräsidenten, auf erneute Vorschläge der Volkskammer nicht einzugehen. Die von der Volkskammer vorgeschlagene Entsendung einer gesamtdeutschen Delegation zu der am 25. Januar beginnenden Außenminister-Konferenz der Vier Mächte in Berlin würde deren Arbeit erschweren. Darüber hinaus seien die Vertreter der Volkskammer nicht legitimiert, die Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone zu vertreten.
- Juli 1954 Während des VI. Evangelischen Kirchentages in Leipzig kommt es erstmals seit dem Bestehen zweier deutscher Parlamente dazu, daß ihre Präsidenten *Hermann Ehlers* und *Johannes Dieckmann* neben anderen Politikern der CDU bzw. CDU-Ost am selben Tisch Platz nehmen.
15. Oktober 1954 Anlässlich der bevorstehenden Wahl der Volkskammer der DDR am 17. Oktober weist Bundestagspräsident *Hermann Ehlers* in einer Erklärung darauf hin, „daß die von unseren Brüdern im Osten geforderte Wahlentscheidung keine freie Wahl ist“. Er betont: „Der Deutsche Bundestag ist die einzige freigewählte Vertretung des deutschen Volkes.“
18. Februar 1955 Zwei Volkskammerabgeordnete überbringen Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* den Vorschlag des Präsidiums der Volkskammer, durch eine Aussprache zwischen Abordnungen des Bundestages und der Volkskammer sofort gesamtdeutsche freie Wahlen unter internationaler Kontrolle vorzubereiten. Eine Abordnung der Volkskammer solle deren Standpunkt am 24. Februar, dem Beginn der Debatte über die „Pariser Verträge“, im Bundestag darlegen. Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* lehnt die Annahme des Schreibens ab.
- Den Eingang eines erneuten Schreibens läßt Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* durch den Direktor beim Bundestag bestätigen; danach verzichtet er ganz auf eine Beantwortung weiterer Schreiben aus der Volkskammer.
29. August 1957 Drei Volkskammerabgeordnete übergeben in Bonn ein an den Vizepräsidenten des Bundestages *Carlo Schmid* (SPD) gerichtetes Schreiben, in dem auf die Gefahren hingewiesen wird, „die vor allem für die Wiedervereini-

gung entstehen müßten, wenn die Bundesregierung weiterhin an ihren Plänen festhält, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten und sogar eine eigene Atomwaffenproduktion zu beginnen“.

In dem Brief werden die in der Regierungserklärung von *Otto Grotewohl* erwähnten Punkte wiederholt: Verbot der Lagerung und Herstellung von Atomwaffen auf deutschem Boden, Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus NATO und Warschauer Abkommen, Aufhebung der Wehrpflicht, Ersuchen an die Vier Mächte auf Zurückziehen ihrer Truppen aus Deutschland.

12. Dezember 1957 Kundgebung des Bundestages gegen Beschlüsse der Volkskammer über die Erschwerung von Reisen in die Bundesrepublik.
1. Oktober 1959 Die Volkskammer der DDR wendet sich an den Deutschen Bundestag und an „alle demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen“ mit acht Vorschlägen (u. a. zur sofortigen Beendigung aller Kernwaffenversuche, Verzicht auf Atomrüstung, sofortigen Rüstungsstopp, etappenweisen Abzug der auf ihrem Territorium stationierten Streitkräfte dritter Staaten). Vorgeschlagen wird ferner „die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten deutschen Ausschusses aus Vertretern beider Regierungen“. Die Maßnahmen sollen kontrolliert werden durch „Vertreter beider deutscher Regierungen, der Parlamente, der Parteien, der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen“.
13. August 1961 Bau der Mauer in Berlin
Am 18. August gibt Bundeskanzler *Konrad Adenauer* vor dem Bundestag eine Regierungserklärung zur Lage Berlins und zur allgemeinen politischen Lage ab.
11. März 1968 Vor dem Bundestag gibt Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger* (CDU) den ersten Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland ab.
9. August 1968 Vor der Volkskammer der DDR unterbreitet Staatsratsvorsitzender *Walter Ulbricht* Vorschläge für die Sicherung des Friedens in Europa und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Diese Beziehungen sollten durch einen völkerrechtlich gültigen Vertrag normalisiert werden. Die Volkskammer ermächtigt den DDR-Ministerrat, einen Staatssekretär zur Vorbereitung der Verhandlungen zu bestimmen, sobald die Bundesregierung zwei Vorbedingungen – den Verzicht auf die „Alleinvertretungsanmaßung“ und auf die Hallstein-Doktrin – akzeptiert hat.
28. Oktober 1969 Bundeskanzler *Willy Brandt* (SPD) bietet in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Bundestag der DDR Verhandlungen auf Regierungsebene an.
20. März 1970 Im Bundestag Regierungserklärung von Bundeskanzler *Willy Brandt* zu seinem am Vortag in Erfurt stattgefundenen Treffen mit DDR-Ministerpräsident *Willi Stoph*.
17. Mai 1972 Im Bundestag Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen.
Mit den Ostverträgen tritt am 3. Juni 1972 auch das Viermächte-Abkommen über Berlin in Kraft.

22. September 1972 In seiner letzten Sitzung kurz vor der Auflösung stimmt der Bundestag ohne Gegenstimme bei neun Enthaltungen aus der CDU/CSU-Fraktion der Ratifizierung des Vertrages vom 26. Mai 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs zu.
- Es handelt sich um den ersten Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten, der die Rechtsgrundlage für den Verkehr auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen zwischen den beiden deutschen Staaten und Berlin schafft.
- 9.–11. Mai 1973 Der Bundestag berät abschließend das Ratifizierungsgesetz zum Grundlagenvertrag (auch „Grundvertrag“) mit der DDR. Es wird mit 268 gegen 217 Stimmen angenommen.
- 30./31. Mai 1973 Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion *Herbert Wehner* trifft in Ost-Berlin mit Vertretern der Fraktion der SED in der DDR-Volkskammer zusammen.
- Am 31. Mai wird er gemeinsam mit dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion *Wolfgang Mischnick* vom Ersten Sekretär des ZK der SED, *Erich Honecker*, empfangen. Wie *Wehner* mitteilt, haben die Gespräche in Ost-Berlin einem Meinungsaustausch über Aussichten und Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages gegolten.
24. Januar 1974 Bundestagspräsidentin *Annemarie Renger* (SPD) lädt den Präsidenten der Volkskammer mit einer Delegation zu einer Begegnung mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach Bonn ein.
28. Juni 1974 Fünf Monate nach ihrer Einladung erhält Bundestagspräsidentin *Annemarie Renger* eine Antwort von DDR-Volkskammerpräsident *Gerald Götting*. In dem Schreiben bedankt sich *Götting* und erklärt: „Nach der Akkreditierung der Ständigen Vertreter beider Staaten kann auch die Aufnahme parlamentarischer Kontakte erörtert werden.“ Diese Kontakte würden sich in dem Maße entwickeln, wie sich die staatlichen Beziehungen vervollkommen. Das Antwort-Schreiben der Volkskammer enthält keinen Terminvorschlag für die von Präsidentin *Renger* gemachte Anregung.
10. Juli 1980 Auf einer Pressekonferenz erklärt *Horst Sindermann*, Präsident der DDR-Volkskammer, die seit einigen Jahren vorliegende Einladung einer Parlamentarier-Delegation nach Bonn werde von der Volkskammer so lange nicht angenommen, wie die Berliner Abgeordneten Mitglieder des Deutschen Bundestages seien.
16. September 1980 SED-Generalsekretär *Erich Honecker* eröffnet im Ostberliner Palast der Republik die 67. Konferenz der Internationalen Parlamentarier-Union (IPU), an der Parlamentarier aus 87 Ländern – unter ihnen auch eine Delegation des Deutschen Bundestages – und Vertreter von 15 internationalen Organisationen teilnehmen.
- September 1981 In einem Gespräch mit ZK-Sekretär *Hermann Axen*, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer, sondiert *Egon Bahr* (SPD), Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses, u. a. die Frage einer par-

lamentarischen Gesprächsebene für Abrüstungsfragen. Eine Reaktion stellt *Bahr* nicht fest.

13. Dezember 1981 Unmittelbar nach dem Besuch von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* (SPD) in der DDR erklärt SED-Generalsekretär *Erich Honecker* in einem Interview im „Neuen Deutschland“, er sei dafür, den politischen Dialog u. a. durch „die Herstellung offizieller parlamentarischer Kontakte zwischen Volkskammer und Bundestag zu vertiefen“. Vorbedingungen und Einschränkungen werden nicht genannt.
18. März 1982 In Ost-Berlin trifft eine Delegation von SPD-Bundestagsabgeordneten aus Bayern mit fünf Volkskammerabgeordneten zusammen. Die CDU/CSU-Fraktion kritisiert die Begegnung als „grobe politische Instinklosigkeit“. Ebenso kritisch wird der Vorstoß von *Uwe Ronneburger* (FDP), dem Vorsitzenden des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, bewertet, der sich in einem Rundfunk-Interview im RIAS im Februar 1982 für mehr Kontakte zwischen dem Bundestag und der Volkskammer ausgesprochen hatte.
10. Juni 1982 Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik der DDR-Volkskammer führen in Ost-Berlin ein Gespräch mit Mitgliedern des Arbeitskreises Sozialpolitik der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, die sich dort zu einem Informationsbesuch aufhalten.
1. August 1983 Der SPD-Abgeordnete *Hans Büchler* (Hof) erinnert in einem Brief an Bundestagspräsident *Rainer Barzel* (CDU) an eine frühere Initiative von Bundestagsvizepräsidentin *Annemarie Renger*, „offizielle Kontakte zwischen den Mitgliedern des Bundestages und Vertretern der Volkskammer der DDR in die Wege zu leiten“. Er tue dies in dem Bewußtsein, „daß sehr wohl differenzierte Überlegungen im Vorfeld notwendig sind und daß alle Fraktionen sorgfältig das Für und Wider solcher Begegnungen erörtern müssen“. Das Fazit seiner Überlegungen sei jedoch, „daß wir den Kontakt zur Volkskammer offiziell aufnehmen sollten“.
- Noch am gleichen Tag bezeichnet der Abgeordnete *Eduard Lintner* im Namen der Fraktion der CDU/CSU den Vorschlag *Büchlers* als „ebenso überflüssig wie politisch geschmacklos“. Es gebe weder Grund noch Anlaß, formalisierte Beziehungen zwischen dem frei gewählten Parlament und der Volkskammer der DDR anzuknüpfen, in der sich die Bevölkerung der DDR zu Recht nicht repräsentiert sehen könne.
- Einen Tag später kommentiert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, *Hans Günter Hoppe*, die Vorschläge mit den Worten: „Wir haben keine Berührungsgänge.“ Parlamentarier-Begegnungen könnten für sich selbst genommen nützlich sein, sie könnten aber die überaus wichtigen Kontakte zwischen den Regierungen auf keinen Fall auch nur annähernd ersetzen, insbesondere wenn es sich um einen Staat handele, der nach sozialistischen Vorstellungen organisiert sei. Nach wie vor sei das deutsch-deutsche Verhältnis von der Großwetterlage abhängig.
7. August 1983 Bundestagspräsident *Rainer Barzel* empfiehlt in einem Interview, „sorgfältig und möglichst leise darüber nachzudenken und zu erörtern, ob der Deutsche Bundestag seine Beziehungen mit der Volkskammer ausbauen soll und kann“. Da sei vieles, auch im Interesse Berlins, zu bedenken.

31. August 1983 Die innerdeutsche Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, die sich zu einem Informationsbesuch in Ost-Berlin aufhält, wird von *Gerald Götting*, dem Vorsitzenden der DDR-CDU und stellvertretenden Präsident der DDR-Volkskammer, zu einem Gespräch empfangen.
5. September 1983 Eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen beginnt unter Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, *Gerhard Reddemann* (CDU), einen mehrtägigen Informationsbesuch in der DDR.
Seit diesem Besuch reisen immer mehr auch andere Fachausschüsse in die DDR. Zu Kontakten mit Ausschüssen der Volkskammer kommt es dabei allerdings nicht, weil die Frage der Beziehungen des Deutschen Bundestages zur Volkskammer der DDR noch nicht geregelt ist.
8. März 1984 DDR-Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* empfängt eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden *Horst Ehmke*. Die Delegation hält sich zu zweitägigen Gesprächen in Ost-Berlin auf. Auch die anderen Bundestagsfraktionen waren zu diesem Treffen eingeladen, lehnten jedoch eine Teilnahme ab.
15. März 1984 Die Frage offizieller Kontakte des Bundestages zur Volkskammer führt während der Aussprache zum Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation zu kontroversen Äußerungen.
Hans-Jochen Vogel (SPD): „Es ist mir ... unverständlich, warum die Union – anders als der größte Teil der Freien Demokraten – noch immer offizielle Kontakte zur Volkskammer ablehnt ... Natürlich ist sie das [ein Parlament im Sinne unserer Verfassung] nicht, aber das gilt doch ebenso für Dutzende von anderen Einrichtungen dieses Namens, zu denen wir trotzdem offizielle Beziehungen und offizielle Kontakte unterhalten, etwa für die der Volksrepublik Ungarn...“
Theodor Waigel (CDU/CSU): „Wozu eigentlich soll der Bundestag mit der Volkskammer in Ost-Berlin offizielle und formalisierte Beziehungen aufnehmen, frage ich mich, fragen wir uns alle ... Die Volkskammer hat – das wird niemand bestreiten – kein ernsthaftes politisches Mandat. Sie ist ein Akklamationsorgan.“
5. November 1984 *Horst Sindermann*, Präsident der DDR-Volkskammer, gratuliert *Philipp Jenninger* telegraphisch zu seiner Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestages.
19. Mai 1985 Der für Mitte Juni geplante Besuch von *Horst Sindermann*, Präsident der DDR-Volkskammer, in Bonn ist von Ost-Berlin abgesagt worden.
4. Juni 1985 Die FDP-Bundestagsabgeordneten *Uwe Ronneburger* und *Helmut Schäfer* treffen in Ost-Berlin u. a. mit Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* zu einem Gespräch zusammen.
8. Januar 1986 *Eberhard Aurich*, 1. Sekretär des FDJ-Zentralrats, empfängt eine Delegation von SPD-Bundestagsabgeordneten unter Leitung von *Margitta Terborg*, Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion, die sich zu einem Informationsbesuch in Ost-Berlin aufhält. Die Delegation trifft auch mit Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* zusammen.
30. Januar 1986 In Bonn wird mitgeteilt, daß *Horst Sindermann*, Präsident der DDR-Volkskammer, auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion vom 19. bis 21. Februar die Bundesrepublik Deutschland besuchen wird.

19. Februar 1986 *Horst Sindermann*, Präsident der DDR-Volkskammer, trifft auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion zu einem viertägigen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland ein.
- Sindermann* und seine Begleitung werden auf dem Köln-Bonner Flughafen u. a. von *Hans-Jochen Vogel* und *Horst Ehmke* sowie von *Ewald Moldt*, Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik, begrüßt. Nach einer einstündigen Unterredung zwischen *Sindermann* und *Vogel* und der Besichtigung des leeren Plenarsaals des Bundestages gibt die SPD für ihre Gäste ein Essen. Es folgen Gespräche mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* und ein Abendessen mit dem früheren SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden *Herbert Wehner*, an dem u. a. auch der Minister im Kanzleramt *Wolfgang Schäuble* und der FDP-Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Mischnick* teilnehmen.
20. Februar 1986 DDR-Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* trifft im Bonner Ollenhauer-Haus mit dem SPD-Vorsitzenden *Willy Brandt* zu einem Gespräch zusammen. Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* empfängt *Sindermann* in seiner Amtsvilla in Bonn-Plittersdorf (und nicht in seinem Bundestagsbüro). *Sindermann* spricht sich für die baldige Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer aus; *Jenninger* macht die Aufnahme von besseren Voraussetzungen abhängig. Bei Gesprächen mit den Fraktionsvorständen von FDP und CDU/CSU trifft *Sindermann* mit *Wolfgang Mischnick*, *Alfred Dregger* und *Theodor Waigel* zusammen.
21. Februar 1986 DDR-Volkskammerpräsident *Sindermann* führt ein Gespräch mit der Bundestagsfraktion der Grünen. – Auf einer Abschlußkonferenz und in einem gemeinsamen Kommuniqué mit der SPD werden von seiten der SPD zahlreiche Erwartungen angesprochen, u. a. die Gleichbehandlung der Westberliner Bundestagsabgeordneten im Rahmen des Berlinabkommens. *Sindermann* stellt u. a. fest, daß für die Verbesserung der Beziehungen die Wünsche der DDR berücksichtigt werden müßten; zur Normalisierung gehöre völlige Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten, der Gesellschaftsordnungen, Kontakte zwischen allen Institutionen, einschließlich Bundestag und Volkskammer.
22. Februar 1986 In Saarbrücken besucht der DDR-Volkskammerpräsident den saarländischen Ministerpräsidenten *Oskar Lafontaine*. Auf einer abschließenden Pressekonferenz erklärt *Sindermann* u. a., die Westberliner Bundestagsabgeordneten seien kein Hindernis für die angestrebten parlamentarischen Beziehungen. *Sindermann* fliegt von Saarbrücken aus nach Ost-Berlin zurück.
10. März 1986 *Björn Engholm*, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, trifft in Ost-Berlin mit *Hermann Axen*, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, zu einem Gespräch zusammen. *Engholm* erklärt, für die SPD sei die volle Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft möglich und überfällig und die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer erforderlich. *Engholm* wird auch von Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* zu einer Unterredung empfangen.
23. Juni 1986 Eine Delegation des Jugendausschusses der DDR-Volkskammer unter Leitung des Vorsitzenden der FDJ-Fraktion, *Hans-Joachim Willerding*, trifft zu einem mehrtägigen Besuch in Bonn ein. Sie folgt einer Einladung der

- SPD-Bundestagsfraktion und erwidert den Besuch einer Delegation von SPD-Bundestagsabgeordneten in Ost-Berlin im Januar dieses Jahres.
1. September 1986 Auf Einladung von Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* trifft eine Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen unter Leitung der Fraktionssprecherinnen *Annemarie Borgmann* und *Hannegret Hönes* zu einem mehrtägigen Besuch in Ost-Berlin ein. Außer mit *Sindermann* führen die Abgeordneten Gespräche u. a. mit SED-Politbüromitglied *Hermann Axen* und DDR-Umweltminister *Hans Reichelt*.
19. September 1986 DDR-Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* empfängt eine Delegation der FDP-Bundestagsfraktion, die sich zu einem dreitägigen Besuch in der DDR und in Ost-Berlin aufhält, zu einem Meinungsaustausch.
11. Februar 1987 In Bonn trifft der Vorsitzende der FDJ-Fraktion in der Volkskammer, *Jochen Willerding*, mit *Margitta Terborg*, Vorstandsmitglied der SPD-Fraktion im Bundestag, zu einem Gespräch zusammen. *Willerding* leitet die FDJ-Delegation in der Gemeinsamen Arbeitsgruppe der FDJ und der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten.
10. April 1987 SED-Generalsekretär *Erich Honecker* empfängt den Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion *Wolfgang Mischnick* zu einem Gespräch. *Mischnick* erklärt anschließend vor Journalisten, er habe eine „große Bereitschaft“ festgestellt, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten weiter zu intensivieren. Der FDP-Politiker trifft auch mit DDR-Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* zu einem Meinungsaustausch zusammen.
12. Mai 1987 SED-Politbüromitglied *Egon Krenz* empfängt eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion, die auf Einladung der FDJ-Fraktion in der Volkskammer Ost-Berlin besucht.
- 7.–11. September 1987 *Erich Honecker*, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, hält sich zu einem fünftägigen offiziellen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland auf. Am 8. September führt Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* mit *Honecker* ein Gespräch u. a. über mögliche Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der DDR-Volkskammer.
14. Oktober 1987 Die SPD-Fraktion beantragt im Bundestag die Einleitung konkreter Maßnahmen zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen dem Bundestag und der Volkskammer der DDR durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages.
Der Antrag wird an den Ältestenrat überwiesen und zweieinhalb Jahre später, am 1. Juni 1990, für erledigt erklärt.
15. Oktober 1987 Nicht nur 1987, sondern auch 1988 und 1989 wird die Frage der Aufnahme von Kontakten und offiziellen Beziehungen des Bundestages zur Volkskammer in den Aussprachen zu den jährlichen Berichten über die Lage der Nation hauptsächlich von Rednern der SPD-Fraktion angesprochen.
24. Januar 1988 Eine Delegation der FDJ-Fraktion in der DDR-Volkskammer sagt ein geplantes Treffen mit SPD-Parlamentariern in der Bundesrepublik unter Hinweis auf die „derzeitige politische Lage“ ab.

1. März 1988 Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages beauftragt Bundestagspräsident *Philipp Jenninger*, Möglichkeiten zur Aufnahme offizieller Kontakte mit der DDR-Volkskammer zu sondieren.
18. April 1988 Eine Delegation der LDPD-Fraktion in der Volkskammer trifft zu einem mehrtägigen Besuch in Bonn ein. Die Delegation konferiert mit dem Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion und wird am 19. April von Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* empfangen.
22. April 1988 Eine Delegation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die vom 9. bis 12. Mai die DDR besuchen wollte, wird seitens der DDR ohne Begründung wieder ausgeladen.
13. Mai 1988 Eine Delegation von Agrarpolitikern der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag beendet einen mehrtägigen Informationsbesuch in der DDR, zu dem sie von der Volkskammer eingeladen worden war.
8. September 1988 Der Vorsitzender der FDJ-Fraktion der DDR-Volkskammer wird von Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* empfangen. *Willering* hält sich mit einer Delegation seiner Fraktion zu einem mehrtägigen Besuch in der Bundesrepublik auf.
- 20./21. Januar 1989 Die Bundestagsabgeordnete *Heike Wilms-Kegel* (DIE GRÜNEN), Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit im Deutschen Bundestag, weilt auf Einladung des Vorsitzenden des Volkskammerausschusses für Gesundheitswesen *Christoph Brückner* zu einem zweitägigen Besuch in der DDR. Sie trifft u.a. auch mit dem DDR-Gesundheitsminister *Ludwig Mecklinger* zu einem Gespräch zusammen.
29. Mai 1989 Eine Delegation der DDR-Volkskammer trifft auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion zu einem fünftägigen Besuch in der Bundesrepublik ein.
2. Juni 1989 Der sicherheits- und verteidigungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion *Olaf Feldmann* trifft mit dem Vorsitzenden der LDPD-Fraktion in der Volkskammer, *Rudolf Agsten*, zusammen.
25. Juni 1989 Der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft sagt eine für Ende Juni geplante Informationsreise in die DDR ab, weil sich die Ständige Vertretung der DDR in der Bundesrepublik geweigert hat, die Unterlagen für den Berliner Bundestagsabgeordneten *Jochen Feilcke* (CDU/CSU), der an der Reise teilnehmen sollte, zu bearbeiten.
15. September 1989 DDR-Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* lädt eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion von einem für die kommende Woche geplanten Besuch in Ost-Berlin aus. *Sindermann* teilt mit, der im Frühjahr vereinbarte Besuch diene „nicht den vereinbarten Zielen des Dialogs im Interesse des Friedens und der Sicherheit sowie der gleichberechtigten Zusammenarbeit der beiden Staaten“. *Hans-Jochen Vogel* und *Horst Ehmke* hatten zuvor die Reformunwilligkeit der SED kritisiert.
5. April 1990 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* richtet Glückwünsche an *Sabine Bergmann-Pohl* nach ihrer Wahl zur Präsidentin der DDR-Volkskammer. Mit der Konstituierung des aus freien und geheimen Wahlen hervorgegan-

genen Parlaments eröffne sich nunmehr „der Weg zu einer engen Zusammenarbeit der Parlamente in Deutschland“.

30. April 1990 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* sowie die übrigen Mitglieder der Präsidien beider Parlamente treffen zu einer ersten offiziellen Begegnung und Beratung in Ost- und später in West-Berlin zusammen. Betont wird die besondere Verantwortung beider Parlamente bei der Mitgestaltung des deutschen Einigungsprozesses und die notwendige intensive Zusammenarbeit auf allen parlamentarischen Ebenen. In beiden Parlamenten soll ein besonderer Ausschuß die Beratungen begleiten.
23. Mai 1990 Erste gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Deutsche Einheit des Bundestages und der Volkskammer in Bonn (zu Einzelheiten vgl. die Abschnitte 7.4 und 7.5).
20. Juni 1990 Zweite gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Deutsche Einheit des Bundestages und der Volkskammer in Ost-Berlin (zu Einzelheiten vgl. die Abschnitte 7.4 und 7.5). Auch mehrere andere Ausschüsse beider Parlamente führen an diesem Tag gemeinsame Sitzungen durch.
26. Juli 1990 Dritte gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Deutsche Einheit des Bundestages und der Volkskammer in Bonn, u. a. wegen der Festlegung des Termins für gesamtdeutsche Wahlen auf den 2. Dezember 1990 (zu Einzelheiten vgl. die Abschnitte 7.4 und 7.5).
28. September 1990 Die Volkskammer der DDR entsendet 144 Abgeordnete in den Bundestag. Sie werden in der ersten Sitzung des gesamtdeutschen Parlaments, die am 4. Oktober 1990 im Reichstagsgebäude in Berlin stattfindet, von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* begrüßt.

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Wissenschaftliche Dienste
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages
- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

2. Oktober 1990 An der letzten Tagung der Volkskammer der DDR, einer Festsitzung im Staatsratsgebäude in Ost-Berlin, nehmen zahlreiche Mitglieder des Bundestages teil, darunter die Vizepräsidenten *Annemarie Renger*, *Richard Stücklen* und *Heinz Westphal* sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende *Hans-Jochen Vogel* (zu Einzelheiten vgl. Abschnitt 28.1).

7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin

Die Präsenz des Bundestages in Berlin zählte nach 1949 zum Bereich der sogenannten „demonstrativen Bundespräsenz“, d. h. einer nur zeitweiligen Anwesenheit von Verfassungsorganen des Bundes in Berlin, mit der die politische Zusammengehörigkeit von Bund und Berlin unterstrichen werden sollte. Beginnend mit den frühen fünfziger Jahren entwickelte sich die Übung, Plenar-, Ausschuß- und Fraktionssitzungen des Bundestages auch in Berlin abzuhalten. Diese Bundespräsenz wurde mit Billigung der drei westlichen Schutzmächte wahrgenommen – die hiergegen ohnehin keine Vorbehalte angemeldet hatten – und fand im übrigen zunächst sogar ein positives Echo in der Presse der DDR. Auch die Sowjetunion sah darin keinen Anlaß zu irgendeinem Protest.

Die östliche Haltung änderte sich radikal im Gefolge der Berlin-Krise des Jahres 1958. Von nun an wurde die Anwesenheit von Organen des Bundestages in Berlin von östlichen Protesten begleitet. Die letzte Plenarsitzung des Bundestages am 7. April 1965 fand im Zeichen massiver Störungen seitens der Sowjetunion wie der DDR statt und führte zu einer krisenhaften Zuspitzung der Lage. Am 11. April 1965 sprachen sich die drei Westmächte gegen weitere Plenarsitzungen des Bundestages in Berlin (West) aus. Seitdem hat das Bundestags-Plenum bis Oktober 1990 nicht mehr in Berlin getagt, wohl aber fanden dort weiterhin zahlreiche Ausschuß- und Fraktionssitzungen statt.

Das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 (veröffentlicht im Bundesanzeiger, Beilage 24/72 vom 15. 4. 1972, S. 44) unterwarf die Berlin-Präsenz des Bundestages gewissen Beschränkungen. Danach waren Plenarsitzungen ganz ausgeschlossen. Ausschußsitzungen konnten weiterhin in Berlin stattfinden – allerdings nicht mehr in gehäufter Zahl –, wenn sie im Zusammenhang mit den Bindungen zwischen Bund und Berlin standen. Fraktionen des Bundestages durften ihre Sitzungen in Berlin nicht gleichzeitig durchführen; ihre Tagesordnung brauchte jedoch keinen Berlin-Bezug aufzuweisen (vgl. Viermächte-Abkommen, Anlage II Nr. 2 in Verbindung mit dem Interpretationsschreiben I der drei Westmächte).

Mit der Vereinigung Deutschlands hat insbesondere auch die Präsenz des Bundestages in Berlin einen grundlegenden Wandel erfahren.

Am 1. Oktober 1990 erklärten die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirlands sowie der Vereinigten Staaten von Amerika, vertreten durch ihre in New York zusammengetroffenen Außenminister, „daß die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland ausgesetzt wird. Als Ergebnis werden die Wirksamkeit der entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken und die Tätigkeit aller entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte ab dem Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands ebenfalls ausgesetzt“.

Das Gesetz zu dem (in Moskau unterzeichneten) Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) verabschiedete der Deutsche Bundestag am 5. Oktober 1990, und es trat am 14. Oktober 1990 in Kraft.

In der folgenden Statistik*) sind die bisher in Berlin durchgeführten Sitzungen des Bundestages und seiner Gremien und Fraktionen aufgeführt.

Wahlperiode	Plenarsitzungen	Ältestenrats-sitzungen	Vorstands-/Präsidiums-sitzungen	Ausschuß-, Unterausschuß-sitzungen ¹⁾	Fraktions- u. Fraktionsvorstands-sitzungen ²⁾	Arbeitskreis- u. Arbeitsgruppensitzungen der Fraktionen ²⁾	Sitzungen insgesamt
1. WP 1949–53	0	•	•	37	•	•	37 ³⁾
2. WP 1953–57	4 ⁴⁾	2	0	112	29	9	156
3. WP 1957–61	4 ⁵⁾	1	1	36	17	17	76
4. WP 1961–65	1 ⁶⁾	4	1	266	29	83	384
5. WP 1965–69	0	9	3	374	54	194	634
6. WP 1969–72	0	1	0	51	11 ⁷⁾	23	86
7. WP 1972–76	0	0	0	63	31 ⁸⁾	64	158
8. WP 1976–80	0	0	0	55	42 ⁹⁾	145	242
9. WP 1980–83	0	0	0	25	21 ¹⁰⁾	45	91
10. WP 1983–87	0	0	0	65	37 ¹¹⁾	26	128
11. WP 1987–90	1 ¹²⁾	0	1 ¹³⁾	58 ¹⁴⁾	35 ¹⁵⁾	10	105
12. WP 1990–94	5 ¹⁶⁾	2	5	115	41 ¹⁷⁾	44	212

1) einschließlich Sitzungen von Untersuchungsausschüssen, Enquete-Kommissionen, Europa-Kommission u. ä.

2) einschließlich entsprechender Sitzungen von Gruppen

3) nur Ausschuß- und Unterausschußsitzungen

4) 106. und 107. Sitzung am 19. und 20. Oktober 1955, 163. und 164. Sitzung am 10. und 11. Oktober 1956; alle in Berlin-Charlottenburg, Technische Universität

5) 1. (konstituierende) Sitzung am 15. Oktober 1957 in der (gerade fertiggestellten) Kongreßhalle in Berlin; 41., 42. und 43. Sitzung am 1., 2. und 3. Oktober 1958 in Berlin-Charlottenburg, Technische Universität

6) 178. Sitzung am 7. April 1965 in der Kongreßhalle in Berlin

7) davon CDU/CSU 7, SPD 2 und FDP 2 Sitzungen

8) davon CDU/CSU 14, SPD 7 und FDP 10 Sitzungen

Fortsetzung der Fußnoten zur Tabelle auf der rechten Seite

*) Quelle: Parlamentsarchiv sowie Sekretariat Sitzungen und Tagungen in Berlin

Herausragendes historisches Ereignis war dabei die Plenarsitzung des Bundestages am 4. Oktober 1990, einen Tag nach der Vereinigung Deutschlands: Es war die erste Sitzung des gesamtdeutschen Parlaments, das sich um die 144 am 28. September 1990 von der Volkskammer der DDR gewählten Mitglieder des Bundestages erweitert hatte, und es war zugleich die erste Plenarsitzung, die nach einer Unterbrechung von 57 Jahren wieder im Reichstagsgebäude stattfand.

Neben diesen Sitzungen des Bundestages und seiner Gremien und Fraktionen waren vor 1990 weitere Sitzungen und Tagungen parlamentarischer Gremien – vor allem von Ausschüssen des Bundesrates – und solcher von Exekutiven aus dem nationalen, zwischenstaatlichen (insbesondere westeuropäischen) und auch internationalen Bereich zu verzeichnen. Diese Sitzungen fanden überwiegend im wiederaufgebauten Reichstagsgebäude statt.

★ Die Gesamtzahl der **Plenarsitzungen**, die während der Teilung Deutschlands in der 1. bis 11. Wahlperiode (1949–1990) in Berlin durchgeführt wurden, beträgt 9; die eine Sitzung in der 11. Wahlperiode ist nicht berücksichtigt worden; sie fand einen Tag nach der Vereinigung Deutschlands statt.

7.4 Chronik der deutschen Vereinigung*)

Das herausragendste Geschehnis in der deutschen Nachkriegsgeschichte seit 1949 – die Aufhebung der über vierzigjährigen staatlichen Teilung als Folge eines nur wenige Monate dauernden politischen Umwälzungsprozesses in der Deutschen Demokratischen Republik – wird im vorliegenden **Datenhandbuch** durch zwei Chroniken nachgezeichnet. Der folgende Abschnitt 7.4 behandelt die Etappen der Wiedervereinigung aus der Perspektive der Bundesrepublik, im Abschnitt 28.1 werden die Ereignisse in der DDR dargestellt. Beide Chroniken versuchen die Rolle hervorzuheben, die der Deutsche Bundestag beziehungsweise die Volkskammer der DDR in dem sich zeitweise überstürzenden Wandlungs- und Einigungsprozeß gespielt haben. Dies geschieht in der Form, daß beide Chroniken in zwei Hälften geteilt sind: In der rechten Spalte ist verzeichnet, was sich an den einzelnen Tagen innerhalb der Parlamente ereignet hat, und entsprechend in der linken Spalte, was sich außerhalb von Bundestag oder Volkskammer abgespielt hat.

Für den Bundestag sind ab Juni 1989 alle Tagesordnungen der Sitzungen von Plenum und Ausschüssen geprüft worden, ob und in welcher Weise die Geschehnisse in der DDR und bald auch die Frage der Einheit Deutschlands die parlamentarischen Beratungen bestimmt haben. Dabei wird ein weites Spektrum deutlich, beginnend am 17. Juni 1989 mit ersten deutlichen Ahnungen einer sich anbahn-

*) Als Quelle diente vor allem die bei Abschnitt 28.1 im einzelnen aufgeführte Literatur, ferner: Der Deutsche Bundestag. Parlament der deutschen Einheit. Hrsg. von Rita Süßmuth. Stuttgart, München 1991 und Parlamentskorrespondenz „woche im bundestag (wib)“.

Fortsetzung der Fußnoten von Seite 1500:

⁹⁾ davon CDU/CSU 13, SPD 14 und FDP 15 Sitzungen

¹⁰⁾ davon CDU/CSU 8, SPD 5 und FDP 8 Sitzungen

¹¹⁾ davon CDU/CSU 13, SPD 9 und FDP 15 Sitzungen

¹²⁾ 228. Sitzung am 4. Oktober 1990 im Reichstagsgebäude

¹³⁾ gemeinsame Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bundestages und des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 30. April 1990

¹⁴⁾ davon eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse Deutsche Einheit der Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1990 in Berlin (Ost)

¹⁵⁾ davon CDU/CSU 11, SPD 10 und FDP 14 Sitzungen

¹⁶⁾ alle im Reichstagsgebäude

nenden innen- und außenpolitischen Wende in der DDR bis zu den großen Debatten und Entscheidungen über die Verträge mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit Polen und mit den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs. Dazwischen liegen die ersten Angebote zu engeren Beziehungen zur DDR mit dem Ziel einer schrittweisen Überwindung der Teilung Deutschlands, zahllose Ausschußberatungen nach der plötzlichen Öffnung der Grenze über neue Formen der Zusammenarbeit auf allen Gebieten, offizielle Kontakte mit der im März 1990 gewählten Volkskammer, gemeinsame Sitzungen der Gremien beider Parlamente und die vielen Aussprachen, die dem Ziel dienten, die Bedingungen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik mit den regierenden und oppositionellen Parteien auf beiden Seiten auszuhandeln.

Samstag, 17. Juni 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in den vergangenen Monaten, u. a.

- ein weiterer Todesschuß an der Berliner Mauer,
- Treffen oppositioneller Gruppierungen im kirchlichen Bereich und deren Observierung durch das Ministerium für Staatssicherheit,
- Demonstrationen (vor allem in Leipzig von ausreisewilligen DDR-Bürgern) und Festnahmen durch die Sicherheitsorgane der DDR,
- die Kommunalwahlen vom Mai und erste Proteste wegen beobachteter Wahlfälschungen,
- Aktionen wegen der blutigen Niederschlagung des Aufstandes in China und wegen der zustimmenden Erklärungen der DDR-Führung,

vgl. Abschnitt 28.1.

Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni 1953

Bundestagspräsidentin *Rita Süsmuth* erklärt zur Eröffnung, in dem Abrüstungsdialog zwischen West und Ost gewinne die Vision einer demokratischen Umgestaltung und einer gesamteuropäischen Friedensordnung immer stärkere Konturen.

Der Redner der Gedenkstunde, Bundesminister a.D. *Erhard Eppler*, sagt zur Zukunft der DDR:

„Gerade wenn wir in Prozessen, nicht in Endzuständen denken, bleibt vieles unberechenbar. Dazu gehört die Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik. Es gibt bei vielen Menschen dort so etwas wie ein DDR-Bewußtsein, ein manchmal fast trotziges Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem kleineren, ärmeren deutschen Staat, aus dem sie gerne etwas machen wollen. Wenn ich mich nicht täusche, war dieses Gefühl vor zwei Jahren stärker als heute. Aber noch dürfte es in der DDR eine Mehrheit geben, deren Hoffnung sich nicht auf das Ende, sondern auf die Reform ihres Staates richtet.“

Wenn sich die Führung der SED allerdings weiterhin in jener realitätsblinden Selbstgefälligkeit übt, die wir aus den letzten Monaten kennen, dann könnte in weiteren zwei Jahren aus dieser Mehrheit eine Minderheit geworden sein.“

Mittwoch, 21. Juni 1989

151. Plenarsitzung

Aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zum Besuchsverkehr zwischen Berlin-West und Berlin-Ost sowie der DDR

U. a. Bericht des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, *Walter Momper*, über Erleichterungen für West-Berliner bei Tagesbesuchen ab 1. August.

Hinweis

Eintragungen in der **rechten Spalte** beziehen sich auf **Ereignisse im Bundestag**, Eintragungen in der **linken Spalte** auf **Ereignisse außerhalb des Bundestages**.

Donnerstag, 22. Juni 1989

152. Plenarsitzung

Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland

Ablehnung; gefordert wurde eine zweite Phase der Deutschlandpolitik und eine „Verantwortungsgemeinschaft“ der Bundesrepublik und der DDR.

Dienstag, 22. August 1989

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen teilt mit, daß vom 1. Januar bis zum 31. Juli dieses Jahres 55 970 DDR-Bürger in die Bundesrepublik gekommen seien, darunter 46 634 mit Ausreisegenehmigung.

Donnerstag, 14. September 1989

Zu den Geschehnissen in den vergangenen Wochen, u. a.

- wachsende Zahl von Ausreiseanträgen von DDR-Bürgern,
 - Flucht tausender DDR-Bürger in die Vertretungen der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Budapest, Prag und Warschau,
 - ergebnislose Gespräche von Bundeskanzleramtsminister Rudolf Seiters im DDR-Außenministerium,
 - Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für geflüchtete DDR-Bewohner durch die ungarische Regierung,
 - Forderungen nach politischen Reformen in der DDR durch verschiedene oppositionelle Gruppierungen,
 - Anfänge der Leipziger „Montags-Demonstration“,
- vgl. Abschnitt 28.1.

158. Plenarsitzung

Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung von Eingliederungsleistungen für Ausiedler und Übersiedler

Inhalt: Ablösung der bisher gewährten Leistungen durch ein „Eingliederungsgeld“.

Aussprache über die Fluchtbewegung aus der DDR

Dank an die österreichische und insbesondere die ungarische Regierung für die humanitäre Entscheidung und die Welle der Hilfsbereitschaft.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Vertraulicher Bericht der Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen *Dorothee Wilms* zum deutsch-deutschen Verhältnis angesichts der Fluchtbewegungen der DDR-Bürger aus Ungarn.

Freitag, 15. September 1989

Ausladung einer Delegation der SPD-Bundestagsfraktion von einem für die kommende Woche geplanten Besuch in Ost-Berlin durch Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* (vgl. auch Abschnitt 28.1).

Hinweis

In Abschnitt 8.24 ist dokumentiert, in welcher Form der Tag der deutschen Einheit – zwischen 1954 und 1990 der 17. Juni – im Bundestag begangen wurde: ob als Staatsakt, Gedenksitzung oder Arbeitssitzung.

In den Aktuellen Stunden des Bundestages sind seit Mitte 1989 mehrmals die neue Lage in der DDR und Einzelfragen zum Stand der Vereinigung Deutschlands angesprochen worden. Die Themenliste der Aktuellen Stunden ist in Abschnitt 12.2 zu finden.

Mittwoch, 27. September 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten Tagen, u. a.

- wachsende Zahl von Demonstrationen und Protestresolutionen,
 - Konstituierung von neuen oppositionellen Bürgerrechtsbewegungen,
 - vergebliche Angebote an die DDR-Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften zur Rückkehr und einer regulären Ausreise in die Bundesrepublik,
- vgl. Abschnitt 28.1.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Bericht des Parlamentarischen Staatssekretärs *Ottfried Hennig*

Bericht über die Lage in den bundesdeutschen Botschaften in Warschau und Prag, über die politischen Bürgerinitiativen in der DDR und über den Fortgang der innerdeutschen Kontakte auf den verschiedenen Verhandlungsebenen.

Außerdem behandelt der Ausschuß ein Papier unter dem Titel „Politische Bürgerinitiativen in der DDR“, in dem es zur „Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR“ heißt, diese zeichne sich durch ihren klaren Oppositionswillen und ihre Einsicht in die „grundlegenden Mißstände des SED-Staates“ vor anderen oppositionellen Gruppierungen aus.

Samstag, 30. September 1989

Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* und Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters* verkünden den 6000 DDR-Flüchtlingen in der deutschen Botschaft von Prag die Ausreiseerlaubnis.

Genscher hatte am Rande einer UNO-Tagung in New York in Gesprächen u. a. mit DDR-Außenminister *Oskar Fischer* erreicht, daß die DDR-Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau in der folgenden Nacht „mit Zügen ... über das Territorium der DDR in die BRD ausgewiesen werden“ (so die Formulierung des DDR-Außenministeriums).

Dienstag, 3. Oktober 1989

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, die Bundesregierung solle mit der DDR darüber verhandeln, daß Bürger der Bundesrepublik die Staatsbürgerschaft der DDR annehmen können, ohne die eigene Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen und umgekehrt. Voraussetzung eines in der DDR gewünschten Reformprozesses müsse die Anerkennung staatlicher Hoheitsrechte und die Respektierung als Vertragspartner sein.

Hinweis

Daten im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands sind neben Abschnitt 28.1 – Chronik der „Wende“ in der Volkskammer – noch in folgenden Abschnitten im vorliegenden **Datenhandbuch** enthalten:

- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Mittwoch, 4. Oktober 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR und zu den Einzelheiten der Massenausreise von DDR-Bewohnern vgl. Abschnitt 28.1.

163. Plenarsitzung

Befragung der Bundesregierung

Detaillierte Schilderung der Abläufe des gestrigen und heutigen Tages bei der Massenausreise von DDR-Flüchtlingen aus Prag durch Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters*.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Bericht von Staatssekretär *Walter Priesnitz*

Bericht über die Situation der DDR-Flüchtlinge in den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag und Warschau. Hervorgehoben wird, daß die DDR-Führung nun bereits zum zweiten Mal einer Massenausreise von DDR-Bewohnern aus Prag zugestimmt habe. Die Ausreise solle sich wiederum mit Zügen der Deutschen Reichsbahn über DDR-Gebiet vollziehen.

Donnerstag, 19. Oktober 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten zwei Wochen, u. a.

- Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der DDR in Anwesenheit des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow,
 - gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Volkspolizei und Demonstranten u. a. am Rande der offiziellen Feierlichkeiten in Ost-Berlin und bei der Durchfahrt der Ausiedlerzüge durch Dresden,
 - erstmaliger Verzicht auf gewaltsames Einschreiten der Sicherheitskräfte bei der Leipziger Montags-Demonstration am 9. Oktober,
 - Gründungsversammlung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR,
 - gemeinsames Treffen der Bürgerbewegungen, Forderung nach freien Wahlen,
 - Abberufung von Erich Honecker von seinen Funktionen als Generalsekretär des ZK der SED, als Vorsitzender des Staatsrates der DDR und des Nationalen Verteidigungsrates sowie Wahl von Egon Krenz zum neuen SED-Generalsekretär am 18. Oktober,
 - Ankündigung eines Reisegesetzes durch den DDR-Ministerrat,
- vgl. Abschnitt 28.1.

167. Plenarsitzung

Fragestunde

Frage, ob Zusage des polnischen Außenministers beachtet wird, wonach ohne Erlaubnis nach Polen eingereiste Deutsche aus der DDR nicht gegen ihren Willen in die DDR „zurückgeliefert“ werden.

(Keine weitere Behandlung der Lage in der DDR in dieser und in den folgenden Plenarsitzungen des Bundestages.)

Hinweis

Neu im vorliegenden *Datenhandbuch* ist eine Chronik über die parlamentarischen Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und Volkskammer der DDR seit 1949 (vgl. Abschnitt 7.2).

Mittwoch, 25. Oktober 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten Tagen, u. a.

- Wahl von Egon Krenz zum Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am 24. Oktober,
- tägliche Massendemonstrationen in zahlreichen Städten der DDR, auch gegen die Wahl von Egon Krenz, vgl. Abschnitt 28.1.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Mischnick* trifft in Ost-Berlin zu einem Gespräch mit dem neuen DDR-Staats- und Parteivorsitzenden *Egon Krenz* zusammen. In dem Gespräch geht es im wesentlichen um die künftigen innerdeutschen Beziehungen.

Gemeinsame Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen im Reichstagsgebäude in Berlin: Berichte des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR und des Auswärtigen Amtes

Diskutiert wird u. a. die Arbeit der Vertretung unter den erschwerten Bedingungen im Zusammenhang mit den schnellen Veränderungen in der DDR, die Ausreise von Flüchtlingen sowie der Wechsel in der politischen Führung der DDR.

Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses: Beratung des von der DDR zurückgezogenen DDR-Menschenrechtsberichts für die Vereinten Nationen

Verurteilung der „brutalen Übergriffe von Polizei- und Sicherheitskräften auf friedliche Demonstranten“ und der „fortdauernden Behinderung der journalistischen Arbeit in der DDR“.

Donnerstag, 26. Oktober 1989

Der neue Partei- und Staatschef der DDR, *Egon Krenz*, führt mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* ein zwanzigminütiges Telefongespräch über die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten.

Mittwoch, 8. November 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten zwei Wochen, u. a.

- Ausweitung der Demonstrationen und Massenversammlungen in der ganzen DDR,
- Vorbereitung eines zentralen Runden Tisches durch die Bürgerbewegungen,
- die Großdemonstration vom 4. November auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin mit einer Million Teilnehmern,
- empörte Reaktionen zum restriktiven Entwurf eines neuen Reisegesetzes,
- Rücktrittserklärung des Ministerrates der DDR unter Vorsitz von Willi Stoph, vgl. Abschnitt 28.1.

173. Plenarsitzung

Erklärung der Bundesregierung: Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland

Bundeskanzler *Helmut Kohl* nennt als Bedingung, mit der DDR über eine „ganz neue Dimension“ wirtschaftlichen Beistands zu sprechen, die Beendigung des Machtmonopols der SED, die Zulassung unabhängiger Parteien und die verbindliche Zusicherung freier Wahlen in der DDR.

Mit großer Mehrheit Verabschiedung einer Resolution zur polnischen Westgrenze, in der dem polnischen Volk zugesichert wird, „daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird“.

Hinweis

Eintragungen in der **rechten Spalte** beziehen sich auf **Ereignisse im Bundestag**, Eintragungen in der **linken Spalte** auf **Ereignisse außerhalb des Bundestages**.

Donnerstag, 9. November 1989

Der noch amtierende Ministerrat der DDR beschließt eine neue Reiseregelung, wonach „Privatreisen nach dem Ausland ... ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt (!) werden (können)“.

Nachdem SED-Politbüromitglied *Günter Schabowski* um 18.57 Uhr diese Neuregelung in einer vom DDR-Fernsehen live übertragenen Pressekonferenz bekanntgegeben hat, strömen am Abend Tausende von Ost-Berlinern spontan zur Mauer und erzwingen von den offenbar überraschten Grenzbeamten den freien und ungehinderten Durchlaß in den westlichen Teil der Stadt. In beiden Teilen Berlins kommt es am Abend und in der ganzen Nacht zu überschwenglichen Freuden szenen und volksfestartigen Wiedersehensfeiern.

174. Plenarsitzung

Befragung der Bundesregierung

Bericht von Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* über den Zustrom von Flüchtlingen aus der DDR und über die Probleme der Unterbringungssituation von Aus- und Übersiedlern.

Während der zweiten und dritten Beratung des Gesetzes zur Verbesserung und Vereinfachung der Vereinsbesteuerung erreicht den Bundestag die überraschende Nachricht von der Öffnung der DDR-Grenze. Nach einer Unterbrechung der Plenarsitzung durch Bundestagsvizepräsidentin *Anne-Marie Renger* um 20.22 Uhr gibt Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters* eine Erklärung der Bundesregierung ab. Nach einer kurzen Debatte erheben sich die Anwesenden und singen die Nationalhymne. Die Plenarsitzung wird danach abgebrochen.

Freitag, 10. November 1989

Veranstaltung vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin aus Anlaß der Öffnung der Mauer mit Ansprachen von *Willy Brandt*, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin *Walter Momper*, Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Außenminister *Hans-Dietrich Genscher*. *Willy Brandt* erklärt:

„Aus dem Krieg und aus der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands und Berlins. Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

Bundeskanzler *Kohl* zeigt sich nach der Veranstaltung verärgert über die Rede *Mompers*, der vom „Volk der DDR“ gesprochen hatte.

Mittwoch, 15. November 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in den vergangenen sechs Tagen, u. a.

- die Besucherströme von DDR-Bürgern in den Westen nach der Öffnung der Grenze,
- die erstmalige mehrstündige Volkskammerdebatte zur politischen Lage in der DDR,
- die Wahl von *Hans Modrow* zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates,

vgl. Abschnitt 28.1.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Bericht der Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, *Dorothee Wilms*, über den Stand der deutsch-deutschen Beziehungen nach Öffnung der DDR-Grenze

Die November-Ereignisse könnten nur der Anfang eines langen Reform- und Demokratisierungsprozesses in der DDR sein; die Bundesregierung verfolge mit Anteilnahme den Fortgang der Ereignisse in Ost-Berlin und der DDR.

Donnerstag, 16. November 1989

176. Plenarsitzung

Abgabe einer Regierungserklärung zur Polenreise und zur Lage in der DDR

Bundeskanzler *Helmut Kohl* erklärt, in den Beziehungen mit Polen sei ein „Durchbruch“ erzielt worden. Der DDR sichert er „eine völlig neue Dimension der Hilfe und Zusammenarbeit“ zu, wenn der Wandel des dortigen Systems „verbindlich und unumkehrbar in Gang gesetzt“ werde.

Freitag, 17. November 1989

Regierungserklärung des DDR-Ministerratsvorsitzenden *Hans Modrow* vor der Volkskammer

Bei uneingeschränkter staatlicher Anerkennung sei die DDR bereit, „die Zusammenarbeit mit der BRD umfassend auszubauen und auf eine neue Stufe zu heben“; Bereitschaft zu einer „Vertragsgemeinschaft ...“, die weit über den Grundlagenvertrag und die bislang geschlossenen Verträge und Abkommen zwischen beiden Staaten hinausgeht“.

Montag, 20. November 1989

Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters* trifft als erstes Kabinettsmitglied der Bundesregierung in Ost-Berlin mit *Egon Krenz*, SED-Generalsekretär und Vorsitzender des DDR-Staatsrates, und dem Ministerpräsidenten *Hans Modrow* zu einem Gespräch zusammen.

Seitens der DDR wird das Interesse an einem umfassenden Ausbau der Zusammenarbeit unterstrichen. Themen des Meinungsaustauschs, an dem auch DDR-Außenminister *Oskar Fischer* und der Staatssekretär im DDR-Außenwirtschaftsministerium *Alexander Schalck-Golodkowski* teilnehmen, sind u. a. der Reise- und Besucherverkehr, die finanzielle Ausstattung eines gemeinsamen Devisenfonds, mögliche wirtschaftliche Hilfen seitens der Bundesregierung, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Zusammenarbeit im Umweltschutz, die Erweiterung der Post- und Fernmeldebeziehungen und Verkehrsfragen.

Hinweis

Daten im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands sind neben Abschnitt 28.1 – Chronik der „Wende“ in der Volkskammer – noch in folgenden Abschnitten im vorliegenden **Datenhandbuch** enthalten:

- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

noch: Montag, 20. November 1989

Seiters erklärt anschließend, es habe sich um ein erstes Sondierungsgespräch gehandelt. Auf „entsprechenden Ebenen“ sollen Verhandlungen aufgenommen bzw. fortgeführt werden, um so schnell wie möglich konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Am zweiten Tag seines Besuchs trifft *Seiters* in Ost-Berlin zu Gesprächen mit dem Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, *Gottfried Forck*, dem Vorsitzenden der katholischen Berliner Bischofskonferenz, Bischof *Georg Sterzinsky*, sowie mit den Vorsitzenden der Oppositionsgruppe Demokratischer Aufbruch, *Wolfgang Schnur* und *Rainer Eppelmann*, zusammen.

Montag, 27. November 1989

Der West-Berliner Senat fordert, daß angesichts der Planung freier Wahlen in der DDR und Ost-Berlin die Bürger in West-Berlin das Recht haben sollten, ihre Vertreter direkt in den Bundestag und das Europaparlament zu wählen.

Der Regierende Bürgermeister *Walter Momper* befürwortet eine entsprechende Änderung noch vor der nächsten Bundestagswahl 1990. Die Vertreter Berlins im Bundestag, Bundesrat und Europaparlament müßten dann auch volles Stimmrecht erhalten.

Dienstag, 28. November 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in den vergangenen Tagen, u. a. erste Forderungen nach einer Wiedervereinigung Deutschlands während der Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten, vgl. Abschnitt 28.1.

Die Sowjetunion verurteilt *Kohls* Zehn-Punkte-Plan; er widerspreche den KSZE-Prinzipien. In den westlichen Hauptstädten findet die Erklärung *Kohls* zurückhaltende Aufnahme. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen wird zwar anerkannt, die Wiedervereinigung aber als nicht aktuell erklärt. Zur Reaktion in der DDR vgl. Abschnitt 28.1.

177. Plenarsitzung

Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990), hier: Einzelplan 04 (Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes)

Während der Beratung stellt Bundeskanzler *Helmut Kohl* ein **Zehn-Punkte-Programm** zur schrittweisen Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor.

Die Bundesregierung sei bereit, über die von DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* angeregte „Vertragsgemeinschaft“ hinauszugehen und „konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, d. h. eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen“. *Kohl* fährt fort: „Das setzt aber eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR zwingend voraus. Dabei könnten wir uns schon bald nach freien Wahlen folgende Institutionen vorstellen: einen gemeinsamen Regierungsausschuß zur ständigen Kon-

noch: Dienstag, 28. November 1989

sultation und politischen Abstimmung, gemeinsame Fachausschüsse, ein gemeinsames parlamentarisches Gremium – und manches andere mehr angesichts einer völlig neuen Entwicklung.“ *Kohl* vermeidet zeitliche Festlegungen; er betont, daß die Entwicklungen der innerdeutschen Beziehungen „in den gesamteuropäischen Prozeß und die West-Ost-Beziehungen“ eingebettet bleiben müssen. Er stellt der DDR rasche und umfassende Hilfe in Aussicht, sofern der Wandel in der DDR „unumkehrbar in Gang gesetzt“ werde. Für die Bundesregierung bedeute dies, „daß sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf eine Verfassungsänderung und auf ein neues Wahlgesetz verständigt“. Zusammenfassend erklärt *Kohl*: „Die Wiedervereinigung, d. h. die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Zehn-Punkte-Programm wird sowohl in der weiteren Beratung zum Einzelplan 04 als auch in der anschließenden Beratung des Einzelplans 27 (Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen) behandelt.

Mittwoch, 29. November 1989

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen/Unterausschuß für Zonenrandförderung: Unterrichtung des Bundestages, daß zu den am 9. November 1989 bestandenen 28 Grenzübergängen (Straße und Schiene) inzwischen 62 Grenzübergangsstellen (50 an der innerdeutschen Grenze und 12 in Berlin) hinzugekommen sind.

Freitag, 1. Dezember 1989

180. Plenarsitzung

Dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990)

Nach einer erneuten Debatte billigt der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP den Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler *Helmut Kohl* zur Überwindung der Spaltung Deutschlands. Die SPD enthält sich der Stimme, die Grünen stimmen dagegen.

Montag, 4. Dezember 1989

Bei einem Treffen in Moskau bekräftigt der sowjetische Staats- und Parteichef *Michail Gorbatschow* gegenüber Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* eine ablehnende Haltung zu einer „künstlich forcierten Wiedervereinigung“ Deutschlands.

Dienstag, 5. Dezember 1989

Abschluß der Verhandlungen zwischen DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* und Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters* in Ost-Berlin, in deren Mittelpunkt Fragen des Reiseverkehrs sowie die Vorbereitung des DDR-Besuchs von Bundeskanzler *Helmut Kohl* stehen.

Vorlage einer gemeinsamen Erklärung, wonach Bundesbürger und West-Berliner vom 1. Januar 1990 an ohne Visum und Mindestumtausch in die DDR und nach Ost-Berlin reisen können. Statt des Begrüßungsgeldes für DDR-Bürger wird es einen gemeinsamen Devisenfonds geben, der von beiden Seiten gespeist und insgesamt 2,9 Milliarden Mark betragen wird. Einfuhrzölle wird es von diesem Zeitpunkt an nur noch für Pkws geben. Der Transitverkehr wird erleichtert, die Zusammenarbeit beim Umweltschutz intensiviert, der Post- und Fernmeldeverkehr verbessert, Handel und Tourismus werden ausgebaut.

Mittwoch, 6. Dezember 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in der vergangenen Woche, u. a.

- *Streichung des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung der DDR,*
 - *Berichte über Amtsmissbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung von SED-Politbüromitgliedern,*
 - *Bedauern der Volkskammer für die Beteiligung der DDR am Einmarsch in die ČSSR im August 1968,*
 - *Rücktritt des gesamten SED-Politbüros einschließlich Generalsekretär Egon Krenz*
 - *Parteiausschluß von Erich Honecker und elf weiteren Mitgliedern der früheren SED-Führung,*
 - *Austritt der Blockparteien (zuerst CDU der DDR) aus dem Zentralen Demokratischen Block,*
- vgl. Abschnitt 28.1.*

181. Plenarsitzung

Fragestunde

Fragen zum beschleunigten Ausbau des Fernstraßennetzes und der Eisenbahnübergänge in Oberfranken zur DDR angesichts des sprunghaft angestiegenen Verkehrs.

Ausschuß für Verkehr: Unterrichtung durch den Parlamentarischen Staatssekretär im Verkehrsministerium, *Dieter Schulte*, über die Bewältigung des Verkehrs nach Öffnung der Grenzen durch Bundesbahn und Reichsbahn.

Ankündigung einer Überprüfung der Investitionsprogramme: statt Schwerpunkt Nord-Süd-Verkehr Verlagerung auf West-Ost-Verkehr.

Ausschuß für Forschung und Technologie: Votum für intensiveren Kontakt mit Wissenschaftlern aus der DDR.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen/Unterausschuß für Zonenrandförderung: Bundesregierung soll eine neue Konzeption zur Verkehrserschließung des Zonenrandgebietes entwickeln, die der veränderten Situation in der DDR seit den Novemberereignissen Rechnung trägt.

Sportausschuß: Erklärung zur Öffnung der Grenzen zur DDR

Würdigung der Öffnung der DDR für freien Sportverkehr als Entscheidung von historischer Bedeutung; Befürwortung, daß sich West-Berlin und Ost-Berlin gemeinsam um die Olympischen Spiele bewerben.

Freitag, 8. Dezember 1989

183. Plenarsitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung Erklärung von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* zum Tag der Menschenrechte

Würdigung des Mutes von Millionen Menschen in der DDR und in anderen Staaten Osteuropas bei der Durchsetzung und Achtung der Menschenrechte.

Samstag, 9. Dezember 1989

Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften in Straßburg: Grundsatz-erklärung, in der das Recht der Deutschen auf Einheit durch freie Selbstbestimmung anerkannt wird.

Mittwoch, 13. Dezember 1989

Zu den Geschehnissen in der DDR in den vergangenen sechs Tagen, u. a.

- erste Sitzung des zentralen Runden Tisches in Ost-Berlin mit der Festlegung des Termins für die Volkskammerwahl am 6. Mai 1990,
 - Festnahme von ehemaligen SED-Spitzenpolitikern wegen des Vorwurfs von Amtsmissbrauch und Korruption,
 - Beginn personeller Wechsel und organisatorischer Reformen innerhalb der SED,
- vgl. Abschnitt 28.1.

Erstes offizielles Treffen von Vertretern der SPD und der neuen Sozialdemokratischen Partei (SDP) der DDR in Ost-Berlin; Vereinbarung eines Kontaktausschusses beider Parteien.

184. Plenarsitzung

Fragestunde

Fragen u. a.: Entwicklung und finanzielle Auswirkungen der innerdeutschen Sport- und Jugendbegegnungen, Amnestien der DDR für politische Häftlinge in jüngster Zeit, dienstliche Veränderungen für die Bundesgrenzschutz- und Zollbeamten durch die neu eröffneten Grenzübergänge zur DDR und Kontrolle des innerdeutschen Grenzverkehrs

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Erörterung der Ergebnisse des außerordentlichen SED-Parteitages in Ost-Berlin; Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der DDR; geplanter Ausbau der Bahnstrecke Hannover–Berlin.

Ausschuß für Post und Telekommunikation: Bericht von Postminister *Christian Schwarz-Schilling* über Sofortmaßnahmen zur Verbesserung des innerdeutschen Fernsprechverkehrs und über die Sanierung des „verrotteten“ Telefonnetzes der DDR.

Donnerstag, 14. Dezember 1989

Vereinbarung der Bildung einer gemeinsamen Umweltkommission zwischen Bundesumweltminister *Klaus Töpfer* und DDR-Umweltminister *Hans Reichelt*.

Vereinbarung der Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission und des Abschlusses eines Kooperationsabkommens zwischen Bundeswirtschaftsminister *Helmut Haussmann* und DDR-Wirtschaftsministerin *Christa Luft*.

Freitag, 15. Dezember 1989

Ausschuß für Wirtschaft/Unterausschuß Außenwirtschafts- und Handelspolitik: Unterrichtung über die Gespräche zwischen Bundeswirtschaftsminister *Helmut Haussmann* und DDR-Wirtschaftsministerin *Christa Luft* in Ost-Berlin

Notwendigkeit der schnellen wirtschaftlichen Hilfe ungeachtet aller politischen Fragestellungen; Hinweis auf die Erklärung der DDR-Ministerin, daß die Wirtschaftsreformen nur schrittweise vorangehen könnten, wobei man in der DDR jedoch hoffe, die Probleme bis 1994 oder 1995 (!) einigermaßen im Griff zu haben; Darstellung möglicher Kooperationsformen; nach entsprechender Verfassungsänderung in der DDR Zulassung ausländischer Kapitalbeteiligung (bis 49 Prozent) denkbar; Befürwortung durch Wirtschaftsminister *Haussmann*, daß deutsche Wirtschaftsförderungsprogramme auch für die DDR geöffnet werden sollten.

Dienstag, 19. Dezember 1989

Beginn eines zweitägigen Besuches von Bundeskanzler *Helmut Kohl* in Dresden, wo er zum ersten Mal mit DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* zusammentrifft.

Vereinbart bzw. angekündigt werden u. a.:

- Verhandlungen über eine Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden Staaten,
- Möglichkeit der Einreise in die DDR ohne Visum und Zwangsumtausch für Bürger der Bundesrepublik bereits ab dem 24. Dezember,
- bis dahin Öffnung des Brandenburger Tors in Berlin
- Entlassung aller politischen Gefangenen in der DDR möglichst noch vor Weihnachten,
- enge Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Umweltschutzes, des Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesens,
- Fortsetzung der Gespräche zwischen Bundeskanzler *Kohl* und Ministerpräsident *Modrow* Ende Januar/Anfang Februar in der Bundesrepublik.

Freitag, 22. Dezember 1989

Unter dem Jubel von mehr als 100 000 Menschen wird 28 Jahre nach dem Bau der Mauer das Brandenburger Tor in Berlin in Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Ministerpräsident *Hans Modrow* wieder geöffnet.

Kohl bezeichnet die Öffnung als eine „der glücklichsten Stunden meines Lebens“. *Modrow* nennt die Öffnung ein Zeichen der sich erneuernden DDR.

Weihnachten 1989

Nach Aufhebung der Visumpflicht und des Zwangsumtauschs bei Reisen in die DDR besuchen mehr als eine Million Bundesbürger während der Weihnachtsfeiertage die DDR.

Neujahrsnacht 1989/1990

Hunderttausende Berliner aus beiden Teilen der Stadt feiern Silvester am Brandenburger Tor. Beim Einsturz einer Video-Wand des DDR-Fernsehens werden 135 Personen verletzt. Die Quadriga auf dem Brandenburger Tor wird von jugendlichen Kletterern stark beschädigt.

Mittwoch, 17. Januar 1990

Zu den Geschehnissen in der DDR seit Weihnachten 1989, u. a.

- Konstituierung weiterer oppositioneller Parteien und Bürgerrechtsgruppen,
- Proteste gegen die geplante Einrichtung eines Nachfolgeramtes des Staatssicherheitsdienstes durch die Regierung,
- Einbeziehung von Vertretern des Runden Tisches in die Arbeit der Volkskammer,
- Demonstrationen vor der Volkskammer und Warnstreiks gegen alte Machtstrukturen von SED und Staatssicherheit,
- Verabschiedung der ersten Gesetze im Rahmen des Reformprogramms der Regierung,
- zahlreiche Mandatsniederlegungen von ehemaligen SED-Abgeordneten (inzwischen SED-PDS), u. a. Egon Krenz,
- Appell von Ministerpräsident Hans Modrow an die Oppositionsgruppen des Runden Tisches zur Teilnahme an der Regierungsarbeit,

vgl. Abschnitt 28.1.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* legt (in einer Rede in Paris) ein weitgehendes Bekenntnis zum dauerhaften Bestand der polnischen Westgrenze ab.

Die Polen müßten die Gewißheit haben, „in sicheren Grenzen zu leben“. Niemand wolle die „Wiedervereinigung verbinden mit der Verschiebung bestehender Grenzen“.

187. Plenarsitzung

Befragung der Bundesregierung

Fragen u. a. zum Aufnahmeverfahren für Aus- und Übersiedler

Fragestunde

Frage u. a. zur Beteiligung bundesdeutscher Dienststellen an der Entlassung des ehemaligen DDR-Staatssekretärs *Alexander Schalck-Golodkowski* aus der Untersuchungshaft; Kenntnis des Aufenthaltsorts

Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“: Beschluß, im März in die DDR zu reisen

Trotz einiger Zweifel, ob eine solche Reise nicht verfrüht sei, überwog in der Kommission der Wunsch, bald Berufsbildungs- und Hochschulfragen vor Ort mit DDR-Experten zu beraten.

Hinweis

Einzelheiten zur Änderung des Wahlrechtes für Berlin siehe unter Abschnitt 1.1.

In Abschnitt 8.18 des vorliegenden *Datenhandbuchs* ist dargestellt, inwieweit das Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag aufgrund alliierter Vorbehalte eingeschränkt war und wie mit der Entwicklung der Vereinigung Deutschlands diese Vorbehalte im Juni 1990 aufgehoben wurden.

Donnerstag, 18. Januar 1990

188. Plenarsitzung

Beratung von Anträgen zum Bericht der Bundesregierung über die Verhandlungen mit der DDR und von weiteren Anträgen zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung und zur Garantie der polnischen Westgrenze.

Zur Frage der Wiedervereinigung erklärt Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters*: „Vergessen wir aber auch nicht, daß die Hoffnung auf Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit für immer mehr Menschen in der DDR die entscheidende Perspektive für ihre Zukunft ist.“ In der anschließenden Aussprache bekennen sich die Parteien der Regierungskoalition und die SPD zur deutschen Einheit.

Unter Hinweis auf die Abschaffung des Staatssicherheitsdienstes in der DDR fordert die Fraktion der GRÜNEN in einem Antrag die Auflösung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und die Löschung seiner Datenbestände.

Dienstag, 23. Januar 1990

Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag die Einrichtung einer ständigen deutsch-deutschen Kulturkonferenz mit Sitz in Berlin.

Mittwoch, 24. Januar 1990

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten Tagen, u. a. Krisensitzung der SED-PDS angesichts des massiven Mitgliederverlusts und der Forderung nach Selbstauflösung, vgl. Abschnitt 28.1.

190. Plenarsitzung

Fragestunde

Fragen u. a. zur Weitergabe von Erkenntnissen bei Westreisen durch Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR an ihre Dienststelle, insbesondere durch den ehemaligen DDR-Staatssekretär *Alexander Schalck-Golodkowski*.

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Sozialpolitische Überlegungen nach der Grenzöffnung

Erklärung des Regierungsvertreters, daß es das Ziel aller unter sozialpolitischen Gesichtspunkten geführten Gespräche mit Regierungsstellen in der DDR und der Maßnahmen der Bundesregierung ist, zu erreichen, daß die Menschen in ihrer Heimat bleiben und daß „kein Magnetismus von der Bundesrepublik Deutschland“ ausgeht.

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Stadterneuerung in der DDR

Bezeichnung der Stadterneuerung in der DDR als eine historische und nationale Aufgabe; Kenntnisnahme, daß die Bundesregierung mit einem Betrag von 500 Millionen DM aus dem Reisedevisenfonds Stadterneuerung in den Städten Brandenburg, Meißen, Stralsund und Weimar fördern will.

noch: Mittwoch, 24. Januar 1990**Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung:** Energiepolitik der DDR

Bericht über den Besuch des DDR-Ministers für Wissenschaft und Technik in Bonn, wonach ohne die Kernenergie die Energieversorgung in der DDR nicht gesichert werden könne.

Ausschuß für Wirtschaft: DDR-Wirtschaft

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten über mögliche Wirtschaftsreformen und eine schnelle Währungsunion im Anschluß an den Bericht von Bundeswirtschaftsminister *Helmut Haussmann* über seine Gespräche in Ost-Berlin mit Politikern und Wirtschaftsexperten aller Oppositionsparteien; Kritik des Ausschusses am Sondergutachten des Sachverständigenrates über Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Reform der DDR-Wirtschaft („Ansammlung konventioneller Weisheiten“, der Situation nicht angemessen).

Freitag, 26. Januar 1990**192. Plenarsitzung**

Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1990 der Bundesregierung in Verbindung mit dem Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit dem Titel: „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR; Voraussetzungen und Möglichkeiten“

Donnerstag, 1. Februar 1990

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten Tagen, u. a. Vereinbarung zwischen Ministerpräsident Hans Modrow und Vertretern des Runden Tisches über die Vorverlegung des Termins für die Volkskammerwahl auf den 18. März und über die Regierungsbeteiligung der oppositionellen Parteien und Gruppierungen angesichts einer weiteren Zuspitzung der Lage, vgl. Abschnitt 28.1.

DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* legt seinen Plan „Für Deutschland, einig Vaterland – Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland“ vor (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.1).

Bundeskanzler *Helmut Kohl* begrüßt in einer Stellungnahme, daß sich Ministerpräsident *Modrow* eindeutig zum Ziel bekannt habe, „die staatliche Einheit Deutschlands auf der Grundlage freier Selbstbestimmung herzustellen“. *Kohl* lehnt aber „ein Konzept deutscher Neutralität“ strikt ab.

Hinweis

Die entsprechende Chronik aus der Sicht der DDR enthält Abschnitt 28.1.

Freitag, 2. Februar 1990

Die SPD-Fraktionen des Bundestages und der Landtage sprechen sich für einen Volksentscheid in beiden deutschen Staaten über eine Konföderation aus.

Dienstag, 6. Februar 1990

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten Tagen, u. a.

- Bildung neuer Parteien und Wahlbündnisse mit Unterstützung westdeutscher Politiker,
- Beschluß des Runden Tisches (gegen die Stimmen von SPD, CDU und Liberalen), bei Wahlveranstaltungen auf Gastredner aus der BRD zu verzichten,

vgl. Abschnitt 28.1.

Bundesbankpräsident *Karl Otto Pöhl* warnt in Gesprächen in Ost-Berlin vor „allzu großer Eile“ in der Frage einer Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* kündigt in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion überraschend seine Absicht an, mit der DDR unverzüglich in Verhandlungen über eine Währungsunion einzutreten.

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN lehnt in einer Erklärung die Wiedererrichtung eines vereinigten deutschen Nationalstaates ab.

Mittwoch, 7. Februar 1990

Die Bundesregierung bildet einen Kabinettsausschuß „Deutsche Einheit“ unter Vorsitz von Bundeskanzler *Helmut Kohl*; konstituierende Sitzung und Einrichtung folgender sechs Arbeitsgruppen:

- Schaffung einer Währungsunion, Finanzfragen (Federführung: Bundesminister der Finanzen);
- Entwicklung der Wirtschaftsreform, Energie und Umwelt, Infrastruktur in der DDR (Federführung: Bundesminister für Wirtschaft);
- Angleichung der Arbeits- und Sozialordnung sowie der Bildung und Ausbildung (Federführung: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung);
- Rechtsfragen, insbesondere Rechtsangleichung (Federführung: Bundesminister der Justiz);
- Staatsstrukturen und öffentliche Ordnung (Federführung: Bundesminister des Innern);
- außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge (Federführung: Bundesminister des Auswärtigen).

Die Bundesregierung beschließt, der DDR unverzüglich Verhandlungen über eine Währungsunion anzubieten.

Begründet wird dieser Schritt mit der angespannten wirtschaftlichen Lage und dem anhaltenden Strom an Übersiedlern. Mit der Währungsunion stellt Bonn auch finanzielle Hilfen zur Bewältigung der zu erwartenden Arbeitslosigkeit und für Rentner in Aussicht.

193. Plenarsitzung

Befragung der Bundesregierung

Im Mittelpunkt Fragen zur Deutschlandpolitik; Bericht von Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters* über die Einsetzung eines Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“ (siehe linke Spalte) und über die Bereitschaft der Bundesregierung, „mit der DDR unverzüglich in Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreform einzutreten“.

Aktuelle Stunde betr. Stand der Soforthilfe der Bundesregierung für die DDR

Forderung einer stärkeren finanziellen Unterstützung der DDR durch die Fraktionen von SPD und GRÜNEN, Ablehnung dieses Verlangens durch die Sprecher der Regierungsparteien.

Fragestunde

Fragen u. a. zur Finanzierung der Millionenhilfe der DDR für Nicaragua „eines Tages“ durch die bundesdeutschen Steuerzahler; zur Entschuldigung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, *Otfried Hennig*, für seine Äußerungen über die SPD der DDR und zu Verhandlungen mit der DDR über den Bau einer Schnellbahnverbindung Berlin–Hannover.

noch: Mittwoch, 7. Februar 1990

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Beschlußempfehlung zur Deutschlandpolitik

Einstimmiges Votum (bei Abwesenheit der Vertreter der GRÜNEN) für Berlin als neue deutsche Hauptstadt („Im Rahmen des Einigungsprozesses muß Berlin wieder Hauptstadt werden.“); Ausbau der Eisenbahnstrecke Berlin–Hannover; Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Berlins; Förderung Berlins als internationale Kongreßstadt; Sicherstellung der Chancengleichheit der Parteien und politischen Gruppen angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Volkskammer und zu den Gemeindeparlamenten.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Unterausschuß für Zonenrandförderung: Weitere Förderung der Zonenrandgebiete

Innenausschuß: Aufnahmeverfahren für Übersiedler aus der DDR

Kontroverse Diskussion über mögliche Abschaffung („psychologisches Signal“), aber auch über die Wirkung einer Schließung der Notaufnahmelager („Torschlußpanik“).

Haushaltsausschuß: Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR; Finanzierung von Umweltprojekten in der DDR

Erläuterung der Voraussetzungen einer Wirtschafts- und Währungsunion (z. B. einheitlicher Binnenmarkt, „radikale Wirtschaftsreformen“ in der DDR) und der möglichen Realisierung (z. B. Dreistufenplan entsprechend Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers) durch den Parlamentarischen Staatssekretär *Erich Riedl*; Fragen zur Belastung für den Bundeshaushalt.

Kurzbericht von Bundesumweltminister *Klaus Töpfer* zur katastrophalen umweltpolitischen Situation in der DDR und zur Möglichkeit, sich an DDR-Projekten zu beteiligen; einvernehmliche Zustimmung zur Finanzierung dieser Umweltprojekte.

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: Gesundheitssystem in der DDR

Nach einem Bericht des Parlamentarischen Staatssekretärs *Anton Pfeifer* ist die Lage des Gesundheitswesens seit der Öffnung der Grenze vor allem wegen des Fehlens von Personal äußerst angespannt.

Hinweis

Einzelheiten zur Änderung des Wahlrechtes für Berlin siehe unter Abschnitt 1.1.

In Abschnitt 8.18 des vorliegenden *Datenhandbuchs* ist dargestellt, inwieweit das Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag aufgrund alliierter Vorbehalte eingeschränkt war und wie mit der Entwicklung der Vereinigung Deutschlands diese Vorbehalte im Juni 1990 aufgehoben wurden.

Donnerstag, 8. Februar 1990

194. Plenarsitzung

Regierungserklärung von Bundesjustizminister *Hans Engelhard* zur Rechtspolitik im Jahr des deutsch-deutschen Aufbruchs

Fragestunde

Frage u. a. zur Vereinbarung mit der DDR über die Einstellung der nachrichtendienstlichen Ausspähung einschließlich der Post- und Telefonkontrolle

Samstag/Sonntag, 10./11. Februar 1990

Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* reisen zu einem zweitägigen Blitzbesuch nach Moskau, um mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef *Michail Gorbatschow* über die deutsche Einheit zu sprechen.

Gorbatschow erklärt, daß „die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen Staatsformen, zu welchen Zeitpunkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden“. Nach übereinstimmender Meinung der Gesprächspartner müsse die Lösung der deutschen Frage „eingebettet sein in die gesamteuropäische Architektur und den Gesamtprozeß der West-Ost-Beziehungen“.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* wertet die Zustimmung *Gorbatschows* als „historisches Ergebnis“. Er sagt: „Es liegt jetzt an uns Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, daß wir diesen gemeinsamen Weg mit Augenmaß und Entschlossenheit gehen.“

Bundesaußenminister *Genscher* reist sofort weiter nach Ottawa zur Konferenz „Offener Himmel“, um die Außenminister der NATO und des Warschauer Pakts zu unterrichten.

Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* begründet die bisherige Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber dem DDR-Kabinett von *Hans Modrow* mit dem Fehlen an „marktwirtschaftlicher Konsequenz“.

Hinweis

Daten im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands sind neben Abschnitt 28.1 – Chronik der „Wende“ in der Volkskammer – noch in folgenden Abschnitten im vorliegenden **Datenhandbuch** enthalten:

- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Dienstag, 13. Februar 1990

Beginn des zweitägigen Arbeitsbesuchs von DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* in Begleitung von 17 Mitgliedern seiner „Regierung der nationalen Verantwortung“ in Bonn.

Ergebnisse u. a.: Ablehnung einer von der DDR-Delegation erbetenen, nicht spezifizierten Soforthilfe von 10 bis 15 Milliarden DM durch die Bundesregierung, statt dessen Angebot von sofortigen Verhandlungen über eine Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Bundesrepublik und DDR durch Bundeskanzler *Helmut Kohl*, Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung.

Die DDR-Delegation zeigt sich deutlich verstimmt über den Verlauf der Gespräche; vom Geist der nationalen Verantwortung, von dem *Kohl* in der Presse gesprochen habe, sei wenig zu spüren gewesen.

Bundeskanzler *Kohl* und Ministerpräsident *Modrow* erwarten, daß es bald zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten kommt. Verhandlungen mit den vier Siegermächten über die Einigung sollen in Kürze aufgenommen werden.

Am Rande der in Ottawa stattfindenden Konferenz „Offener Himmel“ treffen die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika zusammen und vereinbaren gemeinsame Treffen nach der Formel „Zwei-plus-Vier“ [= die beiden deutschen Staaten und die vier Siegermächte], um die „äußeren“ Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten zu besprechen.

Hinweise

Das vorliegende **Datenhandbuch** enthält mehrere Dokumentationen über die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Es handelt sich um die folgende Abschnitte des Kapitels 28:

- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer
- 28.2 Volkskammerwahl vom 18. März 1990
- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.4 Alters- und Sozialstruktur der Volkskammerabgeordneten
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

*

Der jeweilige Stand des Einigungsprozesses, die von der Bundesregierung eingenommene Position und – in der anschließenden Aussprache – die Stellungnahmen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen lassen sich den Regierungserklärungen in den Jahren 1989 und 1990 entnehmen. Daten und Themenlisten sind in Abschnitt 6.11 zusammengestellt.

Mittwoch, 14. Februar 1990**196. Plenarsitzung****Befragung der Bundesregierung**

Fragen u. a. zum Nachtragshaushalt 1990, der 6,9 Milliarden DM Leistungen unmittelbar an die DDR oder im Zusammenhang enthält.

Fragestunde

Fragen u. a. zur finanziellen Auswirkung der Veränderungen in der DDR auf das Zonenrandgebiet.

Empfang von DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* zu einem ausführlichen Gespräch durch Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*. Am selben Tag Treffen zwischen dem Präsidium des Bundestages und acht Ministern der DDR-Regierung, die aus den Reformgruppen stammen. Einigkeit besteht darin, daß die Menschen in der DDR ermutigt werden müssen, in ihrem Land zu bleiben.

Haushaltsausschuß: Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR

Informierung über die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission, die unverzüglich die Gespräche vorbereiten soll, die mit der DDR wegen einer Währungsunion und eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes aufzunehmen sind. Ursprünglich sei eine stufenweise Entstehung der Währungs- und Wirtschaftsunion geplant gewesen, die Entwicklung in der DDR, der Verfall der Staatsautorität und der unvermindert hohe Abwanderungsstrom hätten jedoch einen Zeitdruck verursacht.

Finanzausschuß: Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR

Befragung von Bundesfinanzminister *Theodor Waigel* zur Dauer und zu den Kosten der Währungsunion. Zur Finanzierung erklärt *Waigel*, niemand könne sagen, was die deutsche Einheit koste; es gebe Berechnungen, wonach es 24 Jahre dauern würde, bis die DDR das Wohlstandsniveau der Bundesrepublik erreicht habe.

Wirtschaftsausschuß: Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR

Erörterung negativer Folgen, u. a. Unternehmenszusammenbrüche und Arbeitslosigkeit.

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Stadtsanierung in der DDR

In Anwesenheit des DDR-Bauministers *Gerhard Baumgärtel* u. a. Erörterung der Probleme der Bauwirtschaft in der DDR und der möglichen Konsequenzen durch die Einführung der DM in der DDR.

Rechtsausschuß: Amnestie für politische Gefangene in der DDR

Donnerstag, 15. Februar 1990

Besprechung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* mit den Regierungschefs der Länder u. a. über die Beteiligung der Länder an den Verhandlungen mit der DDR.

197. Plenarsitzung

Regierungserklärung über die Gespräche des Bundeskanzlers mit Generalsekretär *Gorbatschow* und mit Ministerpräsident *Modrow*

in Verbindung mit

Antrag der SPD-Fraktion zur Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat am Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten

Bundeskanzler *Helmut Kohl* erklärt einleitend: „Noch nie, seit unser Land geteilt, noch nie, seit unser Grundgesetz geschrieben wurde, sind wir unserem Ziel, der Einheit aller Deutschen in Freiheit, so nahe gekommen wie heute ... Wir freuen uns, daß wir diesen Tag erleben dürfen. Wir sind entschlossen, die jetzt greifbar nahe Chance mit Umsicht und mit Entschlossenheit wahrzunehmen.“ Der SPD-Vorsitzende *Hans-Jochen Vogel* bejaht ebenfalls die Einheit, kritisiert aber die bisher ausgebliebene Hilfe für die DDR. Sprecher aller Fraktionen betonen die Notwendigkeit einer sozialen Sicherung für die Menschen in der DDR. Zu heftigen Tumulten kommt es, als Bundeskanzler *Kohl* den Sozialdemokraten vorwirft, sie seien mit den alten Kräften in der DDR „verbrüdet“ gewesen. *Vogel* erwidert, wer wie *Kohl* mit Geld und allen Möglichkeiten die Blockpartei Ost-CDU, die 40 Jahre alles mitgemacht habe, unterstütze, habe nicht das Recht, auf Sozialdemokraten zu zeigen. – Überweisung des SPD-Antrags an den Ältestenrat.

Sonntag, 18. Februar 1990

Die Grünen verständigen sich nach längerem, innerparteilichem Streit um die Deutschlandpolitik auf eine Kompromißformel.

Ihr Bundeshauptausschuß spricht sich für eine Gemeinsamkeit der beiden deutschen Staaten bei fortbestehender Eigenständigkeit und enger Zusammenarbeit aus. Eine solche Konföderation trage der gemeinsamen historischen und kulturellen Vergangenheit, aber auch der „in 45 Jahren gewachsenen Verschiedenheit“ Rechnung, heißt es in der mit großer Mehrheit in Roisdorf bei Bonn verabschiedeten Erklärung.

Montag, 19. Februar 1990

Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag, daß sie weitere 650 Millionen DM außerplanmäßig für einen gemeinsamen Reisedevisenfonds mit der DDR zur Verfügung stellt. Von den im Dezember 1989 bereitgestellten Mitteln in Höhe von 1,5 Milliarden DM seien bis 7. Februar 1990 bereits 1,4 Milliarden DM abgeflossen.

Dienstag, 20. Februar 1990

Die deutsch-deutsche Expertenkommission zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion tritt zu ihrer ersten Sitzung in Ost-Berlin zusammen.

Samstag, 24. Februar 1990

Bundeskanzler *Helmut Kohl* reist zu zweitägigen Gesprächen in die USA, um mit Präsident *George Bush* über den Weg zur Einigung Deutschlands und die Konsequenzen für das westliche Bündnis zu sprechen. Beide Gesprächspartner bekräftigen abschließend, daß ein geeintes Deutschland Vollmitglied der NATO bleiben solle. Das Gebiet der DDR solle dabei einen besonderen militärischen Status erhalten.

Dienstag, 27. Februar 1990

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten Tagen, vor allem zu den zahlreichen Wahlparteitagen, zu den Wahlkampfkundgebungen mit westdeutschen Spitzenpolitikern und zur Bildung verschiedener Listenverbindungen der Parteien und Gruppen, vgl. Abschnitt 28.1.

Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag, daß sie für die Beseitigung medizinischer Notstände in der DDR eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 100 Millionen DM leisten werde.

Freitag, 2. März 1990

Vorstellungen von Bundeskanzler *Helmut Kohl*, die Garantie der Oder-Neiße-Grenze durch eine gesamtdeutsche Regierung mit dem Verzicht Polens auf Reparationsansprüche und dem Schutz der Rechte der deutschen Minderheit in Polen vertraglich zu verbinden, stoßen im In- und Ausland auf Unverständnis und Ablehnung.

In der Koalition kommt es zu einem heftigen Streit, der am 6. März mit einem Resolutionsentwurf für die Plenarsitzung des Bundestages am 8. März beigelegt wird.

Montag, 5. März 1990

Die deutsch-deutsche Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft kommt in Bonn zu ihrer zweiten Sitzung zusammen.

Dienstag, 6. März 1990

Die Fraktion der GRÜNEN verlangt in einer Kleinen Anfrage, die Bundesregierung solle die geschätzten Gesamtkosten der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR beziffern und mitteilen, wer sie tragen soll.

Mittwoch, 7. März 1990

199. Plenarsitzung

Aktuelle Stunde betr. Behinderungen für den Aufbau der sozialen Marktwirtschaft in der DDR durch das neue Gewerkschaftsgesetz der DDR

Fragestunde

Fragen u. a. zu Spenden und Hilfsgütern des BMA zur Unterstützung des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR und zur Freilassung der politischen Häftlinge in Bautzen.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Kabinettsausschuß „Deutsche Einheit“

Informierung über das am 7. Februar eingerichtete Gremium und über die Arbeit der gemeinsamen, mit der DDR gebildeten Gremien durch den Parlamentarischen Staatssekretär *Ottfried Hennig*.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Unterausschuß für Zonenrandförderung: Verbesserung der innerdeutschen Verkehrssituation

Bericht über die Förderung von Straßenbauvorhaben und Projekten der Deutschen Bundesbahn; Regelungen für den öffentlichen Personennahverkehr in Berlin in beiden Teilen der Stadt; Flüge deutscher Fluggesellschaften nach und von West-Berlin wegen der geltenden Rechtslage vorerst nicht möglich.

Innenausschuß: Zusammenarbeit mit DDR-Polizei

Informierung über die vorläufigen Regeln, nach denen personenbezogene Informationen zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen polizeilicher Zusammenarbeit ausgetauscht werden.

Haushaltsausschuß: Entwicklungsstand der Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR

Ausschuß für Wirtschaft: Währungsunion mit der DDR

Erörterung insbesondere der Probleme der verschiedenen Wechselkurse beim Währungsumtausch mit Bundesbankpräsident *Karl Otto Pöhl*.

Ausschuß für Verkehr: Bericht über die Arbeit der Kommission „Verkehrswege“

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft: Bereich Bildung und Wissenschaft in der DDR

Bericht von Bundesminister *Jürgen W. Möllemann* über Schwerpunktprogramme der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit der DDR im Bereich Hochschulen und Berufsbildung.

noch: Mittwoch, 7. März 1990

Verteidigungsausschuß: Nationale Volksarmee der DDR

Bericht des Wehrbeauftragten *Willi Weiskirch* über seinen Besuch bei der Nationalen Volksarmee in der DDR und über die gegenwärtig geringe Motivation der DDR-Soldaten.

Sportausschuß: Aufstockung der Fördermittel für die innerdeutschen Sportbeziehungen

Donnerstag, 8. März 1990

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten Tagen, vor allem zur letzten Volkskammertagung der 9. Wahlperiode, vgl. Abschnitt 28.1.

200. Plenarsitzung

Anträge der CDU/CSU- und FDP-Fraktion „Deutschland und Polen“, der Fraktion DIE GRÜNEN „Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze“ und der SPD-Fraktion „Garantie der polnischen Westgrenze“

Mit dem vom Bundestag angenommenen Antrag der CDU/CSU und FDP bekräftigt das Parlament, daß die polnischen Grenzen von den Deutschen „weder jetzt noch in Zukunft“ durch Gebietsansprüche in Frage gestellt werden. SPD und GRÜNE lehnen die Entschliebung ab. Die SPD hatte zudem gefordert, der Bundestag solle verurteilen, daß der Kanzler einen Zusammenhang zwischen der Grenz- und der Reparationsfrage hergestellt hat.

Erste Beratung eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990 (Nachtragshaushaltsgesetz 1990)

Inhalt: Grundlage für humanitäre Soforthilfen sowie für eine wirksame Unterstützung der DDR auf dem Weg zur Marktwirtschaft.

Freitag, 9. März 1990

Die deutsch-deutsche Kulturkommission nimmt ihre Arbeit auf. Sie will die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Kunst und Kultur beider deutscher Staaten verträglich zusammenwachsen können.

Hinweis

Der jeweilige Stand des Einigungsprozesses, die von der Bundesregierung eingenommene Position und – in der anschließenden Aussprache – die Stellungnahmen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen lassen sich den Regierungserklärungen in den Jahren 1989 und 1990 entnehmen. Daten und Themenlisten sind in Abschnitt 6.11 zusammengestellt.

Dienstag, 13. März 1990

In Ost-Berlin kommt die deutsch-deutsche Expertenkommission für die Vorbereitung der Währungsunion zu ihrer dritten Beratungsrunde zusammen.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* erklärt bei einer Wahlkampfveranstaltung der „Allianz für Deutschland“ in Cottbus, kleinere Sparkonten in der DDR würden nach der Währungsunion im Verhältnis 1:1 umgestellt.

Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag, daß sie für die Förderung von Investitionen in der DDR eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 100 Millionen DM und aus dem ERP-Wirtschaftsplan ebenfalls 100 Millionen DM bereitgestellt hat. In einer weiteren Unterrichtung wird mitgeteilt, daß die Bundesregierung im vierten Quartal des Haushaltsjahres 1989 rund 2,46 Milliarden DM mehr ausgegeben hat als ursprünglich vorgesehen, wobei der Löwenanteil mit rund 1,52 Milliarden DM durch den nicht vorhersehbaren Anstieg des Besucherreiseverkehrs aus der DDR und den osteuropäischen Staaten verursacht wurde.

Mittwoch, 14. März 1990

Zu den Geschehnissen in der DDR in den letzten Tagen, vor allem zur letzten Sitzung des Runden Tisches, vgl. Abschnitt 28.1.

In Bonn beginnen die ersten Gespräche der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und der beiden deutschen Staaten über den Weg zu einem vereinigten Deutschland. Zunächst geht es auf Beamtenebene um die Klärung von Verfahrensfragen.

201. Plenarsitzung

Befragung der Bundesregierung

Fragen u. a. zur Normalisierung des Zuzugs von Übersiedlern aus der DDR und Ost-Berlin.

Haushaltsausschuß: Nachtragshaushalt 1990

Erörterung von Sofortmaßnahmen aufgrund der aktuellen deutschlandpolitischen Entwicklungen.

Finanzausschuß: Währungsunion mit der DDR

Erörterung von Vorkehrungen, damit Finanzspekulant^{en} bei der Währungsumstellung keine Chance haben.

Innenausschuß: Förderung innerdeutscher Kulturprojekte

Erhöhung des Etatansatzes von 6 Millionen DM auf 100 Millionen DM im Nachtragshaushalt.

Ausschuß für Wirtschaft: Überblick über Fördermittel für die DDR-Wirtschaft

Schwerpunkte: Bereich des Tourismus und Energiesektor.

Ausschuß für Verkehr: Bericht über Fortschritte bei den Verhandlungen mit der DDR

Eröffnung neuer Bahnstrecken für den innerdeutschen Verkehr; Angebot neuer Flugverbindungen durch Lufthansa und Interflug ab Sommerflugplan.

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Entwicklungshilfe der DDR

Bericht über Überlegungen der Bundesregierung, inwieweit Entwicklungshilfeprojekte, die die DDR mit sozialistischen Entwicklungsländern, beispielsweise mit Kuba, durchführt, im Falle einer deutschen Wiedervereinigung fortgeführt werden können.

noch: Mittwoch, 14. März 1990

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft: Novelle zum Bundesausbildungsförderungsgesetz

Zustimmung zu der Regelung, daß Pendler aus der DDR nicht dieselben BAföG-Leistungen beziehen sollen wie jemand, der in der Bundesrepublik lebt und deshalb höhere Lebenshaltungskosten hat.

Donnerstag, 15. März 1990

Die Fraktion der GRÜNEN fordert in einem Antrag eine Volksabstimmung in der Bundesrepublik und der DDR „zur Frage einer Konföderation oder Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ und – falls die Entscheidung für die Vereinigung fällt – „die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung aus beiden deutschen Staaten mit dem Auftrag, ... eine neue deutsche Verfassung auszuarbeiten“.

Samstag, 17. März 1990

Treffen der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages in Prag.

Die Außenminister erkennen das Recht beider deutscher Staaten auf Einheit an; sie kommen überein, daß die Wiedervereinigung eine Angelegenheit des deutschen Volkes sei, jedoch wegen ihrer Folgen für Europa in den Prozeß der europäischen Einigung eingebunden werden müsse.

Sonntag, 18. März 1990

Erste freie Wahl der Volkskammer der DDR mit einem überraschenden Sieg der „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU und DA). (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.1 und 28.2.)

Dienstag, 20. März 1990

Die Bundesregierung einigt sich in einer Kabinettsitzung darauf, daß die Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR bis zum Sommer dieses Jahres erreicht werden soll. Im Zusammenhang damit soll das Notaufnahmeverfahren für DDR-Übersiedler durch Gesetz zum 1. Juli 1990 abgeschafft werden.

Die SPD der DDR wird nach einem Treffen des Generalsekretärs der bundesdeutschen CDU, *Volker Rühe*, mit dem Vorsitzenden der CDU der DDR, *Lothar de Maizière*, aufgefordert, sich an einer Koalition zu beteiligen. Gleichzeitig empfiehlt der SPD-Beirat der künftigen Volkskammerfraktion der SPD, in die Opposition zu gehen.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Delegationsreise nach Dresden

Gespräche u. a. mit neugewählten Abgeordneten der Volkskammer der DDR und mit dem Dresdener Oberbürgermeister *Wolfgang Berghofer*; Empfehlung, daß die Volkskammer sobald wie möglich einen Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen einrichtet, damit eine enge Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Bundestagsausschuß möglich wird.

Mittwoch, 21. März 1990

Die Vorsitzenden der in der Allianz für Deutschland vertretenen Parteien *Lothar de Maizière* (CDU der DDR), *Hans-Wilhelm Ebeling* (DSU) und *Rainer Eppelmann* (DA) treffen in Bonn mit den Vorsitzenden von CDU und CSU, Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Bundesfinanzminister *Theodor Waigel*, zu Beratungen über die Regierungs- und Fraktionsbildung in der DDR zusammen.

Die Bundesregierung stellt in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der GRÜNEN fest, daß die Gesamtkosten im sozialen Bereich als Folge einer Währungsunion mit der DDR sich derzeit nicht abschätzen lassen, da die Bedingungen einer solchen Union erst vertraglich und gesetzlich konkretisiert werden müssen.

Mittwoch, 28. März 1990

203. Plenarsitzung

Befragung der Bundesregierung

Fragen u. a. zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler.

Fragestunde

Fragen u. a. zu Sachspenden bzw. sonstigen Zuwendungen von Bundesministerien oder anderen obersten Bundesbehörden an politische Parteien oder Gruppierungen in der DDR sowie zum Beamten- und Angestelltenaustausch mit der DDR-Regierung.

Erste Beratung des von der SPD eingebrachten Entwurfs eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

Inhalt: Künftige Beteiligung der Berliner Bürger an den Bundestagswahlen.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Lagebericht zur DDR

Bericht des Parlamentarischen Staatssekretärs *Otfried Hennig* zur (ernsten) wirtschaftlichen Lage und zur Rechtsituation der DDR.

Haushaltsausschuß: Nachtragshaushalt 1990

Erklärung von Bundesfinanzminister *Theodor Waigel*, im Falle einer Währungsunion werde es keine „Totalalimentation der DDR durch die Bundesrepublik“ geben; Voraussetzung für eine Währungsunion sei die Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft auf eine Marktwirtschaft.

Ausschuß für Wirtschaft: Währungsunion mit der DDR

Diskussion insbesondere, in welchem Verhältnis die Renten und Löhne in der DDR umgestellt werden sollen.

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Sozialsystem in der DDR

Diskussion zur Übernahme des bundesdeutschen Sozialsystems durch die DDR.

noch: Mittwoch, 28. März 1990

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Lage der DDR-Landwirtschaft

Bericht über Produktionsmängel, fehlende Effizienz, Ersatzteilmangel und niedrige Produktivität der Land- und Ernährungswirtschaft in der DDR.

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: Gesundheitswesen in der DDR

Bericht über die derzeitigen Mängelzustände, die sich durch die Abwanderung von Arbeitskräften aus den Gesundheitsberufen weiter verschärft haben; Konzept für Verbesserungen im DDR-Gesundheitssystem noch nicht erstellt.

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: DDR-Bauhandwerk

Schilderung von Bauhandwerkern sowie Mitgliedern des Runden Tisches und des Rates der Stadt Brandenburg über die Sorge, daß beim Aufbau einer privaten Bauwirtschaft Unternehmen aus der Bundesrepublik die Betriebe in der DDR verdrängen.

Freitag, 30. März 1990

205. Plenarsitzung

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990 (Nachtragshaushaltsgesetz 1990)

Der Nachtragshaushalt wird vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen *Manfred Carstens* als „ein wichtiger Teil unserer Konzeption für den Weg in die Einheit Deutschlands“ bezeichnet. *Ingrid Matthäus-Maier* (SPD) fordert, die Bundesregierung müsse „endlich die Karten auf den Tisch legen und sagen: Was kostet die deutsche Einheit, und wie soll sie solide finanziert werden?“. Annahme des Nachtragshaushaltes mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen.

Freitag, 5. April 1990

Im Bundeskabinett Beginn der Beratungen über den Entwurf für einen „Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“.

Glückwünsche von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* an die neugewählte Präsidentin der DDR-Volkskammer *Sabine Bergmann-Pohl*

Mit der Konstituierung des aus freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Parlaments eröffne sich nunmehr „der Weg zu einer engen Zusammenarbeit der Parlamente in Deutschland“.

Hinweis

Die entsprechende Chronik aus der Sicht der DDR enthält Abschnitt 28.1.

Mittwoch, 11. April 1990

Die Bundesregierung wolle so schnell wie möglich mit der neuen DDR-Regierung in die Verhandlungen über den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eintreten, bekräftigt Regierungssprecher *Dieter Vogel* vor Journalisten in Bonn.

Am Entwurf für den Staatsvertrag werde noch gearbeitet, er solle jedoch in der nächsten Woche fertig sein, so daß nach den Vorgesprächen auf Expertenebene die Verhandlungen spätestens nach dem 23. April beginnen können.

Samstag, 14. April 1990

In der Bundesrepublik beginnt eine Diskussion über eine Verlängerung der jetzigen Wahlperiode des Bundestages bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen, die im kommenden Jahr denkbar seien.

Für eine Verschiebung der für den 2. Dezember 1990 terminierten Wahl setzen sich der FDP-Vorsitzende *Otto Graf Lambsdorff* und Bundestagsvizepräsidentin *Annemarie Renger* (SPD) ein. Bundeskanzler *Helmut Kohl* hält am Termin 2. Dezember fest.

Mittwoch, 18. April 1990

Nach der Regierungsbildung in der DDR und der Osterpause beginnt offiziell der Dialog auf Ministerbene zwischen beiden deutschen Staaten.

Den Auftakt bilden die Gespräche zwischen Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Innenminister *Peter-Michael Diestel* über den möglichst schnellen Wegfall der Kontrollen an der innerdeutschen Grenze und über die Einstellung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit.

Freitag, 20. April 1990

Der SPD-Vorsitzende *Hans-Jochen Vogel* fordert nach Gesprächen mit DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière*, Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* und der Fraktionsspitze der SPD der DDR in Ost-Berlin erneut Volksabstimmungen in der Bundesrepublik und in der DDR vor einer Wiedervereinigung.

Samstag, 21. April 1990

Die EG-Außenminister stimmen in Dublin einem Dreistufenplan zur Eingliederung der DDR in die Europäische Gemeinschaft zu.

Montag, 23. April 1990

Die Bonner Regierungskoalition einigt sich auf die Grundzüge eines Staatsvertrages mit der DDR zur Gründung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Danach sollen Löhne und Gehälter grundsätzlich im Verhältnis 1:1 umgestellt werden. Die Renten sollen entsprechend dem System in der Bundesrepublik an die Löhne gekoppelt werden. Bei Sparguthaben und beim Bargeld soll ein Betrag von 4000 Mark pro Kopf zum Kurs von 1:1 umgetauscht werden. Für darüber hinausgehende Guthaben und Schulden von Betrieben soll ein Kurs von 2:1 gelten. Der Staatsvertrag soll am 1. Juli 1990 in Kraft treten.

Die Bundesbank, die ein Tauschverhältnis von generell 2:1 vorgeschlagen hatte, kommentiert den Beschluß distanziert mit dem Hinweis, daß es sich um „eine politische Entscheidung der Bundesregierung“ handele.

Dienstag, 24. April 1990

Treffen zwischen Bundeskanzler *Helmut Kohl* und DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* in Bonn.

Übergabe eines Arbeitspapiers zu den am Vortag von der Bundesregierung unterbreiteten Vorschlägen für einen Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Beide Regierungschefs sind sich einig, daß die Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 in Kraft treten soll.

Die beiden deutschen Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* und *Markus Meckel* beschließen auf ihrer ersten Arbeitssitzung in Bonn einen gemeinsamen Politik-Ausschuß.

Die drei westlichen Alliierten geben ihre Vorbehalte zum Wahlrecht der West-Berliner auf. Damit ist eine Direktwahl der Berliner Abgeordneten zum Bundestag möglich.

Mittwoch, 25. April 1990

In Ost-Berlin beginnen die deutsch-deutschen Expertengespräche zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion; Aufnahme der offiziellen Gespräche am 27. April.

206. Plenarsitzung

Befragung der Bundesregierung

Fragen u. a. zur Direktwahl und zum vollen Stimmrecht für die Berliner Abgeordneten.

Finanzausschuß: Fragen der Währungsunion

Diskussion über die Behandlung der Schulden von DDR-Unternehmen.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in Berlin

noch: Mittwoch, 25. April 1990

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Sozialunion mit der DDR

Vorschläge der Bundesregierung für Rechtsänderungen in der DDR und voraussichtliche Kosten; dabei wird deutlich, daß die Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung wegen der nicht bekannten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der DDR nicht einzuschätzen sind.

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Künftiges Städtebaurecht der DDR

Diskussion über Bauprobleme und Förderungsprogramme in der DDR im Zusammenhang mit der Frage nach dem Eigentum an Grund und Boden als Grundlage für Bauinvestitionen.

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Weiterführung von DDR-Entwicklungsprojekten nach einer eventuellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag „zur Gewährleistung der parlamentarischen Beteiligung am Prozeß der deutschen Einigung“ die Einsetzung eines Beratenden Ausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat.

Der Ausschuß soll aus 22 Mitgliedern (je elf vom Bundestag und Bundesrat) bestehen und regelmäßig zu gemeinsamen Sitzungen mit dem entsprechenden Ausschuß der Volkskammer zusammentreten.

Eine bessere Beteiligung des Parlaments am Vereinigungsprozeß wird auch von den GRÜNEN in einem Entschließungsantrag gefordert.

Donnerstag, 26. April 1990

207. Plenarsitzung

Fragestunde

Fragen u. a. zu Vereinbarungen mit der DDR über die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Militärischen Abschirmdienst und dem Bundesnachrichtendienst.

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN: Volksabstimmung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten und verfassungsgebende Versammlung statt Anschluß der DDR

Nach dem Antrag soll der Bundestag die Bundesregierung auffordern, gemeinsam mit der neuen Regierung der DDR die gesetzlichen Voraussetzungen für dieses Verfahren im Sinne von Artikel 146 des Grundgesetzes zu schaffen; nach kurzer Debatte Ausschußüberweisung.

Freitag, 27. April 1990

Aufnahme der offiziellen Gespräche über die Herstellung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion; Verhandlungsführer sind *Hans Tietmeyer*, Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, und DDR-Staatssekretär *Günther Krause*.

208. Plenarsitzung

Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung: Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR

in Verbindung mit

SPD-Anträgen: Vertrag über die polnische Westgrenze sowie Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat am Prozeß der deutschen Einigung

Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters* bezeichnet die „erheblichen Belastungen“, die auf die Bundesrepublik durch die Vereinigung zukommen, als „durchaus verkraftbar“. Sie könnten durch das Wirtschaftswachstum finanziert werden. Nach Ansicht der Bundesregierung sind Steuererhöhungen nicht notwendig. Die SPD verlangt von der Regierung, sie solle endlich die Kosten der Wiedervereinigung aufdecken, und wirft ihr vor, sie habe mit den Äußerungen zu den Umtauschkursen und zu den gesamtdeutschen Wahlen Verwirrung gestiftet. Sowohl SPD als auch GRÜNE verlangen eine stärkere Beteiligung des Parlaments und Volksabstimmungen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung. – Überweisung der Anträge an den Ältestenrat mit der Ermächtigung, sie an den Ausschuß Deutsche Einheit nach dessen Einsetzung zu überweisen.

Samstag, 28. April 1990

Das Europäische Parlament unterstützt in einer Entschließung die Forderung des Europäischen Rates nach einer reibungslosen und harmonischen Eingliederung des Hoheitsgebietes der DDR in die Gemeinschaft. Dabei sollen jedoch die bestehenden Verpflichtungen und Ziele der Gemeinschaft, insbesondere diejenigen, die sich auf die Vollendung des Binnenmarktes sowie auf die Errichtung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion beziehen, uneingeschränkt eingehalten werden.

Montag, 30. April 1990

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* sowie die übrigen Mitglieder der Präsidien beider Parlamente treffen zu einer ersten offiziellen Begegnung und Beratung in Ost- und später in West-Berlin zusammen. Betont wird die besondere Verantwortung beider Parlamente bei der Mitgestaltung des deutschen Einigungsprozesses und die notwendige intensive Zusammenarbeit auf allen parlamentarischen Ebenen. In beiden Parlamenten soll ein besonderer Ausschuß die Beratungen begleiten.

Mittwoch, 2. Mai 1990

Die Verhandlungsdelegationen der Bundesregierung und der DDR-Regierung einigen sich auf die Umtauschkurse für die Währungsunion (Einzelheiten vgl. Abschnitt 28.1).

Freitag, 4. Mai 1990

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion geht die Bundesregierung davon aus, daß sich mit der Einführung der DM in der DDR und mit der Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft mit der Bundesrepublik Preisstruktur, Produktion, Beschäftigung, Spar- und Konsumverhalten erheblich verändern werden.

Die Regierung vermutet, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft bald verbessern wird. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen Unternehmen solle die Zahl der Arbeitslosen „in engen Grenzen“ gehalten werden.

Samstag, 5. Mai 1990

Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* eröffnet in Bonn die erste Runde der Außenminister der Zwei-plus-Vier-Konferenz über die deutsche Einheit.

Zentrales Thema dieser ersten Runde ist die Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands.

Mittwoch, 9. Mai 1990

Finanzausschuß: Eigentumsrecht in der DDR

Die Schaffung eines Eigentumsrechts betrachtet die Bundesregierung mit Blick auf mögliche Investitionen in der DDR als ein vordringliches Problem.

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Künftiges Sozialhilfesystem in der DDR

Bericht über die Vorbehalte der DDR gegen die mit der Einführung des Sozialversicherungssystems der Bundesrepublik verbundenen Belastungen der Arbeitnehmer sowie über das künftige Rentenniveau.

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Finanzhilfen für die DDR-Landwirtschaft

Forderung zu „allergrößter Vorsicht“ seitens der Vertreter von CDU/CSU und FDP.

Donnerstag, 10. Mai 1990

210. Plenarsitzung

Regierungserklärungen von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* u. a. zu den Zwei-plus-Vier-Gesprächen auf der Ebene der Außenminister am 5. Mai 1990

Interfraktioneller Antrag auf Einsetzung des Ausschusses Deutsche Einheit

Kritik der Opposition wegen der späten Einsetzung; *Gerhard Jahn* (SPD): „Es ist an der Zeit: Seit Monaten behandelt der Bundeskanzler die Einheit Deutschlands als Veranstaltung des Kanzleramtes, seit Monaten hat die Koalition ihre Hand dazu hergegeben, das Parlament völlig auszuschließen. Die beiden Anträge der SPD-Fraktion vom 14. Februar und 24. April zur Mitwirkung des Parlaments wurden nicht behandelt.“
– Mit großer Mehrheit Zustimmung zum Antrag.

Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR-Investitionsgesetz)

Ausschußüberweisung

Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

Inhalt: Direktwahl der Berliner Abgeordneten; im Gegensatz zu dem im März eingebrachten SPD-Entwurf andere Wahlkreiseinteilung. – Nach kurzer Debatte Ausschußüberweisung.

Fragestunde

Fragen u. a. zur Verhinderung von Spekulationsgewinnen beim Umtausch von DDR-Mark in D-Mark.

Freitag, 11. Mai 1990

Ausschuß Deutsche Einheit (konstituierende und 2. Sitzung): Unterrichtung durch die Bundesregierung über die Gespräche mit der DDR über den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Hinweis

Daten im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands sind neben Abschnitt 28.1 – Chronik der „Wende“ in der Volkskammer – noch in folgenden Abschnitten im vorliegenden **Datenhandbuch** enthalten:

- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Samstag/Sonntag, 12./13. Mai 1990

Abschluß der Expertengespräche zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Bonn.

Montag, 14. Mai 1990

Treffen von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Ministerpräsident *Lothar de Maizière* in Ost-Berlin.

Bundesfinanzminister *Theodor Waigel* und DDR-Finanzminister *Walter Romberg* beraten in Ost-Berlin über die Haushaltslage der DDR, den Umfang bundesdeutscher Hilfe und die Eigenleistungen durch die DDR.

Dienstag, 15. Mai 1990

Nach einer Koalitionsberatung über den Staatsvertrag mit der DDR erklärt Bundeskanzler *Helmut Kohl*, die Fraktionen von CDU/CSU und FDP strebten gesamtdeutsche Wahlen noch in diesem Jahr, spätestens aber am 13. Januar 1991 an. DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* erklärt dazu, für ihn sei der Termin gesamtdeutscher Wahlen „heute kein Thema“.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion stellt die Bundesregierung fest, mögliche Außenhandelsdefizite der DDR seien in einem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsgebiet wegen der hohen Überschüsse in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik unproblematisch.

Mittwoch, 16. Mai 1990

Besprechung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* mit den Regierungschefs der Länder

Diskussion über die Beteiligung von Bund, Ländern und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland an den DDR-Finanzlasten; Beschluß zur Einrichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“ in Höhe von 115 Milliarden DM.

Ausschuß Deutsche Einheit (3. Sitzung): Fortsetzung der Unterrichtung durch die Bundesregierung (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Zuvor Wahl von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* zur Ausschußvorsitzenden.

Innenausschuß: Staatsvertrag mit der DDR

Aussprache mit Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble*, wobei auch Fragen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 GG und zur verfassungsrechtlichen Gestaltung gesamtdeutscher Wahlen zum 2. Dezember erörtert werden.

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Unterausschuß für Zonenrandförderung: Abbau der innerdeutschen Grenzkontrollen

Erörterung der Probleme durch den Wegfall von rund 3 000 Stellen für Bedienstete im Bereich des Zolls und für Polizeivollzugsbeamte im Bereich des Bundesgrenzschutzes.

Ausschuß für Wirtschaft: Öffentliche Anhörung über die Funktion der Kreditinstitute bei der Währungsunion mit der DDR

noch: Mittwoch, 16. Mai 1990

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Sozialunion mit der DDR

Ausführliche Diskussion über die Zahlung von Renten, Probleme der Krankenversicherung und des Arbeitsmarktes in der DDR.

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: Künftige Jugendarbeit in der DDR

Nach dem vollständigen Zusammenbruch der verbandlichen Jugendarbeit, die bisher nur von den kommunistischen Jugendverbänden FDJ und Junge Pioniere geleistet wurde, Erörterung des Aufbaus der neuen, an pluralistischen und demokratischen Grundsätzen orientierten Jugendarbeit.

Petitionsausschuß: Petitionen von DDR-Bürgern

Erörterung der Petitionen in Anwesenheit des Vorsitzenden des Petitionsausschusses der DDR-Volkskammer, *Martin Göttching*.

Donnerstag, 17. Mai 1990

Aufgrund einer Verordnung des DDR-Ministerrates benötigen Bundesbürger für Reisen in die DDR ab sofort nur noch einen Personalausweis.

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: DDR-Atomkraftwerk Greifswald

Fragen der Umsetzung eines im Auftrag des Ost-Berliner Runden Tisches erstellten Sicherheitsberichts, der sich für eine Abschaltung ausspricht.

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Subventionierung der DDR-Landwirtschaft

Freitag, 18. Mai 1990

In Bonn Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion durch Bundesfinanzminister *Theodor Wigel* und DDR-Finanzminister *Walter Romberg* in Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière*. (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.1.)

Montag, 21. Mai 1990

Nach einem Vorstoß ihres Kanzlerkandidaten *Oskar Lafontaine* macht die SPD entsprechend einem Beschluß des Parteivorstands ihre Zustimmung zum Staatsvertrag mit der DDR von wesentlichen Änderungen und Nachbesserungen u. a. in den Bereichen Wirtschafts- und Umweltpolitik abhängig.

Mittwoch, 23. Mai 1990

212. Plenarsitzung

Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Die SPD läßt es bei der ersten Beratung offen, wie sie sich bei der Schlußabstimmung verhalten wird.

Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

Inhalt: Direktwahl der Berliner Abgeordneten, die künftig auch das volle Stimmrecht im Bundestag erhalten. – Annahme mit Mehrheit.

Ausschuß Deutsche Einheit (4. Sitzung, zugleich 1. gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der Volkskammer der DDR): Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Mit Nachdruck unterstreicht Bundeskanzler *Helmut Kohl*, daß er für Verbesserungen diskussionsbereit sei, daß aber über den Staatsvertrag nicht verhandelt werden könne. Der Zeitplan, zum 1. Juli die D-Mark in der DDR einzuführen und die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zu schaffen, müsse eingehalten werden. Probleme der Umweltunion müßten gesondert beraten werden.

Samstag, 26. Mai 1990

Der SPD-Kanzlerkandidat *Oskar Lafontaine* stößt mit seiner Empfehlung, den Staatsvertrag im Bundestag abzulehnen und im Bundesrat passieren zu lassen, auf innerparteiliche Kritik.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* erklärt sich bereit, mit der SPD über Ergänzungen zum Staatsvertrag zu verhandeln.

Dienstag, 29. Mai 1990

Bei einem Treffen von Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* mit Staatssekretär *Günther Krause* in Ost-Berlin übergibt Schäuble sein Papier „Grundstrukturen eines Staatsvertrages zur Herstellung der deutschen Einheit“; *Krause* übergibt ein Papier „Einheit Deutschlands“.

Im Reichstagsgebäude in West-Berlin kommen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Volkskammerfraktion der Allianzparteien zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Über einen Termin zu gesamtdeutschen Wahlen herrscht Uneinigkeit.

Mittwoch, 30. Mai 1990

213. Plenarsitzung

Befragung der Bundesregierung

Fragen u. a. zur Ausgestaltung der Umweltunion durch ein Umweltrahmengesetz der DDR.

Aktuelle Stunde betr. Beschlüsse der Bundesregierung zur Rolle des Umweltschutzes im Staatsvertrag

Fragestunde

Fragen u. a. zu Portogebühren für Ost-Berlin nach der Übernahme der bundesdeutschen Posttarife durch die DDR.

Ausschuß Deutsche Einheit (5. Sitzung): Fortsetzung der Beratung zum Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ... (siehe auch Abschnitt 7.5)

Innenausschuß: Entschließung zur politischen Bildung

In dem Beschluß wird betont, daß die politische Bildung gegenwärtig vor großen Herausforderungen steht, „die sich aus dem revolutionären politischen und gesellschaftlichen Wandel in der DDR und dem Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten ergeben“. Jetzt gelte es, ein beträchtliches Informationsbedürfnis der DDR-Bürger zu befriedigen, Integrationshilfen für Aussiedler zur Verfügung zu stellen und auch den europäischen Einigungsprozeß nicht aus den Augen zu verlieren.

Finanzausschuß: Bruttosozialprodukt 1990

Der „DDR-Effekt“ aufgrund von stärkerer Nachfrage aus der DDR wird 1990 voraussichtlich ein halbes Prozent über dem auf 6,5% geschätzten Wachstum des nominalen Bruttosozialprodukts für die Bundesrepublik ausmachen.

Haushaltsausschuß: Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in der DDR

Freigabe von 500 000 DM für Aufbauhilfe.

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Sozialunion mit der DDR

Sitzung in Ost-Berlin gemeinsam mit dem Ausschuß für Arbeit und Soziales der Volkskammer der DDR; Erörterung der Sorgen der DDR vor der mit der Umstellung auf die soziale Marktwirtschaft verbundenen Arbeitslosigkeit.

Ausschuß für Post und Telekommunikation: „Postunion“ mit der DDR

Gemeinsame Sitzung in Ost-Berlin mit dem Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen der Volkskammer der DDR.

Donnerstag, 31. Mai 1990

214. Plenarsitzung

Mit Mehrheit Verabschiedung folgender Gesetze:

Gesetz zur Aufhebung des Aufnahmegesetzes,

Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) (DDR-Investitionsgesetz)

Fragestunde

Fragen u. a. zur Durchführung der Olympischen Spiele in Berlin im Jahre 2000 oder 2004 sowie zur Eignung des geschichtsträchtigen Olympiastadions als Austragungsort angesichts der sich abzeichnenden Wiedervereinigung Deutschlands.

Dienstag, 5. Juni 1990

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Beginn einer viertägigen Delegationsreise in die DDR

Gemeinsame Sitzung mit dem Umweltausschuß der Volkskammer; Gespräch mit dem Umweltminister der DDR *Karl-Hermann Steinberg* u. a. über die Zukunft der Kernkraftwerke sowjetischer Herkunft in der DDR; Besichtigung von Betriebsanlagen, u. a. Chemiekombinat Bitterfeld.

Freitag, 8. Juni 1990

In einer von den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichneten und an den Bundeskanzler gerichteten Note wird mitgeteilt, daß die drei westlichen Alliierten ihre Vorbehalte in bezug auf die unmittelbaren Wahlen zum Deutschen Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Deutschen Bundestag und im Bundesrat hiermit aufheben.

Mittwoch, 13. Juni 1990

Ausschuß Deutsche Einheit (6. Sitzung): Fortsetzung der Beratung und Beschlußfassung zum Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ... (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Hinweis

Eintragungen in der **rechten Spalte** beziehen sich auf **Ereignisse im Bundestag**, Eintragungen in der **linken Spalte** auf **Ereignisse außerhalb des Bundestages**.

Donnerstag, 14. Juni 1990

Nach einer längeren internen Auseinandersetzung stimmen die SPD-Führungsgremien dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR zu.

Der SPD-Kanzlerkandidat *Oskar Lafontaine* hatte den Vertrag heftig kritisiert und von SPD-Bundestagsabgeordneten dessen Ablehnung gefordert.

Freitag, 15. Juni 1990

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung zur Eigentumsfrage. Sie einigen sich darauf, daß in der DDR enteignetes Grundvermögen grundsätzlich an die ehemaligen Eigentümer oder die Erben zurückgegeben wird.

Ausschuß Deutsche Einheit (7.Sitzung): Fortsetzung der Beratung und Beschlußfassung zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ... (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Vor der Sitzung nehmen die mitberatenden Ausschüsse des Bundestages zum Gesetzentwurf zum Staatsvertrag mit der DDR Stellung. Zum Teil werden ausführlich Änderungen beraten und vorgeschlagen wie beispielsweise im Finanzausschuß. Andere Ausschüsse wie der Auswärtige Ausschuß und der Verteidigungsausschuß stimmen dem Vertragswerk ohne gesonderte Stellungnahmen zu. Forderungen der SPD-Abgeordneten nach weitergehenden Regelungen finden in den Ausschüssen keine Mehrheit.

Ausschuß für Verkehr: Deutsch-deutsche Verkehrsinfrastruktur

Gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuß der Volkskammer der DDR in Bonn; Erklärung, daß beim Aufbau einer deutsch-deutschen Verkehrsinfrastruktur der Eisenbahn eine Vorreiterrolle eingeräumt werden soll.

Sonntag, 17. Juni 1990

Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR gedenken erstmals in einer gemeinsamen Feierstunde im Schauspielhaus in Ost-Berlin der Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953. (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.1.)

Dienstag, 19. Juni 1990

Die Unionsfraktionen in beiden deutschen Parlamenten und die FDP-Fraktion im Bundestag einigen sich auf den 2. oder 9. Dezember 1990 als Termin für gesamtdeutsche Wahlen. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes soll am Wahltag erfolgen.

Mittwoch, 20. Juni 1990

216. Plenarsitzung

SPD-Antrag zur DDR-Mitwirkung an Planungen zum Deutschen Historischen Museum

Ausschuß Deutsche Einheit (8.Sitzung in Ost-Berlin, zugleich 2.gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der DDR-Volkskammer): Erklärung zur deutsch-polnischen Grenze (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Beide Ausschüsse verständigen sich auf eine gleichlautende Erklärung, in der der jetzige Verlauf der polnischen Westgrenze als endgültig anerkannt wird. Diese Anerkennung ist die Voraussetzung für die Zustimmung der europäischen Nachbarn zur deutschen Einheit.

Ausschuß Deutsche Einheit (9.Sitzung in Bonn): Stellungnahme des Innen- und Rechtsausschusses zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ...; Erklärung zur deutsch-polnischen Grenze (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Innenausschuß: Zukunft des öffentlichen Dienstes in der DDR

Gemeinsame Sitzung mit dem Innenausschuß der Volkskammer der DDR.

Ausschuß für Wirtschaft, Unterausschuß Außenwirtschafts- und Handelspolitik: Abschaffung der Kontrollen an der innerdeutschen Grenze

Verteidigungsausschuß: Gemeinsame Probleme der Sicherheits-, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik

Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß für Abrüstung und Verteidigung der Volkskammer der DDR; Hinweis auf die besondere Bedeutung und Tragweite dieses gemeinsamen Treffens durch den Ausschußvorsitzenden *Uwe Ronneburger*; unterschiedliche Positionen zur Zukunft der Nationalen Volksarmee der DDR.

Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung: Zukunft der DDR-Wissenschaftler

Gemeinsame Sitzung mit dem Volkammerausschuß für Forschung und Technologie; Anhörung zur bevorstehenden wachsenden Arbeitslosigkeit von Forschern in der DDR.

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Auswirkungen der deutschen Einheit auf eine künftige gesamtdeutsche Entwicklungspolitik

Gemeinsame Sitzung mit dem Volkammerausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Anwesenheit

noch: Mittwoch, 20. Juni 1990

von DDR-Entwicklungshilfeminister *Wilhelm Ebeling*: gemeinsame Erklärung mit der Aufforderung an die beiden Regierungen der deutschen Staaten, sie sollten erklären, daß sie ein vereintes Deutschland anstreben, bis 1995 0,15 Prozent des Bruttosozialprodukts für die am wenigsten entwickelten Länder bereitzustellen.

Donnerstag, 21. Juni 1990

Zeitgleich zur Bundestagssitzung verabschiedet die Volkskammer den am 18. Mai von den Finanzministern der beiden deutschen Staaten unterzeichneten Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie die gleichlautende Resolution zur endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (siehe Abschnitt 28.1).

217. Plenarsitzung

Nach Aufhebung der Vorbehalte der drei Westmächte haben die Abgeordneten aus Berlin erstmals volles Stimmrecht im Deutschen Bundestag.

Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

- zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik,
- zu den äußeren Aspekten der deutschen Einheit,
- zu den deutsch-polnischen Beziehungen

in Verbindung mit

zweiter und dritter Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1990)

Regierungserklärung von Bundeskanzler *Helmut Kohl*: „Selten in seiner Geschichte stand der Deutsche Bundestag vor so bedeutsamen Entscheidungen wie heute“; *Kohl* bezeichnet den Staatsvertrag als einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Einheit, als Ausdruck der Solidarität der Deutschen und ihres Willens, in eine gemeinsame Zukunft zu gehen; durch den Vertrag eröffne sich für die Landsleute in der DDR die Chance auf eine rasche, durchgreifende Besserung ihrer Lebensbedingungen. – Der SPD-Fraktionsvorsitzende *Hans-Jochen Vogel* betont, der Staatsvertrag – hätte ihn die SPD ausgehandelt – hätte „anders ausgesehen“, und wiederholt die Einwände des SPD-Kanzlerkandidaten *Oskar Lafontaine*. – Nach vierzehnstündiger Aussprache und zahlreichen Erklärungen Annahme des Staatsvertrages in namentlicher Abstimmung mit 444 Stimmen bei 60 Nein-Stimmen (von den meisten Abgeordneten der GRÜNEN und einigen SPD-Abgeordneten) und 1 Enthaltung sowie Annahme der Gemeinsamen Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze mit 486 Stimmen bei 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Freitag, 22. Juni 1990

Auch der Bundesrat stimmt dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Grenzerklärung zu Polen zu.

Von der Mehrheit der SPD-geführten Bundesländer wird die Vorbereitung des Vertrages durch die Bundesregierung scharf kritisiert. Niedersachsen und Saarland lehnen den Staatsvertrag ab.

Fortsetzung der am 5. Mai 1990 in Bonn begonnenen Verhandlungen der Zwei-plus-Vier-Runde im Schloß Niederschönhausen in Ost-Berlin. Die sechs Außenminister schließen mit einer Einigung auf ein schnelleres Tempo ihre Gespräche über den Zeitplan für die Souveränität Deutschlands ab.

Montag, 25. Juni 1990

Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* und Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* treten gemeinsam einen dreitägigen offiziellen Besuch in Israel an.

Die FDP der Bundesrepublik und die drei liberalen Parteien der DDR beschließen als Termin für den Vereinigungsparteitag den 11. und 12. August.

Ausschuß für Wirtschaft, Unterausschuß Fremdenverkehr: Beginn einer dreitägigen Reise durch die DDR zur Information über die Lage des Fremdenverkehrs. Die Parlamentarier-Delegation kommt zu der Ansicht, daß eine Tourismus-Werbung wegen der unzureichenden Infrastruktur noch verfrüht ist.

Mittwoch, 27. Juni 1990

Bundesregierung und Ministerrat der DDR billigen das gegenseitige Abkommen über die Aufhebung der Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze zum 1. Juli 1990.

Donnerstag, 28. Juni 1990

Der SPD-Parteivorsitzende *Hans-Jochen Vogel* droht mit einer Verfassungsklage für den Fall, daß bei den Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Parlament in der Bundesrepublik und in der DDR unterschiedliche Sperrklauseln gelten sollten.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der GRÜNEN stellt die Bundesregierung fest, daß der Müll-export in die DDR reduziert werden soll.

Hinweis

Der jeweilige Stand des Einigungsprozesses, die von der Bundesregierung eingenommene Position und – in der anschließenden Aussprache – die Stellungnahmen von Regierungs- und Oppositionsfractionen lassen sich den Regierungserklärungen in den Jahren 1989 und 1990 entnehmen. Daten und Themenlisten sind in Abschnitt 6.11 zusammengestellt.

Freitag, 29. Juni 1990

In einer Feierstunde anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde von Gesamt-Berlin an *Richard von Weizsäcker* plädiert der Bundespräsident für Berlin als gesamtdeutsche Hauptstadt und Regierungssitz.

Diese Äußerung *Weizäckers* führt in der Folgezeit zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Berlin-Befürwortern und Berlin-Gegnern.

Sonntag, 1. Juli 1990

Inkrafttreten des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vereinbarten Vertrages über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (siehe auch Abschnitt 28.1).

Unterzeichnung der Vereinbarung über die Aufhebung der Grenzkontrollen durch Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Innenminister *Peter-Michael Diestel* an der innerdeutschen Grenzübergangsstelle zwischen Neustadt bei Coburg und Hönbach in Thüringen.

Einstellung des Notaufnahmeverfahrens für Übersiedler aus der DDR.

Montag, 2. Juli 1990

Nach dem Vollzug der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nehmen die Regierungen beider deutscher Staaten den zweiten Staatsvertrag (Einigungsvertrag) in Angriff, der Einzelheiten über den Beitritt der DDR regeln soll.

Die DDR-Regierungskoalition einigt sich auf den 2. Dezember 1990 als Termin für gesamtdeutsche Wahlen.

Dienstag, 3. Juli 1990

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der GRÜNEN erklärt die Bundesregierung, erst gründliche Untersuchungen können Aufschluß darüber geben, welche Altlasten der Uranabbau in der DDR hinterlassen hat.

Hinweis

Die entsprechende Chronik aus der Sicht der DDR enthält Abschnitt 28.1.

Mittwoch, 4. Juli 1990

Die Bonner Koalition richtet sich auf gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember ein.

Ausschuß Deutsche Einheit (10. Sitzung): Beratung der weiteren Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Präsidium und Ältestenrat befassen sich mit den Konsequenzen gesamtdeutscher Wahlen für das Parlament in Bonn und Berlin.

Bis zu einer Entscheidung des 12. Bundestages über den endgültigen Sitz von Parlament und Regierung bereitet der Bundestag die Arbeitsmöglichkeiten für ein gesamtdeutsches Parlament vor. Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* erklärt, der derzeitige Ersatzplenarsaal im früheren Wasserwerk könne für die Aufnahme von rund 660 Abgeordneten dadurch hergerichtet werden, daß andere Stühle verwendet werden. Der Plenarsaal des Reichstags in Berlin werde für Sitzungen des Parlaments und der Fraktionen „funktionsgerecht hergerichtet“.

Freitag, 6. Juli 1990

Erste Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag mit der DDR in Ost-Berlin (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.1).

Sonntag/Montag, 15./16. Juli 1990

Zweitägiger Staatsbesuch von Bundeskanzler *Helmut Kohl*, Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* und Finanzminister *Theodor Waigel* in der Sowjetunion.

Zu der noch offenen Bündnisfrage wird mit dem sowjetischen Staatspräsidenten *Michail Gorbatschow* im Kaukasus Einigung darüber erzielt, daß das geeinte Deutschland Mitglied der NATO bleiben kann. Deutschland soll noch im Jahr 1990 die volle Souveränität erhalten und über seine Bündniszugehörigkeit selbst entscheiden können. Bundeskanzler *Helmut Kohl* bezeichnet seinen Besuch als einen „Höhepunkt in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen“ und zeigt sich mit den „weitreichenden Fortschritten“ zufrieden. International stoßen die Ergebnisse des Staatsbesuches auf ein positives Echo.

Dienstag, 17. Juli 1990

Dritte Verhandlungsrunde im Rahmen der Zweipus-Vier-Gespräche in Paris, an der der polnische Außenminister *Krzysztof Skubiszewski* teilnimmt. Im Abschlußdokument einigen sich die Teilnehmer auf fünf Prinzipien über den endgültigen Charakter der deutsch-polnischen Grenze. Vereinbart wird, daß Deutschland und Polen innerhalb kürzester Zeit

noch: Dienstag, 17. Juli 1990

einen Grenzvertrag unterzeichnen, der die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens garantiert.

Nach Darstellung von Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* kann sich nunmehr die deutsche Vereinigung noch im Jahr 1990 vollziehen. Bundeskanzler *Helmut Kohl* kündigt an, daß außer mit der Sowjetunion auch mit Polen ein umfassender Vertrag über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen geschlossen werden soll.

Donnerstag, 19. Juli 1990

Der Streit innerhalb der Regierungskoalition der DDR um eine baldige Beitrittserklärung der Deutschen Demokratischen Republik nach Artikel 23 des Grundgesetzes verschärft sich (siehe Abschnitt 28.1).

Donnerstag, 26. Juli 1990

Ausschuß Deutsche Einheit (11. Sitzung): Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag mit der DDR (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Ausschuß Deutsche Einheit (12. Sitzung, zugleich 3. gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der DDR-Volkskammer): Zusammenkunft aufgrund des Beschlusses der Volkskammer vom 22. Juli 1990; Festlegung des Termins für gesamtdeutsche Wahlen auf den 2. Dezember 1990; Verständigung, daß die gesamtdeutsche Wahl in einem Wahlgebiet nach einem Wahlrecht stattfinden soll, keine Einigung über die Ausgestaltung der Sperrklausel (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Ausschuß Deutsche Einheit (13. Sitzung): Fortsetzung der Tagesordnung der 11. Sitzung (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Dienstag, 31. Juli 1990

Nach langwierigen Auseinandersetzungen einigt sich die Bonner Regierungskoalition auf ein Wahlrecht für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Demnach soll die Listenverbindung nicht konkurrierender Parteien möglich sein bei Beibehaltung einer einheitlichen (nicht länderbezogenen) Fünf-Prozent-Klausel.

Freitag, 3. August 1990

Unterzeichnung des Wahlvertrages für gesamtdeutsche Wahlen durch Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Günther Krause* in Ost-Berlin (vgl. Abschnitt 28.1).

Abschluß der zweiten Verhandlungsrunde über den Einigungsvertrag in Ost-Berlin.

Im Anschluß an ein Treffen mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* an dessen Urlaubsort am österreichischen Wolfgangsee schlägt Ministerpräsident *Lothar de Maizière* überraschend vor, den Beitritt der DDR und die ersten gesamtdeutschen Wahlen vom 2. Dezember auf den 14. Oktober 1990 vorzuverlegen.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* begrüßt den Vorschlag, da die Vorverlegung den Wünschen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands entspreche. Die Opposition in Bonn kritisiert den Vorschlag als grundgesetzwidrig: Der Bundestag müsse zuvor aufgelöst werden, was nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum oder durch eine Grundgesetzänderung erreicht werden könne.

Sonntag, 5. August 1990

Bundeskanzler *Helmut Kohl* versichert, er würde keine vorgetäuschte Vertrauensfrage stellen, um die vorgezogene Auflösung des Bundestages und damit gesamtdeutsche Wahlen am 14. Oktober zu ermöglichen. Die zweite Möglichkeit – eine Grundgesetzänderung – wird vom saarländischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten *Oskar Lafontaine* abgelehnt.

Montag, 6. August 1990

Fertigstellung des ersten Entwurfs des Einigungsvertrages entsprechend dem Ergebnis der zweiten Verhandlungsrunde.

Dienstag, 7. August 1990

Bundeskanzler *Helmut Kohl* und führende Sozialdemokraten treffen zu einem Spitzengespräch zusammen. Die SPD beharrt darauf, mit der ersten gesamtdeutschen Wahl bis zum 2. Dezember zu warten. Einig sind sich Regierung und Opposition nur darin, daß der Beitritt der DDR möglichst rasch erfolgen müsse.

Mittwoch, 8. August 1990

In der gleichzeitig stattfindenden und zeitweise turbulent verlaufenden Volkskammertagung, die bis nach Mitternacht andauert, Annahme eines Antrags der CDU/DA-Fraktion, wonach die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland gebeten werden, „die Möglichkeit zu eröffnen, die Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament in Verbindung mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 14. Oktober 1990 durchzuführen“. Als letzter Punkt steht die 2. Lesung des Wahlvertrages auf der Tagesordnung. (Vgl. auch Abschnitt 28.1.)

219. Plenarsitzung

Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

1. Lesung und Überweisung an den Ausschuß Deutsche Einheit (federführend).

Ausschuß Deutsche Einheit (14. Sitzung): Beratung des Vertrags zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages ... (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Bericht der Bundesregierung über Liquiditätsprobleme in der Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung der DDR

Donnerstag, 9. August 1990

In der Volkskammer scheidet in den frühen Morgenstunden die Verabschiedung des Wahlvertrages für die erste gesamtdeutsche Wahl daran, daß wegen zu geringer Präsenz die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wird. Das Präsidium der Volkskammer beschließt noch in der Nacht, daß ein zweiter Anlauf in einer Sondersitzung am 22. August erfolgen soll (vgl. Abschnitt 28.1).

Nach dem langen Streit zwischen Koalition und Opposition legt sich die Bundesregierung auf den 2. Dezember als Termin für die erste gesamtdeutsche Wahl fest.

Besprechung zwischen Bundeskanzler *Helmut Kohl*, Kanzleramtsminister *Rudolf Seiters*, Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble*, DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* und Staatssekretär *Günther Krause* in Bonn.

U. a. Unterrichtung über die Entscheidung der Bundesregierung, dem Bundespräsidenten als Wahltermin den 2. Dezember 1990 vorzuschlagen, nachdem eine Zweidrittelmehrheit für eine Verkürzung der Wahlperiode nicht erreichbar ist.

220. Plenarsitzung

Nach dem Scheitern des Wahlvertrages in der Volkskammer Absetzung der zweiten und dritten Beratung des Vertrages von der Tagesordnung und Verschiebung auf den 23. August 1990. Statt dessen als Zusatztagesordnungspunkt Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit.

Ausschuß Deutsche Einheit (15. Sitzung): Fortsetzung der Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Haushaltsausschuß: DDR-Haushalt

Nach einem Bericht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, *Manfred Carstens*, geht die Bundesregierung davon aus, daß die DDR für 1991 keinen eigenen Haushalt mehr aufstellen wird. Es sei daher auch wenig sinnvoll, jetzt über einen eigenen Haushalt der Bundesrepublik für 1991 zu beraten. Es müsse mit einem weiteren Nachtragshaushalt 1990 gerechnet werden. Bei einem Beitritt der DDR im Oktober werde voraussichtlich ein erster gesamtdeutscher Haushalt aufgestellt.

Hinweis

Zu den Wahlrechtsbestimmungen für die gesamtdeutsche Wahl am 2. Dezember 1990 vgl. Abschnitt 1.1.

Freitag, 10. August 1990

Bundeskanzler *Helmut Kohl* und DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* sprechen sich bei ihrem Treffen in Bonn für den 14. Oktober als Tag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik aus.

Samstag/Sonntag, 11./12. August 1990

Vereinigungsparteitag der FDP in Hannover

Zusammenschluß der FDP und der drei ostdeutschen liberalen Parteien (Bund Freier Demokraten, Freie Demokratische Partei der DDR und Deutsche Forumpartei) zur ersten gesamtdeutschen Partei; Wahl von *Otto Graf Lambsdorff* zum Vorsitzenden.

Montag, 13. August 1990

Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* setzt den 2. Dezember 1990 als Termin für die gesamtdeutsche Wahl des nächsten Bundestages fest.

Verkündung im Bundesgesetzblatt am 18. August; Anordnung betrifft zunächst nur das Bundesgebiet, nach Verabschiedung des Wahlvertrages und dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz gilt sie automatisch auch für die neuen Bundesländer.

Sonntag, 19. August 1990

Die SPD-Volkskammerfraktion beschließt den Austritt aus der Regierungskoalition, nachdem vier Tage zuvor Ministerpräsident *Lothar de Maizière* u. a. zwei ihrer Minister wegen angeblicher Unfähigkeit fristlos entlassen hat (vgl. Abschnitt 28.1).

Montag, 20. August 1990

Beginn der dritten, bis 24. August dauernden Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag in Bonn.

Angesichts der Verschärfung der Fronten wird ein Scheitern des Einigungsvertrages nicht mehr ausgeschlossen. Die SPD legt einen umfangreichen Katalog von Änderungsforderungen vor und kritisiert u. a. die geplanten Regelungen über die soziale Sicherheit, zum Schwangerschaftsabbruch, über die Finanzausstattung der Länder und Kommunen und die Entschädigungsregelungen. Auch die Streitigkeiten zwischen den Bonner Koalitionsparteien verschärfen sich: Insbesondere in der Frage, ob bei Schwangerschaftsabbrüchen das Wohnort- und das Tatortprinzip gelten soll, kann keine Einigkeit hergestellt werden. In Ost-Berlin eskalieren nochmals die Auseinandersetzungen um den Beitrittstermin.

Für den Fall eines Scheiterns des Vertrages im Bundesrat kündigt Bundesinnenminister *Schäuble* an, daß der Beitritt dann mit Überleitungsgesetzen geregelt werde.

Dienstag, 21. August 1990

In Bonn wird die ursprünglich für den 24. August vorgesehene Paraphierung des Einigungsvertrages verschoben.

Mittwoch, 22. August 1990

Die DDR-Volkskammer stimmt beim zweiten Anlauf mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit dem Wahlvertrag für die erste gesamtdeutsche Wahl am 2. Dezember zu. – Für den Abend Einberufung einer Sondertagung der Volkskammer zur Beratung eines Antrags über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik (vgl. Abschnitt 28.1).

Ausschuß Deutsche Einheit (16. Sitzung): Änderungsantrag der CDU/CSU- und FDP-Fraktion zum Wahlvertrag sowie Fortsetzung der Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Donnerstag, 23. August 1990

In der Nacht zum Donnerstag stimmt die Volkskammer der DDR mit großer Mehrheit folgendem Antrag zu:

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990.“ (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.1.)

221. Plenarsitzung

Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Beitrittserklärung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

in Verbindung mit

Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit und

zweiter und dritter Beratung des Gesetzes zu den Verträgen vom 3. August 1990 und vom 20. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Der Volkskammer-Beschluß zum Beitrittstermin der DDR findet in der Regierungserklärung und in der anschließenden Aussprache mehrheitlich ein positives Echo. Bundeskanzler *Kohl*: „Der heutige Tag ist ein Tag der Freude für alle Deutschen.“ Auch der SPD-Kanzlerkandidat *Oskar Lafontaine* begrüßt den Beschluß, erklärt aber, die wirkliche Einheit heiße für die SPD „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse für die Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik“. – Annahme des Vertrages mit der Mehrheit der Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN. (Zum Inhalt des Wahlvertrages siehe Abschnitt 1.1.)

Ausschuß für Wirtschaft: Stromvertrag mit der DDR

Kritische Bewertung des Stromvertrages, den die Regierung der DDR mit bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen abgeschlossen hat, u. a. durch Bundeswirtschaftsminister *Helmut Haussmann*.

Freitag, 24. August 1990

Auch der Bundesrat stimmt dem Wahlvertrag mit großer Mehrheit zu, so daß er am 3. September in Kraft treten kann.

Abschluß der dritten Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag; offen sind insbesondere noch die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs und die Behandlung der Stasi-Akten.

Die SPD-regierten Bundesländer wollen dem Einigungsvertrag wegen des umstrittenen Abtreibungsrechts im Bundesrat nicht zustimmen. Bundeskanzler *Helmut Kohl* lädt die Parteivorsitzenden von CSU, FDP und SPD zu einem Spitzengespräch ein, um eine Einigung bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag zu erreichen. Dieses Gespräch findet am 26. August statt und führt zu deutlichen Annäherungen.

Dienstag, 28. August 1990

Mehrere Besprechungen bei Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und Bundesfinanzminister *Theodor Waigel* u. a. wegen der Forderungen der SPD zum Einigungsvertrag (Eigentumsfragen, Parteivermögen, Stasi-Akten, Länderfinanzen).

Mittwoch, 29. August 1990

Besprechung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* mit den Regierungschefs der Länder u. a. zu folgenden Themen: Treuhandanstalt, Feiertag am 3. Oktober sowie Stimmenverteilung im Bundesrat. Bei den noch offenen Fragen des Einigungsvertrages wird ein weitgehender Kompromiß erzielt.

Donnerstag, 30. August 1990

Nachmittags Beginn der bis Freitag dauernden vierten und abschließenden Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag in Bonn, zeitweise unterbrochen für ein letztes klärendes Gespräch zwischen Bundeskanzler *Helmut Kohl* und den Partei- und Fraktionsvorsitzenden.

Bei den Schlußverhandlungen einigen sich die Unterhändler darauf, dem Wunsch der Volkskammer entgegenzukommen und die Stasi-Akten vorerst in der DDR zu belassen. Eine endgültige Regelung soll vom gesamtdeutschen Parlament getroffen werden.

Zum Inhalt des Einigungsvertrages*)

Nachdem im Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vereinbart worden war, mußte eine Entscheidung über den Vollzug der rechtlichen Einheit getroffen werden. Artikel 23 GG sah vor, daß das Grundgesetz nach dem Beitritt in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) in Kraft zu setzen war. Eine sofortige Übernahme aller Bundesvorschriften in der ehemaligen DDR von einem Tag zum anderen hätte zu Chaos und Rechtsunsicherheit geführt, da die dortige Staatsordnung völlig anderen, zentralistischen Grundprinzipien folgte. Das gleiche gilt für die Einführung des in der bisherigen Bundesrepublik geltenden Rechts der Europäischen Gemeinschaft. Es bedurfte also für den Aufbau der neuen rechtsstaatlichen Ordnung einer Übergangszeit, die eine allmähliche Anpassung an die Ordnung der alten Bundesländer erlaubte. Diesem Ziel dient der am 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterzeichnete Einigungsvertrag.

Dieses letzte deutsch-deutsche Vertragswerk besteht aus 45 Artikeln, drei umfangreichen Anlagen und einer ergänzenden Vereinbarung vom 18. September 1990. Geregelt wird das Inkrafttreten des Grundgesetzes in dem beitretenden Gebiet, also in der DDR und in Ost-Berlin. Inhalt ist vor allem die Übernahme von Bundesrecht und die vorübergehende Weitergeltung von Teilen des DDR-Rechts für einen Zeitraum von längstens fünf Jahren. Gleichzeitig enthält der Einigungsvertrag beitriffsbedingte Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes.

Bei den parlamentarischen Beratungen zu den Verhandlungen des Einigungsvertrages wurde deutlich, daß trotz der umfangreichen drei Anlagen (mit über 300 Seiten) nicht jeder Punkt eine endgültige Klärung erfahren würde. Einiges sollte dem gesamtdeutschen Gesetzgeber vorbehalten werden, um die nach dem Beitritt auftretenden Probleme besser bewältigen zu können. Dies sieht auch der Vertrag vor. Als Beispiele seien hier genannt die Entscheidung über Sitz von Parlament und Regierung, die einheitliche Regelung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts im vereinten Deutschland oder die Schaffung von Voraussetzungen, um das Gesundheitswesen in den neuen Bundesländern zügig dem übrigen Bundesgebiet anzupassen.

Einige Punkte sind nach zum Teil sehr ausführlicher Beratung vom Ausschuß Deutsche Einheit als Auftrag oder als Empfehlung an den gesamtdeutschen Gesetzgeber ausgesprochen worden. Sie haben Eingang in den Bericht und die Beschlußempfehlung des Ausschusses gefunden. Dies betrifft beispielsweise die Behandlung der sogenannten Stasi-Akten, die auch im Innenausschuß eingehend beraten wurde. Die Problematik dieser Akten, die, wenn man sie hintereinanderreihen würde, viele Kilometer lang wären, ist vor allen Dingen das Recht auf Einsicht. Eine große Zahl von Bürgern hat einen Anspruch darauf, daß das durch das SED-Regime erlittene Unrecht aufgedeckt und wiedergutmacht wird. Die jeweilige Akte wäre das Beweismittel. Jedoch enthält sie auch Namen anderer Bürger. Damit taucht die Frage des Datenschutzes dieser Personen auf. Der Innenausschuß und der Ausschuß Deutsche Einheit haben daher Maßnahmen empfohlen, die bereits teilweise in Angriff genommen worden sind. So wurde ein unabhängiger Sonderbeauftragter eingesetzt, der eine vorläufige Benutzungsordnung erlassen hat. Ein Unterausschuß des Innenausschusses wurde eingesetzt, der sich mit der Erfassung und der Lagerung der Akten und einer endgültigen Regelung für die Benutzung befaßt.

Auch die bereits erwähnte Wiedergutmachung beziehungsweise die Rehabilitierung von Opfern des Unrechtsregimes sowie die Entschädigung für rassistisch und politisch Verfolgte war ein breit diskutiertes Thema, das nicht in allen Einzelheiten gelöst wurde. Auch insoweit wurde der gesamtdeutsche Gesetzgeber aufgefordert, sich dieses Kapitels der Vergangenheitsbewältigung anzunehmen. Hier geht es nicht nur darum, die Höhe der Entschädigung festzulegen. Das Parlament hat auch empfohlen, neben der im Rehabilitierungsgesetz vorgesehenen Überprüfung von gerichtlichen Entscheidungen auch die Grundlage für die Überprüfung von Unrecht zu ermöglichen, das durch die Verwaltung der ehemaligen DDR oder im Rahmen des beruflichen Lebens erlitten wurde. Als Beispiel seien hier die Fälle genannt, in denen nach einem Ausreiseantrag Bürger der DDR mit einem Berufsverbot bestraft und ihnen damit die Lebensgrundlage entzogen wurde.

*) Auszug aus: *Erika Lieser*, Die Beratungen zum Einigungsvertrag. In: Der Deutsche Bundestag. Parlament der deutschen Einheit. Hrsg. von *Rita Stüssmuth*. Stuttgart, München 1991, S. 92–101.

Freitag, 31. August 1990

Fortsetzung der vierten und abschließenden Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag:

2.08 Uhr: Paraphierung durch Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und Staatssekretär *Günther Krause* im Bundesinnenministerium in Bonn

9.00 Uhr: Billigung des paraphierten Vertrages durch das Bundeskabinett in Bonn und den Ministerrat der DDR in Berlin

13.15 Uhr: Unterzeichnung des Vertrages im Kronprinzenpalais in Ost-Berlin durch Bundesinnenminister *Schäuble* und Staatssekretär *Krause*

Zum Inhalt des Einigungsvertrages siehe Kasten auf Seite 1553.

Das Bundeskabinett beschließt eine Amnestie für DDR-Agenten, wonach mit der Vereinigung Deutschlands DDR-Spione straffrei ausgehen sollen, wenn sie weder eine schwere Straftat begangen noch eine Freiheitsstrafe von über drei Jahren zu erwarten haben.

Dienstag, 4. September 1990

Die Fraktion der GRÜNEN fordert in einem Antrag, die Präambel des Grundgesetzes in dem Sinne zu ändern, daß das Grundgesetz nur so lange gilt, „bis eine durch Volksentscheid gemäß Artikel 146 beschlossene deutsche Verfassung in Kraft tritt“.

Mittwoch, 5. September 1990

222. Plenarsitzung

Erste Beratung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz)

in Verbindung mit einer Reihe sonstiger Gesetzentwürfe und Anträge:

Gesetz über Straffreiheit bei Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit,

Gesetz über die Inkraftsetzung von Vereinbarungen betreffend den befristeten Aufenthalt von Streitkräften der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin und von sowjetischen Streitkräften auf dem in Artikel 3 des

noch: Mittwoch, 5. September 1990

Einigungsvertrages genannten Gebiet nach Herstellung der Deutschen Einheit,

SPD-Antrag: Haushaltswahrheit und -klarheit: Gesamtdeutscher Haushalt 1991 noch in diesem Jahr,

Antrag der GRÜNEN: Demokratische, soziale und ökologische Eckpunkte zum Einigungsvertrag,

Antrag der GRÜNEN: Änderung des Grundgesetzes

Nach mehrstündiger Debatte Überweisung an den Ausschuß Deutsche Einheit (federführend) und an 19 weitere Ausschüsse.

Rechtsausschuß: Fortführung der Untersuchungen über eine Stasi-Mitarbeit

Abgeordnete des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform der Volkskammer kritisieren in einer Beratung des Rechtsausschusses, daß die Arbeit des Sonderausschusses der Volkskammer zur Aufdeckung von Mitarbeitern der Staatssicherheit in führenden Positionen durch den Einigungsvertrag zum Erliegen kommen wird. Nach ihrer Auffassung ist es vordringlich, die Arbeit an der Aufklärung der Stasi-Machenschaften weiterzuführen, um Schaden zu verhindern.

Donnerstag, 6. September 1990

1. Lesung des Einigungsvertrages in der Volkskammer (in Anwesenheit von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*) (vgl. Abschnitt 28.1).

Die Aussprache wird verschoben, weil den Abgeordneten das über 1000seitige Vertragswerk zu spät zugestellt worden ist, um es durcharbeiten zu können, und weil bisher eine Verständigung mit der Bundesregierung über den Umgang mit den Stasi-Akten fehlt.

Ausschuß Deutsche Einheit (17. Sitzung): Beratung der am Vortag überwiesenen Gesetzentwürfe und Anträge, insbesondere Einigungsvertragsgesetz, ferner Vorlagen der Europäischen Gemeinschaften über „Die Gemeinschaft und die deutsche Einheit“ (vgl. auch Abschnitt 7.5)

Freitag, 7. September 1990

Sondersitzung des Bundesrates für den ersten Durchgang des Einigungsvertrages.

Montag, 10. September 1990

Acht Abgeordnete der CDU-Bundestagsfraktion reichen eine Verfassungsklage gegen den Einigungsvertrag beim Bundesverfassungsgericht ein. Sie wollen verhindern, daß Deutschland durch den Vertrag auf ehemals deutsche Gebiete verzichtet.

Mittwoch, 12. September 1990

Abschluß der Zwei-plus-Vier-Gespräche zur Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit in Moskau. Die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und der beiden deutschen Staaten unterzeichnen in Gegenwart des sowjetischen Staatspräsidenten *Michail Gorbatschow* den „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, durch den das wiedervereinigte Deutschland die volle Souveränität erhalten und die Rechte der Alliierten erlöschen sollen. Weiterer wichtiger Inhalt ist die Garantie der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens.

Der sowjetische Außenminister *Eduard Schewardnadse* erklärt auf der Pressekonferenz nach der Unterzeichnung: „Ein Schlußstrich ist gezogen unter die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, und eine neue Zeitrechnung hat begonnen.“

Vor Unterzeichnung des Vertrages einigen sich die sowjetische und die deutsche Regierung darauf, daß die Bundesrepublik 13 Milliarden Mark im Zusammenhang mit Stationierung und Abzug der sowjetischen Truppen auf DDR-Gebiet zahlt. Am 13. September unterzeichnen Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* und der sowjetische Außenminister *Eduard Schewardnadse* in Moskau einen umfassenden Vertrag über die künftigen Beziehungen zwischen dem vereinigten Deutschland und der Sowjetunion.

223. Plenarsitzung

Aktuelle Stunde zur angeblichen Verpflichtung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter durch den BND oder andere Dienste der Bundesrepublik Deutschland

Fragestunde

Fragen u. a. zur Weiterentwicklung der Psychiatrie, insbesondere in der DDR.

Verteidigungsausschuß: Nationale Volksarmee der DDR

Bundesverteidigungsminister *Gerhard Stoltenberg* informiert über die Zusammenführung von Nationaler Volksarmee und Bundeswehr und über die Übernahmepläne des zivilen Personals und von Soldaten der NVA.

Donnerstag, 13. September 1990

In der Volkskammer Fortsetzung der 1. Lesung des Einigungsvertrages mit 40 Wortmeldungen; trotz deutlicher Kritik im einzelnen zeichnet sich eine Zweidrittelmehrheit für den Vertrag ab.

224. Plenarsitzung

Fragestunde

Fragen u. a. zum Besitz privater Waffen und zum Aufbau einer Untergrundorganisation von ehemaligen Stasi-Mitgliedern.

Freitag, 14. September 1990

Ausschuß Deutsche Einheit (18. Sitzung): Bericht von Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* über den Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages sowie Fortsetzung der Beratung des Einigungsvertrages und der Vereinbarungen über den Aufenthalt der Truppen der Siegermächte in Deutschland

Zur Ausschußsitzung liegen die Voten der 19 mitberatenden Ausschüsse und die inzwischen noch eingegangenen umfangreichen schriftlichen Erläuterungen der Bundesregierung zu den Anlagen des Einigungsvertrages vor und werden abschließend behandelt.

Dienstag, 18. September 1990

Bundesregierung und Ministerrat der DDR billigen im Umlaufverfahren eine Ergänzungsvereinbarung zum Einigungsvertrag, auf die sich am Vortag Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und Staatssekretär *Günther Krause* verständigt hatten. Die Vereinbarung betrifft die Behandlung der Stasi-Akten nach der Vereinigung Deutschlands.

Die Ergänzungsvereinbarung („Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des Einigungsvertrages“) wird am Nachmittag in Bonn und Berlin durch Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und Staatssekretär *Günther Krause* unterzeichnet.

Das Bundesverfassungsgericht weist die von acht Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingereichte Klage gegen den deutsch-deutschen Einigungsvertrag als offensichtlich unbegründet zurück. Die Klage richtete sich vor allem gegen die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze.

Neben der Partei DIE GRÜNEN klagt nun auch die Linke Liste/Partei des Demokratischen Sozialismus gegen Bestimmungen des Gesetzes zu dem Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Bundestages.

Die Anträge richten sich gegen die Aufrechterhaltung der Sperrklausel und dagegen, daß Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbunden werden können.

Ausschuß Deutsche Einheit (19.Sitzung): Fortsetzung der Beratungen zum Einigungsvertrag sowie Beratung eines Gesetzentwurfs zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West) nach Fortfall der alliierten Vorbehaltsrechte (Sechstes Überleitungsgesetz)

In der am Abend beginnenden Ausschusssitzung Einbeziehung der am Nachmittag unterzeichneten Ergänzungsvereinbarung zum Einigungsvertrag.

Mittwoch, 19. September 1990

Ausschuß Deutsche Einheit (20. und zugleich letzte Sitzung): Abschließende Beratung des Einigungsvertrages

Der Ausschuß endet mit der Feststellung der Zustimmung und einem kurzen Dank der Vorsitzenden, Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, an die Beteiligten.

Rechtsausschuß: Straffreiheit für DDR-Agenten

Beratung des Amnestiegesetzes erst nach der Vereinigung.

Haushaltsausschuß: Kosten der Einheit

Beschluß, am 7. November eine Anhörung zu den Belastungen durch die deutsche Einheit und ihre Finanzierung sowie zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die öffentlichen Haushalte durchzuführen.

noch: **Mittwoch, 19. September 1990**

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: Gesundheitswesen der DDR

Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß für das Gesundheitswesen der DDR-Volkskammer; Erörterung der Probleme bei der Übertragung der bundesdeutschen Strukturen im Gesundheitswesen auf das dringend reformbedürftige Gesundheitswesen der DDR.

Ausschuß für Verkehr: Probleme der DDR-Reichsbahn

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Aktuelle Lage des Städtebaus und der Bau- und Wohnungswirtschaft in der DDR

Auf 14 bis 17 Milliarden DM jährlich werden die Mittel geschätzt, die nötig sind, um den Bestand an Wohnungen in der DDR aufrechtzuerhalten und die Zinslasten zu tragen.

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Gesamtdeutscher Beitrag zur Entwicklungshilfe

Annahme eines Antrages über den gemeinsamen deutschen Beitrag für eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit durch Entspannung zwischen Ost und West.

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Nationalparks in der DDR

Unterrichtung über den Beschluß des DDR-Ministerates vom 12. September 1990, vier Prozent der DDR-Fläche unter Naturschutz zu stellen und u. a. fünf Nationalparks einzurichten.

Sportausschuß: Fragen der gesamtdeutschen Sportpolitik

Erste (und gleichzeitig letzte) gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß für Jugend und Sport der DDR-Volkskammer in Ost-Berlin; Erörterung von Fragen zur Vereinigung der Sportorganisationen und zu den Olympia-Mannschaften für die Spiele 1992.

Hinweis

Das vorliegende *Datenhandbuch* enthält mehrere Dokumentationen über die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Es handelt sich um die folgende Abschnitte des Kapitels 28:

- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer
- 28.2 Volkskammerwahl vom 18. März 1990
- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.4 Alters- und Sozialstruktur der Volkkskammerabgeordneten
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

Donnerstag, 20. September 1990

Zeitgleich verabschiedet die Volkskammer der DDR mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit den Einigungsvertrag (siehe Abschnitt 28.1).

226. Plenarsitzung

Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland,

Zweite und dritte Beratung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag),

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses Deutsche Einheit zu zahlreichen Entschließungsanträgen,

Zweite und dritte Beratung des Gesetzes zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West) nach Fortfall der alliierten Vorbehaltsrechte (Sechstes Überleitungsgesetz) und

Zweite und dritte Beratung des Gesetzes über die Inkraftsetzung von Vereinbarungen betreffend den befristeten Aufenthalt von Streitkräften der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin und von sowjetischen Streitkräften auf dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet nach Herstellung der Deutschen Einheit

in Verbindung mit weiteren Tagesordnungspunkten

Regierungserklärung von Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher*; ganztägige Aussprache: seitens der SPD (*Oskar Lafontaine*) Zustimmung zu den außenpolitischen Aspekten der Wiedervereinigung, aber Kritik u. a. an unseriöser Finanzpolitik, an der Bodenpolitik mit dem Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ sowie an unzureichenden sozialpolitischen Regelungen; seitens der CDU/CSU (Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble*) Zurückweisung der Kritik wegen Verkennung der dynamischen Kräfte einer sozialen Marktwirtschaft; seitens der GRÜNEN (*Gerald Häfner*) Erklärung, daß Ablehnung des Einigungsvertrages nicht gegen die deutsche Einheit gerichtet sei; Zustimmung zum Einigungsvertrag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit von 440 Ja-Stimmen bei 47 Nein-Stimmen (darunter 13 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und die meisten Abgeordneten der Fraktion der GRÜNEN) und 3 Enthaltungen. – Dank des Bundestages an die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft „für ihre offene und vorbehaltlose Bereitschaft, die Einigung Deutschlands zu unterstützen“. – Billigung der Vereinbarung der Bundesregierung mit Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten über den Aufenthalt von Streitkräften.

Freitag, 21. September 1990

Bei der abschließenden Beratung im Bundesrat findet der Einigungsvertrag einstimmige Zustimmung.

227. Plenarsitzung

Bundestagsvizepräsident *Heinz Westphal* erklärt zum Schluß der Sitzung:

„Mit der heutigen, der letzten Plenarsitzung des 11. Deutschen Bundestages vor dem Vollzug der deutschen Einheit, nehmen wir hier Abschied von dem Parlament der Bundesrepublik Deutschland, wie wir es über 41 Jahre hin kannten: als Parlament des westlichen deutschen Teilstaates, allerdings auch als das einzige frei gewählte Parlament auf deutschem Boden nach der schlimmen Zeit der Diktatur ... Dieser Abschied ist kein Anlaß zur Wehmut, sondern zur Freude, zur Freude darüber, daß mit der nächsten Plenarsitzung der Wunsch in Erfüllung geht, den *Paul Löbe*, der Alterspräsident des 1. Deutschen Bundestages und ehemaliger Präsident des Deutschen Reichstags, am 7. September 1949 bei der Eröffnungssitzung äußerte: daß bald die Vertreter des gesamten deutschen Volkes ihre Plätze in diesem Hause einnehmen können. Das wird nun folgen.“ (Beifall bei allen Fraktionen)

Sonntag, 23. September 1990

Die GRÜNEN der Bundesrepublik sprechen sich auf dem Bundesparteitag in Bayreuth für einen Zusammenschluß mit den Grünen der DDR zum 3. Dezember 1990 aus.

Schon am Vortag hatten sie einen Zusammenschluß mit den Bürgergruppen der DDR für die gesamtdeutsche Wahl am 2. Dezember und eine Wahlplattform „Die Grünen/ Bündnis 90“ beschlossen.

Mittwoch, 26. September 1990

Die Sozialdemokraten beider Teile Deutschlands beschließen auf getrennten Parteitag in Berlin ihre Vereinigung für den folgenden Tag.

Donnerstag, 27. September 1990

Beginn des zweitägigen Vereinigungs-Parteitages der SPD in Berlin

Der neue Vorsitzende der gesamtdeutschen SPD, *Hans-Jochen Vogel*, erklärt, die SPD beende damit den Zustand, der 1946 durch die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED geschaffen worden sei.

Hinweis

Eintragungen in der **rechten Spalte** beziehen sich auf **Ereignisse im Bundestag**, Eintragungen in der **linken Spalte** auf **Ereignisse außerhalb des Bundestages**.

Freitag, 28. September 1990

Verkündung von Einigungsvertrag mit Ergänzungsvereinbarung und Zustimmungsgesetz im Bundesgesetzblatt.

Die Volkskammer der DDR entsendet – in einer insgesamt turbulenten Sitzung – 144 Abgeordnete gemäß Einigungsvertrag in den Bundestag (vgl. Abschnitt 28.1).

Samstag, 29. September 1990

Inkrafttreten des Einigungsvertrages.

Notenaustausch mit der DDR über das Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Einigungsvertrages.

Das Bundesverfassungsgericht erklärt den Wahlvertrag für die erste gesamtdeutsche Wahl teilweise für verfassungswidrig.

Das Gericht erklärt eine auf das gesamte Wahlgebiet bezogene Fünf-Prozent-Sperrklausel für unzulässig, und es hält die zusätzliche Möglichkeit der Listenvereinigung für Parteien und andere politische Vereinigungen mit Sitz im Gebiet der DDR für notwendig. Die mit der DDR vereinbarten Regelungen werden teilweise für verfassungswidrig erklärt, weil sie gegen den Grundsatz der Wahlgleichheit verstoßen.

Nach dem Scheitern des deutsch-deutschen Wahlvertrages vor dem Bundesverfassungsgericht steht der Bundestag nun unter großem Zeitdruck. Wenn der Termin für die erste gesamtdeutsche Wahl am 2. Dezember eingehalten werden soll, muß bis spätestens 16. Oktober ein neues Wahlgesetz vorliegen.

Montag, 1. Oktober 1990

Suspendierung der Vorbehaltsrechte der vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in bezug auf Deutschland.

Die Außenminister Frankreichs, der UdSSR, Großbritanniens und der USA unterzeichnen in New York eine Erklärung, wonach sie die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland aussetzen.

Beginn des zweitägigen Vereinigungsparteitages der CDU in Hamburg.

Die CDU-Verbände aus dem noch geteilten Deutschland schließen sich zur gesamtdeutschen CDU zusammen. Bundeskanzler *Helmut Kohl* wird mit einem Rekordergebnis von 98,5% der Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt. Einziger Stellvertreter wird der bisherige Vorsitzende der CDU der DDR, *Lothar de Maizière*.

Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* legt dem Bundestag eine Änderung des Wahlgesetzes vor, nachdem das Bundesverfassungsgericht am 29. September Teile des deutsch-deutschen Wahlvertrages für verfassungswidrig erklärt hatte.

Dienstag, 2. Oktober 1990

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin schließt ihre Tore, desgleichen die Ständige Vertretung der DDR in Bonn.

Nachmittags letzte Sitzung der Volkskammer als Festsitzung im Staatsratsgebäude in Ost-Berlin in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Bundestages, darunter die Vizepräsidenten *Annemarie Renger*, *Richard Stücklen* und *Heinz Westphal* sowie SPD-Fraktionsvorsitzender *Hans-Jochen Vogel* (vgl. Abschnitt 28.1).

Abends Festakt der Regierung der DDR im Schauspielhaus in Ost-Berlin mit einer Ansprache von Ministerpräsident *Lothar de Maizière* (vgl. Abschnitt 28.1).

Fernsehansprachen von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Ministerpräsident *Lothar de Maizière*.

Am späten Abend beginnt in Berlin ein großes „Fest der Einheit“.

Dienstag/Mittwoch, 2./3. Oktober 1990

Um Mitternacht – mit Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes – wird Deutschland nach 45 Jahren der Teilung wieder ein Staat.

In einer nächtlichen Feierstunde vor dem Reichstagsgebäude in Berlin in Anwesenheit mehrerer hunderttausend Menschen wird um Mitternacht als Symbol der Vereinigung unter dem Läuten der Freiheitsglocke eine überdimensionale Bundesflagge gehißt.

Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* erklärt vor den Anwesenden: „In freier Selbstbestimmung wollen wir die Einheit Deutschlands vollenden. Für unsere Aufgaben sind wir uns der Verantwortung vor Gott und den Menschen bewußt. Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.“

Nach gemeinsam gesungener Nationalhymne leitet ein riesiges Feuerwerk die Feier in ein heiteres Fest über.

Auch in zahlreichen anderen Städten Deutschlands wird die Wiedervereinigung mit Feuerwerk und Straßenfesten gefeiert.

Hinweis

Die letzten Tage in der Geschichte der DDR sind ausführlich im Abschnitt 28.1 des vorliegenden **Datenhandbuchs** dokumentiert. Für diese Chronik sind vor allem auch die Tagesordnungen, Aussprachen und Beschlüsse der Volkskammer (jeweils rechte Spalte) ausgewertet worden.

Mittwoch, 3. Oktober 1990

9.00 Uhr: Ökumenischer Gottesdienst in der Marienkirche Ost-Berlin.

11.00 Uhr: Staatsakt zur deutschen Einheit in der Berliner Philharmonie mit Reden von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*, Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, Bundesratspräsident und Regierendem Bürgermeister von West-Berlin *Walter Momper*, und der ehemaligen Präsidentin der Volkskammer, *Sabine Bergmann-Pohl*.

Botschaft von Bundeskanzler *Helmut Kohl* zum Tag der Deutschen Einheit an alle Regierungen der Welt, in der er erklärt, daß von deutschem Boden in Zukunft nur Frieden ausgehen werde und Deutschland keinerlei Gebietsansprüche gegen irgendjemanden erheben werde. Angesprochen wird die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Beteiligung an Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens auch durch den Einsatz deutscher Streitkräfte.

Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* ernennt fünf Politiker aus der ehemaligen DDR zu Bundesministern für besondere Aufgaben: *Sabine Bergmann-Pohl* (ehemalige Volkskammerpräsidentin, CDU), *Lothar de Maizière* (ehemaliger Ministerpräsident, CDU), *Günther Krause* (ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsidenten, CDU), *Rainer Ortleb* (Stellvertretender FDP-Vorsitzender) und *Hansjoachim Walther* (Vorsitzender der DSU).

Im Verlauf von Demonstrationen gegen die Einheit kommt es in mehreren Städten zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

In Berlin werden 302 Personen festgenommen. In Schwerin prügeln sich Links- und Rechtsextremisten und verwickeln die Polizei in eine Straßenschlacht. In Leipzig stören etwa 200 rechtsextremistische Skinheads die Feierlichkeiten in der Innenstadt. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, *Heinz Galinski*, erklärt, er befürchte ein Anwachsen der Neonazis im geeinten Deutschland.

Da nach Artikel 13 des Einigungsvertrages der Deutsche Bundestag für die Abwicklung der Volkskammer zuständig ist, wird zur Wahrnehmung der hiermit verbundenen Aufgaben eine „Abwicklungsstelle Volkskammer“ mit Sitz im Haus der Parlamentarier am Marx-Engels-Platz eingerichtet.

Hinweis

Daten im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands sind neben Abschnitt 28.1 – Chronik der „Wende“ in der Volkskammer – noch in folgenden Abschnitten im vorliegenden **Datenhandbuch** enthalten:

- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Donnerstag, 4. Oktober 1990

228. Plenarsitzung

(zugleich die erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages nach der Wiedervereinigung und – nach 57 Jahren – die erste Sitzung im Reichstagsgebäude in Berlin; Anwesenheit von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* und zahlreichen Ehrengästen)

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* erklärt zur Eröffnung:

„Nach 57 Jahren versammeln wir uns als frei gewählte Abgeordnete des ganzen deutschen Volkes hier im Reichstag in Berlin. (Beifall im ganzen Haus.) Ein freies und geeintes Parlament in einem freien und geeinten Berlin, in einem freien und geeinten Deutschland – Welch ein Tag in der parlamentarischen Geschichte unseres Landes!“

Begrüßung der 144 von der Volkskammer der DDR in den Bundestag gewählten Mitglieder des Bundestages

Eidesleistung von Bundesministern

Vereidigung der vom Bundespräsidenten am Vortag ernannten fünf Bundesminister für besondere Aufgaben.

Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Politik der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung

Bundeskanzler *Helmut Kohl* nennt als wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre, Deutschland auch wirtschaftlich, kulturell und sozial zu vereinen. Sprecher der Regierung und Opposition appellieren an Opferbereitschaft für die deutsche Einheit. Der SPD-Kanzlerkandidat *Oskar Lafontaine* fordert eine Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Der Vorsitzende der PDS, *Gregor Gysi*, tritt in seiner Jungfernrede im Bundestag für mehr Würde, Kultur und Toleranz im Parlament ein.

Erste Beratung eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sowie zur Änderung des Parteiengesetzes

Die wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts notwendige Novellierung des Wahlgesetzes wird noch am gleichen Abend vom Innen- und Rechtsausschuß in Bonn beraten und mehrheitlich gebilligt.

Erste Beratung eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland

Nach Beitritt der sieben Abgeordneten der Volkskammerfraktion Bündnis 90/GRÜNE in die Fraktion DIE GRÜNEN Umbenennung in „DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90“

Freitag, 5. Oktober 1990

229. Plenarsitzung

(zugleich erste Arbeitssitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Wasserwerksgebäude in Bonn, das zur Aufnahme der ostdeutschen Abgeordneten zum Teil mit schmaleren Stühlen ausgestattet worden ist)

Zweite und dritte Beratung des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sowie zur Änderung des Parteiengesetzes

Inhalt: Getrennte Sperrklausel-Regelung, so daß es für den Einzug einer Partei in den Bundestag ausreicht, jeweils nur in West- **oder** Ostdeutschland fünf Prozent der Stimmen zu erhalten, sowie Zulassung von Listenvereinigungen für Parteien und andere politische Vereinigungen mit Sitz im Gebiet der ehemaligen DDR. – Zustimmung mit Mehrheit.

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland

Die Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages zwischen Deutschland und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges wird von den Sprechern aller Parteien als wichtiger Beitrag zu Frieden und Einheit Europas gewürdigt. Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* nennt den Vertrag, durch den das vereinte Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten erhält, den wichtigsten und chancenreichsten Vertrag, den Deutschland je geschlossen habe. – Zustimmung mit Mehrheit.

Sonntag, 14. Oktober 1990

Erstmals freie Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Sonntag, 2. Dezember 1990

Erste gesamtdeutsche Wahl zum Deutschen Bundestag.

Donnerstag, 20. Dezember 1990

Der 12. Deutsche Bundestag tritt im Reichstagsgebäude in Berlin zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Freitag, 15. März 1991

Der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland – der „Zwei-plus-Vier“-Vertrag – tritt in Kraft. Damit erhält Deutschland seine volle Souveränität.

7.5 Ausschuß Deutsche Einheit*)

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages waren sich immer der Notwendigkeit bewußt, daß der Prozeß der deutschen Einigung eines besonderen parlamentarischen Gremiums bedarf. Es war daher selbstverständlich, daß Bundeskanzler *Helmut Kohl* in seinem 10-Punkte-Programm vom 28. November 1989 auch von der Notwendigkeit sprach, ein gemeinsames parlamentarisches Gremium der beiden deutschen Staaten zu errichten. Auch im Bundestag wurden Vorschläge und Gedankenmodelle für die Zusammensetzung eines solchen Gremiums in einer Vertragsgemeinschaft oder Konföderation entwickelt.

Im Februar 1990 schlug der Vorsitzende der SPD-Fraktion, *Hans-Jochen Vogel*, vor, Bundesrat und Bundestag sollten ein Gremium bilden, das die Mitwirkung am zu erwartenden deutschlandpolitischen Entscheidungsprozeß sichert. Auch im Bundesrat sprach ein Vorschlag des Landes Nordrhein-Westfalen von einem „beratenden Ausschuß“, der aus je elf Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates bestehen sollte. Diese Konstruktion aus Bundestag und Bundesrat erübrigte sich später, als es den Ländern gelang, unmittelbar an den Arbeiten der Verhandlungsdelegation der Bundesregierung mit der Regierung der DDR beteiligt zu sein.

Die Präsidien von Volkskammer und Bundestag einigten sich auf ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am 30. April 1990 in Berlin, daß in beiden Parlamenten ein besonderer Ausschuß die Einigungsbestrebungen federführend begleiten sollte. Beide Parlamente bildeten die entsprechenden Ausschüsse Deutsche Einheit aus 39 Mitgliedern und der gleichen Anzahl von Stellvertretern. Im Bundestag entsandte die CDU/CSU 18, die SPD 14, die FDP 4 und die Fraktion DIE GRÜNEN 3 Mitglieder.

Gemäß Einsetzungsbeschluß sollte sich der Ausschuß Deutsche Einheit „mit allen grundlegenden, die Einheit Deutschlands betreffenden Fragen“ befassen und mit dem entsprechenden Ausschuß der Volkskammer zusammenarbeiten. Der Ausschuß sollte eine Schlüsselfunktion bei bis zu 19 mitberatenden Fachausschüssen haben. Diese außergewöhnliche Funktion bei einer zu erwartenden Beratungszeit von manchmal nur wenigen Tagen konnte nur wahrgenommen werden, weil der Vorsitz in den beiden Ausschüssen in den Händen der Parlamentspräsidentinnen lag und dem Ausschuß die Vizepräsidenten, die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Fraktionen sowie die Fraktionssprecher aus den Fachausschüssen angehörten. Es ging darum, Mitglieder zu versammeln, die an der Formulierung der politischen Richtlinien in den Fraktionen und maßgeblich in den Fachausschüssen an den deutschlandpolitischen Beratungen und Beschlüssen mitwirkten.

Zu 20 Sitzungen trat der Ausschuß zusammen, davon dreimal gemeinsam mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der Volkskammer. Über die Sitzungen wurden Wortprotokolle erstellt, die am Tage nach der Sitzung bereits gedruckt vorliegen mußten. Diese zügige Arbeit war notwendig, um den Beteiligten die unverzügliche Auswertung und die Vorbereitung auf die weitere Arbeit zu ermöglichen.

An der Beratung der Verträge waren bis zu 19 Fachausschüsse beteiligt. Das verlangte die allseitige Bereitschaft zu sehr zügiger und intensiver Arbeit, die auch viele Wochenenden und Nachtstunden

*) Die Einleitung zu diesem Abschnitt ist auszugsweise entnommen aus *Günter Hindrichs*, Der Ausschuß Deutsche Einheit. In: *Der Deutsche Bundestag. Parlament der deutschen Einheit*. Hrsg. von *Rita Süßmuth*. Stuttgart, München 1991. S. 59–64.

Hinweis

Die Sitzungen des Ausschusses Deutsche Einheit wurden auch in die voranstehende Chronik der deutschen Vereinigung eingearbeitet.

in Anspruch nahm. Alle Beteiligten hatten die außergewöhnliche Bedeutung des Beratungsgegenstandes erkannt und waren zu außerordentlichem Einsatz bereit.

Um einen Einblick in die Arbeit des Ausschusses Deutsche Einheit im Bundestag zu geben, werden in der folgenden Aufstellung von jeder Sitzung angegeben:

- Datum, Tagungsort und Dauer der Sitzung,
- Tagesordnung,
- Zahl der Redebeiträge der Sitzungsteilnehmer, aufgegliedert in Mitglieder des Bundestages bzw. auch Mitglieder der Volkskammer und untergliedert in Fraktionen, ferner Mitglieder und Vertreter der Bundesregierung bzw. auch Mitglieder und Vertreter des Ministerrates der DDR sowie sonstige Sitzungsteilnehmer.

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) Konstituierende und 2. Sitz. b) 11. 5. 1990 c) Bonn d) 8.32–10.42 Uhr	<p>TOP 1: Konstituierung des Ausschusses Deutsche Einheit</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 2 MdB der SPD-Fraktion..... 2 Beiträge Bundeskanzler <i>Kohl</i>..... 1 Beitrag</p> <p>TOP 2: Unterrichtung durch die Bundesregierung (Sachstandsbericht über die Gespräche mit der DDR über den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion)</p> <p>3 MdB der CDU/CSU-Fraktion 3 Beiträge 8 MdB der SPD-Fraktion.....10 Beiträge 2 MdB der FDP-Fraktion..... 3 Beiträge 3 MdB der GRÜNEN-Fraktion 5 Beiträge 1 Bundesminister (ChefBK)..... 4 Beiträge Stv. Präs. Deutsche Bundesbank (zugleich Verhandlungsführer der Gespräche mit der DDR) 3 Beiträge</p> <p>TOP 3: Verfahrensfragen</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 1 MdB der SPD-Fraktion..... 1 Beitrag 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag</p>
a) 3. Sitz. b) 16. 5. 1990 c) Bonn d) 14.37–18.36 Uhr	<p>Zur Geschäftsordnung (u. a. öffentliche Sitzungen des Ausschusses)</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 1 MdB der SPD-Fraktion..... 1 Beitrag 1 MdB der FDP-Fraktion..... 1 Beitrag 2 MdB der GRÜNEN-Fraktion 2 Beiträge</p> <p>TOP 1: Vorsitzenden-Bestimmung (Wahl von Bundestagspräsidentin <i>Rita Süßmuth</i> zur Ausschußvorsitzenden)</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>TOP 2: Fortsetzung der Unterrichtung durch die Bundesregierung</p> <p>7 MdB der CDU/CSU-Fraktion..... 8 Beiträge 13 MdB der SPD-Fraktion18 Beiträge 3 MdB der FDP-Fraktion 3 Beiträge 4 MdB der GRÜNEN-Fraktion..... 6 Beiträge 4 Bundesminister (ChefBK, Finanzen, Umwelt, Innen)13 Beiträge Stv. Präs. Deutsche Bundesbank 1 Beitrag</p>

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) 4. Sitz. ¹⁾ b) 23. 5. 1990 c) Bonn d) 14.43–18.55 Uhr	<p>TOP 1: Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Drs. 11/7171)</p> <p>Bundestagspräsidentin <i>Süssmuth</i> 1 Beitrag Volkskammerpräsidentin <i>Bergmann-Pohl</i> 1 Beitrag 3 MdB der CDU/CSU-Fraktion 4 Beiträge 7 MdB der SPD-Fraktion 9 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion 2 Beiträge 3 MdB der GRÜNEN-Fraktion 4 Beiträge</p> <p>Bundeskanzler <i>Kohl</i> 2 Beiträge 4 Bundesminister (Finanzen, Umwelt, ChefBK, Justiz) 5 Beiträge 1 Parlamentarischer Staatssekretär (BReg) 1 Beitrag 1 Staatssekretär (BReg) 1 Beitrag</p> <p>1 Minister der DDR (Umwelt) 3 Beiträge 4 MdV der CDU/DA-Fraktion 4 Beiträge 2 MdV der SPD-Fraktion 2 Beiträge 1 MdV der Fraktion Die Liberalen 1 Beitrag 1 MdV der PDS-Fraktion 1 Beitrag 1 MdV der DBD/DFD-Fraktion 1 Beitrag 1 MdV der DSU-Fraktion 1 Beitrag 3 MdV der Fraktion Bündnis 90/Grüne 3 Beiträge</p> <p>1 Vertreter des Bundesrates 1 Beitrag Präsident der Deutschen Bundesbank 1 Beitrag</p> <p>TOP 2: Verschiedenes</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 3 Beiträge 4 MdB der SPD-Fraktion 5 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion 1 Beitrag 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 2 Beiträge</p> <p>1 Bundesminister (ChefBK) 2 Beiträge 1 Staatsminister (BReg) 1 Beitrag 1 MdV der CDU/DA-Fraktion 1 Beitrag 1 MdV der SPD-Fraktion 1 Beitrag</p>
a) 5. Sitz. b) 30. 5. 1990 c) Bonn d) 10.11–12.50 und 14.08–18.54 Uhr	<p>Vor Eintritt in die Tagesordnung:</p> <p>3 MdB der SPD-Fraktion 3 Beiträge 2 MdB der FDP-Fraktion 2 Beiträge 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>TO: Beratung zum Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Drs. 11/7171)</p> <p>17 MdB der CDU/CSU-Fraktion 28 Beiträge 18 MdB der SPD-Fraktion 53 Beiträge 4 MdB der FDP-Fraktion 7 Beiträge 5 MdB der GRÜNEN-Fraktion 13 Beiträge</p> <p>4 Bundesminister (ChefBk, Finanzen, Umwelt, Arbeit und Sozialordnung) 21 Beiträge 1 Parlamentarischer Staatssekretär (BReg) 8 Beiträge 4 Staatssekretäre (BReg) 26 Beiträge</p>

¹⁾ Erste gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) 6. Sitz. b) 13. 6. 1990 c) Bonn d) 10.10–13.05 und 14.13–17.50 Uhr	<p>TOP 1: Beratung und Beschlußfassung zum Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Drs. 11/7171)</p> <p>6 MdB der CDU/CSU-Fraktion.....22 Beiträge 18 MdB der SPD-Fraktion63 Beiträge 4 MdB der FDP-Fraktion 6 Beiträge 5 MdB der GRÜNEN-Fraktion.....30 Beiträge 2 Bundesminister (Finanzen, ChefBK)10 Beiträge 1 Parlamentarischer Staatssekretär (BReg).....27 Beiträge 1 Staatsminister (BReg)..... 3 Beiträge 3 Staatssekretäre (BReg).....24 Beiträge 2 Ministerialbeamte (BReg).....18 Beiträge</p> <p>TOP 2: Verschiedenes</p> <p>3 MdB der CDU/CSU-Fraktion..... 8 Beiträge 4 MdB der SPD-Fraktion12 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion 2 Beiträge 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion..... 2 Beiträge 1 Staatssekretär (BReg) 5 Beiträge 1 Vertreter des Bundesrates 1 Beitrag 1 Beamter der BT-Verwaltung 1 Beitrag</p>
a) 7. Sitz. b) 15. 6. 1990 c) Bonn d) 15.05–19.10 Uhr	<p>Vor Eintritt in die Tagesordnung: 1 Bundesminister (ChefBK)1 Beitrag</p> <p>TOP 1: Beratung und Beschlußfassung zum Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Drucksache 11/7171)</p> <p>in Verbindung mit</p> <p>TOP 2: Entscheidung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten <i>Hüser, Häfner</i>, Frau Dr. <i>Vollmer</i>, Frau <i>Schoppe</i>, <i>Hoss</i> und der Fraktion DIE GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung – Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR (Drucksache 11/7025) – und weitere Entschließungsanträge</p> <p>12 MdB der CDU/CSU-Fraktion.....35 Beiträge 15 MdB der SPD-Fraktion53 Beiträge 3 MdB der FDP-Fraktion 7 Beiträge 3 MdB der GRÜNEN-Fraktion.....17 Beiträge 3 Bundesminister (ChefBK, Finanzen, Arbeit und Sozialordnung)10 Beiträge 3 Staatssekretäre (BReg).....10 Beiträge</p>

Hinweis

Die einzelnen Etappen und die kontroversen Standpunkte bis zur Unterzeichnung des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik können in den beiden Chroniken in Abschnitt 7.4 und 28.1 im vorliegenden **Datenhandbuch** verfolgt werden.

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) 8. Sitz. ²⁾ b) 20. 6. 1990 c) Berlin (Ost) d) 10.25–12.38 Uhr	<p>TOP 1: Erklärung zur deutsch-polnischen Grenze</p> <p>Bundestagspräsidentin <i>Süssmuth</i> 1 Beitrag</p> <p>3 MdB der CDU/CSU-Fraktion 3 Beiträge</p> <p>4 MdB der SPD-Fraktion 5 Beiträge</p> <p>2 MdB der FDP-Fraktion 2 Beiträge</p> <p>1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 2 Beiträge</p> <p>1 Staatsminister (BReg) 1 Beitrag</p> <p>3 MdV der CDU/DA-Fraktion 3 Beiträge</p> <p>2 MdV der SPD-Fraktion 3 Beiträge</p> <p>1 MdV der DSU-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>1 MdV der DBD/DFD-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>1 MdV der PDS-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>1 MdV der Fraktion Die Liberalen 1 Beitrag</p> <p>2 MdV der Fraktion Bündnis 90/Grüne 2 Beiträge</p> <p>TOP 2: Arbeitsplanung</p> <p>Amtierende Präsidentin <i>Bergmann-Pohl</i> 1 Beitrag</p>
a) 9. Sitz. b) 20. 6. 1990 c) Bonn d) 17.06–19.11 Uhr	<p>TOP 3: Stellungnahme des Innen- und Rechtsausschusses zu Art. 33a des Entwurfs eines Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Drs. 11/7171, 11/7350)</p> <p>2 MdB der CDU/CSU-Fraktion 4 Beiträge</p> <p>4 MdB der SPD-Fraktion 6 Beiträge</p> <p>1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>1 Bundesminister (Innen) 3 Beiträge</p> <p>TOP 1: Erklärung zur deutsch-polnischen Grenze</p> <p>2 MdB der CDU/CSU-Fraktion 7 Beiträge</p> <p>3 MdB der SPD-Fraktion 5 Beiträge</p> <p>1 MdB der FDP-Fraktion 2 Beiträge</p> <p>1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 4 Beiträge</p> <p>TOP 2: Weitere Arbeit des Ausschusses (erste Aussprache)</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>7 MdB der SPD-Fraktion 10 Beiträge</p> <p>1 MdB der FDP-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 2 Beiträge</p> <p>1 Bundesminister (Innen) 5 Beiträge</p>
a) 10. Sitz. b) 4. 7. 1990 c) Bonn d) 15.06–19.44 Uhr	<p>TO: Weitere Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit</p> <p>7 MdB der CDU/CSU-Fraktion 13 Beiträge</p> <p>9 MdB der SPD-Fraktion 22 Beiträge</p> <p>1 MdB der FDP-Fraktion 1 Beitrag</p> <p>2 MdB der GRÜNEN-Fraktion 8 Beiträge</p> <p>3 Bundesminister (ChefBK, Innen, Justiz) 12 Beiträge</p> <p>1 Staatsminister (BReg) 1 Beitrag</p> <p>2 Staatssekretäre (BReg) 8 Beiträge</p> <p>2 Vertreter des Bundesrates 2 Beiträge</p>

²⁾ Zweite gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) 11. Sitz. b) 26. 7. 1990 c) Bonn d) 15.08–16.30 Uhr	TO: Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag mit der DDR 3 MdB der CDU/CSU-Fraktion 4 Beiträge 5 MdB der SPD-Fraktion 10 Beiträge 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 2 Beiträge 1 Bundesminister (Innen) 4 Beiträge
a) 12. Sitz. ³⁾ b) 26. 7. 1990 c) Bonn d) 16.49–19.05 Uhr	TO: Gesamtdeutsche Wahlen, hier: Beschluß der Volkskammer vom 22. Juli 1990 Volkskammerpräsidentin <i>Bergmann-Pohl</i> 1 Beitrag 2 MdB der CDU/CSU-Fraktion 5 Beiträge 4 MdB der SPD-Fraktion 9 Beiträge 2 MdB der FDP-Fraktion 4 Beiträge 2 MdB der GRÜNEN-Fraktion 4 Beiträge 1 Bundesminister (Innen) 5 Beiträge 1 MdV der CDU/DA-Fraktion 1 Beitrag 2 MdV der SPD-Fraktion 3 Beiträge 1 MdV der DSU-Fraktion 1 Beitrag 1 MdV der Fraktion Die Liberalen 1 Beitrag 2 MdV der PDS-Fraktion 3 Beiträge 2 MdV der Fraktion Bündnis 90/Grüne 4 Beiträge Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR ... 2 Beiträge
a) 13. Sitz. b) 26. 7. 1990 c) Bonn d) 19.18–21.31 Uhr	TO: Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag mit der DDR 2 MdB der CDU/CSU-Fraktion 2 Beiträge 5 MdB der SPD-Fraktion 6 Beiträge 2 MdB der FDP-Fraktion 2 Beiträge 2 MdB der GRÜNEN-Fraktion 3 Beiträge 1 Bundesminister (Innen) 4 Beiträge
a) 14. Sitz. b) 8. 8. 1990 c) Bonn d) 18.08–19.05 Uhr	TO: Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Drucksache 11/7624) 3 MdB der CDU/CSU-Fraktion 4 Beiträge 3 MdB der SPD-Fraktion 6 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion 2 Beiträge 2 MdB der GRÜNEN-Fraktion 5 Beiträge 2 Bundesminister (Innen, Justiz) 6 Beiträge

³⁾ Dritte gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Hinweis

Die letzten Tage in der Geschichte der DDR sind ausführlich im Abschnitt 28.1 des vorliegenden **Datenhandbuchs** dokumentiert. Für diese Chronik sind vor allem auch die Tagesordnungen, Aussprachen und Beschlüsse der Volkskammer (jeweils rechte Spalte) ausgewertet worden.

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) 15. Sitz. b) 9. 8. 1990 c) Bonn d) 15.37–17.43 Uhr	<p>Vor Eintritt in die Tagesordnung:</p> <p>3 MdB der CDU/CSU-Fraktion 4 Beiträge 2 MdB der SPD-Fraktion..... 2 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion..... 1 Beitrag 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag 2 Bundesminister (Auswärtiges, Innen)..... 4 Beiträge</p> <p>TO: Fortsetzung der Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik</p> <p>5 MdB der CDU/CSU-Fraktion 6 Beiträge 5 MdB der SPD-Fraktion.....11 Beiträge 2 MdB der FDP-Fraktion..... 2 Beiträge 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag 1 Bundesminister (Innen)..... 5 Beiträge 2 Staatssekretäre (BReg)..... 5 Beiträge</p>
a) 16. Sitz. b) 22. 8. 1990 c) Bonn d) 15.06–18.59 Uhr	<p>TOP 1: Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Drucksache 11/7624)</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 1 MdB der SPD-Fraktion..... 1 Beitrag</p> <p>TOP 2: Fortsetzung der Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik</p> <p>8 MdB der CDU/CSU-Fraktion15 Beiträge 8 MdB der SPD-Fraktion.....17 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion..... 3 Beiträge 3 MdB der GRÜNEN-Fraktion10 Beiträge 3 Bundesminister (Innen, ChefBK, Justiz)14 Beiträge 1 Staatsminister (BReg)..... 4 Beiträge 1 Parlamentarischer Staatssekretär (BReg)..... 2 Beiträge 3 Staatssekretäre (BReg)..... 7 Beiträge</p>
a) 17. Sitz. b) 6. 9. 1990 c) Bonn d) 15.11–19.36 Uhr	<p>Vor Eintritt in die Tagesordnung:</p> <p>2 MdB der SPD-Fraktion..... 2 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion..... 1 Beitrag 1 Bundesminister (Innen)..... 1 Beitrag</p> <p>TOP 1: Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Deutschen Einheit (Einigungsvertragsgesetz) (Drs. 11/7760)</p> <p>6 MdB der CDU/CSU-Fraktion19 Beiträge 7 MdB der SPD-Fraktion.....46 Beiträge 3 MdB der FDP-Fraktion..... 7 Beiträge 3 MdB der GRÜNEN-Fraktion25 Beiträge 2 Bundesminister (Innen, Justiz).....34 Beiträge 1 Staatsminister (BReg)..... 1 Beitrag 2 Staatssekretäre (BReg)..... 4 Beiträge</p>

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) noch: 17. Sitz.	<p>Zusatz-TOP: Entwurf eines Gesetzes über die Inkraftsetzung von Vereinbarungen betreffend den befristeten Aufenthalt von Streitkräften der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin und von sowjetischen Streitkräften auf dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet nach Herstellung der Deutschen Einheit (Drs. 11/7763)</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 1 MdB der SPD-Fraktion..... 1 Beitrag 1 Staatsminister (BReg)..... 1 Beitrag</p> <p>TOP 2: Vorschlag für einen Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften „Die Gemeinschaft und die deutsche Einheit“ (Rats-Dok. Nr. 8309/90 UNIF 15 – Ausschuß-Drs. 50, 52)</p> <p>in Verbindung mit</p> <p>TOP 3: Vorlage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Die Gemeinschaft und die deutsche Einigung“ (Rats-Dok. Nr. 7416/90 UNIF 2 – Ausschuß-Drs. 51)</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 1 MdB der SPD-Fraktion..... 1 Beitrag 2 MdB der GRÜNEN-Fraktion 3 Beiträge 1 Staatsminister (BReg)..... 1 Beitrag</p>
a) 18. Sitz. b) 14. 9. 1990 c) Bonn d) 9.36–14.42 Uhr	<p>Vor Eintritt in die Tagesordnung: Bericht des Bundesaußenministers über den Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 1 MdB der SPD-Fraktion..... 1 Beitrag 1 MdB der FDP-Fraktion..... 1 Beitrag 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag 1 Bundesminister (Auswärtiges)..... 1 Beitrag</p> <p>Ablauf der Debatte am 20. September 1990:</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 2 Beiträge 2 MdB der SPD-Fraktion..... 3 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion..... 1 Beitrag 2 MdB der GRÜNEN-Fraktion 2 Beiträge 2 Bundesminister (Auswärtiges, ChefBK) 2 Beiträge</p> <p>TOP 3: Entwurf eines Gesetzes über die Inkraftsetzung von Vereinbarungen betreffend den befristeten Aufenthalt von Streitkräften der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin und von sowjetischen Streitkräften auf dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet nach Herstellung der Deutschen Einheit (Drs. 11/7763)</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 2 MdB der SPD-Fraktion..... 4 Beiträge 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag 1 Bundesminister (Auswärtiges)..... 1 Beitrag</p>

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) noch: 18. Sitz.	<p>Verfahrensfragen zur Nachberatung:</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 2 MdB der SPD-Fraktion..... 6 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion..... 2 Beiträge 2 MdB der GRÜNEN-Fraktion 4 Beiträge 2 Bundesminister (Innen, Justiz)..... 5 Beiträge</p> <p>TOP 2: Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz) (Drs. 11/7760, 11/7841)</p> <p>4 MdB der CDU/CSU-Fraktion 9 Beiträge 7 MdB der SPD-Fraktion.....29 Beiträge 2 MdB der FDP-Fraktion..... 5 Beiträge 4 MdB der GRÜNEN-Fraktion27 Beiträge</p> <p>3 Bundesminister (Innen, Arbeit und Sozialordnung, Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit)16 Beiträge 1 Staatsminister (BReg)..... 6 Beiträge 2 Parlamentarische Staatssekretäre (BReg) 5 Beiträge 2 Staatssekretäre (BReg) 3 Beiträge</p> <p>Zur Geschäftsordnung:</p> <p>1 MdB der CDU/CSU-Fraktion 1 Beitrag 3 MdB der SPD-Fraktion..... 5 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion..... 1 Beitrag 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 2 Beiträge</p>
a) 19. Sitz. b) 18. 9. 1990 c) Bonn d) 20.04–22.29 Uhr	<p>TOP 1: Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz) (Drs. 11/7760, 11/7841)</p> <p>in Verbindung mit</p> <p>Unterrichtung durch die Bundesregierung: Erläuterungen zu den Anlagen zum Einigungsvertrag</p> <p>5 MdB der CDU/CSU-Fraktion11 Beiträge 7 MdB der SPD-Fraktion.....38 Beiträge 1 MdB der FDP-Fraktion..... 3 Beiträge 2 MdB der GRÜNEN-Fraktion13 Beiträge 1 Bundesminister (Innen).....24 Beiträge 1 Staatsminister (BReg)..... 5 Beiträge 1 Parlamentarischer Staatssekretär (BReg)..... 3 Beiträge 6 Staatssekretäre (BReg)12 Beiträge 1 Ministerialbeamter (BReg) 1 Beitrag 1 Beamter der Bundestagsverwaltung 1 Beitrag</p> <p>TOP 2: Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West) nach Fortfall der alliierten Vorbehaltsrechte (Sechstes Überleitungsgesetz) (Drs. 11/7824)</p> <p>1 MdB der SPD-Fraktion..... 1 Beitrag 1 MdB der GRÜNEN-Fraktion 1 Beitrag</p>

a) Sitzungsnummer b) Datum der Sitzung c) Ort der Sitzung d) Dauer	Tagesordnung, Beratungsgegenstände Redner / Wortmeldungen
a) 20. Sitz. b) 19. 9. 1990 c) Bonn d) 11.16–13.52 Uhr	<p>TO: Fortsetzung der Beratung: Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz) (Drs. 11/7760, 11/7841)</p> <p>in Verbindung mit</p> <p>Unterrichtung durch die Bundesregierung: Erläuterungen zu den Anlagen zum Einigungsvertrag</p> <p>8 MdB der CDU/CSU-Fraktion21 Beiträge 8 MdB der SPD-Fraktion.....43 Beiträge 2 MdB der FDP-Fraktion..... 5 Beiträge 3 MdB der GRÜNEN-Fraktion19 Beiträge 1 Bundesminister (Innen).....18 Beiträge 2 Parlamentarische Staatssekretäre (BReg) 2 Beiträge 2 Staatssekretäre (BReg) 4 Beiträge 1 Ministerialbeamter (BReg)..... 2 Beiträge Schlußwort: Bundestagspräsidentin <i>Süssmuth</i> 1 Beitrag</p>

7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR

In diesem Abschnitt wird dokumentiert, wie viele und welche ostdeutsche Abgeordnete, die dem Bundestag seit dem Tag der Vereinigung am 3. Oktober 1990 bis zum Stand 31. August 1997 angehört haben oder angehören, zuvor Mitglieder der Volkskammer gewesen sind.

Statistik zur früheren Mitgliedschaft in der Volkskammer

Im Oktober 1990 – nach der Vereinigung Deutschlands – waren zwangsläufig sämtliche 144 in den 11. Bundestag einrückenden Parlamentarier aus der ehemaligen DDR auch Mitglieder der Volkskammer. Der Einigungsvertrag hatte vorgesehen, daß die ostdeutschen Volksvertreter bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl durch die Volkskammer aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Mitgliedschaft in der Volkskammer war also Bedingung für den Eintritt in den Bundestag. Auch mögliche Nachrücker wurden auf diese Weise bestimmt.*)

Die Zahl der ehemaligen Volkskammerabgeordneten im Bundestag ist in den nachfolgenden Wahlperioden erheblich gesunken: auf rund die Hälfte von allen ostdeutschen Abgeordneten in der 12. Wahlperiode und auf rund ein Drittel in der 13. Wahlperiode. Die Einzelheiten sind der folgenden Statistik zu entnehmen.

*) Da *Joachim Gauck* (DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90) sein Bundestagsmandat niederlegte, rückte *Vera Woltenberger* nach, wodurch sich die Gesamtzahl 145 in der Statistik erklärt.

Wahlperiode	Zahl der MdB, die der DDR-Volkskammer angehörten insgesamt ¹⁾	davon im Bundestag Fraktion/Gruppe				
		CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE ²⁾	PDS ³⁾
11. WP ab Okt. 1990	145	71	33	9	8	24
12. WP 1990–94	74	40	17	2	5	10
13. WP 1994– ⁴⁾	51	26	15	1	3	6

1) einschließlich Nachrücker

2) 11. Wahlperiode: Fraktion „DIE GRÜNEN“, am 4. Oktober 1990 umbenannt in „DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90“,

12. Wahlperiode: Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ (nur Abgeordnete aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin),

13. Wahlperiode: Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)“

3) in der 12. Wahlperiode: PDS/LL

4) Stand: 31. August 1997

Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer: Namensliste

Die folgende Zusammenstellung enthält über die Angaben zur Mitgliedschaft in der Volkskammer und im Bundestag hinaus vollständige Angaben dazu, welche Ämter und Funktionen der betreffenden Parlamentarier innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR seit der Wende von 1989 innehatte. Gleichzeitig wird auf Abschnitt 7.7 des vorliegenden *Datenhandbuchs* verwiesen, sofern das ehemalige Mitglied der Volkskammer innerhalb des Bundestages oder der Bundesregierung bestimmte Ämter oder Funktionen wahrgenommen hat oder wahrnimmt. Auf diese Weise läßt sich erkennen, inwieweit politische Laufbahnen, die in der DDR begonnen hatten, in der gesamtdeutschen Bundesrepublik eine Fortsetzung gefunden haben.

Auf ein weiteres Merkmal der Tabelle ist hinzuweisen: Die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder der Volkskammer waren, gehörte dem Parlament der DDR erst nach der ersten demokratischen Wahl vom 18. März 1990, d. h. der 10. Wahlperiode, an. Lediglich *Günther Maleuda* und *Hans Modrow* waren schon zuvor Mitglieder der Volkskammer.

Hinweis

Ostdeutsche Politiker, die in der DDR nach der Wahl vom 18. März 1990 führende Positionen in der Volkskammer und im Ministerrat bekleideten, sind in folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

Name/Fraktion	MdV 10. WP (1990) ¹⁾	Mitglied des Bundestages			Ämter und Funktionen	
		11. WP ab Okt. 1990 ²⁾	12. WP 1990–94	13. WP 1994– ²²⁾	innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR	innerhalb BT/BReg. ³⁾
<i>Ackermann, Else</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja ⁴⁾	–	–	–
<i>Albrecht, Michael</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Amende, Andreas</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Annies, Dieter</i> (FDP)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Barbe, Angelika</i> (SPD)	ja	ja	ja	–	April–Okt. 1990: Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Frauen	–
<i>Barthel, Lothar</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Bauer, Harald</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Becker, Roland</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Vorsitzender des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform Mai–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion	–
<i>Bergmann-Pohl, Sabine</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	April–Okt. 1990: Präsidentin der Volkskammer; in dieser Eigenschaft auch Staatsoberhaupt der DDR Mai–Okt. 1990: Vorsitzende des Ausschusses Deutsche Einheit	→7.7 (BMin; PStS)
<i>Bierling, Hans-Dirk</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja	ja	Mai–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion	–
<i>Birthler, Marianne</i> (GRÜNE/ BÜNDNIS 90)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne	→7.7 (FrVst)

^{1), 2)} usw.: Fußnoten siehe Seite 1590–1591

Name/Fraktion	MdV 10. WP (1990) ¹⁾	Mitglied des Bundestages			Ämter und Funktionen	
		11. WP ab Okt. 1990 ²⁾	12. WP 1990–94	13. WP 1994– ²²⁾	innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR	innerhalb BT/BReg. ³⁾
<i>Bittner, Ingrid</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Bogisch, Frank</i> (SPD)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsaus- schusses	–
<i>Bohn, Jürgen</i> (FDP)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Botz, Gerhard</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Brecht, Eberhard</i> (SPD)	ja	–	ja	ja	–	–
<i>Brudlewsky, Monika</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Creter, Klaus-Peter</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Dehnel, Wolfgang</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Deneke, Marlies</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Dörfler, Ernst</i> (GRÜNE/ BÜNDNIS 90)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Vorsitzender des Aus- schusses für Umwelt, Naturschutz, Energie, Reaktorschutz	–
<i>Dorendorf, Hans-Georg</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Dräger, Heidrun</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Ehlers, Wolfgang</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	–	–	–
<i>Elmer, Konrad</i> (SPD)	ja	ja	ja	–	April–Okt. 1990: Vorsitzender des Aus- schusses für Bildung	–
<i>Enkelmann, Dagmar</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja	ja	März–Okt. 1990: Parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Fraktion	→7.7 (FrVst)

<i>Eppelmann, Rainer</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja	ja	Febr.–März 1990: Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung <i>Modrow</i> April–Okt. 1990: Minister für Abrüstung und Verteidigung in der Regierung <i>de Maizière</i>	→7.7 (AVst)
<i>Fache, Sabine</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Felber, Konrad</i> (FDP)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Fiedler, Walter</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Fischer, Michael</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Fischer, Ursula</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja	–	–	→7.7 (FrVst)
<i>Friedrich, Michael</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Fritsch, Christina</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Fuchs, Ruth</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja ⁵⁾	ja	April–Okt. 1990: Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Sport	→7.7 (FrVst)
<i>Gauck, Joachim</i> (GRÜNE/ BÜNDNIS 90)	ja	ja ⁶⁾	–	–	Juni–Okt. 1990: Vorsitzender des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS	–
<i>Geisler, Hans</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja ⁷⁾	–	Mai–Okt. 1990: Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Familie und Frauen	–
<i>Gibtner, Horst</i> (CDU/CSU)	– ⁸⁾	–	ja	–	April–Okt. 1990: Minister für Verkehr in der Regierung <i>de Maizière</i>	–
<i>Göttsching, Martin</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	–	April–Okt. 1990: Vorsitzender des Petitionsausschusses	–
<i>Goldhahn, Eberhard</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–

1), 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 1590–1591

Name/Fraktion	MdV 10. WP (1990) ¹⁾	Mitglied des Bundestages			Ämter und Funktionen	
		11. WP ab Okt. 1990 ²⁾	12. WP 1990–94	13. WP 1994– ²²⁾	innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR	innerhalb BT/BRReg. ³⁾
<i>Gottschall, Stefan</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	März–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender der DSU-Fraktion April–Okt. 1990: Stellvertreter der Präsidentin der Volkskammer	–
<i>Gries, Gundolf</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Gutzeit, Martin</i> (SPD)	ja	ja	–	–	März–Okt. 1990: Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion	–
<i>Gysi, Gregor</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja	ja	März–Okt. 1990: Vorsitzender der PDS-Fraktion	→7.7 (FrVst)
<i>Hacker, Hans-Joachim</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	April–Okt. 1990: Vorsitzender des Rechtsausschusses	–
<i>Handsack, Lothar</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja ⁹⁾	–	–	–
<i>Haschke, Gottfried</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	Aug.–Okt. 1990: Parlamentarischer Staatssekretär und Geschäftsführender Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Regierung <i>de Maizière</i>	→7.7 (PStS)
<i>Haschke, Jürgen</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	–	–	–	–
<i>Haschke, Udo</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	–	–	–
<i>Heise, Manfred</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja	ja	–	–
<i>Heltzig, Frank</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Heuer, Uwe-Jens</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja	ja	April–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses	→7.7 (FrVst)

<i>Hilsberg, Stephan</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Hoenicke, Bertram</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Holz, Joachim</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Jäger, Renate</i> (SPD)	ja	–	ja	ja	–	–
<i>Jaffke, Susanne</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Janovsky, Georg</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja	ja	–	–
<i>Jork, Rainer</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	April–Okt. 1990: Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Bildung und Wissenschaft April–Mai 1990: Stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion	–
<i>Kalz, Manfred</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Kamilli, Karl-August</i> (SPD)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Vorsitzender des Ausschusses für Abrüstung und Verteidigung	–
<i>Kaufmann, Sylvia-Yvonne</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Keller, Dietmar</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja	–	Nov. 1989–März 1990: Minister für Kultur in der Regierung <i>Modrow</i> März–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender der PDS-Fraktion April–Okt. 1990: Vorsitzender des Ausschusses für Kultur	→7.7 (FrVst)
<i>Kertscher, Norbert</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Kleditzsch, Jürgen</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Minister für Gesundheitswesen in der Regierung <i>de Maizière</i>	–

1), 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 1590–1591

Name/Fraktion	MdV 10. WP (1990) ¹⁾	Mitglied des Bundestages			Ämter und Funktionen	
		11. WP ab Okt. 1990 ²⁾	12. WP 1990–94	13. WP 1994– ²²⁾	innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR	innerhalb BT/BR ³⁾
<i>Klein, Thomas</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Kley, Gerry</i> (FDP)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Klinkert, Ulrich</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	→7.7 (FrVst; PStS)
<i>Koch, Dieter-Lebrecht</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Köhler, Hans-Ulrich</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Kosowski, Manfred</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	ja	–	–
<i>Krause, Günther</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	–	März–April 1990: Stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion April–Okt. 1990: Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion April–Okt. 1990: Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsi- denten	→7.7 (BMin)
<i>Krause, Wolfgang</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Krehl, Constanze</i> (SPD)	ja	ja	–	–	Juli–Okt. 1990: Stellvertretende Vor- sitzende der SPD-Fraktion	–
<i>Krüger, Paul</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	Mai–Okt. 1990: 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/DA-Fraktion	→7.7 (FrVst; BMin)
<i>Krüger, Thomas</i> (SPD)	ja ¹⁰⁾	–	–	ja	–	–
<i>Krziskewitz, Reiner</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja	ja	–	–
<i>Kuessner, Hinrich</i> (SPD)	ja	ja	ja	–	–	–
<i>Landgraf, Katharina</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–

<i>Landgraf, Sabine</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	–	–	–	–
<i>Lehment, Conrad-Michael</i> (FDP)	ja	ja	–	–	März–Okt. 1990: Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Die Liberalen	–
<i>Leja, Michael</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Lengsfeld, Vera</i> (GRÜNE/BÜNDNIS 90) ²¹⁾ siehe <i>Wollenberger, Vera</i> ¹¹⁾						–
<i>Lucyga, Christine</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	März–Juli 1990: Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion	–
<i>Luft, Christa</i> (PDS)	ja	–	–	ja	Nov. 1989–März 1990: Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats für Wirtschaft in der Regierung <i>Modrow</i> April–Okt. 1990: Vorsitzende des Haushaltsausschusses	→7.7 (FrVst)
<i>Luther, Michael</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja	ja	April–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Post- und Fernmeldewesen Mai–Okt. 1990: Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/DA-Fraktion	–
<i>Maizière, Lothar de</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja ¹²⁾	–	Nov. 1989–März 1990: Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats für Kirchenfragen in der Regierung <i>Modrow</i> März–April 1990: Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion April–Okt. 1990: Vorsitzender des Ministerrats [Ministerpräsident] Aug.–Okt. 1990: zusätzlich Minister für Auswärtige Angelegenheiten	→7.7 (BMin)

^{1), 2)} usw.: Fußnoten siehe Seite 1590–1591

Name/Fraktion	MdV 10. WP (1990) ¹⁾	Mitglied des Bundestages			Ämter und Funktionen	
		11. WP ab Okt. 1990 ²⁾	12. WP 1990–94	13. WP 1994– ²²⁾	innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR	innerhalb BT/BRReg. ³⁾
<i>Maleuda, Günther</i> (PDS)	ja ¹³⁾	–	–	ja	Nov. 1989–März 1990: Präsident der Volkskammer März–Aug. 1990: Vorsitzender der Fraktion DBD/DFD	–
<i>Martini zum Berge, Dörte</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Matterne, Dietmar</i> (SPD)	ja	–	ja	–	–	–
<i>Meckel, Markus</i> (SPD)	ja	–	ja	ja	April–Aug. 1990 (Rücktritt): Minister für Auswärtige Angelegenheiten in der Regierung <i>de Maizière</i>	–
<i>Michalk, Maria</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja ¹⁴⁾	–	April–Okt. 1990: Stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses	→7.7 (FrVst)
<i>Misselwitz, Hans-Jürgen</i> (SPD)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Auswärtige Angelegenheiten	–
<i>Modrow, Hans</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja ¹⁵⁾	ja	ja	–	Nov. 1989–März 1990: Vorsitzender des Ministerrats [Ministerpräsident]	→7.7 (FrVst)
<i>Morgenstern, Luise</i> (SPD)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses	–
<i>Morgenstern, Marion</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Neumann, Gerhard</i> (SPD)	ja	–	ja	ja	–	–
<i>Nitsch, Johannes</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	Mai–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion	→7.7 (FrVst; PStS)
<i>Nolte, Claudia</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	→7.7 (FrVst; BMin)

<i>Nowack, Joachim Hubertus</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	–	–	–	–
<i>Ortleb, Rainer</i> (FDP)	ja	ja	ja	ja	März–Okt. 1990: Vorsitzender der Fraktion Die Liberalen	→7.7 (BMin)
<i>Ostrowski, Christine</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Otto, Norbert</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja	ja	–	–
<i>Paar, Gisbert</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Patzig, Uwe</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Pfeiffer, Angelika Sabine</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	→7.7 (AVst)
<i>Platzeck, Matthias</i> (GRÜNE/BÜNDNIS 90)	ja	ja	–	–	Feb.–März 1990: Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung <i>Modrow</i> März–Okt. 1990: Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Grüne	–
<i>Poppe, Gerd</i> (Bündnis 90/GRÜNE)	ja	–	ja	ja	Feb.–März 1990: Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung <i>Modrow</i> März–Okt. 1990: Stellvertretender Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Grüne	–
<i>Priebus, Rosemarie</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	–	–	–
<i>Rau, Rolf</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Rauber, Klaus</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Rehm, Stefanie</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–

1), 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 1590–1591

Name/Fraktion	MdV 10. WP (1990) ¹⁾	Mitglied des Bundestages			Ämter und Funktionen	
		11. WP ab Okt. 1990 ²⁾	12. WP 1990–94	13. WP 1994– ²²⁾	innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR	innerhalb BT/BReg. ³⁾
<i>Reichenbach, Klaus</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	–	März–April 1990: Stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion April–Okt. 1990: Minister im Amt des Ministerpräsidenten <i>de Maizière</i>	–
<i>Richter, Edelbert</i> (SPD)	ja	ja	–	ja	April–Mai 1990: Vorsitzender des Koordinierungsausschusses für Deutsche Einheit Mai–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Deutsche Einheit	–
<i>Riege, Gerhard</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja ¹⁶⁾	–	–	→7.7 (FrVst)
<i>Rother, Heinz</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	–	–	–
<i>Scharf, Eberhard</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Schemmel, Volker</i> (SPD)	ja	ja	–	–	Juli–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion	–
<i>Schmidt, Christa</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja ¹⁷⁾	–	April–Okt. 1990: Ministerin für Familie und Frauen in der Regierung <i>de Maizière</i>	–
<i>Schmidt, Frank</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Schmidt, Thomas</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Gesundheitswesen	–
<i>Schmieder, Jürgen</i> (FDP)	ja	–	ja	–	April–Okt. 1990: Stellvertreter der Präsidentin der Volkskammer	–

<i>Schmiele, Joachim</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	–	–	März–Okt. 1990: Parlamentarischer Geschäftsführer der DSU-Fraktion April–Mai 1990: Vorsitzender des Haushaltsausschusses	–
<i>Schneider, Reiner</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Schnell, Emil</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	April–Aug. 1990 (Rücktritt): Minister für Post- und Fernmeldewesen in der Regierung <i>de Maizière</i>	–
<i>Schönebeck, Martina</i> (PDS)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Vorsitzende des Ausschusses für das Gesundheitswesen	–
<i>Schreiber, Harald</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja ¹⁸⁾	–	April–Okt. 1990: Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses	→7.7 (AVst)
<i>Schröder, Richard</i> (SPD)	ja	ja	–	–	März–Aug. 1990 (Rücktritt): Vorsitzender der SPD-Fraktion	–
<i>Schultze, Christian</i> (SPD)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Fraktionsgeschäftsführer der SPD-Fraktion	→7.7 (FrVst)
<i>Schulz, Gerhard</i> (CDU/CSU)	ja	–	ja	ja	–	–
<i>Schulz, Werner</i> (GRÜNE/ BÜNDNIS 90) ²¹⁾	ja	ja	ja	ja	zeitweise Vertreter von <i>Jens Reich</i> als Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne	→7.7 (FrVst)
<i>Schumann, Fritz</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja	–	–	→7.7 (FrVst)
<i>Schumann, Michael</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–

^{1), 2)} usw.: Fußnoten siehe Seite 1590–1591

Hinweis

Die letzten Tage in der Geschichte der DDR sind ausführlich im Abschnitt 28.1 des vorliegenden **Datenhandbuchs** dokumentiert. Für diese Chronik sind vor allem auch die Tagesordnungen, Aussprachen und Beschlüsse der Volkskammer (jeweils rechte Spalte) ausgewertet worden.

Name/Fraktion	MdV 10. WP (1990) ¹⁾	Mitglied des Bundestages			Ämter und Funktionen	
		11. WP ab Okt. 1990 ²⁾	12. WP 1990–94	13. WP 1994– ²²⁾	innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR	innerhalb BT/BR ³⁾
<i>Schwalbe, Clemens</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	Mai–Okt. 1990: Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/DA-Fraktion	→7.7 (FrVst)
<i>Schwanitz, Rolf</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	April–Okt. 1990: Stellvertretender Vor- sitzender im zeitweiligen Prüfungs- ausschuß Juli–Okt. 1990: Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister der Justiz	→7.7 (FrVst)
<i>Seeger, Per-René</i> (SPD)	ja	ja	–	–	März–Aug. 1990: Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der DBD/DFD	–
<i>Seifert, Ilja</i> (PDS bzw. PDS/LL)	ja	ja	ja	–	–	–
<i>Selke, Karl-Ernst</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Sorge, Wieland</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	–	→7.7 (AVst)
<i>Steiner, Andreas</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	–	–	–	–
<i>Steinitz, Klaus</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Stephan, Volker</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Stockmann, Ulrich</i> (SPD)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Städtebau und Wohnungs- wirtschaft Juli–Okt. 1990: Stellvertretender Vor- sitzender der SPD-Fraktion	–
<i>Stolfa, Roswitha</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Tamm, Ingeborg</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–

<i>Thees, Olaf</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Thierse, Wolfgang</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	März–Juli 1990: Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion Aug.–Okt. 1990: Vorsitzender der SPD-Fraktion	→7.7 (FrVst)
<i>Tiesler, Frank</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	–	–	–	–
<i>Toscher, Willibald</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Tschiche, Hans-Jochen</i> (GRÜNE/ BÜNDNIS 90)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Uecker, Sabine</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Ullmann, Wolfgang</i> (GRÜNE/ BÜNDNIS 90) ²¹⁾	ja	ja	ja	–	Febr.–März 1990: Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung <i>Modrow</i> März–April 1990: Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne April–Okt. 1990: Stellvertreter der Präsidentin der Volkskammer	–
<i>Unger, Dietmar</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Voigtländer, Bernd</i> (SPD)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Wagner, Heinz</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Walther, Hansjoachim</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	–	–	März–Okt. 1990: Vorsitzender der DSU-Fraktion	→7.7 (BMin)
<i>Wegener, Solveig</i> (PDS)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Weis, Reinhard</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	April–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Energie, Reaktorsicherheit	–

1), 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 1590–1591

Name/Fraktion	MdV 10. WP (1990) ¹⁾	Mitglied des Bundestages			Ämter und Funktionen	
		11. WP ab Okt. 1990 ²⁾	12. WP 1990–94	13. WP 1994– ²²⁾	innerhalb der Volkskammer und des Ministerrates der DDR	innerhalb BT/BReg. ³⁾
<i>Weiß, Konrad</i> (BÜNDNIS 90/ GRÜNE)	ja	–	ja	–	–	–
<i>Weißgerber, Gunter</i> (SPD)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Wetzel, Kersten</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Wieczorek, Bertram</i> (CDU/CSU[Gast])	ja	ja	ja ¹⁹⁾	–	April–Okt. 1990: Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Abrüstung und Verteidigung April–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion	→7.7 (FrVst; PStS)
<i>Wöstenberg, Dieter</i> (FDP)	ja	ja	–	–	April–Okt. 1990: Stellvertretender Vorsitzender Fraktion Die Liberalen	
<i>Wollenberger, Vera</i> (GRÜNE/ BÜNDNIS 90) ²¹⁾	ja	ja	ja ²⁰⁾	ja	April–Okt. 1990: Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne April–Okt. 1990: Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Abrüstung und Verteidigung	→7.7 (FrVst)
<i>Wonneberger, Michael</i> (CDU/CSU)	ja	ja	ja	ja	–	–
<i>Zimmermann, Hans</i> (CDU/CSU)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Zirkler, Klaus-Otto</i> (FDP)	ja	ja	–	–	–	–
<i>Zschornack, Georg</i> (FDP)	ja	ja	–	–	–	–

Fußnoten für die Seiten 1577–1590

1) Eine frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer ist durch Fußnote besonders angegeben.

2) ohne besondere Angaben: ab 3. Oktober 1990 bis zum Ende der Wahlperiode

- 3) Für den Fall, daß Ämter und Funktionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung ausgeübt wurden bzw. werden, wird wegen weiterer Einzelheiten mit „→ 7.7“ auf Abschnitt 7.7 des vorliegenden Buches verwiesen.
- 4) MdB in der 12. WP erst ab 22. Oktober 1991 (nachgerückt für *Lothar de Maizière*)
- 5) MdB in der 12. WP erst ab 11. März 1992 (nachgerückt für *Gerhard Riege*)
- 6) MdB in der 11. WP nur bis 4. Oktober 1990
- 7) MdB in der 12. WP bis 12. Februar 1991
- 8) nicht Mitglied der Volkskammer gewesen
- 9) MdB in der 12. WP erst ab 1. Juli 1994 (nachgerückt für *Joachim Graf von Schönburg-Glauchau*)
- 10) Mitglied der Volkskammer bis 1. August 1990
- 11) Namensbezeichnung ab 1. November 1994: *Vera Lengsfeld*
- 12) MdB in der 12. WP bis 15. Oktober 1991
- 13) Mitglied der Volkskammer seit 1981; seit Juni 1987 bis Juni 1990 Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD); als DBD-Vorsitzender von Juni 1987 bis Oktober 1989 Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Mitglied des Nationalrates der Nationalen Front der DDR
- 14) MdB in der 12. WP erst ab 13. Februar 1991 (nachgerückt für *Hans Geisler*)
- 15) Mitglied der Volkskammer seit 1957
- 16) MdB in der 12. WP bis 15. Februar 1992 (†)
- 17) MdB in der 12. WP erst ab 1. Februar 1991 (nachgerückt für *Bertram Wieczorek*)
- 18) MdB in der 12. WP bis 30. Juni 1993
- 19) MdB in der 12. WP bis 31. Januar 1994
- 20) ab 1. November 1994: *Vera Lengsfeld* (Namenswechsel)
- 21) in der 12. Wahlperiode: Bündnis 90/GRÜNE (Gruppe), in der 13. Wahlperiode: Bündnis 90/GRÜNE (Fraktion)
- 22) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsvorstandsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zu den häufigsten Rednern im Plenum zählten (Abschnitt 8.3).

7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung

Sowohl Anfang Oktober 1990 beim Eintritt der 144 von der Volkskammer der DDR in den Bundestag gewählten Abgeordneten als auch nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1990 und 1994 fand besonderes Interesse, welchen Politikerinnen und Politikern aus den neuen Bundesländern und Ost-Berlin es gelingen würde, herausgehobene Funktionen und Ämter innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung zu besetzen. Hinter diesem Interesse steht erstens die Frage nach einer angemessenen politischen Vertretung der neuen Bundesbürger durch eigene Abgeordnete, zweitens die Frage nach der Bereitschaft, die vorhandenen Funktionen und Ämter mit den neuen politischen Kräften aus der früheren DDR zu teilen, und drittens die Frage, welche dauerhaften politischen Karrieren durch die Vereinigung Deutschlands bewirkt wurden. *)

Ostdeutsche, d. h. in den neuen Bundesländern gewählte Abgeordnete werden in diesem Abschnitt nur berücksichtigt, sofern sie bis zur Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 Bürger der Deutschen Demokratischen Republik waren. **)

Diese Unterscheidung war zu treffen, weil in der 12. Wahlperiode zwölf und in der 13. Wahlperiode neun Abgeordnete zwar innerhalb der neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) in den Bundestag gewählt wurden, jedoch ihren ständigen Wohnsitz bis Oktober 1990 in den alten Bundesländern einschließlich Berlin (West) hatten.

Um welche Mitglieder des Bundestages es sich im einzelnen handelt, ist der folgenden Übersicht „Westdeutsche als Abgeordnete in Ostdeutschland“ zu entnehmen. Dabei fällt auf, daß eine Reihe der in ostdeutschen Wahlkreisen bzw. über Landesliste der neuen Bundesländer gewählten Abgeordneten „Rückkehrer“ in ihre Geburtsorte sind (eindeutig *Manfred Kolbe*, *Wolfgang Mischnick*, *Gerhard Reddemann* sowie *Joachim Graf von Schönburg-Glauchau*).

*) Was für die Ebene des Bundestages bislang noch fehlt, ist eine soziologische Untersuchung der Rekrutierung und des Karriereverlaufs der ostdeutschen Abgeordneten, wie sie für die Landtage der neuen Bundesländer vorliegt; vgl. *Hans-Ulrich Derlien* und *Stefan Lock*, Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 25. 1994. H. 1. S. 61–94.

**) Ein westdeutscher Geburtsort ist dabei unerheblich, z. B. bei *Angela Merkel* (CDU) Hamburg oder *Uwe-Jens Heuer* (PDS) Essen.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages.

Westdeutsche als Abgeordnete in Ostdeutschland

Wahlperiode	Name, Partei	a) Jahrgang b) Geburtsort	Ständiger Wohnsitz a) vor Oktober 1990 b) evtl. neuer Wohnsitz	gewählt in/über	Bemerkungen
12. WP 1990–94	<i>Briefs, Ulrich</i> (PDS/LL)	a) 1939 b) Düsseldorf	a) Posterholt (Niederlande) b) –	LL Sachsen	zuvor MdB in der 11. WP (DIE GRÜNEN; ab 1. 10. 1990 fraktionslos); in der 12. WP ab 19. 12. 1991 fraktionslos
	<i>Büttner, Hartmut</i> (CDU)	a) 1952 b) Kolenfeld (Landkreis Hannover)	a) Garbsen (Niedersachsen) b) Staßfurt (Sachsen-Anhalt)	Wkr. 287 (Magdeburg – Schönebeck – Wanzleben – Staßfurt)	
	<i>Diederich, Nils</i> (SPD)	a) 1934 b) Berlin-Zehlendorf	a) Berlin [West] b) –	Wkr. 259 (Berlin-Friedrichshain/ -Treptow/ -Lichtenberg I) [Berlin-Ost]	zuvor MdB in der 8.–10. WP und in der 11. WP ab 12. 5. 1989
	<i>Henn, Bernd</i> (PDS/LL)	a) 1946 b) Göttingen	a) Salzgitter b) Braunschweig	LL Sachsen-Anhalt	von Oktober 1991 bis Dezember 1992 fraktionslos
	<i>Kolbe, Manfred</i> (CDU)	a) 1953 b) Naunhof (Kreis Grimma/Sachsen)	a) München b) Grimma (Sachsen)	Wkr. 312 (Döbeln – Grimma – Oschatz)	
	<i>Kriedner, Arnulf</i> (CDU)	a) 1938 b) Mühlbach-Pirna (Sachsen)	a) Berlin [West] b) Meiningen (Thüringen)	Wkr. 306 (Meiningen – Bad Salzungen – Hildburghausen – Sonneberg)	
	<i>Lederer, Andrea</i> (PDS/LL)	a) 1957 b) Bad Reichenhall	a) Hamburg b) –	LL Mecklenburg-Vorpommern	

Wahlperiode	Name, Partei	a) Jahrgang b) Geburtsort	Ständiger Wohnsitz a) vor Oktober 1990 b) evtl. neuer Wohnsitz	gewählt in/über	Bemerkungen
noch: 12. WP	<i>Marten, Günter</i> (CDU)	a) 1939 b) Diepholz (Niedersachsen)	a) Wilhelmshaven b) Parchim (Mecklenburg-Vorpommern)	Wkr. 264 (Güstrow – Sternberg – Lübz – Parchim – Ludwigslust)	
	<i>Mischnick, Wolfgang</i> (FDP)	a) 1921 b) Dresden	a) Kronberg im Taunus b) –	LL Sachsen	zuvor MdB 3.–11. WP (FDP)
	<i>Molnar, Thomas</i> (CDU)	a) 1952 b) Kulmbach (Bayern)	a) Straßkirchen (Bayern) b) Spremberg (Brandenburg)	Wkr. 281 (Senftenberg – Calau – Spremberg)	
	<i>Reddemann, Gerhard</i> (CDU)	a) 1932 b) Heiligenstadt (Thüringen)	a) Hagen b) –	Wkr. 296 (Nordhausen – Worbis – Heiligenstadt)	zuvor MdB 6.–11. WP (CDU)
	<i>Schönburg-Glauchau, Joachim Graf von</i> (CDU)	a) 1929 b) Glauchau (Sachsen)	a) Eching-Ottenburg (Bayern) b) Rochsburg (Sachsen)	Wkr. 322 (Glauchau – Rochlitz – Hohenstein-Ernstthal – Hainichen)	MdB bis 30. 6. 1994
13. WP 1994–	<i>Büttner, Hartmut</i> (CDU)	a) 1952 b) Kolenfeld (Landkreis Hannover)	a) Garbsen (Niedersachsen) b) Staßfurt (Sachsen-Anhalt)	Wkr. 287 (Magdeburg – Schönebeck – Wanzleben – Staßfurt)	zuvor MdB in der 12. WP (CDU), ebenfalls Wkr. 287
	<i>Einsiedel, Heinrich Graf von</i> (PDS)	a) 1921 b) Potsdam	a) München b) –	LL Sachsen	
	<i>Fink, Ulf</i> (CDU)	a) 1942 b) Freiberg (Sachsen)	a) Berlin [West] b) –	LL Brandenburg	

<i>Knake-Werner, Heidi</i> (PDS)	a) 1943 b) Tomaschow (Łódź/Polen)	a) Bremen b) –	LL Sachsen-Anhalt	
<i>Kolbe, Manfred</i> (CDU)	a) 1953 b) Naunhof (Kreis Grimma/Sachsen)	a) München b) Döbeln (Sachsen)	Wkr. 312 (Döbeln – Grimma – Oschatz)	zuvor MdB in der 12. WP (CDU), ebenfalls Wkr. 312
<i>Kriedner, Arnulf</i> (CDU)	a) 1938 b) Mühlbach/Pirna (Sachsen)	a) Berlin [West] b) Meiningen (Thüringen)	Wkr. 306 (Meiningen – Bad Salzungen – Hildburghausen – Sonne- berg)	zuvor MdB in der 12. WP (CDU), ebenfalls Wkr. 306
<i>Lederer, Andrea</i> (PDS/LL)	a) 1957 b) Bad Reichenhall	a) Hamburg b) Berlin	LL Mecklenburg- Vorpommern	zuvor MdB in der 12. WP (PDS/LL), ebenfalls LL Mecklenburg-Vorpommern; ab 13. Mai 1996 durch Ver- heiratung mit <i>Gregor Gysi</i> Namenswechsel: <i>Andrea</i> <i>Gysi</i>
<i>Marten, Günter</i> (CDU)	a) 1939 b) Diepholz (Nieder- sachsen)	a) Wilhelmshaven b) Klein Upahl (Mecklenburg- Vorpommern)	Wkr. 264 (Güstrow – Sternberg – Lübz – Parchim – Ludwigs- lust)	zuvor MdB in der 12. WP (CDU), ebenfalls Wkr. 264
<i>Schulze, Frederick</i> (CDU)	a) 1949 b) Paderborn	a) k.A. (Baden-Würt- temberg) b) Rossla (Sachsen- Anhalt)	Wkr. 295 (Eisleben – Sangerhausen – Hettstedt)	

Hinweis

Daten im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands sind neben Abschnitt 28.1 – Chronik der „Wende“ in der Volkskammer – noch in folgenden Abschnitten im vorliegenden **Datenhandbuch** enthalten:

- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Besetzung führender Positionen durch ostdeutsche Abgeordnete

Mitglied im Bundestagspräsidium		
11. Wahlperiode – ab 3./4. Oktober 1990 –	12. Wahlperiode 1990–1994	13. Wahlperiode 1994– ¹⁾
– ²⁾	–	–
Mitglied im Fraktions- oder Gruppenvorstand ⁵⁾		
11. Wahlperiode – ab 3./4. Oktober 1990 –	12. Wahlperiode 1990–1994	13. Wahlperiode 1994– ¹⁾
CDU/CSU: <i>Bertram Wieczorek</i> (stellv. Fraktionsvorsitzender) <i>Clemens Schwalbe</i> (Parl. Geschäftsführer)	CDU/CSU: <i>Maria Michalk</i> ⁶⁾ (stellv. Fraktionsvorsitzende) <i>Johannes Nitsch</i> (stellv. Fraktionsvorsitzender) <i>Clemens Schwalbe</i> (Parl. Geschäftsführer) <i>Ulrich Klinkert</i> (Vorsitzender der AG „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“) (bis 4. 2. 1994) <i>Claudia Nolte</i> (Vorsitzende der AG „Frauen und Jugend“) <i>Paul Krüger</i> (Vorsitzender der AG „Treuhand“) (ab 9. 2. 1993 bis 13. 5. 1993) <i>Hermann Pohler</i> (Vorsitzender der AG „Treuhand“) (ab 15. 6. 1993)	CDU/CSU: <i>Paul Krüger</i> (stellv. Fraktionsvorsitzender) <i>Clemens Schwalbe</i> (Parl. Geschäftsführer)
SPD: <i>Wolfgang Thierse</i> (stellv. Fraktionsvorsitzender) <i>Christian Schultze</i> (Parl. Geschäftsführer)	SPD: <i>Wolfgang Thierse</i> (stellv. Frak- tionsvorsitzender und – bis 10. 12. 1991 – Vorsitzender des AK „Neue Länder/Deutschland- politik“) <i>Uwe Küster</i> (Parl. Geschäftsführer) <i>Rolf Schwanitz</i> (Vorsitzender der Querschnittsgruppe „Einheit Deutschlands“) (ab 10. 12. 1991) <i>Christel Hanewinkel</i> (Vorsitzende der AG „Familie und Senioren“) (ab 10. 12. 1991)	SPD: <i>Wolfgang Thierse</i> (stellv. Fraktionsvorsitzender) <i>Uwe Küster</i> (Parl. Geschäftsführer) <i>Rolf Schwanitz</i> (Vorsitzender der Querschnittsgruppe „Deutsche Einheit“) <i>Christel Hanewinkel</i> (Vorsit- zende der AG „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“)

¹⁾, ²⁾ usw.: Fußnoten siehe Seite 1599

noch: Mitglied im Fraktions- oder Gruppenvorstand ⁵⁾		
11. Wahlperiode – ab 3./4. Oktober 1990 –	12. Wahlperiode 1990–1994	13. Wahlperiode 1994–1)
FDP: –	FDP:⁷⁾ <i>Bruno Menzel</i> (stellv. Fraktionsvorsitzender) <i>Joachim Günther</i> (Parl. Geschäftsführer) (bis 28. 1. 1991) <i>Uwe-Bernd Lühr</i> (Parl. Geschäftsführer) (ab 29. 1. 1991 bis 10. 12. 1991 und ab 22. 6. 1993) <i>Heinz Hübner</i> (Parl. Geschäftsführer) (ab 10. 12. 1991 bis 12. 5. 1992)	FDP: <i>Uwe-Bernd Lühr</i> (stellv. Fraktionsvorsitzender)
GRÜNE/B 90:⁸⁾ <i>Marianne Birthler</i> (Fraktionssprecherin)	siehe unter B 90/GRÜNE	siehe unter B 90/GRÜNE
B 90/GRÜNE: siehe unter GRÜNE/B 90	B 90/GRÜNE: <i>Werner Schulz</i> (Parl. Geschäftsführer) <i>Christina Schenk</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) (bis Fraktionsaustritt 10. 5. 1994) <i>Vera Wollenberger⁹⁾</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) (bis 13. 1. 1992) <i>Klaus-Dieter Feige</i> (stellv. Parl. Geschäftsführer) (ab 13. 1. 1992)	B 90/GRÜNE: <i>Werner Schulz</i> (Parl. Geschäftsführer)

^{1), 2)} usw.: Fußnoten siehe Seite 1599

Hinweis

Ostdeutsche Politiker, die in der DDR nach der Wahl vom 18. März 1990 führende Positionen in der Volkskammer und im Ministerrat bekleideten, sind in folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

noch: Mitglied im Fraktions- oder Gruppenvorstand ⁵⁾		
11. Wahlperiode – ab 3./4. Oktober 1990 –	12. Wahlperiode 1990–1994	13. Wahlperiode 1994– ¹⁾
<p>PDS:</p> <p><i>Gregor Gysi</i> (Gruppenvorsitzender)</p> <p><i>Dietmar Keller</i> (stellv. Gruppenvorsitzender)</p> <p><i>Gerhard Riege</i> (Parl. Geschäftsführer)</p> <p><i>Dagmar Enkelmann</i> (Parl. Geschäftsführerin)</p>	<p>PDS/LL:</p> <p><i>Gregor Gysi</i> (Gruppenvorsitzender)</p> <p><i>Dietmar Keller</i> (stellv. Gruppenvorsitzender ab 19. 2. 1991 bis 29. 8. 1991 und – ab 26. 5. 1992 – Vorsitzender der AG „Wissenschaft – Bildung – Kultur – Geschichte“)</p> <p><i>Fritz Schumann</i> (stellv. Gruppenvorsitzender ab 19. 2. 1991 bis 29. 8. 1991 und Vorsitzender des AK II „Ökologie, Soziales, Wirtschaft“)</p> <p><i>Ursula Fischer</i> (Erste Parl. Geschäftsführerin bis 9. 2. 1993, danach – ab 9. 2. 1993 – Parl. Geschäftsführerin)</p> <p><i>Bernd Henn</i> (Parl. Geschäftsführer) (bis 19. 2. 1991)</p> <p><i>Dagmar Enkelmann</i> (Parl. Geschäftsführerin ab 19. 2. 1991 bis 9. 2. 1993, danach – ab 9. 2. 1993 – stellv. Gruppenvorsitzende)</p> <p><i>Barbara Höll</i> (Parl. Geschäftsführerin) (ab 19. 2. 1991)</p> <p><i>Hans Modrow</i> (Vorsitzender des AK I „Friedens-, Außen- und Entmilitarisierungspolitik“)</p> <p><i>Gerhard Riege</i> (Vorsitzender des AK III „Demokratisierung und Recht“) (bis † 15. 2. 1992)</p> <p><i>Petra Bläss</i> (Vorsitzende des AK IV „Feminisierung der Gesellschaft“)</p> <p><i>Uwe-Jens Heuer</i> (Vorsitzender der AG „Verfassungs- und Rechtsfragen“) (ab 26. 5. 1992)</p>	<p>PDS:</p> <p><i>Gregor Gysi</i> (Gruppenvorsitzender)</p> <p><i>Christa Luft</i> (stellv. Gruppenvorsitzende und Leiterin des AB II „Wirtschafts-, Haushalts-, Finanz- und Umweltpolitik“)</p> <p><i>Dagmar Enkelmann</i> (Parl. Geschäftsführerin)</p> <p><i>Barbara Höll</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin)</p> <p><i>Ruth Fuchs</i> (stellv. Parl. Geschäftsführerin) (ab 25. 8. 1995)</p> <p><i>Christina Schenk</i> (Frauenpolitische Sprecherin und Leiterin des AK „Feministische Politik“)</p> <p><i>Ludwig Elm</i> (Leiter des AB IV „Rechts-, Innen-, Ausländer/Innen-, Bildungs- und Kulturpolitik“)</p>

^{1), 2)} usw.: Fußnoten auf der rechten Seite

Vorsitz/stellvertretender Vorsitz in einem Ausschuß/einer Enquete-Kommission		
11. Wahlperiode – ab 3./4. Oktober 1990 –	12. Wahlperiode 1990–1994 ³⁾	13. Wahlperiode 1994– ¹⁾ 4)
– ²⁾	<p><i>Rainer Eppelmann</i> (CDU) (Vorsitzender des A. f. Familie und Senioren) (bis 10. 3. 1993)</p> <p><i>Klaus Röhl</i> (FDP) (stellv. Vorsitzender des A. f. für Verkehr)</p> <p><i>Harald Schreiber</i> (CDU) (stellv. Vorsitzender des A. f. wirtschaftliche Zusammenarbeit) (bis 30. 6. 1993)</p> <p><i>Wieland Sorge</i> (SPD) (stellv. Vorsitzender des Ausschusses Treuhandanstalt) (ab 22. 1. 1993)</p> <p><i>Rainer Eppelmann</i> (CDU) (Vorsitzender der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“) (ab 20. 5. 1992)</p>	<p><i>Angelika Sabine Pfeiffer</i> (CDU) (stellv. Vorsitzende des A. f. Gesundheit)</p> <p><i>Karlheinz Guttmacher</i> (FDP) (stellv. Vorsitzender des A. f. Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung)</p> <p><i>Manfred Lischewski</i> (CDU) (Vorsitzender des A. f. wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)</p> <p><i>Michael Stübgen</i> (CDU) (stellv. Vorsitzender des A. f. für Angelegenheiten der Europäischen Union)</p> <p><i>Christian Müller</i> (SPD) (stellv. Vorsitzender des A. f. Wirtschaft) (ab 27. 9. 1995)</p> <p><i>Rainer Eppelmann</i> (CDU) (Vorsitzender der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“) (ab 30. 6. 1995)</p>

Fußnoten für die Seiten 1596–1600:

- 1) Stand: 31. August 1997
- 2) Zwischen den Geschäftsführern der Fraktionen war verabredet worden, nach dem 3. Oktober 1990 im Hinblick auf die wenigen noch verbleibenden Wochen der 11. Wahlperiode keine Veränderungen an der Zusammensetzung der Gremien vorzunehmen.
- 3) Nicht aufgenommen wurden u. a. folgende Abgeordnete, die vor der Vereinigung in den alten Bundesländern gelebt haben: *Arnulf Kriedner* (CDU/CSU) als Vorsitzender des Ausschusses Treuhandanstalt ab 22. 1. 1993 und *Joachim Graf von Schönburg-Glauchau* (CDU/CSU) als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit ab 23. 9. 1993 bis zum Mandatsverzicht am 30. 6. 1994.
- 4) Nicht aufgenommen wurde u. a. folgender Abgeordneter, der vor der Vereinigung in den alten Bundesländern gelebt hat: *Hartmut Büttner* (CDU/CSU) als stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses.
- 5) beschränkt auf die Mitglieder des engeren Fraktions- oder Gruppenvorstandes (Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Parlamentarischer Geschäftsführer, Vorsitzender eines Arbeitskreises oder einer Arbeitsgruppe)
- 6) MdB erst ab 13. Februar 1991
- 7) Über die Landesliste Sachsen ist *Wolfgang Mischnick* in den 12. Bundestag gewählt worden, zwischen 1968 und 1990 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und in der 12. Wahlperiode Ehrevorsitzender der Fraktion.
- 8) Ab dem 4. Oktober 1990 führte die Fraktion die Bezeichnung „Die Grünen/Bündnis 90“, nachdem ihr die sieben Abgeordneten beigetreten waren, die die Volkskammer der DDR am 28. September 1990 anteilig aus der Fraktion „Bündnis 90/Grüne“ in den Deutschen Bundestag gewählt hatte.
- 9) Namensbezeichnung ab 1. November 1994: *Vera Lengsfeld*

Mitglied der Bundesregierung		
11. Wahlperiode – ab 3./4. Oktober 1990 –	12. Wahlperiode 1990–1994	13. Wahlperiode 1994– ¹⁾
Bundesminister für besondere Aufgaben: <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU) <i>Günther Krause</i> (CDU) <i>Lothar de Maizière</i> (CDU) (bis 19. 12. 1990) <i>Hansjoachim Walther</i> (DSU)	<i>Angela Merkel</i> (CDU) (Bundesministerin für Frauen und Jugend) <i>Günther Krause</i> (CDU) (Bundesminister für Verkehr) (bis 13. 5. 1993) <i>Rainer Ortleb</i> (FDP) (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft) (bis 4. 2. 1994) <i>Paul Krüger</i> (CDU) (Bundesminister für Forschung und Technologie) (ab 13. 5. 1993)	<i>Claudia Nolte</i> (CDU) (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) <i>Angela Merkel</i> (CDU) (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
Parlamentarische Staatssekretäre		
11. Wahlperiode – ab 3./4. Oktober 1990 –	12. Wahlperiode 1990–1994	13. Wahlperiode 1994– ¹⁾
–	<i>Gottfried Haschke</i> (CDU) (PStS beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (bis 21. 1. 1993) <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU) (PStS beim Bundesminister für Gesundheit) <i>Bertram Wieczorek</i> (CDU) (PStS beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (bis 31. 1. 1994) <i>Ulrich Klinkert</i> (CDU) (PStS beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (ab 4. 2. 1994) <i>Joachim Günther</i> (FDP) (PStS beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)	<i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU) (PStS beim Bundesminister für Gesundheit) <i>Johannes Nitsch</i> (CDU) (PStS beim Bundesminister für Verkehr) <i>Ulrich Klinkert</i> (CDU) (PStS beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) <i>Joachim Günther</i> (FDP) (PStS beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Zu allgemeinen Angaben zur Sozialstruktur des Bundestages siehe Kapitel 3.

7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik

Die Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes von Bonn nach Berlin rückte im Verlauf des Jahres 1990 in den Bereich der Möglichkeit, je mehr sich die Aussicht auf eine baldige Vereinigung Deutschlands verstärkte und es dabei gemäß den jahrzehntelangen Beteuerungen in der Bundesrepublik Deutschland als selbstverständlich galt, daß Berlin für den Fall eines gesamtdeutschen Staates dessen Hauptstadt würde. Keineswegs voraussehbar war, daß die Frage des Parlaments- und Regierungssitzes Politiker und Öffentlichkeit bald in zwei zum Teil heftig sich befehdende Lager spalten würde und die Entscheidung darüber sich schwieriger gestalten sollte als über fast alle anderen Fragen, die mit der Vereinigung zusammenhängen.

Aus den Einigungsverhandlungen und -verträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik seit April 1990 wurde eine Festlegung zugunsten von Berlin oder Bonn ausgeklammert. Erst acht Monate nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – im Juni 1991 – gelangte das Thema auf die Tagesordnung des Bundestages, und das Parlament sprach sich bekanntlich mit der knappen Mehrheit von 338 Stimmen bei 320 Gegenstimmen im Prinzip für Berlin aus.

Seitdem ist die Diskussion über die Frage des Umzuges von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin keineswegs verstummt, und in den Besprechungsergebnissen der mit der Umsetzung des (unterschiedlich interpretierbaren) Berlin-Beschlusses des Bundestages befaßten Gremien zeichnet sich die Fülle der Probleme ab, die mit der Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes verbunden sind.

Inzwischen zeichnet sich ein exakter Zeitplan für den Umzug des Bundestages nach Berlin ab, so daß es sich bei diesem Abschnitt nicht mehr – wie noch im letzten *Datenhandbuch* – „um eine Chronik von durchaus ungewissem Ausgang“ handelt.*)

31. August 1990 Unterzeichnung des Einigungsvertrages durch Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Günther Krause*.

In dem vom Bundestag am 20. September 1990 ratifizierten Vertrag ist festgelegt, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist und daß die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden wird.

*) Quellen:

Volker Busse, Umzugsplanung Bonn – Berlin. Kooperation und Koordination bei der Planung des Umzuges von Parlament und Regierung nach Berlin. In: *Die Öffentliche Verwaltung*, Jg. 47, 1994, H. 12, S. 497–504; überarbeitete und auf den neuesten Stand gebrachte Fassung: *Volker Busse*, Umzugsplanung Berlin/Bonn aus staatsorganisatorischer Sicht. In: *Hauptstadt BERLIN*, Band 2: Berlin im vereinten Deutschland. Hrsg. von *Werner Süß*, Berlin 1995, S. 93–115;
Parlamentsmaterialien;
Presseauschnitte.

Hinweis

Im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes von Bonn nach Berlin sind folgende Abschnitte im vorliegenden *Datenhandbuch* von Interesse:

- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 8.1 Tagungsstätte der Plenarsitzungen
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Schon vor dieser Entscheidung des Bundestages, die am 20. Juni 1991 knapp zugunsten von Berlin ausfällt, werden einige vorsorgliche Schritte für den Fall eines Umzugs nach Berlin eingeleitet.

6. September 1990 Der Ältestenrat des Bundestages faßt folgenden Beschluß:
 „Die Präsidentin des Deutschen Bundestages wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages in Berlin verbessert und hergestellt werden. Um dies zu ermöglichen, wird die Bundesregierung aufgefordert, über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus die Präsidentin dabei zu unterstützen und ihr unverzüglich ihre Überlegungen hierzu darzulegen.“
25. September 1990 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* bittet den Bundesminister der Finanzen, vorsorglich in der Nähe des Reichstagsgebäudes in Berlin verfügbare Bürogebäude und Grundstücke vorrangig für den Deutschen Bundestag vorzumerken. Mit Schreiben vom gleichen Tag wird der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gebeten, den Finanzminister bei der Auswahl der in Betracht kommenden Liegenschaften zu unterstützen.
10. Oktober 1990 Parallel zu den Briefen der Bundestagspräsidentin vom 25. September bittet der Haushaltsausschuß des Bundestages die Bundesregierung, bis zu einer Entscheidung des gesamtdeutschen Parlaments zur Frage des Parlaments- und Regierungssitzes dafür Sorge zu tragen, daß in der Nähe des Reichstages gelegene Gebäude der Ministerien und sonstiger öffentlicher Einrichtungen der ehemaligen DDR dem Deutschen Bundestag bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden können.
 Diese Beschlüsse von Ältestenrat und Haushaltsausschuß zielen darauf ab, für Mitglieder des Bundestages und dessen Verwaltung ein begrenztes Maß an Arbeitsmöglichkeiten in Berlin im Umfeld des Reichstagsgebäudes in Fußgängerentfernung zu sichern. Zugleich soll die dringend gebotene Arbeitsaufnahme der Bundesministerien, die mit ihren Außenstellen auf Gebäude der ehemaligen DDR-Ministerien angewiesen sind, nicht blockiert werden.
7. Februar 1991 Das Abgeordnetenhaus von Berlin beschließt:
 „1. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. März 1991 ein Konzept vorzulegen, das aufzeigt, wie Berlin seine Funktion als künftiger Regierungs- und Parlamentssitz erfüllen will.
 2. Insbesondere ist die vorhandene Infrastruktur für Funktionen der Bundesregierung aufzuzeigen. Die notwendigen Ergänzungen sind darzustellen.
 3. Unter Berücksichtigung der föderativen Strukturen der Bundesrepublik wird der Senat aufgefordert, im Gespräch mit den anderen Landesregierungen Vorstellungen zu entwickeln, welche Institutionen von Berlin in andere Bundesländer verlegt werden können. Die Vertretung der Länder in der Hauptstadt ist ebenfalls sicherzustellen ...“

Hinweis

Die letzten Tage in der Geschichte der DDR sind ausführlich im Abschnitt 28.1 des vorliegenden **Datenhandbuchs** dokumentiert. Für diese Chronik sind vor allem auch die Tagesordnungen, Aussprachen und Beschlüsse der Volkskammer (jeweils rechte Spalte) ausgewertet worden.

- Februar/März 1991 Vorlage einer Untersuchung der Bundesbauverwaltung „Unterbringungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages in Berlin“ in Zusammenarbeit mit der Bundestagsverwaltung, der Bundesfinanzverwaltung und einem Berliner Architektenbüro.
- Ausgangspunkt der Untersuchung sind die vorhandenen Liegenschaften des Bundes in Berlin, insbesondere die Regierungsgebäude der ehemaligen DDR in Berlin-Mitte. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme sind diese Liegenschaften erfaßt und auf ihre Eignung für die Unterbringung des Bundestages überprüft worden.
- Die Untersuchung geht – entsprechend den Ermittlungen der Bundestagsverwaltung – von einem Gesamtraumbedarf des Bundestages von rund 188 000 m² Hauptnutzfläche aus, wovon im Reichstagsgebäude selbst 17 000 m² gedeckt werden können. Sie kommt zu folgenden alternativen Lösungen:
- Lösung A:** Vollständige Unterbringung im Reichstagsgebäude und in vorhandenen Gebäuden
- Die im Reichstag fehlenden Büroräume und Funktionsflächen können im wesentlichen in 20 ehemaligen Regierungsgebäuden untergebracht werden, die bis zu 1,2 km vom Reichstagsgebäude entfernt liegen.
- Das in unmittelbarer Nachbarschaft zum Reichstag gelegene ehemalige Reichstagspräsidenten-Palais und das Gebäude der Kammer der Technik erscheinen für eine Nutzung durch den Deutschen Bundestag besonders prädestiniert.
- Die bei der Lösung A für eine Nutzung durch den Bundestag vorgeschlagenen Gebäude müßten durchweg baulich hergerichtet werden. Der Zeitaufwand dafür beträgt insgesamt bis zu **acht Jahre** einschließlich Planung und Vorbereitung der Bauausführung; Gesamtkosten rund 1,4 Mrd. DM.
- Lösung B:** Vollständige Unterbringung im Reichstagsgebäude, in vorhandenen Gebäuden und in Neubauten
- In Übereinstimmung mit bisherigen Aussagen des Berliner Senats bieten sich Neubauflächen im sogenannten Spreebogen und auf der gegenüberliegenden Seite der Spree an. Die Untersuchung bestätigt, daß in der Nähe des Reichstagsgebäudes genügend Freiflächen vorhanden sind, um neben Neubauten für den Bundestag in der Größenordnung von etwa 70 000 bis 120 000 m² Hauptnutzfläche noch weitere Einrichtungen unterbringen zu können.
- Art und Umfang einer Bebauung im Spreebogen und entlang dem gegenüberliegenden Spree-Ufer können nur im Einvernehmen mit dem Berliner Senat und nach einem vorausgegangenen städtebaulichen Wettbewerb geklärt werden. Unter Berücksichtigung dieses Planungsvorlaufes wird der Zeitbedarf bis zur Fertigstellung von Neubauten auf **acht bis zehn Jahre** geschätzt; Gesamtkosten zwischen 1,8 und 2,0 Mrd. DM.
10. März 1991 Das Bekanntwerden eines Briefes von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* vom 24. Februar 1991 an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden, in dem er sich erneut für Berlin auch als Regierungs- und Parlamentssitz ausspricht, führt zu verstärkten Kontroversen um die künftige Funktion Berlins. Aufsehen erregt der Brief auch, weil *Weizsäcker* eine Verlegung des Bundespräsidialamtes für den Fall ablehnt, daß kein weiteres Verfassungsorgan seinen Sitz in Berlin nimmt.
21. März 1991 Der Ältestenrat des Bundestages beschließt, die Bundesregierung zu bitten,

- außer dem Reichstagspräsidentenpalais auch das Gebäude der Kammer der Technik in Berlin zur Nutzung für den Deutschen Bundestag zu erwerben,
- sovielle Gebäude und Grundstücke wie möglich östlich des Reichstagsgebäudes zwischen der Spree, der Otto-Grotewohl-Straße und dem Pariser Platz für den Deutschen Bundestag zu sichern bzw. zu erwerben,
- die beiden Gebäudekomplexe der ehemaligen Ministerien für Volksbildung sowie Außenhandel an der Straße „Unter den Linden“ dem Deutschen Bundestag sobald wie möglich zur Nutzung zur Verfügung zu stellen und herzurichten.

27. März 1991

Aufgrund des Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses vom 7. Februar 1991 legt der Senat von Berlin ein Konzept über den Regierungssitz vor. Darin wird u. a. vorgeschlagen:

- „1. Innerhalb von zehn bis zwölf Jahren sollen Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin verlagert werden.
2. Bundestag und Bundesrat sollten in diesem Zeitraum mehrmals im Jahr Tagungen als Arbeitswochen in Berlin abhalten. Für diesen Übergangszeitraum hätten Bundestag und Bundesrat zwei Arbeits- und Tagungsstätten. Der Berliner Senat würde die Bundestags- und Bundesratsverwaltung sowie die Bundesregierung dabei unterstützen, die notwendigen Arbeitsbedingungen für die Parlamentarier und Bundesratsmitglieder in der Übergangszeit in Berlin zu schaffen.
3. Der Berliner Senat bittet die Repräsentanten der Verfassungsorgane, eine Kommission aus Vertretern aller Verfassungsorgane, der obersten Bundesbehörden und von weiteren unabhängigen Persönlichkeiten zu berufen. Diese Kommission soll als unabhängige Föderalismuskommission Vorschläge zur bundesweiten Aufteilung nationaler und internationaler Institutionen erarbeiten. Dabei sollen im Sinne einer Stärkung des Föderalismus in Deutschland insbesondere die neuen Bundesländer Berücksichtigung finden und die Region Bonn als Ausgleich für den Verlust des Parlamentssitzes neben der Beibehaltung von Regierungsinstitutionen auch internationale wissenschaftliche und kulturelle Institutionen erhalten.“

Außerdem schlägt der Berliner Senat dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung und dem Bundespräsidenten vor, „sich um eine Konsenslösung über die Frage des Regierungs- und Parlamentssitzes in der deutschen Hauptstadt Berlin zu bemühen. Dies ist auch im Interesse der Menschen in Bonn und Berlin nötig, die eine sozialverträgliche Lösung erwarten.“

23. April 1991

Die Repräsentanten der Verfassungsorgane – Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*, Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, Bundeskanzler *Helmut Kohl*, Bundesratspräsident *Henning Voscherau* und Bundesverfassungsgerichtspräsident *Roman Herzog* – sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen beraten in Bonn über den Weg zur Entscheidung über den künftigen Parlaments- und Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland.

Danach wird der Bundestag am 20. Juni 1991 und der Bundesrat am 21. Juni 1991 einen grundsätzlichen Entschluß fällen.

Ferner einigt man sich, daß nach den Grundsatzbeschlüssen ein Gesetzesverfahren in Gang gebracht wird zur Regelung der Umzugs- und der Ausgleichsmaßnahmen für die Region, die nicht zum Regierungssitz bestimmt wird.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* selbst spricht sich dafür aus, daß in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren Berlin Parlaments- und Regierungssitz des wiedervereinigten Deutschlands wird.

17. Mai 1991 Anstelle des bisherigen Referates PI 5 „Informations- und Tagungsdienste im Reichstagsgebäude“ wird in Berlin eine neue Unterabteilung PBI der Bundestagsverwaltung mit der Bezeichnung „Parlamentsdienste Berlin“ eingerichtet. Diese Unterabteilung umfaßt folgende neue Referate:

- PBI 1: Sekretariat Sitzungen und Tagungen Berlin
- PBI 2: Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst Berlin
- PBI 3: Technische Dienste, Liegenschaften Berlin
- PBI 4: Innerer Dienst Berlin

20. Juni 1991 Nach wochenlanger öffentlicher Auseinandersetzung und nach einer ganztägigen Plenardebatte, an der sich über 100 Redner beteiligen, spricht sich der Bundestag mit der knappen Mehrheit von 338 gegen 320 Stimmen für Berlin als künftigen Sitz von Parlament und Regierung aus.

338 von 660 abgegebenen Stimmen erhält der u. a. von den Abgeordneten *Willy Brandt* (SPD), *Burkhard Hirsch* (FDP), *Günther Krause* (CDU/CSU), *Maria Michalk* (CDU/CSU), *Rainer Ortleb* (FDP), *Wolfgang Schäuble* (CDU/CSU), *Oscar Schneider* (CDU/CSU), *Hermann Otto Solms* (FDP), *Wolfgang Thierse* (SPD), *Wolfgang Ullmann* (Bündnis 90/Grüne) und *Hans-Jochen Vogel* (SPD) eingebrachte **Antrag „Vollendung der Einheit Deutschlands“** (Drs. 12/815).

Die 320 Gegenstimmen in der gleichen Abstimmung fallen auf den von den Abgeordneten *Norbert Blüm* (CDU/CSU), *Wolfgang Bötsch* (CDU/CSU), *Editha Limbach* (CDU/CSU), *Franz Möller* (CDU/CSU), *Wolfgang Zeitmann* (CDU/CSU), *Horst Ehmke* (SPD), *Ingrid Matthäus-Maier* (SPD), *Gerhart Rudolf Baum* (FDP) u. a. eingebrachten **Antrag „Bundesstaatslösung für eine Aufgabenteilung zwischen der Hauptstadt Berlin, dem Parlaments- und Regierungssitz Bonn und den neuen Bundesländern (Bonn-Antrag)“** (Drs. 12/814).

Zuvor sind zwei Anträge abgelehnt worden. 489 Nein-Stimmen und 147 Ja-Stimmen erhielt der von den Abgeordneten *Heiner Geißler*, *Paul Laufs*, *Karl-Heinz Hornhues*, *Michael Glos*, *Volker Rühle*, *Lothar de Maizière* (alle CDU/CSU) u. a. eingebrachte **„Konsensantrag Berlin/Bonn“** (Drs. 12/817).

340 Nein-Stimmen und 288 Ja-Stimmen entfielen auf den von den Abgeordneten *Peter Conradi* (SPD), *Otto Schily* (SPD) u. a. eingebrachten **Antrag „Zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie (Erhaltung der Funktionsfähigkeit)“** (Drs. 12/816).

Der vom Bundestag beschlossene **Antrag „Vollendung der Einheit Deutschlands“** lautet:

„In Einlösung seiner Beschlüsse, in denen der Deutsche Bundestag seinen politischen Willen vielfach bekundet hat, daß nach der Herstellung der Deutschen Einheit Parlament und Regierung wieder in der deutschen Hauptstadt Berlin sein sollen, wolle der Bundestag beschließen:

1. Sitz des Deutschen Bundestages ist Berlin.
2. Die Bundesregierung wird beauftragt, gemeinsam mit der Verwaltung des Deutschen Bundestages und dem Senat von Berlin bis zum 31. Dezember 1991 ein

Konzept zur Verwirklichung dieser Entscheidung zu erarbeiten. Dabei soll mit der Herrichtung der notwendigen Kapazitäten für Tagungen des Deutschen Bundestages, seiner Fraktionen, Gruppen und Ausschüsse in Berlin schnell begonnen werden. Die Arbeitsfähigkeit soll in vier Jahren hergestellt sein. Bis dahin finden in der Bundeshauptstadt Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages nur auf Beschluß des Ältestenrates in besonderen Fällen statt. Die volle Funktionsfähigkeit Berlins als Parlaments- und Regierungssitz soll in spätestens zehn bis zwölf Jahren erreicht sein.

3. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung geeignete Maßnahmen trifft, um ihrer Verantwortung gegenüber dem Parlament in Berlin nachzukommen und in entsprechender Weise in Berlin ihre politische Präsenz dadurch sichert, daß der Kernbereich der Regierungsfunktionen in Berlin angesiedelt wird.
4. Zwischen Berlin und Bonn soll eine faire Arbeitsteilung vereinbart werden, so daß Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; dadurch bleibt der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten. Darüber hinaus werden für die Region Bonn – von der Bundesregierung bzw. von einer unabhängigen Kommission – unter Mitwirkung der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Bonn Vorschläge erarbeitet, die als Ausgleich für den Verlust des Parlamentssitzes und von Regierungsfunktionen die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich zum Ziel haben.
5. Der Hauptstadtvertrag zwischen der Bundesregierung und der Stadt Bonn soll zu einem Bonn-Vertrag fortentwickelt werden zum Ausgleich der finanziellen Sonderbelastung Bonns und der Region durch die Funktionsänderungen.
6. Die Bundestagspräsidentin wird gebeten, eine Kommission aus Vertretern aller Verfassungsorgane, der obersten Bundesbehörden und von weiteren unabhängigen Persönlichkeiten zu berufen. Diese Kommission soll – als unabhängige Föderalismuskommission – Vorschläge zur Verteilung nationaler und internationaler Institutionen erarbeiten, die der Stärkung des Föderalismus in Deutschland auch dadurch dienen sollen, daß insbesondere die neuen Bundesländer Berücksichtigung finden mit dem Ziel, daß in jedem der neuen Bundesländer Institutionen des Bundes ihren Standort finden. Auch vorhandene Institutionen des Bundes in Berlin stehen dafür zur Disposition.
7. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sollen von der Bundesregierung und der Kommission dem Deutschen Bundestag so rechtzeitig zugeleitet werden, daß er bis zum 30. Juni 1992 dazu Beschlüsse fassen kann.
8. Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß der Bundespräsident seinen 1. Sitz in Berlin nimmt.
9. Der Deutsche Bundestag empfiehlt dem Bundesrat, in Wahrnehmung seiner föderalen Tradition seinen Sitz in Bonn zu belassen.“

Unmittelbar nach dem Beschluß vom 20. Juni 1991 erörtern am

- | | |
|---------------|---|
| 25. Juni 1991 | das Bundestagspräsidium, |
| 27. Juni 1991 | ein größerer Kreis von Mitgliedern des Präsidiums, von Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen und den Berichterstattern des Haushalts für den Bundestags-Einzelplan sowie am |
| 10. Juli 1991 | die Bundestagspräsidentin gemeinsam mit den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen, |

wie die Entscheidungsfindung des Bundestages über die Umsetzung des Beschlusses eingeleitet werden könne. Die Erörterungen führen zu folgenden gemeinsamen Überlegungen:

Das Reichstagsgebäude wird als Mittelpunkt des Parlamentssitzes Berlin mit einer zentralen Nutzung durch das Plenum des Deutschen Bundestages eingeordnet. Während Fragen der sonstigen Nutzung und Umgestaltung des Gebäudes zurückgestellt werden, gilt die kreisförmige Gestaltung des Plenarsaals als unbestritten, wie sie als Ergebnis der Beratungen zur Parlamentsreform im neuen Bonner Plenarsaal verwirklicht wird. Unter den Hauptvarianten der vollständigen Unterbringung in Altbauten (Lösung A) einerseits und der überwiegenden Unterbringung in Neubauten im inneren Spreebogen, ggf. auch jenseits der Spree sowie im Gelände östlich des Reichstags und nördlich des Pariser Platzes (Lösung B) andererseits, die in der Untersuchung der Bundesbauverwaltung aufgezeigt sind (vgl. Eintragung zu Februar/März 1991), neigt man der Neubauten-Lösung zu. Beweggründe für diese Tendenz sind der Wunsch, anders als in Bonn provisorische Unterbringungsmaßnahmen mit vielfach unzureichenden und verstreut liegenden Büroräumen zu vermeiden und statt dessen eine dauerhafte, zunächst arbeits- und danach voll funktionsfähige Lösung eines „Parlaments der kurzen Wege“ auf den eigens dazu freigehaltenen Flächen im Spreebogen zu sichern. Der Umzug könne stattfinden, sobald – unterhalb der Ebene voller Funktionsfähigkeit – die Arbeitsfähigkeit hergestellt sei.

26. Juni 1991 Das Bundeskabinett setzt zur Umsetzung des Bundestags-Beschlusses vom 20. Juni einen Arbeitsstab Berlin/Bonn auf Staatssekretärebene ein. Der Arbeitsstab konstituiert sich am 2. Juli, er wird von Staatssekretär *Franz Kroppenedt* geleitet. Die Federführung liegt beim Bundesinnenminister.
5. Juli 1991 Der Bundesrat entscheidet sich mit 38 Stimmen gegen 30 Stimmen für Bonn als Sitz der Länderkammer. Diese Entscheidung soll in späteren Jahren noch einmal überprüft werden.
10. Juli 1991 Die Teilnehmer einer außerordentlichen Personalversammlung der Bundestagsverwaltung erheben in einer Resolution zur Entscheidung des Bundestages über den Parlamentssitz vom 20. Juni 1991 u. a. folgende Forderungen:
- „Zur Schaffung von Planungssicherheit sind sämtliche Maßnahmen, die im Zusammenhang mit einer Verlagerung von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin erforderlich sind, bis spätestens Ende 1991 gesetzlich und/oder vertraglich festzulegen. Die Planungen sind zu veröffentlichen, damit alle Betroffenen Klarheit gewinnen und so notwendige individuelle Entscheidungen treffen können.
- Diese Planungen erfolgen aufgrund folgender Voraussetzungen:
- Der Begriff Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages in seinem Beschluß vom 20. Juni 1991 bezieht sich auf die Fähigkeit, Tagungen des Deutschen Bundestages, der Fraktionen, Gruppen und Ausschüsse in Berlin zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang werden keine Verwaltungsbereiche nach Berlin verlegt.
 - Es werden keine Provisorien, sondern dauerhafte Arbeitsbedingungen geschaffen.
 - Zur Vorbereitung der Planungen wird eine hausinterne Arbeitsgruppe gebildet. Der Personalrat ist an den Arbeiten der Planungsgruppe in vollem Umfang zu beteiligen. Er erhält dafür zusätzliche Arbeitskapazität.
 - Eine Verlagerung der Bundestagsverwaltung kommt nur zeitgleich mit der Bundesregierung in Frage, d. h. erst dann, wenn Berlin ein voll funktionsfähiger Par-

laments- und Regierungssitz geworden ist. Dies wird frühestens in 10–12 Jahren der Fall sein.

- Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen sich Personalausstattung und Arbeitsbedingungen in Bonn nicht verschlechtern; sie sind im Gegenteil bedarfsgerecht zu verbessern.
- In Bonn bleibt eine funktionstüchtige Außenstelle der Verwaltung erhalten, um Funktionen gegenüber in Bonn verbleibenden Teilen der Bundesregierung und des Bundesrates wahrzunehmen. Es wird geprüft, welche Teile der Bundestagsverwaltung auf Dauer in Bonn erhalten werden können.
- Zum Ausgleich für den Verlust des Parlaments- und Regierungssitzes werden in Bonn neue Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung angesiedelt. Dadurch sollen möglichst viele gleichwertige Arbeitsplätze in Bonn geschaffen werden, in denen bevorzugt Mitarbeiter/innen der Verwaltung und der anderen Ministerien beschäftigt werden können.
- Durch gesetzliche und tarifvertragliche Regelung werden die Grundlagen für Sozialpläne in den Verwaltungen des Bundestages und der Ministerien geschaffen. Grundsatz ist die gleiche Behandlung aller Statusgruppen (Beamte, Angestellte, Arbeiter).
- Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für die betroffenen Beschäftigten.
- Es wird eine Vermittlungsbörse für Bundes- und Landesdienststellen im Raum Bonn eingerichtet. Mitarbeiter/innen der Obersten Bundesbehörden, deren Dienstposten/Arbeitsplätze durch Verlagerung nach Berlin verlorengegangen sind, sind in diesen Dienststellen vorrangig (mit Eingliederungsschein) und zu den gleichen Konditionen wie bisher zu übernehmen.
Es dürfen für keine Beschäftigungsgruppen Nachteile entstehen (Besitzstandswahrung).
- Es darf keine Zwangsumsetzungen geben.“

Die weiteren Forderungen betreffen „unverzichtbare Bestandteile eines Sozialplans“ für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die durch die oben genannten Maßnahmen ihren bisherigen Arbeitsplatz/Dienstposten in Bonn **nicht** behalten, ferner die Interessen von Schwerbehinderten, die Einrichtung eines runden Tisches und die laufende Informierung des Personalrats durch die Verwaltung.

27. August 1991

Der Personalrat bei der Bundestagsverwaltung teilt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* brieflich mit, es zeichne sich ab, daß rund zwei Drittel der in der Bundestagsverwaltung beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen „in Bonn verbleiben können, ohne daß die Qualität der Dienstleistung beeinträchtigt würde“. Der Personalrat kündigt gleichzeitig eine Umfrage unter den Beschäftigten des Hauses an.

25. September 1991

Der Ältestenrat entscheidet nach ausführlicher Erörterung in Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl*:

- Das Reichstagspräsidentenpalais soll gekauft und hergerichtet werden.
- Die Gebäude der ehemaligen Ministerien für Außenhandel und Volksbildung einschließlich der ehemaligen Akademie der Pädagogischen Wissenschaften sollen von Grund auf saniert werden.
- Die Neubauten an der Kurt-Schumacher-Straße in Bonn sollen einschließlich der Obergeschosse fortgeführt werden. Die Vorschläge zur Kosteneinsparung in Höhe von rd. 10 v. H. der Gesamtkosten sollen weiterverfolgt werden.

Der Ältestenrat entscheidet, daß in Berlin ein „Parlament der kurzen Wege“ entstehen müsse.

Es besteht mit dem Bundeskanzler Übereinstimmung, daß der Neuanfang in Berlin konzeptionell dazu genutzt werden müsse, unter Vermeidung erneuter Provisorien dauerhafte und zugleich funktionale Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Der Bundeskanzler erläutert seine Überlegungen, daß das künftige Bundeskanzleramt in Fußgängerentfernung zum Parlamentsgebäude liegen müsse.

Außerdem beschließt der Ältestenrat die Einsetzung einer Kommission zur Begleitung und Mitgestaltung des Konzeptes zur Verwirklichung des Bundestags-Beschlusses vom 20. Juni 1991 (Konzeptkommission).

Die **Konzeptkommission** hat den Auftrag, für den Ältestenrat die grundsätzlichen Entscheidungen des Deutschen Bundestages über den Vollzug des Beschlusses vorzubereiten, die Beratungen der anderen mit dieser Aufgabe befaßten Kommissionen und Gremien zu koordinieren und aufzunehmen sowie die Erstellung des Konzeptes durch die Bundesregierung in Gänze zu begleiten und zu gestalten. Die Konzeptkommission besteht aus 17 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*. Sie hält enge Verbindung zum Arbeitsstab Berlin/Bonn der Bundesregierung, der in den Sitzungen stets vertreten ist.

Später folgen noch zwei weitere Kommissionen des Ältestenrates, die Baukommission und die Personal- und Sozialkommission.

Die **Baukommission** hat den Auftrag, für den Ältestenrat im Rahmen der Vorgaben der Konzeptkommission die notwendigen organisatorischen, planerischen und Gestaltungsentscheidungen für die Arbeitsfähigkeit und die volle Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages in Berlin als politisch verantwortlicher Bauherr und als Nutzer zu treffen und stützt sich dabei auf die fachliche Zuarbeit des Bundesbauministeriums. Sie trifft zugleich auf der Grundlage dieser fachlichen Zuarbeit die dem Parlament vorbehaltenen Entscheidungen zu den Parlamentsneubauten in Bonn. Die Baukommission besteht aus 17 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Abgeordneten *Dietmar Kansy*.

Die **Personal- und Sozialkommission** hat den Auftrag, für den Ältestenrat das Konzept der Bundesregierung für die dienst-, tarifrechtlichen und wohnungsfürsorgeri-schen Maßnahmen gestaltend zu begleiten, die wegen des Umzugs der betroffenen Beschäftigten notwendig werden. Sie wahrt die Belange der Angehörigen der Bundestagsverwaltung sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten und der Fraktionen, die den Umzug zeitlich vor den Angehörigen der Ministerien vorzunehmen haben. Die Personal- und Sozialkommission besteht aus 15 Mitgliedern unter Vorsitz von Bundestagsvizepräsident *Helmuth Becker*.

30. September 1991

Der Arbeitsstab Berlin/Bonn beim Bundesminister des Innern unter Vorsitz von Staatssekretär *Franz Kroppenstedt* legt einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 20. Juni 1991 vor.

In dem umfangreichen Papier wird eine Klärung der Begriffe „Kernbereich der Regierungsfunktionen“ und „Verwaltungszentrum Bonn“ vorgenommen.

30. Oktober 1991

Der Ältestenrat entscheidet aufgrund von Beschlußfassungen der Fraktionen, daß das Reichstagsgebäude auf Dauer für die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages genutzt und daß mit entsprechend ausgelegten Planungen begonnen werden solle.

Vorausgegangen waren, ohne letztlich Zustimmung zu finden, Erörterungen, ob andere Standorte in Berlin für den Sitz des Deutschen Bundestages geprüft oder ob ein Plenarsaalneubau bei anderweitiger Nutzung des Reichstagsgebäudes offengehalten werden solle.

4. November 1991 Konstituierung der Föderalismuskommission aus Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates durch Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* in Bonn; Bestimmung von *Gerlinde Hämmerle*, MdB, und *Josef Duchač*, Ministerpräsident von Thüringen, zu gleichberechtigten Vorsitzenden.
- Diese Kommission soll Vorschläge zur Verteilung nationaler und internationaler Institutionen erarbeiten, die der Stärkung des Föderalismus in Deutschland auch dadurch dienen sollen, daß insbesondere die neuen Bundesländer Berücksichtigung finden mit dem Ziel, daß in jedem der neuen Bundesländer Institutionen des Bundes ihren Standort finden. Auch vorhandene Institutionen des Bundes in Berlin stehen dafür zur Disposition.
- Die Teilnehmer einer Personalversammlung der Bundestagsverwaltung beschließen am gleichen Tag mit Mehrheit ein vom Personalrat vorgelegtes „Kernbereichsmodell“. Danach soll es möglich sein, daß bei einem Umzug des Parlaments nach Berlin ein Großteil der Bundestagsverwaltung auf Dauer in Bonn verbleibt. Nach diesem Modell ist es auch möglich, der Resolution der Personalversammlung vom 10. Juli 1991 Rechnung zu tragen, daß es keine Zwangsumsetzungen geben darf.
8. November 1991 Unter Leitung von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* besichtigt eine Delegation des Bundestages Gebäude in Berlin, die für eine künftige Unterbringung von Büros des Bundestages in Betracht gezogen werden. Dabei handelt es sich um die Gebäude, in denen früher die Generalstaatsanwaltschaft, das Justizministerium, das Kulturministerium, das Ministerium für Außenhandel, das Ministerium für Volksbildung, das Innenministerium und das ehemalige Ministerium für Medienpolitik untergebracht waren.
29. November 1991 Der Bundestag bewilligt auf Empfehlung des Haushaltsausschusses und aufgrund der Beschlüsse des Ältestenrates im Haushalt 1992
- für den Grundstückserwerb für Zwecke des Bundes in Berlin,
 - für die Grundsanierung der ehemaligen Ministerien Außenhandel und Volksbildung,
 - zur Grundsanierung der Ersatzliegenschaften für die Außenstelle des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft,
 - für den städtebaulichen Ideenwettbewerb für das engere Parlamentsviertel in Berlin und
 - für den Bauwettbewerb zum Umbau des Reichstages
- an Baransätzen insgesamt rd. 280 Mio. DM und an Verpflichtungsermächtigungen rd. 245 Mio. DM. Hinzu kommen Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn mit einem Baransatz von 81 Mio. DM und Verpflichtungsermächtigungen für die späteren Haushaltsjahre von 131,5 Mio. DM.
7. Dezember 1991 Der Berliner Senat legt umfassende Pläne vor, nach denen das Zentrum Berlins für die Ansiedlung von Bundesregierung und Bundestag umgestaltet werden soll. Das Senatskonzept enthält vor allem Vorschläge zur Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs sowie zur gesamten Verkehrsführung im Bereich des künftigen Regierungsviertels am Spreebogen. Geplant sind mehrere neue U- und S-Bahnstrecken, die teilweise durch neu anzulegende

Tunnel fahren sollen. Auf der Basis dieses Senatskonzepts soll im Frühjahr 1992 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb gestartet werden.

11. Dezember 1991

Das Bundeskabinett nimmt den zweiten Bericht des Arbeitsstabes Berlin/Bonn zustimmend zur Kenntnis. Im Mittelpunkt des Berichts steht die Festlegung

- der nach Berlin zu verlagernden Ressorts und
- der Politikbereiche, die mit den entsprechenden Ministerien in Bonn verbleiben sollen.

Nach dem Ergebnis der Kabinettsberatung sollen neben dem Bundeskanzleramt und dem Bundespresseamt folgende Ministerien ihren Sitz nach Berlin verlagern:

- Auswärtiges Amt
- Bundesminister des Innern
- Bundesminister der Justiz
- Bundesminister der Finanzen
- Bundesminister für Wirtschaft
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
- Bundesminister für Familie und Senioren
- Bundesminister für Frauen und Jugend
- Bundesminister für Verkehr
- Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Diese Bundesressorts werden Teilbereiche in unterschiedlicher Größenordnung in Bonn belassen.

In Bonn sollen folgende Ministerien verbleiben:

- Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Bundesminister der Verteidigung
- Bundesminister für Gesundheit
- Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Bundesminister für Forschung und Technologie
- Bundesminister für Post und Telekommunikation
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
- Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bundesinnenminister *Rudolf Seiters* erklärt dazu:

„Durch den Verbleib dieser wichtigen Politikbereiche soll Bonn ein eigenes Profil entwickeln können. Sie sollen den Kristallisationskern für entsprechende Ansiedlungen auch im gewerblichen und wissenschaftlichen Bereich bilden.

Die in Bonn verbleibenden Ressorts erhalten in Berlin einen zweiten Dienstsitz. Hierdurch soll die politische und fachliche Zusammenarbeit innerhalb der Bundesregierung sowie mit dem Parlament gewährleistet werden.

Mit dieser Entscheidung wird die im Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 geforderte faire Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn erfüllt.

Auf die derzeitige Gesamtzahl der etwa 21 200 ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn bezogen bedeutet dies, daß ca. 13 900 Arbeitsplätze – etwa 65 Prozent – in Bonn erhalten bleiben.

Den Vorgaben des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991, wonach „der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten bleiben soll, wird damit Rechnung getragen...“

12. Dezember 1991

Der Ältestenrat des Bundestages berät und billigt den am Vortag vorgelegten Zwischenbericht seiner Konzeptkommission (BT-Drs. 12/1832). Damit wird – zusammen mit dem am 11. Dezember 1991 vom Bundeskabinett

beschlossenen Zweiten Bericht des Arbeitsstabes Berlin/Bonn der Bundesregierung – dem Bundestagsbeschluß vom 20. Juni 1991 entsprochen, bis zum 31. Dezember 1991 ein Konzept zur Verwirklichung dieser Parlamentsentscheidung zu erarbeiten.

Der Bericht der Konzeptkommission enthält u. a. Kriterien für die im Bundestagsbeschluß angeführte „Arbeitsfähigkeit“:

Die Arbeitsfähigkeit bestimmt sich nach dem Status quo der Arbeitsbedingungen des Bundestages in Bonn ohne Erweiterungsbauten an der Kurt-Schumacher-Straße. Das schließt den Umzug in Provisorien ebenso aus wie die Verzögerung des Umzugs über den Zeitpunkt hinaus, zu dem in Berlin zumutbare Arbeitsbedingungen gesichert sind.

Die Arbeitsfähigkeit in Berlin ist gegeben, wenn in diesem Sinne

1. das Reichstagsgebäude als für dauerhafte Nutzung eingerichtetes Plenargebäude zur Verfügung steht,
2. ausreichend Fläche im Reichstagsgebäude und im Umfeld des Reichstagsgebäudes für Abgeordnete, Fraktionen, Mitarbeiter und Verwaltung zur Verfügung steht,
3. die Bundesregierung in Berlin so präsent ist, daß sie ihrer Verantwortung gegenüber dem Parlament nachkommen kann,
4. die Abgeordneten sowie die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter von Abgeordneten, Fraktionen und der Bundestagsverwaltung mit zumutbaren Wohnungen versorgt sind.

Wenn die Arbeitsfähigkeit in diesem Sinne gegeben ist, erfolgt der Umzug.

Abschließend stellt der Ältestenrat fest: „Der Beschluß vom 20. Juni 1991 ist unumkehrbar und wird in allen seinen Teilen umgesetzt.“

22. Januar 1992 Der Ältestenrat des Bundestages erörtert zusammen mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* den Umzug nach Berlin.

Dabei wird deutlich, daß die Arbeitsfähigkeit des Bundestages hergestellt ist, wenn ausreichend Büroraum für Abgeordnete und Mitarbeiter vorhanden ist. Dazu gehöre auch, daß der Reichstag voll funktionsfähig hergerichtet wird. Der Ältestenrat vermutet, daß die von ihm aufgestellten Bedingungen nicht vor der Bundestagswahl 1998 zu erfüllen sind. Der Ältestenrat spricht sich ferner dafür aus, daß der Bundestag zum selben Zeitpunkt wie die Bundesregierung nach Berlin umzieht. Bundeskanzler *Kohl* schlägt als Standort für ein neues Kanzleramt die Stelle im Spreebogen vor, an der bisher das geplante Deutsche Historische Museum errichtet werden sollte.

24. Januar 1992 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* erörtert in Berlin zusammen mit der Baukommission des Ältestenrates die künftige Nutzung des Reichstagsgebäudes. Nach einer Besichtigung stellt sie fest, daß im Reichstag für die Fraktionen kein Platz vorhanden sein wird.

Der Vorsitzende der Baukommission, *Dietmar Kansy* (CDU/CSU), erläutert, daß voraussichtlich 200 000 m² Fläche für den Bundestag und seine Verwaltung benötigt würden. Im Reichstag selbst stünden nur 17 000 m² zur Verfügung. Baukommission und Bundestagspräsidentin befürworten eine Auslobung für einen Ideenwettbewerb für die Gestaltung des Areals um das Reichstagsgebäude.

Über den Zeitpunkt des Umzugs gebe es nur Schätzungen. Die Bundestagspräsidentin hebt hervor, daß die Zielvorgaben mit den Realitäten kon-

frontiert werden müßten. Baukommission und Präsidentin halten die im Umzugsbeschluß genannte Vier-Jahres-Frist für unrealistisch.

10. März 1992 Der Bonner Oberbürgermeister *Hans Daniels* fordert die Verschiebung des Umzugs von Regierung und Parlament nach Berlin.
- Daniels* wörtlich: „Der vom Deutschen Bundestag beschlossene Umzug nach Berlin sollte vorerst verschoben und erst wieder aufgegriffen werden, wenn der Staat sich diesen Luxus leisten kann.“
3. April 1992 Der Vorsitzende der Baukommission *Kansy* legt „erste grobe Kostenschätzungen“ für den Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin vor. Diese belaufen sich auf 13 Milliarden Mark, wobei für den Bundestag 3 Milliarden Mark veranschlagt sind.
- In den Kosten sind Ausgleichsmaßnahmen in der Region Bonn noch nicht enthalten, jedoch Ausgaben für Wohnungen, ein internationales Konferenzzentrum sowie für Verkehrsmaßnahmen in Berlin.
7. April 1992 Der Berliner Senat fordert den Bundestag auf, bis zum Herbst eine Entscheidung über den Umzugstermin zu treffen.
7. Mai 1992 Die Abgeordneten *Heinz-Jürgen Kronberg* (CDU/CSU), *Hans Martin Bury* (SPD), *Birgit Homburger* (FDP) und *Christina Schenk* (Bündnis 90/Die Grünen) starten eine Initiative, den Umzug wegen der angespannten Haushaltslage auf das Jahr 2010 zu verschieben. Sobald die Unterschriften von 30 weiteren Abgeordneten vorlägen, werde ein entsprechender Antrag im Bundestag eingebracht.
- In Interviews wenden sich Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Bundeskanzler *Helmut Kohl* gegen Forderungen nach einer zeitlichen Verschiebung des Umzugsdatums. *Kohl* warnt davor, den Umzugsbeschluß „jetzt zu zerreden“; andernfalls mache sich Deutschland „in der ganzen Welt lächerlich“. Nach Ansicht des Bundeskanzlers werde es von der Beschlußfassung des Bundestages bis zum Vollzug des Umzugs „acht bis zehn Jahre“ dauern.
17. Juni 1992 Der Ältestenrat des Bundestages legt den zweiten Zwischenbericht seiner Konzeptkommission zur Umsetzung des Umzugsbeschlusses des Bundestages vor. Der entscheidende Satz zum Umzugstermin lautet:
- „Ein Jahr nach dem Beschluß vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands stellt die Konzeptkommission fest, daß die zentralen Entscheidungen vorbereitet bzw. getroffen sind, um die zügige und gleichgewichtige Verwirklichung des Beschlusses in allen seinen Teilen zu gewährleisten. Wenngleich es sich wegen der umfassenden und schwierigen Aufgabe als nicht möglich erwiesen hat, die Arbeitsfähigkeit von Parlament und Regierung in nur vier Jahren herzustellen, so lehnen sich die Entscheidungen und Entscheidungsvorschläge im übrigen zeitlich und inhaltlich eng an die Vorgaben des Beschlusses an und wollen ihm auf diese Weise gerecht werden.“
- Die Arbeitsfähigkeit des Bundestages in Berlin werde sich nach dem Status quo in Bonn bemessen. Danach benötigt der Bundestag mindestens 125 000 m² Nutzfläche, davon 80 000 in einer Entfernung bis zu 500 Metern vom Plenarsaal. Die volle Funktionsfähigkeit umfaßt eine Fläche von rund 185 000 m² zuzüglich einer Reservefläche von etwa 29 000 m².

Die Termine für den Umzug würden maßgeblich auch von der Umgestaltung des Reichstagsgebäudes, von den Neubauten und Umbauten sowie davon abhängen, inwieweit eine ausreichende Anzahl von Wohnungen für die Beschäftigten fertiggestellt ist. Ferner hänge die Arbeitsfähigkeit des Bundestages von der zeitnahen Präsenz der Bundesregierung ab.

26. Juni 1992 Der Bundestag nimmt die Beschlußempfehlung des Ältestenrates, den zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, „mit sehr großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen aus allen Fraktionen und Gruppen“ an (Vizepräsident *Dieter-Julius Cronenberg*).

In derselben Sitzung werden auch die Vorschläge der Unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder in namentlicher Abstimmung mit 380 Ja-Stimmen, 93 Nein-Stimmen und 45 Enthaltungen angenommen.

21. Juli 1992 Die Bundesregierung verständigt sich in zwei Vertragswerken mit dem Berliner Senat und der Landesregierung von Brandenburg auf eine „enge und vertrauensvolle“ Zusammenarbeit beim Ausbau Berlins zur Bundeshauptstadt. Gegenstand der Vereinbarungen ist die angemessene Unterbringung von Bundestag und Bundesregierung in Berlin. Ziel ist auch eine Beschleunigung bauplanungsrechtlicher Verfahren in Berlin. Der Vertrag soll am 25. August unterzeichnet werden.

Berlins Regierender Bürgermeister *Eberhard Diepgen* bezeichnet es als erfreulich, daß in dem Vertragswerk Berlin wieder eindeutig als Sitz von Bundestag und Bundesregierung festgelegt sei und damit Bonner Bestrebungen nach einem Doppelsitz Einhalt geboten wurde.

24. August 1992 Das Bundesverfassungsgericht weist einen Antrag auf einstweilige Anordnung der vier Abgeordneten *Günther Müller* (CDU/CSU), *Gerhard Scheu* (CDU/CSU), *Martin Grüner* (FDP) und *Ortwin Lowack* (fraktionslos, zuvor CDU/CSU) zurück, der sich gegen die für den 25. August vorgesehene Unterzeichnung des Hauptstadtabkommens zwischen Bundesregierung und Berliner Senat richtet.

Die Abgeordneten wollten erreichen, daß das Abkommen solange nicht unterzeichnet wird, bis der Bundestag ein Gesetz zur Hauptstadtfrage verabschiedet hat. In einem laufenden Organverfahren vertreten die Antragsteller die Auffassung, daß der Bundestag die Hauptstadt-Entscheidung vom 20. Juni 1991 durch Gesetz hätte treffen müssen.

25. August 1992 Unterzeichnung der Hauptstadtverträge über den Ausbau Berlins zum Parlaments- und Regierungssitz durch Bundeskanzler *Helmut Kohl*, Berlins Regierendem Bürgermeister *Eberhard Diepgen* und *Manfred Stolpe*, Ministerpräsident von Brandenburg.

2. März 1993 Die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, *Hanna-Renate Laurien* (CDU), bietet dem Bundestag als vorübergehenden Sitz den ehemaligen Preußischen Landtag an, um einen schnelleren Umzug von Bonn nach Berlin zu erreichen. Das in Berlin-Mitte gelegene Gebäude wird zur Zeit zum Parlamentssitz des Abgeordnetenhauses umgebaut. In ihrem Brief an Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und an die Fraktionen des Bundestages

schreibt *Hanna-Renate Laurien*, das Abgeordnetenhaus sei zu dem Zweck bereit, seinen Sitz im Rathaus Schöneberg zu behalten.

Der Ältestenrat des Bundestages lehnt das Angebot am 5. März ab.

ab März 1993

In der Presse häufen sich widersprüchliche Meldungen über Aussagen von Politikern zum Umzugstermin. Eine Auswahl:

„Der Bundestag soll von 1996 an in Berlin tagen und auf einen Umbau des Reichstagsgebäudes verzichten. Dafür tritt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Schäuble*, ein.“ (FAZ vom 4. März 1993)

„Der Umzug von Bundestag und Regierung nach Berlin kann nach Auffassung von Bundestagspräsidentin *Süssmuth* (CDU) bereits 1996 beginnen. Bis dahin müßte aber die Arbeitsfähigkeit im Berliner Reichstagsgebäude hergestellt sein, sagte die CDU-Politikerin zum Abschluß eines zweitägigen Kolloquiums unter dem Titel ‚Perspektiven für Berlin‘ mit über 500 Teilnehmern aus Politik und Architektur.“ (FAZ vom 15. März 1993)

„Regierung und Parlament werden voraussichtlich nicht vor 1998 nach Berlin umziehen. ‚Die zeitlichen Dimensionen, auf die wir uns 1991 im Bundestag verständigt hatten, werden wir nicht einhalten können, sagte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Schäuble* am Dienstag.“ (FAZ vom 19. Mai 1993)

„Bundesfinanzminister *Theo Waigel* (CSU) möchte die Baumaßnahmen für die Hauptstadt und den künftigen Regierungssitz Berlin grundsätzlich um drei bis vier Jahre strecken und erst ab dem Jahr 2001 damit beginnen.“ (Frankfurter Rundschau vom 24. Juni 1993)

„Der Bonner SPD-Fraktionsvorsitzende *Klose* hat sich für einen Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin bis 1998 ausgesprochen.“ (FAZ vom 27. August 1993)

„Der FDP-Vorsitzende, Außenminister *Kinkel*, hat klargestellt, daß für die FDP eine Verschiebung des Umzugs von Parlament und Regierung nach Berlin über das Jahr 1998 hinaus nicht in Frage komme.“ (FAZ vom 30. August 1993)

„Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende *Matthäus-Maier* ... sagte, für einen Umzug nach Berlin gebe es ‚im Moment einfach kein Geld. Deshalb sollte der Umzug mindestens zehn Jahre verschoben werden.“ (FAZ vom 1. September 1993)

„Das Scheitern der Berliner Olympia-Bewerbung hat den Ruf nach einem schnellen Umzug von Bundesregierung und Parlament aus Bonn in die Hauptstadt lauter werden lassen ... Bundestagsvizepräsident *Hans Klein* (CSU) plädierte ebenso wie der stellvertretende SPD-Vorsitzende *Wolfgang Thierse* für einen beschleunigten Umzug.“ (Frankfurter Rundschau vom 25. September 1993)

„Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Eberhard Diepgen* (CDU), hat eine Festschreibung des Umzugstermins von Bonn nach Berlin für das Jahr 1998 verlangt.“ (Frankfurter Rundschau vom 27. September 1993)

„Die Bundesregierung wird nach den Worten von Bundeskanzler *Helmut Kohl* ihren Umzug nach Berlin bis zum Jahr 2000 ‚gestaltet haben.‘“ (Frankfurter Rundschau vom 4. Oktober 1993)

„Die Bundesregierung richtet sich nach Angaben Kanzleramtsminister *Bohls* (CDU) darauf ein, bis zum Jahr 2002 stufenweise nach Berlin umzuziehen.“ (FAZ vom 8. Oktober 1993)

Mitte März 1993

Im Bundestag kursieren zwei Anträge unterschiedlicher Abgeordneten- gruppen, in denen ein späterer Umzug des Parlaments und von Teilen der Bundesregierung gefordert wird.

Der erste Antrag, der von den CSU-Abgeordneten *Simon Wittmann*, *Maria Eichhorn*, *Albert Deß*, *Herbert Frankenhäuser* und *Bernd Protzner* vorbe-

reitet wurde, hat zum Ziel, die Investitionen für den Umzug nach Berlin für „zunächst“ fünf Jahre auszusetzen. Die Initiatoren weisen darauf hin, daß die 1991 getroffene Entscheidung „für den Umzug nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr in einem finanzpolitisch verantwortbaren und von der Bevölkerung mitgetragenen Zeitraum verwirklicht wird“. Wann der zur Zeit von mehr als 80 Abgeordneten aus der CDU/CSU-Fraktion unterstützte Antrag im Bundestag eingebracht wird, steht noch nicht fest.

Der zweite Antrag, initiiert von den Abgeordneten *Hans Martin Bury* (SPD), *Birgit Homburger* (FDP), *Heinz-Jürgen Kronberg* (CDU/CSU) sowie *Christina Schenk* (Bündnis 90/Die Grünen), verlangt, den Umzug wegen der finanziellen Probleme des Bundes auf das Jahr 2010 zu verschieben. Auch bei diesem Antrag, der von über 40 Abgeordneten unterschrieben ist, steht derzeit nicht fest, wann er eingebracht werden soll.

Gegen eine Verschiebung des Umzugs sprechen sich Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und eine Reihe von Abgeordneten aus. Die „immer neuen Diskussionen“ um den Umzugstermin werden als „fatal“ bezeichnet.

Mai 1993

In Bonn wird ein als „vertraulich“ bezeichnetes „Diskussionspapier“ des Staatssekretärs des Bundesministers des Innern *Franz Kroppenstedt* „zum Aufbau und Inhalt eines ‚Gesetzes zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991‘“ bekannt.

In der Presse (u. a. Bonner General-Anzeiger vom 13. Mai 1993) wird kritisiert, daß das Papier weder Angaben zu den Kosten noch über den Zeitplan des Umzugs enthalte. Auch die Ausgleichsleistungen für die Region Bonn seien nicht präzisiert.

16. Juni 1993

Im Anschluß an eine Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Berliner Reichstagsgebäude teilt dessen Vorsitzender *Werner Dörflinger* (CDU/CSU) mit, der Bundestag benötige nur die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Neubaufäche in Berlin. Der Vorsitzende der Baukommission des Bundestages, *Dietmar Kansy* (CDU/CSU), ergänzt, ursprünglich seien 85 000 m² Neubaufäche vorgesehen gewesen. Wegen des reichlichen Umfangs vorhandener Gebäude zwischen Reichstag und Friedrichstraße würden aber nur 40 000 m² benötigt. Bei zügiger Sanierung der Bauten sei der Umzug bis 1998 zu schaffen. Nach *Kansy* wäre es „der größte Wahnsinn, wenn in Deutschland auf lange Zeit ohne Planungsziel zwei komplette Parlaments- und Regierungssitze unterhalten würden“.

29. Juni 1993

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Wolfgang Schäuble* kann sich in den eigenen Reihen mit seinem Vorschlag nicht durchsetzen, wonach der Bundestag bereits Ende 1998 nach Berlin umzieht. Um Kosten zu sparen, plädiert *Schäuble* für eine Verringerung der Zahl der Abgeordneten von 662 auf 500 mit der Bundestagswahl 1998 und für einen weitgehenden Verzicht auf Neubauten. Nach Einsprüchen vor allem aus der CSU-Landesgruppe wird die Abstimmung in der Fraktion auf Herbst verschoben. Zu diesem Zeitpunkt sollen auch verlässliche Angaben über die Kosten des Umzugs vorliegen.

Einen schnellen Umzug fordert auch die CDU-Abgeordnete *Renate Hellwig*, die einen Antrag zur Unterschrift vorgelegt hat, den 1991 beschlossenen Umzug durch Nutzung von vorhandenen Gebäuden schon 1995 vorzunehmen. Dieser Antrag enthält mehr als 100 Unterschriften, ebenso wie

der entgegengesetzte, schon im März vorgelegte Antrag aus CSU-Kreisen, den Umzug zunächst für fünf Jahre auszusetzen.

In der SPD-Fraktion wird beschlossen: „Über die Durchführung des Umzugs wird entschieden, wenn die Planungen und die Kostenermittlungen dafür eine ausreichende Grundlage geben.“

5. Juli 1993 Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Wolfgang Schäuble* bittet die Bundesregierung um die Darstellung der Möglichkeiten eines Umzugs von Parlament und Regierung zu Beginn der 14. Wahlperiode Ende 1998 und alternativ dazu zum Ende der 14. Wahlperiode Ende 2002.
6. September 1993 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* spricht sich im Deutschlandfunk dafür aus, daß der Termin für den Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin rasch endgültig festgelegt wird. Nach einer langen Phase des Debattierens sei jetzt eine Entscheidung nötig.
9. September 1993 Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion *Peter Struck* erklärt, die SPD-Fraktion wolle bis spätestens Anfang Oktober verbindlich entscheiden, wann nach ihrer Ansicht Parlament und Regierung nach Berlin umziehen sollen. *Struck* hält es für wahrscheinlich, daß die Koalitionsfraktionen und die SPD gemeinsam eine Initiative zum Umzug 1998 starten werden, über die dann Anfang Dezember im Bundestag beraten wird.
20. September 1993 Die Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlicht eine ausführliche Dokumentation, wonach der Bund allein im Zentrum Berlins über 521 961 m² Bürofläche verfügt, dem ein Bedarf von lediglich 477 600 m² gegenübersteht (davon 111 000 m² für den Bundestag). Fazit: „In den abgebildeten Gebäuden ließe sich also bequem die gesamte Umzugsmannschaft unterbringen.“ Das Blatt stellt auch fest: „Vieles spricht für eine bewußte Verschleppung der Umzugsplanung. So wurden zahlreiche Gebäude aus Bundesbesitz fremdvermietet, anstatt sie sofort für den Umzug von Parlament und Regierung zu nutzen... Viele ursprünglich in die Wahl gezogene Bauten in bestem Zustand („Sanierungsbedarf: gering“) wurden gänzlich aus dem Bedarfsplan gestrichen und für eine anderweitige Nutzung freigegeben...“
28. September 1993 Eine Koalitionsrunde bei Bundeskanzler *Helmut Kohl* befaßt sich kontrovers und ohne Ergebnis mit den höchst unterschiedlichen Schätzungen über die voraussichtlichen Umzugskosten. Die Modellrechnungen verschiedener Regierungsstellen schwanken zwischen 20 und knapp 30 Milliarden Mark (letzteres die vom Bundesfinanzministerium veranschlagte Summe).
- Der Vorsitzende der Baukommission des Bundestages, *Dietmar Kansy* (CDU/CSU), bezeichnet die von Bundesfinanzminister *Theodor Waigel* genannten Zahlen für die Umzugskosten von Parlament und Regierung als „totalen Unsinn“.
- Zur Äußerung von *Dietmar Kansy* erklärt *Eduard Oswald*, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, am 30. September: „Derartige politische Flegeleien gegen den Bundesfinanzminister vergiften das Klima für eine objektive Diskussion über den Umzug.“
30. September 1993 77 Abgeordnete aus allen Fraktionen und ein fraktionsloser Abgeordneter erkundigen sich in einer Kleinen Anfrage nach der Planung für die Unter-

bringung von Bundestag und Bundesregierung in Berlin sowie nach den damit verbundenen Kosten und der Finanzierung.

12. Oktober 1993

Aufgrund von Vorarbeiten des Arbeitsstabes Berlin/Bonn beschließt die Bundesregierung im Kabinett insbesondere,

- bis zum Jahr 2000 nach Berlin umzuziehen,
- schrittweise mit dem Umzug der einzelnen Ministerien auch früher nach Maßgabe der Fertigstellung von Amtsgebäuden und Wohnungen zu beginnen.

Wie Regierungssprecher *Dieter Vogel* nach der Kabinettsitzung mitteilt, sei über die Umzugskosten keine Debatte geführt worden.

„In ungewöhnlich scharfer Form“ (Frankfurter Rundschau) greift der Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei, *Wolfgang Clement* (SPD), den Beschluß der Bundesregierung an. Angesichts der aktuellen Finanznöte der Städte und Gemeinden müsse dieser Beschluß wie eine „Provokation“ wirken.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe *Michael Glos* erklärt, er betrachte die Festlegung auf das Jahr 2000 nur als „eine Richtzahl“. Wenn einzelne Ministerien später umzögen, sei das auch nicht schlimm.

19. Oktober 1993

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP beschließen jeweils mit großer Mehrheit, daß der Bundestag ebenso wie die Bundesregierung spätestens bis zur Sommerpause des Jahres 2000 nach Berlin umzieht. Nach dem Beschluß der CDU/CSU-Fraktion wird der Umzug „möglichst früh“ in der übernächsten, 1998 beginnenden Wahlperiode angestrebt.

Der Bonner Oberbürgermeister *Hans Daniels* (CDU) bezeichnet den Fraktionsbeschluß als „unverantwortlich“. Es sei über ein Projekt entschieden worden, ohne genaue Kenntnis über dessen Kosten und die Finanzierbarkeit zu haben.

Berlins Regierender Bürgermeister *Eberhard Diepgen* (CDU) würdigt den Beschluß als „sicheren Fahrplan für den Umzug“.

21. Oktober 1993

Die Bundesregierung beantwortet die Kleine Anfrage der 78 Abgeordneten vom 30. September nicht in allen Punkten. Zur Frage nach den Kosten und der Finanzierung stellt das Bundesministerium des Innern fest:

„Im Hinblick darauf, daß die Entscheidung des Deutschen Bundestages über einen Umzugstermin noch ansteht und die Bundesregierung beabsichtigt, ihre Konzeption in Abhängigkeit von einem solchen Beschluß weiter zu konkretisieren und die finanzpolitischen Auswirkungen zu ermitteln und in den Finanzplan und die weiteren Jahresabschnitte einzufügen, sieht die Bundesregierung derzeit davon ab, in

Hinweis

Im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes von Bonn nach Berlin sind folgende Abschnitte im vorliegenden *Datenhandbuch* von Interesse:

- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 8.1 Tagungsstätte der Plenarsitzungen
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

diesem Zusammenhang mitzubehandelnde Einzelaspekte vorab zu erörtern und zu beantworten.“

Zur Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die voraussichtlich nach Berlin umziehen werden, geht die Regierung davon aus, daß in den Ministerien rund ein Drittel der Arbeitsplätze – rund 7 300 Stellen – nach Berlin verlagert werden. Demgegenüber werde die Bundestagsverwaltung, da sie „dem Parlament dient“, nach Abschluß aller Umzugsmaßnahmen als Ganzes in Berlin sein. Auch Fraktionen und Abgeordnete würden Mitarbeiter in Berlin und nicht mehr in Bonn benötigen.

November 1993

In einer Massenpetition „Umzug nach Berlin – aussetzen!“ wird der Bundestag gebeten, „angesichts der desolaten Lage der Staatsfinanzen sowie der einschneidenden Sparbemühungen des Bundes und der gewaltigen Anstrengungen, die der Aufbau in den neuen Bundesländern von uns allen erfordert, ... über den Zeitpunkt des Umzugs von Parlament und Teilen der Regierung von Bonn nach Berlin erst dann zu entscheiden, wenn die Finanzsituation von Bund, Ländern und Gemeinden dies erlaubt und die Gesamtkosten für die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 20. 6. 1991 und 26. 6. 1992 feststehen“.

12. November 1993

In einer Gesprächsrunde bei Bundeskanzler *Helmut Kohl* bleiben Bemühungen erfolglos, Einvernehmen zwischen den Spitzen der Koalition und der Opposition sowie den entsprechenden Bundesländern über Zeitplanung und Kosten des Umzugs von Parlament und Regierung nach Berlin herzustellen. Die Gespräche sollen am 14. Januar fortgesetzt werden. Entsprechend verschiebt sich die für Dezember vorgesehene Verabschiedung des dritten Zwischenberichts der Konzeptkommission und die für Ende Januar geplante Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes. Auch eine Vorlage der Bundesregierung zu den Kosten des Umzuges ist 1993 nicht mehr zu erwarten.

29. November 1993

Der Arbeitsstab Berlin/Bonn der Bundesregierung beantwortet die Anfrage des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden vom 5. Juli 1993. Danach erscheinen unter bestimmten Voraussetzungen der Umbau des Reichstagsgebäudes, die Errichtung von Neubauten im Dorotheenblock und nördlich des Reichstagsgebäudes sowie die Grundsanierung bestehender Gebäude (Unter den Linden, Wilhelmstraße, ehemalige Generalstaatsanwaltschaft) bis Ende 1998 möglich. Die zur Arbeitsfähigkeit des Bundestages erforderlichen 125 000 m² Nutzfläche stünden dann zur Verfügung. Bei einer späteren Fertigstellung bis zum Jahr 2000 würden die genannten Voraussetzungen schrittweise an Bedeutung verlieren.

13. Januar 1994

Das Kabinett billigt ein vom Bundesfinanzministerium vorgelegtes Papier „Kosten der Verlagerung des Parlamentssitzes und von Regierungsfunktionen nach Berlin“. In diesem Papier werden – freilich unter Zugrundelegung von Schätzungen und auf dem Preisstand von 1993 – die Gesamtkosten des Umzugs auf 20 Milliarden DM über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren festgelegt.

Das Kostenpapier bildet nicht nur die Grundlage für das morgige Spitzengespräch bei Bundeskanzler *Helmut Kohl*, sondern auch für die weiteren parlamentarischen Beratungen einschließlich derjenigen des Berlin/Bonn-Gesetzes.

In der Presse werden Äußerungen aus Regierungs- und Parlamentskreisen zitiert, wonach die Begrenzung auf 20 Milliarden DM eine „Illusion“ sei.

14. Januar 1994 In einem Spitzengespräch, zu dem Bundeskanzler *Helmut Kohl* die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen, die Bundestagspräsidentin, Vertreter von Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bonn sowie die hauptbeteiligten Bundesminister eingeladen hatte, kommt es zu einer Einigung über den zeitlichen Rahmen des Umzugs, das finanzielle Volumen und die Eckdaten für den Bonn-Ausgleich. Bundeskanzler *Kohl* bekräftigt den Beschluß des Bundeskabinetts vom Oktober vorigen Jahres, den Umzug der Regierung zwischen 1998 und dem Jahr 2000 zu vollziehen.
- Zweifel an diesem Zeitplan äußert der SPD-Vorsitzende *Rudolf Scharping*; der Umzug werde bis 2005 dauern, wenn nicht früher damit begonnen werde. Falls er Bundeskanzler werde, werde er den Umzug früher einleiten. Auch von seiten der nordrhein-westfälischen Landesregierung werden Bedenken geäußert, ob der Umzug bis zum Jahr 2000 praktikabel und finanzierbar sei.
18. Januar 1994 Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP legen den Entwurf zu einem Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz) vor. Mit diesem Gesetz soll der rechtliche Rahmen zur Umsetzung des Bundestags-Beschlusses vom 20. Juni 1991 und der darauf aufbauenden Beschlüsse der Bundesregierung gesetzt werden. Zugleich soll ein Beitrag zur Planungssicherheit für alle mit der Verlagerung des Parlaments und von Regierungsfunktionen befaßten Stellen geleistet werden.
19. Januar 1994 56 Abgeordnete aus den drei Fraktionen und von der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, angeführt durch *Hans Martin Bury* (SPD), *Simon Wittmann* (CDU/CSU), *Birgit Homburger* (FDP), *Heinz-Jürgen Kronberg* (CDU/CSU) und *Christina Schenk* (Bündnis 90/Die Grünen), beantragen eine Umsetzung des Umzugs-Beschlusses des Bundestages vom 20. Juni 1991. Wegen der angespannten Haushaltslage, der großen Schwierigkeiten beim Aufbau der neuen Länder und wegen der insgesamt kritischen Wirtschaftslage solle der Bundestag beschließen: „Als Umzugstermin des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung wird das Jahr 2010 angestrebt.“
- Dieser Antrag ist die Zusammenfassung zweier Initiativen, die seit März 1993 zur Unterschrift vorgelegen hatten.
20. Januar 1994 Der Ältestenrat des Bundestages legt den dritten Zwischenbericht seiner Konzeptkommission zur Umsetzung des Umzugsbeschlusses des Bundestages vor. Die Kommission schlägt darin vor, daß der Bundestag „seine Arbeit in Berlin in der übernächsten (14.) Legislaturperiode möglichst früh, spätestens in der Sommerpause 2000, aufnehmen soll“. Dies setze voraus, „daß
- die Umgestaltung des Reichstagsgebäudes zum Deutschen Bundestag abgeschlossen ist,
 - die zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages noch benötigten Neubauten und Altbauten fertiggestellt sind,
 - ausreichender Wohnraum für die vom Umzug Betroffenen vorhanden ist,

- dienst- und wohnungsrechtliche sowie personalwirtschaftliche Maßnahmen für den betroffenen Personenkreis getroffen sind und
- die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vereinbart sind und mit ihrer Umsetzung Zug-um-Zug begonnen worden ist“.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme der Arbeit des Parlaments in Berlin habe die Bundesregierung ihre Präsenz in Berlin zu gewährleisten. Die Konzeptkommission lehnt provisorische Lösungen, die zu Doppelinvestitionen und erschwerten Arbeitsbedingungen führen, ab.

Die Gruppe PDS/Linke Liste fordert in einem Antrag, daß über einen neuen Entwurf für ein Berlin/Bonn-Gesetz und den Umzug von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin in einer Volksabstimmung entschieden wird, die „aus Kostengründen zeitgleich mit der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag durchgeführt werden“ soll.

2. Februar 1994 Der Haushaltsausschuß des Bundestages fordert die Bundesregierung auf, die in Berlin vorhandenen bundeseigenen Immobilien erneut zu überprüfen, um Neubauten in der Hauptstadt zu vermeiden.

24. Februar 1994 Der Haushaltsausschuß des Bundestages stimmt dem von der Koalition vorgesehenen Kostenrahmen für den Berlin-Umzug in Höhe von 20 Milliarden DM zu.

10. März 1994 Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz). Das Gesetz enthält

- die Festlegung von Berlin als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung,
- die Festlegung einer fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn durch Ansiedlung von Bundesministerien in Berlin und Bonn sowie
- den Ausgleich für die Region Bonn, u. a. durch Verlagerung von Einrichtungen des Bundes, sowie für betroffene Mitarbeiter.

Einen konkreten Umzugstermin enthält das Gesetz nicht. Statt dessen heißt es in § 2 zum Sitz des Deutschen Bundestages:

„(1) Sitz des Deutschen Bundestages ist die Bundeshauptstadt Berlin.

(2) Diese Sitzentscheidung wird vollzogen, sobald der Deutsche Bundestag festgestellt hat, daß die erforderlichen Voraussetzungen für seine Arbeitsfähigkeit in der Bundeshauptstadt Berlin hergestellt sind.“

Das Gesetz wird am 6. Mai 1994 verkündet (BGBl. I S. 918) und tritt am 7. Mai 1994 in Kraft.

In derselben Plenarsitzung

- stimmt der Bundestag dem dritten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates vom 20. Januar 1994 zu,
- erklärt er den Antrag der Abgeordneten *Hans Martin Bury* u. a., als Umzugstermin das Jahr 2010 anzustreben, für erledigt und lehnt den Antrag der Gruppe PDS/Linke Liste, über den Umzug in einer Volksabstimmung entscheiden zu lassen, ab.

1. Juni 1994 Das Bundeskabinett billigt einen Vorschlag des Bundesbauministeriums, daß die Bundesregierung bei ihrem Umzug nach Berlin bis auf das Kanzler-

amt und Teile des Außenministeriums aus Kostengründen auf Neubauten verzichtet.

15. Juni 1994 Der Haushaltsausschuß erklärt sich mit dem vom Bundesbauministerium vorgelegten Konzept für die Unterbringung der Bundesregierung in Berlin einverstanden. Zwar weiche die Regierung mit ihren Plänen, neben dem Kanzleramt auch Teile des Auswärtigen Amtes neu zu bauen, vom Wunsch des Haushaltsausschusses ab, alle Ministerien, die für den Umzug vorgesehen sind, vollständig in Altbauten unterzubringen. Die Abgeordneten lassen sich aber von Bundesbauministerin *Irmgard Schwaetzer* überzeugen, daß die gefundene Kombination die „preiswerteste Lösung“ sei.

17. Juni 1994 Bundesbauministerin *Irmgard Schwaetzer* weist darauf hin, daß man wegen des Streits um die Wiedererrichtung der Kuppel auf dem Reichstagsgebäude frühestens voraussichtlich erst Anfang 1999 von Bonn nach Berlin umziehen könne. Anlaß der Verzögerung ist ein Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 26. April 1994, den Reichstag in der ursprünglichen Gestalt mit einer Dachkuppel wiederherzustellen.

In einem Brief an die Bundestagspräsidentin und an die Fraktionsvorsitzenden schreibt die Ministerin: „Gemäß der bisherigen Terminplanung hätte Anfang März mit der Entwurfsplanung begonnen werden müssen.“ Auch der Termin Anfang 1999 könne nur gehalten werden, „wenn es gelingt, kurzfristig klare Planungsvorgaben zu formulieren und die Entwurfsplanung bis zum 1. Juli 1994 zu beauftragen“.

13. September 1994 In einem Schreiben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung erläutert der Direktor beim Deutschen Bundestag, *Rudolf Kabel*, das Umzugskonzept.

Nachdem der Bundestag einen „entzerrten Umzug der Bundestagsverwaltung“ gebilligt habe, unterteilt das Umzugskonzept die Verwaltung „in Organisationseinheiten,

- deren Vor-Ort-Präsenz bereits unmittelbar bei Aufnahme des Sitzungsbetriebes in Berlin unabdingbar ist, um eine uneingeschränkte Dienstleistungsbereitschaft der Verwaltung zu gewährleisten (Kategorie A), und in Organisationseinheiten,
- die zeitlich entzerrt umziehen können (Kategorie B)“.

Bei künftigen hausinternen Ausschreibungen wird stets hinzugesetzt, welcher Kategorie der Dienstposten angehört.

Der Rundbrief enthält im übrigen Hinweise zur „Personalbörse“, an der Mitarbeiter teilnehmen können, die vor dem Umzugsbeschluß am 20. Juni 1991 eingestellt worden sind und in Bonn verbleiben möchten.

2. Oktober 1994 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* drückt in einem Rundfunkinterview die Überzeugung aus, daß es beim Umzugstermin 1998 für das Parlament bleibt und sich der 14. Bundestag im umgebauten Reichstagsgebäude konstituieren wird.

18. Januar 1995 In einem Zeitungsinterview erklärt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, nach dem gegenwärtigen Stand der Planung könne der Bundestag 1999 in Berlin in vollem Umfang seine Arbeit aufnehmen. Schon Ende 1997 werde jeder Abgeordnete in Berlin ein Büro haben.

3. Februar 1995 Mit Organisationserlaß des Bundeskanzlers wird Bundesminister *Klaus Töpfer* beauftragt, als Umzugsbeauftragter der Bundesregierung den Umzug in die Bundeshauptstadt Berlin und den Ausgleich für die Region der Bundesstadt Bonn zu koordinieren.
10. Februar 1995 Bei der Wiedereinsetzung der Baukommission des Ältestenrates nach der Bundestagswahl 1994 wird als Termin, zu dem der Umbau des Reichstagsgebäudes beendet sein wird, die Jahreswende 1998/99 genannt.
14. März 1995 Das Bundeskabinett stimmt einem von Bundesbauminister *Klaus Töpfer* vorgelegten Unterbringungskonzept für die zehn zu verlagernden Bundesministerien in Berlin zu.
29. Juni 1995 Das Bundeskabinett beschließt eine personalwirtschaftliche Gesamtkonzeption zur Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin und zu den Verlagerungen zum Ausgleich nach Bonn sowie ein Konzept für die Wohnraumversorgung. Einleitend heißt es: „Die einmalige Dimension der Aufgabe macht es erforderlich, neben der flexiblen Handhabung bestehender Vorschriften auch Regelungen für den dienst- und arbeitsrechtlichen Bereich und den Bereich der Wohnungsversorgung zu treffen, die ausschließlich auf diesen Sachverhalt abheben.“

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Wissenschaftliche Dienste
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages
- 23.3 Parlamentsberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen
- 24.4 Europäisches Parlament
- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

26. September 1995 Bundeskanzler *Helmut Kohl* fordert auf einer Konferenz mit Repräsentanten der Wirtschaft in Berlin den Bundesrat auf, seinen „überfälligen Beschluß“ zum Umzug nach Berlin zu treffen.
11. Oktober 1995 Das Bundeskabinett beschließt das von Bundesbauminister *Klaus Töpfer* vorgelegte Konzept für die „Bundesstadt Bonn“ und die Nutzung der bisherigen Bundesbauten nach dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin.
19. Dezember 1995 Der Umzugsbeauftragte des Bundestages legt die statistische Auswertung einer Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung, der Fraktionen und der Abgeordneten zu ihrer persönlichen Umzugsbereitschaft vor.
- Die statistische Auswertung der Fragebogenaktion nur bezogen auf die Bundestagsverwaltung führte zu folgendem Ergebnis:
- Innerhalb der Bundestagsverwaltung wurden 1 655 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befragt. Nicht befragt worden sind Beschäftigte, die bereits in der Unterabteilung PBI in Berlin tätig sind, die bis zum 30. Juni 2000 aus Altersgründen aus dem Dienst ausscheiden (gesetzliche Altersgrenze), die in einem zeitlich befristeten Arbeitsverhältnis tätig sind, die nach erfolgreicher Bewerbung auf einen A-Dienstposten für Berlin verpflichtet wurden und die grundsätzlich nach dem 20. Juni 1991 eingestellt worden sind. Aufgrund von 1 608 abgegebenen bzw. 1 586 auswertbaren Fragebögen entscheiden sich:
- 207 (= 13,05%) für einen Umzug nach Berlin,
 - 199 (= 12,55%) für Pendeln,
 - 1 118 (= 74,4 %) für einen Verbleib in Bonn.
- Eine Aufteilung der Beschäftigten nach Laufbahnen ergibt bei der Entscheidung, nach Berlin umzuziehen, folgendes Ergebnis:
- 18 (= 4,3%) beim einfachen Dienst,
 - 52 (= 8,0%) beim mittleren Dienst,
 - 44 (= 14,4%) beim gehobenen Dienst,
 - 93 (= 44,1%) beim höheren Dienst.
29. Dezember 1995 Der Umzugsbeauftragte der Bundesregierung, Bundesbauminister *Klaus Töpfer*, warnt vor neuen Debatten über den Zeitplan des Umzugs. Teile der Bonner Ministerialbürokratie würden zunehmend Widerstand leisten.
7. März 1996 Der bayerische Ministerpräsident *Edmund Stoiber* (CSU), zugleich amtierender Präsident des Bundesrates, kündigt in der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin an, im Juni den Bundesrat darüber abstimmen zu lassen, ob er in Bonn bleiben oder gleichzeitig mit Parlament und Bundesregierung nach Berlin umziehen soll.
12. März 1996 Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag die Einsetzung eines „Sonderausschusses Berlin-Umzug“, der die Umsetzung aller im Zusammenhang mit der Verlegung von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin beschlossenen Gesetze und Maßnahmen kontrollieren soll. In der Begründung kritisieren die Abgeordneten, daß die Umsetzung des Berlin-Beschlusses aus dem Jahre 1991 trotz der Einsetzung eines Umzugsbeauftragten der Bundesregierung sowie mehrerer Ältestenratskommissionen bislang „nur einer sehr pauschalen und notwendig lückenhaften parlamentarischen Kontrolle“ unterliege. Erschwert werde die Überwachung der Umzugsmaßnahmen durch eine „Vielzahl von Einzel-

- entscheidungen“ in der „Regie sehr unterschiedlicher Akteure“ sowie durch die Verteilung der veranschlagten Mittel auf zahlreiche Einzelhaushalte. Die Antragsteller setzen sich dafür ein, den Sonderausschuß an den Haushaltsausschuß anzubinden.
20. März 1996 Bundesbauminister *Klaus Töpfer* geht in einem Zeitungsinterview davon aus, daß der Bundestag bis zum Jahr 1999 nach Berlin umgezogen sein wird. Es müsse alles daran gesetzt werden, daß die nächste Wahl des Bundespräsidenten im Mai 1999 im dann fertiggestellten Reichstagsgebäude stattfinde. *Töpfer* schloß allerdings nicht aus, daß der Bundestag auch 1999 noch Sitzungen in Bonn abhalten werde.
17. April 1996 Endlich verlässliche Planungsdaten für den Umzug nach Berlin fordert der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes *Gerhard Geyer* von der Bundesregierung. Es sei unerträglich, daß die Betroffenen und ihre Familien noch immer keine verlässlichen Grundlagen für ihre Zukunftsplanung erhielten.
- 12./14. Mai 1996 Verschiedene Abgeordnete der Unionsfraktion, vor allem der Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Schäuble*, sein Stellvertreter *Rupert Scholz* sowie Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, plädieren für eine Beschleunigung des Berlin-Umzuges im Sommer/Herbst 1999.
21. Mai 1996 Auch die FDP-Fraktion unternimmt einen neuen Vorstoß für eine Beschleunigung des Umzuges nach Berlin. Der FDP-Fraktionsvorsitzende *Hermann Otto Solms* weist darauf hin, daß das Reichstagsgebäude ab März 1999 bezugsfertig und vom Mai 1999 an arbeitsfähig sei. Auch wenn noch nicht alle Büros fertiggestellt seien, solle das Parlament von diesem Zeitpunkt an in Berlin arbeiten. Entschieden lehnt *Solms* die Forderung des SPD-Abgeordneten *Hans Wallow* ab, den Umzug angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte um fünf Jahre zu verschieben.
22. Mai 1996 Trotz einer kontrovers geführten Debatte erteilt der Haushaltsausschuß des Bundestages allen Diskussionen über eine Revision des Umzugsbeschlusses mehrheitlich eine Absage. Auch ein Hinausschieben der Übersiedlung komme nicht in Frage. Der Haushaltsausschuß will gleichzeitig darauf achten, daß der festgelegte Kostenrahmen nicht ausgedehnt wird. Seine Mitglieder verständigen sich auf eine „begleitende Kontrolle vor Ort“.
27. Juni 1996 Entgegen der Ankündigung von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* trifft der Ältestenrat keine Entscheidung über den Umzugstermin des Parlaments. Die SPD-Fraktion hatte sich am 25. Juni in einer erregten Fraktionssitzung gegen jeden Termin-Beschluß gewehrt. Zugleich sammeln SPD-Abgeordnete Unterschriften in allen Fraktionen, um den Umzug für mindestens fünf Jahre zu verschieben.
30. Juni 1996 Berlins Regierender Bürgermeister *Eberhard Diepgen* (CDU) bezeichnet die Initiative von Abgeordneten der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen, den Umzug zu verschieben, als „verantwortungslos“. Eine Verschiebung werde die Kosten insgesamt erheblich erhöhen und durch die Verzögerung privater Investitionen in Berlin volkswirtschaftlichen Schaden anrichten.
18. August 1996 Klarheit über den Umzugstermin des Bundestages und die Verlagerung der Ausschuß- und Plenarsitzungen nach Berlin in der ersten Hälfte des Jahres

1999 fordert der Umzugsbeauftragte und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion *Wilhelm Schmidt*. Dies bedeutet eine Korrektur des bisherigen Kurses der SPD-Fraktion. *Schmidt* räumt in einem Zeitungsinterview ein, daß er für seine Position noch keine förmliche Billigung durch die Fraktion und ihre Gremien habe.

22. September 1996 Auf dem Parteitag der Berliner SPD wendet sich der SPD-Vorsitzende *Oskar Lafontaine* gegen Pläne, den Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin zu verschieben.

24. September 1996 Die Abgeordneten *Jella Teuchner* (SPD), *Ludger Volmer* (Bündnis 90/Die Grünen) sowie weitere 48 Parlamentarier aus den Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen stellen den Antrag, daß der Bundestag den am 20. Juni beschlossenen Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin „um mindestens fünf Jahre“ verschiebt. „Die so freiwerdenden und eingesparten Mittel werden für die Konsolidierung der Staatsfinanzen und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwendet.“

Noch vor Veröffentlichung des Antrages als Drucksache hatte Bundesminister *Klaus Töpfer* vor der mit einer Umzugsverschiebung verbundenen Kostensteigerung (Entschädigungsforderungen an den Bund, Stillstandskosten für die fertiggestellten und leerstehenden Liegenschaften) gewarnt. Sowohl *Töpfer* als auch Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* bekräftigten, der vereinbarte Zeit- und Kostenplan für den Wechsel von Bonn nach Berlin werde eingehalten.

25. September 1996 Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lehnen den Antrag auf Verschiebung des Berlin-Umzugs von Mitgliedern ihrer Fraktionen ab.

27. September 1996 Auf Antrag von 13 Bundesländern faßt der Bundesrat den Beschluß, seinen Sitz in Berlin zu nehmen. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

- „1. Der Bundesrat hat seinen Sitz in der Bundeshauptstadt Berlin.
2. Der Bundesrat nimmt seine Arbeit zeitgleich mit dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung in Berlin auf. Bis dahin finden die Plenarsitzungen des Bundesrates in Bonn statt.
3. Der Bundesrat wird als Bundesorgan in Berlin das Gebäude des ehemaligen Preußischen Herrenhauses beziehen. Er bittet die Bundesregierung, hierfür die baulichen Voraussetzungen zu schaffen und für die bisher in diesem Gebäude vorgesehenen zweiten Dienstsitze der Bundesministerien eine andere Unterbringung zu suchen.
4. ...“

Der Bundesrat hatte am 5. Juli 1991 festgelegt, seinen Sitz zunächst in Bonn zu belassen. Der jetzige Beschluß wird mit der engen Zusammenarbeit zwischen den Verfassungsorganen Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung aufgrund der föderalen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland begründet. Gegen den Antrag stimmen lediglich die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Die Bonner Oberbürgermeisterin *Bärbel Dieckmann* (SPD) bewertet die Entscheidung des Bundesrates als „schwerwiegenden Vertrauensbruch“. Sie fordert über die schon im Umzugsgesetz zugesagten zwei Milliarden Mark hinaus weitere Ausgleichszahlungen für den Weggang des Bundesrates und den damit verbundenen Verlust von rund 1 000 Arbeitsplätzen.

16. Oktober 1996 Einen „realistischen Zeitplan“ für den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin fordert der Haushaltsausschuß des Bundestages von Bundesbauminister *Klaus Töpfer*. Die Koalitionsfraktionen erinnern an die Beschlußlage: Ein Umzug in Provisorien finde nicht statt, die Kostenobergrenze sei auf 20 Milliarden DM festgelegt.
29. Oktober 1996 Um den Umzugstermin im Frühjahr 1999 zu sichern, bietet Bauminister *Klaus Töpfer* als Umzugsbeauftragter der Bundesregierung der Bundestagspräsidentin 1 700 Übergangsbüros in der Nähe des Reichstagsgebäudes an. Der Umzugsbeauftragte war von *Rita Süßmuth* gefragt worden, ob und in welchen Bundesliegenschaften im näheren Umfeld des Reichstagsgebäudes für die Übergangszeit bis zu 3 000 Büros bereitgestellt werden könnten.
6. November 1996 *Wilhelm Schmidt*, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert scharf („Frechheit“) *Töpfers* Angebot von Übergangsbüros. *Schmidt* fordert statt dessen beschleunigende Maßnahmen für die Fertigstellung der Bundestagsneubauten. Übergangslösungen würden den Haushalt mit über 50 Millionen Mark zusätzlich belasten.
14. November 1996 Der Bundestag lehnt den Antrag der 50 Abgeordneten aus den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab, den Bonn-Berlin-Umzug um mindestens fünf Jahre zu verschieben. Er folgt damit der einstimmig gefaßten Beschlußempfehlung des Ältestenrates, in der darauf hingewiesen wird, daß eine Verschiebung den Umzug teurer ausfallen lasse.
28. November 1996 Der Ältestenrat befaßt sich mit dem Problem, daß bei Fertigstellung des Reichstagsgebäudes im Frühjahr 1999 die übrigen Gebäude (Dorotheenblöcke, Alsenblock) dann noch nicht zur Verfügung stehen (offizieller Fertigstellungstermin: 31. Dezember 1999). Er ergänzt den Umzugsbeschluß mit folgender Erklärung:
- „Der Ältestenrat stellt fest, daß die Maßnahmen zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Bundestages in Berlin innerhalb des Zeit- und Kostenrahmens liegen und daß die Bauplanungen und Fertigstellungen zügig vonstatten gehen. Mit der Inbetriebnahme des Reichstagsgebäudes im Frühjahr 1999 wird der Deutsche Bundestag seine parlamentarische Arbeit in Berlin beginnen.
- Von diesem Zeitpunkt an wird er dort seine Plenartätigkeit aufnehmen und die für ihn verfügbaren Raumkapazitäten nutzen, um im Verlauf der zügigen Fertigstellung der Neubauten die weiteren parlamentarischen Tätigkeiten nach Berlin zu verlagern.
- Mit der Inbetriebnahme der Neubauten im Spreebogen (Dorotheenblöcke und Alsenblock) werden die Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit des Bundestages in der Bundeshauptstadt Berlin hergestellt (§ 2 Abs. 2 des Bonn-Berlin-Gesetzes) und der Umzug wird damit abgeschlossen sein.“
29. November 1996 Die Erklärung des Ältestenrats zum Umzugstermin findet in der Medienberichterstattung große Beachtung (FAZ: „Bundestag wird nicht vor 2000 Arbeit nach Berlin verlagern“) und löst erhebliche Verwirrung aus.
- Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* versucht in Interviews dem Eindruck entgegenzutreten, der Umzug werde auf die lange Bank geschoben.
3. Dezember 1996 In einer gemeinsamen Erklärung stellen Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen *Wolfgang Schäuble* (CDU/CSU) und *Hermann Otto Solms* (FDP) sowie der CSU-Landesgrup-

penvorsitzende *Michael Glos* angesichts von Mißverständnissen über die jüngste Erörterung des Ältestenrats fest:

- „1. Es besteht Einigkeit darüber, daß mit der Fertigstellung des Reichstages der Deutsche Bundestag seine Arbeit dauerhaft in Berlin aufnimmt. Von diesem Zeitpunkt an werden alle Plenarsitzungen des Bundestages in der Bundeshauptstadt stattfinden und die Parlamentsarbeit wird im wesentlichen nach Berlin verlagert.
2. Bundesregierung und Bundestagsverwaltung werden gebeten sicherzustellen, daß zu diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments auch dann nach § 2 Abs. 2 des Bonn-Berlin-Gesetzes hergestellt sind, wenn die Neubaumaßnahmen im Spreebogen noch nicht vollständig abgeschlossen werden konnten.“

Da an dieser am Vormittag abgegebenen Erklärung nur die Koalitionsfraktionen beteiligt wurden und der Inhalt nicht mit der Erklärung des Ältestenrates vom 28. November übereinstimmt, verlangt die SPD-Fraktion die Einberufung einer Sondersitzung des Ältestenrates.

In einer über zweistündigen Diskussion am Abend wird zwar der Entwurf zu einer neuen Erklärung im Ältestenrat erarbeitet, über die jedoch noch ein Gespräch mit den Fraktions- und Gruppenvorsitzenden geführt werden soll.

5. Dezember 1996

Das Ergebnis des Gesprächs von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* mit den Vorsitzenden der Fraktionen und der PDS-Gruppe in Anwesenheit von Bundesbauminister *Klaus Töpfer* schlägt sich in folgender Erklärung nieder:

„Die Vorsitzenden der Fraktionen und der Gruppe der PDS halten an dem gemeinsamen Ziel fest, daß der Deutsche Bundestag so rasch und kostengünstig wie möglich nach Berlin umzieht. Bundesregierung und Bundestagsverwaltung werden gebeten, ohne zusätzliche Kosten die Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages in Berlin mit Fertigstellung des Reichstagsgebäudes sicherzustellen.“

In der Presse wird diese Erklärung unter anderem so kommentiert: „Das Chaos um den Bundestags-Umzug nimmt kein Ende. Auch nach dem Spitzengespräch herrscht Unklarheit“ (Überschrift im Bonner General-Anzeiger vom 7. Dezember 1996).

12. Dezember 1996

Der Ältestenrat nimmt die Erklärung über das Gespräch zur Kenntnis, das die Bundestagspräsidentin am 5. Dezember mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Gruppenvorsitzenden der PDS geführt hat. Er beauftragt auf dieser Grundlage die Bundestagsverwaltung mit der Umsetzung. Auch die Raumkommission wird um Vorschläge zur Umsetzung gebeten.

Der Vorsitzende der Baukommission, *Dietmar Kansy*, teilt „computergetriebene Berechnungen“ zur Fertigstellung verschiedener Bundestagsbauten mit:

- Reichstagsgebäude: 23. Dezember 1998
- Dorotheenblöcke: 22. November 1999.

Der Alsenblock soll im Dezember 1999 fertig werden, der Luisenblock Ende des Jahres 2000.

Die Bundesregierung beantwortet die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Hauptstadtumzug. Bezüglich des Zeitplans des

- Umzugs wird jedoch nur auf bisher veröffentlichte Berichte und den allgemeinen Terminrahmen „zwischen 1998 und 2000“ verwiesen.
30. Januar 1997 Plenardebatte zum Berlin-Umzug aus Anlaß verschiedener Vorlagen (u. a. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen).
- Überweisung eines Entschließungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich Einsetzung eines Sonderausschusses „Berlin-Umzug“ an den Ältestenrat.
- April 1997 Bundesbauminister *Klaus Töpfer* bietet dem Bundestag als Übergangslösung ab Mai 1999 bis zur Fertigstellung der Parlamentsneubauten folgende drei Objekte in der Nähe des Reichstagsgebäudes an:
- das Gebäude der früheren DDR-Generalstaatsanwaltschaft (144 Büros) in der Luisenstraße,
 - das ehemalige DDR-Justizministerium (278 Büros) in der Dorotheenstraße,
 - das sogenannte „Polygraph“-Gebäude (331 Büros) in der Bunsenstraße.
- Kosten für die Renovierung der Gebäude: rund 43 Millionen Mark (für einfachen Standard) bis 58 Millionen Mark (für mittleren Standard); Zeitbedarf für die Renovierung: rund 24 Monate.
- Unklar bleibt, wer die Renovierungskosten trägt.
- Mai/Juni 1997 Der Ältestenrat gerät unter Druck, noch vor der Sommerpause einen genauen Umzugstermin für den Bundestag festzulegen.
25. Juni 1997 Der Haushaltsausschuß unterstützt Vorschläge der Bundesregierung, die Gebäude der früheren DDR-Generalstaatsanwaltschaft und des ehemaligen DDR-Justizministeriums in Berlin für 36 Millionen DM zu sanieren, damit im Sommer 1999 der Bundestag dort einziehen kann. Nicht enthalten seien die Kosten für die Herrichtung des Polygraph-Gebäudes, weil es zu einem späteren Zeitpunkt „mit geringem Aufwand“ von der Verwaltung des Deutschen Bundestages hergerichtet werden könne. Die Bundesregierung erklärt, wenn die Aufträge für Generalstaatsanwaltschaft und Justizministerium jetzt erteilt würden, könnten beide Häuser zur Sommerpause 1999 fertig werden.

■ Wichtige Daten ab September 1997 zum Umzug des Bundestages nach Berlin sind im Nachtrag unter 7.8 zu finden.

Hinweis

Im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes von Bonn nach Berlin sind folgende Abschnitte im vorliegenden **Datenhandbuch** von Interesse:

- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 8.1 Tagungsstätte der Plenarsitzungen
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

8 Plenarsitzungen/Abstimmungen/ Arbeitsrhythmus

Überblick

	Seite
8.1	1632
– Tagungsstätte der Plenarsitzungen	
– Plenarsitzungen außerhalb des Plenarsaals im Bundeshaus in Bonn (S. 1632)	
8.2	1634
– Sitzordnung im Plenum	
– Sitzordnung innerhalb der Fraktionen (S. 1636)	
8.3	1637
– Plenarsitzungen: Statistik	
– Zahl und Dauer der Plenarsitzungen (S. 1637)	
– Aufteilung der Plenarsitzungen nach ihrer Dauer (S. 1641)	
8.4	1643
– Daten der Plenarsitzungen	
8.5	1660
– Sondersitzungen	
– Zahl der Sondersitzungen (S. 1661)	
– Zusammenstellung aller Sondersitzungen (S. 1662)	
– Plenarsitzungen während der Sommerpause (S. 1670)	
8.6	1670
– Rederecht im Bundestag	
– Ausländische Gäste vor dem Deutschen Bundestag (S. 1672)	
8.7	1672
– Redner im Plenum	
– Zahl der Plenarreden (S. 1673)	
– Namensliste der häufigsten Redner im Plenum (S. 1673)	
– Statistische Aufgliederung der häufigsten Redner (S. 1679)	
– Häufigkeit der Beteiligung an Debatten (S. 1680)	
– Redner bei den Regierungserklärungen (S. 1682)	
– Rededauer bei den Erklärungen zum Regierungsprogramm und den Aussprachen (S. 1683)	
– Gebrauch der Zwischenfrage (S. 1685)	
8.8	1693
– Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten	
8.9	1711
– Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern	
8.10	1714
– Inhalte der Plenarsitzungen	
– Inhalt der Plenardebatten: Statistik (S. 1714)	
– Beratung der Gesetze im Plenum (S. 1715)	
– Politische Aussprachen im Plenum: Statistik (S. 1716)	
– „Vereinbarte Debatten“ (S. 1716)	
– Behandlung selbständiger politischer Anträge im Plenum (S. 1721)	
8.11	1723
– Regelungen zur Debattendauer	
8.12	1726
– Arten der Abstimmung	
– Statistik zu den Abstimmungen (S. 1728)	
– Letztmalige Anwendung der Abstimmungsanlage im Bundestags- plenum (S. 1729)	
8.13	1730
– Erforderliche Abstimmungsmehrheiten	

noch: Überblick		Seite
8.14	Stimmergebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen . . .	1734
8.15	Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen	1781
8.16	Erklärungen zur Abstimmung	1788
	– Statistische Übersicht seit 1949 (S. 1790)	
	– Tabellarische Darstellung aller Erklärungen (S. 1792)	
8.17	Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze	1953
	– Statistik der kontrovers und einstimmig verabschiedeten Gesetze (S. 1954)	
	– Einstimmigkeit differenziert nach Wichtigkeit (S. 1955)	
	– Liste der kontrovers verabschiedeten Gesetze (S. 1957)	
8.18	Stimmrecht der Berliner Abgeordneten	1973
8.19	Beschlußfähigkeit	1975
	– Bezweiflung der Beschlußfähigkeit (S. 1976)	
	– Herbeiführung der Beschlußfähigkeit (S. 1983)	
	– Statistik (S. 1986)	
8.20	Ordnungsmaßnahmen	1988
	– Sitzungsausschlüsse von Abgeordneten (S. 1989)	
	– Statistik der einzelnen Ordnungsmaßnahmen (S. 1991)	
8.21	Publizität der Verhandlungen	1993
	– Öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen im Bundestag (S. 1994)	
8.22	Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie . . .	1996
8.23	Arbeitsrhythmus des Parlaments	2006
8.24	Gedenksitzungen im Plenarsaal	2010
	– Gedenksitzungen zum „Nationalen Gedenktag“ (S. 2010)	
	– Gedenksitzungen zum Tag der Deutschen Einheit (S. 2010)	
	– Gedenksitzungen für verstorbene Politiker (S. 2015)	
	– Gedenksitzungen aus besonderen Anlässen (S. 2017)	

Hinweis

Aspekte des Themenbereichs Plenum, Plenarsitzungen und Plenardebatten werden außerhalb des Kapitels 8 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.15 Zeitbudget der Abgeordneten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik (mit dem Unterabschnitt „Haushaltsberatungen“)
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 23.3 Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag

8.1 Tagungsstätte der Plenarsitzungen

Mit Ausnahme von zehn Fällen fanden alle Plenarsitzungen des Bundestages zwischen 1949 und Juni 1986 in Bonn im Plenarsaal des Bundeshauses statt.

Eine Plenarsitzung mußte im Sommer 1953 wegen der Bauarbeiten zur Erweiterung des Plenarsaals nach Köln verlegt werden; bei den übrigen neun Plenarsitzungen außerhalb Bonns handelt es sich um Berlin-Sitzungen des Bundestages.

Zwischen September 1986 und Oktober 1992 wurde während des Neubaus des Plenarsaals in Bonn ein Ersatzplenarsaal in dem zur Tagungsstätte umgebauten alten Wasserwerksgebäude am Rhein innerhalb des Bundeshausgeländes benutzt. In das Wasserwerksgebäude mußte das Plenum auch zwischen November 1992 und September 1993 ausweichen, nachdem im neuen Plenarsaal die Lautsprecheranlage ausgefallen war und die Reparatur- und Umbaumaßnahmen sich über zehn Monate erstreckten.

Mit der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 und der Aufhebung der Beschränkungen in der Berlin-Präsenz des Bundestages konnten Plenarsitzungen auch wieder im Reichstagsgebäude in Berlin stattfinden: erstmals nach 57 Jahren am 4. Oktober 1990 und danach – bis zum Beginn der Umbauarbeiten am Reichstagsgebäude – in der 12. Wahlperiode weitere viermal und in der 13. Wahlperiode einmal.

Die Einzelheiten sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

Plenarsitzungen außerhalb des Plenarsaals im Bundeshaus in Bonn

Wahlperiode	Sitzung	Datum	Tagungsort und Tagungsstätte	Bemerkungen
1. WP 1949–53	282. ¹⁾	29. 7. 1953	Köln, Großer Sendesaal im neuen Funkhaus des Nordwestdeutschen Rundfunks	Ausweichstätte wegen Umbaus des Plenarsaals im Bundeshaus
2. WP 1953–57	106.	19. 10. 1955	} Berlin-Charlottenburg, Technische Universität	} Berlin-Wochen des Bundestages ²⁾
	107.	20. 10. 1955		
	163.	10. 10. 1956		
	164.	11. 10. 1956		
3. WP 1957–61	1.	15. 10. 1957	Berlin, Kongreßhalle	} Berlin-Wochen des Bundestages ²⁾
	41.	1. 10. 1958	} Berlin-Charlottenburg, Technische Universität	
	42.	2. 10. 1958		
	43.	3. 10. 1958		
4. WP 1961–65	178.	7. 4. 1965	Berlin, Kongreßhalle	Berlin-Woche des Bundestages ²⁾
5.–9. WP 1965–83	–	–	–	–
10. WP 1983–87	ab 227. alle bis 256. ¹⁾	9. 9. 1986	Bonn, Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude innerhalb des Bundeshausgeländes	Ausweichquartier wegen Neubau des Plenarsaals im Bundeshaus

¹⁾ ²⁾ Fußnoten siehe rechte Seite

Wahlperiode	Sitzung	Datum	Tagungsort und Tagungsstätte	Bemerkungen
11. WP 1987–90	ab 1. alle bis:	18. 2. 1987	Bonn, Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude	Ausweichquartier wegen Neubau des Plenarsaals im Bundeshaus
	228.	4. 10. 1990	Berlin, Reichstagsgebäude	Erste Plenarsitzung des um 144 Abg. erweiterten Bundestages nach der Vereinigung Deutschlands ²⁾
	ab 229. alle bis 236. ¹⁾	5. 10. 1990	Bonn, Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude	Ausweichquartier wegen Neubau des Plenarsaals im Bundeshaus
		22. 11. 1990		
12. WP 1990–94	1.	20. 12. 1990	Berlin, Reichstagsgebäude	Berlin-Sitzung des Bundestages ²⁾
	ab 2. alle bis:	14. 1. 1991	Bonn, Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude	Ausweichquartier wegen Neubau des Plenarsaals im Bundeshaus
	25.	14. 5. 1991	Berlin, Reichstagsgebäude	Berlin-Sitzung des Bundestages ²⁾
	ab 26. alle bis:	4. 6. 1991	Bonn, Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude	Ausweichquartier wegen Neubau des Plenarsaals im Bundeshaus
	93.	20. 5. 1992	Berlin, Reichstagsgebäude	Berlin-Sitzung des Bundestages ²⁾
	ab 94. alle bis 115. ³⁾	3. 6. 1992	Bonn, Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude	Ausweichquartier wegen Neubau des Plenarsaals im Bundeshaus
	29. 10. 1992			
	ab 122. alle bis 174. ⁴⁾	24. 11. 1992	Bonn, Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude	Ausweichquartier wegen Ausfall und Reparatur der Lautsprecheranlage im neuen Plenarsaal im Bundeshaus
	10. 9. 1993			
	238. 239.	30. 6. 1994 1. 7. 1994	} Berlin, Reichstagsgebäude	Berlin-Sitzungen des Bundestages ²⁾
13. WP 1994– ⁵⁾	1.	10. 11. 1994	Berlin, Reichstagsgebäude	Berlin-Sitzung des Bundestages ²⁾

¹⁾ letzte Plenarsitzung der Wahlperiode

²⁾ Vgl. dazu im vorliegenden *Datenhandbuch* Abschnitt 7.3 „Präsenz des Bundestages in Berlin“.

³⁾ Fertigstellung des neuen Plenarsaals im Bundeshaus; Einweihung in einem Festakt am 30. Oktober 1992, erste Plenarsitzung am 4. November 1992 (116. Sitzung)

⁴⁾ Fertigstellung der Reparatur- und Umbaumaßnahmen an der Lautsprecheranlage im neuen Plenarsaal; Wiederaufnahme der Beratungen am 22. September 1993 (175. Sitzung)

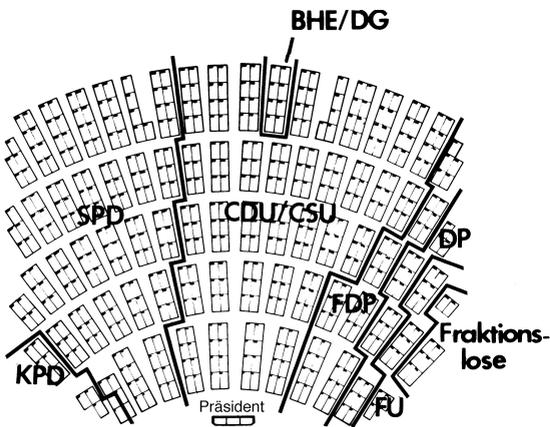
⁵⁾ Stand: 31. August 1997; Anfang Januar 1995 wurde das Reichstagsgebäude wegen der erforderlichen Umbauarbeiten für den Umzug des Bundestages nach Berlin geschlossen, Wiedereröffnung des Plenarsaals für den 23. Mai 1999 (Wahl des Bundespräsidenten) geplant.

8.2 Sitzordnung im Plenum

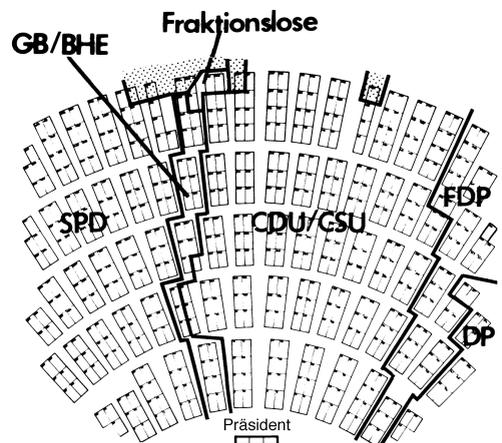
Die Sitzordnung der Fraktionen im Plenum des Deutschen Bundestages beruht letztlich auf Entwicklungen, die sich bis zur Französischen Revolution zurückverfolgen lassen. Nach dem Sturz Napoleons bildete sich in der französischen Deputiertenkammer die klassische Unterscheidung in „links“ und „rechts“, indem der Adel den Ehrenplatz zur Rechten des Präsidenten beanspruchte, während der dritte Stand zu seiner Linken saß.

Aus dieser – anfänglich nur protokollarisch bedingten – Sitzordnung heraus entstand die Bezeichnung politischer Parteien. In dem Maße jedoch, in dem die Parteien sich in den letzten Jahrzehnten „entideologisierten“ und sich zu demokratischen Integrationsparteien entwickelten, ist das alte Rechts-Links-Schema zweifelhaft geworden. Deshalb ist auch die Sitzordnung im Plenum des Bundestages, die sich noch an dem Rechts-Links-Schema orientiert, nicht von vornherein ein Indiz für die von diesen Parteien aktuell vertretene Politik.*)

Vom Präsidenten aus gesehen nahmen die Fraktionen des Deutschen Bundestages bisher folgende Sitzordnung ein:



1. Wahlperiode
(1949–53)
beim Stand Januar 1952



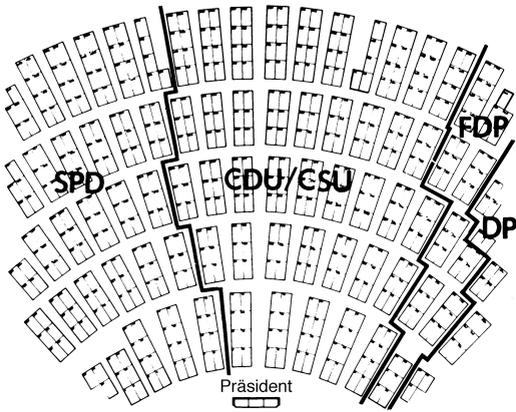
2. Wahlperiode
(1953–57)

*) Quelle: *Heinrich Oberreuter*, Artikel „Sitzordnung“. In: *Handbuch des deutschen Parlamentarismus*. Hrsg. von *Hans-Helmut Röhring* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 446–448.

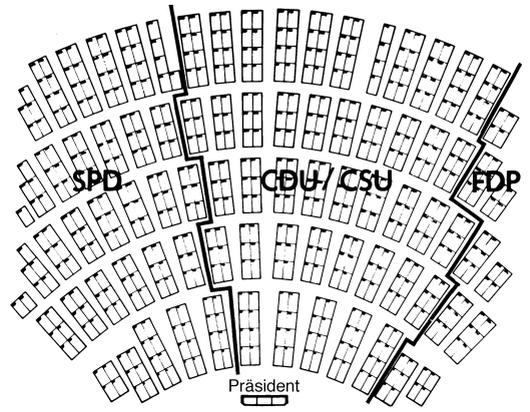
Hinweise

Wegen des Neubaus des Plenarsaales in Bonn und der Debatte über die Sitzordnung vgl. im vorliegenden *Datenhandbuch* Abschnitt 21.2: Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn.

Die Umgestaltung des Plenarsaals mit einer veränderten Sitzordnung war mehrmals auch Gegenstand in den Beratungen des Bundestagshaushalts während der jährlichen Haushaltsdebatten. Einzelheiten siehe unter Abschnitt 13.4.

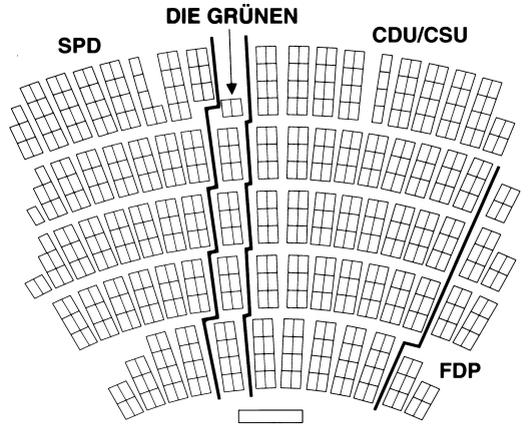


3. Wahlperiode
(1957–61)

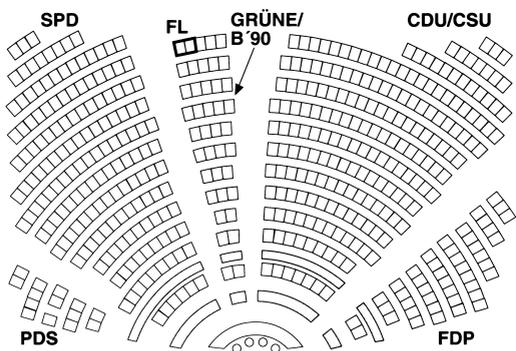


4.–9. Wahlperiode
(1961–1983)

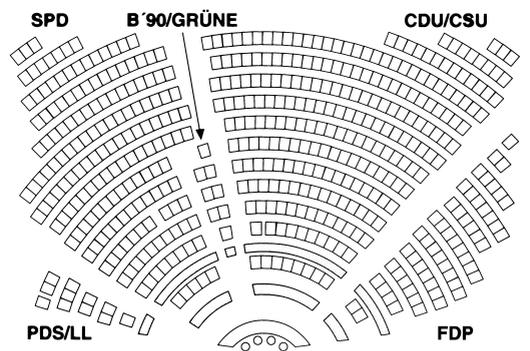
Die beiden Planskizzen unten zeigen die Sitzordnung im Ersatzplenarsaal im Wasserwerksgebäude: links in der 11. Wahlperiode beim Stand Oktober 1990 (d. h. nach dem Einzug der zusätzlichen Abgeordneten aus der ehemaligen DDR), rechts in der 12. Wahlperiode beim Stand Januar 1991.



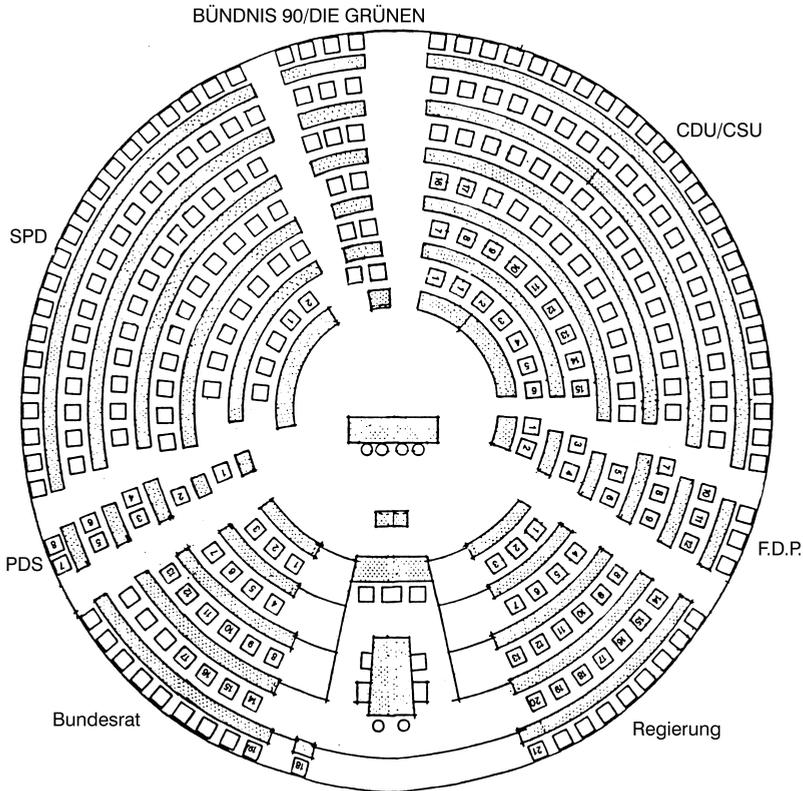
10. Wahlperiode
(1983–87)



11. Wahlperiode (1987–90)
(Stand: Oktober 1990)



12. Wahlperiode (1990–94)
(Stand: Januar 1991)



Sitzordnung im neuen Plenarsaal des Bundeshauses in Bonn
 Stand: Beginn der 13. Wahlperiode (1994)
 (dargestellt ist nur der innere Kreis des Plenarsaals)

Sitzordnung innerhalb der Fraktionen

Bei allen Fraktionen haben die Mitglieder des Fraktionsvorstandes einschließlich der Parlamentarischen Geschäftsführer ihre Sitze in den vorderen Bänken. Wie die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der GRÜNEN die übrigen Plätze vor Umzug in das Wasserwerksgebäude untereinander verteilt haben, geht aus der folgenden Übersicht hervor. Aufgrund der dabei verwendeten Verfahren (landsmannschaftliche Zugehörigkeit oder Los, früher auch Alphabet) wäre es verfehlt, einen Abgeordneten aufgrund seiner ungünstigen Platzierung im Plenum als „Hinterbänkler“ zu bezeichnen.*) Während einer Debatte kann ohnehin jeder Abgeordnete innerhalb seiner Fraktion jeden beliebigen Platz einnehmen, der nicht besetzt ist.

Seit September 1986 – dem Umzug des Plenums in das ehemalige Wasserwerksgebäude – und auch nach Rückkehr in den umgebauten Plenarsaal wird auf eine Sitzordnung innerhalb der Fraktionen verzichtet. Lediglich für die Mitglieder des Fraktionsvorstandes und für die Parlamentarischen Geschäftsführer gibt es nach wie vor feste Plätze.

*) Vgl. hierzu *Heinrich Oberreuter*, Artikel „Hinterbänkler“. In: *Handbuch des deutschen Parlamentarismus*. Hrsg. von *Hans-Helmut Röhring* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 194–197.

Die Fraktionen verteilen die Sitzplätze im alten Plenarsaal des Deutschen Bundestages nach folgenden Verfahren oder Kriterien:

seit... Wahl- periode	Die Fraktionen verteilen die Sitzplätze im Plenum des Deutschen Bundestages nach folgenden Verfahren oder Kriterien:			
	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen
seit 1. WP (ab 1949)	(1) nebeneinander nach der Herkunft der Abgeordneten aus den Bundesländern (landmannschaftliche Zugehörigkeit) und (2) hintereinander nach der Anciennität	alphabetisch, beginnend mit A in den vorderen Reihen	alphabetisch, beginnend mit A in den vorderen Reihen	
seit 3. WP (ab 1957)			durch Los	
seit 7. WP (ab 1972)				
seit 10. WP (ab 1983) ¹⁾			durch Los	

1) bis zum Umzug in das ehemalige Wasserwerksgebäude im September 1986

8.3 Plenarsitzungen: Statistik

Dieser Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

- Zahl und Dauer der Plenarsitzungen,
- Aufteilung der Plenarsitzungen nach ihrer Dauer.

Zahl und Dauer der Plenarsitzungen

Aus Angaben über die Zahl der Plenarsitzungen, die Sitzungszeit des Plenums und die Seitenzahl der Stenographischen Berichte (Plenarprotokolle) kann man das Ausmaß der Plenararbeit (d. h. der Parlamentsarbeit in den öffentlichen Plenarsitzungen) ablesen. Einzelheiten sind der Statistik auf der folgenden Seite zu entnehmen.

Mit der Zahl von 282 Plenarsitzungen steht der 1. Bundestag in der Häufigkeit an erster Stelle, gefolgt vom 7. Bundestag mit 259 Plenarsitzungen. Die geringste Zahl von Plenarsitzungen findet sich erwartungsgemäß in der verkürzten 9. Wahlperiode mit nur 142 Sitzungen.

Hinsichtlich der Sitzungszeit belegt inzwischen jedoch der 12. Bundestag deutlich den ersten Platz: Die 243 Plenarsitzungen dauerten – alle Unterbrechungen abgezogen – 1801 Stunden und 34 Minuten. Auf dem zweiten Platz folgt der 1. Bundestag (der bisherige Spitzenreiter!) mit 1713 Stunden und 35 Minuten.

Fortsetzung auf Seite 1640

Zahl und Dauer der Plenarsitzungen

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Plenarsitzungen	282	227	168	198	247	199	259	230	142	256	236	243
Gesamtsitzungszeit (in Stunden : Minuten)	1800:52	1580:47	1134:15	1090:58	1391:35	1091:05	1564:32	1410:10	859:25	1789:15	1730:28	1834:34
Sitzungszeit abzügl. Unterbrechungen (in Stunden : Minuten)	1713:35	1439:31	1048:42	984:53	1253:47	988:13	1484:57	1303:31	804:41	1683:23	1646:16	1801:34
Durchschnittliche Dauer pro Sitzung (in Stunden : Minuten) ¹⁾	6:05	6:20	6:14	4:58	5:04	4:58	5:44	5:40	5:40	6:35	6:59	7:25
Durchschnittliche Sitzungszeit pro Arbeitsjahr (in Stunden : Minuten)	428:24	359:53	262:11	246:14	313:27	329:25	371:14	325:53	332:58	430:28	429:28	459:58
Seitenzahl der Steno- graphischen Berichte	14 285	13 568	9 806	10 102	13 875	11 841	18 597	18 769	8 994	20 091	18 752	21 752
Zahl der Regierungs- erklärungen ²⁾	27	15	8	10	24	22	35	19	16	49	38	35
Erklärungen zum Regierungsprogramm mit Aussprache ³⁾												
– Dauer in Tagen	6	3	2	2	5	3	5	5	4	3	3	3
– Dauer in Stunden	20	12'	9	10'	30'	25'	29	32'	24	23'	18'	26
Ausschluß der Öffentlichkeit (Zahl der Fälle) ⁴⁾	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

¹⁾ Bei der durchschnittlichen Sitzungsdauer ist zu berücksichtigen, daß hierunter sowohl Plenarsitzungen fallen, die nur 60 oder 90 Minuten dauern und nur einen Tagesordnungspunkt (Fragestunde) enthalten, als auch solche, die sich z. B. am Donnerstag von 9.00 Uhr an bis in die Abendstunden erstrecken. Vgl. deshalb die folgende Aufschlüsselung der Plenarsitzungen nach Dauer in Stunden.

²⁾ Einzelheiten vgl. Abschnitt 6.17 Regierungserklärungen.

- 3) Hier sind nur die zu Beginn der Wahlperiode abgegebenen Regierungserklärungen zum Programm der Bundesregierung berücksichtigt. Hinzuzuzählen sind noch folgende Erklärungen und Aussprachen während der Wahlperiode:
- in der 4. Wahlperiode 1963:
die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler *Erhard* (Dauer insgesamt: 2 Tage bzw. 6' Stunden),
 - in der 5. Wahlperiode 1966:
die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler *Kiesinger* (Dauer insgesamt: 3 Tage bzw. 21' Stunden),
 - in der 7. Wahlperiode 1974:
die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler *Schmidt* (Dauer insgesamt: 3 Tage bzw. 11' Stunden),
 - in der 9. Wahlperiode 1982:
die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler *Kohl* (Dauer insgesamt: 3 Tage bzw. 24' Stunden).
- 4) Vgl. Artikel 42 Abs. 1 GG: „Der Bundestag verhandelt öffentlich. Auf Antrag eines Zehntels seiner Mitglieder oder auf Antrag der Bundesregierung kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.“

★ Die Gesamtzahl der **Plenarsitzungen** von der 1. bis zur 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **2 687**. Die **Sitzungszeit** (abzüglich Unterbrechungen) in diesen 45 Jahren beläuft sich auf **16 153 Stunden und 3 Minuten**. Daraus ergibt sich eine **durchschnittliche Dauer pro Sitzung von 6 Stunden und 1 Minute**. Die **Seitenzahlen der Stenographischen Berichte** aller zwölf Wahlperioden addieren sich zu **180 615**.

■ Im NACHTRAG unter 8.3 wird die Sitzungsstatistik der Plenarsitzungen bis zum Ende der 13. Wahlperiode fortgeschrieben (die Sitzungszeiten nur, soweit die Auszählung bis zur Drucklegung des dritten Bandes sich zeitlich ermöglichen läßt).

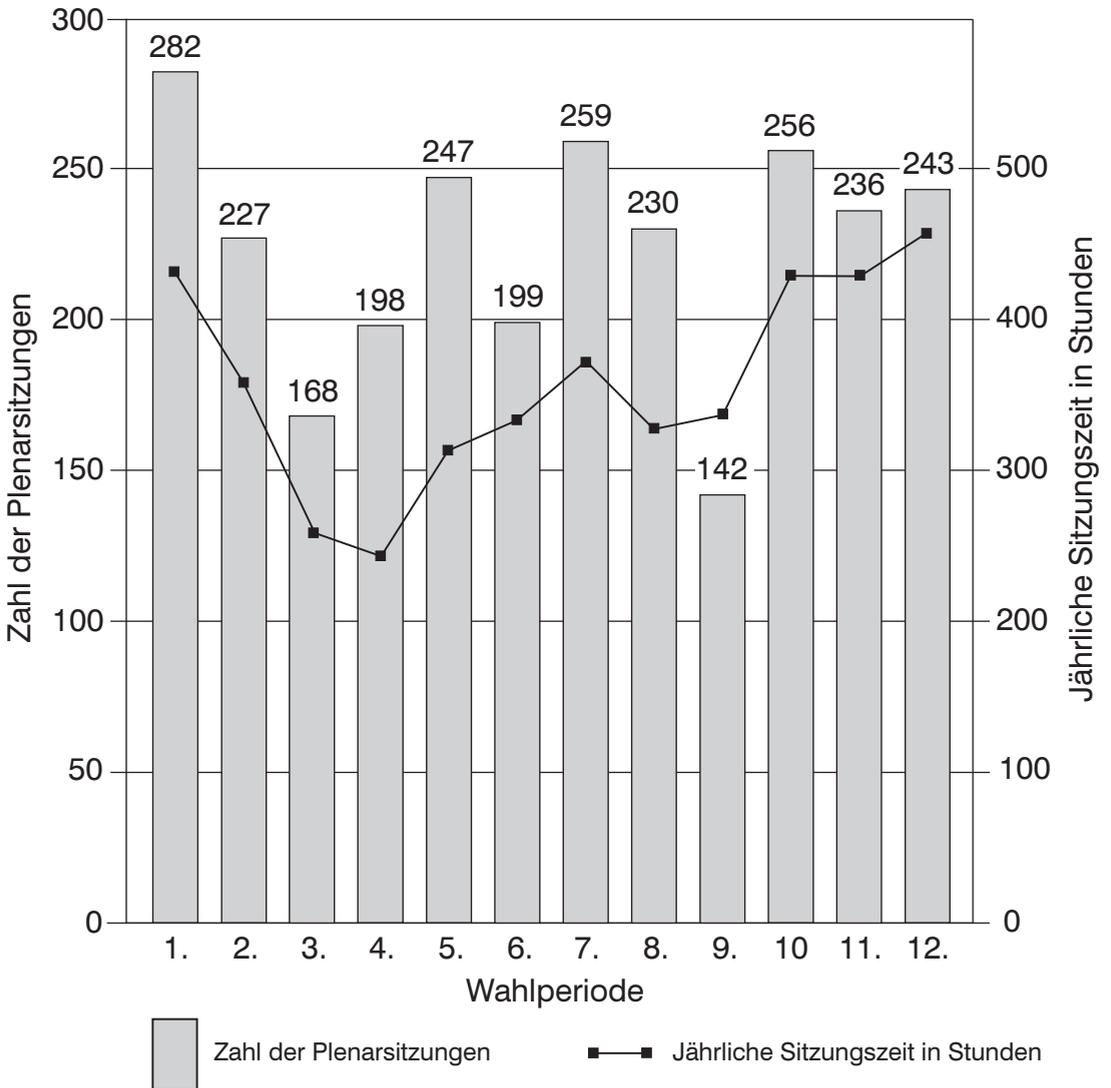
Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- als weibliche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 3.11),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6).

Der Trend zu kürzeren Plenarsitzungen, der 1961 im 4. Bundestag einsetzte (nach über sechs Stunden in den ersten drei Wahlperioden und fünf Stunden in der 4., 5. und 6. Wahlperiode), wurde erstmals 1972 mit der 7. Wahlperiode unterbrochen (rund fünf Stunden und 40 Minuten im 7., 8. und 9. Bundestag) und kehrte sich seit der 10. Wahlperiode vollends um: Sechs Stunden und 35 Minuten dauerte im Durchschnitt eine Plenarsitzung zwischen 1983 und 1987 und mittlerweile sieben Stunden und 25 Minuten zwischen 1990 und 1994. Damit steht die 12. Wahlperiode bei der durchschnittlichen Länge einer Plenarsitzung an oberster Stelle.

21 752 Seiten zählen die Stenographischen Berichte über die Plenarsitzungen in der 12. Wahlperiode und haben damit den stärksten Umfang von allen bisherigen Wahlperioden (zum Vergleich: Der 3. Bundestag brachte es auf 9 806 Seiten). Zu der hohen Seitenzahl trägt freilich zunehmend der Abdruck nicht mündlich vorgetragener, sondern zu Protokoll gegebener Äußerungen bei, beispielsweise ganze Redebeiträge, schriftliche Antworten zu Mündlichen Anfragen und Erklärungen zur Abstimmung.



Aufteilung der Plenarsitzungen nach ihrer Dauer*)

Bei einer Aufschlüsselung der Plenarsitzungen nach Dauer in Stunden fällt im Vergleich zwischen den einzelnen Wahlperioden auf:

- in der 1. bis 3. Wahlperiode der geringe Anteil einstündiger Plenarsitzungen und das Schwergewicht der parlamentarischen Arbeit in Plenarsitzungen mit 2- bis 4- und 5- bis 7stündiger Dauer;
- in der 4. bis 6. Wahlperiode der sprunghaft gestiegene Anteil einstündiger Plenarsitzungen (infolge Einführung einer 60minütigen Fragestunde in jeder Plenarsitzung, so daß z. B. in der 4. Wahlperiode 28 Plenarsitzungen nur aus diesem einen Tagesordnungspunkt bestanden) und eine im übrigen recht gleichmäßige Häufigkeitsverteilung auf die einzelnen Kategorien;
- ab 7. Wahlperiode der Rückgang des Anteils einstündiger Sitzungen (infolge der neuen Praxis, in einer Sitzungswoche anstelle von drei Fragestunden zu je 60 Minuten zwei Fragestunden zu je 90 Minuten durchzuführen) und die schwerpunktmäßige Herausbildung zweier Typen von Plenarsitzungen: kurze Plenarsitzungen bis 4 Stunden Dauer einerseits und lange Plenarsitzungen (am Donnerstag) mit 11 bis 13 Stunden Dauer andererseits;
- in der 12. Wahlperiode die Zunahme von Plenarsitzungen mit einer Dauer von über 14 Stunden.

*) Quellen:

für die 1. bis 4. Wahlperiode: *Karl Gutzler*, Wie die Parlamente tagen. In: Neue Stenographische Praxis. Jg. 8. 1960. H. 2. S. 33–38 sowie ders., Die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages in der 3. und 4. Wahlperiode. In: Neue Stenographische Praxis. Jg. 15. 1967. H. 4. S. 85,
ab 5. Wahlperiode: Berechnungen nach Unterlagen des Parlamentsarchivs.

Hinweis

Aspekte des Themenbereichs Plenum, Plenarsitzungen und Plenardebatten werden außerhalb des Kapitels 8 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 1.25 Tag der Konstituierung
- 2.15 Zeitbudget der Abgeordneten
- 4.8 Alterspräsidenten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik (mit dem Unterabschnitt „Haushaltsberatungen“)
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 23.3 Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen
- 23.6 Stenographische Berichte und Drucksachen des Bundestages in öffentlichen Bibliotheken
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag

Nach Dauer in Stunden verteilen sich die Plenarsitzungen der 1. bis 12. Wahlperiode folgendermaßen:¹⁾

Wahlperiode	1 Stunde	2–4 Stunden	5–7 Stunden	8–10 Stunden	11–13 Stunden	über 14 Stunden
1. WP 1949–53	9 = 3,3%	71 = 25,9%	119 = 43,3%	58 = 21,2%	14 = 5,2%	3 = 1,2%
2. WP 1953–57	7 = 3,1%	59 = 26,5%	81 = 36,3%	48 = 21,5%	25 = 11,2%	3 = 1,4%
3. WP 1957–61	6 = 3,6%	43 = 25,7%	71 = 42,5%	30 = 17,9%	13 = 7,9%	4 = 2,4%
4. WP 1961–65	39 = 20,1%	52 = 26,8%	49 = 25,3%	39 = 20,0%	14 = 7,3%	1 = 0,5%
5. WP 1965–69	60 = 24,3%	58 = 23,5%	50 = 20,2%	34 = 13,8%	41 = 16,6%	4 = 1,6%
6. WP 1969–72	49 = 24,6%	44 = 22,1%	46 = 23,1%	27 = 13,6%	29 = 14,6%	4 = 2,0%
7. WP 1972–76	26 = 10,0%	110 = 42,5%	37 = 14,3%	30 = 11,6%	43 = 16,6%	13 = 5,0%
8. WP 1976–80	19 = 8,3%	94 = 40,9%	30 = 13,0%	34 = 14,8%	51 = 22,2%	2 = 0,9%
9. WP 1980–83	9 = 6,3%	61 = 43,0%	24 = 16,9%	25 = 17,6%	21 = 14,8%	2 = 1,4%
10. WP 1983–87	8 = 3,1%	105 = 41,0%	45 = 17,6%	31 = 12,1%	54 = 21,1%	13 = 5,1%
11. WP 1987–90	2 = 0,9%	95 = 40,3%	43 = 18,2%	30 = 12,7%	56 = 23,7%	10 = 4,2%
12. WP 1990–94	8 = 3,3%	64 = 26,3%	68 = 28,0%	26 = 10,7%	59 = 24,3%	18 = 7,4%

¹⁾ Der höchste Prozentanteil einer Wahlperiode ist **fett** gedruckt.

Bei der Berechnung der Stundenzahl wurden folgende Sitzungszeiten zugrunde gelegt:

1 Stunde = bis 1 Std. 29 Min.;

2–4 Stunden = von 1 Std. 30 Min. bis 4 Std. 29 Min.;

5–7 Stunden = von 4 Std. 30 Min. bis 7 Std. 29 Min.;

8–10 Stunden = von 7 Std. 30 Min. bis 10 Std. 29 Min.;

11–13 Stunden = von 10 Std. 30 Min. bis 13 Std. 29 Min.;

über 14 Stunden = ab 13 Std. 30 Min.

8.4 Daten der Plenarsitzungen

Die folgende Aufstellung*) enthält die Sitzungsnummer und das Datum von den Plenarsitzungen der einzelnen Wahlperioden bis zum Stand vom 31. August 1987.

1. Wahlperiode (1949–53)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1949	37.	10. 2. 1950	79.	26. 7. 1950	117.	14. 2. 1951
		38.	15. 2. 1950	80.	27. 7. 1950	118.	15. 2. 1951
1.	7. 9. 1949	39.	16. 2. 1950	81.	28. 7. 1950	119.	21. 2. 1951
2.	12. 9. 1949	40.	23. 2. 1950	82.	8. 9. 1950	120.	22. 2. 1951
3.	15. 9. 1949	41. u.		83.	12. 9. 1950	121.	28. 2. 1951
4.	15. 9. 1949	42.	24. 2. 1950	84.	13. 9. 1950	122.	1. 3. 1951
5.	20. 9. 1949	43.	1. 3. 1950	85.	14. 9. 1950	123.	7. 3. 1951
6.	21. 9. 1949	44.	2. 3. 1950	86.	15. 9. 1950	124.	8. 3. 1951
7.	22.–23. 9. 1949	45.	3. 3. 1950	87.	21. 9. 1950	125.	9. 3. 1951
8.	27. 9. 1949	46.	10. 3. 1950	88.	22. 9. 1950	126.	14. 3. 1951
9.	28. 9. 1949	47.	16. 3. 1950	89.	5. 10. 1950	127.	15. 3. 1951
10.	29. 9. 1949	48.	17. 3. 1950	90.	6. 10. 1950	128.	16. 3. 1951
11.	30. 9. 1949	49.	22. 3. 1950	91.	13. 10. 1950	129.	4. 4. 1951
12.	20. 10. 1949	50.	23. 3. 1950	92.	18. 10. 1950	130.	5. 4. 1951
13.	21. 10. 1949	51.	24. 3. 1950	93.	19. 10. 1950	131.	6. 4. 1951
14.	3. 11. 1949	52.	27. 3. 1950	94.	26. 10. 1950	132.	10. 4. 1951
15.	4. 11. 1949	53.	28. 3. 1950	95.	26. 10. 1950	133.	11. 4. 1951
16.	10. 11. 1949	54.	29. 3. 1950	96.	27. 10. 1950	134.	12. 4. 1951
17.	15. 11. 1949	55.	30. 3. 1950	97.	7. 11. 1950	135.	18. 4. 1951
18.	24.–25. 11. 1949	56.	31. 3. 1950	98.	8. 11. 1950	136.	19. 4. 1951
19.	1.–2. 12. 1949	57.	31. 3. 1950	99.	9. 11. 1950	137.	20. 4. 1951
20.	2. 12. 1949	58.	26. 4. 1950	100.	10. 11. 1950	138.	25. 4. 1951
21.	2. 12. 1949	59.	27. 4. 1950	101.	14. 11. 1950	139.	26. 4. 1951
22.	9. 12. 1949	60.	28. 4. 1950	102.	15. 11. 1950	140.	9. 5. 1951
23.	14. 12. 1949	61.	4. 5. 1950	103.	16. 11. 1950	141.	10. 5. 1951
24.	16. 12. 1949	62.	5. 5. 1950	104.	6. 12. 1950	142.	22. 5. 1951
25.	16. 12. 1949	63.	11. 5. 1950	105.	7. 12. 1950	143.	23. 5. 1951
		64.	12. 5. 1950	106.	13. 12. 1950	144.	30. 5. 1951
		65.	1. 6. 1950	107.	14. 12. 1950	145.	31. 5. 1951
	1950	66.	2. 6. 1950	108.	15. 12. 1950	146.	1. 6. 1951
		67.	6. 6. 1950			147.	6. 6. 1951
26.	11. 1. 1950	68.	13. 6. 1950			148.	7. 6. 1951
27.	18. 1. 1950	69.	15. 6. 1950		1951	149.	8. 6. 1951
28.	19. 1. 1950	70.	21. 6. 1950			150.	8. 6. 1951
29.	20. 1. 1950	71.	22. 6. 1950	109.	10. 1. 1951	151.	13. 6. 1951
30.	25. 1. 1950	72.	23. 6. 1950	110.	11. 1. 1951	152.	14. 6. 1951
31.	26. 1. 1950	73.	12. 7. 1950	111.	17. 1. 1951	153.	15. 6. 1951
32.	27. 1. 1950	74.	13. 7. 1950	112.	18. 1. 1951	154.	20. 6. 1951
33.	1. 2. 1950	75.	14. 7. 1950	113.	24. 1. 1951	155.	21. 6. 1951
34.	2. 2. 1950	76.	14. 7. 1950	114.	25. 1. 1951	156.	5. 7. 1951
35.	8. 2. 1950	77.	19. 7. 1950	115.	31. 1. 1951	157.	6. 7. 1951
36.	9. 2. 1950	78.	21. 7. 1950	116.	1. 2. 1951	158.	9. 7. 1951

*) Quelle: ab der 2. Wahlperiode Sachregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages

3. Wahlperiode (1957–61)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1957	42.	2. 10. 1958	85.	23. 10. 1959	128.	21. 10. 1960
1.	15. 10. 1957	43.	3. 10. 1958	86.	4. 11. 1959	129.	26. 10. 1960
2.	22. 10. 1957	44.	15. 10. 1958	87.	5. 11. 1959	130.	28. 10. 1960
3.	29. 10. 1957	45.	16. 10. 1958	88.	6. 11. 1959	131.	9. 11. 1960
4.	5. 11. 1957	46.	17. 10. 1958	89.	11. 11. 1959	132.	11. 11. 1960
5.	28. 11. 1957	47.	29. 10. 1958	90.	12. 11. 1959	133.	17. 11. 1960
6.	12. 12. 1957	48.	6. 11. 1958	91.	2. 12. 1959	134.	7. 12. 1960
	1958	49.	7. 11. 1958	92.	3. 12. 1959	135.	9. 12. 1960
7.	16. 1. 1958	50.	26. 11. 1958	93.	10. 12. 1959	136.	14. 12. 1960
8.	22. 1. 1958	51.	27. 11. 1958	94.	11. 12. 1959	137.	16. 12. 1960
9.	23. 1. 1958	52.	9. 12. 1958		1960		1961
10.	12. 2. 1958	53.	11. 12. 1958	95.	20. 1. 1960	138.	18. 1. 1961
11.	13. 2. 1958	54.	12. 12. 1958	96.	22. 1. 1960	139.	20. 1. 1961
12.	14. 2. 1958		1959	97.	27. 1. 1960	140.	25. 1. 1961
13.	26. 2. 1958	55.	21. 1. 1959	98.	27. 1. 1960	141.	27. 1. 1961
14.	27. 2. 1958	56.	22. 1. 1959	99.	10. 2. 1960	142.	8. 2. 1961
15.	28. 2. 1958	57.	23. 1. 1959	100.	11. 2. 1960	143.	10. 2. 1961
16.	12. 3. 1958	58.	28. 1. 1959	101.	12. 2. 1960	144.	22. 2. 1961
17.	13. 3. 1958	59.	29. 1. 1959	102.	17. 2. 1960	145.	23. 2. 1961
18.	20. 3. 1958	60.	30. 1. 1959	103.	18. 2. 1960	146.	24. 2. 1961
19.	21. 3. 1958	61.	18. 2. 1959	104.	19. 2. 1960	147.	8. 3. 1961
20.	22. 3. 1958	62.	19. 2. 1959	105.	9. 3. 1960	148.	9. 3. 1961
21.	25. 3. 1958	63.	20. 2. 1959	106.	11. 3. 1960	149.	10. 3. 1961
22.	16. 4. 1958	64.	25. 2. 1959	107.	16. 3. 1960	150.	14. 3. 1961
23.	18. 4. 1958	65.	26. 2. 1959	108.	6. 4. 1960	151.	15. 3. 1961
24.	23. 4. 1958	66.	18. 3. 1959	109.	7. 4. 1960	152.	16. 3. 1961
25.	24. 4. 1958	67.	19. 3. 1959	110.	8. 4. 1960	153.	17. 3. 1961
26.	25. 4. 1958	68.	8. 4. 1959	111.	4. 5. 1960	154.	19. 4. 1961
27.	7. 5. 1958	69.	22. 4. 1959	112.	5. 5. 1960	155.	20. 4. 1961
28.	8. 5. 1958	70.	3. 6. 1959	113.	6. 5. 1960	156.	21. 4. 1961
29.	9. 5. 1958	71.	4. 6. 1959	114.	18. 5. 1960	157.	3. 5. 1961
30.	12. 6. 1958	72.	5. 6. 1959	115.	19. 5. 1960	158.	4. u. 5. 5. 1961
31.	13. 6. 1958	73.	10. 6. 1959	116.	20. 5. 1960	159.	5. 5. 1961
32.	19. 6. 1958	74.	11. 6. 1959	117.	24. 5. 1960	160.	30. 5. 1961
33.	20. 6. 1958	75.	12. 6. 1959	118.	22. 6. 1960	161.	31. 5. 1961
34.	25. 6. 1958	76.	18. 6. 1959	119.	23. 6. 1960	162.	14. 6. 1961
35.	26. 6. 1958	77.	19. 6. 1959	120.	24. 6. 1960	163.	16. 6. 1961
36.	27. 6. 1958	78.	24. 6. 1959	121.	29. 6. 1960	164.	28. u. 29. 6. 1961
37.	1. 7. 1958	79.	25. 6. 1959	122.	30. 6. 1960	165.	29. 6. 1961
38.	2. 7. 1958	80.	15. 9. 1959	123.	1. 7. 1960	166.	30. 6. 1961
39.	3. 7. 1958	81.	14. 10. 1959	124.	28. 9. 1960	167.	18. 8. 1961
40.	4. 7. 1958	82.	15. 10. 1959	125.	29. 9. 1960	168.	22. 8. 1961
41.	1. 10. 1958	83.	16. 10. 1959	126.	30. 9. 1960		
		84.	22. 10. 1959	127.	5. 10. 1960		

4. Wahlperiode (1961–65)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1961	46.	8. 11. 1962	93.	25. 10. 1963	140.	22. 10. 1964
		47.	9. 11. 1962	94.	6. 11. 1963	141.	23. 10. 1964
1.	17. 10. 1961	48.	14. 11. 1962	95.	8. 11. 1963	142.	4. 11. 1964
2.	7. 11. 1961	49.	16. 11. 1962	96.	14. 11. 1963	143.	5. 11. 1964
3.	8. 11. 1961	50.	5. 12. 1962	97.	15. 11. 1963	144.	6. 11. 1964
4.	14. 11. 1961	51.	7. 12. 1962	98.	4. 12. 1963	145.	11. 11. 1964
5.	29. 11. 1961	52.	12. 12. 1962	99.	5. 12. 1963	146.	12. 11. 1964
6.	6. 12. 1961	53.	14. 12. 1962	100.	6. 12. 1963	147.	13. 11. 1964
7.	7. 12. 1961			101.	11. 12. 1963	148.	2. 12. 1964
8.	13. 12. 1961			102.	12. 12. 1963	149.	3. 12. 1964
		1963		103.	13. 12. 1963	150.	4. 12. 1964
	1962	54.	16. 1. 1963			151.	9. 12. 1964
		55.	23. 1. 1963			152.	10. 12. 1964
9.	17. 1. 1962	56.	24. 1. 1963			153.	11. 12. 1964
10.	18. 1. 1962	57.	6. 2. 1963			154.	16. 12. 1964
11.	19. 1. 1962	58.	7. 2. 1963	104.	7. 1. 1964	155.	17. 12. 1964
12.	24. 1. 1962	59.	8. 2. 1963	105.	7. 1. 1964		
13.	31. 1. 1962	60.	13. 2. 1963	106.	9. 1. 1964		
14.	14. 2. 1962	61.	15. 2. 1963	107.	22. 1. 1964		
15.	16. 2. 1962	62.	6. 3. 1963	108.	23. 1. 1964		
16.	22. 2. 1962	63.	8. 3. 1963	109.	24. 1. 1964	156.	20. 1. 1965
17.	23. 2. 1962	64.	13. 3. 1963	110.	5. 2. 1964	157.	21. 1. 1965
18.	13. 3. 1962	65.	14. 3. 1963	111.	6. 2. 1964	158.	22. 1. 1965
19.	14. 3. 1962	66.	15. 3. 1963	112.	7. 2. 1964	159.	27. 1. 1965
20.	15. 3. 1962	67.	15. 3. 1963	113.	7. 2. 1964	160.	29. 1. 1965
21.	21. 3. 1962	68.	18. 3. 1963	114.	12. 2. 1964	161.	10. 2. 1965
22.	22. 3. 1962	69.	27. 3. 1963	115.	19. 2. 1964	162.	11. 2. 1965
23.	5. 4. 1962	70.	28. 3. 1963	116.	20. 2. 1964	163.	12. 2. 1965
24.	6. 4. 1962	71.	29. 3. 1963	117.	21. 2. 1964	164.	17. 2. 1965
25.	10. 4. 1962	72.	24. 4. 1963	118.	4. 3. 1964	165.	18. 2. 1965
26.	12. 4. 1962	73.	25. 4. 1963	119.	5. 3. 1964	166.	19. 2. 1965
27.	13. 4. 1962	74.	8. 5. 1963	120.	6. 3. 1964	167.	24. 2. 1965
28.	9. 5. 1962	75.	9. 5. 1963	121.	19. 3. 1964	168.	25. 2. 1965
29.	11. 5. 1962	76.	15. 5. 1963	122.	15. 4. 1964	169.	26. 2. 1965
30.	16. 5. 1962	77.	16. 5. 1963	123.	16. 4. 1964	170.	10. 3. 1965
31.	18. 5. 1962	78.	19. 6. 1963	124.	29. 4. 1964	171.	11. 3. 1965
32.	22. 5. 1962	79.	20. 6. 1963	125.	30. 4. 1964	172.	12. 3. 1965
33.	13. 6. 1962	80.	21. 6. 1963	126.	26. 5. 1964	173.	18. 3. 1965
34.	14. 6. 1962	81.	26. 6. 1963	127.	27. 5. 1964	174.	19. 3. 1965
35.	15. 6. 1962	82.	27. 6. 1963	128.	4. 6. 1964	175.	25. 3. 1965
36.	27. 6. 1962	83.	28. 6. 1963	129.	5. 6. 1964	176.	1. 4. 1965
37.	28. 6. 1962	84.	9. 10. 1963	130.	10. 6. 1964	177.	2. 4. 1965
38.	29. 6. 1962	85.	11. 10. 1963	131.	12. 6. 1964	178.	7. 4. 1965
39.	9. 10. 1962	86.	15. 10. 1963	132.	24. 6. 1964	179.	5. 5. 1965
40.	11. 10. 1962	87.	16. 10. 1963	133.	25. 6. 1964	180.	6. 5. 1965
41.	12. 10. 1962	88.	16. 10. 1963	134.	26. 6. 1964	181.	12. 5. 1965
42.	24. 10. 1962	89.	17. 10. 1963	135.	29. 7. 1964	182.	13. 5. 1965
43.	25. 10. 1962	90.	18. 10. 1963	136.	13. 10. 1964	183.	14. 5. 1965
44.	26. 10. 1962	91.	23. 10. 1963	137.	15. 10. 1964	184.	19. 5. 1965
45.	7. 11. 1962	92.	24. 10. 1963	138.	16. 10. 1964	185.	20. 5. 1965
				139.	21. 10. 1964	186.	21. 5. 1965

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
187.	25. 5. 1965	190.	16. 6. 1965	193.	25. 6. 1965	196.	2. 7. 1965
188.	26. 5. 1965	191.	23. 6. 1965	194.	30. 6. 1965	197.	6. 7. 1965
189.	15. 6. 1965	192.	24. 6. 1965	195.	1. 7. 1965	198.	23. 7. 1965

5. Wahlperiode (1965–69)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1965	36.	21. 4. 1966	77.	1. 12. 1966	114.	13. 6. 1967
		37.	22. 4. 1966	78.	8. 12. 1966	115.	14. 6. 1967
1.	19. 10. 1965	38.	4. 5. 1966	79.	9. 12. 1966	116.	28. 6. 1967
2.	20. 10. 1965	39.	5. 5. 1966	80.	13. 12. 1966	117.	29. 6. 1967
3.	26. 10. 1965	40.	6. 5. 1966	81.	14. 12. 1966	118.	30. 6. 1967
4.	10. 11. 1965	41.	17. 5. 1966	82.	15. 12. 1966	119.	6. 9. 1967
5.	24. 11. 1965	42.	18. 5. 1966	83.	16. 12. 1966	120.	8. 9. 1967
6.	25. 11. 1965	43.	25. 5. 1966			121.	4. 10. 1967
7.	29. 11. 1965	44.	26. 5. 1966			122.	5. 10. 1967
8.	30. 11. 1965	45.	27. 5. 1966		1967	123.	6. 10. 1967
9.	1. 12. 1965	46.	15. 6. 1966	84.	18. 1. 1967	124.	11. 10. 1967
10.	2. 12. 1965	47.	16. 6. 1966	85.	19. 1. 1967	125.	12. 10. 1967
11.	8. 12. 1965	48.	16. 6. 1966	86.	20. 1. 1967	126.	13. 10. 1967
12.	9. 12. 1965	49.	22. 6. 1966	87.	25. 1. 1967	127.	24. 10. 1967
		50.	23. 6. 1966	88.	26. 1. 1967	128.	25. 10. 1967
		51.	24. 6. 1966	89.	27. 1. 1967	129.	26. 10. 1967
	1966	52.	29. 6. 1966	90.	1. 2. 1967	130.	27. 10. 1967
13.	12. 1. 1966	53.	30. 6. 1966	91.	2. 2. 1967	131.	8. 11. 1967
14.	13. 1. 1966	54.	1. 7. 1966	92.	3. 2. 1967	132.	9. 11. 1967
15.	14. 1. 1966	55.	14. 9. 1966	93.	15. 2. 1967	133.	10. 11. 1967
16.	26. 1. 1966	56.	15. 9. 1966	94.	16. 2. 1967	134.	15. 11. 1967
17.	27. 1. 1966	57.	21. 9. 1966	95.	17. 2. 1967	135.	16. 11. 1967
18.	9. 2. 1966	58.	22. 9. 1966	96.	17. 2. 1967	136.	17. 11. 1967
19.	10. 2. 1966	59.	23. 9. 1966	97.	22. 2. 1967	137.	29. 11. 1967
20.	11. 2. 1966	60.	5. 10. 1966	98.	23. 2. 1967	138.	30. 11. 1967
21.	16. 2. 1966	61.	6. 10. 1966	99.	15. 3. 1967	139.	1. 12. 1967
22.	17. 2. 1966	62.	7. 10. 1966	100.	16. 3. 1967	140.	6. 12. 1967
23.	18. 2. 1966	63.	11. 10. 1966	101.	17. 3. 1967	141.	7. 12. 1967
24.	2. 3. 1966	64.	12. 10. 1966	102.	12. 4. 1967	142.	8. 12. 1967
25.	3. 3. 1966	65.	13. 10. 1966	103.	13. 4. 1967	143.	13. 12. 1967
26.	4. 3. 1966	66.	14. 10. 1966	104.	14. 4. 1967	144.	14. 12. 1967
27.	9. 3. 1966	67.	26. 10. 1966	105.	19. 4. 1967	145.	15. 12. 1967
28.	10. 3. 1966	68.	27. 10. 1966	106.	26. 4. 1967		
29.	11. 3. 1966	69.	28. 10. 1966	107.	27. 4. 1967		
30.	16. 3. 1966	70.	8. 11. 1966	108.	28. 4. 1967		
31.	17. 3. 1966	71.	10. 11. 1966	109.	10. 5. 1967		
32.	18. 3. 1966	72.	11. 11. 1966	110.	11. 5. 1967	146.	17. 1. 1968
33.	24. 3. 1966	73.	23. 11. 1966	111.	12. 5. 1967	147.	18. 1. 1968
34.	25. 3. 1966	74.	24. 11. 1966	112.	7. 6. 1967	148.	19. 1. 1968
35.	20. 4. 1966	75.	25. 11. 1966	113.	8. 6. 1967	149.	23. 1. 1968
		76.	30. 11. 1966		9. 6. 1967	150.	24. 1. 1968

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
151.	26. 1. 1968	177.	29. 5. 1968	203.	6. 12. 1968	225.	27. 3. 1969
152.	7. 2. 1968	178.	30. 5. 1968	204.	11. 12. 1968	226.	28. 3. 1969
153.	8. 2. 1968	179.	31. 5. 1968	205.	12. 12. 1968	227.	23. 4. 1969
154.	9. 2. 1968	180.	20. 6. 1968	206.	13. 12. 1968	228.	24. 4. 1969
155.	13. 2. 1968	181.	21. 6. 1968			229.	25. 4. 1969
156.	14. 2. 1968	182.	25. 6. 1968			230.	7. 5. 1969
157.	16. 2. 1968	183.	26. 6. 1968			231.	8. 5. 1969
158.	11. 3. 1968	184.	28. 6. 1968		1969	232.	9. 5. 1969
159.	13. 3. 1968	185.	25. 9. 1968	207.	15. 1. 1969	233.	9. 5. 1969
160.	14. 3. 1968	186.	26. 9. 1968	208.	16. 1. 1969	234.	13. 5. 1969
161.	27. 3. 1968	187.	27. 9. 1968	209.	17. 1. 1969	235.	14. 5. 1969
162.	27. 3. 1968	188.	16. 10. 1968	210.	22. 1. 1969	236.	11. 6. 1969
163.	28. 3. 1968	189.	17. 10. 1968	211.	24. 1. 1969	237.	12. 6. 1969
164.	29. 3. 1968	190.	18. 10. 1968	212.	5. 2. 1969	238.	13. 6. 1969
165.	2. 4. 1968	191.	23. 10. 1968	213.	6. 2. 1969	239.	17. 6. 1969
166.	3. 4. 1968	192.	24. 10. 1968	214.	7. 2. 1969	240.	18. 6. 1969
167.	4. 4. 1968	193.	25. 10. 1968	215.	12. 2. 1969	241.	19. 6. 1969
168.	5. 4. 1968	194.	13. 11. 1968	216.	13. 2. 1969	242.	25. 6. 1969
169.	30. 4. 1968	195.	14. 11. 1968	217.	14. 2. 1969	243.	26. 6. 1969
170.	7. 5. 1968	196.	15. 11. 1968	218.	26. 2. 1969	244.	27. 6. 1969
171.	8. 5. 1968	197.	26. 11. 1968	219.	27. 2. 1969	245.	1. 7. 1969
172.	9. 5. 1968	198.	27. 11. 1968	220.	28. 2. 1969	246.	2. 7. 1969
173.	10. 5. 1968	199.	28. 11. 1968	221.	19. 3. 1969	247.	3. 7. 1969
174.	15. 5. 1968	200.	29. 11. 1968	222.	20. 3. 1969		
175.	16. 5. 1968	201.	4. 12. 1968	223.	21. 3. 1969		
176.	17. 5. 1968	202.	5. 12. 1968	224.	26. 3. 1969		

6. Wahlperiode (1969–72)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1969	17.	4. 12. 1969	31.	19. 2. 1970	49.	30. 4. 1970
		18.	5. 12. 1969	32.	20. 2. 1970	50.	6. 5. 1970
1.	20. 10. 1969	19.	10. 12. 1969	33.	25. 2. 1970	51.	8. 5. 1970
2.	21. 10. 1969	20.	11. 12. 1969	34.	26. 2. 1970	52.	26. 5. 1970
3.	21. 10. 1969	21.	12. 12. 1969	35.	27. 2. 1970	53.	27. 5. 1970
4.	22. 10. 1969			36.	11. 3. 1970	54.	2. 6. 1970
5.	28. 10. 1969			37.	12. 3. 1970	55.	3. 6. 1970
6.	29. 10. 1969		1970	38.	13. 3. 1970	56.	4. 6. 1970
7.	30. 10. 1969			39.	18. 3. 1970	57.	5. 6. 1970
8.	5. 11. 1969	22.	14. 1. 1970	40.	19. 3. 1970	58.	16. 6. 1970
9.	6. 11. 1969	23.	15. 1. 1970	41.	20. 3. 1970	59.	17. 6. 1970
10.	12. 11. 1969	24.	16. 1. 1970	42.	15. 4. 1970	60.	18. 6. 1970
11.	13. 11. 1969	25.	21. 1. 1970	43.	16. 4. 1970	61.	19. 6. 1970
12.	14. 11. 1969	26.	28. 1. 1970	44.	17. 4. 1970	62.	10. 7. 1970
13.	26. 11. 1969	27.	29. 1. 1970	45.	22. 4. 1970	63.	11. 7. 1970
14.	27. 11. 1969	28.	30. 1. 1970	46.	23. 4. 1970	64.	16. 9. 1970
15.	28. 11. 1969	29.	17. 2. 1970	47.	24. 4. 1970	65.	17. 9. 1970
16.	3. 12. 1969	30.	18. 2. 1970	48.	29. 4. 1970	66.	18. 9. 1970

7. Wahlperiode (1972–76)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1972	46.	20. 6. 1973	93.	2. 4. 1974		1975
		47.	20. 6. 1973	94.	24. 4. 1974		
1.	13. 12. 1972	48.	13. 9. 1973	95.	25. 4. 1974	140.	15. 1. 1975
2.	14. 12. 1972	49.	14. 9. 1973	96.	26. 4. 1974	141.	16. 1. 1975
3.	14. 12. 1972	50.	19. 9. 1973	97.	16. 5. 1974	142.	22. 1. 1975
4.	15. 12. 1972	51.	20. 9. 1973	98.	16. 5. 1974	143.	23. 1. 1975
5.	19. 12. 1972	52.	21. 9. 1973	99.	17. 5. 1974	144.	24. 1. 1975
6.	20. 12. 1972	53.	3. 10. 1973	100.	17. 5. 1974	145.	29. 1. 1975
		54.	4. 10. 1973	101.	20. 5. 1974	146.	30. 1. 1975
		55.	5. 10. 1973	102.	21. 5. 1974	147.	31. 1. 1975
	1973	56.	17. 10. 1973	103.	22. 5. 1974	148.	19. 2. 1975
		57.	18. 10. 1973	104.	5. 6. 1974	149.	20. 2. 1975
7.	18. 1. 1973	58.	19. 10. 1973	105.	6. 6. 1974	150.	21. 2. 1975
8.	24. 1. 1973	59.	23. 10. 1973	106.	11. 6. 1974	151.	26. 2. 1975
9.	25. 1. 1973	60.	24. 10. 1973	107.	12. 6. 1974	152.	27. 2. 1975
10.	26. 1. 1973	61.	25. 10. 1973	108.	18. 6. 1974	153.	28. 2. 1975
11.	31. 1. 1973	62.	26. 10. 1973	109.	19. 6. 1974	154.	12. 3. 1975
12.	1. 2. 1973	63.	7. 11. 1973	110.	20. 6. 1974	155.	13. 3. 1975
13.	14. 2. 1973	64.	8. 11. 1973	111.	21. 6. 1974	156.	14. 3. 1975
14.	15. 2. 1973	65.	9. 11. 1973	112.	1. 7. 1974	157.	18. 3. 1975
15.	16. 2. 1973	66.	28. 11. 1973	113.	10. 7. 1974	158.	19. 3. 1975
16.	21. 2. 1973	67.	29. 11. 1973	114.	25. 7. 1974	159.	20. 3. 1975
17.	22. 2. 1973	68.	5. 12. 1973	115.	18. 9. 1974	160.	21. 3. 1975
18.	23. 2. 1973	69.	6. 12. 1973	116.	19. 9. 1974	161.	9. 4. 1975
19.	14. 3. 1973	70.	12. 12. 1973	117.	20. 9. 1974	162.	10. 4. 1975
20.	15. 3. 1973	71.	13. 12. 1973	118.	25. 9. 1974	163.	16. 4. 1975
21.	16. 3. 1973			119.	26. 9. 1974	164.	17. 4. 1975
22.	21. 3. 1973			120.	27. 9. 1974	165.	18. 4. 1975
23.	22. 3. 1973			121.	9. 10. 1974	166.	23. 4. 1975
24.	23. 3. 1973			122.	10. 10. 1974	167.	24. 4. 1975
25.	3. 4. 1973	72.	16. 1. 1974	123.	11. 10. 1974	168.	25. 4. 1975
26.	4. 4. 1973	73.	17. 1. 1974	124.	16. 10. 1974	169.	14. 5. 1975
27.	5. 4. 1973	74.	18. 1. 1974	125.	17. 10. 1974	170.	15. 5. 1975
28.	6. 4. 1973	75.	23. 1. 1974	126.	18. 10. 1974	171.	16. 5. 1975
29.	9. 5. 1973	76.	24. 1. 1974	127.	6. 11. 1974	172.	21. 5. 1975
30.	10. 5. 1973	77.	25. 1. 1974	128.	7. 11. 1974	173.	22. 5. 1975
31.	11. 5. 1973	78.	13. 2. 1974	129.	8. 11. 1974	174.	23. 5. 1975
32.	16. 5. 1973	79.	14. 2. 1974	130.	13. 11. 1974	175.	4. 6. 1975
33.	17. 5. 1973	80.	15. 2. 1974	131.	14. 11. 1974	176.	5. 6. 1975
34.	18. 5. 1973	81.	20. 2. 1974	132.	15. 11. 1974	177.	11. 6. 1975
35.	23. 5. 1973	82.	21. 2. 1974	133.	4. 12. 1974	178.	12. 6. 1975
36.	24. 5. 1973	83.	13. 3. 1974	134.	5. 12. 1974	179.	17. 6. 1975
37.	25. 5. 1973	84.	13. 3. 1974	135.	11. 12. 1974	180.	18. 6. 1975
38.	6. 6. 1973	85.	14. 3. 1974	136.	12. 12. 1974	181.	19. 6. 1975
39.	7. 6. 1973	86.	15. 3. 1974	137.	13. 12. 1974	182.	20. 6. 1975
40.	8. 6. 1973	87.	20. 3. 1974	138.	18. 12. 1974	183.	25. 7. 1975
41.	13. 6. 1973	88.	21. 3. 1974	139.	19. 12. 1974	184.	17. 9. 1975
42.	14. 6. 1973	89.	22. 3. 1974			185.	18. 9. 1975
43.	15. 6. 1973	90.	27. 3. 1974			186.	24. 9. 1975
44.	18. 6. 1973	91.	28. 3. 1974			187.	25. 9. 1975
45.	19. 6. 1973	92.	29. 3. 1974			188.	26. 9. 1975

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
189.	1. 10. 1975	208.	10. 12. 1975	223.	18. 2. 1976	242.	13. 5. 1976
190.	2. 10. 1975	209.	11. 12. 1975	224.	19. 2. 1976	243.	14. 5. 1976
191.	3. 10. 1975	210.	12. 12. 1975	225.	20. 2. 1976	244.	19. 5. 1976
192.	15. 10. 1975			226.	10. 3. 1976	245.	20. 5. 1976
193.	16. 10. 1975			227.	11. 3. 1976	246.	2. 6. 1976
194.	17. 10. 1975			228.	12. 3. 1976	247.	3. 6. 1976
195.	22. 10. 1975			229.	17. 3. 1976	248.	4. 6. 1976
196.	23. 10. 1975	211.	14. 1. 1976	230.	18. 3. 1976	249.	9. 6. 1976
197.	24. 10. 1975	212.	15. 1. 1976	231.	19. 3. 1976	250.	10. 6. 1976
198.	4. 11. 1975	213.	16. 1. 1976	232.	31. 3. 1976	251.	11. 6. 1976
199.	5. 11. 1975	214.	21. 1. 1976	233.	1. 4. 1976	252.	23. 6. 1976
200.	6. 11. 1975	215.	22. 1. 1976	234.	7. 4. 1976	253.	24. 6. 1976
201.	7. 11. 1975	216.	23. 1. 1976	235.	8. 4. 1976	254.	25. 6. 1976
202.	26. 11. 1975	217.	28. 1. 1976	236.	9. 4. 1976	255.	30. 6. 1976
203.	27. 11. 1975	218.	29. 1. 1976	237.	5. 5. 1976	256.	1. 7. 1976
204.	28. 11. 1975	219.	30. 1. 1976	238.	6. 5. 1976	257.	2. 7. 1976
205.	3. 12. 1975	220.	11. 2. 1976	239.	7. 5. 1976	258.	10. 11. 1976
206.	4. 12. 1975	221.	12. 2. 1976	240.	11. 5. 1976	259.	8. 12. 1976
207.	5. 12. 1975	222.	13. 2. 1976	241.	12. 5. 1976		

8. Wahlperiode (1976–80)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1976	20.	23. 3. 1977	45.	4. 10. 1977	66.	20. 1. 1978
		21.	24. 3. 1977	46.	5. 10. 1977	67.	24. 1. 1978
1.	14. 12. 1976	22.	20. 4. 1977	47.	6. 10. 1977	68.	25. 1. 1978
2.	15. 12. 1976	23.	21. 4. 1977	48.	7. 10. 1977	69.	26. 1. 1978
3.	15. 12. 1976	24.	4. 5. 1977	49.	19. 10. 1977	70.	27. 1. 1978
4.	16. 12. 1976	25.	5. 5. 1977	50.	20. 10. 1977	71.	15. 2. 1978
5.	16. 12. 1976	26.	12. 5. 1977	51.	26. 10. 1977	72.	16. 2. 1978
6.	17. 12. 1976	27.	13. 5. 1977	52.	27. 10. 1977	73.	17. 2. 1978
		28.	25. 5. 1977	53.	28. 10. 1977	74.	22. 2. 1978
		29.	26. 5. 1977	54.	9. 11. 1977	75.	23. 2. 1978
		30.	27. 5. 1977	55.	10. 11. 1977	76.	24. 2. 1978
		31.	15. 6. 1977	56.	11. 11. 1977	77.	8. 3. 1978
		32.	16. 6. 1977	57.	23. 11. 1977	78.	9. 3. 1978
7.	19. 1. 1977	33.	17. 6. 1977	58.	24. 11. 1977	79.	10. 3. 1978
8.	20. 1. 1977	34.	21. 6. 1977	59.	25. 11. 1977	80.	15. 3. 1978
9.	21. 1. 1977	35.	22. 6. 1977	60.	7. 12. 1977	81.	16. 3. 1978
10.	2. 2. 1977	36.	23. 6. 1977	61.	8. 12. 1977	82.	12. 4. 1978
11.	3. 2. 1977	37.	24. 6. 1977	62.	14. 12. 1977	83.	13. 4. 1978
12.	4. 2. 1977	38.	7. 9. 1977	63.	15. 12. 1977	84.	14. 4. 1978
13.	9. 2. 1977	39.	8. 9. 1977			85.	19. 4. 1978
14.	10. 2. 1977	40.	9. 9. 1977			86.	20. 4. 1978
15.	2. 3. 1977	41.	14. 9. 1977			87.	26. 4. 1978
16.	3. 3. 1977	42.	14. 9. 1977			88.	27. 4. 1978
17.	16. 3. 1977	43.	28. 9. 1977	64.	18. 1. 1978	89.	10. 5. 1978
18.	17. 3. 1977	44.	29. 9. 1977	65.	19. 1. 1978	90.	11. 5. 1978
19.	18. 3. 1977						

9. Wahlperiode (1980–83)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1980	35.	8. 5. 1981	74.	18. 12. 1981	109.	25. 6. 1982
		36.	13. 5. 1981			110.	8. 9. 1982
1.	4. 11. 1980	37.	14. 5. 1981			111.	9. 9. 1982
2.	5. 11. 1980	38.	26. 5. 1981		1982	112.	10. 9. 1982
3.	5. 11. 1980	39.	27. 5. 1981			113.	15. 9. 1982
4.	6. 11. 1980	40.	2. 6. 1981	75.	13. 1. 1982	114.	16. 9. 1982
5.	24. 11. 1980	41.	3. 6. 1981	76.	14. 1. 1982	115.	17. 9. 1982
6.	26. 11. 1980	42.	4. 6. 1981	77.	15. 1. 1982	116.	29. 9. 1982
7.	27. 11. 1980	43.	5. 6. 1981	78.	19. 1. 1982	117.	30. 9. 1982
8.	28. 11. 1980	44.	16. 6. 1981	79.	20. 1. 1982	118.	1. 10. 1982
9.	10. 12. 1980	–	17. 6. 1981	80.	21. 1. 1982	119.	1. 10. 1982
10.	11. 12. 1980	45.	24. 6. 1981	81.	22. 1. 1982	120.	4. 10. 1982
11.	17. 12. 1980	46.	25. 6. 1981	82.	3. 2. 1982	121.	13. 10. 1982
12.	18. 12. 1980	47.	26. 6. 1981	83.	4. 2. 1982	122.	14. 10. 1982
		48.	9. 9. 1981	84.	5. 2. 1982	123.	15. 10. 1982
		49.	10. 9. 1981	85.	10. 2. 1982	124.	27. 10. 1982
	1981	50.	11. 9. 1981	86.	11. 2. 1982	125.	28. 10. 1982
		51.	16. 9. 1981	87.	3. 3. 1982	126.	10. 11. 1982
13.	21. 1. 1981	52.	17. 9. 1981	88.	4. 3. 1982	127.	11. 11. 1982
14.	22. 1. 1981	53.	18. 9. 1981	89.	5. 3. 1982	128.	12. 11. 1982
15.	23. 1. 1981	54.	30. 9. 1981	90.	10. 3. 1982	129.	24. 11. 1982
16.	27. 1. 1981	55.	1. 10. 1981	91.	11. 3. 1982	130.	25. 11. 1982
17.	28. 1. 1981	56.	8. 10. 1981	92.	12. 3. 1982	131.	26. 11. 1982
18.	29. 1. 1981	57.	9. 10. 1981	93.	24. 3. 1982	132.	1. 12. 1982
19.	30. 1. 1981	58.	21. 10. 1981	94.	25. 3. 1982	133.	2. 12. 1982
20.	11. 2. 1981	59.	22. 10. 1981	95.	26. 3. 1982	134.	3. 12. 1982
21.	12. 2. 1981	60.	23. 10. 1981	96.	28. 4. 1982	135.	8. 12. 1982
22.	18. 2. 1981	61.	28. 10. 1981	97.	29. 4. 1982	136.	9. 12. 1982
23.	19. 2. 1981	62.	29. 10. 1981	98.	30. 4. 1982	137.	10. 12. 1982
24.	20. 2. 1981	63.	11. 11. 1981	99.	12. 5. 1982	138.	14. 12. 1982
25.	18. 3. 1981	64.	12. 11. 1981	100.	13. 5. 1982	139.	15. 12. 1982
26.	19. 3. 1981	65.	13. 11. 1981	101.	14. 5. 1982	140.	16. 12. 1982
27.	20. 3. 1981	66.	25. 11. 1981	102.	26. 5. 1982	141.	17. 12. 1982
28.	1. 4. 1981	67.	26. 11. 1981	103.	27. 5. 1982		
29.	2. 4. 1981	68.	27. 11. 1981	104.	28. 5. 1982		
30.	8. 4. 1981	69.	2. 12. 1981	105.	9. 6. 1982		1983
31.	9. 4. 1981	70.	3. 12. 1981	106.	16. 6. 1982		
32.	10. 4. 1981	71.	4. 12. 1981	–	17. 6. 1982	142.	20. 1. 1983
33.	6. 5. 1981	72.	9. 12. 1981	107.	23. 6. 1982		
34.	7. 5. 1981	73.	10. 12. 1981	108.	24. 6. 1982		

Hinweise

Die Zeit, die Abgeordnete in Sitzungswochen für die Teilnahme an Plenarsitzungen aufwenden, ist in Abschnitt 2.15 angegeben.

Die Fälle, in denen die Herbeirufung eines Regierungsmitgliedes zu Plenarsitzungen beantragt wurde, ist in Abschnitt 6.17 zusammengestellt.

10. Wahlperiode (1983–87)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
1983		1984		93.	24. 10. 1984	140.	23. 5. 1985
1.	29. 3. 1983	46.	18. 1. 1984	94.	25. 10. 1984	141.	24. 5. 1985
2.	29. 3. 1983	47.	19. 1. 1984	95.	26. 10. 1984	142.	12. 6. 1985
3.	30. 3. 1983	48.	20. 1. 1984	96.	5. 11. 1984	143.	13. 6. 1985
4.	4. 5. 1983	49.	25. 1. 1984	97.	7. 11. 1984	144.	14. 6. 1985
5.	5. 5. 1983	50.	26. 1. 1984	98.	8. 11. 1984	–	17. 6. 1985
6.	6. 5. 1983	51.	27. 1. 1984	99.	9. 11. 1984	145.	19. 6. 1985
7.	18. 5. 1983	52.	8. 2. 1984	100.	14. 11. 1984	146.	20. 6. 1985
8.	19. 5. 1983	53.	9. 2. 1984	101.	15. 11. 1984	147.	21. 6. 1985
9.	20. 5. 1983	54.	10. 2. 1984	102.	16. 11. 1984	148.	26. 6. 1985
10.	8. 6. 1983	55.	22. 2. 1984	103.	27. 11. 1984	149.	27. 6. 1985
11.	9. 6. 1983	56.	23. 2. 1984	104.	28. 11. 1984	150.	28. 6. 1985
12.	10. 6. 1983	57.	24. 2. 1984	105.	29. 11. 1984	151.	3. 9. 1985
13.	15. 6. 1983	58.	14. 3. 1984	106.	30. 11. 1984	152.	4. 9. 1985
14.	16. 6. 1983	59.	15. 3. 1984	107.	5. 12. 1984	153.	5. 9. 1985
–	17. 6. 1983	60.	28. 3. 1984	108.	6. 12. 1984	154.	6. 9. 1985
15.	22. 6. 1983	61.	29. 3. 1984	109.	7. 12. 1984	155.	11. 9. 1985
16.	23. 6. 1983	62.	30. 3. 1984	110.	12. 12. 1984	156.	12. 9. 1985
17.	24. 6. 1983	63.	4. 4. 1984	111.	13. 12. 1984	157.	13. 9. 1985
18.	7. 9. 1983	64.	5. 4. 1984	112.	14. 12. 1984	158.	25. 9. 1985
19.	8. 9. 1983	65.	6. 4. 1984			159.	26. 9. 1985
20.	9. 9. 1983	66.	11. 4. 1984	1985		160.	27. 9. 1985
21.	14. 9. 1983	67.	12. 4. 1984	113.	16. 1. 1985	161.	2. 10. 1985
22.	15. 9. 1983	68.	13. 4. 1984	114.	17. 1. 1985	162.	3. 10. 1985
23.	16. 9. 1983	69.	3. 5. 1984	115.	18. 1. 1985	163.	4. 10. 1985
24.	28. 9. 1983	70.	4. 5. 1984	116.	23. 1. 1985	164.	16. 10. 1985
25.	29. 9. 1983	–	23. 5. 1984	117.	24. 1. 1985	165.	17. 10. 1985
26.	30. 9. 1983	71.	24. 5. 1984	118.	25. 1. 1985	166.	18. 10. 1985
27.	12. 10. 1983	72.	25. 5. 1984	119.	6. 2. 1985	167.	23. 10. 1985
28.	13. 10. 1983	73.	6. 6. 1984	120.	7. 2. 1985	168.	24. 10. 1985
29.	14. 10. 1983	74.	7. 6. 1984	121.	8. 2. 1985	169.	25. 10. 1985
30.	26. 10. 1983	75.	8. 6. 1984	122.	27. 2. 1985	170.	6. 11. 1985
31.	27. 10. 1983	–	17. 6. 1984	123.	28. 2. 1985	171.	7. 11. 1985
32.	9. 11. 1983	76.	27. 6. 1984	124.	1. 3. 1985	172.	8. 11. 1985
33.	10. 11. 1983	77.	28. 6. 1984	125.	13. 3. 1985	173.	13. 11. 1985
34.	11. 11. 1983	78.	29. 6. 1984	126.	14. 3. 1985	174.	14. 11. 1985
35.	21. 11. 1983	79.	1. 7. 1984	127.	15. 3. 1985	175.	15. 11. 1985
36.	22. 11. 1983	80.	31. 7. 1984	128.	27. 3. 1985	176.	26. 11. 1985
37.	24. 11. 1983	81.	12. 9. 1984	129.	28. 3. 1985	177.	27. 11. 1985
38.	25. 11. 1983	82.	13. 9. 1984	130.	29. 3. 1985	178.	28. 11. 1985
39.	30. 11. 1983	83.	14. 9. 1984	131.	17. 4. 1985	179.	29. 11. 1985
40.	1. 12. 1983	84.	19. 9. 1984	132.	18. 4. 1985	180.	4. 12. 1985
41.	2. 12. 1983	85.	20. 9. 1984	133.	19. 4. 1985	181.	5. 12. 1985
42.	6. 12. 1983	86.	21. 9. 1984	134.	24. 4. 1985	182.	6. 12. 1985
43.	7. 12. 1983	87.	3. 10. 1984	135.	25. 4. 1985	183.	11. 12. 1985
44.	8. 12. 1983	88.	4. 10. 1984	136.	26. 4. 1985	184.	12. 12. 1985
45.	9. 12. 1983	89.	5. 10. 1984	137.	14. 5. 1985	185.	13. 12. 1985
		90.	17. 10. 1984	138.	15. 5. 1985		
		91.	18. 10. 1984	139.	22. 5. 1985		
		92.	19. 10. 1984				

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1986	203.	12. 3. 1986	221.	18. 6. 1986	240.	22. 10. 1986
		204.	13. 3. 1986	222.	19. 6. 1986	241.	23. 10. 1986
186.	15. 1. 1986	205.	14. 3. 1986	223.	20. 6. 1986	242.	5. 11. 1986
187.	16. 1. 1986	206.	19. 3. 1986	224.	25. 6. 1986	243.	6. 11. 1986
188.	17. 1. 1986	207.	20. 3. 1986	225.	26. 6. 1986	244.	7. 11. 1986
189.	22. 1. 1986	208.	21. 3. 1986	226.	27. 6. 1986	245.	12. 11. 1986
190.	23. 1. 1986	209.	16. 4. 1986	227.	9. 9. 1986	246.	13. 11. 1986
191.	23. 1. 1986	210.	17. 4. 1986	228.	10. 9. 1986	247.	14. 11. 1986
192.	24. 1. 1986	211.	18. 4. 1986	229.	11. 9. 1986	248.	25. 11. 1986
193.	29. 1. 1986	212.	23. 4. 1986	230.	12. 9. 1986	249.	26. 11. 1986
194.	30. 1. 1986	213.	24. 4. 1986	231.	24. 9. 1986	250.	27. 11. 1986
195.	31. 1. 1986	214.	25. 4. 1986	232.	25. 9. 1986	251.	28. 11. 1986
196.	5. 2. 1986	215.	14. 5. 1986	233.	26. 9. 1986	252.	3. 12. 1986
197.	19. 2. 1986	216.	15. 5. 1986	234.	1. 10. 1986	253.	4. 12. 1986
198.	20. 2. 1986	217.	16. 5. 1986	235.	2. 10. 1986	254.	5. 12. 1986
199.	21. 2. 1986	218.	4. 6. 1986	236.	3. 10. 1986	255.	10. 12. 1986
200.	26. 2. 1986	219.	5. 6. 1986	237.	15. 10. 1986	256.	11. 12. 1986
201.	27. 2. 1986	220.	6. 6. 1986	238.	16. 10. 1986		
202.	28. 2. 1986	–	17. 6. 1986	239.	17. 10. 1986		

11. Wahlperiode (1987–90)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1987	21.	26. 6. 1987	44.	27. 11. 1987	63.	2. 3. 1988
		22.	2. 9. 1987	45.	2. 12. 1987	64.	3. 3. 1988
1.	18. 2. 1987	23.	9. 9. 1987	46.	3. 12. 1987	65.	4. 3. 1988
2.	11. 3. 1987	24.	10. 9. 1987	47.	4. 12. 1987	66.	9. 3. 1988
3.	12. 3. 1987	25.	11. 9. 1987	48.	9. 12. 1987	67.	10. 3. 1988
4.	18. 3. 1987	26.	16. 9. 1987	49.	10. 12. 1987	68.	10. 3. 1988
5.	19. 3. 1987	27.	17. 9. 1987	50.	11. 12. 1987	69.	11. 3. 1988
6.	20. 3. 1987	28.	18. 9. 1987			70.	13. 4. 1988
7.	1. 4. 1987	29.	7. 10. 1987			71.	14. 4. 1988
8.	2. 4. 1987	30.	8. 10. 1987			72.	15. 4. 1988
9.	6. 5. 1987	31.	9. 10. 1987			73.	20. 4. 1988
10.	7. 5. 1987	32.	14. 10. 1987	51.	13. 1. 1988	74.	21. 4. 1988
11.	8. 5. 1987	33.	15. 10. 1987	52.	14. 1. 1988	75.	22. 4. 1988
12.	20. 5. 1987	34.	16. 10. 1987	53.	15. 1. 1988	76.	4. 5. 1988
13.	21. 5. 1987	35.	4. 11. 1987	54.	20. 1. 1988	77.	5. 5. 1988
14.	22. 5. 1987	36.	5. 11. 1987	55.	21. 1. 1988	78.	6. 5. 1988
15.	3. 6. 1987	37.	6. 11. 1987	56.	22. 1. 1988	79.	18. 5. 1988
16.	4. 6. 1987	38.	11. 11. 1987	57.	3. 2. 1988	80.	19. 5. 1988
17.	5. 6. 1987	39.	12. 11. 1987	58.	4. 2. 1988	81.	20. 5. 1988
18.	16. 6. 1987	40.	13. 11. 1987	59.	5. 2. 1988	82.	8. 6. 1988
–	17. 6. 1987	41.	24. 11. 1987	60.	24. 2. 1988	83.	9. 6. 1988
19.	24. 6. 1987	42.	25. 11. 1987	61.	25. 2. 1988	84.	10. 6. 1988
20.	25. 6. 1987	43.	26. 11. 1987	62.	26. 2. 1988	85.	16. 6. 1988

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
–	17. 6. 1988	121.	25. 1. 1989	160.	27. 9. 1989	197.	15. 2. 1990
86.	22. 6. 1988	122.	26. 1. 1989	161.	28. 9. 1989	198.	16. 2. 1990
87.	23. 6. 1988	123.	27. 1. 1989	162.	29. 9. 1989	199.	7. 3. 1990
88.	24. 6. 1988	124.	15. 2. 1989	163.	4. 10. 1989	200.	8. 3. 1990
89.	6. 9. 1988	125.	16. 2. 1989	164.	5. 10. 1989	201.	14. 3. 1990
90.	7. 9. 1988	126.	17. 2. 1989	165.	6. 10. 1989	202.	15. 3. 1990
91.	8. 9. 1988	127.	22. 2. 1989	166.	18. 10. 1989	203.	28. 3. 1990
92.	9. 9. 1988	128.	23. 2. 1989	167.	19. 10. 1989	204.	29. 3. 1990
93.	21. 9. 1988	129.	24. 2. 1989	168.	20. 10. 1989	205.	30. 3. 1990
94.	22. 9. 1988	130.	8. 3. 1989	169.	24. 10. 1989	206.	25. 4. 1990
95.	23. 9. 1988	131.	9. 3. 1989	170.	25. 10. 1989	207.	26. 4. 1990
96.	28. 9. 1988	132.	10. 3. 1989	171.	26. 10. 1989	208.	27. 4. 1990
97.	29. 9. 1988	133.	15. 3. 1989	172.	27. 10. 1989	209.	9. 5. 1990
98.	30. 9. 1988	134.	16. 3. 1989	173.	8. 11. 1989	210.	10. 5. 1990
99.	12. 10. 1988	135.	17. 3. 1989	174.	9. 11. 1989	211.	11. 5. 1990
100.	13. 10. 1988	136.	19. 4. 1989	175.	15. 11. 1989	212.	23. 5. 1990
101.	14. 10. 1988	137.	20. 4. 1989	176.	16. 11. 1989	213.	30. 5. 1990
102.	26. 10. 1988	138.	21. 4. 1989	177.	28. 11. 1989	214.	31. 5. 1990
103.	27. 10. 1988	139.	26. 4. 1989	178.	29. 11. 1989	215.	1. 6. 1990
104.	28. 10. 1988	140.	27. 4. 1989	179.	30. 11. 1989	216.	20. 6. 1990
105.	9. 11. 1988	141.	28. 4. 1989	180.	1. 12. 1989	217.	21. 6. 1990
106.	10. 11. 1988	142.	10. 5. 1989	181.	6. 12. 1989	218.	22. 6. 1990
– ¹⁾	10. 11. 1988	143.	11. 5. 1989	182.	7. 12. 1989	219.	8. 8. 1990
107.	11. 11. 1988	144.	12. 5. 1989	183.	8. 12. 1989	220.	9. 8. 1990
108.	22. 11. 1988	145.	31. 5. 1989	184.	13. 12. 1989	221.	23. 8. 1990
109.	23. 11. 1988	146.	1. 6. 1989	185.	14. 12. 1989	222.	5. 9. 1990
110.	24. 11. 1988	147.	2. 6. 1989	186.	15. 12. 1989	223.	12. 9. 1990
111.	25. 11. 1988	148.	14. 6. 1989			224.	13. 9. 1990
112.	30. 11. 1988	149.	15. 6. 1989			225.	19. 9. 1990
113.	1. 12. 1988	150.	16. 6. 1989		1990	226.	20. 9. 1990
114.	2. 12. 1988	–	17. 6. 1989			227.	21. 9. 1990
115.	7. 12. 1988	151.	21. 6. 1989	187.	17. 1. 1990	228.	4. 10. 1990
116.	8. 12. 1988	152.	22. 6. 1989	188.	18. 1. 1990	229.	5. 10. 1990
117.	9. 12. 1988	153.	23. 6. 1989	189.	19. 1. 1990	230.	24. 10. 1990
		154.	1. 9. 1989	190.	24. 1. 1990	231.	25. 10. 1990
		155.	4. 9. 1989	191.	25. 1. 1990	232.	26. 10. 1990
		156.	5. 9. 1989	192.	26. 1. 1990	233.	30. 10. 1990
		157.	6. 9. 1989	193.	7. 2. 1990	234.	31. 10. 1990
		–	7. 9. 1989	194.	8. 2. 1990	235.	15. 11. 1990
118.	18. 1. 1989	158.	14. 9. 1989	195.	9. 2. 1990	236.	22. 11. 1990
119.	19. 1. 1989	159.	15. 9. 1989	196.	14. 2. 1990		
120.	20. 1. 1989						

¹⁾ Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages aus Anlaß der Pogrome des nationalsozialistischen Regimes gegen die jüdische Bevölkerung vor 50 Jahren.

Hinweis

Im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

12. Wahlperiode (1990–94)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
	1990	46.	9. 10. 1991	93.	20. 5. 1992	140.	11. 2. 1993
1.	20. 12. 1990	47.	10. 10. 1991	94.	3. 6. 1992	141.	12. 2. 1993
		48.	11. 10. 1991	95.	4. 6. 1992	142.	3. 3. 1993
		49.	16. 10. 1991	96.	5. 6. 1992	143.	4. 3. 1993
		50.	17. 10. 1991	97.	17. 6. 1992	144.	5. 3. 1993
	1991	51.	18. 10. 1991	98.	24. 6. 1992	145.	10. 3. 1993
2.	14. 1. 1991	52.	30. 10. 1991	99.	25. 6. 1992	146.	11. 3. 1993
3.	17. 1. 1991	53.	6. 11. 1991	100.	26. 6. 1992	147.	12. 3. 1993
4.	18. 1. 1991	54.	7. 11. 1991	101.	22. 7. 1992	148.	24. 3. 1993
5.	30. 1. 1991	55.	8. 11. 1991	102.	8. 9. 1992	149.	25. 3. 1993
6.	31. 1. 1991	56.	13. 11. 1991	103.	9. 9. 1992	150.	26. 3. 1993
7.	1. 2. 1991	57.	14. 11. 1991	104.	10. 9. 1992	151.	21. 4. 1993
8.	20. 2. 1991	58.	15. 11. 1991	105.	11. 9. 1992	152.	22. 4. 1993
9.	21. 2. 1991	59.	26. 11. 1991	106.	23. 9. 1992	153.	23. 4. 1993
10.	22. 2. 1991	60.	27. 11. 1991	107.	24. 9. 1992	154.	28. 4. 1993
11.	27. 2. 1991	61.	28. 11. 1991	108.	25. 9. 1992	155.	29. 4. 1993
12.	28. 2. 1991	62.	29. 11. 1991	109.	7. 10. 1992	156.	30. 4. 1993
13.	12. 3. 1991	63.	4. 12. 1991	110.	8. 10. 1992	157.	12. 5. 1993
14.	13. 3. 1991	64.	5. 12. 1991	111.	9. 10. 1992	158.	13. 5. 1993
15.	14. 3. 1991	65.	6. 12. 1991	112.	14. 10. 1992	159.	14. 5. 1993
16.	15. 3. 1991	66.	11. 12. 1991	113.	15. 10. 1992	160.	26. 5. 1993
17.	20. 3. 1991	67.	12. 12. 1991	114.	16. 10. 1992	161.	27. 5. 1993
18.	21. 3. 1991	68.	13. 12. 1991	115.	29. 10. 1992	162.	16. 6. 1993
19.	22. 3. 1991			116.	4. 11. 1992	163.	17. 6. 1993
20.	17. 4. 1991			117.	5. 11. 1992	164.	18. 6. 1993
21.	18. 4. 1991		1992	118.	6. 11. 1992	165.	23. 6. 1993
22.	19. 4. 1991	69.	15. 1. 1992	119.	11. 11. 1992	166.	24. 6. 1993
23.	25. 4. 1991	70.	16. 1. 1992	120.	12. 11. 1992	167.	30. 6. 1993
24.	26. 4. 1991	71.	17. 1. 1992	121.	13. 11. 1992	168.	1. 7. 1993
25.	14. 5. 1991	72.	22. 1. 1992	122.	24. 11. 1992	169.	2. 7. 1993
26.	4. 6. 1991	73.	23. 1. 1992	123.	25. 11. 1992	170.	12. 7. 1993
27.	5. 6. 1991	74.	24. 1. 1992	124.	26. 11. 1992	171.	7. 9. 1993
28.	6. 6. 1991	75.	12. 2. 1992	125.	27. 11. 1992	172.	8. 9. 1993
29.	7. 6. 1991	76.	13. 2. 1992	126.	2. 12. 1992	173.	9. 9. 1993
30.	12. 6. 1991	77.	14. 2. 1992	127.	9. 12. 1992	174.	10. 9. 1993
31.	13. 6. 1991	78.	19. 2. 1992	128.	10. 12. 1992	175.	22. 9. 1993
32.	14. 6. 1991	79.	20. 2. 1992	129.	11. 12. 1992	176.	23. 9. 1993
33.	19. 6. 1991	80.	21. 2. 1992			177.	24. 9. 1993
34.	20. 6. 1991	81.	11. 3. 1992			178.	29. 9. 1993
35.	21. 6. 1991	82.	12. 3. 1992			179.	30. 9. 1993
36.	3. 9. 1991	83.	13. 3. 1992	130.	13. 1. 1993	180.	1. 10. 1993
37.	4. 9. 1991	84.	18. 3. 1992	131.	14. 1. 1993	181.	20. 10. 1993
38.	5. 9. 1991	85.	19. 3. 1992	132.	15. 1. 1993	182.	21. 10. 1993
39.	6. 9. 1991	86.	20. 3. 1992	133.	20. 1. 1993	183.	22. 10. 1993
40.	18. 9. 1991	87.	2. 4. 1992	134.	21. 1. 1993	184.	27. 10. 1993
41.	19. 9. 1991	88.	29. 4. 1992	135.	22. 1. 1993	185.	28. 10. 1993
42.	20. 9. 1991	89.	30. 4. 1992	136.	3. 2. 1993	186.	29. 10. 1993
43.	25. 9. 1991	90.	6. 5. 1992	137.	4. 2. 1993	187.	9. 11. 1993
44.	26. 9. 1991	91.	7. 5. 1992	138.	5. 2. 1993	188.	10. 11. 1993
45.	27. 9. 1991	92.	8. 5. 1992	139.	10. 2. 1993	189.	11. 11. 1993
						190.	12. 11. 1993

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum	Sitzung	Datum
99.	19. 4. 1996	122.	12. 9. 1996	145.	5. 12. 1996	164.	14. 3. 1997
100.	24. 4. 1996	123.	13. 9. 1996	146.	6. 12. 1996	165.	19. 3. 1997
101.	25. 4. 1996	124.	25. 9. 1996	147.	11. 12. 1996	166.	20. 3. 1997
102.	26. 4. 1996	125.	26. 9. 1996	148.	12. 12. 1996	167.	21. 3. 1997
103.	8. 5. 1996	126.	27. 9. 1996	149.	13. 12. 1996	168.	16. 4. 1997
104.	9. 5. 1996	127.	9. 10. 1996			169.	17. 4. 1997
105.	10. 5. 1996	128.	10. 10. 1996			170.	18. 4. 1997
106.	22. 5. 1996	129.	11. 10. 1996		1997	171.	23. 4. 1997
107.	23. 5. 1996	130.	16. 10. 1996			172.	24. 4. 1997
108.	24. 5. 1996	131.	17. 10. 1996	150.	15. 1. 1997	173.	25. 4. 1997
109.	12. 6. 1996	132.	18. 10. 1996	151.	16. 1. 1997	174.	14. 5. 1997
110.	13. 6. 1996	133.	30. 10. 1996	152.	17. 1. 1997	175.	15. 5. 1997
111.	14. 6. 1996	134.	6. 11. 1996	153.	29. 1. 1997	176.	16. 5. 1997
112.	19. 6. 1996	135.	7. 11. 1996	154.	30. 1. 1997	177.	4. 6. 1997
113.	20. 6. 1996	136.	8. 11. 1996	155.	31. 1. 1997	178.	5. 6. 1997
114.	21. 6. 1996	137.	13. 11. 1996	156.	19. 2. 1997	179.	6. 6. 1997
115.	26. 6. 1996	138.	14. 11. 1996	157.	20. 2. 1997	180.	11. 6. 1997
116.	27. 6. 1996	139.	15. 11. 1996	158.	21. 2. 1997	181.	12. 6. 1997
117.	28. 6. 1996	140.	26. 11. 1996	159.	26. 2. 1997	182.	13. 6. 1997
118.	9. 7. 1996	141.	27. 11. 1996	160.	27. 2. 1997	183.	25. 6. 1997
119.	29. 8. 1996	142.	28. 11. 1996	161.	28. 2. 1997	184.	26. 6. 1997
120.	10. 9. 1996	143.	29. 11. 1996	162.	12. 3. 1997	185.	27. 6. 1997
121.	11. 9. 1996	144.	4. 12. 1996	163.	13. 3. 1997	186.	5. 8. 1997

8.5 Sondersitzungen

Für den Begriff Sondersitzung gibt es weder in der Geschäftsordnung des Bundestages noch an anderer Stelle eine Definition oder Abgrenzung. Daraus resultieren die uneinheitlichen Zählungen, welche der bisherigen Plenarsitzungen des Bundestages zu den Sondersitzungen zu rechnen sind.

In der nebenstehenden Statistik und der anschließenden Aufstellung werden als Sondersitzungen diejenigen Plenarsitzungen aufgeführt, die aufgrund des Artikels 39 Abs.3 GG außerhalb des im

Hinweise

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das **Datenhandbuch** Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Im Plenaritzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnt sind.

Ältestenrat vereinbarten Zeitplans einberufen wurden,*) also während einer sitzungsfreien Woche und insbesondere während der Oster- und Sommerpause des Parlaments.

Nicht in der Aufstellung enthalten sind

- Plenarsitzungen außerhalb des Zeitplans, die voraussehbar waren und daher vom Präsidenten auch häufig angekündigt worden sind (z. B. zur Abstimmung über Vorschläge des Vermittlungsausschusses) – Beispiele dazu siehe in der Zusammenstellung „Plenarsitzungen während der Sommerpause“ (Seite 1670);
- Gedenksitzungen, die – mit oder ohne Zählung der laufenden Sitzungsnummer – in einer Sitzungswoche stattfanden; diese Sitzungen sind im Abschnitt 8.24 zusammengestellt.

*) Aufgrund des Artikels 39 Abs.3 Satz 3 GG können ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler die Einberufung des Bundestages verlangen; der Bundestagspräsident ist verpflichtet, diesem Verlangen zu entsprechen. Gemäß Artikel 39 Abs.3 Satz 2 GG in Verbindung mit § 21 GO BT (§ 25 GO BT a. F.) kann auch der Bundestagspräsident den Bundestag früher einberufen, als dies vereinbart war.

Zahl der Sondersitzungen

Wahlperiode	Zahl der	
	Plenarsitzungen	darin enthaltenen Sondersitzungen
1. WP 1949–53	282	2
2. WP 1953–57	227	0
3. WP 1957–61	168	1
4. WP 1961–65	198	3
5. WP 1965–69	247	3
6. WP 1969–72	199	2
7. WP 1972–76	259	2
8. WP 1976–80	230	1
9. WP 1980–83	142	0
10. WP 1983–87	256	3
11. WP 1987–90	236	5
12. WP 1990–94	243	6
1.–12. WP 1949–94	2 687	28

Hinweise

Die parlamentarische Laufbahn aller Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Die Mitglieder des Präsidiums gehören in der Regel qua Amt dem Vorstand ihrer Fraktion an. Innerhalb des Abschnittes 5.7: Vorstände der Fraktionen und Gruppen sind auszugsweise die aktuellen Geschäftsordnungen der Fraktionen abgedruckt, woraus entnommen werden kann, wie die Zusammensetzung des Vorstandes im einzelnen geregelt ist.

Zusammenstellung aller Sondersitzungen

Wahlperiode	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antragsteller	Bemerkungen
1. WP 1949–53	a) 67. b) 6. 6. 1950 c) 42 Min.	Beratung des Gesetzentwurfs über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat	SPD	Antrag der CDU/CSU auf Absetzung von TO wegen Erkrankung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> angenommen.
	a) 214. b) 23. 5. 1952 c) 47 Min.	Anträge der SPD-Fraktion zu Generalvertrag und Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (Drs. 3363, 3392, 3398) ¹⁾	SPD, FU	Antrag auf Aufsetzung auf TO abgelehnt.
2. WP 1953–57		keine Sondersitzung		
3. WP 1957–61	a) 167. b) 18. 8. 1961 c) 2 Std. u. 39 Min.	Entgegennahme einer Erklärung der Bundesregierung zur politischen Lage und Beratung über die Lage in Berlin [Mauerbau am 13. August 1961]	interfraktionell	
4. WP 1961–65	a) 68. b) 18. 3. 1963 c) 2 Std. u. 37 Min.	Mündlicher Bericht des Außenhandelsausschusses über die Vierte Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung (Drs. IV/858, IV/1071) [„Röhrenembargo“]	SPD	Bei Abstimmung Beschlüßunfähigkeit festgestellt.
	a) 135. b) 29. 7. 1964 c) 6 Std. u. 30 Min.	Beratung der Anträge betr. Deutsche Bundespost, insbesondere Postgebührenerhöhung (Drs. IV/2479, IV/2491 [neu], IV/2420, IV/2492)	SPD	
	a) 197. b) 6. 7. 1965 c) 3 Std. u. 15 Min.	Dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung (Drs. IV/3652 und IV/3725)	SPD	

¹⁾ Es handelt sich hierbei um die von den Antragstellern beantragte Tagesordnung; die Aufsetzung auf die Tagesordnung wurde jedoch mit Mehrheit abgelehnt.

Hinweis

Sämtliche Wortmeldungen in den Plenarsitzungen des Bundestages enthält für jede Wahlperiode das **Sprechregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages**. Außer den Redebeiträgen sind hierin weitere Aktivitäten der Abgeordneten dokumentiert, z.B. Fragen und Zusatzfragen zur Fragestunde, Mitautorenschaft oder Unterstützung bei Gesetzentwürfen und anderen Vorlagen.

Wahlperiode	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antragsteller	Bemerkungen
5. WP 1965–69	a) 119. b) 6. 9. 1967 c) 12 Std. u. 30 Min.	Beratung von Vorlagen zur Konjunktur- und Finanzpolitik	Bundeskanzler	
	a) 120. b) 8. 9. 1967 c) 3 Std. u. 10 Min.			
	a) 169. b) 30. 4. 1968 c) 8 Std. u. 16 Min.	Bericht der Bundesregierung zur innenpolitischen Situation [Unruhen im Anschluß an den Mordanschlag auf <i>Rudi Dutschke</i>]	FDP, SPD	
6. WP 1969–72	a) 62. b) 10. 7. 1970 c) 2 Std. u. 50 Min.	Konjunkturpolitisches Programm. Regierungserklärung; Beratung eines Gesetzes über die Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlags zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (1. Beratung in der 62. Sitz., 2. und 3. Beratung in der 63. Sitz.) sowie weitere Vorlagen	Bundeskanzler, SPD und FDP	
	a) 63. b) 11. 7. 1970 c) 2 Std. u. 40 Min.			
7. WP 1972–76	a) 93. b) 2. 4. 1974 c) 6 Std. u. 30 Min.	Fortsetzung der Beratung des Jahresgutachtens 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache 7/1273) in Verbindung mit Fortsetzung der Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1974 der Bundesregierung (Drucksache 7/1646)	SPD, FDP	Die 92. Sitzung am 29. März 1974 mußte aufgehoben werden, nachdem bei der Abstimmung (durch Auszählung) über den Antrag, Bundesfinanzminister <i>Helmut Schmidt</i> herbeizurufen, die Beschlußfähigkeit festgestellt worden war.
	a) 183. b) 25. 7. 1975 c) 10 Std. u. 10 Min.	Regierungserklärung betr. KSZE	Bundeskanzler	
8. WP 1976–80	a) 102. b) 1. 9. 1978 c) 5 Min.	Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages [<i>Uwe Holtz</i>]	BTPräs.	

Hinweis

Im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

Wahlperiode	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antragsteller	Bemerkungen
9. WP 1980–83		keine Sondersitzung		
10. WP 1983–87	a) 80. b) 31. 7. 1984 c) 4 Std. u. 37 Min.	Haltung der Bundesregierung zum Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 1984 (Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus)	SPD	
	a) 151. b) 3. 9. 1985 c) 3 Std. u. 11 Min.	Beratung des SPD-Antrags (in Verbindung mit einem entsprechenden Antrag der GRÜNEN) betr. Entlassung von Bundesinnenminister <i>Friedrich Zimmermann</i> (im Zusammenhang mit der Spionage-Affäre <i>Tiedge</i>)	SPD	
	a) 196. b) 5. 2. 1986 c) 5 Std. u. 45 Min.	1) 1. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen [§ 116 Arbeitsförderungsgesetz] 2) 1. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung ... im Jahre 1986 3) 1. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften	CDU/CSU, FDP	Absetzung von Tagesordnungspunkt 1 abgelehnt; Aufsetzung weiterer Tagesordnungspunkte beschlossen

Hinweis

Aspekte des Themenbereichs Plenum, Plenarsitzungen und Plenardebatten werden außerhalb des Kapitels 8 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des **Datenhandbuchs** behandelt, so in Abschnitt

- 1.25 Tag der Konstituierung
- 2.15 Zeitbudget der Abgeordneten
- 4.8 Alterspräsidenten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik (mit dem Unterabschnitt „Haushaltsberatungen“)
- 13.1 Funktionskataloge für das Parlament
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts

Wahlperiode	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antragsteller	Bemerkungen
11. WP ¹⁾ 1987–90	a) 22. b) 2. 9. 1987 c) 3 Std. u. 32 Min.	Beratung des SPD-Antrags betr. Abschaffung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Verbindung mit zwei Anträgen der GRÜNEN betr. sofortiger Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die 72 Pershing-Ia-Raketen der Bundesluftwaffe sowie Atomwaffenverzicht ins GG	SPD	
	a) 219. b) 8. 8. 1990 c) 1 Std. u. 46 Min.	1. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	k. A.	
	a) 220. b) 9. 8. 1990 c) 5 Std. u. 14 Min.	2. und 3. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Zusatztagesordnungspunkt: Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit	k. A.	Absetzung von Tagesordnungspunkt 1, weil die Volkskammer der DDR entgegen den Planungen den Wahlvertrag nicht mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit ratifizieren konnte.

¹⁾ Zuordnungsschwierigkeiten hinsichtlich der Frage ob Sondersitzung oder nicht sind im Verlauf der 11. Wahlperiode mehrmals aufgetreten, als in der zeitlich gedrängten Vorbereitungsphase der Vereinigung Deutschlands im Frühjahr und Sommer 1990 mehrmals Plenarsitzungen außerhalb des ursprünglichen Zeitplans erforderlich wurden, um die Ratifizierungsgesetze zu den verschiedenen deutsch-deutschen Staatsverträgen zu beraten. Es handelte sich im wesentlichen um folgende Plenarsitzungen:

- 212. Sitzung vom 23. Mai 1990: Sie wurde im Ältestenrat am 10. Mai 1990 vereinbart, in der Plenarsitzung am 11. Mai 1990 einberufen und diente in der Hauptsache der 1. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. In der Presse und auch im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 24. Mai 1990 wird diese, am Mittwoch einer sitzungsfreien Woche abgehaltene Plenarsitzung als „Sondersitzung“ bezeichnet – einer Einordnung, der hier **nicht** gefolgt wird.
- 219. und 220. Sitzung vom 8. und 9. August 1990: Diese Sitzungen wurden zur Eröffnung von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* ausdrücklich als Sondersitzungen bezeichnet und deshalb in die anschließende tabellarische Aufstellung aufgenommen.
- 221. Sitzung vom 23. August 1990: Da diese Sitzung einberufen wurde, um den in der Sondersitzung vom 9. August 1990 abgesetzten Tagesordnungspunkt zu behandeln, wird auch diese Sitzung als Sondersitzung gewertet.

Wahlperiode	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antragsteller	Bemerkungen
noch: 11. WP	a) 221. b) 23. 8. 1990 c) 5 Std. u. 1 Min.	2. und 3. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu den Verträgen vom 3. August 1990 und vom 20. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Zusatztagesordnungspunkt: Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Beitrittserklärung der Volkskammer der DDR in Verbindung mit einer Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit Weiterer Zusatztagesordnungspunkt: Bericht der Bundesregierung über die Tagung der WEU und EPZ-Sitzung zur Lage am Golf	k. A.	
	a) 235. b) 15. 11. 1990 c) 4 Std. u. 5 Min.	Aussprache über die Lage in der Golfregion Zusätzlich als Tagesordnungspunkt 1: Regierungserklärung des Bundeskanzlers über die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der Republik Polen, <i>Tadeusz Mazowiecki</i> , und dem Präsidenten der UdSSR, <i>Michail Gorbatschow</i> , sowie zur Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	SPD	
12. WP 1990–94	a) 2. b) 14. 1. 1991 c) 2 Std. u. 45 Min.	Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Lage in der Golfregion und in Litauen	Bundeskanzler	
	a) 87. b) 2. 4. 1992 c) 2 Std. u. 47 Min.	1) Eidesleistung des Bundesministers der Verteidigung <i>Volker Rühle</i> 2) Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu aktuellen Fragen der deutschen Außenpolitik	SPD	Die von der SPD beantragte Tagesordnung betraf die Entlassung des Bundesministers der Verteidigung <i>Gerhard Stoltenberg</i> wegen Verstoßes gegen das Haushaltsgesetz; Stoltenberg trat vor der Sitzung am 31. März 1992 zurück.

Wahlperiode	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antragsteller	Bemerkungen
noch: 12. WP	a) 101. b) 22. 7. 1992 c) 4 Std. u. 57 Min.	<ol style="list-style-type: none"> 1) Abgabe einer Regierungserklärung von Bundesaußenminister <i>Klaus Kinkel</i> zur Lage und Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und Entscheidung der Bundesregierung über die Beteiligung der Bundeswehr an Überwachungsmaßnahmen von WEU und NATO zur Unterstützung der UN-Resolutionen 713 und 715 2) Aussprache zur aktuellen Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und Haltung der Bundesregierung zu Einsätzen von Einheiten der Bundeswehr 3) Erste Beratung eines Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 24 und 87a] in Verbindung mit zwei Zusatzpunkten 	SPD	
	a) 170. b) 12. 7. 1993 c) 2 Std. u. 18 Min.	<ol style="list-style-type: none"> 1) Eidesleistung des Bundesministers des Innern <i>Manfred Kanther</i> 2) Vereinbarte Debatte zu den Vorgängen in Bad Kleinen 	Bundeskanzler	
	a) 240. b) 22. 7. 1994 c) 4 Std. u. 24 Min.	<ol style="list-style-type: none"> 1) Abgabe einer Regierungserklärung von Bundesaußenminister <i>Klaus Kinkel</i> zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 2) Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Adria-Embargo und Flugverbot über Bosnien-Herzegowina und 3) Antrag der Fraktion der SPD: Fortdauer der Bundeswehreinsätze zur Embargoüberwachung in der Adria sowie zur Überwachung und Durchsetzung des Flugverbots über dem Luftraum von Bosnien-Herzegowina 	CDU/CSU und FDP	

Wahlperiode	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antragsteller	Bemerkungen
noch: 12. WP	a) 243. b) 21. 9. 1994 c) 16 Std. u. 52 Min.	1) Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) 2) Wirtschaftspolitische Debatte: Erklärung der Bundesregierung zum wirtschaftlichen Aufschwung im geeinten Deutschland u. a. 3) Beschlußempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ nach Artikel 44 des Grundgesetzes 4) Antrag der SPD-Fraktion: Schürmann-Bau (sowie weitere 9 Tagesordnungs- und 39 Zusatztagesordnungspunkte)	SPD	Letzte Sitzung der 12. Wahlperiode; die vorangegangene 242. Sitzung am 7. September 1994 war wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen worden.
13. WP 1994 ¹⁾	a) 49. b) 13. 7. 1995 c) 3 Std. 52 Min.	1) Vereinbarte Debatte zum Jahressteuergesetz 1996 2) Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Jahressteuergesetz 1996 Zusätzlich als Tagesordnungspunkte: 1. Aktuelle Stunde betr. beabsichtigte Wiederaufnahme der Atombombenversuche in der Südsee durch Frankreich 2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Drohende Wiederaufnahme der französischen Atombombenversuche im Südpazifik	CDU/CSU und FDP	Vor Eintritt in die Tagesordnung: Erklärung der Bundestagspräsidentin zur Lage in Bosnien
	a) 118. b) 9. 7. 1996 c) 1 Std. u. 45 Min.	3. Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz) Zusatzpunkt: Antrag der SPD-Fraktion: Erweiterung des Untersuchungsauftrages des 2. Untersuchungsausschusses	CDU/CSU und FDP	

1) Stand: 31. August 1997

Wahlperiode	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antragsteller	Bemerkungen
noch: 13. WP	a) 119. b) 29. 8. 1996 c) 3 Std. u. 57 Min.	Vereinbarte Debatte zu den Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzen, zum Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz, zum Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit, zum Beitragsentlastungsgesetz, zum Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997, zum GKV-Weiterentwicklungsgesetz und zum Achten Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie die Beschlußempfehlungen des Vermittlungsausschusses zu diesen acht Gesetzen	CDU/CSU, SPD und FDP	
	a) 133. b) 30.10.1996 c) 2 Std. u. 14 Min.	Antrag der SPD-Fraktion betr. Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	SPD	
	a) 176. b) 16. 5. 1997 c) 2 Std. u. 57 Min.	Vereinbarte Debatte zu den Ergebnissen der neuesten Steuerschätzungen	SPD	
	a) 186. b) 5. 8. 1997 c) 3 Std. u. 42 Min.	1) Erklärung der Bundesregierung zur Hochwasserkatastrophe an der Oder und zu den Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung in Verbindung mit TOP 1: Vereinbarte Debatte zur Hochwasserkatastrophe an der Oder 2) Vereinbarte Debatte zu Steuern und Arbeitsplätzen sowie Erste Beratung des Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 GG)	CDU/CSU, FDP	Die beantragte Tagesordnung betraf Punkt 2).

■ Etwaige weitere Sondersitzungen des Bundestages zwischen September 1997 und dem Ende der 13. Wahlperiode enthält der NACHTRAG unter 8.5.

Hinweis

Sämtliche Wortmeldungen in den Plenarsitzungen des Bundestages enthält für jede Wahlperiode das **Sprechregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages**. Außer den Redebeiträgen sind hierin weitere Aktivitäten der Abgeordneten dokumentiert, z.B. Fragen und Zusatzfragen zur Fragestunde, Mitautorenschaft oder Unterstützung bei Gesetzentwürfen und anderen Vorlagen.

Plenarsitzungen während der Sommerpause

Beispiele von Plenarsitzungen, die überwiegend oder ausschließlich zur Beratung von Beschlüßempfehlungen des Vermittlungsausschusses in der Sommerpause anberaumt und nicht unter Berufung auf Artikel 39 Abs. 3 GG einberufen wurden:

Wahlperiode	Sitzungsnummer/Datum
1. WP 1949–53	282. Sitzung vom 29. Juli 1953 (in Köln im Funkhaus des Nordwestdeutschen Rundfunks wegen Umbaus des Plenarsaals im Bundeshaus)
2. WP 1953–57	227. Sitzung vom 29. August 1957
3. WP 1957–61	168. Sitzung vom 22. August 1961
4. WP 1961–65	198. Sitzung vom 23. Juli 1965
5. WP 1965–69	–
6. WP 1969–72	133. Sitzung vom 19. Juli 1971 (einschließlich einer außenpolitischen Erklärung der Bundesregierung zu den Verhandlungsergebnissen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG)
7. WP 1972–76	113. Sitzung vom 10. Juli 1974 (u. a. wegen Einspruchs des Bundesrates zu dem Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik) 114. Sitzung vom 25. Juli 1974
ab 8. WP 1976– ¹⁾	–

¹⁾ Stand: 31. August 1997

8.6 Rederecht im Bundestag

Das Rederecht im Deutschen Bundestag ist auf wenige Personenkreise beschränkt:

- Rederecht haben die zum Bundestag gewählten Abgeordneten;
- Redeprivileg besitzen die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten;

Hinweis

Im Zusammenhang mit dem Rederecht der Mitglieder des Bundestages vgl. auch die Abschnitte

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten
- 12.5 Minderheitenrechte

- der Redepflicht auf besonderes Verlangen (nachträglich 1965 eingeführt) unterliegt der Wehrbeauftragte des Bundestages.

Die Einzelheiten gehen aus der folgenden Übersicht hervor, in der auch die Sonderfälle erwähnt sind, in denen sonstige Personen vor dem Deutschen Bundestag gesprochen haben.*)

Personenkreis	Rechtsgrundlage für das Rederecht im Plenum
Mitglieder des Bundestages	Statusrecht des Abgeordneten, abgeleitet aus Art. 38 GG
Mitglieder und Beauftragte der Bundesregierung und des Bundesrates	Art. 43 Abs. 2 GG: „Die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten haben zu allen Sitzungen des Bundestages und seiner Ausschüsse Zutritt. Sie müssen jederzeit gehört werden.“
Wehrbeauftragter des Bundestages ¹⁾	§ 116c Abs. 1 GO BT, beschlossen am 27. 1. 1965: „Der Wehrbeauftragte hat bei der Beratung der von ihm vorgelegten Berichte das Wort zu ergreifen, wenn ein Mitglied des Bundestages es verlangt und das Verlangen die Zustimmung von soviel anwesenden Mitgliedern des Bundestages findet, wie einer Fraktionsstärke entspricht. Dasselbe gilt, wenn er zur Beratung eines sonstigen Punktes der Tagesordnung gemäß Absatz 2 herbeigerufen wird.“ § 115 Abs. 1 GO BT, beschlossen am 25. Juni 1980: „Der Präsident erteilt dem Wehrbeauftragten in der Aussprache über die von ihm vorgelegten Berichte das Wort, wenn es von einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages verlangt worden ist.“ Beim „Rederecht“ des Wehrbeauftragten handelt es sich somit um eine „Redepflicht“.
sonstige Personen	keine Rechtsgrundlage (auch kein Dispositionsrecht des Bundestages, Nichtparlamentariern Rederecht zu gewähren) Sofern bisher in seltenen Ausnahmefällen Nichtparlamentarier bzw. nicht nach Art. 43 GG Privilegierte im Plenarsaal des Bundestages gesprochen haben – vor allem ausländische Gäste ²⁾ und Redner zum Gedenken an den 17. Juni ³⁾ –, geschah dies außerhalb einer regulären Plenarsitzung oder außerhalb der Tagesordnung, d. h. der Bundestag hat für entsprechende Ansprachen entweder seine Sitzung oder seine Beratungen (gegebenenfalls stillschweigend) unterbrochen oder es handelte sich um eine eigens zu diesem Zweck einberufene Sitzung des Bundestages.

1) Zur Praxis des Rederechts des Wehrbeauftragten vgl. im vorliegenden *Datenhandbuch* den Abschnitt 18.4: Jahresberichte des Wehrbeauftragten.

2) Siehe die Aufstellung auf der folgenden Seite.

3) Vgl. dazu Abschnitt 8.24 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

*) Vgl. *Joseph Bücker*, Der Abgeordnete hat das Wort. Gedanken zum Rederecht im Deutschen Bundestag, sowie *Werner Blischke*, Ungeschriebene Regeln im Deutschen Bundestag. Beide Aufsätze in: *Parlamentarische Demokratie. Bewährung und Verteidigung. Festschrift für Helmut Schellknecht zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 39–54 bzw. 55–74; ferner *Peter Scholz*, Rederecht und Redezeit. In: *Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 81–91 sowie *Hans-Josef Vonderbeck*, Redemöglichkeit vor dem Deutschen Bundestag für den Bundesbeauftragten für den Datenschutz. In: ders., *Parlamentarische Informations- und Redebefugnisse*. Berlin 1981. S. 69–75. Vgl. inzwischen zusammenfassend *Johann Christoph Besch*, Rederecht und Redeordnung. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch* hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 939–959.

Ausländische Gäste vor dem Deutschen Bundestag

Folgende ausländische Gäste haben bisher – in chronologischer Reihenfolge – vor dem Deutschen Bundestag gesprochen (Stand: 31. August 1997):

- 1) Mr. *Woodburn*, Leiter einer Delegation von britischen Parlamentsabgeordneten, in der 1. Wahlperiode, 163. Sitzung vom 18. 9. 1951
- 2) *Theodore Francis Green*, Mitglied des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika als Sprecher einer Delegation beider Häuser des amerikanischen Kongresses, in der 1. Wahlperiode, 174. Sitzung vom 14. 11. 1951
- 3) *Muhlis Tumay*, Erster Vizepräsident der Türkischen Großen Nationalversammlung als Sprecher einer Delegation der Türkischen Großen Nationalversammlung, in der 1. Wahlperiode, 180. Sitzung vom 12. 12. 1951
- 4) *Joseph W. Martin*, Speaker des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Amerika, in der 2. Wahlperiode, 5. Sitzung vom 29. 10. 1953
- 5) *Per Federspiel*, Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, in der 4. Wahlperiode, 14. Sitzung vom 14. 2. 1962
- 6) *Richard Milhous Nixon*, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, in der 5. Wahlperiode, 218. Sitzung vom 26. 2. 1969
- 7) *Ronald Reagan*, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, in der 9. Wahlperiode, 105. Sitzung vom 9. 6. 1982
- 8) *François Mitterrand*, Präsident der Französischen Republik, in der 9. Wahlperiode, 142. Sitzung vom 20. 1. 1983
- 9) *Wladisław Bartoszewski*, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, in der 13. Wahlperiode am 28. 4. 1995 in einer gemeinsamen Gedenksitzung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
- 10) *Ezer Weizmann*, israelischer Staatspräsident, in der 13. Wahlperiode am 16. 1. 1996 vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
- 11) *Nelson Mandela*, Präsident der Republik Südafrika, in der 13. Wahlperiode am 22. 5. 1996 vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
- 12) *Václav Havel*, Präsident der Tschechischen Republik, in der 13. Wahlperiode am 24. 5. 1997 vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

8.7 Redner im Plenum

Dieser Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

- Zahl der Plenarreden
- Namensliste der häufigsten Redner im Plenum
- Statistische Aufgliederung der häufigsten Redner
- Häufigkeit der Beteiligung an Debatten
- Redner bei den Regierungserklärungen
- Rededauer bei den Erklärungen zum Regierungsprogramm und den Aussprachen
- Gebrauch der Zwischenfrage

Zahl der Plenarreden

Seit 1976 ist mit Hilfe der Datenverarbeitung die Zahl der in einer Wahlperiode im Bundestagsplenum gehaltenen Reden ermittelt worden.*) Danach ist seit der 10. Wahlperiode ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen.

Wahlperiode	Zahl der Reden
8. WP 1976–80	3 952
9. WP 1980–83	2 215
10. WP 1983–87	7 534
11. WP 1987–90	8 810
12. WP 1990–94	9 738

*) Quelle: Sach- und Sprechregister

Namensliste der häufigsten Redner im Plenum

In den folgenden Aufstellungen*) sind die 25 häufigsten Redner einer jeden Wahlperiode ab dem 8. Bundestag aufgeführt. (Sollten an der 25. Stelle noch nicht alle Redner einer bestimmten Häufigkeit aufgenommen sein, so wird die Rednerliste entweder weitergeführt oder vorher abgebrochen; deshalb enthält die Liste der 9. Wahlperiode nur 23 Redner.)

Berücksichtigt sind im wesentlichen alle Wortmeldungen im Sinne von § 27 Abs. 1 GO BT**), jedoch nicht beschränkt auf die Mitglieder des Bundestages, sondern ausgeweitet auf Mitglieder und Beauftragte der Bundesregierung und des Bundesrates (vgl. Abschnitt 8.6: Rederecht im Bundestag). Gezählt wurden somit alle Debattenbeiträge in der Aussprache, aber auch Wortmeldungen von Abgeordneten als Berichterstatter sowie Wortmeldungen zur Geschäftsordnung und zur Abgabe von Erklärungen. In der Zählung sind dagegen **nicht** enthalten: Zwischenfragen an einen Redner, Zwischenbemerkungen in der Aussprache, Zusatzfragen in der Fragestunde und entsprechend alle Antworten von Regierungsmitgliedern oder Parlamentarischen Staatssekretären während der Fragestunde und der Regierungsbefragung, ferner Erklärungen des amtierenden Präsidenten im Namen des Bundestages.

*) Quelle: Sach- und Sprechregister

**) „Ein Mitglied des Bundestages darf nur sprechen, wenn ihm der Präsident das Wort erteilt hat. Will der Präsident selbst sich als Redner an der Aussprache beteiligen, so hat er während dieser Zeit den Vorsitz abzugeben. Mitglieder des Bundestages, die zur Sache sprechen wollen, haben sich in der Regel bei dem Schriftführer, der die Rednerliste führt, zum Wort zu melden. Zur Geschäftsordnung und zur Abgabe von Erklärungen können Wortmeldungen durch Zuruf erfolgen.“

Hinweise

Die Zeit, die Abgeordnete in Sitzungswochen für die Teilnahme an Plenarsitzungen aufwenden, ist in Abschnitt 2.15 angegeben.

Die Fälle, in denen die Herbeirufung eines Regierungsmitgliedes zu Plenarsitzungen beantragt wurde, ist in Abschnitt 6.17 zusammengestellt.

8. Wahlperiode (1976–80)

Zahl der Redebeiträge	Redner/Fraktion	Amt/Funktion
60	<i>Friedrich Wendig</i> (FDP)	
53	<i>Detlef Kleinert</i> (FDP)	Vors. des FDP-Arbeitskreises „Innen- und Rechtspolitik“
47	<i>Helmut Schmidt</i> (SPD)	Bundeskanzler
43	<i>Torsten Wolgramm</i> (FDP)	ab Sept. 1978: Parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion
42	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	bis Okt. 1977: Vors. des FDP-Arbeitskreises „Wirtschafts-, Finanzpolitik und Landwirtschaft“ ab Okt. 1977: BMin für Wirtschaft
41	<i>Hans-Günter Hoppe</i> (FDP)	Stellv. Vors. der FDP-Fraktion
39	<i>Hans Matthöfer</i> (SPD)	bis Feb. 1978: BMin für Forschung und Technologie ab Feb. 1978: BMin der Finanzen
38	<i>Hans A. Engelhard</i> (FDP)	Stellv. Vors. der FDP-Fraktion
	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP)	ab Nov. 1979: Vors. des Finanzausschusses
36	<i>Herbert Ehrenberg</i> (SPD)	BMin für Arbeit und Sozialordnung
35	<i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU)	Vors. der CDU/CSU-Fraktion
	<i>Karl-Hans Laermann</i> (FDP)	
	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	BMin der Justiz
34	<i>Hans H. Gattermann</i> (FDP)	
33	<i>Hans Apel</i> (SPD)	bis Feb. 1978: BMin der Finanzen ab Feb. 1978: BMin der Verteidigung
	<i>Norbert Eimer</i> (FDP)	
32	<i>Kurt Spitzmüller</i> (FDP)	Parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion
31	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	ab Feb. 1979: Stellv. Vors. der FDP-Fraktion
	<i>Helga Schuchardt</i> (FDP)	Vors. des FDP-Arbeitskreises „Bildung und Technologie“
30	<i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP)	bis Juni 1978: Parl. Staatssekretär beim BMin des Innern ab Juni 1978: BMin des Innern
	<i>Friedrich Hölscher</i> (FDP)	
	<i>Klaus-Jürgen Hoffie</i> (FDP)	
29	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	ab Juni 1979: Vors. des FDP-Arbeitskreises „Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik“
28	<i>Antje Huber</i> (SPD)	BMin für Jugend, Familie und Gesundheit
27	<i>Herbert Wehner</i> (SPD)	Vors. der SPD-Fraktion

9. Wahlperiode (1980–83)

Zahl der Redebeiträge	Redner/Fraktion	Amt/Funktion
27	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	bis Sept. und ab Okt. 1982: BMin für Wirtschaft
26	<i>Helmut Schmidt</i> (SPD)	bis 1. Okt. 1982: Bundeskanzler
25	<i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU)	bis 4. Okt. 1982: Vors. der CDU/CSU-Fraktion ab 1. Okt. 1982: Bundeskanzler
24	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	bis Sept. und ab Okt. 1982: BMin des Auswärtigen
23	<i>Hans A. Engelhard</i> (FDP)	bis Okt. 1982: Stellv. Vors. der FDP-Fraktion ab Okt. 1982: BMin der Justiz
22	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	
20	<i>Jürgen Schmude</i> (SPD)	ab Jan. 1981 bis Okt. 1982: BMin der Justiz
	<i>Torsten Wolfgramm</i> (FDP)	Parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion
	<i>Wolf-Dieter Zumpfort</i> (FDP)	
18	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	Stellv. Vors. der FDP-Fraktion
	<i>Horst Ehmke</i> (SPD)	Stellv. Vors. der SPD-Fraktion
	<i>Herbert Ehrenberg</i> (SPD)	bis April 1982: BMin für Arbeit und Sozialordnung
	<i>Klaus Gärtner</i> (FDP)	Parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion
	<i>Helmut Haussmann</i> (FDP)	
17	<i>Detlef Kleinert</i> (FDP)	Vors. des FDP-Arbeitskreises „Innen- und Rechtspolitik“
16	<i>Hans-Günter Hoppe</i> (FDP)	Stellv. Vors. der FDP-Fraktion
	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	bis Okt. 1982: Vors. des FDP-Arbeitskreises „Außen-, Deutschland-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“ ab Okt. 1982: Staatsminister im Auswärtigen Amt
	<i>Heinz Westphal</i> (SPD)	bis April 1982: Vors. des SPD-Arbeitskreises „Öffentl. Finanzwirtschaft“ ab April bis Okt. 1982: BMin für Arbeit und Sozialordnung
15	<i>Willy Brandt</i> (SPD)	
14	<i>Hans H. Gattermann</i> (FDP)	Vors. des FDP-Arbeitskreises „Wirtschafts-, Finanzpolitik und Landwirtschaft“
	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP, 9. 11. 1982 → fraktionslos; am 2. 12. 1982 Mandatsniederlegung)	bis Okt. 1982: Vors. des Finanzausschusses
	<i>Hans Matthöfer</i> (SPD)	bis April 1982: BMin der Finanzen
	<i>Andreas von Schoeler</i> (FDP, 23. 11. 1982 → fraktionslos; am 8. 12. 1982 Mandatsniederlegung)	bis Sept. 1982: Parl. Staatssekretär beim BMin des Innern

10. Wahlperiode (1983–87)

Zahl der Redebeiträge	Redner/Fraktion	Amt/Funktion
89	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	
74	<i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP)	
73	<i>Norbert Blüm</i> (CDU/CSU)	BMin für Arbeit und Sozialordnung
66	<i>Klaus Beckmann</i> (FDP)	Parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion
	<i>Norbert Mann</i> (GRÜNE)	
65	<i>Hans A. Engelhard</i> (FDP)	BMin der Justiz
62	<i>Uwe Ronneburger</i> (FDP)	Stellv. Vors. der FDP-Fraktion
59	<i>Hans-Christian Ströbele</i> (GRÜNE)	
57	<i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP)	BMin des Auswärtigen
56	<i>Irmgard Adam-Schwaetzer</i> (FDP)	ab Sept. 1984: Vors. des FDP-Arbeitskreises „Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik“
	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	bis Dez. 1984: Stellv. Vors. der FDP-Fraktion bis Sept. 1984: Vors. des FDP-Arbeitskreises „Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik“ ab Dez. 1984: Bundestagsvizepräsident
	<i>Norbert Eimer</i> (FDP)	
	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	Vors. der SPD-Fraktion
55	<i>Wolfgang Rumpf</i> (FDP)	
52	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	
	<i>Detlef Kleinert</i> (FDP)	Vors. des FDP-Arbeitskreises „Innen- und Rechtspolitik“
49	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	Staatsminister im Auswärtigen Amt
48	<i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU)	Bundeskanzler
46	<i>Torsten Wolfgramm</i> (FDP)	Parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion
44	<i>Rudolf Seiters</i> (CDU/CSU)	bis Nov. 1984: Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion ab Nov. 1984: 1. Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion
43	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	bis Juni 1984: BMin für Wirtschaft ab Sept. 1984: Vors. des FDP-Arbeitskreises „Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik“
	<i>Joachim Müller</i> (GRÜNE)	
	<i>Bernd Schmidbauer</i> (CDU/CSU)	
42	<i>Helmut Schäfer</i> (FDP)	Vors. des FDP-Arbeitskreises „Außen- und Sicherheitspolitik, Deutschland-, Europa- und Entwicklungspolitik“
	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU/CSU)	BMin der Finanzen

11. Wahlperiode (1987–90)

Zahl der Redebeiträge	Redner/Fraktion	Amt/Funktion
113	<i>Thomas Wüppesahl</i> (GRÜNE, 26. 1. 1988 → fraktionslos)	
82	<i>Norbert Blüm</i> (CDU/CSU)	BMin für Arbeit und Sozialordnung
75	<i>Rainer Funke</i> (FDP)	
74	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	
73	<i>Hans A. Engelhard</i> (FDP)	BMin der Justiz
70	<i>Friedrich Bohl</i> (CDU/CSU)	Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, ab April 1989: 1. Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion
	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	
	<i>Klaus Töpfer</i> (CDU; kein MdB)	ab Mai 1987: BMin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
69	<i>Gerhart Rudolf Baum</i> (FDP)	
63	<i>Gertrud Unruh</i> (GRÜNE, 13. 9. 1989 → fraktionslos)	
62	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	
61	<i>Helmut Schäfer</i> (FDP)	Staatsminister im Auswärtigen Amt
56	<i>Inge Segall</i> (FDP)	
55	<i>Angelika Beer</i> (GRÜNE)	
54	<i>Gerald Häfner</i> (GRÜNE)	
	<i>Ulrich Heinrich</i> (FDP)	
	<i>Uwe Hüser</i> (GRÜNE)	ab Jan. 1989: Parl. Geschäftsführer der Fraktion DIE GRÜNEN
	<i>Helmut Lippelt</i> (GRÜNE)	ab Jan. 1988 bis Jan. 1990: Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN
53	<i>Klaus Beckmann</i> (FDP)	bis Juli 1989: Parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion ab Juli 1989: Parl. Staatssekretär beim BMin für Wirtschaft
	<i>Eckhard Stratmann</i> (ab 20. 4. 1990: <i>Stratmann-Mertens</i>) (GRÜNE)	
52	<i>Detlef Kleinert</i> (FDP)	Vors. des FDP-AK „Innen- und Rechtspolitik“
	<i>Hubert Kleinert</i> (GRÜNE)	bis Jan. 1989: Parl. Geschäftsführer der Fraktion DIE GRÜNEN
51	<i>Charlotte Garbe</i> (GRÜNE)	von Jan. 1988 bis Jan. 1989: Stellv. Parl. Geschäftsführerin der Fraktion DIE GRÜNEN
	<i>Ulrich Irmer</i> (FDP)	
	<i>Gerhard Stoltenberg</i> (CDU/CSU)	bis April 1989: BMin der Finanzen ab April 1989: BMin der Verteidigung

12. Wahlperiode (1990–94)

Zahl der Redebeiträge	Redner/Fraktion	Amt/Funktion
134	<i>Ulrich Briefs</i> (PDS/LL, 19. 12. 1991 → fraktionslos)	
127	<i>Konrad Weiß</i> (B 90/GRÜNE)	
117	<i>Wolfgang Ullmann</i> (B 90/GRÜNE)	
104	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	ab Feb. 1991: Stellv. Parl. Geschäftsführerin der Gruppe PDS/LL
97	<i>Klaus-Dieter Feige</i> (B 90/GRÜNE)	ab Jan. 1992: Stellv. Parl. Geschäftsführer der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE
94	<i>Petra Bläss</i> (PDS/LL)	Vors. des PDS/LL-Arbeitskreises „Feminisierung der Gesellschaft“
85	<i>Gregor Gysi</i> (PDS/LL)	Vors. der Gruppe PDS/LL
84	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP) <i>Gerd Poppe</i> (B 90/GRÜNE)	
	<i>Werner Schulz</i> (B 90/GRÜNE)	Parl. Geschäftsführer der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE
83	<i>Dagmar Enkelmann</i> (PDS/LL)	ab Feb. 1991 bis Feb. 1993: Stellv. Parl. Geschäftsführerin der Gruppe PDS/LL ab Feb. 1993: Stellv. Vorsitzende der Gruppe PDS/LL
82	<i>Ursula Fischer</i> (PDS/LL)	bis Feb. 1993: 1. Parl. Geschäftsführerin der Gruppe PDS/LL ab Feb. 1993: Stellv. Parl. Geschäftsführerin der Gruppe PDS/LL
78	<i>Ulla Jelpke</i> (PDS/LL)	ab Mai 1992: Vors. der PDS/LL-Arbeitsgruppe „Innenpolitik/AusländerInnen“
74	<i>Ortwin Lowack</i> (CDU/CSU, 22. 4. 1991 → fraktionslos)	
69	<i>Uwe-Jens Heuer</i> (PDS/LL)	ab Mai 1992: Vors. der PDS/LL-Arbeitsgruppe „Verfassungs- und Rechtsfragen“
68	<i>Klaus Kinkel</i> (FDP; kein MdB)	bis Mai 1992: BMin der Justiz ab Mai 1992: BMin des Auswärtigen
	<i>Christina Schenk</i> (B 90/GRÜNE, 10. 5. 1994 → fraktionslos)	bis Mai 1994: Stellv. Parl. Geschäftsführerin der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE
65	<i>Dietmar Keller</i> (PDS/LL)	ab Mai bis Aug. 1991: Stellv. Vors. der Gruppe PDS/LL ab Mai 1992: Vors. der PDS/LL-Arbeitsgruppe „Wissenschaft-Bildung-Kultur-Geschichte“
61	<i>Rudolf Karl Krause</i> (CDU/CSU, 25. 5. 1993 → fraktionslos) <i>Vera Wollenberger</i> (B 90/GRÜNE)	bis Jan. 1992: Stellv. Parl. Geschäftsführerin der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE
60	<i>Ilja Seifert</i> (PDS/LL)	

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Zahl der Redebeiträge	Redner/Fraktion	Amt/Funktion
59	<i>Freimut Duve</i> (SPD) <i>Andrea Lederer</i> (PDS/LL)	bis Feb. 1993: Stellv. Vors. der Gruppe PDS/LL ab Feb. 1993: 1. Parl. Geschäftsführerin der Gruppe PDS/LL
58	<i>Fritz Schumann</i> (PDS/LL)	Vors. des PDS/LL-Arbeitskreises „Ökologie, Soziales, Wirtschaft“ ab Aug. 1991 bis Aug. 1992: Stellv. Vors. der Gruppe PDS/LL
57	<i>Ulrich Irmer</i> (FDP)	Vors. des FDP-Arbeitskreises „Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik“

Statistische Aufgliederung der häufigsten Redner

Gliedert man die häufigsten Redner nach ihrer Fraktionszugehörigkeit sowie danach auf, ob sie ein Amt oder eine Funktion innerhalb des Bundestages oder Bundesregierung innehaben, so zeigt sich aus der Statistik auf der folgenden Seite:

- Die häufigsten Redner während des untersuchten Zeitraums zwischen 1976 und 1994 gehören bis zur 11. Wahlperiode überwiegend der FDP-Fraktion an, in der 11. Wahlperiode auch der Fraktion DIE GRÜNEN und in der 12. Wahlperiode den beiden Gruppen PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Die Grünen.
- Je größer eine Fraktion ist, desto mehr verteilen sich auch die Wortmeldungen im Plenum auf einen größeren Kreis von Rednern; dies führt beispielsweise dazu, daß unter den 25 häufigsten Rednern der CDU/CSU-Fraktion in der 8. und 9. Wahlperiode sowie der SPD-Fraktion in der 10. Wahlperiode lediglich der Fraktionsvorsitzende zu finden ist.
- Mit Ausnahme von der 11. Wahlperiode befinden sich unter den 25 häufigsten Rednern überwiegend Inhaber von Ämtern und Funktionen.

Hinweise

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das **Datenhandbuch** Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Im Plenarstzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnt sind.

Wahlperiode	ohne Amt/ Funktion ¹⁾	mit Amt/ Funktion	Aufgliederung nach Fraktionen/Gruppen ²⁾					
			CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE ³⁾	PDS/LL	fraktionslos
8. WP 1976–80	9	16	14)	7	17	–	–	0
9. WP 1980–83	4	19	15)	7	15	–	–	0
10. WP 1983–87	9	16	5	16)	16	3	–	0
11. WP 1987–90	15	10	47)	0	12	8	0	18)
12. WP 1990–94	10	15	19)	1	3 ¹⁰⁾	7	11	2 ¹¹⁾

1) Wenn die Ausübung eines Amtes oder einer Funktion weniger als die Hälfte einer Wahlperiode dauerte, wurde der Redner der Rubrik „ohne Amt/Funktion“ zugeordnet.

2) Bei einem Fraktionswechsel oder Fraktionsaustritt wurde der Redner der Rubrik zugeordnet, der er die meiste Zeit der Wahlperiode angehörte. Dasselbe gilt für Gruppen.

3) 10. und 11. Wahlperiode: Fraktion DIE GRÜNEN; 12. Wahlperiode: Gruppe Bündnis 90/Die Grünen.

4) *Helmut Kohl*, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.

5) *Helmut Kohl*, bis Oktober 1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, ab Oktober 1982 Bundeskanzler.

6) *Hans-Jochen Vogel*, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

7) einschließlich ein Regierungsmitglied ohne Mandat (Bundesminister *Klaus Töpfer*).

8) *Thomas Wüppesahl*, zunächst Fraktion DIE GRÜNEN, ab 26. Januar 1988 fraktionslos; *Wüppesahl* war mit 113 Reden der häufigste Redner der 11. Wahlperiode. (Vgl. auch seine Organklage als fraktionsloser Abgeordneter vor dem Bundesverfassungsgericht; die Leitsätze der Entscheidung des Gerichts sind im vorliegenden *Datenhandbuch* unter Abschnitt 14.3 abgedruckt.)

9) *Rudolf Karl Krause*, ab 25. Mai 1993 fraktionslos.

10) einschließlich ein Regierungsmitglied ohne Mandat (Bundesminister *Klaus Kinkel*).

11) *Ulrich Briefs*, zunächst Gruppe PDS/LL, ab 19. Dezember 1991 fraktionslos; mit 134 Reden der häufigste Redner der 12. Wahlperiode.

Ortwin Lowack, zunächst CDU/CSU-Fraktion, ab 22. April 1991 fraktionslos.

Häufigkeit der Beteiligung an Debatten

Für die 3. Wahlperiode (1957–61) ist unter verschiedenen Gesichtspunkten ausgezählt worden, wie häufig sich Abgeordnete an Plenardebatten beteiligten. *)

Die erste Statistik auf der rechten Seite aus diesem Zeitraum zeigt, daß 59 Prozent aller Abgeordneten und 70 Prozent der „Hinterbänkler“ sich in den vier Jahren maximal nur in zehn Fällen zu Wort meldeten (84 von den 519 Parlamentariern sogar kein einziges Mal). Umgekehrt haben die Hälfte der 18 Kabinettsmitglieder mehr als fünfzigmal gesprochen, weit mehr noch als die führenden Parlamentarier der Wahlperiode, von denen nur ein Fünftel (von 141) über fünfzigmal das Wort ergriffen. Die Zahl von Debattenbeiträgen der Minister dürfte freilich seit der Einführung der Parlamentarischen Staatssekretäre im Jahre 1967 gesunken sein.

*) *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. S. 457–459.

Anzahl der Worterteilungen	Redner			
	alle Abgeordneten n = 519	Kabinettsmitglieder n = 18	führende Parlamentarier ¹⁾ n = 141	„Hinterbänkler“ ²⁾ n = 360
	davon in %	davon in %	davon in %	davon in %
0	16	0	9	20
1–10	43	0	29	50
11–50	32	50	42	27
51–100	5	11	12	3
über 101	4	39	8	0

1) Bundestagspräsident, Vizepräsidenten, Mitglieder des Bundestagsvorstandes, Mitglieder des Ältestenrates, Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Fraktionen, sonstige Mitglieder der Fraktionsvorstände, Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Arbeitskreise der Fraktionen, Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Ausschüsse.

2) Mitglieder des Bundestages abzüglich Kabinettsmitglieder und führende Parlamentarier

Die zweite, nach den drei Fraktionen gegliederte Statistik (Kabinettsmitglieder **nicht** eingeschlossen!) belegt, daß Mitglieder kleinerer Fraktionen wie der FDP (notgedrungen) weitaus häufiger aktiv an der Plenardebatte teilnehmen als die Mitglieder einer großen Fraktion wie der CDU/CSU. Läßt man bei der Regierungsfraktion die Redebeiträge der Kabinettsmitglieder unberücksichtigt, dann zeigt sich auch, daß die einzelnen Mitglieder der Oppositionsfraktion – in diesem Fall der SPD – häufiger zu Wort kommen als die Mitglieder der Regierungsfraktion.

Anzahl der Worterteilungen	Redner (ohne Kabinettsmitglieder) der Fraktion...		
	CDU/CSU n = 262	SPD n = 181	FDP n = 43
	davon in %	davon in %	davon in %
0	20	15	7
1–10	51	43	22
11–50	26	33	54
51–100	3	4	12
über 101	0	5	5

Hinweise

Die Zeit, die Abgeordnete in Sitzungswochen für die Teilnahme an Plenarsitzungen aufwenden, ist in Abschnitt 2.15 angegeben.

Die Fälle, in denen die Herbeirufung eines Regierungsmitgliedes zu Plenarsitzungen beantragt wurde, ist in Abschnitt 6.17 zusammengestellt.

Redner bei den Regierungserklärungen*)

Der überwiegende Teil der Regierungserklärungen wird vom Bundeskanzler abgegeben: von den insgesamt 307 von der 1. bis zur 12. Wahlperiode 193, was einem Anteil von 62,9% entspricht. Die Praxis in den einzelnen Wahlperioden schwankt jedoch: Eindeutig dominieren in der 1. Wahlperiode (1949–53) Bundeskanzler *Konrad Adenauer*, in der 8. Wahlperiode (1976–80) und 9. Wahlperiode (1980 bis zum Kanzlerwechsel 1982) Bundeskanzler *Helmut Schmidt*. Daneben gibt es Wahlperioden, in denen der Bundeskanzler die Regierungserklärung bis zur Hälfte seinen Ministern überließ, so in der 2., 3., 7. und 10. Wahlperiode.

Wahlperiode	Zahl der Regierungserklärungen	davon abgegeben	
		vom Bundeskanzler	von einem Bundesminister
1. WP 1949–53	27	25	2
2. WP 1953–57	15	7	8
3. WP 1957–61	8	4	4
4. WP 1961–65	10	7	3
5. WP 1965–69	24	16	8
6. WP 1969–72	25	14	11
7. WP 1972–76	38	20	18
8. WP 1976–80	22	19	3
9. WP 1980–83	16	13	3
10. WP 1983–87	49	25	24
11. WP 1987–90	38	24	14
12. WP 1990–94	35	19	16

*) Quelle: *Wolfgang Ismayr*, *Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze*. Opladen 1992. S. 399.

Hinweis

Bezüglich Terminierung, Tagesordnung und Verlauf bestimmter Plenarsitzungen oder einzelner Debatten sind auch die folgenden Abschnitte von Interesse:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 11.2 Aktuelle Stunden
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Rededauer bei den Erklärungen zum Regierungsprogramm und den Aussprachen

Zwischen 13 und 71 Minuten schwankt seit der 1. Wahlperiode die durchschnittliche Rededauer bei den Aussprachen zu den Regierungserklärungen, die die jeweiligen Bundeskanzler zu Beginn ihrer Amtszeit zum Regierungsprogramm abgegeben haben. Durchschnittlich 71 Minuten sprachen die vier Redner in der 4stündigen Debatte am 24. Oktober 1963 (nach der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler *Ludwig Erhard* nach seiner Amtsübernahme während der 4. Wahlperiode); durchschnittlich nur 13 Minuten sprachen hingegen die 73 Redner in der zweitägigen Programmdebatte im Januar 1991 (nach der Wiederwahl von Bundeskanzler *Helmut Kohl*), wobei offenbar die im Laufe der 11. Wahlperiode eingeführten „Kurzzinterventionen“ zu dieser Senkung der durchschnittlichen Rededauer beigetragen haben.

Die folgende Aufstellung gibt insofern einige Hinweise, inwieweit der häufigen Forderung nach einem lebendigeren Debattenstil – mehr Redner bei kürzerer Redezeit – zumindest bei den Aussprachen zur Regierungserklärung entsprochen wurde. Ob die hierbei gefundenen Merkmale typisch für den Debattenstil der ganzen Wahlperiode waren, kann mangels weiterer Untersuchungen freilich nicht gesagt werden.

Wahlperiode	Sitzung/ Datum	Dauer der Regierungserklärung in Stunden	Dauer der Aussprache in Stunden	Zahl der Wortmeldungen in der Debatte	Durchschnittl. Dauer der einzelnen Debattenreden in Minuten
1. WP 1949–53	5./20. 9. 1949	1 Std.	–	–	30 Min.
	6./21. 9. 1949	–	3 ⁴ Std.	3	
	7./22.–23. 9. 1949	–	12 ⁴ Std.	24	
	8./27. 9. 1949	–	2 ⁴ Std.	9	
	9./28. 9. 1949	–	4 ⁴ Std.	2	
2. WP 1953–57	3./20. 10. 1953	1 ⁴ Std.	–	–	45 Min.
	4./28. 10. 1953	–	5 ⁴ Std.	4	
	5./29. 10. 1953	–	5 ⁴ Std.	11	
3. WP 1957–61	3./29. 10. 1957	1 Std.	–	–	21 Min.
	4./ 5. 11. 1957	–	7 ⁴ Std.	22	
4. WP 1961–65	5./29. 11. 1961	1 ⁴ Std.	–	–	56 Min.
	6./ 6. 12. 1961	–	9 Std.	10	
	90./18. 10. 1963 92./24. 10. 1963	2 Std. –	– 4 ⁴ Std.	– 4	
5. WP 1965–69	4./10. 11. 1965	2 Std.	–	–	36 Min.
	7./29. 11. 1965	–	5 ⁴ Std.	6	
	8./30. 11. 1965	–	8 ⁴ Std.	11	
	9./ 1. 12. 1965	–	10 Std.	21	
	10./ 2. 12. 1965	–	4 Std.	10	
	80./13. 12. 1966 82./15. 12. 1966 83./16. 12. 1966	1 Std. – –	– 11 Std. 9 Std.	– 23 29	23 Min.

Wahlperiode	Sitzung/ Datum	Dauer der Regierungserklärung in Stunden	Dauer der Aussprache in Stunden	Zahl der Wortmeldungen in der Debatte	Durchschnittl. Dauer der einzelnen Debattenreden in Minuten
6. WP 1969–72	5./28. 10. 1969	1 ⁴ Std.	–	–	23 Min.
	6./29. 10. 1969	–	10 Std.	26	
	7./30. 10. 1969	–	13 ¹ Std.	37	
7. WP 1972–76	4./15. 12. 1972	4 ¹ Std.	Std.	1	19 Min.
	7./18. 1. 1973	2 Std.	2 Std.	3	
	8./24. 1. 1973	–	9 ¹ Std.	29	
	9./25. 1. 1973	–	10 Std.	38	
	10./26. 1. 1973	–	4 ¹ Std.	13	
100./17. 5. 1974 101./20. 5. 1974 102./21. 5. 1974	100./17. 5. 1974	1 ⁴ Std.	–	–	36 Min.
	101./20. 5. 1974	–	5 Std.	7	
	102./21. 5. 1974	–	5 Std.	10	
8. WP 1976–80	5./16. 12. 1976	2 ¹ Std.	–	–	36 Min.
	6./17. 12. 1976	–	7 ¹ Std.	9	
	7./19. 1. 1977	–	10 ¹ Std.	22	
	8./20. 1. 1977	–	8 ¹ Std.	12	
	9./21. 1. 1977	–	3 ¹ Std.	8	
9. WP 1980–83	5./24. 11. 1980	1 ¹ Std.	–	–	39 Min.
	6./26. 11. 1980	–	9 ¹ Std.	13	
	7./27. 11. 1980	–	9 Std.	16	
	8./28. 11. 1980	–	3 ¹ Std.	5	
	121./13. 10. 1982 122./14. 10. 1982 123./15. 10. 1982	1 ¹ Std.	6 Std.	6	28 Min.
		–	11 ¹ Std.	30	
	–	5 Std.	12		
10. WP 1983–87	4./ 4. 5. 1983	2 Std.	7 Std.	15	23 Min.
	5./ 5. 5. 1983	–	10 ¹ Std.	35	
	6./ 6. 5. 1983	–	3 ¹ Std.	6	
11. WP 1987–90	4./18. 3. 1987	2 ¹ Std.	6 Std.	12	23 Min.
	5./19. 3. 1987	–	10 ¹ Std.	33	
	6./20. 3. 1987	–	4 Std.	9	
12. WP 1990–94	5./30. 1. 1991	2 ¹ Std.	–	–	13 Min.
	6./31. 1. 1991	–	12 ¹ Std.	53	
	7./ 1. 2. 1991	–	3 ¹ Std.	20	
13. WP 1994–	5./23. 11. 1994	1 Std.	10 ¹ Std.	32	16 Min.
	6./24. 11. 1994	–	9 ¹ Std.	37	
	7./25. 11. 1994	–	4 ¹ Std.	21	

Hinweis

Zum Thema Regierungserklärungen siehe im übrigen Abschnitt 6.11.

Gebrauch der Zwischenfrage

Die Zwischenfrage ist am 10. Dezember 1953 recht unspektakulär und ohne monatelangen Entscheidungsvorlauf dadurch eingeführt worden, daß Bundestagspräsident *Hermann Ehlers* auf inzwischen im Plenarsaal installierte Saalmikrophone hinwies und dazu erklärte:

„Sie sehen, daß rechts, in der Mitte und links einige Mikrophone angebracht worden sind. Wir haben vor, künftig die Fragen der Fragestunde von diesen Mikrofonen aus stellen zu lassen und die Mikrophone auch dazu zu benutzen, eventuelle Zwischenfragen, Einwürfe usw. während der Debatte machen zu lassen, um eine gewisse Auflockerung der Debatte zu erzielen.“

In der Plenarsitzung vom 5. Februar 1954 nutzte der Abgeordnete *Max Becker* (FDP) erstmals die Möglichkeit der Zwischenfrage.*) Geregelt wurde die „Handhabung der Zwischenfragen in den Plenarsitzungen“ nach einer Vereinbarung im Ältestenrat vom 26. Januar 1955 durch Einfügung einer Anlage 5 in die Geschäftsordnung des Bundestages.

Seit der 2. Wahlperiode hat sich der Gebrauch der Zwischenfrage zahlenmäßig erheblich ausgeweitet. Vollständige Zählungen sind zwar noch nicht vorgenommen worden, doch hat *Armin Burkhardt* in seiner Untersuchung über die Zwischenfrage**) zumindest bestimmte Jahre erfaßt. Danach schwankt die jährliche Gesamtzahl der Zwischenfragen zwischen 55 im Jahr 1954 und 196 im Jahr 1974. Wesentlich aufschlußreicher für die Kenntnis über den Gebrauch der Zwischenfrage ist die Einteilung nach inhaltlichen Gesichtspunkten. Dabei stellt sich heraus, daß die Zwischenfrage von den Abgeordneten immer seltener dazu benutzt wird, eine Information zu erhalten. Statt dessen hat sich eine bunte Palette anderweitiger Anwendungsformen wie „Scheinfragen“, „Anprangerungsfragen“ usw. herausgebildet.

Bei der Einteilung der Fragetypen unterscheidet *Burkhardt* zunächst zwischen „interrogativen“ und „nicht-interrogativen“ Zwischenfragen, um dann weiter zu untergliedern. Im folgenden werden die einzelnen Fragetypen zunächst erläutert und mit Beispielen versehen. Daran schließt sich die statistische Auswertung an.

*) Einzelheiten siehe unter diesem Datum bei Abschnitt 13.3.

**) *Armin Burkhardt*, Zwischen Diskussions- und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und Kritik parlamentarischer Kommunikation – am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen. In: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Hrsg. von *Andreas Dörner* und *Ludgera Vogt*. Berlin, New York 1995. S. 73–106.

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung

Erläuterung der Fragetypen

Fragetyp A: Interrogative Zwischenfrage

Signatur	Fragetyp Erläuterung und Beispiel
A-1	<p>Informations-Zwischenfrage</p> <p>Echte Informationsfragen setzen den Wunsch nach einer bestimmten, zuvor nicht verfügbaren Information voraus und lassen sich als Bitten um Auskunft beschreiben:</p> <p>Präsident D. Dr. Ehlers: Herr Minister, darf ich Sie unterbrechen. Herr Abgeordneter <i>Schellenberg</i> wünscht eine Zwischenfrage zu stellen.</p> <p>Dr. Schellenberg (SPD): Wie ist es mit der Steuerermäßigung beim zweiten Kind, Herr Minister? Wollen Sie vielleicht darüber dem Hause Auskunft geben? Denn auch die Frage des zweiten und dritten Kindes wird im Zusammenhange mit dem Kindergeldgesetz behandelt werden müssen.</p>
A-2	<p>Bitte um Stellungnahme</p> <p>Wie die Informationsfrage schließen zwar auch Bitten um Stellungnahme einen bestimmten Informationswunsch ein, sind jedoch nicht auf ein bestimmtes, durch die Frageform näher bezeichnetes Informationselement gerichtet. Das Charakteristikum von Fragen dieses Typs besteht vielmehr darin, daß der Zwischenfrager – innerhalb oder außerhalb der eigentlichen Frageformulierung – ein Problem beschreibt bzw. eine These wiedergibt oder vertritt und mit Hilfe seiner Frage versucht, den Redner zur (öffentlichen) Festlegung auf einen von ihm und/oder seiner Fraktion vertretenen Standpunkt zu bewegen:</p> <p>Vizepräsident Cronenberg: Frau Ministerin, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten <i>Conradi</i> zuzulassen?</p> <p>Frau Hasselfeldt, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Ja.</p> <p>Conradi (SPD): Frau Ministerin, was sagen Sie zu der Äußerung der baden-württembergischen Landesregierung von heute um 16.11 Uhr in dpa, daß das finanzielle Engagement der Bundesregierung im Wohnungsbau bei weitem nicht ausreiche; statt der geplanten 1,6 Milliarden DM seien mindestens 2,5 Milliarden notwendig?</p>
A-3	<p>Bitte um Klarstellung</p> <p>Zuweilen ist zwar ein Vorverständnis vorhanden, aber es herrscht Unsicherheit über den politischen Standpunkt des Redners, das richtige Verständnis der von ihm gegebenen Informationen oder über den genauen Sinn seiner Formulierungen. In solchen Fällen wird das Ziel einer Zwischenfrage in der Präzisierung und Konkretisierung der gemachten Aussagen bestehen. Nicht selten wird dergestalt klärendes Nachfragen zugleich zu strategischen Zwecken (Bloßstellung vor der Öffentlichkeit) eingesetzt.</p> <p>Erler (SPD): [...]</p> <p style="text-align: center;">(Abg. D. Dr. <i>Gerstenmaier</i>: Eine Frage!)</p> <p>– Bitte schön!</p> <p>D. Dr. Gerstenmaier (CDU/CSU): Herr Kollege <i>Erler</i>, wollen Sie hier vor dem Bundestag und vor dem deutschen Volk sagen, daß der Satz, den Sie eben verlesen haben und bei dem Sie offenbar unterstellen, daß er einen Beschluß des Politischen Ausschusses des Europarats darstellt, – wollen Sie sagen, daß er einen Beschluß dieses Ausschusses darstellt, oder wollen Sie nur sagen, daß er in der Begründung, in dem Material des Berichterstatters steht?</p> <p>Gelegentlich kann eine Bitte um Klarstellung auch vorsichtiger Ridikülisierung dienen.</p>

Signatur	Fragetyp Erläuterung und Beispiel
A-4	<p>Bitte um Zustimmung</p> <p>Unter Bitte um Zustimmung ist eine auf Konsens angelegte Ausprägung der Entscheidungsfrage zu verstehen, die hier so gestellt ist, daß sie zwar eine ausdrückliche Antwort einfordert, aber deren affirmativen Tenor bereits präsupponiert. Fragen dieses Typs bedienen sich zumeist des Zustimmung erheischenden abtönenden „nicht“.</p> <p>Neumann (SPD): [...] Und, Herr <i>Kiesinger</i>, haben Sie angesichts des Vorgehens mancher Ihrer Freunde gegen Andersdenkende hier im Hause nicht ein Gefühl dafür, daß die Toleranz bei manchen Ihrer Kollegen überhaupt fehlt?</p> <p>Kiesinger (CDU/CSU): Herr <i>Neumann</i>, eine Frage! (Abg. <i>Neumann</i>: Bitte schön!)</p> <p>Wenn wir schon ehrlich miteinander sprechen – haben Sie nicht ein Gefühl dafür, daß das gemeinsame Fehler sind? Haben Sie nicht auch aus den Reihen Ihrer Bänke manche Zurufe gehört, bei denen man nur sagen konnte: „Die Leute wollen einfach nicht zuhören!“?</p>

Auch wenn alle vier unterschiedenen Erscheinungsformen der interrogativen Zwischenfrage durch den ernsthaften Wunsch des Fragers nach Erhalt bzw. Präzisierung von Informationen gekennzeichnet sind, sind doch zumindest die Bitten um Stellungnahme, Klarstellung und Zustimmung (und die entsprechenden Zwischenantworten) nicht selten taktisch bedingt und enthalten mehr oder weniger deutliche Polemik.

Hinweis

Aspekte des Themenbereichs Plenum, Plenarsitzungen und Plenardebatten werden außerhalb des Kapitels 8 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 1.25 Tag der Konstituierung
- 2.15 Zeitbudget der Abgeordneten
- 4.8 Alterspräsidenten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik (mit dem Unterabschnitt „Haushaltsberatungen“)
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 23.3 Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen
- 23.6 Stenographische Berichte und Drucksachen des Bundestages in öffentlichen Bibliotheken
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag

Fragetyp B: Nicht-interrogative Zwischenfrage

Signatur	Fragetyp Erläuterung und Beispiel
B-1	<p>Aufforderungs-Zwischenfrage</p> <p>Der Bezeichnung entsprechend handelt es sich bei der Frageaufforderung um tatsächliche Aufforderungen, die sich der grammatischen Form der Frage bedienen:</p> <p>Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Minister, gestatten Sie eine dritte Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten <i>Schmitt-Vockenhausen</i>?</p> <p>Dr. Dahlgrün, Bundesminister der Finanzen: Bitte schön!</p> <p>Schmitt-Vockenhausen (SPD): Sind Sie dann bereit, Herr Minister, eine ebenso genaue Ergänzung für die übrigen acht Gesetze umgehend dem Bundestag zuzuleiten, damit amtliche Zahlen für den Gesamtkomplex in diesem Sinne vorliegen! Wir haben ja bisher nur für Selbstschutz und Schutzbau die überarbeiteten Zahlen.</p> <p>Die Frageaufforderung wird besonders häufig mit Hilfe höflicher Modalverbkonstruktionen, Konjunktive oder Konjunktivumschreibungen realisiert.</p>
B-2	<p>Statement-Zwischenfrage</p> <p>(1) Aussage</p> <p>Unter Aussagen sind als Zwischenfrage deklarierte Äußerungen zu verstehen, die sich der Aussagesatzform bedienen und auch wirklich als Mitteilungen intendiert sind:</p> <p>Dr. Schmid (Frankfurt) (SPD): [...] (Abg. <i>Kiesinger</i>: Darf ich eine Frage stellen?)</p> <p>– Ja, bitte, stellen Sie eine Frage!</p> <p>Kiesinger (CDU/CSU): Sie selbst haben die Auffassung vertreten, daß nur durch eine Einigung der großen Mächte auch die deutsche Frage gelöst werden kann. Formell juristische Bedingungen der Bundesrepublik hin und her, ohne die faktische Zustimmung der westlichen Mächte wird die deutsche Frage nie gelöst werden können.</p> <p>Dr. Schmid (Frankfurt) (SPD): Sie haben vollkommen recht, Herr <i>Kiesinger</i>, ...</p> <p>Auch wenn Aussagen nicht im strengen Sinne <i>interrogativ</i> sein können, lassen sie sich doch nicht selten als Bitten um Stellungnahme deuten oder nehmen den Charakter einer Empfehlung an.</p> <p>(2) Richtigstellung</p> <p>Bei der Richtigstellung wird die Frageform dazu verwendet, eine Behauptung des Redners oder dessen (direkte oder indirekte) Wiedergabe einer Position, Äußerung oder Verlautbarung des Zwischenfragers bzw. seiner Fraktion öffentlich zu korrigieren oder den Redner selbst zu einer Korrektur zu veranlassen:</p> <p>Dr. Graf Lambsdorff (FDP): [...] (Dr. <i>Carstens</i> [Fehmarn] [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)</p> <p>Bitte sehr!</p> <p>Dr. Carstens (Fehmarn) (CDU/CSU): Herr Kollege <i>Graf Lambsdorff</i>, würden Sie mir zugeben, daß sich meine von Ihnen zitierte Bemerkung nicht auf den Vorschlag des Mittelstandskreises bezog, von dem Sie gerade gesprochen haben.</p> <p>Dr. Graf Lambsdorff (FDP): Nein, dazu bin ich keineswegs bereit. Hier steht ausdrücklich – ich zitiere noch einmal –: ...</p>

Signatur	Fragetyp Erläuterung und Beispiel
<p>noch: B-2</p>	<p>(3) Assertive Scheinfrage</p> <p>Als assertive Scheinfragen werden Zwischenfragen bezeichnet, die sich – zumeist in polemischer Absicht – der Interrogativsatzstellung vornehmlich zum Zweck der Mitteilung bzw. der Abgabe eines Statements bedienen. Die häufigste Einleitungsformel für solche Fragen lautet:</p> <p>„Herr Kollege/Frau Kollegin, ist Ihnen (nicht) bekannt, daß...“.</p> <p>Weitere charakteristische Muster sind u. a.:</p> <p>„Herr Kollege, ist Ihnen nicht bewußt, daß ...“ „Ist Ihnen entgangen, daß ...“ „Herr Kollege ..., sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß ...“ „Herr Kollege ..., darf ich Sie nicht ... fragen, ob Sie nicht auch der Meinung sind, daß ...“ „Herr ..., darf ich Sie daran erinnern, daß ...“ „Herr ..., sind Sie nicht doch bereit, zuzugeben, daß ...“ „Frau Kollegin, sind Sie wirklich der Meinung, daß ...“ „Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß ...“ „Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ...“ „Herr Kollege ..., sind Sie ... bereit, dem Plenum zu bestätigen, daß ...“.</p> <p>Schon die zitierten Einleitungsformeln legen die Vermutung nahe, daß die als Mitteilung gemeinte – und insofern scheinbare – Frage zusätzlich anderen strategischen Handlungszwecken wie Bloßstellung, Rechtfertigung oder Zurückweisung einer Behauptung oder Anschuldigung dienen kann.</p> <p>Vizepräsident Dr. Jaeger: Gestatten Sie eine Zusatzfrage? Dr. von Dohnanyi (SPD): Würden Sie mir nicht zugeben, daß diese Feststellung aus dem Jahre 1974 von einer Organisation, die durchaus kritisch gegenüber sozialliberaler Wirtschaftspolitik sein kann, dafür spricht, daß Ihre Darstellung – soweit hausgemachte Inflation in Frage komme, sei dies in erster Linie eine Angelegenheit der sozialliberalen Koalition – eine unzulässige Vereinfachung ist?</p> <p>Einen Sonderfall der assertiven Scheinfrage stellt die rhetorische Zwischenfrage dar, die stets entweder als Behauptung des Gegenteils der in einer Entscheidungsfrage enthaltenen Proposition oder der Nicht-Gefülltheit des durch ein Fragewort vertretenen Satzteils zu interpretieren ist:</p> <p>Porzner (SPD): Herr Minister, Sie haben vorhin gesagt, daß die Bildungspolitik aus dem „Parteienstreit“ herausgehalten werden soll. Wer eigentlich sonst als die politischen Parteien soll über Bildungspolitik sprechen, wenn Sie doch wissen, daß Parlamente und Regierungen, die von den Parteien getragen werden, die bildungspolitischen Entscheidungen treffen müssen?</p> <p>Über ihre affirmative Potenz hinaus sind Statement-Zwischenfragen häufig zugleich als Bitten um Bestätigung (des Statement-Inhalts) zu verstehen.</p>
<p>B-3</p>	<p>Anprangerungs-Zwischenfrage</p> <p>Anprangerungs-Zwischenfragen liegt sowohl moralische Entrüstung als auch der kaum verhohlene Wunsch nach publikumswirksamer Desavouierung des politischen Gegners zugrunde. Sie sind tendenziös und unterscheiden sich von den assertiven Scheinfragen dadurch, daß sie in erster Linie dazu dienen, den Redner bzw. dessen Fraktion zu kritisieren, vor der Öffentlichkeit bloßzustellen oder gegen ihn bzw. sie Vorwürfe zu erheben:</p> <p>Vizepräsident Hans Klein: Frau Kollegin, eine Frage. Anke Fuchs (Köln) (SPD): Deswegen frage ich Sie: Sind Sie mit mir der Auffassung, daß es ein Trauerspiel ist, daß Sie die Fehler, die Sie eingestehen, nicht korrigieren, sondern weiter so wursteln wie bisher?</p> <p>Anprangerungs-Zwischenfragen sind zumeist darauf gerichtet, ein Eingeständnis oder ein (den Redner der Falschaussage überführendes) Dementi einzufordern.</p>

Signatur	Fragetyp Erläuterung und Beispiel
B-4	<p>Pseudo-Zwischenfrage</p> <p>Vollkommen pervertiert ist der Sinn des Zwischenfragens in der Pseudo-Zwischenfrage, die einen allenfalls sehr lockeren Bezug zum Inhalt einer Rede aufweist und sich in leere, effektheischende, kollegiale und Dreiecks-Zwischenfragen unterscheiden läßt.</p> <p>(1) Leere Zwischenfragen</p> <p>Eine Untergruppe der Pseudo-Zwischenfragen ist allein auf Desavouierung und Ridikülisierung gerichtet und insofern den Anprangerungsfragen ähnlich, zielt jedoch im Gegensatz zu diesen vor allem auf Schmunzelleffekte und weist kaum eine Kohärenz-Beziehung zum Inhalt der Bezugsrede auf:</p> <p>Präsident Frau Renger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten <i>Lemp</i>?</p> <p>Dr. Müller (München) (CDU/CSU): Bitte, gern!</p> <p>Lemp (SPD): Herr Kollege, haben Sie das Gefühl, daß es sich lohnt, auf Grund der Polemik, die Sie hier an den Tag legen, eine Zwischenfrage zu stellen?</p> <p style="text-align: right;">(Lachen bei der SPD)</p> <p>Die Zwischenfrage ist hier degeneriert zur Benutzung der grammatischen Form der Entscheidungsfrage. Weder wird eine Fragehandlung vollzogen, noch irgendein Inhalt genannt, der die Deutung im Sinne einer Informationsfrage ermöglichen würde.</p> <p>(2) Effektheischende Fragen</p> <p>In den Stenographischen Berichten finden sich gelegentlich auch Fragen, die von Kollegen aus der eigenen Fraktion bzw. Koalition gestellt werden und lediglich dazu dienen, im Verein mit dem Redner gegen einen Mißstand in gegnerischen Fraktionen oder der Regierung zu polemisieren. So ist es auch im folgenden Beispiel: Während der besonders aggressiv gegen die SPD im allgemeinen und <i>Willy Brandt</i> im besonderen gerichteten Rede des CDU-Abgeordneten <i>Rühe</i> in der „Nachrüstungsdebatte“ hatte ein Teil der SPD-Fraktion mehr oder weniger demonstrativ den Saal verlassen, insbesondere auch der damalige SPD-Vorsitzende selbst. Diesen Sachverhalt versucht ein CSU-Abgeordneter mittels einer Zwischenfrage dazu zu benutzen, der eigenen Fraktion vor der Öffentlichkeit einen Punktvorteil zu verschaffen:</p> <p>Vizepräsident Wurbs: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten <i>Klein</i>?</p> <p>Rühe (CDU/CSU): Gern.</p> <p>Klein (München) (CDU/CSU): Herr Kollege <i>Rühe</i>, angesichts des besseren Überblicks, den Sie vom Rednerpult haben, stelle ich Ihnen die Frage, ob mich mein Eindruck trügt, daß die sozialdemokratische Fraktion bei dieser für Deutschland und unsere Zukunft so wichtigen Debatte gerade noch mit 12 oder 13 Kollegen im Saal ist?</p> <p style="text-align: right;">(Dr. <i>Scheer</i> [SPD]: Das liegt an der dümmlichen Rede!)</p> <p>Rühe (CDU/CSU): Dieser Eindruck trügt leider nicht. Ich meine, wer vor dieser Debatte den Eindruck erweckt, als ob wir Debattenzeit beschneiden wollten, und dann hier nicht präsent ist, stellt sich selbst das schlechteste Zeugnis aus.</p> <p>(3) Kollegiale Fragen</p> <p>In neuerer Zeit werden Zwischenfragen auch in unterstützender bzw. verteidigender Absicht an Redner der eigenen Fraktion bzw. der des Koalitionspartners gerichtet, um dem Redner aus argumentativer Bedrängnis zu helfen, ihm die Möglichkeit zu geben, auf einen wichtigen Zusatzpunkt einzugehen oder um eine vom Zwischenfrager aufgestellte Behauptung vom am Rednerpult befindlichen Fraktionskollegen nur noch einmal bestätigen zu lassen.</p> <p>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Abgeordnete Dr. <i>Süssmuth</i>, der Abgeordnete <i>Helmut Kohl</i> möchte gerne eine Zwischenfrage stellen. Ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind.</p> <p>Dr. Rita Süssmuth (CDU/CSU): Bitte schön.</p> <p>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter <i>Kohl</i>.</p>

Signatur	Frage- typ Erläuterung und Beispiel
noch: B-4	<p>Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU): Frau Abgeordnete, würden Sie mir darin zustimmen, daß es eine gute Sache ist, daß sich die Bundesregierung in voller Übereinstimmung mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages auf Vorschlag des Europäischen Parlaments dafür einsetzen wird, daß die Kollegen aus den neuen Bundesländern nach der Neuwahl im nächsten Europäischen Parlament volles Stimmrecht haben werden, und daß wir eine große Chance haben, dies bei unseren europäischen Partnern auch durchzusetzen? (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)</p> <p>Dr. Rita Süßmuth (CDU/CSU): Darin kann ich Ihnen nur zustimmen.</p> <p>(4) Dreiecks-Zwischenfrage</p> <p>Eine letzte Form der Pervertierung der Zwischenfrage schließlich besteht darin, den Redner darum zu bitten, einer anderen Person – die im Saal ist, aber vom Zwischenfrager nicht direkt angeredet werden darf – eine bestimmte Mitteilung zu machen:</p> <p>Vizepräsident Dr. Jaeger: Jetzt kommt eine Zusatzfrage des Abgeordneten <i>Börner</i>, wenn Sie sie annehmen wollen, Herr Bundesminister.</p> <p>Arendt, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Bitte schön!</p> <p>Börner (SPD): Herr Minister, würden Sie den Herrn Fragesteller darüber belehren, daß es sich nicht um die Veröffentlichung von Zahlen, sondern um ein Fernsehinterview gehandelt hat, das der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit gegeben hat und wofür er Kritik und Lob genauso hinnehmen muß wie jeder Politiker.</p>

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkshammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmögliche Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Wissenschaftliche Dienste
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages
- 23.3 Parlamentsberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen

„Um“ – wie *Armin Burkhardt* schreibt – „historische Entwicklungslinien nachzeichnen zu können, wurden auf der Grundlage der vorstehenden Typologie jeweils etwa 55 Debattenstunden der Jahrgänge 1954, 1964, 1974, 1984 und 1993 im Hinblick auf Quantität und typologische Verteilung der Zwischen- und Zusatzfragen untersucht.“ Das Ergebnis der Auszählung gibt die folgende Tabelle wieder.

Fragetyp ¹⁾	Untersuchte Jahre									
	1954 ²⁾		1964 ³⁾		1974 ⁴⁾		1984 ⁵⁾		1992 ⁶⁾	
	Anzahl	in %								
A Interrogative Zwischenfragen										
A-1 Informations-Zwischenfragen	2	3,6	16	11,1	13	6,6	4	4,6	2	1,6
A-2 Bitte um Stellungnahme	4	7,3	15	10,4	23	11,7	15	17,2	11	8,9
A-3 Bitte um Klarstellung	10	18,2	16	11,1	13	6,6	2	2,3	9	7,3
A-4 Bitte um Zustimmung	1	1,8	11	7,6	3	1,5	0	0,0	2	1,6
B Nicht-interrogative Zwischenfragen										
B-1 Aufforderungs-Zwischenfragen	0	0,0	2	1,4	2	1,0	1	1,2	0	0,0
B-2 Statement-Zwischenfragen	31	56,4	49	34,0	78	39,8	35	40,2	67	54,5
B-3 Anprangerungs-Zwischenfragen	6	10,9	30	20,8	39	19,9	20	23,0	20	16,3
B-4 Pseudo-Zwischenfragen	1	1,8	5	3,5	25	12,8	10	11,5	12	9,8
A Interrogative Zwischenfragen insg.	17	30,9	58	40,3	52	26,5	21	24,1	24	19,5
B Nicht-interrogative Zwischenfragen insges.	38	69,1	86	59,7	144	73,5	66	75,9	99	80,5
Gesamtzahl der Zwischenfragen	55	100,0	144	100,0	196	100,0	87	100,0	123	100,0

1) Erläuterungen und Beispiele für die Fragetypen siehe auf den Seiten 1686–1691.

2) Untersucht wurden die 43., 47., 48., 49., 50., 54., 56. und 59. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages. Die Gesamtlänge der Debatten betrug 56:14 Stunden.

3) Untersucht wurden die 135., 137., 138., 139., 140., 142., 147., 151. und 152. Sitzung des 4. Deutschen Bundestages. Die Gesamtlänge der Debatten betrug 56:47 Stunden. (Für die Dauer der einigen Debatten vorge-schalteten Fragestunden wurden 60 Min. angesetzt, die von der Gesamtlänge der jeweiligen Plenarsitzung abgezogen wurden; bei der Auszählung wurden die Fragestunden nicht berücksichtigt.)

4) Untersucht wurden die 115. (ohne Fragestunde), 116. (nach Ende der Fragestunde), 117., 120., 123., 126., 127., 129., 131. (ohne Fragestunde und Aktuelle Stunde), 135. (ohne Fragestunde), 136. und 139. (ohne Fragestunde und Aktuelle Stunde) Sitzung des 7. Deutschen Bundestages. Die Gesamtlänge der Debatten betrug 55:31 Stunden.

5) Untersucht wurden die 81., 82., 83., 85. (ohne Aktuelle Stunde), 86. (ohne Fragestunde), 89. (ohne Aktuelle Stunde), 101. (ohne Fragestunde) und 102. (ohne Aktuelle Stunde) Sitzung des 10. Deutschen Bundestages. Die Gesamtlänge der Debatten betrug 57:14 Stunden.

6) Wegen der besseren Verfügbarkeit wurde auf die Stenographischen Berichte des Jahrgangs 1992 zurückgegriffen. Untersucht wurden die 102., 103., 104., 105., 108., 110. und 111. Sitzung des 12. Deutschen Bundestages. Die Gesamtlänge der Debatten betrug 60:07 Stunden.

Hinweis

Im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

Das Gesamtergebnis faßt *Burkhardt* folgendermaßen zusammen: „Im Rahmen einer Entwicklung, in der der Anteil nicht-interrogativer Zwischenfragen schrittweise zu- und derjenige der interrogativen entsprechend abnimmt, hat sich auch der Anteil der Statement-Fragen kontinuierlich erhöht, unter denen immer deutlicher die assertive Scheinfrage dominiert. Pseudo- und Anprangerungs-Fragen pendeln sich auf einem Niveau um 10 bzw. 20% ein. Aus diesem Befund kann das Fazit gezogen werden, daß die als dialogförderndes Element eingeführte Zwischenfrage im Verlauf von 40 Jahren nach und nach zu einem bloßen Spiel mit der Frageform herabgekommen ist. In den 50er Jahren noch als echte Informationsfrage (mit Begründung) und zu assertiven Zwecken verwendet, ist ein Großteil der Zwischenfragen inzwischen zum bloßen Mittel der Provokation, Bloßstellung, Ridikülisierung und Selbstdarstellung geworden.“*)

8.8 Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten

So selbstverständlich die Ansprachen, Erklärungen und Stellungnahmen des Bundestagspräsidenten sind, die er zu bestimmten Anlässen im Namen des ganzen Hauses vor dem Plenum hält bzw. abgibt, so außergewöhnlich kann es sein, daß er sich auch in Aussprachen bei Themen zu Wort meldet, die nicht mit dem Präsidentenamt in Zusammenhang stehen. Tatsächlich hat sich zwischen der 5. und 9. Wahlperiode kein Präsident mehr an allgemeinen politischen Aussprachen beteiligt, was zuvor bei den Bundestagspräsidenten *Ehlers* und *Gerstenmaier* durchaus noch der Fall war und seit 1989 bei Bundestagspräsidentin *Süssmuth* üblich ist.

In den 68 Fällen, in denen Bundestagspräsidenten sich bisher in Aussprachen zu Wort gemeldet haben, geschah dies

- in 34 Fällen zu Themen, die mit ihrem Amt zusammenhängen,
- in 34 Fällen zu allgemeinen politischen Themen.

In den zuerst genannten 34 Fällen sind parlamentsbezogene Ausführungen der Präsidenten sowohl in ihrer Eigenschaft als Abgeordneter als auch in ihrer Eigenschaft als Präsident des Bundestages zusammengefaßt worden. Eine exakte Abgrenzung war nicht immer möglich, was sich auch an der unterschiedlichen Form der Worterteilung zeigt: einmal „dem Herrn Abgeordneten“, der „Frau Professor *Süssmuth*“ usw., ein anderes Mal dem „Präsidenten des Deutschen Bundestages“.

Es hat sicherlich zwei Gründe, weswegen Bundestagspräsidenten sich in Plenardebatten und erst recht bei allgemeinen politischen Themen so selten zu Wort melden:

Erstens hängt es mit dem besonderen Charakter ihres Amtes zusammen: Dieses ist durch die Spannung gekennzeichnet, daß die Amtsinhaber einerseits den gesamten Bundestag repräsentieren und zu unparteiischer Geschäftsführung verpflichtet sind, sie andererseits aber Mitglied ihrer Fraktion und politisch gebundene Abgeordnete bleiben, die sich wie alle anderen Parlamentarier um Wähler, Wahlkreis, Parteipolitik bis hin zur eventuellen Wiederwahl zu kümmern haben.

Zweitens kann die Wortmeldung eines Bundestagspräsidenten zu einem geschäftsordnungsmäßigen Problem führen, zumindest wenn er wieder den Vorsitz übernimmt, noch bevor die Beratung dieses Tagesordnungspunktes beendet ist. Eine solche Situation erschwert es anderen Rednern, auf den Diskussionsbeitrag des Präsidenten kritisch einzugehen, und dem Präsidenten selbst ist die Möglichkeit genommen, auf Stellungnahmen zu seinen Äußerungen zu antworten oder Zwischenfragen zu stellen.

*) *Burkhardt*, a. a. O. S. 98.

Einzelheiten gehen aus der folgenden Statistik und der Auswertung der Wortmeldungen hervor.

Wahlperiode	Bundestagspräsident(in)	Zahl der Wortmeldungen insgesamt	davon	
			Redner qua Amt	Redner zu anderen Themen bzw. in anderer Funktion
1. WP 1949–53	<i>Erich Köhler</i>	0	0	0
	<i>Hermann Ehlers</i>	9	3	6
2. WP 1953–57	<i>Hermann Ehlers</i>	6	3	3
	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	0	1
3. WP 1957–61	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	4	2	2
4. WP 1961–65	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	5	3	2
5. WP 1965–69	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	1	0
	<i>Kai-Uwe von Hassel</i>	2	2	0
6. WP 1969–72	<i>Kai-Uwe von Hassel</i>	1	1	0
7. WP 1972–76	<i>Annemarie Renger</i>	3	3	0
8. WP 1976–80	<i>Karl Carstens</i>	2	2	0
	<i>Richard Stücklen</i>	1	1	0
9. WP 1980–83	<i>Richard Stücklen</i>	1	1	0
10. WP 1983–87	<i>Rainer Barzel</i>	3	2	1
	<i>Philipp Jenninger</i>	2	2	0
11. WP 1987–90	<i>Philipp Jenninger</i>	2	2	0
	<i>Rita Süßmuth</i>	3	2	1
12. WP 1990–94	<i>Rita Süßmuth</i>	12	1	11
13. WP 1994– ¹⁾	<i>Rita Süßmuth</i>	10	3	7

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Im einzelnen handelt es sich um folgende Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten:

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
1. WP 1949–53	<i>Erich Köhler</i>	–	–	–	–
	<i>Hermann Ehlers</i>	1	a) 119. Sitz. b) 21. 2. 1951	Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1950 (2. Beratung). Abgabe des Vorsitzes kurz vor der Worterteilung; Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes nicht wieder übernommen.	ja
		2	a) 136. Sitz. b) 19. 4. 1951	Redner in der (mehrständigen) Aussprache betr. Neugliederung Baden, Baden-Württemberg, Württemberg-Hohenzollern. Abgabe des Vorsitzes kurz vor der Worterteilung; Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes nicht wieder übernommen.	nein
		3	a) 166. Sitz. b) 10. 10. 1951	Redner in der (mehrständigen) Aussprache zum EPl. VI (BMI), Haushalt 1951 (2. Beratung). Die Wortmeldung in der Aussprache war offensichtlich nicht vorgesehen; sie erfolgte aufgrund einer Äußerung des Abg. <i>Richard Jaeger</i> . Zur Abgabe des Vorsitzes stand offenbar zu diesem unvorhergesehenen Zeitpunkt kein Vizepräsident zur Verfügung, weshalb Alterspräsident <i>Löbe</i> noch während der Rede von <i>Jaeger</i> den Vorsitz übernahm. Der Präsident übernahm den Vorsitz wieder kurz nach seiner Rede. Die Aussprache war nach einer weiteren Rede beendet. Abg. <i>Erich Mende</i> , der nächste Redner, beanstandete das Verfahren.	nein
		4	a) 191. Sitz. b) 8. 2. 1952	Redner in der (zweitägigen) Aussprache zu einer Regierungserklärung betr. einen deutschen Verteidigungsbeitrag und Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Abgabe des Vorsitzes kurz vor der Worterteilung. Nach der Rede des Präsidenten wurde noch zwei Abgeordneten das Wort vom amtierenden Präsidenten erteilt, danach übernahm der Präsident wieder den Vorsitz bis zum Ende der Beratung dieses TO-Punktes (zugleich Ende der Sitzung).	nein

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 1. WP	noch: <i>Hermann Ehlers</i>	5	a) 213. Sitz. b) 16. 5. 1952	Zweimal Redner in der (kurzen) Aussprache über einen Antrag der SPD-Fraktion betr. Vorbeugende Feststellungsklage wegen des Wehrbeitrages. Der Präsident äußerte sich zu der Frage der Vertretung des Bundestagspräsidenten vor dem Bundesverfassungsgericht. Der Präsident führte während der Beratung dieses TO-Punktes keinen Vorsitz.	ja
		6	a) 225. Sitz. b) 17. 7. 1952	Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Nachtrag zum Haushalt 1951. Abgabe des Vorsitzes kurz vor der Worterteilung; Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes nicht wieder übernommen.	ja
		7	a) 242. Sitz. b) 5. 12. 1952	Redner in der (dreitägigen) Aussprache betr. Europäische Verteidigungsgemeinschaft (2. Beratung). Reihenfolge des Vorsitzes in der 242. Sitzung: Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> Vizepräsident <i>Hermann Schäfer</i> Präsident <i>Hermann Ehlers</i> Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> Vizepräsident <i>Hermann Schäfer</i> Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> Präsident <i>Hermann Ehlers</i> Die Rede des Präsidenten fiel in die Zeit, als Vizepräsident <i>Schäfer</i> zum zweiten Mal den Vorsitz führte. Kurz nach seiner und einer weiteren Rede, während deren Dauer Vizepräsident <i>Schmid</i> präsierte, übernahm der Präsident wieder den Vorsitz (offenbar, weil er an der Reihe war). Er behielt den Vorsitz bis zum Ende der Beratung dieses TO-Punktes (zugleich Ende der Sitzung).	nein

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das ***Datenhandbuch*** Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfid. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 1. WP	noch: <i>Hermann Ehlers</i>	8	a) 254. Sitz. b) 18. 3. 1953	Redner in der (mehrstündigen) Aussprache betr. Bundeswahlgesetz (1. Beratung). Der Präsident führte in der 254. Sitzung den Vorsitz bei Aufruf des TO-Punktes. Er wurde von Vizepräsident <i>Hermann Schäfer</i> abgelöst, nachdem der erste Redner gesprochen hatte, und erhielt nach zwei weiteren Rednern das Wort. Nach Vizepräsident <i>Schäfer</i> übernahm Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> und nach ihm wiederum der Präsident den Vorsitz. Am Ende der Beratung des TO-Punktes übernahm kurzfristig Vizepräsident <i>Schäfer</i> nochmals den Vorsitz und erteilte Präsident <i>Ehlers</i> das Wort zu einer persönlichen Bemerkung nach § 35 GO BT.	nein
		9	a) 258. Sitz. b) 26. 3. 1953	Letzter Redner in der kurzen Aussprache über die Änderung des Artikels 117 GG. Abgabe des Vorsitzes kurz vor der Worterteilung.	nein
2. WP 1953–57	<i>Hermann Ehlers</i>	1	a) 8. Sitz. b) 10. 12. 1953	Der Präsident sprach in einer Geschäftsordnungsdebatte. Es handelte sich um einen Antrag auf Wiederholung einer namentlichen Abstimmung. Den Vorsitz führte Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> .	ja
		2	a) 22. Sitz. b) 2. 4. 1954	Letzter Redner in der Aussprache betr. Ufi-Vermögen und Finanzierung deutscher Filmproduktion.	nein
		3	a) 24. Sitz. b) 8. 4. 1954	Redner in der (kurzen) Aussprache über EPL 02, Haushalt 1954 (2. Beratung). Abgabe des Vorsitzes kurz vor der Worterteilung; Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes nicht wieder übernommen.	ja
		4	a) 28. Sitz. b) 6. 5. 1954	Redner in der (kurzen) Aussprache über EPL 02, Haushalt 1954 (3. Beratung). Abgabe des Vorsitzes kurz vor der Worterteilung; Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes nicht wieder übernommen.	ja

Hinweis

Im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 2. WP	noch: <i>Hermann Ehlers</i>	5	a) 47. Sitz. b) 7. 10. 1954	Zweimal Redner in der (ganztägigen) Aussprache über die Regierungserklärung zur Londoner Konferenz. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsident Hermann Ehlers</i> <i>Vizepräsident Carlo Schmid</i> <i>Vizepräsident Richard Jaeger</i> <i>Vizepräsident Ludwig Schneider</i> <i>Präsident Hermann Ehlers</i> <i>Vizepräsident Richard Jaeger</i> Beide Reden des Präsidenten fielen in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Jaeger</i> zum zweiten Male den Vorsitz führte.	nein
		6	a) 49. Sitz. b) 15. 10. 1954	Vorletzter Redner in der (kurzen) Aussprache betr. Küstenplan. Abgabe des Vorsitzes kurz vor der Worterteilung; Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes nicht wieder übernommen.	nein
	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	7	a) 209. Sitz. b) 10. 5. 1957	Redner in der (ganztägigen) Aussprache über die Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Atomwaffen. Vorsitz zu Beginn der Aussprache; Rede nach der Mittagspause; Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes nicht wieder übernommen. Während der Aussprache stellte der Präsident als Abgeordneter mehrere Zwischenfragen.	nein
3. WP 1957–61	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	a) 21. Sitz. b) 25. 3. 1958	Redner in der (zweitägigen) Aussprache über die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. deutsche Frage auf künftigen internationalen Konferenzen und die Große Anfrage der FDP-Fraktion betr. Gipfelkonferenz und atomwaffenfreie Zone. Reihenfolge des Vorsitzes in der 21. Sitzung: <i>Vizepräsident Carlo Schmid</i> <i>Vizepräsident Richard Jaeger</i> – Mittagspause – <i>Vizepräsident Richard Jaeger</i> <i>Vizepräsident Carlo Schmid</i> <i>Präsident Eugen Gerstenmaier</i> Der Präsident sprach als zweiter Redner nach Aufruf des TO-Punktes (Fortsetzung der Aussprache vom Vortag), vormittags. Er übernahm den Vorsitz erst gegen Ende der Debatte bis zum Schluß der Sitzung (23.59 Uhr).	nein

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 3. WP	noch: <i>Eugen Gerstenmaier</i>	2	a) 23. Sitz. b) 18. 4. 1958	Redner zur Begründung des Entwurfs des Diätengesetzes 1958. Es fand keine Aussprache statt. Vorsitz: Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i>	ja
		3	a) 74. Sitz. b) 11. 6. 1959	Redner in der (mehrständigen) Aussprache über den EPl. 04, Haushalt 1959 (3. Beratung). Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: Vizepräsident <i>Max Becker</i> Vizepräsident <i>Victor-Emanuel Preusker</i> Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> Der Präsident sprach, während Vizepräsident <i>Preusker</i> präsierte. Er beteiligte sich als Abgeordneter an der weiteren Debatte, indem er an einen späteren Redner eine Zwischenfrage stellte. Der Präsident übernahm den Vorsitz in dieser Sitzung nicht mehr.	nein
		4	a) 147. Sitz. b) 8. 3. 1961	Zweimal Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1961 (2. Beratung). Den Vorsitz führte während der Beratung dieses TO-Punktes Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> .	ja
4. WP 1961–65	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	a) 112./113. Sitz. b) 7. 2. 1964	Zweimal Redner in der (kurzen) Aussprache über das Diätengesetz 1964 (1. Beratung), und zwar zunächst zur Begründung, später noch einmal in der Debatte. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Erwin Schoettle</i> , anschließend Vizepräsident <i>Thomas Dehler</i> .	ja
		2	a) 122. Sitz. b) 15. 4. 1964	Redner in der (mehrständigen) Aussprache über den EPl. 36, Zivile Notstandsplanung, Haushalt 1964 (2. Beratung). Der Präsident erhielt zwar als Abgeordneter das Wort, sprach aber als Präsident. Er nahm kurz zu dem Vorschlag des Vorredners Stellung, einen Beamtenrechtsausschuß einzurichten. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Erwin Schoettle</i> , anschließend Vizepräsident <i>Thomas Dehler</i> .	ja

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 4. WP	noch: <i>Eugen Gerstenmaier</i>	3	a) 164. Sitz. b) 17. 2. 1965	Redner in der (mehrstündigen) Aussprache über den EPl. 04, Haushalt 1965 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Erwin Schoettle</i> und anschließend Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> .	nein
		4	a) 164. Sitz. b) 17. 2. 1965	Dreimal Redner in der (mehrstündigen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1965 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> , anschließend Vizepräsident <i>Thomas Dehler</i> .	ja
		5	a) 188. Sitz. b) 26. 5. 1965	Redner in der (kurzen) Aussprache über das Zweite Änderungsgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz (3. Beratung), und zwar aufgrund einer vom Vorredner für eine Gruppe von Abgeordneten abgegebenen Erklärung. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> . Die Sitzung wurde nach der Aussprache unterbrochen, um dem Haushaltsausschuß Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 96 GO BT zu einem Änderungsantrag zu geben. Nach der Unterbrechung führte der Präsident den Vorsitz bis zum Ende der Sitzung. Es fand keine Debatte mehr statt.	nein
5. WP 1965–69	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	a) 41. Sitz. b) 17. 5. 1966	Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1966 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsidentin <i>Maria Probst</i> .	ja
	<i>Kai-Uwe von Hassel</i>	2	a) 225. Sitz. b) 27. 3. 1969	Redner in der (mehrstündigen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1969 (2. Beratung), und zwar in diesem Zusammenhang über Fragen der Parlamentsreform. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsident Kai-Uwe von Hassel</i> <i>Vizepräsident Erwin Schoettle</i> <i>Vizepräsident Karl Mommer</i> <i>Präsident Kai-Uwe von Hassel</i> Die Rede des Präsidenten fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Mommer</i> den Vorsitz führte.	ja

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 5. WP	noch: <i>Kai Uwe von Hassel</i>	3	a) 240. Sitz. b) 18. 6. 1969	Vorletzter Redner in der (mehrstündigen) Aussprache über die Änderung der GO BT. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Walter Scheel</i> , anschließend Vizepräsident <i>Erwin Schoettle</i> .	ja
6. WP 1969–72	<i>Kai-Uwe von Hassel</i>	1	a) 55. Sitz. b) 3. 6. 1970	Redner zum EPl. 02, Haushalt 1970 (2. Beratung). Der Präsident war der einzige Redner. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> .	ja
7. WP 1972–76	<i>Annemarie Renger</i>	1	a) 44. Sitz. b) 18. 6. 1973	Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1973 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i> , anschließend Vizepräsident <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> .	ja
		2	a) 102. Sitz. b) 21. 5. 1974	Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1974 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> .	ja
		3	a) 259. Sitz. b) 8. 12. 1976	Redner in der (knapp zweistündigen) Aussprache über das Abgeordnetengesetz (3. Beratung). Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsidentin Annemarie Renger</i> <i>Vizepräsident Kai-Uwe von Hassel</i> <i>Vizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>von Hassel</i> den Vorsitz führte. Es war die einzige Rede in der allgemeinen Aussprache zur 3. Beratung.	ja
8. WP 1976–80	<i>Karl Carstens</i>	1	a) 34. Sitz. b) 21. 6. 1977	Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1977 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Richard Stücklen</i> .	ja

Hinweis

Zum Thema Bundestagspräsident vgl. im übrigen Kapitel 4.

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 8. WP	noch: <i>Karl Carstens</i>	2	a) 56. Sitz. b) 11. 11. 1977	Redner in der (kurzen) Aussprache über die Auslegung des § 105 GO BT (Große Anfragen). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsidentin <i>Annemarie Renger</i> . Unmittelbar nach der Abstimmung übernahm der Präsident den Vorsitz.	ja
	<i>Richard Stücklen</i>	3	a) 225. Sitz. b) 25. 6. 1980	Letzter Redner in der (kurzen) Aussprache über den Entwurf einer neuen GO BT. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Richard von Weizsäcker</i> und anschließend Vizepräsident <i>Richard Wurbs</i> .	ja
9. WP 1980–83	<i>Richard Stücklen</i>	1	a) 43. Sitz. b) 5. 6. 1981	Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1981 (3. Beratung). Die Aussprache wurde zu einem Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion geführt, der sich auf die Neubauplanungen des Bundestages bezog. Der Präsident hatte zu dieser Zeit den Vorsitz inne und sprach vom Präsidentenstuhl aus.	ja
10. WP 1983–87	<i>Rainer Barzel</i>	1	a) 29. Sitz. b) 14. 10. 1983	Erklärung des Präsidenten vor Beginn der Aussprache über den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes (1. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Heinz Westphal</i> .	ja
		2	a) 81. Sitz. b) 12. 9. 1984	Viertletzter Redner in der (ganztägigen) Aussprache über das Haushaltsgesetz 1985 (1. Beratung) zum Thema Deutschlandpolitik. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsident Rainer Barzel</i> <i>Vizepräsident Richard Stücklen</i> <i>Vizepräsident Heinz Westphal</i> <i>Vizepräsident Richard Stücklen</i> <i>Vizepräsident Richard Wurbs</i> Die Rede des Präsidenten fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Richard Wurbs</i> den Vorsitz führte.	nein

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 10. WP	noch: <i>Rainer Barzel</i>	3	a) 85. Sitz. b) 20. 9. 1984	Erster Redner in der sechsstündigen Aussprache zur Stellung und Arbeit des Deutschen Bundestages. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Richard Stücklen</i> <i>Vizepräsident Heinz Westphal</i> <i>Präsident Rainer Barzel</i>	ja
	<i>Philipp Jenninger</i>	4	a) 194. Sitz. b) 30. 1. 1986	Erster Redner in der Aussprache über den Bericht der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform sowie mehrerer Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsident Heinz Westphal</i> <i>Vizepräsidentin Annemarie Renger</i> <i>Vizepräsident Heinz Westphal</i>	ja
		5	a) 204. Sitz. b) 13. 3. 1986	Letzter Redner in der Aussprache über den Bericht des 1. Untersuchungsausschusses (<i>Flick-</i> und <i>Parteispendenaffäre</i>). Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsident Philipp Jenninger</i> <i>Vizepräsidentin Annemarie Renger</i> <i>Vizepräsident Richard Stücklen</i> <i>Vizepräsident Heinz Westphal</i>	ja
11. WP 1987–90	<i>Philipp Jenninger</i>	1	a) 17. Sitz. b) 5. 6. 1987	Erster Redner in der Aussprache über die Anträge betr. Wiederherstellung/Neubauten des Plenarsaals des Deutschen Bundestages. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte <i>Vizepräsident Heinz Westphal</i> .	ja
		2	a) 87. Sitz. b) 23. 6. 1988	Zweiter Redner in der Aussprache über den Bericht des Verteidigungsausschusses zum Jahresbericht 1987 des Wehrbeauftragten. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte <i>Vizepräsidentin Annemarie Renger</i> .	ja

Hinweis

Welche der Plenarsitzungen zu den „Sondersitzungen“ zählen, ist in Abschnitt 8.5 zusammengestellt.

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 11. WP	<i>Rita Süßmuth</i>	3	a) 184. Sitz. b) 13. 12. 1989	Erste Rednerin in der Aussprache über die Unterrichtung über Beratungen des Ältestenrates zur Erprobung geänderter Verfahren, der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu Änderungsanträgen der Geschäftsordnung u. a. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Richard Stücklen</i> <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i>	ja
		4	a) 217. Sitz. b) 21. 6. 1990	Erste Rednerin in der Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung (1) zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, (2) zu den äußeren Aspekten der deutschen Einheit und (3) zu den deutsch-polnischen Beziehungen in Verbindung mit der zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie weiteren Tagesordnungspunkten. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsident Heinz Westphal</i> <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsident Richard Stücklen</i> <i>Vizepräsidentin Annemarie Renger</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsident Richard Stücklen</i> <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i>	- ¹⁾

¹⁾ Rednerin als Vorsitzende des Ausschusses Deutsche Einheit

Hinweis

Die einzelnen Etappen und die kontroversen Standpunkte bis zur Unterzeichnung des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik können in den beiden Chroniken in Abschnitt 7.4 und 28.1 im vorliegenden **Datenhandbuch** verfolgt werden.

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 11. WP	noch: <i>Rita Süßmuth</i>	5	a) 230. Sitz. b) 24. 10. 1990	Erste Rednerin in der Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ältestenrates: Anerkennung von 24 von der Volkskammer der ehemaligen DDR in den Deutschen Bundestag zugewählten Mitgliedern als Fraktion, hilfsweise als Gruppe gem. § 10 Abs. 4 GO BT. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Heinz Westphal</i> .	ja ²⁾
12. WP 1990–94	<i>Rita Süßmuth</i>	1	a) 31. Sitz. b) 13. 6. 1991	Erste Rednerin in der Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP: Einsetzung eines EG-Ausschusses. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Helmuth Becker</i> .	ja
		2	a) 34. Sitz. b) 20. 6. 1991	49. Rednerin in der über elfstündigen Aussprache über die Anträge zum künftigen Parlaments- und Regierungssitz. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsident Helmuth Becker</i> <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> <i>Vizepräsident Hans Klein</i> <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Hans Klein</i> den Vorsitz führte.	nein
		3	a) 44. Sitz. b) 26. 9. 1991	18. Rednerin in der verbundenen Aussprache über Gesetzentwürfe zum Schwangerschaftsabbruch. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsident Helmuth Becker</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> <i>Vizepräsident Hans Klein</i> <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Helmuth Becker</i> den Vorsitz führte.	nein

2) Berichterstatterin als Vorsitzende des Ältestenrates

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 12. WP	noch: <i>Rita Süßmuth</i>	4	a) 99. Sitz. b) 25. 6. 1992	42. Rednerin in der verbundenen Aussprache über Gesetzentwürfe zum Schwangerschaftsabbruch. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsident Hans Klein</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> <i>Vizepräsident Hans Klein</i> <i>Vizepräsident Helmuth Becker</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> zum ersten Male den Vorsitz führte.	nein
		5	a) 100. Sitz. b) 26. 6. 1992	Erste Rednerin in der Aussprache über die Beschlußempfehlung des Ältestenrates zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Hans Klein</i> <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der <i>Vizepräsident Hans Klein</i> den Vorsitz führte.	- ¹⁾
		6	a) 110. Sitz. b) 8. 10. 1992	Vierte Rednerin in der Aussprache zum Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht). Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsident Helmuth Becker</i> <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsident Hans Klein</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> zum ersten Male den Vorsitz führte.	nein

¹⁾ Berichterstatlerin als Vorsitzende der Konzeptkommission des Ältestenrates

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 12. WP	noch: <i>Rita Süßmuth</i>	7	a) 119. Sitz. b) 11. 11. 1992	Dritte Rednerin in der Aktuellen Stunde betr. Beitrag der zentralen Berliner Demonstration zum Abbau von Ausländerfeindlichkeit und Gewalt. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Helmuth Becker</i> .	nein
		8	a) 160. Sitz. b) 26. 5. 1993	83. von 88 Rednern in der verbundenen Aussprache zum Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18). Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsident Helmuth Becker</i> <i>Vizepräsident Hans Klein</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsidentin <i>Renate Schmidt</i> den Vorsitz führte.	nein
		9	a) 205. Sitz. b) 20. 1. 1994	16. Rednerin in der ersten Beratung des Gesetzentwurfs zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz). Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Helmuth Becker</i> <i>Vizepräsidentin Renate Schmidt</i> <i>Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsidentin <i>Renate Schmidt</i> den Vorsitz führte.	nein
		10	a) 216. Sitz. b) 10. 3. 1994	Siebte Rednerin in der verbundenen Aussprache zur zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> .	nein

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 12. WP	noch: <i>Rita Süßmuth</i>	11	a) 219. Sitz. b) 14. 4. 1994	Zweite Rednerin in der Aktuellen Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zum verbrecherischen Brandanschlag auf eine Synagoge in Lübeck. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsidentin <i>Renate Schmidt</i> .	nein
		12	a) 230. Sitz. b) 26. 5. 1994	25. Rednerin in der verbundenen Aussprache über Gesetzentwürfe zum Schwangerschaftsabbruch. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: Vizepräsident <i>Hans Klein</i> Vizepräsidentin <i>Renate Schmidt</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Hans Klein</i> den Vorsitz führte.	nein
13. WP 1994–1)	<i>Rita Süßmuth</i>	1	a) 22. Sitz. b) 17. 2. 1995	Letzte Rednerin in der verbundenen Aussprache über Gesetzentwürfe zur Änderung des Sexualstrafrechts. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: Vizepräsident <i>Hans Klein</i> Vizepräsident <i>Burkhard Hirsch</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Burkhard Hirsch</i> den Vorsitz führte.	nein
		2	a) 23. Sitz. b) 8. 3. 1995	Erste Rednerin in der Aussprache zur vereinbarten Debatte „Internationaler Frauentag“. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: Vizepräsident <i>Hans-Ulrich Klose</i> Vizepräsidentin <i>Antje Vollmer</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Hans-Ulrich Klose</i> den Vorsitz führte.	nein

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Sämtliche Wortmeldungen in den Plenarsitzungen des Bundestages enthält für jede Wahlperiode das **Sprechregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages**. Außer den Redebeiträgen sind hierin weitere Aktivitäten der Abgeordneten dokumentiert, z. B. Fragen und Zusatzfragen zur Fragestunde, Mitautorenschaft oder Unterstützung bei Gesetzentwürfen und anderen Vorlagen.

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 13. WP	noch: <i>Rita Süßmuth</i>	3	a) 47. Sitz. b) 29. 6. 1995	Letzte Rednerin in der verbundenen Aussprache über Gesetzentwürfe zum Schwangerschaftsabbruch. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsidentin Antje Vollmer</i> <i>Vizepräsident Burkhard Hirsch</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der <i>Vizepräsident Burkhard Hirsch</i> den Vorsitz führte.	nein
		4	a) 47. Sitz. b) 29. 6. 1995	Erste Rednerin in der verbundenen Aussprache zur Beschlußempfehlung und zum Bericht des Ältestenrates zu den Empfehlungen der Kommission des Ältestenrates für die Rechtsstellung der Abgeordneten in den Vorlagen vom 16. Juni 1995. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte <i>Vizepräsident Hans Klein</i> .	[ja]
		5	a) 55. Sitz. b) 21. 9. 1995	Erste Rednerin in der verbundenen Aussprache zum Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes und weiteren Vorlagen zur Parlamentsreform. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Hans Klein</i> <i>Vizepräsident Hans-Ulrich Klose</i> <i>Vizepräsidentin Antje Vollmer</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der <i>Vizepräsident Hans Klein</i> den Vorsitz führte.	[ja]
		6	a) 64. Sitz. b) 26. 10. 1995	Letzte Rednerin in der Aussprache zum Antrag der Fraktion der SPD betr. Frauenförderung in der Europäischen Union. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Burkhard Hirsch</i> <i>Vizepräsident Hans Klein</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der <i>Vizepräsident Hans Klein</i> den Vorsitz führte.	nein

Hinweis

Zum Thema Bundestagspräsident vgl. im übrigen Kapitel 4.

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 13. WP	noch: <i>Rita Süßmuth</i>	7	a) 75. Sitz. b) 1. 12. 1995	Siebte (vorletzte) Rednerin in der Aussprache zum Gesetzentwurf zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsidentin <i>Antje Vollmer</i> .	[ja]
		8	a) 98. Sitz. b) 18. 4. 1996	Sechzehnte (drittletzte) Rednerin in der verbundenen Aussprache zur Vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen vom 4. bis 15. September 1995 in Peking. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsidentin Antje Vollmer</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsidentin <i>Antje Vollmer</i> den Vorsitz führte.	nein
		9	a) 99. Sitz. b) 19. 4. 1996	12. Rednerin in der verbundenen Aussprache zum Gesetzentwurf über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz). Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsidentin Rita Süßmuth</i> <i>Vizepräsidentin Antje Vollmer</i> <i>Vizepräsident Hans-Ulrich Klose</i> Die Rede der Präsidentin fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Hans-Ulrich Klose</i> den Vorsitz führte.	nein
		10	a) 104. Sitz. b) 9. 5. 1996	Letzte Rednerin in der verbundenen Aussprache zur vereinbarten Debatte: Mahnmal für die ermordeten Juden Europas. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Hans Klein</i> .	nein

Hinweis

Bezüglich Terminierung, Tagesordnung und Verlauf bestimmter Plenarsitzungen oder einzelner Debatten sind auch die folgenden Abschnitte von Interesse:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

8.9 Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern

Nach Art. 43 Abs. 2 GG haben „die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten ... zu allen Sitzungen des Bundestages und seiner Ausschüsse Zutritt. Sie müssen jederzeit gehört werden“.

Die seit 1972 sprunghaft gestiegene Ausübung des Rederechts durch Bundesratsmitglieder führte wiederholt zu verfassungspolitischen und -rechtlichen Auseinandersetzungen. Auf eine der Ursachen wiesen u. a. *Dieter Wilke* und *Bernd Schulte* hin:

„Die Aufmerksamkeit, die jener Befugnis seit kurzem zuteil wird, ist auf ihre häufige Inanspruchnahme und ihre Nutzung zugunsten parteipolitischer Ziele zurückzuführen. Das von vielen Beobachtern konstatierte und von manchen mißbilligte ‚Spannungsfeld‘ zwischen Bundestag und Bundesrat beruht auf den entgegengesetzten Mehrheitsverhältnissen, die seit 1969 die Struktur beider Verfassungsorgane bestimmen. Daher ist es verständlich, wenn auch das Rederecht der Bundesratsmitglieder in die ‚Kontroversen um den Bundesrat‘ (*Friedrich Karl Fromme*) einbezogen wird.“**)

Neben den entgegengesetzten Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat führt immer wieder auch ein besonderer Umstand zu vermehrten Wortmeldungen eines Bundesratsmitgliedes: falls es sich dabei um einen Kanzlerkandidaten handelt, der zudem Vorsitzender einer Partei ist, die sich im Bundestag in Opposition befindet (so zum Beispiel erstmals zwischen 1973 und 1976 *Helmut Kohl*, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Parteivorsitzender der CDU).

In der folgenden Tabelle**) ist die Inanspruchnahme des Rederechts aus Art. 43 Abs. 2 GG – beschränkt auf die Wortmeldungen im Plenum – durch die Bundesratsmitglieder in den bisherigen Wahlperioden des Bundestages dargestellt.

*) *Dieter Wilke* und *Bernd Schulte*, Zum Rederecht von Bundesratsmitgliedern im Bundestag: Rechtstatsachen aus der Staatspraxis. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 4. S. 413–421. Vgl. auch *Dieter Wilke* und *Bernd Schulte*, Der Bundestag als Forum des Bundesrates. Bemerkungen zum Rederecht nach Art. 43 Abs. 2 GG. In: Gedächtnisschrift für *Friedrich Klein*. Hrsg. von *Dieter Wilke* und *Harald Weber*. München 1977. S. 574–612.

**) Quellen:

1.–7. Wahlperiode: *Dieter Wilke* und *Bernd Schulte*, a. a. O.;

8.–13. Wahlperiode: errechnet nach den Unterlagen des Sach- und Sprechregisters des Deutschen Bundestages

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern	56	23	25	27	39	22	74
davon abziehen: Berichterstattungen für den Vermittlungsausschuß	24	18	9	7	3	0	5
demnach Ausübungen des Rede- rechts nach Art. 43 Abs. 2 GG (Zahl der Wortmeldungen)	32	5	16	20	36	22	69
– davon durch Bundesrats- mitglieder (in Klammern: Minister- präsidenten)	27 (7)	4 (0)	14 (10)	19 (5)	32 (11)	20 (3)	46 (22)
– davon durch stellvertretende Bundesratsmitglieder	3	1	2	1	4	2	23
– davon durch Nichtmitglieder des Bundesrates	2	0	0	0	0	0	0
Zahl der Redner nach Art. 43 Abs. 2 GG	25	4	12	14	26	17	36
– davon Bundesratsmitglieder (in Klammern: Minister- präsidenten)	20 (5)	3 (0)	10 (6)	13 (5)	22 (7)	15 (3)	23 (7)
– davon stellvertretende Bundes- ratsmitglieder	3	1	2	1	4	2	13
– davon durch Nichtmitglieder des Bundesrates	2	0	0	0	0	0	0
Aufgliederung der Wortmeldungen nach der Landeszugehörigkeit der Redner ¹⁾							
Baden-Württemberg ²⁾	(5/6) 6 ²⁾	1	1	5	1	3	8
Bayern	(5/6) 4	0	0	4	5	2	12
Berlin	(4) 4	3	4	3	4	2	7
Brandenburg ³⁾	(4) –	–	–	–	–	–	–
Bremen	(3) 0	0	1	2	0	1	4
Hamburg	(3) 2	0	0	0	8	2	3
Hessen	(4) ⁵⁾ 2	0	0	1	4	2	1
Mecklenburg- Vorpommern ³⁾	(3) –	–	–	–	–	–	–
Niedersachsen	(5/6) 7	0	2	0	2	2	3
Nordrhein-Westfalen	(5/6) 3	1	3	4	5	2	6
Rheinland-Pfalz	(4) 1	0	0	0	1	5	18
Saarland ⁴⁾	(3) –	–	3	1	3	0	0
Sachsen ³⁾	(4) –	–	–	–	–	–	–
Sachsen-Anhalt ³⁾	(4) –	–	–	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	(4) 3	0	2	0	3	1	7
Thüringen ³⁾	(4) –	–	–	–	–	–	–

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
68	50	72	77	158
12	5	1	0	0
56	45	71	77	158
37	33	38	47	118
(18)	(18)	(11)	(25)	(55)
19	12	33	30	40
0	0	0	0	0
31	28	41	43	70
17	18	20	19	45
(9)	(9)	(6)	(8)	(17)
14	10	21	24	25
0	0	0	0	0
10	4	6	1	4
14	5	4	5	16
4	7	10	19	8
–	–	–	0 ³⁾	14
4	2	3	2	3
2	6	5	7	3
0	1	9	4	20
–	–	–	0 ³⁾	4
3	2	3	6	10
11	10	22	15	16
4	4	5	1	17
1	1	3	11	14
–	–	–	0 ³⁾	9
–	–	–	0 ³⁾	3
3	3	1	6	6
–	–	–	0 ³⁾	11

Die Tabelle läßt erkennen:

- einen sprunghaften Anstieg der Redebeiträge erstmals in der 7. Wahlperiode,
- einen stärkeren Anteil auch von stellvertretenden Bundesratsmitgliedern ab der 7. Wahlperiode,
- eine Verdoppelung der Wortmeldungen nach der Vereinigung Deutschlands in der 12. Wahlperiode,
- einen relativ hohen Anteil von Ministerpräsidenten unter den Rednern in der 3., 7., 8., 9., 11. und 12. Wahlperiode,
- die unterschiedliche und schwankende Nutzung des Rederechts durch die einzelnen Bundesländer (vgl. etwa Rheinland-Pfalz: keine Wortmeldung in der 2. bis 4. Wahlperiode, 18 Wortmeldungen in der 7. Wahlperiode; Saarland: keine Wortmeldung in der 6. und 7. Wahlperiode, 11 bzw. 14 Wortmeldungen in der 11. und 12. Wahlperiode).

★ Die Gesamtzahl der Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern im Bundestag nach Artikel 43 Abs. 2 GG zwischen der 1. und der 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **607**.

- 1) Hinter dem Namen des Bundeslandes ist in Klammern jeweils die Zahl seiner Stimmen im Bundesrat vermerkt. Rechtsgrundlage für die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat ist Art. 51 Abs. 2 GG, der im Rahmen des Einigungsvertragsgesetzes zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. September 1990 geändert wurde. Änderungen in der Stimmenzahl werden bei den betroffenen Bundesländern durch Schrägstrich (z. B. 5/6) für die Zeit vor/nach 1990 angegeben.
- 2) in der ersten Wahlperiode Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern
- 3) Bundesland ab 3. Oktober 1990
- 4) Bundesland ab 1. Januar 1957
- 5) durch Anwachsen der Einwohnerzahl auf über sechs Millionen ab Januar 1996 fünf Stimmen

8.10 Inhalte der Plenarsitzungen

Während die Sitzungszeit der Plenums für alle Wahlperioden des Bundestages lückenlos dokumentiert ist (vgl. Abschnitt 8.3), liegen über den Ablauf und die Inhalte der Plenarsitzungen*) – also über das gesamte öffentliche Geschehen des Parlaments – so gut wie keine empirischen Untersuchungen vor: weder über die Aufteilung der Sitzungszeit auf die verschiedenen Parlamentsfunktionen wie Wahlen, Gesetzgebung, Haushaltsbewilligung, Kontrolle, aktuelle politische Diskussion; noch über die Aufteilung auf die verschiedenen Tagesordnungspunkte und Debattenformen wie Beratung der Gesetze, Regierungserklärung mit Aussprache, Behandlung von Anträgen aller Art, Fragestunde, Aktuelle Stunde, Regierungsbefragung, Geschäftsordnungsdebatte usw. Lediglich einzelne Reden und Debatten sind überwiegend unter sprachwissenschaftlichen Gesichtspunkten analysiert worden (vgl. Abschnitt 8.22), aber eine statistische Aufgliederung über mehrere Wahlperioden hinweg, die Auskunft geben könnte über die Struktur und „Dramaturgie“ der Plenarsitzungen und einen möglichen Wandel, fehlt.

Im vorliegenden *Datenhandbuch* ist der Abschnitt „Inhalte der Plenarsitzungen“ eingeführt worden, um auf die vorhandenen wenigen empirischen Studien und Statistiken hinzuweisen und um Materialien beizusteuern, die einen gewissen Einblick über das Geschehen im Plenum bieten. Der Abschnitt ist folgendermaßen untergliedert:

- Inhalt der Plenardebatten: Statistik (S. 1714)
- Beratung der Gesetze im Plenum (S. 1715)
- Politische Aussprachen im Plenum: Statistik (S. 1716)
- „Vereinbarte Debatten“ (S. 1716)
- Behandlung selbständiger politischer Anträge im Plenum (S. 1721)

Inhalt der Plenardebatten: Statistik

Über die verschiedenen Inhalte der Plenardebatten des Bundestages und ihre Aufgliederung nach Parlamentsfunktionen liegen nur wenige Untersuchungen vor.

Zumindest für einen Teil der 4. Wahlperiode – nämlich für die Jahre 1963 und 1964 – sind die Druckseiten der Stenographischen Berichte des Bundestages ausgezählt worden und die Debatten inhalt-

*) Vgl. *Wolfgang Zeh*, Theorie und Praxis der Parlamentsdebatte. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 917–937.

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das *Datenhandbuch* Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

lich nach Gesetzgebung, Haushaltsberatung und Kontrolle aufgeteilt worden.*) Zum Ergebnis siehe die nebenstehende Tabelle.

Diese Angaben für die Jahre 1963 und 1964 der 4. Wahlperiode decken sich weitgehend mit einer anderen Untersuchung über die gesamte 4. Wahlperiode. Danach entfiel von der insgesamt dem Plenum zur Verfügung stehenden Zeit 35,5% auf die Gesetzgebung und 14,3% auf die Haushaltsberatung.**) Siehe auch den folgenden Unterabschnitt.

	Zahl der Seiten	Anteil in %
Ausgewertete Druckseiten der Jahre 1963 und 1964	4 791	100,0
davon inhaltlich zuzuordnen:		
– Gesetzgebung	1 779	37,1
– Haushalt	621	13,0
– Fragestunde	1 050	21,9
– übrige Kontrolle	1 341	28,0

Beratung der Gesetze im Plenum

Für die 4. Wahlperiode (1961–65) ist die Beratungszeit der Gesetze im Plenum des Bundestages untersucht worden.**) Danach hat der Bundestag fast zwei Drittel der Gesetze ohne jegliche öffentliche Aussprache verabschiedet; eine ausführliche Beratung fand nur bei 6% der Gesetze statt.

	4. WP 1961–65	
	Anzahl	in %
Zahl der verabschiedeten Gesetze	429	100,0
davon verabschiedet:		
– ohne Beratung	260	60,6
– nach einer Beratungszeit von weniger als 10 Minuten	41	9,6
– nach einer Beratungszeit zwischen 10 Minuten und 3 Stunden	103	24,0
– nach einer Beratungszeit von mehr als 3 Stunden	25	5,8

*) Quelle: *Thomas Ellwein und Axel Görlitz in Zusammenarbeit mit Andreas Schröder, Parlament und Verwaltung*. 1. Teil: Gesetzgebung und politische Kontrolle. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967, S.235. Es handelt sich um eine vergleichende Studie, in der neben dem Bundestag die Landtage von Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg in den Jahren 1963 und 1964 untersucht wurden.

***) Vgl. *Wilhelm Hennis, Der Deutsche Bundestag 1949–1965. Leistung und Reformaufgaben*. In: *Der Monat*. Jg. 18. 1966. H. 215. S. 31.

Hinweise

Die Zeit, die Abgeordnete in Sitzungswochen für die Teilnahme an Plenarsitzungen aufwenden, ist in Abschnitt 2.15 angegeben.

Die Fälle, in denen die Herbeirufung eines Regierungsmitgliedes zu Plenarsitzungen beantragt wurde, ist in Abschnitt 6.17 zusammengestellt.

Politische Aussprachen im Plenum: Statistik

Mit Hilfe der nebenstehenden Statistik soll versucht werden, annähernd die Häufigkeit von „Aussprachen“ oder „Debatten“ außerhalb der förmlichen Gesetzesberatungen in den einzelnen Wahlperioden des Bundestages zu ermitteln. Die Betonung liegt auf „außerhalb der *Gesetzesberatungen*“. Auch der Begriff „Aussprache“ wird hier nicht im spezifischen und einengenden Sinne der Geschäftsordnung des Bundestages verwendet (die im übrigen das Wort „Debatte“ ganz vermeidet). Zur „Aussprache“ zählt in diesem Unterabschnitt ausnahmsweise auch das geregelte Frage- und Antwortspiel in der Fragestunde und während der Regierungsbefragungen. Es geht bei der Statistik um die Inhalte, d. h. um die Frage, inwieweit der Bundestag in den einzelnen Wahlperioden politische Aussprachen geführt hat, die – von Ausnahmen abgesehen – zur Beratung eines anstehenden Gesetzes keinen unmittelbaren oder förmlichen Bezug hatten.

„Vereinbarte Debatten“

Seit der 10. Wahlperiode (1983–87) ist im Plenum des Bundestages eine Debattenform gebräuchlich geworden, für die sich inzwischen die Bezeichnung „Vereinbarte Debatte“ eingebürgert hat. Es handelt sich um Aussprachen über ein bestimmtes Thema ohne eine Vorlage oder eine Regierungserklärung als Beratungsgegenstand.

Wahrscheinlich hat es auch schon vor der 10. Wahlperiode Debatten gegeben, ohne daß ein Sachantrag oder dergleichen vorgelegen hatte. So ist ein Vorgang von Ende Februar/Anfang März 1980 aktenkundig, wonach die CDU/CSU-Fraktion (damals in der Opposition) vor einer Reise von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* nach Washington eine Debatte über die internationale Lage wünschte, die Regierung jedoch zu einer Regierungserklärung (zunächst) nicht bereit war. Von den Antragstellern wurde damals die Auffassung vertreten, der Bundestag sei souverän und könne – wenn er sich einig sei – jederzeit über jedes beliebige Thema eine Aussprache führen, ohne daß ein Sachantrag vorliegen müsse. Der Bundestag sei in seinen Rechten nicht mehr eingeschränkt als die Regierung, die jederzeit über jedes Thema eine Erklärung abgeben könne. (Da der Bundeskanzler dann doch noch eine Regierungserklärung abgab, erledigte sich der Antrag der CDU/CSU-Fraktion.)

Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung ist in der 10. Wahlperiode mit dem Phänomen der Debatten ohne Vorlagen konfrontiert worden, als zu klären war, ob in derartigen Debatten Entschließungsanträge zulässig seien. Der Ausschuß kam zu folgender Auslegung der Geschäftsordnung:

- „1. Aussprachen des Bundestages zu Verhandlungsgegenständen, zu denen es keine Vorlagen aus dem Katalog von § 75 Abs. 1 GO-BT gibt, sind zulässig. Rechtliche Hindernisse gegen solche Aussprachen sind nicht zu erkennen.
2. Entschließungsanträge zu Aussprachen zu Verhandlungsgegenständen, zu denen es keine Vorlagen aus dem Katalog von § 75 Abs. 1 GO-BT gibt, sind zulässig.
Aussprachen der genannten Art umfassen auch Sondersitzungen des Bundestages gemäß Artikel 39 Abs. 3 GG...“

Der Bundestag hat dieser Auslegung der Geschäftsordnung in der 126. Sitzung vom 14. März 1985 zugestimmt.

Fortsetzung auf Seite 1718

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Wahlperiode	Zahl der Plenarsitzungen mit ...							Zahl der politischen Aussprachen insgesamt
	Regierungserklärungen und Aussprachen	Haushaltsberatungen	„Vereinbarten Debatten“ ⁽¹⁾	Aktuellen Stunden	Aussprachen zu Großen Anfragen	Fragestunden	Befragungen der Bundesregierung	
1. WP 1949–53	32	38	•	–	100	16	–	186
2. WP 1953–57	23	30	•	–	69	44	–	166
3. WP 1957–61	9	31	•	–	44	96	–	180
4. WP 1961–65	18	24	•	2	31	178	–	253
5. WP 1965–69	37	30	•	17	33	223	–	340
6. WP 1969–72	32	24	•	8	30	176	–	270
7. WP 1972–76	44	28	•	20	23	168	10	293
8. WP 1976–80	26	27	•	9	31	135	–	228
9. WP 1980–83	21	23	•	12	13	79	–	148
10. WP 1983–87	51	29	4	117	63	142	3	409
11. WP 1987–90	40	21	16	126	57	107	32	399
12. WP 1990–94	37	29	27	103	57	121	44	418
1.–12. WP 1949–94	370	334	47	414	551	1 485	89	3 290

1) Vgl. dazu den folgenden Unterabschnitt

„Vereinbarte Debatten“ sind inzwischen gängige Praxis im Ablauf der Plenarsitzungen, wobei es mittlerweile auch üblich ist, diese Debatten ohne eine Vorlage als Beratungsgegenstand mit der Beratung von Anträgen zu verbinden, die in sachlichem Zusammenhang stehen.

Die seit der 10. Wahlperiode nachgewiesenen „Vereinbarten Debatten“ sind im folgenden aufgelistet.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema
10. WP 1983–87	1	80.	31. 7. 1984	Haltung der Bundesregierung zum Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 1984 (Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus)
	2	85.	20. 9. 1984	Stellung und Arbeit des Deutschen Bundestages
	3	102.	16. 11. 1984	Parteienfinanzierung und Unabhängigkeit des politischen Mandats
	4	171.	7. 11. 1985	40. Gründungstag der Vereinten Nationen
11. WP 1987–90	1	36.	5. 11. 1987	Mord an zwei Polizisten in Frankfurt
	2	47.	4. 12. 1987	Reform des Gesundheitswesens
	3	48.	9. 12. 1987	Schlechte Versorgungslage in Rumänien
	4	50.	11. 12. 1987	Afghanistan
	5	53.	15. 1. 1988	Vorfälle bei der Firma Nukem
	6	69.	11. 3. 1988	Lage im Nahen Osten, insbesondere in den von Israel besetzten Gebieten
	7	97.	29. 9. 1988	Tagung der 80. Interparlamentarischen Konferenz in Sofia
	8	118.	18. 1. 1989	Erkenntnisse zur Frage einer eventuellen Beteiligung Deutscher am Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen
	9	149.	15. 6. 1989	Ereignisse in der Volksrepublik China
	10	158.	14. 9. 1989	Fluchtbewegung aus der DDR
	11	159.	15. 9. 1989	100jähriges Bestehen der Interparlamentarischen Union
	12	214.	31. 5. 1990	Das soziale Europa
	13	220.	9. 8. 1990	Vorbereitung der deutschen Einheit
	14	221.	23. 8. 1990	Vorbereitung der deutschen Einheit
	15	235.	15. 11. 1990	Lage in der Golfregion
	16	236.	22. 11. 1990	Haltung der Bundesregierung zur Erhöhung von Steuern und Abgaben
12. WP 1990–94	1	33.	19. 6. 1991	Stationierungskonzept der Streitkräfte
	2	43.	25. 9. 1991	Ausländerfeindliche Ausschreitungen
	3	51.	18. 10. 1991	Asylpolitik und Ausländersituation

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema
noch: 12. WP	4	52.	30. 10. 1991	Versuch der Lieferung von Panzern und anderer Geräte durch den Bundesnachrichtendienst an Israel
	5	57.	14. 11. 1991	Deutsche und europäische Weltraumpolitik
	6	64.	5. 12. 1991	Europapolitik
	7	65.	6. 12. 1991	Menschenrechtspolitik
	8	70.	16. 1. 1992	Bericht der unabhängigen Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr
	9	85.	19. 3. 1992	Giftmüllexporte aus der EG in „Nicht-OECD-Staaten“ vor dem Hintergrund des Umweltministerrats am 23. März 1992
	10	101.	22. 7. 1992	Aktuelle Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und Haltung der Bundesregierung zu Einsätzen von Einheiten der Bundeswehr
	11	110.	8. 10. 1992	Extremismus und Gewalt
	12	113.	15. 10. 1992	Asylpolitik
	13	128.	10. 12. 1992	Menschenrechte
	14	134.	21. 1. 1993	Deutsch-französische Freundschaft anlässlich des 30. Jahrestages des Elysée-Vertrages
	15	150.	26. 3. 1993	Deutschlands Verantwortung gegenüber Weltgemeinschaft und Bündnis
	16	163.	17. 6. 1993	40. Jahrestag des Aufstandes am 17. Juni 1953
	17	163.	17. 6. 1993	Einsatz der Bundeswehr in Somalia
	18	170.	12. 7. 1993	Vorgänge in Bad Kleinen
	19	176.	23. 9. 1993	Friedensprozeß im Nahen Osten
	20	185.	28. 10. 1993	HIV-Infektionsgefährdung durch Blutprodukte
	21	186.	29. 10. 1993	Entwicklungspolitik
	22	186.	29. 10. 1993	Energiepolitik
	23	200.	10. 12. 1993	Pflegeversicherung
	24	213.	3. 3. 1994	Lage im Sudan
	25	217.	11. 3. 1994	Pflegeversicherung
	26	225.	28. 4. 1994	Aussagen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten betreffend den weiteren Konjunktur- und Arbeitsmarktverlauf
	27	243.	21. 9. 1994	Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 25. August 1994 (Billigung einer Meinungsäußerung, die Soldaten als „Mörder“ bezeichnet)

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema
13. WP 1994– ¹⁾	1	12.	19. 1. 1995	Lage in Tschetschenien
	2	17.	8. 2. 1995	Strukturreform der ARD
	3	23.	8. 3. 1995	Internationaler Frauentag
	4	33.	26. 4. 1995	9. Jahrestag des atomaren Unfalls in Tschernobyl
	5	41.	1. 6. 1995	Kennzeichnungspflicht gentechnisch hergestellter oder manipulierter Lebensmittel oder Lebensmittelzusatzstoffe
	6	44.	22. 6. 1995	Arbeit der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“
	7	49.	13. 7. 1995	Jahressteuergesetz 1996
	8	58.	28. 9. 1995	Luft- und Raumfahrtindustrie in Deutschland (DASA)
	9	64.	26. 10. 1995	Frauenförderung in der Europäischen Union
	10	77.	7. 12. 1995	Tag der Menschenrechte
	11	88.	28. 2. 1996	Vergleichsantrag der Bremer Vulkan
	12	95.	14. 3. 1996	Parlamentarische Behandlung des Jahresgutachtens 1996 des Sachverständigenrates für Umweltfragen
	13	104.	9. 5. 1996	Mahnmal für die ermordeten Juden Europas
	14	109.	12. 6. 1996	Ergebnisse der NATO-Frühjahrstagung in Berlin und die Perspektiven für gemeinsame Sicherheit in Europa
	15	119.	29. 8. 1996	Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetze, Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz, Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit, Beitragsentlastungsgesetz, Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997, GKV-Weiterentwicklungsgesetz und Achstes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
	16	123.	13. 9. 1996	Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-Ergänzungsgesetz, Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit, Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz, Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz, Beitragsentlastungsgesetz und Achstes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
	17	128.	10. 10. 1996	Europapolitik und Sondergipfel am 5. Oktober 1996
	18	128.	10. 10. 1996	Deutsche Einheit
	19	148./ 149.	12./13. 12. 1996	Substanzsteuern
	20	155.	31. 1. 1997	Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftswachstum

1) Stand: 31. August 1997

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema
noch: 13. WP	21	164.	14. 3. 1997	Beschäftigungssituation und Perspektiven des Steinkohlebergbaus
	22	169.	17. 4. 1997	Iran-Politik
	23	176.	16. 5. 1997	Ergebnisse der neuesten Steuerschätzung
	24	181.	12. 6. 1997	Gesundheitspolitik
	25	186.	5. 8. 1997	Steuern und Arbeitsplätze
	26	186.	5. 8. 1997	Hochwasserkatastrophe an der Oder

Behandlung selbständiger politischer Anträge im Plenum

Der Antrag ist neben der Gesetzesinitiative ein parlamentarisches Gestaltungselement, von dem die Fraktionen seit 1980 in zunehmendem Maße Gebrauch machen.

„Ein Antrag“, so definiert *Rudolf Kabel*, „ist die formelle Aufforderung an das Parlament, eine bestimmt bezeichnete Entscheidung zu treffen.“^{*)} Es handelt sich also um keinen „Vorschlag“ und auch um keine „Beschlussempfehlung“, wie sie Ausschüsse vorlegen aufgrund von Aufträgen, die das Plenum ihnen erteilt hat. Anträge sind auch keine „Verlangen“: So bezeichnet die Geschäftsordnung des Bundestages Anträge, denen entsprochen werden muß, d. h. über die nicht mehr abgestimmt werden kann, wenn bestimmte Voraussetzungen, etwa ein vorgeschriebenes Quorum, erreicht sind.^{**)} Der Sprachgebrauch der Geschäftsordnung des Bundestages ist freilich erst nach mehreren Reformen zu den heutigen klaren Unterscheidungskriterien gelangt. Dies gilt nicht zuletzt für die zahlreichen Arten der Anträge, beispielsweise selbständige Anträge, Entschließungsanträge, Änderungsanträge oder Anträge zur Geschäftsordnung.

Im vorliegenden Unterabschnitt interessieren allein „Anträge zur Sache“, d. h. keine Anträge zur Geschäftsordnung und auch keine anderen Anträge zum parlamentarischen Verfahren. Bei den „Anträgen zur Sache“ wiederum sind hier nur die „selbständigen“ Anträge von Mitgliedern des Bundestages relevant, d. h. Anträge, die „für sich allein als Verhandlungsgegenstand auf der Tagesordnung des Plenums“ stehen (*Kabel*), also beispielsweise keine Änderungsanträge.

Bis 1980 entschied die Geschäftsordnung noch zwischen „Anträgen, die einen Gesetzentwurf enthalten“ und solchen, wo dies nicht der Fall war; nachdem seit 1980 alle Gesetzentwürfe, d. h. auch die aus der Mitte des Bundestages, einheitlich als „Gesetzentwürfe“ bezeichnet werden, stehen die selbständigen Anträge nicht mehr in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einer Gesetzesinitiative. Inhaltliche Beschränkungen gibt es nach der Geschäftsordnung ansonsten nicht: „Die Antragsberechtigten sind also grundsätzlich frei, dem Parlament zur Beschlußfassung vorzuschlagen, was sie wollen.“ (*Kabel*) Antragsberechtigt sind eine Fraktion oder fünf vom Hundert der Mitglieder des

*) *Rudolf Kabel*, Die Behandlung der Anträge im Bundestag: Rechte, Formen und Verfahren. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 883–916, hier: S. 883; auch die weiteren Erläuterungen zum Antragsrecht folgen dieser Veröffentlichung.

**) Ein Untersuchungsausschuß beispielsweise wird eingesetzt, wenn das erforderliche Viertel der Mitglieder des Bundestages dies „verlangt“.

Bundestages, nicht jedoch Organe des Bundestages (beispielsweise Ausschüsse), die Bundesregierung oder der Bundesrat.

Von den selbständigen Anträgen sind die Entschließungsanträge zu unterscheiden. Sie zählen zu den unselbständigen Anträgen, d. h. sie können formal und inhaltlich nur zu einem auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungsgegenstand, z. B. zu einer Regierungserklärung oder Großen Anfrage, stehen. Auch von solchen Entschließungsanträgen wird in letzter Zeit immer häufiger Gebrauch gemacht.

Die selbständigen Anträge sind im Zusammenhang mit dem Thema „Inhalt der Plenarsitzungen“ von Interesse, weil sie die Möglichkeit bieten, zu jedem denkbaren politischen Thema im Plenum eine Aussprache zu eröffnen. Dabei ist zweitrangig, daß diese Anträge in der Regel mit Mehrheit abgelehnt werden, sofern sie von der Opposition stammen.

Die zahlenmäßige Entwicklung der selbständigen Anträge seit der 8. Wahlperiode zeigt die folgende Statistik.*)

	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Zahl der selbständigen Anträge	141	92	419	827	709
davon eingereicht von:					
– CDU/CSU	114	66	0	2	•
– SPD	0	4	170	304	•
– FDP	0	0	0	1	•
– DIE GRÜNEN	–	–	177	371	•
– CDU/CSU, FDP	0	2	49	78	•
– CDU/CSU, SPD	1	0	1	2	•
– CDU/CSU, SPD, FDP	14	6	10	25	•
– SPD, FDP	12	14	1	0	•
– CDU/CSU, FDP, GRÜNE	–	–	1	0	•
– SPD, FDP, GRÜNE	–	–	2	2	•
– SPD, GRÜNE	–	–	0	1	•
– CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNE	–	–	8	40	•
– Fraktionsloser	–	–	–	1	•

*) Quelle: *Wolfgang Ismayr, Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze.* Opladen 1992. S. 490; vgl. auch ders., *Selbständige Anträge und Entschließungsanträge: Vielfältig genutzte Mittel öffentlicher Kontrolle und Initiative.* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen.* Jg. 22. 1991. H. 2. S. 197–204.

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Die Zahlen zeigen, daß selbständige Anträge überwiegend von den Oppositionsfraktionen vorgelegt werden. Dies gilt für die 8. und 9. Wahlperiode, als sich die CDU/CSU (bis Oktober 1982) in Opposition befand, ebenso wie für die Wahlperioden danach, als SPD und GRÜNE die Opposition bildeten. Auffallend freilich ist auch, daß diese beiden Fraktionen in der 10. und 11. Wahlperiode zwar 82,8% bzw. 81,6% aller Anträge stellten, gemeinsam jedoch nur einen einzigen (!) in den sieben Jahren.

Ismayr kommt zu dem Schluß: „Insgesamt gesehen sind Anträge und auch Entschließungsanträge insbesondere für die Oppositionsfraktionen ein wichtiges Mittel, um alternative Konzepte und Handlungsprogramme zu unterbreiten und die Regierungsmehrheit zu veranlassen, sich nicht nur in der Debatte damit auseinanderzusetzen, sondern auch durch ihr Abstimmungsverhalten öffentlich Farbe zu bekennen. Dabei wird seit der 10. Wahlperiode zunehmend das Druckmittel namentlicher Abstimmungen eingesetzt.“*)

8.11 Regelungen zur Debattendauer**)

Für die zeitliche Steuerung von Sachdebatten im Bundestag sind, abgesehen von der Sonderregelung der Aktuellen Stunde, Absprachen unter den Fraktionen unentbehrlich. Der 1969 eingeführte Grundsatz, daß ein Redner nicht länger als 15 Minuten sprechen soll, hat sich nur teilweise durchsetzen können, weil die Fraktionen von dem Recht, für ihre Redner längere Redezeiten anzumelden, häufig Gebrauch machen.

Nach der Geschäftsordnung von 1980 gilt eine strengere Regelung: Wenn nichts anderes im Ältestenrat vereinbart oder vom Bundestag beschlossen worden ist, „darf“ der einzelne Abgeordnete nicht länger als 15 Minuten sprechen, und es kann nur auf Verlangen einer Fraktion einer ihrer Redner bis zu 45 Minuten in Anspruch nehmen.

Tatsächlich ist eine Debatte wohl nur zu straffen, wenn zunächst über die angemessene Gesamtdauer der Aussprache eine Verständigung erreicht wird. Die Geschäftsordnung ermöglicht daher, daß der Bundestag die Dauer der Aussprache über einen Gegenstand festsetzt. Dazu bedarf es einer Aufteilung der Redezeiten auf die Fraktionen.

Erst in der 7. Wahlperiode, zunächst für eine Debatte in der Mitte dieser Wahlperiode, sodann während des ganzen letzten Jahres konnte ein Verfahren praktiziert werden, das die Debattendauer durch eine generelle Aufteilung zwischen Koalition und Opposition einschließlich der Redner von Bundesregierung und Bundesrat einer strengen Kontingentierung unterzog. In der 8. Wahlperiode wurde diese konstante Aufteilung gelockert, indem für Reden der Regierungs- und Bundesratsvertreter die Regel eines Zeitausgleichs zur Gegenäußerung entwickelt werden konnte. Demgegenüber sind Ansätze in dieser Richtung während früherer Wahlperioden nicht von nachhaltigem Erfolg gewesen.

Zu ausdrücklichen Vereinbarungen über die Dauer von Aussprachen kam es nur je einmal in der 6. und in der 3. Wahlperiode und im übrigen häufiger lediglich während der 1. Wahlperiode.

*) *Wolfgang Ismayr*, a. a. O. (1991), S. 203–204.

***) Quellen: *Hans-Josef Vonderbeck*, Regelung der Debattendauer im Deutschen Bundestag. 1. bis 8. Wahlperiode. In: ders., *Parlamentarische Informations- und Redebefugnisse*. Berlin 1981. S. 47–60 [Auszug], ferner *Hans-Achim Roll*, Geschäftsordnungspraxis im 10. Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 17. 1986. H. 3. S. 315 sowie *Rupert Schick* und *Wolfgang Zeh*, So arbeitet der Deutsche Bundestag. 5. Aufl. Rheinbreitbach 1991, S. 51 und 8. überarb. Aufl. Rheinbreitbach 1995, S. 54.

Wahlperiode	Regelungen zur Debattendauer
1. WP 1949–53	<p>Häufiger, vor allem bei der Aussprache zu Regierungserklärungen, wird die Debattendauer und die Verteilung der Redezeit auf die Fraktionen jeweils auf Vorschlag des Ältestenrates beschlossen.</p> <p>Zeitanteile nach Fraktionsstärken abgestuft:</p> <p>anfangs z. B. große Fraktionen je 1 Stunde, kleine Fraktionen je 1/2 Stunde, oder (bei 130 Min. Gesamtredezeit): CDU/CSU und SPD je 30 Min., FDP 15 Min., kleinere Fraktionen je 10 Min. und die kleinste Fraktion 5 Minuten, oder CDU/CSU und SPD je 50 Min., FDP 30 Min., kleinere Fraktionen zwischen 20 und 10 Minuten;</p> <p>später: proportionale Verteilung der Fraktionsredezeiten nach Höchstzahlverfahren <i>d'Hondt</i>; bei kürzerer Gesamtredezeit erhalten die kleinen Fraktionen auf jeden Fall eine Mindestredezeit von 5 Minuten.</p> <p>Reden der Regierungs- und Bundesratsvertreter bleiben zeitlich unberücksichtigt.</p>
2. WP 1953–57	<p>Grundsätzlicher Verzicht auf eine Begrenzung der Redezeiten.</p>
3. WP 1957–61	<p>Einmaliger Versuch einer Begrenzung der Debattendauer während der Aussprache zu zwei Großen Anfragen zu Beginn des vierten Sitzungstages (21. Sitz. vom 25. 3. 1958):</p> <p>Mehrheitsbeschluß gegen den Willen der Oppositionsfraktionen (SPD und FDP): Begrenzung der weiteren Aussprache auf 8 Stunden, Verteilung der Fraktionsredezeiten nach Höchstzahlverfahren <i>d'Hondt</i> (= CDU/CSU 4 Stunden und 17 Min., SPD 2 Stunden und 47 Min., FDP 40 Min. und DP 16 Minuten).</p> <p>Als im weiteren Verlauf der Debatte drei Regierungsmitglieder hintereinander das Wort ergreifen, beantragt die Opposition Aufhebung der beschlossenen Redezeitbegrenzung; der Antrag wird abgelehnt.</p> <p>Aufgrund dieses Sachverhaltes reichen Abgeordnete der Opposition eine Organklage beim Bundesverfassungsgericht ein, die jedoch abgewiesen wird (u. a. mit der Begründung, das Redeprivileg aus Art. 43 Abs. 2 GG könne nicht durch den Bundestag beschränkt werden).</p>
4. WP 1961–65	<p>Nur gelegentliche Ältestenrats-Vereinbarungen zur Debattendauer. Im übrigen Einführung der „Aktuellen Stunde“: eine auf 60 oder 90 Minuten begrenzte Aussprache – die Redezeit von Bundesregierung und Bundesrat nicht mitgerechnet –, in der die einzelnen Redner nicht länger als fünf Minuten sprechen dürfen.</p>
5. WP 1965–69	<p>Nur gelegentliche Ältestenrats-Vereinbarungen zur Debattendauer.</p>
6. WP 1969–72	<p>Einmaliger (gelungener) Versuch einer neuen Form der Debatteneinteilung bei der Aussprache zu den Ostverträgen (171. bis 173. Sitz. vom 23. bis 25. 2. 1972): als Maßstab nicht mehr Prinzip der Gewaltenteilung (Gegenüber von Gesamtparlament und Regierung), sondern Gegenüber von Koalition und Opposition.</p> <p>Verteilung der Debattendauer zwischen den Rednern der Regierung und der Koalitionsfraktionen einerseits und den Rednern der Opposition andererseits (unter Einbeziehung von Bundesratsmitgliedern je nach Parteizugehörigkeit) im Verhältnis zunächst von 11 1/2 Stunden zu 10 1/2 Stunden (bei nachträglicher Verlängerung um 4 Stunden im Verhältnis von 140 zu 100 Minuten). Zeitabsprache wird nur in den Fraktionen, nicht im Plenum bekanntgegeben.</p> <p>Entscheidend für das Gelingen dieser Zeitabsprache ist, daß sich Bundesregierung und Bundesrat – erstmals – in die Redeordnung einfügen.</p>

Wahlperiode	Regelungen zur Debattendauer
7. WP 1972–76	<p>Erst ab Mitte der Wahlperiode erneute Vereinbarung zur Begrenzung der Debatte unter Einbeziehung der Redner von Bundesregierung und Bundesrat (Agrardebatte, 122. Sitz. vom 10. 10. 1974; in diesem Fall noch ohne Verständigung über Gesamtdauer der Aussprache); Einigung auf einen generell anwendbaren Verteilungsschlüssel: Koalitionsfraktionen und Regierung je 30%, Oppositionsfraktion 40% der Debattendauer, Anrechnung der Reden von Bundesratsmitgliedern je nach Parteizugehörigkeit.</p> <p>Spätere mehrmalige Anwendung des Verteilungsschlüssels jetzt in Verbindung mit Vereinbarungen über die Gesamtredezeit (Sportdebatte, 219. Sitz. vom 30. 1. 1976; Steuerdebatte, 221. Sitz. vom 12. 2. 1976 usw.).</p> <p>Nochmalige Anwendung des Verteilungsschlüssels ohne Festsetzung der Gesamtdauer der Aussprache mit Verständigung auf die knappe Formel Koalition 60%, Opposition 40% (Polen-debatte, 224. Sitz. vom 19. 2. 1976).</p> <p>Später nicht nur Zeitabsprachen für einzelne Debatten, sondern Einbeziehung aller Tagesordnungspunkte eines Sitzungstages (z. B. 247. Sitz. vom 3. 6. 1976 für neun Tagesordnungspunkte) jeweils bei Sitzungsbeginn durch Beschluß des Hauses.</p>
8. WP 1976–80	<p>Fälle von Begrenzungen der Debattendauer im allgemeinen in Form von Vereinbarungen im Ältestenrat, nur bei wenigen Tagesordnungspunkten ausdrückliche Beschlüsse; weiterhin Einbeziehung der Redezeiten von Bundesregierung und Bundesrat. Aufteilung im Verhältnis 6:4, aber modifiziert durch die neue Regelung eines Zeitausgleichs zur Entgegnung auf Reden von Regierungsvertretern.</p> <p>Einführung der „Aussprache mit Kurzbeiträgen“ von je 10 Minuten für jede Fraktion (zuerst praktiziert in der Aussprache zu einer Großen Anfrage betr. Jugendkriminalität in der 56. Sitz. vom 11. 11. 1977); Verfahren (zunächst versuchsweise) durch Ergänzung der Geschäftsordnung festgelegt.</p>
9. WP 1980–83	Regelmäßige Beschlüsse zur Dauer der Aussprache jeweils auf Vorschlag des Ältestenrats; Aufteilung grundsätzlich im Verhältnis 6:4 für Koalition und Opposition.
10. WP 1983–87	Regelmäßige Beschlüsse zur Dauer der Aussprache jeweils auf Vorschlag des Ältestenrats; abgewandelte Aufteilung für Koalition und Opposition nach dem Verhältnis 57,5% (Koalition) : 33,33% (SPD) : 9,17% (DIE GRÜNEN). Bei einer Debatte von zwei Stunden bedeutet dies eine Redezeit von 69 Minuten für die Koalition, 40 Minuten für die SPD-Fraktion und 11 Minuten für die Fraktion DIE GRÜNEN.
11. WP 1987–90	<p>Regelmäßige Beschlüsse zur Dauer der Aussprache jeweils auf Vorschlag des Ältestenrats; abgewandelte Aufteilung für Koalition und Opposition, indem bei einer Gesamtredezeit von 61 Minuten (scherzhaft: „Bonner Stunde“) der Koalition 34 Minuten, der SPD-Fraktion 20 Minuten und der Fraktion DIE GRÜNEN 7 Minuten zustehen.</p> <p>Der Gruppe der PDS wurde nach ihrem Einzug in den Bundestag am 3. Oktober 1990 eine Redezeit von fünf Minuten pro Debattenstunde zugestimmt und die „Bonner Stunde“ somit auf 66 Minuten verlängert.</p>
12. WP 1990–94	Erneut regelmäßige Beschlüsse zur Verteilung der Redezeit bei längeren Debatten nach einem festen Schlüssel: Bei einer Gesamtredezeit von 66 Minuten stehen den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP 36 Minuten, der SPD-Fraktion wie zuvor 20 Minuten sowie den beiden Gruppen PDS/LL und Bündnis 90/Grüne je 5 Minuten zu. Die von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrates in Anspruch genommenen Redezeiten werden auf die Redezeit der entsprechenden Fraktion angerechnet.

Wahlperiode	Regelungen zur Debattendauer
13. WP 1994 ¹⁾	Wiederum regelmäßige Beschlüsse zur Verteilung der Redezeit bei längeren Debatten nach einem festen Schlüssel: Bei einer Gesamtredezeit von 68 Minuten („Bonner Stunde“) stehen den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP 35 Minuten, der SPD-Fraktion 21 Minuten, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 7 Minuten und der Gruppe der PDS 5 Minuten zu. Wie zuvor werden die von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrates in Anspruch genommene Redezeit auf die Redezeit der entsprechenden Fraktion angerechnet.

1) Stand: 31. August 1997

8.12 Arten der Abstimmung

Abgestimmt wird gewöhnlich durch Handzeichen oder durch Aufstehen oder Sitzenbleiben. Sonderformen der Abstimmung sind die namentliche Abstimmung und die geheime Abstimmung (letztere nur bei Wahlen zulässig), ferner die Auszählung der Stimmen durch den sogenannten „Hammelsprung“.

Namentliche Abstimmungen dienen dazu, die Stimmabgabe des einzelnen Abgeordneten zu einer bestimmten Entscheidung transparent zu machen und durch Abdruck im Plenarprotokoll festzuhalten.

Voraussetzung für eine namentliche Abstimmung war nach § 57 GO BT a.F., daß der Antrag dazu von mindestens 50 anwesenden Mitgliedern unterstützt wird (seit Änderung des § 57 GO BT vom 27. März 1969: von mindestens so vielen Mitgliedern des Bundestages, wie einer Fraktionsstärke entspricht, d. h. 26 Abgeordneten). Seit 1980 muß nach § 52 GO BT die namentliche Abstimmung „von einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages“ (d. h. 26 Abgeordneten) verlangt werden.

In folgenden Fällen ist die namentliche Abstimmung unzulässig (§ 53, früher § 58 GO BT):

- Stärke eines Ausschusses,
- Abkürzung der Fristen,
- Sitzungszeit und Tagesordnung,
- Vertagung der Sitzung,
- Vertagung der Beratung oder Schluß der Aussprache,
- Teilung der Frage,
- Überweisung an einen Ausschuß.

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 6.11 mit einer statistischen Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen, nach Ressorts gegliedert,
- 6.18 mit einer Aufstellung der von den Ressorts an den Bundestag erstatteten Berichte,
- 6.20 mit der parlamentarischen Beanspruchung der Bundesministerien,
- 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert,
- 12.1 mit der Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen,
- 17.3 mit einer Statistik der Petitionen, aufgegliedert nach der Zuständigkeit der Ministerien.

Der „**Hammelsprung**“^{**}), d. h. die Auszählung der Stimmen bei einer Abstimmung, kann nicht beantragt werden, sondern wird gewöhnlich vom amtierenden Präsidenten angeordnet, wenn der Sitzungsvorstand über das Ergebnis einer Abstimmung mittels Handzeichen oder durch Aufstehen und Sitzbleiben – auch nach Vornahme der Gegenprobe – nicht einig ist. Auch bei der Bezweiflung der Beschlussfähigkeit des Hauses ist eine Auszählung der Stimmen erforderlich. Außerdem stimmt der Bundestag über den Einspruch des Bundesrates nach Artikel 77 Abs. 4 GG durch Zählung der Stimmen ab, wenn nicht namentliche Abstimmung verlangt wird (§ 91, früher § 92 GO BT).^{**})

- *) Der frühere Reichstagspräsident *Paul Löbe* gibt als Erklärung, weshalb diese Art der Zählung als „Hammelsprung“ bezeichnet wird, folgendes an:

„Schon im Reichstag der Kaiserzeit hatte sich für eine bestimmte Form der Auszählung bei zweifelhaften Mehrheiten der Ausdruck ‚Hammelsprung‘ eingebürgert. Er ist durch eine Äußerlichkeit im Sitzungssaal des Reichstages entstanden. Bei der Auszählung sollten alle Abgeordneten den Sitzungssaal verlassen, dann wurden alle Türen geschlossen und nur zwei offen gehalten. Durch die offene Tür an der rechten Seite betraten die Ja-Sager den Sitzungssaal, während auf der anderen Seite die Abgeordneten eintraten, welche eine ablehnende Stimme zu erkennen geben wollten. Im Giebelbild dieser beiden Abstimmungstüren hatten die Architekten Sinnbilder dieses Vorganges angebracht. Auf der linken Seite war der schlesische Berggeist Rübezahl in Holzschmuck ausgearbeitet, während er die Rüben zählte, und auf der rechten Seite zählte ein Schafhirt seine Herde, indem er die einzelnen Tiere zwischen seinen Beinen durchlaufen ließ, eine Prozedur, die beim Zählen der Schafe allgemein üblich sein soll und auf welche die scherzhafte Bezeichnung ‚Hammelsprung‘ zurückzuführen ist. Diese war umsoweniger anstößig, als es damals noch keine weiblichen Abgeordneten gab. Später ist zu diesen beiden Türen noch eine dritte gekommen für die Abgeordneten, die zwar ihre Anwesenheit bekunden, sich aber ihrer Stimmabgabe enthalten wollten. Der humoristische Name ‚Hammelsprung‘ hat sich durch alle Perioden des Reichstages und jetzt auch im Bundestag erhalten.“

(Zitiert nach *Ritzel/Bücker*, Handbuch für die parlamentarische Praxis. Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Frankfurt/M. 1981, hier: Kommentar zu § 51, S. 2–3.)

Es gibt allerdings auch eine andere Version:

„Der rauhe, aber herzliche Name ‚Hammelsprung‘ rührt von einem farbigen Intarsien-Bild über einer Abstimmungstür in dem 1894 fertiggestellten Reichstag in Berlin her. Es zeigte den blinden Polyphem aus der griechischen Sage, der seine Hammel zählt, unter deren Bäuchen sich Odysseus und seine Gefährten angeklammert haben, um so der Gefangenschaft zu entkommen.“

(So bei *Martin Lohmeier*, Bundestag A bis Z. Bonn 1983. S. 7.)

- ***) Zur Beschleunigung des Abstimmungsverfahrens wurde 1970 eine elektronische Abstimmungsanlage im Plenum des Bundestages installiert. Mit ihr sollten vor allem Schlußabstimmungen sowie „Hammelsprünge“ und namentliche Abstimmungen durchgeführt werden; außerdem waren mit Hilfe der Anlage Wortmeldungen und Meldungen zu Zwischenfragen möglich. Mehrere mißglückte Versuche – zuletzt in der 64. Plenarsitzung am 8. November 1973 – führten in der 7. Wahlperiode zu der Übereinkunft, den Abstimmungscomputer wieder stillzulegen. Siehe auch den folgenden Unterabschnitt „Letztmalige Anwendung der Abstimmungsanlage im Bundestagsplenum.“
- Schon am 14. Februar 1950 wurde auf Einladung von Bundestagspräsident *Erich Köhler* im Plenarsaal des Bundestages eine elektrische Abstimmungsanlage vorgeführt, der Einbau fand jedoch keine Zustimmung.

Hinweise

Angaben aus dem Bereich der Bundesländer enthalten u. a. auch folgende Abschnitte des **Datenhandbuchs**:

- Abschnitt 1.28 registriert Trendverschiebungen zwischen allen Bundestags- und Landtagswahlen beim Stimmenanteil von CDU, CSU und SPD,
- in Abschnitt 6.21 sind in Form einer Synopse die Regierungen von Bund und Ländern gegenübergestellt, wobei vermerkt ist, aus welchen Parteien sich die jeweilige Regierungskoalition zusammensetzte und wer zum Bundeskanzler bzw. Ministerpräsidenten usw. gewählt wurde.

Statistik zu den Abstimmungen

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65
namentliche Abstimmungen	136	168	46	38
Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)	181	121	62	40

	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
namentliche Abstimmungen	24	38	53	58
Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)	36	27	6	4

	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
namentliche Abstimmungen	26	128 ¹⁾	162 ²⁾	129
Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)	2	10	4	4

Stunden allein für die Stimmabgabe gewesen. Um diesen Vorgang zu verkürzen, wurde nach entsprechender Ankündigung im Ältestenrat ein neues Abstimmungsverfahren entwickelt, bei dem nicht nur über 51, sondern über alle Änderungsanträge insgesamt 209 namentliche Abstimmungen stattfanden. Dabei wurde jedem Abgeordneten ein namentlich gekennzeichnete Stimmzettel ausgehändigt, auf dem alle Änderungsanträge durchnummeriert aufgeführt waren; bei jeder Nummer war die Möglichkeit vorgesehen, ein Kreuz für Ja, Nein oder Enthaltung zu machen. Außerdem bestand die Möglichkeit, alle Änderungsanträge global anzunehmen, global abzulehnen oder sich global zu enthalten. Von dieser globalen Abstimmungsmöglichkeit machte die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten Gebrauch. Die gesamte Abstimmung dauerte nur 25 Minuten. Die Auszählung wurde später mit Hilfe der Datenverarbeitung vorgenommen; dabei mag mancher dem 1977 ausgebauten Abstimmungscomputer des Bundestages nachgetrauert haben.“ (*Hans-Achim Roll*, Geschäftsordnungspraxis im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 3. S. 319.)

- 2) Fälle einer gemeinsamen namentlichen Abstimmung beispielsweise über eine bestimmte Anzahl von Änderungsanträgen unter Verwendung eines Stimmzettels und der Möglichkeit, entweder über alle Änderungsanträge global oder über jeden Änderungsantrag einzeln abzustimmen, sind in dieser Statistik als **eine** namentliche Abstimmung gezählt. Wird zum Beispiel (wie in der 207. Plenarsitzung am 26. April 1990) in zweiter Beratung über 15 Artikel eines Gesetzentwurfs auf diese Weise gemeinsam namentlich abgestimmt, dann handelt es sich statistisch um einen Abstimmungsvorgang, aber es liegen hinterher 15 verschiedene Abstimmungsergebnisse vor.

■ Die Statistik der namentlichen Abstimmungen und der Zählungen der Stimmen durch „Hammelsprung“ für die 13. Wahlperiode ist im NACHTRAG unter 8.12 zu finden.

★ Die Gesamtzahl der **namentlichen Abstimmungen** von der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **1006**; im gleichen Zeitraum war in **497** Fällen eine **Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)** erforderlich.

- 1) Die 51 bzw. 209 namentlichen Abstimmungen zum Dritten Gesetz zur Änderung des Fernstraßenbaugesetzes während der 194. Sitzung am 30. Januar 1986 werden in dieser Statistik als eine Abstimmung gezählt. Vgl. im einzelnen die folgende Darstellung:

„Eine nie dagewesene Situation ergab sich am 30. Januar 1986 bei der zweiten und dritten Beratung des Dritten Gesetzes zur Änderung über den Ausbau der Bundesfernstraßen. Die Fraktion DIE GRÜNEN hatte am Vortag und noch bis zu Beginn der Beratung selbst 210 Änderungsanträge zu einzelnen Straßenbauobjekten eingebracht und dazu 51 namentliche Abstimmungen angekündigt. Die Durchführung einer namentlichen Abstimmung im üblichen Verfahren – Stimmkarten in eine Urne – dauert ohne Auszählung, für die noch zusätzlich erhebliche Zeit benötigt wird, ca. sechs Minuten. Bei 51 von der Fraktion DIE GRÜNEN angekündigten namentlichen Abstimmungen wären das ca. fünf

Letztmalige Anwendung der Abstimmungsanlage im Bundestagsplenum

Nach mehreren mißglückten Versuchen, mit der 1970 installierten Abstimmungsanlage Abstimmungen durchzuführen, unternahm der Ältestenrat im Oktober 1973 einen erneuten Anlauf. Die Mitglieder des Bundestages waren durch Amtliche Mitteilung vom 18. Oktober auf die für den 8. November 1973 geplante Umstellung hingewiesen worden.

Bei Punkt 5 der Tagesordnung – der zweiten und dritten Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbindungsgesetz 1965) – sollte die Abstimmungsanlage einmal mehr ihre Nützlichkeit beweisen.

Nach den Erfahrungen in dieser Sitzung ist die Anlage nie wieder betätigt worden. Sie wurde statt dessen einige Zeit später vollständig abgebaut.

Die entscheidende Passage im Verlauf der 64. Sitzung vom 8. November 1973 wird im folgenden dokumentiert.*)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: ... Wir kommen jetzt zur

dritten Beratung.

Ich frage, ob das Wort in der dritten Beratung gewünscht wird. – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

(Zurufe: Moment!)

– Meine Damen und Herren, ich werde versuchen, noch einmal alles zu sagen.

Der Ältestenrat hat von seinem Vorschlagsrecht auf Grund des Beschlusses zu § 54 unserer Geschäftsordnung Gebrauch gemacht. Ich darf Sie auf die entsprechende amtliche Mitteilung vom 18. Oktober hinweisen, die Ihnen ja allen zugegangen ist.

(Zuruf: Historischer Augenblick!)

Danach werden wir vorerst die Schlußabstimmungen mit der Abstimmungsanlage durchführen. Ich bitte Sie, die an Ihren Pulten bereits eingestellten Identitätsnummern zu überprüfen. An sich sind die Nummern eingestellt. Ich bitte Sie freundlichst, zu überprüfen, ob die Identitätsnummer auch entsprechend eingestellt ist.

(Abg. *Wehner*: Ein Ersatzparlament mit Ersatzabstimmung!)

Soweit Sie nicht an Ihrem Platz abstimmen und einen anderen Platz benutzen, bitte ich Sie, die Identitätsnummer dann entsprechend einzustellen und Ihrem Ausweis zu entnehmen. Ich darf also

annehmen, daß alle Damen und Herren des Hauses ihre Identitätsnummer eingestellt haben. – Das ist offensichtlich der Fall. Bei der Abstimmung müssen Sie nun eine der Tasten „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ betätigen und außerdem den Knopf an der Außenseite des Pultes so lange drücken, bis ich die Abstimmung abgeschlossen habe, so daß jeder sieht, ob Sie auch tatsächlich aktiv mitarbeiten.

Ich bitte also nun abzustimmen. Bitte, drücken Sie auch den Knopf an der Außenseite Ihres Pultes. Dann muß die rote Lampe – –

(Zurufe: Ist noch nicht eingeschaltet!)

– Ist noch nicht?

(Zuruf des Abg. *Wehner*. – Unruhe. – Weitere Zurufe.)

– Entschuldigen Sie! Auch ich mußte auch noch die Taste drücken!

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, jetzt muß es aber überall funktionieren.

(Abg. *Wehner*: Alle sehen rot! –

Zuruf von der CDU/CSU:

Nicht immer hält das rote Licht, was es verspricht! – Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, ich habe die große Freude, Ihnen mitzuteilen, daß das Haus einstimmig in der dritten Beratung das Gesetz gebilligt hat.

(Zurufe und Heiterkeit. –

Zurufe von der CDU/CSU:

Wir haben noch gar nicht abgestimmt!)

*) Quelle: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 64. Sitzung vom 8. November 1973. S. 3725–3726.

Die Abfrage ist hier entscheidend.

(Heiterkeit.)

Sie hat erneut bestätigt, daß das Haus einstimmig beschlossen hat.

(Zurufe von der CDU/CSU: Wir haben noch gar nicht gedrückt! – Abg. *Wehner* meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Abgeordneter *Wehner*!

Wehner (SPD): Herr Präsident, ich beglückwünsche Sie zu dem Erfolg! Aber darf ich Sie fragen, ob das wirklich gültig ist. Ich habe z. B. nicht gedrückt!

(Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter *Wehner*, ich kann nicht feststellen, wer überhaupt nicht die Tasten betätigt. Ich kann nur feststellen, wer „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ drückt. Danach zeigt die Anlage: 100% Ja-Stimmen; keine Enthaltungen. Mehr kann ich hier nicht feststellen.

(Abg. *Jenninger* meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Dr. Jenninger (CDU/CSU): Herr Präsident, würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß ich mit „Nein“ gestimmt habe, so daß also das Ergebnis nicht stimmen kann.

(Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter *Jenninger*, dann haben Sie möglicherweise nicht lange genug den Knopf betätigt.

(Heiterkeit.)

Durch die Anlage kann ich hier nur das feststellen, was die Anlage aussagt.

(Anhaltende Zurufe. – Abg. *Wehner*: Zurückgeben!)

Meine Damen und Herren, nachdem der Herr Abgeordnete *Jenninger* hier erklärt hat, er habe in dieser Sache mit „Nein“ gestimmt, werde ich vorsorglich in der dritten Beratung in der bisherigen Art abstimmen lassen.

Meine Damen und Herren, wer dem Gesetz in der dritten Beratung zustimmt, bitte ich, sich zu erheben. – Ich danke Ihnen. – Gegenprobe! – Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz in der dritten Beratung so angenommen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Fast ist die Sicherheit des Computers auch erreicht.

Damit komme ich zu den Abstimmungen über die Ausschußanträge in den Ziffern II, III und IV. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist so einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist der gleichzeitig aufgerufene Entwurf der CDU/CSU auch erledigt und behandelt.

8.13 Erforderliche Abstimmungsmehrheiten

Die Mandatszahl, die von den Fraktionen der Regierungskoalition aufgebracht wird (vgl. Abschnitt 6.6: Koalitionen und Opposition im Bund), ist von Bedeutung, wenn man sie mit den verschiedenen Abstimmungsmehrheiten vergleicht, d. h. mit der zur jeweiligen Beschlußfassung erforderlichen Zahl von Abgeordneten (Quorum).

Nach dem Grundgesetz und der Geschäftsordnung ist im Bundestag zwischen verschiedenen Abstimmungsmehrheiten zu unterscheiden, die in der Synopse auf den Seiten 1732–1733 erläutert sind.

Sofern als Abstimmungsmehrheit die Mehrheit der abgegebenen Stimmen oder der anwesenden Abgeordneten nicht genügt, ist zur Berechnung der absoluten Mehrheit oder der Zweidrittelmehrheit von der gesetzlichen Mitgliederzahl (Art. 121 GG; vgl. auch Abschnitt 2.1) auszugehen. In der folgenden Tabelle sind diese Berechnungen für die 1. bis 13. Wahlperiode aufgrund der jeweiligen gesetzlichen Mitgliederzahl durchgeführt worden, wobei bis Juni 1990 noch zwischen der Stimmenzahl mit und ohne Berliner Abgeordneten zu unterscheiden war.*)

*) Zum alliierten Vorbehalt gegenüber dem Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag und zu seiner Aufhebung im Juni 1990 vgl. im einzelnen Abschnitt 8.18.

Wahlperiode	Stand	gesetzl. Mitgliederzahl ohne Berliner Abgeordnete	gesetzl. Mitgliederzahl einschl. Berliner Abgeordnete	Mehrheit der Mitglieder ohne Berliner Abgeordnete	Mehrheit der Mitglieder einschl. Berliner Abgeordnete	Zweidrittelmehrheit ohne Berliner Abgeordnete	Zweidrittelmehrheit einschl. Berliner Abgeordnete
1. WP 1949–53	Beginn der WP	402	410	202	206	268	274
	1. 2. 1952	402	421	202	211	268	281
	23. 10. 1952	401	420	201	211	268	280
2. WP 1953–57	Beginn der WP	487	509	244	255	325	340
	4. 1. 1957	497	519	249	260	332	346
3. WP 1957–61	Beginn der WP	497	519	249	260	332	346
4. WP 1961–65	Beginn der WP	499	521	250	261	333	348
5. WP 1965–69	Beginn der WP	496	518	249	260	331	346
6. WP 1969–72	Beginn der WP	496	518	249	260	331	346
7. WP 1972–76	Beginn der WP	496	518	249	260	331	346
8. WP 1976–80	Beginn der WP	496	518	249	260	331	346
9. WP 1980–83	Beginn der WP	497	519	249	260	332	346
10. WP 1983–87	Beginn der WP	498	520	250	261	332	347
11. WP 1987–90	Beginn der WP	497 ¹⁾	519	249 ¹⁾	260	332 ¹⁾	346
	3. 10. 1990	– ¹⁾	663	– ¹⁾	332	– ¹⁾	442
12. WP 1990–94	Beginn der WP	–	662	–	332	–	442
13. WP 1994–	Beginn der WP	–	672	–	337	–	448

¹⁾ Mit Aufhebung des alliierten Vorbehalts gegenüber dem Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag ab Juni 1990 sind diese Angaben ohne Bedeutung.

Beim Vergleich zwischen den Mehrheitsverhältnissen der einzelnen Regierungskoalitionen und den für die Abstimmung notwendigen Mehrheiten zeigt sich, daß

- bisher nur einmal eine sog. „kleine Koalition“ über eine Zweidrittelmehrheit verfügte, nämlich die Koalition in der 2. Wahlperiode (1953–57) in der Zeit vom Beginn der Wahlperiode bis zum 23. Juli 1955 (Ausscheiden des Gesamtdeutschen Blocks/BHE aus der Regierungskoalition);
- bisher dreimal die Mandatszahl einer Bundesregierung unter die absolute Mehrheit sank: 1966 in der 5. Wahlperiode (1965–69) mit Ausscheiden der FDP aus dem 2. Kabinett *Erhard*, 1972 in der 7. Wahlperiode (1969–72) infolge von Fraktionswechselln, wobei jedoch die SPD/FDP-Koalition die absolute Mehrheit **einschließlich** der Berliner Abgeordneten („Geschäftsordnungsmehrheit“) behielt, und 1982 in der 9. Wahlperiode (ab 1980) mit Ausscheiden der FDP aus dem 3. Kabinett *Schmidt*.

<i>Einfache Mehrheit</i>	
Definition	erforderlich u. a. für
Mehrheit der abgegebenen Stimmen: ist erreicht, wenn die Zahl der „Ja“-Stimmen die der „Nein“-Stimmen übersteigt. Stimmenthaltungen werden hierbei nicht berücksichtigt.	alle Beschlüsse des Bundestages, soweit nicht das Grundgesetz, ein Bundesgesetz oder die Geschäftsordnung des Bundestages etwas anderes bestimmt (Art. 42 Abs. 2 GG; § 48 GO BT)
<i>Relative Mehrheit</i>	
Definition	erforderlich u. a. für
Mehrheit der für verschiedene Vorschläge oder Kandidaten abgegebenen Stimmen.	Wahl des Bundeskanzlers im Falle des Artikels 63 Abs. 4 GG (falls die absolute Mehrheit nicht erreicht wurde) Wahl des Bundestagspräsidenten und seiner Stellvertreter (falls die absolute Mehrheit nicht erreicht wurde) (GO BT § 2) Verfahren bei der Auswahl des Sitzes einer Bundesbehörde (falls sich im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit ergeben hat) (GO BT § 50)

Hinweise

Eine Dokumentation sämtlicher während der einzelnen Wahlperioden eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken – und damit auch der Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierungskoalition und Opposition – enthält Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken.

Eine Chronik der Fraktionsspaltungen und Fusionen – und damit wiederum auch eine Chronik der Koalitions- und Oppositionsstrukturen – findet sich unter Abschnitt 5.5.

Die Zahl der (West-)Berliner Abgeordneten betrug in der 1. Wahlperiode zunächst acht und ab dem 1. Februar 1952 19. Seit der 2. bis zur 11. Wahlperiode waren es unverändert 22 Abgeordnete, die vom Abgeordnetenhaus von Berlin in den Bundestag gewählt wurden.

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 entfielen auf die beiden Teile Berlins 28 Mandate.

<i>Absolute Mehrheit</i>	
Definition	erforderlich u. a. für
<p>Mehrheit der Mitglieder, d. h. Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestages (Art. 121 GG): ist erreicht bei gesetzlicher Mitgliederzahl dividiert durch 2 plus 1.</p> <p><i>Beispiel für die 10. Wahlperiode:</i> gesetzliche Mitgliederzahl ohne die nicht voll stimmberechtigten Berliner Abgeordneten = 498 $498 : 2 = 249 + 1 = 250$ absolute Mehrheit in diesem Fall = 250</p> <p><i>Beispiel für die 12. Wahlperiode:</i> gesetzliche Mitgliederzahl = 662 $662 : 2 = 331 + 1 = 332$ absolute Mehrheit in diesem Fall = 332</p>	<p>Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 Abs. 2 u. 3 GG)</p> <p>Mißtrauensvotum (Art. 67 Abs. 1 GG)</p> <p>Vertrauensantrag des Bundeskanzlers; Wahl eines neuen Bundeskanzlers (Art. 68 Abs. 1 GG)</p> <p>Schaffung bundeseigener Mittel- und Unterbehörden (Art. 87 Abs. 3 GG)</p> <p>Gesetz zum Verfahren einer Änderung des Gebietsbestandes der Länder (Art. 29 Abs. 7 GG)</p> <p>Aufhebung von bestimmten Maßnahmen im Spannungsfall (Art. 80 Abs. 3 GG)</p> <p>Zurückweisung eines mit der Mehrheit des Bundesrates beschlossenen Einspruchs (Art. 77 Abs. 4 GG)</p> <p>Wahl des Bundestagspräsidenten und seiner Stellvertreter in den ersten beiden Wahlgängen (GO BT)</p> <p>Wahl des Wehrbeauftragten (WehrBG § 13)</p>
<i>Zweidrittelmehrheit</i>	
Definition	erforderlich u. a. für
<p>Mehrheit von zwei Dritteln</p> <p>a) der Mitglieder des Bundestages (d. h. gesetzliche Mitgliederzahl) oder</p> <p>b) der abgegebenen Stimmen oder</p> <p>c) der anwesenden Mitglieder des Bundestages</p> <p><i>Beispiel zu a) für die 10. Wahlperiode:</i> gesetzliche Mitgliederzahl ohne die nicht voll stimmberechtigten Berliner Abgeordneten = 498 $498 : 3 \ddot{o} 2 = 332$ Zweidrittelmehrheit in diesem Fall = 332</p> <p><i>Beispiel zu a) für die 12. Wahlperiode:</i> gesetzliche Mitgliederzahl = 662 $662 : 3 \ddot{o} 2 = 442$ (aufgerundet) Zweidrittelmehrheit in diesem Fall = 442</p>	<p><i>im Falle von a):</i></p> <p>Grundgesetz-Änderungen (Art. 79 Abs. 2 GG)</p> <p>Anklage gegen den Bundespräsidenten vor dem Bundesverfassungsgericht (Art. 61 Abs. 1 GG)</p> <p>Ausschluß eines Abgeordneten von den Arbeiten des Bundestages bis zur Rechtskraft einer Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren (Wahlprüfungsgesetz § 16)</p> <p><i>im Falle von b):</i></p> <p>Ausschluß der Öffentlichkeit von den Sitzungen des Bundestages (Art. 42 Abs. 1 GG)</p> <p>Zurückweisung eines Einspruchs des Bundesrates, den dieser mit Zweidrittelmehrheit beschlossen hat (Art. 77 Abs. 4 GG)¹⁾</p> <p>Feststellung des Verteidigungsfalles (Art. 115a Abs. 1 GG)¹⁾</p> <p>Anwendung von Rechtsvorschriften im Spannungsfall (Art. 80 Abs. 1 GG)</p> <p><i>im Falle von c):</i></p> <p>Abweichen von der Geschäftsordnung im Einzelfall (GO BT)</p> <p>Abweichen von der Frist für den Beginn der Beratung nach Verteilung der Drucksache (GO BT)</p> <p>Eintritt in die 2. Beratung ohne vorherige Ausschlußüberweisung (GO BT)</p>

1) mindestens jedoch Mehrheit der Mitglieder des Bundestages

Weitere Arten von Mehrheiten sind im Grundgesetz, in einzelnen Gesetzen und in der Geschäftsordnung des Bundestages im Zusammenhang mit Minderheitenrechten festgelegt. Es handelt sich hierbei u. a. um

– Mehrheit von einem **Drittel der Mitglieder des Bundestages**

Erforderlich z. B. für:

Vorzeitige Einberufung des Bundestages (Art. 39 Abs. 3 GG i. V. m. § 21 GO BT)

Beantragung eines Normenkontrollverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, d. h. Antrag auf Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifel über Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit dem Grundgesetz oder Vereinbarkeit von Landesrecht mit sonstigem Bundesrecht (Art. 93 Abs. 1, Nr. 2 GG i. V. m. § 76)

– Mehrheit von einem **Viertel der Mitglieder des Bundestages**

Erforderlich z. B. für:

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Art. 44 Abs. 1 Satz 1 GG)

Antrag auf Erhebung der Anklage des Bundespräsidenten wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Gesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht (Art. 61 Abs. 1 Satz 2 GG)

8.14 Stimmresultate von einzelnen Abstimmungen und Wahlen

Bei Wahlen und Abstimmungen im Deutschen Bundestag werden nur in drei Fällen die Stimmen gezählt:

- bei geheimen Wahlen, d. h. Wahl mit verdeckten Stimmzetteln, so bei der Wahl des Bundestagspräsidenten, der Vizepräsidenten (wobei allerdings in früheren Wahlperioden regelmäßig auf geheime Wahl verzichtet wurde), des Bundeskanzlers, des Wehrbeauftragten und inzwischen des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes sowie des Bundesbeauftragten für den Datenschutz;
- bei namentlichen Abstimmungen, wobei hier auch das Abstimmverhalten des einzelnen Abgeordneten im Plenarprotokoll festgehalten wird;
- bei Abstimmungen durch Auszählung („Hammelsprung“),
 - (a) falls der Sitzungsvorstand über das Abstimmungsergebnis nicht einig ist,
 - (b) falls bei bestimmten Beschlüssen festgestellt werden muß, ob die erforderliche qualifizierte Mehrheit erreicht ist (z. B. Zweidrittelmehrheit bei Grundgesetz-Änderungen) oder
 - (c) falls eine Abstimmung mit der Feststellung der Beschlußfähigkeit zu verbinden ist.

Gemessen an der Gesamtzahl der Abstimmungen handelt es sich also um den Ausnahmefall, daß das Abstimmungsergebnis zahlenmäßig genau festgehalten wird.

Von den seit der 1. bis zur 13. Wahlperiode (Stand: 31. August 1997) durchgeführten Abstimmungen und Wahlen mit Stimmzählung wurden in die folgende Aufstellung übernommen:

- jede Schlußabstimmung (3. Beratung) über Gesetzentwürfe,
- die Abstimmung über Gesetzentwürfe in der 2. Beratung, sofern dabei die erforderliche Mehrheit **nicht** erreicht und der Entwurf damit erledigt wurde,
- die Abstimmung über Einzelpläne des Haushaltsentwurfs (2. Beratung),
- die Abstimmung über Anträge, die keinen Gesetzentwurf enthalten,
- alle Wahlen mit verdeckten Stimmzetteln.

Namentliche Abstimmungen sind besonders gekennzeichnet (*), außerdem Abstimmungen, bei denen die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wurde. Nicht aufgenommen wurden Abstimmungen, wenn sie wegen der dabei festgestellten Beschlußfähigkeit ergebnislos verliefen.

1. Wahlperiode (1949–53)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	7. 9. 1949	Wahl BTpräsident <i>Erich Köhler</i>	402	346	15	41	0
3.	15. 9. 1949	Wahl Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i>	389	202	142	44	1
69.	15. 6. 1950	Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat	378*)	218	151	9	0
93.	19. 10. 1950	Wahl BTpräsident <i>Hermann Ehlers</i>	325	201	65	59	0
122.	1. 3. 1951	Überwindung des Einspruchs des Bundesrates gegen den Entwurf eines Preisgesetzes	310	110 ¹⁾	200	0	0
155.	21. 6. 1951	Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung für das Getreidewirtschaftsjahr 1951/52	296	147	134	15	0
165.	27. 9. 1951	Haushaltsgesetz 1951: 2. Beratung Epl. XVII (BMin für Angelegenheiten des Bundesrates)	274	143	124	7	0
176.	22. 11. 1951	Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen [2. Beratung]	329	149 ¹⁾	165	15	0
189.	6. 2. 1952	Antrag der CDU/CSU, SPD, FDP und DP betr. gesamtdeutsche Wahlen	346*)	292	29	25	0
191.	8. 2. 1952	Entschließung der CDU/CSU, FDP und DP betr. Europäische Verteidigungsgemeinschaft	366*)	204	156	6	0
205.	23. 4. 1952	Entschließung der SPD betr. Saargebiet	329*)	143 ¹⁾	168	18	0
205.	23. 4. 1952	Entschließung der CDU/CSU, FDP und DP betr. Saargebiet	332*)	191	133	8	0
206.	24. 4. 1952	Gesetz über die Inanspruchnahme eines Teils der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer durch den Bund im Rechnungsjahr 1952	277*)	153	116	8	0
212.	15. 5. 1952	Gesetz zur Einfügung eines Art. 120a in das Grundgesetz	342	303	18	21	0
213.	16. 5. 1952	Gesetz über einen Allgemeinen Lastenausgleich	364*)	209	144	11	0
216.	29. 5. 1952	Haushaltsgesetz 1952	289*)	168	115	6	0
221.	9. 7. 1952	Antrag des Vermittlungsausschusses zum Gesetz über die Inanspruchnahme eines Teils der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer durch den Bund im Rechnungsjahr 1952	349*)	196	151	2	0

*) ¹⁾ Fußnoten zur 1. Wahlperiode siehe Seite 1737

noch: I. Wahlperiode (1949–53)

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
222.	10. 7. 1952	Anträge des Vermittlungsausschusses zum Gesetz über den Lastenausgleich und zum Gesetz über Teuerungszuschläge zur Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz	353*)	208	139	6	0
227.	19. 7. 1952	Betriebsverfassungsgesetz	341*)	195	139	7	0
230.	17. 9. 1952	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften	305*)	165	133	7	0
236.	30. 10. 1952	Gesetz zur Aufhebung des Art. 102 des Grundgesetzes [Todesstrafe]	329*)	103 ²⁾	216	10	0
236.	30. 10. 1952	Gesetz zur Ergänzung des Art. 102 des Grundgesetzes [Todesstrafe]	323*)	134 ²⁾	175	14	0
249.	4. 2. 1953	Antrag der FDP und DP betr. Stärke des Personals der Bundesgrenzschutzbehörden	336*)	188	144	4	0
254.	18. 3. 1953	Einsetzung eines Sonderausschusses für die Beratung des Bundeswahlgesetzes	372	193	178	1	0
254.	18. 3. 1953	Gesetz betr. das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel	360*)	239	35	86	0
255.	19. 3. 1953	Gesetz betr. den Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten	392*)	225	165	2	0
255.	19. 3. 1953	Gesetz betr. den Vertrag vom 27. Mai 1952 über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und betr. den Vertrag vom 27. Mai 1952 zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	392*)	224	166	2	0
260.	16. 4. 1953	Gesetz über die Umstellung von knappschaftlichen Renten auf das nach dem 31. Dezember 1942 geltende Recht der knappschaftlichen Rentenversicherung	297*)	157	123	17	0
264.	6. 5. 1953	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 108] [2. Beratung]	314	195 ²⁾	104	15	0
267.	2. 6. 1953	Gesetz zur Ergänzung des Ersten Überleitungsgesetzes	343*)	178	157	8	0
267.	2. 6. 1953	Gesetz über die Deckung der Rentenzulagen nach dem Rentenzulagengesetz in den Rechnungsjahren 1953, 1954 und 1955	340*)	162 ¹⁾	171	7	0
274.	19. 6. 1953	Antrag der CDU/CSU, FDP und DP betr. Stärke des Personals der Bundesgrenzschutzbehörden	383*)	228	147	8	0
274.	19. 6. 1953	Antrag der SPD betr. Bundesgrenzschutz	379*)	156 ¹⁾	207	16	0

*) 1) 2) Fußnoten zur I. Wahlperiode siehe Seite 1737

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
274.	19. 6. 1953	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 108]	369*)	214 ²⁾	146	9	0
276.	25. 6. 1953	Gesetz über die Deckung der Rentenzulagen nach dem Rentenzulagengesetz für das Rechnungsjahr 1953	388*)	207	179	2	0
277.	26. 6. 1953	Haushaltsgesetz 1953: 2. Beratung Epl. 35 (Verteidigungslasten)	257	145	112	0	0
280.	3. 7. 1953	Gesetz betr. das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Regelung der Ansprüche der Französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe	347*)	189	147	11	0
280.	3. 7. 1953	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr	314*)	181	126	7	0
282.	29. 7. 1953	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landeszentralbanken	368*)	332	24	12	0
282.	29. 7. 1953	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Ersten Wohnungsbaugesetzes	368*)	220	143	5	0

Fußnoten für die 1. Wahlperiode:

- 1) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.
 2) Erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.
 *) namentliche Abstimmung

2. Wahlperiode (1953–57)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	6. 10. 1953	Wahl BTpräsident <i>Hermann Ehlers</i>	500	466	0	30	4
2.	9. 10. 1953	Wahl Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i>	467	305	148	14	0
17.	26. 2. 1954	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Wiederbewaffnung]	478*)	334	144	0	0
27.	30. 4. 1954	Entschließungsantrag der FDP betr. Europapolitik und Behandlung der Saarfrage	409*)	275	133	1	0
28.	6. 5. 1954	SPD-Antrag zur 3. Beratung des Haushaltsgesetzes 1954 betr. Streichung des Einzelplans 29 (BMin für Familienfragen)	413*)	173 ¹⁾	233	7	0

*) 1) Fußnoten zur 2. Wahlperiode siehe Seite 1740

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
43.	17. 9. 1954	SPD-Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens von Bundesinnenminister <i>Gerhard Schröder</i>	401*)	128 ¹⁾	223	50	0
48.	14. 10. 1954	Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen	418*)	215	202	1	0
55.	16. 11. 1954	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> (1. Wahlgang)	424	206 ²⁾	45	172	1
55.	16. 11. 1954	Antrag auf Vertagung des 2. und 3. Wahlganges der Wahl zum Bundestagspräsidenten	407	185 ¹⁾	221	1	0
55.	16. 11. 1954	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> (2. Wahlgang)	414	207 ²⁾	192	15	0
55.	16. 11. 1954	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> (3. Wahlgang)	409	204	190	15	0
58.	8. 12. 1954	Gesetz über die Anpassung der Leistungen für Kinder in der gesetzlichen Unfallversicherung, in den gesetzlichen Rentenversicherungen, in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge sowie in der Kriegsopferversorgung an das Kindergeldgesetz	405*)	204	197	4	0
58.	8. 12. 1954	Gesetz über die Gewährung von Kindergeld [2. Beratung]	399*)	197 ¹⁾	197	5	0
61.	15. 12. 1954	Zweites Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes	421	421	0	0	0
62.	16. 12. 1954	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Vorrang von Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands	392*)	153 ¹⁾	236	3	0
63.	17. 12. 1954	Beratung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz über die Altersgrenze der Bundesrichter	372	356	16	0	0
72.	27. 2. 1955	Gesetz betr. das Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland	475*)	324	151	0	0
72.	27. 2. 1955	Gesetz betr. den Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland	474*)	321	153	0	0
72.	27. 2. 1955	Gesetz betr. den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantikvertrag	473*)	314	157	2	0
72.	27. 2. 1955	Gesetz betr. das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Abkommen über das Statut der Saar	474*)	264	201	9	0

*) 1) 2) Fußnoten zur 2. Wahlperiode siehe Seite 1740

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
79.	4. 5. 1955	Gesetz zur Änderung des Landpachtgesetzes [2. Beratung]	374*)	132 ¹⁾	233	9	0
84.	27. 5. 1955	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Vorbereitung von Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands	391*)	145 ¹⁾	244	2	0
85.	8. 6. 1955	Gesetz über die Personalvertretungen in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben (Personalvertretungsgesetz)	406*)	206	180	20	0
112.	11. 11. 1955	Gesetz über die Regelung der verkaufsoffenen Sonntage vor Weihnachten	373*)	260	101	12	0
114.	1. 12. 1955	Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über den Antrag der Fraktion des GB/BHE betr. Entlassung der Bundesminister <i>Kraft</i> und <i>Oberländer</i>	403*)	212	162	29	0
114.	1. 12. 1955	Gesetz zur Aufhebung des Teuerungszulagengesetzes	381*)	243	138	0	0
120.	15. 12. 1955	Gesetz zur Ergänzung des Kindergeldgesetzes	405*)	212	175	18	0
132.	6. 3. 1956	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Wehrgängigkeit]	410	390	20	0	0
133.	8. 3. 1956	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes	395*)	384	8	3	0
149.	8. 6. 1956	Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz über die vorläufige Fortgeltung der Inanspruchnahme von Gegenständen für Zwecke der ausländischen Streitkräfte und ihrer Mitglieder	344	191	153	0	0
150.	20. 6. 1956	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht	378*)	205	167	6	0
156.	29. 6. 1956	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, DP und FVP betr. Außenpolitische Erklärung der Bundesregierung	361*)	220	134	7	0
159.	6. 7. 1956	Wehrpflichtgesetz	455*)	269	166	20	0
160.	27. 9. 1956	Gesetz über den Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit	346	236	96	14	0
170.	9. 11. 1956	Gesetz über den Ladenschluß	282	153	123	6	0
175.	30. 11. 1956	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes	364	194	164	6	0
175.	30. 11. 1956	Gesetz zur Änderung des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954	317*)	152	149	16	0
180.	13. 12. 1956	Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes	380	376	1	3	0

*) 1) Fußnoten zur 2. Wahlperiode siehe Seite 1740

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
187.	21. 1. 1957	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten	439*)	397	32	10	0
210.	22. 5. 1957	Haushaltsgesetz 1957: 2. Beratung Epl. 14 (BMin der Verteidigung)	373*)	240	130	3	0
216.	27. 6. 1957	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Erzeugung und Nutzung der Kernenergie]	345	330 ³⁾)	13	2	0
216.	27. 6. 1957	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	360*)	205	147	8	0
221.	2. 7. 1957	Gesetz zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften der Kindergeldgesetze	337	175	144	18	0
221.	2. 7. 1957	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken]	399*)	328 ³⁾)	27	44	0
223.	4. 7. 1957	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 139a in das Grundgesetz [Geltendmachung von Ansprüchen aus bis 31. 12. 1945 vorgenommenen Eingriffen in das Eigentum]	375*)	329 ³⁾)	39	7	0
224.	5. 7. 1957	Gesetz über die Berufsausbildung im Einzelhandel	315*)	187	124	4	0
227.	29. 8. 1957	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 135a in das Grundgesetz [Alte Verbindlichkeiten]	475*)	407	54	14	0

Fußnoten für die 2. Wahlperiode:

- 1) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.
 2) Erforderliche absolute Mehrheit nicht erreicht.
 3) Erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.
 *) namentliche Abstimmung

3. Wahlperiode (1957–61)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	15. 10. 1957	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i>	494	437	0	54	3
2.	22. 10. 1957	Wahl Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i>	476	274	193	9	0
24.	23. 4. 1958	Wahl Vizepräsident <i>Victor-Emanuel Preusker</i> (3. Wahlgang)	426	233 ¹⁾)	167	26	0

¹⁾ Fußnoten zur 3. Wahlperiode siehe Seite 1741

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
31.	13. 6. 1958	Gesetz zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr [SPD-Entwurf; 2. Beratung]	340*)	123 ²⁾	215	2	0
62.	19. 2. 1959	Wahl Wehrbeauftragter <i>Helmuth von Grolman</i>	415	366	16	32	1
70.	3. 6. 1959	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1959)	376	205 ³⁾	156	15	0
81.	14. 10. 1959	Gesetz über den Fristablauf [FDP-Entwurf; 2. Beratung]	301	138 ²⁾	163	0	0
88.	6. 11. 1959	Herberufung des Bundesfinanzministers	309	135 ²⁾	165	9	0
92.	3. 12. 1959	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Kernenergie]	412*)	412	0	0	0
109.	7. 4. 1960	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes	365	207	156	2	0
117.	24. 5. 1960	Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht	341*)	217	124	0	0
121.	29. 6. 1960	Herberufung des Bundesarbeitsministers	275	148	121	6	0
124.	28. 9. 1960	Gesetz zur Einfügung eines Artikels über die Luftverkehrsverwaltung in das Grundgesetz	369	368	0	1	0
140.	25. 1. 1961	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Bundesgerichtsbarkeit]	410*)	410	0	0	0
151.	15. 3. 1961	Haushaltsgesetz 1961: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	366*)	233	133	0	0
158.	4. 5. 1961	Bundessozialhilfegesetz (BSHG)	346	193	150	3	0
162.	14. 6. 1961	Gesetz über die Liquidation der Deutschen Reichsbank und der Deutschen Golddiskontbank	320	185	114	21	0
164.	28. 6. 1961	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz über das Kreditwesen	383	350	31	2	0
164.	28. 6. 1961	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz über die Sicherung von Beweisen in besonderen Fällen	377	207 ³⁾	150	20	0
164.	28. 6. 1961	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes	357*)	207	150	0	0
165.	29. 6. 1961	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen	295	153	134	8	0

Fußnoten für die 3. Wahlperiode:

- 1) Relative Mehrheit im 3. Wahlgang erreicht.
2) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.
3) Erforderliche absolute Mehrheit nicht erreicht.
*) namentliche Abstimmung

4. Wahlperiode (1961–65)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	17. 10. 1961	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i>	504	463	0	36	5
2.	7. 11. 1961	Wahl Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i>	490	258	206	26	0
24.	6. 4. 1962	Haushaltsgesetz 1962: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	333*)	212	117	4	0
32.	22. 5. 1962	Mündl. Bericht des Außenhandelsausschusses über die 21. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (Kraftwagen zum Befördern von Personen)	433*)	331	81	21	0
36.	27. 6. 1962	Herbeirufung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	293	129 ¹⁾	129	35	0
37.	28. 6. 1962	Rücküberweisung des Schriftlichen Berichts des 1. Untersuchungsausschusses	454	226	224	4	0
48.	14. 11. 1962	Verordnung über die Senkung von Abschöpfungssätzen bei der Einfuhr von geschlachteten Gänsen	367	187	179	1	0
79.	20. 6. 1963	Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes zur Einschränkung der Bautätigkeit	330	196	88	46	0
83.	28. 6. 1963	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 75 GG)	377*)	224 ²⁾	150	3	0
87.	16. 10. 1963	Wahl Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i>	484	279	180	24	1
94.	6. 11. 1963	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem 2. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften	401*)	218	173	10	0
97.	15. 11. 1963	SPD-Antrag betr. Sachverständigenkommission für die Krankenversicherungsreform	322	147 ¹⁾	175	0	0
122.	15. 4. 1964	Haushaltsgesetz 1964: 2. Beratung Epl. 14 (BMin der Verteidigung)	354*)	203	7	144	0
132.	24. 6. 1964	13. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 87 GG)	386	386	0	0	0
152.	29. 7. 1964	SPD-Antrag betr. Postgebührenerhöhung	417*)	164 ¹⁾	252	1	0
153.	11. 12. 1964	Wahl Wehrbeauftragter <i>Matthias Hoogen</i>	455	270	174	11	0
167.	24. 2. 1965	Haushaltsgesetz 1965: 2. Beratung Epl. 14 (BMin der Verteidigung)	396*)	225	6	165	0
175.	25. 3. 1965	Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen und zur Änderung des Strafverfahrensrechts	441*)	341	96	4	0
178.	7. 4. 1965	13. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Kriegsgräber]	401	401	0	0	0
188.	26. 5. 1965	14. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 120]	365	364	1	0	0
192.	24. 6. 1965	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Notstandsrecht]	405*)	238 ²⁾	167	0	0

*) ^{1) 2)} Fußnoten zur 4. Wahlperiode siehe Seite 1743

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
193.	25. 6. 1965	Absetzung von der TO: Wirtschaftssicherungsgesetz, Ernährungssicherungsgesetz und Verkehrssicherungsgesetz	363	162 ¹⁾	197	4	0
193.	25. 6. 1965	Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherungsgesetz)	368 [*]	198	169	1	0

Fußnoten für die 4. Wahlperiode:

1) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.

2) Erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

*) namentliche Abstimmung

5. Wahlperiode (1965–69)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	19. 10. 1965	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i>	508	385	21	98	4
2.	20. 10. 1965	Wahl Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i>	487	272	200	15	0
57.	21. 9. 1966	SPD-Antrag betr. Ersuchen an den Bundeskanzler auf Entlassung von Bundesverteidigungsminister <i>Kai-Uwe von Hassel</i>	436 [*]	199 ¹⁾	236	1	0
70.	8. 11. 1966	CDU/CSU-Antrag auf Übergang zur Tagesordnung (bei TOP 2: SPD-Antrag betr. Vertrauensfrage des Bundeskanzlers)	501	246 ¹⁾	255	0	0
70.	8. 11. 1966	SPD-Antrag betr. Vertrauensfrage des Bundeskanzlers [Vertrauensfrage-Ersuchen]	501	255	246	0	0
77.	1. 12. 1966	Wahl Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i>	473	340	109	23	1
108.	10. 5. 1967	15. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 109]	364	336	0	28	0
139.	1. 12. 1967	Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films	282 [*]	258	12	12	0
156.	14. 2. 1968	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Handelszählungsgesetz 1968	357	349	7	1	0
171.	8. 5. 1968	16. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 95 GG)	362	362	0	0	0
171.	8. 5. 1968	SPD-Antrag betr. Einsetzung eines Sonderausschusses „Finanzreform“	336 [*]	152 ¹⁾	184	0	0

*) 1) Fußnoten zur 5. Wahlperiode siehe Seite 1744

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
174.	15. 5. 1968	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz über eine Statistik der Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen	448	245 ²⁾	201	2	0
178.	30. 5. 1968	17. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Notstandsrecht]	485*)	384	100	1	0
201.	4. 12. 1968	19. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Verfassungsbeschwerde]	375	371	0	4	0
204.	11. 12. 1968	20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Haushaltsreform]	398	354	42	2	0
212.	5. 2. 1969	Wahl BTpräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i>	457	262	123	29	43
222.	20. 3. 1969	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem 20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Anlage 1)	393*)	353	38	2	0
222.	20. 3. 1969	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem 20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Anlage 2: Haushaltsreformgesetz)	391*)	391	0	0	0
222.	20. 3. 1969	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem 20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Anlage 3)	389*)	321 ³⁾	68	0	0
227.	23. 4. 1969	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem 20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 74, 75, 96 Abs. 4 GG]	446	404	40	2	0
232.	9. 5. 1969	1. Gesetz zur Reform des Strafrechts	316*)	255	61	0	0
232.	9. 5. 1969	2. Gesetz zur Reform des Strafrechts	317*)	314	2	1	0
235.	14. 5. 1969	24. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Lastenausgleich]	346*)	346	0	0	0
236.	11. 6. 1969	23. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Bundesrats-Frist]	410	409	0	1	0
236.	11. 6. 1969	26. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96)	408	402	0	6	0
237.	12. 6. 1969	Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung	431*)	386	38	7	0
246.	2. 7. 1969	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 43, 44, 45a]	362	225 ³⁾	76	61	0

Fußnoten für die 5. Wahlperiode:

1) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.

2) Erforderliche absolute Mehrheit nicht erreicht.

3) Erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

*) namentliche Abstimmung

6. Wahlperiode (1969–72)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	20. 10. 1969	Wahl BT-Präsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i>	517	411	72	34	0
2.	21. 10. 1969	Wahl Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i>	495	251	235	5	4
6.	29. 10. 1969	CDU/CSU-Antrag auf Unterbrechung der Sitzung	461	219 ¹⁾	242	0	0
8.	5. 11. 1969	SPD-FDP-Antrag betr. Einsetzung eines Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen	503*)	262	241	0	0
36.	11. 3. 1970	Wahl Wehrbeauftragter <i>Fritz-Rudolf Schultz</i>	499	268	127	50	4
38.	13. 3. 1970	Aufsetzung auf TO: CDU/CSU-Antrag betr. Konjunkturpolitik der Bundesregierung	402	174 ¹⁾	228	0	0
39.	18. 3. 1970	3. Gesetz zur Reform des Strafrechts	440*)	231	209	0	0
39.	18. 3. 1970	Gesetz über Straffreiheit (Straffreiheitsgesetz 1970)	444*)	231	212	1	0
56.	4. 6. 1970	Haushaltsgesetz 1970: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	488*)	247	241	0	0
60.	18. 6. 1970	27. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Herabsetzung des Wahlalters]	451	441	0	10	0
70.	8. 10. 1970	CDU/CSU-Antrag betr. Mißbilligung der Äußerungen des Bundesfinanzminister <i>Alex Möller</i>	511	251 ¹⁾	260	0	0
100.	10. 2. 1971	Haushaltsgesetz 1971: 2. Beratung Epl. 31 (BMin f. Bildung und Wissenschaft)	371	217	153	1	0
102.	12. 2. 1971	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	410*)	194 ¹⁾	214	2	0
102.	12. 2. 1971	Haushaltsgesetz 1971: 3. Beratung	424*)	221	202	0	1
103.	3. 3. 1971	29. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Tierschutz]	442	428	7	7	0
103.	3. 3. 1971	28. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 74a GG]	431	404	16	11	0
133.	19. 7. 1971	Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen	415*)	225	187	0	3
137.	29. 9. 1971	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen	377	207	170	0	0
144.	20. 10. 1971	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen	434*)	223	210	1	0

*) 1) Fußnoten zur 6. Wahlperiode siehe Seite 1747

noch: 6. Wahlperiode (1969–72)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
150.	10. 11. 1971	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum	492*)	250	241	1	0
150.	10. 11. 1971	Betriebsverfassungsgesetz	481*)	264	212	4	1
175.	2. 3. 1972	30. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 74 GG – Umweltschutz)	433	432	0	1	0
184.	28. 4. 1972	Haushaltsgesetz 1972: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	495*)	247 ²⁾	247	1	0
186.	10. 5. 1972	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhaus-Pflegesätze	496*)	249	2	245	0
186.	10. 5. 1972	CDU/CSU-Antrag auf Absetzung von TO: Gesetz zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen	518	259 ²⁾	259	0	0
187.	17. 5. 1972	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	496*)	248	10	238	0
187.	17. 5. 1972	Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen	496*)	248	17	231	0
187.	17. 5. 1972	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zur zweiten Beratung und Schlußabstimmung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Gesetzes zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen	495*)	490	0	5	0

*) 2) Fußnoten zur 6. Wahlperiode siehe Seite 1747

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
194.	21. 6. 1972	Antrag des Geschäftsordnungsausschusses, den CDU/CSU-Antrag für unzulässig zu erklären, den von der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines 15. Gesetzes über die Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Ausschuß zurückzurufen und zur 2. und 3. Beratung auf die TO zu setzen	485	245	240	0	0
195.	22. 6. 1972	31. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 74 Nr. 4a]	438	432	1	5	0
198.	21. 9. 1972	Mündl. Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem 3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst	492*)	244 ¹⁾	248	0	0
198.	21. 9. 1972	Gesetz zur weiteren Refom der gesetzlichen Rentenversicherung und über die 15. Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Rentenreformgesetz – RRG)	494*)	493	0	1	0
199.	22. 9. 1972	Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes [Vertrauensfrage]	482*)	233 ³⁾	248	1	0

Fußnoten für die 6. Wahlperiode:

¹⁾ Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.

²⁾ Bei Stimmgleichheit abgelehnt („Patt-Situation“).

³⁾ Erforderliche absolute Mehrheit nicht erreicht.

*) namentliche Abstimmung

7. Wahlperiode (1972–76)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	13. 12. 1972	Wahl BTPäsidentin <i>Annemarie Renger</i>	516	438	45	30	3
2.	14. 12. 1972	Wahl Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i>	493	269	223	0	1
31.	11. 5. 1973	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundvertrag)	485*)	268	217	0	0
31.	11. 5. 1973	Gesetz zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen	485*)	364	121	0	0

*) Fußnoten für die 7. Wahlperiode siehe Seite 1750

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
35.	23. 5. 1973	Steueränderungsgesetz 1973	415	232	183	0	0
39.	7. 6. 1973	4. Gesetz zur Reform des Strafrechts	456*)	252	203	1	0
44.	18. 6. 1973	Haushaltsgesetz 1973: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	402*)	230	172	0	0
44.	18. 6. 1973	Haushaltsgesetz 1973: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	397*)	388	0	9	0
46.	20. 6. 1973	Haushaltsgesetz 1973: 3. Beratung	411*)	232	179	0	0
60.	24. 10. 1973	Inflationsentlastungsgesetz [CDU/CSU-Entwurf: 2. Beratung]	410*)	184 ¹⁾	226	0	0
81.	20. 2. 1974	Gesetz zum Atomwaffensperrvertrag vom 1. Juli 1968	445*)	355	90	0	0
81.	20. 2. 1974	Gesetz zum Verifikationsabkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968	444*)	444	0	0	0
88.	21. 3. 1974	Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz	422*)	229	193	0	0
95.	25. 4. 1974	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218 StGB]	492*)		1	0	0
		– SPD-FDP-Entwurf		233			
		– Entwurf der Abg. Müller-Emmert, Dürr, Bardens u. Gen.		35			
		– CDU/CSU-Entwurf		161			
		– Entwurf der Abg. Heck, Köster, Unland, Becker (Mönchengladbach), Blüm, Jahn (Münster), Nordlohne, Carstens (Emstek) u. Gen.		62			
95.	25. 4. 1974	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218 StGB], 2. Beratung, Stichentscheidung zwischen	492*)		15	13	0
		– SPD-FDP-Entwurf		245			
		– CDU/CSU-Entwurf		219 ²⁾			
96.	26. 4. 1974	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218 StGB]	489*)	247	233	9	0
97.	16. 5. 1974	Wahl Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i>	492	267	225	0	0
102.	21. 5. 1974	Haushaltsgesetz 1974: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	438*)	260	178	0	0
102.	21. 5. 1974	Haushaltsgesetz 1974: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	352*)	347	0	5	0
103.	22. 5. 1974	Haushaltsgesetz 1974: 3. Beratung	438*)	261	177	0	0
104.	5. 6. 1974	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218 StGB]	482*)	260	218	4	0
110.	20. 6. 1974	Gesetz zum Deutsch-Tschechoslowakischen Vertrag vom 11. Dezember 1973	422*)	232	190	0	0
113.	10. 7. 1974	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zum Deutsch-Tschechoslowakischen Vertrag vom 11. Dezember 1973	429*)	262	167	0	0

*) 1) 2) Fußnoten zur 7. Wahlperiode siehe Seite 1750

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
152.	27. 2. 1975	32. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 45c)	386	381	0	5	0
155.	13. 3. 1975	Wahl Wehrbeauftragter <i>Werner Buchstaller</i>	486	247 ³⁾	212	24	3
158.	19. 3. 1975	Haushaltsgesetz 1975: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	424*)	254	170	0	0
158.	19. 3. 1975	Wahl Wehrbeauftragter <i>Karl Wilhelm Berkhan</i>	464	418	21	21	4
159.	20. 3. 1975	Haushaltsgesetz 1975: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	371*)	368	0	0	3
183.	25. 7. 1975	Entschließungsantrag der SPD und FDP zur Erklärung der Bundesregierung betr. die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	420*)	250	170	0	0
183.	25. 7. 1975	Entschließungsantrag der CDU/CSU zur Erklärung der Bundesregierung über die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	420*)	170 ¹⁾	250	0	0
200.	6. 11. 1975	Haushaltsstrukturgesetz	391*)	223	168	0	0
208.	10. 12. 1975	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Haushaltsstrukturgesetz	417	261	156	0	0
208.	10. 12. 1975	Gesetz über die Regelung der Landeszugehörigkeit des Verwaltungsbezirks Oldenburg und des Landkreises Schaumburg-Lippe nach Artikel 29 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes	369	254	113	2	0
209.	11. 12. 1975	1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts	420*)	228	192	0	0
213.	16. 1. 1976	14. Strafrechtsänderungsgesetz [Gemeinschaftsfrieden]	402*)	402	0	0	0
221.	12. 2. 1976	15. Strafrechtsänderungsgesetz [§ 218 StGB]	415*)	234	181	0	0
224.	19. 2. 1976	Gesetz zu dem Abkommen vom 19. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vom 9. Oktober 1975	466*)	275	191	0	0
227.	11. 3. 1976	Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes	392*)	226	166	0	0
230.	18. 3. 1976	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)	412*)	389	22	1	0
236.	9. 4. 1976	Berufsbildungsgesetz	388*)	224	163	0	1
238.	6. 5. 1976	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das 15. Strafrechtsänderungsgesetz	435*)	265	170	0	0
240.	11. 5. 1976	Haushaltsgesetz 1976: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	410*)	253	157	0	0
243.	14. 5. 1976	Haushaltsgesetz 1976: 2. Beratung	412*)	246	166	0	0
245.	20. 5. 1976	Haushaltsgesetz 1976: 3. Beratung	454*)	263	191	0	0

*) 1) 3) Fußnoten zur 7. Wahlperiode siehe Seite 1750

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
245.	20. 5. 1976	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das 3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	437*)	261	176	0	0
256.	1. 7. 1976	33. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39)	381*)	366	13	1	1
256.	1. 7. 1976	34. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 Nr. 4a)	379*)	374	5	0	0

Fußnoten für die 7. Wahlperiode:

1) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.

2) Erforderliche relative Mehrheit nicht erreicht.

3) Erforderliche absolute Mehrheit nicht erreicht.

*) namentliche Abstimmung

8. Wahlperiode (1976–80)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	14. 12. 1976	Wahl BTpräsident <i>Karl Carstens</i>	516	346	110	24	36
2.	15. 12. 1976	Wahl Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i>	495	250	243	1	1
11.	3. 2. 1977	CDU/CSU-Antrag betr. Mißbilligung gegenüber BMin d. Verteidigung <i>Georg Leber</i>	464*)	220 ¹⁾	243	0	1
27.	13. 5. 1977	20. Rentenanpassungsgesetz	450*)	241	209	0	0
27.	13. 5. 1977	Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz	446*)	241	205	0	0
30.	27. 5. 1977	Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes	467*)	241	226	0	0
32.	16. 6. 1977	Steueränderungsgesetz 1977	496*)	248	245	3	0
34.	21. 6. 1977	CDU/CSU-Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens des früheren BMin d. Finanzen <i>Helmut Schmidt</i>	496*)	243 ¹⁾	253	0	0
34.	21. 6. 1977	Haushaltsgesetz 1977: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	496*)	253	242	0	1
36.	23. 6. 1977	Haushaltsgesetz 1977: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	494*)	252	242	0	0
37.	24. 6. 1977	Haushaltsgesetz 1977: 3. Beratung	492*)	252	240	0	0
37.	24. 6. 1977	Zurückweisung d. Einspruchs d. Bundesrates zum 20. Rentenanpassungsgesetz	490*)	252	235	3	0

*) ¹⁾ Fußnoten zur 8. Wahlperiode siehe Seite 1752

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
44.	29. 9. 1977	Gesetz zur Änderung des Einführungs- gesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz	392*)	371	4	17	0
47.	6. 10. 1977	Gesetz zur Steuerentlastung und Investitions- förderung	425*)	219	206	0	0
52.	27. 10. 1977	Antrag d. Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Steuerentlastung und Investitions- förderung	442*)	442	0	0	0
52.	27. 10. 1977	CDU/CSU-Antrag betr. Konsulat in Wind- huk/Südwestafrika	456*)	219 ¹⁾	237	0	0
67.	24. 1. 1978	Haushaltsgesetz 1978: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	489*)	253	236	0	0
68.	25. 1. 1978	Haushaltsgesetz 1978: 2. Beratung Epl. 06 (BMin des Innern)	471*)	243	228	0	0
69.	26. 1. 1978	Haushaltsgesetz 1978: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	476*)	245	230	0	1
70.	27. 1. 1978	Haushaltsgesetz 1978: 3. Beratung	489*)	251	237	0	1
72.	16. 2. 1978	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßord- nung	489*)	245	244	0	0
83.	13. 4. 1978	Zurückweisung d. Einspruchs d. Bundesrats zum Gesetz zur Änderung der Strafprozeß- ordnung	495*)	252	243	0	0
95.	8. 6. 1978	Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Reichsversicherungsordnung, des Ange- stelltenversicherungsgesetzes und des Reichsknappschaftsgesetzes [CDU/CSU- Entwurf; 2. Beratung]	439*)	215 ¹⁾	224	0	0
95.	8. 6. 1978	21. Rentenanpassungsgesetz	439*)	224	214	0	1
95.	8. 6. 1978	10. Gesetz über die Anpassung der Leistun- gen des Bundesversorgungsgesetzes	438*)	223	215	0	0
109.	5. 10. 1978	Zurückweisung d. Einspruchs d. Bundesrats zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise und zur Regelung der Meldepflicht in Beherbergungsstät- ten	460*)	252	207	0	1
112.	20. 10. 1978	5. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz	431*)	221	210	0	0
125.	14. 12. 1978	Beschlußempfehlung zur 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregie- rung	461*)	230	225	6	0
131.	24. 1. 1979	Haushaltsgesetz 1979: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	455*)	235	220	0	0
131.	24. 1. 1979	Haushaltsgesetz 1979: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	452*)	234	217	0	1
133.	26. 1. 1979	Haushaltsgesetz 1979: 3. Beratung	446*)	231	215	0	0
151.	10. 5. 1979	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge	352*)	207	182	0	0
151.	10. 5. 1979	Gesetz zur Einführung eines Mutterschafts- urlaubs	395*)	268	126	1	1

*) 1) Fußnoten zur 8. Wahlperiode siehe Seite 1752

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
151.	10. 5. 1979	Gesetz über die stufenweise Einführung eines Familiengeldes (Bundesfamiliengeldgesetz) [CDU/CSU-Entwurf; 2. Beratung]	394*)	172 ¹⁾	221	1	0
157.	31. 5. 1979	Wahl BTpräsident <i>Richard Stücklen</i>	469	410	40	19	0
160.	20. 6. 1979	CDU/CSU-Antrag betr. Sicherung des inneren Friedens	424*)	204 ¹⁾	219	1	0
161.	21. 6. 1979	Wahl Vizepräsident <i>Richard von Weizsäcker</i>	489	272	177	37	3
162.	22. 6. 1979	Zurückweisung d. Einspruchs d. Bundesrates gegen das Filmförderungsgesetz	446*)	250	196	0	0
162.	22. 6. 1979	Zurückweisung d. Einspruchs d. Bundesrates gegen das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge	446*)	250	196	0	0
166.	3. 7. 1979	18. Strafrechtsänderungsgesetz [Unverjährbarkeit von Mord]	477*)	255	222	0	0
191.	11. 12. 1979	Haushaltsgesetz 1980: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	482*)	249	233	0	0
194.	14. 12. 1979	Haushaltsgesetz 1980: 3. Beratung	478*)	249	229	0	0
196.	17. 1. 1980	Wahl Wehrbeauftragter <i>Karl Wilhelm Berkhan</i>	454	416	30	6	2
213.	23. 4. 1980	Entschließungsantrag zum Beschluß der BReg über eine Empfehlung an das NOK betr. Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau	463*)	446	8	9	0
229.	3. 7. 1980	Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz [SPD/FDP-Entwurf]	428*)	210 ¹⁾	217	1	0
230.	4. 7. 1980	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Verkehrslärmschutzgesetz	459	218 ¹⁾	241	0	0
230.	4. 7. 1980	Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz [CDU/CSU-Entwurf; 2. Beratung]	445*)	193 ¹⁾	252	0	0

Fußnoten für die 8. Wahlperiode:

¹⁾ Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.

*) namentliche Abstimmung

9. Wahlperiode (1980–83)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	4. 11. 1980	Wahl BTpräsident <i>Richard Stücklen</i>	515	463	38	13	1
2.	5. 11. 1980	Wahl Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i>	491	266	222	2	1

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
23.	19. 2. 1981	Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981	475*)	259	216	0	0
25.	18. 3. 1981	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981	481*)	264	217	0	0
30.	8. 4. 1981	Gesetz zur Änderung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes	459*)	255	204	0	0
38.	26. 5. 1981	CDU/CSU-Antrag betr. Zukünftige Kernenergie-Politik – Fortgeschrittene Reaktorlinien	478*)	217 ¹⁾	261	0	0
38.	26. 5. 1981	SPD-FDP-Entschließungsantrag zur Regierungserklärung betr. Besuch des Bundeskanzlers in Washington und Paris [u. a. NATO-Doppelbeschluß]	494*)	254	234	6	0
41.	3. 6. 1981	Haushaltsgesetz 1981: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	483*)	267	216	0	0
41.	3. 6. 1981	Haushaltsgesetz 1981: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	487*)	260	224	3	0
43.	5. 6. 1981	Haushaltsgesetz 1981: 3. Beratung	488*)	268	220	0	0
46.	25. 6. 1981	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das 20. Strafrechtsänderungsgesetz	466*)	259	207	0	0
57.	9. 10. 1981	SPD-FDP-Antrag betr. Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung und Gewährleistung der Meinungsfreiheit	489*)	270	217	2	0
64.	12. 11. 1981	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das 19. Strafrechtsänderungsgesetz	478*)	261	216	1	0
73.	10. 12. 1981	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum 9. Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes	470*)	213 ¹⁾	257	0	0
74.	18. 12. 1981	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Verbrauchsteueränderungsgesetz 1982	467*)	266	200	1	0
74.	18. 12. 1981	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das 9. Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes	469*)	263	206	0	0
74.	18. 12. 1981	Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das 2. Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes	471*)	267	204	0	0
78.	19. 1. 1982	Haushaltsgesetz 1982: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	472*)	264	207	1	0
81.	22. 1. 1982	Haushaltsgesetz 1982: 3. Beratung	477*)	262	214	1	0
84.	5. 2. 1982	Antrag von Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i> gemäß Art. 68 des Grundgesetzes [Vertrauensfrage]	493*)	269	224	0	0

*) ¹⁾ Fußnoten zur 9. Wahlperiode siehe Seite 1754

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
105.	9. 6. 1982	Beschlußempfehlung des Innenausschusses betr. Erhöhung der Rechtssicherheit atomrechtlicher Genehmigungsverfahren	456	232	224	0	0
118.	1. 10. 1982	Wahl Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> (Antrag nach Art. 67 GG)	495	256	235	4	0
137.	10. 12. 1982	Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen	449*)	247	199	3	0
140.	16. 12. 1982	Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz	477*)	260	213	4	0
140.	16. 12. 1982	Haushaltsgesetz 1983	480*)	266	210	4	0
141.	17. 12. 1982	Antrag von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> gemäß Art. 68 des Grundgesetzes [Vertrauensfrage]	474*)	8 ¹⁾	218	248	0

Fußnoten für die 9. Wahlperiode:

¹⁾ Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.

*) namentliche Abstimmung

10. Wahlperiode (1983–87)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	29. 3. 1983	Wahl BTpräsident <i>Rainer Barzel</i>	509	407	88	13	1
1.	29. 3. 1983	Wahl Vizepräsidentin <i>Annemarie Renger</i>	503	436	33 ¹⁾	30	4
1.	29. 3. 1983	Wahl Vizepräsident <i>Richard Stücklen</i>	498	403	45 ¹⁾	44	6
1.	29. 3. 1983	Wahl Vizepräsident <i>Heinz Westphal</i>	503	314	43 ¹⁾	129	17
1.	29. 3. 1983	Wahl Vizepräsident <i>Richard Wurbs</i>	504	316	68 ¹⁾	108	12
2.	29. 3. 1983	Wahl Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	486	271	214	1	0
16.	23. 6. 1983	SPD-Antrag betr. Entlassung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit <i>Heiner Geißler</i>	490*)	210 ²⁾	279	1	0
19.	8. 9. 1983	Anträge der GRÜNEN und der SPD betr. Entlassung der Bundesminister des Innern und der Justiz <i>Friedrich Zimmermann</i> und <i>Hans A. Engelhard</i>	493*)	216 ²⁾	277	0	0
36.	22. 11. 1983	Antrag der GRÜNEN betr. Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	514*)	28 ²⁾	486	0	0
36.	22. 11. 1983	SPD-Antrag betr. NATO-Doppelbeschluß und Stand der INF-Verhandlungen	502*)	169 ²⁾	294	39	0

*) ¹⁾ ²⁾ Fußnoten zur 10. Wahlperiode siehe Seite 1761

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
36.	22. 11. 1983	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Durchfüh- rung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teil- en	512*)	286	225	1	0
40.	1. 12. 1983	35. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	455*)	453	2	0	0
40.	1. 12. 1983	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	453*)	416	26	11	0
42.	6. 12. 1983	Haushaltsgesetz 1984: 2. Beratung Epl. 06 (BMin d. Innern)	452*)	258	194	0	0
43.	7. 12. 1983	Haushaltsgesetz 1984: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	469*)	267	202	0	0
43.	7. 12. 1983	Haushaltsgesetz 1984: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	458*)	262	196	0	0
44.	8. 12. 1983	Haushaltsgesetz 1984: 2. Beratung Epl. 11 (BMin für Arbeit und Sozialordnung)	452*)	263	189	0	0
44.	8. 12. 1983	Haushaltsgesetz 1984: 2. Beratung § 4 Abs. 9 (Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendien- ste)	453*)	264	188	1	0
45.	9. 12. 1983	SPD-Antrag betr. Entlassung des Bundes- wirtschaftsministers <i>Otto Graf Lambs- dorff</i>	478*)	196 ²⁾	274	8	0
45.	9. 12. 1983	Haushaltsgesetz 1984: 3. Beratung	458*)	261	197	0	0
56.	23. 2. 1984	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste	481*)	271	210	0	0
61.	29. 3. 1984	Gesetz über Zuschüsse zum tariflichen Vor- ruhestandsgeld (Vorruhestandsgeldge- setz) [SPD-Entwurf; 2. Beratung]	476*)	177 ²⁾	298	1	0
61.	29. 3. 1984	Gesetz zur Anpassung des Rechts der Arbeitsförderung und der gesetzlichen Rentenversicherung an die Einführung von Vorruhestandsleistungen [Regie- rungsentwurf]	457*)	264	192	1	0
71.	24. 5. 1984	SPD-Antrag zum gescheiterten Strafbefrei- ungsvorhaben (Abs. 3)	492*)	206 ²⁾	273	13	0
71.	24. 5. 1984	SPD-Antrag zum gescheiterten Strafbefrei- ungsvorhaben (Abs. 4)	484*)	208 ²⁾	266	10	0
71.	24. 5. 1984	Antrag der GRÜNEN zum gescheiterten Strafbefreiungsvorhaben	480*)	24 ²⁾	456	0	0
71.	24. 5. 1984	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Steuerstra- frechtliche Zweifelsfragen im Zusam- menhang mit Parteispenden	481*)	264	217	0	0
80.	31. 7. 1984	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Haltung der Bundesregierung zum Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 1984 (Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus)	466*)	265	195	6	0

*) 2) Fußnoten zur 10. Wahlperiode siehe Seite 1761

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
86.	21. 9. 1984	Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes	413*)	232	181	0	0
92.	19. 10. 1984	Einspruch des Abgeordneten <i>Jürgen Reents</i> (DIE GRÜNEN) gegen den Sitzungsausschuß am 18. Oktober 1984	454*)	193 ²⁾	258	3	0
95.	26. 10. 1984	Antrag der GRÜNEN betr. Umweltfreundliche Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland	456*)	20 ²⁾	442	3	0
96.	5. 11. 1984	Wahl BTPäsident <i>Philipp Jenninger</i>	471	340	105	24	2
102.	16. 11. 1984	SPD-Antrag betr. <i>Flick-</i> und Spendenaffäre	449*)	170 ²⁾	252	27	0
102.	16. 11. 1984	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Parteienfinanzierung und Unabhängigkeit des politischen Mandats	448*)	255	193	0	0
103.	27. 11. 1984	Haushaltsgesetz 1985: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	455*)	256	199	0	0
106.	30. 11. 1984	Haushaltsgesetz 1985: 3. Beratung	433*)	250	183	0	0
111.	13. 12. 1984	SPD-Antrag betr. Herbeirufung des Bundeskanzlers und dreier weiterer Regierungsmitglieder	340	137 ²⁾	203	0	0
111.	13. 12. 1984	Gesetz über eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer (Ergänzungsabgabengesetz) [SPD-Entwurf; 2. Beratung]	426*)	181 ²⁾	241	4	0
112.	14. 12. 1984	Wahl Vizepräsident <i>Dieter-Julius Cronenberg</i>	391	277	84	20	10
126.	14. 3. 1985	Wahl Wehrbeauftragter <i>Willi Weiskirch</i>	433	366	42	24	1
132.	18. 4. 1985	Antrag der GRÜNEN betr. Weiterentwicklung der Schnellen Brüter-Technologie	427*)	31 ²⁾	246	149	1
132.	18. 4. 1985	Antrag der GRÜNEN betr. Versorgung krebserkrankter Kinder in der Bundesrepublik Deutschland	442*)	194 ²⁾	228	19	1
133.	19. 4. 1985	Beschäftigungsförderungsgesetz 1985	431*)	248	182	1	0
133.	19. 4. 1985	Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung	297*)	198	98	1	0
133.	19. 4. 1985	Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens	310*)	203	106	1	0
135.	25. 4. 1985	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zur Zwischenbilanz über die Verwirklichung des Regierungsprogramms der Koalition der Mitte	422*)	24 ²⁾	398	0	0

*) 2) Fußnoten zur 10. Wahlperiode siehe Seite 1761

Hinweis

Die verschiedenen Abstimmungsmehrheiten im Deutschen Bundestag sind für die einzelnen Wahlperioden im vorliegenden **Datenhandbuch** auf Seite 1731 errechnet worden.

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
135.	25. 4. 1985	SPD-Antrag zur Erklärung der Bundesregierung zur Zwischenbilanz über die Verwirklichung des Regierungsprogramms der Koalition der Mitte	423*)	155 ²⁾	262	6	0
137.	14. 5. 1985	SPD-Antrag zur Erklärung der Bundesregierung zum Wirtschaftsgipfel Bonn 1985 und zu den Staatsbesuchen von Präsident <i>Reagan</i> und Ministerpräsident <i>Nakasone</i>	370	152 ²⁾	218	0	0
142.	12. 6. 1985	Antrag der GRÜNEN betr. Herbeirufung von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	259	107 ²⁾	149	3	0
143.	13. 6. 1985	Antrag der GRÜNEN zur 3. Beratung des Entwurfs eines Bundesbahnsanierungsgesetzes	437*)	24 ²⁾	413	0	0
143.	13. 6. 1985	Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften	416*)	229	176	11	0
148.	26. 6. 1985	Antrag der GRÜNEN zu einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 1985 bei der Entwicklung Schneller Brutreaktoren	337*)	20 ²⁾	220	89	8
150.	28. 6. 1985	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Versammlungsgesetzes	396*)	239	157	0	0
151.	3. 9. 1985	SPD-Antrag betr. Entlassung von Bundesinnenminister <i>Friedrich Zimmermann</i>	488*)	213 ²⁾	274	1	0
151.	3. 9. 1985	Antrag der GRÜNEN betr. Entlassung von Bundesinnenminister <i>Friedrich Zimmermann</i>	483*)	27 ²⁾	272	178	6
156.	12. 9. 1985	Antrag der GRÜNEN betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Parteispenden-Praxis	410*)	18 ²⁾	392	0	0
159.	26. 9. 1985	Antrag der GRÜNEN betr. Kündigung des Kulturabkommens mit Südafrika	423*)	27 ²⁾	394	2	0
159.	26. 9. 1985	SPD-Antrag betr. Kündigung des Kulturabkommens mit Südafrika	435*)	167 ²⁾	263	5	0
159.	26. 9. 1985	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika	378*)	22 ²⁾	354	2	0
162.	3. 10. 1985	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. neue schwere Bedenken gegen die Genehmigung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zur Gewinnung von Uran und Plutonium	411*)	157 ²⁾	229	25	0
162.	3. 10. 1985	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. neue schwere Bedenken gegen die Genehmigung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zur Gewinnung von Uran und Plutonium	416*)	25 ²⁾	389	2	0

*) 2) Fußnoten zur 10. Wahlperiode siehe Seite 1761

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
164.	16. 10. 1985	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Erklärung der Bundesregierung betr. Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	353*)	199	154	0	0
165.	17. 10. 1985	Antrag der CDU/CSU und FDP zum Ausbildungsplatzangebot	405*)	228	177	0	0
166.	18. 10. 1985	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Großen Anfrage betr. Lebenssituation und Zukunftsperspektiven älterer Menschen	364*)	193	170	1	0
166.	18. 10. 1985	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Lebenssituation und Zukunftsperspektiven älterer Menschen	355*)	148 ²⁾	200	6	1
171.	7. 11. 1985	SPD-Antrag zur Schnellbrüter-Reaktortechnologie	410*)	156 ²⁾	235	19	0
174.	14. 11. 1985	Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz)	367*)	210	19	138	0
174.	14. 11. 1985	Gesetz zu dem Vertrag vom 10. September 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenarbeit im Bereich von Ems und Dollart sowie in den angrenzenden Gebieten (Kooperationsvertrag Ems-Dollart)	326*)	291	21	4	10
176.	26. 11. 1985	Haushaltsgesetz 1986: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	414*)	243	171	0	0
176.	26. 11. 1985	Haushaltsgesetz 1986: 2. Beratung Epl. 14 (BMin d. Verteidigung)	380*)	223	157	0	0
177.	27. 11. 1985	Wahl Präsident des Bundesrechnungshofs <i>Heinz Günther Zavelberg</i>	399	337	26	28	8
177.	27. 11. 1985	Wahl Vizepräsident des Bundesrechnungshofs <i>Ernst Heuer</i>	399	306	38	48	7
179.	29. 11. 1985	Haushaltsgesetz 1986: 3. Beratung	409*)	242	167	0	0
184.	12. 12. 1985	SPD-Antrag zur Regierungserklärung betr. Klarstellung der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf	433*)	184 ²⁾	249	0	0
184.	12. 12. 1985	Antrag der GRÜNEN zur Regierungserklärung betr. Klarstellung der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf	431*)	12 ²⁾	396	23	0
187.	16. 1. 1986	36. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Staatszielbestimmung Umweltschutz] [SPD-Entwurf; 2. Beratung]	456*)	186 ³⁾	242	28	0

*) 2) Fußnoten zur 10. Wahlperiode siehe Seite 1761

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
194.	30. 1. 1986	Antrag der GRÜNEN betr. Herbeirufung von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> , Bundesinnenminister <i>Friedrich Zimmermann</i> und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Ignaz Kiechle</i>	418*)	26 ²⁾	392	0	0
194.	30. 1. 1986	3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	390*)	348	34	8	0
198.	20. 2. 1986	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Jahreswirtschaftsbericht 1986 der Bundesregierung	426*)	245	178	3	0
198.	20. 2. 1986	Antrag der GRÜNEN betr. Lieferbindung und Mischfinanzierung in der bundesdeutschen Entwicklungshilfe	392*)	19 ²⁾	373	0	0
198.	20. 2. 1986	Antrag der GRÜNEN betr. Vertriebsverbot für Krügerrand-Goldmünzen	391*)	155 ²⁾	235	1	0
202.	28. 2. 1986	Paßgesetz	446*)	262	184	0	0
202.	28. 2. 1986	5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise	443*)	260	182	0	1
202.	28. 2. 1986	Antrag der GRÜNEN zum Paßgesetz	460*)	24 ²⁾	436	0	0
207.	20. 3. 1986	Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen	475*)	265	210	0	0
210.	17. 4. 1986	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung betr. Abschluß der Vereinbarungen über Technologieaustausch und Forschungsbeteiligung bei SDI mit den USA	437*)	18 ²⁾	414	4	1
210.	17. 4. 1986	Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	426*)	245	179	2	0
213.	24. 4. 1986	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Wasserversorgung	413*)	23 ²⁾	387	3	0
215.	14. 5. 1986	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion und zum Wirtschaftsgipfel in Tokio	412*)	25 ²⁾	373	14	0
215.	14. 5. 1986	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion und zum Wirtschaftsgipfel	411*)	41 ²⁾	354	16	0
215.	14. 5. 1986	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion und zum Wirtschaftsgipfel in Tokio	408*)	25 ²⁾	367	16	0
215.	14. 5. 1986	SPD-Antrag zur Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion und zum Wirtschaftsgipfel in Tokio	408*)	154 ²⁾	251	3	0

*) 2) Fußnoten zur 10. Wahlperiode siehe Seite 1761

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
219.	5. 6. 1986	Sieben Anträge der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland	4)	4)	4)	4)	4)
219.	5. 6. 1986	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland	421*)	165 ²⁾	252	4	0
226.	27. 6. 1986	Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften	377*)	215	159	3	0
232.	25. 9. 1986	Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu dem Antrag der GRÜNEN betr. Stopp der Kohleimporte aus Südafrika	343*)	197	94	52	0
243.	6. 11. 1986	Antrag der GRÜNEN betr. Kündigung des WHNS-Abkommens mit den USA	372*)	22 ²⁾	345	5	0
243.	6. 11. 1986	Antrag der GRÜNEN betr. Sofortiger Abzug der Pershing II und Cruise-Missile	369*)	23 ²⁾	343	3	0
243.	6. 11. 1986	Gesetz zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung [SPD-Entwurf; 2. Beratung]	369*)	168 ²⁾	201	0	0
246.	13. 11. 1986	SPD-Antrag zum Gesetz zur Änderung asylverfahrensrechtlicher, arbeitserlaubnisrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften	368*)	138 ²⁾	214	16	0
246.	13. 11. 1986	Antrag der GRÜNEN zum Gesetz zur Änderung asylverfahrensrechtlicher, arbeitserlaubnisrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften	369*)	19 ²⁾	345	5	0
246.	13. 11. 1986	...Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 Abs. 7)	378*)	252 ³⁾	102	24	0
246.	13. 11. 1986	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Unterstützung für die UNO-FDN-Contra in der Bundesrepublik Deutschland	301*)	119 ²⁾	178	4	0
246.	13. 11. 1986	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Unterstützung für die UNO-FDN-Contra in der Bundesrepublik Deutschland	300*)	16 ²⁾	284	0	0
249.	26. 11. 1986	Haushaltsgesetz 1987: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	412*)	242	170	0	0
251.	28. 11. 1986	Haushaltsgesetz 1987: 3. Beratung	384*)	227	157	0	0
254.	5. 12. 1986	2. Gesetz zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes	337*)	212	125	0	0
255.	10. 12. 1986	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. illegale Plutoniumverarbeitung in Hanau	404*)	24 ²⁾	380	0	0

*) 2) 3) 4) Fußnoten zur 10. Wahlperiode siehe Seite 1761

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
255.	10. 12. 1986	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. illegale Plutoniumverarbeitung in Hanau	390*)	24 ²⁾	364	2	0
256.	11. 12. 1986	Gesetz zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzvorsorgegesetz)	430*)	263	166	1	0

Fußnoten für die 10. Wahlperiode:

- 1) Stimmen für *Christa Reetz* (GRÜNE).
 - 2) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.
 - 3) Erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.
 - 4) Die Zahl der abgegebenen Stimmen schwankt zwischen 418 und 419, die Zahl der Ja-Stimmen zwischen 21 und 24, die Zahl der Nein-Stimmen zwischen 381 und 383, die Zahl der Enthaltungen zwischen 13 und 16.
- *) namentliche Abstimmung

11. Wahlperiode (1987–90)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	18. 2. 1987	Wahl BTpräsident <i>Philipp Jenninger</i>	514	393	89	29	3
1.	18. 2. 1987	SPD-Antrag betr. Anzahl der Stellvertreter des Präsidenten	511*)	232 ¹⁾	279	0	0
1.	18. 2. 1987	Wahl der Stellvertreter des BTprä. davon für – Vizepräsidentin <i>Annemarie Renger</i> – Vizepräsident <i>Richard Stücklen</i> – Vizepräsident <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> – Vizepräsident <i>Heinz Westphal</i> – Vizepräsidentin <i>Christa Nickels</i>	510 ²⁾	449 375 366 326 119 ³⁾		1	0
2.	11. 3. 1987	Wahl Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	487	253	225	6	3
5.	19. 3. 1987	Antrag der SPD zur Erklärung der Bundesregierung	454*)	164 ¹⁾	289	1	0
5.	19. 3. 1987	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung	451*)	39 ¹⁾	408	4	0
7.	1. 4. 1987	Anträge der GRÜNEN betr. Festlegung der Zahl und Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission	455*)	201 ¹⁾	253	1	0
10.	7. 5. 1987	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Erklärung der Bundesregierung betr. Bericht über den Stand der Abrüstungsgespräche	430*)	236	194	0	0

*) 1) 2) 3) Fußnoten zur 11. Wahlperiode siehe Seite 1768

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
10.	7. 5. 1987	Antrag der SPD zur Erklärung der Bundesregierung betr. Bericht über den Stand der Abrüstungsgespräche	429*)	179 ¹⁾	240	10	0
12.	20. 5. 1987	Antrag der SPD betr. Erhaltung der Arbeitsplätze bei den deutschen Werften	402*)	177 ¹⁾	225	0	0
12.	20. 5. 1987	Antrag der GRÜNEN betr. Sicherung von Werftarbeitsplätzen und -standorten	400*)	38 ¹⁾	359	3	0
12.	20. 5. 1987	Antrag der CDU/CSU und FDP betr. Lage der deutschen Schiffbauindustrie	401*)	225	176	0	0
16.	4. 6. 1987	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Erklärung der Bundesregierung zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle	422*)	232	189	1	0
16.	4. 6. 1987	Antrag der SPD zur Erklärung der Bundesregierung zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle	426*)	163 ¹⁾	239	24	0
16.	4. 6. 1987	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle	421*)	27 ¹⁾	375	19	0
17.	5. 6. 1987	Antrag des BTpräsidenten zu den Bauvorhaben des Deutschen Bundestages (I) A: Ausführung des Bauvorhabens aufgrund der genehmigten Planung B: Erstellung einer neuen Bauplanung	361*)	314	3	1	2
17.	5. 6. 1987	Antrag des BTpräsidenten zu den Bauvorhaben des Deutschen Bundestages (II) C: Unverändertes Erscheinungsbild des Plenarsaals D: Kreisrunde Anordnung der Sitzplätze im Plenarsaal	357*)	41 ⁴⁾	0	0	0
21.	26. 6. 1987	Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988	375*)	178	1	0	1
21.	26. 6. 1987	Antrag der GRÜNEN zum Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988	385*)	226	149	0	0
21.	26. 6. 1987	Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zum SPD-Antrag „Für eine gerechte und beschäftigungswirksame Steuerpolitik“	388*)	32 ¹⁾	353	0	0
27.	17. 9. 1987	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 und die Hochtemperaturreaktorlinie	384*)	265	123	0	0
30.	8. 10. 1987	Antrag der GRÜNEN betr. Abschaffung der Sicherheitsüberprüfung für politisch Verfolgte aus Chile	392*)	29 ¹⁾	351	4	0
30.	8. 10. 1987	Antrag der SPD betr. Hilfe für bedrohte Chilenen	391*)	167 ¹⁾	217	8	0
				178 ¹⁾	211	2	0

*) 1) 4) Fußnoten zur 11. Wahlperiode siehe Seite 1768

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
33.	15. 10. 1987	Antrag der CDU/CSU und FDP zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	419*)	240	179	0	0
33.	15. 10. 1987	SPD-Antrag zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	423*)	152 ¹⁾	237	34	0
33.	15. 10. 1987	Antrag der GRÜNEN zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	425*)	35 ¹⁾	384	6	0
36.	5. 11. 1987	Antrag der GRÜNEN zum Bericht der Bundesregierung zur Vorbereitung der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz vom 21. September 1987	354*)	32 ¹⁾	319	3	0
36.	5. 11. 1987	SPD-Antrag zum Bericht der Bundesregierung zur Vorbereitung der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz vom 21. September 1987	351*)	120 ¹⁾	231	0	0
36.	5. 11. 1987	Antrag der CDU/CSU und FDP zum Bericht der Bundesregierung zur Vorbereitung der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz vom 21. September 1987	355*)	204	150	1	0
39.	12. 11. 1987	8. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes	449*)	258	189	2	0
39.	12. 11. 1987	SPD-Antrag zum 8. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes	472*)	199 ¹⁾	268	5	0
44.	27. 11. 1987	Haushaltsgesetz 1988: 3. Beratung	384*)	227	156	0	1
44.	27. 11. 1987	Antrag der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1988 (hier: Epl. 09 – BMin für Wirtschaft)	401*)	157 ¹⁾	244	0	0
44.	27. 11. 1987	Antrag der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1988 (hier: Epl. 31 – BMin für Bildung und Wissenschaft)	383*)	147 ¹⁾	231	5	0
44.	27. 11. 1987	Antrag der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1988	402*)	160 ¹⁾	239	2	1
44.	27. 11. 1987	Antrag der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1988	399*)	158 ¹⁾	240	1	0
44.	27. 11. 1987	SPD-Antrag zum Haushaltsgesetz 1988	399*)	129 ¹⁾	243	27	0
44.	27. 11. 1987	SPD-Antrag zum Haushaltsgesetz 1988	403*)	162 ¹⁾	237	4	0
46.	3. 12. 1987	Antrag der GRÜNEN betr. Gesetzentwurf zur Regelung einer angemessenen Versorgung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in der Zeit von 1933 bis 1945	355*)	29 ¹⁾	326	0	0
46.	3. 12. 1987	Antrag der GRÜNEN betr. Entschädigung für Zwangsarbeit während der Nazi-Zeit	355*)	29 ¹⁾	201	125	0
47.	4. 12. 1987	8. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	348*)	204	127	17	0

*) 1) Fußnoten zur 11. Wahlperiode siehe Seite 1768

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
47.	4. 12. 1987	SPD-Antrag zum 8. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	362*)	151 ¹⁾	211	0	0
49.	10. 12. 1987	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Gipfeltreffen in Washington und zum Europäischen Rat in Kopenhagen	406*)	37 ¹⁾	227	142	0
51.	13. 1. 1988	Antrag der GRÜNEN betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Vorgänge in den Hanauer Nuklearbetrieben)	382*)	34 ¹⁾	347	1	0
57.	3. 2. 1988	SPD-Antrag betr. Erweiterung der Tagesordnung („Aktivitäten des Beauftragten des Bundeskanzlers, <i>Franz Josef Strauß</i> , und Südafrikapolitik der Bundesregierung“)	367	168 ¹⁾	199	0	0
61.	25. 2. 1988	SPD-Antrag betr. Privatisierung der Anteile des Bundes an der Volkswagen AG	414*)	176 ¹⁾	238	0	0
67.	10. 3. 1988	Antrag der GRÜNEN betr. Aufhebung der Stufenregelung (betr. Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung)	413*)	178 ¹⁾	235	0	0
71.	14. 4. 1988	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Tschernobyl und die Folgen – Ein Jahr danach	368*)	31 ¹⁾	333	4	0
71.	14. 4. 1988	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Durchführung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages zur AIDS-Bekämpfung vom 13. November 1986	347*)	145 ¹⁾	200	2	0
84.	10. 6. 1988	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	325*)	179	29	117	0
84.	10. 6. 1988	Antrag der GRÜNEN zum Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1988 bis 1991	337*)	31 ¹⁾	306	0	0
84.	10. 6. 1988	CDU/CSU-Antrag auf Überweisung des SPD-Antrags betr. Kommunales Wahlrecht für Ausländer an den Innenausschuß	270	151	119	0	0
87.	23. 6. 1988	SPD-Antrag zum Steuerreformgesetz 1990	492*)	185 ¹⁾	307	0	0
87.	23. 6. 1988	Steuerreformgesetz 1990	465	256	209	0	0
100.	13. 10. 1988	Antrag der Abgeordneten <i>Mischnick</i> u. a. betr. Gestaltung des neuen Plenarsaales (hier: Änderung des Beschlusses über die Sitzordnung)	379*)	102 ¹⁾	270	5	2

*) 1) Fußnoten zur 11. Wahlperiode siehe Seite 1768

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
103.	27. 10. 1988	SPD-Antrag betr. Gesundheitsreform	445*)	199 ¹⁾	246	0	0
108.	22. 11. 1988	Haushaltsgesetz 1989: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	427*)	244	183	0	0
109.	23. 11. 1988	Haushaltsgesetz 1989: 2. Beratung Epl. 16 (BMin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)	402*)	230	172	0	0
110.	24. 11. 1988	Haushaltsgesetz 1989: 3. Beratung	436*)	248	188	0	0
111.	25. 11. 1988	Gesundheits-Reformgesetz	450*)	241	207	2	0
111.	25. 11. 1988	SPD-Antrag zum Gesundheits-Reformge- setz (hier: Naturheilmittel, Arzneimittel – therapeutischer Pluralismus)	471*)	232	230	9	0
111.	25. 11. 1988	SPD-Antrag zum Gesundheits-Reformge- setz (hier: Solidarbeitrag der Pharmain- dustrie)	471*)	211 ¹⁾	258	2	0
111.	25. 11. 1988	SPD-Antrag zum Gesundheits-Reformge- setz (hier: Leistungen an Hinterbliebene verstorbenen Abgeordneter, Bundesmini- ster und Parl. Staatssekretäre)	468*)	174 ¹⁾	257	37	0
111.	25. 11. 1988	Antrag der GRÜNEN zum Gesundheits- Reformgesetz (hier: Strukturreform des Gesundheitswesens)	468*)	36 ¹⁾	432	0	0
111.	25. 11. 1988	Antrag der GRÜNEN zum Gesundheits- Reformgesetz (hier: Schutz und Rechte der Patientinnen und Patienten)	468*)	208 ¹⁾	259	1	0
111.	25. 11. 1988	Antrag der GRÜNEN zum Gesundheits- Reformgesetz (hier: Gleichbehandlung der besonderen Therapierichtungen)	468*)	41 ¹⁾	427	0	0
111.	25. 11. 1988	Wahl BTpräsidentin <i>Rita Süßmuth</i>	475	380	72	21	2
113.	1. 12. 1988	Gesetz zu den Protokollen ... zum Vertrag ... zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit	390*)	357	31	2	0
114.	2. 12. 1988	Gesetz zur Änderung des Arbeitsförde- rungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitneh- mer in den Ruhestand	438*)	258	180	0	0
114.	2. 12. 1988	Antrag der GRÜNEN zum Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand	449*)	33 ¹⁾	416	0	0
117.	9. 12. 1988	5. Gesetz zur Änderung des Parteiengeset- zes und anderer Gesetze	363*)	321	31	11	0
120.	20. 1. 1989	Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	373*)	214	159	0	0
121.	25. 1. 1989	Antrag der GRÜNEN betr. Änderung des Untersuchungsauftrages des 1. Untersu- chungsausschusses („U-Boot-Pläne“)	419*)	36 ¹⁾	233	150	0

*) ¹⁾ Fußnoten zur 11. Wahlperiode siehe Seite 1768

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
121.	25. 1. 1989	SPD-Antrag betr. Änderung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 2. April 1987 auf Drucksache 11/50 (Einsetzung eines Untersuchungsausschusses [„U-Boot-Pläne“])	417*)	188 ¹⁾	228	1	0
137.	20. 4. 1989	Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz)	418*)	229	188	1	0
138.	21. 4. 1989	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten	360*)	209	150	1	0
140.	27. 4. 1989	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zur künftigen Regierungsarbeit	415*)	36 ¹⁾	226	153	0
140.	27. 4. 1989	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zur künftigen Regierungsarbeit	410*)	34 ¹⁾	226	150	0
140.	27. 4. 1989	SPD-Antrag zur Erklärung der Bundesregierung zur künftigen Regierungsarbeit	418*)	156 ¹⁾	229	33	0
146.	1. 6. 1989	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Beteiligung von Daimler-Benz an Messerschmidt-Bölkow-Blohm	422*)	180 ¹⁾	237	5	0
146.	1. 6. 1989	Antrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Beteiligung von Daimler-Benz an Messerschmidt-Bölkow-Blohm	424*)	37 ¹⁾	244	142	1
147.	2. 6. 1989	Nachtragshaushaltsgesetz 1989	308*)	196	112	0	0
147.	2. 6. 1989	Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends	342*)	200	134	8	0
150.	16. 6. 1989	Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft	330*)	200	130	0	0
150.	16. 6. 1989	Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz	306*)	189	112	5	0
154.	1. 9. 1989	SPD-Antrag zur Erklärung der Bundesregierung aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges	378*)	162 ¹⁾	207	9	0
173.	8. 11. 1989	CDU/CSU-FDP-Antrag zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	437*)	400	4	33	0
173.	8. 11. 1989	Antrag der GRÜNEN zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	432*)	39 ¹⁾	246	147	0
177.	28. 11. 1989	Haushaltsgesetz 1990: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	429*)	248	181	0	0

*) 1) Fußnoten zur 11. Wahlperiode siehe Seite 1768

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
180.	1. 12. 1989	Antrag der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1990: 3. Beratung Epl. 23 (BMin für wirtschaftliche Zusammenarbeit)	386*)	26 ¹⁾	355	5	0
180.	1. 12. 1989	SPD-Antrag zum Haushaltsgesetz 1990: 3. Beratung Epl. 23 (BMin für wirtschaftliche Zusammenarbeit)	384*)	155 ¹⁾	227	2	0
180.	1. 12. 1989	Haushaltsgesetz 1990: 3. Beratung	376*)	225	150	1	0
204.	29. 3. 1990	Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik	348*)	201	145	2	0
204.	29. 3. 1990	Wahl des Wehrbeauftragten des BT davon für – Alfred Biehle – Horst Jungmann	476			25	3
205.	30. 3. 1990	Nachtragshaushaltsgesetz 1990	319*)	188	131	0	0
207.	26. 4. 1990	Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts	392*)	223	166	3	0
207.	26. 4. 1990	Antrag der GRÜNEN zum Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts	397*)	32 ¹⁾	234	131	0
207.	26. 4. 1990	Antrag der GRÜNEN zum Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts	396*)	32 ¹⁾	362	2	0
208.	27. 4. 1990	Wahl des Wehrbeauftragten des BT davon für – Alfred Biehle – Horst Jungmann	492			16	1
214.	31. 5. 1990	Antrag der GRÜNEN zum Achten Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes	388*)	174 ¹⁾	214	0	0
214.	31. 5. 1990	Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes	375*)	205	170	0	0
215.	1. 6. 1990	Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft zu dem Antrag der GRÜNEN „MBB die Erlaubnis zur Kriegswaffenproduktion entziehen“	290*)	174	24	92	0
215.	1. 6. 1990	Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft zu dem Antrag betr. Veröffentlichungspraxis der Bundesregierung zu Rüstungsexporten	287*)	172	115	0	0
217.	21. 6. 1990	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	504*)	486	15	3	0
217.	21. 6. 1990	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	505*)	444	60	1	0
217.	21. 6. 1990	SPD-Antrag und [wortgleicher] Antrag der GRÜNEN zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 1990	505*)	234 ¹⁾	269	2	0

*) ¹⁾ ⁵⁾ Fußnoten zur 11. Wahlperiode siehe Seite 1768

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
220.	9. 8. 1990	SPD-Antrag zur vereinbarten Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit	444*)	164 ¹⁾	259	21	0
220.	9. 8. 1990	CDU/CSU-FDP-Antrag zur vereinbarten Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit	441*)	253	186	2	0
226.	20. 9. 1990	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 und der Vereinbarung vom 18. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz)	490*)	440	47	3	0
226.	20. 9. 1990	Antrag der GRÜNEN zu dem Vertrag vom 31. August 1990 und der Vereinbarung vom 18. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz)	479*)	36 ¹⁾	281	162	0
229.	5. 10. 1990	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Regelung der Dauer des Grundwehrdienstes und des Zivildienstes	410	182 ¹⁾	225	3	0
231.	25. 10. 1990	CDU/CSU-FDP-Antrag auf Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Regelung der Dauer des Grundwehrdienstes und des Zivildienstes	583*)	340	239	4	0
231.	25. 10. 1990	Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 1990	590*)	346	243	1	0
231.	25. 10. 1990	Antrag der GRÜNEN/Bündnis 90 zum Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 1990	581*)	240 ¹⁾	340	1	0
231.	25. 10. 1990	Antrag der GRÜNEN/Bündnis 90 zum Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 1990	585*)	60 ¹⁾	344	181	0
231.	25. 10. 1990	Antrag der GRÜNEN/Bündnis 90 zum Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 1990	579*)	63 ¹⁾	343	173	0
231.	25. 10. 1990	Antrag der GRÜNEN/Bündnis 90 zum Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 1990	580*)	58 ¹⁾	519	3	0

Fußnoten für die 11. Wahlperiode:

- 1) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.
- 2) Die Wahl der Stellvertreter des Präsidenten erfolgte in **einem Wahlgang**; jeder Abgeordnete konnte auf der Stimmkarte höchstens **vier Vorschläge** ankreuzen.
- 3) Erforderliche Mehrheit nicht erreicht.
- 4) Erforderliche relative Mehrheit nicht erreicht.
- 5) Erforderliche absolute Mehrheit nicht erreicht.

*) namentliche Abstimmung

12. Wahlperiode (1990–94)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	20. 12. 1990	Wahl BT-Präsidentin <i>Rita Süßmuth</i>	650	525	81	44	0
1.	20. 12. 1990	Wahl der Stellvertreter des BT-Präs. davon für – Vizepräsident <i>Helmuth Becker</i> – Vizepräsident <i>Hans Klein</i> – Vizepräsidentin <i>Renate Schmidt</i> – Vizepräsident <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> – Vizepräsidentin <i>Jutta Braband</i> – Vizepräsident <i>Wolfgang Ullmann</i>	638 ¹⁾	621 511 479 597 28 ²⁾ 101 ²⁾			
2.	14. 1. 1991	SPD-Antrag zur Erklärung der Bundesregierung zur Lage in der Golfregion und in Litauen	593*)	227 ⁴⁾	353	13	0
3.	17. 1. 1991	Wahl Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	644	378	257	9	0
25.	14. 5. 1991	SPD-Antrag zum Steueränderungsgesetz 1991	561*)	202 ⁴⁾	357	2	0
28.	6. 6. 1991	Haushaltsgesetz 1991: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	559*)	348	210	1	0
29.	7. 6. 1991	Haushaltsgesetz 1991: 3. Beratung	558*)	344	214	0	0
33.	19. 6. 1991	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 146 GG)	598*)	237 ³⁾	357	4	0
34.	20. 6. 1991	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz: – „Konsensantrag Berlin/Bonn“ (Antrag des Abg. <i>Geißler</i> u. a.) – „Zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie“ (Antrag der Abg. <i>Conradi, Schily</i> u. a.) – Anträge für Bonn oder für Berlin davon für: 1) „Bundesstaatslösung für eine Aufgabenteilung zwischen der Hauptstadt Berlin, dem Parlaments- und Regierungssitz Bonn und den neuen Bundesländern (Bonn-Antrag)“ (Antrag der Abg. <i>Blüm, Ehmke</i> u. a.) 2) „Vollendung der Einheit Deutschlands“ [Antrag für Berlin] (Antrag der Abg. <i>Brandt, Schäuble, Solms</i> u. a.)	654*) 657*) 660*)	147 ⁴⁾ 288 ⁴⁾ 320 ⁴⁾ 338	489 340	18 29 1	0 0 1
60.	27. 11. 1991	Haushaltsgesetz 1992: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	579*)	354	225	0	0
62.	29. 11. 1991	Haushaltsgesetz 1992: 3. Beratung	541*)	334	207	0	0
64.	5. 12. 1991	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Zweite Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch	554*)	358	193	3	0

*) 1) 2) 3) 4) Fußnoten zur 12. Wahlperiode siehe Seite 1774

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
76.	13. 2. 1992	Beschlußempfehlungen des Vermittlungsausschusses zum Steueränderungsgesetz 1992 und zum Gesetz zur Aufhebung des Strukturhilfegesetzes und zur Aufstokung des Fonds „Deutsche Einheit“	553*)	345	206	2	0
89.	30. 4. 1992	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 87d]	572*)	556	13	3	0
97.	17. 6. 1992	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Vierte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank	564*)	365	190	9	0
98.	24. 6. 1992	Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zum CDU/CSU-FDP-Antrag zur vereinbarten Debatte zur Menschenrechtspolitik	467*)	257	193	17	0
99.	25. 6. 1992	Gesetz zur Sicherung der Entscheidungsfreiheit von Frauen beim Umgang mit ungewollten Schwangerschaften (Gesetzesentwurf der Gruppe B 90/GRÜNE)	655*)	174)	632	6	0
99.	25. 6. 1992	Gesetz zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und zur Sicherung von Mindeststandards für Frauen zum Schwangerschaftsabbruch (Gesetzesentwurf der Gruppe PDS/LL)	653*)	174)	633	3	0
99.	25. 6. 1992	Gesetz zum Schutz der ungeborenen Kinder (Gesetzesentwurf der Abg. <i>Werner [Ulm], Brudlewsky, Jäger</i> u. a.)	653*)	1044)	492	57	0
99.	25. 6. 1992	Schwangeren- und Familienhilfegesetz (Gesetzesentwurf der FDP)	653*)	744)	575	4	0
99.	25. 6. 1992	Familien- und Schwangerenhilfegesetz (Gesetzesentwurf der SPD)	654*)	2364)	402	16	0
99.	25. 6. 1992	Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens (Gesetzesentwurf der CDU/CSU)	657*)	2724)	369	16	0
99.	25. 6. 1992	Schwangeren- und Familienhilfegesetz (Gesetzesentwurf der Abg. <i>Wettig-Danielmeier, Würfel, de With</i> u. a.)	654*)	355	283	16	0
100.	26. 6. 1992	Beschlußempfehlung des Ältestenrates zu den Vorschlägen der Unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für die ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden ...	518*)	380	93	45	0
100.	26. 6. 1992	Antrag des Abg. <i>Schmidt (Halsbrücke)</i> u. a. zu den Vorschlägen der Unabhängigen Föderalismuskommission, hier: Rückverlagerung des Bundesgerichtshofs nach Leipzig	501*)	1884)	286	27	0

*) 4) Fußnoten zur 12. Wahlperiode siehe Seite 1774

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
110.	8. 10. 1992	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Fördergesetzes	578*)	372	191	15	0
113.	15. 10. 1992	CDU/CSU-FDP-Antrag zur Asylpolitik	391*)	365	24	2	0
113.	15. 10. 1992	SPD-Antrag zur 3. Beratung des Gesetzes zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen	527*)	198 ⁴⁾	326	3	0
123.	25. 11. 1992	Haushaltsgesetz 1993: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	585*)	365	220	0	0
125.	27. 11. 1992	Haushaltsgesetz 1993: 3. Beratung	575*)	368	207	0	0
125.	27. 11. 1992	SPD-Antrag zum Haushaltsgesetz 1993	569*)	208 ⁴⁾	359	2	0
126.	2. 12. 1992	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union [Vertrag von Maastricht]	567*)	543	16	8	0
126.	2. 12. 1992	CDU/CSU-SPD-FDP-Antrag zum Gesetz zum Vertrag über die Europäische Union für ein bürgernahes, starkes und handlungsfähiges Europa	568*)	547	15	6	0
126.	2. 12. 1992	CDU/CSU-SPD-FDP-Antrag zum Gesetz zum Vertrag über die Europäische Union betr. Wirtschafts- und Währungsunion	566*)	545	14	7	0
126.	2. 12. 1992	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 23 neu]	565*)	547	17	1	0
127.	9. 12. 1992	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und anderen Gesetzen	593*)	373	219	1	0
127.	9. 12. 1992	Gesundheits-Strukturgesetz	530*)	455	54	21	0
128.	10. 12. 1992	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. China-Resolution	540*)	321	196	23	0
131.	14. 1. 1993	Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zum SPD-Antrag betr. Truppenübungsplatz-Konzept	526*)	314	203	9	0
131.	14. 1. 1993	Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zum SPD-Antrag betr. Truppenübungsplatz Colbitz-Letzlinger Heide	525*)	301	217	7	0
141.	12. 2. 1993	Beschlußempfehlung [Ablehnung] zum SPD-Antrag betr. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Umweltbereich	508*)	313	189	6	0
151.	21. 4. 1993	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Beteiligung der Bundeswehr am AWACS-Einsatz	553*)	336	208	9	0

*) 4) Fußnoten zur 12. Wahlperiode siehe Seite 1774

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
151.	21. 4. 1993	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Hilfseinsatz der Bundeswehr für humanitäre Maßnahmen der Vereinten Nationen in Somalia	553*)	339	206	8	0
151.	21. 4. 1993	SPD-Antrag betr. Keine Beteiligung der Bundeswehr an der Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina	551*)	201 ⁴⁾	342	8	0
151.	21. 4. 1993	SPD-Antrag betr. Unverzügliche Verabschiedung einer Grundgesetzänderung für Blauhelm-Einsätze	551*)	179 ⁴⁾	359	13	0
160.	26. 5. 1993	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 16 und 18)	654*)	521	132	1	0
160.	26. 5. 1993	Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften	655*)	496	158	1	0
160.	26. 5. 1993	Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber	651*)	540	98	13	0
161.	27. 5. 1993	Nachtragshaushaltsgesetz 1993	613*)	380	232	1	0
164.	18. 6. 1993	Wahl Bundesbeauftragter für den Datenschutz <i>Joachim-Wolfgang Jacob</i>	482	459	8	12	3
169.	2. 7. 1993	Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zum CDU/CSU-FDP-Antrag zur Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II	534*)	336	184	14	0
179.	30. 9. 1993	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates zum Kündigungsfristengesetz	542*)	346	196	0	0
179.	30. 9. 1993	Wahl Präsidentin des Bundesrechnungshofs <i>Hedda Meseke</i>	551	463	55	33	0
180.	1. 10. 1993	Entgeltfortzahlungsgesetz	489*)	286	188	15	0
183.	22. 10. 1993	Pflegeversicherungsgesetz [SPD-Entwurf; 2. Beratung]	546*)	181 ⁴⁾	353	12	0
183.	22. 10. 1993	Pflege-Versicherungsgesetz	552*)	322	223	7	0
183.	22. 10. 1993	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	500*)	317	176	7	0
183.	22. 10. 1993	Zweites Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	499*)	321	175	3	0
192.	24. 11. 1993	Haushaltsgesetz 1994: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	535*)	339	196	0	0
194.	26. 11. 1993	Haushaltsgesetz 1994: 3. Beratung	480*)	318	160	2	0
196.	2. 12. 1993	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Bahnstrukturreform]	575*)	558	13	4	0
200.	10. 12. 1993	Beschlußempfehlungen des Vermittlungsausschusses zum Pflege-Versicherungsgesetz und zum Entgeltfortzahlungsgesetz	515*)	292	216	7	0

*) 4) Fußnoten zur 12. Wahlperiode siehe Seite 1774

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
211.	25. 2. 1994	Antrag „Verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin“	525*)	292	223	9	1
222.	21. 4. 1994	Zweites Gleichberechtigungsgesetz	539*)	288	226	25	0
229.	20. 5. 1994	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	397*)	245	141	11	0
230.	26. 5. 1994	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz	546*)	262	258	26	0
233.	16. 6. 1994	Rabattdergulierungsgesetz	599*)	312	261	26	0
233.	16. 6. 1994	Autobahnbenutzungsgebührengesetz	599*)	579	10	10	0
236.	24. 6. 1994	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Bereich des Baugewerbes	506*)	216 ⁴⁾	282	8	0
237.	29. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Postneuordnung]	583*)	470	92	21	0
237.	29. 6. 1994	Gesetz zu dem Vertrag vom 24./25. Juni 1994 über den Beitritt des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union	568*)	568	0	0	0
238.	30. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Verfassungsreform: Art. 3, 20a, 28, 29, 87 und 118a GG]	626*)	619	3	4	0
238.	30. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 74, 125a GG)	632*)	629	1	2	0
238.	30. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 75, 76, 77, 80, 125b GG)	630*)	624	2	4	0
238.	30. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 20b GG)	629*)	321 ³⁾	300	8	0
238.	30. 6. 1994	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Rumpf des Gesetzentwurfs der SPD auf Drs. 12/6323; 2. Beratung]	15 namentliche Abstimmungen mit unterschiedlichen Ergebnissen; Ablehnung				
238.	30. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Präambel) [SPD-Entwurf]	629*)	318 ³⁾	309	2	0
238.	30. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6) [SPD-Entwurf]	632*)	282 ³⁾	324	20	6
238.	30. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20a Abs. 2) [SPD-Entwurf]	632*)	299 ³⁾	313	15	5
238.	30. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a) [Entwurf der Abg. Dr. Konrad Elmer u. a.]	627*)	344 ³⁾	261	22	0
240.	22. 7. 1994	Antrag der Bundesregierung betr. Deutsche Beteiligung an Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Adria-Embargo und Flugverbot über Bosnien-Herzegowina	485*)	421	48	16	0

*) 3) 4) Fußnoten zur 12. Wahlperiode siehe Seite 1774

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
240.	22. 7. 1994	SPD-Antrag betr. Fortdauer der Bundeswehreinräte zur Embargoüberwachung in der Adria sowie zur Überwachung und Durchsetzung des Flugverbots über dem Luftraum von Bosnien-Herzegowina	488*)	130 ⁴⁾	344	14	0
241.	6. 9. 1994	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Bereich des Baugewerbes	581*)	336	237	8	0
241.	6. 9. 1994	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a GG]	585*)	571	13	1	0

Fußnoten für die 12. Wahlperiode:

- 1) Die Wahl der Stellvertreter des Präsidenten erfolgte in einem Wahlgang; jeder Abgeordnete konnte auf der Stimmkarte höchstens vier Vorschläge ankreuzen.
- 2) Erforderliche Mehrheit nicht erreicht.
- 3) Erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.
- 4) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.
- *) namentliche Abstimmung

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	10. 11. 1994	Wahl BTpräsidentin <i>Rita Süßmuth</i>	669	555	81	32	1
1.	10. 11. 1994	Wahl der Stellvertreter der BTpräs.					
		– Vizepräsident <i>Hans Klein</i>	662	515	45 ²⁾	76	26
		– Vizepräsident <i>Hans-Ulrich Klose</i>	661	591	50	20	0
		– Vizepräsidentin <i>Antje Vollmer</i>	669	358	279 ³⁾	27	5
		– Vizepräsident <i>Burkhard Hirsch</i>	662	394	259 ³⁾	8	1

1) 2) 3) Fußnoten zur 13. Wahlperiode siehe Seite 1781

Hinweis

Die verschiedenen Abstimmungsmehrheiten im Deutschen Bundestag sind für die einzelnen Wahlperioden im vorliegenden **Datenhandbuch** auf Seite 1731 errechnet worden.

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
2.	15. 11. 1994	Wahl Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	671	338	333	0	0
6.	24. 11. 1994	Antrag der SPD und von B 90/GRÜNE zum Regierungsprogramm	623*)	292 ⁴⁾	331	0	0
9.	15. 12. 1994	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Ände- rung der Geschäftsordnung des Deut- schen Bundestages [Bildung eines Aus- schusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union]	646*)	337	308	1	0
21.	16. 2. 1995	SPD-Antrag zur Bestimmung des Verfah- rens für die Berechnung der Stellenan- teile	650*)	314 ⁴⁾	335	1	0
28.	17. 3. 1995	SPD-Antrag zum Internationalen Klima- schutz vor dem Klimagipfel in Berlin	646*)	266 ⁴⁾	374	6	0
28.	17. 3. 1995	Antrag von B 90/GRÜNE betr. Abschiebe- stopp für Kurden und syrisch-orthodoxe Christen aus der Türkei	647*)	84 ⁴⁾	334	229	0
28.	17. 3. 1995	SPD-Antrag betr. Abschiebestopp für Kur- dinnen und Kurden aus der Türkei	640*)	306 ⁴⁾	333	1	0
31.	30. 3. 1995	Wahl Wehrbeauftragte <i>Claire Marienfeld</i>	646	459	139	46	2
31.	30. 3. 1995	Haushaltsgesetz 1995: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	653*)	337	316	0	0
32.	31. 3. 1995	Haushaltsgesetz 1995: 3. Beratung	655*)	339	316	0	0
33.	26. 4. 1995	SPD-Antrag zu der Erklärung der Bundes- regierung zu den Ergebnissen der Berli- ner Klimakonferenz sowie zu aktuellen Fragen der Kernenergie	619*)	252 ⁴⁾	320	47	0
33.	26. 4. 1995	Antrag von B 90/GRÜNE zu der Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Berliner Klimakonferenz sowie zu aktuellen Fragen der Kernenergie	619*)	73 ⁴⁾	546	0	0
36.	12. 5. 1995	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106 GG)	652*)	336 ⁵⁾	316	0	0
38.	18. 5. 1995	Mietenüberleitungsgesetz	640*)	563	72	5	0
38.	18. 5. 1995	2. Gesetz zur Änderung des Futtermittelge- setzes	641*)	332	294	15	0
39.	19. 5. 1995	Beschlußempfehlung des Vermittlungsaus- schusses zum Haushaltsgesetz 1995	639*)	307 ⁴⁾	332	0	0
42.	2. 6. 1995	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Haushaltsgesetz 1995	648*)	341	307	0	0
42.	2. 6. 1995	Jahressteuergesetz 1996	648*)	338	309	1	0
45.	23. 6. 1995	Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissi- onsschutzgesetzes und des Straßenver- kehrsgesetzes	628*)	332	295	1	0
47.	29. 6. 1995	Gesetz über Sexualaufklärung, Verhütung, Prävention ungewollter Schwangerschaf- ten und Beratung [2. Beratung; Entwurf von B 90/GRÜNE]	645*)	42 ⁴⁾	597	6	0

*) 4) 5) Fußnoten zur 13. Wahlperiode siehe Seite 1781

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
47.	29. 6. 1995	Gesetz zum Schutz des ungeborenen Kindes [2. Beratung; Entwurf von CDU/CSU-Abgeordneten]	647*)	1034)	524	20	0
47.	29. 6. 1995	Gesetz zur Sicherung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen – Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches [2. Beratung; Entwurf von PDS-Abgeordneten]	648*)	444)	583	21	0
47.	29. 6. 1995	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz	651*)	485	145	21	0
48.	30. 6. 1995	Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zum Antrag der Bundesregierung betr. Einsatz im früheren Jugoslawien	655*)	386	258	11	0
48.	30. 6. 1995	SPD-Antrag zum Einsatz im früheren Jugoslawien	652*)	1754)	419	58	0
48.	30. 6. 1995	Antrag von B 90/GRÜNE zum Einsatz im früheren Jugoslawien	633*)	704)	511	52	0
48.	30. 6. 1995	PDS-Antrag zum Einsatz im früheren Jugoslawien	638*)	254)	608	5	0
55.	21. 9. 1995	Wahl Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR <i>Joachim Gauck</i>	636	565	51	18	2
55.	21. 9. 1995	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 106 GG]	607*)	541	64	2	0
55.	21. 9. 1995	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 48 GG]	649*)	505	139	5	0
62.	13. 10. 1995	4. Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch [Hausarztvergütung]	563*)	300	240	23	0
67.	8. 11. 1995	Haushaltsgesetz 1996: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	652*)	336	316	0	0
69.	10. 11. 1995	SPD-Antrag zum Haushaltsgesetz 1996	647*)	2824)	365	0	0
69.	10. 11. 1995	SPD-Antrag zum Haushaltsgesetz 1996 [betr. Bundesfinanzminister <i>Theodor Waigel</i>]	649*)	2464)	378	25	0
69.	10. 11. 1995	Haushaltsgesetz 1996: 3. Beratung	649*)	337	312	0	0
69.	10. 11. 1995	Antrag der Fraktionen der SPD und von B 90/GRÜNE betr. Ausladung des iranischen Außenministers von der bevorstehenden Islam-Konferenz in Bonn	498	268	225	5	0
74.	30. 11. 1995	SPD-Antrag betr. Einsatz von Bundeswehreinheiten zur Sicherung der Friedensregelung in Bosnien-Herzegowina	615*)	2074)	351	57	0
74.	30. 11. 1995	Gesetz zur Verlängerung des besonderen Kündigungsschutzes in den neuen Bundesländern [SPD-Entwurf; 2. Beratung]	623*)	3014)	321	1	0

*) 4) Fußnoten zur 13. Wahlperiode siehe Seite 1781

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
74.	30. 11. 1995	Gesetz zur Angleichung der Arbeitsbedingungen bei der Entsendung von Arbeitnehmern (Entsendegesetz) [SPD-Entwurf; 2. Beratung]	608*)	291 ⁴⁾	317	0	0
76.	6. 12. 1995	Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Regierungsantrag zur deutschen Beteiligung an den militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina	656*)	543	107	6	0
78.	8. 12. 1995	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten	628*)	463	146	19	0
83.	1. 2. 1996	SPD-Antrag über den Solidaritätszuschlag	627*)	292 ⁴⁾	323	12	0
86.	8. 2. 1996	Antrag von B 90/GRÜNE zum Staatsangehörigkeitsrecht	622*)	305 ⁴⁾	315	2	0
86.	8. 2. 1996	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	623*)	308 ⁴⁾	315	0	0
86.	8. 2. 1996	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz	613*)	597	11	5	0
86.	8. 2. 1996	Antrag von B 90/GRÜNE zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und anderer Gesetze	619*)	78 ⁴⁾	540	1	0
87.	9. 2. 1996	Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz	599*)	312	286	1	0
96.	15. 3. 1996	CDU/CSU-FDP-Antrag zur Verfassunggebottenen Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach in Brandenburg	608*)	320	274	14	0
96.	15. 3. 1996	1. Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (Pflegeschwerkräften)	518*)	300	216	2	0
104.	9. 5. 1996	Antrag von B 90/GRÜNE zur Abschließenden Beratung über die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin nach einer Wirtschaftlichkeitsrechnung	626*)	266 ⁴⁾	347	13	0
104.	9. 5. 1996	Magnetschwebebahnbedarfsgesetz [Transrapid]	627*)	340	267	20	0
104.	9. 5. 1996	Strafrechtsänderungsgesetz – §§ 177 bis 179 StGB [Vergewaltigung in der Ehe]	626*)	318	306	2	0
110.	13. 6. 1996	Antrag der SPD und von B 90/GRÜNE betr. Unzulässige Verschärfung des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes des Bundes vom 21. August 1995 durch das Bayerische Schwangerenberatungsgesetz und das Bayerische Schwangerenhilfeergänzungsgesetz	639*)	316	262	61	0

*) 4) Fußnoten zur 13. Wahlperiode siehe Seite 1781

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
110.	13. 6. 1996	FDP-Antrag betr. Verfassungsgebundene Einhaltung des bundeseinheitlichen Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes des Bundes vom 21. August 1995 durch die Bayerische Staatsregierung	638*)	348	250	40	0
110.	13. 6. 1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz	658*)	340	318	0	0
114.	21. 6. 1996	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß und zur Neuregelung der Arbeitszeiten in Bäckereien und Konditoreien	652*)	327	322	3	0
116.	27. 6. 1996	Gesetz zur Änderung des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes	623*)	299 ⁴⁾	324	0	0
117.	28. 6. 1996	Antrag der Abg. <i>Ulla Schmidt</i> u. a. zu rechtlichen Rahmenbedingungen der Altersversorgung und Erwerbstätigkeit von Frauen	639*)	311 ⁴⁾	327	1	0
117.	28. 6. 1996	Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz	639*)	326	313	0	0
117.	28. 6. 1996	Beitragsentlastungsgesetz	638*)	326	312	0	0
123.	13. 9. 1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz	665*)	341	324	0	0
123.	13. 9. 1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Arbeitsrechtliche Beschäftigungsförderungsgesetz	665*)	341	324	0	0
123.	13. 9. 1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Beitragsentlastungsgesetz	663*)	341	322	0	0
123.	13. 9. 1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Achte Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch	665*)	341	324	0	0
128.	10. 10. 1996	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Strafrechtsänderungsgesetz – §§ 177 bis 179 StGB [Vergewaltigung in der Ehe]	645*)	319 ⁴⁾	325	1	0
135.	7. 11. 1996	Jahressteuergesetz 1997	653*)	335	318	0	0
135.	7. 11. 1996	SPD-Antrag zum Jahressteuergesetz 1997	652*)	293 ⁴⁾	335	24	0
135.	7. 11. 1996	Antrag von B 90/GRÜNE zum Jahressteuergesetz 1997	652*)	318 ⁴⁾	334	0	0
135.	7. 11. 1996	Arbeitsförderungs-Reformgesetz	657*)	340	317	0	0
136.	8. 11. 1996	Viertes Gesetz zur Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes	642*)	323	312	7	0
138.	14. 11. 1996	Gesetz zur Änderung straf-, ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften	634*)	325	307	2	0

*) 4) Fußnoten zur 13. Wahlperiode siehe Seite 1781

Sitz.- Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abge- gebene Stim- men	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Ent- haltung	un- gültig
138.	14. 11. 1996	Antrag von B 90/GRÜNE zum Ausländer- gesetz	633*)	72 ⁴⁾	554	7	0
138.	14. 11. 1996	SPD-Antrag zum Ausländergesetz	633*)	240 ⁴⁾	392	1	0
139.	15. 11. 1996	Erstes Gesetz zur Neuordnung von Selbst- verwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (1. GKV-Neuordnungsgesetz)	623*)	319	304	0	0
141.	27. 11. 1996	Haushaltsgesetz 1997: 2. Beratung Epl. 04 (Bundeskanzler)	642*)	335	307	0	0
143.	29. 11. 1996	Haushaltsgesetz 1997: 3. Beratung	649*)	336	313	0	0
149.	13. 12. 1996	Beschlußempfehlung des Auswärtigen Aus- schusses zu dem Antrag der Bundesre- gierung betr. deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugosla- wien	611*)	499	91	21	0
149.	13. 12. 1996	Antrag von B 90/GRÜNE betr. Beteiligung von Einheiten der Bundeswehr an der SFOR-Friedensmission im früheren Jugoslawien	610*)	38 ⁴⁾	567	5	0
151.	16. 1. 1997	Wahl Vizepräsidentin <i>Michaela Geiger</i>	616	407	36	116	9
154.	30. 1. 1997	Antrag der CDU/CSU, SPD, B 90/GRÜNE und FDP betr. Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Bezie- hungen und deren künftige Entwicklung	620*)	577	20	23	0
155.	31. 1. 1997	Arbeitsförderungs-Reformgesetz	571*)	305	266	0	0
160.	27. 2. 1997	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Regie- rungserklärung zu den anstehenden Castor-Transporten	627*)	322	74	231	0
160.	27. 2. 1997	SPD-Antrag zur Regierungserklärung zu den anstehenden Castor-Transporten	628*)	277 ⁴⁾	324	27	0
160.	27. 2. 1997	Antrag von B 90/GRÜNE zur Regierungs- erklärung zu den anstehenden Castor- Transporten	631*)	293 ⁴⁾	323	15	0
161.	28. 2. 1997	Jahressteuergesetz 1996 (hier: Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmensteuerre- form)	623*)	330	293	0	0
161.	28. 2. 1997	Antrag von B 90/GRÜNE zum Jahressteu- ergesetz 1996 (hier: Gesetz zur Fortset- zung der Unternehmensteuerreform)	617*)	282 ⁴⁾	327	8	0
163.	13. 3. 1997	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Gro- ßen Anfrage betr. Situation der Bundes- republik Deutschland als Einwande- rungsland	624*)	322	300	2	0
163.	13. 3. 1997	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Situation der Bundesrepublik Deutsch- land als Einwanderungsland	623*)	275 ⁴⁾	321	27	0

*) 4) Fußnoten zur 13. Wahlperiode siehe Seite 1781

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Sitz.-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
163.	13. 3. 1997	Antrag von B 90/GRÜNE zur Großen Anfrage betr. Situation der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland	620*)	50 ⁴⁾	326	244	0
166.	20. 3. 1997	Zweites Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz)	658*)	337	320	1	0
166.	20. 3. 1997	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Arbeitsförderungs-Reformgesetz	659*)	339	320	0	0
172.	24. 4. 1997	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“	583*)	301	281	1	0
172.	24. 4. 1997	SPD-Antrag zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“	594*)	228 ⁴⁾	308	58	0
172.	24. 4. 1997	Antrag von B 90/GRÜNE zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“	591*)	80 ⁴⁾	301	210	0
172.	24. 4. 1997	PDS-Antrag zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“	591*)	47 ⁴⁾	511	33	0
175.	15. 5. 1997	Entwurf der Abg. <i>Ulla Schmidt, Irmingard Schewe-Gerigk</i> u. a. eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – §§ 177 bis 179 StGB [Vergewaltigung in der Ehe]	643*)	470	138	35	0
177.	4. 6. 1997	Antrag von SPD und B 90/GRÜNE betr. Entlassung des Bundesministers der Finanzen Dr. <i>Theodor Waigel</i>	639*)	311 ⁴⁾	328	0	0
181.	12. 6. 1997	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Erste Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung	660*)	342	318	0	0
181.	12. 6. 1997	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Zweite Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung	660*)	342	318	0	0

*) ⁴⁾ Fußnoten zur 13. Wahlperiode siehe Seite 1781

Hinweis

Die verschiedenen Abstimmungsmehrheiten im Deutschen Bundestag sind für die einzelnen Wahlperioden im vorliegenden **Datenhandbuch** auf Seite 1731 errechnet worden.

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
181.	12. 6. 1997	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das ... Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung	659*)	342	317	0	0
183.	25. 6. 1997	Transplantationsgesetz	629*)	449	151	29	0
184.	26. 6. 1997	Steuerreformgesetz 1999	627*)	326	301	0	0
184.	26. 6. 1997	Steuerreformgesetz 1998	631*)	326	305	0	0
184.	26. 6. 1997	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung straf-, ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften	625*)	424	102	99	0

Fußnoten für die 13. Wahlperiode:

- 1) Stand: 31. August 1997
 - 2) Stimmen für *Dagmar Enkelmann*
 - 3) Stimmen für *Anke Fuchs*
 - 4) Erforderliche einfache Mehrheit nicht erreicht.
 - 5) Erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.
- *) namentliche Abstimmung

8.15 Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen

In diesem neu in das *Datenhandbuch* aufgenommenen Abschnitt werden einige Forschungsergebnisse zusammengefaßt, die *Thomas Saalfeld* in seiner 1995 erschienenen Dissertation veröffentlicht hat. *) Die Studie befaßt sich u. a. „mit der Geschlossenheit der drei wichtigsten Fraktionen des Deutschen Bundestages, CDU/CSU, SPD und FDP, bei namentlichen Abstimmungen“ und erstreckt sich von der 1. bis zur 11. Wahlperiode (1949–1990).

*) *Thomas Saalfeld*, Parteisoldaten und Rebellen. Eine Untersuchung zur Geschlossenheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag (1949–1990). Opladen 1995.

Zur Untersuchung des Abstimmungsverhaltens der Bundestagsfraktionen liegen mehrere Vorläufer vor, so vor allem *Heinz Markmann*, Das Abstimmungsverhalten der Parteifraktionen in deutschen Parlamenten. Meisenheim am Glan 1955, ferner *George L. Rueckert*, Parliamentary Party Cohesion in the West German Bundestag. Diss. Phil. University of Wisconsin 1962, *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969, S. 419–426, *Frank H. Dishaw*, Roll Call Vote Deviancy of the CDU/CSU Fraktion in the West German Bundestag. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Jg. 2. 1971. S. 539–561 und auch schon *Thomas Saalfeld*, The West German Bundestag after 40 Years: The Role of Parliament in a „Party Democracy“. In: West European Politics. Vol. 13. 1990. H. 3. S. 68–89.

Eine Chronologie über das abweichende Abstimmverhalten der Regierungsfaktionen während der 2. und 3. Wahlperiode im Bereich der Innenpolitik enthält *Jürgen Domes*, Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer. Köln, Opladen 1964. S. 125–132.

Berücksichtigt hat der Autor sämtliche namentliche Abstimmungen im genannten Zeitraum, von zwei Ausnahmen abgesehen: Abstimmungen, bei denen die Beschlußunfähigkeit festgestellt wurde und bei denen von mindestens einer Fraktion das Abstimmverhalten als Gewissensentscheidung freigegeben war. Nicht berücksichtigt wurden außerdem 209 Änderungsanträge der Fraktion der GRÜNEN zum Bundesfernstraßengesetz am 30. Januar 1986. Somit wurden 926 von insgesamt 1142 namentlichen Abstimmungen in die Auswertung einbezogen.

Aus der Fülle des Materials der Studie sind im folgenden vier tabellarische Darstellungen übernommen worden:

- die Geschlossenheit („Abstimmungskohäsion“) aller Fraktionen von 1949 bis 1990,
- das Abstimmungsverhalten der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP bei einzelnen Politikbereichen.

Ausgedrückt wird die „Abstimmungskohäsion“ mit Hilfe des Rice-Index (vgl. dazu den nebenstehenden Kasten).

Zu der Frage, wie sich die Abstimmungskohäsion der wichtigsten Fraktionen im Bundestag zwischen 1949 und 1990 entwickelt hat, lasen sich die Ergebnisse der Studien folgendermaßen zusammenfassen:

- Insgesamt zeigt sich, daß die **SPD** nach der Auswertung aller namentlichen Abstimmungen zwischen der 1. und 11. Wahlperiode das geschlossenste Abstimmungsverhalten aufweist, gefolgt von der CDU/CSU und FDP. Das heißt aber nicht, daß die SPD in allen Wahlperioden den höchsten Wert erreicht und daß die innerfraktionelle Geschlossenheit damit zusammenhängt, ob die Fraktion an der Regierung beteiligt ist oder sich in der Opposition befindet. Hinsichtlich der Abstimmungskohäsion wird die SPD von anderen Fraktionen übertroffen in der 5. Wahlperiode (1965–69; in diese Zeit fällt vor allem die Große Koalition), in der 7. Wahlperiode (1972–76; SPD-FDP-Koalition; Regierungszeit von Bundeskanzler *Willy Brandt* und *Helmut Schmidt*) sowie in der 10. und 11. Wahlperiode (1983–90; SPD in Opposition). Die Geschlossenheit der SPD nach Politikbereichen schwankt in den elf Wahlperioden erheblich, „unter dem Strich“ finden sich Abstimmungen zu wirtschaftspolitischen Themen an der Spitze der Werte, gefolgt von sozialpolitischen Themen.
- Bei der **CDU/CSU**-Fraktion drückt sich im Abstimmungsverhalten ihrer Mitglieder in den ersten 20 Jahren (während der Kanzlerschaft von *Konrad Adenauer*, *Ludwig Erhard* und während der Großen Koalition) ein zeitweise beträchtliches Maß an innerfraktionellem Dissens aus. Erst seit der 9. Wahlperiode (1980; Bruch der SPD-FDP-Koalition, ab 1982 Kanzlerschaft von *Helmut Kohl*) erfolgte „ein dramatischer Anstieg der innerfraktionellen Geschlossenheit bei namentlichen Abstimmungen“ (*Saalfeld*). Nach Politikbereichen getrennt liegt die CDU/CSU-Fraktion mit der Abstimmungskohäsion bei umweltpolitischen Themen an der Spitze, gefolgt von außen- und verteidigungspolitischen Themen.
- Obwohl die **FDP**-Fraktion von den drei untersuchten Fraktionen zwischen 1949 und 1990 insgesamt die geringste Abstimmungsichte aufweist, gibt es doch zwei Wahlperioden, in denen sie die höchste Geschlossenheit praktizierte: in der 5. Wahlperiode (1965–69; Bruch der CDU/CSU-FDP-Koalition; FDP ab 1966 in Opposition zur Großen Koalition) und in der 7. Wahlperiode (1972–76; SPD-FDP-Koalition). Spätestens seit der 6. Wahlperiode (1969–72) weisen freilich alle Fraktionen hohe Kohäsionswerte auf; der niedrige Durchschnittswert bei der FDP resultiert aus dem hohen Grad abweichenden Abstimmungsverhaltens in den ersten vier Wahlperioden (1949–65). Die höchste Geschlossenheit bei Abstimmungen findet man bei der FDP bei umweltpolitischen Themen (seit 1976), dicht gefolgt von wirtschaftspolitischen Themen.
- Die **GRÜNEN**, die dem Bundestag seit 1983 angehören, weisen in der 10. Wahlperiode (1983–87) den geringsten Grad an Fraktionsgeschlossenheit bei namentlichen Abstimmungen auf, in der 11. Wahlperiode (1987–90) den zweithöchsten Wert, übertroffen nur noch von der CDU/CSU-Fraktion.

Hinweise zum Rice-Index*)

Bei dem in diesem Abschnitt verwendeten Index zur Messung der Fraktionsdisziplin bei namentlichen Abstimmungen handelt es sich um den sogenannten „Rice-Index of Cohesion“. Er beziffert die *absolute* Differenz zwischen dem Anteil der Fraktionsmehrheit und dem Anteil der dissentierenden Fraktionsminderheit an der Gesamtheit der an einer Abstimmung teilnehmenden Fraktionsmitglieder.

Beispiel 1: Stimmen alle Mitglieder einer Fraktion geschlossen für oder gegen einen bestimmten Antrag, ist die Differenz

$$100\% - 0\% = 100 \text{ (oder 1.0),}$$

wobei 100% die (in diesem Falle einstimmige) Mehrheit aller an der Abstimmung teilnehmenden Fraktionsmitglieder repräsentiert und 0% die (in diesem Falle nicht existierende) abweichende Minderheit. Für diese konkrete Abstimmung erhält die betreffende Fraktion somit den maximalen Indexwert 100 (oder 1.0).

Beispiel 2: Stimmen dagegen – dies wäre das entgegengesetzte Extrem – gleich viele Mitglieder einer Fraktion für und gegen einen Antrag, lautet die Relation

$$50\% - 50\% = 0.$$

Die Fraktion ist damit völlig gespalten, und der Index nimmt den Wert Null an.

Beispiel 3: Ein Fall „aus dem richtigen Leben“ wäre das Abstimmverhalten der FDP-Fraktion bei der namentlichen Abstimmung am 14. Juli 1950 (Änderungsantrag zum Richterwahlgesetz). Von den 30 Abgeordneten, die sich an der Abstimmung beteiligten, stimmten mit „Ja“ 11 Abgeordnete, mit „Nein“ 19 Abgeordnete. 19 Abgeordnete sind 63,33% der 30 Abgeordneten, 11 Abgeordnete sind 36,66%. Der Rice-Index für diese Abstimmung ist somit:

$$63,33\% - 36,66\% = 26,67.$$

Um den Rice-Index einer bestimmten Fraktion für eine vollständige Wahlperiode zu ermitteln, müssen nach diesem Verfahren die Indexwerte sämtlicher Abstimmungen errechnet und davon der Durchschnittswert gebildet werden.

Zwei dabei auftretende methodische Probleme wurden folgendermaßen gelöst:

Stimmenthaltungen: Sie werden bei der Berechnung des Rice-Index nicht als „neutrale“ Voten, sondern als Ausdruck von Dissens interpretiert. Um dem qualitativen Unterschied zwischen expliziter Stimmabgabe gegen die Fraktionslinie und Stimmhaltung Rechnung zu tragen, wurden Enthaltungen zwar als Abweichungen in die Indexberechnung einbezogen, jedoch mit einem Gewichtungsfaktor von 0,5 multipliziert (d. h. im Prinzip der Anteil der abweichenden Enthaltungen halbiert). Wenn die Fraktionslinie dagegen „Stimmhaltung“ war, wurde eine Enthaltung als konformes Votum, „Ja“ und „Nein“ dagegen als Abweichung gewertet.

Fernbleiben von einer Abstimmung: Da dieser Fall – ob entschuldigt oder unentschuldigt – eine Vielzahl von Ursachen hat und nicht ohne weiteres mit Dissens gleichgesetzt werden kann, werden solche Abgeordnete als fehlende Werte von der Gesamtzahl der Mitglieder einer Fraktion abgezogen.

*) Erläuterungen von *Thomas Saalfeld* an die *Datenhandbuch*-Redaktion

Wahlperiode	Zahl der namentlichen Abstimmungen	Abstimmungskohäsion der Fraktionen					
		CDU/CSU RI	SPD RI	FDP RI	DP RI	GB/BHE RI	GRÜNE RI
1. WP 1949–53	133	86.29	99.67	83.98	83.23	–	–
2. WP 1953–57	169	89.95	99.34	80.48	80.39	84.91	–
3. WP 1957–61	46	93.63	99.66	95.11	–	–	–
4. WP 1961–65	37	89.55	98.49	84.88	–	–	–
5. WP 1965–69	24	87.26	93.05	97.37	–	–	–
6. WP 1969–72	38	98.79	99.92	97.92	–	–	–
7. WP 1972–76	51	93.67	98.28	98.86	–	–	–
8. WP 1976–80	59	97.44	98.40	94.86	–	–	–
9. WP 1980–83	63	99.26	99.26	95.85	–	–	–
10. WP 1983–87	343	99.77	96.03	97.72	–	–	92.45
11. WP 1987–90	216	98.90	95.69	95.88	–	–	96.77
1.–11. WP 1949–90	1142	94.31	97.79	91.41	–	–	–

Hinweis

Aspekte des Themenbereichs Plenum, Plenarsitzungen und Plenardebatten werden außerhalb des Kapitels 8 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 1.25 Tag der Konstituierung
- 2.15 Zeitbudget der Abgeordneten
- 4.8 Alterspräsidenten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens

Geschlossenheit der CDU/CSU-Fraktion nach Politikbereichen

Wahlperiode	alle Politikbereiche RI	Abstimmungsverhalten bei einzelnen Politikbereichen				
		Außen- und Verteidigungspolitik RI	Innen- und Rechtspolitik RI	Sozialpolitik ¹⁾ RI	Umweltpolitik ²⁾ RI	Wirtschaftspolitik ³⁾ RI
1. WP 1949–53	86.29	95.00	71.87	88.95	–	84.54
2. WP 1953–57	89.95	97.60	84.86	92.53	–	60.60
3. WP 1957–61	93.63	99.72	93.67	95.27	–	94.45
4. WP 1961–65	89.55	98.63	92.90	80.45	–	82.56
5. WP 1965–69	87.26	87.77	81.68	97.04	–	76.19
6. WP 1969–72	98.79	96.59	99.68	99.93	–	96.93
7. WP 1972–76	93.67	83.57	94.12	99.23	–	95.35
8. WP 1976–80	97.44	100.00	95.49	94.99	100.00	100.00
9. WP 1980–83	99.26	99.78	100.00	100.00	100.00	96.07
10. WP 1983–87	99.77	99.85	99.83	99.21	99.94	99.81
11. WP 1987–90	98.90	99.09	99.57	99.90	99.80	99.50
1.–11. WP 1949–90	94.31	97.10	92.10	94.62	99.89	90.78

1) einschließlich Gesundheitswesen

2) einschließlich Verkehrs- und Bauwesen sowie Stadtplanung

3) einschließlich Agrarpolitik

Hinweis

Im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

Geschlossenheit der SPD-Fraktion nach Politikbereichen

Wahlperiode	alle Politikbereiche RI	Abstimmungsverhalten bei einzelnen Politikbereichen				
		Außen- und Verteidigungspolitik RI	Innen- und Rechtspolitik RI	Sozialpolitik ¹⁾ RI	Umweltpolitik ²⁾ RI	Wirtschaftspolitik ³⁾ RI
1. WP 1949–53	99.67	99.90	98.57	99.90	–	100.00
2. WP 1953–57	99.34	99.97	99.78	99.73	–	99.79
3. WP 1957–61	99.66	100.00	99.89	99.62	–	100.00
4. WP 1961–65	98.49	90.98	99.80	100.00	–	93.97
5. WP 1965–69	93.05	97.80	88.30	99.87	–	95.12
6. WP 1969–72	99.92	100.00	100.00	100.00	–	99.89
7. WP 1972–76	98.28	99.12	95.51	100.00	–	99.81
8. WP 1976–80	98.40	97.14	95.75	99.49	100.00	98.88
9. WP 1980–83	99.26	96.30	100.00	99.09	100.00	100.00
10. WP 1983–87	96.03	92.00	97.51	99.67	92.28	94.95
11. WP 1987–90	95.69	96.31	96.60	91.58	97.92	97.72
1.–11. WP 1949–90	97.79	97.13	97.30	97.82	94.74	98.18

1) einschließlich Gesundheitswesen

2) einschließlich Verkehrs- und Bauwesen sowie Stadtplanung

3) einschließlich Agrarpolitik

Hinweise

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Geschlossenheit der FDP-Fraktion nach Politikbereichen

Wahlperiode	alle Politikbereiche RI	Abstimmungsverhalten bei einzelnen Politikbereichen				
		Außen- und Verteidigungspolitik RI	Innen- und Rechts-politik RI	Sozial-politik ¹⁾ RI	Umwelt-politik ²⁾ RI	Wirt-schafts-politik ³⁾ RI
1. WP 1949–53	83.98	84.64	72.34	81.93	–	95.90
2. WP 1953–57	80.48	72.10	87.24	89.15	–	83.56
3. WP 1957–61	95.11	96.10	94.01	95.63	–	98.10
4. WP 1961–65	84.88	94.00	82.30	87.55	–	97.86
5. WP 1965–69	97.37	92.00	97.63	97.22	–	94.30
6. WP 1969–72	97.92	97.53	97.03	97.89	–	97.65
7. WP 1972–76	98.86	100.00	97.67	93.55	–	100.00
8. WP 1976–80	94.86	100.00	80.08	100.00	100.00	100.00
9. WP 1980–83	95.85	96.62	98.53	93.90	100.00	95.05
10. WP 1983–87	97.72	98.48	97.61	95.02	96.84	100.00
11. WP 1987–90	95.88	95.09	94.80	96.30	99.25	98.34
1.–11. WP 1949–90	91.41	90.67	90.42	91.81	97.88	96.74

1) einschließlich Gesundheitswesen

2) einschließlich Verkehrs- und Bauwesen sowie Stadtplanung

3) einschließlich Agrarpolitik

Hinweis

Mit Hilfe einer Reihe von Sozialdaten der Abgeordneten wurde ein Sozialprofil der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und von den Grünen ermittelt; vgl. dazu Abschnitt 3.24.

8.16 Erklärungen zur Abstimmung

Hinweise auf Fälle, in denen einzelne Abgeordnete oder eine Gruppe von Abgeordneten bei Abstimmungen im Bundestag von der Mehrheit ihrer Fraktion abweichen, lassen sich den Anwendungsfällen jener Geschäftsordnungsbestimmung entnehmen, die mit „Erklärungen zur Abstimmung“ überschrieben ist. Allerdings ist zu beachten, daß sich Sinn, Wortlaut und Praxis dieses Geschäftsordnungsparagrafen seit 1949 mehrmals geändert haben.*)

Die vorläufige Geschäftsordnung des Bundestages vom 20. September 1949, die weitgehend identisch war mit der Geschäftsordnung des Reichstages von 1922, bestimmte:

„§ 107 Erklärungen zur Abstimmung

Bei allen nicht namentlichen Abstimmungen hat jedes Mitglied des Bundestages das Recht, seine von dem Beschluß der Mehrheit abweichende Abstimmung kurz begründet schriftlich dem Sitzungsvorstand zu übergeben und deren Aufnahme in den wörtlichen Bericht, nicht aber ihre Verlesung im Bundestag, zu verlangen.“

Die endgültige Geschäftsordnung des Bundestages vom 6. Dezember 1951 ließ schriftliche Erklärungen zu nicht namentlichen Abstimmungen ohne Rücksicht darauf zu, ob der Abgeordnete von der Mehrheit abweicht oder nicht:

„§ 59 Erklärungen zur Abstimmung

- (1) Bei allen nicht namentlichen Abstimmungen kann jedes Mitglied des Bundestages seine Abstimmung kurz schriftlich begründen.
- (2) Es übergibt die Begründung dem Sitzungsvorstand, der die Aufnahme in den stenographischen Bericht veranlaßt.
- (3) Eine Verlesung der Begründung im Bundestag erfolgt nicht.“

Nachdem es sich im Laufe der fünfziger Jahre eingebürgert hatte, daß Fraktionen ihr beabsichtigtes Abstimmungsverhalten in **mündlichen** Erklärungen begründeten, weitete Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* diese Praxis auch auf einzelne Abgeordnete aus; er erklärte dazu in der Plenarsitzung am 28. Oktober 1960:

„Ich bin ... der Meinung, daß, solange man im Hause den Fraktionen die Abgabe von Erklärungen vor der Abstimmung zugesteht, dies auch dem einzelnen Mitglied gestattet werden sollte ... Ich mache vor allem deshalb darauf aufmerksam, weil § 59 nur die Abgabe von Erklärungen zu Protokoll vorsieht. Ich würde es aber begrüßen, wenn das Haus auch weiter dem stillschweigenden Brauch folgte und die Abgabe von Erklärungen auch hier vor dem Hause zuließe.“

Eine Neufassung des § 59 brachte die am 6. Mai 1970 beschlossene Änderung der Geschäftsordnung: Danach waren Erklärungen zu **abschließenden** Abstimmungen – jetzt aber unabhängig von der dabei angewandten Abstimmungsart – zulässig.

Die nächste Änderung zu den „Erklärungen zur Abstimmung“, die die am 25. Juni 1980 beschlossene neue Geschäftsordnung enthält, betrifft die präzise Festlegung der Dauer dieser Erklärungen auf fünf Minuten:

„§ 31 Erklärung zur Abstimmung

- (1) Nach Schluß der Aussprache kann jedes Mitglied des Bundestages zur abschließenden Abstimmung eine mündliche Erklärung, die nicht länger als fünf Minuten dauern darf, oder eine kurze schriftliche Erklärung abgeben, die in das Plenarprotokoll aufzunehmen ist.
- (2)...“

Nach diesem Wortlaut der Geschäftsordnung bleibt es offen, ob vor oder nach der Abstimmung das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung zu erteilen ist. Jahrelange Praxis vor 1985 war es, daß

*) Vgl. dazu *Hans Troßmann*, *Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages*. München 1977, S. 408–413 sowie *Hans Troßmann* und *Hans-Achim Roll*, *Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages*. Ergänzungsband. München 1981, S. 58–60.

mündliche Erklärungen **vor** der abschließenden Abstimmung abgegeben werden konnten. Nachdem jedoch am 22. November 1983 24 Mitglieder der Fraktion der GRÜNEN vor der Abstimmung über den NATO-Doppelbeschuß eine Erklärung abgegeben hatten, regten sich Änderungswünsche. So schlug der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion *Rudolf Seiters* dem Bundestagspräsidenten Anfang Dezember 1984 vor, „daß künftig die Abstimmung stets unmittelbar nach Schluß der Aussprache stattfindet und daß persönliche Erklärungen, die das Abstimmungsverhalten individuell begründen sollen, erst nach der Abstimmung abgegeben werden“.

Der vom Präsidenten um eine Auslegung der Geschäftsordnung gebetene Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung empfahl (gegen die Stimme der Abgeordneten der Fraktion der GRÜNEN), „künftig das Wort gemäß § 31 GO BT erst nach der Abstimmung zu erteilen“.

Der Zeitpunkt der Abgabe von Erklärungen zur Abstimmung hängt damit zusammen, was der Abgeordnete mit seiner Erklärung bezwecken will:

- lediglich die Erläuterung des eigenen Abstimmungsverhaltens (dies ist der Standpunkt der Mehrheit des Geschäftsausschusses) oder
- zusätzlich die Beeinflussung des Abstimmungsverhaltens anderer Abgeordneter.

Obwohl das Präsidium im Juni 1985 der Empfehlung des Geschäftsausschusses in Form einer Amtlichen Mitteilung gefolgt war, änderte sich bereits im November 1985 die Praxis, und seither überwiegen wieder die vor der Abstimmung abgegebenen Erklärungen.**)

Eine Klärung in der Auseinandersetzung über die zutreffende Auslegung von § 31 Abs. 1 GO BT erfolgte in der 11. Wahlperiode. Aufgrund eines Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/5), die Geschäftsordnung in der Form zu ergänzen, daß die Erklärung des Abgeordneten **vor** der Abstimmung abzugeben sei, kam der Geschäftsausschuß zu einem Schluß, der sowohl die vorherrschende Praxis berücksichtigt als auch dem amtierenden Präsidenten die Entscheidung überläßt, wann im Einzelfall Erklärungen zur Abstimmung abgegeben werden. Die am 13. Dezember 1989 vom Bundestag beschlossene Ergänzung des § 31 Abs. 1 GO BT lautet:

„Der Präsident erteilt das Wort zu einer Erklärung in der Regel vor der Abstimmung.“

***) Vgl. zur Geschäftsordnungspraxis im 10. Bundestag:

„Ein anderer Fall [der exzessiven Ausnutzung geschäftsordnungsrechtlicher Möglichkeiten] hatte ein längeres, noch nicht abgeschlossenes geschäftsordnungsrechtliches Nachspiel. Auslöser waren 24 bis zu fünf Minuten dauernde Erklärungen gemäß § 31 GO BT, die Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN vor der Abstimmung zum NATO-Doppelbeschuß abgaben (Plenarprotokoll 10. WP, 36. Sitz. v. 22. 11. 1983). Diese Erklärungen wurden weithin als mißbräuchliche Verlängerung der Aussprache angesehen, weil lediglich der Fraktionsstandpunkt wiederholt, nicht aber ein individuelles abweichendes Abstimmungsverhalten erläutert wurde. Wohl aber um eine Wiederholung dieses Vorgangs zu unterbinden, empfahl der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung am 14. März 1985, künftige Erklärungen zur Abstimmung erst nach einer Abstimmung zuzulassen. Der Bundestagspräsident folgte dieser Empfehlung in einer amtlichen Mitteilung vom 12. Juni 1985.

Das wiederum war Anlaß für die Fraktion DIE GRÜNEN sowie für die Abgeordnete Frau Dr. *Hildegard Hamm-Brücher* (FDP) und weitere Abgeordnete, gemäß § 127 Abs. 1 GO BT eine Entscheidung des Bundestages über die Interpretation des Geschäftsausschusses mit dem Ziel zu verlangen, zur bisherigen Praxis zurückzukehren (BT-Drs. 10/3655). Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP beantragten dagegen, die Geschäftsordnung so zu ändern, daß der Präsident bei einem Mißbrauch des Rechts aus § 31 GO BT die Möglichkeit hat, Erklärungen zur Abstimmung auf die Zeit nach der Abstimmung zu verweisen (BT-Drs. 10/4740). Zu dem bereits erwähnten Verlangen der Fraktion DIE GRÜNEN erstattete der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung inzwischen einen Bericht, der zusammen mit den übrigen Vorlagen zu diesem Thema in der zweiten Selbstverständnisdebatte des Bundestages an die Ausschüsse überwiesen wurde (Plenarprotokoll 10. WP, 194. Sitz. v. 30. 1. 1986). Das ist formal der jetzige Stand; in der Praxis wird das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung jedoch bereits heute regelmäßig wieder vor der Abstimmung erteilt.“ (*Hans-Achim Roll*, Geschäftsordnungspraxis im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 3. S. 313–324, hier: S. 318–319.)

Statistische Übersicht seit 1949

Wahlperiode	Zahl der Erklärungen zur Abstimmung	davon abgegeben			davon Erklärungen				davon Erklärungen von Abg. (der ... Fraktion)						
		mündlich	schriftlich	mündlich/schriftlich	einzelner Abg.	einzelner Abg. im Namen		mehrerer Abg.	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE bzw. B90/GRÜNE	sonst. Fraktionen/Gruppen	fraktionsloser Abg.	verschiedener Fraktionen
						mehrerer Abg.	einer Fraktion								
1. WP 1949–53	39	14	25	0	22	3	12	2	11	5	4	–	9	9	1
2. WP 1953–57	5	1	4	0	2	0	3	0	2	0	2	–	1	0	0
3. WP 1957–61	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	–	0	0	0
4. WP 1961–65	7	3	3	1	5	0	2	0	1	2	4	–	–	0	0
5. WP 1965–69	6	4	2	0	6	0	0	0	6	0	0	–	–	0	0
6. WP 1969–72	21	13	6	2	16	2	2	1	15	5	1	–	–	0	0
7. WP 1972–76	51	20	18	13	45	5	0	1	24	24	3	–	–	0	0
8. WP 1976–80	31	21	2	8	24	6	0	1	12	13	6	–	–	0	0
9. WP 1980–83	26	15	11	0	16	10	0	0	6	16	2	–	–	2	0

10. WP 1983–87	154	109	43	2	126	9	10	9	24	55	10	64	–	0	1
11. WP 1987–90	296	141	153	2	220	13	30	33	142	62	32	53	–	6	1
12. WP 1990–94	525	159	364	2	430	13	19	63	216	157	93	16	33 ¹⁾	10	0

1) Gruppe der PDS/LL

★ Die Gesamtzahl der **Erklärungen zur Abstimmung** von der 1. bis zur 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **1 161**; davon wurden in der 12. Wahlperiode 525 abgegeben.

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zu den häufigsten Rednern im Plenum zählten (Abschnitt 8.3),
- Erklärungen zur Abstimmung abgegeben haben (Abschnitt 8.16),
- im Rahmen der Ordnungsmaßnahmen von der Plenarsitzung ausgeschlossen wurden (Abschnitt 8.20),
- bei den Beratungen des Bundestagshaushalts oder in den „Selbstverständnis-Debatten“ Vorschläge zur Parlamentsreform vorgetragen haben (Abschnitte 13.4 bzw. 13.5).

Tabellarische Darstellung aller Erklärungen

1. Wahlperiode (1949–53)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 181. b) 13. 12. 1951	schriftlich	<i>Johannes Hagge</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Investitionshilfe der deutschen gewerblichen Wirtschaft	Ablehnung wegen rechtlicher Bedenken
2	a) 183. b) 10. 1. 1952	mündlich	<i>Günter Goetzendorff</i> (fraktionslos)	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951	Begründung der Ablehnung
3	a) 191. b) 8. 2. 1952	schriftlich	<i>Herbert Wehner</i> (SPD)	Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrags und Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	Begründung der Ablehnung eines Antrages der Fraktionen der FDP, CDU/CSU und DP für die Fraktion der SPD
4	a) 192. b) 13. 2. 1952	schriftlich	<i>Alfred Loritz</i> (fraktionslos)	Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrags und Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	Begründung der Ablehnung
5	a) 194. b) 20. 2. 1952	mündlich	<i>Heinz Renner</i> (KPD)	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen	Zustimmung der kommunistischen Bundestagsabgeordneten unter Vorbehalt
6	a) 200. b) 20. 3. 1952	mündlich	<i>Robert Philipp Nöll von der Nahmer</i> (FDP)	Gesetz über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegssachschäden (Feststellungsgesetz)	Zustimmung trotz schwerer Bedenken gegenüber den Vorschlägen des Vermittlungsausschusses; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der FDP
7	a) 200. b) 20. 3. 1952	mündlich	<i>Walter Seuffert</i> (SPD)	Gesetz über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegssachschäden (Feststellungsgesetz)	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der SPD

8	a) 201. b) 26. 3. 1952	schriftlich	<i>Günter Goetzendorff</i> (fraktionslos)	Gesetz zur Sicherung und Erleichterung der Aufgaben der Kommission der Vereinten Nationen in Deutschland	Begründung der Ablehnung
9	a) 214. b) 23. 5. 1952	schriftlich	<i>Günter Goetzendorff</i> (fraktionslos)	Anträge der SPD und FU betr. Festsetzung der Tagesordnung	Begründung der Zustimmung zu den Anträgen der SPD und FU
10	a) 227. b) 19. 7. 1952	mündlich	<i>Victor-Emanuel Preusker</i> (FDP)	Betriebsverfassungsgesetz	Zustimmung trotz Bedenken
11	a) 227. b) 19. 7. 1952	mündlich	<i>Willi Richter</i> (SPD)	Betriebsverfassungsgesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der SPD
12	a) 227. b) 19. 7. 1952	mündlich	<i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (DP)	Betriebsverfassungsgesetz	Zustimmung trotz Bedenken; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der DP
13	a) 227. b) 19. 7. 1952	mündlich	<i>Willi Agatz</i> (KPD)	Betriebsverfassungsgesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung namens der Gruppe der KPD
14	a) 227. b) 19. 7. 1952	mündlich	<i>Aloys Lenz</i> (CDU/CSU)	Betriebsverfassungsgesetz	Begründung der teilweisen Zustimmung und der teilweisen Stimmenthaltung durch die Abg. der CDU/CSU
15	a) 227. b) 19. 7. 1952	mündlich	<i>Kurt Schmücker</i> (CDU/CSU)	Betriebsverfassungsgesetz	Zustimmung trotz Bedenken; Abgabe der Erklärung namens eines Teiles der CDU/CSU-Fraktion
16	a) 227. b) 19. 7. 1952	mündlich	<i>Gerhard Schröder</i> (CDU/CSU)	Betriebsverfassungsgesetz	Hoffnung auf Erfolg des Gesetzes
17	a) 239. b) 27. 11. 1952	schriftlich	<i>Karl Atzenroth</i> (FDP)	Gesetz zur Verlängerung des Wirtschafts-Strafgesetzes	Zustimmung trotz Bedenken
18	a) 244. b) 11. 12. 1952	schriftlich	<i>Anton Donhauser</i> und <i>Richard Jaeger</i> (beide CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Art. 107 des Grundgesetzes	Begründung der Stimmenthaltung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
19	a) 244. b) 11. 12. 1952	schriftlich	<i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU)	Drittes Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung	Begründung der Stimmenthaltung
20	a) 244. b) 11. 12. 1952	schriftlich	<i>Wilfried Keller</i> (fraktionslos)	Gesetz betreffend deutsch-niederländische Vereinbarungen vom 19. Mai 1952 über Fragen der Restitution und vom 13./20. Juni 1952 über Freigabe von deutschen Reichsmark-Wertpapieren	Begründung der Ablehnung
21	a) 246. b) 22. 1. 1953	schriftlich	<i>Franz [Josef] Strauß</i> (CDU/CSU)	Antrag des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität betr. Genehmigung zum Strafverfahren gegen den Abgeordneten <i>Donhauser</i>	Zustimmung aufgrund der Bitte des Abg. <i>Anton Donhauser</i> (CDU/CSU); Abgabe der Erklärung namens der CSU-Landesgruppe
22	a) 253. b) 5. 3. 1953	schriftlich	<i>Hugo Decker, Anton Besold, Anton Freiherr von Aretin, Roman Lampl, Johann Wartner, Georg Mayerhofer und Josef Eichner</i> (alle FU)	Antrag der SPD betr. Mißbilligung des Verhaltens des Bundeskanzlers	Begründung der Ablehnung abweichend von den Ausführungen des Fraktionsmitgliedes <i>Bernhard Reismann</i>
23	a) 254. b) 18. 3. 1953	mündlich	<i>Adolf Arndt</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes; hier: Entschließungsantrag der FDP	Begründung der Nichtbeteiligung an der Abstimmung; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der SPD
24	a) 254. b) 18. 3. 1953	schriftlich	<i>Günter Goetzendorff</i> (fraktionslos)	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz)	Begründung der Ablehnung

25	a) 254. b) 18. 3. 1953	schriftlich	<i>Hermann Clausen</i> (FU-Gast)	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebengesetz)	Begründung der Ablehnung
26	a) 254. b) 18. 3. 1953	schriftlich	<i>Albert Walter</i> (DP)	Gesetz betreffend das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel	Begründung der Ablehnung
27	a) 254. b) 18. 3. 1953	schriftlich	<i>Wilfried Keller</i> (fraktionslos)	Gesetz betreffend das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel	Begründung der Ablehnung
28	a) 254. b) 18. 3. 1953	schriftlich	<i>Hans Bodensteiner</i> (fraktionslos)	Gesetz betreffend das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel	Begründung der Stimmenthaltung
29	a) 254. b) 18. 3. 1953	schriftlich	<i>Günter Goetzendorff</i> (fraktionslos)	Gesetz betreffend das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel	Begründung der Ablehnung
30	a) 255. b) 19. 3. 1953	schriftlich	<i>Franz [Josef] Strauß</i> (CDU/CSU)	Gesetz betreffend das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel	Nachträgliche Begründung der weitgehenden Stimmenthaltung oder Ablehnung durch die Abgeordneten der CSU; Abgabe der Erklärung namens der betreffenden Abgeordneten der CSU
31	a) 256. b) 20. 3. 1953	schriftlich	<i>Karl Atzenroth</i> (FDP)	Gesetz zur Ermäßigung des Aufbringungsbeitrages nach dem Investitionshilfegesetz	Zustimmung trotz großer Bedenken

Hinweis

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind außerdem in folgenden Abschnitten verzeichnet:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
32	a) 257. b) 25. 3. 1953	mündlich	<i>Linus Kather</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz)	Zustimmung trotz Bedenken; Abgabe der Erklärung namens der 18 heimatvertriebenen Abgeordneten der Koalition <i>Hermann Ehren, Hermann A. Eplée, Hermann Götz, Ernst Kuntscher, Ernst Müller-Hermann, Franz Pfender, Hans Schütz, Karl Graf von Spreti, Rudolf Vogel</i> und <i>Oskar Wackerzapp</i> (alle CDU/CSU), <i>Hubertus von Golitschek, Walther Kühn</i> und <i>Josef Trischler</i> (alle FDP), <i>Hans Friedrich</i> (FDP-Gast), <i>Hans-Christoph Seebohm</i> (DP), <i>Konrad Wittmann</i> (CDU/CSU-Gast) und <i>Walter Zawadil</i> (DP/DPB)
33	a) 272. b) 17. 6. 1953	schriftlich	<i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU)	Arbeitsgerichtsgesetz	Begründung der Ablehnung aus prinzipiellen Gründen
34	a) 276. b) 25. 6. 1953	schriftlich	<i>Günter Goetzendorff</i> (WAV)	Bundeswahlgesetz; hier: Änderungsantrag von Abg. der CSU	Begründung der Zustimmung
35	a) 276. b) 25. 6. 1953	schriftlich	<i>Wolfgang Hedler</i> (WAV)	Bundeswahlgesetz; hier: Änderungsantrag von Abg. der CSU	Begründung der Zustimmung
36	a) 278. b) 1. 7. 1953	mündlich	<i>Fritz Erler</i> (SPD)	SPD-Antrag betr. Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands; hier: Änderungsantrag der CDU/CSU	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der SPD
37	a) 280./281. b) 3. 7. 1953	schriftlich	<i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU)	Sozialgerichtsgesetz	Begründung der Ablehnung wegen grundsätzlicher Bedenken

38	a) 280./281. b) 3. 7. 1953	schriftlich	<i>Bernhard Günther</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung der Titel II, III, IV und X der Gewerbeordnung; hier: Entschließungsantrag des Ausschusses für Wirtschaftspolitik	Zustimmung trotz Bedenken betr. Anliegen des Handwerks
39	a) 282. b) 29. 7. 1953	schriftlich	<i>Heinz Renner</i> (KPD)	Sozialgerichtsgesetz; hier: Vorschlag des Vermittlungsausschusses	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung namens der Gruppe der KPD

2. Wahlperiode (1953–57)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 9. b) 14. 1. 1954	schriftlich	<i>Karl Atzenroth</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes	Begründung der Ablehnung durch die FDP-Fraktion
2	a) 96. b) 8. 7. 1955	schriftlich	<i>Hermann Schwann</i> (FDP)	Landwirtschaftsgesetz	Begründung der Ablehnung
3	a) 175. b) 30. 11. 1956	mündlich	<i>Hans Wellhausen</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes	Begründung der Ablehnung
4	a) 178. b) 7. 12. 1956	schriftlich	<i>Kurt Schmücker</i> (CDU/CSU)	2. Gesetz über Leistungen aus vor der Währungsreform eingegangenen Renten- und Pensionsversicherungen	Begründung der Zustimmung zu dem Gesetz namens der CDU/CSU-Fraktion
5	a) 178. b) 7. 12. 1956	schriftlich	<i>Margot Kalinke</i> (DP)	2. Gesetz über Leistungen aus vor der Währungsreform eingegangenen Renten- und Pensionsversicherungen	Begründung der Zustimmung zu dem Gesetz namens der DP-Fraktion

3. Wahlperiode (1957–61)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
			<i>keine Erklärungen zur Abstimmung</i>		

4. Wahlperiode (1961–65)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 3. b) 8. 11. 1961	schriftlich	<i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU)	Einsetzung von Ausschüssen, hier: Zahl der Mitglieder des Verteidigungsausschusses	Begründung der Stimmenthaltung
2	a) 36. b) 27. 6. 1962	mündlich/ schriftlich	<i>Herwart Miessner</i> (FDP)	Tagesordnung, hier: Aufsetzung des SPD-Antrags betr. Zahlung einer Überbrückungszulage an Beamte und Versorgungsempfänger des Bundes	Begründung der Zustimmung abweichend von der FDP-Fraktion, den SPD-Antrag auf die Tagesordnung zu setzen
3	a) 62. b) 6. 3. 1963	schriftlich	<i>Karl Atzenroth</i> (FDP)	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung (Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz)	Ablehnung wegen zusätzlicher Belastung der deutschen Wirtschaft
4	a) 70. b) 28. 3. 1963	mündlich	<i>Fritz Büttner</i> (SPD)	1. Gesetz zur Änderung des Reichsknappschaftsgesetzes (1. Knappschaftsrentenversicherungs-Änderungsgesetz)	Zustimmung der SPD-Fraktion trotz Bedenken; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
5	a) 70. b) 28. 3. 1963	mündlich	<i>Wolfgang Rutschke</i> (FDP)	1. Gesetz zur Änderung des Reichsknappschaftsgesetzes (1. Knappschaftsrentenversicherungs-Änderungsgesetz)	Erwiderung auf die Erklärung des Abg. <i>Büttner</i> (SPD)

6	a) 75. b) 9. 5. 1963	mündlich	<i>R[einhold] Martin Schmidt</i> (SPD)	Haushaltsgesetz 1963, hier: Einzelplan 10	Begründung der Stimmenthaltung der SPD-Fraktion; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
7	a) 83. b) 28. 6. 1963	schriftlich	<i>Herwart Miessner</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 75 GG]	Begründung der Ablehnung

5. Wahlperiode (1965–69)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 50. b) 23. 6. 1966	mündlich	<i>Linus Memmel</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Befreiung von der deutschen Gerichtsbarkeit	Begründung der Ablehnung mit Hinweis auf den Ausnahmecharakter des Gesetzes
2	a) 131. b) 8. 11. 1967	mündlich	<i>Benno Erhard</i> (CDU/CSU)	Bundeswasserstraßengesetz	Begründung der Ablehnung
3	a) 141. b) 7. 12. 1967	schriftlich	<i>Karl Krammig</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, I. Teil, 2. Steueränderungsgesetz 1967, hier: Änderungsantrag der FDP	Begründung der Zustimmung zu dem FDP-Änderungsantrag
4	a) 153. b) 8. 2. 1968	mündlich	<i>Göke D. Frerichs</i> (CDU/CSU)	Mündlicher Bericht des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1968)	Ablehnung des Votums des Vermittlungsausschusses wegen der einstimmigen Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag
5	a) 183. b) 26. 6. 1968	mündlich	<i>Josef Hofmann</i> (CDU/CSU)	3. Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes	Begründung der Ablehnung
6	a) 183. b) 26. 6. 1968	schriftlich	<i>Hans Dichgans</i> (CDU/CSU)	CDU/CSU-Antrag betr. Akademie-Reife	Zustimmung unter Vorbehalt

6. Wahlperiode (1969–72)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 35. b) 27. 2. 1970	mündlich	<i>Hans Dichgans</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes	Zustimmung trotz methodischer Bedenken
2	a) 39. b) 18. 3. 1970	mündlich	<i>Linus Memmel</i> (CDU/CSU)	3. Gesetz zur Reform des Strafrechts	Begründung der Ablehnung
3	a) 56. b) 4. 6. 1970	mündlich	<i>Walther Leisler Kiep</i> (CDU/CSU)	Haushaltsgesetz 1970, Einzelplan 23	Begründung der Stimmenthaltung der CDU/CSU-Fraktion; Abgabe der Erklärung namens der CDU/CSU-Fraktion
4	a) 60. b) 18. 6. 1970	mündlich	<i>Klaus-Peter Schulz</i> (SPD)	26. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 38, 91a]	Stimmenthaltung wegen Ablehnung der Herabsetzung des Wahlalters und Zustimmung zur Zuständigkeit des Bundes beim Hochschulbau
5	a) 60. b) 18. 6. 1970	mündlich	<i>Linus Memmel</i> (CDU/CSU)	26. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 38, 91a]	Stimmenthaltung wegen unterschiedlicher Meinung zu den beiden Grundgesetz-Änderungen
6	a) 60. b) 18. 6. 1970	mündlich	<i>Fritz Kempfner</i> (CDU/CSU)	26. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 38, 91a]	Stimmenthaltung wegen Ablehnung der Herabsetzung des Wahlalters und Zustimmung zur Zuständigkeit des Bundes beim Hochschulbau
7	a) 60. b) 18. 6. 1970	mündlich	<i>Ingeborg Geisendörfer</i> (CDU/CSU)	26. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 38, 91a]	Stimmenthaltung, weil Volljährigkeitsalter nicht gleichzeitig herabgesetzt wurde
8	a) 63. b) 11. 7. 1970	mündlich	<i>Ernst Müller-Hermann</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlags zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer	Begründung der Stimmenthaltung der CDU/CSU-Fraktion; Abgabe der Erklärung namens der CDU/CSU-Fraktion

9	a) 90. b) 20. 1. 1971	mündlich	<i>Georg Schulhoff</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung der Reichsversicherungsordnung	Ablehnung wegen Nicht-Anhörung eines Vertreters der privaten Versicherungswirtschaft während der öffentlichen Anhörung
10	a) 103. b) 3. 3. 1971	schriftlich	<i>Klaus Arndt</i> (SPD)	29. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 74 GG – Tierschutz]	Begründung der Ablehnung
11	a) 133. b) 19. 7. 1971	schriftlich	<i>Hans Dichgans</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes	Begründung der Zustimmung zu dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses
12	a) 134. b) 22. 9. 1971	mündlich	<i>Gisbert Kley</i> (CDU/CSU)	Gesetz über eine befristete Fortgeltung der Mitbestimmung in bisher den Mitbestimmungsgesetzen unterliegenden Unternehmen	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung namens der Abgeordneten der CSU
13	a) 157. b) 9. 12. 1971	mündlich	<i>Franz-Lorenz von Thadden</i> (CDU/CSU)	Hüttenknappschaftliches Zusatzversicherungs-Gesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens der saarländischen Abgeordneten <i>Heinrich Draeger</i> und <i>Leo Gottesleben</i> (beide CDU/CSU)
14	a) 157. b) 9. 12. 1971	mündlich	<i>Werner Wilhelm</i> (SPD)	Hüttenknappschaftliches Zusatzversicherungs-Gesetz	Erwiderung zur Erklärung des Abgeordneten <i>Franz-Lorenz von Thadden</i> (CDU/CSU)

Hinweise

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind in folgenden Abschnitten verzeichnet:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts (mit stichwortartiger Wiedergabe der Ausführungen des Redners)
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

*

Sämtliche Wortmeldungen in den Plenarsitzungen enthält das **Sprechregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages**.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
15	a) 159. b) 15. 12. 1971	mündlich	<i>Linus Memmel</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung der Amtsbezeichnungen der Richter und der Präsidialverfassung der Gerichte	Begründung der Ablehnung
16	a) 187. b) 17. 5. 1972	mündlich/ schriftlich	<i>Claus Arndt</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen	Zustimmung trotz Vertreibung aus Schlesien
17	a) 187. b) 17. 5. 1972	schriftlich	<i>Franz Weigl</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen	Stimmenthaltung wegen möglicher unterschiedlicher Vertragsinterpretation durch die Vertragsparteien
18	a) 187. b) 17. 5. 1972	schriftlich	<i>Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm</i> (FDP)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen	Begründung der Ablehnung

19	a) 187. b) 17. 5. 1972	schriftlich	<i>Herbert Czaja, Clemens Riedel, Hans Edgar Jahn, Walter Becher, Philipp von Bismarck, Herbert Hupka, Friedrich-Karl Storm, Otto Freiherr von Fircks, Heinrich Windelen, Maria Jacobi, Liselotte Pieser, Herbert Gruhl, Karl-Heinz Mursch, Günter von Nordenskjöld, Edelhard Rock, Margot Kalinke, Siegfried Zoglmann, Fritz Wittmann, Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Erich Mende, Hermann Götz, Fritz Baier, Gisbert Kley, Egon Alfred Klepsch, Fritz Burgbacher, Franz Amrehn, Karl Krammig</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen	Begründung der Ablehnung bzw. der Enthaltung zu dem Vertrag
20	a) 187. b) 17. 5. 1972	schriftlich	<i>Friedrich Beermann</i> (SPD)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zu den Ostverträgen	Erklärung zur Hinnahme der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens
21	a) 196. b) 23. 6. 1972	mündlich/ schriftlich	<i>Hermann Stahlberg</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher, ersatzdienstrechtlicher und anderer Vorschriften	Begründung der Ablehnung einer Verkürzung der Grundwehrdienstzeit

7. Wahlperiode (1972–76)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 31. b) 11. 5. 1973	mündlich/ schriftlich	<i>Walther Leisler Kiep</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Begründung der Zustimmung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Norbert Blüm</i> , <i>Karl-Heinz Hornhues</i> und <i>Josef Klein</i> (alle CDU/CSU)
2	a) 31. b) 11. 5. 1973	schriftlich	<i>Manfred Luda</i> (CDU/CSU)	Gesetz zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen	wegen Verfehlung der namentlichen Abstimmung Erklärung, dem UNO-Beitritt zuzustimmen
3	a) 35. b) 23. 5. 1973	mündlich/ schriftlich	<i>Alfred Ollesch</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes 1964 und des Gesetzes über das Branntweinmonopol	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Karl Geldner</i> und <i>Hansheirich Schmidt</i> (beide FDP)
4	a) 44. b) 18. 6. 1973	mündlich	<i>Klaus Immer</i> (SPD)	Haushaltsgesetz 1973, hier: Einzelplan 14	wegen Versäumnisses der namentlichen Abstimmung Erklärung, dem Haushaltsplan zuzustimmen
5	a) 70. b) 12. 12. 1973	mündlich	<i>Hermann Josef Unland</i> (CDU/CSU)	2. Gesetz zur Änderung des Abzahlungsgesetzes	Stimmenthaltung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
6	a) 88. b) 21. 3. 1974	schriftlich	<i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD)	Gesetz über ergänzende Maßnahmen zum 5. Strafrechtsreformgesetz (Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz)	Begründung der Zustimmung
7	a) 89. b) 22. 3. 1974	mündlich	<i>Klaus-Peter Schulz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters	Begründung der Ablehnung

8	a) 89. b) 22. 3. 1974	mündlich	<i>Fritz Kempfer</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters	Begründung der Ablehnung
9	a) 89. b) 22. 3. 1974	mündlich	<i>Linus Memmel</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters	Begründung der Ablehnung
10	a) 89. b) 22. 3. 1974	mündlich	<i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters	angesichts der abweichenden Meinung einiger Kollegen Hinweis auf die zustimmende Haltung der CDU
11	a) 95. b) 25. 4. 1974	mündlich	<i>Linus Memmel</i> (CDU/CSU)	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218]	Erklärung, den Entwurf <i>Heck</i> zu befürworten
12	a) 96. b) 26. 4. 1974	schriftlich	<i>Antje Huber</i> (SPD)	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218]	Erklärung, trotz Befürwortung der erweiterten Indikationenregelung des <i>Müller-Emmert</i> -Entwurfes in zweiter Abstimmung für die Fristenregelung zu votieren
13	a) 96. b) 26. 4. 1974	schriftlich	<i>Erhard Eppler</i> (SPD)	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218]	Erklärung, trotz Befürwortung der erweiterten Indikationenregelung des <i>Müller-Emmert</i> -Entwurfes in zweiter Abstimmung für die Fristenregelung zu votieren
14	a) 96. b) 26. 4. 1974	schriftlich	<i>Adolf Scheu</i> (SPD)	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218]	Zustimmung zur Begründung des Abg. <i>Eppler</i> , aber Stimmenthaltung
15	a) 96. b) 26. 4. 1974	schriftlich	<i>Heinz Rapp</i> (SPD)	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218]	Zustimmung zu den Erklärungen der Abg. <i>Huber</i> , <i>Eppler</i> und <i>Scheu</i>
16	a) 96. b) 26. 4. 1974	schriftlich	<i>Carl-Christoph Schweitzer</i> (SPD)	5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218]	Erklärung, trotz Befürwortung der erweiterten Indikationenregelung des <i>Müller-Emmert</i> -Entwurfes in zweiter Abstimmung für die Fristenregelung zu votieren
17	a) 104. b) 5. 6. 1974	mündlich/ schriftlich	<i>Claus Arndt</i> (SPD)	Zurückweisung des Bundesratseinspruchs gegen das 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts [§ 218]	Trotz Bedenken Zustimmung zu dem Antrag, den Einspruch des Bundesrates zurückzuweisen

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
18	a) 104. b) 5. 6. 1974	mündlich	<i>Gerhard Zeitel</i> (CDU/CSU)	3. Steuerreformgesetz	Ablehnung nicht nur aus sachlichen Gründen entsprechend CDU/CSU-Fraktion, sondern auch aus Verfahrensgründen; Abgabe der Erklärung auch namens des Abg. <i>Herbert W. Köhler</i> (CDU/CSU)
19	a) 110. b) 20. 6. 1974	mündlich/ schriftlich	<i>Hermann Götz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik	Einspruch gegen den Vertrag entsprechend der Rechtsverwahrung, die der Sudetendeutsche Rat und die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft eingelegt haben; Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Fritz Baier, Walter Becher, Egon Alfred Klepsch, Gerhard Kunz, Erich Riedl, Herbert Werner, Fritz Wittmann</i> und <i>Siegfried Zoglmann</i> (alle CDU/CSU)
20	a) 110. b) 20. 6. 1974	schriftlich	<i>Manfred Wörner</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik	wegen Nichtteilnahme an der Abstimmung durch Pairing-Vereinbarung Erklärung, den Vertrag abzulehnen
21	a) 125. b) 17. 10. 1974	mündlich	<i>Lorenz Niegel</i> (CDU/CSU)	2. Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum	Begründung der Ablehnung
22	a) 136. b) 12. 12. 1974	schriftlich	<i>Claus Grobecker, Horst Grunenberg</i> und <i>Ernst Waltemathe</i> (alle SPD)	Hochschulrahmengesetz	als Bremer Abgeordnete Stimmenthaltung wegen Nichtberücksichtigung des „Bremer Modells“ einer Reformuniversität
23	a) 152. b) 27. 2. 1975	mündlich	<i>Herbert Wehner</i> (SPD)	Bericht des 2. Untersuchungsausschusses	Begründung der Nichtteilnahme an der Abstimmung

24	a) 158. b) 19. 3. 1975	mündlich	<i>Adolf Scheu</i> (SPD)	Haushaltsgesetz 1975, hier: Einzelplan 02	Hinweis auf schlechten politischen Stil im Bundestag
25	a) 158. b) 19. 3. 1975	mündlich/ schriftlich	<i>Carl-Christoph Schweitzer</i> (SPD)	Haushaltsgesetz 1975, hier: Einzelplan 02	Bedauern über fehlende Gelegenheit, über Arbeitsweise des Bundestages zu debattieren; Vorschläge zur Parlamentsreform
26	a) 182. b) 20. 6. 1975	schriftlich	<i>Dieter Schinzel</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes	Zurückweisung einer Äußerung des Abg. <i>Konrad Kraske</i> (CDU/CSU)
27	a) 203. b) 27. 11. 1975	mündlich/ schriftlich	<i>Axel Wernitz</i> (SPD)	Gesetz über den Bau und den Betrieb von Versuchsanlagen zur Erprobung von Techniken für den spurgeführten Verkehr	Hinweise auf die Beziehung des Gesetzes zur geplanten Versuchsanlage im Donauried
28	a) 213. b) 16. 1. 1976	mündlich/ schriftlich	<i>Dieter Lattmann</i> (SPD)	14. Strafrechtsänderungsgesetz	Zustimmung trotz Bedenken; zu Protokoll gegebener Rest einer Rede
29	a) 221. b) 12. 2. 1976	mündlich	<i>Freiherr Wilderich Ostman von der Leye</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des 5. Gesetzes zur Reform des Strafrechts [§ 218]	Begründung der Ablehnung einer Indikationenregelung
30	a) 224. b) 19. 2. 1976	mündlich/ schriftlich	<i>Carl-Christoph Schweitzer</i> (SPD)	Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vom 9. Oktober 1975	Begründung der Zustimmung
31	a) 230. b) 18. 3. 1976	mündlich	<i>Herta Däubler-Gmelin</i> (SPD)	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)	Begründung der Zustimmung
32	a) 230. b) 18. 3. 1976	mündlich/ schriftlich	<i>Herbert W. Köhler</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)	Begründung der Ablehnung
33	a) 230. b) 18. 3. 1976	schriftlich	<i>Horst Schröder</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)	Ablehnung abweichend vom Mehrheitsvotum der CDU/CSU-Fraktion
34	a) 230. b) 18. 3. 1976	schriftlich	<i>Norbert Gansel</i> (SPD)	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)	Ablehnung abweichend von SPD-Fraktion

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
35	a) 230. b) 18. 3. 1976	schriftlich	<i>Philipp von Bismarck</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)	Ablehnung abweichend vom Mehrheitsvotum der CDU/CSU-Fraktion
36	a) 230. b) 18. 3. 1976	mündlich/ schriftlich	<i>Lorenz Niegel</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)	Begründung der Ablehnung
37	a) 236. b) 9. 4. 1976	schriftlich	<i>Carl-Christoph Schweitzer</i> (SPD)	verschiedene EG-Vorlagen	Ablehnung der Vorlagen wegen der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der EG-Vorlagen im Bundestag
38	a) 238. b) 6. 5. 1976	mündlich	<i>Anton Stark</i> (CDU/CSU)	Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985	Ablehnung wegen Herabstufung eines Autobahn-Zwischenstückes im Wahlkreis des Abg.
39	a) 238. b) 6. 5. 1976	schriftlich	<i>Freiherr Wilderich Ostman von der Leye</i> (SPD)	Zurückweisung des Bundesratseinspruchs gegen das 15. Strafrechtsänderungsgesetz [§ 218]	Erklärung, daß Zurückweisung des Bundesratseinspruchs keine Zustimmung zu einer Indikationenregelung bedeutet
40	a) 245. b) 20. 5. 1976	mündlich/ schriftlich	<i>Lorenz Niegel</i> (CDU/CSU)	Antrag des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes	Begründung der Ablehnung
41	a) 245. b) 20. 5. 1976	mündlich	<i>Herbert Gruhl</i> (CDU/CSU)	Gesetz über Abgaben für die Einleitung von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz)	Begründung der Ablehnung
42	a) 245. b) 20. 5. 1976	mündlich	<i>Manfred Vohrer</i> (FDP)	Gesetz über Abgaben für die Einleitung von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz)	Begründung der Ablehnung
43	a) 250. b) 10. 6. 1976	mündlich	<i>Erich Meinike</i> (SPD)	3. Steuerreformgesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens einiger weniger Abg. aus der SPD-Fraktion

44	a) 256. b) 1. 7. 1976	schriftlich	<i>Hanna Neumeister</i> (CDU/CSU)	Partnerschaftsgesetz	Begründung der Ablehnung wegen der starken Abänderungen des ursprünglichen Gesetzentwurfs
45	a) 259. b) 8. 12. 1976	mündlich	<i>Curt Becker</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages	Zustimmung mit Vorbehalt
46	a) 259. b) 8. 12. 1976	mündlich/ schriftlich	<i>Alois Mertes</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung
47	a) 259. b) 8. 12. 1976	mündlich	<i>Eckhard Schleifenbaum</i> (FDP)	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages	Erläuterung verfassungsmäßiger und politischer Bedenken
48	a) 259. b) 8. 12. 1976	mündlich	<i>Linus Memmel</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages	Ablehnung unter Hinweis auf die Erklärung des Abg. <i>Alois Mertes</i>
49	a) 259. b) 8. 12. 1976	mündlich/ schriftlich	<i>Norbert Gansel</i> (SPD)	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages	Ablehnung wegen der mit dem Gesetz geschaffenen Privilegien für Abg.
50	a) 259. b) 8. 12. 1976	schriftlich	<i>Herbert W. Köhler</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung
51	a) 259. b) 8. 12. 1976	schriftlich	<i>Claus Arndt</i> (SPD)	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages	Zustimmung trotz verfassungsrechtlicher Bedenken

Hinweis

Alle im *Datenhandbuch* erwähnten Plenarsitzungen sind im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) zusammengefaßt.

8. Wahlperiode (1976–80)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 32. b) 16. 6. 1977	mündlich/ schriftlich	<i>Ernst Waltemathe</i> (SPD)	Steueränderungsgesetz 1977	Stimmhaltung abweichend von SPD-FDP-Koalition
2	a) 32. b) 16. 6. 1977	mündlich/ schriftlich	<i>Karl-Heinz Hansen</i> (SPD)	Steueränderungsgesetz 1977	Ablehnung abweichend von SPD-FDP-Koalition
3	a) 32. b) 16. 6. 1977	mündlich/ schriftlich	<i>Manfred Coppik</i> (SPD)	Steueränderungsgesetz 1977	Ablehnung abweichend von SPD-FDP-Koalition
4	a) 32. b) 16. 6. 1977	mündlich/ schriftlich	<i>Erich Meinike</i> (SPD)	Steueränderungsgesetz 1977	Stimmhaltung abweichend von SPD-FDP-Koalition
5	a) 34. b) 21. 6. 1977	mündlich/ schriftlich	<i>Manfred Luda</i> (CDU/CSU)	Haushaltsgesetz 1977: Einzelplan 02	ergänzende Ausführung zur Neubauplanung des Parlaments
6	a) 44. b) 29. 9. 1977	mündlich	<i>Herta Däubler-Gmelin</i> (SPD)	Änderungsgesetz des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (Kontaktsperregesetz)	Begründung der Stimmhaltung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Rudolf Bindig, Peter Conradi, Eckart Kuhlwein, Manfred Marschall, Erich Meinike, Harald B. Schäfer, Olaf Schwencke, Rudolf Schöpfberger, Hansmartin Simpfendörfer, Heide Simonis</i> (alle SPD)
7	a) 44. b) 29. 9. 1977	mündlich/ schriftlich	<i>Helga Schuchardt</i> (FDP)	Änderungsgesetz des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (Kontaktsperregesetz)	Begründung der Stimmhaltung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Ingrid Matthäus-Maier, Norbert Eimer, Friedrich Hölscher, Hansheirich Schmidt</i> (alle FDP)

8	a) 44. b) 29. 9. 1977	mündlich/ schriftlich	<i>Karl-Heinz Hansen</i> (SPD)	Änderungsgesetz des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (Kontakt- sperregesetz)	Begründung der Ablehnung
9	a) 83. b) 13. 4. 1978	mündlich	<i>Karl-Heinz Hansen</i> (SPD)	Einspruch des Bundesrates zum Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung	Begründung, entsprechend der SPD-Frak- tion abzustimmen; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Manfred Coppik</i> und <i>Erich Meinike</i> (ebenfalls SPD)
10	a) 91. b) 12. 5. 1978	mündlich	<i>Liselotte Funcke</i> (FDP)	Erstes Gesetz zur Änderung des Wohnungs- modernisierungsgesetzes	Stimmhaltung abweichend von FDP- Fraktion
11	a) 100. b) 22. 6. 1978	mündlich	<i>Herbert Wehner</i> (SPD)	Zeitgesetz	Begründung der Stimmhaltung
12	a) 101. b) 23. 6. 1978	mündlich	<i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU)	Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	Begründung der Ablehnung
13	a) 123. b) 7. 12. 1978	mündlich	<i>Walter Becher</i> (CDU/CSU)	Änderung des Lastenausgleichsgesetzes	Begründung der Ablehnung
14	a) 145. b) 29. 3. 1979	mündlich	<i>Rudolf Luster</i> (CDU/CSU)	Europaabgeordnetengesetz	Ablehnung wegen rechtlicher Bedenken
15	a) 166. b) 3. 7. 1979	mündlich	<i>Werner Maihofer</i> (FDP)	16. Strafrechtsänderungsgesetz (Unverjähr- barkeit von Mord)	Begründung der Zustimmung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> , <i>Manfred Vohrer</i> , <i>Helga Schuchardt</i> , <i>Klaus- Jürgen Hoffie</i> , <i>Wolf-Dieter Zumpfort</i> (alle FDP)
16	a) 166. b) 3. 7. 1979	schriftlich	<i>Willfried Penner</i> (SPD)	16. Strafrechtsänderungsgesetz (Unverjähr- barkeit von Mord)	Begründung der Ablehnung
17	a) 199. b) 24. 1. 1980	mündlich	<i>Hans A. Engelhard</i> (FDP)	Gesetz über den Beruf des Logopäden	Begründung der Ablehnung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
18	a) 205. b) 6. 3. 1980	mündlich	<i>Lorenz Niegel</i> (CDU/CSU)	Verkehrslärmschutzgesetz	Begründung der Ablehnung
19	a) 213. b) 23. 4. 1980	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Entschließungsantrag betr. Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens einer Reihe von weiteren Abgeordneten der SPD
20	a) 218. b) 22. 5. 1980	mündlich	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP)	Steuerentlastungsgesetz 1981	Ablehnung abweichend von FDP-Fraktion
21	a) 221. b) 13. 6. 1980	mündlich	<i>Elmar Kolb</i> (CDU/CSU)	Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	Begründung der Ablehnung
22	a) 221. b) 13. 6. 1980	mündlich	<i>Hugo Collet</i> (SPD)	Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	Begründung der Zustimmung
23	a) 221. b) 13. 6. 1980	mündlich	<i>Gerhard O. Pfeffermann</i> (CDU/CSU)	Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	Begründung der Ablehnung
24	a) 221. b) 13. 6. 1980	mündlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	Begründung der Ablehnung
25	a) 221. b) 13. 6. 1980	mündlich	<i>Klaus Gärtner</i> (FDP)	Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	Begründung der Ablehnung
26	a) 221. b) 13. 6. 1980	mündlich	<i>Otfried Hennig</i> (CDU/CSU)	Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	Begründung der Ablehnung
27	a) 221. b) 13. 6. 1980	schriftlich	<i>Horst Jungmann,</i> <i>Norbert Gansel</i> und <i>Heide Simonis</i> (alle SPD)	Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	Begründung der Zustimmung

28	a) 225. b) 25. 6. 1980	mündlich	<i>Hugo Hammans</i> (CDU/CSU)	Chemikaliengesetz	Begründung der Zustimmung
29	a) 225. b) 25. 6. 1980	mündlich	<i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU)	Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz	Begründung der Ablehnung
30	a) 225. b) 25. 6. 1980	mündlich/ schriftlich	<i>Haimo George</i> (CDU/CSU)	Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Eberhard Pohlmann, Johannes Müller, Hermann Kroll-Schlüter, Anton Stark, Hansheinz Hauser, Herbert W. Köhler, Egon Lampersbach, Paul Laufs</i> (alle CDU/CSU)
31	a) 229. b) 3. 7. 1980	mündlich	<i>Klaus Immer</i> (SPD)	Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz	Ablehnung „aus Gewissensüberzeugung“

9. Wahlperiode (1980–83)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 30. b) 8. 4. 1981	mündlich	<i>Haimo George</i> (CDU/CSU)	CDU/CSU-Antrag zur Änderung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes	Ablehnung abweichend von CDU/CSU-Fraktion; Abgabe der Erklärung im Namen einiger weiterer Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion
2	a) 30. b) 8. 4. 1981	schriftlich	<i>Horst Schröder</i> (CDU/CSU)	CDU/CSU-Antrag zur Änderung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes	Ablehnung abweichend von CDU/CSU-Fraktion

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
3	a) 38. b) 26. 5. 1981	mündlich	<i>Ernst Waltemathe</i> (SPD)	Entschließungsantrag zur Erklärung der Bundesregierung betr. NATO-Doppelbeschluß	Ablehnung abweichend von SPD-FDP-Koalition; Abgabe der Erklärung auch namens des Abg. <i>Rudolf Schöfberger</i> (SPD)
4	a) 38. b) 26. 5. 1981	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Entschließungsantrag zur Erklärung der Bundesregierung betr. NATO-Doppelbeschluß	Zustimmung entsprechend SPD-FDP-Koalition mit besonderer Begründung
5	a) 38. b) 26. 5. 1981	mündlich	<i>Karsten D. Voigt</i> (SPD)	Entschließungsantrag zur Erklärung der Bundesregierung betr. NATO-Doppelbeschluß	Zustimmung entsprechend der SPD-FDP-Koalition mit besonderer Begründung
6	a) 38. b) 26. 5. 1981	mündlich	<i>Klaus Thüsing</i> (SPD)	Entschließungsantrag zur Erklärung der Bundesregierung betr. NATO-Doppelbeschluß	Zustimmung entsprechend SPD-FDP-Koalition mit besonderer Begründung
7	a) 38. b) 26. 5. 1981	mündlich	<i>Klaus-Dieter Kühbacher</i> (SPD)	Entschließungsantrag zur Erklärung der Bundesregierung betr. NATO-Doppelbeschluß	Zustimmung entsprechend SPD-FDP-Koalition mit besonderer Begründung
8	a) 73. b) 10. 12. 1981	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Vermittlungsvorschlag zum 2. Haushaltsstrukturgesetz	Nichtbeteiligung an der Abstimmung wegen Zweifeln am verfassungsgemäßen Zustandekommen des Gesetzes
9	a) 73. b) 10. 12. 1981	mündlich	<i>Alfred Biehle</i> (CDU/CSU)	Vermittlungsvorschlag zum 2. Haushaltsstrukturgesetz	Begründung der Ablehnung
10	a) 78. b) 19. 1. 1982	mündlich	<i>Manfred Coppik</i> (SPD)	2. Beratung über den Einzelplan 05 des Haushaltsentwurfes 1982	Stimmenthaltung abweichend von SPD-FDP-Koalition; Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Karl-Heinz Hansen</i> und <i>Klaus Thüsing</i> (beide SPD)

11	a) 103. b) 27. 5. 1982	mündlich	<i>Manfred Coppik</i> (fraktionslos)	Vermittlungsvorschlag zum Beschäftigungsförderungsgesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens des fraktionslosen Abgeordneten <i>Karl-Heinz Hansen</i>
12	a) 103. b) 27. 5. 1982	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/ CSU)	Vermittlungsvorschlag zum Beschäftigungsförderungsgesetz	Begründung der Ablehnung
13	a) 103. b) 27. 5. 1982	schriftlich	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	Mietspiegelgesetz und Mietrechtsänderungsgesetz 1981	Ablehnung abweichend von SPD-FDP-Koalition
14	a) 103. b) 27. 5. 1982	schriftlich	<i>Rudolf Schöfberger</i> (SPD)	Mietrechtsänderungsgesetz 1981	Ablehnung abweichend von SPD-FDP-Koalition
15	a) 108. b) 24. 6. 1982	schriftlich	<i>Karl-Heinz Hansen</i> (fraktionslos)	Drittes Gesetz zur Änderung mietrechtlicher und mietpreisrechtlicher Vorschriften im Land Berlin	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens des fraktionslosen Abg. <i>Manfred Coppik</i>
16	a) 108. b) 24. 6. 1982	schriftlich	<i>Lorenz Niegel</i> (CDU/CSU)	Drittes Gesetz zur Änderung mietrechtlicher und mietpreisrechtlicher Vorschriften im Land Berlin	Ablehnung abweichend von dem von allen Fraktionen im Ausschuß gefaßten Beschluß
17	a) 109. b) 25. 6. 1982	schriftlich	<i>Klaus Thüsing</i> (SPD)	Vermittlungsvorschlag zum Asylverfahrensgesetz	Ablehnung abweichend von SPD-FDP-Koalition
18	a) 118. b) 1. 10. 1982	mündlich	<i>Philip Rosenthal</i> (SPD)	Mißtrauensantrag gegen Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i>	Ausführungen zu den geplanten Neuwahlen
19	a) 134. b) 3. 12. 1982	mündlich	<i>Klaus Gärtner</i> (FDP)	Beschlußempfehlung zur Inbetriebnahme der Schnellbrüter-Prototypanlage SNR 300 in Kalkar	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens des Abg. <i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)
20	a) 136. b) 9. 12. 1982	schriftlich	<i>Gerd Wartenberg</i> (SPD)	Bundeskleingartengesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung namens der Berliner SPD-Bundestagsmitglieder

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
21	a) 140. b) 16. 12. 1982	mündlich	<i>Klaus Immer</i> (SPD)	Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Udo Fiebig, Jan Oostergetelo</i> und <i>Horst Sielaff</i> (alle SPD)
22	a) 140. b) 16. 12. 1982	mündlich	<i>Norbert Gansel</i> (SPD)	Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Uwe Lambinus, Egon Lutz</i> und <i>Ernst Waltemathe</i> (alle SPD)
23	a) 140. b) 16. 12. 1982	schriftlich	<i>Rudolf Schöpfberger</i> (SPD)	Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung) des Haushaltsentwurfes 1983	Begründung der Ablehnung
24	a) 140. b) 16. 12. 1982	schriftlich	<i>Horst Sielaff</i> (SPD)	Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung) des Haushaltsentwurfes 1983	Begründung der Ablehnung
25	a) 141. b) 17. 12. 1982	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	Vertrauensantrag von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	Ablehnung abweichend von der Enthaltung der CDU/CSU-FDP-Koalition; Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Eva Sibylle Engel</i> (FDP)
26	a) 141. b) 17. 12. 1982	schriftlich	<i>Ekkehart Eymer</i> (CDU/CSU)	Vertrauensantrag von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken, die Auflösung des Bundestages über Artikel 68 GG herbeizuführen

10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 16. b) 23. 6. 1983	mündlich	<i>Otto Schily</i> (DIE GRÜNEN)	SPD-Antrag zur Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Frage einer etwaigen Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen	Vorbehalt bei Zustimmung zum SPD-Antrag
2	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Dieter Haack</i> (SPD)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung der Stimmenthaltung beim Antrag der SPD und der Ablehnung des Antrages der Koalition; Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Horst Grunenberg, Hans de With, Peter Würtz, Bruno Wiefel, Manfred Schulte, Engelbert Sander, Horst Haase, Erwin Stahl, Axel Wernütz, Egon Franke, Lothar Löffler, Rudolf Purps, Kurt Vogel-sang, Fritz Gerstl, Annemarie Renger, Adolf Müller-Emmert, Günter Herterich, Hans Matthöfer, Karl Ahrens, Erich Berschkeit</i> (alle SPD)
3	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Zustimmung zum Antrag der Koalition entgegen ursprünglicher Absicht
4	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Julius H. Krizsan</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung neuer Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu stimmen
5	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Walter Sauermilch</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Aufstellung von Massenvernichtungsmitteln zu stimmen
6	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Jürgen Reents</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung der Ablehnung des CDU/CSU-Antrages und der Stimmenthaltung beim Antrag der SPD

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
7	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Walter Schwenninger</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Stellungnahme als Religionslehrer
8	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Antje Vollmer</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung der Ablehnung der Raketenstationierung
9	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Gert Jannsen</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung eines „Nein des Protestes“
10	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Gert Bastian</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung der Ablehnung des Antrages der Koalition
11	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Dieter Drabiniok</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung von Atomraketen zu stimmen
12	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Christa Reetz</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung der Ablehnung des Antrages der Koalition und des Antrages der SPD
13	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Dirk Schneider</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung zu stimmen
14	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Dieter Burgmann</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung der Ablehnung des Antrages der Koalition und des Antrages der SPD
15	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Milan Horacek</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung weiterer Raketen zu stimmen
16	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Eckhard Stratmann</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Erklärung, nachträglich den Wehrdienst zu verweigern
17	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Gabriele Potthast</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen zu stimmen

18	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Waltraud Schoppe</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung der Ablehnung des Antrages der CDU/CSU
19	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Sabine Bard</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung zu stimmen
20	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Hubert Kleinert</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung neuer Atomwaffen zu stimmen
21	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Petra Kelly</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung zu stimmen
22	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Erika Hickel</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, für den Antrag der GRÜNEN zu stimmen
23	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Wolfgang Ehmke</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Nachrüstung zu stimmen
24	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Hans Verheyen</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Nachrüstung zu stimmen
25	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Willi Hoss</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Nachrüstung zu stimmen
26	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Roland Vogt</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Nachrüstung zu stimmen
27	a) 36. b) 22. 11. 1983	mündlich	<i>Otto Schily</i> (DIE GRÜNEN)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen die Stationierung von Massenvernichtungsmitteln zu stimmen
28	a) 36. b) 22. 11. 1983	schriftlich	<i>Wolf-Michael Catenhusen</i> (SPD)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, gegen eine weitere atomare Aufrüstung zu stimmen

Hinweis

Sämtliche Wortmeldungen in den Plenarsitzungen enthält das **Sprechregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages**.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
29	a) 36. b) 22. 11. 1983	schriftlich	<i>Horst Sielaff, Klaus Immer, Lieselott Blunck, Jan Oostergetelo und Günther Heyenn</i> (alle SPD)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, dem SPD-Antrag zuzustimmen
30	a) 36. b) 22. 11. 1983	schriftlich	<i>Rudolf Schöfberger</i> (SPD)	Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen	Begründung, mit dem SPD-Antrag gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stimmen
31	a) 40. b) 1. 12. 1983	schriftlich	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Enthaltung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
32	a) 44. b) 8. 12. 1983	schriftlich	<i>Günther Heyenn</i> (SPD)	Haushaltsgesetz 1984, hier: Einzelplan 11	Ablehnung entsprechend SPD-Fraktion, aber Zustimmung zu einer interfraktionellen Einigung betr. unentgeltliche Beförderung von Behinderten durch alle in den Hamburger Verkehrs-Verbund einbezogenen Linien
33	a) 57. b) 24. 2. 1984	mündlich	<i>Hugo Collet</i> (SPD)	Wahl der Mitglieder des Gremiums zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste des Bundes	Begründung der Teilnahme an der Wahl trotz Protests
34	a) 61. b) 29. 3. 1984	mündlich	<i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand	Begründung der Zustimmung trotz größter Bedenken
35	a) 64. b) 5. 4. 1984	schriftlich	<i>Eckart Kuhlwein</i> (SPD)	Beschlußempfehlung zum Bericht des Bundesministers für Verkehr 1982 betr. Fortgang der Verkehrserschließung des Zonenrandgebietes	Begründung der Stimmenthaltung

36	a) 71. b) 24. 5. 1984	schriftlich	<i>Norbert Lammert, Joachim Clemens, Horst Eylmann, Reinhard Göhner, Rolf Olderog, Joseph-Theodor Blank, Heribert Blens, Jochen Borchert, Herbert Lattmann, Helmut Rode, Werner Schreiber, Heinrich Seesing und Peter Harry Carstensen (alle CDU/CSU)</i>	SPD-Antrag zum gescheiterten Strafbefreiungsvorhaben	Begründung der Ablehnung des SPD-Antrages
37	a) 71. b) 24. 5. 1984	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher (FDP)</i>	SPD-Antrag zum gescheiterten Strafbefreiungsvorhaben	Begründung der Ablehnung des SPD-Antrages
38	a) 71. b) 24. 5. 1984	mündlich	<i>Gerhard Jahn (SPD)</i>	Antrag der GRÜNEN zum gescheiterten Strafbefreiungsvorhaben sowie CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Steuerstrafrechtliche Zweifelsfragen im Zusammenhang mit Parteispenden	Ablehnung der beiden Anträge aus unterschiedlichen Gründen; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
39	a) 77. b) 28. 6. 1984	mündlich	<i>Christa Nickels (DIE GRÜNEN)</i>	Elftes Gesetz zur Änderung des Wehrsoldgesetzes	Begründung der Zustimmung
40	a) 88. b) 4. 10. 1984	schriftlich	<i>Renate Schmidt und Uwe Lambinus (beide SPD)</i>	Sammelübersicht 43 des Petitionsausschusses über Anträge zu Petitionen (hier: Petition zum Volksentscheid)	Ablehnung trotz grundsätzlicher Befürwortung, mehr plebiszitäre Elemente in die Verfassung aufzunehmen
41	a) 95. b) 26. 10. 1984	mündlich	<i>Harald B. Schäfer (SPD)</i>	Entschließungsantrag der GRÜNEN betr. Allgemeine Fragen zur umweltfreundlichen Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland	Ablehnung wegen unzureichender Beratungsmöglichkeit; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
42	a) 95. b) 26. 10. 1984	mündlich	<i>Dieter Burgmann</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der GRÜNEN betr. Allgemeine Fragen zur umweltfreundlichen Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland	Begründung zur Vorlage des Antrags
43	a) 98. b) 8. 11. 1984	mündlich	<i>Walter Sauermilch</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zu dem Übereinkommen zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride	Begründung der Ablehnung
44	a) 103. b) 27. 11. 1984	schriftlich	<i>Lothar Löffler</i> und <i>Gerhard Heimann</i> (beide SPD)	2. Beratung über den Einzelplan 35 des Haushaltsentwurfes 1985 (Verteidigungskosten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte)	Zustimmung in der Erwartung, daß Bundesregierung bestimmte Mehrkosten übernimmt
45	a) 104. b) 28. 11. 1984	mündlich	<i>Petra Kelly</i> (DIE GRÜNEN)	2. Beratung über den Einzelplan 11 des Haushaltsentwurfes 1985; hier: Änderungsantrag der GRÜNEN (betr. Verbesserung der Notlage krebserkrankter Kinder)	Begründung der Zustimmung
46	a) 105. b) 29. 11. 1984	mündlich	<i>Hans Mathöfer</i> (SPD)	2. Beratung über den Einzelplan 60 des Haushaltsentwurfes 1985; hier: Änderungsantrag der SPD [Ergänzungsabgabe]	Zustimmung trotz grundsätzlicher Bedenken
47	a) 105. b) 29. 11. 1984	mündlich	<i>Eckhard Stratmann</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetze über Finanzhilfen des Bundes an das Saarland und an die Freie Hansestadt Bremen	Begründung der Enthaltung; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der GRÜNEN
48	a) 105. b) 29. 11. 1984	schriftlich	<i>Wolfgang Hinrichs</i> und <i>Reinhard Metz</i> (beide CDU/CSU)	Entwurf eines Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes an die Freie Hansestadt Bremen	Begründung der Stimmenthaltung

49	a) 105. b) 29. 11. 1984	mündlich	<i>Hans-Eberhard Urbaniak</i> (SPD)	2. Beratung über den Einzelplan 09 des Haushaltsentwurfes 1985; hier: Änderungsantrag der GRÜNEN	Begründung der Ablehnung
50	a) 106. b) 30. 11. 1984	mündlich	<i>Roland Vogt</i> (DIE GRÜNEN)	3. Beratung über den Einzelplan 14 des Haushaltsentwurfes 1985; hier: Entschließungsantrag der GRÜNEN	Begründung der Zustimmung
51	a) 108. b) 6. 12. 1984	mündlich	<i>Uwe Lambinus</i> (SPD)	Gesetz zur Neuregelung des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit	Zustimmung trotz Bedenken
52	a) 108. b) 6. 12. 1984	mündlich	<i>Rudolf Hauck</i> (SPD)	Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes	Zustimmung trotz Bedenken und Hinweis auf Unvollständigkeit der Beschlußempfehlung des Ausschusses
53	a) 109. b) 7. 12. 1984	mündlich	<i>Eugen von der Wiesche</i> (SPD)	Gesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung	Ablehnung aus Protest gegen das Beratungsverfahren
54	a) 111. b) 13. 12. 1984	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung der Konkursordnung (Entwürfe der Bundesregierung und der SPD)	Begründung der Ablehnung beider Entwürfe
55	a) 111. b) 13. 12. 1984	mündlich	<i>Horst Sielaff</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung der Bundesärzterordnung	Begründung der Ablehnung
56	a) 111. b) 13. 12. 1984	mündlich/ schriftlich	<i>Kurt Falthäuser</i> (CDU/CSU)	Viertes Gesetz zur Änderung der Bundesärzterordnung	Zustimmung trotz eines wichtigen Vorbehaltes gegen das Gesetz
57	a) 117. b) 24. 1. 1985	mündlich	<i>Gert Janssen</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes	Begründung der Nichtteilnahme an der Abstimmung; Abgabe der Erklärung auch namens einiger anderer Abgeordneter der Fraktion der GRÜNEN
58	a) 132. b) 18. 4. 1985	mündlich	<i>Harald B. Schäfer</i> (SPD)	Entschließungsantrag der GRÜNEN betr. Risiken des Schnellen Nicht-Brüters in Kalkar	Begründung der Ablehnung bzw. Stimmenthaltung; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
59	a) 135. b) 25. 4. 1985	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (CDU/CSU)	21. Strafrechtsänderungsgesetz	Zustimmung zum Gesetz bei gleichzeitiger Ablehnung der Begründung (Zunahme neonazistischer Aktivitäten)
60	a) 135. b) 25. 4. 1985	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	21. Strafrechtsänderungsgesetz	Begründung der Zustimmung
61	a) 137. b) 14. 5. 1985	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> (SPD)	Entschließungsantrag der GRÜNEN betr. Versorgung krebskranker Kinder in der Bundesrepublik Deutschland	Nachträgliche Richtigstellung zu einer namentlichen Abstimmung in der Sitzung vom 18. 4. 1985: Zustimmung zum Antrag
62	a) 137. b) 14. 5. 1985	schriftlich	<i>Hermann Scheer</i> (SPD)	Beschäftigungsförderungsgesetz 1985	Nachträgliche Richtigstellung zu einer namentlichen Abstimmung in der Sitzung vom 19. 4. 1985: Ablehnung statt Zustimmung
63	a) 141. b) 24. 5. 1985	mündlich	<i>Norbert Eimer</i> (FDP)	Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz) sowie Elftes Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes	Ablehnung wegen Fehlern und bürokratischer Auswucherungen des Familienlastenausgleichs
64	a) 143. b) 13. 6. 1985	mündlich	<i>Alois Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktion der GRÜNEN zum Entwurf eines Bundesbahnanierungsgesetzes	Ablehnung im Zusammenhang mit einem Stilllegungsstopp der Strecke Isny-Kempton
65	a) 143. b) 13. 6. 1985	mündlich	<i>Egon Lutz</i> (SPD)	Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften	Nichtteilnahme an der namentlichen Abstimmung wegen Vorenthaltung von Entscheidungshilfen durch die Bundesregierung
66	a) 143. b) 13. 6. 1985	mündlich	<i>Waltraud Steinhauer</i> (SPD)	Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften	Ablehnung aus sozialpolitischen Gründen

67	a) 143. b) 13. 6. 1985	schriftlich	<i>Henning Schierholz</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes	Begründung der Ablehnung
68	a) 146. b) 20. 6. 1985	mündlich	<i>Kurt Falthäuser</i> (CDU/CSU)	Sechstes Gesetz zur Änderung des Wohnungsgeldgesetzes	Zustimmung mit der Empfehlung, die Fragen der Einführung einer sechsten Mietniveaunklasse empirisch weiter zu prüfen; Abgabe der Erklärung auch namens der übrigen Münchner CSU-Abgeordneten <i>Hans Klein, Rudolf Kraus, Erich Riedl</i> und <i>Fritz Wittmann</i>
69	a) 147. b) 21. 6. 1985	mündlich	<i>Renate Lepsius</i> (SPD)	Gesetz zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung (Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz)	Ablehnung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
70	a) 149. b) 27. 6. 1985	schriftlich	<i>Günther Jansen</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes	Begründung der Ablehnung
71	a) 150. b) 28. 6. 1985	mündlich	<i>Uwe Lambinus</i> (SPD)	Strafrechtsänderungsgesetz (§ 125 StGB)	Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen ungenügender Beratungsmöglichkeiten im Rechtsausschuß
72	a) 160. b) 27. 9. 1985	schriftlich	<i>Reinhard Göhner</i> (CDU/CSU)	Gesetz über die Anzeige und Beanstandung von Landpachtverträgen (Landpachtverkehrsgesetz)	Begründung der Ablehnung
73	a) 162. b) 3. 10. 1985	mündlich	<i>Norbert Mann</i> (DIE GRÜNEN)	SPD-Entschließungsantrag betr. Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf	Bedauern über Stimmenthaltung trotz überwiegender Zustimmung
74	a) 162. b) 3. 10. 1985	mündlich	<i>Dionys Jobst</i> (CDU/CSU)	Entschließungsanträge der SPD und der GRÜNEN betr. Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf	Begründung der Ablehnung der Anträge bzw. Zustimmung zu der im Wahlkreis des Abg. <i>Jobst</i> gelegenen Wiederaufbereitungsanlage
75	a) 162. b) 3. 10. 1985	mündlich	<i>Hannegret Hönes</i> (DIE GRÜNEN)	SPD-Entschließungsantrag betr. Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf	Begründung der Ablehnung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
76	a) 162. b) 3. 10. 1985	schriftlich	<i>Axel Wernitz</i> (SPD)	SPD-Antrag betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit den Spionagefällen	Zustimmung zur Entscheidung seiner Fraktion trotz Bedenken, daß in diesem Falle ein Untersuchungsausschuß das geeignete Instrument ist
77	a) 168. b) 24. 10. 1985	mündlich	<i>Willi Tatge</i> (DIE GRÜNEN)	Beschlußempfehlungen des Wirtschaftsausschusses zu aufhebbarer Verordnungen der Bundesregierung	Begründung der Ablehnung
78	a) 171. b) 7. 11. 1985	mündlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	SPD-Antrag betr. Schnellbrüter-Reaktortechnologie	Begründung der Zustimmung
79	a) 171. b) 7. 11. 1985	mündlich/ schriftlich	<i>Erich Wolfram, Hermann Rappe, Peter W. Reuschenbach, Engelbert Sander, Erwin Stahl, Karl Haehser, Horst Grunenberg, Werner Nagel, Karl-Arnold Eickmeyer</i> (alle SPD)	SPD-Antrag betr. Schnellbrüter-Reaktortechnologie	Ablehnung abweichend von der Mehrheitsmeinung der SPD-Fraktion
80	a) 171. b) 7. 11. 1985	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (CDU/CSU)	Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht	Begründung der Stimmenthaltung bei einer Einzelabstimmung
81	a) 174. b) 14. 11. 1985	mündlich	<i>Gerd Peter Werner</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Thema 30 Jahre Bundeswehr	Begründung der Zustimmung
82	a) 174. b) 14. 11. 1985	mündlich	<i>Axel Vogel</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Thema 30 Jahre Bundeswehr	Begründung der Zustimmung

83	a) 174. b) 14. 11. 1985	mündlich	<i>Hannegret Hönes</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Thema 30 Jahre Bundeswehr	Sorge wegen der möglichen Ziehung von Frauen in die Bundeswehr
84	a) 174. b) 14. 11. 1985	mündlich	<i>Henning Schierholz</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Thema 30 Jahre Bundeswehr	Begründung der Zustimmung
85	a) 174. b) 14. 11. 1985	mündlich	<i>Norbert Mann</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Thema 30 Jahre Bundeswehr	Begründung der Zustimmung
86	a) 174. b) 14. 11. 1985	mündlich	<i>Heidmarie Dann</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Thema 30 Jahre Bundeswehr	Begründung der Zustimmung
87	a) 174. b) 14. 11. 1985	mündlich	<i>Herbert Rusche</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zum Thema 30 Jahre Bundeswehr	Begründung der Zustimmung
88	a) 174. b) 14. 11. 1985	mündlich	<i>Rudolf Hauck</i> (SPD)	Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz)	Begründung der Stimmenthaltung; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
89	a) 175. b) 15. 11. 1985	mündlich	<i>Hans-Christian Ströbele</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsanträge der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie der SPD zu einer Erklärung der Bundesregierung zu den Aktivitäten des Bundesnachrichtendienstes in der Terrorismus-Auslandsaufklärung	Kritik am Konsens der großen Parteien
90	a) 178. b) 28. 11. 1985	mündlich	<i>Petra Kelly</i> (DIE GRÜNEN)	Haushaltsgesetz 1986, hier: Einzelplan 11	Begründung der Zustimmung zu einem Änderungsantrag zugunsten krebskranker Kinder
91	a) 194. b) 30. 1. 1986	schriftlich	<i>Harald B. Schäfer</i> (SPD)	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	Erklärung, nicht an der namentlichen Abstimmung teilzunehmen
92	a) 194. b) 30. 1. 1986	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> (SPD)	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	Erklärung, nicht an der namentlichen Abstimmung teilzunehmen

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
93	a) 194. b) 30. 1. 1986	schriftlich	<i>Klaus Daweke, Heinz F. Landré</i> und <i>Reinhard Göhner</i> (alle CDU/CSU)	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	Begründung der Ablehnung der Anträge zur B 239
94	a) 194. b) 30. 1. 1986	schriftlich	<i>Georg Bamberg</i> (SPD)	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	Ablehnung wegen Vernachlässigung der Schiene
95	a) 202. b) 28. 2. 1986	mündlich	<i>Hans-Christian Ströbele</i> (DIE GRÜNEN)	Paßgesetz sowie Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise	Ergänzung zur Begründung der Ablehnung
96	a) 210. b) 17. 4. 1986	mündlich	<i>Wendelin Enders</i> (SPD)	Erstes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	Ablehnung wegen grundsätzlicher Ablehnung von Tierversuchen; Abgabe der Erklärung auch namens des Abg. <i>Klaus Immer</i> (SPD)
97	a) 210. b) 17. 4. 1986	mündlich	<i>Günther Müller</i> (CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	Ablehnung aus Skepsis wegen des Vollzugsdefizites des Tierschutzgesetzes von 1972
98	a) 210. b) 17. 4. 1986	schriftlich	<i>Erich Riedl</i> (CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	Begründung der Zustimmung
99	a) 210. b) 17. 4. 1986	schriftlich	<i>Hans H. Gattermann</i> (FDP)	Erstes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	Begründung der Ablehnung
100	a) 210. b) 17. 4. 1986	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken

101	a) 215. b) 14. 5. 1986	mündlich	<i>Horst Peter</i> (SPD)	Entschließungsantrag der SPD zur Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion und zum Wirtschaftsgipfel in Tokio	Begründung des SPD-Antrags; Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Lieselott Blunck, Katrin Fuchs, Doris Odendahl, Wolf-Michael Catenhusen</i> und <i>Günther Heyenn</i> (alle SPD)
102	a) 219. b) 5. 6. 1986	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> und <i>Katrin Fuchs</i> (beide SPD)	Entschließungsanträge zur Großen Anfrage betr. Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland	Begründung der Zustimmung zum SPD-Antrag sowie Begründung der Nichtteilnahme an den namentlichen Abstimmungen über die übrigen Anträge
103	a) 219. b) 5. 6. 1986	schriftlich	<i>Reinhard Göhner</i> (CDU/CSU) und <i>Eugen von der Wiesche</i> (SPD)	Sammelübersicht 148 des Petitionsausschusses; hier: Antrag 1 Nr. 1 bis 3	Als Berichterstatter im Petitionsausschuß Wunsch an den Bundesfinanzhof, sich bei den vorliegenden Petitionen mit der rechtlichen Argumentation auseinanderzusetzen
104	a) 222. b) 19. 6. 1986	schriftlich	<i>Hans-Jürgen Stutzer</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Ersten Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	Ablehnung, weil vorgeschlagene Fassung einen Rückschritt gegenüber dem Gesetzesbeschluß des Bundestages bedeutet
105	a) 222. b) 19. 6. 1986	schriftlich	<i>Erich Riedl</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Ersten Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	Ablehnung wegen eindeutiger Verschlechterung des Gesetzesbeschlusses des Bundestages
106	a) 226. b) 27. 6. 1986	schriftlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften	Ablehnung wegen fehlender Schutzmaßnahmen für die im Einzelhandel beschäftigten Arbeitnehmer
107	a) 226. b) 27. 6. 1986	schriftlich	<i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften	Ablehnung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
108	a) 226. b) 27. 6. 1986	schriftlich	<i>Wolfgang Hinrichs</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften	Stimmenthaltung wegen Ablehnung einer Änderung des Ladenschlußgesetzes
109	a) 232. b) 25. 9. 1986	mündlich	<i>Wolfgang Rumpf</i> (FDP)	Antrag betr. Maßnahmen zur Abschaffung der Apartheid sowie über den Antrag betr. Stopp der Kohleimporte aus Südafrika	Zustimmung zu Sanktionen trotz Ablehnung von Sanktionen

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
110	a) 232. b) 25. 9. 1986	mündlich	<i>Axel Vogel</i> (DIE GRÜNEN)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität mehrerer Mitglieder des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung der Immunitätsaufhebung
111	a) 232. b) 25. 9. 1986	mündlich	<i>Norbert Mann</i> (DIE GRÜNEN)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität mehrerer Mitglieder des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung der Immunitätsaufhebung
112	a) 232. b) 25. 9. 1986	mündlich	<i>Agnes Hürland</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität mehrerer Mitglieder des Deutschen Bundestages	Bitte an die Mehrheit des Hauses, den Antrag der GRÜNEN zur Beschlußempfehlung abzulehnen
113	a) 232. b) 25. 9. 1986	mündlich	<i>Hermann Scheer</i> (SPD)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität mehrerer Mitglieder des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung der Immunitätsaufhebung; Abgabe der Erklärung auch namens des Abg. <i>Egon Lutz</i> (SPD)
114	a) 232. b) 25. 9. 1986	mündlich	<i>Ludger Volmer</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag auf Überweisung von Anträgen und Änderungsanträgen betr. Chile an einen Ausschuß	Begründung der Ablehnung
115	a) 235. b) 2. 10. 1986	mündlich	<i>Hans-Werner Senfft</i> (DIE GRÜNEN)	2. Beratung des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fünften Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Ablehnung wegen ausreichender Höhe der Abgeordnetendiäten
116	a) 238. b) 16. 10. 1986	mündlich	<i>Henning Schierholz</i> (DIE GRÜNEN)	Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zum SPD-Antrag „Keine Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm“	Nichtteilnahme an der Abstimmung, weil Ausschuß empfiehlt, Antrag für erledigt zu erklären
117	a) 241. b) 23. 10. 1986	mündlich	<i>Wolfgang Roth</i> (SPD)	Entschließungsantrag der SPD zur Großen Anfrage betr. Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen	Begründung der Zustimmung

118	a) 241. b) 23. 10. 1986	mündlich	<i>Hansheinz Hauser</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der SPD zur Großen Anfrage betr. Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens der CDU/CSU-Fraktion
119	a) 241. b) 23. 10. 1986	mündlich	<i>Helmut Haussmann</i> (FDP)	Entschließungsantrag der SPD zur Großen Anfrage betr. Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen	Begründung der Ablehnung
120	a) 241. b) 23. 10. 1986	mündlich	<i>Willi Tatge</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag der SPD zur Großen Anfrage betr. Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen	Begründung, bei der getrennten Abstimmung einzelnen Punkten zuzustimmen bzw. einzelne Punkte abzulehnen
121	a) 241. b) 23. 10. 1986	schriftlich	<i>Rudolf Ruf, Ernst Hinsken, Heinz F. Landré, Klaus Rose, Simon Georg Wittmann, Benno Zierer, Josef Adalbert Brunner, Wolfgang Götzer, Max Kunz, Hermann Fellner, Hans-Werner Müller, Johannes Ganz, Peter Milz, Wilhelm Jung, Michael Glos und Eicke Götz</i> (alle CDU/CSU)	Entschließungsantrag der SPD zur Großen Anfrage betr. Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen	Begründung der Ablehnung
122	a) 243. b) 6. 11. 1986	mündlich	<i>Hans-Christian Ströbele</i> (DIE GRÜNEN)	Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der GRÜNEN betr. Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz	Erklärung des Widerspruchs, daß GRÜNE Probleme haben, dem eigenen Antrag einhalb Jahre nach Einbringung voll zuzustimmen
123	a) 246. b) 13. 11. 1986	mündlich	<i>Heinz Suhr</i> (DIE GRÜNEN)	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 Abs. 7)	Begründung der Stimmenthaltung
124	a) 246. b) 13. 11. 1986	mündlich	<i>Henning Schierholz</i> (DIE GRÜNEN)	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 Abs. 7)	Ablehnung in Form der Stimmenthaltung aus Solidarität mit der Fraktion

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
125	a) 246. b) 13. 11. 1986	mündlich	<i>Ludwig Stiegler</i> (SPD)	Antrag betr. Bundesbahnpolitik im Zonenrandgebiet	Begründung der Ablehnung des Änderungsantrages der GRÜNEN
126	a) 246. b) 13. 11. 1986	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> und <i>Uwe Lambinus</i> (beide SPD)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zum Gesetz zur Änderung asylverfahrensrechtlicher, arbeitserlaubnisrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften	Stimmhaltung bei Zustimmung zur Intention des Antrages wegen fehlender Ausformulierung des Verfahrens
127	a) 247. b) 14. 11. 1986	schriftlich	<i>Kurt Falthäuser</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Verbesserung der kassenärztlichen Bedarfsplanung	Begründung der Ablehnung
128	a) 248. b) 25. 11. 1986	mündlich	<i>Helmut Wieczorek</i> (SPD)	Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 08 (Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen)	Begründung der Ablehnung der Anträge der GRÜNEN; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
129	a) 248. b) 25. 11. 1986	mündlich	<i>Heide Simonis</i> (SPD)	Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 09 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft)	Begründung der Ablehnung der Änderungsanträge der GRÜNEN
130	a) 248. b) 25. 11. 1986	mündlich	<i>Klaus-Dieter Kühbacher</i> (SPD)	Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 06 (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern) sowie Einzelplan 36 (Zivile Verteidigung)	Begründung der Ablehnung der Änderungsanträge der GRÜNEN; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
131	a) 249. b) 26. 11. 1986	mündlich	<i>Brigitte Traupe</i> (SPD)	Änderungsantrag und Entschließungsantrag der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung)	Begründung der Ablehnung beider Anträge

132	a) 250. b) 27. 11. 1986	schriftlich	<i>Egon Lutz</i> (SPD)	Änderungsantrag der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 11 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung)	Begründung der Ablehnung
133	a) 250. b) 27. 11. 1986	mündlich	<i>Klaus-Dieter Kühbacher</i> (SPD)	Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 16 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) sowie Änderungsanträge	Begründung der Ablehnung des Einzelplans 16, Empfehlung an die eigene Fraktion und an die Koalitionsfraktionen, die Änderungsanträge der GRÜNEN abzulehnen
134	a) 250. b) 27. 11. 1986	mündlich	<i>Heinz Suhr</i> (DIE GRÜNEN)	Änderungsanträge der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 16 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)	Hinweis, daß Änderungsanträge aufrecht gehalten werden
135	a) 250. b) 27. 11. 1986	mündlich	<i>Johannes Gerster</i> (CDU/CSU)	Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 16 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)	Begründung der Zustimmung; Hinweis auf unterschiedliches Abstimmungsverhalten der SPD im Ausschuß und im Plenum
136	a) 251. b) 28. 11. 1986	mündlich	<i>Joachim Müller</i> (DIE GRÜNEN)	Haushaltsgesetz 1987 sowie Entschließungsantrag der SPD zum Haushaltsgesetz 1987	Ablehnung des Gesamthaushalts sowie Begründung der Stimmenthaltung bei SPD-Entschließungsantrag
137	a) 251. b) 28. 11. 1986	schriftlich	<i>Fred Zander</i> (SPD)	Entschließungsanträge der GRÜNEN zum Haushaltsgesetz 1987; hier: Einzelplan 30 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie)	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
138	a) 253. b) 4. 12. 1986	schriftlich	<i>Henning Schierholz</i> (DIE GRÜNEN)	Beschlußempfehlung zum SPD-Antrag betr. Eisenbahnkonzept für den Schienenverkehr von und nach Berlin	Begründung der Zustimmung
139	a) 253. b) 4. 12. 1986	mündlich	<i>Hugo Collet</i> (SPD)	Gesetz zur Aufhebung des Landbeschaffungsgesetzes sowie neun Sammelübersichten des Petitionsausschusses über Anträge zu Petitionen	Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen der Unmöglichkeit, sämtliche Sitzungunterlagen dieser Woche zur Kenntnis zu nehmen

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
140	a) 253. b) 4. 12. 1986	mündlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	2. Beratung des Gesetzes zur Sicherung der Kriegswaffenkontrolle	Begründung der Zustimmung zum SPD-Gesetzentwurf
141	a) 253. b) 4. 12. 1986	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	2. Beratung des Gesetzes zur Sicherung der Kriegswaffenkontrolle	Begründung der Stimmenthaltung
142	a) 253. b) 4. 12. 1986	mündlich	<i>Hans-Christian Ströbele</i> (DIE GRÜNEN)	2. Beratung des Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes	Begründung der Ablehnung
143	a) 255. b) 10. 12. 1986	mündlich	<i>Jürgen Vahlberg</i> (SPD)	Beschlußempfehlung zum Bericht der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen“; hier: Institutionalisierung einer Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag	Ankündigung, in der 11. Wahlperiode die Fortsetzung der Enquete-Kommission zu beantragen; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
144	a) 255. b) 10. 12. 1986	mündlich	<i>Hans-Christian Ströbele</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz über die Errichtung einer Stiftung Reichspräsident-Ebert-Gedenkstätte	Zustimmung zu dem Gesetz, falls dem Änderungsantrag der GRÜNEN zugestimmt wird
145	a) 255. b) 10. 12. 1986	mündlich	<i>Willi Tatge</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag betr. Beteiligung der Deutschen Bundesbahn an der Finanzierung des Nahverkehrsverbundes Rhein-Neckar	Begründung der Zustimmung
146	a) 255. b) 10. 12. 1986	mündlich	<i>Willi Tatge</i> (DIE GRÜNEN)	Anträge betr. Weinrecht	Begründung der Zustimmung
147	a) 255. b) 10. 12. 1986	schriftlich	<i>Rudolf Bindig</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Verhaltensregeln)	Ablehnung, weil Gesetz keine ausreichende Transparenz schafft
148	a) 255. b) 10. 12. 1986	schriftlich	<i>Ingomar Hauchler</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Verhaltensregeln)	Hinweis, daß Gesetz keine ausreichende Transparenz schafft

149	a) 255. b) 10. 12. 1986	schriftlich	<i>Michael Müller</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Verhaltensregeln)	Ablehnung, weil Gesetz keine ausreichende Transparenz schafft
150	a) 255. b) 10. 12. 1986	schriftlich	<i>Peter Struck</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Verhaltensregeln)	Ablehnung, weil Gesetz keine ausreichende Transparenz schafft
151	a) 255. b) 10. 12. 1986	schriftlich	<i>Renate Schmidt, Uwe Lambinus, Freimut Duve, Jürgen Vahlberg, Egon Lutz und Rudolf Schöfberger</i> (alle SPD)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Illegale Plutoniumverarbeitung in Hanau	Trotz Befürwortung der Zielsetzung des Antrags Ablehnung, weil Ziel besser durch Änderung des Atomgesetzes und durch ein Kernenergieabwicklungsgesetz erreicht wird
152	a) 255. b) 10. 12. 1986	schriftlich	<i>Peter Conradi und Wolf-Michael Catenhusen</i> (beide SPD) sowie elf weitere SPD-Abgeordnete	Entschließungsantrag der GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Illegale Plutoniumverarbeitung in Hanau	Hinweis auf Nichtteilnahme an der Abstimmung
153	a) 255. b) 10. 12. 1986	schriftlich	<i>Axel Vogel</i> (DIE GRÜNEN)	Sammelübersicht 193 des Petitionsausschusses über Anträge zu Petitionen	Begründung, wieso vorliegende Petition für nicht erledigt gehalten wird
154	a) 256. b) 11. 12. 1986	mündlich	<i>Hans-Christian Ströbele</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzvorsorgegesetz)	Begründung der Ablehnung

Hinweise

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind in folgenden Abschnitten verzeichnet:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts (mit stichwortartiger Wiedergabe der Ausführungen des Redners)
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 1. b) 18. 2. 1987	schriftlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	Anträge zur Festlegung der Zahl der Stellvertreter des Präsidenten	Begründung der Zustimmung zur Erweiterung des Präsidiums und der Beteiligung der GRÜNEN trotz aller Vorbehalte
2	a) 8. b) 2. 4. 1987	mündlich	<i>Otto Schily</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag der CDU/CSU und FDP „Deutscher Bundestag gegen Gewalt und Rechtsbruch in der politischen Auseinandersetzung“	Hinweis auf einen sprachlichen Mißgriff eines Mitgliedes der eigenen Fraktion
3	a) 10. b) 7. 5. 1987	mündlich	<i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)	Entschließungsanträge zur Erklärung der Bundesregierung betr. Bericht über den Stand der Abrüstungsgespräche	Begründung der Zustimmung; Abgabe der Erklärung namens der FDP-Fraktion
4	a) 10. b) 7. 5. 1987	mündlich	<i>Horst Ehmke</i> (SPD)	Entschließungsanträge zur Erklärung der Bundesregierung betr. Bericht über den Stand der Abrüstungsgespräche	Klarstellung über den Gegenstand der Abstimmung
5	a) 16. b) 4. 6. 1987	mündlich	<i>Gerhard Scheu</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der CDU/CSU und FDP zur Erklärung der Bundesregierung zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle	Stimmenthaltung nach gewissenhafter Prüfung
6	a) 17. b) 5. 6. 1987	mündlich	<i>Maria Luise Teubner</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag der GRÜNEN betr. Grundsätze des Denkmalschutzes bei Bauvorhaben des Deutschen Bundestages	Hinweis, daß es sich bei dem abgelehnten Antrag um wortgetreue Auszüge aus dem Denkmalschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen handelte
7	a) 17. b) 5. 6. 1987	schriftlich	<i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)	Anträge betr. Wiederherstellung/Neubauten des Plenarsaals des Deutschen Bundestages	Plädoyer für den Plenarsaal in seiner alten Form

8	a) 43. b) 26. 11. 1987	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1988; hier: Einzelplan 25 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)	Ablehnung der Titelgruppen für das Haus der Geschichte und das Deutsche Historische Museum Berlin wegen des Fehlens von verbindlichen Beschlüssen des Bundestages, genauen Kostenvoranschlägen usw.; Abgabe der Erklärung namens weiterer Kollegen der FDP-Fraktion
9	a) 44. b) 27. 11. 1987	schriftlich	<i>Heribert Scharrenbroich</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der SPD zum Haushaltsgesetz 1988	Begründung der Ablehnung eines Städtebauprogramms
10	a) 46. b) 3. 12. 1987	schriftlich	<i>Erika Trenz, Gertrud Unruh und Willi Hoss</i> (alle DIE GRÜNEN)	Gesetzentwurf der GRÜNEN zur Regelung einer angemessenen Versorgung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in der Zeit von 1933 bis 1945, Antrag der GRÜNEN betr. Entschädigung für Zwangsarbeit während der Nazi-Zeit sowie Gesetzentwurf der SPD betr. Errichtung einer Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“	Begründung der Zustimmung zu einer überarbeiteten „Stiftungskonzeption“
11	a) 47. b) 4. 12. 1987	mündlich	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	Ablehnung, daß Lasten der Kohlepolitik in vollem Umfang auf den Bund abgewälzt werden; Abgabe der Erklärung namens der übrigen FDP-Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen
12	a) 47. b) 4. 12. 1987	schriftlich	<i>Rainer Funke</i> (FDP)	Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	Ablehnung wegen verfassungsmäßiger Bedenken
13	a) 51. b) 13. 1. 1988	mündlich	<i>Hubert Kleinert</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag der GRÜNEN betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	Zurückweisung von Äußerungen des Abg. <i>Harald B. Schäfer</i> (SPD); Vermutung parteipolitischer Interessen bei der Ablehnung des Untersuchungsausschusses durch SPD-Fraktion

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
14	a) 71. b) 14. 4. 1988	mündlich	<i>Wolfgang Daniels</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag der GRÜNEN betr. Baustopp für die Wiederaufbereitungsanlage bei Wackersdorf	Erläuterung einer Aussage betr. Einstellung der SPD zur Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf
15	a) 71. b) 14. 4. 1988	mündlich	<i>Margit Conrad</i> (SPD)	Entschließungsantrag der SPD zur Großen Anfrage betr. Durchführung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages zur AIDS-Bekämpfung vom 13. November 1986	sprachliche Korrektur des Wortes „Hauptrisikogruppen“
16	a) 74. b) 21. 4. 1988	mündlich	<i>Hans de With</i> (SPD)	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 11. Dezember 1987 ... über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite	Zustimmung aus übergeordneten politischen Gründen trotz mangelhafter Information des Parlaments zum Übereinkommen
17	a) 80. b) 19. 5. 1988	mündlich	<i>Jürgen Schmude</i> (SPD)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zum Gesetz zu dem Protokoll Nr. 6 vom 28. April 1983 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe	Stimmenthaltung trotz großer Sympathie für das Anliegen
18	a) 84. b) 10. 6. 1988	schriftlich	<i>Reinhard Göhner</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	Begründung der Stimmenthaltung
19	a) 87. b) 23. 6. 1988	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Stimmenthaltung wegen der Aufhebung des Investitionszulagengesetzes und der dadurch entstehenden Härte für das Zonenrandgebiet

20	a) 87. b) 23. 6. 1988	mündlich	<i>Ruprecht Vondran</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen des Festhaltens an der Vorlage zum Flugbenzin
21	a) 87. b) 23. 6. 1988	mündlich	<i>Lorenz Niegel</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Bedenken gegen die Abschaffung der Investitionszulage; Appell, Zonenrandförderung als eine deutschlandpolitische Aufgabe zu erhalten
22	a) 87. b) 23. 6. 1988	mündlich	<i>Hermann Rind</i> (FDP)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz großer Bedenken wegen der Befreiung des Flugbenzins von der Mineralölsteuer; Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Ekkehard Gries, Ulrich Heinrich, Werner Hoyer, Günther Friedrich Nolting, Manfred Richter, Ursula Seiler-Albring, Inge Segall, Rainer Funke, Sigrid Folz-Steinacker, Johann Paintner</i> und <i>Dieter Thomae</i> (alle FDP)
23	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Wolf Bauer</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Befreiung von der Flugbenzinsteuer für falsch gehalten wird
24	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Joseph-Theodor Blank</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz Kritik an der Steuerbefreiung von Flugbenzin
25	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Wilfried Bohlsen</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken gegenüber Steuerbefreiung von Flugbenzin
26	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Klaus Bühler</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Befreiung von der Flugbenzinsteuer für falsch gehalten wird
27	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Peter Harry Carstensen</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz erheblicher Vorbehalte gegenüber der Steuerbefreiung für Flugbenzin
28	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Udo Ehrbar</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Steuerbefreiung für Flugbenzin für einen gravierenden politischen Fehler gehalten wird

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
29	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Hans-Joachim Fuchtel</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, weil Steuerreform wegen eines Teilaspekts (Flugbenzinsteuer) nicht gefährdet werden darf
30	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Honor Funk</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz erheblicher Vorbehalte gegenüber Steuerbefreiung für Flugbenzin
31	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Johannes Ganz</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Änderung des Mineralölsteuergesetzes nicht für vertretbar gehalten wird
32	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Hansheinz Hauser</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz Ablehnung der Steuerbefreiung für Flugbenzin
33	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz Streichung der Investitionszulage
34	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Michael Jung</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Befreiung von der Flugbenzinsteuer für falsch gehalten wird
35	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Dietmar Kansy</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Befreiung von der Flugbenzinsteuer für falsch gehalten wird
36	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Franz-Hermann Kappes</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz Kritik an der Flugbenzinregelung
37	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Thomas Kossendey</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Befreiung von der Flugbenzinsteuer für sachlich ungerechtfertigt und politisch unklug gehalten wird
38	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Hermann Kroll-Schlüter</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz erheblicher Vorbehalte gegenüber Steuerbefreiung für Flugbenzin

39	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Editha Limbach</i> und <i>Hans Daniels</i> (beide CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Befreiung von der Flugbenzinsteuer weder für sachlich geboten noch für politisch sinnvoll gehalten wird
40	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Walter Link</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Befreiung von der Flugbenzinsteuer für sachlich ungerechtfertigt und politisch unklug gehalten wird
41	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Julius Louven,</i> <i>Roland Sauer, Rainer Haungs</i> und <i>Wolfgang Börnsen</i> (alle CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Stimmenthaltung, um Gesamtvorhaben der Steuerreform nicht zu gefährden, trotz ursprünglich beabsichtigter Ablehnung der Steuerbefreiung für Flugbenzin
42	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Erwin Marschewski</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Änderung des Mineralölsteuergesetzes in keiner Hinsicht für vertretbar gehalten wird
43	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Hans-Werner Müller</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Stimmenthaltung wegen Befreiung der Flugbenzinbesteuerung und trotz Bitte der Fraktionsführung, aus übergeordneten Gründen der Vorlage zuzustimmen
44	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Gerhard O. Pfeffermann</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen der Änderung des Mineralölsteuergesetzes
45	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Heribert Scharrenbroich</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Kritik an Zwang, für Abschaffung der Flugbenzinsteuer zu stimmen, um Koalitionsvereinbarung nicht zu gefährden
46	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Heinz Schemken</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Mineralölsteuerbefreiung für Flugbenzin für nicht gerechtfertigt gehalten wird
47	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Michael von Schmude</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Abschaffung der Flugbenzinsteuer abgelehnt wird

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
48	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Werner Schreiber</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Stimmenthaltung wegen der Abschaffung der Flugbenzinsteuer
49	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Conrad Schroeder</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz Aufhebung der Mineralölsteuer auf Flugbenzin
50	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Wolfgang Schulhoff</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz Ablehnung der Steuerbefreiung von Flugbenzin
51	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Jürgen Todenhöfer</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung als Gesamtpaket trotz erheblicher Vorbehalte aus zahlreichen Gründen, insbesondere wegen Besteuerung der Zuschläge für Schichtarbeit
52	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Klaus-Dieter Uelhoff</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Steuerbefreiung beim Flugbenzin weder für sachlich geboten noch für politisch sinnvoll gehalten wird
53	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Hans-Peter Voigt</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz der Kritik an Steuerbefreiung von Flugbenzin
54	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Peter Kurt Würzbach</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung trotz erheblicher Vorbehalte gegenüber Steuerbefreiung für Flugbenzin
55	a) 87. b) 23. 6. 1988	schriftlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher, Gerhart Rudolf Baum, Ulrich Irmer, Burkhard Hirsch, Uta Würfel und Wolfgang Lüder</i> (alle FDP)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung zum Gesamtpaket der Steuerreform bei gleichzeitiger Ablehnung der Steuerbefreiung für Benzin für Privatflieger

56	a) 88. b) 24. 6. 1988	schriftlich	<i>Alfons Müller</i> (CDU/CSU)	Steuerreformgesetz 1990	Zustimmung, obwohl Befreiung von der Flugbenzinsteuern für falsch gehalten wird
57	a) 93. b) 21. 9. 1988	schriftlich	<i>Peter Büchner, Horst Grunenberg, Klaus Lennartz, Michael Müller, Otto Reschke</i> und <i>Günther Tietjen</i> (alle SPD)	Steuerreformgesetz 1990	Nichtteilnahme an der Wiederholungsabstimmung mangels Information, Abstimmung mit „Nein“ bei der regulären namentlichen Abstimmung
58	a) 94. b) 22. 9. 1988	schriftlich	<i>Günther Friedrich Nolting</i> (FDP) und <i>Reinhard Göhner</i> (CDU/CSU)	Sammelübersicht 74 des Petitionsausschusses	Kritik an der Erledigung einer Einzelpetition aufgrund von Bundes- und Landeszuständigkeiten
59	a) 97. b) 29. 9. 1988	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu der dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 1/88	Erläuterung der Nichtteilnahme an der Abstimmung
60	a) 100. b) 13. 10. 1988	schriftlich	<i>Wolfgang Schulhoff</i> (CDU/CSU)	Antrag betr. Gestaltung des neuen Plenarsaals; hier: Änderung des Beschlusses über die Sitzordnung	Nichtteilnahme an der Abstimmung aus Mangel an Vertrauen zu den architektonischen Vorgaben
61	a) 103. b) 27. 10. 1988	mündlich	<i>Rudolf Dreßler</i> (SPD)	Antrag betr. Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“	Gründe für die Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion an der Abstimmung
62	a) 110. b) 24. 11. 1988	mündlich	<i>Margit Conrad</i> (SPD)	Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 15 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit)	Ablehnung der Anträge der Fraktion der GRÜNEN wegen fehlender Beratung
63	a) 110. b) 24. 11. 1988	mündlich	<i>Rudi Walther</i> (SPD)	Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 35 (Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte)	Kritik am Manöververhalten der alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
64	a) 110. b) 24. 11. 1988	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 25 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)	Keine Zustimmung zu zwei Projekten (historische Museen) wegen fehlender gesetzlicher und haushaltsrechtlicher Voraussetzungen
65	a) 110. b) 24. 11. 1988	mündlich	<i>Oscar Schneider</i> (CDU/CSU)	Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 25 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)	Zustimmung wegen vorhandener gesetzlicher Voraussetzungen (betr. Haus der Geschichte in Bonn)
66	a) 111. b) 25. 11. 1988	schriftlich	<i>Sigrid Folz-Steinacker</i> (FDP)	Verbrauchssteuer-Änderungsgesetz	Ablehnung des Gesetzes abweichend von der Fraktion wegen der Einführung einer Erdgassteuer
67	a) 111. b) 25. 11. 1988	schriftlich	<i>Anke Martiny</i> (SPD)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1989; hier: Einzelplan 04 (Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes)	Erklärung, an der namentlichen Abstimmung teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben
68	a) 111. b) 25. 11. 1988	schriftlich	<i>Roswitha Verhülsdonk</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1989; hier: Einzelplan 04 (Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes)	Erklärung, an der namentlichen Abstimmung teilgenommen und mit „Ja“ gestimmt zu haben
69	a) 111. b) 25. 11. 1988	schriftlich	<i>Doris Pack</i> (CDU/CSU)	Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 31 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft)	Erklärung, an der Abstimmung teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben
70	a) 111. b) 25. 11. 1988	schriftlich	<i>Friedrich Bohl</i> (CDU/CSU)	Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung)	Erklärung, an der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben

71	a) 111. b) 25. 11. 1988	schriftlich	<i>Herbert Werner</i> und weitere 39 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz)	Zustimmung zum Gesundheits-Reformgesetz wegen Nichtübernahme des Schwangerschaftsabbruchs als Kassenleistung; Verfassungswidrigkeit einer Subsumierung aller Indikationsfälle des §218a Abs.2 StGB unter die §§ 200f/200g RVO
72	a) 111. b) 25. 11. 1988	schriftlich	<i>Herbert Lattmann</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz)	Zustimmung trotz Bedenken
73	a) 111. b) 25. 11. 1988	mündlich	<i>Wilhelm Knabe</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz); hier: Änderungsanträge des Abg. <i>Thomas Wüppesahl</i>	Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen zu später Verteilung der Anträge
74	a) 113. b) 1. 12. 1988	mündlich	<i>Horst Ehmke</i> (SPD)	Gesetz zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit	Begründung der Zustimmung der SPD-Fraktion zum Ratifikationsgesetz
75	a) 113. b) 1. 12. 1988	mündlich	<i>Rudolf Dreßler</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten und zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung	Zustimmung der SPD-Fraktion zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung trotz Ablehnung des Gesetzentwurfs in der Schlußabstimmung
76	a) 114. b) 2. 12. 1988	schriftlich	<i>Elmar Kolb</i> (CDU/CSU)	Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 31 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft)	Versicherung, an der dritten namentlichen Abstimmung teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben
77	a) 114. b) 2. 12. 1988	schriftlich	<i>Hermann Josef Unland</i> (CDU/CSU)	Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 27 (Geschäftsbereich des BMin für innerdeutsche Beziehungen)	Versicherung, an der vierten namentlichen Abstimmung teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben
78	a) 114. b) 2. 12. 1988	schriftlich	<i>Michael Glos</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz)	Versicherung, an der Schlußabstimmung teilgenommen und mit „Ja“ gestimmt zu haben

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
79	a) 114. b) 2. 12. 1988	mündlich	<i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand	Zustimmung zum Gesetz trotz Bedenken gegen die Altersteilzeitarbeit
80	a) 114. b) 2. 12. 1988	schriftlich	<i>Hans Daniels</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand sowie Entschließungsantrag (Drs. 11/3601)	Versicherung, an den Abstimmungen teilgenommen zu haben
81	a) 115. b) 7. 12. 1988	schriftlich	<i>Sigrid Folz-Steinacker</i> (FDP)	Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 06 (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern)	Versicherung, an der namentlichen Abstimmung teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben
82	a) 115. b) 7. 12. 1988	schriftlich	<i>Jan Oostergetelo</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand sowie Entschließungsantrag (Drs. 11/3601)	Versicherung, an den Abstimmungen teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben
83	a) 116. b) 8. 12. 1988	mündlich	<i>Peter Struck</i> (SPD)	2. Beratung des Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	Zu angeblichen Mißverständnissen bei der Abstimmung
84	a) 116. b) 8. 12. 1988	mündlich	<i>Hubert Kleinert</i> (DIE GRÜNEN)	2. Beratung des Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	Zu angeblichen Mißverständnissen bei der Abstimmung

85	a) 116. b) 8. 12. 1988	mündlich	<i>Friedrich Bohl</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	Zu Mißverständnissen bei der Abstimmung in der 2. Lesung über den Bundesratsentwurf; Hinweis auf Übereinstimmung im Ältestenrat, Abstimmung zu wiederholen
86	a) 116. b) 8. 12. 1988	mündlich	<i>Helmuth Becker</i> (SPD)	Verordnung über den Prozentsatz der Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz für das Jahr 1989	Zustimmung zu der Verordnung trotz Ablehnung der Begründung in der Drucksache
87	a) 116. b) 8. 12. 1988	mündlich	<i>Hermann Josef Unland</i> (CDU/CSU)	Verordnung über den Prozentsatz der Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz für das Jahr 1989	Begründung nicht Gegenstand der Abstimmung
88	a) 117. b) 9. 12. 1988	schriftlich	<i>Peter Struck</i> und <i>Wolf-Michael Catenhusen</i> (beide SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Stimmenthaltung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
89	a) 117. b) 9. 12. 1988	schriftlich	<i>Irmgard Adam-Schwaetzer</i> und <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (beide FDP)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Keine Zustimmung wegen anfallender Mehrkosten
90	a) 118. b) 18. 1. 1989	schriftlich	<i>Hans de With</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Enthaltung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gegen die Einführung des Sokkelbetrags in die Wahlkampfkostenerstattung
91	a) 118. b) 18. 1. 1989	mündlich	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	Entschließungsanträge der GRÜNEN zur Debatte „Erkenntnisse zur Frage einer eventuellen Beteiligung Deutscher am Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen“	Stimmenthaltung der SPD-Fraktion, weil ernsthafte Prüfung im Ausschuß vorzuziehen gewesen wäre
92	a) 118. b) 18. 1. 1989	mündlich	<i>Hubert Kleinert</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsanträge der GRÜNEN zur Debatte „Erkenntnisse zur Frage einer eventuellen Beteiligung Deutscher am Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen“	Klarstellung, daß sofortige Abstimmung von der Mehrheit des Hauses gewollt worden war

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
93	a) 118. b) 18. 1. 1989	mündlich	<i>Wolfgang Bötsch</i> (CDU/CSU)	Entschließungsanträge der GRÜNEN zur Debatte „Erkenntnisse zur Frage einer eventuellen Beteiligung Deutscher am Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen“	Klärung der Sachlage, wieso sofort abgestimmt werden sollte
94	a) 119. b) 19. 1. 1989	schriftlich	<i>Jürgen Todenhöfer</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Union und Entschließungsantrag der CDU/CSU und FDP betr. Europa der Bürger	Verhältnis von Wiedervereinigung Deutschlands und europäischer Integration; Zustimmung zum Entschließungsantrag, obwohl in eigener Fraktion weitergehenden Antrag eingebracht
95	a) 120. b) 20. 1. 1989	schriftlich	<i>Günther Schartz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	Zustimmung zum Gesetz trotz Ablehnung der Bestimmungen über die Abgabe landwirtschaftlicher Nutzfläche und über die Milchkontingente
96	a) 121. b) 25. 1. 1989	mündlich	<i>Norbert Gansel</i> (SPD)	Antrag betr. Änderung des Untersuchungsauftrages des 1. Untersuchungsausschusses	Enthaltung der SPD-Fraktion bei Abstimmung über Antrag der GRÜNEN trotz inhaltlicher Übereinstimmung; Stellen eines eigenen Antrages aus prozeßökonomischen Gründen wegen möglicher Anrufung des Bundesverfassungsgerichts
97	a) 123. b) 27. 1. 1989	mündlich	<i>Ellen Olms</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag betr. Der entwicklungspolitische Beitrag zur Lösung von Weltflüchtlingsproblemen	Ablehnung im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der Fraktion
98	a) 124. b) 15. 2. 1989	schriftlich	<i>Peter Zumkley</i> (SPD)	Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 1989; hier: Einzelplan 31 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft)	Versicherung, an der namentlichen Abstimmung in der 109. Sitzung teilgenommen und mit „Ja“ gestimmt zu haben

99	a) 124. b) 15. 2. 1989	schriftlich	<i>Bernhard Friedmann</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag zum Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz)	Versicherung, an der vierten namentlichen Abstimmung in der 111. Sitzung des Bundestages teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben
100	a) 129. b) 24. 2. 1989	mündlich	<i>Thomas Schröer</i> (SPD)	Beschlußempfehlung zu den Anträgen betr. „Verleihung einer kommunalen Ehrenbürgerschaft an Verfolgte des Nationalsozialismus“ sowie „Verbesserung der Situation der Sinti und Roma“	Begründung der Stimmenthaltung der SPD-Fraktion
101	a) 130. b) 8. 3. 1989	schriftlich	<i>Cornelie Sonntag-Wolgast</i> (SPD)	Entschließungsantrag zum Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz)	Versicherung, an der vierten namentlichen Abstimmung in der 111. Sitzung des Bundestages teilgenommen und mit „Ja“ gestimmt zu haben
102	a) 134. b) 16. 3. 1989	mündlich	<i>Freimut Duve</i> (SPD)	Entschließungsanträge zu den Großen Anfragen betr. Zehn Jahre danach – offene Fragen und politische Lehren aus dem „Deutschen Herbst“	Stimmenthaltung bei den beiden Anträgen
103	a) 137. b) 20. 4. 1989	mündlich	<i>Thomas Wüppesahl</i> (fraktionslos)	Antrag betr. Sofortiges Moratorium für die Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt	Begründung der Ablehnung
104	a) 137. b) 20. 4. 1989	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Antrag betr. Übernahme des Berliner Document Centers für NS-Akten durch die Bundesrepublik Deutschland	Begründung der Ablehnung der Beschlußempfehlung, die Daten unter die Sperrfristen des Bundesarchivgesetzes fallen zu lassen
105	a) 138. b) 21. 4. 1989	mündlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	2. Beratung des Gesetzes zur Änderung des Strafprozeßbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Gerhart Rudolf Baum, Wolfgang Lüder, Manfred Richter, Inge Segall, Werner Zywiets</i> (alle FDP)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
106	a) 138. b) 21. 4. 1989	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	2. Beratung des Gesetzes zur Änderung des Strafprozeßbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten	Angabe eines zusätzlichen Punktes zur Ablehnung der Vorlage
107	a) 138. b) 21. 4. 1989	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	2. Beratung des Gesetzes zur Änderung des Strafprozeßbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten	Begründung der Stimmenthaltung bei der Schlußabstimmung
108	a) 140. b) 27. 4. 1989	mündlich	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	Entschließungsanträge zur Erklärung der Bundesregierung zur künftigen Regierungsarbeit	Begründung des Abstimmverhaltens der SPD – zum Teil Stimmenthaltung, zum Teil Ablehnung – bei den Anträgen der GRÜNEN
109	a) 142. b) 10. 5. 1989	schriftlich	<i>Herta Däubler-Gmelin</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten	Erklärung, an der namentlichen Abstimmung teilgenommen und mit „Nein“ gestimmt zu haben
110	a) 143. b) 11. 5. 1989	mündlich	<i>Ursula Eid</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zu dem Abkommen vom 22. April 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Simbabwe zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und von den Gewinnen aus der Veräußerung von Vermögen	Ausnahmsweise Zustimmung der GRÜNEN zu dem Abkommen wegen Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Simbawwes in Südafrika

111	a) 143. b) 11. 5. 1989	mündlich	<i>Ludger Volmer</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag betr. Parlamentswahlen in Panama	Keine Zustimmung der GRÜNEN zu dem Antrag, statt dessen Bitte an die Bundesregierung, USA vom Einmarsch in Panama abzuhalten
112	a) 146. b) 1. 6. 1989	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Gesetzes zur Aussetzung der Verlängerung des Grundwehrdienstes	Keine Zustimmung zur Rücknahme der Verlängerung des Grundwehrdienstes
113	a) 146. b) 1. 6. 1989	schriftlich	<i>Otto Hauser</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag zu den Großen Anfragen betr. Beteiligung von Daimler-Benz an Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB)	Erklärung der Nichtteilnahme an der Abstimmung
114	a) 147. b) 2. 6. 1989	schriftlich	<i>Jochen Feilcke, Ferdinand Tillmann, Elmar Kolb, Joachim Kalisch, Michaela Geiger, Rainer Haungs, Heinrich Windelen, Gertrud Dempwolf, Doris Pack, Alexander Warrikoff, Günther Müller, Herbert Czaja, Karl Lamers</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends	Zustimmung trotz großer Bedenken
115	a) 147. b) 2. 6. 1989	schriftlich	<i>Wolfgang Hinrichs</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends	Begründung der Ablehnung des Gesetzentwurfs
116	a) 147. b) 2. 6. 1989	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends	Begründung der Ablehnung des Gesetzes
117	a) 147. b) 2. 6. 1989	schriftlich	<i>Ingrid Matthäus- Maier</i> (SPD)	Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends	Ablehnung des vorliegenden Gesetzes trotz jahrelanger Befürwortung einer Lockerung der starren Ladenöffnungszeiten
118	a) 149. b) 15. 6. 1989	mündlich	<i>Ulrich Irmer</i> (FDP)	SPD-Antrag betr. Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments	Ablehnung durch FDP-Fraktion, falls über den Antrag ohne Ausschußüberweisung sofort abgestimmt werden soll

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
119	a) 149. b) 15. 6. 1989	mündlich	<i>Heidemarie Wieczorek-Zeul</i> (SPD)	SPD-Antrag betr. Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments	Rechtfertigung des SPD-Antrags
120	a) 149. b) 15. 6. 1989	mündlich	<i>Jürgen Todenhöfer</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag betr. Entschließung zum Europa der Bürger	Zustimmung zum Antrag, obwohl er durch einen weitergehenden Antrag versucht hat, die Europapolitik mit der Wiedervereinigungspolitik in Einklang zu bringen
121	a) 149. b) 15. 6. 1989	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Anträge betr. Äußerungen von Regierungssprecher Bundesminister <i>Hans Klein</i> zur Waffen-SS	Mißbilligung der Äußerung von Bundesminister <i>Klein</i> , jedoch auch Ablehnung derjenigen Anträge, die eine Entlassung des Regierungssprechers fordern; Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> , <i>Gerhart Rudolf Baum</i> und <i>Burkhard Hirsch</i> (alle FDP)
122	a) 149. b) 15. 6. 1989	mündlich	<i>Petra Karin Kelly</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsantrag zur Aussprache zu den Ereignissen in der Volksrepublik China	Begründung der Zustimmung, obwohl ein Beschluß zu schärferen Reaktionen wünschenswert wäre
123	a) 150. b) 16. 6. 1989	mündlich	<i>Angelika Beer</i> (DIE GRÜNEN)	Interfraktioneller Antrag betr. Gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung	Begründung der Ablehnung des Antrags
124	a) 150. b) 16. 6. 1989	schriftlich	<i>Herbert Czaja</i> (CDU/CSU)	Interfraktioneller Antrag betr. Gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung	Klarstellung zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen in Hinsicht auf die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker
125	a) 150. b) 16. 6. 1989	mündlich	<i>Erwin Stahl</i> (SPD)	Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz	Stimmhaltung im Gegensatz zur Fraktion, die das Gesetz ablehnt

126	a) 150. b) 16. 6. 1989	schriftlich	<i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und anderer Vorschriften	Ablehnung einer Verlängerung des Erziehungsurlaubs
127	a) 151. b) 21. 6. 1989	schriftlich	<i>Roswitha Wisniewski</i> (CDU/CSU)	Antrag betr. Richtlinien der Bundesregierung für die Vergabe von Mitteln an Opfer von NS-Unrecht	Richtigstellung einer Aussage zum Stiftungsvermögen im SPD-Geszentwurf über eine Stiftung Wiedergutmachung
128	a) 152. b) 22. 6. 1989	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Anträge zur politischen Entwicklung in Ungarn	Zustimmung zu den Anträgen trotz Beteiligung der Fraktion der GRÜNEN
129	a) 152. b) 22. 6. 1989	mündlich	<i>Hubert Kleinert</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag betr. Todesurteile in der Volksrepublik China	Zustimmung zum interfraktionellen Antrag trotz Vorbehalten
130	a) 152. b) 22. 6. 1989	mündlich	<i>Otto Schily</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag betr. Todesurteile in der Volksrepublik China	Zustimmung zum interfraktionellen Antrag trotz Vorbehalten
131	a) 152. b) 22. 6. 1989	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	Antrag betr. Todesurteile in der Volksrepublik China	Forderung, den Sicherheitsrat mit den Vorgängen in China zu befassen
132	a) 152. b) 22. 6. 1989	mündlich	<i>Karsten D. Voigt</i> (SPD)	Antrag betr. Todesurteile in der Volksrepublik China	Zustimmung zum interfraktionellen Antrag trotz Vorbehalten
133	a) 152. b) 22. 6. 1989	mündlich	<i>Friedrich Vogel</i> (CDU/CSU)	Antrag betr. Todesurteile in der Volksrepublik China	Hinweis auf weitere Hinrichtungen in China
134	a) 154. b) 1. 9. 1989	mündlich	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	Entschließungsanträge zur Erklärung der Bundesregierung aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges	Antrag auf getrennte Abstimmung über die beiden Absätze des Koalitionsantrages
135	a) 154. b) 1. 9. 1989	mündlich	<i>Helmut Lippelt</i> (DIE GRÜNEN)	Entschließungsanträge zur Erklärung der Bundesregierung aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges	Zustimmung zum SPD-Antrag
136	a) 154. b) 1. 9. 1989	schriftlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher, Burkhard Hirsch und Karl-Hans Laermann</i> (alle FDP)	Entschließungsanträge zur Erklärung der Bundesregierung aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges	Zustimmung zu keinem der beiden Entschließungsanträge

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
137	a) 154. b) 1. 9. 1989	schriftlich	<i>Heinrich Seesing</i> (CDU/CSU)	Entschließungsanträge zur Erklärung der Bundesregierung aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges	Ablehnung des Entschließungsantrags der SPD-Fraktion
138	a) 167. b) 19. 10. 1989	mündlich	<i>Winfried Pinger</i> (CDU/CSU)	SPD-Antrag betr. Gegen wachsende Bankenmacht und für mehr Wettbewerb im Kreditgewerbe	Begründung der Ablehnung des SPD-Antrages, jedoch Hinweis, daß hier ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht
139	a) 173. b) 8. 11. 1989	mündlich	<i>Helmut Lippelt</i> (DIE GRÜNEN)	CDU/CSU-FDP-Entschließungsantrag zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland (EntschlieÙung zur polnischen Westgrenze)	Begründung der Ablehnung des Antrags der Regierungskoalition, der auch von der SPD unterstützt wird; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der GRÜNEN
140	a) 173. b) 8. 11. 1989	mündlich	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	CDU/CSU-FDP-Entschließungsantrag zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland (EntschlieÙung zur polnischen Westgrenze)	Begründung der Zustimmung zum Antrag der CDU/CSU und FDP und der Ablehnung des Antrages der GRÜNEN; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
141	a) 173. b) 8. 11. 1989	schriftlich	<i>Helmut Sauer</i> (CDU/CSU) und weitere 26 Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion	CDU/CSU-FDP-Entschließungsantrag zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland (EntschlieÙung zur polnischen Westgrenze)	Bekanntnis zum bedingungslosen Gewaltverzicht, aber Hinweis auf das rechtliche Weiterbestehen Deutschlands im Gebietsstand von 1937
142	a) 173. b) 8. 11. 1989	mündlich	<i>Horst Ehmke</i> (SPD)	CDU/CSU-FDP-Entschließungsantrag zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland (EntschlieÙung zur polnischen Westgrenze)	Hinweis, daß Erklärung des Abg. <i>Helmut Sauer</i> und weiterer 26 CDU/CSU-Abgeordneter im Widerspruch zur EntschlieÙung der Regierungskoalition steht

143	a) 173. b) 8. 11. 1989	schriftlich	<i>Franz-Hermann Kappes</i> (CDU/CSU)	CDU/CSU-FDP-Entschließungsantrag zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland (Entschließung zur polnischen Westgrenze)	Begründung der Ablehnung des Antrags der Regierungskoalition
144	a) 173. b) 8. 11. 1989	mündlich	<i>Dieter Haack</i> (SPD)	Entschließungsantrag der GRÜNEN zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland	Begründung der Ablehnung
145	a) 174. b) 9. 11. 1989	mündlich	<i>Norbert Eimer</i> (FDP)	2. Beratung des Rentenreformgesetzes 1992	Ablehnung des Gesetzes wegen der willkürlichen Stichtagsregelung für die Ausweitung der Kindererziehungszeiten
146	a) 174. b) 9. 11. 1989	schriftlich	<i>Hartmut Soell, Freimut Duve, Gert Weisskirchen</i> (alle SPD)	2. Beratung des Rentenreformgesetzes 1992	Begründung der Ablehnung des Gesetzes
147	a) 174. b) 9. 11. 1989	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> (SPD)	Änderungsantrag und Entschließungsantrag der GRÜNEN zum Entwurf des Rentenreformgesetzes 1992	Grundsätzliche Unterstützung der in der Begründung aufgeführten Ziele, jedoch Ablehnung der Lösungswege
148	a) 174. b) 9. 11. 1989	schriftlich	<i>Egon Lutz</i> (SPD)	2. Beratung eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Ablehnung des Gesetzes wegen der Streckung der erforderlichen Mitgliedschaftsdauer zur Erreichung der Höchstpension

Hinweise

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind in folgenden Abschnitten verzeichnet:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts (mit stichwortartiger Wiedergabe der Ausführungen des Redners)
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
149	a) 174. b) 9. 11. 1989	schriftlich	<i>Ludwig Stiegler, Max Amling, Georg Bamberg, Hans Büchler, Susanne Kastner, Karl Kisslinger, Walter Kolbow, Uwe Lambinus, Robert Leidinger, Egon Lutz, Rudolf Müller, Werner Nagel, Bernd Reuter, Rudolf Schöfberger, Wolfgang Sieler, Sigrid Skarpelisperspik, Jürgen Vahlberg, Axel Wernitz, Hermann Wimmer</i> (alle SPD)	Rentenreformgesetz 1992	Ablehnung des Gesetzentwurfs wegen der Verlängerung der Lebensarbeitszeit
150	a) 175. b) 15. 11. 1989	mündlich	<i>Olaf Feldmann</i> (FDP)	2. u. 3. Beratung des Vereinsförderungsgesetzes	Ablehnung des Gesetzes wegen zu starker Ausweitung der Gemeinnützigkeit und Wettbewerbsnachteilen für mittelständische Unternehmen
151	a) 175. b) 15. 11. 1989	schriftlich	<i>Ingeborg Hoffmann</i> (CDU/CSU)	3. Beratung des Vereinsförderungsgesetzes	Ablehnung des Gesetzes, weil es mehrere Ungerechtigkeiten enthält
152	a) 175. b) 15. 11. 1989	schriftlich	<i>Hans H. Gattermann</i> (FDP)	3. Beratung des Vereinsförderungsgesetzes	Stimmhaltung abweichend von der Fraktion
153	a) 175. b) 15. 11. 1989	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	2. Beratung des Gesetzes zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes und anderer Vorschriften	Zustimmung trotz anfänglicher Kritik

154	a) 175. b) 15. 11. 1989	schriftlich	<i>Heribert Scharrenbroich</i> und weitere 30 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	3. Beratung des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1990	Zustimmung zum Gesetz, obwohl die arbeitsrechtlichen Vorschriften zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge nicht verändert worden sind
155	a) 176. b) 16. 11. 1989	mündlich	<i>German Meneses Vogl</i> (DIE GRÜNEN)	SPD-Antrag betr. Präsidentschaftswahlen in Chile	Zustimmung zum Antrag, jedoch Ablehnung der im Antrag vorgenommenen Differenzierung der politischen Gefangenen; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der GRÜNEN
156	a) 176. b) 16. 11. 1989	mündlich	<i>Günther Müller</i> (CDU/CSU)	SPD-Antrag betr. Präsidentschaftswahlen in Chile	Zustimmung zum Antrag in der Differenzierung des Widerstandes gegen das Regime in Chile; Abgabe der Erklärung namens der Fraktion der CDU/CSU
157	a) 176. b) 16. 11. 1989	mündlich	<i>Helmuth Becker</i> (SPD)	Antrag der GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zur Polenreise und zur Lage in der DDR	Begründung der Stimmenthaltung
158	a) 176. b) 16. 11. 1989	mündlich	<i>Helmut Lippelt</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag der CDU/CSU, SPD und FDP zur Erklärung der Bundesregierung zur Polenreise und zur Lage in der DDR	Stimmenthaltung trotz des Gewichts des Antrags
159	a) 176. b) 16. 11. 1989	schriftlich	<i>Ernst Hinsken</i> und <i>Herbert Lattmann</i> (beide CDU/CSU)	Zweites Gesetz zur Änderung des Dritten Verstromungsgesetzes	Begründung der Ablehnung des Gesetzes
160	a) 177. b) 28. 11. 1989	mündlich	<i>Eckhard Stratmann</i> (DIE GRÜNEN)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1990; hier: Epl. 27 (Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen)	Ablehnung des Einzelplans 27 bei gleichzeitiger Zurückweisung der Begründung der Abg. <i>Sieglinde Frieß</i> (DIE GRÜNEN)
161	a) 178. b) 29. 11. 1989	mündlich	<i>Helmut Sauer</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1990; hier: Epl. 60 (Allgemeine Finanzverwaltung)	Ablehnung wegen fehlender Regelung des Haus- und Grundbesitzes des Salzgitterkonzerns bei der Privatisierung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
162	a) 178. b) 29. 11. 1989	mündlich	<i>Christa Vennegerts</i> (DIE GRÜNEN)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1990; hier: Epl. 60 (Allgemeine Finanzverwaltung)	Unverständnis über Nichtbewilligung einer Erhöhung der Berlin-Hilfe
163	a) 179. b) 30. 11. 1989	mündlich	<i>Klaus-Dieter Kühbacher</i> (SPD)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1990; hier: Epl. 06 (Bundesminister des Innern)	Begründung der Zustimmung zum Antrag der GRÜNEN „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“ und Begründung der Ablehnung des Antrags der GRÜNEN betr. Gedenk- und Dokumentationsstätte in Salzgitter-Drütte; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
164	a) 179. b) 30. 11. 1989	mündlich	<i>Antje Vollmer</i> (DIE GRÜNEN)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1990; hier: Epl. 06 (Bundesminister des Innern)	Begründung der Dringlichkeit des Antrags „Unterstützung der Gedenk- und Dokumentationsstätte Salzgitter-Drütte“
165	a) 179. b) 30. 11. 1989	mündlich	<i>Johannes Gerster</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1990; hier: Epl. 06 (Bundesminister des Innern)	Begründung der Ablehnung der beiden Anträge der GRÜNEN durch die CDU/CSU-Fraktion
166	a) 179. b) 30. 11. 1989	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1990; hier: Epl. 06 (Bundesminister des Innern)	Begründung der Ablehnung der beiden Anträge der GRÜNEN durch die FDP-Fraktion
167	a) 179. b) 30. 11. 1989	mündlich	<i>Hubert Kleinert</i> (DIE GRÜNEN)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1990; hier: Epl. 06 (Bundesminister des Innern)	Appell, dem Antrag betreffend Dokumentationsstätte Salzgitter zuzustimmen
168	a) 180. b) 1. 12. 1989	mündlich	<i>Hubert Kleinert</i> (DIE GRÜNEN)	Anträge zum Haushaltsgesetz 1990; hier Epl. 04 (Bundeskanzler)	Begründung der Ablehnung des SPD-Antrages durch die Fraktion der GRÜNEN und Vorlage einer eigenen Erklärung
169	a) 180. b) 1. 12. 1989	mündlich	<i>Wilhelm Knabe</i> (DIE GRÜNEN)	Anträge zum Haushaltsgesetz 1990; hier Epl. 04 (Bundeskanzler)	Begründung der Stimmenthaltung beim Antrag der Fraktion der GRÜNEN

170	a) 181. b) 6. 12. 1989	mündlich	<i>Karl-Heinz Spilker</i> (CDU/CSU)	Antrag betr. Ausbau der Bundesbahnstrecke München–Mühldorf–Freilassing	Hinweis, daß Ausbau der Bundesbahnstrecke den Bau der Autobahn A 94 nicht überflüssig macht
171	a) 182. b) 7. 12. 1989	mündlich	<i>Uwe Hüser</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zur steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus und zur Ergänzung des Steuerreformgesetzes 1990 (Wohnungsbauförderungsgesetz)	Ablehnung von Art. 4 (Änderung des Berlinförderungsgesetzes)
172	a) 185. b) 14. 12. 1989	mündlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Produktpiraterie	Keine Zustimmung, solange die verfassungswidrige Fristenregelung nicht aus dem § 218 entfernt ist
173	a) 185. b) 14. 12. 1989	mündlich	<i>Hannelore Rönsch</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung zu Anträgen betr. Militärflugplatz Wiesbaden-Erbenheim	Begründung der Zustimmung trotz Annäherung zwischen Ost und West; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Otto Zink</i> und <i>Michael Jung</i> (beide CDU/CSU)
174	a) 185. b) 14. 12. 1989	mündlich	<i>Erwin Horn</i> (SPD)	Beschlußempfehlung zu Anträgen betr. Militärflugplatz Wiesbaden-Erbenheim	Richtigstellung einer Äußerung des Abgeordneten <i>Peter Petersen</i> (CDU/CSU)
175	a) 185. b) 14. 12. 1989	mündlich	<i>Helmuth Becker</i> (SPD)	Beschlußempfehlung zu Anträgen betr. Militärflugplatz Wiesbaden-Erbenheim	Begründung der Stimmenthaltung der SPD-Fraktion bei einem Antrag der GRÜNEN, der gleichlautend ist mit einem SPD-Antrag
176	a) 191. b) 25. 1. 1990	schriftlich	<i>Karl-Heinz Spilker</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses zur Sammelübersicht 135	Ablehnung wegen rechtlicher Bedenken der Empfehlung zur geplanten Autobahn A 94/Bundesstraße 12
177	a) 197. b) 15. 2. 1990	mündlich	<i>Horst Ehmke</i> (SPD)	CDU/CSU-FDP-Antrag zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers	Ablehnung des Antrags wegen der „peinlichen bis schäbigen Entgleisung“ des Bundeskanzlers während seiner Regierungserklärung; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
178	a) 199. b) 7. 3. 1990	mündlich	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP)	2. und 3. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der Kriegswaffenkontrolle	Stimmenthaltung anstelle einer Ablehnung des SPD-Entwurfs
179	a) 200. b) 8. 3. 1990	mündlich	<i>Helmut Lippelt</i> (DIE GRÜNEN)	Anträge der SPD und der GRÜNEN zur polnischen Westgrenze	Zustimmung zu beiden Anträgen aufgrund des fruchtbaren Dialogs mit der SPD-Fraktion
180	a) 200. b) 8. 3. 1990	schriftlich	<i>Ortwin Lowack, Matthias Engelsberger, Kurt J. Rossmann, Franz-Hermann Kappes</i> (alle CDU/CSU)	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Deutschland und Polen	Hinweis auf geltendes Völkerrecht, das durch parlamentarische Entschlüsse weder ersetzt noch präjudiziert werden kann
181	a) 200. b) 8. 3. 1990	schriftlich	<i>Herbert Werner, Bernd Wilz</i> (beide CDU/CSU)	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Deutschland und Polen	Zustimmung zur Erklärung, weil sie in Einklang steht mit zahlreichen Vereinbarungen
182	a) 200. b) 8. 3. 1990	schriftlich	<i>Herbert Czaja</i> (CDU/CSU)	CDU/CSU-FDP-Antrag betr. Deutschland und Polen	Hinweis, daß durch parlamentarische Entschlüsse über Nachkriegsgrenzen nicht entschieden werden könne
183	a) 200. b) 8. 3. 1990	schriftlich	<i>Friedrich Bohl</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses	Zustimmung, „obwohl der darin enthaltene abweichende Zwischenbericht der SPD-Fraktion zahlreiche unrichtige und tendenziöse Darstellungen enthält“
184	a) 200. b) 8. 3. 1990	schriftlich	<i>Wolfgang Börnsen</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses	Zustimmung, „obwohl der darin enthaltene abweichende Zwischenbericht der SPD-Fraktion zahlreiche unrichtige und tendenziöse Darstellungen enthält“

185	a) 200. b) 8. 3. 1990	schriftlich	<i>Manfred Richter</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses	Zustimmung, „obwohl der darin enthaltene abweichende Zwischenbericht der SPD-Fraktion zahlreiche unrichtige und tendenziöse Darstellungen enthält“
186	a) 200. b) 8. 3. 1990	schriftlich	<i>Werner Hoyer</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses	Zustimmung, „obwohl der darin enthaltene abweichende Zwischenbericht der SPD-Fraktion zahlreiche unrichtige und tendenziöse Darstellungen enthält“
187	a) 202. b) 15. 3. 1990	schriftlich	<i>Ludwig Gerstein</i> (CDU/CSU)	Drittes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	Ablehnung des Gesetzes, weil das Gebot der sogenannten Wärmenutzung als Genehmigungsvoraussetzung für bestimmte Anlagen eingeführt wird
188	a) 203. b) 28. 3. 1990	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> (SPD)	Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts	Stimmenthaltung wegen unzureichender Verankerung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz
189	a) 204. b) 29. 3. 1990	mündlich	<i>Hannelore Saibold</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik	Begründung der Ablehnung wegen der Gefahren der Gentechnik
190	a) 204. b) 29. 3. 1990	mündlich	<i>Christa Nickels</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik	Stimmenthaltung bei der 2. Beratung und Ablehnung in der 3. Beratung, weil noch so hohe Sicherheitsanforderungen das Gefahrenpotential der Gentechnik nicht verringern können; Abgabe der Erklärung im Namen der Fraktion DIE GRÜNEN

Hinweis

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind außerdem in folgenden Abschnitten verzeichnet:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
191	a) 204. b) 29. 3. 1990	mündlich	<i>Hans H. Gattermann</i> (FDP)	Gesetz über Gebühren für die Benutzung von Bundesfernstraßen mit schweren Lastfahrzeugen	Zustimmungsverweigerung aus dem prinzipiellen Grund, daß erstmals ein Parlamentsrecht, die Festsetzung von Steuern, durch Rechtsverordnung der Bundesregierung übertragen werden soll
192	a) 206. b) 25. 4. 1990	schriftlich	<i>Heinrich Seesing</i> (CDU/CSU)	Betreuungsgesetz	Zustimmung trotz früher geäußerter Bedenken
193	a) 207. b) 26. 4. 1990	mündlich	<i>Imma Hillerich</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts	Allgemeine Ausführungen
194	a) 207. b) 26. 4. 1990	mündlich	<i>Matthias Kreuzeder</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts	Begründung der Ablehnung
195	a) 210. b) 10. 5. 1990	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz	Da eine Aussprache über das Vermittlungsergebnis nicht möglich ist, wird die Zustimmung in Form einer Erklärung zur Abstimmung begründet.
196	a) 214. b) 31. 5. 1990	mündlich	<i>Kurt Falthäuser</i> (CDU/CSU)	Antrag der GRÜNEN zum Achten Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes	Begründung der Ablehnung durch die CSU
197	a) 214. b) 31. 5. 1990	schriftlich	<i>Herbert Czaja</i> (CDU/CSU)	Entwurf eines Aussiedleraufnahmegesetzes	Begründung der Ablehnung wegen Mängeln des Gesetzes, die bald eine Änderung notwendig machen werden; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Gerhard Dewitz</i> und <i>Ortwin Lowack</i> (beide CDU/CSU)
198	a) 216. b) 20. 6. 1990	mündlich	<i>Wolfgang Daniels</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag betr. Naturmedizin	Hinweis, daß die Fraktion der GRÜNEN sich der Stimme enthalten hat

199	a) 216. b) 20. 6. 1990	schriftlich	<i>Waltraud Steinhauer, Eugen von der Wiesche, Klaus Hasenfratz, Gerd Andres, Hans-Eberhard Urbaniak, Wolfgang Weiermann, Heinz Menzel, Max Amling, Heinz Westphal</i> (alle SPD)	Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte	Ablehnung des Gesetzes aus sozialpolitischen Gründen
200	a) 216. b) 20. 6. 1990	schriftlich	<i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD)	Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsche Stiftung Umwelt“	Ablehnung des Gesetzes wegen Nichtfestlegung von Salzgitter als Stiftungssitz
201	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich/ schriftlich	<i>Helmut Sauer</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Ablehnung aus völkerrechtlichen Gründen und wegen der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts; Abgabe der Erklärung zusammen mit <i>Fritz Wittmann, Gerhard Dewitz, Ortwin Lowack, Kurt J. Rossmanith, Herbert Czaja, Heinrich Windelen, Franz-Hermann Kappes, Joachim Kalisch, Claus Jäger, Dietrich Mahlo, Matthias Engelsberger, Lorenz Niegel</i> (alle CDU/CSU)
202	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Gerhard Dewitz</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Begründung der Ablehnung
203	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Lorenz Niegel</i> (CDU/CSU)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Zustimmung zum Staatsvertrag, Ablehnung der EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
204	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Begründung der Zustimmung zum Staatsvertrag durch die Mehrheit der SPD-Fraktion
205	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Friedrich Bohl</i> (CDU/CSU)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Allgemeine Ausführungen
206	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Ottmar Schreiner</i> (SPD)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Zustimmung zum Staatsvertrag mit der DDR bei Verständnis für die Mitglieder der SPD-Fraktion, die in ihm nicht das geeignete Instrument zur deutschen Einheit sehen
207	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Charlotte Garbe</i> (DIE GRÜNEN)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Zustimmung zum Staatsvertrag mit der DDR aus Gründen der Umweltsanierung durch die Umweltunion
208	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Wilhelm Knabe</i> (DIE GRÜNEN)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Ablehnung des Staatsvertrages mit der DDR in Form und Inhalt und wegen nicht ausreichender Beteiligung der Parlamente und Bürger

209	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich/ schriftlich	<i>Heidemarie Wieczorek-Zeul</i> (SPD)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Begründung der Ablehnung des Staatsvertrages durch 24 Abgeordnete der SPD-Fraktion, Bejahung der deutschen Einheit
210	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Uwe Hüser</i> (DIE GRÜNEN)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Forderung nach Gleichbehandlung der Fraktionen bei Erklärungen zur Abstimmung
211	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Eckhard Stratmann- Mertens</i> (DIE GRÜNEN)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Ablehnung des Staatsvertrages durch die große Mehrheit der Fraktionen DIE GRÜNEN wegen verfassungsrechtlicher, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Bedenken
212	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Alfred Mechtersheimer</i> (DIE GRÜNEN)	Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Zustimmung zum Staatsvertrag mit der DDR wegen anderweitiger negativer Folgen
213	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Christa Vennegerts</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag der GRÜNEN zur deutschen Einheit	Begründung der Stimmenthaltung
214	a) 217. b) 21. 6. 1990	mündlich	<i>Ulrich Briefs</i> (DIE GRÜNEN)	Antrag der GRÜNEN zur deutschen Einheit	Stimmenthaltung wegen des Satzes: „Der Deutsche Bundestag bejaht die deutsche Einheit.“
215	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Dietrich Austermann</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze	Zustimmung zur Erklärung unter dem Vorbehalt von Volksgruppen- und Heimatrechten für Deutsche, eines Verzichts auf wechselseitige Reparationen und eines „friedlichen Wandels“ gem. KSZE-Abkommen in einem freien Europa

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
216	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Wilfried Böhm</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Zustimmung in Erwartung von Vereinbarungen über Volksgruppenrechte von Deutschen in Polen in einem deutsch-polnischen Vertrag und der friedlichen Änderung der Grenzen in einem vereinten Europa
217	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Wolfgang Bötsch</i> und weitere 63 Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Zustimmung in Erwartung der Verwirklichung der Rechte für Personen deutscher Abstammung gem. der gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Dr. <i>Kohl</i> und des polnischen Ministerpräsidenten <i>Mazowiecki</i> vom 14. 11. 1989
218	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Olaf Feldmann</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Zustimmung im Vertrauen auf gemeinsames Europa der offenen Grenzen
219	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Hans Graf Huyn</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Ablehnung u. a. wegen des Bezugs auf den Görlitzer Vertrag
220	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Ablehnung u. a. wegen des Bezugs auf den Görlitzer Vertrag und fehlender Gegenleistungen Polens (u. a. Volksgruppen- und Heimatrechte Deutscher)
221	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Ortwin Lowack</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Ablehnung u. a. wegen des Bezugs auf den Görlitzer Vertrag und wegen der Haltung der polnischen Regierung

222	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Erwin Marschewski</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Ablehnung, weil eine Reihe von Forderungen nicht enthalten ist
223	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Jürgen Todenhöfer</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Mit der Grenzankennungserklärung wird der Freundschaft zwischen Deutschland und Polen langfristig kein Dienst erwiesen.
224	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Ruprecht Vondran</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Zustimmung aus Einsicht in die Notwendigkeit, nicht aus Überzeugung
225	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Herbert Werner</i> und weitere 22 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit: Gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-polnischen Grenze	Zustimmung in der Erwartung, daß Bundesregierung die völkerrechtlichen Normen und menschenrechtlichen Prinzipien zur Grundlage und Voraussetzung der Vertragsverhandlungen mit Polen macht
226	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Brigitte Adler</i> und weitere 23 Abgeordnete der SPD-Fraktion	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Bejahung der Vereinigung, aber Ablehnung des Staatsvertrages mit der DDR wegen befürchteter negativer ökonomischer und sozialer Auswirkungen
227	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Georg Bamberg</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Ablehnung des Staatsvertrages mit der DDR, insbesondere wegen der Übertragung des bundesdeutschen Verkehrssystems

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
228	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Andreas von Bülow</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Ablehnung des Staatsvertrages mit der DDR wegen befürchteter negativer Auswirkungen des Umtauschverhältnisses auf die Wirtschaft und die Arbeitsplätze
229	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Albrecht Müller</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Zustimmung zum Staatsvertrag mit der DDR in Sorge um die wirtschaftliche Lage und in der Hoffnung auf Überwindung der deutschen und europäischen Spaltung
230	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Jan Oostergetelo</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Zustimmung zum Staatsvertrag mit der DDR in der Hoffnung auf die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas
231	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Hermann Scheer</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Zustimmung zum Staatsvertrag mit der DDR trotz Kritik an zentralen Bestimmungen und „falscher“ Prioritäten
232	a) 217. b) 21. 6. 1990	schriftlich	<i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Ablehnung des Staatsvertrages mit der DDR als „unfertigen Zwischenschritt“ zu gesamtdeutschen Wahlen

233	a) 220. b) 9. 8. 1990	schriftlich	<i>Herbert Czaja, Gerhard Dewitz, Helmut Sauer, Ortwin Lowack, Heinrich Windelen, Claus Jäger, Heinrich Lummer, Gerhard Schulze, Engelbert Nelle, Kurt J. Rossmannith, Franz-Hermann Kappes, Wilfried Böhm</i> (alle CDU/CSU)	CDU/CSU-FDP-Antrag zur vereinbarten Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit	Abstimmung wird mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Bundesregierung verbunden, die Wahlberechtigung aller deutschen Staatsangehörigen, wo immer sie leben, zu ermöglichen
234	a) 222. b) 5. 9. 1990	schriftlich	<i>Helmut Sauer, Gerhard Dewitz, Herbert Czaja, Fritz Wittmann, Claus Jäger, Engelbert Nelle, Gerhard Schulze, Joachim Kalisch, Lorenz Niegel, Kurt J. Rossmannith</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zu den Verträgen vom 3. August 1990 und vom 20. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Abstimmverhalten erklärt sich daraus, daß auch die deutschen Staatsbürger jenseits von Oder und Neiße sich an der ersten gesamtdeutschen Wahl beteiligen sollten
235	a) 225. b) 19. 9. 1990	mündlich	<i>Horst Günther</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Zweiten Gesetz zur Verbesserung des Wahlrechts für die Sozialversicherungswahlen	Ablehnung wegen Aufnahme des passiven Wahlrechts für Ausländer; Abgabe der Erklärung namens der CDU/CSU-Fraktion
236	a) 225. b) 19. 9. 1990	schriftlich	<i>Heinz Günther Hüsich</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Verbesserung der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs und zum Verbot von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen	Ablehnung wegen mehrerer Bedenken

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
237	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag, ohne damit allen Entscheidungen der Koalition der vergangenen Jahre zuzustimmen; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
238	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Manfred Carstens</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Begründung der Ablehnung des Einigungsvertrages wegen der vereinbarten Abtreibungsregelung
239	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Dora Flinner</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages wegen der Abtreibungsregelung
240	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Stefan Höpfinger</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages aus Gewissensgründen wegen der nicht annehmbaren Regelung im Zusammenhang mit dem Schutz des ungeborenen Menschen; Abgabe der Erklärung auch namens der Abgeordneten <i>Alfons Müller</i> und <i>Peter Keller</i> (beide CDU/CSU)
241	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz Bedenken wegen der unzureichenden parlamentarischen Behandlung des Vertrags; Abgabe der Erklärung namens einer Reihe weiterer SPD-Abgeordneter

242	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Charlotte Garbe</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Stimmenthaltung wegen einiger Verschlechterungen im Bereich des Umweltschutzes gegenüber früherem DDR-Recht
243	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Herbert Werner</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Stimmenthaltung wegen der Weitergeltung der Fristenregelung bei Abtreibungen
244	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Wilhelm Knabe</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung trotz Bedenken
245	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Christa Nickels</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Vertrages u. a. wegen der Regelung zum Abtreibungsrecht
246	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Antje Vollmer</i> (DIE GRÜNEN)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Begründung der Ablehnung des Einigungsvertrages

Hinweis

In Abschnitt 12.4 ist zum oppositionellen Verhalten zusammengestellt, in welchem Ausmaße die jeweilige Opposition in einer jeden Wahlperiode die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien (Gesetzesinitiativen, Anfragen, Beteiligung an der Aussprache über die Regierungserklärungen, Mißbilligungsanträge usw.) in Anspruch genommen hat.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
247	a) 226. b) 20. 9. 1990	mündlich	<i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	Antrag der GRÜNEN zum Einigungsvertrag	Stimmenthaltung trotz Übereinstimmung mit den Zielen; Abgabe der Erklärung namens der SPD-Fraktion
248	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Dietrich Austermann</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Vertrag mit einigen Vorbehalten
249	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Karl Becker</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung trotz Bedenken gegenüber den Regelungen zu Vermögensfragen und zu Abtreibungsfragen im DDR-Gebiet
250	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Wilfried Böhm</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag in der Hoffnung auf eine Regelung der Enteignungsmaßnahmen von 1945 bis 1949
251	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Peter Harry Carstensen</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Vertrag in der Erwartung einer befriedigenden Lösung der Enteignungen zwischen 1945 und 1949

252	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Vertrag bedeutet nicht Einverständnis mit der beibehaltenen Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch
253	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Herbert Czaja und Gerhard Dewitz</i> (beide CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung, da die im Einigungsvertrag enthaltenen Grundgesetzänderungen „verfassungswidriges Verfassungsrecht“ schaffen
254	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Matthias Engelsberger</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Nach der ablehnenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Organklage Zustimmung zum Vertragswerk trotz erheblicher Bedenken
255	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Karl H. Fell</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages, weil Zustimmung die Anerkennung der Fristenlösung im Gebiet der heutigen DDR bedeuten würde
256	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Hans H. Gattermann, Hermann Otto Solms</i> und weitere 30 Mitglieder der FDP-Fraktion	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung, obwohl die Enteignungen von 1945 bis 1949 von der FDP nicht gebilligt werden
257	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Norbert Geis</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages wegen der Beibehaltung der in der DDR seit 1972 praktizierten Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
258	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Eicke Götz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages wegen der darin enthaltenen Regelung zum Schutz ungeborener Kinder
259	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Hans Graf Huyn</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages aus mehreren, zum Teil schwerwiegenden Gewissensgründen
260	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> und <i>Franz Sauter</i> (beide CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages, weil der darin enthaltenen Regelung des strafrechtlichen Schutzes der ungeborenen Kinder aus Gewissensgründen nicht zugestimmt werden kann
261	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Joachim Kalisch</i> , <i>Dietrich Mahlo</i> und <i>Gerhard Schulze</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz Bedenken gegenüber einzelnen Regelungen (u. a. zu Art. 146 GG)
262	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Franz-Hermann Kappes</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz erheblicher politischer und verfassungsrechtlicher Bedenken

263	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Ortwin Lowack</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Nichtteilnahme an der Abstimmung aus persönlicher Betroffenheit über zahlreiche Regelungen, die nicht der Rechtssicherheit dienen
264	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Erwin Marschewski</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag, auch wenn er sich nicht auf ganz Deutschland bezieht
265	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Günther Müller</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Nichtteilnahme an der Abstimmung, weil dem einzelnen Abgeordneten eine ordnungsgemäße Überprüfung des Inhalts des Einigungsvertrages nicht möglich war
266	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Alfons Müller, Stefan Höpfinger und Peter Keller</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages aus Gewissensgründen, weil bisherige Fristenlösung der DDR weiter gültig bleibt
267	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Lorenz Niegel</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages wegen der darin enthaltenen schwerwiegenden und nicht notwendigen Verfassungsänderungen
268	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Otto Regenspurger</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz gewichtiger Bedenken

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
269	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Kurt J. Rossmanith</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz gewichtiger Bedenken
270	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Helmut Sauer</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz großer Bedenken und mit der Hoffnung, daß im deutsch-polnischen Bereich eine gerechte Lösung gefunden wird
271	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Heinz Schemken</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag unter großen Bedenken, weil er dem Schutz des werdenden Lebens nicht gerecht wird
272	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Michael von Schmude</i> und weitere 67 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz Ablehnung des neuen Art. 143 GG sowie der damit verbundenen Anerkennung der sogenannten Bodenreform
273	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Hermann Schwörer</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz größter Bedenken (u.a. Fortgeltung der Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch)

274	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Jürgen Todenhöfer</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Zustimmung zum Einigungsvertrag trotz erheblicher Vorbehalte in zwei Punkten (Abtreibungsproblem und endgültige Festbeschreibung der Oder-Neiße-Linie als Grenze)
275	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Heinrich Windelen</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands	Ablehnung des Einigungsvertrages aus schwerwiegenden Gründen, d. h. wegen des erzwungenen Opfers zu Lasten der Heimatvertriebenen
276	a) 226. b) 20. 9. 1990	schriftlich	<i>Josef Grünbeck</i> (FDP)	Umwelthaftungsgesetz	Ablehnung wegen ungeklärter Fragen der Versicherbarkeit von Schäden aus dem Normalbetrieb; Abgabe der Erklärung zugleich namens des Abg. <i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)
277	a) 229. b) 5. 10. 1990	mündlich	<i>Petra Kelly</i> (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)	Stimmenthaltung wegen der Ablehnung verschiedener Einzelheiten
278	a) 229. b) 5. 10. 1990	mündlich	<i>Thomas Wüppesahl</i> (fraktionslos)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)	Stimmenthaltung wegen der Ablehnung verschiedener Einzelheiten
279	a) 229. b) 5. 10. 1990	mündlich	<i>Angelika Beer</i> (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)	Ablehnung – abweichend von der Fraktion DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90, die sich der Stimme enthält – wegen friedenspolitischer Versäumnisse
280	a) 229. b) 5. 10. 1990	mündlich	<i>Hannelore Saibold</i> (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)	Zustimmung, obwohl Kritik der Fraktion mitgetragen wird

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
281	a) 229. b) 5. 10. 1990	mündlich	<i>Eckhard Stratmann-Mertens</i> (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)	Ablehnung, weil Vertrag keine zuverlässige Arbeitsgrundlage für eine künftige europäische Friedenspolitik darstellt
282	a) 229. b) 5. 10. 1990	schriftlich	<i>Herbert Czaja</i> und <i>Gerhard Dewitz</i> (beide CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)	Ablehnung aus zahlreichen Gründen
283	a) 229. b) 5. 10. 1990	mündlich	<i>Dagmar Enkelmann</i> (PDS)	Gesetz über den Forstabsatzfonds	Stimmenthaltung wegen Unkenntnis der Vorlagen
284	a) 229. b) 5. 10. 1990	schriftlich	<i>Herbert Czaja</i> (CDU/CSU)	Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sowie zur Änderung des Parteiengesetzes	Ablehnung des Gesetzes, weil deutsche Staatsangehörige östlich von Oder und Neiße nicht an der ersten gesamtdeutschen Wahl teilnehmen können
285	a) 230. b) 24. 10. 1990	mündlich	<i>Solveig Wegener</i> (PDS)	Beschlußempfehlung des Ältestenrates, der PDS Gruppenstatus zu gewähren	Ablehnung, weil Gruppenstatus wesentliche Einschränkungen der parlamentarischen Arbeit nach sich zieht
286	a) 230. b) 24. 10. 1990	mündlich	<i>Uwe-Jens Heuer</i> (PDS)	Beschlußempfehlung des Ältestenrates, der PDS Gruppenstatus zu gewähren	Ablehnung aus verfassungsrechtlichen Gründen
287	a) 230. b) 24. 10. 1990	mündlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Gesetz zum Schutz von Embryonen	Zustimmung zum Gesetz trotz Bedenken wegen der Vorschriften zur heterologen Insemination
288	a) 231. b) 25. 10. 1990	mündlich	<i>Gert Weisskirchen</i> (SPD)	Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 1990	Stimmenthaltung der SPD-Fraktion wegen fehlender Bereitstellung von Mitteln zur Rüstungskonversion in strukturschwachen Regionen

289	a) 233. b) 30. 10. 1990	mündlich	<i>Ilja Seifert (PDS)</i>	Antrag auf Reisen für Behinderte	Begründung der Ablehnung
290	a) 233. b) 30. 10. 1990	mündlich	<i>Norbert Gansel (SPD)</i>	Anträge der SPD (Verzicht auf Rüstungsexporte außerhalb der NATO) und der GRÜNEN/BÜNDNIS 90 (generelles Rüstungsexportverbot)	Erläuterung der Anträge namens der SPD-Fraktion
291	a) 233. b) 30. 10. 1990	mündlich	<i>Christa Vennegerts (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)</i>	Anträge der SPD (Verzicht auf Rüstungsexporte außerhalb der NATO) und der GRÜNEN/BÜNDNIS 90 (generelles Rüstungsexportverbot)	Begründung der Stimmenthaltung beim SPD-Antrag
292	a) 233. b) 30. 10. 1990	mündlich	<i>Hannelore Saibold (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)</i>	Antrag der GRÜNEN zu Rückständen in Lebensmitteln	Zustimmung wegen der gesamten Umweltbelastung für Kinder
293	a) 233. b) 30. 10. 1990	schriftlich	<i>Heribert Scharrenbroich, Walter Link, Claus Jäger, Helmut Link, Alfons Müller, Hannelore Rönsch, Klaus Rauber, Ingeborg Tamm, Michael Leja und Paul Breuer (alle CDU/CSU)</i>	Gesetz über die Beteiligung der Soldaten und der Zivildienstleistenden (Beteiligungsgesetz)	Zustimmung zum Gesetz trotz fehlender gesetzlicher Verankerung von Mitwirkungsrechten der Soldaten in personellen Angelegenheiten
294	a) 234. b) 31. 10. 1990	mündlich	<i>Uwe Hüser (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)</i>	Empfehlung des Ältestenrates zur Behandlung von Stasi-Vorwürfen gegen Abgeordnete	Zustimmung der Fraktion DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90, obwohl Überprüfung aller Abgeordneten für sinnvoll gehalten wird und Schritte dazu in der nächsten Wahlperiode eingeleitet werden müssen
295	a) 234. b) 31. 10. 1990	mündlich	<i>German Meneses Vogl (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)</i>	Verschiedene Anträge betr. Menschenrechtsverletzungen	Stimmenthaltung aus persönlicher Enttäuschung über die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
296	a) 236. b) 22. 11. 1990	mündlich	<i>Helmut Lippelt</i> (DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)	Antrag der GRÜNEN/BÜNDNIS 90 zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum KSZE-Treffen in Paris	Begründung der Forderung, über den Antrag sofort abzustimmen

12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
1	a) 2. b) 14. 1. 1991	mündlich	<i>Heidemarie Wiczorek-Zeul</i> (SPD)	SPD-Antrag zur Erklärung der Bundesregierung zur Lage in der Golfregion und in Litauen	Allgemeine Ausführungen
2	a) 7. b) 1. 2. 1991	mündlich	<i>Wolfgang Ullmann</i> (B 90/GRÜNE)	CDU/CSU-FDP-Antrag zum irakischen Überfall auf Kuwait	Ablehnung des Antrages wegen einer Legitimation der Kriegsführung
3	a) 7. b) 1. 2. 1991	mündlich	<i>Norbert Gansel</i> (SPD)	SPD-Antrag zur Vorlage eines Berichts der Bundesregierung zu einer deutschen Beteiligung an der irakischen Giftgasproduktion	Klarstellung, daß Vorlage eines Berichts Alternative zu einem Untersuchungsausschuß darstellt
4	a) 7. b) 1. 2. 1991	mündlich	<i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP)	SPD-Antrag zur Vorlage eines Berichts der Bundesregierung zu einer deutschen Beteiligung an der irakischen Giftgasproduktion	Verbindliche Zusicherung einer lückenlosen Information
5	a) 7. b) 1. 2. 1991	mündlich	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	SPD-Antrag zur Vorlage eines Berichts der Bundesregierung zu einer deutschen Beteiligung an der irakischen Giftgasproduktion	Wegen bestimmter Formulierungen in dem Antrag Ablehnung durch die FDP-Fraktion

6	a) 19. b) 22. 3. 1991	mündlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Außenwirtschafts- gesetzes und der Strafprozeßordnung	Begründung der Ablehnung des Gesetzes Abgabe der Erklärung auch namens der Abg. <i>Gerhart Rudolf Baum, Wolfgang Lüder</i> (beide FDP)
7	a) 23. b) 25. 4. 1991	mündlich	<i>Egon Susset</i> (CDU/CSU)	SPD-Antrag zum Landwirtschaftsanpas- sungsgesetz	Begründung der Ablehnung namens der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
8	a) 23. b) 25. 4. 1991	mündlich	<i>Jan Oostergetelo</i> (SPD)	SPD-Antrag zum Landwirtschaftsanpas- sungsgesetz	Zurückweisung der Ausführungen von <i>Egon Susset</i>
9	a) 25. b) 14. 5. 1991	schriftlich	<i>Michael Wonneberger, Paul Krüger, Rolf Rau, Udo Haschke, Reiner Krziskewitz</i> (alle CDU/CSU)	Haushaltsbegleitgesetz 1991	Zustimmung zum Gesetz trotz Bedenken gegenüber dem Gesetz über die Anpassung von Kreditverträgen an Marktbedingungen
10	a) 29. b) 7. 6. 1991	schriftlich	<i>Jürgen Augustinowitz</i> (CDU/CSU)	Haushaltsgesetz 1991	Zustimmung zum Bundeshaushalt 1991 trotz Ablehnung der Reduzierung der Bun- desfinanzhilfen für den sozialen Wohnungs- bau in den alten Bundesländern sowie Ablehnung der Waffenhilfe für Syrien
11	a) 33. b) 19. 6. 1991	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	2. und 3. Beratung eines Gesetzes zur Ände- rung des Grundgesetzes (Artikel 146 GG) und eines Gesetzes über das Verfahren zur Durchführung des Volksentscheides	Ablehnung der SPD-Anträge (Festlegung des Sitzes von Parlament und Regierung durch Volksentscheid) bedeutet keine generelle Ablehnung von Volksentscheiden und Volksbegehren im Rahmen der Verfas- sungsreform
12	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Jürgen Augustinowitz</i> (CDU/CSU)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Berlin als Sitz von Bun- destag und Bundesregierung
13	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Brigitte Baumeister</i> (CDU/CSU)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Berlin als Sitz von Bun- destag und Bundesregierung nach dem Scheitern des Konsens-Antrags

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
14	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Heinrich L. Kolb</i> (FDP)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Berlin als Sitz von Bundestag und Bundesregierung
15	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Uwe Lambinus, Walter Kolbow, Susanne Kastner</i> (alle SPD)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Berlin als Sitz von Bundestag und Bundesregierung
16	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Norbert Lammert</i> (CDU/CSU)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Bonn als Sitz von Bundestag und Bundesregierung
17	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Reinhard Meyer zu Bentrup</i> (CDU/CSU)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Berlin als Sitz von Bundestag und Bundesregierung
18	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Hans-Joachim Otto</i> (FDP)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Bonn als Sitz von Bundestag und Bundesregierung
19	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Hermann Schwörer</i> und <i>Andreas Schockenhoff</i> (beide CDU/CSU)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Berlin als Sitz von Bundestag und Bundesregierung nach dem Scheitern des Konsens-Antrags
20	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Heinz Schemken</i> (CDU/CSU)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Berlin als Sitz von Bundestag und Bundesregierung
21	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Klaus-Dieter Uelhoff</i> (CDU/CSU)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Bonn als Sitz von Bundestag und Bundesregierung
22	a) 34. b) 20. 6. 1991	schriftlich	<i>Ruprecht Vondran</i> (CDU/CSU)	Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz	Befürwortung von Berlin als Sitz von Bundestag und Bundesregierung
23	a) 35. b) 21. 6. 1991	mündlich	<i>Heinz-Jürgen Kronberg</i> (CDU/CSU)	2. und 3. Beratung des Renten-Überleitungsgesetzes	Bedenken gegen die Rentenregelung für ehemalige Stasi-Mitarbeiter

24	a) 35. b) 21. 6. 1991	mündlich	<i>Gottfried Haschke</i> (CDU/CSU)	2. und 3. Beratung des Renten-Überleitungsgesetzes	Bedenken gegen die Rentenregelung für ehemalige Stasi-Mitarbeiter
25	a) 35. b) 21. 6. 1991	mündlich	<i>Ottmar Schreiner</i> (SPD)	2. und 3. Beratung des Renten-Überleitungsgesetzes	Bedenken gegen die Rentenregelung für ehemalige Stasi-Mitarbeiter
26	a) 50. b) 17. 10. 1991	schriftlich	<i>Hartmut Koschyk, Erika Steinbach-Hermann, Erwin Marschewski, Gerhard Päselt, Georg Janovsky, Kurt J. Rossmannith, Susanne Jaffke, Dietrich Austermann, Rudolf Karl Krause, Michael Stübgen, Horst Gibtner, Egon Jüttner, Klaus Rose, Ulrich Adam, Arnulf Kriedner, Klaus-Dieter Uelhoff, Michael von Schmude, Dieter Pützhofen, Peter Ramsauer, Benno Zierer, Heinrich Lummer, Heinz Schemken, Josef Hollerith</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	Ablehnung des Grenzvertrages, Stimmenthaltung zum Kooperationsvertrag mit Polen
27	a) 50. b) 17. 10. 1991	mündlich	<i>Wolfgang Hermann Freiherr von Stetten</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	Zustimmung zum Grenzvertrag mit Polen im Glauben an ein zukünftiges geeintes Europa

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
28	a) 50. b) 17. 10. 1991	schriftlich	<i>Wilfried Böhm</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	Ablehnung des Grenzvertrages und des Nachbarschaftsvertrages
29	a) 50. b) 17. 10. 1991	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	Ablehnung des Grenzvertrages, Zustimmung zum Nachbarschaftsvertrag mit Polen
30	a) 50. b) 17. 10. 1991	schriftlich	<i>Bernhard Jagoda</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	Ablehnung des Grenzvertrages und des Nachbarschaftsvertrages mit Polen

31	a) 50. b) 17. 10. 1991	schriftlich	<i>Dietrich Mahlo</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	Kritik an der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze
32	a) 50. b) 17. 10. 1991	schriftlich	<i>Helmut Sauer</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	Ablehnung des Grenzvertrages und des Nachbarschaftsvertrages mit Polen
33	a) 50. b) 17. 10. 1991	schriftlich	<i>Roswitha Wisniewski</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie Gesetz zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze	Zustimmung zum Grenzvertrag und zum Nachbarschaftsvertrag mit Polen trotz erheblicher Bedenken
34	a) 60. b) 27. 11. 1991	schriftlich	<i>Gisela Babel, Gerhart Rudolf Baum, Burkhard Hirsch, Wolfgang Lüder</i> (alle FDP)	Haushaltsgesetz 1992, 2. Beratung von Einzelplan 14 (Verteidigung), hier: Änderungsantrag der SPD-Fraktion	Zustimmung zum SPD-Antrag wegen Ablehnung der Fortsetzung der Entwicklung des Jägers 90

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
35	a) 64. b) 5. 12. 1991	mündlich	<i>Otto Schily</i> (SPD)	14. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit	Ablehnung der Überprüfung aller Abgeordneten auf Stasi-Kontakte
36	a) 64. b) 5. 12. 1991	mündlich	<i>Gerd Poppe</i> (B 90/GRÜNE)	14. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit	Begründung der Ablehnung des Gesetzes
37	a) 64. b) 5. 12. 1991	mündlich	<i>Wolfgang Ullmann</i> (B 90/GRÜNE)	14. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit	Begründung der Stimmenthaltung und Zustimmung zum Gesetzentwurf der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE
38	a) 64. b) 5. 12. 1991	mündlich	<i>Freimut Duve</i> (SPD)	14. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit	Begründung der Ablehnung des Gesetzes
39	a) 64. b) 5. 12. 1991	schriftlich	<i>Hermann Bachmaier, Konrad Gilges, Klaus Kirschner, Michael Müller, Horst Peter, Günter Verheugen, Wolf-Michael Catenhusen, Uwe Lambinus</i> (alle SPD)	14. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit	Begründung der Ablehnung des Gesetzes

40	a) 67. b) 12. 12. 1991	schriftlich	<i>Wolfgang Lüder</i> und <i>Jürgen Starnick</i> (beide FDP)	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur dauerhaften sozialen Verbesserung der Wohnungssituation im Land Berlin sowie Antrag betr. Mietpreisbindung Berlin	Begründung der Stimmenthaltung
41	a) 82. b) 12. 3. 1992	mündlich	<i>Jutta Braband</i> (PDS/LL)	Beratung von Anträgen auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“	Persönliche Erklärung zur Abstimmung wegen des Zusammenhangs des Themas des TO-Punktes mit ihrem Mandatsverzicht wegen ihrer inoffiziellen Mitarbeit beim MfS vor 20 Jahren
42	a) 85. b) 19. 3. 1992	mündlich	<i>Gregor Gysi</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Deutschen Bundestages [<i>Hans Modrow</i>]	Begründung der Ablehnung
43	a) 85. b) 19. 3. 1992	mündlich	<i>Andrea Lederer</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Deutschen Bundestages [<i>Hans Modrow</i>]	Begründung der Ablehnung
44	a) 85. b) 19. 3. 1992	mündlich	<i>Dagmar Enkelmann</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Deutschen Bundestages [<i>Hans Modrow</i>]	Begründung der Ablehnung
45	a) 85. b) 19. 3. 1992	mündlich	<i>Johannes Singer</i> (SPD)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Deutschen Bundestages [<i>Hans Modrow</i>]	Begründung der Zustimmung
46	a) 85. b) 19. 3. 1992	mündlich	<i>Bernd Henn</i> (fraktionslos)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Deutschen Bundestages [<i>Hans Modrow</i>]	Begründung der Ablehnung
47	a) 86. b) 20. 3. 1992	mündlich	<i>Udo Haschke</i> (CDU/CSU)	Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank	Begründung der Stimmenthaltung der Thüringer Abgeordneten
48	a) 93. b) 20. 5. 1992	mündlich	<i>Uwe-Jens Heuer</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung und Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“	Begründung der Ablehnung und Distanzierung von der Zustimmung des Abg. <i>Dietmar Keller</i> (PDS/LL)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
49	a) 93. b) 20. 5. 1992	mündlich	<i>Andrea Lederer</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung und Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“	Begründung der Ablehnung und Distanzierung von der Zustimmung des Abg. <i>Dietmar Keller</i> (PDS/LL)
50	a) 93. b) 20. 5. 1992	schriftlich	<i>Helmut Sauer</i> und <i>Bernhard Jagoda</i> (beide CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit	Begründung der Ablehnung des Vertrages in der vorliegenden Fassung
51	a) 93. b) 20. 5. 1992	schriftlich	<i>Erich Riedl</i> und <i>Kurt J. Rossmannith</i> (beide CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit	Begründung der Ablehnung mit schwerwiegenden Mängeln des Vertrages (u. a. Fehlen des „Rechts auf Heimat“)
52	a) 93. b) 20. 5. 1992	schriftlich	<i>Renate Blank</i> und weitere 19 Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion	Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit	Begründung der Ablehnung (überwiegend textidentisch mit Erklärung der Abgeordneten <i>Erich Riedl</i> und <i>Kurt J. Rossmannith</i> [beide CDU/CSU])
53	a) 93. b) 20. 5. 1992	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit	Ablehnung wegen des Fehlens einer Regelung zu den Vermögensfragen der vertriebenen Deutschen

54	a) 93. b) 20. 5. 1992	schriftlich	<i>Wolfgang Lüder, Cornelia Schmalz- Jacobsen, Gerhart Rudolf Baum, Burkhard Hirsch und Jürgen Starnick</i> (alle FDP)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu dem Gesetz zum Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit	Ablehnung des Entschließungsantrages wegen Zustimmung zum Vertrag
55	a) 95. b) 4. 6. 1992	mündlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität	Zustimmung zum Gesetz bei gleichzeitiger Ablehnung des Entschließungsantrags des Rechtsausschusses
56	a) 96. b) 5. 6. 1992	schriftlich	<i>Wolf-Michael Catenhusen</i> (SPD)	Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens	Ablehnung aus Bedenken gegen die Wirksamkeit des Gesetzes
57	a) 96. b) 5. 6. 1992	schriftlich	<i>Jürgen Augustinowitz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens	Zustimmung trotz Bedenken
58	a) 97. b) 17. 6. 1992	mündlich/ schriftlich	<i>Hartmut Büttner</i> und weitere 47 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	Zustimmung trotz großer Bedenken
59	a) 97. b) 17. 6. 1992	mündlich	<i>Joachim Graf von Schönburg-Glauchau</i> (CDU/CSU)	Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	Zustimmung trotz Bedenken
60	a) 97. b) 17. 6. 1992	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	Begründung der Zustimmung
61	a) 97. b) 17. 6. 1992	schriftlich	<i>Jörg Ganschow</i> (FDP)	Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	Begründung der Zustimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion
62	a) 97. b) 17. 6. 1992	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	Zustimmung trotz schwerster Bedenken

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
63	a) 98. b) 24. 6. 1992	mündlich	<i>Dagmar Enkelmann</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung
64	a) 98. b) 24. 6. 1992	mündlich	<i>Gregor Gysi</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung
65	a) 98. b) 24. 6. 1992	mündlich	<i>Ulrich Briefs</i> (fraktionslos)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung
66	a) 98. b) 24. 6. 1992	mündlich	<i>Konrad Weiß</i> (B 90/GRÜNE)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung
67	a) 98. b) 24. 6. 1992	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages	Begründung der Ablehnung
68	a) 98. b) 24. 6. 1992	mündlich	<i>Dieter Wiefelspütz</i> (SPD)	Beschlußempfehlung betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages	als Vorsitzender des 1. Ausschusses Richtigstellung der Ausführungen von <i>Peter Conradi</i> (SPD)
69	a) 98. b) 24. 6. 1992	schriftlich	<i>Anneliese Augustin</i> und weitere 24 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Beschlußempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zum Entschließungsantrag zur vereinbarten Debatte betr. Menschenrechtspolitik	Ablehnung wegen der unveränderten Menschenrechtsslage in China
70	a) 99. b) 25. 6. 1992	mündlich	<i>Gregor Gysi</i> (PDS/LL)	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Gruppenantrag Drucksache 12/2605 [neu]

71	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Klaus Bühler, Klaus Riegert, Franz Romer, Andreas Schockenhoff und Elke Wülfing (alle CDU/CSU)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Zustimmung zum Entwurf der CDU/CSU-Fraktion trotz Bedenken gegen die Fristenlösung
72	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Hartmut Büttner (CDU/CSU)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Gruppenantrag Drucksache 12/2605 [neu]
73	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Wolfgang Götzer (CDU/CSU)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Stimmenthaltung beim Entwurf der CDU/CSU-Fraktion wegen der Verschlechterung des Lebensschutzes
74	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Günter Graf (SPD)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Gruppenantrag Drucksache 12/2605 [neu]
75	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Ernst Hinsken (CDU/CSU)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Entwurf der Abg. Werner u. a. bzw. zum Entwurf der CDU/CSU-Fraktion
76	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Lothar Ibrügger (SPD)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Gruppenantrag Drucksache 12/2605 [neu]
77	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Klaus Kübler (SPD)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Gruppenantrag Drucksache 12/2605 [neu]
78	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Herbert Lattmann (CDU/CSU)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Entwurf der CDU/CSU-Fraktion trotz Bedenken
79	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Kurt J. Rossmannith (CDU/CSU)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Entwurf der Abg. Werner u. a.
80	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Jürgen Rüttgers (CDU/CSU)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Entwurf der CDU/CSU-Fraktion
81	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Heribert Scharrenbroich (CDU/CSU)</i>	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Gruppenantrag Drucksache 12/2605 [neu]

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
82	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD)	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Entwurf der SPD-Fraktion und zum Gruppenantrag 12/2605 [neu]
83	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Hermann Schwörer</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Entwurf der Abg. <i>Werner</i> u. a. und ersatzweise zum Entwurf der CDU/CSU-Fraktion
84	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Günter Verheugen</i> (SPD)	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Zustimmung zum Gruppenantrag Drucksache 12/2605 [neu] nach Ablehnung des Entwurfs der SPD-Fraktion
85	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Ruprecht Vondran</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Entwurf der CDU/CSU-Fraktion
86	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Heidemarie Wiczorek-Zeul</i> (SPD)	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der Zustimmung zum Gruppenantrag Drucksache 12/2605 [neu]
87	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Benno Zierer</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Begründung der ausschließlichen Zustimmung zum Entwurf der Abg. <i>Werner</i> u. a.
88	a) 99. b) 25. 6. 1992	schriftlich	<i>Claudia Nolte</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe betr. Schutz des ungeborenen Lebens	Wegen Abwesenheit Zustimmungserklärung zum Entwurf der Abg. <i>Werner</i> u. a.
89	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Gerhard Schulz</i> (CDU/CSU)	Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz	Begründung der Zustimmung zum SPD-Änderungsantrag
90	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz	Begründung der Zustimmung
91	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Günther Krause</i> (CDU/CSU)	Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz	Begründung der Ablehnung des SPD-Änderungsantrags

92	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Martin Grüner</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Ältestenrates zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Deutschen Einheit	Ablehnung wegen des Konzepts der Bundesregierung zur Ausgestaltung des Regierungssitzes
93	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (fraktionslos)	Beschlußempfehlung des Ältestenrates zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Deutschen Einheit	Ablehnung wegen des Fehlens einer gesetzlichen Regelung
94	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Hans de With</i> (SPD)	Beschlußempfehlung und Bericht des Ältestenrates zu den Vorschlägen der unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder	Begründung der Stimmenthaltung
95	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Immo Lieberoth</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung und Bericht des Ältestenrates zu den Vorschlägen der unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder	Zustimmung trotz Bedenken
96	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Konrad Weiß</i> (B 90/GRÜNE)	Beschlußempfehlung und Bericht des Ältestenrates zu den Vorschlägen der unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder	Ablehnung wegen der Unausgeglichenheit der Konzeption

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
97	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung und Bericht des Ältestenrates zu den Vorschlägen der unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder	Sachbeitrag anstelle einer Erklärung zur Abstimmung; Wortentzug
98	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Günther Heyenn</i> (SPD)	Beschlußempfehlung und Bericht des Ältestenrates zu den Vorschlägen der unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder	Begründung der Ablehnung
99	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Uwe Küster</i> (SPD)	Zweites Vermögensrechtsänderungsgesetz	Begründung der Ablehnung abweichend vom Votum der SPD-Fraktion
100	a) 100. b) 26. 6. 1992	mündlich	<i>Rainer Jork</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zum SPD-Antrag betr. Beibehaltung der bisherigen Förderungshöhe für die Kultur in den neuen Bundesländern	Begründung der Ablehnung des SPD-Antrags im Namen aller sächsischen Abgeordneten und weiterer Abgeordneter aus den neuen Bundesländern
101	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Gunter Weißgerber</i> (SPD)	Beschlußempfehlung zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Ablehnung als Leipziger wegen tiefer Enttäuschung
102	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Christian Müller</i> (SPD)	Beschlußempfehlung zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Ablehnung wegen der Unausgeglichenheit der Konzeption

103	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Dietrich Mahlo</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Stimmenthaltung wegen der Unausgeglichenheit der Konzeption
104	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Klaus Kübler</i> (SPD)	Beschlußempfehlung zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Ablehnung wegen der geplanten Verlagerung des Umweltbundesamtes
105	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Klaus Röhl</i> (FDP)	Beschlußempfehlung zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Ablehnung wegen der Unausgeglichenheit der Konzeption
106	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Wilfried Böhm</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Zustimmung in der Hoffnung, daß die Kommission ihrem Auftrag doch noch nachkommt
107	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Birgit Homburger</i> (FDP)	Beschlußempfehlung zum zweiten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Ablehnung wegen der räumlichen Trennung einiger Bundesministerien vom Parlament
108	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Wolfgang Hermann</i> <i>Freiherr von Stetten</i> (CDU/CSU)	Zweites Vermögensrechtsänderungsgesetz	Begründung der Zustimmung

Hinweis

Sämtliche Wortmeldungen in den Plenarsitzungen enthält das **Sprechregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages**.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
109	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Konrad Gilges, Gerd Andres, Hans Büttner, Günther Heyenn, Renate Jäger, Regina Kolbe, Ulrike Mascher, Adolf Oster-tag, Manfred Reimann, Renate Rennebach, Ottmar Schreiner, Hans-Eberhard Urbaniak, Barbara Weiler und Rudolf Dreßler</i> (alle SPD)	Gesetz zur Verlängerung der Kündigungsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung nach dem Einigungsvertrag	Begründung der Ablehnung
110	a) 100. b) 26. 6. 1992	schriftlich	<i>Rolf Schwanitz</i> (SPD)	Gesetz zur Verlängerung der Kündigungsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung nach dem Einigungsvertrag	Begründung der Ablehnung
111	a) 103. b) 9. 9. 1992	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (fraktionslos)	Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses zu Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht	Begründung der Ablehnung
112	a) 107. b) 24. 9. 1992	schriftlich	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Neuregelung der Zinsbesteuerung (Zinsabschlaggesetz)	Ablehnung wegen der Vermutung der Verfassungswidrigkeit
113	a) 107. b) 24. 9. 1992	schriftlich	<i>Detlev von Larcher</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Neuregelung der Zinsbesteuerung (Zinsabschlaggesetz)	Ablehnung wegen der ungleichen Behandlung von Steuerpflichtigen
114	a) 113. b) 15. 10. 1992	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Vereinbarte Debatte zur Asylpolitik, hier: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP	Begründung der Ablehnung

115	a) 113. b) 15. 10. 1992	mündlich	<i>Andrea Lederer</i> (PDS/LL)	Vereinbarte Debatte zur Asylpolitik, hier: Entschließungsantrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Begründung der Ablehnung
116	a) 113. b) 15. 10. 1992	mündlich	<i>Wolfgang Engelmann</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen	Begründung der Zustimmung im Namen aller Abgeordneten der CDU-Landesgruppe Sachsen
117	a) 113. b) 15. 10. 1992	schriftlich	<i>Burkhard Hirsch</i> und <i>Gerhart Rudolf Baum</i> (beide FDP)	Vereinbarte Debatte zur Asylpolitik, hier: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP	Begründung der Zustimmung mit Klarstellung des Inhalts des Antrags
118	a) 113. b) 15. 10. 1992	schriftlich	<i>Gerhard Scheu</i> (CDU/CSU)	Vereinbarte Debatte zur Asylpolitik, hier: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP	Begründung der Stimmenthaltung
119	a) 113. b) 15. 10. 1992	schriftlich	<i>Udo Haschke,</i> <i>Norbert Otto, Heinz-</i> <i>Jürgen Kronberg,</i> <i>Kersten Wetzel,</i> <i>Harald Kahl,</i> <i>Manfred Heise,</i> <i>Gerhard Reddemann,</i> und <i>Claudia Nolte</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen	Begründung der Zustimmung der CDU-Landesgruppe Thüringen
120	a) 115. b) 29. 10. 1992	mündlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses zu Anträgen des Bundesministers der Finanzen betr. Einwilligung gemäß § 64 Abs. 2 BHO	Begründung der Ablehnung

Hinweis

Sämtliche Wortmeldungen in den Plenarsitzungen des Bundestages enthält für jede Wahlperiode das **Sprechregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages**. Außer den Redebeiträgen sind hierin weitere Aktivitäten der Abgeordneten dokumentiert, z. B. Fragen und Zusatzfragen zur Fragestunde, Mitautorenschaft oder Unterstützung bei Gesetzentwürfen und anderen Vorlagen.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
121	a) 117. b) 5. 11. 1992	schriftlich	<i>Michael Luther, Maria Michalk, Hartmut Büttner</i> und weitere 38 Abgeordnete (alle CDU/CSU)	Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgegesetzen	Allgemeine Feststellungen
122	a) 117. b) 5. 11. 1992	schriftlich	<i>Rainer Eppelmann, Rainer Jork, Harald Kahl, Hartmut Koschyk, Rudolf Karl Krause, Klaus-Heiner Lehne, Dorothee Wilms</i> und <i>Roswitha Wisniewski</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zur Verlängerung der Wartefristen für Eigenbedarfskündigungen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet	Begründung der Abwesenheit bei der namentlichen Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag
123	a) 118. b) 6. 11. 1992	schriftlich	<i>Egon Jüttner</i> (CDU/CSU)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Fördergesetzes	Richtigstellung der irrtümlich erklärten Stimmenthaltung anstelle der Zustimmung
124	a) 123. b) 25. 11. 1992	schriftlich	<i>Helmut Schäfer</i> (FDP)	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zu einer Entschließung zum Haushaltsgesetz 1991 betr. „Jäger 90“	Richtigstellung der irrtümlich erklärten Zustimmung anstelle Ablehnung
125	a) 124. b) 26. 11. 1992	mündlich	<i>Ulrich Klinkert</i> (CDU/CSU)	Haushaltsgesetz 1993, hier: Einzelplan 16 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)	Begründung der Zustimmung

126	a) 125. b) 27. 11. 1992	schriftlich	<i>Rainer Jork, Rudolf Meinl, Hermann Pohler, Georg Janovsky, Hans-Dirk Bierling, Rolf Rau, Wolfgang Engelmann, Manfred Kolbe, Gerhard Schulz, Wolfgang Dehnel, Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Joachim Schmidt, Angelika Pfeiffer, Michael Luther, Klaus Brähmig, Klaus Reichenbach und Ulrich Klinkert</i> (alle CDU/CSU)	Haushaltsgesetz 1993, hier: Schlußabstimmung	Zustimmung der sächsischen CDU-Abgeordneten in der Erwartung, daß die Umsetzung des Erfurter 12-Punkte-Papiers durch einen Nachtragshaushalt erfolgt
127	a) 125. b) 27. 11. 1992	schriftlich	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	Haushaltsgesetz 1993 hier: Schlußabstimmung	Zustimmung nur unter sehr großen Bedenken
128	a) 125. b) 27. 11. 1992	schriftlich	<i>Gerd Wartenberg</i> (SPD)	Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsgesetz 1993	Richtigstellung der irrtümlich abgegebenen Nein-Stimme
129	a) 125. b) 27. 11. 1992	schriftlich	<i>Wolfgang Vogt</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsgesetz 1993	Richtigstellung der irrtümlich abgegebenen Ja-Stimme
130	a) 125. b) 27. 11. 1992	schriftlich	<i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)	Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsgesetz 1993	Erklärung, die blaue Ja-Stimmkarte abgegeben zu haben
131	a) 125. b) 27. 11. 1992	schriftlich	<i>Hermann Bachmaier</i> (SPD)	Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege	Begründung der Ablehnung
132	a) 125. b) 27. 11. 1992	schriftlich	<i>Kurt Falthäuser</i> (CDU/CSU)	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsgesetz 1993, hier: Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung)	Versicherung, versehentlich die falsche Stimmkarte abgegeben zu haben

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
133	a) 126. b) 2. 12. 1992	mündlich	<i>Konrad Weiß</i> (B 90/GRÜNE)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Begründung der Ablehnung
134	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Eckart Kuhlwein</i> (SPD) und weitere 38 Abgeordnete der SPD-Fraktion	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Unterstützung der Rede der Abg. <i>Ulrike Mehl</i> (SPD) betr. grundsätzliche ökologische Bedenken gegenüber Konzeption der Europäischen Gemeinschaft
135	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Günther Heyenn, Ottmar Schreiner, Ulrike Mascher, Renate Jäger, Adolf Ostertag, Renate Rennebach, Barbara Weiler, Ulla Burchardt, Hildegard Wester, Hans- Eberhard Urbaniak und Antje-Marie Steen</i> (alle SPD)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Zustimmung zum Vertrag verbunden mit der Aufforderung, in den weiteren Verhandlungen auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Situation der Bürger in der Gemeinschaft zu drängen
136	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Cornelia von Teichman</i> (SPD)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Zustimmung trotz schwerer Bedenken
137	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Joachim Clemens</i> (CDU/CSU)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Begründung der Stimmenthaltung
138	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Ruprecht Vondran</i> (CDU/CSU)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken

139	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Uwe Jens</i> (SPD)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Ablehnung wegen ökonomischer Bedenken gegen die zur Zeit praktizierte EG-Politik und einige Vertragsbestimmungen
140	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Begründung der Stimmenthaltung
141	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Jürgen Augustinowitz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Zustimmung unter Vorbehalten
142	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Zustimmung in der Erwartung, daß Regierung, Bundestag und Bundesrat intensiv für Nachbesserungen auf dem weiteren Weg zu einem geeinigten Europa eintreten
143	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Wolfgang Schulhoff</i> (CDU/CSU)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Zustimmung trotz Bedenken
144	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Peter Paziorek</i> (CDU/CSU)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Zustimmung trotz offensichtlicher Schwächen des Vertrages
145	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Albrecht Müller</i> (SPD)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Begründung der Stimmenthaltung
146	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> (SPD)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Zustimmung trotz schwerwiegender Bedenken
147	a) 126. b) 2. 12. 1992	schriftlich	<i>Wolfgang Börnsen</i> (CDU/CSU)	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	Begründung der Zustimmung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
148	a) 127. b) 9. 12. 1992	mündlich	<i>Wolfgang Vogt</i> (CDU/CSU)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen	Begründung der Zustimmung
149	a) 127. b) 9. 12. 1992	mündlich	<i>Rudolf Dreßler</i> (SPD)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen	Begründung der Ablehnung namens der SPD-Fraktion
150	a) 127. b) 9. 12. 1992	mündlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen	Begründung der Ablehnung namens der Gruppe PDS/LL
151	a) 127. b) 9. 12. 1992	mündlich	<i>Gisela Babel</i> (FDP)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen	Begründung der Zustimmung namens der FDP-Fraktion
152	a) 127. b) 9. 12. 1992	mündlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Ablehnung auch unter Berücksichtigung der positiven Seiten
153	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Joachim Clemens</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Ablehnung u. a. aus verfassungspolitischen Bedenken

154	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Gertrud Dempwolf, Walter Link und Helmut Rode</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Zustimmung im ganzen trotz Ablehnung von Teilregelungen
155	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Olaf Feldmann</i> (FDP)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Begründung der Ablehnung
156	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Klaus-Jürgen Hedrich</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Zustimmung im ganzen trotz Ablehnung von Teilregelungen
157	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Jürgen Koppelin</i> (FDP)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Ablehnung wegen Unvereinbarkeit mit unserem Gesundheitswesen
158	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Reinhard Meyer zu Bentrop</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Begründung der Ablehnung
159	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Klaus Riegert</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken
160	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Helmut Sauer</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Zustimmung trotz schwerster Bedenken

Hinweis

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind in folgenden Abschnitten verzeichnet:

- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts (mit stichwortartiger Wiedergabe der Ausführungen des Redners)
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
161	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Reinhard Freiherr von Schorlemer</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Zustimmung im ganzen trotz Ablehnung von Teilregelungen
162	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Wilfried Seibel</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Begründung der Nichtteilnahme an der Abstimmung
163	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Antje-Marie Steen</i> (SPD)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Begründung der ausdrücklichen Zustimmung
164	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Cornelia von Teichman</i> (FDP)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Begründung der Ablehnung
165	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Hans-Peter Voigt</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Zustimmung im ganzen trotz Ablehnung von Teilregelungen
166	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Alois Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Zustimmung trotz Bedenken
167	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Burkhard Zurheide</i> (FDP)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Begründung der Stimmenthaltung
168	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Joseph-Theodor Blank</i> und <i>Wolfgang Schulhoff</i> (beide CDU/CSU)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Zustimmung trotz Bedenken

169	a) 127. b) 9. 12. 1992	schriftlich	<i>Martin Grüner, Ingrid Walz, Hans-Joachim Otto, Horst Friedrich, Norbert Eimer, Karl-Heinz Guttmacher, Wolfgang Lüder, Walter Hutschler und Michaela Blunk</i> (alle FDP)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)	Begründung der Ablehnung
170	a) 128. b) 10. 12. 1992	mündlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Entschließungsantrag der Gruppe PDS/LL zur Finanzierung der Einheit und zur Verteilung der Lasten	Ablehnung im Interesse der ostdeutschen Kommunen
171	a) 128. b) 10. 12. 1992	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu den Menschenrechten in China	Begründung der Zustimmung
172	a) 128. b) 10. 12. 1992	mündlich	<i>Heinz-Jürgen Kronberg</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu den Menschenrechten in China	Ablehnung, weil Entschließungsantrag als Bankrotterklärung der deutschen Menschenrechtspolitik verstanden wird
173	a) 128. b) 10. 12. 1992	schriftlich	<i>Kersten Wetzel</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Menschenrechte	Ablehnung wegen unveränderter politischer Situation in China
174	a) 128. b) 10. 12. 1992	schriftlich	<i>Ronald Pofalla und Stefan Schwarz</i> (beide CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu den Menschenrechten in China	Ablehnung wegen unveränderter politischer Situation in China
175	a) 128. b) 10. 12. 1992	schriftlich	<i>Hubert Hüppe</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu den Menschenrechten in China	Ablehnung wegen weiterer Mißachtung der Menschenrechte in China
176	a) 128. b) 10. 12. 1992	schriftlich	<i>Heinz-Adolf Hörsken und Wolfgang Vogt</i> (beide CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu den Menschenrechten in China	Ablehnung wegen weiterer Mißachtung der Menschenrechte in China

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
177	a) 128. b) 10. 12. 1992	schriftlich	<i>Jörg Ganschow</i> (FDP)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu den Menschenrechten in China	Ablehnung wegen weiterer Verletzung von Menschenrechten in Rot-China
178	a) 129. b) 11. 12. 1992	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (fraktionslos)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolngengesetzen (Kriegsfolgenbereinigungsgesetz)	Ablehnung wegen des verfassungswidrigen Verfahrens
179	a) 129. b) 11. 12. 1992	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz	Ablehnung wegen des Verstoßes gegen die Gleichheit vor dem Gesetz Abgabe der Erklärung auch im Namen der Abg. <i>Burkhard Hirsch</i> und <i>Jürgen Koppelin</i> (beide FDP)
180	a) 129. b) 11. 12. 1992	schriftlich	<i>Michaela Blunk</i> (FDP)	Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz	Begründung der Ablehnung
181	a) 130. b) 13. 1. 1993	schriftlich	<i>Angela Stachowa</i> (PDS/LL)	Namentliche Abstimmungen zum Maastrichter Vertrag sowie Grundgesetzänderung und Entschließungsanträge dazu	Versicherung, an allen vier namentlichen Abstimmungen teilgenommen und versehentlich die Abstimmungskarten des Abg. <i>Modrow</i> benutzt zu haben
182	a) 131. b) 14. 1. 1993	mündlich	<i>Rosemarie Priebus</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses zu dem SPD-Antrag betr. Verminderung der Truppenübungsplätze in der Bundesrepublik Deutschland und künftiges Truppenübungsplatz-Konzept für Streitkräfte	Begründung der Zustimmung

183	a) 131. b) 14. 1. 1993	schriftlich	<i>Jürgen Türk</i> (FDP)	Beschlußempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses zu dem SPD-Antrag betr. Verminderung der Truppenübungsplätze in der Bundesrepublik Deutschland und künftiges Truppenübungsplatz-Konzept für Streitkräfte	Begründung der Ablehnung
184	a) 132. b) 15. 1. 1993	mündlich	<i>Ilja Seifert</i> (PDS/LL)	Fünftehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Ablehnung der Diätenerhöhung wegen der sozialen Lage in unserem Lande
185	a) 132. b) 15. 1. 1993	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (fraktionslos)	Fünftehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Zustimmung wegen der Nichtanhebung der Diäten zwischen 1976 und 1983
186	a) 132. b) 15. 1. 1993	schriftlich	<i>Angelika Barbe</i> (SPD)	Fünftehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Begründung der Ablehnung
187	a) 132. b) 15. 1. 1993	schriftlich	<i>Friedhelm Julius Beucher</i> (SPD)	Fünftehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Begründung der Ablehnung
188	a) 132. b) 15. 1. 1993	schriftlich	<i>Günter Graf</i> (SPD)	Fünftehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Ablehnung aus ganz persönlichen Gründen
189	a) 132. b) 15. 1. 1993	schriftlich	<i>Susanne Kastner</i> und <i>Walter Kolbow</i> (beide SPD)	Fünftehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Begründung der Ablehnung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
190	a) 132. b) 15. 1. 1993	schriftlich	<i>Siegfried Willy Scheffler</i> (SPD)	Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	Ablehnung als Zeichen der Solidarität mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
191	a) 137. b) 4. 2. 1993	mündlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Fünf Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses zu überplanmäßigen Ausgaben im Haushalt 1992	Einspruch gegen die beabsichtigte gemeinsame Abstimmung, da sie nur vier Beschlußempfehlungen zustimmen und eine ablehnen werde; Begründung der Ablehnung der Bundeswehr-Maßnahmen in Bosnien-Herzegowina
192	a) 141. b) 12. 2. 1993	schriftlich	<i>Norbert Geis</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland	Zustimmung, doch Weiterbestehen von Handlungsbedarf
193	a) 146. b) 11. 3. 1993	mündlich	<i>Lieselott Blunck</i> (SPD)	Bauhandwerkersicherungsgesetz	Ablehnung wegen der heimlichen Änderung des Verbraucherkreditgesetzes
194	a) 150. b) 26. 3. 1993	mündlich	<i>Wolfgang Hermann Freiherr von Stetten</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz)	Begründung der Zustimmung unter Vorbehalt
195	a) 151. b) 21. 4. 1993	mündlich	<i>Karsten D. Voigt</i> (SPD)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Erklärung der Bundesregierung zum Thema „Deutsche Mithilfe bei VN-Friedensbemühungen“	Begründung der Ablehnung
196	a) 151. b) 21. 4. 1993	schriftlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Beteiligung der Bundeswehr am AWACS-Einsatz	Begründung der Zustimmung

197	a) 151. b) 21. 4. 1993	schriftlich	<i>Cornelia von Teichman</i> (FDP)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Beteiligung der Bundeswehr am AWACS-Einsatz	Begründung der Stimmenthaltung
198	a) 151. b) 21. 4. 1993	schriftlich	<i>Michaela Blunk</i> (FDP)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Beteiligung der Bundeswehr am AWACS-Einsatz	Begründung der Ablehnung/Stimmenthaltung
199	a) 151. b) 21. 4. 1993	schriftlich	<i>Michaela Blunk</i> (FDP)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Hilfeinsatz der Bundeswehr für humanitäre Maßnahmen der Vereinten Nationen in Somalia	Ablehnung, da es sich um einen nicht vom Grundgesetz gedeckten Kampfeinsatz handelt
200	a) 155. b) 29. 4. 1993	mündlich	<i>Ulrich Briefs</i> (fraktionslos)	Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses zum Antrag der Abgeordneten <i>Ulla Jelpke</i> und der Gruppe der PDS/LL betr. Aufnahme des Fernsehfilms „Wahrheit macht frei“ und des Buches „Drahtzieher im braunen Netz – Der Wiederaufbau der NSDAP“ in das Programm der Bundeszentrale für politische Bildung	Begründung der Zustimmung zum Antrag der Gruppe PDS/LL
201	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Robert Antretter</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung
202	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Jürgen Augustinowicz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung
203	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Michaela Blunk</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
204	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Eberhard Brecht</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz Bedenken

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
205	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung der Grundgesetzänderung und des Asylverfahrensgesetzes und der Zustimmung zum Asylbewerberleistungsgesetz
206	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Carl Ewen</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
207	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Horst Eylmann</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz Bedenken
208	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Katrin Fuchs</i> und weitere 85 Abgeordnete der SPD	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
209	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Günter Graf</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken
210	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Renate Hellwig</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung
211	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Reinhold Hiller</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
212	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Stephan Hilsberg</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung

213	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung durch Rückblick auf die deutsche Geschichte
214	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Birgit Homburger</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
215	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Ilse Janz</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
216	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Horst Jaunich</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung der Grundgesetzänderung und des Gesetzes zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften
217	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Ulla Jelpke</i> (PDS/LL)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Stimmenthaltung im Namen der Gruppe PDS/LL
218	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Heinrich L. Kolb</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung
219	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Walter Kolbow,</i> <i>Susanne Kastner</i> und <i>Verena Wohleben</i> (alle SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung
220	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Jürgen Koppelin</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken

Hinweis

Alle im *Datenhandbuch* erwähnten Plenarsitzungen sind im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) zusammengefaßt.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
221	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Hans Koschnick</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
222	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Klaus Kübler</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung mit Rücksicht auf die große Mehrheit der Bevölkerung
223	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Hinrich Kuessner</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz Bedenken
224	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Editha Limbach</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz Bedenken
225	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Heinrich Lummer</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz gravierender Mängel des Asylkompromisses
226	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Michael Müller</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
227	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Margot von Renesse</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung im Vertrauen auf die verfassungskonforme Auslegung und Anwendung des Gesetzes durch die Gerichte
228	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Peter W. Reuschenbach</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung

229	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Hermann Scheer</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung der Grundgesetzänderung, aber Zustimmung zum Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber und zum Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften
230	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Siegfried Scheffler</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung
231	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Cornelia Schmalz-Jacobsen</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
232	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz außerordentlicher Gewissensnot
233	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Christoph Schnittler</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung trotz schwerwiegender Mängel des Asylkompromisses
234	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Rudolf Schöfberger, Hans Büttner, Horst Kubatschka, Uwe Lambinus, Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Martin Pfaff, Horst Schmidbauer, Erika Simm, Sigrid Skarpelis-Sperk, Ludwig Stiegler und Uta Titze-Stecher</i> (alle SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Ablehnung unter Berufung auf das Gewissen

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
235	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Antje-Marie Steen</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
236	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung mit Bedenken
237	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Joachim Tappe</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung
238	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Cornelia von Teichman</i> (FDP)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
239	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung zur Grundgesetzänderung unter Zurückstellung fortbestehender Bedenken und Begründung der Ablehnung des Gesetzes zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften
240	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Alois Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Zustimmung
241	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Hans Wallow</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Zustimmung in der Hoffnung auf eine Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes

242	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Konstanze Wegner</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
243	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Heidemarie Wiczorek-Zeul</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
244	a) 160. b) 26. 5. 1993	schriftlich	<i>Hanna Wolf</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 16 und 18] und drei Folgegesetze zur Änderung des Asylrechts	Begründung der Ablehnung
245	a) 161. b) 27. 5. 1993	mündlich	<i>Freimut Duve</i> (SPD)	Beschlußempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler in die Politik der Verständigung...	Stimmenthaltung der SPD-Fraktion trotz Zustimmung im Ausschuß
246	a) 161. b) 27. 5. 1993	mündlich	<i>Helga Otto</i> (SPD)	Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz	Begründung der Ablehnung
247	a) 161. b) 27. 5. 1993	mündlich	<i>Udo Haschke</i> (CDU/CSU)	Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz	Begründung der Zustimmung
248	a) 161. b) 27. 5. 1993	mündlich	<i>Christoph Schnittler</i> (FDP)	Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz	Begründung der Zustimmung
249	a) 161. b) 27. 5. 1993	mündlich	<i>Rudolf Karl Krause</i> (fraktionslos)	Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz	Begründung der Ablehnung des Art. 3 des Gesetzes
250	a) 161. b) 27. 5. 1993	schriftlich	<i>Jürgen Koppelin</i> (FDP)	Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms	Begründung der Zustimmung mit Einwänden
251	a) 161. b) 27. 5. 1993	schriftlich	<i>Thomas Molnar, Klaus Mildner, Rolf Rau, Dietmar Kansy und Werner Dörflinger</i> (alle CDU/CSU)	Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms	Erklärung zur Ablehnung des Art. 20 des Gesetzes

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
252	a) 161. b) 27. 5. 1993	schriftlich	<i>Klaus Kirschner</i> (SPD)	Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms	Begründung der Ablehnung
253	a) 161. b) 27. 5. 1993	schriftlich	<i>Hans Martin Bury</i> (SPD)	Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms	Begründung der Ablehnung
254	a) 161. b) 27. 5. 1993	schriftlich	<i>Else Ackermann, Susanne Jaffke, Rosemarie Priebus und Michael Wonneberger</i> (alle CDU/CSU)	Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz	Begründung der Ablehnung
255	a) 161. b) 27. 5. 1993	schriftlich	<i>Regina Kolbe</i> (SPD)	Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz	Zustimmung trotz Bedenken
256	a) 162. b) 16. 6. 1993	schriftlich	<i>Rolf Schwanitz</i> (SPD)	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Gesetz zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung im Namen der ostdeutschen und einiger westdeutscher Abgeordneter der SPD-Fraktion
257	a) 163. b) 17. 6. 1993	mündlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zu einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 1993 (Ausgleichsabgabe nach § 11 Schwerbehindertengesetz)	Begründung der Zustimmung bei gleichzeitiger Mißbilligung des zugrundeliegenden Sachverhalts
258	a) 163. b) 17. 6. 1993	mündlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses betr. Einwilligung zur Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften	Begründung der Ablehnung

259	a) 163. b) 17. 6. 1993	mündlich	<i>Klaus-Dieter Feige</i> (B 90/GRÜNE)	Gesetz über den Bau der „Südmufahrung Stendal“ der Eisenbahnstrecke Berlin–Oebisfelde	Begründung der Nichtteilnahme der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der Abstimmung wegen fehlender Informationen
260	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Marion Caspers-Merk</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Gesamtablehnung trotz Bejahung zweier Projekte, denen sie bei der Möglichkeit der Einzelabstimmung zugestimmt hätte
261	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Karl Diller, Elke Leonhard-Schmid</i> und <i>Ralf Walter</i> (alle SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Trotz Gesamtablehnung durch die Fraktion Billigung des Projekts betr. Lückenschlüsse im Fernstraßennetz in Rheinland-Pfalz (A 1, A 60, B 50 neu)
262	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Gerlinde Hämmerle</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Gesamtablehnung trotz Zustimmung zu verschiedenen Vorhaben
263	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Elke Leonhard-Schmid</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Abweichend von der Gesamtablehnung der Fraktion Zustimmung zum Ausbau der Bundesautobahnen A 60 und A 1 in der Eifel
264	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Lisa Peters</i> (FDP)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Begründung der Zustimmung mit Hinweis auf notwendige Änderung beim Ausbau der A 26 im Bereich des Landes Niedersachsen
265	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Renate Schmidt, Günter Verheugen</i> und <i>Heide Mattischeck</i> (alle SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Ablehnung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes wegen Ablehnung der ICE-Trasse Nürnberg–Erfurt
266	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Bodo Seidenthal</i> und <i>Fritz Gautier</i> (beide SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Ablehnung des Bundesverkehrswegeplans trotz Zustimmung zu mehreren Projekten im Namen aller Abgeordneter der Region Braunschweig

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
267	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Wieland Sorge</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Begründung der Zustimmung bei der Schlußabstimmung sowie zu weiteren einzelnen Projekten
268	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Begründung der Zustimmung zum Bau der A 94 München–Simbach–Pocking
269	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Lydia Westrich</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Begründung der Ablehnung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion betr. Ausbau der B 10 in Rheinland-Pfalz
270	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Hermann Wimmer</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Begründung der Ablehnung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion betr. Bau der A 94 München–Simbach–Pocking
271	a) 167. b) 30. 6. 1993	schriftlich	<i>Hans de With</i> (SPD)	Viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes, Bundesschienenwegeausbaugesetz u. a.	Begründung der Zustimmung bei der Schlußabstimmung sowie für den Bau der A 73 (Thüringen/Bayern)
272	a) 168. b) 1. 7. 1993	schriftlich	<i>Rudolf Karl Krause</i> (fraktionslos)	Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Naturschutz und zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des Artenschutzes	Begründung der Ablehnung der Errichtung des Bundesamtes für Naturschutz mit Sitz in Bonn
273	a) 168. b) 1. 7. 1993	schriftlich	Fraktion der SPD (keine Namensnennung)	Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Naturschutz und zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des Artenschutzes	Stimmhaltung trotz Unterstützung der Errichtung des Bundesamtes für Naturschutz mit Sitz in Bonn
274	a) 169. b) 2. 7. 1993	mündlich	<i>Konrad Weiß</i> (B 90/GRÜNE)	Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II	Begründung der Nichtteilnahme an der Abstimmung

275	a) 169. b) 2. 7. 1993	schriftlich	<i>Hans de With</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II	Begründung der Stimmenthaltung
276	a) 169. b) 2. 7. 1993	schriftlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II	Zustimmung trotz Überzeugung, daß dieser Einsatz eine Änderung des Art. 87 a GG voraussetzt
277	a) 169. b) 2. 7. 1993	schriftlich	<i>Michaela Blunk</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II	Ablehnung wegen der Überzeugung, daß dieser Einsatz eine Änderung des Grundgesetzes voraussetzt
278	a) 169. b) 2. 7. 1993	schriftlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II	Begründung der Zustimmung
279	a) 169. b) 2. 7. 1993	schriftlich	<i>Detlev von Larcher</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Standortsicherungsgesetz	Begründung der Ablehnung
280	a) 176. b) 23. 9. 1993	mündlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zur Veräußerung einer bundeseigenen Liegenschaft in Meiningen	Begründung der Ablehnung
281	a) 176. b) 23. 9. 1993	schriftlich	<i>Wolfgang Hermann Freiherr von Stetten</i> (CDU/CSU)	Gesetzesentwürfe zu strafrechtlichen Verjährungsfristen	Begründung der Ablehnung eines weiteren Hinausschiebens der Verjährungsfristen
282	a) 177. b) 24. 9. 1993	mündlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz)	Begründung der Ablehnung wegen der vorhandenen Lücken im Gesetz

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
283	a) 179. b) 30. 9. 1993	mündlich	<i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU/CSU)	Antrag der SPD-Fraktion betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses [Treuhandanstalt]	Begründung der Ablehnung der CDU/CSU-Fraktion
284	a) 180. b) 1. 10. 1993	mündlich	<i>Siegmar Mosdorf</i> (SPD)	Erstes Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes	Begründung der Stimmenthaltung Abgabe der Erklärung auch im Namen der Abgeordneten <i>Helga Otto, Bodo Seiden- thal, Ulla Schmidt</i> und <i>Klaus Lennartz</i>
285	a) 180. b) 1. 10. 1993	mündlich	<i>Josef Vosen</i> (SPD)	Erstes Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes	Begründung der Stimmenthaltung
286	a) 180. b) 1. 10. 1993	schriftlich	<i>Hubert Hüppe</i> (CDU/CSU)	Entgeltfortzahlungsgesetz	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken wegen der Lohnfortzahlung nach Abtreibungen
287	a) 180. b) 1. 10. 1993	schriftlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Entgeltfortzahlungsgesetz	Ablehnung wegen der Unausgewogenheit und Unvollständigkeit des Gesetzes
288	a) 180. b) 1. 10. 1993	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Entgeltfortzahlungsgesetz	Ablehnung wegen der Lohnfortzahlung bei Abtreibungen
289	a) 180. b) 1. 10. 1993	schriftlich	<i>Birgit Homburger</i> (FDP)	Entgeltfortzahlungsgesetz	Begründung der Ablehnung
290	a) 180. b) 1. 10. 1993	schriftlich	<i>Ruprecht Vondran</i> (CDU/CSU)	Entgeltfortzahlungsgesetz	Ablehnung wegen schwerer Mängel des Gesetzes
291	a) 180. b) 1. 10. 1993	schriftlich	<i>Herbert Werner</i> und weitere 36 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Entgeltfortzahlungsgesetz	Zustimmung trotz Bedenken bezüglich der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen

292	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Hartmut Büttner</i> (CDU/CSU)	Pflegeversicherungsgesetz	Ablehnung der Entwürfe der Regierungskoalition sowie der SPD-Fraktion aus grundsätzlichen Bedenken
293	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Hans Büttner</i> (SPD)	Pflegeversicherungsgesetz	Begründung der Ablehnung des Regierungsentwurfs und der Zustimmung zum Entwurf der SPD-Fraktion
294	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Hans-Joachim Fuchtel, Otto Hauser</i> und <i>Volker Kauder</i> (alle CDU/CSU)	Pflegeversicherungsgesetz	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken gegen eine umlagefinanzierte Pflegeversicherung
295	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Ruprecht Vondran</i> (CDU/CSU)	Pflegeversicherungsgesetz	Begründung der Ablehnung
296	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Michaela Blunk</i> (FDP)	Pflegeversicherungsgesetz	Begründung der Ablehnung
297	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Birgit Homburger</i> (FDP)	Pflegeversicherungsgesetz	Ablehnung aus Zweifel an dem gewählten Modell einer umlagefinanzierten Pflegeversicherung
298	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Jürgen Koppelin</i> (FDP)	Pflegeversicherungsgesetz	Begründung der Ablehnung
299	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Roland Kohn</i> (FDP)	Pflegeversicherungsgesetz	Begründung der Ablehnung
300	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Pflegeversicherungsgesetz	Zustimmung trotz Zweifel an der Tragfähigkeit des Gesamtkonzepts
301	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Jürgen Augustinowitz</i> (CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Zustimmung trotz eines Einzelaspekts (Belastung der kommunalen Haushalte durch Mehrausgaben im Bereich der Sozialhilfe)
302	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Reinhard Meyer zu Bentrup</i> (CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Begründung der Ablehnung von Art. 1 des Gesetzes in zweiter Beratung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
303	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Zustimmung trotz schwerer Bedenken
304	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Manfred Kolbe</i> (CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Begründung der Ablehnung mit der Unausgewogenheit des Sparkonzepts
305	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Editha Limbach</i> (CDU/CSU)	Erstes und Zweites Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Begründung der Ablehnung
306	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Angelika Pfeiffer</i> (CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Begründung der Ablehnung mit der Unausgewogenheit des Sparkonzepts
307	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Herbert Werner,</i> <i>Siegrun Löwisch</i> und <i>Karl H. Fell</i> (alle CDU/CSU)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Zustimmung in dritter Beratung trotz schwerer Bedenken
308	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Norbert Eimer</i> (FDP)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Ablehnung wegen verfassungswidriger Inhalte im Gesetz
309	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Petra Bläss</i> (PDS/LL)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Ablehnung wegen der Gefährdung des sozialen Friedens
310	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Dagmar Enkelmann</i> (PDS/LL)	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Ablehnung wegen der Streichung des Schlechtwettergeldes
311	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Heribert Scharrenbroich</i> und weitere 59 Abgeordnete der Fraktion der CDU/CSU	Erstes und Zweites Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken in Einzelfragen

312	a) 183. b) 22. 10. 1993	schriftlich	<i>Ortrun Schätzle</i> und weitere 9 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Trotz Ablehnung einer Teilregelung Zustimmung zum Gesetz im ganzen
313	a) 185. b) 28. 10. 1993	mündlich	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP) (vorgetragen von Vizepräsident <i>Hans Klein</i>)	Familiennamensrechtsgesetz	Begründung der Ablehnung (in Gedichtform)
314	a) 189. b) 11. 11. 1993	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz	Ablehnung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
315	a) 190. b) 12. 11. 1993	mündlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Ablehnung wegen Zweifel an der Verfassungsgemäßheit
316	a) 190. b) 12. 11. 1993	schriftlich	<i>Hans de With, Horst Kubatschka</i> und <i>Uwe Lambinus</i> (alle SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Ablehnung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
317	a) 190. b) 12. 11. 1993	schriftlich	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Ablehnung wegen schwerer verfassungsrechtlicher Bedenken
318	a) 190. b) 12. 11. 1993	schriftlich	<i>Hans Büttner</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Ablehnung wegen durchgreifender verfassungsrechtlicher Bedenken
319	a) 190. b) 12. 11. 1993	schriftlich	<i>Dorle Marx</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Ablehnung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
320	a) 190. b) 12. 11. 1993	schriftlich	<i>Friedhelm Julius Beucher</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Begründung der Ablehnung

Hinweis

Sämtliche Wortmeldungen in den Plenarsitzungen enthält das **Sprechregister zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages**.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
321	a) 190. b) 12. 11. 1993	schriftlich	<i>Cornelie Sonntag-Wolgast, Horst Jungmann, Reinhold Hiller, Ulrike Mehl, Antje-Marie Steen, Eckart Kuhlwein, Lieselott Blunck und Verena Wohleben</i> (alle SPD)	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Ablehnung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken
322	a) 191. b) 23. 11. 1993	mündlich	<i>Jürgen Timm</i> (FDP)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1994; hier: Epl. 30 (Bundesministerium für Forschung und Technologie)	Ablehnung wegen anderer Prioritätensetzung als im Fachausschuß
323	a) 191. b) 23. 11. 1993	mündlich	<i>Gottfried Haschke</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1994; hier: Epl. 10 (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)	Begründung der Ablehnung
324	a) 193. b) 25. 11. 1993	schriftlich	<i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1994; hier: Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Epl. 16 (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)	Begründung der Zustimmung
325	a) 194. b) 26. 11. 1993	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	2. Beratung des Haushaltsgesetzes 1994; hier: Epl. 06 (Bundesministerium der Justiz)	Stimmenthaltung wegen Ablehnung der Politik von Bundesjustizministerin <i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i>
326	a) 196. b) 2. 12. 1993	mündlich	<i>Konrad Weiß</i> (B 90/GRÜNE)	Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz)	Zustimmung trotz Bedenken

327	a) 196. b) 2. 12. 1993	schriftlich	<i>Dieter-Julius Cronenberg (FDP)</i>	Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung, anderer handwerksrechtlicher Vorschriften und des Berufsbildungsgesetzes	Zustimmung in der Erwartung, daß die noch ausstehenden Regelungen alsbald vorgenommen werden
328	a) 197. b) 3. 12. 1993	schriftlich	<i>Wolfgang Schulhoff (CDU/CSU)</i>	Erklärung der Bundesregierung: Ausblick auf die Tagung des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 1993 in Brüssel	Zustimmung trotz anfänglicher kritischer Bemerkungen
329	a) 198. b) 8. 12. 1993	schriftlich	<i>Wolfgang Krause (CDU/CSU)</i>	Gesetz zur Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung sowie zwei Änderungsanträge dazu	Hinweis auf die ablehnende Stimmabgabe, die irrtümlich nicht gezählt worden war
330	a) 199. b) 9. 12. 1993	mündlich	<i>Ulrich Janzen (SPD)</i>	Gesetz über den Bau des Abschnitts Wismar West–Wismar Ost der Bundesautobahn A 20 Lübeck–Bundesgrenze (A 11)	Zustimmung abweichend vom Votum der SPD-Fraktion
331	a) 199. b) 9. 12. 1993	mündlich	<i>Günther Krause (CDU/CSU)</i>	Gesetz zur Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes; Tarifaufhebungsgesetz	Begründung des von seiner Fraktion abweichenden Stimmverhaltens
332	a) 199. b) 9. 12. 1993	schriftlich	<i>Günther Friedrich Nolting (FDP)</i>	Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes; Gesetz zur Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes; Tarifaufhebungsgesetz	Begründung der Zustimmung zum Antrag betr. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Binnenschifffahrt
333	a) 199. b) 9. 12. 1993	schriftlich	<i>Steffen Kampeter (CDU/CSU)</i>	Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes; Gesetz zur Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes; Tarifaufhebungsgesetz	Begründung der Zustimmung zum Tarifaufhebungsgesetzentwurf der SPD-Fraktion
334	a) 200. b) 10. 12. 1993	mündlich	<i>Wolfgang Weng (FDP)</i>	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Förderung der beruflichen Weiterbildung	Zustimmung trotz Nichtberatung im zuständigen Haushaltsausschuß
335	a) 200. b) 10. 12. 1993	mündlich	<i>Jürgen Rüttgers (CDU/CSU)</i>	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Förderung der beruflichen Weiterbildung	Bitte um Zustimmung trotz Nichtbefassung des Haushaltsausschusses

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
336	a) 200. b) 10. 12. 1993	mündlich	<i>Peter Struck</i> (SPD)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Förderung der beruflichen Weiterbildung	Bitte um nachträgliche Befassung des Haushaltsausschusses
337	a) 200. b) 10. 12. 1993	schriftlich	<i>Arne Fuhrmann</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Zweiten Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Begründung der Ablehnung
338	a) 200. b) 10. 12. 1993	schriftlich	<i>Norbert Eimer</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Ersten Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	Zustimmung trotz Bedenken
339	a) 200. b) 10. 12. 1993	schriftlich	<i>Rainer Jork, Roswitha Wisniewski, Ulrich Junghanns und Dietrich Mahlo</i> (alle CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Großen Anfrage betr. Lage der Kultur in den neuen Ländern	Begründung der Ablehnung
340	a) 200. b) 10. 12. 1993	schriftlich	<i>Maria Michalk</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Großen Anfrage betr. Lage der Kultur in den neuen Ländern	Begründung der Ablehnung
341	a) 205. b) 20. 1. 1994	mündlich	<i>Renate Blank</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Erklärung der Bundesregierung zum Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung	Zustimmung mit Ausnahme des Punktes zur Abschaffung des Rabattgesetzes
342	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Hans-Dirk Bierling</i> (CDU/CSU)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Stimmenthaltung wegen Ablehnung der namentlichen Abstimmung als überzogenes parlamentarisches Verfahren für den Abstimmungsgegenstand

343	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Klaus Bühler</i> (CDU/CSU)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Stimmenthaltung wegen Ablehnung der namentlichen Abstimmung als überzogenes parlamentarisches Verfahren für den Abstimmungsgegenstand
344	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Hartmut Koschyk</i> (CDU/CSU)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Ablehnung wegen der historischen, politischen und emotionalen Bedeutung des Reichstages
345	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Norbert Lammert</i> (CDU/CSU)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Zustimmung trotz der herausragenden Bedeutung des Reichstages
346	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Christian Schmidt</i> (CDU/CSU)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Ablehnung wegen der historischen Bedeutung des Reichstagsgebäudes
347	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Wolfgang Hermann Freiherr von Stetten</i> (CDU/CSU)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Begründung der Ablehnung
348	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Eberhard Brecht</i> (SPD)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Begründung der Ablehnung
349	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Martin Grüner</i> (FDP)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Begründung der Zustimmung
350	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Birgit Homburger</i> (FDP)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Zustimmung nach anfänglicher Ablehnung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
351	a) 211. b) 25. 2. 1994	schriftlich	<i>Jürgen Türk</i> (FDP)	Antrag der Abgeordneten <i>Johannes Gerster</i> (Mainz), <i>Heribert Scharrenbroich</i> und weiterer Abgeordneter betr. verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin	Zustimmung wegen der Tourismusattraktion für Berlin
352	a) 216. b) 10. 3. 1994	mündlich	<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (SPD)	Berlin/Bonn-Gesetz	Begründung der Ablehnung
353	a) 216. b) 10. 3. 1994	mündlich	<i>Hans Martin Bury</i> (SPD)	Antrag der Abgeordneten <i>Hans Martin Bury</i> , <i>Simon Wittmann</i> (Tännesberg) und weiterer Abgeordneter betr. Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 über den Umzug von Parlament und Bundesregierung nach Berlin	Begründung der Zustimmung bei gleichzeitiger Ablehnung der Beschlußempfehlung des Ältestenrates zum dritten Zwischenbericht der Konzeptkommission
354	a) 216. b) 10. 3. 1994	mündlich	<i>Gerd Wartenberg</i> (SPD)	Berlin/Bonn-Gesetz	Begründung der Zustimmung
355	a) 216. b) 10. 3. 1994	mündlich	<i>Editha Limbach</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Ältestenrates zum dritten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch im Namen des Abg. <i>Stefan Schwarz</i> (CDU/CSU)
356	a) 216. b) 10. 3. 1994	mündlich	<i>Immo Lieberoth</i> (CDU/CSU)	Berlin/Bonn-Gesetz	Begründung der Zustimmung trotz wiederholt geäußelter Bedenken gegen die Verlagerung der Außenstelle Berlin der Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe nach Bonn

357	a) 216. b) 10. 3. 1994	mündlich	<i>Birgit Homburger</i> (FDP)	Berlin/Bonn-Gesetz; Beschlußempfehlung des Ältestenrates zum dritten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	Begründung der Ablehnung beider Vorlagen
358	a) 216. b) 10. 3. 1994	mündlich	<i>Georg Gallus</i> (FDP)	Arbeitszeitrechtsgesetz	Ablehnung wegen der Regelung zur Sonntagsarbeit
359	a) 216. b) 10. 3. 1994	schriftlich	<i>Martin Grüner</i> (FDP)	Berlin-/Bonn-Gesetz	Ablehnung trotz Respektierung der Hauptstadtentscheidung des Bundestages vom 20. Juni 1991
360	a) 216. b) 10. 3. 1994	schriftlich	<i>Lothar Ibrügger</i> (SPD)	Berlin-/Bonn-Gesetz	Begründung der Ablehnung
361	a) 216. b) 10. 3. 1994	schriftlich	<i>Walter Schöler</i> (SPD)	Antrag der Abgeordneten <i>Hans Martin Bury</i> , <i>Simon Wittmann</i> (Tännesberg) und weiterer Abgeordneter betr. Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 über den Umzug von Parlament und Bundesregierung nach Berlin	Zustimmung zu diesem Antrag sowie Ablehnung aller weiteren Vorlagen zu diesem Tagesordnungspunkt
362	a) 216. b) 10. 3. 1994	schriftlich	<i>Uwe Holtz</i> (SPD)	Berlin/Bonn-Gesetz; Beschlußempfehlung des Ältestenrates zum dritten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 über den Umzug von Parlament und Bundesregierung nach Berlin	Zustimmung zu diesen Vorlagen trotz der Auffassung, daß die Verlagerung von Parlament und Regierung nach Berlin falsch ist

Hinweis

Alle im *Datenhandbuch* erwähnten Plenarsitzungen sind im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) zusammengefaßt.

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
363	a) 216. b) 10. 3. 1994	schriftlich	<i>Klaus-Dieter Uelhoff, Herbert Werner, Theo Magin, Jürgen Augustinowitz, Walter Franz Altherr, Alois Graf von Waldburg-Zeil und Johannes Nitsch</i> (alle CDU/CSU)	Arbeitszeitrechtsgesetz	Zustimmung zum Gesetz als tragfähigem Kompromiß
364	a) 217. b) 11. 3. 1994	mündlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	Zustimmung trotz erheblicher Bedenken
365	a) 219. b) 14. 4. 1994	mündlich	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Regierungserklärung zur Lage im früheren Jugoslawien	Begründung der Ablehnung
366	a) 219. b) 14. 4. 1994	mündlich	<i>Stefan Schwarz</i> (CDU/CSU)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Regierungserklärung zur Lage im früheren Jugoslawien	Begründung der Ablehnung
367	a) 219. b) 14. 4. 1994	mündlich	<i>Günther Scharz</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Reform des Weinrechts	Ablehnung wegen der damit verbundenen unzumutbaren Bürokratie für einen praktizierenden Winzer
368	a) 219. b) 14. 4. 1994	schriftlich	<i>Johannes Gerster</i> und weitere 16 Abgeordnete der CDU-Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland	Gesetz zur Reform des Weinrechts	Zustimmung trotz Bedenken
369	a) 219. b) 14. 4. 1994	schriftlich	<i>Peter Bleser</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Reform des Weinrechts	Ablehnung trotz wichtiger Verbesserungen im Weinrecht

370	a) 222. b) 21. 4. 1994	mündlich	<i>Marita Sehn</i> (FDP)	Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen	Begründung der Ablehnung
371	a) 222. b) 21. 4. 1994	schriftlich	<i>Anneliese Augustin</i> und weitere 27 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Zweites Gleichberechtigungsgesetz	Zustimmung trotz fehlender Regelungen zur Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen
372	a) 222. b) 21. 4. 1994	schriftlich	<i>Michaela Blunk</i> (FDP)	Zweites Gleichberechtigungsgesetz	Begründung der Ablehnung
373	a) 222. b) 21. 4. 1994	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Zweites Gleichberechtigungsgesetz	Stimmenthaltung wegen der unerträglichen bürokratischen Regelungen
374	a) 222. b) 21. 4. 1994	schriftlich	<i>Jürgen Koppelin</i> (FDP)	Zweites Gleichberechtigungsgesetz	Begründung der Ablehnung
375	a) 222. b) 21. 4. 1994	schriftlich	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> und <i>Josef Grünbeck</i> (beide FDP)	Zweites Gleichberechtigungsgesetz	Begründung der Ablehnung
376	a) 223. b) 22. 4. 1994	mündlich	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz)	Ablehnung wegen Nichterfüllung der Bedingungen für die Kompensation
377	a) 224. b) 27. 4. 1994	schriftlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Zweites Gleichberechtigungsgesetz	Begründung der Nichtteilnahme an der Abstimmung in der 222. Sitz.
378	a) 225. b) 28. 4. 1994	mündlich	<i>Dagmar Enkelmann</i> (PDS/LL)	Sachenrechtsänderungsgesetz	Begründung der Ablehnung
379	a) 225. b) 28. 4. 1994	mündlich	<i>Uwe Lambinus</i> (SPD)	Sachenrechtsänderungsgesetz	Begründung der Zustimmung der SPD-Fraktion zu Art. 2 des Gesetzes in zweiter Beratung
380	a) 225. b) 28. 4. 1994	mündlich	<i>Uta Würfel</i> (FDP)	... Strafrechtsänderungsgesetz – Verjährung von Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen	Begründung der Ablehnung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
381	a) 225. b) 28. 4. 1994	schriftlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung zum Bericht der Bundesregierung zur Verringerung von Beteiligungen und Liegenschaften des Bundes	Begründung der Mißbilligung
382	a) 225. b) 28. 4. 1994	schriftlich	<i>Horst Eylmann</i> (CDU/CSU)	... Strafrechtsänderungsgesetz – Verjährung von Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen	Begründung der Ablehnung
383	a) 226. b) 29. 4. 1994	schriftlich	<i>Holger Bartsch</i> (SPD)	Gesetz zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes	Begründung der Ablehnung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung und Befürwortung des SPD-Entwurfs
384	a) 228. b) 19. 5. 1994	mündlich	<i>Helga Otto</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes u. a.	Stimmenthaltung zum Entwurf des Bundesrates und zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion wegen Benachteiligung der Forschung
385	a) 228. b) 19. 5. 1994	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> (SPD)	Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes u. a.	Begründung der Ablehnung
386	a) 228. b) 19. 5. 1994	schriftlich	<i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD)	Fünftes Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes	Begründung der Zustimmung zum Entschließungsantrag der SPD-Fraktion
387	a) 229. b) 20. 5. 1994	mündlich	<i>Joachim Graf von Schönburg-Glauchau</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Zustimmung
388	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Franz Möller</i> und <i>Wilhelm Rawe</i> (beide CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Ablehnung wegen der Gefahr der Aushöhlung der verfassungsmäßigen Eigentumsordnung nach Art. 14 des Grundgesetzes

389	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Maria Eichhorn, Wolfgang Lohmann und Wolfgang Zöller</i> (alle CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
390	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Joachim Clemens, Carl-Delev Freiherr von Hammerstein, Klaus-Jürgen Hedrich, Volkmar Köhler, Helmut Sauer, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Rudolf Sprung und Fritz Wittmann</i> (alle CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Ablehnung wegen Verstoßes gegen das Grundgesetz aus mehreren Gründen
391	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Wilfried Böhm</i> und weitere 14 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Zustimmung
392	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Wilfried Bohlsen</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit allergrößten Bedenken
393	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Albert Deß</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung mit großen Bedenken
394	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Wolfgang Ehlers</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Ablehnung
395	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Karl H. Fell</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Ablehnung
396	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Wolfgang Gröbl</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung mit größten Bedenken
397	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
398	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Siegfried Hornung</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
399	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Ablehnung aus verfassungsrechtlichen Bedenken
400	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Susanne Jaffke</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Ablehnung
401	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Dietmar Kansy</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
402	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Ignaz Kiechle</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
403	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Manfred Kolbe</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Ablehnung
404	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Hans-Ulrich Köhler</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
405	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Immo Lieberoth</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Stimmenthaltung
406	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Meinolf Michels</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Ablehnung
407	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Angela Merkel</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung, um das Erreichte nicht aufs Spiel zu setzen
408	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Rainer Ortleb</i> (FDP)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Ablehnung

409	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Peter Paziorek</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
410	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Peter Ramsauer</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung trotz schwerwiegender Bedenken
411	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Helmut Rode</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Ablehnung wegen Aushöhlung des Eigentumbegriffs
412	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Christian Schmidt</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Begründung der Zustimmung
413	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Michael von Schmude</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Ablehnung wegen der Ausklammerung der Bodenreform-Geschädigten
414	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Egon Susset</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
415	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Ferdinand Tillmann</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit allergrößten Bedenken
416	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Hans-Peter Voigt</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung trotz schwerwiegender Bedenken
417	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Alois Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU/CSU)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung trotz schwerwiegender Bedenken
418	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Günther Bredehorn</i> (FDP)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Ablehnung wegen der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes
419	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Walter Hüschler</i> (FDP)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
420	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Hans Paintner</i> (FDP)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Zustimmung nur mit großen Bedenken
421	a) 229. b) 20. 5. 1994	schriftlich	<i>Christoph Schnüttler</i> (FDP)	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	Stimmenthaltung wegen zahlreicher Fehler

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
422	a) 230. b) 26. 5. 1994	mündlich	<i>Hubert Hüppe</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes	Ablehnung der Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und der Fraktion der SPD aus Gewissensgründen
423	a) 230. b) 26. 5. 1994	mündlich	<i>Horst Eylmann</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes	Zustimmung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP trotz Bedenken
424	a) 230. b) 26. 5. 1994	mündlich	<i>Claus Jäger</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes	Begründung der Ablehnung der Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und der Fraktion der SPD
425	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Dieter-Julius Cronenberg</i> (FDP)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes	Begründung der Ablehnung der Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und der Fraktion der SPD sowie der Zustimmung zum Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen der Abg. <i>Herbert Werner, Hubert Hüppe</i> u. a.
426	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Ernst Hinsken</i> und <i>Wolfgang Freiherr von Stetten</i> (beide CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes	Zustimmung bzw. Ablehnung der verschiedenen Vorlagen
427	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Siegfried Hornung</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes	Begründung der Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
428	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Kurt J. Rossmannith</i> und <i>Erich Riedl</i> (beide CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes	Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP aus Gewissensgründen

429	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Albert Deß</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwange- ren- und Familienhilfegesetzes	Zustimmung zum Gesetzentwurf der Frak- tionen der CDU/CSU und FDP mit großen Bedenken
430	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Heinz Schemken</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwange- ren- und Familienhilfegesetzes	Begründung der Stimmenthaltung beim Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/ CSU und FDP
431	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Gerhard Scheu</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwange- ren- und Familienhilfegesetzes	Begründung der Ablehnung aller Gesetz- entwürfe
432	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Christoph Schnittler</i> (FDP)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwange- ren- und Familienhilfegesetzes	Ablehnung des Gesetzentwurfs der Frak- tionen der CDU/CSU und FDP aus Gewis- sensgründen
433	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Ferdinand Tillmann</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwange- ren- und Familienhilfegesetzes	Zustimmung zum Gesetzentwurf der Frak- tionen der CDU/CSU und FDP trotz gro- ßer Bedenken
434	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Klaus-Dieter Uelhoff</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwange- ren- und Familienhilfegesetzes	Begründung der Ablehnung des Gesetz- entwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
435	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Alois Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwange- ren- und Familienhilfegesetzes	Begründung der Zustimmung in zweiter Beratung zum mitunterzeichneten Gesetz- entwurf der Abg. <i>Manfred Carstens</i> (Emstek), <i>Norbert Geis</i> und anderer sowie der Zustimmung in dritter Beratung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/ CSU und FDP
436	a) 230. b) 26. 5. 1994	schriftlich	<i>Monika Brudlewsky</i> (CDU/CSU)	Gesetzentwürfe zur Änderung des Schwange- ren- und Familienhilfegesetzes	Begründung der Ablehnung des Gesetz- entwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
437	a) 233. b) 16. 6. 1994	mündlich	<i>Renate Blank</i> (CDU/CSU)	Rabattgesetzaufhebungsgesetz/Rabattdere- gulierungsgesetz	Begründung der Ablehnung aus der Sicht einer Einzelhändlerin

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
438	a) 233. b) 16. 6. 1994	mündlich	<i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU)	Rabattgesetzaufhebungsgesetz/Rabattdereregulierungsgesetz	Begründung der Ablehnung
439	a) 233. b) 16. 6. 1994	mündlich	<i>Eckart Kuhlwein</i> (SPD)	Magnetschwebbahnplanungsgesetz	Begründung der Ablehnung
440	a) 233. b) 16. 6. 1994	mündlich	<i>Josef Vosen</i> (SPD)	Magnetschwebbahnplanungsgesetz	Begründung der Stimmenthaltung
441	a) 233. b) 16. 6. 1994	mündlich	<i>Ernst Waltemathe</i> (SPD)	Magnetschwebbahnplanungsgesetz	Begründung der Zustimmung
442	a) 233. b) 16. 6. 1994	mündlich	<i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)	Mitbestimmungs-Beibehaltungsgesetz	Begründung der Ablehnung Abgabe der Erklärung auch im Namen der Abg. <i>Paul K. Friedhoff</i> und <i>Walter Hitschler</i> (beide FDP)
443	a) 233. b) 16. 6. 1994	schriftlich	<i>Horst Friedrich</i> (FDP)	Autobahnbenutzungsgebührengesetz	Zustimmung, obwohl keine Zweckbindung des Gebührenaufkommens für den Verkehrshaushalt vorgesehen ist
444	a) 233. b) 16. 6. 1994	schriftlich	<i>Jürgen Augustinowitz</i> (CDU/CSU)	Rabattaufhebungsgesetz/Rabattdereregulierungsgesetz	Begründung der Ablehnung
445	a) 233. b) 16. 6. 1994	schriftlich	<i>Klaus Bühler</i> (CDU/CSU)	Rabattaufhebungsgesetz/Rabattdereregulierungsgesetz	Begründung der Stimmenthaltung
446	a) 233. b) 16. 6. 1994	schriftlich	<i>Arno Schmidt</i> (FDP)	Rabattaufhebungsgesetz/Rabattdereregulierungsgesetz	Begründung der Ablehnung
447	a) 233. b) 16. 6. 1994	schriftlich	<i>Alois Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU/CSU)	Rabattaufhebungsgesetz/Rabattdereregulierungsgesetz	Zustimmung, weil den Bedenken der Einzelhändler Rechnung getragen wurde

448	a) 233. b) 16. 6. 1994	schriftlich	<i>Wolfgang Zöller</i> (CDU/CSU)	Rabattaufhebungsgesetz/Rabattdereregulierungsgesetz	Begründung der Ablehnung
449	a) 233. b) 16. 6. 1994	schriftlich	<i>Otto Hauser</i> (CDU/CSU)	Rabattaufhebungsgesetz/Rabattdereregulierungsgesetz	Bekanntgabe der Nichtteilnahme an der Abstimmung
450	a) 233. b) 16. 6. 1994	schriftlich	<i>Jürgen Koppelin</i> (FDP)	Magnetschwebbahnplanungsgesetz	Begründung der Ablehnung
451	a) 234. b) 17. 6. 1994	mündlich	<i>Ingeborg Philipp</i> (PDS/LL)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“	allgemeine Ausführungen
452	a) 234. b) 17. 6. 1994	mündlich	<i>Uwe-Jens Heuer</i> (PDS/LL)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“	allgemeine Ausführungen
453	a) 234. b) 17. 6. 1994	mündlich	<i>Angelika Barbe</i> (SPD)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“	allgemeine Ausführungen
454	a) 234. b) 17. 6. 1994	schriftlich	<i>Gunter Weißgerber</i> (SPD)	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe B 90/GRÜNE zum Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“	Zustimmung trotz Bedauern, daß ein deutlicher Verweis auf den NATO-Doppelbeschluß im Kapitel IV „Deutschlandpolitik und Wiedervereinigung“ fehlt
455	a) 234. b) 17. 6. 1994	schriftlich	<i>Roswitha Wisniewski</i> (CDU/CSU)	Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“	Begründung der Zustimmung

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
456	a) 235. b) 23. 6. 1994	mündlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Schuldrechtsänderungsgesetz	Ablehnung wegen der Mißachtung wesentlicher Grundsätze des Eigentumsrechts
457	a) 235. b) 23. 6. 1994	mündlich	<i>Gerd Poppe</i> (B 90/GRÜNE)	Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses (Bereich Kommerzielle Koordinierung)	Begründung der Ablehnung
458	a) 235. b) 23. 6. 1994	mündlich	<i>Wolfgang Ullmann</i> (B 90/GRÜNE)	Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses (Bereich Kommerzielle Koordinierung)	Begründung der Nichtteilnahme an der Abstimmung
459	a) 235. b) 23. 6. 1994	mündlich	<i>Klaus-Dieter Feige</i> (B 90/GRÜNE)	Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Veröffentlichung des Minderheitenvotums des 1. Untersuchungsausschusses	Begründung der Zustimmung
460	a) 235. b) 23. 6. 1994	mündlich	<i>Konrad Weiß</i> (B 90/GRÜNE)	Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Veröffentlichung des Minderheitenvotums des 1. Untersuchungsausschusses	Begründung der Zustimmung
461	a) 235. b) 23. 6. 1994	mündlich	<i>Joachim Hörster</i> (CDU/CSU)	Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Veröffentlichung des Minderheitenvotums des 1. Untersuchungsausschusses	Begründung der Ablehnung
462	a) 235. b) 23. 6. 1994	mündlich	<i>Andrea Lederer</i> (PDS/LL)	Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Veröffentlichung des Minderheitenvotums des 1. Untersuchungsausschusses	Begründung der Zustimmung

463	a) 235. b) 23. 6. 1994	mündlich/ schriftlich	<i>Klaus-Dieter Feige</i> (B 90/GRÜNE)	Gesetz zur Änderung von Vorschriften der Lehrerbesoldung	Ablehnung der Beschlußempfehlung des Innenausschusses (nähere Begründung wird zu Protokoll gegeben) Abgabe der Erklärung auch im Namen der Abg. <i>Werner Schulz</i> und <i>Wolfgang Ullmann</i> (beide B 90/GRÜNE)
464	a) 235. b) 23. 6. 1994	schriftlich	<i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU)	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und sonstiger gewerberechtlicher Vorschrif- ten	Begründung der Zustimmung
465	a) 235. b) 23. 6. 1994	schriftlich	<i>Rupert Scholz</i> (CDU/CSU)	Schuldrechtsänderungsgesetz	Ablehnung des Gesetzes wegen grundle- gender verfassungsrechtlicher Bedenken
466	a) 235. b) 23. 6. 1994	schriftlich	<i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)	Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Veröffentlichung des Min- derheitenvotums des 1. Untersuchungsaus- schusses	Begründung der Zustimmung
467	a) 235. b) 23. 6. 1994	schriftlich	<i>Helmut Sauer</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Auswärtigen Aus- schusses zu dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Konvention gegen Vertreibung	Unterstützung des Antrags der SPD-Frak- tion

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5).

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
468	a) 237. b) 29. 6. 1994	mündlich	<i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU/CSU)	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Postreform)	Zustimmung trotz Bedenken Erklärung auch im Namen von Abg. <i>Wilhelm Rawe</i> (CDU/CSU)
469	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Elke Ferner</i> (SPD)	Gesetze a) zur Änderung des Grundgesetzes b) Postneuordnungsgesetz/Änderung des Postverfassungsgesetzes c) Beschlußempfehlung des Ausschusses für Post und Telekommunikation zu dem Antrag der Gruppe PDS/LL betr. Reform der Deutschen Bundespost	Erklärung über die Abwesenheit an der Abstimmung; Begründung der Ablehnung der Postreform
470	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Walter Kolbow</i> (SPD)	Gesetze a) zur Änderung des Grundgesetzes b) Postneuordnungsgesetz/Änderung des Postverfassungsgesetzes c) Beschlußempfehlung des Ausschusses für Post und Telekommunikation zu dem Antrag der Gruppe PDS/LL betr. Reform der Deutschen Bundespost	Begründung der Ablehnung
471	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Renate Schmidt</i> (SPD)	Gesetze a) zur Änderung des Grundgesetzes b) Postneuordnungsgesetz/Änderung des Postverfassungsgesetzes c) Beschlußempfehlung des Ausschusses für Post und Telekommunikation zu dem Antrag der Gruppe PDS/LL betr. Reform der Deutschen Bundespost	Begründung der Nichtteilnahme an den Abstimmungen

472	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Margitta Terborg</i> (SPD)	Gesetze a) zur Änderung des Grundgesetzes b) Postneuordnungsgesetz/Änderung des Postverfassungsgesetzes c) Beschlußempfehlung des Ausschusses für Post und Telekommunikation zu dem Antrag der Gruppe PDS/LL betr. Reform der Deutschen Bundespost	Begründung der Ablehnung
473	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Hanna Wolf</i> (SPD)	Gesetze a) zur Änderung des Grundgesetzes b) Postneuordnungsgesetz/Änderung des Postverfassungsgesetzes c) Beschlußempfehlung des Ausschusses für Post und Telekommunikation zu dem Antrag der Gruppe PDS/LL betr. Reform der Deutschen Bundespost	Begründung der Ablehnung
474	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Rudolf Schöfberger, Hans Büttner, Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Horst Kubatschka, Sigrid Skarpelis-Sperk, Horst Peter, Hanna Wolf, Uta Titze-Stecher, Matthias Weisheit und Bernd Reuter</i> (alle SPD)	Gesetze a) zur Änderung des Grundgesetzes b) Postneuordnungsgesetz/Änderung des Postverfassungsgesetzes c) Beschlußempfehlung des Ausschusses für Post und Telekommunikation zu dem Antrag der Gruppe PDS/LL betr. Reform der Deutschen Bundespost	Begründung der Ablehnung
475	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Heidemarie Wieczorek-Zeul</i> (SPD)	Gesetz zu dem Vertrag vom 24./25. Juni 1994 über den Beitritt weiterer Staaten zur Europäischen Union	Zustimmung im Namen der Fraktion der SPD, allerdings bei Ablehnung des Bezugs auf Artikel 59 GG aus rechtlichen Gründen

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
476	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Friedhelm Julius Beucher, Monika Ganseforth, Detlev von Larcher, Michael Müller, Horst Peter und Hermann Scheer</i> (alle SPD)	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 15. April 1994 zur Errichtung der Welthandelsorganisation	Begründung der Ablehnung
477	a) 237. b) 29. 6. 1994	schriftlich	<i>Angelika Barbe</i> (SPD)	Zweites Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes	Allgemeine Kritik am Gesetzgebungsverfahren und an der vorgesehenen Kostenregelung
478	a) 238. b) 30. 6. 1994	mündlich	<i>Jürgen Schmude</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Gesetzentwurf der Abg. <i>Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck</i> und weiteren Abgeordneten zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 2a]
479	a) 238. b) 30. 6. 1994	mündlich	<i>Rupert Scholz</i> (CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Zustimmung zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Gesetzentwurf der Abg. <i>Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck</i> und weiteren Abgeordneten zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 2a]
480	a) 238. b) 30. 6. 1994	mündlich	<i>Manfred Richter</i> (FDP)	Verfassungsdebatte	Zustimmung zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Gesetzentwurf der Abg. <i>Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck</i> und weiteren Abgeordneten zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 2a]

481	a) 238. b) 30. 6. 1994	mündlich	<i>Burkhard Hirsch</i> (FDP)	Verfassungsdebatte	Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Gesetzentwurf der Abg. <i>Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck</i> und weiteren Abgeordneten zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 2a]
482	a) 238. b) 30. 6. 1994	mündlich	<i>Otto Schily</i> (SDP)	Verfassungsdebatte	In Anlehnung an die Ausführungen der Abg. <i>Jürgen Schmude</i> und <i>Burkhard Hirsch</i> Ablehnung des Gesetzentwurfs der Abg. <i>Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck</i> und weiteren Abgeordneten zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 2a]
483	a) 238. b) 30. 6. 1994	mündlich	<i>Jan Oostergetelo</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Bitte um Zurückziehung des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Gesetzentwurf der Abg. <i>Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck</i> und weiteren Abgeordneten zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 2a]
484	a) 238. b) 30. 6. 1994	mündlich	<i>Johannes Gerster</i> (CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Zustimmung zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Gesetzentwurf der Abg. <i>Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck</i> und weiteren Abgeordneten zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 2a]
485	a) 238. b) 30. 6. 1994	mündlich	<i>Jürgen Meyer</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Gesetzentwurf der Abg. <i>Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck</i> und weiteren Abgeordneten zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 2a]
486	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Angelika Barbe</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Bitte um Unterstützung für die Ergänzung von Art. 6 des Grundgesetzes

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
487	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Wolfgang Börnsen</i> (CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Zustimmung für einen neuen Art. 20b [Minderheitenschutz] trotz Vorbehalten
488	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Freimut Duve</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Unterstützung der Verankerung eines Minderheitenschutzes im Grundgesetz [Art. 20b] trotz erheblicher Bedenken gegen die Aufnahme des Begriffs „Volksgruppe“
489	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Michael Glos</i> (CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Befürwortung der Stärkung des Föderalismus und der Länderrechte durch die CSU-Landesgruppe; Zustimmung zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie Stimmenthaltung beim Änderungsantrag der SPD-Fraktion
490	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Klaus-Jürgen Hedrich</i> (CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Würdigung der Arbeit der Verfassungskommission, jedoch keine Zustimmung zu deren Vorschlägen oder zu darüber hinausgehenden Änderungsanträgen
491	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Verfassungsdebatte	Begründung der Zustimmung zum Gesetzentwurf des Bundesrates betr. Fusion von Berlin und Brandenburg
492	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Ulrich Klinkert</i> (CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Stimmenthaltung trotz Eintritt für einen Minderheitenschutz im Grundgesetz
493	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Regina Kolbe</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Feststellung, daß die Ergebnisse der Gemeinsamen Verfassungskommission für sie als Abgeordnete aus den neuen Bundesländern unbefriedigend sind

494	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Herbert Lattmann</i> (CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Keine Zustimmung zu den vorgelegten Anträgen zur Änderung des Grundgesetzes
495	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Maria Michalk</i> (CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Zustimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 20b] betr. Minderheitenschutz
496	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Doris Odendahl, Ursula Schmidt, Christa Lörcher, Evelin Fischer, Eckart Kuhlwein, Peter Eckardt, Konrad Elmer, Günter Rixe, Wolf-Michael Catenhusen, Peter Glotz, Hildegard Wester, Gert Weisskirchen, Ernst Kastning und Siegfried Vergin</i> (alle SPD)	Verfassungsdebatte	Ablehnung der Vorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission zur Änderung der Art. 72 und 75 Nr. 1 a GG
497	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Christian Müller</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Zustimmung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP; Ablehnung der Änderung des Art. 146 GG sowie Bedenken gegen die Formel „Verantwortung vor Gott“ in der Präambel des Grundgesetzes
498	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Heinz Schemken und Hans-Wilhelm Pesch</i> (beide CDU/CSU)	Verfassungsdebatte	Keine Zustimmung für die Ergänzung der Präambel des Grundgesetzes um die Worte „Mitschlichkeit und Gemeinsinn“
499	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Begründung der Ablehnung der Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
500	a) 238. b) 30. 6. 1994	schriftlich	<i>Gunter Weißgerber</i> (SPD)	Verfassungsdebatte	Zustimmung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zur Änderung des Grundgesetzes; Bedauern über die Nichteinlösung des Art. 146 GG
501	a) 240. b) 22. 7. 1994	mündlich	<i>Heidemarie Wieczorek-Zeul</i> (SPD)	Antrag der Bundesregierung betr. Deutsche Beteiligung an Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Adria-Embargo und Flugverbot über Bosnien-Herzegowina	Begründung der Ablehnung
502	a) 240. b) 22. 7. 1994	mündlich	<i>Uta Zapf</i> (SPD)	a) Antrag der Bundesregierung betr. Deutsche Beteiligung an Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Adria-Embargo und Flugverbot über Bosnien-Herzegowina b) Antrag der Fraktion der SPD betr. Fortdauer der Bundeswehreinätze zur Embargoüberwachung in der Adria sowie zur Überwachung und Durchsetzung des Flugverbots über dem Luftraum von Bosnien-Herzegowina	Begründung der Ablehnung des Antrags der Bundesregierung sowie auch des Antrags der SPD-Fraktion
503	a) 240. b) 22. 7. 1994	mündlich	<i>Stefan Schwarz</i> (CDU/CSU)	Antrag der Bundesregierung betr. Deutsche Beteiligung an Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Adria-Embargo und Flugverbot über Bosnien-Herzegowina	Begründung der Zustimmung

504	a) 240. b) 22. 7. 1994	mündlich	<i>Peter Struck</i> (SPD)	Antrag der Fraktion der SPD betr. Fortdauer der Bundeswehreinsätze zur Embargoüberwachung in der Adria sowie zur Überwachung und Durchsetzung des Flugverbots über dem Luftraum von Bosnien-Herzegowina	Feststellung stellvertretend für gesamte SPD-Fraktion, sie sei in ihrer Gesamtheit davon ausgegangen, daß der Antrag der SPD einschließlich Nr.3 zur Abstimmung gestanden hat
505	a) 240. b) 22. 7. 1994	schriftlich	<i>Rudolf Bindig</i> und weitere 23 Abgeordnete der Fraktion der SPD	a) Antrag der Bundesregierung betr. Deutsche Beteiligung an Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Adria-Embargo und Flugverbot über Bosnien-Herzegowina b) Antrag der Fraktion der SPD betr. Fortdauer der Bundeswehreinsätze zur Embargoüberwachung in der Adria sowie zur Überwachung und Durchsetzung des Flugverbots über dem Luftraum von Bosnien-Herzegowina	Begründung, heute bereits bestimmte militärische Aktionen nicht zu befürworten
506	a) 240. b) 22. 7. 1994	schriftlich	<i>Horst Kubatschka</i> und <i>Hans Büttner</i> (beide SPD)	a) Antrag der Bundesregierung betr. Deutsche Beteiligung an Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Adria-Embargo und Flugverbot über Bosnien-Herzegowina b) Antrag der Fraktion der SPD betr. Fortdauer der Bundeswehreinsätze zur Embargoüberwachung in der Adria sowie zur Überwachung und Durchsetzung des Flugverbots über dem Luftraum von Bosnien-Herzegowina	Begründung der Ablehnung beider Anträge
507	a) 241. b) 6. 9. 1994	mündlich	<i>Norbert Lammert</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch im Namen der Abgeordneten <i>Karl H. Fell</i> , <i>Irmgard Karwatzki</i> und <i>Wilhelm Rawe</i> (alle CDU/CSU)

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
508	a) 241. b) 6. 9. 1994	mündlich	<i>Ilja Seifert</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes	Begründung der Zustimmung
509	a) 241. b) 6. 9. 1994	schriftlich	<i>Manfred Kolbe</i> (CDU/CSU)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Bereich des Baugewerbes	Eintreten für die Beibehaltung des Schlechtwettergeldes
510	a) 241. b) 6. 9. 1994	schriftlich	<i>Jürgen Augustinowitz, Steffen Kampeter, Erika Reinhardt und Renate Diemers</i> (alle CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes	Ablehnung wegen verfassungsrechtlicher und -politischer Bedenken gegen die Zusammenfassung aller Änderungen in einem Gesetz
511	a) 241. b) 6. 9. 1994	schriftlich	<i>Ronald Pofalla und Martin J. Götsching</i> (beide CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes	Ablehnung wegen der vom Vermittlungsausschuß gewählten sog. „Paketlösung“
512	a) 241. b) 6. 9. 1994	schriftlich	<i>Konrad Elmer</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes	Begründung der Zustimmung
513	a) 241. b) 6. 9. 1994	schriftlich	<i>Wolfgang Börnsen</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes	Zustimmung zur Aufnahme des Schutzes der Minderheiten ins Grundgesetz entgegen dem Votum der CDU/CSU-Fraktion
514	a) 241. b) 6. 9. 1994	schriftlich	<i>Klaus-Dieter Feige</i> (B 90/GRÜNE)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft	Begründung der Ablehnung; Abgabe der Erklärung auch im Namen der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

515	a) 243. b) 21. 9. 1994	mündlich	<i>Ortwin Lowack</i> (fraktionslos)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz)	Begründung der Ablehnung
516	a) 243. b) 21. 9. 1994	mündlich	<i>Wolfgang Ullmann</i> (B 90/GRÜNE)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz)	Begründung der Ablehnung durch die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
517	a) 243. b) 21. 9. 1994	mündlich	<i>Gregor Gysi</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz)	Begründung der Ablehnung durch die Gruppe PDS/LL
518	a) 243. b) 21. 9. 1994	mündlich	<i>Erwin Marschewski</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz)	Begründung der Zustimmung namens der CDU/CSU-Fraktion
519	a) 243. b) 21. 9. 1994	mündlich	<i>Anke Fuchs</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz)	Begründung der Zustimmung

Hinweis

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind außerdem in folgenden Abschnitten verzeichnet:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Lfd. Nr.	a) Sitzungs-Nr. b) Datum der Sitzung	Form der Abgabe	Name des Abgeordneten, Fraktion	Abstimmungsgegenstand	Inhalt der Erklärung
520	a) 243. b) 21. 9. 1994	mündlich	<i>Detlef Kleinert</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz)	Begründung der Zustimmung
521	a) 243. b) 21. 9. 1994	mündlich	<i>Georg Gallus</i> (FDP)	Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses zu zwei Anträgen der SPD-Fraktion und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Unrechtsurteile wegen Fahnenflucht bzw. Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung für die Opfer der NS-Militärjustiz	Befürwortung des Antrags der CDU/CSU-Fraktion auf Zurückverweisung der Beschlußempfehlung und der Anträge an den Rechtsausschuß
522	a) 243. b) 21. 9. 1994	mündlich	<i>Robert Antretter</i> (SPD)	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Bildung von Einzeleigentum aus Konversionswohnungsbeständen	Bitte, aus Termingründen den Antrag nicht an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, sondern für diesen Antrag zu votieren
523	a) 243. b) 21. 9. 1994	schriftlich	<i>Roswitha Wisniewski</i> (CDU/CSU)	Beschlußempfehlung des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Kunst am Bau	Begründung der Zustimmung für die CDU/CSU-Fraktion
524	a) 243. b) 21. 9. 1994	schriftlich	<i>Peter Conradi</i> (SPD)	Beschlußempfehlung des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP betr. Kunst am Bau	Zustimmung für die SPD-Fraktion mit Einschränkungen
525	a) 243. b) 21. 9. 1994	schriftlich	<i>Barbara Höll</i> (PDS/LL)	Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses zu Unterrichtungen durch die Bundesregierung zu Maßnahmen nach § 249h Arbeitsförderungsgesetz und zum Beitrag an die Vereinten Nationen	Ablehnung beider Beschlußempfehlungen durch die Gruppe PDS/LL

8.17 Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze

Schon in der ersten wissenschaftlichen Untersuchung über das oppositionelle Verhalten im Bundestag*) ist festgestellt worden, daß die Opposition – in der 1. Wahlperiode im wesentlichen die SPD – nur verhältnismäßig wenigen Gesetzen **nicht** zustimmt und daß der Ablehnungsgrad der Opposition in dem Maße steigt, je wichtiger das Gesetz ist.

Nicht gelöste methodische Fragen und Schwierigkeiten bei der Datenerhebung haben dazu geführt, daß über die kontrovers und einstimmig verabschiedeten Gesetze insgesamt nur lückenhafte Forschungsergebnisse vorliegen. Während die Ermittlung der einstimmig verabschiedeten Gesetze eindeutige Ergebnisse liefert, sind die Zahlen über die kontrovers verabschiedeten Gesetze aus zwei Gründen mit gewisser Skepsis zu betrachten:

Erstens: Das genaue Abstimmverhalten der Abgeordneten ist – von den relativ seltenen namentlichen Abstimmungen abgesehen – nachträglich nicht ohne weiteres festzustellen. In der Literatur wurde schon mehrfach bedauert, daß die im stenographischen Sitzungsbericht protokollierten Aussagen der amtierenden Präsidenten zum Abstimmungsergebnis oft nicht detailliert genug sind. So läßt insbesondere der Hinweis, das Gesetz sei „mit Mehrheit“ angenommen worden, mehrere Interpretationen zwischen breiter Zustimmung und erheblicher Ablehnung zu. Bei weniger wichtigen Gesetzen fehlen zudem häufig Erklärungen von Fraktionssprechern, so daß sich nur mit Hilfe komplizierter und zeitaufwendiger Einzeluntersuchungen das Abstimmverhalten der Abgeordneten in den zurückliegenden Wahlperioden rekonstruieren ließe.

Zeitweilig hat das EDV-Programm GESTA versucht, die kontrovers verabschiedeten Gesetze zu erfassen. Es berücksichtigte hierbei solche Gesetze, „bei denen das Plenarprotokoll eine entsprechende eindeutige Beschlußformulierung enthält oder aus dem Zählungsergebnis bzw. der Auflistung bei namentlicher Abstimmung der Sachverhalt der Kontroversität eindeutig bestimmbar ist“. Getrennt gezählt wurden von GESTA zusätzlich „mit Mehrheit verabschiedete“ Gesetze, unter denen stets auch kontrovers verabschiedete Gesetze zu vermuten sind, ohne daß dies aus der Beschlußfassung allein klar hervorgeht. Die Schwierigkeit, die tatsächliche Zahl der kontrovers verabschiedeten Gesetze zu ermitteln, hat die Bearbeiter der GESTA-Statistik dazu veranlaßt, seit der 9. Wahlperiode auf diese Rubrik zu verzichten.

Zweitens: Ungeklärt ist nach wie vor auch die methodische Frage, ab welchem Grad der Ablehnung ein Gesetz als kontrovers verabschiedet zu bezeichnen ist; diese Frage ist bei Beginn der 10. Wahlperiode noch dadurch aktuell geworden, daß es nun zwei unterschiedlich große Oppositionsfraktionen mit durchaus abweichendem Abstimmverhalten gab. Ungeklärt ist schließlich, wie Stimmenthaltungen einzelner Abgeordneter oder ganzer Fraktionen in diesem Zusammenhang zu bewerten sind.

Im vorliegenden *Datenhandbuch* ist der Abschnitt „Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze“ folgendermaßen untergliedert:

- in eine (zum Teil lückenhafte) Gesamtstatistik einschließlich Graphik,
- in eine für die 7. bis 11. Wahlperiode erstellte Statistik der einstimmig verabschiedeten Gesetze, gegliedert nach deren Wichtigkeit,
- in eine Liste der kontrovers verabschiedeten Gesetze (überwiegend beschränkt auf namentliche Abstimmungen).

*) *Wolfgang Kralewski und Karlheinz Neunreither, Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag (1949–1953). Köln und Opladen 1963.*

Statistik der kontrovers und einstimmig verabschiedeten Gesetze*)

Wahlperiode	Verabschiedete Gesetze			
	Anzahl insgesamt	davon		
		kontrovers verabschiedet in %	weder kontrovers noch einstimmig verabschiedet in %	einstimmig verabschiedet in %
1. WP 1949–53	545	16,1 ¹⁾	64,6	19,3
2. WP 1953–57	507	•	•	58,4
3. WP 1957–61	424	•	•	63,7
4. WP 1961–65	427	•	•	71,0
5. WP 1965–69	453	•	•	71,1
6. WP 1969–72	335	6,3 ²⁾	23,5	70,2
7. WP 1972–76	516	6,4	23,1	70,5
8. WP 1976–80	354	7,3	30,8	61,9
9. WP 1980–83	139	9,4	39,5	51,1
10. WP 1983–87	320	•	•	15,6
11. WP 1987–90	369	•	•	17,3
12. WP 1990–94	507	•	•	27,6

- ¹⁾ bei 545 Schlußabstimmungen in 77 Fällen (= 14,1%) Ablehnung und in 11 Fällen (= 2,0%) Enthaltung durch SPD-Opposition
- ²⁾ bei 335 Schlußabstimmungen in 14 Fällen (= 4,2%) Ablehnung und in 7 Fällen (= 2,1%) Enthaltung durch CDU/CSU-Opposition

*) Quellen:

kontrovers verabschiedete Gesetze: 1. Wahlperiode: *Kralewski/Neunreither*, a. a. O. S. 84;

6. Wahlperiode: *Hans-Joachim Veen*, Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969–1972. Bonn 1976. S. 192;

7.–9. Wahlperiode: EDV-System GESTA;

weder kontrovers noch einstimmig verabschiedete Gesetze: Differenz zwischen den ausgezählten kontrovers und einstimmig verabschiedeten Gesetzen;

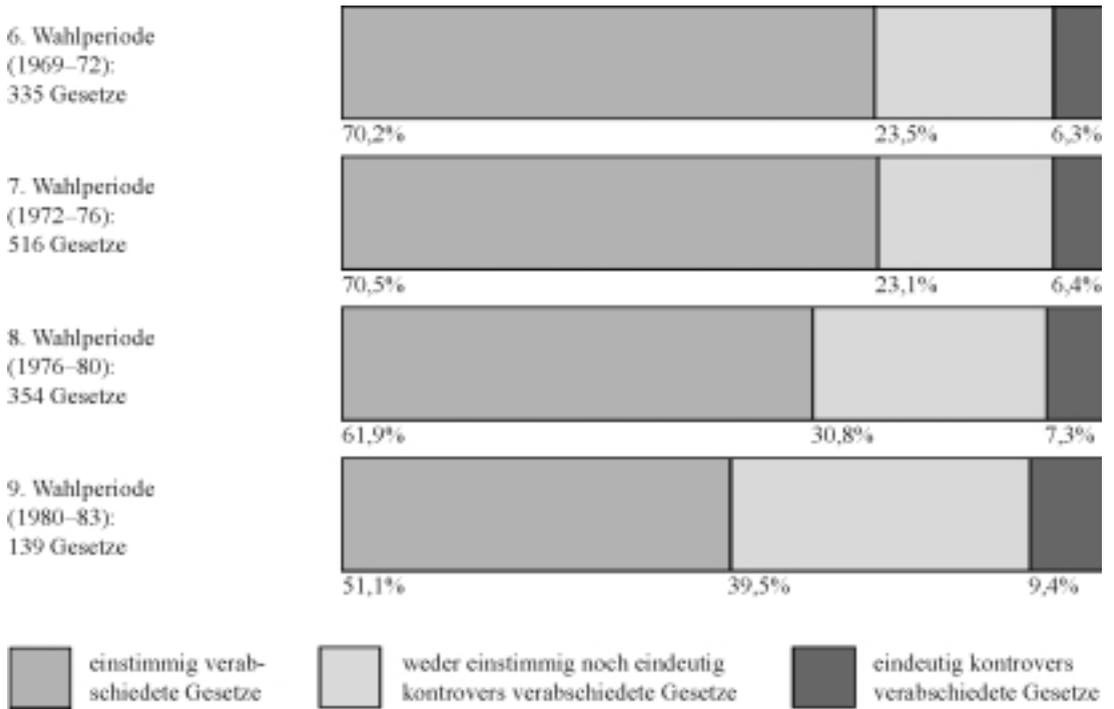
einstimmig verabschiedete Gesetze: 1.–6. und 12. Wahlperiode: *Datenhandbuch*-Redaktion;

7.–11. Wahlperiode: *Volker Nienhaus* (siehe Fußnote auf der rechten Seite)

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Die folgende Graphik stellt für die 6.–9. Wahlperiode den Anteil der einstimmig verabschiedeten und der eindeutig kontrovers verabschiedeten Gesetze dar. Dazwischen liegt eine „Grauzone“, d. h. jener Anteil von Gesetzen, bei denen aus den einleitend erwähnten methodischen Gründen nicht ohne weiteres erkennbar ist, ob sie zur kontroversen oder konsensualen Gesetzgebung zu rechnen sind.



Einstimmigkeit differenziert nach Wichtigkeit*)

Die Übersicht auf der nebenstehenden Seite belegt, daß der Einstimmigkeitsanteil bei den verabschiedeten Gesetzen in dem Maße abnimmt, wie ihre politische Bedeutung wächst. Zu diesem Zweck wurden die in der 7. bis 11. Wahlperiode verabschiedeten Gesetze ihrer Bedeutung und Reichweite nach in drei Kategorien eingeordnet: in wesentliche, wichtige und eher marginale Gesetze.** Gleichzeitig freilich ist auch der Anteil der einstimmig verabschiedeten Gesetze seit der 7. Wahlperiode erheblich gesunken. Während in der 7. Wahlperiode bei den als wesentlich eingestuftem Gesetzen noch fast bei der Hälfte Zustimmung durch alle Abgeordneten registriert wurde, war

*) Quelle: Volker Nienhaus, Konsensuale Gesetzgebung im Deutschen Bundestag: Zahlen und Anmerkungen zur 7. bis 9. Wahlperiode. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 16. 1985. H. 2. S. 163–169; erstellt aufgrund geringfügig korrigierter Angaben des EDV-Programms GESTA. Die Zahlen zur 10. und 11. Wahlperiode hat Volker Nienhaus freundlicherweise für das *Datenhandbuch* zur Verfügung gestellt.

**) Eine Differenzierung nach der Wichtigkeit ist bereits für die 1. Wahlperiode in der Studie von Krlewski/Neunreither (S. 87) vorgenommen worden; danach lehnte die SPD ab:

57,8% der hochpolitischen Gesetze,
 37,4% der wichtigen politischen Gesetze,
 17,3% der weniger wichtigen politischen Gesetze und nur
 1,3% der Routinegesetze.

dies in der 10. und 11. Wahlperiode bei keinem Gesetz der Fall. Bei den wichtigen Gesetzen sank der Anteil der einstimmig verabschiedeten Gesetze ebenfalls von 43,9% auf Null, und selbst bei marginalen Gesetzen ist zwischen 1983 und 1987 Einstimmigkeit nur noch bei 16,4% festzustellen, während es zwischen 1972 und 1976 74,8% dieser Gesetze betraf. Diese Veränderung ist hauptsächlich auf das Abstimmverhalten der Fraktion der GRÜNEN zurückzuführen.

Wahlperiode	Verabschiedete Gesetze		wesentliche Gesetze ¹⁾				wichtige Gesetze ²⁾				marginale Gesetze ³⁾			
			Anteil an den insgesamt verabschiedeten Gesetzen		Anteil der in dieser Kategorie einstimmig verabschiedeten Gesetze		Anteil an den insgesamt verabschiedeten Gesetzen		Anteil der in dieser Kategorie einstimmig verabschiedeten Gesetze		Anteil an den insgesamt verabschiedeten Gesetzen		Anteil der in dieser Kategorie einstimmig verabschiedeten Gesetze	
	Anzahl insgesamt	davon einstimmig in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
7. WP 1972–76	516	70,5	15	2,9	7	46,7	57	11,0	25	43,9	444	86,0	332	74,8
8. WP 1976–80	354	61,9	5	1,4	1	20,0	41	11,6	17	41,5	308	87,0	201	65,3
9. WP 1980–83	139	51,1	5	3,6	1	20,0	30	21,6	8	26,7	104	74,8	62	59,6
10. WP 1983–87	320	15,6	3	0,9	0	0,0	36	11,3	4	11,1	281	87,8	46	16,4
11. WP 1987–90	369	17,3	6	1,6	0	0,0	39	10,6	0	0,0	324	87,8	64	19,8

- 1) **Kategorie A: wesentliche Gesetze.** Hier sind Gesetze mit grundlegendem und richtungsweisendem Charakter erfaßt, in denen Tatbestände und Sachverhalte erstmalig oder in materiell neuer Weise rechtlich geregelt werden, wobei diese Regelungen nicht nur partielle Bedeutung haben, sondern entweder direkt weite Kreise der Bevölkerung betreffen (etwa ein Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen) oder zwar zunächst nur einen begrenzten Anwendungsbereich haben, aber exemplarischen Charakter besitzen und später für ähnliche Regelungen in anderen Bereichen Vorbild sein können (z. B. ein Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch von Daten bei der Datenverarbeitung auf Bundesebene).
- 2) **Kategorie B: wichtige Gesetze.** Auch die Gesetze dieser Kategorie bringen materiell erstmalige oder Neuregelungen für bestimmte Bereiche, jedoch fehlt ihnen die allgemeine Ausstrahlungskraft der Gesetze der Kategorie A. Außerdem enthält die Kategorie B politisch wichtige Gesetze wie z. B. die Haushalts- und Haushaltsstrukturgesetze sowie Gesetze zur Errichtung wichtiger neuer Behörden (z. B. des Umweltbundesamtes).
- 3) **Kategorie C: marginale Gesetze.** Dies sind Gesetze, die kleinere (zumeist formale) Änderungen, Klarstellungen oder Anpassungen bereits bestehender Gesetze oder materielle Regelungen ohne direkte Bedeutung für einen größeren Personenkreis (wie ein Gesetz über die Rechtsstellung von Europaabgeordneten) zum Gegenstand haben, kleinere Steueränderungen (z. B. der Erbschaftsteuer) oder Verfahrensänderungen (insbes. im Strafrecht) sowie Ratifizierungsgesetze für völkerrechtliche Vereinbarungen (insbes. über Doppelbesteuerung, Kapitalschutz und Luftverkehrsrechte).

Liste der kontrovers verabschiedeten Gesetze

In diesem Unterabschnitt ist versucht worden, Anhaltspunkte zu bieten für die häufig gestellte Frage nach den „großen Kontroversen“ in den einzelnen Wahlperioden. Bei der folgenden Liste der kontrovers verabschiedeten Gesetze ist jedoch zu beachten, daß sie nicht nach einer einheitlichen Methode erstellt werden konnte:

- Bei der 1. Wahlperiode handelt es sich um eine Aufstellung aller „hochpolitischen“ und „politisch wichtigen“ Gesetze. *)
- Für die 2. bis 5. und 10. bis 13. Wahlperiode (Stand: 31. August 1997) werden nur Gesetze aufgeführt, über die namentlich abgestimmt wurde, wobei als kontrovers diejenigen Gesetze eingestuft wurden, bei denen mindestens so viele Abgeordnete dagegen oder mit Enthaltung gestimmt haben, wie es der jeweiligen Fraktionsmindeststärke entspricht, d. h. 26 bis zum 3. Oktober 1990 und 34 nach der Vereinigung Deutschlands. **)
- Für die 6. bis 9. Wahlperiode enthält die Liste alle kontrovers verabschiedeten Gesetze. ***)

1. Wahlperiode (1949–53)

Im folgenden sind nur die kontrovers verabschiedeten hochpolitischen und wichtigen politischen Gesetze aufgeführt:

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> – Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen – Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes – Vorläufige Haushaltsordnung und vorläufiges Haushaltsgesetz 1949 – Gesetz über die vorläufige Haushaltsführung der Bundesverwaltung im Rechnungsjahr 1950 – Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die vorläufige Aufstellung und Ausführung des Bundeshaushaltsgesetzes und über die vorläufige Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1949 – Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat – Gesetz über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung – Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes – Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die vorläufige Haushaltsführung der Bundesverwaltung im Rechnungsjahr 1950 – Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes | <ul style="list-style-type: none"> – Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes und des Beförderungssteuergesetzes – Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1950 – Gesetz über die Inanspruchnahme eines Teils der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer durch den Bund im Rechnungsjahr 1951 – Gesetz über das Protokoll von Torquay vom 21. April 1951 und den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen vom 30. Oktober 1947 (GATT) – Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951 – Gesetz über die Investitionshilfe der deutschen gewerblichen Wirtschaft – Gesetz betr. den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 – Gesetz über die Inanspruchnahme eines Teils der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer durch den Bund im Rechnungsjahr 1952 – Gesetz über einen Allgemeinen Lastenausgleich – Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1952 (Haushaltsgesetz 1952) – Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung für die Getreidewirtschaft 1952/53 und über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft |
|---|---|

*) Quelle: *Wolfgang Kralewski und Karlheinz Neunreither*, a. a. O. S. 87 f.

**) Quelle: *Datenhandbuch*-Redaktion

***) Quelle: EDV-Informationssystem GESTA; Gesamtbände zur 6. bis 9. Wahlperiode von Stand der Gesetzgebung des Bundes. Baden-Baden 1972ff.

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung
- Gesetz über die Feststellung eines Ersten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1951 einschließlich Ergänzungsvorlage
- Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb (Betriebsverfassungsgesetz)
- Gesetz betr. den Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten mit Zusatzverträgen
- Gesetz betr. den Vertrag vom 27. Mai 1952 über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und betr. den Vertrag vom 27. Mai 1952 zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
- Nachtragshaushaltsgesetz 1952
- Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung
- Haushaltsgesetz 1953
- Gesetz betr. das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden
- Gesetz betr. das Abkommen vom 27. Februar 1953 über die Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission
- Gesetz betr. das Abkommen vom 27. Februar 1953 über die Regelung der Ansprüche der französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe

2. Wahlperiode (1953–57)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
1	26. 2. 1954	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Wiederbewaffnung]	334:144:0	ja
2	14. 10. 1954	Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen	215:202:1	ja
3	8. 12. 1954	Gesetz über die Anpassung der Leistungen für Kinder in der gesetzlichen Unfallversicherung, in den gesetzlichen Rentenversicherungen, in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge sowie in der Kriegsopferversorgung an das Kindergeldgesetz	204:197:4	ja
4	27. 2. 1955	Gesetz betr. das Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland	324:151:0	ja
5	27. 2. 1955	Gesetz betr. den Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland	321:153:0	ja
6	27. 2. 1955	Gesetz betr. den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantikvertrag	314:157:2	ja
7	27. 2. 1955	Gesetz betr. das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Abkommen über das Statut der Saar	264:201:9	ja
8	8. 6. 1955	Gesetz über die Personalvertretungen in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben (Personalvertretungsgesetz)	206:180:20	ja
9	11. 11. 1955	Gesetz über die Regelung der verkaufsoffenen Sonntage vor Weihnachten	260:101:12	nein

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
10	1. 12. 1955	Gesetz zur Aufhebung des Teuerungszulagengesetzes	243:138:0	ja
11	15. 12. 1955	Gesetz zur Ergänzung des Kindergeldgesetzes	212:175:18	ja
12	20. 6. 1956	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht	205:167:6	ja
13	6. 7. 1956	Wehrpflichtgesetz	269:166:20	ja
14	27. 9. 1956	Gesetz über den Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit	236:96:14	ja
15	9. 11. 1956	Gesetz über den Ladenschluß	153:123:6	ja
16	30. 11. 1956	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes	194:164:6	ja
17	30. 11. 1956	Gesetz zur Änderung des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954	152:149:16	ja
18	21. 1. 1957	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten	397:32:10	ja
19	27. 6. 1957	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	205:147:8	ja
20	2. 7. 1957	Gesetz zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften der Kindergeldgesetze	175:144:18	ja
21	5. 7. 1957	Gesetz über die Berufsausübung im Einzelhandel	187:124:4	ja
22	29. 8. 1957	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 135a in das Grundgesetz [Alte Verbindlichkeiten]	407:54:14	ja

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur

3. Wahlperiode (1957–61)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
1	24. 5. 1960	Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht	217:124:0	ja
2	4. 5. 1961	Bundessozialhilfegesetz	193:150:3	ja
3	14. 6. 1961	Gesetz über die Liquidation der Deutschen Reichsbank und der Deutschen Golddiskontbank	185:114:21	ja
4	28. 6. 1961	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes	207:150:0	ja
5	29. 6. 1961	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen	153:134:8	ja

4. Wahlperiode (1961–65)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
1	20. 6. 1963	Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes zur Einschränkung der Bautätigkeit	196:88:46	ja
2	25. 3. 1965	Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen	341:96:4	ja
3	25. 6. 1965	Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherstellungsgesetz)	198:169:1	ja

5. Wahlperiode (1965–69)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
1	30. 5. 1968	17. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes [Notstandsgesetz]	384:100:1	ja
2	11. 12. 1968	20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Haushaltsreform]	354:42:2	ja
3	9. 5. 1969	1. Gesetz zur Reform des Strafrechts	255:61:0	ja
4	12. 6. 1969	Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung	386:38:7	ja

6. Wahlperiode (1969–72)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
1	Gesetz über einen Ausgleich für Folgen der Aufwertung der Deutschen Mark auf dem Gebiet der Landwirtschaft (Aufwertungsausgleichsgesetz)	Ann. mit den Stimmen der Regierungsparteien bei Stimmenthaltung der CDU/CSU und wenigen Gegenstimmen	ja
2	Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes (Erstes Anpassungsgesetz)	Ann. bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen	ja
3	Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit	Ann. ohne Gegenstimmen bei zahlreichen Enthaltungen	ja
4	Drittes Gesetz zur Reform des Strafrechts	Ann. in namentl. Abstimmung (231:209:0)	ja
5	Gesetz über Straffreiheit (Straffreiheitsgesetz 1970)	Ann. in namentl. Abstimmung (231:212:1)	ja
6	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1970 (Haushaltsgesetz 1970)	Ann. mit Mehrheit	ja
7	Gesetz über die Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlags zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer	Ann. bei zahlreichen Enthaltungen und einer Reihe von Gegenstimmen	ja
8	Gesetz über die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte	Annahme	ja
9	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1971 (Haushaltsgesetz 1971)	Ann. in namentl. Abstimmung (221:202:0; ungültig 1)	ja
10	Vierzehntes Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Vierzehntes Renten Anpassungsgesetz)	Ann. ohne Gegenstimmen und Enthaltungen (bei Nichtteilnahme der Opposition an der Abstimmung)	ja
11	Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen	Ann. in namentl. Abstimmung (225:187; ungültig 3)	ja
12	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol	Ann. gegen die Stimmen der Opposition	ja
13	Zweites Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes	Ann. bei einer Gegenstimme und zahlreichen Enthaltungen	ja
14	Betriebsverfassungsgesetz	Ann. in namentl. Abstimmung (264:212:4; ungültig 1)	ja
15	Gesetz über die weitere Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden und des Bundesfernstraßenbaus (Verkehrsfinanzgesetz 1971)	Ann. bei Gegenstimmen	ja

noch: 6. Wahlperiode (1969–72)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
16	Elftes Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes	Ann. bei Gegenstimmen	ja
17	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	Ann. in namentl. Abstimmung (248:10:238 Enthaltungen)	ja
18	Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen	Ann. in namentl. Abstimmung (248:17:231 Enthaltungen)	ja
19	Gesetz zur Änderung der Bezeichnungen der Richter und ehrenamtlichen Richter und der Präsidialverfassung der Gerichte	Ann. bei Gegenstimmen	ja
20	Gesetz über die Verplombung im Durchgangsverkehr von zivilen Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)	Ann. mit Mehrheit	ja
21	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze	Ann. ohne Gegenstimmen bei zahlreichen Enthaltungen	ja

7. Wahlperiode (1972–76)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
1	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1972 (Haushaltsgesetz 1972)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
2	Gesetz zur Änderung von Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherungen (Viertes Rentenversicherungs-Änderungsgesetz)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
3	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Ann. in namentl. Abstimmung (268:217:0)	ja
4	Gesetz zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen	Ann. in namentl. Abstimmung (364:121:0)	ja
5	Sechzehntes Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Sechzehntes Renten Anpassungsgesetz)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
6	Steueränderungsgesetz 1973	Ann. (232:183:0)	ja

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
7	Viertes Gesetz zur Reform des Strafrechts	Ann. in namentl. Abstimmung (254:203:1)	ja
8	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1973 (Haushaltsgesetz 1973)	Ann. in namentl. Abstimmung (232:179:0)	ja
9	Gesetz zur Reform des Vermögensteuerrechts und zur Änderung anderer Steuergesetze (Vermögensteuerreformgesetz)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
10	Gesetz zu dem Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen	Ann. in namentl. Abstimmung (355:90:0)	ja
11	Gesetz über ergänzende Maßnahmen zum Fünften Strafrechtsreformgesetz (Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz)	Ann. in namentl. Abstimmung (229:193:0)	ja
12	Zweites Steueränderungsgesetz 1973	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
13	Fünftes Gesetz zur Reform des Strafrechts	Ann. in namentl. Abstimmung (247:233:9)	ja
14	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1974	Ann. in namentl. Abstimmung (261:177:0)	ja
15	Gesetz zu dem Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik	Ann. in namentl. Abstimmung (232:190:0)	ja
16	Hochschulrahmengesetz	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU, 4 Enthaltungen	ja
17	Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes 1964	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
18	Gesetz über eine Pressestatistik	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
19	Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU, 3 Enthaltungen	ja
20	Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften	Ann. in namentl. Abstimmung (242:196:0)	nein
21	Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur	Ann. in namentl. Abstimmung (223:168:0)	ja
22	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz	Ann. mit den Stimmen der SPD, FDP	ja

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
23	Gesetz über die Regelung der Landeszugehörigkeit des Verwaltungsbezirks Oldenburg und des Landkreises Schaumburg-Lippe nach Artikel 29 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes	Ann. mit der Mehrheit der Abgeordneten (254:113:2)	ja
24	Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts	Ann. in namentl. Abstimmung (228:192:0)	ja
25	15. Strafrechtsänderungsgesetz	Ann. in namentl. Abstimmung (234:181:0)	ja
26	Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vom 9. Oktober 1975	Ann. in namentl. Abstimmung (275:191:0)	ja
27	Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes	Ann. in namentl. Abstimmung (226:166:0)	ja
28	Berufsbildungsgesetz	Ann. in namentl. Abstimmung (224:163:0)	nein
29	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1976 (Haushaltsgesetz 1976)	Ann. in namentl. Abstimmung (263:191:0)	ja
30	Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
31	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
32	Gesetz zur Weiterentwicklung des Kassenarztrechts (Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
33	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Apothekenwesen	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	nein

8. Wahlperiode (1976–80)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
1	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung	Ann. in namentl. Abstimmung (245:244:0)	ja
2	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
3	Gesetz über die Änderung des Ehenamens (Ehenamensänderungsgesetz)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
4	16. Strafrechtsänderungsgesetz	Ann. in namentl. Abstimmung (255:222:0)	ja
5	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1977 (Haushaltsgesetz 1977)	Ann. in namentl. Abstimmung (252:240:0)	ja
6	Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, des Bundeskindergeldgesetzes, des Einkommensteuergesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1977)	Ann. in namentl. Abstimmung (248:245:3)	ja
7	Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung	Ann. in namentl. Abstimmung (219:206:0)	ja
8	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1978 (Haushaltsgesetz 1978)	Ann. in namentl. Abstimmung (251:237:0)	ja
9	Gesetz zur Neufassung des Umsatzsteuergesetzes und zur Änderung anderer Gesetze	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
10	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes, des Umsatzsteuergesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1979)	Ann. in namentl. Abstimmung (221:210:0)	ja
11	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1979 (Haushaltsgesetz 1979)	Ann. in namentl. Abstimmung (231:215:0)	ja
12	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1980 (Haushaltsgesetz 1980)	Ann. in namentl. Abstimmung (249:229:0)	ja
13	Gesetz zur Steuerentlastung und Familienförderung (Steuerentlastungsgesetz 1981)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
14	Gesetz zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (Zwanzigstes Rentenanpassungsgesetz)	Ann. in namentl. Abstimmung (241:209:0)	ja
15	Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz)	Ann. in namentl. Abstimmung (241:205:0)	ja
16	Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes	Ann. in namentl. Abstimmung (241:226:0)	ja
17	Einundzwanzigstes Gesetz über die Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung und der Altershilfe für Landwirte (Einundzwanzigstes Rentenanpassungsgesetz)	Ann. in namentl. Abstimmung (225:214:0)	ja

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
18	Zehntes Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes (Zehntes Anpassungsgesetz – KOV –)	Ann. in namentl. Abstimmung (223:215:0)	ja
19	Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs	Ann. in namentl. Abstimmung (268:126:1)	ja
20	Gesetz zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes und des Geflügelfleischhygienegesetzes	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
21	Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbauänderungsgesetz 1980)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
22	Gesetz zur Änderung von Kostenvorschriften des Atomgesetzes	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
23	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise und zur Regelung der Meldepflicht in Beherbergungsstätten	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
24	Zweites Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
25	Jugendhilfegesetz	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	nein
26	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge	Ann. in namentl. Abstimmung (207:182:0)	ja

9. Wahlperiode (1980–83)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
1	Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981	Ann. in namentl. Abstimmung (259:216:0)	ja
2	Gesetz zur Änderung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes	Ann. in namentl. Abstimmung (255:204:0)	ja
3	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981 (Haushaltsgesetz 1981)	Ann. in namentl. Abstimmung (268:220:0)	ja
4	Zweites Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (2. Haushaltsstrukturgesetz)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU, 2 Enthaltungen der SPD	ja

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Lfd. Nr.	Gesetz	Abstimmungsergebnis	verkündet
5	Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU und 4 Stimmen der SPD	ja
6	Zweites Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
7	Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen (Verbrauchsteueränderungsgesetz 1982)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
8	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982)	Ann. in namentl. Abstimmung (262:214:1)	ja
9	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1982 (Nachtragshaushaltsgesetz 1982)	Ann. gegen die Stimmen der CDU/CSU	ja
10	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1983 (Haushaltsgesetz 1983)	Ann. in namentl. Abstimmung (266:210:4)	ja
11	Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen	Ann. in namentl. Abstimmung (247:199:3)	ja
12	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich	Ann., einige Gegenstimmen und Enthaltungen	ja
13	Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz)	Ann. in namentl. Abstimmung (260:213:4)	ja

10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
1	1. 12. 1983	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	416:26:11	ja
2	9. 12. 1983	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1984 (Haushaltsgesetz 1984)	261:197:0	ja
3	29. 3. 1984	Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand	264:192:1	ja
4	21. 9. 1984	Erstes Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes	232:181:0	ja
5	30. 11. 1984	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1985 (Haushaltsgesetz 1985)	250:183:0	ja
6	19. 4. 1985	Beschäftigungsförderungsgesetz 1985	248:182:1	ja

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
7	19. 4. 1985	Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung	198:98:1	ja
8	19. 4. 1985	Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens	203:106:1	ja
9	19. 4. 1985	Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen	248:182:1	ja
10	13. 6. 1985	Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften	229:176:11	ja
11	28. 6. 1985	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Versammlungsgesetzes	239:157:0	ja
12	14. 11. 1985	Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz)	210:19:138	ja
13	29. 11. 1985	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1986 (Haushaltsgesetz 1986)	242:167:0	ja
14	30. 1. 1986	Drittes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes	348:34:8	ja
15	28. 2. 1986	Paßgesetz und Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung	263:184:0	ja
16	20. 3. 1986	Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen	265:210:0	ja
17	17. 4. 1986	Erstes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes	245:179:2	ja
18	27. 6. 1986	Gesetz zur Änderung wirtschafts-, verbraucher-, arbeits- und sozialrechtlicher Vorschriften	215:159:3	ja
19	28. 11. 1986	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987)	227:157:0	ja
20	5. 12. 1986	Zweites Gesetz zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes	212:125:0	ja
21	11. 12. 1986	Gesetz zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzvorsorgegesetz)	263:166:1	ja

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das *Datenhandbuch* Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
1	26. 6. 1987	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Steuer-senkungs-Erweiterungsgesetz 1988)	226:148:0	ja
2	12. 11. 1987	Gesetz zur Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zum Schutz der Solidargemeinschaft vor Leistungs-mißbrauch (Achtes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes)	258:190:2	ja
3	27. 11. 1987	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)	227:156:1	ja
4	4. 12. 1987	Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanz-ausgleich zwischen Bund und Ländern	204:124:17	ja
5	10. 6. 1988	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschafts-aufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschut-zes“	179:29:117	ja
6	23. 6. 1988	Steuerreformgesetz 1990	256:209:0	ja
7	24. 11. 1988	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1989 (Haushaltsgesetz 1989)	248:188:0	ja
8	25. 11. 1988	Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz)	241:207:2	ja
9	1. 12. 1988	Gesetz zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit	357:31:2	ja
10	2. 12. 1988	Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand	258:180:0	ja
11	9. 12. 1988	Fünftes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	321:31:11	ja
12	20. 1. 1989	Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	214:159:0	ja
13	20. 4. 1989	Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz)	229:188:1	ja
14	21. 4. 1989	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeß-ordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten	209:150:1	ja
15	2. 6. 1989	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaus-haltsplan für das Haushaltsjahr 1989 (Nachtragshaushaltsgesetz 1989)	196:112:0	ja
16	2. 6. 1989	Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends	200:134:8	ja

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
17	16. 6. 1989	Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft	200:130:0	ja
18	16. 6. 1989	Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz	189:112:5	ja
19	1. 12. 1989	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990)	225:150:1	ja
20	29. 3. 1990	Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik	201:145:2	ja
21	30. 3. 1990	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990 (Nachtragshaushaltsgesetz 1990)	188:131:0	ja
22	26. 4. 1990	Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts	223:166:3	ja
23	31. 5. 1990	Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes	205:170:0	ja
24	21. 6. 1990	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	445:60:1	ja
25	20. 9. 1990	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz)	440:47:3	ja
26	25. 10. 1990	Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 1990)	346:243:1	ja

12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
1	7. 6. 1991	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)	344:214:0	ja
2	29. 11. 1991	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)	334:207:0	ja
3	25. 6. 1992	Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz)	355:283:16	ja

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
4	27. 11. 1992	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)	368:207:0	ja
5	9. 12. 1992	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz)	455:54:21	ja
6	26. 5. 1993	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18)	521:132:1	ja
7	26. 5. 1993	Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften	496:158:1	ja
8	26. 5. 1993	Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber	540:98:13	ja
9	27. 5. 1993	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993)	380:232:1	ja
10	1. 10. 1993	Entgeltfortzahlungsgesetz	286:188:15	nein
11	22. 10. 1993	Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz)	322:223:7	ja
12	22. 10. 1993	Erstes Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	317:176:7	ja
13	22. 10. 1993	Zweites Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms	321:175:3	ja
14	26. 11. 1993	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994)	318:160:2	ja
15	21. 4. 1994	Gesetz zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Zweites Gleichberechtigungsgesetz)	288:226:25	ja
16	20. 5. 1994	Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz)	245:141:11	ja
17	26. 5. 1994	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz	262:258:26	nein
18	16. 6. 1994	Gesetz über die Deregulierung des Rabattgesetzes (Rabatt-deregulierungsgesetz)	312:261:26	nein
19	29. 6. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Postneuordnung)	470:92:21	ja

Hinweis

Im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
1	31. 3. 1995	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)	339:316:0	ja
2	18. 5. 1995	Gesetz zur Überleitung preisgebundenen Wohnraums im Beitrittsgebiet in das allgemeine Miethöherecht (Mietenüberleitungsgesetz)	563:72:5	ja
3	18. 5. 1995	Zweites Gesetz zur Änderung des Futtermittelgesetzes	332:94:15	ja
4	2. 6. 1995	Jahressteuergesetz 1996	338:309:1	ja
5	23. 6. 1995	Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	332:295:1	ja
6	29. 6. 1995	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz	485:145:21	ja
7	21. 9. 1995	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 106 GG]	541:64:2	ja
8	21. 9. 1995	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 48 GG]	505:39:5	nein
9	13. 10. 1995	Viertes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch	300:240:23	ja
10	10. 11. 1995	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)	337:312:0	ja
11	8. 12. 1995	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten	463:146:19	ja
12	9. 2. 1996	Gesetz zur Reform des Rechts der Arbeitslosenhilfe (Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz)	312:286:1	ja
13	15. 3. 1996	Erstes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	300:216:2	ja
14	9. 5. 1996	Gesetz zur Feststellung des Bedarfs von Magnetschwebebahnen (Magnetschwebebahnbedarfsgesetz)	340:267:20	ja
15	9. 5. 1996	Strafrechtsänderungsgesetz – §§ 177 bis 179 StGB [Vergewaltigung in der Ehe]	318:306:2	nein
16	21. 6. 1996	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß und zur Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien	327:322:3	ja
17	28. 6. 1996	Arbeitsrechtliches Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz)	326:313:0	ja
18	28. 6. 1996	Gesetz zur Entlastung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (Beitragsentlastungsgesetz)	326:312:0	ja
19	7. 11. 1996	Jahressteuergesetz 1997	335:318:0	ja

1) Stand: 31. August 1997

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Lfd. Nr.	Datum der Verabschiedung	Gesetz	Ergebnis der namentlichen Abstimmung	verkündet
20	7. 11. 1996	Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz)	340:317:0	nein
21	8. 11. 1996	Viertes Gesetz zur Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes	323:312:7	ja
22	14. 11. 1996	Gesetz zur Änderung straf-, ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften	325:307:2	ja
23	15. 11. 1996	Erstes Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (1. GKV-Neuordnungsgesetz)	319:304:0	ja
24	29. 11. 1996	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)	336:313:0	ja
25	31. 1. 1997	Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz)	305:266:0	ja
26	28. 2. 1997	Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform	330:293:0	ja
27	20. 3. 1997	Zweites Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz)	337:320:1	ja
28	25. 6. 1997	Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz)	449:151:29	ja
29	26. 6. 1997	Steuerreformgesetz 1999	326:301:0	nein
30	26. 6. 1997	Steuerreformgesetz 1998	326:305:0	nein

8.18 Stimmrecht der Berliner Abgeordneten

Das Stimmrecht der Berliner Abgeordneten war bis 1990 aufgrund des in Nummer 4 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 enthaltenen Vorbehalts eingeschränkt. Dieser Vorbehalt lautete:

„Wir interpretieren den Inhalt der Artikel 23 und 144 (2) des Grundgesetzes dahin, daß er die Annahme unseres früheren Ersuchens darstellt, demzufolge Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird, daß es jedoch eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme an den Sitzungen dieser gesetzgebenden Körperschaften benennen darf.“

Dieser Vorbehalt wurde durch die Artikel 2 und 6 des Deutschlandvertrages vom 26. Mai 1952 i. d. F. vom 23. Oktober 1954 (BGBl. 1955 II S. 305) und durch das Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler unter demselben Datum (BGBl. 1955 II S. 500) aufrechterhalten.

Mit der Entwicklung zur Vereinigung Deutschlands verzichteten die drei westlichen Alliierten auf wesentliche Teile des über 40 Jahre gültigen Vorbehalts. In einer von den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichneten und an den Bundeskanzler gerichteten Note vom 8. Juni 1990 heißt es:

„... wir möchten Ihnen mitteilen, daß die Drei Westmächte im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Deutschland und in der internationalen Lage bestimmte Aspekte ihrer Vorbehalte zum Grundgesetz einer erneuten Prüfung unterzogen haben.

Die Vorbehalte der Drei Westmächte in bezug auf die unmittelbaren Wahlen zum Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat, die insbesondere im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz angesprochen sind, werden hiermit aufgehoben.

Die Haltung der Alliierten, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden, bleibt unverändert ...“*)

Der bis dahin geltende alliierte Vorbehalt hatte folgende praktische Konsequenzen:**)

Da ihm zufolge „Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag“ erhalten hatte und auch nicht durch den Bund regiert werden durfte, wurde in ständiger Praxis bezüglich des Stimmrechts der Berliner Abgeordneten der Vorbehalt dahin interpretiert, daß er für alle rechtlich relevanten Abstimmungen gilt, die über den Bereich des Bundestages hinaus rechtliche Auswirkungen haben. Wie sich die Stimmrechtsbeschränkung der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag im einzelnen auswirkte, zeigt die nebenstehende Übersicht.

Waren die Berliner Abgeordneten nicht stimmberechtigt, so wirkte sich dies je nach Art der Abstimmung unterschiedlich aus:

- Bei den Kanzlerwahlen wurde eine besondere Urne für die Stimmkarten der Berliner Abgeordneten aufgestellt. Ihre Stimmen wurden getrennt gezählt und das Ergebnis dieser Abstimmung gesondert bekanntgegeben.
- Bei namentlichen Abstimmungen wurden die Voten der Berliner Abgeordneten getrennt erfaßt und auch getrennt im Stenographischen Sitzungsbericht ausgewiesen.
- Bei der Zählung der Stimmen (Hammelsprung) blieben die Berliner Abgeordneten in aller Regel im Plenarsaal sitzen.

*) Text nach der amtlichen Übersetzung des Sprachendienstes des Auswärtigen Amtes. Nach Übermittlung durch den Bundeskanzler hat die Bundestagspräsidentin in einer Amtlichen Mitteilung vom 20. Juni 1990 die Mitglieder des Bundestages von dem Schreiben unterrichtet. Zu Beginn der 217. Sitzung des Bundestages am 21. Juni 1990 gab Vizepräsident *Dieter-Julius Cronenberg* den Text im Plenum bekannt. Von dieser Sitzung an üben die bislang 22 Abgeordneten aus Berlin das volle Stimmrecht aus.

***) Auszug aus: *Ritzel/Bücker*, Handbuch für die Parlamentarische Praxis mit Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Von *Joseph Bücker*. Frankfurt a. M. 1981. Kommentar zu § 48. S. 7–14.

Hinweise

Die Zahl der (West-)Berliner Abgeordneten betrug in der 1. Wahlperiode zunächst acht und ab dem 1. Februar 1952 19. Seit der 2. bis zur 11. Wahlperiode waren es unverändert 22 Abgeordnete, die vom Abgeordnetenhaus von Berlin in den Bundestag gewählt wurden.

Bei der ersten gesamten Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 entfielen auf die beiden Teile Berlins 28 Mandate.

Einzelheiten zur gesetzlichen Mitgliederzahl mit und ohne den Berliner Abgeordneten siehe unter Abschnitt 2.1

nicht stimmberechtigt	stimmberechtigt
<p>Bei der Wahl des Bundeskanzlers sind die Berliner Abgeordneten nicht stimmberechtigt, weil die Wahl des Bundeskanzlers der verfassungsrechtlich ausschlaggebende Kurationsakt einer Bundesregierung ist. Dies gilt ohne Einschränkungen, d.h. für Bundeskanzlerwahlen nach Ablauf einer Legislaturperiode, im Wege eines sogenannten konstruktiven Mißtrauensvotums oder nach einem abgelehnten Mißtrauensvotum gemäß Artikel 68 Abs.1 Satz 2 GG.</p> <p>Bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage sind die Berliner Abgeordneten wegen der mit einem abgelehnten Vertrauensvotum verbundenen Rechtsfolgen ebenfalls nicht stimmberechtigt.</p> <p>Im Gesetzgebungsverfahren in der zweiten und dritten Beratung, die über den Inhalt und das Zustandekommen des späteren Gesetzes entscheiden, sind die Berliner Abgeordneten wegen dieser Wirkungen der Abstimmungen nicht stimmberechtigt.</p> <p>Das gleiche gilt für die Schlußabstimmung, für Abstimmungen über den Vorschlag des Vermittlungsausschusses oder einen Einspruch des Bundesrates.</p>	<p>Der alliierte Vorbehalt gilt nicht für alle Abstimmungen über interne Angelegenheiten des Bundestages.</p> <p>Hierzu gehören insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Wahl des Präsidenten und seiner Stellvertreter – Wahl des Wehrbeauftragten – Einsetzung von Ausschüssen – Wahl von Mitgliedern für die verschiedenen Gremien, in die vom Bundestag Vertreter zu entsenden sind (insbes. Richterwahlausschuß und Wahlmännergremium) – Abstimmungen über Geschäftsordnungsanträge. <p>Im Gesetzgebungsverfahren sind die Berliner Abgeordneten im Rahmen der ersten Beratung eines Gesetzentwurfes voll stimmberechtigt, da hier nur über die Ausschußüberweisung bzw. über den Antrag, ohne Ausschußüberweisung in die zweite Beratung einzutreten, abgestimmt wird und diese Entscheidung keine Außenwirkung hat.</p> <p>Bei der Abstimmung über Entschließungsanträge sind die Berliner Abgeordneten voll stimmberechtigt, da die Annahme von Entschließungsanträgen die Bundesregierung rechtlich nicht bindet. Ihr steht es vielmehr völlig frei, ob sie einer solchen Entschließung folgen will.</p> <p>Das gleiche gilt für Abstimmungen über Ersuchen an die Bundesregierung, die in Form eines Antrages zur Abstimmung gestellt werden.</p> <p>In diesen Zusammenhang gehört auch der Beschluß auf Herbeirufung eines Bundesministers. Dieser Beschluß hat ebenfalls keine unmittelbaren rechtlichen Konsequenzen. Ein Bundesminister, der einem derartigen Beschluß keine Folge leistet, begeht zwar eine Verfassungsverletzung (Art. 43 GG), irgendwelche rechtlichen Sanktionen sind hieran jedoch nicht geknüpft.</p> <p>Bei den Abstimmungen in den Ausschußberatungen sind die Berliner Abgeordneten ebenfalls voll stimmberechtigt, da die Beschlüsse der Ausschüsse nur vorbereitenden Charakter und somit keine unmittelbaren rechtlichen Außenwirkungen haben.</p>

8.19 Beschlußfähigkeit

Beschlußfähig ist der Bundestag, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend ist. Diese Bestimmung (§ 45, früher § 49 GO BT) wird durch den Grundsatz modifiziert, daß die Beschlußfähigkeit so lange vermutet wird, wie sie nicht ausdrücklich bezweifelt wird, was wiederum nur zwischen dem Schluß einer Beratung und vor dem Beginn der Abstimmung möglich ist.

Die Beschlußfähigkeit konnte bis 1950 von jedem einzelnen Abgeordneten bezweifelt werden, zwischen 1950 und 1980 waren hierzu mindestens fünf anwesende Abgeordnete erforderlich, und seit 1980 muß die Beschlußfähigkeit „von einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages“ bezweifelt werden.

Die Beschlußfähigkeit wird durch Auszählung (Hammelsprung) oder gegebenenfalls in Verbindung mit einer namentlichen Abstimmung festgestellt. Bei Beschlußunfähigkeit hat der amtierende Präsident die Sitzung sofort aufzuheben.

Gezielte Zweifel an der Beschlußfähigkeit des Hauses und die absichtliche Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit durch Verlassen des Sitzungssaals gehören zu den gelegentlich angewandten Mitteln parlamentarischer Taktik.

Bezweiflung der Beschlußfähigkeit

In folgenden Fällen wurde bisher die Beschlußfähigkeit des Plenums bezweifelt:

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
1. WP 1949–53	1	Sten. Ber. 20. Sitz. v. 2. 12. 1949, S. 643 C	Anlaß: Abstimmung über die Anträge der Fraktionen des Zentrums und der CDU/CSU betr. Wartegeld und Pensionen der ostvertriebenen Beamten (Mündlicher Bericht des Ausschusses für Heimatvertriebene; Drs. 210, 20 und 29 Ziffern 3 und 5). Obwohl der Abg. <i>Kahn</i> (CSU) für den Antrag ist, bezweifelt er die Beschlußfähigkeit des Hauses, da er der Meinung ist, es sei die Pflicht eines Abgeordneten, bei einer derart wichtigen Debatte anwesend zu sein. Präsident Dr. <i>Köhler</i> stellt die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest und schließt die Sitzung.
	2	Sten. Ber. 21. Sitz. v. 2. 12. 1949, S. 646 D	Anlaß: Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD betr. Einsetzung eines Ausschusses für den Erwerb von Ausstattungs- und Kunstgegenständen im Raume der vorläufigen Hauptstadt Bonn (Drs. 199). Abg. Dr. <i>Baumgartner</i> (BP) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf Präsident Dr. <i>Köhler</i> nach Feststellung der Beschlußunfähigkeit unter Hinweis auf § 99 der vorläufigen Geschäftsordnung die Sitzung aufhebt.
	3	Sten. Ber. 32. Sitz. v. 27. 1. 1950, S. 1024 C	Anlaß: Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. <i>Holzappel</i> und Genossen betr. Gesetz über die Liquidation des ehemals reichseigenen Filmeigentums (Drs. 402 und 34; Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaftspolitik). Der Abg. <i>Löfflad</i> (WAV) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf Vizepräsident Dr. <i>Schäfer</i> die Beschlußunfähigkeit feststellt und die Sitzung aufhebt.
	4	Sten. Ber. 41. Sitz. v. 24. 2. 1950, S. 1410 B	Anlaß: Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Drs. 566 und 317; Zweite Lesung). Der Abg. <i>Mellies</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Bei der Abstimmung wird die Beschlußunfähigkeit des Hauses festgestellt.
	5	Sten. Ber. 42. Sitz. v. 24. 2. 1950, S. 1411 A	Anlaß: Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Drs. 566 und 317; Zweite Lesung). Der Abg. <i>Mellies</i> (SPD) bezweifelt wiederum die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident Dr. <i>Köhler</i> läßt die Beschlußfähigkeit des Hauses durch Abgabe namentlicher Zettel durch die Anwesenden feststellen.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
noch: 1. WP	6	Sten. Ber. 42. Sitz. v. 24. 2. 1950, S. 1411 D	<p>Anlaß: Abstimmung über einen Änderungsantrag zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Drs. 566 und 317).</p> <p>Der Abg. <i>Arnholz</i> (SPD) bezweifelt wiederum die Beschlußfähigkeit des Hauses. Daraufhin stellt Präsident Dr. <i>Köhler</i> gemäß § 99 der vorläufigen Geschäftsordnung fest, daß der Vorstand einmütig der Auffassung sei, daß das Haus beschlußfähig sei.</p>
	7	Sten. Ber. 44. Sitz. v. 2. 3. 1950, S. 1498 C	<p>Anlaß: Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD zum Mündlichen Bericht des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht über den Antrag der Fraktion der SPD betr. Einsetzung eines Ausschusses zur Überwachung der Grundsätze bei der Auftragsvergabe für Bauten und Einrichtungen des Bundes im Raume der vorläufigen Bundeshauptstadt – Drs. 578, 443, 199 (geändert) sowie der Interpellation der Fraktion der SPD betr. Grundsätze bei der künftigen Vergabe von Aufträgen für die Einrichtung der vorläufigen Bundeshauptstadt Bonn (Drs. 524).</p> <p>Die Gründe für die Bezweiflung der Beschlußfähigkeit gehen aus den Ausführungen des Abg. Dr. <i>Arndt</i> (SPD) hervor: „... Ich schlage vor, die Beratung und Abstimmung über den Antrag auf Einsetzung eines Überwachungsausschusses von der Interpellation und von dem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu trennen, so daß zunächst nur der Antrag zur Behandlung steht, über den der Herr Kollege <i>Kiesinger</i> soeben für den Rechtsausschuß referiert hat. Hinsichtlich dieses Antrages aber scheint es mir doch wenig angemessen, daß das Hohe Haus in einer schwachen Besetzung über die Frage berät und entscheidet, ob ein Antrag mit dem Grundgesetz vereinbar ist oder nicht. Mir scheint es daher zweckmäßig, daß der Herr Präsident – wir haben jetzt 20 Minuten vor 6 Uhr – eine neue Sitzung auf 10 Minuten vor 6 Uhr oder 6 Uhr einberuft, allerdings mit der Maßgabe, daß auch alle Fraktionen benachrichtigt und geladen werden. Aus diesen Gründen bezweifle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses.“</p> <p>Vizepräsident Dr. <i>Schmid</i> läßt nach § 99 der vorläufigen Geschäftsordnung durch namentliche Abstimmung mittels weißer Namenskarten feststellen, ob der Bundestag beschlußfähig ist, und unterbricht aus diesem Grunde gemäß § 99 Abs. 2 der vorläufigen Geschäftsordnung die Sitzung für einige Minuten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Vizepräsident Dr. <i>Schmid</i> fest, daß das Haus offensichtlich beschlußfähig sei, weshalb sich eine Abstimmung hierüber erübrige.</p>
	8	Sten. Ber. 48. Sitz. v. 17. 3. 1950, S. 1679 A	<p>Anlaß: Abstimmung über den Antrag der Fraktion der KPD betr. Verhaftung des Landtagsabgeordneten <i>Lehmann</i> (Drs. 700 und 689; Mündlicher Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität).</p> <p>Abg. <i>Mellies</i> (SPD) zur Abstimmung: „... Die vom Bundestag zu fassende EntschlieÙung soll der Hohen Kommission zugeleitet werden. Wir alle wünschen, daß angesichts der besonderen Bedeutung, die die Angelegenheit hat, diese EntschlieÙung einen Erfolg hat. Sie kann aber m. E. auf keinen Fall von einem dünn besetzten Haus gefaÙt werden. Ich bin der Auffassung, daß wir die Abstimmung über diese EntschlieÙung bis zur nächsten Sitzung verschieben sollten. Ich bezweifle deshalb die Beschlußfähigkeit des Hauses.“</p> <p>Da nach Überzeugung des Präsidiums das Haus nicht beschlußfähig ist, hebt Vizepräsident Dr. <i>Schmid</i> die Sitzung auf.</p>

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
noch: 1. WP	9	Sten. Ber. 49. Sitz. v. 22. 3. 1950, S. 1687 A	<p>Anlaß: Abstimmung über den Antrag der Abg. Dr. <i>Horlacher</i> (CDU/CSU) und Genossen betr. kriegszerstörte landwirtschaftliche Anwesen (Drs. 555 und 429; Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).</p> <p>Der Abg. <i>Ritzel</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Auszählung der von den Anwesenden abgegebenen Namenszettel ergibt jedoch, daß das Haus beschlußfähig ist.</p>
	10	Sten. Ber. 84. Sitz. v. 13. 9. 1950, S. 3181 C	<p>Anlaß: Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) (Drs. 1333; Erste Beratung).</p> <p>Der Abg. Dr. <i>Dorls</i> (SRP) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vizepräsident Dr. <i>Schäfer</i> unterbricht die Sitzung für einige Minuten und stellt nach der Wiedereröffnung in Übereinstimmung mit den Schriftführern die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.</p>
	11	Sten. Ber. 135. Sitz. v. 18. 4. 1951, S. 5309 C	<p>Anlaß: Abstimmung über den Entwurf eines Zweiten Gesetzes über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern (Drs. Nrn. 821, 1752, 1849; Mündlicher Bericht des Ausschusses für innergebietliche Neuordnung; Drs. 2160).</p> <p>Der Abg. Dr. <i>Jaeger</i> (CSU) bedauert, daß die Mehrheit des Hauses entgegen dem alten parlamentarischen Brauch dem Wunsch der stärksten Fraktion auf Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung nicht entsprochen habe und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Die von Präsident Dr. <i>Ehlers</i> angeordnete Auszählung ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p>
	12	Sten. Ber. 136. Sitz. v. 19. 4. 1951, S. 5367 B	<p>Anlaß: Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der KPD zum Einzelplan XV – Haushalt des Bundesministeriums für Vertriebene – (Drs. 1916) des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (Drs. 1500; Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses).</p> <p>Der Abg. <i>Meyer</i> (Bremen) (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Daraufhin setzt Präsident Dr. <i>Ehlers</i> die Sitzung für einige Minuten aus und stellt nach Wiedereröffnung in Einmütigkeit mit dem Sitzungsvorstand die Beschlußfähigkeit fest.</p>
	13	Sten. Ber. 145. Sitz. v. 31. 5. 1951, S. 5788	<p>Anlaß: Antrag des Abg. Dr. <i>Bertram</i> (Z), gem. Art. 43 Grundgesetz den Bundeskanzler herbeizurufen.</p> <p>Die Abgeordneten Dr. <i>Reismann</i> (Z) und Dr. <i>Richter</i> (DRP) bezweifeln, unterstützt von der Zentrumsfraktion, die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Vizepräsident Dr. <i>Schmid</i> setzt die Abstimmung auf 5 Minuten aus. Als Präsident Dr. <i>Ehlers</i> die unterbrochene Sitzung wieder eröffnet, ist er in Übereinstimmung mit dem Sitzungsvorstand der Auffassung, daß das Haus beschlußfähig sei.</p>

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
noch: 1. WP	14	Sten. Ber. 149. Sitz. v. 8. 6. 1951, S. 5985 D	<p>Anlaß: Abstimmung über den Antrag der Fraktion der DP betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Drs. 2234).</p> <p>Der Abg. <i>Mellies</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Daraufhin erklärt Vizepräsident Dr. <i>Schmid</i>, daß nach übereinstimmender Auffassung des Sitzungsvorstandes das Haus nicht beschlußfähig sei und hebt die Sitzung auf.</p>
	15	Sten. Ber. 153. Sitz. v. 15. 6. 1951, S. 6102 D	<p>Anlaß: Abstimmung über den Antrag der Fraktion der KPD betr. Annullierung aller Verpflichtungen der Bundesregierung betr. Remilitarisierung (Drs. 2238).</p> <p>Der Abg. <i>Renner</i> (KPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Nach Aussetzen der Sitzung für 5 Minuten stellt Vizepräsident Dr. <i>Schmid</i> in Übereinstimmung mit dem Sitzungsvorstand die offensichtliche Beschlußfähigkeit fest.</p>
	16	Sten. Ber. 158. Sitz. v. 9. 7. 1951, S. 6311 A	<p>Anlaß: Abstimmung über den Antrag der Fraktion der KPD auf Umdruck Nr. 270 Ziffer 2a, den § 88 Abs. 1 des Entwurfs eines Strafrechtsänderungsgesetzes (Drs. 563, 1307) zu streichen (Erster Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht; Drs. 2414).</p> <p>Der Abgeordnete <i>Renner</i> (KPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Daraufhin erklärt Präsident Dr. <i>Ehlers</i> in Übereinstimmung mit dem Sitzungsvorstand das Haus für beschlußfähig.</p>
2. WP 1953–57	1	Sten. Ber. 170. Sitz. v. 9. 11. 1956, S. 9382 D	<p>Anlaß: Schlußabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über den Ladenschluß (Drs. 2810, 1461).</p> <p>Der Abg. Dr. <i>Atzenroth</i> (FDP) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Vizepräsident Dr. <i>Jaeger</i> widerspricht der Bezweiflung der Beschlußfähigkeit und stellt gemäß § 50 der Geschäftsordnung in Übereinstimmung mit dem Sitzungsvorstand die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.</p>
	2	Sten. Ber. 225. Sitz. v. 6. 7. 1957, S. 1393 C	<p>Anlaß: Abstimmung über den von der Fraktion der DP (FVP) eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Drs. 3726).</p> <p>Der Abg. Dr. <i>Menzel</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Präsident Dr. <i>Gerstenmaier</i> läßt auszählen und hebt die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses auf.</p>
	3	Sten. Ber. 226. Sitz. v. 6. 7. 1957, S. 1394 D	<p>Anlaß: Abstimmung über den Einspruch des Kaufmanns <i>Hugo Büttner</i>, Ludwigshafen-Maudach, und weiterer neun Stimmberechtigter gegen die Feststellung der Gültigkeit des im Regierungsbezirk Pfalz des Landes Rheinland-Pfalz durchgeführten Volksbegehrens in der Zeit vom 9. bis 22. April 1956 „Angliederung des Regierungsbezirks Pfalz an das Land Bayern“ (Drs. 3640).</p> <p>Der Abg. <i>Menzel</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Präsident Dr. <i>Gerstenmaier</i> verzichtet in Anbetracht der Tatsache, daß sich das Bild eindeutiger Unterbesetzung des Hauses seit der letzten Auszählung, die nur wenige Minuten zuvor stattgefunden hatte, nicht geändert hat, auf eine Auszählung und stellt die erneute Beschlußunfähigkeit des Hauses fest.</p>

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
3. WP 1957–61			keine Fälle
4. WP 1961–65	1	Sten. Ber. 31. Sitz. v. 18. 5. 1962, S. 1344 B	Anlaß: Abstimmung über den Entwurf einer 15. Verordnung zur Änderung des deutschen Zolltarifs 1962 (Frühkartoffel) (Drs. IV/402, IV/413) und den Entwurf einer 21. Verordnung zur Änderung des deutschen Zolltarifs 1962 (Kraftwagen zur Beförderung von Personen) (Drs. IV/410, IV/414). Der Abg. <i>Dorn</i> (FDP) beantragt, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen. Bei der sich anschließenden Abstimmung wird die Beschlußunfähigkeit des Hauses festgestellt.
	2	Sten. Ber. 193. Sitz. v. 25. 6. 1965, S. 9819 D	Anlaß: Abstimmung über den von der Bundesregierung vorgelegten Bericht über organisatorische und personelle Maßnahmen auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes und über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste (Drs. IV/2582, IV/3469). Der Abgeordnete <i>Mommer</i> (SPD) bezweifelt in Anbetracht der schon fortgeschrittenen Zeit am Freitagnachmittag und der noch zahlreichen unerledigten Tagesordnungspunkte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vizepräsident Dr. <i>Dehler</i> stellt aufgrund der sich anschließenden namentlichen Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest.
5. WP 1965–69	1	Sten. Ber. 139. Sitz. v. 1. 12. 1967, S. 7033 A	Anlaß: Schlußabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Drs. V/1545). Der Abg. <i>Genscher</i> rügt, daß das Haus an Freitagen bei der Beratung wichtiger Gegenstände nicht voll besetzt sei und bezweifelt im Hinblick auf die Bedeutung des noch zu behandelnden Tagesordnungspunktes (Sportdebatte) die Beschlußfähigkeit des Hauses, um Gelegenheit zu geben, die Stärke der Vertretung festzustellen. Die Schlußabstimmung ergibt jedoch, daß das Haus beschlußfähig ist.
	2	Sten. Ber. 232. Sitz. v. 9. 5. 1969, S. 12865 C	Anlaß: Schlußabstimmung über die §§ 62–68 sowie die Einleitung und Überschrift des Entwurfs eines Beurkundungsgesetzes (Drs. V/3282; Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses Drs. V/4014). Der Abg. <i>Wagner</i> (CDU/CSU) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Auszählung der Stimmen bei der folgenden Abstimmung ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung aufgehoben wird.
6. WP 1969–72			keine Fälle
7. WP 1972–76	1	Sten. Ber. 219. Sitz. v. 30. 1. 1976, S. 15261 A	Anlaß: Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kapitalverkehrssteuergesetzes (Drs. 7/4374), Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drs. 7/4658), Bericht und Antrag des Finanzausschusses (Drs. 7/4612). Abg. <i>Wehner</i> (SPD) beantragt zu Beginn der 3. Beratung, die Beschlußfähigkeit festzustellen. Vizepräsident Frau <i>Funcke</i> stellt fest: „Die Übersicht über das Haus läßt auch ohne genaues Zählen erkennen, daß die Beschlußfähigkeit nicht gegeben ist“ und schließt die Sitzung.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
noch: 7. WP	2	Sten. Ber. 235. Sitz. v. 8. 4. 1976, S. 16498 D	<p>Anlaß: Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Personalstruktur des Bundesgrenzschutzes (Drs. 7/3494), Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drs. 7/4539), Bericht und Antrag des Innenausschusses (Drs. 7/4534).</p> <p>Fünf Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion beantragen vor Beginn der 3. Beratung schriftlich, die Beschlußfähigkeit festzustellen. Bei der namentlichen Abstimmung in 3. Beratung wird die Beschlußunfähigkeit festgestellt und die Sitzung aufgehoben.</p>
8. WP 1976–80	1	Sten. Ber. 118. Sitz. v. 17. 11. 1978, S. 9208 A	<p>Anlaß: Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Verteidigungsausschusses zum Jahresbericht 1977 des Wehrbeauftragten (Drs. 8/1581, 8/2224).</p> <p>Abg. <i>Wehner</i> (SPD) teilt zu Beginn der Aussprache dem amtierenden Präsidenten informell mit, daß er die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen beabsichtige, der ihn darauf hinweist, daß dies erst vor der Abstimmung möglich sei. In seiner Wortmeldung betont der Abg. <i>Wehner</i>, daß es ihm darum gehe, den Wehrbeauftragten hier gar nicht erst in die Lage zu bringen, vor beinahe leerem Hause zu sprechen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, während der alle Wortmeldungen zurückgezogen werden, beantragt die SPD-Fraktion, die Sitzung nach § 31 GO BT zu vertagen. Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.</p>
9. WP 1980–83			keine Fälle
10. WP 1983–87	1	Sten. Ber. 17. Sitz. v. 24. 6. 1983, S. 1157 C	<p>Anlaß: Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Neuordnung der Parteienfinanzierung (Parteienfinanzierungsgesetz) (Drs. 10/183).</p> <p>Der Abg. <i>Stratmann</i> (GRÜNE) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses und beantragt namens der Fraktion der GRÜNEN, die Beschlußfähigkeit festzustellen.</p> <p>Nach 20minütiger Unterbrechung der Sitzung auf Antrag des Abg. <i>Schäuble</i> (CDU/CSU) ergibt die Auszählung der Stimmen bei der folgenden Abstimmung, daß das Haus beschlußfähig ist.</p>
	2	Sten. Ber. 57. Sitz. v. 24. 2. 1984, S. 4082 D	<p>Anlaß: Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (Drs. 10/902).</p> <p>Der Abg. <i>Porzner</i> (SPD) beantragt, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen.</p> <p>Nach achtminütiger Unterbrechung der Sitzung auf Antrag des Abg. <i>Bötsch</i> (CDU/CSU) ergibt die Auszählung der Stimmen bei der folgenden Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung aufgehoben wird.</p>
	3	Sten. Ber. 69. Sitz. v. 3. 5. 1984, S. 4969 D	<p>Anlaß: Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung krankensicherungsrechtlicher Vorschriften über sonstige Hilfen (Sonstige Hilfen-Änderungsgesetz) (Drs. 10/941).</p> <p>Die Abg. <i>Hürland</i> (CDU/CSU) beantragt zu Beginn der Abstimmung, die Beschlußfähigkeit festzustellen.</p> <p>Die Auszählung der Stimmen ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung aufgehoben wird.</p>

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
noch: 10. WP	4	Sten. Ber. 133. Sitz. v. 19. 4. 1985, S. 9915 A	<p>Anlaß: Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (Drs. 10/2889).</p> <p>Der Abg. <i>Bueb</i> (GRÜNE) beantragt, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen.</p> <p>Nach zehnminütiger Unterbrechung der Sitzung auf Antrag des Abg. <i>Seiters</i> (CDU/CSU) ergibt die Auszählung der Stimmen bei der folgenden Abstimmung, daß das Haus beschlußfähig ist.</p>
	5	Sten. Ber. 190. Sitz. v. 23. 1. 1986, S. 14383 C	<p>Anlaß: Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zum Atomtestverbot; hier: Antrag auf Herbeirufung des Bundesministers der Verteidigung.</p> <p>Der Abg. <i>Bohl</i> (CDU/CSU) beantragt, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen.</p> <p>Nach zehnminütiger Unterbrechung der Sitzung ergibt die Auszählung der Stimmen bei der folgenden Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung aufgehoben wird.</p>
	6	Sten. Ber. 194. Sitz. v. 30. 1. 1986, S. 14533 B, 14535 A	<p>Anlaß: Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der GRÜNEN betr. Absetzung von Punkt zwei der Tagesordnung (Beratung des Antrags der Fraktion der SPD: Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste [Drs. 10/4742]).</p> <p>Der Abg. <i>Senfft</i> (GRÜNE) beantragt, in Verbindung mit der Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag die Beschlußfähigkeit festzustellen.</p> <p>Bei der Abstimmung über den Antrag wird vom Sitzungsvorstand festgestellt, daß das Haus beschlußfähig ist.</p>
	7	Sten. Ber. 198. Sitz. v. 20. 2. 1986, S. 15343 C	<p>Anlaß: Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft zu dem Antrag des Abg. <i>Schwenninger</i> und der Fraktion DIE GRÜNEN betr. Rüstungsexportstatistiken (Drs. 10/2959, 10/4281).</p> <p>Der Abg. <i>Senfft</i> (GRÜNE) beantragt, die Sitzung zu vertagen und dabei gleichzeitig die Beschlußfähigkeit festzustellen.</p> <p>Nach 25minütiger Unterbrechung der Sitzung ergibt die Auszählung der Stimmen die Beschlußunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung aufgehoben wird.</p>
11. WP 1987–90	1	Sten. Ber. 34. Sitz. v. 16. 10. 1987, S. 2322 A	<p>Anlaß: Erste Beratung des von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (Drs. 11/73).</p> <p>Die Abg. <i>Roitzsch</i> (Quickborn) (CDU/CSU) beantragt, die Beschlußfähigkeit festzustellen.</p> <p>Der Sitzungsvorstand ist sich (ohne Auszählung) darüber einig, „daß die Beschlußfähigkeit des Hauses <i>nicht</i> gegeben ist“ (Vizepräsident <i>Cronenberg</i>), worauf die Sitzung aufgehoben wird.</p>
	2	Sten. Ber. 67. Sitz. v. 10. 3. 1988, S. 4617 B	<p>Anlaß: Antrag der SPD betr. Die Wohnungsgemeinnützigkeit erhalten und stärken (Drs. 11/1389); hier: Antrag auf Herbeirufung des Bundesministers der Finanzen.</p> <p>Der Abg. <i>Bohl</i> (CDU/CSU) beantragt, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen.</p> <p>Die Auszählung der Stimmen ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung um 17.26 Uhr aufgehoben wird und um 17.30 Uhr die 68. Sitzung eröffnet wird.</p>

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
noch: 11. WP	3	Sten. Ber. 102. Sitz. v. 26. 10. 1988, S. 6991 A	Anlaß: Fragestunde, Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen; hier: Antrag auf Herbeirufung des Bundesministers der Finanzen. Der Abg. <i>Laufs</i> (CDU/CSU) beantragt, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen. Die Abstimmung über den Antrag auf Herbeirufung des Bundesfinanzministers – und damit auch die Abstimmung über den Antrag, die Beschlußfähigkeit festzustellen – erledigt sich durch das Erscheinen von Bundesfinanzminister <i>Gerhard Stoltenberg</i> im Plenum.
	4	Sten. Ber. 216. Sitz. v. 20. 6. 1990, S. 17045 D	Anlaß: Entlastung der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 1987 u. a. Der Abg. <i>Jungmann</i> (SPD) beantragt, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen. Da der Antrag in Verbindung gebracht wird mit dem Wunsch nach Anwesenheit eines Vertreters der Bundesregierung, wird er auf Ersuchen von Vizepräsidentin <i>Renger</i> zunächst zurückgestellt, später zurückgezogen und durch einen Antrag auf Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung ersetzt.
12. WP 1990–94	1	Sten. Ber. 242. Sitz. v. 7. 9. 1994, S. 21531 D	Anlaß: Abschlußbericht des Treuhand-Untersuchungsausschusses. Der Abg. <i>Struck</i> (SPD) beantragt, den Tagesordnungspunkt für heute abzusetzen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen; gleichzeitig beantragt er, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen. Nach 16minütiger Unterbrechung der Sitzung ergibt die Auszählung der Stimmen die Beschlußunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung aufgehoben wird. (Die SPD-Fraktion konnte auf diese Weise durchsetzen, daß noch eine weitere Plenarsitzung vor dem Ende der Wahlperiode stattfindet.)
13. WP 1994–1)			keine Fälle

1) Stand: 31. August 1997

Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit

In der Tabelle auf den folgenden Seiten ist zusammengestellt, in welchen Fällen bisher die Beschlußunfähigkeit des Hauses absichtlich durch Verlassen des Plenarsaales herbeigeführt wurde.

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das *Datenhandbuch* Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
1. WP 1949–53	1	Sten. Ber. 49. Sitz. v. 22. 3. 1950, S. 1711 C	<p>Anlaß: Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Aufstellung und Ausführung des Bundeshaushaltsplans und über die vorläufige Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1949 (Drs. 682 und 223; Zweite Beratung).</p> <p>Der Abg. <i>Loritz</i> (WAV) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Vizepräsident Dr. <i>Schäfer</i> läßt über die Anzweiflung der Beschlußfähigkeit durch Auszählen abstimmen. Abgeordnete der Fraktionen der CDU und der FDP kritisieren wiederholt, daß der Antragsteller den Saal verlassen habe. Der Abg. <i>Bausch</i> (CDU) weist darauf hin, daß die ganze Zentrumsfraktion keine Stimmzettel abgegeben habe.</p> <p>Dazu Vizepräsident Dr. <i>Schäfer</i>: „... es ist natürlich eine Unmöglichkeit, daß jemand sich an der Debatte beteiligt und bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses keine Zettel abgibt. Da ist eine loyale Handhabung der Geschäfte nicht möglich.</p> <p>(Zurufe: Die werden einfach mitgezählt! Wir kennen sie ja! Abg. Dr. <i>Gerstenmaier</i>: Das ist die Loyalität von Herrn <i>Loritz</i>! – Zuruf rechts: Mitzählen! Zählen sie ihn doch mit! – Zuruf in der Mitte: <i>Loritz</i> ist wieder im Hause.)</p> <p>Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Auszählung durch die Schriftführer hat ergeben, daß 202 Stimmen abgegeben worden sind. Damit ist die Beschlußfähigkeit festgestellt. Außerdem ist eine Reihe von Abgeordneten hier im Saal anwesend, die keine Zettel abgegeben hat. Die müssen natürlich mitgezählt werden.“</p> <p>In einem Wort zur Geschäftsordnung äußert Dr. <i>von Brentano</i> (CDU): „Die Verantwortungslosigkeit – oder lassen Sie es mich offen sagen – die Gewissenlosigkeit, mit der hier geschäftsordnungsmäßige Möglichkeiten mißbraucht werden, um die Arbeit des Deutschen Bundestages zu sabotieren, ist so beispiellos, daß ich wünschte, das deutsche Volk, das diese Vertreter gewählt hat, wäre Augenzeuge.“</p>
	2	Sten. Ber. 223. u. 224. Sitz. v. 16. 7. 1952, S. 10007 B	<p>Anlaß: 2. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Neuordnung der Beziehungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Betrieben (Betriebsverfassungsgesetz) (Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Arbeit; Drs. 3585).</p> <p>Abstimmung über den Antrag des Abg. <i>Mellies</i> (SPD), die Beratung zu unterbrechen und die Sitzung auf den nächsten Tag zu vertagen.</p> <p>Die bewußte Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit ergibt sich aus den Ausführungen des Abg. Dr. <i>Schröder</i> (Düsseldorf) (CDU): „Herr Kollege <i>Ollenhauer</i> hat hier vor kurzem festgestellt, daß er und seine Freunde keine Obstruktion betrieben.</p> <p>(Abg. Dr. <i>Wuermeling</i>: Schöner Schwindel!)</p> <p>Ich will mich eines Urteils darüber, was jetzt betrieben wird, enthalten.</p> <p>(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)</p> <p>Jeder, der hier im Hause anwesend ist, bis zu den Saaldienern weiß, daß die Zahl der im Hause vorhandenen Abgeordneten die Beschlußfähigkeit weit übersteigt.“</p>

Wahl- periode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
noch: 1. WP	3	Sten. Ber. 280. u. 281. Sitz. v. 3. 7. 1953, S. 14155 A	<p>Anlaß: Schlußabstimmung (namentlich) über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des 1. Wohnungsbaugesetzes (Drs. 4593).</p> <p>Der Abg. Dr. <i>Menzel</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Die bewußte Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit ergibt sich aus den Ausführungen des Abg. Dr. <i>von Brentano</i> (CDU): „Ich halte es doch für absolut notwendig, zu diesem Vorgang noch ein Wort zu sagen. Das Haus ist beschlußfähig!</p> <p style="text-align: center;">(Beifall)</p> <p>Aber eine Opposition, die sogar ein Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues sabotiert,</p> <p style="text-align: center;">(Sehr richtig!)</p> <p>entwürdigt das Parlament und den Parlamentarismus durch eine so unwürdige Obstruktion.</p> <p style="text-align: center;">(Lebhafter Beifall: – Abg. Dr. <i>Wuermeling</i>: Und sich selbst!)</p> <p>Meine Damen und Herren, diese Damen und Herren, deren Sitze leer sind,</p> <p style="text-align: center;">(Zuruf von der Mitte: Die vor der Tür stehen!)</p> <p>– die draußen vor der Tür stehen</p> <p style="text-align: center;">(Zuruf von der Mitte: Hüter der Demokratie!)</p> <p>und zusehen, daß hier ein Gesetz durch diese Obstruktion verhindert wird, das dem sozialen Wohnungsbau dient, einem der wichtigsten sozialen Anliegen, von denen diese Herren hier mit Tremolo in der Stimme gesprochen haben,</p> <p style="text-align: center;">(Sehr richtig!)</p> <p>diese Herren und Damen betreiben durch eine solche Politik sichtlich etwas, was das ganze deutsche Volk nachdenklich stimmen sollte. Das sind die Methoden von Totengräbern an der Demokratie!“</p>
	4	Sten. Ber. 280. u. 281. Sitz. v. 3. 7. 1953, S. 14241 B	<p>Anlaß: Wiederholung der Schlußabstimmung (namentlich) über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des 1. Wohnungsbaugesetzes (Drs. 4593).</p> <p>Der Abg. Dr. <i>Menzel</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.</p> <p>Die bewußte Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit ergibt sich aus den Ausführungen des Abg. Dr. <i>Schröder</i> (Düsseldorf) (CDU): „Es ist vielleicht typisch, daß dieses Verhalten der Opposition bei zwei Gelegenheiten erfolgt ist; wir haben ja heute nur eine Wiederholung ... Jetzt handelt es sich um ein Gesetz zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Es wäre schade, wenn nicht vor dem ganzen deutschen Volk festgehalten würde, daß hier mit der Geschäftsordnung ein schamloser Mißbrauch getrieben wird. Im Hause befindet sich eine große Fraktion versammelt, um durch einige Abgeordnete diese Sabotage hier unten verüben zu lassen.“</p> <p>Abg. Dr. <i>Menzel</i> (SPD): „Sie haben dieses Gesetz heute durchpeitschen wollen.</p> <p style="text-align: center;">(Lebhafter Widerspruch in der Mitte rechts)</p> <p>Es ist seit jeher ein übliches und durchaus zulässiges Mittel, ein Parlament durch Verlassen des Saales beschlußunfähig zu machen ... Ich kann mich sehr gut erinnern, daß Sie bei denjenigen Damen und Herren des Landtags von</p>

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
noch: 1. WP	noch: 4		Nordrhein-Westfalen waren, die geführt von ihrem Fraktionsführer, dem damaligen Oberbürgermeister Dr. <i>Adenauer</i> , (Anhaltende Zurufe von der Mitte) laufend – nein, vielleicht nicht laufend, aber häufig – Obstruktion trieben durch Auszug der CDU-Fraktion, der den Landtag von Nordrhein-Westfalen beschlußfähig machte, und zwar Obstruktion gegen die eigene Regierung <i>Arnolds</i> :“
2. WP 1953–57	1	Sten. Ber. 219. u. 220. Sitz. v. 29. 6. 1957	Anlaß: Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausfuhrzolliste (Drs. 3361); Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Außenhandelsfragen (Drs. 3587). Bei der Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD (Umdruck 1215, Auslandszoll für Malz) wird die Beschlußfähigkeit des Hauses von Amts wegen festgestellt. Die bewußte Herbeiführung der Beschlußfähigkeit ergibt sich aus den Ausführungen des Präsidenten Dr. <i>Gerstenmaier</i> : „... – Was ist es denn? (Zuruf: Es sind noch Abgeordnete draußen!) ... Wer draußen ist, will an dieser Abstimmung nicht mitwirken. Ich kann niemanden zwingen ...“

Statistik

Die folgende Statistik enthält die Zahl der Fälle,

- in denen die Beschlußfähigkeit bezweifelt wurde,
- in denen versucht wurde, die Beschlußfähigkeit herbeizuführen (durch Exodus, d. h. Auszug aus dem Plenarsaal),
- in denen insgesamt die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben wurde, also einschließlich der Fälle, in denen sich die Beschlußfähigkeit bei einer namentlichen Abstimmung oder bei einer Auszählung der Stimmen („Hammelsprung“) ergab.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57
Fälle, in denen die Beschlußfähigkeit bezweifelt wurde	16	3
– dabei Beschlußfähigkeit festgestellt	7	2
– dabei Beschlußfähigkeit nicht festgestellt	9	1
– anderweitige Erledigung (Sitzung vertagt)	0	0
Versuche, die Beschlußfähigkeit durch Auszug aus dem Plenum („Exodus“) herbeizuführen	4	1
– dadurch Beschlußfähigkeit festgestellt	2	1
– dadurch Beschlußfähigkeit nicht festgestellt	2	0
Aufhebung der Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit (Fälle insgesamt)	15	13

★ Die Gesamtzahl der **Fälle**, in denen die **Beschlußfähigkeit** in der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) **bezweifelt** wurde, beträgt **38**; in **21 Fällen** wurde dabei die **Beschlußfähigkeit festgestellt**. In **sechs Fällen** im gleichen Zeitraum wurde versucht, die **Beschlußfähigkeit absichtlich durch Auszug aus dem Plenum herbeizuführen**; **vier Fälle**

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
3. WP 1957–61			keine Fälle
4. WP 1961–65	1	Sten. Ber. 68. Sitz. v. 18. 3. 1963, S. 3077 C	Anlaß: Abstimmung über die 4. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung, Mündlicher Bericht des Außenhandelsausschusses (Drs. IV/1071). Die Beschlußunfähigkeit wird bei der Auszählung (Hammelsprung) von Amts wegen festgestellt. Die bewußte Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit („Röhrenembargo“) ergibt sich aus den Zwischenrufen: „Abgeordnete der CDU/CSU erscheinen im Saal“. – Abg. Dr. <i>Mommer</i> : „Die Schriftführer der CDU waren nicht im Saal!“ und den Ausführungen des Präsidenten Dr. <i>Gerstenmaier</i> : „... Hier liegt ein politischer Akt vor, der einer Willensbildung gleichkommt. Das ist nicht eine zufällige Beschlußunfähigkeit des Hauses...“
ab 5. WP 1965–1)			keine Fälle

1) Stand: 31. August 1997

3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
0	2	2	0	2	1	0	7	4	1
0	2	1	0	2	0	0	4	2	1
0	0	1	0	0	0	0	3	0	0
0	0	0	0	0	1	0	0	2	0
0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	6	4	0	3	0	0	4	2	1

davon waren **erfolgreich**. Insgesamt mußte bisher in **51 Fällen die Plenarsitzung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden**.

8.20 Ordnungsmaßnahmen

Zur Wiederherstellung der Ordnung bei Störungen in den Plenarsitzungen stehen dem amtierenden Präsidenten im Rahmen seiner Ordnungsgewalt folgende Maßnahmen zur Verfügung (bei Geschäftsordnungsbestimmungen wird die gegenwärtig gültige Fassung*) zitiert):

Rüge

Die Rüge ist in der Geschäftsordnung des Bundestages nicht geregelt; sie entspricht einem parlamentarischen Brauch.

Ruf zur Sache

„Der Präsident kann den Redner, der vom Verhandlungsgegenstand abschweift, zur Sache verweisen.“ (§ 36 Satz 1 GO BT)

Wortentziehung

a) Wortentziehung aufgrund des § 37 GO BT: „Ist ein Redner während einer Rede dreimal zur Sache oder dreimal zur Ordnung gerufen und beim zweiten Male auf die Folgen eines dritten Rufes zur Sache oder zur Ordnung hingewiesen worden, so muß ihm der Präsident das Wort entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Verhandlungsgegenstand nicht wieder erteilen.“

b) Wortentziehung aufgrund des § 35 Abs. 3 GO BT: „Überschreitet ein Mitglied des Bundestages seine Redezeit, so soll ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen.“

c) Sonstige Fälle von Wortentziehung z. B. bei groben Verstößen gegen die Vorschriften des § 29 GO BT (Zur Geschäftsordnung) oder des § 32 GO BT (Erklärung außerhalb der Tagesordnung).

Ausschluß von Mitgliedern des Bundestages

„(1) Wegen gröblicher Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied des Bundestages, auch ohne daß ein Ordnungsruf ergangen ist, für die Dauer der Sitzung aus dem Saal verweisen. Bis zum Schluß der Sitzung muß der Präsident bekanntgeben, für wieviel Sitzungstage der Betroffene ausgeschlossen wird. Ein Mitglied des Bundestages kann bis zu dreißig Sitzungstage ausgeschlossen werden.

(2) Der Betroffene hat den Sitzungssaal unverzüglich zu verlassen. Kommt er der Aufforderung nicht nach, wird er vom Präsidenten darauf hingewiesen, daß er sich durch sein Verhalten eine Verlängerung des Ausschlusses zuzieht.“ (§ 38 GO BT)

Ordnungsruf

Der Präsident „kann Mitglieder des Bundestages, wenn sie die Ordnung verletzen, mit Nennung des Namens zur Ordnung rufen. Der Ordnungsruf und der Anlaß hierzu dürfen von den nachfolgenden Rednern nicht behandelt werden.“ (§ 36 Satz 2 und 3 GO BT)

*) Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1980 (BGBl. I S. 1237), zuletzt geändert laut Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994 (BGBl. 1995 I S. 11). Vgl. auch *Joseph Bücker*, Das parlamentarische Ordnungsrecht. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 961–974.

Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung

„Wenn im Bundestag störende Unruhe entsteht, die den Fortgang der Verhandlungen in Frage stellt, kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit unterbrechen oder aufheben. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verläßt er den Präsidentenstuhl; die Sitzung wird dadurch unterbrochen. Zur Fortsetzung beruft der Präsident ein.“ (§ 40 GO BT)

Sitzungsausschlüsse von Abgeordneten

In der folgenden Tabelle sind die bisherigen Fälle von Sitzungsausschlüssen im einzelnen dokumentiert.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Namen der betr. Abg./Fundstelle/ Dauer des Ausschlusses	Einspruch/ Fundstelle	Entscheidung über Einspruch/Fundstelle
1. WP 1949–53	1	<i>Kurt Schumacher</i> (SPD) 18. Sitz. v. 24./25. 11. 1949, S. 525 A, 526 A für 20 Sitzungstage (BT-Präs. <i>Köhler</i>)	ja Drs. Nr. 247 v. 25. 11. 1949	gegenstandslos durch gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und <i>Kurt Schumacher</i> vom 1. 12. 1949, siehe dazu 19. Sitz. v. 2. 12. 1949, S. 572 B
	2	<i>Günter Goetzendorff</i> (DRP-Gast) 31. Sitz. v. 26. 1. 1950, S. 965 A für 20 Sitzungstage (BT-Präs. <i>Köhler</i>)	ja Drs. Nr. 475 v. 26./27. 1. 1950	abgelehnt 33. Sitz. v. 1. 2. 1950, S. 1027 C
	3	<i>Walter Seuffert</i> (SPD) 41. u. 42. Sitz. v. 24. 2. 1950, S. 1409 C „für den Rest der heutigen Sitzung“ (BT-Präs. <i>Köhler</i>)	ja Drs. Nr. 644 v. 1. 3. 1950	abgelehnt 45. Sitz. v. 3. 3. 1950, S. 1507 C – 1508 A
	4	<i>Wolfgang Hedler</i> (DRP-Gast) 46. Sitz. v. 10. 3. 1950, S. 1561 C „von der Teilnahme an der heutigen Sitzung“ (BT-Präs. <i>Köhler</i>)	nein	entfällt
	5	<i>Herbert Wehner</i> (SPD) 49. Sitz. v. 22. 3. 1950, S. 1684 B für 10 Sitzungstage (BT-Präs. <i>Köhler</i>)	ja Drs. Nr. 757 v. 22. 3. 1950	abgelehnt 51. Sitz. v. 24. 3. 1950, S. 1812 B
	6	<i>Rudolf-Ernst Heiland</i> (SPD) 49. Sitz. v. 22. 3. 1950, S. 1684 B für 8 Sitzungstage (BT-Präs. <i>Köhler</i>)	ja Drs. Nr. 758 v. 22. 3. 1950	abgelehnt 51. Sitz. v. 24. 3. 1950, S. 1812 C
	7	<i>Max Reimann</i> (KPD) 68. Sitz. v. 13. 6. 1950, S. 2458 D für 30 Sitzungstage (BT-Präs. <i>Köhler</i>)	ja Drs. Nr. 1042 v. 13. 6. 1950	abgelehnt 69. Sitz. v. 15. 6. 1950, S. 2505 A

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Namen der betr. Abg./Fundstelle/ Dauer des Ausschlusses	Einspruch/ Fundstelle	Entscheidung über Einspruch/Fundstelle		
noch: 1. WP	8	<i>Heinz Renner</i> (KPD)	ja Drs. Nr. 1067 v. 15. 6. 1950	abgelehnt 70. Sitz. v. 21. 6. 1950, S. 2527 A		
	9	<i>Oskar Müller</i> (KPD)				
	10	<i>Walter Vesper</i> (KPD)				
	11	<i>Friedrich Rische</i> (KPD) 69. Sitz. v. 15. 6. 1950, S. 2519 A für 20 Sitzungstage (BT-Präs. <i>Köhler</i>)				
	12	<i>Walter Fisch</i> (KPD) 80. Sitz. v. 27. 7. 1950, S. 3005 C für 30 Sitzungstage (Vizepräs. <i>Schäfer</i>)			ja Drs. Nr. 1263 v. 27. 7. 1950	abgelehnt 82. Sitz. v. 8. 9. 1950, S. 3095 C
	13	<i>Franz Richter</i> (fraktionslos) 183. Sitz. v. 10. 1. 1952, S. 7777 A, 7786 C für drei Sitzungstage (Vizepräs. <i>Schäfer</i>)			ja Umdruck Nr. 418 (ohne Datum)	abgelehnt 185. Sitz. v. 16. 1. 1952, S. 7889 D
	14	<i>Heinz Renner</i> (KPD) 211. Sitz. v. 14. 5. 1952, S. 9258 A, 9294 C für 20 Sitzungstage (BT-Präs. <i>Ehlers</i>)			ja Umdruck Nr. 559 v. 15. 5. 1952	abgelehnt 213. Sitz. v. 16. 5. 1952, S. 9383 B
15	<i>Franz Neumann</i> (SPD) 242. Sitz. v. 5. 12. 1952, S. 11486 D, 11487 A „ich weise Sie aus dem Saal“ (BT-Präs. <i>Ehlers</i>)	nein	entfällt			
16	<i>Friedrich Rische</i> (KPD) 252. Sitz. v. 4. 3. 1953, S. 12091 A, 12136 D für drei Sitzungstage (BT-Präs. <i>Ehlers</i>)	nein	entfällt			
17	<i>Alfred Loritz</i> (WAV) 276. Sitz. v. 25. 6. 1953, S. 13768 B „ich weise Sie ... aus dem Saal“ (BT-Präs. <i>Ehlers</i>)	nein	entfällt			
2. WP 1953–57		<i>kein Sitzungsausschluß</i>				
3. WP 1957–61	18	<i>Karl Wittrock</i> (SPD) 150. Sitz. v. 14. 3. 1961, S. 8529 D, 8530 A, 8531 C „für die Dauer der Sitzung“ (BT-Präs. <i>Gerstenmaier</i>)	ja Umdruck Nr. 837 v. 14. 3. 1961	zurückgezogen 151. Sitz. v. 15. 3. 1961, S. 8577 A u. B, 8613 D		
4.–9. WP 1961–83		<i>kein Sitzungsausschluß</i>				

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Namen der betr. Abg./Fundstelle/ Dauer des Ausschlusses	Einspruch/ Fundstelle	Entscheidung über Einspruch/Fundstelle
10. WP 1983–87	19	<i>Jürgen Reents</i> (DIE GRÜNEN) 91. Sitz. v. 18. 10. 1984, S. 6692 A, 6758 A „von der Teilnahme an dieser Plenarsitzung“ sowie für weitere vier Sitzungstage (Vizepräs. <i>Richard Stücklen</i>)	ja Einspruch vom 18. 10. 1984 (keine BT-Drs.)	abgelehnt in namentl. Abstimmung mit 258 gegen 193 Stimmen bei 3 Enthaltungen 92. Sitz. v. 19. 10. 1984
	20	<i>Joseph Fischer</i> (DIE GRÜNEN) 91. Sitz. v. 18. 10. 1984, S. 6698 C, 6758 A „von der weiteren Teilnahme an der Sitzung“ sowie für einen weiteren Sitzungstag (Vize- präs. <i>Richard Stücklen</i>)	ja Einspruch vom 18. 10. 1984 (keine BT-Drs.)	abgelehnt 92. Sitz. v. 19. 10. 1984
11. WP 1987–90	21	<i>Eckhard Stratmann</i> (DIE GRÜNEN) 3. Sitz. v. 12. 3. 1987, S. 33 A–34 A „für diesen und den nächsten Sitzungstag“ (BTPräs. <i>Philipp Jenninger</i>)	ja Einspruch vom 17. 3. 1987 (keine BT-Drs.)	abgelehnt 4. Sitz. v. 18. 3. 1987
	22 23	<i>German Meneses Vogl</i> (DIE GRÜNEN) <i>Jutta Oesterle-Schwerin</i> (DIE GRÜNEN) 207. Sitz. v. 26. 4. 1990, S. 16280 D–16281 A „für diesen Tag“ (Vizepräs. <i>Richard Stücklen</i>)	ja Einspruch vom 26. 4. 1990 (keine BT-Drs.)	abgelehnt 208. Sitz. v. 27. 4. 1990
12. WP 1990–94		<i>kein Sitzungsausschluß</i>		
13. WP 1994– ¹⁾		<i>kein Sitzungsausschluß</i>		

1) Stand: 31. August 1997

Statistik der einzelnen Ordnungsmaßnahmen

Detaillierte statistische Angaben zu den verschiedenen Ordnungsmaßnahmen enthält die Übersicht auf der folgenden Seite.

★ Die Gesamtzahlen für die verschiedenen Ordnungsmaßnahmen in der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) betragen für die **Rügen 106**, für die **Verweisungen zur Sache 105**, für die **Ordnungsrufe 573**, für die **Wortentziehungen 96**, für die **Sitzungsausschlüsse 23**, für die **Unterbrechung der Sitzung wegen störender Unruhe 4** und für die **Aufhebung der Sitzung wegen störender Unruhe 0**.

■ Sollte die Statistik der Ordnungsmaßnahmen für die 13. Wahlperiode bis zur Drucklegung des dritten Bandes des vorliegenden **Datenhandbuchs** vorliegen, kann sie im NACHTRAG unter 8.20 nachgeschlagen werden.

Statistik der einzelnen Ordnungsmaßnahmen

Die folgende statistische Übersicht*) zeigt, in welchem Umfange bisher von den einzelnen Ordnungsmaßnahmen Gebrauch gemacht wurde.

Ordnungsmaßnahmen	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Rügen ¹⁾	0	3	7	2	5	12	25	25	5	12	7	3
Verweisungen zur Sache ²⁾	58	7	3	1	3	4	9	4	0	10	2	4
Ordnungsrufe	156	36	41	7	6	13	28	30	13	132	78	33 ³⁾
– dagegen Einspruch erhoben	11	2	0	0	0	0	0	0	0	5	2	2
– Einspruch angenommen	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 ⁴⁾
– Einspruch abgelehnt	10	2	0	0	0	0	0	0	0	5	2	1
Wortentziehungen	40	0	0	0	2	6	5	1	1	16	18	7
Sitzungsausschlüsse	17	0	1	0	0	0	0	0	0	2	3	0
– dagegen Einspruch erhoben	13	0	1	0	0	0	0	0	0	2	3	0
– Einspruch angenommen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– Einspruch abgelehnt	12	0	0	0	0	0	0	0	0	2	3	0
– anderweitig erledigt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unterbrechung der Sitzung wegen störender Unruhe	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0
Aufhebung der Sitzung wegen störender Unruhe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

1) Gezählt wurden hier nur die unter Verwendung des Wortes „Rüge“ beanstandeten Äußerungen.

2) Eine Statistik über Verweisungen zur Sache stößt auf die Schwierigkeit, daß Sachrufe an keine Form gebunden sind und es deshalb im Einzelfall zweifelhaft sein kann, ob überhaupt eine entsprechende Verweisung vorliegt.

3) davon ein Ordnungsruf zurückgenommen

4) Einspruch durch Zurücknahme des Ordnungsrufes erledigt

*) Quelle: Parlamentsrechtsdokumentation innerhalb des Fachbereichs I.

8.21 Publizität der Verhandlungen

Die geringe Zahl öffentlicher Sitzungen im Vergleich zur großen Zahl nichtöffentlicher Sitzungen im Bundestag ist insbesondere von Politikwissenschaftlern immer wieder beklagt worden.*) Die Politikwissenschaft hat zugleich den vielfältigen, schon im 19. Jahrhundert einsetzenden Entwicklungsprozeß nachgezeichnet, der in der Bundesrepublik Deutschland zum modernen „halböffentlichen Parlamentarismus“ geführt hat. Zu den Faktoren dieser Entwicklung zählen:

- der Wandel vom liberalen zum sozialen Rechtsstaat (mit dem Zwang, soziale Gerechtigkeit durch vermehrte und detaillierte Gesetzgebung anzustreben),
- die Entwicklung zum demokratischen Parteienstaat (mit der Bildung von disziplinierten Parlamentsfraktionen),
- der steigende Einfluß von Exekutive und Verwaltung,
- die wachsende Kompliziertheit der Aufgaben in einer pluralistischen Industriegesellschaft.

Das Parlament insgesamt sowie die einzelnen Fraktionen für sich haben sich intensiv bemüht, durch institutionelle Reformen und arbeitsteilige Verfahren den wachsenden Aufgaben gerecht zu werden. Es entstand so im Bundestag ein strukturiertes System von ständigen Fachausschüssen mit zahlreichen Unterausschüssen (vgl. Abschnitt 9.2) sowie auf der Ebene der Fraktionen ein weiteres Subsystem in Form von Fraktionsarbeitskreisen und -gruppen (vgl. Abschnitt 5.9).

Die Verlagerung der Parlamentsarbeit in die zahlreichen nichtöffentlich beratenden Gremien hat zweifellos das Plenum des Parlaments am stärksten betroffen und einen gewissen Zerfall von Diskussion und Öffentlichkeit bewirkt.**)

*) Vgl. beispielsweise *Winfried Steffani*: „Es gibt wenige Parlamente, die sich – indem sie äußerst selten in öffentlichen Plenarsitzungen tagten und ihre Haupttätigkeit in nichtöffentliche Ausschusssitzungen verlegten – in gleicher Weise wie der Bundestag der unmittelbaren Beobachtung der Öffentlichkeit entzogen und ihre Kritiker auf die Drucksachenlektüre verwiesen haben.“ (*Winfried Steffani*, *Parlamentarische Demokratie. Zur Problematik von Effizienz, Transparenz und Partizipation*. In: *Parlamentarismus ohne Transparenz*. Opladen 1971, S. 41).

Vgl. auch *Leo Kießler*, *Parlamentsöffentlichkeit: Transparenz und Artikulation*. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 993–1020.

**) „Sicherlich stimmt die Behauptung nicht, daß es Diskussion und Öffentlichkeit in der Parlamentswirklichkeit des Bundestages nicht mehr gäbe. Im Gegenteil: Die Öffentlichkeit der Plenarsitzungen hat durch Rundfunk- und Fernsehübertragungen eine ungeahnte Ausweitung erfahren. Auch ist die Zahl der Diskussionen in den Fraktionen und Ausschüssen eminent gestiegen. Was jedoch im Bundestag häufig fehlt, ist die zeitliche und örtliche Verknüpfung von Diskussion und Öffentlichkeit. Was eine Einheit darstellen soll, ist zerfallen: Es gibt Diskussion ohne Öffentlichkeit und Öffentlichkeit ohne Diskussion.“ (*Peter Schindler*, *Die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages. Realitäten und Tendenzen*. In: *Der Deutsche Bundestag 1949–1969*. Hrsg. von *Walther Keim*. Frankfurt/Main, Bonn 1969, S. 65).

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das *Datenhandbuch* Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Ein – wenngleich grobes – Meßverfahren, das Ausmaß der Publizität der Verhandlungen bzw. den halböffentlichen Charakter des Bundestages festzustellen, besteht in der folgenden Aufstellung über das Verhältnis von öffentlichen zu nichtöffentlichen Sitzungen.

Zwischen 1949 und 1994 betrug dieses Verhältnis 1:9,1, d. h. auf eine öffentliche Sitzung kamen im Durchschnitt mehr als neun nichtöffentliche Sitzungen. Hinter dieser Durchschnittszahl verbergen sich freilich mehrere Trendwenden:

- zunächst ein Ansteigen der Nichtöffentlichkeit zwischen 1949 und 1957 (in der 2. Wahlperiode zwischen 1953 und 1957 betrug das Verhältnis der öffentlichen zu den nichtöffentlichen Sitzungen 1:23,5!),

Öffentliche und nichtöffentliche

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69
Plenarsitzungen	282	227	168	198	247
Öffentliche Informationssitzungen (Anhörungen)	0	1	1	6	58
Untersuchungsausschuß-Sitzungen ¹⁾	174	34	0	37	101
Fraktionssitzungen ²⁾	0	0	0	0	0
Sitzungen des Ständigen Ausschusses gem. Art. 45 GG	0	0	0	0	0
öffentliche Sitzungen insgesamt	456	262	169	241	406
Bundestagsvorstands-Sitzungen	27	17	16	14	22
Kommissionssitzungen des Vorstandes	93	64	31	34	39
Präsidiumssitzungen	•	•	•	•	•
Ältestenratssitzungen	185	172	96	96	114
Kommissionssitzungen des Ältesten- rates	–	–	–	–	–
Fraktions- und Fraktionsvorstands- Sitzungen ³⁾	1 774	1 777	675	727	802
Ausschuß- und Unterausschuß- Sitzungen ⁴⁾	5 111	4 082	2 434	2 857	2 442
Sonderausschuß-Sitzungen	26	58	0	62	150
Enquete-Kommissions-Sitzungen ⁵⁾	–	–	–	–	–
nichtöffentliche Sitzungen insgesamt	7 216	6 170	3 252	3 790	3 569
Verhältnis von öffentlichen zu nicht- öffentlichen Sitzungen	1:15,8	1:23,5	1:19,2	1:15,7	1:8,8

¹⁾ Abzüglich nichtöffentlicher Sitzungen von Untersuchungsausschüssen.

²⁾ Die Fraktionssitzungen der GRÜNEN in der 10. und 11. Wahlperiode tagen grundsätzlich öffentlich.

³⁾ Einschließlich Gruppen- und Gruppenvorstandssitzungen

- danach eine schrittweise Zunahme der Öffentlichkeit bis zur 6. Wahlperiode (1969–1972) mit einem Verhältnis von schließlich 1:6,9,
- ein erneuter Rückzug aus der Öffentlichkeit, der bis zur 9. Wahlperiode (1980–1983) anhielt und zu dem Verhältnis 1:8,3 führte,
- ein bisher noch nicht erreichter Grad an Publizität in der 10. und 11. Wahlperiode mit einem Verhältnis von einer öffentlichen Sitzung zu knapp fünf nichtöffentlichen Sitzungen, u. a. bewirkt durch die Öffentlichkeit der Fraktionssitzungen der GRÜNEN und durch den Anstieg der öffentlichen Anhörungen der Ausschüsse und Enquete-Kommissionen,
- trotzdem seit der 10. Wahlperiode ein bis zum Ende der 12. Wahlperiode (1990–1994) anhaltender Trend zu mehr nichtöffentlichen Sitzungen.

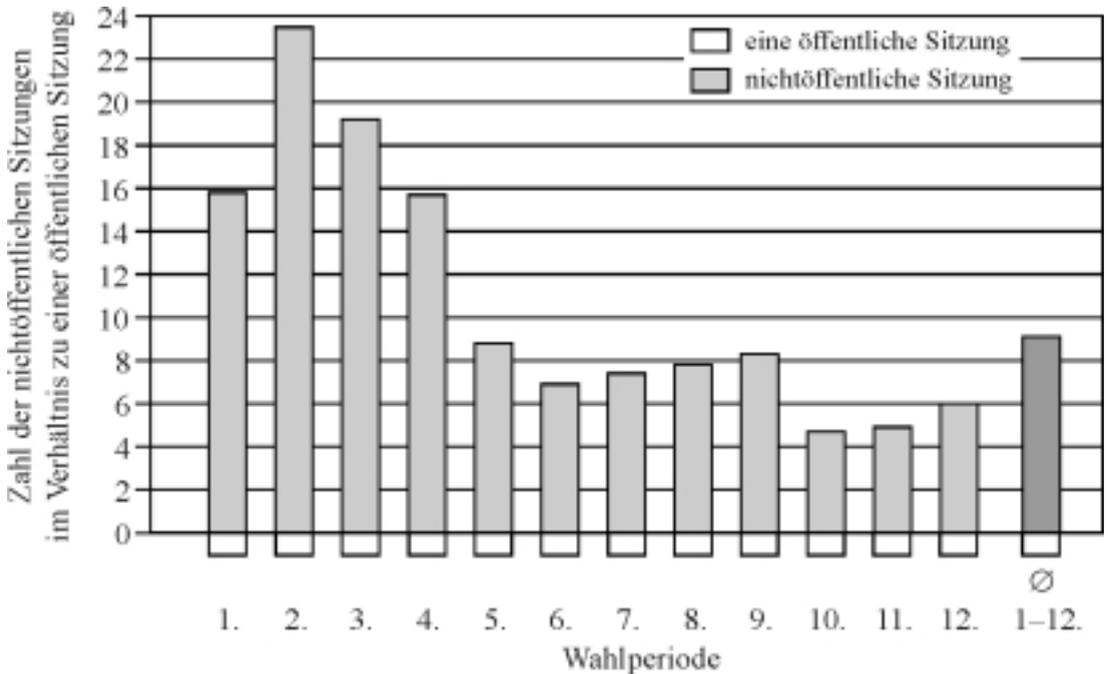
Sitzungen im Bundestag

6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	1.–12. WP 1949–94
199	259	230	142	256	236	243	2 687
80	76	70	51	165	235	301	1 044
26	77	52	5	140	106	165	917
0	0	0	0	132	134	0	266
1	0	–	–	–	–	–	1
306	412	352	198	693	711	709	4 915
–	–	–	–	–	–	–	96
–	–	–	–	–	–	–	261
49	70	85	53	89	88	99	533
104	103	86	53	103	94	87	1 293
49	65	83	45	150	105	214	711
530	718	674	400	768	706	1 147	10 698
1 232	1 897	1 786	1 027	2 013	2 208	2 501	29 590
110	110	0	0	0	20	35	571
52	89	47	75	113	263	211	850
2 126	3 052	2 761	1 653	3 236	3 484	4 294	44 603
1:6,9	1:7,4	1:7,8	1:8,3	1:4,7	1:4,9	1:6,0	1:9,1

⁴⁾ Zuzüglich der Zahl der nichtöffentlichen Untersuchungsausschuß-Sitzungen und abzüglich der Zahl der öffentlichen Informationssitzungen (Anhörungen).

⁵⁾ Einschließlich der Zahl der Sitzungen der Europa-Kommission; abzüglich der Zahl der öffentlichen Informationssitzungen (Anhörungen).

Die Daten aus der voranstehenden Statistik zum Verhältnis der öffentlichen Sitzungen zu den nicht-öffentlichen Sitzungen sind im folgenden graphisch umgesetzt worden.



8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie

In sprachwissenschaftlichen, zum Teil auch in sozialwissenschaftlichen und historischen Untersuchungen sind mittlerweile zahlreiche im Bundestag gehaltene Reden oder auch ganze Debatten analysiert worden. Die Fragestellungen und Forschungsziele dieser Arbeiten sowie die dabei angewandten Methoden unterscheiden sich erheblich. Die folgende Bibliographie beschränkt sich deshalb darauf, die vorhandenen, überwiegend sprachwissenschaftlichen Arbeiten zur Rhetorik im Bundestag*) in chronologischer Reihenfolge zusammenzufassen.

*) Vgl. zum Thema auch *Adalbert Hess*, Reflexionen über den Debattenstil. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 63–80.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
1. WP 1949–53	a) 6. und 98. Sitz. b) 21. 9. 1949 und 8. 11. 1950	Rede in der Aussprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (6. Sitzung); Rede in der Aussprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (98. Sitzung). In die Analyse sind zwei weitere Reden von <i>Kurt Schumacher</i> einbezogen, die außerhalb des Bundestages gehalten wurden.	<i>Kirst, Wolf-Dieter</i> , Kurt Schumacher als Redner. Eine rhetorische Analyse. Gießen 1981.
	a) 278. u. 280. Sitz. b) 1. und 3. 7. 1953	Reden zum Aufstand vom 17. Juni 1953 und zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, davon im Bundestag gehalten: Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden der Abg. <i>Herbert Wehner</i> (SPD) und <i>Max Becker</i> (FDP) (278. Sitzung); Erklärung von Bundestagspräsident <i>Hermann Ehlers</i> nach der Abstimmung über das Gesetz zum „Tag der deutschen Einheit“ (280. Sitzung); Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden des Abg. <i>Willy Brandt</i> (SPD) und des Bundestagspräsidenten <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU) (siehe 3. Wahlperiode); Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (siehe 4. Wahlperiode).	<i>Pelster, Theodor</i> . Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Vergleichende Stiluntersuchungen mit beigelegten Texten. Düsseldorf 1966.
2. WP 1953–57	a) 46./47., 61./62. und 72. Sitz. b) 5. und 7. 10. 1954, 15. und 16. 12. 1954 sowie 27. 2. 1955	Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> zur Londoner Konferenz sowie Aussprache darüber (46./47. Sitzung); erste Beratung der Pariser Verträge, insbes. Rede des Abgeordneten <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (61./62. Sitzung); dritte Beratung der Pariser Verträge (72. Sitzung); erste Beratung der Verträge von Moskau und Warschau, insbes. Rede des Abgeordneten <i>Carlo Schmid</i> (SPD) (siehe 6. Wahlperiode); zweite Beratung der Verträge von Moskau und Warschau und Schlußabstimmung (siehe 6. Wahlperiode).	<i>Bach, Wolfgang</i> , Geschichte als politisches Argument. Eine Untersuchung an ausgewählten Debatten des Deutschen Bundestages. Stuttgart 1977.

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
noch: 2. WP	a) 84. Sitz. b) 27. 5. 1955	Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Vorbereitung von Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit der Beratung des Antrags der SPD-Fraktion betr. Viermächteverhandlungen.	<i>Besson, Waldemar</i> , Die außenpolitische Debatte. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bundestages. In: Führung und Bildung in der heutigen Welt. Hrsg. zum 60. Geburtstag von <i>Kurt Georg Kiesinger</i> . Stuttgart 1969. S. 280–287.
3. WP 1957–61	a) 122. Sitz. b) 30. 6. 1960	Reden der Abg. <i>Herbert Wehner</i> (SPD) und <i>Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg</i> (CSU) in der Aussprache zu einer Erklärung der Bundesregierung zur Außenpolitik.	<i>Sandow, Jürgen</i> , Die Rhetorik im Deutschen Bundestag. Eine Studie zur Publizistik der parlamentarischen Rede. Diss. Berlin; Auszug veröffentlicht in: <i>Publizistik</i> . Jg. 7. 1962. H. 5. S. 278–292.
	a) 167. Sitz. b) 18. 8. 1961	Reden zum Aufstand vom 17. Juni 1953 und zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, davon im Bundestag gehalten: Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden der Abg. <i>Herbert Wehner</i> (SPD) und <i>Max Becker</i> (FDP) (siehe 1. Wahlperiode); Erklärung von Bundestagspräsident <i>Hermann Ehlers</i> nach der Abstimmung über das Gesetz zum „Tag der deutschen Einheit“ (siehe 1. Wahlperiode); Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden des Abg. <i>Willy Brandt</i> (SPD) und des Bundestagspräsidenten <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU) (167. Sitzung); Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (siehe 4. Wahlperiode).	<i>Pelster, Theodor</i> , Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Vergleichende Stiluntersuchungen mit beigelegten Texten. Düsseldorf 1966.

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das *Datenhandbuch* Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
4. WP 1961–65	a) 5. Sitz. b) 29. 11. 1961	<p>Reden zum Aufstand vom 17. Juni 1953 und zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, davon im Bundestag gehalten:</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden der Abg. <i>Herbert Wehner</i> (SPD) und <i>Max Becker</i> (FDP) (siehe 1. Wahlperiode);</p> <p>Erklärung von Bundestagspräsident <i>Hermann Ehlers</i> nach der Abstimmung über das Gesetz zum „Tag der deutschen Einheit“ (siehe 1. Wahlperiode);</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden des Abg. <i>Willy Brandt</i> (SPD) und des Bundestagspräsidenten <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU) (siehe 3. Wahlperiode);</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (5. Sitzung).</p>	<p><i>Pelster, Theodor</i>, Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Vergleichende Stiluntersuchungen mit beigefügten Texten. Düsseldorf 1966.</p>
	a) 45., 46. und 47. Sitz. b) 7., 8. und 9. 11. 1962	Fragestunde	<p><i>Søe, Christian</i>, Politische Kontrolle und Verantwortlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland am Ende der Adenauer-Ära. Eine Verlaufsanalyse der SPIEGEL-Affäre. Diss. Berlin 1972. S. 369–455.</p>
5. WP 1965–69	a) 7./8. Sitz. b) 29./30. 11. 1965	<p>Rede des Abg. <i>Karl Schiller</i> (SPD) und des Bundesministers für Wirtschaft <i>Kurt Schmücker</i> (CDU/CSU) in der Aussprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i>.</p> <p>In die Untersuchung sind in erster Linie zwei weitere Reden (von <i>Rainer Barzel</i> und <i>Fritz Erler</i>) einbezogen, die außerhalb des Bundestages gehalten wurden.</p>	<p><i>Zimmermann, Hans Dieter</i>, Die politische Rede. Der Sprachgebrauch Bonner Politiker. Stuttgart [usw.] 1969.</p>
	a) 7.–10. Sitz. b) 29. 11. – 2. 12. 1965	Aussprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i> .	<p><i>Fengler, Jörg</i> und <i>Hans Dieter Schmidt</i>, Versuch der Inhaltsanalyse einer Bundestagsdebatte. In: <i>Psychologische Rundschau</i>. Bd. 18. 1967. H. 3. S. 185–200.</p>

Hinweis

Zum Thema Regierungserklärungen siehe im übrigen Abschnitt 6.11.

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
noch: 5. WP	a) 82. Sitz. b) 15. 12. 1966	Jeweils erster Tag der Aussprache über die Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i> zum Regierungsprogramm der Großen Koalition bzw. von Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> zum Regierungsprogramm der SPD-FDP-Koalition (6. Wahlperiode).	<i>Uhlig, Eckart</i> , Studien zu Grammatik und Syntax der gesprochenen politischen Sprache des Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zur deutschen Sprache der Gegenwart. Marburg 1972.
6. WP 1969–72	a) div. Sitzungen	Alle „Redesorten“ (d.h. Kanzlerreden, Ministerreden, Fraktionssprecherreden, Abgeordnetenreden von Regierungs- und Oppositionsparteien), ferner Erklärungen, mündliche Ausschlußberichte, Fragestunden u. a. zum Thema Deutschlandpolitik in der 6. und 7. Wahlperiode (1969–76).	<i>Simmler, Franz</i> , Die politische Rede im Deutschen Bundestag. Bestimmung ihrer Textsorten und Redesorten. Göppingen 1978.
	a) 6. Sitz. b) 29. 10. 1969	Jeweils erster Tag der Aussprache über die Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i> zum Regierungsprogramm der Großen Koalition (5. Wahlperiode) bzw. von Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> zum Regierungsprogramm der SPD-FDP-Koalition.	<i>Uhlig, Eckart</i> , Studien zu Grammatik und Syntax der gesprochenen politischen Sprache des Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zur deutschen Sprache der Gegenwart. Marburg 1972.
	a) 171.–173. und 186./187. Sitz. b) 23.–25. 2. 1972, 10. und 17. 5. 1972	Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> zur Londoner Konferenz sowie Aussprache darüber (siehe 2. Wahlperiode); Erste Beratung der Pariser Verträge, insbes. Rede des Abgeordneten <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU) (siehe 2. Wahlperiode); Dritte Beratung der Pariser Verträge (siehe 2. Wahlperiode); Erste Beratung der Verträge von Moskau und Warschau, insbes. Rede des Abgeordneten <i>Carlo Schmid</i> (SPD) vom 25. 2. 1972 (171.–173. Sitzung); Zweite Beratung der Verträge von Moskau und Warschau und Schlußabstimmung (186./187. Sitzung).	<i>Bach, Wolfgang</i> , Geschichte als politisches Argument. Eine Untersuchung an ausgewählten Debatten des Deutschen Bundestages. Stuttgart 1977.
	a) 182./183. Sitz. b) 26./27. 4. 1972	Reden während der Zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes 1972, Einzelplan 02 (Deutscher Bundestag) (182. Sitzung); Aussprache zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU nach Artikel 67 des Grundgesetzes (183. Sitzung).	<i>Nickl, Michael M.</i> , Zur Rhetorik parlamentarischer Mißtrauensvoten in Deutschem Reichstag (1931/32) und Bundestag (1972). Eine sprechwissenschaftliche Analyse sprachlich öffentlicher Kommunikation. München 1976.

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
7. WP 1972–76	a) div. Sitzungen	Alle „Redesorten“ (d.h. Kanzlerreden, Ministerreden, Fraktionssprecherreden, Abgeordnetenreden von Regierungs- und Oppositionsparteien), ferner Erklärungen, mündliche Ausschlußberichte, Fragestunden u. a. zum Thema Deutschlandpolitik in der 6. und 7. Wahlperiode (1969–76).	<i>Simmler, Franz</i> , Die politische Rede im Deutschen Bundestag. Bestimmung ihrer Textsorten und Redesorten. Göttingen 1978.
	a) div. Sitzungen	15 Reden aus der ersten Hälfte der 7. WP (Dezember 1972 bis Februar 1975).	<i>Heinze, Helmut</i> , Gesprochenes und geschriebenes Deutsch. Vergleichende Untersuchungen von Bundestagsreden und deren schriftlich aufgezeichneter Version. Düsseldorf 1979.
	a) 155. Sitz. b) 13. 3. 1975	Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i> zum Thema „Innere Sicherheit“ und Aussprache.	<i>Hoppenkamps, Hermann</i> , Information oder Manipulation? Untersuchungen zur Zeitungsberichterstattung über eine Debatte des Deutschen Bundestages. Tübingen 1977.
8. WP 1976–80	a) div. Sitzungen	Auszüge aus verschiedenen Regierungserklärungen der Jahre 1978–1980 (8. WP).	<i>Bock, Johannes</i> , Zur Inhalts- und Funktionsanalyse der Politikerrede. Ein Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Staatsbürger und Politiker. Frankfurt/Main 1982.
	a) 42. Sitz. b) 15. 9. 1977	Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i> zur Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. <i>Hanns-Martin Schleyer</i> .	<i>Volmert, Johannes</i> , Erprobung des Ernstfalls. Bundestagserklärung des Kanzlers Schmidt anlässlich der Schleyer-Entführung. Eine Analyse. In: <i>alternative</i> . Jg. 22. 1979. H. 124. S. 2–18.

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das *Datenhandbuch* Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
noch: 8. WP	a) 183., 191., 200., 211. und 216. Sitz. b) 8. 11. und 11. 12. 1979; 25. 1., 17. 4. und 13. 5. 1980	<p>Aussprache über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans (183. Sitzung);</p> <p>Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1980 (Haushaltsgesetz 1980) (191. Sitzung);</p> <p>Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts (200. Sitzung);</p> <p>Aussprache über das Jahresgutachten 1979/1980 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Jahreswirtschaftsberichts 1980 der Bundesregierung (211. Sitzung);</p> <p>Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches (216. Sitzung).</p>	<p><i>Czerwick, Edwin</i>, Parlamentarische Kommunikation im Wahlkampf. Strukturen zwischenparteilicher Kommunikation und Interaktion im Deutschen Bundestag während des Bundestagswahlkampfes 1979/80. Koblenz 1983. (Analysen und Berichte Nr. 7 der Forschungsgruppe Parteidemokratie, hrsg. von <i>Heino Kaack</i> und <i>Reinhold Roth</i>.)</p>
9. WP 1980–83	a) 41. Sitz. b) 3. 6. 1981	<p>Fortsetzung der zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981 (Haushaltsgesetz 1981), hier: Einzelplan 14, Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung: Wortmeldungen der Abgeordneten <i>Freimut Duve</i> (SPD), <i>Rudolf Schöfberger</i> (SPD), <i>Manfred Coppik</i> (SPD), <i>Detlef Kleinert</i> (FDP) und <i>Karl-Heinz Hansen</i> (SPD) nach Ablauf der vereinbarten Redezeit.</p>	<p><i>Ismayr, Wolfgang</i>, Parlamentarische Kommunikation und Abgeordnetenfreiheit. Praxis im 9. Deutschen Bundestag und Perspektiven einer Parlamentsreform. Frankfurt/Main 1982. S. 43–65.</p>
	a) 118. Sitz. b) 1. 10. 1982	<p>Rede der Abg. <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP) in der Aussprache über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP nach Art. 67 des Grundgesetzes [konstruktives Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i>]</p> <p>Rede des Abg. <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP) in der gleichen Aussprache.</p>	<p><i>Geißner, Hellmut</i>, Rhetorik und Hermeneutik. Die Rede der Abgeordneten Hamm-Brücher vor dem Deutschen Bundestag am 1. 10. 1982. In: Rhetorik. Ein internationales Jahrbuch. Bd. 4. Stuttgart-Bad Cannstatt 1985. S. 85–100.</p> <p><i>Volmert, Johannes</i>, Politikerrede als kommunikatives Handlungsspiel. Ein integriertes Modell zur semantisch-pragmatischen Beschreibung öffentlicher Rede. München 1989.</p>

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
10. WP 1983–87	a) 11. Sitz. b) 9. 6. 1983	Aussprache zur Regierungserklärung zum Wirtschaftsgipfel in Williamsburg in Verbindung mit Beratung des Jahresgutachtens 1982/83 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, des Jahreswirtschaftsberichts 1983 der Bundesregierung und des Antrags der SPD-Fraktion zum Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und zum Europäischen Rat in Stuttgart.	<i>Czerwick, Edwin</i> , Debattenordnung und Debattenstil. Überlegungen zur Reform des Deutschen Bundestages. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i> . Jg. 1985 B. 24–25. S. 17–31.
	a) 16., 59., 122. und 205. Sitz. b) 23. 6. 1983, 15. 3. 1984, 27. 2. 1985 und 14. 3. 1986	Von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> abgegebene Berichte der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland.	<i>Fröhlich, Manuel</i> , Sprache als Instrument politischer Führung. <i>Helmut Kohls</i> Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland. München 1997.
	a) 35./36. Sitz. b) 21./22. 11. 1983	Aussprache über die Regierungserklärung zum Doppelbeschuß der NATO und zum Stand der Genfer INF-Verhandlungen („Nachrüstungsdebatte“).	<p><i>Buri, Heinz</i>, Argument und Parlament. Versuch der Entwicklung einer Methodologie zur Analyse dialogischer Sequenzen am Beispiel der „Nachrüstungsdebatte“ vom 21./22. November 1983. Diss. Zürich 1991.</p> <p><i>Burkhardt, Armin</i>, Sprache der Rüstung und Sprache der Ent-Rüstung. Zur Rolle der Sprache in der Debatte um die „Nach“-Rüstung. In: ders. (Hrsg.), <i>Hochschule und Rüstung</i>. Ein Beitrag von Wissenschaftlern der Technischen Hochschule Darmstadt zur („Nach“-)Rüstung. Darmstadt 1984. S. 65–89.</p> <p><i>Patzelt, Werner J.</i>, Sprengsatz Sprache: Die „Nachrüstungsdebatte“ des Bundestags als Beispiel. In: <i>Politische Studien</i>. Jg. 41. 1990. H. 309. S. 53–73.</p> <p><i>Patzelt, Werner J.</i>, Wie Sprache politische Perspektiven prägt: Die „Nachrüstungsdebatte“ des Bundestags als Beispiel. In: <i>Wohin geht die Sprache?</i> Hrsg. von <i>Jürgen Mittelstraß</i>. Essen 1989. S. 236–244.</p>

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
11. WP 1987–90	a) 33., 113. und 173. Sitz. b) 15. 10. 1987, 1. 12. 1988 und 8. 11. 1989	Von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> abgegebene Berichte der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland.	<i>Fröhlich, Manuel</i> , Sprache als Instrument politischer Führung. Helmut Kohls Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland. München 1997.
	a) – b) 10. 11. 1988	Ansprache von Bundestagspräsident <i>Philipp Jenninger</i> während der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages aus Anlaß der Pogrome des nationalsozialistischen Regimes gegen die jüdische Bevölkerung vor 50 Jahren.	<i>Kirst, Wolf</i> , Eine Rede, ein Präsident, ein Rücktritt. Rhetorik: Kunst nur des schönen Scheins? In: Neue Stenographische Praxis. Jg. 37. 1989. H. 1. S. 1–17. <i>Leisi, Ernst</i> , Jenningers mißglückte Rede. Versuch einer sprachwissenschaftlichen Erklärung. In: Die politische Meinung. Jg. 34. 1989. H. 243. S. 77–80. <i>Linn, Astrid</i> , „... noch heute ein Faszinosum ...“. Philipp Jenninger zum 9. November 1938 und die Folgen. Münster 1991.
12. WP 1990–94	a) 99./100. Sitz. b) 25./26. 6. 1992	Zweite und dritte Beratung der Gesetzentwürfe zur Regelung des Schwangerschaftsabbruches.	<i>Sauer, Birgit</i> , „Doing gender“. Das Parlament als Ort der Geschlechterkonstruktion. Eine Analyse der Bundestagsdebatte um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches. In: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Hrsg. von <i>Andreas Dörner</i> und <i>Ludgera Vogt</i> . Berlin, New York 1995. S. 172–199.

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
mehrere Wahlperioden		Die außenpolitischen Abschnitte der Regierungserklärungen 1949–1971 und die diesbezüglichen Stellungnahmen des jeweils ersten Redners einer jeden Parlamentsfraktion in der anschließenden Aussprache.	<p><i>Becker, Jörg</i> und <i>Klaus Jürgen Gantzel</i>, Freund-Feindbilder in Regierungserklärungen und Bundestagsreden. (= Bände 5–9 von: Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik 1949–1971.) Frankfurt a. M. 1976.</p> <p>Vgl. auch <i>Becker, Jörg</i> und <i>Klaus Jürgen Gantzel</i>, Feindbilder in Regierungserklärungen und Bundestagsreden. In: Friedensanalysen. Jg. 1975. H. 1. S. 63–85 sowie <i>Becker, Jörg</i>, Parlamentarismus und parlamentarische Rede. Eine Analyse der politischen Sprache im Deutschen Bundestag seit 1949. In: Die Mitarbeit. Jg. 28. 1979. H. 2/3. S. 216–233.</p>
mehrere Wahlperioden		Beispiele aus zahlreichen Reden von <i>Franz Josef Strauß</i> im Bundestag.	<i>Maier, Hans</i> , Strauß als Rhetor. Redekunst und Parlamentarismus heute. In: Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß. Hrsg. von <i>Friedrich Zimmermann</i> . Stuttgart 1980. S. 261–280.

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments

Eine der Aufgaben des Ältestenrates ist es, „eine Verständigung zwischen den Fraktionen ... über den Arbeitsplan des Bundestages“ herbeizuführen.

Um den besten und richtigen Zeitplan, auch „Arbeitsrhythmus“ genannt, zu finden, der die vielfältigen Interessen auf einen Nenner bringt, haben seit der 1. Wahlperiode zahlreiche Experimente stattgefunden: Eine allseits zufriedenstellende Lösung hat sich dabei nicht gezeigt.

Zum „Arbeitsrhythmus“ zählt zweierlei: einmal die Frage, in welchem Rhythmus Sitzungswochen und sitzungsfreie Wochen wechseln sollen, zum anderen der Zeitplan innerhalb der Sitzungswochen, d. h. welche Tage oder Stunden grundsätzlich den Fraktionen, Ausschüssen oder dem Plenum vorbehalten sein sollen.

Welche Modelle in den einzelnen Wahlperioden praktiziert wurden, wird im folgenden dokumentiert. *) Dabei ist zu beachten, daß es sich eben nur um idealtypische Modelle handeln kann: Kein Arbeitsrhythmus läßt sich über das ganze Jahr hinweg ohne Ausnahmen durchführen, da Ferientermine, Feiertage, „politische Termine“ (z. B. Landtagswahlen, Bundesparteitage usw.), Sitzungswochen mit Haushaltsberatungen u. a. zahlreiche Abweichungen erfordern.

Wahlperiode	Wochen-Turnus (Sitzungs-/sitzungsfreie Wochen)	Zeitplan der Sitzungswochen
1. WP 1949–53	Plenarsitzungsfreie Wochen werden je nach Arbeitsplanung eingeschoben. In diesen Wochen sollen Ausschusssitzungen nur in wirklich begründeten Fällen angesetzt werden.	Mo sitzungsfrei Di vorm. Ausschüsse nachm. Fraktionen Mi vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Do vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Fr vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Sa sitzungsfrei
	3-Wochen-Turnus: 1. und 2. Woche: Sitzungswochen 3. Woche: sitzungsfrei (evtl. Ausschusssitzungen nur im Einverständnis mit den Ausschußmitgliedern und den Fraktionen)	1. und 2. Woche Mo Ausschüsse Di Fraktionen Mi vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Do vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Fr vorm. Plenum nachm. Ausschüsse Sa Ausschüsse (2. Woche frei)

*) Quelle: Parlamentssekretariat

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Wahlperiode	Wochen-Turnus (Sitzungs-/sitzungsfreie Wochen)	Zeitplan der Sitzungswochen	
2. WP 1953–57	3-Wochen-Turnus: 1. und 2. Woche: Sitzungswoche 3. Woche: sitzungsfrei	1. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi Fraktionen Do vorm. Plenum nachm. Ausschüsse Fr vorm. Plenum nachm. Ausschüsse Sa vorm. Ausschüsse	2. Woche Mo Ausschüsse Di Ausschüsse Mi Fraktionen Do Plenum Fr vorm. Plenum nachm. sitzungsfrei Sa sitzungsfrei
	4-Wochen-Turnus: 1. bis 3. Woche: Sitzungswochen 4. Woche: sitzungsfrei	1. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi Fraktionen Do Plenum Fr vorm. Plenum nachm. Ausschüsse*) Sa sitzungsfrei	2. Woche Mo Fraktionen Di vorm. Ausschüsse nachm. Fraktionen Mi Ausschüsse Do Ausschüsse Fr Ausschüsse Sa sitzungsfrei
		3. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Do Plenum Fr Plenum Ausschüsse*) Sa sitzungsfrei	*) bei Zustimmung der Ausschußmitglieder und der Fraktionen
	3-Wochen-Turnus (anstelle des bisherigen 4-Wochen-Turnus): 1. und 2. Woche: Sitzungswochen 3. Woche: sitzungsfrei	1. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi Ausschüsse Do vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Fr vorm. Plenum nachm. Ausschüsse Sa Ausschüsse	2. Woche Mo Ausschüsse Di Fraktionen Mi vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Do vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Fr vorm. Plenum nachm. sitzungsfrei Sa sitzungsfrei
3. WP 1957–61	4-Wochen-Turnus: 1. bis 3. Woche: Sitzungswochen 4. Woche: sitzungsfrei	1. und 2. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi Plenum Do Ausschüsse Fr Plenum Sa sitzungsfrei	3. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi Ausschüsse Do Ausschüsse Fr Ausschüsse Sa sitzungsfrei

Wahlperiode	Wochen-Turnus (Sitzungs-/sitzungsfreie Wochen)	Zeitplan der Sitzungswochen	
4. WP 1961–65	4-Wochen-Turnus: 1. bis 3. Woche: Sitzungswochen 4. Woche: sitzungsfrei	1. und 2. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi vorm. Plenum nachm. Ausschüsse Do vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Fr Ausschüsse Sa sitzungsfrei	3. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi Ausschüsse Do Ausschüsse Fr Ausschüsse Sa sitzungsfrei
	4-Wochen-Turnus: 1. bis 3. Woche: Sitzungswochen 4. Woche: sitzungsfrei	1. bis 3. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Do vorm. Plenum nachm. Ausschüsse Fr vorm. Plenum Sa sitzungsfrei	
5. WP 1965–69	3-Wochen-Turnus: 1. und 2. Woche: Sitzungswochen 3. Woche: sitzungsfrei	1. Woche Mo Fraktionen Di vorm. Fraktionen nachm. Ausschüsse Mi Plenum Do Ausschüsse Fr vorm. Plenum nachm. Plenum, Ausschüsse oder Fraktionen Sa Fraktionen	2. Woche Mo Fraktionen Di vorm. Fraktionen nachm. Plenum Mi vorm. Ausschüsse nachm. Plenum Do Ausschüsse Fr vorm. Plenum nachm. Plenum, Ausschüsse oder Fraktionen Sa sitzungsfrei
	3-Wochen-Turnus: 1. und 2. Woche: Sitzungswochen 3. Woche: sitzungsfrei	1. und 2. Woche Mo sitzungsfrei, evtl. Fraktionen Di Fraktionen Mi Plenum Do Ausschüsse Fr vorm. Plenum nachm. Ausschüsse bzw. Fraktionen Sa sitzungsfrei	

Hinweis

In welchem Turnus Sitzungswochen und sitzungsfreie Wochen tatsächlich gewechselt haben, läßt sich aus den Daten der Plenarsitzungen rekonstruieren, die im Abschnitt 8.4 zusammengestellt sind.

Wahlperiode	Wochen-Turnus (Sitzungs-/sitzungsfreie Wochen)	Zeitplan der Sitzungswochen	
6. WP 1969–72	3-Wochen-Turnus: 1. und 2. Woche: Sitzungswochen 3. Woche: sitzungsfrei	1. Woche Mo sitzungsfrei, evtl. Fraktionen Di Fraktionen Mi Plenum, Ausschüsse Do Plenum, Ausschüsse Fr vorm. Plenum, Ausschüsse nachm. Fraktionen, evtl. Ausschüsse Sa Fraktionen	2. Woche Mo Fraktionen Di Fraktionen Mi Plenum, Ausschüsse Do Plenum, Ausschüsse Fr vorm. Plenum, Ausschüsse nachm. Fraktionen, evtl. Ausschüsse Sa sitzungsfrei
	3-Wochen-Turnus: 1. und 2. Woche: Sitzungswochen 3. Woche: sitzungsfrei	1. und 2. Woche Mo sitzungsfrei, evtl. Fraktionen Di Fraktionen Mi vorm. Plenum nachm. Ausschüsse Do vorm. Plenum nachm. Ausschüsse Fr vorm. Plenum nachm. frei für Ausschüsse Sa sitzungsfrei	
7.–12. WP 1972–94	prinzipiell 4-Wochen-Turnus, der jedoch durch Feiertage usw. öfter durchbrochen wird: 1. und 2. Woche: Sitzungswochen 3. und 4. Woche: sitzungsfrei	1. und 2. Woche Mo Fraktionen (Vorstände) Di Fraktionen Mi Ausschüsse; Plenum: Befragung der Bundesregierung (seit 1988) sowie Fragestunde Do Plenum (mit Fragestunde) Fr vorm. Plenum Sa sitzungsfrei	
13. WP 1994 ¹⁾	Aufteilung einer vorgegebenen Zahl von Sitzungswochen auf das Jahr unter Berücksichtigung möglichst vieler sonstiger Termine (Feiertage, Schulferien, „politische Termine“ wie Wahlen und Parteitage)	Mo Fraktionen (Vorstände) Di Fraktionen Mi Ausschüsse Plenum: nur Regierungsbefragung, Fragestunde (120 Minuten) und ggf. Aktuelle Stunde; keine sonstige Plenarberatung Do Plenarberatungen; ggf. „Plenar-Kernzeit“ von etwa vier bis sechs Stunden mit grundlegenden Themen Fr Plenarberatungen	

1) Stand: 31. August 1997; Zeitplan der Sitzungswochen in dieser Form ab Herbst 1995

8.24 Gedenksitzungen im Plenarsaal

In diesem Abschnitt sind möglichst vollständig die Gedenksitzungen zusammengestellt, die im Plenarsaal des Deutschen Bundestages seit der 1. Wahlperiode stattgefunden haben. Die Gedenksitzungen sind nach den Anlässen folgendermaßen untergliedert:

- zum „Nationalen Gedenktag“ (1950 bis 1952),
- zum Tag der Deutschen Einheit (ab 1953),
- zum Gedenken an verstorbene Politiker,
- zu besonderen Anlässen.

Bei diesen Gedenksitzungen handelt es sich nur zum Teil um Plenarsitzungen des Bundestages, wobei noch zwischen regulären Arbeitssitzungen und Sondersitzungen (mit oder ohne laufender Zählung des Plenarprotokolls) zu unterscheiden ist.

Für weitere Gedenksitzungen, die teilweise von der Bundesregierung durchgeführt worden sind, diente der Plenarsaal des Bundeshauses in Bonn (und ab 1990 der Plenarsaal des Reichstagsgebäudes in Berlin) nur als Sitzungsstätte, auch wenn an diesen Sitzungen die Mitglieder des Bundestages – neben übrigen Gästen – teilgenommen haben.

Gedenksitzungen zum „Nationalen Gedenktag“

Zwischen 1950 und 1952 fanden im Plenarsaal des Bundestages folgende Gedenksitzungen aus Anlaß des „Nationalen Gedenktages“ – das war der Jahrestag des ersten Zusammentritts des Deutschen Bundestages am 7. September 1949 – statt.

7. September 1950:	Feier des Nationalen Gedenktages des deutschen Volkes Redner: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Bundespräsident <i>Theodor Heuss</i>
--------------------	--

12. September 1951:	Feier des Nationalen Gedenktages Redner: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Prof. <i>Eduard Spranger</i>
---------------------	---

7. September 1952:	Feier des Nationalen Gedenktages Redner: Bundestagspräsident <i>Hermann Ehlers</i>
--------------------	---

Gedenksitzungen zum Tag der Deutschen Einheit

Der Tag der Deutschen Einheit*) – zwischen 1954 und 1990 der 17. Juni zum Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953; ab 1990 entsprechend Artikel 2 des Einigungsvertrages der 3. Oktober, d. h. der Tag, an dem 1990 der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland wirksam wurde – ist im Bundestag im Laufe der Zeit unterschiedlich begangen worden, zum Beispiel

*) Eingeführt durch das Gesetz über den Tag der Deutschen Einheit vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 778), wodurch der 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag erklärt wurde; aufgehoben durch das Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz) vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885); danach wurde der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag (Artikel 2 Abs. 2).

- anfangs (vor allem zwischen 1954 und 1967) in Form von Gedenksitzungen, Feierstunden oder Staatsakten, die im Plenarsaal des Bundeshauses von der **Bundesregierung** durchgeführt wurden und an denen die Mitglieder des Bundestages als Gäste teilnahmen;
- in Form von Arbeitssitzungen (erstmalig in der 5. Wahlperiode am 17. Juni 1969);
- als Gedenksitzungen des Bundestages mit einer Ansprache (regelmäßig seit dem 17. Juni 1981);
- ohne besonderes Gedenken, wobei teilweise politische Motive, teilweise aber auch der Zeitplan des Bundestages (Wochenende, sitzungsfreie Woche) eine Rolle gespielt haben dürften;
- als gemeinsame Veranstaltung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR, zu der die Präsidentin der Volkskammer nach Ost-Berlin eingeladen hatte (am 17. Juni 1990);
- als Staatsakt auf Anordnung des Bundespräsidenten in West-Berlin (am 3. Oktober 1990);
- ab 1991 Verzicht auf Gedenkstunden zum Tag der Deutschen Einheit im Bundestag (in Bonn wie in Berlin), statt dessen eine Feierstunde oder ein Festakt in der Hauptstadt des Bundeslandes, das zu diesem Zeitpunkt die Präsidentschaft im Bundesrat innehat (so erstmals am 3. Oktober 1991 in Hamburg); unabhängig davon, weiterhin am 17. Juni im Bundestag Erklärungen zum Gedenken an den Volksaufstand in Ost-Berlin und in der DDR am 17. Juni 1953.

Die Einzelheiten ab 1953 sind der folgenden Zusammenstellung zu entnehmen:*)

Jahr	Datum Wochentag	Form des Gedenkens im Plenarsaal, Rednerliste	Plenarsitzung
1953	17. Juni 1953 (Mittwoch)	Erklärung der Bundesregierung Redner: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i>	ja: 272. Sitz. der 1. WP
	18. Juni 1953 (Donnerstag)	Gedenkworte des Bundestagspräsidenten <i>Hermann Ehlers</i>	ja: 273. Sitz. der 1. WP
	21. Juni 1953 (Sonntag)	Gedenkstunde für die Opfer in Berlin und in der Sowjetzone Ansprache: Bundespräsident <i>Theodor Heuss</i>	nein
1954	16. Juni 1954 (Mittwoch)	Staatsakt im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Abgeordneter Prof. <i>Franz Böhm</i>	nein
1955	17. Juni 1955 (Freitag)	Gedenkstunde im Bundeshaus Ansprachen: Vizekanzler <i>Franz Blücher</i> und Prof. <i>Gerhard Ritter</i>	nein
1956	17. Juni 1956 (Sonntag)	Staatsakt im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Bundestagspräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i>	nein
1957	17. Juni 1957 (Montag)	Staatsakt im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Prof. <i>Theodor Litt</i>	nein

*) Vgl. auch *Alexander Gallus*, Der 17. Juni im Deutschen Bundestag von 1954 bis 1990. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1993. B 25. S. 12–21.

Jahr	Datum Wochentag	Form des Gedenkens im Plenarsaal, Rednerliste	Plenarsitzung
1958	17. Juni 1958 (Dienstag)	Feierstunde im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und der bayerische Ministerpräsident <i>Hanns Seidel</i>	nein
1959	17. Juni 1959 (Mittwoch)	Feierstunde im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Prof. <i>Werner Conze</i>	nein
1960	17. Juni 1960 (Freitag)	Feierstunde im Bundeshaus Ansprachen: Vizekanzler <i>Ludwig Erhard</i> und Dr. <i>Ulrich Mann</i>	nein
1961	17. Juni 1961 (Samstag)	Staatsakt im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Senator a. D. Prof. <i>Hans Wenke</i>	nein
1962	17. Juni 1962 (Sonntag)	Feierstunde im Bundeshaus Ansprachen: <i>Ernst Lemmer</i> , Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, und Prof. <i>Helmut Thielicke</i>	nein
1963	17. Juni 1963 (Montag)	Feierstunde im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Prof. <i>Hans Peters</i>	nein
1964	17. Juni 1964 (Mittwoch)	Feierstunde im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i> und Prof. <i>Theodor Schieder</i>	nein
1965	17. Juni 1965 (Donnerstag)	Feierstunde im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i> und Prof. <i>Karl-Dietrich Erdmann</i>	nein
1966	17. Juni 1966 (Freitag)	Feierstunde im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Ludwig Erhard</i> und Prof. <i>Werner Weber</i>	nein
1967	17. Juni 1967 (Samstag)	Staatsakt im Bundeshaus Ansprache: Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i>	nein
1968	–	–	–

Hinweis

Zwei Chroniken zeichnen die Geschichte der Vereinigung Deutschlands auf:

- Abschnitt 7.4: Chronik der deutschen Vereinigung
- Abschnitt 28.1: Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

Jahr	Datum Wochentag	Form des Gedenkens im Plenarsaal, Rednerliste	Plenarsitzung
1969	17. Juni 1969 (Dienstag)	Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953 im Rahmen einer Arbeitssitzung des Bundestages Auszug aus der Tagesordnung: Gedenkworte von Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i> ; Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland; Redner: Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i> ; Aussprache über den Bericht; Redner: <i>Walter Scheel</i> (FDP), <i>Helmut Schmidt</i> (SPD), <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU), BMin des Auswärtigen <i>Willy Brandt</i> (SPD)	ja: 239. Sitz. der 5. WP
1970	17. Juni 1970 (Mittwoch)	Regierungserklärung und Aussprache zur Großen Anfrage der CDU/CSU betr. Deutschland-, Ost- und Europapolitik Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> ; Aussprache: 13 Redner	ja: 59. Sitz. der 6. WP
1971	17. Juni 1971 (Donnerstag)	Erklärung des Präsidenten des Deutschen Bundestages, <i>Kai-Uwe von Hassel</i> , zum 17. Juni Weiterer TO-Punkt: Zweite und dritte Beratung des Zonenrandförderungsgesetzes mit sieben Rednern	ja: 128. Sitz. der 6. WP
1972	16. Juni 1972 (Freitag)	Erklärung des Präsidenten des Deutschen Bundestages, <i>Kai-Uwe von Hassel</i> Weiterer TO-Punkt: Fragestunde	ja: 193. Sitz. der 6 WP
1973	–	–	–
1974	–	–	–
1975	17. Juni 1975 (Dienstag)	Erklärungen der Präsidentin des Deutschen Bundestages und der Fraktionen zum 17. Juni Redner: Bundestagspräsidentin <i>Annemarie Renger</i> , <i>Karl Carstens</i> (CDU/CSU), <i>Herbert Wehner</i> (SPD), <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)	ja: 179. Sitz. der 7. WP
1976	–	–	–
1977	17. Juni 1977 (Freitag)	Erklärung der Bundesregierung mit Aussprache Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i> ; Redner in der Aussprache: <i>Jürgen Schmude</i> (SPD), <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP), <i>Friedrich Zimmermann</i> (CDU/CSU)	ja: 33. Sitz. der 8. WP
1978	20. Juni 1978 (Dienstag)	Feierstunde im Bundeshaus zur 25. Wiederkehr des 17. Juni 1953 Ansprache: Bundespräsident <i>Walter Scheel</i>	nein
1979	–	–	–

Jahr	Datum Wochentag	Form des Gedenkens im Plenarsaal, Rednerliste	Plenarsitzung
1980	17. Juni 1980 (Dienstag)	Erklärung der Bundesregierung mit Aussprache Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i> ; Redner in der Aussprache: <i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU), BMin des Auswärtigen <i>Hans-Dietrich Genscher</i> (FDP), <i>Egon Bahr</i> (SPD), <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU), <i>Hans-Günter Hoppe</i> (FDP)	ja: 222. Sitz. der 8. WP
1981	17. Juni 1981 (Mittwoch)	Sitzung des Deutschen Bundestages zum Gedenken an den 17. Juni 1953 Ansprache: <i>Johann Baptist Gradl</i> , Vorsitzender des Präsidiums des Kuratoriums Unteilbares Deutschland	ja: Sondersitzung ohne Nr.
1982	17. Juni 1982 (Donnerstag)	Sitzung des Deutschen Bundestages zum Gedenken an den 17. Juni 1953 Ansprache: Prof. <i>Herbert Weichmann</i>	ja: Sondersitzung ohne Nr.
1983	17. Juni 1983 (Freitag)	Sitzung des Deutschen Bundestages zum Gedenken an den 17. Juni 1953 Ansprache: Bundespräsident <i>Karl Carstens</i>	ja: Sondersitzung ohne Nr.
1984	16. Juni 1984 (Samstag)	Sitzung des Deutschen Bundestages zum Gedenken an den 17. Juni 1953 Ansprache: Bundesminister a. D. <i>Gerhard Schröder</i>	ja: Sondersitzung ohne Nr.
1985	17. Juni 1985 (Montag)	Gedenkstunde Ansprache: <i>Georg Leber</i>	ja: Sondersitzung ohne Nr.
1986	17. Juni 1986 (Dienstag)	Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni 1953 Ansprache: <i>Walter Scheel</i>	ja: Sondersitzung ohne Nr.
1987	17. Juni 1987 (Mittwoch)	Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni 1953 Ansprache: Prof. <i>Fritz Stern</i>	ja: Sondersitzung ohne Nr.
1988	17. Juni 1988 (Freitag)	Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni 1953 Ansprache: Prof. <i>Roman Herzog</i> , Präsident des Bundesverfassungsgerichts	ja: Sondersitzung ohne Nr.
1989	17. Juni 1989 (Samstag)	Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni 1953 Ansprache: Bundesminister a. D. <i>Erhard Eppler</i>	ja: Sondersitzung ohne Nr.

Hinweis

Zum Thema Regierungserklärungen siehe im übrigen Abschnitt 6.11.

Jahr	Datum Wochentag	Form des Gedenkens im Plenarsaal, Rednerliste	Plenarsitzung
1990	17. Juni 1990 (Sonntag)	- ¹⁾	-
	3. Oktober 1990 (Mittwoch)	- ²⁾	-

- 1) Statt einer Gedenksitzung im Plenum des Bundestages fand am 17. Juni 1990 zum Gedenken an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 eine gemeinsame Veranstaltung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR in Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. *Helmut Kohl*, Ministerpräsident *Lothar de Maizière* und beider Kabinette statt, zu der die Präsidentin der Volkskammer in das Schauspielhaus in Ost-Berlin eingeladen hatte. Die Ansprachen hielten die Präsidentin der Volkskammer der DDR, Dr. *Sabine Bergmann-Pohl*, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. *Rita Süßmuth*, und der Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Dr. *Manfred Stolpe*.
- 2) Statt einer Gedenksitzung im Plenum des Bundestages fand am 3. Oktober 1990 in der Philharmonie in Berlin ein Staatsakt auf Anordnung des Bundespräsidenten statt. Die Ansprachen hielten die Präsidentin der ehemaligen Volkskammer, Dr. *Sabine Bergmann-Pohl*, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. *Rita Süßmuth*, der Präsident des Bundesrates und Regierende Bürgermeister von Berlin *Walter Momper* sowie Bundespräsident Dr. *Richard von Weizsäcker*.

Gedenksitzungen für verstorbene Politiker*)

Datum der Sitzung im Plenarsaal	Name	Todestag	Bemerkungen	Fundstelle
28. 2. 1950	<i>Friedrich Ebert</i> , ehem. Reichspräsident	28. 2. 1925	Gedenkfeier	Sten. Bericht, 1. Wahlperiode, S. 1425 ff.
23. 8. 1952	Dr. <i>Kurt Schumacher</i> Partei- und Fraktions- vorsitzender der SPD	20. 8. 1952	Gedenkfeier	Bulletin, Jg. 1952, Nr. 120, S. 1133 ff.
19. 1. 1954	Dr. Dr. h. c. <i>Hermann Höpker-Aschoff</i> , Präsident des Bundesverfassungsgerichts	15. 1. 1954	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1954, Nr. 13, S. 9 ff.
2. 11. 1954	D. Dr. <i>Hermann Ehlers</i> , Präsident des Deutschen Bundestages	29. 10. 1954	Staatsakt	Sten. Bericht, 2. Wahlperiode, S. 259 ff.
6. 11. 1958	Dr. <i>Josef Wintrich</i> , ehem. Präsident des Bundesverfassungsgerichts	19. 10. 1958	Gedenkfeier	Bulletin, Jg. 1958, Nr. 208, S. 2065 f.

*) Gedenksitzungen für verstorbene Politiker außerhalb des Plenarsaals des Deutschen Bundestages in Bonn oder Berlin, beispielsweise der Staatsakt zum Tode von *Herbert Wehner* in der Beethovenhalle in Bonn am 25. Januar 1990 oder der Staatsakt zum Tode von Bundespräsident a. D. Prof. Dr. *Karl Carstens* am 4. Juni 1992 ebenfalls in der Beethovenhalle, sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.

Datum der Sitzung im Plenarsaal	Name	Todestag	Bemerkungen	Fundstelle
19. 12. 1963	<i>Erich Ollenhauer</i> , Partei- und Fraktions- vorsitzender der SPD	14. 12. 1963	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1963, Nr. 225, S. 2005
7. 1. 1964	Prof. Dr. <i>Theodor Heuss</i> , ehem. Bundespräsident <i>Erich Ollenhauer</i> , Partei- und Fraktions- vorsitzender der SPD	12. 12. 1963 14. 12. 1963	} Trauer- kundgebung	Sten. Bericht, 4. Wahlperiode, 104. Sitzung
17. 11. 1964	Dr. <i>Heinrich von Brentano</i> , Bundesminister a. D., Vor- sitzender der CDU/CSU- Bundestagsfraktion	14. 11. 1964		
1. 4. 1965	<i>Otto von Bismarck</i> , ehem. Reichskanzler	[30. 7. 1898]	Gedenkfeier zum 150. Geburtstag	Bulletin, Jg. 1965, Nr. 59, S. 469 f.
10. 7. 1965	<i>Friedrich Ebert</i> , ehem. Reichspräsident	[28. 2. 1925]	Gedenkfeier im Reichstag	Bulletin, Jg. 1965, Nr. 122, S. 984
24. 2. 1967	<i>Fritz Erler</i> , Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	22. 2. 1967	Trauerfeier	Bulletin, Jg. 1967, Nr. 21, S. 165 f.
25. 4. 1967	Dr. <i>Konrad Adenauer</i> , Bundeskanzler a. D.	19. 4. 1967	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1967, Nr. 43, S. 358 ff.
10. 5. 1967	Dr. <i>Maria Probst</i> , Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages	1. 5. 1967	Trauersitzung	Sten. Bericht, 5. Wahlperiode, S. 5075 ff.
13. 4. 1970	<i>Karl Graf von Spreti</i> , Botschafter	5. 4. 1970	Trauerfeier	Bulletin, Jg. 1970, Nr. 50, S. 469 ff.
13. 4. 1972	Dr. h. c. <i>Heinrich Lübke</i> , ehem. Bundespräsident	6. 4. 1972	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1972, Nr. 54, S. 753 ff.
5. 1. 1976	Dr. <i>Konrad Adenauer</i> , Bundeskanzler a. D.	[19. 4. 1967]	Festakt zum 100. Geburtstag	Bulletin, Jg. 1976, Nr. 2, S. 10 ff.
12. 7. 1976	D. Dr. Dr. <i>Gustav Heinemann</i> ehem. Bundespräsident	7. 7. 1976	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1976, Nr. 84, S. 789 ff.
11. 5. 1977	Prof. Dr. <i>Ludwig Erhard</i> , Bundeskanzler a. D.	5. 5. 1977	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1977, Nr. 50, S. 453 ff.
15. 12. 1979	Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> , Bundesminister a. D., ehem. Vizepräsident des Deutschen Bundestages	11. 12. 1979	Trauerfeier	Bulletin, Jg. 1979, Nr. 157, S. 1441 f.

Datum der Sitzung im Plenarsaal	Name	Todestag	Bemerkungen	Fundstelle
31. 1. 1984	Prof. Dr. <i>Theodor Heuss</i> ehem. Bundespräsident	[12. 12. 1963]	Festakt zum 100. Geburtstag	Bulletin, Jg. 1984, Nr. 12, S. 67 ff.
22. 3. 1986	Prof. D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> , ehem. Bundestagspräsident	13. 3. 1986	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1986, Nr. 31, S. 237 ff.
12. 1. 1990	Dr. <i>Gerhard Schröder</i> , Bundesminister a. D.	31. 12. 1989	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1990, Nr. 6, S. 41 ff.
17. 10. 1992	<i>Willy Brandt</i> , Bundeskanzler a. D.	8. 10. 1992	Staatsakt im Reichstag	Bulletin, Jg. 1992, Nr. 114, S. 1049 ff.
2. 12. 1996	<i>Hans Klein</i> , Bundesminister a. D., Vizepräsident des Deutschen Bundestages	26. 11. 1996	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1996, Nr. 98, S. 1061 ff.
16. 5. 1997	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> , ehem. Bundestagspräsident	8. 5. 1997	Staatsakt	Bulletin, Jg. 1997, Nr. 39, S. 413 ff.

Gedenksitzungen aus besonderen Anlässen*)

Datum der Sitzung im Plenarsaal	Anlaß/Redner	Fundstelle
24. 5. 1974	Staatsakt anläßlich des 25. Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes Ansprachen: <i>Annemarie Renger</i> , Präsidentin des Deutschen Bundestages <i>Gustav W. Heinemann</i> , Bundespräsident	Bulletin Jg. 1974, Nr. 62, S. 614 ff.
10. 11. 1988	Gedenkveranstaltung aus Anlaß der Pogrome des nationalsozialistischen Regimes gegen die jüdische Bevölkerung vor 50 Jahren <i>Ida Ehre</i> („Todesfuge“ von <i>Paul Celan</i>) Bundestagspräsident Dr. <i>Philipp Jenninger</i> (Gedenkrede)	Stenographischer Bericht vom 10. 11. 1988 (ohne Nr., aber mit durchnummerierten Seitenzahlen)

*) Gedenksitzungen aus besonderen Anlässen außerhalb des Plenarsaals, beispielsweise der Staatsakt in der Beethovenhalle in Bonn am 24. Mai 1989, dem 40. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes, mit Ansprachen von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*, Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Bundesratspräsident *Björn Engholm* sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.

Ebenfalls nicht aufgenommen sind Plenarsitzungen, die zwar zu einem bestimmten historischen Anlaß einberufen wurden und nur diesen einen Tagesordnungspunkt enthalten, im übrigen aber alle Merkmale einer regulären Plenarsitzung besitzen, so beispielsweise die 154. Sitzung der 11. Wahlperiode am 1. September 1989 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs (u. a. mit einer Regierungserklärung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und anschließender Aussprache).

Datum der Sitzung im Plenarsaal	Anlaß/Redner	Fundstelle
7. 9. 1989	Sitzung aus Anlaß der 40. Wiederkehr der Konstituierung des 1. Deutschen Bundestages Ansprachen: Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> , Präsidentin des Deutschen Bundestages <i>Björn Engholm</i> , Präsident des Bundesrates	Stenographischer Bericht vom 7. 9. 1989 (ohne Nr., aber mit durchnummerierten Seitenzahlen)
30. 10. 1992	Festakt zur Einweihung des neuen Plenarsaals Ansprachen: Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> , Präsidentin des Deutschen Bundestages Prof. Dr. <i>Roman Herzog</i> , Präsident des Bundesverfassungsgerichts	Stenographischer Bericht vom 30. 10. 1992 (ohne Nr., aber mit durchnummerierten Seitenzahlen)
9. 11. 1993	Plenarsitzung [zum Gedenken an die Geschehnisse am 9. November 1938 und am 9. November 1989] Einzigster Tagesordnungspunkt: Ansprache der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i>	Stenographischer Bericht der 187. Sitzung vom 9. 11. 1993
28. 4. 1995	Gedenken des Deutschen Bundestages und des Bundesrates an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Ansprachen: Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> , Präsidentin des Deutschen Bundestages Prof. <i>Władysław Bartoszewski</i> , Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen Dr. h. c. <i>Johannes Rau</i> , Präsident des Bundesrates	Stenographischer Bericht vom 28. 4. 1995 (ohne Nr., aber mit durchnummerierten Seitenzahlen)
19. 1. 1996	Veranstaltung im Deutschen Bundestag aus Anlaß des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ¹⁾ Ansprachen: Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> , Präsidentin des Deutschen Bundestages Dr. <i>Roman Herzog</i> , Bundespräsident	Stenographischer Bericht vom 19. 1. 1996 (ohne Nr., aber mit durchnummerierten Seitenzahlen)
27. 1. 1997	Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus Ansprachen: Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> , Präsidentin des Deutschen Bundestages Dr. <i>Klaus von Dohnanyi</i> , Bundesminister a. D. und ehemaliger Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg	Stenographischer Bericht vom 27. 1. 1997 (ohne Nr., aber mit durchnummerierten Seitenzahlen)

¹⁾ Bundespräsident *Roman Herzog* hat am 3. Januar 1996 den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt.

9 Ausschüsse

Überblick		Seite
9.1	Ausschüsse: Statistik	2021
	– Gesamtübersicht (S. 2021)	
	– Zahl der Sitzungen der einzelnen Ausschüsse (S. 2023)	
9.2	Verzeichnis der Ausschüsse	2034
9.3	Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen . . .	2081
	– Höchstzahlverfahren (nach <i>d'Hondt</i>) (S. 2083)	
	– Mathematisches Proportionsverfahren (nach <i>Hare/Niemeyer</i>) (S. 2084)	
	– Proportionalverfahren (nach <i>Sainte Laguë/Schepers</i>) (S. 2085)	
	– Sitzverteilung nach den verschiedenen Berechnungsmethoden (S. 2086)	
	– Tatsächliche Sitzverteilung in einzelnen Wahlperioden (S. 2088)	
9.4	Besetzung des Ausschuß-Vorsitzes	2093
	– Zugreifverfahren (S. 2094)	
9.5	Mitgliederzahl der Ausschüsse	2096
	– Ausschußsitze im Verhältnis zur Zahl der Abgeordneten (S. 2107)	
9.6	Zusammensetzung der Ausschüsse	2109
	– Verbandsdichte der Ausschüsse (7. und 8. Wahlperiode) (S. 2110)	
	– Verbandsfärbung ausgewählter Ausschüsse (7. und 8. Wahlperiode) (S. 2111)	
	– Berufliche Zusammensetzung aller Ausschüsse (10. Wahlperiode) (S. 2113)	
	– Interessenbindung der Vorsitzenden ausgewählter Ausschüsse (1.–10. Wahlperiode) (S. 2115)	
9.7	Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse: Bibliographie	2116
9.8	Öffentliche Anhörungen	2121
	– Gesamtzahl der öffentlichen Anhörungen (S. 2122)	
	– Öffentliche Anhörungen nach Ausschüssen untergliedert (S. 2124)	
	– Daten und Themen der öffentlichen Anhörungen (S. 2129)	
	– Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter (S. 2179)	
	– Öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen (S. 2180)	
9.9	Registrierung der Interessenverbände	2182
9.10	Untersuchungsausschüsse	2184
	– Zahl der Untersuchungsverfahren seit 1949 (S. 2185)	
	– Antragsberechtigte Mehrheit (S. 2186)	
	– Tabellarische Übersicht der Untersuchungsausschüsse ab der 1. Wahlperiode (S. 2188)	
	– Die Untersuchungsaufträge für die Untersuchungsausschüsse (S. 2203)	
	– Der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß (S. 2231)	
	– Sonstige Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (S. 2240)	
	– Chronik zum Entwurf eines Untersuchungsausschußgesetzes (S. 2242)	
	– Abgrenzungsmerkmale für Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen (S. 2249)	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

noch Überblick		Seite
9.11	Enquete-Kommissionen	2250
	– Die Enquete-Kommissionen seit der 6. Wahlperiode (S. 2251)	
	– Die Untersuchungsaufträge für die Enquete-Kommissionen (S. 2270)	
	– Zusammensetzung der bisherigen Enquete-Kommissionen (S. 2290)	
	– Sonstige Anträge auf Einsetzung einer Enquete-Kommission (S. 2293)	
	– Organisation und Arbeitsweise einzelner Enquete-Kommissionen: Bibliographie (S. 2294)	
9.12	Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG	2297
	– Einzige Sitzung des Ständigen Ausschusses am 30. Oktober 1972 (S. 2298)	

Vorbemerkung*)

Die Hauptarbeit des Bundestages wird neben den Fraktionen in den Ausschüssen geleistet und nicht im Plenum. Die arbeitsteilige Verlagerung der Parlamentsarbeit in die Ausschüsse und die Bildung eines differenzierten Ausschußsystems ist in dem Maße organisatorisch erforderlich, wie das Parlament bestrebt ist, an der gesetzgeberischen Arbeit auch im Detail mitzuwirken. Von dieser Form der „parlamentarischen Mitregierung“ macht der Bundestag in starkem Maße Gebrauch.

Stellung und Aufgaben der Ausschüsse des Deutschen Bundestages sind in § 60 GO BT a. F. angesprochen:

„(1) Die Ausschüsse sind Organe des Bundestages. Ihre Zusammensetzung regelt sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Ausschüsse bestimmt der Bundestag.

*) Zum Kapitel „Ausschüsse“ vgl. anstelle vieler *Wolfgang Zeh*, Das Ausschußsystem im Bundestag sowie *R. Peter Dach*, Das Ausschußverfahren nach der Geschäftsordnung und in der Praxis, beide in: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1087–1102 bzw. 1103–1130. Als erste monographische Darstellung der Ausschüsse des Bundestages ist hinzuweisen auf *Bruno Dechamps*, *Macht und Arbeit der Ausschüsse*. Der Wandel der parlamentarischen Willensbildung. Meisenheim am Glan 1954.

Hinweis

Unterlagen zum Thema „Ausschüsse“ werden außerhalb des Kapitels 9 noch in folgenden Abschnitten des **Datenhandbuchs** vorgelegt:

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Ausschußvorsitzenden)
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Liste der jüngsten Ausschußvorsitzenden)
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin (mit statistischen Angaben über die in Berlin durchgeführten Ausschußsitzungen)
- 7.8 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung (mit einer Liste der aus den östlichen Bundesländern stammenden Ausschußvorsitzenden)
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit der Angabe des Zeitplans, welche Tage in den Sitzungswochen den Ausschüssen vorbehalten sind)
- 11.9 Vermittlungsverfahren (mit einer Aufstellung der Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses)
- 12.5 Minderheitenrechte (mit einer Aufstellung der Minderheitenrechte in den Ausschüssen)
- 17 Petitionen mit Angaben zur Erledigung der Eingaben durch den Petitionsausschuß

(2) Die Ausschüsse sind zu baldiger Erledigung der ihnen überwiesenen Aufgaben verpflichtet. Als vorbereitende Beschlußorgane des Bundestages haben die Ausschüsse die Pflicht, dem Bundestag bestimmte Beschlüsse zu empfehlen, die sich nur auf die ihnen überwiesenen Vorlagen und Anträge oder mit diesen in unmittelbarem Sachzusammenhang stehenden Fragen beziehen dürfen. Sie können jedoch andere Fragen aus ihrem Geschäftsbereich beraten ...“

Der letzte Satz,*) der eine Erweiterung der Ausschuß-Befugnisse bedeutet, ist erst 1969 in die Geschäftsordnung aufgenommen worden.

Bei den Ausschüssen des Bundestages ist zu unterscheiden zwischen

- ständigen Ausschüssen (oft auch „Fachausschüsse“ genannt),
- Sonderausschüssen (die hauptsächlich nur zur Beratung eines bestimmten Gegenstandes eingesetzt werden) und
- Untersuchungsausschüssen.

Sonderstellungen nehmen der Wahlprüfungsausschuß, der Wahlmännerausschuß und der Ausschuß gemäß Artikel 45 GG**) ein. Nicht zu den Ausschüssen des Bundestages zählen der Vermittlungsausschuß, der Richterwahlausschuß und der Gemeinsame Ausschuß gemäß Artikel 53 a GG. Auch die Enquete-Kommissionen des Bundestages sind keine Ausschüsse, sie werden jedoch bei den folgenden Aufstellungen mitberücksichtigt.

9.1 Ausschüsse: Statistik

Dieser Abschnitt ist in eine Gesamtübersicht und in eine Sitzungsstatistik der einzelnen Ausschüsse gegliedert.*)

Gesamtübersicht

Die folgende Statistik enthält nach Wahlperioden getrennt die Zahl der eingesetzten

- ständigen Ausschüsse (zu Beginn und im Verlauf der Wahlperiode),
- Sonderausschüsse,
- Untersuchungsausschüsse,
- Enquete-Kommissionen,

ferner die Zahl der

- Ausschuß- und Unterausschuß-Sitzungen,
- Sonderausschuß-Sitzungen,
- Untersuchungsausschuß-Sitzungen,
- Enquete-Kommissions-Sitzungen und Sitzungen ähnlicher Gremien,
- Sitzungen des Ständigen Ausschusses gemäß Artikel 45 GG.

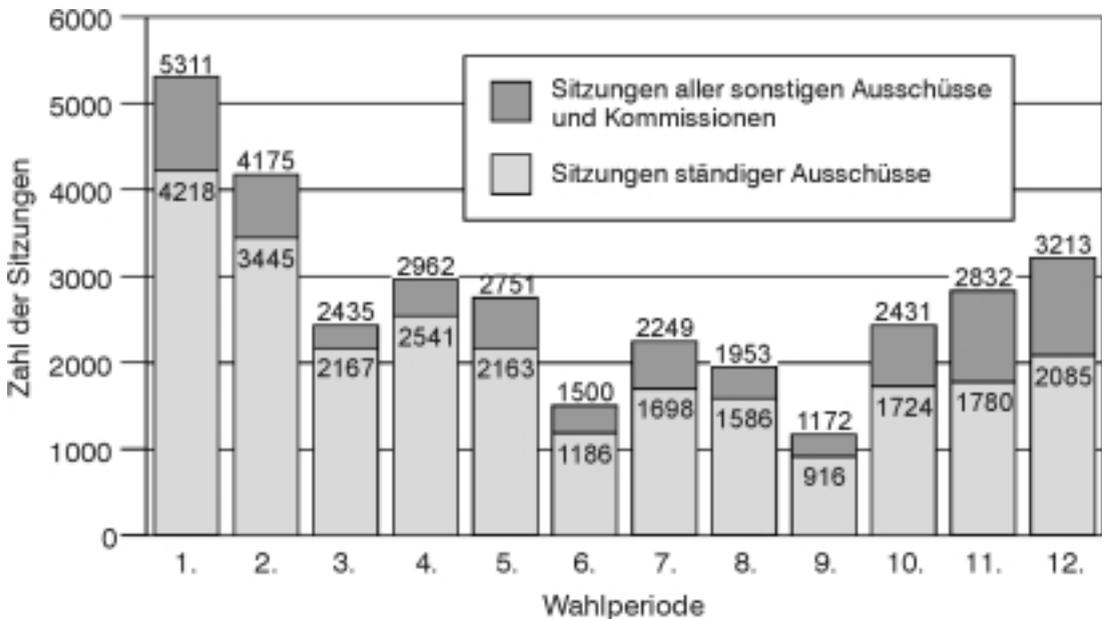
In der 13. Wahlperiode (ab 1994) konstituierten sich zu Beginn 22 ständige Ausschüsse.

*) Neugefaßt in § 62 GO BT 1980: „Sie können sich jedoch mit anderen Fragen aus ihrem Geschäftsbereich befassen.“

**) Inzwischen durch Gesetz vom 23. August 1976 gestrichen.

***) Quellen: Parlamentsarchiv und Tagungsbüro

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der ständigen Ausschüsse (zu Beginn der WP)	36	36	26	26	23	17	19
Zahl der ständigen Ausschüsse (im Verlauf der WP)	40	38	26	28	23	17	19
Ausschuß- und Unterausschuß- Sitzungen	5 111	4 083	2 435	2 863	2 500	1 312	1 973
– davon Ausschußsitzungen	4 218	3 445	2 167	2 541	2 163	1 186	1 698
– davon Unterausschußsitzungen	893	638	268	322	337	126	275
Zahl der Sonderausschüsse	2	3	0	2	1	2	2
Sonderausschuß-Sitzungen	26	58	0	62	150	110	110
Zahl der Untersuchungsausschüsse	9	3	0	2	2	1	2
Untersuchungsausschuß-Sitzungen	174	34	0	37	101	26	77
Zahl der Enquete-Kommissionen	–	–	–	–	–	2	3
Enquete-Kommissions-Sitzungen	–	–	–	–	–	52	89
Europa-Kommissions-Sitzungen	–	–	–	–	–	–	–
Sitzungen des Ständigen Aus- schusses gemäß Art. 45 GG ¹⁾)	0	0	0	0	0	1	0
Sitzungen insgesamt ²⁾)	5 311	4 175	2 435	2 962	2 751	1 500	2 249



8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
19	20	20	21	23
19	20	21	21	24
1 848	1 084	2 103	2 297	2 584
1 586	916	1 724	1 780	2 085
262	168	379	517	499
0	0	0	1	2
0	0	0	20	35
1	1	4	2	3
52	5	209	180	299
2	3	2	5	4
53	83	84	335	295
–	–	35	–	–
– ¹⁾	– ¹⁾	– ¹⁾	– ¹⁾	– ¹⁾
1 953	1 172	2 431	2 832	3 213

★ Die Gesamtzahl der **Ausschußsitzungen** von der 1. bis zur 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **25 509**, die der **Unterausschußsitzungen** **4 684**. Im gleichen Zeitraum wurden **15 Sonderausschüsse** eingesetzt, die zu insgesamt **571 Sitzungen** zusammentraten. **Untersuchungsausschüsse** gab es von der 1. bis zur 12. Wahlperiode **30** mit **1 194 Sitzungen** und **Enquete-Kommissionen** – erstmals in der 6. Wahlperiode eingesetzt – **21** (einschließlich Wiederholungen) mit insgesamt **991 Sitzungen**.

■ Die Statistik der Ausschüsse wird für die abgeschlossene 13. Wahlperiode im NACHTRAG unter 9.1 mitgeteilt, soweit sie bis zur Drucklegung des dritten Bandes des vorliegenden *Datenhandbuchs* erstellt werden konnte.

- 1) Infolge Streichung des Artikels 45 GG durch Gesetz vom 23. August 1976 ist der Ständige Ausschuß entfallen.
- 2) Sitzungen der Ausschüsse, Unterausschüsse, Sonderausschüsse, Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen und Europa-Kommission.

Zahl der Sitzungen der einzelnen Ausschüsse

Die folgende Aufstellung schlüsselt die oben angegebene Gesamtzahl der Sitzungen der ständigen Ausschüsse auf.

Aus der Zahl der Sitzungen läßt sich zweifellos auf die Arbeitsbelastung und/oder politische Bedeutung des einzelnen Ausschusses schließen; ein weiterer Indikator dafür ist die Mitgliederzahl der einzelnen Ausschüsse (vgl. Abschnitt 9.5).

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Zahl der Sitzungen der ständigen Ausschüsse seit der 1. Wahlperiode

Bezeichnung des Ausschusses	Zahl der Ausschußsitzungen											
	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Wahlprüfungsausschuß (1. WP)	77	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität (1. WP)	170	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Wahlprüfung und Immunität (2. WP)	–	47	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Geschäftsordnung (2. WP)	–	40	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (ab 3. WP)	–	–	48	53	56	44	98	80	42	95	115	108
Organisationsausschuß (1. WP)	35	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Bücherei ¹⁾ (1. WP)	18	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für die Frage des Sitzes der Bundesorgane (Hauptstadtausschuß) (1. WP)	16	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Petitionen (1.–4. WP) Petitionsausschuß (ab 5. WP)	274	165	77	54	58	51	85	88	56	96	79	79

Ausschuß für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten; ab Juni 1953: Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten (1. WP) Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten (2.–4. WP) Auswärtiger Ausschuß (ab 5. WP)	130	79	72	87	96	66	81	79	43	81	82	101
Ausschuß für Besatzungsfragen; ab Dezember 1953: Ausschuß für Besatzungsfolgen (2. WP)	–	43	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß zum Schutz der Verfassung (1.–2. WP)	43	41	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung (1.–2. WP)	66	133	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Beamtenrecht (1.–2. WP)	266	150	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wahlrechtsausschuß (1. WP)	13	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß gemäß Artikel 15 GG (1.–2. WP)	4	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß zur Beratung des Personalvertretungsgesetzes (1. WP)	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für innergebietliche Neuordnung (1. WP)	21	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Inneres (3.–4. WP) Innenausschuß (ab 5. WP)	–	–	110	153	146	92	120	108	55	136	99	102

¹⁾ ab 1952: Büchereibeirat (eine Unterkommission des Vorstandes des Deutschen Bundestags; vgl. dazu Abschnitt 4.6 des vorliegenden *Datenhandbuchs*).

Bezeichnung des Ausschusses	Zahl der Ausschußsitzungen											
	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Sportausschuß (ab 7. WP)	–	–	–	–	–	–	41	37	24	48	41	48
Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht (1.–2. WP) Rechtsausschuß (ab 3. WP)	271	233	159	140	125	92	104	100	47	104	99	135
Ausschuß für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutz (1. WP) Ausschuß für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutz; ab Dezember 1953: Ausschuß für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (2. WP)	29	21	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen (1.–2. WP) Finanzausschuß (ab 3. WP)	218	123	94	131	139	63	122	87	45	72	85	88
Haushaltsausschuß	251	239	177	193	179	93	137	111	66	108	92	100
Ausschuß für wirtschaftlichen Besitz des Bundes (4. WP) Ausschuß für das Bundes- vermögen (5. WP)	–	–	–	63	54	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Wirtschaftspolitik (1.–2. WP) Wirtschaftsausschuß (3.–4. WP) Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen (5. WP) Ausschuß für Wirtschaft (ab 6. WP)	210	197	114	137	117	70	94	85	45	76	84	86

Ausschuß für Fremdenverkehr (12. WP) ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	52
EG-Ausschuß (12. WP; ab September 1991)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	56
Ausschuß Treuhandanstalt (12. WP; ab Januar 1993)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	40
Ausschuß für Außenhandelsfragen (1.-2. WP) Außenhandelsausschuß (3.-4. WP)	68	62	51	85	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausschuß für Geld und Kredit (1.-2. WP)	92	102	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausschuß für ERP-Fragen (1. WP)	37	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausschuß für Sonderfragen des Mittelstandes (2. WP) Ausschuß für Mittelstandsfragen (3.-4. WP)	-	46	48	83	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	152	151	121	149	138	72	104	81	59	103	92	98

¹⁾ ab Februar 1992: Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus

Hinweis

Die Vorsitzenden der Ausschüsse, Kommissionen usw. des Bundestages sind in folgenden Abschnitten zu finden:

- 4.6 Kommissionen des Vorstandes und des Ältestenrates
- 9.2 Ständige Ausschüsse, Sonderausschüsse, Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a GG, Wahlmännerausschuß
- 9.7 Untersuchungsausschüsse
- 9.8 Enquete-Kommissionen

Bezeichnung des Ausschusses	Zahl der Ausschusssitzungen											
	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Ausschuß für Arbeit (1.–5. WP)	154	141	108	120	96	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Sozialpolitik (1.–5. WP)	199	169	115	123	111	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Arbeit und Sozial- ordnung (ab 6. WP)	–	–	–	–	–	105	111	92	52	118	140	129
Ausschuß für Kommunalpolitik (1.–2. WP)	13	77	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Fragen der öffent- lichen Fürsorge (1.–2. WP) Ausschuß für Kommunalpolitik und öffentliche Fürsorge (3. WP) Ausschuß für Kommunalpolitik und Sozialhilfe (4. WP)	44	59	71	82	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Lastenausgleich (1.–4. WP)	139	77	36	76	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Heimatvertriebene (1.–4. WP) Ausschuß für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge (5. WP)	82	51	46	57	52	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Kriegsoffer- und Kriegsgefangenenfragen (1. WP) Ausschuß für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen (2.–4. WP)	137	114	60	45	–	–	–	–	–	–	–	–

Ausschuß für Fragen der Wiedergutmachung (2.–4. WP)	–	49	40	51	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Kriegs- und Verfolgungsschäden (5. WP)	–	–	–	–	75	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß zur Mitberatung des EVG-Vertrages und der damit zusammenhängenden Abmachungen; ab Januar 1953: Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit (1. WP) Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit; ab Januar 1956: Ausschuß für Verteidigung (2. WP) Ausschuß für Verteidigung (3.–4. WP) Verteidigungsausschuß (ab 5. WP)	41	166	122	117	109	57	72	113	76	106	115	82
Ausschuß für Fragen des Gesundheitswesens (1.–2. WP) Ausschuß für Gesundheitswesen (3.–5. WP) Ausschuß für Gesundheit (12. WP)	87	73	108	90	98	–	–	–	–	–	–	114
Ausschuß für Jugendfürsorge (1. WP) Ausschuß für Jugendfragen (2. WP) Ausschuß für Familien- und Jugendfragen (3.–5. WP) Ausschuß für Familie und Senioren (12. WP)	98	48	70	54	82	–	–	–	–	–	–	70

Bezeichnung des Ausschusses	Zahl der Ausschußsitzungen											
	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit (6.–11. WP) ¹⁾ Ausschuß für Frauen und Jugend (12. WP)	–	–	–	–	–	78	81	81	45	89	94	74
Ausschuß für Verkehrswesen (1.–2. WP) Verkehrsausschuß (5. WP) Ausschuß für Verkehr (ab 9. WP)	141	110	–	–	78	–	–	–	34	68	68	71
Ausschuß für Post- und Fernmel- dewesen (1.–2. WP) Postausschuß (5. WP) Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen (ab 9. WP) ²⁾	47	29	–	–	45	–	–	–	21	39	48	73
Ausschuß für Verkehr [und für das] Post- und Fernmelde- wesen (3.–4., 6. und 8. WP) Ausschuß für Verkehr; ab Juni 1974: Ausschluß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (7. WP)	–	–	113	86	–	53	66	77	–	–	–	–
Ausschuß für Wiederaufbau und Wohnungswesen (1.–2. WP)	176	105	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Bau- und Boden- recht (1.–2. WP)	128	78	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Ausschuß für Wohnungswesen und Bodenrecht; ab Dezember 1957: Ausschuß für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht (3. WP) Ausschuß für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (4. WP) Ausschuß für Kommunalpolitik, Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen (5. WP) Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen (6. WP) Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (ab 7. WP)	–	–	91	103	106	60	87	71	42	76	80	87
Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen (1. WP)	91	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Berlin (1. WP)	30	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen (2.–5. WP) Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen (6.–11. WP)	–	75	39	63	53	76	82	74	42	68	67	–
Ausschuß für Grenzlandfragen (1.–2. WP)	27	13	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

1) ab Juni 1986: Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

2) ab September 1989: Ausschuß für Post und Telekommunikation

Hinweis

In welchem Turnus Sitzungswochen und sitzungsfreie Wochen tatsächlich gewechselt haben, läßt sich aus den Daten der Plenarsitzungen rekonstruieren, die im Abschnitt 8.4 zusammengestellt sind.

Bezeichnung des Ausschusses	Zahl der Ausschußsitzungen											
	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Ausschuß für Atomfragen (2. WP) Ausschuß für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft (3.–4. WP) Ausschuß für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen; ab Juni 1974: Ausschuß für Forschung und Technologie (7. WP) Ausschuß für Forschung und Technologie (ab 8. WP) ¹⁾	–	33	40	63	–	–	51	65	39	64	66	59
Ausschuß für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films (1.–2. WP)	77	52	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Kulturpolitik (1.–2. WP)	44	53	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausschuß für Kulturpolitik und Publizistik (3.–4. WP) Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik (5. WP) Ausschuß für Bildung und Wissenschaft (ab 6. WP)	–	–	37	51	82	63	87	77	40	77	70	75
Ausschuß für Entwicklungshilfe (4.–5. WP) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ab 6. WP)	–	–	–	56	68	51	75	80	43	80	78	79

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ab 10. WP, Juni 1986)	–	–	–	–	–	–	–	–	–	20	86	82
Zahl der Ausschußsitzungen insgesamt	4 218	3 445	2 167	2 541	2 163	1 186	1 698	1 586	916	1 724	1 780	2 085

1) ab November 1989: Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat im Bundestag verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zu den häufigsten Rednern im Plenum zählten (Abschnitt 8.3),
- Erklärungen zur Abstimmung abgegeben haben (Abschnitt 8.16),
- im Rahmen der Ordnungsmaßnahmen von der Plenarsitzung ausgeschlossen wurden (Abschnitt 8.20),
- bei den Beratungen des Bundestagshaushalts oder in den „Selbstverständnis-Debatten“ Vorschläge zur Parlamentsreform vorgetragen haben (Abschnitte 13.4 bzw. 13.5).

9.2 Verzeichnis der Ausschüsse

Es steht dem Bundestag grundsätzlich frei, wie viele und welche ständigen Ausschüsse er einsetzt, doch sind bestimmte Ausschüsse bereits durch das Grundgesetz oder durch Gesetze vorgeschrieben:

- durch das Grundgesetz die Ausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung (Art. 45a), der Petitionsausschuß (Art. 45c) und der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Art. 45),
- durch Gesetze der Haushaltsausschuß sowie der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Daneben können die Ausschüsse des Bundestages Unterausschüsse bilden (ein ständiger Unterausschuß des Haushaltsausschusses ist beispielsweise der Rechnungsprüfungsausschuß); ferner gibt es eine Vielzahl von Arbeitsgruppen, Kommissionen usw.

Das folgende systematische Verzeichnis*) der Ausschüsse enthält – nach Wahlperioden getrennt – Angaben über:

- die ständigen Ausschüsse,
- Sonderausschüsse,
- den Wahlmännerausschuß,
- die Zahl der Ausschußmitglieder,
- die Namen der Ausschußvorsitzenden und deren Stellvertreter mit Fraktionsangabe,
- die von den Ausschüssen eingesetzten Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen, Unterkommissionen, Redaktionskommissionen usw. (wobei aus Platzgründen als einheitliche Bezeichnung meist nur der Begriff „Unterausschüsse“ oder „Unterausschüsse u. ä.“ benutzt wird).

Bei Ausschüssen, die nicht während der gesamten Wahlperiode getagt haben oder die erst später eingesetzt wurden, ist das Datum der ersten oder letzten Sitzung angegeben.

*) Quelle:

Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages 1.–9. Wahlperiode. (Stand: 1. September 1981). Bearbeiter: Günther J. Weller und Christa Pampel. Bonn 1981 (= Materialien Nr. 69 der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages).

Diese Dokumentation enthält zahlreiche weitere Einzelheiten, z. B. die Namen der Vorsitzenden der Unterausschüsse, Anzahl der Sitzungen und Ausschußdrucksachen sowie ein alphabetisches Gesamtverzeichnis der Ausschüsse.

Die Entwicklung des Ausschußwesens im Deutschen Bundestag während der 1. Wahlperiode (1949–53) ist eingehend beschrieben bei Bruno Dechamps, Macht und Arbeit der Ausschüsse. Der Wandel der parlamentarischen Willensbildung. Meisenheim am Glan 1954, insbes. S. 61–75, ferner S. 141–155.

Hinweis

Unterlagen zum Thema „Ausschüsse“ werden außerhalb des Kapitels 9 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des **Datenhandbuchs** vorgelegt, so in Abschnitt

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Ausschußvorsitzenden)
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Liste der jüngsten Ausschußvorsitzenden)
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin (mit statistischen Angaben über die in Berlin durchgeführten Ausschußsitzungen)
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit der Angabe des Zeitplans, welche Tage in den Sitzungswochen den Ausschüssen vorbehalten sind)
- 11.9 Vermittlungsverfahren (mit einer Aufstellung der Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses)
- 12.5 Minderheitenrechte (mit einer Aufstellung der Minderheitenrechte in den Ausschüssen)

1. Wahlperiode (1949–53)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Artikel 45 des Grundgesetzes	27	(nicht zusammengetreten)
2.) Wahlprüfungsausschuß	7	a) <i>Ludwig Schneider</i> (FDP) b) <i>Heinrich Höcker</i> (SPD)
3.) Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität* <i>Unterausschüsse:</i> „Geschäftsordnung“, „Immunität“	21	a) <i>Heinrich Georg Ritzel</i> (SPD) b) <i>Karl Gengler</i> (CDU/CSU)
4.) Organisationsausschuß (letzte Sitzung: 27. 4. 1951) <i>Unterkommissionen:</i> „Restaurant“, „Fahrbereitschaft“	7	a) <i>Karl Mommer</i> (SPD), ab 21. 3. 1952: <i>Hugo Decker</i> (FU)**) b) <i>Karl Gengler</i> (CDU/CSU), ab 7. 6. 1950: <i>Peter Nellen</i> (CDU/CSU)
5.) Ausschuß zum Schutz der Verfassung <i>Unterausschüsse:</i> „I (Pressegesetz)“, „II (Presserechtsgesetz)“, „Parlament und Rechtsprechung“, „Film über die Entstehung eines Gesetzes“, „Abschluß der Entnazifizierung“, „Strafrechtlicher Verfassungsschutz“, „Versicherungsschutz“, „Staatsbürgerliche Erziehung“, „Versammlungsordnungsgesetz“ (Drs. 1102), „Vorfälle in Hessen“	21	a) <i>Georg-August Zinn</i> (SPD), ab 15. 2. 1951: <i>Walter Menzel</i> (SPD) b) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU), ab 5. 5. 1952: <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU)
6.) Ausschuß für Petitionen <i>Unterausschuß:</i> „Geschäftsordnung“	27	a) <i>Luise Albertz</i> (SPD) b) <i>Karl Kahn</i> (CDU/CSU), ab 30. 11. 1949: <i>Hans Tichi</i> (WAV)
7.) Ausschuß für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten ab 3. 6. 1953: Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten <i>Unterausschüsse:</i> „Rundfunkabhördienst“, „Ostforschung“, „Vorkriegsschulden“, „Auswärtiger Dienst“, „Aku Glanzstoffwerke AG“, „Ausbildung des diplomatischen Nachwuchses“, „Besatzungsregime“, „Deutsche Auslandsschulden und Auslandsvermögen“, „Besoldung der Beamten im diplomatischen Dienst“, „Deutsche wissenschaftliche Institute und Schulen im Ausland“, „Haushalt der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt“, „Personalfragen“, „Verhandlungen der Bundesregierung mit der Hohen Kommission“, „Großer Knechtsand“, „Kriegsgefangene“, „Saar“ (gemeinsam mit 8. Ausschuß), „für die Drucksachen Nr. 1527/1528“ (Art. 16 GG), „Sonderausschuß Europarat“	21	a) <i>Carlo Schmid</i> (SPD) b) <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU)

*) Zwischen dem 9. und 15. September 1949 fanden drei Sitzungen eines vorläufigen „Geschäftsordnungsausschusses“ unter Vorsitz von *Heinrich von Brentano* (CDU/CSU) statt.

**) unabhängig davon, daß der Ausschuß seine letzte Sitzung am 27. April 1951 abhielt

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
8.) Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen <i>Unterausschüsse:</i> „Zonengrenzgebiet“, „Notaufnahme“, „Zonengrenzfahrten“, „Zur Drucksache 3902“ (Bundesvertriebenengesetz)	21	a) <i>Herbert Wehner</i> (SPD) b) <i>Walter Brookmann</i> (CDU/CSU)
9.) Ausschuß für Berlin	21	a) <i>Gerd Bucorius</i> (CDU/CSU) b) <i>Wilhelm Mellies</i> (SPD)
10.) Haushaltsausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Vorwegbewilligung von Mitteln für die Ausstellung der Marshallplanländer in Chicago“, „Rechnungsunterausschuß“, „Rechnungshofgutachten des Bundestages“	27	a) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD) b) <i>Robert Philipp Nöll von der Nahmer</i> (FDP), ab April 1952: <i>Martin Blank</i> (FDP)
11.) Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Finanzausschuß des Bundestages und des Bundesrates“, „Betriebliche Pensions- und Unterstützungskassen“, „Reichsvermögen“, „Ehemaliges Reichsvermögen“ (mit 10. und 12. Ausschuß), „Mineralölsteuergesetz“, „DM-Bilanzergänzungsgesetz“ (Drs. 1293), „Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes“ (Drs. 3733), „Präferenz“ (mit 13. Ausschuß), „Restitutionsgesetz Holland“, „Branntweinmonopol“	27	a) <i>Hermann Höpker-Aschoff</i> (FDP), ab 19. 9. 1951: <i>Hans Wellhausen</i> (FDP) b) <i>Harald Koch</i> (SPD)
12.) Ausschuß für Geld und Kredit <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „zur Drucksache 3342“ (2. DM-Bilanzergänzungsgesetz), „zur Drucksache 3128“ (Neuordnung des Geldwesens), „Devisenkontrolle“, „Kapitalmarktförderung“, „Wertpapiervereinigung“, „Umstellungsergänzungsgesetz“, „Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen“ (Drs. 511 und 1152), „Anleihegesetz von 1950“ (Drs. 1576), „Bank deutscher Länder“ (Drs. 2276), „Investment-Gesellschaften“ (Drs. 4199)	15	a) <i>Hugo Scharnberg</i> (CDU/CSU) b) <i>Walter Seuffert</i> (SPD)
13.) Ausschuß für Wirtschaftspolitik <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Energiewirtschaft“, „Regiebetriebe u. a.“, „Watenstedt-Salzgitter“, „Drucksache 4230“ (Steuerliche Sonderregelung betr. Europ. Gemeinschaft für Kohle und Stahl), „Küstenkohlentarife“, „Treibstoffpreiserhöhung“, „Konzessionsabgaben“, „Ufi-Vermögen“, „Handwerksordnung“, „Gemischte Kommission der Ausschüsse für Wirtschaftspolitik, Außenhandelsfragen, ERP-Fragen und Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten“ (betr. Bundesstelle für den Warenverkehr, Drs. 586), „Brot- und Getreidesubventionen“, „Agrargesetze“, „Grundstücke“, „Natursteine“, „Kraftfahrzeugversicherung“ (Drs. 1365 und 1369)	27	a) <i>Franz Etzel</i> (CDU/CSU), ab 8. 10. 1952: <i>Wilhelm Naegel</i> (CDU/CSU) b) <i>Hermann Veit</i> (SPD), ab 1953: <i>Joachim Schöne</i> (SPD)

noch: I. Wahlperiode (1949–53)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
14.) Ausschuß für Außenhandelsfragen <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Zolltarif“, „Exportförderung“, „OEEC-Verhandlungen“	21	a) <i>Christian Kuhlemann</i> (DP) b) <i>Richard Freudenberg</i> (FDP), ab 26. 2. 1953: <i>Robert Margulies</i> (FDP)
15.) Ausschuß für ERP-Fragen <i>Unterausschuß:</i> „Haushaltsrechtliche Behandlung der ERP-Mittel“	15	a) <i>Hermann Pünder</i> (CDU/CSU) b) <i>Fritz Baade</i> (SPD)
16.) Ausschuß für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutz	7	a) <i>Friedrich Wilhelm Wagner</i> (SPD) b) <i>Matthias Hoogen</i> (CDU/CSU)
17.) Ausschuß für Lastenausgleich <i>Unterausschüsse:</i> „Altsparer“, „Befreiungen“, „Altsparerentschädigung“, „Währungsgewinnabgaben“, „Feststellungen I“ (Kriegs- bedingte Vermögensverluste, Drs. 1140), „Feststellungen II“ (Schadensfeststellungsgesetz, Drs. 1140), „Schadens- anmeldung“, „Organisation“ (Drs. 1140), „Besprechungen“	27	a) <i>Johannes Kunze</i> (CDU/CSU) b) <i>Johann Wartner</i> (BP), ab 17. 1. 1951: <i>Eugen Fürst zu Oettingen- Wallerstein</i> (BP)
18.) Ausschuß für Wiederaufbau und Wohnungswesen <i>Unterausschüsse:</i> „Gewerberaummieter“, „Wohnungseigentumsgesetz“, „Wohnraumangelgesetz“, „Ländliche Siedlung“, „Woh- nungsbauprämiengesetz“, „Bundeshaushaltsmittel für den sozialen Wohnungsbau“	21	a) <i>Johannes Albers</i> (CDU/CSU), ab 14. 3. 1950: <i>Paul Lücke</i> (CDU/CSU) b) <i>Erich Klabunde</i> (SPD), ab 9. 2. 1950: <i>Carl Wirths</i> (FDP)
19.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Unterausschüsse:</i> „Importausgleich“, „Fischwirtschaft“, „Saatgut“, „Obst und Gemüse“, „Milch- und Margarine-Preise“, „Einfuhr- und Vorratsstellen“, „Erzeugungsfragen“, „Jagd“, „Liberalisie- rung“, „Forst- und Holzwirtschaft“, „Agrarunion“ (gemein- samer U. A. Bundestag-Bundesrat)	27	a) <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU), ab 12. 10. 1950: <i>Karl Müller</i> (CDU/CSU) b) <i>Herbert Kriedemann</i> (SPD)
20.) Ausschuß für Arbeit <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Mitbestimmungsrecht“, „Koordinierungsausschuß der Ausschüsse für Arbeit und für Wirtschaftspolitik“ (Laden- schluß), „Mindestarbeitsbedingungen“, „Mitbestimmung Bergbau und Eisen“ (mit 13. Ausschuß), „Tarifvertrags- gesetz“, „Besichtigung von Großbaustellen“ (Drs. 4037)	21	a) <i>Anton Sabel</i> (CDU/CSU) b) <i>Willi Richter</i> (SPD)
21.) Ausschuß für Sozialpolitik <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Kinderbeihilfen I“, „Kinderbeihilfen II“, „Sozialgerichts- ordnung“, „zu Drs. 2513, 2643, 2867“ (Sozialversicherung), „Mutterschutzgesetz“, „zu Drs. 124“ (Gleichstellung der Kriegsgeschädigten), „Versicherungspflichtgrenze“ (Drs. 3350)	21	a) <i>Willi Richter</i> (SPD) b) <i>Josef Arndgen</i> (CDU/CSU)

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
22.) Ausschuß für Heimatvertriebene <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Titel 32“ (kulturelle Betreuung landsmannschaftlicher Organisationen), „Kredit für Heimatvertriebene“, „Bundesvertriebenengesetz“ (Drs. 2872), „Umsiedlung“, „Landwirtschaft“, „Flüchtlingsdurchgangslager Uelzen und Gießen“, „Wirtschaftliche Eingliederung“, „Bundesvertriebenengesetz“, „zu Drucksache 3026“ (Umsiedlung)	27	a) <i>Linus Kather</i> (CDU/CSU) b) <i>Richard Reitzner</i> (SPD)
23.) Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht <i>Unterausschüsse:</i> „Vertragsgesetze“, „Sitz des Bundesgerichtshofes“, „Gerichtsverfassungsgesetz“, „Bürgerliche Rechtspflege“, „Strafverfahren und Übergangsvorschriften“, „Verschollenheitsrecht“ (Drs. 1100), „Baulandbeschaffungsgesetz“, „Familienrechtsgesetz“, „Wiedergutmachung“, „Zwangsvollstreckungsgesetz“, „Straffreiheitsgesetz“, „Heimatlose Ausländer“, „Spielbanken“, „Jugendgerichtsgesetz“ (mit 33. Ausschuß), „Schiffsregister“, Strafrechtsunterausschuß I, Strafrechtsunterausschuß II, Strafrechtsunterausschuß III, „Wirtschaftsstrafrecht“ (zu Drs. 2100), „Gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung“, „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (Drs. 2197), „Zuständigkeitsfragen“, „Bundesverfassungsgericht“, „Verkehr“ (mit 27. Ausschuß), „Adoptionsrecht“	27	a) <i>Wilhelm Laforet</i> (CDU/CSU) b) <i>Adolf Arndt</i> (SPD)
24.) Ausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung <i>Unterausschüsse:</i> „Bundesamt für Auswanderung“ (Drs. 2394), „Bundesbereitschaftspolizei“, „Polizeifragen“	21	a) <i>Friedrich Maier</i> (SPD) b) <i>Robert Lehr</i> (CDU/CSU), ab 7. 12. 1950: <i>August Dresbach</i> (CDU/CSU), ab Oktober 1951: <i>Anton Hoppe</i> (CDU/CSU)
25.) Ausschuß für Beamtenrecht <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes“, „Bundesdisziplinarordnung“, „2. Besoldungsänderungsgesetz“, „Bundesbeamten-gesetz“, „Sofortmaßnahmen“, „Wiedergutmachung“, „Überbrückungshilfe I“ (Richtlinien), „Überbrückungshilfe II“ (Vollzug), „3. Besoldungsänderungsgesetz“, „Disziplinarrechtliche Amnestie“, „Änderungsgesetz zu Art. 131 GG“	21	a) <i>Ernst Falkner</i> (BP), ab 20. 11. 1950: <i>Josef Ferdinand Kleindinst</i> (CDU/CSU) b) <i>Otto Arnholz</i> (SPD)

Hinweis

Die weiblichen Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse seit 1949 sind im vorliegenden *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnittes 3.11 zusammengestellt.

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
26.) Ausschuß für Kriegsoffer- und Kriegsgefangenenfragen <i>Unterausschüsse:</i> „Schwerbeschädigtengesetz“ (Geschützter Personenkreis), „Schwerbeschädigtengesetz“ (Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber), „Schwerbeschädigtengesetz“ (Verfahren), „Fürsorgerecht“ (Drs. 3440), „Witwenversorgung“, „Kriegsgefangenenentschädigung“, „zu den Drucksachen 3837 und 3845 betr. Anrechnung von Renten in der Arbeitslosenfürsorge“, „Unterhaltshilfe“, „Zweites Heimkehrergesetz“	21	a) <i>Bruno Leddin</i> (SPD), ab 16. 4. 1951: <i>Kurt Pohle</i> (SPD) b) <i>Josef Arndgen</i> (CDU/CSU)
27.) Ausschuß für Verkehrswesen <i>Unterausschüsse:</i> „Notlage der Lok- und Waggonindustrie“, „Fahrpreisermäßigung für Schwer- und Schwerstversehrte“	21	a) <i>Willy Max Rademacher</i> (FDP) b) <i>Oskar Rümmele</i> (CDU/CSU)
28.) Ausschuß für Post- und Fernmeldewesen	15	a) <i>Johann Cramer</i> (SPD) b) <i>Otto Pannenbecker</i> (Z), ab 21. 5. 1953: <i>Gottfried Leonhard</i> (CDU/CSU)
29.) Ausschuß für Grenzlandfragen <i>Unterausschüsse:</i> „Grenzlandgebiet Baden“, „Grenzlandgebiet Rheinland-Pfalz“, „Grenzlandgebiet Niedersachsen“, „Grenzlandgebiet Nordrhein-Westfalen“, „Grenzlandgebiet Schleswig-Holstein“, „Grenzlandgebiet Bayern“	15	a) <i>Stephan Weickert</i> (WAV/BHE), ab 20. 3. 1952: <i>Heinrich Kemper</i> (CDU/CSU) b) <i>Heinrich Kemper</i> (CDU/CSU), ab 20. 3. 1952: <i>Willi Steinhörster</i> (SPD)
30.) Ausschuß für innergebietsliche Neuordnung	15	a) <i>Anton Hilbert</i> (CDU/CSU), ab 22. 11. 1949: <i>August-Martin Euler</i> (FDP) b) <i>Anton Hilbert</i> (CDU/CSU)
31.) Ausschuß für Fragen der öffentlichen Fürsorge	15	a) <i>Helene Wessel</i> (Z), ab 13. 2. 1953: <i>Maria Niggemeyer</i> (CDU/CSU) b) <i>Maria Niggemeyer</i> (CDU/CSU), ab 13. 2. 1953: <i>Hans Löfflad</i> (DPB)
32.) Ausschuß für Fragen des Gesundheitswesens	21	a) <i>Fritz Linnert</i> (FDP), ab 7. 12. 1949: <i>Richard Hammer</i> (FDP) b) <i>Kurt Pohle</i> (SPD)
33.) Ausschuß für Jugendfürsorge <i>Unterausschüsse:</i> „Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit“, „Vertrieb jugendgefährdender Schriften“	15	a) <i>Franz Strauß</i> (CDU/CSU), ab 19. 6. 1952: <i>Emil Kemmer</i> (CDU/CSU) b) <i>Marta Schanzenbach</i> (SPD)

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
34.) Ausschuß für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films <i>Unterausschüsse:</i> „Überregionaler Sender“ (mit 7. u. 8. Ausschuß), „Ufi-Vermögen“ (mit 11. u. 13. Ausschuß), „Gesundung der deutschen Filmwirtschaft“, „Filmausfallbürgschaft“	15 (ab 20. 2. 1952: 21)	a) <i>Rudolf Vogel</i> (CDU/CSU) b) <i>Karl Brunner</i> (SPD), ab 31. 3. 1952: <i>Willi Eichler</i> (SPD)
35.) Ausschuß gemäß Artikel 15 GG (letzte Sitzung: 19. 9. 1951)	27	a) <i>Fritz Henßler</i> (SPD) b) <i>Franz Etzel</i> (CDU/CSU)
36.) Ausschuß für Bau- und Bodenrecht	7	a) <i>Erich Klabunde</i> (SPD), ab 31. 1. 1951: <i>Heinz Meyer</i> (SPD) b) <i>Carl Wirths</i> (FDP)
37.) Ausschuß für Kulturpolitik <i>Unterausschüsse:</i> „Kunst“, „Hochschulfragen“, „Schulwesen“, „Förderung der Forschung“, „Sicherung des Kulturgutes“	21	a) <i>Karl Gaul</i> (FDP) b) <i>Arno Hennig</i> (SPD)
38.) Ausschuß für die Frage des Sitzes der Bundesorgane (Hauptstadtausschuß) (letzte Sitzung: 3. 11. 1949)	27	a) <i>August Neuburger</i> (CDU/CSU) b) <i>Herbert Kriedemann</i> (SPD)
39.) Ausschuß für Bücherei ab 1952: Büchereibeirat	9	a) <i>Margarete Gröwel</i> (CDU/CSU) b) <i>Ludwig Bergstraesser</i> (SPD)
<i>Bei den Ausschüssen Nr. 40–47 sowie Nr. 49 handelt es sich um die Untersuchungsausschüsse der 1. Wahlperiode, die gesondert in Abschnitt 9.10 aufgeführt sind.</i>		
48.) Ausschuß für Kommunalpolitik (erste Sitzung: 20. 3. 1952)	21	a) <i>Hermann Pünder</i> (CDU/CSU) b) <i>Werner Jacobi</i> (SPD)
50.) Ausschuß zur Mitberatung des EVG-Vertrages und der damit zusammenhängenden Abmachungen (erste Sitzung: 19. 7. 1952) ab 21. 1. 1953: Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit	21	a) <i>Franz Strauß</i> (CDU/CSU) b) <i>Fritz Erler</i> (SPD)
51.) Ausschuß zur Beratung des Personalvertretungsgesetzes (erste Sitzung: 16. 3. 1953)	21	a) <i>Josef Ferdinand Kleindinst</i> (CDU/CSU)
52.) Wahlrechtsausschuß (erste Sitzung: 26. 3. 1953)	27	a) <i>Friedrich Maier</i> (SPD) b) <i>Hugo Scharnberg</i> (CDU/CSU)
53.) Sonderausschuß zur Beratung der Gesetze über deutsche Auslandsschulden „Londoner Schuldenabkommen“ (erste Sitzung: 13. 5. 1953)	27	a) <i>Hans Wellhausen</i> (FDP)
Beirat für handelspolitische Vereinbarungen (erste Sitzung: 8. 9. 1950)	9	a) <i>Christian Kuhlemann</i> (DP) b) <i>Richard Freudenberg</i> (FDP), ab 26. 2. 1953: <i>Oscar Funcke</i> (FDP)

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Unterausschuß des Bundestages und des Bundesrates zur Beratung einer Geschäftsordnung gemäß Artikel 77 des Grundgesetzes Wahlmännerausschuß gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. 3. 1951 (BGBl. I S. 243)		a) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU) a) <i>Wilhelm Laforet</i> (CDU/CSU)

2. Wahlperiode (1953–57)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung und Immunität Wahlprüfungsangelegenheiten – Immunitätsangelegenheiten	17	a) <i>Ludwig Schneider</i> (FDP), ab 5. 10. 1956: <i>Heinrich Höcker</i> (SPD) b) <i>Heinrich Höcker</i> (SPD), ab 30. 1. 1957: <i>Stefan Dittrich</i> (CDU/CSU)
2.) Ausschuß für Geschäftsordnung	17	a) <i>Heinrich Georg Ritzel</i> (SPD) b) <i>Karl Gengler</i> (CDU/CSU)
3.) Ausschuß für Petitionen	29	a) <i>Luise Albertz</i> (SPD) b) <i>Karl Kahn</i> (CDU/CSU)
4.) Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten <i>Unterausschüsse:</i> „Auslandsvermögen“, „zu Drs. 198, 338, 436, 576“ (Grenzformalitäten u. a.), „Kriegsgefangene“, „Saar“, „Kulturelle Fragen“, „Wirtschaftsentwicklung fremder Völker“, „Vertreibungsgebiete“, „Brüsseler Verträge“, Redaktionskommission zur Drucksache 2561 (Einreiseerleichterung)	29	a) <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU), ab 17. 12. 1954: <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU) b) <i>Carlo Schmid</i> (SPD), ab Juni 1956: <i>Herbert Wehner</i> (SPD)
5.) Ausschuß für Besatzungsfolgen bis 3. 12. 1953: Ausschuß für Besatzungsfragen <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Besatzungsschädengesetz“, „Berlin“	23	a) <i>Eduard Wahl</i> (CDU/CSU) b) <i>Emmy Meyer-Laule</i> (SPD)

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
<p>6.) Ausschuß für Verteidigung bis 10. 1. 1956: Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Soldatische Ordnung“, „Pflichten und Rechte der Soldaten, insbesondere Grundrechte; Freiwilligengesetz“, „Disziplinarordnung, Beschwerdeordnung“, „Militärische Fragen“, „Politische Fragen“, „Technische Fragen“, „Personalfragen“, „Finanz-, Wirtschafts- u. Haushaltsfragen“, „Fragen des Oberbefehls“, „Schutzbereichsgesetz“, „Haushalt“, „Führung“, „Beschaffung“, „Infrastruktur“, „Ordensgesetz“, „Wehrdisziplinarordnung“, „Soldatenversorgungsgesetz“, „Wetterberatungsdienst“, „Vorbereitung der Wahl des Wehrbeauftragten“</p>	29	<p>a) <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) b) <i>Fritz Erler</i> (SPD)</p>
<p>7.) Ausschuß zum Schutze der Verfassung</p>	23	<p>a) <i>Walter Menzel</i> (SPD) b) <i>Ferdinand Friedensburg</i> (CDU/CSU)</p>
<p>8.) Ausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung <i>Unterausschüsse:</i> „Vereinfachung der Verwaltung“, „Verwaltungsreform“ (Drs. 1383 neu)</p>	23	<p>a) <i>Friedrich Maier</i> (SPD) b) <i>Alfred Gille</i> (GB/BHE), ab 1. 1. 1956: <i>Hans-Egon Engell</i> (GB/BHE)</p>
<p>9.) Ausschuß für Beamtenrecht <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „zur Drucksache 3041“ (Rechtsverhältnisse der beim Land Berlin beschäftigten Personen), „Soldatenversorgungsgesetz und 2. Novelle G 131 GG“, „Beamtenrechtsrahmengesetz“</p>	29	<p>a) <i>Josef Ferdinand Kleindinst</i> (CDU/CSU) b) <i>Walther Kühn</i> (FDP)</p>
<p>10.) Ausschuß für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films</p>	29	<p>a) <i>Paul Bausch</i> (CDU/CSU) b) <i>Heinz Kühn</i> (SPD)</p>
<p>11.) Ausschuß für Kulturpolitik</p>	23	<p>a) <i>Karl Gaul</i> (FDP) b) <i>Erwin Feller</i> (GB/BHE)</p>
<p>12.) Ausschuß für Kommunalpolitik <i>Unterausschüsse:</i> „Nachbarortlinienverkehr“, „Öffentliche Bauten“</p>	23	<p>a) <i>Friedrich Wilhelm Willeke</i> (CDU/CSU) b) <i>Wilhelm Tenhagen</i> (SPD), ab 23. 3. 1955: <i>Willy Könen</i> (SPD)</p>
<p>13.) Ausschuß für Fragen der öffentlichen Fürsorge</p>	17	<p>a) <i>Maria Niggemeyer</i> (CDU/CSU) b) <i>Fritz Becker</i> (DP), ab September 1955: <i>Margot Kainke</i> (DP)</p>
<p>14.) Ausschuß für Fragen des Gesundheitswesens <i>Unterausschüsse:</i> „Gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen“ (Drs. 169), „Lebensmittelrecht“</p>	23	<p>a) <i>Richard Hammer</i> (FDP) b) <i>Viktoria Steinbiß</i> (CDU/CSU)</p>

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
15.) Ausschuß für Jugendfragen	23	a) <i>Emil Kemmer</i> (CDU/CSU) b) <i>Marta Schanzenbach</i> (SPD)
16.) Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht <i>Unterausschüsse:</i> „Familienrechtsgesetz“, „Notarordnung“ (Drs. 2017), „Verwaltungsgerichtsordnung“ (Drs. 462), „Kostengesetze“, „Bundesrechtsanwaltsordnung“ (Drs. 1014), „Finanzgerichtsordnung“ (Drs. 1716) gemeinsam mit 19. Ausschuß, „Kriegsfolgenschlußgesetz“ (Drs. 1659) gemeinsam mit 22. Ausschuß	29	a) <i>Matthias Hoogen</i> (CDU/CSU) b) <i>Adolf Arndt</i> (SPD)
17.) Ausschuß für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht bis 3. 12. 1953: Ausschuß für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutz	17	a) <i>Friedrich Wilhelm Wagner</i> (SPD) b) <i>Hans Furler</i> (CDU/CSU)
18.) Haushaltsausschuß <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Verteidigung: „Rüstungsfragen“, „§ 96 (neu) GO“, „Bundesliegenschaften“, „Küstenplan“, „Emscher-Lippe-Hibernia AG“ Rechnungsprüfungsausschuß des Haushaltsausschusses, bis 8. 2. 1954: „Rechnungsunterausschuß“	29	a) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD) b) <i>Martin Blank</i> (FDP) a) <i>Martin Blank</i> (FDP)
19.) Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen <i>Unterausschüsse:</i> „Auslandsvermögen“, „Ehegattenbesteuerung“, „Schweizer Spitze“, „Berufsordnungsgesetze“, „Drittes Überleitungsgesetz“ (Drs. 1706), „Umsatzsteuer“, „Für Fragen der Umsatzsteuer“, „Umsatzsteuer II“, „Tabaksteuer“, „Verbrauchssteuern“, „Berliner Präferenz-Gesetz“, „Für Fragen der Gewinnermittlung“ (Scheingewinn, Bewertung von Rohstofflagern, Verlustvortrag etc.), „Finanzreform“, „Haushaltsbesteuerung“, „Sonderausgaben nach § 10 EStG“, „Forstwirtschaft“, „Pensionsrückstellungen und Rentenbesteuerung“ (§ 6a und § 22 EStG), „Finanzanpassungsgesetz“	29	a) <i>Hans Wellhausen</i> (FDP) b) <i>Wilhelm Gülich</i> (SPD)
20.) Ausschuß für Lastenausgleich <i>Unterausschuß:</i> „Kriegsgeschädigte Wirtschaft“	23	a) <i>Johannes Kunze</i> (CDU/CSU) b) <i>Karl Atzenroth</i> (FDP), ab 12. 12. 1956: <i>Otto Klötzer</i> (GB/BHE)
21.) Ausschuß für Wirtschaftspolitik <i>Unterausschüsse:</i> „Zur Beratung von Einzelfragen des Kartellgesetzes u. a. Markenartikel“, „Koordinierungskreis Notstandsgebiete“, „Montan-Union“, „Bundesbeteiligungen“	31	a) <i>Wilhelm Naegel</i> (CDU/CSU), ab 21. 9. 1956: <i>Fritz Hellwig</i> (CDU/CSU) b) <i>Joachim Schöne</i> (SPD)

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
<p>22.) Ausschuß für Geld und Kredit <i>Unterausschüsse:</i> „Kartellgesetze“, „Beamtenfragen des Bundesbankgesetzes“, „Konjunkturfragen betr. öffentliche Gelder“, „Zur Drucksache 427“ (Übernahme von Zinsen für Ausgleichsforderungen durch Bundespost und Bundesbahn), „Pfandbriefanstalt“, „Schweizerfranken-Grundsuldner“, „Drucksache 3026“ (Atomgesetz)</p>	17	<p>a) <i>Hugo Scharnberg</i> (CDU/CSU) b) <i>Walter Seuffert</i> (SPD)</p>
<p>23.) Ausschuß für Außenhandelsfragen <i>Unterausschuß:</i> „Herstellung gleicher Wettbewerbsverhältnisse im Außenhandel“ (Drs. 1767)</p>	23	<p>a) <i>Reinhold F. Bender</i> (GB/BHE) b) <i>Robert Margulies</i> (FDP)</p>
<p>24.) Ausschuß für Sonderfragen des Mittelstandes</p>	23	<p>a) <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU) b) <i>Rudolf Eickhoff</i> (DP)</p>
<p>25.) Ausschuß gemäß Artikel 15 GG (eine Sitzung am 12. 11. 1953)</p>	17	<p>a) <i>Heinrich Deist</i> (SPD) b) <i>Hugo Geiger</i> (CDU/CSU)</p>
<p>26.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz“, „Mühlenwirtschaft“, „Kriegsfolgenschlußgesetz“, „Kartellgesetz“, „Paritätsgesetze“, „Obst- und Gemüsemarktordnung“</p>	31	<p>a) <i>Bernhard Bauknecht</i> (CDU/CSU) b) <i>Herbert Kriedemann</i> (SPD)</p>
<p>27.) Ausschuß für Arbeit <i>Unterausschuß u. ä.:</i> „Personalvertretung“, „Beratung des AVAVG“ (Drs. 1274)</p>	29	<p>a) <i>Anton Sabel</i> (CDU/CSU) b) <i>Willy Odenthal</i> (SPD)</p>
<p>28.) Ausschuß für Sozialpolitik <i>Unterausschuß u. ä.:</i> „Fremdrentengesetz“, „Kindergeldergänzungsgesetz“</p>	27 (ab 11. 11. 1953: 31)	<p>a) <i>Willi Richter</i> (SPD) b) <i>Josef Arndgen</i> (CDU/CSU)</p>
<p>29.) Ausschuß für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen <i>Unterausschüsse:</i> „Soldatenversorgungsgesetz“ (Drs. 480), „Finanzanpassungsgesetz“ (Drs. 2504)</p>	23	<p>a) <i>Helmut Petersen</i> (GB/BHE) b) <i>Kurt Pohle</i> (SPD)</p>
<p>30.) Ausschuß für Verkehrswesen <i>Unterausschüsse:</i> „Personenbeförderungsgesetz“ (Drs. 831), „Verkehrssicherheit“, „Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Bundesbahn“, „Betriebsfremde Lasten der Bundesbahn“, „Verkehrsbestimmungen im Kartellgesetz“, „Seelotsenwesen“ (Drs. 393)</p>	29	<p>a) <i>Oskar Rümmele</i> (CDU/CSU) b) <i>Willy Max Rademacher</i> (FDP)</p>
<p>31.) Ausschuß für Post- und Fernmeldewesen</p>	17	<p>a) <i>Bruno Diekmann</i> (SPD) b) <i>Theodor Siebel</i> (CDU/CSU)</p>

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
32.) Ausschuß für Wiederaufbau und Wohnungswesen <i>Unterausschüsse:</i> „Kleinsiedlungen“, „Anbietungspflicht“, „Kommunale Fragen“, „Finanzierung gewerblicher Bauvorhaben“	29	a) <i>Paul Lücke</i> (CDU/CSU) b) <i>Carl Wirths</i> (FDP), ab 14. 9. 1955: <i>Rudolf Will</i> (FDP)
33.) Ausschuß für Bau- und Bodenrecht	17	a) <i>Werner Jacobi</i> (SPD) b) <i>Alfred Onnen</i> (FDP), ab 9. 11. 1954: <i>Carl Wirths</i> (FDP), ab 14. 9. 1955: <i>Herwart Miessner</i> (FDP)
34.) Ausschuß für Heimatvertriebene <i>Unterausschuß u. ä.:</i> „Heimatvertriebene Wirtschaft“ (Drs. 838), „Kommission zur Beratung der Durchführung der Arbeiten für die Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der ehemaligen deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten“	23	a) <i>Linus Kather</i> (CDU/CSU), ab 9. 7. 1954: <i>Ernst Kuntscher</i> (CDU/CSU) b) <i>Richard Reitzner</i> (SPD)
35.) Ausschuß für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen <i>Unterausschüsse:</i> „Zonenrandgebiet“, „Sowjetzonenflüchtlinge“, „Volksbefragung in der DDR“, „Ost-West-Grundstücke Berlin“, „Eingaben“, „SBZ-Situation“	29	a) <i>Herbert Wehner</i> (SPD) b) <i>Walter Brookmann</i> (CDU/CSU)
36.) Ausschuß für Grenzlandfragen	17	a) <i>Heinrich Kemper</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter Jacobs</i> (SPD)
37.) Ausschuß für Fragen der Wiedergutmachung (erste Sitzung: 17. 2. 1955) <i>Unterausschuß:</i> „Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst“	17	a) <i>Otto Heinrich Greve</i> (SPD) b) <i>Franz Böhm</i> (CDU/CSU)
38.) Ausschuß für Atomfragen (erste Sitzung: 23. 3. 1956)	21	a) <i>Hugo Geiger</i> (CDU/CSU), ab 10. 1. 1957: <i>August-Martin Euler</i> (DP/FVP)
1. Sonderausschuß „Wahlrechtsausschuß“ (erste Sitzung: 27. 6. 1955)	23	b) <i>Ludwig Ratzel</i> (SPD)
2. Sonderausschuß „Wasserhaushaltsgesetz“ (erste Sitzung: 8. 5. 1956)	21	a) <i>Hugo Scharnberg</i> (CDU/CSU) b) <i>Kurt Mattick</i> (SPD)
3. Sonderausschuß „Gemeinsamer Markt/Euratom“ (erste Sitzung: 10. 5. 1957)	31	a) <i>Heinrich-Wilhelm Ruhnke</i> (SPD) b) <i>Karl von Buchka</i> (CDU/CSU)
Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen	9	a) <i>Hans Furler</i> (CDU/CSU) b) <i>Karl Mommer</i> (SPD)
		a) <i>Günther Serres</i> (CDU/CSU)

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Artikel 45 des Grundgesetzes	31	(nicht zusammengetreten)
Wahlmännerausschuß gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 243)	12	a) <i>Josef Ferdinand Kleindinst</i> (CDU/CSU)

3. Wahlperiode (1957–61)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsangelegenheiten – Immunitätsangelegenheiten – Geschäftsordnungsangelegenheiten	17	a) <i>Heinrich Georg Ritzel</i> (SPD) b) <i>Stefan Dittrich</i> (CDU/CSU)
2.) Ausschuß für Petitionen	29	a) <i>Luise Albertz</i> (SPD), ab 3. 6. 1959: <i>Helene Wessel</i> (SPD) b) <i>Friedrich Funk</i> (CDU/CSU)
3.) Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Wirtschaftsentwicklung fremder Völker“, „Deutsche Institute und Schulen im Ausland“, „Zur Frage der Beziehungen zu den Ostblockstaaten“	29	a) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU), ab 29. 1. 1959: <i>Hans Furler</i> (CDU/CSU), ab 25. 5. 1960: <i>Hermann Kopf</i> (CDU/CSU) b) <i>Carlo Schmid</i> (SPD)
4.) Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Zonenrand- und Grenzlandfragen“, „Politische Häftlinge“, „Notaufnahme“, „17. Juni“	29	a) <i>Herbert Wehner</i> (SPD) b) <i>Johann Baptist Gradl</i> (CDU/CSU)
5.) Ausschuß für Verteidigung <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Vorbereitung der Wahl des Wehrbeauftragten“, „Jahresbericht 1959 des Wehrbeauftragten“, „Geistige Grundlagen der Bundeswehr“	29	a) <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Merten</i> (SPD)
6.) Ausschuß für Inneres <i>Arbeitsgruppe:</i> „3. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen“	29	a) <i>Friedrich Maier</i> (SPD), ab 25. 1. 1961: <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) b) <i>Walter Kühnthau</i> (CDU/CSU)

noch: 3. Wahlperiode (1957–61)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
7.) Ausschuß für Wiedergutmachung <i>Unterausschuß:</i> „Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst“	17	a) <i>Otto Heinrich Greve</i> (SPD), ab 27. 2. 1958: <i>Alfred Frenzel</i> (SPD), ab 10. 11. 1960: <i>Gerhard Jahn</i> (SPD)
8.) Ausschuß für Kulturpolitik und Publizistik	29	b) <i>Franz Böhm</i> (CDU/CSU)
9.) Ausschuß für Kommunalpolitik und öffentliche Fürsorge	29	a) <i>Bruno Heck</i> (CDU/CSU) b) <i>Heinz Kühn</i> (SPD)
10.) Ausschuß für Familien- und Jugendfragen	29	a) <i>Friedrich Wilhelm Willeke</i> (CDU/CSU) b) <i>Helmuth Schranz</i> (DP), ab 9. 11. 1960: <i>Willy Könen</i> (SPD)
11.) Ausschuß für Gesundheitswesen	23	a) <i>Emil Kemmer</i> (CDU/CSU) b) <i>Marta Schanzenbach</i> (SPD)
12.) Rechtsausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Familienrechtsänderungsgesetz“, „Notarordnung“, „Verfahrensbestimmungen der Bundesrechtsanwaltsordnung“, „Gewerblicher Rechtsschutz“	23	a) <i>Wolfgang Stammberger</i> (FDP) b) <i>Viktoria Steinbiß</i> (CDU/CSU)
13.) Haushaltsausschuß	29	a) <i>Matthias Hoogen</i> (CDU/CSU) b) <i>Ewald Bucher</i> (FDP)
Rechnungsprüfungsausschuß		a) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD) b) <i>Rudolf Vogel</i> (CDU/CSU)
<i>Weitere Unterausschüsse u. ä.:</i> „Küstenplan“, „Subventionen“, „Zur Prüfung des Kapitels 0404 – Bundesnachrichtendienst“, „Zur Prüfung der Auslandsdienstbezüge beim Auswärtigen Amt“, „Zur Prüfung der haushaltsmäßigen Auswirkungen des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. 10. 1958“, „Zur Prüfung über Ausgaben der Mittel für die Bildungsarbeit der politischen Parteien“, „Für die Besichtigung von Bauten der Bundeswehr“, „Zwecks Ausarbeitung einer Empfehlung auf Grund des Gutachtens des BWV über die Suchdiensteinrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes und der Kirchlichen Wohlfahrtsverbände“, „Dreier-Ausschuß“ (zur Vorprüfung der Vorlagen des Bundesministers der Finanzen), „Mahlow-Gutachten“		a) <i>Albert Leicht</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Hermsdorf</i> (SPD)

noch: 3. Wahlperiode (1957–61)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
14.) Finanzausschuß <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Zollgesetz“, „Finanzgerichtsordnung“, „Kreditwesengesetz“	29	a) <i>August Neuburger</i> (CDU/CSU) b) <i>Walter Seuffert</i> (SPD)
15.) Ausschuß für Lastenausgleich	17	a) <i>Johannes Kunze</i> (CDU/CSU), ab 23. 6. 1960: <i>Waldemar Kraft</i> (CDU/CSU) b) <i>Ludwig Preiß</i> (DP), ab 11. 1. 1961: <i>Ernst Zühlke</i> (SPD)
16.) Wirtschaftsausschuß <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Berufsordnungsgesetz“, „Sparprämienengesetz“, „Zur Festlegung des Umfangs und des Verfahrens einer Energieenquete“	29	a) <i>Fritz Hellwig</i> (CDU/CSU), ab 7. 10. 1959: <i>Kurt Schmücker</i> (CDU/CSU) b) <i>Georg Kurlbaum</i> (SPD)
17.) Außenhandelsausschuß	29	a) <i>Günther Serres</i> (CDU/CSU) b) <i>Robert Margulies</i> (FDP)
18.) Ausschuß für Mittelstandsfragen	23	a) <i>Karl Wieninger</i> (CDU/CSU) b) <i>Erwin Lange</i> (SPD)
19.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Mühlenwirtschaft“, „Reichsnährstandsabwicklungsgesetz“, „Jagdgesetz“, „Saatgut“, „Forschungsinstitute“, „Überleitungsgesetz des deutschen Weinbaues“	29	a) <i>Bernhard Bauknecht</i> (CDU/CSU) b) <i>Herbert Kriedemann</i> (SPD)
20.) Ausschuß für Sozialpolitik	29	a) <i>Ernst Schellenberg</i> (SPD) b) <i>Peter Horn</i> (CDU/CSU)
21.) Ausschuß für Arbeit	29	a) <i>Josef Arndgen</i> (CDU/CSU), ab 13. 11. 1958: <i>Heinrich Scheppmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Willy Odenthal</i> (SPD)
22.) Ausschuß für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen <i>Unterausschuß:</i> „BVG-Leistungsrecht“	23	a) <i>Kurt Pohle</i> (SPD) b) <i>Maria Probst</i> (CDU/CSU)
23.) Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	29	a) <i>Paul Bleiß</i> (SPD) b) <i>Ernst Müller-Hermann</i> (CDU/CSU)
24.) Ausschuß für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht bis 9. 12. 1957: Ausschuß für Wohnungswesen und Bodenrecht <i>Unterausschuß u. ä.:</i> „Bundesbaugesetz“, „Geschäftsraummietengesetz für Berlin“	29	a) <i>Carl Hesberg</i> (CDU/CSU) b) <i>Julius Brecht</i> (SPD)

noch: 3. Wahlperiode (1957–61)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
25.) Ausschuß für Heimatvertriebene	23	a) <i>Ernst Kuntscher</i> (CDU/CSU) b) <i>Reinhold Rehs</i> (SPD)
26.) Ausschuß für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft <i>Unterausschuß:</i> „Zu Drucksache 46“ (Entwurf eines Gesetzes zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen)	29	a) <i>Thomas Dehler</i> (FDP) b) <i>Hugo Geiger</i> (CDU/CSU)
Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen	9	a) <i>Günther Serres</i> (CDU/CSU)
Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Art. 45 des Grundgesetzes	27	(nicht zusammengetreten)
Wahlmännerausschuß gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. 3. 1951 (BGBl. I S. 243) in der Fassung des Gesetzes vom 21. 7. 1956 (BGBl. I S. 662)	12	a) <i>Ferdinand Friedensburg</i> (CDU/CSU)

4. Wahlperiode (1961–65)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsangelegenheiten – Immunitätsangelegenheiten – Geschäftsordnungsangelegenheiten	15	a) <i>Heinrich Georg Ritzel</i> (SPD) b) <i>Stefan Dittrich</i> (CDU/CSU)
2.) Ausschuß für Petitionen	27	a) <i>Helene Wessel</i> (SPD) b) <i>Friedrich Funk</i> (CDU/CSU), ab 10. 10. 1963: <i>Josef Spies</i> (CDU/CSU)
3.) Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Frage der Beziehungen zu den Ostblockstaaten“, „Deutsche Institute und Schulen im Ausland“, „Fragen des Stellenkegels, des Nachwuchses und der Auslandsbesoldung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes“, „Röhrenembargo“, „Israel/Naher Osten“, „Deutsche Welle“	27	a) <i>Hermann Kopf</i> (CDU/CSU) b) <i>Carlo Schmid</i> (SPD)
4.) Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen <i>Arbeitsgruppe:</i> „Notaufnahme“	27	a) <i>Herbert Wehner</i> (SPD) b) <i>Johann Baptist Gradl</i> (CDU/CSU)

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
5.) Ausschuß für Verteidigung <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Bau von russischen Fischdampfern auf der Howaldt Werft“, „Organisation und Methoden der Erprobung“, „Verpflegung“, „Deutsches Soldatenbuch“, „Ausarbeitung der Richtlinien für die Arbeit des Wehrbeauftragten“, „Wahl des Wehrbeauftragten“	27	a) <i>Richard Jaeger</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Merten</i> (SPD), ab 15. 11. 1963: <i>Karl Wienand</i> (SPD)
6.) Ausschuß für Inneres <i>Arbeitsgruppen:</i> „2. Beamtenrechts-Änderungsgesetz“, „Entwurf eines Personalvertretungsgesetzes im BGS“, „3. Beamtenrechts-Änderungsgesetz“, „G 131“, „§ 72 BBG-Arbeitszeit“	27	a) <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) b) <i>Alois Zimmer</i> (CDU/CSU)
7.) Ausschuß für Wiedergutmachung <i>Unterausschüsse:</i> „Bundesrückerstattungsgesetz“, „Bundesentschädigungsgesetz“	15	a) <i>Martin Hirsch</i> (SPD) b) <i>Franz Böhm</i> (CDU/CSU)
8.) Ausschuß für Kulturpolitik und Publizistik <i>Unterausschüsse:</i> „Urheberrechtsfragen“, „Filmwirtschaft“	27	a) <i>Berthold Martin</i> (CDU/CSU) b) <i>Ulrich Lohmar</i> (SPD)
9.) Ausschuß für Kommunalpolitik und Sozialhilfe	27	a) <i>Friedrich Wilhelm Willeke</i> (CDU/CSU) b) <i>Willy Könen</i> (SPD)
10.) Ausschuß für Familien- und Jugendfragen	23	a) <i>Linus Memmel</i> (CDU/CSU) b) <i>Marta Schanzenbach</i> (SPD)
11.) Ausschuß für Gesundheitswesen <i>Unterausschuß:</i> „Weingesetz“	23	a) <i>Ludwig Hamm</i> (FDP) b) <i>Gerhard Jungmann</i> (CDU/CSU)
12.) Rechtsausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Aktienrecht“, „Urheberrecht“, „Baden und Neugliederung“, „Strafrecht“	27	a) <i>Matthias Hoogen</i> (CDU/CSU), ab 16. 12. 1964: <i>Hans Wilhelmi</i> (CDU/CSU) b) <i>Ewald Bucher</i> (FDP), ab 17. 1. 1963: <i>Emmy Diemer-Nicolaus</i> (FDP)

Hinweis

Die Vorsitzenden der anderen Gremien, Kommissionen usw. des Bundestages sind in folgenden Abschnitten zu finden:

- 4.6 Kommissionen des Vorstandes und des Ältestenrates
- 9.7 Untersuchungsausschüsse
- 9.8 Enquete-Kommissionen

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
13.) Haushaltsausschuß Rechnungsprüfungsausschuß <i>Weitere Unterausschüsse u. ä.:</i> Nr. 1 (Mahlow-Bericht), „Küstenplan“ (Schäden der Sturmflut 1962), „Dokumentation des Schicksals der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkrieges“, „Zur Prüfung des Gutachtens des Präsidenten des Bundesrechnungshofes über die Frage einer Zusammenfassung des Tonband- und Fernsehtranskriptionsdienstes an einer Stelle“, „Amtswohnung des Bundeskanzlers“, „Zur Verteilung der Mittel für die Bildungsarbeit der politischen Parteien“ (Kap. 06 02 Tit. 612), „Zu Kapitel 60 02 Titel 302 (Erstattung von Verwaltungsaufw.)“, „Zur Prüfung der Stellenanforderungen bei INTER NATIONES“, „Bundesnachrichtendienst“	27	a) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD) b) <i>Rudolf Vogel</i> (CDU/CSU), ab 5. 5. 1964: <i>Hermann Conring</i> (CDU/CSU) a) <i>Albert Leicht</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Hermsdorf</i> (SPD)
14.) Finanzausschuß <i>Unterausschuß u. ä.:</i> „Schutzbaugesetz“, „Finanzgerichtsordnung“	27	a) <i>Otto Schmidt</i> (CDU/CSU) b) <i>Wolfgang Imle</i> (FDP)
15.) Ausschuß für den Lastenausgleich <i>Arbeitsgruppe:</i> „Reparationschädengesetz“	15	a) <i>Ernst Kuntscher</i> (CDU/CSU) b) <i>Ernst Zühlke</i> (SPD)
16.) Wirtschaftsausschuß	27	a) <i>Rolf Dahlgrün</i> (FDP), ab 9. 1. 1963: <i>Albrecht Aschoff</i> (FDP) b) <i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU/CSU)
17.) Außenhandelsausschuß	27	a) <i>Günther Serres</i> (CDU/CSU) b) <i>Ernst Keller</i> (FDP), ab 13. 11. 1963: <i>Richard Burckardt</i> (FDP)
18.) Ausschuß für Mittelstandsfragen	23	a) <i>Karl Wieninger</i> (CDU/CSU) b) <i>Erwin Lange</i> (SPD)
19.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	27	a) <i>Bernhard Bauknecht</i> (CDU/CSU) b) <i>Martin Schmidt</i> (SPD)
20.) Ausschuß für Sozialpolitik	27	a) <i>Ernst Schellenberg</i> (SPD) b) <i>Peter Horn</i> (CDU/CSU)
21.) Ausschuß für Arbeit	27	a) <i>Heinrich Scheppmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Walter Behrendt</i> (SPD)

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
22.) Ausschuß für Kriegsgesopfer- und Heimkehrerfragen	23	a) <i>Helmut Bazille</i> (SPD) b) <i>Maria Probst</i> (CDU/CSU)
23.) Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	27	a) <i>Paul Bleiß</i> (SPD) b) <i>Ernst Müller-Hermann</i> (CDU/CSU)
24.) Ausschuß für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung bis 19. 1. 1962: Ausschuß für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht	27	a) <i>Carl Hesberg</i> (CDU/CSU) b) <i>Julius Brecht</i> (SPD), ab 14. 11. 1962: <i>Werner Jacobi</i> (SPD)
25.) Ausschuß für Heimatvertriebene	23	a) <i>Reinhold Rehs</i> (SPD) b) <i>Hans Krüger</i> (CDU/CSU), ab 12. 12. 1963: <i>Friedrich-Karl Storm</i> (CDU/CSU)
26.) Ausschuß für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	27	a) <i>Karl Bechert</i> (SPD) b) <i>Ingeborg Geisendörfer</i> (CDU/CSU)
27.) Ausschuß für Entwicklungshilfe	27	a) <i>Robert Margulies</i> (FDP), ab 20. 6. 1962: <i>Karl Atzenroth</i> (FDP) b) <i>Gerhard Fritz</i> (CDU/CSU), ab 23. 4. 1964: <i>Rudolf Werner</i> (CDU/CSU)
28.) Ausschuß für wirtschaftlichen Besitz des Bundes	23	a) <i>Hans Katzer</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans-Jürgen Junghans</i> (SPD)
Sonderausschuß „Strafrecht“ (erste Sitzung: 3. 5. 1963, bis 29. 11. 1963 als Unterausschuß „Strafrecht“ des Rechtsausschusses)	15	a) <i>Max Güde</i> (CDU/CSU) b) <i>Adolf Müller-Emmert</i> (SPD)
Sonderausschuß „Parteiengesetz“ (erste Sitzung: 1. 4. 1965)	15	a) <i>Gustav W. Heinemann</i> (SPD) b) <i>Fritz Burgbacher</i> (CDU/CSU)
Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen	9	a) <i>Günther Serres</i> (CDU/CSU)
Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Art. 45 des Grundgesetzes	27	(nicht zusammengetreten)
Wahlmännerausschuß gemäß § 6 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 243) in der Fassung vom 21. Juli 1956 (BGBl. I S. 662)	12	a) <i>Robert Pferdmenges</i> (CDU/CSU), ab 19. 6. 1963: <i>Thomas Dehler</i> (FDP)

5. Wahlperiode (1965–69)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsangelegenheiten – Immunitätsangelegenheiten – Geschäftsordnungsangelegenheiten	13	a) <i>Friedrich Schäfer</i> (SPD), ab 22. 2. 1967: <i>Hannsheinze Bauer</i> (SPD) b) <i>Stefan Dittrich</i> (CDU/CSU)
2.) Petitionsausschuß	27	a) <i>Maria Jacobi</i> (CDU/CSU) b) <i>Helene Wessel</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „zu Fragen der Auslandskulturarbeit“ (gebildet aus Mitgl. des 3. u. 8. Ausschusses), „Vietnamhilfe“, „Nahosthilfe“, „Fragen des Asylrechts“, „Rundfunkfragen“, „Auslandsbeobachtung“, „Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung“ (gebildet aus Mitgliedern des 3. u. 5. Ausschusses), „Humanitäre Hilfe für Afrika“	31	a) <i>Hermann Kopf</i> (CDU/CSU) b) <i>Carlo Schmid</i> (SPD), ab 2. 2. 1967: <i>Kurt Mattick</i> (SPD)
4.) Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen <i>Arbeitsgruppen</i> „17. Juni“, „Häftlingshilfegesetz“	31	a) <i>Herbert Wehner</i> (SPD), ab 26. 1. 1967: <i>Egon Franke</i> (SPD) b) <i>Felix von Eckardt</i> (CDU/CSU)
5.) Verteidigungsausschuß <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> Vorbereitung der Arbeiten für den Untersuchungsausschuß „Absturz Olt. Arndt“, „Ausarbeitung der Richtlinien für die Arbeit des Wehrbeauftragten“, „Durchführung der Vorarbeiten für eine Beratung bestimmter mit der Dienststelle des Wehrbeauftragten zusammenhängender Fragen“, „Vorarbeiten für die Beratung des Jahresberichtes des Wehrbeauftragten 1967“, „Vorberatung der Gesetzentwürfe Wehrdisziplinarordnung – V/2073, Wehrdisziplinarrecht – V/3263“, Kommission für „Fragen der Wehrgerechtigkeit“	31	a) <i>Friedrich Zimmermann</i> (CDU/CSU) b) <i>Karl Wienand</i> (SPD), ab 13. 4. 1967: <i>Karl Wilhelm Berkhan</i> (SPD)
6.) Innenausschuß <i>Arbeitsgruppen:</i> „3. BesÄndG“ (1. BesNG), „2. BesNG“	27	a) <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) b) <i>Bert Even</i> (CDU/CSU)
7.) Ausschuß für Kriegs- und Verfolgungsschäden <i>Kommission:</i> „Fragen der Rehabilitation“	31	a) <i>Josef Mick</i> (CDU/CSU) b) <i>Martin Hirsch</i> (SPD), ab 14. 12. 1967: <i>Lisa Korpeter</i> (SPD)
8.) Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik <i>Unterausschuß:</i> „Fragen der Auslandskulturarbeit“	21	a) <i>Ulrich Lohmar</i> (SPD) b) <i>Ingeborg Geisendörfer</i> (CDU/CSU)
9.) Ausschuß für Kommunalpolitik, Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen <i>Unterausschüsse:</i> „Wohngeld“, „Wohnungsbaugesetz“, „Erbbaurecht“	27	a) <i>Carl Hesberg</i> (CDU/CSU) b) <i>Willy Könen</i> (SPD)

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
10.) Ausschuß für Familien- und Jugendfragen <i>Kommission:</i> „Ausbildungsförderung“	21	a) <i>Karl-Heinz Vogt</i> (CDU/CSU) b) <i>Marta Schanzenbach</i> (SPD)
11.) Ausschuß für Gesundheitswesen	21	a) <i>Elinor Hubert</i> (SPD) b) <i>Gerhard Jungmann</i> (CDU/CSU)
12.) Rechtsausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Einführungsgesetz zum Ordnungswidrigkeitengesetz“, „Unehelichenrecht“	21	a) <i>Hans Wilhelmi</i> (CDU/CSU) b) <i>Gerhard Reischl</i> (SPD)
13.) Haushaltsausschuß Rechnungsprüfungsausschuß <i>Weitere Unterausschüsse:</i> „Bundesnachrichtendienst“, „zu Kapitel 04 03 Titel 300 (Förderung des Informationswesens)“, „Geschäftsordnung“, „zu Kapitel 60 02 Titel 671 01“	31	a) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD) b) <i>Hermann Conring</i> (CDU/CSU) a) <i>Heinrich Windelen</i> (CDU/CSU), ab 5. 10. 1967: <i>Walter Althammer</i> (CDU/CSU) b) <i>Nikolaus Jürgensen</i> (SPD)
14.) Finanzausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Tabaksteuer“, „Verbrauchssteuern und Mehrwertsteuer“	27 (ab 26. 6. 1968: 31)	a) <i>Otto Schmidt</i> (CDU/CSU) b) <i>Liselotte Funcke</i> (FDP)
15.) Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen <i>Unterausschuß:</i> „Zoll“	31	a) <i>W. Alexander Menne</i> (FDP) b) <i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU/CSU)
16.) Ausschuß für Entwicklungshilfe	13	a) <i>Walther Leisler Kiep</i> (CDU/CSU) b) <i>Walther Hellige</i> (FDP), ab 19. 10. 1967: <i>Gustav Freiherr von Gemmingen-Hornberg</i> (FDP)
17.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Saatgut“, „Weingesetz“, „Pflanzenschutzgesetz“, „Preis-enquete“, „Frauenenquete“, „Gemeinschaftsprogramme“, „Forstliches Saat- und Pflanzgut“	31	a) <i>Bernhard Bauknecht</i> (CDU/CSU) b) <i>R. Martin Schmidt</i> (SPD)

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
18.) Ausschuß für Sozialpolitik <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Rehabilitation“, „Datenverarbeitung und soziale Sicherung“, „Zweite Novelle BSHG“	27	a) <i>Ernst Schellenberg</i> (SPD) b) <i>Josef Stingl</i> (CDU/CSU), ab 2. 10. 1968: <i>Friedrich Kühn</i> (CDU/CSU)
19.) Ausschuß für Arbeit <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Berufsbildungsgesetz“, „Ausbildungsförderungsgesetz“, „Rehabilitation“, „Vermögensbildungsgesetz“, „Arbeitsrechtsbereinigungsgesetz“	27	a) <i>Adolf Müller</i> (CDU/CSU) b) <i>Walter Behrendt</i> (SPD), ab 26. 1. 1967: <i>Erwin Folger</i> (SPD)
20.) Verkehrsausschuß	21	a) <i>Holger Börner</i> (SPD), ab 21. 6. 1967: <i>Hans Stefan Seifriz</i> (SPD) b) <i>Ernst Müller-Hermann</i> (CDU/CSU)
21.) Postausschuß	13	a) <i>Herwart Miessner</i> (FDP) b) <i>Bruno Diekmann</i> (SPD)
22.) Ausschuß für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge	13	a) <i>Reinhold Rehs</i> (SPD), ab 3. 6. 1969: <i>Lisa Korpeter</i> (SPD) b) <i>Friedrich-Karl Storm</i> (CDU/CSU)
23.) Ausschuß für das Bundesvermögen Sonderausschuß für die Strafrechtsreform	13	a) <i>Hans-Jürgen Junghans</i> (SPD) b) <i>Erwin Häussler</i> (CDU/CSU)
Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen	11	a) <i>Max Güde</i> (CDU/CSU) b) <i>Adolf Müller-Emmert</i> (SPD)
Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Artikel 45 des Grundgesetzes	27	(nicht zusammengetreten)
Gemeinsamer Ausschuß nach Artikel 53a GG	33	(nicht zusammengetreten)
Wahlmännerausschuß gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 243) in der Fassung des Gesetzes vom 21. Juli 1956 (BGBl. I S. 662)	12	a) <i>Thomas Dehler</i> (FDP), ab 27. 6. 1968: <i>Hans Wilhelmi</i> (CDU/CSU)

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

6. Wahlperiode (1969–72)*)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsangelegenheiten (Wahlprüfungsausschuß) – Immunitätsangelegenheiten – Geschäftsordnungsangelegenheiten	17	a) <i>Erwin Schoettle</i> (SPD) b) <i>Werner Mertes</i> (FDP)
2.) Petitionsausschuß	25	a) <i>Maria Jacobi</i> (CDU/CSU) b) <i>Walter Fritsch</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Abrüstung und Rüstungskontrolle“, „Rundfunkfragen“, „Humanitäre Hilfe“	33	a) <i>Gerhard Schröder</i> (CDU/CSU) b) <i>Kurt Mattick</i> (SPD)
4.) Innenausschuß <i>Arbeitsgruppen:</i> „Vorberatung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Flugsicherung, des Soldatenversorgungsgesetzes und des Bundespolizeibeamtengesetzes“, „Vorberatung des Städtebauförderungsgesetzes“, „Vorberatung des Härteberichts zum G 131 und BWGöD“, „Vorberatung der Entwürfe für Rechtsverordnungen zu §§ 5 und 53 BBesG“ (zuvor: „Besoldungskonzept“), „Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über die Beseitigung von Abfallstoffen“, „Vorbereitung der Beratungen des Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“, „Vorberatung des Entwurfs eines Immissionsschutzgesetzes“, „Vorberatung des Entwurfs eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes“, „Vorberatung des Waffengesetzes“, „Vorberatung des Ersten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes und des Entschließungsantrages Lehrerbildung“	29 (ab 4. 11. 1970: 25)	a) <i>Friedrich Schäfer</i> (SPD) b) <i>Ulrich Berger</i> (CDU/CSU)
5.) Rechtsausschuß	25	a) <i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU) b) <i>Claus Arndt</i> (SPD)
6.) Finanzausschuß <i>Unterausschuß u. ä.:</i> „AO-Reform“, „Außensteuergesetz“	33	a) <i>Otto Schmidt</i> (CDU/CSU) b) <i>Konrad Porzner</i> (SPD)

* Die Numerierung der Ausschüsse wurde mit Beschluß des Bundestages vom 6. November 1969 (Sten. Ber. der 9. Sitz. S. 271 A) der Reihenfolge der Ministerien angeglichen.

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 6.5 sind seit 1949 gegenübergestellt:

- die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
- die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

noch: 6. Wahlperiode (1969–72)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
<p>7.) Haushaltsausschuß</p> <p>Rechnungsprüfungsausschuß</p> <p><i>Weitere Unterausschüsse u. ä.:</i> „Kapitel 04 03 Titel 531 01 (Förderung des Informationswesens)“, „Bundesnachrichtendienst“ (Kapitel 04 04), „Kapitel 06 09 (Bundesamt für Verfassungsschutz)“, „Fragen der EG-Finanzierung“, „Fragen des Grundstückserwerbs“, „Kapitel 02 01 Titel 526 05 (Kommission nach Art. 10 GG)“, „Kapitel 60 02 Titel 671 01 (Erstattung von Verwaltungsaufwand)“, „Mehrjährige Ausbauplanungen für Forschungseinrichtungen des Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit“, „Gemeinschaftsaufgaben“, „Frage der Abwrackhilfen für Küstenmotorschiffe und Neubauhilfen für Handelsschiffe (Kap. 12 02 Titel 697 03 und 829 02)“, „Kapitel 27 02 Titel 685 01 (Zuschüsse an Forschungsinstitute für kultur- und volkspolitische Zwecke)“, „Kapitel 14 01 Titel 535 72 (Militärischer Abschirmdienst)“</p>	33 (ab 4. 11. 1970: 37)	<p>a) <i>Albert Leicht</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Hermsdorf</i> (SPD), ab 15. 6. 1971: <i>Max Seidel</i> (SPD)</p> <p>a) <i>Karl Haehser</i> (SPD) b) <i>Paul Röhner</i> (CDU/CSU)</p>
<p>8.) Ausschuß für Wirtschaft</p>	33 (ab 4. 11. 1970: 37)	<p>a) <i>Gerhard Kienbaum</i> (FDP), ab 15. 6. 1972: <i>Carlo Graaff</i> (FDP) b) <i>Gustav Stein</i> (CDU/CSU)</p>
<p>9.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</p> <p><i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Aufwertungsausgleich“, „Pflanzenschutzgesetz“, „Besamungsgesetz“, „Gesamtreform des Lebensmittelrechts u. ä.“, „Umweltschutz“</p>	33	<p>a) <i>R. Martin Schmidt</i> (SPD) b) <i>Karl Bewerunge</i> (CDU/CSU)</p>
<p>10.) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung</p> <p><i>Unterausschüsse:</i> „Novelle zum Soldatenversorgungsgesetz“, „Betriebsverfassung in der Seeschifffahrt“</p>	33 (ab 4. 11. 1970: 37)	<p>a) <i>Ernst Schellenberg</i> (SPD) b) <i>Adolf Müller</i> (CDU/CSU)</p>
<p>11.) Verteidigungsausschuß</p> <p><i>Kommissionen:</i> „Wehrdisziplinarrecht“, „Soldatenversorgungsgesetz“, „Kompetenzen Wehrbeauftragter“</p>	29 (ab 4. 11. 1970: 25)	<p>a) <i>Friedrich Zimmermann</i> (CDU/CSU) b) <i>Hermann Schmidt</i> (SPD)</p>
<p>12.) Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit</p> <p><i>Unterausschuß u. ä.:</i> „MTA-Gesetz“, „Weingesetz“</p>	29 (ab 4. 11. 1970: 25)	<p>a) <i>Rudolf Hauck</i> (SPD) b) <i>Gerhard Jungmann</i> (CDU/CSU)</p>
<p>13.) Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen</p>	25	<p>a) <i>Hans Apel</i> (SPD) b) <i>Josef Schmitt</i> (CDU/CSU)</p>

noch: 6. Wahlperiode (1969–72)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
14.) Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen <i>Kommissionen:</i> „Städtebauförderungsgesetz“, „Städtebaubericht 1970“, „Wohngeldgesetz“	25	a) <i>Josef Mick</i> (CDU/CSU) b) <i>Werner Jacobi</i> (SPD), ab 3. 9. 1970: <i>Hedwig Meermann</i> (SPD)
15.) Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen	25	a) <i>Johann Baptist Gradl</i> (CDU/CSU) b) <i>Max Seidel</i> (SPD), ab 4. 3. 1971: <i>Egon Höhmann</i> (SPD)
16.) Ausschuß für Bildung und Wissenschaft <i>Arbeitsgruppen:</i> „Untersuchung der wissenschaftlichen und finanziellen Probleme des Projekts des Großbeschleunigers (CERN)“, „Schneller Brüter“, „Neue Technologien“ (zeitweise Bezeichnung: „CERN“, „Schneller Brüter“), „Projekt Helios“	25	a) <i>Ulrich Lohmar</i> (SPD) b) <i>Kurt Schober</i> (CDU/CSU)
17.) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit	17	a) <i>Alwin Brück</i> (SPD) b) <i>Günter Rinsche</i> (CDU/CSU)
1. Sonderausschuß für Sport und Olympische Spiele	17	a) <i>Konrad Kraske</i> (CDU/CSU) b) <i>Friedel Schürmer</i> (SPD)
2. Sonderausschuß für die Strafrechtsreform <i>Arbeitsgruppe:</i> „Entwurf eines Einführungsgesetzes zum StGB“	17	a) <i>Adolf Müller-Emmert</i> (SPD) b) <i>Albrecht Schlee</i> (CDU/CSU)
Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen	11	a) <i>Jürgen Warnke</i> (CDU/CSU) b) <i>Helmut Lenders</i> (SPD)
Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Artikel 45 des Grundgesetzes	27	a) Präsident des Bundestages <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU) b) <i>Herbert Wehner</i> (SPD)
Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a des Grundgesetzes	33 (22 Mit- glieder Bundes- tag, 11 Mit- glieder Bundes- rat)	a) Präsident des Bundestages <i>Kai-Uwe von Hassel</i> b) Staatsminister <i>Johannes E. Strelitz</i> (Hessen), ab 30. 9. 1971: Minister <i>Herbert Hellmann</i> (Niedersachsen), weitere Stellvertretende Vorsitzende: <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP), Minister <i>Hartwig Schlegelberger</i> (Schleswig-Holstein), ab 30. 9. 1971: Minister <i>Rudolf Tützck</i> (Schleswig-Holstein)

noch: 6. Wahlperiode (1969–72)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Wahlmännerausschuß gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 243) geändert durch Gesetz vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593) neugefaßt durch Gesetz vom 3. Februar 1971 (BGBl. I S. 105)	12	a) <i>Otto Schmidt</i> (CDU/CSU)

7. Wahlperiode (1972–76)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsangelegenheiten (Wahlprüfungsausschuß) – Immunitätsangelegenheiten – Geschäftsordnungsangelegenheiten	17	a) <i>Hans de With</i> (SPD), ab 6. 6. 1974: <i>Gerhard Jahn</i> (SPD), ab 14. 5. 1975: <i>Manfred Schulte</i> (SPD)
2.) Petitionsausschuß	27	b) <i>Anton Stark</i> (CDU/CSU)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Abrüstung und Rüstungskontrolle“, „Rundfunkfragen“, „Humanitäre Hilfe“	33	a) <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU) b) <i>Karl-Heinz Hansen</i> (SPD)
4.) Innenausschuß <i>Arbeitsgruppen:</i> „BKA-Gesetz“, „Immissionsschutz“, „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz“, „Abfallbeseitigungsgesetz“, „Datenschutz/Meldegesetz“, „Datenschutz“, „Wassergesetz“, „2. BesVNG“, „Richterbesoldung“, „Katastrophenschutz“, „Waffenrecht“, „Beamtenversorgungsgesetz“, „Umweltstatistiken“	27	a) <i>Gerhard Schröder</i> (CDU/CSU) b) <i>Kurt Mattick</i> (SPD)
5.) Sportausschuß <i>Arbeitsgruppe:</i> „Sportförderung in den Entwicklungsländern“	17	a) <i>Friedrich Schäfer</i> (SPD) b) <i>Ulrich Berger</i> (CDU/CSU)
6.) Rechtsausschuß <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Familien- und Eherechtsreform“, „Vereinfachungs- novelle“, „Vorbereitung des Gerichtskostengesetzes“	27	a) <i>Hans Evers</i> (CDU/CSU) b) <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)
a) <i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU) b) <i>Günther Metzger</i> (SPD), ab 7. 11. 1973: <i>Fritz-Joachim Gnädinger</i> (SPD)		

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
7.) Finanzausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „AO-Reform“, „AO-Einführungsgesetz“, „Kreditwesen- gesetz“	33	a) <i>Liselotte Funcke</i> (FDP) b) <i>Rainer Offergeld</i> (SPD), ab 20. 1. 1975: <i>Antje Huber</i> (SPD)
8.) Haushaltsausschuß Rechnungsprüfungsausschuß <i>Weitere Unterausschüsse u. ä.:</i> „Bundesnachrichtendienst“ (Kap. 04 04), „Kapitel 04 03 Titel 531 01 (Förderung des Informationswesens)“, „Fragen der Europäischen Gemeinschaften“, „Bundesamt für Ver- fassungsschutz“ (Kap. 06 09), „Kap. 36 04 Tit. 541 01 (Erstattung von Verwaltungsaufwand)“, „Kap. 02 01 Tit. 526 05 (Kommission nach Art. 10 GG)“, „Militärischer Abschirmdienst“ (Kap. 14 01 Tit. 535 71), „Kap. 27 02 Tit. 68 501“, „Mehrjährige Ausbauplanungen für Forschungsein- richtungen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit“	33	a) <i>Albert Leicht</i> (CDU/CSU) b) <i>Karl Haehser</i> (SPD), ab 24. 4. 1974: <i>Andreas von Bülow</i> (SPD) a) <i>Alwin Kulawig</i> (SPD) b) <i>Paul Röhner</i> (CDU/CSU), ab 9. 4. 1975: <i>Liselotte Pieser</i> (CDU/CSU)
9.) Ausschuß für Wirtschaft <i>Arbeitsgruppen:</i> „Gesetzentwurf zur Änderung der Gewerbeordnung (Hör- geräte)“, „ERP-Wirtschaftsplangesetz 1975“, „ERP-Wirt- schaftsplangesetz 1976“, „Tourismusbericht“, „4. gesell- schaftsrechtliche Richtlinie“, „Basisprogramm Luft- und Raumfahrtindustrie“ mit 17. Ausschuß	27	a) <i>Karl-Heinz Narjes</i> (CDU/CSU) b) <i>Herbert Ehrenberg</i> (SPD)
10.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Landarbeiter-Zusatzversorgungskasse“, „Kosten beim Bundessortenamt“, „Naturschutz und Landschaftspflege“	27	a) <i>R. Martin Schmidt</i> (SPD) b) <i>Karl Bewerunge</i> (CDU/CSU)
11.) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	27	a) <i>Ernst Schellenberg</i> (SPD) b) <i>Adolf Müller</i> (CDU/CSU)
12.) Verteidigungsausschuß <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundes- wehr“, „Kompetenzen Wehrbeauftragter“	27	a) <i>Hermann Schmidt</i> (SPD), ab 9. 4. 1975: <i>Werner Buchstaller</i> (SPD) b) <i>Manfred Wörner</i> (CDU/CSU)
13.) Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit <i>Unterausschüsse:</i> „Lebensmittelrechtsreform“, „Arzneimittelrecht“	27	a) <i>Rudolf Hauck</i> (SPD) b) <i>Botho Prinz zu Sayn- Wittgenstein-Hohenstein</i> (CDU/CSU)

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
14.) Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen bis 18. 6. 1974: Ausschuß für Verkehr	33 (bis 18. 6. 1974: 27)	a) <i>Holger Börner</i> (SPD) b) <i>Karl Heinz Lemmrich</i> (CDU/CSU)
15.) Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Erbbaurecht“, „Einkommens- und Wohngeldregelungen im sozialen Wohnungsbau“, „§ 2 Abs. 3a BBauG – Bürgerbeteiligung“, „§ 39 i BBauG“, „§ 4 Abs. 3, 8 und 9, § 147 – Planungsverbände“, „Wohnungsmodernisierungsgesetz“, „§ 9 Abs. 1. Nr. 6 BBauG“, „§§ 34, 35 BBauG“, „Entschließungsantrag zum Städtebaubericht 1975“	27	a) <i>Oscar Schneider</i> (CDU/CSU) b) <i>Rolf Schwedler</i> (SPD)
16.) Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen	19	a) <i>Gerhard Reddemann</i> (CDU/CSU), ab 19. 9. 1973: <i>Olaf Baron von Wrangel</i> (CDU/CSU) b) <i>Egon Höhmann</i> (SPD)
17.) Ausschuß für Forschung und Technologie bis 18. 6. 1974: Ausschuß für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen	17 (bis 18. 6. 1974: 19)	a) <i>Ulrich Lohmar</i> (SPD) b) <i>Karl Weber</i> (CDU/CSU), ab 9. 10. 1974: <i>Gerhard O. Pfeffermann</i> (CDU/CSU)
18.) Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	27	a) <i>Albert Probst</i> (CDU/CSU) b) <i>Rolf Meinecke</i> (SPD)
19.) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit	19	a) <i>Alwin Brück</i> (SPD), ab 6. 6. 1974: <i>Uwe Holtz</i> (SPD) b) <i>Erika Wolf</i> (CDU/CSU)
1. Sonderausschuß für die Strafrechtsreform	17	a) <i>Adolf Müller-Emmert</i> (SPD) b) <i>Dietrich-Wilhelm Rollmann</i> (CDU/CSU), ab 9. 4. 1975: <i>Heinz Eyrich</i> (CDU/CSU)
2. Sonderausschuß (zur Vorbereitung und Erarbeitung eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 48 GG) (erste Sitzung: 10. 12. 1975)	7	a) <i>Friedrich Zimmermann</i> (CDU/CSU) b) <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD)
Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen	11	a) <i>Jürgen Warnke</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Georg Schachtschabel</i> (SPD)
Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Artikel 45 des Grundgesetzes¹⁾	33	

¹⁾ Art. 45 GG gestrichen durch Gesetz vom 23. August 1976 (BGBl. I S. 2381); durch gleichzeitige Änderung des Art. 39 GG endet die Wahlperiode erst mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages.

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a des Grundgesetzes	33 (22 Mitglieder Bundestag, 11 Mitglieder Bundesrat)	a) Präsidentin des Deutschen Bundestages <i>Annemarie Renger</i>
Wahlmännerausschuß gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1971 (BGBl. I S. 105)	12	a) <i>Hugo Hauser</i> (CDU/CSU)

8. Wahlperiode (1976–80)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsausschuß	13 7	a) <i>Manfred Schulte</i> (SPD) b) <i>Karl Miltner</i> (CDU/CSU)
2.) Petitionsausschuß	27	a) <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU) b) <i>Richard Müller</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Abrüstung und Rüstungskontrolle“, „Humanitäre Hilfe“, „Kulturelle Außenpolitik“, „Rundfunkfragen“	33	a) <i>Gerhard Schröder</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter Corterier</i> (SPD), ab 24. 6. 1977: <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
4.) Innenausschuß <i>Arbeitsgruppen u. ä.:</i> „Zivilschutz“, „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz“, „6. BBesEG“, „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“, „Bericht gem. § 96 BVFG“, „Kunst und Künstlerförderung“, „Statistik“, „Datenschutz“, „Melderechtsrahmengesetz“, „Besoldungsstrukturgesetz 1980“, „Fluglärmbericht“, „Verkehrslärmschutzgesetz“	27	a) <i>Axel Wernitz</i> (SPD) b) <i>Ulrich Berger</i> (CDU/CSU)

Hinweis

Die Kommissionen des Ältestenrats mit ihren Vorsitzenden sind in Abschnitt 4.6 zusammengestellt.

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
5.) Sportausschuß	17	a) <i>Hans Evers</i> (CDU/CSU) b) <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP)
6.) Rechtsausschuß <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Nachrichtendienst-Kontrollgesetz“, „Novelle“	27	a) <i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU) b) <i>Alfred Emmerlich</i> (SPD), ab 22. 5. 1977: <i>Herta Däubler-Gmelin</i> (SPD)
7.) Finanzausschuß	31	a) <i>Liselotte Funcke</i> (FDP), ab 28. 11. 1979: <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP) b) <i>Erich Meinike</i> (SPD)
8.) Haushaltsausschuß Rechnungsprüfungsausschuß <i>Weitere Unterausschüsse:</i> „Bundesnachrichtendienst (Kap. 04 04)“, „Bundesamt für Verfassungsschutz (Kap. 06 09)“, „Militärischer Abschirm- dienst (Kap. 14 01 Tit. 535 05)“, „zu Kap. 36 04 Tit. 541 01“, „zu Kap. 04 03 Tit. 531 01 (Förderung des Informationswe- sens)“, „Fragen der EG“, „zu Kap. 02 01 Tit. 526 05 (Kom- mission nach Art. 10 GG)“, „zu Kap. 27 02 Tit. 685 05“	33	a) <i>Albert Leicht</i> (CDU/CSU), ab 20. 10. 1977: <i>Heinrich Windelen</i> (CDU/ CSU) b) <i>Bernhard Bußmann</i> (SPD) a) <i>Helmut Esters</i> (SPD) b) <i>Liselotte Pieser</i> (CDU/CSU)
9.) Ausschuß für Wirtschaft <i>Arbeitsgruppen:</i> „Konzernrichtlinie“, „7./8./9. Rahmenplan der Gemein- schaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschafts- struktur“, „Handelsvertreter“, „Bundesmittelstandsförde- rungsgesetz“, „Bundesberggesetz“, „Filmförderungsgesetz“, „4. Kartellnovelle“, „ERP-Wirtschaftsplangesetz 1977/1978/ 1979/1980“, „Durchführung einer Anhörung zur Energiepoli- tik“, „Statistik“, „Schwarzarbeit“, „3. Seerechtskonfe- renz“, „EG-Kodex für Südafrika“, „Tourismusbericht“	31	a) <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU), ab 7. 3. 1979: <i>Kurt H. Biedenkopf</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter W. Reuschenbach</i> (SPD)
10.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	27	a) <i>R. Martin Schmidt</i> (SPD) b) <i>Diedrich Schröder</i> (CDU/CSU)
11.) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung <i>Unterausschuß:</i> „Rheumabekämpfung“	33	a) <i>Hermann Rappe</i> (SPD) b) <i>Adolf Müller</i> (CDU/CSU)
12.) Verteidigungsausschuß <i>Projektgruppe:</i> „Zulagen im Bereich der Bundeswehr“	27	a) <i>Manfred Wörner</i> (CDU/CSU) b) <i>Werner Buchstaller</i> (SPD)

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
13.) Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit <i>Unterausschuß:</i> „Chemikaliengesetz“	27	a) <i>Rudolf Hauck</i> (SPD) b) <i>Ursula Schleicher</i> (CDU/CSU), ab 16. 1. 1980: <i>Franz Xaver Geisenhofer</i> (CDU/CSU)
14.) Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	31	a) <i>Karl Heinz Lemmrich</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Batz</i> (SPD)
15.) Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Arbeitsgruppen u. ä.:</i> „Verlängerung der Mietpreisbindung in Berlin“, „Berechnungsverordnung“, „§ 34, 35 BBauG“, „Vorbereitung einer Beschlußempfehlung zum Verkehrslärmschutzgesetz“	27	a) <i>Oscar Schneider</i> (CDU/CSU) b) <i>Erich Henke</i> (SPD)
16.) Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen <i>Unterausschuß:</i> „Zonenrandförderung“	23	a) <i>Kurt Mattick</i> (SPD) b) <i>Olaf Baron von Wrangel</i> (CDU/CSU)
17.) Ausschuß für Forschung und Technologie	17	a) <i>Albert Probst</i> (CDU/CSU) b) <i>Karl-Hans Laermann</i> (FDP)
18.) Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	27	a) <i>Rolf Meinecke</i> (SPD) b) <i>Günther Müller</i> (CDU/CSU)
19.) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Arbeitsgruppen u. ä.:</i> „Vorbereitung der öffentlichen Anhörung über die Rohstoffproblematik im Nord-Süd-Verhältnis unter besonderer Berücksichtigung des integrierten Rohstoffprogramms“, „Interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Auswertung der Anhörung zur Rohstoffproblematik im Nord-Süd-Verhältnis“, „Entwicklungsländer-Steuergesetz“, „Vorbereitung/Auswertung der öffentlichen Anhörung zur Nord-Süd-Verflechtung“	23	a) <i>Uwe Holtz</i> (SPD) b) <i>Volkmar Köhler</i> (CDU/CSU)
Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen	7	a) <i>Jürgen Warnke</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Georg Schachtschabel</i> (SPD)
Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a des Grundgesetzes	33 (22 Mit- glieder Bundes- tag, 11 Mit- glieder Bundes- rat)	a) Präsident des Deutschen Bundestages <i>Karl Carstens</i> , ab 31. 5. 1979: <i>Richard Stücklen</i> b) Senator <i>Karl Willms</i> (Bremen) (19. 10. 1977 bis 3. 12. 1979), <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP), Minister <i>Rudolf Titzck</i> (Schleswig-Holstein)
Wahlmännerausschuß	12	

9. Wahlperiode (1980–83)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsausschuß; Immunitätsangelegenheiten; Geschäftsordnungsangelegenheiten	13	a) <i>Manfred Schulte</i> (SPD) b) <i>Wolfgang Bötsch</i> (CDU/CSU), ab 23. 6. 1982: <i>Werner Broll</i> (CDU/CSU)
2.) Petitionsausschuß	27	a) <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU) b) <i>Richard Müller</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Abrüstung und Rüstungskontrolle“, „Humanitäre Hilfe“, „Kulturelle Außenpolitik“, „Rundfunkfragen“	33	a) <i>Rainer Barzel</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Werner Marx</i> (CDU/CSU) b) <i>Annemarie Renger</i> (SPD)
4.) Innenausschuß <i>Arbeitsgruppen u. ä.:</i> „Volkszählungsgesetz 1982“, „Kunst und Kultur“, „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz“	27	a) <i>Axel Wernitz</i> (SPD) b) <i>Günter Volmer</i> (CDU/CSU)
5.) Sportausschuß	13	a) <i>Ferdinand Tillmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP), ab 8. 12. 1982: <i>Heinrich Klein</i> (SPD)
6.) Rechtsausschuß <i>Arbeitsgruppe:</i> „Strafvollzug“	27	a) <i>Herta Däubler-Gmelin</i> (SPD) b) <i>Anton Stark</i> (CDU/CSU)
7.) Finanzausschuß	31	a) <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (FDP), ab 27. 10. 1982: <i>Friedhelm Rentrop</i> (FPD) b) <i>Rudolf Sprung</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Herbert Baack</i> (SPD)
8.) Haushaltsausschuß	33	a) <i>Heinrich Windelen</i> (CDU/CSU), ab 8. 4. 1981: <i>Lothar Haase</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Helmut Esters</i> (SPD) b) <i>Lothar Löffler</i> (SPD), ab 25. 11. 1981: <i>Claus Grobecker</i> (SPD), ab 12. 5. 1982: <i>Helmut Wieczorek</i> (SPD), ab 27. 10. 1982: <i>Erich Riedl</i> (CDU/CSU)

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
<p>Rechnungsprüfungsausschuß</p> <p><i>Weitere Unterausschüsse u. ä.:</i> „Bundesnachrichtendienst (Kap. 04 04)“, „zu Kap. 04 03 Titel 531 01 (Förderung des Informationswesens)“, „zu Fragen der Europäischen Gemeinschaft“, „Bundesamt für Verfassungsschutz (Kap. 06 09)“, „zu Kap. 36 04 Titel 541 01 (Besonderer Verwaltungsaufwand im Bereich der zivilen Verteidigung)“, „Militärischer Abschirmdienst (Kap. 14 01 Titel 535 05)“, „zu Kap. 60 02 Titel 685 01 (Hilfsmaßnahmen in Einzelfällen)“, „Prüfung aller Forschungstitel in den Einzelplänen des Haushalts 1981“, „8. Subventionsbericht – Drs. 9/986“</p>	11	<p>a) <i>Helmut Esters</i> (SPD), ab 27. 5. 1982: <i>Klaus-Dieter Kühbacher</i> (SPD), ab 27. 10. 1982: <i>Bernhard Friedmann</i> (CDU/CSU)</p> <p>b) <i>Bernhard Friedmann</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Klaus-Dieter Kühbacher</i> (SPD)</p>
<p>9.) Ausschuß für Wirtschaft</p> <p><i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „ERP-Wirtschaftspläne“, „Rahmenpläne der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, „Empfehlungen der Enquete-Kommission Kernenergie“, „Technische Anweisung Luft“</p>	31	<p>a) <i>Werner Dollinger</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Lothar Haase</i> (CDU/CSU)</p> <p>b) <i>Peter W. Reuschenbach</i> (SPD)</p>
<p>10.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</p>	27	<p>a) <i>R. Martin Schmidt</i> (SPD)</p> <p>b) <i>Diedrich Schröder</i> (CDU/CSU)</p>
<p>11.) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung</p>	33	<p>a) <i>Hermann Rappe</i> (SPD)</p> <p>b) <i>Adolf Müller</i> (CDU/CSU), ab 9. 9. 1981: <i>Otto Zink</i> (CDU/CSU)</p>
<p>12.) Verteidigungsausschuß</p> <p><i>Arbeitsgruppen u. ä.:</i> „Truppenübungsplätze und Lärmbelästigung durch Flugplätze“, „Verhältnisse bei der Deutschen Bundesbahn beim Transport von Bundeswehrangehörigen am Wochenende“</p>	27	<p>a) <i>Werner Marx</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Alfred Biehle</i> (CDU/CSU)</p> <p>b) <i>Erwin Horn</i> (SPD)</p>
<p>13.) Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit</p>	25	<p>a) <i>Rudolf Hauck</i> (SPD), ab 27. 10. 1982: <i>Stefan Höpfinger</i> (CDU/CSU)</p> <p>b) <i>Klaus Hartmann</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Rudolf Hauck</i> (SPD)</p>

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
14.) Ausschuß für Verkehr	27	a) <i>Karl Heinz Lemmrich</i> (CDU/CSU) b) <i>Lothar Curdt</i> (SPD)
15.) Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen	13	a) <i>Lothar Wrede</i> (SPD), ab 16. 6. 1982: <i>Heinz Kreuzmann</i> (SPD) b) <i>Alfred Hubertus Neuhaus</i> (CDU/CSU)
16.) Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Unterausschüsse:</i> „Schwerpunkte der Ressortforschung im Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau“, „Abbau der Mietverzerrung und Fehlsubventionierung“	27	a) <i>Oscar Schneider</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Franz Möller</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter Conradi</i> (SPD)
17.) Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen <i>Unterausschuß:</i> „Zonenrandförderung“	25	a) <i>Uwe Ronneburger</i> (FDP) b) <i>Olaf Baron von Wrangel</i> (CDU/CSU), ab 28. 4. 1982: <i>Wilfried Böhm</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Nils Diederich</i> (SPD)
18.) Ausschuß für Forschung und Technologie	25	a) <i>Albert Probst</i> (CDU/CSU), ab 27. 10. 1982: <i>Ludwig Gerstein</i> (CDU/CSU) b) <i>Karl-Hans Laermann</i> (FDP)
19.) Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	25	a) <i>Kurt Vogelsang</i> (SPD) b) <i>Ursula Benedix-Engler</i> (CDU/CSU)
20.) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Arbeitsgruppen:</i> „Vorbereitung der öffentlichen Anhörung zum Thema ‚Deutsche Entwicklungspolitik zu Beginn der 80er Jahre ‘“, „Vorbereitung einer Beschlußempfehlung zum Antrag auf Hilfsmaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder (least developed countries)“, „Auswertung der öffentlichen Anhörung zum Thema ‚Deutsche Entwicklungspolitik zu Beginn der 80er Jahre ‘“, „Vorbereitung einer öffentlichen Anhörung zum Thema ‚Energieprobleme der Dritten Welt und Entwicklungspolitik ‘“, „Vorbereitung einer Beschlußempfehlung zum Antrag auf Verstärkung der personellen Hilfe im Konzept der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland“, „Vorbereitung der Beschlußempfehlung zum Antrag Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika“	25	a) <i>Uwe Holtz</i> (SPD) b) <i>Heinz Günther Hüsich</i> (CDU/CSU)

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Gemeinsamer Ausschuss gemäß Artikel 53a des Grundgesetzes	33 (22 Mitglieder Bundestag, 11 Mitglieder Bundesrat)	a) Präsident des Deutschen Bundestages <i>Richard Stücklen</i> b) Staatsminister <i>Herbert Günther</i> (Hessen), <i>Wolfgang Mischnick</i> (FDP), Minister <i>Henning M. Schwarz</i> (Schleswig-Holstein)
Wahlmännerausschuß gemäß §6 Abs.2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. 2. 1971 (BGBl I S. 105), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. 3. 1979 (BGBl I S. 357)	12	a) <i>Adolf Müller-Emmert</i> (SPD)

10. Wahlperiode (1983–87)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsausschuß; Immunitätsangelegenheiten; Geschäftsordnungsangelegenheiten	13	a) <i>Manfred Schulte</i> (SPD) b) <i>Werner Broll</i> (CDU/CSU), ab 19. 1. 1984: <i>Norbert Lammert</i> (CDU/CSU)
2.) Petitionsausschuß	29	a) <i>Lieselotte Berger</i> (CDU/CSU) b) <i>Alfred Meininghaus</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Abrüstung und Rüstungskontrolle“, „Humanitäre Hilfe“, „Rundfunkfragen“, „Auswärtige Kulturpolitik“	35	a) <i>Werner Marx</i> (CDU/CSU) († 12. 7. 1985), ab 11. 9. 1985: <i>Hans Stercken</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans-Jürgen Wischnewski</i> (SPD), ab 7. 11. 1984: <i>Antje Huber</i> (SPD)
4.) Innenausschuß <i>Berichterstattergruppen:</i> „Parteienfinanzierungsgesetz“, „Abwasserabgabengesetz“	33	a) <i>Axel Wernitz</i> (SPD) b) <i>Franz Heinrich Krey</i> (CDU/CSU)
5.) Sportausschuß	13	a) <i>Ferdinand Tillmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Heinrich Klein</i> (SPD)

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
6.) Rechtsausschuß <i>Unterausschuß:</i> „Bilanzrichtlinie-Gesetz“	27	a) <i>Anton Stark</i> (CDU/CSU), ab 19. 9. 1984: <i>Herbert Helmrich</i> (CDU/CSU) b) <i>Wolfgang Schwenk</i> (SPD)
7.) Finanzausschuß	33	a) <i>Hans H. Gattermann</i> (FDP) b) <i>Julius H. Krizsan</i> (DIE GRÜNEN), ab 27. 3. 1985: <i>Axel Vogel</i> (DIE GRÜNEN)
8.) Haushaltsausschuß Rechnungsprüfungsausschuß <i>Weiterer Unterausschuß:</i> „Fragen der Europäischen Gemeinschaft“	37	a) <i>Rudi Walther</i> (SPD) b) <i>Erich Riedl</i> (CDU/CSU) a) <i>Bernhard Friedmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Klaus-Dieter Kühbacher</i> (SPD)
9.) Ausschuß für Wirtschaft <i>Unterausschüsse:</i> „ERP-Wirtschaftspläne“, „Rahmenpläne der Gemein- schaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschafts- struktur“	33	a) <i>Lothar Haase</i> (CDU/CSU), ab 14. 9. 1983: <i>Hermann Josef Unland</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter W. Reuschenbach</i> (SPD)
10.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Arbeitsgruppe:</i> „Forstschäden-Ausgleichsgesetz“	27	a) <i>R. Martin Schmidt</i> (SPD) b) <i>Karl Eigen</i> (CDU/CSU)
11.) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	35	a) <i>Eugen Glombig</i> (SPD) b) <i>Otto Zink</i> (CDU/CSU)
12.) Verteidigungsausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Truppenübungsplätze/militärische Flugplätze“, „Verhält- nisse bei der Deutschen Bundesbahn beim Transport von Bundeswehrangehörigen an Wochenenden – Bundeswehr/ Deutsche Bundesbahn“	27	a) <i>Alfred Biehle</i> (CDU/CSU) b) <i>Walter Kolbow</i> (SPD), ab 19. 6. 1985: <i>Friedrich Gerstl</i> (SPD)
13.) Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit , ab 26. 6. 1986: Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	19 (ab 24. 6. 1983: 25)	a) <i>Stefan Höpfinger</i> (CDU/CSU), ab 11. 4. 1984: <i>Paul Hoffacker</i> (CDU/CSU) b) <i>Rudolf Hauck</i> (SPD)
14.) Ausschuß für Verkehr	27	a) <i>Karl Heinz Lemmrich</i> (CDU/CSU) b) <i>Lothar Curdt</i> (SPD)
15.) Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen	13	a) <i>Karl Liedtke</i> (SPD) b) <i>Klaus Bühler</i> (CDU/CSU)

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
16.) Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Unterausschuß:</i> „Schwerpunkte der Ressortforschung im Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau“	27	a) <i>Franz Möller</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter Conradi</i> (SPD)
17.) Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen <i>Unterausschuß:</i> „Zonenrandförderung“	25	a) <i>Gerhard Reddemann</i> (CDU/CSU) b) <i>Lothar Löffler</i> (SPD)
18.) Ausschuß für Forschung und Technologie	25	a) <i>Klaus Hecker</i> (DIE GRÜNEN), ab 14. 9. 1983: <i>Sabine Bard</i> (DIE GRÜNEN), ab 17. 4. 1985: <i>Henning Schierholz</i> (DIE GRÜNEN) b) <i>Karl-Hans Laermann</i> (FDP)
19.) Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	19	a) <i>Kurt Vogelsang</i> (SPD) b) <i>Engelbert Nelle</i> (CDU/CSU)
20.) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Arbeitsgruppen:</i> „Vorbereitung einer Anhörung zum Thema ‚Entwicklung und Rüstung‘“, „Auswertung der Anhörung ‚Energieprobleme der Dritten Welt und Entwicklungspolitik‘“, „2. Nord-Süd-Bericht“, „Fünfter entwicklungspolitischer Bericht“, „Global 2000“, „Lage in Mittelamerika“, „Auswertung der Anhörung ‚Entwicklung und Rüstung‘“, „Förderung kleiner bäuerlicher, handwerklicher und gewerblicher Wirtschaftsformen in der Dritten Welt“, „Auswertung der Anhörung zur Förderung kleiner bäuerlicher, handwerklicher und gewerblicher Wirtschaftsformen in der Dritten Welt“, „6. entwicklungspolitischer Bericht und Vorbereitung und Auswertung einer öffentlichen Anhörung ‚Entwicklungspolitik – Bilanzen und Perspektiven‘“, „Entwicklungspolitik in Afrika“	25	a) <i>Uwe Holtz</i> (SPD) b) <i>Heinz Günther Hüschen</i> (CDU/CSU)
21.) Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ab 6. 6. 1986)	23	a) <i>Reinhard Göhner</i> (CDU/CSU) b) <i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)
Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a des Grundgesetzes	33 (22 Mitglieder Bundestag, 11 Mitglieder Bundesrat)	a) Präsident des Deutschen Bundestages <i>Rainer Barzel</i> , ab 5. 11. 1984: <i>Philipp Jenninger</i> b) Staatsminister <i>Herbert Günther</i> (Hessen), <i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD), Minister <i>Henning M. Schwarz</i> (Schleswig-Holstein)

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Wahlmännerausschuß gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht i. d. F. d. Bek. v. 3. 2. 1971 (BGBl. I S. 105), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. 3. 1979 (BGBl. I S. 357)	12	a) <i>Benno Erhard</i> (CDU/CSU), nach dem 3. 11. 1983: <i>Paul Mikat</i> (CDU/CSU)
Beirat für handelspolitische Vereinbarungen	7	a) <i>Peter Mitzscherling</i> (SPD) b) <i>Peter Kittelmann</i> (CDU/CSU)

11. Wahlperiode (1987–90)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Wahlprüfungsausschuß; Immunitätsangelegenheiten; Geschäftsordnungsangelegenheiten	13	a) <i>Konrad Porzner</i> (SPD) (bis 2. 10. 1990) b) <i>Norbert Lammert</i> (CDU/CSU), ab 11. 5. 1989: <i>Helmut Buschbom</i> (CDU/CSU)
2.) Petitionsausschuß	29	a) <i>Gero Pfennig</i> (CDU/CSU) b) <i>Eugen von der Wiesche</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Abrüstung und Rüstungskontrolle“; „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“; „Auswärtige Kulturpolitik“; „Fragen der Europäischen Gemeinschaft“	37	a) <i>Hans Stercken</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans-Jürgen Wischnewski</i> (SPD)
4.) Innenausschuß <i>Unterausschuß:</i> „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ (ab 20. 4. 1988)	33	a) <i>Hans Gottfried Bernrath</i> (SPD) b) <i>Franz Heinrich Krey</i> (CDU/CSU)
5.) Sportausschuß	17	a) <i>Ferdinand Tillmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Heinrich Klein</i> (SPD), ab 7. 3. 1990: <i>Waltraud Steinhauer</i> (SPD)
6.) Rechtsausschuß <i>Unterausschuß:</i> „Produzentenhaftung“, im Juni 1988 Umbenennung in „Europarecht“	27	a) <i>Herbert Helmrich</i> (CDU/CSU) b) <i>Ludwig Stiegler</i> (SPD)

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
7.) Finanzausschuß	33	a) <i>Hans H. Gattermann</i> (FDP) b) <i>Uwe Hüser</i> (DIE GRÜNEN; ab 4. 10. 1990 DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)
8.) Haushaltsausschuß Rechnungsprüfungsausschuß <i>Weitere Unterausschüsse:</i> „Fragen der Europäischen Gemeinschaft“, „Treuhand- anstalt“ (ab 24. 10. 1990)	37	a) <i>Rudi Walther</i> (SPD) b) <i>Klaus Rose</i> (CDU/CSU) a) <i>Bernhard Friedmann</i> (CDU/CSU), ab 18. 1. 1990: <i>Karl Deres</i> (CDU/CSU) b) <i>Klaus-Dieter Kühbacher</i> (SPD)
9.) Ausschuß für Wirtschaft <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „ERP-Wirtschaftspläne“; „Rahmenpläne der Gemein- schaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschafts- struktur‘“, „Außenwirtschafts- und Handelspolitik“; „Frem- denverkehr“	33	a) <i>Hermann Josef Unland</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter W. Reuschenbach</i> (SPD)
10.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Unterausschuß:</i> „Welternährung – Weltlandwirtschaft – Weltforstwirt- schaft“	27	a) <i>Rudolf Müller</i> (SPD) b) <i>Karl Eigen</i> (CDU/CSU)
11.) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung <i>Arbeitsgruppen:</i> „Bericht der Enquete-Kommission ‚Chancen und Risiken der Gentechnologie‘“; „Achstes Rentenversicherungs-Ände- rungsgesetz“	35	a) <i>Jürgen Egert</i> (SPD) b) <i>Alfons Müller</i> (CDU/CSU)
12.) Verteidigungsausschuß <i>Unterausschuß:</i> „Militärischer Fluglärm / Truppenübungsplätze“	29	a) <i>Alfred Biehle</i> (CDU/CSU), ab 16. 5. 1990: <i>Uwe Ronneburger</i> (FDP) b) <i>Walter Kolbow</i> (SPD)
13.) Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit <i>Unterausschuß:</i> „Gentechnikgesetz“ (ab 8. 12. 1989)	31	a) <i>Heike Wilms-Kegel</i> (DIE GRÜNEN; ab 4. 10. 1990 DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90) b) <i>Ursula Männle</i> (CDU/CSU)
14.) Ausschuß für Verkehr	31	a) <i>Karl Heinz Lemmrich</i> (CDU/CSU), ab 21. 9. 1988: <i>Dionys Jobst</i> (CDU/CSU) b) <i>Volkmar Kretkowski</i> (SPD)

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
15.) Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen ab 28. 9. 1989: Ausschuß für Post und Telekommunikation	13	a) <i>Peter Paterna</i> (SPD) b) <i>Klaus Bühler</i> (CDU/CSU)
16.) Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Unterausschuß/Arbeitsgruppe:</i> „Schwerpunkte der Ressortforschung im Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau“; „Hilfe für Menschen in Wohnungsnot (HABITAT)“ (zusammen mit Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit) (ab 9. 11. 1988)	27	a) <i>Franz Möller</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter Conradi</i> (SPD)
17.) Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen <i>Unterausschuß:</i> „Zonenrandförderung“	25	a) <i>Hans-Günter Hoppe</i> (FDP) b) <i>Karitas Dagmar Hensel</i> (DIE GRÜNEN; ab 4. 10. 1990 DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)
18.) Ausschuß für Forschung und Technologie ab 16. 11. 1989: Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung	27	a) <i>Wolf-Michael Catenhusen</i> (SPD) b) <i>Karl-Hans Laermann</i> (FDP)
19.) Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	19	a) <i>Dietrich Wetzel</i> (DIE GRÜNEN; ab 4. 10. 1990 DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90) b) <i>Engelbert Nelle</i> (CDU/CSU), ab 2. 3. 1988: <i>Friedrich Neuhausen</i> (FDP)
20.) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Interfraktionelle Arbeitsgruppen:</i> „Auswertung der Sachverständigenanhörung zum Thema ‚Entwicklungspolitische Auswirkungen der IWF- und Weltbank-Anpassungsprogramme‘“; „Äthiopien“; „Enquete-Kommission ‚Chancen und Risiken der Gentechnologie‘“; „Verschuldenskrise der Entwicklungsländer“ (ab 20. 1. 1988); „Aus- und Fortbildung“ (ab 21. 1. 1988); „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“ (ab 2. 2. 1988); „Umwelt“ (ab 24. 2. 1988); „Siebter entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung“ (ab 16. 6. 1988); „Hilfe für Menschen in Wohnungsnot (HABITAT)“ (zusammen mit Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (ab 9. 11. 1988)	25	a) <i>Uwe Holtz</i> (SPD) b) <i>Heinrich Pohlmeier</i> (CDU/CSU)
21.) Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	31	a) <i>Reinhard Göhner</i> (CDU/CSU) b) <i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Ausschuß Deutsche Einheit (ab 11. 5. 1990)	39	a) <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU) (ab 16. 5. 1990) b) <i>Herta Däubler-Gmelin</i> (SPD)
Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) (ab 24. 6. 1988)	4 (= ein Mitglied je Fraktion)	a) kein Vorsitzender, sondern ein turnusmäßig wechselnder Sprecher aus dem Kreis der vier Mitglieder („Kinderbeauftragten“): <i>Herbert Werner</i> (CDU/CSU), <i>Wilhelm Schmidt</i> (SPD), <i>Norbert Eimer</i> (FDP), <i>Waltraud Schoppe</i> (DIE GRÜNEN), ab Juni 1990: <i>Marieluise Beck-Oberdorf</i> (DIE GRÜNEN; ab 4. 10. 1990 DIE GRÜNEN/ BÜNDNIS 90)
Gemeinsamer Ausschuß nach Artikel 53a des Grundgesetzes	33 (22 Mitglieder Bundestag, 11 Mitglieder Bunderrat)	a) Präsident(in) des Deutschen Bundestages <i>Philipp Jenninger</i> (bis 11. 11. 1988) <i>Rita Süßmuth</i> (ab 25. 11. 1988) b) Minister <i>Günther Einert</i> (Nordrhein-Westfalen), <i>Hans-Jochen Vogel</i> (SPD), Staatsminister <i>Peter M. Schmidhuber</i> (Bayern) (bis 28. 9. 1987), Staatsminister <i>Georg von Waldenfels</i> (Bayern) (ab 11. 11. 1987)
Wahlmännerausschuß	12	a) <i>Helmut Buschbom</i> (CDU/CSU)

Hinweis

Ostdeutsche Politiker, die in der DDR nach der Wahl vom 18. März 1990 führende Positionen in der Volkskammer und im Ministerrat bekleideten, sind in folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

12. Wahlperiode (1990–94)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	19	a) <i>Dieter Wiefelspütz</i> (SPD) b) <i>Joachim Hörster</i> (CDU/CSU), ab 25. 6. 1992: <i>Hedda Meseke</i> (CDU/CSU), ab 10. 3. 1994: <i>Berthold Reinartz</i> (CDU/CSU) (für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten), <i>Horst Eylmann</i> (CDU/CSU) (bis 20. 5. 1992) (für Wahlprüfungsangelegenheiten)
2.) Petitionsausschuß	33	a) <i>Gero Pfennig</i> (CDU/CSU) b) <i>Bernd Reuter</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Abrüstung und Rüstungskontrolle“; „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“; „Auswärtige Kulturpolitik“; „Vereinte Nationen/Weltweite Organisationen“ (ab 6. 9. 1991)	41	a) <i>Hans Stercken</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans Koschnick</i> (SPD), ab 25. 5. 1994: <i>Hartmut Soell</i> (SPD)
4.) Innenausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Regelung des Umgangs mit den Akten und Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für nationale Sicherheit, der SED, der Massenorganisationen und Parteien der ehemaligen DDR soweit sie der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben dienten, sowie für die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der kommunistischen Diktatur“ (ab 24. 4. 1991), später kurz: „Bewältigung der Stasi-Vergangenheit“; „Kunst und Kultur“ (ab 26. 11. 1991); „Wiedergutmachung“ (ab 26. 11. 1991)	41	a) <i>Hans Gottfried Bernrath</i> (SPD) b) <i>Wolfgang Lüder</i> (FDP)
5.) Sportausschuß	19	a) <i>Ferdinand Tillmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Uwe Lambinus</i> (SPD)
6.) Rechtsausschuß <i>Unterausschuß:</i> „Europarecht“	29	a) <i>Herbert Helmrich</i> (CDU/CSU), ab 21. 5. 1992: <i>Horst Eylmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Ludwig Stiegler</i> (SPD)
7.) Finanzausschuß	41	a) <i>Hans A. Gattermann</i> (FDP), ab 24. 2. 1994: <i>Hermann Rind</i> (FDP) b) <i>Dankward Buwitt</i> (CDU/CSU)

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
8.) Haushaltsausschuß Rechnungsprüfungsausschuß <i>Weitere Unterausschüsse:</i> „Fragen der Europäischen Gemeinschaft“; „Treuhand- anstalt“ (ab 22. 1. 1993: Ausschuß Treuhandanstalt – siehe 25. Ausschuß)	39 15	a) <i>Rudi Walther</i> (SPD) b) <i>Klaus Rose</i> (CDU/CSU) a) <i>Karl Deres</i> (CDU/CSU) b) <i>Rudolf Purps</i> (SPD)
9.) Ausschuß für Wirtschaft <i>Unterausschüsse:</i> „Rahmenpläne der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘“ (ab 12. 7. 1991: „Regionale Wirtschaftspolitik“); „ERP-Wirtschaftspläne“; „Außenwirtschafts- und Handelspolitik“	41	a) <i>Friedhelm Ost</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter W. Reuschenbach</i> (SPD)
10.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten <i>Unterausschuß:</i> „Welternährung – Weltlandwirtschaft – Weltforstwirt- schaft“	35	a) <i>Siegfried Hornung</i> (CDU/CSU) b) <i>Rudolf Müller</i> (SPD)
11.) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	37	a) <i>Günther Heyenn</i> (SPD) b) <i>Heinz Schemken</i> (CDU/CSU)
12.) Verteidigungsausschuß <i>Arbeitsgruppe</i> , ab 7. 5. 1992 <i>Unterausschuß:</i> „Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern“	37	a) <i>Fritz Wittmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Heinz-Alfred Steiner</i> (SPD)
13.) Ausschuß für Familie und Senioren <i>Kommission:</i> Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder („Kinderkommission“) (gemeinsam mit Ausschuß für Frauen und Jugend)	29	a) <i>Rainer Eppelmann</i> (CDU/CSU), ab 10. 3. 1993: <i>Walter Link</i> (CDU/CSU) b) <i>Lisa Seuster</i> (SPD)
14.) Ausschuß für Frauen und Jugend <i>Kommission:</i> Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder („Kinderkommission“) (gemeinsam mit Ausschuß für Fami- lie und Senioren)	29	a) <i>Edith Niehuis</i> (SPD) b) <i>Ronald Pofalla</i> (CDU/CSU)
15.) Ausschuß für Gesundheit	29	a) <i>Dieter Thomae</i> (FDP) b) <i>Walter Altherr</i> (CDU/CSU)
16.) Ausschuß für Verkehr <i>Unterausschuß:</i> „Privatisierung der Autobahnnebenbetriebe“ (ab 25. 9. 1991)	41	a) <i>Dionys Jobst</i> (CDU/CSU) b) <i>Klaus Röhl</i> (FDP)
17.) Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	41	a) <i>Wolfgang von Geldern</i> (CDU/CSU) b) <i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
18.) Ausschuß für Post und Telekommunikation	19	a) <i>Peter Paterna</i> (SPD) b) <i>Elmar Müller</i> (CDU/CSU)
19.) Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Privatisierung der Wohnungen in den neuen Bundesländern“ (ab 27. 10. 1993); „Hilfe für Menschen in Wohnungsnot (HABITAT)“	31	a) <i>Friedrich-Adolf Jahn</i> (CDU/CSU), ab 12. 2. 1992: <i>Werner Dörflinger</i> (CDU/CSU) b) <i>Otto Reschke</i> (SPD)
20.) Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung	35	a) <i>Wolf-Michael Catenhusen</i> (SPD) b) <i>Karl-Hans Laermann</i> (FDP), ab 1. 3. 1994: <i>Jürgen Timm</i> (FDP)
21.) Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	31	a) <i>Eckart Kuhlwein</i> (SPD) b) <i>Engelbert Nelle</i> (CDU/CSU)
22.) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit <i>Arbeitsgruppen:</i> „Grundsätze und Strategien für die Entwicklungspolitik in den 90er Jahren“ (20. 2. 1991 – 19. 1. 1994); „Energiesituation in der Dritten Welt“ (20. 2. 1991 – 2. 7. 1993); „Armutsbekämpfung in der Dritten Welt“ (15. 1. 1992 – 14. 10. 1992); „Reform der Vereinten Nationen“ (19. 2. 1992 – 10. 2. 1993); „Stärkung der kommunalen Nord-Süd-Arbeit“ (9. 3. 1994 – 15. 6. 1994); „Gesetz zur Entwicklungspolitik“ (8. 12. 1992 – 27. 4. 1994); „Entwicklungspolitik und Handel“ (ab 20. 10. 1993); „Praktische Konsequenz aus der Konferenz von Rio für die Entwicklungspolitik im Umweltschutz“ (ab 24. 3. 1993)	35	a) <i>Uwe Holtz</i> (SPD) b) <i>Harald Schreiber</i> (CDU/CSU), ab 23. 9. 1993: <i>Joachim Graf von Schönburg-Glauchau</i> (CDU/CSU) (bis Mandatsverzicht 30. 6. 1994)
23.) Ausschuß für Fremdenverkehr ab 13. 2. 1992: Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus	19	a) <i>Olaf Feldmann</i> (FDP) b) <i>Simon Wittmann</i> (CDU/CSU)
24.) EG-Ausschuß (ab 4. 9. 1991)	33 ¹⁾	a) <i>Renate Hellwig</i> (CDU/CSU) b) <i>Christoph Zöpel</i> (SPD), ab 10. 3. 1993: <i>Dieter Schloten</i> (SPD)
25.) Ausschuß Treuhandanstalt (ab 22. 1. 1993) ²⁾	24	a) <i>Arnulf Kriedner</i> (CDU/CSU) b) <i>Wieland Sorge</i> (SPD)
Sonderausschuß „Schutz des ungeborenen Lebens“ (ab 10. 10. 1991)	42	a) <i>Ursula Männle</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans de With</i> (SPD)

1) zuzüglich 11 „zur Mitwirkung berechtigte“ deutsche Mitglieder und Beobachter des Europäischen Parlaments.

2) zuvor Unterausschuß des Haushaltsausschusses

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Sonderausschuß „Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“ (14. 10. 1992 – 2. 12. 1992)	39	a) <i>Günter Verheugen</i> (SPD) b) <i>Renate Hellwig</i> (CDU/CSU)
Gemeinsamer Ausschuß nach Artikel 53a des Grundgesetzes	48 (32 Mit- glieder Bundes- tag, 16 Mit- glieder Bundes- rat)	a) Präsidentin des Deutschen Bundestages <i>Rita Süßmuth</i> b) NN
Gemeinsame Verfassungskommission (ab 16. 1. 1992)	64 (je 32 Mitglie- der Bun- destag/ Bundes- rat)	a) <i>Rupert Scholz</i> (CDU/CSU), MdB ³⁾ <i>Henning Voscherau</i> (SPD), Präsident des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg ³⁾

³⁾ gleichberechtigte Vorsitzende

13. Wahlperiode (1994–*)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	17	a) <i>Dieter Wiefelspütz</i> (SPD) b) <i>Bertold Mathias Reinartz</i> (CDU/CSU)
Wahlprüfungsausschuß	9	
2.) Petitionsausschuß	32	a) <i>Christa Nickels</i> (B 90/GRÜNE) b) <i>Jutta Müller</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß <i>Unterausschüsse:</i> „Abrüstung und Rüstungskontrolle“; „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“; „Auswärtige Kulturpolitik“; „Vereinte Nationen/Internationale Organisationen“	39	a) <i>Karl-Heinz Hornhues</i> (CDU/CSU) b) <i>Norbert Gansel</i> (SPD), ab 25. 6. 1997: <i>Markus Meckel</i> (SPD)

*) Stand: 31. August 1997

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
4.) Innenausschuß	39	a) <i>Hans Gottfried Bernrath</i> (SPD), ab 18. 1. 1995: <i>Willfried Penner</i> (SPD) b) <i>Hartmut Büttner</i> (CDU/CSU)
5.) Sportausschuß	17	a) <i>Engelbert Nelle</i> (CDU/CSU) b) <i>Olaf Feldmann</i> (FDP)
6.) Rechtsausschuß <i>Unterausschuß:</i> „Europarecht“ (ab 20. 9. 1995)	32	a) <i>Horst Eylmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Ludwig Stiegler</i> (SPD)
7.) Finanzausschuß	39	a) <i>Carl-Ludwig Thiele</i> (FDP) b) <i>Peter Harald Rauen</i> (CDU/CSU)
8.) Haushaltsausschuß	41	a) <i>Helmut Wieczorek</i> (SPD) b) <i>Kurt J. Rossmanith</i> (CDU/CSU), ab 12. 3. 1997: <i>Bartholomäus Kalb</i> (CDU/CSU)
Rechnungsprüfungsausschuß	18	a) <i>Dieter Pützhofen</i> (CDU/CSU) b) <i>Rudolf Purps</i> (SPD)
9.) Ausschuß für Wirtschaft <i>Unterausschüsse:</i> „Regionale Wirtschaftspolitik“; „ERP-Wirtschaftspläne“; „Aufbau Ost“ (ab 15. 1. 1997)	39	a) <i>Friedhelm Ost</i> (CDU/CSU) b) <i>Ernst Schwanhold</i> (SPD), ab 27. 9. 1995: <i>Christian Müller</i> (SPD)
10.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	32	a) <i>Peter Harry Carstensen</i> (CDU/CSU) b) <i>Marianne Klappert</i> (SPD)
11.) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	39	a) <i>Ulrike Mascher</i> (SPD) b) <i>Heinz Schemken</i> (CDU/CSU)
12.) Verteidigungsausschuß <i>Unterausschuß/Arbeitsgruppe:</i> „Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern“ (ab 29. 3. 1995); „Zukünftige Luftverteidigung“ (ab 26. 4. 1995)	39	a) <i>Klaus Rose</i> (CDU/CSU), ab 29. 1. 1997: <i>Kurt J. Rossmanith</i> (CDU/CSU) b) <i>Dieter Heistermann</i> (SPD)
13.) Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend <i>Unterausschuß/Kommission:</i> „Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz“ (ab 15. 3. 1995); Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder („Kinderkommission“) (ab 31. 5. 1995)	39	a) <i>Edith Niehuis</i> (SPD) b) <i>Anke Eymer</i> (CDU/CSU)
14.) Ausschuß für Gesundheit	32	a) <i>Dieter Thomae</i> (FDP) b) <i>Angelika Sabine Pfeiffer</i> (CDU/CSU)

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
15.) Ausschuß für Verkehr	39	a) <i>Dionys Jobst</i> (CDU/CSU) b) <i>Lothar Ibrügger</i> (SPD)
16.) Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	39	a) <i>Hans Peter Schmitz</i> (CDU/CSU) b) <i>Jürgen Rochlitz</i> (B 90/GRÜNE)
17.) Ausschuß für Post und Telekommunikation	17	a) <i>Arne Börnsen</i> (SPD) b) <i>Hermann Pohler</i> (CDU/CSU)
18.) Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	32	a) <i>Werner Dörflinger</i> (CDU/CSU) b) <i>Otto Reschke</i> (SPD)
19.) Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung	39	a) <i>Edelgard Bulmahn</i> (SPD), ab 26. 6. 1996: <i>Doris Odendahl</i> (SPD) b) <i>Karlheinz Gutmacher</i> (FDP)
20.) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	32	a) <i>Manfred Lischewski</i> (CDU/CSU) b) <i>Uschi Eid</i> (B 90/GRÜNE)
21.) Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus	17	a) <i>Halo Saibold</i> (B 90/GRÜNE) b) <i>Simon Wittmann</i> (CDU/CSU), ab 9. 10. 1996: <i>Gerd Müller</i> (CDU/CSU)
22.) Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union	39	a) <i>Norbert Wiczorek</i> (SPD) b) <i>Michael Stübgen</i> (CDU/CSU)
Gemeinsamer Ausschuß nach Artikel 53a des Grundgesetzes	48 (32 Mit- glieder Bundes- tag, 16 Mit- glieder Bundes- rat)	a) Präsidentin des Deutschen Bundestages <i>Rita Süßmuth</i> b) NN

■ Angaben zur Fortschreibung des Verzeichnisses der Ausschüsse von September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und das Verzeichnis der Ausschüsse zu Beginn der 14. Wahlperiode enthält der NACHTRAG unter 9.2.

9.3 Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen

„Die Zusammensetzung der Ausschüsse entsprechend dem Kräfteverhältnis der Fraktionen im Plenum des Bundestages ist für eine sinnvolle Arbeit der Ausschüsse als vorbereitende Beschlußorgane von entscheidender Bedeutung. Würden die Mehrheitsverhältnisse nicht denen im Plenum entsprechen, wäre die Folge, daß das Plenum in allen strittigen Fragen die Empfehlung des Ausschusses ablehnen würde und die Mehrheit im Plenum ihre Auffassung durch Änderungsanträge durchsetzen müßte. Da dies sinnwidrig wäre, besteht zwischen den Fraktionen Einigkeit, daß die Ausschüsse in ihren Mehrheitsverhältnissen mit denen im Plenum korrespondieren müssen.“*) Dementsprechend lautet § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundestages:

„Die Zusammensetzung des Ältestenrates und der Ausschüsse sowie die Regelung des Vorsizes in den Ausschüssen ist im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen vorzunehmen.“

Die Geschäftsordnung des Bundestages schreibt kein bestimmtes System vor, nach dem die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen zu berechnen sind. Für die folgenden drei Berechnungsverfahren hat sich der Bundestag entschieden:

Zeitraum	angewandtes Berechnungsverfahren
1.–5. WP (1949–1969), 6. WP bis November 1970	Höchstzahlverfahren (<i>d'Hondt</i>) ¹⁾
6. WP ab 4. November 1970, 7.–8. WP (1972–1980)	Mathematisches Proportionsverfahren (<i>Hare/Niemeyer</i>) ²⁾
ab 9. WP (1980–)	Rangmaßzahlverfahren (<i>Schepers</i>), ab 10. WP umbenannt in Proportionalverfahren (<i>Sainte-Laguë/Schepers</i>) ³⁾

1) Erläuterung des Verfahrens *d'Hondt* siehe S. 2083

2) Erläuterung des Verfahrens *Hare/Niemeyer* siehe S. 2084

3) Erläuterung des Verfahrens *Sainte-Laguë/Schepers* siehe S. 2085

*) *Hans Troßmann*, Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Bd. 28 N.F. 1979. S. 113.

Hinweis

Unterlagen zum Thema „Ausschüsse“ werden außerhalb des Kapitels 9 noch in folgenden Abschnitten des **Datenhandbuchs** vorgelegt:

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Ausschußvorsitzenden)
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Liste der jüngsten Ausschußvorsitzenden)
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin (mit statistischen Angaben über die in Berlin durchgeführten Ausschußsitzungen)
- 7.8 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung (mit einer Liste der aus den östlichen Bundesländern stammenden Ausschußvorsitzenden)
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit der Angabe des Zeitplans, welche Tage in den Sitzungswochen den Ausschüssen vorbehalten sind)
- 12.5 Minderheitenrechte (mit einer Aufstellung der Minderheitenrechte in den Ausschüssen)
- 17 Petitionen mit Angaben zur Erledigung der Eingaben durch den Petitionsausschuß

Von 1949 bis zum Beginn der 6. Wahlperiode 1969/70 hat sich demnach der Bundestag stets für das System *d'Hondt* entschieden.

Im Verlauf der 6. Wahlperiode, am 4. November 1970, beschloß der Bundestag die Umstellung auf das System der sogenannten mathematischen Proportionen nach *Hare/Niemeyer*. Infolge des Wechsels dreier FDP-Angeordneter zur CDU/CSU-Fraktion hätten – bei weiterer Anwendung des Systems *d'Hondt* – die die Regierung tragenden Fraktionen SPD und FDP in einigen Ausschüssen die Mehrheit verloren. Durch den Übergang zu einem Berechnungssystem, das nicht wie *d'Hondt* große Fraktionen begünstigt, wurde erreicht, daß die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen wieder denen im Plenum entsprachen. Die Situation von 1969 und 1970 verdeutlicht folgende Gegenüberstellung:

Fraktionsstärken Stand November 1969:		Fraktionsstärken Stand November 1970:	
CDU/CSU	250	CDU/CSU	253
SPD	237	SPD	237
FDP	31	FDP	28
Zahl der Sitze bei Sitzverteilung nach <i>d'Hondt</i>		Zahl der Sitze bei Sitzverteilung nach <i>d'Hondt</i>	Zahl der Sitze bei Sitzverteilung nach <i>Hare/Niemeyer</i>
im 17er Ausschuß		im 17er Ausschuß	im 17er Ausschuß
CDU/CSU	8	CDU/CSU	9
SPD	8	SPD	8
FDP	1	FDP	–
im 33er Ausschuß		im 33er Ausschuß	im 33er Ausschuß
CDU/CSU	16	CDU/CSU	17
SPD	15	SPD	15
FDP	2	FDP	1

Ab der 9. Wahlperiode hat sich der Bundestag für das Rangmaßzahlverfahren nach *Schepers* entschieden, das einige Mängel der beiden bisher benutzten Berechnungsmethoden vermeidet.*) Es ist

*) Gelegentliche Abweichungen von solchen generellen Entscheidungen sind möglich. So hat der Bundestag am 27. Juni 1985 beschlossen, bei der Wahl der Rundfunkräte der Deutschen Welle und des Deutschlandfunks für die Berechnung der Stellenanteile der Fraktionen nicht das Verfahren *Sainte-Laguë/Schepers*, sondern das frühere Verfahren *Hare/Niemeyer* anzuwenden. „Die Anwendung der Verfahrens *Sainte-Laguë/Schepers* hätte dazu geführt, daß von den sechs Mitgliedern des Rundfunkrates des Deutschlandfunks, die der Deutsche Bundestag zu bestimmen hat, drei auf die CDU/CSU-Fraktion und drei auf die SPD-Fraktion entfallen wären. Das Berechnungsverfahren hätte also nicht seinen Zweck erfüllt, die Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse im Plenum zutreffend abzubilden. In einem solchen Fall ist es legitim, eine „Reparatur dieses Fehlers im Berechnungsverfahren vorzunehmen. Das geschah, indem auf einen entsprechenden Antrag der CDU/CSU- und FDP-Fraktion das Verfahren *Hare/Niemeyer* und damit eine Verteilung drei (CDU/CSU-Fraktion), zwei (SPD-Fraktion) und eins (FDP-Fraktion) beschlossen wurde.“ (*Hans-Achim Roll*, Geschäftsordnungspraxis im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 3. S. 320.)

Auch zu Beginn der 13. Wahlperiode hat der Bundestag am 16. Februar 1995 in einer Kampfabstimmung beschlossen, für eine Reihe von Gremien wie Vermittlungsausschuß, Wahlausschuß und Richterwahlausschuß die Berechnung der Sitzverteilung nach *d'Hondt* vorzunehmen. Für die Besetzung der ständigen Ausschüsse gilt jedoch nach wie vor das Verfahren *Sainte-Laguë/Schepers*.

im Ergebnis identisch mit dem 1910 von dem französischen Mathematiker *Sainte Laguë* vorgeschlagenen Verfahren und wurde daher zu Beginn der 10. Wahlperiode umbenannt in Proportionalverfahren nach *Sainte-Laguë/Schepers*.

Ein Vergleich der Sitzverteilung nach den drei verschiedenen Berechnungsmethoden – und zwar auf der Grundlage der Mandatsverteilungen zu Beginn der 10. und der 11. Wahlperiode – folgt auf den Seiten 2086 und 2087. Dabei lassen sich einige Mängel der bisherigen Berechnungsverfahren aus der Gegenüberstellung entnehmen:

- beim System *d'Hondt* die Begünstigung großer Parteien und Fraktionen: Danach würden in der 11. Wahlperiode z. B. die FDP erst in Gremien ab neun Mitgliedern und die GRÜNEN in Gre-

Höchstzahlverfahren (nach *d'Hondt*)¹⁾

Die Sitzverteilung der Fraktionen in einem Ausschuß richtet sich bei diesem Verfahren danach, wie viele „Höchstzahlen“ auf die einzelnen Fraktionen entfallen. Die sogenannten Höchstzahlen werden errechnet, indem man die Mitgliederzahl jeder Fraktion nacheinander durch 1, 2, 3 usw. dividiert. Die Rechnung wird abgebrochen, wenn so viele Höchstzahlen vorliegen, wie zur Ausschußbesetzung erforderlich sind.

Rechenbeispiel

für einen Ausschuß mit 17 Mitgliedern bei einer Gesamtzahl von 518 Abgeordneten und folgenden Fraktionsstärken (Stand vom 4. 11. 1970): CDU/CSU 253 Mitglieder, SPD 237 Mitglieder und FDP 28 Mitglieder:

CDU/CSU	Höchstzahl	SPD	Höchstzahl	FDP	Höchstzahl
253	: 1 = 253,00 (1)	237	: 1 = 237,00 (2)	28	: 1 = 28,00 (18)
	: 2 = 126,50 (3)		: 2 = 118,50 (4)		
	: 3 = 84,33 (5)		: 3 = 79,00 (6)		
	: 4 = 63,25 (7)		: 4 = 59,25 (8)		
	: 5 = 50,60 (9)		: 5 = 47,40 (10)		
	: 6 = 42,16 (11)		: 6 = 39,50 (12)		
	: 7 = 36,14 (13)		: 7 = 33,85 (14)		
	: 8 = 31,62 (15)		: 8 = 29,62 (16)		
	: 9 = 28,11 (17)		-----		
	-----		: 9 = 26,33 (19)		
	: 10 = 25,30 (20)				

Die letzte Höchstzahl, die zum Zuge kommt, ist in diesem Fall 28,11.

Von den errechneten ersten 17 Höchstzahlen entfallen 9 auf die CDU/CSU und 8 auf die SPD. Die erste für die FDP errechnete Höchstzahl liegt mit 28,0 erst an 18. Stelle und bleibt deshalb unberücksichtigt. Es erhalten demnach in einem 17er Ausschuß

CDU/CSU	9 Sitze
SPD	8 Sitze
FDP	keinen Sitz

¹⁾ Viktor *d'Hondt* (1841–1901), belgischer Rechtswissenschaftler

- mien ab elf Mitgliedern vertreten sein, beim System *Sainte-Laguë/Schepers* dagegen die FDP schon in Fünfer-Gremien und die GRÜNEN in Gremien ab sieben Mitgliedern;
- beim System *Hare/Niemeyer* das Vorkommen „unlogischer Sprünge“: Unlogisch ist, daß die FDP in einem Gremium mit 26 Mitgliedern einen Sitz weniger erhalten würde als in einem Gremium mit 25 Mitgliedern.

An diese Gegenüberstellung schließen sich ab Seite 2088 Tabellen mit der tatsächlichen Sitzverteilung nach den jeweils angewandten Berechnungsverfahren an. *) Ausgewählt wurden die 2. und 4. Wahlperiode sowie alle Wahlperioden ab der 7. Wahlperiode.

*) Quelle: Deutscher Bundestag, Referat Datenbanken, Programmentwicklung

Mathematisches Proportionsverfahren (nach *Hare/Niemeyer*)¹⁾

Die Sitzverteilung der Fraktionen in einem Ausschuß wird nach diesem Verfahren berechnet, indem man zunächst die jeweilige Fraktionsstärke durch die Gesamtzahl der Abgeordneten dividiert und mit der Ausschußgröße multipliziert, d. h. die Formel anwendet

$$\frac{\text{Fraktionsstärke}}{\text{Gesamtzahl der Abgeordneten}} \cdot \text{Mitgliederzahl des Ausschusses}$$

Rechenbeispiel

für einen Ausschuß mit 17 Mitgliedern bei einer Gesamtzahl von 518 Abgeordneten und folgenden Fraktionsstärken (Stand vom 4. November 1970): CDU/CSU 253 Mitglieder, SPD 237 Mitglieder und FDP 28 Mitglieder:

$$\text{CDU/CSU: } \frac{253}{518} \cdot 17 = 8,303 \text{ Sitze}$$

$$\text{SPD: } \frac{237}{518} \cdot 17 = 7,778 \text{ Sitze}$$

$$\text{FDP: } \frac{28}{518} \cdot 17 = 0,919 \text{ Sitze}$$

Jede Fraktion erhält (1) die vor dem Komma errechnete Zahl der Sitze und (2) gegebenenfalls weitere zu besetzende Sitze entsprechend der Höhe der Bruchzahl nach dem Komma. Es erhalten demnach in einem 17er Ausschuß

	CDU/CSU	SPD	FDP	
(1)	8	7	–	= 15 Sitze
(2)	–	1	1	= 2 Sitze
insgesamt	8	8	1	= 17 Sitze

¹⁾ *Thomas Hare* (1806–1891), englischer Verfassungsjurist, Prof. Dr. *Horst Niemeyer*, Mathematiker (Marburg).

In etwas abgewandelter Form ist das System *Hare* schon im Reichstag zur Ausschußbesetzung angewandt worden.

Proportionalverfahren (nach *Sainte-Laguë/Schepers*)¹⁾

Bei diesem Verfahren werden die auf eine Fraktion entfallenden Ausschusssitze mit Hilfe sogenannter Rangmaßzahlen ermittelt. Diese errechnet man, indem man die Gesamtzahl der Abgeordneten durch die Mitgliederstärke der einzelnen Fraktionen dividiert und diese Zahl mit 1, 2, 3 usw. – jeweils um 0,5 vermindert – multipliziert, also mit 0,5, 1,5, 2,5 usw. Diese Rechnung wird abgebrochen, wenn so viele Rangmaßzahlen vorliegen, wie zur Ausschlußbesetzung erforderlich sind. Die Formel für die Ermittlung der Rangmaßzahlen (R) lautet demnach:

$$R_N = \frac{\text{Gesamtzahl der Abgeordneten}}{\text{Fraktionsstärke}} \cdot (N - 0,5)$$

(N durchläuft die Zahlen 1, 2, 3, ...)

Rechenbeispiel

für die jeweils erste Rangmaßzahl bei einer Gesamtzahl von 519 Abgeordneten und folgenden Fraktionsstärken (Stand vom Beginn der 11. Wahlperiode, Februar 1987): CDU/CSU 234 Mitglieder, SPD 193 Mitglieder, FDP 48 Mitglieder und GRÜNE 44 Mitglieder:

CDU/CSU:

$$R_1 = \frac{519}{234} \cdot 0,5 = 1,108974$$

SPD:

$$R_1 = \frac{519}{193} \cdot 0,5 = 1,344560$$

FDP:

$$R_1 = \frac{519}{48} \cdot 0,5 = 5,406250$$

GRÜNE:

$$R_1 = \frac{519}{44} \cdot 0,5 = 5,897727$$

Im folgenden alle bei der Besetzung eines 13er Ausschusses zum Zuge kommenden Rangmaßzahlen (Ab- und Aufrundung bei der 3. Stelle nach dem Komma):

N	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE	
		Rang		Rang		Rang		Rang
1	1,109	(1)	1,345	(2)	5,406	(5)	5,898	(7)
2	3,327	(3)	4,034	(4)	16,219	(16)	17,693	(19)
3	5,545	(6)	6,723	(8)				
4	7,763	(9)	9,412	(10)				
5	9,981	(11)	12,101	(12)				
6	12,199	(13)	14,790	(15)				
7	14,417	(14)						

Von den errechneten ersten 13 Rangmaßzahlen entfallen 6 auf die CDU/CSU, 5 auf die SPD und je eine auf FDP und GRÜNE. Es erhalten demnach in einem 13er Ausschuß

CDU/CSU 6 Sitze
SPD 5 Sitze

FDP 1 Sitz
GRÜNE 1 Sitz

¹⁾ Das gleiche Rechenverfahren wurde in der 9. Wahlperiode „Rangmaßzahl (nach *Schepers*)“ benannt. Die Berechnungsmethode nach *Sainte-Laguë*, die zum gleichen Ergebnis führt, ist eine Abwandlung des Höchstzahlverfahrens nach *d'Hondt*, bei dem zur Ermittlung der Höchstzahlen nicht durch die fortlaufenden Zahlen 1, 2, 3, 4 ... usw., sondern nur durch die ungeraden Zahlen 1, 3, 5, ... usw. geteilt wird.

André Sainte-Laguë, französischer Mathematiker

MinRat a. D. Dr. *Hans Schepers*, ehem. Leiter der Gruppe Datenverarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages

Sitzverteilung nach den verschiedenen Berechnungsmethoden (10. WP)¹⁾

Sitz- zahl	Höchstzahlverfahren (<i>d'Hondt</i>)				Mathem. Proportionsverfahren (<i>Hare/Niemeyer</i>)				Proportionalverfahren (<i>Sainte-Laguë/Schepers</i>)			
	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Grünen	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Grünen	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Grünen
1	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0
2	1	1	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0
3	2	1	0	0	2	1	0	0	2	1	0	0
4	2	2	0	0	2	2	0	0	2	2	0	0
5	3	2	0	0	3	2	0	0	3	2	0	0
6	3	3	0	0	3	2	1	0	3	3	0	0
7	4	3	0	0	3	3	1	0	4	3	0	0
8	5	3	0	0	4	3	1	0	4	3	1	0
9	5	4	0	0	4	4	1	0	4	4	1	0
10	6	4	0	0	5	4	1	0	5	4	1	0
11	6	5	0	0	5	4	1	1	5	4	1	1
12	7	5	0	0	6	5	1	0(!)	6	4	1	1
13	7	5	1	0	6	5	1	1	6	5	1	1
14	7	6	1	0	7	5	1	1	7	5	1	1
15	8	6	1	0	7	6	1	1	7	6	1	1
16	8	7	1	0	8	6	1	1	8	6	1	1
17	9	7	1	0	8	7	1	1	8	7	1	1
18	9	7	1	1	9	7	1	1	9	7	1	1
19	10	7	1	1	9	8	1	1	9	8	1	1
20	10	8	1	1	10	8	1	1	10	8	1	1
21	11	8	1	1	10	8	2	1	11	8	1	1
22	11	9	1	1	11	9	1(!)	1	11	9	1	1
23	12	9	1	1	11	9	2	1	11	9	2	1
24	12	10	1	1	12	9	2	1	12	9	2	1
25	13	10	1	1	12	10	2	1	12	10	2	1
26	13	11	1	1	13	10	2	1	13	10	2	1
27	14	11	1	1	13	11	2	1	13	11	2	1
28	14	11	2	1	14	11	2	1	14	11	2	1
29	15	11	2	1	14	11	2	2	14	11	2	2
30	15	12	2	1	15	12	2	1(!)	15	11	2	2
31	16	12	2	1	15	12	2	2	15	12	2	2
32	16	13	2	1	16	12	2	2	16	12	2	2
33	17	13	2	1	16	13	2	2	16	13	2	2
34	17	14	2	1	17	13	2	2	17	13	2	2
35	18	14	2	1	17	14	2	2	17	14	2	2
36	18	14	2	2	18	14	2	2	18	14	2	2
37	18	15	2	2	18	14	3	2	18	14	3	2

¹⁾ auf der Grundlage der Mandatsverteilung zu Beginn der 10. Wahlperiode: insgesamt 520 Abgeordnete, davon 255 der CDU/CSU, 202 der SPD, 35 der FDP und 28 der GRÜNEN

Sitzverteilung nach den verschiedenen Berechnungsmethoden (11. WP)¹⁾

Sitz- zahl	Höchstzahlverfahren (<i>d'Hondt</i>)				Mathem. Proportionsverfahren (<i>Hare/Niemeyer</i>)				Proportionalverfahren (<i>Sainte-Laguë/Schepers</i>)			
	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Grünen	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Grünen	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Grünen
1	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0
2	1	1	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0
3	2	1	0	0	2	1	0	0	2	1	0	0
4	2	2	0	0	2	2	0	0	2	2	0	0
5	3	2	0	0	2	2	1	0	2	2	1	0
6	3	3	0	0	3	2	1	0	3	2	1	0
7	4	3	0	0	3	3	1	0	3	2	1	1
8	4	4	0	0	3	3	1	1	3	3	1	1
9	4	4	1	0	4	3	1	1	4	3	1	1
10	5	4	1	0	4	4	1	1	4	4	1	1
11	5	4	1	1	5	4	1	1	5	4	1	1
12	6	4	1	1	5	5	1	1	5	5	1	1
13	6	5	1	1	6	5	1	1	6	5	1	1
14	7	5	1	1	7	5	1	1	7	5	1	1
15	7	6	1	1	7	6	1	1	7	6	1	1
16	8	6	1	1	7	6	2	1	7	6	2	1
17	8	7	1	1	8	6	2	1	8	6	2	1
18	9	7	1	1	8	7	2	1	8	7	2	1
19	9	8	1	1	8	7	2	2	8	7	2	2
20	9	8	2	1	9	7	2	2	9	7	2	2
21	10	8	2	1	9	8	2	2	9	8	2	2
22	10	8	2	2	10	8	2	2	10	8	2	2
23	10	9	2	2	10	9	2	2	10	9	2	2
24	11	9	2	2	11	9	2	2	11	9	2	2
25	12	9	2	2	11	9	3	2	12	9	2	2
26	12	10	2	2	12	10	2(!)	2	12	10	2	2
27	13	10	2	2	12	10	3	2	12	10	3	2
28	13	11	2	2	13	10	3	2	13	10	3	2
29	14	11	2	2	13	11	3	2	13	11	3	2
30	14	12	2	2	13	11	3	3	13	11	3	3
31	14	12	3	2	14	11	3	3	14	11	3	3
32	15	12	3	2	14	12	3	3	14	12	3	3
33	15	13	3	2	15	12	3	3	15	12	3	3
34	15	13	3	3	15	13	3	3	15	13	3	3
35	16	13	3	3	16	13	3	3	16	13	3	3
36	16	14	3	3	16	14	3	3	16	14	3	3
37	17	14	3	3	17	14	3	3	17	14	3	3

¹⁾ auf der Grundlage der Mandatsverteilung zu Beginn der 11. Wahlperiode: insgesamt 519 Abgeordnete, davon 234 der CDU/CSU, 193 der SPD, 48 der FDP und 44 der GRÜNEN

Tatsächliche Sitzverteilung zu Beginn der

Sitzzahl	2. Wahlperiode (1953–57) ¹⁾					4. Wahlperiode (1961–65) ¹⁾		
	CDU/ CSU (250)	SPD (162)	FDP (53)	GB/ BHE (27)	DP (15)	CDU/ CSU (251)	SPD (203)	FDP (67)
1	1	0	0	0	0	1	0	0
2	1	1	0	0	0	1	1	0
3	2	1	0	0	0	2	1	0
4	3	1	0	0	0	2	2	0
5	3	2	0	0	0	3	2	0
6	4	2	0	0	0	3	3	0
7	4	3	0	0	0	3	3	1
8	4	3	1	0	0	4	3	1
9	5	3	1	0	0	4	4	1
10	6	3	1	0	0	5	4	1
11	6	4	1	0	0	6	4	1
12	7	4	1	0	0	6	5	1
13	7	5	1	0	0	7	5	1
14	8	5	1	0	0	7	6	1
15	9	5	1	0	0	7	6	2
16	9	5	1	1	0	8	6	2
17	9	6	1	1	0	8	7	2
18	9	6	2	1	0	9	7	2
19	10	6	2	1	0	9	8	2
20	10	7	2	1	0	10	8	2
21	11	7	2	1	0	11	8	2
22	12	7	2	1	0	11	9	2
23	12	8	2	1	0	11	9	3
24	13	8	2	1	0	12	9	3
25	13	9	2	1	0	12	10	3
26	14	9	2	1	0	13	10	3
27	14	9	3	1	0	13	11	3
28	15	9	3	1	0	14	11	3
29	15	10	3	1	0	14	12	3
30	16	10	3	1	0	14	12	4
31	16	10	3	1	1	15	12	4
32	16	11	3	1	1	16	12	4
33	17	11	3	1	1	16	13	4
34	18	11	3	1	1	17	13	4
35	18	11	3	2	1	17	14	4
36	18	12	3	2	1	18	14	4
37	18	12	4	2	1	18	15	4

¹⁾ 2. und 4. Wahlperiode nach dem Höchstzahlverfahren von *d'Hondt*; wegen identischer Höchstzahl ist in einigen Fällen auch eine andere Sitzverteilung möglich, z. B. in der 2. Wahlperiode bei der Sitzzahl 35:18/12/3/1/1.

2., 4., 7., 8. und 9. Wahlperiode

7. Wahlperiode (1972–76) ²⁾			8. Wahlperiode (1976–80) ²⁾			9. Wahlperiode (1980–83) ²⁾			Sitzzahl
CDU/ CSU (234)	SPD (242)	FDP (42)	CDU/ CSU (254)	SPD (224)	FDP (40)	CDU/ CSU (237)	SPD (228)	FDP (54)	
0	1	0	1	0	0	1	0	0	1
1	1	0	1	1	0	1	1	0	2
1	2	0	2	1	0	2	1	0	3
2	2	0	2	2	0	2	2	0	4
2	2	1	3	2	0	2	2	1	5
3	3	0	3	3	0	3	2	1	6
3	3	1	3	3	1	3	3	1	7
3	4	1	4	3	1	4	3	1	8
4	4	1	4	4	1	4	4	1	9
4	5	1	5	4	1	5	4	1	10
5	5	1	5	5	1	5	5	1	11
5	6	1	6	5	1	6	5	1	12
6	6	1	6	6	1	6	6	1	13
6	7	1	7	6	1	7	6	1	14
7	7	1	7	7	1	7	6	2	15
7	8	1	8	7	1	7	7	2	16
8	8	1	8	8	1	8	7	2	17
8	8	2	9	8	1	8	8	2	18
9	9	1	9	8	2	9	8	2	19
9	9	2	10	9	1	9	9	2	20
9	10	2	10	9	2	10	9	2	21
10	10	2	11	9	2	10	10	2	22
10	11	2	11	10	2	11	10	2	23
11	11	2	12	10	2	11	11	2	24
11	12	2	12	11	2	11	11	3	25
12	12	2	13	11	2	12	11	3	26
12	13	2	13	12	2	12	12	3	27
13	13	2	14	12	2	13	12	3	28
13	14	2	14	13	2	13	13	3	29
14	14	2	15	13	2	14	13	3	30
14	14	3	15	14	2	14	14	3	31
14	15	3	16	14	2	15	14	3	32
15	15	3	16	14	3	15	15	3	33
15	16	3	17	15	2	15	15	4	34
16	16	3	17	15	3	16	15	4	35
16	17	3	18	15	3	16	16	4	36
17	17	3	18	16	3	17	16	4	37

²⁾ Berechnungen für die 7. und 8. Wahlperiode nach dem Mathematischen Proportionsverfahren von *Hare/Niemeyer*, für die 9. Wahlperiode nach dem Rangmaßzahlverfahren von *Schepers*.

Tatsächliche Sitzverteilung zu Beginn der

Sitzzahl	10. Wahlperiode (1983–87)				11. Wahlperiode (1987–90)			
	CDU/ CSU (255)	SPD (202)	FDP (35)	Die Grünen (28)	CDU/ CSU (234)	SPD (193)	FDP (48)	Die Grünen (44)
1	1	0	0	0	1	0	0	0
2	1	1	0	0	1	1	0	0
3	2	1	0	0	2	1	0	0
4	2	2	0	0	2	2	0	0
5	3	2	0	0	2	2	1	0
6	3	3	0	0	3	2	1	0
7	4	3	0	0	3	2	1	1
8	4	3	1	0	3	3	1	1
9	4	4	1	0	4	3	1	1
10	5	4	1	0	4	4	1	1
11	5	4	1	1	5	4	1	1
12	6	4	1	1	5	5	1	1
13	6	5	1	1	6	5	1	1
14	7	5	1	1	7	5	1	1
15	7	6	1	1	7	6	1	1
16	8	6	1	1	7	6	2	1
17	8	7	1	1	8	6	2	1
18	9	7	1	1	8	7	2	1
19	9	8	1	1	8	7	2	2
20	10	8	1	1	9	7	2	2
21	11	8	1	1	9	8	2	2
22	11	9	1	1	10	8	2	2
23	11	9	2	1	10	9	2	2
24	12	9	2	1	11	9	2	2
25	12	10	2	1	12	9	2	2
26	13	10	2	1	12	10	2	2
27	13	11	2	1	12	10	3	2
28	14	11	2	1	13	10	3	2
29	14	11	2	2	13	11	3	2
30	15	11	2	2	13	11	3	3
31	15	12	2	2	14	11	3	3
32	16	12	2	2	14	12	3	3
33	16	13	2	2	15	12	3	3
34	17	13	2	2	15	13	3	3
35	17	14	2	2	16	13	3	3
36	18	14	2	2	16	14	3	3
37	18	14	3	2	17	14	3	3

¹⁾ Nach dem Rangmaßzahlverfahren *Schepers*, in der 10. Wahlperiode umbenannt in Proportionalverfahren *Sainte-Laguë/Schepers*; bei den Fraktionen in Klammern die Mandatszahl zu Beginn der Wahlperiode.

10., 11. und 12. Wahlperiode¹⁾

12. Wahlperiode (1990–94)					Sitzzahl
CDU/ CSU (319)	SPD (239)	FDP (79)	PDS/ LL (17)	B 90/ Grüne (8)	
1	0	0	0	0	1
1	1	0	0	0	2
2	1	0	0	0	3
2	2	0	0	0	4
2	2	1	0	0	5
3	2	1	0	0	6
3	3	1	0	0	7
4	3	1	0	0	8
5	3	1	0	0	9
5	4	1	0	0	10
6	4	1	0	0	11
6	5	1	0	0	12
6	5	2	0	0	13
7	5	2	0	0	14
7	6	2	0	0	15
8	6	2	0	0	16
9	6	2	+1 ²⁾	+1 ²⁾	17
9	7	2	+1 ²⁾	+1 ²⁾	18
10	7	2	+1 ²⁾	+1 ²⁾	19
10	8	2	+1 ²⁾	+1 ²⁾	20
10	8	3	+1 ²⁾	+1 ²⁾	21
11	8	3	+1 ²⁾	+1 ²⁾	22
11	9	3	+1 ²⁾	+1 ²⁾	23
12	9	3	+1 ²⁾	+1 ²⁾	24
13	9	3	+1 ²⁾	+1 ²⁾	25
13	10	3	+1 ²⁾	+1 ²⁾	26
14	10	3	+1 ²⁾	+1 ²⁾	27
14	11	3	+1 ²⁾	+1 ²⁾	28
14	11	4	+1 ²⁾	+1 ²⁾	29
15	11	4	+1 ²⁾	+1 ²⁾	30
15	12	4	+1 ²⁾	+1 ²⁾	31
16	12	4	+1 ²⁾	+1 ²⁾	32
17	12	4	+1 ²⁾	+1 ²⁾	33
17	13	4	+1 ²⁾	+1 ²⁾	34
18	13	4	+1 ²⁾	+1 ²⁾	35
18	14	4	+1 ²⁾	+1 ²⁾	36
18	14	5	+1 ²⁾	+1 ²⁾	37

²⁾ je ein Grundmandat für die beiden Gruppen der 12. Wahlperiode außerhalb des Rechenverfahrens (s. Anmerkung rechts).

*Anmerkung
zur 12. Wahlperiode*

Bei Anwendung des Proportionalverfahrens *Sainte-Laguë/Schepers* erhalten die Gruppe PDS/Linke Liste mit 17 Abgeordneten die Rangmaßzahl 19 und die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen mit 8 Abgeordneten die Rangmaßzahl 42. Das heißt, die PDS/LL wäre erst in Ausschüssen mit mindestens 19 Mitgliedern mit einem Abgeordneten vertreten, Bündnis 90/Die Grünen sogar erst in Ausschüssen mit mindestens 42 Mitgliedern.

Aus diesem Grunde und wegen des fehlenden Fraktionsstatus wurde für die 12. Wahlperiode folgende Regelung getroffen:

- Die beiden Gruppen werden bei der Berechnung der Stellenanteile der Fraktionen in den ständigen Ausschüssen nicht berücksichtigt.
- Sie sind statt dessen gemäß Beschluß des Bundestages vom 21. Februar 1991 berechtigt, für jeden Fachausschuß jeweils ein ordentliches (und ein stellvertretendes) Mitglied zu benennen (vgl. dazu auch Abschnitt 5.1).
- Die am 30. Januar 1991 vom Bundestag beschlossene Mitgliederzahl der Ausschüsse erhöht sich entsprechend um diese beiden Grundmandate. (Die anfangs verwendete Bezeichnung „x+2“ für die Angabe der Mitgliederstärke hat diesen Hintergrund. Inzwischen ist es üblich, die Mandate der Gruppen stillschweigend hinzuzuzählen, so daß beispielsweise der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung nicht als Ausschuß mit 17+2 Mitgliedern, sondern als Ausschuß mit 19 Mitgliedern aufgeführt wird.)

Tatsächliche Sitzverteilung zu Beginn der 13. Wahlperiode¹⁾

Sitzzahl	13. Wahlperiode (1994-)				
	CDU/ CSU (294)	SPD (252)	B 90/ Grüne (49)	FDP (47)	PDS (30)
1	1	0	0	0	0
2	1	1	0	0	0
3	2	1	0	0	0
4	2	2	0	0	0
5	3	2	0	0	0
6	3	3	0	0	0
7	3	3	1	0	0
8	3	3	1	1	0
9	4	3	1	1	0
10	4	4	1	1	0
11	5	4	1	1	0
12	5	4	1	1	1
13	5	5	1	1	1
14	6	5	1	1	1
15	6	6	1	1	1
16	7	6	1	1	1
17	8	6	1	1	1
18	8	7	1	1	1
19	9	7	1	1	1
20	9	8	1	1	1
21	9	8	2	1	1
22	9	8	2	2	1
23	10	8	2	2	1
24	10	9	2	2	1
25	11	9	2	2	1
26	11	10	2	2	1
27	12	10	2	2	1
28	12	11	2	2	1
29	13	11	2	2	1
30	13	12	2	2	1
31	14	12	2	2	1
32	15	12	2	2	1
33	15	13	2	2	1
34	15	13	2	2	2
35	15	13	3	2	2
36	16	13	3	2	2
37	16	13	3	3	2

¹⁾ Berechnung für die 13. Wahlperiode nach dem Proportionalverfahren von *Sainte-Laguë/Schepers*.

9.4 Besetzung des Ausschuß-Vorsitzes

So wie sich die Zusammensetzung der Ausschüsse nach den Mehrheitsverhältnissen im Plenum richtet, steht auch den einzelnen Fraktionen entsprechend ihrer Stärke eine bestimmte Anzahl von Vorsitzenden-Stellen zur Besetzung zur Verfügung.*) Wie hoch diese Zahl ist, muß durch ein mathematisches Berechnungsverfahren ermittelt werden (vgl. Abschnitt 9.3). Das Ergebnis ist der Tabelle auf der folgenden Seite zu entnehmen; sie zeigt, wie viele Ausschuß-Vorsitzende die einzelnen Fraktionen seit 1949 – Stand jeweils zu Beginn der Wahlperiode – stellen konnten.

Nachdem diese Berechnung vorgenommen worden ist, muß geklärt werden, welche Fraktion in welchem Ausschuß den Vorsitzenden oder Stellvertreter stellen kann. Dies geschieht durch Vereinbarung im Ältestenrat**) und zwar im Normalfall aufgrund einer interfraktionellen Einigung. Erfahrungsgemäß sprechen bei den Fraktionen verschiedene politisch-fachliche und personelle Gesichtspunkte eine Rolle, auf den Vorsitz in einem bestimmten Ausschuß besonderen Wert zu legen:

„Bei den fachlichen Gesichtspunkten wird insbesondere berücksichtigt, auf welchem Gebiet die jeweilige Fraktion einen Schwerpunkt setzen will, wo ihre besonderen Interessen liegen, mit welchem Ausschuß sie besondere Arbeit zu leisten und Aufmerksamkeit zu erringen hofft.

Außerdem gibt es bestimmte Traditionen, die unterschiedlich stark beachtet werden. So sollen die typischen Kontrollausschüsse wie Petitions- und Haushaltsausschuß der Opposition zustehen. Der Regierungswechsel 1982 führte aber nicht zu einem Wechsel im Vorsitz des Petitionsausschusses.

Schließlich haben bestimmte Fraktionen bereits aufgrund ihres programmatischen Schwerpunktes bestimmte Affinitäten zu dem einen oder anderen Aufgabenbereich und dem entsprechenden Ausschuß.

Zu den personellen Gesichtspunkten zählt insbesondere die Vergabe eines Vorsitzendenpostens in der vorangegangenen Periode. Eine Fraktion, die nicht aufgrund des Wahlergebnisses einen Vorsitzenden-Posten abgeben muß, wird einen bereits früher von ihr mit einem Vorsitz betrauten Abgeordneten nur aus besonderem Grund nicht wieder berufen. Der Grund kann darin liegen, daß es zu deutlichen Divergenzen gekommen ist oder daß der Betreffende eine andere Aufgabe übernimmt. Kann eine Fraktion aufgrund des Wahlergebnisses nur noch weniger Vorsitzenden-Posten als in der vorangegangenen Wahlperiode vergeben, so muß sie überlegen, auf welchen Vorsitz sie am ehesten verzichten zu können glaubt. Der betroffene ehemalige Vorsitzende mag diese Frage ganz anders beurteilen.“***)

*) Vgl. hierzu *R. Peter Dach*, Das Ausschußverfahren nach der Geschäftsordnung und in der Praxis. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1103–1130 (hier: S. 1106–1109).

***) Vgl. § 58 GO BT: „Die Ausschüsse bestimmen ihre Vorsitzenden und deren Stellvertreter nach den Vereinbarungen im Ältestenrat.“

***) *R. Peter Dach*, a. a. O. S. 1107.

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Wahlperiode	Die Ausschuß-Vorsitzenden wurden gestellt von:				
	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen ³⁾	Sonstigen
1. WP 1949–53	15	14	5	–	4 ¹⁾
2. WP 1953–57	20	12	4	–	2 ²⁾
3. WP 1957–61	15	9	2	–	–
4. WP 1961–65	14	11	3	–	–
5. WP 1965–69	11	10	2	–	–
6. WP 1969–72	8	8	1	–	–
7. WP 1972–76	9	9	1	–	–
8. WP 1976–80	10	8	1	–	–
9. WP 1980–83	9	9	2	–	–
10. WP 1983–87	10	8	1	1	–
11. WP 1987–90	9	8	2	2	–
12. WP 1990–94	11	9	3	–	–
13. WP 1994–	10	8	2	2	–

1) davon DP, WAV, BP und Zentrum je 1

2) GB/BHE

3) 13. WP: Bündnis 90/Die Grünen

Zugreifverfahren

Erst wenn im Ältestenrat sich keine Verständigung zwischen den Fraktionen erzielen läßt, muß die Vergabe des Ausschußvorsitzes mit Hilfe des sogenannten Zugreifverfahrens durchgeführt werden. Danach kann jede Fraktion in der Reihenfolge ihrer Rangmaßzahl oder der Zugriffszahl (die das zuvor gewählte mathematische Berechnungsverfahren liefert) auf den Ausschußvorsitz „zugreifen“, der dann noch frei ist und der ihr am attraktivsten erscheint. In der 11. Wahlperiode (1987–90) bei-

spielsweise hätten die Fraktionen entsprechend ihrem Stärkeverhältnis folgende Zugriffsreihenfolge beachten müssen:

Zugriff	Fraktion	Zugriff	Fraktion	Zugriff	Fraktion
1.	CDU/CSU	11.	CDU/CSU	21.	SPD
2.	SPD	12.	SPD	22.	CDU/CSU
3.	CDU/CSU	13.	CDU/CSU	23.	SPD
4.	SPD	14.	CDU/CSU	24.	CDU/CSU
5.	FDP	15.	SPD	25.	CDU/CSU
6.	CDU/CSU	16.	FDP	26.	SPD
7.	Die Grünen	17.	CDU/CSU	27.	FDP
8.	SPD	18.	SPD	28.	CDU/CSU
9.	CDU/CSU	19.	Die Grünen	29.	SPD
10.	SPD	20.	CDU/CSU	30.	Die Grünen

Da das Zugreifverfahren zu stark mit unliebsamen Zufällen verbunden ist, wird es nur selten angewandt. Seit 1949 hat es bisher nur zwei Fälle gegeben:

- 1961 zu Beginn der 4. Wahlperiode und
- 1994 zu Beginn der 13. Wahlperiode.

Das 1961 angewandte Zugreifverfahren ist in allen Einzelheiten dokumentiert. Der „Hauptstreitpunkt“, weswegen eine interfraktionelle Einigung nicht zustande kam, „war die Stelle des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses. Im Koalitionsabkommen hatten sich CDU/CSU und FDP geeinigt, daß die FDP den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß bekommen solle. Die SPD war der Auffassung, daß eine Vereinbarung der Koalitionspartner nicht den Bundestag binde; wenn schon die CDU/CSU als stärkste Fraktion den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses nicht stellen wolle, so würde dieser Vorsitz der nächststärkeren Fraktion, also der SPD, zufallen.“*)

Die Fraktionen griffen 1961 in der in der Tabelle rechts dargestellten Reihenfolge auf den Vorsitz der Ausschüsse zu, wobei diese Reihenfolge „ein interessanter Index für die Rangordnung (ist), die sie den einzelnen Ausschüssen beimessen“.**)

*) *Friedrich Schäfer*, Der Bundestag. 2., neu bearb. und erweiterte Aufl. Opladen 1975. S. 102 f.

**) *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. S. 250.

Zugriff	Fraktion	„gegriffener“ Ausschuß
1.	CDU/CSU	Verteidigung
2.	SPD	Haushalt
3.	CDU/CSU	Finanzen
4.	SPD	Innenpolitik
5.	CDU/CSU	Außenpolitik
6.	SPD	Gesamtdeutsche Fragen
7.	FDP	Wirtschaft
8.	CDU/CSU	Recht
9.	SPD	Sozialpolitik
10.	CDU/CSU	Landwirtschaft
11.	CDU/CSU	Wohnungsbau
12.	SPD	Verkehr
13.	CDU/CSU	Kulturpolitik
14.	SPD	Kriegsopfer
15.	FDP	Entwicklungshilfe
16.	CDU/CSU	Außenhandel
17.	SPD	Atomenergie
18.	CDU/CSU	Arbeit
19.	SPD	Heimatvertriebene
20.	CDU/CSU	Kommunalpolitik
21.	CDU/CSU	Lastenausgleich
22.	SPD	Geschäftsordnung
23.	FDP	Gesundheit
24.	CDU/CSU	Familie und Jugend
25.	SPD	Petitionen
26.	CDU/CSU	Mittelstand
27.	SPD	Wiedergutmachung
28.	CDU/CSU	Bundesvermögen

9.5 Mitgliederzahl der Ausschüsse

Dieser Abschnitt enthält außer einer Aufstellung über die unterschiedlichen Mitgliederstärken der ständigen Ausschüsse in den einzelnen Wahlperioden eine Berechnung über die zu besetzenden Ausschußsitze im Verhältnis zur Zahl der Abgeordneten.

Zu Beginn der Wahlperiode hat der Bundestag nicht nur zu beschließen, welche ständigen Ausschüsse eingesetzt werden sollen, sondern auch, wie hoch die Zahl ihrer Mitglieder sein soll, damit danach ihre konkrete Zusammensetzung nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen vorgenommen werden kann.

In keiner Wahlperiode war bisher die Mitgliederzahl für alle Ausschüsse gleich. Vielmehr gab es stets ein mehr oder weniger vielfältig gestaffeltes System großer und kleiner Ausschüsse, das zudem in jeder Wahlperiode wieder neu variierte. Offensichtlich spielen zahlreiche Faktoren für die Festlegung der Mitgliederzahl eine Rolle: der Arbeitsanfall des Ausschusses, seine Untergliederung in Unterausschüsse, die Berechenbarkeit der Mehrheitsverhältnisse nach den verschiedenen Verfahren (vgl. Abschnitt 9.3), der Wunsch nach Vielfalt oder nach Konzentration usw. Es wäre deshalb voreilig, allein aus der Mitgliederzahl eines Ausschusses auf seine Bedeutung für die parlamentarische Arbeit schließen zu wollen.

In der folgenden Aufstellung sind die ständigen Ausschüsse, gegliedert nach ihrer Mitgliederzahl, für jede Wahlperiode seit 1949 zusammengestellt.

Hinweis

Namentlich genannt sind im **Datenhandbuch** die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- als weibliche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 3.11),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- als häufigste Redner im Plenum in Erscheinung getreten sind (Abschnitt 8.3),
- Erklärungen zur Abstimmung abgegeben haben (Abschnitt 8.16),
- als ostdeutsche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 7.7),
- bei den Beratungen des Bundestagshaushalts oder in den „Selbstverständnis-Debatten“ Vorschläge zur Parlamentsreform vorgetragen haben (Abschnitte 13.4 bzw. 13.5).

1. Wahlperiode (1949–53)

27 Mitglieder	21 Mitglieder		15 Mitglieder
A für Petitionen HaushaltsA A für Finanz- und Steuerfragen A für Wirtschaftspolitik A für Lastenausgleich A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten A für Heimatvertriebene A für Rechtswesen und Verfassungsrecht A gemäß Artikel 15 GG A für die Frage des Sitzes der Bundesorgane (HauptstadtA) WahlrechtsA ³⁾	A für Geschäftsordnung und Immunität A zum Schutz der Verfassung A für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten; (ab Juni 1953:) A für auswärtige Angelegenheiten A für gesamtdeutsche Fragen A für Berlin A für Außenhandelsfragen A für Wiederaufbau und Wohnungswesen A für Arbeit A für Sozialpolitik A für Angelegenheiten der inneren Verwaltung	A für Beamtenrecht A für Kriegsoffer- und Kriegsgefangenenfragen A für Verkehrswesen A für Fragen des Gesundheitswesens A für Kulturpolitik A für Kommunalpolitik ³⁾ A zur Mitberatung des EVG-Vertrages und der damit zusammenhängenden Abmachungen; (ab Januar 1953:) A für Fragen der europäischen Sicherheit ³⁾ A zur Beratung des Personalvertretungsgesetzes ³⁾	A für Geld und Kredit A für ERP-Fragen A für Post- und Fernmeldewesen A für Grenzlandfragen A für innergebietsliche Neuordnung A für Fragen der öffentlichen Fürsorge A für Jugendfürsorge A für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films ¹⁾
7 Mitglieder			
WahlprüfungsA OrganisationsA A für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutz A für Bau- und Bodenrecht A für Bücherei ²⁾			

¹⁾ ab Februar 1952: 21 Mitglieder

²⁾ 9 Mitglieder, ab 1952 Büchereibeirat

³⁾ Konstituierung erst im Laufe der Wahlperiode

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 6.5 sind seit 1949 gegenübergestellt:

- die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
- die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
- die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

2. Wahlperiode (1953–57)

31 Mitglieder	29 Mitglieder	23 Mitglieder	21 Mitglieder
A für Wirtschaftspolitik A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten A für Sozialpolitik ¹⁾	A für Petitionen A für auswärtige Angelegenheiten A für Fragen der europäischen Sicherheit; (ab Januar 1956:) A für Verteidigung A für Beamtenrecht A für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films A für Rechtswesen und Verfassungsrecht HaushaltsA A für Finanz- und Steuerfragen A für Arbeit A für Verkehrswesen A für Wiederaufbau und Wohnungswesen A für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen	A für Besatzungsfragen; (ab Dezember 1953:) A für Besatzungsfolgen A zum Schutze der Verfassung A für Angelegenheiten der inneren Verwaltung A für Kulturpolitik A für Kommunalpolitik A für Fragen des Gesundheitswesens A für Jugendfragen A für Lastenausgleich A für Außenhandelsfragen A für Sonderfragen des Mittelstandes A für Kriegspfer- und Heimkehrerfragen A für Heimatvertriebene	A für Atomfragen ²⁾
17 Mitglieder			
A für Wahlprüfung und Immunität A für Geschäftsordnung A für Fragen der öffentlichen Fürsorge A für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutz; (ab Dezember 1953:) A für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht	A für Geld und Kredit A gemäß Artikel 15 GG A für Post- und Fernmeldewesen A für Bau- und Bodenrecht A für Grenzlandfragen A für Fragen der Wiedergutmachung ²⁾		

¹⁾ bis November 1953: 27 Mitglieder

²⁾ Konstituierung erst im Laufe der Wahlperiode

Hinweis

Die Kommissionen des Ältestenrats mit ihren Vorsitzenden sind in Abschnitt 4.6 zusammengestellt.

3. Wahlperiode (1957–61)

29 Mitglieder		23 Mitglieder	17 Mitglieder
A für Petitionen	WirtschaftsA	A für Familien- und Jugendfragen	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
A für auswärtige Angelegenheiten	AußenhandelsA	A für Gesundheitswesen	A für Wiedergutmachung
A für gesamtdeutsche und Berliner Fragen	A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	A für Mittelstandsfragen	A für Lastenausgleich
A für Verteidigung	A für Sozialpolitik	A für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen	
A für Inneres	A für Arbeit	A für Heimatvertriebene	
A für Kulturpolitik und Publizistik	A für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen		
A für Kommunalpolitik und öffentliche Fürsorge	A für Wohnungswesen und Bodenrecht; (ab Dezember 1957:) A für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht		
RechtsA	A für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft		
HaushaltsA			
FinanzA			

4. Wahlperiode (1961–65)

27 Mitglieder		23 Mitglieder	15 Mitglieder
A für Petitionen	A für Sozialpolitik	A für Familien- und Jugendfragen	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
A für auswärtige Angelegenheiten	A für Arbeit	A für Gesundheitswesen	A für Wiedergutmachung
A für gesamtdeutsche und Berliner Fragen	A für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	A für Mittelstandsfragen	A für den Lastenausgleich
A für Verteidigung	A für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht; (ab Januar 1962:) A für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	A für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen	
A für Inneres	A für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	A für Heimatvertriebene	
A für Kulturpolitik und Publizistik	A für Entwicklungshilfe	A für wirtschaftlichen Besitz des Bundes	
A für Kommunalpolitik und Sozialhilfe			
RechtsA			
HaushaltsA			
FinanzA			
WirtschaftsA			
AußenhandelsA			
A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			

5. Wahlperiode (1965–69)

31 Mitglieder	27 Mitglieder	21 Mitglieder	13 Mitglieder
Auswärtiger A A für gesamtdeutsche und Berliner Fragen VerteidigungsA A für Kriegs- und Verfolgungsschäden HaushaltsA A für Wirtschaft und Mittelstandsfragen A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	PetitionsA InnenA A für Kommunalpolitik, Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen FinanzA ¹⁾ A für Sozialpolitik A für Arbeit	A für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik A für Familien- und Jugendfragen A für Gesundheitswesen RechtsA VerkehrsA	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung A für Entwicklungshilfe PostA A für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge A für das Bundesvermögen

¹⁾ ab Juni 1963: 31 Mitglieder

6. Wahlperiode (1969–72)

33 Mitglieder	29 Mitglieder ²⁾	25 Mitglieder	17 Mitglieder
Auswärtiger A Finanza HaushaltsA ¹⁾ A für Wirtschaft A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten A für Arbeit und Sozialordnung ¹⁾	InnenA ²⁾ VerteidigungsA ²⁾ A für Jugend, Familie und Gesundheit ²⁾	PetitionsA RechtsA A für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen A für Städtebau und Wohnungswesen A für innerdeutsche Beziehungen A für Bildung und Wissenschaft	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung A für wirtschaftliche Zusammenarbeit

¹⁾ ab November 1970: 37 Mitglieder

²⁾ ab November 1970: 25 Mitglieder

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das *Datenhandbuch* Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

7. Wahlperiode (1972–76)

33 Mitglieder	27 Mitglieder	19 Mitglieder	17 Mitglieder
Auswärtiger A FinanzA HaushaltsA	PetitionsA InnenA RechtsA A für Wirtschaft A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten A für Arbeit und Sozialordnung VerteidigungsA A für Jugend, Familie und Gesundheit A für Verkehr ¹⁾ A für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau A für Bildung und Wissenschaft	A für innerdeutsche Beziehungen A für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen ²⁾ A für wirtschaftliche Zusammenarbeit	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung SportA

¹⁾ ab Juni 1974: A für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen mit 33 Mitgliedern

²⁾ ab Juni 1974: A für Forschung und Technologie mit 17 Mitgliedern

8. Wahlperiode (1976–80)

33 Mitglieder	31 Mitglieder	27 Mitglieder	23 Mitglieder
Auswärtiger A HaushaltsA A für Arbeit und Sozialordnung	FinanzA A für Wirtschaft A für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	PetitionsA InnenA RechtsA A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten VerteidigungsA A für Familie, Jugend und Gesundheit A für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau A für Bildung und Wissenschaft	A für innerdeutsche Beziehungen A für wirtschaftliche Zusammenarbeit
17 Mitglieder	13 Mitglieder		
SportA A für Forschung und Technologie	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung		

9. Wahlperiode (1980–83)

33 Mitglieder	31 Mitglieder	27 Mitglieder	25 Mitglieder
Auswärtiger A HaushaltsA A für Arbeit und Sozialordnung	FinanzA A für Wirtschaft	PetitionsA InnenA RechtsA A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten VerteidigungsA A für Verkehr A für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	A für Jugend, Familie und Gesundheit A für innerdeutsche Beziehungen A für Forschung und Technologie A für Bildung und Wissenschaft A für wirtschaftliche Zusammenarbeit
13 Mitglieder			
A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung SportA A für das Post- und Fernmeldewesen			

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

10. Wahlperiode (1983–87)

37 Mitglieder	35 Mitglieder	33 Mitglieder	29 Mitglieder
HaushaltsA	Auswärtiger A A für Arbeit und Sozialordnung	InnenA FinanzA A für Wirtschaft	PetitionsA
27 Mitglieder	25 Mitglieder	23 Mitglieder	19 Mitglieder
RechtsA A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten VerteidigungsA A für Verkehr A für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	A für Jugend, Familie und Gesundheit ¹⁾ A für innerdeutsche Beziehungen A für Forschung und Technologie A für wirtschaftliche Zusammenarbeit	A für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ²⁾	A für Bildung und Wissenschaft
13 Mitglieder			
A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung SportA A für das Post- und Fernmeldewesen			

1) bis Juni 1983: 19 Mitglieder; ab Juni 1986: A für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

2) ab Juni 1986

Hinweis

Unterlagen zum Thema „Ausschüsse“ werden außerhalb des Kapitels 9 noch in folgenden Abschnitten des **Datenhandbuchs** vorgelegt:

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Ausschußvorsitzenden)
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Liste der jüngsten Ausschußvorsitzenden)
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin (mit statistischen Angaben über die in Berlin durchgeführten Ausschußsitzungen)
- 7.8 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung (mit einer Liste der aus den östlichen Bundesländern stammenden Ausschußvorsitzenden)
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit der Angabe des Zeitplans, welche Tage in den Sitzungswochen den Ausschüssen vorbehalten sind)
- 11.9 Vermittlungsverfahren (mit einer Aufstellung der Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses)
- 12.5 Minderheitenrechte (mit einer Aufstellung der Minderheitenrechte in den Ausschüssen)
- 17 Petitionen mit Angaben zur Erledigung der Eingaben durch den Petitionsausschuß

11. Wahlperiode (1987–90)

39 Mitglieder	37 Mitglieder	35 Mitglieder	33 Mitglieder
A Deutsche Einheit ¹⁾	Auswärtiger A HaushaltsA	A für Arbeit und Sozial- ordnung	InnenA FinanzA A für Wirtschaft
31 Mitglieder	29 Mitglieder	27 Mitglieder	25 Mitglieder
A für Jugend, Familie, Frauen und Gesund- heit A für Verkehr A für Umwelt, Natur- schutz und Reaktor- sicherheit	PetitionsA VerteidigungsA	RechtsA A für Ernährung, Land- wirtschaft und Forsten A für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau A für Forschung und Technologie ²⁾	A für innerdeutsche Beziehungen A für wirtschaftliche Zusammenarbeit
19 Mitglieder	17 Mitglieder	13 Mitglieder	
A für Bildung und Wissenschaft	SportA	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung A für das Post- und Fernmeldewesen ³⁾	

¹⁾ ab 11. Mai 1990

²⁾ ab 16. November 1989: A für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

³⁾ ab 28. September 1989: A für Post und Telekommunikation

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

12. Wahlperiode (1990–94¹⁾)

39 + 2 Mitglieder	37 + 2 Mitglieder	35 + 2 Mitglieder	33 + 2 Mitglieder
Auswärtiger A InnenA FinanzA A für Wirtschaft A für Verkehr A für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	HaushaltsA	A für Arbeit und Sozialordnung VerteidigungsA	A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten A für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung A für wirtschaftliche Zusammenarbeit
31 + 2 Mitglieder	29 + 2 Mitglieder	27 + 2 Mitglieder	17 + 2 Mitglieder
PetitionsA	A für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau A für Bildung und Wissenschaft	RechtsA A für Familie und Senioren A für Gesundheit A für Frauen und Jugend	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung SportA A für Post und Telekommunikation A für Fremdenverkehr

¹⁾ Zur Schreibweise „39 + 2“ Mitglieder usw.: Die erste Zahl gibt die am 30. Januar 1991 vom Bundestag beschlossene Mitgliederzahl der Ausschüsse an; in „+ 2“ Mitglieder drückt sich der Beschluß des Bundestages vom 21. Februar 1991 aus, den beiden Gruppen PDS/Linke Liste sowie BÜNDNIS 90/GRÜNE je ein Mitglied zuzuerkennen.

Hinweis

Aspekte des Themenbereichs Plenum, Plenarsitzungen und Plenardebatten werden außerhalb des Kapitels 8 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 1.25 Tag der Konstituierung
- 2.15 Zeitbudget der Abgeordneten
- 4.8 Alterspräsidenten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

41 Mitglieder	39 Mitglieder	32 Mitglieder	17 Mitglieder
HaushaltsA	Auswärtiger A InnenA FinanzA A für Wirtschaft A für Arbeit und Sozialordnung VerteidigungsA A für Familie, Senioren, Frauen und Jugend A für Verkehr A für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit A für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung A für die Angelegenheiten der Europäischen Union	PetitionsA RechtsA A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten A für Gesundheit A für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau A für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung SportA A für Post und Telekommunikation A für Fremdenverkehr und Tourismus

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Befragungen und Veröffentlichungen von Abgeordneten zu ihrem Selbstverständnis sind in den vorangegangenen Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

Die Statistik der Plenarsitzungen findet sich in Abschnitt 8.3.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Die Entwicklung der Entschädigung (Diäten) und der Kostenpauschalen der Abgeordneten ist in Abschnitt 20.3 dargestellt.

Im Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – ist versucht worden, einen Maßstab für die Inanspruchnahme der Abgeordneten durch die vielfältige Gremienarbeit zu entwickeln.

Die Arbeitssituation der Abgeordneten und mögliche Reformen kommen sowohl in den jährlichen Beratungen des Bundestagshaushalts (Abschnitt 13.4) als auch in den gelegentlichen „Selbstverständnis-Debatten“ des Bundestages (Abschnitt 13.5) zur Sprache.

Über die Beschäftigung von Abgeordneten-Mitarbeitern informiert Abschnitt 20.8.

Ausschußsitze im Verhältnis zur Zahl der Abgeordneten

Mit – statistisch gesehen – 1,8 Ausschußsitzen fiel in der 1. Wahlperiode (1949–53) die höchste Zahl auf einen Abgeordneten. In der 6. und 7. Wahlperiode sank diese Durchschnittszahl auf die Hälfte. Alle Einzelheiten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Wahlperiode	Berechnung der Zahl der Ausschußsitze (Stand bei Beginn der Wahlperiode)			Zahl der Ausschußsitze insgesamt	Zahl der Abgeordneten	Verhältnis der Zahl der Abgeordneten zur Zahl der Ausschußsitze	auf einen Abgeordneten entfielen im Durchschnitt... Ausschußsitze
	Zahl der Ausschüsse	mit... Mitgliedern	= Ausschußsitze				
1. WP 1949–53	10	27	270	742	410	410:742	1,8
	15	21	315				
	8	15	120				
	1	9	9				
	4	7	28				
2. WP 1953–57	2	31	62	866	509	509:866	1,7
	12	29	348				
	1	27	27				
	12	23	276				
	9	17	153				
3. WP 1957–61	18	29	522	688	519	519:688	1,3
	5	23	115				
	3	17	51				
4. WP 1961–65	19	27	513	696	521	521:696	1,3
	6	23	138				
	3	15	45				
5. WP 1965–69	7	31	217	549	518	518:549	1,1
	6	27	162				
	5	21	105				
	5	13	65				
6. WP 1969–72	6	33	198	469	518	518:469	0,9
	3	29	87				
	6	25	150				
	2	17	34				
7. WP 1972–76	3	33	99	487	518	518:487	0,9
	11	27	297				
	3	19	57				
	2	17	34				

Hinweis

Im Abschnitt 2.15 ist eine noch realistischere Berechnung der durchschnittlichen Belastung des einzelnen Abgeordneten versucht worden, indem nicht nur die Zahl der Ausschußsitze, sondern zu besetzende Sitze von zahlreichen weiteren Gremien einbezogen wurden.

Wahlperiode	Berechnung der Zahl der Ausschußsitze (Stand bei Beginn der Wahlperiode)			Zahl der Ausschußsitze insgesamt	Zahl der Abgeordneten	Verhältnis der Zahl der Abgeordneten zur Zahl der Ausschußsitze	auf einen Abgeordneten entfielen im Durchschnitt... Ausschußsitze
	Zahl der Ausschüsse	mit... Mitgliedern	= Ausschußsitze				
8. WP 1976–80	3	33	99	501	518	518:501	1,0
	3	31	93				
	8	27	216				
	2	23	46				
	2	17	34				
1	13	13					
9. WP 1980–83	3	33	99	514	519	519:514	1,0
	2	31	62				
	7	27	189				
	5	25	125				
3	13	39					
10. WP 1983–87	1	37	37	528	520	528:520	1,0
	2	35	70				
	3	33	99				
	1	29	29				
	5	27	135				
	4	25	100				
	1	19	19				
3	13	39					
11. WP 1987–90	2	37	74	579	519	579:519	1,1
	1	35	35				
	3	33	99				
	3	31	93				
	2	29	58				
	4	27	108				
	2	25	50				
	1	19	19				
	1	17	17				
2	13	26					
12. WP ¹⁾ 1990–94	6	41	246	751	662	751:662	1,1
	1	39	39				
	2	37	74				
	3	35	105				
	1	33	33				
	2	31	62				
	4	29	116				
	4	19	76				

¹⁾ In der 12. Wahlperiode wird die Zahl der Ausschußsitze nicht für den Stand bei Beginn der Wahlperiode angegeben, sondern beim Stand vom 21. Februar 1991. An diesem Tage faßte der Bundestag den Beschluß, daß die beiden Gruppen PDS/Linke Liste sowie BÜNDNIS 90/GRÜNE berechtigt sind, für jeden Fachausschuß jeweils ein ordentliches (und ein stellvertretendes) Mitglied zu benennen und daß sich die am 30. Januar 1991 beschlossene Mitgliederzahl der Ausschüsse entsprechend erhöht.

Wahlperiode	Berechnung der Zahl der Ausschußsitze (Stand bei Beginn der Wahlperiode)			Zahl der Ausschußsitze insgesamt	Zahl der Abgeordneten	Verhältnis der Zahl der Abgeordneten zur Zahl der Ausschußsitze	auf einen Abgeordneten entfielen im Durchschnitt... Ausschußsitze
	Zahl der Ausschüsse	mit... Mitgliedern	= Ausschußsitze				
13. WP 1994– ²⁾	1	41	41	730	672	730:662	1,1
	11	39	429				
	6	32	192				
	4	17	68				

²⁾ Stand: 31. August 1997

9.6 Zusammensetzung der Ausschüsse

Aus gutem Grund haben sich Parlamentsforscher immer wieder dafür interessiert, welche Berufs- oder Verbandsfärbung bestimmte Ausschüsse des Bundestages aufweisen. Da die Hauptarbeit des Parlaments neben den Fraktionen in den ständigen Ausschüssen geleistet wird und da besonders die Gesetzesberatung in der Regel hier ihre endgültige Fassung findet, liegt es nahe, daß Inhaber bestimmter Berufe oder Vertreter bestimmter Interessen zu denjenigen Ausschüssen streben, die ihnen als Experten und/oder Lobbyisten nahestehen und wichtig sind. Damit soll – beispielsweise bei Regierungsvorlagen – sichergestellt werden, daß die schon im vorparlamentarischen Raum ausgehandelten Kompromisse und Vorlagen den Bundestag möglichst unverändert passieren.

Bedauerlicherweise liegen Untersuchungen meist nur für einzelne Wahlperioden vor, und ihre Methodik und ihr Erkenntnisinteresse sind nicht immer vergleichbar. Dennoch läßt sich den Arbeiten auf jeden Fall entnehmen, daß „Verbandsinseln“ durchaus real sind. Es läßt sich nur nicht nachweisen, in welche Richtung etwaige Entwicklungen laufen.

Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse von Untersuchungen zur Zusammensetzung der Bundestagsausschüsse zitiert und zwar

- die Verbandsdichte aller Ausschüsse (in der 7. und 8. Wahlperiode),
- die Verbandsfärbung ausgewählter Ausschüsse (ebenfalls in der 7. und 8. Wahlperiode),
- die berufliche Zusammensetzung aller Ausschüsse (in der 10. Wahlperiode) und
- die Interessenbindung der Vorsitzenden ausgewählter Ausschüsse (in der 1. bis 10. Wahlperiode).*)

*) Weitere Untersuchungen zur Verbandsdichte der Ausschüsse liegen vor für die 3. Wahlperiode (1957–61): *Gerhard Loewenberg*, *Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*. Tübingen 1969 (hier: S. 242–243); für die 7.–10. Wahlperiode (1972–87): *Ferdinand Müller-Rommel*, *Interessengruppenvertretung im Deutschen Bundestag*. In: *US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich*. Hrsg. von *Uwe Thaysen, Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 300–323.

Vgl. zum Thema auch *Rudolf Steinberg*, *Parlament und organisierte Interessen*. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 217–259.

Verbandsdichte der Ausschüsse (7. und 8. Wahlperiode)*)

Die nebenstehende Tabelle zeigt, daß die einzelnen Ausschüsse des Bundestages eine sehr unterschiedliche Verbandsdichte aufweisen können. Wesentlich über dem Mittelwert liegen in der 7. Wahlperiode der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und in der 8. Wahlperiode der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, die somit als besonders markante „Verbandsinseln“ bezeichnet werden können.

¹⁾ Für diese Ausschüsse ist deren Verbandsfärbung im folgenden Unterabschnitt näher aufgeschlüsselt.

^{*)} Quelle: *Jürgen Weber*, Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. 2. überarb. u. erw. Auflage München 1981. S. 314–315. Der Autor beschränkt die empirische Erhebung „auf die Verbandsvertreter im engeren Sinne“, d. h. es werden nur Abgeordnete berücksichtigt, „die Funktionen in einem Verband ausüben oder ausgeübt haben, sei es in hauptberuflicher oder ehrenamtlicher Tätigkeit“; bloße Mitgliedschaft in einem Verband zählt nicht.

	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Verbandsdichte (in%) von		
Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	41,2	38,5
Petitionsausschuß	55,5 ¹⁾	51,9 ¹⁾
Auswärtiger Ausschuß	33,4	36,4
Innenausschuß	40,7	37,0
Sportausschuß	29,4	35,3
Rechtsausschuß	25,9	18,5
Finanzausschuß	27,3	41,9
Haushaltsausschuß	33,3	30,3 ¹⁾
Ausschuß für Wirtschaft	59,3 ¹⁾	38,7 ¹⁾
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	77,8¹⁾	63,0 ¹⁾
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	70,4 ¹⁾	75,8¹⁾
Verteidigungsausschuß	29,6	33,3
Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit	63,0 ¹⁾	55,6 ¹⁾
Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	18,2	35,5
Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	44,4	51,9
Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen	36,8	56,5
Ausschuß für Forschung und Technologie	23,5	17,6
Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	33,3	33,3
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit	31,6	47,8
Mittelwert für alle Ausschüsse	41,3	42,0

Hinweis

Zum Thema Lobbyismus enthält das *Datenhandbuch* Angaben auch in folgenden Abschnitten:

- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 9.8 Öffentliche Anhörungen (mit dem Unterabschnitt „Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter“)
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände

Verbandsfärbung ausgewählter Ausschüsse (7. und 8. Wahlperiode)*)

Nicht allein die „Verbandsdichte“ ist für die Zusammensetzung einzelner Ausschüsse von Interesse, sondern auch die Frage, inwieweit eine deutlich einseitige Verbandsfärbung zu erkennen ist oder ob eine breite Streuung von verschiedenen Verbandsvertretern vorliegt. *Jürgen Weber* hat deshalb eine Reihe von Ausschüssen in dieser Richtung genauer untersucht und folgendes festgestellt:

Im **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** dominieren mit 44,4% eindeutig die Vertreter der Landwirtschaft, die in ihrer überwiegenden Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion angehören.

- 1) 7. WP: Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD, Frauenverbände, Kommunalverbände, Kirche
8. WP: Bayerischer Gemeindetag, Frauenvereinigung der CDU, Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD
2) darunter vier Landwirte

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der Mitglieder	27	27
davon (in %) Vertreter von		
– Arbeitnehmerorganisationen	14,8	7,4
– Verbänden der Landwirtschaft	44,4	44,4
– sonstigen Verbänden ¹⁾	18,5	11,4
davon (in %) Abgeordnete ohne Verbandsfunktion	22,2	37,0 ²⁾

Im **Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung** dominieren mit 44,4% bzw. 42,4% die Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen, die sich bei der SPD-Fraktion aus Funktionären des DGB und bei der CDU/CSU-Fraktion aus Funktionären der Christlichen Gewerkschaften rekrutieren.

- 3) 7. WP: Geschädigtenverbände, Frauenverbände
8. WP: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Reichsbund, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Verband der Heimkehrer

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der Mitglieder	27	33
davon (in %) Vertreter von		
– Arbeitnehmerorganisationen	44,4	42,4
– Wirtschaftsverbänden	11,1	15,2
– sonstigen Verbänden ³⁾	14,8	15,2
davon (in %) Abgeordnete ohne Verbandsfunktion	29,6	27,3

*) Quelle: *Jürgen Weber*, a. a. O. S. 318–319.

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das **Datenhandbuch** Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Im **Ausschuß für Wirtschaft** verfügen zumindest in der 7. Wahlperiode die Vertreter von Wirtschaftsverbänden (insbesondere CDU/CSU-Abgeordnete) über einen leichten Vorsprung gegenüber Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen (DGB-Funktionäre bzw. SPD-Abgeordnete). In der 8. Wahlperiode ist zwar eine überraschende „Verbandsverdünnung“ eingetreten, doch ist zu berücksichtigen, daß fünf Abgeordnete ohne Verbandsfunktion Manager bzw. Unternehmer sind.

Ausschuß für Wirtschaft	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der Mitglieder	27	31
davon (in %) Vertreter von		
– Arbeitnehmerorganisationen	25,9	22,6
– Wirtschaftsverbänden	33,3	12,9
– sonstigen Verbänden	–	3,2 ⁴⁾
davon (in %) Abgeordnete ohne Verbandsfunktion	40,7	61,3 ⁵⁾

⁴⁾ Verband kommunaler Unternehmer

⁵⁾ darunter fünf Unternehmer bzw. Manager, ein Vorstandsmitglied der VEBA und ehemaliger Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU

Der **Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit** liegt zwar hinsichtlich der Verbandsdichte über dem Mittelwert, doch weist er keine Merkmale einer „Verbandsinsel“ auf, sondern spiegelt „die Vielfalt der Beziehungen wider, die zwischen Abgeordneten und gesellschaftlichen Gruppen bestehen“ (*Weber*).

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der Mitglieder	27	27
davon (in %) Vertreter von		
– Jugend-, Frauen- und Familienverbänden	14,8	7,4
– Arbeitnehmerorganisationen	25,9	22,2
– sonstigen Verbänden ⁷⁾	25,9	25,9
davon (in %) Abgeordnete ohne Verbandsfunktion	33,3	44,4

⁷⁾ 7. WP: Wohlfahrtsverbände, Sportverbände, Kommunalverbände

8. WP: Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Katholische Landjugendbewegung, Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, Deutsche Sportkonferenz, Deutsche Krankenhausgesellschaft

Hinweis

Unterlagen zum Thema „Ausschüsse“ werden außerhalb des Kapitels 9 noch in folgenden Abschnitten des **Datenhandbuchs** vorgelegt:

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Ausschußvorsitzenden)
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Liste der jüngsten Ausschußvorsitzenden)
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin (mit statistischen Angaben über die in Berlin durchgeführten Ausschußsitzungen)
- 7.8 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung (mit einer Liste der aus den östlichen Bundesländern stammenden Ausschußvorsitzenden)
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit der Angabe des Zeitplans, welche Tage in den Sitzungswochen den Ausschüssen vorbehalten sind)
- 11.9 Vermittlungsverfahren (mit einer Aufstellung der Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses)
- 12.5 Minderheitenrechte (mit einer Aufstellung der Minderheitenrechte in den Ausschüssen)
- 17 Petitionen mit Angaben zur Erledigung der Eingaben durch den Petitionsausschuß

Auch für den **Haushaltsausschuß** und für den **Petitionsausschuß** läßt sich das gleiche feststellen wie für den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit.

Haushaltsausschuß	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der Mitglieder	33	33
davon (in %) Vertreter von		
– Arbeitnehmerorganisationen	•	6,0
– Wirtschaftsverbänden	•	3,0
– sonstigen Verbänden	•	21,2 ⁶⁾
davon (in %) Abgeordnete ohne Verbandsfunktion	•	69,7

6) Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen, Frauenvereinigung der CDU, Kolping-Werk, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Deutscher Siedlerbund, Bundesjugendring

Petitionsausschuß	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der Mitglieder	27	27
davon (in %) Vertreter von		
– Arbeitnehmerorganisationen	25,9	25,9
– Wirtschaftsverbänden	–	7,4
– Frauenverbänden	11,1	–
– sonstigen Verbänden ⁸⁾	22,2	18,5
davon (in %) Abgeordnete ohne Verbandsfunktion	40,7	48,2

8) 7. WP: Journalistenverbände, Steuerberaterkammer, Kommunalverbände, Landwirtschaftsverbände, Vertriebenenverbände
8. WP: Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU, Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bayerischer Fußballverband

Berufliche Zusammensetzung aller Ausschüsse (10. Wahlperiode)*)

Erstmals liegt zumindest für eine Wahlperiode eine Aufgliederung der ständigen Ausschüsse nach den Berufen ihrer Mitglieder vor. Daraus lassen sich zahlreiche, zum Teil überraschende Feststellungen treffen:

- Abgesehen davon, daß die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst in den meisten Ausschüssen dominieren, ist ihr Anteil im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen und im Innenausschuß am stärksten (am geringsten im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung).
- Relativ am stärksten ist die Berufsgruppe der Gewerkschaftsangestellten einschließlich freigestellter Arbeitnehmervertreter im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung vertreten.
- Angestellte in der Wirtschaft sind relativ am häufigsten im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft anzutreffen.
- Bei den Freiberuflern und Selbständigen fällt zweierlei auf: der hohe Anteil von Rechtsanwälten und Notaren im Rechtsausschuß (knapp 60% der Mitglieder) und der hohe Anteil überwiegend selbständiger Landwirte im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (rund 55% der Mitglieder).

Auch bei der Untersuchung der Ausschußzusammensetzung nach Berufen lassen sich somit einseitige Interessenfärbungen erkennen.

*) Quelle: *Wolfgang Ismayr*, Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze. Opladen 1992. S.215–218 anhand von Unterlagen von *Heino Kaack*. Die bei *Ismayr* veröffentlichte Statistik ist zwecks besserer Übersicht in den Berufskategorien gestrafft worden. Außerdem wurden anstelle der absoluten Zahlen die Prozentwerte errechnet.

Ausschüsse der 10. Wahlperiode (1983–87)	Gesamt- zahl der Mitglie- der	davon in %				
		Beamte und Ange- stellte im öffentlichen Dienst ¹⁾	Angestellte von Parteien, Fraktionen und Gewerk- schaften ²⁾	Angestellte in der Wirtschaft usw. ³⁾	Freibe- rufler und Selbstän- dige ⁴⁾	Arbeiter, Sonstige ⁵⁾
Ausschuß für Wahl- prüfung, Immunität und Geschäftsordnung	13	53,8	7,7	15,4	23,1	–
Petitionsausschuß	29	41,4	6,9	17,2	24,1	10,3
Auswärtiger Ausschuß	35	45,7	8,6	–	37,1	8,6
Innenausschuß	33	57,6	6,1	15,2	21,2	–
Sportausschuß	13	38,5	23,1	7,7	30,8	–
Rechtsausschuß	27	37,0	–	–	59,3 ⁸⁾	3,7
Finanzausschuß	33	36,4	3,0	9,1	48,5	3,0
Haushaltsausschuß	37	43,2	13,5	5,4	27,0	10,8
Ausschuß für Wirtschaft	33	30,3	9,1	15,2	39,4	6,1
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	27	22,2	11,1	11,1	55,6 ⁹⁾	–
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	35	20,0	28,6 ¹⁰⁾	14,3	25,7	11,4
Verteidigungsausschuß	27	33,3	7,4	11,1	37,0	11,1
Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	25	24,0	16,0	20,0	32,0	8,0
Ausschuß für Verkehr	27	29,6	22,2	18,5	25,9	3,7
Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen	13	38,5	7,7	23,1	23,1	7,7
Ausschuß für Raum- ordnung, Bauwesen und Städtebau	27	33,3 ⁶⁾	18,5	14,8	29,6	3,7
Ausschuß für inner- deutsche Beziehungen	25	60,0	8,0	8,0	24,0	–
Ausschuß für Forschung und Technologie	25	36,0 ⁷⁾	16,0	12,0	36,0	–
Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	19	36,8	10,5	36,8	15,8	–
Ausschuß für wirtschaft- liche Zusammenarbeit	25	56,0	12,0	12,0	16,0	4,0

¹⁾ ²⁾ ³⁾ usw.: Fußnoten auf der rechten Seite

Interessenbindung der Vorsitzenden ausgewählter Ausschüsse (1.–10. Wahlperiode)*)

Bei der Untersuchung der gesellschaftlichen Positionen, die die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse für Wirtschaft, Finanzen, Haushalt sowie von Arbeit und Sozialordnung vor Mandatsantritt innehatten und weiter ausübten, ist *Bernhard Weßels* vor allem aufgefallen, daß hier in den ersten zehn Wahlperioden des Bundestages „lediglich Repräsentanten aus Wirtschaft und Arbeitswelt anzutreffen sind“.

Aus der Tabelle auf der folgenden Seite geht u. a. hervor:

- Unter den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der genannten Ausschüsse dominieren zeitweise erheblich die Unternehmer, Manager und Vertreter von Unternehmerverbänden.
- Leitende Gewerkschaftsfunktionäre sind bis zur 6. Wahlperiode (1969–72) nur zu einem wesentlich geringeren Anteil bei der Besetzung des Ausschußvorsitzes berücksichtigt worden.
- Eine gewisse Angleichung ist erst ab 1972 festzustellen und zwar dadurch, daß der Anteil der Wirtschaftsvertreter sich reduziert hat.
- Entsprechend ist seit 1969/1972 der Anteil der Ausschußvorsitzenden und ihrer Vertreter gestiegen, die keine Interessenbindung an die Wirtschaft oder an die Arbeitswelt aufweisen.

Fußnoten für Seite 2114:

- 1) einschließlich Lehrer und Wissenschaftler im öffentlichen Dienst
 - 2) einschließlich freigestellter Arbeitnehmervertreter
 - 3) Angestellte von Wirtschaftsorganisationen, von Organisationen und Institutionen im kirchlichen, sozialen und Bildungsbereich, Angestellte in Industrie, Handel, Dienstleistung und Gewerbe
 - 4) Rechtsanwälte/Notare, Unternehmer, selbständiger Mittelstand, leitende Angestellte, selbständige Landwirte, Redakteure, Journalisten, Verleger, Publizisten sowie sonstige Freiberufler
 - 5) angestellte Handwerker, Hausfrauen, Rentner, ungeklärte berufliche Stellung
 - 6) ausschließlich Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst
 - 7) ausschließlich Lehrer und Wissenschaftler im öffentlichen Dienst
 - 8) ausschließlich Rechtsanwälte und Notare
 - 9) überwiegend selbständige Landwirte
 - 10) ausschließlich Angestellte von Gewerkschaften sowie freigestellte Arbeitnehmervertreter
- *) Quelle: *Bernhard Weßels*, Kommunikationspotentiale zwischen Bundestag und Gesellschaft: Öffentliche Anhörungen, informelle Kontakte und innere Lobby in wirtschafts- und sozialpolitischen Parlamentsausschüssen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 285–311 (hier: S. 300–309).

Hinweis

Unterlagen zum Thema „Ausschüsse“ werden außerhalb des Kapitels 9 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des **Datenhandbuchs** vorgelegt, so in Abschnitt

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Ausschußvorsitzenden)
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Liste der jüngsten Ausschußvorsitzenden)
- 7.3 Präsenz des Bundestags in Berlin (mit statistischen Angaben über die in Berlin durchgeführten Ausschußsitzungen)
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit der Angabe des Zeitplans, welche Tage in den Sitzungswochen den Ausschüssen vorbehalten sind)
- 11.9 Vermittlungsverfahren (mit einer Aufstellung der Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses)
- 12.5 Minderheitenrechte (mit einer Aufstellung der Minderheitenrechte in den Ausschüssen)

Wahlperiode	Zahl der Positionen ¹⁾	davon					
		Unternehmer, Manager, Vertreter von Unternehmerverbänden		leitende Gewerkschaftsfunktionäre		keines von beiden	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1. WP 1949–53	14	4	28,6	2	14,3	8	57,1
2. WP 1953–57	11	4	36,4	1	9,1	6	54,5
3. WP 1957–61	12	5	41,7	1	8,3	6	50,0
4. WP 1961–65	12	6	50,0	1	8,3	5	41,7
5. WP 1965–69	12	7	58,3	1	8,3	4	33,4
6. WP 1969–72	10	3	30,0	1	10,0	6	60,0
7. WP 1972–76	10	1	10,0	1	10,0	8	80,0
8. WP 1976–80	11	3	27,3	2	18,2	6	54,5
9. WP 1980–83	17	3	17,7	3	17,7	11	64,6
10. WP ²⁾ 1983–87	9	1	11,1	0	0,0	8	88,9

1) Gezählt wurden alle Besetzungen, also auch Nachbesetzungen während der Wahlperiode.

2) Untersuchung bricht mit dem Jahr 1985 ab.

9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse: Bibliographie

Die ständigen Ausschüsse oder „Fachausschüsse“ des Bundestages weisen hinsichtlich ihrer Organisation und Arbeitsweise erhebliche Unterschiede auf. Diese hängen hauptsächlich davon ab, in welcher Weise das Parlament die einzelnen Politikbereiche behandelt – ob mehr durch detaillierte und zum Teil vertrauliche Beratungen oder mehr durch eine Fülle gesetzgeberischer Arbeit. Auch besondere Zuständigkeiten einzelner Ausschüsse bewirken entsprechende Differenzierungen.

Über eine Reihe von Fachausschüssen des Bundestages liegen monographische Darstellungen vor, die in der folgenden Spezialbibliographie zusammengefaßt sind. Nicht aufgenommen wurden politi-

tische Tätigkeitsberichte, die von einzelnen Ausschüssen zum Abschluß einer Wahlperiode veröffentlicht werden.

Ausschuß	Titel der Darstellung
Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	<p><i>Szmula, Volker</i>, Die Arbeit des Geschäftsordnungsausschusses. Aufgabe und Bedeutung eines Bundestagsausschusses. Heidelberg, Diss. 1970.</p> <p><i>Szmula, Volker</i>, Art. „Geschäftsordnungsausschuß“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i>. München 1970. S. 167–168.</p> <p><i>Schulte, Manfred</i> und <i>Wolfgang Zeh</i>, Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von <i>Hans-Peter Schneider</i> und <i>Wolfgang Zeh</i>. Berlin, New York 1989. S. 1161–1181.</p>
Petitionsausschuß	<p><i>Orgaß, Gerhard</i>, Ein parlamentarischer Hinterhof? Der Petitionsausschuß im Gefüge des Bundestages. In: Der Bundestag von innen gesehen. Hrsg. von <i>Emil Hübner</i>, <i>Heinrich Oberreuter</i>, <i>Heinz Rausch</i>. München 1969. S. 254–260.</p> <p><i>Jäckel, Hartmut</i>, Art. „Petitionsausschuß“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i>. München 1970. S. 384–386.</p> <p><i>Pietzner, Rainer</i>, Petitionsausschuß und Plenum. Zur Delegation von Plenarzuständigkeiten. Mit Gesetzestexten und Materialien zum Petitionsverfahren. Berlin 1974.</p> <p><i>Vonderbeck, Hans-Josef</i>, Zur Entwicklung des parlamentarischen Petitionsrechts von den Anfängen bis zur jüngsten Neuregelung für den Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 6. 1975. H. 2. S. 178–187.</p> <p><i>Rohlf, Dietwalt</i>, Erweiterte Befugnisse für den Petitionsausschuß des Bundestages. In: Juristenzeitung. Jg. 31. 1976. H. 11/12. S. 359–363.</p> <p><i>Walz, Dieter</i>, Der Wehrbeauftragte und der Petitionsausschuß als Petitionsinstanzen des Soldaten. In: Neue Zeitschrift für Wehrrecht. Jg. 21. 1979. H. 6. S. 201–214.</p> <p><i>Schmitt-Vockenhausen, Monika</i>, Die Unzulässigkeit des Vorprüfungsverfahrens bei der Behandlung von Petitionen an den Bundestag durch die Zentralstelle für Petitionen. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 35. 1980. H. 13. S. 522–525.</p> <p><i>Reckzeh, Wolf-Hartmut</i>, Zur Behandlung von Soldateneingaben durch den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages. In: Bundeswehrverwaltung. Jg. 26. 1982. H. 6. S. 127–131.</p> <p><i>Roll, Hans-Achim</i>, Zur Vorprüfung von Petitionen an den Bundestag durch die Zentralstelle für Petitionen und Eingaben. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 1. S. 21–24.</p> <p><i>StaiGIS, Armin</i>, Vorschläge, Anregungen, Gesuche, Forderungen, Beschwerden. Die Rechte und Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. In: Information für die Truppe. Jg. 1982. H. 7. S. 87–93.</p> <p><i>Stöhr, Claudia</i>, Anhörungen vor dem Petitionsausschuß als Kontrollinstrument der Opposition? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 20. 1989. H. 1. S. 87–94.</p> <p><i>Vitzthum, Wolfgang Graf</i> und <i>Wolfgang März</i>, Der Petitionsausschuß. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von <i>Hans-Peter Schneider</i> und <i>Wolfgang Zeh</i>. Berlin, New York 1989. S. 1221–1244.</p> <p>Allgemeine Literatur zum Petitionsrecht ist in dieser Aufstellung nicht enthalten.</p>

Ausschuß	Titel der Darstellung
Auswärtiger Ausschuß	<p><i>Weichert, Jürgen C.</i>, Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. In: Außenpolitik. Jg. 11. 1960. H. 9. S. 618–627.</p> <p><i>Wilker, Lothar</i>, Art. „Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i>. München 1970. S. 39–40.</p> <p><i>Patz, Günther</i>, Parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik. Fallstudien zur politischen Bedeutung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Meisenheim am Glan 1976.</p> <p><i>Schweitzer, Carl-Christoph</i>, Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestags im außenpolitischen Entscheidungssystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1980. B 19. S. 3–24.</p> <p><i>Nolte, Detlef</i>, Der Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 4. S. 560–563.</p>
Innenausschuß	<p><i>Thaysen, Uwe</i>, Art. „Innenausschuß“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i>. München 1970. S. 208–211.</p> <p><i>Sträter, Ludwig</i>, Arbeitsgruppen des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zur parlamentarischen Praxis. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 1. S. 27–36.</p> <p><i>Bernrath, Hans Gottfried</i>, Die europarechtlichen Schwerpunktbereiche in der parlamentarischen Arbeit des Innenausschusses. In: Der Deutsche Bundestag und Europa. Hrsg. von <i>Renate Hellwig</i>. München 1993. S. 127–144.</p>
Rechtsausschuß	<p><i>Kessler, Uwe</i>, Art. „Rechtsausschuß“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i>. München 1970. S. 412–414.</p> <p><i>Helmrich, Herbert</i>, Die Innenseite der Rechtspolitik. Klima und Arbeitsweise im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages in der vergangenen Legislaturperiode. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 20. 1987. H. 6. S. 204–209.</p> <p><i>Eylmann, Horst</i>, Die Umsetzung von EG-Recht in nationales Recht und die Mitwirkung des Rechtsausschusses. In: Der Deutsche Bundestag und Europa. Hrsg. von <i>Renate Hellwig</i>. München 1993. S. 114–126.</p> <p><i>Eylmann, Horst</i>, Die Gesetzgebungsarbeit im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 9. 1994. H. 2. S. 146–152.</p> <p><i>Meyer, Jürgen</i>, Der Rechtsausschuß als Verfassungsausschuß, untersucht am Beispiel der Vermögensstrafe. In: Für Recht und Staat. Festschrift für <i>Herbert Helmrich</i> zum 60. Geburtstag. Hrsg. von <i>Klaus Letzgas</i> [u. a.]. München 1994. S. 565–581.</p>
Finanzausschuß	<p><i>Sontheimer, Kurt</i>, Art. „Finanzausschuß“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i>. München 1970. S. 132.</p> <p><i>Kreile, Reinhold</i>, Die Entscheidungen des Bundesfinanzhofes und ihre Auswirkungen auf die Tätigkeit des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages. In: Der Bundesfinanzhof und seine Rechtsprechung. Festschrift für <i>Hugo von Wallis</i> zum 75. Geburtstag am 12. April 1985. Hrsg. von <i>Franz Klein</i> und <i>Klaus Vogel</i>. Bonn 1985. S. 183–194.</p> <p><i>Gattermann, Hans H.</i>, Aufgaben und Arbeitsstil des Finanzausschusses. In: Steuer und Wirtschaft. Jg. 65. 1988. H. 2. S. 170–174.</p> <p><i>Beichelt, Bernd</i>, Funktion und Arbeitsweise des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages. In: Deutsche Steuer-Zeitung. Jg. 78. 1990. H. 9. S. 213–215.</p>

Ausschuß	Titel der Darstellung
Haushaltsausschuß	<p><i>Schäfer, Friedrich</i>, Aufgabe und Arbeitsweise des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. In: Finanzwissenschaft und Finanzpolitik. <i>Erwin Schoettle</i> gewidmet. Hrsg. von <i>Friedrich Schäfer</i>. Tübingen 1964. S. 251–267.</p> <p><i>Lichterfeld, Frank</i>, Der Wandel der Haushaltsfunktionen von Bundeslegislative und Bundesexekutive. Ein Beitrag zum Verhältnis von Parlament und Regierung im Haushaltsbereich unter besonderer Berücksichtigung der Stellung und Funktion des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Heidelberg, Diss. 1969.</p> <p><i>Sontheimer, Kurt</i>, Art. „Haushaltsausschuß“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i>. München 1970. S. 193.</p> <p><i>Boldt, Hans</i>, Zum Verhältnis von Parlament, Regierung und Haushaltsausschuß. Neue Bedingungskonstellationen des Budgetrechts. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 4. S. 534–549.</p> <p><i>Bußmann, Bernhard</i>, Haushaltsausschuß. Informationen über seine Arbeitsweise. Bonn 1974.</p> <p><i>Kunz, Reinhard</i>, Die Delegation von Ausgabeermächtigungen durch das Bundestagsplenum auf den Haushaltsausschuß. Bamberg 1976.</p> <p><i>Windelen, Heinrich</i>, Der Haushaltsausschuß im politischen Prozeß. In: Verwaltung und Fortbildung. Jg. 6. 1978. H. 3. S. 93–100.</p> <p><i>Sturm, Roland</i>, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Haushaltspolitik. Zum Selbstverständnis des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 26. 1985. H. 3. S. 247–269.</p> <p><i>Bußmann, Bernhard</i>, Haushaltsausschuß. Informationen über seine Arbeitsweise. 3. überarb. Aufl. Bonn 1987 (= bundestag von a–z Nr. 7).</p> <p><i>Sturm, Roland</i>, Die Rolle von Haushaltsausschuß und Parlament in international vergleichender Perspektive. In: Haushaltsplanung – Haushaltsvollzug – Haushaltskontrolle. Hrsg. von <i>Heinrich Mäding</i>. Baden-Baden 1987. S. 68–80.</p> <p><i>Hölscheidt, Sven</i>, Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages. Rheinbreitbach 1988.</p> <p><i>Sturm, Roland</i>, Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages. Struktur und Entscheidungsprozeß. Opladen 1988.</p> <p><i>Eickenboom, Peter</i>, Haushaltsausschuß und Haushaltsverfahren. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von <i>Hans-Peter Schneider</i> und <i>Wolfgang Zeh</i>. Berlin, New York 1989. S. 1183–1220.</p> <p><i>Walther, Rudi</i>, Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages und der Bundesrechnungshof. In: Die Kontrolle der Staatsfinanzen. Geschichte und Gegenwart 1714–1989. Festschrift zur 275. Wiederkehr der Errichtung der Preußischen General-Rechen-Kammer. Hrsg. von <i>Heinz Günter Zavelberg</i>. Berlin 1989. S. 145–155.</p> <p><i>Rose, Klaus</i>, Steuerungsinstrument Haushaltsausschuß. In: Die Haushälter. Ist die Zukunft finanzierbar? Hrsg. von <i>Klaus Rose</i> und <i>Kurt Falthäuser</i>. Köln 1990. S. 90–94.</p> <p><i>Austermann, Dietrich</i>, Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr. Kontrollverfahren des Haushaltsausschusses. In: Wehrtechnik. Jg. 27. 1995. H. 2. S. 4–5.</p> <p>Allgemeine Literatur zum Haushaltsrecht und zur Rechnungsprüfung des Bundes ist in dieser Aufstellung nicht enthalten.</p>

Ausschuß	Titel der Darstellung
Wirtschaftsausschuß	<i>Mielke, Siegfried</i> , Art. „Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i> . München 1970. S. 41–42.
Außenhandelsausschuß	<i>Tudyka, Kurt P.</i> , Der Außenhandelsausschuß des Deutschen Bundestages. In: Tradition und Reform in der deutschen Politik. Frankfurt a. M. [usw.] 1976. S. 441–480.
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	<i>Mielke, Siegfried</i> , Art. „Ausschuß für Sozialpolitik“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i> . München 1970. S. 40–41.
Verteidigungsausschuß	<p><i>Jaeger, Richard</i>, Der Verteidigungsausschuß an der Arbeit. In: Information für die Truppe. Jg. 1966. H. 1. S. 3–7.</p> <p><i>Schick, Rupert</i>, Zur Stellung des Verteidigungsausschusses. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau. Jg. 18. 1968. H. 1. S. 1–24.</p> <p><i>Wilker, Lothar</i>, Art. „Verteidigungsausschuß“. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von <i>Hans-Helmut Röhring</i> und <i>Kurt Sontheimer</i>. München 1970. S. 489–490.</p> <p><i>Keller, Horst</i>, Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages. In: Bundeswehrverwaltung. Jg. 18. 1974. H. 1. S. 1–3.</p> <p><i>Keller, Horst</i>, Zur Arbeit des Verteidigungsausschusses. In: Marineforum. Jg. 50. 1975. H. 7. S. 177–182.</p> <p><i>Philipp, Udo</i>, Der Verteidigungsausschuß als politisches Instrument. In: Wehrtechnik. Jg. 1977. H. 4. S. 50–54.</p> <p><i>Wolf, Peter</i>, Zur Problematik sogenannter Doppeluntersuchungen durch Verteidigungsausschuß und Wehrbeauftragten. In: Neue Zeitschrift für Wehrrecht. Jg. 20. 1978. H. 4. S. 121–134.</p> <p><i>Berg, Hans-Joachim</i>, Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages. Kontrollorgan zwischen Macht und Ohnmacht. München 1982.</p> <p><i>Berg, Hans-Joachim</i>, Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages als Untersuchungsausschuß. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1984. B 18. S. 26–36.</p> <p><i>Rose, Klaus</i>, Der Verteidigungsausschuß. In: Wehrtechnik. Jg. 27. 1995. H. 2. S. 11.</p>
Ausschuß für Kulturpolitik	<p><i>Bauer, Rudolph</i>, Bundestag und Kulturpolitik. Untersuchung und Darstellung der Entwicklung, Zusammensetzung und Arbeit des kulturpolitischen Ausschusses des Bundestages 1949–1965. Erlangen-Nürnberg, Diss. 1968.</p> <p><i>Bauer, Rudolph</i>, Der Bundestagsausschuß für Kulturpolitik. Einiges Vordergründige zur Bewußtseinsmatrix von Kulturpolitikern. In: Vorgänge. Jg. 8. 1969. H. 2. S. 75–77.</p>
Ausschuß für Forschung und Technologie	<i>Jaeger, Dirk</i> und <i>Peter Scholz</i> , Wissenschafts- und Technikpolitik im Deutschen Bundestag. Am Beispiel des Ausschusses für Forschung und Technologie. In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von <i>Uwe Thyssen</i> , <i>Roger H. Davidson</i> und <i>Robert G. Livingston</i> . Opladen 1988. S. 458–476.
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Dennert, Jürgen</i> , Außerparlamentarische Einflüsse auf den Entwicklungsausschuß des Deutschen Bundestages. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 11. 1970. Sonderh. 2. S. 388–418.

Ausschuß	Titel der Darstellung
Ausschuß Deutsche Einheit	<i>Hindrichs, Günter</i> , Der Ausschuß Deutsche Einheit. In: Der Deutsche Bundestag. Parlament der deutschen Einheit. Hrsg. von <i>Rita Süßmuth</i> . Stuttgart, München 1991. S. 59–64.
EG-Ausschuß / Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union	<i>Schoof, Eberhard</i> , EG-Ausschuß. Der Deutsche Bundestag und die Europäische Gemeinschaft. Bonn 1993. <i>Hölscheidt, Sven</i> und <i>Thomas Schotten</i> , Der Unionsausschuß des Deutschen Bundestages. Gestaltungsprobleme. In: <i>Integration</i> . Jg. 17. 1994. H. 4. S. 230–233. <i>Töller, Annette Elisabeth</i> , Europapolitik im Bundestag. Eine empirische Untersuchung zur europapolitischen Willensbildung im EG-Ausschuß des 12. Deutschen Bundestages. Frankfurt am Main 1995.
Sonderausschuß Europäische Union (Vertrag von Maastricht)	<i>Verheugen, Günter</i> , Die Arbeit des Sonderausschusses „Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“ des Deutschen Bundestages. In: <i>Zeitschrift für Gesetzgebung</i> . Jg. 8. 1993. H. 2. S. 162–167.
Beirat für handels- politische Vereinbarungen	<i>Driehaus, Hans-Joachim</i> , Der Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen. Münster, Diss. 1972.

Hinweis

Auch über die Arbeit einzelner Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages sind Untersuchungen angefertigt worden. Die Titel finden sich im vorliegenden **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 9.11.

9.8 Öffentliche Anhörungen

Bereits die Geschäftsordnung des Bundestages vom 6. Dezember 1951 sah in § 73 Abs. 2 die Möglichkeit vor, den nichtöffentlichen Ausschusssitzungen „öffentliche Informationssitzungen“ vorausgehen zu lassen:

„Der nichtöffentlichen Sitzung können auf Beschluß des Ausschusses öffentliche Informationssitzungen vorangehen. Zu diesen sind nach Bedarf Interessenvertreter, Auskunftspersonen und Sachverständige, die Presse sowie sonstige Zuhörer zugelassen, soweit es die Raumverhältnisse gestatten.“

Seit der am 1. Oktober 1969 in Kraft getretenen Änderung der Geschäftsordnung gilt:

„Zur Information über einen Gegenstand seiner Beratung kann ein Ausschuß öffentliche Anhörungen von Sachverständigen, Interessenvertretern und anderen Auskunftspersonen vornehmen. Bei überwiesenen Vorlagen oder Anträgen ist der federführende Ausschuß auf Verlangen eines Viertels seiner Mitglieder dazu verpflichtet; bei nicht überwiesenen Gegenständen im Rahmen des § 60 Abs. 2 Satz 3 erfolgt eine Anhörung auf Beschluß des Ausschusses...“ (§ 73 GO BT a. F., § 70 GO BT 1980)

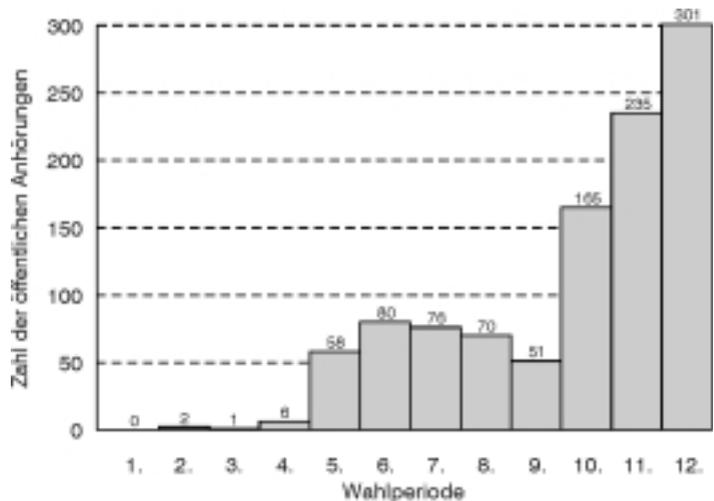
Obwohl also bereits seit Anfang 1952 die Möglichkeit zu öffentlichen Anhörungen*) bestand, wurde zunächst kaum Gebrauch davon gemacht: In der 1. Wahlperiode fand keine, in der 2. Wahlperiode zwei und in der 3. Wahlperiode eine öffentliche Anhörung statt.**) Erst ab 1961 wuchs das Interesse an dieser Einrichtung von vier Sitzungen in der 4. Wahlperiode (1961–65) auf 80 Sitzungen in der verkürzten 6. Wahlperiode (1969–72). Bald war auch für das öffentliche Anhörungsverfahren von Interessenvertretern und Sachverständigen in den Ausschüssen der amerikanische Ausdruck „Hearing“ gebräuchlich geworden.

Der Abschnitt „Öffentliche Anhörungen“ ist im vorliegenden *Datenhandbuch* folgendermaßen untergliedert:

- in eine statistische Übersicht der Anhörungen der 2. bis 12. Wahlperiode, und zwar sowohl insgesamt als auch nach den einzelnen Bundestagsausschüssen unterteilt,
- in eine Aufstellung über die Daten und Themen der öffentlichen Anhörungen der 2. bis 12. Wahlperiode sowie der 13. Wahlperiode bis zum Stand vom 31. August 1997,
- in eine statistische Untersuchung über die öffentlichen Anhörungen, die zu Gesetzentwürfen durchgeführt wurden,
- sowie – neu im vorliegenden Band – in eine statistische Übersicht über die Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter in drei ausgewählten Ausschüssen der 9. Wahlperiode.

Gesamtzahl der öffentlichen Anhörungen

★ Die Gesamtzahl der Ausschusssitzungen mit öffentlichen Anhörungen von der 1. Wahlperiode (seit Anfang 1952) bis zum Ende der 12. Wahlperiode (1994) beträgt **871**; dabei wurden **693 Themen** behandelt. Hinzu kommen seit der 8. Wahlperiode **174 Sitzungen von Enquete-Kommissionen** (einschließlich Europa-Kommission) mit öffentlichen Anhörungen.



*) Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer*, Öffentliche Anhörungen. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1145–1159.

***) Lange Zeit ging die Literatur davon aus, daß es in der 2. und 3. Wahlperiode nur je eine öffentliche Anhörung gegeben habe und daß die erste öffentliche Anhörung, die im Bundestag stattgefunden hat, im Juli 1954 vom Rechtsausschuß zum Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau durchgeführt wurde. Tatsächlich hat – worauf *Rainer Tenhaef* hinweist – bereits drei Wochen zuvor am 22. Juni 1954 der Ausschuß für Kommunalpolitik die erste öffentliche Informationssitzung zum Finanzausgleich (Art. 107 GG) und zur Steuerreform ausgerichtet. (Vgl. *Rainer Tenhaef*, Öffentliche Anhörungen der Fachausschüsse des Deutschen Bundestages im parlamentarischen Entscheidungsprozeß bis zur 10. Wahlperiode. Diss. Bonn 1992. S. 80–81.)

Wahlperiode	Zahl der Sitzungen mit öffentlichen Anhörungen			Zahl der in öffentlichen Anhörungen behandelten Themen		
	Ausschüsse	Enquete-kommissionen	insgesamt	Ausschüsse	Enquete-kommissionen	insgesamt
1. WP 1949–53	0	–	0	0	–	0
2. WP 1953–57	2	–	2	2	–	2
3. WP 1957–61	1	–	1	1	–	1
4. WP 1961–65	6	–	6	4	–	4
5. WP 1965–69	58	0	58	28	0	28
6. WP 1969–72	80	0	80	48	0	48
7. WP 1972–76	76	0	76	48	0	48
8. WP 1976–80	66	4	70	51	2	53
9. WP 1980–83	43	8	51	36	5	41
10. WP 1983–87	159	6 ¹⁾	165	135	6 ¹⁾	141
11. WP 1987–90	163	72	235	143	42	185
12. WP 1990–94	217	84	301	197	55	252

¹⁾ einschließlich Europa-Kommission

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Öffentliche Anhörungen nach Ausschüssen untergliedert

Ausschuß	Wahlperiode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	1.–9. 10. 11.–12.	0 1 0	0 1 0	
Petitionsausschuß	1.–12.	0	0	
Auswärtiger Ausschuß	1.–7. 8. 9. 10. 11. 12.	0 2 11) 4 4 ²⁾ ³⁾ 6	0 3 11) 6 4 ³⁾ 6 ⁴⁾	1) Unterausschuß für kulturelle Außenpolitik 2) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit A für Wirtschaft 3) Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe 4) davon 2 öffentliche Anhörungen durch den Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe sowie je 1 öffentliche Anhörung durch den Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle bzw. Unterausschuß Vereinte Nationen / Weltweite Organisationen; 1 Anhörung gemeinsam mit Innenausschuß
Innenausschuß	1.–3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	0 3 5 ¹⁾ 5 ²⁾ 10 3 2 20 13 14	0 4 5 7 11 4 4 22 14 14 ³⁾	1) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit Rechtsausschuß 2) zusätzlich 2 Themen gemeinsam mit Rechtsausschuß bzw. A. f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 3) davon 1 Anhörung gemeinsam mit dem Auswärtigen Ausschuß und dem Rechtsausschuß; 1 Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuß und der Gemeinsamen Verfassungskommission
Sportausschuß	6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	3 3 2 1 3 2 3	3 4 2 1 3 2 3	

Hinweis

Die Kommissionen des Ältestenrats mit ihren Vorsitzenden sind in Abschnitt 4.6 zusammengestellt.

Ausschuß	Wahlperiode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Rechtsausschuß	1.	0	0	1) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit Finanzausschuß u. A. f. Wirtschaft 2) davon 2 Sitzungen durch Unterausschuß „Bilanzrichtlinien-Gesetz“ 3) davon 1 Sitzung durch Unterausschuß „Europarecht“ 4) davon je 2 öffentliche Anhörungen gemeinsam mit dem Innenausschuß und dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung; je 1 Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuß für Verkehr, Ausschuß für Wirtschaft, Finanzausschuß sowie Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus
	2.	1	1	
	3.–4.	0	0	
	5.	1	5	
	6.	7 ¹⁾	11	
	7.	6	7	
	8.	5	5	
	9.	4	4	
	10.	19	21 ²⁾	
	11.	15 ³⁾	16	
	12.	34	36 ⁴⁾	
	Finanzausschuß	1.–4.	0	
5.		3 ¹⁾	9	
6.		1	1	
7.		5	5	
8.		4	4	
9.		5	6	
10.		9	9	
11.		13	18	
Haushaltsausschuß	1.–5.	0	0	
	6.	1	1	
	7.–8.	0	0	
	9.	1	2	
	10.	1	2	
	11.	2	2	
	12.	0	0	
Ausschuß für das Bundesvermögen	1.–4.	0	0	
	5.	1	1	

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse

Ausschuß	Wahlperiode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Ausschuß für Wirtschaft	1.-4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	0 1 2 ¹⁾ 1 4 ²⁾ 0 3 8 10	0 2 3 1 6 0 3 8 10 ³⁾	1) zusätzlich 2 Themen gemeinsam mit Rechts- und Finanzausschuß 2) zusätzlich 2 Themen gemeinsam mit Auswärtigem A und A für wirtschaftliche Zusammenarbeit 3) davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuß, ferner 1 Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie mit dem Ausschuß für Post und Telekommunikation
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1.-4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	0 0 ¹⁾ 4 2 3 1 4 3 1	0 0 6 2 4 2 6 3 1	1) 1 Thema gemeinsam mit Ausschuß für Gesundheitswesen (s. dort)
Ausschuß für Arbeit	1.-4. 5.	0 3	0 6	
Ausschuß für Sozialpolitik	1.-4. 5.	0 3 ¹⁾	0 5	1) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik u. Publizistik
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	5 10 8 6 26 ¹⁾ 20 ¹⁾ 20	9 7 11 6 30 27 27	1) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit Ausschuß für Jugend, Familie [, Frauen] und Gesundheit
Ausschuß für Kommunalpolitik	2.	1	1	
Verteidigungsausschuß	1.-9. 10. 11. 12.	0 3 ¹⁾ 1 0	0 9 1 0	1) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit dem Auswärtigen Ausschuß
Ausschuß für Familien- und Jugendfragen	1.-4. 5.	0 0 ¹⁾	0 0	1) 1 Thema gemeinsam mit Ausschuß für Arbeit

Ausschuß	Wahlperiode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Ausschuß für Gesundheit[swesen]	1.–4. 5. 12.	0 3 25	0 5 29 ¹⁾	1) davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung
Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit ²⁾	6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	5 ¹⁾ 2 5 1 10 ³⁾ 15 ⁴⁾ 3 ⁵⁾	8 5 5 1 11 19 3	1) zusätzlich 2 Themen gemeinsam mit Sonderausschuß für Sport und Olympische Spiele bzw. Innenausschuß 2) ab Juni 1986: Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit; ab 12. WP: Ausschuß für Familie und Senioren, getrennt aufgeführt: Ausschuß für Frauen und Jugend 3) zusätzlich 2 Themen gemeinsam mit Innenausschuß bzw. Finanzausschuß 4) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit Ausschuß für Forschung und Technologie 5) zusätzlich 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuß
Ausschuß für Frauen und Jugend	12.	10	11	
Ausschuß für Verkehr	1.–2. 3. 4. 5. 9. 10. 11. 12.	0 1 0 2 0 7 4 3	0 1 0 7 7 4 3 ¹⁾	1) davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuß
Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	6. 7. 8.	4 1 1	5 1 2	
Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen ¹⁾	1.–5. 9.–10. 11. 12.	0 0 2 6	0 0 4 5 ²⁾	1) ab September 1989: Ausschuß für Post und Telekommunikation 2) davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuß für Wirtschaft und dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Hinweis

Eine Bibliographie zur Entwicklungsgeschichte von Gesetzen enthält Abschnitt 11.15.

Ausschuß	Wahlperiode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen		
Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1.–5.	0	0	1) 1 Thema gemeinsam mit Ausschuß für Wirtschaft 2) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit Rechtsausschuß		
	6.	2 ¹⁾	4			
	7.	5	12			
	8.	2	2			
	9.	12 ²⁾	3			
	10.	4	5			
	11.	9	9			
	12.	5	5			
Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen	1.–7.	0	0			
	8.	3	7			
	9.	2	3			
	10.	1	1			
	11.	0	0			
Ausschuß für Bildung und Wissenschaft	1.–3.	0	0	1) zusätzlich 1 Thema gemeinsam mit Ausschuß für Gesundheit 2) zusätzlich je 1 Thema gemeinsam mit Innenausschuß sowie Ausschuß für Forschung und Technologie		
	4.	1	2			
	5.	5 ¹⁾	9			
	6.	5	12			
	7.	7	11			
	8.	3	3			
	9.	1	1			
	10.	6	8			
	11.	7 ²⁾	7			
	12.	11	12			
	Ausschuß für Forschung und Technologie ¹⁾	7.	5		5	1) ab November 1989: Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung 2) zusätzlich 2 Themen gemeinsam mit Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit 3) davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuß für Wirtschaft und dem Ausschuß für Post und Telekommunikation sowie 1 Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuß für Gesundheit
		8.	3		3	
9.		5	5			
10.		5	6			
11.		4 ²⁾	5			
12.		4	4 ³⁾			
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit	1.–5.	0	0			
	6.	1	2			
	7.	1	2			
	8.	3	5			
	9.	5	4			
	10.	5	5			
	11.	11	11			
	12.	7	7			
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ¹⁾	10.	4	4	1) ab Juni 1986		
	11.	9	9			
	12.	8	10			

Ausschuß	Wahlperiode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus	12.	2	2 ¹⁾	¹⁾ davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuß
EG-Ausschuß	12.	1	1	
Ausschuß Treuhandanstalt	12.	0	0	
Sonderausschuß für die Strafrechtsreform	5. 6. 7.	1 3 1	4 8 2	
Sonderausschuß „Schutz des ungeborenen Lebens“	12.	1	5	
Sonderausschuß „Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“	12.	0	0	

Daten und Themen der öffentlichen Anhörungen

1. Wahlperiode (1949–53)

keine öffentliche Anhörung

2. Wahlperiode (1953–57)

Rechtsausschuß

12. 7. 1954 Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts

Ausschuß für Kommunalpolitik

22. 6. 1954 Finanzausgleich (Art. 107 GG) und Steuerreform

3. Wahlperiode (1957–61)

Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

24. 3. 1960 Verringerung der Zahl der Verkehrsoffer

Hinweis

Das Zahlenverhältnis der öffentlichen zu den nicht-öffentlichen Sitzungen innerhalb des Bundestages ist für die einzelnen Wahlperioden errechnet worden in Abschnitt 8.21: Publizität der Verhandlungen.

4. Wahlperiode (1961–65)

Ausschuß für Inneres

23. 4. 1964, Selbstschutzgesetz: Vorführung von Selbstschutzausrüstungen (Bauschau, Bonn);
 5. 5. 1964 Erfahrungsbericht über die Flutkatastrophe Hamburg
 17. 12. 1964 Schutzbaugesetz
 15. 6. 1965 Fragen der Blutgruppenbestimmung (Erkennungsmarkengesetz)

Ausschuß für Kulturpolitik und Publizistik

14. u. 15. 5. 1962 Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet der deutschen Filmwirtschaft
-

5. Wahlperiode (1965–69)

Innenausschuß

21. 4. 1967 Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz)
 24. 10. 1968 Verbrechensbekämpfung
 23. 1. 1969 Förderung des Leistungssports, insbesondere Beteiligung des Bundes bei Förderungsmaßnahmen
 27. 2. 1969 Fortbildung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst
 12. 5. 1969 Herabsetzung des Mindestalters für das Wahlrecht

Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

13. 10. 1966 Hochbegabtenförderung
 23. 2. 1967 Bildungsurlaub (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Arbeit*)
 11. 5. 1967 Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films
 7. 12. 1967, Studienreform; Wissenschaftsförderung und Wissenschaftsplanung; Schwerpunktaufgaben in Wissenschaft und Forschung
 15. 2. 1968, 9. 5. 1968,
 31. 10. 1968 (Berlin)
 8. 2. 1968, Vorläufiger Bericht der Pressekommission; Schlußbericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland
 27. 2. 1969

Ausschuß für Gesundheitswesen

25. 1. 1967, Entwurf einer Bundes-Apothekerordnung (*gemeinsam mit dem Wissenschaftsausschuß*)
 2. 2. 1967
 7. 12. 1967, Entwurf eines Gesetzes über Wein, Dessertwein, Schaumwein, weinhaltige Getränke und Branntwein aus Wein (Weingesetz) (*gemeinsam mit dem Ernährungsausschuß*)
 8. 2. 1968
 24. 4. 1969 Entwurf eines Gesetzes über technische Assistenten in der Medizin (MTA-Gesetz)

Rechtsausschuß

- 9., 16. u. 30. 11. 1967, Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes (Notstandsrecht) (*gemeinsam mit dem Innenausschuß*)
 7. u. 14. 12. 1967

Finanzausschuß

15. u. 16. 6. 1966, Netto-Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)
 22., 23. u. 24. 6. 1966,
 29. u. 30. 6. 1966
12. 10. 1967 Zweites Steueränderungsgesetz 1967
 3. 10. 1968 Entwurf des Finanzreformgesetzes (Gemeindefinanzreform) (*gemeinsam mit dem A. für Kommunalpolitik...*)

Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen

19. u. 20. 10. 1966 Stabilitätsgesetz
 (Berlin)

Ausschuß für Sozialpolitik

8. u. 9. 3. 1967 Soziale Sicherung der Bundesrepublik Deutschland (Sozialenquete): Alterssicherung
 (Berlin),
 11. 5. 1967
22. 6. 1967 Unfallverhütungsbericht 1965
 (Berlin)
29. 4. 1969 Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung

Ausschuß für Arbeit

- 21., 22. u. Arbeitsmarkt-Anpassungsgesetz und Berufsausbildungsgesetz
 23. 6. 1967
 (Berlin)
6. u. 7. 3. 1968 Entwurf eines Arbeitsförderungsgesetzes und eines Arbeitsmarkt-Anpassungsgesetzes
 (Berlin)
9. 5. 1968 Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes

Verkehrsausschuß

7. 3. 1968 Verkehrspolitisches Programm der Bundesregierung für die Jahre 1968–1972
 (Berlin),
 13. u. 15. 3. 1968,
 26. u. 28. 3. 1968,
 9. 5. 1968
24. 4. 1969 Sicherheit am Kraftfahrzeug

Ausschuß für das Bundesvermögen

24. 10. 1968 Entwurf eines Haushaltsgrundsätzegesetzes und einer Bundeshaushaltsordnung

Sonderausschuß für die Strafrechtsreform

28. 2. 1966, Reform des Staatsschutzstrafrechts
 1. u. 2. 3. 1966,
 23. 5. 1966

6. Wahlperiode (1969–72)

Innenausschuß

2. u. 8. 2. 1971, Fragen des Umweltschutzes (Wasserhaushalt, Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung)
 8. 3. 1971, (*gemeinsam mit dem A. f. Jugend, Familie u. Gesundheit*)
 14. 6. 1971,
 8. u. 9. 11. 1971,
 29. 11. 1971

Rechtsausschuß

23. u. 24. 2. 1970 Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters (*gemeinsam mit dem Innenausschuß*)
4. u. 17. 6. 1970 Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht
1. 2. 1971 Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes
1. u. 2. 2. 1971 Änderung der Amtsbezeichnungen der Richter und der Präsidentialverfassung der Gerichte
8. 2. 1971 Änderung des Abzahlungsgesetzes (*gemeinsam mit dem A. f. Wirtschaft*)
3. u. 4. 3. 1971 Änderung der Zivilprozeßordnung (Beschleunigungsnovelle)
25. 3. 1971 Änderung des Deutschen Richtergesetzes (Reform der Juristenausbildung)

Finanzausschuß

29. 4. 1971 Änderung des Steuerberatungsgesetzes

Haushaltsausschuß

11. 12. 1969 DM-Aufwertung und Verluste der Deutschen Bundesbank

Ausschuß für Wirtschaft

14. 10. 1971 Änderung des Hypothekendarlehensgesetzes u. a. (*gemeinsam mit dem A. f. Städtebau u. Wohnungswesen*)
8. u. 9. 12. 1971 Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellnovelle)

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

22. 1. 1970 Ausgleichsmaßnahmen infolge der Aufwertung der DM
17. 9. 1970 Einzelbetriebliches Förderungs- und soziales Ergänzungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft
- 24., 25. u. 26. 2. 1971 Landwirtschaft im Jahre 1980
8. 2. 1972 Entwurf eines Tierschutzgesetzes (*gemeinsam mit dem Innenausschuß*)

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

29. u. 30. 4. 1970 Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer
24. 9. 1970 Fortführung der Krankenversicherungsreform
24. u. 25. 2. 1971, Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes und eines Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieb und Unternehmen
13. u. 14. 5. 1971
17. u. 20. 1. 1972 Rentenreformgesetz

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

8. 10. 1970, Situation der Psychiatrie in der Bundesrepublik
23. 4. 1971 (Emmendingen)
29. 3. 1971 Änderung des Krankenpflegegesetzes
3. 5. 1971 Wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und Regelung der Krankenhauspflegesätze
10. 5. 1971 Bundesausbildungsförderungsgesetz
21. u. 28. 2. 1972, Gesetz zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts und Änderung des Arzneimittelgesetzes
13. 3. 1972

Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

5. 11. 1970 Entwurf eines Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes
4. u. 11. 3. 1971 Entwurf eines Postverfassungsgesetzes
21. 6. 1971 Verbesserung der Unfallrettung
8. 6. 1972 Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (0,8-Promille-Gesetz)

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

16. u. 23. 4. 1970, Entwurf eines Städtebauförderungsgesetzes
10. 12. 1970
15. 6. 1972 Änderung der Erbbaurechtsverordnung

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

4. 12. 1969 Numerus clausus, Kapazitätsberechnungen und bildungspolitische Maßnahmen
12., 16. u. 19. 3. 1970, Thesen von Bundesminister Prof. Dr. *Leussink* zum Hochschulrahmengesetz
16. u. 20. 4. 1970
3., 10. u. 17. 12. 1970 Wachstumsorientierte Technologien und staatliche Forschungspolitik (Bereiche Elektronische Datenverarbeitung, Raumfahrt und Kernenergie)
5. u. 26. 3. 1971 Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes
12. 3. 1971 Änderung des Urheberrechtsgesetzes

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

27. u. 28. 4. 1970 Prinzipien der Entwicklungspolitik in der zweiten Entwicklungsdekade

Sonderausschuß für Sport und Olympische Spiele

29. 1. 1970 Fußballweltmeisterschaft 1974
3. 12. 1970 Bundesjugendspiele (*gemeinsam mit dem A. f. Jugend, Familie u. Gesundheit*)
16. 3. 1972 Bundesleistungszentren

Sonderausschuß für die Strafrechtsreform

12. u. 13. 1. 1970 Drittes Gesetz zur Reform des Strafrechts (Beeinträchtigung von Grundrechten durch gewalttätige Aktionen)
23., 24. u. 25. 11. 1970 Viertes Gesetz zur Reform des Strafrechts
10., 11. u. 12. 4. 1972 Fünftes Gesetz zur Reform des Strafrechts (§ 218 StGB)

7. Wahlperiode (1972–76)

Innenausschuß

21. 3. 1973 Bundespersonalvertretungsgesetz
22. 5. 1974, Fragen des Umweltschutzes (Lärmbekämpfung, Risiko der Kernenergie, Energiewirtschaft und Entsorgung ihrer Kernkraftwerke)
2. u. 3. 12. 1974,
9. 6. 1976
6. 5. 1974, Datenschutzgesetzgebung
31. 3. 1976
23. 9. 1974, Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern
22. 1. 1975
27. 11. 1975 Regelung der Landeszugehörigkeit des Verwaltungsbezirks Oldenburg und des Landkreises Schaumburg-Lippe nach Artikel 29 Abs. 3 GG
19. 5. 1976 Behandlung der Personalangelegenheiten in der Bundesverwaltung

Sportausschuß

21. u. 22. 11. 1974 Struktur der deutschen Sportverbände
1. 10. 1975 Maßnahmen und Förderung der Deutschen Sporthilfe
17. 3. 1976 Stand der Sportwissenschaft und der Sportmedizin in der Bundesrepublik Deutschland

Rechtsausschuß

30. 11. 1973 Neuregelung des Volljährigkeitsalters
 18. 6. 1974 Wohnraum-Kündigungsschutz
 12. 3. 1975 Änderung des Revisionsrechts
 2. u. 9. 6. 1975 Reform des Ehe- und Familienrechts (Recht des Versorgungsausgleichs)
 20. 2. 1976 Gesetz über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts
 2. 4. 1976 Änderung der Strafprozeßordnung

Finanzausschuß

21. u. 22. 2. 1974 Drittes Steuerreformgesetz
 1. 10. 1975 Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen (*gemeinsam mit dem Haushaltsausschuß und dem A. f. Wirtschaft*)
 3. 12. 1975 Drittes Steuerreformgesetz (Körperschaftssteuerreform) (*gemeinsam mit dem A. f. Wirtschaft*)
 5. 5. 1976 Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Ausschuß für Wirtschaft

4. 6. 1973 Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (vertikale Preisbindung und Preisempfehlungen bei Markenwaren)

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

5. 11. 1973 Bundeswaldgesetz
 (Berlin)
 3. 10. 1974 Naturschutz und Landschaftspflege
 (Berlin)

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

25. 5. 1973 Gesetz über Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit
 7. 11. 1973 Gesetz zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts
 13. 3. 1974 Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
 28. 5. 1974 Gesetz über die Anpassung der Leistungen zur Rehabilitation
 (Heidelberg)
 16. 10. 1974, Mitbestimmungsgesetz
 4. u. 7. 11. 1974,
 19. 12. 1974
 11. 6. 1975 Jugendarbeitsschutzgesetz
 26. 11. 1975 Änderungen des Kassenarztrechts

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

5. 11. 1973 Familienberatung und -planung
 23. 4. 1975, Neuordnung des Arzneimittelrechts
 14. 5. 1975

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

19. 9. 1973 Gesetz zur Vermögens- und Eigentumbildung im sozialen Wohnungsbau
 27. 3. 1974 Gesetz über Sanierungs- und Entwicklungsgemeinschaften
 5. u. 6. 11. 1974, Änderung des Bundesbaugesetzes (u. a. Durchführung von Planspielen)
 12. u. 13. 11. 1974,
 22. 1. 1975,
 26. 2. 1975,
 21. u. 22. 4. 1975
 31. 3. 1976 Wohnungsmodernisierungsgesetz
 (Berlin),
 7. 4. 1976

Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

6. 11. 1974 Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes

Ausschuß für Forschung und Technologie

21. 3. 1973 Untersuchungsergebnis zum Problem „Prioritäten in der Forschungsförderung des Bundes“

5. 12. 1973 Amt zur Bewertung technologischer Entwicklung beim Deutschen Bundestag

6. 11. 1974 Energieforschung

13. 5. 1975 Förderung der Datenverarbeitung

2. 6. 1976 Brennstoffkreislauf

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

28. 2. 1974, Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes

1. u. 25. 3. 1974,

25. 6. 1974,

1. 7. 1974

19., 22. u. 24. 9. 1975 Entwurf des Berufsbildungsgesetzes

22. 10. 1975 Haushaltsstrukturgesetz (hier: Bundesausbildungs- und Graduiertenförderungsgesetz)

9. 2. 1976 Entwurf eines Fernunterrichtsschutzgesetzes

23. 6. 1976 Ausbildungsplatzförderungsgesetz und Änderung des Berufsbildungsgesetzes

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

11. u. 12. 11. 1974 Tätigkeit und entwicklungspolitischer Einfluß deutscher multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern

Sonderausschuß für die Strafrechtsreform

17. u. 18. 2. 1976 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

8. Wahlperiode (1976–80)

Auswärtiger Ausschuß

7. 12. 1977 Probleme der Dritten VN-Seerechtskonferenz unter besonderer Berücksichtigung des Meeresbodenbergbaues (*gemeinsam mit dem A. f. Wirtschaft*)

29. u. 31. 5. 1978 Erweiterung der EG nach Süden

Innenausschuß

26. u. 27. 9. 1977 Fragen des Umweltschutzes: Entsorgung von Kernkraftwerken

21. 1. 1980 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

23. 6. 1980 Welche Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle gibt es? Sind Salzstöcke geeignet?

Sportausschuß

28. 9. 1977 Leistungsbeeinflussende und leistungsfördernde Maßnahmen im Hochleistungssport

29. 11. 1978 Sportförderung in den Entwicklungsländern

Rechtsausschuß

12. 9. 1977 Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge

23. 4. 1979 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
7. 5. 1979 Gesetzentwürfe zum Staatshaftungsrecht

25. 6. 1979 Entwurf eines Sechzehnten Strafrechtsänderungsgesetzes – Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität

24. 9. 1979 Entwurf eines Gesetzes über Eingriffe an Verstorbenen zu Transplantationszwecken (Transplantationsgesetz)

Finanzausschuß

4. 5. 1977 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, des Bundeskindergeldgesetzes, des Einkommensteuergesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1977)
28. 9. 1977 Steuerentlastungsmaßnahmen
31. 5. 1978 Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes (UStG 1979)
23. 4. 1980
- a) Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1980
 - b) Entwurf eines Gesetzes zum Abbau der heimlichen Steuererhöhungen und zur Entlastung der Familien (Steuer- und Familienentlastungsgesetz 1981)
 - c) Entwurf eines Gesetzes zur Steuerentlastung und Familienförderung (Steuerentlastungsgesetz 1981)

Ausschuß für Wirtschaft

17. u. 19. 10. 1977 Energiepolitik
10. 5. 1978 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe und zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft (Bundesmittelstandsförderungsgesetz)
12. u. 14. 3. 1979 Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen
23. 6. 1980 Probleme des Verhaltenskodex der EG für Unternehmen mit Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder Vertretungen in Südafrika (*gemeinsam mit dem Auswärtigen Ausschuß*)

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

29. u. 30. 11. 1977 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
25. 4. 1979 Tierversuche
11. 6. 1979 Lage der deutschen Fischwirtschaft

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

- 23., 24. u.
25. 3. 1977 Entwurf eines Gesetzes zur 20. Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung (20. Rentenanpassungsgesetz); Bericht der Bundesregierung über die gesetzlichen Rentenversicherungen (Rentenanpassungsbericht 1977)
12. 4. 1978 Entwurf eines 21. Gesetzes über die Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung und der Altersgelder in der Altershilfe für Landwirte (21. Rentenanpassungsgesetz); Rentenanpassungsbericht 1978
8. 5. 1978 Entwurf eines Zehnten Gesetzes über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes (Zehntes Anpassungsgesetz)
15. 11. 1978 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes
30. 3. 1979 Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes
28. u. 29. 11. 1979 Entwurf eines Gesetzes über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz)
16. 1. 1980 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz)
27. 2. 1980 Entwurf eines Gesetzes über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang (Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz)

Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

8. u. 15. 11. 1978 Entwurf eines Gesetzes zum Schutz gegen Verkehrslärm an Straßen und Schienenwegen (Verkehrslärmschutzgesetz)

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

23. 4. 1979 Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer
30. 5. 1979 Entwurf eines Gesetzes über die Berufe in der Krankenpflege und den Beruf der Hebamme und des Entbindungspflegers (Krankenpflege- und Hebammengesetz)
12. 6. 1979 Entwurf eines Sozialgesetzbuches – Jugendhilfe –
3. u. 4. 3. 1980 Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz)
21. 4. 1980 Gesetzesentwürfe zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

20. 4. 1977 Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen
(Berlin)
7. 2. 1979 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbauänderungsgesetz 1978)

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

26. u. 28. 9. 1977 Deutschlandpolitik
1. u. 2. 12. 1977 Zonenrandförderung
(Bad Kissingen)
7. 6. 1978 Deutschland-Bild, deutsche Frage und deutsche Geschichte in Unterricht und Bildung

Ausschuß für Forschung und Technologie

4. 10. 1978 Problembereich Gen-Forschung
14. 3. 1979 Situation bei der Einführung der Solartechnik in den Markt: Möglichkeiten und Hemmnisse
10. 10. 1979 a) Wie werden sich die Informationstechniken in den nächsten Jahren entwickeln und welche Chancen bieten sich künftig für die deutsche Industrie?
b) Sind wegen des Einflusses der Informationstechniken auf technologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland staatliche Maßnahmen erforderlich? Wenn ja, welche?

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

7. 6. 1978 Förderung der Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit in der Wirtschaft
27. 2. 1980 Programm zur Förderung des Auslandsaufenthaltes von Schülern, jungen Arbeitnehmern, Studenten und Wissenschaftlern
19. 3. 1980 a) Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems
b) Stellungnahme der Kulturministerkonferenzen zum Bericht der Bundesregierung
c) Schlußfolgerungen der Bundesregierung aus dem Bericht

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

23. u. 25. 5. 1977 Die Rohstoffproblematik im Nord-Süd-Verhältnis unter besonderer Berücksichtigung des Integrierten Rohstoffprogrammes (*gemeinsam mit dem A. f. Wirtschaft*)
23. u. 25. 4. 1979 Nord-Süd-Verflechtung; Auswirkungen verstärkter Förderung der Länder der Dritten Welt durch öffentlichen und privaten Kapitaltransfer auf die Entwicklungsländer und auf die Industrieländer
17. 10. 1979 Aufgaben und Tätigkeit des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ

Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft

- 5., 6. u. 7. 9. 1979 Durchsetzung der Gleichberechtigung

Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergie-Politik

1. 12. 1979 „Sanfte Energie“ und dezentrale Energieversorgung als energiepolitische Alternativlösung für die Bundesrepublik Deutschland

9. Wahlperiode (1980–83)

Auswärtiger Ausschuß

26. 10. 1981 Kulturelle Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika (*Unterausschuß für kulturelle Außenpolitik*)

Innenausschuß

24. 5. 1982, Fragen des Umweltschutzes: Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für
10. u. 11. 1. 1983 Umweltfragen „Umweltprobleme der Nordsee“

(auf Nordstrand in
Brunsbüttel, Cuxhaven
und Hamburg-Sülldorf)

22. 11. 1982
- a) Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1982 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982)
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983), hier: Artikel 9 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1983)

Sportausschuß

16. 6. 1981 Sport der Behinderten

Rechtsausschuß

3. 2. 1982
- a) Entwurf eines Mietrechtsänderungsgesetzes 1981
 - b) Entwurf eines Gesetzes über die Erstellung von Übersichten über die üblichen Entgelte für nicht preisgebundenen Wohnraum (Mietspiegelgesetz)
 - c) Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen
 - d) Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*)
12. 3. 1982
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens
 - b) Entwurf eines Gesetzes über das Asylverfahren
1. u. 2. 12. 1982 (Teil I) Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen
3. 12. 1982 (Teil II) Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983), hier: Artikel 8 (Investitionshilfegesetz)

Finanzausschuß

11. 2. 1981 Entwurf eines Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetzes 1981
1. u. 3. 4. 1981 Entwurf eines Gesetzes zum Abbau von Subventionen und sonstigen Vergünstigungen, zur Erhöhung der Postablieferung sowie zur Klarstellung von Wohngeldregelungen (Subventionsabbaugesetz)
25. 11. 1981 Entwurf eines Grunderwerbsteuergesetzes
11. 3. 1982 Entwurf eines Gesetzes über steuerliche und sonstige Maßnahmen für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität (Beschäftigungsförderungsgesetz)
25. 11. 1982
- a) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Einkommensteueränderungsgesetz 1983)
 - b) Entwurf eines Gesetzes über eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer (Ergänzungsabgabegesetz)
 - c) Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983)

Haushaltsausschuß

3. u. 4. 6. 1982 Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für die Jahre 1979 bis 1982 gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (Achter Subventionsbericht)

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

12. u. 13. 5. 1982 Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

1. 4. 1981 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes
18. 6. 1981
- a) Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahre 1982
 - b) Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbes. über deren Finanzlage in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß §§ 1273 u. 579 der Reichsversicherungsordnung, § 50 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 71 des Reichsknappschaftsgesetzes (Rentenanpassungsbericht 1981)
 - c) Gutachten des Sozialbeirats zu den Anpassungen der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 1982 sowie zu den Vorausberechnungen der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzlage der Rentenversicherung bis 1995
28. 9. 1981 Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung und Verbesserung der Wirksamkeit kostendämpfender Maßnahmen in der Krankenversicherung (Kostendämpfungsgesetz); ferner die die Krankenversicherung betreffenden Vorschriften im Entwurf eines Gesetzes zur Konsolidierung der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz) und im Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung
30. 9. 1981
- a) Entwurf eines Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetzes
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Krankenhausfinanzierungsgesetzes
2. 10. 1981
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Konsolidierung der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz)
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung
24. u. 25. 11. 1982
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983)
 - b) Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahre 1983
 - c) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung und von anderen Vorschriften (Sechstes Rentenversicherungs-Änderungsgesetz)
 - d) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung sozialrechtlicher Vorschriften

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

28. u. 29. 10. 1982 a) Entwürfe eines Gesetzes zur Belegung des sozialen Wohnungsbaus und zum Abbau nicht mehr gerechtfertigter Subventionen (Wohnungsbauänderungsgesetz 1981)
11. 11. 1981 b) Entwurf eines Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungsbau

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

8. 12. 1982 Entwürfe eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz)

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

7. u. 21. 10. 1981 Erfahrungen und Perspektiven der deutschlandpolitischen Bildung
8. 9. 1982 Erfahrungen politischer Häftlinge über die Zustände in den Haftanstalten der DDR

Ausschuß für Forschung und Technologie

11. 11. 1981 Derzeitige und künftige Situation im Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg
 3. 3. 1982 Programm „Humanisierung des Arbeitslebens (HdA)“
 10. 3. 1982 Bericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland
 28. 4. 1982 Zukünftige Entwicklung und forschungspolitische Zielsetzung der Großforschungseinrichtungen
 23. 6. 1982 Verbesserung der Beratungskapazität des Deutschen Bundestages zur Bewertung technologischer Forschungsprogramme und Vorbereitung der Entscheidung über technologiepolitische Probleme

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

22. 11. 1982 Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983), hier: Artikel 15 (Bundesausbildungsförderungsrecht)

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

6. 5. 1981 Deutsche Entwicklungspolitik zu Beginn der 80er Jahre
 28. 10. 1981 Tätigkeit des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ
 3. 3. 1982 (Köln) a) Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG)
 b) UNIDO-Service zur Förderung von industriellen Investitionen
 8. 12. 1982 Energieprobleme der Dritten Welt und Entwicklungspolitik

Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“

30. 10. 1981 Welche neuen, anwendungsfähigen oder im konkreten Forschungsstadium befindlichen Kommunikationsdienste und -techniken zeichnen sich derzeit (national und international) ab bzw. welche Kommunikationsdienste und -techniken sind bereits realisiert?
 12. 2. 1982 Wirtschaftliche Aspekte der neuen Informations- und Kommunikationstechniken
 26. 3. 1982 Nutzungsmöglichkeiten und Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechniken

Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“

17. u. 18. 12. 1981 Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei verschiedenen Energieversorgungsstrukturen

Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“

30. 11. u. 1. 12. 1981 Jugendprotest im demokratischen Staat
 14. 7. 1982 Probleme des Jugendprotestes, insbesondere Zwischenbericht der Kommission vom 28. April 1982

10. Wahlperiode (1983–87)

Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

24. 10. 1985 Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Neufassung der Verhaltensregeln)

Auswärtiger Ausschuß

2. 10. 1985 Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union
 9. u. 10. 12. 1985 Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) (*gemeinsam mit dem Verteidigungsaußen-*
schuß)
 18. u. 19. 3. 1986 Sechs Jahre Krieg und Besetzung in Afghanistan
 18. 6. 1986 Die deutsche Sprache in der Welt

Innenausschuß

24. u. 25. 10. 1983 Waldsterben und Luftverunreinigungen
9. 11. 1983 Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung der Parteienfinanzierung (Parteienfinanzierungsgesetz)
6. 2. 1984 Notmaßnahmen gegen das Waldsterben durch Geschwindigkeitsbegrenzungen bei Kraftfahrzeugen
22. 2. 1984 Leitlinien zur Beurteilung der Auslegung von Kernkraftwerken mit Druckwasserreaktor gegen Störfälle im Sinne des § 28 Abs. 3 StrlSchV (Störfalleitlinien)
20. 6. 1984 Bericht der Bundesregierung zur Entsorgung der Kernkraftwerke und anderer kern-technischer Einrichtungen
25. 2. 1985 Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz)
25. 3. 1985 Konsequenzen aus den jüngsten Dioxinskandalen – Maßnahmen gegen Gesundheitsgefährdung und Umweltbelastung durch Dioxine (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit*)
17. 4. 1985 Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1986)
24. 4. 1985 a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Abwärmeverwertung)
c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Anlagensanierung)
20. 5. 1985 Entwürfe zu einem Fünften Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise
24. 6. 1985 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes
30. 9. 1985 Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes in Verbindung mit dem SPD-Antrag betr. Konzept für eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft
14. 10. 1985 Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz)
12. 2. 1986 Entwurf eines Paßgesetzes
17. 2. 1986 a) Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes
17. 3. 1986 u. 22. 10. 1986 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Asylverfahren
b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes
21. 4. 1986 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, des Verwaltungsverfahrensgesetzes, des Bundesverfassungsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes, hier: Änderungen des Bundesdatenschutz- und des Verwaltungsverfahrensgesetzes
28. 4. 1986 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, des Verwaltungsverfahrensgesetzes, des Bundesverfassungsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes, hier: Artikel 3: Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst (MAD-Gesetz)
29. 4. 1986 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, des Verwaltungsverfahrensgesetzes, des Bundesverfassungsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes, hier: Artikel 4: Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (ZEVIS-Regelung)
8. 9. 1986 Entwurf eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz)

Sportausschuß

23. 10. 1985 Sport und Gewalt
 4. 12. 1985 Sport für behinderte Mitbürger
 4. 6. 1986 Sport und Umwelt – Sicherung des Sports als Teil einer lebenswerten Umwelt

Rechtsausschuß

4. 4. 1984 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Konkursordnung
 11. 4. 1984 Entwürfe eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes
 6. 6. 1984 Entwürfe eines Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (2. WiKG)
 20. 6. 1984 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung
 19. 9. 1984 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes (betr. Sozialtherapeutische Anstalten)
 12. u. 13. 12. 1984 Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes (§ 125 StGB)
 14. 12. 1984 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes (betr. Zwangsernährung)
 9. 5. 1985 Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Vierten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinien-Gesetz) (*Unterausschuß „Bilanzrichtlinien-Gesetz“*)
 15. 5. 1985 Sterbehilfe
 2. 6. 1985 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften
 23. u. 24. 9. 1985 Entwürfe eines Gesetzes zur Durchführung der Vierten, Siebten und Achten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (*Unterausschuß „Bilanzrichtlinien-Gesetz“*)
 16. 1. 1986 Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes (§ 168 StGB)
 19. 3. 1986 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften: Artikel 10 (Ladenschlußgesetz), Artikel 11 (Reichsversicherungsordnung), Artikel 12 (Arbeitsförderungsgesetz)
 23. 4. 1986 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
 b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften
 c) Wettbewerb und Verbraucherschutz im Einzelhandel
 15. 5. 1986 a) Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte des Verletzten im Strafprozeß (Opferschutz)
 b) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren
 5. 6. 1986 a) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 Abs. 7)
 b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei sonstigen Änderungen des Gebietsstandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes
 26. 6. 1986 a) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes
 b) Entwurf eines Gesetzes zum besseren Schutz der Opfer von Sexualdelikten
 5. 11. 1986 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen und des Asylverfahrensgesetzes
 14. 11. 1986 Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus

Finanzausschuß

28. 9. 1983 Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zur Einschränkung von steuerlichen Vorteilen (Steuerentlastungsgesetz 1984)

15. 6. 1984 Entwürfe eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes
3. 10. 1984 Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen
24. 10. 1984 Entwurf eines Steuerbereinigungsgesetzes 1985
6. 2. 1985
- Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes
 - Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge
 - Entwurf eines Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens
17. 4. 1985
- Entwurf eines Gesetzes zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz)
 - Entwürfe eines Elften Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes
 - Entwurf eines Gesetzes über Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Gemeindefinanzen
 - Fortsetzung der Gemeindefinanzreform
 - Bericht der Bundesregierung über die Angemessenheit der mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 getroffenen Regelung zum horizontalen Länderfinanzausgleich und zur Verteilung der Bundesergänzungszuweisung
(gemeinsam mit dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit)
23. 10. 1985
- Entwürfe eines Gesetzes zur Neuregelung der steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums
 - Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken finanzwirksamer wohnungspolitischer Instrumente
16. 4. 1986
- Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines neuen Marktabschnitts an den Wertpapierbörsen und zur Durchführung der Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 5. März 1979, vom 17. März 1980 und vom 15. Februar 1982 zur Koordinierung börsenrechtlicher Vorschriften (Börsenzulassungs-Gesetz)
 - Entwurf eines Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften
 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger
25. 6. 1986 Steuerliche Erleichterungen für die gemeinnützigen Sportvereine und andere gemeinnützige Vereine

Haushaltsausschuß

7. u. 8. 11. 1983 Wirkungen des Haushaltsentwurfs 1984 und der Haushaltsbegleitgesetze auf Einkommen, gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Beschäftigung

Ausschuß für Wirtschaft

27. 2. 1985 Fortentwicklung der Regionalpolitik
23. 6. 1986 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Filmförderungsgesetzes
10. 11. 1986 Energiebericht der Bundesregierung

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24. 10. 1984 Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz)
23. u. 24. 10. 1985
- Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung der Tierversuche
 - Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes
 - Tierschutzgerechte Nutztierhaltung
 - Verbot der Käfighaltung von Hühnern
 - Importstopp für Froschschenkel
 - Tierversuche im wehrmedizinischen Bereich
6. u. 7. 11. 1985 Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft in der EG: Risiken und Chancen im nächsten Jahrzehnt
16. 4. 1986
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes
 - Entwürfe eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes
 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz)

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

28. u. 29. 9. 1983 a) Haushaltsbegleitgesetz 1984
b) Selbstbeteiligungs-Aufhebungsgesetz
c) Steuerentlastungsgesetz 1984
12. 10. 1983 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern
24. 11. 1983 Entwurf eines Gesetzes über Zuschüsse zum tariflichen Vorruhestandsgeld (Vorruhestandsgeldgesetz)
24. 11. 1983 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Vermögensbeteiligungsgesetz)
22. 2. 1984 a) Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand
b) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Rechts der Arbeitsförderung und der gesetzlichen Rentenversicherung an die Einführung von Vorruhestandsleistungen
22. 2. 1984 Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes
27. 6. 1984 a) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Berufsbildungsgesetzes
7. 11. 1984 Entwürfe eines Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung
14. 11. 1984 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes und der gesetzlichen Rentenversicherung (Arbeitsförderungs- und Rentenversicherungs-Änderungsgesetz)
12. 12. 1984 a) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz
b) Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit*)
c) Entschließungsanträge der Fraktion der SPD zur Frauenarbeitslosigkeit
d) Bericht der Bundesregierung über die Art, den Umfang und den Erfolg der von ihr oder den Länderregierungen vorgenommenen Beanstandungen betreffend die Anwendung des Artikels 119 EWG-Vertrag
e) Bericht der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft
f) Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen mit dem die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz betreffenden Teil des Arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes und zu der Frage eventueller Benachteiligungen von Frauen außerhalb des Bereiches des Arbeitslebens
g) Neues Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung der Chancengleichheit der Frauen 1982–1985
16. u. 17. 1. 1985 a) Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985
b) Förderung der Beschäftigung
c) Entwurf eines Gesetzes über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen
d) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Teilzeitbeschäftigung
28. 2. 1985 a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1985)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung (Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz)

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden

13. 3. 1985
- a) Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und der Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1985
 - b) Bericht der Bundesregierung über die gesetzlichen Rentenversicherungen, insbesondere über deren Finanzlage in den künftigen 15 Kalenderjahren, gemäß §§ 1273 und 579 der Reichsversicherungsordnung, § 50 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 71 des Reichsknappschaftsgesetzes (Rentenanpassungsbericht 1984) sowie Gutachten des Sozialbeirats zur Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Juli 1985 sowie zu den Vorausberechnungen der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzlage der Rentenversicherung bis 1998
 - c) Entwurf eines Gesetzes über die vierzehnte Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Vierzehntes Anpassungs-Gesetz-KOV)
 - d) Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung
24. 4. 1985
- Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung (Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz), hier: verfassungsrechtliche Zulässigkeit
23. 10. 1985
- a) Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Eingliederung Arbeitsloser in das Arbeitsleben und zur Wiederherstellung eines ausreichenden Schutzes bei Arbeitslosigkeit
 - c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes
 - d) Entwurf eines Gesetzes zur Absicherung des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe für „einstufig“ ausgebildete Lehrer und Juristen
7. 11. 1985
- Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgung psychisch Kranker
15. 1. 1986
- Situation der orthopädischen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland
19. 2. 1986
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schwerbehindertengesetzes
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes
26. 2., 27. 2.
u. 10. 3. 1986
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen
 - b) Sicherung der Tarifautonomie und Wahrung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen
 - c) Erhaltung der Streikfähigkeit der Gewerkschaften
23. 4. 1986
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen
 - b) Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau und zur Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung
25. 6. 1986
- Haltung der Bundesregierung zu dem Bericht der Sachverständigen-Kommission „Alterssicherungssysteme“
26. 6. 1986
- a) Grundrente statt Altersarmut
 - b) Gutachten des Sozialbeirats über eine Strukturreform zur längerfristigen finanziellen Konsolidierung und systematischen Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung
15. 10. 1986
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Herstellern (Arzneimittelversorgungsgesetz)
 - b) Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen mit den Regelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung über den Ausschluß bestimmter Arzneimittel aus der Leistungspflicht sowie über Zuzahlungen bei Krankenhauspflege und Kuren
15. 10. 1986
- Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der kassenärztlichen Bedarfsplanung

22. 10. 1986 a) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen
b) Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen
c) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Zweites Vermögensbeteiligungsgesetz)
3. 12. 1986 Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der Aussperrung

Ausschuß für Verteidigung

24. 10. 1983, 28. u. 29. 11. 1983, 5. u. 6. 12. 1983, 6. 2. 1984 Alternative Strategien – Erklärung der Bundesregierung zum Ergebnis der NATO-Konferenz am 9./10. Juni 1983
4. und 5. 3. 1986 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes
23. 6. 1986 Tiefflugpraxis in der Bundesrepublik Deutschland und Auswirkungen auf die Bevölkerung in den sieben Tiefflugzonen und den übrigen Gebieten

Ausschuß für Jugend, Familie [, Frauen] und Gesundheit

12. 10. 1983 Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in der Rentenversicherung sowie über die Verlängerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984), hier: Artikel 21 Bundessozialhilfegesetz, ferner zu den sonstigen Vorschriften des Haushaltsbegleitgesetzes 1984, die Auswirkungen auf die Situation der Sozialhilfe haben werden
22. 2. 1984 Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit
a) Notprogramm gegen das Waldsterben (Fraktion der SPD)
b) Programm gegen Luftbelastung und Waldsterben (Fraktion DIE GRÜNEN)
c) Waldschäden und Luftverunreinigung (Sondergutachten März 1983 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen)
11. 4. 1984 u. 27. 6. 1984 Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit
17. 10. 1984 a) Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung der Bundesärzteordnung
b) Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung der Weiterbildung der Hausärzte in der kassenärztlichen Versorgung (Hausärzte-Weiterbildungsgesetz) (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung*)
23. 1. 1985 a) Entwurf eines Gesetzes über den Beruf der Hebamme und des Entbindungspflegers (Hebammengesetz)
b) Entwürfe eines Gesetzes über die Berufe in der Krankenpflege (Krankenpflegegesetz)
24. 4. 1985 Gefahren des Rauchens
17. 10. 1985 a) Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Elternurlaubgesetz)
29. 1. 1986 Erfahrungen mit dem Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes und zu Möglichkeiten zur Einführung eines Rechts auf „Totalverweigerung“ von Wehr- und Zivildienst
19. 3. 1986 a) Bekämpfung des erworbenen Immun-Mangel-Syndroms (AIDS)
b) Maßnahmen gegen AIDS
23. 4. 1986 Entwürfe eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Ausschuß für Verkehr

9. 11. 1983 Reduzierung von Schadstoffen in den Abgasen von Kraftfahrzeugen
19. 9. 1984 Straßenverkehrssicherheit
15. 5. 1985 Neuordnung der zivil-militärischen Flugsicherung
19. 6. 1985 Seehafenhinterlandverkehr
2. 10. 1985 Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes
19. 2. 1986 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften (Zulassung freier Sachverständiger zur Kraftfahrzeugüberwachung)
12. 3. 1986 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbahngesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes über den Ausbau des Schienenwegenetzes der Deutschen Bundesbahn

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

4. 4. 1984 Umweltbedingte Gebäudeschäden
27. 6. 1984 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Städtebauförderungsgesetzes
26. 6. 1985 Stärkung und Verstetigung der Bautätigkeit
12. 3. 1986 Entwurf eines Gesetzes über das Baugesetzbuch
(Planspiel),
14. 4. 1986

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

12. 6. 1985 Situation der Übersiedler aus der DDR

Ausschuß für Forschung und Technologie

28. 3. 1984 Stand der institutionell geförderten Forschung und Projektförderung auf dem Gebiet der Biotechnologie in der Bundesrepublik Deutschland und im Vergleich zum Ausland
11. 4. 1984 Stand und Entwicklungstendenzen in der Informations- und Kommunikationstechnik sowie deren Schlüsseltechnologien (Mikroelektronik, Optoelektronik, Software) in der Bundesrepublik Deutschland und im Vergleich zum Ausland
27. 3. 1985 Wiederaufarbeitung und/oder Endlagerung
22. 5. 1985 Gesellschaftliche Folgen der Informations- und Kommunikationstechniken
11. u. 12. 11. 1985 Weltraumforschung – Weltraumtechnik

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

9. 11. 1983 Lehrerarbeitslosigkeit
8. 2. 1984 Beschäftigung von Drittmittelpersonal
5. 12. 1984 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes
- 15., 16. u. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes
24. 4. 1985
12. 3. 1986 a) Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Ausbildungsförderungsgesetzes
b) Sechster Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Abs. 2
18. 6. 1986 Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung (Ausbildungsplatzfinanzierungsgesetz)

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

22. 2. 1984 Entwicklung und Rüstung
12. 6. 1985 Die Bedeutung kleiner bäuerlicher, handwerklicher und gewerblicher Wirtschaftsformen in der Dritten Welt und ihr Stellenwert in der deutschen Entwicklungspolitik
23. 10. 1985 Vorbereitung und Durchführung von Projekten privater Träger

17. 3. 1986 Entwicklungspolitik – Bilanz und Perspektiven
 5. 11. 1986 Einfluß der von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds geforderten Anpassungsprogramme auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

8. 9. 1986 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes
 22. 9. 1986 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Waschmittelgesetzes
 29. 9. 1986 a) Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1986 (Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern)
 b) Großversuch Tempo 100
 3. 11. 1986 Entwurf eines Gesetzes zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzvorsorgegesetz)

Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“

18. 9. 1985 Gentechnologie und Pflanzenzüchtung
 19. 9. 1985 Genetische Analyse bei Arbeitnehmern
 21. 10. 1985 Ökologische Aspekte der Freisetzung von lebendem Material
 4. 6. 1986 Veränderungen bei der Nutzung nachwachsender Rohstoffe durch gentechnologische Verfahrensschritte

Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung“

12. 5. 1986 Menschliche Kreativität und künstliche Intelligenz

Europa-Kommission

9. 4. 1984 Luftreinhaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft

11. Wahlperiode (1987–90)

Auswärtiger Ausschuß (Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe)

22. 2. 1988 Befinden sich deutsche Staatsangehörige unfreiwillig und unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen in der Colonia Dignidad in Chile?
 29. 5. 1989 Der Sudan und die Menschenrechte
 19. 6. 1989 Zur Lage der Menschenrechte in der Türkei
 18. 6. 1990 Zur Lage der Menschenrechte in Kolumbien

Innenausschuß

24. 6. 1987 a) Antrag betr. Gesetzentwurf zur Regelung einer angemessenen Versorgung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in der Zeit von 1933–1945
 b) Antrag zur Entschädigung für Zwangsarbeit während der Nazi-Zeit
 c) Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“
 d) Antrag zur Verbesserung der Situation der Sinti und Roma
 e) Bericht der Bundesregierung über die Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht sowie über die Lage der Sinti, Roma und verwandter Gruppen
 16. 5. 1988 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes
 b) Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau und zur Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung im öffentlichen Dienst
 c) Antrag betr. Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes
 6. 6. 1988 Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes

21. 11. 1988 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze
b) Antrag betr. Änderung des Parteiengesetzes
28. 11. 1988 Übernahme des Berliner Document Centers für NS-Akten durch die Bundesrepublik Deutschland
20. 2. 1989 Asyl- und Flüchtlingspolitik unter Einbeziehung von Anträgen zur Flüchtlings- und Asylkonzeption und des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung asylverfahrenrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften
13. 3. 1989 Rauschgiftbekämpfung
8. 5. 1989 Politische Bildung (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft*)
19. u. 23. 6. 1989 a) Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes
b) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen (Bundes-Informationsschutzgesetz)
c) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Bundesbeauftragter für den Datenschutz)
d) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes
4. 10. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften
6. 10. 1989 a) Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes und anderer Vorschriften (Katastrophenschutzergänzungsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW-Helferrechtsgesetz)
14. 12. 1989 a) Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“
b) Anträge u. a. zu politischen und rechtlichen Initiativen der Bundesregierung gegenüber den Nutznießern der NS-Zwangsarbeit und zur Individualentschädigung für ehemalige polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter unter der NS-Herrschaft durch ein Globalabkommen
14. 2. 1990 Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechts (*unter Einbeziehung weiterer acht Gesetzentwürfe und sonstiger Anträge zum Ausländerrecht*)

Sportausschuß

14. 10. 1987 Humanität im Spitzensport
19. 4. 1989 Sportförderung in der Dritten Welt

Rechtsausschuß

14. 10. 1987 Entwurf eines Sechsendreißigsten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz)
3. 2. 1988 u. 12. 10. 1988 Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“
4. 5. 1988 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht
11. 11. 1988 Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Pauschalreisen, darunter auch Pauschalurlaubsreisen und Pauschalrundreisen (*Unterausschuß „Europarecht“*)
30. 11. 1988 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten
10. 3. 1989 Entwurf eines Gesetzes über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Produkthaftungsgesetz) (*Unterausschuß „Europarecht“*)
15. u. 16. 11. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz)

16. 2. 1990 a) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes
b) Antrag zur Reform des Jugendgerichtsverfahrens
c) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Untersuchungshaft
16. 2. 1990 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes
9. 3. 1990 a) Antrag zu Chancen und Risiken der Anwendung neuer Methoden der künstlichen Befruchtung und bei Eingriffen in menschliche Keimzellen
b) Kabinettsbericht zur künstlichen Befruchtung beim Menschen
c) EntschlieÙung zu den ethischen und rechtlichen Problemen der Genmanipulation
d) EntschlieÙung zur künstlichen In-vivo- und In-vitro-Befruchtung
e) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Embryonen (Embryonenschutzgesetz)
f) Entwurf eines Siebenunddreißigsten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 Nr. 19 a – neu –)
g) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der künstlichen Befruchtung beim Menschen und bei Eingriffen in menschliche Keimzellen
h) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
15. 3. 1990 a) Antrag zur Abrüstung im Drogenkrieg
b) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – Abschöpfung von Gewinnen, Geldwäsche –
c) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – Vermögensstrafe –
d) Antrag zur Unterbindung der Geldwäsche zur Bekämpfung des Rauschgifthandels
e) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – Erweiterter Verfall –
f) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels
25. 4. 1990 a) Antrag zur Reform des Umwelthaftungsrechts
b) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Umweltschadenrechts (Umwelthaftungsgesetz/Umweltschadenfondsgesetz)
c) Entwurf eines Umwelthaftungsgesetzes
11. 5. 1990 Entwurf eines Gesetzes über die rechtliche Möglichkeit des Umgangs zwischen Vater und nichtehelichem Kind (Nichtehelichen-Umgangsgesetz)
17. 5. 1990 Zwei Entwürfe eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität
18. 5. 1990 a) Entwurf eines Gesetzes über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter/innen von Presse, Rundfunk, Film
b) Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung des Zeugnisverweigerungsrechts für Mitarbeiter/innen von Presse und Rundfunk sowie des entsprechenden Beschlagnahmeverbotes auf selbsterarbeitetes Material
c) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Mitarbeiter/innen anerkannter Beratungsstellen in Suchtfragen
d) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Suchtberater/innen
e) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Mitarbeiter/innen von AIDS-Beratungsstellen
1. 6. 1990 Entwurf eines Gesetzes über Verbraucherkredite zur Änderung der Zivilprozeßordnung und anderer Gesetze

Finanzausschuß

3. 2. 1988 Öffentliches Symposium zur Steuerharmonisierung in der EG
- 18., 19., 20. u. 31. 5. 1988, Entwürfe eines Steuerreformgesetzes 1990 (am 20. 5. 1988 speziell zu den Änderungen der Regionalförderung einschl. Berlin-Förderung, am 6. 6. 1988 zu verfassungsrechtlichen Aspekten des Gesetzes)
6. 6. 1988
12. 10. 1988 Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Haushaltsbegleitgesetz 1989), hier: Regelung zur Beseitigung der Mißbrauchsmöglichkeiten der Anlageform „Stille Beteiligung“ im Fünften Vermögensbildungsgesetz

26. 10. 1988 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen (Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988)
b) Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Haushaltsbegleitgesetz 1989)
c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990
19. 4. 1989 a) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung und Vereinfachung der Vereinsbesteuerung (Vereinsförderungsgesetz)
b) Antrag zu steuerlichen Erleichterungen für die gemeinnützigen Sportvereine und andere gemeinnützige Vereine
c) Zwei Entwürfe eines Gesetzes zur Verbesserung des Gemeinnützigkeitsrechts
d) Antrag zum Berufssport
19. 4. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Börsengesetzes
31. 5. u. 1. 6. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und von Arbeitsplätzen in Privathaushalten
27. 9. 1989 Entwürfe eines Steuerreformgesetzes 1990 – Zweiter Teil –, hier: Gesellschafter-Fremdfinanzierung
18. 10. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Förderung schadstoffarmer Personenkraftwagen
25. 10. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Vorschriften über gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (Investment-Richtlinie-Gesetz)
6. 12. 1989 Unternehmenssteuerbelastung, hier: Steuersätze/Bemessungsgrundlage
25. 4. 1990 Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Zweites Durchführungsgesetz/EWG zum Versicherungsaufsichtsgesetz)
12. 9. 1990 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Bausparkassen
b) Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Zweites Durchführungsgesetz/EWG zum VAG), hier: Vermögensanlagevorschriften
c) Entwurf eines Gesetzes über Wertpapier-Verkaufsprospekte und zur Änderung von Vorschriften über Wertpapiere

Haushaltsausschuß

17. 11. 1989 Geplante Veräußerung der bundeseigenen Salzgitter AG an die Preussag AG
7. 11. 1990 Belastungen durch die deutsche Einheit und ihre Finanzierung sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die öffentlichen Haushalte und die zentralen Politikbereiche

Ausschuß für Wirtschaft

2. 5. 1988 Gegenwärtiger Stand und Kompatibilität von elektronischen Buchungs- und Reservierungssystemen in der Bundesrepublik Deutschland
20. 6. 1988 Eindämmung der Spielhallenflut
10. 5. 1989 Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland
2. 10. 1989 Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen
23. 10. 1989 a) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs und zum Verbot von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen
b) Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes
c) Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes
d) Antrag zur Verminderung der Rüstungsexporte und verbesserte Rüstungsexportkontrolle

7. 5. 1990 Fremdenverkehr und Fremdenverkehrspolitik im einheitlichen europäischen Binnenmarkt unter Einschluß ökologischer Probleme
16. 5. 1990 Gegen wachsende Bankenmacht und für mehr Wettbewerb im Kreditgewerbe
18. 6. 1990 Langfristige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland (*gemeinsam mit dem Auswärtigen Ausschuß*)

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

16. 9. 1987 Auswirkungen der Diskussion um Wurmlarven in Seefischen auf die deutsche Fischwirtschaft
27. 1. 1988 Erzeuger- und Verbraucherschutz bei „Bioprodukten“ – Bestandsaufnahme und Ausblick
26. 1. 1989 Probleme der Landwirtschaft mit Pflanzenbehandlungsmitteln

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

20. 5. 1987 Entwurf eines Gesetzes über die sechzehnte Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Sechzehntes Anpassungsgesetz-KOV)
20. 5. 1987 a) Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung eines ausreichenden Schutzes bei Arbeitslosigkeit
b) Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit
14. 10. 1987 Entwürfe eines Gesetzes zur Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zum Schutz der Solidargemeinschaft vor Leistungsmissbrauch (Achstes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes)
9. 3. 1988 a) Entwurf eines Gesetzes zur Ausweitung der Rechte der Jugendvertretungen und zur Weiterentwicklung in Jugend- und Auszubildendenvertretungen
b) Entwurf eines Gesetzes zur Bildung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben
8. 6. 1988 Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose
- 16., 20., 22.
(2 Sitz.), 24. u.
28. (2 Sitz.) 6. 1988 Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz)
28. 9. 1988 a) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten und zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung
24. 10. 1988 a) Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Vorruhestandsgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand
8. 3. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Dienstleistungsabends
15. 3. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises und zur Änderung anderer Sozialgesetze
19. 4. 1989 Entwurf eines Gesetzes über die achtzehnte Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und zur Änderung von Vorschriften über die Arbeitslosenhilfe (KOV-Anpassungsgesetz 1989)
26. u. 28. 4. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992)
2. 10. 1989 Die Eingliederung Langzeitarbeitsloser unterstützen: Programm des Bundes, der Länder und Gemeinden insbesondere für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen
18. 10. 1989 Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung beschäftigungsfördernder Vorschriften (Beschäftigungsförderungsgesetz 1990)
17. 1. 1990 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Struktur der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (KOV-Strukturgesetz 1990)

7. 3. 1990 a) Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau und zur Änderung der betrieblichen Mitbestimmung – Betriebsverfassungsgesetz 1988 –
b) Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes 1989
14. 3. 1990 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes und anderer arbeitsrechtlicher Vorschriften (Arbeitsgerichtsgesetz-Änderungsgesetz)
7. 5. 1990 Entwurf eines Vierten Agrarsozialen Ergänzungsgesetzes
11. 6. 1990 Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
10. 10. 1990 Finanzielle Situation der Sozialversicherungssysteme der DDR

Verteidigungsausschuß

14. 6. 1989 Sachstand und Fortentwicklung der Beteiligung der Soldaten in der Bundeswehr, insbesondere in Personalangelegenheiten, sozialen Angelegenheiten und organisatorischen Angelegenheiten

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

24. 2. 1988 Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“, hier: Fragen der Genomanalyse an Arbeitnehmern (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung sowie dem Ausschuß für Forschung und Technologie*)
24. 2. 1988 Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“, hier: Fragen der pränatalen Diagnostik (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Forschung und Technologie*)
18. 5. 1988 Einsatz und Vorkommen leichtflüchtiger halogener Kohlenwasserstoffe in Lebensmitteln und deren toxikologische Wirkungen
30. 11. 1988 Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Weinggesetzes
1. 12. 1988 Entwurf eines Gesetzes über den Beruf der Rettungsassistentin und des Rettungsassistenten (Rettungsassistentengesetz)
8. 12. 1988 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes
26. 4. 1989 Berichtspflicht zu den Erkrankungen Asthma und Allergie
31. 5. 1989 Erlaß einer Überprüfungsordnung für Heilpraktiker
8. 11. 1989 Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes
13. 11. 1989 Berufung eines Ernährungsrates
15. 11. 1989 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Heimgesetzes
- 17., 18. u. 19. 1. 1990 Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Fragen der Gentechnik
24. 1. 1990 a) Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben (Gleichstellungsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Benachteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere in der Erwerbsarbeit (Antidiskriminierungsgesetz Teil I)
c) Bericht über die Anwendung der Richtlinie 79/7/EWG vom 19. Dezember 1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit
7. u. 8. 2. 1990 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz)
14. 2. 1990 Entwurf eines Gesetzes über die Berufe in der Physiotherapie (Masseur- und Krankengymnastengesetz)
13. 9. 1990 Entwurf eines Gesetzes über Ausbildung und Ausbildungsstätten in der Krankenpflege (Altenpflegegesetz)

Ausschuß für Verkehr

20. 4. 1988 Gefahrguttransporte
21. 9. 1988 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Schiffsregisters für deutsche Handelsschiffe im internationalen Verkehr (Internationales Seeschiffsregister)
15. 2. 1989 Zusätzliche Stationierung von Hubschraubern auf dem US-Flugplatz Wiesbaden-Erbenheim
24. 1. 1990 Transrapid-Referenzstrecke Hannover – Hamburg

Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen¹⁾

22. 2. 1988 Grünbuch über die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte
- 28., 29. u.
30. 11. 1988 a) Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz)
b) Konzeption der Bundesregierung zur Neuordnung des Telekommunikationsmarktes

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

14. 10. 1987 Hilfe für Menschen in Wohnungsnot
2. 11. 1987 Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 71/305/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge
2. 11. 1987 Vorschlag für eine Richtlinie des Rates bezüglich der Annäherung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Bauprodukte
6. 6. 1988 Die Wohnungsgemeinnützigkeit erhalten und stärken
7. 11. 1988 Bauschäden und Bauwerksschäden durch Umweltbelastungen
7. 12. 1988 Obdachlosigkeit und Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung
15. 3. 1989 Wohnen im Alter
6. 12. 1989 a) Sofortprogramm für eine aktive Wohnungspolitik
b) Ökologische und soziale Offensive gegen Wohnungsnot
17. 1. 1990 Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Wohnungsbaus im Planungs- und Baurecht sowie zur Änderung miethrechtlicher Vorschriften (Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz)

Ausschuß für Forschung und Technologie²⁾

2. 3. 1988 Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen
14. 6. 1989 Naturmedizin erforschen und anwenden (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sowie dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft*)
13. 12. 1989 Zukunftskonzept Informationstechnik – Forschungs- und industriepolitischer Handlungsbedarf für eine Weiterentwicklung der Informationstechnik unter Berücksichtigung der internationalen Zusammenarbeit
7. 3. 1990 Sicherheit der Informationstechnik
19. 9. 1990 Kernfusion

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

22. 2. 1988 a) Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
b) Siebter Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Abs. 2
c) Bericht der Bundesregierung zur Ausbildungsfinanzierung in Familien mit mittlerem Einkommen

¹⁾ ab September 1989: Ausschuß für Post und Telekommunikation

²⁾ ab November 1989: Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

18. 1. 1989 Überlastsituation an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland
 17. 4. 1989 Überbetriebliche Ausbildungsstätten
 10. 5. 1989 Entwicklungsstand und Perspektiven der Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland
 17. 1. 1990 Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
 14. 2. 1990 Leseverhalten und Lesekultur
 17. 5. 1990 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

5. 10. 1987 Schutz der Nordsee
 18. 4. 1988 Beendigung der Arbeiten am Endlager Gorleben
 31. 5. u. 1. 6. 1988 Entwurf eines Gesetzes zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit (Kernenergieabwicklungsgesetz)
 26. 9. 1988 Vorsorge gegen Schadensfälle in der chemischen Industrie
 24. 4. 1989 a) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten
 b) Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Gesetz)
 c) Antrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung
 8. 5. 1989 Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz
 18. 9. 1989 a) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Chemikaliengesetzes
 b) Antrag zum Ausstieg aus der Produktion und Verwendung von PVC (Polyvinylchlorid)
 15. 11. 1989 Entwürfe eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
 6. 12. 1989 Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

18. 4. 1988 Verschuldungskrise der Entwicklungsländer
 20. 6. 1988 Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe
 25. 10. 1989 Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wiederaufbau Zentralamerikas und Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralamerika unter Berücksichtigung des Berichts der Internationalen Kommission für Zentralamerika
 8. 11. 1989 Stand der Umsetzung des Madrider Appells vom 3. 6. 1988 und Aktionsprogramm Eine-Welt-Woche 1990
 15. 11. 1989 Senior-Experten-Service
 15. 11. 1989 Städtepatenschaften und Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt
 6. 12. 1989 Verminderung des Bevölkerungswachstums
 6. 12. 1989 Förderung der Grundbildung in Entwicklungsländern
 7. 3. 1990 Förderung der Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit
 28. 3. 1990 Kleingewerbe- und Handwerksförderung in der Dritten Welt
 9. 5. 1990 Eine-Welt-Woche 1990

Enquete-Kommission „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“

17. 9. 1987 Epidemiologie 1987
 18. 9. 1987 Medizinisches Krankheitsbild von AIDS
 29. 9. 1987 Gesellschaftliche Auswirkungen der Krankheit AIDS
 15. u. 16. 10. 1987 Primärprävention

2. 11. 1987 AIDS-Prävention bei intravenös Drogenabhängigen – Verhaltensbeeinflussung und Substitution (durch Methadon usw.)
16. 11. 1987 Beratung, Betreuung und Versorgung von symptomlos HIV-Infizierten unter dem Aspekt der Vermeidung weiterer Infektionen
15. 12. 1987 Makrophagen
13. u. 14. 10. 1988 Betreuung und Versorgung der Erkrankten: Medizinische Betreuung und Versorgung sowie soziale und psychische Betreuung, Versorgung und Hilfen
18. u. 19. 10. 1988 Beratung, Betreuung und Versorgung von symptomlos HIV-Infizierten: Medizinische Betreuung und Versorgung sowie soziale, psychische Betreuung und Hilfen
14. 11. 1988 AIDS bei Kindern/AIDS und Frauen
13. 12. 1988 AIDS und Recht: Seuchenrecht und verfassungsrechtliche Vorgaben
10. 1. 1989 AIDS und Recht: Steuernde Wirkung des Rechts auf Verhalten und Gesellschaft
11. 1. 1989 AIDS und Recht: Strafrecht und Strafprozeßrecht
31. 1. 1989 AIDS und Recht: Arzt- und Krankenhausrecht
1. 3. 1989 Bereichsspezifische Prävention: Psychisch Kranke und Behinderte/Ausländer/Bundeswehr und Zivildienst
20. 4. 1989 AIDS in anderen Ländern, insbesondere in Ländern der Dritten Welt
27. 4. 1989 AIDS und Ethik
15. 6. 1989 Einführung einer Schweigepflicht für Mitarbeiter in anerkannten Beratungsstellen für AIDS-Fragen, Zeugnisverweigerungsrecht für Mitarbeiter in anerkannten Beratungsstellen für AIDS- und Suchtfragen
16. 6. 1989 Bereichsspezifische Prävention: AIDS in Justizvollzugsanstalten
19. 9. 1989 Maßnahmen im Rahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung zur Bekämpfung der Immunschwäche AIDS
10. u. 11. 10. 1989 AIDS-Forschung: Stand und Entwicklung

Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“

22. u. 23. 10., 12., 13. u. 26. 11. 1987 Analyse der Strukturen des Krankenversicherungssystems, Aufzeigen seiner Schwächen und Mängel sowie Prüfung von Lösungsmöglichkeiten im Rahmen einer Strukturreform; hier: Aufgaben und Gliederung des Krankenversicherungssystems
10. u. 11. 12. 1987 Definition der Bedingungen zur Sicherung des Solidaritätsprinzips im Rahmen einer Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung
3. 3. 1988 Praxis der Gesundheitsberichterstattung und ihre Verwendung für eine aktive Gesundheitspolitik in ausgewählten Staaten (Großbritannien; Schweden)
4. 3. 1988 Voraussetzungen einer rationalen Gesundheitspolitik: Gesundheitsberichterstattung als Ausgangspunkt einer gesundheitlichen Orientierung des Krankenversicherungssystems

Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“

29. 2., 27. 4., 2. u. 3. 5. 1988 Fluorchlorkohlenwasserstoffe und stratosphärisches Ozon
- 6., 7. u. 20. 6. 1988, 29. u. 30. 3. 1990 Treibhauseffekt
- 2., 3., 5., 16. u. 17. 5., 7. u. 8. 6. 1989 Schutz der tropischen Wälder: Ausmaß und Ursachen der Vernichtung der tropischen Wälder; Auswirkungen der Vernichtung der tropischen Wälder; Maßnahmen zum Schutz der tropischen Wälder
12. 6. 1989 Aktuelle Erkenntnisse der Ozonveränderungen in den Polaren Bereichen der Stratosphäre
19. 6. 1989 Schutz der Wälder in mittleren und nördlichen Breiten
26. u. 27. 6. 1989 Klimarelevanz des Verkehrssektors: Emissionen und Energieeinsatz sowie Maßnahmen zu deren Verminderung

4. 5. 1990 Ozonabbau in der Stratosphäre: Erkenntnisse, Auswirkungen, FCKW-Ausstieg und die Folgen
- Enquete-Kommission „Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“**
20. 6. 1988 BST (Rinderwachstumshormon) und gesundheitliche Folgen
3. 11. 1988 Verantwortung und Haftung beim Einsatz von Expertensystemen
20. 11. 1989 Was kostet die Solarenergie heute und in Zukunft?
- Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“**
16. 6. 1988 Auf welche Zukunft sollte das Bildungswesen vorbereitet sein und selbst aktiv mit vorbereiten?
14. 9. 1988 Berufliche Erstausbildung und Erwerbsarbeit
28. 9. 1988 Strukturwandel des ländlichen Raums: Anforderungen an die zukünftige Bildungspolitik des Bundes
11. 1. 1989 Bildung und europäische Integration
8. 2. 1989 Weiterbildung – Lebenslanges Lernen
15. 2. 1989 Strukturwandel in Arbeit und Beruf und sein Verhältnis zu Bildung und Ausbildung unter besonderer Berücksichtigung des Flexibilitätsaspektes
8. 3. 1989 Verteilung von Aus- und Weiterbildungszeiten im Lebenszyklus
15. 3. 1989 Kosten und Finanzierung der Weiterbildung
10. 5. 1989 Weiterbildung im Tarifvertrag
18. u. 19. 10.,
8. u. 29. 11. 1989 Perspektiven der Hochschulentwicklung (Bildungsinhalte/Lehre; Strukturen; Forschung; Frauen und Hochschule)
31. 1. 1990 Rolle der Geisteswissenschaften heute
14. 3. 1990 Vorliegende Analysen und Maßnahmenvorschläge zum deutsch-deutschen Bildungsverhältnis
25. 4. 1990 Deutsch-deutsche Bildungsfragen

12. Wahlperiode (1990–94)

Auswärtiger Ausschuß

16. 3. 1992 Organisation und Koordination der humanitären Hilfe (*Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe*)
5. 10. 1992 Peru (*Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe*)
9. 11. 1992 Neue Waffentechnologien unter dem Aspekt der vorübergehenden Rüstungskontrolle (*Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle*)
9. 11. 1992 Reform der Vereinten Nationen (*Unterausschuß Vereinte Nationen/Weltweite Organisationen*)
1. 12. 1992 Lage der deutschen Minderheiten und Pflege des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa, einschließlich der Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion (*gemeinsam mit dem Innenausschuß*)
25. 5. 1994 Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und -vermeidung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen

Hinweis

Das Zahlenverhältnis der öffentlichen zu den nicht-öffentlichen Sitzungen innerhalb des Bundestages ist für die einzelnen Wahlperioden errechnet worden in Abschnitt 8.21: Publizität der Verhandlungen.

Innenausschuß

27. 8. 1991
- a) Entwurf eines Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)
 - b) Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der Daten und Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik
 - c) Anträge zu gesetzlichen Regelungen für die Lagerung, Verwaltung, Sicherung und Nutzung von Unterlagen und Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit sowie staatsbezogener Parteiakten der SED, der Blockparteien und von Massenorganisationen in der ehemaligen DDR
28. 8. 1991
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesarchivgesetzes
 - b) Anträge zu gesetzlichen Regelungen für die Lagerung, Verwaltung, Sicherung und Nutzung von Unterlagen und Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit sowie staatsbezogener Parteiakten der SED, der Blockparteien und von Massenorganisationen in der ehemaligen DDR
18. 3. 1992
1. 12. 1992
- Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens
Lage der deutschen Minderheiten und Pflege des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa, einschließlich der Nachbarstaaten der früheren Sowjetunion (*gemeinsam mit dem Auswärtigen Ausschuß*)
11. 3. 1993
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18)
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechte von Niederlassungsberechtigten, Einwanderinnen und Einwanderern
 - c) Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung von Flüchtlingen (Flüchtlingengesetz)
 - d) Anträge zum Asylrecht
(*gemeinsam mit dem Rechtsausschuß und der Gemeinsamen Verfassungskommission*)
24. 3. 1993
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften (unter Einbeziehung u. a. von vier weiteren Gesetzentwürfen)
19. 4. 1993
- Politisch motivierte Gewalt in Deutschland
14. 6. 1993
- Kulturpolitik in der EG nach Maastricht
28. 6. 1993
- Zentrale Gedenkstätte des Bundes
27. 9. 1993
- Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Einbürgerung und Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit
18. 10. 1993
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze
 - b) Empfehlungen der Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung
 - c) Antrag zur Förderung der Selbstbeschränkung der Parteien durch eine transparente Neuregelung der staatlichen Parteienfinanzierung
6. 12. 1993
- Gewalt in der Gesellschaft und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die politische Bildung
7. 3. 1994
- Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten
11. 4. 1994
- a) Entwurf eines Verbrechensbekämpfungsgesetzes
 - b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität
 - c) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems
 - d) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Straßenverkehrszulassungsverordnung – Verbesserung der Diebstahlsicherung an Kraftfahrzeugen
 - e) Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Rechtsfriedens und zur Bekämpfung des Schlepperunwesens
 - f) Anträge zur Harmonisierung der Strafrahmen, zur Verbesserung von Diebstahlsicherungen an Kraftfahrzeugen zur Kriminalitätsvorbeugung und zu Maßnahmen gegen Lauschangriffe sowie Transparenz von Kommunikationsüberwachung
(*gemeinsam mit dem Rechtsausschuß*)

Sportausschuß

24. 4. 1991 Situation des Sports in den neuen Bundesländern
 10. 2. 1993 Goldener Plan Ost des Deutschen Sportbundes
 21. 6. 1993 Rolle des Sports in der DDR

Rechtsausschuß

5. 3. 1991 a) Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen
 b) Entwurf eines Gesetzes über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen
13. 6. 1991 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 146 GG)
 b) Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren zur Durchführung des Volksentscheides nach Artikel 146 Absatz 2 des Grundgesetzes (G Artikel 146 Abs. 2)
30. 10. 1991 Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im Land Berlin (Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz) (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Verkehr*)
6. 11. 1991 a) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einsetzung Europäischer Betriebsräte zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (Rats-Dok. Nr. 4466/91)
 b) Geänderter Vorschlag über eine Verordnung (EWG) des Rates über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft und geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Ergänzung des SE-Statuts hinsichtlich der Stellung der Arbeitnehmer (Rats-Dok. Nr. 6516/91)
 (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung*)
13. 11. 1991 Vier Gesetzentwürfe zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, des Strafgesetzbuches und anderer Gesetze (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Wirtschaft*)
22. 1. 1992 Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität
19. 3. 1992 a) Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz)
 b) Antrag betr. Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtsstaates
29. 4. 1992 Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege
21. 5. 1992 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vermögensgesetzes und anderer Vorschriften (Zweites Vermögensrechtsänderungsgesetz)
 b) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung redlich erworbener Eigentums- und Nutzungsrechte an den Gebäuden und Grundstücken in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet
 c) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen
7. 10. 1992 a) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes (Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität)
 b) Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes (Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität)
11. 11. 1992 a) Entwurf eines Gesetzes zur Verjährung von SED-Unrechtstaten
 b) Entwurf eines Gesetzes zur Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen von DDR-Unrechtstaten
 c) Antrag betr. Verfolgungsverjährung von Unrechtstaten in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
7. 12. 1992 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz)

9. 12. 1992 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches (Bauhandwerkersicherungsgesetz)
9. 12. 1992 a) Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften (Viertes Mietrechtsänderungsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung eines sozialen Mietrechts
20. 1. 1993 a) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes (Verjährung von Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen)
b) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes (Verjährung von Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen)
11. 2. 1993 Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 und 87a)
3. 3. 1993 a) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes (Abgeordnetenbestechung)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung (... Strafrechtsänderungsgesetz)
11. 3. 1993 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechte von Niederlassungsberechtigten, Einwanderinnen und Einwanderern
c) Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung von Flüchtlingen (Flüchtlingsgesetz)
d) Anträge zum Asylrecht und zu den jüngsten ausländerfeindlichen Ausschreitungen
(gemeinsam mit dem Innenausschuß)
28. 4. 1993 a) Entwurf einer Insolvenzordnung
b) Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung
24. 6. 1993 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes
b) Anträge zur Senkung der Promillegrenze und Einführung der elektronischen Atemalkohol-Analyse
30. 6. 1993 a) Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Familiennamensrechts (Familiennamensrechtsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Namensrechts von Ehe, Familie und Kindern (Namensrechtsreformgesetz)
6. 9. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz) (gemeinsam mit dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung)
15. u. 16. 9. 1993,
2. 2. 1994 Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz) (gemeinsam mit dem Finanzausschuß)
29. 9. 1993 a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz)
b) Anträge zur Rehabilitierung und Entschädigung der Verfolgten des Stalinismus und des DDR-Regimes
20. 10. 1993 a) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes (§§ 175, 182 StGB)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sexualstrafrechts (§§ 175, 176a, 182 StGB)
c) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der psychosexuellen Entwicklung von Jugendlichen (Streichung der §§ 175 und 182 StGB, § 149 StGB/DDR)
27. 10. 1993 Besserer Schutz vor Kfz-Diebstählen
10. 11. 1993 Zunahme von Gewaltdarstellungen im Fernsehen und rechtliche Möglichkeiten der Eindämmung
1. 12. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte

8. 12. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus*)
28. 1. 1994 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung sachenrechtlicher Bestimmungen (Sachenrechtsänderungsgesetz)
8. 3. 1994 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
11. 4. 1994
- a) Entwurf eines Verbrechensbekämpfungsgesetzes
 - b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität
 - c) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems
 - d) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Straßenverkehrszulassungsverordnung (Verbesserung der Diebstahlsicherung an Kraftfahrzeugen)
 - e) Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Rechtsfriedens und zur Bekämpfung des Schlepperunwesens
 - f) Anträge zur Harmonisierung der Strafrahmen, zur Verbesserung von Diebstahlsicherungen an Kraftfahrzeugen u. a.
(*gemeinsam mit dem Innenausschuß*)
20. 4. 1994
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Umwandlungsrechts
 - b) Entwurf eines Gesetzes für kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts
29. 4. 1994
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schuldrechtlicher Bestimmungen im Beitrittsgebiet (Schuldrechtsänderungsgesetz)
 - b) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der vertraglichen Nutzungen von Erholungsgrundstücken

Finanzausschuß

17. u. 24. 4. 1991
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1991)
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen (Solidaritätsgesetz)
4. 6. 1991 Harmonisierung der Mehrwertsteuern und der speziellen Verbrauchsteuern in der EG
18. 9. 1991 Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
9. 10. 1991
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Familien und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze (Steueränderungsgesetz 1992)
 - b) Antrag für einen verfassungsmäßigen und gerechten Familienlastenausgleich
17. 10. 1991
- 1) Wettbewerbssituation zwischen Erdgas und Heizöl
 - 2) Eventuelle Anpassung der Tabaksteuer
 - 3) Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1991 zur Förderung des Wohnungseigentums
18. 3. 1992 Internationale Verrechnungspreise in den Vereinigten Staaten
29. 4. 1992 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Umsatzsteuergesetzes und anderer Rechtsvorschriften an den EG-Binnenmarkt (Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz)
6. 5. 1992 Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Zinsbesteuerung (Zinsabschlaggesetz)
14. 10. 1992 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen und anderer Vorschriften über Kreditinstitute
29. 10. 1992 Zwei Entwürfe zu einem Gesetz zur Anpassung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen an das Gemeinschaftsrecht sowie zur Änderung anderer Gesetze (Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetz)
13. 1. 1993 Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Einführung einer Steuer auf Kohlendioxidemissionen und Energie

3. 3. 1993 Zwei Entwürfe zu einem Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europäischen Binnenmarkt (Standortsicherungsgesetz)
29. 4. 1993 1) Soziale Komponente zum Solidaritätszuschlag im Rahmen des Förderalen Konsolidierungsprogramms
2) Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum
15. u. 16. 9. 1993, 2. 2. 1994 Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz) (*gemeinsam mit dem Rechtsausschuß*)
22. 9. 1993 Lage in der Finanzverwaltung
24. 2. 1994 Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes
2. 3. 1994 Entwurf eines Gesetzes über den Wertpapierhandel und zur Änderung börsenrechtlicher und wertpapierrechtlicher Vorschriften (Zweites Finanzmarktförderungsgesetz)
9. 3. 1994 Auswirkungen des Steuerrechts in der Praxis
13. 4. 1994 Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Durchführung versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Drittes Durchführungsgesetz/EWG zum VAG)
23. 6. 1994 Vereinfachung des Steuerrechts

Ausschuß für Wirtschaft

13. 11. 1991 Vier Entwürfe zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, des Strafgesetzbuches und anderer Gesetze (*gemeinsam mit dem Rechtsausschuß*)
3. 6. 1992 a) Entwurf eines Energiegesetzes
b) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Stromeinspeisungsgesetzes
c) Anträge zur Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft, zur Novellierung des Energierechts sowie zur Energiewende
d) Das energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung: Energiepolitik für das vereinte Deutschland
21. 9. 1992 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen informations- und kommunikationstechnischen Industrie (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie dem Ausschuß für Post und Telekommunikation*)
23. 9. 1992 Entwurf eines Filmförderungsgesetzes
9. 11. 1992 Politik der Treuhandanstalt
10. 11. 1993 Lage der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie
8. 12. 1993 Macht von Banken und Versicherungen, Wettbewerb im Finanzdienstleistungssektor
20. 4. 1994 Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Rabattgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Rabattgesetzes (Rabattgesetzaufhebungsgesetz)
18. 5. 1994 Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes
25. 5. 1994 Lage der deutschen Schuhindustrie

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

20. 10. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

12. 2. 1991 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung und bei der Bundesanstalt für Arbeit
17. 4. 1991 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung arbeitsförderungsrechtlicher und anderer sozialrechtlicher Vorschriften
16. u. 17. 5., 5. u. 17. 6. 1991 Zwei Entwürfe eines Gesetzes zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz)

6. 11. 1991 a) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Einsetzung Europäischer Betriebsräte zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen
b) Geänderter Vorschlag über eine Verordnung (EWG) des Rates über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft und geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Ergänzung des SE-Statuts hinsichtlich der Stellung der Arbeitnehmer
(gemeinsam mit dem Rechtsausschuß)
- 21., 22. 5. u.
3. 6. 1992 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung
24. 6. 1992 a) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Lohndumping
b) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
30. 9. 1992 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Förderungsvoraussetzungen im Arbeitsförderungs-gesetz und in anderen Gesetzen
b) Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes
c) Zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik – Arbeit statt Arbeitslosigkeit
9. 12. 1992 Schaffung eines Arbeitsschutzgesetzbuches
20. 1. 1993 Mißbrauch ausländischer Werksvertrags- und Saisonarbeitnehmer, Lohn- und Arbeitsrechtsdumping und verstärkte Verfolgung illegaler Beschäftigungsverhältnisse durch die Bundesanstalt für Arbeit und die Hauptzollämter
14. 6. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten
16. u. 17. 6. 1993 Ablösung des Arbeitsförderungs-gesetzes durch ein Arbeits- und Strukturförderungs-gesetz
6. u. 27. 9. 1993 Entwurf eines Entgeltfortzahlungsgesetzes
16. u. 17. 9. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit
25. 10. 1993 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht
29. 11. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung und Flexibilisierung des Arbeitszeit-rechts
8. 12. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Reform der agrarsozialen Sicherung
28. 2. 1994 Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994
20. 4. 1994 Entwurf eines Gesetzes über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit
28. 6. 1994 1) Beseitigung des Mißbrauchs der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung
2) Offensive für mehr Teilzeitarbeit

Ausschuß für Familie und Senioren

24. 3. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber
22. 9. 1993 a) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms
b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms
25. 5. 1994
(Schwerin) Situation der Familien in Mecklenburg-Vorpommern

Ausschuß für Frauen und Jugend

18. 9. 1991 Identitätsfindung von Jugendlichen in den neuen Bundesländern
9. 10. 1991 Jugendsekten
4. 12. 1991 Die Frau in der Landwirtschaft
12. 2. 1992 Frauenförderung in der privaten Wirtschaft
29. 4. 1992 Informationen über die Beratungsstelle „Männer gegen Männer-Gewalt e. V.“, Ham-burg

29. 10. 1992 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch, hier: Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts
7. 12. 1992 Systematische Vergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina
24. 3. 1993 Jugend und Gewalt
11. u. 12. 11. 1993 a) Entwurf eines Gesetzes zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Zweites Gleichberechtigungsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz)
1. 12. 1993 Frauenhandel

Ausschuß für Gesundheit

20. 2. 1991 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
17. 4. 1991 Aktuelle Fragen des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern, insbesondere Probleme um die Weiterführung der Polikliniken (Berlin)
15. 5. 1991 Aktuelle Fragen über die Lage der Krankenhäuser und ihres Personals in den neuen Bundesländern (Dessau)
12. 6. 1991 AIDS in den neuen Bundesländern und in den osteuropäischen Ländern
25. 9. 1991 Schlußfolgerungen aus den Empfehlungen der Enquete-Kommission „AIDS“ für eine wirkungsvolle Politik der AIDS-Bekämpfung in den alten Bundesländern
10. 10. 1991 a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
4. 12. 1991 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes
12. 2. 1992 Erfahrungen mit dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung*)
29. 4. 1992 Lage der Psychiatrie in den neuen Bundesländern (Leipzig)
- 23., 24. u. 25. 9., 6. 11. 1992 a) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Strukturierung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz 1993)
b) Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
c) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz)
d) Antrag betr. Reform des Gesundheitswesens
20. 1. 1993 Entwurf eines Gesetzes über technische Assistenten in der Medizin (MTA-Gesetz)
3. 2. 1993 HIV-Infektionsgefährdung durch Blutprodukte
30. 6. 1993 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes
30. 6. 1993 Antrag betr. Einsatz der Gentechnik und anderer neuartiger biotechnologischer Verfahren in der Lebensmittelproduktion
20. 10. 1993 Entwurf eines Gesetzes über den Beruf der Diätassistentin und des Diätassistenten und zur Änderung verschiedener Gesetze über den Zugang zu anderen Heilberufen (Heilberufsänderungsgesetz)
10. 11. 1993 Entwurf eines Gesetzes über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
8. 12. 1993 a) Entwurf eines Gesetzes über die Berufe in der Physiotherapie (Masseur- und Physiotherapeutengesetz)
b) Antrag betr. Neuordnung der Berufe in der Physiotherapie
2. 3. 1994 Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

9. 3. 1994 a) Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung zentraler Einrichtungen des Gesundheitswesens (Gesundheitseinrichtungen-Neuordnungs-Gesetz)
b) Antrag betr. Reorganisation des Bundesgesundheitsamtes (BGA) als Bundesamt für Gesundheitsschutz
13. 4. u.
9. 5. 1994 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung krankensicherungsrechtlicher Vorschriften (GKV-Anpassungsgesetz)
18. 4. 1994 Entwurf eines Gesetzes über Krebsregister (Krebsregistergesetz)
20. 4. 1994 Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Medizinprodukten (Medizinproduktegesetz)
18. 5. 1994 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes
15. 6. 1994 Entwurf eines Gesetzes über die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung (Säuglingsnahrungswerbegesetz)
23. 6. 1994 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes

Ausschuß für Verkehr

30. 10. 1991 Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im Land Berlin (Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz) (*gemeinsam mit dem Rechtsausschuß*)
10. 2. 1993 Südumfahrung Stendal
18. 5. 1994 Magnetschwebbahnplanungsgesetz (TRANSRAPID) und Finanzierungskonzept

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

29. 4. 1991 Umweltauswirkungen des Golfkrieges und die Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zur Mitwirkung bei der Beseitigung dieser Kriegsfolgen
28. 9. 1992 Energie und Umwelt
3. 2. 1993 a) Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz)
b) Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Umweltbereich
10. 5.,
27. u. 28. 9. 1993 Novellierung des Abfallgesetzes:
a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abfallgesetzes und des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Rückständen, Verwertung von Sekundärrohstoffen und Entsorgung von Abfällen
21. 6. 1993 Novellierung des Abwasserabgabengesetzes: Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes
22. 11. 1993 a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes und anderer Gesetze
18. 4. 1994 a) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt
b) Entwurf eines Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (Umweltinformationsgesetz)
25. 5. 1994 Stand der Sanierung in den Uranerzbergbauebenen der Wismut GmbH

Ausschuß für Post und Telekommunikation

5. 3. 1991 Datenschutz im ISDN; dazu:
a) 11. und 12. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz
b) Entwurf einer Verordnung des BMPT über den Datenschutz bei Dienstleistungen der Deutschen Bundespost TELEKOM (TELEKOM-Datenschutzverordnung)

21. 9. 1992 Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Informations- und kommunikationstechnischen Industrie (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Wirtschaft und dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung*)
7. 12. 1992 Grünbuch über die Entwicklung des Binnenmarktes für Postdienste
24. 5. 1993 Problem der elektromagnetischen Umweltverträglichkeit von Mobil- und Richtfunk-sendeanlagen und insbesondere damit zusammenhängender möglicher Gesundheitsgefahren
7. 3. 1994 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz)
c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Postverfassungsgesetzes
d) Antrag zur Reform der Deutschen Bundespost

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

18. 1. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz)
20. 9. 1993 a) Antrag zur Erhöhung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, des Wohnungsbindungsgesetzes und anderer wohnungsrechtlicher Vorschriften (Wohnungsbauänderungsgesetz 1993)
2. 3. 1994 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaus (Wohnungsbauförderungsgesetz 1994)
18. 5. 1994 Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus
15. 6. 1994 Wohnungslosigkeit – Obdachlosigkeit und Wohnungsnotfälle in der Bundesrepublik Deutschland und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung

Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

15. 5. 1991 Aspekte deutscher Weltraumpolitik
25. 9. 1991 Forschung und technologische Entwicklung in den neuen Bundesländern
12. 2. 1992 Erfahrungen mit dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Gesundheit*)
21. 9. 1992 Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen informations- und kommunikationstechnischen Industrie (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Wirtschaft und dem Ausschuß für Post und Telekommunikation*)

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

12. 6. 1991 Situation der Berufsausbildung in den neuen Ländern und Vorschläge zum Ausbau und Umbau des Angebots an Ausbildungsplätzen
6. 11. 1991 Bericht über ausgewählte Gutachten, die im Auftrag der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“ erstellt wurden
5. u. 6. 12. 1991 Perspektiven der Hochschulentwicklung
19. 2. 1992 Hochschulsituation in den neuen Ländern, insbesondere in Sachsen (Leipzig) und Brandenburg
18. 3. 1992 Entwurf eines Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
6. 5. 1992 Weiterbildung als lebensbegleitendes Lernen
11. 11. 1992 Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes
20. 1. 1993 Berufliche Erstausbildung und Erwerbsarbeit
3. 3. 1993 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Berufsbildungsförderungsgesetzes
27. 10. 1993 Umweltbildung und Umweltwissenschaften
27. 4. 1994 Verbesserung der Qualität der außerbetrieblichen Ausbildung in den neuen Bundesländern

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

15. 5. 1991 Förderung von Nichtregierungsorganisationen
 28. 10. 1991 Energiesituation in der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung des Einsatzes von regenerativen Energien
 11. 12. 1991 Grundsätze und Strategien für die Entwicklungspolitik der 90er Jahre
 11. 11. 1992 Entwicklungspolitische Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern
 2. 3. 1994 Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland
 20. 4. 1994 Praktische Konsequenzen aus der Konferenz von Rio für die Entwicklungspolitik im Umweltbereich
 18. 5. 1994 Entwicklungspolitik und Handel

Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus

12. 10. 1992 Kriterien für einen Sanften Tourismus unter Berücksichtigung der Diskussion zum touristischen Gütesiegel
 8. 12. 1993 Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (*gemeinsam mit dem Rechtsausschuß*)

EG-Ausschuß

7. 5. 1992 Binnenmarkt

Sonderausschuß „Schutz des ungeborenen Lebens“

- 13., 14. u. 15. 11., 4. u. 6. 12. 1991 Sechs Gesetzentwürfe im Zusammenhang mit dem Schutz des ungeborenen Lebens bzw. zur Reform des Abtreibungsrechts

Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“

25. u. 26. 11. 1991, 17. u. 18. 2. 1992 Beitrag der Landwirtschaft zu direkt und indirekt wirksamen treibhausrelevanten Spurenstoffen in der Troposphäre und Auswirkungen
 16. u. 17. 1. 1992, 9. u. 10. 3. 1992, 29. 4. 1994 Wissenschaftlicher Sachstand über Treibhauseffekt und Auswirkungen einer Klimaänderung
 28. u. 29. 1. 1992 Anhörung im internationalen politischen Bereich über Willensbildung und Maßnahmen zum Schutz des globalen Klimas
 29. u. 30. 6. 1992 Nachfrage- und Angebotsentwicklung im Verkehr (Verkehr I)
 21. 9. 1992 Kommunale Energie- und Verkehrskonzepte zum Klimaschutz
 23. u. 24. 9. 1992 CO₂-Minderung im Verkehr durch Aktivierung besserer Technik und Organisation (Verkehr II)
 16. u. 17. 11. 1992 CO₂-Minderungen durch Vermeidung von Verkehr (Verkehr III)
 11. 3. 1993 (Leipzig) Klimapolitik in den neuen Bundesländern
 17. 5. 1993 Kostengünstige CO₂-Reduktionsmaßnahmen im Energiesektor
 5. 7. 1993 Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Reduktion klimawirksamer Spurengasemissionen im Landwirtschaftsbereich
 25. 10. 1993 Erneuerbare Energien: der Weg zu einer nachhaltigen und klimaverträglichen Energieversorgung
 8. 11. 1993 Stand und Entwicklungsperspektiven der Kernreakorteknik
 29. 11. 1993 Rationelle Energieverwendung in einer nachhaltigen und klimaverträglichen Energieversorgung

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“

24. u. 25. 9. 1992 Ökobilanzen/Produktlinienanalysen
 15. u. 23. 10. 1992 Benzol
 3. u. 4. 12. 1992 Ökobilanz/Produktlinienanalyse am Beispiel des FCKW-Ersatzstoffes R 134a und anderer Ersatzstoffe bzw. -technologien

16. u. 17. 3. 1993 Die Stoffe, aus denen unsere Kleider sind – Stoffströme in der textilen Bekleidungskette
6. u. 7. 5. 1993 Mobilität – Darstellung, Bewertung und Optimierung von Stoffströmen
3. u. 4. 6. 1993 Chlorchemie
7. 10. 1993 Leitbilder und Stoffpolitik

Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

29. 9. 1992 Regierungskriminalität und justizielle Aufarbeitung – Möglichkeiten und Grenzen
30. 9. 1992 Erfahrungsaustausch mit Organisationen, die sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der SED-Geschichte befassen
13. 11. 1992 Die Veränderung des Parteiensystems 1945–1950
30. 11. u.
1. 12. 1992 Die SED-Diktatur – politische, geistige und psychosoziale Unterdrückungsmechanismen/Erfahrungen im Alltag
11. 12. 1992 Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen
15. 1. 1993 Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit
26. u. 27. 1. 1993 Die Machthierarchie der SED
5. 2. 1993 Die DDR-Volkswirtschaft als Instrument der SED-Diktatur
12. 2. 1993 Marxismus-Leninismus und die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR
5. 3. 1993 Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der SBZ/DDR
16. u. 17. 3. 1993 Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit
26. 3. 1993 Wissenschaft und Technik
4. u. 5. 5. 1993 Kunst und Kultur in der DDR
14. 5. 1993 Die Umwandlung der Justiz in der SBZ und den Anfangsjahren der DDR
28. 5. 1993 Die Babelsberger Konferenz 1958
1. u. 2. 6. 1993 Die Lenkung der Justiz in der DDR; Das Vorgehen gegenüber Ausreisewilligen
16. 6. 1993 40 Jahre Volksaufstand am 17. Juni 1953
27. 9. 1993 Seilschaften in den neuen Bundesländern
12. u. 13. 10. 1993 Die internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik von 1949–1989
22. 10. 1993 Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre
28. 10. 1993 Die Wechselwirkung der gegenseitigen Beziehungen zwischen BRD, DDR und UdSSR im Zeitraum 1970–1989
29. 10. 1993 Die Deutschland- und Entspannungspolitik von den sechziger Jahren bis 1989
- 2., 3. u. 4. 11. 1993 Phasen der Deutschlandpolitik
8. 12. 1993 u.
25. 2. 1994 Die Deutschlandpolitik und deren Rahmenbedingungen in den 70er Jahren
14. u. 15. 12. 1993 Die Haltung der evangelischen Kirchen zum SED-Staat im geteilten Deutschland – Die Kirche und die Gruppen
21. 1. 1994 Kirchen deutsch-deutsch
8. u. 9. 2. 1994 Kirchen und Christen im Alltag der DDR
15. u. 16. 3. 1994 Motivation, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens
11. 4. 1994 Flucht- und Ausreisebewegung in verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte
3. 5. 1994 Innerdeutsche und internationale Rahmenbedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands
4. 5. 1994 Totalitarismus

Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“

14. 5. 1993 Kompetenz im Alter – Fähigkeit zum selbstbestimmten und selbständigen Leben
16. 6. 1993 Materielle Situation: Einkommen und Vermögen im Alter – heute und morgen –
1. 10. 1993 Mobilität und Wohnen im Alter
14. 1. 1994 Arbeitsmedizinische Aspekte und Bedingungen des Arbeitsschutzes bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)**Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**

12. 6. 1996 Überprüfung der Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages (Anlage 1 GO–BT)

Auswärtiger Ausschuß

14. 4. 1997 Bestandsaufnahme und Perspektiven der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik

Innenausschuß

15. 3. 1995 Die Situation der Menschenrechte in der Türkei
24. 4. 1996 a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des öffentlichen Dienstrechts
b) Anträge zur Nutzung der Reform des Dienstrechts für die Verwaltungsmodernisierung
22. 5. 1996 a) Anträge zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung bzw. zur Verwaltungsreform
b) Bericht der Bundesregierung zur Verringerung und Straffung von Bundesbehörden
24. 6. 1996 Strukturfragen der finanziellen Sicherstellung der kommunalen Selbstverwaltung
29. 1. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes über den deutschen Auslandsrundfunk
b) Antrag zur Staatsferne und Selbstbestimmung des deutschen Auslandsrundfunks (Deutsche Welle)
10. 3. 1997 Private Sicherheitsdienste

Sportausschuß

7. 2. 1996 Risiken durch erhöhte Belastung im Training und Wettbewerb für Kinder und heranwachsende Jugendliche
11. 6. 1997 Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Doping und zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates gegen Doping

Rechtsausschuß

24. 4. 1995 Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Mieter von Geschäftsraum in den Ländern Berlin und Brandenburg
28. 4. 1995 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106 GG)
17. 5. 1995 Entwurf einer Bioethik-Konvention des Europarates (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Gesundheit und dem Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung*)
31. 5. 1995 Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gerichtsferien
22. 11. 1995 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Zweites Kronzeugenverlängerungs-Gesetz)

¹⁾ Stand: 31. August 1997

29. 11. 1995 a) Antrag zur Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung für die Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ unter dem NS-Regime
b) Antrag zu Unrechtsurteilen wegen „Fahnenflucht/Desertion“, „Wehrkraftzersetzung“ oder „Wehrdienstverweigerung“ während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
6. 12. 1995 a) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Sexualstrafrechts (§§ 177 bis 179, 184c StGB)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sexualstrafrechtes (§§ 177 bis 179 StGB) und Regelungen der Strafprozeßordnung bei Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen
c) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – §§ 177 bis 179 StGB
d) Antrag zur Reform des Sexualstrafrechts (§§ 177–179 StGB) und strafprozessualer Regelungen zur Verwirklichung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung
22. 5. 1996 Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze
12. 6. 1996 Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung
19. 6. 1996 Entwürfe eines ... Strafverfahrensänderungsgesetzes – DNA-Analyse („genetischer Fingerabdruck“)
25. 9. 1996 a) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes der Nutzer und zur weiteren Erleichterung von Investitionen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Nutzerschutzgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zum verbesserten Schutz der Nutzerinnen und Nutzer von Grundstücken in den neuen Bundesländer (Nutzerschutzgesetz)
c) Antrag „Vorrang für die Nutzer in Ostdeutschland“
d) Moratorium zum Schutze der redlichen Nutzer und Nutzerinnen vor der zivilrechtlichen Durchsetzung von Rückübertragungsansprüchen im Beitrittsgebiet
9. 10. 1996 Möglichkeiten und Strategien für einen verbesserten Schutz vor rückfälligen Sexualstraftätern
16. 10. 1996 Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches (Verunglimpfung der Bundeswehr)
6. 11. 1996 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten
b) Antrag zum strafrechtlichen Schutz des Eigentums und Vermögens
c) Antrag zur Entkriminalisierung des Ladendiebstahls, Schwarzfahrens und der Fahrerflucht bei Sachbeschädigung
d) Antrag zur Stärkung der Idee des Täter-Opfer-Ausgleichs und Effizienzsteigerung der Justiz bei der Verbrechensbekämpfung durch Konzentration auf schwerwiegende Rechtsgüterverletzungen
4. 12. 1996 u.
24. 2. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsreformgesetz)
b) Antrag zur Reform des Kindschaftsrechts
c) Antrag zur gesetzlichen Neuregelung des Kindschaftsrechts
(gemeinsam mit dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
9. 12. 1996 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften (2. Zwangsvollstreckungsnovelle)
15. 1. 1997 a) Entwürfe eines Gesetzes über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz)
b) Anträge zu Kriterien bzw. Eckpunkten für die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen
29. 1. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung von Transparenz und Beschränkung von Machtkonzentration in der deutschen Wirtschaft (Transparenz- und Wettbewerbsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich

19. 2. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, des Straßenverkehrsgesetzes und der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und anderer Gesetze
16. 4. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Korruptionsbekämpfungsgesetz)
b) Entwürfe eines Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption
c) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption durch die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schmier- und Bestechungsgeldern (Steuerliches Korruptionsbekämpfungsgesetz)
d) Anträge zu Maßnahmen zur Bekämpfung der nationalen und internationalen Korruption
14. 5. 1997 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts
2. 6. 1997 Antrag zur Rechtschreibung in der Bundesrepublik Deutschland
4. 6. 1997 Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Reform des Strafrechts (Strafrahmenharmonisierung)
11. 6. 1997 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts sowie weiterer Vorschriften (Betreuungsrechtsänderungsgesetz)
25. 6. 1997 a) Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung der Bundesnotarordnung und anderer Gesetze
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verordnung über die Tätigkeit von Notaren in eigener Praxis

Finanzausschuß

26. u. 27. 4. 1995 a) Entwurf eines Jahressteuergesetzes 1996
b) Antrag „Für einen gerechten, verfassungsgemäßen und unbürokratischen Familienleistungsausgleich“
c) Bericht der Bundesregierung über die Höhe des Existenzminimums von Kindern und Familien im Jahr 1996
d) Antrag zu einer sozialen und gerechten Einkommensteuerreform 1996
27. 9. 1995 a) Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der steuerrechtlichen Wohneigentumsförderung
b) Antrag zur Neugestaltung der Wohneigentumsförderung
c) Antrag „Wohnungsbaugenossenschaften stärken – Mitglieder steuerlich fördern“
d) Antrag zu Eckwerten für ein grünes Wohnungs-Selbsthilfe-Gesetz für eine soziale und ökologische Reform der Wohnungseigentumsförderung
e) Antrag zur Reformierung der Wohneigentumsförderung als ein Bestandteil der Wohnungspolitik
29. 11. 1995 Probleme des Übergangs zur einheitlichen Währung
(gemeinsam mit dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union)
24. 4. 1996 Frage einer ökologischen Steuerreform
12. 6. 1996 Entwurf eines Gesetzes zur stärkeren Berücksichtigung der Schadstoffemissionen bei der Besteuerung von Personenkraftwagen (Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz 1997)
- 26./27. 6. 1996 Entwurf eines Jahressteuergesetzes 1997
19. 3. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von EG-Richtlinien zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften
b) Entwurf eines Begleitgesetzes zur Umsetzung von EG-Richtlinien zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften
c) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Rechtes auf ein Girokonto
d) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr

17. 4. 1997 Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1998
- 14., 15. u. 16. 5. 1997 Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1999
16. u. 17. 6. 1997
- a) Steuerreformvorschläge der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe der PDS
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Fortsetzung der wirtschaftlichen Förderung in den neuen Ländern

Haushaltsausschuß

21. 6. 1995 Zukunft des Palastes der Republik in Berlin-Mitte
12. 6. 1996
- a) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes
 - b) Antrag zur Regelung der kommunalen Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen
 - c) Antrag zur Streichung der Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen
 - d) Antrag zur vollständigen Übernahme der sogenannten Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen ostdeutscher Kommunen durch den Bund

Ausschuß für Wirtschaft

4. 12. 1995 Bergrecht
31. 1. 1996 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern
24. 6. 1996 Fünf Jahre deutsche Einheit – Zwischenbilanz und Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern
14. 5. 1997 Novellierung des Filmförderungsgesetzes und Strukturreform der wirtschaftlichen Filmförderung des Bundes
2. 6. 1997 Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes
4. 6. 1997 Stärkung des Kapitalmarktes Deutschland, Förderung des Aktiensparens und Verbesserung der Risikokapitalversorgung

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

15. 4. 1996 Künftige Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
14. 4. 1997 Welternährung
23. 6. 1997 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

27. 4. 1995
- a) Antrag „Bündnis gegen Arbeitslosigkeit“
 - b) Antrag „Aktionsprogramm Arbeitspolitik“
(gemeinsam mit dem Ausschuß für Wirtschaft)
17. 5. 1995
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in Baubetrieben
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes
 - c) Antrag zum Verzicht auf die Streichung der Schlechtwettergeldregelung
 - d) Antrag zur sozialverträglichen Beschäftigung in Baubetrieben
21. 6. 1995
- a) Antrag zur Novellierung des Renten-Überleitungsgesetzes
 - b) Antrag auf Rentenkürzungen in den neuen Bundesländern
 - c) Entwurf eines Rentenüberleitungs-Korrekturgesetzes
28. 6. 1995
- a) Antrag zu einem geänderten Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Einbringung von Dienstleistungen
 - b) Antrag zu Grundsätzen für eine EU-Entsenderichtlinie sowie eine nationale Regelung bis zu deren Realisierung
20. 9. 1995 Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Pflege-Versicherungsgesetzes
11. 10. 1995 Entwurf eines Gesetzes zur Einordnung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in das Sozialgesetzbuch (Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz)

25. 10. 1995
- a) Entwurf eines Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Angleichung der Arbeitsbedingungen bei der Entsendung von Arbeitnehmern (Entsendegesetz)
 - c) Antrag zu Grundsätzen für eine EU-Entsenderichtlinie sowie eine nationale Regelung bis zu deren Realisierung
 - d) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
6. 12. 1995 Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Rechts der Arbeitslosenhilfe (Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz)
26. 2. 1996 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (Zweites SGB VI-Änderungsgesetz) (Rentenberechnung Ost)
28. 2. 1996 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (Erstes SGB XI-Änderungsgesetz)
20. 5. 1996
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ladenschluß und zur Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ladenschlußgesetzes
22. 5. 1996
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand
 - b) Antrag „Solidarität der Arbeitgeber einfordern: Bedingungen für Teilzeitarbeit im Alter und Vorruhestand“
- 10., 12. u. 25. 6. 1996
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz)
 - b) Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes (Wachstums- und Beschäftigungs-Ergänzungsgesetz)
 - c) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz)
 - d) Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 1995)
 - e) Antrag zur aktuellen Finanzlage der Rentenversicherung
 - f) Entschließungsantrag zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Lage der Rentenversicherung
17. 6. 1996 Entwurf eines Gesetzes über Europäische Betriebsräte (Europäische Betriebsräte-Gesetz)
23. 9. 1996 Entwurf eines Gesetzes zur sozialrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt
23. u. 25. 9. 1996,
15. 1. 1997
- a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz)
 - b) Entwurf eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes
 - c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes
6. 11. 1996 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte
13. 11. 1996 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
16. 4. 1997 Antrag zur Förderung der Beschäftigung in privaten Haushalten durch Dienstleistungsgutscheine und Dienstleistungsagenturen
14. 5. 1997
- a) Antrag für einen Leistungsausschluß bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit
 - b) Antrag „Keine Versorgungsrenten für Kriegsverbrecher und Angehörige der Waffen-SS“

11. 6. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Scheinselbständigkeit
b) Antrag zum arbeits- und sozialrechtlichen Schutz für abhängige Selbständige
16. u. 17. 7. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1999)
b) Antrag „Strukturreform statt Leistungskürzungen in der Alterssicherung“
c) Antrag „Den Generationenvertrag neu verhandeln“
d) Antrag „Rentenversicherung stabilisieren und Reform 2000 vorbereiten“

Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

11. 5. 1995 a) Entwürfe eines Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes
b) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des ungeborenen Kindes – Neufassung des Abtreibungsstrafrechts und Regelung der staatlichen Obhut
c) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 (Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz)
d) Entwurf eines Gesetzes über Sexuaufklärung, Verhütung, Prävention vor ungewollten Schwangerschaften und Beratung
e) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen – Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches
f) Entwurf eines Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen
g) Antrag zum Selbstbestimmungsrecht der Frauen
h) Antrag zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz
i) Antrag zur Beteiligung des Bundes an einem Aktionsprogramm zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung nach dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz
(durchgeführt durch den Unterausschuß „Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz“)
21. 6. 1995 Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern (Neunter Jugendbericht mit der Stellungnahme der Bundesregierung)
6. 11. 1995 Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz
31. 1. 1996 Jugendschutz und Medien
22. 5. 1996 Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Heimgesetzes
9. 10. 1996 Jugendschutz und neue Medien – Nutzen und Risiken der neuen Medien für Kinder und Jugendliche (*gemeinsam mit der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“*)
13. 11. 1996 Entwurf eines Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz)
11. 12. 1996 Existenzgründungen von Frauen

Ausschuß für Gesundheit

1. 6. 1995 Entwurf eines Gesetzes über die humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen (HIV-Hilfegesetz)
28. 6. 1995 Vorbereitung eines Transplantationsgesetzes
20. 9. 1995 Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (4. SGB V-Änderungsgesetz)
11. 10. 1995 Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und anderer krankenversicherungsrechtlicher Vorschriften (Fünftes SGB V-Änderungsgesetz)
20. 11. 1995 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und anderer Gesetze (*gemeinsam mit dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung*)

22. 11. 1995 a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts
b) Antrag zur Reform des Sozialhilferechts
6. 12. 1995 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes
b) Entwurf eines Gesundheitsstruktur-Konsolidierungsgesetzes
c) Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Krankenhausaussgaben 1996
31. 1. 1996 Expertengespräche über den Diagnoseschlüssel der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit herausgegebenen Deutschen Fassung
28. 2. 1996 Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Sechstes SGB V-Änderungsgesetz) (Arzneimittelfestbeträge)
28. 2. 1996 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung 1997 (Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997)
6. 3. 1996 Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Bereich der Kontrazeptiva der 3. Generation
6. u. 13. 3. 1996 a) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Strukturreform in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Weiterentwicklungsgesetz)
b) Entwurf eines Zweiten Gesundheitsstrukturgesetzes
c) Antrag zu Umbau und Weiterentwicklung der Gesundheitsstruktur
24. 4. 1996 Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Achstes SGB V-Änderungsgesetz) (Mehrkostenregelung bei Füllungen)
12. 6. 1996 Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (Beitragsentlastungsgesetz)
25. 9. 1996 a) Entwurf eines Gesetzes über die Spende, die Entnahme und die Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz)
b) Anträge zu Kriterien für die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen
9. 10. 1996 a) Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes – Organhandel –
b) Entwurf eines Gesetzes über die Spende, die Entnahme und die Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz)
4. 11. 1996 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (1. GKV-Neuordnungsgesetz)
4. 12. 1996, a) Sofortprogramm zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in den Krankenkassen
14. 3. 1997 b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz)

Ausschuß für Verkehr

17. 1. 1996 Antrag zur Minderung des Verkehrslärms an Straßen und Schienen
7. 2. 1996 a) Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Bedarfs von Magnetschwebebahnen (Magnetschwebebahnbedarfsgesetz)
b) Entwurf eines Allgemeinen Magnetschwebebahngesetzes
c) Antrag zur Prüfung von Alternativen zur Magnetschwebebahn
d) Antrag „Stopp der Vorbereitungsmaßnahmen für den Transrapid und Planung einer ICE-Verbindung Hamburg–Berlin“
e) Antrag zur Hochgeschwindigkeitsschienenverbindung und Transrapid-Referenzstrecke Berlin–Hamburg
25. 9. 1996 Antrag zur Optimierung des Schienennetzausbaus zwischen Bayern, Sachsen und Thüringen
13. 11. 1996 Unfallhäufigkeit bei jungen Fahrern
19. 2. 1997 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (Drogen im Straßenverkehr)

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

15. 5. 1995 Anträge zur Erklärung der Bundesregierung zu Hochwasserkatastrophen – Hilfen und Möglichkeiten vorbeugender Maßnahmen
31. 5. 1995 a) Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung von Umweltgutachtern und Umweltgutachterorganisationen sowie über die Registrierung geprüfter Betriebsstandorte nach der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates vom 29. Juni 1993 (Umweltgutachterzulassungs- und Standortregistrierungsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung von Umweltgutachtern und über die Registrierung geprüfter Standorte (Umweltgutachter- und Standortregistrierungsgesetz)
19. 6. 1995 a) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung erhöhter Ozonkonzentrationen
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes
c) Anträge zu Maßnahmen zur Bekämpfung erhöhter Konzentrationen an bodennahem Ozon
25. 9. 1995 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes
8. 5. 1996 a) Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze
b) Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (Genehmigungsverfahrenbeschleunigungsgesetz)
c) Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung und Vereinfachung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren
d) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch Beschleunigung und Vereinfachung der Anlagenzulassungsverfahren
(gemeinsam mit dem Innenausschuß, dem Rechtsausschuß und dem Ausschuß für Wirtschaft)
11. 11. 1996 Europäische Umweltpolitik vor und nach Maastricht II *(gemeinsam mit dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union)*
27. 1. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zur Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften
b) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes
19. 2. 1997 Entwürfe eines Gesetzes zum Schutz des Bodens (Bodenschutzgesetz)

Ausschuß für Post und Telekommunikation

20. 9. 1995 Multimediale Kommunikation
13. 3. 1996 Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes
2. 12. 1996 Antrag „Remailing unterbinden – Arbeitsplätze in Deutschland sichern“

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

27. 3. 1995 a) Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung preisgebundenen Wohnraums im Beitrittsgebiet in das allgemeine Miethöherecht (Mietenüberleitungsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der Mieten in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin in das Vergleichsmietensystem durch wohnbezogene Preisbildungsfaktoren
c) Antrag für ein sozial verträgliches und überschaubares Mietensystem in Deutschland sowie für Mindestbedingungen bei der Einführung des Vergleichsmietensystems in Ostdeutschland
(gemeinsam mit dem Rechtsausschuß)

Hinweis

Eine Bibliographie zur Entwicklungsgeschichte von Gesetzen enthält Abschnitt 11.15.

13. 3. 1996 Ökologische Konzepte für die Parlaments- und Regierungsbauten in Berlin
27. 1. 1997 a) Antrag „Städtebauförderung als wichtiges Investitionsinstrument erhalten und ausbauen“
b) Antrag „Städtebauförderung – neue Schwerpunkte und Perspektiven“
c) Antrag „Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe erhalten und verstärken“
29. 1. 1997 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuchs und zur Neuregelung des Rechts der Raumordnung (Bau- und Raumordnungsgesetz 1996)
b) Antrag für ein soziales und ökologisches Städtebau- und Raumordnungsrecht
c) Bericht der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Rechtstatsachen- und Wirkungsforschung bezüglich der neuen und geänderten städtebaulichen Vorschriften

Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

27. 4. 1995 Erfahrungen und Revisionsvorschläge zu den Hochschulsonderprogrammen HSP I, HSP II und HEP einschließlich WIP
10. 5. 1995 a) Entwürfe eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (17. BAföG-Änderungsgesetz)
b) Bericht der Bundesregierung über die Möglichkeiten einer Erhöhung der Bedarfssätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz im Jahre 1995 sowie über Änderungsbedarf im Recht der Ausbildungsförderung unter Einbeziehung der beruflichen Aufstiegsfortbildung
21. 11. 1995 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung
8. 5. 1996 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hochschulbaufinanzierungsgesetzes
8. 5. 1996 Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (18. BAföG-Änderungsgesetz)
16. 10. 1996 Forschung und Entwicklung für Beschäftigung durch Innovation
19. 3. 1997 Neuorientierung der deutschen Forschungslandschaft
14. 5. 1997 Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste
25. 6. 1997 Reform zur individuellen Ausbildungsförderung

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

25. 10. 1995 Selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung
29. 11. 1995 Entwicklungspolitische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit
16. 10. 1996 Rüstung und Entwicklungszusammenarbeit
19. 3. 1997 Umwelt- und Sozialstandards im internationalen Handel

Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus

20. 11. 1995 Errichtung eines flächendeckenden Informations- und Reservierungssystems im deutschen Fremdenverkehr
11. 3. 1996 Zukunft des Flugtourismus – Chancen und Risiken
23. 9. 1996 Wie stärken wir den Tourismusstandort Deutschland?

Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union

8. 5. 1996 Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union

Hinweis

Das Zahlenverhältnis der öffentlichen zu den nicht-öffentlichen Sitzungen innerhalb des Bundestages ist für die einzelnen Wahlperioden errechnet worden in Abschnitt 8.21: Publizität der Verhandlungen.

Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“

27. 11. 1995 Meinungsaustausch über die Arbeit der Kommission sowie die Vorstellungen und Möglichkeiten zur Unterstützung durch Verbände und Institutionen
15. 1. 1996 Demographische Entwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2040 – im europäischen Rahmen und unter Berücksichtigung der Weltbevölkerung
10. 6. 1996 Weiterentwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt
23. 9. 1996 Standortbestimmung – Ziel, Reichweite und Stellenwert der sozialen Sicherung
7. 10. 1996 Der Sozialstaat aus der Sicht des Kommunitarismus
11. 11. 1996 Kommunale Konzepte zur Integration von Migrantinnen und Migranten
17. 3. 1997 Rehabilitation unter ökonomischen Gesichtspunkten
12. 5. 1997 Zukunft der Altersversorgung im öffentlichen Dienst

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“

29. u. 30. 4. 1996 Nachhaltigkeitskonzepte in der Wirtschaft
3. u. 4. 6. 1996 Soziale Entwicklungen und Innovationen im Lebensbereich Bauen und Wohnen
18. 11. 1996 Kommunen und nachhaltige Entwicklung – Beiträge zur Umsetzung der Agenda 21

Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

22. 4. 1996 Wissenschaft und Bildung in der DDR – politische Instrumentalisierung und deren Folgen heute
13. u. 14. 5. 1996 Identitäten in der DDR. Kontinuitäten und Wandel im vereinigten Deutschland
17. 6. 1996 Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses und die Situation der Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung
14. 10. 1996 Gedenkstättenarbeit für Nachgeborene
2. 12. 1996 Mittelstand in den neuen Bundesländern
- 3.–5. 3. 1997 a) Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost
b) Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR – Die Gesellschaft in den neuen Bundesländern im Umbruch
- 27.–29. 4. 1997 Alltag in der DDR zwischen Selbstbehauptung und Anpassung – Erfahrungen und Bewältigungsstrategien in der Mangelgesellschaft
12. 5. 1997 Bilanz der ökologischen Hinterlassenschaft der DDR und ihre Bewältigung
2. 6. 1997 Wechselseitige Wahrnehmungen und Reaktionen im geteilten Deutschland und ihre Nachwirkungen

Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“

20. 5. 1996 Meinungsfreiheit – Meinungsvielfalt – Wettbewerb. Rundfunkbegriff und Regulierungsbedarf bei den neuen Medien
27. 1. 1997 Schutz von Urheberrecht und Copyright
12. 5. 1997 Datensicherheit

Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“

12. 12. 1996 Verfassungsrechtliche Grundlagen beim Umgang mit neuen religiösen und weltanschaulichen Bewegungen (Art. 4 GG)
13. u. 20. 3. 1997 Zur Situation von Kindern und Jugendlichen in sogenannten Sekten und Psychogruppen unter pädagogischen und juristischen Aspekten
14. 4. 1997 Sogenannte Psycho-Techniken

Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter

Erstmalig, wenn auch nur für die 9. Wahlperiode (1980–83) und nur für drei ausgewählte Ausschüsse, ist die Verbandsfunktion der zu öffentlichen Anhörungen geladenen Interessenvertreter untersucht worden.*)

Öffentliche Anhörungen	9. Wahlperiode (1980–83)		
	Finanzausschuß	Haushalts- ausschuß	Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Zahl der Themen	5	1	6
Zahl der Sitzungen	6	2	6
Zahl der geladenen Interessenvertreter ¹⁾	374	91	135
davon (in %) Vertreter von:			
– Unternehmerverbänden	54,3	57,2	5,9
– Arbeitgeberverbänden	1,3	1,1	8,1
– Unternehmen	1,6	12,1	–
– Gewerkschaften	8,5	11,0	20,7
– Kammern, Anstalten/Körperschaften des öffentlichen Rechts, Kommunale Spitzenverbänden	8,6	2,2	5,2
– Wohlfahrtsverbänden, Kranken- und Sozialversicherungen, Versicherungsverbänden	2,7	–	42,9
– Berufsverbänden	5,9	3,3	14,1
– Wissenschaft, Wissenschaftsverbänden	1,6	8,8	0,7
– Verbraucherverbänden, Natur- und Umweltschutzverbänden	5,8	2,2	–
– Kirchen	1,1	1,1	1,5
– sonstigen Organisationen und Verbänden	8,3	3,3	2,2

¹⁾ Gezählt wurden Positionen, die eingeladen und erschienen sind. Ein Vertreter z. B. des DIHT wird – auch wenn es sich beispielsweise in sechs Hearings um ein und dieselbe Person handelte – nicht einmal, sondern sechsmal gezählt.

Der Autor faßt das Ergebnis zusammen:

„Eine Analyse der in der 9. Wahlperiode zu Öffentlichen Anhörungen der Ausschüsse für Finanzen, Haushalt sowie Arbeit und Sozialordnung geladenen Vertreter von Organisationen macht deutlich, daß von jedem dieser Ausschüsse eine spezifische Auswahl aus der Vielfalt der Interessen getroffen wird und ganz bestimmte Gewichtungen vorgenommen werden. So ergibt sich beim Finanz- und Haushaltsausschuß eine deutliche Dominanz von Unternehmer- und Arbeitgeberverbänden – beide hatten ebenfalls eine beträchtliche Anzahl von Unternehmensvertretern geladen –, während Gewerkschaften, Kammern und öffentlich-rechtliche Organisationen sowie Sozialverbände eine stark untergeordnete Rolle spielen. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zeigt ein deutlich anderes Profil. Hier sind es vor allem die Sozialverbände (Wohlfahrt, Sozial- und

*) *Bernhard Weßels*, Kommunikationspotentiale zwischen Bundestag und Gesellschaft: Öffentliche Anhörungen, informelle Kontakte und innere Lobby in wirtschafts- und sozialpolitischen Parlamentsausschüssen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 285–311 (hier: S. 293–295).

Krankenversicherungsträger bzw. -Verbände), die den Schwerpunkt setzen, während insgesamt zu etwa 35 Prozent fast gleichgewichtig Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer- bzw. Arbeitgeberverbände geladen wurden. „Unabhängige Experten spielen insgesamt eine untergeordnete Rolle. Eingeladene sind fast ausschließlich Experten in dem Sinne, daß sie kompetent sind, bestimmte Interessen zu artikulieren und zu vertreten.“

Öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen

Der überwiegende Anteil der öffentlichen Anhörungen im Bundestag hängt inzwischen mit der parlamentarischen Beratung von Gesetzentwürfen zusammen. *) Die folgende Statistik**) zeigt, inwieweit sich der Stellenwert der öffentlichen Anhörungen im Gesetzgebungsprozeß seit der 2. Wahlperiode entwickelt hat.

Zweierlei läßt sich der Statistik auf der folgenden Seite entnehmen:

Gleichgültig wie hoch die Zahl der in den öffentlichen Anhörungen behandelten Themen war: Der Anteil der Anhörungen zu Gesetzentwürfen bewegte sich ab der 5. Wahlperiode (1965–69) im Durchschnitt um stets zwei Drittel.

Das Verhältnis der Gesetzentwürfe mit und ohne Behandlung in öffentlicher Anhörung hat sich seit der 4. Wahlperiode (1961–65) – Verhältnis 1:212 – derart entwickelt, daß inzwischen zu ungefähr jedem vierten bis fünften Entwurf Sachverständige und Interessenvertreter öffentlich ihr Urteil abgeben (noch zwischen 1969 und 1980 war dies nur bei jedem zwölften bis dreizehnten Entwurf der Fall). ***)

*) Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer*, Öffentliche Anhörungen. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1145–1159, hier: S. 1150: „Die Erfahrungen mit den Anhörungen im 5. Bundestag hatten die Abgeordneten gelehrt, daß mit diesem Instrument das Verhältnis des Parlaments zur Regierung zugunsten des ersteren verändert und seine Teilhabe am Gesetzgebungsprozeß vergrößert werden konnte.“

**) Andere Zahlen bei *Schüttemeyer*, die – gestützt auf eine Umfrage der Ausschußsekretäre des Deutschen Bundestages – von der Schätzung (!) ausgegangen ist, daß zwei Drittel der Hearings konkreten Gesetzesvorhaben galten.

***) Ob alle Gesetzentwürfe, die auf der Tagesordnung öffentlicher Anhörungen stehen (vor allem die Alternativentwürfe der Opposition), auch zur Sprache kommen, ist damit nicht gesagt. (So *Rainer Tenhaef*, der für die Wochenzeitung „Das Parlament“ regelmäßig über die Anhörungen im Bundestag berichtet.)

Hinweis

Unterlagen zum Thema „Ausschüsse“ werden außerhalb des Kapitels 9 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des **Datenhandbuchs** vorgelegt, so in Abschnitt

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Ausschußvorsitzenden)
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Liste der jüngsten Ausschußvorsitzenden)
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin (mit statistischen Angaben über die in Berlin durchgeführten Ausschußsitzungen)
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit der Angabe des Zeitplans, welche Tage in den Sitzungswochen den Ausschüssen vorbehalten sind)
- 11.9 Vermittlungsverfahren (mit einer Aufstellung der Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses)
- 12.5 Minderheitenrechte (mit einer Aufstellung der Minderheitenrechte in den Ausschüssen)

Wahl- periode	Themen öffentlicher Anhörungen Anzahl	davon öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen		Gesetzentwürfe insgesamt Anzahl	davon in öffentlichen Anhörungen behandelte Gesetzentwürfe		Verhältnis der Gesetzentwürfe mit und ohne Behandlung in öffentlicher Anhörung
		Anzahl	in %		Anzahl	in %	
1. WP 1949–53	0	0	–	805	0	–	–
2. WP 1953–57	2	2	100,0	877	5	0,6	1 : 175
3. WP 1957–61	1	0	–	613	0	–	–
4. WP 1961–65	4	3	75,0	635	3	0,5	1 : 212
5. WP 1965–69	28	17	60,7	665	24	3,6	1 : 28
6. WP 1969–72	48	28	58,3	577	50	8,7	1 : 12
7. WP 1972–76	48	35	72,9	670	58	8,7	1 : 12
8. WP 1976–80	51	26	51,0	485	37	7,6	1 : 13
9. WP 1980–83	36	20	55,6	242	35	14,5	1 : 7
10. WP 1983–87	135	91	67,4	522	134	25,7	1 : 4
11. WP 1987–90	143	94	65,7	595	118	19,8	1 : 5
12. WP 1990–94	197	123	62,4	800	152	19,0	1 : 5

9.9 Registrierung der Interessenverbände

Am 21. September 1972 beschloß der 6. Bundestag gleichzeitig mit den „Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bundestages“ folgende Bestimmungen zur Registrierung der Interessenvertreter beim Bundestag (Anlage 1 a GO BT a. F. bzw. Anlage 2 GO BT 1980):

„Registrierung von Verbänden und deren Vertreter

- (1) Der Präsident des Bundestages führt eine öffentliche Liste, in der alle Verbände, die Interessen gegenüber dem Bundestag oder der Bundesregierung vertreten, eingetragen werden.
- (2) Eine Anhörung ihrer Vertreter findet nur statt, wenn sie sich in diese Liste eingetragen haben und dabei folgende Angaben gemacht haben:
 - Name und Sitz des Verbandes
 - Zusammensetzung von Vorstand und Geschäftsführung
 - Interessenbereich des Verbandes
 - Mitgliederzahl
 - Namen der Verbandsvertreter sowie
 - Anschrift der Geschäftsstelle am Sitz vom Bundestag und Bundesregierung.
- (3) Hausausweise für Interessenvertreter werden nur ausgestellt, wenn die Angaben nach Absatz 2 gemacht wurden.
- (4) Die Eintragung in die Liste begründet keinen Anspruch auf Anhörung oder Ausstellung eines Hausausweises.
- (5) Die Liste ist vom Präsidenten jährlich im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.“

Die Bestrebungen, eine „Lobbyisten-Liste“ beim Parlament zu führen, um die Interesseneinflüsse transparenter zu gestalten, reichen in das Jahr 1965 zurück. Am 14. Oktober 1965 empfahl die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA) ihren Mitgliedern, in den Parlamenten die freiwillige Eintragung der Interessenvertreter in eine Liste zu beantragen. Ein solcher Antrag wurde zu Beginn der 5. Wahlperiode im Bundestag eingebracht*) und später durch einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD noch ergänzt.***) Der neue Antrag stellte die Verknüpfung von Registrierung und Anhörung der Verbände her: „Eine Anhörung von Interessenvertretern hat zur Voraussetzung, daß sich die von ihnen vertretenen Verbände in eine beim Präsidenten des Bundestages geführte öffentliche Liste eingetragen haben.“ Zur Verabschiedung dieser Vorlage kam es in der 5. Wahlperiode jedoch nicht mehr.

Die erste „Lobbyisten-Liste“ mit 635 eingetragenen Verbänden wurde am 24. Januar 1974 amtlich als Beilage zum Bundesanzeiger veröffentlicht. Mittlerweile hat sich die Zahl der registrierten Interessenverbände mehr als verdoppelt. Nach einem Beschluß des Präsidiums des Bundestages brauchen Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts nicht in die Liste eingetragen zu werden.

Die folgende Aufstellung***) gibt für die bisher erschienenen Listen neben der Zahl der registrierten Verbände die Fundstellen ihrer amtlichen Veröffentlichung an; soweit Listen auch als Beilage zur Parlamentskorrespondenz „wib“ publiziert wurden, sind diese Fundstellen ebenfalls angegeben.

*) Antrag der Abgeordneten Dr. Schmidt (Wuppertal), Bading, Mertes und Genossen (BT-Drs. V/125) vom 16. 12. 1965

***) BT-Drs. V/2954 vom 29. 5. 1968

***) Quelle: Parlamentsarchiv

Hinweis

Wegen der öffentlichen Anhörungen siehe den vorangegangenen Abschnitt 9.8.

Lfd. Nr. der Listen	Stand	Datum der Veröffentlichung	Zahl der registrierten Verbände	Fundstellen	
				Beilage zum Bundesanzeiger ...	Beilage zur „woche im bundestag“ (wib)...
1. Liste	15. 11. 1973	24. 1. 1974	635	Nr. 3 vom 24. 1. 1974	
2. Liste	15. 11. 1974	31. 1. 1975	712	Nr. 3 vom 31. 1. 1975	
3. Liste	1. 12. 1975	10. 2. 1976	769	Nr. 3 vom 10. 2. 1976	
4. Liste	17. 1. 1977	22. 3. 1977	831	Nr. 6 vom 22. 3. 1977	Nr. 6/1977
5. Liste	18. 1. 1978	31. 3. 1978	889	Nr. 4 vom 31. 3. 1978	
6. Liste	9. 2. 1979	23. 5. 1979	942 ¹⁾	Nr. 20 vom 23. 5. 1979	Nr. 10/1979
7. Liste	31. 3. 1980	30. 5. 1980	996 ¹⁾	Nr. 18 vom 30. 5. 1980	
8. Liste	17. 3. 1981	10. 6. 1981	1036 ¹⁾	Nr. 19 vom 10. 6. 1981	Nr. 11/1981
9. Liste	25. 3. 1982	19. 6. 1982	1104 ¹⁾	Nr. 28 vom 19. 6. 1982	
10. Liste	31. 3. 1983	12. 7. 1983	1161 ¹⁾	Nr. 32 vom 12. 7. 1983	Nr. 7/1983
11. Liste	31. 3. 1984	28. 9. 1984	1192 ¹⁾	Nr. 48 vom 28. 9. 1984	
12. Liste	31. 3. 1985	23. 8. 1985	1230 ¹⁾	Nr. 156 vom 23. 8. 1985	Nr. 20/1985
13. Liste	15. 4. 1986	15. 8. 1986	1287 ¹⁾	Nr. 149 a vom 15. 8. 1986	
14. Liste	31. 3. 1987	14. 8. 1987	1330 ¹⁾	Nr. 149 a vom 14. 8. 1987	Nr. 12/1987
15. Liste	31. 3. 1988	5. 8. 1988	1376	Nr. 144 a vom 5. 8. 1988	
16. Liste	31. 3. 1989	22. 12. 1989	1442 ¹⁾	Nr. 240 a vom 22. 12. 1989	Nr. 1/1990
17. Liste	15. 5. 1990	15. 11. 1990	1501	Nr. 213 a vom 15. 11. 1990	Nr. 1/1991
18. Liste	30. 4. 1991	30. 10. 1991	1578	Nr. 203 a vom 30. 10. 1991	
19. Liste	30. 4. 1992	8. 1. 1993	1481	Nr. 4 a vom 8. 1. 1993	
20. Liste	31. 3. 1993	5. 8. 1993	1530	Nr. 144 a vom 5. 8. 1993	
21. Liste	31. 3. 1994	31. 8. 1994	1572 ¹⁾	Nr. 164 a vom 31. 8. 1994	
22. Liste	31. 3. 1995	26. 8. 1995	1538	Nr. 161 a vom 26. 8. 1995	Nr. 20/1995
23. Liste	31. 3. 1996	14. 8. 1996	1614	Nr. 151 a vom 14. 8. 1996	Nr. 18/1996
24. Liste	31. 3. 1997	12. 8. 1997	1631	Nr. 148 a vom 12. 8. 1997	

¹⁾ Korrigierte Zahlen nach *Martin Sebaldt*, *Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen*. Opladen 1997. S. 392.

9.10 Untersuchungsausschüsse

Das Recht des Bundestages, parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzusetzen, ist in Artikel 44 GG geregelt:*)

„(1) Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden.

(2) Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unberührt.

(3) Gerichte und Verwaltungsbehörden sind zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet.

(4) Die Beschlüsse der Untersuchungsausschüsse sind der richterlichen Erörterung entzogen. In der Würdigung und Beurteilung des der Untersuchung zugrunde liegenden Sachverhaltes sind die Gerichte frei.“

Nach Artikel 45 a GG (eingefügt durch Gesetz vom 19. März 1956) hat außerdem auch der Ausschuß für Verteidigung die Rechte eines Untersuchungsausschusses. Er hat auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen. Artikel 44 Abs. 1 GG findet auf dem Gebiet der Verteidigung keine Anwendung, d. h. der Bundestag kann in Verteidigungsangelegenheiten keine gesonderten Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Der Abschnitt über die Untersuchungsausschüsse ist folgendermaßen gegliedert:

- Zahl der Untersuchungsverfahren seit 1949 (S. 2185)
- Antragsbedingte Mehrheit (S. 2186)
- Tabellarische Übersicht der Untersuchungsausschüsse ab der 1. Wahlperiode**) (S. 2188)
- Die Untersuchungsaufträge für die Untersuchungsausschüsse (S. 2203)
- Der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß (S. 2231)
- Sonstige Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (S. 2240)
- Chronik zum Entwurf eines Untersuchungsausschußgesetzes (S. 2243)
- Abgrenzungsmerkmale für Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen (S. 2249)

■ Die wichtigsten Angaben zur Fortschreibung des Abschnitts „Untersuchungsausschüsse“ ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 9.10 aufgenommen.

*) Vgl. anstelle vieler *Meinhard Schröder*, Untersuchungsausschüsse. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1245–1259.

**) Eine Darstellung und Analyse der Untersuchungsausschüsse der 1. bis 9. Wahlperiode (1949 bis 1983) enthält *Rüdiger Kipke*, *Die Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages. Praxis und Reform der parlamentarischen Enquete*. Berlin 1985. S. 117–168.

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Zahl der Untersuchungsverfahren seit 1949

Die folgende Statistik enthält sowohl die Zahl der Untersuchungsausschüsse als auch die Zahl der Fälle, in denen sich der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß konstituiert hat.

Wahlperiode	Untersuchungsausschüsse		Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß		Zahl der Untersuchungsverfahren insgesamt
	Zahl der Ausschüsse	Zahl der Sitzungen	Zahl der Verfahren	Zahl der Sitzungen	
1. WP 1949–53	9	174	–	–	9
2. WP 1953–57	3	34	4	14	7
3. WP 1957–61	0	0	0	0	0
4. WP 1961–65	2	37	1	11	3
5. WP 1965–69	2	101	1	6	3
6. WP 1969–72	1	26	0	0	1
7. WP 1972–76	2	77	0	0	2
8. WP 1976–80	1	52	2	39	3
9. WP 1980–83	1	5	1	24	2
10. WP 1983–87	4	209	1	18	5
11. WP 1987–90	2	180	1	30	3
12. WP 1990–94	3	299	0	0	3
13. WP 1994 ¹⁾	2		0	0	2

1) Stand: 31. August 1997

★ Die Gesamtzahl der vom Deutschen Bundestag zwischen der 1. und 12. Wahlperiode (1949–1994) eingesetzten **Untersuchungsausschüsse** beträgt **30**; in **elf** Fällen konstituierte sich außerdem seit 1953 der **Verteidigungsausschuß** als **Untersuchungsausschuß**.

Antragsberechtigte Mehrheit

Nach Artikel 44 Abs.1 GG hat „der Bundestag ... das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen ...“. In der folgenden Tabelle ist zusammengestellt, bei welcher Zahl von Abgeordneten in den einzelnen Wahlperioden das grundgesetzlich geforderte Viertel der Mitglieder erreicht war bzw. ist. Der Vergleich mit den tatsächlichen Fraktionsstärken zeigt, daß seit 1949 immer nur zwei Fraktionen – CDU/CSU und SPD – für sich allein über die für die Beantragung eines Untersuchungsausschusses erforderliche Mehrheit verfügten, oder anders gesagt: Seit der 1. Wahlperiode war es keiner kleineren Fraktion ohne Unterstützung durch eine größere Fraktion möglich, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durchzusetzen.

Wahlperiode	Stand	gesetzliche Mitgliederzahl ¹⁾	„ein Viertel der Mitglieder“ erreicht bei ... Abgeordneten	Quorum erreicht von Fraktion der ...
1. WP 1949–53	Beginn der WP	410	103	CDU/CSU, SPD
	1. 2. 1952	421	106	CDU/CSU, SPD
	23. 10. 1952	420	105	CDU/CSU, SPD
2. WP 1953–57	Beginn der WP	509	128	CDU/CSU, SPD
	4. 1. 1957	519	130	CDU/CSU, SPD
3. WP 1957–61	Beginn der WP	519	130	CDU/CSU, SPD
4. WP 1961–65	Beginn der WP	521	131	CDU/CSU, SPD
5. WP 1965–69	Beginn der WP	518	130	CDU/CSU, SPD
6. WP 1969–72	Beginn der WP	518	130	CDU/CSU, SPD
7. WP 1972–76	Beginn der WP	518	130	CDU/CSU, SPD
8. WP 1976–80	Beginn der WP	518	130	CDU/CSU, SPD
9. WP 1980–83	Beginn der WP	519	130	CDU/CSU, SPD
10. WP 1983–87	Beginn der WP	520	130	CDU/CSU, SPD

¹⁾ einschließlich der Berliner Abgeordneten, die bei Abstimmungen über Anträge auf Einsetzung von Ausschüssen immer schon stimmberechtigt waren

Wahlperiode	Stand	gesetzliche Mitgliederzahl	„ein Viertel der Mitglieder“ erreicht bei ... Abgeordneten	Quorum erreicht von Fraktion der ...
11. WP 1987–90	Beginn der WP	519	130	CDU/CSU, SPD
	3. 10. 1990	663	166	CDU/CSU, SPD
12. WP 1990–94	Beginn der WP	662	166	CDU/CSU, SPD
13. WP 1994 ²⁾	Beginn der WP	672	168	CDU/CSU, SPD

2) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des ***Datenhandbuchs***, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Wissenschaftliche Dienste
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages
- 23.3 Parlamentsberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen
- 24.4 Europäisches Parlament
- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

Tabellarische Übersicht der Untersuchungsausschüsse ab der 1. Wahlperiode

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschußber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	--	---	--------------------------------------	---	---	-------------

1. Wahlperiode (1949–53)

1	40.) Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Einfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und in das Gebiet der Bundesrepublik	a) I/381 b) BP c) 34. Sitz. v. 2. 2. 1950	a) <i>Herbert Kriedemann</i> (SPD) b) <i>Hugo Scharnberg</i> (CDU/CSU)	a) 22. 3. 1950 b) 8. 11. 1950 c) 12	a) I/1596 b) 106. Sitz. (Annahme)	
2	41.) Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Kraftstoffvertriebs	a) I/541 b) SPD c) 37. Sitz. v. 10. 2. 1950	a) <i>Gerhard Schröder</i> (CDU/CSU)	a) 29. 3. 1950 b) 27. 9. 1950 c) 9	a) I/4675	Der Ausschußbericht konnte nicht mehr formell beschlossen werden.
3	42.) Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der im Raume Bonn vergebenden Aufträge	a) I/523 b) SPD c) 44. Sitz. v. 2. 3. 1950	a) <i>Walther Hasemann</i> (FDP) b) <i>Fritz Erler</i> (SPD)	a) 22. 3. 1950 b) 21. 6. 1952 c) 35	a) I/2275 (1. Bericht) I/3626 (2. Bericht) Umdr. Nr. 644 b) 152. Sitz. (Annahme des 1. Berichtes) 228. Sitz. (Annahme des 2. Berichtes)	

4	43.) Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Ursachen der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Dahlbusch“ (Gelsenkirchen)	a) I/980 b) KPD c) 71. Sitz. v. 22. 6. 1950	a) <i>Heinrich Imig</i> (SPD) b) <i>Aloys Lenz</i> (CDU/CSU)	a) 27. 7. 1950 b) 29. 9. 1950 c) 3		Annahme des Antrages auf Einsetzung in der Fassung des Änderungsantrages der SPD (Drs. 1068); keine Schlußsitzung des Ausschusses
5	44.) Untersuchungsausschuß zur Hauptstadfrage (Spiegelausschuß)	a) I/1397 (neu) b) interfrakt. c) 89. Sitz. v. 5. 10. 1950	a) <i>Johannes Semler</i> (CDU/CSU) b) <i>Bernhard Reismann</i> (Z)	a) 5. 10. 1950 b) 23. 5. 1951 c) 36	a) I/2274 b) 148., 149. Sitz. (Annahme)	Antrag auf Einsetzung zunächst durch BP (Drs. I/1397) Drei Anträge der SPD (Umdruck Nr. 214) zur Beratung des Ausschlußberichtes; Antrag 1 und 2 an 23. Ausschluß überwiesen, Antrag 3 in 149. Sitz. abgelehnt. Der Ausschlußantrag gem. Drs. Nr. I/2274 in 149. Sitz. angenommen (siehe auch Drs. I/2319, I/4676, I/4679)
6	45.) Untersuchungsausschuß betr. Dokumentendiebstahl Bundeskanzleramt	a) I/2655 b) CDU/CSU c) 167. Sitz. v. 11. 10. 1951	a) <i>Walter Menzel</i> (SPD) b) <i>Hans Ewers</i> (DP)	a) 7. 11. 1951 b) 13. 4. 1953 c) 16		Verfahren wurde förmlich nicht abgeschlossen.
7	46.) Untersuchungsausschuß zur Überprüfung von Mißständen in der Bundesverwaltung (Platow-Ausschuß)	a) I/2657 b) SPD c) 167. Sitz. v. 11. 10. 1951	a) <i>Matthias Hoogen</i> (CDU/CSU) b) <i>Adolf Arndt</i> (SPD)	a) 7. 11. 1951 b) 9. 6. 1952 c) 13		Siehe auch Antrag der SPD auf unverzügliche Berichterstattung durch den Untersuchungsausschuß (Drs. I/3081), in 194. Sitz. abgelehnt; ohne förmlichen Abschluß
8	47.) Untersuchungsausschuß zur Prüfung, ob durch die Personalpolitik Mißstände im Auswärtigen Dienst eingetreten sind	a) I/2680 b) SPD c) 170. Sitz. v. 24. 10. 1951	a) <i>Max Becker</i> (FDP) b) <i>Erich Köhler</i> (CDU/CSU)	a) 16. 11. 1951 b) 8. 10. 1952 c) 40	a) I/3465 Umdr. Nr. 670 (Berichtigung) b) 234. Sitz. (Kenntnisnahme)	Siehe auch EntschlieÙung gem. Umdruck Nr. 676 sowie Drs. I/3947 und I/4154

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschußber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	--	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch 1. Wahlperiode (1949–53)

9	49.) Untersuchungsausschuß zur Prüfung der unzulänglichen Einstellung von Schwerbeschädigten bei den Bundesdienststellen	a) I/3645 b) SPD c) 228. Sitz. v. 10. 9. 1952	a) <i>Maria Probst</i> (CDU/CSU) b) <i>Kurt Pohle</i> (SPD)	a) 1. 10. 1952 b) 26. 6. 1953 c) 10	a) I/4609 b) 280. Sitz. (Annahme)	
---	---	---	--	---	--------------------------------------	--

2. Wahlperiode (1953–57)

10	1. Untersuchungsausschuß (Fall John)	a) II/768 b) SPD c) 43. Sitz. (Behandlung 42./43. Sitz. v. 16./17. 9. 1954)	a) <i>Gerd Bucorius</i> (CDU/CSU) b) <i>Otto Heinrich Greve</i> (SPD), ab 11. 2. 1955 <i>Reinhold Rehs</i> (SPD)	a) 10. 11. 1954 b) 3. 7. 1957 c) 16	a) II/3728 b) keine Beratung	Siehe auch Antrag mit Änderungsantrag der CDU/CSU, FDP, GB/BHE, DP gem. Umdruck 172 – angenommen
11	2. Untersuchungsausschuß (Bereinigung des Reichs- und Bundesrechts ; Gesetzgebungs-enquête)	a) II/908 b) CDU/CSU c) 65. Sitz. v. 28. 1. 1955	a) <i>Matthias Hoogen</i> (CDU/CSU)	a) 25. 3. 1955 b) 24. 6. 1957 c) 4	a) II/1404 II/3703 b) 227. Sitz. (Annahme)	Siehe auch Antrag mit Änderungsantrag der CDU/CSU gem. Umdruck 289 – angenommen
12	3. Untersuchungsausschuß (zur Prüfung von Vorgängen in der Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette)	a) II/2032 b) SPD c) 130. Sitz. v. 23. 2. 1956	a) <i>Herbert Kriedemann</i> (SPD) b) <i>Michael Horlacher</i> (CDU/CSU)	a) 2. 5. 1956 b) 23. 5. 1957 c) 14	a) II/3596 b) keine Beratung	Siehe auch Änderungsantrag der SPD zur Beratung des Ausschußberichtes auf Umdruck 1289

3. Wahlperiode (1957–61)

keine Untersuchungsausschüsse

4. Wahlperiode (1961–65)

13	1. Untersuchungsausschuß (Prüfung von öffentlich aufgestellten Behauptungen über die Tätigkeit des Bundesministers <i>Franz Josef Strauß</i> bei der Vorbereitung eines Bauprojekts für die Errichtung von Wohnungen für die US-Streitkräfte; FIBAG-Ausschuß)	a) IV/247 b) SPD c) 21. Sitz. v. 21. 3. 1962	a) <i>Matthias Hoogen</i> (CDU/CSU) b) <i>Gerhard Jahn</i> (SPD)	a) 28. 3. 1962 b) 30. 8. 1962 c) 21	a) IV/512 (1. Aussch.-Ber.) b) 37. Sitz. (Rücküberweisung) a) IV/639 (2. Aussch.-Ber.) b) 43. Sitz.	Siehe auch Rücküberweisungsaufträge der SPD (Umdr. 137) und der FDP (mdl. Antrag) betr. 1. Ausschlußbericht – angenommen; Änderungsantrag der SPD zum 2. Ausschlußbericht Umdruck 150 (Anm. Ziff. 1, Erl. Ziff. 2–4)
14	2. Untersuchungsausschuß (Prüfung der durch das Bundesamt für Verfassungsschutz über alliierte Dienststellen eingeleiteten Verfahren zur Post-, Telefon- oder Fernschreibüberwachung; „ Telefon-Abhöraffaire “)	a) IV/1544 b) SPD c) 91. Sitz. v. 23. 10. 1963	a) <i>Hermann Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD) b) <i>Adolf Süsterhenn</i> (CDU/CSU)	a) 7. 11. 1963 b) 21. 4. 1964 c) 17	a) IV/2170 b) 124. Sitz. (Kenntnisnahme)	Siehe auch Änderungsantrag der SPD gem. Umdruck 453 zum Ausschlußbericht – abgelehnt; Entschließung Drs. IV/2170 Ziff. 2, 3; Bericht der Bundesregierung: Drs. IV/2582; Bericht des 6. Ausschusses, Drs. IV/3469 und Behandlung des Ausschlußberichtes in 193. u. 194. Sitz.

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschußber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	--	---	--------------------------------------	---	---	-------------

5. Wahlperiode (1965–69)

15	1. Untersuchungsausschuß (Prüfung, ob bei Vertragsschluß und Abwicklung des Projektes Schützenpanzer HS 30 Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind; „ HS-30-Ausschuß “)	a) V/1468 b) FDP c) 99. Sitz. v. 16. 3. 1967	a) <i>Hans-Joachim von Merkatz</i> (CDU/CSU) b) <i>Martin Hirsch</i> (SPD), ab 14. 2. 1968: <i>Karl-Hans Kern</i> (SPD)	a) 27. 4. 1967 b) 26. 6. 1969 c) 90	a) V/4527 b) 246. Sitz. (Kenntnisnahme und Überweisung an 13. Aussch.)	Siehe auch Denkschrift des Präsidenten des Bundesrechnungshofes vom 22. 12. 1966, Drs. V/1603, S. 75; Beratung: 164. Sitz., S. 8569 A, S. 8571 B, C
16	2. Untersuchungsausschuß (Überprüfung der gegenwärtigen Organisation, Kompetenzverteilung, personellen und sachlichen Ausstattung der für den Staatsschutz und die Spionageabwehr zuständigen Nachrichtendienste)	a) V/3442 b) SPD c) 194. Sitz. v. 13. 11. 1968:	a) <i>Martin Hirsch</i> (SPD) b) <i>Richard Stücklen</i> (CDU/CSU)	a) 14. 11. 1968 b) 7. 5. 1969 c) 11	a) V/4208 b) 243. Sitz. (Kenntnisnahme)	

6. Wahlperiode (1969–72)

17	1. Untersuchungsausschuß (Prüfung eventueller Zweifel des Bundesverkehrsministeriums gegenüber der Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des Luftfahrtunternehmens Pan International: „ Pan International-Ausschuß “)	a) VI/2624 b) CDU/CSU c) 139. Sitz. v. 1. 10. 1971	a) <i>Wilhelm Rawe</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans de With</i> (SPD)	a) 13. 10. 1971 b) 28. 9. 1972 c) 27	a) VI/3830	Siehe auch Kleine Anfrage Abg. <i>Rawe</i> u. a. betr. Konsequenzen aus dem Schriftlichen Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 6. Deutschen Bundestages: Drs. 7/2062, Antwort: Drs. 7/2158
----	---	---	--	--	------------	---

7. Wahlperiode (1972–76)

18	1. Untersuchungsausschuß (Prüfung, ob Entscheidungen von Abgeordneten des 6. Bundestages im Zusammenhang mit den Abstimmungen über das konstruktive Mißtrauensvotum und über die Ostverträge beeinflusst worden sind; „ Steiner/Wienand-Ausschuß “)	a) 7/780 b) CDU/CSU c) 43. Sitz. v. 15. 6. 1973	a) <i>Friedrich Schäfer</i> (SPD) b) <i>Friedrich Vogel</i> (CDU/CSU)	a) 15. 6. 1973 b) 27. 3. 1974 c) 51	a) 7/1803 b) 90. Sitz. angenommen	Der Antrag auf Einsetzung wurde mit interfrakt. Änderungsantrag (Drs. 7/796) angenommen.
19	2. Untersuchungsausschuß (Überprüfung der Anstellung des unter Spionageverdachts verhafteten <i>Günter Guillaume</i> im Kanzleramt; „ Guillaume-Ausschuß “)	a) 7/2193 b) CDU/CSU c) 105. Sitz. v. 6. 6. 1974	a) <i>Walter Wallmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Claus Arndt</i> (SPD)	a) 12. 6. 1974 b) 31. 1. 1975 c) 29	a) 7/3246 b) 152. Sitz. angenommen	Siehe auch Bericht der Kommission „Vorbeugender Geheimschutz“ (Drs. 7/3083)

8. Wahlperiode (1976–80)

20	1. Untersuchungsausschuß (Überprüfung des Abhörvorfalls eines Telefongesprächs mit <i>Franz Josef Strauß</i>)	a) 8/1470 b) CDU/CSU c) 69. Sitz. v. 26. 1. 1978	a) <i>Walter Althammer</i> (CDU/CSU) b) <i>Alfons Bayerl</i> (SPD)	a) 27. 1. 1978 b) 24. 1. 1980 c) 52	a) 8/3835 b) 212. Sitz. (Kenntnisnahme)	Der Antrag auf Einsetzung wurde mit Änderungsantrag der SPD u. FDP (Drs. 8/1473) angenommen.
----	--	---	---	---	---	--

Hinweis

Die Vorsitzenden der anderen Ausschüsse, Kommissionen usw. des Bundestages sind in folgenden Abschnitten zu finden:

- 9.2 Ständige Ausschüsse, Sonderausschüsse, Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a GG, Wahlmännerausschuß
- 9.11 Enquete-Kommissionen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschußber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	--	---	--------------------------------------	---	---	-------------

9. Wahlperiode (1980–83)

21	Untersuchungsausschuß („ Fall Rauschenbach “; Klärung der Vorgänge beim Übertritt des Oberstleutnants der Nationalen Volksarmee, <i>Klaus Dieter Rauschenbach</i> , in die Bundesrepublik Deutschland und seine Rückkehr in die DDR)	a) 9/853 b) CDU/CSU c) 57. Sitz. v. 9. 10. 1981	a) <i>Hans-Jochim Jentsch</i> (CDU/CSU) b) <i>Hans-Jürgen Wischnewski</i> (SPD)	a) 29. 10. 1981 b) 11. 2. 1982 c) 5		Siehe auch Antrag der CDU/CSU-Fraktion beim Bundesverfassungsgericht auf Feststellung, daß die BReg. Art. 44 GG verletzt habe durch Nichtvorlage aller Akten; Untersuchungsverfahren bis zum Ende der WP nicht abgeschlossen.
----	---	--	--	---	--	---

10. Wahlperiode (1983–87)

22	1. Untersuchungsausschuß (Flick-Spenden-Affäre)	a) 10/34 b) SPD c) 8. Sitz. v. 19. 5. 1983	a) <i>Manfred Langner</i> (CDU/CSU) b) <i>Willfried Penner</i> (SPD)	a) 9. 6. 1983 b) 12. 3. 1986 c) 86	a) 10/5079 b) 204. Sitz. v. 13. 3. 1986 (Annahme)	Siehe auch Einsetzungsantrag der GRÜNEN (Drs. 10/33) – abgelehnt; Ergänzungsanträge der SPD bzw. der CDU/CSU und FDP zum Untersuchungsauftrag (Drs. 10/520 bzw. 10/521): Annahme in 31. Sitz. v. 27. 10. 1983; Entscheidung des BVerfG v. 17. 7. 1984: Verpflichtung der Bundesregierung zur vollständigen Herausgabe aller angeforderten Akten; Antrag der GRÜNEN betr. Einsetzung eines zusätzlichen Untersuchungsausschusses (Drs. 10/3732): Ablehnung in 156. Sitz. v. 12. 9. 1985;
----	--	---	--	--	--	--

						Anlage 1 zu Drs. 10/5079 (Abweichender Bericht des Abg. <i>Schily</i>) sowie Anlage 2 zu Drs. 10/5079 (Abweichender Bericht des Abg. <i>Austermann</i> u. a.); Änderungsantrag der GRÜNEN (Drs. 10/5169), Entschließungsantrag der GRÜNEN (Drs. 10/5175) sowie Änderungsantrag der SPD (Drs. 10/5180); Ablehnung aller drei Anträge in 204. Sitz. v. 13. 3. 1986
23	2. Untersuchungsausschuß (Spionageabwehr während der Amtszeit von Bundesinnenminister Dr. <i>Zimmermann</i>)	a) 10/3906 (neu) b) SPD c) 162. Sitz. v. 3. 10. 1985	a) <i>Gerhard Jahn</i> (SPD) b) <i>Rolf Olderog</i> (CDU/CSU)	a) 28. 11. 1985 b) 27. 11. 1986 c) 32	a) 10/6584	Siehe auch Einsetzungsantrag der GRÜNEN (Drs. 10/3931) – abgelehnt; Antrag des Abg. <i>Ströbele</i> und der Fraktion der GRÜNEN (Drs. 10/4637) betr. Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes: Ablehnung in 192. Sitz. v. 24. 1. 1986; Antrag der SPD (Drs. 10/4661) betr. Ergänzung des Untersuchungsauftrages: Annahme in 192. Sitz. v. 24. 1. 1986
24	3. Untersuchungsausschuß „ Neue Heimat “	a) 10/5575 10/5589 b) CDU/CSU, FDP c) 219. Sitz. v. 5. 6. 1986	a) <i>Heinz Günther Hüsich</i> (CDU/CSU) b) <i>Gernot Fischer</i> (SPD)	a) 18. 6. 1986 b) 10. 2. 1987 c) 76	a) 10/6779	Siehe auch Einsetzungsantrag der Abg. <i>Werner</i> (Westerland), <i>Müller</i> (Bremen) und der Fraktion der GRÜNEN (Drs. 10/5589) – abgelehnt; Antrag auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Abg. <i>Müller</i> (Bremen) u. a. und der Fraktion der GRÜNEN (Drs. 10/6067); 244. Sitz. v. 7. 11. 1986 (Einschränkung des Zutrittsrechts)

Hinweis

Weitere Angaben zur parlamentarischen Kontrolle enthält insbesondere Kapitel 12.

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschußber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	--	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

25	4. Untersuchungsausschuß (U-Boot-Pläne)	a) 10/6659 10/6709 b) DIE GRÜNEN, SPD c) 255. Sitz. v. 10. 12. 1986 (Ann. Drs. 10/6709 nach Zurückziehung der Drs. 10/6659)	a) <i>Willfried Penner</i> (SPD) b) <i>Wolfgang Bötsch</i> (CDU/CSU), ab 29. 1. 1987: <i>Hans Graf Huyn</i> (CDU/CSU)	a) 18. 12. 1986 b) 16. 2. 1987 c) 15		Siehe auch Änderungsantrag der Abg. <i>Eid, Müller</i> (Bremen) und der Fraktion der GRÜNEN (Drs. 10/6737): Annahme in der 255. Sitz. v. 10. 12. 1986
----	---	---	---	--	--	---

11. Wahlperiode (1987–90)

26	1. Untersuchungsausschuß (U-Boot-Pläne)	a) 1) 11/50 2) 11/84 b) 1) SPD 2) GRÜNE c) 8. Sitz. v. 2. 4. 1987 (Annahme Drs. 11/50; Abl. Drs. 11/84)	a) <i>Horst Eylmann</i> (CDU/CSU) b) <i>Peter Struck</i> (SPD), ab 6. 9. 1988: <i>Dietrich Stobbe</i> (SPD)	a) 20. 5. 1987 b) 23. 10. 1990 c) 64	a) 11/6141 (Zwischenbericht) b) 200. Sitz. v. 8. 3. 1990 a) 11/8109, 11/8176 b) 232. Sitz. v. 26. 10. 1990	Siehe auch 10. Wahlperiode: 4. Untersuchungsausschuß; siehe auch in der 11. WP: Antrag der GRÜNEN betr. Herausgabe der HDW-Akten an den 1. Untersuchungsausschuß (Drs. 11/1096): Ablehnung in der 58. Sitz. v. 4. 2. 1988 (nachdem Aufsetzung auf TO in der 48. Sitz. v. 9. 12. 1987 abgelehnt worden war); Antrag der SPD betr. Konkretisierung und Erweiterung des Untersuchungs-
----	---	---	---	--	---	---

				<p>gegenstandes (Drs. 11/1684) [neu]; Ablehnung in der 58. Sitz. v. 4. 2. 1988; Antrag der GRÜNEN betr. Änderung des Untersuchungsauftrages (Drs. 11/ 3044): Ablehnung in der 121. Sitz. v. 25. 1. 1989; Antrag der SPD-Fraktion betr. Präzisie- rung des Untersuchungsauftrages (Drs. 11/3747): Ablehnung in der 121. Sitz. v. 25. 1. 1989; nach Ablehnung Einreichung einer Or- ganklage der SPD gegen den Deutschen Bundestag beim BVerfG; Anregung des 2. Senats des BVerfG v. 23. 1. 1990, eine parlamentarische Lösung des Konflikts zu suchen; erneute Vorlage des SPD-Antrages auf Drs. 11/3747 (Drs. 11/6356): in der 197. Sitz. v. 15. 2. 1990 für erledigt erklärt; Antrag der GRÜNEN betr. Änderung des Untersuchungsauftrages (Drs. 11/ 6368): in der 197. Sitz. v. 15. 2. 1990 für erledigt erklärt; Antrag der CDU/CSU und FDP betr. Korrektur des Untersuchungsauftrages (Drs. 11/6450): in der 197. Sitz. v. 15. 2. 1990 für erledigt erklärt; Antrag der CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN betr. Änderung des Untersu- chungsauftrages (Drs. 11/6463): Einstim- mige Annahme in der 197. Sitz. v. 15. 2. 1990; 200. Sitz. v. 8. 3. 1990: Kenntnisnahme des Zwischenberichts und der Beschluß- empfehlung des 1. Ausschusses (Drs. 11/6141)</p>
--	--	--	--	---

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschußber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	--	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

27	2. Untersuchungsausschuß (Transnuklear/Atomskandal)	a) 1) 11/1680 2) 11/1683 (neu) 3) 11/1681 (neu) b) 1) CDU/CSU u. FDP 2) SPD 3) GRÜNE c) 55. Sitz. v. 21. 1. 1988 (Ann. Drs. 11/1680 u. 11/1683 [neu], Abl. Drs. 11/1681 [neu])	a) <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (SPD), ab 12. 10. 1988: <i>Hermann Bachmaier</i> (SPD) b) <i>Friedrich Vogel</i> (CDU/CSU)	a) 22. 1. 1988 b) 12. 9. 1990 c) 116	a) 11/7800 b) 233. Sitz. v. 30. 10. 1990	Siehe auch Einsetzungsantrag der Fraktion der GRÜNEN (Drs. 11/1566 [neu]): Ablehnung in der 51. Sitzung v. 13. 1. 1988; Interfraktioneller Antrag auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages (Drs. 11/3911): Annahme in der 121. Sitzung v. 25. 1. 1989; Antrag der Fraktion der GRÜNEN auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages (Drs. 11/3658): Rücknahme in der 120. Sitzung v. 20. 1. 1989
----	---	--	---	--	---	---

12. Wahlperiode (1990–94)

28	1. Untersuchungsausschuß (Kommerzielle Koordinierung [KoKo]) und <i>Alexander Schalck-Golodkowski</i>	a) 12/654 b) SPD c) 28. Sitz. v. 6. 6. 1991	a) <i>Horst Eylmann</i> (CDU/CSU), ab 26. 6. 1992: <i>Friedrich Vogel</i> (CDU/CSU) b) <i>Axel Wernitz</i> (SPD), ab 6. 7. 1993: <i>Volker Neumann</i> (SPD)	a) 7. 6. 1991 b) 18. 5. 1994 c) 183	a) 12/7600, 12/8066 b) 235. Sitz. v. 23. 6. 1994 (Annahme Drs. 12/8066)	<p>Siehe auch Einsetzungsantrag der Gruppe B 90/Grüne (Drs. 12/629): Ablehnung in der 28. Sitz v. 6. 6. 1991;</p> <p>Änderungsanträge der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 12/662) sowie der Gruppe PDS/LL (Drs. 12/686) zur Drs. 12/654: Annahme Drs. 12/662 bzw. Ablehnung Drs. 12/686 in der 28. Sitz. v. 6. 6. 1991</p> <p>Beschlußempfehlung und 1. Bericht (Drs. 12/3462) sowie Beschlußempfehlung und 2. Bericht (Drs. 12/3920): Kenntnisnahme in 135. Sitz. v. 22. 1. 1993</p> <p>Beschlußempfehlung und 3. Bericht (Drs. 12/4500) sowie Ergänzungen (Drs. 12/4832 und 12/4970): Kenntnisnahme in 163. Sitz. v. 17. 6. 1993</p> <p>Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP zur 3. Beschlußempfehlung (Vorlage vor der Sommerpause 1994) (Drs. 12/5156): Annahme in der 163. Sitz. v. 17. 6. 1993</p> <p>Beschlußempfehlung und Abschlußbericht (Drs. 12/7600) sowie weitere Berichte (Drs. 12/7650, 12/7725, 12/7743, 12/8066 und 12/8595): Annahme der Drs. 12/7650, 12/7725 und 12/8066 in der 235. Sitz. v. 23. 6. 1994; Abstimmung über die Drs. 12/7600 erübrigt sich wegen Annahme der Drs. 12/8066</p>
----	---	--	---	---	--	---

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschußber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	--	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

29	2. Untersuchungsausschuß (Treuhandanstalt)	a) 12/5768 b) SPD c) 179. Sitz. v. 30. 9. 1993	a) <i>Otto Schily</i> (SPD) b) <i>Gerhard Friedrich</i> (CDU/CSU)	a) 30. 9. 1993 b) 18. 5. 1994 c) 54	a) 12/8404 b) 243. Sitz. v. 21. 9. 1994 (Kenntnisnahme)	Siehe auch Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 12/5634), ersetzt durch Antrag auf Drs. 12/5768 Änderungsanträge der Gruppe PDS/LL (Drs. 12/5776) und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 12/5806) auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages: Ablehnung in der 179. Sitz. v. 30. 9. 1993.
30	3. Untersuchungsausschuß (HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte)	a) 12/6048 b) interfraktionell (= Beschlußempfehlung des Ausschusses für Gesundheit) c) 186. Sitz. v. 29. 10. 1993	a) <i>Gerhard Scheu</i> (CDU/CSU) b) <i>Anni Brandt-Elsweier</i> (SPD)	a) 29. 10. 1993 b) 21. 10. 1994 c) 46	a) 12/8591 b) – ¹⁾	Siehe auch Einsetzungsanträge der SPD-Fraktion (Drs. 12/5975) und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 12/6035): Überweisung an Ausschuß für Gesundheit in der 185. Sitz. v. 28. 10. 1993 Beschlußempfehlung und 1. Bericht (Drs. 12/6700): Kenntnisnahme in der 207. Sitz. v. 2. 2. 1994, Überweisung an den Ausschuß für Gesundheit Antrag auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages (Drs. 12/6749): Annahme in der 209. Sitz. v. 4. 2. 1994

1) Überweisung an den Ausschuß für Gesundheit (federführend) in der 13. Plenarsitzung der 13. Wahlperiode vom 20. Januar 1995

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

31	1. Untersuchungsausschuß (Plutonium-Schmuggel)	a) 13/1323 b) inter- fraktionell c) 35. Sitz. v. 11. 5. 1995	a) <i>Gerhard Friedrich</i> (CDU/CSU) b) <i>Erika Simm</i> (SPD)	a) 17. 5. 1995	<p>Siehe auch Einsetzungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 13/1176), der SPD-Fraktion (Drs. 13/1196) und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 13/1202): Überweisung an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 33. Sitz. v. 26. 4. 1995</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/1323): Annahme in der 35. Sitz. v. 11. 5. 1995</p> <p>Änderungsantrag der Gruppe der PDS hierzu (Drs. 13/1324): Ablehnung in der 35. Sitz. v. 11. 5. 1995</p>
----	--	--	---	----------------	---

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Unterlagen zum Thema „Ausschüsse“ werden außerhalb des Kapitels 9 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des **Datenhandbuchs** vorgelegt, so in Abschnitt

- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Ausschußvorsitzenden)
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Liste der jüngsten Ausschußvorsitzenden)
- 7.3 Präsenz des Bundestags in Berlin (mit statistischen Angaben über die in Berlin durchgeführten Ausschußsitzungen)
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit der Angabe des Zeitplans, welche Tage in den Sitzungswochen den Ausschüssen vorbehalten sind)
- 11.9 Vermittlungsverfahren (mit einer Aufstellung der Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses)
- 12.5 Minderheitenrechte (mit einer Aufstellung der Minderheitenrechte in den Ausschüssen)

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschußber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	--	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

32	2. Untersuchungsausschuß („ DDR-Vermögen “)	a) 13/1833 b) SPD c) 58. Sitz. v. 28. 9. 1995	a) <i>Volker Neumann</i> (SPD) b) <i>Bertold Reinartz</i> (CDU/CSU)	a) 29. 9. 1995		<p>Siehe auch Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 13/1781): Rücknahme</p> <p>Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 13/1833): Überweisung an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 47. Sitz. v. 29. 6. 1995</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 1/2483): Ann. in der 58. Sitz. v. 28. 9. 1995</p> <p>Änderungsantrag der Gruppe der PDS (Drs. 13/2484): Ablehnung in der 58. Sitz. v. 28. 9. 1995</p> <p>Anträge auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages der SPD-Fraktion (Drs. 13/4698 und 13/5233): Überweisung an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 107. Sitz. v. 23. 5. 1996 und in der 118. Sitz. v. 9. 7. 1996</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: Ann. Drs. 13/5843 in der 132. Sitz. v. 18. 10. 1996</p>
----	--	---	--	----------------	--	---

Die Untersuchungsaufträge für die Untersuchungsausschüsse

Die Untersuchungsaufträge sind wörtlich den aufgeführten Drucksachen entnommen worden.

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
----------	---

1. Wahlperiode (1949–53)

1	<p>Antrag der Fraktion der Bayernpartei (Drs. 381): ... Der Bundestag setzt einen Untersuchungsausschuß ein, der die bisherigen Einfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und in das Gebiet der Bundesrepublik sowie die mit ihnen zusammenhängenden Vorgänge überprüft und klarstellt ...</p>
2	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 541): Der Ausschuß hat zu untersuchen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. welche wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse auf dem Gebiet des Kraftstoffvertriebs bestehen, 2. welche Umstände für die Kraftstoffpreise von Bedeutung sind, 3. welche Abgaben auf die Kraftstoffpreise in Betracht kommen und wie diese Abgaben zu erheben sind, 4. welche Vorgänge zu den Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich des Kraftstoffvertriebs geführt haben, 5. wem die seit dem 1. Januar 1950 eingetretene Erhöhung der Kraftstoffpreise zugute gekommen ist.
3	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 523): Der Untersuchungsausschuß hat hinsichtlich der für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland zur Einrichtung der vorläufigen Bundeshauptstadt Bonn vergebenen Aufträge zu prüfen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nach welchen Grundsätzen die Aufträge vergeben wurden und zwar bei Aufwendungen sowohl für die deutsche als auch für die alliierte Seite, 2. ob Aufträge von unzuständigen Stellen und ohne Beteiligung des Bundesfinanzministeriums vergeben wurden, 3. ob und welche Vorkehrungen getroffen wurden, um Überforderungen durch die Lieferanten zu vermeiden, 4. ob Überforderungen vorgekommen sind, 5. ob einzelne Interessenten oder Interessentenkreise oder bestimmte Gebietsteile einseitig bevorzugt worden sind, 6. ob Anschaffungen ohne Rücksicht darauf gemacht sind, daß die Gegenstände bereits in Frankfurt vorhanden waren und von dort nach Bonn überführt werden konnten, 7. aus welchen Gründen und in welcher Höhe größere Summen ausgegeben wurden, als dem Bundestage vor seiner Entscheidung über den Bundessitz als erforderlich bekannt waren.
4	<p>Antrag der Fraktion der KPD (Drs. 980): Zum Zweck der Klärung der Ursachen der Grubenkatastrophe auf Zeche „Dahlbusch“, Gelsenkirchen, die nach bisherigen Meldungen den Tod von fünfundsiebzig Bergarbeitern verursacht hat, sowie zur Klärung der Verantwortlichkeit der Zechenleitung, der Bergbehörde und der DKBL wird ein Untersuchungsausschuß gebildet.</p>

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 4	Änderungsantrag der Fraktion der SPD (Drs. 1068) zu dem Antrag der Fraktion der KPD (Drs. 980): Es wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Ursachen der Grubenkatastrophe auf Zeche „Dahlbusch“, Gelsenkirchen, zu klären hat, damit geprüft werden kann, ob Anlaß besteht, die Grubensicherheits- und Arbeiterschutzvorschriften usw. bundesgesetzlich neu zu regeln.
5	Antrag der Fraktionen der Bayernpartei, CDU/CSU, SPD, FDP, DP, WAV und des Zentrums (Drs. 1397 [neu]): In einem Presseorgan ist die Behauptung aufgestellt worden, es sei im Falle der Hauptstadfrage Bonn – Frankfurt und bei anderen Angelegenheiten an Abgeordnete aller Fraktionen ein Betrag von insgesamt etwa 2 Millionen DM bezahlt worden. Außerdem wurden in dem Artikel einzelne Abgeordnete unter Andeutung der an sie bezahlten Beträge namentlich genannt. Dieser schwere Vorwurf berührt die Ehre und die Stellung des ganzen Bundestages. Er macht die unverzügliche Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes zur unabweisbaren Pflicht.
6	Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 2655): In den letzten Tagen sind Meldungen veröffentlicht worden, wonach im Bundeskanzleramt vertrauliche Dokumente entwendet und regelmäßig an Stellen geliefert worden sind, die nicht berechtigt waren, diese Dokumente zu erhalten. Als Empfänger werden in diesen Meldungen auch eine politische Partei und Fraktion des Deutschen Bundestages genannt. Die gleichen Unterlagen sollen den Zeitungsmeldungen zufolge über einen Mittelsmann auch an einen ausländischen Geheimdienst gelangt sein. Im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen sind mehrere Personen festgenommen worden. Diese Mitteilungen haben in der Öffentlichkeit großes Aufsehen und erhebliche Bestürzung ausgelöst, weil ihnen über die strafrechtliche Würdigung hinaus auch eine besondere politische Bedeutung zukommt. Es besteht somit die zwingende Notwendigkeit, diese Zusammenhänge und Hintergründe dieser Vorkommnisse durch einen Untersuchungsausschuß zu klären. Der Untersuchungsausschuß soll, ohne dem Strafverfahren vorzugreifen, die Tatsache und den Umfang der Vertrauensbrüche und der Entwendung von geheimen Dokumenten, die schuldigen Beamten, die Beweggründe ihres Handelns, ihre Verbindungen und Abnehmer und die Verwertung der Dokumente feststellen.
7	Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 2657): Dieser Untersuchungsausschuß soll prüfen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Beziehungen haben zwischen Mitgliedern der Bundesregierung sowie Verwaltungsangehörigen der Bundesministerien und des Auswärtigen Dienstes zu dem von Dr. Platow herausgegebenen Nachrichtendienst bestanden? 2. Sind durch diese Beziehungen öffentliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland geschädigt oder gefährdet worden, insbesondere durch vorzeitige Bekanntgabe wirtschaftlich oder politisch verwertbarer Vorhaben an Interessenten im In- und Auslande? 3. Hat die Bundesregierung Maßnahmen versäumt, solche Beziehungen zu verhindern oder rechtzeitig aufzudecken? 4. Sind diese Beziehungen durch Fehler der Personalpolitik oder den Einfluß von Interessentenkreisen auf die Personalpolitik verursacht oder begünstigt worden? 5. Haben Mitglieder der Bundesverwaltung außerhalb der ihnen aus Bundesmitteln zustehenden Gehälter Zuwendungen oder Einkommen bezogen, die geeignet waren, ihre Pflichterfüllung im Bundesdienst zu beeinträchtigen? 6. Welche Sicherheitsvorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, um zu verhüten, daß Unberufene, wie es u. a. nach amtlichen Mitteilungen auch im Bundeskanzleramt geschehen ist, in den Besitz nicht für sie bestimmter Kenntnisse oder Unterlagen gelangen?

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 7	7. Hat die Bundesregierung die Untersuchungen unter Wahrung der Gesetze und der Staatsinteressen führen lassen oder in die Untersuchungen im Interesse der ihr nahestehenden Parteien eingegriffen?
8	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 2680):</p> <p>Der Untersuchungsausschuß soll prüfen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wurden oder werden im Auswärtigen Dienst, insbesondere auch im Auswärtigen Amt, Personen beschäftigt, deren Verhalten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geeignet ist, künftig das Vertrauen des In- und Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden? 2. Auf welche Einflüsse ist eine Beschäftigung solcher Personen zurückzuführen? 3. Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um Mißgriffe in dieser Personalpolitik aufzudecken und zu verhüten oder Angriffe auf Verwaltungsangehörige des Auswärtigen Dienstes abzuwehren?
9	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 3645):</p> <p>Der Untersuchungsausschuß soll prüfen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. warum der einstimmige Beschluß des Bundestages vom 4. November 1949, in welchem die Bundesregierung ersucht worden war, anzuordnen, in allen Ministerien und sonstigen Verwaltungen der Bundesrepublik Deutschland zehn Prozent der Stellen mit Schwerbeschädigten zu besetzen, im Jahre 1952 noch nicht durchgeführt worden ist; 2. ob, wenn beim Aufbau einer Verwaltung diese Einstellungsquote schon nicht erreicht wurde, ein gesetzlicher Zwang in absehbarer Zeit überhaupt bei den Verwaltungsorganen der Bundesregierung zur Erfüllung des Einstellungssolls führen dürfte; 3. welche Maßnahmen getroffen worden sind, um die zehnprozentige Einstellungsquote nicht nur zu erreichen, sondern nach Möglichkeit in vorbildlicher Fürsorge um den Arbeitseinsatz der Schwerbeschädigten zu überschreiten.

2. Wahlperiode (1953–57)

10	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. II/768):</p> <p>Der Ausschuß soll untersuchen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ob und wie die Bundesregierung ihrer Verpflichtung zur Dienstaufsicht über das Bundesamt für Verfassungsschutz nachgekommen ist; 2. ob das Bundesamt für Verfassungsschutz im Auftrage oder aus eigenem Entschluß Nachrichten über demokratische Politiker gesammelt oder über sie Berichte an die Bundesregierung oder andere Stellen geliefert hat; 3. ob das Bundesamt für Verfassungsschutz hierbei den Dienstweg über den Bundesminister des Innern eingehalten hat; 4. ob das Bundesamt für Verfassungsschutz Aufträge erhalten und entgegengenommen hat, die ihm nicht durch den Bundesminister des Innern zugekommen sind; 5. unter welchen Umständen sich der Übertritt von <i>Otto John</i> in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands vollzogen hat.
-----------	---

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
11	<p>Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. II/908):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß ... eingesetzt. Dieser soll</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. untersuchen, wie das Reichs- und Bundesrecht von solchen Vorschriften bereinigt werden kann, die durch Zeitablauf, Nachfolgevorschriften, grundlegende Änderung der Verhältnisse oder auf eine sonstige ähnliche Art und Weise gegenstandslos geworden sind; 2. einen Gesetzentwurf über die Herausgabe einer bereinigten Sammlung des nunmehr geltenden Bundesrechts vorbereiten; 3. untersuchen, <ol style="list-style-type: none"> a) ob und in welchem Umfange durch die Bereinigung Verwaltungsvereinfachungen und Einsparungen erzielt werden, ob insbesondere auf Grund überholter Vorschriften noch Behörden oder behördenähnliche Stellen bestehen und demgemäß wegfallen können; b) wie die künftige Gesetzgebung klarer und übersichtlicher gestaltet werden kann.
12	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. II/2032):</p> <p>Der Ausschuß soll untersuchen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. welcher Art die Vorwürfe sind, die gegen den Vorstand der Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette wegen dessen Tätigkeit bei der Butterauslagerung 1954 erhoben worden sind, und ob die Einfuhr- und Vorratsstelle die ihr durch das Milch- und Fettgesetz vom 28. Februar 1951 (BGBl. I S. 135) übertragenen Aufgaben ordnungsmäßig erfüllt hat; 2. ob Anlaß besteht, die Strafverfolgungsbehörden einzuschalten und Dienststrafverfahren einzuleiten; 3. ob gesetzliche oder organisatorische Maßnahmen notwendig sind, um künftig das einwandfreie Funktionieren der Einfuhr- und Vorratsstelle zu sichern; 4. welche Folgerungen aus der Tatsache zu ziehen sind, daß sich der Herr Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geweigert hat, den Bericht des Sonderprüfungsausschusses des Verwaltungsrats der Einfuhr- und Vorratsstelle dem Bundestag zur Kenntnis zu geben (Antwort auf die Kleine Anfrage 211 der Fraktion der FDP – Drucksachen 1981, 1906 –).

3. Wahlperiode (1957–61)

keine Untersuchungsausschüsse

4. Wahlperiode (1961–65)

13	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. IV/247):</p> <p>Der Ausschuß soll untersuchen, ob</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die öffentlich aufgestellte Behauptung zutrifft, Bundesminister <i>Strauß</i> habe seine Dienstpflichten verletzt, indem er <ol style="list-style-type: none"> a) bei der Oberfinanzdirektion München eine Heranziehung des „Inhabers eines Architekturbüros“ <i>Schloß</i> zu öffentlichen Aufträgen erwirkte, obwohl dessen fachliche Eignung ernsthaft zu bezweifeln war, b) ohne sachgerechte Prüfung und ohne zuständig gewesen zu sein die Tätigkeit und Vorschläge einer privaten Interessengruppe für die Errichtung von Wohnungen für die USA-Streitkräfte amtlich gegenüber dem Verteidigungsminister der USA unterstützte; 2. die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 15. Juni 1961 – Drucksache 2847 der 3. Wahlperiode – mit Drucksache 2967 der 3. Wahlperiode wahrheitsgemäß beantwortet worden ist.
-----------	--

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
14	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. IV/1544):</p> <p>Der Ausschuß soll untersuchen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf Grund welcher Dienstvorschriften sind bisher durch das Bundesamt für Verfassungsschutz Verfahren zur Post-, Telefon- oder Fernschreibüberwachung über alliierte Dienststellen eingeleitet worden? 2. Auf welcher Rechtsgrundlage sind gegebenenfalls derartige Dienstvorschriften erlassen worden? 3. In welcher Form hat die Bundesregierung das Bundesamt für Verfassungsschutz über das Ergebnis ihrer Konsultationen mit den Alliierten auf Grund der abgeschlossenen Verträge unterrichtet? 4. Welche Bedienstete des Bundesamtes für Verfassungsschutz hatten die Möglichkeit, Post-, Telefon- und Fernschreibüberwachung auszulösen? 5. Wie war für diese Fälle das Verfahren geregelt? 6. Sind bei der Telefon-, Post- und Fernschreibüberwachung nur die vom Bundesamt für Verfassungsschutz für verdächtig gehaltenen Personen unmittelbar überwacht worden oder sind bei Gelegenheit derartiger Überwachungen auch unbeteiligte Personen einbezogen worden? 7. Auf Grund welcher Dienstvorschriften wurde das durch Telefon-, Post- oder Fernschreibüberwachung erlangte Material ausgewertet? 8. Wie waren insbesondere die Schutzvorschriften gegen eine mißbräuchliche Auswertung derartigen Materials? 9. Welche Vorschriften gab es über die Unterrichtung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wenn diese durch die Auswertung des Materials in Fälle einbezogen worden sind?

5. Wahlperiode (1965–69)

15	<p>Antrag der Fraktion der FDP (Drs. V/1468):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß ... eingesetzt ... zur Überprüfung, ob bei Vertragsschluß und Abwicklung des Projektes Schützenpanzer HS 30 Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> a) ob der Auftrag und die Durchführung Firmen übertragen wurden, die über keinerlei Erfahrung im Bau von derartigen Fahrzeugen verfügten, ggf. ob darauf Mängel konstruktiver und technischer Art zurückzuführen sind, die die Einsatzbereitschaft des Fahrzeuges in unüblicher Weise gemindert hätten; ob die Bundesregierung bei der Auswahl des Fahrzeugtyps oder ihrer Hersteller ihre Sorgfaltspflicht verletzt hat; ob der HS 30 seine Aufgabe erfüllt; ob dem Bund durch die Erteilung oder Abwicklung des Auftrages ein Schaden entstanden ist; b) ob der Firma Hispano-Suiza Konstruktionsunterlagen bezahlt worden sind, die – obwohl ihre Erstellung vereinbart war – tatsächlich nie geliefert wurden; c) ob unentgeltliche Zuwendungen von der Firma Hispano-Suiza an im Bundestag vertretene Parteien, ihr nahestehende Personen, Firmen oder Organisationen direkt oder indirekt gezahlt wurden; d) ob und warum aufgrund der im Jahre 1958 durch den Reichsminister a. D. <i>Treviranus</i> gegebenen Hinweise, nach denen die Möglichkeit von Zahlungen seitens der Firma Hispano-Suiza an im Bundestag vertretene Parteien bestand, keine eingehenden Ermittlungen durchgeführt und insbesondere nicht die zuständigen Strafverfolgungsbehörden eingeschaltet worden sind; e) ob und ggf. inwieweit die Überprüfungstätigkeit des Bundesrechnungshofes behindert oder verzögert worden ist; f) ob Widersprüche in den Auskünften der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag in dieser Angelegenheiten vorliegen und worauf diese ggf. zurückzuführen sind;
-----------	--

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 15	g) ob die Aussage von Botschafter a. D. Dr. <i>Holzapfel</i> bei seiner dienstlichen Anhörung im Auswärtigen Amt am 9. November 1966 richtig ist, er sei in den Jahren 1953/54 und später 1957 gedrängt worden, sich nicht mehr um die Waffengeschäfte zu kümmern.
16	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. V/3442):</p> <p>Untersuchungsauftrag:</p> <p>a) Sind die für den Staatsschutz und die Spionageabwehr zuständigen nachrichtendienstlichen, polizeilichen, staatsanwaltschaftlichen, gerichtlichen und verwaltungsbehördlichen Organe des Bundes und der Länder in ihrer gegenwärtigen Organisation, Kompetenzverteilung, personellen und sachlichen Ausstattung in der Lage, ihrer Aufgabe gerecht zu werden?</p> <p>b) Sind gesetzgeberische, Verwaltungs- oder sonstige Maßnahmen erforderlich, um die Wirkungsfähigkeit der zuständigen Organe oder ihre Zusammenarbeit zu verbessern?</p>

6. Wahlperiode (1969–72)

17	<p>Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. VI/2624):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß ... eingesetzt ... zur Überprüfung folgender Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ob dem Bundesverkehrsministerium als der Genehmigungsbehörde für das Luftfahrtunternehmen Pan International vor dem Hamburger Unfall Tatsachen bekannt wurden, die Zweifel in die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit dieser Gesellschaft begründen mußten, deren eine Maschine am 6. September 1971 bei Hamburg auf der Autobahn notlandete, wobei 22 Menschen ums Leben kamen. Insbesondere, ob <ol style="list-style-type: none"> a) dem Luftfahrtbundesamt schon am 9. Juli 1971 Schreiben von mindestens zwei ehemaligen Flugbetriebsleitern des Unternehmens vorlagen, in denen schwerste Vorwürfe gegen die Unternehmensleitung wegen Vernachlässigung der technischen und fliegerischen Sicherheitsbestimmungen erhoben wurden, b) seit Zulassung der Pan International in zwei Jahren nicht zuletzt wegen der Sicherheitsmängel vier Flugbetriebsleiter ihren Dienst aufgaben, c) seit Ausscheiden des Flugbetriebsleiters <i>Kühnel</i> vom 7. Juli 1971 bis 31. August 1971 der Sommerflugbetrieb ohne verantwortlichen Flugbetriebsleiter durchgeführt wurde, d) die Gesellschaft sich häufig in Finanzschwierigkeiten befand, so daß beispielsweise das Geld zur Beschaffung der für die ordnungsgemäße Wartung der Maschinen erforderlichen Ersatzteile oft nicht vorhanden war, e) das Luftfahrtbundesamt – Außenstelle Düsseldorf – nach einem Besuch am 4. Mai 1971 dem Unternehmen gegenüber feststellte, daß in den Werkstätten und in den Lagerräumen „völlig Unordnung und Durcheinander“ herrschten, so daß „die ordnungsgemäße Durchführung der Wartung und die Nachprüfung der Wartung von Flugzeugen technisch nicht möglich“ sei? 2. Ob das Bundesverkehrsministerium die ihm obliegende Aufsichtspflicht dadurch verletzt hat, daß es trotz der ihm bekannt gewordenen Tatsachen keine hinreichenden Maßnahmen zur Gewährleistung der Betriebs- und Flugsicherheit der Pan International getroffen hat und welche Gründe dafür maßgebend waren? 3. Ob die gesetzlichen Bestimmungen und die von den Behörden geübte Aufsichtspraxis das erforderliche Höchstmaß an Zuverlässigkeit, Betriebs- und Flugsicherheit aller Charterfluggesellschaften gewährleisten?
-----------	--

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
-------------	---

7. Wahlperiode (1972–76)

18 Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 7/780):

Es wird ein Untersuchungsausschuß ... eingesetzt ... zur Überprüfung folgender Fragen:

1. Trifft es zu, daß Entscheidungen von Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages im Zusammenhang mit den Abstimmungen über das konstruktive Mißtrauensvotum oder über die Ostverträge beeinflusst worden sind oder daß versucht worden ist, sie zu beeinflussen,
 - durch Hingabe, Zusage, Inaussichtstellen oder Ankündigen von Leistungen oder Nachteilen irgendwelcher Art von Personen oder Stellen innerhalb oder außerhalb der Bundesrepublik Deutschland
 - oder durch Schaffung oder Ausnutzung geschäftlicher Beziehungen
 und daß in diesem Zusammenhang einzelne Stimmkarten aus der Abstimmung über das konstruktive Mißtrauensvotum besonders gekennzeichnet worden sind?
2. Welche Rolle hat in diesem Zusammenhang der Abgeordnete *Wienand* gespielt, und was haben andere Personen darüber gewußt?
3. Haben im Zusammenhang mit einem Wechsel oder einem erwogenen Wechsel der Fraktion Vorgänge der unter Nummer 1 benannten Art eine Rolle gespielt?
4. Besteht ein Zusammenhang zwischen den Beziehungen des früheren Abgeordneten *Julius Steiner* zu Nachrichten-, Geheim- oder ähnlichen Diensten innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und seiner Entscheidung bei der Abstimmung des Deutschen Bundestages am 27. April 1972 über das konstruktive Mißtrauensvotum?
5. Sind die zuständigen Behördenleiter bzw. Ressortchefs durch ihre Behörden oder nachrichtendienstlichen Stellen oder durch andere Personen oder Stellen von diesen nachrichtendienstlichen Beziehungen oder Tätigkeiten in Kenntnis gesetzt worden, ggf. wann ist das geschehen, und wen haben sie ihrerseits unterrichtet?

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, FDP (Drs. 7/796) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 7/780):

1. Nr. 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
„– durch Hingabe, Zusage, Inaussichtstellen oder Ankündigen von Leistungen, Vorteilen oder Nachteilen irgendwelcher Art von Personen oder Stellen innerhalb oder außerhalb der Bundesrepublik Deutschland“.
2. Nr. 3 erhält folgende Fassung:
„3. Haben im Zusammenhang mit einem Wechsel oder einem erörterten Wechsel der Fraktion oder Partei durch Abgeordnete der 6. Wahlperiode Beeinflussungsversuche der unter Nummer 1 benannten Art eine Rolle gespielt?“
3. Nr. 4 erhält folgende Fassung:
„4. Welche Beziehungen des früheren Abgeordneten *Julius Steiner* zu Nachrichten-, Geheim- oder ähnlichen Diensten innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben bestanden; wer hat davon gewußt? Besteht ein Zusammenhang zwischen derartigen Beziehungen und seiner Entscheidung bei der Abstimmung des Deutschen Bundestages am 27. April 1972 über das konstruktive Mißtrauensvotum?“

Hinweis

Weitere Angaben zur parlamentarischen Kontrolle enthält insbesondere Kapitel 12.

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
19	<p>Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 7/2193):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt ... zur Überprüfung folgender Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sind im Bundeskanzleramt und im Bundesministerium des Innern sowie in deren Geschäftsbereichen Beschäftigte eingestellt oder umgesetzt worden, obwohl <ol style="list-style-type: none"> a) gegen ihre Einstellung oder ihre Verwendung auf bestimmten Dienstposten aufgrund der geltenden Sicherheitsrichtlinien des Bundes von den für die Sicherheitsüberprüfung zuständigen Stellen Einwendungen oder Vorbehalte geltend gemacht wurden oder bei strikter Einhaltung und voller Anwendung der Richtlinien hätten geltend gemacht werden müssen, b) ihre fachlichen Qualifikationsnachweise den geltenden beamtenrechtlichen oder tariflichen Erfordernissen nicht genügten? 2. Welches waren die Gründe für solche Einstellungen oder Umsetzungen, und wer war für sie verantwortlich? 3. Trifft es zu, daß bei der Anstellung des unter Spionageverdacht verhafteten <i>Guinter Guillaume</i> im Bundeskanzleramt Hinweise nachrichtendienstlicher Stellen vorlagen, die die Anstellung <i>Guillaumes</i> unter dem Gesichtspunkt des Geheimschutzes als bedenklich erscheinen lassen? 4. Welchen Stellen und Personen sind derartige Hinweise bekanntgemacht worden? 5. In welchem Umfang ist eventuellen Hinweisen auf eine frühere Agententätigkeit <i>Guillaumes</i> während dessen Beschäftigungszeit bei dem ostzonalen Verlag „Volk und Wissen“ nachgegangen worden? 6. Wer hat ggf. veranlaßt, daß in dieser Richtung weitere Nachforschungen unterblieben sind? 7. Ist bei der Berufung <i>Guillaumes</i> als Referent in das Büro des Bundeskanzlers eine neuerliche Sicherheitsprüfung vorgenommen worden, oder aus welchen Gründen ist ggf. eine erneute Überprüfung unterblieben? 8. Zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang sind dem früheren Bundeskanzler Verdachtsmomente gegen seinen Referenten <i>Guillaume</i> von wem mitgeteilt worden? 9. In welchem Umfang konnte sich <i>Guillaume</i> Zugang zu geheimen Akten oder Unterlagen verschaffen? 10. In welchem Umfang war <i>Guillaume</i> über politische Absichten des Bundeskanzlers und der Bundesregierung oder sonstige nachrichtendienstlich wertvolle Vorgänge informiert? 11. Welche Vorkehrungen sind nach Bekanntwerden konkreter Verdachtsmomente gegen <i>Guillaume</i> im Bundeskanzleramt getroffen worden, um ihm den Zugang zu den in Ziffern 9 und 10 genannten Erkenntnisquellen zu verwehren? 12. In welchem Umfang sind nach diesem Zeitpunkt gleichwohl geheime Unterlagen für <i>Guillaume</i> zugänglich gewesen oder zugänglich gemacht worden? 13. Von welchem Zeitpunkt ab und auf welche Weise ist <i>Guillaume</i> observiert worden? 14. Sind im Bundeskanzleramt und im Bundesministerium des Innern sowie in deren Geschäftsbereichen Akten, Schriftstücke oder sonstige Unterlagen über politische Parteien, Vereinigungen oder Personen und deren Kontakte oder Verbindungen, insbesondere zu kommunistischen Regierungen, Parteien, Vereinigungen oder ihren Funktionären vernichtet, beiseitegeschafft oder sonst der Verfügung der Stellen, bei denen sie entstanden sind, entzogen worden?

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
-------------	---

8. Wahlperiode (1976–80)

20 Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 8/1470):

Es wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt ... Dieser Ausschuß soll den Vorgang klären und insbesondere folgende Fragen prüfen:

I. Die Süddeutsche Zeitung hat am 14. Januar 1978 auszugsweise ein sogenanntes Protokoll eines Telefongesprächs veröffentlicht, das der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union (CSU), Dr. h. c. *Franz Josef Strauß* mit dem Redakteur des Bayernkurier, *Wilfried Scharnagl*, über eine Angelegenheit des sogenannten Lockheed-Falles geführt haben soll. Nach Aussage von Dr. h. c. *Strauß* stammen Teile davon aus einem Telefongespräch, das er tatsächlich geführt habe, andere Teile seien gefälscht worden. Dieser Vorgang läßt das Abhören des Telefongesprächs vermuten.

1. Hinsichtlich des von der Süddeutschen Zeitung am 14. Januar 1978 teilweise veröffentlichten sogenannten Protokolls eines Gesprächs zwischen Dr. h. c. *Franz Josef Strauß* und *Wilfried Scharnagl* sind folgende Punkte zu klären:
 - a) Wann wurde dieses Gespräch geführt?
 - b) Ist der Inhalt des Gesprächs richtig und vollständig wiedergegeben?
 - c) Wurde das Gespräch abgehört?
2. Wann und auf welche Weise ist das von der Süddeutschen Zeitung am 14. Januar 1978 teilweise veröffentlichte sogenannte Protokoll über das Gespräch zwischen Dr. h. c. *Franz Josef Strauß* und *Wilfried Scharnagl* der Redaktion der Süddeutschen Zeitung zugegangen, und welche Mitarbeiter der Zeitung haben davon Kenntnis genommen?
3. Gibt es Gründe, warum dieses Protokoll einem bestimmten Redakteur der Süddeutschen Zeitung zugeleitet wurde?
4. Enthielt der der Süddeutschen Zeitung zugegangene Brief mit dem sogenannten Gesprächsprotokoll Hinweise auf die Person des Absenders, den postalischen Aufgabort, die Aufgabzeit sowie die Echtheit des Dokuments?
5. Welche Maßnahmen haben die Redaktion bzw. andere Mitarbeiter der Süddeutschen Zeitung auf Grund des ihnen zugegangenen Gesprächsprotokolls ergriffen, mit welchen amtlichen Stellen und mit welchen Personen haben sie Kontakt aufgenommen und mit welchem Ergebnis?
6. Welche Erklärungen haben die von der Redaktion bzw. von anderen Mitarbeitern der Süddeutschen Zeitung in diesem Zusammenhang möglicherweise kontaktierten amtlichen Stellen hinsichtlich der Authentizität und der Echtheit des sogenannten Gesprächsprotokolls gegenüber der Redaktion bzw. anderen Mitarbeitern der Süddeutschen Zeitung abgegeben?
7. Welche Maßnahmen und zu welchem Zeitpunkt haben die von der Redaktion bzw. von anderen Mitarbeitern der Süddeutschen Zeitung informierten Stellen und Personen ergriffen, um die Urheberschaft einer Telefonüberwachung bei Dr. h. c. *Strauß* bzw. bei *Wilfried Scharnagl* zu klären und mit welchem Ergebnis?
8. Welche Maßnahmen haben die zuständigen amtlichen Stellen zu welchem Zeitpunkt getroffen, um die Echtheit des sogenannten Gesprächsprotokolls zu klären und mit welchem Ergebnis?
9. Erfolgte eine mögliche Telefonüberwachung bei Dr. h. c. *Franz Josef Strauß* bzw. bei *Wilfried Scharnagl* auf Grund einer rechtlichen Ermächtigung im Rahmen des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz auf Anordnung eines Mitgliedes der Bundesregierung, einer Obersten Landesbehörde bzw. auf Grund staatsanwaltschaftlicher oder richterlicher Anordnung?
10. Sind noch andere Telefongespräche von Dr. h. c. *Franz Josef Strauß* abgehört worden, und ist sichergestellt, daß keine von Dr. h. c. *Strauß* geführten Telefongespräche mehr abgehört werden können?
11. Wurde dieses Gespräch von den Beteiligten aufgezeichnet bzw. welche technischen Möglichkeiten sind hierfür vorhanden, und wie ist der Schutz des Fernmeldegeheimnisses der Gesprächsteilnehmer gewährleistet?

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“</p>
noch: 20	<p>12. Sind Telefongespräche von Dr. h. c. <i>Strauß</i> mit Hilfe amtlicher Einrichtungen oder Dienststellen in der Bundesrepublik Deutschland illegal abgehört worden, insbesondere das von der Süddeutschen Zeitung am 14. Januar 1978 teilweise veröffentlichte Gespräch zwischen ihm und <i>Wilfried Scharnagl</i>?</p> <p>13. Welche amtlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland sind technisch in der Lage und unter welchen tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen berechtigt, Telefongespräche abzuhören?</p> <p>14. Unter welchen Voraussetzungen, mit welchen Mitteln und von wem können Telefongespräche in der Bundesrepublik Deutschland illegal abgehört werden, oder kommen andere illegale Verhaltensweisen in Betracht?</p> <p>15. Haben fremde Nachrichtendienste die Möglichkeit, in der Bundesrepublik Deutschland Telefongespräche abzuhören, und liegen konkrete Anhaltspunkte vor, daß sie ein Gespräch zwischen Dr. h.c. <i>Franz Josef Strauß</i> und <i>Wilfried Scharnagl</i> abgehört haben?</p> <p>16. Welche Vorkehrungen sind durch die zuständigen Dienststellen getroffen worden, um das illegale Abhören von Telefongesprächen in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern bzw. zu erschweren, und welche Vorkehrungen sind notwendig, dies zu erreichen?</p> <p>17. Durch welche technischen Möglichkeiten können die Verursacher illegaler Abhörmaßnahmen ermittelt werden?</p> <p>II. Im Zusammenhang mit dem Lockheed-Fall ist zu prüfen, ob das mögliche Abhören des Telefongesprächs dazu gedient haben kann, zusätzliche Informationen zu erhalten. Hierzu sind insbesondere folgende Fragen zu prüfen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Haben Bundesbehörden ab 1975 wegen einer angeblichen Bestechung im Zusammenhang mit der Beschaffung des Starfighters Maßnahmen eingeleitet, und zu welchem Ergebnis haben diese geführt? 2. Wurden im Zusammenhang mit Bestechungsvorwürfen gegen die amerikanische Flugzeugfirma Lockheed in der Bundesrepublik Deutschland Abhörmaßnahmen oder vergleichbare Aktionen durch amtliche Dienststellen angeordnet bzw. wann und durch wen erhielten amtliche Dienststellen Kenntnis von Abhör- oder vergleichbaren Aktionen? 3. Durch welche Maßnahmen haben amtliche Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland auf einen schnellen Abschluß der Überprüfung der Bestechungsvorwürfe im Rahmen der sogenannten Lockheed-Affäre hingewirkt? 4. Haben Beamte der Bundesregierung den Inhalt der Lockheed-Untersuchungsakten des US-Kongresses und der US-Börsenaufsichtskommission – soweit sie die Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland betreffen – bereits ganz oder teilweise in den USA zur Kenntnis genommen? 5. Wann waren der Bundesregierung das Ergebnis oder Teile davon im Rahmen der Überprüfung der amerikanischen Lockheed-Akten durch die vom Bundesjustizminister eingesetzte Kommission bekannt? 6. Haben die Nachprüfungen der Lockheed-Akten durch die vom Bundesminister der Justiz eingesetzte Kommission Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Firma Lockheed Zahlungen an Personen oder Parteien in der Bundesrepublik Deutschland geleistet hat? 7. Besteht ein zeitlicher Zusammenhang zwischen dem Abschluß der Prüfung der Lockheed-Akten und der Veröffentlichung des Prüfungsergebnisses der vom Bundesminister der Justiz eingesetzten Kommission einerseits und der Aufgabe des Briefes mit dem sogenannten Protokoll über ein Telefongespräch zwischen Dr. h. c. <i>Franz Josef Strauß</i> und <i>Wilfried Scharnagl</i> an die Süddeutsche Zeitung andererseits? 8. Wer hatte vor Eingang des sogenannten Gesprächsprotokolls bei der Redaktion der Süddeutschen Zeitung Kenntnis von dem amtlichen Ergebnis der Prüfung der Akten im Zusammenhang mit der sogenannten Lockheed-Affäre? 9. War das sogenannte Gesprächsprotokoll amtlichen Stellen, insbesondere den mit der Untersuchung der Lockheed-Akten befaßten Beamten bereits bekannt, bevor es an die Redaktion der Süddeutschen Zeitung übersandt wurde? Wenn ja, wann und auf welche Weise ist es ihnen bekannt geworden, und wer war der Informant?

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“</p>
noch: 20	<p>10. In welcher Weise, mit welchem Auftrag, von welchem Zeitpunkt an und mit welchem Ergebnis waren der Chef des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr (ASBW), Brigadegeneral <i>Scherer</i>, bzw. seine Mitarbeiter mit der Untersuchung der sogenannten Lockheed-Affäre befaßt?</p> <p>11. Stand der Besuch des ehemaligen Chefs des ASBW, Brigadegeneral <i>Scherer</i>, im Dezember 1977 in seiner ehemaligen Dienststelle, dem ASBW, im Zusammenhang mit einer möglichen Lauschoperation wegen Dr. h. c. <i>Franz Josef Strauß</i>?</p> <p>III. In verschiedenen Presseerzeugnissen wurde am 25. Januar 1978 von einem Abhörfall im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums, veranlaßt vom Militärischen Abschirmdienst, berichtet, wodurch in erheblichem Maße in die Privatsphäre eingegriffen und unter Umständen das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung verletzt worden ist. Dieser Fall gibt Veranlassung zu prüfen, ob, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen derartige Abhörmaßnahmen von amtlichen Stellen durchgeführt werden.</p> <p>Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP (Drs. 8/1473) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 8/1470):</p> <p>Der Untersuchungsauftrag wird um folgende Punkte ergänzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf welchen Erkenntnissen beruhen bezüglich des Telefongesprächs <i>Strauß/Scharnagl</i> Behauptungen, Bundesdienststellen hätten Abhörmaßnahmen veranlaßt? 2. Wann und auf welcher rechtlichen Grundlage wurden vom bayerischen Innenminister für Dr. h. c. <i>Strauß</i> und seine Umgebung nachrichtendienstliche Operationen angeordnet? Welche Mittel wurden eingesetzt, und zu welchem Ergebnis kamen die Operationen? 3. Wurden und werden beim „Bayernkurier“ oder bei der CSU-Landesleitung Telefongespräche mitgeschritten, aufgezeichnet oder mitgehört? Wie werden sie aufbewahrt, und wer hatte und hat noch beim „Bayernkurier“ oder in der CSU-Landesleitung Zugang zu solchem Material? Bis zu welchem Zeitpunkt hatten seit September 1976 ausgeschiedene Redaktionsmitglieder des „Bayernkurier“ die Möglichkeit, darüber zu verfügen? 4. Wann haben der Abgeordnete Dr. h. c. <i>Strauß</i>, die CSU-Landesleitung und die Redaktion des „Bayernkurier“ erfahren, daß das Telefongespräch des Abgeordneten Dr. h. c. <i>Strauß</i> mit Herrn <i>Scharnagl</i> abgehört worden sei? Was haben die Genannten daraufhin unternommen? Was haben sie ihrerseits zur schnellen und lückenlosen Aufklärung beigetragen? 5. Liegen Erkenntnisse aus anderen Vorgängen darüber vor, daß illegale Abhörmaßnahmen zunächst – ungerechtfertigterweise – Bundesdienststellen zugeschrieben wurden?

9. Wahlperiode (1980–83)

21	<p>Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 9/853):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt ... Dieser Ausschuß soll die Vorgänge um den Übertritt des Oberstleutnants der Nationalen Volksarmee der DDR, <i>Klaus Dieter Rauschenbach</i>, in die Bundesrepublik Deutschland am 2. Juni 1981 und seine Rückkehr in die DDR am 4. Juni 1981 klären und insbesondere folgende Fragen untersuchen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie und warum ist Oberstleutnant <i>Rauschenbach</i> in die Bundesrepublik Deutschland gekommen? Unter welchen Umständen und warum hat er sie verlassen? Auf welcher Grundlage ist die Rückkehrentscheidung zustande gekommen? 2. Welche Kontakte mit welchen Dienststellen und Personen hat er gehabt? Was haben diese Dienststellen und Personen in diesem Zusammenhang veranlaßt? 3. Welche Dienststellen der Bundesregierung und welche sonstigen Dienststellen des Bundes und der Länder sind wann und auf welche Weise über die Ankunft von Oberstleutnant <i>Rauschenbach</i>, über
----	--

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 21	<p>seinen Aufenthalt und Einzelheiten des Verlaufs sowie über seine Rückkehr in die DDR unterrichtet worden? Was haben diese Stellen in diesem Zusammenhang veranlaßt?</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. Welche Dienststellen haben im Zusammenhang mit dem Übertritt, dem Aufenthalt und der Rückkehr von Oberstleutnant <i>Rauschenbach</i> mit welchen Stellen der DDR welche unmittelbaren oder mittelbaren Kontakte gehabt? Welche Hinweise, Wünsche, Forderungen oder Zusagen hat es dabei von seiten der DDR und der Bundesregierung gegeben? 5. Wer hat im Bereich des Bundes welche Entscheidungen nach dem Übertritt und im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und der Rückkehr von Oberstleutnant <i>Rauschenbach</i> auf welcher Grundlage getroffen? 6. Sind bei der Behandlung des Falles <i>Rauschenbach</i> die Zuständigkeiten der betreffenden Behörden und Dienststellen beachtet und die erforderlichen Informationen und Unterrichtungen – gegebenenfalls auf Verlangen – erteilt worden? 7. Sind bei der Behandlung des Falles <i>Rauschenbach</i> die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gewahrt und ist die gebotene Rücksicht auf das Schicksal des Geflüchteten genommen worden? 8. Welche anderen vergleichbaren Fälle sind dem Fall <i>Rauschenbach</i> vorausgegangen, und welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung für die Zukunft aus dem Ablauf des Falles <i>Rauschenbach</i> gezogen?

10. Wahlperiode (1983–87)

22	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 10/34):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß ... eingesetzt. Dieser Ausschuß soll klären, ob – und falls ja, in welcher Weise – es der Flick-Konzern unternommen hat, auf Entscheidungen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Regierung, der Verwaltung oder sonstiger Stellen der Bundesrepublik Deutschland Einfluß zu nehmen.</p> <p>Insbesondere soll festgestellt werden, auf welcher Grundlage der Bundesminister für Wirtschaft die Entscheidungen getroffen hat, die die Voraussetzungen dafür schufen, daß der Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA steuerliche Vorteile für den Gewinn aus der Veräußerung von Anteilen der Firma Daimler-Benz AG im Hinblick auf gesetzlich begünstigte Wiederanlagen zu gewähren und – nach Auftreten von Zweifeln – zu belassen waren.</p> <p>Es sollen insbesondere die folgenden Fragen untersucht werden:</p> <p><i>Einflußnahme</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Haben Angehörige, Mitarbeiter oder Beauftragte des Flick-Konzerns oder andere Personen es unternommen, auf <ul style="list-style-type: none"> – Mitglieder der Bundesregierung, – leitende Beamte oder sonstige Mitarbeiter der gesetzlich hierzu berufenen Stellen, – Mitglieder des Deutschen Bundestages, – Parteien mit dem Ziel Einfluß zu nehmen, die Anerkennung der bezeichneten steuerlichen Begünstigungen zu erreichen und zu sichern? 2. Welche mittelbaren oder unmittelbaren Zuwendungen oder Leistungen materieller oder immaterieller Art wurden den zu 1. genannten Personen, Stellen oder Organisationen in sachlichem und zeitlichem Zusammenhang mit der Veräußerung, den Wiederanlagen sowie den steuerlichen Vorteilsbewilligungen von seiten des Flick-Konzerns angeboten und welche Zuwendungen wurden angenommen?
----	--

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 22	<p>3. Inwieweit wurden Zuwendungen oder Leistungen (Frage 2) mit Entscheidungen über die Anerkennung der Begünstigung der Wiederanlagen oder anderen Entscheidungen in Verbindung gebracht?</p> <p>4. Hat es in einem Bundesministerium – mit oder ohne Zusammenhang zum Fall Flick – Überlegungen gegeben, die gesetzlichen Grundlagen so zu verändern, daß schon für diesen oder für zukünftige Fälle gleichartige Wiederanlagen nicht mehr zu steuerlichen Begünstigungen führen?</p> <p><i>Entscheidungen über steuerliche Vorteile</i></p> <p>5. Welche Tatsachenbehauptungen des Steuerpflichtigen haben den Bundesminister für Wirtschaft im Be- bzw. Einvernehmen mit den gesetzlich hierzu berufenen Stellen veranlaßt, die bezeichneten Wiederanlagen als förderungswürdig und geeignet im Sinne der jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften anzusehen?</p> <p>6. Wie, von wem und mit welchem Ergebnis wurde der jeweilige Tatsachenvortrag des Steuerpflichtigen vor und nach den Begünstigungsentscheidungen überprüft?</p> <p>7. Sind Zweifel an einem Tatsachenvortrag des Steuerpflichtigen aufgetreten, und wurde bzw. wird geprüft, ob eine Entscheidung des Bundesministeriums für Wirtschaft aufzuheben ist?</p> <p>8. Haben sich die Prognosen, die nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Förderungswürdigkeit und Geeignetheit zu stellen waren, erfüllt?</p> <p>9. Welche steuerlichen Vorteile – auf Zeit oder auf Dauer – hat der Steuerpflichtige durch die Entscheidungen des Bundesministeriums für Wirtschaft erzielt?</p> <p><i>Schlußfolgerungen</i></p> <p>10. Ist eine Entscheidung des Bundesministeriums für Wirtschaft aufzuheben und – falls ja – sind Maßnahmen gegen die Steuerpflichtigen zu ergreifen?</p> <p>11. Welche Schlußfolgerungen ergeben sich für den Gesetzgeber?</p> <p>Ergänzungsantrag der Fraktion der SPD (Drs. 10/520):</p> <p>Der durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 19. Mai 1983 eingesetzte Untersuchungsausschuß soll auch klären, ob und in welcher Weise die Fa. Flick Einfluß auf die Herausgabe der vom Ausschuß in Erfüllung seines Untersuchungsauftrages angeforderten behördeninternen Unterlagen über die dem Flick-Konzern bewilligten Steuervergünstigungen genommen hat.</p> <p>Ergänzungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 10/521):</p> <p>Der durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 19. Mai 1983 eingesetzte Untersuchungsausschuß soll auch klären, ob Parteien, Mitglieder des Deutschen Bundestages oder andere Personen es unternehmen haben, auf</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglieder der Bundesregierung, – Parlamentarische Staatssekretäre, leitende Beamte oder sonstige Mitarbeiter der gesetzlich hierzu berufenen Stellen <p>mit dem Ziel Einfluß zu nehmen, daß dem Flick-Konzern von ihm beantragte Bescheinigungen (§ 6 b EStG, § 4 AIG) nicht erteilt werden.</p>

Hinweis

Zum Thema Lobbyismus enthält das *Datenhandbuch* Angaben in folgenden Abschnitten:

- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 9.8 Öffentliche Anhörungen (mit dem Unterabschnitt „Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter“)
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
23	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 10/3906 [neu]):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.</p> <p>Der Ausschuß soll klären:</p> <p>I. In welchem Ausmaß sind die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland während der Amtszeit des Bundesministers des Innern, Dr. <i>Friedrich Zimmermann</i>, durch Vorgänge im Bereich der Spionageabwehr beeinträchtigt worden?</p> <p>Wie insbesondere hat der Bundesminister des Innern, Dr. <i>Friedrich Zimmermann</i>, die ihm nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes obliegende Aufsicht über und Verantwortung für das Bundesamt für Verfassungsschutz wahrgenommen?</p> <p>II. Es sollen insbesondere folgende Fragen untersucht werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In welcher Form hat Bundesminister Dr. <i>Zimmermann</i> die regelmäßige Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sichergestellt? 2. In welcher Weise hat er – neben der allgemeinen Fachaufsicht – dem Präsidenten des Amtes die Unterstützung gewährt, die dieser zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigte und verlangte? <p>III. Die Fragen zu II. sollen untersucht werden insbesondere im Hinblick auf die Behandlung der Fälle</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der früheren Sekretärin des Bundesministers für Wirtschaft Dr. <i>Martin Bangemann</i>, <i>Sonja Lüneburg</i>, 2. des früheren Gruppenleiters im Bundesamt für Verfassungsschutz <i>Hansjoachim Tiedge</i>, 3. der früheren Sekretärin im Bundespräsidialamt <i>Margarete Höke</i>, 4. der früheren Sekretärin im Bundeskanzleramt <i>Herta-Astrid Willner</i> und ihres Ehemannes <i>Herbert-Adolf Willner</i>. <p>In diesen Fällen ist insbesondere auch zu prüfen,</p> <ol style="list-style-type: none"> a) welchen Kenntnisstand Bundesminister Dr. <i>Zimmermann</i> und das Bundesministerium des Innern jeweils zu welchem Zeitpunkt gehabt haben oder bei pflichtgemäßer Wahrnehmung ihres Amtes hätten haben müssen, b) welche Entscheidungen Bundesminister Dr. <i>Zimmermann</i> getroffen oder unterlassen hat, c) in welcher Weise die jeweils betroffenen Verfassungsorgane, insbesondere das Bundespräsidialamt und der Bundeskanzler, über vorliegende Erkenntnisse unterrichtet worden sind und welche Entscheidungen von den Betroffenen veranlaßt werden konnten und wurden. <p>Ergänzungsantrag der Fraktion der SPD (Drs. 10/4661):</p> <p>Der durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 3. Oktober 1985 eingesetzte Untersuchungsausschuß hat u. a. den Auftrag zu klären, wie der Bundesminister des Innern, Dr. <i>Friedrich Zimmermann</i>, die ihm nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes obliegende Verantwortung für das Bundesamt für Verfassungsschutz wahrgenommen hat. Im Rahmen dieses Auftrages ist auch zu klären, wie insbesondere Bundesminister Dr. <i>Friedrich Zimmermann</i> seine Dienst- und Fachaufsicht über das Bundesamt für Verfassungsschutz wahrgenommen hat, vor allem auch, ob er gebilligt oder geduldet hat, daß der Parlamentarische Staatssekretär <i>Carl-Dieter Spranger</i> beim Bundesamt für Verfassungsschutz Berichte insbesondere über Politiker und Parlamentarier anforderte und anderen Mitgliedern seiner Fraktion oder Dritten zugänglich machte.</p>
24	<p>Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drucksache 10/5575):</p> <p>... Gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes wird ein aus elf Mitgliedern bestehender Untersuchungsausschuß „NEUE HEIMAT“ eingesetzt.</p>

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 24	<p>II. Der Untersuchungsausschuß soll klären,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ob, ggf. in welchem Umfang und aus welchen Gründen gegen Bundesrecht, das den Wohnungsbau, den Städtebau, die Wohnungsgemeinnützigkeit, die Wohnungsbauförderung, den Schutz der Mieter, die Aufsicht über gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und die Pflichten ihrer Organe sowie die der Prüfverbände einschließlich der Durchführungsvorschriften zu den vorgenannten Gesetzen regelt, <ul style="list-style-type: none"> oder gegen Sinn und Zweck der vorgenannten Gesetze durch <ol style="list-style-type: none"> a) – die Neue Heimat, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Hamburg (NEUE HEIMAT), <ul style="list-style-type: none"> – Unternehmen, an denen die NEUE HEIMAT unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist oder war, – Unternehmen, mit denen die NEUE HEIMAT in anderer Weise, z. B. personell, verbunden ist oder war, insbesondere die Neue Heimat Städtebau (bzw. ihre Nachfolger) einschließlich deren jetzige und frühere Teilnehmungen im In- und Ausland, – die BGAG Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt am Main, sowie deren Beteiligungsgesellschaften, insbesondere die BGI, BG-Immobilien-Gesellschaft mbH, b) Organe, Angehörige der Organe oder Mitarbeiter der unter a) genannten Gesellschaften, auch soweit die Gesellschaften nicht mehr bestehen c) sowie Unternehmen, an denen die unter b) genannten Personen unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind oder waren, <p>verstoßen worden ist, Unklarheiten der vorgenannten Gesetze und Gesetzeslücken ausgenutzt worden sind, warum dies möglich war und welche Folgerungen der Bundesgesetzgeber daraus ziehen sollte,</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. ob Schäden durch Verstöße im Sinne von Nummer 1 <ol style="list-style-type: none"> a) der Bundesrepublik Deutschland, b) den durch das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) Begünstigten, vor allem den Mietern der NEUEN HEIMAT einschließlich ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Teilnehmungen, c) Dritten, ggf. in welcher Höhe entstanden sind, was ggf. mit entsprechenden Geldbeträgen geschehen ist und welche Folgerungen der Bundesgesetzgeber ziehen sollte, 3. ob von den unter Nummer 1 genannten Unternehmen und ihren unmittelbaren oder mittelbaren Eigentümern Maßnahmen zur Aufklärung und Wiedergutmachung entstandener Schäden getroffen sind, ob diese Maßnahmen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten geeignet und ausreichend sind und welche Folgerungen der Bundesgesetzgeber daraus ziehen sollte. <p>III. Im Rahmen der unter II. gestellten Fragen soll auch geklärt werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ob die Verbindung der NEUEN HEIMAT und ihrer unmittelbaren und mittelbaren Teilnehmungen mit der nicht gemeinnützigen Neuen Heimat Städtebau und deren unmittelbaren und mittelbaren Teilnehmungen Vermögensverschiebungen zwischen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Unternehmen ermöglicht hat, z. B. dadurch, daß Verluste in gemeinnützige und Gewinne in nicht gemeinnützige Unternehmen verschoben wurden, etwa durch <ul style="list-style-type: none"> – Grundstücksan- und -verkäufe zu nicht marktgerechten Preisen, – Teilnehmungsan- und -verkäufe zu nicht marktgerechten Preisen, – Provisionsvereinbarungen für fingierte oder sachlich nicht gerechtfertigte Geschäftsbesorgungen, – Nichtweitergabe von Rabatten, – Zahlung überhöhter Zinsen, – willkürliche Aufteilung von Verwaltungskosten, und ob dies einerseits zu einer erhöhten Kostenmiete und andererseits zu überhöhter Förderung durch die öffentliche Hand geführt hat,

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“</p>
<p>noch: 24</p>	<ol style="list-style-type: none"> 2. ob die NEUE HEIMAT oder eine ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen ihren Aufwand entgegen gesetzlicher Vorschriften wegen <ul style="list-style-type: none"> – unangemessen hoher Entschädigungen für Organmitglieder, – unangemessen hoher Personalkosten, – unangemessen hoher Repräsentationsaufwendungen, – unangemessen hoher Reisekosten, – unangemessen hoher Kosten für Geschäftsräume, so erhöht hat, daß zum Nachteil ihrer Mieter überhöhte Kostenmieten verlangt wurden, 3. ob die NEUE HEIMAT und ihre unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen zu Lasten ihrer Mieter bei der Erbringung von Bau- oder Baubetreuungsleistungen besonderen Personenkreisen Sonderkonditionen gewährt haben, 4. ob die NEUE HEIMAT oder eine ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen entgegen gesetzliche Vorschriften Spenden in private oder politische Bereiche, z. B. Großspenden an die Friedrich-Ebert-Stiftung gegeben und damit die von den Mietern zu zahlenden Kostenmieten unzulässig erhöht hat, 5. ob die von den Mietern der NEUEN HEIMAT und ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen zu zahlenden Kostenmieten und Mietnebenkosten unzulässig überhöht waren z. B. durch die Nichtweitergabe von Rabatten oder durch den Abschluß von Beratungs-, Vermittlungs- und Versorgungsverträgen mit nicht gemeinnützigen Unternehmen, obwohl die NEUE HEIMAT und ihre unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen diese Geschäfte selbst hätten wirtschaftlicher besorgen können, 6. ob die Baukosten der von der NEUEN HEIMAT und ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen errichteten Objekte unzulässig überhöht wurden durch Verträge der unter Nummer 4 genannten Art, und ob aufgrund dieser überhöhten Baukosten unzulässig öffentliche Gelder in Anspruch genommen worden sind, 7. ob die von Mietern der NEUEN HEIMAT und ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen gezahlten Instandhaltungspauschalen statt für die Instandsetzung der Wohnungen für andere und ggf. welche Zwecke verwendet wurden, 8. in welcher Höhe bei der NEUEN HEIMAT und ihren unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen Verluste eingetreten sind, und ob diese Verluste entstanden sind durch <ul style="list-style-type: none"> – Vermögensverschiebungen in nicht gemeinnützige Bereiche, – persönliche Bereicherung von Organmitgliedern oder Leitenden Angestellten, – zu geringe Kapitalausstattung, – Beteiligungen in nicht gemeinnützigen Bereichen, – überhöhten Verwaltungsaufwand, – wirtschaftliche Fehleinschätzung, 9. ob Verluste der NEUEN HEIMAT und ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen sich auf die Höhe der Kostenmiete und den Bestand und Zustand ihrer Wohnungen ausgewirkt haben und noch auswirken, 10. ob und inwieweit die NEUE HEIMAT und ihre unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen beim Verkauf von Wohnungen durch die Vertragsgestaltung dafür Sorge getragen haben und tragen, daß die Rechtsstellung der Mieter erhalten blieb und bleibt, 11. ob bei der NEUEN HEIMAT und ihren mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligungen im Vorstand, in den Aufsichtsorganen und als Leitende Angestellte auch Personen tätig waren und sind, bei denen Tatsachen vorlagen und vorliegen, die Zweifel an ihrer geschäftlichen Zuverlässigkeit rechtfertigen, weil sie z. B.: <ul style="list-style-type: none"> – als Organmitglied oder Leitender Angestellter in einem nicht gemeinnützigen Unternehmen, welches in Geschäftsverbindung zur NEUEN HEIMAT oder einer ihrer mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligungen stand oder steht, tätig sind oder waren, – persönlich unmittelbar oder mittelbar an einem nicht gemeinnützigen Unternehmen, welches in Geschäftsverbindung zur NEUEN HEIMAT oder einer ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen stand oder steht, beteiligt sind oder waren,

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 24	<p>– infolge Ämterhäufung Zweifel daran aufkommen lassen, ob für die Bewältigung der bei den gemeinnützigen Unternehmen anstehenden Aufgaben genügend Zeit zur Verfügung steht oder stand.</p> <p>IV. Der Untersuchungsausschuß soll auch klären, ob unmittelbare oder mittelbare Eigentümer – einschließlich der mit ihnen organisatorisch in Verbindung stehenden natürlichen Personen – der unter II. genannten Unternehmen bzw. ihnen angehörende natürliche Personen, Vorstandsmitglieder oder Mitglieder von Aufsichtsgremien in der Zeit bis zur öffentlichen Erörterung des NEUE HEIMAT-Skandals auf dem DGB-Kongreß 1982 Einfluß genommen haben auf Mitglieder der Bundesregierung oder des Deutschen Bundestages mit dem Ziel, daß Bundesrecht in einer die oben genannten Gesellschaften begünstigenden oder ihnen genehmen Weise geschaffen, geändert oder aber Änderungen unterlassen wurden.</p> <p>V. Der Untersuchungsausschuß soll die unter II. bis IV. genannten Themen auch mit dem Ziel der Erarbeitung einer Empfehlung an die Bundesregierung klären, ob und ggf. welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Folgen des NEUE HEIMAT-Skandals für alle Betroffenen, insbesondere Mieter, Arbeitnehmer der Neuen Heimat-Gesellschaften sowie die öffentlichen Haushalte möglichst gering zu halten.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, ob die mittelbaren und unmittelbaren Eigentümer der NEUEN HEIMAT und ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen in der Lage und bereit sind, die bei der NEUEN HEIMAT einschließlich ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen entstandenen Probleme auf ihre – der Eigentümer – Kosten und ohne öffentliche Unterstützung zu lösen bzw. weshalb dies nicht möglich ist oder weshalb die Bereitschaft dazu fehlt.</p>
25	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 10/6709):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß ... eingesetzt ... Der Ausschuß soll klären:</p> <p>I. In welcher Weise haben sich Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i>, andere Mitglieder der Bundesregierung und der bayerische Ministerpräsident Dr. h. c. <i>Franz Josef Strauß</i> mit der beabsichtigten Lieferung von Unterseebooten oder Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau an die Republik Südafrika befaßt, obwohl derartige Lieferungen nach internationalem und deutschem Recht verboten sind?</p> <p>II. Unter welchen Umständen ist die rechtswidrige Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau durch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland an die Republik Südafrika zustande gekommen und erfolgt?</p> <p>III. Was haben Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i> und/oder andere Mitglieder der Bundesregierung getan oder unterlassen, um die rechtswidrige Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau an die Republik Südafrika rechtzeitig zu verhindern?</p> <p>IV. Was haben Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i> und/oder andere Mitglieder der Bundesregierung getan oder unterlassen, um nach der rechtswidrigen Lieferung den Sachverhalt unverzüglich und vollständig aufzuklären und den Schaden für die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Wirtschaft zu begrenzen?</p> <p>Änderungsantrag der Abgeordneten Frau Eid, Dr. Müller (Bremen) und der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 10/6737):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In den Abschnitten I, III und IV werden jeweils hinter dem Wort „Bundesregierung“ die Worte „Ministerpräsidenten von Bundesländern, Mitarbeiter von Ministerien oder anderen staatlichen Stellen“ eingefügt. 2. Dem Abschnitt II wird folgende Frage angefügt: „Sind neben Konstruktionsunterlagen auch Teile von Unterseebooten geliefert worden, und welche Unternehmen oder Staaten waren an diesen Geschäften beteiligt?“

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
-------------	---

11. Wahlperiode (1987–90)

26	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 11/50):</p> <p>Es wird ein Untersuchungsausschuß ... eingesetzt ... Der Ausschuß soll klären:</p> <p>I. In welcher Weise haben sich Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i>, andere Mitglieder der Bundesregierung, Ministerpräsidenten von Bundesländern, Mitarbeiter von Ministerien oder anderen staatlichen Stellen und der bayerische Ministerpräsident Dr. h. c. <i>Franz Josef Strauß</i> mit der beabsichtigten Lieferung von Unterseebooten oder Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau an die Republik Südafrika befaßt, obwohl derartige Lieferungen nach internationalen und deutschem Recht verboten sind?</p> <p>II. Unter welchen Umständen ist die rechtswidrige Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau durch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland an die Republik Südafrika zustande gekommen und erfolgt? Sind neben Konstruktionsunterlagen auch Teile von Unterseebooten geliefert worden, und welche Unternehmen oder Staaten waren an diesen Geschäften beteiligt?</p> <p>III. Was haben Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i> und/oder andere Mitglieder der Bundesregierung, Ministerpräsidenten von Bundesländern, Mitarbeiter von Ministerien oder anderen staatlichen Stellen getan oder unterlassen, um die rechtswidrige Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau an die Republik Südafrika rechtzeitig zu verhindern?</p> <p>IV. Was haben Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i> und/oder andere Mitglieder der Bundesregierung, Ministerpräsidenten von Bundesländern, Mitarbeiter von Ministerien oder anderen staatlichen Stellen getan oder unterlassen, um nach der rechtswidrigen Lieferung den Sachverhalt unverzüglich und vollständig aufzuklären und den Schaden für die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Wirtschaft zu begrenzen?</p> <p>Interfraktioneller Antrag auf Änderung des Untersuchungsauftrages (Drs. 11/6463):</p> <p>„Der Ausschuß soll klären:</p> <p>I. In welcher Weise haben sich Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i>, andere Mitglieder der Bundesregierung, Mitarbeiter von Bundesministerien oder anderen staatlichen Stellen des Bundes mit der beabsichtigten Lieferung von Unterseebooten oder Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau an die Republik Südafrika befaßt?</p> <p>II. Unter welchen Umständen ist die ungenehmigte Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau durch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland an die Republik Südafrika zustande gekommen und erfolgt? Sind neben Konstruktionsunterlagen auch Teile von Unterseebooten geliefert worden, und welche Unternehmen oder Staaten waren an diesen Geschäften beteiligt? Untersuchungen, die sich auf den nichtstaatlichen Bereich erstrecken, sind insoweit zulässig, als sie zur Aufklärung des in den Nrn. I., III. und IV. genannten Sachverhalts nach dem jeweiligen Stand des Verfahrens notwendig werden.</p> <p>III. Was haben Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i> und/oder andere Mitglieder der Bundesregierung, Mitarbeiter von Bundesministerien oder anderen staatlichen Stellen des Bundes getan oder unterlassen, um die in Nr. II. genannte Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau an die Republik Südafrika rechtzeitig zu verhindern?</p> <p>IV. Was haben Bundeskanzler Dr. <i>Helmut Kohl</i> und/oder andere Mitglieder der Bundesregierung, Mitarbeiter von Bundesministerien oder anderen staatlichen Stellen des Bundes getan oder unterlassen, um nach der in Nr. II. genannten Lieferung den Sachverhalt unverzüglich und vollständig aufzuklären und den Schaden für die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Wirtschaft zu begrenzen?</p>
----	--

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“</p>
27	<p>Der Ausschuß hatte zwei Untersuchungsaufträge:</p> <p>(1) Untersuchungsauftrag aufgrund des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drucksache 11/1680):</p> <p>II. Der Untersuchungsausschuß soll klären,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ob es beim zivilen Umgang mit oder bei der Herstellung von Material im Sinne von Artikel 3 Abs. 2 Buchstabe a des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder im Sinne von Artikel 52 Abs. 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft Handlungen oder Unterlassungen als Verstoß gegen <ul style="list-style-type: none"> – diese Verträge, – das Atomgesetz, – andere in der Bundesrepublik Deutschland zum jeweiligen Zeitpunkt geltende Vorschriften, die radioaktive Stoffe und kerntechnische Anlagen betreffen, gegeben hat und gegebenenfalls durch wen, soweit dies <ol style="list-style-type: none"> a) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland durch oder unter Beteiligung <ul style="list-style-type: none"> – von in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen oder ansässig gewesenen Unternehmen oder – von Unternehmen, an denen in der Bundesrepublik Deutschland ansässige oder ansässig gewesene Unternehmen unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind oder waren oder deren Vorständen, Geschäftsführern oder Mitarbeitern geschehen ist, und gegebenenfalls aus welchen Gründen dies möglich war; 2. ob, ggf. in welchem Umfang und aus welchen Gründen, gegen das Atomgesetz und andere, radioaktive Stoffe und kerntechnische Anlagen betreffende atomrechtliche Vorschriften bei den Unternehmen NUKEM GmbH, Hanau, Transnuklear, Hanau, NTL Nukleare Transportleistungen GmbH, Hanau, HOBEG Hochtemperaturreaktor-Brennelement GmbH, Hanau, verstoßen worden ist und gegebenenfalls durch wen; 3. ob und ggf. in welchem Umfang durch Handlungen im Sinne von Nummern 1 und 2 Gefährdungen für Mensch und Umwelt entstanden sind; 4. ob und gegebenenfalls welche Probleme es in diesem Zusammenhang für Bund und Länder beim Vollzug atomrechtlicher und damit zusammenhängender Vorschriften gegeben hat. <p>III. Im Rahmen der unter II. gestellten Fragen soll auch geklärt werden, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und aus welchen Gründen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. von der Firma Transnuklear Zahlungen oder Sachwerte an Mitarbeiter in Anlagen, die dem Anwendungsbereich des Atomgesetzes unterfallen, sowie an Beschäftigte der Betreibergesellschaften dieser Anlagen geleistet worden sind, 2. Zahlungen oder Sachwerte an Personen in kerntechnischen Anlagen im Ausland sowie an Angehörige der ausländischen Betreibergesellschaften geleistet worden sind, 3. aus Mol nicht die Rückstände aus den nach Belgien gesandten radioaktiven Stoffen zurückgeliefert wurden, sondern zum Teil andere, 4. unzulässige Transporte radioaktiver Stoffe durch die Transnuklear GmbH oder ein anderes Unternehmen vorgenommen worden sind, 5. die Transnuklear GmbH an das belgische Unternehmen SMET-JET im Laufe von acht Jahren ca. 24 Mio. DM gezahlt hat, obwohl die erbrachten Leistungen allenfalls mit 8 Mio. DM zu veranschlagen sind. <p>IV. Der Untersuchungsausschuß soll auch klären,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ob die Konzeption, nach der die Entsorgung schwach- und mittelaktiver Abfälle aus kerntechnischen Anlagen eine privatwirtschaftliche Aufgabe in Verantwortung der Abfallverursacher ist, die alle Voraussetzungen für die Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht gemäß § 9 a Abs. 2 Satz 1 Atomgesetz an ein Bundesendlager zu schaffen haben, aufgrund der Ergebnisse und Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses zu ändern ist und gegebenenfalls in welcher Weise,

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“</p>
noch: 27	<p>2. ob sich durch die rechtzeitige Realisierung des Entsorgungskonzepts der Bundesregierung, das durch den „Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke“ vom 28. September 1979 politisch bestätigt wurde, der Anreiz zu Manipulationen mit radioaktiven Abfällen reduzieren läßt,</p> <p>3. ob die Vorgänge um die Firma Transnuklear letztlich auch in der Schließung des Endlagers Asse Ende 1978 begründet sind,</p> <p>4. ob und inwieweit die 4. Novellierung des Atomgesetzes von 1976 die Realisierung einer schnellen und sicheren Entsorgung radioaktiver Abfälle verzögert hat,</p> <p>5. in welchem Umfang und auf welche Weise die Entsorgung von schwach- und mittelaktiven Abfällen aus Medizin, Forschung und Industrie notwendig ist.</p> <p>V. Der Untersuchungsausschuß soll die unter II. genannten Themen vor allem klären, um gegebenenfalls</p> <ul style="list-style-type: none"> – den Erlaß neuer, die Änderung oder Ergänzung bestehender Gesetze oder anderer Vorschriften, – die Änderung der Organisationen von und in Behörden des Bundes, – die Änderung von Unternehmensstrukturen unter Berücksichtigung internationaler Verflechtungen, – die Änderung der Aufgabenverteilung zwischen staatlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen, – die Neuverteilung von Kompetenzen zwischen Bund und Ländern empfehlen zu können, wobei insbesondere auch auf damit verbundene Konsequenzen für die Sicherheit der Bevölkerung, die Energieversorgung und den Umweltschutz einzugehen ist. <p>(2) Untersuchungsauftrag aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion (Drucksache 11/1683 [neu]):</p> <p>Der Ausschuß soll die Sachverhalte und Verantwortungen in bezug auf die Vorkommnisse insbesondere bei den in Hanau ansässigen Nuklearbetrieben und den sonst an den Vorgängen beteiligten Unternehmen und Stellen klären. Er soll außerdem eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Entsorgung radioaktiver Abfälle vornehmen, die bei der Bestandsaufnahme offen gebliebenen Fragen und Probleme formulieren und bewerten. Dabei soll er insbesondere folgenden Fragen nachgehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Was ist bei den in Hanau ansässigen Nuklearbetrieben und den sonst an den Vorgängen beteiligten Unternehmen und Stellen tatsächlich geschehen? Wer hat im wirtschaftlichen oder im staatlichen Bereich welche Handlungen oder Unterlassungen zu verantworten? 2. Gegen welche Vorschriften ist verstoßen worden? Ist der Atomwaffensperrvertrag verletzt worden? Wie effektiv ist die Überwachung der Einhaltung dieses Vertrages? 3. Welche Gefahren und Risiken bestehen im Zusammenhang mit Umgang, Behandlung, Transport und Lagerung von Kernbrennstoffen und Atom Müll? 4. Ist die nach dem Atomgesetz geforderte sichere Entsorgung gewährleistet? 5. Sind die Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke vom 29. Februar 1980 tragfähig? <p>Erweiterungsauftrag aufgrund des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und DIE GRÜNEN (Drucksache 11/3911):</p> <p>I. Der Untersuchungsausschuß soll auch klären,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ob durch den Handel mit Materialien, Anlagen und Ausrüstungen für kerntechnische Zwecke nach der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – sowie mit Unterlagen zur Fertigung dieser Waren, insbesondere durch Nuklearexporte <ul style="list-style-type: none"> – in der Bundesrepublik Deutschland ansässiger oder ansässig gewesener Unternehmen oder Privatpersonen, insbesondere der Unternehmer NTG Neue Technologien Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (Gelnhausen), Physikalisch-Technische Beratung (Ortenberg), Albert Gutekunst KG (Villingen-Schwenningen) und der Unternehmensgruppe Alfred Hempel (Düsseldorf) oder – von Unternehmen, an denen in der Bundesrepublik Deutschland ansässige oder ansässig gewesene Unternehmen oder Privatpersonen beteiligt sind oder waren oder mit denen in der Bundesrepublik Deutschland ansässige oder ansässig gewesene Unternehmen personell verflochten sind

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 27	<p>oder waren (wozu auch die in dem vorstehenden Absatz ausdrücklich genannten Unternehmen gehören), internationale, zwischenstaatliche oder nationale Rechtsvorschriften, insbesondere des Außenwirtschaftsrechts, verletzt worden sind und wenn ja, aus welchen Gründen dies möglich war;</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. ob und gegebenenfalls welche Fehler oder Versäumnisse den zuständigen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden in diesem Zusammenhang unterlaufen sind; 3. ob die einschlägigen innerstaatlichen Vorschriften und das vorhandene Vollzugsinstrumentarium ausreichend sind, die mit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. <p>II. Der Untersuchungsausschuß soll auf der Grundlage der Ergebnisse seiner Ermittlungen zu I. erforderlichenfalls auch Empfehlungen, insbesondere für den Erlaß neuer oder die Änderung oder Ergänzung bestehender Rechtsvorschriften und für eine Verbesserung des Vollzugsinstrumentariums, aussprechen.</p> <p>III. Der Untersuchungsausschuß soll darüber hinaus klären,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wie die besonderen Vorkommnisse im Kernkraftwerk Biblis, Block A, vom 16. und 17. Dezember 1987 und ihre Behandlung durch Betreibergesellschaft und Aufsichtsbehörden zu bewerten sind; 2. welche Konsequenzen aus diesen und ähnlichen besonderen Vorkommnissen in deutschen Kernkraftwerken zu ziehen sind.

12. Wahlperiode (1990–94)

28	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 12/654) unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 12/662):</p> <p>I. Der Ausschuß soll untersuchen, welche Rolle der Arbeitsbereich „Kommerzielle Koordinierung“ und sein Leiter Dr. <i>Alexander Schalck-Golodkowski</i> im System von SED-Führung, Staatsleitung und Volkswirtschaft der früheren DDR spielte und wem die wirtschaftlichen Ergebnisse der Tätigkeit dieses Arbeitsbereiches zugute kamen und gegebenenfalls heute noch zugute kommen.</p> <p>II. Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu klären:</p> <p>A. Für die Zeit bis zum 3. Oktober 1990:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wann und mit welcher Aufgabenstellung wurde der Arbeitsbereich eingerichtet, wo war er organisatorisch und weisungsmäßig angebunden, und wer war dort tätig? 2. Welcher Firmen, Institutionen oder sonstiger Tarnorganisationen bediente sich der Arbeitsbereich im In- und Ausland? 3. Über welche Wege und mit welchem Volumen erfolgten die Finanzbewegungen dieses Bereiches? 4. Für welche Zwecke und auf wessen Anweisung wurden die Finanzmittel verwendet? 5. Welche Maßnahmen haben die Regierungen <i>Krenz</i>, <i>Modrow</i> und <i>de Maizière</i> ergriffen, den Zugriff staatlicher Behörden auf die Vermögenswerte des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ zu sichern? 6. Welche Maßnahmen haben die Treuhandanstalt, die Bundesregierung und staatliche Stellen des Bundes unternommen, um im Zuge der Währungsunion ab 1. Juli 1990 die vorhandenen Finanzmittel des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ zu sichern und kriminelle Aktivitäten zu verhindern? 7. Welche Mittel sind aus dem Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ an die ehemaligen Blockparteien geflossen?
----	--

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 28	<p>B. Für die Zeit nach dem 3. Oktober 1990:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Was haben Treuhandanstalt, die Bundesregierung und staatliche Stellen unternommen, um die Vermögenswerte des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ sicherzustellen? 2. Was ist mit den Vermögenswerten des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ und den von ihnen abhängigen Firmen und Institutionen inzwischen geschehen? 3. Welche Firmen und sonstigen Institutionen sind in welcher Rechtsform, mit welchen Eigentums- und Besitzverhältnissen und mit welchen Personen weiter tätig gewesen bzw. noch tätig? 4. Welchen Einfluß hat Dr. <i>Alexander Schalck-Golodkowski</i> auf die Abwicklung oder Fortführung des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ oder einzelner seiner Firmen und Institutionen genommen? 5. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und staatliche Stellen des Bundes oder die unabhängige Regierungskommission Parteivermögen über den Verbleib von Finanzmitteln des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ bei Nachfolgeorganisationen der ehemaligen Blockparteien? <p>III. 1. Hat es Zusagen der Bundesregierung, des Bundesnachrichtendienstes oder anderer staatlicher Stellen des Bundes gegenüber Dr. <i>Alexander Schalck-Golodkowski</i> bezüglich einer möglichen Straffreiheit in der Bundesrepublik Deutschland oder anderer Vergünstigungen gegeben?</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Welche Mitglieder der Bundesregierung und staatlicher Stellen des Bundes haben seit 1983 Kontakte mit Dr. <i>Alexander Schalck-Golodkowski</i> gehabt, und welchem Zweck dienten diese Kontakte? 3. Welche Kenntnisse hatten die Bundesregierung oder andere staatliche Stellen des Bundes über die Aktivitäten des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ im Bereich des internationalen Waffenhandels? <p><i>Ergänzung</i></p> <p>Der Untersuchungsausschuß soll auch klären,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Funktionsweise und Tätigkeit des Arbeitsbereiches „Kommerzielle Koordinierung“, auch in Verbindung mit anderen Einrichtungen der DDR und der SED/PDS, insbesondere mit dem Ministerium für Staatssicherheit und der SED/PDS sowie der sogenannten Massenorganisationen, 2. ob und ggf. wie die unter 1. erwähnte Funktionsweise und Tätigkeit des Arbeitsbereiches „Kommerzielle Koordinierung“ bzw. die der einzelnen Unternehmen aus diesem Arbeitsbereich nach dem 3. Oktober 1990 fortgesetzt wurden und werden, 3. wo sich die Vermögenswerte einschließlich der im Ausland sowie deren Surrogate befanden und befinden, und wofür sie verwendet wurden, 4. inwieweit die genannten Vermögenswerte der Treuhandanstalt tatsächlich unterstellt wurden oder von dieser tatsächlich verwaltet wurden oder werden, und ob die im Juni 1990 gegründete Effect Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH alle früher zum Arbeitsbereich „Kommerzielle Koordinierung“ gehörenden Vermögenswerte umfaßt, 5. ob und ggf. welche Kontakte es vor 1983 zwischen Bundesregierung und anderen staatlichen Stellen des Bundes einerseits und Arbeitsbereich „Kommerzielle Koordinierung“ andererseits oder wegen des Arbeitsbereiches „Kommerzielle Koordinierung“ mit anderen Stellen der DDR oder der SED gab, <p>und zwar auch mit dem Ziel festzustellen, ob die Vermögenswerte entsprechend gesetzlicher Regelung verwaltet werden und ob es Gesetzeslücken gibt.</p>
29	<p>Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 12/5768):</p> <ol style="list-style-type: none"> I. Der Ausschuß soll untersuchen, ob und in welchem Umfang durch Maßnahmen oder Unterlassungen der Bundesregierung und der Treuhandanstalt <ul style="list-style-type: none"> – überlebenschfähige Treuhandbetriebe geschlossen und – in noch existierenden Betrieben, die zur Treuhandanstalt gehören oder gehört haben, Arbeitsplätze vernichtet wurden, die hätten erhalten werden können.

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“</p>
<p>noch: 29</p>	<p>Der Ausschuß soll ferner untersuchen,</p> <ul style="list-style-type: none"> – inwieweit die Treuhandanstalt ihre Aufgaben nach dem Treuhandgesetz erfüllt hat; – ob und inwieweit die zuständigen Ressorts der Bundesregierung ihre Rechts- und Fachaufsicht gegenüber der Treuhandanstalt ordnungsgemäß wahrgenommen haben; – ob und in welcher Weise die Bundesregierung oder einzelne ihrer Mitglieder – jenseits ihrer Zuständigkeiten – Einfluß auf konkrete Entscheidungen der Treuhandanstalt genommen haben. <p>II. Der Ausschuß soll im Rahmen der Untersuchung unter Abschnitt I insbesondere aufklären:</p> <p>(1) Nach welchen Kriterien die Treuhandanstalt festgestellt hat, ob Unternehmen privatisiert werden können und was sie getan hat, die Privatisierungsfähigkeit ihrer Betriebe zu erhalten und zu fördern und als nicht privatisierungsfähig eingestufte Unternehmen und Betriebe der Privatisierungsfähigkeit zuzuführen, z. B. durch Ausreichung von Betriebsmitteln und die Gewährung von Investitionshilfen; ferner nach welchen Kriterien entschieden wurde, Unternehmen und Betriebe abzuwickeln; insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – nach welchen Kriterien die Treuhandanstalt in die Entflechtung der Kombinate eingegriffen hat und eventuell im Zuge der Abtrennung nicht notwendigen Betriebsvermögens einzelnen Unternehmen überlebensnotwendige Substanz entzogen hat, – in welchem Maße die Weigerung der Bundesregierung bzw. der Treuhandanstalt zu einer generellen Entschuldung der Unternehmen einzelne Unternehmen in die Liquidation/Gesamtvollstreckung gezwungen hat. <p>(2) Ob und gegebenenfalls auf welche Weise Konkurrenzunternehmen von Treuhandbetrieben unmittelbar oder mittelbar auf die Erfüllung der Aufgaben der Treuhandanstalt Einfluß genommen haben.</p> <p>(3) Welche Maßnahmen die Bundesregierung und die Treuhandanstalt bei der Privatisierung von Unternehmen und Betrieben sowie bei der Veräußerung von Grundstücken getroffen haben, die</p> <ul style="list-style-type: none"> – die ordnungsgemäße Durchführung von Ausschreibungsverfahren, – die sachgerechte Ermittlung der Werte der Unternehmen und Grundstücke, – den Ausschluß von Interessenkollisionen insbesondere bei Beratern und Treuhandmitarbeitern, – die ordnungsgemäße Prüfung der Bonität und des Unternehmenskonzeptes des jeweiligen Erwerbers, – die Preisgestaltung im angemessenen Verhältnis zum tatsächlichen Wert und zu den übernommenen Verpflichtungen des Käufers, insbesondere unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz- und Investitionszusagen, – die Einhaltung der Richtlinien der Treuhandanstalt über die Bevorzugung von Management-buy-out (MBO) und ostdeutschen Bewerbern, – die Erteilung des Zuschlages an einen Erwerber nur auf der Grundlage eines schriftlichen Unternehmenskonzeptes und die Ausschließung solcher Bieter vom Erwerb, die mit dem Kauf lediglich das Ziel verfolgen, das zu erwerbende Unternehmen „auszuschlachten“, – die Angemessenheit der Beauftragung und Auswahl von Beratern sicherstellen. <p>(4) Auf welche Weise die Bundesregierung und die Treuhandanstalt dafür gesorgt haben, daß die Einhaltung von Investitions- und Arbeitsplatzzusagen vertraglich abgesichert ist.</p> <p>(5) Durch welche Maßnahmen die Bundesregierung und die Treuhandanstalt gewährleistet haben, daß die Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen auf seiten der Erwerber überwacht und sichergestellt worden ist, und in welchen Fällen und aus welchen Gründen eine nachträgliche Veränderung vertraglicher Vereinbarungen akzeptiert worden ist.</p> <p>(6) Ob das von der Treuhandanstalt eingeführte Bonussystem zu Fehlentscheidungen bei ihrer Tätigkeit beigetragen hat.</p> <p>(7) In welchem Umfang und aus welchen Gründen privatisierte Unternehmen insolvent geworden sind und zur Gesamtvollstreckung angemeldet wurden.</p> <p>(8) Ob und in welchem Umfang durch vertragswidrige oder strafbare Handlungen im Zusammenhang mit der Privatisierung, Sanierung und Abwicklung von Treuhandvermögen der Bundesrepublik Deutschland Schaden zugefügt worden ist.</p> <p>(9) Ob die Privatisierung von Treuhandvermögen zur Stärkung des Wettbewerbs und regionaler Strukturen beigetragen hat.</p>

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“</p>
noch: 29	<p>(10) Ob bei den Entscheidungen der Treuhandanstalt die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte gewahrt worden sind.</p> <p>(11) Ob und in welchem Umfang die Treuhandanstalt die im jeweiligen Einzelfall Betroffenen über ihre Entscheidungen und Maßnahmen rechtzeitig und angemessen unterrichtet hat.</p> <p>(12) Wie die Treuhandanstalt das ihr anvertraute Vermögen verwaltet hat und wie das heutige Gesamtdefizit der Treuhandanstalt zustande gekommen ist.</p>
30	<p>Interfraktioneller Antrag (Drs. 12/6048):</p> <p>1. Der Ausschuß soll untersuchen, ob und in welchem Umfang die Bundesregierung, das Bundesgesundheitsamt und seine Institute sowie alle weiteren der Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesministers für Gesundheit unterstehenden Institute durch unterbliebene oder zu spät erfolgte Maßnahmen für die HIV-Infektionen von Menschen durch Blut und Blutprodukte und die daraus resultierenden Schäden und Todesfälle verantwortlich sind. Der Ausschuß soll untersuchen, ob im Zusammenhang mit der HIV-Gefährdung durch Blut und Blutprodukte in der Vergangenheit gegen Vorschriften, ggf. gegen welche, verstoßen worden ist.</p> <p>Der Ausschuß soll untersuchen,</p> <ul style="list-style-type: none"> – inwieweit Bundesregierung und Bundesgesundheitsamt ihre Aufgaben nach dem Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (AMG) nicht erfüllt haben, – ob und inwieweit die Bundesregierung es unterlassen hat, Mängel und Lücken im AMG für die Durchsetzung von Arzneimittelsicherheit und Patientenschutz rechtzeitig durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen zu beheben und zu schließen, – ob und inwieweit das zuständige Ressort der Bundesregierung seine Fach- und Rechtsaufsicht gegenüber dem Bundesgesundheitsamt und seinen Instituten sowie allen weiteren der Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesgesundheitsministers unterstehenden Instituten ordnungsgemäß wahrgenommen hat, – ob und in welcher Weise Arzneimittelhersteller Einfluß auf konkrete Entscheidungen des Bundesgesundheitsamtes genommen haben, – ob und inwieweit die Bundesregierung für die Folgen von strukturellen, organisatorischen und personellen Mängeln im Bundesministerium für Gesundheit, Bundesgesundheitsamt und den Instituten verantwortlich ist, – ob und inwieweit die Bundesregierung für unterlassene Hilfeleistung gegenüber den Opfern bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche und für die unterlassene Ermittlung der Schuldigen verantwortlich ist, – ob und inwieweit die Bundesregierung für die Weiterverbreitung der Infektion durch die Opfer infolge ungenügender Aufklärung und Information sowie durch unterlassene Maßnahmen verantwortlich ist, – ob und inwieweit die Bundesregierung durch Vernachlässigung des Aufbaus einer nationalen Eigenversorgung mit Blut und Plasma (analog der Forderung des Europarates aus dem Jahre 1980) und dem entsprechenden Aufbau eines unentgeltlichen Blut- und Plasmaspendesystems eine Risikoverringering schuldhaft unterlassen hat, – ob und inwieweit sich aufgrund von Maßnahmen oder Unterlassungen der Gesundheitsbehörden eine Staatshaftung ergibt. <p>2. Der Ausschuß soll im Rahmen der Untersuchung unter Nr. 1 insbesondere aufklären:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Welche Maßnahmen hat das Bundesgesundheitsamt ergriffen und durchgeführt, um den Schutz der Verbraucher und Patienten bei dem sich abzeichnenden Risiko durch HIV-infizierte Blutbestandteile und aus Blut hergestellte Arzneimittel zeitgerecht und effektiv zu gewährleisten? – Waren die Maßnahmen ausreichend und wurden sie der Risikolage gerecht? – Nach welchen Kriterien wurde entschieden? – Welche Maßnahmen wurden zu welchem Zeitpunkt angeordnet? <p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sind Hinweise auf Arzneimittelrisiken beim Bundesministerium für Gesundheit und/oder beim Bundesgesundheitsamt eingegangen? – Wenn ja, wann?

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 30	<ul style="list-style-type: none"> – Welche aktiven Maßnahmen zum Erkenntnisgewinn und zur Nachverfolgung gemeldeter Risiken sind vom Bundesgesundheitsamt getroffen worden? – Welche Zeiträume liegen zwischen Risikoerkennung und der Anordnung risikomindernder Maßnahmen? – Wurden Zulassungen widerrufen? – Wenn ja, warum und wann? – Welche Maßnahmen seitens der Bundesregierung bzw. des Bundesgesundheitsamtes sind ergriffen worden, um die Unabhängigkeit von Kommissionsmitgliedern bei Entscheidungen über Fragen der Zulassung und der Sicherheit von Arzneimitteln zu gewährleisten? – Hat es Interessenkollisionen bei Mitarbeitern des Bundesministeriums für Gesundheit, des Bundesgesundheitsamtes oder den Instituten gegeben? – Welche Nebentätigkeiten (Honorare für Vorträge, Gutachten etc.) sind bekannt, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> – welche anzeigepflichtigen Nebentätigkeiten sind bekannt, – welche genehmigungspflichtigen Nebentätigkeiten sind beantragt – und welche sind genehmigt worden? – Welche bisher nicht bekannten Nebentätigkeiten gibt es darüber hinaus? – Sind Geldmittel gezahlt worden oder andere Zuwendungen geflossen? – Sind aus der Sicht und Kenntnis der seit Bekanntwerden der ersten HIV-Infektionen im Jahre 1983 (Infektionen mit einem unbekanntem Virus) verantwortlichen Gesundheitsminister Dr. <i>Heiner Geißler</i>, Prof. Dr. <i>Ursula Lehr</i> und Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> relevante Ergänzungen oder Korrekturen zu den Berichten des Gesundheitsministers an den Gesundheitsausschuß vom 30. November 1992 und den ergänzenden Berichten vom 7. Oktober 1993 bzw. 20. Oktober 1993 vorzunehmen? – Wurden Angehörige des Bundesministeriums für Gesundheit, des Bundesgesundheitsamtes oder der Institute durch dienstliche Weisungen oder Versetzungen daran gehindert, Informationen oder Erkenntnisse, die zu einer anderen Risikobewertung und damit zu anderen Maßnahmen geführt hätten, weiterzugeben? <p>3. Der Ausschuß soll untersuchen, wie die Situation der durch Blut und Blutprodukte HIV-infizierten Personen einschließlich ihrer Angehörigen ist, um zu prüfen, ob und welche Vorschläge an den Gesetzgeber zu machen sind.</p> <p>Dabei soll geklärt werden,</p> <p>3.1 wie die haftungsrechtliche Situation der infizierten Personen und ihrer Angehörigen ist;</p> <p>3.2 ob die wirtschaftliche und soziale Absicherung dieser Personen und ihrer Angehörigen im ausreichenden Maß gewährleistet ist;</p> <p>3.3 ob, in welchem Umfang und unter welcher Beteiligung ggf. ein finanzieller Ausgleich für die unmittelbar und mittelbar infizierten Personen sowie ihre Angehörigen unabhängig von einer Rechtspflicht geboten ist.</p> <p>4. Der Ausschuß soll des weiteren untersuchen, ob und in welchem Umfang die Sicherheit von Blut und Blutprodukten gegenwärtig gewährleistet ist und ob und ggf. welche Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Sicherheit von Blut und Blutprodukten darüber hinaus insbesondere im Interesse der betroffenen Patienten sowie der behandelnden Ärzte möglich und geboten sind.</p> <p>Ergänzung des Untersuchungsauftrages gemäß Beschlußempfehlung des Untersuchungsausschusses (Drs. 12/6749):</p> <p>Der 3. Untersuchungsausschuß soll über den in Drucksache 12/6048 festgelegten Untersuchungsauftrag hinaus zu dessen Präzisierung und Erweiterung untersuchen und klären,</p> <p>1. ob zivilrechtliche Verantwortlichkeiten der pharmazeutischen Unternehmer, Produzenten, Blutspendedienste, Krankenhausträger und Ärzte für seit 1. Oktober 1980 stattgefundenen Virusinfektionen nach dem Recht der Arzneimittelsicherheit, nach Vertragsrecht sowie dem Recht der unerlaubten Handlungen von Betroffenen mit hinreichender Aussicht auf Erfolg im Klageweg geltend gemacht werden können,</p>

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 30	2. welche Möglichkeiten unabhängig von einer Stiftungslösung für die unmittelbar und mittelbar infizierten Personen sowie ihre Angehörigen vertretbar und geboten sind, das Programm „Humanitäre Soforthilfe“ zu erweitern und Hilfen für die Dauer zivilgerichtlicher Verfahren zu gewähren.

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

31	<p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/1323):</p> <p>I. Der Untersuchungsausschuß soll klären:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) die Umstände, die zum Transport mit einer Passagiermaschine der Lufthansa von Moskau nach München am 10. August 1994 und zur Sicherstellung von 363,4 Gramm atomwaffenfähigem Plutonium und 201 Gramm Lithium 6 geführt haben; b) in welcher Weise Behörden des Bundes und weitere Personen in deren Auftrag oder mit deren Wissen an der Vorbereitung und Durchführung von Scheinverhandlungen und des Transports des illegalen Nuklearmaterials beteiligt waren; c) wann und in welcher Weise Behörden des Bundes und Mitglieder der Bundesregierung von den Umständen informiert worden sind und was sie veranlaßt haben; d) in welcher Weise Behörden des Bundes und des Freistaates Bayern zusammengearbeitet haben; e) die Verantwortung von Mitgliedern der Bundesregierung sowie die etwaige Beteiligung von Bundesbehörden, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit den Ländern, an der Verbringung von Plutonium von Moskau nach München im Sommer 1994 und in etwaigen anderen vergleichbaren Fällen; f) was die Bundesregierung im internationalen Rahmen und insbesondere im Verhältnis zu Stellen der Regierung der Russischen Föderation zur Verhinderung des Plutonium-Transports unternommen hat und g) wie und mit welcher Zielrichtung die Bundesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit über den Plutoniumhandel informiert hat; h) aus welchen Quellen das illegal angebotene und insbesondere das bisher nach Deutschland gelangte Nuklearmaterial stammt. <p>Der Untersuchungsausschuß soll dazu insbesondere klären:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Gab es im Falle des Plutoniumtransfers überhaupt Nachfrager nach Nuklearmaterial, und welche Personen, Gruppierungen, Institutionen oder Staaten traten gegebenenfalls als solche auf? b) Welche Zahlungen, geldwerten Vorteile oder Anerkennungen haben Mitglieder der Bundesregierung sowie Mitarbeiter von Behörden oder anderen Stellen des Bundes, welchen der an diesen Vorgängen beteiligten Personen und Dienststellen für jeweils welche Leistungen gewährt, vermittelt oder in Aussicht gestellt? c) Welche möglichen Gefahren haben sich aus diesem Transport des Nuklearmaterials mit einem Luftfahrzeug ergeben? d) Wie ist mit dem illegal nach Deutschland eingeführten Nuklearmaterial nach dessen Sicherstellung verfahren worden und was wird künftig damit geschehen? <p>II. Der Untersuchungsausschuß soll</p> <ol style="list-style-type: none"> a) klären, ob es einen illegalen Markt für Nuklearmaterial, insbesondere für Plutonium, gibt und wie dieser gegebenenfalls getarnt ist; b) die Voraussetzungen, die Möglichkeiten, den Umfang und die Gefahren des illegalen Nuklearmaterialhandels für Mensch und Umwelt sowie das friedliche Zusammenleben der Völker klären;
-----------	--

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“</p>
noch: 31	<p>c) die Möglichkeiten, die Voraussetzungen und die Erfolgsaussichten einer Bekämpfung des illegalen Nuklearmaterialhandels durch Bundesbehörden, auch in Zusammenarbeit mit den Ländern und auf internationaler Ebene untersuchen;</p> <p>d) klären, was die Bundesregierung allgemein in bezug auf die Gefahren des illegalen Umgangs mit Nuklearmaterial getan oder unterlassen hat;</p> <p>e) Vorschläge unterbreiten, wie den Gefahren des illegalen Umgangs mit Nuklearmaterial begegnet werden kann.</p> <p>III. Der Untersuchungsausschuß soll</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. klären, welche Erkenntnisse und Konsequenzen sich für die Arbeit, die Aufgaben und die Kontrolle der Bundesregierung, der Nachrichtendienste und des Bundeskriminalamtes ergeben; 2. Empfehlungen geben, auch bezüglich einer zukünftigen Ausgestaltung einer parlamentarischen Kontrolle dieser Arbeit. <p>Nuklearmaterial im Sinne des Untersuchungsauftrags sind radioaktive Stoffe gemäß §2 Abs.1 des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565).</p>
32	<p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 13/1833, 13/2483):</p> <p>I. Der Ausschuß soll klären:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Unternehmen und Beteiligungen der DDR existierten im westlichen Ausland über die in den Berichten des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode dargestellten hinaus, und was ist mit diesen Unternehmen und Beteiligungen inzwischen geschehen? 2. Existierten – neben Unternehmen und Beteiligungen – Vermögenswerte des Bereichs Kommerzielle Koordinierung über die in den Berichten des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode dargestellten hinaus, und wo sind diese verblieben? 3. Inwieweit hat der Bereich Kommerzielle Koordinierung mit der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR operativ zusammengearbeitet, und in welchem Umfang sind finanzielle Mittel der Außenhandelsbetriebe sowohl des Ministeriums für Außenhandel als auch des Bereichs Kommerzielle Koordinierung der Hauptverwaltung Aufklärung zugeflossen? 4. Inwieweit haben der Bereich Kommerzielle Koordinierung und die von ihm abhängigen Unternehmen und Personen mit der Militärischen Aufklärung der Nationalen Volksarmee der DDR zusammengearbeitet, und sind der Militärischen Aufklärung Mittel des Bereichs Kommerzielle Koordinierung zugeflossen? 5. Inwieweit hat der Bereich Kommerzielle Koordinierung – über die Feststellungen der Berichte der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) hinaus – mit den Blockparteien und Massenorganisationen der DDR zusammengearbeitet, welche finanziellen Mittel sind an diese Institutionen geflossen? 6. Inwieweit haben Unternehmen des Bereichs Kommerzielle Koordinierung – über die Feststellungen der Berichte der UKPV hinaus – bei der Veruntreuung von Vermögenswerten die Verbindung zu Unternehmen und Personen von kommunistischen Parteien, die mit der SED/PDS wirtschaftlich zusammengewirkt haben, genutzt? 7. Inwieweit wurden Mitglieder der SED/PDS oder dieser Partei nahestehende Personen – über die Feststellung der Berichte der UKPV hinaus – vor dem 3. Oktober 1990 von der SED/PDS durch Vermögensverschiebungen finanziell unterstützt, um sich wirtschaftlich betätigen zu können? 8. Welche Vermögensverschiebungen und Manipulationen von Bilanzen der Unternehmen der DDR sind durch das Zusammenwirken „alter Seilschaften“ und westlicher Geschäftspartner erfolgt, und wer hat davon profitiert? 9. Welche Maßnahmen haben Bundesregierung, Treuhandanstalt und andere staatliche Stellen des Bundes zur Wiederbeschaffung veruntreuter Vermögenswerte ergriffen?

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses Antrag der Fraktion der ...: „Der Bundestag wolle beschließen, ...“
noch: 32	<p>10. Haben Kreditinstitute innerhalb und außerhalb der DDR bei Vermögensveruntreuungen von Unternehmen und Personen der DDR eine Rolle gespielt und wenn ja, welche?</p> <p>II. Der Ausschuß soll klären, inwieweit die Aktivitäten des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und seiner Nachfolgeorganisationen durch Unternehmen und Institutionen sowie deren handelnde Personen aus der Bundesrepublik Deutschland vor und nach der Wende unterstützt wurden.</p> <p>Hierbei soll geklärt werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. inwieweit sich aus der Auswertung von Disketten und Unterlagen der Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR Hinweise ergeben, daß Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland Embargo-Bestimmungen bei Geschäften mit Unternehmen der DDR durchbrochen haben, 2. welchen Einfluß die Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auf die außenwirtschaftliche Tätigkeit der DDR mit Geschäftspartnern aus der Bundesrepublik Deutschland genommen hat und wieweit der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz hierüber Kenntnisse besaßen, 3. ob und gegebenenfalls wie der Bereich Kommerzielle Koordinierung, sein Leiter und seine Mitarbeiter mit Billigung der jeweiligen Bundesregierungen und sonstigen politisch handelnden Personen wirken konnten. <p>III. Der Ausschuß soll – soweit der Bundesrechnungshof hierüber noch keine Feststellungen getroffen hat – auch klären,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ob bei der Vergabe von Liquidationsdarlehen durch die Treuhandanstalt und bei der Bemessung von Liquidatorenhonoraren die Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung hinreichend beachtet worden sind und 2. ob bei der Privatisierung von Unternehmen durch die Treuhandanstalt – unbeschadet der staatsanwaltlichen Ermittlungen wegen Untreue – die Vorgabe des Bundesministers der Finanzen zur Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Kriterien und die Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung ausreichend beachtet worden sind. <p>Erweiterung des Untersuchungsauftrages des 2. Untersuchungsausschusses (Drs. 13/5843):</p> <p>Der am 28. September 1995 vom Deutschen Bundestag beschlossene Untersuchungsauftrag des 2. Untersuchungsausschusses (Drucksachen 13/1833 und 13/2483) soll um die folgende Nummer 3 in Abschnitt III ergänzt werden:</p> <p>„3. Der Ausschuß soll bezogen auf die Bremer-Vulkan-Verbund-AG auch klären,</p> <ol style="list-style-type: none"> a) ob und auf welche Weise die Bundesregierung und die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben dafür gesorgt haben, daß die Einhaltung von Investitionszusagen und die zweckbestimmte Verwendung von Investitionsbeihilfen und Fördermitteln vertraglich abgesichert sind; b) ob und durch welche Maßnahmen die Bundesregierung und die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben gewährleistet haben, daß die Einhaltung vertraglicher Bestimmungen durch die Bremer-Vulkan-Verbund-AG als Erwerber von Unternehmen der ehemaligen DDR hinsichtlich der zweckbestimmten Verwendung von Investitionsbeihilfen und Fördermitteln überprüft werden kann; c) ob, inwieweit und zu welchem Zeitpunkt die Bundesregierung und die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben von ungerechtfertigten Inanspruchnahmen von Subventionsmitteln und der zweckentfremdeten Verwendung von Investitionsbeihilfen und Fördermitteln durch die Bremer-Vulkan-Verbund-AG als Erwerber von Unternehmen der ehemaligen DDR Kenntnis erhalten haben und welche Maßnahmen dagegen getroffen wurden.

Hinweis

Weitere Angaben zur parlamentarischen Kontrolle enthält insbesondere Kapitel 12.

Der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß*)

Mit dem Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 19. März 1956 (BGBl. I S. 111) traten eine Reihe von Grundgesetzänderungen auf dem Gebiete der Wehrpolitik in Kraft. Durch Einfügung des Artikels 45a erhielt der Verteidigungsausschuß die Rechte und die alleinige Zuständigkeit eines Untersuchungsausschusses auf dem Gebiet der Verteidigung.

Die heutige Fassung des Artikels 45a GG hat folgenden Wortlaut:

- (1) Der Bundestag bestellt ... einen Ausschuß für Verteidigung.
- (2) Der Ausschuß für Verteidigung hat auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder hat er die Pflicht, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen.
- (3) Artikel 44 Abs. 1 findet auf dem Gebiet der Verteidigung keine Anwendung.

In seiner Eigenschaft als Untersuchungsausschuß gemäß Art. 45a GG ist der Verteidigungsausschuß seit 1956 wie folgt tätig gewesen:

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzungen a) erste b) letzte c) Anzahl	Untersuchungsgegenstand ¹⁾	a) Antragsteller b) Bemerkungen
1. WP 1949–53		–	–	–
2. WP 1953–57	1	a) 24. 10. 1956 b) 5. 12. 1956 c) 4	Äußerungen des Generalmajors <i>Paul Herrmann</i> (Mainz) am 13. 8. 1956 über Kriegsdienstverweigerer	a) SPD b) Ausschlußbericht: BT-Drs. II/2971, zu 2971
	2	a) 9. 7. 1957 b) 24. 9. 1957 c) 3	Vorträge von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK) vor Angehörigen der Bundeswehr	a) SPD
	3	a) 27. 8. 1957 b) 14. 10. 1957 c) 3	Korruptionsfälle im Bundeswehrbeschaffungsamt Koblenz	a) FDP
	4	a) 27. 8. 1957 b) 14. 10. 1957 c) 4	die gegen die Abg. <i>Fritz Berendsen</i> (CDU/CSU), <i>Martin Blank</i> (DP/FVP) und <i>Hasso von Manteuffel</i> (DP/FVP) erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit Rüstungsaufträgen	a) die betroffenen Abg. und CDU/CSU b) Ausschlußbericht: BT-Drs. III/5

¹⁾ Soweit die Untersuchungsaufträge veröffentlicht wurden, sind sie im Anschluß an diese Tabelle zitiert.

*) Vgl. auch *Hans-Joachim Berg*, Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages als Untersuchungsausschuß. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1984. B 18. S. 26–36.

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzungen a) erste b) letzte c) Anzahl	Untersuchungsgegenstand ¹⁾	a) Antragsteller b) Bemerkungen
3. WP 1957–61		–	<i>keine Untersuchungen²⁾</i>	–
4. WP 1961–65	5	a) 21. 3. 1963 b) 30. 4. 1964 c) 11	Dokumentenaffäre (Spiegel): Weitergabe geheimhaltungsbedürftiger Vorgänge aus dem Verteidigungsausschuß	a) CDU/CSU; SPD (mit erweitertem Untersuchungsauftrag)
5. WP 1965–69	6	a) 19. 10. 1966 b) 16. 2. 1967 c) 6	Untersuchung des tödlichen Unfalles von Olt. <i>Siegfried Arndt</i> und der damit zusammenhängenden Rettungsaktion	a) SPD b) Ausschlußbericht: BT-Drs. V/1438, in 97. Sitzung des BT vom 23. 2. 1967 beraten und zur Kenntnis genommen
6. WP 1969–72		–	<i>keine Untersuchungen</i>	–
7. WP 1972–76		–	<i>keine Untersuchungen</i>	–
8. WP 1976–80	7	a) 14. 12. 1977 b) 15. 11. 1978 c) 29	Spionagefall <i>Lutze/Wiegel</i>	a) CDU/CSU b) Beschlußempfehlung und Bericht BT-Drs. 8/2290, Berichtigung: BT-Drs. 8/2350, in 123. Sitzung des BT vom 7. 12. 1978 beraten u. zur Kenntnis genommen
	8	a) 2. 7. 1980 b) 3. 9. 1980 c) 10	Ausschreitungen anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses von Bundeswehrsoldaten am 6. Mai 1980 im Bremer Weserstadion	a) CDU/CSU b) Ausschlußbericht: BT-Drs. 8/4472
9. WP 1980–83	9	a) 18. 2. 1981 b) 12. 3. 1982 c) 24	Finanzierungsprobleme des Waffensystems „Tornado“	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) Ausschlußbericht: BT-Drs. 9/1465, in der 94. Sitzung des BT am 25. 3. 1982 zur Kenntnis genommen

2) Zwei Anträge auf Konstituierung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß wurden wieder zurückgezogen. Seitens der CDU/CSU war beantragt worden, zu untersuchen, „ob und in welchem Umfang die Meldung eines Pressedienstes vom 3. 5. 1961 den Tatsachen entspricht. Die genannte Meldung besagt im besonderen, in Bonn sei es ein offenes Geheimnis, daß einzelne hohe Offiziere der Bundeswehr mit den Putschisten (gemeint sind *Challe* usw.) sympathisierten.“ (Ausschuß-Drs. 73). Seitens der SPD war eine Untersuchung mit der Fragestellung beantragt worden: „Hat es Sympathieerklärungen deutscher Offiziere für die Haltung französischer Offiziere im Zusammenhang mit dem letzten Putsch in Algerien gegeben?“ (Ausschuß-Drs. 74)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzungen a) erste b) letzte c) Anzahl	Untersuchungsgegenstand ¹⁾	a) Antragsteller b) Bemerkungen
10. WP 1983–87	10	a) 20. 1. 1984 b) 7. 6. 1984 c) 18	Untersuchung der tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen der Entscheidung von Bundesverteidigungsminister <i>Manfred Wörner</i> , General Dr. <i>Günter Kießling</i> zu entlassen, sowie zur Rechtmäßigkeit der vorzeitigen Zuruhesetzung des Generals a. D. Dr. <i>Günter Kießling</i>	a) SPD und GRÜNE sowie CDU/CSU und FDP b) Ausschlußbericht: BT-Drs. 10/1604, in der 77. Sitzung des BT am 28. 6. 1984 zur Kenntnis genommen
11. WP 1987–90	11	a) 13. 10. 1988 b) 29. 9. 1989 c) 30	Untersuchung der Vorgänge bei und im Zusammenhang mit den Flugtagen in Ramstein und Nörvenich am 28. August 1988	a) SPD b) Ausschlußbericht: BT-Drs. 11/5354, in der 175. Sitzung des BT am 15. 11. 1989 zur Kenntnis genommen
12. WP 1990–94			<i>keine Untersuchungen</i>	
13. WP 1994–1)			<i>keine Untersuchungen</i>	

1) Stand: 31. August 1997

■ Eventuelle Untersuchungsaufträge an den Verteidigungsausschuß ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 9.10 aufgeführt.

lfd. Nr.	Untersuchungsaufträge für den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß
----------	---

2. Wahlperiode (1953–57)

1	<i>kein Untersuchungsauftrag veröffentlicht</i>
2	<p>Untersuchungs-Auftrag gemäß Ausschuß-Drs. 208:</p> <p>1.) Bei welchen dienstlichen Veranstaltungen der Bundeswehr haben Dr. <i>Linder</i> und <i>H. E. Jahn</i> von der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise Vorträge gehalten?</p> <p>2.) Welche Offiziere der Bundeswehr haben daran teilgenommen?</p> <p>3.) Welche Berichte sind über die Vorträge dienstlich erstattet worden?</p> <p>4.) Haben Dr. <i>Linder</i> und <i>H. E. Jahn</i> hierbei Äußerungen in dem Sinne getan, wie sie der Abgeordnete <i>Helmut Schmidt</i> im Bundestag am 1. Februar 1957 zur Sprache gebracht hat?</p>
3	<i>kein Untersuchungsauftrag veröffentlicht</i>
4	<i>kein Untersuchungsauftrag veröffentlicht</i>

Lfd. Nr.	Untersuchungsaufträge für den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß
----------	--

3. Wahlperiode (1957–61)

kein Untersuchungsverfahren

4. Wahlperiode (1961–65)

5 Untersuchungs-Auftrag gemäß Ausschuß-Drucksache 35:

Auf welche Weise und durch wen sind geheimzuhaltende Schriftstücke oder Mitteilungen, die dem Verteidigungsausschuß oder einzelnen seiner Mitglieder zugänglich gemacht oder Gegenstand von Beratungen des Ausschusses gewesen sind, an Unbefugte gelangt, und welche unbefugten Personen haben solche geheimzuhaltende Schriftstücke oder Mitteilungen erhalten, und wie sind diese Schriftstücke oder Mitteilungen verwertet worden?

5. Wahlperiode (1965–69)

6 *kein Untersuchungsauftrag veröffentlicht*

6. Wahlperiode (1969–72)

kein Untersuchungsverfahren

7. Wahlperiode (1972–76)

kein Untersuchungsverfahren

8. Wahlperiode (1976–80)

7 Zum Untersuchungs-Auftrag vgl. BT-Drs. 8/2290:

Im Beschluß vom 15. Dezember 1977 (Ausschuß-Drucksache 8/0067) hat der Untersuchungsausschuß die Untersuchungsgegenstände niedergelegt, die nach mehrfacher Ergänzung schließlich gemäß dem 1. Beweisbeschluß in der Fassung vom 28. September 1978 (beigefügt als Anlage 1) lauten:

1. Welcher Schaden ist durch den Spionagefall *Lutze/Wiegel* tatsächlich oder möglicherweise für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und des Nordatlantischen Bündnisses entstanden?
2. Sind die ermittelnden Stellen und Behörden in ihrer Arbeit im Bundesministerium der Verteidigung behindert oder ausgeschaltet worden und ggf. durch wen und auf welche Weise?
3. Haben Verstöße von Angehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung gegen die Sicherheitsbestimmungen oder sonstige Abweichungen oder Sonderregelungen von den für die Bundes-

Lfd. Nr.	Untersuchungsaufträge für den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß
<p>noch: 7</p>	<p>ministerien geltenden allgemeinen Regeln des Verwaltungsablaufs den Landesverrat ermöglicht oder erleichtert?</p> <p>4. Wann und in welcher Weise haben der Bundesminister der Verteidigung, die Staatssekretäre im Bundesministerium der Verteidigung, der Bundeskanzler, der Staatssekretär im Bundeskanzleramt und weitere Mitglieder der Bundesregierung vom Spionagefall, seinem zu vermutenden Ausmaß sowie von Verstößen, Abweichungen oder Sonderregelungen Kenntnis erlangt? Wann und in welcher Form hat der Generalbundesanwalt andere Dienststellen, insbesondere die Bundesregierung über den Stand seiner Ermittlungen unterrichtet?</p> <p>5. Welche vertraulichen oder geheimen Unterlagen hat der Abteilungsleiter der Sozialabteilung seit dem 1. Januar 1972 zu seiner Verfügung oder seiner Kenntnis gehabt? Welche dieser Unterlagen oder Kenntnisse betrafen nicht unmittelbar den Aufgabenbereich der von ihm geleiteten Abteilung? Welche dieser Unterlagen sind ihm als Mitglied der Abteilungsleiterkonferenz zugegangen? Welche dieser Unterlagen sind von ihm oder unter Berufung auf seinen Auftrag bestellt worden?</p> <p>6. Sind bei der Einstellung von Herrn <i>Herbert Laabs</i> im Bundesministerium der Verteidigung, bei seiner Ernennung oder bei der Zuweisung der verschiedenen ihm übertragenen Funktionen von unmittelbar oder mittelbar beteiligten Stellen irgendwelche Bedenken erhoben worden und wenn ja, welcher Art waren diese Bedenken? Wie wurde in vergleichbaren Fällen verfahren?</p> <p>7. Von wem ist die Einstellung von Herrn <i>Laabs</i> als Leiter des Leitungsstabes des Bundesministeriums der Verteidigung und später die Beförderung zum Abteilungsleiter befürwortet, empfohlen oder veranlaßt worden?</p> <p>8. Wann und in welchem Umfang sind die militärischen Führungsstäbe und die NATO-Dienststellen vom Ausmaß des Verrats und den festgestellten Verletzungen gegen die Sicherheitsbestimmungen unterrichtet worden, um erforderliche Maßnahmen einzuleiten, und welche waren diese? Ist das für diese Fälle vorgesehene Verfahren eingehalten worden? Was hat das BMVg veranlaßt, um den tatsächlich oder möglicherweise entstandenen Schaden zu beheben oder zu verringern?</p> <p>9. Ist der Verteidigungsausschuß vom Verteidigungsminister rechtzeitig, vollständig und wahrheitsgemäß unterrichtet worden?</p> <p>10. Welche Vorkehrungen zur Verhinderung solcher Spionagefälle sind im Bundesministerium der Verteidigung vorgesehen? Was ist zur Verbesserung dieser Sicherheitsvorkehrungen aufgrund der Erfahrungen des Falles <i>Lutze</i> geschehen, und was ist beabsichtigt?</p> <p>11. Hat Herr <i>Laabs</i> auf die Einstellung von Herrn <i>Lutze</i> in das Bundesministerium der Verteidigung Einfluß genommen oder diese Einstellung in sonstiger Weise gefördert?</p> <p>12. Gibt es im Lebensbereich von Herrn <i>Laabs</i> Tatsachen, die den Spionagefall <i>Lutze</i> ermöglicht oder erleichtert haben?</p> <p>13. Haben Kontakte zwischen Herrn <i>Laabs</i>, Staatssekretär <i>Fingerhut</i> und den Eheleuten <i>Lutze</i> bestanden, die den Spionagefall <i>Lutze</i> ermöglicht oder erleichtert haben?</p> <p>14. Ist die Dienstanweisung für den Amtschef des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr vom 18. August 1969 teilweise außer Kraft gesetzt worden, gegebenenfalls wann geschah dies, welche Bestimmungen waren davon betroffen, und welches waren die Gründe dafür?</p>
8	<p>Zum Untersuchungs-Auftrag vgl. BT-Drs. 8/4472:</p> <p>Im Beschluß vom 9. Juli 1980 (Ausschußdrucksache 8/0352) hat der Untersuchungsausschuß die Untersuchungsgegenstände niedergelegt, die – einmal ergänzt – gemäß dem 1. Beweisbeschluß in der Fassung vom 5. August 1980 (Ausschußdrucksache 8/0396, beigelegt als Anlage 1) lauten:</p> <p>1. Wie war der Ablauf der Feier des öffentlichen Gelöbnisses von Bundeswehrsoldaten im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 und der im Zusammenhang damit veranstalteten, gewalttätig</p>

Lfd. Nr.	Untersuchungsaufträge für den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß
noch: 8	<p>gewordenen Demonstrationen? Wer war für welche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ablauf der Feier, ihrer Sicherung und der Sicherung der Teilnehmer und Gäste zuständig?</p> <p>2. Hatte die Bundesregierung Kenntnis, wenn ja, welche und wann erhalten über Widerstand gegen die Gelöbnisfeier, über die verschiedenen angemeldeten Demonstrationen und eventuell sich abzeichnende Gewalttätigkeiten?</p> <p>2.1 Hatte sie Kenntnisse aufgrund eigener Ermittlungen</p> <p>2.1.1 des Militärischen Abschirmdienstes,</p> <p>2.1.2 des Bundesamtes für Verfassungsschutz,</p> <p>2.1.3 des Bundeskriminalamtes?</p> <p>2.2 Hatte die Bundesregierung Erkenntnisse aufgrund der Ermittlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen oder anderer Landesämter für Verfassungsschutz?</p> <p>2.3 Hatte die Bundesregierung Erkenntnisse aus anderen Quellen?</p> <p>3. Wie hat die Bundesregierung die ihr ggf. zugegangenen Erkenntnisse beurteilt?</p> <p>4.1 Wie wurden die von der Bundesregierung ggf. gewonnenen Erkenntnisse verwertet?</p> <p>4.2 Wurde der Bremer Senat oder eine seiner Dienststellen über solche Erkenntnisse oder deren Bewertung informiert durch</p> <p>4.2.1 die Bundesregierung,</p> <p>4.2.2 Dienststellen des Bundes, z. B. den Militärischen Abschirmdienst (MAD) oder das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), und wenn ja, wann, wo und wie?</p> <p>5. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit der Bundesregierung einschließlich ihrer Dienststellen und Behörden mit</p> <p>5.1 dem Senat der Freien Hansestadt Bremen und seinen Dienststellen,</p> <p>5.2 anderen Landesregierungen und deren nachgeordneten Dienststellen?</p> <p>6. Hat die Bundesregierung Veranlassung gesehen, auf eine sich ggf. abzeichnende kritische Entwicklung einzuwirken oder sonst darauf zu reagieren, und wenn ja, durch wen und auf welche Weise?</p> <p>6.1 Weshalb hat die Bundesregierung an Bremen als Ort der öffentlichen Gelöbnisfeier festgehalten, obwohl sich auch demokratische Parteiorganisationen gegen die Veranstaltung ausgesprochen hatten und massive öffentliche Proteste sich abzeichneten?</p> <p>6.2 War der Bundesregierung bekannt, wie sich die einzelnen Mitglieder des Bremer Senats zur öffentlichen Gelöbnisfeier am 6. Mai 1980 einstellten oder erklärten?</p> <p>6.3 Hat sich der Bremer Senator Dr. <i>Scherf</i> beim DGB-Landesvorsitzenden Bremen/Niedersachsen darum bemüht, eine Aufhebung des Verbots der Teilnahme an den Bremer Demonstrationen für die DGB-Jugend zu erreichen, und was hat die Bundesregierung darüber wann erfahren?</p> <p>6.4 Hat es am 30. April 1980 eine Willensbildung der SPD-Fraktion der Bremer Bürgerschaft zu den bevorstehenden Demonstrationen gegeben?</p> <p>7.1 In welcher Weise waren Angehörige der Bundeswehr und anderes Personal des Bundes an der Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Gelöbnisfeier am 6. Mai 1980 beteiligt?</p> <p>7.2 Welches Konzept lag dem Einsatz der Sicherungskräfte des Bundes und der Länder Bremen und Niedersachsen zugrunde?</p> <p>7.3 Welche Erkenntnisse wurden beim Einsatz dieser Sicherungskräfte gewonnen?</p> <p>8.1 Welcher Personen- und Sachschaden ist im Verlauf der gewalttätig gewordenen Demonstrationen entstanden?</p> <p>8.2 Welche Ermittlungsverfahren und gerichtliche Verfahren sind in diesem Zusammenhang von wem eingeleitet worden?</p> <p>8.3 Was ist zur Regulierung der entstandenen Schäden getan worden?</p>

Hinweis

Weitere Angaben zur parlamentarischen Kontrolle enthält insbesondere Kapitel 12.

Lfd. Nr.	Untersuchungsaufträge für den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß
-------------	--

9. Wahlperiode (1980–83)

9 Zu den Untersuchungsaufträgen der Fraktionen der SPD und FDP sowie der Fraktion der CDU/CSU im Verteidigungsausschuß vgl. BT-Drs. 9/1465:

Die Fraktionen der SPD und FDP im Verteidigungsausschuß beantragen,

I. zu folgenden Untersuchungsgegenständen Beweis zu erheben:

1. Ist das Waffensystem MRCA/TORNADO auch aus heutiger Sicht verteidigungspolitisch noch sinnvoll?
2. Wie haben sich die Kosten dafür entwickelt?
3. Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß im Haushaltsjahr 1978 für die Beschaffung 350 Mio. DM nicht abfließen konnten?
- 3.2 Warum gab es in den Jahren 1980 und 1981 einen Mehrbedarf gegenüber den Haushaltsansätzen?
- 3.3 Erscheinen die im laufenden Finanzplan vorgesehenen Mittel als ausreichend und wie werden sie sich darüber hinaus entwickeln?
4. Welche Auswirkungen haben Planung und Durchführung dieses internationalen Beschaffungsvorhabens in militärischer, technischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht?
- 5.1 Reichen die Möglichkeiten des deutschen Haushaltsrechts für die reibungslose Finanzierung eines solchen Vorhabens aus?
- 5.2 Werden dabei auch Preissteigerungen berücksichtigt?
- 6.1 Warum sind für das Haushaltsjahr 1980 zusätzliche Mittel nicht beantragt worden?
- 6.2 Welche Folgen hat das?
- 7.1 Wirkt sich die Finanzierung des Waffensystems MRCA/TORNADO auf andere Vorhaben aus?
- 7.2 Wird dadurch die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr berührt?
8. Welche Maßnahmen hält der Bundesminister der Verteidigung aufgrund der einschlägigen Erfahrungen für geboten?

Die Fraktion der CDU/CSU im Verteidigungsausschuß beantragt,

I. zu den folgenden Untersuchungsgegenständen Beweis zu erheben:

1. Zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang haben
 - 1.1 beim Bundesminister der Verteidigung
 - 1.2 im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung
 - 1.3 außerhalb des Geschäftsbereiches des Bundesministers der Verteidigung (z. B. PANAVIA)
 - 1.4 bei NAMMA und NAMMO
 - 1.5 bei anderen Stellen der Bundesregierung Informationen, Hinweise oder Erkenntnisse über tatsächliche oder vermeintliche Planungs- oder Finanzierungsprobleme bzw. -lücken im Zusammenhang mit dem Waffensystem MRCA/TORNADO vorgelegen?
2. Welche Maßnahmen sind wann und durch wen daraufhin veranlaßt worden?
- 3.1 Hat es Organisationsmängel gegeben, ggf. welche und in welchem Umfang haben sie zu den Finanzierungsschwierigkeiten beim Waffensystem MRCA/TORNADO beigetragen?
- 3.2 Welche Rolle spielt das Waffensystem MRCA/TORNADO im Luftwaffenkonzept und im Verteidigungskonzept der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und erfüllt es diese Aufgaben?
- 3.3 Ist die technische, finanzielle, organisatorische Abwicklung dieses Beschaffungsprojektes für die Zukunft gesichert?
4. Welche Auswirkungen hat die Abwicklung dieses Beschaffungsvorhabens auf den Gesamtstreitkräfteplan, die Rüstungsbeschaffung, die Kampfbereitschaft und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr?
5. Welche Konsequenzen werden sich aus der Abwicklung dieses Beschaffungsvorhabens hinsichtlich Planung, Entwicklung und Durchführung zukünftiger Rüstungsvorhaben ergeben?

Lfd. Nr.	Untersuchungsaufträge für den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß
-------------	--

10. Wahlperiode (1983–87)

10 Zum Untersuchungsauftrag vgl. BT-Drs. 10/1604: 2. Beweisbeschluß in der Fassung des 9. Ergänzungsbeschlusses vom 22. März 1984:

Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und DIE GRÜNEN im Verteidigungsausschuß als 1. Untersuchungsausschuß nach Artikel 45a Absatz 2 Grundgesetz beantragen:

zu folgenden Untersuchungsgegenständen Beweis zu erheben:

- I. Die Rechtmäßigkeit der vorzeitigen Zurruesetzung des Generals Dr. *Kießling*.
- II. Die tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen der Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung, General Dr. *Kießling* in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Beweisthemen

I. Welche Tatsachen oder Erkenntnisse haben zur Einleitung und Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung des Generals Dr. *Kießling* in der Zeit von Juli bis September 1983 geführt?

1. Wer hat die Einleitung des Verfahrens angeordnet?
2. Welche Vorschriften bestehen für die Einleitung und Durchführung derartiger Verfahren?
3. Welche Mitarbeiter des Bundesministeriums der Verteidigung und seiner nachgeordneten Behörden waren mit der Durchführung des Verfahrens befaßt?
4. Wie ist das Verfahren durchgeführt worden?
5. Zu welchen Ergebnissen hat das Verfahren geführt?
6. Welche Ergebnisse sind dem Bundesminister der Verteidigung am 14. September 1983 über die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung vorgetragen worden, und welche Beweismittel waren darin bezeichnet?
7. In welcher Weise ist General Dr. *Kießling* Gelegenheit gegeben worden, zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen?
8. Welchen Inhalt und welche Ergebnisse hatten die Gespräche
 - a) des Bundesministers der Verteidigung Dr. *Wörner*,
 - b) des Generalinspektors General *Altenburg* mit General Dr. *Kießling* am 15. und 19. September 1983?

II. Welche Tatsachen oder Erkenntnisse haben zu der Fortsetzung und dem Abschluß der Sicherheitsüberprüfung des Generals Dr. *Kießling* im November 1983 geführt?

1. Wer hat die Fortsetzung und den Abschluß der Sicherheitsüberprüfung angeordnet?
2. Welche Vorschriften waren die Grundlage dafür?
3. Welche Ergebnisse lagen bei Abschluß der Sicherheitsüberprüfung vor?
4. Welchen Wortlaut und welche Empfehlungen enthielt der Abschlußbericht des MAD, der dem Bundesminister der Verteidigung im Dezember 1983 vorgelegt wurde?
5. Welche Ergebnisse sind dem Bundesminister der Verteidigung über die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung berichtet worden?
6. Welche weiteren Empfehlungen wurden dem Bundesminister der Verteidigung erteilt, und wie hat er diese bewertet?
7. In welcher Weise ist General Dr. *Kießling* Gelegenheit zur Stellungnahme hierzu gegeben worden?

III. In welchem Entscheidungsprozeß erfolgte die vorzeitige Zurruesetzung des Generals Dr. *Kießling*?

1. In welcher Weise hat der Bundeskanzler erstmalig von dem Sicherheitsüberprüfungsverfahren Kenntnis erhalten?
2. In welcher Weise war der Bundeskanzler in den weiteren Entscheidungsprozeß, der zur vorzeitigen Zurruesetzung des Generals Dr. *Kießling* geführt hat, einbezogen?
3. In welcher Weise ist das Bundeskabinett mit dieser Angelegenheit befaßt worden?

Lfd. Nr.	Untersuchungsaufträge für den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß
noch: 10	<p>4. Welche Gründe hat der Bundesminister der Verteidigung dem Herrn Bundespräsident für seinen Antrag vorgetragen?</p> <p>5. Auf welche Weise ist General Dr. <i>Kießling</i> die Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung übermittelt worden, ihn bereits zum 31. Dezember 1983 in den vorzeitigen Ruhestand zu versetzen?</p> <p>6. Welchen Inhalt hatten die Gespräche der Beteiligten anlässlich der Aushändigung der Entlassungs-urkunde an General Dr. <i>Kießling</i>?</p> <p>Ergänzungs-Antrag der CDU/CSU- und der FDP-Bundestagsfraktionen vom 8. Februar 1984:</p> <p>IV. Aufgrund welcher Entscheidungen erfolgte die Wiederernennung des Generals Dr. <i>Kießling</i>?</p> <p>Ergänzungs-Antrag der SPD-Bundestagsfraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN vom 8. Februar 1984:</p> <p>V. Aufgrund welcher Tatsachen oder Erkenntnisse und in welchem Entscheidungsprozeß erfolgte die Wiederernennung des Generals Dr. <i>Kießling</i>?</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wer hat auf welcher Grundlage nachträgliche Ermittlungen angeordnet? 2. Welche Personen aus Behörden des Bundes waren aufgrund welcher Weisungen an den nachträglichen Ermittlungen beteiligt, und welche Personen aus anderen Behörden sind auf welcher Rechtsgrundlage mit Ermittlungen befaßt worden? 3. Zu welchen Ergebnissen haben die nachträglichen Ermittlungen geführt? 4. In welcher Weise ist der Bundeskanzler über nachträgliche Ermittlungen unterrichtet worden und inwieweit war das Bundeskanzleramt an diesen Ermittlungen beteiligt? 5. In welcher Weise war der Bundeskanzler in den Entscheidungsprozeß, der zur Wiederernennung des Generals Dr. <i>Kießling</i> führte, einbezogen? 6. Mit welchem Antrag bewirkte der Bundesminister der Verteidigung die Wiederernennung von General Dr. <i>Kießling</i>? 7. In welcher Weise ist das Bundeskabinett mit diesem Antrag befaßt worden?

11. Wahlperiode (1987–90)

11	Anstelle eines – wie sonst üblich – für alle Fraktionen gemeinsam formulierten Untersuchungsauftrages nahm der Ausschuß verschiedene von den Fraktionen vorgelegte Beweisanträge (vgl. Anlage 1 der Drucksache 11/5354) zum Gegenstand seines Untersuchungsauftrages.
----	---

12. Wahlperiode (1990–94)

	kein Untersuchungsverfahren
--	-----------------------------

13. Wahlperiode (1994¹⁾)

	kein Untersuchungsverfahren
--	-----------------------------

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Sonstige Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Folgende Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses seit der 1. Wahlperiode sind zurückgezogen oder abgelehnt worden:

1. Wahlperiode (1949–53)

- 1) CDU/CSU-Antrag betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der in der Presse behaupteten Verwirtschaftung von Geldmitteln beim Nordwestdeutschen Rundfunk: Drs. Nr. 410
Rücknahme
- 2) DP-Antrag betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge beim NWDR: Drs. Nr. 2234
Ablehnung in der 151. Sitz. vom 13. 6. 1951
- 3) KPD-Antrag betr. Freilassung der an Frankreich ausgelieferten deutschen Staatsangehörigen, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Begleitumstände dieser Auslieferung und Schließung der Werbebüros für die Fremdenlegion usw.: Drs. Nr. 2541
Behandlung: Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion in der 162. Sitzung vom 13. 9. 1951 Überweisung an den Ausschuß für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten (7. Ausschuß); Bericht des Ausschusses: Drs. Nr. 2836, Annahme in der 195. Sitzung vom 21. 2. 1952
- 4) Z-Antrag betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Organisation und des Aufbaues des Auswärtigen Amtes und der gegen dasselbe in der Presse gerichteten Vorwürfe: Drs. Nr. 2694
Ablehnung in der 170. Sitz. vom 24. 10. 1951 (mangels genügender Unterstützung d. Antr.)

3. Wahlperiode (1957–61)

- 1) SPD-Antrag betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Feststellung von Tatsachen über die bis zu 1933 zurückgehende Tätigkeit des Bundesministers Dr. Dr. *Oberländer*: Drs. 1778
Rücknahme in der 112. Sitz. vom 5. 5. 1960 (nach Rücktritt von Bundesminister *Theodor Oberländer*)
- 2) Antrag der Abg. *Krone, Arndgen, Pferdmenges, Struve* u. Gen. betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der umstrittenen und nicht erwiesenen Teilnahme des Professors Dr. Dr. *Oberländer* an den Aktionen gegen die Zivilbevölkerung des östlichen Kriegsschauplatzes und gegen sowjetische Kriegsgefangene: Drs. 1813.
Rücknahme in der 165. Sitz. vom 29. 6. 1961

10. Wahlperiode (1983–87)

- 1) Antrag der Abgeordneten *Hönes, Müller* (Bremen), *Schmidt* (Hamburg-Neustadt) und der Fraktion DIE GRÜNEN betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung, „ob und in welcher Weise und welchem Ausmaß
 - Parteien Spenden in Form von Geldbeträgen oder geldwerte Leistungen über steuerlich privilegierte Organisationen (z. B. gemeinnützige Vereine, parteinahe Stiftungen, staatsbürgerliche Vereinigungen, Berufsverbände) erhalten haben,
 - zur Verdeckung solcher Finanzierungen Geldbeträge auch in das Ausland transferiert und von dort der jeweils begünstigten Partei zur Verfügung gestellt worden sind, und wenn ja, welche Personen und Institutionen hieran beteiligt waren,

- Spenden der genannten Art in die veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Parteien aufgenommen worden sind und in welcher Form“: Drs. 10/3732

Ablehnung in namentlicher Abstimmung in der 156. Sitzung vom 12. 9. 1985

- 2) Antrag des Abgeordneten *Ströbele* und der Fraktion DIE GRÜNEN betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung folgender Fragen (Drs. 10/5426):

1. In welchem Ausmaß sind die Sicherheitsinteressen und das Vertrauen der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durch die Beteiligung der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder an dem Sprengstoffanschlag auf das Gefängnis in Celle am 25. Juli 1978 beeinträchtigt worden?
2. In welchem Maße tragen die damalige Bundesregierung und Landesregierung die Verantwortung für die Planung, Vorbereitung und Durchführung dieses Anschlages, und in welchem Umfang haben diese gegen rechtliche, politische und moralische Aufgaben und Pflichten verstoßen?
3. Waren bundesdeutsche Sicherheitsbehörden in den vergangenen 15 Jahren an der Planung, Vorbereitung und Durchführung anderer Sprengstoffanschläge oder anderer Gewalttaten oder der Drohung mit solchen Gewalttaten direkt oder indirekt beteiligt oder hatten im voraus Kenntnis davon?

Ablehnung in der 219. Sitzung vom 5. 6. 1986

11. Wahlperiode (1987–90)

- 1) Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN betr. Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Kontroll- und Genehmigungspraxis der Bundesregierung am Beispiel der Beteiligung bundesdeutscher Unternehmen an der Planung und am Bau von Anlagen zur Herstellung von Chemischen und Biologischen Waffen im Iran, im Irak, in Libyen und in Syrien (Drs. 11/4010).

Ablehnung in der 128. Sitzung vom 23. 2. 1989

- 2) Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung folgender Fragen (Drs. 11/6637):

- Art und Zeitpunkt der Information von Mitgliedern der Bundesregierung, Mitarbeitern von Bundesministerien und anderer staatlicher Stellen über den unter Beteiligung der Firmen Imhausen Chemie und Salzgitter Industriebau geplanten Aufbau einer Giftgasfabrik in Libyen,
- Maßnahmen dieses Personenkreises, insbesondere von Mitarbeitern der deutschen Botschaft in Moskau und des Auswärtigen Amtes, zur Verhinderung dieses Projektes,
- Rolle des bis Oktober 1989 im Bundesbesitz befindlichen Salzgitter-Konzerns.

Ablehnung in der 216. Sitzung vom 20. 6. 1990

12. Wahlperiode (1990–94)

- 1) Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Rüstungsexporte Irak“ zur Aufklärung über die Beteiligung bundesdeutscher Unternehmen an Rüstungsprojekten, über eine evtl. Befürwortung der Projekte durch Mitglieder der Bundesregierung und über die Form der Beteiligung der ehemaligen DDR an Rüstungsprojekten für den Irak (Drs. 12/58)

Ablehnung eines Antrages gemäß § 20 Abs. 2 GO (Aufsetzung auf die Tagesordnung) in der 5. Sitzung vom 30. 1. 1991

- 2) Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Beschaffung, Bearbeitung und Weitergabe von Stasi-Unterlagen durch Geheimdienste und andere Behörden der Bundesrepublik Deutschland (vor allem BKA und andere Polizeidienststellen) seit Ende 1989, jeweilige Rechtsgrundlage, Aufklärung der betroffenen Personen (Drs. 12/881)

Überweisung an den Innenausschuß in der 41. Sitzung vom 19. 9. 1991; dort am 7. 10. 1992 für erledigt erklärt

- 3) Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Rolle des BND bei Waffenexporten und Ausstattungshilfe an Drittländer sowie von Wissen und Verantwortlichkeit der Bundesregierung (Drs. 12/1397)

Ablehnung in der 57. Sitzung vom 14. 11. 1991

- 4) Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Umstände im Zusammenhang mit der Ergreifung von *Birgit Hogefeld* und *Wolfgang Grams* bzw. zur Untersuchung der sicherheitsbehördlichen Einsätze gegen RAF-Verdächtige am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen (Drs. 12/5402)

Ablehnung eines Antrages gemäß § 20 Abs. 2 GO (Aufsetzung auf die Tagesordnung) in der 170. Sitzung vom 12. 7. 1993

13. Wahlperiode (1994–¹)

- 1) Antrag der Gruppe PDS betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses u. a. zur Aufklärung der Umstände der Privatisierung der Volkswerft Stralsund, der Neptun Industrie Rostock, des Dieselmotorenwerkes Rostock und der Meerestechnik-Werft (MTW) Wismar zugunsten der Bremer Vulkan Verbund AG (Drs. 13/4065)

Ablehnung in der 107. Sitzung vom 23. 5. 1996

- 1) Stand: 31. August 1997

Chronik zum Entwurf eines Untersuchungsausschußgesetzes

Die Diskussion um eine Reform des parlamentarischen Untersuchungsrechts und um eine gesetzliche Verankerung bestimmter Regelungen reicht in die Zeit der Weimarer Republik zurück.*) Im Deutschen Bundestag sind seit 1967 inzwischen zahlreiche Reformvorschläge ausgearbeitet und Gesetzentwürfe eingebracht worden – bislang jedoch ohne Ergebnis. Das ist offenbar ein Zeichen, daß die Umsetzung der Vorschläge in gesetzliche Regelungen Schwierigkeiten bereitet. Dazu schreibt *Dieter Engels*:

„Diese Schwierigkeiten liegen vor allem darin begründet, daß das Untersuchungsverfahren zu viele Interessen berührt, die einander diametral entgegengesetzt und daher nur schwerlich unter einen Hut zu bringen sind. Schon im parlamentarischen Innenverhältnis gibt es unüberbrückbar erscheinende Antagonismen, weil die jeweilige Opposition auf einen konsequenten Ausbau ihrer Minderheitsrechte, die Mehrheit dagegen auf rechtliche Regeln drängen wird, die ihre Verfahrensherrschaft weitmöglichst absichern. Zudem sind die parlamentarischen Vorstellungen über die Kompetenzen der Untersuchungsausschüsse und die Ausgestaltung des Verfahrens andere als diejenigen derer, die von der Untersuchung betroffen sind oder gegen die sie sich richtet: Die parlamentarische Sicht neigt tendenziell dazu, die Rechte der Untersuchungsausschüsse weit auszudehnen und das Verfahren freier auszugestalten, während die Betroffenen – vor allem private Unternehmen – umgekehrt Wert darauf legen, daß ihre Pflichten im Untersuchungsverfahren eingegrenzt und rechtsstaatlich präzise normiert werden.“

*) Vgl. *Dieter Engels*, *Parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Grundlagen und Praxis im Deutschen Bundestag*. Heidelberg 1989, S. 187–192; Zitat auf Seite 189. Vgl. ferner den chronologischen Überblick bei *Rüdiger Kipke*, *Die Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages. Praxis und Reform der parlamentarischen Enquete*. Berlin 1985. S. 172–178.

In der folgenden Chronik wurde versucht, alle wichtigen Initiativen zur Reform des Untersuchungsrechts und zum Entwurf eines Untersuchungsausschußgesetzes bis zum Stand vom 31. August 1997 nachzuzeichnen.

- 1949–53 Schon während der 1. Wahlperiode wird die Notwendigkeit eines Verfassungsgesetzes für Unterausschüsse angesprochen, so im Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hauptstadtfrage (Drucksache 2274, S. 21):
 „Der Ausschuß ist einmütig der Auffassung, daß es sich empfiehlt, eine Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse zu schaffen und darin in besonderer Weise die Rechte der Minderheit im Sinne des Art. 44 GG sicherzustellen.“
- 4./5. Mai 1961 Aufgrund einer Anregung von *Theodor Eschenburg* legt die Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente Richtlinien zum Verfahren von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen vor. Für einzelne Parlamente der Bundesländer haben diese Empfehlungen durchaus praktische Auswirkungen.
- 1964 Der 45. Deutsche Juristentag behandelt die Frage „Empfiehl es sich, Funktion, Struktur und Verfahren der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse grundlegend zu ändern?“ und legt Vorschläge vor.
22. Dezember 1967 Die Abgeordneten *Otto Schmidt* (Wuppertal) (CDU/CSU), *Harri Bading* (SPD), *Werner Mertes* (FDP) und weitere Abgeordnete bringen einen auf Vorarbeiten der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA) beruhenden interfraktionellen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Drs. V/2425) ein.
 Im Gesetzentwurf sind geregelt: Ausschaltung des jederzeitigen Anhörungsrechtes von Mitgliedern des Bundesrates und der Bundesregierung in Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages sowie Verpflichtung von Gerichten und Verwaltungsbehörden zur Aktenvorlage und Erteilung von Aussagegenehmigungen an ihre Bediensteten auf Verlangen der Untersuchungsausschüsse (durch Änderung der Art. 43 und 44 GG).
8. Mai 1968 Der Gesetzentwurf wird in erster Beratung nach einer ausführlichen Begründung durch den Abgeordneten *Martin Hirsch* (SPD) an den Rechtsausschuß überwiesen.
12. November 1968 Die Vollversammlung der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA) verabschiedet Verfahrensgrundsätze (die später so genannten „IPA-Regeln“) unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Präsidenten der Landesparlamente, des 45. Deutschen Juristentages und einer von der Bundestagsverwaltung erarbeiteten Verfahrensordnung.
14. Mai 1969 Die Abgeordneten *Otto Schmidt* (Wuppertal) (CDU/CSU), *Harri Bading* (SPD), *Werner Mertes* (FDP), *Martin Hirsch* (SPD) und weitere Abgeordnete bringen einen – auf den Vorarbeiten der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA) basierenden – interfraktionellen Gesetzentwurf über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Bundestages (Drs. V/4209) ein. Die IPA hatte die im November 1968 beschlossenen „IPA-Regeln“ in einen Gesetzentwurf übertragen.
 Im Gesetzentwurf sind geregelt: Staatsanwaltliche Rechte der Untersuchungsausschüsse bei der Aufklärung von im öffentlichen Interesse liegenden Sachverhalten,

Verpflichtung von Gerichten und Verwaltungsbehörden zur Rechts- und Amtshilfe, Zuständigkeit des Amtsgerichts Bonn für Entscheidungen über Anträge des Untersuchungsausschusses, Anwendung der Strafprozeßordnung im Untersuchungsverfahren, Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen sowie Übernahme der Verfahrenskosten durch den Bund.

11. Juni 1969 Der Gesetzentwurf wird in erster Beratung ohne Aussprache an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen. Er erledigt sich mit dem Ende der 5. Wahlperiode.
- Obwohl die „IPA-Regeln“ auch in den späteren Wahlperioden formell nicht verabschiedet werden, enthalten die Einsetzungsbeschlüsse zu den späteren Untersuchungsausschüssen regelmäßig – zuerst in der 6. Wahlperiode beim am 1. Oktober 1971 eingesetzten Untersuchungsausschuß „Paninternational“ und zuletzt noch in der 13. Wahlperiode – die Verpflichtung, ergänzend zu Artikel 44 GG die „IPA-Regeln“ gemäß Gesetzentwurf auf Drucksache V/4209 als besonderes Geschäftsordnungsrecht anzuwenden.
25. Juni 1969 Der Rechtsausschuß legt seinen schriftlichen Bericht (Drs. V/4514) mit der Empfehlung vor, neben weiteren Anträgen zur Änderung des Grundgesetzes, die sich auf den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß und auf den Petitionsausschuß beziehen, die Drucksache V/2425 in einer geringfügig geänderten Fassung anzunehmen.
2. Juli 1969 In der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Grundgesetzes kommt es zu einer kontroversen Aussprache wegen eines Änderungsantrages von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion zum Bereich Petitionsausschuß.
- In der anschließenden dritten Beratung und Schlußabstimmung, bei der auf eine nummernweise Abstimmung über die einzelnen Grundgesetzartikel verzichtet wird, erhält der Gesetzentwurf mit 225 Ja-Stimmen, 76 Nein-Stimmen und 61 Enthaltungen nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, die bei 331 Stimmen gelegen hätte.
- 29./30. Okt. 1972 In der 40. Konferenz der Präsidenten der deutschen Länderparlamente wird ein Mustergesetzentwurf über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen beraten und als Arbeitsgrundlage den Länderparlamenten empfohlen.
13. März 1974 Der 1. Untersuchungsausschuß der 7. Wahlperiode (*Steiner/Wienand*) beklagt in seinem Bericht (Drs. 7/1803), „daß nach der übereinstimmenden Ansicht der Mitglieder des Ausschusses die Verfahrensregeln für Untersuchungsausschüsse Mängel aufweisen, die ein sachgerechtes Verfahren erheblich komplizieren und erschweren“. Es habe sich gezeigt, „daß die in Artikel 44 des Grundgesetzes vorgeschriebene sinngemäße Anwendung der Vorschriften über den Strafprozeß auf Beweiserhebungen der Untersuchungsausschüsse wegen der grundsätzlichen Unterschiede bei beiden Verfahren, besonders hinsichtlich der Zielsetzung und der Verfahrensbeteiligten allenfalls teilweise möglich ist“. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß er „wegen der vordringlichen Reform des parlamentarischen Untersuchungsrechts zunächst aufgelöst werden sollte“.

2. Dezember 1976 Die Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ schließt ihre Arbeit ab und legt einen Bericht (Drs. 7/5924) vor, in dem u. a. auch – nach entsprechender Änderung des Grundgesetzes – ein eigenes Verfahrensgesetz für Untersuchungsausschüsse vorgeschlagen wird. Die Empfehlungen Nr. 14 und 15 lauten:
- „14. Das Verfahrensgesetz soll insbesondere enthalten:
- a) das Recht eines Viertels der stimmberechtigten Mitglieder, einer Änderung eines Beweisbeschlusses zu widersprechen,
 - b) eine Regelung der Beschlußfähigkeit des Untersuchungsausschusses, wobei diese fortgelten soll, bis sie angezweifelt wird,
 - c) ein Verwertungsverbot für Akten und andere Urkunden, die nicht verlesen wurden und von den Mitgliedern nicht gelesen werden konnten,
 - d) die Verantwortung des Vorsitzenden für die Vorlage des Berichts an das Plenum ohne die Verpflichtung, diesen Bericht zu entwerfen und zu unterschreiben,
 - e) eine Vorschrift über die Aussetzung und Einstellung des Untersuchungsverfahrens, wobei ein Viertel der Mitglieder des Ausschusses der Aussetzung, ein Viertel der Mitglieder des Bundestages der Einstellung widersprechen können soll.
15. Das Verfahrensgesetz soll Abstand nehmen von:
- a) einer Voruntersuchung durch einen Vertreter des öffentlichen Interesses beim Bundestag oder einen dafür eingesetzten Unterausschuß,
 - b) einer Unterscheidung zwischen Zeugen und Betroffenen,
 - c) der Verpflichtung des Vorsitzenden, das Protokoll zu unterschreiben,
 - d) dem Zwang, alle Akten zu verlesen,
 - e) dem Recht zur Vereidigung,
 - f) der Zulässigkeit eines Untersuchungsausschusses zur Vorbereitung der Präsidentenanklage gemäß Artikel 61 GG (oder einer Abgeordnetenanklage, wie nach Landesverfassungsrecht zulässig).“
14. November 1977 Die CDU/CSU-Fraktion bringt den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 44) (Drs. 8/1180) sowie den Entwurf eines Gesetzes über das Untersuchungsverfahren des Deutschen Bundestages (Drs. 8/1181) ein. Dieses Verfahrensgesetz geht unmittelbar auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ (Drs. 7/5924) zurück.
- Im Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes sind u. a. geregelt: Zuständigkeiten der Untersuchungsausschüsse, Vorsitz im Ausschuß durch ein nicht stimmberechtigtes Mitglied des Bundestages, Rechts- und Amtshilfe der Gerichte und Verwaltungsbehörden, Aktenvorlagepflicht der Bundesregierung, Zutrittsrecht der Mitglieder von Bundesrat und Bundesregierung, Regelung der Einzelheiten durch ein Bundesgesetz.
- Im Gesetzentwurf über das Untersuchungsverfahren sind u. a. geregelt: Einsetzung, Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, Zusammensetzung des Ausschusses nach der Stärke der einzelnen Fraktionen.
15. Dezember 1977 Nach Begründung der Anträge in erster Lesung durch den Abgeordneten *Carl Otto Lenz* (CDU/CSU) und einer kurzen kontroversen Aussprache (Redner: die Abgeordneten *Friedrich Schäfer* [SPD] und *Hans A. Engelhard* [FDP]) Überweisung des Entwurfs zur Änderung des Grundgesetzes an den Rechtsausschuß (federführend) und des Entwurfs eines Verfahrensgesetzes an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (federführend). Die Entwürfe erledigen sich mit dem Ablauf der 8. Wahlperiode. (Ein in der Debatte vom 15. Dezember von *Friedrich Schäfer*

angekündigter Verfahrensentwurf der SPD-Fraktion ist in der 8. Wahlperiode beim Bundestag nicht eingebracht worden.)

19. Oktober 1979 Die 51. Konferenz der Landtagspräsidenten beschließt die „Empfehlung der Konferenz der Präsidenten der deutschen Länderparlamente zur Weiterentwicklung des Rechts der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse“.
- 1980–1983 In mehreren Sitzungen während der 9. Wahlperiode, darunter zwei Klausurtagungen im März und Mai 1982, berät der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung die regelungsbedürftigen Punkte beim Verfahren von Untersuchungsausschüssen.
20. September 1984 Aufgrund der Beratungen des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 9. Wahlperiode legt der Ausschußsekretär einen Rohentwurf zu einem Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen vor.
29. November 1985 Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung unter Vorsitz von *Manfred Schulte* (SPD) legt einen Regelungsvorschlag über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages vor, den er im Rahmen seines Selbstbefassungsrechts erarbeitet hat. Berücksichtigt wurden dabei alle bisherigen Entwürfe und Empfehlungen seit 1969.
27. November 1986 Abgeordnete der CDU/CSU, SPD und FDP bringen einen interfraktionellen Gesetzentwurf über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages (Drs. 10/6587) ein. Es handelt sich um den Regelungsvorschlag, den der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung im November 1985 vorgelegt hat. Da sich die Fraktionen den Vorschlag nicht zu eigen machen wollten, wird er nun als Gesetzentwurf „aus der Mitte des Bundestages“ eingebracht. Neben den Mitgliedern des Geschäftsordnungsausschusses haben nahezu alle Mitglieder des Bundestagspräsidiums, mehrere Ausschußvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer den Antrag unterschrieben.
- Im Gesetzentwurf sind u. a. geregelt: Minderheitenrechte, Stimmrecht des Vorsitzenden, Unterscheidung zwischen Betroffenen und Zeugen bei der Beweiserhebung, Verzicht auf eine Eidesabnahme, Vorschlag eines Straftatbestandes der uneidlichen Falschaussage, Akteneinsichtsrecht sowie Auskunftspflicht der Bundesregierung.
- Zu einer ersten Beratung und Ausschußüberweisung kommt es nicht mehr; der Gesetzentwurf erledigt sich mit dem Ablauf der 10. Wahlperiode.
7. Januar 1987 In seinem Abschlußbericht (Drs. 10/6779) weist der 3. Untersuchungsausschuß der 10. Wahlperiode („NEUE HEIMAT“) darauf hin, daß seine Arbeit von ständigem Streit über Verfahrensfragen und vielfältigen Rechtsstreitigkeiten begleitet war, was nicht nur an der Besonderheit seines Auftrages lag, sondern auch dadurch möglich wurde, „daß verbindliche Rechtsvorschriften auf Bundesebene für das parlamentarische Untersuchungsverfahren bisher fehlen und durch die seit dem Pan-Inter-Ausschuß regelmäßig zugrunde gelegten IPA-Regeln nicht ersetzt werden können“. Der Untersuchungsausschuß führt im einzelnen auf, welche Punkte durch Gesetz oder in anderer Form geregelt werden müßten.

26. Februar 1988 Abgeordnete der CDU/CSU, SPD und FDP legen den in der 10. Wahlperiode nicht mehr abschließend beratenen Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschußgesetz) (Drs. 11/1896) unverändert wieder vor. Die Antragsteller sind sich aber – wie sie in der Begründung zum Gesetzentwurf schreiben – darüber im klaren, daß die Vorlage während der Ausschußberatungen ergänzt werden muß aufgrund der Erfahrungen und Erkenntnisse, die im letzten Jahr der 10. Wahlperiode von Untersuchungsausschüssen gewonnen wurden oder sich aus neueren Gerichtsentscheidungen ergeben.
18. März 1988 Auch die SPD-Fraktion bringt einen Gesetzentwurf zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschußgesetz) (Drs. 11/2025) ein.
- Im Gesetzentwurf sind geregelt: Beseitigung von Rechtsunsicherheiten bei Anwendung der sog. IPA-Regeln, keine Möglichkeit zur Änderung des Untersuchungsgegenstandes gegen den Willen der Minderheit, Regelung des Beweiserhebungsrechts unter Hervorhebung der Minderheitenrechte, Ergänzung von Geheimhaltungsregelungen hinsichtlich des Auskunftsbegehrens eines Untersuchungsausschusses, Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts bei Streitigkeiten anlässlich des Untersuchungsausschußverfahrens, Anrufung des Amtsgerichts Bonn zur Festsetzung der Entschädigung einer Auskunftsperson, Anrufung des Verwaltungsgerichts bei Ersuchen um Rechtshilfe zur Erhebung von Beweisen.
23. September 1988 Nach einer lebhaften und kontroversen einstündigen Debatte mit zahlreichen Zwischenfragen (Redner: die Abgeordneten *Manfred Langner* [CDU/CSU], *Dieter Wiefelspütz* [SPD], *Detlef Kleinert* [FDP], *Otto Schily* [DIE GRÜNEN], *Norbert Lammert* [CDU/CSU] und *Konrad Porzner* [SPD]) Überweisung des Entwurfs an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (federführend).
15. Juni 1989 Die 63. Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente setzt eine Kommission „Erfahrungs- und Meinungsaustausch über neue Entwicklungen im Recht der Untersuchungsausschüsse“ ein; die Federführung bekommt das Land Nordrhein-Westfalen.
20. September 1990 Zwei Jahre später, nach 14 auch mehrtägigen Ausschußsitzungen und zahlreichen Gesprächen mit sachverständigen Personen legt der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung unter Vorsitz von *Konrad Porzner* (SPD) eine Beschlußempfehlung und einen Bericht (Drs. 11/8085) zu den beiden Gesetzentwürfen der 11. Wahlperiode vor.
- Der Ausschuß empfiehlt die Annahme eines Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschußgesetz) in der Fassung, die er auf der Grundlage der beiden Entwürfe erarbeitet hat, ferner eine Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages innerhalb der Anlagen 1 und 3 (Verhaltensregeln bzw. Geheimhaltungsordnung).
24. Oktober 1990 Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt den vom Geschäftsordnungsausschuß vorgelegten Gesetzentwurf wegen unzulänglicher Regelung der Minderheitenrechte überraschend mit knapper Mehrheit ab.

31. Oktober 1990 Die Abgeordneten *Detlef Kleinert* (FDP), *Horst Eylmann* (CDU/CSU) und weitere Abgeordnete bemühen sich vergeblich, die Tagesordnung um die zweite und dritte Beratung des am 20. September 1990 vorgelegten Entwurfs eines Untersuchungsausschußgesetzes zu erweitern. Die Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD- und der CDU/CSU-Fraktion, *Gerhard Jahn* und *Ingrid Roitzsch*, sowie der Abgeordnete *Gerald Häfner* (DIE GRÜNEN/Bündnis 90) sprechen sich mit unterschiedlichen Begründungen gegen eine Aufsetzung aus. Bei der anschließenden Abstimmung wird der Aufsetzungsantrag mit Mehrheit abgelehnt – bei Zustimmung aus den Reihen der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei zwei Enthaltungen. Damit erledigt sich der Entwurf mit dem Ende der 11. Wahlperiode.
24. April 1991 Abgeordnete der CDU/CSU, FDP, SPD und PDS/LL bringen einen interfraktionellen Gesetzentwurf zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschußgesetz) (Drs. 12/418) ein. Damit greifen die Abgeordneten den in der 11. Wahlperiode vorgelegten Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 11/8085) unverändert auf.
- 5.–8. Mai 1991 Die 68. Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landparlamente behandelt den Abschlußbericht der im Juni 1989 eingesetzten Kommission „Erfahrungs- und Meinungsaustausch über neue Entwicklungen im Recht der Untersuchungsausschüsse“. Sie empfiehlt, ihn den Fraktionen und zuständigen Ausschüssen als Beratungsgrundlage zur Verfügung zu stellen.
30. Oktober 1991 Die SPD-Fraktion reicht einen weiteren Entwurf zu einem Gesetz zur Regelung des Rechts der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (Untersuchungsausschußgesetz) (Drs. 12/1436) ein.
Im Gesetzentwurf sind geregelt: Einsetzung und Verfahren der Untersuchungsausschüsse, keine Änderung des Untersuchungsgegenstandes gegen den Willen der Antragsteller, Regelung des Beweiserhebungsrechts unter Berücksichtigung der Minderheitenrechte, Gewährleistung des Geheimschutzes, gerichtliche Zuständigkeiten, Rechte des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß.
12. Dezember 1991 Beide Gesetzentwürfe werden in erster Beratung ohne Aussprache an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (federführend) und an den Innenausschuß und Rechtsausschuß überwiesen. Zu einer Beschlußempfehlung des Ausschusses kommt es nicht. Damit erledigen sich die Entwürfe mit dem Ende der 12. Wahlperiode.
- 1994–1997 In der 13. Wahlperiode wird bis zum Stand vom 31. August 1997 von keiner Seite ein Entwurf zu einem Untersuchungsausschußgesetz eingebracht.

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Abgrenzungsmerkmale für Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen

Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen dienen „prinzipiell verschiedenen Zwecken“. In einer Gegenüberstellung hat *Meinhard Schröder* angesichts einer vielfach ungeklärten oder auch widersprüchlichen Rechtslage im Bereich des Bundestages und der Landtage diejenigen Merkmale bezeichnet, die für eine mögliche Abgrenzung in Betracht kommen:

- Aufgabenbestimmung
- Mitgliedschaft
- Ausgestaltung als Minderheitenrecht
- Ausstattung mit Informations- und Zwangsrechten*)

Die von *Schröder* herausgearbeiteten Abgrenzungsmerkmale werden im folgenden stichwortartig übernommen, nicht jedoch die vom Autor geführte Problemdiskussion u. a. bezüglich Durchsetzbarkeit und Überschneidungen.

Abgrenzungsmerkmal	Untersuchungsausschuß	Enquete-Kommission
Aufgabenbestimmung	Rückwärtsgerichtet, d. h. die vom Untersuchungsausschuß „zu leistende Aufklärung eines bestimmten Sachverhaltes knüpft an bereits geschehene Ereignisse an“; im wesentlichen für Kontroll- und Mißstandsuntersuchungen geeignet.	Vorwärtsgerichtet, d. h. Enquete-Kommissionen haben „die Grundlagen für mittel- und langfristige Parlamentsentscheidungen zu erarbeiten, die nach Umfang und Schwierigkeit gründlicher Vorbereitung bedürfen...“; im wesentlichen „für die Vorbereitung komplexer Entscheidungen des Parlaments, namentlich im Bereich der Gesetzgebung“ geeignet.
Mitgliedschaft	ausschließlich Abgeordnete	neben Abgeordneten auch parlaments-externe Experten
Ausgestaltung als Minderheitenrecht	Abweichungen im Einsetzungsquorum sind als Abgrenzungsmerkmal wenig geeignet; sie „befördern eher den einseitigen und zweckwidrigen Einsatz der Instrumente“.	
Ausstattung mit Informations- und Zwangsrechten	Zitier- und Zutrittsrecht der Regierung; Auskunftspflicht nachgeordneter Stellen und Privatpersonen.	Auskunftspflicht der Regierung (ggf. unter Inanspruchnahme des Zitier- und Zutrittsrechts); Informationspflichten von Privatpersonen dagegen kaum zu rechtfertigen.

*) *Meinhard Schröder*, Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen – zu einigen Problemen ihrer Abgrenzung. In: Rechtsstaat zwischen Sozialgestaltung und Rechtsschutz. Festschrift für *Konrad Redeker* zum 70. Geburtstag. Hrsg. von *Bernd Bender* [u. a.]. München 1993. S. 173–185.

9.11 Enquete-Kommissionen

In dem Maße, wie parlamentarische Untersuchungsausschüsse immer mehr dazu eingesetzt wurden, bestimmte Vorfälle, Mißstände, Skandale oder politisch umstrittene Einzelvorgänge zu untersuchen, fehlte es dem Parlament an einer Einrichtung, um Entscheidungen über politisch und sachlich schwierige und umfassende Sachkomplexe in Zusammenarbeit mit nicht dem Parlament angehörenden Sachverständigen vorbereiten zu können.

Ein solches Instrument in Form sogenannter Enquete-Kommissionen*) wurde im Rahmen der Geschäftsordnungs-Reform von 1969 durch Einfügung des § 74a GO BT geschaffen. Bei der Geschäftsordnungs-Reform von 1980 sind die Bestimmungen über die Enquete-Kommissionen redaktionell überarbeitet und um einen Absatz 4 erweitert worden. Der neue § 56 GO BT lautet nunmehr:

„Enquete-Kommission

(1) Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe kann der Bundestag eine Enquete-Kommission einsetzen. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ist er dazu verpflichtet. Der Antrag muß den Auftrag der Kommission bezeichnen.

(2) Die Mitglieder der Kommission werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt und vom Präsidenten berufen. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen die Fraktionen die Mitglieder im Verhältnis ihrer Stärke. Die Mitgliederzahl der Kommission soll, mit Ausnahme der in Absatz 3 genannten Mitglieder der Fraktionen, neun nicht übersteigen.

(3) Jede Fraktion kann ein Mitglied, auf Beschluß des Bundestages auch mehrere Mitglieder, in die Kommission entsenden.

(4) Die Enquete-Kommission hat ihren Bericht bis zum Ende der Wahlperiode vorzulegen. Sofern ein abschließender Bericht nicht erstattet werden kann, ist ein Zwischenbericht vorzulegen, auf dessen Grundlage der Bundestag entscheidet, ob die Enquete-Kommission ihre Arbeit fortsetzen oder einstellen soll.“

Der erste Satz von Absatz 4 wurde durch Beschluß des Bundestages vom 13. Dezember 1989 inzwischen folgendermaßen geändert:

„Die Enquete-Kommission hat ihren Bericht so rechtzeitig vorzulegen, daß bis zum Ende der Wahlperiode eine Aussprache darüber im Bundestag stattfinden kann.“

Noch nicht geregelt sind die Befugnisse der Enquete-Kommissionen. Sowohl in der 5. als auch in der 6. Wahlperiode wurde der Entwurf eines Befugnisgesetzes eingebracht (BT-Drs. V/3991 und VI/546), doch blieben beide Vorlagen unerledigt. Das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage der Befugnisse von Enquete-Kommissionen spielte in der 7. Wahlperiode bei dem Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission Energieforschung (Drs. 7/3003) eine Rolle.**)

*) Vgl. anstelle vieler *Wolfgang Hoffmann-Riem* und *Udo Ramcke*, Enquete-Kommissionen. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1261–1292.

***) „Der Ausschuß für Forschung und Technologie, dem der Antrag federführend überwiesen worden ist, hat im Februar 1975 den Rechtsausschuß des Bundestages um ein Gutachten ersucht, ob die Rechtsstellung und die Befugnisse von Enquete-Kommissionen dem Antrag in BT-Drs. 7/3003 eine ausreichende Grundlage zur Erledigung der im genannten Antrag festgelegten Aufgaben gäben.

Der Rechtsausschuß hat die gestellten Fragen bejaht, jedoch eine entscheidende Einschränkung gemacht: Auskünfte von privatrechtlich organisierten Forschungseinrichtungen und von Privatpersonen könnten mangels rechtlicher Grundlage nur auf freiwilliger Basis erlangt werden.

Der Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie, aufgrund dessen über die Einsetzung dieser Enquete-Kommission hätte entschieden werden müssen, ist nicht erstattet worden, da der Antrag zwar von der antragstellenden Fraktion nicht zurückgezogen worden ist, die Mitglieder der antragstellenden Fraktion im Ausschuß jedoch erklärt hatten, sie zögen den Antrag zurück. Diese Enquete-Kommission kam somit nicht zustande.“ (*Hans Troßmann*, *Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit*. In: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*. Bd. 28 N. F. 1979. S. 122.)

Der Abschnitt „Enquete-Kommissionen“ ist im vorliegenden *Datenhandbuch* folgendermaßen untergliedert:

- Die Enquete-Kommissionen seit der 6. Wahlperiode (siehe unten),
- die Untersuchungsaufträge für die Enquete-Kommissionen (S. 2270–2289),
- die Zusammensetzung der Enquete-Kommissionen (S. 2290–2292),
- sonstige Anträge auf Einsetzung einer Enquete-Kommissionen (S. 2293–2294),
- Organisation und Arbeitsweise einzelner Enquete-Kommissionen: Bibliographie (S. 2294–2297).

Die Enquete-Kommissionen seit der 6. Wahlperiode

Die Tabelle auf den folgenden Seiten*) enthält Einzelheiten über die Enquete-Kommissionen, die der Deutsche Bundestag seit der 6. Wahlperiode eingesetzt hat. Die Untersuchungsaufträge für die Enquete-Kommissionen sind auf den Seiten 2270–2289 abgedruckt.

Die Zahl der bisher vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommissionen betrug

- in der 6. Wahlperiode (1969–72) zwei,
- in der 7. Wahlperiode (1972–76) drei,
- in der 8. Wahlperiode (1976–80) zwei,
- in der 9. Wahlperiode (1980–83) drei,
- in der 10. Wahlperiode (1983–87) zwei,
- in der 11. Wahlperiode (1987–90) fünf,
- in der 12. Wahlperiode (1990–94) vier und
- in der 13. Wahlperiode beim Stand vom 31. August 1997 fünf.

*) Quelle: Parlamentsarchiv, Sekretariate der Enquete-Kommissionen

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

6. Wahlperiode (1969–72)

1	Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ hierzu Arbeitsgruppen: 1. „Grundsatzfragen“ 2. „Auswärtiges Amt, Koordinations- und Rechtsfragen“ 3. „Erziehungs- und Bildungswesen“ 4. „Mittlerorganisationen einschl. Kulturinstitute“ 5. „Massenmedien“	a) 1. VI/57 2. VI/515 b) 1. CDU/CSU 2. Auswärtiger Ausschuß (Bericht u. Antrag) c) 39. Sitz. vom 18. 3. 1970	a) Abg. Dr. <i>Berthold Martin</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Karl-Hans Kern</i> (SPD)	a) 11. 3. 1971 b) 19. 9. 1972 c) 25	a) VI/3825 v. 22. 9. 1972 (Zwischenbericht)	Siehe auch 15. Sitz. v. 28. 11. 1969 (Beratung und Ausschußüberweisung der Drs. VI/57)
2	Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform hierzu: Arbeitsgruppen I–IV (zur Aufbereitung des Fragenkatalogs und zur Vorbereitung der Vorschläge der Kommissionen)	a) 1. VI/653 2. VI/739 3. VI/1211 b) 1. Abg. Dr. <i>Carl Otto Lenz</i> und CDU/CSU 2. SPD, FDP 3. Rechtsausschuß (Bericht u. Antrag) c) 70. Sitz. v. 8. 10. 1970	a) Abg. Dr. <i>Friedrich Schäfer</i> (SPD) b) Abg. Dr. <i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU) und Landtagspräsident Dr. <i>Helmut Lemke</i> (Schleswig-Holstein)	a) 11. 3. 1971 b) 14./15. 9. 1972 c) 11	a) VI/3829 v. 21. 9. 1972 (Zwischenbericht)	Siehe auch 56. Sitz. v. 4. 6. 1970 (Beratung und Ausschußüberweisung der Drs. VI/653 und VI/739)

Unterkommission I „Parlament und Regierung“	a) Abg. <i>Ernst Benda</i> (CDU/CSU), ab 21. 1. 1972: Abg. Dr. <i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU)	a) 9. 7. 1971 b) 15. 9. 1972 c) 8
Unterkommission II „Bund und Länder“	a) Prof. Dr. <i>Karl Josef Partsch</i> (Sachverständiger)	a) 9. 7. 1971 b) 16. 6. 1972 c) 8

7. Wahlperiode (1972–76)

1	Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ hierzu Arbeitsgruppen: 1. „Auswärtiges Amt, Koordination und Rechtsfragen“ 2. „Erziehungs- und Bildungswesen“ 3. „Mittlerorganisation und Kulturinstitute“ 4. „Massenmedien“ 5. „Haushalt und Finanzen“ 6. „Hochschulen und Wissenschaften“ 7. „Inland, insbesondere ausländische Arbeitnehmer“	a) 7/215 (neu) b) inter- fraktionell c) 17. Sitz. v. 22. 2. 1973	a) Abg. Dr. <i>Bert- hold Martin</i> (CDU/CSU), ab 14. 12. 1973: Abg. Dr. <i>Max Schulze- Vorberg</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Karl- Hans Kern</i> (SPD)	a) 15. 3. 1973 b) 30. 9. 1975 c) 37	a) 7/4121 v. 7. 10. 1975 (Schlußbericht) b) 239. Sitz. v. 7. 5. 1976	Siehe auch Interfraktioneller Antrag betr. Empfehlungen der Enquete-Kom- mission „Auswärtige Kulturpolitik“ – BT-Drs. 7/5119 – v. 5. 5. 1976: in 239. Sitz. des BT v. 7. 5. 1976 beraten und angenommen; Stellungnahme der BReg zu dem Bericht der Enquete-Kommission „Aus- wärtige Kulturpolitik“ aufgrund des Beschlusses des BT v. 7. 5. 1976 – BT- Drs. 8/927 – v. 23. 9. 1977 (Berichtigung: BT-Drs. 8/1025): in 51. Sitz. des BT v. 26. 10. 1977 (8. WP) an Auswärtigen Ausschuß überwiesen.
---	--	--	--	---	--	---

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

2	Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ hierzu: Unterkommission I „Bund und Länder“ Unterkommission II „Parlament und Regierung“	a) 7/214 (neu) b) interfraktionell c) 17. Sitz. v. 22. 2. 1973	a) Abg. Dr. <i>Friedrich Schäfer</i> (SPD) b) Abg. Dr. <i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU) u. Landtagspräsident Dr. <i>Helmut Lemke</i> (Schleswig-Holstein) a) Abg. Dr. <i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU) a) Abg. Dr. <i>Claus Arndt</i> (SPD)	a) 18. 5. 1973 b) 2. 12. 1976 c) 35 a) 15. 6. 1973 b) 11. 10. 1974 c) 11 a) 15. 6. 1973 b) 11. 10. 1974 c) 10	a) 7/5924 (Schlußbericht) b) 73. Sitz. v. 17. 2. 1978 u. 97. Sitz. v. 14. 6. 1978 (8. WP); teilweise an Ausschüsse überwiesen	Siehe auch Entschließungsantrag von Abg. u. Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Schlußberichts der Enquete-Kommission Verfassungsreform (BT-Drs. 8/1517)
3	Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ hierzu Arbeitsgruppen: 1. „Soziale Sicherheit“ 2. „Beruf/Arbeitswelt“ 3. „Bildung“ 4. „Recht“ 5. „Frauen in der Politik“	a) 1. 7/367 2. 7/1148 b) 1. CDU/CSU 2. Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit (Bericht und Antrag) c) 64. Sitz. v. 8. 11. 1973	a) Abg. Dr. <i>Helga Timm</i> (SPD) b) Abg. <i>Ursula Schleicher</i> (CDU/CSU)	a) 19. 6. 1974 b) 1. 12. 1976 c) 12	a) 7/5866 v. 11. 11. 1976 (Zwischenbericht)	Siehe auch 34. Sitz. v. 18. 5. 1973 (Beratung und Ausschußüberweisung der Drs. 7/367 und 7/1148)

8. Wahlperiode (1976–80)

1	<p>Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“</p> <p>hierzu Arbeitsgruppen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. „Situation der Frauen in Beruf und Arbeitswelt“ 2. „Situation der Frauen in der Familie“ 3. „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ 	<ol style="list-style-type: none"> a) 8/305 b) interfraktionell c) 25. Sitz. v. 5. 5. 1977 	<ol style="list-style-type: none"> a) Abg. <i>Ursula Schleicher</i> (CDU/CSU) b) Abg. Dr. <i>Helga Timm</i> (SPD) 	<ol style="list-style-type: none"> a) 14. 9. 1977 b) 28. 6. 1980 c) 31 	<ol style="list-style-type: none"> a) 8/4461 b) 26. Sitz. vom 19. 3. 1981 (9. WP) (Aussprache, Ausschußüberweisung) 	<p>Siehe auch Drs. 9/124</p>
2	<p>Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“</p> <p>hierzu Arbeitsgruppen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. „Energiepfade“ 2. „Sicherheit und Risiken“ 3. „Kriterien“ 4. „Brutreakorttechnologie“ 5. „Entsorgung“ 6. „INFCE“ 7. „Proliferation“ 	<ol style="list-style-type: none"> a) 1. 8/2353 2. 8/2374 3. 8/2628 b) 1. SPD, FDP 2. Abg. und Fraktion der CDU/CSU 3. Ausschuß für Forschung u. Technologie (Beschlussempfehlung und Bericht) c) 145. Sitz. v. 29. 3. 1979 	<ol style="list-style-type: none"> a) Abg. <i>Reinhard Ueberhorst</i> (SPD) b) Abg. Dr. <i>Lutz G. Stavenhagen</i> (CDU/CSU) 	<ol style="list-style-type: none"> a) 9. 5. 1979 b) 25. 6. 1980 c) 22 	<ol style="list-style-type: none"> a) 8/4341 b) 229. Sitz. vom 3. 7. 1980 (Aussprache) 	<p>Siehe auch 125. Sitz. v. 14. 12. 1978 (Beratung und Ausschußüberweisung der Drs. 8/2353 und 8/2374); Entschließungsantrag der CDU/CSU – Drs. 8/4378 – (in der 229. Sitz. vom 3. 7. 1980 abgelehnt);</p> <p>Kleine Anfrage der Abg. <i>Lenzer</i> u. a. und der Fraktion der CDU/CSU zur Stellungnahme der BReg zum Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ – Drs. 8/4468 –; Antwort der BReg – Drs. 8/4485 –;</p> <p>siehe auch Drs. 9/126, 19. Sitz. vom 30. 1. 1981 (9. WP) (Ausschußüberweisung der Drs. 8/4341);</p> <p>Kleine Anfrage der Abg. <i>Lenzer</i> u. a. und der Fraktion der CDU/CSU – Drs. 9/355 –; Antwort der BReg auf die Kleine Anfrage – Drs. 9/416 –;</p> <p>Anträge der Abg. <i>Riesenhuber</i> u. a. und der Fraktion der CDU/CSU – Drs. 9/440, 9/441 u. 9/442 –; die Anträge werden in der 38. Sitz. vom 26. 5. 1981 abgelehnt.</p>

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

9. Wahlperiode (1980–83)

1	Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ hierzu Unterkommissionen: 1. „Technik“ 2. „Wirtschaft, Kosten, Finanzierung, Organisationsstrukturen“ 3. „Nutzungsmöglichkeiten und Auswirkungen“ 4. „Recht“	a) 1) 9/245 2) 9/314 b) 1) SPD, FDP 2) Innenausschuß c) 31. Sitz. v. 9. 4. 1981	a) Abg. Dr. <i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU/CSU), ab 28. 10. 1982: Abg. <i>Josef Linsmeier</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Peter Paterna</i> (SPD)	a) 25. 5. 1981 b) 10. 3. 1983 c) 20	a) 9/2442 (Zwischenbericht) b) 17. Sitz. der 10. WP vom 24. 6. 1983	Siehe auch 27. Sitz. vom 20. 3. 1981 (Beratung und Ausschußüberweisung); Antrag der Abg. <i>Klein</i> u. a. und der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 9/877) (Beratung und Ausschußüberweisung, 62. Sitz. vom 29. 10. 1981); Beschlußempfehlung und Bericht d. 4. Aussch. (Drs. 9/1477); Ablehnung der Drs. 9/877 und Annahme der Drs. 9/1477 in der 97. Sitz. vom 29. 4. 1982
2	Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ hierzu Arbeitsgruppen: 1. „Zukünftige Protestfelder, soziale Deprivilegierung“ 2. „Erziehung, Schule, Wertfragen“ 3. „Zukunftsbilder der Gesellschaft“	a) 1) 9/310 2) 9/411 b) 1) SPD, FDP 2) Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit (Beschlußempfehlung u. Bericht) c) 38. Sitz. v. 26. 5. 1981	a) Abg. <i>Matthias Wissmann</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Rudolf Hauck</i> (SPD)	a) 2. 7. 1981 b) 2. 2. 1983 c) 33	a) 9/1607 (Zwischenbericht) b) 104. Sitz. vom 28. 5. 1982 (Aussprache über Zwischenbericht) a) 9/2390 (Schlußbericht) b) 8. Sitz. der 10. WP vom 19. 5. 1983	Siehe auch 32. Sitz. vom 10. 4. 1981 (Beratung und Ausschußüberweisung)

3	<p>Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“</p> <p>hierzu Unterkommissionen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. „SNR 300“ (Schneller natriumgekühlter Reaktor) 2. „Fortgeschrittene Reaktoren und Reaktorstrategien“ 3a. „Energieversorgungsstrukturen im Normalfall“ 3b. „Energieversorgungsstrukturen im Ausnahmefall“ 4. „Welt-Energieversorgung“ 5. „Strahlenrisiko“ 	<ol style="list-style-type: none"> a) 9/504 b) SPD, FDP c) 38. Sitz. v. 26. 5. 1981 	<ol style="list-style-type: none"> a) Abg. <i>Harald B. Schäfer</i> (SPD) b) Abg. Dr. <i>Lutz G. Stavenhagen</i> (CDU/CSU) 	<ol style="list-style-type: none"> a) 15. 6. 1981 b) 13. 12. 1982 c) 31 	<ol style="list-style-type: none"> a) 8/4341 (Bericht über Stand der Arbeit) b) 73. Sitz. vom 10. 12. 1981 a) 9/2001 (Zwischenbericht) b) 117. Sitz. vom 30. 9. 1982 a) 9/2130 (Zwischenbericht) b) 134. Sitz. vom 3. 12. 1982 a) 9/2438 (Bericht über Stand der Arbeit) b) 14. Sitz. der 10. WP vom 16. 6. 1983 	<p>Siehe auch Beschlußempfehlung und Bericht des 18. Aussch. (Drs. 9/1147); Beratung und Annahme in der 73. Sitz. vom 10. 12. 1981;</p> <p>Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 9/1150) sowie Änderungsantrag der Abg. <i>Riesenhuber</i> u. a. und der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 9/1163); beide Anträge werden in der 73. Sitz. vom 10. 12. 1981 abgelehnt;</p> <p>Große Anfrage der Abg. <i>Riesenhuber</i> u. a. und der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 9/1178); Antwort der BReg (Drs. 9/1380);</p> <p>Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP (Drs. 9/1600 [neu]);</p> <p>Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 9/1601 [neu]); für Drs. 9/1178 und 9/1380 keine Aussprache; 9/1600 (neu) angenommen; 9/1601 (neu) erledigt durch Ann. der Drs. 9/1600 – s. 97. Sitz. vom 29. 4. 1982</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des 18. Aussch. (Drs. 9/2205) – Beratung und Annahme in der 134. Sitz. vom 3. 12. 1982</p>
---	--	--	--	--	--	---

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung; Chronik

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

10. Wahlperiode (1983–87)

1	<p>Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“</p> <p>hierzu Arbeitsgruppen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. „Ernährung“ 2. „Umwelt“ 3. „Rohstoffe“ 4. „Gesundheit“ 5. „Genetische Analyse“ 6. „Gentechnische Eingriffe“ 	<p>a) 1) 10/1353 2) 10/1388 3) 10/1581</p> <p>b) 1) SPD 2) GRÜNE 3) 18. Ausschuß¹⁾</p> <p>c) 78. Sitz. v. 29. 6. 1984 (Ann. Drs. 10/1581)</p>	<p>a) Abg. <i>Wolf-Michael Catenhusen</i> (SPD)</p> <p>b) Abg. Dr. <i>Hanna Neumeister</i> (CDU/CSU)</p>	<p>a) 14. 8. 1984 b) 19. 12. 1986 c) 55</p>	<p>a) 10/6775 b) 10. WP: – 11. WP: 16. Sitz. vom 4. 6. 1987</p>	<p>Siehe auch 72. Sitz. v. 25. 5. 1984 (Beratung und Ausschußüberweisung); Änderungsantrag der CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN (Drs. 10/1693); Annahme in 78. Sitz. v. 29. 6. 1984;</p> <p>Große Anfrage der GRÜNEN (Drs. 10/1153) und Antwort der BReg (Drs. 10/2199);</p> <p>Antrag der GRÜNEN (Drs. 10/2740); Beratung und Ausschußüberweisung in 114. Sitz. v. 17. 1. 1985; hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des 18. Ausschusses (Drs. 10/3943); Ann. in 187. Sitz. v. 16. 1. 1986;</p> <p>Änderungsantrag der GRÜNEN (Drs. 10/4670); teilw. Annahme in 187. Sitz. v. 16. 1. 1986 sowie Änderungsantrag der SPD (Drs. 10/4679); Ablehnung in 187. Sitz. v. 16. 1. 1986;</p> <p>16. Sitz. vom 4. 6. 1987; Ausschußüberweisung der Drs. 10/6775;</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des 18. Ausschusses (Drs. 11/5320); Annahme in 171. Sitz. v. 26. 10. 1989 (enthält u. a. Ersuchen an BReg um Vorlage eines</p>
---	---	--	--	---	---	---

						<p>Berichts bis Ende 1990 über die Umsetzung des Beschlusses);</p> <p>Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Beschlusses ... (Drs. 11/8520); Beratung in der 12. Sitz. v. 28. 2. 1991: Ausschußüberweisung;</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie zum Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung ... (Drs. 12/3658): Annahme in der 120. Sitz. v. 12. 11. 1992</p>
2	<p>Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ [Technologiefolgeabschätzung]</p> <p>hierzu Arbeitsgruppen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. „Studie Batelle“: Expertensysteme 2. „Studie ISP“: Alternativen landwirtschaftlicher Produktionsweisen 3. „Studie FAL“: Nachwachsende Rohstoffe 	<p>a) 1) 10/2383 2) 10/2517 3) 10/2937</p> <p>b) 1) CDU/CSU, FDP u. GRÜNE 2) SPD 3) 18. Ausschuß¹⁾</p> <p>c) 126. Sitz. v. 14. 3. 1985 (Ann. Drs. 10/2937)</p>	<p>a) Abg. <i>Josef Bugl</i> (CDU/CSU)</p> <p>b) Abg. <i>Hans Matthöfer</i> (SPD)</p>	<p>a) 13. 5. 1985 b) 16. 12. 1986 c) 29</p>	<p>a) 10/5844 10/6801 (Zwischenbericht; Empfehlung, in 11. WP erneut Enquete-Komm. einzusetzen)</p> <p>b) 16. Sitz. vom 4. 6. 1987</p>	<p>Siehe auch 108. Sitz. v. 6. 12. 1984 (Ausschußüberweisung);</p> <p>Änderungsantrag der CDU/CSU, FDP und GRÜNEN (Drs. 10/3022): Annahme in der 126. Sitz. v. 14. 3. 1985; 246. Sitz. v. 13. 11. 1986: Ausschußüberweisung der Drs. 10/5844;</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (Drs. 10/6688): Annahme in der 255. Sitz. v. 10. 12. 1986;</p> <p>16. Sitz. v. 4. 6. 1987: Ausschußüberweisung der Drs. (Fortgang s. unter 11. WP, lfd. Nr. 4)</p>

¹⁾ Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuß)

Hinweis

Die Vorsitzenden der anderen Gremien, Kommissionen usw. des Bundestages sind in folgenden Abschnitten zu finden:

- 4.6 Kommissionen des Vorstandes und des Ältestenrates
- 9.2 Ständige Ausschüsse, Sonderausschüsse, Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a GG, Wahlmännerausschuß

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

11. Wahlperiode (1987–90)

1	Enquete-Kommission „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“	a) 1) 11/117 2) 11/120 3) 11/122, 11/248 4) 11/244 (neu) b) 1) SPD 2) CDU/CSU u. FDP 3) GRÜNE 4) 13. Ausschuß ¹⁾ c) 11. Sitz. v. 8. 5. 1987 (Ann. Drs. 11/244 [neu])	a) Abg. <i>Hans-Peter Voigt</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Achim Großmann</i> (SPD)	a) 16. 6. 1987 b) 28. 3. 1990 c) 78	a) 11/2495 (Zwischenbericht) b) 103. Sitz. v. 27. 10. 1988 a) 11/7200 (Endbericht) b) 11. WP: – 12. WP: 12. Sitz. v. 28. 2. 1991	Siehe auch 8. Sitz. v. 2. 4. 1987 (Ausschußüberweisung der Drs. 11/117, 11/120 u. 11/122); Große Anfrage der SPD (Drs. 11/274) und Antwort der BReg (Drs. 11/1548); Beratung in der 71. Sitz. v. 14. 4. 1988; Kleine Anfrage der GRÜNEN (Drs. 11/625) und Antwort der BReg (Drs. 11/680); Interfraktioneller Antrag auf Fristverlängerung für die Vorlage eines ersten Berichts (Drs. 11/1754): Annahme in der 58. Sitz. v. 4. 2. 1988; 103. Sitz. v. 27. 10. 1988: Ausschußüberweisung der Drs. 11/2495 (Zwischenbericht); 12. Sitz. v. 28. 2. 1991: Ausschußüberweisung der Drs. 11/7200 (Endbericht); Große Anfrage der SPD zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission durch die BReg (Drs. 12/1160); Antwort der BReg auf Drs. 12/2344: Beratung in der 147. Sitz. v. 12. 3. 1993 Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit zum Endbericht (Drs. 12/4485): Kenntnisnahme in der 147. Sitz. v. 12. 3. 1993
---	---	---	--	---	--	--

2	Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“	a) 1) 11/310 2) 11/414 b) 1) SPD 2) GRÜNE c) 16. Sitz. v. 4. 6. 1987 (Ann. Drs. 11/310)	a) Abg. <i>Klaus Kirschner</i> (SPD) b) Abg. <i>Horst Seehofer</i> (CDU/CSU), ab 7. 9. 1989; Abg. <i>Paul Hoffacker</i> (CDU/CSU)	a) 9. 7. 1987 b) 25. 1. 1990 c) 49	a) 11/3267 (Zwischenbericht) b) 149. Sitz. v. 15. 6. 1989 a) 11/6380 (Endbericht) b) 224. Sitz. v. 13. 9. 1990	Siehe auch Antrag der CDU/CSU und FDP auf Verschiebung der vorgesehenen Berichtspflicht (Drs. 11/3181): Annahme in der 103. Sitz. v. 27. 10. 1988; Entschließungsantrag der CDU/CSU und FDP zum Zwischenbericht (Drs. 11/4748): Annahme in der 149. Sitz. v. 15. 6. 1989; 224. Sitz. v. 13. 9. 1990: Ausschußüberweisung des Endberichts Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit zum Endbericht (Drs. 12/3930): Kenntnisnahme in der 127. Sitz. v. 9. 12. 1992
3	Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“	a) 1) 11/533 2) 11/787 3) 11/971 b) 1) CDU/CSU u. FDP 2) GRÜNE 3) 21. Ausschuß ²⁾ c) 34. Sitz. v. 16. 10. 1987 (Ann. Drs. 11/971)	a) Abg. <i>Bernd Schmidbauer</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Klaus Lennartz</i> (SPD), ab 20. 6. 1988; Abg. <i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)	a) 3. 12. 1987 b) 15. 12. 1990 c) 120	a) 11/3246 (1. Zwischenbericht) b) 115. Sitz. v. 7. 12. 1988 a) 11/7220 (2. Bericht) b) 218. Sitz. v. 22. 6. 1990 a) 11/8030 (3. Bericht) b) 234. Sitz. v. 31. 10. 1990	Siehe auch 27. Sitz. v. 17. 9. 1987 (Ausschußüberweisung); Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN (Drs. 11/1351) betr. Erhöhung der Zahl der Mitglieder von neun auf 11: Annahme in der 44. Sitz. v. 27. 11. 1987; 115. Sitz. v. 7. 12. 1988: Ausschußüberweisung der Drs. 11/3246; Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN (Drs. 11/3479) betr. Erhöhung der Zahl der Sachverständigen von neun auf 11: Annahme in der 115. Sitz. v. 7. 12. 1988; Beschlußempfehlung und Bericht des 14. Ausschusses auf Drs. 11/4133: Annahme in der 131. Sitz. v. 9. 3. 1989;

Fortsetzung auf der folgenden Seite

1) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (13. Ausschuß)
 2) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (21. Ausschuß)

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

noch 3						<p>218. Sitz. v. 22. 6. 1990: Ausschußüberweisung der Drs. 11/7220;</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des 14. Ausschusses auf Drs. 11/8009: Annahme in der 232. Sitz. v. 26. 10. 1990;</p> <p>234. Sitz. v. 31. 10. 1990: Einstimmige Annahme der Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 11/8198), der SPD (Drs. 11/8354) und der GRÜNEN/Bündnis 90 (Drs. 11/8171) betr. erneute Einsetzung der Enquete-Kommission in der 12. Wahlperiode und Weiterbestehen bis zum Ende der 11. Wahlperiode; Behandlung verschiedener Entschließungsanträge zum dritten Bericht der Enquete-Kommission (Drs. 11/8030); Ausschußüberweisung der Drs. 11/8030;</p> <p>Antrag der CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 12/210) auf erneute Überweisung des Berichts der Enquete-Kommission (Drs. 11/8030) an die Ausschüsse: Annahme in der 13. Sitz. v. 12. 3. 1991;</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt (Drs. 12/1136): Annahme in der 45. Sitz. v. 27. 9. 1991, Ablehnung der Entschließungsanträge der SPD (Drs. 12/1190) und von Bündnis 90/GRÜNE (Drs. 12/1209)</p>
-----------	--	--	--	--	--	---

4	Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung: Technikfolgen- Abschätzung und -Bewertung“	a) 1) 11/220 2) 11/311 3) 11/403 4) 11/979 b) 1) GRÜNE 2) SPD 3) FDP 4) 18. Ausschuß ¹⁾ c) 36. Sitz. v. 5. 11. 1987 (Ann. Drs. 11/979)	a) Abg. <i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU/CSU), ab 20. 9. 1989: Abg. <i>Friedrich Kronenberg</i> , (CDU/CSU) b) Abg. <i>Edelgard Bulmahn</i> (SPD)	a) 10. 12. 1987 b) 24. 9. 1990 c) 39	a) 11/4606 11/4607 b) 152. Sitz. v. 22. 6. 1989 a) 11/7990 11/7991 11/7992 11/7993 b) 11. WP: – 12. WP: 18. Sitz. v. 21. 3. 1991	Siehe auch 10. WP, lfd. Nr. 2; 16. Sitz. v. 4. 6. 1987 (Ausschußüberweisung); Interfraktioneller Antrag (Drs. 11/883) auf erneute Überweisung des Berichts der Enquete-Kommission (Drs. 10/5844) an die Ausschüsse: Annahme in der 30. Sitz. v. 8. 10. 1987; Beschlüßempfehlung und Bericht des 18. Ausschusses auf Drs. 11/979 (Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission): Annahme in der 36. Sitz. v. 5. 11. 1987; 152. Sitz. v. 22. 6. 1989: Ausschußüberweisung der Drs. 11/4606 und 11/4607; Beschlüßempfehlung und Bericht des 18. Ausschusses (Drs. 11/5489) sowie Änderungsantrag der GRÜNEN (Drs. 11/5608): Annahme der Drs. 11/4606 i. d. F. der Drs. 11/5489 und Ablehnung der Drs. 11/5608 in der 176. Sitz. v. 16. 11. 1989
5	Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“	a) 1) 11/711 2) 11/801 3) 11/1448 b) 1) SPD 2) GRÜNE 3) 19. Ausschuß ²⁾ c) 48. Sitz. v. 9. 12. 1987 (Ann. Drs. 11/1448)	a) Abg. <i>Eckart Kuhlwein</i> (SPD) b) Abg. <i>Alois Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU/CSU)	a) 25. 2. 1988 b) 25. 10. 1990 c) 51	a) 11/5349 (Zwischenbericht) b) 191. Sitz. v. 25. 1. 1990 a) 11/7820 (Schlußbericht) b) 232. Sitz. v. 26. 10. 1990	Siehe auch 27. Sitz. vom 17. 9. 1987 (Ausschußüberweisung); 191. Sitz. v. 25. 1. 1990: Ausschußüberweisung der Drs. 11/5349 (Zwischenbericht); Beschlüßempfehlung und Bericht des 19. Ausschusses (Drs. 11/7381): Annahme in der 232. Sitz. v. 26. 10. 1990; 232. Sitz. v. 26. 10. 1990: Ausschußüberweisung der Drs. 11/7820 (Schlußbericht); Beschlüßempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft zum Schlußbericht (Drs. 12/7651)

1) Beschlüßempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuß)

2) Beschlüßempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft (19. Ausschuß)

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

12. Wahlperiode (1990–94)

1	Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“	a) 12/419 b) CDU/CSU, SPD, FDP, B90/GR c) 23. Sitz. v. 25. 4. 1991	a) Abg. Dr. <i>Klaus W. Lippold</i> (CDU/CSU) b) Abg. Dr. <i>Liesel Hartenstein</i> (SPD)	a) 27. 6. 1991 b) 4. 10. 1994 c) 131	a) 12/8600 b)	<p>Siehe auch Einsetzungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP (Drs. 12/302): ersetzt durch Drs. 12/419;</p> <p>Erster Bericht „Klimaänderung gefährdet globale Entwicklung; Zukunft sichern – jetzt handeln“ (Drs. 12/2400): Überweisung an Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in 93. Sitz. v. 20. 5. 1992;</p> <p>Zweiter Bericht „Mobilität und Klima – Wege zu einer klimaverträglichen Verkehrspolitik“ (Drs. 12/8300): Behandlung in 243. Sitz. v. 21. 9. 1994;</p> <p>Dritter Bericht „Schutz der Erde – Klimaschutz durch umweltgerechte Landwirtschaft und Erhalt der Wälder“ (Drs. 12/8350): Behandlung in 243. Sitz. v. 21. 9. 1994, Ablehnung der Entschließungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 12/8453 und 12/8503);</p> <p>Erster Bericht (Drs. 12/2400): Erneute Überweisung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der 24. Sitz. v. 9. 3. 1995</p>
---	--	--	--	--	------------------	--

2	Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“	a) 1) 12/1290 2) 12/1951 b) 1) SPD 2) 17. Ausschuß ¹⁾ c) 77. Sitz. v. 14. 2. 1992 (Ann. Drs. 12/1951)	a) Abg. <i>Michael Müller</i> (SPD), ab 15. 10. 1992: Abg. <i>Ernst Schwanhold</i> (SPD) b) Abg. <i>Erich G. Fritz</i> (CDU/CSU)	a) 18. 3. 1992 b) 20. 6. 1994 c) 63	a) 12/8260 b) 243. Sitz. v. 21. 9. 1994	Siehe auch: Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 12/1290); Überweisung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der 52. Sitz. v. 30. 10. 1991; Beschlüßempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Drs. 12/1951); Annahme in der 77. Sitz. v. 14. 2. 1992; Zwischenbericht „Verantwortung für die Zukunft – Wege zum nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen“ (Drs. 12/5812); Überweisung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der 199. Sitz. v. 9. 12. 1993
3	Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“⁽²⁾	a) 12/2152, 12/2220 (neu), 12/2226, 12/2229, 12/2230 b) s. Bemerkungen c) 82. Sitz. v. 12. 3. 1992	a) Abg. <i>Rainer Eppelmann</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Margot von Renesse</i> (SPD)	a) 19. 3. 1992 b) 15. 6. 1994 c) 82	a) 12/7820 b) 234. Sitz. v. 17. 6. 1994	Siehe auch: Einsetzungsanträge der SPD-Fraktion („Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“, Drs. 12/2152), der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen („Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“, Drs. 12/2220 [neu]), der Fraktionen der CDU/CSU und FDP („Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“, Drs. 12/2229 und 12/2230 gemeinsam mit SPD) sowie der Gruppe PDS/LL („Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“, Drs. 12/2226); Einsetzung in der 82. Sitz. v. 12. 3. 1992 mit dem Auftrag, dem Bundestag bis zum 20. 5. 1992 eine Beschlüßempfehlung mit dem Untersuchungsauftrag der Enquete-Kommission vorzulegen;

¹⁾ Beschlüßempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (17. Ausschuß)

²⁾ Bezeichnung bei der Einsetzung zunächst „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“, Umbenennung in der 93. Sitzung vom 20. Mai 1992 beschlossen.

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

noch 3						Beschlußempfehlung und Bericht der Enquete-Kommission (Drs. 12/2597): Annahme in der 93. Sitz. v. 20. 5. 1992; Antrag zu den Arbeitsmöglichkeiten der Enquete-Kommission (Drs. 12/6933): entsprechend Beschlußempfehlung des Innenausschusses Ablehnung in der 234. Sitz. v. 17. 6. 1994; Antrag zur Unterstützung der Enquete-Kommission (Drs. 12/7225): entsprechend Beschlußempfehlung des Innenausschusses Annahme in der 234. Sitz. v. 17. 6. 1994
4	Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“⁽¹⁾	a) 12/2272, 12/3460, 12/3461 b) SPD, CDU/CSU, FDP c) 114. Sitz. v. 16. 10. 1992	a) Abg. <i>Anke Fuchs</i> (SPD), ab 24. 6. 1993: Abg. <i>Arne Fuhrmann</i> (SPD) b) Abg. Dr. <i>Ursula Lehr</i> (CDU/CSU)	a) 4. 11. 1992 b) 9. 3. 1994 c) 18	a) 12/7878 (Zwischenbericht) b) 236. Sitz. v. 24. 6. 1994	Siehe auch Einsetzungsanträge der SPD-Fraktion („Zukunftssicherung unserer älter werdenden Gesellschaft – Herausforderungen des demographischen Wandels“, Drs. 12/2272), der Fraktionen der CDU/CSU und FDP („Chancen und Zukunftsperspektiven der älter werdenden Generation“, Drs. 12/3460), der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP („Zukunft der älter werdenden Generation“, Drs. 12/3461): Einsetzung in der 114. Sitz. v. 16. 10. 1992 mit dem Auftrag, dem Bundestag bis zum 13. 11. 1992 eine Beschlußempfehlung mit dem

Untersuchungsauftrag der Enquete-Kommission vorzulegen;
 Beschlußempfehlung und Bericht der Enquete-Kommission (Drs. 12/3717):
 Annahme in der 126. Sitz. v. 2. 12. 1992

13. Wahlperiode (1994–²))

1	Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmen- bedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“	a) 13/1533 b) CDU/CSU, SPD, B90/GR, FDP c) 41. Sitz. v. 1. 6. 1995	a) Abg. <i>Ernst Schwanhold</i> (SPD), ab 5. 10. 1995: Abg. <i>Marion Caspers-Merk</i> (SPD) b) Abg. <i>Erich G. Fritz</i> (CDU/CSU)	a) 21. 6. 1995	Siehe auch Einsetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 13/98): Rücknahme; Änderungsanträge der Gruppe der PDS (Drs. 13/1565 und 13/1587): Ablehnung in der 41. Sitz. v. 1. 6. 1995
2	Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“	a) 13/1532 b) CDU/CSU, SPD, B90/GR, FDP c) 41. Sitz. v. 1. 6. 1995	a) Abg. <i>Walter Link</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Gabriele Iwersen</i> (SPD)	a) 29. 6. 1995	Siehe auch Änderungsantrag der Gruppe der PDS (Drs. 13/1564): Ablehnung in der 41. Sitz. v. 1. 6. 1995
3	Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“	a) 13/1535 b) CDU/CSU, B90/GR, FDP c) 44. Sitz. v. 22. 6. 1995	a) Abg. <i>Rainer Eppelmann</i> (CDU/CSU) b) Abg. <i>Siegfried Vergin</i> (SPD)	a) 30. 6. 1995	Siehe auch Einsetzungsantrag der SPD- Fraktion („Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutsch- land im Prozeß der deutschen Einheit“, Drs. 13/1537): für erledigt erklärt;

Fortsetzung auf der folgenden Seite

1) Bezeichnung bei der Einsetzung zunächst „Zukunft der älter werdenden Generation“, Umbenennung in der 126. Sitzung vom 2. Dezember 1992 beschlossen.

2) Stand: 31. August 1997

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
----------	------------------------------------	---	--------------------------------------	---	---	-------------

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

noch 3						Einsetzungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Drs. 13/1535): Überweisung an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 41. Sitz. v. 1. Juni 1995; Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/1762): Annahme Drs. 13/1537 in der 44. Sitz. v. 22. Juni 1995
4	Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“	a) 1) 13/1782 2) 13/2751 3) 13/3219 b) 1) SPD 2) CDU/CSU, FDP 3) 1. Ausschuß ¹⁾ c) 77. Sitz. v. 7. 12. 1995	a) Abg. <i>Siegmar Mosdorf</i> (SPD) b) Abg. <i>Michael Meister</i> (CDU/CSU)	a) 31. 1. 1996		Siehe auch Einsetzungsanträge der SPD-Fraktion („Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Drs. 13/1782), der Gruppe der PDS („Demokratische und soziale Antworten auf die Herausforderungen der neuen Informationstechnologien [Multimedia]“, Drs. 13/2741) und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP („Nutzung der neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik für Deutschland“, Drs. 13/2753): Überweisung an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 64. Sitz. v. 26. 10. 1995

					<p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/3219): Beschluß, Drs. 13/1782 und 13/2753 anzunehmen, Drs. 13/2741 abzulehnen, in der 77. Sitz. v. 7. 12. 1995</p> <p>Änderungsantrag der Gruppe der PDS (Drs. 13/3238): Ablehnung in der 77. Sitz. v. 7. 12. 1995</p> <p>Erster Zwischenbericht „Meinungsfreiheit – Meinungsvielfalt – Wettbewerb. Rundfunkbegriff und Regulierungsbedarf bei den Neuen Medien“ (Drs. 13/6000)</p> <p>Zweiter Zwischenbericht „Neue Medien und Urheberrecht“ (Drs. 13/8110)</p>
5	Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“	<p>a) 13/3867</p> <p>b) SPD</p> <p>c) 104. Sitz. v. 9. 5. 1996</p>	<p>a) Abg. <i>Ortrun Schätzle</i> (CDU/CSU)</p> <p>b) Abg. <i>Gisela Schröter</i> (SPD)</p>	a) 9. 5. 1996	<p>Siehe auch: Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 13/3867): Überweisung an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 95. Sitz. v. 14. 3. 1996</p> <p>Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/4477): Annahme Drs. 13/3867 in der 104. Sitz. v. 9. 5. 1997</p> <p>Änderungsantrag der Gruppe der PDS (Drs. 13/4583): Ablehnung in der 104. Sitz. v. 9. 5. 1997</p>

1) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

■ Die wichtigsten Angaben zur Fortschreibung der tabellarischen Übersicht der Enquete-Kommissionen ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode sind im NACHTRAG unter 9.11 zu finden.

Die Untersuchungsaufträge für die Enquete-Kommissionen

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
6. WP 1969–72	<p>Auswärtige Kulturpolitik (Drs. VI/515):</p> <p>Die Kommission hat den Auftrag, Empfehlungen für eine bessere kulturelle Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen. Dabei sind vor allem Zielsetzung, Inhalt, Organisation und Finanzierung der bisherigen auswärtigen Kulturpolitik zu überprüfen und gegebenenfalls entsprechende Reformvorschläge vorzulegen.</p> <p>In diesem Rahmen hat die Kommission</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die kulturpolitische Effizienz der deutschen Auslandsschulen und des Goethe-Instituts zur Pflege deutscher Sprache und Kultur im Ausland e. V. zu überprüfen, 2. Vorschläge dafür zu unterbreiten, wie die auswärtige Kulturpolitik wesentlich zur Bildungshilfe für die Entwicklungsländer beitragen kann, 3. Maßnahmen zur Förderung des internationalen Wissenschaftsaustausches vorzuschlagen, 4. Vorschläge zur Koordinierung der auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik tätigen Organisationen untereinander mit dem Auswärtigen Amt und den diplomatischen Vertretungen zu erarbeiten, 5. Erhebungen über die Finanzmittel anzustellen, die für die Aufgaben der auswärtigen Kulturpolitik künftig notwendig sind. <hr/> <p>Fragen der Verfassungsreform (Drs. VI/1211):</p> <p>Nach § 74a der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages wird eine Enquete-Kommission mit dem Auftrag eingesetzt, zu prüfen, ob und inwieweit es erforderlich ist, das Grundgesetz den gegenwärtigen und voraussehbaren zukünftigen Erfordernissen – unter Wahrung seiner Grundprinzipien – anzupassen.</p>
7. WP 1972–76	<p>Auswärtige Kulturpolitik (Drs. 7/215 [neu]): gleicher Auftrag wie in der 6. WP (vgl. Drs. VI/515)</p> <hr/> <p>Verfassungsreform (Drs. 7/214 [neu]): gleicher Auftrag wie in der 6. WP (vgl. Drs. VI/1211)</p> <hr/> <p>Frau und Gesellschaft (Drs. 7/1148):</p> <p>Die Kommission hat den Auftrag, Empfehlungen für die rechtliche und soziale Gleichberechtigung der Frau in unserer Gesellschaft zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation der Frau soll die Kommission Vorschläge für Änderungen von Gesetzen unter Berücksichtigung internationaler Vergleiche (EG-Raum, den Vereinten Nationen angeschlossene Länder) unterbreiten, die dem Ziel der rechtlichen und sozialen Gleichberechtigung noch entgegenstehen, und Vorstellungen entwickeln, durch welche Maßnahmen die Situation der Frau in der Gesellschaft verbessert werden kann.</p> <p>In diesem Rahmen hat die Kommission</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vorschläge für Gesetzesänderungen vorzulegen, um die volle rechtliche Gleichberechtigung zu verwirklichen; 2. Vorschläge dafür zu unterbreiten, wie neben der rechtlichen die soziale Chancengleichheit verwirklicht werden kann, um die Frau instand zu setzen, eine freie Entscheidung über ihre Aufgaben in der Gesellschaft treffen zu können; 3. die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen darzustellen sowie Vorschläge zur Finanzierung zu unterbreiten.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
8. WP 1976–80	<p>Frau und Gesellschaft (Drs. 8/305): gleicher Auftrag wie in der 7. WP (vgl. Drs. 7/1148)</p> <hr/> <p>Zukünftige Kernenergie-Politik (Drs. 8/2628): Die Kommission hat die Aufgabe, die zukünftigen Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten unter ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und Sicherheits-Gesichtspunkten national wie international darzustellen und Empfehlungen für entsprechende Entscheidungen zu erarbeiten. In diesem Rahmen hat die Kommission insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Empfehlungen für Kriterien und Maßstäbe für die Akzeptanz der Kernenergie zu erarbeiten und unter dem Aspekt der langfristigen Sicherung des weltweiten Energiebedarfs Möglichkeiten und Risiken anderer Energieträger vergleichend einzubeziehen, 2. Möglichkeiten und Notwendigkeiten alternativer Brennstoffkreisläufe unter Einbeziehung der Zwischenergebnisse bzw. Ergebnisse der Internationalen Konferenz zur Bewertung der Brennstoffkreisläufe (INFCE) aufzuzeigen, 3. für die zukünftigen Entscheidungen des Deutschen Bundestages über die Brutreakorteknologie, insbesondere für die mögliche Inbetriebnahme des SNR 300 Empfehlungen zu geben, 4. mögliche Auswirkungen der Energietechnik auf das gesellschaftliche Leben darzustellen und Vorschläge zur Verhinderung von Fehlentwicklungen zu machen, 5. Möglichkeiten und Konsequenzen eines zukünftigen Verzichts auf Kernenergie darzustellen und zu bewerten.
9. WP 1980–83	<p>Neue Informations- und Kommunikationstechniken (Drs. 9/314): Die Kommission hat die Aufgabe, die Probleme der neuen Informationstechniken unter rechtlichen, insbesondere verfassungsrechtlichen, datenschutzrechtlichen, gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und organisatorischen Aspekten national wie international darzustellen und Empfehlungen für entsprechende Entscheidungen zu erarbeiten.</p> <hr/> <p>Jugendprotest im demokratischen Staat (Drs. 9/411): Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, Ursachen, Formen und Ziele der Proteste junger Menschen, die sich beispielsweise in Demonstrationen, Gewaltanwendung, bewußtem Hinwenden zu alternativen Lebensformen oder teilweise auch in der resignativen Abwendung von der Gesellschaft äußert, zu untersuchen. Dabei sollen auch Erfahrungen, die in anderen europäischen Ländern gemacht wurden, berücksichtigt werden. Die Enquete-Kommission soll Möglichkeiten für eine Verbesserung des Verständnisses zwischen den Generationen, zwischen Jugend und Politik sowie für eine Förderung von Demokratie- und Staatsverständnis der jungen Menschen aufzeigen. Sie soll prüfen, welche Wege möglich und notwendig sind, um die Lage der Jugend zu verbessern und Spannungen abzubauen, die auf unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebenseinstellungen beruhen. Es soll auch die Frage geprüft werden, ob gesetzgeberische Maßnahmen insbesondere in den Bereichen der Jugend-, Familien-, Bildungs-, Wohnungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Rechtspolitik erforderlich sind.</p> <hr/> <p>Zukünftige Kernenergie-Politik (Drs. 9/504): Die Kommission hat die Aufgabe, die zukünftigen Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten unter ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und Sicherheits-</p>

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 9. WP	<p>Gesichtspunkten national wie international darzustellen und Empfehlungen für entsprechende Entscheidungen zu erarbeiten.</p> <p>Die Kommission hat insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die von der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ des 8. Deutschen Bundestages empfohlenen Gutachten zum SNR 300 (Obergrenze bei Bethe-Tait-Exkursion, Risikoorientierte Studie) auszuwerten und eine Empfehlung zur möglichen Inbetriebnahme des SNR 300 bis zum 31. Juli 1982 zu erarbeiten, 2. die möglichen alternativen Folgelinien des Leichtwasserreaktors, insbesondere den Schnellbrutreaktor und den Hochtemperaturreaktor, zusammen mit ihren notwendigen und möglichen Brennstoffkreisläufen zu bewerten und eine Empfehlung zur Reaktorstrategie und den dazugehörigen Brennstoffkreislauftechnologien für den Fall einer umfangreichen Kernenergienutzung (im Sinne von „Kernenergie II“) zu erarbeiten, 3. die möglichen Auswirkungen verschiedener nationaler Energieversorgungsstrukturen auf das gesellschaftliche Leben, die Volkswirtschaft, die Umwelt und die Sicherheit von Gesundheit und Leben auch im Hinblick auf Krieg, Sabotage, Terror und plötzlichen Ausfall wichtiger Energieversorgungssysteme aufzuzeigen und mit Hilfe der „Kriterien zur Bewertung von Energiesystemen“ Vorschläge zur Verhinderung von Fehlentwicklungen bei der Energieversorgung zu machen, 4. Nutzen und Risiken der Kernenergie für die weltweite Energieversorgung, insbesondere in den Entwicklungsländern, aufzuzeigen und Vorschläge für eine Verminderung der Proliferationsgefahr zu machen, 5. strittige Fragen zum Risiko der radioaktiven Strahlung bei der zivilen Kernenergienutzung aufzuzeigen und dazu Stellung zu nehmen.
10. WP 1983–87	<p>Chancen und Risiken der Gentechnologie (Drs. 10/1581):</p> <p>Die Kommission hat die Aufgabe, gentechnologische und damit im Zusammenhang stehende neue biotechnologische Forschungen in ihrer sich zur Zeit abzeichnenden schwerpunktmäßigen Anwendung vor allem in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Rohstoff-, Energiegewinnung und Umweltschutz in ihren Chancen und Risiken darzustellen. Dabei sollen ökonomische, ökologische, rechtliche und gesellschaftliche Auswirkungen und Sicherheits Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. Dem Grenzbereich der gentechnologischen Anwendung beim Menschen ist auch unter ethischen Aspekten besondere Aufmerksamkeit zu widmen.</p> <p>Zur Erarbeitung von Empfehlungen und zur Vorbereitung politischer Entscheidungen hat die Kommission die Aufgabe, insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mögliche Zielkonflikte zwischen der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Forschung und anderen Grundrechten zu untersuchen, 2. Kriterien für die Grenzen der Anwendung neuer gentechnischer und zellbiologischer Methoden auf menschliche Zellen und den Menschen insgesamt zu erarbeiten, 3. Kriterien und Empfehlungen für Richtlinien und Sicherheitsstandards beim industriellen Einsatz von gentechnologischen Verfahren aufzuzeigen, 4. Maßnahmen zur Förderung gentechnologischer Forschung für sinnvolle Anwendungsgebiete vorzuschlagen.

Hinweis

Einzelheiten zu der in der 10. Wahlperiode eingerichteten Europa-Kommission des Bundestages enthält im vorliegenden **Datenhandbuch** Abschnitt 24.10: Koordinierungsgremien beim Bundestag.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 10. WP	<p>Technologiefolgenabschätzung (Drs. 10/2937):</p> <p>I. Zur Vorbereitung technologiepolitischer Entscheidungen des Deutschen Bundestages wird eine Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ gemäß § 56 GO-BT eingesetzt.</p> <p>Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, Informations- und Wissensstand des Deutschen Bundestages über wesentliche technische Entwicklungslinien zu verbessern, für die in Zukunft ein politischer Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht.</p> <p>In diesem Rahmen hat sie insbesondere Auswirkungen technischer Entwicklungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – auf Struktur und Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft unter Berücksichtigung ihrer Folgen für die natürliche Umwelt, – auf die quantitative und qualitative Veränderung der Beschäftigung sowie der Arbeitsplätze, – auf die demokratischen und sozialen Strukturen innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen insgesamt <p>zu beraten und dem Deutschen Bundestag über das Ergebnis ihrer Beratungen zu berichten.</p> <p>Die Enquete-Kommission erfüllt ihren Auftrag, indem sie Auswirkungen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts anhand von Einzeltechnologien untersucht, bei denen für den Deutschen Bundestag ein dringender Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht.</p> <p>II. Die Enquete-Kommission hat ferner die Aufgabe, Vorschläge zu erarbeiten, ob und gegebenenfalls in welcher organisatorischen Form das Thema „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ im Deutschen Bundestag weiterbehandelt werden kann.</p>
11. WP 1987–90	<p>Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung (Drs. 11/244 [neu]):</p> <p>Die Kommission hat die Aufgabe, durch Verbesserung des Informations- und Wissensstandes des Deutschen Bundestages über die Immunschwächekrankheit AIDS, ihre Gefahren und Bekämpfungsmöglichkeiten seine politischen Beratungen und Entscheidungen vorzubereiten und wissenschaftlich abgesichert zu fundieren. In diesem Rahmen hat sie insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – die von AIDS ausgehenden Gefahren zu analysieren und ihre Folgen für die Gesellschafts- und Gesundheitspolitik zu bewerten; – Vorschläge zu unterbreiten, wie diesen Gefahren entgegengewirkt werden kann oder sie abgewendet werden können. Dabei sind auch die rechtlichen, verfassungspolitischen und verwaltungsmäßigen Aspekte einzubeziehen und zu bewerten; – Vorschläge zu unterbreiten, wie durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit der in Bund, Ländern, Gemeinden sowie der Krankenversicherung Verantwortung Tragenden und den in Selbsthilfeeinrichtungen Tätigen der weiteren Ausbreitung von AIDS wirksamer entgegengewirkt werden kann; – wie die Betreuung und Hilfe für die Infizierten und Kranken und deren Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung am wirkungsvollsten erreicht werden können. Dabei sollen die gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen dargestellt werden; – die Kommission soll ferner untersuchen, ob und wie die Forschung zu AIDS und die Umsetzungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen ausgebaut werden können und welche Schritte aus der Sicht des Deutschen Bundestages geeignet erscheinen, die internationale Zusammenarbeit enger und wirksamer zu gestalten; – zu prüfen, auf welche Weise die notwendige fächer- und ressortübergreifende Zusammenarbeit im Wissenschafts- und Politikbereich verbessert werden muß, um einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens bei der Bekämpfung von AIDS zu erreichen.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 11. WP	<p>Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung (Drs. 11/310):</p> <p>Die Kommission hat die Aufgabe,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Strukturen unseres Krankenversicherungssystems zu analysieren und seine Schwächen und Mängel aufzuzeigen; 2. zu prüfen, ob im System der gesundheitlichen Versorgung eine Orientierung an gesundheitspolitischen Zielen und Prioritäten bisher möglich ist und wer ggf. Ziele und Prioritäten vorgibt; 3. zu prüfen, ob die Aufgabenwahrnehmung der Krankenversicherung im Hinblick auf die Erreichung solcher Ziele und die Einhaltung von Prioritäten ausreichend steuerbar ist; 4. zu untersuchen, ob die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung bei vertraglichen Regelungen die Interessen ihrer Mitglieder in gleichem Maße zur Geltung bringen können, wie der Erbringer von Gesundheitsleistung; 5. zu prüfen, ob der rechtliche Rahmen für die Selbstverwaltung und die praktische Anwendung ihrer Prinzipien in den verschiedenen Bereichen den Anforderungen entspricht, die an eine leistungsfähige und mitgliederorientierte Selbstverwaltung gestellt werden müssen; 6. die Bedingungen zu definieren, die das Prinzip der Solidarität in einem leistungsfähigen Krankenversicherungssystem garantiert; 7. zu untersuchen, in welchem Umfang im Leistungs-, Beitrags-, Mitgliedschafts- und Vertragsrecht mit der Leistungserbringerseite für die verschiedenen Kassenarten unterschiedliches Recht besteht und gleiche Tatbestände unterschiedlich behandelt werden; 8. Vor- und Nachteile eines Sachleistungssystems aufzuzeigen, sie denen eines Kostenerstattungssystems gegenüberzustellen und insgesamt unter den Erfordernissen einer sozialen Krankenversicherung zu bewerten; 9. Vor- und Nachteile von Tarif- und Leistungsdifferenzierungen sowie Kostenbeteiligungen aufzuzeigen und unter den Erfordernissen einer sozialen Krankenversicherung zu bewerten.
	<p>Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre (Drs. 11/971):</p> <p>Die Kommission hat die Aufgabe, eine Bestandsaufnahme über die globalen Veränderungen der Erdatmosphäre vorzunehmen und den Stand der Ursachen- und Wirkungsforschung festzustellen sowie mögliche nationale und internationale Vorsorge- und Gegenmaßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vorzuschlagen.</p> <p>Insbesondere hat sie zu untersuchen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Umfang und Ursache des beobachteten und befürchteten Abbaus des Ozons in der Stratosphäre, – Ausmaß und Ursachen möglicher globaler Temperaturveränderungen der Erdatmosphäre, – Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> – des Ozonabbaus und des sog. Treibhauseffekts, – der Schadstoffemissionen, wie z. B. halogenierte Kohlenwasserstoffe, Distickstoffoxid, Methan und andere, – Trübung der Erdatmosphäre und Auswirkungen auf das Klima durch Feinststäube, – der Abholzung von Regenwäldern und der Übernutzung der Vegetation in Trockengebieten auf atmosphärische Vorgänge, – der Kohlendioxid-Anreicherung der Erdatmosphäre, – der zunehmenden Meeresverschmutzung auf den CO₂-Kreislauf, – mögliche Vorsorgemaßnahmen, insbesondere zur Vorsorge gegen zu befürchtende Schäden, z. B. durch <ul style="list-style-type: none"> – weitere Luftreinhaltemaßnahmen zur Entlastung der Erdatmosphäre, insbesondere das Verbot von halogenierten Treibgasen und die Reduzierung von freigesetzten Treibstoff- und Lösungsmitteldämpfen, – Energieeinsparung und Änderung der Ressourcenverwendung, insbesondere Nutzung regenerativer Energiequellen,

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 11. WP	<ul style="list-style-type: none"> – Förderung weiterer F+E-Vorhaben, – Entwicklungshilfeprojekte, insbesondere Aufforstungsprojekte und Maßnahmen zum Schutz tropischer Regenwälder, – internationale Zusammenarbeit und Entwicklung neuer völkerrechtlicher Instrumentarien.
	<p>Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung (Drs. 11/979):</p> <p>Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, den Informations- und Wissensstand des Deutschen Bundestages über wesentliche technische Entwicklungslinien zu verbessern, für die in Zukunft ein politischer Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht.</p> <p>Die Enquete-Kommission erfüllt diese Aufgabe, indem sie</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die von der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ der 10. Wahlperiode begonnenen Arbeiten auf den Sachgebieten „Expertensysteme“, „Nachwachsende Rohstoffe“ und „Alternativen landwirtschaftlicher Produktionsweisen“ gemäß dem ursprünglichen Auftrag (Drucksache 10/2937) bis zum 30. April 1989 zum Abschluß bringt; 2. die gegen den Institutionalisierungsvorschlag der Enquete-Kommission der 10. Wahlperiode (Drucksache 10/5844) geäußerten Bedenken aufgreift und dazu unter Berücksichtigung ihrer eigenen Erfahrungen – insbesondere bei der Vermittlung erarbeiteten Wissens in die ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und in die Öffentlichkeit – bis zum 30. April 1989 Empfehlungen vorlegt; 3. ein weiteres zentrales Technikfeld untersucht, dessen Entwicklung politischen Handlungs- und Gestaltungsbedarf für das Parlament erwarten läßt, und dazu bis zum Ende der Wahlperiode einen Bericht vorlegt. <p>Das Technikfeld wird von der Kommission im Einvernehmen mit dem Ausschuß für Forschung und Technologie bis zum 31. März 1988 festgelegt.</p>
	<p>Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000 (Drs. 11/1448):</p> <p>Die Enquete-Kommission soll die langfristig wirksamen gesellschaftlichen Faktoren untersuchen, denen der Bundestag für den seiner Regelung unterstehenden Bereich der Bildungspolitik und die dort Tätigen vorausschauend Rechnung tragen müssen. Sie hat die Aufgabe zu klären, welche Maßnahmen und gegebenenfalls Veränderungen in diesem Rahmen notwendig sind, damit sich Jugendliche sowie Erwachsene durch eine zukunftssträchtige Erstausbildung und Weiterbildung auf neue Herausforderungen und die Übernahme von Verantwortung im persönlichen und gesellschaftlichen Leben, in Arbeit und Beruf, in Kultur und Politik vorbereiten können.</p> <p>Die Kommission soll darüber hinaus Vorschläge machen, welche Anforderungen sich für die Bildungspolitik des Bundes ergeben aus: Dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter, den ökologischen Erfordernissen, den technologischen Umwälzungen der Industriegesellschaft, den internationalen Verflechtungen und Konflikten, den tiefgreifenden Strukturveränderungen und dem damit verbundenen Wertewandel.</p> <p>Die Kommission soll Möglichkeiten aufzeigen, wie die Bildungspolitik des Bundes im Zusammenwirken mit anderen relevanten Politikfeldern, wie der Arbeitsmarkt-, der Technologie-, der Wirtschafts- und der Finanzpolitik besser auf vor uns liegende Herausforderungen ausgerichtet werden kann. Dabei sollen die Erfahrungen anderer Industrieländer und die Perspektive der europäischen Zusammenarbeit, insbesondere auch die geplante Schaffung des EG-Binnenmarktes, einbezogen werden.</p> <p>Die Kommission soll im Rahmen ihres Untersuchungsauftrags insbesondere folgende Fragen klären,</p>

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 11. WP	<ul style="list-style-type: none"> – wie sich die Bildungsbeteiligung entwickelt hat, ob bestimmte Schichten und Gruppen benachteiligt sind, welches gegebenenfalls die Gründe dafür sind und wie deren Chancen verbessert werden können; – wie sich der Übergang von der Schule in Berufsausbildung bzw. Hochschule und der Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem entwickelt hat und welche Konsequenzen sich daraus ergeben; – welche Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und soziale Haltungen in der Berufsausbildung, der Hochschule und der Weiterbildung vermittelt werden müssen, wenn der einzelne im raschen Prozeß wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen aktiv bestehen können soll, und wie Innovationsfähigkeit und Flexibilität besser gefördert werden können; – welche Konsequenzen die Veränderungen durch die neuen Kommunikationstechnologien haben; – wie lebenslanges Lernen für alle ermöglicht werden kann und welche Folgerungen sich daraus für Organisation und Finanzierung der Weiterbildung ergeben; – welche Veränderungen im Hinblick auf neue Entwicklungen im Bildungsbereich für das Besoldungs- und Beamtenrecht vorzusehen sind; – welche Mittel für die Finanzierung der beruflichen Bildung, der individuellen Ausbildungsförderung, des Hochschulbaus und der Hochschulforschung erforderlich sind und von wem sie aufgebracht werden sollen; – welche Aufgaben sich für die Bildungspolitik des Bundes aus der Schaffung des europäischen Binnenmarktes ergeben.
12. WP 1990–94	<p>Schutz der Erdatmosphäre (Drs. 12/419):</p> <p>Die Kommission hat die Aufgabe, die Zusammenhänge zwischen Treibhauseffekt und Klimaänderung und mögliche Auswirkungen der weltweiten Klimaänderungen zu untersuchen sowie für den Energiebereich Wege zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen aufzuzeigen.</p> <p>1. Treibhauseffekt und Klimaänderung</p> <p>Die weitere Entwicklung zu den Veränderungen der Erdatmosphäre sowie der aktuelle wissenschaftliche Sachstand sind insbesondere unter Berücksichtigung der Chemie der Atmosphäre und den Wechselwirkungen mit der Biosphäre aufzuarbeiten und zu verfolgen. Der Austausch von direkt und indirekt klimawirksamen Spurenstoffen zwischen Biosphäre und der Atmosphäre sowie die Emissionen durch anthropogene Aktivitäten sind heute noch unzureichend bekannt. Insofern gilt es, in enger Zusammenarbeit mit den Forschungsbemühungen folgende Aufgaben zu lösen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Quantifizierung der Emissions- und Depositionsraten klimarelevanter Schadstoffe und ihre Beeinflussung durch verschiedene, sich zeitlich ändernde Parameter zur Vermeidung von Folgeschäden, – die besondere Berücksichtigung der Rolle der Landwirtschaft – national, EG- und weltweit – und die entsprechenden Emissionen klimarelevanter Spurenstoffe durch landwirtschaftliche Aktivitäten z. B. durch Anwendung von Dünger (N₂O) sowie durch geänderte Kulturtechniken und Bodenbearbeitung, – die Emissionen von Methan (CH₄) und anderen Spurengasen aus Reisfeldern, Rinderverdauung, Sümpfen, Mülldeponien sowie durch die Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Erdgas, Öl), – die Emissionen von N₂O aus natürlichen Ökosystemen, – die Emissionen von N₂O anthropogener und anderer Quellen durch Verbrennung fossiler Energieträger, – die Deposition von direkt und indirekt klimawirksamen Gasen in Abhängigkeit von der Konzentration und Zusammensetzung des Schadstoffgemisches, – die Änderungen der klimarelevanten Emissionen durch den Einsatz von Katalysatoren zur Entstickung von Abgasen aus Kraftfahrzeugen und Kraftwerken,

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 12. WP	<ul style="list-style-type: none"> – der Einfluß des Flugverkehrs auf die Verteilung und Chemie von Spurenstoffen in sensitiven Höhen, – die Emissionen von Spurenstoffen durch Biomassenverbrennung und deren Einfluß auf die Chemie der Troposphäre, – Vertiefung des Kenntnisstandes über die zur Bildung und zum Abbau direkt und indirekt klimawirksamer Spurengase führenden Prozesse und deren Abhängigkeit von bodenphysikalischen Parametern bzw. von Klimaparametern. <p>2. Mögliche Auswirkungen der weltweiten Klimaänderungen</p> <p>Nach dem derzeitigen Kenntnisstand ist davon auszugehen, daß sich das Klima aufgrund anthropogener Aktivitäten in der Vergangenheit geändert hat und sich in Zukunft auch weiter verändern wird. Durch die von der Enquete-Kommission in ihrem 3. Bericht zum Thema „Schutz der Erde“ vorgeschlagenen Maßnahmen können weltweite Klimaänderungen und ihre Folgen lediglich begrenzt werden. Dies bedeutet, daß mit Auswirkungen durch diese Klimaänderungen – allerdings mit starken regionalen Unterschieden – zu rechnen ist. Neben den Auswirkungen auf die natürlichen Ökosysteme müssen somit besonders die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen erwarteter Klimaänderungen auf nationaler und internationaler Ebene vertieft berücksichtigt werden. Insofern ist die weitere Entwicklung der Wirkungsforschung besonders hinsichtlich folgender Parameter zu begleiten und zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Auswirkungen von Klimaänderungen auf natürliche Ökosysteme, – daraus resultierende Folgen bezüglich von Bodenerosion, Wasser, Qualität und Wasserführung von Flüssen, – Einfluß der geänderten Klimaverhältnisse auf die chemische Zusammensetzung der Troposphäre, – Auswirkung der Veränderung der Quell- und Senkenstärken wichtiger umweltrelevanter Spurenstoffe in repräsentativen Ökosystemen, – Verlagerung der Klimazonen und deren Auswirkungen auf landwirtschaftliche Nutzflächen auch in höheren Breiten, – Auswirkung der Klimaänderung auf landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Erträge, – mögliche Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft einzelner Länder, – Auswirkungen von Klimaänderungen auf die Wirtschaft und Sozialpolitik in einzelnen Ländern, – mögliche Anpassungsprobleme und Strategien (kulturelle und wirtschaftliche Parameter) sowie Verteilungsfragen, – Auswirkungen von Klimaänderungen auf internationale wirtschaftliche und politische Beziehungen, – Auswirkungen auf den Nord-Süd-Dialog und die internationale Wirtschaftsordnung, – Aufarbeitung der Folgeschäden des Golfkriegs für das Klimasystem und die Biosphäre und Erarbeitung von Maßnahmen zur Verminderung der Folgeschäden, – Analyse der Wechselwirkung zwischen den zu erwartenden Klimaänderungen einschließlich ihrer Folgewirkung und den Fragen der internationalen Sicherheit und Konfliktforschung, – Vorschläge für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern zur gemeinsamen Beratung der Problematik unter besonderer Berücksichtigung des Technologietransfers und einer bedarfsgerechten Technikentwicklung in den Industrieländern, – Beratung von Maßnahmen für eine international abgestimmte Umweltpolitik, insbesondere im Hinblick auf die UN-Umweltkonferenz 1992 in Brasilien, – Problembereich zukünftiger Umweltflüchtlinge und Fragen der internationalen Sicherheit, – die Bedeutung der weltweiten Bevölkerungsentwicklung – ihre Struktur und Verteilung – und somit Fragen der Welternährung sind zu erörtern.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
<p>noch: 12. WP</p>	<p>3. Klima und Energie</p> <p>Wegen der Komplexität des Problembereiches, der außerordentlich weitreichenden und umfangreichen Zielvorgaben und allgemeinen Maßnahmenempfehlungen sollten in der 12. Wahlperiode folgende Aufgaben gelöst werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Weiterentwicklung nationaler Umsetzungsstrategien in den Endenergiesektoren „Verkehr, Haushalte, Kleinverbrauch (Handwerk, Dienstleistungsbereich, öffentliche Einrichtungen), Industrie“ sowie im Umwandlungssektor, – Erarbeitung nationaler Umsetzungsmaßnahmen im Energieumwandlungssektor im Rahmen des im 3. Bericht vorgeschlagenen Reduktionsplanes, – dabei ist ein besonderer Schwerpunkt auf die umweltverträgliche Neuordnung des Verkehrssektors zu legen, insbesondere unter Berücksichtigung der neuen Bundesländer, – Bearbeitung offener und konkretisierungsbedürftiger Fragen des bisher durchgeführten Studienprogramms, insbesondere unter Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Dies sollte durch entsprechende weitere Studien vertieft aufgearbeitet werden, – aktuelle Bestandsaufnahme über die Situationen in den neuen Bundesländern und die Implementierung der Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme in die Gesamtkonzeption der Enquete-Kommission.
	<p>Schutz des Menschen und der Umwelt (Drs. 12/1951):</p> <p>I. Zur Vorbereitung parlamentarischer Entscheidungen über mögliche weitere Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vor Gefahrstoffen sowie über Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft wird eine Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffe und Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt.</p> <p>Die Enquete-Kommission hat den Auftrag, Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft zu entwickeln. Hierfür sind die Chancen und Risiken von Stoffen, Stoffströmen und Stoffkreisläufen, auch in Verbindung mit Energieeinsatz, Verfahrenstechniken und Funktionszusammenhängen, sowie die volkswirtschaftlichen Kosten und Nutzen aufzuarbeiten. Dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bestandsaufnahme der wichtigsten Problemkreise der industriellen Stoffwirtschaft einschließlich ihrer historischen Entwicklungszusammenhänge und Erarbeitung von Lösungsansätzen; – Entwicklung wissenschaftlich begründeter und gesellschaftlich konsensfähiger Bewertungskriterien für vergleichende Ökobilanzen; – Bewertung von Anwendungsfeldern, größeren Stoffgruppen und Endprodukten sowohl aus der Perspektive der erzeugenden und der verarbeitenden Wirtschaft wie auch aus der Perspektive der Endverbraucher; – Darstellung möglicher Entwicklungsalternativen bei der Gewinnung, Verarbeitung und Entsorgung von Stoffen (Zukunftspfade) unter Berücksichtigung technischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Parameter; – Vertiefung des chemie- und industriepolitischen Dialogs, um die Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Konsensbildung zu verbessern; – Abgabe von Empfehlungen an den Deutschen Bundestag für gesetzgeberisches und politisches Handeln.

Hinweis

Einzelheiten zu der in der 10. Wahlperiode eingerichteten Europa-Kommission des Bundestages enthält im vorliegenden **Datenhandbuch** Abschnitt 24.10: Koordinierungsgremien beim Bundestag.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 12. WP	<p>II. Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission deshalb, insbesondere folgende Fragestellungen zu bearbeiten:</p> <p><i>1. Bestandsaufnahme und Bewertung wichtiger Problemfelder der industriellen Stoffwirtschaft und ihrer Folgen unter der Zielsetzung einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Chemie</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Bestimmung zentraler Problembereiche, Begriffsanalyse und Begriffsdefinition; – exemplarische Entwicklung von Methoden und Kriterien für die Bilanzierung und die Bewertung wichtiger Stoffflüsse (z.B. Stickstoffverbindungen, Schwermetalle, Chlorbilanz sowie weiterer Halogenverbindungen) über die gesamte Kette von Rohstoffen über Produktion und Produkte bis hin zu Wiederverwendung, -verwertung und Entsorgung, auch im Vergleich zu anderen Stoffgruppen, und in Abhängigkeit zu dem jeweiligen Transportmedium (Wasser, Boden, Luft); – Bestandsaufnahme und Bewertung nationaler und internationaler (vor allem EG-Recht und OECD) stoffbezogener Regelungen (einschließlich Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz) sowie der dafür zuständigen Institutionen [insbesondere Beratergremien für umweltrelevante Altstoffe (BUA), Beratergremium der BG Chemie, Ausschuß für Gefahrstoffe, MAK-Kommission]; – Vergleich zwischen den stoffbezogenen Standards in Westeuropa und in anderen wichtigen OECD-Ländern; – Auswirkungen des EG-Binnenmarktes und Erarbeitung von Vorschlägen zur Festlegung verbindlicher umweltpolitischer Mindeststandards in der EG mit der Möglichkeit weitergehender nationaler Regelungen. <p><i>2. Perspektiven einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Stoffwirtschaft – Empfehlungen zu stoffökologischen Innovationen und alternativen Entwicklungslinien</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Stoffliche Belastungen der Biosphäre (stoffökologischer Bezugsrahmen) und Festlegung von Qualitätszielen unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips; – Entwicklung von Bewertungskriterien einer ökologischen Stoffwirtschaft (umweltpolitische Prinzipien, Kriterien der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit, einschließlich der Berücksichtigung von Langzeitwirkungen, Synergismen und begrenztem Wissen, sowie Minimierungsgebote etc.); – Bewertungsmethoden und Kriterien für die Ökobilanzierung einzelner Stoffe und Produkte in vergleichbaren Anwendungsfeldern auf ihre Umweltrelevanz (Ökobilanzen); – gesellschaftliche Aspekte der Stoffwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> – Akzeptanzfragen, größere Öffentlichkeit und Transparenz über Erzeugung und Verwendung chemischer Produkte; – positive und negative Bedeutung wirtschaftlicher, industrie- und gesundheitspolitischer Auswirkungen der chemischen Industrie; – langfristige Wettbewerbschancen und Möglichkeiten der Innovationsförderung; – Möglichkeiten stoffökologischer Innovationen und umweltverträglicher Entwicklungslinien, möglichst Aufzeigen beispielhafter Anwendungen und Anwendungsfelder; – institutionelle und politische Bedingungen für eine ökologische Stoffwirtschaft; – gesellschaftliche Mitgestaltungsmöglichkeiten, Qualifizierungsbedingungen sowie Mitbestimmung für Arbeitnehmer und Betriebsvertretungen. <p><i>3. Empfehlungen für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Stoffwirtschaft unter Berücksichtigung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – von Kosten-Nutzen-Abschätzungen; – der Abwägung gesellschaftlicher Chancen und Risiken unter Berücksichtigung insbesondere von Sozialverträglichkeit und Friedensverträglichkeit; – des Versuchs der Bestimmung eines „sozialen Nettonutzens“.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 12. WP	<p>Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur (Drs. 12/2597):</p> <p>Die Enquete-Kommission soll die notwendige historische Forschung weder vorwegnehmen noch ersetzen. Ihre Arbeit hat das Ziel, im Dialog mit der Öffentlichkeit zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins und zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland beizutragen.</p> <p>II. Die Kommission hat dabei die Aufgabe, Beiträge zur politisch-historischen Analyse und zur politisch-moralischen Bewertung zu erarbeiten. Dazu gehören:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Strukturen, Strategien und Instrumente der SED-Diktatur, insbesondere die Frage der Verantwortlichkeiten für die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten sowie für die Zerstörung von Natur und Umwelt zu analysieren, u. a.: <ul style="list-style-type: none"> – die Entscheidungsprozesse in der SED, – das Verhältnis von SED und Staatsapparat, insbesondere das zwischen den verschiedenen Ebenen der SED und des MfS, – Struktur und Arbeitsweise der Staatssicherheit, der Polizei und der Justiz, – die Rolle der Blockparteien, der Massenorganisationen und der Medien, – die Militarisierung der Gesellschaft und die Rolle der „bewaffneten Organe“, – die Umgestaltung und Instrumentalisierung der Wirtschaft (Enteignung; Zwangskollektivierung, Zentralverwaltungswirtschaft), – den rücksichtslosen Umgang mit Natur und Umwelt; 2. die Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken darzustellen und zu werten, u. a.: <ul style="list-style-type: none"> – die Funktion und Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus und des Antifaschismus, – Stellenwert und Mißbrauch von Erziehung, Bildung, Wissenschaft, Literatur, Kultur und Kunst sowie des Sports, – Umgang mit sowie Auswirkungen und Rolle von Karriereangeboten und Privilegien; 3. die Verletzung internationaler Menschenrechtskonventionen und -normen sowie die Erscheinungsformen der Unterdrückung in verschiedenen Phasen zu untersuchen, Gruppen von Opfern zu identifizieren und Möglichkeiten materieller und moralischer Wiedergutmachung zu erwägen, u. a.: <ul style="list-style-type: none"> – die politische Repression durch Strafrecht, Strafjustiz und Strafvollzug (Haftbedingungen, Mißhandlungen, Freizügigkeitsbeschränkungen, Ausbürgerungen u. ä.), – die politischen, geistigen und psychosozialen Unterdrückungsmechanismen im alltäglichen Leben der Menschen und ihre Folgen seit 1945/46; 4. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns in den verschiedenen Bereichen herauszuarbeiten samt den Faktoren, die diese beeinflußt haben; 5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur darzustellen; 6. die Bedeutung der internationalen Rahmenbedingungen, insbesondere des Einflusses der sowjetischen Politik in der SBZ und der DDR zu beurteilen; 7. die Bedeutung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu untersuchen, u. a.: <ul style="list-style-type: none"> – die deutschlandpolitischen Ziele, Leitvorstellungen und Handlungsperspektiven in den beiden Staaten, – die innerdeutschen politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen und deren Rückwirkungen auf die Entwicklung der DDR, – die Bedeutung der persönlichen Verbindungen für das Zusammengehörigkeitsbewußtsein, – der Einfluß der Medien der Bundesrepublik Deutschland in der DDR,

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 12. WP	<ul style="list-style-type: none"> – die Aktivitäten der SED und der DDR in der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Bereich; 8. die Frage der Kontinuitäten und Analogien des Denkens, des Verhaltens und der Strukturen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, einzubeziehen. III. Die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur ist u. a. an den folgenden historischen Daten und Zeiträumen exemplarisch zu verdeutlichen: <ul style="list-style-type: none"> – Konstituierung der Diktatur und ihre Rahmenbedingungen 1945–1949 (z.B. Potsdamer Abkommen, Bodenreform, Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED, politische und gesellschaftliche Gleichschaltung u. a.); – Aufstand am 17. Juni 1953; – Zwangskollektivierung und Bau der Berliner Mauer; – Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR 1968; – Übergang von Ulbricht zu Honecker 1971; – friedliche Revolution im Herbst 1989 und deutsche Vereinigung. IV. Die Kommission soll vorrangig folgende praktische Konsequenzen ihrer Arbeit anstreben: <ul style="list-style-type: none"> – Beiträge zur politischen und moralischen Rehabilitierung der Opfer und zur Überwindung der diktaturbedingten Schäden; – Aufzeigen von Möglichkeiten zur Überwindung fortwirkender Benachteiligungen in Bildung und Beruf; – Beiträge zur Klärung der Problematik von Regierungskriminalität in der DDR; – Erhalt, Sicherung und Öffnung der einschlägigen Archive; – Verbesserung der Voraussetzungen der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit – Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag im Hinblick auf gesetzgeberische Maßnahmen und sonstige politische Initiativen; – Hinweise zur pädagogisch-psychologischen Verarbeitung der DDR-Vergangenheit ...
	<p>Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik (Drs. 12/3717):</p> <p>Die Enquete-Kommission soll folgende Aspekte des Themas behandeln:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Demographischer Wandel <ul style="list-style-type: none"> – Die Daten und ihre Entwicklung bis 2030 2. Soziales Umfeld und Familie <ul style="list-style-type: none"> – Familienstrukturen – Haushaltsgrößen – Vereinzelung – Verhältnis zwischen den Generationen 3. Materielle Situation <ul style="list-style-type: none"> – Einkommen im Alter – Vermögen im Alter – Alterssicherungssysteme – Situation in den neuen Bundesländern – Frauen im Alter 4. Wirtschaft und Arbeitsmarkt <ul style="list-style-type: none"> – Wirtschaftliche Entwicklung – Arbeitsmarkt und Beschäftigung – Flexibilität von Arbeitszeit und Altersgrenzen – Ausländische Arbeitnehmer – Europäische Entwicklung

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
<p>noch: 12. WP</p>	<p>5. Aktives Älterwerden</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erfahrung und Kompetenz – Beteiligung in der Gesellschaft – Kultur, Sport und Freizeit – Nachberufliche Tätigkeiten und ehrenamtliches Engagement <p>6. Wohnen und Wohnumfeld</p> <ul style="list-style-type: none"> – Altersgerechtes Wohnen – Wohnumfeld und Wohnumwelt – Kommunale Infrastruktur <p>7. Gesundheitliche Situation, Versorgung und Betreuung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Prävention – Rehabilitation – Geriatrie, Gerontopsychiatrie – Ambulante Einrichtungen – Stationäre Einrichtungen (Altenheim, Pflegeheim, Geriatriische Klinik, Tagespflegeheim etc.) – Älterwerden von jung an Behinderter.
<p>13. WP 1994¹⁾</p>	<p>Schutz des Menschen und der Umwelt (Drs. 13/1533):</p> <p>Die Enquete-Kommission setzt die Arbeiten der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ zu Leitbildern und Entwicklungspfaden für die zukünftige Industriegesellschaft fort. Um eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung zu ermöglichen, ist es notwendig, entsprechende ökonomische, ökologische und soziale Rahmenbedingungen zu erarbeiten, sowie deren Umsetzungsmöglichkeiten im nationalen und internationalen Raum zu überprüfen.</p> <p>I. Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission, folgende Schwerpunkte zu bearbeiten:</p> <p><i>1. Erarbeitung von Umweltzielen für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung</i></p> <p>Im Zuge einer Orientierung von Wirtschaft und Gesellschaft am Leitbild „Sustainable Development“ ist ein Strukturwandel im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erforderlich.</p> <p>Die Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung können nicht benannt werden, ohne die Frage nach den Randbedingungen dieser Entwicklung zu klären. Einerseits können Umweltziele nur unter Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen formuliert werden. Andererseits können soziale und wirtschaftliche Ziele nicht ohne Rücksicht auf ökologische Auswirkungen erreicht werden. Die Entwicklung neuer Konzepte und Strukturen wird oft notwendig sein.</p> <p>Die Begrenzung des Eintrages von Schadstoff in die Umwelt und von klimaschädlichen Emissionen sind wesentliche Voraussetzungen, um eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung zu erreichen. Dem umfassenden Anspruch des Leitbildes folgend sind nicht nur die regional begrenzten unerwünschten Auswirkungen auf das Ökosystem zu betrachten, sondern auch die globalen Wirkungen.</p> <p>Im Hinblick auf die Ausgestaltung nationaler Ziele wie auch der Maßnahmen zu ihrer Erreichung müssen daher die Möglichkeiten zur internationalen Ausweitung berücksichtigt werden.</p> <p>Um Maßstäbe für die Umweltpolitik zu erhalten, sind folgende Arbeiten zu bewältigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bestandsaufnahme der Umwelt unter besonderer Berücksichtigung der Quellen und der Senken belastender Stoffe, – Identifikation von konkreten Problemfeldern und Stoffströmen,

1) Stand: 31. August 1997

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP	<ul style="list-style-type: none"> – Fortentwicklung übergeordneter Bewertungskriterien für den Umgang mit Stoffen, besonders bei umweltoffener Anwendung, – Normative Festlegung von Umweltzielen und Umweltqualitätszielen, – Erarbeitung von Grundlagen für einen nationalen Umweltplan. <p><i>2. Erarbeitung ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung</i></p> <p>Zur Erarbeitung ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen sind folgende Schritte notwendig:</p> <ul style="list-style-type: none"> – In einem ersten Schritt müssen die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit des bestehenden Systems einer sozialen Marktwirtschaft und des bestehenden sozio-kulturellen Systems analysiert und beschrieben werden. Die Grenzen ihrer Wandlungsfähigkeit im Rahmen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung müssen herausgearbeitet, Mindestanforderungen zur nachhaltigen Sicherung der Stabilität dieser Systeme gegebenenfalls definiert werden. – In einem nächsten Schritt gilt es, die Wechselwirkungen zwischen den sozio-ökonomischen Aspekten und Rahmenbedingungen auch in Verbindung mit den ökologischen Zielsetzungen darzustellen. – Schließlich geht es um die Analyse der sozio-ökonomischen Systeme im Hinblick auf ihre fundamentalen Steuerungsprinzipien und -mechanismen. Dabei ist zu untersuchen, wie sich die Prinzipien der Marktsteuerung, Vertragsfreiheit, Eigentumsordnung sowie die Vorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit an das Leitbild anpassen lassen. <p><i>3. Notwendigkeit gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Innovationen</i></p> <p>Eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung ist nur durch einen Wandel zu erreichen, der neben technischen auch soziale und gesellschaftliche Innovationen umfaßt.</p> <p>Die Umsetzung des Leitbildes „Sustainable Development“ kann letztlich nur durch das Zusammenwirken aller Akteure auf Basis eines entwickelten Problembewußtseins gelingen.</p> <p>Es ist daher nötig:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Strategien zur Förderung neuer, ressourcenschonender und schadstoffvermeidender Verfahren, Produkte und Strukturen zu entwickeln, – Szenarien zur Erreichung des übergeordneten Leitbildes einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung im internationalen Rahmen zu entwickeln, – Schwerpunktsetzungen im Bildungsbereich zur Vermittlung des Leitbildes und der zu seiner Verwirklichung erforderlichen Qualifikationen vorzunehmen, – innovationsfördernde Rahmenbedingungen in Kultur und Gesellschaft zu verbessern, – die Einflußfaktoren auf das Handeln und Verhalten von Konsumenten und Produzenten im Hinblick auf die individuelle Umsetzung von Umwelteinstellungen zu analysieren, – den notwendigen Wandel zur Umsetzung des Leitbildes und die damit einhergehende Neubewertung von Werthaltungen, Einstellungen, Konsummustern und Lebensstilen auf Basis der gesellschaftlichen Ziele und vorhandener Erfahrungswerte zu beschreiben. <p><i>4. Maßnahmen zur Umsetzung einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung</i></p> <p>Zur Wahrnehmung seiner Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Innovationen zu schaffen, stehen dem Staat verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, die im Sinne der aus dem Leitbild abgeleiteten gesellschaftlichen Ziele entworfen, umgestaltet, ergänzt oder kombiniert werden müssen. Im Lichte der Knappheit der Umwelt und anderer Güter ist die Frage zu klären, auf welche Weise bislang von der Allgemeinheit getragene nachteilige Effekte am besten verursachergerecht in interne Kosten überführt werden können.</p> <p>Dabei sind folgende Bereiche verstärkt zu behandeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Überprüfung und Weiterentwicklung des umweltpolitischen Instrumentariums: <ul style="list-style-type: none"> – Vorschläge zur verbesserten Anpassung ordnungsrechtlicher Bestimmungen an die Anforderungen und Möglichkeiten eines betriebs- und medienübergreifenden Umweltschutzes,

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP	<ul style="list-style-type: none"> - Untersuchung und Bewertung der Einsatzmöglichkeiten ökonomischer Instrumente in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft anhand konkreter Beispiele aus verschiedenen Bereichen (Abgaben, Steuern [z. B. „ökologische Steuerreform“], Zertifikate, Haftungsrecht etc.), - Überprüfung der Möglichkeiten zur Förderung informatorischer Instrumente und freiwilliger Maßnahmen (Umweltmanagementsysteme, Öko-Audit, Ökobilanzen, Environmental Performance Evaluation, Responsible Care, etc.), - Überprüfung bzw. Neubewertung staatlicher Einnahmen und Ausgaben auf ihre Umweltwirkung, - Darlegung der ökologischen Folgen von Gesetzesvorhaben, - Weiterentwicklung der Methodik des Stoffstrommanagements unter besonderer Berücksichtigung diskursiver und kooperativer Vorgehensweisen, - Diskussion darüber, wie Instrumente einzeln oder in Kombination eingesetzt werden können, um konkrete Umweltziele treffsicher und effizient zu erreichen (Untersuchung an konkreten Beispielen aus verschiedenen Bereichen). <hr/> <p>Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik (Drs. 13/1532):</p> <p>Folgende Themenschwerpunkte sollen behandelt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wandel familialer und außerfamilialer Strukturen, Aufbau von Hilfs- und Helferstrukturen, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> - die finanzielle Situation von Familien und der Wandel der Familienstrukturen und -beziehungen über den Lebenslauf (Lebensphasen), - die Tragfähigkeit und Belastbarkeit von Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen im fortschreitenden Alter (unter Berücksichtigung der besonderen Situation ausländischer Familien und älter werdender Behinderter), - Möglichkeiten und Grenzen zur Stärkung und Förderung außerfamilialer Netze und neuer gemeindenaher Hilfs- und Helferstrukturen. 2. Arbeitsmarktentwicklung und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> - die Konsequenzen einer steigenden Erwerbsbeteiligung auf die Arbeitsnachfrage unter Berücksichtigung der Kommerzialisierung bisheriger weitgehend unentgeltlicher Tätigkeiten, - die Zusammenhänge zwischen einer älter werdenden Gesellschaft und ihrer Innovationsfähigkeit unter Berücksichtigung der Situation von Erwerbspersonen in der und Konsequenzen für die Weiterbildungspraxis in der zweiten Lebenshälfte, - das Spannungsfeld zwischen den steigenden Arbeitslosenquoten und der Frühverrentung sowie nachberuflichen Tätigkeitsfeldern älterer Menschen. 3. Soziale Sicherungssysteme, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> - konkrete institutionelle Maßnahmen in verschiedenen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme sowie Möglichkeiten einer Angleichung von Leistungsstrukturen, - Auswirkungen des demographischen Wandels auf die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme und Möglichkeiten der Abfederung von negativen Folgen. 4. Situation der älteren Ausländer, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> - ihre Lebensbedingungen, - ihre Zukunftsperspektiven im Prozeß des demographischen Wandels.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
<p>noch: 13. WP</p>	<p>5. Für alle Schwerpunktthemen gilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Datenlage sollte auf einen Zeitraum über das Jahr 2030 hinaus ausgedehnt und mit berücksichtigt werden, – die europäische Dimension sollte – wo immer möglich und sinnvoll – in den einzelnen Kapiteln mit eingebracht werden, – regionale Aspekte (z. B. bezogen auf die neuen Bundesländer) sollten – wo möglich und sinnvoll – in den einzelnen Themenkreisen mit eingebracht werden. <hr/> <p>Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit (Drs. 13/1535):</p> <p>Die Enquete-Kommission hat die folgenden Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sie soll, aufbauend auf den Ergebnissen der Vorgängerkommission, Beiträge zu einer politisch-historischen Analyse und einer politisch-moralischen Bewertung der SED-Diktatur leisten, den gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozeß fördern und für die Zukunft Vorschläge für seine Weiterführung machen. Dabei wird zu prüfen sein, ob dafür nicht auch zusätzliche institutionelle Mittel, z. B. im Rahmen einer Stiftung, zu schaffen sind. Das Erkenntnisinteresse der Kommission richtet sich insbesondere auf die äußeren und inneren Folgen und Nachwirkungen der SED-Diktatur und die daraus erwachsenden Probleme für den Prozeß der inneren Einigung. 2. Die Enquete-Kommission soll zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen und allen Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen entgegenwirken. Dafür ist die Entwicklung gesamtdeutscher Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und deren Opfer wichtig. Die Erinnerung an die Opfer von Unrecht und Gewalt, an Widerstand und Mut in den Diktaturen sowie den Prozeß der Ablösung der SED-Herrschaft 1989 soll für das öffentliche Bewußtsein und die nationale Kultur wachgehalten werden. Gleichzeitig müssen die seinerzeit in beiden deutschen Staaten entwickelten unterschiedlichen Formen und Inhalte der Würdigung des Widerstands gegen den Nationalismus sowie die Instrumentalisierung des Antifaschismus als Legitimationsideologie in der SBZ/DDR bedacht werden. In diesem Zusammenhang soll die Kommission unter Berücksichtigung der bestehenden Bund-Länder-Absprachen Vorschläge zu einer umfassenden Gedenkstättenkonzeption unterbreiten. 3. Die Enquete-Kommission soll helfen, daß sich die Menschen mit ihren unterschiedlichen Biographien im Einigungsprozeß besser wiederfinden. Damit soll sie zur Versöhnung in der Gesellschaft beitragen, begründet auf dem Willen zu Offenheit, zu historischer Wahrheit und zu gegenseitigem Verständnis. Die personelle Würde der von Unrecht und Leid Betroffenen muß wiederhergestellt werden. Dazu gehört sowohl die öffentliche Würdigung der Opfer wie die Notwendigkeit, ihnen, wo irgend möglich, nachträglich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. So wird Gegenstand der Enquete-Kommission sein zu prüfen, inwiefern heute in diesen Fragen aus der Sicht der Opfer Defizite bestehen, und wie dem durch die Gesetzgebung abgeholfen werden kann. Ferner ist zu prüfen, ob und inwiefern es heute noch einen politischen Handlungsbedarf in der Frage gibt, wie mit den Verantwortlichen des Systems und ihren Helfern umgegangen werden soll. In diesem Zusammenhang wird sich die Kommission auch den Problemen der justitiellen Aufarbeitung der SED-Diktatur zuwenden. 4. Die Enquete-Kommission greift aktuelle anstehende Fragen auf und erarbeitet politische Handlungsempfehlungen. Sie wird bei ihrer Tätigkeit Schwerpunkte setzen müssen. Sie soll sich exemplarisch solchen gesellschaftlichen Problemfeldern zuwenden, in denen vor dem Hintergrund von 40 Jahren SED-Diktatur und deutscher Teilung heute konkretes politisches Handeln besonders nötig erscheint. Dazu gehören die Würdigung von Leistungen der Menschen unter den repressiven Bedingungen in der DDR ebenso wie der Ausgleich von Nachteilen und die Herstellung von Chancengleichheit im vereinten Deutschland.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP	<p>Die Kommission widmet sich insbesondere folgenden Themenfeldern, wobei den ideologischen Grundlagen und den repressiven Strukturen besondere Beachtung zuteil werden soll:</p> <p><i>A. Bildung, Wissenschaft, Kultur</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Ziele und Methoden des ideologischen Einflusses der SED. – Militarisierung der Gesellschaft und Bedeutung von Feindbildern. – Folgen der Durchdringung dieser Bereiche durch das Ministerium für Staatssicherheit. – Möglichkeiten der Gestaltung von Lebensräumen unter dieser und trotz dieser Beeinflussung. – Fortwirkung von Strukturen und Inhalten des Erziehungswesens, der Jugendpolitik sowie in Wissenschaft, Kunst und Kultur in der DDR sowie ihre Bewertung im Transformationsprozeß. – Welche Herausforderungen ergeben sich aus der Bilanz für die heutige Politik in diesen Bereichen? <p><i>B. Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Strukturen der sozialistischen Planwirtschaft und deren Bilanz am Ende der 80er Jahre. – Sozialpolitik und soziale Situation in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit. – Umweltbilanz der SED-Diktatur. – Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der DDR. – Folgerungen für den wirtschaftlichen Transformationsprozeß. <p><i>C. Das geteilte Deutschland im geteilten Europa</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die beiden Blöcke und die Frage nach der Möglichkeit selbständiger politischer Entscheidungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland. – Die Westarbeit der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit. – Die Ostpolitik der Bundesregierung und der Parteien. – Die wirtschaftlichen und finanziellen Ost-West-Beziehungen. – Die gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Ost-West-Kontakte. – Verfolgung von Andersdenkenden in der SBZ/DDR. – Die Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Politik. – Welche Folgerungen ergeben sich für die Politik des vereinten Deutschlands gegenüber Gesamteuropa und im Umgang mit diktatorischen Regimes?
	<p>Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft (Drs. 13/3219):</p> <p>Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission, insbesondere die folgenden Schwerpunkte zu untersuchen:</p> <p><i>1. Technologie und Infrastruktur</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Technologische Entwicklung im Bereich der Netze, Dienste und Anwendungen (Hard- und Software) – Gestaltungspotentiale der Technik zur Unterstützung von Entwicklungs- und Produktionsprozessen in den Bereichen Dienstleistungen, Industrie und Handwerk – Anforderungen an die Gestaltung der Informationstechnologien aus Sicht der Endnutzer – Infrastrukturelle Voraussetzungen (staatlich und privat) zur Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien – Modellanwendungen und Pilotprojekte im staatlichen, gesellschaftlichen, unternehmerischen und privaten Bereich. <p><i>2. Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Umwelt, Verkehr</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Informations- und Kommunikationstechnologien als Katalysator für die volkswirtschaftliche Dynamik; Auswirkungen der Informationstechnologien auf die internationale Arbeitsteilung,

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP	<p>auf Güter-, Finanz- und Dienstleistungsmärkte sowie Konsequenzen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland</p> <ul style="list-style-type: none"> – Auswirkungen auf den Strukturwandel in Deutschland (sektoral, regional, betriebsbezogen), Entstehen neuer und Verlust alter Arbeitsplätze und die sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen – Qualifikation und Dequalifikation (Höherqualifizierung durch die neuen Technologien, relativer Bedeutungsverlust manueller Tätigkeiten und zunehmende Nachfrage nach Steuerungs- und Überwachungstätigkeiten, Entwicklungen in der Arbeitswelt) – Internationale Zusammenarbeit und Allianzen im Informations- und Telekommunikationsbereich; Wettbewerb und Konzentration – Möglichkeiten zur Beschleunigung des Technologie- und Wissenstransfers in der Gesellschaft – Zugangsmöglichkeiten vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zu den modernen Telekommunikationsinfrastrukturen und -diensten sowie zu den öffentlichen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen – Veränderungen innerhalb von Unternehmen und öffentlicher Verwaltung (Aufbau- und Ablauforganisation) und deren Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Arbeitsplätze und Arbeitsrecht – Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und Arbeitsschutz (insbesondere Fragen der Mitbestimmung und Betriebsverfassung), Arbeitsrecht (z. B. Auswirkungen durch Individualisierung von Arbeitsverhältnissen und geographische Trennung von Arbeitsort und Unternehmen durch Telearbeit) – Neue Verkehrssysteme, Steuerung der Verkehrsströme (z. B. Einführung von Telematik-Lösungen zur Vernetzung der Verkehrsträger, Verkehrsmanagement-Systeme, moderne Verkehrsdienstleistungen) – Entlastung der Umwelt und neue Umweltbelastungen durch moderne Kommunikationstechnologien (z. B. Telearbeit, Satellitenbüros, Telekonferenzen, Tele-Learning, Tele-Shopping, Entsorgung elektronischer Altgeräte) – Bedeutung und Chancen der Informationstechnologien im privaten Sektor sowie im ländlichen Raum, Konsequenzen für die räumliche und zeitliche Zuordnung von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit – Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen <p><i>3. Bildung und Ausbildung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Entstehen neuer Ausbildungsberufe, Ausbildungsinhalte und Beschäftigungsfelder in Industrie, Handel und Dienstleistungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht und sich daraus ergebende Konsequenzen für das Bildungssystem (zusätzlicher Fortbildungsbedarf) – Anwendungen und Wirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Bildungsbereich (Schule, berufliche Ausbildung, Hochschule, Erwachsenenbildung, Fort- und Weiterbildung) – Schicht-, geschlechts- und altersspezifische Nutzung der neuen Medien – Medienerziehung in Schule, Hochschule und in der außerschulischen Bildung und Ausbildung; Erwerb von Medienkompetenz – Erziehung zu mündigen Teilnehmern der Informationsgesellschaft (Stärkung der Anwender, Schutz vor Desorientierung und Falschinformation) <p><i>4. Gesellschaft: Kultur, Demokratie, Meinungsvielfalt</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter (Telearbeit, Telekonferenzen), auch durch Schaffung zeitlicher Freiräume (Teleeinkauf, Telebanking) – Gewährleistung von Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, Verhinderung demokratiegefährdender Machtkonzentration.

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP	<p>III. Die Enquete-Kommission soll – unabhängig von und zusätzlich zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren – auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, insbesondere auf folgenden Feldern benennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Angemessener ordnungspolitischer und rechtlicher Rahmen für die Informationsinfrastruktur, Dienste und Anwendungen (national, international und im Bund-Länder-Verhältnis) – Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, damit die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland für die Aus- und Fortbildung, den Umweltschutz, die Raumordnung, die kulturelle Entwicklung und die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung optimal genutzt werden können – Beseitigung von staatlichen Regelungen, die den Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien hemmen – Liberalisierung und weltweite Öffnung der Netze und Dienste im Bereich der Telekommunikation, so daß ein funktionsfähiger Wettbewerb entsteht und kleine und mittlere Unternehmen eine faire Marktchance erhalten – Normen und Standards als Grundlage der Verbreitung und des Wettbewerbs der neuen Medien – Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs zur Vermeidung marktbeherrschender Stellungen einzelner Unternehmen und eines ungehinderten Zugangs zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (z. B. Entgelte, Lizenzen, Netzzugang, Wegrechte, Nummernverwaltung, Tarifstrukturen auch für Online-Dienste für Geschäfts- und Privatkunden) – Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, damit in Deutschland möglichst viele neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen können, und soziale Flankierung dieses Strukturwandels – Sicherung von Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit – Sicherung einer flächendeckenden und preisgünstigen Informationsgrundversorgung als Voraussetzung für eine angemessene Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben, insbesondere in den Bereichen Information, Bildung und Kultur, um einen diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen – Vermittlung von Medienkompetenz – Technische, administrative und rechtliche Voraussetzungen für Datensicherheit und Datenschutz (Kryptographie), Wahrung der Persönlichkeitsrechte und des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung – Schutz geistiger Eigentumsrechte (z. B. Urheberrechte) und der Privatsphäre, Schutz der Wohnung vor unerwünschtem Eindringen Dritter über Netze; Haftungsrecht – Verbrechensbekämpfung (Verschlüsseln/Entschlüsseln) – Jugend- und Verbraucherschutz (Förderung der Selbstverpflichtung der Anbieter), Minderheitenschutz – Bestandssicherung und Entwicklung öffentlich-rechtlicher Informationsangebote – Definition von Rundfunk und neuen Diensten.

Hinweis

Zum Thema Lobbyismus enthält das *Datenhandbuch* Angaben auch in folgenden Abschnitten:

- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 9.8 Öffentliche Anhörungen (mit dem Unterabschnitt „Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter“)
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände

Wahlperiode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP	<p>Sogenannte Sekten und Psychogruppen (Drs. 13/3867, 13/4477):</p> <p>Die Kommission soll dabei die folgenden Aspekte des Themas schwerpunktmäßig behandeln:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Analyse von Zielen, Aktivitäten und Praktiken der in der Bundesrepublik Deutschland agierenden sogenannten Sekten und Psychogruppen <ul style="list-style-type: none"> Die Analyse soll <ul style="list-style-type: none"> – die von diesen Organisationen ausgehenden Gefahren für den einzelnen, den Staat und die Gesellschaft erfassen; – die offenen und verdeckten gesellschaftspolitischen Ziele dieser Organisationen aufarbeiten; – nationale wie internationale Verflechtungen der Organisationen darstellen und – Grenzen der Inanspruchnahme der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit durch neuere religiöse und weltanschauliche Bewegungen, sogenannte Sekten und Psychogruppen, aufzeigen. 2. Gründe für die Mitgliedschaft in einer sogenannten Sekte oder Psychogruppe und für die Ausbreitung solcher Organisationen <ul style="list-style-type: none"> Die Enquete-Kommission soll hierzu <ul style="list-style-type: none"> – untersuchen, welche Einstiegswege und Verläufe der Mitgliedschaft typisch sind; – aufklären, welche gesellschaftlichen und politischen Bedingungen ursächlich für eine verstärkte Bereitschaft sind, sogenannten Sekten und Psychogruppen beizutreten; – feststellen, welche Anwerbungs- und Rekrutierungsstrategien von diesen Organisationen verfolgt werden und – Vorschläge erarbeiten, auf welche Weise verhindert werden kann, daß Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, Verbände, Interessenvertretungen und andere Institutionen unbewußt in solche Organisationen hineingezogen bzw. von diesen mißbraucht werden. 3. Probleme von Mitgliedschaft und Ausstieg <p>Die Mitgliedschaft kann nicht nur zu Problemen für das einzelne Sektenmitglied, sondern auch für dessen Angehörige und Freunde sowie zu Problemen in Unternehmen, Verbänden, Interessenvertretungen und anderen Institutionen führen. Von besonderer Bedeutung sind Sozialisationsprobleme und familienrechtliche Konfliktfälle. Auch wenn die Betroffenheitssituationen unterschiedlich sind, ist der Umgang mit den jeweiligen Problemen oder deren Lösung ohne eine entsprechende Hilfestellung häufig nicht zu bewältigen. So gilt es für die Kommission, die durch eine Mitgliedschaft verursachten Probleme und Folgen für alle Betroffenen ebenso zu untersuchen, wie die Frage, welche Hilfsangebote zur Verfügung stehen bzw. stehen sollten. Wichtig ist bei der Prüfung von Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Ausstiegshilfen, die Erfahrungsberichte ehemaliger Mitglieder über von einigen Organisationen ausgeübten Druck, die psychische Situation von Mitgliedern sowie ihre Chancen und Möglichkeiten für die Zeit „danach“ zu berücksichtigen.</p> 4. Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der bisherigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung <p>Die Kommission soll für den zukünftigen Umgang mit dem Phänomen der sogenannten Sekten und Psychogruppen unter Einbeziehung der damit tangierten gesellschaftlichen Institutionen kurzfristig umsetzbare und grundsätzliche Handlungsempfehlungen geben. Sie soll dabei auch die Frage beantworten, ob die bisherige gesellschaftspolitische Behandlung und die pauschale Bezeichnung dieser Organisationen als Sekte oder Jugendsekte der tatsächlichen Entwicklung und den Notwendigkeiten für eine angemessene gesellschaftspolitische Auseinandersetzung entsprechen.</p>

Die Zusammensetzung der bisherigen Enquete-Kommissionen

Die folgende Tabelle veranschaulicht für alle Enquete-Kommissionen seit der 6. Wahlperiode, wie sie im einzelnen zusammengesetzt waren, und zwar sowohl hinsichtlich der Aufteilung nach Fraktionen als auch hinsichtlich des Verhältnisses von Abgeordneten und Sachverständigen.*)

Bezeichnung der Enquete-Kommission	eingesetzt in ... WP	Zahl der Mitglieder des Bundestages					Zahl der Sach- verständigen	Mitglieder insgesamt
		ins- gesamt	davon aus der Fraktion					
			CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE ⁶⁾		
Auswärtige Kulturpolitik	6. WP 1969–72	5	2	2	1	–	4	9
	7. WP 1972–76	5	2	2	1	–	5	10
[Fragen der] Verfassungsreform	6. WP 1969–72	7	3	3	1	–	12 ¹⁾	19
	7. WP 1972–76	7	3	3	1	–	14 ¹⁾	21
Frau und Gesellschaft	7. WP 1972–76	5	2	2	1	–	5	10
	8. WP 1976–80	5	2	2	1	–	5	10
Zukünftige Kernenergie-Politik	8. WP 1976–80	7	3	3	1	–	8	15
	9. WP 1980–83	7	3	3	1	–	8	15
Neue Informations- und Kommunikationstechniken	9. WP 1980–83	9	4	3	2	–	7	16

Jugendprotest im demokratischen Staat	9. WP 1980–83	7	3	3	1	–	5	12
Chancen und Risiken der Gentechnologie	10. WP 1983–87	9	4	3	1	1	8	17
Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmen- bedingungen der technischen Entwicklung (10. WP) / Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung (11. WP)	10. WP 1983–87	9	4	3	1	1	8	17
	11. WP 1987–90	9	4	3	1	1	8	17
Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung	11. WP 1987–90	9	4	3	1	1	8	17
Strukturreform der gesetzlichen Kranken- versicherung	11. WP 1987–90	9	4	3	1	1	9	18
Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre (11. WP) / Schutz der Erdatmosphäre (12. WP)	11. WP 1987–90	11	5	4	1	1	9 ²⁾	20 ²⁾
	12. WP 1990–94	13 ³⁾	6	5	2	–	13	26 ³⁾
Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000	11. WP 1987–90	9	4	3	1	1	8	17
Schutz des Menschen und der Umwelt	12. WP 1990–94	13 ⁴⁾	6	5	2	–	13 ⁴⁾	26 ⁴⁾
	13. WP 1994–7)	11 ⁵⁾	5	4	1	1	11 ⁵⁾	22 ⁵⁾
Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur (12. WP) / Überwin- dung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit (13. WP)	12. WP 1990–94	16 ⁴⁾	8	6	2	–	11 ⁴⁾	27 ⁴⁾
	13. WP 1994–7)	11 ⁵⁾	5	4	1	1	11 ⁵⁾	22 ⁵⁾

*) 1) 2) usw.: Fußnoten auf der nächsten Seite

Bezeichnung der Enquete-Kommission	eingesetzt in ... WP	Zahl der Mitglieder des Bundestages					Zahl der Sach- verständigen	Mitglieder insgesamt
		ins- gesamt	davon aus der Fraktion					
			CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE ⁶⁾		
Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik	12. WP 1990–94	17	9	6	2	–	10	27
	13. WP 1994–7)	11 ⁵⁾	5	4	1	1	11 ⁵⁾	22 ⁵⁾
Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft	13. WP 1994–7)	11 ⁵⁾	5	4	1	1	11 ⁵⁾	22 ⁵⁾
Sogenannte Sekten und Psychogruppen	13. WP 1994–7)	11 ⁵⁾	5	4	1	1	11 ⁵⁾	22 ⁵⁾

Fußnoten für die Seiten 2290–2292:

- 1) davon sieben vom Bundesrat benannte Ländervertreter
 - 2) Am 7. Dezember 1988 wurde die Erhöhung der Zahl der Sachverständigen auf 11 beschlossen; die Mitgliederzahl insgesamt betrug daraufhin 22.
 - 3) Zuzüglich je ein nichtstimmberechtigter Abgeordneter der beiden Gruppen PDS/LL und Bündnis 90/Die Grünen
 - 4) Zuzüglich je ein nichtstimmberechtigter Abgeordneter der beiden Gruppen PDS/LL und Bündnis 90/Die Grünen sowie je ein von ihnen benannter Sachverständiger
 - 5) Zuzüglich ein nichtstimmberechtigter Abgeordneter der Gruppe der PDS und ein von ihr benannter Sachverständiger
 - 6) ab 13. Wahlperiode: Bündnis 90/Die Grünen
 - 7) Stand: Ende August 1997
- *) Quelle: *Heiko Braß*, Enquete-Kommissionen im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit. In: Das wohlberatene Parlament. Hrsg. von *Thomas Petermann*. Berlin 1990. S. 65–95 (hier: S. 72).

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Sonstige Anträge auf Einsetzung einer Enquete-Kommission

Folgende Anträge auf Einsetzung einer Enquete-Kommission sind seit ihrer Einrichtung im Jahre 1969 abgelehnt oder nicht abschließend behandelt worden:

7. Wahlperiode (1972–76)

- 1) Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr. Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Untersuchung der Maßnahmen, durch welche der **Schutz ungeborenen Lebens** wirksamer gewährleistet werden kann (Drs. 7/548 vom 11. 5. 1973)

Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit (federführend) sowie an den Sonderausschuß Strafrecht und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung in der 33. Sitzung vom 17. 5. 1973; Bericht und Antrag des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit (Drs. 7/1789): Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (anstelle einer Enquete-Kommission beim Deutschen Bundestag) mit einem bestimmten Prüfungsauftrag, Vorlage eines Berichts bis spätestens zum 1. Januar 1978; 88. Sitzung vom 21. 3. 1974: Einstimmige Annahme der Drs. 7/1789.

- 2) Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr. Einsetzung einer Enquete-Kommission „**Energieforschung**“ (Drs. 7/3003 vom 18. 12. 1974) zwecks folgender Untersuchungen: Bestandsaufnahme der Energieforschung, Ausbau der Forschungskapazitäten sowie Organisation und Finanzierung, Anwendung von Forschungsergebnissen, Untersuchungen über die positiven und negativen Auswirkungen von technologischen Großprojekten.

Überweisung an den Ausschuß für Forschung und Technologie (federführend) und an den Wirtschaftsausschuß in der 147. Sitzung vom 31. 1. 1975.

13. Wahlperiode (1994¹⁾)

- 1) Antrag der Gruppe der PDS betr. Einsetzung einer Enquete-Kommission „**Armut und Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland**“ zur Untersuchung der Ursachen von Armut und Obdachlosigkeit und zur Erarbeitung von Vorschlägen zu deren Bekämpfung (Drs. 13/583 vom 15. 2. 1995)

Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Gesundheit (federführend) sowie an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (zur Mitberatung) in der 71. Sitzung vom 23. 11. 1995; Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (Drs. 13/5617): Ablehnung des Antrags; 126. Sitzung vom 27. 9. 1996: Annahme der Drs. 13/5617, d. h. Ablehnung der Enquete-Kommission.

- 2) Antrag der Gruppe der PDS betr. Einsetzung einer Enquete-Kommission „**Reform der Kommunalfinanzierung**“, die u. a. das derzeitige System der Finanzierung der Haushalte der Städte, Gemeinden und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland prüfen und Vorschläge für eine Reform der Kommunalfinanzierung vorlegen soll (Drs. 13/984 vom 29. 3. 1995)

Überweisung des Antrags an den Finanzausschuß (federführend) sowie an den Innenausschuß in der 35. Sitzung vom 11. 5. 1995; Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (Drs. 13/5749): Ablehnung des Antrags; 129. Sitzung vom 11. 10. 1996: Annahme der Drs. 13/5749, d. h. Ablehnung der Enquete-Kommission.

- 3) Antrag der Gruppe der PDS betr. Einsetzung einer Enquete-Kommission „**Gleichstellung von Menschen mit Behinderung**“ zur Überprüfung aller Regelungen, Festlegungen, Formulierungen sowie Tatbestände im deutschen Recht, die Menschen mit Behinderungen benachteiligen oder diskriminieren; Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung des Behindertenrechts (Drs. 13/813 vom 15. 3. 1995)

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (federführend) sowie an zwölf weitere Ausschüsse zur Mitberatung in der 78. Sitzung vom 30. 6. 1995; Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (Drs. 13/3152): u. a. Ablehnung der Enquete-Kommission; 169. Sitzung vom 17. 4. 1997: Annahme der Beschlußempfehlung.

- 4) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Einsetzung einer Enquete-Kommission **„Neugestaltung der Arbeit“** zur Vorbereitung parlamentarischer Entscheidungen über Maßnahmen zur Reregulierung des Arbeitsmarktes sowie über gesetzgeberische Initiativen zur langfristigen Bekämpfung der Erwerbslosigkeit (Drs. 13/1621 vom 2. 6. 1995)

Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 95. Sitzung am 14. 3. 1996; Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses (Drs. 13/4476): bis Redaktionsschluß Ende August 1997 nicht behandelt.

Organisation und Arbeitsweise einzelner Enquete-Kommissionen: Bibliographie

Ähnlich, wie schon die Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse untersucht worden sind (Bibliographie siehe unter Abschnitt 9.7 des *Datenhandbuchs*), liegen Fallstudien auch zu mehreren Enquete-Kommissionen vor, die der Bundestag seit 1969 eingesetzt hat. Die Titel dieser Untersuchungen sind der folgenden Bibliographie zu entnehmen.

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
„Auswärtige Kulturpolitik“ (6.–7. WP)	<p><i>Hindrichs, Günter</i>, Erfahrungen aus der Arbeit der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik. In: Zeitschrift für Kulturaustausch. Jg. 26. 1976. H. 1. S. 39–42.</p> <p><i>Rehfeld, Dieter</i>, Enquete-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Enquete-Kommissionen und Royal Commissions. Göttingen 1981, S. 199–217.</p> <p><i>Schlote, A.</i>, Die Bedeutung der parlamentarischen Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“. Unveröff. Magisterarbeit, München 1975.</p> <p><i>Schmittner, Konrad</i>, Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Erste Erfahrungen – rechtliche Ausgestaltung eines neuen parlamentarischen Instruments für „umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 2. S. 209–229.</p>
„Verfassungsreform“ (6.–7. WP)	<p><i>Schmittner, Konrad</i>, Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Erste Erfahrungen – rechtliche Ausgestaltung eines neuen parlamentarischen Instruments für „umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 2. S. 209–229.</p> <p>Die Ergebnisse der Enquete-Kommission Verfassungsreform und die verfassungsrechtliche Fortentwicklung der Bundesrepublik. Ein Cappenberger Gespräch. Referate von <i>Ernst-Wolfgang Böckenförde</i> und <i>Klaus Stern</i>. Köln 1977.</p> <p><i>Ipsen, Hans Peter</i>, Zum Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 30. 1977. H. 15. S. 537–544.</p> <p><i>Lennartz, Hans-Albert</i>, Die Vorschläge der „Enquete-Kommission Verfassungsreform“ zur Verfassungsrevision. Bestandsaufnahme und Kritik. In: Kritische Justiz. Jg. 10. 1977. H. 4. S. 412–422.</p> <p><i>Kaltefleiter, Werner</i>, Politik als Gestaltungschance. Anmerkungen zur Arbeit der Enquete-Kommission zur Verfassungsreform. In: Festschrift für <i>Helmut Lemke</i> zum 70. Geburtstag. Hrsg. von <i>Uwe Barschel</i>. Neumünster 1977, S. 124–136.</p>

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
<p>noch: „Verfassungsreform“ (6.–7. WP)</p>	<p><i>Kretschmer, Gerald</i>, Repräsentative parlamentarische Demokratie als Föderalismus: Leitbilder der Enquete-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages. In: Freiheitliche Verfassungspolitik. Erfahrungen und Maßstäbe des Grundgesetzes. Stuttgart 1979, S. 93–124.</p> <p><i>Lenz, Carl Otto</i> und <i>Gerald Kretschmer</i>, Strukturfragen – Die Alternativen der Enquete-Kommission Verfassungsreform. In: Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien. Hrsg. von <i>Heinrich Oberreuter</i>. Passau 1981, S. 183–200.</p> <p><i>Rehfeld, Dieter</i>, Enquete-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Enquete-Kommissionen und Royal Commissions. Göttingen 1981, S. 218–237.</p> <p><i>Sandtner, Walter</i>, Ein Jahr Enquete-Kommission Verfassungsreform. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 87. 1972. H. 8/9. S. 324–328.</p> <p><i>Sandtner, Walter</i>, Zwischenbilanz der Enquete-Kommission Verfassungsreform. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 80–87.</p> <p><i>Stern, Klaus</i>, Der Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 10. 1977. H. 1. S. 12–17.</p> <p><i>Wahl, Rainer</i>, Empfehlungen zur Verfassungsreform. In: Archiv des Öffentlichen Rechts. Bd. 103. 1978. H. 4. S. 477–521.</p> <p><i>Zeh, Wolfgang</i>, Spätföderalismus: Vereinigungs- oder Differenzierungsföderalismus? Zur Arbeit der Enquete-Kommission an ihrem schwierigsten Objekt. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 4. S. 475–490.</p>
<p>„Zukünftige Kernenergiepolitik“ (8.–9. WP)</p>	<p><i>Michaelis, Hans</i> und <i>K. Kaspar</i>, Die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“. Ergebnisse und kritische Würdigung. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen. Jg. 1986. H. 9. S. 658–667.</p> <p><i>Rehfeld, Dieter</i>, Die Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergie-Politik. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Kernenergie-Diskussion. In: Gegenwartskunde. Jg. 30. 1981. H. 2. S. 249–280.</p> <p><i>Reuschenbach, Peter</i> und <i>Ferdinand Wiebecke</i>, Energiepolitik 2030. Die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ des Bundestages. In: Wirtschaft von morgen – Ängste von heute? Hrsg. von <i>Wolfgang Roth</i>. Köln 1981, S. 116–128.</p> <p><i>Vowe, Gerhard</i>, Wissen, Interesse und Macht. Zur Technikgestaltung durch Enquete-Kommissionen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 4. S. 557–568.</p>
<p>„Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ (9. WP)</p>	<p><i>Hoffmann-Riem, Wolfgang</i>, Sachverstand: Verwendungsuntauglich? Eine Fallanalyse zur Politikberatung im Rahmen der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“. In: Gesetzgebungstheorie und Rechtspolitik. Hrsg. von <i>Dieter Grimm</i> und <i>Werner Maihofer</i> (= Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie. Bd. XIII). Opladen 1988, S. 350–402.</p> <p><i>Hoffmann-Riem, Wolfgang</i>, Schleichwege zur Nicht-Entscheidung. Fallanalyse zum Scheitern der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 29. 1988. H. 1. S. 58–84.</p> <p><i>Hoffmann-Riem, Wolfgang</i>, Schwierigkeiten interner Politikberatung. Eine Bilanz wissenschaftlicher Politikberatung in der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Jg. 2. 1987. H. 4. S. 331–350.</p>

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
<p>noch: „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ (9. WP)</p>	<p><i>Mettler-Maibom, Barbara</i>, Wer will, kann sich kündigt machen. Zur Arbeit der „Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ (EKIK). Eine sozialwissenschaftliche Einführung. In: <i>Medium</i>. Jg. 13. 1983. H. 8. S. 11–17.</p> <p><i>Vowe, Gerhard</i>, Wissen, Interesse und Macht. Zur Technikgestaltung durch Enquete-Kommissionen. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 17. 1986. H. 4. S. 557–568.</p>
<p>„Jugendprotest im demokratischen Staat“ (9. WP)</p>	<p><i>Behnke, Margret</i>, Jugendprotest und Demokratie. Eine Kritik der Politikberatung am Beispiel des Enquete-Berichtes „Jugendprotest im demokratischen Staat“. München 1994.</p> <p><i>Böhr, Christoph</i> und <i>Eckart Busch</i>, Politischer Protest und parlamentarische Bewältigung. Zu den Beratungen und Ergebnissen der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“. Baden-Baden 1984.</p> <p><i>Plöhn, Jürgen</i>, Enquete-Kommissionen: Grenzen und Leistungsvermögen am Beispiel der Kommission zum Jugendprotest. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 16. 1985. H. 1. S. 7–25.</p>
<p>„Gentechnologie“ (10. WP)</p>	<p><i>Deutsch, Erwin</i>, Das Recht der Gentechnologie 1987. Vorschläge zur Gesetzgebung durch die Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ des Deutschen Bundestages. In: <i>Zeitschrift für Rechtspolitik</i>. Jg. 20. 1987 H. 9. S. 305–310.</p> <p>Herstellung der Natur? Stellungnahmen zum Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“. Hrsg. von <i>Klaus Grosch, Peter Hampe</i> und <i>Joachim Schmidt</i>. Frankfurt, New York 1990.</p> <p><i>Hohlfeld, Rainer</i>, Die Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft. In: <i>Wissenschaft in der Verantwortung. Möglichkeiten der institutionellen Steuerung</i>. Hrsg. von <i>Georges Fülgraff</i> und <i>Annegret Falter</i>. Frankfurt, New York 1990. S. 205–217.</p> <p><i>Vowe, Gerhard</i>, Die Sicherung öffentlicher Akzeptanz. Verlauf, Struktur und Funktion der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“. In: <i>Politische Bildung</i>. Jg. 22. 1989. H. 2. S. 49–62.</p>
<p>„Technikfolgen-Abschätzung“ (10.–11. WP)</p>	<p><i>Büllingen, Franz</i>, Akzeptanzförderung oder Demokratisierung. Arbeit und Aufgaben der Enquete-Kommission Technologiefolgenabschätzung. In: <i>Blätter für deutsche und internationale Politik</i>. Jg. 31. 1986. H. 2. S. 694–703.</p> <p><i>Bugl, Josef</i>, Das Parlament und die Herausforderung durch die Technik: Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“. In: <i>Technik und Parlament. Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen</i>. Hrsg. von <i>Meinolf Dierkes, Thomas Petermann</i> und <i>Volker von Thienen</i>. Berlin 1986, S. 277–295.</p> <p><i>Meyer, Rolf</i> und <i>Dieter Striebel</i>, Die Enquete-Kommission „Technologiefolgen-Abschätzung“ des 10. Deutschen Bundestages. Darstellung, Einordnung und Bewertung ihrer Arbeit. Gießen 1988.</p> <p><i>Thienen, Volker von</i>, Künftig ein technikgestaltendes Parlament? Zu den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung“. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 17. 1986. H. 4. S. 548–557.</p> <p><i>Thienen, Volker von</i>, Technischer Wandel und parlamentarische Gestaltungskompetenz – das Beispiel der Enquete-Kommission. In: <i>Technik und Gesellschaft</i>. Bd. 4. 1987. S. 84–106.</p>

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
<p>noch: „Technikfolgen- Abschätzung“ (10.–11. WP)</p>	<p><i>Thienen, Volker von</i>, Technology Assessment: Das randständige Thema. Die parlamentarische TA-Diskussion und der erste Bericht der Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung“. In: Technik und Parlament. Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen. Hrsg. von <i>Meinolf Dierkes, Thomas Petermann</i> und <i>Volker von Thienen</i>. Berlin 1986, S. 297–363.</p> <p><i>Thienen, Volker von</i>, Technology Assessment beim Parlament? Die bisherige Tätigkeit der Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung“ vor dem Hintergrund weitgespannter politischer Erwartungen an eine neue Beratungsreform zum technischen Wandel. Berlin 1986 (= WZB-papers Nr. 86–7).</p> <p><i>Welz, Wolfgang</i>, Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag als Organisationsproblem. Zur Kritik und Weiterführung der Institutionalisierungsdebatte. In: Technikfolgenabschätzung als politische Aufgabe. Hrsg. von <i>Raban Graf von Westphalen</i>. München 1988, S. 388–421.</p>
<p>„Gefahren von Aids und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“ (11. WP)</p>	<p><i>Gayl, Johannes Frhr. von</i>, Das parlamentarische Institut der Enquete-Kommission am Beispiel der Enquete-Kommission „AIDS“ des Deutschen Bundestages. Frankfurt am Main u. a. 1993 [zugleich Kiel Diss. 1992].</p>
<p>„Schutz des Menschen und der Umwelt“ (12. WP)</p>	<p><i>Held, Martin</i>, Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“. Zielsetzung – Entwicklung – Zwischenbilanz – Perspektiven. In: Umweltwissenschaften und Schadstoff-Forschung. Jg. 6. 1994. H. 4. S. 209–213.</p>
<p>„Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12./13. WP)</p>	<p><i>Bock, Petra</i>, Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission. Zur Vorgeschichte der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. In: Deutschland-Archiv. Jg. 28. 1995. H. 11. S. 1171–1183.</p> <p><i>Hansen, Dirk</i>, Befreiung durch Erinnerung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages. In: Deutsche Studien. Jg. 32. 1995. H. 125. S. 71–81.</p>

9.12 Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG

Die am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Fassung des Grundgesetzes enthielt folgenden Artikel 45:

„(1) Der Bundestag bestellt einen ständigen Ausschuß, der die Rechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung zwischen zwei Wahlperioden zu wahren hat. Der ständige Ausschuß hat auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses.

(2) Weitergehende Befugnisse, insbesondere das Recht der Gesetzgebung, der Wahl des Bundeskanzlers und der Anklage des Bundespräsidenten stehen dem ständigen Ausschuß nicht zu.“

Die Bezeichnung „ständiger Ausschuß“ war durchaus irreführend, denn er unterschied sich grundlegend von den ständigen Ausschüssen des Bundestages im Sinne der Geschäftsordnung: Er war gerade kein „ständiger Ausschuß“, weil er während der laufenden Wahlperiode gar nicht tagen konnte, sondern nur zwischen zwei Wahlperioden, d. h. als Ersatzparlament in einer „parlaments-

losen“ Zeit. Deswegen wurde gelegentlich auch die Bezeichnung „Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“ verwendet.

Der Ständige Ausschuß gemäß Artikel 45 GG wurde überflüssig, als der Bundestag durch Gesetz vom 23. August 1976 den Artikel 39 Abs. 1 GG änderte. Danach endet die Wahlperiode des Bundestages „mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages“; eine auch noch so kurze Zeit ohne Parlament ist seither nicht mehr möglich, und der Artikel 45 des Grundgesetzes konnte ersatzlos gestrichen werden.

In der Zeit von der 1. bis zur 7. Wahlperiode – 1949 bis 1976 – endete die Wahlperiode des Bundestages gemäß dem ursprünglichen Artikel 39 Abs. 1 GG „vier Jahre nach dem ersten Zusammentritt oder mit seiner Auflösung“. Zwischen 1953 und 1969 traten so „parlamentslose“ Zeiten von einem bis maximal 28 Tagen ein, die jedoch offenbar zu kurz waren, um den Ausschuß gemäß Artikel 45 GG einzuberufen. Erst die Auflösung des Bundestages der 6. Wahlperiode am 22. September 1972 und die danach eingetretene „parlamentslose“ Zeit von 82 Tagen bis zum Beginn der 7. Wahlperiode am 13. Dezember 1972 waren am 30. Oktober 1972 der Anlaß zur ersten und einzigen Sitzung des Ständigen Ausschusses in seiner Geschichte.*)

Einzige Sitzung des Ständigen Ausschusses am 30. Oktober 1972

Der Ständige Ausschuß wurde vom Präsidenten des 6. Bundestages, *Kai-Uwe von Hassel*, nach entsprechenden interfraktionellen Gesprächen auf Wunsch der Bundesregierung zum Montag, den 30. Oktober 1972, einberufen. Das Gremium setzte sich aus 27 ordentlichen Mitgliedern zusammen (je 13 der CDU/CSU- und SPD-Fraktion und einem Mitglied der FDP-Fraktion) sowie 27 stellvertretenden Mitgliedern. Eingeladen worden sind sowohl die ordentlichen als auch die stellvertretenden Mitglieder.

Die Sitzung begann um 11.02 Uhr und endete um 19.30 Uhr. Sie war während der Wahl des Sitzungsvorstandes und einer Aussprache über Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen nichtöffentlich. Die Öffentlichkeit wurde um 11.20 Uhr hergestellt.

Zum Vorsitzenden wurde *Kai-Uwe von Hassel* (CDU) gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden *Herbert Wehner* (SPD); als Alterspräsident während der Wahl fungierte *Carlo Schmid*.

Die Tagesordnung wurde im wesentlichen entsprechend den Wünschen der Bundesregierung abgewickelt, d. h. es wurden zunächst drei Berichte der Bundesregierung aufgerufen und debattiert. Nach dem Tagesordnungspunkt 1, der Konstituierung des Ausschusses und der Wahl der Vorsitzenden, wurde folgende Tagesordnung befolgt:

- TOP 1: **Bericht des Bundeskanzlers über die Gipfelkonferenz:** *Willy Brandt*
- TOP 2: **Bericht des Bundesministers des Innern über innere Sicherheit:** *Hans-Dietrich Genscher*
- TOP 3: **Bericht des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen über Wirtschaft und Währung** in Verbindung mit **Ausgabenwirtschaft der Bundesregierung:** *Ernst Wolf Mommsen*, Staatssekretär
- TOP 4: **Bericht des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit und des Bundesministers des Innern über Rauschmittelmißbrauch**
- TOP 5: **Automatische Schußanlagen an der Zonengrenze**
- TOP 6: **Weitere Tätigkeit der Parlamentarischen Staatssekretäre nach Auflösung des Bundestages**

*) Siehe auch *Walter Sandtner*, Entwicklung, Wesen und Befugnisse des Ständigen Ausschusses. In: Parlamentsauflösung. Praxis, Theorie, Ausblick. Hrsg. von *Klemens Kremer*. Köln [usw.] 1974. S. 63–77.

10 Wahlen im Deutschen Bundestag

Überblick

		Seite
10.1	Parlamentarische Ämter und Gremien	2301
10.2	Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien	2306
10.3	Außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung	2309
10.4	Internationale interparlamentarische Versammlungen	2316

Vorbemerkung

In Anlehnung an *Walter Bagehots* Funktionenkatalog von 1867 nennen viele Autoren die Wahlfunktion des Deutschen Bundestages als zumindest zeitlich erste Aufgabe des Parlaments nach seiner Konstituierung. Im folgenden Kapitel ist versucht worden, die durchaus vielfältigen Wahlvorgänge des Bundestages in einer systematischen Gliederung zusammenzustellen.

Wie der Überblick zu diesem Kapitel zeigt, lassen sich bei den Ämter- und Gremienbesetzungen durch den Bundestag vier Bereiche mehr oder weniger scharf voneinander abgrenzen:

- Parlamentarische, insbesondere parlamentsinterne Ämter und Gremien, die in der Regel besetzt und eingerichtet sein müssen, bevor der Bundestag anderweitig tätig werden kann. Diese Wahlen gehören zur Selbstorganisation des Parlaments. Ferner werden parlamentarische Kontrollorgane und -gremien hier aufgeführt.
- Parlamentsexterne staatliche Ämter und Gremien, für die die Überschrift „Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien“ verwendet wird. Hierzu zählt in erster Linie die Wahl des Bundeskanzlers, weswegen sich in der Literatur für die Wahrnehmung dieser Aufgabe die Bezeichnung „Kreationsfunktion“ oder „Herrschaftsbestellung“ findet. Außer der Regierungsbildung ist in diesem Abschnitt auch die Richterwahl sowie die Besetzung bestimmter Kontrollämter (Bundesrechnungshofpräsident, Datenschutzbeauftragter) einzuordnen, ferner gemeinsame Gremien und Unterorgane mehrerer oberster Bundesorgane wie der Vermittlungsausschuß.
- Alle weiteren inländischen außerparlamentarischen Gremien, die im öffentlichen Bereich meist kontrollierend tätig sind und entweder vollständig oder teilweise durch den Bundestag durch Wahl der Mitglieder besetzt werden.
- Internationale interparlamentarische Versammlungen und Delegationen, soweit nicht – wie inzwischen beim Europäischen Parlament – statt der Entsendung durch den Bundestag die Direktwahl durch das Volk getreten ist.

Bei den einzelnen Ämtern und Gremien, die der Bundestag – gemeint ist immer: das Plenum des Bundestages! – durch Wahl oder wahlähnliche Handlungen besetzt, sind in den folgenden Tabellen die Wahlmodalitäten (linke Spalte), die Rechtsgrundlagen (mittlere Spalte) und (rechte Spalte) die

Fundstelle für die Namen der gewählten Amtsinhaber oder Gremienmitglieder angegeben (nach Möglichkeit der entsprechende Abschnitt im **Datenhandbuch**, ansonsten das Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages oder andere Hinweise).

Die linke Spalte mit den Wahlmodalitäten enthält je nach Art des Amtes oder Gremiums u. a. Angaben

- zur Zahl der Amtsinhaber,
- zur Zusammensetzung des Gremiums (z. B. Anteil der vom Bundestag gewählten Gremienmitglieder),
- zur Herkunft der Wahlvorschläge,
- zur Frage, inwieweit die Mitgliedschaft im Bundestag Voraussetzung ist oder nicht, und ein Hinweis, falls die Amtsausübung nicht mit der Mitgliedschaft im Bundestag vereinbar ist,
- zum Wahlmodus (z. B. geheime Wahl vorgeschrieben),
- zur erforderlichen Stimmenzahl (falls absolute Mehrheit vorgeschrieben ist),
- zu sonstigen Modalitäten wie anschließender Ernennung, Berufung oder Vereidigung,
- zur Amtsdauer.

Eine Reihe von Gesichtspunkten blieb in den folgenden Aufstellungen unberücksichtigt:

- Fälle, in denen der Bundestag bei der Besetzung von Gremien die oft gleiche Zahl von stellvertretenden Mitgliedern in einem mitwählt;
- eine genauere Analyse über die jeweilige „Echtheit“ der Wahl, d. h. inwieweit die Mitglieder des Bundestages zu einem oder mehreren Wahlvorschlägen individuell und in der Regel geheim ihre Stimme abgeben oder ob lediglich einer Kandidatenliste durch Handaufheben zugestimmt wird, die interfraktionell unter Anwendung von § 12 GO BT – Verteilung der vom Bundestag zu besetzenden Plätze „im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen“ – vereinbart war;
- eine Interpretation der in den Rechtsgrundlagen zu findenden unterschiedlichen Begriffe für die Wahlen im Bundestag („bestimmen“, „ernennen“, „entsenden“, „berufen“ usw.);
- die Frage einer möglichen Abwahl, Abberufung, Absetzung, Entlassung usw. sei es durch den Bundestag insgesamt oder durch die benennende Fraktion.

Auch wurden in die folgende Aufstellung Gremien von vorübergehender Dauer mit nur einer bestimmten Zielsetzung nicht aufgenommen (beispielsweise die Gemeinsame Verfassungskommission).

Hinweis

Das Thema „Wahlen im Deutschen Bundestag“ wird im vorliegenden **Datenhandbuch** außerdem in folgenden Abschnitten behandelt:

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten
- 3.22 Besetzungen von Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 4.1 Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten
- 4.2 Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten
- 6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.14 Stimmresultate von Abstimmungen und Wahlen
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament
- 18.1 Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten
- 19 Bundesversammlung
- 24.1 Parlamentarische Versammlung des Europarates
- 24.2 Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU)
- 24.6 Nordatlantische Versammlung

10.1 Parlamentarische Ämter und Gremien*)

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Präsident des Deutschen Bundestages

<p>Wahlvorschlag üblicherweise durch die stärkste Fraktion MdB: Voraussetzung</p> <p>Wahl mit verdeckten Stimmzetteln für die Dauer der Wahlperiode</p> <p>absolute Mehrheit¹⁾ im 1. und 2. Wahlgang erforderlich, danach engere Wahl zwischen den beiden Anwärtern mit den höchsten Stimmenzahlen, bei Stimmgleichheit Losentscheidung durch den amtierenden Präsidenten</p>	<p>Art. 40 Abs. 1 Satz 1 GG, § 2 GO BT</p>	<p>vgl. Datenhandbuch Abschnitt 4.1</p>
--	--	--

Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Bundestages (Vizepräsidenten)

<p>Zahl bis zu Beginn der 13. WP nicht festgelegt; seit 1964 regelmäßig 4 Vizepräsidenten; ab 13. WP mindestens 1 Vizepräsident pro Fraktion, d. h. wieder 4</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>Wahl in getrennten Wahlhandlungen mit verdeckten Stimmzetteln²⁾ für die Dauer der WP</p> <p>absolute Mehrheit im 1. und 2. Wahlgang erforderlich</p>	<p>Art. 40 Abs. 1 Satz 1 GG, § 2 GO BT</p>	<p>vgl. Datenhandbuch Abschnitt 4.2</p>
--	--	--

¹⁾ Dies war ständige Übung auch schon vor 1970, als § 2 Abs. 1 GO BT noch lautete: „Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der Mitglieder des Bundestages erhält.“

²⁾ Bis zur 9. Wahlperiode wurden die Wahlen – von drei Ausnahmen abgesehen – in offener Abstimmung und in **einer** Wahlhandlung durchgeführt.

*) Vgl. auch *Heinhard Steiger*, Selbstorganisation und Ämterbesetzung. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch* hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 763–771 sowie *Florian Edinger*, Wahl und Besetzung parlamentarischer Gremien. Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse. Berlin 1992.

Hinweise

Eine Dokumentation sämtlicher während der einzelnen Wahlperioden eingetretenen Veränderungen der Fraktions- und Gruppenstärken – und damit auch der Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierungskoalition und Opposition – enthält Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken.

Eine Chronik der Fraktionsspaltungen und Fusionen – und damit wiederum auch eine Chronik der Koalitions- und Oppositionsstrukturen – findet sich unter Abschnitt 5.5.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

<p>Wahlvorschlag durch den Verteidigungsausschuß oder von den Fraktionen oder von so vielen Abgeordneten, wie der Stärke einer Fraktion entspricht (auch interfraktioneller Vorschlag üblich)</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung; Amtsausübung mit MdB nicht vereinbar</p> <p>Wahl mit verdeckten Stimmzetteln für die Dauer von fünf Jahren</p> <p>absolute Mehrheit erforderlich</p> <p>Eidesleistung vor dem Bundestag</p> <p>ab 3. WP</p>	<p>§§ 13 und 14 Abs. 2, 3 und 4 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (Gesetz zu Artikel 45 b des Grundgesetzes) i. d. F. d. Bek. vom 16. 6. 1982 (BGBl. I S. 677), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. 3. 1990 (BGBl. I S. 599)</p>	<p>vgl. Datenhandbuch Abschnitt 18.1</p>
---	---	---

Schriftführer

<p>Zahl nicht festgelegt, wird jeweils vom Bundestag beschlossen¹⁾</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>Wahl in einem Wahlgang</p>	<p>Art. 40 Abs. 1 Satz 1 GG; § 4 GO BT</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	--	--

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses

<p>7 Mitglieder²⁾, ab 1995 9 Mitglieder³⁾</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>Wahl für die Dauer der Wahlperiode</p> <p>ab 1. WP</p>	<p>§ 3 Abs. 1 und 2 des Wahlprüfungsgesetzes vom 12. 3. 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. 4. 1995 (BGBl. I S. 582)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	---	--

1) 1. WP anfangs 6, ab 1952 23; 2.–3. WP 21; 4.–5. WP 15; 6. WP anfangs 15, dann 21; 7.–9. WP 19; 10.–11. WP 25; 12. WP 35; 13. WP 41

2) Zuzüglich je ein ständiges beratendes Mitglied von den Fraktionen, die in einem 7er-Ausschuß nicht vertreten sind.

3) Zuzüglich je ein ständiges beratendes Mitglied von Vereinigungen von Mitgliedern des Bundestages, die als parlamentarische Gruppe anerkannt sind.

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 8.13 sind die bei einigen Wahlen erforderlichen Mehrheitsformen näher erläutert, d. h. insbesondere die Mehrheit der Mitglieder bzw. die absolute Mehrheit.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Wahlmänner für die vom Bundestag zu berufenden Richter des Bundesverfassungsgerichts (Wahlmännerausschuß; ab 1993: Wahlausschuß)¹⁾

<p>12 Mitglieder, alle vom Bundestag gewählt</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>Wahl nach den Regeln der Verhältniswahl in Verbindung mit dem Höchstwahlverfahren nach <i>d Hondt</i> mit Stimmkarten (verdeckt oder offen)</p> <p>ab 1. WP</p>	<p>§ 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. 3. 1951 (BGBl. I S. 243), zuletzt § 6 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht i. d. F. d. Bek. vom 11. 8. 1993 (BGBl. I S. 1473)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	---	--

Mitglieder des Gremiums gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz)²⁾

<p>5 Mitglieder, ab 1995 9 Mitglieder, alle vom Bundestag gewählt („bestimmt“)</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>ab 5. WP</p>	<p>§ 9 Abs. 1 bis 4 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10) vom 13. 8. 1968 (BGBl. I S. 949), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. 4. 1995 (BGBl. I S. 582)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	--	--

Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission

<p>Zahl nicht festgelegt, wird jeweils vom Bundestag beschlossen³⁾</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>Amtszeit über das Ende einer Wahlperiode hinaus bis zur Entscheidung des nachfolgenden Bundestages</p> <p>absolute Mehrheit erforderlich</p> <p>ab 8. WP</p>	<p>§§ 4 und 5 Abs. 4 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. 4. 1978 (BGBl. I S. 453), geändert durch Gesetz vom 27. 5. 1992 (BGBl. I S. 997)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	---	--

¹⁾ Vgl. *Henning Frank*, Der Wahlausschuß für die Verfassungsrichterwahlen. In: Für Recht und Staat. Festschrift für *Herbert Helmrich* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Klaus Letzgas* [u. a.]. München 1994. S. 207–215.

²⁾ Nicht vom Plenum des Bundestages, sondern von diesem Gremium werden – nach Anhörung der Bundesregierung – die drei (ab 1995: vier) Mitglieder der Kommission gemäß § 9 Abs. 4 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) bestellt.

³⁾ 8.–12. WP: 8; 13. WP: 9 Mitglieder

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Mitglieder des Gremiums zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste

<p>Zahl der Mitglieder auf Beschluß des Bundestages: 5, alle vom Bundestag gewählt</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung (Mitglied des Haushaltsausschusses)</p> <p>nur 10. WP; anschließend Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium) – siehe dort</p>	<p>§ 4 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1984 (Haushaltsgesetz 1984) vom 22. 12. 1983 (BGBl. I S. 1517) in Verbindung mit § 4 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. 4. 1978 (BGBl. I S. 453)</p>	<p>–</p>
--	--	----------

Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium)

<p>Zahl nicht festgelegt, wird jeweils vom Bundestag beschlossen¹⁾</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung (Mitglied des Haushaltsausschusses)</p> <p>Wahl für die Dauer der Wahlperiode absolute Mehrheit erforderlich</p> <p>ab 10. WP</p>	<p>§ 10 a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. 8. 1969 (BGBl. I S. 1284), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. 12. 1993 (BGBl. I S. 2353) in Verbindung mit § 4 des Gesetzes</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

Mitglieder des Gremiums gemäß § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes [zur Kontrolle der Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses]

<p>5 Mitglieder, ab 1995 9 Mitglieder, alle vom Bundestag gewählt („bestimmt“)</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>ab 12. WP</p>	<p>§ 41 des Siebten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, des Strafgesetzbuches und anderer Gesetze vom 28. 2. 1992 (BGBl. I S. 372), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. 4. 1995 (BGBl. I S. 582)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

¹⁾ 10.–12. WP 5; ab 13. WP 9.

Keine Wahl durch das Plenum des Bundestages:

Mitglieder des Ältestenrates:

Festlegung in der GO BT bezüglich Präsident und Stellvertreter des Präsidenten; Benennung von 23 weiteren Mitgliedern durch die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke (vgl. §§ 6 und 12 GO BT; zur Besetzung des Ältestenrates vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages).

Mitglieder der Ausschüsse:

Beschluß des Bundestages nur über die Zahl der ständigen Ausschüsse und die Zahl ihrer Mitglieder; Benennung der Mitglieder durch die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke (§§ 54, 57 und 12 GO BT; zur Besetzung der Ausschüsse vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages). Vgl. auch *Wolfgang Dexheimer*, Die Mitwirkung der Bundestagsfraktionen bei der Besetzung der Ausschüsse. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 259–278.

Vorsitzende der Ausschüsse und ihre Stellvertreter:

Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Fraktionen über die Besetzung der Stellen der Ausschußvorsitzenden und ihrer Stellvertreter durch den Ältestenrat im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen; Bestimmung durch die Ausschüsse (vgl. §§ 58, 6 und 12 GO BT; Amtsinhaber vgl. *Datenhandbuch*, Abschnitt 9.2).

Vorstand des Bundestages (nur 1.–5. Wahlperiode):

Keine Wahl des Vorstandes als Organ, sondern Zusammensetzung aus bestimmten, schon qua Amt gewählten Mitgliedern, d. h. von 1949 bis 1961 Präsident des Bundestages, seine Stellvertreter und die Schriftführer, von 1961 bis 1969 zusätzlich je ein Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktionen.

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

10.2 Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien*)

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Bundeskanzler¹⁾

<p>Wahlvorschlag durch den Bundespräsidenten (nur beim 1. Wahlgang)</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>Wahl ohne Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln für die Dauer bis zum Zusammentritt eines neuen Bundestages</p> <p>absolute Mehrheit im 1. und 2. Wahlgang erforderlich, danach einfache Mehrheit</p> <p>Ernennung vom Bundespräsidenten</p> <p>Eidesleistung vor dem Bundestag</p> <p>seit 1. WP</p>	<p>Art. 63, 64, 67 und 69 GG, § 4 GO BT</p>	<p>vgl. Datenhandbuch Abschnitt 6.1</p>
--	---	--

Mitglieder des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß)

<p>seit 1990: 32 Mitglieder, davon 16 vom Bundestag gewählt²⁾</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>seit 1. WP</p>	<p>Art. 77 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG; Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuß nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) vom 19. 4. 1951 (BGBl. II S. 103), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 12. 11. 1990 (BGBl. I S. 2557)</p>	<p>Mitglieder vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages; Vorsitzende des Vermittlungsausschusses vgl. Datenhandbuch Abschnitt 11.9</p>
--	--	---

¹⁾ Zum Verfahren beim „konstruktiven Mißtrauensvotum“ vgl. Abschnitt 6.14.

²⁾ Die Mitgliederzahl richtet sich nach der Zahl der jeweils bestehenden Bundesländer: Bei 16 Bundesländern (nach der Vereinigung Deutschlands) entsendet jedes Bundesland ein Mitglied, und der Bundestag wählt dieselbe Zahl Mitglieder aus seinen Reihen. Zuvor – von 1957 bis 1990 entsprechend der Zahl der 11 Bundesländer – betrug die Mitgliederzahl 22, davon 11 Mitglieder vom Bundestag gewählt.

*) Vgl. auch *Heinhard Steiger*, Kreationsaufgaben und Wahlverfahren. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 773–793.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses nach Artikel 53 a des Grundgesetzes³⁾

<p>seit 1991: 48 Mitglieder, davon 32 vom Bundestag gewählt („bestimmt“)⁴⁾</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>Zugehörigkeit zur Bundesregierung mit der Amtsausübung nicht vereinbar</p> <p>seit 5. WP</p>	<p>Art. 53 a GG, eingefügt durch Gesetz vom 24. 6. 1968</p> <p>Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuß, Bekanntmachung vom 23. 7. 1969 (BGBl. I S. 1102), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 20. 7. 1993 (BGBl. I S. 1500)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	---	--

Richterwahlausschuß

<p>32 Mitglieder, davon 16 „Mitglieder kraft Amtes“ (= zuständige Landesminister) und 16 „Mitglieder kraft Wahl“ (= durch Bundestag gewählt [„berufen“])⁵⁾</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung (aber Wählbarkeit zum BT Voraussetzung)</p> <p>Wahl („Berufung“) nach den Regeln der Verhältniswahl für die Dauer bis zur Neuwahl durch einen neu gewählten Bundestag</p> <p>seit 1. WP</p>	<p>§§ 2 bis 5 des Richterwahlgesetzes vom 25. 8. 1950 (BGBl. I S. 368), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. 7. 1968 (BGBl. I S. 873)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

³⁾ Vgl. *Rupert Schick*, Der Gemeinsame Ausschuß. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989, S. 1579–1597.

⁴⁾ Die Mitgliederzahl richtet sich ebenfalls nach der Zahl der jeweils bestehenden Bundesländer und zwar im Verhältnis 2:1 zwischen Bundestag und Bundesrat: Bei 16 Bundesländern ergeben sich 16 Sitze für die Länderversorger und 32 Sitze für die Vertreter des Bundestages. Zuvor – von 1968 bis 1990 entsprechend der Zahl der 11 Bundesländer – betrug die Mitgliederzahl 33, davon 22 Mitglieder vom Bundestag gewählt.

⁵⁾ Zuvor – bis zur Vereinigung Deutschlands – entsprechend der Zahl der 11 Bundesländer 22 Mitglieder, davon 11 Mitglieder vom Bundestag gewählt.

Hinweise

Angaben aus dem Bereich der Bundesländer enthalten u. a. folgende Abschnitte des **Datenhandbuchs**:

- Abschnitt 1.28 registriert Trendverschiebungen zwischen allen Bundestags- und Landtagswahlen beim Stimmenanteil von CDU, CSU und SPD,
- in Abschnitt 6.21 sind in Form einer Synopse die Regierungen von Bund und Ländern gegenübergestellt, wobei vermerkt ist, aus welchen Parteien sich die jeweilige Regierungskoalition zusammensetzt und wer zum Bundeskanzler bzw. Ministerpräsidenten usw. gewählt wurde.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Präsident und Vizepräsident des Bundesrechnungshofes

<p>Wahlvorschlag durch Bundesregierung</p> <p>Wahl durch Bundestag und Bundesrat für die Dauer von 12 Jahren</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung; Ausübung mit MdB nicht vereinbar</p> <p>Wahl im Bundestag ohne Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln</p> <p>absolute Mehrheit erforderlich</p> <p>Ernennung zu Beamten auf Zeit durch den Bundespräsidenten</p> <p>seit 10. WP</p>	<p>§ 5 des Gesetzes über den Bundesrechnungshof (Bundesrechnungshofgesetz) vom 11. 7. 1985 (BGBl. I S. 1445)</p>	<p>Präsidenten: <i>Heinz Günter Zavelberg</i> (Wahl am 27. 11. 1985) <i>Hedda Meseke</i> (Wahl am 30. 9. 1993)</p> <p>Vizepräsidenten: <i>Ernst Heuer</i> (Wahl am 27. 11. 1985) <i>Dieter Engels</i> (Wahl am 12. 12. 1996)</p>
--	--	--

Bundesbeauftragter für den Datenschutz

<p>Wahlvorschlag durch die Bundesregierung</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung; Amtsausübung mit MdB nicht vereinbar</p> <p>Wahl für die Dauer von fünf Jahren</p> <p>absolute Mehrheit erforderlich</p> <p>seit 11. WP</p>	<p>§ 22 des Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes vom 20. 12. 1990 (BGBl. I S. 2954)</p>	<p><i>Joachim Jacob</i> (Wahl am 18. 6. 1993)</p>
--	---	---

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

<p>Wahlvorschlag durch die Bundesregierung</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung; Amtsausübung mit MdB nicht vereinbar</p> <p>Wahl für die Dauer von fünf Jahren</p> <p>absolute Mehrheit erforderlich</p> <p>seit 12. WP</p>	<p>§ 35 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz) vom 20. 12. 1991 (BGBl. I S. 2272)</p>	<p><i>Joachim Gauck</i> (Wiederwahl am 21. 9. 1995)⁶⁾</p>
--	--	--

⁶⁾ Für die erste Amtszeit Ernennung durch Urkunde vom 2. Oktober 1990, unterschrieben vom Bundespräsidenten, Bundeskanzler und Bundesinnenminister. In seiner letzten Arbeitssitzung am 28. September 1990 hatte die Volkskammer der DDR mit Mehrheit einen Antrag des Ministerrates zugestimmt, den Abgeordneten *Joachim Gauck* der Bundesregierung als Sonderbeauftragten für die Verwaltung der Akten und Dateien des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit vorzuschlagen.

Keine Wahl durch das Plenum des Bundestages:

Bundespräsident:

Wahl durch die Bundesversammlung (besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden) (vgl. Art. 54 GG sowie Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 [BGBl. I S. 230]; Amtsinhaber vgl. *Datenhandbuch* Abschnitt 19.2).

Bundesminister:

Ernennung vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers; Eidesleistung vor dem Bundestag (vgl. Art. 64 GG; Amtsinhaber vgl. *Datenhandbuch* Abschnitt 6.2).

Richter des Bundesverfassungsgerichts:

Die vom Bundestag zu berufenden Richter werden in indirekter Wahl durch einen Wahlmännerausschuß gewählt (vgl. Abschnitt 10.1). Alle Einzelheiten enthält der Beitrag von *Richard Ley*, Die Wahl der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes. Eine Dokumentation anlässlich des 40jährigen Bestehens. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 420–449. Zu den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts vgl. auch *Datenhandbuch* Abschnitt 11.12.

Richter der obersten Gerichtshöfe des Bundes:

Wahl durch den Richterwahlausschuß, der sich zur Hälfte aus „Mitgliedern kraft Wahl“ zusammensetzt, d. h. durch den Bundestag gewählte Mitglieder (vgl. Abschnitt 10.2).

10.3 Außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung*)

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Beisitzer für den Spruchsenat beim Hauptamt für Soforthilfe

Neben dem Präsidenten des Spruchsenats 4 Beisitzer, davon 2 vom Wirtschaftsrat gewählt (Wahl auf Bundestag übergegangen) Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung nur 1. WP	§ 56 des Gesetzes zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfegesetz) vom 8. 8. 1949 (WiGBL. S. 205)	vgl. Drucksachen des Bundestages
---	--	----------------------------------

*) Vgl. auch *R. Peter Dach*, Verwaltungs-, Aufsichts- und Mitwirkungs-gremien mit parlamentarischer Beteiligung. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1695–1703.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Mitglieder des Kontrollausschusses beim Hauptamt für Soforthilfe

<p>25 Mitglieder, davon 8 vom Wirtschaftsrat gewählt (Wahl auf Bundestag übergegangen)</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>nur 1. WP; Erstbesetzung bereits durch Wirtschaftsrat</p>	<p>§ 55 des Gesetzes zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfegesetz) vom 8. 8. 1949 (WiGBI S. 205)</p>	<p>vgl. Drucksachen des Bundestages</p>
---	--	---

Mitglieder des Schuldenausschusses bei der Bundesschuldenverwaltung

<p>7 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen¹⁾</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>ab 1. WP; Erstbesetzung bereits durch Wirtschaftsrat</p>	<p>§ 6 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Errichtung einer Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 1. 7. 1948 (WiGBI. S. 73)</p> <p>§ 2 der Verordnung über die Bundesschuldenverwaltung vom 13. 12. 1949 (BGBl. 1950 S. 1)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

Mitglieder des Kontrollausschusses beim Bundesausgleichsamt

<p>Anfangs 20 Mitglieder, davon 10 vom Bundestag gewählt, später 22 Mitglieder, davon 11 vom Bundestag gewählt</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>ab 1. WP</p>	<p>§ 313 des Gesetzes über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz) vom 14. 8. 1952 (BGBl. I S. 446), zuletzt geändert durch Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 885, 919, 920)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	---	--

Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost

<p>24 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>nur 2.–11. WP; ab Oktober 1989: Infrastrukturrat beim Bundesminister für Post und Telekommunikation; s. dort</p>	<p>§§ 5 und 6 des Postverwaltungsgesetzes vom 24. 7. 1953 (BGBl. I S. 676), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. 12. 1970</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

¹⁾ oder auch regelmäßig: gemeinsamer Antrag der (drei) Fraktionen mit je einem Namensvorschlag für jede dieser drei Fraktionen; Abstimmung über diesen Antrag durch Handzeichen.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Mitglieder des Verwaltungsrates der Lastenausgleichsbank

<p>37 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>nur 2.–10. WP; ab Februar 1986: Verwaltungsrat der Deutschen Ausgleichsbank; s. dort</p>	<p>§ 7 des Gesetzes über die Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte) vom 28. 10. 1954 (BGBl. I S. 293), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 7. 9. 1976 (BGBl. I S. 2658)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

Mitglieder des Rundfunkrats der Deutschen Welle

<p>11 Mitglieder, davon 2 vom Bundestag gewählt; ab April 1990 17 Mitglieder, davon 2 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Wahl für die Amtszeit des Rundfunkrats von vier Jahren</p> <p>ab 3. WP</p>	<p>§ 3 des Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 29. 11. 1960 (BGBl. I S. 862), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. 4. 1990 (BGBl. I S. 823)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	--	--

Mitglieder des Rundfunkrats des Deutschlandfunks

<p>22 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt; ab April 1990 31 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>ab 3. WP</p>	<p>§ 7 des Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 29. 11. 1960 (BGBl. I S. 862), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. 4. 1990 (BGBl. I S. 823)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

Hinweis

Das Thema „Wahlen im Deutschen Bundestag“ wird im vorliegenden *Datenhandbuch* außerdem in folgenden Abschnitten behandelt:

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten
- 3.22 Besetzungen von Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 4.1 Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten
- 4.2 Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten
- 6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.14 Stimmresultate von Abstimmungen und Wahlen
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Mitglieder des Verwaltungsrates der Filmförderungsanstalt

<p>33 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt; ab 1979 23 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt; ab 1986 27 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt; ab 1993 29 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>Berufung durch den Bundesminister für Wirtschaft für drei Jahre</p> <p>ab 5. WP</p>	<p>§ 6 Abs. 1 des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films vom 22. 12. 1967 (BGBl. I S. 1352)</p> <p>§ 6 des Filmförderungsgesetzes vom 25. 6. 1979 (BGBl. I S. 803)</p> <p>§ 6 des Filmförderungsgesetzes vom 18. 11. 1986 (BGBl. I S. 2046)</p> <p>§ 6 des Filmförderungsgesetzes i. d. F. d. Bek. vom 25. 1. 1993, geändert durch Gesetz vom 27. 4. 1993 (BGBl. I S. 512)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	---	--

Mitglieder des Programmbeirats der Deutschen Bundespost

<p>10 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>Ernennung durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen für eine Dauer von bis zu vier Jahren</p> <p>ab 8. WP</p>	<p>§§ 1 und 2 der Geschäftsordnung des Beirats zur Bestimmung der Anlässe für die Ausgabe von Sonderpostwertzeichen ohne Zuschlag der Deutschen Bundespost (Programmbeirat) von 1977</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	--	--

Mitglieder des Kunstbeirats der Deutschen Bundespost

<p>12 Mitglieder, davon 2 vom Bundestag gewählt</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>Ernennung durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen für eine Dauer von bis zu vier Jahren</p> <p>ab 8. WP</p>	<p>§§ 1 und 2 der Geschäftsordnung des Beirats für die graphische Gestaltung der Postwertzeichen der Deutschen Bundespost (Kunstbeirat) von 1977</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	--	--

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 8.13 sind die bei einigen Wahlen erforderlichen Mehrheitsformen näher erläutert, d. h. insbesondere die Mehrheit der Mitglieder bzw. die absolute Mehrheit.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Ausgleichsbank

<p>23 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>ab 10. WP</p>	<p>§ 7 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Lastenausgleichsbank vom 20. 2. 1986 (BGBl. I S. 297)</p> <p>§ 7 des Gesetzes über die Deutsche Ausgleichsbank vom 23. 9. 1986 (BGBl. I S. 1544), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. 11. 1990 (BGBl. I S. 2570, 2576)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	---	--

Mitglieder des Infrastrukturrates beim Bundesminister für Post und Telekommunikation¹⁾

<p>32 Mitglieder, davon 16 vom Bundestag gewählt²⁾ Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung Wahl für die Dauer der Wahlperiode Ernennung von der Bundesregierung</p> <p>nur 11.–12. WP; ab September 1994 Regulierungsrat beim Bundesminister für Post und Telekommunikation; s. dort</p>	<p>§ 32 des Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz) vom 8. 6. 1989 (BGBl. I S. 1033), zuletzt geändert durch Einigungsvertrag vom 31. 8. 1990 i. V. mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. 9. 1990 (BGBl. II S. 1120)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“

<p>23 Mitglieder, davon 6 vom Bundestag gewählt, die über je zwei Stimmen verfügen; ab August 1996 32 Mitglieder, davon 8 vom Bundestag gewählt, die über je zwei Stimmen verfügen Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung</p> <p>ab 11. WP</p>	<p>§ 7 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ vom 28. 2. 1990 (BGBl. I S. 294), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. 8. 1996 (BGBl. I S. 1326)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

¹⁾ zuvor: Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost

²⁾ zunächst 22 Mitglieder, davon 11 vom Bundestag gewählt entsprechend § 32 Abs. 1 Satz 2 des Poststrukturgesetzes: „Er [der Infrastrukturrat] besteht aus einer gleich großen Anzahl von Vertretern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, wobei die Zahl der Bundesratsvertreter der Zahl der Länder entspricht.“

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschlandfunks

<p>7 Mitglieder, davon 1 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Wahl für die Dauer der Amtszeit des Verwaltungsrats (vier Jahre)</p> <p>ab 11. WP</p>	<p>§ 8 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 30. 4. 1990 (BGBl. I S. 823)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	--	--

Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Welle

<p>7 Mitglieder, davon 1 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Wahl für die Dauer der Amtszeit des Verwaltungsrats (vier Jahre)</p> <p>ab 11. WP</p>	<p>§ 4 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 30. 4. 1990 (BGBl. I S. 823)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	--	--

Mitglieder des Parlamentarischen Beirates der „Stiftung für das sorbische Volk“

<p>7 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung</p> <p>ab 12. WP</p>	<p>§ 6 des Erlasses des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen über die Errichtung einer „Stiftung für das sorbische Volk“ vom 19. 10. 1991</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

Mitglieder des Beirats beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik¹⁾

<p>16 Mitglieder, davon 7 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Bestellung durch den Bundesminister des Innern für die Dauer von fünf Jahren</p> <p>ab 12. WP</p>	<p>§ 39 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vom 20. 12. 1991 (BGBl. I S. 2272)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
---	--	--

¹⁾ Bezeichnung auch: Beirat nach § 39 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Mitglieder des Kuratoriums der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“

20 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung ab 12. WP	§ 7 des Erlasses über die Errichtung einer „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (GMBL 1992 S. 310)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
---	---	---

Mitglieder des Regulierungsrates beim Bundesministerium für Post und Telekommunikation¹⁾

32 Mitglieder, davon 16 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung nur 13. WP²⁾	§ 11 des Gesetzes über die Regulierung der Telekommunikation und des Postwesens vom 14. 9. 1994 (BGBl. I S. 2325, 2371)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
--	---	---

Mitglieder des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung

höchstens 26 Mitglieder, davon eine nicht genannte Zahl vom Bundestag gewählt (13. WP: 5) Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung ab 13. WP	§§ 5 und 6 der Satzung der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung vom 5. 5. 1982, zuletzt geändert am 1. 1. 1997	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
--	---	---

Mitglieder des Stiftungsrates „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“

9 Mitglieder, davon 2 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung ab 13. WP	§ 8 des Gesetzes über die humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen (HIV-Hilfegesetz) vom 24. 7. 1995 (BGBl. I S. 972)	–
--	--	---

¹⁾ zuvor: Infrastrukturrat beim Bundesminister für Post und Telekommunikation

²⁾ bis 31. Dezember 1997

Hinweis

Weitere Angaben zur parlamentarischen Kontrolle enthält insbesondere Kapitel 12.

Keine Wahl durch das Plenum des Bundestages:

Mitglieder des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung:

22 Mitglieder, alle MdB; Berufung vom Präsidenten des Deutschen Bundestages auf Vorschlag der Fraktionen (§ 6 des Erlasses des Bundesministers des Innern über die Bundeszentrale für politische Bildung [BpB] vom 8. Dezember 1987; zur Besetzung des Kuratoriums vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages).

10.4 Internationale interparlamentarische Versammlungen*)

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Beratenden [ab Juli 1974: Parlamentarischen] Versammlung des Europarates (seit Juli 1955 zugleich Vertreter in der Versammlung der Westeuropäischen Union)

<p>18 Vertreter der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Wahlvorschläge von den Fraktionen</p> <p>MdB: Voraussetzung</p> <p>Wahl für die Dauer der Wahlperiode des Bundestages</p> <p>Beginn der Amtszeit mit der Bestätigung der Mandate durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates</p> <p>ab 1. WP</p>	<p>Gesetz über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Beratenden Versammlung des Europarates vom 11. 6. 1951 (BGBl. I S. 397)</p> <p>Artikel 1 und 2 des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 6. 12. 1990 (BGBl. I S. 2586)</p> <p>Artikel 25 und 26 der Satzung des Europarates (BGBl. 1950 S. 263) i. d. F. vom 30. 11. 1954 (BGBl. II S. 1126), zuletzt geändert laut Bekanntmachung vom 8. 1. 1979 (BGBl. II S. 57)</p> <p>Artikel IX des Brüsseler Vertrages (BGBl. 1955 II S. 283)</p>	<p>vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages</p>
--	--	--

*) Vgl. *Michael Schweitzer*, Europarat, WEU, NATO, Europäisches Parlament. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1657–1693.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
---	-----------------	---

Deutsche Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl [Montanunion]

18 Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung Wahl für die Dauer der Wahlperiode des Bundestages nur 1.–3. WP: bis zur Konstituierung des Europäischen Parlaments im März 1958	Artikel 21 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. 4. 1952 (BGBl. II S. 445) Wahl ohne Wahlgesetz	vgl. Drucksachen des Bundestages
--	--	----------------------------------

Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament¹⁾

36 Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Wahlvorschläge von den Fraktionen; Berechnung der Stellenanteile der Fraktionen nach dem Höchstzahlverfahren <i>d Hondt</i> MdB: Voraussetzung Wahl für die Dauer der Wahlperiode des Bundestages nur 3. WP (ab 1958) bis 8. WP (1979)	Artikel 2 des Abkommens über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften vom 25. 3. 1957 (BGBl. II S. 1156) Wahl ohne Wahlgesetz	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
---	---	---

¹⁾ Die ursprüngliche Bezeichnung nach den Römischen Verträgen 1957 war Versammlung der europäischen Gemeinschaften. „Europäisches Parlament“ nannte sich die Versammlung bei ihrer Konstituierung am 19. März 1958 selbst. In die Gemeinschaftsverträge wurde der Wortlaut erst durch die Einheitliche Europäische Akte vom 17./28. Februar 1986 aufgenommen.

Keine Wahl durch das Plenum des Bundestages:

Mitglieder der deutschen Delegation in der Nordatlantischen Versammlung:

18 Mitglieder, davon 12 Mitglieder des Bundestages und 6 Mitglieder des Bundesrates (vgl. *Datenhandbuch*, Abschnitt 24.6); lediglich Benennung von den Fraktionen

Mitglieder der deutschen Delegationen der Konferenzen der Interparlamentarischen Union (IPU):

jeweils 8 Mitglieder des Bundestages (vgl. *Datenhandbuch*, Abschnitt 24.7); lediglich Benennung von den Fraktionen

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 8.13 sind die bei einigen Wahlen erforderlichen Mehrheitsformen näher erläutert, d. h. insbesondere die Mehrheit der Mitglieder bzw. die absolute Mehrheit.

11 Gesetzgebung

Überblick		Seite
11.1	Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes	2319
11.2	Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes	2334
	– Gesetzgebungsaufträge in der Erstfassung des Grundgesetzes (S. 2334)	
	– Gesetzgebungsaufträge in Grundgesetz-Änderungsgesetzen (S. 2342)	
11.3	Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes	2354
	– Gesetzesvorbehalte in der Erstfassung des Grundgesetzes (S. 2356)	
	– Gesetzesvorbehalte in Grundgesetz-Änderungsgesetzen (S. 2364)	
11.4	Anlässe zur Gesetzgebung	2374
	– Katalog der Anlässe (S. 2374)	
	– Die Impulse zur Gesetzgebung in der 9. Wahlperiode (1980–1983) (S. 2383)	
	– Gesetze aufgrund europäischer Impulse (S. 2384)	
11.5	Statistik zur Gesetzgebung	2386
	– Statistische Gesamtübersicht (S. 2388)	
	– Detailübersicht ab der 7. Wahlperiode (S. 2390)	
	– Verlaufsstatistik für die Gesetzgebung (S. 2403)	
	– Gesetzentwürfe der Bundesregierung, untergliedert nach Ressorts (S. 2408)	
11.6	Typen der Gesetze	2411
	– Nach formalen Eigenarten geordnete Gesetze (S. 2411)	
	– Nach ihrer Wichtigkeit geordnete Gesetze (S. 2412)	
11.7	Dauer des Gesetzgebungsverfahrens	2413
	– Statistische Angaben (S. 2413)	
	– Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer (S. 2416)	
11.8	Bundestag und Bundesrat	2427
	– Anteil der Zustimmung- und Einspruchsgesetze (S. 2430)	
	– Zustimmungsversagungen und Einsprüche des Bundesrates (S. 2430)	
	– Übersicht über die Zustimmungsklauseln (S. 2432)	
	– Nach Zustimmungsversagung oder Einspruch des Bundesrates nicht verkündete Gesetze (S. 2433)	
	– Vergleich der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat (S. 2437)	
	– Stimmenanteile der Länder im Bundesrat (S. 2447)	
11.9	Vermittlungsverfahren	2449
	– Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses (S. 2449)	
	– Statistik (S. 2450)	
	– Die Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses (S. 2451)	
11.10	Materielles Prüfungsrecht des Bundespräsidenten	2453
11.11	Gesetzes-Dokumentationen: Synopse	2456
	– Gesetzes-Dokumentationen: Bibliographie (S. 2457)	
	– Synopse der Gesetzes-Dokumentationen (S. 2460)	

noch: Überblick		Seite
11.12	Bundestag und Bundesverfassungsgericht	2466
	– Übersicht über die Arten der Verfahren (S. 2466)	
	– Verfahrensbeiträge des Bundestages (S. 2467)	
	– Verfassungsklagen aus dem Bundestag (S. 2481)	
	– Der Erfolg von Oppositionsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht (S. 2490)	
	– Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts (S. 2492)	
	– Wahlen der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (S. 2494)	
11.13	Für nichtig oder verfassungswidrig erklärte Bundesgesetze	2495
11.14	Gesetzgebungsnotstand	2511
11.15	Einzelfallstudien zur Gesetzgebung: Bibliographie	2512
11.16	Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen	2538
	– Übersicht über die Methoden der Gesetzestests und Wirkungsanalysen (S. 2539)	
	– Bibliographie der Tests und Wirkungsanalysen von Gesetzen (S. 2546)	
11.17	EG-Vorlagen	2589
11.18	Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages	2592
11.19	„Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung seit 1949	2595

Literaturhinweise: Zum Thema Gesetzgebung vgl. anstelle vieler *Brun-Otto Bryde*, Stationen, Entscheidungen und Beteiligte im Gesetzgebungsverfahren. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 859–881, *Helmuth Schulze-Fielitz*, Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung – besonders des 9. Deutschen Bundestages (1980–1983). Berlin 1988 sowie *Klaus von Beyme*, Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum. Opladen 1997.

11.1 Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes*)

Nach Artikel 70 GG steht das Recht der Gesetzgebung grundsätzlich den Ländern zu, soweit nicht im Einzelfall dem Bund durch das Grundgesetz die Gesetzgebungskompetenz zugewiesen ist. Tatsächlich liegt das Schwergewicht der Gesetzgebungsbefugnisse aber beim Bund.

Die Zuweisung von Gesetzgebungszuständigkeiten erfolgt nach Sachgebieten. Die meisten Sachgebiete sind in den Artikeln 73 bis 75 GG katalogförmig aufgeführt; es finden sich Zuständigkeitszuweisungen aber auch in zahlreichen anderen Vorschriften des Grundgesetzes.

Das Grundgesetz unterscheidet in den Artikel 70 bis 75 GG zwischen

- der ausschließlichen,
- der konkurrierenden und
- der Rahmengesetzgebung des Bundes.

*) Zum neuesten Stand siehe *Rüdiger Sannwald*, Die Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen und des Gesetzgebungsverfahrens im Bundesstaat. Einführung, Erläuterungen, Materialien. Köln 1995.

Anerkannt sind darüber hinaus zwei ungeschriebene Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes, die „Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs“ und die „Zuständigkeit kraft Natur der Sache“.

Bei der **ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes** – geregelt in den Artikeln 71 und 73 GG – wird davon ausgegangen, daß in diesem Bereich ein berechtigtes Interesse für bundeseinheitliche Regelungen besteht und die Länder zu einer solchen Regelung nicht in der Lage wären. Der Bundesgesetzgeber kann allerdings im Einzelfall auf seine ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit verzichten, da Artikel 71 GG besagt, daß die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung in diesem Bereich insoweit haben, wie sie hierzu in einem Bundesgesetz ausdrücklich ermächtigt sind. Im übrigen sind die Länder nicht gänzlich von der Gesetzgebung ausgeschlossen, weil viele Bundesgesetze aus diesem Bereich der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

Die **konkurrierende Gesetzgebung des Bundes** ist in den Artikeln 72, 74 und 74a GG geregelt. Bis zur Neufassung des Artikels 72 GG durch das Gesetz vom 27. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3146) hatten

Hinweis

Das **Gesetzesregister** (Kapitel 33) enthält die im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Gesetze, unabhängig davon, ob sie verabschiedet und in Kraft getreten sind oder nicht. Es handelt sich dabei in der Reihenfolge der Abschnitte im wesentlichen um folgende Gesetze:

- Wahlgesetze (Abschnitt 1.1),
- die einzelnen Abgeordnetengesetze mit ihrem Inhalt (Abschnitt 2.3),
- Gesetze, die Inkompatibilitätsvorschriften enthalten (Abschnitt 2.9),
- Gesetze, die eine Berichtspflicht der Bundesregierung enthalten (Abschnitt 6.18),
- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs (Abschnitt 6.19),
- Gesetze, über die namentlich abgestimmt wurde (Abschnitt 8.14),
- Gesetze, zu denen von Mitgliedern des Bundestages Erklärungen zur Abstimmung abgegeben wurden (Abschnitt 8.16),
- Gesetze, die kontrovers verabschiedet wurden (Abschnitt 8.17),
- Gesetze, zu deren Beratung Unterausschüsse, Arbeitsgruppen oder Sonderausschüsse eingesetzt wurden (Abschnitt 9.2),
- Gesetze, zu denen öffentliche Anhörungen durchgeführt wurden (Abschnitt 9.8),
- Gesetze, die aufgrund eines Grundgesetz-Auftrages verabschiedet wurden (Abschnitt 11.2),
- Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer in jeder Wahlperiode (Abschnitt 11.7),
- Gesetze, die infolge von Zustimmungsversagungen oder Einsprüchen des Bundesrates gescheitert sind (Abschnitt 11.8),
- Gesetze, die der Bundespräsident nicht verkündet hat (Abschnitt 11.10),
- Gesetze, die das Bundesverfassungsgericht für nichtig oder verfassungswidrig erklärt hat (Abschnitt 11.13),
- Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden (Abschnitt 11.15),
- Gesetze, die im Entwurf getestet und deren Wirkung analysiert wurden (Abschnitt 11.16),
- Gesetze, die Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalten des Bundestages vorsehen (Abschnitt 11.18),
- 150 Gesetze, die zu den „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung gezählt werden (Abschnitt 11.19),
- Gesetze, die die Opposition im Bundestag mit Erfolg initiiert hat (Abschnitt 12.4),
- Gesetze, in denen Regelungen zur Parlamentsreform enthalten sind (Abschnitt 13.2),
- Grundgesetz-Änderungsgesetze (Abschnitt 14.2),
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe zu Grundgesetz-Artikeln (Abschnitt 14.4),
- parlamentsrechtliche Gesetze (Abschnitt 15.1),
- die Diätengesetze (Abschnitt 20.2),
- Gesetze, zu denen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Gesetzesmaterialien“ veröffentlicht haben (Abschnitt 22.3),
- Gesetze, die die Mitwirkung des Bundestages im europäischen oder internationalen Bereich vorsehen (Kapitel 24).

in diesem Bereich „die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht“ (Art. 72 Abs. 1 GG). Der Bund durfte von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch machen, „soweit ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht, weil

1. eine Angelegenheit durch die Gesetzgebung einzelner Länder nicht wirksam geregelt werden kann oder
2. die Regelung einer Angelegenheit durch ein Landesgesetz die Interessen anderer Länder oder der Gesamtheit beeinträchtigen könnte oder
3. die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit, insbesondere die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Landes hinaus sie erfordert“ (Art. 72 GG).

Der mit Gesetz vom 27. Oktober 1994 neugefaßte Artikel 72 GG hat folgenden Wortlaut (Änderungen in Kursivschrift):

„(1) Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit *nicht durch Gesetz Gebrauch gemacht hat*.

(2) Der Bund hat in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht, *wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht*.

(3) *Durch Bundesgesetz kann bestimmt werden, daß eine bundesgesetzliche Regelung, für die eine Erforderlichkeit im Sinne von Absatz 2 nicht mehr besteht, durch Landesrecht ersetzt werden kann.*“

Nimmt der Bund seine konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis in Anspruch, so tritt das auf diesem Gebiet bestehende Landesrecht außer Kraft (Artikel 31 GG: „Bundesrecht bricht Landesrecht“).

Die Gebiete der konkurrierenden Gesetzgebung sind überwiegend in den Artikeln 74 und 74a GG aufgezählt.

Die **Rahmengesetzgebung des Bundes** ist in Artikel 75 GG geregelt. Danach hat der Bund das Recht, Rahmenvorschriften unter folgenden zwei Voraussetzungen zu erlassen:

- Der Regelungsgegenstand muß zu einem Sachgebiet gehören, das in Artikel 75 GG als Rahmenkompetenz des Bundes aufgeführt ist;
- es müssen dieselben Voraussetzungen wie bei der konkurrierenden Gesetzgebung in Artikel 72 Abs. 2 GG gegeben sein, d. h. es muß ein Bedürfnis nach bundeseinheitlicher Regelung bestehen.

Liegen diese Voraussetzungen vor, so darf der Bund Rahmenvorschriften erlassen. Die detaillierte gesetzliche Ausgestaltung bleibt den Ländern vorbehalten. Der Bund darf zwar einzelne Bestimmungen abschließend regeln, allerdings muß das Ganze durch die Landesgesetzgebung ausfüllungsfähig und ausfüllungsbedürftig bleiben.

Weitere Bestimmungen enthält das schon zitierte Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 27. Oktober 1994 durch Erweiterung des Artikels 75 um die folgenden Absätze 2 und 3:

„(2) Rahmenvorschriften dürfen nur in Ausnahmefällen in Einzelheiten gehende oder unmittelbar geltende Regelungen enthalten.

(3) Erläßt der Bund Rahmenvorschriften, so sind die Länder verpflichtet, innerhalb einer durch das Gesetz bestimmten angemessenen Frist die erforderlichen Landesgesetze zu erlassen.“

Neben der Rahmengesetzgebung des Bundes hat das Grundgesetz inzwischen in zwei Fällen eine **Grundsätzegesetzgebung des Bundes** eingeführt:

- In Art. 91a (eingefügt am 12. 5. 1969) fordert das Grundgesetz den Bundesgesetzgeber auf, durch ein zustimmungsbedürftiges Bundesgesetz allgemeine Grundsätze für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben aufzustellen.
- Nach Art. 109 Abs. 3 (eingefügt ebenfalls am 12. 5. 1969) können durch ein zustimmungsbedürftiges Gesetz „für Bund und Länder gemeinsam geltende Grundsätze für das Haushaltsrecht, für

eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufgestellt werden“.

Zwei **ungeschriebene Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes** werden zudem unterschieden:

- die Gesetzgebungskompetenz kraft Sachzusammenhangs,
- die Gesetzgebungskompetenz kraft Natur der Sache.

Eine **Gesetzgebungskompetenz kraft Sachzusammenhangs** liegt vor, wenn dem Bund in der Verfassung eine Materie zur Regelung zugewiesen ist, eine andere damit im engen Zusammenhang stehende Materie hingegen nicht. In der Weimarer Zeit wurde teilweise die Ansicht vertreten, daß das Reich – wenn dies zweckmäßig ist – zugleich auch die in engem Zusammenhang stehende Rechtsmaterie regeln durfte. Das Bundesverfassungsgericht ist dieser Ansicht nicht gefolgt. Vielmehr wird eine Gesetzgebungskompetenz kraft Sachzusammenhangs nur dann bejaht, wenn die Regelung der nicht zugewiesenen Materie durch den Bund eine notwendige Voraussetzung für die Regelung der zugewiesenen Materie ist. Nur dann, wenn der Bund die ihm zugewiesene Materie allein nicht regeln könnte, wird somit eine ungeschriebene Gesetzgebungskompetenz kraft Sachzusammenhangs bejaht.*)

Einen Unterfall der Gesetzgebungszuständigkeit kraft Sachzusammenhangs stellt die sog. **Annex-Kompetenz** dar. Sie ist gegeben, wenn ein an sich der Zuständigkeit der Länder unterliegendes Sachgebiet nur einen Annex (ein „Anhängsel“) zu dem Gebiet darstellt, für das der Bund die Zuständigkeit besitzt. In diesem Fall besteht Einigkeit, daß der Bund zugleich diesen ihm nach der Verfassung nicht zugewiesenen Annex regeln darf.

Die **Gesetzgebungskompetenz kraft Natur der Sache** bedeutet, daß eine dem Bund in der Verfassung nicht zugewiesene Gesetzgebungsmaterie begriffsnotwendig nur durch den Bund geregelt werden kann. Das setzt voraus, daß eine für das ganze Bundesgebiet geltende Regelung aus Gründen der Logik nur einheitlich erfolgen kann. Ohne daß dem Bund ausdrücklich die Gesetzgebungskompetenz zugewiesen ist, ist er beispielsweise zuständig, Regelungen zu erlassen für die Vertretung des Bundes, für die Bestimmung der Bundeshauptstadt oder für die Verleihung von Bundesorden.

Zu den ungeschriebenen Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes zählt die Bundesregierung die Kompetenzen für

- gesamtdeutsche Angelegenheiten,
- die politische Bildung im überregionalen Bereich,
- die Förderung besonders bedeutsamer kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen im Interesse der gesamtstaatlichen Repräsentation,
- die Raumordnung des Gesamtstaates sowie
- die Förderung des Spitzensports.**)

Im folgenden ist zusammengestellt, auf welche Bereiche sich die ausschließliche, konkurrierende und Rahmengesetzgebung erstrecken – beginnend beim Stand der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und mit allen späteren Ergänzungen und Änderungen im Verlauf der einzelnen Wahlperioden bis Stand 31. August 1997.

*) Vgl. Gutachten des Bundesverfassungsgerichts vom 16. 6. 1954, BVerfGE 3, S. 407 f., S. 423.

***) Vgl. Bundestags-Drucksache V/4002, S. 8.

Hinweis

Eine Dokumentation der Grundgesetz-Änderungsgesetze, die häufig auch eine Änderung der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes enthalten, findet sich unter Abschnitt 14.2.

Wahlperiode	Stand (Gesetz vom ...)	Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes (Art. 73 GG u. a.) umfaßt	Die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes (Art. 74 und 74a GG) erstreckt sich auf	Die Rahmengesetzgebung des Bundes (Art. 75 GG) umfaßt
Parl. Rat (1948–49)	23. 5. 1949 (Grundgesetz)	<p>a) <i>Artikel 73 GG:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die auswärtigen Angelegenheiten; 2. die Staatsangehörigkeit im Bunde; 3. die Freizügigkeit, das Paßwesen, die Ein- und Auswanderung und die Auslieferung; 4. das Währungs-, Geld- und Münzwesen, Maße und Gewichte sowie die Zeitbestimmung; 5. die Einheit des Zoll- und Handelsgebietes, die Handels- und Schifffahrtsverträge, die Freizügigkeit des Warenverkehrs und den Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Auslande einschließlich des Zoll- und Grenzschutzes; 6. die Bundeseisenbahnen und den Luftverkehr; 7. das Post- und Fernmeldewesen; 8. die Rechtsverhältnisse der im Dienste des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechtes stehenden Personen; 9. den gewerblichen Rechtsschutz, das Urheberrecht und das Verlagsrecht; 10. die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in der Kriminalpolizei und in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes sowie die internationale Verbrechensbekämpfung; 11. die Statistik für Bundeszwecke. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. das bürgerliche Recht, das Strafrecht und den Strafvollzug, die Gerichtsverfassung, das gerichtliche Verfahren, die Rechtsanwaltschaft, das Notariat und die Rechtsberatung; 2. das Personenstandswesen; 3. das Vereins- und Versammlungsrecht; 4. das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer; 5. den Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung in das Ausland; 6. die Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen; 7. die öffentliche Fürsorge; 8. die Staatsangehörigkeit in den Ländern; 9. die Kriegsschäden und die Wiedergutmachung; 10. die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Fürsorge für die ehemaligen Kriegsgefangenen und die Sorge für die Kriegsgräber; 11. das Recht der Wirtschaft (Bergbau, Industrie, Energiewirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Handel, Bank- und Börsenwesen, privatrechtliches Versicherungswesen); 12. das Arbeitsrecht einschließlich der Betriebsverfassung, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsvermittlung sowie die Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung; 	<ol style="list-style-type: none"> 1. die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienst der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen; 2. die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse und des Films; 3. das Jagdwesen, den Naturschutz und die Landschaftspflege; 4. die Bodenverteilung, die Raumordnung und den Wasserhaushalt; 5. das Melde- und Ausweiswesen. <p>(siehe auch Art. 98 Abs. 3: Rahmenvorschriften für die Rechtsstellung der Richter in den Ländern)</p>

Wahlperiode	Stand (Gesetz vom ...)	Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes (Art. 73 GG u. a.) umfaßt	Die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes (Art. 74 und 74a GG) erstreckt sich auf	Die Rahmengesetzgebung des Bundes (Art. 75 GG) umfaßt
noch: Parl. Rat	noch: 23. 5. 1949 (Grundgesetz)	<p><i>b) außerhalb von Art. 73 GG:¹⁾</i></p> <p>Art. 4 Abs. 3: Kriegsdienstverweigerungsrecht</p> <p>Art. 21 Abs. 3: Recht der politischen Parteien</p> <p>Art. 26 Abs. 2: Herstellung, Beförderung und Inverkehrbringung der zur Kriegsführung bestimmten Waffen</p> <p>Art. 29: Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes; Regelungen über Landeszugehörigkeit, Volksentscheid und Volksbegehren</p> <p>Art. 38 Abs. 3: Wahl zum Bundestag</p> <p>Art. 41 Abs. 3: Wahlprüfung</p> <p>Art. 48 Abs. 3: Regelung der Ansprüche der Bundestagsabgeordneten</p> <p>Art. 54 Abs. 7: Wahl des Bundespräsidenten</p> <p>Art. 84 Abs. 5: Befugnis der Bundesregierung, für besondere Fälle Einzelweisungen zur Ausführung von Bundesgesetzen zu erlassen</p>	<p>13. die Förderung der wissenschaftlichen Forschung;</p> <p>14. das Recht der Enteignung, soweit sie auf den Sachgebieten der Artikel 73 und 74 in Betracht kommt;</p> <p>15. die Überführung von Grund und Boden, von Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft;</p> <p>16. die Verhütung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung;</p> <p>17. die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung, die Sicherung der Ernährung, die Ein- und Ausfuhr land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Hochsee- und Küstenfischerei und den Küstenschutz;</p> <p>18. den Grundstücksverkehr, das Bodenrecht und das landwirtschaftliche Pachtwesen, das Wohnungswesen, das Siedlungs- und Heimstättenwesen;</p> <p>19. die Maßnahmen gegen gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten bei Menschen und Tieren, die Zulassung zu ärztlichen und anderen Heilberufen und zum Heilgewerbe, den Verkehr mit Arzneien, Heil- und Betäubungsmitteln und Giften;</p>	

Art. 87:
 Bereiche bundeseigener Verwaltung; Einrichtung bestimmter Bundesbehörden sowie Errichtung selbständiger Bundesoberbehörden, neuer bundesunmittelbarer Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts

Art. 93 Abs. 2:
 Erweiterung der Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts

Art. 94 Abs. 2:
 Regelung der Verfassung, des Verfahrens und der Gesetzeskraftwirkung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

Art. 96:
 Bestimmte Organisationsregelungen im Bereich der Gerichtsbarkeit

Art. 98 Abs. 1:
 Rechtsstellung der Bundesrichter

Art. 105 Abs. 1:
 Zölle und Finanzmonopole

Art. 106 Abs. 3 u. 4:
 Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern

Art. 107:
 Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder

Art. 108:
 Finanzverwaltung (Aufbau; Zusammenwirken von Bundes- und Landesfinanzbehörden; Finanzgerichtsbarkeit)

Art. 110:
 Haushaltsplan und Haushaltsgesetz des Bundes

20. den Schutz beim Verkehr mit Lebens- und Genußmitteln sowie Bedarfsgegenständen, mit Futtermitteln, mit land- und forstwirtschaftlichem Saat- und Pflanzgut und dem Schutz der Bäume und Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge;

21. die Hochsee- und Küstenschifffahrt sowie die Seezeichen, die Binnenschifffahrt, den Wetterdienst, die Seewasserstraßen und die dem allgemeinen Verkehr dienenden Binnenwasserstraßen;

22. den Straßenverkehr, das Kraftfahrwesen und den Bau und die Unterhaltung von Landstraßen des Fernverkehrs;

23. die Schienenbahnen, die nicht Bundeseisenbahnen sind, mit Ausnahme der Bergbahnen.

1) Die außerhalb des Artikels 73 GG normierten Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes sind einer Zusammenstellung entnommen von *Klaus Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Bd. II. München 1980. S. 602–604.

Wahlperiode	Stand (Gesetz vom ...)	Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes (Art. 73 GG u. a.) umfaßt	Die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes (Art. 74 und 74a GG) erstreckt sich auf	Die Rahmengesetzgebung des Bundes (Art. 75 GG) umfaßt
noch: Parl. Rat	noch: 23. 5. 1949 (Grundgesetz)	Art. 114: Rechnungsprüfung Art. 115: Kreditbeschaffung Art. 117 Abs. 2: Aufhebung von Gesetzen, die das Recht der Freizügigkeit mit Rücksicht auf die Raumnot einschränken Art. 118: Länderneugliederung im Südwesten der Bundesrepublik Art. 131: Rechtsverhältnisse bestimmter Personen, die 1945 aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden sind Art. 134 Abs. 4: Rechtsnachfolge im Reichsvermögen Art. 135: Regelungen über Vermögen bei Änderung des Gebietsbestandes		
1. WP (1949–53)	14. 8. 1952	Art. 120 a eingefügt: Organisationsregelungen zur Durchführung des Lastenausgleichs		
2. WP (1953–57)	26. 3. 1954	Art. 73 geändert: 1. die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Verteidigung einschließlich der Wehrpflicht für Männer vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an und des Schutzes der Zivilbevölkerung;		

	23. 12. 1955	Art. 106 Abs. 3 u. 4 geändert: Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern Art. 107 geändert: Finanzausgleich		
	19. 3. 1956	Art. 45 b eingefügt: Wehrbeauftragter des Bundestages Art. 87 b eingefügt: Aufgaben und Organisation der Bundeswehr- verwaltung		
	22. 10. 1957	Art. 135 a eingefügt: Regelung bestimmter Verbindlichkeiten des Reiches, des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände und anderer Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts		
3. WP (1957–61)	23. 12. 1959		eingefügt: 11 a die Erzeugung und Nutzung der Kern- energie zu friedlichen Zwecken, die Errichtung und den Betrieb von Anla- gen, die diesen Zwecken dienen, den Schutz gegen Gefahren, die bei Freiwer- den von Kernenergie oder durch ionisie- rende Strahlen entstehen, und die Beseitigung radioaktiver Stoffe;	
	6. 2. 1961	Art. 87 d eingefügt: Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung		

Hinweis

Eine Dokumentation der Grundgesetz-Änderungsgesetze, die häufig auch eine Änderung der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes enthalten, findet sich unter Abschnitt 14.2.

Wahlperiode	Stand (Gesetz vom ...)	Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes (Art. 73 GG u. a.) umfaßt	Die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes (Art. 74 und 74a GG) erstreckt sich auf	Die Rahmengesetzgebung des Bundes (Art. 75 GG) umfaßt
4. WP (1961–65)	16. 6. 1965		<p>geändert:</p> <p>10. die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und die Fürsorge für die ehemaligen Kriegsgefangenen;</p> <p>eingefügt:</p> <p>10 a die Kriegsgräber und die Gräber anderer Opfer des Krieges und Opfer von Gewaltherrschaft;</p>	
5. WP (1965–69)	8. 6. 1967	Art. 109 geändert: Grundsätze für Haushaltswirtschaft und Finanzplanung		
	24. 6. 1968	Art. 73 geändert: 1. die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung;		
	12. 5. 1969	<p>Art. 106 geändert: Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern</p> <p>Art. 107 geändert: Finanzausgleich</p> <p>Art. 108 geändert: Finanzverwaltung</p> <p>Art. 110 geändert: Haushaltsplan und Haushaltsgesetz des Bundes</p> <p>Art. 112 geändert: Über- und außerplanmäßige Ausgaben</p> <p>Art. 114 geändert: Befugnisse des Bundesrechnungshofes</p>	<p>geändert:</p> <p>13. die Regelung der Ausbildungsbeihilfen und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung;</p> <p>eingefügt:</p> <p>19 a die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und die Regelung der Krankenhauspflegesätze;</p> <p>geändert:</p> <p>22. den Straßenverkehr, das Kraftfahrwesen, den Bau und die Unterhaltung von Landstraßen für den Fernverkehr sowie die Erhebung und Verteilung von Gebühren für die Benutzung öffentlicher Straßen mit Fahrzeugen;</p>	eingefügt: 1 a die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens;

		Art. 115 geändert: Kreditbeschaffung Art. 91 a eingefügt: Gemeinschaftsaufgaben		
	19. 8. 1969	Art. 29 geändert: Maßnahmen zur Neugliederung des Bundes		
6. WP (1969–72)	18. 3. 1971		eingefügt: Art. 74 a die Besoldung und Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen, soweit dem Bund nicht nach Artikel 73 Nr. 8 die ausschließliche Gesetzgebung zusteht; geändert: 20. den Schutz beim Verkehr mit Lebens- und Genußmitteln, Bedarfsgegenständen, Futtermitteln und land- und forstwirtschaftlichem Saat- und Pflanzgut, den Schutz der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge sowie den Tierschutz;	geändert: 1. die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienst der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes stehenden Personen, soweit Artikel 74 a nichts anderes bestimmt;
	12. 4. 1972		eingefügt: 24. die Abfallbeseitigung, die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung;	

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

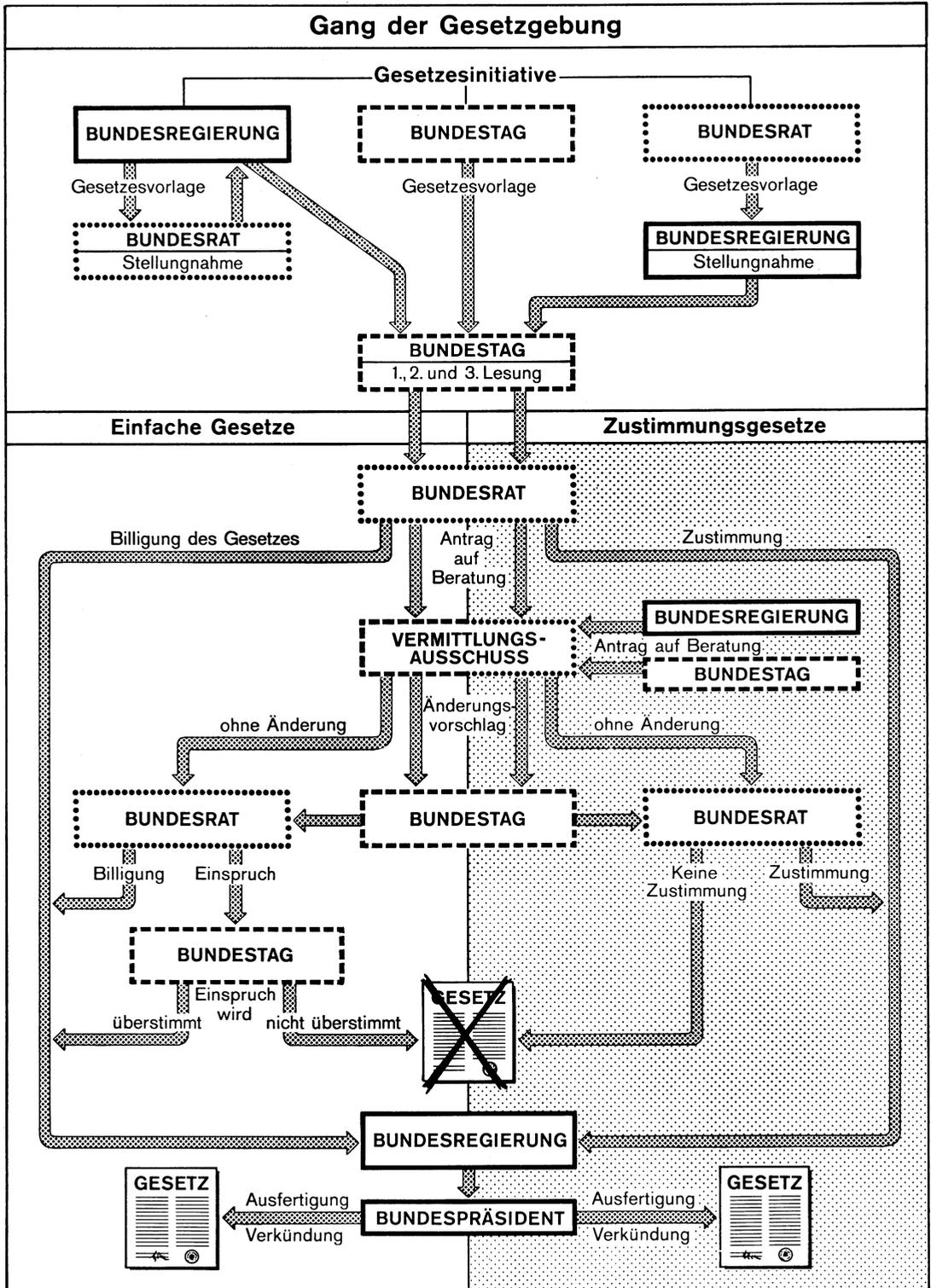
Wahlperiode	Stand (Gesetz vom ...)	Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes (Art. 73 GG u. a.) umfaßt	Die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes (Art. 74 und 74a GG) erstreckt sich auf	Die Rahmengesetzgebung des Bundes (Art. 75 GG) umfaßt
noch: 6. WP	28. 7. 1972	<p>Art. 73 geändert: 10. die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder</p> <p>a) in der Kriminalpolizei, b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sowie die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes und die internationale Verbrechensbekämpfung;</p> <p>Art. 87 geändert: Einrichtung bestimmter Behörden im Rahmen des Verfassungsschutzes und der Verbrechensbekämpfung</p>	eingefügt: 4 a das Waffenrecht;	
7. WP (1972–76)	23. 8. 1976		geändert: 4 a das Waffen- und Sprengstoffrecht;	
8. WP (1976–80)				
9. WP (1980–83)				
10. WP (1983–87)				

11. WP (1987–90)	23. 9. 1990	Art. 135 a ergänzt: Regelung von Verbindlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik		
12. WP (1990–94)	14. 7. 1992	Art. 87 d geändert: Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung		
	21. 12. 1992	Art. 23 [neu] eingefügt: Regelung der Willensbildung und der Gesetzgebungsbefugnisse bei Verwirklichung der Europäischen Union		
	28. 6. 1993	Art. 16 a eingefügt: Asylrecht und -verfahren		
	20. 12. 1993	<p>Art. 73 geändert: 6. den Luftverkehr (gestrichen: die Bundes-eisenbahnen und); 6a (eingefügt:) den Verkehr von Eisenbahnen, die ganz oder mehrheitlich im Eigentum des Bundes stehen (Eisenbahnen des Bundes), den Bau, die Unterhaltung und das Betreiben von Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes sowie die Erhebung von Entgelten für die Benutzung dieser Schienenwege;</p> <p>Art. 87 e eingefügt: Eisenbahnverkehrsverwaltung für Eisenbahnen des Bundes</p> <p>Art. 143 a eingefügt: Umwandlung der in bundeseigener Verwaltung geführten Bundeseisenbahnen in Wirtschaftsunternehmen</p>	Art. 74 geändert: 23. die Schienenbahnen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, mit Ausnahme der Bergbahnen;	

Wahlperiode	Stand (Gesetz vom ...)	Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes (Art. 73 GG u. a.) umfaßt	Die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes (Art. 74 und 74a GG) erstreckt sich auf	Die Rahmengesetzgebung des Bundes ¹⁾ (Art. 75 GG) umfaßt
noch: 12. WP	30. 8. 1994	<p>Art. 73 geändert: 7. das Postwesen und die Telekommunikation,</p> <p>Art. 87 f eingefügt: Gewährleistung von Dienstleistungen im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation</p> <p>Art. 143 b eingefügt: Umwandlung des Sondervermögens Deutsche Bundespost in Unternehmen privater Rechtsform</p>		
	27. 10. 1994		<p>aufgehoben: 5. den Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung in das Ausland; 8. die Staatsangehörigkeit in den Ländern;</p> <p>ergänzt durch einen Klammerzusatz: 18. ... das Bodenrecht (ohne das Recht der Erschließungsbeiträge)</p> <p>ergänzt: 25. die Staatshaftung; 26. die künstliche Befruchtung beim Menschen, die Untersuchung und die künstliche Veränderung von Erbinformationen sowie Regelungen zur Transplantation von Organen und Geweben.</p>	<p>gestrichen: 2. die allgemeinen Rechtsverhältnisse ... des Films</p> <p>ergänzt: 6. den Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung ins Ausland</p>
13. WP (1994- ²⁾)				

¹⁾ geändert: Rahmenvorschriften des Bundes für die Gesetzgebung der Länder

²⁾ Stand: 31. August 1997



11.2 Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes

„Die Gesetzgebungskompetenz des Bundestags verpflichtet den Bundestag – rein rechtlich gesehen – in der Regel nicht, davon Gebrauch zu machen. Er ist daher ... zwar verpflichtet, Gesetzesinitiativen zu behandeln, aber in der Regel berechtigt, sie abzulehnen.

Das Grundgesetz erteilt jedoch in einer Reihe von Fällen den Auftrag, gesetzliche Regelungen zu treffen. Ein verfassungsrechtlicher Auftrag liegt nicht nur vor, wenn das Grundgesetz, wie z. B. in Artikel 6 Abs. 5, die Form der Weisung wählt, sondern auch, wenn das Grundgesetz, wie in den meisten Fällen, feststellt: „Das Nähere regelt ein Bundesgesetz (z. B. Art. 4 Abs. 3 Satz 2) oder eine sachlich gleichbedeutende Wendung gebraucht, z. B. in Artikel 45c Abs. 2. Entscheidend ist für den Verfassungsauftrag, daß ein Bundesgesetz verlangt wird.

Die im Grundgesetz in zahlreichen Artikeln erteilten Gesetzgebungsaufträge sind im wesentlichen erfüllt.“*)

Gesetzgebungsaufträge in der Erstfassung des Grundgesetzes

Die folgende Aufstellung enthält den Text derjenigen Grundgesetz-Artikel, die einen Gesetzgebungsauftrag an den Bundestag enthalten, sowie die Angabe des Gesetzes, mit dem **erstmalig** dieser Gesetzgebungsauftrag erfüllt wurde. Im ersten Teil werden zunächst die Grundgesetz-Artikel in der Fassung vom 23. Mai 1949 zitiert; Änderungen und Ergänzungen der Gesetzgebungsaufträge aufgrund von Grundgesetz-Änderungsgesetzen folgen im zweiten Teil der Aufstellung (ab Seite 2341).

Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmalig durch ...
<p>Artikel 4 [Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit]</p> <p>...</p> <p>(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 19. 3. 1956: Artikel 12 Abs. 2)</p>	<p>Wehrpflichtgesetz vom 21. Juli 1956 (BGBl. I S. 651)</p> <p>Gesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 13. Januar 1960 (BGBl. I S. 10)</p>
<p>Artikel 6 [Ehe und Familie, nichteheliche Kinder]</p> <p>...</p> <p>(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.</p>	<p>Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1243)</p>

*) *Hans Troßmann*, Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Bd. 28. N.F. 1979. S. 34.
Zur Situation um 1960 vgl. u. a. *Adolf Arndt*, Das nicht erfüllte Grundgesetz. Tübingen 1960.

Hinweise

Einen statistischen Überblick über den **aktuellen Stand der Gesetzgebung** der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Sach- und Sprechregister des Deutschen Bundestages und dem Arbeitsbereich Dokumentation und Datenverarbeitung des Bundesrates.

Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmalig durch ...
<p>Artikel 21 [Parteien]</p> <p>(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.</p> <p>(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.</p> <p>(3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 21. 12. 1983: Artikel 21)</p>	<p>Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773)</p>
<p>Artikel 26 [Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges]</p> <p>(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.</p> <p>(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.</p>	<p><i>Zu Abs. 1:</i> vgl. §§ 80, 80a StGB; Gesetz über den Beitritt zur Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom 9. August 1954 (BGBl. II S. 729)</p> <p><i>Zu Abs. 2:</i> Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen vom 20. April 1961 (BGBl. I S. 444)</p>
<p>Artikel 29 [Neugliederung des Bundesgebietes]</p> <p>(1) Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.</p> <p>(2) In Gebietsteilen, die bei der Neubildung der Länder nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, kann binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Grundgesetzes durch Volksbegehren eine bestimmte Änderung über die Landeszugehörigkeit getroffenen Entscheidung gefordert werden. Das Volksbegehren bedarf der Zustimmung eines Zehntels der zu den Landtagen wahlberechtigten Bevölkerung. Kommt das Volksbegehren zustande, so hat die Bundesregierung in den Gesetzentwurf über die Neugliederung eine Bestimmung über die Landeszugehörigkeit des Gebietsteiles aufzunehmen.</p> <p>(3) Nach Annahme des Gesetzes ist in jedem Gebiete, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, der Teil des Gesetzes, der dieses Gebiet betrifft, zum Volksentscheid zu bringen. Ist ein Volksbegehren nach Absatz 2 zustandegekommen, so ist in dem betreffenden Gebiete in jedem Falle ein Volksentscheid durchzuführen.</p> <p>(4) Soweit dabei das Gesetz mindestens in einem Gebietsteil abgelehnt wird, ist es erneut bei dem Bundestage einzubringen. Nach erneuter Verabschiedung bedarf es insoweit der Annahme durch Volksentscheid im gesamten Bundesgebiete.</p> <p>(5) Bei einem Volksentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.</p> <p>(6) Das Verfahren regelt ein Bundesgesetz. Die Neugliederung soll vor Ablauf von drei Jahren nach Verkündung des Grundgesetzes und, falls sie als Folge des Beitrittes eines anderen Teiles von Deutschland notwendig wird, innerhalb von zwei Jahren nach dem Beitritt geregelt sein.</p> <p>(7) Das Verfahren über jede sonstige Änderung des Gebietsbestandes der Länder regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf.</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 19. 8. 1969, 23. 8. 1976 und 23. 10. 1994: Artikel 29)</p>	<p><i>Zu Abs. 1:</i> –</p> <p><i>Zu Abs. 6:</i> Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid bei Neugliederung des Bundesgebietes nach Artikel 29 Absatz 2 bis 6 des Grundgesetzes vom 23. Dezember 1955 (BGBl. I S. 835)</p> <p><i>Zu Abs. 7:</i> Gesetz über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 16. März 1965 (BGBl. I S. 65)</p>

Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmal s durch ...
<p>Artikel 33 [Berufsbeamtentum]</p> <p>...</p> <p>(5) Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln.</p>	<p>u. a.: Bundesbeamtengesetz vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 551) und Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz) vom 11. April 1957 (BGBl. I S. 667)</p>
<p>Artikel 38 [Wahl]</p> <p>(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.</p> <p>(2) Wahlberechtigt ist, wer das einundzwanzigste, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.</p> <p>(3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.</p> <p>(Siehe auch GGÄndG vom 31. 7. 1970: Artikel 38 Abs. 2)</p>	<p>Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBl. S. 21)</p> <p>Wahlgesetz zum Zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBl. I S. 470)</p> <p>Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383)</p>
<p>Artikel 41 [Wahlprüfung]</p> <p>(1) Die Wahlprüfung ist Sache des Bundestages. Er entscheidet auch, ob ein Abgeordneter des Bundestages die Mitgliedschaft verloren hat.</p> <p>(2) Gegen die Entscheidung des Bundestages ist die Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig.</p> <p>(3) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.</p>	<p>Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166)</p>
<p>Artikel 48 [Ansprüche der Abgeordneten]</p> <p>...</p> <p>(3) Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Sie haben das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.</p>	<p>Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages vom 15. Juni 1950 (BGBl. S. 215)</p> <p><i>inzwischen:</i> Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) vom 24. Februar 1977 (BGBl. I S. 297)</p>

Hinweis

Ein Verzeichnis sämtlicher Gesetze, und zwar

- der verkündeten Gesetze,
- der durch Ablauf der Wahlperiode erledigten Gesetzentwürfe,
- der während der Wahlperiode anderweitig erledigten Gesetzentwürfe

enthält die seit der 7. Wahlperiode (1972–1976) erstellte Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“. Sie steht während der laufenden Wahlperiode als Loseblattausgabe zur Verfügung und erscheint nach Abschluß der Wahlperiode in gebundener Form als „Gesamtband“.

Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ...
<p>Artikel 54 [Wahl des Bundespräsidenten]</p> <p>(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.</p> <p>(2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.</p> <p>(3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.</p> <p>(4) Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird vom Präsidenten des Bundestages einberufen.</p> <p>(5) Nach Ablauf der Wahlperiode beginnt die Frist des Absatzes 4 Satz 1 mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages.</p> <p>(6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.</p> <p>(7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.</p>	<p>Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. I S. 230)</p> <p><i>Zuvor:</i> Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBl. S. 21) bzw. Wahlgesetz zum Zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBl. I S. 470)</p>
<p>Artikel 88 [Bundesbank]</p> <p>Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank.</p>	<p>Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745)</p>
<p>Artikel 89 [Bundeswasserstraßen]</p> <p>...</p> <p>(2) Der Bund verwaltet die Bundeswasserstraßen durch eigene Behörden. Er nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben der Binnenschifffahrt und die Aufgaben der Seeschifffahrt war, die ihm durch Gesetz übertragen werden. Er kann die Verwaltung von Bundeswasserstraßen, soweit sie im Gebiete eines Landes liegen, diesem Lande auf Antrag als Auftragsverwaltung übertragen. Berührt eine Wasserstraße das Gebiet mehrerer Länder, so kann der Bund das Land beauftragen, für das die beteiligten Länder es beantragen.</p>	<p>Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt vom 24. Mai 1965 (BGBl. II S. 833)</p> <p>Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (BGBl. II S. 317)</p>
<p>Artikel 94 [Bundesverfassungsgericht]</p> <p>...</p> <p>(2) Ein Bundesgesetz regelt seine Verfassung und das Verfahren und bestimmt, in welchen Fällen seine Entscheidungen Gesetzeskraft haben.</p>	<p>Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 243)</p>
<p>Artikel 95 [Oberste Gerichtshöfe des Bundes]</p> <p>(1) Zur Wahrung der Einheit des Bundesrechts wird ein Oberstes Bundesgericht errichtet.</p> <p>(2) Das Oberste Bundesgericht entscheidet in Fällen, deren Entscheidung für die Einheitlichkeit der Rechtsprechung der oberen Bundesgerichte von grundsätzlicher Bedeutung ist.</p> <p>(3) Über die Berufung der Richter des Obersten Bundesgerichtes entscheidet der Bundesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß, der aus den Landesjustizministern und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern besteht, die vom Bundestage gewählt werden.</p> <p>(4) Im übrigen werden die Verfassung des Obersten Bundesgerichtes und sein Verfahren durch Bundesgesetz geregelt.</p>	<p>Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 18. Juni 1968 (BGBl. I S. 657)</p> <p><i>(dadurch Änderung des ursprünglichen Gesetzgebungsauftrages)</i></p>

Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ...
<p>Artikel 96 [Andere Bundesgerichte]</p> <p>(1) Für das Gebiet der ordentlichen, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit sind obere Bundesgerichte zu errichten.</p> <p>(2) Auf die Richter der oberen Bundesgerichte findet Artikel 95 Absatz 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Bundesjustizministers und der Landesjustizminister die für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Minister treten. Ihre Dienstverhältnisse sind durch besonderes Bundesgesetz zu regeln.</p> <p>(3) ...</p>	<p>Deutsches Richtergesetz vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665)</p>
<p>Artikel 98 [Rechtsstellung der Richter]</p> <p>(1) Die Rechtsstellung der Bundesrichter ist durch besonderes Bundesgesetz zu regeln.</p> <p>(2) ...</p>	<p>Deutsches Richtergesetz vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665)</p>
<p>Artikel 104 [Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung]</p> <p>...</p> <p>(2) Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere ist gesetzlich zu regeln.</p>	<p>Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 599)</p>
<p>Artikel 106 [Verteilung des Steueraufkommens]</p> <p>...</p> <p>(4) Um die Leistungsfähigkeit auch der steuerschwachen Länder zu sichern und eine unterschiedliche Belastung der Länder mit Ausgaben auszugleichen, kann der Bund Zuschüsse gewähren und die Mittel hierfür bestimmten den Ländern zufließenden Steuern entnehmen. Durch Bundesgesetz, welches der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wird bestimmt, welche Steuern hierbei herangezogen werden und mit welchen Beträgen und nach welchem Schlüssel die Zuschüsse an die ausgleichsberechtigten Länder verteilt werden; die Zuschüsse sind den Ländern unmittelbar zu überweisen.</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 23. 12. 1955, 12. 5. 1969 und 3. 11. 1995: Artikel 106)</i></p>	<p>Gesetz über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950 vom 16. März 1951 (BGBl. I S. 198)</p>
<p>Artikel 107 [Steuerverteilung]</p> <p>Die endgültige Verteilung der der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder soll spätestens bis zum 31. Dezember 1952 erfolgen, und zwar durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Dies gilt nicht für die Realsteuern und die Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis. Hierbei ist jedem Teil ein gesetzlicher Anspruch auf bestimmte Steuern oder Steueranteile entsprechend seinen Aufgaben einzuräumen.</p>	<p>Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes vom 20. April 1953 (BGBl. I S. 130)</p> <p><i>(Hierdurch wurde die Frist für das Bundesgesetz bis zum 31. Dezember 1954 verlängert.)</i></p>

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmalig durch ...
<p>Artikel 108 [Finanzverwaltung]</p> <p>(1) Zölle, Finanzmonopole, die der konkurrierenden Gesetzgebung unterworfenen Verbrauchsteuern, die Beförderungsteuer, die Umsatzsteuer und die einmaligen Vermögensabgaben werden durch Bundesfinanzbehörden verwaltet. Der Aufbau dieser Behörden und das von ihnen anzuwendende Verfahren werden durch Bundesgesetz geregelt. Die Leiter der Mittelbehörden sind im Benehmen mit den Landesregierungen zu bestellen. Der Bund kann die Verwaltung der einmaligen Vermögensabgaben den Landesfinanzbehörden als Auftragsverwaltung übertragen.</p> <p>...</p> <p>(5) Die Finanzgerichtsbarkeit wird durch Bundesgesetz einheitlich geregelt.</p> <p>(6) ...</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 12. 5. 1969: Artikel 108)</i></p>	<p><i>Zu Abs. 1:</i> Gesetz über die Finanzverwaltung (Finanzverwaltungsgesetz – FVG) vom 6. September 1950 (BGBl. S. 448)</p> <p><i>Zu Abs. 5:</i> Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit vom 22. Oktober 1957 (BGBl. I S. 1746); Finanzgerichtsordnung vom 6. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1477)</p>
<p>Artikel 114 [Rechnungslegung, Rechnungsprüfung]</p> <p>Der Bundesminister der Finanzen hat dem Bundestage und dem Bundesrate über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen und die Schulden jährlich Rechnung zu legen.</p> <p>Die Rechnung wird durch einen Rechnungshof, dessen Mitglieder richterliche Unabhängigkeit besitzen, geprüft. Die allgemeine Rechnung und eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden sind dem Bundestage und dem Bundesrate im Laufe des nächsten Rechnungsjahres mit den Bemerkungen des Rechnungshofes zur Entlastung der Bundesregierung vorzulegen. Die Rechnungsprüfung wird durch Bundesgesetz geregelt.</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 12. 5. 1969: Artikel 114)</i></p>	<p>Gesetz über die Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes vom 27. November 1950 (BGBl. S. 765)</p>
<p>Artikel 117 [Übergangsregelung für Art. 3 Abs. 2 und Art. 11]</p> <p>(1) Das dem Artikel 3 Absatz 2 entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1953.</p> <p>(2) Gesetze, die das Recht der Freizügigkeit mit Rücksicht auf die gegenwärtige Raumnot einschränken, bleiben bis zu ihrer Aufhebung durch Bundesgesetz in Kraft.</p>	<p><i>Zu Abs. 1: bis zum 31. März 1953 ist keine Anpassung des bestehenden Rechts an das Grundgesetz erfolgt; vgl. später das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz) vom 18. Juni 1957 (BGBl. I S. 609)</i></p> <p><i>Zu Abs. 2: –</i></p>
<p>Artikel 118 [Neugliederung der Länder im Südwesten]</p> <p>Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß.</p>	<p>Zweites Gesetz über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern vom 4. Mai 1951 (BGBl. I S. 284)</p>
<p>Artikel 120 [Besatzungskosten und Kriegsfolgelasten]</p> <p>(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung eines Bundesgesetzes und die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge.</p> <p>(2) ...</p>	<p>Erstes Gesetz zur Überleitung von Lasten und Deckungsmitteln auf den Bund (Erstes Überleitungsgesetz) vom 28. November 1950 (BGBl. S. 773)</p>

Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmal s durch ...
<p>Artikel 131 [Rechtsverhältnisse ehemaliger Angehöriger des öffentlichen Dienstes]</p> <p>Die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, sind durch Bundesgesetz zu regeln. Entsprechendes gilt für Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten. Bis zum Inkrafttreten des Bundesgesetzes können vorbehaltlich anderweitiger landesrechtlicher Regelung Rechtsansprüche nicht geltend gemacht werden.</p>	<p>Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (BGBl. I S. 307)</p>
<p>Artikel 134 [Rechtsnachfolge in das Reichsvermögen]</p> <p>(1) Das Vermögen des Reiches wird grundsätzlich Bundesvermögen.</p> <p>(2) Soweit es nach seiner ursprünglichen Zweckbestimmung überwiegend für Verwaltungsaufgaben bestimmt war, die nach diesem Grundgesetze nicht Verwaltungsaufgaben des Bundes sind, ist es unentgeltlich auf die nunmehr zuständigen Aufgabenträger und, soweit es nach seiner gegenwärtigen, nicht nur vorübergehenden Benutzung Verwaltungsaufgaben dient, die nach diesem Grundgesetze nunmehr von den Ländern zu erfüllen sind, auf die Länder zu übertragen. Der Bund kann auch sonstiges Vermögen den Ländern übertragen.</p> <p>(3) Vermögen, das dem Reich von den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde, wird wiederum Vermögen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände), soweit es nicht der Bund für eigene Verwaltungsaufgaben benötigt.</p> <p>(4) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.</p>	<p>Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligung vom 21. Juli 1951 (BGBl. I S. 467);</p> <p>Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen (Reichsvermögensgesetz) vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 597);</p> <p>Allgemeines Kriegsfolgengesetz vom 5. Januar 1957 (BGBl. I S. 1747);</p> <p>Gesetz über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Deutschen Bundesbahn vom 2. März 1951 (BGBl. I S. 155);</p> <p>Gesetz über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs vom 2. März 1951 (BGBl. I S. 157);</p> <p>Gesetz zur Abgeltung von Reparations-, Restitutions-, Zerstörungs- und Rückerstattungsschäden (Reparationssschädengesetz) vom 12. Februar 1969 (BGBl. I S. 105)</p>

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im Abschnitt 11.13.

Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmal s durch ...
<p>Artikel 135 [Rechtsnachfolge in das Vermögen früherer Länder und Körperschaften]</p> <p>...</p> <p>(5) Im übrigen wird die Rechtsnachfolge und die Auseinandersetzung, soweit sie nicht bis zum 1. Januar 1952 durch Vereinbarung zwischen den beteiligten Ländern oder Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechtes erfolgt, durch Bundesgesetz geregelt, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.</p> <p>(6) Beteiligungen des ehemaligen Landes Preußen an Unternehmen des privaten Rechtes gehen auf den Bund über. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das auch Abweichendes bestimmen kann.</p> <p>(7) ...</p>	<p><i>Zu Abs. 5:</i> Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse nicht mehr bestehender öffentlicher Rechtsträger (Rechtsträger-Abwicklungsgesetz) vom 5. September 1965 (BGBl. I S. 1065)</p> <p><i>Zu Abs. 6:</i> Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen (Reichsvermögensgesetz) vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 597)</p>
<p>Artikel 143 [Hochverrat]</p> <p>(1) Wer mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes oder eines Landes ändert, den Bundespräsidenten der ihm nach diesem Grundgesetze zustehenden Befugnisse beraubt oder mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung nötigt oder hindert, sie überhaupt oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, oder ein zum Bunde oder einem Lande gehöriges Gebiet losreißt, wird mit lebenslangem Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft.</p> <p>(2) Wer zu einer Handlung im Sinne des Absatzes 1 öffentlich auffordert oder sie mit einem anderen verabredet oder in anderer Weise vorbereitet, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.</p> <p>(3) In minder schweren Fällen kann in den Fällen des Absatzes 1 auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren, in den Fällen des Absatzes 2 auf Gefängnis nicht unter einem Jahr erkannt werden.</p> <p>(4) Wer aus freien Stücken seine Tätigkeit aufgibt oder bei Beteiligung mehrerer die verabredete Handlung verhindert, kann nicht nach den Vorschriften der Absätze 1 bis 3 bestraft werden.</p> <p>(5) Für die Aburteilung ist, sofern die Handlung sich ausschließlich gegen die verfassungsmäßige Ordnung eines Landes richtet, mangels anderweitiger landesrechtlicher Regelung das für Strafsachen zuständige oberste Gericht des Landes zuständig. Im übrigen ist das Oberlandesgericht zuständig, in dessen Bezirk die erste Bundesregierung ihren Sitz hat.</p> <p>(6) Die vorstehenden Vorschriften gelten bis zu einer anderweitigen Regelung durch Bundesgesetz.</p>	<p>Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951 (BGBl. I S. 747)</p> <p><i>(Art. 143 wurde damit hinfällig und konnte aufgehoben werden.)</i></p>

An dieser Stelle enden die ursprünglichen Gesetzgebungsaufträge, die in dem am 23. Mai 1949 ausgearbeiteten Grundgesetz enthalten waren.

Hinweis

Ein Verzeichnis sämtlicher Gesetze, und zwar

- der verkündeten Gesetze,
- der durch Ablauf der Wahlperiode erledigten Gesetzentwürfe,
- der während der Wahlperiode anderweitig erledigten Gesetzentwürfe

enthält die seit der 7. Wahlperiode (1972–1976) erstellte Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“. Sie steht während der laufenden Wahlperiode als Loseblattausgabe zur Verfügung und erscheint nach Abschluß der Wahlperiode in gebundener Form als „Gesamtband“.

Gesetzgebungsaufträge in Grundgesetz-Änderungsgesetzen

Auf den folgenden Seiten werden die Gesetzgebungsaufträge zitiert, die von den Änderungsgesetzen zum Grundgesetz ausgehen.

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmalig durch ...
20. 4. 1953	<p>Artikel 107 [Steuerverteilung]</p> <p>Die endgültige Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder soll spätestens bis zum 31. Dezember 1954 erfolgen, und zwar durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Dies gilt nicht ...</p>	Zweites Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes vom 25. Dezember 1954 (BGBl. I S. 517) ¹⁾
25. 12. 1954	<p>Artikel 107 [Steuerverteilung]</p> <p>Die endgültige Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder soll spätestens bis zum 31. Dezember 1955 erfolgen, und zwar durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Dies gilt nicht ...</p>	Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung (Finanzverfassungsgesetz) vom 23. Dezember 1955 (BGBl. I S. 817) ²⁾
23. 12. 1955	<p>Artikel 106 [Verteilung des Steueraufkommens]</p> <p>...</p> <p>(4) Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, soll das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer (Absatz 3) geändert werden, wenn sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Bundes und das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Länder unterschiedlich entwickeln und in der Haushaltswirtschaft des Bundes oder der Länder ein so erheblicher Fehlbedarf entsteht, daß eine entsprechende Berichtigung des Beteiligungsverhältnisses zugunsten des Bundes oder zugunsten der Länder geboten ist. Hierbei ist von den folgenden Grundsätzen auszugehen:</p> <p>...</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 12. 5. 1969 und 3. 11. 1995: Art. 106)</p>	
	<p>Artikel 107 [Finanzausgleich, Ergänzungszuweisungen]</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, ist ein angemessener finanzieller Ausgleich zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Ländern sicherzustellen; hierbei sind die Finanzkraft und der Finanzbedarf der Gemeinden (Gemeindeverbände) zu berücksichtigen. Dieses Gesetz bestimmt, daß aus Beiträgen leistungsfähiger Länder (Ausgleichsbeiträgen) leistungsschwachen Ländern Ausgleichszuweisungen gewährt werden; in dem Gesetz sind die Voraussetzungen für die Ausgleichsansprüche und die Ausgleichsverbindlichkeiten sowie die Maßstäbe für die Höhe der Ausgleichsleistungen zu bestimmen. Das Gesetz kann auch bestimmen, daß der Bund aus seinen Mitteln leistungsschwachen Ländern Zuweisungen zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs (Ergänzungszuweisungen) gewährt.</p>	Gesetz über den Finanzausgleich unter den Ländern vom Rechnungsjahr 1958 an (Länderfinanzausgleichsgesetz 1958) vom 5. März 1959 (BGBl. I S. 73)

¹⁾ Damit wurde die Frist für das Bundesgesetz ein zweites Mal verlängert, nunmehr auf den 31. Dezember 1955.

²⁾ Durch dieses verfassungsändernde Gesetz wurde der Gesetzgebungsauftrag geändert – siehe weiter unten unter GGÄndG vom 23. 12. 1955.

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ...
19. 3. 1956	<p>Artikel 12 [Berufsfreiheit, Dienstverpflichtungen]</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte steht.</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 24. 6. 1968: Artikel 12a Abs. 2)</i></p>	Wehrpflichtgesetz vom 21. Juli 1956 (BGBl. I S. 651) und Gesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 13. Januar 1960 (BGBl. I S. 10)
	<p>Artikel 45b [Wehrbeauftragter]</p> <p>Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.</p>	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestags vom 26. Juni 1957 (BGBl. I S. 652)
	<p>Artikel 96a [Wehrstrafgerichte]</p> <p>(1) Der Bund kann Wehrstrafgerichte für die Streitkräfte als Bundesgerichte errichten. Sie können die Strafgerichtsbarkeit nur im Verteidigungsfalle sowie über Angehörige der Streitkräfte ausüben, die in das Ausland entsandt oder an Bord von Kriegsschiffen eingeschifft sind. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.</p> <p>(2) ...</p> <p><i>(Artikel 96a Abs. 1 wird durch GGÄndG vom 6. 5. 1961 zu Abs. 2. Durch GGÄndG vom 18. 6. 1968 wird Artikel 96a zu Artikel 96 bei gleichzeitiger Aufhebung des bisherigen Artikels 96.)</i></p>	
30. 7. 1965	<p>Artikel 120 [Kriegsfolgelasten]</p> <p>(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1965 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. Soweit Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die in Bundesgesetzen weder geregelt worden sind noch geregelt werden, bis zum 1. Oktober 1965 von den Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder sonstigen Aufgabenträgern, die Aufgaben von Ländern oder Gemeinden erfüllen, erbracht worden sind, ist der Bund zur Übernahme von Aufwendungen dieser Art auch nach diesem Zeitpunkt nicht verpflichtet. Der Bund trägt die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. Die durch diesen Absatz geregelte Verteilung der Kriegsfolgelasten auf Bund und Länder läßt die gesetzliche Regelung von Entschädigungsansprüchen für Kriegssopfer unberührt.</p>	Zweites Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Kriegsfolgelangengesetzes vom 9. Januar 1967 (BGBl. I S. 117)

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ...
18. 6. 1968	<p>Artikel 95 [Oberste Bundesgerichtshöfe; Gemeinsamer Senat]</p> <p>(1) Für die Gebiete der ordentlichen, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit errichtet der Bund als oberste Gerichtshöfe den Bundesgerichtshof, das Bundesverwaltungsgericht, den Bundesfinanzhof, das Bundesarbeitsgericht und das Bundessozialgericht.</p> <p>(2) ...</p> <p>(3) Zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung ist ein Gemeinsamer Senat der in Absatz 1 genannten Gerichte zu bilden.</p> <p>Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.</p>	Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 (BGBl. I S. 661)
24. 6. 1968	<p>Artikel 12a [Dienstverpflichtungen]</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.</p> <p><i>(siehe zuvor schon GGÄndG vom 19. 3. 1956: Artikel 12 Absatz 2)</i></p>	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1105)
12. 5. 1969	<p>Artikel 91a [Gemeinschaftsaufgaben; Mitwirkung des Bundes]</p> <p>(1) Der Bund wirkt auf folgenden Gebieten bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, wenn diese Aufgaben für die Gesamtheit bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist (Gemeinschaftsaufgaben):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken, 2. Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, 3. Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. <p>(2) Durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates werden die Gemeinschaftsaufgaben näher bestimmt. Das Gesetz soll allgemeine Grundsätze für ihre Erfüllung enthalten.</p> <p>(3) Das Gesetz trifft Bestimmungen über das Verfahren und über Einrichtungen für eine gemeinsame Rahmenplanung. Die Aufnahme eines Vorhabens in die Rahmenplanung bedarf der Zustimmung des Landes, in dessen Gebiet es durchgeführt wird.</p> <p>(4) Der Bund trägt in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 die Hälfte der Ausgaben in jedem Land. In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 trägt der Bund mindestens die Hälfte; die Beteiligung ist für alle Länder einheitlich festzusetzen. Das Nähere regelt das Gesetz. Die Bereitstellung der Mittel bleibt der Feststellung in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder vorbehalten.</p> <p>(5) ...</p>	<p>Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Hochschulbauförderungsgesetz) vom 1. September 1969 (BGBl. I S. 1556);</p> <p>Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573);</p> <p>Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1861)</p>

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmalig durch ...
<p>noch: 12. 5. 1969</p>	<p>Artikel 104a [Ausgabenverteilung; Finanzhilfen] ... (4) Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) gewähren, die zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet oder zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich sind. Das Nähere, insbesondere die Arten der zu fördernden Investitionen, wird durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, oder auf Grund des Bundeshaushaltsgesetzes durch Verwaltungsvereinbarung geregelt. (5) Der Bund und die Länder tragen die bei ihren Behörden entstehenden Verwaltungsausgaben und haften im Verhältnis zueinander für eine ordnungsmäßige Verwaltung. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.</p>	<p>zu <i>Abs. 4 vgl. u. a.</i> Städtebauförderungsgesetz vom 27. Juli 1971 (BGBl. I S. 1125), Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz i. d. F. v. 13. März 1972 (BGBl. I S. 501) und Krankenhausfinanzierungsgesetz vom 29. Juni 1972 (BGBl. I S. 1009) zu <i>Abs. 5 vgl.</i> Finanzanpassungsgesetz vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426)</p>
	<p>Artikel 106 [Verteilung des Steueraufkommens] ... (3) Das Einkommen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer steht dem Bund und den Ländern gemeinsam zu (Gemeinschaftssteuern), soweit das Einkommen der Einkommensteuer nicht nach Absatz 5 den Gemeinden zugewiesen wird. Am Einkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sind der Bund und die Länder je zur Hälfte beteiligt. Die Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer werden durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, festgesetzt. Bei der Festsetzung ist von folgenden Grundsätzen auszugehen: (5) Die Gemeinden erhalten einen Anteil an dem Einkommen der Einkommensteuer, der von den Ländern an ihre Gemeinden auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner weiterzuleiten ist. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Es kann bestimmen, daß die Gemeinden Hebesätze für den Gemeindeanteil festsetzen. (6) Das Einkommen der Realsteuern steht den Gemeinden, das Einkommen der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern steht den Gemeinden oder nach Maßgabe der Landesgesetzgebung den Gemeindeverbänden zu. Den Gemeinden ist das Recht einzuräumen, die Hebesätze der Realsteuern im Rahmen der Gesetze festzusetzen. Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Einkommen der Realsteuern und der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern dem Land zu. Bund und Länder können durch eine Umlage an dem Einkommen der Gewerbesteuer beteiligt werden. Das Nähere über die Umlage bestimmt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Nach Maßgabe der Landesgesetzgebung können die Realsteuern und der Gemeindeanteil vom Einkommen der Einkommensteuer als Bemessungsgrundlagen für Umlagen zugrunde gelegt werden. <i>(vgl. GGÄndG vom 3. 11. 1995: Artikel 106)</i></p>	<p>zu <i>Abs. 3: mehrere Neufestsetzungen</i> zu <i>Abs. 5 und 6:</i> Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1587)</p>

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmal s durch ...
<p>noch: 12. 5. 1969</p>	<p>Artikel 108 [Finanzverwaltung]</p> <p>(1) Zölle, Finanzmonopole, die bundesgesetzlich geregelten Verbrauchsteuern einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer und die Abgaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften werden durch Bundesfinanzbehörden verwaltet. Der Aufbau dieser Behörden wird durch Bundesgesetz geregelt. Die Leiter der Mittelbehörden sind im Benehmen mit den Landesregierungen zu bestellen.</p> <p>(2) ...</p> <p>(4) Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, kann bei der Verwaltung von Steuern ein Zusammenwirken von Bundes- und Landesfinanzbehörden sowie für Steuern, die unter Absatz 1 fallen, die Verwaltung durch Landesfinanzbehörden und für andere Steuern die Verwaltung durch Bundesfinanzbehörden vorgesehen werden, wenn und soweit dadurch der Vollzug der Steuergesetze erheblich verbessert oder erleichtert wird. Für die den Gemeinden (Gemeindeverbänden) allein zufließenden Steuern kann die den Landesfinanzbehörden zustehende Verwaltung durch die Länder ganz oder zum Teil den Gemeinden (Gemeindeverbänden) übertragen werden.</p> <p>(5) Das von den Bundesfinanzbehörden anzuwendende Verfahren wird durch Bundesgesetz geregelt. Das von den Landesfinanzbehörden und in den Fällen des Absatzes 4 Satz 2 von den Gemeinden (Gemeindeverbänden) anzuwendende Verfahren kann durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates geregelt werden.</p> <p>(6) Die Finanzgerichtsbarkeit wird durch Bundesgesetz einheitlich geregelt.</p> <p>(7) ...</p>	<p>zu <i>Abs. 1 und 5</i>: Gesetz über die Finanzverwaltung (Finanzverwaltungsgesetz – FVG) vom 6. September 1950 (BGBl. S. 448)</p> <p>zu <i>Abs. 6</i>: Finanzgerichtsordnung (FGO) vom 6. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1477);</p> <p><i>vgl. zuvor</i>: Gesetze über den Bundesfinanzhof vom 29. Juni 1950 (BGBl. S. 257)</p>
	<p>Artikel 114 [Rechnungsprüfung]</p> <p>...</p> <p>(2) Der Bundesrechnungshof, dessen Mitglieder richterliche Unabhängigkeit besitzen, prüft die Rechnung sowie die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung. Er hat außer der Bundesregierung unmittelbar dem Bundestage und dem Bundesrate jährlich zu berichten. Im übrigen werden die Befugnisse des Bundesrechnungshofes durch Bundesgesetz geregelt.</p> <p>(siehe auch oben unter GG vom 23. 5. 1949: Artikel 114)</p>	<p><i>siehe bereits oben unter GG vom 23. 5. 1949: Artikel 114</i></p>
	<p>Artikel 115 [Kreditbeschaffung]</p> <p>(1) Die Aufnahme von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen können, bedürfen einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmbaren Ermächtigung durch Bundesgesetz. Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.</p> <p>(2) ...</p>	

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ...
19. 8. 1969	<p>Artikel 29 [Neugliederung des Bundesgebietes]</p> <p>(1) Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.</p> <p>(2) In Gebietsteilen, die bei der Neubildung der Länder nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, kann binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Grundgesetzes durch Volksbegehren eine bestimmte Änderung der über die Landeszugehörigkeit getroffenen Entscheidung gefördert werden. Das Volksbegehren bedarf der Zustimmung eines Zehntels der zu den Landtagen wahlberechtigten Bevölkerung.</p> <p>(3) Ist ein Volksbegehren nach Absatz 2 zustande gekommen, so ist in dem betreffenden Gebietsteil bis zum 31. März 1975, im Gebietsteil Baden des Landes Baden-Württemberg bis zum 30. Juni 1970 ein Volksentscheid über die Frage durchzuführen, ob die angestrebte Änderung vorgenommen werden oder die bisherige Landeszugehörigkeit bestehen bleiben soll. Stimmt eine Mehrheit, die mindestens ein Viertel der zum Landtag wahlberechtigten Bevölkerung umfaßt, der Änderung zu, so ist die Landeszugehörigkeit des betreffenden Gebietsteiles durch Bundesgesetz innerhalb eines Jahres nach Durchführung des Volksentscheides zu regeln. Wird innerhalb desselben Landes in mehreren Gebietsteilen eine Änderung der Landeszugehörigkeit verlangt, so sind die erforderlichen Regelungen in einem Gesetz zusammenzufassen.</p> <p>(4) Dem Bundesgesetz ist das Ergebnis des Volksentscheides zugrunde zu legen; es darf von ihm nur abweichen, soweit dies zur Erreichung der Ziele der Neugliederung nach Absatz 1 erforderlich ist. Das Gesetz bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages. Sieht das Gesetz die Änderung der Landeszugehörigkeit eines Gebietsteiles vor, die nicht durch Volksentscheid verlangt worden ist, so bedarf es der Annahme durch Volksentscheid in dem gesamten Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll; dies gilt nicht, soweit bei Ausgliederung von Gebietsteilen aus einem bestehenden Land die verbleibenden Gebietsteile als selbständiges Land fortbestehen sollen.</p> <p>(5) Nach Annahme eines Bundesgesetzes über die Neugliederung des Bundesgebietes außerhalb des Verfahrens nach den Absätzen 2 bis 4 ist in jedem Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, der Teil des Gesetzes, der dieses Gebiet betrifft, zum Volksentscheid zu bringen. Soweit dabei das Gesetz mindestens in einem Gebietsanteil abgelehnt wird, ist es erneut bei dem Bundestage einzubringen. Nach erneuter Verabschiedung bedarf es insoweit der Annahme durch Volksentscheid im gesamten Bundesgebiet.</p> <p>(6) Bei einem Volksentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen; Absatz 3 bleibt unberührt. Das Verfahren regelt ein Bundesgesetz. Die Neugliederung soll, falls sie als Folge des Beitrittes eines anderen Teiles von Deutschland notwendig wird, innerhalb von zwei Jahren nach dem Beitritt geregelt sein.</p> <p>(7) Das Verfahren über jede sonstige Änderung des Gebietsbestandes der Länder regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf.</p> <p>(vgl. GGÄndG vom 23. 8. 1976 und 27. 10. 1994: Art. 29)</p>	<p>zu Abs. 1. siehe Änderung des Gesetzgebungsauftrages durch GGÄndG vom 23. 8. 1976</p> <p>zu Abs. 3–5: Gesetz über den Volksentscheid im Gebietsteil Baden des Landes Baden-Württemberg gem. Artikel 29 Abs. 3 des Grundgesetzes vom 26. Februar 1970 (BGBl. I S. 201)</p> <p>zu Abs. 7: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 9. August 1971 (BGBl. I S. 1241)</p>

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ...
31. 7. 1970	<p>Artikel 38 [Wahl]</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.</p> <p>(3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.</p>	<p>zu Abs. 2: Gesetz zur Neuregelung der Volljährigkeit vom 31. Juli 1974 (BGBl. I S. 1713)</p> <p>vgl. im übrigen GG vom 23. 5. 1949: Artikel 38.</p>
15. 7. 1975	<p>Artikel 45c [Petitionsausschuß]</p> <p>(1) Der Bundestag bestellt einen Petitionsausschuß, dem die Behandlung der nach Artikel 17 an den Bundestag gerichteten Bit-ten und Beschwerden obliegt.</p> <p>(2) Die Befugnisse des Ausschusses zur Überprüfung von Beschwerden regelt ein Bundesgesetz.</p>	<p>Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach Artikel 45c des Grundgesetzes) vom 19. Juli 1975 (BGBl. I S. 1921)</p>
23. 8. 1976	<p>Artikel 29 [Neugliederung des Bundesgebietes]</p> <p>(1) Das Bundesgebiet kann neu gegliedert werden, um zu gewährleisten, daß die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Dabei sind die landsmannschaftliche Verbundenheit, die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sowie die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung zu berücksichtigen.</p> <p>(2) Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes ergehen durch Bundesgesetz, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf. Die betroffenen Länder sind zu hören.</p> <p>(3) Der Volksentscheid findet in den Ländern statt, aus deren Gebieten oder Gebietsteilen ein neues oder neu umgrenztes Land gebildet werden soll (betroffene Länder). Abzustimmen ist über die Frage, ob die betroffenen Länder wie bisher bestehenbleiben sollen oder ob das neue oder neu umgrenzte Land gebildet werden soll. Der Volksentscheid für die Bildung eines neuen oder neu umgrenzten Landes kommt zustande, wenn in dessen künftigem Gebiet und insgesamt in den Gebieten oder Gebietsteilen eines betroffenen Landes, deren Landeszugehörigkeit im gleichen Sinne geändert werden soll, jeweils eine Mehrheit der Änderung zustimmt. Er kommt nicht zustande, wenn im Gebiet eines der betroffenen Länder eine Mehrheit die Änderung ablehnt; die Ablehnung ist jedoch unbeachtlich, wenn in einem Gebietsteil, dessen Zugehörigkeit zu dem betroffenen Land geändert werden soll, eine Mehrheit von zwei Dritteln der Änderung zustimmt, es sei denn, daß im Gesamtgebiet des betroffenen Landes eine Mehrheit von zwei Dritteln die Änderung ablehnt.</p> <p>(4) Wird in einem zusammenhängenden, abgegrenzten Siedlungs- und Wirtschaftsraum, dessen Teile in mehreren Ländern liegen und der mindestens eine Million Einwohner hat, von einem Zehntel der in ihm zum Bundestag Wahlberechtigten durch Volksbegehren gefordert, daß für diesen Raum eine einheitliche Landeszugehörigkeit herbeigeführt werde, so ist durch Bundesgesetz innerhalb von zwei Jahren entweder zu bestimmen, ob die Landeszugehörigkeit gemäß Absatz 2 geändert wird, oder daß in den betroffenen Ländern eine Volksbefragung stattfindet.</p> <p>(5) Die Volksbefragung ist darauf gerichtet festzustellen, ob eine in dem Gesetz vorzuschlagende Änderung der Landeszugehörigkeit Zustimmung findet. Das Gesetz kann verschiedene, jedoch nicht mehr als zwei Vorschläge der Volksbefragung vorlegen. Stimmt</p>	<p>zu Abs. 2: –</p> <p>zu Abs. 4: –</p> <p>zu Abs. 5: –</p> <p>zu Abs. 6: Gesetz über das Verfahren bei Volksentscheid, Volksbegehren und Volksbefragung nach Artikel 29 Abs. 6 des Grundgesetzes (G Artikel 29 Abs. 6) vom 30. Juli 1979 (BGBl. I S. 1317)</p> <p>zu Abs. 7: Gesetz über das Verfahren bei sonstigen Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes (G Artikel 29 Abs. 7) vom 30. Juli 1979 (BGBl. I S. 1325)</p>

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmal s durch ...
<p>noch: 23. 8. 1976</p>	<p>eine Mehrheit einer vorgeschlagenen Änderung der Landeszugehörigkeit zu, so ist durch Bundesgesetz innerhalb von zwei Jahren zu bestimmen, ob die Landeszugehörigkeit gemäß Absatz 2 geändert wird. Findet ein der Volksbefragung vorgelegter Vorschlag eine den Maßgaben des Absatzes 3 Satz 3 und 4 entsprechende Zustimmung, so ist innerhalb von zwei Jahren nach der Durchführung der Volksbefragung ein Bundesgesetz zur Bildung des vorgeschlagenen Landes zu erlassen, das der Bestätigung durch Volksentscheid nicht mehr bedarf.</p> <p>(6) Mehrheit im Volksentscheid und in der Volksbefragung ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wenn sie mindestens ein Viertel der zum Bundestag Wahlberechtigten umfaßt. Im übrigen wird das Nähere über Volksentscheid, Volksbegehren und Volksbefragung durch ein Bundesgesetz geregelt; dieses kann auch vorsehen, daß Volksbegehren innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nicht wiederholt werden können.</p> <p>(7) Sonstige Änderungen des Gebietsbestandes der Länder können durch Staatsverträge der beteiligten Länder oder durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen, wenn das Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, nicht mehr als 10 000 Einwohner hat. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf. Es muß die Anhörung der betroffenen Gemeinden und Kreise vorsehen.</p>	
<p>21. 12. 1983</p>	<p>Artikel 21 [Parteien]</p> <p>(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.</p> <p>(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.</p> <p>(3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.</p> <p><i>(Die Änderung des Art. 21 GG ist in Kursivschrift angegeben.)</i></p>	<p>Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22. 12. 1983 (BGBl. I S. 1577)</p>
<p>14. 7. 1992</p>	<p>Artikel 87d [Luftverkehrsverwaltung]</p> <p>(1) Die Luftverkehrsverwaltung wird in bundeseigener Verwaltung geführt. Über die öffentlich-rechtliche oder privat-rechtliche Organisationsform wird durch Bundesgesetz entschieden.</p> <p>(2) ...</p>	<p>Zehntes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes vom 23. 7. 1992 (BGBl. I S. 1370)</p>

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmalig durch ...
21. 12. 1992	<p>Artikel 23 [neu] [Europäische Union]</p> <p>(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.</p> <p>(2) In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten.</p> <p>(3) Die Bundesregierung gibt dem Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtsetzungsakten der Europäischen Union. Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahmen des Bundestages bei den Verhandlungen. Das Nähere regelt ein Gesetz.</p> <p>(4) Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären.</p> <p>(5) Soweit in einem Bereich ausschließlicher Zuständigkeiten des Bundes Interessen der Länder berührt sind oder soweit im übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat, berücksichtigt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates. Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates maßgeblich zu berücksichtigen; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren. In Angelegenheiten, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderungen für den Bund führen können, ist die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich.</p> <p>(6) Wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, soll die Wahrnehmung der Rechte, die der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union zustehen, vom Bund auf einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder übertragen werden. Die Wahrnehmung der Rechte erfolgt unter Beteiligung und in Abstimmung mit der Bundesregierung; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren.</p> <p>(7) Das Nähere zu den Absätzen 4 bis 6 regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.</p>	<p>zu Abs. 3: Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 12. 3. 1993 (BGBl. I S. 311)</p> <p>zu Abs. 7: Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 12. 3. 1993 (BGBl. I S. 313)</p>

Hinweis

Eine Auswahl parlamentsrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ist im Abschnitt 15.3 zusammengestellt.

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ...
28. 6. 1993	<p>Artikel 16a [Asylrecht, sichere Drittstaaten, sicherer Herkunftsstaat]</p> <p>(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.</p> <p>(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.</p> <p>(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.</p> <p>(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.</p> <p>(5) ...</p>	Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften vom 30. 6. 1993 (BGBl. I S. 1062)
20. 12. 1993	<p>Artikel 87e [Eisenbahnen des Bundes]</p> <p>(1) Die Eisenbahnverkehrsverwaltung für Eisenbahnen des Bundes wird in bundeseigener Verwaltung geführt. Durch Bundesgesetz können Aufgaben der Eisenbahnverkehrsverwaltung den Ländern als eigene Angelegenheit übertragen werden.</p> <p>(2) Der Bund nimmt die über den Bereich der Eisenbahnen des Bundes hinausgehenden Aufgaben der Eisenbahnverkehrsverwaltung wahr, die ihm durch Bundesgesetz übertragen werden.</p> <p>(3) Eisenbahnen des Bundes werden als Wirtschaftsunternehmen in privat-rechtlicher Form geführt. Diese stehen im Eigentum des Bundes, soweit die Tätigkeit des Wirtschaftsunternehmens den Bau, die Unterhaltung und das Betreiben von Schienenwegen umfaßt. Die Veräußerung von Anteilen des Bundes an den Unternehmen nach Satz 2 erfolgt auf Grund eines Gesetzes; die Mehrheit der Anteile an diesen Unternehmen verbleibt beim Bund. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.</p> <p>(4) Der Bund gewährleistet, daß dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.</p> <p>(5) ...</p>	Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz) vom 27. 12. 1993 (BGBl. I S. 2378)

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmal s durch ...
noch: 20. 12. 1993	<p>Artikel 106a [Bundeszuschuß für öffentlichen Personennahverkehr der Länder]</p> <p>Den Ländern steht ab 1. Januar 1996 für den öffentlichen Personennahverkehr ein Betrag aus dem Steueraufkommen des Bundes zu. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Der Betrag nach Satz 1 bleibt bei der Bemessung der Finanzkraft nach Artikel 107 Abs. 2 unberücksichtigt.</p> <p>Artikel 143a [Zuständigkeit des Bundes in Angelegenheiten der Eisenbahnen des Bundes]</p> <p>(1) Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über alle Angelegenheiten, die sich aus der Umwandlung der in bundeseigener Verwaltung geführten Bundeseisenbahnen in Wirtschaftsunternehmen ergeben. Artikel 87e Abs. 5 findet entsprechende Anwendung. Beamte der Bundeseisenbahnen können durch Gesetz unter Wahrung ihrer Rechtsstellung und der Verantwortung des Dienstherrn einer privat-rechtlich organisierten Eisenbahn des Bundes zur Dienstleistung zugewiesen werden.</p> <p>(2) Gesetze nach Absatz 1 führt der Bund aus.</p> <p>(3) Die Erfüllung der Aufgaben im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs der bisherigen Bundeseisenbahnen ist bis zum 31. Dezember 1995 Sache des Bundes. Dies gilt auch für die entsprechenden Aufgaben der Eisenbahnverkehrsverwaltung. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.</p>	<p>Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz) vom 27. 12. 1993 (BGBl. I S. 2378)</p> <p>Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz) vom 27. 12. 1993 (BGBl. I S. 2378)</p>
30. 8. 1994	<p>Artikel 87f [Post und Telekommunikation]</p> <p>(1) Nach Maßgabe eines Bundesgesetzes, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, gewährleistet der Bund im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen.</p> <p>(2) ...</p> <p>(3) Unbeschadet des Absatzes 2 Satz 2 führt der Bund in der Rechtsform einer bundesunmittelbaren Anstalt des öffentlichen Rechts einzelne Aufgaben in bezug auf die aus dem Sondervermögen Deutsche Bundespost hervorgegangenen Unternehmen nach Maßgabe eines Bundesgesetzes aus.</p>	<p>Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz) vom 14. 9. 1994 (BGBl. I S. 2325)</p>

Hinweis

Zum Bereich „Gesetzgebungsfunktion“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 8.14 Stimmereggebnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmalig durch ...
noch: 30. 8. 1994	<p>Artikel 143b [Umwandlung des Sondervermögens Deutsche Bundespost in privates Unternehmen]</p> <p>(1) Das Sondervermögen Deutsche Bundespost wird nach Maßgabe eines Bundesgesetzes in Unternehmen privater Rechtsform umgewandelt. Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über alle sich hieraus ergebenden Angelegenheiten.</p> <p>(2) Die vor der Umwandlung bestehenden ausschließlichen Rechte des Bundes können durch Bundesgesetz für eine Übergangszeit den aus der Deutschen Bundespost POSTDIENST und der Deutschen Bundespost TELEKOM hervorgegangenen Unternehmen verliehen werden. Die Kapitalmehrheit am Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost POSTDIENST darf der Bund frühestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes aufgeben. Dazu bedarf es eines Bundesgesetzes mit Zustimmung des Bundesrates.</p> <p>(3) Die bei der Deutschen Bundespost tätigen Bundesbeamten werden unter Wahrung ihrer Rechtsstellung und der Verantwortung des Dienstherrn bei den privaten Unternehmen beschäftigt. Die Unternehmen üben Dienstherrenbefugnisse aus. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.</p>	Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz) vom 14. 9. 1994 (BGBl. I S. 2325)
27. 10. 1994	<p>Artikel 29 [Neugliederung des Bundesgebietes]</p> <p>(1) ...</p> <p>(7) Sonstige Änderungen des Gebietsbestandes der Länder können durch Staatsverträge der beteiligten Länder oder durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen, wenn das Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, nicht mehr als 50 000 Einwohner hat. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf. Es muß die Anhörung der betroffenen Gemeinden und Kreise vorsehen.</p> <p>(8) Die Länder können eine Neugliederung für das jeweils von ihnen umfaßte Gebiet oder für Teilgebiete abweichend von den Vorschriften der Absätze 2 bis 7 durch Staatsvertrag regeln. Die betroffenen Gemeinden und Kreise sind zu hören. Der Staatsvertrag bedarf der Bestätigung durch Volksentscheid in jedem beteiligten Land. Betrifft der Staatsvertrag Teilgebiete der Länder, kann die Bestätigung auf Volksentscheide in diesen Teilgebieten beschränkt werden; Satz 5 zweiter Halbsatz findet keine Anwendung. Bei einem Volksentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wenn sie mindestens ein Viertel der zum Bundestag Wahlberechtigten umfaßt; das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Der Staatsvertrag bedarf der Zustimmung des Bundestages.</p>	

Hinweis

Zum Thema Lobbyismus enthält das *Datenhandbuch* Angaben auch in folgenden Abschnitten:

- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 9.8 Öffentliche Anhörungen (mit dem Unterabschnitt „Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter“)
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände

GGÄndG vom ...	Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes	Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmal s durch ...
3. 11. 1995	<p>Artikel 106 [Verteilung des Steueraufkommens]</p> <p>...</p> <p>(3) Das Aufkommen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer steht dem Bund und den Ländern gemeinsam zu (Gemeinschaftsteuern), soweit das Aufkommen der Einkommensteuer nicht nach Absatz 5 den Gemeinden zugewiesen wird. Am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sind der Bund und die Länder je zur Hälfte beteiligt. Die Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer werden durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, festgesetzt. Bei der Festsetzung ist von folgenden Grundsätzen auszugehen: ...</p> <p>Zusätzlich werden in die Festsetzung der Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer Steuermindereinnahmen einbezogen, die den Ländern ab 1. Januar 1996 aus der Berücksichtigung von Kindern im Einkommensteuerrecht entstehen. Das Nähere bestimmt das Bundesgesetz nach Satz 3.</p>	

11.3 Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes

Die zentrale Stellung des Deutschen Bundestages als Gesetzgeber basiert wesentlich auf dem „Vorbehalt des Gesetzes“, den das Grundgesetz in zahlreichen Artikeln ausspricht. Besonders betont geschieht dies durch die Formulierung, daß (beispielsweise) in bestimmte Rechte „**nur auf Grund eines Gesetzes**“ eingegriffen werden dürfe. Eindeutig ist auch die Formulierung, ein bestimmtes Recht könne „durch Gesetz“ beschränkt werden. Fließend hingegen ist der Übergang vom Gesetzesvorbehalt zur Gesetzgebungsermächtigung oder zum Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes (vgl. Abschnitte 11.1 bzw. 11.2 des *Datenhandbuchs*). Die gebräuchliche Formulierung „Das Nähere regelt ein Bundesgesetz“ ist in erster Linie ein Gesetzgebungsauftrag und zugleich eine Kompetenzzuweisung; in aller Regel ist damit aber auch gesagt, daß das Nähere nicht anders als durch ein Bundesgesetz zu regeln ist. Wie die Kommentarliteratur zum Grundgesetz zeigt, kann es im Einzelfall strittig sein, ob eine Ermächtigung, ein Auftrag oder ein Vorbehalt vorliegt.

Das Grundgesetz enthält zum einen den „klassischen rechtsstaatlichen Gesetzesvorbehalt in Gestalt des **Eingriffsvorbehalts**, wonach ... Eingriffe der Exekutive in Freiheit und Eigentum der Bürger

Hinweis

Ein Verzeichnis sämtlicher Gesetze, und zwar

- der verkündeten Gesetze,
- der durch Ablauf der Wahlperiode erledigten Gesetzentwürfe,
- der während der Wahlperiode anderweitig erledigten Gesetzentwürfe

enthält die seit der 7. Wahlperiode (1972–1976) erstellte Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“. Sie steht während der laufenden Wahlperiode als Loseblattausgabe zur Verfügung und erscheint nach Abschluß der Wahlperiode in gebundener Form als „Gesamtband“.

einer formalgesetzlichen Ermächtigung bedürfen“.*) Zum anderen läßt sich aus verschiedenen Bestimmungen des Grundgesetzes ein **Totalvorbehalt** des Gesetzes herauslesen, d. h. die völlige Bindung der Verwaltung an gesetzliche Ermächtigungen. Schließlich finden sich weitere Einzelvorbehalte, vor allem im Bereich des Finanzwesens.**)

Vor einer Einzelaufstellung der Gesetzesvorbehalte ist deshalb zunächst auf folgende drei Artikel des Grundgesetzes hinzuweisen:

– Artikel 19:

„(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

...“

– Artikel 20:

...“

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

...“

– Artikel 80:

„(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetze bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.

...“

*) *Friedrich E. Schnapp*, Kommentar zu Art. 20 GG, in: Grundgesetz-Kommentar. Hrsg. von *Ingo von Münch*. Bd. I. München 1975. S. 641.

**) Vgl. dazu die weitreichende Auffassung des Bundesverfassungsgerichts in seiner Entscheidung vom 28. Oktober 1975:

„Der Grundsatz des Vorbehalts des (allgemeinen) Gesetzes wird im Grundgesetz nicht expressis verbis erwähnt. Seine Geltung ergibt sich jedoch aus Art. 20 Abs. 3 GG. Die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, der Vorrang des Gesetzes also, würden ihren Sinn verlieren, wenn nicht schon die Verfassung selbst verlangen würde, daß staatliches Handeln in bestimmten grundlegenden Bereichen nur rechtens ist, wenn es durch das förmliche Gesetz legitimiert wird. Welche Bereiche das im einzelnen sind, läßt sich indessen aus Art. 20 Abs. 3 GG nicht mehr unmittelbar erschließen. Insoweit ist vielmehr auf die jeweils betroffenen Lebensbereiche und Rechtspositionen des Bürgers und die Eigenart der Regelungsgegenstände insgesamt abzustellen. Die Grundrechte mit ihren speziellen Gesetzesvorbehalten und mit den in ihnen enthaltenen objektiven Wertentscheidungen geben dabei konkretisierende, weiterführende Anhaltspunkte. Die von der konstitutionellen, bürgerlich-liberalen Staatsauffassung des 19. Jahrhunderts geprägte Formel, ein Gesetz sei nur dort erforderlich, wo „Eingriffe in Freiheit und Eigentum“ in Rede stehen, wird dem heutigen Verfassungsverständnis nicht mehr voll gerecht (vgl. BVerfGE 8, 155[167]). Im Rahmen einer demokratisch-parlamentarischen Staatsverfassung, wie sie das Grundgesetz ist, liegt es näher anzunehmen, daß die Entscheidung aller grundsätzlichen Fragen, die den Bürger unmittelbar betreffen, durch Gesetz erfolgen muß, und zwar losgelöst von dem in der Praxis fließenden Abgrenzungsmerkmal des „Eingriffs“ in staatliches Handeln, durch das dem einzelnen Leistungen und Chancen gewährt und angeboten werden, ist für eine Existenz in Freiheit oft nicht weniger bedeutungsvoll als das Unterbleiben eines „Eingriffs“. Hier wie dort kommt dem vom Parlament beschlossenen Gesetz gegenüber dem bloßen Verwaltungshandeln die unmittelbare demokratische Legitimation zu, und das parlamentarische Verfahren gewährleistet ein höheres Maß an Öffentlichkeit der Auseinandersetzung und Entscheidungssuche und damit auch größere Möglichkeiten eines Ausgleichs widerstreitender Interessen. All das spricht für eine Ausdehnung des allgemeinen Gesetzesvorbehalts über die überkommenen Grenzen hinaus. Auch außerhalb des Bereichs des Art. 80 GG (dazu BVerfGE 7, 282[301] und ständige Rechtsprechung) hat der Gesetzgeber die grundlegenden Entscheidungen selbst zu treffen und zu verantworten (vgl. BVerfGE 33, 125[158]; 33, 301[346]).“

(BVerfGE Bd. 40 S. 248–250, zitiert nach *Hans Troßmann*, Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Bd. 28 N.F. 1979. S. 20–21.)

Gesetzesvorbehalte in der Erstfassung des Grundgesetzes

Die anschließende Aufstellung zitiert alle Grundgesetz-Artikel in der Fassung vom 23. Mai 1949, in denen – bei nicht zu enger Auslegung – Gesetzesvorbehalte ausgesprochen sind. Hinzugefügt wurden einige typische Beispiele von Gesetzen, die aufgrund der Gesetzesvorbehalte verabschiedet worden sind.*)

Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Beispiele für derartige Gesetze
<p>Artikel 2 [Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person]</p> <p>...</p> <p>(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.</p>	<p>Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 599)</p>
<p>Artikel 6 [Ehe und Familie, Elternrecht, Mutterschutz, uneheliche Kinder]</p> <p>...</p> <p>(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.</p>	<p>Jugendwohlfahrtsgesetz (u. a. mit seinen Regelungen zur Erziehungsbeistandschaft, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung)</p>
<p>Artikel 8 [Versammlungsfreiheit]</p> <p>(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.</p> <p>(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.</p>	<p>Versammlungsgesetz Bannmeilengesetz</p>
<p>Artikel 10 [Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis]</p> <p>Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden.</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 24. 6. 1968: Artikel 10)</p>	<p>postrechtliche Vorschriften über den Verfahrensablauf bei der Post wie z. B. Postverwaltungsgesetz, Postordnung, Fernmeldeanlagen-gesetz und Fernmeldeordnung</p>
<p>Artikel 11 [Freizügigkeit]</p> <p>(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.</p> <p>(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden und in denen es zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 24. 6. 1968: Artikel 11)</p>	<p>Notaufnahmegesetz Bundesseuchengesetz Jugendwohlfahrtsgesetz Jugendschutzgesetz Strafgesetzbuch (hier z. B. Polizeiaufsicht)</p>
<p>Artikel 12 [Berufsfreiheit]</p> <p>(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz geregelt werden.</p> <p>...</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 24. 6. 1968: Artikel 12)</p>	<p>Bundesapothekengesetz</p>

*) Die Beispiele sind überwiegend dem von *Ingo von Münch* herausgegebenen dreibändigen Grundgesetz-Kommentar, München 1974 ff. bzw. 2. Aufl. München 1981 ff. entnommen.

Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Beispiele für derartige Gesetze
<p>Artikel 13 [Unverletzlichkeit der Wohnung]</p> <p>(1) Die Wohnung ist unverletzlich. ...</p> <p>(3) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.</p>	<p>Bundesapothekengesetz (hier: Apothekenaufsicht) Jugendschutzgesetz Jugendwohlfahrtsgesetz Bundesseuchengesetz</p>
<p>Artikel 14 [Eigentum und Erbrecht]</p> <p>(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. ...</p> <p>(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.</p>	<p>Städtebauförderungsgesetz (hier: Einschränkungen des Grundeigentums in städtebaulichen Entwicklungs- und Sanierungsgebieten) Notstandsgesetze (hier: Sicherstellungsgesetze)</p>
<p>Artikel 15 [Sozialisierung]</p> <p>Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Absatz 3 Satz 3 und 4 entsprechend.</p>	
<p>Artikel 16 [Ausbürgerung, Auslieferung, Asylrecht]</p> <p>(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird. <i>(siehe auch GGÄndG vom 28. 6. 1993: Artikel 16 und 16a)</i></p>	
<p>Artikel 24 [Beitritt zu internationalen und supranationalen Organisationen]</p> <p>(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen. ...</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 21. 12. 1992: Artikel 24)</i></p>	<p>Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (EGKS-Vertrag) i. V. mit dem Vertragsgesetz vom 29. April 1952 (BGBl. II S. 445) Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 (EWG-Vertrag) (BGBl. II S. 1156) sowie Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) vom 25. März 1957 (EAG-Vertrag) (BGBl. II S. 766), beide i. V. mit Vertragsgesetz vom 27. Juli 1957 (BGBl. II S. 753)</p>

Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Beispiele für derartige Gesetze
<p>Artikel 59 [Völkerrechtliche Vertretung des Bundes]</p> <p>(1) Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten. Er beglaubigt und empfängt die Gesandten.</p> <p>(2) Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes. Für Verwaltungsabkommen gelten die Vorschriften über die Bundesverwaltung entsprechend.</p>	üblicherweise „Vertragsgesetz“
<p>Artikel 71 [Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes]</p> <p>Im Bereiche der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung nur, wenn und soweit sie hierzu in einem Bundesgesetz ausdrücklich ermächtigt werden.</p>	
<p>Artikel 79 [Änderung des Grundgesetzes]</p> <p>(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.</p> <p>...</p>	siehe im <i>Datenhandbuch</i> Abschnitt 14.2: Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
<p>Artikel 80 [Erlaß von Rechtsverordnungen]</p> <p>(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigungen im Gesetze bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.</p> <p>...</p>	
<p>Artikel 84 [Ausführung der Bundesgesetze]</p> <p>(1) Führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, so regeln sie die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes bestimmen.</p> <p>...</p> <p>(5) Der Bundesregierung kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zur Ausführung von Bundesgesetzen die Befugnis verliehen werden, für besondere Fälle Einzelweisungen zu erteilen. Sie sind, außer wenn die Bundesregierung den Fall für dringlich erachtet, an die obersten Landesbehörden zu richten.</p>	
<p>Artikel 85 [Ausführung von Gesetzen im Auftrage des Bundes]</p> <p>(1) Führen die Länder die Bundesgesetze im Auftrage des Bundes aus, so bleibt die Einrichtung der Behörden Angelegenheit der Länder, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes bestimmen.</p> <p>...</p>	
<p>Artikel 86 [Bundeseigene Verwaltung]</p> <p>Führt der Bund die Gesetze durch bundeseigene Verwaltung oder durch bundesunmittelbare Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechtes aus, so erläßt die Bundesregierung, soweit nicht das Gesetz Besonderes vorschreibt, die allgemeinen Verwaltungsvorschriften. Sie regelt, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, die Einrichtung der Behörden.</p>	

Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Beispiele für derartige Gesetze
<p>Artikel 87 [Gegenstände bundeseigener Verwaltung]</p> <p>(1) In bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau werden geführt der Auswärtige Dienst, die Bundesfinanzverwaltung, die Bundeseisenbahnen, die Bundespost und nach Maßgabe des Artikels 89 die Verwaltung der Bundeswasserstraßen und der Schifffahrt. Durch Bundesgesetz können Bundesgrenzschutzbehörden, Zentralstellen für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen, zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und für die Kriminalpolizei eingerichtet werden.</p> <p>...</p> <p>(3) Außerdem können für Angelegenheiten, für die dem Bunde die Gesetzgebung zusteht, selbständige Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes durch Bundesgesetz errichtet werden. Erwachsen dem Bunde auf Gebieten, für die ihm die Gesetzgebung zusteht, neue Aufgaben, so können bei dringendem Bedarf bundeseigene Mittel- und Unterbehörden mit Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages errichtet werden.</p>	<p>Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954)</p>
<p>Artikel 89 [Bundeswasserstraßen]</p> <p>...</p> <p>(2) Der Bund verwaltet die Bundeswasserstraßen durch eigene Behörden. Er nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben der Binnenschifffahrt und die Aufgaben der Seeschifffahrt wahr, die ihm durch Gesetz übertragen werden. ...</p>	<p>Bundeswasserstraßengesetz</p>
<p>Artikel 94 [Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts]</p> <p>(1) Das Bundesverfassungsgericht besteht aus Bundesrichtern und anderen Mitgliedern. Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt. Sie dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.</p> <p>(2) Ein Bundesgesetz regelt seine Verfassung und das Verfahren und bestimmt, in welchen Fällen seine Entscheidungen Gesetzeskraft haben.</p>	<p>Bundesverfassungsgerichtsgesetz</p>
<p>Artikel 95 [Oberstes Bundesgericht]</p> <p>(1) Zur Wahrung der Einheit des Bundesrechts wird ein Oberstes Bundesgericht errichtet.</p> <p>(2) Das Oberste Bundesgericht entscheidet in Fällen, deren Entscheidung für die Einheitlichkeit der Rechtsprechung der oberen Bundesgerichte von grundsätzlicher Bedeutung ist.</p> <p>(3) Über die Berufung der Richter des Obersten Bundesgerichtes entscheidet der Bundesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß, der aus den Landesjustizministern und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern besteht, die vom Bundestage gewählt werden.</p> <p>(4) Im übrigen werden die Verfassung des Obersten Bundesgerichtes und sein Verfahren durch Bundesgesetz geregelt.</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 18. 6. 1968: Artikel 95)</p>	

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Beispiele für derartige Gesetze
<p>Artikel 97 [Unabhängigkeit der Richter]</p> <p>...</p> <p>(2) Die hauptamtlich und planmäßig endgültig angestellten Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, vor Ablauf ihrer Amtszeit entlassen oder dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die Gesetzgebung kann Altersgrenzen festsetzen, bei deren Erreichung auf Lebenszeit angestellte Richter in den Ruhestand treten. Bei Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke können Richter an ein anderes Gericht versetzt oder aus dem Amte entfernt werden, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehaltes.</p>	<p>Deutsches Richtergesetz</p>
<p>Artikel 101 [Ausnahmegerichte]</p> <p>...</p> <p>(2) Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden.</p>	
<p>Artikel 104 [Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung]</p> <p>(1) Die Freiheit der Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden.</p> <p>...</p>	<p>insbesondere: Strafgesetzbuch; als weitere Beispiele für die Einschränkung der Freiheit der Person vgl. u. a. folgende Stichworte:</p> <p>Abschiebungshaft (Ausländergesetz)</p> <p>Absonderungsunterbringung (Bundesseuchengesetz)</p> <p>Beugehaft (bei Zeugnisverweigerung oder Eidesverweigerung von Zeugen)</p> <p>Freiheitsentziehung beim polizeilichen Gewahrsam</p> <p>Fürsorgeerziehung</p> <p>Jugendstrafe (als Freiheitsentzug in einer Jugendstrafanstalt)</p> <p>Sicherungsverwahrung</p> <p>Strafarrest bei Soldaten der Bundeswehr</p> <p>Unterbringung (in Erziehungsanstalt, psychiatrischem Krankenhaus, sozialtherapeutischer Anstalt usw.)</p> <p>Untersuchungshaft</p> <p>Vorläufige Festnahme</p> <p>Vorführungsbefehl (beim Ausbleiben des Angeklagten in der Hauptverhandlung)</p> <p>Wehrstrafe (Freiheitsentzug nach dem Wehrstrafgesetz)</p>

Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Beispiele für derartige Gesetze
<p>Artikel 106 [Verteilung der Steuerertragshoheit]</p> <p>...</p> <p>(3) Der Bund kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, einen Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer zur Deckung seiner durch andere Einkünfte nicht gedeckten Ausgaben, insbesondere zur Deckung von Zuschüssen, welche Ländern zur Deckung von Ausgaben auf dem Gebiete des Schulwesens, des Gesundheitswesens und des Wohlfahrtswesens zu gewähren sind, in Anspruch nehmen.</p> <p>(4) Um die Leistungsfähigkeit auch der steuerschwachen Länder zu sichern und eine unterschiedliche Belastung der Länder mit Ausgaben auszugleichen, kann der Bund Zuschüsse gewähren und die Mittel hierfür bestimmten den Ländern zufließenden Steuern entnehmen. Durch Bundesgesetz, welches der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wird bestimmt, welche Steuern hierbei herangezogen werden und mit welchen Beträgen und nach welchem Schlüssel die Zuschüsse an die gleichberechtigten Länder verteilt werden; die Zuschüsse sind den Ländern unmittelbar zu überweisen.</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 23. 12. 1955: Artikel 106)</i></p>	<p>Gesetz über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950 vom 16. März 1951 (BGBl. I S. 198)</p>
<p>Artikel 108 [Finanzverwaltung]</p> <p>(1) Zölle, Finanzmonopole, die der konkurrierenden Gesetzgebung unterworfenen Verbrauchsteuern, die Beförderungsteuer, die Umsatzsteuer und die einmaligen Vermögensabgaben werden durch Bundesfinanzbehörden verwaltet. Der Aufbau dieser Behörden und das von ihnen anzuwendende Verfahren werden durch Bundesgesetz geregelt. Die Leiter der Mittelbehörden sind im Benehmen mit den Landesregierungen zu bestellen. Der Bund kann die Verwaltung der einmaligen Vermögensabgaben den Landesfinanzbehörden als Auftragsverwaltung übertragen.</p> <p>...</p> <p>(3) Die übrigen Steuern werden durch Landesfinanzbehörden verwaltet. Der Bund kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, den Aufbau dieser Behörden und das von ihnen anzuwendende Verfahren und die einheitliche Ausbildung der Beamten regeln. Die Leiter der Mittelbehörden sind im Einvernehmen mit der Bundesregierung zu bestellen. Die Verwaltung der den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zufließenden Steuern kann durch die Länder ganz oder zum Teil den Gemeinden (Gemeindeverbänden) übertragen werden.</p> <p>...</p> <p>(5) Die Finanzgerichtsbarkeit wird durch Bundesgesetz einheitlich geregelt.</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 12. 5. 1969: Artikel 108)</i></p>	<p>Gesetz über die Finanzverwaltung (Finanzverwaltungsgesetz) vom 6. September 1950 (BGBl. I S. 448)</p>
<p>Artikel 110 [Haushaltsplan und Haushaltsgesetz des Bundes]</p> <p>(1) Alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingesetzt werden.</p> <p>(2) Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz festgestellt. ...</p>	
<p>Artikel 115 [Kreditbeschaffung]</p> <p>Im Wege des Kredites dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken und nur auf Grund eines Bundesgesetzes beschafft werden. Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen zu Lasten des Bundes, deren Wirkung über ein Rechnungsjahr hinausgeht, dürfen nur auf Grund eines Bundesgesetzes erfolgen. In dem Gesetze muß die Höhe des Kredites oder der Umfang der Verpflichtung, für die der Bund die Haftung übernimmt, bestimmt sein.</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 12. 5. 1969: Artikel 115)</i></p>	

Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Beispiele für derartige Gesetze
<p>Artikel 118 [Neugliederung der Länder im Südwesten]</p> <p>Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß.</p>	<p>Erstes Gesetz zur Durchführung der Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete gemäß Artikel 118 Satz 2 des Grundgesetzes vom 4. Mai 1951 (BGBl. I S. 283)</p> <p>Zweites Gesetz über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern vom 4. Mai 1951 (BGBl. I S. 284)</p>
<p>Artikel 135 [Rechtsnachfolge in das Vermögen früherer Länder und Körperschaften]</p> <p>(1) Hat sich nach dem 8. Mai 1945 bis zum Inkrafttreten dieses Grundgesetzes die Landeszugehörigkeit eines Gebietes geändert, so steht in diesem Gebiete das Vermögen des Landes, dem das Gebiet angehört hat, dem Lande zu, dem es jetzt angehört.</p> <p>(2) Das Vermögen nicht mehr bestehender Länder und nicht mehr bestehender anderer Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes geht, soweit es nach seiner ursprünglichen Zweckbestimmung überwiegend für Verwaltungsaufgaben bestimmt war oder nach seiner gegenwärtigen, nicht nur vorübergehenden Benutzung überwiegend Verwaltungsaufgaben dient, auf das Land oder die Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechtes über, die nunmehr diese Aufgaben erfüllen.</p> <p>(3) Grundvermögen nicht mehr bestehender Länder geht einschließlich des Zubehörs, soweit es nicht bereits zu Vermögen im Sinne des Absatzes 1 gehört, auf das Land über, in dessen Gebiet es belegen ist.</p> <p>(4) Sofern ein überwiegendes Interesse des Bundes oder das besondere Interesse eines Gebietes es erfordert, kann durch Bundesgesetz eine von den Absätzen 1 bis 3 abweichende Regelung getroffen werden.</p> <p>(5) Im übrigen wird die Rechtsnachfolge und die Auseinandersetzung, soweit sie nicht bis zum 1. Januar 1952 durch Vereinbarung zwischen den beteiligten Ländern oder Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechtes erfolgt, durch Bundesgesetz geregelt, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.</p> <p>...</p>	<p>zu Abs. 4: Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die Stiftung vom 25. Juli 1957 (BGBl. I S. 841)</p> <p>zu Abs. 5: Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse nicht mehr bestehender öffentlicher Rechtsträger (Rechtsträger-Abwicklungsgesetz) vom 5. September 1965 (BGBl. I S. 1065)</p>

Hinweis

Zur Kontrollfunktion und zu ihrer Wahrnehmung durch den Deutschen Bundestag ist im **Datenhandbuch** insbesondere das Kapitel 12 nachzuschlagen. Ferner kommen u. a. die folgenden Abschnitte in Betracht:

- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfragen des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeiführung von Regierungsmitgliedern
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.10 Untersuchungsausschüsse

Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	Beispiele für derartige Gesetze
<p>Artikel 137 [Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes]</p> <p>(1) Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes und Richtern im Bunde, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden.</p> <p>...</p> <p>(siehe auch GGÄndG vom 19. 3. 1956: Artikel 137)</p>	<p>Für 1949 bestimmte Art. 137 Abs. 2 GG: „Für die Wahl des ersten Bundestages, der ersten Bundesversammlung und des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gilt das vom Parlamentarischen Rat zu beschließende Wahlgesetz.“</p> <p>Gesetz über die Rechtsstellung der in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 (BGBl. I S. 297)</p> <p>Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 777) (weitere Beispiele siehe unter dem GGÄndG vom 19. März 1956)</p>

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Einquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen

Gesetzesvorbehalte in Grundgesetz-Änderungsgesetzen

Im folgenden werden die Gesetzesvorbehalte zitiert, die in den späteren Änderungsgesetzen zum Grundgesetz ausgesprochen werden.

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
23. 12. 1955	<p>Artikel 106 [Verteilung der Steuerertragshoheit]</p> <p>...</p> <p>(4) Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, soll das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer (Absatz 3) geändert werden, wenn sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Bundes und das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Länder unterschiedlich entwickeln und in der Haushaltswirtschaft des Bundes oder der Länder ein so erheblicher Fehlbedarf entsteht, daß eine entsprechende Berichtigung des Beteiligungsverhältnisses zugunsten des Bundes oder zugunsten der Länder geboten ist. Hierbei ist von den folgenden Grundsätzen auszugehen: ...</p> <p>(5) Werden den Ländern durch Bundesgesetz zusätzliche Ausgaben auferlegt oder Einnahmen entzogen, ist das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer zugunsten der Länder zu ändern, wenn der Tatbestand des Absatzes 4 gegeben ist. Ist die Mehrbelastung der Länder auf einen kurzen Zeitraum begrenzt, kann sie durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auch mit Finanzausweisungen des Bundes ausgeglichen werden; in dem Gesetz sind die Grundsätze für die Bemessung dieser Finanzausweisungen und für ihre Verteilung auf die Länder zu bestimmen.</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 12. 5. 1969: Artikel 106)</i></p>	
	<p>Artikel 107 [Finanzausgleich]</p> <p>(1) Das Aufkommen der Landessteuern steht den einzelnen Ländern insoweit zu, als die Steuern von den Finanzbehörden in ihrem Gebiet vereinnahmt werden (örtliches Aufkommen). Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können nähere Bestimmungen über die Abgrenzung und Zerlegung des örtlichen Aufkommens einzelner Steuern (Steueranteile) getroffen werden.</p> <p>...</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 12. 5. 1969: Artikel 107)</i></p>	

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 6.11 mit einer statistischen Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen, nach Ressorts gegliedert,
- 6.18 mit einer Aufstellung der von den Ressorts an den Bundestag erstatteten Berichte,
- 6.20 mit der parlamentarischen Beanspruchung der Bundesministerien,
- 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert,
- 12.1 mit der Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen,
- 17.3 mit einer Statistik der Petitionen, aufgegliedert nach der Zuständigkeit der Ministerien.

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
19. 3. 1956	<p>Artikel 17a [Grundrechtseinschränkungen für Wehr- und Ersatzdienstleistende]</p> <p>(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.</p> <p>(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.</p>	<p>zu Abs. 1): Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten vom 19. März 1956 (BGBl. I S. 114) Gesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 13. Januar 1960 (BGBl. I S. 10) Wehrpflichtgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 28. September 1969 (BGBl. I S. 1773)</p> <p>zu Abs. 2): Schutzbereichsgesetz vom 7. Dezember 1956 (BGBl. I S. 899) Bundesleistungsgesetz i.d.F. vom 27. September 1961 (BGBl. I S. 1769)</p>
	<p>Artikel 87b [Aufgaben der Bundeswehrverwaltung]</p> <p>(1) Die Bundeswehrverwaltung wird in bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau geführt. Sie dient den Aufgaben des Personalwesens und der unmittelbaren Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte. Aufgaben der Beschädigtenversorgung und des Bauwesens können der Bundeswehrverwaltung nur durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, übertragen werden. Der Zustimmung des Bundesrates bedürfen ferner Gesetze, soweit sie die Bundeswehrverwaltung zu Eingriffen in Rechte Dritter ermächtigen; das gilt nicht für Gesetze auf dem Gebiete des Personalwesens.</p> <p>(2) Im übrigen können Bundesgesetze, die der Verteidigung einschließlich des Wehersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, daß sie ganz oder teilweise in bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau oder von den Ländern im Auftrage des Bundes ausgeführt werden. Werden solche Gesetze von den Ländern im Auftrage des Bundes ausgeführt, so können sie mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, daß die der Bundesregierung und den zuständigen obersten Bundesbehörden auf Grund des Artikels 85 zustehenden Befugnisse ganz oder teilweise Bundesoberbehörden übertragen werden; dabei kann bestimmt werden, daß diese Behörden beim Erlaß allgemeiner Verwaltungsvorschriften gemäß Artikel 85 Abs. 2 Satz 1 nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.</p>	

Hinweise

Einen statistischen Überblick über den aktuellen Stand der Vermittlungsverfahren der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Deutschen Bundestag und Bundesrat.

Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden, sind mit dem Titel der Untersuchung im Abschnitt 11.15 aufgeführt.

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
<p>noch: 19. 3. 1956</p>	<p>Artikel 137 [Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes]</p> <p>(1) Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes, Berufssoldaten, freiwilligen Soldaten auf Zeit und Richtern im Bunde, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden.</p> <p>...</p>	<p>Vgl. die im Abschnitt 2.9: Inkompatibilitäten des vorliegenden Datenhandbuchs aufgeführten Gesetze, u. a.:</p> <p>Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297)</p> <p>Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 3. Januar 1977 (BGBl. I S. 21)</p> <p>Bundesbeamtengesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 3. Januar 1977 (BGBl. I S. 1)</p> <p>Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) in der Neufassung vom 19. August 1975 (BGBl. I S. 2273)</p> <p>Deutsches Richtergesetz in der Neufassung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713)</p> <p>ab 1977 Abgeordnetengesetz mit Änderungsgesetzen (vgl. Abschnitt 2.3: Die Regelungen im Abgeordnetengesetz: Synopse)</p>
<p>6. 2. 1961</p>	<p>Artikel 87d [Luftverkehrsverwaltung]</p> <p>...</p> <p>(2) Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung den Ländern als Auftragsverwaltung übertragen werden.</p>	<p>Gesetz über Zuständigkeiten in der Luftverkehrsverwaltung vom 8. Februar 1961 (BGBl. I S. 69)</p>
<p>8. 6. 1967</p>	<p>Artikel 109 [Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern]</p> <p>...</p> <p>(3) Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Grundsätze für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufgestellt werden.</p> <p>(4) Zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts können durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Vorschriften über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Höchstbeträge, Bedingungen und Zeitfolge der Aufnahme von Krediten durch Gebietskörperschaften und Zweckverbände und 2. eine Verpflichtung von Bund und Ländern, unverzinsliche Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zu unterhalten (Konjunkturausgleichsrücklagen), <p>erlassen werden...</p> <p><i>(siehe auch GGÄndG vom 12. 5. 1969 wegen Absatz 3)</i></p>	<p>Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)</p> <p>Haushaltsgrundsätzegesetz vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273)</p>

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
24. 6. 1968	<p>Artikel 10 [Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis]</p> <p>(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.</p> <p>(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.</p>	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz – G 10) vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949)
	<p>Artikel 11 [Freizügigkeit]</p> <p>(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.</p> <p>(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.</p>	Notstandsgesetze
	<p>Artikel 12 [Berufsfreiheit]</p> <p>(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.</p> <p>...</p>	
	<p>Artikel 12a [Wehrdienst und andere Dienstverpflichtungen]</p> <p>...</p> <p>(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 und 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.</p> <p>(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten.</p>	Gesetz zur Sicherstellung von Arbeitsleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung vom 9. Juli 1968 (BGBl. I S. 787)

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
noch: 24. 6. 1968	<p>(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.</p> <p>(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.</p>	
	<p>Artikel 115c [Erweiterte Gesetzgebungskompetenz des Bundes]</p> <p>...</p> <p>(2) Soweit es die Verhältnisse während des Verteidigungsfalles erfordern, kann durch Bundesgesetz für den Verteidigungsfall</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. bei Enteignungen abweichend von Artikel 14 Abs. 3 Satz 2 die Entschädigung vorläufig geregelt werden. 2. für Freiheitsentziehungen eine von Artikel 104 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 1 abweichende Frist, höchstens jedoch eine solche von vier Tagen, für den Fall festgesetzt werden, daß ein Richter nicht innerhalb der für Normalzeiten geltenden Frist tätig werden konnte. <p>(3) Soweit es zur Abwehr eines gegenwärtigen oder unmittelbar drohenden Angriffs erforderlich ist, kann für den Verteidigungsfall durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates die Verwaltung und das Finanzwesen des Bundes und der Länder abweichend von den Abschnitten VIII, VIIIa und X geregelt werden, wobei die Lebensfähigkeit der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, zu wahren ist.¹⁾</p> <p>(4) Bundesgesetze nach den Absätzen 1 und 2 Nr. 1 dürfen zur Vorbereitung ihres Vollzuges schon vor Eintritt des Verteidigungsfalles angewandt werden.</p> <p>¹⁾ Absatz 3 in der Neufassung vom 12. 5. 1969</p>	
	<p>Artikel 115 I [Friedensschluß]</p> <p>...</p> <p>(3) Über den Friedensschluß wird durch Bundesgesetz entschieden.</p>	

Hinweis

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind u. a. in den folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungen: Dokumentation
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
12. 5. 1969	<p>Artikel 104a [Verteilung der Ausgabelasten]</p> <p>...</p> <p>(3) Bundesgesetze, die Geldleistungen gewähren und von den Ländern ausgeführt werden, können bestimmen, daß die Geldleistungen ganz oder zum Teil vom Bund getragen werden. Bestimmt das Gesetz, daß der Bund die Hälfte der Ausgaben oder mehr trägt, wird es im Auftrage des Bundes durchgeführt. Bestimmt das Gesetz, daß die Länder ein Viertel der Ausgaben oder mehr tragen, so bedarf es der Zustimmung des Bundesrates.</p> <p>...</p>	<p>Wohnungsbauprämiengesetz vom 18. September 1969 (BGBl. I S. 1677)</p> <p>Sparprämiengesetz i.d.F. vom 23. August 1972 (BGBl. I S. 1538)</p> <p>Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 26. August 1971 (BGBl. I S. 1409)</p>
	<p>Artikel 106 [Verteilung der Steuerertragshoheit]</p> <p>...</p> <p>(3) Das Aufkommen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer steht dem Bund und den Ländern gemeinsam zu (Gemeinschaftsteuern), soweit das Aufkommen der Einkommensteuer nicht nach Absatz 5 den Gemeinden zugewiesen wird. Am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sind der Bund und die Länder je zur Hälfte beteiligt. Die Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer werden durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, festgesetzt. Bei der Festsetzung ist von folgenden Grundsätzen auszugehen: ...</p> <p>(4) Die Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer sind neu festzusetzen, wenn sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Bundes und der Länder wesentlich anders entwickelt. Werden den Ländern durch Bundesgesetz zusätzliche Ausgaben auferlegt oder Einnahmen entzogen, so kann die Mehrbelastung durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auch mit Finanzzuweisungen des Bundes ausgeglichen werden, wenn sie auf einen kurzen Zeitraum begrenzt ist. In dem Gesetz sind die Grundsätze für die Bemessung dieser Finanzzuweisungen und für ihre Verteilung auf die Länder zu bestimmen.</p>	Finanzausgleichsgesetze
	<p>Artikel 107 [Länderfinanzausgleich]</p> <p>(1) Das Aufkommen der Landessteuern und der Länderanteil am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer stehen den einzelnen Ländern insoweit zu, als die Steuern von den Finanzbehörden in ihrem Gebiet vereinnahmt werden (örtliches Aufkommen). Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, sind für die Körperschaftsteuer und die Lohnsteuer nähere Bestimmungen über die Abgrenzung sowie über Art und Umfang der Zerlegung des örtlichen Aufkommens zu treffen. Das Gesetz kann auch Bestimmungen über die Abgrenzung und Zerlegung des örtlichen Aufkommens anderer Steuern treffen. Der Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer steht den einzelnen Ländern nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahl zu, für einen Teil, höchstens jedoch für ein Viertel dieses Länderanteils, können durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Ergänzungsanteile für die Länder vorgesehen werden, deren Einnahmen aus den Landessteuern und aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer je Einwohner unter dem Durchschnitt der Länder liegen.</p> <p>...</p>	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1432)

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
<p>noch: 12. 5. 1969</p>	<p>Artikel 108 [Finanzverwaltung]</p> <p>...</p> <p>(2) Die übrigen Steuern werden durch Landesfinanzbehörden verwaltet. Der Aufbau dieser Behörden und die einheitliche Ausbildung der Beamten können durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates geregelt werden. Die Leiter der Mittelbehörden sind im Einvernehmen mit der Bundesregierung zu bestellen.</p> <p>...</p> <p>(4) Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, kann bei der Verwaltung von Steuern ein Zusammenwirken von Bundes- und Landesfinanzbehörden sowie für Steuern, die unter Absatz 1 fallen, die Verwaltung durch Landesfinanzbehörden und für andere Steuern die Verwaltung durch Bundesfinanzbehörden vorgesehen werden, wenn und soweit dadurch der Vollzug der Steuergesetze erheblich verbessert oder erleichtert wird. Für die den Gemeinden (Gemeindeverbänden) allein zufließenden Steuern kann die den Landesfinanzbehörden zustehende Verwaltung durch die Länder ganz oder zum Teil den Gemeinden (Gemeindeverbänden) übertragen werden.</p> <p>(5) Das von den Bundesfinanzbehörden anzuwendende Verfahren wird durch Bundesgesetz geregelt. Das von den Landesfinanzbehörden und in den Fällen des Absatzes 4 Satz 2 von den Gemeinden (Gemeindeverbänden) anzuwendende Verfahren kann durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates geregelt werden.</p> <p>...</p>	<p>Finanzverwaltungsgesetz i.d.F. vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426)</p>
	<p>Artikel 109 [Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern]</p> <p>...</p> <p>(3) Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können für Bund und Länder gemeinsam geltende Grundsätze für das Haushaltsrecht, für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufgestellt werden.</p> <p>...</p> <p><i>(vgl. vor allem wegen Absatz 4 GGÄndG vom 8. 6. 1967)</i></p>	<p>Haushaltsgrundsätzegesetz vom 9. August 1969 (BGBl. I S. 1273)</p>
	<p>Artikel 112 [Über- und außerplanmäßige Ausgaben]</p> <p>Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden. Näheres kann durch Bundesgesetz bestimmt werden.</p>	<p>Bundshaushaltsordnung vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1284), §§ 37, 116</p>
	<p>Artikel 115 [Kreditbeschaffung]</p> <p>(1) Die Aufnahme von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen können, bedürfen einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmbaren Ermächtigung durch Bundesgesetz. Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.</p> <p>(2) Für Sondervermögen des Bundes können durch Bundesgesetz Ausnahmen von Absatz 1 zugelassen werden.</p>	<p>zu Abs. 1: in der Regel Haushaltsgesetze zu Abs. 2: –</p>

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
23. 8. 1976	<p>Artikel 29 [Neugliederung des Bundesgebietes]</p> <p>(1) Das Bundesgebiet kann neu gegliedert werden, um zu gewährleisten, daß die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Dabei sind die landsmannschaftliche Verbundenheit, die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sowie die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung zu berücksichtigen.</p> <p>(2) Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes ergehen durch Bundesgesetz, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf. Die betroffenen Länder sind zu hören.</p> <p>...</p> <p>(4) Wird in einem zusammenhängenden, abgegrenzten Siedlungs- und Wirtschaftsraum, dessen Teile in mehreren Ländern liegen und der mindestens eine Million Einwohner hat, von einem Zehntel der in ihm zum Bundestag Wahlberechtigten durch Volksbegehren gefordert, daß für diesen Raum eine einheitliche Landeszugehörigkeit herbeigeführt werde, so ist durch Bundesgesetz innerhalb von zwei Jahren entweder zu bestimmen, ob die Landeszugehörigkeit gemäß Absatz 2 geändert wird, oder daß in den betroffenen Ländern eine Volksbefragung stattfindet.</p> <p>(5) Die Volksbefragung ist darauf gerichtet festzustellen, ob eine in dem Gesetz vorzuschlagende Änderung der Landeszugehörigkeit Zustimmung findet. Das Gesetz kann verschiedene, jedoch nicht mehr als zwei Vorschläge der Volksbefragung vorlegen. Stimmt eine Mehrheit einer vorgeschlagenen Änderung der Landeszugehörigkeit zu, so ist durch Bundesgesetz innerhalb von zwei Jahren zu bestimmen, ob die Landeszugehörigkeit gemäß Absatz 2 geändert wird. Findet ein der Volksbefragung vorgelegter Vorschlag eine den Maßgaben des Absatzes 3 Satz 3 und 4 entsprechende Zustimmung, so ist innerhalb von zwei Jahren nach der Durchführung der Volksbefragung ein Bundesgesetz zur Bildung des vorgeschlagenen Landes zu erlassen, das der Bestätigung durch Volksentscheid nicht mehr bedarf.</p> <p>...</p> <p>(7) Sonstige Änderungen des Gebietsbestandes der Länder können durch Staatsverträge der beteiligten Länder oder durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen, wenn das Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, nicht mehr als 10 000 Einwohner hat. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf. Es muß die Anhörung der betroffenen Gemeinden und Kreise vorsehen.</p>	

Hinweis

Von bestimmten Plenardebatten des Bundestages enthält das *Datenhandbuch* Angaben zum Verlauf der Debatten und vor allem zur Rednerliste. Vgl. dazu im einzelnen die folgenden Abschnitte:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
21. 12. 1992	<p>Artikel 23 [neu] [Verwirklichung der Europäischen Union]</p> <p>(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.</p> <p>(2) ...</p>	
28. 6. 1993	<p>Artikel 16a [Asylrecht, sicherer Herkunftsstaat]</p> <p>...</p> <p>(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.</p> <p>...</p>	Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften vom 30. Juni 1993 (BGBl. I S. 1062)
20. 12. 1993	<p>Artikel 87e [Eisenbahnen des Bundes]</p> <p>(1) Die Eisenbahnverkehrsverwaltung für Eisenbahnen des Bundes wird in bundeseigener Verwaltung geführt. Durch Bundesgesetz können Aufgaben der Eisenbahnverkehrsverwaltung den Ländern als eigene Angelegenheit übertragen werden.</p> <p>(2) ...</p>	Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz) vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378)
	<p>Artikel 143a [Zuständigkeit des Bundes in Angelegenheiten der Eisenbahnen des Bundes]</p> <p>(1) Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über alle Angelegenheiten, die sich aus der Umwandlung der in bundeseigener Verwaltung geführten Bundeseisenbahnen in Wirtschaftsunternehmen ergeben. Artikel 87e Abs. 5 findet entsprechende Anwendung. Beamte der Bundeseisenbahnen können durch Gesetz unter Wahrung ihrer Rechtsstellung und der Verantwortung des Dienstherrn einer privat-rechtlich organisierten Eisenbahn des Bundes zur Dienstleistung zugewiesen werden.</p> <p>(2) ...</p>	

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

GGÄndG vom ...	Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Beispiele für derartige Gesetze
30. 8. 1994	<p>Artikel 143b [Umwandlung des Sondervermögens Deutsche Bundespost in privates Unternehmen]</p> <p>(1) Das Sondervermögen Deutsche Bundespost wird nach Maßgabe eines Bundesgesetzes in Unternehmen privater Rechtsform umgewandelt. Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über alle sich hieraus ergebenden Angelegenheiten.</p> <p>(2) Die vor der Umwandlung bestehenden ausschließlichen Rechte des Bundes können durch Bundesgesetz für eine Übergangszeit den aus der Deutschen Bundespost POSTDIENST und der Deutschen Bundespost TELEKOM hervorgegangenen Unternehmen verliehen werden. Die Kapitalmehrheit am Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost POSTDIENST darf der Bund frühestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes aufgeben. Dazu bedarf es eines Bundesgesetzes mit Zustimmung des Bundesrates.</p> <p>(3) ...</p>	
27. 10. 1994	<p>Artikel 72 [Konkurrierende Gesetzgebung]</p> <p>(1) Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht durch Gesetz Gebrauch gemacht hat.</p> <p>(2) Der Bund hat in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.</p> <p>(3) Durch Bundesgesetz kann bestimmt werden, daß eine bundesgesetzliche Regelung, für die eine Erforderlichkeit im Sinne des Absatzes 2 nicht mehr besteht, durch Landesrecht ersetzt werden kann.</p>	
	<p>Artikel 125a [Fortgeltung alten Bundesrechts; Ersetzung durch Landesrecht]</p> <p>(1) Recht, das als Bundesrecht erlassen worden ist, aber wegen Änderung des Artikels 74 Abs. 1 oder des Artikels 75 Abs. 1 nicht mehr als Bundesrecht erlassen werden könnte, gilt als Bundesrecht fort. Es kann durch Landesrecht ersetzt werden.</p> <p>(2) Recht, das auf Grund des Artikels 72 Abs. 2 in der bis zum 15. November 1994 geltenden Fassung erlassen worden ist, gilt als Bundesrecht fort. Durch Bundesgesetz kann bestimmt werden, daß es durch Landesrecht ersetzt werden kann. Entsprechendes gilt für Bundesrecht, das vor diesem Zeitpunkt erlassen worden ist und das nach Artikel 75 Abs. 2 nicht mehr erlassen werden könnte.</p>	

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

11.4 Anlässe zur Gesetzgebung

Katalog der Anlässe

Von Seiten der Gesetzgebungslehre stammen verschiedene Versuche, die vielfältigen „Anlässe zur Gesetzgebung“ aufzulisten.*) Für diesen Abschnitt wurden diese Kataloge zusammengefaßt und mit typischen Beispielen aus der Gesetzgebungspraxis des Bundes versehen. Die Reihenfolge, in der die Anlässe zur Gesetzgebung aufgeführt sind, folgt einem gewissen logischen Gefälle, beginnend bei rechtlich zwingenden Notwendigkeiten und übergehend zu politischen Erfordernissen. Auf eine strengere Systematik wurde verzichtet, denn bei vielen Gesetzgebungsinitiativen treffen ohnehin mehrere Anlässe zusammen, so daß schon der Katalog der Gesetzgebungsanlässe nur einen idealtypischen und von der Wirklichkeit abstrahierten Charakter hat.

Ein genereller Anlaß zur Gesetzgebung, der vor den sonstigen Anlässen gesehen werden muß, ist das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes, das für die Bundesländer ausdrücklich in Art. 28 Abs. 1 ausgesprochen und für den Bund in Art. 20 Abs. 3 auf jeden Fall angedeutet ist. Der Rechtsstaatsbegriff setzt sich aus verschiedenen Einzelementen zusammen, zu denen – ohne hier in die Erörterung einsteigen zu wollen – Begriffe gehören wie Bindung an die verfassungsmäßige Ordnung, Gesetz und Recht, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Rechtssicherheit, Gerechtigkeit, Gewährleistung der persönlichen Grundrechte usw. Die rechtsstaatliche Ordnung basiert somit auf dem Vorrang (gesetzlicher) Normen, und auch für die Durchsetzung bestimmter politischer Ziele sind Normen erforderlich, die das Parlament als Gesetzgeber zu verabschieden hat.

Ein Katalog der Gesetzgebungsanlässe vermag im übrigen einige Argumente für die Diskussion um die „Gesetzesflut“ zu liefern, indem sich aufzeigen läßt, in welchem Maße Gesetze unvermeidlich sind.

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes (mit Fristsetzung)	<p>Artikel 107 GG [Steuerverteilung] i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 20. 4. 1953:</p> <p>„Die endgültige Verteilung der der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder soll spätestens bis zum 31. Dezember 1954 erfolgen, und zwar durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.“</p> <p>→ Zweites Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes vom 25. Dezember 1954 (BGBl. I S. 517), womit die Frist für das Bundesgesetz (ein zweites Mal!) verlängert wurde und zwar nunmehr auf den 31. Dezember 1955.</p> <p>Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung (Finanzverfassungsgesetz) vom 23. Dezember 1955 (BGBl. I S. 817), womit der Gesetzgebungsauftrag insgesamt geändert wurde.</p>	Die Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes und die Art ihrer Erfüllung sind im Abschnitt 11.2 des <i>Datenhandbuches</i> zusammengestellt.

*) Vgl. u. a. *Hermann Hill*, Einführung in die Gesetzgebungslehre. Heidelberg. 1982, S. 53–56; *Hermann Hill*, Impulse zum Erlaß eines Gesetzes. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 34. 1981. H. 13/14. S. 481–497; *Hanswerner Müller*, Der Anlaß zur Gesetzgebung. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 17. 1964. H. 7/8. S. 226–231; *Hans Schneider*, Gesetzgebung. Ein Lehrbuch. Heidelberg 1982. S. 54–57.

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes (ohne Fristsetzung)	Artikel 94 GG [Bundesverfassungsgericht]: „(2) Ein Bundesgesetz regelt seine Verfassung und das Verfahren und bestimmt, in welchen Fällen seine Entscheidungen Gesetzeskraft haben.“ → Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 243)	Die Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes und die Art ihrer Erfüllung sind im Abschnitt 11.2 des <i>Datenhandbuches</i> zusammengestellt.
Gesetzesvorbehalt des Grundgesetzes	Artikel 10 GG [Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis] i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 24. 6. 1968: „(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. (2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.“ → Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949)	Eine Zusammenstellung sämtlicher im Grundgesetz gegenwärtig ausgesprochener Gesetzesvorbehalte mit Beispielen von daraufhin verabschiedeten Gesetzen enthält das <i>Datenhandbuch</i> im Abschnitt 11.3.
Zustimmungsgesetze (Ratifizierungsgesetze) zu völkerrechtlichen Verträgen	Verträge mit auswärtigen Staaten („Staatsverträge“) – seien es bilaterale oder multilaterale völkerrechtliche Vereinbarungen oder Abkommen –, die die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen zu ihrer innerstaatlichen Geltung nach Art. 59 Abs.2 GG der parlamentarischen Zustimmung oder Mitwirkung in Form eines Bundesgesetzes (auch „Ratifizierungsgesetz“ genannt). → Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen vom 10. Juni 1981 (BGBl. II S. 341) Gesetz zum Wiener Abkommen vom 12. Juni 1973 über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung (Schriftzeichengesetz) vom 6. Juli 1981 (BGBl. II S. 382)	–
Beschlüsse anläßlich internationaler Konsultationen	Beschluß anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 7./8. November 1985 in Bonn → Zweites Gesetz zur Änderung des Entwicklungshelfer-Gesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 599)	–

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Rechtsgrundlage zum Erlaß von Rechtsverordnungen	<p>Zum Erlaß von Rechtsverordnungen durch die Bundesregierung, durch einen Bundesminister oder durch die Landesregierungen bedarf es als Rechtsgrundlage der Ermächtigung durch ein Gesetz. „Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetz bestimmt werden.“ (Art. 80 Abs. 1 Satz 1 und 2 GG)</p> <p>→ Gesetz zur Regelung der Preisangaben vom 3. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1429)</p>	Rechtsverordnungen, bei denen vor oder nach Erlaß zusätzlich ein Mitwirkungsvorbehalt des Deutschen Bundestages zu beachten ist, sind im <i>Datenhandbuch</i> in Abschnitt 11.18 verzeichnet.
Ersatz für Gesetze, die vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt worden sind	<p>Am 13. April 1978 stellte das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit und Nichtigkeit des Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes vom 13. 7. 1977 (BGBl. I S. 1229) fest, weil es das Prüfverfahren für ungediente Wehrpflichtige abschaffte und statt dessen eine einfache Erklärung gegenüber dem Kreiswehrrersatzamt einführt.</p> <p>→ Zwei Entwürfe eines Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes wurden in der 8. Wahlperiode jeweils mit Mehrheit abgelehnt. In der 9. Wahlperiode verabschiedet:</p> <p>Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz) vom 28. Februar 1983 (BGBl. I S. 203)</p>	Eine Zusammenstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder verfassungswidrig erklärten Bundesgesetze enthält das <i>Datenhandbuch</i> in Abschnitt 11.13.
Gesetzesvorbehalt aufgrund Gerichtsentscheidung	<p>Das Bundesverfassungsgericht hat in der Entscheidung vom 14. Oktober 1975 unter Hinweis auf einen Mißstand im Güterfernverkehrsgewerbe (unzulässiger Handel mit Genehmigungen für den Güterfernverkehr) ausgeführt: „Der Gesetzgeber wird zu prüfen haben, ob die Maßstäbe und Kriterien, die bei der Vergabe der Genehmigungen zugrunde zu legen sind, nicht im Gesetz selbst deutlichen Ausdruck finden sollten.“ (BVerfGE Bd. 40 S.197 ff., S. 232)</p> <p>→ Zweites Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 9. Juli 1979 (BGBl. I S. 960)</p>	–
Regelungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts	<p>Regelungsauftrag dadurch, daß das Bundesverfassungsgericht mit Beschluß vom 31. Mai 1978 festgestellt hat, das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14. Juni 1976 sei insoweit verfassungswidrig, als es denjenigen Ehegatten, die zwischen dem 1. April 1953 und dem 30. Juni 1976 die Ehe geschlossen haben, nicht die Möglichkeit gegeben hat, den Geburtsnamen der Frau zum Ehenamen zu bestimmen.</p> <p>→ Gesetz über die Änderung des Ehenamens (Ehenamensänderungsgesetz) vom 27. März 1979 (BGBl. I S. 401)</p>	–

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Ausfüllung von Gesetzeslücken aufgrund von Gerichtsentscheidungen (Bundesverfassungsgericht oder andere Gerichte)	Das Bundesverfassungsgericht hat am 8. November 1983 die Verordnung über Preisangaben hinsichtlich der Preisauszeichnung im Handel für verfassungswidrig erklärt, weil § 2 des Preisgesetzes vom 10. April 1948 keine ausreichende Ermächtigung darstellt. → Gesetz zur Regelung der Preisangaben vom 3. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1429)	–
Entgegenwirken von Richterrecht	Der Große Senat des Bundesfinanzhofs entschied am 21. November 1983 – in Abweichung zu seiner langjährigen Rechtsprechung –, daß eine Reihe von Geldstrafen (Geldbußen, Ordnungs- und Verwarnungsgelder) unter bestimmten Umständen als Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten steuerlich abziehbar seien. Um dem entgegenzuwirken: → Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 25. Juli 1984 (BGBl. I S. 1006)	–
Verpflichtungen zur Gesetzgebung aufgrund der EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland	Vor allem die Richtlinien des Rates und der Kommission enthalten bindende Regelungsaufträge an den innerstaatlichen Gesetzgeber zu deren Umsetzung und Ausfüllung; vgl. Art. 189 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag) vom 25. März 1957: „Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.“ <i>Beispiel:</i> 2. Richtlinie des Rates der EG vom 31. Januar 1977 betr. Koordinierung des Gesellschaftsrechts („Kapitalschutzrichtlinie“) (ABl. L 26/1) → Gesetz zur Durchführung der Zweiten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts vom 13. Dezember 1978 (BGBl. I S. 1959)	–
Anregungen internationaler Gremien	Anregung durch den Europäischen Rat vom Juni 1984 in Fontainebleau → Zweites Gesetz zur Änderung des Entwicklungshelfer-Gesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 599)	–
Gebot zur Harmonisierung des Rechts der EG-Mitgliedstaaten	Vereinheitlichung des Patentrechts der EG-Mitgliedstaaten durch Schaffung eines einheitlichen „Gemeinschaftspatents“ mit gleicher rechtlicher Wirkung in den Vertragsstaaten: → Gesetz über das Gemeinschaftspatent und zur Änderung patentrechtlicher Vorschriften (Gemeinschaftspatentgesetz) vom 26. Juli 1979 (BGBl. I S. 1269) und Gesetz zu dem Übereinkommen vom 15. Dezember 1975 über das Europäische Patent für den Gemeinsamen Markt vom 26. Juli 1979 (BGBl. II S. 833)	–

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Bedarf nach einer einheitlichen gesetzlichen Regelung im Bundesstaat	<p>Nach Art. 72 Abs.2 GG hat der Bund im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung das Gesetzgebungsrecht, „soweit ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht, weil</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Angelegenheit durch die Gesetzgebung einzelner Länder nicht wirksam geregelt werden kann oder 2. die Regelung einer Angelegenheit durch ein Landesgesetz die Interessen anderer Länder oder der Gesamtheit beeinträchtigen könnte oder 3. die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit, insbesondere die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Landes hinaus sie erfordert“. <p>Unter den Voraussetzungen des Art. 72 GG hat der Bund außerdem das Recht, über bestimmte, in Art. 75 GG aufgezählte Gebiete Rahmenvorschriften zu erlassen.</p> <p>→ Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Januar 1977 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert am 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 306)</p>	Die Gebiete, auf die sich die ausschließliche, die konkurrierende und die Rahmengesetzgebung des Bundes zum gegenwärtigen Zeitpunkt erstrecken, sind im <i>Datenhandbuch</i> in Abschnitt 11.1 zusammengestellt.
Gesetzgebungsaufträge in bestehenden Gesetzen: Anpassungs- und Fortschreibungsgesetze	<p>Bundesbesoldungsgesetz § 14:</p> <p>„Die Besoldung wird entsprechend der Entwicklung der allgemeinen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung durch Bundesgesetz regelmäßig angepaßt.“</p> <p>→ 6. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz vom 15. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2117)</p> <p>Vgl. ähnlich die Rentenanpassungsgesetze, die Gesetze über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes usw.</p>	–
Folge- und Anpassungsgesetze zu bestimmten Programm- und Planungsgesetzen	<p>Ausbauplanung für die Bundesfernstraßen erstmals geregelt im Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 vom 30. Juni 1971 (BGBl. I S. 871); erstes Folgegesetz:</p> <p>→ Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 vom 5. August 1976 (BGBl. I S. 2092)</p> <p>Verlängerung der Erprobungsphase für die einstufige Juristenausbildung:</p> <p>→ Zweites Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1451)</p>	–

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Gesetzgebungsankündigungen in bestehenden Gesetzen: Vorschaltgesetze	<p>Beispiel dafür, daß in einer als vorläufig bezeichneten gesetzlichen Regelung („Vorschaltgesetz“) eine endgültige Regelung angekündigt wird:</p> <p>§ 5 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen vom 21. Juli 1951 (BGBl. I S. 467)</p> <p>→ Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen (Reichsvermögen-Gesetz) vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 597)</p>	–
Absicht zur Aufhebung eines Gesetzes	<p>Absicht, die Pflicht zur Pockenschutzimpfung aufzuheben, da nach den Feststellungen der Weltgesundheitsorganisation die Welt seit mehreren Jahren pockenfrei ist und die Impfpflicht angesichts des Impfrisikos nicht mehr zu rechtfertigen ist:</p> <p>→ Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Pockenschutzimpfung vom 24. November 1982 (BGBl. I S. 1529)</p>	–
Absicht zur Aufhebung des Inkrafttretens eines Gesetzes	<p>Absicht, aufgrund eines Beschlusses der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder den Tag des Inkrafttretens (1. 10. 1981) des Personalausweisgesetzes vom 6. März 1980 aufzuheben:</p> <p>→ Gesetz zur Änderung des Gesetzes vom 6. März 1980 vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 806); danach ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens durch ein noch zu erlassendes Gesetz zu bestimmen (→ Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise vom 25. Februar 1983 [BGBl. I S. 194]; das Inkrafttreten ist in diesem Gesetz für den 1. November 1984 vorgesehen).</p>	–

Hinweis

Zum Thema „Gesetzgebung“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 7.11 Stimmergebnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.14 Erklärungen zur Abstimmung
- 8.18 Stimmrecht der Berliner Abgeordneten
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 14.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Bemühungen um Anpassung, Vereinheitlichung und Überschaubarkeit bestimmter Rechtsbereiche („Einführungsgesetze“, „Gesetzbücher“)	<p>Absicht, den besonderen Teil des Strafgesetzbuches, die verfahrensrechtlichen Gesetze und über 300 strafrechtliche Nebengesetze an den neuen allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches anzupassen:</p> <p>→ Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469)</p> <p>Absicht, das Sozialrecht durch Einführung eines Sozialgesetzbuchs zu vereinheitlichen:</p> <p>→ Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil – vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015)</p>	–
Erforderliche Maßnahmen infolge der Vereinigung Deutschlands	<p>Herstellung der Rechtseinheit auf allen Gebieten, Maßnahmen zum wirtschaftlichen Aufschwung, Beschleunigung von Planungszeiten usw.</p> <p>→ Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz) vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2272)</p> <p>Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606)</p> <p>Gesetz zur Regelung von Vermögensfragen der Sozialversicherung im Beitrittsgebiet und zur Änderung von Gesetzen vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2313)</p> <p>Gesetz zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im Land Berlin (Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz) vom 16. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2174)</p>	–
Erforderliche Maßnahmen infolge industriestaatlicher Entwicklungen	<p>Nutzung der Kernenergie:</p> <p>→ Atomgesetz vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814)</p> <p>Gefährdung der Umwelt:</p> <p>→ Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721)</p>	–
Erforderliche Maßnahmen infolge konjunktureller und sozialpolitischer Entwicklungen	<p>Erhebliche Kostensteigerungen im Gesundheitswesen:</p> <p>→ Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz) vom 30. Juni 1977 (BGBl. I S. 1069)</p> <p>Arbeitslosigkeit:</p> <p>→ Gesetz über steuerliche und sonstige Maßnahmen für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität (Beschäftigungsförderungsgesetz) vom 3. Juni 1982 (BGBl. I S. 641)</p>	–

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Erforderliche Maßnahmen infolge aktueller Geschehnisse	<p>Terrorismus-Bekämpfung:</p> <p>→ Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 30. September 1977 (BGBl. I S. 1877). Durch dieses Gesetz („Kontaktsperre-gesetz“) wurden u. a. das Recht zur Durchsuchung von Wohnungen, die Vorschriften zum Verteidigerausschluß und die Bestimmungen zur Überwachung des schriftlichen Verteidigerverkehrs erweitert und ergänzt.</p> <p>Sprunghafter Anstieg der Zahl von Asylbewerbern:</p> <p>→ Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens vom 25. Juli 1978 (BGBl. I S. 1108), Zweites Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1437), Gesetz über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz) vom 16. Juli 1982 (BGBl. I S. 946)</p>	–
Parteitagsbeschlüsse sowie Versprechungen und Forderungen in den Wahlprogrammen der Parteien	<p>Aus dem Regierungsprogramm der SPD 1976–1980, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Dortmund am 18./19. Juni 1976:</p> <p>„Wir werden die selbständigen Künstler und Schriftsteller in die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung einbeziehen. Zur Durchführung der Versicherung werden wir eine Künstlersozialkasse errichten. Als Ersatz für die fehlenden Arbeitgeberbeiträge soll eine Künstlersozialabgabe eingeführt werden. Außerdem treten wir für begleitende Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Auftragslage und der wirtschaftlichen Situation der Künstler und Schriftsteller ein.“</p> <p>Aus dem Wahlprogramm der F.D.P., verabschiedet vom Wahlkongreß 1976 der F.D.P. in Freiburg am 31. Mai 1976:</p> <p>„Die F.D.P. fordert eine Kulturpolitik, die ... ein System sozialer Sicherung durch Einbeziehung der Angehörigen der künstlerischen und publizistischen Berufe in die gesetzliche Sozialversicherung aufbaut. Zur Garantie eines gleichmäßigen Abschlusses von Beiträgen an den Sozialversicherungsträger ist eine Versorgungskasse („Clearing-stelle“) vorzusehen. Fehlende Arbeitgeberanteile sind durch eine Künstlersozialabgabe („Künstlerpfennig“) aufzubringen.“</p> <p>→ Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz), in der 8. Wahlperiode nicht in Kraft getreten wegen der Zustimmungsversagung des Bundesrates und wegen des Ablaufs der Wahlperiode, Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz) vom 27. Juli 1981 (BGBl. I S. 705)</p>	–

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Versprechungen in der Regierungserklärung	<p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> am 4. Mai 1983:</p> <p>„Meine Damen und Herren, immer mehr Deutsche leben für längere Zeit im Ausland und können damit ihr Wahlrecht nicht ausüben. Wir werden durch die notwendige Gesetzgebung bald die Voraussetzungen dafür schaffen, daß auch sie wählen können.</p> <p>(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)“</p> <p>→ Siebtes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. März 1985 (BGBl. I S. 521)</p>	Die Daten der Regierungserklärungen zum Programm der Regierung enthält Abschnitt 6.11 des <i>Datenhandbuchs</i> .
Ersuchen des Bundestages an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs	<p>Antrag der SPD auf Vorlage eines Heimarbeitsgesetzes (Drucksache Nr. 75); Annahme des Antrags in der 12. Sitzung vom 20. 10. 1949; Entwurf eines Heimarbeitsgesetzes (Drucksache Nr. 1357); im Bundestag verabschiedet in der 105. Sitzung vom 7. 12. 1950:</p> <p>→ Heimarbeitsgesetz vom 14. März 1951 (BGBl. I S. 191)</p>	Die Ersuchen des Bundestages an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs sind im <i>Datenhandbuch</i> im Abschnitt 6.19 zusammengestellt.
Empfehlungen durch parlamentsinterne Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen und ähnliche Gremien	<p>Empfehlung der Enquete-Kommission Verfassungsreform in der 7. Wahlperiode zur nahtlosen Aufeinanderfolge der Wahlperioden:</p> <p>→ 33. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39) vom 23. August 1976 (BGBl. I S. 2382)</p>	Die Empfehlungen der Enquete-Kommission Verfassungsreform vom Dezember 1976 sind in einer Übersicht im <i>Datenhandbuch</i> im Abschnitt 14.5 veröffentlicht.
Empfehlungen durch parlamentsexterne Beiräte, Sachverständigenkommissionen usw.	<p>Empfehlung des Finanzplanungsrates vom 4. Juni 1980 und 12. Dezember 1980:</p> <p>→ Gesetz zum Abbau von Subventionen und sonstigen Vergünstigungen, zur Erhöhung der Postablieferung sowie zur Klarstellung von Wohngeldregelungen (Subventionsabbaugesetz) vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 537)</p> <p>Gutachten der Sachverständigenkommission zur Regelung der Parteienfinanzierung (Beilage zum Bundesanzeiger vom 26. Mai 1983):</p> <p>→ Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1577)</p>	–

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

Anlaß der Gesetzgebung	Erläuterungen, typische Beispiele	Fundstellen im <i>Datenhandbuch</i>
Forderungen und Empfehlungen der Wissenschaft	Empfehlungen des 47. Deutschen Juristentages 1968 zur Reform des Staatshaftungsrechts: → Staatshaftungsgesetz, verabschiedet vom Bundestag am 12. Juni 1980, nicht in Kraft getreten wegen der Zustimmungsversagung des Bundesrates und wegen Ablaufs der 8. Wahlperiode, Staatshaftungsgesetz vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 553); Gesetz vom BVerfG durch Entscheidung vom 19. Oktober 1982 für nichtig erklärt	–
Wünsche und Forderungen von Interessenverbänden, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen usw.	In der zusammenfassenden Literatur wird – soweit ersichtlich – kein typisches Beispiel angeführt. Vgl. jedoch Einzelfallstudien wie „Der Deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflußnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis“: → Gesetz zur Förderung der Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt (EWG-Anpassungsgesetz) vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1201)	Einzelfallstudien zur Gesetzgebung sind in einer Bibliographie im Abschnitt 11.15 des vorliegenden <i>Datenhandbuchs</i> zusammengestellt.
Wünsche und Forderungen in Form von Petitionen	Eingang zahlreicher Petitionen gegen Leistungseinschränkungen im Bundeskindergeldgesetz, d. h. insbesondere dagegen, daß Eltern kein Kindergeld mehr für ihre arbeitslosen Kinder bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres erhielten; auf Empfehlung des Petitionsausschusses Beschluß des Bundestages, die Petitionen der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen; Vorlage einer Novelle zum Bundeskindergeldgesetz, wonach Volljährige, die längere Zeit auf den Beginn ihrer Ausbildung warten müssen oder arbeitslos sind, bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres kindergeldrechtlich berücksichtigt werden. → Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes vom 21. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1726)	–

Die Impulse zur Gesetzgebung in der 9. Wahlperiode (1980–1983)

Helmuth Schulze-Fielitz zieht für die von ihm untersuchte 9. Wahlperiode folgende Bilanz:*)

„Eine Bilanz zeigt, daß die vielschichtigen neuen Impulse zur Gesetzgebung in einer (prinzipiell) offenen Gesellschaft vor allem aus den bestehenden (über-)staatlichen Einrichtungen kommen. Ein zweiter großer Motor sind die Interessenverbände (namentlich im Rahmen der Ordnungs- und Ver-

*) *Helmuth Schulze-Fielitz*, Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung – besonders des 9. Deutschen Bundestages (1980–1983). Berlin 1988. S. 276f.

teilungsgesetzgebung); auch das BVerfG läßt sich wegen seiner eigenständigen Wirkkraft als wichtiger Impulsgeber ansehen.

Darüber hinaus sind die Impulse für jedes einzelne Gesetz so vielfältig, daß sich eindeutige Zuordnungen schwer treffen lassen. Der Hinweis auf ‚die Verwaltung‘ läßt sich bei den ganz überwiegend öffentlich-rechtlichen Gesetzen nicht als Erklärung, sondern nur als Frage auffassen. Stets wird es neben dem ‚Haupt -Impuls‘ eine ganze Reihe weiterer Motive geben.

Erstaunlicherweise spielen die Erst-Impulse der politischen Parteien nur eine sehr untergeordnete Rolle, wenn man nicht Wahlprogramme schon als Gesetzgebungsprogramm ansehen will. Parteien nehmen bestehende Impulse offenbar erst spät auf, soweit sie sich in den abstrakten Rahmen ihrer Grundsatzprogrammatik einfügen. Intensive parteipolitische Konflikte um Gesetze, jenseits von ideologischen ‚Groß-Streitigkeiten‘, entzündeten sich in erster Linie im Stadium konkreter Ausgestaltung abstrakter Leitvorstellungen.

Private und gesellschaftliche (Rand-)Gruppen lassen sich als unmittelbare Impulsgeber für Gesetze in der 9. WP nicht ausmachen. Das schließt ihren mittelbaren nachträglichen konkreten Einfluß im Gesetzgebungsverfahren auf bestehende Regierungsvorschläge nicht aus. Zudem verbergen sich hinter Gerichtsurteilen letztlich die Aktivitäten einzelner Bürger, die so jedenfalls mittelbar Gesetzesimpulse auslösen können.“

Gesetze aufgrund europäischer Impulse

Das Thema der Funktionsverluste der nationalen Parlamente durch die europäische Integration ist zwar in der Literatur schon häufig angesprochen worden*), doch sind empirische Untersuchungen, die diese Entwicklung belegen könnten, bislang Raritäten. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Gesetzgebungsfunktion und für einzelne Instrumentarien (siehe dazu auch Abschnitt 11.17: EG-Vorlagen).

Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Arbeit von *Annette Elisabeth Töller* dar.***) In ihr ist u. a. der Frage nachgegangen worden, „inwieweit durch die europäische Rechtsetzung die Gesetzgebungsfunktion des Bundestages eingeschränkt wurde“. Zu diesem Zweck wurde für die 10., 11. und 12. Wahlperiode untersucht, wie hoch der Anteil „europäischer Impulse“ bei der Gesetzgebung des Bundestages in einzelnen innenpolitischen (!) Politikfeldern war, d. h. Bereiche wie Auswärtiges, wirtschaftliche Zusammenarbeit oder völkerrechtliche Verträge wurden bewußt ausgeklammert.

Als „europäische Impulse“ werden in der Auszählung „alle die Akte der EG verstanden, die den Bundestag dazu veranlassen, ein Gesetzesvorhaben entweder erst zu initiieren, oder jedenfalls inhaltlich in Richtung der von dem europäischen Akt geforderten Auflagen zu modifizieren.

Solche Impulse sind: Richtlinien, die durch Gesetz umgesetzt werden können, Verordnungen, die zwar keiner Umsetzung bedürfen, die es jedoch u. U. erforderlich machen können, entgegenstehendes Recht zu reformieren, Entschließungen des Rates, Übereinkommen, Empfehlungen der Kommission sowie Entscheidungen des EuGH und intergouvernementale Abkommen zwischen Staaten der EG.“

Die Einzelheiten sind der Tabelle auf der rechten Seite zu entnehmen.

*) Vgl. schon *Suzanne S. Schüttemeyer*, Funktionsverluste des Bundestages durch die europäische Integration? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 9. 1978. H. 2. S. 261–278.

**) *Annette Elisabeth Töller*, Europapolitik im Bundestag. Eine empirische Untersuchung zur europapolitischen Willensbildung im EG-Ausschuß des 12. Deutschen Bundestages. Frankfurt am Main [usw.] 1995 (hier vor allem S. 45–51).

Ressort bzw. Sachgebiet	10. WP (1983–87)			11. WP (1987–90)			12. WP (1990–94)		
	Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon aufgrund europäischer Impulse		Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon aufgrund europäischer Impulse		Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon aufgrund europäischer Impulse	
		Anzahl	Anzahl		in %	Anzahl		Anzahl	in %
Inneres	45	3	6,7	44	1	2,3	46	6	13,0
Justiz	41	4	9,8	40	15	37,5	61	9	14,8
Finanzen	35	8	22,9	43	11	25,6	40	8	20,0
Wirtschaft	12	2	16,7	21	3	14,3	19	3	15,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17	11	64,7	21	7	33,3	23	10	42,5
Arbeit und Sozialordnung	33	1	3,0	35	2	5,7	26	2	7,7
Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit ¹⁾	23	6	26,2	23	7	30,4	25	11	31,4
Verkehr	10	3	30,0	9	3	33,3	18	4	22,2
Post- und Fernmeldewesen	3	1	33,3	1	0	0	1	1	100,0
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7	0	0	10	1	10,0	10	1	10,0
Bildung und Wissenschaft	7	0	0	5	0	0	4	1	25,0
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5	1	20,0	6	4	66,7	8	6	75,0
innenpolitische Ressorts insgesamt	238	38	16,0	258	54	20,9	300	62	20,6

¹⁾ Hier ist der Wert für die 12. WP eine Zusammenfassung aus den Sachgebieten „Frauen und Jugend“ (20,0%), „Gesundheit“ (47,6%) und „Familie und Senioren“ (0%), in die das vorherige Ministerium für Jugend, Familie [, Frauen] und Gesundheit aufgeteilt wurde.

Festgestellt werden kann

- ein deutlicher Trend zur Zunahme von europäischen Impulsen an der Gesetzgebung des Bundes und zwar in erster Linie bei den absoluten Zahlen der Gesetze,
- ein sehr differenziertes Bild bei den einzelnen innenpolitischen Sachgebieten.

Die Autorin schränkt die Aussagekraft der Zahlen und Entwicklungen in drei Punkten ein:

- Nicht erfaßt werden konnte die Tragweite der einzelnen Gesetze und damit die qualitative Bedeutung der europäischen Impulse.
- Erfaßt sind nur die „mittelbaren“ Funktionseinschränkungen der Gesetzgebungsfunktion des Bundestages, nicht aber die unmittelbaren Einschränkungen in dem Sinne, daß bei bestimmten Bereichen ein Tätigwerden des nationalen Parlaments von vornherein ausgeschlossen ist.
- Nicht erfaßt sind schließlich Fälle, in denen europäische Impulse „im Verborgenen“ wirken, indem beispielsweise nationale Gesetze in Kenntnis laufender europäischer Konsultationen gleich so strukturiert werden, daß sie der zu erwartenden europäischen Richtlinie bereits entsprechen.

Das bedeutet nach *Töller*, „daß die oben vorgestellten Zahlen überhaupt nur ‚die Spitze des Eisbergs‘ der Auswirkung europäischer Rechtsetzung auf die Gesetzgebungsfunktion des Bundestages darstellen“.

11.5 Statistik zur Gesetzgebung

Der folgende Abschnitt*) enthält

- eine statistische Gesamtübersicht,
- eine Detailübersicht (nur für die 7.–12. Wahlperiode),
- eine „Verlaufsstatistik“ zur Entwicklung der eingebrachten und verabschiedeten Gesetzentwürfe in den einzelnen Quartalen der Wahlperioden und
- eine Übersicht über die Gesetzentwürfe der Bundesregierung, untergliedert den einzelnen nach Ressorts.

*) Zusammengestellt nach folgenden Quellen:

1.–6. Wahlperiode: Verschiedene vom Deutschen Bundestag, vom Bundesrat, von der Bundesregierung und vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Statistiken zur Gesetzgebung des Bundes. Sie stimmen nicht in allen Fällen überein. Von Zählfehlern abgesehen sind diese Abweichungen möglicherweise methodisch bedingt: So können im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens einzelne Gesetzentwürfe in mehrere Entwürfe aufgeteilt oder umgekehrt mehrere Initiativen zu einem Gesetzentwurf vereinigt werden. Deshalb kommen trotz exakter Zählung die beteiligten Verfassungsorgane zu unterschiedlichen Ergebnissen.

7. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 7. Wahlperiode 1972–1976. Baden-Baden 1977.

8. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 8. Wahlperiode 1976–1980. Baden-Baden 1981.

9. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 9. Wahlperiode 1980–1983. Baden-Baden 1983.

10. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 10. Wahlperiode 1983–1987. Baden-Baden 1987.

11. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 11. Wahlperiode 1987–1990. Baden-Baden 1991.

12. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 12. Wahlperiode 1990–1994. Baden-Baden 1995.

Bei der Statistik zur Gesetzgebung interessieren regelmäßig hauptsächlich folgende Angaben:

- Zahl der eingebrachten Gesetzentwürfe insgesamt (unter dem Gesichtspunkt der „Gesetzesflut“),
- Zahl der verabschiedeten Gesetze insgesamt,
- Anteil der von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat eingebrachten Gesetzentwürfe sowie
- verabschiedete Gesetze, untergliedert nach den Initiatoren.

Für den Zeitraum der 1. bis zur 12. Wahlperiode (1949–1994) läßt sich zu diesen Punkten im einzelnen feststellen:

Hinsichtlich der **Zahl der eingebrachten Gesetzentwürfe** befinden sich die 2. Wahlperiode (1953–57) mit 877, die 1. Wahlperiode (1949–53) mit 805 und die 12. Wahlperiode (1990–94) mit 800 Vorlagen an der Spitze. Erheblich unter dem Durchschnitt, der bei 624 Entwürfen liegt, sind die 10. Wahlperiode (1983–87) mit 522 und die 8. Wahlperiode (1976–80) mit 485 Vorlagen zu finden, wenn man die verkürzte 9. Wahlperiode (1980–83) außer Acht läßt, in der nur 242 Gesetzentwürfe gezählt wurden. Ein einheitlicher Trend ist in dieser Zahlenreihe nicht erkennbar.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der **Zahl der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze** ab, die im Durchschnitt alle zwölf Wahlperioden bei 408 Gesetzen liegt. Weit über diesem Durchschnitt befindet sich die 1. Wahlperiode (545 Gesetze), die 7. Wahlperiode (516 Gesetze) sowie die 9. und 12. Wahlperiode (je 507 Gesetze). Unter dem Durchschnitt bewegen sich (vom vorzeitig aufgelösten 6. und 9. Bundestag abgesehen) nur die 8., 10. und 11. Wahlperiode. Mit 354, 320 bzw. 369 verabschiedeten Gesetzen entsprechen sie am ehesten der seit längerem geforderten Reduzierung der „Gesetzesflut“.

Bei der **Herkunft der Gesetzentwürfe** sind zwischen 1949 und 1994 erhebliche Schwankungen und Abweichungen vom Durchschnitt festzustellen. Die Durchschnittszahlen für alle Wahlperioden liegen bei 368 von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwürfen (= 59,0%), bei 215 vom Bundestag („aus der Mitte des Hauses“) vorgelegten Entwürfen (= 34,4%) und bei 41 (= 6,6%) Bundesrats-Entwürfen. Die Prozentzahlen werden von der Bundesregierung in der 3., 7. und 8. Wahlperiode erheblich überschritten (65,4, 68,8 bzw. 66,4), dagegen in der 2. und 12. Wahlperiode erheblich unterschritten (in beiden Fällen 50,9). Analog dazu hatte der Bundestag in der 2. Wahlperiode mit 47,2% den höchsten Anteil an eingebrachten Gesetzentwürfen aufzuweisen, fiel danach auf 20,3% in der 7. Wahlperiode zurück und steigt seither fast kontinuierlich auf 38,2% in der 11. und 37,1% in der 12. Wahlperiode. Die heftigsten Veränderungen sind beim Bundesrat zu beobachten: Von einem Anteil von 0,8% (d. h. 5 Entwürfen) in der 3. Wahlperiode bis 12,0% in der 12. Wahlperiode (das waren 96 Entwürfe, das bisherige Maximum).

Gleichwohl bleibt die herausragende Rolle der Bundesregierung bei der Gesetzgebung im wesentlichen unberührt. Darauf weist nicht so sehr der Anteil von 59,0% eingebrachter Entwürfe hin, sondern der Anteil von 76,2% an den vom Bundestag verabschiedeten Regierungsvorlagen. Das heißt, daß Regierungsvorlagen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens insgesamt erfolgreicher sind. Der Anteil der vom Bundestag eingebrachten Gesetzentwürfe mag zwar im Durchschnitt bei 34,4% liegen, bei den verabschiedeten Gesetzen liegt er nur bei 18,4%. Beim Bundesrat ist die Erfolgsquote ähnlich bescheiden: 6,6% eingebrachten stehen 3,3% verabschiedete Gesetze gegenüber.

Das Phänomen der erfolgreichen Regierungsvorlagen hängt mit der schlichten Tatsache zusammen, daß erfahrungsgemäß ein erheblicher Teil der Bundestagsentwürfe von der jeweiligen Opposition eingebracht worden ist und deshalb nur eine geringe Chance auf Verabschiedung durch die Mehrheit hat. So verwundert es auch nicht, daß trotz des auf 38,2% gestiegenen Anteils an Bundestagsinitiativen die Statistik der in der 11. Wahlperiode verabschiedeten Gesetze nur einen Anteil von 18,4% aufweist. Derartige Prozentzahlen sind immer wieder Anlaß zu Kritik, wobei jedoch jenes Parlamentsverständnis nicht ausreichend berücksichtigt wird, wonach die Legislative Gesetze zwar berät und verabschiedet, aber nicht notwendigerweise auch die Vorlagen selbst ausarbeiten muß.

Allerdings gibt gerade die offizielle Statistik der Gesetzesinitiatoren ein ungenaues Bild, da sie nur registriert, welches Organ formal das Gesetz eingebracht hat. In Wirklichkeit wird der Anteil von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat auf verschiedene Weise verschoben:

- Der Bundestag kann durch einfachen Beschluß die Regierung beauftragen, einen bestimmten Gesetzentwurf vorzulegen: Als Initiator erscheint dann in der Statistik die Bundesregierung. (Die Ersuchen des Bundestages an die Bundesregierung um Vorlage eines bestimmten Gesetzentwurfs sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in Abschnitt 6.19 zusammengestellt.)
- Die Bundesregierung kann, um aus Zeitgründen den nach Art. 76 Abs. 2 GG erforderlichen ersten Durchgang im Bundesrat zu vermeiden, einen Gesetzentwurf durch die Regierungsfractionen einbringen lassen: Die Statistik zählt in diesem Fall den Bundestag zum Initiator. (Immer häufiger ist auch zu beobachten, daß textidentische Gesetzentwürfe gleichzeitig sowohl von der Bundesregie-

Statistische Gesamtübersicht

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72
Eingebrachte Gesetzentwürfe (insges.)	805	877	613	635	665	577
davon Bundesregierung (abs.)	472	446	401	378	417	362
davon Bundestag (abs.)	301	414	207	245	227	171
davon Bundesrat (abs.)	32	17	5	12	21	44
davon Bundesregierung (in %)	58,6	50,9	65,4	59,5	62,7	62,8
davon Bundestag (in %)	37,4	47,2	33,8	38,6	34,1	29,6
davon Bundesrat (in %)	4,0	1,9	0,8	1,9	3,2	7,6
Verabschiedete Gesetzentwürfe (insges.)	545	507	424	427	453	335
davon Bundesregierung (abs.)	392	368	348	329	368	259
davon Bundestag (abs.)	141	132	74	96	76	58
davon Bundesrat (abs.)	12	7	2	2	9	13
davon Vereinigung von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR) (abs.)	•	•	•	•	•	5
davon Bundesregierung (in %)	71,9	72,6	82,1	77,0	81,2	77,3
davon Bundestag (in %)	25,9	26,0	17,4	22,0	16,8	17,3
davon Bundesrat (in %)	2,2	1,4	0,5	0,5	2,0	3,9
davon Vereinigung von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR) (in %)	•	•	•	•	•	1,5
Anderweitig erledigte Gesetzentwürfe (insges.)	174	212	96	95	80	74
davon Bundesregierung	•	26	13	15	16	9
davon Bundestag	•	180	82	77	57	53
davon Bundesrat	•	6	1	3	7	12
Nicht mehr erledigte Gesetzentwürfe (insges.)	86	158	93	113	132	169
davon Bundesregierung	•	52	40	34	33	89
davon Bundestag	•	102	51	72	94	60
davon Bundesrat	•	4	2	7	5	20
Zahl der Rechtsverordnungen	877	998	1 093	1 368	1 537	1 343
Zahl der durchnummerierten BT-Drucksachen	4 682	3 783	3 007	3 799	4 695	3 831

- rung als auch von den Regierungsfractionen eingebracht werden; auch dies verzerrt die Statistik.)*)
- Die Oppositionsfraction im Bundestag kann der größeren Wirksamkeit wegen einen Gesetzentwurf durch die ihr nahestehenden Landesregierungen im Bundesrat einbringen lassen: Für die Statistik handelt es sich hierbei um eine Initiative des Bundesrates.

Es würde freilich Hunderte von Einzelfallstudien erfordern, um diese relativ geringfügigen Verschiebungen herauszufinden und die Gesetzgebungsstatistik dadurch zu präzisieren. Gänzlich unbeachtet von der Gesetzgebungsstatistik bleibt dann aber immer noch der tatsächliche Einfluß des Bundestages an der Gesetzgebung, der sich darin ausdrückt, inwieweit die Gesetzentwürfe während der drei Lesungen im Plenum und während der zum Teil langwierigen Ausschußberatungen verändert worden sind.

7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
670	485	242	522	595	800
461	322	146	280	321	407
136	111	58	183	227	297
73	52	38	59	47	96
68,8	66,4	60,3	53,6	53,9	50,9
20,3	22,9	24,0	35,1	38,2	37,1
10,9	10,7	15,7	11,3	7,9	12,0
516	354	139	320	369	507
427	288	104	237	267	346
62	39	16	42	68	92
17	15	8	32	15	28
10	12	11	9	19	41
82,8	81,4	74,8	74,1	72,4	68,2
12,0	11,4	11,5	13,1	18,4	18,1
3,3	4,2	5,8	10,0	4,1	5,5
1,9	3,4	7,9	2,8	5,1	8,1
80	62	41	146	81	166
2	4	10	2	6	10
47	40	12	75	62	110
31	18	19	69	13	46
71	59	74	105	130	198
30	21	34	36	34	35
21	21	22	53	78	58
20	17	18	16	18	105
1 726	1 615	853	1 229	1 330	649
5 953	4 520	2 443	6 830	8 546	8 611

★ Die Gesamtzahl der im Bundestag in der 1. bis 12. Wahlperiode (1949–1994) eingebrachten Gesetzentwürfe beträgt **7486**; im gleichen Zeitraum wurden insgesamt **4896 Gesetze verabschiedet**. Die Zahl der **durchnummerierten Drucksachen** des Bundestages von 1949 bis 1994 beläuft sich auf **60 700**.

■ Die Angaben für die abgeschlossene 13. Wahlperiode zur statistischen Gesamtübersicht der Gesetzgebung enthält der NACHTRAG unter 11.5.

Eine Grafik zu dieser statistischen Gesamtübersicht befindet sich auf Seite 2402.

*) Vgl. dazu *Martin Schürmann*, Die Umgehung des Bundesrates im sog. „Ersten Durchgang“ einer Gesetzesvorlage. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 115. 1990. S. 45–63.

Detailübersicht ab der 7. Wahlperiode

Mit Hilfe des EDV-Programms GESTA ist es möglich, eine noch differenziertere Gesetzgebungsstatistik zu erstellen.*)

Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren	7. WP 1972–76		8. WP 1976–80		9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Gesamtzahl der Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren						
<i>Gesamtzahl</i>	704	100,0	505	100,0	269	100,0
Gesetzesanträge von Ländern	97	13,8	71	14,1	56	20,8
Vom Bundesrat zur Einbringung beim Bundestag						
beschlossene Gesetzentwürfe	75	10,7	53	10,5	38	14,1
Regierungsvorlagen	471	66,9	323	64,0	155	57,6
Bundestag-Initiativen	136	19,3	111	22,0	58	21,6
von Regierungskoalition ³⁾	47	6,7	26	5,1	26 ⁴⁾	9,7
von Opposition	74	10,5	71	14,1	27	10,0
davon:						
CDU/CSU	74	10,5	71	14,1	16	5,9
SPD	–	–	–	–	11	4,1
GRÜNE ⁷⁾	–	–	–	–	–	–
PDS/LL ⁸⁾	–	–	–	–	–	–
interfraktionell ⁹⁾	15	2,1	14	2,8	5	1,9

*) Quellenhinweise zu GESTA siehe auf Seite 2386.

Zu Fehlschlüssen, die aus der überwiegend formalen Verlaufsstatistik von GESTA gezogen werden können, vgl. *Helmuth Schulze-Fielitz*, Fallstricke der Gesetzgebungsstatistik. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 1. 1986. H. 4. S. 364–368.

Fußnoten für die Seiten 2390–2401:

- 1) davon 8 Anträge bereits während der 10. Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet
- 2) davon 13 Anträge bereits während der 11. Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet
- 3) 7. und 8. Wahlperiode sowie 9. Wahlperiode bis Oktober 1982 = SPD und FDP, 9. Wahlperiode ab Oktober 1982 sowie 10. bis 12. Wahlperiode = CDU/CSU und FDP
- 4) davon 21 von SPD-FDP-Koalition, 5 von CDU/CSU-FDP-Koalition
- 5) davon 1 nur von CDU/CSU-Fraktion
- 6) davon 6 nur von CDU/CSU-Fraktion und 1 nur von FDP-Fraktion
- 7) in der 10. Wahlperiode sowie in der 11. Wahlperiode bis Oktober 1990: Fraktion DIE GRÜNEN, in der 11. Wahlperiode ab Oktober 1990 Fraktion DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90, in der 12. Wahlperiode Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, in der 13. Wahlperiode Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)
- 8) in der 11. Wahlperiode ab Oktober 1990/Gruppe PDS, in der 12. Wahlperiode Gruppe PDS/Linke Liste
- 9) „Interfraktionell“ steht in der Regel für die von allen im Bundestag vertretenen Parteien eingebrachten Gesetzesvorhaben, d. h. in der 7. bis 9. Wahlperiode CDU/CSU, SPD und FDP, in der 10. Wahlperiode und in der 11. Wahlperiode bis Oktober 1990 zuzüglich GRÜNE, von der 11. Wahlperiode ab Oktober 1990 an zuzüglich GRÜNE und PDS bzw. PDS/LL. Es werden aber auch Gesetzesvorhaben hier gezählt, die nicht von allen genannten Fraktionen oder Gruppen unterstützt worden sind; dies ist durch Fußnoten im einzelnen vermerkt.
- 10) davon 12 nur von CDU/CSU, SPD und FDP, d. h. ohne GRÜNE
- 11) davon 15 nur von CDU/CSU, SPD und FDP, d. h. ohne GRÜNE

Fortsetzung auf der rechten Seite

10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
612	100,0	687	100,0	895	100,0	Gesamtzahl der Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren
144	23,5	136 ¹⁾	19,8	179 ²⁾	20,0	<i>Gesamtzahl</i>
61	10,0	51	7,4	•	•	Gesetzesanträge von Ländern Vom Bundesrat zur Einbringung beim Bundestag beschlossene Gesetzentwürfe
285	46,6	324	47,2	419	46,8	Regierungsvorlagen
183	29,9	227	33,3	297	33,2	Bundestag-Initiativen
43 ⁵⁾	7,0	73 ⁵⁾	10,6	108 ⁶⁾	12,1	von Regierungskoalition ³⁾
125	20,4	137	19,9	147	16,4	von Opposition
–	–	–	–	–	–	davon:
70	11,4	66	9,6	72	8,0	CDU/CSU
55	9,0	71	10,3	41	4,6	SPD
–	–	0	–	34	3,8	GRÜNE ⁷⁾
15 ¹⁰⁾	2,5	17 ¹¹⁾	2,5	42 ¹²⁾	4,7	PDS/LL ⁸⁾
						interfraktionell ⁹⁾

noch: Fußnoten für die Seiten 2390–2401:

¹²⁾ davon nur 1 Vorlage von allen Fraktionen und Gruppen, 36 nur von CDU/CSU, SPD und FDP, 3 nur von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE, 1 nur von CDU/CSU, SPD, FDP und PDS/LL sowie 1 nur von CDU/CSU und SPD

¹³⁾ davon 7 von SPD-FDP-Koalition, 4 von CDU/CSU-FDP-Koalition

¹⁴⁾ ohne GRÜNE

¹⁵⁾ davon 12 nur von CDU/CSU, SPD und FDP, d. h. ohne GRÜNE

¹⁶⁾ davon keine Vorlage von allen Fraktionen und Gruppen, vielmehr 31 nur von CDU/CSU, SPD und FDP sowie 2 nur von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE

¹⁷⁾ davon 6 von SPD-FDP-Koalition, 4 von CDU/CSU-FDP-Koalition

¹⁸⁾ davon keine Vorlage von allen Fraktionen und Gruppen, vielmehr 30 nur von CDU/CSU, SPD und FDP sowie 2 nur von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE

¹⁹⁾ Die Differenz ist durch Vereinigungen und Abtrennungen von Gesetzentwürfen zu erklären.

²⁰⁾ Dabei sind 5 Gesetzesanträge von Ländern mitgerechnet, die strenggenommen durch Ablauf der Wahlperiode nicht erledigt sind, da sie auch in der nächsten Wahlperiode vom Bundesrat weiterbehandelt werden können.

²¹⁾ Davon bei 2 „Zustimmung versagt, vorsorglich Einspruch eingelegt“.

²²⁾ Gesetze, bei denen das Plenarprotokoll eine entsprechende eindeutige Beschlußformulierung enthält oder bei denen aus dem Zählungsergebnis bzw. der Auflistung bei namentlicher Abstimmung der Sachverhalt der Kontroversität eindeutig bestimmbar ist.

²³⁾ Gesetze mit Beschlußformulierung „Mit Mehrheit angenommen“, „Gegen einige Stimmen der Opposition“ oder Angabe eines entsprechenden Zählungsergebnisses. In dieser Zahl können kontrovers verabschiedete Gesetze enthalten sein, deren Kontroversität aus der Beschlußformulierung allein nicht klar hervorgeht. Es können jedoch auch nicht kontrovers verabschiedete Gesetze enthalten sein, etwa mit Beschlußformulierung „Annahme mit großer Mehrheit“.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

noch: Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren	7. WP 1972–76		8. WP 1976–80		9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Beim Bundestag eingebrachte Gesetzentwürfe, aufgeschlüsselt nach Initiatoren						
<i>Beim BT eingebracht</i>	670	100,0	485	100,0	242	100,0
Regierungsvorlagen	461	68,8	322	66,4	146	60,3
Bundesrat-Initiativen	73	10,9	52	10,7	38	15,7
Bundestag-Initiativen	136	20,3	111	22,9	58	24,0
von Regierungskoalition ³⁾	47	7,0	26	5,4	26 ⁴⁾	10,8
von Opposition	74	11,1	71	14,6	16	6,6
davon:						
CDU/CSU	74	11,1	71	14,6	16	6,6
SPD	–	–	–	–	11	4,5
GRÜNE ⁷⁾	–	–	–	–	–	–
PDS/LL ⁸⁾	–	–	–	–	–	–
interfraktionell ⁹⁾	15	2,2	14	2,9	5	2,1
Vom Bundestag verabschiedete Gesetze, aufgeschlüsselt nach Initiatoren						
<i>Vom BT verabschiedet</i>	516	100,0	354	100,0	139	100,0
Regierungsvorlagen	427	82,8	288	81,4	104	74,8
Bundesrat-Initiativen	17	3,3	15	4,2	8	5,8
Bundestag-Initiativen	62	12,0	39	11,4	16	11,5
von Regierungskoalition ³⁾	39	7,6	16	4,5	11 ¹³⁾	7,9
von Opposition	7	1,4	9	2,5	1	0,7
davon:						
CDU/CSU	7	1,4	9	2,5	0	–
SPD	–	–	–	–	1	0,7
interfraktionell ⁹⁾	16	3,1	14	4,0	4	2,9
Vereinigungen von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR)	10	1,9	12	3,4	11	7,9

noch: Fußnoten für die Seiten 2390–2401:

²⁴⁾ Bei 15 Gesetzen wurde zumindest zunächst die Zustimmung versagt: a) bei 3 wurde nach anschließendem Vermittlungsverfahren die Zustimmung erteilt, b) bei 10 wurde endgültig die Zustimmung versagt, wobei 3 davon als nicht zustimmungsbedürftig verkündet wurden, c) 2 wurden im Vermittlungsausschuß nicht abschließend behandelt.

²⁵⁾ 1 Gesetz, bei dem der Bundesrat „Zustimmung versagt, vorsorglich Einspruch eingelegt“ hat, ist hier nicht mitgezählt, sondern bei der Zeile „Einspruch des Bundesrates (nach Anrufung des Vermittlungsausschusses)“.

²⁶⁾ Davon bei 1 Gesetz „Zustimmung versagt, vorsorglich Einspruch eingelegt“.

²⁷⁾ In 2 Fällen davon ohne vorherige Anrufung durch den Bundesrat.

²⁸⁾ Diese 9 Gesetzesanträge von Ländern sind strenggenommen nicht durch Ablauf der Wahlperiode erledigt, da sie auch in der nächsten Wahlperiode vom Bundesrat weiterbehandelt werden können. Des weiteren wurden noch 6 Gesetzesanträge von Ländern zwischen Juli und Oktober 1980 beim Bundesrat eingebracht, deren Einbringung in den Bundestag jedoch erst für die 9. Wahlperiode geplant ist. Einer davon wurde in der Juli-Sitzung des Bundesrates den Ausschüssen zugewiesen.

²⁹⁾ Zwischen November 1982 und März 1983 wurden 8 Gesetzesanträge von Ländern beim Bundesrat eingebracht, deren Einbringung in den Bundestag für die 10. Wahlperiode geplant ist. Sie sind bei der 9. Wahlperiode **nicht** behandelt und **nicht** mitgezählt.

10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		noch: Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
						Beim Bundestag eingebrachte Gesetzentwürfe, aufgeschlüsselt nach Initiatoren
522	100,0	595	100,0	800	100,0	<i>Beim BT eingebracht</i>
280	53,6	321	53,9	407	50,9	Regierungsvorlagen
59	11,3	47	7,9	96	12,0	Bundesrat-Initiativen
183	35,1	227	38,2	297	37,1	Bundestag-Initiativen
43 ⁵⁾	8,2	73 ⁵⁾	13,3	108 ⁶⁾	13,5	von Regierungskoalition ³⁾
125	23,9	137	23,0	147	18,4	von Opposition
–	–	–	–	–	–	davon:
70	13,4	66	11,1	72	9,0	CDU/CSU
55	10,5	71	11,9	41	5,1	SPD
–	–	0	–	34	4,3	GRÜNE ⁷⁾
15 ¹⁰⁾	2,9	17 ¹¹⁾	2,8	42 ¹²⁾	5,3	PDS/LL ⁸⁾
						interfraktionell ⁹⁾
						Vom Bundestag verabschiedete Gesetze, aufgeschlüsselt nach Initiatoren
320	100,0	369	100,0	507	100,0	<i>Vom BT verabschiedet</i>
237	74,1	267	72,4	346	68,2	Regierungsvorlagen
32	10,0	15	4,1	28	5,5	Bundesrat-Initiativen
42	13,1	68	18,4	92	18,1	Bundestag-Initiativen
31	9,7	53	14,4	57	11,2	von Regierungskoalition ³⁾
0	–	1	0,3	2	0,4	von Opposition
–	–	–	–	–	–	davon:
0	–	1	0,3	2	0,4	CDU/CSU
11 ¹⁴⁾	3,4	14 ¹⁵⁾	3,8	33 ¹⁶⁾	6,5	SPD
						interfraktionell ⁹⁾
9	2,8	19	5,1	41	8,1	Vereinigungen von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR)

Hinweis

Zum Thema „Gesetzgebung“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 7.11 Stimmergebnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.14 Erklärungen zur Abstimmung
- 8.18 Stimmrecht der Berliner Abgeordneten
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 14.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

noch: Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren	7. WP 1972–76		8. WP 1976–80		9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Verkündete Gesetze, aufgeschlüsselt nach Initiatoren						
<i>Verkündet</i>	506	100,0	339	100,0	136	100,0
Regierungsvorlagen	421	83,2	276	81,4	102	75,0
Bundesrat-Initiativen	17	3,4	15	4,4	8	5,9
Bundestag-Initiativen	58	11,5	36	10,6	15	11,0
von Regierungskoalition ³⁾	37	7,3	14	4,1	10 ¹⁷⁾	7,3
von Opposition	6	1,2	8	2,4	1	
davon:						
CDU/CSU	6	1,2	8	2,4	0	–
SPD	–	–	–	–	1	0,7
interfraktionell ⁹⁾	15	3,0	14	4,1	4	2,9
Vereinigungen von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR)	10	2,0	12	3,5	11	8,1
Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach der im Gesetzgebungsprozeß erfahrenen Behandlung						
Gesamtzahl der Gesetzesvorhaben und deren Behandlung						
<i>Gesamtzahl</i>	704	100,0	505	100,0	269	100,0
Verkündete Gesetze	506	72,0	339	67,1	136	50,6
Während der Wahlperiode erledigte Gesetzentwürfe	109	15,5	79	15,6	41	15,2
Durch Ablauf der Wahlperiode erledigte Gesetzentwürfe	85 ²⁰⁾	11,9	75	14,9	74	27,5
Durch Ablauf der Wahlperiode nicht erledigte Gesetzentwürfe	0	–	0	0,0	3	1,1
Differenz zur Gesamtzahl ¹⁹⁾	4	0,6	12	2,4	15	5,6
Beim Bundestag eingebrachte Gesetzentwürfe und deren Behandlung						
<i>Beim BT eingebracht</i>	670	100,0	485	100,0	242	100,0
In 1. Beratung behandelt	658	98,2	478	98,6	221	91,3
Vom Bundestag verabschiedet	516	77,1	354	73,0	139	57,4
Während der Wahlperiode anderweitig erledigt	79	11,8	62	12,8	24	9,9
Durch Ablauf der Wahlperiode erledigt	71	10,5	59	12,2	66	27,3
Differenz zur Gesamtzahl ¹⁹⁾	4	0,6	10	2,1	13	5,4

³⁾, ⁹⁾ usw.: Fußnoten siehe Seite 2390–2392

Hinweis

Einen statistischen Überblick über den **aktuellen Stand der Gesetzgebung** der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Sach- und Sprechregister des Deutschen Bundestages und dem Arbeitsbereich Dokumentation und Datenverarbeitung des Bundesrates.

10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		noch: Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
320	100,0	366	100,0	493	100,0	Verkündete Gesetze, aufgeschlüsselt nach Initiatoren
237	74,1	265	72,4	342	69,4	<i>Verkündet</i>
32	10,0	15	4,1	27	5,5	Regierungsvorlagen
42	13,1	67	18,3	85	17,2	Bundesrat-Initiativen
31	9,7	52	14,2	51	10,3	Bundestag-Initiativen
0	–	1	0,3	2	0,4	von Regierungskoalition ³⁾
–	–	–	–	–	–	von Opposition
0	–	1	0,3	2	0,4	davon:
11 ¹⁴⁾	3,4	14 ¹⁵⁾	3,8	32	6,5	CDU/CSU
9	2,8	19	5,2	39		SPD
						interfraktionell ⁹⁾
						Vereinigungen von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR)
10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach der im Gesetzgebungsprozeß erfahrenen Behandlung
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
612	100,0	687	100,0	895	100,0	Gesamtzahl der Gesetzesvorhaben und deren Behandlung
320	52,3	366	53,3	493	55,1	<i>Gesamtzahl</i>
146	23,9	122	17,8	202	22,6	Verkündete Gesetze
105	17,2	130	18,9	130	14,5	Während der Wahlperiode erledigte Gesetzentwürfe
23	3,8	46	6,7	78	8,7	Durch Ablauf der Wahlperiode erledigte Gesetzentwürfe
18	2,9	23	3,3	8	0,9	Durch Ablauf der Wahlperiode nicht erledigte Gesetzentwürfe
						Differenz zur Gesamtzahl ¹⁹⁾
522	100,0	595	100,0	800	100,0	Beim Bundestag eingebrachte Gesetzentwürfe und deren Behandlung
497	95,2	565	95,0	772	96,5	<i>Beim BT eingebracht</i>
320	61,3	369	62,0	507	63,4	In 1. Beratung behandelt
85	16,3	85	14,3	202	25,3	Vom Bundestag verabschiedet
100	19,2	125	21,0	130	16,3	Während der Wahlperiode anderweitig erledigt
17	3,3	19	3,2	39	4,9	Durch Ablauf der Wahlperiode erledigt
						Differenz zur Gesamtzahl

Hinweis

Im Abschnitt 13.2 sind – nach Wahlperioden gegliedert – alle Beschlüsse und Maßnahmen des Bundestages seit 1949 zusammengefaßt, die dem Bereich der Parlamentsreform zugeordnet werden können. Angegeben ist auch, ob eine bestimmte Reform nicht „angenommen“ und wieder rückgängig gemacht wurde.

noch: Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach der im Gesetzgebungsprozeß erfahrenen Behandlung	7. WP 1972–76		8. WP 1976–80		9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Vom Bundestag verabschiedete Gesetze, aufgeschlüsselt nach der danach erfahrenen Behandlung						
<i>Vom BT verabschiedet</i>	516	100,0	354	100,0	139	100,0
Verkündet	506	98,1	339	95,8	136	97,8
Nicht zur Verkündung gelangt	10	1,9	15	4,2	3	2,2
– durch Aufhebung des Gesetzesbeschlusses						
durch BT gem. Antrag des Vermittlungsausschusses	1	0,2	0	–	0	–
– durch Einspruch des Bundesrates	1	0,2	2	0,6	1	0,7
– durch Zustimmungsversagung des BR	7	1,4	7	2,0 ²¹⁾	2	1,4
– durch Ablauf der Wahlperiode nach Anrufung des Vermittlungsausschusses	0	–	6	1,7	0	–
– wegen Nichtausfertigung durch den BPräs	1	0,2	0	–	0	–
Abstimmverhalten, Zustimmungsbedürftigkeit, Änderungen bei den Gesetzesvorhaben	7. WP 1972–76		8. WP 1976–80		9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Abstimmungsverhalten des Bundestages bei den verabschiedeten Gesetzen						
<i>Vom BT verabschiedet</i>	516	100,0	354	100,0	139	100,0
Annahme in namentlicher Abstimmung	•	•	•	•	7	5,0
Kontrovers verabschiedet ²²⁾	33	6,4	26	7,3	13	9,4
Mit Mehrheit verabschiedet ²³⁾	31	6,0	19	5,4	55	39,5
Einstimmig verabschiedet	376	72,9	218	61,6	71	51,1
Zustimmungsbedürftigkeit der Gesetze						
<i>Verkündet</i>	506	100,0	339	100,0	136	100,0
Als zustimmungsbedürftig verkündet	266	52,6	180	53,1	71	52,2
davon laut BT nicht zustimmungsbedürftig	7	1,4	2	0,6	3	2,2
Als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	240	47,4	159	46,9	65	47,8
davon laut BR zustimmungsbedürftig	62	12,3	26	7,4	10	7,4
Änderungen während des Gesetzgebungsverfahrens						
<i>Verkündete Gesetze</i>	506	100,0	339	100,0	136	100,0
aufgrund von Ausschlußbeschlußempfehlungen geändert	316	62,5	201	59,3	74	54,4
durch Anträge aus der Mitte des BT geändert	55	10,9	20	5,9	8	5,9
durch Vermittlungsverfahren geändert	63	12,5	43	12,7	10	7,4
ohne Änderungen verkündet	188	37,2	135	39,8	62	45,6

^{21), 22)} usw.: Fußnoten siehe Seite 2390–2392

Hinweis

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		noch: Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach der im Gesetzgebungsprozeß erfahrenen Behandlung
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
						Vom Bundestag verabschiedete Gesetze, aufgeschlüsselt nach der danach erfahrenen Behandlung
320	100,0	369	100,0	507	100,0	<i>Vom BT verabschiedet</i>
320	100,0	366	99,2	493	97,2	Verkündet
0	–	3	0,8	14	2,8	Nicht zur Verkündung gelangt
0	–	0	–	0	–	– durch Aufhebung des Gesetzesbeschlusses durch BT gem. Antrag des Vermittlungsausschusses
0	–	0	–	1	0,2	– durch Einspruch des Bundesrates
0	–	1	0,3	13	2,6	– durch Zustimmungsversagung des BR
0	–	1	0,3	0	–	– durch Ablauf der Wahlperiode nach Anrufung des Vermittlungsausschusses
0	–	1	0,3	0	–	– wegen Nichtausfertigung durch den BPräs
10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		Abstimmungsverhalten, Zustimmungsbefähigung, Änderungen bei den Gesetzesvorhaben
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
						Abstimmungsverhalten des Bundestages bei den verabschiedeten Gesetzen
320	100,0	369	100,0	507	100,0	<i>Vom BT verabschiedet</i>
23	7,2	26	7,0	•	•	Annahme in namentlicher Abstimmung
•	•	•	•	•	•	Kontrovers verabschiedet ²²⁾
247	77,2	279	75,6	•	•	Mit Mehrheit verabschiedet ²³⁾
50	15,6	64	17,3	•	•	Einstimmig verabschiedet
						Zustimmungsbefähigung der Gesetze
320	100,0	366	100,0	493	100,0	<i>Verkündet</i>
192	60,0	202	55,2	279	58,6	Als zustimmungsbefähigt verkündet
4	1,3	1	0,3	5	1,0	davon laut BT nicht zustimmungsbefähigt
128	40,0	164	44,8	214	43,4	Als nicht zustimmungsbefähigt verkündet
7	2,2	8	2,2	14	2,8	davon laut BR zustimmungsbefähigt
						Änderungen während des Gesetzgebungsverfahrens
320	100,0	366	100,0	493	100,0	<i>Verkündete Gesetze</i>
211	65,9	235	64,2	•	•	aufgrund von Ausschlußbeschlüßempfehlungen geändert
24	7,5	11	3,0	•	•	durch Anträge aus der Mitte des BT geändert
6	1,9	10	2,7	•	•	durch Vermittlungsverfahren geändert
106	33,1	131	35,8	•	•	ohne Änderungen verkündet

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

Beschlüsse des Bundesrates im 2. Durchgang bzw. Vermittlungsverfahren	7. WP 1972–76		8. WP 1976–80		9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Behandelte Gesetze insgesamt, aufgeschlüsselt nach endgültigem Stand der Behandlung durch den Bundesrat (BR)						
<i>Gesamtzahl</i>	516	100,0	354	100,0	139	100,0
Gesetze, denen der BR zugestimmt hat, insgesamt	327	63,4	201	56,8	79	56,8
– Zustimmung ohne Vermittlungsverfahren	260	50,4	160	45,2	62	51,8
– Zustimmung nach Anrufung des Vermittlungsausschusses durch BR	60	11,6	38	10,7	5	3,6
– Zustimmung nach Zustimmungsversagung und anschließendem Vermittlungsverfahren	7	1,4	3	0,8 ²⁴⁾	2	1,4
Versagung der Zustimmung	11	2,1 ²⁵⁾	10	2,8 ²¹⁾ 2 ⁴⁾	4	2,9
– davon als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	3	0,6	3	0,8	2	1,4
– Versagung der Zustimmung nach Vermittlungsverfahren	8	1,6	8	2,3 ²¹⁾	2	1,4
– Versagung der Zustimmung ohne Vermittlungsverfahren	0	–	2	0,6	2	1,4
Gesetze, bei denen der BR keinen Einspruch eingelegt hat, insgesamt	171	33,1	130	36,7	56	40,3
– „kein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses“	157	30,4	121	34,2	46	33,1
– „kein Einspruch“ (nach Anrufung des Vermittlungsausschusses)	14	2,7	9	2,5	3	2,2
Einspruch des BR (nach Anrufung des Vermittlungsausschusses)	6	1,2 ²⁶⁾	7	2,0	7	5,0
– Einspruch vom BT zurückgewiesen	5	1,0	5	1,4	6	4,3
Gesetze, zu denen der BR den Vermittlungsausschuß angerufen hat und die anschließend vom BT abgelehnt wurden	1	0,2	0	–	0	–
Gesetze, die im Vermittlungsausschuß bzw. nach Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht abschließend behandelt wurden	0	–	6	1,7	0	–
– davon nach Zustimmungsversagung durch BR	0	–	2	0,6 ²⁴⁾	0	–
Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuß angerufen wurde, aufgeschlüsselt nach Anrufern						
<i>Vom BT verabschiedet</i>	516	100,0	354	100,0	139	100,0
Gesetze, zu denen der BR den Vermittlungsausschuß angerufen hat	96	18,6	69	19,5	17	12,2
Gesetze, zu denen die BReg für ein weiteres Vermittlungsverfahren den Vermittlungsausschuß angerufen hat	7	1,4	7	2,0 ²⁷⁾	3	2,2
Gesetze, zu denen der BT für ein drittes Vermittlungs- verfahren den Vermittlungsausschuß angerufen hat	1	0,2	1	0,3	0	–

²¹⁾, ²⁴⁾ usw.: Fußnoten siehe Seite 2390–2392

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		Beschlüsse des Bundesrates im 2. Durchgang bzw. Vermittlungsverfahren
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
						Behandelte Gesetze insgesamt, aufgeschlüsselt nach endgültigem Stand der Behandlung durch den Bundesrat (BR)
320	100,0	369	100,0	507	100,0	<i>Gesamtzahl</i>
199	62,2	212	57,5	494	97,4	Gesetze, denen der BR zugestimmt hat, insgesamt
194	60,6	203	55,0	247	48,7	– Zustimmung ohne Vermittlungsverfahren
5	1,6	9	2,4	43	8,5	– Zustimmung nach Anrufung des Vermittlungsausschusses durch BR
0	0,0	0	0,0	10	2,0	– Zustimmung nach Zustimmungsvergabung und anschließendem Vermittlungsverfahren
0	0,0	1	0,3	21	4,1	Versagung der Zustimmung
0	0,0	0	0,0	0	–	– davon als nicht zustimmungsbedürftig verkündet
0	0,0	1	0,3	6	1,2	– Versagung der Zustimmung nach Vermittlungsverfahren
0	0,0	0	0,0	15	3,0	– Versagung der Zustimmung ohne Vermittlungsverfahren
121	37,8	155	42,0	189	37,3	Gesetze, bei denen der BR keinen Einspruch eingelegt hat, insgesamt
120	37,5	153	41,5	•	•	– „kein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses“
1	0,3	1	0,3	•	•	– „kein Einspruch“ (nach Anrufung des Vermittlungsausschusses)
0	0,0	1	0,3	5	1,0	Einspruch des BR (nach Anrufung des Vermittlungsausschusses)
0	0,0	1	0,3	4	0,8	Einspruch vom BT zurückgewiesen
0	0,0	0	0,0	0	–	Gesetze, zu denen der BR den Vermittlungsausschuß angerufen hat und die anschließend vom BT abgelehnt wurden
0	0,0	1	0,3	5	1,0	Gesetze, die im Vermittlungsausschuß bzw. nach Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht abschließend behandelt wurden
0	0,0	0	0,0	3	0,6	davon nach Zustimmungsvergabung durch BR
						Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuß angerufen wurde, aufgeschlüsselt nach Anrufern
320	100,0	369	100,0	507	100,0	<i>Vom BT verabschiedet</i>
6	1,9	13	3,5	71	14,0	Gesetze, zu denen der BR den Vermittlungsausschuß angerufen hat
0	0,0	0	0,0	14	2,8	Gesetze, zu denen die BReg für ein weiteres Vermittlungsverfahren den Vermittlungsausschuß angerufen hat
0	0,0	0	0,0	0	–	Gesetze, zu denen der BT für ein drittes Vermittlungsverfahren den Vermittlungsausschuß angerufen hat

Hinweis

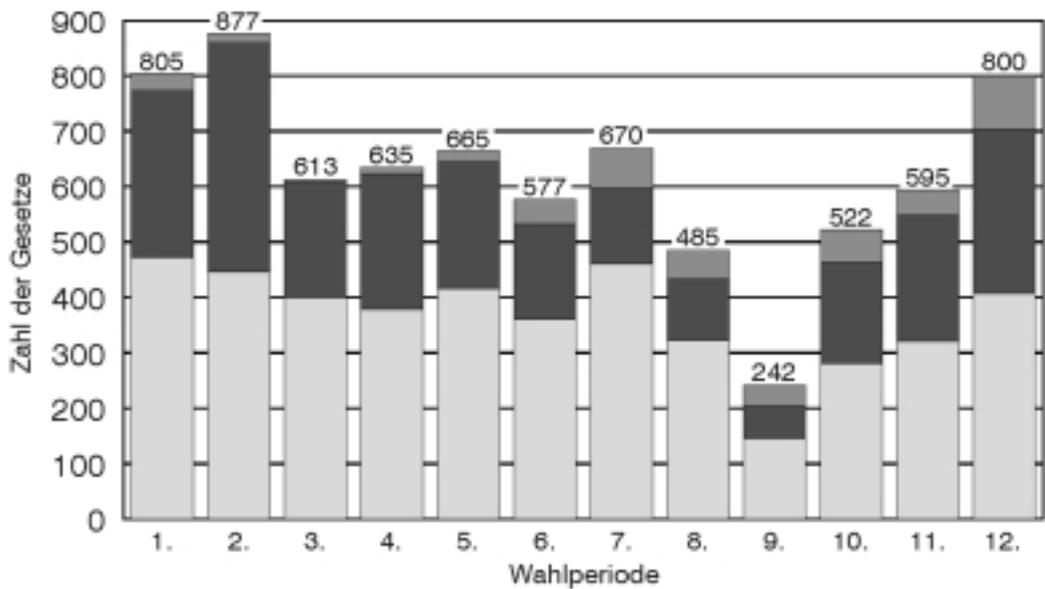
Eine Zusammenstellung der Minderheitenrechte enthält Abschnitt 12.5.

noch: Beschlüsse des Bundesrates im 2. Durchgang bzw. Vermittlungsverfahren	7. WP 1972–76		8. WP 1976–80		9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuß angerufen wurde, aufgeschlüsselt nach dem danach erzielten Ergebnis						
<i>Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuß angerufen wurde</i>	96	100,0	71	100,0	20	100,0
Trotz Vermittlungsverfahren gescheitert	7	7,3	8	11,3	3	15,0
Durch das Vermittlungsverfahren geändert	62	64,6	43	60,6	10	50,0
Durch das Vermittlungsverfahren ungeändert	27	28,1	14	19,7	7	35,0
Im Vermittlungsverfahren bzw. nach Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht abschließend behandelt	0	–	6	8,5	0	0,0
Nicht Gesetz gewordene Entwürfe	7. WP 1972–76		8. WP 1976–80		9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Nicht Gesetz gewordene Entwürfe, nach dem Stadium der Erledigung						
<i>Während der Wahlperiode erledigt</i>	109	100,0	79	100,0	41	100,0
Vor Einbringung beim Bundestag	20	18,3	8	10,1	14	34,1
Vom Bundesrat nicht zur Einbringung beim Bundestag beschlossene Gesetzesanträge von Ländern	16	14,7	7	8,9	13	31,7
Im Bundestag	79	72,5	62	78,5	24	58,5
In 2. bzw. 3. Beratung abgelehnt oder für erledigt erklärt	74	67,9	61	77,2	23	56,1
Regierungsvorlagen	1	0,9	4	5,1	6	14,6
Bundesrat-Initiativen	31	28,4	17	21,5	6	14,6
Bundestag-Initiativen	42	38,5	40	50,6	11	26,8
von Regierungskoalition ³⁾	3	2,8	4	5,1	4	9,8
von Opposition	39	35,8	36	45,6	7	17,1
davon:						
CDU/CSU	39	35,8	36	45,6	5	12,2
SPD	–	–	–	–	2	4,9
GRÜNE ⁷⁾	–	–	–	–	–	–
PDS/LL ⁸⁾	–	–	–	–	–	–
interfraktionell ⁹⁾	0	–	0	–	0	–
Nach Verabschiedung	10	9,1	9	11,4	3	7,3
<i>Durch Ablauf der Wahlperiode erledigt</i>	85 ²⁰⁾	100,0	75	100,0	74	100,0
Vor Einbringung in den Bundestag nicht abschließend behandelt	14 ²⁰⁾	16,7	10	13,3	8	10,8
Gesetzesanträge von Ländern, zu denen der Bundesrat noch keinen Beschluß gefaßt hat	5 ²⁰⁾	6,0	9 ²⁸⁾	12,0	0 ²⁹⁾	–
Im Bundestag nicht abschließend behandelt	71	83,3	59	78,7	66	89,2
Im Vermittlungsausschuß bzw. nach Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht abschließend behandelt	0	–	6	8,0	0	–
<i>Durch Ablauf der Wahlperiode nicht erledigt</i>	•	•	0	–	3	–

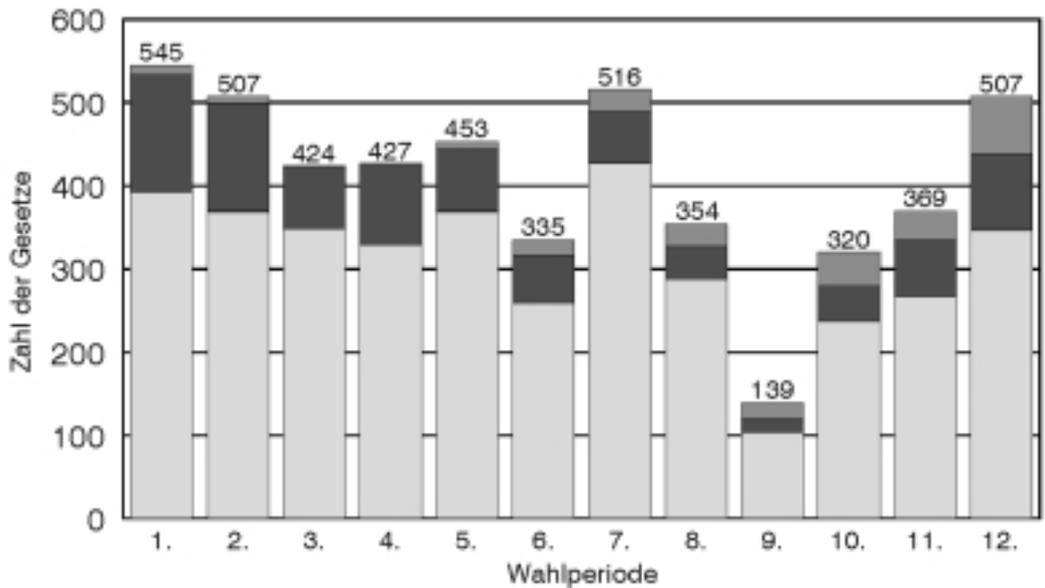
^{20), 28)} usw.: Fußnoten siehe Seite 2390–2392

10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		noch: Beschlüsse des Bundesrates im 2. Durchgang bzw. Vermittlungsverfahren
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
						Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuß angerufen wurde, aufgeschlüsselt nach dem danach erzielten Ergebnis
6	100,0	13	100,0	83	100,0	<i>Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuß angerufen wurde</i>
0	0,0	1	7,7	13	15,7	Trotz Vermittlungsverfahren gescheitert
6	100,0	10	76,9	•	•	Durch das Vermittlungsverfahren geändert
0	0,0	1	7,7	•	•	Durch das Vermittlungsverfahren ungeändert
						Im Vermittlungsverfahren bzw. nach Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht abschließend behandelt
0	0,0	1	7,7	•	•	
10. WP 1983–87		11. WP 1987–90		12. WP 1990–94		Nicht Gesetz gewordene Entwürfe
Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
						Nicht Gesetz gewordene Entwürfe, nach dem Stadium der Erledigung
146	100,0	122	100,0	•	•	<i>Während der Wahlperiode erledigt</i>
61	41,8	37	30,3	•	•	Vor Einbringung beim Bundestag
						Vom Bundesrat nicht zur Einbringung beim Bundestag beschlossene Gesetzesanträge von Ländern
58	39,7	31	25,4	•	•	
85	58,2	83	68,0	•	•	Im Bundestag
						In 2. bzw. 3. Beratung abgelehnt oder für erledigt erklärt
80	54,8	81	66,4	•	•	Regierungsvorlagen
1	0,7	6	4,9	•	•	Bundesrat-Initiativen
9	6,2	13	10,7	•	•	Bundestag-Initiativen
70	47,9	62	50,8	•	•	von Regierungskoalition ³⁾
0	–	1	0,8	•	•	von Opposition
68	46,6	61	50,0	•	•	davon:
						CDU/CSU
–	–	–	–	–	–	SPD
46	31,5	38	31,1	•	•	GRÜNE ⁷⁾
22	15,1	23	18,9	•	•	PDS/LL ⁸⁾
						interfraktionell ⁹⁾
2	1,4	0	–	•	•	Nach Verabschiedung
0	0,0	2	1,6	•	•	
105	100,0	130	100,0	•	•	<i>Durch Ablauf der Wahlperiode erledigt</i>
						Vor Einbringung in den Bundestag nicht abschließend behandelt
5	4,8	5	3,8	•	•	Gesetzesanträge von Ländern, zu denen der Bundesrat noch keinen Beschluß gefaßt hat
0	–	0	–	•	•	
100	95,2	124	95,4	•	•	Im Bundestag nicht abschließend behandelt
						Im Vermittlungsausschuß bzw. nach Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht abschließend behandelt
0	0,0	1	0,8	•	•	
23	–	46	–	•	•	<i>Durch Ablauf der Wahlperiode nicht erledigt</i>

Eingebrachte Gesetzentwürfe



Verabschiedete Gesetze



Initiatoren:

- Bundesregierung
- Bundestag
- Bundesrat, bei den verabschiedeten Gesetzen auch Vereinigung von Initiativen

Verlaufsstatistik für die Gesetzgebung

Anfall und Erledigung der gesetzgeberischen Arbeit im Verlauf der 7. bis 12. Wahlperiode dokumentiert die folgende Statistik. Gegliedert nach den Quartalen der einzelnen Jahre sind die Zahlen für die eingebrachten Gesetzentwürfe und die verabschiedeten Gesetze angegeben.*)

*) Quelle: EDV-Informationssystem GESTA

Hinweis

Das **Gesetzesregister** (Kapitel 33) enthält die im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Gesetze, unabhängig davon, ob sie verabschiedet und in Kraft getreten sind oder nicht. Es handelt sich dabei in der Reihenfolge der Abschnitte im wesentlichen um folgende Gesetze:

- Wahlgesetze (Abschnitt 1.1),
- die einzelnen Abgeordnetengesetze mit ihrem Inhalt (Abschnitt 2.3),
- Gesetze, die Inkompatibilitätsvorschriften enthalten (Abschnitt 2.9),
- Gesetze, die eine Berichtspflicht der Bundesregierung enthalten (Abschnitt 6.18),
- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs (Abschnitt 6.19),
- Gesetze, über die namentlich abgestimmt wurde (Abschnitt 8.14),
- Gesetze, zu denen von Mitgliedern des Bundestages Erklärungen zur Abstimmung abgegeben wurden (Abschnitt 8.16),
- Gesetze, die kontrovers verabschiedet wurden (Abschnitt 8.17),
- Gesetze, zu deren Beratung Unterausschüsse, Arbeitsgruppen oder Sonderausschüsse eingesetzt wurden (Abschnitt 9.2),
- Gesetze, zu denen öffentliche Anhörungen durchgeführt wurden (Abschnitt 9.8),
- Gesetze, die aufgrund eines Grundgesetz-Auftrages verabschiedet wurden (Abschnitt 11.2),
- Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer in jeder Wahlperiode (Abschnitt 11.7),
- Gesetze, die infolge von Zustimmungsverzagungen oder Einsprüchen des Bundesrates gescheitert sind (Abschnitt 11.8),
- Gesetze, die der Bundespräsident nicht verkündet hat (Abschnitt 11.10),
- Gesetze, die das Bundesverfassungsgericht für nichtig oder verfassungswidrig erklärt hat (Abschnitt 11.13),
- Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden (Abschnitt 11.15),
- Gesetze, die im Entwurf getestet und deren Wirkung analysiert wurden (Abschnitt 11.16),
- Gesetze, die Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalten des Bundestages vorsehen (Abschnitt 11.18),
- 150 Gesetze, die zu den „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung gezählt werden (Abschnitt 11.19),
- Gesetze, die die Opposition im Bundestag mit Erfolg initiiert hat (Abschnitt 12.4),
- Gesetze, in denen Regelungen zur Parlamentsreform enthalten sind (Abschnitt 13.2),
- Grundgesetz-Änderungsgesetze (Abschnitt 14.2),
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe zu Grundgesetz-Artikeln (Abschnitt 14.4),
- parlamentsrechtliche Gesetze (Abschnitt 15.1),
- die Diätengesetze (Abschnitt 20.2),
- Gesetze, zu denen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Gesetzesmaterialien“ veröffentlicht haben (Abschnitt 22.3),
- Gesetze, die die Mitwirkung des Bundestages im europäischen oder internationalen Bereich vorsehen (Kapitel 24).

Die Gesetze oder Gesetzentwürfe sind entsprechend den Wahlperioden des Bundestages geordnet, in denen sie beraten oder verabschiedet wurden. Innerhalb der Wahlperioden werden die Gesetze alphabetisch mit ihrem offiziellen Kurztitel oder in einer anderen Kurzform aufgeführt.

7. Wahlperiode (1972–76)

Jahr	Quartal	Zahl der eingebrachten Gesetzentwürfe		Zahl der verabschiedeten Gesetze	
		pro Quartal ¹⁾	akkumuliert	pro Quartal ²⁾	akkumuliert
1972	IV.	3	3	2	2
1973	I.	106	109	21	23
	II.	56	165	54	77
	III.	31	196	0	77
	IV.	45	241	41	118
1974	I.	45	286	31	149
	II.	58	344	48	197
	III.	51	395	8	205
	IV.	46	441	55	260
1975	I.	24	465	37	297
	II.	39	504	49	346
	III.	23	527	3	349
	IV.	53	580	36	385
1976	I.	43	623	39	424
	II.	42	665	71	495
	III.	5	670	20	515
	IV.	0	670	1	516

8. Wahlperiode (1976–80)

Jahr	Quartal	Zahl der eingebrachten Gesetzentwürfe		Zahl der verabschiedeten Gesetze	
		pro Quartal ³⁾	akkumuliert	pro Quartal ⁴⁾	akkumuliert
1976	IV.	4	4	0	0
1977	I.	30	34	4	4
	II.	29	63	25	29
	III.	23	86	4	33
	IV.	45	131	28	61
1978	I.	35	166	20	81
	II.	37	203	35	116
	III.	31	234	1	117
	IV.	33	267	30	147
1979	I.	37	304	22	169
	II.	18	322	31	200
	III.	29	351	2	202
	IV.	46	397	32	234
1980	I.	45	442	32	266
	II.	39	481	82	348
	III.	4	485	6	354
	IV.	0	485	0	354

1) Zahlen **ab 50** sind **fett** gedruckt2) Zahlen **ab 40** sind **fett** gedruckt3) Zahlen **ab 40** sind **fett** gedruckt4) Zahlen **ab 30** sind **fett** gedruckt

9. Wahlperiode (1980–83)

Jahr	Quartal	Zahl der eingebrachten Gesetzentwürfe		Zahl der verabschiedeten Gesetze	
		pro Quartal ¹⁾	kumuliert	pro Quartal ²⁾	kumuliert
1980	IV.	16	16	0	0
1981	I.	20	36	4	4
	II.	27	63	26	30
	III.	39	102	2	32
	IV.	19	121	31	63
1982	I.	19	140	11	74
	II.	26	166	19	93
	III.	30	196	8	101
	IV.	42	238	38	139
1983	I.	4	242	0	139

1) Zahlen ab **40** sind **fett** gedruckt.

2) Zahlen ab **30** sind **fett** gedruckt.

10. Wahlperiode (1983–87)

Jahr	Quartal	Zahl der eingebrachten Gesetzentwürfe		Zahl der verabschiedeten Gesetze	
		pro Quartal ¹⁾	kumuliert	pro Quartal ²⁾	kumuliert
1983	I.	1	1	0	0
	II.	24	25	3	3
	III.	28	53	2	5
	IV.	39	92	18	23
1984	I.	46	138	12	35
	II.	47	185	31	66
	III.	24	209	2	68
	IV.	50	259	40	108
1985	I.	37	296	22	130
	II.	37	333	38	168
	III.	27	360	8	176
	IV.	42	402	39	215
1986	I.	28	430	15	230
	II.	40	470	30	260
	III.	22	492	2	262
	IV.	28	520	58	320
1987	I.	2	522	0	320

1) Zahlen ab **40** sind **fett** gedruckt.

2) Zahlen ab **30** sind **fett** gedruckt.

11. Wahlperiode (1987–90)

Jahr	Quartal	Zahl der eingebrachten Gesetzentwürfe		Zahl der verabschiedeten Gesetze	
		pro Quartal ¹⁾	kumuliert	pro Quartal ²⁾	kumuliert
1987	I.	6	6	0	0
	II.	43	49	13	13
	III.	19	68	1	14
	IV.	46	114	27	41
1988	I.	34	148	13	54
	II.	46	194	26	80
	III.	28	222	7	87
	IV.	27	249	31	118
1989	I.	35	284	8	126
	II.	53	337	39	165
	III.	18	355	7	172
	IV.	69	424	41	213
1990	I.	57	481	36	249
	II.	54	535	54	303
	III.	36	571	20	323
	IV.	24	595	47	370

1) Zahlen ab **40** sind **fett** gedruckt.

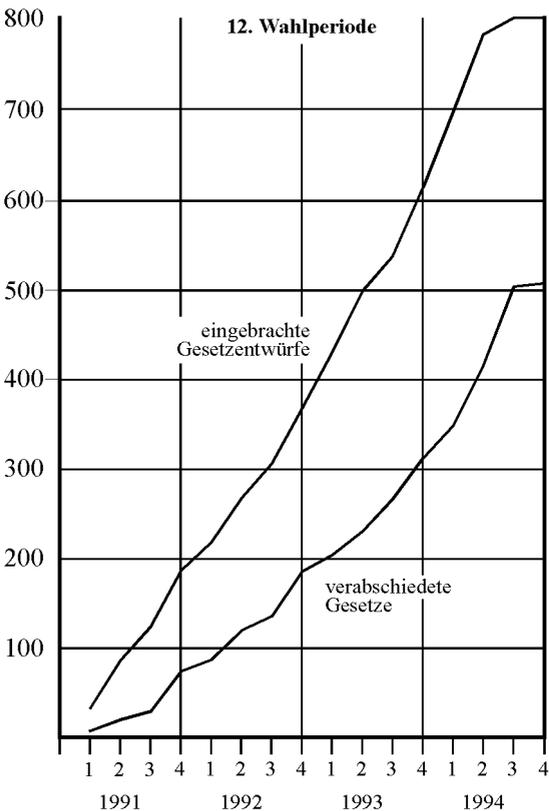
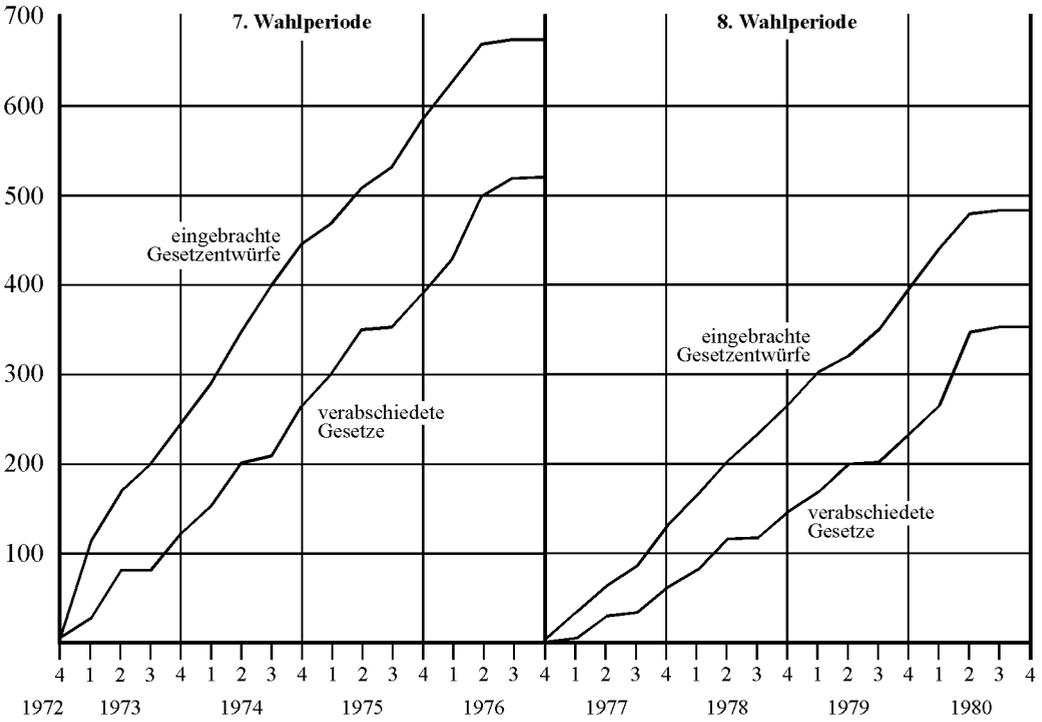
2) Zahlen ab **30** sind **fett** gedruckt.

12. Wahlperiode (1990–94)

Jahr	Quartal	Zahl der eingebrachten Gesetzentwürfe		Zahl der verabschiedeten Gesetze	
		pro Quartal ¹⁾	kumuliert	pro Quartal ²⁾	kumuliert
1991	I.	30	30	4	4
	II.	53	83	13	17
	III.	38	121	9	26
	IV.	62	183	45	71
1992	I.	32	215	13	84
	II.	49	264	33	117
	III.	39	303	16	133
	IV.	61	364	50	183
1993	I.	63	427	19	202
	II.	68	495	27	229
	III.	39	534	36	265
	IV.	77	611	46	311
1994	I.	85	696	37	348
	II.	86	782	67	415
	III.	18	800	89	504
	IV.	0	800	3	507

1) Zahlen ab **40** sind **fett** gedruckt.

2) Zahlen ab **30** sind **fett** gedruckt.



Verlaufsstatistik für die Gesetzgebung: Graphik

Auf dieser Seite wird für drei Wahlperioden des Bundestages die voranstehende Verlaufsstatistik der Gesetzgebung graphisch dargestellt.

Dabei zeigt sich stets ein ähnliches Bild:

- der fast kontinuierliche steile Anstieg der eingebrachten Gesetzentwürfe bis fast zum Ende der Wahlperiode,
- die eher treppenförmige Linie der verabschiedeten Gesetze, wobei der Stillstand stets zwischen dem 2. und 3. Quartal zu beobachten ist (parlamentarische Sommerpause!),
- eine wachsende Differenz zwischen eingebrachten und verabschiedeten Gesetzen im Verlauf der Wahlperiode (besonders deutlich in der 12. Wahlperiode feststellbar),
- ein steiler Anstieg bei den verabschiedeten Gesetzen kurz vor Ende der Wahlperiode.

Gesetzentwürfe der Bundesregierung, untergliedert nach Ressorts*)

Ressort	Zahl der Gesetzentwürfe	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Auswärtiges	eingebraucht	23	70	35	25	67	22	24	11	5	8	12 ¹⁾	34
	verabschiedet	17	65	32	22	63	18	21	11	5	7	10	34
	anderweitig erledigt	6	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
	nicht mehr erledigt	0	5	3	3	3	4	3	0	0	1	1	0
Inneres	eingebraucht	106	83	50	63	68	42	59	36	24	37 ¹⁾	39 ¹⁾	45
	verabschiedet	58	48	40	38	38	32	50	31	17	25	27	39
	anderweitig erledigt	30	12	2	9	13	2	1	0	1	0	1	0
	nicht mehr erledigt	18	23	8	16	17	8	8	5	6	8	7	6
Justiz	eingebraucht	114	83	61	88	98	55	70	59	29 ¹⁾	49 ¹⁾	55 ¹⁾	69
	verabschiedet	79	52	50	54	56	32	57	43	11	38	42	57
	anderweitig erledigt	20	10	2	11	17	1	1	0	1	0	0	0
	nicht mehr erledigt	15	21	9	23	25	22	12	16	16	9	11	12
Finanzen ²⁾	eingebraucht	257	251	90	159	144	55	77	71	31 ¹⁾	44 ¹⁾	55 ¹⁾	64
	verabschiedet	170	133	79	94	91	42	70	66	22	35	47	62
	anderweitig erledigt	67	89	3	35	19	1	1	4	1	0	2	0
	nicht mehr erledigt	20	29	8	30	34	12	6	1	3	5	1	2
Schatzministerium ³⁾	eingebraucht	–	–	– ⁴⁾	6	8	–	–	–	–	–	–	–
	verabschiedet	–	–	–	6	8	–	–	–	–	–	–	–
	anderweitig erledigt	–	–	–	0	0	–	–	–	–	–	–	–
	nicht mehr erledigt	–	–	–	0	0	–	–	–	–	–	–	–
Wirtschaft ⁵⁾	eingebraucht	86	71	43	67	50	40	55	28	11	30	32	41
	verabschiedet	66	37	37	46	32	25	53	28	8	27	27	39
	anderweitig erledigt	12	10	3	7	8	2	0	0	0	0	0	1
	nicht mehr erledigt	8	24	3	14	10	13	2	0	3	3	5	1
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	eingebraucht	49	40	20	42	51	21	35	13	7	19	16	16
	verabschiedet	37	24	17	32	41	14	30	13	6	18	16	13
	anderweitig erledigt	6	5	1	3	3	1	1	0	0	1	0	0
	nicht mehr erledigt	6	11	2	7	7	6	4	0	1	0	0	3

Arbeit und Sozialordnung	eingebraucht	114	143	47	79	56	54	64	38	17 ¹⁾	35 ¹⁾	38 ¹⁾	28
	verabschiedet	76	76	41	57	36	40	58	36	8	31	30	21
	anderweitig erledigt	22	48	2	13	9	3	1	0	4	0	2	1
	nicht mehr erledigt	16	19	4	9	11	11	5	2	1	2	3	6
Verteidigung	eingebraucht	–	27	10	10	21	11	8	6	1	5	10 ¹⁾	3
	verabschiedet	–	19	9	8	13	10	7	6	1	2	9	3
	anderweitig erledigt	–	7	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
	nicht mehr erledigt	–	1	1	2	6	1	1	0	0	3	0	0
Jugend, Familie [und Gesundheit] ⁶⁾	eingebraucht	–	0	1	2	7	23	27	14	7 ¹⁾	16	20	12
	verabschiedet	–	0	1	1	4	16	24	10	6	14	15	12
	anderweitig erledigt	–	0	0	0	2	0	0	0	0	1	2	0
	nicht mehr erledigt	–	0	0	1	1	7	3	4	2	1	3	0
Gesundheitswesen ⁷⁾	eingebraucht	–	–	–	18	19	– ⁷⁾	–	–	–	–	–	24
	verabschiedet	–	–	–	15	15	–	–	–	–	–	–	16
	anderweitig erledigt	–	–	–	3	1	–	–	–	–	–	–	5
	nicht mehr erledigt	–	–	–	1	3	–	–	–	–	–	–	3
Post- und Fernmeldewesen ⁸⁾	eingebraucht	4	2	2	4	3	– ⁸⁾	–	–	–	–	–	5
	verabschiedet	4	2	2	2	3	–	–	–	–	–	–	4
	anderweitig erledigt	0	0	0	0	0	–	–	–	–	–	–	0
	nicht mehr erledigt	0	0	0	2	0	–	–	–	–	–	–	1
Verkehr [und Post- und Fernmeldewesen] ⁹⁾	eingebraucht	29	47	33	38	42	25	44	39	17	25 ¹⁾	17	41
	verabschiedet	23	32	31	31	33	20	42	33	15	25	16	37
	anderweitig erledigt	5	4	0	4	2	0	1	2	0	0	0	1
	nicht mehr erledigt	1	11	2	3	7	5	1	4	2	1	1	3
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ¹⁰⁾	eingebraucht	13	15	3	16	11	4	7	7	4	3	10 ¹⁾	6
	verabschiedet	6	6	3	8	6	4	5	6	1	3	7	5
	anderweitig erledigt	5	3	0	6	2	0	0	1	3	0	0	1
	nicht mehr erledigt	2	6	0	2	3	0	2	0	0	0	1	0
Vertriebene ¹¹⁾	eingebraucht	10	38	2	11	11	–	–	–	–	–	–	–
	verabschiedet	9	12	2	7	7	–	–	–	–	–	–	–
	anderweitig erledigt	1	23	0	3	1	–	–	–	–	–	–	–
	nicht mehr erledigt	0	3	0	1	3	–	–	–	–	–	–	–

*) , 1), 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 2410

Ressort	Zahl der Gesetzentwürfe	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Gesamtdeutsche Fragen / Innerdeut- sche Beziehungen	eingebraucht	0	0	0	0	0	3	2	0	0	0	0	–
	verabschiedet	0	0	0	0	0	3	2	0	0	0	0	–
	anderweitig erledigt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	–
Bildung und Wissenschaft ¹²⁾	eingebraucht	–	7	4	7	9	9	7	4	2	6	4	5
	verabschiedet	–	1	4	6	7	8	6	3	2	5	3	3
	anderweitig erledigt	–	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
	nicht mehr erledigt	–	5	0	0	2	1	1	1	0	1	1	1
Forschung und Technologie ¹³⁾	eingebraucht	–	–	–	–	–	–	5	2	0	1	2	1
	verabschiedet	–	–	–	–	–	–	5	2	0	1	2	1
	anderweitig erledigt	–	–	–	–	–	–	0	0	0	0	0	0
Umwelt, Naturschutz und Reaktor- sicherheit ¹⁴⁾	eingebraucht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	7	14	24
	verabschiedet	–	–	–	–	–	–	–	–	–	6	14	24
	anderweitig erledigt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
	nicht mehr erledigt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	0	0

1) Abweichungen bei der Gesamtsumme der eingebrachten Gesetzentwürfe wegen der Vereinigung oder Abtrennung von Initiativen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens.

2) 3. Wahlperiode einschließlich Ressort „Wirtschaftlicher Besitz des Bundes“ (Schatzministerium).

3) Das Schatzministerium bzw. das Ressort „Wirtschaftlicher Besitz des Bundes“ gab es nur in der 3. bis 5. Wahlperiode.

4) Entwürfe der 3. Wahlperiode siehe unter Ressort „Finanzen“.

5) einschließlich „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“

6) 2. bis 5. Wahlperiode nur „Familien- und Jugendfragen“, ab 6. Wahlperiode Jugend, Familie und Gesundheit; ab Juni 1986 Umbenennung in „Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit“; in der 12. Wahlperiode Zusammenfassung der Ressorts „Familie und Senioren“ sowie „Frauen und Jugend“

7) Das Ressort „Gesundheitswesen“ gab es nur in der 4. und 5. Wahlperiode; ab 6. Wahlperiode siehe unter „Jugend, Familie und Gesundheit“.

8) Ab der 6. Wahlperiode siehe unter „Verkehr [und Post- und Fernmeldewesen]“; ab Juli 1989 Umbenennung in „Post und Telekommunikation“

9) Ab der 6. Wahlperiode Verkehr einschließlich Post- und Fernmeldewesen.

10) In der 1. bis 6. Wahlperiode abweichende Bezeichnungen des Ressorts.

11) Das Ressort „Vertriebene“ gab es nur in der 1. bis 5. Wahlperiode.

12) Das Ressort gab es erst ab der 2. Wahlperiode mit folgenden abweichenden Bezeichnungen: 2. Wahlperiode „Atomfragen“, 3. Wahlperiode „Atomkernenergie und Wasserwirtschaft“, 4. Wahlperiode ab 1962 und 5. Wahlperiode „Wissenschaftliche Forschung“, ab 6. Wahlperiode „Bildung und Wissenschaft“; seit der 7. Wahlperiode gibt es daneben das Ressort „Forschung und Technologie“.

13) Das Ressort „Forschung und Technologie“ gibt es erst seit der 7. Wahlperiode; wegen der vorangegangenen Wahlperioden vgl. Fußnote 12.

14) Einrichtung des Ressorts im Juni 1986.

*) Quelle: Bundesministerium der Justiz, zitiert nach den Veröffentlichungen in den Statistischen Jahrbüchern für die Bundesrepublik Deutschland.

11.6 Typen der Gesetze

Der Sinn einer Typologie der Gesetze besteht nicht zuletzt darin, eine gewisse Ordnung in die „Vielfalt der gesetzlichen Wirklichkeit“ zu bringen und das Gesetzgebungsgeschehen der empirischen Analyse zugänglich zu machen. *) So einsichtig dieses „schlichte Motiv“ ist, so wenig entspricht ihm der Stand der Forschung. Die von *Helmuth Schulze-Fielitz* vorgenommene Bestandsaufnahme der vorfindbaren Bezeichnungen von Gesetzestypen – seien es die Vorgaben im Grundgesetz, seien es Begriffsprägungen in der wissenschaftlichen Literatur – förderte eine ungeheure Vielfalt zutage: „Die Palette der grundgesetzlichen Vorgaben wird erheblich erweitert durch eine undisziplinierte Fülle von Gesetzeskennzeichnungen in der Literatur („babylonische Sprachverwirrung“). Gemeinsam ist ihnen, daß sie jeweils ein besonderes, vielleicht charakteristisches, jedenfalls vom Autor für wesentlich gehaltenes Merkmal hervorheben.“ (S. 46)

Der Nachteil der Begriffsflut besteht darin, daß sie kein geschlossenes oder vollständiges Konzept bietet, um alle Gesetze einer Wahlperiode einem bestimmten Typus zuzuordnen und Statistiken bilden zu können. Tatsächlich liegt eine nach Gesetzestypen gegliederte Auswertung der legislativen Arbeit des Bundestages seit 1949 – soweit ersichtlich – nicht vor; Aussagen über einen schwerpunktmäßigen Wandel im Bereich der Gesetzgebung sind auf Impressionen angewiesen.

Nach formalen Eigenarten geordnete Gesetze

Schulze-Fielitz hat diesen Mangel behoben, indem er eine Typologie vorschlägt, der man möglichst alle verabschiedeten Gesetze zuordnen kann. Seine Typisierung „folgt in erster Linie formalen Eigenarten der je spezifischen Handlungsform Gesetz und verfolgt in deren Rahmen inhaltliche Unterschiede nach Maßgabe der empirisch feststellbaren Schwerpunkte der Staatsaufgabenerfüllung in Gesetzesform“. (S. 76) Der Verfasser unterscheidet:

- **Vertragsgesetze nach Artikel 59 Absatz II Satz 1 des Grundgesetzes**)** (zum Teil auch Zustimmungsgesetze oder Ratifikationsgesetze genannt);
- **international determinierte Kooperationsgesetze**, d.h. Gesetze, die sich hauptsächlich aus den europäischen Bindungen und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland herleiten (z. B. Ausführungsgesetze zu Europäischen Übereinkommen im Rahmen des Europarats, Änderungsgesetze aufgrund organisatorischer Änderungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft,

*) *Helmuth Schulze-Fielitz*, Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung – besonders des 9. Deutschen Bundestages (1980–1983). Berlin 1988. S. 40. Alle weiteren Zitate sind ebenfalls dieser Habilitationsschrift entnommen, Seitenzahl jeweils in Klammern.

***) „Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.“

Hinweis

Ein Verzeichnis sämtlicher Gesetze, und zwar

- der verkündeten Gesetze,
- der durch Ablauf der Wahlperiode erledigten Gesetzentwürfe,
- der während der Wahlperiode anderweitig erledigten Gesetzentwürfe

enthält die seit der 7. Wahlperiode (1972–1976) erstellte Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“.

Gesetze zur innerdeutschen Anpassung an Verordnungen des Rates bzw. zur Umsetzung von Ratsrichtlinien);

- **Kodifikationsgesetze**, d. h. „Gesetze, die einen bisher gar nicht geregelten gesellschaftlichen Bereich umfassend erstmals ganz neu regeln oder eine bestehende, aber unübersichtliche und sachlich oder räumlich zersplitterte Rechtsmaterie unter (Teil-)Erneuerung bzw. Ergänzung der alten Regelungsinhalte gänzlich neu systematisieren, komprimieren oder strukturieren. Es handelt sich um neue, selbständige Regelwerke.“ (S. 92);
- **Anpassungsgesetze**, d. h. Gesetze, durch die die „bestehende Rechtslage ... durchweg an tatsächliche (technische, finanzielle, wirtschaftliche, soziale, kulturelle, auch rechtliche usw.) Veränderungen angepaßt (wird)“. (S. 94) Typisch sind die „Gesetze zur Änderung“ eines Gesetzes (oft mit Durchnummerierung oder Jahresangabe), ferner mehr oder weniger periodisch zu verabschiedende Gesetze (z. B. Haushaltsgesetze). Im Vergleich zu den Kodifizierungsgesetzen ist bei den Anpassungsgesetzen der Neuerungsanspruch enger begrenzt. Der Übergang – etwa bei „Reformgesetzen“ – kann freilich im Einzelfall fließend sein.

Schulze-Fielitz hat es unternommen, die verabschiedeten und verkündeten Gesetze der 9. Wahlperiode (1980–83) der von ihm entworfenen Typologie zuzuordnen. Daraus läßt sich die nebenstehende Statistik erstellen.

Verabschiedete und verkündete Gesetze, gegliedert nach Gesetzestypen	9. WP 1980–83	
	Anzahl	in %
Vertragsgesetze nach Art. 59 II 1 GG	51	37,5
international determinierte Kooperationsgesetze	10	7,4
Kodifikationsgesetze	7	5,1
Anpassungsgesetze	68	50,0
insgesamt	136	100,0

Nach ihrer Wichtigkeit geordnete Gesetze

Daneben wird im *Datenhandbuch* seit der 7. Wahlperiode (1972–76) eine von *Volker Nienhaus* erstellte Statistik übernommen (vgl. Abschnitt 8.17), in der die verabschiedeten Gesetze entsprechend ihrer Wichtigkeit in drei Kategorien eingeteilt werden:

– **Kategorie A: wesentliche Gesetze**

Hier sind Gesetze mit grundlegendem und richtungsweisendem Charakter erfaßt, in denen Tatbestände und Sachverhalte erstmalig oder in materiell neuer Weise rechtlich geregelt werden. Diese Regelungen haben nicht nur partielle Bedeutung, sondern betreffen entweder direkt weite Kreise der Bevölkerung (etwa ein Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen) oder sie können zwar zunächst nur einen begrenzten Anwendungsbereich haben, aber exemplarischen Charakter besitzen und später für ähnliche Regelungen in anderen Bereichen Vorbild sein (z. B. ein Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch von Daten bei der Datenverarbeitung auf Bundesebene).

– **Kategorie B: wichtige Gesetze**

Auch die Gesetze dieser Kategorie bringen materiell erstmalige oder Neuregelungen für bestimmte Bereiche, jedoch fehlt ihnen die allgemeine Ausstrahlungskraft der Gesetze der Kategorie A. Außerdem enthält die Kategorie B politisch wichtige Gesetze wie z. B. die Haushalts- und Haushaltsstrukturgesetze sowie Gesetze zur Errichtung wichtiger neuer Behörden (z. B. des Umweltbundesamtes).

– **Kategorie C: marginale Gesetze**

Dies sind Gesetze, die kleinere (zumeist formale) Änderungen, Klarstellungen oder Anpassungen bereits bestehender Gesetze oder materielle Regelungen ohne direkte Bedeutung für einen größeren Personen-

kreis (wie ein Gesetz über die Rechtsstellung von Europaabgeordneten) zum Gegenstand haben, kleinere Steueränderungen (z. B. der Erbschaftsteuer) oder Verfahrensänderungen (insbes. im Strafrecht) sowie Ratifizierungsgesetze für völkerrechtliche Vereinbarungen (insbes. über Doppelbesteuerung, Kapitalschutz und Luftverkehrsrechte).

Aufgrund dieser Einteilung ergibt sich folgende statistische Verteilung der unterschiedlich wichtigen Gesetze:*)

	verabschiedete Gesetze insgesamt	davon:					
		wesentliche Gesetze		wichtige Gesetze		marginale Gesetze	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
7. WP 1972–76	516	15	2,9	57	11,0	444	86,0
8. WP 1976–80	354	5	1,4	41	11,6	308	87,0
9. WP 1980–83	139	5	3,6	30	21,6	104	74,8
10. WP 1983–87	320	3	0,9	36	11,3	281	87,8
11. WP 1987–90	369	6	1,6	39	10,6	324	87,8
12. WP 1990–94	507	•	•	•	•	•	•

11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens

Zur Dauer des Gesetzgebungsverfahrens enthält der folgende Abschnitt statistische Angaben sowie eine Dokumentation der Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer in einer jeden Wahlperiode.

Statistische Angaben

In der Tabelle**) auf der folgenden Seite ist für die 1. bis 12. Wahlperiode die Zeit (in Tagen) angegeben, die im Durchschnitt von der Einbringung der Gesetzesvorlage beim Bundestag bis zur Verkündung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt vergeht. Soweit vorhanden, sind auch die Daten für die längste und kürzeste Beratungsdauer eines verabschiedeten Gesetzes angegeben.

*) Quellen: *Volker Nienhaus*, Konsensuale Gesetzgebung im Deutschen Bundestag: Zahlen und Anmerkungen zur 7. bis 9. Wahlperiode. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 16. 1985. H. 2. S. 163–169; erstellt aufgrund geringfügig korrigierter Angaben des EDV-Programms GESTA. Die Zahlen zur 10. und 11. Wahlperiode hat *Volker Nienhaus* freundlicherweise für das vorliegende **Datenhandbuch** zur Verfügung gestellt.

**) Quellen:
1.–6. Wahlperiode: Parlamentsarchiv,
ab 7. Wahlperiode: EDV-Informationssystem GESTA

Dauer des Gesetzgebungsverfahrens seit der 1. Wahlperiode

Wahlperiode	Durchschnittliche Dauer in Tagen ...			Maximale Dauer in Tagen ...			Minimale Dauer in Tagen ... ²⁾		
	zwischen Einbringung im BT und Verabschiedung durch BT	zwischen Verabschiedung durch BT und Verkündung	Gesamtdauer des Gesetzgebungsverfahrens ¹⁾	zwischen Einbringung im BT und Verabschiedung durch BT	zwischen Verabschiedung durch BT und Verkündung	Gesamtdauer des Gesetzgebungsverfahrens ¹⁾	zwischen Einbringung im BT und Verabschiedung durch BT	zwischen Verabschiedung durch BT und Verkündung	Gesamtdauer des Gesetzgebungsverfahrens ¹⁾
1. WP 1949–53	135	64	199	•	•	•	•	•	9
2. WP 1953–57	•	•	214	•	•	•	•	•	14
3. WP 1957–61	199	45	244	•	•	•	•	•	7
4. WP 1961–65	•	•	254	•	•	•	•	•	27
5. WP 1965–69	160	49	209	•	•	•	•	•	9
6. WP 1969–72	162	50	212	•	•	•	•	•	18
7. WP 1972–76	186	80	266	•	•	•	2	1	3
8. WP 1976–80	162	72	234	•	•	•	1	2	3
9. WP 1980–83	128	59	187	614	200	665	3	6	23

10. WP 1983–87	203	56	259	1211	204	1261	9	3	38
11. WP 1987–90	150	63	212	1207	212	1292	5	1	8
12. WP 1990–94	128	83	211	1143	316	1236	1	6	21

- 1) Dauer in Tagen zwischen Einbringung im Bundestag und Verkündung des Gesetzes (Datum des Bundesgesetzblattes).
2) Die beiden Gesetze mit der jeweils kürzesten Beratungsdauer einer jeden Wahlperiode sind im Anschluß an diese Statistik dokumentiert.

Hinweis

Zum Thema „Parlament und Regierung“ finden sich außerhalb des Kapitels 6 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.27 Auflösung des Bundestages
- 2.7 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit einer Liste der weiblichen Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre)
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.21 Parlamentarische Laufbahnen: Synopse
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung
- 4.5 Ältestenrat (mit einer Aufstellung über die Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat)
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung (mit Angaben zum Anteil der Regierungsvorlagen zur Gesetzgebung)
- 11.14 Gesetzgebungsnotstand
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.3 Kabinetttberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 19.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler
- 28.8 Ministerrat der DDR

Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer

Im folgenden Unterabschnitt sind die Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer zwischen Einbringung im Bundestag und Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt aufgeführt. Dabei wurden die ersten beiden Gesetze jeder Wahlperiode – oder bei gleicher Beratungsdauer: die ersten drei – herausgegriffen. In der Spalte „Bemerkungen“ ist – soweit aus den Gesetzesmaterialien erkennbar – der Grund für die Eilbedürftigkeit des Gesetzes oder die Zügigkeit des Gesetzgebungsverfahrens angegeben.

1. Wahlperiode (1949–53)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
9	Gesetz betreffend Weitergeltung der Getreidepreise Inhalt: Weitergeltung der Getreidepreise bis zum 21. 7. 1951.	BT Drs. 2397 vom 21. 6. 1951 1., 2. und 3. Ber. am 21. 6. 1951, 155. Sitz.: Annahme BR Drs. 525/51 vom 22. 6. 1951: Ausschußzuweisung 61. Sitz. am 28. 6. 1951: Kein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses Gesetz vom 28. 6. 1951, verkündet am 30. 6. 1951 (BGBl. I S. 417)	Da es nicht möglich war, den neuen Getreidepreis entsprechend Getreidegesetz ab 1. Juli 1951 festzulegen, mußte ein gesetzloser Zustand vermieden werden.
10	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zulagen und Mindestleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung und zur Überleitung des Unfallversicherungsrechtes im Lande Berlin Inhalt: Wegfall von einschränkenden Vorschriften über die Zahlung von Zulagen.	BT Drs. 3312 vom 23. 4. 1952 ¹⁾ 1., 2. und 3. Ber. am 24. 4. 1952, 206. Sitz.: Annahme BR Drs. 174/52 vom 25. 4. 1952: Ausschußzuweisung 83. Sitz. am 25. 4. 1952: Zustimmung Gesetz vom 30. 4. 1952, verkündet am 3. 5. 1952 (BGBl. I S. 259)	Wegen der unterschiedlichen Lohnentwicklung in Berlin und in der Bundesrepublik müssen in Berlin durch Streichung von Sondervorschriften alle Unfallrenten angehoben werden, um Benachteiligungen zu vermeiden.

¹⁾ Vor der 1. Beratung im Plenum fanden bereits Beratungen im Ausschuß für Sozialpolitik am 2., 3. und 23. April 1952 statt, in denen die Gesetzesvorlage erarbeitet wurde.

Anmerkung zur 1. Wahlperiode:

Als „**Blitzgesetz**“ ist gelegentlich das Erste Gesetz zur Durchführung der Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiet gemäß Artikel 118 Satz 2 des Grundgesetzes bezeichnet worden, weil die 1., 2. und 3. Beratung am gleichen Tag in der 127. Sitzung vom 15. März 1951 stattfand. Da jedoch der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anrief, verzögerte sich die Verkündung bis Anfang Mai – das Gesetz fehlt deshalb in der Aufstellung der Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer. (Im übrigen wurde das Gesetz durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Oktober 1951 für nichtig erklärt.)

2. Wahlperiode (1953–57)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
14	<p>Gesetz über den Personalgutachterausschuß für die Streitkräfte (Personalgutachterausschuß-Gesetz)</p> <p>Inhalt: Berufung eines Personalgutachterausschusses von 30 bis 40 Mitgliedern zur Überprüfung der persönlichen Eignung von Bewerbern für die Einstellung mit dem Dienstgrad vom Oberst an aufwärts und zur Ausarbeitung von Richtlinien zur Prüfung der Eignung der übrigen Soldaten.</p>	<p>BT Drs. 1595 vom 11. 7. 1955 1. Ber. am 13. 7. 1955, 97. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 15. 7. 1955, 99. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 267/55 vom 15. 7. 1955: Ausschußzuweisung 145. Sitz. am 22. 7. 1955: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 23. 7. 1955, verkündet am 25. 7. 1955 (BGBl. I S. 451)</p>	<p>Die Fernhaltung ungeeigneter Offiziere von den Streitkräften wird als „hervorstechendes innenpolitisches Problem der Wiederbewaffnung“ gesehen, das nicht im Freiwilligengesetz, sondern durch ein Spezialgesetz zu regeln sei.</p>
17	<p>Zweites Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes</p> <p>Inhalt: Verlängerung der Frist zur endgültigen Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf den Bund um ein weiteres Jahr bis 31. Dezember 1955</p>	<p>BT Drs. 1078 vom 13. 12. 1954 1., 2. und 3. Ber. am 15. 12. 1954, 61. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 434/54 vom 16. 12. 1954: Ausschußzuweisung 134. Sitz. am 17. 12. 1954: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 25. 12. 1954, verkündet am 30. 12. 1954 (BGBl. I S. 517)</p>	<p>Da es nicht möglich war, das Ausführungsgesetz nach Artikel 107 GG so rechtzeitig zu verabschieden, daß es vor dem 31. Dezember 1954 in Kraft gesetzt werden konnte (u. a. wegen Zustimmungsverweigerung des Bundesrates), war eine Fristverlängerung in Artikel 107 GG um ein Jahr unvermeidlich.</p>

3. Wahlperiode (1957–61)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
7	<p>Gesetz über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit</p> <p>Inhalt: Ermächtigung der Landesregierungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf den Gebieten der bürgerlichen Rechtspflege, der Strafrechtspflege und des Bußgeldverfahrens.</p>	<p>BT Drs. 1965 vom 28. 6. 1960 1. Ber. am 29. 6. 1960, 121. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 29. 6. 1960, 121. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 214/60 vom 1. 7. 1960: Ausschußzuweisung 221. Sitz. am 1. 7. 1960: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 1. 7. 1960, verkündet am 5. 7. 1960 (BGBl. I S. 481)</p>	<p>Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, daß der Bundesgesetzgeber Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen nur den Landesregierungen im ganzen erteilen kann, sind auf den Gebieten der ordentlichen und der Arbeitsgerichtsbarkeit schwerwiegende Rechtsunsicherheiten entstanden, die durch ein klarstellendes Gesetz zu beseitigen waren.</p>

noch: 3. Wahlperiode (1957–61)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
9	<p>Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West)</p> <p>Inhalt: Erhöhung der Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen für das mit dem Warenverkehr verbundene Risiko auf 500 Mio. DM sowie Erhöhung der Absetzung für Abnutzung von Gütern des Anlagevermögens gem. § 7 des Einkommensteuergesetzes.</p>	<p>BT Drs. 935 vom 17. 3. 1959 1. Ber. am 18. 3. 1959, 66. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 19. 3. 1959, 67. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 95/59 vom 20. 3. 1959: Ausschußzuweisung 203. Sitz. am 20. 3. 1959: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 25. 3. 1959, verkündet am 26. 3. 1959 (BGBl. I S.160)</p>	<p>Die durch die jüngsten Vorgänge (Aufkündigung des Viermächte-Status Berlins durch die Sowjetunion; „Berlin-Ultimatum“) besonders exponierte Lage von Berlin (West) erforderte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung der Berliner Wirtschaft beschleunigt besondere Maßnahmen.</p>
9	<p>Drittes Gesetz zur Änderung des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes (3. ÄndG AnVNG)</p> <p>Inhalt: Verlängerung der Versicherungsfreiheit für Handwerker „bis zur Neuregelung der Altersversorgung für das Deutsche Handwerk“.</p>	<p>BT Drs. 936 vom 17. 3. 1959 1., 2. und 3. Ber. am 19. 3. 1959, 67. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 96/59 vom 20. 3. 1959: Ausschußzuweisung 203. Sitz. am 20. 3. 1959: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 25. 3. 1959, verkündet am 26. 3. 1959 (BGBl. I S.161)</p>	<p>Nach dem bestehenden Gesetz sollte die Versicherungsfreiheit am 31. März 1959 enden.</p>

4. Wahlperiode (1961–65)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
27	<p>Viertes Umstellungsergänzungsgesetz</p> <p>Inhalt: Umwandlung der Uraltguthaben auch für Personen nach Vollendung des sechzigsten Lebensjahres, für Erwerbsunfähige und für Personen bei vorübergehendem Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes.</p>	<p>BT Drs. IV/2808 vom 4. 12. 1964 1. Ber. am 9. 12. 1964, 151. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 10. 12. 1964, 152. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 533/64 vom 11. 12. 1964: Ausschußzuweisung 277. Sitz. am 18. 12. 1964: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 23. 12. 1964, verkündet am 31. 12. 1964 (BGBl. I S.1083)</p>	<p><i>Keine Hinweise zur Eilbedürftigkeit in den Gesetzesmaterialien.</i></p>

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
38	<p>Viertes Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1961 (Viertes Renten Anpassungsgesetz) (4. RAG)</p> <p>Inhalt: Anpassung der Versicherten- und Hinterbliebenenrenten aus Versicherungsfällen, die im Jahre 1960 oder früher eingetreten sind, für Bezugszeiten vom 1. Januar 1962 an, aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1961</p>	<p>BT Drs. IV/16 vom 15. 11. 1961 1. Ber. am 29. 11. 1961, 5. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 13. 12. 1961, 8. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 420/61 vom 13. 12. 1961: Ausschußzuweisung 239. Sitz. am 15. 12. 1961: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 20. 12. 1961, verkündet am 23. 12. 1961 (BGBl. I S.2009)</p>	<p>Durch Veränderung der allgemeinen Beitragsbemessungsgrundlage konnte insbesondere in der knappschaftlichen Rentenversicherung das bisherige Prinzip nicht mehr angewandt werden.</p>
38	<p>Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1964 (Nachtragshaushaltsgesetz 1964)</p> <p>Inhalt: Deckung durch haushaltsmäßige Bewilligung für folgende nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1964 notwendig gewordene Ausgaben: Deckung des Fehlbetrages 1963, Tilgung der Nachkriegswirtschaftshilfe, Verstärkung der Mittel für Personalausgaben, Zuwendungen an die Deutsche Bundesbahn, Straßenbau, Bundeshilfe Berlin, Getreidepreissubvention, Erwerb von Grundstücken für Stationierungstreitkräfte, Kosten des Lastenausgleichs.</p>	<p>BT Drs. IV/2755 vom 23. 11. 1964 1. Ber. am 2. 12. 1964, 148. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 10. 12. 1964, 152. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 542/64 vom 11. 12. 1964: Ausschußzuweisung 277. Sitz. am 18. 12. 1964: Kein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses</p> <p>Gesetz vom 22. 12. 1964, verkündet am 31. 12. 1964 (BGBl. II S.1961)</p>	<p>Das Nachtragshaushaltsgesetz 1964 war erforderlich, weil nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1964 zusätzliche Ausgaben notwendig geworden waren, deren Deckung durch haushaltsmäßige Bewilligungen erfolgen mußte.</p>

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

5. Wahlperiode (1965–69)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
9	<p>Gesetz über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung (AbsichG)</p> <p>Inhalt: Einschränkung der Ausfuhr der deutschen Wirtschaft und Steigerung der Einfuhr bis zum 31. 3. 1970 durch Vergütung der Einfuhrumsatzsteuer sowie Wegfall der umsatzsteuerlichen Entlastung der Ausfuhr in Höhe von 4 v. H. und 2 v. H. der Bemessungsgrundlage; Ermächtigung der Bundesregierung zur Aufhebung der Bestimmungen und Senkung der Steuersätze durch Rechtsverordnung.</p>	<p>BT Drs. V/3524 vom 21. 11. 1968 1. Ber. am 26. 11. 1968, 197. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 28. 11. 1968, 199. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 653/68 vom 29. 11. 1968: Ausschußzuweisung 331. Sitz. am 29. 11. 1968: Kein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses</p> <p>Gesetz vom 29. 11. 1968, verkündet am 30. 11. 1968 (BGBl. I S. 1255)</p>	<p>Notwendige Maßnahme zum Schutz des internationalen Währungssystems angesichts umfangreicher und beständig anschwellender Spekulationen und Kapitalbewegungen in Erwartung einer D-Mark-Aufwertung.</p>
14	<p>Gesetz zur Änderung von Artikel 8 des Achten Strafrechtsänderungsgesetzes</p> <p>Inhalt: Fristverlängerung der Straffreiheit für die Einfuhr von Zeitungen und Zeitschriften aus dem anderen Teil Deutschlands bis 31. 3. 1971 sowie regelmäßige Berichterstattung.</p>	<p>BT Drs. V/3994 vom 19. 3. 1969 1. Ber. am 21. 3. 1969, 223. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 26. 3. 1969, 224. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 168/69 vom 26. 3. 1969: Ausschußzuweisung 336. Sitz. am 28. 3. 1969: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 31. 3. 1969, verkündet am 2. 4. 1969 (BGBl. I S. 269)</p>	<p>Beseitigung strafrechtlicher Hindernisse zur Fortsetzung der ursprünglich bis zum 31. März 1969 befristeten Möglichkeit des ungehinderten Bezugs von Zeitungen und Zeitschriften aus der DDR.</p>

Hinweis

Zum Thema „Gesetzgebung“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 7.11 Stimmergebnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.14 Erklärungen zur Abstimmung
- 8.18 Stimmrecht der Berliner Abgeordneten
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 14.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

6. Wahlperiode (1969–72)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
18	<p>Gesetz über die Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlags zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer</p> <p>Inhalt: Erhebung eines auf ein Jahr befristeten zehnpromzentigen Zuschlags zur Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer.</p>	<p>BT Drs. VI/1017 vom 7. 7. 1970 1. Ber. am 10. 7. 1970, 62. Sitz.: Ausschlußüberweisung 2. und 3. Ber. am 11. 7. 1970, 63. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 402/70 vom 11. 7. 1970: Ausschußzuweisung 355. Sitz. am 15. 7. 1970: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 23. 7. 1970, verkündet am 25. 7. 1970 (BGBl. I S. 1125)</p>	Da die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur nicht ausreichten, wurden zusätzliche Dämpfungsmaßnahmen auf der Nachfrageseite erforderlich, um einem weiteren Preisanstieg entgegenzuwirken.
21	<p>Gesetz zur Änderung des Reichsknappschaftsgesetzes und anderer Gesetze</p> <p>Inhalt: Verhinderung von rentenrechtlichen Nachteilen für über 50jährige Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus und des Braunkohlentiefbaus bei Verlust ihres Arbeitsplatzes infolge einer Rationalisierungs- oder Stilllegungsmaßnahme; Änderung von Finanzierungs-, Vermögensanlage- und Rentenberechnungsvorschriften.</p>	<p>BT Drs. VI/2900 vom 3. 12. 1971 1. Ber. am 8. 12. 1971, 156. Sitz.: Ausschlußüberweisung 2. und 3. Ber. am 10. 12. 1971, 158. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 704/71 vom 10. 12. 1971: Ausschlußzuweisung 375. Sitz. am 17. 12. 1971: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 22. 12. 1971, verkündet am 24. 12. 1971 (BGBl. I S. 2110)</p>	Da infolge von Stilllegungs- und Rationalisierungsmaßnahmen im Bergbau vor allem ältere Arbeitnehmer im Steinkohlenbergbau und Braunkohlentiefbau in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren würden, mußten Regelungen getroffen werden, um rentenrechtliche Nachteile der hiervon betroffenen über 50 Jahre alten Bergleute in der Knappschaftsversicherung zu verhindern.

7. Wahlperiode (1972–76)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
3	<p>Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Mineralöl oder Erdgas (Energiesicherungsgesetz)</p> <p>Inhalt: Ermächtigung der Bundesregierung, bei Gefährdung oder Störung der Mineralöl- oder Erdgasversorgung durch Rechtsverordnung Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung zu treffen.</p>	<p>BT Drs. 7/1198 vom 7. 11. 1973 1. Ber. am 7. 11. 1973, 63. Sitz.: Ausschlußüberweisung 2. und 3. Ber. am 9. 11. 1973, 65. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 707/73 vom 9. 11. 1973 398. Sitz. am 9. 11. 1973: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 9. 11. 1973, verkündet am 10. 11. 1973 (BGBl. I S. 1585)</p>	Angesichts der weltweiten Ölpreiskrise – u. a. wegen der Exporteinschränkungen der arabischen Erdölausfuhrländer – Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Verordnung von Verbrauchsbeschränkungen bei Mineralöl und Erdgas (z. B. für die vorgesehenen Sonntagsfahrverbote)

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
11	<p>Zweites Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes</p> <p>Inhalt: Heraufsetzung des gesetzlichen Ermächtigungsrahmens für die Festsetzung des Bardepot-Höchstsatzes von 50% auf 100%; Einbeziehung der Diskontierung von Inlandswechseln an Gebietsfremde in die Bardepotpflicht.</p>	<p>BT Drs. 7/173 vom 13. 2. 1973 1. Ber. am 14. 2. 1973, 13. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 22. 2. 1973, 17. Sitz.: Einstimmige Annahme</p> <p>BR Drs. 180/73 vom 22. 2. 1973 390. Sitz. am 23. 2. 1973: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 23. 2. 1973, verkündet am 24. 2. 1973 (BGBl. I S. 109)</p>	<p>U. a. wegen extremer Zinsverbilgungen auf den internationalen Finanzmärkten Schaffung wirksamerer Möglichkeiten zur Abwehr schädigender Geld- und Kapitalzuflüsse aus dem Ausland notwendig.</p>

8. Wahlperiode (1976–80)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
3	<p>Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (Kontaktsperregesetz)</p> <p>Inhalt: Der Kontakt von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt kann völlig unterbunden werden, wenn gegenwärtige Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person besteht und der begründete Verdacht vorliegt, daß eine solche Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht. Die Kontaktsperren gelten, solange die Voraussetzungen vorliegen, längstens jedoch 30 Tage. Danach kann das Verbot erneut ausgesprochen werden. Die Kontaktsperre schließt auch den schriftlichen und mündlichen Verkehr mit dem Verteidiger ein.</p>	<p>BT Drs. 8/935 vom 28. 9. 1977 1. Ber. am 28. 9. 1977, 43. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 29. 9. 1977, 44. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 453/77 vom 29. 9. 1977: Ausschußzuweisung 449. Sitz. am 30. 9. 1977: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 30. 9. 1977, verkündet am 1. 10. 1977 (BGBl. I S. 1877)</p>	<p>Im Anschluß an mehrere terroristische Anschläge (zuletzt Entführung von <i>Hanns Martin Schleyer</i>, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 5. September 1977) Maßnahme, um den Kontakt der in Haft befindlichen mutmaßlichen Terroristen untereinander und mit der Außenwelt zu unterbinden.</p>

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
47	<p>Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1979 (Nachtragshaushaltsgesetz 1979)</p> <p>Inhalt: Im Nachtragshaushalt der Epl. 09 (Wirtschaft) und 11 (Arbeit und Sozialordnung) werden zusätzlich Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Beschäftigten in Betrieben mit Anpassungs- und Umstellungsprozessen sowie Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung längerfristiger Arbeitsloser finanziert. Außerdem werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ermöglicht.</p>	<p>BT Drs. 8/2900 vom 1. 6. 1979 und Drs. 8/3017 vom 26. 6. 1979 Mitteilung des Präsidenten, 159. Sitz. am 13. 6. 1979; Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 27. 6. 1979, 163. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 315/79 vom 29. 6. 1979; Ausschußzuweisung 476. Sitz. am 6. 7. 1979; Kein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses</p> <p>Gesetz vom 12. 7. 1979, verkündet am 18. 7. 1979 (BGBl. I S. 997)</p>	<p>Das Nachtragshaushaltsgesetz 1979 war erforderlich, weil nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1979 zusätzliche Ausgaben notwendig geworden waren, deren Deckung durch haushaltmäßige Bewilligungen erfolgen mußte.</p>

9. Wahlperiode (1980–83)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
23	<p>Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983)</p> <p>Inhalt: Änderungen in 35 Gesetzen; u. a. Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 14 v. H., Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge der Beamten und Richter, Einführung einer unverzinslichen, rückzahlbaren Abgabe (Investitionshilfe), Regelung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern.</p>	<p>BT Drs. 9/2140 vom 30. 11. 1982 1. Ber. am 3. 12. 1982, 134. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. Ber. am 15./16. 12. 1982, 139./140. Sitz. 3. Ber. am 16. 12. 1982, 140. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 487/82 vom 16. 12. 1982; Ausschußzuweisung 518. Sitz. am 17. 12. 1982; Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 20. 12. 1982, verkündet am 23. 12. 1982 (BGBl. I S. 1857)</p>	<p>Da die von der bisherigen Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf 1983 beabsichtigten gesetzlichen Maßnahmen nicht ausreichten, um angesichts der verschlechterten wirtschaftlichen Entwicklung zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft beizutragen, waren weitere gesetzliche Maßnahmen erforderlich.</p>

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
30	<p>Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes</p> <p>Inhalt: Anhebung der Eintragungsgrenzen von Bußgeldentscheidungen in das Verkehrszentralregister auf 80 DM. Ermächtigung des Bundesministers für Verkehr, in einer Rechtsverordnung die Regelsätze für Geldbußen festzulegen.</p>	<p>BT Drs. 9/2201 vom 1. 12. 1982 1. Ber. am 3. 12. 1982, 134. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 15. 12. 1982, 139. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 530/82 vom 17. 12. 1982 518. Sitz. am 17. 12. 1982: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 28. 12. 1982, verkündet am 31. 12. 1982 (BGBl. I S. 2090)</p>	<p>Eine seit längerem von allen Beteiligten geforderte Reform des Verkehrszentralregisters sollte nun möglichst umgehend verwirklicht werden.</p>
30	<p>Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften</p> <p>Inhalt: Änderungen der Dienstgradbezeichnungen bei den Besoldungsgruppen A 8, A 9, A 9 mit Amtzulage und A 10.</p>	<p>BT Drs. 9/2119 vom 23. 11. 1982 1. Ber. am 26. 11. 1982, 131. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 3. 12. 1982, 134. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 514/82 vom 3. 12. 1982: Ausschußzuweisung 518. Sitz. am 17. 12. 1982: Kein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses</p> <p>Gesetz vom 20. 12. 1982, verkündet am 23. 12. 1982 (BGBl. I S. 1916)</p>	<p><i>Kein Hinweis zur Eilbedürftigkeit in den Gesetzesmaterialien.</i></p>

10. Wahlperiode (1983–87)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
38	<p>Erstes Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes</p> <p>Inhalt: Anhebung des Durchschnittsteuersatzes für landwirtschaftliche Umsätze von 8 auf 13 v. H. für die Zeit vom 1. 7. 1984 bis 31. 12. 1988. Dieser Mehrbetrag muß nicht an das Finanzamt abgeführt werden.</p>	<p>BT Drs. 10/1483 vom 23. 5. 1984 1. Ber. am 24. 5. 1984, 71. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 27. 6. 1984, 76. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 294/84 und zu Drs. 294/84 vom 28. 6. 1984: Ausschußzuweisung 537. Sitz. am 29. 6. 1984: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 29. 6. 1984, verkündet am 30. 6. 1984 (BGBl. I S. 796)</p>	<p>Durch Gewährung dieser Sonderbeihilfe sollte der Rückgang der landwirtschaftlichen Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland ausgeglichen werden, der durch den EG-Abbau der positiven deutschen Währungsausgleichsbeträge für landwirtschaftliche Erzeugnisse um 5 v. H. ab 1. 1. 1985 entstand.</p>

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
42	<p>Gesetz zur Änderung personalausweisrechtlicher Vorschriften</p> <p>Inhalt: Zur Durchführung der aus datenschutzrechtlichen Gründen notwendigen Änderungen am Vierten Personalausweisänderungsgesetz vom 25. 2. 1983 wird das für den 1. 11. 1984 vorgesehene Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens und damit der Einführung des neuen, maschinenlesbaren Personalausweises ist durch besonderes Gesetz festzulegen.</p>	<p>BT Drs. 10/2010 vom 19. 9. 1984 1. Ber. am 3. 10. 1984, 87. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 25. 10. 1984, 94. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 485/84 vom 25. 10. 1984: Ausschußzuweisung 542. Sitz. am 26. 10. 1984: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 26. 10. 1984, verkündet am 31. 10. 1984 (BGBl. I S.1305)</p>	<p>Verschiebung des Einführungs-termins neuer Personalausweise, weil die datenschutzrechtlichen Ergänzungen in der zur Verfügung stehenden Zeit bis 1. 11. 1984 nicht durchgeführt werden konnten.</p>

11. Wahlperiode (1987–90)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
8	<p>Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sowie zur Änderung des Parteiengesetzes</p> <p>Inhalt: Anpassung des Bundeswahlgesetzes für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. 9. 1990 (Festlegung einer auf getrennte Gebiete [Gebiete der beiden deutschen Staaten vor dem 3. Oktober 1990] bezogenen Sperrklausel sowie Zulassung von Listenvereinigungen für Parteien und andere politische Vereinigungen mit Sitz im Gebiet der ehemaligen DDR).</p>	<p>BT Drs. 11/8023 vom 2. 10. 1990 1. Ber. am 4. 10. 1990, 228. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 5. 10. 1990, 229. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 680/90 vom 5. 10. 1990: Ausschußzuweisung 621. Sitz. am 8. 10. 1990: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 8. 10. 1990, verkündet am 10. 10. 1990 (BGBl. I S.2141)</p>	<p>Eilbedürftigkeit wegen des vorgesehenen Wahltermins am 2. Dezember 1990.</p>

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
12	<p>Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland [2 + 4-Vertrag]</p> <p>Inhalt: Ratifizierung des am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrages und der vereinbarten Protokollnotiz: Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Alliierten, Herstellung der vollen Souveränität des vereinten Deutschlands über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.</p>	<p>BT Drs. 11/8024 vom 1. 10. 1990 1. Ber. am 4. 10. 1990, 228. Sitz.: Ausschlußüberweisung 2. Ber. und Schlußabstimmung am 5. 10. 1990, 229. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 700/90 vom 5. 10. 1990 621. Sitz. am 8. 10. 1990: Kein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses</p> <p>Gesetz vom 11. 10. 1990, verkündet am 13. 10. 1990 (BGBl. II S. 1317, 1331)</p>	<p>Regelung des Außenverhältnisses des seit dem 3. Oktober 1990 vereinigten Deutschlands zu anderen Staaten.</p>

12. Wahlperiode (1990–94)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
21	<p>Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen</p> <p>Inhalt: Beschleunigung der Privatisierung bisher volkseigener Unternehmen, der Rückgabe entzogener Unternehmen und der Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern. Beibehaltung des Prinzips der Rückgabe von Eigentum vor Entschädigung.</p>	<p>BT Drs. 12/204 vom 7. 3. 1991 und Drs. 12/216 vom 11. 3. 1991 1. Ber. am 12. 3. 1991, 13. Sitz.: Ausschlußüberweisung 2. und 3. Ber. am 15. 3. 1991, 16. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 158/91 vom 15. 3. 1991: Ausschlußzuweisung 627. Sitz. am 22. 3. 1991: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 22. 3. 1991, verkündet am 28. 3. 1991 (BGBl. I S. 766)</p>	<p>Wegen zahlreicher Schwierigkeiten aufgrund unklarer Eigentumsverhältnisse bei der Privatisierung und Sanierung der bisher volkseigenen Unternehmen bzw. Rückgabe entzogener Unternehmen in der ehemaligen DDR waren gesetzliche Maßnahmen zur Beschleunigung der Arbeit der Treuhandanstalt dringend geboten.</p>

Hinweis

Die letzten Tage in der Geschichte der DDR sind ausführlich im Abschnitt 28.1 des vorliegenden **Datenhandbuchs** dokumentiert. Für diese Chronik sind vor allem auch die Tagesordnungen, Aussprachen und Beschlüsse der Volkskammer (jeweils rechte Spalte) ausgewertet worden.

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Dauer in Tagen	Titel des Gesetzes Inhalt	Gang der Gesetzgebung	Bemerkungen
21	<p>Gesetz zur Verlängerung der Verwaltungshilfe</p> <p>Inhalt: Verlängerung der Verwaltungshilfe bei immissionsschutzrechtlichen und abfallrechtlichen Genehmigungsverfahren für die neuen Bundesländer bis zum 30. Juni 1994, Stärkung der Eigenverantwortung durch Umwandlung der bisher obligatorischen Inanspruchnahme der Verwaltungshilfe bei genehmigungsbedürftigen Anlagen in eine Sollbestimmung.</p>	<p>BT Drs. 12/2779 vom 9. 6. 1992 1. Ber. am 17. 6. 1992, 97. Sitz.: Ausschußüberweisung 2. und 3. Ber. am 24. 6. 1992, 98. Sitz.: Annahme</p> <p>BR Drs. 441/92 vom 25. 6. 1992: Ausschußzuweisung 644. Sitz. am 26. 6. 1992: Zustimmung</p> <p>Gesetz vom 26. 6. 1992, verkündet am 30. 6. 1992 (BGBl. I S. 1161)</p>	<p>Da nach bisherigem Recht die Verwaltungshilfe für die neuen Bundesländer am 30. Juni 1992 ausläuft, aber über diesen Termin hinaus notwendig bleibt, war die gesetzliche Voraussetzung für die Verlängerung der Verwaltungshilfe zu schaffen.</p>

Die voranstehende Aufstellung zeigt, daß unter dem Aspekt der kürzesten Beratungsdauer in den einzelnen Wahlperioden Gesetze geraten sind,

- bei denen eine Eilbedürftigkeit nicht erkennbar ist,
- mit deren Hilfe eine dringend erforderliche Fristverschiebung erzielt werden sollte (weil absehbar war, daß der ursprüngliche Termin nicht einzuhalten war),
- die in einer besonderen zeitgeschichtlichen Situation die notwendige rechtliche Grundlage für bestimmte Handlungserfordernisse schufen (zum Beispiel 1959 Berlin-Ultimatum der Sowjetunion, 1968 D-Mark-Aufwertung, 1969 Zeitungsaustausch mit der DDR, 1970 Konjunkturüberhitzung, 1973 Sonntagsfahrverbote, 1977 Terrorismusbekämpfung, 1982 Konjunkturschwäche, 1990 erste gesamtdeutsche Bundestagswahl und Wiedervereinigung Deutschlands).

11.8 Bundestag und Bundesrat

Der Abschnitt*) setzt sich aus den folgenden Unterabschnitten zusammen:

- Anteil der Zustimmungsgesetze und Einspruchsgesetze (S. 2430),
- Zustimmungsvorgänge und Einsprüche des Bundesrates (S. 2430),
- Übersicht über die Zustimmungsklauseln (S. 2432),
- Nach Versagung der Zustimmung bzw. nach Einspruch des Bundesrates nicht verkündete Gesetze (S. 2433),
- Vergleich der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat (S. 2437) und
- Stimmenanteil der Länder im Bundesrat (S. 2447).

*) Vgl. anstelle vieler *Wolf-Rüdiger Schenke*, Gesetzgebung zwischen Parlamentarismus und Föderalismus sowie *Konrad Reuter*, Der Bundesrat als Parlament der Länderregierungen, beide in: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1485–1521 bzw. 1523–1563.

Vorbemerkung

Der Bundesrat verfügt über zwei Möglichkeiten, ein vom Bundestag verabschiedetes Gesetz scheitern zu lassen – je nachdem, ob es sich um ein zustimmungsbedürftiges Gesetz (kurz auch „Zustimmungsgesetz“ genannt) oder um ein nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz (kurz auch „einfaches Gesetz“) handelt.

Im ersten Fall kann der Bundesrat seine Zustimmung versagen, im zweiten Fall besteht für den Bundesrat nach vorausgegangenem Vermittlungsverfahren die Möglichkeit des Einspruchs, den der Bundestag unter Umständen nicht mit der erforderlichen Mehrheit zurückzuweisen vermag.

Versagung der Zustimmung

„Bestimmte Gesetze können nur in Kraft treten, wenn ihnen der Bundesrat zugestimmt hat. Versagt der Bundesrat einem solchen Gesetz seine Zustimmung, so können zwar auch die Bundesregierung und der Bundestag je einmal den Vermittlungsausschuß anrufen. Wenn aber der Bundesrat am Ende des Vermittlungsverfahrens wiederum seine Zustimmung verweigert, so ist das Gesetz endgültig gescheitert. Dieses Veto des Bundesrates kann auch vom Bundestag nicht überstimmt werden. Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen ist also der Bundesrat gleich stark wie der Bundestag; soll das Gesetz zustande kommen, so bedarf es dazu eines übereinstimmenden Willens in beiden Häusern.“*)

Von den 4850 Gesetzen zwischen 1949 und 1994 – von der 1. bis zum Ende der 12. Wahlperiode – wurden vom Bundespräsidenten 2536 (= 52,3%) als Zustimmungsgesetze ausgefertigt und verkündet, wobei hinsichtlich der Zustimmungspflichtigkeit teilweise eine gegenteilige Rechtsauffassung des Bundesrates bestand. Den Anteil der Zustimmungsgesetze in den einzelnen Wahlperioden enthält die Statistik auf der folgenden Seite.

Eine Übersicht über die Zustimmungsklauseln des Grundgesetzes befindet sich auf Seite 2432.

Einspruch des Bundesrates

„Bei einem nicht zustimmungsbedürftigen Gesetz kann der Bundesrat nach Abschluß des Vermittlungsverfahrens innerhalb von zwei Wochen Einspruch einlegen (Art. 77 Abs. 3 GG). Das bedeutet, daß sich der Bundestag noch einmal mit diesem Gesetz befassen muß. Hat der Bundesrat den Einspruch mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen, so kann er vom Bundestag mit absoluter Mehrheit ... zurückgewiesen werden. Ist der Einspruch vom Bundesrat mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner Stimmen beschlossen worden, benötigt der Bundestag für die Zurückweisung ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder, die aber mindestens die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl ... ausmachen muß (Art. 77 Abs. 4 GG). Da der Einspruch des Bundesrates vom Bundestag zurückgewiesen werden kann, ist die Stellung des Bundesrates bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen vor allem dann nicht besonders stark, wenn diese im Bundestag eine breite Mehrheit finden.“**)

*) Gebhard Ziller, Der Bundesrat. 6. Aufl. Düsseldorf 1982. S. 28.

***) Gebhard Ziller, a. a. O., S. 31 f.

Hinweis

Zum Vermittlungsverfahren siehe den anschließenden Abschnitt 11.9.

Anteil der Zustimmungsgesetze- und Einspruchsgesetze

Bei den Gesetzen, die seit der 1. Wahlperiode verkündet worden sind, verteilt sich der Anteil der Zustimmungsgesetze- und Einspruchsgesetze folgendermaßen:

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Anteil der – Zustimmungsgesetze (in %)	41,8	49,8	55,7	53,4	49,4	51,7	53,2
– Einspruchsgesetze (in %)	58,2	50,2	44,3	46,6	50,6	48,3	46,8

Zustimmungsversagungen und Einsprüche des Bundesrates

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Versagungen der Zustimmung	12	11 ¹⁾	4	7 ¹⁾	10 ²⁾	3	19 ²⁾
– davon Gesetz nach anschließendem Vermittlungsverfahren verkündet	4	5	4	4	8	2	11
– davon Gesetz nicht verkündet	8	6	0	3	2	1	8
Einsprüche des Bundesrates	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	3 ⁵⁾	0	0 ⁵⁾	1	5 ⁵⁾
– davon vom Bundestag zurückgewiesen	0	1	1	0	0	1	4
– davon nicht zurückgewiesen oder nicht behandelt	1	0	2	0	0	0	1
nicht verkündete Gesetze							
– Anzahl	9	6	2	3	2	1	9
– in % der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze	1,7	1,2	0,5	0,7	0,4	0,3	1,7

★ Die Gesamtzahl der Fälle, in denen der Bundesrat zwischen der 1. und der 12. Wahlperiode (1949–1994) einem Gesetz die Zustimmung versagt hat, beträgt 109. In 60 Fällen wurde das Gesetz nach anschließendem Vermittlungsverfahren verkündet, in 49 Fällen nicht verkündet. Die Gesamtzahl der Einsprüche des Bundesrates gegen ein Gesetz im gleichen Zeitraum beläuft sich auf 31; in 23 Fällen wurde der Einspruch des Bundesrates vom Bundestag zurückgewiesen, in 8 Fällen nicht.

Hinweis

Einen statistischen Überblick über den **aktuellen Stand der Gesetzgebung** der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Sach- und Sprechregister des Deutschen Bundestages und dem Arbeitsbereich Dokumentation und Datenverarbeitung des Bundesrates.

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
53,7	52,2	60,6	55,2	56,6
46,3	47,8	39,4	44,8	43,4

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
15 ³⁾	6 ²⁾	0	1	21
6 9 ⁴⁾	4 2	0 0	0 1	12 9
7 ⁵⁾	7	0	1	5
5 2	6 1	0 0	1 0	4 1
11 3,1	3 2,2	0 –	3 ⁶⁾ 0,8	10 2,0

■ Die Statistik der Zustimmungsversagungen und Einsprüche des Bundesrates für die 13. Wahlperiode kann im NACHTRAG unter 11.8 nachgeschlagen werden.

- 1) Bei zwei Gesetzen wurde die Zustimmung ein weiteres Mal versagt. (Dies ist dann möglich, wenn nach der ersten Versagung der Zustimmung von einem anderen Verfassungsorgan der Vermittlungsausschuß angerufen wurde.)
- 2) Bei einem Gesetz wurde die Zustimmung ein weiteres Mal versagt.
- 3) Bei drei Gesetzen wurde die Zustimmung ein weiteres Mal versagt.
- 4) Darin enthalten sind zwei Gesetze, die **nach** Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat und anschließender Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Bundesregierung dort wegen Ablaufs der 8. Wahlperiode nicht mehr abschließend behandelt werden konnten.
- 5) In zehn weiteren Fällen (bei je einem Gesetz in der 1., 2., 3. und 7. Wahlperiode, bei vier Gesetzen in der 5. Wahlperiode sowie bei zwei Gesetzen in der 8. Wahlperiode) wurde die Einlegung des Einspruchs vorsorglich beschlossen. In sechs Fällen wurden die Einsprüche vom Bundestag zurückgewiesen; in einem Fall (in der 5. Wahlperiode) fand der Antrag auf Zurückweisung des Einspruchs im Bundestag keine Mehrheit. In drei Fällen (einem in der 2. und zwei in der 8. Wahlperiode) wurden Anträge auf Zurückweisung bis zum Ende der Wahlperiode nicht gestellt.
- 6) Davon gelangte ein Gesetz nicht zur Verkündung infolge Ablaufs der Wahlperiode nach Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat, ein weiteres Gesetz wurde durch den Bundespräsidenten nicht ausgefertigt.

Hinweis

Zum Bereich „Gesetzgebungsfunktion“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 8.14 Stimmresultate von Abstimmungen und Wahlen
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze

Übersicht über die Zustimmungsklauseln*)

In den folgenden Artikeln des Grundgesetzes sind Zustimmungsklauseln enthalten:**)

Art. 16a [Asylrecht, sichere Drittstaaten, sicherer Herkunftsstaat]

Art. 23 [Verwirklichung der Europäischen Union; Beteiligung des Bundesrates, der Bundesregierung]

Art. 29 [Neugliederung des Bundesgebietes]

Art. 37 [Bundeszwang]

Art. 53a [Gemeinsamer Ausschuß]

Art. 74 [Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung]

Art. 74a [Konkurrierende Gesetzgebung für Besoldung und Versorgung im öffentlichen Dienst]

Art. 77 [Verfahren bei Gesetzesbeschlüssen]

Art. 79 [Änderungen des Grundgesetzes]

Art. 80 [Erlaß von Rechtsverordnungen]

Art. 81 [Gesetzgebungsnotstand]

Art. 84 [Länderverwaltung und Bundesaufsicht]

Art. 85 [Landesexekutive im Bundesauftrag]

Art. 87 [Gegenstände der bundeseigenen Verwaltung]

Art. 87b [Bundeswehrverwaltung]

Art. 87c [Bestimmungen über Erzeugung und Nutzung der Kernenergie]

Art. 87d [Luftverkehrsverwaltung]

Art. 87e [Eisenbahnen des Bundes]

Art. 87f [Post und Telekommunikation]

Art. 91a [Mitwirkungsbereiche des Bundes bei Länderaufgaben]

Art. 96 [Bundesgerichte]

Art. 104a [Ausgabenverteilung; Finanzhilfen]

Art. 105 [Gesetzgebungsrecht]

Art. 106 [Verteilung des Steueraufkommens und des Ertrages der Finanzmonopole]

Art. 106a [Bundeszuschuß für öffentlichen Personennahverkehr der Länder]

Art. 107 [Finanzausgleich; Ergänzungszuweisungen]

Art. 108 [Finanzverwaltung]

Art. 109 [Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern]

Art. 115a [Feststellung des Verteidigungsfalles]

Art. 115c [Landesgesetzgebung wird konkurrierende Bundesgesetzgebung]

Art. 115d [Verfahren der Bundesgesetzgebung]

Art. 115k [Geltung von Gesetzen und Rechtsverordnungen]

Art. 115l [Aufhebung von Gesetzen des Gemeinsamen Ausschusses; Friedensschluß]

Art. 119 [Flüchtlinge und Vertriebene]

Art. 120a [Lastenausgleich]

Art. 130 [Körperschaften des öffentlichen Rechts]

Art. 132 [Pensionierung von Beamten]

Art. 134 [Rechtsnachfolge in das Reichsvermögen]

Art. 135 [Vermögen bei Änderung des Gebietsstandes]

Art. 143a [Zuständigkeit des Bundes in Angelegenheiten der Eisenbahnen des Bundes]

Art. 143b [Umwandlung des Sondervermögens Deutsche Bundespost in privates Unternehmen]

*) Quelle: Juristisches Informationssystem JURIS

**) Stand: 31. August 1997

Nach Zustimmungsversagung oder nach Einspruch des Bundesrates nicht verkündete Gesetze*)

Grund des Scheiterns	Ifd. Nr.	Gesetz
----------------------	----------	--------

1. Wahlperiode (1949–53)

Zustimmung BR versagt	1	Gesetz über eine vorläufige Finanzhilfe für das Land Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1950
	2	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes
	3	Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuerrechts
	4	Gesetz zur Durchführung des Artikels 108 Absatz 2 des Grundgesetzes
	5	Gesetz zur Änderung des Körperschaftsteuergesetzes
	6	Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
	7	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Durchführung des Lastenausgleichs]
	8	Gesetz über Teuerungszuschläge zur Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR	1	Preisgesetz

2. Wahlperiode (1953–57)

Zustimmung BR versagt	1	Gesetz über die Beiträge des Bundes zu den Steuerverwaltungskosten der Länder
	2	Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz)
	3	Gesetz über die Tuberkulosehilfe
	4	Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes
	5	Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung
	6	Gesetz über die Finanzstatistik
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR		<i>keine Gesetze</i>

*) Quelle: Informationssystem Drucksachenauswertung und Statistik (DRUSUS), Bundesrat, Bereich Dokumentation und Datenverarbeitung.

Grund des Scheiterns	lfd. Nr.	Gesetz
----------------------	----------	--------

3. Wahlperiode (1957–61)

Zustimmung BR versagt		<i>keine Gesetze</i>
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR	1	Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1959)
	2	Gesetz über die Sicherung von Beweisen in besonderen Fällen

4. Wahlperiode (1961–65)

Zustimmung BR versagt	1	Gesetz über die Jugendzahnpflege
	2	Gesetz zur Änderung des Maß- und Gewichtsgesetzes
	3	Drittes Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR		<i>keine Gesetze</i>

5. Wahlperiode (1965–69)

Zustimmung BR versagt	1	Architektengesetz
	2	Gesetz über eine Statistik der Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR		<i>keine Gesetze</i>

6. Wahlperiode (1969–72)

Zustimmung BR versagt	1	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR		<i>keine Gesetze</i>

7. Wahlperiode (1972–76)

Zustimmung BR versagt	1	Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes
	2	Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften
	3	Berufsbildungsgesetz
	4	Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes und anderer Gesetze

Grund des Scheiterns	Ifd. Nr.	Gesetz
----------------------	----------	--------

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

noch: Zustimmung BR versagt	5	Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes
	6	Partnerschaftsgesetz
	7	Gesetz zur Regelung steuerrechtlicher und anderer Fragen der Ausbildungsplatzförderung
	8	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Apothekenwesen
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR	1	Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

8. Wahlperiode (1976–80)

Zustimmung BR versagt	1	Viertes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes
	2	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen
	3	Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1981)
	4	Gesetz zum Schutz vor Verkehrslärm von Straßen und Schienenwegen (Verkehrslärmschutzgesetz – VLärmSchG –)
	5	Gesetz zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes
	6	Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz – KSVG –)
	7	Staatshaftungsgesetz
	8	Fünfunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Staatshaftung] ¹⁾
	9	Erstes Gesetz zur Fortentwicklung des Strafvollzuges (Erstes Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz – 1. StVollzFG –) ¹⁾
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR	1	Neunzehntes Strafrechtsänderungsgesetz (– 19. StrÄndG –)
	2	... Strafrechtsänderungsgesetz (– ... StrÄndG –)

¹⁾ Diese beiden Gesetze konnten nach Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat und anschließender Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Bundesregierung dort wegen Ablaufs der 8. Wahlperiode nicht mehr abschließend behandelt werden.

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Grund des Scheiterns	lfd. Nr.	Gesetz
----------------------	----------	--------

9. Wahlperiode (1980–83)

Zustimmung BR versagt	1	Gesetz zur Neubewertung unbebauter baureifer Grundstücke (Teilhauptfeststellungsgesetz 1983)
	2	Gesetz über die Erstellung von Übersichten über die üblichen Entgelte für nicht preisgebundenen Wohnraum (Mietspiegelgesetz)
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR		<i>keine Gesetze</i>
Vom BT nicht behandelter Einspruch des BR	1	Mietrechtsänderungsgesetz 1982

10. Wahlperiode (1983–87)

Zustimmung BR versagt		<i>keine Gesetze</i>
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR		<i>keine Gesetze</i>

11. Wahlperiode (1987–90)

Zustimmung BR versagt	1	Zweites Gesetz zur Verbesserung des Wahlrechts für die Sozialversicherungswahlen
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR		<i>keine Gesetze</i>

12. Wahlperiode (1990–94)

Zustimmung BR versagt	1	Gesetz zur weiteren Verlängerung der Kündigungsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung nach dem Einigungsvertrag
	2	Gesetz zur Änderung des Haushaltsgrundsatzgesetzes und der Bundeshaushaltsordnung
	3	Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, des Strafgesetzbuches und anderer Gesetze
	4	Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes
	5	Beschäftigungsförderungsgesetz 1994
	6	Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Grund des Scheiterns	lfd. Nr.	Gesetz
----------------------	----------	--------

noch: 12. Wahlperiode (1990-94)

noch: Zustimmung BR versagt	7	Gesetz über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
	8	Gesetz zur Anpassung krankenversicherungsrechtlicher Vorschriften (GKV-Anpassungsgesetz)
	9	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR	1	Entgeltfortzahlungsgesetz

Vergleich der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat

Angesichts der verfassungsrechtlichen Möglichkeit des Bundesrates, Bundesgesetze durch Zustimmungsverigerung scheitern zu lassen (bei einer Quote von bis zu 60 Prozent zustimmungsbedürftigen Gesetzen!), haben sich alle Bundesregierungen seit 1949 nicht nur um ausreichende Mehrheiten im Deutschen Bundestag gesorgt, sondern auch um für sie günstige Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Die Problematik der unterschiedlichen Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat ist zwar erst mit Bildung der sozialliberalen Koalition im Oktober 1969 erstmals akut geworden, doch bei allen Koalitionsentscheidungen auf Länderebene spielte zuvor schon der Gedanke an die mögliche Oppositionsfunktion des Bundesrates eine bedeutende Rolle.*) Insbesondere vor anstehenden Landtagswahlen ist deshalb die Frage von Interesse, inwieweit ein Regierungswechsel im Bundesland X zugleich den Verlust der Bundesratsmehrheit für die auf Bundesebene regierenden Parteien bedeuten könnte.

Zur Beantwortung solcher Fragen werden im folgenden die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Bundestages und des Bundesrates gegenübergestellt. Es geht hauptsächlich darum, auf wie viele Stimmen im Bundesrat die amtierende Bundesregierung bzw. die Regierungskoalition zugunsten ihrer Gesetzesvorlagen zählen kann. Auch wenn die Stimmen eines Bundeslandes im Bundesrat nur einheitlich abgegeben werden können (Art. 51 Abs. 3 GG), ergeben sich doch bei der Gegenüberstellung eine Reihe methodischer Schwierigkeiten. Unklar ist vor allem, welcher Seite die Bundesratsstimmen solcher Bundesländer zuzurechnen sind, in denen die Regierung sich aus Parteien zusammensetzt, die sich im Bund auf der Regierungs- und Oppositionsseite gegenüberstehen. Praktikabel, aber ungenau und daher bedenklich erscheint es, die Stimmenverteilung im Bundesrat danach vorzunehmen, welcher Koalitionspartner politisch stärker ist oder welcher Partei der Mini-

*) Vgl. – mit zahlreichen Hinweisen auf Versuche, auf Koalitionsbildungen in diesem Sinne einzuwirken – u. a. *Heinz Laufer*, Der Bundesrat als Instrument der Opposition? Eine Funktionsanalyse der Länderkammer unter den Bedingungen divergierender Mehrheitskonstellationen in Bundestag und Bundesrat. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 3. S. 318–341 sowie *Georg Fabritius*, Der Bundesrat: Transmissionsriemen für die Unitarisierung der Bundesrepublik? Geschichte der Koalitionsbildung in den Bundesländern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 7. 1976. H. 4. S. 448–460.

sterpräsident angehört. Eingebürgert hat sich die Unterscheidung in CDU- bzw. CSU-geführte Bundesländer (= B-Länder) und in SPD-geführte Bundesländer (= A-Länder). Diese Einteilung ist indes nur anwendbar, solange die Koalitions-Oppositions-Linie in allen Bundesländern entlang der des Bundes verläuft – bisher die Ausnahme in der Bundesrepublik Deutschland.

Divergierende Koalitionsverhältnisse im Bund und in einzelnen Bundesländern haben bei Koalitionsverhandlungen immer wieder zu einer Reihe von Angeboten, Forderungen und Vereinbarungen („Bundesratsklauseln“) geführt.*) Soweit solche Koalitionen zustande kamen, müssen die Bundesratsstimmen dieses Landes parteipolitisch als mehr oder weniger „neutralisiert“ betrachtet werden.**)

Für den Vergleich der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat werden daher drei Kategorien von Bundesländern gebildet: Bundesländer, in denen die Regierung bzw. die Regierungskoalition mit der Koalition im Bundestag

- identisch (= **R**[egierungsländer]),
- nicht identisch (= **O**[ppositionsländer]) und
- teilweise identisch (= **M**[ischländer]) ist.***)

Zur Erläuterung:

R-Länder heißt: Die Landesregierung wird ausschließlich von einer Partei oder von Parteien gebildet, aus denen sich auch die jeweilige Bundesregierung zusammensetzt. Beispiele (Stand: Ende 1991) sind u. a. die Landesregierungen von Baden-Württemberg (CDU) und von Bayern (CSU). Für die Zuordnung eines Bundeslandes in die Kategorie R spielt es keine Rolle, ob sich dort eine Regierungspartei des Bundes in Opposition befindet (z. B. die FDP zeitweise in Baden-Württemberg und Bayern).

O-Länder heißt: Die Landesregierung wird ausschließlich von einer Partei oder von Parteien gebildet, die auf Bundesebene in Opposition zur Bundesregierung stehen. Gegenwärtige Beispiele sind u. a. die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und des Saarlandes (jeweils SPD).

M-Länder heißt: Die Landesregierung setzt sich aus Parteien zusammen, die auf Bundesebene sowohl der Regierungskoalition als auch der Opposition angehören. Beispiele sind gegenwärtig Rheinland-Pfalz (Regierung aus SPD und FDP), außerdem während der Zeit der Großen Koalition auf Bundesebene (1966–1969) alle Landesregierungen mit Beteiligung der FDP (u. a. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen) oder nach 1969 nach Bildung der sozialliberalen Bundesregierung die damalige Große Koalition in Baden-Württemberg.

Für die Unterstützung der Politik der Bundesregierung bedeutet dies:

- Die Zahl der Stimmen, über die die R-Länder im Bundesrat verfügen, können im wesentlichen als Pro-Stimmen für die Bundesregierung betrachtet werden (abgesehen bei Gesetzen und Vorlagen, die zwischen dem Bund und den Ländern insgesamt strittig sind).
- Die Zahl der Bundesratsstimmen der O-Länder sind – zumindest bei politisch kontroversen Gesetzen – als Contra-Stimmen zur Bundesregierung zu werten.
- Inwieweit die Regierungskoalition im Bund mit den Bundesratsstimmen der M-Länder rechnen kann, hängt – besonders bei hochpolitischen Gegenständen – vom Einzelfall und von entsprechenden Absprachen ab.

*) Vgl. als ein Beispiel aus dem Jahre 1973: „Um der F.D.P. in Hessen den Vorwand wegen der Bundesratsfrage zu nehmen, stellte der CDU-Landesvorsitzende *Alfred Dregger* der F.D.P. im Falle einer Koalition mit ihr in Hessen die Stimm-Führerschaft im Bundesrat in Aussicht. Zuvor hatte die F.D.P. an ihrer Koalitionstreue keine Zweifel gelassen.“ (*Georg Fabritius*, a. a. O. S. 455) Eine neue Variante der „Bundesratsklausel“ ist seit Mai 1996 dadurch ins Spiel gekommen, daß die SPD-FDP-Koalition von Rheinland-Pfalz für strittige Entscheidungen im Bundesrat das Losverfahren (!) eingeführt hat.

**) „Die auf eine solche Koalition entfallenden Stimmen können nicht durch Vermutungen und Einschätzungen der politischen Gewichte der einen oder anderen Seite zugeschlagen werden. Diese Stimmen sind parteipolitisch als neutralisiert anzusehen...“ (*Gerhard Limberger*, Die Kompetenzen des Bundesrates und ihre Inanspruchnahme. Eine empirische Untersuchung. Berlin 1982, S. 153)

***)) Mit der Bezeichnung R-Länder, O-Länder und M-Länder wird einem Vorschlag von *Gerhard Lehbruch* gefolgt.

Vergleicht man nun die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und im Bundesrat seit 1949, so läßt sich feststellen:

- Über stabile und selbstverständliche Mehrheiten im Bundesrat verfügten die CDU/CSU-geführten Bundesregierungen zwischen 1949 und 1961 (von wenigen Wochen im Sommer 1955 abgesehen) nicht. Zwar gab es zu keiner Zeit divergierende Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat, vieles aber hing vom Stimmverhalten der M-Länder ab.
- Eine breite Bundesrats-Mehrheit besaß die Bundesregierung erst zwischen November 1961 und Oktober 1966, und auch die Große Koalition ab Dezember 1966 konnte sich auf eine ausreichende Mehrheit im Bundesrat stützen.
- Die Problematik divergierender Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat durchzog erst die gesamte Zeit der sozialliberalen Koalition zwischen 1969 und 1982: Zu keiner Zeit überstieg die Stimmzahl der R-Länder die der O- und M-Länder. Allenfalls zwischen Oktober 1969 und Juni 1972 war mit der Unterstützung der M-Länder zu rechnen, spätestens ab Juni 1972 – mit der Auflösung der Großen Koalition in Baden-Württemberg – verfügte die Opposition im Bundestag, d. h. die CDU und CSU, über die Mehrheit der Stimmen im Bundesrat und konnte diese Mehrheit durch den überraschenden Regierungswechsel in Niedersachsen im Januar/Februar 1976 noch weiter ausbauen.
- Seit der „Wende“ auf Bundesebene im Oktober 1982 waren die Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat zunächst wieder identisch. Der Regierungswechsel im Saarland im April 1985 hat daran nichts ändern können, und die Hamburger Koalition von SPD und FDP (anstelle der SPD-Alleinregierung) seit September 1987 ist wohl eher als Stärkung der Position der Bundesregierung zu werten.
- Eine Wiederholung der Situation von 1969 bis 1982 mit abweichenden Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat setzte im Juni 1990 ein, wobei zwei Umstände der Opposition im Bundestag vorübergehend für fünf Monate zu einer Mehrheit im Bundesrat verhalfen: (1) die Aufhebung des alliierten Vorbehalts gegenüber dem vollen Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundesrat, wodurch sich der Regierungswechsel in Berlin vom März 1989 voll auswirken konnte, (2) der Regierungswechsel in Niedersachsen.
- Schon im November 1990 brachte der Beitritt der fünf neuen, überwiegend CDU-geführten Bundesländer im Bundesrat einen Wechsel des Mehrheitsverhältnisses zugunsten der CDU/CSU-FDP-Koalition im Bund. Aber auch dieser Zustand hielt sich nur ein reichliches halbes Jahr.
- Nach Regierungs- und Koalitionswechseln in Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg in den ersten sechs Monaten des Jahres 1991 verfügte die Opposition im Bundestag zwischen Juni und Dezember 1991 wieder über eine knappe Mehrheit der Stimmen im Bundesrat – freilich nicht über die absolute Mehrheit, denn diese liegt bei 35 Stimmen (von insgesamt 68). Seit Dezember 1991 sind die drei Stimmen des Bundeslandes Bremen zum Lager der „neutralisierten“ M-Länder zu zählen, seit April 1992 auch die sechs Stimmen von Baden-Württemberg.
- Endgültig die absolute Mehrheit erhielten die O-Länder im Januar 1996 (durch den besonderen Umstand, daß Hessen mit Überschreiten der Sechs-Million-Grenze bei der Einwohnerzahl eine zusätzliche Bundesratsstimme zufiel).*)

*) Vgl. auch *Thomas König* und *Thomas Bräuninger*, Wie wichtig sind die Länder für die Politik der Bundesregierung bei Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 28. 1997. H. 4. S. 605–628.

Hinweis

Angaben zu den Bundesländern finden sich noch in folgenden Abschnitten:

- 1.28 Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen
- 6.21 Regierungen in Bund und Ländern

Wahlperiode	Stand	Regierungs- koalition im Bundestag	Regierung(skoalition) in folgenden Bundesländern damit			Stimmzahl (in Klammern: Berlin)				Bemerkungen
			identisch	nicht identisch	teilweise identisch	Bundes- rat insgesamt	davon			
							R-Länder (pro)	O-Länder (contra)	M-Länder (neutral)	
1.	Sept. 1949	CDU/CSU + FDP + DP	BAD, BAY	SWH	HAM, BER, NDS, BRE, NRW, HES, RPF, WÜB, WÜH	43(+4)	8	4	31(+4)	
	Okt. 1949	(wie zuvor)	RPF, BAD, BAY	(wie zuvor)	HAM, BER, NDS, BRE, NRW, HES, WÜB, WÜH	43(+4)	12	4	27(+4)	KoaW RPF
	Dez. 1949	(wie zuvor)	BAD, BAY	(wie zuvor)	HAM, BER, NDS, BRE, NRW, HES, RPF, WÜB, WÜH	43(+4)	8	4	31(+4)	KoaW RPF
	Feb. 1950	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, HAM	BER, NDS, BRE, NRW, HES, RPF, WÜB, WÜH	43(+4)	8	7	28(+4)	KoaW HAM
	Aug. 1950	(wie zuvor)	NRW, BAD, BAY	SWH, HAM, NDS	BER, BRE, HES, RPF, WÜB, WÜH	43(+4)	13	12	18(+4)	KoaW NDS, RegW NRW
	Sept. 1950	(wie zuvor)	SWH, NRW, BAD, BAY	HAM, NDS	BER, BRE, HES, RPF, WÜB, WÜH	43(+4)	17	8	18(+4)	RegW SWH
	Dez. 1950	(wie zuvor)	SWH, NRW, BAD	(wie zuvor)	BER, BRE, HES, RPF, WÜB, WÜH, BAY	43(+4)	12	8	23(+4)	RegW BAY
	Jan. 1951	(wie zuvor)	(wie zuvor)	HAM, NDS, HES	BER, BRE, RPF, WÜB, WÜH, BAY	43(+4)	12	12	19(+4)	RegW HES

	Juni 1951	(wie zuvor)	SWH, NRW, RPF, BAD	(wie zuvor)	BER, BRE, WÜB, WÜH, BAY	43(+4)	16	12	15(+4)	RegW RPF
	April 1952	(wie zuvor)	SWH, NRW, RPF	(wie zuvor)	BER, BRE, BWÜ, BAY	38(+4)	13	12	13(+4)	Gründung BWÜ
2.	Okt. 1953	CDU/CSU + FDP + DP + GB/BHE	SWH, NRW, RPF	HAM, HES	BER, NDS, BRE, BWÜ, BAY	38(+4)	13	7	18(+4)	RegW Bund
	Dez. 1953	(wie zuvor)	SWH, HAM, BER, NRW, RPF	HES	NDS, BRE, BWÜ, BAY	38(+4)	16(+4)	4	18	RegW HAM, KoaW BER
	Jan. 1955	(wie zuvor)	SWH, HAM, NRW, RPF		BER, NDS, BRE, HES, BWÜ, BAY	38(+4)	16	0	22(+4)	RegW BER u. HES
	Mai 1955	(wie zuvor)	SWH, HAM, NDS, NRW, RPF		BER, BRE, HES, BWÜ, BAY	38(+4)	21	0	17(+4)	RegW NDS
	Juli 1955	CDU/CSU + FDP + DP	HAM, NRW, RPF	HES	SWH, BER, NDS, BRE, BWÜ, BAY	38(+4)	12	4	22(+4)	KoaW Bund
	Feb./März 1956	CDU/CSU + DP + FVP		NRW, HES	SWH, HAM, BER, NDS, BRE, RPF, BWÜ, BAY	38(+4)	0	9	29(+4)	KoaW Bund, RegW NRW
	Jan. 1957	(wie zuvor)		(wie zuvor)	SWH, HAM, BER, NDS, BRE, RPF, BWÜ, BAY, SAA	41(+4)	0	9	32(+4)	Eingliederung SAA

Abkürzungen

SWH = Schleswig-Holstein

HAM = Hamburg

NDS = Niedersachsen

BER = Berlin

BRE = Bremen

NRW = Nordrhein-Westfalen

RPF = Rheinland-Pfalz

HES = Hessen

WÜB = Württemberg-Baden

WÜH = Württemberg-Hohenzollern

BAD = Baden

BWÜ = Baden-Württemberg

BAY = Bayern

SAA = Saarland

RegW = Regierungswechsel

KoaW = Koalitionswechsel

Wahlperiode	Stand	Regierungskoalition im Bundestag	Regierung(skoalition) in folgenden Bundesländern damit			Stimmzahl (in Klammern: Berlin)				Bemerkungen
			identisch	nicht identisch	teilweise identisch	Bundesrat insgesamt	davon			
							R-Länder (pro)	O-Länder (contra)	M-Länder (neutral)	
3.	Okt. 1957	CDU/CSU + DP		NRW, HES	SWH, HAM, BER, NDS, BRE, RPF, BWÜ, BAY, SAA	41(+4)	0	9	32(+4)	RegW Bund
	Dez. 1957	(wie zuvor)		HAM, NRW, HES	SWH, BER, NDS, BRE, RPF, BWÜ, BAY, SAA	41(+4)	0	12	29(+4)	RegW HAM
	Juli 1958	(wie zuvor)	NRW	HAM, HES	(wie zuvor)	41(+4)	5	7	29(+4)	RegW NRW
	Mai 1959	(wie zuvor)	(wie zuvor)	HAM, NDS, HES	SWH, BER, BRE, RPF, BWÜ, BAY, SAA	41(+4)	5	12	24(+4)	RegW NDS
	Dez. 1959	(wie zuvor)	(wie zuvor)	HAM, NDS, BRE, HES	SWH, BER, BRE, BWÜ, BAY, SAA	41(+4)	5	15	21(+4)	RegW BRE
	Juli 1960	CDU/CSU	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	41(+4)	5	15	21(+4)	KoaW Bund
4.	Nov. 1961	CDU/CSU + FDP	SWH, NRW, RPF, BWÜ, BAY, SAA	HES	HAM, BER, NDS, BRE	41(+4)	26	4	11(+4)	RegW Bund
5.	Okt. 1965	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	41(+4)	26	4	11(+4)	
	April 1966	(wie zuvor)	(wie zuvor)	HAM, HES	BER, NDS, BRE	41(+4)	26	7	8(+4)	RegW HAM

	Okt. 1966	CDU/CSU	BAY	HAM, BER, BRE, HES	SWH, NDS, NRW, RPF, BWÜ, SAA	41(+4)	5	10(+4)	26	KoaW Bund
	Dez. 1966	CDU/CSU + SPD	HAM, NDS, HES, BWÜ, BAY		SWH, BER, BRE, NRW, RPF, SAA	41(+4)	22	0	19(+4)	RegW Bund, NRW u. BWÜ
6.	Okt. 1969	SPD + FDP	HAM, BER, BRE, NRW, HES	BAY	SWH, NDS, RPF, BWÜ, SAA	41(+4)	15(+4)	5	21	RegW Bund
	Juli 1970	(wie zuvor)	HAM, BER, NDS, BRE, NRW, HES	BAY, SAA	SWH, RPF, BWÜ	41(+4)	20(+4)	8	13	RegW NDS u. SAA
	Mai 1971	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, RPF, BAY, SAA	BWÜ	41(+4)	20(+4)	16	5	RegW SWH u. RPF
	Juni 1972	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, RPF, BWÜ, BAY, SAA		41(+4)	20(+4)	21		RegW BWÜ
7.	Dez. 1972	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)		41(+4)	20(+4)	21		
	Jan./Feb. 1976	(wie zuvor)	HAM, BER, BRE, NRW, HES	SWH, NDS, RPF, BWÜ, BAY, SAA		41(+4)	15(+4)	26		RegW NDS
8.	Dez. 1976	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)		41(+4)	15(+4)	26		
	Jan. 1977	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, RPF, BWÜ, BAY, SAA	NDS	41(+4)	15(+4)	21	5	KoaW NDS
	März 1977	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, RPF, BWÜ, BAY	NDS, SAA	41(+4)	15(+4)	18	8	KoaW SAA
	Juni 1978	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, NDS, RPF, BWÜ, BAY	SAA	41(+4)	15(+4)	23	3	RegW NDS

Wahlperiode	Stand	Regierungs- koalition im Bundestag	Regierung(skoalition) in folgenden Bundesländern damit			Stimmzahl (in Klammern: Berlin)				Bemerkungen
			identisch	nicht identisch	teilweise identisch	Bundes- rat insgesamt	davon			
							R-Länder (pro)	O-Länder (contra)	M-Länder (neutral)	
9.	Nov. 1980	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	41(+4)	15(+4)	23	3	
	Juni 1981	(wie zuvor)	HAM, BRE, NRW, HES	SWH, BER, NDS, RPF, BWÜ, BAY	(wie zuvor)	41(+4)	15	23(+4)	3	RegW BER
	Sept. 1982	SPD	(wie zuvor)	SWH, BER, NDS, RPF, BWÜ, BAY, SAA		41(+4)	15	26(+4)		KoaW Bund
	Okt. 1982	CDU/CSU + FDP	SWH, BER, NDS, RPF, BWÜ, BAY, SAA	HAM, BRE, NRW, HES		41(+4)	26(+4)	15		RegW Bund
10.	März 1983	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)		41(+4)	26(+4)	15		
	April 1985	(wie zuvor)	SWH, BER, NDS, RPF, BWÜ, BAY	HAM, BRE, NRW, HES, SAA		41(+4)	23(+4)	18		RegW SAA
11.	Febr. 1987	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)		41(+4)	23(+4)	18		
	April 1987	(wie zuvor)	SWH, BER, NDS, HES, RPF, BWÜ, BAY	HAM, BRE, NRW, SAA		41(+4)	27(+4)	14		RegW HES
	Sept. 1987	(wie zuvor)	(wie zuvor)	BRE, NRW, SAA	HAM	41(+4)	27(+4)	11	3	RegW HAM
	Mai 1988	(wie zuvor)	BER, NDS, HES, RPF, BWÜ, BAY	SWH, BRE, NRW, SAA	HAM	41(+4)	23(+4)	15	3	RegW SWH
	März 1989	(wie zuvor)	NDS, HES, RPF, BWÜ, BAY	SWH, BRE, BER, NRW, SAA	HAM	41(+4)	23	15(+4)	3	RegW BER
	Juni 1990	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	45	23	19	3	1)

	Juni 1990	(wie zuvor)	HES, RPF, BWÜ, BAY	SWH, BRE, NDS, BER, NRW, SAA	(wie zuvor)	45	18	24	3	RegW NDS
	Okt. 1990	CDU/CSU + FDP + DSU ³⁾	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	49	20	26	3	2)
	Nov. 1990	(wie zuvor)	HES, RPF, BWÜ, BAY, MBV, SAN, THÜ, SAC	SWH, BRE, NDS, BER, NRW, SAA	HAM, BRA	68	35	26	7	4)
12.	Jan 1991	CDU/CSU + FDP	(wie zuvor)	SWH, BRE, NDS, NRW, SAA	HAM, BER, BRA	68	35	22	11	RegW BER
	April 1991	(wie zuvor)	RPF, BWÜ, BAY, MBV, SAN, THÜ, SAC	SWH, BRE, NDS, NRW, HES, SAA	(wie zuvor)	68	31	26	11	RegW HES
	Mai 1991	(wie zuvor)	BWÜ, BAY, MBV, SAN, THÜ, SAC	(wie zuvor)	HAM, BER, RPF, BRA	68	27	26	16	RegW RPF
	Juni 1991	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, HAM, BRE, NDS, NRW, HES, SAA	BER, RPF, BRA	68	27	29	12	KoaW HAM
	Dez. 1991	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, HAM, NDS, NRW, HES, SAA	BER, BRE, RPF, BRA	68	27	26	15	KoaW BRE
	April 1992	(wie zuvor)	BAY, MBV, SAN, THÜ, SAC	(wie zuvor)	BER, BRE, RPF, BWÜ, BRA	68	21	26	21	KoaW BWÜ
	Juli 1994	(wie zuvor)	BAY, MBV, THÜ, SAC	SWH, HAM, NDS, NRW, HES, SAA, SAN	(wie zuvor)	68	17	30	21	KoaW SAN

1) Volles Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundesrat

2) Geänderte Stimmenverteilung der Länder im Bundesrat aufgrund der Änderung von Artikel 51 Abs. 2 des Grundgesetzes (vgl. S. 856)

3) Nach Eintritt der von der Volkskammer der DDR gewählten Abgeordneten in den Bundestag Einbeziehung der DSU in die Regierungskoalition, jedoch ohne ausdrücklichen Koalitionsvertrag.

4) Beitritt der fünf neuen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nach deren Konstituierung Ende Oktober/Anfang November 1990.

Wahlperiode	Stand	Regierungs-koalition im Bundestag	Regierung(skoalition) in folgenden Bundesländern damit			Stimmzahl (in Klammern: Berlin)				Bemerkungen
			identisch	nicht identisch	teilweise identisch	Bundesrat insgesamt	davon			
							R-Länder (pro)	O-Länder (contra)	M-Länder (neutral)	
nach: 12.	Okt. 94	(wie zuvor)	(wie zuvor)	SWH, HAM, NDS, NRW, HES, SAA, BRA, SAN	BER, BRE, RPF, BWÜ	68	17	34	17	KoaW BRA
13. ⁵⁾	Nov. 1994	CDU/CSU + FDP	BAY, MBV, SAC	(wie zuvor)	BER, BRE, RPF, BWÜ, THÜ	68	13	34	21	KoaW THÜ
	Dez. 1994	(wie zuvor)	BAY, SAC	(wie zuvor)	BER, BRE, RPF, BWÜ, MBV, THÜ	68	10	34	24	KoaW MBV
	Jan. 1996	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	69	10	35	24	⁶⁾
	Juni 1996	(wie zuvor)	BWÜ, BAY, SAC	(wie zuvor)	BER, BRE, RPF, MBV, THÜ	69	16	35	18	KoaW BWÜ

⁵⁾ Stand: 31. August 1997

⁶⁾ Mit Überschreiten der Einwohnerzahl in Hessen auf über sechs Millionen Erhöhung der Stimmzahl von vier auf fünf und der Gesamtzahl von 68 auf 69.

Abkürzungen

SWH = Schleswig-Holstein

HAM = Hamburg

NDS = Niedersachsen

BRE = Bremen

NRW = Nordrhein-Westfalen

RPF = Rheinland-Pfalz

HES = Hessen

BWÜ = Baden-Württemberg

BAY = Bayern

SAA = Saarland

BER = Berlin

MBV = Mecklenburg-Vorpommern

BRA = Brandenburg

SAN = Sachsen-Anhalt

THÜ = Thüringen

SAC = Sachsen

RegW = Regierungswechsel

KoaW = Koalitionswechsel

Hinweis

Die Regierungschefs der Bundesländer sind in der Synopse „Regierungen in Bund und Ländern“ (Abschnitt 6.21) aufgeführt.

Stimmenanteile der Länder im Bundesrat

Mit der Vereinigung Deutschlands hat sich die Stimmenverteilung der Länder im Bundesrat verändert. Im Einigungsvertragsgesetz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. September 1990 ist eine Ergänzung des Artikels 51 Abs. 2 des Grundgesetzes enthalten, nach der Länder mit über 7 Millionen Einwohnern künftig 6 Stimmen haben. Ansonsten bleibt die bisherige Stimmenstaffel unverändert. Danach hat jedes Land mindestens 3 Stimmen, Länder mit mehr als 2 Millionen Einwohnern haben 4 und Länder mit mehr als 6 Millionen Einwohnern haben 5 Stimmen.

Auf der Grundlage der Bevölkerungszahlen der Länder ergibt sich für den Bundesrat nach der alten Fassung des Artikels 51 Abs. 2 GG und für den gesamtdeutschen Bundesrat die folgende Stimmenverteilung:

Land	Einwohner in Millionen	Art. 51 II GG alte Fassung	Art. 51 II GG geltende Fassung
Nordrhein-Westfalen	16,99	5	6
Bayern	11,15	5	6
Baden-Württemberg	9,54	5	6
Niedersachsen	7,23	5	6
Hessen	5,62	4	4 ¹⁾
Sachsen	4,84	–	4
Rheinland-Pfalz	3,68	4	4
Berlin	3,38	4	4
Sachsen-Anhalt	2,92	–	4
Thüringen	2,65	–	4
Brandenburg	2,61	–	4
Schleswig-Holstein	2,57	4	4
Mecklenburg-Vorpommern	1,95	–	3
Hamburg	1,61	3	3
Saarland	1,05	3	3
Bremen	0,67	3	3
insgesamt	78,46	45	68 ¹⁾

¹⁾ Ab Januar 1996 – mit Überschreiten der Einwohnerzahl in Hessen auf über sechs Millionen – Erhöhung auf fünf Stimmen; damit steigt zugleich die Gesamtzahl der Stimmen im Bundesrat auf 69.

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

11.9 Vermittlungsverfahren

Der in Artikel 77 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vorgesehene Vermittlungsausschuß („ein aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeter Ausschuß“) hat die Aufgabe, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundestag und Bundesrat über den Inhalt eines vom Bundestag beschlossenen Gesetzes durch einen Einigungsvorschlag zu vermitteln.

„Hervorzuheben ist, daß bei solchen Meinungsverschiedenheiten das Recht, die Einberufung des Vermittlungsausschusses zu verlangen, dem Bundesrat zu jedem Gesetzesbeschluß des Bundestages binnen drei Wochen nach dessen Eingang zusteht (Art. 77 Abs. 2 Satz 1 GG). Für den Bundestag und die Bundesregierung ist hingegen das Recht, den Vermittlungsausschuß anzurufen, auf solche Gesetze beschränkt, die der Zustimmung des Bundesrats bedürfen (Art. 77 Abs. 2 Satz 4 GG).

Bei Meinungsverschiedenheiten zu zustimmungsbedürftigen Gesetzen sind also drei Vermittlungsverfahren möglich, bevor ein solches Gesetz an der Versagung der Zustimmung durch den Bundes-

Hinweis

Das **Gesetzesregister** (Kapitel 33) enthält die im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnten Gesetze, unabhängig davon, ob sie verabschiedet und in Kraft getreten sind oder nicht. Es handelt sich dabei in der Reihenfolge der Abschnitte im wesentlichen um folgende Gesetze:

- Wahlgesetze (Abschnitt 1.1),
- die einzelnen Abgeordnetengesetze mit ihrem Inhalt (Abschnitt 2.3),
- Gesetze, die Inkompatibilitätsvorschriften enthalten (Abschnitt 2.9),
- Gesetze, die eine Berichtspflicht der Bundesregierung enthalten (Abschnitt 6.18),
- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs (Abschnitt 6.19),
- Gesetze, über die namentlich abgestimmt wurde (Abschnitt 8.14),
- Gesetze, zu denen von Mitgliedern des Bundestages Erklärungen zur Abstimmung abgegeben wurden (Abschnitt 8.16),
- Gesetze, die kontrovers verabschiedet wurden (Abschnitt 8.17),
- Gesetze, zu deren Beratung Unterausschüsse, Arbeitsgruppen oder Sonderausschüsse eingesetzt wurden (Abschnitt 9.2),
- Gesetze, zu denen öffentliche Anhörungen durchgeführt wurden (Abschnitt 9.8),
- Gesetze, die aufgrund eines Grundgesetz-Auftrages verabschiedet wurden (Abschnitt 11.2),
- Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer in jeder Wahlperiode (Abschnitt 11.7),
- Gesetze, die infolge von Zustimmungsversagungen oder Einsprüchen des Bundesrates gescheitert sind (Abschnitt 11.8),
- Gesetze, die der Bundespräsident nicht verkündet hat (Abschnitt 11.10),
- Gesetze, die das Bundesverfassungsgericht für nichtig oder verfassungswidrig erklärt hat (Abschnitt 11.13),
- Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden (Abschnitt 11.15),
- Gesetze, die im Entwurf getestet und deren Wirkung analysiert wurden (Abschnitt 11.16),
- Gesetze, die Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalten des Bundestages vorsehen (Abschnitt 11.18),
- 150 Gesetze, die zu den „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung gezählt werden (Abschnitt 11.19),
- Gesetze, die die Opposition im Bundestag mit Erfolg initiiert hat (Abschnitt 12.4),
- Gesetze, in denen Regelungen zur Parlamentsreform enthalten sind (Abschnitt 13.2),
- Grundgesetz-Änderungsgesetze (Abschnitt 14.2),
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe zu Grundgesetz-Artikeln (Abschnitt 14.4),
- parlamentsrechtliche Gesetze (Abschnitt 15.1),
- die Diätengesetze (Abschnitt 20.2),
- Gesetze, zu denen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Gesetzesmaterialien“ veröffentlicht haben (Abschnitt 22.3).

rat scheidet. Bei Meinungsverschiedenheiten zu einfachen Gesetzen, zu welchen eine förmliche Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist, kann lediglich ein Vermittlungsverfahren durchgeführt werden, das nur durch ein Anrufungsbegehren des Bundesrates ausgelöst werden kann. Das beendigte Vermittlungsverfahren ist bei den einfachen Gesetzen sogar notwendige Voraussetzung für einen vom Bundestag (binnen zwei Wochen) zu beschließenden etwaigen Einspruch (Art. 77 Abs. 3 GG). Nur wenn der Bundestag einen vom Bundesrat beschlossenen Einspruch mit der nach Art. 77 Abs. 4 GG erforderlichen Mehrheit nicht überstimmt, ist das Gesetz gescheitert.

Während also bei den zustimmungsbedürftigen Gesetzen die Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat endgültig zum Scheitern des Zustimmungsgesetzes führen kann, hat bei den einfachen Gesetzen der erst nach abgeschlossenem Vermittlungsverfahren mögliche Einspruch des Bundesrates nur hemmende Wirkung, da der Bundestag den Einspruch überstimmen kann, so daß das vom Bundestag beschlossene Gesetz doch noch zustande kommt. *)

Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses

„Das Grundgesetz hat die Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses nicht selbst geregelt, sondern in Art. 77 Abs. 2 Satz 1, 2 nur gesagt, daß er aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates gebildet werde und daß die GO VA die Zusammensetzung im einzelnen regelt. Diese bestimmt in ihrem § 1, daß sich der Vermittlungsausschuß aus 22 Mitgliedern zusammensetzt, von denen Bundestag und Bundesrat je 11 entsenden. Jedes Bundesland einschließlich Berlins ist durch ein Mitglied vertreten (vgl. § 11 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 GO BR). Anders als nach § 11 Abs. 2 GO BR für die Bundesratsausschüsse, in denen die Bundesländer außer durch Bundesratsmitglieder auch durch Beauftragte – also Beamte – der Landesregierungen vertreten sein können, schreibt § 1 GO VA im Anschluß an Art. 77 Abs. 2 Satz 1 GG für den Vermittlungsausschuß vor, daß nur Mitglieder des Bundesrates, also gem. Art. 51 Abs. 1 GG nur Mitglieder der Regierungen der Bundesländer, dem Vermittlungsausschuß angehören dürfen. Da die Regierungen der Bundesländer nach § 11 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 GO BR den Zeitpunkt der Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vermittlungsausschusses dem Präsidenten des Bundesrates schriftlich mitteilen, bestimmt jede Landesregierung nicht nur ihre Vertreter im Bundesrat und in den Ausschüssen, sondern auch ihr Mitglied und dessen Vertreter im Vermittlungsausschuß.“ (**)

Dem Prinzip folgend, daß jedes Bundesland im Vermittlungsausschuß durch ein Mitglied vertreten ist, war nach der Vereinigung Deutschlands und der Gründung der fünf neuen Bundesländer die Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Vermittlungsausschuß entsprechend zu ändern. Seit Anfang Oktober 1990 setzt sich somit der Vermittlungsausschuß aus 32 Mitgliedern zusammen: je 16 von Bundestag und von Bundesrat entsandt.

Der Bundestag wählt seine inzwischen 16 Mitglieder nach dem jeweils beschlossenen Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen, so daß die Bundestagsfraktionen im Vermittlungsausschuß nach ihrer Stärke berücksichtigt sind. (**)

*) Quelle: *Philipp Drod*, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der sechsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: *Bundesanzeiger*. Jg. 29. Nr. 42 vom 2. 3. 1977. S. 5.

Vgl. im übrigen anstelle vieler: *Max Dietlein*, Vermittlung zwischen Bundestag und Bundesrat. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1565–1578.

***) *Hans Schäfer*, Der Vermittlungsausschuß. In: *Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft*. Bad Honnef, Darmstadt 1974, S. 288.

****) Zwischen 1949 und 1970 handelt es sich um das Höchstzahlverfahren nach *d'Hondt*, zwischen 1970 und 1980 um das Mathematische Proportionsverfahren nach *Hare/Niemeyer* und seit 1980 um das Rangmaßzahlverfahren nach *Schepers* bzw. das Proportionalverfahren nach *Sainte-Laguë/Schepers*.

Statistik

Die folgende Statistik*) gibt den Überblick über die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses seit der 1. Wahlperiode.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Anzahl der Sitzungen des Vermittlungsausschusses	51	33	21	15	15	15	40
Anrufungen des Vermittlungsausschusses insgesamt	75 ¹⁾	65	49	39 ⁴⁾	39 ⁵⁾	33	104
– davon durch Bundesrat	70 ²⁾	59	46	34 ⁴⁾	34 ⁵⁾	31	96
– davon durch Bundesregierung	3 ³⁾	3	3	3	4	2	7
– davon durch Bundestag	2	3	0	2	1	0	1
davon bei einem Gesetz							
– zwei Anrufungen	3 ³⁾	1	0	2	2 ⁶⁾	2	6
– drei Anrufungen	0	1	0	0	1	0	1
davon schließlich als Gesetz							
– verkündet	63	56	47	35	30 ⁶⁾	30	89
– nicht verkündet	9	6	2	2	7 ⁷⁾	1	7
Beratung von Gesetzesvorlagen im Vermittlungsausschuß in mehr als einer Sitzung pro Vermittlungsverfahren							
– in zwei Sitzungen	4	7	1	0	0	0	17
– in drei Sitzungen	2	6	2	0	1	0	8
– in mehr als drei Sitzungen	2	1	0	0	0	0	2
Zahl der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze	545	507	424	427	453	335	516
Anrufungen des Vermittlungsausschusses in % der vom BT verabschiedeten Gesetze ⁹⁾	13,8	12,8	11,6	9,1	8,6	9,9	20,2
Als Gesetz nicht verkündete Gesetzesvorlagen in % der vom BT verabschiedeten Gesetze	1,7	1,2	0,5	0,5	1,6	0,3	1,4

■ Die statistischen Angaben zu den Vermittlungsverfahren in der 13. Wahlperiode stehen im NACHTRAG unter 11.9.

*) Quellen: Handbuch des Bundesrates und EDV-Informationssystem GESTA.

Vgl. auch im vorliegenden *Datenhandbuch* den Abschnitt 11.5: Statistik zur Gesetzgebung.

Hinweise

Einen statistischen Überblick über den aktuellen Stand der Vermittlungsverfahren der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Deutschen Bundestag und Bundesrat.

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
41	11	5	6	30
77	20	6	13	85
69	17	6	13	71
7	3	0	0	14
1	0	0	0	0
4	0	0	0	2
1	0	0	0	0
57 14 ⁸⁾	17 3	6 0	11 2	70 13
5	0	0	0	•
16	0	0	0	•
0	0	0	0	•
354	139	320	369	507
21,8	14,4	1,9	3,5	16,3
4,0	2,2	0,0	0,5	2,6

★ Die Gesamtzahl der **Anrufungen des Vermittlungsausschusses** während der 1. bis zur 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **605**. Von den dabei betroffenen 577 Gesetzen wurden 511 schließlich als Gesetz verkündet, **66 Gesetze wurden nicht verkündet**. Die Gesamtzahl der **Sitzungen des Vermittlungsausschusses** im selben Zeitraum beläuft sich auf **283**.

- 1) Vgl. dazu Fußnoten 2 und 3.
- 2) In einem Fall wurde die beschlossene Anrufung des Vermittlungsausschusses wieder zurückgenommen.
- 3) In einem Fall brauchte das Anrufungsbegehren wegen anderweitiger Erledigung vom Vermittlungsausschuß nicht behandelt zu werden.
- 4) In einem Fall wurde der Vermittlungsausschuß vorsorglich angerufen.
- 5) In drei Fällen wurde der Vermittlungsausschuß vorsorglich angerufen.
- 6) Ein Gesetz, zu dem der Bundesrat den Vermittlungsausschuß angerufen hat, wurde im Vermittlungsverfahren in drei Teile aufgegliedert. Zu zwei dieser Abspaltungen hat dann die Bundesregierung den Vermittlungsausschuß angerufen. Alle drei Gesetze wurden verkündet.
- 7) Davon sind vier Gesetze im Vermittlungsverfahren nicht abschließend behandelt worden, ein Gesetz wurde vom Bundespräsidenten nicht ausgefertigt.
- 8) Sechs dieser Gesetze sind wegen Ablaufs der 8. Wahlperiode im Vermittlungsausschuß nicht abschließend behandelt worden. Zu fünf dieser Gesetze war für den 9. Oktober 1980 noch eine Sitzung des Vermittlungsausschusses angesetzt worden, die später abgesagt wurde, „weil mit einer Sitzung des gegenwärtigen Bundestages nicht mehr zu rechnen ist“. (Änderungsmittelteil des Vermittlungsausschusses vom 8. Oktober 1980).
- 9) Einschließlich mehrfacher Anrufungen bei **einem** Gesetz.

Die Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses*)

Zum Vorsitz im Vermittlungsausschuß enthält § 2 GO VA folgende Regelung:

„Der Ausschuß wählt je ein Mitglied des Bundestages und des Bundesrates, die im Vorsitz vierteljährlich sich abwechseln und einander vertreten.“

*) Quelle: Sekretariat des Vermittlungsausschusses

Wahlperiode	Mitglied des Bundestages	Mitglied des Bundesrates
1. WP 1949–53	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> , MdB	<i>Hinrich Wilhelm Kopf</i> (Ministerpräsident, Niedersachsen)
2. WP 1953–57	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> , MdB	<i>Hinrich Wilhelm Kopf</i> (Ministerpräsident, Niedersachsen) ab 23. 6. 1955: <i>Georg-August Zinn</i> (Ministerpräsident, Hessen)
3. WP 1957–61	<i>Franz Meyers</i> , MdB, ab 10. 12. 1958: <i>Otto Schmidt</i> , MdB	<i>Georg-August Zinn</i> (Ministerpräsident, Hessen)
4. WP 1961–65	<i>Otto Schmidt</i> , MdB	<i>Georg-August Zinn</i> (Ministerpräsident, Hessen)
5. WP 1965–69	<i>Otto Schmidt</i> , MdB	<i>Georg-August Zinn</i> (Ministerpräsident, Hessen)
6. WP 1969–72	<i>Hermann Höcherl</i> , MdB	<i>Albert Osswald</i> (Ministerpräsident, Hessen)
7. WP 1972–76	<i>Alex Möller</i> , MdB	<i>Helmut Kohl</i> (Ministerpräsident, Rheinland-Pfalz)
8. WP 1976–80	<i>Friedrich Vogel</i> , MdB	<i>Hans Koschnick</i> (Präsident des Senats, Bürgermeister, Bremen)
9. WP 1980–83	<i>Friedrich Vogel</i> , MdB, ab 12. 11. 1982: <i>Manfred Langner</i> , MdB	<i>Hans Koschnick</i> (Präsident des Senats, Bürgermeister, Bremen) ab 12. 5. 1982: <i>Diether Posser</i> (stellvertretender Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen)
10. WP 1983–87	<i>Manfred Langner</i> , MdB	<i>Diether Posser</i> (stellvertretender Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen)
11. WP 1987–90	<i>Heinz Günther Hüsch</i> , MdB	<i>Diether Posser</i> (stellvertretender Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen) ab 26. 4. 1990: <i>Johannes Rau</i> (Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen)
12. WP 1990–94	<i>Heribert Blens</i> , MdB	<i>Johannes Rau</i> (Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen)
13. WP 1994– ¹⁾	<i>Heribert Blens</i> , MdB	<i>Oskar Lafontaine</i> (Ministerpräsident, Saarland) ab 18. 1. 1996: <i>Henning Voscherau</i> (Präsident des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg)

1) Stand: 31. August 1997

11.10 Materielles Prüfungsrecht des Bundespräsidenten

Nach Artikel 82 des Grundgesetzes werden die nach den Vorschriften des Grundgesetzes zustande gekommenen Gesetze vom Bundespräsidenten ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet. Bei dieser Ausfertigung ist der Bundespräsident (nach überwiegender Auffassung) nicht etwa nur „Staatsnotar“, vielmehr hat er im Rahmen dieses Verfahrens die formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zu prüfen, das heißt zu untersuchen, ob das Gesetz nach den Regeln des Grundgesetzes zustande gekommen ist und ob es in seinem Inhalt mit dem Grundgesetz offensichtlich in Einklang steht.

Von 1949 bis Ende August 1997 gab es sechs Fälle, in denen der Bundespräsident Gesetze nicht ausgefertigt und verkündet hat. Einzelheiten enthält die folgende Dokumentation.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Amtszeit von Bundespräsident ...	nicht ausgefertigtes Gesetz	Bemerkungen
1. WP 1949–53	1	Heuss	Gesetz zur Durchführung des Artikels 108 Abs. 2 des Grundgesetzes	Der Bundesrat hatte dem Gesetz, dessen Zustimmungsbefürftigkeit zwischen den Verfassungsorganen umstritten war, nicht zugestimmt. In einem vom Bundespräsidenten beim Bundesverfassungsgericht eingeholten Rechtsgutachten (diese Möglichkeit wurde später durch Gesetzesänderung aufgehoben) kam dieses zu dem Ergebnis, daß das Gesetz zustimmungsbedürftig sei. Daraufhin hat der Bundespräsident das Gesetz nicht ausgefertigt. Weiteres Verfahren: Das Gesetzgebungsverfahren ist der Sache nach durch das Zweite Gesetz über die Finanzverwaltung (BGBl. I 1952 S. 293) fortgeführt worden. Art. 108 Abs. 2 GG ist durch das Einundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz) (BGBl. I 1969 S. 359) neugefaßt worden.
2. WP 1953–57			–	
3. WP 1957–61	2	Lübke	Gesetz gegen den Betriebs- und Belegschaftshandel	Nach Einholung eines wissenschaftlichen Gutachtens teilt der Bundespräsident dem Bundestagspräsidenten in einem internen Schreiben mit, er könne das Gesetz nicht ausfertigen, da es gegen Artikel 12 Abs. 1 GG (die Freiheit der Berufswahl und Berufsausübung) verstoße.
4. WP 1961–65			–	

Wahlperiode	lfd. Nr.	Amtszeit von Bundespräsident ...	nicht ausgefertigtes Gesetz	Bemerkungen
5. WP 1965–69	3	Heinemann	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz)	Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Ingenieurgesetz wegen fehlender Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die bloße Regelung der Befugnisse zum Führen einer Berufsbezeichnung für nichtig erklärt hatte, sah sich der Bundespräsident aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in der Lage, das Gesetz auszufertigen und zu verkünden.
	4	Heinemann	Architektengesetz	Da die Entscheidungsgründe, die den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Ingenieurgesetz tragen, auch für das Architektengesetz zutreffen, sah sich der Bundespräsident auch in diesem Falle nicht in der Lage, das Gesetz auszufertigen.
6. WP 1969–72			–	
7. WP 1972–76	5	Scheel	Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes	Der Bundesrat hatte dem Gesetz, dessen Zustimmungsbedürftigkeit zwischen den Verfassungsorganen umstritten war, nicht zugestimmt. Nach Prüfung der Rechtslage hat sich der Bundespräsident der Auffassung des Bundesrates angeschlossen und das Gesetz nicht ausgefertigt. Das Gesetzgebungsverfahren wurde in der 8. Wahlperiode ohne die zustimmungspflichtigen Teile (insbesondere Beibehaltung des Feststellungsverfahrens vor den Prüfungsausschüssen bei den Kreiswehrrersatzämtern) wiederaufgenommen. Das Gesetz wurde sodann ohne Zustimmungformel (entgegen der Auffassung des Bundesrates) vom Bundespräsidenten ausgefertigt und verkündet (Gesetz vom 13. 7. 1977, BGBl. I S. 1229).
8. WP 1976–80			–	
9. WP 1980–83			–	
10. WP 1983–87			–	

Hinweis

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Amtszeit von Bundespräsident ...	nicht ausgefertigtes Gesetz	Bemerkungen
11. WP 1987–90	6	von Weizsäcker	Zehntes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes	Der Bundespräsident sah sich außerstande, das Gesetz auszufertigen, weil die angestrebte privatrechtliche Organisation der Bundesanstalt für Flugsicherung aus seiner Sicht mit der Verfassungsrechtslage (Art. 33 Abs. 4 und Art. 87 d Abs. 1 GG) nicht vereinbar ist. Weiteres Verfahren: Durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 14. Juli 1992 (BGBl. I S. 1254) ist Art. 87 d Abs. 1 GG entsprechend neu gefaßt worden. Damit war der Weg für die Verkündung des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes vom 23. Juli 1992 (BGBl. I S. 1370) frei.
12. WP 1990–94			– ¹⁾	
13. WP 1994– ²⁾			–	

1) In einem Fall in der 12. Wahlperiode, beim Sechsten Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze, zögerte Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* die Unterschrift zunächst sechs Wochen hinaus und unterschrieb das Gesetz schließlich am 28. Januar 1994 mit der Bemerkung, er sei bei der eingehenden Prüfung des Parteienfinanzierungsgesetzes auf ein „erhebliches Maß verfassungsrechtlich fragwürdiger Grenzfragen“ gestoßen. (Frankfurter Rundschau vom 29. Januar 1994)

2) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

11.11 Gesetzes-Dokumentationen: Synopse

Zusammenfassende Dokumentationen zur Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in den einzelnen Wahlperioden sind nach 1949 für jede Wahlperiode gleich mehrfach erstellt worden. Keine dieser Dokumentationen aber ist bis heute unverändert fortgeführt worden; sie sind entweder eingestellt und durch neue Dokumentationen ersetzt worden oder sie wurden inzwischen in ihrer Konzeption erheblich verändert. Zur Reform der Gesetzes-Dokumentationen, die sich in den Jahren zwischen 1972 und 1976 abspielte, haben hauptsächlich die Entwicklung und der schrittweise Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung beigetragen, aber auch neue Formen der Kooperation zwischen den Gesetzgebungsorganen.*)

Die folgende Bibliographie führt die Gesetzes-Dokumentationen auf, die für die 1. bis 12. Wahlperiode des Bundestages in abgeschlossener Form vorliegen.***) Angaben zum Inhalt und zur Methode der einzelnen Dokumentationen enthält eine Synopse, die sich an die Bibliographie anschließt.

*) Vgl. etwa zur Umstellung des Sach- und Sprechregisters:

„Seit Beginn der 7. Wahlperiode (1972) wurde die herkömmliche Methode der Registerherstellung schrittweise durch das von der Gruppe Datenverarbeitung und dem Referat Sach- und Sprechregister in Zusammenarbeit mit dem Landtag Nordrhein-Westfalen und der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung entwickelte ‚Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien (DIP)‘ ersetzt, das eine vertiefte und erweiterte Auswertung der Materialien ermöglicht.

Ein Novum war dabei die Tatsache, daß sich Bundestag und Bundesrat angesichts ihrer gemeinsamen Beteiligung am Gesetzgebungsprozeß entschlossen, nunmehr auch die Parlamentsdokumentation gemeinschaftlich zu betreiben. Als Abschluß des Entwicklungsprozesses erschien am Ende der 8. Wahlperiode (1981) das erste gemeinsame ‚Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates‘. (Heinz Matthes und Erdmute Rebhan, Dokumentation der Parlamentsmaterialien im Sach- und Sprechregister. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für Werner Blischke. Hrsg. von Hans-Achim Roll. Berlin 1982. S. 251)

**) Nicht aufgenommen wurden:

Parlamentsspiegel. Hrsg. ab 1.Jg. 1957/58 im Auftrage der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, ab 8. Jg. 1964/65 im Selbstverlag des Landtags Nordrhein-Westfalen und bearbeitet vom Archiv des Landtags: eine Dokumentation über die Arbeit der Bundes- und Landesparlamente der Bundesrepublik Deutschland, des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Versammlung der Westeuropäischen Union und über die Gesetz- und Verordnungsblätter der Bundesrepublik Deutschland und der Länder sowie der Europäischen Gemeinschaften;

Deutsche Gesetzgebung. Die Arbeit der Bundesorgane, erschienen ab 1951 (Jg. 1) bis 1976 (25. Jg.): ein Periodikum mit aktuellen Kurzinformationen zur laufenden Gesetzgebung, aber keine zusammenfassende Gesetzesdokumentation.

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, erscheint seit der 1. WP im Bundesanzeiger (nichtamtlicher Teil): eine monatlich erscheinende tabellarische Übersicht der laufenden Veränderungen des Standes der Bundesgesetzgebung, aber keine zusammenfassende Gesetzesdokumentation am Ende der Wahlperiode.

Hinweis

Zum Bereich „Gesetzgebungsfunktion“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 8.14 Stimmresultate von Abstimmungen und Wahlen
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze

Gesetzes-Dokumentationen: Bibliographie

Die folgende Bibliographie führt die Gesetzes-Dokumentationen auf, die ab der 1. Wahlperiode des Bundestages in abgeschlossener Form vorliegen. Angaben zum Inhalt und zur Methode der einzelnen Dokumentationen sind in einer Synopse enthalten, die sich an die Bibliographie anschließt.

Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages

Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der I. Wahlperiode (1949–1953).

Bonn 1970 (= Materialien Nr. 20; Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste).

Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der II. Wahlperiode (1953–1957).

Bonn 1970 (= Materialien Nr. 16; Wissenschaftliche Abteilung des Deutschen Bundestages).

Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der III. Wahlperiode (1957–1961).

Bonn 1968 (= Materialien Nr. 7; Wissenschaftliche Abteilung des Deutschen Bundestages).

Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der IV. Wahlperiode (1961–1965).

Bonn 1967 (= Materialien Nr. 5; Wissenschaftliche Abteilung des Deutschen Bundestages).

Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der V. Wahlperiode (1965–1969).

Bonn 1970 (= Materialien Nr. 19; Deutscher Bundestag, Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation).

Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der VI. Wahlperiode (1969–1972).

Bonn 1973 (= Materialien Nr. 32; Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste).

Die Bundesgesetzgebung

Die Bundesgesetzgebung während der ersten Wahlperiode des Deutschen Bundestages 1949/1953.

Köln 1953.

Die Bundesgesetzgebung während der zweiten Wahlperiode des Deutschen Bundestages 1953/1957.

Köln 1957.

Die Bundesgesetzgebung während der dritten Wahlperiode des Deutschen Bundestages 1957/1961. Ein Bericht des Parlamentsdienstes.

Köln 1962.

Die Bundesgesetzgebung während der vierten Wahlperiode des Deutschen Bundestages 1961/1965. Ein Bericht des Parlamentsdienstes.

Köln 1966.

Die Bundesgesetzgebung während der fünften Wahlperiode des Deutschen Bundestages 1965/1969. Ein Bericht des Parlamentsdienstes, verfaßt und mit Literaturhinweisen versehen von *Ruth Picht-Hemken* und *Georg Langner*.

Köln 1971.

Die Bundesgesetzgebung während der sechsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages 1969/1972. Ein Bericht des Parlamentsdienstes, verfaßt und mit Literaturhinweisen versehen von *Ruth Picht-Hemken* und *Georg Langner*.

Köln 1973.

Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)

Stand der Gesetzgebung des Bundes. Verkündete Gesetze und anderweitig erledigte Gesetzentwürfe. Gesamtband zur 7. Wahlperiode 1972–1976. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat, Gruppe Datenverarbeitung. Verantwortlich: *Franz Warlo, Detlef W. Weber*.

Baden-Baden 1977.

Stand der Gesetzgebung des Bundes. Verkündete Gesetze und anderweitig erledigte Gesetzentwürfe. Gesamtband zur 8. Wahlperiode 1976–1980. [Hrsg. usw. wie Gesamtband zur 7. Wahlperiode].

Baden-Baden 1981.

Stand der Gesetzgebung des Bundes. Verkündete Gesetze und nicht Gesetz geworden Entwürfe. Gesamtband zur 9. Wahlperiode 1980–1983. [Hrsg. usw. wie Gesamtband zur 7. Wahlperiode].
Baden-Baden 1983.

Stand der Gesetzgebung des Bundes. Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Abschlußband 10. Wahlperiode 1983–1987. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat. Verantwortlich: *Gerhard Hahn*.
Baden-Baden 1987.

Stand der Gesetzgebung des Bundes. Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Abschlußband 11. Wahlperiode 1987–1990. [Hrsg. usw. wie Abschlußband zur 10. Wahlperiode].
Baden-Baden 1991.

Stand der Gesetzgebung des Bundes. Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Abschlußband 12. Wahlperiode 1990–1994. [Hrsg. usw. wie Abschlußband zur 10. Wahlperiode].
Baden-Baden 1995.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen. 1. Wahlperiode (1949-1953). Erster Teil: Sachregister.
o.O. o.J.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen. 2. Wahlperiode 1953. Erster Teil: Sachregister.
o.O. o.J.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen. 3. Wahlperiode 1957. Erster Teil: Sachregister.
Bonn 1962.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen. 4. Wahlperiode 1961. Erster Teil: Sachregister.
Bonn 1965.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen. 5. Wahlperiode 1965. Erster Teil: Sachregister.
Bonn 1970.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen. 6. Wahlperiode 1969. Erster Teil: Sachregister.
Bonn 1972.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen. 7. Wahlperiode 1972. Erster Teil: Sachregister.
Bonn 1978.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates. 8. Wahlperiode 1976–1980. Sachregister.
Bonn 1981.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates. 9. Wahlperiode 1980–1983. Sachregister.
Bonn 1983.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates. 10. Wahlperiode 1983–1987. Sachregister.
Bonn 1987.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates. 11. Wahlperiode 1987–1990. Sachregister.
Bonn 1991.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates. 12. Wahlperiode 1990–1994. Sachregister.
Bonn 1995.

Chronik. Debatten, Gesetze, Kommentare

Chronik. Debatten, Gesetze, Kommentare. Deutscher Bundestag 1949–1953. 1. Legislaturperiode. Eine Dokumentation. Hrsg.: Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages. Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn o.J.

Chronik. Debatten, Gesetze, Kommentare. Deutscher Bundestag 1953–1957. 2. Legislaturperiode. Eine Dokumentation. [Hrsg. usw. wie Chronik 1. Wahlperiode]. Bonn o.J.

Chronik. Debatten, Gesetze, Kommentare. Deutscher Bundestag 1957–1961. 3. Legislaturperiode. Eine Dokumentation. [Hrsg. usw. wie Chronik 1. Wahlperiode]. Bonn o.J.

Chronik. Debatten, Gesetze, Kommentare. Deutscher Bundestag 1961–1965. 4. Legislaturperiode. Eine Dokumentation. [Hrsg. usw. wie Chronik 1. Wahlperiode]. Bonn o.J.

Chronik. Debatten, Gesetze, Kommentare. Deutscher Bundestag 1965–1969. 5. Legislaturperiode. Eine Dokumentation. [Hrsg. usw. wie Chronik 1. Wahlperiode]. Bonn o.J.

Chronik. Debatten, Gesetze, Kommentare. Deutscher Bundestag 1969–1972. 6. Legislaturperiode. Eine Dokumentation. [Hrsg. usw. wie Chronik 1. Wahlperiode]. Bonn o.J.

Chronik. Debatten, Gesetze, Kommentare. Deutscher Bundestag 1972–1976. 7. Legislaturperiode. Eine Dokumentation. [Hrsg. usw. wie Chronik 1. Wahlperiode]. Bonn o.J.

Chronik. Gesetze, Statistik, Dokumentation

Chronik. Gesetze, Statistik, Dokumentation. Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode 1976–1980. Hrsg.: Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum. Manuskript: Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste. Redaktion: *Peter Schindler*. Bonn 1981.

Chronik. Gesetze, Statistik, Dokumentation. Deutscher Bundestag 9. Wahlperiode 1980–1983. [Hrsg. usw. wie Chronik 8. Wahlperiode]. Bonn 1984.

Chronik. Gesetze, Statistik, Dokumentation. Deutscher Bundestag 10. Wahlperiode 1983–1987. Hrsg.: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Manuskript: Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste. Redaktion: *Peter Schindler*. Bonn 1987.

Chronik. Gesetze, Statistik, Dokumentation. Deutscher Bundestag 11. Wahlperiode 1987–1990. [Hrsg. usw. wie Chronik 10. Wahlperiode]. Bonn 1992.

Chronik. Gesetze, Statistik, Dokumentation. Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode 1990–1994. [Hrsg. usw. wie Chronik 10. Wahlperiode]. Bonn 1996.

Hinweis

Zum Thema Lobbyismus enthält das *Datenhandbuch* Angaben auch in folgenden Abschnitten:

- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 9.8 Öffentliche Anhörungen (mit dem Unterabschnitt „Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter“)
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände

Synopse der Gesetzes-Dokumentation

In der folgenden Synopse werden die Gesetzes-Dokumentationen danach untersucht, welche Kriterien sie u. a. erfüllen, z. B.

- in welchem Umfange sie verkündete Gesetze aufführen (d. h. vollständig oder nicht),
- in welchem Umfange sie nicht Gesetz gewordene Initiativen berücksichtigen,
- in welcher Form sie die Gesetze aufführen (z. B. chronologisch oder nach Sachgruppen geordnet, in einheitlicher Form oder nicht systematisch),
- ob sie den Gesetzesinitiator angeben (und wenn ja: in welcher Ausführlichkeit),

Kurztitel der Gesetzesdokumentation	Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages	Die Bundesgesetzgebung	Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)
Herausgeber/Bearbeiter	Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Referat Parlamentsarchiv	Herausgeber: Bundesminister der Justiz, verfaßt von den Sachbearbeitern der Bundesministerien	Herausgeber: Deutscher Bundestag – Bundesrat – Gruppe Datenverarbeitung; Informationssystem GESTA; verantwortlich: <i>Franz Warlo, Detlef W. Weber</i> , ab 10. WP: <i>Gerhard Hahn</i>
Erscheinungsform	hektographierte Dokumentation in der Reihe „Materialien“ der Wissenschaftliche Dienste	als Beilage zum „Bundesanzeiger“ sowie in gebundener Form; Verlag Bundesanzeiger, Köln	während der Wahlperiode als Loseblattsammlung mit sitzungswöchentlichen Ergänzungslieferungen; nach Abschluß der Wahlperiode als Gesamtband in Buchform, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden
Erstellt für die folgenden Wahlperioden des Bundestages	1.–6. Wahlperiode (1949–1972)	1.–6. Wahlperiode (1949–1972)	ab 7. Wahlperiode (1972–)
Aufführung der verkündeten Gesetze (Umfang)	vollständige Aufführung	weitgehend vollständig, bis zur 4. WP auch Erwähnung der erlassenen Rechtsverordnungen des Bundes	vollständige Aufführung
Aufführung der nicht Gesetz gewordenen Initiativen (Umfang)	keine Berücksichtigung	vereinzelte Erwähnungen besonders wichtiger gescheiterter Gesetzesvorhaben	vollständige Aufführung

- inwieweit sie Inhaltsangaben zu den Gesetzen enthalten,
- ob ihnen sonstige Angaben zu den Gesetzesinitiativen zu entnehmen sind (z. B. zu Anlässen oder Anstößen zur Gesetzesvorlage),
- ob in ihnen der Gang der Gesetzgebung dargestellt wird (wenn ja: in welcher Ausführlichkeit),
- ob sie eine Rednerliste von den Beratungen im Bundestag enthalten,
- ob das Abstimmverhalten bei der Verabschiedung im Bundestag angegeben ist,
- inwieweit die Zustimmungspflichtigkeit des Bundesrates vermerkt ist,
- ob die Fundstelle des Gesetzes im Bundesgesetzblatt angefügt ist,
- wie die Register der Gesetzes-Dokumentationen beschaffen sind.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages [Sachregister]	Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates [Sachregister]	Chronik – Debatten, Gesetze, Kommentare	Chronik – Gesetze, Statistik, Dokumentation [Neue Konzeption]
Deutscher Bundestag; unterschiedliche Referate, zuletzt Referat Sach- und Sprechregister	Deutscher Bundestag, Referat Sach- und Sprechregister und (ab der 8. Wahlperiode) Bundesrat, Dokumentation und Datenverarbeitung	Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum	Deutscher Bundestag; Herausgeber: Presse- und Informationszentrum, ab 9. Wahlperiode: Referat Öffentlichkeitsarbeit; Manuskript: Wissenschaftliche Dienste, Redaktion: <i>Peter Schindler</i>
während der Wahlperiode kumulierte Zwischenbände; nach Abschluß der Wahlperiode Gesamtband in Buchform, Verlag Dr. Heger, Bonn-Bad Godesberg	während der Wahlperiode kumulierte Zwischenbände; nach Abschluß der Wahlperiode Gesamtband in Buchform, Verlag Dr. Heger, Bonn-Bad Godesberg, ab 12. Wahlperiode Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn	Buchform, kostenlose Abgabe durch Referat Öffentlichkeitsarbeit	Buchform, kostenlose Abgabe durch Referat Öffentlichkeitsarbeit
1.–6. Wahlperiode (1949–1972)	ab 7. Wahlperiode (1972–)	1.–7. Wahlperiode (1949–1976)	ab 8. Wahlperiode (1976–)
vollständige Aufführung	vollständige Aufführung	weitgehend vollständige Aufführung	weitgehende Vollständigkeit in der Darstellung; Vollständigkeit im Gesetzesregister
vollständige Aufführung, soweit im Bundestag eingebracht	vollständige Aufführung	teilweise Berücksichtigung, soweit im Bundestag verabschiedet	vereinzelte Erwähnungen besonders wichtiger gescheiterter Gesetzesvorhaben; Vollständigkeit im Gesetzesregister

Kurztitel der Gesetzesdokumentation	noch: Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages	noch: Die Bundesgesetzgebung	noch: Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)
Aufführung der Gesetze (Form)	tabellarisch in chronologischer Reihenfolge nach dem Datum der Verabschiedung im Bundestag oder der Verkündung	nicht systematisierte Berichte, gegliedert nach den Sachbereichen der Bundesministerien, ab der 5. WP nach der sachgebietlichen Gliederung der Sammlung des Bundesrechts	Aufführung jedes Gesetzesvorhabens auf einer eigenen Seite nach einem einheitlichen Raster, gegliedert nach Sachgruppen und in chronologischer Reihenfolge, beim Gesamtband außerdem unterschieden nach verkündeten Gesetzen, anderweitig erledigten bzw. nicht Gesetz gewordenen Gesetzentwürfen
Angaben zum Gesetzesinitiator	ja, untergliedert nach Bundesregierung, Bundestag (ohne Angabe der Fraktion[en]) und Bundesrat (ohne Angabe des Bundeslandes)	vereinzelte Hinweise	ja, unterschieden nach Regierungsvorlage, Fraktionen oder Abgeordneten des Bundestages bzw. Bundesrat (mit Angabe des Bundeslandes)
Inhaltsangabe zu den Gesetzen	kurze Inhaltsangabe	mehr oder weniger ausführliche Darstellung des Inhalts, nicht systematisiert	kurze Inhaltsangabe der Gesetzesinitiative mit allen Veränderungen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens (für die 7. WP Inhaltsangabe nur des letzten Gesetzgebungsstandes)
Sonstige Angaben zu den Gesetzesinitiativen	nein	vereinzelte Hinweise zum Anlaß der Gesetzesinitiative; ab der 5. WP Hinweise auf Literatur in den Fachzeitschriften	ja: Informationen u. a. zu Gesetzesanträgen zur gleichen Materie in der vorangegangenen WP bzw. anderer Initiatoren in der gleichen WP, zu Abspaltungen oder Zusammenlegungen von Entwürfen, zu Anlässen und Anstößen zur Gesetzesvorlage (z. B. BVerfG-Entscheidungen), zu „europäischen Impulsen“ (Angaben teilweise erst ab 8. WP)

noch: Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages [Sachregister]	noch: Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates [Sachregister]	noch: Chronik – Debatten, Gesetze, Kommentare	noch: Chronik – Gesetze, Statistik, Dokumentation [Neue Konzeption]
Aufführung jedes im Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhabens in einheitlicher Form entsprechend des Gesetzgebungsgangs, eingeordnet inmitten der Notierungen von allen sonstigen Parlamentsmaterialien, gegliedert nach den konventionellen großen Sachkomplexen	Aufführung jedes Gesetzesvorhabens in einheitlicher Form entsprechend des Gesetzgebungsgangs, eingeordnet inmitten der Notierungen von allen sonstigen Parlamentsmaterialien, gegliedert nach einem stark differenzierten und normierten Schlagwortsystem	chronologisch in der Reihenfolge der Verabschiedung im Bundestag innerhalb einer Chronik, in der auch die sonstigen Tagesordnungspunkte der einzelnen Plenarsitzungen verzeichnet sind	nicht systematisierte Berichte, thematisch abgegrenzt nach der Ausschlußgliederung des Bundestags
ja, untergliedert nach Bundesregierung, Bundestag (mit Angabe der Fraktion[en]) und Bundesrat (ohne Angabe des Bundeslandes)	ja, untergliedert nach Bundesregierung, Bundestag (mit Angabe der Fraktion[en]) und Bundesrat (mit Angabe des Bundeslandes)	ja	zum Teil, nicht systematisch
kurze Inhaltsangabe des Gesetzentwurfs (nicht des verabschiedeten Gesetzes!)	kurze Inhaltsangabe	kurze Inhaltsangabe	unterschiedlich ausführlich
nein	nein	nein	zum Teil, nicht systematisch

Kurztitel der Gesetzesdokumentation	noch: Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages	noch: Die Bundesgesetzgebung	noch: Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)
Darstellungen des Ganges der Gesetzgebung	beschränkt auf die Daten der Einbringung des Entwurfs, der Verabschiedung im Bundestag und der Verkündung	nur in Einzelfällen bei besonders bedeutsamen Gesetzesvorhaben	vollständig von der Einbringung der Gesetzesvorlage (einschließlich Bundesrat) bis zum Inkrafttreten des Gesetzes bzw. bis zum letzten Stand
Rednerliste von den Beratungen im Bundestag	nicht angegeben	nicht angegeben	nicht angegeben
Abstimmverhalten bei der Verabschiedung im Bundestag	nicht angegeben	nur in Einzelfällen bei besonders bedeutsamen Gesetzesvorhaben	angegeben
Angaben zur Zustimmungspflicht des Bundesrates	nein	nein	ja (einschließlich Hinweis im Falle kontroverser Auffassungen)
Fundstelle im Bundesgesetzblatt	angegeben	angegeben	angegeben
Art der Register der Gesetzesdokumentation	Sachregister anhand von Schlagwörtern, die dem Titel und dem Inhalt des Gesetzes entnommen sind	bis zur 4. WP ohne Register, ab der 5. WP ein Sachwortregister	Sachregister anhand von Schlagwörtern, die dem Titel und dem Inhalt des Gesetzes entnommen sind

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung

noch: Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages [Sachregister]	noch: Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates [Sachregister]	noch: Chronik – Debatten, Gesetze, Kommentare	noch: Chronik – Gesetze, Statistik, Dokumentation [Neue Konzeption]
vollständig von der Einbringung im Bundestag bis zur Verabschiedung im Bundestag bzw. bis zum letzten Stand	vollständig von der Einbringung der Gesetzesvorlage (einschließlich Bundesrat) bis zur Verkündung im Bundesgesetzblatt	nein	zum Teil, nicht systematisch
nicht angegeben	angegeben	vereinzelt, bei größeren Debatten	nicht angegeben
nicht angegeben	angegeben	angegeben	zum Teil, nicht systematisch
nein	nein	nein	zum Teil, nicht systematisch
angegeben	angegeben	nein	angegeben
entfällt	entfällt	Gesetzesregister anhand des Kurztitels des Gesetzes oder eines Stichwortes	Register sämtlicher Gesetzesvorhaben, gegliedert nach verkündeten Gesetzen, anderweitig erledigten bzw. durch Ablauf der Wahlperiode nicht erledigten Gesetzentwürfen (identisch mit Inhaltsverzeichnis von GESTA)

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers

11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht

Zum Verhältnis von Bundestag und Bundesverfassungsgericht*) werden in diesem Abschnitt die folgenden Dokumentationen fortgeschrieben:

- Übersicht über die Arten der Verfahren (siehe unten),
- Verfahrensbeiträge des Bundestages (S. 2467–2481),
- Verfassungsklagen aus dem Bundestag (S. 2481–2489),
- Wahlen der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (S. 2493–2494).

Neu im vorliegenden *Datenhandbuch* sind die zusätzlichen Abschnitte:

- Der Erfolg von Oppositionsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht (S. 2490–2491) und
- Gesetzbearbeitungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts (S. 2492–2493).

Übersicht über die Arten der Verfahren**)

Für den Deutschen Bundestag (oder für bestimmte Teile des Bundestages) als Antragsteller ist das Bundesverfassungsgericht bei folgenden Verfahrensgegenständen zuständig:

	Gegenstand des Verfahrens	Gesetzliche Grundlage	Antragsberechtigte
Verfassungsstreitigkeiten im engeren Sinne	Verfassungsstreitigkeiten zwischen Verfassungsorganen des Bundes (Organstreit)	Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG	Bundesorgane, unter Umständen auch politische Parteien und Fraktionen
Normenkontroll-Verfahren („abstrakte“ Normenkontrolle)	Meinungsverschiedenheiten oder Zweifel über Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit dem Grundgesetz oder Vereinbarkeit von Landesrecht mit sonstigem Bundesrecht	Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG	Bundesregierung, Landesregierungen, ^{1/3} der Mitglieder des Bundestages
	Meinungsverschiedenheiten über das Fortgelten von Recht als Bundesrecht	Art. 126 GG	Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Landesregierungen

*) Vgl. anstelle vieler *Christoph Gusy*, Das Parlament als Wahlorgan, Gesetzgeber und Prozeßpartei im Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1619–1656.

**) Quelle: *Horst Sacker*, Das Bundesverfassungsgericht. 3. Aufl. München 1981, S. 52–55.

Hinweis

Eine Auswahl parlamentsrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ist im Abschnitt 15.3 zusammengestellt.

	Gegenstand des Verfahrens	Gesetzliche Grundlage	Antragsberechtigte
Auflösung von Parteien, Feststellung der Verwirkung von Grundrechten, Präsidenten- und Richteranklage	Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung von Parteien; Feststellung, daß es sich bei einer Partei um eine verbotene Ersatzorganisation handelt	Art. 21 Abs. 2 GG § 33 Abs. 2 Parteiengesetz	Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Landesregierung, sofern Parteiorganisation auf Land beschränkt ist
	Verwirkung von Grundrechten	Art. 18 GG	Bundestag, Bundesregierung, Landesregierungen
	Anklage gegen den Bundespräsidenten wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes	Art. 61 GG	Bundestag und Bundesrat; Antrag auf Erhebung der Anklage: mindestens der Mitglieder des Bundestages oder der Stimmen des Bundesrats; Beschluß auf Erhebung der Anklage bedarf der Zweidrittelmehrheit
	Richteranklagen gegen Bundesrichter und (u. U.) gegen Landesrichter wegen Verstoßes gegen die Grundsätze des Grundgesetzes oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Landes	Art. 98 Abs. 2 und 5 GG	Bundestag (Landtag)
Sonstige Verfahren	Beschwerden gegen Entscheidungen des Bundestages im Wahlprüfungsverfahren	Art. 41 Abs. 2 GG	der betroffene Abgeordnete; unter bestimmten Voraussetzungen 101 Wahlberechtigte; Fraktion des Bundestages; ¹ / ₁₀ der Mitglieder des Bundestages

Verfahrensbeitritte des Bundestages

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
1. WP 1949–53	Verfassungsstreit betr. das Zweite Gesetz über die Neugliederung in den Ländern vom 4. Mai 1951 (Neugliederung im Südwestraum).	Abg. <i>Kurt Georg Kiesinger</i> , Stellvertreter: Abg. Dr. <i>Adolf Arndt</i>

*) Quelle: Unterlagen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
2. WP 1953–57	Beschwerdesache des Dr. <i>Bernhard Gericke</i> in Wolfsburg gegen den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. Mai 1954 betr. die Gültigkeit der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953 des im Wahlkreis 51 (Peine-Gifhorn) gewählten Abgeordneten Dr. <i>Schöne</i> (SPD).	Abg. Dr. <i>Hans-Joachim von Merkatz</i>
	Beschwerde des Abgeordneten <i>Schmidt-Wittmack</i> gegen den Bundestagsbeschluß vom 23. Februar 1955 (Mandatsverlust).	Abg. Dr. <i>Ludwig Schneider</i>
	1.) Antrag der Bayernpartei, München, und 2.) Antrag der Gesamtdeutschen Volkspartei, Essen, gegen den Deutschen Bundestag, Bonn, auf Feststellung, daß § 6 Abs. 4 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383) mit dem Grundgesetz unvereinbar und daher nichtig ist.	Abg. Dr. <i>Hermann Kopf</i>
3. WP 1957–61	Antrag des Bundesrates gegen den Bundespräsidenten auf Feststellung, daß mit der Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit den Art. 78, 84 Abs. 1, 105 Abs. 3 und 135 Abs. 5 GG gegen das Grundgesetz verstoßen und damit der Bundesrat in seinen ihm durch das Grundgesetz übertragenen Rechten verletzt worden ist.	Abg. <i>Matthias Hoogen</i>
	Antrag der Landesregierungen von Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen wegen Prüfung, ob das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die Stiftung vom 25. Juli 1957 – Bundesgesetzbl. I S. 841 mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und daher nichtig ist.	Abg. <i>Matthias Hoogen</i>
	Antrag der Bundesregierung gegen die Regierung des Landes Hessen, zu erkennen, daß das Land Hessen die ihm nach der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes obliegende Pflicht zur Bundestreue verletze, indem es die Landesregierung unterlasse, die Beschlüsse der Vertretungskörperschaften hessischer Gemeinden zur Durchführung von Volksbefragungen über Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland aufzuheben.	Abg. <i>Matthias Hoogen</i>
	Antrag der Bundesregierung auf verfassungsrechtliche Prüfung des hamburgischen Gesetzes betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 9. Mai 1958 (GVBl. S. 141).	Abg. <i>Matthias Hoogen</i>

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 3. WP	Antrag der Bundesregierung auf verfassungsrechtliche Prüfung des bremischen Gesetzes betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 20. Mai 1958 (GVBl. S. 49).	Abg. <i>Matthias Hoogen</i>
	Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der am 25. März 1958 gefaßten Beschlüsse des Deutschen Bundestages über die Beschränkung der Redezeit – Klage der Bundestagsabgeordneten Dr. <i>Adolf Arndt</i> und Dr. <i>Ewald Bucher</i> gegen den Bundestag sowie Klage der Bundestagsabgeordneten <i>Holger Börner</i> und Dr. <i>Gustav Heinemann</i> sowie weiterer Mitglieder des Bundestages gegen den Bundestag.	Abg. Dr. <i>Karl Weber</i> , Abg. Dr. <i>Karl Kanka</i>
	Antrag des Gesamtdeutschen Blocks/BHE wegen Verletzung des Artikels 3 Abs. 1 und der Artikel 21, 38 des Grundgesetzes durch Maßnahmen und Unterlassungen in bezug auf Kapitel 06 02 Tit. 620 der Bundeshaushaltsgesetze für 1959 und 1960 („Zuschüsse zur politischen Bildungsarbeit der Parteien“).	Abg. <i>Ernst Benda</i>
	Antrag der Bayerischen Staatsregierung auf Feststellung der Nichtigkeit des Gesetzes zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen (WStrRG) vom 17. August 1960 (BGBl. II S. 2125).	Abg. Dr. <i>Thomas Dehler</i>
	Verfassungsbeschwerde des <i>Peter Kuska</i> vom 16. Mai 1960 wegen Verletzung des Artikels 3 Abs. 1 des Grundgesetzes durch die in § 52 des Gesetzes zu Artikel 131 GG in der Fassung vom 1. September 1953 (BGBl. I S. 1288) enthaltene Regelung.	Abg. <i>Ernst Benda</i>
4. WP 1961–65	Antrag auf Normenkontrolle wegen des Sammlungsgesetzes.	Abg. <i>Linus Memmel</i>
	Antrag der Bayerischen Staatsregierung auf Feststellung der Nichtigkeit des Gesetzes zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen (WStrRG) vom 17. August 1960 (BGBl. II S. 2125). (vgl. hierzu schon Verfahrensbeitrag in der 3. Wahlperiode)	Abg. Dr. <i>Thomas Dehler</i>
	Antrag der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen auf Feststellung der Nichtigkeit des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (BGBl. I S. 881).	Abg. Dr. <i>Rolf Dahlgrün</i> , Abg. <i>Gerhard Jahn</i>
	Antrag der Gesamtdeutschen Partei (DP/BHE) wegen Verletzung des Artikels 3 Abs. 1 des Grundgesetzes durch Maßnahmen und Unterlassungen in bezug auf Kapitel 06 02 Tit. 612 des Bundeshaushaltsgesetzes für 1962 („Sondermittel für politische Bildungsarbeit“).	Abg. <i>Ernst Benda</i>
	Antrag der Deutschen Reichspartei auf Feststellung, inwieweit das vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates verabschiedete Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1964 gegen die Artikel 3 und 21 des Grundgesetzes verstößt und deshalb nichtig ist, als es die Antragstellerin von der Beteiligung an dem im Einzelplan 06 Kapitel 02 Titel 612 ausgewiesenen Zuschuß an die politischen Parteien von 38 Millionen DM ausschließt.	Abg. <i>Ernst Benda</i>

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 4. WP	Antrag der Deutschen Reichspartei auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat jede Auszahlung aus dem den politischen Parteien im Bundeshaushaltsplan für 1964, Einzelplan 06 Kapitel 02 Titel 612, zur Verfügung gestellten Fonds von 38 Millionen DM, ohne verhältnismäßige Beteiligung der Antragstellerin bis zur endgültigen Entscheidung über den Organstreit zu verbieten und die Bundesregierung anzuweisen, jede Auszahlung im Rahmen des Verbots zu unterlassen.	Abg. <i>Ernst Benda</i>
	Vorlagebeschluß des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz vom 14. November 1963 betr. Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der durch das Zustimmungsgesetz zu den EWG-Verträgen dem Rat der EWG erteilten Ermächtigung zum Erlaß von Verordnungen mit allgemeiner Verbindlichkeit für die Bundesrepublik Deutschland.	Abg. Dr. <i>Eduard Wahl</i>
	Verfassungsbeschwerde der Kommanditgesellschaft Spiegel-Verlag, <i>Rudolf Augstein</i> GmbH & Co, in Hamburg, Maienweg 2, und des Verlegers <i>Rudolf Augstein</i> , Hamburg, Maienweg 2, vom 10. August 1964 gegen den Bundestagsbeschluß vom 26. Juni 1964 (Nichterteilung der Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. h. c. <i>Strauß</i> und über den Rechtszustand nach Sinn und Zweck des Artikels 46 GG).	–
	Antrag der Bayernpartei e. V. auf Feststellung, inwieweit das vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates verabschiedete Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1964 gegen die Artikel 3 und 21 des Grundgesetzes verstößt und deshalb nichtig ist, als es die Antragstellerin von der Beteiligung an dem im Einzelplan 06 Kapitel 02 Titel 612 ausgewiesenen Zuschuß an die politischen Parteien von 38 Millionen DM ausschließt.	Abg. <i>Ernst Benda</i>
	Antrag der Deutschen Friedens-Union (DFU) auf Feststellung, daß das Haushaltsgesetz 1965 insofern nichtig ist, als es in Kapitel 06 02 Titel 612 „Sondermittel für die Aufgaben der Parteien“ in Höhe von 38 Millionen DM bereitstellt.	Abg. <i>Ernst Benda</i>
	Antrag der Regierung des Landes Hessen auf Feststellung der teilweisen Nichtigkeit des §1 des Bundeshaushaltsgesetzes 1965 (BGBl. II S. 193).	Abg. <i>Ernst Benda</i>
	Antrag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) auf Feststellung, daß das vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates verabschiedete Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1965 insofern gegen die Artikel 3 und 21 des Grundgesetzes verstößt und deshalb nichtig ist, als es die Antragstellerin von der Beteiligung an dem im Einzelplan 06 Kapitel 02 Titel 612 ausgewiesenen Zuschuß an die politischen Parteien von 38 Millionen DM ausschließt.	Abg. <i>Ernst Benda</i>

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
5. WP 1965–69	Antrag der Gesamtdeutschen Partei (DP/BHE) wegen Verletzung des Artikels 3 Abs. 1 des Grundgesetzes durch Maßnahmen und Unterlassungen in bezug auf Kapitel 06 02 Titel 612 des Bundeshaushaltsgesetzes für 1962 („Sondermittel für politische Bildungsarbeit“). (Vgl. hierzu schon Verfahrensbeitrag in der 4. Wahlperiode.)	Abg. <i>Ernst Benda</i>
	Antrag der Bayernpartei e. V. auf Feststellung, inwieweit das vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates verabschiedete Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1964 gegen die Artikel 3 und 21 des Grundgesetzes verstößt und deshalb nichtig ist, als es die Antragstellerin von der Beteiligung an dem im Einzelplan 06 Kapitel 02 Titel 612 ausgewiesenen Zuschuß an die politischen Parteien von 38 Millionen DM ausschließt. (Vgl. hierzu schon Verfahrensbeitrag in der 4. Wahlperiode.)	Abg. <i>Ernst Benda</i>
	Antrag auf Normenkontrolle wegen des Sammlungsgesetzes. (Vgl. hierzu schon Verfahrensbeitrag in der 4. Wahlperiode.)	Abg. Dr. <i>Adolf Arndt</i> , Abg. <i>Linus Memmel</i>
	Antrag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung, a) dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages zu verbieten, Auszahlungsgenehmigungen auf Grund des Parteiengesetzes zu erteilen, b) dem Herrn Bundesfinanzminister zu verbieten, Auszahlungen an politische Parteien auf Grund des Parteiengesetzes zu leisten, c) den politischen Parteien zu gebieten, über Geldbeträge, die sie auf Grund des Parteiengesetzes bereits empfangen haben, nicht zu verfügen.	Prof. Dr. <i>Ulrich Scheuner</i>
	1. Antrag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands auf Feststellung der Vereinbarkeit der §§ 18, 34 und 35 Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) mit Artikel 21 Abs. 1 des Grundgesetzes, 2. Antrag der Deutschen Friedens-Union (DFU) auf Feststellung, daß die §§ 18, 20, 21, 34 und 35 des Gesetzes über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) verfassungswidrig und nichtig sind, 3. Antrag der Europäischen Föderalistischen Partei Deutschlands (Europa-Partei) auf Feststellung, daß § 2 Abs. 2, §§ 5, 18, 25 und 34 des Gesetzes über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) gegen Bestimmungen des Grundgesetzes verstoßen.	Prof. Dr. <i>Ulrich Scheuner</i>
	Antrag des Bundes der Deutschen auf Feststellung, daß die §§ 18, 19, 20, 34, 35, 36 und 39 des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) verfassungswidrig seien.	Prof. Dr. <i>Ulrich Scheuner</i>

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 5. WP	Aussetzungs- und Vorlagebeschluß des Landgerichts Dortmund vom 10. August 1967: Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Artikels 3 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 27. April 1967 (BGBl. I S. 505).	Abg. <i>Martin Hirsch</i>
	Antrag der Deutschen Friedens-Union (DFU) vom 22. Mai 1969 betreffend die Unterlassung der Änderung des Gesetzes über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773).	Abg. Dr. <i>Friedrich Kempfler</i>
6. WP 1969–72	–	–
7. WP 1972–76	Antrag der Landesregierung Baden-Württemberg vom 20. 6. 1974 auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung zum Fünften Gesetz zur Reform des Strafrechts (§ 218).	Abg. <i>Liselotte Funcke</i> , Abg. Dr. <i>Horst Ehmke</i> , Prof. Dr. <i>Günther Stratenwerth</i> (Basel)
8. WP 1976–80	Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) vom 18. Februar 1977.	Nur Äußerung des Bundestages, daß die Verfassungsbeschwerde unzulässig und unbegründet sei.
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Antrag der Bundestagsabgeordneten Dr. <i>Helmut Kohl</i>, Dr. <i>Friedrich Zimmermann</i> und 189 weiterer Mitglieder des Bundestages gegen das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes vom 13. Juli 1977 (BGBl. I S. 1229), 2. Antrag der Bayerischen Staatsregierung gegen das genannte Gesetz, 3. Antrag der Landesregierung von Rheinland-Pfalz gegen das genannte Gesetz, 4. Antrag der Landesregierung von Baden-Württemberg gegen das genannte Gesetz. 	Prof. Dr. <i>Erhard Denninger</i>
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verfassungsbeschwerden der Firma <i>B. Braun</i> Melsungen AG und 8 weiterer Beschwerdeführerinnen gegen §§ 1, 7 Abs. 1, §§ 27, 29, 31 und 33 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (MitbesG) vom 4. Mai 1976 (BGBl. I S. 1153), 2. Verfassungsbeschwerden des Verbandes Metallindustrieller Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e. V. und 29 weiterer Arbeitgebervereinigungen gegen das genannte Gesetz. 	Prof. Dr. <i>Thomas Raiser</i>
	Aussetzungs- und Vorlagebeschluß sowie Verfassungsbeschwerden zum Ersten Ehrechtsreformgesetz vom 14. Juli 1976 (BGBl. I S. 1421).	Abg. Dr. <i>Alfred Emmerlich</i> , Abg. <i>Hans A. Engelhard</i>
9. WP 1980–83	Normenkontrollantrag von fünf Landesregierungen gegen das Staatshaftungsgesetz vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 553).	Abg. Dr. <i>Herta Däubler-Gmelin</i> , Abg. <i>Detlef Kleinert</i>

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
10. WP 1983–87	Antrag der Bundestagsabgeordneten Dr. <i>Kohl</i> , Dr. <i>Zimmermann</i> und 229 weiterer Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, § 2 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 1981 wegen Unvereinbarkeit mit Art. 115 GG für nichtig zu erklären.	Abg. Dr. <i>Manfred Langner</i> , Abg. Dr. <i>Alfred Emmerlich</i>
	Antrag des Bundestagsabgeordneten <i>Hubert Kleinert</i> und der Fraktion DIE GRÜNEN festzustellen, der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung haben im Verfahren der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1984 (Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste) verfassungsmäßige Rechte der Antragsteller, insbesondere das Recht der Haushaltskontrolle, verletzt.	Prof. Dr. <i>Peter Lerche</i>
	Antrag der Bundespartei DIE GRÜNEN, daß die Änderungen des § 10b Einkommensteuergesetz und § 9 Nr. 3 Körperschaftsteuergesetz (steuerliche Abziehbarkeit von Mitgliedsbeiträgen und Spenden an politische Parteien) gegen Artikel 3 Abs. 1, Artikel 21 Abs. 1, Artikel 28 Abs. 1, Artikel 38 Abs. 1 GG und die Einfügung des § 22a (Chancengleichheit) und § 18 Abs. 6 in das Parteiengesetz gegen Artikel 21 GG verstoßen würden.	Prof. Dr. <i>Konrad Redeker</i>
	Verschiedene Streitsachen, die die Verfassungsmäßigkeit von § 55 Beamtenversorgungsgesetz betreffen und in denen auch auf die Versorgungsregelungen von Abgeordneten Bezug genommen wird.	Stellungnahme des Bundestages durch Vorlage eines Gutachtens von Prof. Dr. <i>Christoph Degenhart</i>
11. WP 1987–90	Anträge des Mitgliedes des Deutschen Bundestages <i>Thomas Wüppesahl</i> (fraktionslos) betreffend seiner Rechtsstellung als Bundestagsabgeordneter sowie Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung.	<i>Konrad Porzner</i> , MdB, <i>Herbert Helmrich</i> , MdB und Dr. <i>Eberhard Baden</i>
	Antrag der Bundespartei DIE GRÜNEN festzustellen, daß die Antragsgegner [Deutscher Bundestag und Bundesrat] durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2615) gegen Artikel 21 Grundgesetz und Artikel 3 Grundgesetz verstoßen haben.	Prof. Dr. Dr. <i>Georg Ress</i> , Prof. Dr. <i>Hans-Peter Schneider</i>

Hinweis

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind u. a. in den folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungen: Dokumentation
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 11. WP	<p>Antrag der Abgeordneten des Deutschen Bundestages <i>Herbert Czaja, Gerhard Dewitz, Ortwin Lowack, Lorenz Niegel, Karl Eigen, Matthias Engelsberger, Hans Graf Huyn</i> und <i>Eicke Götz</i> festzustellen, daß die Mitwirkungsrechte der Kläger bei der Beratung und Abstimmung zum Zwecke einer Änderung des Grundgesetzes dadurch verletzt sind, daß die Bundesregierung den verfassungsändernde Regelungen in Art. 4 enthaltenden Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands beschlossen, die Fraktionen der CDU/CSU und FDP diesen von der Bundesregierung ausgehandelten Vertrag mit Zustimmung der Bundesregierung in den Bundestag am 31. August 1990 eingebracht und der Bundestag ihn im Verfahren nach § 59 II GO am 5. September 1990 zur Beratung angenommen und am 20. September 1990 zur Beschlußfassung stellen wird.</p>	Prof. Dr. <i>Knut Ipsen</i>
	<p>Anträge 1. der Bundespartei „Die Republikaner“, 2. der Partei DIE GRÜNEN, 3. der Linken Liste/Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), sowie Verfassungsbeschwerden 1. der Frau <i>Elke Kiltz</i>, Bonn und des Herrn <i>Gerald Häfner</i>, MdB gegen [u. a.] das Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie zu dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990 mit einer Neufassung des § 53 Abs.2 des Bundeswahlgesetzes, womit unter Aufrechterhaltung der Sperrklausel des § 6 Abs.6 BWahlG vorgesehen ist, daß Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land – ausgenommen Berlin – nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbunden werden können.</p>	Prof. Dr. <i>Peter Lerche</i>
12. WP 1990–94	<p>Antrag von <i>Ingrid Bittner</i> und weiterer 23 Mitglieder der PDS im 11. Deutschen Bundestag sowie <i>Petra Bläss</i> und weiterer Mitglieder der PDS/Linke Liste im 12. Deutschen Bundestag betreffend die Zuerkennung des Fraktionsstatus.</p>	Prof. Dr. <i>Peter Lerche</i>
	<p>Antrag von <i>Thomas Wüppesahl</i>, MdB, festzustellen, daß der Antragsteller durch die Behandlung seiner Abänderungsanträge zur 2. Beratung des Entwurfes eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik dadurch in seinen Rechten verletzt worden ist, daß 1. seine Abänderungsanträge ... vom 19. und 20. Juni 1990 nicht ... vor der Sitzung verteilt oder während der Sitzung verlesen worden sind, 2. der Antragsteller in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 21. Juni 1990 gehindert worden ist, weitere Abänderungsanträge mündlich zu stellen.</p>	Dr. <i>Eberhard Baden</i>

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 12. WP	Antrag im Organstreit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) gegen den Deutschen Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung und den Bundesminister der Finanzen wegen Verletzung von Rechten der Antragstellerin aus Art. 21 und 14 GG durch Übernahme und Handhabung der §§ 20a und 20b PartG-DDR in Verbindung mit Anlage II Kapitel II Sachgebiet A Abschnitt IV des Einigungsvertrages [treuhänderische Verwaltung des PDS-Vermögens]	Prof. Dr. <i>Wolfgang Knies</i>
	Antrag von zwei Thüringer Landtagsabgeordneten festzustellen: § 5 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Thüringer Landtags (Thüringer Abgeordnetengesetz) vom 30. Januar 1991 verstößt gegen Art. 3 GG, § 2 Abs. 1, § 9 Abs. 4 Vorl. Landessatzung für das Land Thüringen, Art. 38 Abs. 1, Art. 48 Abs. 3 GG soweit 1. nach Absatz 2 Ziffer 1 die Fraktionsvorsitzenden eine zusätzliche steuerpflichtige Entschädigung in Höhe der einfachen Grundentschädigung nach Absatz 1 erhalten; 2. nach Absatz 2 Ziffer 2 je ein parlamentarischer Geschäftsführer jeder Fraktion eine zusätzliche steuerpflichtige Entschädigung in Höhe von 70 vom Hundert der Grundentschädigung nach Absatz 1 erhält; 3. nach Absatz 2 Ziffer 3 bei Fraktionen mit mehr als 20 Mitgliedern je zwei stellv. Fraktionsvorsitzende und bei den übrigen Fraktionen je ein stellv. Fraktionsvorsitzender und die Ausschußvorsitzenden eine zusätzliche steuerpflichtige Entschädigung nach Absatz 1 in Höhe von 40 vom Hundert erhalten.	Prof. Dr. <i>Helmut Steinberger</i>

Hinweis

Zur **Kontrollfunktion des Bundestages** enthält das vorliegende *Datenhandbuch* außerhalb des Kapitels 12 Materialien in folgenden Abschnitten:

- 1.24 Wahlprüfung
- 2.4 Immunitätsangelegenheiten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 11.9 Vermittlungsverfahren
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 12. WP	Antrag der Partei des Demokratischen Sozialismus und der Gruppe der Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste im Deutschen Bundestag festzustellen: Der 12. Deutsche Bundestag hat dadurch gegen die Rechte der Antragsteller aus Artikel 38 Absatz 1 und 21 Absatz 1 Grundgesetz verstoßen, daß er mit Beschluß vom 21. Februar 1991 auf seiner 9. Sitzung lediglich zwei statt der beantragten drei Bewerber als Beobachter in das Europäische Parlament entsandt hat.	Prof. Dr. <i>Jost Pietzcker</i>
	Anträge eines Mitgliedes des Landtages Rheinland-Pfalz, festzustellen, 1. §§ 1a, 5 Abs. 2, 6 Abs. 6 sowie 21 Abs. 1 und 2 des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz vom 21. Juli 1978 (GVBl. S. 587), zuletzt geändert durch das Neunte Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz vom 5. Oktober 1990 (GVBl. S. 295) verstoßen gegen Art. 79 Satz 2 und 97 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i. V. m. Art. 28 Abs. 1 Satz 1, 48 Abs. 3, 38 Abs. 1 Satz 2 GG und dem formalisierten Gleichheitssatz ...	Prof. Dr. <i>Helmut Steinberger</i>
	Anträge der Bundestagsabgeordneten <i>Martin Grüner, Ortwin Lowack</i> und <i>Günther Müller</i> festzustellen: 1. Der Beschluß der Bundesregierung vom 11. Dezember 1991 zum Bericht des Arbeitsstabes Bonn/Berlin über die Verlagerung von Teilen der Regierung nach Berlin und die Bildung sogenannter Politikbereiche verletzt verfassungsrechtliche Rechte des Antragstellers als Abgeordneter des Deutschen Bundestages aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2; 42; 77 Abs. 1 GG. 2. Die Bundesregierung verletzt verfassungsrechtliche Mitwirkungsrechte der Antragsteller, wenn sie ohne förmliches Bundesgesetz den Sitz der Bundesregierung ganz oder teilweise von Bonn nach Berlin verlegt oder durch planerische Maßnahmen vollendete Tatsachen schafft. 3. Hilfsweise: Die Bundesregierung verletzt verfassungsrechtliche Mitwirkungsrechte des Antragstellers dadurch, daß sie es unterläßt, eine Gesetzesvorlage über die Verlagerung des Sitzes der Bundesregierung einzubringen.	Prof. Dr. <i>Knut Ipsen</i>
	Anträge von <i>Wolfgang Schäuble, Wolfgang Bötsch, Franz Möller, Karl-Heinz Spilker</i> und 237 weiteren Mitgliedern des Bundestages auf verfassungsrechtliche Prüfung des Gesetzes zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz); hier: Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung.	Prof. Dr. <i>Erhard Denninger</i> , Prof. Dr. <i>Winfried Hassemer</i>
	Antrag der Bayerischen Staatsregierung betr. Normenkontrollverfahren betreffend das Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerenkonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz) vom 27. Juli 1992.	Prof. Dr. <i>Erhard Denninger</i> , Prof. Dr. <i>Winfried Hassemer</i>

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 12. WP	<p>Verfassungsbeschwerden</p> <p>I. des <i>Manfred Brunner</i> gegen das Zustimmungsgesetz zum Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992, welches der Deutsche Bundestag am 2. Dezember 1992 und der Bundesrat am 18. Dezember 1992 beschlossen haben und Antrag, andere Abhilfe im Sinne des Art. 20 Abs. 4 GG durch Feststellung der Grundgesetzwidrigkeit des Zustimmungsgesetzes zum Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 zu schaffen, um Widerstand gegen die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere den Bundeskanzler und die Gesetzgebungsorgane des Bundes, die es unternommen haben, die Ordnung, die Art. 20 Abs. 1 bis 3 GG verfaßt, zu beseitigen, zu erübrigen und Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung;</p> <p>II. von <i>Hiltrud Breyer</i>, MdEP, <i>Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf</i>, MdEP, <i>Claudia Roth</i>, MdEP und <i>Wilfried Telkämper</i>, MdEP, gegen das Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Zustimmungsgesetz zum Maastrichter Vertrag).</p>	Prof. Dr. <i>Brun-Otto Bryde</i> , Prof. Dr. <i>Albrecht Randelshofer</i>
	<p>Verfahren über den Antrag von Dr. <i>Gregor Gysi</i>, MdB, festzustellen, die Antragsgegner [Deutscher Bundestag sowie Ausschuß für Immunität, Wahlprüfung und Geschäftsordnung] verletzen die Rechte des Antragstellers aus Art. 38 GG und die Rechtsstaatlichkeit, wenn sie entsprechend der Beschlußvorlage des Antragstellers zu 2) vom 16. Oktober 1992 behaupten, beschließen oder veröffentlichen, (1) der Abgeordnete Dr. <i>Gregor Gysi</i> sei in Einzelfällen für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik tätig gewesen; (2) bei der Quelle des Ministeriums für Staatssicherheit „IM Notar“ habe es sich offenkundig um Dr. <i>Gregor Gysi</i> gehandelt; (3) der Abgeordnete Dr. <i>Gregor Gysi</i> habe dem Ministerium für Staatssicherheit Angaben über Mandanten und deren Strafverfahren, in denen ihm die Verteidigung oblag, geliefert ...</p>	Prof. Dr. <i>Wolfgang Löwer</i>
	<p>Verfahren über den Antrag der PDS festzustellen, daß der Deutsche Bundestag gegen Art. 21 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG verstoßen hat, indem er (1.) den Änderungsantrag der Gruppe PDS/Linke Liste zum Einzelplan 06 des Bundeshaushaltes 1993 (Bundestagsdrucksache 12/3819) auf Einstellung eines Globalzuschusses in Höhe von 9.858 TDM zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ in den Bundeshaushalt 1993, mit Beschluß vom 25. November 1992 ablehnte, (2.) es unterließ, in den am 25. November 1992 beschlossenen Einzelplan 06 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1993 einen „Globalzuschuß“ zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit zur Gewährung an den Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ einzustellen</p>	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 12. WP	Verfahren über den Antrag des <i>Ortwin Lowack</i> , MdB, festzustellen, daß durch die Einfügung von Art. 45 des Grundgesetzes durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2086), mit dem der Bundestag einen Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union bestellt, den er ermächtigen kann, die Rechte des Bundestages gem. Art. 23 GG gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen, die Rechte des Antragstellers aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG verletzt werden.	Prof. Dr. <i>Joachim Wieland</i>
	Organstreitverfahren über den Antrag der Republikaner festzustellen: der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben die Rechte der Antragstellerin aus Art. 21 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG verletzt a) durch die in § 26 Abs. 4 Satz 1 und 2 des Parteiengesetzes i.d.F. des Art. 1 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 28. Januar 1994 (BGBl. I S. 142) getroffene Bestimmung, daß die Mitarbeit von Bürgern in Parteien grundsätzlich unentgeltlich erfolgt sowie Sach-, Werk- und Dienstleistungen, die die Mitglieder außerhalb eines Geschäftsbetriebs üblicherweise unentgeltlich zur Verfügung stellen, als Einnahmen unberücksichtigt bleiben, b) durch die in § 27 Abs. 1 Satz 2 des Parteiengesetzes i.d.F. des Art. 1 des zu a) genannten Gesetzes enthaltene Bestimmung, daß geldwerte Zuwendungen aller Art nur dann Spenden sind, sofern sie nicht üblicherweise unentgeltlich von Mitgliedern außerhalb eines Geschäftsbetriebes zur Verfügung gestellt werden, c) durch die in § 40 Abs. 1 Nr. 1 des Parteiengesetzes i.d.F. des Art. 1 des zu a) genannten Gesetzes getroffene Bestimmung, wonach für die Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 1994 der Berechnung nach § 18 Abs. 3 Nr. 3 i.V.m. § 19 Abs. 3 des Parteiengesetzes ein Betrag von 60 v.H. des Durchschnittsbetrages zugrunde gelegt wird, der sich aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden ergibt, die in den für die Jahre 1991 und 1992 vorgelegten Rechenschaftsberichten ausgewiesen sind, und d) durch die in § 40 Abs. 1 Nr. 2 des Parteiengesetzes i.d.F. des Art. 1 des zu a) genannten Gesetzes getroffenen Bestimmung, wonach im Rahmen der Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 1994 für die Ermittlung der relativen Obergrenze nach § 18 Abs. 5 des Parteiengesetzes der Durchschnittsbetrag der selbst erwirtschafteten Einnahmen zugrunde gelegt wird, die in den für die Jahre 1991 und 1992 vorgelegten Rechenschaftsberichten ausgewiesen sind.	Prof. Dr. <i>Peter Badura</i>

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 12. WP	Organstreitverfahren über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen festzustellen, daß die Antragsgegner [Deutscher Bundestag und Bundesrat] durch das Parteiengesetz i.d.F. des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 28. Januar 1994 (BGBl. I S. 142) gegen Artikel 21 GG und Artikel 3 GG verstoßen haben, indem sie in § 19 Abs. 3 als Berechnungsgrundlage für die Höhe der staatlichen Mittel die im Hinblick auf die Wahlergebnisse geleistet wären, bei allen Parteien das Ergebnis der jeweils letzten Landtagswahl zugrunde gelegt haben, wobei Stichtag der 31. Oktober des laufenden Jahres ist, ohne danach zu differenzieren, ob nach der jeweils ersten Wahl im Anschluß an die deutsche Wiedervereinigung die anspruchsberechtigte Partei mit politischen Organisationen fusioniert hat, die ihrerseits nicht als Partei an der jeweiligen Wahl teilgenommen haben, sondern im Rahmen einer Listenvereinigung.	Prof. Dr. <i>Peter Badura</i>
13. WP ¹⁾	Anträge der Bundestagsabgeordneten Dr. <i>Gregor Gysi</i> und <i>Rolf Kutzmutz</i> festzustellen: Der Deutsche Bundestag und der 1. Ausschuß verletzen die Rechte der Antragsteller aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG und die Rechtsstaatlichkeit (1) durch die Regelung und Ausgestaltung eines Verfahrens zur Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik durch § 44b AbgG, sowie ergänzende Richtlinien und eine Absprache, (2) indem sie ein Verfahren gemäß § 44b AbgG gegen die Antragsteller durchführen, und Antrag im Wege des Erlasses einer einstweiligen Anordnung (1) das Ruhen des gegen die Antragsteller eingeleiteten Verfahrens gemäß § 44b AbgG bis zur Entscheidung des BVerfG in der Hauptsache anzuordnen, (2) die Geheimhaltung aller im Verfahren gemäß § 44b AbgG gegen die Antragsteller gesammelten Informationen und Unterlagen durch den Antragsgegner zu 2) und seine Mitglieder anzuordnen.	Prof. Dr. <i>Wolfgang Löwer</i>
	Antrag der Gruppe der Abgeordneten der Partei des Demokratischen Sozialismus im 13. Deutschen Bundestag betreffend die Zuerkennung des Fraktionsstatus, hilfsweise weiterer Gruppenrechte.	Prof. Dr. <i>Knut Ipsen</i>

1) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Untersuchungsergebnisse zum Erfolg von Oppositionsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht sind in einem zusätzlichen Unterabschnitt innerhalb des Abschnitts 11.12: Bundestag und Bundesverfassungsgericht zusammengestellt.

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 13. WP	<p>Anträge der PDS festzustellen, daß der Deutsche Bundestag gegen Art. 21 Abs.1 und Art. 3 Abs.1 GG verstoßen hat, indem er</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. <i>Christa Luft</i>, Dr. <i>Gregor Gysi</i> und der Gruppe der PDS zum Einzelplan 06 des Bundeshaushalts 1995 (BT-Drs. 13/938) vom 28. 3. 1995 auf Umschichtung des Titels 68405 – Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit – zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ mit Beschluß vom 29. 3. 1995 ablehnte, 2. es unterließ, in den am 29. 3. 1995 beschlossenen Einzelplan 06 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1995, wirksam geworden durch die Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates mit Beschluß vom 2. 6. 1995, einen „Globalzuschuß“ zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit zur Gewährung an den Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ einzustellen. 	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>
	<p>Anträge der PDS festzustellen, daß der Deutsche Bundestag gegen Art. 21 Abs.1 GG und Art. 3 Abs.1 GG verstoßen hat, indem er</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Änderungsantrag der Gruppe der PDS zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996 vom 7. 11. 1995 (Drs. 13/2901) auf Umschichtung des Kapitels 06 02, Titel 68405 – Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit – zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ mit Beschluß vom 8. 11. 1995 ablehnte, 2. es unterließ, in den am 10. 11. 1995 beschlossenen Einzelplan 06 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1996 einen Globalzuschuß zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit zur Gewährung an den Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ einzustellen. 	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>
	Organstreitverfahren der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dreier Abgeordneter des Deutschen Bundestages zum Petitionsinformatiionsrecht.	Prof. Dr. <i>Markus Heintzen</i>
	Antrag der Fraktion der SPD festzustellen, daß der Beschluß des 1. Untersuchungsausschusses des 13. Deutschen Bundestages vom 15. 1. 1997 betreffs Ziffer 2 der Ausschußdrucksache 259 gegen Art. 44 GG verstößt.	Prof. Dr. <i>Wolfgang Löwer</i>

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Wahlperiode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 13. WP	Antrag der PDS festzustellen, daß der Deutsche Bundestag Rechte der Antragstellerin aus Art. 21 Abs.1 GG und Art. 3 Abs.1 GG dadurch verletzt hat, daß er 1. den Änderungsantrag der Gruppe der PDS zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997 vom 26. 11. 1996 (Drs. 13/6237) auf Umschichtung des Kapitels 06 02, Titel 68405 – Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit – zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ mit Beschluß vom 27. 11. 1996 ablehnte; 2. durch das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) vom 20. 12. 1996 (BGBl. I S.2033) den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997 feststellte, ohne einen Globalzuschuß zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit zur Gewährung an den Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ einzustellen.	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>

Verfassungsklagen aus dem Bundestag*)

Die folgende Liste enthält die Verfahren, in denen einzelne Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie einzelne oder mehrere seiner Fraktionen Antragsteller vor dem Bundesverfassungsgericht waren. Soweit es sich um parlamentsrechtliche Entscheidungen handelt, sind diese in der Regel mit ihren Leitsätzen in Abschnitt 15.3 des vorliegenden *Datenhandbuchs* veröffentlicht.

Eingang	Antragsteller	Aktenzeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
12. 7. 1951	SPD-Fraktion	2 BvE 1/51	Rechtsgültigkeit des § 96 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages	a) 6. 3. 1952 b) Antrag teilweise zurückgewiesen, teilweise stattgegeben
12. 7. 1951	SPD-Fraktion	2 BvE 2/51	Deutsch-französisches Wirtschaftsabkommen	a) 29. 7. 1952 b) Abweisung
12. 7. 1951	SPD-Fraktion	2 BvE 3/51	Petersberger Abkommen	a) 29. 7. 1952 b) Abweisung
1. 2. 1952	Mitglieder des Bundestages	1 BvF 1/52	Gesetzentwürfe über Beteiligung Deutscher an einer bewaffneten Streitmacht und Wehrdienstverpflichtung	a) 30. 7. 1952 b) Antrag unzulässig
23. 3. 1952	SPD-Fraktion	2 BvE 1/52	Feststellung der Nichtigkeit des Kehler Hafnabkommens	a) 30. 6. 1953 b) Anträge abgewiesen

*) Quelle: Unterlagen des Bundesverfassungsgerichts

Eingang	Antragsteller	Aktenzeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
6. 12. 1952	Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP/DPB	2 BvE 4/52	Deutschlandvertrag und EVG-Vertrag	a) 7. 3. 1953 b) Anträge als unzulässig zurückgewiesen
5. 2. 1953	FDP-Fraktion	2 BvE 1/53	Rechte des Bundesrates beim Erlaß des Bundesbankgesetzes	a) 29. 7. 1953 b) Anträge als unzulässig abgewiesen
11. 5. 1953	Mitglieder des Bundestages	1 BvF 4/53	Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Deutschlandvertrages vom 26. 5. 1952 mit Zusatzverträgen und des Vertrages v. 27. 5. 1952 über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	a) – b) als erledigt angesehen durch Erklärung der Antragsteller v. 18. 4. 1967
20. 3. 1955	Mitglieder des Bundestages	1 BvF 1/55	Bundesgesetz v. 24. 3. 1955 betr. das Saarstatut (BGBl. II S. 295)	a) 4. 5. 1955 b) Vereinbarkeit mit dem GG
16. 4. 1958	Dr. <i>Adolf Arndt</i> , MdB und Dr. <i>Ewald Bucher</i> , MdB	2 BvE 2/58	Redezeitbegrenzung	a) 14. 7. 1959 b) Antrag abgewiesen
10. 5. 1958	<i>Holger Börner</i> , MdB, <i>Gustav Heinemann</i> , MdB sowie 28 weitere Mitglieder des Bundestags	2 BvE 3/58	Redezeitbegrenzung	a) 14. 7. 1959 b) Antrag abgewiesen
20. 12. 1960	Fraktionen der CDU/CSU, SPD u. FDP	1 BvF 1/61	Sammlungsgesetz v. 5. 11. 1934 idF d. VO v. 23. 10. 1941 (RGBl. I S. 654)	a) 5. 8. 1966 b) Das Gesetz ist nichtig (Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG)
22. 3. 1966	SPD und 193 Mitglieder des Bundestages	2 BvE 1/66	Zuwendungen tatsächlicher und finanzieller Art an die Regierungsparteien aus dem Bundeshaushaltsplan	a) 30. 1. 1969 b) Rücknahme der Organklage
22. 3. 1966	193 Mitglieder des Bundestags	2 BvF 1/66	wie vor	a) 18. 3. 1969 b) Verfahren eingestellt

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

Eingang	Antragsteller	Akten- zeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
28. 7. 1974	CDU/CSU-Fraktion	2 BvE 1/74	feststellen, daß a) die Bundesreg. ca. 4,5 Mio. DM Ausgaben zu Lasten des Rechnungsjahrs 1973 geleistet hat ohne Zustimmung des Bundestags... b) Bundesminister der Finanzen diesen Ausgaben zugestimmt hat, obwohl Voraussetzungen für Haushaltsüberschreitungen nicht vorlagen	a) 25. 5. 1977 b) Verletzung der Rechte des Bundestages durch den Bundesminister der Finanzen und durch die Bundesregierung wird festgestellt
30. 4. 1974	Prof. Dr. <i>Manfred Abelein</i> , MdB und 216 weitere Mitglieder des Bundestages	2 BvF 2/78	Bremisches Juristenausbildungsgesetz vom 3. 7. 1973	a) offen b) offen
21. 6. 1974	Mitglieder des Bundestags	1 BvF 1/74	Feststellung der Verfassungswidrigkeit d. Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts v. 18. 6. 1974 (BGBl. I S. 1297)	a) 25. 2. 1975 b) Teilerfolg
21. 7. 1977	Dr. <i>Helmut Kohl</i> , MdB und 189 weitere Mitglieder des Bundestages	2 BvF 1/77	Gesetz zur Änderung d. Wehrpflichtgesetzes u. des Zivildienstgesetzes vom 13. 7. 1977	a) 13. 4. 1978 b) mit GG unvereinbar
11. 3. 1982	CDU/CSU-Fraktion	2 BvE 1/82	Feststellung, daß Bundesregierung Art. 44 GG verletzt habe durch Weigerung, dem 1. Untersuchungsausschuß der 9. Wahlperiode des BT die zum Fall <i>Rauschenbach</i> angelegten sensiblen Akten vorzulegen und die dafür maßgeblichen Gründe anzugeben	a) – b) Aufgrund der Mitteilung der Antragsteller, das Verfahren nicht fortzuführen, als erledigt betrachtet.
31. 3. 1982	Prof. Dr. <i>Manfred Abelein</i> , MdB	2 BvE 2/82	Berührung des Status eines Abgeordneten durch eine „Rüge“ des amtierenden Präsidenten des Bundestages	a) 8. 6. 1982 b) Antrag verworfen
9. 9. 1982	Dr. <i>Helmut Kohl</i> MdB, Dr. <i>Friedrich Zimmermann</i> , MdB und 229 weitere Mitglieder des Bundestages	2 BvF 1/82	Verfahren über den Antrag, § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1981 (Haushaltsgesetz 1981) vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 630) für nichtig zu erklären	a) 18. 4. 1989 b) Anträge zurückgewiesen

Eingang	Antragsteller	Akten- zeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
17. 1. 1983/ 18. 1. 1983/ 20. 1. 1983	<i>Karl-Hans Lagershausen</i> (CDU), <i>Friedhelm Rentrop</i> (FDP), <i>Hansheinrich Schmidt</i> (FDP) und <i>Karl Hofmann</i> (fraktionslos), alle MdB	2 BvE 1, 2, 3, 4/83	Auflösung des 9. Deutschen Bundestages und Anberaumung von Neuwahlen durch den Bundespräsidenten	a) 16. 2. 1983 b) Anträge zurückgewiesen
22. 2. 1983	<i>Lieselott Blunck</i> , MdB und 16 weitere Mitglieder der SPD-Fraktion	2 BvE 6/83	Verletzung der Informationsansprüche der Antragsteller durch die Weigerung der Bundesregierung, Auskünfte in bezug auf die Lagerung chemischer Kampfstoffe zu erteilen	a) – b) als erledigt behandelt (3. 8. 1987)
9. 9. 1983/ 28. 12. 1983	Fraktion der GRÜNEN; SPD-Fraktion	2 BvE 11, 15/83	Feststellung, daß die Bundesregierung, der Bundesminister der Finanzen und der Bundesminister für Wirtschaft Art. 44 GG verletzt haben durch Nichtvorlage von Akten an den 1. Untersuchungsausschuß (<i>Flick-</i> und <i>Parteispenden-Affäre</i>)	a) 17. 7. 1984 b) Die Weigerung der Antragsgegner, die Akten vollständig herauszugeben, verletzt Art. 44 GG.
16. 11. 1983	Fraktion der GRÜNEN	2 BvE 13/83	Verstoß der Bundesregierung gegen Rechte des Bundestages durch Zustimmung zur Aufstellung von nuklearbestückten amerikanischen Mittelstreckenraketen der Bauart Pershing II und von Marschflugkörpern	a) 18. 12. 1984 b) Anträge zurückgewiesen
8. 12. 1983	<i>Hubert Kleinert</i> , MdB und Fraktion der GRÜNEN	2 BvE 14/83	Feststellung der Verletzung von Verfassungsrechten der Antragsteller bei der Vorlage, Beratung und Verabschiedung der Haushaltsgesetze 1984 und 1985 im Hinblick auf die Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste und Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung	a) 14. 1. 1986 b) Antrag zurückgewiesen a) 15. 12. 1983 b) Erlaß einer einstweiligen Anordnung abgelehnt
27. 2. 1984	196 Mitglieder der SPD-Fraktion	2 BvF 2/84	Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Bestimmungen des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes	a) 24. 4. 1985 b) Die Bestimmungen sind mit dem Grundgesetz vereinbar

Eingang	Antragsteller	Aktenzeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
20. 8. 1984	Fraktion der GRÜNEN	2 BvE 4/84	Feststellung der Verletzung von Verfassungsrechten der Antragsteller bei der Wahl der Mitglieder des Gremiums zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste gemäß § 4 Abs. 9 des Haushaltsgesetzes 1984	a) 14. 1. 1986 b) Antrag zurückgewiesen
7. 11. 1984	Mitglieder der SPD-Fraktion	1 BvF 1/84	Verfassungsrechtliche Prüfung des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes vom 23. Mai 1984 (GVBl. S. 147)	a) 4. 11. 1986 b) Bestimmungen teils vereinbar, teils unvereinbar
2. 11. 1985	Fraktion der GRÜNEN	2 BvE 1/85	Antrag wegen der Weigerung des 1. Untersuchungsausschusses, gegen eine Entscheidung des Landgerichts Bonn, dem Ausschuß keine Einsicht in weitere Akten der <i>Flick</i> -Industrieverwaltung zu gewähren, Beschwerde einzulegen	a) 17. 12. 1985 b) Antrag abgewiesen wegen Fristversäumnis
16. 12. 1985	<i>Manfred Abelein</i> , MdB und 235 weitere MdB	1 BvF 1/85	Normenkontrollantrag gegen § 3 Abs. 3, 8 und 9 (i. V. m. § 33 Abs. 2, § 47), § 3 Abs. 7, § 15, § 13 Abs. 1 Nr. 4, §§ 27–29 des WDR-Gesetzes v. 19. 3. 1985 (GV NW S. 237)	a) 5. 2. 1991 (zusammen mit 1 BvF 1/88) b) Bestimmungen teils vereinbar, teils nichtig
10. 3. 1986	Dr. <i>Hans-Jochen Vogel</i> , MdB und 199 weitere MdB der SPD-Fraktion	1 BvF 1/86	Antrag zu prüfen, ob das Landesmediengesetz Baden-Württemberg vom 16. 12. 1985 mit dem GG vereinbar ist	a) 12. 1. 1988 b) Antrag am 17. 12. 1987 zurückgenommen; Verfahren eingestellt
5. 1. 1987	Dr. <i>Hans-Jochen Vogel</i> , MdB und 201 weitere MdB der SPD-Fraktion	1 BvF 1/87	Normenkontrollantrag gegen die Neufassung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz	a) offen b) offen
20. 2. 1988	Dr. <i>Alfred Dregger</i> , MdB und 214 weitere MdB der CDU/CSU-Fraktion	1 BvF 1/88	Normenkontrollantrag gegen Rundfunkgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 19. 1. 1987 i. d. F. des Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ und des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Rundfunkänderungsgesetz) vom 8. 12. 1987	a) 5. 2. 1991 (zusammen mit 1 BvF 1/88) b) mit einer Ausnahme Anträge zurückgewiesen

Eingang	Antragsteller	Aktenzeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
29. 4. 1988	Dr. <i>Hans-Jochen Vogel</i> , MdB und weitere 179 MdB der SPD-Fraktion	1 BvF 3/88	Normenkontrollantrag gegen die Änderung des Atomgesetzes von 1976 (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 lit. a, §§ 3, 4, 6, 7, 9 a Abs. 1 Nr. 1 Atomgesetz i. d. F. d. Bek. v. 15. 7. 1985)	a) offen b) offen
19. 7. 1988	<i>Thomas Wüppesahl</i> , MdB	2 BvE 1/88	Rechtsstellung als (fraktionsloser) Abgeordneter	a) 13. 6. 1989 b) Einräumung von Rede- und Antragsrecht in einem Ausschuß; im übrigen Zurückweisung der Anträge
15. 6. 1989	Dr. <i>Alfred Dregger</i> , MdB und 223 weitere MdB der CDU/CSU-Fraktion	2 BvE 2/89	Normenkontrollantrag gegen Schleswig-Holsteinisches Gesetz zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes vom 21. 2. 1989 [Wahlrecht für Ausländer]	a) 12. 10. 1989 b) Einstweilige Anordnung gegen das Gesetz erlassen a) 31. 10. 1990 b) Gesetz nichtig
		2 BvF 3/89	Normenkontrollantrag gegen Hamburger Gesetz zur Einführung des Wahlrechts für Ausländer zu den Bezirksversammlungen vom 20. 2. 1989	a) 12. 10. 1989 b) Einstweilige Anordnung gegen das Gesetz erlassen a) 31. 10. 1990 b) Gesetz nichtig
4. 7. 1989	SPD-Fraktion	2 BvE 3/89	Zeugenvernehmung im U-Boot-Untersuchungsausschuß	a) 12. 12. 1990 b) Bitte des 2. Senats an die Parteien um Mitteilung, ob eine parlamentarische Lösung gefunden werden könne; nach Erledigungserklärung Verfahren eingestellt.
7. 9. 1990	8 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	2 BvE 2/90	Rechtsstellung der Abgeordneten bei einer Abstimmung über den Einigungsvertrag und Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung betr. Untersagung der Abstimmung bis zur Entscheidung in der Hauptsache	a) 18. 9. 1990 b) als offensichtlich unbegründet abgelehnt
19. 12. 1990	<i>Thomas Wüppesahl</i> , MdB	2 BvE 14/90	Behandlung von Anträgen eines fraktionslosen MdB	a) 14. 10. 1992 b) Antrag verworfen

Eingang	Antragsteller	Aktenzeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
3. 1. 1991	24 Abgeordnete der Gruppe PDS im 11. Bundestag bzw. 17 Abgeordnete der Gruppe PDS/Linke Liste im 12. Bundestag	2 BvE 1/91	Anerkennung als Fraktion	a) 16. 7. 1991 b) mit zwei Ausnahmen Anträge als unbegründet zurückgewiesen
		2 BvE 4/91	Status als Fraktion	a) 20. 8. 1991 b) Rücknahme
8. 7. 1991	a) Gruppe PDS/ Linke Liste b) Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	2 BvE 5/91	Entsendung von 2 statt 3 Beobachtern in das Europäische Parlament	a) 28. 9. 1991 b) Rücknahme
10. 3. 1992	<i>Wolfgang Schäuble</i> , MdB und 280 weitere Mitglieder CDU/CSU-Fraktion	2 BvF 1/92	§ 2 Abs. 4 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein vom 17. 12. 1990	a) 24. 5. 1995 b) Gesetz in bestimmten Teilen mit Grundgesetz nicht vereinbar
9. 6. 1992	<i>Martin Grüner</i> , MdB, <i>Ortwin Lowack</i> , MdB, <i>Günther Müller</i> , MdB	2 BvE 1/92 2 BvE 2/92	Verlagerung des Sitzes der Bundesregierung nach Berlin ohne förmliches Bundesgesetz	a) 24. 8. 1992 b) Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt
10. 8. 1992	SPD-Fraktion	2 BvE 3/92	Adria-Einsatz der Bundeswehr	a) 14. 7. 1994 b) Verstoß der Bundesregierung gegen das Gebot, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die Zustimmung des Bundestages einzuholen
25. 8. 1992	<i>Wolfgang Schäuble</i> , MdB und weitere 248 Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion	2 BvF 5/92	Schwangeren- und Familienhilfegesetz vom 27. 7. 1992	a) 28. 5. 1993 b) Gesetz in wesentlichen Teilen nichtig
13. 1. 1993	<i>Gregor Gysi</i> , MdB	2 BvE 1/93	Beschlußvorlage des Ausschusses für Immunität, Wahlprüfung und Geschäftsordnung bezüglich einer Tätigkeit des Antragstellers für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR	

Eingang	Antragsteller	Aktenzeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
28. 1. 1993	<i>Ortwin Lowack</i> , MdB	2 BvE 6/93	Einführung des Art. 45 GG (Bestellung eines Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union)	a) offen b) offen
2. 4. 1993	FDP-Fraktion	2 BvE 5/93	AWACS-Einsatz	a) 12. 7. 1994 b) Verstoß der Bundesregierung gegen das Gebot, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die Zustimmung des Bundestages einzuholen
17. 6. 1993	SPD-Fraktion	2 BvE 7/93	AWACS-Einsatz	a) 12. 7. 1994 b) Verstoß der Bundesregierung gegen das Gebot, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die Zustimmung des Bundestages einzuholen
16. 7. 1993	SPD-Fraktion	2 BvE 8/93	Somalia-Einsatz	a) 12. 7. 1994 b) Verstoß der Bundesregierung gegen das Gebot, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die Zustimmung des Bundestages einzuholen
23. 3. 1994	SPD-Fraktion	2 BvE 2/94	Verstoß der Bundesregierung gegen Art. 44 Abs. 1 GG durch die Weigerung, Protokolle von Sitzungen des Verwaltungsrates und des Vorstandes der Treuhandanstalt vorzulegen	a) offen b) offen
22. 8. 1994	<i>Ortwin Lowack</i> , MdB	2 BvE 5/94	16. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) vom 11. März 1994	a) 11. 1. 1995 b) Antrag verworfen

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

Eingang	Antragsteller	Aktenzeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
10. 4. 1995	Dr. <i>Gregor Gysi</i> , MdB	2 BvE 1/95	Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR aufgrund von § 44 b des Abgeordnetengesetzes	a) 21. 5. 1996 b) Antrag zum Teil zurückgewiesen und zum Teil als unzulässig verworfen.
10. 4. 1995	<i>Rolf Kutzmutz</i> , MdB	2 BvE 2/95	Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR aufgrund von § 44 b des Abgeordnetengesetzes	a) 5. 3. 1997 b) wie zuvor
9. 5. 1995	Gruppe der PDS	2 BvE 4/95	Versagung des Fraktionsstatus	a) 17. 9. 1997 b) Anträge zum Teil als unzulässig verworfen und im übrigen als unbegründet verworfen
8. 5. 1996	<i>Wolfgang Schäuble</i> , MdB, und weitere 278 Abgeordnete der CDU/CSU- Fraktion	1 BvF 1/96	Schulgesetz Brandenburg (Nicht-Anerkennung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach)	a) offen b) offen
21. 6. 1996	<i>Ortwin Lowack</i> , MdB	2 BvE 2/96	§ 35 a Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes i.d.F. Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten vom 15. 12. 1995	a) 16. 7. 1996 b) Rücknahme
20. 2. 1997	SPD-Fraktion	2 BvE 1/97	Beschluß des 1. Untersuchungsausschusses vom 15. 1. 1997 betr. Plutoniumzufuhr (Verletzung parlamentarischer Minderheitenrechte)	a) offen b) offen
5. 3. 1997	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2 BvE 2/97	Nichtbearbeitung von Petitionen durch den Bundesminister für Post und Telekommunikation	a) offen b) offen
30. 6. 1997	SPD-Fraktion	2 BvE 4/97	Verstoß der Bundesregierung gegen Art. 115 Abs. 1 Satz 2 GG beim Vollzug des Haushalts 1996	a) offen b) offen
14. 8. 1997	SPD-Fraktion	2 BvE 2/97	Bundshaushaltsgesetz 1996; hier: Verstoß gegen Art. 110 Abs. 1 Satz 1 GG und Art. 115 Abs. 1 Satz 2 GG	a) offen b) offen

Der Erfolg von Oppositionsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht

In seiner Untersuchung über die „Opposition im Bundestag und das Bundesverfassungsgericht“*) geht *Klaus Stüwe* der Frage nach, ob es sich anhand der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts statistisch bestätigen läßt, daß vorwiegend die jeweilige Opposition – „schon aus der institutionellen Logik eines parlamentarischen Systems“ (S. 287) – das Bundesverfassungsgericht „zur Überprüfung legislativer und exekutiver Akte in Aktion ruft“ (ebd.). Anhand der Verfahrensstatistik „soll überprüft werden, ob sich der Gang nach Karlsruhe tatsächlich als ein effektives Kontrollinstrument für die einzelnen Oppositionsparteien bzw. für die Opposition insgesamt erwiesen hat“ (ebd.). Einige Untersuchungsergebnisse werden im folgenden in dem zusätzlich aufgenommenen Unterabschnitt zitiert.***) Dabei ist zu beachten, daß die folgende Statistik die Verfahren der oppositionellen Parteien***) und Landesregierungen nicht berücksichtigt, sondern nur die Initiativen der Fraktionen und Gruppen im Bundestag.

Abstrakte Normenkontrolle

Das Bundesverfassungsgericht hat seit seiner Einrichtung bzw. Arbeitsaufnahme im Jahre 1951 bis 1995 insgesamt 99 abstrakte Normenkontrollverfahren (nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG) erledigt. Davon wurden nur 18 „aus der Mitte des Bundestages“ heraus beantragt und davon wiederum nur 12 von oppositionellen Antragstellern.

Von den 12 oppositionellen Initiativen stammen 9 von der SPD während ihrer beiden Oppositionsphasen im Bundestag (dagegen 32 von sozialdemokratisch geführten Landesregierungen!). Die

*) *Klaus Stüwe*, Die Opposition im Bundestag und das Bundesverfassungsgericht. Das verfassungsgerichtliche Verfahren als Kontrollinstrument der parlamentarischen Minderheit. Baden-Baden 1997 (hier: S. 287–333). Vgl. auch ders., Der „Gang nach Karlsruhe“. Die Opposition im Bundestag als Antragstellerin vor dem Bundesverfassungsgericht. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 28. 1997. H. 4. S. 545–557.

***) Zur Quellenlage vgl. *Stüwe*: „Da es bis heute keine Verfahrensstatistik gibt, die die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nach den Antragstellern, der Klagehäufigkeit und dem Klageerfolg systematisiert, stützt sich die Studie auf die Analyse der mittlerweile 93bändigen Entscheidungssammlung des Gerichts.“ (S. 288)

****) Der (erfolgreichen) Organklage beispielsweise der Partei der PDS gegen die Einführung einer Fünf-Prozent-Klausel für das gesamte Wahlgebiet bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl verdankt diese Partei ihren Einzug in den 12. Bundestag.

Hinweis

Zur Kontrollfunktion und zu ihrer Wahrnehmung durch den Deutschen Bundestag ist im **Datenhandbuch** insbesondere das Kapitel 12 nachzuschlagen. Ferner kommen u. a. die folgenden Abschnitte in Betracht:

- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfragen des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungmitgliedern
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages

CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Oppositionszeit 3 Anträge gestellt (dagegen ergingen 14 Anträge von CDU- bzw. CSU-geführten Landesregierungen).

Erfolg und Mißerfolg der oppositionellen Anträge im Bereich der abstrakten Normenkontrolle stellen sich zahlenmäßig folgendermaßen dar:

Oppositionsfraktion im Bundestag	Zeitraum	Anzahl der Verfahren	Erfolg	Teilerfolg	Mißerfolg	Einstellung
SPD	1951–1966	4 ¹⁾	1 ²⁾	0	4	4 ⁴⁾
	1982–1995	5				
CDU/CSU	1969–1982	3	2 ³⁾	0	1	0

1) Beim Antrag zum Saarstatut (siehe BVerfGE 4, 157) waren auch einige Abgeordnete der FDP und des BHE beteiligt.

2) Das Verfahren richtete sich gegen das Landesrundfunkgesetz von Niedersachsen aus dem Jahre 1984 (siehe BVerfGE 73, 118), also nicht gegen Bundesrecht.

3) Verfahren gegen die Neuregelung des Paragraphen 218 im Jahr 1974 (siehe BVerfGE 39, 1) und gegen die Wehrpflichtnovelle des Jahres 1977 (siehe BVerfGE 48, 127). In beiden Fällen hatte das Bundesverfassungsgericht die Gesetze für unvereinbar mit dem Grundgesetz und für nichtig erklärt.

4) wegen Rücknahme des Antrags oder wegen sonstiger Erledigung

Organstreitverfahren

Bei den Organstreitverfahren sieht die Bilanz von Erfolg und Mißerfolg für die Oppositionsfraktionen bzw. -gruppen folgendermaßen aus:

Oppositionsfraktion bzw. -gruppe im Bundestag ¹⁾	Zeitraum	Anzahl der Verfahren	Erfolg	Teilerfolg	Mißerfolg	Einstellung
SPD	1951–1966	4	1 ²⁾	4	4	1
	1982–1995	6				
CDU	1969–1982	1	1 ³⁾	0	0	0
FDP	1966–1969	0	–	–	–	–
GRÜNE bzw. B 90/GRÜNE	1983–1990 und 1994–1995	5	1 ²⁾	0	4	0
PDS/LL bzw. PDS	1990–1995	1	0	1	0	0

1) Nicht berücksichtigt wurden in dieser Statistik Organklagen einzelner Abgeordneter.

2) Das Bundesverfassungsgericht erklärte 1984 das Recht eines Untersuchungsausschusses auf Vorlage von Akten der Bundesregierung für begründet (siehe BVerfGE 67, 100).

3) Organstreitverfahren wegen der Bewilligung außerplanmäßiger Ausgaben am Ende des Haushaltsjahres 1973, die der Bundesfinanzminister unter Berufung auf Art. 112 GG ohne Zustimmung des Bundestages genehmigt hatte; das Bundesverfassungsgericht sah darin im Sinne der Klägerin einen Verstoß gegen das Budgetrecht des Bundestages aus Art. 110 GG.

Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts

Schwerpunkt der Untersuchung von *Mathias Kleuker* über die Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts*) bildet die Frage der tatsächlichen Umsetzung der Aufträge durch den Gesetzgeber. Dazu bietet die Arbeit eine Fülle von Beispielen, allerdings keine systematische Auflistung aller Gesetzgebungsaufträge des Gerichts und ihrer mehr oder weniger umgehenden und vollständigen Erfüllung im Bundestag.

In seiner Zusammenfassung schreibt *Kleuker*, die Untersuchung habe gezeigt, „daß Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichtes eine ausgesprochen hohe Erfolgsquote aufweisen. Implementationsprobleme sind die Ausnahme. Grundsätzlich folgt der Gesetzgeber nicht nur der Aufforderung, tätig zu werden, sondern berücksichtigt auch Angaben des Gerichtes zur Gestaltung der geforderten Norm. Diese faktische Wirkung der Gesetzgebungsaufträge steht in deutlichem Gegensatz zur rechtlichen Beschränkung des Bundesverfassungsgerichtes auf bloße Rahmenvorgaben und zur überwiegenden rechtlichen Unverbindlichkeit von Auftrag und Regelungsvorgaben. Befürchtungen, das Verfassungsgericht riskiere durch seine Einflußnahme auf die Rechtsfolgenabwicklung einen Akzeptanzverlust und gefährde letztlich seine eigene Existenz, haben sich bisher nicht bestätigt.“ (S. 190)

Als ein extremer Fall der jahrelangen Nichtberücksichtigung eines Gesetzgebungsauftrages zunächst des Grundgesetzes und später zusätzlich des Bundesverfassungsgerichts ist die gesetzliche Regelung des Rechts der nichtehelichen Kinder zu nennen. Wie die folgende Chronik zeigt**), vergingen zwanzig Jahre zwischen Auftrag und Verabschiedung des Gesetzes.

- | | |
|------------------|--|
| 23. Mai 1949 | Das vom Parlamentarischen Rat verabschiedete Grundgesetz enthält in Artikel 6 Abs. 5 folgenden Gesetzgebungsauftrag an den Bundestag:
„Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“ |
| 23. Oktober 1958 | In einem Beschluß stellt das Bundesverfassungsgericht fest, daß Art. 6 Abs. 5 GG einen bindenden Auftrag an den Gesetzgeber ausspricht. Der Gesetzgeber habe „... durch eine Reform den unehelichen Kindern die gleichen Bedingungen für ihre Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern“. Auch wenn die Verfassung keine ausdrückliche Frist setze, liege der Erfüllungszeitpunkt „... nicht im freien Belieben des Gesetzgebers“. Der Gesetzgeber verletze vielmehr die Verfassung, wenn er dem Verfassungsauftrag nicht in angemessener Frist nachkomme (BVerfGE 8, 210, 216). |
| 29. Oktober 1963 | Fünf Jahre später weist das Gericht den Gesetzgeber erneut auf seine Verpflichtung aus Art. 6 Abs. 5 GG hin (BVerfGE 17, 148, 155). |
| 7. Dezember 1967 | Erst vier Jahre später während der Zeit der Großen Koalition legt die Bundesregierung dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder vor (Drs. V/2370). Die Verabschiedung scheidet zunächst an gegensätzlichen Positionen vor allem zu erbrechtlichen Fragen. |

*) *Mathias Kleuker*, Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts. Berlin 1993.

***) Sie folgt weitgehend wörtlich der Darstellung von *Kleuker*, a.a.O. S. 112–113.

29. Januar 1969 Angesichts dieser Situation setzt das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber – im Gegensatz zum erstgenannten Beschluß vom 23. Oktober 1958 – eine ausdrückliche Frist zur Erfüllung des Auftrages. Der mittlerweile zwanzig Jahre alte Verfassungsauftrag sei spätestens bis zum Ende der laufenden 5. Wahlperiode, d. h. bis zum Herbst 1969, umzusetzen. Nach Ablauf dieser Frist müsse Art. 6 Abs. 5 GG unmittelbar durch die Gerichte aktualisiert werden (BVerfGE 25, 167 und 188).
1. Juli 1969 Erst dieser letzte Appell führt zur Verabschiedung des Reformgesetzes noch vor Ablauf der gesetzten Frist.
19. August 1969 Verkündung des Gesetzes über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder (BGBl. I S. 1243).

Wahlen der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts

Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes werden je zur Hälfte vom Bundestag – allerdings nicht vom Plenum, sondern durch einen Wahlmännerausschuß (vgl. auch Abschnitt 10.1) – und vom Bundesrat gewählt. Die folgende Aufstellung beschränkt sich auf die Angabe der Amtszeiten der Präsidenten und der Stellvertreter der Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Wegen aller weiteren Einzelheiten wird auf die Veröffentlichung von *Richard Ley**) verwiesen.

*) *Richard Ley*, Die Wahl der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes. Eine Dokumentation anlässlich des 40jährigen Bestehens. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 420–449 (insbesondere Seite 439 und 441).

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Jahr	Präsident des Bundesverfassungsgerichts*)	Stellvertreter des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
1951	<i>Hermann Höpker-Aschoff</i>	<i>Rudolf Katz</i>
1952	(7. 9. 1951 – † 15. 1. 1954; BT)	(7. 9. 1951 – † 23. 7. 1961; BR/BT)
1953		
1954	<i>Josef Wintrich</i>	
1955	(23. 3. 1954 – † 19. 10. 1958; BR/BT)	
1956		
1957		
1958		
1959	<i>Gebhard Müller</i>	
1960	(8. 1. 1959 – 8. 12. 1971; BR/BT)	
1961		<i>Friedrich Wilhelm Wagner</i>
1962		(19. 12. 1961 – 18. 10. 1967; BR)
1963		
1964		
1965		
1966		
1967		<i>Walter Seuffert</i>
1968		(18. 10. 1967 – 7. 11. 1975; BT)
1969		
1970		
1971	<i>Ernst Benda</i>	
1972	(8. 12. 1971 – 20. 12. 1983; BR)	
1973		
1974		
1975		<i>Wolfgang Zeidler</i>
1976		(7. 11. 1975 – 20. 12. 1983; BT)
1977		
1978		
1979		
1980		
1981		
1982		
1983	<i>Wolfgang Zeidler</i>	<i>Roman Herzog</i>
1984	(20. 12. 1983 – 16. 11. 1987; BT)	(20. 12. 1983 – 16. 11. 1987; BT)
1985		
1986		
1987	<i>Roman Herzog</i>	<i>Ernst Gottfried Mahrenholz</i>
1988	(16. 11. 1987 – 30. 6. 1994; BR)	(16. 11. 1987 – 5. 7. 1993, verlängert; BR)
1989		
1990		
1991		
1992		
1993		
1994	<i>Jutta Limbach</i>	<i>Jutta Limbach</i>
	(ab 14. 9. 1994; BT)	(24. 3. 1994 – 13. 9. 1994; BT)
		<i>Johann-Friedrich Henschel</i>
		(29. 9. 1994 – 12. 10. 1995; BR)
1995		<i>Otto Seidel</i>
1996		(ab 13. 10. 1995)
1997		

*) In der Tabelle bedeutet:

BT = vom Wahlmännerrauschuß des Bundestages gewählt

BR = vom Bundesrat gewählt

BR/BT = erstmalige Wahl durch Bundesrat, Wiederwahl durch Wahlmännerrauschuß des Bundestages

11.13 Für nichtig oder verfassungswidrig erklärte Bundesgesetze

Die nachfolgende Übersicht**) führt die vom Bundesverfassungsgericht seit seiner Einrichtung für nichtig und die mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze auf, und zwar in zeitlicher Reihenfolge.

„Nichtigkeit“ bedeutet, daß die für verfassungswidrig erklärte Norm aus der Rechtsordnung eliminiert wird. Diese Wirkung tritt mit Wirksamkeit der Entscheidung kraft Gesetzes ein. Gemäß § 31 Abs. 2 Bundesverfassungsgerichtsgesetz hat die Entscheidung über die Nichtigkeit einer Norm Gesetzeskraft, was bedeutet, daß ihr allgemeinverbindliche Wirkung zukommt.

Ist ein Gesetz verfassungswidrig, so ist die Nichtigkeit die Regel, sie kann aber dann keine Anwendung finden, wenn auf diese Weise in die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers eingegriffen würde. Kommen zur Beseitigung eines festgestellten rechtswidrigen Zustandes mehrere gesetzliche Möglichkeiten in Betracht oder würde durch die Nichtigkeitserklärung ein Zustand herbeigeführt, der der verfassungsmäßigen Ordnung noch weniger entspräche als die beanstandete Regelung, so wird ein Gesetz nicht für nichtig, sondern nur für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt.

Auch die Unvereinbarkeitserklärung ergeht gemäß § 31 Abs. 2 Bundesverfassungsgerichtsgesetz in Gesetzeskraft. Sie eliminiert die mit dem Grundgesetz unvereinbare Vorschrift aber nicht aus der Rechtsordnung, sondern läßt sie formell bestehen. Sie verpflichtet den Gesetzgeber nur zur Schaffung einer verfassungsmäßigen Rechtslage, bis dahin besteht eine Rechtsanwendungssperre.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
23. 10. 1951	Erstes Gesetz zur Durchführung der Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete gemäß Art. 118 Satz 2 des GG vom 14. Mai 1951 (BGBl. I S. 283)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 879
23. 10. 1951	Zweites Gesetz zur Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern vom 4. Mai 1951 (BGBl. I S. 284)	§ 14 Abs. 5*), § 24 Abs. 5, § 27 Abs. 2	BGBl. I S. 879
1. 8. 1953	Wahlgesetz zum Zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBl. I S. 470)	§ 26 Abs. 1*)	BGBl. I S. 914
9. 11. 1955	Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfegesetz) vom 8. August 1949 (Wirtschaftsgesetzblatt S. 205)	§ 69 Abs. 2*)	BGBl. (1956) I S. 10

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

**) Quellen: Parlamentsarchiv, Bundesgesetzblatt, Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. auch: Verzeichnis der ganz oder teilweise für nichtig erklärten Bundesgesetze. Stand: 31. Dezember 1969. Bonn 1970 und Verzeichnis der ganz oder teilweise für nichtig erklärten Bundesgesetze. Stand: 31. Dezember 1973. Bonn 1974. (Materialien Nr. 14 und 37), ferner Übersicht über die vom Bundesverfassungsgericht für nichtig und die mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Gesetze. Bearbeiter: *Lothar Kolbe* und *Helene Groß*. Bonn 1982. Materialien Nr. 73.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
30. 5. 1956	Gesetz über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken vom 13. Januar 1953 (BGBl. I S. 9)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 506
30. 5. 1956	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken vom 4. Juli 1953 (BGBl. I S. 469)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 506
30. 5. 1956	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken vom 10. August 1954 (BGBl. I S. 256)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 506
30. 5. 1956	Zweites Gesetz über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken vom 23. Dezember 1955 (BGBl. I S. 840)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 506
13. 6. 1956	Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz) vom 30. Januar 1954 (BGBl. I S. 5)	§ 44*)	BGBl. I S. 633
17. 1. 1957	Einkommensteuergesetz 1951 vom 17. Januar 1952 (BGBl. I S. 33)	§ 26	BGBl. I S. 186
20. 2. 1957	Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 19. August 1953 (BGBl. I S. 980)	Art. V Abs. 1*)	BGBl. I S. 291
5. 3. 1957	Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 19. August 1953 (BGBl. I S. 980)	Art. V Abs. 1*)	BGBl. I S. 367
5. 3. 1958	Umsatzsteuergesetz i. d. F. vom 1. September 1951 (BGBl. I S. 791)	§ 8, § 18 Abs. 1 Nr. 1*)	BGBl. I S. 154
10. 3. 1958	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften vom 9. Juni 1953 (BGBl. I S. 337)	§ 21 Abs. 2 Satz 1*)	BGBl. I S. 395
24. 6. 1958	Einkommensteuergesetz 1955 vom 21. Dezember 1954 (BGBl. I S. 441)	§ 10b*)	BGBl. I S. 447
24. 6. 1958	Einkommensteuergesetz 1957 vom 13. November 1957 (BGBl. I S. 1793)	§ 10b*)	BGBl. I S. 447
24. 6. 1958	Körperschaftsteuergesetz i. d. F. vom 19. Dezember 1957 (BGBl. I S. 1865)	§ 11, Ziff. 5*)	BGBl. I S. 447
17. 12. 1958	Milchgesetz vom 31. Juli 1930 i. d. F. des Gesetzes über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) vom 28. Februar 1951 und des Ergänzungs- und Änderungsgesetzes vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 807)	§ 14 Abs. 5 Nr. 6	BGBl. (1959) I S. 27

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
16. 6. 1959	Gesetz über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. Juni 1956 i. d. F. des § 11 des Gesetzes zur Aufbesserung von Leistungen aus Renten- und Pensionsversicherungen sowie aus Kapitalzwangsversicherungen vom 24. Dezember 1956 (BGBl. I S. 1074) und des § 26 des Gesetzes über die Ergänzung von Vorschriften des Umstellungsrechts – Zweites Umstellungsergänzungsgesetz – vom 23. März 1957 (BGBl. I S. 285)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 621
29. 7. 1959	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juli 1957 (BGBl. I S. 609)	§ 1628, § 1629 Abs. 1	BGBl. I S. 633
15. 12. 1959	Verkehrsfinanzgesetz 1955 vom 6. April 1955 (BGBl. I S. 166)	Art. 3 Abs. 1 Nr. 3	BGBl. (1960) I S. 5
23. 3. 1960	Reichsversicherungsordnung i. d. F. des Gesetzes über Kassenarztrecht vom 17. August 1955 (BGBl. I S. 513)	§ 368a Abs. 1*)	BGBl. I S. 235
10. 5. 1960	Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) i. d. F. vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811)	§ 12 Abs. 2 Satz 1	BGBl. I S. 429
8. 6. 1960	Gesetz über die Beförderung von Personen zu Lande i. d. F. des Gesetzes vom 12. September 1955 (BGBl. I S. 573)	§ 9 Abs. 1 und 2*)	BGBl. I S. 595
14. 6. 1960	Bundesbeamtengesetz vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 551)	§ 110*)	BGBl. I S. 596
8. 2. 1961	Reichsversicherungsordnung i. d. F. des Gesetzes über Änderungen von Vorschriften des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung und zur Ergänzung des Sozialgerichtsgesetzes (Gesetz über Kassenarztrecht) vom 17. August 1955 (BGBl. I S. 513)	§ 368a Abs. 1 Satz 1*)	BGBl. I S. 116
21. 3. 1961	Strafgesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung vom 25. August 1953 (BGBl. I S. 1083)	§ 90 Abs. 3, § 90a Abs. 1*)	BGBl. I S. 455
27. 6. 1961	Bundesentschädigungsgesetz i. d. F. vom 29. Juli 1956 (BGBl. I S. 562)	§ 4 Abs. 1 Nr. 1c zweiter Halbsatz*)	BGBl. I S. 1347
19. 12. 1961	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 20. Mai 1952 (BGBl. I S. 302)	§ 5 Abs. 1 Satz 1*)	BGBl. (1962) I S. 16
24. 1. 1962	Gewerbsteuergesetz vom 1. Dezember 1936 (RGBl. I S. 979) i. d. F. vom 21. Dezember 1954 (BGBl. I S. 473)	§ 8 Ziffer 5	BGBl. I S. 148

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
24. 1. 1962	Gewerbsteuergesetz vom 1. Dezember 1936 (RGBl. I S. 979) i. d. F. vom 30. April 1952 (BGBl. I S. 270)	§ 8 Ziffer 6*)	BGBl. I S. 148
21. 2. 1962	Gesetz über den Ladenschluß i. d. F. des Änderungsgesetzes vom 17. Juli 1957 (BGBl. I S. 722) und des Änderungsgesetzes vom 14. November 1960 (BGBl. I S. 845)	§ 7 Abs. 1*)	BGBl. I S. 166
4. 4. 1962	Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz) i. d. F. vom 8. Dezember 1956 (BGBl. I S. 908)	§ 27 Abs. 4*)	BGBl. I S. 407
30. 10. 1962	Gesetz zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen vom 17. August 1960 (BGBl. II S. 2125)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 688
27. 11. 1962	Umsatzsteuergesetz i. d. F. vom 1. September 1951 (BGBl. I S. 791) und des Änderungsgesetzes vom 14. November 1951 (BGBl. I S. 885)	§ 6 Abs. 2, § 18 Abs. 1 Nr. 1*)	BGBl. (1963) I S. 120
5. 2. 1963	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 (BGBl. I S. 177)	§ 66 Abs. 3*)	BGBl. I S. 368
7. 5. 1963	Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen i. d. F. vom 11. Mai 1951 (BGBl. I S. 307) und i. d. F. vom 1. September 1953 (BGBl. I S. 1228)	§ 53*)	BGBl. I S. 476
10. 6. 1963	Grunderwerbssteuergesetz vom 29. 3. 1940 (RGBl. I S. 585)	§ 1 Abs. 1 Nummer 1*)	BGBl. I S. 504
27. 6. 1963	Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz) i. d. F. vom 8. Dezember 1956 (BGBl. I S. 908)	§ 27 Abs. 4*)	BGBl. I S. 476
24. 7. 1963	Angestelltenversicherungsgesetz i. d. F. des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 88) sowie Reichsversicherungsordnung i. d. F. des Art. 1 Nr. 2 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 45)	§ 44 Abs. 2, § 1262 Abs. 5	BGBl. I S. 693
24. 7. 1963	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) vom 20. Dezember 1950 (BGBl. I S. 791)	§ 43*), § 45 Abs. 5 Satz 1	BGBl. I S. 694
24. 7. 1963	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) i. d. F. des Gesetzes vom 27. Juni 1960 (BGBl. I S. 453)	§ 45 Abs. 1, 2. Halbsatz	BGBl. I S. 707

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
29. 10. 1963	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) i. d. F. vom 6. Juli 1956 (BGBl. I S. 469)	§ 32 Abs. 4 Nr. 6*)	BGBl. (1964) I S. 43
4. 3. 1964	Gesetz über den Verkehr von Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz) vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 533)	§ 36 Abs. 2 Satz 1*)	BGBl. I S. 228
7. 4. 1964	Personenbeförderungsgesetz vom 21. März 1961 (BGBl. I S. 241)	§ 1 Abs. 2 Nr. 1*)	BGBl. I S. 327
27. 5. 1964	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung i. d. F. vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321)	§ 56 Abs. 1 Nr. 1*), § 69 Nr. 1*)	BGBl. I S. 549
2. 6. 1964	Verkehrsfinanzgesetz 1955 vom 6. April 1955 (BGBl. I S. 166)	Art. 3 Abs. 1 Nr. 1, Art. 3 Abs. 1 Nr. 4*)	BGBl. I S. 645
30. 6. 1964	Einkommensteuergesetz 1951 vom 17. Januar 1952 (BGBl. I S. 33)	§ 27	BGBl. I S. 645
30. 6. 1964	Einkommensteuergesetz 1953 vom 15. September 1953 (BGBl. I S. 1355)	§ 27	BGBl. I S. 645
30. 6. 1964	Einkommensteuergesetz 1955 vom 21. Dezember 1954 (BGBl. I S. 441)	§ 27	BGBl. I S. 645
30. 6. 1964	Einkommensteuergesetz 1958 vom 23. September 1958 (BGBl. I S. 673)	§ 27	BGBl. I S. 645
26. 11. 1964	Angestelltenversicherungsgesetz i. d. F. der Verordnung vom 17. März 1945 (RGBl. I S. 41)	teilweise nichtig*)	BGBl. (1965) I S. 5
26. 11. 1964	Angestelltenversicherungsgesetz i. d. F. des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 88)	§ 4 Abs. 1 Nr. 2*)	BGBl. (1965) I S. 5
16. 2. 1965	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung i. d. F. vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321)	§ 65 Abs. 2*)	BGBl. I S. 150
31. 3. 1965	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts (Erstes Neuordnungsgesetz) vom 27. Juni 1960 (BGBl. I S. 453)	Art. IV § 4 Abs. 2	BGBl. I S. 524
13. 7. 1965	Gewerbesteuergesetz	§ 17 Abs. 1*)	BGBl. I S. 774
14. 12. 1965	Gesetz über die Berufsausübung im Einzelhandel vom 5. August 1957 (BGBl. I S. 1121)	§ 3 Abs. 2 Nr. 1*)	BGBl. (1966) I S. 67
18. 1. 1966	Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz) vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 446)	§ 327 Abs. 1	BGBl. I S. 318
18. 1. 1966	Gesetz über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegsschäden (Feststellungsgesetz) i. d. F. vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 535)	§ 30 Abs. 1 Satz 3	BGBl. I S. 318

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
19. 7. 1966	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1965 vom 18. März 1965 (BGBl. II S. 193)	§ 1*)	BGBl. I S. 478
11. 10. 1966	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1081)	§ 80 Abs. 2 Satz 2	BGBl. (1967) I S. 138
13. 12. 1966	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung i. d. F. vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321)	§ 65 Abs. 1	BGBl. (1967) I S. 169
13. 12. 1966	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung i. d. F. vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321)	§ 59 Abs. 1 Nummer 2*)	BGBl. (1967) I S. 179
14. 2. 1967	Gewerbsteuergesetz i. d. F. vom 25. Mai 1965 (BGBl. I S. 459)	§ 17 Abs. 1 Satz 1	BGBl. I S. 399
4. 4. 1967	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung i. d. F. vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321)	§ 37 Abs. 2 Satz 3, § 37 Abs. 3	BGBl. I S. 494
11. 4. 1967	Gesetz über Preisnachlässe (Rabattgesetz) vom 25. November 1933 (RGBl. I S. 1011) i. d. F. des Gesetzes vom 21. Juli 1954 (BGBl. I S. 212)	§ 6	BGBl. I S. 526
11. 7. 1967	Gesetz über die Gewährung von Kindergeld für zweite Kinder und die Errichtung einer Kindergeldkasse (Kindergeldkassengesetz) vom 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1001)	§ 3 Abs. 1 Nummer 1*)	BGBl. I S. 966
18. 7. 1967	Gesetz über Jugendwohlfahrt i. d. F. vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1205)	§ 12 Abs. 1, § 24	BGBl. I S. 896
18. 7. 1967	Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815)	§ 73 Abs. 2 und 3, § 96 Abs. 1 Satz 1	BGBl. I S. 896
30. 1. 1968	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 29. April 1950 (BGBl. I S. 95)	Art. II Ziff. 2e	BGBl. I S. 230
11. 3. 1968	Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) i. d. F. vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811)	§ 19 Abs. 1	BGBl. I S. 252
24. 7. 1968	Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz) vom 19. Juli 1957 (BGBl. I S. 734)	§ 30 Abs. 1 Satz 1*), § 30 Abs. 2 Satz 1*)	BGBl. I S. 967
24. 7. 1968	Konkursordnung i. d. F. des Gesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz) vom 18. Juni 1957 (BGBl. I S. 609)	§ 45	BGBl. I S. 994

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
25. 6. 1969	Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ vom 7. Juli 1965 (BGBl. I S. 601)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 1444
9. 7. 1969	Bundesbahngesetz vom 13. Dezember 1951 (BGBl. I S. 955)	§ 40*)	BGBl. I S. 1623
9. 7. 1969	Gesetz über die Verwaltung der Deutschen Bundespost (Postverwaltungsgesetz) vom 24. Juli 1953 (BGBl. I S. 676)	§ 33*)	BGBl. I S. 1623
15. 7. 1969	Kapitalverkehrssteuergesetz i. d. F. vom 24. Juni 1959 (BGBl. I S. 530)	§ 3 Abs. 2 Satz 2	BGBl. I S. 1444
15. 7. 1969	Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen (Eisenbahnkreuzungsgesetz) vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 681)	§ 5 Satz 3, § 9 Abs. 1, § 13 Abs. 1 Satz 2*)	BGBl. I S. 2150
14. 11. 1969	Wohngeldgesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 1. April 1965 (BGBl. I S. 177)	§ 29*)	BGBl. I S. 2187
28. 1. 1970	Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (RGBl. I S. 161) i. d. F. des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (BGBl. I S. 511)	§ 316 Abs. 2 Satz 1*)	BGBl. I S. 285
11. 5. 1970	Einkommensteuergesetz 1958 i. d. F. vom 23. September 1958 (BGBl. I S. 673)	§ 4 Abs. 1 Satz 5*)	BGBl. I S. 1145
27. 5. 1970	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz) vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 88)	§ 44 Abs. 1 Satz 2*)	BGBl. I S. 1235
14. 7. 1970	Bundeskindergeldgesetz vom 14. April 1964 (BGBl. I S. 265)	§ 2 Abs. 1 Nr. 1*)	BGBl. I S. 1235
14. 7. 1970	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) i. d. F. vom 21. Februar 1964 (BGBl. I S. 101)	§ 45 Abs. 3 Satz 1a*)	BGBl. I S. 1364
27. 10. 1970	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz) vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 88)	Art. 2 § 54a Abs. 2 Satz 1*)	BGBl. (1971) I S. 76
15. 12. 1970	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949)	Art. 1 § 5 Abs. 5*)	BGBl. (1971) I S. 59
24. 2. 1971	Gesetz über die Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Sozialversicherung (Selbstverwaltungsgesetz) i. d. F. vom 23. August 1967 (BGBl. I S. 917)	§ 7 Abs. 2 Satz 3*)	BGBl. I S. 384

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
10. 3. 1971	Gesetz zu dem Zusatzprotokoll vom 9. September 1957 zum Abkommen vom 15. Juli 1931 zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und Erbschaftssteuern vom 5. März 1959 (BGBl. II S. 182)	Art. 1 Satz 1*)	BGBl. I S. 695
16. 3. 1971	Gesetz über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1217)	insgesamt*)	BGBl. I S. 844
23. 3. 1971	Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) i. d. F. vom 29. Juni 1959 (BGBl. I S. 562)	§ 150 Abs. 2*)	BGBl. I S. 827
23. 3. 1971	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften vom 9. Juni 1953 (BGBl. I S. 377) i. d. F. vom 29. April 1961 (BGBl. I S. 497)	§ 6 Abs. 2	BGBl. I S. 1000
31. 3. 1971	Reichsversicherungsordnung i. d. F. des Art. 1 Nr. 2 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 45)	§ 1267 Abs. 1 Satz 2	BGBl. I S. 837
7. 7. 1971	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273)	§ 46*)	BGBl. I S. 1784
8. 7. 1971	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273)	§ 135*)	BGBl. I S. 1943
27. 7. 1971	Umsatzsteuergesetz (Mehrwertsteuer) vom 29. Mai 1967 (BGBl. I S. 545)	§ 2 Abs. 3 Satz 2	BGBl. I S. 1256
28. 7. 1971	Gesetz über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten vom 18. März 1968 (BGBl. I S. 228)	§ 11 Abs. 2*)	BGBl. I S. 1784
4. 3. 1972	Angestelltenversicherungsgesetz i. d. F. des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz) vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 88)	§ 45 Abs. 5 Satz 1*)	BGBl. I S. 619
25. 4. 1972	Einkommensteuergesetz 1965 vom 10. Dezember 1965 (BGBl. I S. 1901) und vom 27. Februar 1968 (BGBl. I S. 145)	§ 32 Abs. 2 Nr. 1, § 39 Abs. 2 Satz 2*)	BGBl. I S. 1182
11. 10. 1972	Gesetz über die Berufsausübung im Einzelhandel vom 5. August 1957 (BGBl. I S. 1121)	insgesamt*)	BGBl. I S. 2126
2. 10. 1973	Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972 (BGBl. I S. 1277)	§ 3 Nr. 9	BGBl. I S. 1820

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
3. 7. 1974	Bundessozialhilfegesetz i. d. F. vom 18. September 1969 (BGBl. I S. 1688)	§ 24 Abs. 1 Satz 2*)	BGBl. I S. 1509
3. 7. 1974	Angestelltenversicherungsgesetz i. d. F. vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 88)	§ 7 Abs. 6*)	BGBl. I S. 1933
27. 6. 1974	Gesetz zur Änderung der Bezeichnung der Richter und ehrenamtlichen Richter und der Präsidialverfassung der Gerichte vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841)	Art. XIII, § 1*)	BGBl. I S. 2161
17. 7. 1974	Gesetz über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs vom 28. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1461)	§ 2 Nummer 6 Buchstabe h*)	BGBl. I S. 3422
13. 11. 1974	Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315)	§ 13 Abs. 2 Satz 1*)	BGBl. (1975) I S. 230
12. 11. 1974	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) i. d. F. des Gesetzes vom 20. Januar 1967 (BGBl. I S. 142)	§ 44 Abs. 2*)	BGBl. (1975) I S. 448
25. 2. 1975	Strafgesetzbuch i. d. F. des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 18. Juni 1974 (BGBl. I S. 1297)	§ 218a*)	BGBl. I S. 625
6. 5. 1975	Reichsknappschaftsgesetz i. d. F. des Bundeskindergeldgesetzes vom 14. April 1964 (BGBl. I S. 265)	§ 60 Abs. 2 Nr. 8*)	BGBl. I S. 1881
14. 10. 1975	Güterkraftverkehrsgesetz i. d. F. vom 22. Dezember 1969 (BGBl. 1970 I S. 2)	§ 9 Abs. 1*), § 78 Abs. 2*)	BGBl. I S. 2960
12. 5. 1976	Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582)	§ 117 Abs. 2 Satz 1 u. 3*)	BGBl. I S. 2218
26. 10. 1976	Umsatzsteuergesetz 1973 vom 16. November 1973 (BGBl. I S. 1682)	§ 4 Nr. 14 Satz 2*)	BGBl. (1970) I S. 100
8. 2. 1977	Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976 (BGBl. I S. 185)	§ 32 Abs. 3 Nr. 2 Satz 7*)	BGBl. I S. 373
22. 6. 1977	Reichsversicherungsordnung i. d. F. des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 30. April 1963 (BGBl. I S. 241)	3. Buch*)	BGBl. I S. 2065
11. 10. 1977	Einkommensteuergesetz vom 10. Dezember 1965 (BGBl. I S. 1901)	§ 33a Abs. 3 Nr. 2a*)	BGBl. (1978) I S. 326
1. 3. 1978	Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Kostenordnung) vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513)	§ 144 Abs. 3*)	BGBl. I S. 678
13. 4. 1978	Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes vom 13. Juli 1977 (BGBl. I S. 1229)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 590

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
26. 4. 1978	Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle (Lohnfortzahlungsgesetz) vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946)	§ 14 Abs. 2 Satz 1*)	BGBl. I S. 986
31. 5. 1978	Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1421)	Art. 12 Nr. 13b*)	BGBl. I S. 1260
20. 6. 1978	Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972 (BGBl. I S. 1277)	§ 8 Abs. 2 Satz 1*)	BGBl. I S. 1158
25. 10. 1978	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273)	§ 52 Abs. 1 Nr. 2*)	BGBl. (1979) I S. 264
20. 3. 1979	Angestelltenversicherungsgesetz i. d. F. vom 25. Februar 1960 (BGBl. I S. 93)	§ 94 Abs. 1 Nr. 1*)	BGBl. I S. 906
22. 5. 1979	Weinggesetz vom 14. Juli 1971 (BGBl. I S. 893)	§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1*)	BGBl. I S. 1542
12. 6. 1979	Gesetz zur Änderung und Ergänzung kleingartenrechtlicher Vorschriften vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 1013)	insgesamt*)	BGBl. I S. 1998
13. 11. 1979	Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) i. d. F. vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315)	§ 9 Abs. 1 Satz 1*)	BGBl. (1980) I S. 147
28. 2. 1980	Bürgerliches Gesetzbuch	§ 1587b Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 1587a Abs. 1 und 2	BGBl. I S. 283
12. 3. 1980	Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen (Eisenbahnkreuzungsgesetz) vom 14. August 1963	§ 19 Abs. 4*)	BGBl. I S. 671
18. 6. 1980	Steuerberatungsgesetz i. d. F. vom 24. Juni 1975	§ 5 Satz 1*)	BGBl. I S. 2036
8. 10. 1980	Neunzehntes Rentenanpassungsgesetz vom 3. Juni 1976 (BGBl. I S. 1373)	§ 17 Nr. 2, § 15 Nr. 10 in Verbindung mit § 32 Abs. 1*)	BGBl. (1981) I S. 40
21. 10. 1980	Bürgerliches Gesetzbuch	§ 1568 Abs. 2*)	BGBl. I S. 2289
5. 11. 1980	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesjagdgesetzes vom 28. September 1976 (BGBl. I S. 2841)	§ 15 Abs. 7 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 5 Satz 1*)	BGBl. (1981) I S. 41
10. 12. 1980	Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 7. September 1976 (BGBl. I S. 2658)	insgesamt nichtig	BGBl. (1981) I S. 40
4. 2. 1981	Zweites Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (2. BesVNG) vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173)	Artikel IX § 8 Abs. 1 und 2 sowie § 11*)	BGBl. I S. 414

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
4. 2. 1981	Zweites Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (2. BesVNG) vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173)	Artikel IX § 4 Abs. 1 und 2*)	BGBl. I S. 415
11. 3. 1981	Fünftes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2197)	*)	BGBl. I S. 415
16. 6. 1981	Angestelltenversicherungsgesetz i. d. F. vom 9. Juni 1965 (BGBl. I S. 476)	§ 32 Abs. 4 Buchstabe b*)	BGBl. I S. 845
14. 7. 1981	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1421)	§ 1579 Abs. 2*)	BGBl. I S. 826
27. 1. 1982	Steuerberatungsgesetz i. d. F. vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1509)	§ 5 Satz 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 2 Nr. 2 §§ 2–4 und 8*)	BGBl. I S. 545
9. 2. 1982	Bundesversorgungsgesetz vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3113)	§ 89 Abs. 3*)	BGBl. I S. 693
16. 3. 1982	Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz) vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1654)	§ 8 Abs. 1 Nr. 1*)	BGBl. I S. 619
7. 7. 1982	Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz) vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485)	§ 5 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4	BGBl. I S. 1736
19. 10. 1982	Staatshaftungsgesetz vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 553)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 1493
3. 11. 1982	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1061)	§ 1671 Abs. 4 Satz 1	BGBl. I S. 1596
3. 11. 1982	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 1. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1881)	§ 32a*)	BGBl. I S. 1594
3. 11. 1982	Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 26. Januar 1976 (BGBl. I S. 185)	§ 32 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5*)	BGBl. (1983) I S. 46
16. 11. 1982	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1106)	§ 622 Abs. 2 Satz 2*)	BGBl. (1983) I S. 81
27. 1. 1983	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1421)	§ 1587b Abs. 3 Satz 1	BGBl. I S. 375
8. 2. 1983	Angestelltenversicherungsgesetz i. d. F. vom 9. Juni 1965 (BGBl. I S. 476)	§ 32 Abs. 7 Satz 2*)	BGBl. I S. 451
22. 2. 1983	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. August 1896 (Reichsgesetzblatt S. 604)	Artikel 15 Abs. 1 und 2	BGBl. I S. 525

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
29. 6. 1983	Bundesbesoldungsgesetz i. d. F. vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173)	§§ 32, 33*)	BGBl. I S. 1389
15. 12. 1983	Volkszählungsgesetz 1983 vom 25. März 1982 (BGBl. I S. 369)	§ 9 Abs. 1 bis 3	BGBl. (1984) I S. 31
22. 2. 1984	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 15. August 1961 (BGBl. I S. 1253)	§ 33a Abs. 1 Satz 1 und 3*)	BGBl. I S. 682
10. 7. 1984	Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582)	§ 139 Satz 1 und 2 (in späteren Fassungen)	BGBl. I S. 1332
4. 10. 1984	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 15. August 1961 (BGBl. I S. 1253) und vom 1. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1881)	§ 33a Abs. 1 Satz 1*)	BGBl. I S. 1436
16. 10. 1984	Bundespersönalvertretungsgesetz i. d. F. vom 10. Mai 1980 (BGBl. I S. 561)	§ 19 Abs. 4 Satz 2 § 19 Abs. 5*)	BGBl. I S. 1436
16. 10. 1984	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 18. Juni 1957 (BGBl. I S. 609)	§ 1376 Abs. 4*)	BGBl. (1985) I S. 99
6. 11. 1984	Investitionshilfegesetz vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857)	insgesamt nichtig	BGBl. I S. 1416
8. 1. 1985	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. August 1896 (Reichsgesetzblatt S. 604)	Artikel 17 Abs. 1	BGBl. I S. 573
12. 3. 1985	Steuerberatungsgesetz i. d. F. vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735)	§ 37 Abs. 1 Nummer 3 und § 36 Abs. 2*)	BGBl. I S. 891
9. 10. 1985	20. Rentenanpassungsgesetz vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1040)	Artikel 2 § 2 Nummer 11 Buchstabe a und b*)	BGBl. I S. 2559
6. 11. 1985	Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 26. August 1971 (BGBl. I S. 1409)	§ 11 Abs. 2*)	BGBl. (1986) I S. 257
3. 12. 1985	Zivilprozeßordnung i. d. F. vom 18. Juni 1957 (BGBl. I S. 609)	§ 606b Nummer 1*)	BGBl. (1986) I S. 242
12. 2. 1986	Arbeitsförderungsgesetz i. d. F. vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1497)	§ 104 Abs. 1 Satz 1*)	BGBl. I S. 386
26. 2. 1986	Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (BGBl. I S. 565)	§ 7 Nr. 3	BGBl. I S. 744
8. 4. 1986	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich vom 21. Februar 1983 (BGBl. I S. 105)	§ 2 sowie § 13*)	BGBl. I S. 536
13. 5. 1986	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1061)	§ 1629 Abs. 1 in Verbindung mit § 1643 Abs. 1*)	BGBl. I S. 863

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
14. 5. 1986	Gesetz vom 5. September 1972 zu dem Abkommen vom 11. August 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 5. September 1972 (BGBl. II S. 1021)	Artikel 1 Satz 1*)	BGBl. I S. 1030
14. 5. 1986	Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112)	§ 56 Abs. 1 und 2*)	BGBl. I S. 1161
14. 5. 1986	Außensteuergesetz vom 8. September 1972 (BGBl. I S. 1713)	§ 20 Abs. 1 Buchstabe a sowie § 2 Abs. 1 und Abs. 5 Satz 2*)	BGBl. I S. 1030
24. 6. 1986	Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer i. d. F. vom 25. Februar 1971 (BGBl. I S. 145)	§ 5 Abs. 2 Satz 4	BGBl. I S. 1004
24. 6. 1986	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern i. d. F. vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2354)	2. Abschnitt	BGBl. I S. 1004
14. 7. 1986	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1577)	§ 10b Abs. 1 Satz 1*)	BGBl. I S. 1279
18. 11. 1986	Arbeitsförderungsgesetz i. d. F. vom 23. Juli 1979 (BGBl. I S. 1189)	§ 118a Abs. 1*)	BGBl. (1987) I S. 757
18. 11. 1986	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1243)	§ 1934c	BGBl. (1987) I S. 757
10. 2. 1987	Arbeitsförderungsgesetz i. d. F. vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1497)	§ 120 Abs. 1*)	BGBl. I S. 1338
8. 4. 1987	Künstlersozialversicherungsgesetz vom 27. Juli 1981 (BGBl. I S. 705)	§ 52 Abs. 5	BGBl. I S. 1689
5. 5. 1987	Rechtsberatungsgesetz i. d. F. vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1503)	Artikel 1 § 1 Abs. 1 Satz 2	BGBl. I S. 2501
8. 3. 1988	Weinggesetz i. d. F. vom 27. August 1982 (BGBl. I S. 1196)	§ 10 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 10 Abs. 3 sowie § 10 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a*)	BGBl. I S. 653
9. 3. 1988	Zivilprozeßordnung	§ 687*)	BGBl. I S. 630
10. 5. 1988	Heilpraktikergesetz , hier: 1. Durchführungsverordnung vom 18. Februar 1939 (RGBl. I S. 259)	§ 2 Abs. 1 Buchstabe b	BGBl. I S. 1587
21. 6. 1988	Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer i. d. F. vom 31. Juli 1986 (BGBl. I S. 1205)	§ 22 Satz 1*)	BGBl. I S. 2094

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
21. 6. 1988	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1577)	§ 10b und § 34g*)	BGBl. I S. 2144
22. 6. 1988	Gesetz über Fernmeldeanlagen i. d. F. vom 17. März 1977 (BGBl. I S. 459)	§ 15 Abs. 2 Buchstabe a	BGBl. (1989) I S. 84
9. 11. 1988	Reichsversicherungsordnung i. d. F. vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 547)	§ 183 Abs. 6*)	BGBl. I S. 547
31. 1. 1989	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1221)	§§ 1593, 1598 in Verbindung mit § 1596 Abs. 1*)	BGBl. I S. 253
23. 1. 1990	Arbeitsförderungsgesetz i. d. F. vom 13. April 1984 (BGBl. I S. 610)	§ 128 Abs. 1 Satz 1*)	BGBl. I S. 223
7. 2. 1990	Handelsgesetzbuch vom 6. August 1953 (BGBl. I S. 771)	§ 90g Abs. 2 Satz 2	BGBl. I S. 575
22. 3. 1990	Bundesbesoldungserhöhungsgesetz vom 20. März 1979 (BGBl. I S. 357)	Artikel I § 1 Nr. 8 in Verbindung mit Anl. sowie Artikel VIII § 4 Abs. 1*)	BGBl. I S. 1335
29. 5. 1990	Bundeskindergeldgesetz i. d. F. vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857)	§ 10 Abs. 2	BGBl. I S. 1513
30. 5. 1990	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1106)	§ 622 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 erster Halbsatz*)	BGBl. I S. 1727
31. 5. 1990	Absatzfondsgesetz i. d. F. vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 537)	§§ 1, 2 und 10 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 3 Nr. 10*)	BGBl. I S. 1728
12. 6. 1990	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857)	§ 32 Abs. 8	BGBl. I S. 1513
29. 9. 1990	Bundeswahlgesetz i. d. F. vom 29. August 1990 (BGBl. II S. 813)	§ 53 Abs. 2, § 6 Abs. 6 Satz 1 Alternative 1*)	BGBl. I S. 2423
17. 10. 1990	Bundeswahlgesetz	§ 20 Abs. 2 Satz 2 und § 27 Abs. 1 Satz 2*)	BGBl. I S. 2258
27. 11. 1990	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften i. d. F. vom 12. Juli 1985 (BGBl. I S. 1502)	§ 9 Abs. 2*)	BGBl. (1991) I S. 226
5. 3. 1991	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1421)	§ 1355 Abs. 2 Satz 2*)	BGBl. I S. 807

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
24. 4. 1991	Einigungsvertragsgesetz vom 18. September 1990 (BGBl. II S. 885)	Anlage 1 Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Abs. 2 Satz 2 und 5 sowie Abs. 3*)	BGBl. I S. 1215
7. 5. 1991	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1061)	§ 1738 Abs. 1*)	BGBl. I S. 1509
8. 10. 1991	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1583)	§ 39a Abs. 1 Nr. 6 Satz 1*)	BGBl. I S. 2170
10. 3. 1992	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz) vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 889)	Artikel 38 Abs. 3 Satz 1*)	BGBl. I S. 848
12. 5. 1992	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz) vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 889)	Artikel 1*)	BGBl. I S. 1361
27. 5. 1992	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern i. d. F. vom 28. Januar 1988 (BGBl. I S. 94)	§ 10 Abs. 3 und § 11a Abs. 2*)	BGBl. I S. 1360
23. 9. 1992	Bundeskleingartengesetz vom 28. Februar 1983 (BGBl. I S. 210)	§ 5 Abs. 1 Satz 1*)	BGBl. (1993) I S. 42
25. 9. 1992	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 25. Juli 1988 (BGBl. I S. 1093)	§ 32a Abs. 1 Satz 2*)	BGBl. I S. 1851
17. 11. 1992	Arbeitsförderungsgesetz i. d. F. vom 20. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2484)	§ 138 Abs. 1 Nummer 2 und Abs. 3 Nummer 9	BGBl. (1993) I S. 42
2. 12. 1992	Beratungshilfegesetz vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689)	§ 2 Abs. 2 Satz 1 Nummer 1*)	BGBl. (1993) I S. 303

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

Hinweis

Eine Auswahl parlamentsrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ist im Abschnitt 15.3 zusammengestellt.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
26. 1. 1993	Transsexuellengesetz vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1654)	§ 1 Abs. 1 Nummer 3	BGBl. I S. 326
28. 5. 1993	Strafgesetzbuch i. d. F. vom 27. Juli 1992 (BGBl. I S. 1398)	§ 218a Abs. 1, § 219, Artikel 15 Nummer 2 des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes und Artikel 4 des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts i. d. F. des Artikel 15 Nummer 2 des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes*)	BGBl. I S. 820
8. 6. 1993	Einkommensteuergesetz i. d. F. vom 5. August 1974 (BGBl. I S. 1769)	§ 3b Abs. 2 Nummer 4*)	BGBl. I S. 1353
16. 3. 1994	Strafgesetzbuch	§ 67 Abs. 4 Satz 2, § 67d Abs. 5 Satz 1, § 64*)	BGBl. I S. 3012
26. 4. 1994	Familienrechtsänderungsgesetz i. d. F. vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1221)	§ 1598 zweiter Halbsatz in Verbindung mit § 1596 Abs. 1 Nummer 1–3 und § 1593 BGB*)	BGBl. I S. 1280
11. 10. 1994	Drittes Verstromungsgesetz vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137)	nichtig mit Ausnahme der § 12, § 13 Abs. 1 Nummer 5, Absätze 2–4 und 6–9, § 15 und § 17*)	BGBl. (1995) I S. 93
10. 1. 1995	Flaggenrechtsgesetz i. d. F. vom 4. Juli 1990 (BGBl. I S. 1342)	§ 21 Abs. 4 Satz 3	BGBl. I S. 137
10. 1. 1995	Bundesausbildungsförderungsgesetz i. d. F. vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 625)	§ 11 Abs. 2 erster Halbsatz	BGBl. I S. 478
11. 1. 1995	Reichsversicherungsordnung i. d. F. vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2261)	§ 385 Abs. 1a*)	BGBl. I S. 855
7. 3. 1995	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 2. Juli 1976 (BGBl. I S. 1749)	§ 1747 Abs. 2 Satz 1 und 2*)	BGBl. I S. 884
22. 6. 1995	Vermögenssteuergesetz i. d. F. vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 1398)	§ 10 Nummer 1*)	BGBl. I S. 1191
22. 6. 1995	Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuergesetz i. d. F. vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624)	§ 12 Abs. 1 und 2*)	BGBl. I S. 1192
31. 1. 1996	Bundesbesoldungsgesetz i. d. F. vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1849)	§ 55 Abs. 5 Satz 6*)	BGBl. I S. 586

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes*)	Bekanntmachung/ Fundstelle
12. 3. 1996	Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-gesetz vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1450)	§ 32a Abs. 5 Satz 2 und § 32 Abs. 6a Satz 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes, § 1255a Abs. 5 Satz 2 und § 1255 Abs. 6a Satz 2 der Reichsversicherungsordnung, § 54a Abs. 5 Satz 2 und § 54 Abs. 6a Satz 2 des Reichsknappschaftsgesetzes*)	BGBl. I S. 1173
15. 10. 1996	Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes vom 17. Mai 1990 (BGBl. I S. 934)	Artikel 4 Abs. 2	BGBl. (1997) I S. 549

11.14 Gesetzgebungsnotstand**)

Zusätzlich zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren sieht das Grundgesetz in Artikel 81 unter eng umschriebenen Ausnahmen folgendes Verfahren vor, in dem Bundesregierung und Bundesrat mit Ermächtigung durch den Bundespräsidenten als Ersatz(Not-)gesetzgeber tätig werden können:

„(1) Wird im Falle des Artikels 68 der Bundestag nicht aufgelöst, so kann der Bundespräsident auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates für eine Gesetzesvorlage den Gesetzgebungsnotstand erklären, wenn der Bundestag sie ablehnt, obwohl die Bundesregierung sie als dringlich bezeichnet hat. Das gleiche gilt, wenn eine Gesetzesvorlage abgelehnt worden ist, obwohl der Bundeskanzler mit ihr den Antrag des Artikels 68 verbunden hatte.

(2) Lehnt der Bundestag die Gesetzesvorlage nach Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes erneut ab oder nimmt er sie in einer für die Bundesregierung als unannehmbar bezeichneten Fassung an, so gilt das Gesetz als zustande gekommen, soweit der Bundesrat ihm zustimmt. Das gleiche gilt, wenn die Vorlage vom Bundestage nicht innerhalb von vier Wochen nach der erneuten Einbringung verabschiedet wird.

(3) Während der Amtszeit eines Bundeskanzlers kann auch jede andere vom Bundestage abgelehnte Gesetzesvorlage innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der ersten Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes gemäß Absatz 1 und 2 verabschiedet werden. Nach Ablauf der Frist ist während der Amtszeit des gleichen Bundeskanzlers eine weitere Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes unzulässig.

*) Nichtig bzw. verfassungswidrig nur, soweit ...; Einzelheiten der Einschränkung siehe Fundstelle.

***) Weitgehend wörtlich nach *Brun-Otto Bryde*, Stationen, Entscheidungen und Beteiligte im Gesetzgebungsverfahren. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 881. Vgl. auch *Klaus Stern*, Der Gesetzgebungsnotstand. Eine vergessene Verfassungsnorm. In: *Politik als gelebte Verfassung*. Festschrift für *Friedrich Schäfer*. Hrsg. von *Jürgen Jekewitz*, *Michael Melzer*, *Wolfgang Zeh*. Opladen 1980. S. 129–146.

(4) Das Grundgesetz darf durch ein Gesetz, das nach Absatz 2 zustande kommt, weder geändert noch ganz oder teilweise außer Kraft oder außer Anwendung gesetzt werden.“

Dieser Gesetzgebungsnotstand knüpft historisch sowohl positiv wie negativ an das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten nach Art. 48 WRV an. Einerseits sollte der Bundespräsident keinesfalls breite diktatorische Rechte erhalten wie sein Vorgänger (insbesondere, da diesem ein erhebliches Maß an Mitschuld für den Untergang der Weimarer Republik zugesprochen wurde), andererseits sollte auch unter dem GG ein Weg gefunden werden, einer Minderheitsregierung für einen begrenzten Zeitraum die Weiterregierung zu ermöglichen. Art. 81 GG greift daher erst ein, wenn die vom GG primär ins Auge gefaßten Mittel zur Verhinderung einer Minderheitsregierung nach Art. 67/68 GG (Kanzlerneuwahl, Bundestagsauflösung) nicht greifen.

Die Vorschrift hat in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch keine Rolle gespielt.

11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung: Bibliographie*)

Generelle Aussagen über die politische Willensbildung im Parlament, über Entscheidungsprozesse im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens, über die Einflußnahme von Interessenverbänden und das Verhalten der Opposition, über die Geschichte des Zustandekommens (oder auch des Scheiterns) von Gesetzesinitiativen sind nur sehr schwierig zu treffen. Zu unterschiedlich sind die Konstellationen im Einzelfall. Erst eine Vielzahl von Einzelfallstudien zur Entstehungsgeschichte von Gesetzen schafft deshalb die Voraussetzung für allgemeine Aussagen.

Derartige Einzelfallstudien sind Raritäten. Verwunderlich ist das nicht, bedenkt man den ungeheuren Forschungsaufwand, der notwendig ist, einen oft jahrelang und auf vielen Ebenen sich abspielenden Entscheidungsprozeß erst einmal richtig zu ermitteln, ihn sachgerecht zu bewerten und das Ergebnis eventuell noch für ein theoretisches Konzept nutzbar zu machen.

So selten indes, wie gelegentlich behauptet wird, sind Fallstudien zur Gesetzgebung wiederum nicht. Das folgende Verzeichnis ist der Versuch, die Einzelfallstudien zur Gesetzgebung des Bundes so vollständig wie möglich zu erfassen. Die Bibliographie ist nach Wahlperioden und nach dem Ausfertigungsdatum der untersuchten Gesetze gegliedert.***) Aufgenommen sind auch Untersuchungen zu

*) Vgl. auch *Peter Schindler*, Einzelfallstudien zum Zustandekommen von Bundesgesetzen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 3. S. 451–457 sowie ders., Einzelfallstudien zur Gesetzgebung des Bundes – eine Bibliographie und ein Hinweis auf ein Katalogisierungsproblem. In: Parlament und Bibliothek. Internationale Festschrift für *Wolfgang Dietz* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Gerhard Hahn* und *Hildebert Kirchner*. München [usw.] 1986, S. 432–449.

**) Untersuchungen, die mehrere Gesetze *derselben* Wahlperiode behandeln, werden nur einmal vollständig aufgeführt; im Wiederholungsfall wird nach der Angabe des Autors mit „a.a.O.“ auf die erstmalige Nennung hingewiesen.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Geszentwürfen, die nicht verabschiedet worden sind. Nicht berücksichtigt wurde dagegen die umfangreiche Kommentarliteratur zu einzelnen Bundesgesetzen. In den allgemeinen Einführungen zu diesen Kommentaren finden sich meist auch mehr oder weniger ausführliche Darstellungen zur Entstehungsgeschichte des jeweiligen Gesetzes.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
Parl. Rat 1948–49 ¹⁾	Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBl. S. 21)	<p><i>Guidrun Stoltenberg</i>, Das Wahlsystem zum ersten Bundestag. Funktion und Bedeutung des Parlamentarischen Rates. Heidelberg, Diss. 1970.</p> <p><i>Erhard H. M. Lange</i>, Der Parlamentarische Rat und die Entstehung des ersten Bundeswahlgesetzes. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 20. 1972. H. 3. S. 280–318.</p> <p><i>Erhard H. M. Lange</i>, Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim am Glan 1975, S. 329–408.</p>
1. WP 1949–53	<p>Erstes Wohnungsbaugesetz vom 14. 4. 1950 (BGBl. S. 83)</p> <p>Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen vom 17. 5. 1950 (BGBl. S. 207)</p> <p>Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vom 22. 8. 1950 (BGBl. S. 367)</p> <p>Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts vom 12. 9. 1950 (BGBl. S. 455)</p>	<p><i>Günther Schulz</i>, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957. Düsseldorf 1994, S. 211–254.</p> <p><i>Udo Wengst</i>, Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953. Düsseldorf 1988, S. 108–141.</p> <p><i>Martin Sebaldt</i>, Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992, S. 241–251.</p> <p><i>Peter Riess</i>, Über das Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit vom 12. September 1950. In: Für Recht und Staat. Festschrift für <i>Herbert Helmrich</i> zum 60. Geburtstag. Hrsg. von <i>Klaus Letzgas</i> [u. a.], München 1994, S. 127–142.</p>

¹⁾ Untersuchungen zum Zustandekommen des Grundgesetzes werden in der vorliegenden Bibliographie nicht berücksichtigt.

Hinweis

Die an die Bundesregierung gerichteten Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines bestimmten Geszentwurfs sind in Abschnitt 6.19 zusammengestellt.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 1. WP</p>	<p>Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. 3. 1951 (BGBl. I S. 243)</p> <p>Gesetz über Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Unterbringung der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 14. 3. 1951 (BGBl. I S. 186)</p> <p>Heimarbeitsgesetz vom 14. 3. 1951 (BGBl. I S. 191)</p> <p>Gesetz über den Bundesgrenzschutz und die Einrichtung von Bundesgrenzschutzbehörden vom 16. 3. 1951 (BGBl. I S. 201)</p> <p>Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. 5. 1951 (BGBl. I S. 291)</p> <p>Gesetz über die Rechtsstellung der in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 11. 5. 1951 (BGBl. I S. 297)</p> <p>Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. 5. 1951 (BGBl. I S. 307)</p>	<p><i>Wolfgang Kralewski</i> und <i>Karlheinz Neunreither</i>, Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag (1949–1953). Köln und Opladen 1963, S. 168–204.</p> <p><i>Heinz Laufer</i>, Verfassungsgerichtsbarkeit und politischer Prozeß. Studien zum Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1968, S. 93–136.</p> <p><i>Reinhard Schiffers</i>, Die Entstehung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht und die Erfahrungen der Weimarer Zeit. In: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Düsseldorf 1981, S. 277–300.</p> <p>Grundlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951. Bearbeitet von <i>Reinhard Schiffers</i>. Düsseldorf 1984 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 2).</p> <p><i>Udo Wengst</i>, a.a.O., S. 201–211.</p> <p><i>Martin Sebaldt</i>, a.a.O., S. 215–226.</p> <p><i>Wolfgang Kralewski</i> und <i>Karlheinz Neunreither</i>, a.a.O., S. 109–134.</p> <p><i>Udo Wengst</i>, a.a.O., S. 222–235.</p> <p><i>Udo Wengst</i>, a.a.O., S. 141–151.</p> <p><i>Udo Wengst</i>, a.a.O., S. 171–200 und 211–222.</p> <p><i>Wolfgang Langhorst</i>, Beamtentum und Artikel 131 des Grundgesetzes. Eine Untersuchung über Bedeutung und Auswirkung der Gesetzgebung zum Artikel 131 des Grundgesetzes unter Einbeziehung der Position der SPD zum Berufsbeamtentum. Frankfurt a. Main [usw.] 1994, S. 102–152.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 1. WP	<p data-bbox="248 245 700 384">Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. 5. 1951 (BGBl. I S. 347)</p> <p data-bbox="248 968 700 1049">Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 28. 6. 1951 (BGBl. I S. 405)</p> <p data-bbox="248 1092 700 1147">Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. 8. 1951 (BGBl. I S. 739)</p> <p data-bbox="248 1393 700 1474">Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. 1. 1952 (BGBl. I S. 7)</p> <p data-bbox="248 1489 700 1570">Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) vom 24. 1. 1952 (BGBl. I S. 69)</p> <p data-bbox="248 1585 700 1692">Gesetz über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegssachschäden (Feststellungsgesetz) vom 21. 4. 1952 (BGBl. I S. 237)</p>	<p data-bbox="726 245 1192 352"><i>Jack D. Dowell</i>, The Legislative Process in the West German Bundestag: The Codetermination Law of May, 1951. Stanford University, Diss. 1958.</p> <p data-bbox="726 369 1192 476"><i>Gabriele Müller-List</i>, Die Entstehung der Montanmitbestimmung. In: Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung. Hrsg. von <i>Walter Först</i>. Köln 1982, S. 119–142.</p> <p data-bbox="726 493 1192 569"><i>Horst Thum</i>, Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften. Stuttgart 1982.</p> <p data-bbox="726 585 1192 805">Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951. Bearbeitet von <i>Gabriele Müller-List</i>. Düsseldorf 1984 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 1).</p> <p data-bbox="726 822 1192 957"><i>Gabriele Müller-List</i>, Zwischen Konfrontation und Interessenausgleich. Zur Entwicklung und gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung in der Frühzeit der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1985. B 18. S. 15–28.</p> <p data-bbox="726 973 1192 1081"><i>Kurt P. Tudyka</i>, Gesellschaftliche Interessen und Auswärtige Beziehungen. Materialien zur Außenwirtschaftspolitik der Ära Adenauer. Nijmegen 1978, S. 355–368.</p> <p data-bbox="726 1097 1192 1232"><i>Reinhard Schiffers</i>, Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951. Düsseldorf 1989.</p> <p data-bbox="726 1249 1192 1384"><i>Reinhard Schiffers</i>, Grundlegung des strafrechtlichen Staatsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 38. 1990. H. 4. S. 589–607.</p> <p data-bbox="726 1400 1192 1482"><i>Heiner R. Adamsen</i>, Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948–1952. Wuppertal 1981.</p> <p data-bbox="726 1498 1057 1517"><i>Martin Sebaldt</i>, a.a.O., S. 227–241.</p> <p data-bbox="726 1585 1192 1666"><i>Rudolf Fritz</i>, Der Einfluß der Parteien und Geschädigtenverbände auf die Schadensfeststellung im Lastenausgleich. Berlin, Diss. 1964.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 1. WP	<p>Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz – LAG) vom 14. 8. 1952 (BGBl. I S. 446)</p> <p>Betriebsverfassungsgesetz vom 11. 10. 1952 (BGBl. I S. 681)</p> <p>Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften vom 9. 6. 1953 (BGBl. I S. 377)</p> <p>Wahlgesetz zum Zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. 7. 1953 (BGBl. I S. 470)</p> <p>Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altsparergesetz) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 495)</p> <p>Bundesbeamtenengesetz vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 551)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 6. 8. 1953 (BGBl. I S. 884)</p> <p>Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 19. 8. 1953 (BGBl. I S. 980)</p>	<p><i>Rudolf Fritz</i>, a.a.O.</p> <p><i>Reinhold Schillinger</i>, Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945–1952. St. Katharinen 1985.</p> <p><i>Wolfgang Hirsch-Weber</i>, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht. Köln, Opladen 1959.</p> <p><i>Eberhard Schmidt</i>, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1970, S. 193–225.</p> <p><i>Michael Arnold</i>, Die Entstehung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952. Freiburg, Diss. 1978.</p> <p><i>Horst Thum</i>, a.a.O.</p> <p><i>Dorothee Buchhaas</i>, Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund 1945–1952. Düsseldorf 1985, S. 178–288.</p> <p><i>Wolfgang Kralewski</i> und <i>Karlheinz Neunreither</i>, a.a.O., S. 135–161.</p> <p><i>Erhard H. M. Lange</i>, Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim am Glan 1975, S. 411–586.</p> <p><i>Jens Dieckmann</i>, Der Einfluß der Deutschen Sparkassenorganisation auf die staatliche Wirtschaftspolitik in der historischen Entwicklung. Eine empirische Untersuchung zur Theorie der Verbände. Frankfurt/Main 1981, S. 99–110.</p> <p><i>Udo Wengst</i>, a.a.O., S. 253–301.</p> <p><i>Kurt P. Tudyka</i>, a.a.O., S. 368–395.</p> <p><i>Udo Wengst</i>, a.a.O., S. 236–252.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 1. WP	<p>Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 25. 8. 1953 (BGBl. I S. 1037)</p> <p>Gesetz betreffend den Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten mit Zusatzverträgen [Deutschlandvertrag] vom 28. 3. 1954 (BGBl. II S. 57)¹⁾</p> <p>Gesetz betreffend den Vertrag vom 27. Mai 1952 über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und betreffend den Vertrag vom 27. Mai 1952 zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedsstaaten der EVG [Pariser Vertrag] vom 28. 3. 1954 (BGBl. II S. 342)¹⁾</p>	<p><i>Günther Schulz</i>, a.a.O., S. 276–287.</p> <p><i>Arnulf Baring</i>, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. München 1969. (Als Taschenbuchausgabe 1971 erschienen unter dem Titel: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.)</p> <p><i>Gerhard Wettig</i>, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa. München 1967.</p> <p><i>Arnulf Baring</i>, a.a.O.</p>
2. WP 1953–57	<p>Verkehrsfinanzgesetz 1955 vom 6. 4. 1955 (BGBl. I S. 166)</p> <p>Gesetz über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften (Freiwilligengesetz) vom 23. 7. 1955 (BGBl. I S. 449)</p> <p>Personalvertretungsgesetz vom 5. 8. 1955 (BGBl. I S. 477)</p>	<p><i>Gerard Braunthal</i>, The West German Legislative Process. A Case Study of Two Transportation Bills. Ithaca, London 1972.</p> <p><i>Karlheinz Neunreither</i>, Der Bundesrat zwischen Politik und Verwaltung. Heidelberg 1959, S. 171–184.</p> <p><i>Jürgen Otto Domes</i>, Das Freiwilligengesetz im zweiten deutschen Bundestag. Eine Studie zum Oppositionsverhalten des Parlaments. Heidelberg, Diss. 1960.</p> <p><i>Gerhard Loewenberg</i>, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969, S. 338–441.</p> <p><i>Karl-Heinz Diekershoff</i>, Der Einfluß der Beamtenorganisationen auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes vom 5. August 1955. Eine Studie zur Verbandsproblematik in der parlamentarischen Demokratie. Diplomarbeit, Köln 1961.</p> <p><i>Otto Stammer</i>, <i>Wolfgang Hirsch-Weber</i> u. a., Verbände und Gesetzgebung. Die Einflußnahme der Verbände auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes. Köln und Opladen 1965.²⁾</p>

¹⁾ Zustimmungsgesetze nicht in Kraft getreten, da der EVG-Vertrag am 30. August 1954 durch die französische Nationalversammlung abgelehnt wurde.

²⁾ *Stammer* erwähnt im Vorwort (S. 3) eine parallel durchgeführte Untersuchung zum Zustandekommen des Ladenschlußgesetzes. Diese Studie ist ohne Abschluß geblieben.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 2. WP	<p>Landwirtschaftsgesetz vom 5. 9. 1955 (BGBl. I S. 565)</p> <p>Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung (Finanzverfassungsgesetz) vom 23. 12. 1955 (BGBl. I S. 817)</p> <p>Bundeswahlgesetz vom 7. 5. 1956 (BGBl. I S. 383)</p> <p>Zweites Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. 6. 1956 (BGBl. I S. 523)</p> <p>Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 7. 8. 1956 (BGBl. I S. 707)</p> <p>Bundesleistungsgesetz vom 19. 10. 1956 (BGBl. I S. 815)</p> <p>Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter (Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz – ArVNG) und Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz – AnVNG), beide vom 23. 2. 1957 (BGBl. I S. 45 bzw. S. 88)</p>	<p><i>Curt Puvogel</i>, Der Weg zum Landwirtschaftsgesetz. Bonn, München, Wien 1957.</p> <p><i>Viola Gräfin von Bethusy-Huc</i>, Demokratie und Interessenpolitik. Wiesbaden 1962, S. 1–35.</p> <p><i>Karl-Heinrich Hansmeyer</i>, Finanzielle Staatshilfen für die Landwirtschaft. Zur Theorie einer sektoralen Finanzpolitik. Tübingen 1963, insbes. S. 69–75.</p> <p><i>Karlheinz Neunreither</i>, a.a.O., S. 163–171.</p> <p><i>Gerhard Stoltenberg</i>, Legislative und Finanzverfassung 1954/55. Parlamentarische Willensbildung in Bundestag, Bundesrat und Vermittlungsausschuß. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 13. 1965. H. 3. S. 236–271.</p> <p><i>Erhard H. M. Lange</i>, Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim am Glan 1975, S. 589–759.</p> <p><i>Günther Schulz</i>, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957. Düsseldorf 1994, S. 288–309.</p> <p><i>Erich Potthoff</i>, Der Kampf um die Montan-Mitbestimmung. Köln 1957.</p> <p><i>Ulrich Borsdorf</i>, Der Anfang vom Ende? Die Montan-Mitbestimmung im politischen Kräftefeld der frühen Bundesrepublik (1951–1956). In: 40 Jahre Mitbestimmung. Hrsg. von <i>Rudolf Judith</i>. Köln 1986. S. 41–61; Langfassung des Aufsatzes in WSI-Mitteilungen. Jg. 37. 1984. H. 3. S. 181–195.</p> <p><i>Eckart von Kirchbach</i>, Politische Faktoren bei der Entstehung des Bundesleistungsgesetzes. Eine Studie zur Struktur legislativer Entscheidungen. Freiburg im Breisgau, Diss. 1964.</p> <p><i>Gerhard Loewenberg</i>, a.a.O., S. 338–441.</p> <p><i>Günter Hönig</i>, Die Entstehungsgeschichte der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze für Arbeiter und Angestellte. Bonn, Diss. 1961.</p> <p><i>Alfred Schmidt</i>, Financial legislation in the Bundestag: The case of compulsory pensions insurance. In: The power of the purse. The role of European parliaments in budgetary decisions. Hrsg. von <i>David Coombes</i> u. a. London 1976, S. 85–103.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 2. WP</p>	<p>noch: Gesetz zur Neuregelung des Rechts ...</p> <p>Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz) vom 18. 6. 1957 (BGBl. I S. 609)</p> <p>Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. 7. 1957 (BGBl. I S. 745)</p> <p>Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1081)</p> <p>Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vom 27. 7. 1957 (BGBl. II S. 753)</p> <p>Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Straßenverkehrs durch Entlastung der Straßen (Straßenentlastungsgesetz) (BT-Drs. II/574)</p>	<p><i>Hans Günter Hockerts</i>, Sozialpolitische Reformbestrebungen in der frühen Bundesrepublik. Zur Sozialreform-Diskussion und Rentengesetzgebung 1953–1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 25. 1977. H. 3. S. 341–372.</p> <p><i>Hans Günter Hockerts</i>, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957. Stuttgart 1980, S. 320–425.</p> <p><i>Klaus-Jörg Ruhl</i>, Hierarchie oder Anarchie? Der Streit um die Familienrechtsreform in den fünfziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1992. B 45. S. 31–42.</p> <p><i>Viola Gräfin von Bethusy-Huc</i>, a.a.O., S. 82–107.</p> <p><i>Viola Gräfin von Bethusy-Huc</i>, a.a.O., S. 36–81.</p> <p><i>Peter Alexander Philipp</i>, Die Offenlegung des Einflusses von Interessenverbänden auf die Staatswillensbildung in der BRD. Vier Fallstudien zum Wettbewerbsrecht. Bonn, Diss. 1974.</p> <p><i>Rüdiger Robert</i>, Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik. Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Berlin 1976.</p> <p><i>Peter Hüttenberger</i>, Wirtschaftsordnung und Interessenpolitik in der Kartellgesetzgebung der Bundesrepublik 1949–1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 24. 1976. H. 3. S. 287–307.</p> <p><i>Wolfgang Kollwe</i>, Zur ökonomischen Theorie der Verbände. Die Entwicklung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Frankfurt a. M., Bern 1979.</p> <p><i>Hanns Jürgen Küsters</i>, Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Baden-Baden 1982.</p> <p><i>Gerard Braunthal</i>, a.a.O.</p>

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
3. WP 1957–61	Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341)	<i>Hans-Jürgen von der Heide</i> , Zur Entstehung des Bundesbaugesetzes. Zugleich ein Beitrag von der Kunst, Gesetze zu machen. In: Raumplanung und Eigentumsordnung. Festschrift für <i>Werner Ernst</i> zum 70. Geburtstag. Hrsg. von <i>Harry Westermann</i> [u. a.], München 1980. S. 185–200.
	Gesetz über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 29. 11. 1960 (BGBl. I S. 862)	<i>Rolf Steininger</i> , Die Deutsche Welle. Gründungsgeschichte und Entwicklung des Kurzwellendienstes der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland bis zur Errichtung einer Anstalt des Bundesrechts. Hannover, Diss. 1971.
	Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und des Gerichtskostengesetzes vom 19. 6. 1961 (BGBl. I S. 769)	<i>Rolf Steininger</i> , Deutschlandfunk – die Vorgeschichte einer Rundfunkanstalt 1949–1961. Ein Beitrag zur Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1977.
	Gesetz zur Änderung des Beförderungsergesetzes vom 19. 6. 1961 (BGBl. I S. 771)	<i>Gerhard Loewenberg</i> , Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. S. 338–441.
	Bundessozialhilfegesetz vom 30. 6. 1961 (BGBl. I S. 815)	<i>Martin Sebaldt</i> , Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992, S. 257–261.
	Gesetz zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte vom 3. 7. 1961 (BGBl. I S. 845)	<i>Joachim Matthes</i> , Gesellschaftspolitische Konzeptionen im Sozialhilferecht. Zur soziologischen Kritik der neuen deutschen Sozialhilfegesetzgebung 1961. Stuttgart 1964.
	Gesetz über das Kreditwesen vom 10. 7. 1961 (BGBl. I S. 881)	<i>W. Wangler</i> , Der Mechanismus der agrarpolitischen Willensbildung – dargestellt am Beispiel der Agrarsozialpolitik. In: Die Willensbildung in der Agrarpolitik. München 1971. S. 413–428.
	Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 12. 7. 1961 (BGBl. I S. 909)	<i>Jens Dieckmann</i> , Der Einfluß der Deutschen Sparkassenorganisation auf die staatliche Wirtschaftspolitik in der historischen Entwicklung. Eine empirische Untersuchung zur Theorie der Verbände. Frankfurt/Main 1981, S. 157–171.
	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 12. 7. 1961 (BGBl. I S. 913)	<i>Jürgen Domes</i> , Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer. Köln, Opladen 1964. S. 136–151.
		<i>Max Richter</i> und <i>Albert Müller</i> , Kampf um die Krankenversicherung 1955–1965. Bad Godesberg 1966, S. 11–59.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 3. WP	<p>Gesetz über die Gewährung von Kindergeld für zweite Kinder und die Errichtung einer Kindergeldkasse (Kindergeldkassengesetz) vom 18. 7. 1961 (BGBl. I S. 1001)</p> <p>Gesetz für Jugendwohlfahrt vom 11. 8. 1961 (BGBl. I S. 1205)</p> <p>Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Seemannsgesetzes vom 25. 8. 1961 (BGBl. II S. 1391)</p> <p>Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Neuordnungsgesetz) (BT-Drs. III/1540)</p> <p>Entwurf eines Gesetzes über Einreise und Ausreise (BT-Drs. III/2372)</p>	<p><i>Gerhard Loewenberg</i>, a.a.O.</p> <p><i>Joachim Matthes</i>, a.a.O.</p> <p><i>Martin Sebaldt</i>, a.a.O., S. 251–257.</p> <p><i>William Safran</i>, Veto-Group Politics. The Case of Health-Insurance Reform in West Germany. San Francisco 1967.</p> <p><i>Frieder Naschold</i>, Kassenärzte und Krankenversicherungsreform. Zu einer Theorie der Statuspolitik. Freiburg im Breisgau 1967.</p> <p><i>Gerhard Loewenberg</i>, a.a.O.</p>
4. WP 1961–65	<p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 23. 5. 1963 (BGBl. I S. 353)</p> <p>Gesetz zu der Gemeinsamen Erklärung und zu dem Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 15. 6. 1963 (BGBl. II S. 705)</p> <p>Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern (Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz) vom 23. 12. 1963 (BGBl. I S. 1013)</p> <p>Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Regelung von Ansprüchen aus Lebens- und Rentenversicherungen vom 25. 5. 1964 (BGBl. I S. 329)</p>	<p><i>W. Wangler</i>, Der Mechanismus der agrarpolitischen Willensbildung – dargestellt am Beispiel der Agrarsozialpolitik. In: Die Willensbildung in der Agrarpolitik. München 1971, S. 413–428.</p> <p><i>Günther Patz</i>, Parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik. Fallstudien zur politischen Bedeutung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Meisenheim am Glan 1976, S. 69–96.</p> <p><i>Götz Kneten</i>, Wirtschaft und Entwicklungshilfe. Eine politikwissenschaftliche Studie über die Einflußnahme von Interessengruppen auf das Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz vom Dezember 1963 und auf die Novelle zum Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz vom März 1968. Göttingen, Diss. 1970.</p> <p><i>Martin Sebaldt</i>, Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992, S. 262–265.</p>

Hinweis

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 4. WP	<p>Gesetz zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 912)</p> <p>Gesetz zur Förderung der Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt (EWG-Anpassungsgesetz) vom 9. 9. 1965 (BGBl. I S. 1201)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 15. 9. 1965 (BGBl. I S. 1363)</p>	<p><i>Max Richter und Albert Müller</i>, Kampf um die Krankenversicherung 1955–1965. Bad Godesberg 1966, S. 60–116.</p> <p><i>Paul Ackermann</i>, Der Deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflußnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis. Tübingen 1970.</p> <p><i>Peter Alexander Philipp</i>, Die Offenlegung des Einflusses von Interessenverbänden auf die Staatswillensbildung in der BRD. Vier Fallstudien zum Wettbewerbsrecht. Bonn, Diss. 1974.</p> <p><i>Wolfgang Kollwe</i>, Zur ökonomischen Theorie der Verbände. Die Entwicklung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Frankfurt a. M., Bern 1979.</p>
5. WP 1965–69	<p>Umsatzsteuergesetz (Mehrwertsteuer) vom 29. 5. 1967 (BGBl. I S. 545)</p> <p>Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) vom 8. 6. 1967 (BGBl. I S. 582)</p> <p>Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, 1. Teil, Zweites Steueränderungsgesetz 1967 vom 21. 12. 1967 (BGBl. I S. 1254)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes vom 1. 3. 1968 (BGBl. I S. 201)</p>	<p><i>Martin Heilmann</i>, Die Umsatzsteuerreform in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entstehung des Umsatzsteuergesetzes von 1967 (Nettoumsatzsteuer). Eine Fallstudie zur steuerpolitischen Willensbildung in einer parlamentarischen Demokratie. Bern, Frankfurt/M. 1975.</p> <p><i>Jürgen Brockhausen</i>, Die rechtliche Bedeutung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und seine Komponenten in §1 StabG unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte. Köln o. J. [um 1974].</p> <p><i>Egbert Osterwald</i>, Die Entstehung des Stabilitätsgesetzes. Eine Studie über Entscheidungsprozesse des politischen Systems. Frankfurt a. M., New York 1982.</p> <p><i>Karl Kauermann</i>, Die Besteuerung des deutschen Kreditgewerbes. Eine Fallstudie zum Problem der finanzpolitischen Willensbildung. (Die Einflußnahme von Interessenverbänden auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß zum Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, I. Teil, Zweites Steueränderungsgesetz vom 21. Dezember 1967.) Marburg, Diss. 1975.</p> <p><i>Götz Kneten</i>, Wirtschaft und Entwicklungshilfe. Eine politikwissenschaftliche Studie über die Einflußnahme von Interessengruppen auf das Entwicklungshilfe-Steuergesetz vom Dezember 1963 und auf die Novelle zum Entwicklungshilfe-Steuergesetz vom März 1968. Göttingen, Diss. 1970.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 5. WP</p>	<p>Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. 6. 1968 (BGBl. I S. 709)</p> <p>Gesetz über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung (Absicherungsgesetz) vom 29. 11. 1968 (BGBl. I S. 1255)</p> <p>Gesetz über die Besteuerung des Straßen-güterverkehrs vom 28. 12. 1968 (BGBl. I S. 1461)</p> <p>Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz) vom 12. 5. 1969 (BGBl. I S. 359)</p> <p>Gesetz zur Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Erfordernisse des Marktes (Marktstrukturgesetz) vom 16. 5. 1969 (BGBl. I S. 423)</p>	<p><i>Harry Nowka</i>, Das Machtverhältnis zwischen Partei und Fraktion in der SPD. Köln, Berlin, Bonn, München 1973, S. 84–99.</p> <p><i>Heinrich Oberreuter</i>, Notstand und Demokratie. Vom monarchischen Obrigkeits- zum demokratischen Rechtsstaat. München 1978. [5. Teil: Die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 181–273.]</p> <p><i>Maren Krohn</i>, Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze. Köln 1981.</p> <p><i>Michael Schneider</i>, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968). Bonn 1986.</p> <p><i>Hanfried Andersen</i>, Gesetz über umsatzsteuerliche Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung 1968, unveröffentlichte Fallstudie, ausgewertet von <i>Fritz W. Scharpf</i>. Fallstudien zu Entscheidungsprozessen in der Bundesregierung. In: Planungsorganisation. München 1973, S. 68–90.</p> <p><i>Jürgen Kussau</i> und <i>Lutz Oertel</i>, Der Prozeß der Problembearbeitung in der Ministerialverwaltung: Das Verkehrspolitische Programm für die Jahre 1968–1972. In: Handlungsspielräume der Staatsadministration. Beiträge zur politologisch-soziologischen Verwaltungsforschung. Hrsg. von <i>Peter Grottian</i> und <i>Axel Murswieck</i>. Hamburg 1974, S. 113–142. [Hierin auch ausgewertet <i>H.-D. Kastendiek</i>, Die parlamentarische Behandlung des Leberplans. Diplom-Arbeit Berlin 1969.]</p> <p><i>Gerhard Reischl</i>, Fortschritt und Widerstand auf dem Wege zur Finanzreform. In: Die Freiheit des Anderen. Festschrift für <i>Martin Hirsch</i>. Hrsg. von <i>Hans-Jochen Vogel</i>, <i>Helmut Simon</i> und <i>Adalbert Podlech</i>. Baden-Baden 1981, S. 365–388.</p> <p><i>E. R. Steffan</i>, Die Beeinflussung der agrarpolitischen Willensbildung durch die Verbände der direkten oder tangierenden Interessen. Entstehung und Werdegang des Marktstrukturgesetzes. Unveröffentl. Manusk. Gießen 1970, ausgewertet von: <i>Viola Gräfin von Bethusy-Huc</i> und <i>Michael Besch</i>, Interessenverbände in der agrarpolitischen Willensbildung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 2. 1971. H. 2. S. 206–223 (Vorabdruck) und in: Die Willensbildung in der Agrarpolitik. München 1971, S. 229–246.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 5. WP	<p>noch: Gesetz zur Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung ...</p> <p>Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. 6. 1969 (BGBl. I S. 582)</p> <p>Gesetz über die Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (Absatzfondsgesetz) vom 26. 6. 1969 (BGBl. I S. 635)</p> <p>Zweites Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 4. 7. 1969 (BGBl. I S. 717)</p> <p>Gesetz über Wein, Dessertwein, Schaumwein, weinhaltige Getränke und Branntwein aus Wein (Weingesetz) vom 16. 7. 1969 (BGBl. I S. 781)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 23. 7. 1969 (BGBl. I S. 937)</p>	<p><i>Sönke Boysen und Adolf Weber</i>, Der Mechanismus der agrarpolitischen Willensbildung – dokumentiert am Beispiel des Marktstrukturgesetzes. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 2. 1971. H. 2. S. 159–173 (Vorabdruck) und in: Die Willensbildung in der Agrarpolitik. München 1971, S. 349–379.</p> <p><i>Sönke Boysen</i>, Struktur und Einflußmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Abgeordneten in den Parlamenten der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1969. Kiel, Diss. 1971.</p> <p><i>Erhard Blankenburg, Günther Schmid und Hubert P. Treiber</i>, Legitimitäts- und Implementierungsprobleme „aktiver Arbeitsmarktpolitik“. In: Bürgerlicher Staat und politische Legitimation. Hrsg. von <i>Rolf Ebbinghausen</i>. Frankfurt am Main 1976, S. 247–280.</p> <p><i>Heinrich Schmid</i>, Die Einflußnahme von Interessenverbänden auf die agrarpolitische Willensbildung, dargestellt am Fall des Absatzfondsgesetzes. Diplom-Arbeit Gießen 1970, ausgewertet von: <i>Viola Gräfin von Bethusy-Huc</i> und <i>Michael Besch</i>, a.a.O.</p> <p><i>Sönke Boysen</i>, a.a.O.</p> <p><i>Peter Floerecke</i>, Die Entstehung der Gesetznormen zur Führungsaufsicht. Die Gesetzgebung von 1962 bis 1975 und die Anwendungspraxis der Führungsaufsicht. Bonn 1989.</p> <p><i>Hans-Georg Wehling</i>, Die politische Willensbildung auf dem Gebiet der Weinwirtschaft – dargestellt am Beispiel der Weingesetzgebung. Göttingen 1971.¹⁾</p> <p><i>Eberhard Groebel</i>, Verbandseinfluß als Grenze zwischen staatlicher Herrschaft und gesellschaftlicher Machtstruktur. Ein Beitrag zur Diskussion um das Verbändewesen in der Bundesrepublik Deutschland, dargestellt am Beispiel des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks. Speyer, Diss. 1983.</p>

¹⁾ Das Manuskript der Arbeit wurde Anfang 1969 – noch vor Verabschiedung des Weingesetzes am 23. April 1969 im Bundestag – abgeschlossen.

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 5. WP</p>	<p>Berufsbildungsgesetz vom 14. 8. 1969 (BGBl. I S. 1112)</p> <p>Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages</p> <p>Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (BT-Drs. V/3816)</p>	<p><i>Heinrich Althoff</i>, Die Entstehung des Berufsbildungsgesetzes im Bundestag und seinen Ausschüssen 1966–1969. Eine interessensoziologische Analyse. Diplom-Arbeit Berlin 1971 sowie <i>Hans-Ulrich Derlien</i>, Die Entstehung des Berufsbildungsgesetzes, unveröffentl. Manusk. Speyer 1973; beide ausgewertet von: <i>Claus Offe</i>, Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik. Frankfurt a. M. 1975.</p> <p><i>Hermann Adam</i>, Der Einfluß der Industrie- und Handelskammern auf politische Entscheidungsprozesse. Frankfurt/Main 1979, S. 158–174.</p> <p><i>Uwe Thaysen</i>, Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems. Eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag. Opladen 1972.</p> <p><i>Friedrich Karl Fromme</i>, Gesetzgebung und Bundesverfassungsgericht. Interessenkonflikte bei der Novellierung des Gesetzes. In: Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik. [Festschrift für <i>Theodor Eschenburg</i>.] München 1971, S. 202–241.</p>
<p>6. WP 1969–72</p>	<p>Drittes Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 20. 5. 1970 (BGBl. I S. 505)</p> <p>Gesetz zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Zweites Krankenversicherungsänderungsgesetz) vom 21. 12. 1970 (BGBl. I S. 1770)</p> <p>Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 vom 30. 6. 1971 (BGBl. I S. 873)</p>	<p><i>Peter Floercke</i>, Staatliche Normsetzung als Politik auf unterschiedlichen „Bühnen“. Empirische Ergebnisse zur Genese des Demonstrationsstrafrechts seit 1970. In: Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Hrsg. von <i>Günther Kaiser</i>, <i>Helmut Kury</i> und <i>Hans-Jörg Albrecht</i>. Freiburg 1988, I. Halbband, S. 3–22.</p> <p><i>Bernd Rosewitz</i> und <i>Douglas Webber</i>, Reformversuche und Reformblockaden im deutschen Gesundheitswesen. Frankfurt/Main, New York 1990.</p> <p><i>Günther Schmid</i> und <i>Hubert Treiber</i>, Bürokratie und Politik. Zur Struktur und Funktion der Ministerialbürokratie in der Bundesrepublik Deutschland. München 1975, S. 163–169. [Hierin ausgewertet: <i>H.-D. Kastendieck</i>, Die parlamentarische Behandlung des Leber-Plans. Diplom-Arbeit Berlin 1969 sowie <i>Jürgen Kusau</i> und <i>Lutz Oertel</i>, Das Verkehrspolitische Programm der Bundesregierung für die Jahre 1968–1972. (Fallstudie zu Entscheidungsprozessen in der Bundesregierung). Unveröff. Manusk. Konstanz 1970.]</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 6. WP</p>	<p>noch: Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen ...</p> <p>Städtebauförderungsgesetz vom 27. 7. 1971 (BGBl. I S. 1125)</p> <p>Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnungsraum vom 25. 11. 1971 (BGBl. I S. 1839)</p> <p>Zwölftes Strafrechtsänderungsgesetz vom 16. 12. 1971 (BGBl. I S. 1979)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Opiumgesetz) vom 22. 12. 1971 (BGBl. I S. 2092)</p> <p>Gesetz zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 23. 5. 1972 (BGBl. II S. 353)</p> <p>Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 23. 5. 1972 (BGBl. II S. 361)</p>	<p><i>Dietrich Garlichs</i>, Grenzen staatlicher Infrastrukturpolitik. Bund/Länder-Kooperation in der Fernstraßenplanung (Politikverflechtung IV). Königstein/Ts. 1980.</p> <p><i>Thomas Labahn</i>, Funktion und Arbeitsweise der Bundstagsausschüsse dargestellt am Beispiel der Entwicklung des Städtebauförderungsgesetzes vom 27. Juli 1971. Diplomarbeit Hamburg 1973.</p> <p><i>Harry Hugo Kalinowsky</i>, Die Berücksichtigung von Verbraucherinteressen im politisch-administrativen Entscheidungsprozeß am Beispiel der Wohnraumkündigungsschutzgesetzgebung. 1. Teilbericht (Zum 1. Wohnraumkündigungsschutzgesetz). Bonn 1981.</p> <p><i>Heribert Schatz</i>, Verbraucherinteressen im politischen Entscheidungsprozeß. Unter Mitarbeit von ... Frankfurt/Main, New York 1984, S. 108–131.</p> <p><i>Martin Sebaldt</i>, Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992, S. 266–273.</p> <p><i>Sebastian Scheerer</i>, Die Genese der Betäubungsmittelgesetze in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. Göttingen 1982.</p> <p><i>Herbert Schröder</i>, Drogentherapie nach den §§ 93a JGG, 35 ff. BtMG. Eine Untersuchung zur Normgenese und legislatorischen Sorgfalt. Frankfurt am Main, Bern, New York 1986.</p> <p><i>Reinhold Roth</i>, Außenpolitische Innovation und politische Herrschaftssicherung. Eine Analyse von Struktur und Systemfunktion des außenpolitischen Entscheidungsprozesses am Beispiel der sozialliberalen Koalition 1969 bis 1973. Meisenheim am Glan 1976.</p> <p><i>Reinhold Roth</i>, a.a.O.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
7. WP 1972–76	<p data-bbox="248 245 700 439">Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. 6. 1973 (BGBl. II S. 421)</p> <p data-bbox="248 491 700 574">Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 3. 8. 1973 (BGBl. I S. 917)</p>	<p data-bbox="726 245 1192 328"><i>Günther Schmid</i>, Politik des Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel. München 1975.</p> <p data-bbox="726 343 1192 476"><i>Karlheinz Niclauff</i>, Kontroverse Deutschlandpolitik. Die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland über den Grundlagenvertrag mit der DDR. Frankfurt am Main 1977.</p> <p data-bbox="726 491 1192 596"><i>Peter Alexander Philipp</i>, Die Offenlegung des Einflusses von Interessenverbänden auf die Staatswillensbildung in der BRD. Vier Fallstudien zum Wettbewerbsrecht. Bonn, Diss. 1974.</p> <p data-bbox="726 611 1192 778"><i>Peter Grottian</i>, Strukturprobleme staatlicher Planung. Eine empirische Studie zum Planungsbewußtsein der Bonner Ministerialbürokratie und zur staatlichen Planung der Unternehmenskonzentration und des Wettbewerbs (GWB). Hamburg 1974.</p> <p data-bbox="726 792 1192 959"><i>Ulrich Richter</i>, Verbände, Wissenschaft, Politik. Die Beanspruchung der Wissenschaft für Verbandspositionen im Gesetzgebungsprozeß, dargestellt am Beispiel der Auseinandersetzungen um das Verbot der vertikalen Preisbindung. Bochum, Diss. 1976.</p> <p data-bbox="726 973 1192 1079"><i>Werner Jäckering</i>, Die politischen Auseinandersetzungen um die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Berlin 1977.</p> <p data-bbox="726 1094 1192 1201"><i>Wolfgang Kollwe</i>, Zur ökonomischen Theorie der Verbände. Die Entwicklung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Frankfurt a. M., Bern 1979.</p> <p data-bbox="726 1215 1192 1404"><i>Michael Ellwardt</i>, Demokratischer Staat – Verbändestaat – Staat der Monopole? Politische Entscheidungsstrukturen im heutigen kapitalistischen Staat. Eine Analyse der staatlichen Entscheidungsfindung anhand des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Marburg 1983.</p>

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 7. WP	<p>Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469)</p> <p>Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721)</p> <p>Fünftes Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 18. 6. 1974 (BGBl. I S. 1297)</p> <p>Gesetz zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung (Einkommensteuerreformgesetz) vom 5. 8. 1974 (BGBl. I S. 1769)</p> <p>Zweites Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum (Zweites Wohnraumkündigungsschutzgesetz) vom 18. 12. 1974 (BGBl. I S. 3603)</p> <p>Gesetz zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 20. 12. 1974 (BGBl. I S. 3686)</p> <p>Hochschulrahmengesetz vom 26. 1. 1976 (BGBl. I S. 185)</p> <p>Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vom 9. Oktober 1975 vom 12. 3. 1976 (BGBl. II S. 393)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Flurbereinigungsgesetzes vom 15. 3. 1976 (BGBl. I S. 533)</p>	<p><i>Peter Floerecke</i>, Die Entstehung der Gesetznormen zur Führungsaufsicht. Die Gesetzgebung von 1962 bis 1975 und die Anwendungspraxis der Führungsaufsicht. Bonn 1989.</p> <p><i>Hermann Adam</i>, Der Einfluß der Industrie- und Handelskammern auf politische Entscheidungsprozesse. Frankfurt/Main 1979, S. 175–202.</p> <p><i>Edda Müller</i>, Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation? Opladen 1986, S. 206–255.</p> <p><i>Michael Gante</i>, § 218 in der Diskussion. Meinungs- und Willensbildung 1945–1976. Düsseldorf 1991.</p> <p><i>Uwe Karl Preusker</i>, Politiksteuerung durch allgemeine Wahlen. Untersucht anhand einer Fallstudie über das Zustandekommen des Einkommensteuerreformgesetzes vom 5. 8. 1974. Köln 1979.</p> <p><i>Heribert Schatz</i>, Verbraucherinteressen im politischen Entscheidungsprozeß. Unter Mitarbeit von ... Frankfurt/Main, New York 1984, S. 108–150.</p> <p><i>Uwe Berlitz</i> und <i>Horst Dreier</i>, Die legislative Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. In: <i>Fritz Sack, Heinz Steinert</i> unter Mitarbeit von [...], Protest und Reaktion. Opladen 1984, S. 227–318 (= Analysen zum Terrorismus 4/2).</p> <p><i>Guntram von Schenck</i>, Das Hochschulrahmengesetz. Hochschulreform in der Gesellschaftskrise. Bonn-Bad Godesberg 1976.</p> <p><i>Christine Landfried</i>, Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber. Wirkungen der Verfassungsrechtsprechung auf parlamentarische Willensbildung und soziale Realität. Baden-Baden 1984, S. 108–122.</p> <p><i>Joachim Krause</i>, Außenpolitische Opposition im und über den Bundesrat. Eine Fallstudie am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Ratifizierung der deutsch-polnischen Vereinbarungen vom Oktober 1975. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 11. 1980. H. 3. S. 423–440.</p> <p><i>Edda Müller</i>, a.a.O., S. 397–425.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 7. WP	<p>Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965)</p> <p>Vierzehntes Strafrechtsänderungsgesetz vom 22. 4. 1976 (BGBl. I S. 1056)</p> <p>Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz – MitbestG) vom 4. 5. 1976 (BGBl. I S. 1153)</p> <p>15. Strafrechtsänderungsgesetz [§ 218 StGB] vom 18. 5. 1976 (BGBl. I S. 1213)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2181)</p> <p>Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelrechts vom 24. 8. 1976 (BGBl. I S. 2445)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes vom 23. 8. 1976 (BGBl. I S. 2384)</p>	<p><i>Eberhard Groebel</i>, Verbandseinfluß als Grenze zwischen staatlicher Herrschaft und gesellschaftlicher Machtstruktur. Ein Beitrag zur Diskussion um das Verbändewesen in der Bundesrepublik Deutschland, dargestellt am Beispiel des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks. Speyer, Diss. 1983.</p> <p><i>Eberhard Groebel</i>, Bäckerhandwerk und Gesetzgebung. Ein Beitrag zur Diskussion um das Verbändewesen in der Bundesrepublik. Bonn 1983.</p> <p><i>Uwe Berlit</i> und <i>Horst Dreier</i>, a.a.O.</p> <p><i>Michael Schröder</i>, Verbände und Mitbestimmung. Die Einflußnahme der beteiligten Verbände auf die Entstehung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976. München, Diss. 1982.</p> <p><i>Günther Schönbauer</i>, Wirtschaftsmitbestimmung im politischen Entscheidungsprozeß. Eine Studie zur politischen Soziologie. Frankfurt am Main [usw.] 1983.</p> <p><i>Christine Landfried</i>, a.a.O., S. 52–63.</p> <p><i>Christine Landfried</i>, a.a.O., S. 87–96.</p> <p><i>Michael Gante</i>, § 218 in der Diskussion. Meinungs- und Willensbildung 1945–1976. Düsseldorf 1991.</p> <p><i>Uwe Berlit</i> und <i>Horst Dreier</i>, a.a.O.</p> <p><i>Eckhardt Westphal</i>, Arzneimittelmarkt und Verbraucherinteresse. Zur Strategie des Verbraucherschutzes im Gesundheitsbereich. Köln 1982.</p> <p><i>Heribert Schatz</i>, a.a.O., S. 81–108.</p> <p><i>Uwe Hohgräwe</i>, Implementation der Arzneimittelsicherheitspolitik durch das Bundesgesundheitsamt. Baden-Baden 1992.</p> <p><i>Martin Sebaldt</i>, Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992, S. 273–283.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 7. WP	<p>Körperschaftsteuerreformgesetz vom 31. 8. 1976 (BGBl. I S. 2597)</p> <p>Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) vom 9. 12. 1976 (BGBl. I S. 3317)</p> <p>Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 20. 12. 1976 (BGBl. I S. 3573)</p> <p>Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundes-Datenschutzgesetz – BDSG) vom 27. 1. 1977 (BGBl. I S. 201)</p> <p>Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) vom 18. 2. 1977 (BGBl. I S. 297)</p> <p>Berufsbildungsgesetz (vom Bundestag am 9. 4. 1976 verabschiedet, wegen Zustimmungsversagung des Bundesrates gescheitert)</p> <p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (BT-Drs. 7/3055)</p>	<p><i>Horst Metz</i>, Das Körperschaftsteuergesetz 1977. Eine Kritik aus gesetzgebungstechnischer Sicht, zugleich ein Beitrag zur juristischen Steuertechnik. Freiburg im Breisgau, Diss. 1981.</p> <p><i>Wolfgang Riedel</i>, Die steuerpolitische Willensbildung bei der Körperschaftsteuerreform 1977. Frankfurt am Main, Bern 1982.</p> <p><i>Marianne Schatz-Bergfeld</i>, Die Berücksichtigung von Verbraucherinteressen im politisch-administrativen Entscheidungsprozeß: Das „Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBG)“. Bonn 1982.</p> <p><i>Marianne Schatz-Bergfeld</i>, Verbraucherinteressen im politischen Prozeß: das AGB-Gesetz. Frankfurt am Main 1984.</p> <p><i>Heribert Schatz</i>, a.a.O., S. 57–81.</p> <p><i>Edda Müller</i>, a.a.O., S. 335–397.</p> <p><i>Werner Liedtke</i>, Das Bundesdatenschutzgesetz. Eine Fallstudie zum Gesetzgebungsprozeß. Düsseldorf 1980.</p> <p><i>Christine Landfried</i>, a.a.O., S. 96–102.</p> <p><i>Angela Brauer</i>, Zu den Bedingungen von Reformpolitik am Beispiel Berufsbildungsreform. In: Unfähig zur Reform? Eine Bilanz der inneren Reformen seit 1969. Hrsg. von <i>Christian Fenner, Ulrich Heyder</i> und <i>Johano Stras-ser</i>. Köln, Frankfurt am Main 1978, S. 147–194.</p> <p><i>Carl Otto Lenz</i> und <i>Gerald Kretschmer</i>, Ein exemplarischer Versuch, Verordnungen von der Zustimmung des Bundestages abhängig zu machen: Die Initiative im Bereich des Straßenverkehrsrechts. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 1. S. 20–27.</p>

Hinweis

Eine Auswahl parlamentsrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ist im Abschnitt 15.3 zusammengestellt.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
8. WP 1976–80	<p>Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz) vom 27. 6. 1977 (BGBl. I S. 1069)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz [Kontakt-sperregesetz] vom 30. 9. 1977 (BGBl. I S. 1877)</p> <p>Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 14. 4. 1978 (BGBl. I S. 497)</p> <p>Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz – EuWG) vom 16. 6. 1978 (BGBl. I S. 709)</p> <p>Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 vom 5. 10. 1978 (BGBl. I S. 1645)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Gewerbesteuer-gesetzes, des Umsatzsteuergesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1979) vom 30. 11. 1978 (BGBl. I S. 1849)</p>	<p><i>Helmut Wiesenthal</i>, Die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen. Ein Beispiel für Theorie und Politik des modernen Korporatismus. Frankfurt, New York 1981, S. 52–75.</p> <p><i>Bernd Rosewitz</i> und <i>Douglas Webber</i>, Reformversuche und Reformblockaden im deutschen Gesundheitswesen. Frankfurt/Main, New York 1990.</p> <p><i>Uwe Berlit</i> und <i>Horst Dreier</i>, Die legislative Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. In: <i>Fritz Sack, Heinz Steinert</i> unter Mitarbeit von [...], Protest und Reaktion. Opladen 1984, S. 227–318 (= Analysen zum Terrorismus 4/2).</p> <p><i>Uwe Berlit</i> und <i>Horst Dreier</i>, a.a.O.</p> <p><i>Martin Sebaldt</i>, Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992, S. 283–306.</p> <p><i>Rudolf Hrbek</i>, Das Deutsche Wahlgesetz zum Europäischen Parlament in der Parteienkontroverse. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 9. 1978. H. 2. S. 168–179.</p> <p><i>Juliet Lodge</i>, Germany: Modell Deutschland. In: <i>The Legislation of Direct Elections to the European Parliament</i>. Hrsg. von <i>Valentine Herman</i> und <i>Mark Hagger</i>. Westmead, Farnborough, Hants. 1980, S. 77–98.</p> <p><i>Uwe Berlit</i> und <i>Horst Dreier</i>, a.a.O.</p> <p><i>Joachim Jens Hesse</i> und <i>Richard R. Klein</i>, Der Lohnsummensteuer-Konflikt: Anlaß zu einer Neuinterpretation der Beziehungen zwischen Bund, Land und Gemeinde? In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 11. 1980. H. 1. S. 53–72.</p>

Hinweis

Ein Verzeichnis sämtlicher Gesetze, und zwar

- der verkündeten Gesetze,
- der durch Ablauf der Wahlperiode erledigten Gesetzentwürfe,
- der während der Wahlperiode anderweitig erledigten Gesetzentwürfe

enthält die seit der 7. Wahlperiode (1972–1976) erstellte Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“. Sie steht während der laufenden Wahlperiode als Loseblattausgabe zur Verfügung und erscheint nach Abschluß der Wahlperiode in gebundener Form als „Gesamtband“.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 8. WP</p>	<p>Achtzehntes Strafrechtsänderungsgesetz – Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität vom 28. 3. 1980 (BGBl. I S. 373)</p> <p>Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 30. 4. 1980 (BGBl. I S. 456)</p> <p>Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz) vom 16. 9. 1980 (BGBl. I S. 1718)</p> <p>Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe und zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft (Bundesmittelstandsförderungsgesetz) (BT-Drs. 8/708)</p> <p>Entwurf eines Staatshaftungsgesetzes (BT-Drs. 8/2079)</p> <p>Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BT-Drs. 8/2751)</p>	<p><i>Werner Rüther</i>, Empirische Normgeneseforschung. Theorie, Methode und erste Ergebnisse eines Projekts zur Umweltstrafrechtssetzung. In: Kriminologisches Journal. Jg. 14. 1982. H. 3. S. 177–193.</p> <p><i>Werner Rieder</i>, Die Vierte Kartellgesetznovelle im Spannungsfeld zwischen Politik und Ökonomie. München, Diss. 1982.</p> <p><i>Michael Kloepfer</i>, Chemikaliengesetz. Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen. Berlin 1982.</p> <p><i>Kurt Damaschke</i>, Der Einfluß der Verbände auf die Gesetzgebung. Am Beispiel des Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz). München 1986.</p> <p><i>Volker Schneider</i>, Politiknetzwerke der Chemikalienkontrolle. Eine Analyse einer transnationalen Politikentwicklung. Berlin, New York 1988.</p> <p><i>Christoph Werner Konrad</i>, Der Mittelstand in der politischen Willensbildung. Geschichte, Organisation, Einfluß und Politik der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes 1963–1987. Diss. Bonn 1990, S. 200–236.</p> <p><i>Rüdiger Kipke</i>, Der Einfluß bürokratischer Interessen in der Gesetzgebung am Beispiel der Reform des Staatshaftungsrechts. Eine Fallstudie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 11. 1980. H. 4. S. 568–572.</p> <p><i>Edda Müller</i>, Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation? Opladen 1986, S. 271–295.</p>
<p>9. WP 1980–83</p>	<p>Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz) vom 27. 7. 1981 (BGBl. I S. 705)</p> <p>Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts vom 28. 7. 1981 (BGBl. I S. 681)</p>	<p><i>Albrecht Schneider</i>, Das Künstlersozialversicherungsgesetz. Fiktion und Fakten als Probleme der Gesetzgebung. In: Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht. Bd. 91. 1981. S. 111–168.</p> <p><i>Herbert Schröder</i>, Drogentherapie nach den §§ 93a JGG, 35 ff. BtMG. Eine Untersuchung zur Normgenese und legislatorischen Sorgfalt. Frankfurt am Main, Bern, New York 1986.</p> <p><i>Martin Kurze</i>, Strafrechtspraxis und Drogentherapie. Eine Implementationsstudie zu den Therapieregungen des Betäubungsmittelrechts. Wiesbaden 1993.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 9. WP</p>	<p>Zwanzigstes Strafrechtsänderungsgesetz vom 8. 12. 1981 (BGBl. I S. 1329)</p> <p>Zweites Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (2. Haushaltsstrukturgesetz) vom 22. 12. 1981 (BGBl. I S. 1523)</p> <p>Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz) vom 28. 2. 1983 (BGBl. I S. 203)</p> <p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (Referentenentwurf des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)</p>	<p><i>Christian Lüdemann</i>, Gesetzgebung als Entscheidungsprozeß. Zur Normgenese der strafrechtlichen Regelung zur Strafaussetzung bei lebenslanger Freiheitsstrafe. Opladen 1986.</p> <p><i>Christian Lüdemann</i>, Ergebnisse der Kriminologie und deren Berücksichtigung durch den Gesetzgeber am Beispiel der Strafrechtsaussetzung bei lebenslanger Freiheitsstrafe. In: Kriminologie im Spannungsfeld von Kriminalpolitik und Kriminalpraxis. Hrsg. von <i>Manfred Brusten, Josef M. Häußling</i> und <i>Peter Malinowski</i>. Stuttgart 1986, S. 109–119.</p> <p><i>Christian Lüdemann</i>, Öffentlichkeit, Kriminalpolitik und Strafrechtsanwendung. Zur Genese und Implementation eines Gesetzes zur Strafaussetzung für „Lebenslängliche“. In: Der Wohlfahrtsstaat und seine Politik des Strafens. Hrsg. von <i>Hans Haferkamp</i>. Opladen 1990, S. 236–266.</p> <p><i>Paul Henseler</i>, Möglichkeiten und Grenzen des Vermittlungsausschusses. Eine Untersuchung am Beispiel des 2. Haushaltsstrukturgesetzes. In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 35. 1982. H. 16, S. 849–855.</p> <p><i>Christine Landfried</i>, Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber. Wirkungen der Verfassungsrechtsprechung auf parlamentarische Willensbildung und soziale Realität. Baden-Baden 1984, S. 63–74.</p> <p><i>Edda Müller</i>, Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation? Opladen 1986, S. 447–464.</p>
<p>10. WP 1983–87</p>	<p>Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens, als abgetrennter Teil verkündet unter dem Titel Drittes Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 26. 3. 1985 (BGBl. I S. 578)</p>	<p><i>Martin Sebaldt</i>, Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992, S. 306–322.</p>

Hinweise

Einen statistischen Überblick über den aktuellen Stand der Vermittlungsverfahren der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Deutschen Bundestag und Bundesrat.

Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden, sind mit dem Titel der Untersuchung im Abschnitt 11.15 aufgeführt.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 10. WP	<p>Beschäftigungsförderungsgesetz vom 26. 4. 1985 (BGBl. I S. 710)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Versammlungsgesetzes vom 18. 7. 1985 (BGBl. I S. 1511)</p> <p>Siebtens Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 19. 12. 1985 (BGBl. I S. 2354)</p> <p>Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften vom 16. 1. 1986 (BGBl. I S. 122)</p> <p>Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 15. 5. 1986 (BGBl. I S. 721)</p>	<p><i>Thomas König</i>, Entscheidungen im Politiknetzwerk. Der Einfluß von Organisationen auf die arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung in den 80er Jahren. Wiesbaden 1992, S. 180–215.</p> <p><i>Herbert Kast</i>, Das neue Demonstrationsrecht. Das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Versammlungsgesetzes vom 18. Juli 1985 und seine Vorgeschichte. Köln 1986.</p> <p><i>Peter Floercke</i>, Staatliche Normsetzung als Politik auf unterschiedlichen „Bühnen“. Empirische Ergebnisse zur Genese des Demonstrationsrechts seit 1970. In: Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Hrsg. von <i>Günther Kaiser</i>, <i>Helmut Kury</i> und <i>Hans-Jörg Albrecht</i>. Freiburg 1988. I. Halbband, S. 3–22.</p> <p><i>Ludger Helms</i>, Wettbewerb und Kooperation. Zum Verhältnis von Regierungsmehrheit und Opposition im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Österreich. Opladen 1997, S. 125–136.</p> <p><i>Wolfgang Renzsch</i>, Föderale Finanzbeziehungen im Parteienstaat. Eine Fallstudie zum Verlust politischer Handlungsmöglichkeiten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 20. 1989. H. 3. S. 331–345.</p> <p><i>Frank Peter Förschler</i>, Kritische Betrachtungen zum Haustürwiderrufsgesetz. Ein Beitrag zur Gesetzgebungslehre. Darmstadt 1991.</p> <p><i>Hans Achenbach</i>, Das Zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 39. 1986. H. 30. S. 1835–1841.</p> <p><i>Joachim J. Savelsberg</i> und <i>Peter Brühl</i>, Politik und Wirtschaftsstrafrecht. Eine soziologische Analyse von Rationalitäten, Kommunikationen und Macht. Opladen 1988.</p> <p><i>Peter Brühl</i>, Wirtschaftsverbände und die Abwehr von Wirtschaftsstrafrecht. Zur Rolle von Wirtschaftsverbänden bei einer Strafgesetzgebung gegen Wirtschaftskriminalität. In: Der Wohlfahrtsstaat und seine Politik des Strafens. Hrsg. von <i>Hans Haferkamp</i>, Opladen 1990, S. 203–235.</p> <p><i>Joachim J. Savelsberg</i>, Zur Setzung von Wirtschaftsstrafrecht in Wohlfahrtsstaaten – Entwicklungen und Entscheiderkalküle. In: Der Wohlfahrtsstaat und seine Politik des Strafens, a.a.O., S. 137–202.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 10. WP	<p>Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen vom 15. 5. 1986 (BGBl. I S. 740)</p> <p>Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus vom 19. 12. 1986 (BGBl. I S. 2566)</p>	<p><i>Ulrich Mückenberger</i>, §116 AFG: Stadien eines Gesetzgebungsprozesses. In: Kritische Justiz. Jg. 19. 1986. H. 2. S. 166–186.</p> <p><i>Thomas von Winter</i>, Die CDU im Interessenkonflikt. Eine Fallstudie zur parteiinternen Auseinandersetzung über den Paragraphen 116 AFG. In: Leviathan. Jg. 17. 1989. H. 1. S. 46–84.</p> <p><i>Eberhard Schütt-Wetschky</i>, Macht der Verbände – Ohnmacht der Bürger? Mit einer Fallstudie zum Kampf um §116 Arbeitsförderungsgesetz. In: Jahrbuch für Politik. Jg. 4. 1994. H. 1. S. 35–104.</p> <p><i>Ludger Helms</i>, Wettbewerb und Kooperation. Zum Verhältnis von Regierungsmehrheit und Opposition im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Österreich. Opladen 1997, S. 145–154.</p> <p><i>Ludger Helms</i>, a.a.O., S. 136–145.</p>
11. WP 1987–90	<p>Steuerreformgesetz 1990 vom 25. 7. 1988 (BGBl. I S. 1093)</p> <p>Gesetz zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern (Strukturhilfegesetz) vom 20. 12. 1988 (BGBl. I S. 2358)</p> <p>Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz) vom 20. 12. 1988 (BGBl. I S. 2477)</p>	<p><i>Siegfried Mann</i>, Macht und Ohnmacht der Verbände. Das Beispiel des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) aus empirisch-analytischer Sicht. Baden-Baden 1994, S. 225–235.</p> <p><i>Wolfgang Renzsch</i>, Föderale Finanzbeziehungen im Parteienstaat. Eine Fallstudie zum Verlust politischer Handlungsmöglichkeiten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 20. 1989. H. 3. S. 331–345.</p> <p><i>Douglas Webber</i>, Zur Geschichte der Gesundheitsreformen in Deutschland – II. Teil: Norbert Blüms Gesundheitsreform und die Lobby. In: Leviathan. Jg. 17. 1989. H. 2. S. 262–300.</p> <p><i>Jürgen Wasem</i>, Zur Entstehungsgeschichte des Gesundheits-Reformgesetzes (GRG). In: Probleme sozialpolitischer Gesetzgebung. Das Beispiel des Gesundheitsreformgesetzes. Hrsg. von <i>Bernd Baron von Maydell</i>. Sankt Augustin 1991. S. 65–76.</p> <p><i>Christiane Perschke-Hartmann</i>, Der politische Entscheidungsprozeß zum Gesundheits-Reformgesetz (GRG) von '88. Ein Beitrag zum Problem politischer Steuerung der Gesetzlichen Krankenversicherung. Hannover, Diss. 1993.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 11. WP	<p>Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen ...</p> <p>Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz) vom 8. 6. 1989 (BGBl. I S. 1026)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten vom 9. 6. 1989 (BGBl. I S. 1059)</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 22. 12. 1989 (BGBl. I S. 2486)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (Gesetz zu Artikel 45b des Grundgesetzes) vom 30. 3. 1990 (BGBl. I S. 599)</p> <p>Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. 6. 1990 (BGBl. II S. 518)</p> <p>Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990 vom 29. 8. 1990 (BGBl. II S. 813)</p>	<p><i>Christiane Perschke-Hartmann</i>, Die doppelte Reform. Gesundheitspolitik von Blüm zu Seehofer. Opladen 1994.</p> <p><i>Bernd Jäger</i>, Gemeinwohl, Gruppen- und Eigeninteresse: Die gradualistische Ordnungspolitik in der deutschen Telekommunikation. Eine Fallstudie im Lichte der Positiven Theorie staatlicher Regulierung und Deregulierung. Köln, Diss. 1993.</p> <p><i>Uwe Bocker</i>, Der Kronzeuge. Genese und Funktion der Kronzeugenregelung in der politischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Pflaferweiler 1991.</p> <p><i>Susanne Fessel</i>, Strukturelle Grenzen kartellrechtlicher Regulierung. Eine exemplarische Analyse der handelsspezifischen Reformen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Frankfurt am Main [u. a.] 1995, S. 67–103.</p> <p><i>Eckart Busch</i>, Eine Kandidatur und eine Gesetzesänderung. Zur Novellierung des Wehrbeauftragtengesetzes vom 30. März 1990. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 7. 1992. H. 1. S. 71–79.</p> <p><i>Sabine Laue</i>, Parlamentarische Opposition und deutsche Einheit. Zur Problematik „kooperativer Opposition“, dargestellt am Beispiel der Beratungen über die Verträge zur deutschen Einheit im Bundestag. Egelsbach, Köln, New York 1992.</p> <p><i>Jürgen Gros</i>, Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/90. Mainz 1994.</p> <p><i>Erik Gawel</i> unter Mitarbeit von <i>Markus Grünewald</i> und <i>Michael Thöne</i>, Die deutsch-deutsche Währungsunion. Verlauf und geldpolitische Konsequenzen. Baden-Baden 1994.</p> <p><i>Sabine Laue</i>, a.a.O.</p> <p><i>Hartmut Groos</i>, Die Beratungen über den Wahlvertrag. In: Der Deutsche Bundestag. Parlament der deutschen Einheit. Hrsg. von <i>Rita Süßmuth</i>. Stuttgart, München 1991. S. 78–83.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 11. WP	<p>Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz) vom 23. 9. 1990 (BGBl. II S. 885)</p> <p>Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sowie zur Änderung des Parteiengesetzes vom 8. 10. 1990 (BGBl. I S. 2141)</p> <p>Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland [Zwei-plus-Vier-Vertrag] vom 11. 10. 1990 (BGBl. II S. 1331)</p>	<p><i>Sabine Laue</i>, a.a.O.</p> <p><i>Hartmut Groos</i>, Die Beratungen über die Änderung des Bundeswahlgesetzes. In: Der Deutsche Bundestag, a.a.O., S. 84–91.</p> <p><i>Ulrich Albrecht</i>, Die Abwicklung der DDR. Die „2+4-Verhandlungen“. Ein Insider-Bericht. Opladen 1992.</p> <p><i>Sabine Laue</i>, a.a.O.</p> <p><i>Christoph-Matthias Brand</i>, Souveränität für Deutschland. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990. Köln 1993.</p> <p><i>Richard Kiessler</i> und <i>Frank Elbe</i>, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden 1993.</p>
12. WP 1990–94	<p>Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz) vom 20. 12. 1991 (BGBl. I S. 2272)</p> <p>Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz) vom 21. 12. 1992 (BGBl. I S. 2266)</p> <p>Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz) vom 26. 5. 1994 (BGBl. I S. 1014)</p>	<p><i>Silke Schumann</i>, Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991. Berlin 1995 [= Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Reihe A: Dokumente Nr. 1/1995].</p> <p><i>Christiane Perschke-Hartmann</i>, Die doppelte Reform. Gesundheitspolitik von Blüm zu Seehofer. Opladen 1994.</p> <p><i>Ulrike Götting</i> und <i>Karl Hinrichs</i>, Probleme der politischen Kompromißbildung bei der gesetzlichen Absicherung des Pflegefallrisikos. Eine vorläufige Bilanz. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 34. 1993. H. 1. S. 47–71.¹⁾</p>

¹⁾ Das Manuskript wurde im September 1992 abgeschlossen.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen

Im Laufe der sechziger Jahre haben innerhalb der Politik-, Rechts- und Verwaltungswissenschaften zahlreiche Diskussionen und praktische Versuche eingesetzt, durch verschiedene Verfahren die Wirksamkeit und Auswirkung bestimmter Gesetze entweder vorab zu testen oder nachträglich zu analysieren. Anlaß war eine wachsende, teils pauschale und teils sehr konkrete Kritik an nahezu allen Etappen der neueren Gesetzgebungsarbeit. Schwachstellen und Mängel im Regierungs- und Parlamentsbereich wurden schon bei der Entstehung der Gesetze, beim „Problemlösungsinstrumentarium“, gefunden und dementsprechend dann auch in den verabschiedeten und verkündeten Gesetzen.

Der Katalog der Kritik an der Gesetzesqualität enthält gravierende Einzelpunkte wie

- abnehmende Wirksamkeit der gesetzlichen Regelungen (mangelnde „Akzeptanz“ durch die Betroffenen),
- nicht beabsichtigte Nebenwirkungen,
- wenig praktikable Verfahren für die vollziehende Verwaltung,
- unverhältnismäßig hoher Mittelbedarf bei der Gesetzesausführung und folglich
- ständige Gesetzesnovellierungen mit entsprechenden negativen Folgen („Regelungsflut“).

Im vorliegenden *Datenhandbuch* werden zunächst die Methoden beschrieben und anhand konkreter Beispiele vorgestellt, mit denen bislang die zu erwartende und die tatsächliche Auswirkung und Wirksamkeit bestimmter Bundesgesetze untersucht worden sind.

Die daran anschließende „Bibliographie der Tests und Wirkungsanalysen von Gesetzen“ enthält möglichst vollständig alle Untersuchungen, die zu den seit der 1. Wahlperiode verabschiedeten Gesetzen bzw. eingebrachten Gesetzentwürfen veröffentlicht wurden. Aufnahmekriterium war in jedem Fall, daß es sich um die Untersuchung eines konkreten Gesetzes handelt; nicht aufgenommen wurden somit die ebenfalls recht zahlreich vorhandenen Wirkungsanalysen bestimmter, von staatlicher Seite geförderter „Programme“ oder „Maßnahmen“ (zum Beispiel zur Arbeitsbeschaffung, Investitionsförderung usw.).

Die nach Wahlperioden gegliederte Bibliographie bestätigt, worauf in der Literatur rückblickend hingewiesen wird, nämlich das „Reformklima“ der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, das sich günstig auf die „experimentelle Politik“ auswirkte. Entsprechend ist seit der 6. Wahlperiode (1969–72) die Zahl der untersuchten Gesetze stark gestiegen.

Nicht zuletzt wegen überzogener Erwartungen, die damals geweckt worden sind, ist die Einstellung gegenüber Gesetzestests und Wirkungsanalysen skeptischer geworden. Zugleich aber wird sowohl von Wissenschaftlern als auch von Politikern die Notwendigkeit betont, die Wirkungs- und Erfolgskontrolle über die vom Bundestag verabschiedeten Gesetze zu verbessern.

Hinweis

Zum Bereich „Gesetzgebungsfunktion“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 8.14 Stimmresultate von Abstimmungen und Wahlen
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung
- 9.8 Öffentliche Anhörungen

Übersicht über die Methoden der Gesetzestests und Wirkungsanalysen*)

Bezeichnung der Methode	Definition	Zielrichtung	Getestete und geprüfte Gesetzentwürfe und Gesetze	Beschreibung des Tests oder der Prüfung (Fundstelle)
Zeitgesetz	Befristung des Gesetzes entweder durch vorgegebene Geltungsdauer oder durch automatische Außerkraftsetzung bei Zielerreichung.	Bei Materien, die völlig neu geregelt werden und über deren Wirkungen zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung keine hinreichende Information zu gewinnen ist; sowie bei Materien, deren Regelungsbedarf terminierbar erscheint.	Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 10. 9. 1971 (BGBl. I S. 1557): Experimentierklausel in § 5b (Ausbildungsmodelle zur einstufigen Juristenausbildung über eine Laufzeit von zehn Jahren)	
Modellversuch	Über einen befristeten Zeitraum für einen repräsentativen Teil der Betroffenen bzw. begrenzten Adressatenkreis durchgeführte Maßnahmen vor und ggf. zu deren Umsetzung in gesetzliche Regelung.	Auswirkung und Bewertbarkeit von erstmalig zu regelnden Rechtsmaterien im Stadium noch nicht gesetzlich formulierter Maßnahmen.	Modellprojekt „Tagesmütter“ beim BMJFG; wichtige Erkenntnisse aus dem 1978 ausgelaufenen Projekt haben Eingang in den Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes gefunden.	

*) Die Spalten „Bezeichnung der Methode“, „Definition“ und „Zielrichtung“ sind mit freundlicher Genehmigung weitgehend wörtlich entnommen aus *Carl Böhrer und Werner Hugger*, Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980.

Die Eintragungen der letzten beiden Spalten stammen zum Teil ebenfalls aus der genannten Publikation, zum Teil aus Unterlagen, die freundlicherweise *Hellmut Wollmann* dem Bearbeiter zur Verfügung gestellt hat, und zum Teil aus der Durchsicht der sonstigen Literatur.

Hinweis

In zahlreichen Fällen hat in den letzten Wahlperioden der Bundestag die Bundesregierung ersucht, dem Parlament über die Auswirkungen eines bestimmten Gesetzes nach einer gewissen Frist Bericht zu erstatten. Zu welchen Gesetzen solche Berichtspflichten bestehen und unter welcher Bundestagsdrucksachen-Nummer die erstatteten Berichte der Bundesregierung veröffentlicht sind, läßt sich aus Abschnitt 6.18 entnehmen.

Bezeichnung der Methode	Definition	Zielrichtung	Getestete und geprüfte Gesetzentwürfe und Gesetze	Beschreibung des Tests oder der Prüfung (Fundstelle)
Praxistest	Test einer Regelung unter Einbeziehung von mindestens einer (realen) Adressatenebene (Rechtsanwender, Betroffene) anhand realer oder hypothetischer Rechtsfälle, um die künftige Handhabung der Normen zu überprüfen.	Erprobung abgeschlossener Lösungsformulierungen („Entwurf“) mit dem Ziel, die Handhabung durch unmittelbare Einbeziehung von Anwendern bzw. Betroffenen zu prüfen.	Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes vom 15. 8. 1974. Vgl. auch Jugendhilfegesetz, verabschiedet im BT am 23. 5. 1980; nach Zustimmungsversagung des Bundesrates und Anrufung des Vermittlungsausschusses durch Bundesregierung infolge Ablaufs der Wahlperiode erledigt.	<i>Carl Böhret und Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S.64–69. <i>Christian Steiniger</i> , Zur Nützlichkeit von Vorabkontrollen am Beispiel des JHG-RE. In: Gesetzgebungspraxis und Gesetzgebungslehre. Hrsg. von <i>Carl Böhret</i> . Speyer 1980, S.26–35.
Verwaltungs-Planspiel	Das auf der Grundlage einer vorgesehenen Regelung antizipierbare Verhalten von Normadressaten wird „risikolos“ anhand potentieller Vorgänge von Rollenträgern in realitätsnahen Spielzügen simuliert.	Erprobung von Lösungsalternativen in Quasi-Realität mit dem Ziel, die geeignete Lösung bzw. weitere Alternativen zu finden.	Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes vom 25. 8. 1976 (BGBl. I S. 2221)	<i>Rudolf Schäfer</i> , Verbesserung der Gesetzgebung durch Verwaltungsplanspiele? Erfahrungsbericht über die Planspiele bei der Novellierung des Bundesbaugesetzes. In: Kommunalpolitische Praxis und lokale Politikforschung. Hrsg. von <i>Paul Kevenhörster</i> und <i>Hellmut Wollmann</i> . Berlin 1978, S.385–407.
teilformalisiertes, rechenbares Planspiel	Entscheidungsbewertende Kombination von Rollenspiel und vereinfachtem Simulationsmodell. Die in Form von Rollen abgebildeten Verhaltensweisen werden auf der Grundlage eines Modells mittels relevanter Daten verarbeitet und bewertet.	Erprobung von Lösungsalternativen in Quasi-Realität, wobei die Anwendung gesetzlicher Bestimmungen hinsichtlich der von ihnen auslösbaren Wirkungen auf der Grundlage eines neuen, Informationen liefernden Modells geprüft wird.	Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz – BDSG) vom 27. 1. 1977 (BGBl. I S. 201)	<i>Dieter Craemer</i> , Computerunterstütztes Planspiel zur Erprobung von Gesetzentwürfen – am Beispiel des Datenschutzkonfliktes. In: Studien zu einer Theorie der Gesetzgebung. Hrsg. von <i>Jürgen Rödig</i> . Berlin (usw.) 1976, S.529–549.

Bezeichnung der Methode	Definition	Zielrichtung	Getestete und geprüfte Gesetzentwürfe und Gesetze	Beschreibung des Tests oder der Prüfung (Fundstelle)
vollformalisierte Modell-Simulation	Abbildung des zeitabhängigen Verhaltens eines als Modell erfaßten Systems durch die Erzeugung einer fiktiven Abfolge von Systemzuständen, die das zeitabhängige Verhalten repräsentieren.	Einblick in komplexe Zusammenhänge und deren „Fort-schreibung“ (Prognose); Prüfung der Wirkungen alternativer Annahmen von Realitätskonstellationen und -entwicklungen, die für die Effekte eines Gesetzes relevant sind.	Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen (Graduiertenförderungsgesetz – GFG) vom 2. 9. 1971 (BGBl. I S. 1465), geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Graduiertenförderungsgesetzes vom 18. 7. 1975 (BGBl. I S. 1917), ferner geändert durch Art. 19 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz) vom 18. 12. 1975 (BGBl. I S. 3091)	<i>Carl Böhret und Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 110–115.
wirkungsbezogene Systemanalyse	Zerlegung von komplexen Regelungsmaterien in Elemente zur Erfassung der zwischen ihnen bestehenden Relationen und zur Abschätzung darauf rückführbarer Wirkungen.	Durchdringung der Gesamtstruktur und Untersuchung von Zusammenhängen sowie der Neben- und Folgewirkungen eines Gesetzentwurfs bzw. von Alternativen.	Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs vom 25. 6. 1979 (BGBl. I S. 797)	<i>Carl Böhret und Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 125–130.
Interdependenzanalyse/cross-impact-Matrix	Hilfsmittel zur Feststellung und Analyse von wechselseitigen Abhängigkeiten von gesetzlichen Maßnahmen, wobei die Prüfung der „Verträglichkeit“ im Vordergrund steht.	Systematische Erfassung, Darstellung, Erklärung und Bewertung von Zusammenhängen und Wechselbeziehungen zwischen Maßnahmenwirkungen und -entwicklungen, insbesondere auch hinsichtlich der Widerspruchsfreiheit und „Verträglichkeit“.	Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden (Städtebauförderungsgesetz) vom 12. 7. 1971 (BGBl. I S. 1125) sowie in der Neufassung der Bekanntmachung vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2221)	<i>Wolfgang Zeh</i> , Wille und Wirkung der Gesetze. Verwaltungswissenschaftliche Untersuchung am Beispiel des Städtebauförderungsgesetzes, Bundesimmissionsschutzgesetzes, Fluglärmsgesetzes und Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Heidelberg 1984, S. 67–213.

Bezeichnung der Methode	Definition	Zielrichtung	Getestete und geprüfte Gesetzentwürfe und Gesetze	Beschreibung des Tests oder der Prüfung (Fundstelle)
Nutzwertanalyse	Ordnung und Bewertung von Problemlösungsalternativen oder Regelungen hinsichtlich ihrer geschätzten Zielwirksamkeit (Zielerreichungsgrad).	Ziel- bzw. intentionsbezogene Bewertung von Regelungsalternativen (auch in noch nicht voll durchnormierter Form).	Entwurf der Bundesregierung zu einem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1975 (BR-Drs. 701/73 vom 8. 11. 1973), beim BT nicht eingebracht.	<i>Carl Böhret und Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 149–157.
Entscheidungsbaum	Technik, bei der die vom Entscheider nicht mehr beeinflussbaren Folgen einer Alternative in Form von Eintreffwahrscheinlichkeiten als Grundlage für die Entscheidung zwischen den Alternativen herangezogen werden.	Antizipation von gesetzesbedingten Entscheidungsfolgen und darauf basierender Verhaltenswirkungen.	Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen (Graduiertenförderungsgesetz – GFG) vom 2. 9. 1971 (BGBl. I S. 1465), geändert durch Art. 19 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz) vom 18. 12. 1975 (BGBl. I S. 3091)	<i>Carl Böhret und Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 161–165.
Prognose	Auf systematischer Beobachtung und/oder Erfahrung beruhende Voraussage, daß unter explizit definierten oder implizit gesetzten Bedingungen Ergebnisse in einem abgegrenzten Zeitraum eintreffen werden.	Vermittlung von Einblicken in zukünftige Entwicklungen als Grundlage der Regelung selbst, als Kontrolle der voraussichtlichen Bedingungen, unter denen eine Rechtsvorschrift wirken wird und als Hilfsmittel zur Extrapolation der vermutlich von einer Rechtsvorschrift ausgelösten Wirkungen.	Gesetz über die Gewährung von Prämien für Sparleistungen (Sparprämiengesetz) vom 5. 5. 1969 (BGBl. I S. 241)	<i>Carl Böhret und Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 170–175.

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Bezeichnung der Methode	Definition	Zielrichtung	Getestete und geprüfte Gesetzentwürfe und Gesetze	Beschreibung des Tests oder der Prüfung (Fundstelle)
Wirkungsanalyse bzw. Evaluierung mit prüfungsrelevanten Erhebungstechniken (Interview; teilnehmende Beobachtung; Fallstudien; Akten- und Literaturoauswertung u. a.)	Techniken zur empirischen Fundierung und/oder systematischen Sammlung und Aufbereitung von Informationen.	Beobachtungen des durch gesetzliche Regelungen bewirkten Verhaltens einer Untersuchungseinheit über einen längeren Zeitraum. Erhebung und Auswertung von Daten im Zusammenhang mit anderweitiger Methodenverwendung.	Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) vom 26. 8. 1971 (BGBl. I S. 1409)	<i>Klaus Hofemann</i> , Ziel- und Erfolgsanalyse sozialer Reformprogramme am Beispiel des Bundesausbildungsförderungsgesetzes Meisenheim am Glan 1977.
Kostenanalyse	Ermittlung des „Wertverzehr“ (Gesamtaufwand) der durch gesetzliche Regelung geforderten Folgebelastungen.	Bestimmung der aus einer gesetzlichen Regelung entstehenden, monetär meßbaren Belastungen für Anwender bzw. Betroffene und öffentliche Haushalte einschl. der Leistungserstellung.	Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. 8. 1971 (BGBl. I S. 1473)	<i>Peter Eichhorn</i> , Verwaltungshandeln und Verwaltungskosten. Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Baden-Baden 1979, S. 79–85.
Personalaufwandschätzung	Verfahren zur Schätzung des beim Vollzug eines Gesetzes entstehenden Aufwands und der daraus ableitbaren Personalkosten.	Bestimmung der beim Vollzug einer gesetzlichen Regelung entstehenden Inanspruchnahme zeitlicher und personeller Kapazität sämtlicher Beteiligter.	Gesetz zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts vom 27. 4. 1974 (BGBl. I S. 981)	<i>Hans-Werner Laubinger</i> und <i>Dieter Krause</i> , Schwerbehindertengesetz und Personalaufwand. Speyer 1977 (= Speyerer Arbeitshefte Nr. 16).

Hinweis

Eine detaillierte Statistik zur Gesetzgebung mit Angaben darüber, wie hoch der Anteil der von der Bundesregierung, vom Bundestag und vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwürfe ist, enthält Abschnitt 11.5.

Bezeichnung der Methode	Definition	Zielrichtung	Getestete und geprüfte Gesetzentwürfe und Gesetze	Beschreibung des Tests oder der Prüfung (Fundstelle)
Kosten/ Nutzen- Untersuchung	Systematische Gegenüberstellung von Nutzen (als positiver Zielerreichung) und den aufzuwendenden Kosten mit dem Zweck der maximalen Nettozielerreichung der geplanten Regelung.	Überprüfung leistungsbezogener Ausschnitte von Gesetzentwürfen hinsichtlich der erwarteten Nutzen und Kosten bezüglich der intendierten Ziele des Gesetzes. Untersuchung verschiedener Regelungsmöglichkeiten hinsichtlich des günstigsten Verhältnisses von Kosten und Nutzen.	Gesetz zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen für Kraftfahrzeugmotore (Benzinbleigesetz) vom 5. 8. 1971 (BGBl. I S. 1234)	<i>Bernhard Schulz</i> Effizienzkontrolle von Umweltpolitik. Eine integrierte ökonomisch-ökologische Analyse am Beispiel des Benzinbleigesetzes. Frankfurt/Main 1983.
Flußdiagramm	Graphische Darstellung eines Prozesses oder eines Handlungsablaufs, der in logisch aufeinanderfolgende Schritte zerlegt wird.	Strukturierung von Aktivitätsabläufen sowohl innerhalb von Grenzen als auch zu deren Entwicklung und Verabschiedung. Aufdeckung von Verfahrensmängeln, Steigerung der Transparenz von Informationsflüssen.	Entwurf der Bundesregierung zu einem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1975 (BR-Drs. 701/73 vom 8. 11. 1973), beim BT nicht eingebracht	<i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Berlin 1980, S. 230–235.
Netzplan	Strukturierung und Analyse von aufeinander logisch bezogenen Vorgängen unter Berücksichtigung des jeweiligen Zeitbedarfs.	Ermittlung des Zusammenhangs von Gesetzesbestimmungen und des Zeitbedarfs zu ihrer Realisierung.		
Funktionsdiagramm	Verknüpfung von Organigramm und Aufgabengliederung: Zuordnung von Funktionen (Aufgaben) und Stellen (Aufgabenträgern).	Strukturierung und Prüfung der Transparenz von Aufgabenzuweisungen und Zusammenhängen, um gesetzesbedingte Fehlbeziehungen / Entscheidungs- und Zuständigkeitshäufungen zu ermitteln.	Fiktiver Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Bundesamtes zur Technologischen Folgenabschätzung (BTF)	<i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 246–251.

Bezeichnung der Methode	Definition	Zielrichtung	Getestete und geprüfte Gesetzentwürfe und Gesetze	Beschreibung des Tests oder der Prüfung (Fundstelle)
Entscheidungstabellentechnik	Detaillierte Beschreibung von Handlungs- und Entscheidungsanweisungen unter Mehrfachabhängigkeit und bei (zumeist) mehreren Voraussetzungen. In einer Entscheidungstabelle werden Bedingungen („Wenn-Komponente“) bestimmten Aktionen („Dann-Komponente“) verbindlich zugeordnet.	Beschreibung, Analyse und Lösung von Entscheidungssituationen, die sich bei Anwendung von Rechtsvorschriften ergeben. Beschaffung von Informationen über die dem Sachverhalt angemessene Normabfassung, über den Grad der Konkretisierung und über Widerspruchsfreiheit einer Regelung.	Heimmindestbauverordnung vom 27. 1. 1978 (BGBl. I S. 189) in Verbindung mit dem Heimgesetz vom 7. 8. 1974 (BGBl. I S. 1873)	<i>Carl Böhrer</i> und <i>Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 255–259.
Sprachliche und systematische Prüfung	Beachtung von Grundsätzen sprachlicher Stringenz und Verständlichkeit. Einhaltung von Regeln des systematischen Aufbaus von Rechtsvorschriften.	Gewährleistung eines anwendungsfreundlichen Aufbaus der Verständlichkeit und begrifflichen Klarheit von Normen. Erleichterung der Handhabung und Inanspruchnahme von Gesetzen.	Regierungsentwurf eines Bundesberggesetzes (BR-Drs. 350/75); in überarbeiteter Fassung in der 8. WP erneut eingebracht: Bundesberggesetz vom 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310)	<i>Burkhardt Kreams</i> , Grundfragen der Gesetzgebungslehre erörtert anhand neuerer Gesetzgebungsvorhaben insbesondere der Neuregelung des Bergschadensrechts. Berlin 1979.
Inhaltsanalyse	Verfahren zur systematischen (möglichst quantitativen) Beschreibung des offenbaren Inhalts von Mitteilungen aller Art.	Ermittlung der relativen Bedeutung von Aussagen im Kontext der einzelnen Bestimmungen eines Gesetzes zur Steuerung ihrer späteren Auslegung und Interpretation bei der Normanwendung.		

Bibliographie der Tests und Wirkungsanalysen von Gesetzen

In der folgenden Bibliographie sind die untersuchten Gesetze nach Wahlperioden gegliedert und innerhalb der Wahlperioden in der Reihenfolge ihrer Datierung aufgeführt. Vollständigkeit wurde zwar sowohl bei den Nachträgen als auch bei den Neueintragungen angestrebt, doch ist wegen der Quellenlage*) nicht auszuschließen, daß entweder untersuchte Gesetze oder dazu veröffentlichte Untersuchungen vermißt werden. Sind innerhalb einer Untersuchung mehrere Gesetze untersucht worden, wird der Titel – soweit es sich um ein Gesetz *derselben* Wahlperiode handelt – nur in Kurzform aufgenommen, d. h. nur mit dem Autorennamen und „a. a. O.“, ggf. noch mit der Seitenzahl.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
1. WP 1949–53	<p>Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 29. 4. 1950 (BGBl. S. 95)</p> <p>Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. 5. 1951 (BGBl. I S. 347)</p>	<p><i>Jochen Rogowsky</i>, Die Wiederaufbaufinanzierung der Seeschiffahrtbetriebe in Westdeutschland bis zum Jahre 1954 und ihre betriebswirtschaftliche Problematik. (Diss. Mannheim) Düsseldorf 1954.</p> <p><i>Hans Rico Büssgen</i>, Die „indirekten“ Subventionen dargestellt am Beispiel der Steuervergünstigung des § 7d II Einkommensteuergesetz. Köln Diss. 1958.</p> <p><i>Hans Rico Büssgen</i>, Wiederaufbau eines Wirtschaftszweiges: „Indirekte“ Subventionen für den Schiffbau. In: Subventionen in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von <i>Karl-Heinrich Hansmeyer</i>. Berlin 1963, S. 57–77.</p> <p><i>Theo Pirker, Siegfried Braun, Burkart Lutz und Fro Hammelrath</i>, Arbeiter, Management, Mitbestimmung. Eine industriesoziologische Untersuchung der Struktur, der Organisation und des Verhaltens der Arbeiterbelegschaften in Werken der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, für die das Mitbestimmungsgesetz gilt. Stuttgart und Düsseldorf 1955.</p> <p><i>W. Michael Blumenthal</i>, Codetermination in the German steel industry. A Report of Experience. Princeton 1956; in deutscher Übersetzung: Die Mitbestimmung in der deutschen Stahlindustrie. Ein Erfahrungsbericht. Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1960.</p>

*) Bei dieser Bibliographie wirkt sich – wie schon beim vorangegangenen Abschnitt 11.15 – eine kleine Schwachstelle im sogenannten Sach-Thesaurus der Bundestagsbibliothek aus: Es fehlt noch ein generalisierendes Sachschlagwort, womit Wirkungsanalysen einzelner Gesetze katalogisiert werden könnten. Statt dessen erhält eine Veröffentlichung etwa über ein Planspiel zur Erprobung oder über die Auswirkungen des Bundesdatenschutzgesetzes lediglich das Sachschlagwort „Datenverarbeitungsrecht“. Mit dieser Art der Katalogisierung lassen sich Fragen beantworten, ob das Datenschutzgesetz getestet wurde, nicht aber solche, zu welchen Gesetzen überhaupt entsprechende Untersuchungen vorliegen. Um dies herauszufinden, müßten sämtliche Titel bei allen relevanten Sachschlagwörtern durchgesehen werden (also von „Abfallbeiseitigung“ für das zugehörige Abfallgesetz bis „Zwangsvollstreckung“).

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 1. WP	<p data-bbox="251 245 698 323">Gesetz zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues im Kohlenbergbau vom 23. 10. 1951 (BGBl. I S. 865)</p> <p data-bbox="251 500 698 578">Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. 1. 1952 (BGBl. I S. 7)</p> <p data-bbox="251 646 698 724">Gesetz über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer (Wohnungsbau-Prämien-gesetz) vom 17. 3. 1952 (BGBl. I S. 139)</p> <p data-bbox="251 837 698 888">Betriebsverfassungsgesetz vom 11. 10. 1952 (BGBl. I S. 681)</p>	<p data-bbox="729 245 1191 352"><i>Horst Gerber</i>, Subventionen im Steinkohlenbergbau in der Zeit von 1948–1961 unter besonderer Berücksichtigung einzelwirtschaftlicher Wirkungen. Bielefeld Diss. 1964.</p> <p data-bbox="729 369 1191 476"><i>Uwe Specht</i>, Die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1948–1967. Versuch einer Ziel-Mittel-Analyse. Freiburg im Breisgau Diss. 1969.</p> <p data-bbox="729 500 937 526"><i>Horst Gerber</i>, a. a. O.</p> <p data-bbox="729 543 1191 620"><i>Heiner R. Adamsen</i>, Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948–1952. Wuppertal 1981.</p> <p data-bbox="729 646 1191 809"><i>Ulrich Erhard</i>, Zusätzliche Kapitalbildung durch Sparprämien? Eine statistische Analyse. Marburg 1968. (Zugleich als Diss. gedruckt unter dem Titel „Statistische Untersuchung der Zusätzlichkeit der Kapitalbildung aufgrund gewährter Sparprämien“.)</p> <p data-bbox="729 837 1191 944"><i>Hardy R. H. Wagner</i>, Erfahrungen mit dem Betriebsverfassungsgesetz. Unter besonderer Berücksichtigung einiger Mittelbetriebe im Unteren Rhein-Wupper-Kreis. Köln 1960.</p> <p data-bbox="729 960 911 986"><i>Fritz Voigt</i>, a. a. O.</p> <p data-bbox="729 1003 1191 1051"><i>Otto Blume</i>, Normen und Wirklichkeit einer Betriebsverfassung. Tübingen 1964.</p> <p data-bbox="729 1068 1191 1145"><i>Gerda Maur</i>, Die Funktion des Wirtschaftsausschusses im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes. Köln Diss. 1965.</p> <p data-bbox="729 1162 1191 1299"><i>Paul Rump</i>, Die Auswirkungen des Betriebsverfassungsgesetzes in der Sicht der Betriebsratsvorsitzenden aus dem Organisationsbereich der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Köln Diss. 1965.</p> <p data-bbox="729 1315 999 1341"><i>Viggo Graf Blücher</i>, a. a. O.</p> <p data-bbox="729 1358 1191 1465"><i>Gundolf Kliemt</i>, Die Praxis des Betriebsverfassungsgesetzes im Dienstleistungsbereich – aus der Sicht des Betriebsratsvorsitzenden. Tübingen 1971.</p> <p data-bbox="729 1482 1191 1637"><i>Hermann Kothhoff</i>, Zur Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes in den Betrieben. In: Organisation und Recht. Organisatorische Bedingungen des Gesetzesvollzugs. Hrsg. von <i>Erhard Blankenburg</i> und <i>Klaus Lenk</i>. Opladen 1980, S. 328–349.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 1. WP	<p data-bbox="251 245 698 352">Gesetz betreffend das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 20. 3. 1953 (BGBl. II S. 35)</p> <p data-bbox="251 463 698 513">Gesetz zur Neuregelung der Abgaben auf Mineralöl vom 23. 4. 1953 (BGBl. I S. 149)</p> <p data-bbox="251 550 698 600">Flurbereinigungsgesetz vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591)</p> <p data-bbox="251 1191 698 1241">Jugendgerichtsgesetz vom 4. 8. 1953 (BGBl. I S. 751)</p>	<p data-bbox="729 245 1192 436"><i>Botho Goldmann</i>, Die Bedeutung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952 für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Israels, dargestellt am Beispiel der Erfüllungsperiode 1952/53 bis 1955/56. Mainz Diss. 1956.</p> <p data-bbox="729 463 1192 513"><i>Klaus Witte</i>, Subventionen in der Mineralölwirtschaft. Köln Diss. 1962.</p> <p data-bbox="729 550 1192 681"><i>Hermann Priebe</i> und <i>Erich Oppermann</i>, Wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung. Stuttgart 1957 (= Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 15).</p> <p data-bbox="729 700 1192 859"><i>Erich Oppermann</i> [u. a.], Weitere Untersuchungen über wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung. Stuttgart 1960 (= Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 29).</p> <p data-bbox="729 877 1192 1036"><i>Heribert Hinderfeld</i>, Kosten und Nutzen agrarstruktureller Maßnahmen – insbesondere der Flurbereinigung sowie der Aussiedlung und Althofsanierung landwirtschaftlicher Betriebe – aus privat- und gesamtwirtschaftlicher Sicht. Gießen Diss. 1970.</p> <p data-bbox="729 1055 1192 1162"><i>Bernhard Schäfers</i>, Planung und Öffentlichkeit. Drei soziologische Fallstudien: kommunale Neugliederung, Flurbereinigung, Bauleitplanung. Düsseldorf 1970, S. 99–148.</p> <p data-bbox="729 1191 1192 1267"><i>Horst Eickmeyer</i>, Die strafrechtliche Behandlung der Heranwachsenden nach § 105 des Jugendgerichtsgesetzes. Bonn 1963.</p> <p data-bbox="729 1286 1192 1393"><i>Dietrich Janssen</i>, Heranwachsende im Jugendstrafverfahren. Ein empirischer Beitrag zur gegenwärtigen Praxis und zu Reformvorschlägen. Göttingen 1980.</p> <p data-bbox="729 1411 1192 1626"><i>Peter Wild</i>, Jugendgerichtshilfe in der Praxis. Eine vergleichende empirische Untersuchung an den Beispielen eines großstädtischen und eines kleinstädtischen Jugendamtes. In: Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Hrsg. von <i>Günther Kaiser</i>, <i>Helmut Kury</i> und <i>Hans-Jörg Albrecht</i>. Freiburg 1988, 2. Halbband, S. 839–861.</p> <p data-bbox="729 1644 1192 1698"><i>Peter Wild</i>, Jugendgerichtshilfe in der Praxis. München 1989.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
2. WP 1953–57	Verkehrsfinanzgesetz 1955 vom 6. 4. 1955 (BGBl. I S. 166) [hier: Neufestsetzung der Mineralölsteuer]	Die Auswirkungen der Beförderungssteuererhöhung im Werkfernverkehr aufgrund des Verkehrsfinanzgesetzes vom 6. 4. 1955. Ergebnisse einer Enquête der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft. o. O. 1956. <i>Klaus Witte</i> , Subventionen in der Mineralölwirtschaft. Köln Diss. 1962.
	Personalvertretungsgesetz vom 5. 8. 1955 (BGBl. I S. 477)	<i>Joachim Faber</i> , Personalvertretung und Mitbestimmung im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich. Eine vergleichende, empirische Untersuchung der Bedingungen einer wirksamen Interessenvertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Speyer Diss. 1977.
	Zweites Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. 6. 1956 (BGBl. I S. 523)	Verteilungswirkungen des Förderungssystems für den Wohnungsbau. Bearbeiter: <i>Rudi Ulbrich</i> . Bonn o. J. [1980] (= Schriftenreihe „Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 07.010). <i>Horst Füllenkemper</i> , Wirkungsanalyse der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Münster 1982 (= Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 78).
	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 7. 8. 1956 (BGBl. I S. 707)	<i>Otto Blume</i> , Zehn Jahre Mitbestimmung. Versuch einer Bestandsaufnahme. In: Zwischenbilanz der Mitbestimmung. Von <i>Erich Potthoff</i> , <i>Otto Blume</i> und <i>Helmut Duvernell</i> . Tübingen 1962, S. 55–304. <i>Fritz Voigt</i> , Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmungen. Eine Analyse der Einwirkungen der Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland auf die Unternehmungsführung. In: Zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung. Hrsg. von <i>Walter Weddigen</i> . Bd. I, Berlin 1962, S. 87–556. <i>Werner Tegtmeier</i> , Wirkungen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Eine sozial-ökonomische Analyse potentieller und faktischer Wirkungen der Mitbestimmung im Unternehmen und im unternehmensexternen Bereich. Göttingen 1973.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 2. WP	<p>Gesetz über Bergmannsprämien vom 20. 12. 1956 (BGBl. I S. 927)</p> <p>Gesetz zur Neuregelung der knappschaftlichen Rentenversicherung (Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz) vom 21. 5. 1957 (BGBl. I S. 533)</p> <p>Zwölftes Gesetz zur Änderung des Zolltarifs (Mineralöl-Zölle) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1078)</p>	<p><i>Horst Gerber</i>, Subventionen im Steinkohlenbergbau in der Zeit von 1948–1961 unter besonderer Berücksichtigung einzelwirtschaftlicher Wirkungen. Bielefeld Diss. 1964.</p> <p><i>Uwe Specht</i>, Die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1948–1967. Versuch einer Ziel-Mittel-Analyse. Freiburg im Breisgau Diss. 1969.</p> <p><i>Horst Gerber</i>, a. a. O.</p> <p><i>Uwe Specht</i>, a. a. O.</p> <p><i>Klaus Witte</i>, a. a. O.</p>
3. WP 1957–61	<p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer (Wohnungsbau-Prämiengesetz) vom 24. 7. 1958 (BGBl. I S. 539) (untersucht in der Fassung vom 18. 9. 1969)</p> <p>Gesetz über die Gewährung von Prämien für Sparleistungen (Spar-Prämiengesetz) vom 5. 5. 1959 (BGBl. I S. 241)</p> <p>Straßenbaufinanzierungsgesetz vom 28. 3. 1960 (BGBl. I S. 201) [hier: Erhöhung der Mineralölsteuer]</p> <p>Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 26. 4. 1960 (BGBl. I S. 241)</p>	<p><i>Heinrich Lindner</i>, Die Inanspruchnahme steuerlicher und vermögenspolitischer Vergünstigungen durch die Lohnsteuerpflichtigen. Ein Beitrag zur Untersuchung der Verhaltensweisen Lohnsteuerpflichtiger und der Effektivität sozialpolitischer Maßnahmen des Gesetzgebers. Opladen 1972.</p> <p><i>Ulrich Erhard</i>, Zusätzliche Kapitalbildung durch Sparprämien? Eine statistische Analyse. Marburg 1968. (Zugleich als Diss. gedruckt unter dem Titel „Statistische Untersuchung der Zusätzlichkeit der Kapitalbildung aufgrund gewährter Sparprämien“.)</p> <p><i>Klaus Witte</i>, Subventionen in der Mineralölwirtschaft. Köln Diss. 1962.</p> <p><i>Klaus Witte</i>, a. a. O.</p> <p><i>Horst Gerber</i>, Subventionen im Steinkohlenbergbau in der Zeit von 1948–1961 unter besonderer Berücksichtigung einzelwirtschaftlicher Wirkungen. Bielefeld Diss. 1964.</p> <p><i>Uwe Specht</i>, Die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1948–1967. Versuch einer Ziel-Mittel-Analyse. Freiburg im Breisgau Diss. 1969.</p> <p><i>Peter Wegehenkel</i>, Die Beihilfen zur Bekämpfung der Steinkohlenkrisen in der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum 1958–1968. Eine Analyse ihrer Wirksamkeit im Hinblick auf die Zielsetzung einer billigen Energie. Hamburg 1970.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 3. WP	<p>Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341)</p> <p>Bundessozialhilfegesetz vom 30. 6. 1961 (BGBl. I S. 815)</p>	<p><i>Bernhard Schäfers</i>, Planung und Öffentlichkeit. Drei soziologische Fallstudien: kommunale Neugliederung, Flurbereinigung, Bauleitplanung. Düsseldorf 1970, S. 149–187.</p> <p><i>Rudolf Schäfer</i> und <i>Gerd Schmidt-Eichstaedt</i>, Das Bundesbaugesetz in der Praxis. Ergebnisse einer Rechtstatsachenuntersuchung. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 99. 1984. H. 13. S. 588–596.</p> <p><i>Rudolf Schäfer</i> und <i>Gerd Schmidt-Eichstaedt</i>, Praktische Erfahrungen mit dem Bundesbaugesetz. Melle 1984.</p> <p>Rechtstatsachenuntersuchung zur Baugenehmigungspraxis. Bearbeiter: <i>Eckart Scharmer</i>, <i>Hellmut Wollmann</i> und <i>Michael Argast</i>. Bonn 1985 (= Schriftenreihe „Städtebauliche Forschung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 03.110).</p> <p><i>Arnold Paul Nelles</i>, Das Bundessozialhilfegesetz im Verwaltungsplanspiel. In: Blätter der Wohlfahrtspflege. Jg. 1961. S. 72 ff.</p>
4. WP 1961–65	<p>Gesetz zur Änderung des Spar-Prämiengesetzes vom 6. 2. 1963 (BGBl. I S. 90) (untersucht in der Fassung vom 5. 8. 1970)</p> <p>Gesetz über Wohnbeihilfen vom 29. 7. 1963 (BGBl. I S. 508)</p> <p>Gesetz über Wohnbeihilfen vom 29. 7. 1963 (BGBl. I S. 508) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Wohnbeihilfen vom 23. 3. 1965 (BGBl. I S. 140)</p>	<p><i>Heinrich Lindner</i>, Die Inanspruchnahme steuerlicher und vermögenspolitischer Vergünstigungen durch die Lohnsteuerpflichtigen. Ein Beitrag zur Untersuchung der Verhaltensweisen Lohnsteuerpflichtiger und der Effektivität sozialpolitischer Maßnahmen des Gesetzgebers. Opladen 1972.</p> <p>Verteilungswirkungen des Förderungssystems für den Wohnungsbau. Bearbeiter: <i>Rudi Ulbrich</i>. Bonn o. J. [1980] (= Schriftenreihe „Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 07.010).</p> <p><i>Horst Füllenkemper</i>, Wirkungsanalyse der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Münster 1982 (= Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 78).</p> <p><i>Malte von Berg</i>, <i>Helmut Maria Glogger</i>, <i>Gerhard Lohann</i> und <i>Ulrich Steinwedel</i>, Möglichkeiten ADV-gestützter Gesetzesplanung, dargestellt am Beispiel des Wohngeldgesetzes. In: Gesetzesplanung. Beiträge der Rechtsinformatik. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Rechtsinformatik München/Regensburg. Berlin 1972, S. 121–138.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 4. WP</p>	<p>Wohngeldgesetz vom 1. 4. 1965 (BGBl. I S. 177)</p> <p>Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken vom 12. 8. 1965 (BGBl. I S. 777)</p> <p>Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau vom 29. 7. 1963 (BGBl. I S. 549)</p> <p>Gesetz zur Änderung von Vorschriften in der gesetzlichen Unfallversicherung und in der knappschaftlichen Rentenversicherung vom 15. 9. 1965 (BGBl. I S. 1349)</p> <p>Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes (Regierungsentwurf: BT-Drs. IV/1590)</p>	<p><i>Bruno Felberg</i>, Das Wohngeld. Eine Untersuchung seiner wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung und ein Vergleich mit anderen Subventionsformen. Bonn o. J. [1973].</p> <p><i>Uwe Specht</i>, a. a. O.</p> <p><i>Peter Wegehenkel</i>, a. a. O.</p> <p><i>Uwe Specht</i>, Die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1948–1967. Versuch einer Ziel-Mittel-Analyse. Freiburg im Breisgau Diss. 1969.</p> <p><i>Peter Wegehenkel</i>, Die Beihilfen zur Bekämpfung der Steinkohlenkrisen in der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum 1958–1968. Eine Analyse ihrer Wirksamkeit im Hinblick auf die Zielsetzung einer billigen Energie. Hamburg 1970.</p> <p><i>Peter Wegehenkel</i>, a. a. O.</p> <p>Die Mehrwertsteuer. Ihre abrechnungstechnischen Probleme bei der Anwendung in der Praxis. Ergebnisse eines Planspiels. Hrsg. vom Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung (AWV). Berlin 1966.</p> <p><i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i>, Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 69–71.</p>
<p>5. WP 1965–69</p>	<p>Gesetz zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft vom 5. 9. 1966 (BGBl. I S. 545)</p> <p>Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Stilllegung von Steinkohlenbergwerken vom 11. 4. 1967 (BGBl. I S. 403)</p>	<p><i>Uwe Specht</i>, Die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1948–1967. Versuch einer Ziel-Mittel-Analyse. Freiburg im Breisgau Diss. 1969.</p> <p><i>Peter Wegehenkel</i>, Die Beihilfen zur Bekämpfung der Steinkohlenkrisen in der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum 1958–1968. Eine Analyse ihrer Wirksamkeit im Hinblick auf die Zielsetzung einer billigen Energie. Hamburg 1970.</p> <p><i>Uwe Specht</i>, a. a. O.</p> <p><i>Peter Wegehenkel</i>, a. a. O.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 5. WP	<p>Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. 6. 1967 (BGBl. I S. 582)</p> <p>Drittes Gesetz zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 21. 12. 1967 (BGBl. I S. 1248)</p> <p>Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films vom 22. 12. 1967 (BGBl. I S. 1352), geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films vom 9. 8. 1971 (BGBl. I S. 1251)</p> <p>Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete vom 15. 5. 1968 (BGBl. I S. 365)</p> <p>Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 29. 1. 1969 (BGBl. I S. 97)</p> <p>Gesetz über die Gewährung von Prämien für Sparleistungen (Spar-Prämiengesetz) vom 5. 5. 1969 (BGBl. I S. 241)</p> <p>Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. 6. 1969 (BGBl. I S. 582)</p>	<p><i>Karl-Eugen Schöninger</i>, Konjunkturstabilisierung als Koordinationsproblem zwischen den Trägern der Wirtschaftspolitik. Untersuchung über politische Probleme der Globalsteuerung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1966–1970/71. Meisenheim am Glan 1972.</p> <p><i>Norbert Kloten</i>, Erfolg und Mißerfolg der Stabilisierungspolitik (1969–1974). In: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975. Hrsg. von der Deutschen Bundesbank. Frankfurt am Main 1976, S. 643–690.</p> <p><i>Hartmut Erich Hilden</i>, Rechtstatsachen im Räumungsrechtsstreit. Zur Effektivität des sozialen Mietrechts und zur Unanabhängigkeit der Rechtssprechung. Frankfurt/Main 1976.</p> <p><i>Burkhard Dreher</i>, Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik. Berlin 1976 (= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 111).</p> <p><i>Uwe Specht</i>, a. a. O.</p> <p><i>Peter Wegehenkel</i>, a. a. O.</p> <p><i>Gerhard Seibert</i>, Die Verfassungsbeschwerde in der Spruch-Praxis des Bundesverfassungsgerichts. In: Die Freiheit des Anderen. Festschrift für <i>Martin Hirsch</i>, Hrsg. von <i>Hans-Jochen Vogel</i>, <i>Helmut Simon</i> und <i>Adalbert Podlech</i>. Baden-Baden 1981, S. 491–517.</p> <p><i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i>, Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 170–175.</p> <p>Regionale Wirkungen von Arbeitsförderungsmaßnahmen. Bearbeiter: <i>Michael Holla</i> und <i>Dietrich Sakowsky</i>. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 06.026).</p> <p><i>Günther Schmid</i> und <i>Klaus Semlinger</i>, Instrumente gezielter Arbeitsmarktpolitik: Kurzarbeit, Einarbeitungszuschüsse, Eingliederungsbeihilfen. Durchführung, Wirksamkeit und Reformvorschläge. Königstein/Ts. 1980.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 5. WP	noch: Arbeitsförderungsgesetz ...	<p><i>Eugen Spitznagel</i>, Globale und strukturelle Auswirkungen von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM). Eine empirische Analyse. Nürnberg 1980 (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 45).</p> <p><i>Hans Hofbauer</i>, Untersuchungen des IAB über die Wirksamkeit der beruflichen Weiterbildung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Jg. 14. 1981. H. 3. S. 246–259.</p> <p><i>Thea Dückert</i>, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – ein beschäftigungspolitisches Instrument? Frankfurt/Main, New York 1984.</p> <p><i>Dietrich Garlich</i> und <i>Friederike Maier</i>, Die arbeitsmarktpolitische Wirksamkeit der beruflichen Weiterbildung. In: Aktive Arbeitsmarktpolitik. Erfahrungen und neue Wege. Hrsg. von <i>Fritz W. Scharpf</i> [u. a.]. Frankfurt/Main, New York 1982, S. 89–118.</p> <p><i>Michael Mahler</i>, Ziele und Wirkungen der Gesetzgebung zur beruflichen Weiterbildung. Eine Analyse der rechtstatsächlichen Situation, der Ziele für die Weiterbildungsgesetzgebung und der Steuerungsmöglichkeiten des Weiterbildungsverhaltens. Frankfurt (Main) 1982.</p> <p><i>Hans E. Maier</i>, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Instrument aktiver Arbeitsmarktpolitik. In: Aktive Arbeitsmarktpolitik, a. a. O., S. 119–140.</p> <p><i>Gert Bruche</i> und <i>Bernd Reissert</i>, Die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik. System, Effektivität, Reformansätze. Frankfurt/Main, New York 1985.</p> <p><i>Henning Müller</i>, Auswirkungen der beruflichen Weiterbildungsförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Eine bildungsökonomische Betrachtung und Evaluierung eines staatlichen Förderungskonzeptes in einem spezifischen Bildungsbereich. Frankfurt am Main 1987.</p> <p><i>Rainer Rohe</i>, Implementation von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Münster 1990.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 5. WP	<p>Erstes Gesetz zur Reform des Strafrechts (1. StrRG) vom 25. 6. 1969 (BGBl. I S. 645)</p> <p>Zweites Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 4. 7. 1969 (BGBl. I S. 717)</p> <p>Drittes Rentenversicherungs-Änderungsgesetz vom 28. 7. 1969 (BGBl. I S. 956)</p> <p>Berufsbildungsgesetz vom 14. 8. 1969 (BGBl. I S. 1112)</p>	<p><i>Wolfgang Heinz</i>, Strafrechtsreform und Sanktionsentwicklung. Auswirkungen der sanktionenrechtlichen Regelungen des 1. und 2. StrRG 1969 sowie des EGStGB 1974 auf die Sanktionspraxis. In: <i>Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft</i>. Jg. 94. 1982. H. 3. S. 632–668.</p> <p><i>Jörg Kinzig</i>, Die Sicherungsverwahrung auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer theoretischen und empirischen Bestandsaufnahme des Zustandes einer Maßregel. Freiburg i. Br. 1996.</p> <p><i>Manfred Brusten</i>, Genese und Implementation strafrechtlicher Normen zur Führungsaufsicht. Theoretischer Bezugsrahmen und Konzeption einer empirischen Untersuchung sowie <i>Rolf Bieker</i> und <i>Engelbert Gith</i>. Die „Adressaten-Perspektive“. Eine empirische Untersuchung zur Genese und Implementation strafrechtlicher Sanktionsnormen am Beispiel der Bewährungshilfe und der Führungsaufsicht. In: <i>Kriminologisches Journal</i>. Jg. 14. 1982. H. 3. S. 194–204 bzw. S. 205–212.</p> <p><i>Wolfgang Heinz</i>, a. a. O.</p> <p><i>Ekkehard M. Schulz</i>, Die Führungsaufsicht. Entstehungsgeschichte, Rechtscharakter und praktische Handhabung in Baden-Württemberg in den Jahren 1975 bis 1978. Frankfurt am Main 1982.</p> <p><i>Peter Floerecke</i>, Die Entstehung der Gesetzenormen zur Führungsaufsicht. Die Gesetzgebung von 1962 bis 1975 und die Anwendungspraxis der Führungsaufsicht. Bonn 1989.</p> <p><i>Ulrich Geißler</i>, Computersimulationen zur Vorbereitung sozialpolitischer Entscheidungen in der BRD. In: <i>Studien zu einer Theorie der Gesetzgebung</i>. Hrsg. von <i>Jürgen Rüdiger</i>. Berlin [usw.] 1976, S. 517–518.</p> <p><i>Lasló Alex</i>, <i>Heinrich Heuser</i> und <i>Helga Reinhardt</i>, Das Berufsbildungsgesetz in der Praxis. Eine Repräsentativbefragung von Auszubildenden. Bonn 1973 (= Schriftenreihe „Berufliche Bildung“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Nr. 1).</p> <p><i>Michael Mahler</i>, a. a. O.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 5. WP	<p>Gesetz über die Gewährung von Investitionszulagen und zur Änderung steuerrechtlicher und prämierechtlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1969) vom 18. 8. 1969 (BGBl. I S. 1211)</p> <p>Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen“ (Hochschulbauförderungsgesetz) vom 1. 9. 1969 (BGBl. I S. 1556)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 3. 9. 1969 (BGBl. I S. 1563)</p>	<p><i>Hans-Joachim Klein</i>, Möglichkeiten und Grenzen einer operationalen Erfolgskontrolle bei der Investitionsförderung von gewerblichen Produktionsbetrieben im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik. Darmstadt Diss. 1972. Zusammenfassung der Ergebnisse in: <i>Hans-Joachim Klein</i>, Möglichkeiten und Grenzen einer operationalen Erfolgskontrolle in der regionalen Wirtschaftspolitik. In: Raumforschung und Raumordnung. Jg. 31. 1973. H. 2. S. 86–92.</p> <p><i>Renate Behnken</i>, Soziale Gerechtigkeit und Wohnungspolitik. Eine empirische Verteilungsanalyse für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1982.</p> <p><i>Gerhard Engelbrech, Georg Küppers und Joachim Sonntag</i>, Regionale Wirkungen von Hochschulen. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 06.025).</p> <p><i>Gerhard Engelbrech, Clemens Geißler und Georg Küppers</i>, Erwerbsstrukturelle Effekte von Hochschuleinrichtungen. In: Raumforschung und Raumordnung. Jg. 36. 1978. H. 3. S. 124–133.</p> <p>Regionale Wirkungen von Arbeitsförderungsmaßnahmen. Bearbeiter: <i>Michael Holla</i> und <i>Dietrich Sakowsky</i>. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 06.026).</p> <p><i>Heinrich Lindner</i>, Die Inanspruchnahme steuerlicher und vermögenspolitischer Vergünstigungen durch die Lohnsteuerpflichtigen. Ein Beitrag zur Untersuchung der Verhaltensweisen Lohnsteuerpflichtiger und der Effektivität sozialpolitischer Maßnahmen des Gesetzgebers. Opladen 1972.</p>

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 5. WP	noch: Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe ...	<p><i>Ulrich Freund</i> und <i>Gerhard Zabel</i>, Regionale Wirkungen der Wirtschaftsstrukturförderung. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 06.023).</p> <p>Regionale Wirkungen von Arbeitsförderungsmaßnahmen. Bearbeiter: <i>Michael Holla</i> und <i>Dietrich Sakowsky</i>. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 06.026).</p> <p>Regionale Wirkungen der Flurbereinigung. Bearbeiter: <i>Richard Struff</i>, <i>Heiner Hantelmann</i>, <i>Ludger Wilstacke</i>. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 06.027).</p> <p><i>Horst M. Böling</i>, Möglichkeiten einer regionalpolitischen Erfolgskontrolle mit Hilfe von Einkommensindikatoren. In: Strategien der Beschäftigungspolitik. Münster 1979, S.105–136 (= Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 22).</p> <p><i>Klaus Hembach</i>, Der Stellenwert von Wirkungsanalysen für die Regionalpolitik. Eine Systematisierung der Problematik am Beispiel der regionalen Wirtschaftspolitik. Frankfurt am Main 1980.</p> <p><i>Ulrich Freund</i> und <i>Gerhard Zabel</i>, Kommunalinvestitionen in Konjunkturprogrammen. Die Wirkungen auf Beschäftigung, Raumordnung und Stadtentwicklung in den Konjunkturprogrammen 1974/75 sowie im Zukunftsinvestitionsprogramm. Hannover 1982 (= Reihe „Beiträge“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 64).</p> <p><i>Horst M. Böling</i> und <i>Bernd Spiekermann</i>, Erfolgskontrolle in der regionalen Wirtschaftspolitik. In: Wirkungsanalysen und Erfolgskontrolle in der Raumordnung. Hannover 1984, S.191–206.</p>

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
6. WP 1969–72	Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes und anderer Vorschriften (Berlinförderungsgesetz) vom 23. 6. 1970 (BGBl. I S. 826) sowie spätere Änderungen des Berlinförderungsgesetzes	<i>Peter Ring</i> , Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz. Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Berlin 1975 (= Beiträge zur Strukturforchung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. H. 37).
	Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 27. 6. 1970 (BGBl. I S. 925)	<i>Peter Ring</i> , Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG). Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Berlin 1981 (= Beiträge zur Strukturforchung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. H. 65).
	Zweites Wohngeldgesetz vom 14. 12. 1970 (BGBl. I S. 1637)	<i>Heinrich Lindner</i> , Die Inanspruchnahme steuerlicher und vermögenspolitischer Vergünstigungen durch die Lohnsteuerpflichtigen. Ein Beitrag zur Untersuchung der Verhaltensweisen Lohnsteuerpflichtiger und der Effektivität sozialpolitischer Maßnahmen des Gesetzgebers. Opladen 1972.
	Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 21. 12. 1970 (BGBl. I S. 1765)	<i>Bruno Felberg</i> , Das Wohngeld. Eine Untersuchung seiner wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung und ein Vergleich mit anderen Subventionsformen. Bonn o. J. [1973].
	Gesetz zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Zweites Krankenversicherungsänderungsgesetz) vom 21. 12. 1970 (BGBl. I S. 1770)	<i>Friedrich Karl Fromme</i> , Das Sondervotum in der Bewährung, sowie <i>Hans Spanner</i> , Zur Praxis des Sondervotums beim Bundesverfassungsgericht. In: Menschenwürde und freiheitliche Rechtsordnung. Festschrift für <i>Willi Geiger</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Gerhard Leibholz</i> , [u. a.]. Tübingen 1974. S. 867–890 sowie 891–907.
	Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. 3. 1971 (BGBl. I S. 282)	<i>Karl-Georg Zierlein</i> , Erfahrungen mit dem Sondervotum beim Bundesverfassungsgericht. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 34. 1981. H. 3. S. 83–96.
		<i>Wolfgang Zeh</i> , Wille und Wirkung der Gesetze. Verwaltungswissenschaftliche Untersuchung am Beispiel des Städtebauförderungsgesetzes, Bundesimmissionsschutzgesetzes, Fluglärmsgesetzes und Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Heidelberg 1984, S. 319–386.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 6. WP	Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden (Städtebauförderungsgesetz) vom 12. 7. 1971 (BGBl. I S. 1125)	<p><i>Hartmut Dieterich</i>, Das Stuttgarter Planspiel zum Städtebauförderungsgesetz. In: Stadtbauwelt. Jg. 1971. H. 31. S. 220–222.</p> <p><i>Hellmut Wollmann</i>, Das Städtebauförderungsgesetz als Instrument staatlicher Intervention – wo und für wen? In: Leviathan. Jg. 2. 1974. H. 2. S. 199–231.</p> <p>Erfahrungen der Gemeindeverwaltungen mit dem Vollzug des Städtebauförderungsgesetzes (StBauFG) bei der Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Stadtentwicklung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 02.016).</p> <p><i>Bernhard Stier</i> und <i>Ulrich Lau</i>, Planspiel zum Städtebauförderungsgesetz. In: Die Öffentliche Verwaltung, Jg. 31. 1978. H. 15. S. 544–551.</p> <p>Bürgerbeteiligung bei städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Fallstudien zur Anwendung des StBauFG. Projektleitung: <i>Alfred Kögler</i>. Bonn 1979 (= Schriftenreihe „Stadtentwicklung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 02.019).</p> <p>Sanierungsfolgen. Eine Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen in Berlin. Hrsg. von <i>Heidede Becker</i> und <i>Jochen Schulz zur Wiesch</i>. Stuttgart [usw.] 1982 (= Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 70).</p> <p>Städtebauförderung. Auswertung der Erfahrungen nach 10 Jahren Städtebauförderung; Dokumentation ausgewählter Maßnahmen des Bundesprogramms nach dem Städtebauförderungsgesetz. Projektleitung: <i>Eberhard Schmidt</i>. Bonn o. J. [1982] (= Schriftenreihe „Stadtentwicklung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 02.027).</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, a. a. O., S. 67–213.</p> <p><i>Gerd-Michael Hellstern</i> und <i>Hellmut Wollmann</i>, Evaluierung und Evaluierungsforschung im Bereich von Wohnungsbau- und Städtebaupolitik. Ansätze und Beispiele. In: Wirkungsanalysen und Erfolgskontrolle in der Raumordnung. Hannover 1984, S. 153–190.</p>

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 6. WP	<p>noch: Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen ...</p> <p>Gesetz zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen für Kraftfahrzeugmotore (Benzinbleigesetz) vom 5. 8. 1971 (BGBl. I S. 1234)</p> <p>Gesetz zur Förderung des Zonenrandgebietes (Zonenrandförderungsgesetz) vom 5. 8. 1971 (BGBl. I S. 1237)</p> <p>Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films vom 22. 12. 1967 (BGBl. I S. 1352), geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films vom 9. 8. 1971 (BGBl. I S. 1251)</p> <p>Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) vom 26. 8. 1971 (BGBl. I S. 1409)</p>	<p>Erfahrungen mit der Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz – Perspektiven der Stadterneuerung. Bearbeiter: <i>Rainer Autzen, Heidede Becker, Rudolf Schäfer</i> und <i>Elfriede Schmidt</i>. Bonn 1986 (= Schriftenreihe „Stadtentwicklung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 02.036).</p> <p>Auswirkungen des Benzinbleigesetzes auf die Raffineriewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ausgearbeitet für das Bundesministerium des Innern. Essen 1974.</p> <p><i>Herwig Gabriel</i> und <i>Klaus Zimmermann</i>, Strategien zur Regulierung von Automobilemissionen. Ökonomische und technische Auswirkungen der Clean Air Act Amendments (USA) und des Benzinbleigesetzes (BR Deutschland). Meisenheim am Glan 1978.</p> <p><i>Arieh A. Ullmann</i>, Industrie und Umweltschutz. Implementation von Umweltschutzgesetzen in deutschen Unternehmen. Frankfurt/Main, New York 1982.</p> <p><i>Bernhard Schulz</i>, Effizienzkontrolle von Umweltpolitik. Eine integrierte ökonomisch-ökologische Analyse am Beispiel des Benzinbleigesetzes. Frankfurt/Main 1983.</p> <p><i>Heino Nuppau</i>, Wirkungen der Zonenrandförderung. Analyse der regionalen Einkommenseffekte. Hamburg 1974.</p> <p><i>Burkhard Dreher</i>, Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik. Berlin 1976 (= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 111).</p> <p><i>Klaus Mehrens</i>, Ein Simulationsmodell für das Bundesausbildungsförderungsgesetz. In: Datenverarbeitung in der politischen Planung. Hrsg. von <i>Peter Hoschka</i> und <i>Uwe Kalbhen</i>. Frankfurt, New York 1975, S. 141–147.</p> <p><i>Gerhard Bäcker</i> und <i>Klaus Hofemann</i>, Chancengleichheit durch Sozialgesetze? Zur Analyse des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Jg. 7. 1976. H. 4. S. 294–319.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 6. WP	<p>noch: Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung ...</p> <p>Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. 8. 1971 (BGBl. I S. 1473)</p> <p>Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen (Graduiertenförderungsgesetz) vom 2. 9. 1971 (BGBl. I S. 1465)</p> <p>Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen (Graduiertenförderungsgesetz – GFG) vom 2. 9. 1971 (BGBl. I S. 1465), geändert durch Art. 19 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz) vom 18. 12. 1975 (BGBl. I S. 3091)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 10. 9. 1971 (BGBl. I S. 1557)</p>	<p><i>Gerhard Bäcker</i>, Finanzielle Restriktionen im Sozialisations- und Bildungsprozeß und die Wirksamkeit von Sozialtransfers. Eine Analyse von Kindergeld und Ausbildungsförderung. In: WSI-Mitteilungen. Jg. 30. 1977. H. 10. S. 631–648.</p> <p><i>Klaus Hofemann</i>, Ziel- und Erfolgsanalyse sozialer Reformprogramme am Beispiel des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Meisenheim am Glan 1977.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, a. a. O., S. 386–447.</p> <p><i>Peter Eichhorn</i>, Verwaltungshandeln und Verwaltungskosten. Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Baden-Baden 1979, S. 79–85.</p> <p>Aus der Praxis der Graduiertenförderung. Wissenschaftliche Begleituntersuchung zum Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen vom 2. September 1971 (Graduiertenförderungsgesetz – GFG). Bonn 1974 (= Schriftenreihe „Hochschule“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, H. 13).</p> <p><i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i>, Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 161–165.</p> <p>Auswirkung der Darlehensumstellung auf die Wirksamkeit des Graduiertenförderungsgesetzes. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Hochschule“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, H. 28).</p> <p><i>Wolfgang Voegeli</i>, Einphasige Juristenausbildung. Zur Pathologie der Reform. Frankfurt/Main, New York 1979.</p> <p><i>Paul Enck</i>, Die „Bundesevaluation“ aller einphasigen Jura-Studiengänge. In: Experimentelle Politik – Reformstrohfeuer oder Lernstrategie. Hrsg. von <i>Gerd-Michael Hellstern</i> und <i>Hellmut Wollmann</i>. Opladen 1983, S. 358–370.</p> <p><i>Wolff-Dietrich Webler</i>, Politikberatung durch Begleitforschung – Politische und forschungsmethodische Probleme am Beispiel der Juristenausbildung. In: Experimentelle Politik – Reformstrohfeuer oder Lernstrategie. A.a.O., S. 371–392.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 6. WP	<p>noch: Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes ...</p> <p>Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen vom 4. 11. 1971 (BGBl. I S. 1745)</p> <p>Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum vom 25. 11. 1971 (BGBl. I S. 1839)</p> <p>Gesetz zur Durchführung des langfristigen Wohnungsbauprogramms (Wohnungsbauänderungsgesetz 1971) vom 17. 12. 1971 (BGBl. I S. 1993)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Opiumgesetz) vom 22. 12. 1971 (BGBl. I S. 2092)</p> <p>Betriebsverfassungsgesetz vom 15. 1. 1972 (BGBl. I S. 13)</p>	<p><i>Fritz Haag</i>, Juristenausbildung als Gesetzgebungsexperiment. Zur Entstehung, Struktur und Verwertung von Begleitforschung; <i>Joachim Nocke</i>, Die Juristenausbildungsreform als Gesetzgebungsexperiment; beides in: Juristenausbildung zwischen Experiment und Tradition. Hrsg. von <i>Winfried Hassemer</i>, <i>Wolfgang Hoffmann-Riem</i> und <i>Jutta Limbach</i>. Baden-Baden 1986. S. 11–24 bzw. 25–61.</p> <p><i>Hartmut Erich Hilden</i>, Rechtstatsachen im Räumungsrechtsstreit. Zur Effektivität des sozialen Mietrechts und zur Unabhängigkeit der Rechtsprechung. Frankfurt/Main 1976.</p> <p><i>Hartmut Erich Hilden</i>, a. a. O.</p> <p><i>Renate Behnken</i>, Soziale Gerechtigkeit und Wohnungspolitik. Eine empirische Verteilungsanalyse für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1982.</p> <p><i>Frieder Dünkel</i>, Kriminalisierung und Entkriminalisierung von Drogentätern in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kriminologie im Spannungsfeld von Kriminalpolitik und Kriminalpraxis. Hrsg. von <i>Manfred Brusten</i>, <i>Josef M. Häußling</i> und <i>Peter Malinowski</i>. Stuttgart 1986, S. 229–266.</p> <p><i>Herbert Schröder</i>, Drogentherapie nach den §§ 93a JGG, 35 ff. BtMG. Eine Untersuchung zur Normgenese und legislatorischen Sorgfalt. Frankfurt am Main, Bern, New York 1986.</p> <p><i>Erika Bock-Rosenthal</i>, <i>Heiner Hachmeister</i> und <i>Arndt Sorge</i>, Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Göttingen 1977.</p> <p><i>Maximilian Gege</i>. Die Funktion des Wirtschaftsausschusses im Rahmen der wirtschaftlichen Mitbestimmung. Eine Untersuchung über die rechtliche Ausgestaltung und Funktionsfähigkeit des Ausschusses in der Praxis. Frankfurt/Main 1977.</p> <p><i>Christoph Rummel</i>, Wirkungstendenzen der Mitbestimmung des Betriebsrats bei personellen Entscheidungen. Mannheim Diss. 1977.</p> <p><i>Hans-Joachim Pohl</i>, Unternehmensführung bei Mitbestimmung und technischem Wandel. München 1978.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 6. WP	noch: Betriebsverfassungsgesetz ...	<p><i>Hermann Kotthoff</i>, Zur Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes in den Betrieben. In: Organisation und Recht. Organisatorische Bedingungen des Gesetzesvollzugs. Hrsg. von <i>Erhard Blankenburg</i> und <i>Klaus Lenk</i>. Opladen 1980, S. 328–349 (= Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Bd. VII).</p> <p><i>Eberhard Witte</i>, Das Einflußpotential der Arbeitnehmer als Grundlage der Mitbestimmung. Eine empirische Untersuchung. In: Die Betriebswirtschaft. Jg. 40. 1980. H. I. S. 3–26.</p> <p>Betriebsräte in der industriellen Provinz. Acht Fallstudien über betriebliche Herrschafts- und Produktionsverhältnisse. Bearb.: <i>Michael Kluge</i>, <i>Ursula Kneer</i>, <i>Gerd-Peter Schneider</i>. Frankfurt/Main, New York 1981.</p> <p><i>Hermann Kotthoff</i>, Betriebsräte und betriebliche Herrschaft. Eine Typologie von Partizipationsmustern im Industriebetrieb. Frankfurt/Main, New York 1981.</p> <p>Kündigungspraxis und Kündigungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. Bearb.: <i>Josef Falke</i>, <i>Armin Höland</i>, <i>Barbara Rhode</i>, <i>Gabriele Zimmermann</i>. 2 Bde. o. O. o. J. [Bonn 1981] (= Forschungsbericht Arbeitsrecht Nr. 47 des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung).</p> <p><i>Matthias Knuth</i>, Betriebsverfassungsgesetz und betriebliche Normsetzung: Zwischenbilanz einer Reform. In: Mitbestimmung und Arbeiterselbstverwaltung. Praxis und Programmatik. Hrsg. von <i>Hans G. Nutzinger</i> unter Mitarb. von <i>Volker Teichert</i>. Frankfurt/Main, New York 1982, S. 345–374.</p> <p>Mitbestimmung: Norm und Wirklichkeit. Fallstudie aus einem Großbetrieb der Automobilindustrie. Bearb.: <i>Hans Diefenbacher</i>, <i>Leo Kießler</i>, <i>Hans G. Nutzinger</i>, <i>Volker Teichert</i> unter Mitarb. von <i>Ulrich Schasse</i>. Frankfurt/Main, New York 1984.</p> <p><i>Horst-Udo Niedenhoff</i>, Die Kosten des Betriebsverfassungsgesetzes. Köln 1984.</p> <p><i>Wolfgang Borgmann</i>, Reformgesetz in der Bewährung. Theorie und Praxis des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972. Opladen 1987.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 6. WP</p>	<p>noch: Betriebsverfassungsgesetz ...</p> <p>Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze – KHG – vom 29. 6. 1972 (BGBl. I S. 1009)</p> <p>Gesetz zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbslage bei Auslandsinvestitionen (Außensteuergesetz) vom 8. 9. 1972 (BGBl. I S. 1713)</p> <p>Entwurf eines Zweiten Steuerreformgesetzes (Regierungsentwurf: BT-Drs. VI/3418)</p> <p>Referentenentwurf eines Körperschaftsteuergesetzes vom 19. 8. 1971; vgl. auch Körperschaftsteuerreformgesetz vom 31. 8. 1976 (BGBl. I S. 2597)</p>	<p><i>Wolfgang Harders</i>, Folgekosten der Sozialgesetze. Eine Analyse der direkten und indirekten Zusatzlast. Göttingen 1988, S. 181–201.</p> <p><i>Hartmut Kreikebaum</i> und <i>Klaus-Jürgen Herbert</i>, Arbeitsgestaltung und Betriebsverfassung. Eine empirische Untersuchung zum autonomen Arbeitsschutz bei Arbeitgebern und Betriebsräten. Berlin 1990.</p> <p><i>Werner Hugger</i>, Handlungsspielräume und Entscheidungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems der Bundesrepublik Deutschland untersucht am Beispiel Gesundheitswesen. Speyer 1979 (= Speyerer Forschungsberichte Nr. 10).</p> <p><i>Michael Holla</i>, Auswirkungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes auf die Struktur des Krankenhauswesens und die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Göttingen 1979 (= ASG-Materialsammlung Nr. 145).</p> <p><i>Fritz Schnabel</i>, Politischer und administrativer Vollzug des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Vergleichend dargestellt in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. Urach 1980.</p> <p><i>Franz Wassermeyer</i>, Erfahrungen mit dem Außensteuergesetz von 1972. In: Staatsfinanzierung im Wandel. Hrsg. von <i>Karl-Heinrich Hansmeyer</i>. Berlin 1983, S. 573–591.</p> <p><i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O. S. 71.</p> <p><i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O. S. 71–72.</p>
<p>7. WP 1972–76</p>	<p>Drittes Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 10. 12. 1973 (BGBl. I S. 1855)</p> <p>Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz) vom 12. 12. 1973 (BGBl. I S. 1885)</p>	<p><i>Renate Behnken</i>, Soziale Gerechtigkeit und Wohnungspolitik. Eine empirische Verteilungsanalyse für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1982.</p> <p><i>Adrienne Windhoff-Héritier</i>, Politikimplementations. Ziel und Wirklichkeit politischer Entscheidungen. Königstein/Ts. 1980, S. 152–213.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 7. WP</p>	<p>Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes 1965 und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbauänderungsgesetz 1973) vom 21. 12. 1973 (BGBl. I S. 1970)</p> <p>Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469)</p> <p>Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721)</p>	<p><i>Renate Behnken</i>, a. a. O.</p> <p><i>Wilfried Ahrens</i>, Die Einstellung in der Hauptverhandlung gem. §§ 153 II, 153a II StPO. Eine empirische Analyse über neue Formen der Bekämpfung der Bagatelldelinquenz. Göttingen 1978.</p> <p><i>Wolfgang Heinz</i>, Strafrechtsreform und Sanktionsentwicklung. Auswirkungen der sanktionenrechtlichen Regelungen des 1. und 2. StrRG 1969 sowie des EGStGB 1974 auf die Sanktionspraxis. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. Bd. 94. 1982. H. 3. S. 632–668.</p> <p><i>Ekkehard M. Schulz</i>, Die Führungsaufsicht. Entstehungsgeschichte, Rechtscharakter und praktische Handhabung in Baden-Württemberg in den Jahren 1975 bis 1978. Frankfurt am Main 1982.</p> <p><i>Peter Floercke</i>, Die Entstehung der Gesetznormen zur Führungsaufsicht. Die Gesetzgebung von 1962 bis 1975 und die Anwendungspraxis der Führungsaufsicht. Bonn 1989.</p> <p><i>Claus Lambrecht</i>, Vollzugseignung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Eisen- und Stahlindustrie. Hamburg Diss. 1977.</p> <p>Vollzugsprobleme der Umweltpolitik. Empirische Untersuchung der Implementation von Gesetzen im Bereich der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes. Projektleitung: <i>Renate Mayntz</i>. Organisatorische Leitung: <i>Hans-Ulrich Derlien</i>. Bearbeiter: <i>Eberhard Bohne</i>, <i>Beate Hesse</i>, <i>Jochen Hucke</i> und <i>Axel Müller</i>. Wiesbaden 1978 (= Materialien zur Umweltforschung).</p>

Hinweise

Einen statistischen Überblick über den aktuellen Stand der Vermittlungsverfahren der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Deutschen Bundestag und Bundesrat.

Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden, sind mit dem Titel der Untersuchung im Abschnitt 11.15 aufgeführt.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 7. WP	noch: Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen ...	<p><i>Eberhard Bohne</i>, Informales Verwaltungshandeln im Gesetzesvollzug. In: Organisation und Recht. Organisatorische Bedingungen des Gesetzesvollzugs. Hrsg. von <i>Erhard Blankenburg</i> und <i>Klaus Lenk</i>. Opladen 1980, S. 20–80 (= Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Bd. VII).</p> <p><i>Eberhard Bohne</i>, Der informale Rechtsstaat. Eine empirische und rechtliche Untersuchung zum Gesetzesvollzug unter besonderer Berücksichtigung des Immissionsschutzes. Berlin 1981.</p> <p><i>Arieh A. Ullmann</i>, Industrie und Umweltschutz. Implementation von Umweltschutzgesetzen in deutschen Unternehmen. Frankfurt/Main, New York 1982.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Wille und Wirkung der Gesetze. Verwaltungswissenschaftliche Untersuchung am Beispiel des Städtebauförderungsgesetzes, Bundesimmissionsschutzgesetzes, Fluglärmsgesetzes und Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Heidelberg 1984. S. 215–318.</p> <p><i>Rainer Wolf</i>, Der Stand der Technik. Geschichte, Strukturelemente und Funktion der Verrechtlichung technischer Risiken am Beispiel des Immissionsschutzes. Opladen 1986.</p> <p><i>Jürgen Bunde</i>, Zur ökonomischen Effizienz des Vorsorgeprinzips in der Umweltpolitik. Wirtschaftliche Beurteilung vorsorgebezogener Regelungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz. München 1988.</p> <p><i>Harald Müller-Witt</i>, Öko-Steuern als neues Instrument in der Umweltpolitik. Eine kritische Analyse umweltpolitischer Anreizinstrumente in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989.</p> <p><i>Helmuth Schulze-Fielitz</i>, Konzept und Erfolge des Schutzes vor Verkehrsimmissionen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. In: Zwanzig Jahre Bundes-Immissionsschutzgesetz. Hrsg. von <i>Hans-Joachim Koch</i> und <i>Rainer Lechelt</i>. Baden-Baden 1994. S. 117–144.</p> <p><i>Nicolai Dose</i>, Die verhandelnde Verwaltung. Eine empirische Untersuchung über den Vollzug des Immissionsschutzrechts. Baden-Baden 1997.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 7. WP</p>	<p>Drittes Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 15. 8. 1967 (BGBl. I S. 909) i. d. F. vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721)</p> <p>Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Neufassung vom 4. 4. 1974 (BGBl. I S. 869); durch Planspiel getestete Bestimmungen wurden teilweise aufgegriffen durch Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. 9. 1978 (BT-Drs. 8/2136)</p> <p>Gesetz zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts vom 27. 4. 1974 (BGBl. I S. 981)</p> <p>Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters vom 31. 7. 1974 (BGBl. I S. 1713)</p> <p>Gesetz zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung (Einkommensteuerreformgesetz) vom 5. 8. 1974 (BGBl. I S. 1769)</p> <p>Heimmindestbauverordnung vom 27. 1. 1978 (BGBl. I S. 189) in Verbindung mit dem Heimgesetz vom 7. 8. 1974 (BGBl. I S. 1873)</p> <p>Zweites Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum (Zweites Wohnraumkündigungsschutzgesetz) vom 18. 12. 1974 (BGBl. I S. 3603)</p>	<p>Vollzugsprobleme der Umweltpolitik, a. a. O.</p> <p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 77–85.</p> <p><i>Hans-Werner Laubinger und Dieter Krause</i>, Schwerbehindertengesetz und Personalaufwand. Speyer 1977 (= Speyerer Arbeitshefte Nr. 16).</p> <p><i>Klaus Lauber, Heiderose Narzi und Richard Rathgeber</i>, Auswirkungen der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters. Empirisch gesicherte Studie. München 1980.</p> <p><i>Albert Meyer</i>, Die belastungsmäßigen Auswirkungen der Steuerreform 1975. In: Institut „Finanzen und Steuern“, Brief 150 [1975].</p> <p><i>Martin Heilmann</i>, Die Umverteilungswirkungen der Einkommensteuerreform 1975. Göttingen 1976.</p> <p><i>Gerhard Bäcker</i>, Finanzielle Restriktionen im Sozialisations- und Bildungsprozeß und die Wirksamkeit von Sozialtransfers. Eine Analyse von Kindergeld und Ausbildungsförderung. In: WSI-Mitteilungen. Jg. 30. 1977. H. 10. S. 631–648.</p> <p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O., S. 255–259.</p> <p><i>Detlev Ipsen</i>, Wohnungen und Mieten. Analysen zu Auswirkungen des Wohnraumkündigungsschutzgesetzes. In: Archiv für Kommunalwissenschaften. Jg. 15. 1976. Bd. 2. S. 262–279.</p> <p>Empirische Erforschung der Auswirkungen des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes. Bearb.: <i>Rolph Niederberger</i> [und] <i>Bernhard Hess</i>. Bonn 1979 (= Schriftenreihe „Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 07.008).</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 7. WP	<p data-bbox="249 245 699 325">Gesetz zur Entlastung der Landgerichte und zur Vereinfachung des gerichtlichen Protokolls vom 20. 12. 1974 (BGBl. I S. 3651)</p> <p data-bbox="249 463 699 543">Gesetz über die Umweltverträglichkeit von Wasch- und Reinigungsmitteln (Waschmittelgesetz) vom 20. 8. 1975 (BGBl. I S. 2255)</p> <p data-bbox="249 574 699 846">Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen (Graduiertenförderungsgesetz – GFG) vom 2. 9. 1971 (BGBl. I S. 1465), geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Graduiertenförderungsgesetzes vom 18. 7. 1975 (BGBl. I S. 1917), ferner geändert durch Art. 19 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz) vom 18. 12. 1975 (BGBl. I S. 3091)</p> <p data-bbox="249 877 699 931">Hochschulrahmengesetz vom 26. 1. 1976 (BGBl. I S. 185)</p> <p data-bbox="249 1136 699 1190">Gesetz zur Änderung des Flurbereinigungsgesetzes vom 15. 3. 1976 (BGBl. I S. 533)</p> <p data-bbox="249 1354 699 1461">Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz) vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 581)</p>	<p data-bbox="727 245 1191 436"><i>Hubert Rottleuthner</i>, „Jahrhundertgesetze“ in der zivilgerichtlichen Praxis. In: Durchsetzung und Wirkung von Rechtsentscheidungen. Die Bedeutung der Implementations- und der Wirkungsforschung für die Rechtswissenschaft. Hrsg. von <i>Thomas Raiser</i> und <i>Rüdiger Voigt</i>. Baden-Baden 1990. S. 86–95.</p> <p data-bbox="727 463 984 487"><i>Arieh A. Ullmann</i>, a. a. O.</p> <p data-bbox="727 574 1191 628"><i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O. S. 111–115.</p> <p data-bbox="727 643 1191 778">Auswirkung der Darlehensumstellung auf die Wirksamkeit des Graduiertenförderungsgesetzes. Bonn 1978 (= Schriftenreihe „Hochschule“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, H. 28).</p> <p data-bbox="727 877 1191 986"><i>Hermann Avenarius</i>, Hochschulen und Reformgesetzgebung. Zur Anpassung der Länderhochschulgesetze an das Hochschulrahmengesetz. Berlin 1979.</p> <p data-bbox="727 1001 1191 1110"><i>Ulrich Schreiterer</i>, Politische Steuerung des Hochschulsystems. Programm und Wirklichkeit der staatlichen Studienreform 1975–1986. Frankfurt/Main, New York 1989.</p> <p data-bbox="727 1136 1191 1326"><i>Gunter Ruwenstock</i> und <i>Bernhard Schierenbeck</i>, Effizienz der Flurbereinigung. Effizienz unterschiedlicher Maßnahmen und Maßnahmenbündel in der Flurbereinigung. Münster-Hiltrup 1980 (= Schriftenreihe „Flurbereinigung“ des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, H. 69).</p> <p data-bbox="727 1354 1191 1544"><i>Gernot Steinhilper</i>, Der Kriminologische Dienst (§ 166 StVollzG). Anspruch und Wirklichkeit. In: Kriminologie – Psychiatrie – Strafrecht. Festschrift für <i>Heinz Leferez</i> zum 70. Geburtstag. Hrsg. von <i>Hans-Jürgen Kerner</i>, <i>Hans Göppinger</i> und <i>Franz Streng</i>. Heidelberg 1983, S. 91–103.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 7. WP</p>	<p>noch: Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe ...</p> <p>Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965)</p> <p>Viertes Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 26. 4. 1976 (BGBl. I S. 1109)</p> <p>Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz) vom 4. 5. 1976 (BGBl. I S. 1153)</p>	<p><i>Johannes Feest und Peter Selling</i>, Rechtstatsachen über Rechtsbeschwerden. Eine Untersuchung zur Praxis der Oberlandesgerichte in Strafvollzugssachen. In: Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Hrsg. von <i>Günther Kaiser, Helmut Kury</i> und <i>Hans-Jörg Albrecht</i>. Freiburg 1988, I. Halbband, S. 247–264.</p> <p><i>Frieder Dünkel</i>, Sicherheit im Strafvollzug. Empirische Daten zur Vollzugswirklichkeit unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung bei den Vollzugslockerungen. In: Festschrift für <i>Horst Schüler-Springorum</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Peter-Alexis Albrecht</i> [u. a.]. Köln, Berlin, Bonn, München 1993. S. 641–669.</p> <p><i>Fritz Rath-Hörburger</i>, Jugendarbeitsschutz in der Krise. Konstanz, Diss. 1981.</p> <p><i>D. Ewringmann, K. Kibat</i> und <i>F. J. Schafhausen</i>, Die Abwasserabgabe als Investitionsanreiz. Auswirkungen des §7a WHG und des Abwasserabgabengesetzes auf Investitionsplanung und -abwicklung industrieller und kommunaler Direkteinleiter. Berlin 1980 (= Berichte Umweltbundesamt 8/80).</p> <p><i>Klaus-Dieter Kibat</i>, Ökonomische Aspekte der Wirkungen wasserwirtschaftlicher Regelwerke (AbwAG, WHG) auf Abwasserverbände und deren Mitglieder. Berlin 1982 (= Schriftenreihe „Texte“ des Umweltbundesamtes, H. 28/82).</p> <p><i>Arieh A. Ullmann</i>, a. a. O.</p> <p><i>Hans-Joachim Pohl</i>, Unternehmensführung bei Mitbestimmung und technischem Wandel. München 1978.</p> <p><i>Gerhard Prosi</i>, Volkswirtschaftliche Auswirkungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976. Köln 1978.</p> <p><i>Dieter Eckartsberg</i>, Auswirkungen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf die Unternehmenspolitik von Aktiengesellschaften unter besonderer Berücksichtigung des Mitbestimmungsgesetzes vom 4. Mai 1976. Hagen Diss. 1979.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 7. WP</p>	<p>noch: 15. Strafrechtsänderungsgesetz ...</p>	<p><i>Jürgen von Troschke, Anneliese Hendel-Kramer und Ekkehard Werner</i>, Erfahrungen von Frauen mit dem Abbruch einer Schwangerschaft nach der Reform des § 218 StGB. In: Materialien zum Bericht der Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 StGB. Stuttgart, Berlin, Köln, Mannheim 1982, S. 11–184 (= Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 92/3).</p> <p><i>Ulrich Stöfel</i>, Evaluationsuntersuchung zum Beratungsangebot im Schwangerschaftskonflikt. In: Experimentelle Politik – Reformstrohfeuer oder Lernstrategie. Hrsg. von <i>Gerd-Michael Hellstern</i> und <i>Hellmut Wollmann</i>. Opladen 1983, S. 343–357.</p> <p><i>Monika Häußler</i>, Der Arzt als Implementationsträger und Normadressat: Sanktionsdrohung und Generalprävention im Rahmen der §§ 218 f. StGB. In: Kriminologische Forschung in den 80er Jahren, a. a. O. I. Halbband, S. 43–62.</p> <p><i>Monika Häußler</i>, Die Implementation der reformierten §§ 218 f. StGB. Empirische Untersuchungen zu Einstellung und Verhalten von Ärzten und schwangeren Frauen. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. Jg. 100. 1988. H. 4. S. 817–854.</p> <p><i>Brigitte Holzhauer</i>, Der Verfahrensweg nach § 218 StGB im Licht der Erfahrung betroffener Frauen. In: Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Hrsg. von <i>Günther Kaiser, Helmut Kury</i> und <i>Hans-Jörg Albrecht</i>. Freiburg 1988, I. Halbband, S. 23–42.</p> <p><i>Monika Häußler-Sczegan</i>, Arzt und Schwangerschaftsabbruch. Eine empirische Untersuchung zur Implementation des reformierten § 218 StGB. Freiburg 1989.</p> <p><i>Brigitte Holzhauer</i>, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch. Die Rolle des reformierten § 218 StGB bei der Entscheidungsfindung betroffener Frauen. Freiburg 1989.</p> <p><i>Karlhans Liebl</i>, Ermittlungsverfahren, Strafverfolgungs- und Sanktionspraxis beim Schwangerschaftsabbruch. Materialien zur Implementation des reformierten § 218 StGB. Freiburg i. Br. 1990.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 7. WP	<p>Gesetz zur Förderung der Modernisierung von Wohnungen (Wohnungsmodernisierungsgesetz) vom 23. 8. 1976 (BGBl. I S. 2429)</p> <p>Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelrechts vom 24. 8. 1976 (BGBl. I S. 2445)</p> <p>Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (Fernunterrichtsschutzgesetz) vom 24. 8. 1976 (BGBl. I S. 2525)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes vom 25. 8. 1976 (BGBl. I S. 2221)</p> <p>Körperschaftsteuerreformgesetz vom 31. 8. 1976 (BGBl. I S. 2597)</p> <p>Vergabeordnung nach dem Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung (Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 7. 9. 1976 [BGBl. I S. 2658])</p>	<p><i>Horst Füllenkemper</i>, Wirkungsanalyse der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Münster 1982 (= Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 78).</p> <p><i>Uwe Hohgräwe</i>, Implementation der Arzneimittelsicherheitspolitik durch das Bundesgesundheitsamt. Baden-Baden 1992.</p> <p><i>Christoph Ehmman</i>, Auswirkungen des Fernunterrichtsschutzgesetzes (FernUSG). Berlin 1982 (= Informationen zum beruflichen Fernunterricht, H. 8).</p> <p><i>Rudolf Schäfer</i>, Verbesserung der Gesetzgebung durch Verwaltungsplanspiele? Erfahrungsbericht über die Planspiele bei der Novellierung des Bundesbaugesetzes. In: Kommunalpolitische Praxis und lokale Politikforschung. Hrsg. von <i>Paul Kevenhörster</i> und <i>Hellmut Wollmann</i>. Berlin 1978, S. 385–407.</p> <p><i>Rudolf Schäfer</i>, Planverwirklichungsgebote in der kommunalen Praxis. Berlin 1983.</p> <p><i>Rudolf Schäfer</i> und <i>Gerd Schmidt-Eichstaedt</i>, Praktische Erfahrungen mit dem Bundesbaugesetz. Melle 1984.</p> <p><i>Gerhard Wehland</i>, Stadtplanung, Partizipation und kommunale Öffentlichkeit. Zum politischen Stellenwert von bürgerschaftlicher Mitwirkung im Bauleitplanverfahren. Berlin 1984.</p> <p><i>Martin Greif</i>, Körperschaftsteuerreform und Anrechnungsverfahren. Auswirkungen und Beurteilung des Anrechnungsverfahrens aus der Sicht der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre. Mannheim Diss. 1976.</p> <p><i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O., S. 69.</p>

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 7. WP</p>	<p>noch: Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren ...</p> <p>Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) vom 9. 12. 1976 (BGBl. I S. 3317)</p> <p>Gesetz zur Weiterentwicklung des Kassenarztrechts (Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz) vom 23. 12. 1976 (BGBl. I S. 3845)</p> <p>Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundes-Datenschutzgesetz – BDSG) vom 27. 1. 1977 (BGBl. I S. 201)</p>	<p><i>Reinhard Greger</i>, Rechtsstatsächliche Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Vereinfachungsnovelle in der Praxis. In: Zeitschrift für Zivilprozeß. Jg. 100. 1987. H. 4. S. 377–384.</p> <p><i>Ellen Böhm</i>, Evaluationsforschung mit der Survivalanalyse. Am Beispiel des Gesetzes zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren. Frankfurt am Main 1989.</p> <p><i>Hubert Rottleuthner</i> und <i>Margret Rottleuthner-Lutter</i>, Die Dauer von Gerichtsverfahren. Evaluation der ZPO-Vereinfachungsnovelle. In Zusammenarbeit mit <i>Andrej Blacher</i> [u. a.]. Baden-Baden 1990.</p> <p><i>Hubert Rottleuthner</i>, „Jahrhundertgesetze“ in der zivilgerichtlichen Praxis. In: Durchsetzung und Wirkung von Rechtsentscheidungen. Die Bedeutung der Implementations- und der Wirkungsforschung für die Rechtswissenschaft. Hrsg. von <i>Thomas Raiser</i> und <i>Rüdiger Voigt</i>. Baden-Baden 1990. S. 86–95.</p> <p><i>Peter Schlosser</i>, <i>Dagmar Coester-Waltjen</i> und <i>Hans-Ulrich Graba</i>, Verbraucherschutz im Modellversuch. Abstrakte Verfahren zur Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen. Bielefeld 1975 und 1980.</p> <p><i>Ulrich Geißler</i>, a. a. O., S. 522–526.</p> <p><i>Dieter Craemer</i>, Computerunterstütztes Planspiel zur Erprobung von Gesetzentwürfen – am Beispiel des Datenschutzkonfliktes. In: Studien zu einer Theorie der Gesetzgebung. Hrsg. von <i>Jürgen Rödig</i>. Berlin [usw.] 1976, S. 529–549.</p> <p>Auswirkungen des Datenschutzes. Eine Studie zum Datenschutz aufgrund eines Projektes der GMD. Juni 1977. München, Wien 1979.</p> <p><i>Erwin Grochla</i>, <i>Helmut Weber</i> und <i>Thomas Werhahn</i>, Kosten des Datenschutzes in der Unternehmung. Qualitative und quantitative Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland. Braunschweig, Wiesbaden 1985.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 7. WP</p>	<p>Entwurf der Bundesregierung zu einem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1975 (BR-Drs. 701/73 vom 8. 11. 1973), beim BT nicht eingebracht</p> <p>Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes vom 15. 8. 1974. Vgl. auch Jugendhilfegesetz, verabschiedet im BT am 23. 5. 1980; nach Zustimmungsversagung des Bundesrates und Anrufung des Vermittlungsausschusses durch Bundesregierung infolge Ablaufs der Wahlperiode erledigt</p> <p>Regierungsentwurf eines Bundesberggesetzes (BR-Drs. 350/75); in überarbeiteter Fassung in der 8. WP erneut eingebracht: Bundesberggesetz vom 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310)</p>	<p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O., S. 149–157 und 230–235.</p> <p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O., S. 64–69.</p> <p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Bessere Gesetze durch Test der Entwürfe? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 10. 1979. H. 2. S. 245–259.</p> <p><i>Christian Steiniger</i>, Zur Nützlichkeit von Vorabkontrollen am Beispiel des JHG-RE. In: Gesetzgebungspraxis und Gesetzgebungslehre. Hrsg. von <i>Carl Böhret</i>. Speyer 1980, S. 26–35.</p> <p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Der Praxistest von Gesetzentwürfen am Beispiel des Referentenentwurfs eines Jugendhilfegesetzes (JHG) unt. Mitarb. v. <i>W. Dieter Gräßle</i> und <i>Stephanie Weimer</i>. Baden-Baden 1980.</p> <p><i>Burkhardt Krems</i>, Grundfragen der Gesetzgebungslehre erörtert anhand neuerer Gesetzgebungsvorhaben insbesondere der Neuregelung des Bergschadensrechts. Berlin 1979.</p>
<p>8. WP 1976–80</p>	<p>Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz) vom 27. 6. 1977 (BGBl. I S. 1069)</p> <p>Viertes Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 23. 8. 1977 (BGBl. I S. 1629)</p>	<p><i>Heinz Berg</i>, Bilanz der Kostendämpfungspolitik im Gesundheitswesen 1977 – 1984. Sankt Augustin 1986.</p> <p><i>Katrin Behaghel</i>, Kostendämpfung und ärztliche Interessenvertretung. Ein Verbandssystem unter Streß. Frankfurt/Main, New York 1994.</p> <p><i>Renate Behnken</i>, Soziale Gerechtigkeit und Wohnungspolitik. Eine empirische Verteilungsanalyse für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1982.</p>

Hinweise

Einen statistischen Überblick über den aktuellen Stand der Vermittlungsverfahren der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Deutschen Bundestag und Bundesrat.

Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden, sind mit dem Titel der Untersuchung im Abschnitt 11.15 aufgeführt.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 8. WP	Zweites Gesetz zur Änderung des Kündigungsschutzgesetzes vom 27. 4. 1978 (BGBl. I S. 550)	Kündigungspraxis und Kündigungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. Bearb.: <i>Josef Falke, Armin Höland, Barbara Rhode, Gabriele Zimmermann</i> . 2 Bde. o. O. o. J. [Bonn 1981] (= Forschungsbericht Arbeitsrecht Nr. 47 des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung).
	Gesetz zur Änderung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes vom 27. 6. 1978 (BGBl. I S. 878)	<i>Horst Füllenkemper</i> , Wirkungsanalyse der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Münster 1982 (= Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 78).
	Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (Kraftfahrzeugkennzeichen) vom 3. 8. 1978 (BGBl. I S. 1177)	<i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i> , Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980, S. 187–194.
	Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens vom 21. 5. 1979 (BGBl. I S. 545)	Kündigungspraxis und Kündigungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O.
	Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs vom 25. 6. 1979 (BGBl. I S. 797)	<i>Carl Böhret</i> und <i>Werner Hugger</i> , Test und Prüfung ... a. a. O., S. 125–130.
	Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Stadtbaurecht vom 6. 7. 1979 (BGBl. I S. 949)	<i>Rudolf Schäfer</i> und <i>Gerd Schmidt-Eichstaedt</i> , Praktische Erfahrungen mit dem Bundesbaugesetz. Melle 1984.
	Fünftes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 23. 7. 1979 (BGBl. I S. 1189)	<i>Dietrich Garlichs</i> und <i>Friederike Maier</i> , Die arbeitsmarktpolitische Wirksamkeit der beruflichen Weiterbildung. In: Aktive Arbeitsmarktpolitik. Erfahrungen und neue Wege. Hrsg. von <i>Fritz W. Scharpf</i> [u. a.]. Frankfurt/Main, New York 1982, S. 89–118. <i>Hans Hofbauer</i> und <i>Werner Dadzio</i> , Die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten für Arbeitslose nach § 41a AFG. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Jg. 15. 1982. H. 4. S. 426–433. <i>Hans E. Maier</i> , Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Instrument aktiver Arbeitsmarktpolitik. In: Aktive Arbeitsmarktpolitik, a. a. O., S. 119–140.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 8. WP	Achtzehntes Strafrechtsänderungsgesetz – Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität – vom 28. 3. 1980 (BGBl. I S. 373)	<p><i>Margret Hümb's-Krusche und Matthias Krusche</i>, Die strafrechtliche Erfassung von Umweltbelastungen. Strafrecht als ultima ratio der Umweltpolitik? Eine empirische Untersuchung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1983.</p> <p><i>Margret Hümb's-Krusche und Matthias Krusche</i>, Die Effektivität gesetzgeberischer Initiativen im Umweltstrafrecht. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 17. 1984. H. 3. S. 61–66.</p> <p><i>Hans-Jörg Albrecht, Günter Heine und Volker Meinberg</i>, Umweltstrafrecht und Umweltkriminalität. In: Kriminologie im Spannungsfeld von Kriminalpolitik und Kriminalpraxis. Hrsg. von <i>Manfred Brusten, Josef M. Häußling</i> und <i>Peter Malinowski</i>. Stuttgart 1986, S. 193–228.</p> <p><i>Werner Rütther</i>, Ursachen für den Anstieg polizeilich festgestellter Umweltschutzdelikte. Berlin 1986 (= Schriftenreihe „Berichte“ des Umweltbundesamtes, H. 2/86).</p> <p><i>Volker Meinberg</i>, Empirische Erkenntnisse zum Vollzug des Umweltstrafrechts. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. Jg. 100. 1988. H. 1. S. 112–157.</p> <p><i>Volker Meinberg und Wolfgang Link</i>, Umweltstrafrecht in der Praxis. Falldokumentation zur Erledigung von Umweltstrafverfahren. Freiburg 1988.</p> <p><i>Hans-Heiner Kühne und Thomas Görge</i>n, Die polizeiliche Bearbeitung von Umweltdelikten. Eine empirische Untersuchung zur strafprozessualen Implementierung materiellen Rechts. Wiesbaden 1991.</p> <p>Die behördliche Praxis bei der Entdeckung und Definition von Umweltstrafsachen – unter besonderer Berücksichtigung des „Zusammenarbeits-Erlasses“ von 1985. Abschlußbericht. Bonn 1991.</p> <p><i>Hans Hoch</i>, Umweltschutz durch Umweltstrafrecht? Grundprobleme des Umweltstrafrechts aus kriminologischer Sicht. Einschätzung seiner Implementationsbedingungen durch zentrale Instanzen der Normanwendung. In: Kriminologische Forschung in den 90er Jahren. Hrsg. von <i>Günther Kaiser</i> und <i>Helmut Kury</i>. Freiburg i. Br. 1993. 1. Halbband. S. 29–58.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 8. WP</p>	<p>noch: Achtzehntes Strafrechtsänderungsgesetz ...</p> <p>Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. 6. 1980 (BGBl. I S. 689)</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 4. 8. 1980 (BGBl. I S. 1159)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (Regierungsentwurf: BT-Drs. 8/2067); vom BT am 20. 3. 1980 verabschiedet, gescheitert infolge Zustimmungsversagung des Bundesrates</p> <p>Jugendhilfegesetz (Regierungsentwurf: BR-Drs. 517/78 vom 8. 11. 1978), verabschiedet im BT am 23. 5. 1980; nach Zustimmungsversagung des Bundesrates und Anrufung des Vermittlungsausschusses durch Bundesregierung infolge Ablaufs der Wahlperiode erledigt</p> <p>Staatshaftungsgesetz (Regierungsentwurf: BT-Drs. 8/2079), im BT am 12. 6. 1980 verabschiedet, gescheitert infolge Zustimmungsversagung des Bundesrates</p>	<p><i>Hans J. Hoch</i>, Die Rechtswirklichkeit des Umweltstrafrechts aus der Sicht von Umweltverwaltung und Strafverfolgung. Empirische Untersuchungen zur Implementation strafbewehrter Vorschriften im Bereich des Umweltschutzes. Freiburg i. Br. 1994.</p> <p><i>Erhard Blankenburg</i>, Evaluation des ersten Jahres Beratungshilfe. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 16. 1983. H. 2. S. 39–45.</p> <p><i>Horst Füllenkemper</i>, a. a. O.</p> <p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O., S. 88–92, 98–102 und 136–141.</p> <p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O., S. 200–205.</p> <p><i>Carl Böhret und Werner Hugger</i>, Test und Prüfung ... a. a. O., S. 72.</p> <p>Zur Reform des Staatshaftungsrechts. Rechts-tatsächliche Erkenntnisse in Staatshaftungssachen. Verwaltungserhebung und Gerichtaktenauswertung. Hrsg. vom Bundesministerium der Justiz. Bonn 1976.</p>
<p>9. WP 1980–83</p>	<p>Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts vom 28. 7. 1981 (BGBl. I S. 681)</p>	<p><i>Frieder Dünkel</i>, Kriminalisierung und Entkriminalisierung von Drogentätern in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kriminologie im Spannungsfeld von Kriminalpolitik und Kriminalpraxis. Hrsg. von <i>Manfred Brusten, Josef M. Häußling</i> und <i>Peter Malinowski</i>. Stuttgart 1986, S. 229–266.</p> <p><i>Dorothee Jauß</i> und <i>Erwin Hachmann</i>, Novellierung des Betäubungsmittelgesetzes – Möglichkeiten einer empirischen Analyse von Veränderungen der Gerichtspraxis. In: Kriminologie im Spannungsfeld ..., a. a. O., S. 267–291.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 9. WP</p>	<p>noch: Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts ...</p> <p>Gesetz zur Konsolidierung der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz) vom 22. 12. 1981 (BGBl. I S. 1497)</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz) vom 22. 12. 1981 (BGBl. I S. 1568)</p> <p>Gesetz zur Ergänzung und Verbesserung der Wirksamkeit kostendämpfender Maßnahmen in der Krankenversicherung (Kostendämpfung-Ergänzungsgesetz) vom 22. 12. 1981 (BGBl. I S. 1578)</p> <p>Drittes Gesetz zur Änderung des Berlinförderungsgesetzes vom 20. 12. 1982 (BGBl. I S. 1828)</p> <p>Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen vom 20. 12. 1982 (BGBl. I S. 1912)</p>	<p><i>Martin Becker</i> und <i>Wilhelm G. van Lück</i>, Die Therapievorschriften des Betäubungsmittelgesetzes. Eine Effektivitätsanalyse. Freiburg im Breisgau 1990.</p> <p><i>Gert Bruche</i> und <i>Bernd Reissert</i>, Die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik. System, Effektivität, Reformansätze, Frankfurt/Main, New York 1985.</p> <p><i>Rainer Rohe</i>, Implementation von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Münster 1990.</p> <p><i>Katrin Behaghel</i>, Kostendämpfung und ärztliche Interessenvertretung. Ein Verbandssystem unter Streß. Frankfurt/Main, New York 1994.</p> <p><i>Katrin Behaghel</i>, a. a. O.</p> <p><i>Alexander Eickelpasch</i> und <i>Peter Ring</i>, Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff BerlinFG) von 1982. Berlin 1990 (= Beiträge zur Strukturforchung. 1990. H. 114).</p> <p><i>Annette Mock</i>, Mietwucher. Eine empirische Untersuchung über Mietpreiskontrollen nach § 5 WiStG im Zivilprozeß. Hamburg 1994.</p>
<p>10. WP 1983–87</p>	<p>Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand (Vorruhestandsgesetz) vom 13. 4. 1984 (BGBl. I S. 601)</p>	<p>Theorie und Praxis des Vorruhestandsgesetzes. Ergebnisse einer empirischen Wirkungsstudie. Hrsg. von <i>Gerhard Naegele</i>. Mit Beitr. von <i>Karl-Heinz Neumann</i> [u. a.]. Augsburg 1987 (= Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung, Bd. 3).</p> <p><i>Gerhard Kühlewind</i>, Erfahrungen mit dem Vorruhestand aus beschäftigungspolitischer Sicht. In: Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? Zur Gestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von <i>Winfried Schmähl</i>. Tübingen 1988, S. 54–63.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 10. WP	<p>noch: Gesetz zur Erleichterung ...</p> <p>Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 20. 12. 1984 (BGBl. I S. 1723)</p> <p>Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 vom 26. 4. 1985 (BGBl. I S. 710)</p> <p>Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts vom 24. 6. 1985 (BGBl. I S. 1137)</p> <p>Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/1988) vom 26. 6. 1985 (BGBl. I S. 1153)</p> <p>Zweites Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 4. 10. 1985 (BGBl. I S. 1950), untersucht in der Fassung vom 24. 4. 1986 (BGBl. I S. 560)</p> <p>Gesetz zur Durchführung der Vierten, Siebenten und Achten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinien-Gesetz) vom 19. 12. 1985 (BGBl. I S. 2355)</p>	<p><i>Wolfgang Voges</i>, Einige Bestimmungsgründe der Entscheidung für oder gegen den Vorruhestand. In: Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? a. a. O., S. 64–87.</p> <p>Je früher – desto besser? Die Verkürzung des Erwerbslebens am Beispiel des Vorruhestands in der chemischen Industrie. Bearb.: <i>Martin Kohli</i> u. a. Berlin 1989.</p> <p><i>Gerhard Naegele</i> und <i>Wolfgang Voges</i>. Die beschäftigungspolitischen Auswirkungen des Vorruhestandsgesetzes. Eine Untersuchung des Einflusses struktureller und individueller Determinanten auf die Nutzung der Vorruhestandsregelung. In: Sozialer Fortschritt. Jg. 38. 1989. H. 3. S. 52–63.</p> <p><i>Bernhard Villmow</i> und <i>Burkhard Plemper</i>, Praxis der Opferentschädigung. Hamburger Entscheidungen und Erfahrungen von Opfern von Gewaltdelikten. Pfaffenweiler 1989.</p> <p><i>Rainer Dombois</i>, Flexibilisierung kraft Gesetz? Das Beschäftigungsförderungsgesetz und die Zeitvertragspraxis am Beispiel eines lokalen Arbeitsmarktes. Paderborn 1987 (= Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung; Arbeitspapier 1987 – 1).</p> <p><i>Hugo Dicke</i> und <i>Hans Hartung</i>, Externe Kosten von Rechtsvorschriften. Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Gesetzesanalyse. Tübingen 1986, S. 82–90.</p> <p><i>Ulrich von Essen</i>, <i>Helmut Kaiser</i> und <i>P. Bernd Spahn</i>, Verteilungswirkungen der Einkommensteuerreformen 1986–1990. Eine Simulationsstudie für die Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels. In: Finanzarchiv. Bd. 46. 1988. H. 1. S. 56–84.</p> <p><i>Nicolai Dose</i>, Die verhandelnde Verwaltung. Eine empirische Untersuchung über den Vollzug des Immissionsschutzrechts. Baden-Baden 1997.</p> <p><i>Hugo Dicke</i> und <i>Hans Hartung</i>, a. a. O., S. 97–106.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 10. WP	<p data-bbox="251 245 698 325">Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften vom 16. 1. 1986 (BGBl. I S. 122)</p> <p data-bbox="251 358 698 463">Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums (Wohneigentumsförderungsgesetz) vom 15. 5. 1986 (BGBl. I S. 730)</p> <p data-bbox="251 497 698 550">Zweites Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes vom 16. 8. 1986 (BGBl. I S. 1296)</p> <p data-bbox="251 602 698 685">Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz) vom 27. 8. 1986 (BGBl. I S. 1410)</p> <p data-bbox="251 888 698 940">Gesetz über das Baugesetzbuch vom 8. 12. 1986 (BGBl. I S. 2191)</p> <p data-bbox="251 1116 698 1221">Erstes Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren (Opferschutzgesetz) vom 18. 12. 1986 (BGBl. I S. 2496)</p> <p data-bbox="251 1424 698 1507">Zweites Gesetz zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes vom 19. 12. 1986 (BGBl. I S. 2619)</p>	<p data-bbox="729 245 1191 325"><i>Frank Peter Förschler</i>, Kritische Betrachtungen zum Haustürwiderrufsgesetz. Ein Beitrag zur Gesetzgebungslehre. Darmstadt 1991.</p> <p data-bbox="729 358 1191 437"><i>Michael Göbel</i>, Die private Eigenheiminvestition unter dem Einfluß der Besteuerung. Hamburg 1989.</p> <p data-bbox="729 497 1191 576"><i>Uwe Hohgräwe</i>, Implementation der Arzneimittelsicherheitspolitik durch das Bundesgesundheitsamt. Baden-Baden 1992.</p> <p data-bbox="729 602 1191 654"><i>Hugo Dicke</i> und <i>Hans Hartung</i>, a. a. O., S. 90–97.</p> <p data-bbox="729 670 1191 861"><i>Andrea Philipp</i>, Die ökonomischen Auswirkungen der Maßnahmen nach § 14 Abfallgesetz unter besonderer Berücksichtigung des Handels in der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich der neuen Bundesländer). Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Mainz 1992.</p> <p data-bbox="729 888 1191 994"><i>Rudolf Schäfer</i>, <i>Eckart Scharmer</i> und <i>Gerd Schmidt-Eichstaedt</i>, Planspiel zum Baugesetzbuch. Methode und Ergebnisse des Praxistests – Text des Regierungsentwurfs. Berlin 1986.</p> <p data-bbox="729 1010 1191 1090"><i>Eckart Scharmer</i>, Der Regierungsentwurf zum Baugesetzbuch im Praxistest. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 2. 1987. H. 2. S. 174–180.</p> <p data-bbox="729 1116 1191 1221"><i>Michael Kaiser</i>, Die Stellung des Verletzten im Strafverfahren. Implementation und Evaluation des „Opferschutzgesetzes“. Freiburg i. Br. 1992.</p> <p data-bbox="729 1238 1191 1400"><i>Michael Kaiser</i>, Gesetzesimplementation und -evaluation. Anspruch und Umsetzung des Opferschutzgesetzes. In: Kriminologische Forschung in den 90er Jahren. Hrsg. von <i>Günther Kaiser</i> und <i>Helmut Kury</i>. Freiburg i. Br. 1993. 2. Halbband. S. 45–64.</p> <p data-bbox="729 1424 1191 1535"><i>Christof Maas</i>, Einfluß des Abwasserabgabengesetzes auf Emissionen und Innovationen. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht. Jg. 10. 1987. H. 1. S. 65–85.</p> <p data-bbox="729 1552 1191 1631"><i>Monika Böhm</i>, Die Wirksamkeit von Umweltlenkungsabgaben am Beispiel des Abwasserabgabengesetzes. Düsseldorf 1989.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 10. WP	Einkommensteuergesetz [mit den bis 1987 geltenden Fassungen entsprechend dem Untersuchungszeitraum]	<i>Joe Weingarten</i> , Finanzverwaltung und Gesetzesvollzug. Anforderungen, Probleme und Vorgehen der Steuerverwaltung bei der Anwendung steuerrechtlicher Normen. Opladen 1993.
11. WP 1987–90	<p>Gesetz zur Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zum Schutz der Solidargemeinschaft vor Leistungsmissbrauch (Achstes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes) vom 14. 12. 1987 (BGBl. I S. 2602)</p> <p>Drittes Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes vom 20. 7. 1988 (BGBl. I S. 1050)</p> <p>Steuerreformgesetz 1990 vom 25. 7. 1988 (BGBl. I S. 1093)</p> <p>Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz) vom 20. 12. 1988 (BGBl. I S. 2477)</p>	<p><i>Rainer Rohe</i>, Implementation von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Münster 1990.</p> <p><i>Uwe Hohgräwe</i>, Implementation der Arzneimittelsicherheitspolitik durch das Bundesgesundheitsamt. Baden-Baden 1992.</p> <p><i>Ulrich van Essen, Helmut Kaiser und P. Bernd Spahn</i>, Verteilungswirkungen der Einkommensteuerreformen 1986–1990. Eine Simulationsstudie für die Bundesrepublik Deutschland auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels. In: Finanzarchiv. Bd. 46. 1988. H. 1. S. 56–84.</p> <p><i>Reinhard Hujer, Hermann-Josef Hansen und Eberhard Klein</i>, Makroökonomische Wirkungen der Steuerreform 1990. Eine ökonomische Analyse mit dem Frankfurter Modell. In: Finanzarchiv. Bd. 46. 1988. H. 1. S. 38–55.</p> <p><i>Martin Litsch, Herbert Reichelt und Gisbert W. Selke</i>, Auswirkungen der Arzneimittelfestbeträge. Bonn 1990.</p> <p><i>Anita B. Pfaff, Susanne Busch und Christian Rindsfüßer</i>, Kostendämpfung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Auswirkungen und Reformgesetzgebung 1989 und 1993 auf die Versicherten. Frankfurt, New York 1994.</p> <p><i>Katrin Behagel</i>, Kostendämpfung und ärztliche Interessenvertretung. Ein Verbandssystem unter Streß. Frankfurt/Main, New York 1994.</p> <p><i>Christiane Perschke-Hartmann</i>, Die doppelte Reform. Gesundheitspolitik von Blüm zu Seehofer. Opladen 1994.</p>

Hinweis

Die an die Bundesregierung gerichteten Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines bestimmten Gesetzentwurfs sind in Abschnitt 6.19 zusammengestellt.

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
<p>noch: 11. WP</p>	<p>Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) vom 12. 2. 1990 (BGBl. I S. 205)</p> <p>Viertes Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes vom 11. 4. 1990 (BGBl. I S. 717)</p> <p>Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik vom 20. 6. 1990 (BGBl. I S. 1080)</p> <p>Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. 6. 1990 (BGBl. II S. 518)</p>	<p><i>Carl Böhret und Michael Hofmann</i>, Test der UVP-Durchführungsvorschriften im Planspiel. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 44. 1991. H. 21. S. 901–910.</p> <p><i>Eberhard Bohne</i>, Umweltrechtliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf dem Prüfstand. Erfahrungen aus einem Planspiel mit Ausführungsvorschriften zum UVP-Gesetz und zum Bundes-Immissionsschutzgesetz. In: Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts. Jg. 1991. S. 21–71.</p> <p><i>Carl Böhret und Michael Hofmann</i>, Umweltverträglichkeit. Test von Umweltrecht im Planspiel. Mit einem Nachwort von <i>Eberhard Bohne</i>. Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris 1992.</p> <p><i>Carl Böhret</i>, Zuerst testen – dann verabschieden: Erfahrungen mit der Prüfung von Gesetzentwürfen. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 7. 1992. H. 3. S. 193–216.</p> <p><i>Uwe Hohgräwe</i>, a. a. O.</p> <p><i>Wolfgang Graf Vitzthum</i>, Das Gentechnikgesetz auf dem Prüfstand. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 7. 1992. H. 3. S. 243–267.</p> <p><i>Horst Brezinski</i>, Implementation and Effects of the German Monetary Union. Paderborn 1991 (= Universitäts-Gesamthochschule Paderborn. Arbeitspapiere des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften N. F. Nr. 32).</p> <p><i>Margit Fink und Ursula Langendorf</i>, Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Beschäftigungssituation, Lebenshaltung und Versorgungslage ländlicher Haushalte in den neuen Bundesländern. Braunschweig 1992 (= Institut für Strukturforchung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode. Arbeitsbericht 1/1992).</p> <p><i>Erik Gawel</i> unter Mitarbeit von <i>Markus Grünwald</i> und <i>Michael Thöne</i>, Die deutsch-deutsche Währungsunion. Verlauf und geldpolitische Konsequenzen. Baden-Baden 1994.</p>

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 11. WP	Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) (DDR-Investitionsgesetz) vom 26. 6. 1990 (BGBl. I S. 1143)	Die Effizienz der finanzpolitischen Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen von ifo Institut für Wirtschaftsforschung München und Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Bearbeiter: <i>Maika Richter</i> [u. a.]. München 1994.
12. WP 1990–94	<p>Gesetz zur Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1991) vom 24. 6. 1991 (BGBl. I S. 1322)</p> <p>Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität vom 15. 7. 1992 (BGBl. I S. 1302)</p>	<p>Die Effizienz der finanzpolitischen Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen von ifo Institut für Wirtschaftsforschung München und Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Bearbeiter: <i>Maika Richter</i> [u. a.]. München 1994.</p> <p><i>Ralf Krüger</i>, Das OrgKG – ein Gesetz unter falscher Flagge. Eine erste Bilanz des „Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität“. In: <i>Kriminalistik</i>. Jg. 46. 1992. H. 10. S. 594–598.</p> <p><i>Marion Gradowski</i> und <i>Jörg Ziegler</i>, Geldwäsche, Gewinnabschöpfung. Erste Erfahrungen mit den neuen gesetzlichen Regelungen (§§ 261, 43a, 73d StGB und Geldwäschegesetz). Wiesbaden 1997.</p> <p><i>Katharina Oswald</i>, Die Implementation gesetzlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung des § 261 StGB i. V. m. dem Geldwäschegesetz. Freiburg i. Br. 1997.</p>

Hinweis

Zum Thema „Gesetzgebung“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 8.14 Erklärungen zur Abstimmung
- 8.18 Stimmrecht der Berliner Abgeordneten
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 14.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Wahlperiode	Untersuchtes Gesetz	Titel der Untersuchung
noch: 12. WP	<p data-bbox="248 242 700 352">Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen vom 18. 12. 1992 (BGBl. I S. 2044)</p> <p data-bbox="248 384 700 519">Gesetz zur Anpassung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen an das Gemeinschaftsrecht sowie zur Änderung anderer Gesetze (Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetz) vom 21. 12. 1992 (BGBl. I S. 2150)</p> <p data-bbox="248 550 700 661">Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz) vom 21. 12. 1992 (BGBl. I S. 2266)</p> <p data-bbox="248 1110 700 1245">Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europäischen Binnenmarkt (Standortsicherungsgesetz) vom 13. 9. 1993 (BGBl. I S. 1569)</p> <p data-bbox="248 1276 700 1356">Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz) vom 25. 10. 1993 (BGBl. I S. 1770)</p> <p data-bbox="248 1467 700 1578">Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz) vom 26. 5. 1994 (BGBl. I S. 1014)</p>	<p data-bbox="726 242 1190 352"><i>Birgit Stark</i>, Frauen in Maßnahmen nach § 249h AFG. Positive Entwicklung braucht weitere Impulse. Nürnberg 1996 (IAB-Werkstattbericht. Neue Bundesländer. Nr. 2/1996).</p> <p data-bbox="726 384 1190 463">Die Effizienz der finanzpolitischen Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern, a.a.O.</p> <p data-bbox="726 550 1190 685"><i>Anita B. Pfaff, Susanne Busch und Christian Rindsfüßer</i>, Kostendämpfung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Auswirkungen und Reformgesetzgebung 1989 und 1993 auf die Versicherten. Frankfurt, New York 1994.</p> <p data-bbox="726 704 1190 783"><i>Katrin Behaghel</i>, Kostendämpfung und ärztliche Interessenvertretung. Ein Verbandssystem unter Streß. Frankfurt/Main, New York 1994.</p> <p data-bbox="726 796 1190 962"><i>Dietmar Wassener</i>, Das Gesundheits-Strukturgesetz 1993 und die Organisationsreform der gesetzlichen Krankenversicherung. Eine Analyse der Rahmenbedingungen und der Ausgestaltung des Risikostrukturausgleichs. Frankfurt am Main 1995.</p> <p data-bbox="726 975 1190 1086"><i>Wolf Kirschner</i> [u. a.], § 20 SGB V Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung. Untersuchung zur Umsetzung durch die Krankenkassen. Sankt Augustin 1995.</p> <p data-bbox="726 1110 1190 1190">Die Effizienz der finanzpolitischen Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern, a.a.O.</p> <p data-bbox="726 1276 1190 1443"><i>Katharina Oswald</i>, Die Implementation gesetzlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung des § 261 StGB i. V. m. dem Geldwäschegesetz. Freiburg i. Br. 1997.</p> <p data-bbox="726 1467 1190 1578"><i>Karl Jung</i>, Zwei Jahre Erfahrungen mit der Pflegeversicherung. Zum Stand der Umsetzung des SGB XI. In: Die Krankenversicherung. Jg. 49. 1997. H. 3. S. 65–70.</p>

11.17 EG-Vorlagen

So umfangreich die Literatur*) darüber ist, daß im Zuge der europäischen Integration den nationalen Parlamenten politische Kompetenzen und Einflußmöglichkeiten entzogen werden, so gering ist bislang die Zahl der Arbeiten, die diesen Prozeß in irgendeiner Form auch *empirisch* nachweisen und dabei aufzeigen, welche Mitwirkungsmöglichkeiten beispielsweise der Deutsche Bundestag in europäischen Angelegenheiten wahrnimmt.**)

In diese Feststellung paßt auch die Frage, in welcher Weise und mit welchem Effekt sich der Bundestag mit den sogenannten EG-Vorlagen (inzwischen auch: Unionsvorlagen) befaßt hat und wie dieser Bereich wissenschaftlich dokumentiert worden ist.

EG-Vorlagen gehen dem Bundestag seit der 3. Wahlperiode (1957–61) zu. Grundlage bildet Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes zu den Verträgen zur Gründung der EWG und EURATOM („Römische Verträge“) vom 27. Juli 1957 (BGBl. II S. 753):

„Die Bundesregierung hat Bundestag und Bundesrat über die Entwicklungen im Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und im Rat der Europäischen Atomgemeinschaft laufend zu unterrichten. Soweit durch den Beschluß eines Rates innerdeutsche Gesetze erforderlich werden oder in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar geltendes Recht geschaffen wird, soll [!] die Unterrichtung vor der Beschlußfassung des Rates erfolgen.“

Die dem Bundestag zugeleiteten EG-Vorlagen haben folgende Arten von Vorlagen der EG-Kommission zum Gegenstand:***)

- Vorschläge der EG-Kommission für Rechtsakte des Rates (Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen und sonstige Rechtsakte);
- Vorschläge der EG-Kommission für Entschließungen des Rates;
- Mitteilungen der EG-Kommission an den Rat;
- Berichte der EG-Kommission an den Rat.

Die Zahl der EG-Vorlagen ist seit ihrer Einführung erheblich gestiegen (vgl. Statistik auf S. 2590): von 13 in der Zeit zwischen 1957 und 1961 auf inzwischen über 2 000 pro Wahlperiode.

Entsprechend hat sich das Beratungsverfahren im Bundestag mehrmals geändert:

Bis 1977 wurde jede EG-Vorlage als Drucksache des Bundestages veröffentlicht; bei Unterrichtungen „vor Beschlußfassung des Rates“ hatte der federführende Ausschuß dem Bundestag einen Bericht zu erstatten.

Seit 1977 werden lediglich die Titel (!) der EG-Vorlagen in eine Sammelübersicht aufgenommen und als Drucksache veröffentlicht. Weiter heißt es in der Geschäftsordnung des Bundestages (§ 93 in der Fassung vom 2. Juli 1980):

„Eine EG-Vorlage wird nur dann als Bundestagsdrucksache verteilt, wenn der federführende Ausschuß dem Bundestag einen über die Kenntnisnahme hinausgehenden Beschluß empfiehlt.“

Das mit der Einrichtung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union geltende differenziertere Verfahren wird in der vom Bundestag am 15. Dezember 1994 beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung folgendermaßen dargestellt:

*) Vgl. schon *Suzanne S. Schüttemeyer*, Funktionsverluste des Bundestages durch die europäische Integration? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 9. 1978. H. 2. S. 261–278; in jüngerer Zeit vgl. *Sven Hölscheidt*, Parlamentarische Mitwirkung bei der europäischen Rechtssetzung. In: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*. Jg. 77. 1994. H. 4. S. 405–429.

**) Vgl. *Annette Elisabeth Töller*, Europapolitik im Bundestag. Eine empirische Untersuchung zur europapolitischen Willensbildung im EG-Ausschuß des 12. Deutschen Bundestages. Frankfurt am Main [u. a.] 1995.

***) *Klaus-Peter Pohl* in einer Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste vom 31. Mai 1991.

§ 93 Unionsvorlagen

„(1) Vorhaben gemäß §§ 3 bis 5 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union und gemäß Artikel 2 des Gesetzes zu den Verträgen zur Gründung der EWG und EURATOM sowie Unterrichtungen des Europäischen Parlaments (Unionsvorlagen) sind unmittelbar an den Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union zu leiten.

(2) Die zuständigen Ausschüsse können Unionsvorlagen und deren Entwürfe (Unionsdokumente) vor und unabhängig von der förmlichen Unterrichtung des Bundestages zum Verhandlungsgegenstand erklären. Die Ausschüsse haben dem Präsidenten und dem Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union anzuzeigen, welche Unionsdokumente sie zum Verhandlungsgegenstand erklärt haben.

(3) Der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union legt dem Präsidenten in Abstimmung mit den Fachausschüssen einen Überweisungsvorschlag für die eingegangenen Unionsvorlagen und für die von den Ausschüssen zum Verhandlungsgegenstand erklärten Unionsdokumente vor. Der Präsident überweist die Unionsvorlagen und Unionsdokumente im Benehmen mit dem Ältestenrat an einen Ausschuß federführend und an andere beteiligte Ausschüsse zur Mitberatung.

(4) Die Titel der überwiesenen Unionsdokumente werden in einer Sammelübersicht aufgenommen, die verteilt wird und aus der ersichtlich ist, welchen Ausschüssen die Vorlagen überwiesen sind. Ein Unionsdokument wird als Bundestagsdrucksache verteilt, wenn es der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union bei seinem Überweisungsvorschlag beantragt und der Ältestenrat zustimmt, wenn es im Ältestenrat vereinbart wird oder wenn der federführende Ausschuß eine über die Kenntnisnahme hinausgehende Beschlussempfehlung vorlegt.

(5) Die Ausschüsse können Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie Mitglieder des Rates und der Kommission der Europäischen Union oder deren Beauftragte zu ihren Beratungen in Europaangelegenheiten hinzuziehen. Sie können Unionsdokumente gemeinsam mit Ausschüssen des Europäischen Parlaments gleicher Zuständigkeit beraten.

(6) Die Ausschüsse können zur Vorbereitung von Entscheidungen über Unionsdokumente Delegationen zu einem Ausschuß des Europäischen Parlaments mit gleicher Zuständigkeit oder zu anderen Organen der Europäischen Union entsenden.“

	Zahl der EG-Vorlagen ¹⁾	Im Plenum des Bundestages behandelte EG-Vorlagen	
		Anzahl	in %
1.-2. WP 1949-57	-	-	-
3. WP 1957-61	13	•	•
4. WP 1961-65	224	•	•
5. WP 1965-69	745	•	•
6. WP 1969-72	946	•	•
7. WP 1972-76	1 759	130 ²⁾	7,4
8. WP 1976-80	1 706	•	•
9. WP 1980-83	1 355	•	•
10. WP 1983-87	1 828	•	•
11. WP 1987-90	2 413	167 ²⁾	6,9
12. WP 1990-94	2 070	•	•

¹⁾ Quelle: Sach- und Sprechregister

²⁾ Angaben nach *Wolfgang Ismayr*, Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze. Opladen 1992. S. 329 und 635.

Sinn und Zweck sowie das Behandlungsverfahren der EG-Vorlagen im Bundestag sind mehrfach in der Literatur und von seiten einiger Abgeordneter¹⁾ in Frage gestellt worden.

Der Haupteinwand bezieht sich darauf, daß mit Hilfe der EG-Vorlagen bestenfalls eine Unterrichtung des Parlaments stattfindet. Das Verfahren eignet sich jedoch nicht zur wirkungsvollen Ausübung der Kontrollfunktion, denn Beschlüsse des Parlaments zu EG-Verordnungen haben – wie die sogenannten „schlichten Parlamentsbeschlüsse“ allgemein – keine Rechtsverbindlichkeit. *Horst Ferdinand* kommt zu dem Ergebnis: „All dies ist nicht mit einer Mitwirkung beim Entscheidungsprozeß innerhalb der Gemeinschaft oder der Einwirkung von seiten des deutschen Parlaments auf diesen Prozeß zu verwechseln.“²⁾

Demgegenüber sind die weiteren Kritikpunkte an der Behandlungspraxis der EG-Vorlagen sekundär:

- Das Plenum des Bundestages nehme nur einen geringen Prozentsatz von EG-Vorlagen zur Kenntnis.³⁾
- Die Beratungszeit der EG-Vorlagen im Bundestag dauere zu lange.⁴⁾
- Der überwiegende Teil der Vorlagen sei zu dem Zeitpunkt, an dem das Bundestagsplenum sich damit befasse, bereits in Kraft getreten.⁵⁾
- In den (seltenen) Fällen, in denen der federführende Ausschuß dem Bundestag einen über die Kenntnisnahme hinausgehenden Beschluß empfiehlt, sei „zumindest nicht immer klar ersichtlich, daß sich die Beschlußempfehlungen auf politisch wesentliche Fragen beziehen“.⁶⁾

¹⁾ Vgl. beispielsweise *Norbert Gansel* (SPD), der am 6. Dezember 1973 im Plenum des Bundestages Auskunft darüber begehrte, „welchen Sinn es eigentlich hat, uns ständig Papiere vorzulegen, die wir zur Kenntnis nehmen sollen, die wir nicht zur Kenntnis nehmen können, einen Ausschuß darüber beraten zu lassen, der – das weiß jeder – sie auch nicht zur Kenntnis nimmt, dann den Ausschuß berichten zu lassen, daß er davon Kenntnis genommen hat und dann hier noch einmal ein Papier vorzulegen, von dem dann das Plenum noch einmal Kenntnis nehmen muß...“

²⁾ *Horst Ferdinand*, EG-Vorlagen im Plenum. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 163.

³⁾ Vgl. Statistik auf S. 2590, ferner *Klaus Hänsch*: „Seit Juli 1980 sind dem Bundestag 2 506 EG-Vorlagen zugegangen. Darunter waren sicher viele, die kein Parlament der Welt beraten oder entscheiden würde. Das Plenum des Bundestages behandelte allerdings nur ganze 256 mit einer Beschlußempfehlung des zuständigen Ausschusses, also ganze zehn Prozent, und von ihnen wiederum waren zum Zeitpunkt der Befassung 167 bereits im Amtsblatt der Gemeinschaft ausgedruckt, also verkündet und in Kraft getreten.“ (Zitiert nach *Annette Elisabeth Töller*, a.a.O., S. 68.)

⁴⁾ Eine Stichprobe in der 9. Wahlperiode ergab bei 19 zugeleiteten Vorlagen eine durchschnittliche Beratungszeit von fast vier Monaten (*Horst Ferdinand*, a.a.O., S. 162).

⁵⁾ Vgl. zuvor *Klaus Hänsch*.

⁶⁾ *Sven Hölscheidt*, a.a.O., S. 420. Beispielsweise geht es in der Bundestagsdrucksache 12/2261 um den „Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die vorstehenden Außenkanten vor der Führerhausrückwand an Kraftfahrzeugen der Klasse N“.

Hinweis

Unterlagen zum Bereich der Europapolitik finden sich außerhalb des Kapitels 24 noch in folgenden Abschnitten:

- 5.9 mit den Angaben der für die Europapolitik zuständigen Arbeitskreise der Fraktionen,
- 6.11 mit den Themen der Regierungserklärungen,
- 12.1 mit den Themen der Großen Anfragen und der Zahl der von den einzelnen Ressorts beantworteten Fragen.
- 12.2 mit den Themen der Aktuellen Stunden.

11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages*)

In der Weimarer Republik war die Mitwirkung des Parlaments beim Erlaß von Rechtsverordnungen eine übliche Erscheinung der Staatspraxis. Das gleiche gilt für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. An diese Tradition wurde in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland angeknüpft. In einer Reihe von Gesetzen, die eine Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen enthalten, finden sich Mitwirkungs- und Mitentscheidungsvorbehalte zugunsten des Parlaments. Das Bundesverfassungsgericht hat 1958 diese Praxis bestätigt.

Ab 1963 ging die Häufigkeit von Mitwirkungsvorbehalten zurück. Bei zwei Gesetzesbeschlüssen des Bundestages wurden entsprechende Regelungen auf Antrag des Vermittlungsausschusses gestrichen. In der Folgezeit kam es dann sogar zur Aufhebung geltender Vorbehalte im Wege der Gesetzesänderung. Allerdings hielt die absolut herrschende Meinung im Schrifttum an der Auffassung fest, daß Mitwirkungsvorbehalte zulässig seien. Die Diskussion um Mitwirkungsvorbehalte belebte sich erst wieder gegen Mitte der siebziger Jahre und erreichte einen neuen Höhepunkt mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vom 3. Januar 1975.

Bezüglich der Formen der Mitwirkung des Bundestages – Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundesrates gar nicht eingeschlossen – sind zahlreiche Variationen entwickelt worden. Idealtypisch lassen sich folgende Mitwirkungsmöglichkeiten bei Rechtsverordnungen unterscheiden:

Erstens: Rechtsverordnungen, die **vor Erlaß** der Zustimmung des Bundestages bedürfen („Einwilligungsverordnungen“, „Genehmigungsverordnungen“),

wobei (als Varianten)

- die ausdrückliche Zustimmung des Bundestages erforderlich ist
- oder dem Bundestag lediglich Gelegenheit zur (teilweise terminlich befristeten) Stellungnahme zu geben ist
- oder die Zustimmung als erteilt gilt oder nicht erforderlich ist, wenn der Bundestag nicht binnen einer bestimmten Frist einen Beschluß gefaßt hat.

Zweitens: Rechtsverordnungen, die **nach Erlaß** vom Bundestag aufgehoben werden können („Aufhebungsverordnungen“),

wobei (als Varianten)

- dies vom Bundestag allein ausdrücklich verlangt werden kann
- oder nur von Bundestag **und** Bundesrat verlangt werden kann,
- dazu regelmäßig (unterschiedliche) Fristen vorgesehen sind,
- es auch möglich ist, daß eine (vorläufige) Rechtsverordnung zunächst ohne Mitwirkung des Bundestages erlassen werden kann, eine wörtlich damit übereinstimmende zweite Rechtsverordnung dann (innerhalb einer bestimmten Frist) der Zustimmung des Bundestages bedarf und mit der neuen Verordnung die vorläufige Verordnung aufgehoben wird.

*) Vgl. Jürgen Jekewitz, Die Mitwirkung des Deutschen Bundestages an Rechtsverordnungen der Bundesregierung. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für Werner Blischke. Hrsg. von Hans-Achim Roll. Berlin 1982. S. 111–143.

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Die folgende Liste enthält – chronologisch geordnet – seit der ersten Wahlperiode im wesentlichen die Gesetze, in denen ein Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages bei Erlass von Rechtsverordnungen vorgesehen war oder ist.

Gesetz zur Erstreckung und zur Verlängerung der Geltungsdauer des Bewirtschaftungsnotgesetzes, des Gesetzes zur Deckung der Kosten für den Umsatz ernährungswirtschaftlicher Waren und des Preisgesetzes vom 21. 1. 1950 (BGBl. S. 7), mehrmals verlängert, zuletzt durch Gesetz zur weiteren Verlängerung der Geltungsdauer des Preisgesetzes vom 29. 3. 1951 (BGBl. I S. 223)

Zolltarifgesetz vom 16. 8. 1951 (BGBl. I S. 527)

Übergangsgesetz über Preisbildung und Preisüberwachung (Preisgesetz) in der Fassung des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. 1. 1952 (BGBl. I S. 7)

Gesetz zur Änderung des Zolltarifs aus Anlaß der Errichtung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 20. 4. 1953 (BGBl. I S. 131)

Gesetz zur Neuregelung der Abgaben auf Mineralöl vom 23. 4. 1953 (BGBl. I S. 149)

Sechstes Gesetz zur Änderung des Zolltarifs zur Durchführung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 12. 11. 1955 (BGBl. I S. 728)

Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft vom 24. 12. 1956 (BGBl. I S. 1070)

Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vom 27. 7. 1957 (BGBl. II S. 753)

Fünftes Zolländerungsgesetz vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1671)

Zolltarifgesetz vom 23. 12. 1958 (BGBl. II S. 751)

Zolltarifgesetz vom 23. 12. 1960 (BGBl. II S. 2425)

Außenwirtschaftsgesetz vom 28. 4. 1961 (BGBl. I S. 481)

Zollgesetz vom 14. 6. 1961 (BGBl. I S. 737)

Einkommensteuergesetz i. d. F. des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. 7. 1961 (BGBl. I S. 981)

Bundesleistungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. 9. 1961 (BGBl. I S. 1769)

Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der EWG vom 26. 7. 1962 (BGBl. I S. 455)

Gesetz zur Durchführung der Verordnungen Nr. 20 (Schweinefleisch), Nr. 21 (Eier) und Nr. 22 (Geflügelfleisch) des Rates der EWG sowie zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft vom 26. 7. 1962 (BGBl. I S. 465)

Gesetz zur Durchführung der Verordnungen Nr. 20 (Schweinefleisch), Nr. 21 (Eier) und Nr. 22 (Geflügelfleisch) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft vom 26. 7. 1962 (BGBl. I S. 465) in der Fassung des Gesetzes vom 6. 8. 1963 (BGBl. I S. 591)

Drittes Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 25. 3. 1964 (BGBl. I S. 245)

Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft vom 22. 12. 1959 (BGBl. I S. 785) in Verbindung mit dem Dritten Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft vom 26. 6. 1964 (BGBl. I S. 411)

Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 13/64/EWG (Milch und Milcherzeugnisse) des Rates der EWG vom 28. 10. 1964 (BGBl. I S. 821)

Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 14/64/EWG (Rindfleisch) des Rates der EWG vom 3. 11. 1964 (BGBl. I S. 829)

Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs (Verkehrssicherstellungsgesetz) vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 927)

Gesetz über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz) vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 938)

Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherstellungsgesetz) vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 920)

Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz) vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 1225)

Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Gesetzes vom 8. 6. 1967 (BGBl. I S. 582)

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung des Gesetzes vom 8. 6. 1967 (BGBl. I S. 582)

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) vom 8. 6. 1967 (BGBl. I S. 582)

Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 136/66/EWG (Fette) des Rates der EWG vom 12. 6. 1967 (BGBl. I S. 593)

Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen für Getreide, Reis, Schweinefleisch, Eier und Geflügelfleisch vom 30. 6. 1967 (BGBl. I S. 617)

Achtes Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 2. 8. 1967 (BGBl. I S. 837)

Gesetz zur Sicherstellung von Arbeitsleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung (Arbeitssicherstellungsgesetz) vom 9. 7. 1968 (BGBl. I S. 787)

Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherstellungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. 10. 1968 (BGBl. I S. 1069)

Gesetz über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. 10. 1968 (BGBl. I S. 1075)

Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs (Verkehrssicherstellungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. 10. 1968 (BGBl. I S. 1082)

Zollgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. 5. 1970 (BGBl. I S. 530)

Gesetz über das Zollkontingent für feste Brennstoffe 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976 vom 14. 12. 1970 (BGBl. I S. 1713)

Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 12. 1971 (BGBl. I S. 1881)

Steueränderungsgesetz 1973 vom 26. 6. 1973 (BGBl. I S. 676)

Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 3. 8. 1973 (BGBl. I S. 933)

Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Mineralöl oder Erdgas (Energiesicherungsgesetz) vom 9. 11. 1973 (BGBl. I S. 1585)

Gesetz über die weitere Sicherung des Einsatzes von Gemeinschaftskohle in der Elektrizitätswirtschaft (Drittes Verstromungsgesetz) vom 13. 12. 1974 (BGBl. I S. 3473)

Einführungsgesetz zur Abgabenordnung vom 14. 12. 1976 (BGBl. I S. 3341)

Gesetz über Naturschutz- und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 20. 12. 1976 (BGBl. I S. 3574)

Düngemittelgesetz vom 15. 11. 1977 (BGBl. I S. 2134)

Einkommensteuergesetz (§ 51, Abs. 3) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. 12. 1977 (BGBl. I S. 2365)

Gesetz zur Änderung energierechtlicher Vorschriften vom 19. 12. 1977 (BGBl. I S. 2750)

Gesetz zur Erhaltung und Modernisierung kulturhistorisch und städtebaulich wertvoller Gebäude vom 22. 12. 1977 (BGBl. I S. 3107)

Neufassung des Dritten Verstromungsgesetzes vom 17. 11. 1980 (BGBl. I S. 2137)

Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. 1. 1981 (BGBl. I S. 113)

Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. 12. 1981 (BGBl. I S. 1249)

Gesetz zur Durchführung der Vierten, Siebenten und Achten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinien-Gesetz) vom 19. 12. 1985 (BGBl. I S. 2355)

Handelsgesetzbuch in der Fassung vom 19. 12. 1985 (BGBl. I S. 2355)

Drittes Verstromungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. 4. 1990 (BGBl. I S. 917)

Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 5. 1990 (BGBl. I S. 880)

Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik vom 20. 6. 1990 (BGBl. I S. 1080)

Hinweis

Die an die Bundesregierung gerichteten Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines bestimmten Gesetzentwurfs sind in Abschnitt 6.19 zusammengestellt.

Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts vom 9. 7. 1990 (BGBl. I S. 1354)

Außenwirtschaftsgesetz in der Fassung des Gesetzes vom 20. 7. 1990 (BGBl. I S. 1457)

Ernährungsvorsorgegesetz (EVG) vom 20. 8. 1990 (BGBl. I S. 1766)

Gesetz über die Umwelthaftung vom 10. 12. 1990 (BGBl. I S. 2634)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen und andere Vorschriften über Kreditinstitute vom 21. 12. 1992 (BGBl. I S. 2211)

Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vom 27. 9. 1994 (BGBl. I S. 2705)

Telekommunikationsgesetz vom 25. 7. 1996 (BGBl. I S. 1120)

Wasserhaushaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. 11. 1996 (BGBl. I S. 1695)

11.19 „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung seit 1949

Was im *Datenhandbuch* bisher fehlte, war eine Aufstellung der wichtigsten Gesetze, die der Bundestag in den einzelnen Wahlperioden seit 1949 verabschiedet hat. Vorarbeiten zu einer solchen Auswahl, die sowohl einen längeren Zeitraum umfaßt als auch sämtliche Politikfelder berücksichtigt, gab es aus verständlichen Gründen bislang nicht. Wohl kaum ein Autor ist in allen Bereichen der Politik dermaßen Spezialist, um imstande zu sein, aus den rund 5 000 Gesetzen, die der Bundestag in zwölf Wahlperioden beschlossen hat, sagen wir 150 „Schlüsselentscheidungen“ auszuwählen.

Im Bewußtsein der Problematik hat *Klaus von Beyme* nun eine solche Liste vorgelegt.*) Die Gesetze, die ausgewählt wurden, mußten drei Kriterien entsprechen:

- Breite des Interesses, die die Entscheidung fand,
- Tiefe und Dauer der Regelung, die erzielt wurde,
- Konfliktfähigkeit der Entscheidung (a.a.O. S. 68).

Klaus von Beyme gibt zu den Kriterien folgende ergänzende Erläuterungen:

„– *Intensität und Reichweite des Gesetzes* gilt in den meisten Fällen – auch in dieser Untersuchung – als Auswahlkriterium. Schlüsselentscheidungen sollen eine tiefe Reichweite haben und idealiter das ganze Volk betreffen. Aber viele Maßnahmen- und Verteilungsgesetze von enormer Umstrittenheit werden gerade diesem Kriterium überhaupt nicht gerecht. Es müssen auch prima vista wenig weitreichende Gesetze aufgenommen werden, mit einer kleinen Schar von Begünstigten, wie das Künstlersozialversicherungsgesetz (1981), das eine der letzten sozialen Gruppen in das Sicherungssystem einschloß, die bisher durch die Maschen des sozialen Netzes geschlüpft waren.

- *Konfliktintensität* ist ein weiteres Kriterium. Aber viele wichtige Distributionsgesetze werden trotz heftiger Konflikte – und gelegentlich nach mehreren namentlichen Kampfabstimmungen – fast einstimmig verabschiedet. Eine sinnvolle Auswahl muß sich jedoch davor hüten, nur die interessanten Konfliktfälle zu behandeln und den grauen Alltag routinierter Gesetzgebungspolitik aus dem Auge verlieren. Zudem ist die Perzeption von Gesetzesprojekten selbst für die betroffenen Parlamentarier nicht immer klar. Nach einer routinierten Behandlung des früheren Volkszählungsgesetzes ohne lange Debatte mit einstimmiger Annahme konnten die Parlamentarier nicht ahnen, daß das Volkszählungsgesetz 1983 zum Problemfall

*) *Klaus von Beyme*, Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum. Opladen 1997; zuvor schon ders., Wirtschafts- und Sozialpolitik im Deutschen Bundestag. In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 342–365.

werden könnte. Hier lag einer der seltenen Fälle vor, wo Widerstand gegen eine harmlose Maßnahme von sozialen Bewegungen und Medien über Nacht hochgespielt wurde. Kaum war das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen, spielte es keine Rolle mehr. Die große Verweigerungskampagne gegenüber der Implementation versandete. Der Gesetzgeber hat aus dem Konflikt seine Lektion gelernt und für die Zukunft den methodisch weniger fragwürdigen Mikrozensus gefördert.

- Weitere Auswahlkriterien ergeben sich aus dem Umstand, daß die Fälle *möglichst breit das Spektrum wichtiger Politikfelder*, wie Außen- und Militärpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Baupolitik, Sozialpolitik, Rechtspolitik, Umwelt- und Bildungspolitik abdecken sollen. Da der Autor von der etablierten Hypothese ausgeht, daß Policy-Arenen und ihre Konfliktorganisation wichtige Einflüsse auf die Art des politischen Entscheidungsprozesses ausüben (*politics*), muß ein Vergleich von Politikfeldern mit einer hinreichenden Anzahl von Fällen möglich sein. Nur die Bildungspolitik bleibt hier mangels ausreichender Bundeskompetenzen in jedem Fall wenig verallgemeinerungsfähig, es sei denn im Vergleich mit anderen Bundesstaaten.“ (a. a. O. S. 66–67)

Die Auswahl der 150 Schlüsselentscheidungen, die den genannten Kriterien entsprechen, hat *Klaus von Beyme* von Spezialisten durchsehen lassen, ohne sich Illusionen zu machen, daß alle Experten zustimmen werden.*) Die Auswahl diente dem Autor für weiterreichende politikwissenschaftliche Studien zur Rolle des Parlaments als Gesetzgeber.**)

Das *Datenhandbuch* beschränkt sich in diesem Abschnitt darauf, die von *Klaus von Beyme* ausgewählten Schlüsselentscheidungen (geringfügig ergänzt) mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages im folgenden aufzulisten und zusätzlich mit Inhaltsangaben zu den Gesetzen zu versehen.***)

*) „Die Fallauswahl wurde verschiedenen Politikfeldspezialisten zur Kontrolle vorgelegt. Das heißt nicht, daß nicht konsultierte Spezialisten mit der Auswahl in jedem Fall zufrieden sein werden. Bei 150 Fällen kommt jedoch eine hinreichende Streuung von Gesetzen zustande. Interessante (im Hinblick auf die konfliktorische Begleitmusik und das Echo in der Öffentlichkeit) stehen neben uninteressanten Gesetzen. Der Abschluß einer zusammenfassenden Legislation, wie beim Baugesetz, kann relativ uninteressant erscheinen, demonstriert aber noch einmal die vielen verschleppten Konflikte in der Bau- und Städtebaupolitik. Je konsolidierter eine Demokratie, um so stärker zeigt sich die Tendenz, daß die großen Schlüsselentscheidungen *Gesetzesänderungen* sind. Die über 30 Amendments zum Lastenausgleichsgesetz (1952), einer ersten Jahrhundertentscheidung mit redistributivem Charakter, waren meist nicht annähernd so konfliktreich wie das Gesetz in seiner Entstehung. Es ging um die kalte Routine der jährlichen Leistungserhöhungen. Nur die ersten Ausweiterungen auf Berufsgruppen der Vertriebenen waren sozialpolitisch als Studienobjekt interessant. Daß Verfassungsänderungen konfliktreich sein können, leuchtet unmittelbar ein. Aber schon die erste Änderung eines Gesetzes (wie z. B. des Gentechnikgesetzes 1993) eines kurz zuvor geschaffenen Gesetzes (1990) kann enorme Konflikte auslösen, weil erst bei der Amendierung die Reichweite der im ersten Durchgang relativ ahnungslos geschaffenen Regelung sichtbar wird. Weitreichende Gesetze in ihrer Zukunftsperspektive, wie das Atomgesetz (1959) oder das Bundesimmissionsschutzgesetz (1974), sind relativ friedlich über die parlamentarische Bühne gegangen. Erst später wurde Opposition laut. Weltanschauliche Opposition gegen die Nuklearwirtschaft kam später als die ersten gesetzgeberischen Schritte. Das Bundesimmissionsschutzgesetz 1974 andererseits war von den Interessenten in seinen Auswirkungen zunächst kaum erkannt worden. Die Opposition formierte sich im Prozeß der Novellierung und als Obstruktion in der Durchführung des Gesetzes.“ (a.a.O. S. 67)

**) In der Kürze des Klappentextes: „Die Studie behandelt 150 Schlüsselentscheidungen aus allen Politikfeldern (von 1949–1994). Der Autor versucht für alle Stadien des Policy-Zyklus die wichtigsten Akteure und die Konfliktmuster in den Elitenetzwerken in- und außerhalb des Bundestages zu rekonstruieren. Die Einflüsse von außen werden ebenso wie die Problemverarbeitung im Inneren des Bundestages analysiert, um zu zeigen, in welchem Maß die konstitutionelle Fiktion, daß das Parlament der institutionelle Sitz der Volkssouveränität sei, unter den seit Adenauer gewandelten Bedingungen noch haltbar ist.“

***) Als Quellen für die Gesetzes-Inhalte wurden überwiegend folgende Quellen benutzt:
 1. bis 6. Wahlperiode: Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der ... Wahlperiode. Erstellt vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Referat Parlamentsarchiv. Bonn 1967/1970 (= Materialien Nr. 5, 7, 16, 19, 20, 32);
 7. bis 12. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur ... Wahlperiode ... Baden-Baden 1977 ff.

1. Wahlperiode (1949–53)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
28. 3. 1950	Erstes Wohnungsbaugesetz	Vorschriften über den Einsatz öffentlicher Mittel und eines Teiles der Anlagemittel von Geldinstituten für den sozialen Wohnungsbau; Auflage an die Landesregierungen, Wohnungsbauprogramme zu erstellen; Vorschriften über Größe und Mietkosten der mit öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen. (Das Gesetz soll in den nächsten sechs Jahren den Bau von 1,8 Millionen Wohnungen ermöglichen.)	14. 4. 1950 BGBl. S. 83
27. 4. 1950	Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer (Heimkehrergesetz)	Definition des Begriffs „Heimkehrer“; Zahlung von Entlassungsgeld (150 DM) und Gewährung von Übergangsbeihilfen (250 DM); bevorzugte Wohnraumzuteilung; Sicherung des früheren Arbeitsplatzes und Kündigungsschutz.	19. 6. 1950 BGBl. S. 221
19. 10. 1950	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz)	Vorschriften für eine einheitliche bundesgesetzliche Neuordnung der Kriegsopferversorgung anstelle der bisherigen Länderzuständigkeit; Aufteilung der Renten in Grund- und Ausgleichsrenten.	20. 12. 1950 BGBl. S. 791
31. 1. 1951	Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz)	Durch das Gesetz soll die Schaffung von Eigentum an Wohnungen und gewerblichen Räumen erleichtert werden; der Zusammenschluß mehrerer Miteigentümer ermöglicht den Wiederaufbau der Stadtkerne nach modernen Erkenntnissen.	15. 3. 1951 BGBl. I S. 175
10. 4. 1951	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie	Anwendung der Mitbestimmung bei den großen Unternehmen der Montan-Industrie; Vorschriften über die Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben des Aufsichtsrates; Bestellung eines Arbeitsdirektors. (Durch das Gesetz wird in 71 Bergbau- und 37 Eisen- und Stahlgesellschaften die paritätische Mitbestimmung eingeführt.)	21. 5. 1951 BGBl. I S. 347
25. 4. 1951	Zweites Gesetz über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern	Vorschriften über die Durchführung einer Volksabstimmung, über das Verfahren bei der Vereinigung der drei Länder und über das Verfahren bei der Wiederherstellung der alten Länder.	4. 5. 1951 BGBl. I S. 284
11. 7. 1951, nach VerMA 17. 10. 1951	Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit	Vorschriften über den Aufenthalt in Gaststätten, die Teilnahme an Tanz-, Film- und Varietéveranstaltungen, den Genuß von Tabakwaren und alkoholischen Getränken.	4. 12. 1951 BGBl. I S. 936

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
23. 11. 1951	Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen	Voraussetzungen für die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen; Festlegung der Organe und Verfahren zur Kontrolle über die Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen.	11. 1. 1952 BGBl. I S. 17
12. 12. 1951	Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz)	Festlegung des Geltungsbereichs; Vorschriften über das Beschäftigungsverbot vor und nach der Niederkunft und über das Arbeitsentgelt während dieser Zeit.	24. 1. 1952 BGBl. I S. 69
11. 1. 1952	Gesetz betreffend den Vertrag vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	Gründung einer übernationalen Gemeinschaft zum Zwecke der Zusammenlegung von Hoheitsrechten, um in bezug auf die Grundstoffindustrien einen gemeinsamen Markt zu bilden (Schumanplan).	29. 4. 1952 BGBl. II S. 445
24. 1. 1952	Gesetz über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer (Wohnungsbau-Prämiengesetz)	Durch das Gesetz soll der Wohnungsbau gefördert und den kleinen Einkommenbezieher durch steuerliche Begünstigung das Sparen für den Wohnungsbau erleichtert werden.	17. 3. 1952 BGBl. I S. 139
16. 5. 1952, nach VermA 10. 7. 1952	Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz)	Zweck des Gesetzes ist es, den von Krieg, Vertreibung und Währungsumstellung besonders hart Betroffenen durch Entschädigungsleistungen die Wiedereingliederung zu ermöglichen und die Auswirkungen der ungleichen Verteilung von Geld- und Sachvermögen zu mildern.	14. 8. 1952 BGBl. I S. 446
18. 7. 1952	Betriebsverfassungsgesetz	Durch das Gesetz werden die Rechte der Arbeitnehmer auf Beteiligung und Mitbestimmung in sozialen, personellen und arbeitstechnischen Angelegenheiten der Betriebe festgelegt. Für die Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen ist der Betriebsrat zuständig.	11. 10. 1952 BGBl. I S. 681
17. 9. 1952, nach VermA 12. 5. 1953	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften	Durch das Gesetz wird die Werbung und der öffentliche Vertrieb jugendgefährdender Schriften unter Strafe gestellt; Errichtung einer Bundesprüfstelle, die über die Jugendgefährdung von Schriften entscheidet.	9. 6. 1953 BGBl. I S. 377
18. 3. 1953	Gesetz betreffend das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel	Zahlungen an den Staat Israel in Höhe von 3 450 Mio DM als materielle Wiedergutmachung.	20. 3. 1953 BGBl. II S. 35

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
19. 3. 1953	Gesetz betreffend den Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten mit Zusatzverträgen [Deutschlandvertrag]	Integration der Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die Europäische Gemeinschaft mit dem gemeinsamen Ziel der Unterzeichnerstaaten, die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege herbeizuführen.	28. 3. 1954 BGBl. I S. 57 ¹⁾
19. 3. 1953	Gesetz betreffend den Vertrag vom 27. Mai 1952 über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und betreffend den Vertrag vom 27. Mai 1952 zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der E[uropäischen] V[erteidigungs-]-G[emeinschaft]	Der Vertrag enthält Bestimmungen über die Verfassung und über die Organe der Verteidigungsgemeinschaft, ferner mehrere Kapitel über militärische, finanzielle und wirtschaftliche Bestimmungen sowie die Beziehungen zur NATO.	28. 3. 1954 BGBl. II S. 342 ¹⁾
25. 3. 1953	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz)	Das Gesetz regelt die Rechtsstellung und die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge; Vorschriften über die Begriffsbestimmungen, über die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme, über die Erweiterung des Personenkreises und über die Ausweise.	19. 5. 1953 BGBl. I S. 201
5. 5. 1953	Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter (Schwerbeschädigtengesetz)	Das Gesetz verpflichtet alle privaten Arbeitgeber, jeden 7. Arbeitsplatz mit einem Schwerbeschädigten zu besetzen; der öffentliche Dienst ist gehalten, 10% Schwerbeschädigte einzustellen.	16. 6. 1953 BGBl. I S. 389
2. 6. 1953	Bundesbeamtengesetz	Das Gesetz regelt die Rechtsverhältnisse zwischen dem Bund und seinen Beamten und enthält Vorschriften über die Begründung und Beendigung des Beamtenverhältnisses, über die Besoldung und Versorgung der Beamten und ihrer Hinterbliebenen.	14. 7. 1953 BGBl. I S. 551

¹⁾ Nicht wirksam geworden, da die Ratifizierung durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 abgelehnt wurde.

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

2. Wahlperiode (1953–57)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
14. 10. 1954	Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen (Kindergeldgesetz)	Voraussetzungen des Anspruchs: Gewährung von Kindergeld für das dritte und jedes weitere Kind; Höhe, Fälligkeit und Zahlung des Kindergeldes; Aufbringung der Mittel durch Beiträge; Familienausgleichskassen als Träger der Kindergeldzahlung; Verwaltung der Kassen; Verfahren bei Gewährung von Kindergeld; Rechtsweg.	13. 11. 1954 BGBl. I S. 333
19. 11. 1954, nach VermA 24. 3. 1955	Gesetz über den Finanzausgleich unter den Ländern (Länderfinanzausgleichsgesetz)	Begriffsbestimmung der ausgleichspflichtigen und der ausgleichsberechtigten Länder; Bemessung und Feststellung der Ausgleichszuweisungen und der Ausgleichsbeiträge; Vollzug des Finanzausgleichs.	27. 4. 1955 BGBl. I S. 199
19. 11. 1954, nach VermA 15. 12. 1955	Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung (Finanzverfassungsgesetz)	Verfassungsrechtliche Regelung der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf Bund und Länder.	23. 12. 1955 BGBl. I S. 817
27. 2. 1955	Gesetz betreffend das Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland	Zustimmung zu der von den drei Westmächten und der Bundesrepublik Deutschland beschlossenen Beendigung des Besatzungsregimes, zur Aufhebung des Besatzungsstatuts und zur Auflösung der Alliierten Hohen Kommission.	24. 3. 1955 BGBl. II S. 213
27. 2. 1955	Gesetz betreffend den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantikvertrag	Zustimmung zu der von der Londoner Neunmächte-Konferenz beschlossenen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, ihren Beitritt zur Nato und zum Brüsseler Vertrag (Gründung der Westeuropäischen Union [WEU])	24. 3. 1955 BGBl. II S. 256
27. 2. 1955	Gesetz betreffend das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Abkommen über das Statut der Saar	Das Europäische Statut der Saar soll das Saarland in eine politische Autonomie und unter völkerrechtliche Vertretung durch die WEU bringen sowie wirtschaftlich (weiterhin) an Frankreich binden; Wiederherstellung aller demokratischen Freiheiten im Saarland; nach Inkrafttreten Volksabstimmung über das Statut.	24. 3. 1955 BGBl. II S. 295 ¹⁾

¹⁾ Das Europäische Saarstatut wird in einer Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 von 67,7 Prozent der saarländischen Wähler abgelehnt.

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
8. 6. 1955, nach VermA 16. 7. 1955	Personalvertretungsgesetz	Regelung der Rechte der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst; Wahl, Zusammensetzung und Amtszeit des Personalrats; Personalversammlung; Stufenvertretungen und Gesamtpersonalrat; Strafvorschriften über die Verletzung der Schweigepflicht; Rahmenvorschriften für die Landesgesetzgebung.	5. 8. 1955 BGBl. I S. 477
14. 6. 1955, nach VermA 14. 7. 1955	Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Mietpreisrechts (Erstes Bundesmietengesetz)	Bundeseinheitliche Zusammenfassung der mietrechtlichen Bestimmungen; Vorschriften für den preisrechtlich zulässigen Mietzins für Wohnraum anstelle der bisherigen Preisbindung; Mietzuschläge; grundsätzlicher Ausschluß von Mieterhöhungen; Beihilfen für einkommensschwache Mieter.	27. 7. 1955 BGBl. I S. 458
8. 7. 1955	Landwirtschaftsgesetz	Jährliche Feststellung der Lage der Landwirtschaft; Heranziehung eines Sachverständigenbeirats; jährlicher Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft („Grüner Bericht“); Einsetzung von Mitteln für landwirtschaftsfördernde Maßnahmen in den Haushaltsplan.	22. 7. 1955 BGBl. I S. 565
16. 7. 1955	Gesetz über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften (Freiwilligengesetz)	Einstellung von 6 000 Freiwilligen zur Vorbereitung des Aufbaus der Bundeswehr; Anwendung der gesetzlichen Vorschriften für Bundesbeamte auf Probe; Unkündbarkeit des privaten Arbeitsverhältnisses während der Eignungsübung.	23. 7. 1955 BGBl. I S. 449
6. 3. 1956	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes	Grundgesetzergänzung auf dem Gebiet der Wehrpolitik zwecks Einbeziehung der Streitkräfte in die Rechtsordnung; Einschränkung einiger Grundrechte: für Soldaten das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, Sammelbeschwerden und Sammelpetitionen einzubringen, für die Zivilbevölkerung das Recht der Freizügigkeit und auf Unverletzlichkeit der Wohnung; Regelung der Erklärung des Verteidigungszustandes und der Befehlsgewalt über die Armee; Einrichtung von Wehrstrafgerichten; Bestellung des Wehrbeauftragten und Übertragung besonderer Befugnisse auf den Verteidigungsausschuß des Bundestages.	19. 3. 1956 BGBl. I S. 111
4. 5. 1956, nach VermA 8. 6. 1956	Zweites Wohnungsbau- gesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz)	Wohnraumbeschaffung für minderbemittelte Bevölkerungsschichten mit Unterstützung öffentlicher Mittel (Sozialer Wohnungsbau); besondere Förderung des Baues von Eigenheimen, Kleinsiedlungen und Eigentumswohnungen.	27. 6. 1956 BGBl. I S. 523

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
6. 7. 1956	Wehrpflichtgesetz	Festlegung der allgemeinen Wehrpflicht; Regelung des Wehrdienstes und des Wehrrersatzwesens; Vorschriften für Kriegsdienstverweigerer; Beendigung des Wehrdienstes; Verlust des Dienstgrades.	21. 7. 1956 BGBl. I S. 651
14. 12. 1956	Gesetz über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage	Zustimmung zu dem Vertrag, der die Eingliederung des Saarlands in die BRD zum 1. 1. 1957 und eine bis längstens 31. 12. 1959 geltende Übergangsregelung enthält, die dem Saarland weitere enge wirtschaftliche Beziehungen zu Frankreich gestattet.	22. 12. 1956 BGBl. II S. 1587
21. 1. 1957	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter (Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz) und Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz)	Grundlegende Neugestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung; Einführung der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente; Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit; Sonderregelung für Vertriebene, Evakuierte und Sowjetzonenflüchtlinge; Aufbringung der Mittel und Verteilung der Rentenausgaben.	23. 2. 1957 BGBl. I S. 45 und 88
11. 4. 1957, nach VermA 29. 5. 1957	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestages	Aufgaben und Befugnisse des Wehrbeauftragten als „Hilfsorgan des Bundestages“; Recht des einzelnen Soldaten zu unmittelbaren Eingaben und Beschwerden; Wahl, Ernennung und Rechtsstellung des Wehrbeauftragten.	26. 6. 1957 BGBl. I S. 652
11. 4. 1957, nach VermA 29. 5. 1957	Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz)	Vorschriften für die Landesgesetzgebung über das Beamtenverhältnis, die rechtliche Stellung und die Versorgung des Beamten; Vorschriften, die einheitlich und unmittelbar gelten, und zwar bei Wechsel des Dienstherrn oder Umbildung von Körperschaften sowie den Rechtsweg bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis.	1. 7. 1957 BGBl. I S. 667
3. 5. 1957	Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz)	Erweiterung der Rechte der Ehefrau auf dem Gebiet der Personen- und Vermögenssorge für die Kinder und in ihrer rechtlichen, insbesondere vermögensrechtlichen Stellung in und nach der Ehe, Einführung der Zugewinngemeinschaft als gesetzlichen Güterstand.	18. 6. 1957 BGBl. I S. 609
3. 7. 1957	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte	Zusatzversorgung für selbständige Landwirte durch Geldleistungen aus landwirtschaftlichen Alterskassen; Regelung der Beitragsleistung.	27. 7. 1957 BGBl. I S. 1063

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
4. 7. 1957	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	Gesetz soll die Freiheit des Wettbewerbs und die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Marktteiligten sicherstellen; Einzelregelungen betreffen Kartellverträge und Kartellbeschlüsse; marktbeherrschende Unternehmen; wettbewerbsbeschränkendes und diskriminierendes Verhalten; Wettbewerbsregeln; Ordnungswidrigkeiten; Kartellbehörden; Verfahren vor den Kartellbehörden.	27. 7. 1957 BGBl. I S. 1081
5. 7. 1957	Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft	Zustimmung zu den genannten Verträgen („Römische Verträge“); der EWG-Vertrag sieht vor, in drei Stufen einen Gemeinsamen Markt zu errichten und die Wirtschaftspolitik der Sechs schrittweise anzunähern sowie engere Beziehungen zwischen den zusammengeschlossenen Staaten zu fördern; der EAG-Vertrag betrifft die Entwicklung der Atomindustrie in den Staaten der Sechs.	27. 7. 1957 BGBl. II S. 753

3. Wahlperiode (1957–61)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
19. 3. 1959	Gesetz über die Gewährung von Prämien für Sparleistungen (Spar-Prämiengesetz)	Anreiz, den privaten Sparwillen breiter Bevölkerungsschichten zu steigern, um zur Vermeidung des Preisanstiegs den inländischen Konsum zu drosseln und die Finanzierung des Investitionsaufwandes zu ermöglichen.	5. 5. 1959 BGBl. I S. 241
18. 6. 1959, nach VerMA 2. 12. 1959	Gesetz über den zivilen Ersatzdienst	Regelung der Rechtsstellung der als anerkannte Kriegsdienstverweigerer im Ersatzdienst Dienstleistenden.	13. 1. 1960 BGBl. I S. 10
3. 12. 1959	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)	Erforderliche Regelung durch Bundesgesetz zur freien und ungehinderten Entwicklung der Erforschung und friedlichen Nutzung der Kernenergie; Aufhebung der bereits bestehenden einschlägigen Landesgesetze; Überwachungsbestimmungen und Strafvorschriften zur Verhinderung mißbräuchlicher Verwendung von Kernbrennstoffen.	23. 12. 1959 BGBl. I S. 814

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
16. 3. 1960, nach VermA 29. 6. 1960	Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand	Privatisierung des Volkswagenwerkes: Umwandlung der Volkswagenwerk GmbH in eine Aktiengesellschaft; Ausgabe einer Aktie mit niedrigem Nennbetrag; Gewährung von Sozialrabatt; Einführung einer Sperrfrist für den Verkauf der Aktie; Beteiligung von je 20% für Bund und Land Niedersachsen; Veräußerungserlös zugunsten einer Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Technik.	21. 7. 1960 BGBl. I S. 585
20. 5. 1960	Bundesbaugesetz	Schaffung eines Baurechts, das dem neuzeitlichen Städtebau gerecht werden soll; Beseitigung der Rechtszersplitterung durch Vereinheitlichung des Baurechts auf Bundesebene; Erhöhung der Funktionsfähigkeit des Baubodenmarkts; Schaffung der Voraussetzungen für gerechte Bodenpreisbildung; Abgrenzung und Koordinierung der Aufgabenverteilung zwischen Raumordnung, Städtebau und Bauaufsicht.	23. 6. 1960 BGBl. I S. 341
20. 5. 1960, nach VerMA 1. 7. 1960	Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz)	Festlegung der Begriffe Kind, Jugendlicher, Arbeitszeit, Urlaub; Vorschriften über Ausnahmestimmungen, Heimarbeit, Landwirtschaft, Familienhaushalte und Binnenschifffahrt; Beschäftigungsverbote und Beschränkungen; Pflichten des Arbeitgebers und gesundheitliche Betreuung.	9. 8. 1960 BGBl. I S. 665
24. 5. 1960	Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht	Stufenweiser Abbau der Mietpreisbindungen, Wohnraumbewirtschaftung und des unbeweglichen Mieterschutzes; Einteilung in weiße und schwarze Kreise; Mietbeihilfen zur Vermeidung sozialer Härten für die Übergangszeit; Anhebung der Altbaumieten entsprechend dem Wohnungswert.	23. 6. 1960 BGBl. I S. 389
29. 6. 1960, nach VerMA 26. 10. 1960	Gesetz über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts	Gesetzliche Regelung für die Errichtung zweier gemeinnütziger Anstalten des öffentlichen Rechts, der „Deutschen Welle“ (Rundfunksendungen für das Ausland) und des „Deutschlandfunks“ (Rundfunksendungen für Deutschland und das europäische Ausland).	29. 11. 1960 BGBl. I S. 862
8. 2. 1961, nach VerMA 16. 3. 1961	Außenwirtschaftsgesetz	Ersatz für die Devisenbewirtschaftungsgesetze der Besatzungsmächte; Vereinheitlichung der bestehenden Rechtsvorschriften, die immer erst entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung erlassen werden; Abkehr vom Verbotsprinzip mit der Möglichkeit der Erlaubniserteilung.	28. 4. 1961 BGBl. I S. 481

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
8. 2. 1961, nach VermA 17. 3. 1961	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz)	Neue Definition des Begriffs Arzneimittel; Forderung des Nachweises der Sachkenntnis für die Herstellung von Arzneimitteln; Deklaration aller Bestandteile eines Arzneimittels nach Art und Menge; Registrierung und sachliche Vorprüfung beim Bundesgesundheitsamt; genaue Abgrenzung zwischen rezeptpflichtigen und freiverkäuflichen Arzneien.	16. 5. 1961 BGBl. I S. 533
4. 5. 1961	Bundessozialhilfegesetz	Gesetzliche Neuordnung des Fürsorgerechts; Erhaltung des Grundsatzes der Subsidiarität; Betonung des persönlichen Charakters und der individuellen Gestaltung der Sozialhilfe; Ergänzung der geltenden Bestimmungen in bezug auf Bedeutung der Hilfe und Sicherung der gleichmäßigen Gewährung.	30. 6. 1961 BGBl. I S. 815
31. 5. 1961	Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer	Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch vermögenswirksames Festlegen von Beträgen, die als regelmäßige oder einmalige Zuwendung vom Betrieb gewährt werden (312-DM-Gesetz).	12. 7. 1961 BGBl. I S. 909
31. 5. 1961, nach VermA 28. 6. 1961	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle	Völlige Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Krankheitsfalle; Vorschriften über eine neue Art der Berechnung des Zuschusses und des Krankengeldes; Verbesserung der sozialen Sicherung aller Arbeitnehmer durch weitgehende Beseitigung der Aussteuerungsvorschriften.	12. 7. 1961 BGBl. I S. 913
29. 6. 1961	Gesetz über die Gewährung von Kindergeld für zweite Kinder und die Errichtung einer Kindergeldkasse (Kindergeldkassengesetz)	Finanzierung des Zweitkindergeldes aus öffentlichen Haushaltsmitteln des Bundes und die Errichtung einer Kindergeldkasse in Anlehnung an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als Träger der Zweitkindergeldzahlung.	18. 7. 1961 BGBl. I S. 1001

Hinweis

Ein Verzeichnis sämtlicher Gesetze, und zwar

- der verkündeten Gesetze,
- der durch Ablauf der Wahlperiode erledigten Gesetzentwürfe,
- der während der Wahlperiode anderweitig erledigten Gesetzentwürfe

enthält die seit der 7. Wahlperiode (1972–1976) erstellte Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“. Sie steht während der laufenden Wahlperiode als Loseblattausgabe zur Verfügung und erscheint nach Abschluß der Wahlperiode in gebundener Form als „Gesamtband“.

4. Wahlperiode (1961–65)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
6. 3. 1963	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung (Unfallversicherungs-Neuregelungsresetz)	Festlegung des Personenkreises; Heraufsetzung des Jahresarbeitsverdienstes; Erhöhung des Sterbegeldes; Überbrückungshilfe für Witwen; Erhöhung der Witwenrente; Abfindung bei Wiederverheiratung; Anpassung der Rente an die Veränderung des Volkseinkommens.	30. 4. 1963 BGBl. I S. 241
16. 5. 1963	Gesetz zu der Gemeinsamen Erklärung und zu dem Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit [Elysée-Vertrag]	Regelmäßige Zusammenkünfte zwischen Staats- und Regierungschefs und der Minister beider Staaten; Bildung einer Koordinierungskommission in beiden Ländern; Zusammenarbeit in auswärtigen Angelegenheiten, in der Verteidigung und in Erziehungs- und Jugendfragen.	15. 6. 1963 BGBl. II S. 705
26. 6. 1963	Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	Periodische Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage und voraussichtlichen Entwicklung durch einen unabhängigen fünfköpfigen Sachverständigenrat; Verpflichtung der Bundesregierung, gegenüber Bundestag und Bundesrat zu diesem Gutachten Stellung zu nehmen.	14. 8. 1963 BGBl. I S. 685
27. 6. 1963	Gesetz über Wohnbeihilfen	Zur Vermeidung sozialer Härten Zahlung von Wohnbeihilfen unter bestimmten Voraussetzungen in Gebieten, wo die Mietpreisbindung entfällt („Weiße Kreise“); Regelung der Ansprüche auf Wohnbeihilfen nach Einkommenshöhe, zumutbarer Eigenbelastung und Berücksichtigung bestimmter Obergrenzen für den Aufwand der Wohnung.	29. 7. 1963 BGBl. I S. 508
6. 3. 1964	Bundeskindergeldgesetz	Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Kindergeldrechts; Finanzierung für dritte und weitere Kinder durch den Bund; organisatorische Zusammenfassung der Kindergeldzahlung sowie Leistungsverbesserungen.	14. 4. 1964 BGBl. I S. 265
5. 6. 1964	Gesetz zu dem Vertrag vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Welt- raum und unter Wasser [Atomwaffensperrvertrag]	Zustimmungsgesetz zu dem Verhandlungsergebnis der drei Atom-mächte in Genf, dem nuklearen Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Mit Ausnahme unterirdischer Atomwaffenversuche sind alle anderen nuklearen Versuchsexplosionen verboten.	29. 7. 1964 BGBl. II S. 906

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
12. 2. 1965	Raumordnungsgesetz	Durch Industrialisierung und Bildung von Ballungsräumen notwendig gewordene gesetzliche Maßnahmen zur wirksameren Gestaltung der Raumordnung in Abstimmung mit den Ländern.	8. 4. 1965 BGBl. I S. 306
12. 2. 1965, nach VermA 19. 3. 1965	Ausländergesetz	Zusammenfassung der Vorschriften aus dem Gesetz über das Paßwesen und der Ausländerpolizeiverordnung; Anpassung an die geänderten politischen und rechtlichen Verhältnisse; großzügigere Zulassung von Ausländern.	28. 4. 1965 BGBl. I S. 353
25. 3. 1965	Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen	Verlegung des Beginns der 20jährigen Verjährungsfrist für mit lebenslänglichem Zuchthaus zu ahndende NS-Verbrechen vom 8. Mai 1945 auf den 31. Dezember 1949.	13. 4. 1965 BGBl. I S. 315
5. 5. 1965	Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Zweites Vermögensbildungsgesetz)	Gewährung von Steuerfreiheit für vermögenswirksame Leistungen; Erweiterung des „312-DM-Gesetzes“ auf Angehörige des öffentlichen Dienstes; freie Wahl in der Art der vermögenswirksamen Anlage.	1. 7. 1965 BGBl. I S. 585
30. 6. 1965	Gesetz zur Förderung der Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt (EWG-Anpassungsgesetz)	Gesetzliche Festlegung der von der Bundesregierung der Landwirtschaft gegebenen Zusagen über Anpassungsbeihilfen.	9. 9. 1965 BGBl. I S. 1201

5. Wahlperiode (1965–69)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
26. 4. 1967	Umsatzsteuergesetz (Mehrwertsteuer)	Aufhebung des bisherigen Umsatzsteuersystems und Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 10 v.H. Mehrwertsteuer (für Lebensmittel u. a. 5 v.H.).	29. 5. 1967 BGBl. I S. 545

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
10. 5. 1967	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	Gesetz soll im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung Preisstabilität und Vollbeschäftigung sowie ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht sichern; Ermächtigung der Bundesregierung zu konjunkturpolitischen Maßnahmen; Eingriff in den Ausgabenrhythmus der öffentlichen Hand; Bildung eines Konjunkturrates für die öffentliche Hand; Vorlage eines Jahreswirtschaftsberichts an Bundestag und Bundesrat.	8. 6. 1967 BGBl. I S. 582
28. 6. 1967	Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)	Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien; ihre innere Ordnung; Kandidatenaufstellung; Erstattung von Wahlkampfkosten; Rechenschaftslegung; Vollzug des Verbots verfassungswidriger Parteien.	24. 7. 1967 BGBl. I S. 773
30. 5. 1968	Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Notstandsgesetze.	24. 6. 1968 BGBl. I S. 709
4. 12. 1968	Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Aufnahme der Verfassungsbeschwerde und des Widerstandsrechts des Volkes gegen Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung ins Grundgesetz.	29. 1. 1969 BGBl. I S. 97
11. 12. 1968, nach VermA 23. 4. 1969	Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz)	Finanzverfassungsreform, insbes. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei den „Gemeinschaftsaufgaben“ und bei der Wissenschaftsförderung; Änderung der Bestimmungen über Lastenausgleich und Steuerverwaltung.	12. 5. 1969 BGBl. I S. 359
9. 5. 1969	Erstes Gesetz zur Reform des Strafrechts	Vereinheitlichung der Freiheitsstrafe (anstelle von Zuchthaus, Gefängnis oder Haft); Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen; Einführung eines schuld- und vermögensbezogenen Geldstrafensystems; erweiterte Anwendung der Strafaussetzung zur Bewährung; Wegfall der Verjährung bei Völkermord; Erstreckung der Verjährung bei Mord auf 30 Jahre; Streichung der Strafvorschriften über Ehebruch, Zweikampf, einfache Unzucht zwischen Männern, Unzucht mit Tieren und Erschleichung des außerehelichen Beischlafs.	25. 6. 1969 BGBl. I S. 645

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
13. 5. 1969	Arbeitsförderungsgesetz	Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit durch Stärkung der beruflichen Mobilität, insbesondere durch Umschulung und berufliche Aufstiegs- und Leistungsförderung; Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen z. B. durch Förderung der ganzjährigen Beschäftigung im Baugewerbe; die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung werden insoweit erweitert.	25. 6. 1969 BGBl. I S. 582
14. 5. 1969, nach VerMA 2. 7. 1969	Gesetz über die rechtliche Stellung der nicht-ehelichen Kinder	Verbesserung der bürgerlich-rechtlichen Stellung des unehelichen Kindes; Anerkennung der natürlichen Verwandtschaft zwischen Vater und Kind; Eröffnung der Möglichkeit persönlicher Beziehungen zwischen ihnen; Festlegung eines Erbrechts oder Geldanspruchs in Höhe des Wertes des gesetzlichen Erbrechts; Erweiterung der Unterhaltsverpflichtungen und des Anspruchs der Mutter gegen den Kindesvater.	19. 8. 1969 BGBl. I S. 1243
12. 6. 1969	Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung	Grundsatz der arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung; unabdingbarer Lohnfortzahlungsanspruch der Arbeiter im Krankheitsfalle bis zu sechs Wochen.	27. 7. 1969 BGBl. I S. 946
12. 6. 1969	Berufsbildungsgesetz	Bundeseinheitliche Regelung der Berufsausbildung, der beruflichen Fortbildung und der Umschulung; Rechte und Pflichten der Auszubildenden und der Auszubildenden; Vergütung; Berechtigung zum Einstellen und Ausbilden; Verzeichnis der staatlich anerkannten Ausbildungsberufe; Prüfungswesen; Ausschüsse für Berufsausbildung.	14. 8. 1969 BGBl. I S. 1112
26. 6. 1969	Neuntes Strafrechtsänderungsgesetz	Aufhebung der Verjährung von Völkermord; Verlängerung der Verjährung von Mord von 20 auf 30 Jahre.	4. 8. 1969 BGBl. I S. 1065
26. 6. 1969	Erstes Gesetz über die individuelle Förderung der Ausbildung (Ausbildungsförderungsgesetz)	Bundeseinheitliche Regelung auf dem Gebiet der Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Fachoberschulen, von Berufsfachschulen und Fachschulen sowie Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges.	19. 9. 1969 BGBl. I S. 1719

6. Wahlperiode (1969–72)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
16. 12. 1970, nach VermA 12. 2. 1971	Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm	Durchführung aktiver und passiver Lärmschutzmaßnahmen; Festlegung von Lärmschutzbereichen, in denen Baubeschränkungen vorgesehen und Beihilfen für Schallschutzmaßnahmen gewährt werden.	30. 3. 1971 BGBl. I S. 282
16. 6. 1971, nach VermA 19. 7. 1971	Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden (Städtebauförderungsgesetz)	Einleitung der Reform des Bodenrechts: Änderung der geltenden Vorschriften des Städtebaurechts und des Bundesbaugesetzes zur Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen; Schaffung eines Ausgleichs zwischen den Interessen der Allgemeinheit und denen der betroffenen Eigentümer.	27. 7. 1971 BGBl. I S. 1125
24. 6. 1971	Gesetz zur Verminderung von Luftverunreinigung durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen für Kraftfahrzeugmotoren (Benzinbleigesetz)	Herabsetzung des Bleigehalts auf 0,15 Gramm pro Liter Benzin bis zum 1. 1. 1976.	5. 8. 1971 BGBl. I S. 1234
24. 6. 1971, nach VermA 19. 7. 1971	Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG)	Einbeziehung der Studienförderung des tertiären Bereichs in ein einheitliches System der individuellen Förderung der Ausbildung mit strukturellen und finanziellen Verbesserungen.	26. 8. 1971 BGBl. I S. 1409
24. 6. 1971, nach VermA 19. 7. 1971	Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen (Graduiertenförderungsgesetz)	Vergabe von Stipendien an qualifizierte Hochschulabsolventen für die Vorbereitung auf die Promotion und ein auf die Forschung bezogenes Aufbaustudium.	2. 9. 1971 BGBl. I S. 1465
10. 11. 1971, nach VermA 13. 12. 1971	Betriebsverfassungsgesetz	Verstärkung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte; Beteiligungsrechte des Betriebsrats an der Gestaltung des Arbeitsplatzes, am Arbeitsablauf und an der Arbeitsumgebung; eigene Rechte für den Arbeitnehmer innerhalb der Betriebsverfassung; Ausbau der Vertretung der Jugendlichen.	15. 1. 1972 BGBl. I S. 13
11. 11. 1971	Gesetz zur Durchführung des langfristigen Wohnungsbauprogramms (Wohnungsbauprogrammänderungsgesetz 1971)	Das Gesetz schafft durch Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes die Voraussetzungen für die Durchführung eines langfristigen Wohnungsbauprogramms; Anhebung der Einkommensgrenze für Berechtigte des sozialen Wohnungsbaues.	17. 12. 1971 BGBl. I S. 1993

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
26. 1. 1972	Gesetz zur Förderung sozialer Hilfsdienste	Durch das Gesetz werden pflegerische und erzieherische Tätigkeiten innerhalb eines begrenzten Verdienstrahmens durch besondere Regelungen in der Sozialversicherung gefördert.	17. 4. 1972 BGBl. I S. 609
1. 3. 1972, nach VerMA 10. 5. 1972	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz)	Förderung der Investitionskosten mit öffentlichen Mitteln; Deckung der Benutzungskosten durch teilkostendeckende Pflegesätze.	29. 6. 1972 BGBl. I S. 1009
2. 3. 1972, nach VerMA 10. 5. 1972	Gesetz über die Beseitigung von Abfällen (Abfallbeseitigungsgesetz)	Bundesrechtliche Regelung der Beseitigung aller Abfälle; Beseitigung nur noch in zugelassenen und überwachten Anlagen.	7. 6. 1972 BGBl. I S. 873
17. 5. 1972	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken [Moskauer Vertrag]	Verbesserung der Beziehungen zwischen den vertragschließenden Parteien und Beitrag zur Minderung der Spannungen in Europa; gegenseitiger Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt.	23. 5. 1972 BGBl. II S. 353
17. 5. 1972	Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen [Warschauer Vertrag]	Feststellungen zur Grenzfrage; Vereinbarungen über den Gewaltverzicht; Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten.	23. 5. 1972 BGBl. II S. 361
21. 6. 1972	Tierschutzgesetz	Neufassung der Vorschriften über Haltung, Pflege, Unterbringung und Beförderung von Tieren; Regelung der Zulässigkeit von Versuchen an lebenden Tieren.	24. 7. 1972 BGBl. I S. 1277
22. 6. 1972	Waffengesetz	Ausführungsgesetz zu Art. 74 Abs. 4a; Erwerb und Besitz von Schußwaffen werden einer stärkeren Kontrolle unterworfen (Waffenbesitzkarte).	19. 9. 1972 BGBl. I S. 1797

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
21. 9. 1972	Gesetz zur weiteren Reform der gesetzlichen Rentenversicherungen und über die Fünfzehnte Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Rentenreformgesetz)	Einführung der flexiblen Altersgrenze; Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung auf freiwilliger Basis für Selbständige, Familienangehörige und Hausfrauen; Vorziehung der Rentenanpassung auf den 1. Juli jeden Jahres; Errichtung einer Stiftung für die Alterssicherung älterer Selbständiger.	16. 10. 1972 BGBl. I S. 1965

7. Wahlperiode (1972–76)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
11. 5. 1973	Gesetz zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen	Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen als eine der Vorbedingungen für den Antrag auf Aufnahme in die Weltorganisation der Vereinten Nationen.	6. 6. 1973 BGBl. II S. 430
11. 5. 1973	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik [Grundvertrag]	Zustimmung zu dem Vertrag, der das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten für die Dauer der Teilung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung ordnet.	6. 6. 1973 BGBl. II S. 421

Hinweis

Eine Dokumentation der Grundgesetz-Änderungsgesetze, die häufig auch eine Änderung der Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes enthalten, findet sich unter Abschnitt 14.2.

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
7. 6. 1973	Viertes Gesetz zur Reform des Strafrechts (4. Strafrechtsreformgesetz)	Streichung von Straftatbeständen und Änderung einschlägiger Strafvorschriften aus dem Ehe- und Familienrecht sowie dem Sexualstrafrecht. Insbesondere die Straftatbestände Kuppelei und Zuhälterei, Homosexualität, sexueller Mißbrauch Abhängiger, Herstellung und Verbreitung pornographischer Schriften und Abbildungen werden neu gefaßt. Besondere Strafandrohung für Verherrlichung von Gewalt und Aufstachelung zum Rassenhaß.	23. 11. 1973 BGBl. I S. 1725
18. 1. 1974	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)	Neuordnung und weitgehende Vereinheitlichung des Rechts des Immissionsschutzes. In Anwendung des Vorsorgeprinzips werden die Auflagen für Betreiber, Hersteller und Eigentümer emissionsverursachender Anlagen verschärft und bereits für das Stadium der Planung und Errichtung derartiger Anlagen verpflichtend. Die Abgabe und jährliche Korrektur von Emissionserklärungen wird für genehmigungspflichtige Anlagen vorgeschrieben, die Kosten dafür dem Verursacher auferlegt.	15. 3. 1974 BGBl. I S. 721
22. 3. 1974, nach VerMA 5. 6. 1974	Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters	Die Volljährigkeit und die Ehemündigkeit beginnen bei Mann und Frau mit Vollendung des 18. Lebensjahres.	31. 7. 1974 BGBl. I S. 1713
26. 4. 1974	Fünftes Gesetz zur Reform des Strafrechts (5. Strafrechtsreformgesetz)	Straffreiheit für Schwangerschaftsabbruch zwischen dem 14. Tag und dem Ende des 3. Monats nach Empfängnis, danach Straffreiheit nur bei medizinischer oder kindlicher Indikation. Straffreie Abtreibung nur nach ärztlicher Beratung. Meldepflicht. Werbung und Vertrieb von Abtreibungshilfsmitteln bleiben verboten. Amnestievorschriften.	18. 6. 1974 BGBl. I S. 1297
5. 6. 1974, nach VerMA 25. 7. 1974	Gesetz zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung (Einkommensteuerreformgesetz)	Einfügung des Gesetzentwurfs zum Familienlastenausgleich in das Einkommensteuerreformgesetz. Progressionsunabhängige Steuerentlastung vom 1. Kind an. Umstellung der steuerlichen Entlastung auf Abzüge von der Steuerschuld. Erhöhung der Höchstbeträge für Versorgungsaufwendungen, Sonderregelungen für die Besteuerung der Einkünfte im Alter, Zusammenfassung von Sparprämien- und Wohnungsbauprämienengesetz. Einkommenshöchstgrenze für Sparförderung. Ausdehnung der Proportionalzone des Einkommensteuertarifs und Neuregelung von Lohnsteuer- und Prämienverfahren.	5. 8. 1974 BGBl. I S. 1769

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
18. 6. 1974	Gesetz zur Neuordnung und Bereinigung des Rechts im Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Gesetz zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts)	Erhöhter Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsschäden und Täuschung. Zulassung von Zusatzstoffen, Anforderungen an Kosmetika und Bedarfsgegenstände. Ermächtigung zum Verbot bestimmter Stoffe. Verbot der gesundheitsbezogenen Werbung für Tabakerzeugnisse, Lebensmittel und Kosmetika.	15. 8. 1974 BGBl. I S. 1945
20. 6. 1974, nach VermA 10. 7. 1974	Gesetz zu dem Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik	Normalisierung der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Das Münchener Abkommen von 1938 wird, mit Einschränkungen nach Maßgabe dieses Vertrages, für nichtig ex nunc erachtet. Insbesondere die auf Grund des Münchener Abkommens getroffenen Folgeeregungen, die die Rechtsverhältnisse der Sudetendeutschen zwischen 1938 und 1945 betreffen, bleiben unberührt. Der Vertrag orientiert sich an der Charta der Vereinten Nationen und bekräftigt ausdrücklich den Verzicht auf Gewaltanwendung.	12. 7. 1974 BGBl. II S. 989
17. 10. 1974	Zweites Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum (Zweites Wohnraumkündigungsschutzgesetz)	Die Vorschriften über den Kündigungsschutz werden als Dauerrecht Bestandteile des Mietrechts des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Das Verfahren zur Erlangung von ortsüblichen Vergleichsmieten wird in einem Gesetz zur Regelung von Mieterhöhungen geregelt, um veränderten wohnungswirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen zu können.	18. 12. 1974 BGBl. I S. 3603
12. 12. 1974, nach VermA 12. 12. 1975	Hochschulrahmengesetz	Die verschiedenen Hochschularten werden zu Gesamthochschulen zusammengeführt. Neu geregelt werden der Hochschulzugang bei Zulassungsbeschränkung, die Studiengänge, Personalstruktur sowie Selbstverwaltung, Mitbestimmung und Organisation der Hochschulen und deren Planungsverfahren.	26. 1. 1976 BGBl. I S. 185

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
19. 6. 1975, nach VermA 3. 10. 1975	Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil –	Vereinheitlichung des Sozialrechts durch Einführung eines Sozialgesetzbuchs, zunächst des „Allgemeinen Teils“. Das Sozialgesetzbuch umfaßt folgende Bereiche: Ausbildungsförderung einschließlich der besonderen Förderung Schwerbehinderter, Sozialversicherung, soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden, Kindergeld- und Wohngeldrecht, Jugend- und Sozialhilfe. Änderungen einschlägiger Gesetze.	11. 12. 1975 BGBl. I S. 3015
6. 11. 1975, nach VermA 12. 12. 1975	Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz)	Änderungen von insgesamt 42 ausgabewirksamen Gesetzen. Die zu erzielenden Einsparungen entlasten bereits den Bundeshaushalt 1976 um ca. 500 Mio. DM.	18. 12. 1975 BGBl. I S. 3091
6. 11. 1975, nach VermA 12. 2. 1976	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz)	Rechte und Pflichten der Gefangenen und Unterbrachten sowie die Leistungspflichten und Eingriffsbefugnisse der Vollzugsbehörden werden geregelt. Grundlagen für die Errichtung und Ausstattung der Vollzugseinrichtungen und Fortentwicklung der Behandlungsmethodik.	16. 3. 1976 BGBl. I S. 581
11. 12. 1975, nach VermA 8. 4. 1976	Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts (1. Eherechtsreformgesetz)	Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Das Schuldprinzip wird durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt, das Unterhaltsrecht zugunsten des sozial schwächeren Partners geändert. Für Ehesachen sind künftig Familiengerichte zuständig.	14. 6. 1976 BGBl. I S. 1421
23. 1. 1976, nach VermA 1. 4. 1976	Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz)	Festsetzung des Mindestalters für die Zulassung zur Arbeit im Grundsatz auf 15 Jahre. Einführung der 5-Tage-Woche mit 40 Arbeitsstunden. Freistellung der Jugendlichen von der Arbeit im Betrieb an Berufsschultagen. Ausdehnung der Nachruhe von 20 bis 6 Uhr auf 20 bis 7 Uhr. Verlängerung des Urlaubs, z. B. bei einem Jugendlichen, der noch nicht 16 Jahre alt ist, auf 30 Werktage. Verstärkung des Gesundheits- und Gefahrenschutzes durch besondere Beschäftigungsverbote. Erweiterung der gesundheitlichen Betreuung durch das Angebot jährlicher ärztlicher Untersuchungen. Änderung u. a. des Seemannsgesetzes, des Berufsbildungsgesetzes, der Handwerksordnung, des Bundesbeamtengesetzes und des Beamtenrechtsrahmengesetzes.	12. 4. 1976 BGBl. I S. 965

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
18. 3. 1976	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)	In Unternehmen mit Rechtspersönlichkeit und mehr als 2.000 Beschäftigten wird die Mitbestimmung der Arbeitnehmer eingeführt. Die Aufsichtsräte werden je zur Hälfte mit Vertretern der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, leitende Angestellte, Gewerkschaftsvertreter) und der Anteilseigner besetzt. Bei Stimmgleichheit im Aufsichtsrat entscheidet der Vorsitzende. Außer in Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA) wird ein Arbeitsdirektor bestellt, der gleichberechtigtes Mitglied des zur gesetzlichen Vertretung des Unternehmens berechtigten Organs ist.	4. 5. 1976 BGBl. I S. 1153
6. 5. 1976, nach VerMA 24. 6. 1976	Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelrechts (Arzneimittelrechtsneuordnungsgesetz)	Inhaltliche und systematische Umgestaltung des geltenden Arzneimittelrechts zur Verbesserung der Arzneimittelsicherheit. Das bisherige Registrierungsverfahren wird in ein Zulassungsverfahren umgewandelt. Voraussetzung für die Zulassung eines Medikaments ist künftig der Nachweis seiner Qualität, Unbedenklichkeit und Wirksamkeit.	24. 8. 1976 BGBl. I S. 2445
20. 5. 1976	Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz)	Von allen öffentlichen und privaten Einleitern von Abwasser wird eine Abwasserabgabe erhoben, deren Höhe sich nach der Schädlichkeit und dem „Restschmutz“ richtet. Sie beträgt bis zum Jahresende 1979 25 DM, ab 1. 1. 1980 40 DM je Schadeneinheit und Jahr. Die Einnahmen, die kostendeckend ausgestaltet sind, unterliegen einer Zweckbindung für Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte.	13. 9. 1976 BGBl. I S. 2721

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzstests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
3. 6. 1976, nach VermA 10. 11. 1976	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz)	Festlegung allgemeiner Rahmenvorschriften für einen bundeseinheitlichen Naturschutz und eine aktive Landschaftspflege unter Einbeziehung der Stadtregionen und Verdichtungsräume. Vorschriften für den Schadensausgleich bei Eingriffen in den Landschaftshaushalt, wobei ordnungsmäßige landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und fischereiwirtschaftliche Nutzung nicht als Eingriff in Natur und Landschaft gilt.	20. 12. 1976 BGBl. I S. 3573
10. 6. 1976	Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	Das Instrumentarium zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wird verbessert durch neue bzw. geänderte Strafvorschriften für Subventionsbetrug, Kreditbetrug, Wucher und Konkursstraftatbestände. Für SOLLKAUFLEUTE wird die Pflicht zu ordnungsgemäßer Buchführung eingeführt; für die Aufstellung der Bilanz gilt eine Frist von neun Monaten. Personengesellschaften ohne natürliche Person als persönlich haftendem Gesellschafter werden den Kapitalgesellschaften gleichgestellt, der Konkursgrund Überschuldung auf diese ausgedehnt.	29. 7. 1976 BGBl. I S. 2034
10. 6. 1976, nach VermA 10. 11. 1976	Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundes-Datenschutzgesetz)	Neuordnung des Rechts des Schutzes der Privatsphäre von Mißbräuchen bei der Datenverarbeitung auf Bundesebene. Einbeziehung aller schutzwürdigen Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens ohne Rücksicht auf die bei der Datenverarbeitung angewendeten Methoden. Regelung der beim Umgang mit personenbezogenen Daten besonders schutzbedürftigen Phasen des Einspeicherns, Weitergebens, Veränderns und Löschens. Der betroffene Bürger hat Anspruch auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, ferner auf Berichtigung, Sperrung und Löschung.	27. 1. 1977 BGBl. I S. 201
24. 6. 1976	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes [Anti-Terror-Gesetz]	Zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten erfaßt ein neuer Tatbestand (§ 129a StGB) gesondert kriminelle Vereinigungen, die schwere und schwerste Verbrechen begehen, als „Terroristische Vereinigungen“ und stellt sie unter erhöhte Strafandrohung. Die erste Zuständigkeit für die Verfolgung von Straftaten liegt beim Generalbundesanwalt. Der Verteidigerverkehr mit einem entsprechend Beschuldigten wird überwacht.	18. 8. 1976 BGBl. I S. 2181

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
24. 6. 1976, nach VerMA 10. 11. 1976	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz)	Die vertragliche Vereinbarung allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB) wird normiert, u. a. durch Vorschriften über unwirksame Klauseln, die in eine Generalklausel als Auffangtatbestand und zwei Kataloge unzulässiger Einzelklauseln gegliedert sind, um eine Inhaltskontrolle zugunsten des wirtschaftlich schwächeren Letztverbrauchers zu ermöglichen. Unzulässig sollen Klauseln sein, welche z. B. die gesetzlichen Gewährleistungsfristen verkürzen, die Beweislast zum Nachteil des Käufers ändern oder die Wirksamkeit vertraglicher Nebenabreden von der Einhaltung der Schriftform abhängig machen.	9. 12. 1976 BGBl. I S. 3317
30. 6. 1976	Einführungsgesetz zum Körperschaftsteuerreformgesetz	Zusammenfassung der durch die Körperschaftsteuerreform erforderlich gewordenen Folgeänderungen des Körperschaftsteuer- und des Einkommensteuergesetzes. Die doppelte Besteuerung ausgeschütteter Gewinne von Kapital-, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird damit beseitigt.	9. 6. 1976 BGBl. I S. 2641
30. 6. 1976	Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung (Ausbildungsplatzförderungsgesetz)	Festlegung der Finanzierung, Planung und Statistik der Berufsausbildung. Gründung des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Durchführung dieser Aufgaben.	7. 9. 1976 BGBl. I S. 2658

Hinweis

Zum Thema „Gesetzgebung“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 7.11 Stimmergebnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.14 Erklärungen zur Abstimmung
- 8.18 Stimmrecht der Berliner Abgeordneten
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 14.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

8. Wahlperiode (1976–80)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
13. 5. 1977, nach VermA 23. 6. 1977	Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz)	Neuabgrenzung des beitragsfreien Personenkreises in der Krankenversicherung der Rentner, Anhebung der Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze der Krankenversicherung auf 75 v.H. der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung. Die Vergütung der ärztlichen Leistung wird an gesamtwirtschaftliche und kostenorientierte Kriterien gebunden, das Vertrags- und Gebührenrecht medizinischen und gesundheitspolitischen Erfordernissen angepaßt. Zusammenwirken der Träger der Krankenversicherung und der Krankenhausträger bei der Aufstellung der Krankenhausbedarfspläne und der Gestaltung der Pflegesätze, Ausrichtung der Versorgung mit Arzneimitteln bei Wahrung der Therapiefreiheit an Kriterien der medizinischen Notwendigkeit und der Wirtschaftlichkeit.	27. 6. 1977 BGBl. I S. 1069
27. 5. 1977	Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes	Neuregelung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer durch Abschaffung des bisherigen Prüfungsverfahrens: Ungediente Wehrpflichtige erklären gegenüber dem Kreiswehrrersatzamt ihre Verweigerung zum Kriegsdienst und leisten statt dessen Zivildienst.	13. 7. 1977 BGBl. I S. 1229
29. 9. 1977	Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz [Kontaktsperregesetz]	Der Kontakt von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt kann völlig unterbunden werden, wenn gegenwärtige Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person besteht und der begründete Verdacht vorliegt, daß eine solche Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht.	30. 9. 1977 BGBl. I S. 1877
6. 10. 1977, nach VermA 27. 10. 1977	Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung	Durch zahlreiche Maßnahmen wie Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages, Anhebung des Grundfreibetrages, Verbesserung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und die Wiedereinführung der degressiven Gebäudeabschreibung erhebliche Steuermindereinnahmen.	4. 11. 1977 BGBl. I S. 1965
7. 10. 1977, nach VermA 8. 12. 1977	Gesetz zur Regelung zusätzlicher Fragen der Ausbildungsplatzförderung	Durch Erweiterung der im Ausbildungsplatzförderungsgesetz vorgesehenen Länderbefugnisse wird die Möglichkeit geschaffen, die vorgesehene Berufsausbildungsabgabe über Berufsgenossenschaften und die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung einzuziehen.	23. 12. 1977 BGBl. I S. 3108

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
16. 2. 1978	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung [Terrorismusbekämpfung]	Die Novelle erweitert in Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus die Rechtsgrundlagen für weitergehende Eingriffe: u. a. Durchsuchung von Wohnungen und Räumen, in denen Beschuldigte gem. § 129a StGB vermutet werden; Einrichtung von Kontrollstellen an öffentlichen Straßen und Plätzen nach richterlicher Anordnung zur Ergreifung von Tätern oder zur Sicherstellung von Beweismitteln; Maßnahmen zur Feststellung der Identität einer Person, die einer Straftat verdächtig ist, sowie auch gegen unverdächtige Personen; Einführung von Vorkehrungen („Trennscheibe“), die den Austausch von Gegenständen zwischen einsitzenden Beschuldigten und dem Verteidiger verhindern können.	14. 4. 1978 BGBl. I S. 497
8. 6. 1978	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	Aufnahme von vier neuen Eingriffstatbeständen: Straftatbestand der Sabotage (§ 87 StGB) sowie der Zersetzung gem. § 89 StGB zum Schutz der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin stationierten Truppen; Beschränkungsmöglichkeit gegen überwiegend aus Ausländern bestehende Geheimbünde gem. § 47 Abs.1 Nr.7 Ausländergesetz und eine Beschränkung beim Verdacht auf Bildung terroristischer krimineller Vereinigungen; Einführung einer Unterrichtspflicht des zuständigen Bundesministers über die Beschränkungsmaßnahmen gegenüber der zur Kontrolle vorgesehenen Dreier-Kommission.	13. 9. 1978 BGBl. I S. 1546

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des *Datenhandbuchs*, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
23. 6. 1978	Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens (Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz)	Das Widerspruchsverfahren im Asylrecht wird abgeschafft; für offensichtlich unbegründete Klagen wird ein abgekürztes Verfahren eingeführt, in dem in solchen Fällen eine Berufung nicht zugelassen ist.	25. 7. 1978 BGBl. I S. 1108
10. 5. 1979	Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs	Die in einem Arbeitsverhältnis stehende Mutter hat für insgesamt sechs Monate nach der Entbindung Anspruch auf Freistellung von der Arbeit. Das Mutterschaftsgeld wird bis zu 750 DM monatlich netto aus Bundesmitteln für die Dauer des Mutterschaftsurlaubs weitergezahlt.	25. 6. 1979 BGBl. I S. 797
25. 6. 1980	Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang (Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz)	Anpassung des deutschen Arbeitsrechts gemäß den EG-Richtlinien. Dabei werden der Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz bei der Begründung, Durchführung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses als Rechtsanspruch im BGB (§ 611a) normiert sowie der Anspruch auf die gleiche Vergütung eingeführt.	13. 8. 1980 BGBl. I S. 1308
25. 6. 1980	Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz)	Neu in den Verkehr gebrachte Stoffe unterliegen einer Prüfung auf gefährliche Eigenschaften und der Anmeldung bei der Überwachungsbehörde.	16. 9. 1980 BGBl. I S. 1718

9. Wahlperiode (1980–83)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
26. 5. 1981	Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz)	Einbeziehung aller selbständigen Künstler und Publizisten in die Rentenversicherung und in die gesetzliche Krankenversicherung, soweit sie nicht schon Mitglied einer Alters- oder Krankenversicherung sind. Künstler und Publizisten werden wie Arbeitnehmer mit einem halben Beitrag belastet. Die andere Beitragshälfte wird zu zwei Dritteln durch eine Künstlersozialabgabe und zu einem Drittel durch einen Bundeszuschuß finanziert.	27. 7. 1981 BGBl. I S. 705

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
1. 10. 1981, nach VermA 2. 12. 1981	Gesetz zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (Berufsbildungsförderungsgesetz)	Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. 12. 1980 ist das Ausbildungsförderungsgesetz vom 7. 9. 1976 für nichtig erklärt. Damit sind die erforderlichen Rechtsgrundlagen für das Bundesinstitut für Berufsbildung und seine Tätigkeit weggefallen. Der Gesetzentwurf übernimmt insoweit außer den Teilen Planung und Statistik die entsprechenden Regelungen des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes. Es werden Regelungen über die jährliche Berufsbildungsberichterstattung und die Berufsbildungsstatistik getroffen sowie die Rechtsgrundlagen für das Bundesinstitut für Berufsbildung in bezug auf dessen Errichtung, Aufgaben, Organe, Aufsicht, Finanzierung und Auskunftsrechte normiert.	23. 12. 1981 BGBl. I S. 1692
2. 12. 1981, nach VermA 4. 3. 1982	Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983)	Durch das Gesetz werden die Rechtsgrundlagen für eine nach dem Stand vom 19. 5. 1982 durchzuführende Volks- und Berufszählung mit gebäude- und wohnungstatistischen Fragen sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen gesetzt.	25. 3. 1982 BGBl. I S. 369
14. 5. 1982, nach VermA 25. 6. 1982	Gesetz über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz)	Einführung zahlreicher Maßnahmen zur Beschleunigung des Verwaltungs- und Gerichtsverfahrens, u. a. Einschränkung der Widerspruchs- und Berufungsmöglichkeit gegen Entscheidungen der Verwaltungsbehörden bei Asylanträgen.	16. 7. 1982 BGBl. I S. 946
16. 12. 1982	Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz)	Die bis zum 30. 6. 1986 befristete Regelung sieht vor, daß der Zivildienst um ein Drittel länger dauert als der jeweilige Grundwehrdienst. Der Antragsteller ist ohne persönliche Anhörung anzuerkennen, wenn die dargelegten Beweggründe das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu begründen geeignet sind und das tatsächliche Gesamtvorbringen und die dem Bundesamt bekannten sonstigen äußeren Tatsachen keine Zweifel an der Wahrheit der Angaben begründen.	28. 2. 1983 BGBl. I S. 203

Hinweis

Die an die Bundesregierung gerichteten Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines bestimmten Gesetzentwurfs sind in Abschnitt 6.19 zusammengestellt.

10. Wahlperiode (1983–87)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
1. 12. 1983	Fünfunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 21 Abs. 1)	Artikel 21 Abs. 1 Satz 4 GG wird in dem Sinne geändert, daß die Parteien über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihre Vermögen öffentlich Rechenschaft geben müssen.	21. 12. 1983 BGBl. I S. 1481
1. 12. 1983	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	Die Wahlkampfkostenerstattung wird für Bundestags- und Europaparlamentswahl von DM 3,50 auf DM 5,00 je Wahlberechtigten erhöht. Beim Präsidenten des Bundestages wird ein Wahl- und Spendenfonds eingerichtet, der u. a. für die Verwaltung solcher privaten Spenden zuständig ist, die nicht direkt an die Parteien fließen. Der jährliche Rechenschaftsbericht des Fonds ist als Bundestagsdrucksache zu veröffentlichen. Für Parteien, die mindestens 0,5 v. H. der gültigen Zweitstimmen erreicht haben, wird ein Chancenausgleichsbetrag gezahlt. An die Fraktionen des Bundestages wird ein im Bundeshaushalt auszubringender Zuschuß gezahlt. Den politischen Parteien wird der Gemeinnützigkeitsstatus zuerkannt. Die steuerlichen Spendenzuwendungsvorschriften werden zugunsten der Parteien geändert.	22. 12. 1983 BGBl. I S. 1577
19. 4. 1985	Beschäftigungsförderungsgesetz 1985	Um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, werden u. a. folgende Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht vorgenommen: Erleichterte Zulassung befristeter Arbeitsverträge mit Arbeitslosen bis 31. 12. 1991; arbeitsrechtliche Regelungen zur Teilzeitarbeit; Änderung der Sozialplanregelung des Betriebsverfassungsgesetzes; Erweiterung des Ausgleichsverfahrens für kleinere Unternehmen bei der Lohnfortzahlung; Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; längere Arbeitnehmerüberlassungen bis Ende 1991; schärfere Bestrafung bei illegaler Ausländerbeschäftigung.	26. 4. 1985 BGBl. I S. 710
21. 6. 1985	Gesetz zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung (Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz)	Frauen und Männer werden in der Hinterbliebenenrente durch Einführung der Hinterbliebenenrente mit Freibetrag ab 1986 gleichgestellt. Die Voraussetzungen für die Witwenrente werden auf die Witwerrente übertragen, d. h. der überlebende Ehegatte erhält eine Hinterbliebenenrente in Höhe von 60 v. H. der Rente des Verstorbenen.	11. 7. 1985 BGBl. I S. 1450

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
26. 9. 1985	Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987)	Schaffung der Rechtsgrundlagen für eine nach dem Stand vom 25. Mai 1987 (Zählungstichtag) durchzuführende Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung sowie Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (Arbeitsstättenzählung).	8. 11. 1985 BGBl. I S. 2078
20. 3. 1986	Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen [§ 116 Arbeitsförderungsgesetz]	Zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen wird das Arbeitsförderungsgesetz klarstellend geändert. Vom Arbeitskampf mittelbar betroffene Arbeitnehmer außerhalb des fachlichen Tarifgebiets erhalten Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld bei Arbeitsausfall infolge des Arbeitskampfes. Mittelbar betroffene Arbeitnehmer im umkämpften Tarifgebiet erhalten grundsätzlich keine Leistungen. Mittelbar betroffene Arbeitnehmer außerhalb des Tarifgebiets erhalten nur dann keine Leistung, wenn in ihrem eigenen Gebiet eine Forderung erhoben worden ist, die der Hauptforderung des Arbeitskampfes annähernd gleich ist.	15. 5. 1986 BGBl. I S. 740
18. 6. 1986	Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz)	Abfallbeseitigung im engeren Sinn, d.h. Einsammlung, Beförderung, Behandlung, Lagerung und Ablagerung von Abfällen, wird um Gesichtspunkte der Abfallverwertung und Abfallvermeidung ausgeweitet. Hauptziel der Verwertung von Abfällen ist Schutz des Bodens und der Gewässer, erwünschte Nebenfolge die Gewinnung von Sekundärrohstoffen und Energie.	27. 8. 1986 BGBl. I S. 1410
23. 10. 1986	Gesetz über das Baugesetzbuch	Rechtsvereinfachung baurechtlicher Vorschriften: Die Zusammenfassung von Bundesbaugesetz (BBauG) und Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) soll im Baugesetzbuch so behutsam erfolgen, daß für die Praxis keine Umstellungsschwierigkeiten entstehen. Der Gesetzentwurf berücksichtigt den zum 1. 1. 1988 beabsichtigten Abbau der Mischfinanzierung im Bereich des Städtebaus. Die Länder werden ermächtigt, innerhalb von 5 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes das Enteignungsverfahren, Teile des Erschließungsbeitragsrechts sowie das Ausgleichsbeitragsrecht in der Sanierung landesrechtlich zu regeln.	8. 12. 1986 BGBl. I S. 2191

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
7. 11. 1986	Erstes Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren (Opferschutzgesetz)	Umfassende Verbesserung der Rechtsstellung des Verletzten im Strafverfahren unter Wahrung der Verteidigungsbefugnisse des Beschuldigten. Die formellen Beteiligungsbefugnisse des Verletzten werden neu geregelt und erweitert. Insbesondere Opfern schwerer Straftaten wird durch Umgestaltung der Nebenklage eine herausgehobene Stellung eingeräumt. Bei der Erörterung persönlicher Umstände wird der Persönlichkeitsschutz des Verletzten verbessert. Dem Verletzten erwachsende Schadensersatzansprüche können schon im Strafverfahren geltend gemacht werden.	18. 12. 1986 BGBl. I S. 2496
5. 12. 1986	Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus	Die Tatbestandsalternativen des Gründens und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung werden nach § 129a StGB als Verbrechen eingestuft. Für Rädelführer und Hintermänner wird die Mindeststrafe erhöht, der Kreis der Katalogtaten erweitert. Die Anleitung zu bestimmten schweren Gewalttaten soll durch Einfügung eines neuen § 130a StGB wieder mit Strafe bedroht werden.	19. 12. 1986 BGBl. I S. 2566

11. Wahlperiode (1987–90)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
25. 11. 1988	Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz)	Begrenzung der Leistungen der Krankenversicherung auf das medizinisch Notwendige, u. a. Wegfall des Sterbegelds, Festsetzung von Festbeträgen für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel, Begrenzung der Kostenerstattung bei Zahnersatz auf 50 v. H. und Ersatz dieser Leistungen durch differenzierte Zuschußgruppen, Begrenzung des Zuschusses für offene Badekuren, Leistungsverbesserung zum Abbau von Versorgungsdefiziten, u. a. Ausbau der Leistungen für die häusliche Pflege von Schwerpflegebedürftigen.	20. 12. 1988 BGBl. I S. 2477

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
20. 4. 1989	Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz)	Neustrukturierung der Deutschen Bundespost durch Trennung der vom Bundesminister für Post und Telekommunikation wahrzunehmenden Hoheitsaufgaben von den Unternehmensaufgaben, die der Bundespost übertragen werden; Gliederung der Bundespost in drei öffentliche Unternehmen: Post-, Postbank- und Fernmeldedienste, geleitet nach unternehmerischen Grundsätzen von Unternehmensorganen (Vorstand/ Aufsichtsrat) unter politischer Aufsicht; Gewährung größerer Flexibilität im Personalbereich und im Bereich der Wirtschaftsführung; ordnungspolitische Reform der Neuabgrenzung zwischen Monopolbereich (Fernmeldenetz und Telefondienst) und Wettbewerbsbereich (sonstige Telekommunikationsdienste und Endgerätemarkt).	8. 6. 1989 BGBl. I S. 1026
21. 4. 1989	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten	Erhöhung des Strafrahmens für erpresserischen Menschenraub, Geiselnahme, Diebstahl von Waffen und Sprengstoff sowie für besonders schwere Fälle der Störung öffentlicher Betriebe, Erweiterung der Vorschrift über den Haftgrund der Wiederholungsgefahr; Verbot der Vermummung und passiven Bewaffnung bei öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel; Pönalisierung der Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Versammlung; Einführung einer befristeten Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten.	9. 6. 1989 BGBl. I S. 1059
9. 11. 1989	Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992)	Durchführung der Reform im bestehenden System der gesetzlichen Rentenversicherung; Bewältigung der Auswirkungen aus dem sich ändernden Altersaufbau der Bevölkerung; Anpassung und Weiterentwicklung der Mechanismen zur Stabilisierung der Finanzlage, Weiterentwicklung und Ergänzung wichtiger Strukturelemente: u. a. Regelung des Beitragssatzes und der Rentenanpassung, Neuordnung der beitragsfreien Zeiten; Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit und schrittweise Anhebung der Altersgrenze von 60 und 63 Jahren auf die Regelalterszeit von 65 Jahren ab dem Jahre 2001.	18. 12. 1989 BGBl. I S. 2261

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
29. 3. 1990	Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik	Schutz von Mensch und Umwelt vor möglichen Risiken der Gentechnik zu Forschungs- und zu gewerblichen Zwecken: einheitliche gesetzliche Regelung für gentechnische Arbeiten im geschlossenen System, die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt sowie das Inverkehrbringen solcher Organismen; Festlegung von Sicherheitsmaßnahmen, Genehmigungserfordernis, administrative Kontrolle und nachgehende Überwachung durch das Bundesgesundheitsamt, die Landesbehörden und die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit.	20. 6. 1990 BGBl. I S. 1080
26. 4. 1990	Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts	Gesetzliche Regelung für die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen, den Familiennachzug, die Aufenthaltsverfestigung und Aufenthaltsbeendigung, Erleichterung der Einbürgerung, Differenzierung der Aufenthaltstitel nach Grund, Zweck und erlaubter Dauer des Aufenthalts.	9. 7. 1990 BGBl. I S. 1354
31. 5. 1990	Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) (DDR-Investitionsgesetz)	Abbau steuerlicher Hemmnisse zur Förderung privater Investitionen aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR.	26. 6. 1990 BGBl. I S. 1143
31. 5. 1990, nach VerMA 19. 9. 1990	Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes	Zusammenfassung und Präzisierung der Rechtsgrundlagen über die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten in einem Artikelgesetz, besondere Berücksichtigung der Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung auf der Grundlage des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. 12. 1983.	20. 12. 1990 BGBl. I S. 2954
1. 6. 1990	Sechstes Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes	Verbesserung der Ausfuhrkontrollmöglichkeiten durch die Ermächtigung der Bundesregierung, im Verordnungswege eine Meldepflicht für Unternehmen einzuführen, die Materialien, Anlagen oder Ausrüstungen im kerntechnischen, biologischen oder chemischen Bereich sowie diesbezügliche Fertigungsunterlagen herstellen oder vertreiben.	20. 7. 1990 BGBl. I S. 1460

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
20. 6. 1990	Fünfundzwanzigstes Strafrechtsänderungsgesetz – § 201 StGB	Schaffung einer neuen Strafvorschrift betr. die öffentliche Mitteilung eines abgehört oder unbefugt auf einen Tonträger aufgenommenen nichtöffentlich gesprochenen Wortes, Nichtstrafbarkeit bei Überwiegen des öffentlichen Interesses.	20. 8. 1990 BGBl. I S. 1764

Hinweis

Das **Gesetzesregister** (Kapitel 33) enthält die im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Gesetze, unabhängig davon, ob sie verabschiedet und in Kraft getreten sind oder nicht. Es handelt sich dabei in der Reihenfolge der Abschnitte im wesentlichen um folgende Gesetze:

- Wahlgesetze (Abschnitt 1.1),
- die einzelnen Abgeordnetengesetze mit ihrem Inhalt (Abschnitt 2.3),
- Gesetze, die Inkompatibilitätsvorschriften enthalten (Abschnitt 2.9),
- Gesetze, die eine Berichtspflicht der Bundesregierung enthalten (Abschnitt 6.18),
- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs (Abschnitt 6.19),
- Gesetze, über die namentlich abgestimmt wurde (Abschnitt 8.14),
- Gesetze, zu denen von Mitgliedern des Bundestages Erklärungen zur Abstimmung abgegeben wurden (Abschnitt 8.16),
- Gesetze, die kontrovers verabschiedet wurden (Abschnitt 8.17),
- Gesetze, zu deren Beratung Unterausschüsse, Arbeitsgruppen oder Sonderausschüsse eingesetzt wurden (Abschnitt 9.2),
- Gesetze, zu denen öffentliche Anhörungen durchgeführt wurden (Abschnitt 9.8),
- Gesetze, die aufgrund eines Grundgesetz-Auftrages verabschiedet wurden (Abschnitt 11.2),
- Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer in jeder Wahlperiode (Abschnitt 11.7),
- Gesetze, die infolge von Zustimmungsversagungen oder Einsprüchen des Bundesrates gescheitert sind (Abschnitt 11.8),
- Gesetze, die der Bundespräsident nicht verkündet hat (Abschnitt 11.10),
- Gesetze, die das Bundesverfassungsgericht für nichtig oder verfassungswidrig erklärt hat (Abschnitt 11.13),
- Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden (Abschnitt 11.15),
- Gesetze, die im Entwurf getestet und deren Wirkung analysiert wurden (Abschnitt 11.16),
- Gesetze, die Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalten des Bundestages vorsehen (Abschnitt 11.18),
- 150 Gesetze, die zu den „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung gezählt werden (Abschnitt 11.19),
- Gesetze, die die Opposition im Bundestag mit Erfolg initiiert hat (Abschnitt 12.4),
- Gesetze, in denen Regelungen zur Parlamentsreform enthalten sind (Abschnitt 13.2),
- Grundgesetz-Änderungsgesetze (Abschnitt 14.2),
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe zu Grundgesetz-Artikeln (Abschnitt 14.4),
- parlamentsrechtliche Gesetze (Abschnitt 15.1),
- die Diätengesetze (Abschnitt 20.2),
- Gesetze, zu denen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Gesetzesmaterialien“ veröffentlicht haben (Abschnitt 22.3),
- Gesetze, die die Mitwirkung des Bundestages im europäischen oder internationalen Bereich vorsehen (Kapitel 24).

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
21. 6. 1990	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	Zustimmung zu dem am 18. 5. 1990 in Bonn unterzeichneten Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR zum 1. 7. 1990; Errichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“.	25. 6. 1990 BGBl. II S. 518
23. 8. 1990	Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990	Ratifizierung des am 3. 8. 1990 in Berlin unterzeichneten Staatsvertrags; Schaffung einer einheitlichen Rechtsgrundlage für die erste gesamtdeutsche Wahl durch Erstreckung des Geltungsbereichs des Bundeswahlrechts auf die Länder der DDR; Erhöhung der Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages von 518 auf 656; Ergänzung der Wahlkreiseinteilung um die auf die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin (Ost) entfallenden Kreise (Wahlkreise 257–328), Zulassung von Listenverbindungen verschiedener Parteien für die erste gesamtdeutsche Wahl; Behandlung Berlins als ein Land, Verkürzung bislang im Bundeswahlgesetz festgelegter Fristen und Termine.	29. 8. 1990 BGBl. II S. 813
20. 9. 1990	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz)	Zustimmung zu dem am 31. August in Berlin unterzeichneten Staatsvertrag; Beitritt der DDR mit ihren fünf Ländern zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990. Vereinigung von West- und Ost-Berlin zum Land Berlin, Regelung der Hauptstadtfrage, Bestimmung des 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag, Inkrafttreten des Grundgesetzes auf dem Gebiet der bisherigen DDR; Entsendung von 144 Abgeordneten der Volkskammer als vollstimmberechtigte Abgeordnete in den 11. Bundestag; zahllose Änderungen von Bundesgesetzen und -verordnungen in allen Bereichen.	23. 9. 1990 BGBl. II S. 885

Hinweise

Einen statistischen Überblick über den aktuellen Stand der Vermittlungsverfahren der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Deutschen Bundestag und Bundesrat.

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
5. 10. 1990	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland [Zwei-plus-Vier-Vertrag]	Ratifizierung des am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrages und der vereinbarten Protokollnotiz: Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Alliierten, Herstellung der vollen Souveränität des vereinten Deutschlands über seine inneren und äußeren Angelegenheiten, u. a. Bestätigung der Grenzen, befristeter Aufenthalt sowjetischer Truppen, Friedensverantwortung des vereinten Deutschland, Bekräftigung des Verzichts auf ABC-Waffen. Reduzierung der deutschen Streitkräfte auf 370 000 Mann in vier Jahren.	11. 10. 1990 BGBl. II S. 1317, 1331
24. 10. 1990	Gesetz zum Schutz von Embryonen (Embryonenschutzgesetz)	Festlegung rechtlicher Grenzen für die Anwendung der In-vitro-Fertilisation und der Gentechnologie beim Menschen, insbesondere Verbot eines Gentransfers in menschliche Keimbahnzellen, der gezielten Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken, der Verwendung menschlicher Embryonen zu nicht ihrer Erhaltung dienenden Zwecken, der extrakorporalen Befruchtung von Eizellen außerhalb eines einmaligen Behandlungsversuchs, des Klonens und der Erzeugung von Hybrid- und Chimärenwesen, der gezielten Festlegung des Geschlechts, der Mitwirkung an der Entstehung sog. gespaltener Mutterschaften sowie der Durchführung einer künstlichen Befruchtung bei Leihmüttern.	13. 12. 1990 BGBl. I S. 2746

12. Wahlperiode (1990–94)

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
15. 3. 1991	Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen	Beschleunigung der Privatisierung bisher volkseigener Unternehmen, der Rückgabe entzogener Unternehmen und der Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern.	22. 3. 1991 BGBl. I S. 766

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
14. 5. 1991	Gesetz zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen (Solidaritätsgesetz)	Verbesserung der Haushaltseinnahmen zur Finanzierung zusätzlicher Aufgaben im Mittleren Osten, Südost- und Osteuropa und in den neuen Bundesländern: Einführung eines auf die Zeit vom 1. 7. 1991 bis 30. 6. 1992 befristeten Solidaritätszuschlags zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer von 7,5 v. H., differenzierte Erhöhung der Mineralölsteuer auf Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas, Anhebung der Versicherungsteuer und der Tabaksteuer.	24. 6. 1991 BGBl. I S. 1318
4. 6. 1992	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgift-handels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität durch Einführung einer lebenslangen Freiheitsstrafe für Bandenmitglieder, Heraufstufung schwerer Fälle von Rauschgiftkriminalität von Vergehen zu Verbrechen, Erweiterung des § 129 Strafgesetzbuch auf ausländische kriminelle Vereinigungen, Einführung des Straftatbestands „Geldwaschen“, erweiterter Verfall von Vermögensgegenständen bei Betäubungsmitteltätern, Regelung des Einsatzes verdeckter Ermittler und von Überwachungsgeräten, Regelung für Rasterfahndungen und polizeiliche Beobachtungen.	15. 7. 1992 BGBl. I S. 1302
5. 6. 1992	Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens	Ausschöpfung aller legislatorischen und administrativen Möglichkeiten zur Beschleunigung der Asylverfahren: u. a. Asylantragstellung nur noch beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Unterbringung der Asylbewerber für die Dauer von 6 Wochen in zentralen Aufnahmeeinrichtungen der Länder, ggf. Erlaß von Abschiebungsandrohungen durch das Bundesamt, Straffung der Gerichtsverfahren durch Verkürzung der Klage- und Begründungsfristen.	26. 6. 1992 BGBl. I S. 1126
25. 6. 1992	Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz) [Reform § 218 StGB]	Schutz des vorgeburtlichen Lebens bei Anwendung des Prinzips Hilfe statt Strafe, Straffreiheit für den Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Wochen verbunden mit einer obligatorischen Beratung, Rechtsanspruch auf Sexualaufklärung, kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln an Versicherte bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres, sozial flankierende Maßnahmen für Familien.	27. 7. 1992 BGBl. I S. 1398

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
2. 12. 1992	Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union [Vertrag von Maastricht]	Ratifizierung des am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichneten Vertrags: Gründung der Europäischen Union als Rahmen für die Europäischen Gemeinschaften; Neudefinition der Aufgaben, Ziele und Politiken der EG; schrittweise Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion: Errichtung eines Europäischen Währungsinstituts (EWI) mit Beginn der zweiten Stufe (Vorbereitungsstufe) am 1. Januar 1994; Festlegung von Konvergenzkriterien für die an der Endstufe teilnehmenden Mitgliedstaaten, Errichtung eines Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und einer Europäischen Zentralbank (EZB) mit Beginn der Endstufe; Einführung einer einheitlichen Währung (ECU); Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen, u. a. in den Bereichen Verbraucherschutz, trans-europäische Netze, Forschungsförderung und Umweltschutz; Fortentwicklung der Bestimmungen über die Organe, Verfahren und institutionellen Mechanismen der EG; Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im Vertrag; Schaffung eines Ausschusses der Regionen; Einführung der Unionsbürgerschaft, verbunden mit dem Wahlrecht zum Europäischen Parlament (1993) und dem kommunalen Wahlrecht (1994) nach dem Wohnsitzprinzip; Einführung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik anstelle der bisherigen Zusammenarbeit im Rahmen der EPZ; Entwicklung der Westeuropäischen Union als Verteidigungskomponente der Europäischen Union; Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments; Zusammenarbeit in der Einwanderungs- und Asylpolitik, der Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten internationalen Kriminalität; Einrichtung einer europäischen Polizeibehörde (Europol); Fortentwicklung der Sozialpolitik durch elf Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Großbritanniens).	28. 12. 1992 BGBl. II S. 1251

Hinweis

Einen statistischen Überblick über den **aktuellen Stand der Gesetzgebung** der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Sach- und Sprechregister des Deutschen Bundestages und dem Arbeitsbereich Dokumentation und Datenverarbeitung des Bundesrates.

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
9. 12. 1992	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz)	Sicherung der finanziellen Grundlagen und der Beitragssatzstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung durch zahlreiche Maßnahmen: (1) im Krankenhausbereich u. a. durch Zuzahlungsregelung bei Krankenhausbehandlung; (2) in der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung; (3) im Arzneimittelbereich u. a. durch Zuzahlungsregelung; (4) durch eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung und (5) durch Beitragsbemessung für freiwillig versicherte Rentner.	21. 12. 1992 BGBl. I S. 2266
26. 5. 1993	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18)	Beibehaltung des Individualgrundrechts auf Asyl, Möglichkeit der Zurückweisung von Asylbewerbern bei Einreise aus sicheren Drittstaaten, Erstellung einer Liste von Nichtverfolgerstaaten, Regelung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen, Ermöglichung der Ratifikation des Schengener Übereinkommens und des Dubliner Asylrechtsübereinkommens unter Übernahme aller daraus folgende Rechte und Pflichten.	28. 6. 1993 BGBl. I S. 1002
27. 5. 1993	Gesetz über Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, zur langfristigen Sicherung des Aufbaus in den neuen Ländern, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms)	Anpassung von Staat und Wirtschaft an die veränderten Bedingungen und Aufgaben nach Herstellung der deutschen Einheit durch ein Gesamtkonzept: Zusammenfassung der Kreditmarktschulden aus der Treuhandanstalt und dem Kreditabwicklungsfonds ab 1. Januar 1995 in einem innerhalb von 30 Jahren zu tilgenden Erblastentilgungsfonds.	23. 6. 1993 BGBl. I S. 944

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
1. 10. 1993, nach VermA 25. 11. 1993	Erstes Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes	Anpassung des Gentechnikgesetzes an den neuesten Erkenntnisstand und Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen der auf dem Gebiet der Gentechnik tätigen deutschen Forschung; Verkürzung der Genehmigungs- und Anmeldefristen für gentechnische Anlagen und gentechnische Arbeiten in den unteren Sicherheitsstufen; Beschränkung des Erfordernisses eines Anhörungsverfahrens auf bestimmte gentechnische Anlagen der Sicherheitsstufe 2; Erleichterung der Verfahren für die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen, Angleichung des Gesetzes an geltendes EG-Recht.	16. 12. 1993 BGBl. I S. 2059
22. 10. 1993, nach VermA 29. 4. 1994	Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz)	Umfassende Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger durch Einführung einer eigenständigen sozialen Pflegeversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung; Vorrang der Hilfen zur häuslichen Pflege; Kostentlastung bei pflegebedingten Aufwendungen in der stationären Pflege; Übernahme der Kosten für Unterkunft und Verpflegung in Eigenleistung; versicherter Personenkreis analog zur Krankenversicherung; Versicherungsschutz der privat Krankenversicherten; stufenweise Einführung der Leistungen.	26. 5. 1994 BGBl. I S. 1014
2. 12. 1993	Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz)	Umsetzung der Strukturreform der Bundeseisenbahnen: Zusammenfassung der Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn zu einem einheitlichen Bundeseisenbahnvermögen und dessen Gliederung in einen unternehmerischen und einen Verwaltungsbereich; Umwandlung des unternehmerischen Bereichs des Bundeseisenbahnvermögens in eine Aktiengesellschaft, personelle Regelungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Bundeseisenbahnvermögens; Übertragung der hoheitlichen Aufgaben des Verwaltungsbereichs des Bundeseisenbahnvermögens auf ein zu errichtendes Eisenbahn-Bundesamt als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde; Finanzierung der Schienenwege durch den Bund, Ausbau nach Bedarfsplan, Übertragung des Eigentums an den Schienenwegen auf die Deutsche Bahn AG; Neufassung des Ordnungsrahmens für den gewerblichen Eisenbahnverkehr, Öffnung der Schienennetze für alle Eisenbahnverkehrsunternehmen, Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs.	27. 12. 1993 BGBl. I S. 2378

Tag der Verabschiedung im Bundestag	Gesetzes-Titel	Gesetzes-Inhalt	Gesetz vom .../ verkündet
10. 3. 1994	Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz)	Gesetzliche Festlegung von Berlin als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung; Festlegung einer fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn durch Ansiedlung von Bundesministerien in Berlin und Bonn; Unterstützung der Städte Berlin und Bonn bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen; Ausgleich für die Region Bonn, u. a. durch Verlagerung von Einrichtungen des Bundes, sowie für betroffene Mitarbeiter.	26. 4. 1994 BGBl. I S. 918
20. 5. 1994, nach VermA 6. 9. 1994	Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz)	Regelung und Finanzierung der Entschädigung für in der DDR entschädigungslos enteignete Vermögenswerte; Gewährung einer Geldentschädigungspauschale unter Verrechnung bisher erhaltener Gegen- oder Lastenausgleichsleistungen; Errichtung eines Entschädigungsfonds aus Beiträgen derjenigen, die nicht rückgebbare Vermögenswerte behalten oder verwerten; Belastung derjenigen mit einer Vermögensabgabe, die eine höhere als ihrem Anteil entsprechende Rückgabe erhalten.	27. 9. 1994 BGBl. I S. 2624
29. 6. 1994	Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz)	Gewährleistung einer weltweiten Wettbewerbsfähigkeit durch Umwandlung der öffentlichen Unternehmen der Deutschen Bundespost in Aktiengesellschaften; Regelung des ordnungspolitischen Rahmens und der dem Bund verbleibenden hoheitlichen Aufgaben zur Sicherstellung von flächendeckend angemessenen und ausreichenden Dienstleistungen u. a. durch Errichtung einer Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost.	14. 9. 1994 BGBl. I S. 2325
6. 9. 1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a)	Änderungen in Art. 3 Grundgesetz betr. Gleichberechtigung und Behinderte, Art. 28 Grundgesetz betr. finanzielle Eigenverantwortung, Art. 72, 74, 75, 76 und 77 Grundgesetz betr. Gesetzgebungskompetenzen, Art. 80 Grundgesetz betr. Rechtsverordnungen, Art. 87 Grundgesetz betr. Sozialversicherungsträger, Art. 93 Grundgesetz betr. Verfassungsbeschwerde; Einfügung der Art. 20a Grundgesetz betr. Umweltschutz, 118a Grundgesetz betr. Länderneugliederung der Länder Berlin und Brandenburg sowie 125a Grundgesetz betr. Fortgeltung von Bundesrecht.	27. 10. 1994 BGBl. I S. 3146

12 Kontrolltätigkeiten

Überblick

	Seite
12.1	2638
– Gesamtübersicht (S. 2639)	
– Große Anfragen (S. 2640)	
– Kleine Anfragen (S. 2642)	
– Mündliche/Schriftliche Fragen (Fragestunde) (S. 2644)	
– Dringliche Anfragen (S. 2645)	
– Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen (S. 2646)	
– Die „SPIEGEL-Fragestunde“ vom November 1962 (S. 2651)	
– Die Themen der Großen Anfragen (S. 2654)	
12.2	2705
– Statistische Übersicht (S. 2706)	
– Tabellarische Übersicht (S. 2708)	
– Thematische Schwerpunkte (S. 2741)	
12.3	2742
– Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung	
– Kabinettsberichterstattung in der 7. Wahlperiode (S. 2742)	
– Kabinettsberichterstattung in der 10. Wahlperiode (S. 2744)	
– Regierungsbefragungen ab der 11. Wahlperiode (S. 2745)	
– Absetzung einer Regierungsbefragung (S. 2756)	
12.4	2757
– Kooperative und kompetitive Oppositionsstrategie (S. 2758)	
– Oppositionelles Verhalten: Statistik (S. 2759)	
– Erfolgreiche Gesetzesinitiativen der Opposition: Statistik (S. 2764)	
– Liste der direkt erfolgreichen Gesetzesinitiativen der Opposition (S. 2766)	
– „Schattenkabinette“ (S. 2771)	
– Untersuchungen zum oppositionellen Verhalten in einzelnen Wahlperioden (S. 2773)	
12.5	2775
– Die im Bundestag geltenden absoluten Minderheitenrechte (S. 2777)	
12.6	2783
– Änderungen des Bundestages am Gesamtvolumen des Haushaltsplans (S. 2783)	
– Haushaltsberatungen (S. 2786)	
– Finanzwirksame Gesetze (S. 2805)	
– Rechnungsprüfung und Entlastung der Bundesregierung (S. 2806)	

Hinweis

Untersuchungsergebnisse zum Erfolg von Oppositionsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht sind in einem zusätzlichen Unterabschnitt innerhalb des Abschnitts 11.12 zusammengestellt.

noch: Überblick		Seite
12.7	Parlamentarische Kontrollkommissionen	2809
	– Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) (S. 2810)	
	– Gremium gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (S. 2812)	
	– Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste (S. 2813)	
	– Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium) gemäß § 10a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung (S. 2814)	
	– Gremium nach § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes (S. 2815)	
12.8	Technologie-Bewertung	2816
	– Chronik der Einrichtung einer Beratungskapazität beim Bundestag (S. 2817)	
	– Veröffentlichungen des TAB (S. 2828)	
	– Projekte des Büros für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) seit 1991 (S. 2833)	

Vorbemerkung

Zu den parlamentarischen Kontrollrechten und -tätigkeiten*) zu rechnen, jedoch an anderer Stelle im **Datenhandbuch** dargestellt, sind ferner

- Wahlprüfung (siehe Abschnitt 1.24),
- Rechenschaftsberichte der Parteien (siehe Abschnitt 1.30),
- Immunitätsangelegenheiten (siehe Abschnitt 2.4),
- Regierungserklärungen (siehe Abschnitt 6.11),
- das konstruktive Mißtrauensvotum (siehe Abschnitt 6.14),
- Vertrauensfrage des Bundeskanzlers (siehe Abschnitt 6.15),
- Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern (siehe Abschnitt 6.16),
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern (siehe Abschnitt 6.17),
- Berichte der Bundesregierung an den Bundestag (siehe Abschnitt 6.18),
- Sondersitzungen (siehe Abschnitt 8.5),
- kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze (siehe Abschnitt 8.17),
- Öffentliche Anhörungen (siehe Abschnitt 9.8),
- die Registrierung von Interessenverbänden (siehe Abschnitt 9.9),
- Untersuchungsausschüsse (siehe Abschnitt 9.10),
- Enquete-Kommissionen (siehe Abschnitt 9.11),
- Vermittlungsverfahren (siehe Abschnitt 11.9),
- Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages (siehe Abschnitt 11.18),
- Funktionenkataloge für das Parlament (siehe Abschnitt 13.1),
- das Petitionswesen (siehe Kapitel 17),
- der Wehrbeauftragte des Bundestages (siehe Kapitel 18).

*) Vgl. anstelle vieler *Winfried Steffani*, Formen, Verfahren und Wirkungen der parlamentarischen Kontrolle. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis. Ein Handbuch* hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1325–1367.

12.1 Anfragen

Anfragen sind die am häufigsten angewandten Kontrollinstrumente des Bundestages. Die Geschäftsordnung in der gegenwärtigen Fassung unterscheidet zwischen

- Großen Anfragen,
- Kleinen Anfragen,
- Mündlichen Anfragen (Fragestunde) und Schriftlichen Fragen.*)

Für diese folgenden drei bzw. vier Arten der Anfragen gelten unterschiedliche Verfahrensvorschriften, die zudem im Verlauf der letzten Jahre teilweise geändert worden sind.

Charakteristisch ist

- für die Großen Anfragen (früher Interpellationen genannt), daß hierbei über die Antwort der Bundesregierung eine Beratung (Aussprache) zulässig ist, während der auch Entschließungsanträge gestellt werden können;
- für die Kleinen Anfragen, daß sie grundsätzlich nur im schriftlichen Verfahren abgewickelt werden, d. h. Frage und Antwort werden als Bundestags-Drucksache verteilt;
- für die Mündlichen Anfragen der 1952 eingeführten Fragestunde die seither entwickelte Vielseitigkeit und Vielfalt in ihren Anwendungsmöglichkeiten (z. B. Thematik, beschleunigtes Verfahren bei Dringlichen Anfragen, schriftliche Beantwortungsmöglichkeit).

In diesem Abschnitt werden zum Thema Anfragen folgende Statistiken veröffentlicht:**)

- Gesamtübersicht,
- Große Anfragen,
- Kleine Anfragen,
- Mündliche Anfragen (Fragestunde)/Schriftliche Fragen,
- Dringliche Fragen,
- Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen.

An die Statistiken schließen sich eine Schilderung der legendären „SPIEGEL-Fragestunde“ vom November 1962 und eine Aufstellung der Themen der Großen Anfragen an.

*) Vgl. anstelle vieler *Sven Hölscheidt*, Frage und Antwort im Parlament. Rheinbreitbach 1992.

***) Quellen:

1. bis 4. Wahlperiode: *Karl Sauer*, Das Interpellationsrecht in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Bayern. München 1968. S. 86 ff.

5. und 6. Wahlperiode: *Leo Kißler*, Die Öffentlichkeitsfunktion des Deutschen Bundestages. Theorie, Empirie, Reform. Berlin 1976. S. 635 ff.; *Leo Kißler*, Der Deutsche Bundestag. Eine verfassungssystematische, verfassungsrechtliche und verfassungsinstitutionelle Untersuchung. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Bd. 26. 1977. S. 91 ff.; *Hans-Joachim Veen*, Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969–1972. Bonn 1976. S. 126 ff.

ab 7. Wahlperiode: Unterlagen des Sach- und Sprechregisters des Deutschen Bundestages.

Geringfügige Abweichungen in der Literatur dürften darauf beruhen, daß teilweise alle eingereichten (einschließlich der später zurückgezogenen oder nicht beantworteten) Anfragen und teilweise nur die tatsächlich erledigten Anfragen gezählt wurden – von möglichen Zähl- oder Druckfehlern abgesehen.

Hinweis

Zur Beteiligung der Opposition an den einzelnen Arten der Anfragen siehe Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Gesamtübersicht

In die folgende Statistik wurde neben den Fragestunden zum Vergleich auch die Zahl der Aktuellen Stunden aufgenommen. In den weiteren Statistiken ist aufgegliedert, von welchen Fraktionen und Abgeordneten die einzelnen Fragearten eingereicht wurden.

	1. WP 1949–53	2.WP 1953–57	3.WP 1957–61	4.WP 1961–65	5.WP 1965–69	6.WP 1969–72	7.WP 1972–76	8.WP 1976–80	9.WP 1980–83	10.WP 1983–87	11.WP 1987–90	12.WP 1990–94
Große Anfragen	160	97	49	35	45	31	24	47	32	175	145	98
Kleine Anfragen	355	377	411	308	488	569	480	434	297	1 006	1 419	1 382
Mündliche Anfragen (Fragestunde)	392	1 069	1 536 ³⁾	4 786 ³⁾	10 733 ³⁾	6 966	12 925	11 826	4 971	7 028	4 134	4 215
Schriftliche Einzelfragen	–	–	–	–	–	4 107	5 572	11 641	9 413	15 836	16 117	16 665
Zahl der Fragestunden	16 ¹⁾	44	96	178	223	176	168 ²⁾	135	79	142	107	121
Zahl der Aktuellen Stunden	–	–	–	2	17	8	20	9	12	117	126	103

1) Erste Fragestunde erst in der 187. Sitzung am 23. Januar 1952.

2) Der Rückgang der Zahl der Fragestunden ist dadurch bedingt, daß der Bundestag 1973/74 dazu überging, anstelle von drei Fragestunden zu je 60 Minuten zwei Fragestunden zu je 90 Minuten pro Sitzungswoche durchzuführen.

3) darunter auch schriftlich beantwortete Fragen

★ Die Gesamtzahl der verschiedenen parlamentarischen Anfragen in der Zeit von der 1. bis zur 12. Wahlperiode (1949–94) beträgt: bei den **Großen Anfragen 938**, bei den **Kleinen Anfragen 7 526**, bei den **Mündlichen Anfragen für die Fragestunde 70 584** und bei den **Schriftlichen Anfragen (ab der 6. Wahlperiode) 79 351. 639** Anfragen waren **Dringliche Anfragen**. Die Gesamtzahl der **Fragestunden** im gleichen Zeitraum beläuft sich auf **1 485**.

■ Die Statistiken über die Anfragen in der 13. Wahlperiode werden im NACHTRAG unter 12.1 so detailliert wie zum Zeitpunkt der Drucklegung des dritten Bandes des *Datenhandbuchs* möglich mitgeteilt.

Hinweis

In Abschnitt 12.4 ist zum oppositionellen Verhalten zusammengestellt, in welchem Ausmaße die jeweilige Opposition in einer jeden Wahlperiode die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien (Gesetzesinitiativen, Anfragen, Beteiligung an der Aussprache über die Regierungserklärungen, Mißbilligungsanträge usw.) in Anspruch genommen hat.

Große Anfragen

„Die Entscheidung für eine bestimmte Frageart ist politischer Natur. Sie wird aufgrund der politischen Einschätzung des Fragegegenstands und unter Berücksichtigung der Normierungen der einzelnen Fragearten in der GOBT gefällt.

Tendenziell wird die Große Anfrage im Hinblick auf die mit ihr verbundene Debattenmöglichkeit für besonders bedeutsame Sachkomplexe gewählt, wenn diese auch später nicht immer genutzt wird. Sie steht oben in der Hierarchie der Frageinstrumente.

Allerdings kann aus der Sicht der 11. Legislaturperiode wohl nicht mehr gesagt werden, bei den Großen Anfragen gehe es um generelle politische Grundsatzprobleme, während bei der Kleinen Anfrage die Sach- und Leistungskontrolle im Vordergrund stehe.“*)

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Große Anfragen insgesamt	160	97	49	35	45	31	24	47	32 ¹⁾	175 ²⁾	145 ³⁾	98 ⁴⁾
davon eingebracht von (Anzahl):												
– CDU/CSU	31	7	2	2	13	25	18	33	24	0	0	0
– SPD	61	51	31	24	10	0	0	0	0	61	57	55
– FDP	12	14	11	5	14	0	0	0	0	0	0	0
– DP	0	2	0	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– GRÜNE ⁵⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	87	68	13
– PDS bzw. PDS/LL ⁶⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	16
– CDU/CSU und SPD	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– CDU/CSU und FDP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	27	18	11
– CDU/CSU, SPD und FDP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
– CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	1
– SPD und FDP	0	0	0	0	0	6	6	14	8	0	0	0
– interfraktionell ⁷⁾	56	23	5	4	8	0	0	0	0	0	0	1
– einzelne Abgeordnete	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0

davon eingebracht von (in %):												
- CDU/CSU	19,4	7,2	4,1	5,7	28,8	80,6	75,0	70,2	75,0	-	-	-
- SPD	38,1	52,6	63,3	68,6	22,2	-	-	-	-	34,9	39,3	56,1
- FDP	7,5	14,4	24,4	14,3	31,1	-	-	-	-	-	-	-
- DP	-	2,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
- GRÜNE ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	49,7	46,9	13,3
- PDS bzw. PDS/LL ⁶⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16,3
- CDU/CSU und SPD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
- CDU/CSU und FDP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,4	12,4	11,2
- CDU/CSU, SPD und FDP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,7	1,0
- CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0
- SPD und FDP	-	-	-	-	-	19,3	25,0	29,8	25,0	-	-	-
- interfraktionell ⁷⁾	35,0	23,7	10,3	11,4	17,7	-	-	-	-	-	-	-
- einzelne Abgeordnete	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,7	-

1) Davon wurden 9 Anfragen nicht beantwortet.

2) Davon wurden 10 Anfragen nicht beantwortet.

3) Davon wurden 14 Anfragen nicht beantwortet.

4) Davon wurden 5 Anfragen nicht beantwortet.

5) in der 11. Wahlperiode ab 4. Oktober 1990: DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90; in der 12. Wahlperiode Gruppe Bündnis 90/Die Grünen

6) in der 11. Wahlperiode Gruppe der PDS ab 4. Oktober 1990

7) sämtliche Fraktionen und ggf. Gruppen der jeweiligen Wahlperiode

*) *Sven Hölscheidt*, a. a. O., S. 71.

Hinweis

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind in folgenden Abschnitten verzeichnet:

6.11 Regierungserklärungen

13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts (mit stichwortartiger Wiedergabe der Ausführungen des Redners)

13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages

17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses

18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Kleine Anfragen

„Hält man eine geringere Publizität für ausreichend, bietet sich das Instrument der Kleinen Anfrage an. Hier sind die Grenzen zu den schriftlichen Einzelfragen, dem Schlußlicht in der Fragehierarchie, fließend. Die Einzelfragen werden zwar schneller beantwortet, sind aber auf der anderen Seite in ein sehr enges geschäftsordnungsrechtliches Korsett gezwängt. Letzteres dürfte der Grund dafür gewesen sein, daß DIE GRÜNEN die Kleinen Anfragen bevorzugt haben. Faktisch konnte nämlich der einzelne GRÜNE Parlamentarier frei zwischen diesen Fragearten wählen. Nach innerfraktionellem Geschäftsablauf mußten die Kleinen (und auch die Großen) Anfragen von dem Parlamentarischen Geschäftsführer unterzeichnet werden. Damit war das Quorum erfüllt und das Recht, Anfragen zu stellen, praktisch zum Recht jedes Fraktionsmitglieds geworden.“*)

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Kleine Anfragen insgesamt	355	377	411	308	488	569	480	434	297 ¹⁾	1 006 ²⁾	1 419 ³⁾	1 382 ⁴⁾
davon eingebracht von (Anzahl):												
– CDU/CSU	78	88	92	66	•	471	426	366	232	0	1	0
– SPD	118	107	129	135	•	•	0	0	21	145	192	371
– FDP	43	96	134	26	•	•	0	0	0	0	0	0
– GB/BHE	–	3	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– DP	14	45	11	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– FVP/DA	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– KPD	19	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– FU	66	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– GRÜNE ⁵⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	820	1 206	321
– PDS, PDS/LL ⁶⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	664
– CDU/CSU, SPD	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2
– CDU/CSU, FDP	0	0	0	0	•	•	0	0	0	40	13	10
– SPD, FDP	0	0	0	0	•	•	41	55	37	0	0	0
– CDU/CSU, SPD, FDP ⁷⁾	0	0	0	0	•	•	13	13	7	1	4	12
– CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2
– Fraktionslosen	6	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– interfraktionell ⁸⁾	11	37	45	81	•	•	–	–	–	–	2	0

davon eingebracht von (in %):													
– CDU/CSU	22,0	23,6	22,4	21,4	•	82,8	88,8	84,3	78,1	–	0,1	–	–
– SPD	33,2	28,4	31,8	43,8	•	•	–	–	7,0	14,4	13,5	26,9	–
– FDP	12,1	25,5	32,6	8,8	•	•	–	–	–	–	–	–	–
– GB/BHE	–	0,8	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– DP	3,9	11,9	2,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– FVP/DA	–	0,3	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– KPD	5,4	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– FU	18,6	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– GRÜNE ⁵⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	81,5	85,0	23,2	–
– PDS, PDS/LL ⁶⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	48,1	–
– CDU/CSU, SPD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1	0,1	–
– CDU/CSU, FDP	–	–	–	–	•	•	–	–	–	4,0	0,9	0,7	–
– SPD, FDP	–	–	–	–	•	•	8,5	12,7	12,5	–	–	–	–
– CDU/CSU, SPD, FDP ⁷⁾	–	–	–	–	•	•	2,8	3,0	2,4	0,1	0,3	0,9	–
– CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1	–
– Fraktionslosen	1,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– interfraktionell ⁸⁾	3,1	9,8	10,9	26,3	•	•	–	–	–	–	0,1	–	–

1) Davon wurde eine Anfrage zurückgenommen.

2) Davon wurde eine Anfrage nicht beantwortet.

3) Davon wurden 14 Anfragen nicht beantwortet.

4) Davon wurden 3 Anfragen nicht beantwortet.

5) in der 11. Wahlperiode ab 4. Oktober 1990: DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90; in der 12. Wahlperiode Gruppe Bündnis 90/Die Grünen

6) in der 11. Wahlperiode Gruppe der PDS ab 4. Oktober 1990

7) entspricht in der 4. bis 9. Wahlperiode „interfraktionell“

8) sämtliche Fraktionen und ggf. Gruppen der jeweiligen Wahlperiode

*) *Sven Hölscheidt*, a. a. O., S. 71 f.

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.13. Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.14, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt und dokumentiert wurden.

Mündliche/Schriftliche Fragen (Fragestunde)

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Mündliche/Schriftliche Fragen (Fragestunde) insgesamt	392	1 069	1 536	4 786	10 733	11 073 ¹⁾	18 497 ²⁾	23 467 ³⁾	14 384 ⁴⁾	22 864 ⁵⁾	20 151 ⁶⁾	20 880 ⁷⁾
davon eingebracht von (in %)												
– Abg. der CDU/CSU	12,9	25,1	20,0	22,3	•	•	68,9	64,1	55,3	29,5	23,4	26,6
– Abg. der SPD	30,2	57,8	57,0	56,7	•	•	27,4	30,3	36,3	56,6	58,6	61,3
– Abg. der FDP	15,1	9,0	18,7	21,0	•	•	3,7	5,6	8,0	4,6	6,5	7,3
– Abg. der GB/BHE	–	0,9	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– Abg. der DP	3,1	6,7	3,4	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– Abg. der FVP/DA	–	0,4	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– Abg. der KPD	22,5	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– Abg. der FU	11,9	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– Abg. der GRÜNEN ⁸⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,0	10,7	2,3
– Abg. der PDS bzw. PDS/LL ⁹⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1	1,3
– fraktionslosen Abg.	4,2	–	–	–	–	–	0,04	–	0,4	0,3	0,8	1,3
Zahl der Fragestunden ¹⁰⁾	16	44	96	178	223	176	168	135	79	142	107	121

1) Davon wurden 4 107 als „Schriftliche Fragen“ eingereicht.

2) Davon wurden 5 572 als „Schriftliche Fragen“ eingereicht.

3) Davon wurden 11 641 als „Schriftliche Fragen“ eingereicht.

4) Davon wurden 9 413 als „Schriftliche Fragen“ eingereicht.

5) Davon wurden 15 836 als „Schriftliche Fragen“ eingereicht.

6) Davon wurden 16 117 als „Schriftliche Fragen“ eingereicht.

7) Davon wurden 16 665 als „Schriftliche Fragen“ eingereicht.

8) in der 11. Wahlperiode ab 4. Oktober 1990: DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90; in der 12. Wahlperiode Gruppe Bündnis 90/Die Grünen

9) in der 11. Wahlperiode Gruppe der PDS ab 4. Oktober 1990

10) Die erste Fragestunde in der 1. Wahlperiode fand erst in der 187. Sitzung am 23. Januar 1952 statt. Der Rückgang der Zahl der Fragestunden ab der 7. Wahlperiode ist dadurch bedingt, daß der Bundestag 1973/74 dazu übergang, anstelle von drei Fragestunden zu je 60 Minuten zwei Fragestunden zu je 90 Minuten pro Sitzungswoche durchzuführen.

Dringliche Anfragen

Die Möglichkeit, für die Fragestunde „Anfragen von offensichtlich dringendem Interesse“ einzureichen, wurde am 29. Juni 1960 mit der Verabschiedung von „Richtlinien für die Fragestunde“ (Anlage 1 zur GO BT) geschaffen.

Zuvor hieß es in der am 6. Dezember 1951 beschlossenen Geschäftsordnung (§ 111 Abs. 3), der Gegenstand der mündlichen Anfrage solle dem zuständigen Bundesminister „mindestens 3 Tage vorher“ (d. h. vor der nächsten Fragestunde) mitgeteilt werden. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die damalige Geschäftsordnung Fragestunden nur „je nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Monat“ (§ 111 Abs. 2) vorsah und daß zwischen 1952 und 1960 diese Minimalbestimmung der Praxis entsprach, d. h. im Monat tatsächlich nur eine Fragestunde stattfand.

Die neuen „Richtlinien für die Fragestunde“ von 1960 legten in Nr. 3 fest: „Jede Plenarsitzung beginnt mit einer Fragestunde.“ Die Fristen zur Einreichung wurden in Nr. 9 differenzierter geregelt:

„Die Anfragen müssen so rechtzeitig eingereicht werden, daß sie der Bundesregierung drei Tage vor der Fragestunde, in der die Beantwortung stattfinden soll, zugestellt werden können. Es müssen somit eingehen

- a) Anfragen, die am Mittwoch oder Donnerstag beantwortet werden sollen, am vorangehenden Freitag bis 17.00 Uhr,
- b) Anfragen, die am Freitag beantwortet werden sollen, am vorangehenden Montag bis 17.00 Uhr.

Der Präsident kann ausnahmsweise Anfragen von offensichtlich dringendem öffentlichen Interesse für die Fragestunde zulassen, wenn sie spätestens bis 12.00 Uhr mittags am Tag vor einer Fragestunde ihm vorgelegt werden...“

Die „Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen“ (so die gegenwärtige Überschrift der Anlage 4 GO BT) ist seit 1960 mehrmals geändert worden. Die entsprechenden Bestimmungen für die dringlichen Anfragen (Nr. 8 und 9) lauten zur Zeit:

„8. Fragen sollen möglichst frühzeitig, sie müssen bis spätestens Freitag, 11.00 Uhr, vor der Sitzungswoche eingereicht werden.

9. Der Präsident kann ausnahmsweise Fragen von offensichtlich dringendem öffentlichen Interesse (dringliche Fragen) für die Fragestunde zulassen, wenn sie spätestens am vorhergehenden Tage bis 12.00 Uhr mittags eingereicht werden...“

Hinweis

Zur **Kontrollfunktion des Bundestages** enthält das vorliegende *Datenhandbuch* außerhalb des Kapitels 12 Materialien in folgenden Abschnitten bzw. Kapiteln:

- 1.24 Wahlprüfung
- 2.4 Immunitätsangelegenheiten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 9.11 Enquete-Kommissionen

Die folgende Statistik zeigt, inwieweit bisher die Abgeordneten der einzelnen Fraktionen und Gruppen die Möglichkeit in Anspruch genommen haben, dringliche Anfragen zu stellen.

	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83
Dringliche Anfragen insgesamt	2	33	198	135	74	49	13
davon eingebracht von (Anzahl):							
– Abg. der CDU/CSU	1	5	73	116	61	49	9
– Abg. der SPD	1	26	79	19	12	0	4
– Abg. der FDP	0	2	46	0	1	0	0
– Abg. der GRÜNEN ¹⁾	–	–	–	–	–	–	–
– Abg. der PDS ²⁾	–	–	–	–	–	–	–
– fraktionslosen Abg.	0	0	–	0	0	0	0

	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Dringliche Anfragen insgesamt	41	39 ³⁾	55
davon eingebracht von (Anzahl):			
– Abg. der CDU/CSU	6	3	12
– Abg. der SPD	26	16	39
– Abg. der FDP	1	0	0
– Abg. der GRÜNEN ¹⁾	8	18	3
– Abg. der PDS ²⁾	–	0	0
– fraktionslosen Abg.	0	2	1

¹⁾ in der 11. Wahlperiode ab 4. Oktober 1990: Abg. der Fraktion der GRÜNEN/BÜNDNIS 90, in der 12. Wahlperiode Abg. der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen

²⁾ in der 11. Wahlperiode ab 4. Oktober 1990: Abg. der Gruppe der PDS, in der 12. Wahlperiode Abg. der Gruppe der PDS/LL

³⁾ davon eine Anfrage später zurückgezogen

Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen

In der folgenden, für die 8. bis 12. Wahlperiode vorgelegten Statistik sind die drei Arten von Anfragen nach den Ressorts der Bundesregierung zusammengestellt worden.

Dabei zeigt sich, daß in der 8. bis 10. Wahlperiode der höchste Anteil der Antworten aus dem Ressort Verkehr stammt, in der 11. und 12. Wahlperiode dagegen aus dem Ressort Finanzen. Das gilt allerdings nur für Mündliche und Schriftliche Anfragen sowie für die Gesamtzahl der Anfragen. Große und Kleine Anfragen weisen andere Ressort-Schwerpunkte auf.

Durch **Fettdruck** ist hervorgehoben, welche Frageart in welchem Ressort einer jeden Wahlperiode am häufigsten vertreten war.

Hinweis

Untersuchungsergebnisse zum Erfolg von Oppositionsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht sind in einem zusätzlichen Unterabschnitt innerhalb des Abschnitts 11.12: Bundestag und Bundesverfassungsgericht zusammengestellt.

Ressort	8. Wahlperiode (1976–80)				
	Große Anfragen Anzahl	Kleine Anfragen Anzahl	Mündl./Schriftl. Anfragen (Fragestunde) Anzahl	Anfragen insgesamt Anzahl in %	
Bundeskanzleramt	0	2	351	353	1,5
Bundespresseamt	0	1	0	1	0,0
Auswärtiges Amt	10	12	2 250	2 272	9,5
BM des Innern	9	77	3 426	3 512	14,7
BM der Justiz	0	18	621	639	2,7
BM der Finanzen	1	42	1 735	1 778	7,4
BM für Wirtschaft	6	50	1 821	1 877	7,8
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	0	11	966	977	4,1
BM für Arbeit und Sozialordnung	2	20	2 027	2 049	8,6
BM der Verteidigung	2	6	1 633	1 641	6,9
BM für Jugend, Familie und Gesundheit ¹⁾	4	27	1 266	1 297	5,4
BM für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	1	42	4 304	4 347	18,2
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2	15	800	817	3,4
BM für innerdeutsche Beziehungen	5	12	570	587	2,5
BM für Forschung und Technologie	1	44	881	926	3,9
BM für Bildung und Wissenschaft	2	43	542	587	2,5
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	0	11	274	285	1,2
Gesamtzahl	45	433	23 467	23 945	100,0

1) ab Juni 1986 BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie;
- = Zahl wurde nicht ermittelt;
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Ressort	9. Wahlperiode (1980–83)				
	Große An- fragen Anzahl	Kleine An- fragen Anzahl	Mündl./Schriftl. Anfragen (Fragestunde) Anzahl	Anfragen insgesamt	
				Anzahl	in %
Bundeskanzleramt	0	1	253	254	1,7
Bundespresseamt	0	0	0	0	0,0
Auswärtiges Amt	3	11	963	977	6,6
BM des Innern	4	50	1 667	1 721	11,7
BM der Justiz	0	16	379	395	2,7
BM der Finanzen	0	22	1 184	1 206	8,2
BM für Wirtschaft	2	25	1 344	1 371	9,3
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	10	734	745	5,1
BM für Arbeit und Sozialordnung	2	12	1 164	1 178	8,0
BM der Verteidigung	2	17	1 184	1 203	8,2
BM für Jugend, Familie und Gesundheit ¹⁾	2	15	866	883	6,0
BM für Verkehr	1	25	2 022	2 048	13,9
BM für das Post- und Fernmeldewesen ³⁾	0	19	653	672	4,6
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ²⁾	–	–	–	–	–
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1	7	441	449	3,1
BM für innerdeutsche Beziehungen	0	4	245	249	1,7
BM für Forschung und Technologie	3	25	616	644	4,4
BM für Bildung und Wissenschaft	2	19	425	446	3,0
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	0	18	244	262	1,8
Gesamtzahl	23	296	14 384	14 703	100,0

¹⁾ ab Juni 1986 BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

²⁾ ab Juni 1986

³⁾ ab Juli 1989 BM für Post und Telekommunikation

10. Wahlperiode (1983–87)					11. Wahlperiode (1987–90)				
Große Anfragen Anzahl	Kleine Anfragen Anzahl	Mündl./Schriftl. Anfragen (Fragestunde) Anzahl	Anfragen insgesamt		Große Anfragen Anzahl	Kleine Anfragen Anzahl	Mündl./Schriftl. Anfragen (Fragestunde) Anzahl	Anfragen insgesamt	
			Anzahl	in %				Anzahl	in %
0	1	308	309	1,3	0	9	215	224	1,0
0	4	0	4	0,0	0	2	0	2	0,0
19	79	1 723	1 821	7,6	8	119	1 513	1 640	7,5
14	169	2 543	2 726	11,4	15	112	1 689	1 816	8,3
6	20	573	599	2,5	7	45	412	464	1,9
7	52	2 272	2 331	9,7	4	80	2 811	2 895	13,3
19	81	1 822	1 922	8,0	15	85	1 467	1 567	7,2
10	39	1 312	1 361	5,7	4	43	794	841	3,9
13	26	1 836	1 875	7,8	11	50	1 464	1 525	7,0
11	143	2 207	2 361	9,8	4	165	1 952	2 121	9,7
26	105	1 685	1 816	7,6	22	117	1 305	1 444	6,6
8	127	3 039	3 174	13,2	5	192	2 552	2 749	12,6
5	22	882	909	3,8	1	20	554	575	2,6
6	17	316	339	1,4	13	220	1 658	1 891	8,7
4	11	593	608	2,6	5	17	557	579	2,7
0	7	296	303	1,3	0	3	203	206	1,0
6	38	737	781	3,3	9	40	513	562	2,6
6	24	455	485	2,0	4	11	295	310	1,4
5	32	265	302	1,3	3	75	297	375	1,7
165	997	22 864	24 026	100,0	130	1 405	20 251	21 786	100,0

Hinweis

Im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

Ressort	12. Wahlperiode (1990–94)				
	Große An- fragen Anzahl	Kleine An- fragen Anzahl	Mündl./Schriftl. Anfragen (Fragestunde) Anzahl	Anfragen insgesamt	
				Anzahl	in %
Bundeskanzleramt/Bundespresseamt	1	21	237	259	1,2
Auswärtiges Amt	9	107	1 703	1 819	8,2
BM des Innern	13	343	2 244	2 600	11,7
BM der Justiz	2	71	701	774	3,5
BM der Finanzen	5	158	3 371	3 534	15,9
BM für Wirtschaft	10	82	1 383	1 475	6,7
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	39	639	683	3,1
BM für Arbeit und Sozialordnung	2	52	1 204	1 258	5,7
BM der Verteidigung	1	116	1 799	1 916	8,6
BM für Familie und Senioren	5	14	428	447	2,0
BM für Frauen und Jugend	5	27	363	395	1,8
BM für Gesundheit	8	62	1 145	1 215	5,5
BM für Verkehr	4	89	2 281	2 374	10,7
BM für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit	16	110	1 136	1 262	5,7
BM für Post und Telekommunikation	0	9	591	600	2,7
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1	13	526	540	2,4
BM für Forschung und Technologie	1	23	417	441	2,0
BM für Bildung und Wissenschaft	3	15	208	226	1,0
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit ¹⁾	2	28	313	343	1,5
Gesamtzahl	93	1 379	20 689	22 161	100,0

¹⁾ ab Januar 1993 BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Hinweis

Zur Beteiligung der Opposition an den einzelnen Arten der Anfragen siehe Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Die „SPIEGEL-Fragestunde“ vom November 1962

Bisher einmal in der Geschichte der Fragestunde, während der auf drei Tage verteilten „SPIEGEL-Fragestunde“ vom November 1962, ist demonstriert worden, wozu dieses Kontrollinstrument in der Lage sein kann. Es erlaubt „ein Höchstmaß an kritischer Aktualität“ (*Hans-Joachim Veen*), sofern es – in Verbindung mit Dringlichkeitsfragen – von der Opposition mit strategischem Geschick eingesetzt wird. Dazu gehört insbesondere die gebündelte und aufeinander abgestimmte Reihenfolge der Fragen und der Fragesteller einschließlich der Vorbereitung denkbarer Zusatzfragen – je nach der Antwort des Regierungsvertreters.

Die näheren Umstände und der Verlauf dieser „legendären“ Fragestunde – der Musterfall einer gelungenen Inszenierung – wird im folgenden geschildert.*)

Die für die Affäre wichtigen „SPIEGEL-Fragestunden“ vom 7., 8. und 9. November 1962 haben eine Vorgeschichte, die insofern der der Europa-Fragestunde [vom Juni 1962] ähnelt, als es zunächst keineswegs als Selbstverständlichkeit empfunden wurde, dieses parlamentarische Instrument für die Aufklärung der „Nacht- und Nebelaktion“ des 26. Oktober nutzbar zu machen. Dabei konnte es sich ohnehin nicht darum handeln, den Verdacht des Landesverrats zu klären, der gegen den Herausgeber und einige Redakteure des SPIEGEL wegen der Titelgeschichte in Heft 41/1962 über das Manöver „Fallex 62“ erhoben wurde, sondern nur darum, die höchst undurchsichtigen und dubiosen Begleitumstände besonders der nächtlichen Besetzung der Redaktionsräume und der Verhaftung des SPIEGEL-Redakteurs *Conrad Ahlers* und seiner Frau in Málaga durch die spanische Polizei aufzudecken. Es lag der dringende Verdacht nahe, daß einige Stellen oder Personen entweder ihre Kompetenzen überschritten oder Kompetenzen sich anmaßt hatten.

Über eine Woche lang bemühte sich fast die gesamte Presse ergebnislos, den Verlauf der SPIEGEL-Aktion zu rekonstruieren. Bundesverteidigungsminister *Franz Josef Strauß*, auf den bald der Verdacht einer aktiven Beteiligung an der Affäre fiel, erklärte in einem Zeitungsinterview (8-Uhr-Blatt, Nürnberg, vom 3. 11. 1962):

„Ich habe mit der Sache nichts zu tun. Im wahrsten Sinne des Wortes nichts zu tun.“

Gleichzeitig kündigte Bundesjustizminister *Wolfgang Stammberger* (FDP) seinen Rücktritt an, weil er zu spät und unzureichend über das Vorgehen der ihm unterstellten Bundesanwaltschaft unterrichtet worden war, und zwei Staatssekretäre wurden entlassen. Eine offizielle Stellungnahme zu den ganzen Vorgängen gab die Bundesregierung jedoch nicht. In dieser Situation erst sah die SPD sich am 5. November veranlaßt, 18 Dringlichkeitsanfragen einzureichen, die der Bundestagspräsident auf die Tagesordnung der Plenarsitzung vom Mittwoch, den 7. November, setzen ließ. Ihre Beantwortung erstreckte sich wegen der immensen Zahl von Zusatzfragen auch auf die Fragestunden des folgenden Donnerstags und Freitags.

Diese drei „SPIEGEL-Fragestunden“ brachten einen „harten, erbitterten Kampf um die fetzenweise, stotternde Aufklärung“ (*Eschenburg*, a.a.O. S. 9). Beispielsweise zu der zentralen Frage des SPD-Abgeordneten *Karl Wittrock*: „Wer veranlaßte die spanische Polizei, den Spiegel-Redakteur *Ahlers* in Málaga festzunehmen?“ wurden – auf zwei Tage verteilt – nicht weniger als 32 Zusatzfragen

*) Auszug aus: *Peter Schindler*, Die Fragestunde des Deutschen Bundestages. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 7. 1966. H. 3. S. 407–443 (hier: S. 427–430).

Vgl. auch *Theodor Eschenburg*, Die Affäre. Eine Analyse. Hamburg 1962; *Christian Sjøe*, Politische Kontrolle und Verantwortlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland am Ende der Adenauer-Ära. Eine Verlaufsanalyse der SPIEGEL-Affäre. Diss. Berlin 1972 sowie *Hans-Joachim Veen*, Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969–1972. Bonn 1976, S. 110.

gestellt, die von Innenminister *Höcherl* (teils in Vertretung des plötzlich erkrankten Justizministers *Stammerger*) und von Verteidigungsminister *Franz Josef Strauß* beantwortet wurden. Dennoch konnte die Hauptfrage nicht restlos geklärt werden. Das lag einmal daran, daß *Höcherl* zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnte, daß Minister *Strauß* selber den Militärattaché der deutschen Botschaft in Madrid, Oberst *Oster*, telefonisch angewiesen hatte, alles zu *Ahlers'* Verhaftung Notwendige zu veranlassen, und zum anderen, daß *Strauß* lange Zeit dazu schwieg.

Die „SPIEGEL-Fragestunden“ konnten die Begleitumstände der Affäre gewiß nicht lückenlos aufklären. (Das vermochte selbst der ausführliche „SPIEGEL-Bericht“ der Bundesregierung Anfang 1963 nicht.) Mittels der Fragestunde jedoch, durch die hartnäckigen Zusatzfragen der Opposition, ließen sich jedoch vor aller Öffentlichkeit von den hoffnungslos in die Enge getriebenen Ministern *Höcherl* und *Strauß* immerhin zwei Zugeständnisse „entreißen“, wozu in dieser Stunde mit Sicherheit kein anderes parlamentarisches Instrument imstande gewesen wäre.

Höcherl erklärte in der 46. Plenarsitzung am 8. November nach mehreren Ausflüchten und dem Hinweis, daß Interpol für die Verhaftung von *Ahlers* in Spanien nicht zuständig gewesen sei, es habe wohl – wie im Falle des Studienrats *Zind* – „den kurzgeschlossenen Verkehr zwischen den Kriminalpolizeien geben“:

„Das ist, ich möchte einmal sagen, etwas außerhalb der Legalität,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

aber wir alle sind der Meinung, ---

(Anhaltende Zurufe und Lachen bei der SPD.)“

Dieses Eingeständnis von *Höcherl*, das seither in der Bundesrepublik zum geflügelten Wort avanciert ist, beweist deutlich, daß die Fragestunde die ansonsten weitgehend zu demonstrativen Zwecken veranstaltete Publizität des Bundestages zu verwandeln in der Lage ist. Diese Äußerung eines Bundesministers, die ganz gewiß nicht „vorherbestimmt“ war, ist nur aus der Situation heraus zu erklären, in der sich Minister bei den spontan gestellten Zusatzfragen befinden.

Zu dem Teilgeständnis von Verteidigungsminister *Strauß* über seinen persönlichen Anteil an der Verhaftung von *Ahlers* bedurfte es zweier Fragestunden. *Strauß* übernahm die Behandlung dieses Themas überhaupt erst, als *Höcherl* keine Antworten mehr wußte. Dabei erklärte er zunächst:

„Auf dem Wege der Amtshilfe für die Strafverfolgungsbehörden hat das Verteidigungsministerium [! – d. Verf.] den Militärattaché in Madrid gefragt, ob diese Mitteilung [der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes, der Militärattaché sei über die Reise von *Ahlers* unterrichtet; d. Verf.] zutrefte.“

Da es der SPD in der Donnerstag-Fragestunde [8. November] nicht gelang, *Strauß* zu einem weitergehenden Zugeständnis über seine persönliche Beteiligung zu bewegen, ein dahin zielender Verdacht sich jedoch immer mehr verstärkte, versuchte sie am Freitag weitere Fragen zu dieser speziellen Angelegenheit vorzubringen.

Dies war insofern sehr schwierig, als die für die Freitag-Fragestunde verbliebenen Anfragen damit nichts mehr zu tun hatten und somit die Gefahr bestand, daß der Bundestagspräsident entsprechende Zusatzfragen gemäß den Richtlinien zurückweisen würde, weil ein „unmittelbarer Zusammenhang mit der Hauptfrage“ nicht vorläge. Der SPD-Abgeordnete *Fritz Erler* schließlich fand eine Formulierung, die Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* nicht beanstandete. Die Hauptfrage hatte gelautet:

„Wann wurde das Gutachten [das die Bundesanwaltschaft vom Verteidigungsministerium zwecks Ermittlung wegen Landesverrats angefordert hatte; d. Verf.] vom Bundesverteidigungsministerium dem Bundesjustizministerium zur Weiterleitung an die Bundesanwaltschaft zugestellt?“

Dazu stellte *Erler* eine Zusatzfrage, wobei er mit einem Satz höchst geschickt das die Opposition eigentlich interessierende Problem ansteuerte:

Erler: „Hat nach der Weitergabe des Gutachtens vom Bundesverteidigungsministerium an das Bundesjustizministerium bzw. an die Bundesanwaltschaft nun im Sinne der Ausführungen des Herrn Ministers Herr Staats-

sekretär *Hopf*, der Herr Verteidigungsminister selbst oder wer sonst mit dem Militärattaché in Madrid, *Oster*, telefoniert, und durch dieses Telefongespräch den ersten Anstoß zur vorläufigen Festnahme des Ehepaares *Ahlers* durch die spanischen Behörden unter Einschaltung von Herrn *Oster* gegeben?“

Strauß: „Abgesehen davon, daß auch hier der Zusammenhang mit der eigentlich gestellten Frage nicht mehr zu erkennen ist,

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

steckt in dieser Frage eine Feststellung, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit ich nicht überprüfen kann ... Da der Militärattaché – ich weiche dem nicht aus, das wäre eine völlig falsche Annahme oder Unterstellung – bei Anruf den Sachverhalt nicht kennen wollte, sondern sagte: ‚Ich kenne nur die Stimme des Ministers, bin auch ich [! – d. Verf.] mit ihm verbunden worden und habe ihm das wiederholt, was vorlag:

(Zurufe von der SPD: Aha.)“

Daraufhin wurden in völliger Abkehr von der Hauptfrage Ergänzungen nur noch zum Thema Telefongespräch mit *Oster* und Festnahme von *Ahlers* gebracht.

Der Verlauf der drei „SPIEGEL-Fragestunden“, der wegen der damals allgemein herrschenden Erregung in der Tat sehr hitzig und gereizt war und zeitweise zu tumultartigen Szenen führte, ließ in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU den Wunsch aufkommen, dieses parlamentarische Instrument durch eine Reform einzuschränken. Zunächst waren die Unionsparteien „von Anfang an wenig angetan von dem Verfahren der SPD, durch ein Bündel aufeinander abgestimmter Fragen ein gerade hochaktuelles Thema sofort zum Gegenstand der parlamentarischen Fragestunde zu machen. Man konnte sich nicht dafür begeistern, obwohl im ersten Fall dieser Art, der sogenannten ‚kleinen Europadebatte‘ im Juni dieses Jahres, Bundesaußenminister *Gerhard Schröder* für die Regierung einen schönen Erfolg erzielte“ (Deutsche Zeitung, Köln, 12. 11. 1962).

Als bereits nach der ersten „SPIEGEL-Fragestunde“ vom Mittwoch abzusehen war, daß der „schöne Erfolg“ sich diesmal nicht wiederholen würde, plante – Presseberichten zufolge – die CDU-Fraktion Schritte, um „eine Ausweitung der Fragestunde ... zu einem ‚parteilichen Kampfinstrument‘ zu verhindern“ (Westfalenpost, Hagen, 9. 11. 1962). Viele Abgeordnete der Unionsparteien waren der Meinung, die Fragestunden am Mittwoch und Donnerstag hätten eher den Charakter von Debatten gehabt. Bei der CDU/CSU möchte man, so hieß es, durch das Verlangen nach dem Festhalten an der vorgeschriebenen Form der Fragestunde zwar nicht den Fragen der Opposition ausweichen, man meine aber, daß doch ein anderer Weg für die Behandlung besonders wichtiger und aktueller Fragen gefunden werden solle. Mit diesen Reformgedanken befand sich die CDU/CSU freilich im Widerspruch zu jenen Absichten, die 1960 zu der Ausweitung der Fragestunde geführt hatten: ein Instrument zu schaffen, das die schnelle Behandlung aktueller Themen im Bundestag erlaubt.

Das Unbehagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dürfte sich aus der Tatsache hergeleitet haben, daß ihr während der „SPIEGEL-Fragestunde“ praktisch die Hände gebunden waren: Da sie sich offensichtlich schützend vor die befragten Minister stellen wollte, war es ihr einerseits unmöglich, die Opposition gleich nach Herzenslust kritisch zu fragen, andererseits konnte sie nach der Geschäftsordnung keine die Regierung verteidigenden oder gar die SPD angreifenden Stellungnahmen abgeben.

So setzte sich auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Heinrich von Brentano*, in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur für eine andere Auslegung der Richtlinien zur Fragestunde ein. Selbstverständlich sollte die Fragestunde auch künftig mit Fragen ausgefüllt werden, die sich jedoch mit einem konkreten Tatbestand befassen müßten, zu dem mit Ja oder Nein geantwortet werden könne (Die Welt, 12. 11. 1962). Zu dieser neuen Interpretation der Geschäftsordnung kam es jedoch nicht. (Was jedoch auch auf die „SPIEGEL-Fragestunden“ zurückgeht, ist die Einführung der Aktuellen Stunde im Februar 1965.)

Die Themen der Großen Anfragen

Im folgenden sind alle Großen Anfragen seit der 1. Wahlperiode zusammengestellt. Außer dem Thema ist bei jeder Anfrage angegeben:

- der Fragesteller,
- die Fundstelle der Anfrage (Nummer der Bundestagsdrucksache),
- die Fundstelle der Antwort auf die Anfrage bzw. ihrer Behandlung im Bundestag, wobei zu beachten ist, daß bis zur 4. Wahlperiode Große Anfragen mündlich im Plenum beantwortet wurden und daß erst im Verlauf der 5. Wahlperiode die Beantwortung der Anfrage (schriftlich als Bundestagsdrucksache) von der (möglichen) mündlichen Behandlung im Plenum getrennt wurde; entsprechend ändert sich auch die Fundstelle für die Antwort bzw. Behandlung der Großen Anfrage.

1. Wahlperiode (1949–53)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
1	Abschluß der Entnazifizierung	Abg. der FDP	172	– ¹⁾
2	Reichseigene Industriebetriebe	SPD	200	– ²⁾
3	Hilfe für in Frankreich verurteilte deutsche Kriegsgefangene	SPD	303	26 Sitz.
4	KB-Leistungsgesetz, Kriegsopfer- und Kriegsgefangenenfragen	SPD	344	25. Sitz.
5	Investitionen im Gebiet der Bundesrepublik	SPD	403	38. Sitz.
6	Neufestsetzung der Kohlenpreise	SPD	404	40. Sitz.
7	Deutsche Gefangene in Jugoslawien	Abg. der CDU/CSU	411	32. Sitz.
8	Ausweisung aus dem Bundesgebiet	Abg. der CDU/CSU	426	39. Sitz.
9	Zurückhaltung von 400 000 Deutschen in der Sowjet-Union	CDU/CSU	432	32. Sitz.
10	Grundsätze bei der künftigen Vergebung von Aufträgen für die Einrichtung der vorläufigen Bundeshauptstadt Bonn	SPD	524	44. Sitz.
11	Kopenhagener Wellenplan	Abg. der CDU/CSU	611	45. Sitz.
12	Soforthilfeabgabe	SPD	635	53. Sitz.
13	Lastenausgleich	SPD	636	53. Sitz.
14	Gleichstellung der heimatvertriebenen ruhegehaltberechtigten Beamten, Angestellten und Lohnempfänger	SPD	637	– ³⁾
15	Watenstedt-Salzgitter	DP, BP	653	56. Sitz.
16	Zusatzprotokoll zum deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen	SPD	660	56. Sitz.
17	Schmuggel und Schwarzhandel in Genußmitteln	Abg. der CDU/CSU	690	64. Sitz.

¹⁾ Absetzung von der Tagesordnung auf Antrag der Interpellanten in der 18. Sitzung

²⁾ vorläufige Rückstellung auf Wunsch der Interpellanten im Ältestenrat

³⁾ Erledigung durch Annahme des Antrags Drs.-Nr. 810 in der 56. Sitzung

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
18	Wartegelder und Pensionen heimatvertriebener Beamter	Abg. der CDU/CSU	692	– ⁴⁾
19	Arbeitslosigkeit im Grenzgebiet Kleve	Abg. der CDU/CSU	712	– ⁵⁾
20	Vorlage eines Bundesgesetzes nach Artikel 131 des Grundgesetzes	Abg. der BP	726	– ⁶⁾
21	Schiffbau auf deutschen Werften für fremde Rechnung	FDP	847	72. Sitz.
22	Bundesbahngesetz	SPD	861	73. Sitz.
23	Einstellung von Schwerbeschädigten	Abg. der SPD	862	66. Sitz.
24	Artikel 33 des Grundgesetzes	SPD	863	73. Sitz.
25	– ⁷⁾			
26	Verzögerung in der Ausführung des Wohnungsbauprogramms	SPD	948	71. Sitz.
27	Finanzierung des Baues von Hochseeschiffen	Abg. der SPD	952	77. Sitz.
28	Kreditmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	Abg. der SPD	954	75. Sitz.
29	Fortfall von Ausgleichszahlungen und Einführung einer Fettsteuer	Abg. der SPD	1008	75. Sitz.
30	Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für das Kurhessische Kupfer-Schiefer-Bergwerk in Sontra	Abg. der SPD	1027	75. Sitz.
31	Zollbegünstigungsgesetz	Abg. der CDU/CSU	1081	77. Sitz.
32	Regelung von Gesetzen und Verordnungen der Länder auf Bundesebene	Abg. der CDU/CSU	1082	78. Sitz.
33	Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft	Abg. der CDU/CSU	1089	– ⁸⁾
34	Aufwertung des Kapitals der Altsparer	BP, Zentrum u. DRP	1131	79. Sitz.
35	Artikel 131 des Grundgesetzes	Abg. der BP	1151	84. Sitz.
36	Fortführung der Schulspeisungen	Abg. der FDP	1156	81. Sitz.
37	Bestreikung argentinischer Staatsdampfer in Hamburg	Abg. der FDP	1196	78. Sitz.
38	Wirtschaftliche Separation von Teilen des Bundesgebietes, Gefährdung der politischen Zugehörigkeit zur Bundesrepublik	Abg. der SPD	1204	83./84. Sitz.
39	Öffentliche Äußerungen von Bundesministern zu außenpolitischen Fragen	SPD	1218	83. Sitz. ⁹⁾
40	Vorlage eines Heimarbeitsgesetzes	Abg. der SPD	1324	– ¹⁰⁾
41	Aufwendungen für Kunstwerke	SPD	1325	91. Sitz.
42	Lage der deutschen Pelztierzucht	Abg. der CDU/SU	1349	92. Sitz.

⁴⁾ vgl. Fußnote 3

⁵⁾ Absetzung von der Tagesordnung auf Antrag der Interpellanten in der 60. Sitzung

⁶⁾ vgl. Fußnote 3

⁷⁾ Umwandlung der Großen Anfrage in eine Kleine Anfrage

⁸⁾ Absetzung von der Tagesordnung auf Antrag der Interpellanten

⁹⁾ in der 87. Sitzung Absetzung von der Tagesordnung

¹⁰⁾ Rücknahme gemäß Schreiben des Abgeordneten *Wilhelm Mellies* (SPD) vom 27. 9. 1950; weitgehende Erledigung durch die Regierungsvorlage.

noch: I. Wahlperiode (1949–53)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
43	Vorlage eines Gesetzes über Steuerbegünstigungen zur Förderung des Wohnungsbaues	SPD	1350	102. Sitz.
44	Zuckerversorgung im Bundesgebiet	SPD	1351	92. Sitz.
45	Gesetz Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission	CDU/CSU, SPD, FDP, DP, BP, Z, WAV	1368 (neu)	102. Sitz.
46	Spruchsenat beim Hauptamt für Soforthilfe	FDP	1375	102. Sitz.
47	Die neuen Jagdverordnungen des US-Hochkommissars	BP, Z, WAV	1381	103. Sitz.
48	Abwicklung der im Zusammenhang mit Grundabtretungen für ehemalige Reichsstraßen und Autobahnen entstandenen Verpflichtungen und Begleichung der Ansprüche ehemaliger Angestellter des Unternehmens „Reichsautobahn“	BP, Z, WAV	1382	92. Sitz.
49	Preissteigerung	Z, BP, WAV	1384	107. Sitz.
50	Gesetzgebungswerk für Notstandsgebiete in der Bundesrepublik Deutschland	BP, Z, WAV	1408	102. Sitz.
51	Gesetzentwürfe über eine Senkung der Tabak-, Kaffee- und Teesteuer	BP, Z, WAV	1429	102. Sitz.
52	Winterbeihilfe	SPD	1443	103. Sitz.
53	Frachterleichterung Ostbayern	Abg. der CDU/CSU	1462	105. Sitz.
54	Hausbrandversorgung	SPD	1476	102. Sitz.
55	Polizei	SPD	1498	97. Sitz.
56	Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus Schleswig-Holstein	Abg. der CDU/CSU	1512	106. Sitz.
57	Steuerlich abzugsfähige Mitgliedsbeiträge	SPD	1516	104. Sitz.
58	Verwendung der Besatzungskosten	Abg. der CDU/CSU	1530	102. Sitz.
59	Fortführung der Soforthilfeabgabe	Abg. der CDU/CSU	1531	103. Sitz.
60	Tagung des Verbandes der europäischen Landwirtschaft (CEA)	Abg. der CDU/CSU	1532	109. Sitz.
61	Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung	Abg. der DP	1568	116. Sitz.
62	Vertrieb politisch bedenklicher Schriften in der Deutschen Bundesbahn	Abg. der CDU/CSU	1580	109. Sitz. ¹¹⁾
63	Ufi-Auktion in Wiesbaden	CDU/CSU, SPD, FDP, DP, BP	1590	104. Sitz.
64	Auslieferung und Hinrichtung von Deutschen	CDU/CSU, SPD, FDP, DP, BP, Z	1599	101. Sitz. ¹²⁾
65	Landwirtschaftlicher Grundbesitz und Traktatrecht im deutsch-holländischen Grenzgebiet	Abg. der CDU/CSU	1666	114. Sitz.
66	Sicherung familiengerechter Wohnungen im sozialen Wohnungsbau	CDU/CSU	1676	108. Sitz.
67	Remontage	FDP	1703	116. Sitz.

¹¹⁾ Vertagung

¹²⁾ Absetzung von der Tagesordnung in der 96. Sitzung

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
68	Wahrung der Eigentumsrechte der Sudetendeutschen im Wertpapierbereinigungsverfahren	FDP	1742	120. Sitz.
69	Verfügung der Länder über Bundeseigentum	Abg. der FDP	1748	113. Sitz.
70	Uraltkonten in West-Berlin, deren Berechtigte im Gebiete der Bundesrepublik wohnen	FDP	1786	123. Sitz.
71	Spätheimkehrer	SPD	1788	122. Sitz.
72	Adenauer-Spende	SPD	1827	– ¹³⁾
73	Vorlage des Entwurfs eines Wiedergutmachungsgesetzes	SPD	1828	120. Sitz.
74	Einstellung von Schwerbeschädigten bei den Ministerien und sonstigen Verwaltungen der Bundesrepublik	SPD	1829	118. Sitz.
75	Europa-Paß und Sichtvermerkzwang	SPD	1837	119. Sitz.
76	Verwendung der Bundesausfallbürgschaft für die deutsche Filmindustrie	CDU/CSU	1856	120. Sitz.
77	Verbesserung von Versicherungs- und Fürsorgeleistungen	SPD	1937	122. Sitz.
78	ERP-Mittel für den Fremdenverkehr	Abg. der CDU/CSU	1990	153. Sitz.
79	Wiederherstellung der deutschen Rechte an dem Konzern der Vereinigten Glanzstofffabriken AG	Abg. des Z	2014	129. Sitz.
80	Bezahlung von Handwerkerrechnungen	CDU/CSU, FDP, DP	2050	149. Sitz.
81	Saarfrage	Abg. der CDU/CSU	2115	144. Sitz.
82	Sitz der Bundesstelle für den Warenverkehr	FDP	2119	– ¹⁴⁾
83	Kredit-Restriktionen	Abg. der CDU/CSU	2146	140. Sitz.
84	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein	Abg. der SPD	2147	141. Sitz.
85	Äußerungen des Bundesministers der Justiz Dr. <i>Thomas Dehler</i> zum Mitbestimmungsrecht	SPD	2168	140. Sitz.
86	Devisenkontrolle	SPD	2180	141. Sitz.
87	Verfassungswidrige Volksabstimmung	CDU/CSU, FDP, DP, BP	2185	139. Sitz.
88	Kriegsgefangene im Westen	SPD	2187	– ¹⁵⁾
89	Verkündung des Gesetzes über Leistungen aus vor der Währungsreform eingegangenen Renten- und Pensionsversicherungen	SPD	2263	} 152. Sitz.
90	Leistungen aus vor der Währungsreform eingegangenen Renten- und Pensionsversicherungen	FDP	2282	
91	Deutsche Dienstkommandos bei den Besatzungsmächten	SPD	2327	156. Sitz.
92	Abtransport der ausländischen, nach Gesetz Nr. 53 der Militärregierung abgelieferten Devisenwerte aus deutschem Besitz	FDP	2332	160. Sitz.

¹³⁾ Umwandlung in eine Kleine Anfrage¹⁴⁾ Rücknahme in der 141. Sitzung¹⁵⁾ Umwandlung in einen Antrag

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
93	Fall <i>Kemritz</i>	CDU/CSU	2345	154. Sitz.
94	Behandlung Nordhessens als Notstandsgebiet	SPD	2434	163. Sitz.
95	Gewährung von Blindengeldern an Zivilblinde	SPD	2435	166. Sitz.
96	Verbilligung von Dieselmotoren	FDP	2466	164. Sitz.
97	Geschwindigkeitskontrollen durch amerikanische Militärpolizei	FDP	2467	164. Sitz.
98	Kürzung der Kohlezuteilung im Hüttenbetrieb der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter	SPD	2490	– ¹⁶⁾
99	Fall <i>Kemritz</i>	SPD	2531	196. Sitz. ¹⁷⁾
100	Überwachung des Post- und Fernsprechverkehrs	SPD	2551	167. Sitz.
101	Vertragsentwurf über die Organisation einer gemeinsamen Verwaltung des Hafens von Kehl	SPD	2594	170. Sitz.
102	Gewährung von Winterbeihilfen	SPD	2642	170. Sitz.
103	Visenzwang	SPD	2647	} 176. Sitz.
104	Einreise- und Ausreisekartei	SPD	2648	
105	Schwarze Listen	SPD	2649	
106	Abschaffung von Visen im gegenseitigen Reiseverkehr	SPD	2650	
107	Staatsvertrag der Länder Baden, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern über den Südwestfunk	SPD	2692	175. Sitz.
108	Ausführungsgesetz zu § 4 des Grundgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951	SPD	2721	– ¹⁸⁾
109	Verkündung der vom Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Gesetze	SPD	2722	174. Sitz.
110	Umsiedlung von Heimatvertriebenen	CDU/CSU	2746	177. Sitz.
111	Beantwortung von Fragen, die anlässlich der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes gestellt wurden	SPD	2773	185. Sitz.
112	Politische Bestrebungen im Verband Deutscher Soldaten	CDU/CSU	2784	– ¹⁶⁾
113	Beschlagnahme von Kraftfahrzeugen in der sowjetisch besetzten Zone	FDP	2791	– ¹³⁾
114	Tabaksteuer	SPD	2828	201. Sitz.
115	Zusammenschluß früherer SS-Angehöriger	CDU/CSU	2829	– ¹⁹⁾
116	Deutsche Rechte an der Vereinigte Glanzstoff-fabriken AG	FDP	2861	– ¹⁹⁾

¹³⁾ Umwandlung in eine Kleine Anfrage

¹⁶⁾ Rücknahme durch Antragsteller

¹⁷⁾ Vertagung in der 195. Sitzung

¹⁸⁾ Rücknahme gemäß Schreiben der SPD vom 17. 1. 1952

¹⁹⁾ Rückstellung

noch: I. Wahlperiode (1949–53)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
117	Rückgabe des Vermögens des Reichskriegerbundes Kyffhäuser	DP, CDU/CSU, FDP	2881	186. Sitz.
118	Bekennnis des Bundesministers Dr. <i>Hans Christoph Seebohm</i> zum Hakenkreuz-Symbol	SPD	2893	185. Sitz.
119	Wiederaufbau von Betrieben der eisenschaffenden Industrie	SPD	2896	–16)
120	Wiedervereinigung Deutschlands	CDU/CSU, FDP, DP	2998	189. Sitz.
121	Maßnahmen zur Förderung des Kunsthandels	FU, FDP, CDU/CSU	3002	192. Sitz.
122	Die von den Besatzungsmächten in der Bundesrepublik beschlagnahmten Filmtheater	CDU/CSU, SPD, FDP, FU, DP	3028	200. Sitz.
123	Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1)	SPD	3032	192. Sitz.
124	Gleichgewicht im Zollsystem	Abg. verschied. Fraktionen	3073	198. Sitz.
125	Altersversorgung des Handwerks	CDU/CSU	3129	199. Sitz.
126	Steuergesetzgebung	CDU/CSU	3130	199. Sitz.
127	Erklärung des Staatssekretärs Prof. <i>Walter Hallstein</i>	SPD	3203	204. Sitz.
128	GEMA	CDU/CSU	3251	–20)
129	Steigerung des Trinkmilchverbrauchs	CDU/CSU	3323	216. Sitz.
130	Hebung des Fischkonsums	CDU/CSU	3324	218. Sitz.
131	Gewährleistung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit	Abg. der DP	3346	218. Sitz.
132	Förderung der deutschen Fischerei	Abg. der DP	3347	218. Sitz.
133	Maßnahmen, um die Arbeitsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts zu sichern	SPD	3371	218. Sitz.
134	Fall <i>Kemritz</i>	SPD	3372	220. Sitz.
135	Weißbuch über die Saarfrage	SPD	3400	219. Sitz.
136	Schreiben des Bundeskanzlers vom 16. Mai 1952 an <i>Christian Fette</i>	SPD	3418	219. Sitz.
137	Hilfe für Berlin	SPD	3431	217. Sitz.
138	Hilfe für die Gebiete an der Sowjetzonengrenze	SPD	3456	219. Sitz.
139	Lösung der „Kriegsverbrecher“-Frage	DP	3477	230. Sitz.
140	Einfuhr- und Vorratsstellen	FDP	3493	223. Sitz.
141	Menschenraub durch den sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst in Westberlin	CDU/CSU	3592	223. Sitz.
142	Umsatz und Verwaltungskosten der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	SPD	3620	231. Sitz. ²¹⁾
143	Landtagswahlen im Saargebiet	SPD	3621	234. Sitz.

16) Rücknahme durch Antragsteller

20) Überweisung an 16. Ausschuß in der 205. Sitzung

21) Absetzung von der Tagesordnung in der 230. Sitzung

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
144	Notstandsmaßnahmen für Beamte und Behördenangestellte	CDU/CSU	3737	238. Sitz.
145	Maßnahmen zur Angleichung der Renten der Kriegsopferversorgung und der Sozialversicherung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten	CDU/CSU	3738	236. Sitz.
146	Geheimorganisation „Technischer Dienst des BDJ“ in Hessen	SPD	3745	235. Sitz.
147	Auftragslenkung für Berlin	SPD	3833	244. Sitz.
148	Bekanntgabe der Note der Bundesregierung vom 28. Juni 1951 über das sogenannte Anerkenntnis der Auslandsschulden an den Bundestag	SPD	3858	246. Sitz.
149	Dienststelle <i>Blank</i>	SPD	3859	245. Sitz.
150	Grenzzwischenfall Schweigen	SPD	3864	248. Sitz.
151	Parteipolitische Propaganda auf Kosten der Bundespost	SPD	3895	247. Sitz.
152	Zwangsmaßnahmen gegen den Bauernstand in der sowjetischen Besatzungszone	CDU/CSU	3956	250. Sitz.
153	Importe von Obst und Gemüse, Südfrüchten und Frühkartoffeln	Abg. der FDP	4028	256. Sitz.
154	Saargebiet	SPD	4084	253. Sitz.
155	Aufhebung von Preisvorschriften auf dem Gebiete des Grundstücksverkehrs	SPD	4192	260. Sitz.
156	Konzentration der französischen Marinestationen am Rhein im Hafen Kehl	SPD	4205	261. Sitz.
157	Vorlage eines Heilpraktikergesetzes	Abg. verschied. Fraktionen	4224	262. Sitz.
158	Aufwendung von Anleihen der öffentlichen Hand	Abg. der FDP	4305	267. Sitz.
159	Rapsbeimischung und Verrechnung	Abg. verschied. Fraktionen	4352	– ²²⁾
160	Saargebiet	SPD	4418	279. Sitz.

²²⁾ Rücknahme in der 281. Sitzung

Hinweis

Zur Kontrollfunktion und zu ihrer Wahrnehmung durch den Deutschen Bundestag ist im **Datenhandbuch** insbesondere das Kapitel 12 nachzuschlagen. Ferner kommen u. a. die folgenden Abschnitte in Betracht:

- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfragen des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsgliedern
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.10 Untersuchungsausschüsse

2. Wahlperiode (1953–57)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
1	Besetzungsschäden auf dem deutschen Wohnungsmarkt	SPD	II/52	19. Sitz.
2	Stützung des Milchpreises	Abg. der CDU/CSU	II/61	8. Sitz.
3	Preis und Lohn in der Landwirtschaft	FDP	II/63	8. Sitz.
4	Regelung der verbrieften Reichsschulden	FDP	II/95	} 12. Sitz.
5	Regelung der Anleihen des Deutschen Reiches und des Landes Preußen	SPD	II/140	
6	Wirtschaftliche Ordnung des Verkehrswesens	SPD	II/180	} 14. Sitz.
7	Verkehrspolitik der Bundesregierung	CDU/CSU	II/185	
8	Verkündung des Gesetzes über Straffreiheit	SPD	II/226	17. Sitz.
9	Äußerungen des Bundesministers Dr. <i>Franz-Josef Wuermeling</i> über das Filmwesen	SPD	II/234	} 22. Sitz.
10	Ehemaliges reichseigenes Filmvermögen	SPD	II/250	
11	Finanzielle Hilfsmaßnahmen für Gewerbebetriebe in den Randgebieten des Truppenübungsplatzes Hohenfels (Oberpfalz)	Abg. verschied. Fraktionen	II/292	36. Sitz.
12	Förderungsprogramm für die Zonenrandgebiete	FDP	II/293	} 31. Sitz.
13	Wirtschaftshilfe für die Zonenrandgebiete	SPD	II/316	
14	„Vulkan“-Fall	SPD	II/315	35. Sitz.
15	Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zur Ausführung des Bundesentschädigungsgesetzes	SPD	II/317	32. Sitz.
16	Remontage	FDP	II/312	34. Sitz.
17	Pressepolitische Pläne der Bundesregierung	SPD	II/313	30. Sitz.
18	Sozialreform	SPD	II/314	30. Sitz.
19	Saarfrage	SPD	II/340	26./27. Sitz.
20	Eingriffe der Besatzungsmächte in die Betriebsführung deutscher Unternehmungen	SPD	II/348	– ¹⁾
21	Nahzonenregelung in grenznahen Gebieten nach § 2 Abs. 4 Güterkraftverkehrsgesetz	FDP	II/392	38. Sitz.
22	Finanzhilfe für durch Bauten der Besatzungsmächte betroffene Gemeinden	CDU/CSU	II/450	64. Sitz.
23	Regelung der deutsch-holländischen Traktatfrage	Abg. der FDP	II/417	–
24	Auswirkungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf die Wirtschaft der Bundesrepublik	SPD	II/455	} 26./27. Sitz.
25	Entwicklung der außenpolitischen Lage	CDU/CSU, GB/BHE, DP	II/488	
26	Wettbewerbsbehinderungen durch Automobilfabriken	CDU/CSU	II/451	37. Sitz.
27	Investitionshilfe	FDP	II/602	49. Sitz.

¹⁾ Vom Antragsteller in der 41. Sitzung für erledigt erklärt nach Besprechung mit BMA.

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
28	Werbung zu Fremdenlegionen	DP	II/606, II/606 (neu)	58. Sitz.
29	Politik der Bundesregierung in den Angelegenheiten der Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge, Kriegssachgeschädigten und Evakuierten	SPD	II/725	44. Sitz.
30	Fall <i>John</i>	SPD	II/767	–
31	Wirtschaftsplan des ERP-Sondervermögens für das Rechnungsjahr 1954	Abg. verschied. Fraktionen	II/741	} 51. Sitz.
32	Richtlinien der Bundesregierung für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen	Abg. verschied. Fraktionen	II/745	
33	Durchführung des Feststellungsgesetzes	GB/BHE	II/734	44. Sitz.
34	Großer Knechtsand	DP, GB/BHE	II/841	54. Sitz.
35	Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke in Völklingen	SPD	II/905	81. Sitz.
36	Nationales Minderheitenrecht	SPD	II/904	58./59. Sitz.
37	Wiedergutmachung	SPD	II/903	60. Sitz.
38	Deutsche Kriegsverurteilte in fremdem Gewahrsam	DP, GB/BHE	II/979	66. Sitz.
39	Saar	SPD	II/1007	} 61. Sitz.
40	Vorrang von Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands	SPD	II/1017	
41	Tarifvertrag für die bei den Besatzungsmächten beschäftigten deutschen Arbeitnehmer	SPD	II/1021	66. Sitz.
42	Rede des Bundeskanzlers am 3. Dezember 1954 in Berlin	SPD	II/1055	67. Sitz.
43	Ziviler Luftverkehr	DP, GB/BHE	II/1132	98. Sitz.
44	Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte	SPD	II/1138	66. Sitz.
45	Anleihen der Lastenausgleichsbank zu Gunsten des Ausgleichsfonds	GB/BHE	II/1168	80. Sitz.
46	Postverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Saargebiet	FDP	II/1195	83. Sitz.
47	Vorbereitung von Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands	SPD	II/1370	84. Sitz.
48	Berliner Aufbauplan	SPD	II/1412	108. Sitz.
49	Absichten der Bundesregierung bei der Auswahl von Freiwilligen	SPD	II/1456	– ²⁾
50	Wiederaufbau der deutschen Passagierschifffahrt	DP	II/1476	101. Sitz.
51	Ausnutzung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken	SPD	II/1498	99. Sitz.
52	Mineralölpreise	SPD	II/1557	101. Sitz.
53	Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	SPD	II/1609	104. Sitz.

²⁾ Rücknahme in der 129. Sitzung

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
54	Durchführung des Saarstatutes	FDP	II/1618	– ³⁾
55	Folgerungen aus den westlichen Luftmanövern „Operation Alert 1955“ und „Carte Blanche“	SPD	II/1603	116. Sitz.
56	Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke	Abg. verschied. Fraktionen	II/1657	194. Sitz. ⁴⁾
57	Außenhandel	FDP	II/1684	122. Sitz.
58	Verstöße gegen das Personenstandsgesetz	SPD	II/1712	111. Sitz.
59	Deutsche Bedienstete bei den alliierten Besatzungsbehörden, insbesondere den Dienstgruppen	SPD	II/1713 (neu)	114. Sitz.
60	Verhalten des Bundeskanzlers im Falle <i>Schmeißer</i>	SPD	II/1733	116. Sitz. ⁵⁾
61	Verfahren bei Rüstungsaufträgen	SPD	II/1862	117. Sitz.
62	Gründung eines Mittelstandsinstituts	CDU/CSU	II/1871	121. Sitz.
63	Verhalten des Bundeskanzlers gegenüber den Entlassungsgesuchen der Bundesminister <i>Kraft</i> und Professor Dr. Dr. <i>Oberländer</i>	GB/BHE	II/1945	124. Sitz.
64	Eingliederung von Flüchtlingen, Vertriebenen, Evakuierten und Heimkehrern	CDU/CSU	II/1961	128./129. Sitz.
65	Beeinflussung der Ertragslage der Energieversorgungsunternehmen durch Verwendung ausländischer Kohle	Abg. verschied. Fraktionen	II/1956	–
66	Förderung von Flüchtlingsstudenten und Schülern aus der sowjetischen Besatzungszone	SPD	II/1967	} 130. Sitz.
67	Finanzielle Sicherung der Vorbereitungslehrgänge für Abiturienten und Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone	SPD	II/1968	
68	Sicherheit im Straßenverkehr	CDU/CSU	II/1973	127. Sitz.
69	Agrarpolitik der Bundesregierung	SPD	II/2014	145. Sitz.
70	Kohlenwirtschaft	SPD	II/2019	129. u. 174. Sitz. ⁶⁾
71	Rede des Kapitäns zur See <i>Zenker</i> in Wilhelmshaven	SPD	II/2125	140. Sitz.
72	Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Postverkehrs	Abg. verschied. Fraktionen	II/2155	137. Sitz.
73	Maßnahmen zur Erleichterung der Reisen von Flüchtlingen	Abg. verschied. Fraktionen	II/2160	138. Sitz.
74	Ratifizierung von Konventionen	Abg. verschied. Fraktionen	II/2164	138. Sitz.
75	Moselkanalisierung	FDP	II/2188	144. Sitz.
76	Zuschußsperre gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund	SPD	II/2217	141. Sitz.

³⁾ Rücknahme in der 111. Sitzung⁴⁾ in der 148. Sitzung Absetzung von der Tagesordnung⁵⁾ in der 105. Sitzung Absetzung von der Tagesordnung⁶⁾ in der 142. Sitzung Absetzung von der Tagesordnung

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
77	Verfassungsklage wegen des Reichskonkordats	Abg. verschied. Fraktionen	II/2258	146. Sitz.
78	Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes in den Grenzkraftwerken	SPD	II/2284	162. Sitz.
79	Ratifizierung von Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation	SPD	II/2316	147. Sitz.
80	Förderung von Forschung und Wissenschaft durch den Bund	SPD	II/2326	} 148. Sitz.
81	Nachwuchsmangel in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen	SPD	II/2330	
82	Entwicklung in der Sowjetzone und Möglichkeiten engerer Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands	CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP, DA	II/2364	146. Sitz.
83	Förderung des technischen Nachwuchses	Abg. der CDU/CSU	II/2374	148. Sitz.
84	Konjunkturpolitik	SPD	II/2408	} 152./153. Sitz.
85	Konjunkturpolitik	FDP	II/2409	
86	Forderungen deutscher Personen oder Firmen an die früheren Besatzungsmächte	DP, DA	II/2448	182. Sitz.
87	Vereinfachung des Steuerrechts	Abg. verschied. Fraktionen	II/2726	–
88	Haltung der Bundesregierung im Suez-Konflikt	FDP	II/2732	– ⁷⁾
89	Osthandel	SPD	II/2736	177. Sitz.
90	Sicherung des sozialen Wohnungsbaues	SPD	II/3009	197. Sitz.
91	Freimachung von beschlagnahmtem Wohnraum	SPD	II/3068	–
92	Euratom	FDP	II/3101	200. Sitz.
93	Beschäftigte bei den alliierten Stationierungstreitkräften	SPD	II/3140	–
94	Gesetzliche Beschränkung der Sonntagsarbeit	CDU/CSU	II/3236	203. Sitz.
95	Atomwaffen	SPD	II/3347	208./209. Sitz.
96	Gleichstellung der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS mit den Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht	DP (FVP)	II/3431	–
97	Vorfinanzierung des Lastenausgleichs	FDP, GB/BHE	II/3495	–

⁷⁾ Rücknahme in der 171. Sitzung

Hinweise

Zum oppositionellen Verhalten siehe auch

- Abschnitt 8.14: Stimmergebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen und
- Abschnitt 8.17: Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze.

Die Mandatszahlen der in Opposition befindlichen Parteien sind für jede Wahlperiode mit allen Veränderungen zusammengestellt in Abschnitt 6.6: Koalitionen und Opposition im Bund.

3. Wahlperiode (1957–61)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
1	Kohlepreiserhöhung	SPD	III/2	5. Sitz.
2	Beseitigung der Mängel der Rentenneuregelung	SPD	III/28	11. Sitz.
3	Haltung der Bundesregierung auf der NATO-Konferenz am 16. Dezember 1957	FDP	III/82	9. Sitz.
4	Räumung von Lagern und Notunterkünften durch Wohnungsbau	CDU/CSU, DP	III/72	13. Sitz.
5	Aufhebung der Verkehrstarife	SPD	III/136	10. Sitz.
6	Privatwirtschaftliches Fernsehen	SPD	III/153	15. Sitz.
7	Ausbau der technischen Bildungseinrichtungen	SPD	III/154	23. Sitz.
8	Finanzielle Verpflichtungen aus dem Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) und ihre kassenmäßige Erfüllung	SPD	III/195	24./25. Sitz.
9	Gipfelkonferenz und atomwaffenfreie Zone	FDP	III/230	} 18.–21. Sitz.
10	Die deutsche Frage auf künftigen internationalen Konferenzen	CDU/CSU	k. A.	
11	Bundesunternehmen	SPD	III/335	30. Sitz.
12	Erfüllung des EWG-Vertrages	FDP	III/371	42. Sitz.
13	Maßnahmen im Zuge der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes	FDP	III/429	45. Sitz.
14	Reform des Bundesversorgungsgesetzes	SPD	III/434	46. Sitz.
15	Verbesserung der Verhältnisse in der Bauwirtschaft	SPD	III/495	51. Sitz.
16	Flüchtlingsfragen und Zonenverhältnisse	CDU/CSU, SPD, FDP, DP	III/546	41. Sitz.
17	Wohnungsversorgung junger Familien; Durchführung des sozialen Wohnungsbaues; Unterbringung der Zuwanderer und Aussiedler	CDU/CSU, DP	III/555	48. Sitz.
18	Fragen der Justizpolitik	SPD	III/569	56. Sitz. ¹⁾
19	Arbeitszeit der Bundesbeamten	SPD	III/591 (neu)	55. Sitz.
20	Privatisierung des Bundesvermögens	FDP	III/617	63. Sitz.
21	Verfassungsschutz	FDP	III/625	– ²⁾
22	Wirtschaftskonzentration	CDU/CSU, DP	III/702	82. Sitz.
23	Kohlebergbau	SPD	III/708	59. Sitz.
24	Änderung von Vorschriften des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	SPD	III/709	60. Sitz.
25	Korruptionsfälle in der Bundesverwaltung	SPD	III/824	76. Sitz.
26	Die internationale Lage, die Sicherung Berlins und die Wiedervereinigung Deutschlands	SPD	III/1244	87. Sitz.
27	Die deutsche Einheit	FDP	III/1284	87. Sitz.
28	Neuregelung der sozialen Krankenversicherung	SPD	III/1298	102. Sitz.

1) in der 52. Sitzung Absetzung von der Tagesordnung

2) Rücknahme in der 68. Sitzung

noch: 3. Wahlperiode (1957–61)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
29	Lage des Kohlebergbaus	SPD	III/1300	86. Sitz.
30	Freihandelszone	FDP	III/1305	111. Sitz.
31	Die deutsche Einheit	FDP	III/1383	99. Sitz.
32	Abkommen zwischen Bund und Ländern über Fragen der Kulturpolitik	SPD	III/1398	101. Sitz.
33	Preissteigerungen für Lebensmittel	SPD	III/1414	94. Sitz.
34	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Freihandelszone	SPD	III/1464 (neu)	111. Sitz.
35	Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“	CDU/CSU	III/1472	101. Sitz.
36	Deutsche Kulturarbeit im Ausland	SPD	III/1555	119. Sitz.
37	Antisemitische und nazistische Vorfälle	SPD	III/1604	– ³⁾
38	Abmessung für Lastfahrzeuge	SPD	III/1627	105. Sitz.
39	Deutsch-spanische Beziehungen	SPD	III/1663	108. Sitz.
40	Kindergeld	SPD	III/2100	130. Sitz.
41	Regelung der Sonntagsarbeit	FDP	III/2134	132. Sitz.
42	Gemeindefinanzen	SPD	III/2164 (neu)	136. Sitz.
43	Zweites Fernsehen	SPD	III/2231	–
44	Schutz der deutschen Flagge auf offener See	SPD	III/2314	–
45	Regelung der Sonntagsarbeit	SPD, FDP	III/2444	–
46	Steigerung der Baulandpreise	SPD	III/2436	144. Sitz.
47	Entwicklungspolitik der Bundesregierung	SPD	III/2608	159. Sitz.
48	Bericht über die Lage der Mittelschichten	SPD	III/2758	163. Sitz.
49	Agrarpolitik in der EWG	FDP	III/2781	166. Sitz.

³⁾ Rücknahme in der 105. Sitzung

4. Wahlperiode (1961–65)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
1	Schutz der Gesundheit gegen radioaktive Strahlung	SPD	IV/26	12. Sitz.
2	Krankenversicherung, Lohnfortzahlung und Kindergeld	SPD	IV/153	16. Sitz.
3	Entwicklung von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik	CDU/CSU	IV/154	} 20. Sitz.
4	Förderung der wissenschaftlichen Forschung	SPD	IV/158	
5	Auswirkungen des Bundesbaugesetzes und sonstiger Maßnahmen der Bundesregierung auf die Baulandpreise	SPD	IV/212	31. Sitz.

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
6	Krankenversicherung, Lohnfortzahlung und Kindergeld	SPD	IV/215	35. Sitz.
7	Kulturpolitische Aufgaben des Bundes	FDP	IV/233	20. Sitz.
8	Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Energie- und Kohlewirtschaft	SPD	IV/297	30. Sitz.
9	Entwicklungspolitik der Bundesregierung	SPD	IV/542	49. Sitz.
10	Umsatzsteuer-Systemreform	SPD	IV/548	} 61. Sitz.
11	Reform der deutschen Umsatzsteuer	FDP	IV/684	
12	Wissenschaftsförderung	SPD	IV/735	60. Sitz.
13	Gemeinsame Agrarpolitik in der EWG	FDP, CDU/CSU	IV/742	60. Sitz.
14	Neuordnung der Kriegsopferversorgung	SPD	IV/882	63. Sitz.
15	Energiepolitik	SPD	IV/1029	71. Sitz. ¹⁾
16	Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels	Abg. verschied. Fraktionen	IV/1072	72. Sitz.
17	Kostensenkung in der Landwirtschaft	SPD	IV/1259	81. Sitz.
18	Auswärtige Kulturpolitik	SPD	IV/1315	101. Sitz.
19	Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes und der Verbraucheraufklärung	SPD	IV/1386	98. Sitz.
20	Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Sowjetunion	SPD	IV/1608	– ²⁾
21	Berufsausbildungsgesetz	SPD	IV/1748	112. Sitz.
22	Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Aufgaben der Bildungsplanung	SPD	IV/1829	118. Sitz.
23	EWG-Agrarpolitik	FDP, CDU/CSU	IV/1903	121. Sitz.
24	Die Situation der alten Menschen	CDU/CSU	IV/1955	120. Sitz. ³⁾
25	Förderungsprogramm für die deutsche Seeschifffahrt	SPD	IV/2227	130./131. Sitz.
26	Verkehrspolitik der Bundesregierung	SPD	IV/2274	130. Sitz.
27	Die Lage in der Bundeswehr	FDP	IV/2426	153., 156. u. 157. Sitz.
28	Preissteigerungen im Berufsverkehr	SPD	IV/2518	172. Sitz.
29	Wiederaussetzung der Gebührenerhöhungen bei der Deutschen Bundespost	SPD	IV/2519	150. Sitz.
30	Überwindung des Bildungsnotstandes	SPD	IV/2611	151. Sitz.
31	Situation des Energiemarktes, insbesondere Lage des Steinkohlenbergbaus	CDU/CSU, FDP	IV/2695	} 147./148. Sitz.
32	Energiepolitik und Lage des Steinkohlenbergbaus	SPD	IV/2721	
33	Deutschlandfunk	SPD	IV/3108	–

¹⁾ in der 67. Sitzung Absetzung von der Tagesordnung

²⁾ Rücknahme in der 110. Sitzung

³⁾ in der 121. Sitzung Absetzung von der Tagesordnung

noch: 4. Wahlperiode (1961–65)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Antwort/ Behandlung im Bundestag
34	Lage der Veredelungswirtschaft in der Bundesrepublik und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	FDP	IV/3118	183. Sitz.
35	Wissenschaftsplan zum Wissenschaftsbericht	FDP	IV/3168	186. Sitz.

5. Wahlperiode (1965–69)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Wissenschafts- und Bildungspolitik	SPD	V/171	–	} 19. Sitz.
2	Wissenschaftsförderung	CDU/CSU	V/198	–	
3	Förderung der Wissenschafts- und Bildungspolitik	FDP	V/239	–	
4	Situation der Kohle	CDU/CSU, FDP	V/201	–	30. Sitz.
5	Flugsicherheit des Starfighter F 104 G	SPD	V/351	–	} 33. Sitz.
6	Waffensystem „Starfighter“	CDU/CSU, FDP	V/360	–	
7	Auswärtige Kulturpolitik, auslandsdeutsche Schulen	CDU/CSU, FDP	V/439	–	49. Sitz.
8	EWG-Politik	Abg. der FDP	V/556	–	46. Sitz.
9	Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Sicherung des Friedens	SPD	V/775	–	59. Sitz.
10	Förderung der Forschung zur wirtschaftlichen Nutzung von Kernenergie und der Weltraumforschung	CDU/CSU, FDP	V/788	–	64. Sitz.
11	Europapolitik	SPD	V/1042	–	96. Sitz.
12	Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	V/1198	–	146. Sitz. ¹⁾
13	Atomwaffensperrvertrag	CDU/CSU, SPD	V/1650	–	106. Sitz.
14	Studienreform	CDU/CSU	V/1742	–	136. Sitz.
15	Sportpolitik	CDU/CSU	V/1860	–	139. Sitz.
16	Lage der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie	CDU/CSU	V/1869	–	133. Sitz.
17	Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung	CDU/CSU, SPD	V/1978	–	124. Sitz.
18	Sektorale und regionale Strukturpolitik	CDU/CSU	V/1988	–	148. Sitz. ²⁾

¹⁾ Materialzusammenstellung: Drs. V/2441

²⁾ Materialzusammenstellung: Drs. V/2469

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
19	Verteidigungspolitik	SPD	V/2016	–	} 140./141. Sitz.
20	Verteidigungskonzeption der Bundesrepublik Deutschland	FDP	V/2025	–	
21	Verteidigungspolitik	CDU/CSU	V/2041	–	} 134. Sitz.
22	Die Lage der Landwirtschaft	FDP	V/2099	–	
23	Wissenschaftsförderung und Wissenschaftsplanung	SPD	V/2132	–	136., 152. Sitz.
24	EWG-Markordnung für Milch und Milchprodukte	SPD	V/2133	–	134. Sitz.
25	Entwicklungspolitik	FDP	V/2144	–	124. Sitz.
26	Zukünftige Steuerpolitik der Bundesregierung	FDP	V/2208 (neu) ³⁾	V/3363	194. Sitz.
27	Sportpolitik	FDP	V/2264	–	139. Sitz.
28	Politische Bildung	FDP	V/2356	} V/3297	} 196. Sitz.
29	Politische Bildung	CDU/CSU, SPD	V/2380		
30	Strafverfahrensrecht	FDP	V/2408	–	152. Sitz.
31	Selbstverwaltung der Gemeinden	CDU/CSU, SPD	V/2414	V/3248	–
32	Schwerpunktaufgaben in Wissenschaft und Forschung	CDU/CSU	V/2476	–	152., 170. Sitz.
33	Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre an den Universitäten	CDU/CSU	V/2587	–	170. Sitz.
34	Gesundheitspolitik	SPD	V/2675	V/3008	183. Sitz. ⁴⁾
35	Förderung des Fremdenverkehrs und seine volkswirtschaftliche, gesundheits- und gesellschaftspolitische Bedeutung	FDP	V/2733	V/3433	215. Sitz.
36	Außenpolitik	CDU/CSU	V/2978	V/3016	180. Sitz.
37	Weiterentwicklung des förderativen Systems	Abg. der CDU/CSU	V/3099 (neu)	V/4002	–
38	Die wirtschaftliche Gesundung des Saarlandes	SPD	V/3278	V/4268	240. Sitz.
39	Beschäftigung älterer Arbeitnehmer	CDU/CSU	V/3418	V/3957	234. Sitz.
40	Stromversorgung der deutschen Wirtschaft	CDU/CSU	V/3668	V/3978	–
41	Neugliederung der im nationalen Besitz befindlichen Mineralölgesellschaften	SPD	V/3723	V/4111	–
42	Memorandum der EWG-Kommission zur Reform der Landwirtschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	FDP	V/3756	V/3872	218. Sitz.
43	Deutschlandpolitik	FDP	V/3769	V/4101	229. Sitz.
44	Mittelständische Wirtschaft	FDP	V/4198	V/4441	247. Sitz.
45	Wettbewerbsverzerrungen auf dem Agrarmarkt der EWG	FDP	V/4405	V/4602	–

³⁾ Begründung der FDP zu Drs. V/2208 (neu); Drs. V/3255⁴⁾ Absetzung von der Tagesordnung in der 180. Sitzung.

6. Wahlperiode (1969–72)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Atomwaffensperrvertrag	CDU/CSU	VI/1	VI/50	10. Sitz.
2	Numerus clausus	CDU/CSU	VI/124	VI/246	25. Sitz.
3	Wohnungsbaupolitik	CDU/CSU	VI/572	VI/716	52. Sitz.
4	Innere Sicherheit	CDU/CSU	VI/620	VI/872	–
5	Wiedereingliederung körperlich, geistig und seelisch Behinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Rehabilitation)	CDU/CSU	VI/655	VI/896	64. Sitz.
6	Deutschland-, Ost- und Europapolitik	CDU/CSU	VI/691	VI/757	53., 59. u. 60. Sitz.
7	Verbrechensbekämpfung	CDU/CSU	VI/703	VI/871	75. Sitz.
8	Konjunkturpolitik	CDU/CSU	VI/714	VI/847	55. Sitz.
9	Wirtschafts- und Konjunkturpolitik	CDU/CSU	VI/1144	VI/1215	69. Sitz.
10	Agrarpolitik	CDU/CSU	VI/1145	VI/1303	} 78. Sitz.
11	Maßnahmen der Bundesregierung in der Einkommens-, der Struktur- und der Sozialpolitik für die deutsche Landwirtschaft	SPD, FDP	VI/1187	VI/1302	
12	Baukostenentwicklung und ihre Auswirkung auf den sozialen Wohnungsbau	CDU/CSU	VI/1189	VI/1216	70. Sitz.
13	Umweltschutz	SPD, FDP	VI/1275	VI/1519	87. Sitz.
14	Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu innerpolitischen Vorhaben	CDU/CSU	VI/1620	VI/1953	109. Sitz.
15	Außenpolitik der Bundesregierung	SPD, FDP	VI/1638	VI/1728	93./94. Sitz.
16	Sicherheitspolitik der Bundesregierung	SPD, FDP	VI/1779	} VI/1977	} 122. Sitz. ¹⁾
17	Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	VI/1931		
18	Entwicklungspolitik der Bundesregierung	SPD, FDP	VI/1941	} VI/2053	} 115. Sitz.
19	Entwicklungspolitik der Bundesregierung	CDU/CSU	VI/1951		
20	Förderung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD) und des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) aus Bundesmitteln, insbesondere aus Mitteln des Bundesjugendplans	CDU/CSU	VI/2018	VI/2218	126. Sitz.
21	Situation der Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland	Abg. der CDU/CSU	VI/2067	VI/3175	–

¹⁾ in der 111. Sitzung Absetzung von der Tagesordnung

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

noch: 6. Wahlperiode (1969–72)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
22	Mittelständische Wirtschaft	CDU/CSU	VI/2075	VI/2284	156. Sitz.
23	Finanz- und währungspolitische Absichten der Regierung	CDU/CSU	VI/2205	VI/2326	130. Sitz.
24	Forschungs- und Technologiepolitik	CDU/CSU	VI/2364	} VI/2789	} 159. Sitz.
25	Technologiepolitik	SPD, FDP	VI/2369		
26	Lage der Städte und Gemeinden	CDU/CSU	VI/2429	VI/2600	147./148. Sitz.
27	Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu den inneren Reformen in der 6. Legislaturperiode	CDU/CSU	VI/2604	VI/2709	153./154. Sitz.
28	Deutschland- und Außenpolitik	CDU/CSU	VI/2700	VI/2828	171.–173. Sitz.
29	Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan	CDU/CSU	VI/2830	VI/2992	180. Sitz.
30	Rauschmittel- und Drogenmißbrauch	CDU/CSU	VI/3651	–	–
31	Regionale Strukturpolitik und Raumordnung	CDU/CSU	VI/3667	VI/3808	–

7. Wahlperiode (1972–76)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Rauschmittel- und Drogenmißbrauch	CDU/CSU	7/227	7/620	46. Sitz.
2	Verkehrspolitik	CDU/CSU	7/614	7/985	73. Sitz.
3	Forschungspolitik	SPD, FDP	7/688	7/1279	88. Sitz.
4	Städtebau und Städtebaupolitik	CDU/CSU	7/881	7/962	54. Sitz.
5	Maßnahmen gegen den Numerus clausus	CDU/CSU	7/919	7/1313	69. Sitz.
6	Entwicklungspolitik der Bundesregierung	CDU/CSU	7/1160	7/1375	85. Sitz.
7	Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	CDU/CSU	7/1247	7/2409	128. Sitz.
8	Raumordnung	CDU/CSU	7/1417	7/2044	119. Sitz.
9	Wiedereingliederung körperlich, geistig und seelisch Behinderter in Gesellschaft, Arbeit und Beruf	CDU/CSU	7/1457	7/2842	136. Sitz.
10	Sportpolitik	SPD, FDP	7/1680	7/2592	131. Sitz.
11	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	CDU/CSU	7/2354	7/2616, 7/2643	125. Sitz.
12	Situation der Kinder in Deutschland	CDU/CSU	7/2414	7/3340	173. Sitz.
13	Situation des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	7/2421	7/3322	176. Sitz.
14	Lage der deutschen Landwirtschaft	CDU/CSU	7/2497	7/2586	122. Sitz.

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
15	Deutschlandpolitik	SPD, FDP	7/2568	7/2933	} 146./147. Sitz.
16	Deutschlandpolitik	CDU/CSU	7/2679	7/2934	
17	Rationelle und sparsame Energieverwendung	FDP, SPD	7/2890	7/3595	215. Sitz.
18	Ziele und Aufgaben der Wohnungspolitik	CDU/CSU	7/3002	7/3523	170. Sitz.
19	Krebsforschung	SPD, FDP	7/3236	7/4711, 7/4815	251. Sitz.
20	Friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland	SPD, FDP	7/3410	7/3871	215. Sitz.
21	Grundsätze der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik der Bundesregierung	CDU/CSU	7/3656	7/3805, 7/3907	204. Sitz.
22	Verteidigungspolitik	CDU/CSU	7/3874	7/4072	212. Sitz.
23	Zukunftschancen der jungen Generation in der Bildung und im Beruf	CDU/CSU	7/4836	7/5099	255. Sitz.
24	Auswirkungen der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen auf die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	7/5120	7/5455	257. Sitz.

8. Wahlperiode (1976–80)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Deutschlandpolitik	CDU/CSU	8/118	8/255	29. Sitz.
2	Energieversorgung	CDU/CSU	8/156	8/569	} 31. Sitz.
3	Energiepolitik	SPD, FDP	8/188	8/570	
4	Verteidigungspolitik	CDU/CSU	8/195	} 8/464	} 39. Sitz.
5	Sicherheitspolitik	SPD, FDP	8/224		
6	Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	CDU/CSU	8/244	8/906	58. Sitz.
7	Entwicklungspolitik	CDU/CSU	8/345	8/879	52. Sitz.
8	Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen	SPD, FDP	8/685	8/1408	79. Sitz.
9	Alkohol- und Drogenmißbrauch und Kriminalität von Kindern und Jugendlichen	CDU/CSU	8/751	8/922	56. Sitz.
10	Äußerungen des Bundesministers für Forschung und Technologie zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und Fortschreibung des Energieprogramms durch die Bundesregierung	CDU/CSU	8/872	–	51. Sitz. ¹⁾

¹⁾ nur Begründung der Großen Anfrage

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
11	Neuorientierung der Wohnungsbaupolitik	CDU/CSU	8/1123	8/1436	91. Sitz.
12	Bildungspolitik	SPD, FDP	8/1255	8/1703	96. Sitz.
13	Die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa und ihre Erörterung auf dem KSZE-Überprüfungstreffen in Belgrad	CDU/CSU	8/1312	8/1605	99. Sitz.
14	Zu den Folgevereinbarungen gemäß Artikel 7 des Grundlagenvertrages	CDU/CSU	8/1338	8/1553	90. Sitz.
15	Sektorale Strukturpolitik	CDU/CSU	8/1397	8/1607	88. Sitz.
16	Lage der Behinderten und Weiterentwicklung der Rehabilitation	CDU/CSU	8/1541	8/2190	136. Sitz.
17	Rohstoffpolitik der Bundesregierung	CDU/CSU	8/1681	8/1981	117. Sitz.
18	Städtebaupolitik	SPD, FDP	8/1949	8/2085	114. Sitz.
19	Lebenssituation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	8/2031	8/2303	148. Sitz.
20	Namibia	SPD, FDP	8/2168	8/3462	197. Sitz.
21	Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst	CDU/CSU	8/2305	8/2481	} 138. Sitz.
22	Eignungsvoraussetzungen für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst	SPD, FDP	8/2351	8/2482	
23	Zur Politik der Friedenssicherung durch Verteidigung und Entspannung und zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle	SPD, FDP	8/2195	} 8/2587	} 141. Sitz.
24	Erhaltung und Festigung des Friedens durch Sicherheit, Rüstungskontrolle, Abrüstung und den Abbau der politischen Spannungsursachen	CDU/CSU	8/2312		
25	Europapolitik	CDU/CSU	8/2452	8/2787	157. Sitz.
26	Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der DDR – Anwendung des am 3. Januar 1976 in Kraft getretenen Menschenrechtspakts der Vereinten Nationen	CDU/CSU	8/2503	} 8/3188	} 186. Sitz.
27	Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sowie bürgerliche und politische Rechte in der DDR – Anwendung des am 23. März 1976 in Kraft getretenen Menschenrechtspakts der Vereinten Nationen	CDU/CSU	8/2504		
28	Sicherung von Freiheit, Stabilität, Frieden und Entwicklung in Afrika	CDU/CSU	8/2748	8/3463	197. Sitz.
29	Tendenzen zum Protektionismus im internationalen Verkehr	CDU/CSU	8/3061	8/3199	187. Sitz.

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
30	Grundprobleme der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	8/3069	8/3299	205. Sitz.
31	Deutsche Entwicklungshilfe in internationalen Institutionen	CDU/CSU	8/3095	8/3483	215. Sitz.
32	Subventionspolitik der Bundesregierung	CDU/CSU	8/3102	8/3429	224. Sitz.
33	Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Berichterstattung der Bundesregierung über den Verfassungsschutz	CDU/CSU	8/3214	8/3615	225. Sitz.
34	Umweltpolitik	SPD, FDP	8/3279	8/3713	214. Sitz.
35	Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung	CDU/CSU	8/3281	8/3331	188. Sitz.
36	Entwicklung der Kommunikationstechniken und Beschluß der Bundesregierung vom 26. September 1979	CDU/CSU	8/3370	8/3699	227. Sitz.
37	Humanisierung des Arbeitslebens	SPD, FDP	8/3476	8/3844	} 217. Sitz.
38	Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen	CDU/CSU	8/3576	8/3852	
39	Probleme der Strukturschwäche, Arbeitsplatzentwicklung, Energiesicherung, der Wohn- und Wohnumwelt und Zukunftsentwicklung im Ruhrgebiet	CDU/CSU	8/3575	8/3874	–
40	Asylrecht	SPD, FDP	8/3753	8/4278	} 228. Sitz.
41	Asylverfahren und Unterbringung der Asylbewerber	CDU/CSU	8/4126	8/4279	
42	Zum reformierten § 218 des Strafgesetzbuches	SPD, FDP	8/3821	8/4160	–
43	Beitrag der Bundesregierung zur Stärkung des Bewußtseins von der Einheit der Deutschen Nation in Unterricht und Bildung	CDU/CSU	8/3841 (neu)	8/4159	–
44	Schutz des ungeborenen Lebens und Hilfen in Schwangerschaftskonflikt-Situationen	CDU/CSU	8/3945	8/4160	–
45	Die zukünftige Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses auf der Grundlage der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	SPD, FDP	8/4209	8/4486	–
46	Fragen zur Entwicklung des Hochschulbereichs	SPD, FDP	8/4392	8/4459	–
47	Verwirklichung der KSZE-Schlußakte und Vorbereitung des zweiten KSZE-Folgetreffens in Madrid	CDU/CSU	8/4480	–	–

9. Wahlperiode (1980–83)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Zweites Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Madrid (bisherige Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki; weiterführende Vorschläge zur Schlußakte von Helsinki)	CDU/CSU	9/77	9/643	49. Sitz.
2	Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	CDU/CSU	9/297	9/943	84. Sitz.
3	Umfassende Bestandsaufnahme in der Deutschlandpolitik	CDU/CSU	9/415	9/678	56. Sitz.
4	Deutsche Bundesbahn	CDU/CSU	9/602	9/952	67. Sitz.
5	Zum inneren Zustand der Bundeswehr und zur Lage der Soldaten in den Streitkräften	CDU/CSU	9/675	9/873	68. Sitz.
6	Gesundheit und Eigenverantwortung	CDU/CSU	9/703	9/1382	–
7	Zum Ausbau der Hochschulen, zur sozialen Lage der Studenten und zur Förderung des Nachwuchses in Wissenschaft und Forschung	CDU/CSU	9/752	9/1172	97. Sitz.
8	Situation der Wehersatzbehörden und Auswirkungen auf die Effektivität der Truppe	CDU/CSU	9/792	9/1250	– ¹⁾
9	Verantwortung des Bundes für Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	9/858	9/1231	86. Sitz.
10	Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	CDU/CSU	9/904	9/1133	100. Sitz.
11	Schutz unserer Gewässer und Küsten	CDU/CSU	9/1043	9/1384	97. Sitz.
12	Behindertenpolitik nach dem Internationalen Jahr der Behinderten 1981	SPD, FDP	9/1155	9/1635	136. Sitz.
13	Tendenzen globaler Entwicklung	CDU/CSU	9/1158	9/1592	125. Sitz.
14	Innerstaatliche Kulturpolitik	SPD, FDP	9/1166	–	–
15	Zukunft der Brutreakorttechnologie in Deutschland	CDU/CSU	9/1178	9/1380	97. Sitz.
16	Ausländerpolitik	SPD, FDP	9/1306	9/1629	83. Sitz. ²⁾
17	Stand, Entwicklung und mögliche Konsequenzen der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen	CDU/CSU	9/1366	9/1771	134. Sitz.
18	Aufgaben, Probleme und Perspektiven des Atlantischen Bündnisses	CDU/CSU	9/1532	9/1739	130. Sitz.
19	Militarisierung in der DDR	CDU/CSU	9/1550	–	–
20	Luftverunreinigung, saurer Regen und Waldsterben	CDU/CSU	9/1653	9/1955	–

¹⁾ Auf der Tagesordnung der Sitzung vom 13. 5. 1982; abgesetzt.

²⁾ nur Begründung der Großen Anfrage

noch: 9. Wahlperiode (1980–83)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
21	Zukunft der Hochtemperaturreakortechnologie in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	9/1660	–	–
22	Ausbildungsplatzsituation	CDU/CSU	9/1711	9/1866	136. Sitz.
23	Mikroelektronik	SPD, FDP	9/1742	9/1988	129. Sitz.
24	Fremdenverkehr	SPD, FDP	9/1781 (neu)	9/2082	136. Sitz.
25	Wald- und Forstwirtschaft	SPD, FDP	9/1804	9/2366	–
26	Zu Fragen der deutschen Heimatvertriebenen im Geltungsbereich des Grundgesetzes	CDU/CSU	9/1825	–	–
27	Zur Lage der Deutschen in Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße sowie in Mittel- und Osteuropa	CDU/CSU	9/1826	–	–
28	Kulturpolitik der Bundesregierung	CDU/CSU	9/1842	–	–
29	Zur politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Lage im Mittelmeerraum	CDU/CSU	9/1845	–	–
30	Reaktorsicherheit und atomrechtliches Genehmigungsverfahren	CDU/CSU	9/1906	–	–
31	Lage und Forderungen der Sinti, Roma und verwandter Gruppen	SPD, FDP	9/1935	9/2360	–
32	Reform des Bildungsföderalismus	SPD, FDP	9/1984	–	–

10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	NATO-Nachrüstung	GRÜNE	10/53	10/249	23. Sitz.
2	Giftgas: Lagerung, Gefährdung, Rechtsgrundlagen	GRÜNE	10/97	} 10/444	} 28. Sitz.
3	Giftgas: Souveränität, Kontrolle, Giftgasrüstung	GRÜNE	10/98		
4	Giftgas: Öffentliche Information, Völkerrecht, Repressalien	GRÜNE	10/99		
5	Deutsche Bundesbahn	CDU/CSU, FDP	10/112	10/672	64. Sitz.
6	Breitbandverkabelung/Kooperationsmodelle	SPD	10/114	10/499	33. Sitz.
7	Pershing II und „Kleine Interkontinentalrakete“	GRÜNE	10/138	10/250	23. Sitz.
8	Atomwaffen: Rechtsgrundlage	GRÜNE	10/142	} 10/487	} 34. Sitz.
9	Atomeinsatz: Veto-Recht	GRÜNE	10/143		

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
10	Kriegsvölkerrechtliche Grundsätze	GRÜNE	10/163	} 10/445	} 29. Sitz.
11	Kriegsvölkerrechtliche Verträge	GRÜNE	10/164		
12	Atomwaffen-, „Pakete“ gegen die Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/175	} 10/487	} 34. Sitz.
13	Atomwaffen: Einsatzverhinderung	GRÜNE	10/179		
14	Atomwaffen: Einsatzfolgen	GRÜNE	10/180		
15	Sonderabfälle	CDU/CSU, FDP	10/193	10/474	53. Sitz.
16	Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika	SPD	10/230	10/833	54. Sitz.
17	Schutz vor Lärm	SPD	10/233	10/566	53. Sitz.
18	Lage in Mittelamerika	SPD	10/279	10/922	51. Sitz.
19	Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	10/288	10/710	50. Sitz.
20	Umweltgefährdung durch polychlorierte Biphenyle (PCBs)	GRÜNE	10/301	10/950	67. Sitz.
21	Bodenqualität und Bodenerhaltung	GRÜNE	10/359	10/948	53. Sitz.
22	Kulturpolitik	SPD	10/382	10/2236	99. Sitz.
23	Schutz des Bodens	SPD	10/417	10/949	53. Sitz.
24	Frauenarbeitslosigkeit	SPD	10/561	10/871	67. Sitz.
25	Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	CDU/CSU, FDP	10/680	10/1506	101. Sitz.
26	Kulturförderungspolitik der Bundesregierung	CDU/CSU, FDP	10/785	10/2237	99. Sitz.
27	Gesellschaftliche Kosten des Autoverkehrs	GRÜNE	10/803	10/2348	108. Sitz.
28	Neuregelung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen (Durchführungsprobleme)	GRÜNE	10/934	10/1530	114. Sitz.
29	Einführung eines gemischt zivil-militärischen Flugsicherungssystem mit flächendeckender Kompetenz der militärischen Komponente	GRÜNE	10/944	10/2122	114. Sitz.
30	Kranke Umwelt – kranke Kinder: Gesundheitsgefährdung durch Umwelt-, speziell Luftverschmutzung	GRÜNE	10/971	10/2107	94. Sitz.
31	Zum Gesetz über Personalausweise	GRÜNE	10/1016	–	85. Sitz.
32	Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens und Qualität der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung	CDU/CSU, FDP	10/1080	10/3374	–
33	Verdrängung einheimischer Steinkohle durch die Atomenergie	GRÜNE	10/1092	10/1407	72. Sitz.
34	Zivilisationsbedingte Schäden an Gebäuden, Kulturdenkmälern und Ingenieurbauwerken	GRÜNE	10/1129	10/2613	129. Sitz.
35	Gentechnik	GRÜNE	10/1153	10/2199	114. Sitz.

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
36	Verschuldung in der Landwirtschaft	GRÜNE	10/1206	10/2041	} 111. Sitz.
37	Ökologischer Landbau und die Zukunft der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/1207	10/2042	
38	Nichtverbreitung von Kernwaffen	SPD	10/1296	10/2402	117. Sitz.
39	Protektionismus	CDU/CSU, FDP	10/1318	10/1700	94. Sitz.
40	Fortentwicklung des Ausländerrechts	SPD	10/1330	10/2071	89. Sitz.
41	Zur sozialen Lage der Soldaten in den Streitkräften	SPD	10/1360	10/2227	129. Sitz.
42	Umweltfreundliche Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland; hier: Maßnahmen zur Energieeinsparung	GRÜNE	10/1380	10/1773	} 94. Sitz.
43	Umweltfreundliche Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland; hier: Maßnahmen zur Energiegewinnung aus Sonne und Umwelt	GRÜNE	10/1381	10/1767	
44	Umweltfreundliche Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland; hier: Allgemeine Fragen	GRÜNE	10/1382	10/1774	
45	Frauen im öffentlichen Dienst	SPD	10/1427	10/2461	121. Sitz.
46	Perspektiven für den bäuerlichen Familienbetrieb	CDU/CSU, FDP	10/1550 (neu)	10/2043	111. Sitz.
47	Die Projektpolitik der Weltbankgruppe	GRÜNE	10/1599	10/1976	} 87. Sitz.
48	Die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF)	GRÜNE	10/1600	10/1977	
49	Währungs-, finanz- und entwicklungspolitische Konsequenzen der internationalen Verschuldungskrise für die Dritte Welt und die westdeutsche Binnenwirtschaft	GRÜNE	10/1601	10/1978	
50	Wirtschaftliche Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen	CDU/CSU, FDP	10/1637	10/2629	132. Sitz.
51	Lebenssituation und Zukunftsperspektiven älterer Menschen	CDU/CSU, FDP	10/1660	10/2784	166. Sitz.
52	Geschäftsbelastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit	SPD	10/1739	10/5317	–
53	Hochschulpolitik	SPD	10/1753	10/2543	123. Sitz.
54	Versorgung krebskranker Kinder in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/1762	10/2824	132. Sitz.
55	Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine aktive Industriepolitik	SPD	10/1787	10/2630	132. Sitz.
56	Die Erhaltung und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in der Dritten Welt	CDU/CSU, FDP	10/1824	10/2405	130. Sitz.
57	Geschäftsbelastung in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit	SPD	10/1822	10/3767	–

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
58	Lage und Forderungen der Sinti, Roma und verwandter Gruppen	GRÜNE	10/2032 (neu)	10/3292	171. Sitz.
59	Geschäftsbelastung der Sozialgerichtsbarkeit	SPD	10/2066	10/4592	–
60	Geschäftsbelastung der Arbeitsgerichtsbarkeit	SPD	10/2067	10/4593	–
61	Reform des Auswärtigen Dienstes	SPD	10/2068	10/3316	146. Sitz.
62	Umweltschutz und Bundeswehr	GRÜNE	10/2090	10/3529	174./201. Sitz.
63	Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/2207	10/3656	194. Sitz.
64	Naturbeeinträchtigung durch Rüstung und Militär in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/2221	10/3530	201. Sitz.
65	Zentrales Verkehrs-Informationssystem (ZEVIS) beim Kraftfahrt-Bundesamt	GRÜNE	10/2226	10/3761	201. Sitz.
66	Auswirkungen der Milchkontingentierung	GRÜNE	10/2257	10/3018	213. Sitz.
67	Verhütung und Behandlung von Krebserkrankungen im Erwachsenenalter	GRÜNE	10/2266	10/3675	162. Sitz.
68	Baulandsituation, Entwicklung der Baulandpreise, des Bodenrechts und der Bodensteuern	SPD	10/2358	10/3690	171. Sitz.
69	Militarisierung des Weltraums	GRÜNE	10/2378	–	140. Sitz.
70	Sexueller Mißbrauch von Kindern	GRÜNE	10/2389	10/3845	162. Sitz.
71	Datenverarbeitung im Sicherheitsbereich	SPD	10/2560	10/3035	175. Sitz.
72	Reform des Auswärtigen Dienstes	CDU/CSU, FDP	10/2656	10/3317	146. Sitz.
73	Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen, besonders aus Entwicklungsländern, sogenannte Heiratsvermittlung und sogenannter Prostitutionstourismus	SPD	10/2710	10/3753	–
74	Weiterverbreitung von Atomwaffen durch bundesdeutsche Nuklearexporte in Länder der Dritten Welt	GRÜNE	10/2729	10/3685, 10/3721	} 159. Sitz.
75	Nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika	GRÜNE	10/2730	10/3686	
76	Weiterverbreitung von Atomwaffen durch bundesdeutsche Nuklearexporte nach Brasilien und Argentinien	GRÜNE	10/2731	10/3687	
77	Umweltauswirkungen des Braunkohlentagebaues	GRÜNE	10/2743	10/2921	–
78	Chemie im Haushalt und Innenraumbelastung	SPD	10/2800	10/4285	223. Sitz.

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
79	Ökologische und ökonomische Situation im deutschen Alpenraum	SPD	10/2807	10/3993 (neu)	172. Sitz.
80	Tiefseebergbau	SPD	10/2932	10/3447	149. Sitz.
81	Altenhilfepolitik in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/2957	10/4108	213. Sitz.
82	Risiken des Schnellen Nicht-Brüters in Kalkar	GRÜNE	10/2964	10/3157	132. Sitz.
83	Stadtökologie – Umweltschutz in Städten und Gemeinden	SPD	10/3012	10/4208	241. Sitz.
84	Weltwirtschaftsgipfel in Bonn	SPD	10/3078	10/3229	135. Sitz.
85	Menschenrechtspolitik der Bundesregierung	SPD	10/3111	10/4715	192. Sitz.
86	Nutzen und Risiken des Einsatzes synthetischer Lebensmittelfarbstoffe	GRÜNE	10/3182	10/5275	–
87	Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen (100 km/h) und Landstraßen (80 km/h)	GRÜNE	10/3183	10/4287	187. Sitz.
88	Lebenssituation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	10/3230	10/4623	–
89	Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch bundesdeutsche Banken	GRÜNE	10/3309	10/5297	216. Sitz.
90	Ausbau der fernmeldetechnischen Infrastruktur (I): Bestandsaufnahme und Digitalisierung	GRÜNE	10/3334	10/5144	} 216. Sitz.
91	Ausbau der fernmeldetechnischen Infrastruktur (II): Schmal- und breitbandige Fernmeldenetze und Endgerätemarkt	GRÜNE	10/3335	10/5145	
92	Ausbau der fernmeldetechnischen Infrastruktur (III): Gesellschaftliche Auswirkungen	GRÜNE	10/3336	10/5146	
93	Bundesstiftung „Mutter und Kind“	SPD	10/3343	10/3935	219. Sitz.
94	Wasserversorgung	CDU/CSU, FDP	10/3349	10/4420	211. Sitz.
95	Volkswirtschaftliche Verluste durch Luftverschmutzung	SPD	10/3432	–	204. Sitz.
96	Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/3515	10/4502	219. Sitz.
97	Menschenrechtspolitik	CDU/CSU, FDP	10/3537	10/4716	192. Sitz.
98	Namibia-Politik der Bundesregierung	GRÜNE	10/3568	10/5312	243. Sitz.
99	Situation der erwerbsarbeitslosen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/3612	10/4120	207./238. Sitz.
100	Situation und Perspektiven des Studiums ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	10/3635	10/5171	–

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
101	Humanisierung des Arbeitslebens	CDU/CSU, FDP	10/3639	10/4196	–
102	Lieferbindung und Mischfinanzierung in der bundesdeutschen Entwicklungshilfe	GRÜNE	10/3643	10/4602	198. Sitz.
103	Erfahrungen mit dem Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz	SPD	10/3646	10/4419	187. Sitz.
104	Personalinformationssysteme und Datenschutz	SPD	10/3657	10/4594	255. Sitz.
105	Gifte in in- und ausländischen Weinen	SPD	10/3703	10/4070	211. Sitz.
106	Forschungen zu Ursachen der Waldschäden	CDU/CSU, FDP	10/3704	10/4286	191. Sitz.
107	Nachwachsende Rohstoffe	CDU/CSU, FDP	10/3735	10/5558	–
108	Neue schwere Bedenken gegen die Genehmigung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zur Gewinnung von Uran und Plutonium	GRÜNE	10/3809	–	162. Sitz.
109	Krebsrisiko am Arbeitsplatz	SPD	10/3811	10/5767	253. Sitz.
110	Raffineriesterben und Arbeitsplatzverluste in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	10/3812	10/4597	–
111	Haushaltspolitische, ökologische und entwicklungspolitische Risiken der Ausfuhrbürgschaften	GRÜNE	10/3855	10/4549	198. Sitz.
112	Novellierung der Wasserschutzgesetze	SPD	10/3885	10/5101	211. Sitz.
113	Chemiepolitik: Blei in der Umwelt – Besondere Gefährdung der kindlichen Gesundheit	GRÜNE	10/3877	10/6629	253. Sitz.
114	Ländlicher Raum und Landwirtschaft	CDU/CSU, FDP	10/3954	10/5384	–
115	Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft im pazifischen Raum	CDU/CSU, FDP	10/3995	10/5133	222. Sitz.
116	Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Lebens- und Arbeitswelt von Frauen (I): Kosten staatlicher Förderung und Erwerbsarbeit	GRÜNE	10/4025	10/6129	255. Sitz.
117	Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Lebens- und Arbeitswelt von Frauen (II): Bereich Bildung und privater Alltag	GRÜNE	10/4026		
118	Kindesmißhandlung und -vernachlässigung in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/4084	10/5460	–
119	Hochschulförderung Dritte Welt	CDU/CSU, FDP	10/4126	10/5560	–
120	Fremdenverkehr	SPD	10/4232	10/5454	238. Sitz.
121	Rechtliche Situation der geistig Behinderten und psychisch Kranken	SPD	10/4271	10/5970	207. Sitz.

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
122	Armut und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland (I)	GRÜNE	10/4503	} 10/6055	} 255. Sitz.
123	Armut und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland (II)	GRÜNE	10/4504		
124	Förderung der Kulturpolitik in Berlin (West)	GRÜNE	10/4518	10/5833	253. Sitz.
125	Umwelt- und Verbraucherschutz	SPD	10/4563	10/6630	253. Sitz.
126	Fremdenverkehrspolitik	CDU/CSU, FDP	10/4590	10/5455	238. Sitz.
127	Lage und Entwicklung des berufsbildenden Schulwesens	SPD	10/4657	10/5652	241. Sitz.
128	Situation der Jugend und der Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	10/4942	10/6167	238. Sitz.
129	Stand und Perspektive der Wiener MBFR-Verhandlungen	SPD	10/5006	10/5715	–
130	Gesundheit und Umwelt	SPD	10/5023	10/6631	253. Sitz.
131	Friedliche Lösung des Eritrea-Konflikts	GRÜNE	10/5130	10/5878	–
132	NS-Justiz	GRÜNE	10/5148	10/6566	–
133	Internationale Steuerflucht	SPD	10/5149	10/5562	256. Sitz.
134	Chemiepolitik: Umwelt und Krebs (I) – Grundsätze, Situation und Entwicklungstendenzen, Forschung, toxikologische Konzepte und Praktiken	GRÜNE	10/5158	–	} 253. Sitz.
135	Chemiepolitik: Umwelt und Krebs (II) – Rechtliche Handhabung, krebspolitische Fehlleistungen und Krebsbekämpfung als Teil umfassender gesellschaftspolitischer Konzeptionen	GRÜNE	10/5159	–	
136	Illegale Plutoniumverarbeitung in Hanau	GRÜNE	10/5160	10/5772	255. Sitz.
137	Reform des Flurbereinigungsrechts	GRÜNE	10/5167	10/6053	–
138	Arbeitslosigkeit und Lage der Erwerbslosen in der Bundesrepublik Deutschland (I)	GRÜNE	10/5294	} 10/6441	–
139	Arbeitslosigkeit und Lage der Erwerbslosen in der Bundesrepublik Deutschland (II)	GRÜNE	10/5295		–
140	Arbeitslosigkeit und Lage der Erwerbslosen in der Bundesrepublik Deutschland (III)	GRÜNE	10/5296		–
141	„Neue Heimat“	CDU/CSU, FDP	10/5326	10/5452	216. Sitz.
142	Unternehmenspolitik der Deutschen Bundespost	SPD	10/5368	10/6097	–
143	Maßnahmen gegen Luftverschmutzung	GRÜNE	10/5400	10/6793	–
144	Reform des Jugendgerichtsverfahrens	SPD	10/5418	10/6739	–
145	Soziale Kosten des Lkw-Verkehrs	GRÜNE	10/5425	10/5838	–

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
146	Entwicklung auf den Finanzmärkten	SPD	10/5509	10/6624	–
147	Arbeit und Armut in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/5524	10/6634	255. Sitz.
148	Berufliche Weiterbildung	SPD	10/5545	10/6085	241. Sitz.
149	Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/5551	–	–
150	Ökologische, sozioökonomische und soziokulturelle Auswirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen im Bereich der Landnutzung in Ländern der Dritten Welt	GRÜNE	10/5638	10/6742	–
151	Steuerpolitik der Bundesregierung	SPD	10/5653	10/6279 (neu)	256. Sitz.
152	Benachteiligungen kleiner und mittlerer Unternehmen	SPD	10/5784	10/6089	} 239. Sitz.
153	Lage und Perspektiven des selbständigen Mittelstandes in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	10/5812	10/6090	
154	Leseverhalten und Lesekultur in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	10/5813	10/6548	–
155	Unterstützung für die UNO-FDN-Contracta in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	10/5816	–	246. Sitz.
156	Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	10/5817	10/6340	255. Sitz.
157	Jugend in Staat und Gesellschaft	CDU/CSU, FDP	10/5818	10/6732	–

Hinweis

Zur **Kontrollfunktion des Bundestages** enthält das vorliegende *Datenhandbuch* außerhalb des Kapitels 12 Materialien in folgenden Abschnitten bzw. Kapiteln:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 11.9 Vermittlungsverfahren
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament
- 17 Petitionswesen
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
158	Probleme der Hochschulpolitik im Bereich der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere der Förderung der Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern	CDU/CSU, FDP	10/5819	10/6419	–
159	Bessere Kontrolle von Lebensmitteln	SPD	10/5830	10/6545 10/6569	253. Sitz.
160	Ökologische und soziale Folgekosten der Industriegesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland (I); hier: Folgekosten ökologischer Schädigungen	GRÜNE	10/5849		–
161	Ökologische und soziale Folgekosten der Industriegesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland (II); hier: Folgekosten ökonomischer Ineffizienzen	GRÜNE	10/5850		–
162	Ökologische und soziale Folgekosten der Industriegesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland (III); hier: Folgekosten im Gesundheitsbereich	GRÜNE	10/5851		–
163	Ökologische und soziale Folgekosten der Industriegesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland (IV); hier: Folgekosten einzelner Wirtschaftsbereiche	GRÜNE	10/5852		–
164	Ökologische und soziale Folgekosten der Industriegesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland (V); hier: Wirtschaftspolitische Konsequenzen	GRÜNE	10/5853		–
165	Strukturreform der Alterssicherung	SPD	10/5857	10/6294	247. Sitz.
166	Suchtkrankenhilfe in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	10/5867	10/6546	–
167	Frauenspezifische Fragen der Arbeitsmarktstatistik	SPD	10/5916	10/6765	–
168	Umweltkriminalität	SPD	10/5920	–	–
169	Zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	10/5934	–	–
170	Auswirkungen der schrankenlosen Zulassung von befristeten Arbeitsverträgen und Teilzeitarbeit des Beschäftigungsförderungsgesetzes	SPD	10/5937	10/6555	255. Sitz.
171	Bundesbahnpolitik seit 1982	GRÜNE	10/5945	10/6824	–
172	Armut in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	10/5948	10/6623	–
173	Straßenbau im Allgäu	GRÜNE	10/6069	10/6811	–
174	Volkswirtschaftliche Verluste durch Luftverschmutzung	SPD	10/6075	10/6802	–
175	Sanitätsdienstliche Versorgung der Bundeswehr	SPD	10/6339	10/6800	–

11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Unterstützung für die UNO-FDN-Contra in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	11/72	11/1106	39. Sitz.
2	Tschernobyl und die Folgen – Ein Jahr danach	SPD	11/139	11/755	71. Sitz.
3	Umweltkriminalität	SPD	11/172	11/1555	72. Sitz.
4	Datenschutz im Strafverfahren	SPD	11/173	11/1878	185. Sitz.
5	Durchführung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages zur AIDS-Bekämpfung vom 13. November 1986	SPD	11/274	11/1548	71. Sitz.
6	Maßnahmen gegen Luftverschmutzung	GRÜNE	11/305	–	21. Sitz.
7	Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Mißbrauchs der Arbeitnehmerüberlassung	SPD	11/374	11/869	39. Sitz.
8	Maßnahmen zum Doping im Sport	GRÜNE	11/457	–	64. Sitz.
9	Zivile und militärische Ziele bundesdeutscher Weltraumpolitik	GRÜNE	11/515 (neu)	11/797	31. Sitz.
10	Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 und die Hochtemperaturreaktorlinie	GRÜNE	11/728	–	27. Sitz.
11	Ursachen, Prävention und Behandlung der Unfruchtbarkeit, Entwicklung und Auswirkungen von Fortpflanzungstechniken und Embryonenforschung	GRÜNE	11/747	11/2238	113. Sitz.
12	Genfer Konferenz über das Verbot biologischer Waffen	GRÜNE	11/819	11/1445	61. Sitz.
13	Bekämpfung und Ächtung der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	SPD	11/957	11/2163	74. Sitz.
14	Transport gefährlicher Güter	GRÜNE	11/996	–	72. Sitz.
15	Zu den Problemen der beruflichen Eingliederung nach Zeiten der Kindererziehung	SPD	11/1086	11/2369	128. Sitz.
16	Lage der Weltwirtschaft	SPD	11/1128	11/1780	77. Sitz.
17	10 Jahre Strafvollzugsgesetz – Kriminalpolitische Bestandsaufnahme und Perspektiven	GRÜNE	11/1202	11/4302	167. Sitz.
18	Für eine soziale Wohnungs- und Städtebaupolitik	SPD	11/1388	11/2606	116. Sitz.
19	Schädigung der Mieterinnen und Mieter gemeinnütziger Wohnungen durch die Steuerreform	GRÜNE	11/1467	11/2909	128. Sitz.

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
20	Zehn Jahre danach – offene Fragen und politische Lehren aus dem „Deutschen Herbst“ (I): Tatsächliche Bedrohung des demokratischen Rechtsstaates im Jahre 1977 sowie Abbau demokratischer Errungenschaften	GRÜNE	11/1533	11/3225	} 134. Sitz.
21	Zehn Jahre danach – offene Fragen und politische Lehren aus dem „Deutschen Herbst“ (II): Verpaßte Chancen und heutige Möglichkeiten einer friedlichen Lösung und Deeskalation	GRÜNE	11/1534	11/3324	
22	Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	SPD	11/1542	11/2822	122. Sitz.
23	Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen	CDU/CSU, FDP	11/1553	11/2260	161. Sitz.
24	Errichtung eines geheimen Hochsicherheitslabors (L 3) bei der Wehrwissenschaftlichen Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz in Munster, Arbeiten an potentiellen B-Waffen und Geheimhaltung bei gentechnischen Militärprojekten	GRÜNE	11/1559	11/2192	–
25	Auseinandersetzung um die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters (SNR 300)	GRÜNE	11/1581	11/2036	97. Sitz.
26	Bilanz und Zukunftsperspektiven der Forschungspolitik	CDU/CSU, FDP	11/1630	11/2683	143. Sitz.
27	Menschenrechtsverletzungen an Frauen	interfraktionell	11/1801 (neu)	11/3250 (neu)	131. Sitz.
28	Polizeihilfe für Guatemala	GRÜNE	11/1813	11/3579	153. Sitz.
29	Quellensteuer auf Zinseinkünfte	GRÜNE	11/1894	11/2599	150. Sitz.
30	Lebensbedingungen in den Städten und Dörfern des ländlichen Raumes	SPD	11/1903	11/3007	128. Sitz.
31	Rückflüsse aus den bundesdeutschen Entwicklungshilfe-Krediten	GRÜNE	11/1996	11/2626	–
32	Hermes-Kredite der Bundesregierung an die Dritte Welt	GRÜNE	11/1997	11/2402	–
33	Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	CDU/CSU, FDP	11/2011	11/3247	122. Sitz.
34	Förderung und Nutzung „Erneuerbarer Energiequellen“ in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	11/2029	11/2684	128. Sitz.
35	Staatsterrorismus und Terrorismus	GRÜNE	11/2124	11/2984	188. Sitz.
36	Politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage im Mittelmeer-Raum	CDU/CSU, FDP	11/2162	11/4870	171. Sitz.
37	Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen, sogenannte Heiratsvermittlung und Prostitutionstourismus	SPD	11/2210	11/3580	131. Sitz.

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
38	Entwicklungsstand und Perspektiven der Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	11/2211	11/2603	113. Sitz.
39	Haltung der Bundesregierung zum Ausbau der Streiterledigung durch Schiedspersonen zur Entlastung der Justiz	SPD	11/2213	11/3967	–
40	Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit	SPD	11/2214	11/2795	144. Sitz.
41	Vollendung des europäischen Binnenmarktes	CDU/CSU, FDP	11/2257	11/3139	119. Sitz.
42	Auswirkungen der Privatisierung von Reinigungsdiensten und sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Bundesverwaltung, der Bundesgerichte, der in bundeseigener Verwaltung geführten Einrichtungen sowie in den bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	SPD	11/2366	11/4129	182. Sitz.
43	Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen	SPD	11/2427	11/3963	146. Sitz.
44	Rosa Listen – Beeinträchtigung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung von Homosexuellen durch den Homosexuellen-Sonderparagrafen (§ 175 StGB) und die Sicherheitsrichtlinien (SiR)	GRÜNE	11/2586	11/4299	204. Sitz.
45	Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens	SPD	11/2601	11/3780	143. Sitz.
46	Umwelt und Allergien	SPD	11/2643	11/4697	–
47	Umgang mit der sogenannten entarteten und mit der sogenannten schönen Kunst	GRÜNE	11/2646	11/4300	151. Sitz.
48	Ost-West-Handel mit Hochtechnologie-gütern	SPD	11/2658	11/3726	186. Sitz.
49	Altlasten	SPD	11/2725	11/4104	231. Sitz.
50	Entwicklung der „Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung“	SPD	11/2793	11/3767	119. Sitz.
51	Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern und Durchführung des Zivildienstes	SPD	11/2833	11/3966	–
52	Hochwasserkatastrophen – Ursachen und umweltpolitische Konsequenzen	SPD	11/2839	11/4314	–
53	Maul- und Klauenseuche: Sicherheit konventioneller und gentechnischer Impfstoffe, Sicherheit der Impfstoffwerke und Notwendigkeit jährlicher Flächenimpfung	GRÜNE	11/2905	11/3766	128. Sitz.

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
54	Praxis und Perspektiven der Technologiefolgen-Abschätzung und -Bewertung	GRÜNE	11/3115	11/4323	152. Sitz.
55	Gesundheitliche, familiäre und soziale Auswirkungen der Schichtarbeit	GRÜNE	11/3185	11/3992	–
56	Militär und Verkehr	GRÜNE	11/3251	11/4836	–
57	Kulturpolitik in Europa und in der Europäischen Gemeinschaft	SPD	11/3287	11/5668	201. Sitz.
58	Beteiligung von Daimler-Benz an Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) (I): (1) Industriepolitische Bedeutung, (2) Konzernmacht und demokratische Verfassung, (3) Die Airbus-Subvention	GRÜNE	11/3397	11/4375	} 146. Sitz.
59	Beteiligung von Daimler-Benz an Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) (II): (1) Die rüstungswirtschaftliche Bedeutung der Beteiligung, (2) Das Beschaffungsvorhaben Jäger 90, (3) Die Forschungs- und Entwicklungsförderung, (4) Kontrollmöglichkeiten des Bundesrechnungshofes	GRÜNE	11/3398	11/4376	
60	Entwicklung und Förderung des Spitzensports	SPD	11/3453	11/5784	224. Sitz.
61	Europäischer Binnenmarkt und Land- und Forstwirtschaft	CDU/CSU, FDP	11/3689	11/4374	143. Sitz.
62	Der EG-Binnenmarkt und die nationale Energiepolitik	SPD	11/3713	11/4523	–
63	Landschaftsverbrauch und Naturzerstörung durch militärische Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	11/3722	11/4586	164. Sitz.
64	Sanitätsdienstliche Versorgung der Bundeswehr	SPD	11/3723	11/5035	–
65	Atomwaffenlager Meyn; hier: Unzureichende Beantwortung von Anfragen (Drs. 11/2052, 11/2716)	GRÜNE	11/3739	11/4328	–
66	Menschenrechtsverletzungen an Kindern der Dritten Welt	GRÜNE	11/3820	11/5667	–
67	Die sexuelle Denunziation von tatsächlichen oder vermeintlichen „Urnigen“ als Mittel der politischen Auseinandersetzung	GRÜNE	11/3901	11/5107	171. Sitz.
68	Europäischer Binnenmarkt und Soziale Demokratie	SPD	11/4034	11/4699	149. Sitz.
69	Handel bis zur Ausrottung	GRÜNE	11/4050	11/5400	–
70	Alpentransitverkehr und seine Auswirkungen auf die Umwelt	GRÜNE	11/4099	11/4949	161. Sitz.
71	Sicherheitspolitische Lage und Entwicklung der Bundeswehr	SPD	11/4102	–	207. Sitz.

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
72	Probleme um die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf	GRÜNE	11/4105	11/5253	–
73	Gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis	SPD	11/4158	–	214. Sitz.
74	Sozialraum Europäische Gemeinschaft	CDU/CSU, FDP	11/4163	11/4700	149. Sitz.
75	Bedeutung und Wirkungen des Strukturwandels in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation	CDU/CSU, FDP	11/4164	11/5213	–
76	Zunahme gewalttätiger Demonstrationen?	GRÜNE	11/4212	11/5247	–
77	Innenpolitische Aspekte der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft	SPD	11/4220	11/5615	215. Sitz.
78	Gefährdung von Mensch und Umwelt durch kontaminierte Standorte der chemischen Rüstungsproduktion (Rüstungsalasten)	GRÜNE	11/4261	11/6972	231. Sitz.
79	Schutz des Lebensmittels Trinkwasser	SPD	11/4293	11/5179	161. Sitz.
80	Soziale Lage von Familien und Kindern	SPD	11/4301	11/5106	165. Sitz.
81	Bundesdeutsche Beteiligung am weltweiten Uranabbau und Uranhandel – Menschen und Landrechte der Betroffenen	GRÜNE	11/4392	11/5788	202. Sitz.
82	Rückführung des staatlichen Sektors in der Volkswirtschaft	CDU/CSU, FDP	11/4477	11/5371	–
83	Bildung und Europa	SPD	11/4537	11/5625	–
84	Kernfusion	GRÜNE	11/4561	11/5425 (neu)	197. Sitz.
85	Tätigkeit des Verfassungsschutzes	GRÜNE	11/4662	11/5982	191. Sitz.
86	Umfang und Formen der Kinderarbeit und Lebenssituation arbeitender Kinder in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	11/4695	11/6082	–
87	Umweltverträgliche Landwirtschaft	SPD	11/4879	11/6146	210. Sitz.
88	Berufskrankheitenverordnung, Anspruch und Wirklichkeit	GRÜNE	11/4894	11/6445	–
89	Das Arbeitssicherheitsgesetz	GRÜNE	11/4895	11/5619	–
90	Mutagene, teratogene und fruchtbarkeitsmindernde Stoffe in der Arbeitswelt	GRÜNE	11/4896	11/6148	–
91	Zu der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an bevölkerungspolitischen Programmen in Entwicklungsländern	GRÜNE	11/4901	11/7439	–
92	Situation der Wissenschaftlerinnen an den vom Bund geförderten außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen	SPD	11/4906	11/5488	–

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
93	Zunehmende Gewalt gegen homosexuelle Männer und wirksame Wege ihrer Bekämpfung	GRÜNE	11/4910	11/5783	204. Sitz.
94	Zur Städtebaupolitik	CDU/CSU, FDP	11/4914	11/6880	227. Sitz.
95	Arbeitsschutz	SPD	11/4923	11/6599	231. Sitz.
96	Binnenmarkt und Fremdenverkehr	CDU/CSU, SPD, FDP	11/4932	11/6546	216. Sitz.
97	Breitbandverkabelung	SPD	11/4972	11/6008	–
98	Soziokultur	SPD	11/4994	11/6971	–
99	Die Auswirkungen der Agrar- und Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft auf die landwirtschaftliche Produktion, die Ernährung und die ländliche Entwicklung in Afrika	GRÜNE	11/5010	11/6211	–
100	Binnenmarkt und Frauenpolitik	SPD	11/5024	11/6334	–
101	Politik für die Arbeitnehmer	CDU/CSU, FDP	11/5048	11/6828	211. Sitz.
102	Vollzugsdefizite beim Abfallexport in die Dritte Welt	GRÜNE	11/5059	11/6150	194. Sitz.
103	Bahnpolitik in Nordrhein-Westfalen – Zur Lage der Zweigstrecken der Deutschen Bundesbahn („Nebenbahnen“)	GRÜNE	10/5080	–	210. Sitz.
104	Stand der multilateralen Handelsverhandlungen (Uruguay-Runde)	SPD	11/5089	11/5626	195. Sitz.
105	Probleme der modernen Transplantationsmedizin I	GRÜNE	11/5163	} 11/7980	–
106	Probleme der modernen Transplantationsmedizin II	GRÜNE	11/5165		–
107	Probleme der modernen Transplantationsmedizin III	GRÜNE	11/5166		–
108	Probleme der modernen Transplantationsmedizin IV	GRÜNE	11/5167		–
109	Probleme der modernen Transplantationsmedizin V	GRÜNE	11/5168		–
110	Verbesserung der Voraussetzung für Organverpflanzungen	SPD	11/5199	11/6145	–
111	Zum Problem privater und kommerzieller Adoptionsvermittlung in der Bundesrepublik Deutschland (Kinderhandel)	GRÜNE	11/5212	11/7618	–
112	Pestizid-Rückstände in Lebensmitteln und ihr Gefahrenpotential für die Gesundheit – Tragen Kinder das größte Risiko?	GRÜNE	11/5379	11/7662	233. Sitz.
113	Unversetzbarkeit der persönlichen Einwilligung bei Sterilisation, Abtreibung und Kastration	GRÜNE	11/5517	11/8397	–

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
114	Lage der Freien Berufe im Zuge der Schaffung des europäischen Binnenmarktes	CDU/CSU, FDP	11/5640	11/6985	224. Sitz.
115	Zivile Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften	SPD	11/5720	11/7388	–
116	Stand und Perspektiven der Frauenforschung	SPD	11/5907	11/8144	–
117	Situation der Mädchen und Frauen im organisierten Sport	SPD	11/5908	11/6822	224. Sitz.
118	Wiederaufarbeitung – direkte Endlagerung von Atommüll	SPD	11/6010	11/6893	–
119	Hilfen des Bundes für das Saarland	CDU/CSU, FDP	11/6012	11/6290	–
120	Kulturelle Bildung	SPD	11/6077	11/7670	234. Sitz.
121	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen	SPD	11/6098	11/7541	–
122	Gesamtdrogenpolitik der Bundesregierung	GRÜNE	11/6163	–	216. Sitz.
123	Wiederaufarbeitung deutscher atomarer Abfälle im Ausland	GRÜNE	11/6173	11/7537	–
124	Situation der Opfer von Straftaten	SPD	11/6318	11/7969	–
125	Gefährdung von Grundwasser und Oberflächengewässern durch undichte Abwasserkanäle und -leitungen	SPD	11/6328	11/7874	–
126	Umwelt und Auto	CDU/CSU, FDP	11/6410	11/8159	–
127	Finanzielle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Nordrhein-Westfalen	CDU/CSU, FDP	11/6411	11/6756	207. Sitz.
128	Rüstungs- und Standortekonversion – Maßnahmen zum Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung in strukturschwachen Regionen	SPD	11/6518	11/7441	–
129	Auto und Umwelt	SPD	11/6627	11/8405	–
130	Zu den Problemen gesamteuropäischer Kooperation und Verflechtung	SPD	11/6723	–	–
131	Exportgenehmigungspraxis der Bundesregierung	GRÜNE	11/6869	–	233. Sitz.
132	Informationszugangsrechte für Bürgerinnen und Bürger	SPD	11/7049	–	–
133	Methoden von Schwangerschaftsabbrüchen	SPD	11/7129	11/8409	–
134	Abfallverbrennung in Industrieefeuerungsanlagen	GRÜNE	11/7186	–	224. Sitz.
135	Modellversuche im Bildungswesen	GRÜNE	11/7190	11/8503	–
136	Bodenschutz (I): Handlungsbedarf und Vollzugsdefizite in der Bodenschutzpolitik der Bundesregierung	GRÜNE	11/7205	11/8410 (neu)	–

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
137	Bodenschutz (II): Flächenverbrauch in der Raum- und Siedlungsplanung sowie der Wohnungsbaupolitik	GRÜNE	11/7206	11/8401	–
138	Kernforschungszentrum Karlsruhe	GRÜNE	11/7255	11/8188	–
139	Sozialisation von unerwünschten Kindern	GRÜNE	11/7382	11/8145	–
140	Emanzipation vom Auto – das Recht der Frauen auf eine Verkehrswende (I)	GRÜNE	11/7383	11/8516	–
141	Emanzipation vom Auto – das Recht der Frauen auf eine Verkehrswende (II)	GRÜNE	11/7384	11/8518	–
142	Emanzipation vom Auto – das Recht der Frauen auf eine Verkehrswende (III)	GRÜNE	11/7385	11/8519	–
143	Frauen im Mittelstand	CDU/CSU, FDP	11/7476	11/8502	–
144	Abfallwirtschaftspolitik	CDU/CSU, FDP	11/7487	–	–
145	Folgen des Treibhauseffektes für den Wasserhaushalt und Konsequenzen für die Wasserversorgung, den Hochwasser- und Küstenschutz, die Binnenschifffahrt, die Energieerzeugung und die Landwirtschaft	GRÜNE	11/7778	–	–

12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Situation der Kindergärten, Krippen und Horte in den neuen Bundesländern	SPD	12/167	12/661	31. Sitz.
2	Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechts	SPD	12/168	12/1055	64. Sitz.
3	Verwaltungsaufbau in den neuen Bundesländern	SPD	12/176	12/916	71. Sitz.
4	Treuhänderische Verwaltung des volkseigenen Vermögens der ehemaligen DDR	PDS/LL	12/593	12/1207	50. Sitz.
5	Informationszugangsrechte für Bürgerinnen und Bürger	SPD	12/752	12/1273	54. Sitz.
6	Lage der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	12/908	12/2374	95. Sitz.
7	Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“ des 11. Deutschen Bundestages durch die Bundesregierung	SPD	12/1160	12/2344	147. Sitz.

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
8	Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Sonderabfällen	SPD	12/1224	12/2490	137. Sitz.
9	Die EG-Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren	B 90/GRÜNE	12/1225	12/2608	235. Sitz.
10	Mißachtung der Menschenrechte in der Türkei	PDS/LL	12/1274	12/1918	73. Sitz.
11	Umwelt und Entwicklung – Politik für eine „nachhaltige Entwicklung“	SPD	12/1278	12/2286	93. Sitz.
12	Stilllegung des keramischen Standorts Großdubrau/Sachsen	B 90/GRÜNE	12/1315	12/1996	82. Sitz.
13	GATT-Welthandelssystem: Freier Weltmarkt zur Sicherung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft, Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft und Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes	SPD	12/1330	12/1745	67. Sitz.
14	Elektrofahrzeuge	CDU/CSU, FDP	12/1361	12/2247	86. Sitz.
15	Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und zunehmende Gewaltbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	12/1729	12/3074	128. Sitz.
16	Weiterentwicklung des strafrechtlichen Sanktionensystems	SPD	12/1768	12/3718	137. Sitz.
17	Stand und Perspektiven der Arbeitsförderung	SPD	12/1990	12/2678	117. Sitz.
18	Studierende mit Kindern	CDU/CSU, FDP	12/2001	12/3491	137. Sitz.
19	Situation der psychisch Kranken in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	12/2019	12/4016	202. Sitz.
20	Auswirkungen auf die Abfallentsorgung durch die Einführung des „Dualen Systems Deutschland“ (DSD)	PDS/LL	12/2027	12/2682	114. Sitz.
21	Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung	PDS/LL	12/2047	12/3492	135. Sitz.
22	Agrarpolitik der Bundesregierung in den neuen Bundesländern – Ergebnisse und Schlußfolgerungen	PDS/LL	12/2087	12/2594	96. Sitz.
23	Verwirklichung der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991	PDS/LL	12/2146	12/3045	216. Sitz.
24	Internationale Verschuldungskrise und wirtschaftliche Strukturanpassung in der Dritten Welt und in Osteuropa	SPD	12/2160	12/3300	117. Sitz.
25	Zukunft des Wohnens in den neuen Ländern	SPD	12/2195	12/3158	118. Sitz.
26	Die Finanzierung der Einheit und die Verteilung der Lasten	B 90/GRÜNE	12/2235	–	97. Sitz.

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
27	Das Interesse an der deutschen Sprache in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas	SPD	12/2242	12/2780	140. Sitz.
28	Lage der Frauen- und Mädchenhäuser und gesetzgeberischer Handlungsbedarf	SPD	12/2243	12/3909	149. Sitz.
29	Chancen und Risiken nachwachsender Rohstoffe	SPD	12/2275	12/3493	131. Sitz.
30	Lage und Zukunft der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern	B 90/GRÜNE	12/2324	12/2837	140. Sitz.
31	Lage der Menschenrechte von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Pakistan	CDU/CSU, SPD, B 90/GRÜNE, PDS/LL	12/2340	12/3203	128. Sitz.
32	Perspektiven für Frauen im ländlichen Raum in den neuen Bundesländern	PDS/LL	12/2360	12/3910	149. Sitz.
33	Zur Situation behinderter und älterer pflegebedürftiger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland	PDS/LL	12/2375	12/3253	111. Sitz.
34	Verkehrssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	12/2527	12/4206	138. Sitz.
35	Kindergesundheit und Umweltbelastungen	SPD	12/2580	12/4626	159. Sitz.
36	Die Notwendigkeit von ökologischen Kinderrechten; Gefährdung von Kindern durch Umweltgifte	B 90/GRÜNE	12/2607	12/4817	159. Sitz.
37	Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ durch die Bundesregierung	SPD	12/2669	12/4280	147. Sitz.
38	Auswirkungen aus dem Uranbergbau und Umgang mit den Altlasten der Wismut in Ostdeutschland	B 90/GRÜNE	12/2671	12/3309	120. Sitz.
39	Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf Umwelt- und Verbraucherschutz	SPD	12/2802	12/4036	152. Sitz.
40	Umsetzung des Rauschgiftbekämpfungsplanes	SPD	12/2803	12/3956	208. Sitz.
41	Situation ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssektor und ihre Integrationschancen in unserer Gesellschaft	SPD	12/2858	12/4986	185. Sitz.
42	Vorsorgender Verbraucherschutz im europäischen Versicherungswesen	SPD	12/2888	12/4279	177. Sitz.
43	Zur Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der Bundesregierung	PDS/LL	12/2972	12/4265	153. Sitz.
44	Lage der Frauen in den neuen Bundesländern	PDS/LL	12/3089	12/4262	163. Sitz.
45	Rüstungsexport-Kontrollpolitik	SPD	12/3229	12/4241	182. Sitz.

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
46	Konzentrationserscheinungen bei elektronischen Medien	SPD	12/3306	12/4622 (neu)	167. Sitz.
47	Ökologischer Gesundheitsschutz	SPD	12/3385	12/6128	235. Sitz.
48	Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und Massenkriminalität	SPD	12/3633	12/5452	182. Sitz.
49	Reisemöglichkeiten für behinderte Menschen	SPD	12/3649	12/5086	196. Sitz.
50	Überwachung der Küstengewässer in Deutschland	CDU/CSU, SPD, FDP	12/3986	12/4700	–
51	Lage und Entwicklung des Waldes und der Forstwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	12/3987	12/4859	176. Sitz.
52	Situation ausländischer Rentner und Senioren in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	12/4009	12/5796	236. Sitz.
53	Die Situation der deutschen Textilindustrie	CDU/CSU, FDP	12/4252	12/5005	164. Sitz.
54	Entwicklung des Kinderlastenausgleichs und des Bundeserziehungsgeldgesetzes	SPD	12/4352	12/5168	205. Sitz.
55	Wirtschaftliche Situation von Familien und deren soziale Auswirkungen	SPD	12/4353	12/6224	236. Sitz.
56	Umsetzung der flankierenden Maßnahmen der EG-Agrarreform in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	12/4362	12/5076	185. Sitz.
57	Gefahrgutbeförderung im zusammenwachsenden Europa	SPD	12/4381	12/5357	213. Sitz.
58	Lage der Menschenrechte in Indien	SPD	12/4392	12/5687	214. Sitz.
59	Lage der Kultur in den neuen Ländern	SPD	12/4399	12/6385	200. Sitz.
60	Menschenrechtsverletzungen an Kindern und Jugendlichen in Brasilien	B 90/GRÜNE	12/4455	12/5244	185. Sitz.
61	Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Neonazismus und Gewalt	B 90/GRÜNE	12/4570	12/7008	237. Sitz.
62	Verbraucherfreundliche Lebensmittelkennzeichnung	SPD	12/4575	12/6072	225. Sitz.
63	Multilaterale Handelsregulierungen nach der Uruguay-Runde	B 90/GRÜNE	12/4576	12/5255	196. Sitz.
64	Umweltschutzinvestitionen in den neuen Ländern	SPD	12/4813	12/6143	235. Sitz.
65	Vollendung des europäischen Binnenmarktes	CDU/CSU, FDP	12/4827	12/5589	197. Sitz.
66	Neunter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung	PDS/LL	12/4871	12/5451	208. Sitz.
67	Situation der Jugend in Deutschland	CDU/CSU, FDP	12/4879	12/6836	230. Sitz.
68	Verwendung gesundheitsgefährdender Stoffe bei Textilien	SPD	12/4881	12/6497	235. Sitz.

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
69	Organisierte Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	12/4948	–	216. Sitz.
70	Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Beachtung der Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise in den neuen Bundesländern	PDS/LL	12/4964	12/6223, 12/6537	213. Sitz.
71	Unterstützung der Reformprozesse in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas (einschließlich der baltischen Staaten) sowie in den neuen unabhängigen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion	CDU/CSU, FDP	12/5046	12/6162	217. Sitz.
72	Das Bild des vereinten Deutschland als Kulturnation in einer sich wandelnden Welt	CDU/CSU, FDP	12/5064	12/6504	–
73	Situation der Niederdeutschen Sprache	CDU/CSU, SPD, FDP, B 90/ GRÜNE	12/5355	12/6073	203. Sitz.
74	Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	CDU/CSU, FDP	12/5373	12/6815	225. Sitz.
75	Überwachung des Fernmeldeverkehrs durch den Bundesnachrichtendienst	B 90/GRÜNE	12/5382	12/5759	189. Sitz.
76	Haltung der Bundesregierung zu den „Energiekonsensgesprächen“	PDS/LL	12/5383	12/5964	186. Sitz.
77	Klimaschutz-Erfolgsbilanz der Bundesregierung	B 90/GRÜNE	12/5384	12/7106	235. Sitz.
78	Entsorgungssituation der bundesdeutschen Atomanlagen	PDS/LL	12/5385	12/5900	213. Sitz.
79	Radioaktive Verseuchung der Meere durch die Ablagerung von Atommüll	SPD	12/5494	12/6506	225. Sitz.
80	Drohende Grundwasserversauerung und fortschreitende Bodenversauerung	SPD	12/5816	12/7282	235. Sitz.
81	Umweltschutz bei der Bundeswehr	SPD	12/5817	12/7002	235. Sitz.
82	Klimaschutz in Europa	SPD	12/5854	12/8310	243. Sitz.
83	Feststellung der tatsächlichen Lage der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	SPD	12/6065	–	195. Sitz.
84	Erneuerung industrieller Kerne	PDS/LL	12/6069	12/7745	235. Sitz.
85	Radioaktive Altlasten in den Nachfolgestaaten der UdSSR und in Osteuropa	SPD	12/6136	12/8410	–
86	Goldener Plan Ost zur Sportstätten-sanierung in den neuen Ländern	SPD	12/6158	12/6945	230. Sitz.
87	Beschäftigungssituation Schwerbehinderter bei den Bundesdienststellen und Einordnung des Schwerbehindertenrechts in ein neues Sozialgesetzbuch IX	SPD	12/6159	12/7139	235. Sitz.
88	Jugendstrafrecht	SPD	12/6160	–	243. Sitz.

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
89	Fortgesetzte Verseuchung der Bundesrepublik Deutschland durch Dioxine	B 90/GRÜNE	12/6222	12/8247	243. Sitz.
90	Die Verwirklichung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990	PDS/LL	12/6327	12/8481	243. Sitz.
91	Bundeserziehungsgeldgesetz	SPD	12/6441	12/7778	236. Sitz.
92	Entwicklungs- und wirtschaftspolitische Folgerungen aus der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro	SPD	12/6604	12/7608, 12/8263	235. Sitz.
93	Entwicklung der bundesdeutschen Entsorgungswirtschaft	SPD	12/6685	12/8409	243. Sitz.
94	Humanitäres Spendenwesen in der Bundesrepublik Deutschland – Schwerpunkt Auslandshilfe	SPD	12/6704	12/8248	–
95	Beurteilung der wirtschaftlichen Krise nach konjunkturellen bzw. strukturellen Ursachen und ihre Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	SPD	12/6760	12/7476	237. Sitz.
96	Prävention in der Gesundheitspolitik	SPD	12/6826	12/8238	–
97	Rentenkürzungen in den neuen Bundesländern	B 90/GRÜNE	12/6918	–	230. Sitz.
98	Situation und Perspektiven des Gastgewerbes in Deutschland	CDU/CSU, FDP	12/7975	12/8489	–

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Auswirkung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 1995 auf die Steuerbelastung der Bürger und die wirtschaftliche Entwicklung	SPD	13/21	13/890	–
2	Einzelbetriebliche Förderung als gezielte Agrarstrukturpolitik im geeinten Deutschland	SPD	13/94	13/766	41. Sitz.
3	Internationaler Klimaschutz vor dem Klimagipfel in Berlin	B 90/GRÜNE	13/143	13/758	27. Sitz.
4	Auswirkungen und Zukunft der Garantiemengenregelung Milch (Milchquoten) in Deutschland	SPD	13/433	13/1684	83. Sitz.

¹⁾ Stand: 31. August 1997

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
5	Zusage der deutschen Kreditwirtschaft „zusätzlich eine Milliarde DM in den Privatisierungsprozeß von sanierungsfähigen Unternehmen der Treuhandanstalt im eigenen Risiko einzubringen“ vom Februar 1993	PDS	13/589	13/1568	61. Sitz.
6	Kriege und bewaffnete Konflikte in Europa und in der Welt	PDS	13/636	13/2982	96. Sitz.
7	Forschungspolitik für eine zukunftsverträgliche Gestaltung der Industriegesellschaft	SPD	13/771	13/1389	80. Sitz.
8	Finanzierung von Parteien und parteinahen Stiftungen	PDS	13/835	13/1895	64. Sitz.
9	Derivative Geschäfte – Risiken für den Finanzmarkt Deutschland	SPD	13/842	13/1530	–
10	Möglichkeiten zur Förderung einer Existenzgründungsbewegung	SPD	13/896	13/1793	55. Sitz.
11	Multimediale Kommunikation – Stand und Perspektive der Entwicklung in Deutschland	SPD	13/985	13/2129	71. Sitz.
12	Umwelt- und sozialverträgliche Abwasserbehandlung und -vermeidung	SPD	13/1057	13/3095	80. Sitz.
13	Zur Lage der deutschen Schuhindustrie	CDU/CSU, FDP	13/1204	13/2192	128. Sitz.
14	Unterstützung deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten und Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine umfassende Außenwirtschaftskonzeption	SPD	13/1332	13/2236	72. Sitz.
15	Arbeitswelt und Behindertenpolitik	SPD	13/1333	13/2441	113. Sitz.
16	Entwicklung und Stand der Arbeitszeitflexibilisierung in Deutschland	SPD	13/1334	13/2581	61. Sitz.
17	Schutz von Mensch und Natur vor den Folgen der Überfischung der Meere	SPD	13/1354	13/2582	83. Sitz.
18	Vorbereitung der Regierungskonferenz 96 („Maastricht II“)	B 90/GRÜNE	13/1471	13/3198	96. Sitz.
19	Lage in Afrika und zur Afrika-Politik der Bundesregierung (Teil I)	B 90/GRÜNE	13/1480	} 13/4532	} 151. Sitz.
20	Lage in Afrika und zur Afrika-Politik der Bundesregierung (Teil II)	B 90/GRÜNE	13/1481		
21	Insolvenzen in der deutschen Wirtschaft	SPD	13/1488	13/2416	169. Sitz.

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
22	Armut in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	13/1527	13/3339	126. Sitz.
23	Lage der Fischerei	CDU/CSU, FDP	13/1633	13/2583	83. Sitz.
24	Konsequenzen aus der Erfolglosigkeit der entwicklungspolitischen Ansätze zum Schutz der tropischen Wälder unter besonderer Berücksichtigung Brasiliens (Teil I)	B 90/GRÜNE	13/1637	13/3338	108. Sitz.
25	Politik der Bundesregierung und entwicklungspolitische Ansätze zum Schutz der tropischen Wälder unter besonderer Berücksichtigung Brasiliens (Teil II)	B 90/GRÜNE	13/1638		
26	Hepatitis-C-Infektionen durch „Anti-D“-Impfprophylaxe in der früheren DDR	SPD	13/1649	13/2732	135. Sitz.
27	Perspektiven der deutschen Binnenschifffahrt	SPD	13/1796	13/3378	107. Sitz.
28	Der Kombinierte Verkehr als Mittel zur Vernetzung der Verkehrsträger	CDU/CSU, FDP	13/1842	13/3370	89. Sitz.
29	Bestandsaufnahme des von der DDR übernommenen Vermögens	PDS	13/1866	13/2629	77. Sitz.
30	Verbesserungen im Naturschutz und wirksame Strategien zur Erhaltung der biologischen Vielfalt	SPD	13/1904	13/2637	77. Sitz.
31	Fünf Jahre deutsche Einheit – Nutzung von in den neuen Ländern vorhandenen Möglichkeiten zur Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung einer umweltverträglichen Entwicklung	PDS	13/1905	13/3123	104. Sitz.
32	Organisierte Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	13/1925	13/4942	
33	Die Situation von Lesben und Schwulen in der Bundesrepublik Deutschland	PDS	13/1946	13/4152	107. Sitz.
34	Mittelmeerpolitik	SPD	13/1964	13/3037	110. Sitz.
35	Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes	SPD	13/1971	13/3368	131. Sitz.
36	Gesundheitliche Gefahren durch Rinderwahnsinn (BSE)	SPD	13/1972	13/4436	107. Sitz.
37	Iran-Politik der Bundesregierung	B 90/GRÜNE	13/1973	13/3483	104. Sitz.
38	Innovationspolitik in Deutschland	SPD	13/2159	13/3602	138. Sitz.
39	Telematik im Verkehr	CDU/CSU, FDP	13/2243	13/3678	101. Sitz.
40	Stand der Umweltökonomischen Gesamtrechnung	SPD	13/2395	13/4435	–
41	Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung	SPD	13/2406	13/3885	193. Sitz.
42	Frauen und Mobilität	SPD	13/2502	13/4683	151. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
43	Forschung und Forschungsförderung des Bundes im Bereich Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Holzwirtschaft sowie der Entwicklung ländlicher Räume	SPD	13/2503	13/3337	179. Sitz.
44	Postfilialen	SPD	13/2504	13/4234	93. Sitz.
45	Praxis und Auswirkungen des Asylverfahrens bei Einreise auf dem Luftwege (sog. Flughafenverfahren) insbesondere für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge	B 90/GRÜNE	13/2530	13/4861	138. Sitz.
46	Stand der Arbeiten am Umweltgesetzbuch	SPD	13/2551	13/4767	–
47	Wirtschafts- und Währungsunion	SPD	13/2638	13/3984	175. Sitz.
48	Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft	CDU/CSU, FDP	13/2652	13/5674	145. Sitz.
49	Erfahrungen und Weiterentwicklung des Wohnungseigentums	SPD	13/2653	13/4712	–
50	Wasserstraßenausbau an Elbe und Saale im Zusammenhang mit der Güterverkehrspolitik	B 90/GRÜNE	13/2691	13/5805	–
51	Bürgerrechtssituation von Schwulen und Lesben in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit der rechtspolitischen Entwicklung in den Nachbarländern	B 90/GRÜNE	13/2719	13/5456	184. Sitz.
52	Situation der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland	PDS	13/2791	13/5675	131. Sitz.
53	Die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	B 90/GRÜNE	13/2858	13/4529	175. Sitz.
54	Situation der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland	B 90/GRÜNE	13/2990	13/5065	163. Sitz.
55	Die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Teil II)	B 90/GRÜNE	13/2996	13/4530	175. Sitz.
56	Elektrosmog	SPD	13/3184	13/5256	151. Sitz.
57	Nichtverbreitung von Waffenstoffen und der Einsatz von hochangereichertem Uran im geplanten Forschungsreaktor Garching	B 90/GRÜNE	13/3196	13/4235	83. Sitz.
58	Die Entstehung der sogenannten Altschulden in der DDR und ihre Abwicklung durch die Bundesregierung	B 90/GRÜNE	13/3264	13/5064	–
59	Situation der Demenzkranken in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	13/3343	13/5257	–
60	Emanzipation vom Auto (II) – Feministische Ansätze zur Verkehrsvermeidung	B 90/GRÜNE	13/3359	13/5338	151. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
61	Stand der Umsetzung der Pflegeversicherung	PDS	13/3361	13/5258	139. Sitz.
62	Anwendung, Effektivität und Kosten neuartiger polizeilicher Ermittlungsmethoden	B 90/GRÜNE	13/3380	13/4437	166. Sitz.
63	Strafrechtsentwicklung und Justizbelastung	B 90/GRÜNE	13/3458	13/5967	–
64	Stärkung und Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen	CDU/CSU, FDP	13/3542	13/4673	113. Sitz.
65	Sportförderung und Sportsicherung	SPD	13/3566	13/5329	158. Sitz.
66	Weiterentwicklung der Umweltverträglichkeitsprüfung zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung	SPD	13/3778	13/8155	–
67	Erhalt, Nutzung und Weiterentwicklung des hohen Qualifikationspotentials ostdeutscher Frauen	PDS	13/3824	13/5481	135. Sitz.
68	Betreuungsrecht	SPD	13/3824	13/7133	163. Sitz.
69	Schritte der Bundesregierung zur Unterstützung des Friedens und der demokratischen Entwicklung in Burundi	B 90/GRÜNE	13/3837	13/4862	151. Sitz.
70	Gemeinsames Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“	B 90/GRÜNE	13/3864	13/5482	157. Sitz.
71	Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsregelungen und gesetzliche Konsequenzen aus dem Benachteiligungsverbot für Behinderte im Grundgesetz	B 90/GRÜNE	13/3931	13/5595	–
72	Situation des Handels mit Osteuropa	SPD	13/3944	13/5259	–
73	Umsetzung der Selbstverpflichtungserklärung deutscher Wirtschafts- und Industrieverbände zum Klimaschutz	SPD	13/3988	13/6704	166. Sitz.
74	Entwicklung der Reformprozesse in den MOE-Staaten und den Neuen Unabhängigen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion seit Anfang 1994	CDU/CSU, FDP	13/4033	13/5601	161. Sitz.
75	Entwicklung des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern	SPD	13/4048	13/5087	151. Sitz.
76	Maritime Wirtschaft	CDU/CSU, FDP	13/4085	13/5596	131. Sitz.
77	Effizienz des Hauptstadumzugs Teil I: Bauplanung	B 90/GRÜNE	13/4123	13/6594	154. Sitz.
78	Finanzlage der Rentenversicherung	SPD	13/4161	13/5336	138. Sitz.
79	Außenpolitische Betätigung des Bundesinnenministeriums	B 90/GRÜNE	13/4188	13/5457	166. Sitz.
80	Teilnahmekriterien an der Europäischen Währungsunion	SPD	13/4189	13/4531	175. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
81	Zukunft der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der EU-Agrarreform, der Osterweiterung und GATT/WTO	SPD	13/4205	13/5333	170. Sitz.
82	Bürgernahe und leistungsstarke Justiz	SPD	13/4262	13/7992	–
83	Neue Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland (I)	B 90/GRÜNE	13/4287	13/5181	157. Sitz.
84	Entwicklungspolitische Folgerungen aus der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung ICPD 1994 in Kairo	SPD	13/4393	13/5887	151. Sitz.
85	Geschwindigkeit und Verkehrssicherheit im Straßenverkehr	SPD	13/4464	13/6703	169. Sitz.
86	Aufgaben und Entwicklungsperspektiven der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Politik der Bundesregierung	B 90/GRÜNE	13/4482	13/5622	138. Sitz.
87	Belastungen durch bodennahes Ozon	B 90/GRÜNE	13/4504	13/6391	–
88	Aktivitäten und Ziele der Bundesregierung in der Auswärtigen Kulturpolitik; Nutzung der Potentiale für Demokratisierung und friedliche Konfliktbewältigung	B 90/GRÜNE	13/4618	–	110. Sitz.
89	Effizienz des Hauptstadumzugs Teil II: Verwaltungsreform, Personalkonzept, Wohnungsfürsorge	B 90/GRÜNE	13/4731	13/6627	154. Sitz.
90	Auswirkungen des Truppenabbaus bei den alliierten Streitkräften und des Verkaufs von nicht benötigten militärischen Liegenschaften auf die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt in den betroffenen Regionen	SPD	13/4747	13/5455	135. Sitz.
91	Situation an der deutsch-polnischen Grenze und Weiterentwicklung der guten Nachbarschaft zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im grenznahen Gebiet	SPD	13/4748	13/6508	–
92	Jugendstrafrecht und Präventionsstrategien	SPD	13/4765	13/8284	
93	Zeugenschutz im Strafprozeß	SPD	13/5034	13/8156	
94	Reform der Vereinten Nationen	SPD	13/5055	13/6773	181. Sitz.
95	Exportkontrollpolitik bei Rüstung und rüstungsrelevanten Gütern	B 90/GRÜNE	13/5165	13/5966	–
96	Nachfolgeorganisationen der Treuhandanstalt	B 90/GRÜNE	13/5176	13/5886	–
97	Frauenspezifische Gesundheitsversorgung	SPD	13/5214	13/6893	–
98	Unterstützung der Photovoltaik durch die Bundesregierung	B 90/GRÜNE	13/5230	13/6393	–

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
99	Umweltbildung	SPD	13/5238	13/8213	–
100	Aluminium – ökonomische, ökologische und soziale Folgen	B 90/GRÜNE	13/5247	13/6833	–
101	Osterweiterung der Europäischen Union	SPD	13/5255	13/7293	–
102	Vermögenszuordnung von Vermögenswerten an ostdeutsche kommunale Gebietskörperschaften nach dem Vermögenszuordnungsgesetz	PDS	13/5769	13/7230	166. Sitz.
103	Soziale Dienste und geplanter ABM-Abbau in den neuen Bundesländern	B 90/GRÜNE	13/5795	13/8237	
104	Stauvermeidung und Umweltschonung durch Effizienzsteigerung im Straßenverkehr	SPD	13/5869	– ²⁾	
105	Veränderung der Vergabeverfahren bei öffentlichen Aufträgen	SPD	13/5913	13/7137	–
106	Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben	SPD	13/5921	13/7132	
107	Folgen der Atomenergienutzung am Beispiel der russischen Nordflotte	B 90/GRÜNE	13/6173	13/7301	–
108	Zukunft der Bauwirtschaft	SPD	13/6318	13/7741	
109	Stadtökologie und nachhaltige Stadtentwicklung	SPD	13/6564	– ²⁾	
110	Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne in den neuen Ländern	PDS	13/6565	13/8236	
111	Rückstände von Tierarzneimitteln in Lebensmitteln	SPD	13/6596	13/8372	
112	Wirtschaftsspionage	SPD	13/6597	13/8368	
113	20 Jahre Strafvollzugsgesetz – Bilanz und Perspektiven	B 90/GRÜNE	13/6683	– ²⁾	
114	Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ durch die Bundesregierung	SPD	13/6705	– ²⁾	
115	Mädchenpolitik	B 90/GRÜNE	13/6799	– ²⁾	
116	Lebensbegleitendes Lernen: Situation und Perspektiven der beruflichen Weiterbildung	SPD	13/6887	– ²⁾	
117	Beschneidung von Mädchen und Frauen – Menschenrechtsverletzungen in Entwicklungsländern und Industrieländern	SPD	13/6937	13/8281	
118	Situation und Perspektiven des Einzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	13/7201	– ²⁾	

²⁾ Beantwortung beim Stand vom 31. August 1997 noch offen

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
119	Zwischenbilanz zum Abbau von sozialen Leistungen – Auswirkungen auf die Betroffenen und auf das gesellschaftliche Klima	SPD	13/7220 ³⁾		
120	Förderung von Forschung und Entwicklung in der Informationstechnik	B 90/GRÜNE	13/7225	– ²⁾	
121	Umwelt, Schadstoffe und Gesundheit	SPD	13/7237	– ²⁾	
122	Lage und Zustand der Bundeswehr	SPD	13/7309	– ²⁾	
123	Zwischenbilanz zum Abbau von sozialen Leistungen – Auswirkungen auf die Betroffenen und auf das gesellschaftliche Klima	SPD	13/7591	– ²⁾	
124	Situation des Zivildienstes	SPD	13/7740	– ²⁾	
125	Gründung innovativer Unternehmen aus Hochschulen, Großforschungseinrichtungen und Einrichtungen der Blauen Liste	CDU/CSU, FDP	13/7771	– ²⁾	
126	Zur Politik der Bundesregierung im Rahmen der Lomé-Abkommen	SPD	13/7882	– ²⁾	
127	Die künftige Rolle der Westeuropäischen Union	B 90/GRÜNE	13/7949	– ²⁾	
128	Lebenssituation behinderter Mädchen und Frauen	B 90/GRÜNE	13/7987	– ²⁾	
129	Reform des Auswärtigen Dienstes	SPD	13/8098	– ²⁾	
130	Verbraucherschutz in der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe (Psychomarkt)	B 90/GRÜNE	13/8134	– ²⁾	
131	Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland	PDS	13/8152	– ²⁾	
132	Internationale Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Deutschland als Aufgabe deutscher Politik	CDU/CSU, FDP	13/8165	– ²⁾	
133	Stärkung der Einkommenssituation landwirtschaftlicher Unternehmen durch Verbesserung ihrer Situation am Markt	SPD	13/8172	– ²⁾	
134	Transrapid – Finanzielle Auswirkungen der Auflagen der Raumordnungsverfahren	B 90/GRÜNE	13/8211	– ²⁾	
135	Transrapid – Finanzierungs- und Erlös-konzept	B 90/GRÜNE	13/8212	– ²⁾	
136	Schutz verfolgter Frauen	B 90/GRÜNE	13/8217	– ²⁾	
137	Zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	SPD	13/8238	– ²⁾	

²⁾ Beantwortung beim Stand 31. August 1997 noch offen

³⁾ Rücknahme in der 176. Sitzung

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
138	Umsetzung des Schlußdokuments der 2. Menschenrechtsweltkonferenz „Wiener Erklärung und Aktionsprogramm“ vom Juni 1993	SPD	13/8254	– ²⁾	
139	Zur Lage in Ostdeutschland	PDS	13/8369	– ²⁾	

²⁾ Beantwortung beim Stand vom 31. August 1997 noch offen

12.2 Aktuelle Stunden

Aufgrund wiederholter Forderungen nach einer Aktualisierung und Belebung der Parlamentsdebatten beschloß der Bundestag am 27. Januar 1965 „Vorläufige Bestimmungen über Aussprachen zu Fragen von allgemeinem aktuellem Interesse“. Nach diesen bis 1980 gültigen Bestimmungen konnte ein sog. „Aktuelle Stunde“ von so vielen Abgeordneten, wie einer Fraktionsmindeststärke entspricht,

- entweder schriftlich beantragt werden (sie wurde dann, wenn im Ältestenrat Einvernehmen erzielt wurde, auf die Tagesordnung gesetzt)
- oder im Anschluß an die Beantwortung einer Mündlichen Anfrage verlangt werden (und mußte dann durchgeführt werden).

In der Praxis ist fast ausschließlich von der zweiten Möglichkeit Gebrauch gemacht worden.

Nach der neuen Geschäftsordnung, die am 1. Oktober 1980 in Kraft getreten ist, findet eine Aktuelle Stunde statt, wenn sie

- im Ältestenrat vereinbart wird oder
- von einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages zu der Antwort der Bundesregierung auf eine Mündliche Anfrage oder
- unabhängig von einer für die Fragestunde eingereichten Frage von einer Fraktion oder von fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages verlangt wird (Anlage 5 GO BT).

Wie die Statistische Übersicht (siehe Seite 2706–2707) zeigt, ist nach Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnungsbestimmung überwiegend und seit 1983 fast ausschließlich eine Aktuelle Stunde unabhängig von der Fragestunde verlangt worden.

Um die Aussprache in der Aktuellen Stunde möglichst lebendig zu gestalten, sieht die Geschäftsordnung vor, daß die Dauer der Aussprache auf 60 Minuten (unter bestimmten Umständen auch 90 Minuten) beschränkt ist und daß der einzelne Abgeordnete nicht länger als 5 Minuten sprechen darf. Auch die Mitglieder der Bundesregierung, deren Redezeit im Parlament aus verfassungsrechtlichen Gründen durch die Geschäftsordnung des Bundestages nicht beschränkt werden kann, halten sich grundsätzlich an die Redezeit von 5 Minuten. Im übrigen wird die von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrates in Anspruch genommene Redezeit bei der Berechnung der Gesamtdauer der Aktuellen Stunde nicht berücksichtigt.

Zu den Aktuellen Stunden werden im folgenden drei Dokumentationen veröffentlicht:

- Statistische Übersicht
- Tabellarische Übersicht
- Thematische Schwerpunkte

Statistische Übersicht

Inwieweit die Möglichkeit zur Beantragung einer Aktuellen Stunde von den einzelnen Fraktionen seit der 4. Wahlperiode genutzt wurde, zeigt die folgende Statistik. Dabei fällt auf, daß Aktuelle Stunden bisher überwiegend von den jeweils in Opposition befindlichen Fraktionen veranlaßt wor-

	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87
Zahl der Aktuellen Stunden insgesamt	2	17	8	20	9	12	117
davon beantragt/verlangt von der Fraktion bzw. Gruppe der ... ¹⁾							
– CDU/CSU	0	1	8	18	8	4	13
– SPD	2 ⁴⁾	3	0	1	1	6	48
– FDP	0	11	0	0	0	0	7
– GRÜNEN ⁵⁾	–	–	–	–	–	–	42
– PDS/LL bzw. PDS	–	–	–	–	–	–	–
– Bündnis 90/Grüne	–	–	–	–	–	–	–
– CDU/CSU, SPD	0	2	0	0	0	0	1
– CDU/CSU, FDP	0	0	0	0	0	0	2
– CDU/CSU, SPD, FDP ²⁾	0	0	0	1	0	2	2
– CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNEN ³⁾	–	–	–	–	–	–	2
– SPD, FDP	0	0	0	0	0	0	0

	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87
Zahl der Aktuellen Stunden insgesamt	2	17	8	20	9	12	117
davon							
– im Ältestenrat vereinbart (Anl. 5, Nr. 1a) ⁷⁾	1	1	0	3	2	2	1
– zur Antwort der BReg auf eine Mündliche Anfrage verlangt (Anl. 5, Nr. 1b) ⁸⁾	1	16	8	17	7	4	11
– unabhängig von der Fragestunde verlangt (Anl. 5, Nr. 1c) ⁹⁾	–	–	–	–	–	6	105

■ Die Themen der weiteren Aktuellen Stunden von September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode können – zusammen mit einigen statistischen Angaben – im NACHTRAG unter 12.2 nachgeschlagen werden.

den sind und zwar – seit diese Möglichkeit besteht – fast ausschließlich **nicht** im Anschluß an eine Fragestunde.

11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
126	103
16	10
39	51
8	5
60	–
0	21
–	11
0	0
2	4
0	16)
0	–
1	0

★ Die Gesamtzahl der **Aktuellen Stunden** seit ihrer Einführung in der 4. Wahlperiode bis zur 12. Wahlperiode beträgt **414**.

- 1) Vereinzelt auch: „von Abgeordneten der Fraktion der ...“
- 2) Steht in der 4. bis 9. Wahlperiode für „interfraktionell“.
- 3) Steht in der 10. und 11. Wahlperiode für „interfraktionell“.
- 4) In einem Fall wegen fehlender Angaben im Stenographischen Bericht aus dem Protokoll des Ältestenrats vom 9. Februar 1965 ermittelt.
- 5) Ab Oktober 1990: GRÜNE/BÜNDNIS 90
- 6) Aktuelle Stunde zunächst von der Gruppe Bündnis 90/Grüne verlangt, von ihr aus Protest wegen der Plazierung an das Ende einer Freitagssitzung zurückgezogen
- 7) Bis zum Inkrafttreten der Geschäftsordnungsänderung am 1. Oktober 1980 (d. h. bis zum Ende der 8. Wahlperiode) lautete die entsprechende Bestimmung folgendermaßen (Anlage 6 der Geschäftsordnung):
 „1. Aussprache auf Antrag
 (1) Mitglieder des Bundestages in Fraktionsstärke können über eine bestimmt bezeichnete Frage von allgemeinem aktuellem Interesse eine Aussprache beantragen. Der Antrag ist schriftlich beim Präsidenten einzureichen.
 (2) Der Präsident setzt die Aussprache auf die Tagesordnung, wenn im Ältestenrat Einvernehmen darüber erzielt wird...“
- 8) Bis Oktober 1980 galt folgende Bestimmung:
 „2. Aussprache auf Verlangen
 Zu der Antwort der Bundesregierung auf eine mündliche Anfrage von allgemeinem aktuellem Interesse findet eine Aussprache statt, wenn unmittelbar nach Schluß der Fragestunde mindestens 30 anwesende Mitglieder des Bundestages sie verlangen.“
- 9) Diese Möglichkeit trat erst am 1. Oktober 1980 in Kraft.

11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
126	103
0	0
5	4
121	99

Tabellarische Übersicht

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
4. WP 1961–65	1	161.	10. 2. 1965	Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten <i>Charles de Gaulle</i> am 4. 2. 1965 über Äußerungen zur Wiedervereinigung, Friedensregelung, Oder-Neiße-Grenze	keine Angabe im Sten. Ber.
	2	181.	12. 5. 1965	Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung (Zuständigkeit Bund-Länder; Bildungsrat)	SPD
5. WP 1965–69	1	39.	5. 5. 1966	Wehrpolitische Informationstagung des „Stahlhelm“ in Saarbrücken sowie Wachsamkeit gegenüber Rechts- und Linksradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland	SPD
	2	52.	29. 6. 1966	Gutachten des Wissenschaftsrates zur Studienreform, insbesondere Einrichtung eines Grund-, Aufbau- und Kontaktstudiums an den Universitäten	FDP
	3	56.	15. 9. 1966	Rechtssituation deutscher Staatsbürger in den Vereinigten Staaten von Amerika im Hinblick auf die Musterungs-, Wehr- und Kriegsdienstverpflichtungen vor ihrer Einbürgerung	FDP
	4	64.	12. 10. 1966	Vorwürfe gegen deutsche Organisationen und Persönlichkeiten in der italienischen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den Terrorakten in Südtirol	FDP
	5	75.	25. 11. 1966	Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Numerus clausus vom 14. Oktober 1960	SPD
	6	84.	18. 1. 1967	Vorbehaltsrechte der Alliierten nach Artikel 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrages – Eingriffe in die Grundrechte – sowie Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland	FDP
	7	98.	15. 3. 1967	Konzentration im Zeitungsgewerbe sowie Möglichkeiten einer Beeinträchtigung der Meinungs- und Informationsfreiheit	CDU/CSU
	8	108.	10. 5. 1967	Fragen der Deutschlandpolitik, insbesondere Möglichkeit eines Treffens zwischen Bundeskanzler <i>Kurt Georg Kiesinger</i> und dem DDR-Ministerpräsidenten <i>Willi Stoph</i>	FDP
	9	143.	13. 12. 1967	Rücküberführung der aus der Bundesrepublik widerrechtlich entführten Südkoreaner sowie Verletzung der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik durch ausländische Geheimdienste	FDP

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 5. WP	10	146.	17. 1. 1968	Aufteilungsschlüssel für die im Rahmen der Getreideharmonisierung von der EWG zur Verfügung zu stellenden 560 Mio. DM	FDP
	11	154.	9. 2. 1968	Motive der politischen Unruhe an den Universitäten, Schutz des Staates und seiner Bürger vor terroristischen Provokationen und Störaktionen extrem radikaler Minderheiten sowie Aufgeschlossenheit und Bereitschaft des „Establishment“ zur geistigen Auseinandersetzung mit der Jugend	CDU/CSU, SPD
	12	173.	10. 5. 1968	Charakter und Initiatoren des „Sternmarsches auf Bonn“, Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung sowie Charakter der Notstandsgesetzgebung als Vorsorge für den Notfall und zur Erhaltung des freien Rechtsstaates im Kriegsfall und bei Kriegsgefahr	CDU/CSU, SPD
	13	183.	26. 6. 1968	Notwendigkeit der Errichtung einer „Bundeszentrale für politische Öffentlichkeitsarbeit“ sowie Abgrenzung ihres Aufgabenbereichs zu dem des Bundespresseamtes und der Bundeszentrale für politische Bildung	CDU/CSU, SPD, FDP
	14	190.	18. 10. 1968	Frage der Erhaltung von Nebenerwerbsbetrieben in der Landwirtschaft, Entwicklung der landwirtschaftlichen Leistungen im Rahmen der EWG-Agrarpolitik, Schaffung gewerblicher Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Gebieten, Problem der Abwanderung, Erhaltung der bäuerlichen Familienwirtschaften, Anpassung der Erzeugerpreise an die Preisentwicklung sowie Teilnahme der Landwirtschaft an der konzertierten Aktion, augenblickliche Lage der deutschen Landwirtschaft sowie Frage der Finanzierung des Agrarprogramms der Bundesregierung	FDP
	15	205.	12. 12. 1968	Vorstellungen des <i>Mansholt-Planes</i> , des <i>Höcherl-Planes</i> und der <i>Schiller-Studie</i> sowie ihre Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Zu-, Nebenerwerbs- und Kleinbetriebe	FDP
	16	214.	7. 2. 1969	Krise um die Botschafter <i>Wilhelm Grewe</i> und <i>Swidbert Schnippenköter</i> sowie Haltung der Bundesregierung zur Unterzeichnung des Atomwaffenspervertrages	FDP
	17	235.	14. 5. 1969	Frage einer Aufwertung der DM, Auswirkung auf die Preisstabilität im Innern sowie Ablehnung dirigistischer und deflatorischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Währungspolitik	SPD

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
6. WP 1969–72	1	38.	13. 3. 1970	Folgewirkungen der Diskontsatzserhöhung durch die Deutsche Bundesbank	CDU/CSU
	2	47	24. 4. 1970	Maßnahmen der Bundesregierung zur Konjunkturpolitik sowie Sicherung der Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung	CDU/CSU
	3	72.	14. 10. 1970	Äußerungen von Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> im Kommuniqué über die Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 12. Oktober 1970 hinsichtlich einer rechtsgerichteten außerparlamentarischen Opposition	CDU/CSU
	4	112.	31. 3. 1971	Beschlüsse des Rates der EWG zur Sturkturpolitik vom 25. März 1971 in ihren Auswirkungen auf die deutsche Landwirtschaft	CDU/CSU
	5	126.	9. 6. 1971	Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin sowie Grundlagen einer befriedigenden Berlin-Regelung	CDU/CSU
	6	135.	23. 9. 1971	Politik zur Vereinigung des freien Europas und Vorschlag der Sowjetunion, eine gesamteuropäische Konferenz abzuhalten, sowie <i>Breschnew</i> -Besuch von Bundeskanzler <i>Willy Brandt</i> auf der Krim	CDU/CSU
	7	175.	2. 3. 1972	Erhöhung der Postgebühren	CDU/CSU
	8	189.	8. 6. 1972	Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung sowie Ursachen der Rückverweisung des Bundeshaushalts 1972 an den Haushaltsausschuß	CDU/CSU
7. WP 1972–76	1	17.	22. 2. 1973	Kabinettsbeschluß über die Streichung der Pauschalabgeltung für die Visagebühren für Westberliner und der Rückerstattung der Visagebühren für DDR-Reisende	CDU/CSU
	2	20.	15. 3. 1973	Vereinbarkeit von Grundvertrag und Journalisten-Erlaß der DDR	CDU/CSU
	3	24.	23. 3. 1973	Umfang der mit dem Grundvertrag im Zusammenhang stehenden, bisher realisierten menschlichen Erleichterungen	CDU/CSU
	4	51.	20. 9. 1973	Bummelstreik der Fluglotsen	CDU/CSU
	5	64.	8. 11. 1973	Verdoppelung der Zwangsumtauschquoten bei Reisen in die DDR	CDU/CSU
	6	69.	6. 12. 1973	Kapitalhilfekredit für Jugoslawien	CDU/CSU
	7	71.	13. 12. 1973	Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR, insbesondere Frage nach der Kompetenz von Sonderminister <i>Egon Bahr</i>	CDU/CSU

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 7. WP	8	76.	24. 1. 1974	Vorwürfe des Bundesrechnungshofes gegen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	CDU/CSU
	9	81.	20. 2. 1974	Vertragswidriges Verhalten der DDR durch Störungen auf den Transitwegen	CDU/CSU
	10	88.	21. 3. 1974	Probleme der Aussiedlung Deutscher aus Polen	CDU/CSU
	11	96.	26. 4. 1974	Spionageverdacht gegen den leitenden Mitarbeiter im Bundeskanzleramt <i>Günter Guillaume</i>	interfraktionell
	12	119.	26. 9. 1974	Ablehnung der Agrarpreisbeschlüsse von Brüssel durch die Bundesregierung	CDU/CSU
	13	131.	14. 11. 1974	Grenzmarkierungen der Zonengrenze im Elbebereich sowie Behinderungen im Transitverkehr durch die DDR	CDU/CSU
	14	139.	19. 12. 1974	Verhandlungen und Gespräche mit der DDR	CDU/CSU
	15	164.	17. 4. 1975	Massenentlassungen beim Volkswagenwerk sowie Lage des AUDI-NSU-Werkes nach Übernahme durch VW	CDU/CSU
	16	178.	12. 6. 1975	Wirtschafts- und finanzpolitische Lage im 1. Halbjahr 1975 und ihre Auswirkungen auf die Landtagswahlen Nordrhein-Westfalen und Saarland	CDU/CSU
	17	229.	17. 3. 1976	Akute währungspolitische Spannungen und deren unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland durch das Ausscheiden Frankreichs aus dem europäischen Währungsverbund	SPD
	18	233.	1. 4. 1976	Verstöße der DDR gegen die Abmachungen über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten	CDU/CSU
	19	250.	10. 6. 1976	Ergebnisse der Verhandlungen mit der DDR unter dem Gesichtspunkt der KSZE-Vereinbarungen	CDU/CSU
	20	253.	24. 6. 1976	Verwendung von Staatsgeldern für Anzeigen und Broschüren der Bundesregierung	CDU/CSU
8. WP 1976–80	1	14.	10. 2. 1977	Deutschlandpolitik der Bundesregierung im Zusammenhang mit Äußerungen des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär <i>Günter Gaus</i>	CDU/CSU
	2	54.	9. 11. 1977	Gefahr von Volksfronttendenzen an Universitäten und Hochschulen	CDU/CSU
	3	61.	8. 12. 1977	Verwirklichung der Menschenrechte	SPD

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 8. WP	4	135.	8. 2. 1979	Äußerungen von Bundeskanzler <i>Helmut Schmidt</i> in einer Betriebsrätekonferenz am 29. Januar 1979 in Berlin	CDU/CSU
	5	138.	15. 2. 1979	Äußerung des SPD-Fraktionsvorsitzenden <i>Herbert Wehner</i> zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung	CDU/CSU
	6	146.	30. 3. 1979	Äußerungen des Generalmajors <i>Gert Bastian</i> über den Charakter der sowjetischen Rüstung	CDU/CSU
	7	148.	26. 4. 1979	Haltung der Bundesregierung zu den bekanntgewordenen Äußerungen und Plänen zur Wiedervereinigung Deutschlands sowie zu den Behinderungen der Arbeitsmöglichkeiten von in Ost-Berlin akkreditierten Journalisten	CDU/CSU
	8	164.	28. 6. 1979	Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskanzlers [<i>Helmut Schmidt</i>]	CDU/CSU
	9	182.	7. 11. 1979	Deutsch-französische Konvention gegen Radio Tele Luxemburg	CDU/CSU
9. WP 1980–83	1	28.	1. 4. 1981	Nachrüstungsbeschluß der NATO	interfraktionell
	2	29.	2. 4. 1981	Ergebnis des Maastrichter EG-Gipfels	interfraktionell
	3	37.	14. 5. 1981	Haushalt des Bundesministers der Verteidigung	CDU/CSU
	4	46.	25. 6. 1981	Erhöhung der Postgebühren	CDU/CSU
	5	63.	11. 11. 1981	Deutsche in der Sowjetunion	CDU/CSU
	6	99.	12. 5. 1982	Zwangsumtausch für Reisen in die DDR	CDU/CSU
	7	125.	28. 10. 1982	Weitere Konzentration im Pressewesen durch den beabsichtigten Zusammenschluß der Verlage Springer und Burda	SPD
	8	126.	10. 11. 1982	Kohlevorrangpolitik	SPD
	9	129.	24. 11. 1982	Wohnungsbau und Situation des Mieters	SPD
	10	132.	1. 12. 1982	Kostendämpfung im Gesundheitswesen	SPD
	11	134.	3. 12. 1982	Mittelfristige Finanzplanung	SPD
	12	135.	8. 12. 1982	Netzausbaustrategie der Deutschen Bundespost	SPD

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
10. WP 1983–87	1	3.	30. 3. 1983	Volkszählung	GRÜNE
	2	12.	10. 6. 1983	Die Stahlkrise – Vorstellungen der Bundesregierung und ihr Vorgehen in Brüssel	GRÜNE
	3	17.	24. 6. 1983	Lehrstellensituation in der Bundesrepublik Deutschland	SPD
	4	21.	14. 9. 1983	Lage des Schiffbaus und die Weigerung der Bundesregierung, den deutschen Werften Exporthilfe zu gewähren	SPD
	5	22.	15. 9. 1983	Bereitschaft der Bundesregierung zum Gespräch mit dem Hohen UN-Flüchtlingskommissar <i>Poul Hartling</i>	SPD
	6	25.	29. 9. 1983	Neueste Entwicklungen in der Stahlindustrie bezüglich der anstehenden Fusion von Thyssen und Krupp	GRÜNE
	7	27.	12. 10. 1983	Auswirkung der Vorschläge der EG-Kommission auf die Lage der milchproduzierenden Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE
	8	31.	27. 10. 1983	Die militärische Intervention in der Republik Grenada durch die Vereinigten Staaten von Amerika und einige karibische Staaten	GRÜNE
	9	33.	10. 11. 1983	Beurteilung der amerikanischen Intervention auf Grenada durch die Bundesregierung und Grenada-Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, <i>Carl-Dieter Spranger</i>	SPD
	10	40.	1. 12. 1983	Offizieller Besuch des südafrikanischen Außenministers <i>Botha</i> in Bonn	GRÜNE
	11	48.	20. 1. 1984	Affäre <i>Kießling</i>	GRÜNE
	12	51.	27. 1. 1984	Umwelt- und Gesundheitsgefährdung durch chlorierte Kohlenwasserstoffe	GRÜNE
	13	57.	24. 2. 1984	Einführung der neuen Filmförderungsrichtlinien durch den Bundesinnenminister zum 1. März 1984	SPD
	14	58.	14. 3. 1984	Verletzung der Neutralitätspflicht der Bundesregierung in der laufenden Tarifeininandersetzung um Arbeitszeitverkürzung	SPD
	15	62.	30. 3. 1984	Die aktuelle Menschenrechtslage in der Türkei angesichts der bedrohlichen Lage der Gefangenen in den türkischen Militärgefängnissen	GRÜNE
	16	70.	4. 5. 1984	Neuere Entwicklung in der Tarifeininandersetzung der Druck- und Metallindustrie	GRÜNE

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 10. WP	17	72.	25. 5. 1984	Lage im Arbeitskampf	SPD, CDU/CSU
	18	74.	7. 6. 1984	Deutsch-polnische Beziehungen	SPD
	19	75.	8. 6. 1984	Situation im NATO-Bündnis nach der Entscheidung der niederländischen Regierung zur Nachrüstung	GRÜNE
	20	77.	28. 6. 1984	Die Ausweitung des Golfkrieges und die Verantwortung der Rüstungsexportländer	GRÜNE
	21	78.	29. 6. 1984	Die finanziellen Risiken der deutschen Bundespost durch die flächendeckende Verkabelungspolitik des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, <i>Christian Schwarz-Schilling</i>	SPD
	22	84.	19. 9. 1984	Die Verhandlungsposition der Bundesregierung bei der anstehenden Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank	interfraktionell
	23	85.	20. 9. 1984	Haltung der Bundesregierung zum Beschluß des Deutschen Bundestages vom 9. 2. 1984, ab 1. 1. 1986 nur noch abgasentgiftete Kraftfahrzeuge neu zuzulassen	SPD
	24	87.	3. 10. 1984	Folgen der Regierungspolitik für die Bauwirtschaft	SPD
	25	88.	4. 10. 1984	Rechtsverletzungen während der Herbstmanöver	CDU/CSU, FDP
	26	89.	5. 10. 1984	Folgen der Regierungspolitik für die Berufsausbildung	SPD
	27	90.	17. 10. 1984	Waldnotstand	GRÜNE
	28	91.	18. 10. 1984	Agrarpolitik	SPD
	29	92.	19. 10. 1984	Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Senkung der Preissteigerungsrate	CDU/CSU
	30	93.	24. 10. 1984	Fusion im Stahlbereich	SPD
31	94.	25. 10. 1984	Verurteilung des französischen Journalisten <i>Abouchar</i> und die dramatische Verschlechterung der Lage in Afghanistan	CDU/CSU	
32	95.	26. 10. 1984	Die türkischen Militäroperationen gegen die Kurden und die Rolle der NATO-Verteidigungshilfe der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE	
33	98.	8. 11. 1984	Kostenexplosion im Gesundheitswesen	SPD	
34	99.	9. 11. 1984	Sowjetische Manöverbewegungen in bezug auf Westeuropa	CDU/CSU	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 10. WP	35	102.	16. 11. 1984	Interventionsdrohung der USA gegenüber Nicaragua	GRÜNE
	36	107.	5. 12. 1984	Die Medienpolitik des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen <i>Christian Schwarz-Schilling</i>	GRÜNE
	37	108.	6. 12. 1984	Verstärkte Maßnahmen der Bundesregierung über die bisherigen Anstrengungen hinaus zur Unterstützung der kurz- und mittelfristigen Hilfsprojekte in Hungerkatastrophengebieten Äthiopiens und anderen afrikanischen Ländern	interfraktionell
	38	109.	7. 12. 1984	Verhalten der Bundesregierung zur Zeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen	SPD
	39	110.	12. 12. 1984	Exportenerfolge der deutschen Wirtschaft	CDU/CSU
	40	111.	13. 12. 1984	Giftgaskatastrophe in Bhopal und mögliche Konsequenzen für die chemische Produktion in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE
	41	117.	24. 1. 1985	Grundsatzentscheidung der Bundesregierung über den großtechnischen Einstieg in die nukleare Wiederaufbereitung	GRÜNE
	42	118.	25. 1. 1985	Pershing-Raketen-Unfälle in Baden-Württemberg	SPD
	43	119.	6. 2. 1985	Schlesiertreffen	SPD
	44	120.	7. 2. 1985	Geplante Veränderungen des Betriebsverfassungsgesetzes	SPD
	45	125.	13. 3. 1985	Lage auf dem Arbeitsmarkt	SPD
	46	128.	27. 3. 1985	Privatisierungspolitik der Bundesregierung	FDP
	47	130.	29. 3. 1985	Haltung der Bundesregierung zum alarmierenden Kostenanstieg im Gesundheitswesen nach der Konzentrierten Aktion	SPD
	48	131.	17. 4. 1985	Entwicklungsarbeit (Reise von Bundesminister Dr. <i>Jürgen Warnke</i>) und Menschenrechtsverletzungen in Guatemala	SPD
	49	139.	22. 5. 1985	Die Europapolitik der Bundesregierung	SPD
50	140.	23. 5. 1985	Äußerungen des Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion <i>Jürgen Schmude</i> zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes	CDU/CSU	
51	141.	24. 5. 1985	Erneute Zerstörung von wertvollen Bauwerken durch Tiefflugübungen	GRÜNE	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 10. WP	52	142.	12. 6. 1985	Abgasgrenzwerte schadstoffarmer Autos	GRÜNE
	53	144.	14. 6. 1985	Nordseesterben	GRÜNE
	54	145.	19. 6. 1985	Geplante Stilllegung der Firma Wuppermann GmbH, Leverkusen	GRÜNE
	55	146.	20. 6. 1985	Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, <i>Carl-Dieter Spranger</i> , zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten	SPD
	56	148.	26. 6. 1985	3. Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages vom 27. August bis 20. September 1985 in Genf	SPD
	57	149.	27. 6. 1985	Verstärkter militärischer Einsatz der Sowjetunion in Afghanistan	CDU/CSU, FDP
	58	150.	28. 6. 1985	Verdacht der Beeinflussung von Regierungsmitgliedern, Ministerialbeamten und Bundestagsmitgliedern durch Zuwendungen der pharmazeutischen Industrie	GRÜNE
	59	155.	11. 9. 1985	Aktuelle sicherheitspolitische Vorschläge in der SPD	CDU/CSU
	60	156.	12. 9. 1985	Aktuelle Lage auf dem Getreidemarkt	SPD
	61	157.	13. 9. 1985	Maßnahmen zur gewaltfreien Lösung der Konflikte in Südafrika	GRÜNE
	62	158.	25. 9. 1985	Ausverkauf von Sozialmietwohnungen durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen	FDP
	63	159.	26. 9. 1985	Haltung der Bundesregierung zu den französischen Atomwaffentestversuchen im Südpazifik und zu dem Vorgehen der französischen Regierung gegen die Umweltschutzorganisation Greenpeace	GRÜNE
	64	162.	3. 10. 1985	Krebserzeugende Wirkung von Formaldehyd	GRÜNE
	65	163.	4. 10. 1985	Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt	SPD
	66	165.	17. 10. 1985	Waffenexport nach Saudi-Arabien	SPD
	67	167.	23. 10. 1985	Deutschlandpolitik	SPD
	68	168.	24. 10. 1985	Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1985	CDU/CSU
	69	169.	25. 10. 1985	Verhältnis von Kapital und Politik in der Bundesrepublik Deutschland an Hand des aktuellen Beispiels der angedrohten Kapitalflucht in Hessen	GRÜNE

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 10. WP	70	171.	7. 11. 1985	Haltung der Bundesregierung zum Waldschadensbericht	GRÜNE
	71	172.	8. 11. 1985	Fragen im Zusammenhang mit dem Verhalten des ehemaligen Staatssekretärs <i>Peter Boenisch</i>	SPD
	72	174.	14. 11. 1985	Verhalten der Bundesregierung gegenüber der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit bei Frauen	SPD
	73	175.	15. 11. 1985	Berücksichtigung der Ergebnisse des Großversuchs bei der Entscheidung über die Einführung eines Tempolimits	SPD
	74	180.	4. 12. 1985	§ 116 des Arbeitsförderungsgesetzes	SPD
	75	181.	5. 12. 1985	Haltung der Bundesregierung zur Inbetriebnahme des umweltgefährdenden Kohlekraftwerkes Ibbenbüren B	GRÜNE
	76	183.	11. 12. 1985	Haltung der Bundesregierung zu dem Rodungsbeginn für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf	GRÜNE
	77	186.	15. 1. 1986	TA Luft	SPD
	78	187.	16. 1. 1986	Vorgezogener Beginn der Stationierung amerikanischer Atomraketen des Typs Cruise Missile im Hunsrück	GRÜNE
	79	188.	17. 1. 1986	Tätliche Angriffe gegen den Frankfurter Oberbürgermeister <i>Walter Wallmann</i> auf dem Neujahrsempfang des DGB am 11. Januar 1986 in Frankfurt	CDU/CSU
	80	190. 191.	23. 1. 1986 23. 1. 1986	Haltung der Bundesregierung zum Atomtestverbot	SPD
	81	192.	24. 1. 1986	Dürfen die Sanierungsbemühungen der Neuen Heimat ganz oder teilweise aus öffentlichen Kassen finanziert werden?	FDP
	82	194.	30. 1. 1986	Haltung der Bundesregierung zu den US-Manövern in der Großen Syrte (Libyen) und zu Maßnahmen im Rahmen der NATO gegenüber Libyen – Wartime Host Nation Support-Abkommen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE

Hinweis

Zur Beteiligung der Opposition an den einzelnen Arten der Anfragen siehe Abschnitt 12.4: Oppositionelles Verhalten.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 10. WP	83	197.	19. 2. 1986	Haltung der Bundesregierung zu den Mülltransporten zu der DDR-Deponie Schönberg	GRÜNE
	84	200.	26. 2. 1986	Ausbildungsplatzsituation 1986	SPD
	85	201.	27. 2. 1986	Die Verantwortung aller demokratischen Parteien gegenüber Anfängen antisemitischer Tendenzen	<i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP) und 45 weitere MdB
	86	203.	12. 3. 1986	Haltung der Bundesregierung zu den unangemeldeten gentechnologischen Versuchen der Industrie	GRÜNE
	87	204.	13. 3. 1986	Nationale Notstandshandlungen für die deutsche Landwirtschaft	SPD
	88	205.	14. 3. 1986	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Neue Heimat Wohnungsbau und deren Eigentümer daran zu hindern, Sozialwohnungen an Dritte zu verkaufen, ohne die betreffenden Mieter darüber zu unterrichten?	FDP
	89	208.	21. 3. 1986	Haltung der Bundesregierung zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen	SPD
	90	211.	18. 4. 1986	Bundespolitische Ursachen und Auswirkungen des Berliner Bauskandals	GRÜNE
	91	212.	23. 4. 1986	Wirtschaftliche Auswirkungen der Vereinbarungen über Technologietransfer und Forschungsbeteiligung bei SDI mit den USA	SPD
	92	213.	24. 4. 1986	Die Auswirkungen der Steuererhöhungsforderung von Dr. <i>Friedhelm Farthmann</i> und aus der SPD auf die Entwicklung der öffentlichen Haushalte, der Kapitalmärkte und des Zinsniveaus in der Bundesrepublik Deutschland	FDP
	93	214.	25. 4. 1986	Haltung der Bundesregierung zu den jüngsten abrüstungspolitischen Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, <i>Michail Gorbatschow</i>	GRÜNE
	94	216.	15. 5. 1986	Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer, insbesondere der Frauen	SPD
	95	218.	4. 6. 1986	Haltung der Bundesregierung zu den von den GRÜNEN auf ihrer Bundesversammlung am 18. und 19. Mai in Hannover beschlossenen Forderungen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit, des Rechts und der Wirtschaft	CDU/CSU

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 10. WP	96	219.	5. 6. 1986	Haltung der Bundesregierung zum Störfall im Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop (THTR 300)	GRÜNE
	97	220.	6. 6. 1986	Gesundheitliche und ökonomische Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland	SPD
	98	223.	20. 6. 1986	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. <i>Franz Josef Strauß</i> zu den Goethe-Instituten und zu zeitgenössischen Schriftstellern bei seiner Kritik an der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesregierung	SPD
	99	224.	25. 6. 1986	Haltung der im Bundestag vertretenen Parteien und der Bundesregierung zu den umweltpolitischen Forderungen und der Abschlusserklärung des Deutschen Umwelttages 1986 in Würzburg	GRÜNE
	100	225.	26. 6. 1986	Haltung der Bundesregierung zu den Beschlüssen der Berliner SPD zur Sicherheits- und Bündnispolitik	CDU/CSU
	101	226.	27. 6. 1986	Einlösung des vor der Landtagswahl in Niedersachsen von der Bundesregierung gegebenen Versprechens zur Einführung eines Babyjahres für „Trümmerfrauen“	SPD
	102	231.	24. 9. 1986	Welche Auswirkungen hat der Verkauf der Neuen Heimat Wohnungsbau auf die Wohnungs- und Grundstückssituation in der Bundesrepublik Deutschland?	FDP
	103	233.	26. 9. 1986	Haltung der Bundesregierung zur geplanten Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Cattenom (Frankreich)	GRÜNE
	104	235.	2. 10. 1986	Der Tod von <i>Johann Dick</i> und die Verletzung deutschen Hoheitsgebiets durch die ČSSR	CDU/CSU
	105	236.	3. 10. 1986	Haltung der Bundesregierung zur Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit aus Beitragsmitteln der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugunsten von Arbeitslosen	SPD
	106	238.	16. 10. 1986	Das Gipfelgespräch von Reykjavik bzw. Ergebnis des Gesprächs zwischen Präsident <i>Reagan</i> und Generalsekretär <i>Gorbatschow</i> in Reykjavik	CDU/CSU und FDP sowie SPD
	107	239.	17. 10. 1986	Haltung der Bundesregierung zur Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brokdorf	GRÜNE
108	240.	22. 10. 1986	Angriffe auf Bundestag und Justiz im Zusammenhang mit der totalen Aussageverweigerung des Gewerkschaftsmanagers <i>Günther Lappas</i>	CDU/CSU	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 10. WP	109	241.	23. 10. 1986	Lage der deutschen Werftindustrie	SPD
	110	242.	5. 11. 1986	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs <i>Benno Erhard</i> vor dem Verband Rheinischer Wohnungsunternehmen und den Äußerungen des Bundesjustizministers am 22. 10. 1986 zum sozialen Mietrecht	SPD
	111	244.	7. 11. 1986	Möglicher illegaler Betrieb der Plutoniumfabrik Alkem und die politische Verantwortung der Bundesregierung	GRÜNE
	112	246.	13. 11. 1986	Amtsführung von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> im Zusammenhang mit seinem „Newsweek“-Interview	SPD
	113	247.	14. 11. 1986	Haltung der Bundesregierung zur Verlängerung des Umrüstungszeitraums für das Kohlekraftwerk Ibbenbüren	FDP
	114	253.	4. 12. 1986	Haltung der Bundesregierung zu Geschäftsbeziehungen von bundeseigenen Unternehmen zur Republik Südafrika	SPD
	115	254.	5. 12. 1986	Einsatz des Bundesgrenzschutzes bei der verbotenen Anti-Atomkraftwerk-Konferenz am 29./30. November 1986 in Regensburg	GRÜNE
	116	255.	10. 12. 1986	Äußerungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Rheinverschmutzung	SPD
	117	256.	11. 12. 1986	Die Haltung der Bundesregierung zur Unteilbarkeit der Menschenrechte	CDU/CSU
11. WP 1987-90	1	3.	12. 3. 1987	Die jüngsten Vorschläge für ein Abkommen über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen und die Haltung der Bundesregierung	GRÜNE
	2	7.	1. 4. 1987	Haltung der Bundesregierung zur angeblichen Äußerung des Bundesministers für Wirtschaft Dr. <i>Martin Bangemann</i> , nach der die Industriezweige Kohle und Stahl nicht mehr gerettet werden können	SPD
	3	8.	2. 4. 1987	Haltung der Bundesregierung zu den Agrarpreisbeschlüssen der EG-Kommission	CDU/CSU
	4	10.	7. 5. 1987	Kriegswaffenexport-Politik der Bundesregierung in Länder des Nahen und Mittleren Ostens, insbesondere nach Saudi-Arabien	SPD
	5	11.	8. 5. 1987	Neueste Hinweise auf einen alarmierenden Anstieg bei der Verseuchung von Grund- und Trinkwasser durch Einsatz von Pflanzenschutzmitteln	GRÜNE

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 11. WP	6	13.	21. 5. 1987	Gesetzeswidrige und sonstige Vorkommnisse sowie Meinungsäußerungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung	CDU/CSU und FDP
	7	14.	22. 5. 1987	Konkrete Abrüstungschancen in Europa und die Erklärung des Bundeskanzlers <i>Kohl</i> vom 15. Mai 1987 zum augenblicklichen Stand der Verhandlungen über Mittelstreckenraketen	GRÜNE
	8	15.	3. 6. 1987	Bewertung von Gesetzesverstößen im Zusammenhang mit der Volkszählung	GRÜNE
	9	16.	4. 6. 1987	Verlautbarungen des Bundesministers des Innern, Dr. <i>Friedrich Zimmermann</i> , über die Initiative „Sportler für den Frieden“	SPD
	10	19.	24. 6. 1987	Erwägungen des Bundesministers des Innern, Dr. <i>Friedrich Zimmermann</i> , den mit der Todesstrafe bedrohten chilenischen Staatsbürgern die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu verweigern	SPD
	11	20.	25. 6. 1987	Ein Jahr Verbot der nicaraguanischen Tageszeitung „La Prensa“	CDU/CSU
	12	21.	26. 6. 1987	Notwendige Konsequenzen aus der Raserei auf deutschen Straßen und aus der erschreckenden Zunahme von Massenunfällen	GRÜNE
	13	28.	18. 9. 1987	Medienkritik von Mitgliedern der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen den amtierenden Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Dr. <i>Uwe Barschel</i>	GRÜNE
	14	30.	8. 10. 1987	Haltung der Bundesregierung zu den Menschenrechtsverletzungen in Tibet	GRÜNE
	15	31.	9. 10. 1987	Haltung der Bundesregierung in der Kohlerunde	SPD
	16	32.	14. 10. 1987	Jüngste Terrorismusdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU
	17	33.	15. 10. 1987	Auswirkungen der Beschlüsse der Koalition auf Steuergerechtigkeit, Staatsfinanzen und den Arbeitsmarkt	SPD
				Äußerungen der SPD über die Steuerreform im Vergleich zu den getroffenen Finanzierungsentscheidungen	FDP
	18	34.	16. 10. 1987	Entsendung von Marine-Einheiten der Bundeswehr ins Mittelmeer	GRÜNE

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 11. WP	19	35.	4. 11. 1987	Die Auswirkungen der Lage der Weltwirtschaft auf unseren Arbeitsmarkt	SPD
	20	37.	6. 11. 1987	Ergebnisse des Waldschadenberichts 1987	GRÜNE
	21	38.	11. 11. 1987	Haltung der Bundesregierung zu der bevorstehenden Aufnahme der binären C-Waffen-Produktion in den USA	GRÜNE
	22	45.	2. 12. 1987	Neue Chemie-Unfälle am Rhein – Nichteinhaltung von Versprechen der Chemischen Industrie	GRÜNE
	23	46.	3. 12. 1987	Lage der deutschen Stahlindustrie nach der Stilllegungsentscheidung in Rheinhausen	SPD
	24	48.	9. 12. 1987	Vorgehen der DDR-Behörden gegenüber Menschenrechts- und Friedensgruppen	CDU/CSU
	25	50.	11. 12. 1987	Einhaltung des Beschlusses des Deutschen Bundestages für den Betrieb des Kraftwerks Buschhaus	GRÜNE
	26	52.	14. 1. 1988	Äußerungen des Bundesministers für Wirtschaft, <i>Martin Bangemann</i> , zur Schließung des Stahlstandortes Rheinhausen	GRÜNE
	27	53.	15. 1. 1988	Erhöhung der Neuverschuldung im Bundeshaushalt 1988 – Realistische Darstellung der Lage der Bundesfinanzen	SPD
	28	55.	21. 1. 1988	Verhalten der Bundesregierung bei der Aufklärung der Veräußerung von Konstruktionsunterlagen für U-Boote an Südafrika – die Rollen des Auswärtigen Amtes, des Bundesverteidigungsministeriums, des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesfinanzministeriums	GRÜNE
	29	57.	3. 2. 1988	Zu den aktuellen Ereignissen in Ost-Berlin und in der DDR	CDU/CSU
	30	58.	4. 2. 1988	Beratung der Ergebnisse der Reise des Beauftragten des Bundeskanzlers [<i>Franz Josef Strauß</i>] ins südliche Afrika	GRÜNE
	31	59.	5. 2. 1988	Überlegungen der Bundesregierung, das Vorruhestandsgesetz am 31. Dezember 1988 auslaufen zu lassen	SPD
32	62.	26. 2. 1988	Haltung der Bundesregierung zur schriftlichen Kritik des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, <i>Franz Josef Strauß</i> , vom 9. Februar 1988 an Vorhaben der Bundesregierung	SPD	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 11. WP	33	63.	2. 3. 1988	Ausstellung falscher Herkunftsbescheinigungen für australisches und südafrikanisches Uran durch die Firma Nukem mit Wissen der Euratom	GRÜNE
	34	64.	3. 3. 1988	Pläne der Bundesregierung zur Änderung der Bedingungen für die Zulassung von Konfliktberatungsstellen für Schwangere	SPD
	35	66.	9. 3. 1988	Haltung der Bundesregierung zu den jüngsten Äußerungen der britischen Premierministerin <i>Margaret Thatcher</i> zum Thema Nachrüstung	GRÜNE
	36	70.	13. 4. 1988	Haltung der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Sachverständigen-Kommission beim Bundesminister der Finanzen zur Neuordnung des Gemeinnützigkeitswesens	SPD
	37	71.	14. 4. 1988	Einstellung der Tiefflugübungen als Maßnahme zur Verringerung der Gefährdung der Bevölkerung	GRÜNE
	38	73.	20. 4. 1988	Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Bundesregierung vor dem Hintergrund neuester konjunktureller Daten	FDP, CDU/CSU
	39	74.	21. 4. 1988	Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit – Auswirkung auf die aktive Arbeitsmarktpolitik	SPD
	40	75.	22. 4. 1988	Auswirkungen der Vorhaben der Bundesregierung zur Strukturreform im Gesundheitswesen	GRÜNE
	41	76.	4. 5. 1988	Verluste von Arbeitsplätzen durch die Schließung der Firma Krupp-Rheinhausen	GRÜNE
	42	77.	5. 5. 1988	Haltung der Bundesregierung zur Übernahme eines Teils der Sozialhilfelasten durch den Bund	SPD
	43	81.	20. 5. 1988	Die jüngsten Äußerungen des Bundesministers der Verteidigung <i>Rupert Scholz</i> zum Verteidigungsetat und zur Entwicklung in der Sowjetunion	GRÜNE
	44	82.	8. 6. 1988	Haltung der Bundesregierung zum Defizit der Bundesanstalt für Arbeit und damit eventuell verbundenen Beitragserhöhungen	SPD
	45	83.	9. 6. 1988	Haltung der Bundesregierung zur möglichen Verlängerung des Ausnahmezustandes in Südafrika	GRÜNE
	46	86.	22. 6. 1988	Haltung der Bundesregierung zu den drastischen Verspätungen im Luftverkehr	SPD
47	88.	24. 6. 1988	Das neue Ausländergesetz – Zielsetzung und Zeitvorstellung der Bundesregierung	GRÜNE	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 11. WP	48	93.	21. 9. 1988	Giftgaseinsatz und Verfolgung der Kurden	GRÜNE
	49	94.	22. 9. 1988	Haltung der Bundesregierung zur weiteren Finanzierung des Projekts „Schneller Brüter“ in Kalkar	SPD
	50	96.	28. 9. 1988	Rechtliche Situation von Frauen im Zusammenhang mit dem § 218 StGB	GRÜNE
	51	97.	29. 9. 1988	Beendigung der Seeverbrennung	SPD
	52	99.	12. 10. 1988	Probleme bei der geplanten Außenstelle des Bundesamtes der Finanzen im Zusammenhang mit der kleinen Kapitalertragsteuer	SPD
	53	100.	13. 10. 1988	Jüngste Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Ost-Berlin und der DDR	CDU/CSU
	54	101.	14. 10. 1988	Besorgnisse im In- und Ausland über die Wahrung der Presse- und Demonstrationsfreiheit bei unter Mitwirkung der Bundesregierung durchgeführten Tagungen und Großveranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)	GRÜNE
	55	102.	26. 10. 1988	Jüngste öffentliche Äußerung über die deutschen Aussiedler	CDU/CSU
	56	103.	27. 10. 1988	Hochtemperaturreaktor-Geschäft mit der Sowjetunion	GRÜNE
	57	105.	9. 11. 1988	Die Förderung der Fusion von Daimler-Benz mit MBB durch die Bundesregierung	SPD
	58	107.	11. 11. 1988	Jüngste Äußerungen von Politikern der CDU und SPD zur Wochenarbeitszeit	GRÜNE
	59	112.	30. 11. 1988	Menschenrechtssituation in der Türkei	GRÜNE
	60	114.	2. 12. 1988	Haltung der Bundesregierung zu den Beschlüssen des EG-Umweltministerrates vom 24./25. November 1988	SPD
	61	115.	7. 12. 1988	Haltung der Bundesregierung zur Modernisierung nuklearer Kurzstreckenwaffen	SPD
62	116.	8. 12. 1988	Verantwortung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [<i>Klaus Töpfer</i>] im Zusammenhang mit den Vorfällen im Atomkraftwerk Biblis A	GRÜNE	
63	118.	18. 1. 1989	Haltung der Bundesregierung zur aktuellen Situation an den Hochschulen	SPD	
64	119.	19. 1. 1989	Wiederaufnahme der Tiefflüge am 2. Januar 1989	GRÜNE	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 11. WP	65	122.	26. 1. 1989	Haltung der Bundesregierung zu zunehmenden Aktivitäten von Alt- und Neonazisten, insbesondere der DVU	GRÜNE
	66	125.	16. 2. 1989	Die Situation in Afghanistan	GRÜNE
	67	126.	17. 2. 1989	Aktuelle Probleme der Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung	SPD
	68	128.	23. 2. 1989	Auswirkungen der Ruhrgebietskonferenz	CDU/CSU
	69	129.	24. 2. 1989	Die Haltung der Bundesregierung zu Behauptungen in der Presse über das amerikanische NSA-System (Nationale Sicherheits-Agentur)	GRÜNE
	70	130.	8. 3. 1989	Die aktuelle Lage in Berlin	CDU/CSU, FDP
	71	131.	9. 3. 1989	Ausländer/innen-Feindlichkeit im hessischen Wahlkampf und die Auswirkungen auf den Bund	GRÜNE
	72	133.	15. 3. 1989	Haltung der Bundesregierung zur beabsichtigten Schließung der Akademie der Wissenschaften in Berlin	FDP
	73	135.	17. 3. 1989	Politische Reaktion auf den Hungerstreik von Gefangenen aus der „Rote-Armee-Fraktion“ und anderen	GRÜNE
	74	136.	19. 4. 1989	Zur gegenwärtigen Lage der deutsch-polnischen Beziehungen	GRÜNE
	75	137.	20. 4. 1989	Haltung der Bundesregierung zur Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf	SPD
	76	138.	21. 4. 1989	Haltung der Bundesregierung zu jüngsten Äußerungen der Gewerkschaften IG Metall, IG Medien sowie Handel, Banken und Versicherungen zur Kriegsdienstverweigerung und Bundeswehr	FDP, CDU/CSU
	77	139.	26. 4. 1989	Haltung der Bundesregierung zum Konjunkturgutachten der Wirtschaftsinstitute	FDP
	78	141.	28. 4. 1989	Haltung der Bundesregierung zur Untersagung des Fusionsantrages Daimler-Benz/Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) durch das Bundeskartellamt	SPD
	79	142.	10. 5. 1989	Gefährdung des Rechtsstaates und der inneren Sicherheit auf Grund der aktuellen Ereignisse am 1. Mai 1989 in Berlin	CDU/CSU
80	143.	11. 5. 1989	Haltung der Bundesregierung zur zukünftigen Kohlepolitik	SPD	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 11. WP	81	144.	12. 5. 1989	Haltung der Bundesregierung zum § 218 StGB nach dem Memminger Urteil	GRÜNE
	82	145.	31. 5. 1989	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesundheits-Reformgesetzes	SPD
	83	146.	1. 6. 1989	Zunehmende Gesundheitsgefährdung durch Foto-smog (Ozon) und Konsequenzen für die Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE
	84	148.	14. 6. 1989	Haltung der Bundesregierung zum Stromverbund Bundesrepublik Deutschland – DDR	FDP
	85	150.	16. 6. 1989	Beschluß des Bundeskabinetts zur Einführung eines Visumzwangs für ausländische Kinder	GRÜNE
	86	151.	21. 6. 1989	Haltung der Bundesregierung zum Besuchsverkehr zwischen Berlin-West und Berlin-Ost sowie der DDR	SPD
	87	152.	22. 6. 1989	Die Zwangsumsiedlung der irakischen Kurden und die Notwendigkeit bundesdeutscher Hilfe	GRÜNE
	88	159.	15. 9. 1989	Kabinettsbeschuß zur Entsendung von Bundesgrenzschutz-Einheiten nach Namibia	GRÜNE
	89	160.	27. 9. 1989	Haltung der Bundesregierung zu Feststellungen des Bundesrechnungshofes über Einflußnahmen der Industrie auf Untersuchungen und Entscheidungen des Bundesgesundheitsamtes in Sachen Asbest	GRÜNE
	90	163.	4. 10. 1989	Forschungsförderung des Bundes in Berlin	SPD
	91	164.	5. 10. 1989	Einfluß der NPD und anderer rechtsradikaler Parteien auf die Kommunalpolitik und deren Auswirkung auf den Bund	GRÜNE
	92	166.	18. 10. 1989	Diskussion über Pläne zur Erhöhung des Benzinspreises und sonstige Veränderungsprogramme für Wirtschafts- und Finanzpolitik	CDU/CSU
	93	167.	19. 10. 1989	Äußerungen von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> zur Wohnungsnot und die Konsequenzen für Wohnungspolitik und Bundshaushalt 1990	SPD
	94	168.	20. 10. 1989	Beteiligung und Verantwortung der Bundesregierung an der Entsendung der plutoniumbestückten Jupitersonde Galileo in den Weltraum durch die NASA	GRÜNE
	95	170.	25. 10. 1989	Die Haltung der Bundesregierung zum Alpentransit – Nachtfahrverbot für LKW durch Österreich	SPD
	96	171.	26. 10. 1989	Der Friedensauftrag der Bundeswehr	CDU/CSU

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 11. WP	97	172.	27. 10. 1989	Abzug von C-Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland	GRÜNE
	98	173.	8. 11. 1989	Die Haltung der Bundesregierung zur gerichtlichen Feststellung über die Unzulässigkeit des Betriebs der Atomanlage in Hanau	GRÜNE
	99	174.	9. 11. 1989	Schätzung der EG-Getreideernte durch die EG-Kommission	CDU/CSU
	100	175.	15. 11. 1989	Haltung der Bundesregierung zum bevorstehenden Giftmüllumschlag im Emdener Hafen zur Seeverbrennung	GRÜNE
	101	182.	7. 12. 1989	UNO-Resolution betr. Einhaltung des Embargos gegen Südafrika durch die Bundesregierung	GRÜNE
	102	185.	14. 12. 1989	Die Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Bundestag nach den Gipfeltreffen von Malta, Brüssel und Straßburg	GRÜNE
	103	187.	17. 1. 1990	Die Haltung der Bundesregierung zur US-Invasion in Panama	GRÜNE
	104	190.	24. 1. 1990	Situation der Akademie der Wissenschaften in Berlin	FDP
	105	191.	25. 1. 1990	Verhinderung der erneuten Machtübernahme der Roten Khmer in Kambodscha	GRÜNE
	106	193.	7. 2. 1990	Stand der Soforthilfe der Bundesregierung für die DDR	SPD
	107	195.	9. 2. 1990	Die Teilgenehmigung für die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben als Prüfstein der neuen deutschen Umweltpolitik der Bundesregierung	GRÜNE
	108	199.	7. 3. 1990	Behinderungen für den Aufbau der sozialen Marktwirtschaft in der DDR durch das neue Gewerkschaftsgesetz der DDR	CDU/CSU
109	200.	8. 3. 1990	Orkane, Sturmfluten und die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung	GRÜNE	
110	201.	14. 3. 1990	Haltung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der 3. Nordseeschutzkonferenz	SPD	
111	202.	15. 3. 1990	Haltung der Bundesregierung zu weiteren Erkenntnissen zum DGB-gewerkschaftseigenen Unternehmen „Neue Heimat“	FDP	
112	203.	28. 3. 1990	Die Möglichkeit genereller Genehmigungen zur Müllverbrennung durch geplante Änderungen im Abfallrecht	GRÜNE	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 11. WP	113	206.	25. 4. 1990	Aktuelle Lage der Landwirtschaft; Preissenkungs- politik der EG-Kommission im Agrarsektor	CDU/CSU, FDP
	114	207.	26. 4. 1990	Haltung der Bundesregierung zu militärischen Flug- übungen über bewohntem Gebiet	SPD
	115	208.	27. 4. 1990	Haltung der Bundesregierung zu Menschenrechts- verletzungen in der Türkei und Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen	GRÜNE
	116	209.	9. 5. 1990	Haltung der Bundesregierung zur Verbesserung des Mieterschutzes im Hinblick auf die wachsende Woh- nungsnot	SPD
	117	210.	10. 5. 1990	Haltung der Bundesregierung zur Hungerkatastro- phe in Äthiopien	FDP
	118	213.	30. 5. 1990	Die Beschlüsse der Bundesregierung zur Rolle des Umweltschutzes im Staatsvertrag	GRÜNE
	119	223.	12. 9. 1990	Angebliche Verpflichtung ehemaliger Stasi-Mitar- beiter durch den BND oder andere Dienste der Bundesrepublik Deutschland	SPD
	120	224.	13. 9. 1990	Erkenntnisse und Konsequenzen aus den erkennba- ren illegalen Waffen- und Industrieexporten in den Irak und in andere Krisenregionen	inter- fraktionell
	121	225.	19. 9. 1990	Planungen für terroristische Anschläge der RAF und der Hamburger Hafenstraße auf führende Poli- tiker und Wirtschaftsführer	CDU/CSU
	122	227.	21. 9. 1990	Bodenverseuchung auf Kinderspielplätzen und Kon- sequenzen der Bundesregierung für die Festlegung von Dioxin-Grenzwerten	GRÜNE
	123	230.	24. 10. 1990	Maßnahmen der Bundesregierung zur Sicherung der im Einigungsvertrag beschlossenen treuhänderi- schen Unterstellung der Vermögenswerte der SED/ PDS und der ehemaligen Blockparteien	SPD
	124	231.	25. 10. 1990	Einreise für Juden aus Osteuropa	GRÜNE/ Bündnis 90
	125	233.	30. 10. 1990	Bewertung der Unregelmäßigkeiten im Umgang mit den Vermögenswerten der PDS/SED und Maßnah- men der Bundesregierung zur zukünftigen Verhin- derung von Unregelmäßigkeiten im Umgang mit dem Vermögen der ehemaligen DDR-Parteien	SPD
126	234.	31. 10. 1990	Folgen des Uranabbaus auf dem Gebiet der ehema- ligen DDR	GRÜNE/ Bündnis 90	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
12. WP 1990–94	1	8.	20. 2. 1991	Haltung der Bundesregierung zur wachsenden Wohnungsnot und zur Lage der Wohnungswirtschaft	SPD
	2	9.	21. 2. 1991	Haltung der Bundesregierung zur Situation in Jugoslawien	FDP
	3	11.	27. 2. 1991	Haltung der Bundesregierung zur Ausbildungssituation in den neuen Bundesländern	SPD
	4	12.	28. 2. 1991	Verhalten der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Treuhandanstalt	SPD
	5	18.	21. 3. 1991	Haltung der Bundesregierung zur sozialen Lage der Menschen in den fünf neuen Bundesländern	SPD
	6	20.	17. 4. 1991	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen des vom Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen für die nächsten Jahre dargestellten Finanzbedarfs für die neuen Bundesländer im Zusammenhang mit den von der Bundesregierung geplanten Steuerabschaffungen und Steuersenkungen	SPD
	7	21.	18. 4. 1991	Geheime Einstufung des Berichts der Bundesregierung zu den Irak-Rüstungsexportgeschäften unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Waffenstillstandsbedingungen im Irak	B 90/ GRÜNE
	8	23.	25. 4. 1991	Fünfter Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl – Die Haltung der Bundesregierung zum Bau von Kernkraftwerken in den neuen Bundesländern	SPD
	9	24.	26. 4. 1991	Folgerungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. 4. 1991 zur Abwicklung [im Einigungsvertrag]	PDS/LL
	10	25.	14. 5. 1991	Haltung der Bundesregierung zu Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers [<i>Jürgen W. Möllemann</i>] zur Aufkündigung des Jahrhundertvertrages	SPD
	11	30.	12. 6. 1991	Bekämpfung des Treibhauseffektes durch die Bundesrepublik Deutschland – Einsetzung des Nationalen Komitees zur Vorbereitung der Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ durch Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	CDU/CSU
	12	31.	13. 6. 1991	Ambulante Gesundheitsversorgung insbesondere in den Polikliniken	SPD
	13	32.	14. 6. 1991	Haltung der Bundesregierung zu den Wünschen hinsichtlich einer Erhöhung der Rundfunkgebühren und der Erweiterung der Werbezeiten	FDP

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 12. WP	14	33.	19. 6. 1991	Verhalten der Bundesregierung bezüglich der geplanten Einlagerung von radioaktiven Abfällen in das Zwischenlager Gorleben und Berücksichtigung der Bedenken der betroffenen Bevölkerung und der Landesregierung von Niedersachsen	PDS/LL
	15	35.	21. 6. 1991	Hunger und Bürgerkrieg im Sudan	CDU/CSU
	16	40.	18. 9. 1991	Wohnungspolitisches Konzept der Bundesregierung und Wohnungsnot	SPD
	17	42.	20. 9. 1991	Krieg in Jugoslawien – eine Herausforderung für Europa	CDU/CSU
	18	43.	25. 9. 1991	Sicherheit der Atomanlagen Kozloduj/Bulgarien – Deutsche Ersatzteillieferungen aus dem Atomkraftwerk Greifswald durch Vermittlung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	PDS/LL
	19	46.	9. 10. 1991	Haltung der Bundesregierung zu den Abrüstungsvorschlägen von Präsident <i>Bush</i> und Präsident <i>Gorbatschow</i>	SPD
	20	47.	10. 10. 1991	Proteste über mangelnde Transparenz und Kontrolle der Treuhandanstalt	B 90/ GRÜNE
	21	49.	16. 10. 1991	Pulverfaß Tschernobyl: Sofortige Stilllegung aller Gefahren-Reaktoren Osteuropas – Folgerungen für die Energiepolitik in Deutschland	B 90/ GRÜNE
	22	50.	17. 10. 1991	Verhandlungen der Bundesregierung in den EG-Regierungskonferenzen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion	SPD
	23	52.	30. 10. 1991	Entwicklung der Lehrstellenbilanz in den neuen Bundesländern	CDU/CSU
	24	53.	6. 11. 1991	Weisung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <i>Klaus Töpfer</i> an das Land Hessen: Aufhebung der Stilllegungsverfügung für die Plutoniumverarbeitung in Hanau vor Fertigstellung der Schwachstellenanalyse	B 90/ GRÜNE
	25	54.	7. 11. 1991	Haltung der Bundesregierung zur Kohlepolitik	SPD
	26	56.	13. 11. 1991	Situation von Studium und Lehre im geeinten Deutschland	SPD
27	57.	14. 11. 1991	Haltung der Bundesregierung zur gemeinsamen Innenpolitik im Europa der Demokratien nach dem Außenminister-Konklave in Noordwijk	FDP	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 12. WP	28	63.	4. 12. 1991	Haltung der Bundesregierung zur Strukturkrise im Raum Friesland/Wilhelmshaven unter Beachtung der Schließung des AEG-Olympia-Werkes	SPD
	29	64.	5. 12. 1991	Zum Rücktritt des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Dr. <i>Lutz G. Stavenhagen</i>	SPD
	30	65.	6. 12. 1991	Zur Politik der Treuhandanstalt in bezug auf die Stahlindustrie in den neuen Bundesländern	PDS/LL
	31	66.	11. 12. 1991	Kostenexplosion im Gesundheitswesen	SPD
	32	69.	15. 1. 1992	Bodenpolitik der Bundesregierung, auch in bezug auf verfügbare, bisher militärisch genutzte Einrichtungen, und die Konsequenzen dieser Politik für den Wohnungsbau	SPD
	33	70.	16. 1. 1992	Situation der älteren Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern nach dem Erhalt der Rentenbescheide gemäß Rentenüberleitungsgesetz	PDS/LL
	34	72.	22. 1. 1992	Kontroverse über die zügige Unterzeichnung des Vertrages mit der ČSFR	SPD
	35	75.	12. 2. 1992	Dramatische Abnahme der Ozonschicht und politische Konsequenzen	SPD
	36	78.	19. 2. 1992	Fortschritte und Hindernisse bei der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands	CDU/CSU
	37	79.	20. 2. 1992	Stellungnahme der Bundesregierung zur Arbeitsmarktentwicklung, insbesondere in den neuen Bundesländern	SPD
	38	80.	21. 2. 1992	Absage der 1993 in Berlin geplanten Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen durch den Bundesminister des Auswärtigen [<i>Hans-Dietrich Genscher</i>]	CDU/CSU, SPD und FDP ¹⁾
	39	81.	11. 3. 1992	Die Freigabe des Drogenkonsums als Antwort auf über 2000 Drogentote im Jahre 1991	CDU/CSU
	40	82.	12. 3. 1992	Lage der öffentlichen Finanzen und Pläne der Bundesregierung für ein Haushaltssicherungsgesetz nach den Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung vom Wochenende 7./8. März 1992	SPD
41	83.	13. 3. 1992	Konzeption der Bundesregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Werftindustrie und ihren Zulieferindustrien im Land Mecklenburg-Vorpommern	PDS/LL	

¹⁾ Aktuelle Stunde zunächst von der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE verlangt, von ihr aus Protest wegen der Platzierung an das Ende einer Freitagssitzung zurückgezogen, danach von CDU/CSU, SPD und FDP verlangt.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 12. WP	42	84.	18. 3. 1992	Stärkung des dualen Systems beruflicher Bildung auf dem Hintergrund eines drohenden Facharbeitermangels	CDU/CSU
	43	85.	19. 3. 1992	Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesundheits-Reformgesetzes	SPD
	44	91.	7. 5. 1992	Haltung der Bundesregierung zur Frage ihrer Handlungsfähigkeit angesichts von Meinungsunterschieden zum Beispiel in der Förderung nach einer „neuen“ Außenpolitik, zu ungeklärten Finanzproblemen, zu Kürzungen von Renten und anderen sozialen Leistungen	SPD
	45	93.	20. 5. 1992	Wirtschaftliche Lage der Frauen in den neuen Ländern	SPD
	46	94.	3. 6. 1992	Neuerliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen	PDS/LL
	47	100.	26. 6. 1992	Kündigung des ILO-Abkommens 96: Privatisierung der Arbeitsvermittlung	SPD
	48	106.	23. 9. 1992	Haltung der Bundesregierung zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in Chemnitz	SPD
	49	111.	9. 10. 1992	Wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland/Praktiken der Treuhand am Beispiel der Vorgänge um die Märkische Faser AG in Premnitz	PDS/LL
	50	112.	14. 10. 1992	Aktueller Stand der GATT-Verhandlungen im Rahmen der sogenannten Uruguay-Runde	SPD
	51	116.	4. 11. 1992	Vorbereitungen der Bundesregierung zur Eindämmung des Flüchtlingsstromes unter Inkaufnahme eines Verfassungsverstoßes; Stellungnahme der Bundesregierung zu einer Pressemeldung über einen von ihr geplanten Staatsstreich	SPD
	52	117.	5. 11. 1992	Schutz und Unterstützung der Staatengemeinschaft für <i>Salman Rushdie</i>	CDU/CSU und FDP
	53	118.	6. 11. 1992	Pläne der Bundesregierung zu Steuererhöhungen und Einschnitten im sozialen Bereich	SPD
	54	119.	11. 11. 1992	Beitrag der zentralen Berliner Demonstration zum Abbau von Ausländerfeindlichkeit und Gewalt	FDP
	55	121.	13. 11. 1992	Die Folgen der Gesundheitspolitik der Bundesregierung am Beispiel der geplanten Schließung der Medizinischen Akademie Erfurt	PDS/LL

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 12. WP	56	127.	9. 12. 1992	Haltung der Bundesregierung zum fortschreitenden Waldsterben	SPD
	57	129.	11. 12. 1992	Die Haltung der Bundesregierung in bezug auf Berufsfreiheit, Datenschutz und Hochschulautonomie in Bundesländern, dokumentiert am Beispiel des Freistaates Sachsen	PDS/LL
	58	130.	13. 1. 1993	Brief des Bundeskanzlers an den Parteivorsitzenden der FDP vom 11. Januar 1993	SPD
	59	131.	14. 1. 1993	Haltung der Bundesregierung zu dem Tankerunglück vor den Shetland-Inseln	CDU/CSU und FDP
	60	132.	15. 1. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Krise der Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland	PDS/LL
	61	134.	21. 1. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Arbeitmarktsituation und zum Abbau von Arbeitsplätzen	SPD
	62	136.	3. 2. 1993	Haltung der Bundesregierung zu den jüngsten Vorgängen im Kernkraftwerk Brunsbüttel	SPD
	63	139.	10. 2. 1993	Haltung der Bundesregierung zur aktuellen Lage in der Stahlindustrie und ihren regionalen Auswirkungen	SPD
	64	140.	11. 2. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Patentvergabe des Europäischen Patentamtes (EPA) auf genmanipulierte Lebewesen	PDS/LL
	65	141.	12. 2. 1993	Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarstaaten	B 90/ GRÜNE
	66	142.	3. 3. 1993	Haltung der Bundesregierung zum Genehmigungsstopp bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	SPD
	67	145.	10. 3. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Verkürzung der Ausbildungszeiten in Schulen und Hochschulen	FDP
	68	148.	24. 3. 1993	Haltung der Bundesregierung zu der nicht abreißen- den Serie von Chemieunfällen	SPD
	69	149.	25. 3. 1993	Haltung der Bundesregierung zu ihrem unter Verschluß gehaltenen Gutachten zum Ausbau von Saale- und Elbe-Staustufen	B 90/ GRÜNE
70	152.	22. 4. 1993	Verhalten der Bundesregierung und der Treuhandanstalt in bezug auf den Verkauf der Abfalldeponie Schönberg an das Land Mecklenburg-Vorpommern	PDS/LL	
71	155.	29. 4. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Arbeitsmarktlage und ihren Auswirkungen auf die Bundesanstalt für Arbeit	SPD	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 12. WP	72	158.	13. 5. 1993	Haltung der Bundesregierung zum drohenden Ausbildungsnotstand in Ostdeutschland	SPD
	73	162.	16. 6. 1993	Konsequenzen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum § 218	PDS/LL
	74	165.	23. 6. 1993	Haltung der Bundesregierung zu den Fehlentwicklungen bei der Verpackungsverordnung: Duales System Deutschland	SPD
	75	167.	30. 6. 1993	Kürzungspläne der Bundesregierung im Sozialbereich im Hinblick auf die Empfehlungen des Europäischen Rates zum sozialen Schutz der Bürger	SPD
	76	168.	1. 7. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Forderung nach Freigabe von Heroin	CDU/CSU
	77	169.	2. 7. 1993	Nutzung von Informationen der Staatssicherheit und anderer Geheimdienste über westdeutsche Politiker durch die Bundesregierung	B 90/ GRÜNE
	78	175.	22. 9. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Lehrstellensituation in Deutschland	CDU/CSU und FDP
	79	176.	23. 9. 1993	Begründung der Bundesregierung für ihr Fernbleiben von vereinbarten Verhandlungen am 18. September 1993 über ein Pflegegesetz	SPD
	80	177.	24. 9. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Lage der Kurden in der Türkei im Rahmen ihrer Gespräche mit der türkischen Ministerpräsidentin <i>Piller</i>	PDS/LL
	81	178.	29. 9. 1993	Haltung der Bundesregierung bei den laufenden Stahlverhandlungen in Brüssel	SPD
	82	181.	20. 10. 1993	Folgerungen der Bundesregierung aus dem Urteil des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 – Az. 2 BvR 2134/92 und 2 BvR 2159/92 – in bezug auf die Entwicklung der Europäischen Union	CDU/CSU und FDP
	83	182.	21. 10. 1993	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen ihrer Finanzpolitik auf die Sozialpläne, insbesondere der Stahlindustrie	SPD
	84	184.	27. 10. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Somalia und der Rolle der Bundeswehr in dieser Situation	PDS/LL
85	185.	28. 10. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Äußerung des Bundeskanzlers über den „kollektiven Freizeitpark Bundesrepublik Deutschland“ im Hinblick auf drohende Arbeitslosigkeit in den Regionen Main-Rhön/Schweinfurt, Thüringen/Zella Mehlis, Leipzig	SPD	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 12. WP	86	186.	29. 10. 1993	Verhältnis der Bundesregierung zur iranischen Regierung angesichts deren behaupteter Verantwortung für den Anschlag auf vier Iraner in Berlin	B 90/ GRÜNE
	87	188.	10. 11. 1993	Die Anschläge terroristischer Kurdenorganisationen auf türkische Einrichtungen in Deutschland und die deutsch-türkischen Beziehungen	CDU/CSU
	88	189.	11. 11. 1993	Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Lage der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie	SPD
	89	190.	12. 11. 1993	Konsequenzen aus der jüngsten Steuerschätzung für die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung	PDS/LL
	90	195.	1. 12. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Bedeutung der Braunkohle im Rahmen ihres Energiekonzepts vor dem Hintergrund von unmittelbar bevorstehenden Schließungen von Tagebaurevieren in den neuen Bundesländern und der anstehenden Eröffnung neuer Tagebaureviere in Nordrhein-Westfalen	PDS/LL
	91	196.	2. 12. 1993	Haltung der Bundesregierung zur Einlagerung radioaktiver Abfälle in das Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)	SPD
	92	201.	12. 1. 1994	Politische Konsequenzen aus der jüngsten Entwicklung der Asylbewerberzahlen nach Inkrafttreten der Asylgesetze	CDU/CSU
	93	202.	13. 1. 1994	Haltung der Bundesregierung zu Vorstellungen über die Lockerung der Rüstungsexportpolitik	SPD
	94	203.	14. 1. 1994	Haltung der Bundesregierung zur Erweiterung der Aufgaben der Bundeswehr auf Einsätze bei inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland	PDS/LL
	95	207.	2. 2. 1994	Benachteiligung von Familien mit Kindern und niedrigem Einkommen durch die aktuell ergehenden Bescheide über den Kindergeldzuschlag für 1993	SPD
	96	213.	3. 3. 1994	Haltung der Bundesregierung zum ersten NATO-Kampfeinsatz seit 1949 und zur Beteiligung der Bundeswehr	PDS/LL
	97	215.	9. 3. 1994	Abschiebung von Flüchtlingen und Deserteuren nach Rest-Jugoslawien über Rumänien	B 90/ GRÜNE
	98	218.	13. 4. 1994	Notwendig zu ziehende Konsequenzen aus den aktuellen Fällen von Giftstoffen in Babynahrung	SPD

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 12. WP	99	219.	14. 4. 1994	Haltung der Bundesregierung zum verbrecherischen Brandanschlag auf eine Synagoge in Lübeck	PDS/LL
	100	222.	21. 4. 1994	Lage in Gorazde und Hilfe der Bundesregierung für die bedrohten Menschen	B 90/ GRÜNE
	101	227.	18. 5. 1994	Bundesgesetzliche Konsequenzen aus rechtsradikalen Ausschreitungen in Deutschland am Beispiel der jüngsten Vorfälle in Magdeburg	B 90/ GRÜNE
	102	227.	18. 5. 1994	Haltung der Bundesregierung zur Zukunft von EKO-Stahl und von Eisenhüttenstadt im Rahmen eines stahlpolitischen Gesamtkonzepts	SPD
	103	235.	23. 6. 1994	Haltung der Bundesregierung zur aktuellen Diskussion über die Steuerpolitik	SPD
13. WP 1994 ¹⁾	1	11.	18. 1. 1995	Anpassung der Beihilfevorschriften an die Bestimmungen des Pflegeversicherungsgesetzes	SPD
	2	12.	19. 1. 1995	Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Libyen	B 90/ GRÜNE
	3	14.	25. 1. 1995	Antworten der Bundesregierung auf die Dringlichen Fragen aus der Fragestunde (Fragen zu einem Vermerk von <i>Willy Brandt</i> in der Sache <i>Karl Wienand</i>)	CDU/CSU
	4	15.	26. 1. 1995	Reise des Bundeswirtschaftsministers <i>Günter Rexrodt</i> nach St. Petersburg	B 90/ GRÜNE
	5	23.	8. 3. 1995	Beginn der Verhandlungen der Bundesregierung mit der Regierung in Belgrad am 6. März 1995 über die Rückführung von Asylbewerbern und/oder Bürgerkriegsflüchtlingen	B 90/ GRÜNE
	6	24.	9. 3. 1995	Haltung der Bundesregierung zur künftigen Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs	SPD
	7	33.	26. 4. 1995	Schlanker Staat	FDP
	8	37.	17. 5. 1995	Entwicklung der Ausbildungsplatzsituation in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den neuen Ländern	SPD
	9	38.	18. 5. 1995	Krebsrisiko durch bodennahes Ozon	B 90/ GRÜNE
	10	40.	31. 5. 1995	Verwendung von Steuergeldern bei der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. im Zusammenhang mit Vorwürfen des Rassismus und der Verletzung von Aufsichts- und Fürsorgepflichten	SPD

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 13. WP	11	43.	21. 6. 1995	Haltung der Bundesregierung zur Versenkung der Ölplattform „Brent Spar“ im Zusammenhang mit glaubwürdigem europäischen Umweltschutz	SPD
	12	44.	22. 6. 1995	Haltung der Bundesregierung zur Entscheidung Frankreichs für die Wiederaufnahme von Atomtests	PDS
	13	45.	23. 6. 1995	Beendigung der Energiekonsensgespräche	CDU/CSU, FDP
	14	49.	13. 7. 1995	Beabsichtigte Wiederaufnahme von Atombombenversuchen in der Südsee durch Frankreich	CDU/CSU, SPD, B 90/ GRÜNE, FDP
	15	57.	27. 9. 1995	Aktuelle Schwierigkeiten des europäischen Einigungsprozesses und die Haltung der Bundesregierung	B 90/ GRÜNE
	16	63.	25. 10. 1995	Haltung der Bundesregierung zur Auswirkung des Milliardendefizits auf den anstehenden Bundeshaushalt	B 90/ GRÜNE, SPD, PDS
	17	65.	27. 10. 1995	Haltung der Bundesregierung zur Altschuldenregelung für ostdeutsche Kommunen angesichts erster Bewertungsergebnisse eines Rechtsgutachtens zur Auferlegung von Rückzahlungsverpflichtungen	SPD
	18	70.	22. 11. 1995	Haltung der Bundesregierung zur Verschiebung der Islam-Konferenz durch Bundesaußenminister <i>Klaus Kinkel</i>	SPD
	19	71.	23. 11. 1995	Besuch von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> bei der chinesischen Volksbefreiungsarmee	B 90/ GRÜNE
	20	73.	29. 11. 1995	Haltung der Bundesregierung zu Vorschlägen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu kürzen	SPD
	21	77.	7. 12. 1995	Haltung der Bundesregierung zur Ablehnung einer Vertrauenserklärung zur Erbschaft- und Schenkungsteuer durch die Länderfinanzminister	FDP
	22	78.	8. 12. 1995	Haltung der Bundesregierung zu erheblich ansteigenden Insolvenzen in den neuen Bundesländern und zur Politik der Treuhand-Nachfolgeeinrichtungen	PDS
	23	79.	17. 1. 1996	Haltung der Bundesregierung zu widersprechenden Aussagen aus der Koalition zum Abbau des Solidaritätszuschlags	B 90/ GRÜNE

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 13. WP	24	80.	18. 1. 1996	Haltung der Bundesregierung anlässlich des vom Bundesrat am 15. Dezember 1995 einstimmig beschlossenen Importverbots für britisches Rindfleisch, der Entwicklung der BSE-Endemie im Vereinigten Königreich und des Auslaufens der BSE-Verordnung am 6. Februar 1996	SPD
	25	82.	31. 1. 1996	Ursachen der aktuellen Schwierigkeiten im deutsch-tschechischen Verhältnis	B 90/ GRÜNE
	26	85.	7. 2. 1996	Zwischenlagerung radioaktiver Stoffe im Endlager Morsleben	B 90/ GRÜNE, SPD, PDS
	27	88.	28. 2. 1996	Moskau-Besuch von Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i>	B 90/ GRÜNE
	28	91.	6. 3. 1996	Haltung der Bundesregierung zur Situation im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	B 90/ GRÜNE
	29	92.	7. 3. 1996	Haltung der Bundesregierung zu Defiziten in der Rentenversicherung und zur künftigen Höhe der Rentenversicherungsbeiträge	SPD
	30	94.	13. 3. 1996	Vorstellungen der Bundesregierung zur Verhängung einer Haushaltssperre für den Bundeshaushalt	SPD
	31	97.	17. 4. 1996	Haltung der Bundesregierung zur öffentlichen Aufforderung in der Tageszeitung „taz“ am 12. April 1996 zur Schienendemontage beim Atomkraftwerk Gundremmingen	FDP
	32	100.	24. 4. 1996	Bundespolitische Konsequenzen auf Grund der Freisetzung von Dioxinen anlässlich des Brandes von PVC, PCB und anderen Stoffen auf dem Düsseldorfer Flughafen	B 90/ GRÜNE
	33	103.	8. 5. 1996	Haltung der Bundesregierung zu den Vorschlägen von Bundesminister Dr. <i>Theodor Waigel</i> und Bundesminister <i>Horst Seehofer</i> hinsichtlich der Veränderungen des Rentenversicherungssystems	SPD
	34	104.	9. 5. 1996	Mögliche Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Rechtsstaat durch Atommülltransporte nach Gorleben	B 90/ GRÜNE
	35	110.	13. 6. 1996	Haltung der Bundesregierung zu den Vorkommnissen bei dem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr in Berlin	FDP

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 13. WP	36	111.	14. 6. 1996	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen von Bundesminister Dr. <i>Theodor Waigel</i> auf dem Sudetendeutschen Tag zu den deutsch-tschechischen Beziehungen	SPD
	37	112.	19. 6. 1996	Informationen über Leistungen und Kosten im Gesundheitswesen	SPD
	38	113.	20. 6. 1996	Bundespolitische Konsequenzen zur Rettung des Wattenmeeres	B 90/ GRÜNE
	39	115.	26. 6. 1996	Haltung der Bundesregierung zur Ausbildungsplatzsituation	SPD
	40	116.	27. 6. 1996	Ausladung des Bundesaußenministers [<i>Klaus Kinkel</i>] durch die Volksrepublik China	B 90/ GRÜNE
	41	124.	25. 9. 1996	Lage in Bosnien und Absicht der Bundesregierung zur Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien-Herzegowina beginnend ab dem 1. 10. 1996	B 90/ GRÜNE
	42	125.	26. 9. 1996	Haltung der Bundesregierung zur tarifvertraglich geregelten Lohnfortzahlung angesichts jüngster Reaktionen von der Arbeitgeberseite	PDS
	43	128.	10. 10. 1996	Haltung der Bundesregierung zu Forderungen nach Einführung einer Autobahn-Vignette	B 90/ GRÜNE
	44	129.	11. 10. 1996	Haltung der Bundesregierung zu Beratungen des Tarifausschusses über Mindestlöhne im Baugewerbe	SPD
	45	131.	17. 10. 1996	Haltung der Bundesregierung zu Vorschlägen zur Besteuerung von Renten, Kürzungen bei Witwenrenten und Heraufsetzung des Rentenalters	SPD
	46	132.	18. 10. 1996	Haltung der Bundesregierung zur Zukunft der SKET Schwermaschinenbau GmbH Magdeburg als einem der letzten industriellen Großunternehmen in den neuen Ländern	PDS
	47	134.	6. 11. 1996	Haltung der Bundesregierung zu Vorschlägen, Defizite im Bereich der Renten- und der Arbeitslosenversicherung durch Finanzmittel der Pflegeversicherung zu decken	SPD
	48	137.	13. 11. 1996	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen prognostizierter Steuerausfälle auf den Bundeshaushalt, den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sowie deren Folgewirkungen für den Arbeitsmarkt	SPD
	49	144.	4. 12. 1996	Verantwortung der Bundesregierung im Zusammenhang mit der geheimen Tätigkeit des Privatagenten <i>Werner Mauss</i>	B 90/ GRÜNE

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 13. WP	50	145.	5. 12. 1996	Haltung der Bundesregierung zu den Plänen der Landesregierung Schleswig-Holstein, in einem Modellversuch sogenannte weiche Drogen in Apotheken verkaufen zu lassen	FDP
	51	147.	11. 12. 1996	Haltung der Bundesregierung zu den steigenden Zahlen von Insolvenzen	SPD
	52	150.	15. 1. 1997	Haltung der Bundesregierung zur Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit über den erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahlen sowie zum erheblichen Rückgang der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland	PDS
	53	151.	16. 1. 1997	Ruf nach Demokratie und Reform auf dem Balkan	CDU/CSU und FDP
	54	152.	17. 1. 1997	Visumpflicht für Kinder und Jugendliche aus Nicht-EU-Staaten	B 90/ GRÜNE
	55	154.	30. 1. 1997	Risiken der Transrapid-Finanzierung	B 90/ GRÜNE
	56	156.	19. 2. 1997	Entwicklung der Energie-Konsens-Gespräche	B 90/ GRÜNE
	57	157.	20. 2. 1997	Sorge um Arbeitsplätze und Leistungsabbau bei der Post	PDS
	58	159.	26. 2. 1997	Haltung der Bundesregierung zu den Plänen der Deutschen Bahn AG, rund 10 000 Kilometer Schiene „an andere Betreiber“ abzugeben	PDS
	59	160.	27. 2. 1997	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen über die Zukunft der solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme	SPD und B 90/ GRÜNE
	60	162.	12. 3. 1997	Haltung der Bundesregierung zu den gewalttätigen Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Castor-Transporten nach Gorleben	FDP
	61	165.	19. 3. 1997	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Mißständen am Bau durch Lohndumping, Scheinselbständigkeit und illegale Beschäftigung trotz Entsendegesetz	SPD
	62	166.	20. 3. 1997	Öffentliche Diskussion über einen Ratgeber für Sozialhilfeempfänger	FDP
63	167.	21. 3. 1997	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Äußerungen bezüglich der Einführung des Euro	B 90/ GRÜNE	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 13. WP	64	168.	16. 4. 1997	Schlußfolgerungen der Bundesregierung zum Erhalt der sanierungsfähigen Nachfolgebetriebe der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 8. April 1997	PDS
	65	169.	17. 4. 1997	Haltung der Bundesregierung zur Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in China im Rahmen der gemeinsamen Außenpolitik der EU	B 90/ GRÜNE
	66	171.	23. 4. 1997	Haltung der Bundesregierung zu den Konsequenzen aus dem neuesten Sonderabfallskandal in Bayern	SPD
	67	173.	25. 4. 1997	Haltung der Bundesregierung zum Verkauf von fünf ausgemusterten U-Booten der Bundesmarine an Indonesien	B 90/ GRÜNE
	68	174.	14. 5. 1997	Mögliche Mittelsperre für den Transrapid	B 90/ GRÜNE
	69	175.	15. 5. 1997	Einschätzung der Ausbildungsplatzsituation und des Handlungsbedarfs durch die Bundesregierung	SPD
	70	180.	11. 6. 1997	Haltung der Bundesregierung zu Äußerungen ihrer Mitglieder über erneute Sparmaßnahmen bei den Sozialausgaben sowie Verschiebungen von Finanzmitteln zwischen den Sozialversicherungsträgern	B 90/ GRÜNE
	71	185.	27. 6. 1997	Haltung der Bundesregierung zu möglichen atomaren Verseuchungen des Meerwassers bei La Hague durch die Wiederaufbereitung deutschen Atom- mülls	B 90/ GRÜNE

■ Die Themen der weiteren Aktuellen ab September 1997 bis zum Ende der 13. Wahlperiode und weiter bis Februar 1999 können im NACHTRAG unter 12.2 nachgeschlagen werden.

Thematische Schwerpunkte

Für die 10. Wahlperiode (1983–87) sind die Themen der Aktuellen Stunden nach Schwerpunkten ausgezählt worden.*) Zusammenfassend wird dazu von *Ismayr* festgestellt:

„Die Themen der Aktuellen Stunden sind vielfältig und umfassen so gut wie alle Bereiche der Politik.

*) *Wolfgang Ismayr*, Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze. Opladen 1992, S. 393–394.

	10. WP 1983–87
Zahl der Aktuellen Stunden	117
davon zum Thema	
– Außenpolitik, Internationales, Menschenrechte	17
– Sicherheitspolitik	18
– Ökonomie, Arbeit	24
– Ökologie, Umwelt	24
– Soziales, Gesundheit, Wohnungsbau, Berufsausbildung	14
– sonstige Themen	20

Schwerpunkte liegen seit 1983 in der Außen- und Sicherheitspolitik (einschließlich des Themas ‚Menschenrechte‘), Ökonomie, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Ökologie/Umwelt (einschließlich Energie, Verkehr) sowie der Sozialpolitik und Berufsausbildung. Mit Ausnahme der 7. Wahlperiode (1972–76), in der die CDU/CSU-Opposition zehn Aktuelle Stunden zur Deutschlandpolitik durchgesetzt hat, lassen sich zuvor keine eindeutigen Schwerpunkte ausmachen.

Umweltprobleme waren vor 1983 kein Thema, obwohl diese Fragen die Öffentlichkeit zunehmend beschäftigten. Nicht nur die Regierungsfractionen, sondern auch die CDU/CSU-Opposition hatte keine Aktuelle Stunde zu ökologischen Themen verlangt – zweifellos Ausdruck einer mangelnden Sensibilität für neue Problemlagen und ein die demokratische Legitimation berührendes Artikulationsdefizit. Daß hier seit 1983 ein Schwerpunkt liegt, hat die Fraktion DIE GRÜNEN bewirkt, die in der 10. Wahlperiode zum Themenkomplex ‚Ökologie (einschließlich ‚Energie und ‚Verkehr)‘ 18 Aktuelle Stunden durchsetzte (SPD 5, FDP 1).

Häufig geht es bei Aktuellen Stunden um die Thematisierung aktueller Vorfälle im In- und Ausland, um brisante Entscheidungen und politische Äußerungen; teils werden sie zum Anlaß genommen, eine politische Neubewertung oder jedenfalls Akzentuierung vorzunehmen, oft aber auch nur, um für die eigene Beurteilung bekannter Probleme erneut Aufmerksamkeit zu finden.“

12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung

Obwohl Entscheidungen der Bundesregierung die Parlamentsarbeit maßgebend vorherbestimmen, war es lange Zeit üblich, daß über Kabinettsitzungen nicht vor dem Bundestag, sondern unmittelbar im Anschluß vor der Bundespressekonferenz berichtet wurde und die Abgeordneten ihre Informationen im allgemeinen aus Presse, Rundfunk und Fernsehen beziehen mußten. Um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktuell und unmittelbar über Beschlüsse des Kabinetts vom gleichen Tage zu unterrichten, unternahm der Bundestag seit 1973 zahlreiche Anläufe, eine sogenannte „Kabinettsberichterstattung“ bzw. eine „Regierungsbefragung“ einzuführen.*)

Kabinettsberichterstattung in der 7. Wahlperiode

Am 22. Februar 1973 vereinbarte der Ältestenrat, nachdem sich die Bundesregierung dazu bereit erklärt hatte, daß das Parlament in Plenarwochen jeweils am Mittwoch aktuell aus den vorangegangenen Kabinettsitzungen unterrichtet werden könne. Damit wurde den seit Jahren wiederholten Forderungen der jeweiligen Oppositionsfractionen entsprochen.

Für die Kabinetts-Informationen war zunächst folgendes Verfahren vorgesehen: Der Bericht wird auf Wunsch der Bundesregierung auf die Tagesordnung gesetzt; Dauer des Berichts durch einen oder mehrere Vertreter der Bundesregierung zehn Minuten; anschließend Fragen der Abgeordneten; Dauer der Berichterstattung einschließlich der Fragen und Antworten 30 Minuten.

Aufgrund der ersten Kabinetts-Information am 14. März 1973 äußerte die CDU/CSU Bedenken gegen dieses Verfahren. Sie forderte, daß dabei der Opposition Gelegenheit zu einer ausführlichen Gegendarstellung gegeben werde. Nachdem fünfmal solche Berichte abgegeben worden waren, wurde nach der Sommerpause 1973 dieses Informationsverfahren zunächst nicht fortgesetzt.

*) Siehe auch die vergleichende Untersuchung von *Heike Baddenhausen-Lange*, Die „Question Period“ im kanadischen Unterhaus, die Befragung der Bundesregierung im Deutschen Bundestag und die „Question au Gouvernement“ in der französischen Nationalversammlung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 28. 1997. H. 1. S. 29–45.

Am 17. Januar 1974 vereinbarte der Ältestenrat eine neue Regelung: Danach folgen dem auf zehn Minuten beschränkten Bericht der Bundesregierung 15 Minuten lang Fragen der Abgeordneten. Im Anschluß daran können Stellungnahmen durch die Opposition (bis zu zehn Minuten) und der Koalitionsfraktionen (bis zu je fünf Minuten) abgegeben werden. Anschließend hat die Bundesregierung die Möglichkeit, hierzu nochmals bis zu fünf Minuten Stellung zu nehmen.

Berichte der Bundesregierung wurden aufgrund dieser Neuregelung noch in drei Fällen abgegeben, erstmals am 23. Januar 1974, letztmals am 13. März 1974.

Die folgende Tabelle führt die acht Kabinetts-Informationen, die in der 7. Wahlperiode stattgefunden haben, auf.

Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Kabinetts-Information
1	19.	14. 3. 1973	DM-Aufwertung ¹⁾
2	22.	21. 3. 1973	Schwerbehindertenrecht
3	32.	16. 5. 1973	Außenpolitik
4	38.	6. 6. 1973	Ausländerbeschäftigung
5	41.	13. 6. 1973	Bildungsgesamtplan
6	75.	23. 1. 1974	Ausscheiden Frankreichs aus dem europäischen Währungsverbund
7	81.	20. 2. 1974	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer; Vermögensbeteiligungsgesetz; 2. Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum
8	84.	13. 3. 1974	Errichtung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland und der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik

¹⁾ In der ersten Kabinettsinformation am 14. März 1973 gab Bundesfinanzminister *Helmut Schmidt* in einer zehnmütigen Erklärung einen Bericht über die Währungssituation. Der amtierende Bundestagsvizepräsident *Hermann Schmitt-Vockenhausen* bezeichnete das Novum als einen „guten Schritt für die innere Arbeit des Parlaments“. Das Presseecho über die erste Kurzinformation der Regierung war überwiegend skeptisch. Typisch für die Kommentierung war die Überschrift der Frankfurter Rundschau vom 15. März 1973: „Bonns Presse braucht die neue Konkurrenz nicht zu fürchten. Im Bundestag blieb das Frage- und Antwort-Spiel unbefriedigend. Mehr sagte [Regierungssprecher] *Wechmar* hinterher.“

Hinweis

Bezüglich Terminierung, Tagesordnung und Verlauf bestimmter Plenarsitzungen oder einzelner Debatten sind außer dem Abschnitt über die Kabinettsberichterstattungen und Regierungsbefragungen auch die folgenden Abschnitte von Interesse:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 11.2 Aktuelle Stunden
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Kabinetttberichterstattung in der 10. Wahlperiode

Nachdem sich in der Selbstverständnisdebatte des Parlaments am 20. September 1984 mehrere Abgeordnete dafür ausgesprochen hatten, den zehn Jahre zuvor abgebrochenen Versuch mit „Kabinettt-Informationen“ fortzusetzen, nahm die Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform diese Anregung in ihre Empfehlungen vom 1. Juli 1985 (Drucksache 10/3600) auf. Danach sollte die Berichterstattung der Bundesregierung über ihre Beschlüsse in Kabinettsitzungen nach folgenden Grundsätzen durchgeführt werden:

„1. Eine Kabinetttberichterstattung findet nach Vereinbarung auf Vorschlag der Bundesregierung oder des Bundestages statt, im Regelfall am Mittwoch einer Sitzungswoche um 13.00 Uhr.

Die regelmäßig am Mittwoch stattfindende Fragestunde bleibt davon rechtlich und sachlich unberührt. Sie wird gegebenenfalls nach der Kabinetttberichterstattung aufgerufen.

Eine Aktuelle Stunde kann aus der Kabinetttberichterstattung heraus nicht verlangt werden.

2. Die Kabinetttberichterstattung ist auf eine Dauer von 60 Minuten begrenzt. Sie besteht aus einem Bericht der Regierung von höchstens 10 Minuten Dauer und daran anschließenden Fragen der Abgeordneten zur Beantwortung durch den Berichterstatter der Regierung. Die einzelnen Fragen und die dazu erteilten Antworten dürfen jeweils höchstens 2 Minuten dauern.

Nach Ablauf von 40 Minuten können die Fraktionen – unter der Voraussetzung, daß dies sich in der ersten dreimonatigen Erprobungsphase bewährt – Erklärungen von jeweils höchstens 5 Minuten Dauer abgeben.

3. Ein Mitglied der Bundesregierung gibt den Bericht aus der Kabinettsitzung und beantwortet die Fragen.

4. Die Fragen müssen sich auf den von der Regierung berichteten Gegenstand der Kabinettsitzung beziehen. Fragen, die damit keinen Zusammenhang aufweisen, kann der Präsident zurückweisen.

Ein Abgeordneter kann nur jeweils eine Frage stellen. Zusatzfragen nach dem Muster der Fragestunde sind nicht zulässig. Der Präsident ruft die Fragesteller nach Maßgabe des § 28 Abs. 1 GO-BT auf, wobei er insbesondere auf einen regelmäßigen Wechsel zwischen den Fraktionen achten soll.“

Obwohl die Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform von einer sechsmonatigen Erprobungszeit für die Kabinetttberichterstattung ausging, war der Ältestenrat bereits Mitte Oktober 1985 der Auffassung, daß der Versuch nicht fortgeführt werden sollte. Die Starrheit der Regeln dürfte in der 10. Wahlperiode den vorzeitigen Abbruch verursacht haben, aber auch das Ablesen vorbereiteter Erklärungen und vor allem der Umstand, daß die Bundesregierung freie Hand hatte, welches ihrer Mitglieder über welchen Kabinettsbeschuß berichtete.)*

*) Vgl. die Abgeordnete *Hildegard Hamm-Brücher*: „Liebe Kollegen, daß wir uns hier in einer Kabinetttberichterstattung gefallen lassen, daß der offizielle Vertreter des Kabinetts nur dazu redet, was mit dem Führerschein auf Probe passieren soll, während im Kabinettt über Sanktionen gegen Südafrika gesprochen wurde, das ist eine Demütigung und Erniedrigung der Volksvertretung.“ (Stenographischer Bericht der 28. Sitzung vom 18. September 1987, S. 1896 D–1897 A)

Hinweis

Zum Bereich „Gesetzgebungsfunktion“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 8.14 Stimmergebnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze

In der folgenden Tabelle sind die Themen, die Berichterstatter aus dem Kabinett und die anschließenden Fraktionserklärungen während der drei Kabinettsberichterstattungen aufgeführt, die der Bundestag im September und Oktober 1985 durchführte.

Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen	Bericht- erstatter	Fraktionserklärungen durch
1	a) 155. b) 11. 9. 1985	1) Engagement bundesdeutscher Banken in Südafrika und Namibia 2) Umweltfreundliche Umrüstung der Dienstfahrzeuge des Bundes 3) Zehnter Subventionsbericht	zu 1 bis 3: BMin <i>Gerhard Stoltenberg</i> (Finanzen)	<i>Helmut Wiczorek</i> (SPD) <i>Gunnar Uldall</i> (CDU/CSU) <i>Axel Vogel</i> (GRÜNE) <i>Otto Graf Lambsdorff</i> (FDP)
2	a) 158. b) 25. 9. 1985	1) Einführung eines Führerscheins auf Probe 2) Schaffung eines weiteren Steuervorteils für bleifreies Benzin	zu 1 und 2: BMin <i>Werner Dollinger</i> (Verkehr)	<i>Hans-Werner Senfft</i> (GRÜNE) <i>Günter Straßmeir</i> (CDU/CSU) <i>Klaus Daubertshäuser</i> (SPD) <i>Klaus-Jürgen Hoffie</i> (FDP)
3	a) 161. b) 2. 10. 1985	1) Weitergeltung des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes bis zum 31. 12. 1990 2) Verlängerung der Wehrpflicht 3) Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes 4) Fortführung des Hüttenvertrages 5) Stärkung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer	zu 1 und 2: BMin <i>Manfred Wörner</i> (Verteidigung) zu 3 bis 5: BMin <i>Norbert Blüm</i> (Arbeit und Sozialordnung)	<i>Otto Hauser</i> (CDU/CSU) <i>Horst Jungmann</i> (SPD) <i>Henning Schierholz</i> (GRÜNE) <i>Uwe Ronneburger</i> (FDP)

Regierungsbefragungen ab der 11. Wahlperiode

In der 11. Wahlperiode (1987–90) gab es mehrere Initiativen zu einer Wiederaufnahme der Kabinettsberichterstattung in neugestalteter Form. Dazu gehörte vor allem der Antrag der Abgeordneten *Hildegard Hamm-Brücher* und 48 weiterer Abgeordneter der SPD, FDP und der GRÜNEN (Drs. 11/246 vom 7. Mai 1987) sowie ein Vorschlag von Bundestagspräsident *Philipp Jenninger*, den er zusammen mit anderen Überlegungen zur Verbesserung der parlamentarischen Arbeit am 11. September 1987 an die Mitglieder des Ältestenrates gerichtet hatte. Außerdem hatten mehrere Abgeordnete in der letzten Selbstverständnisdebatte des Parlaments am 18. September 1987 (vgl. Abschnitt 13.5 des vorliegenden *Datenhandbuchs*) den vorzeitigen Abbruch des Versuchs einer Kabinettsberichterstattung in der 10. Wahlperiode bedauert.

Nach eingehenden Beratungen im Ältestenrat unter Beteiligung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung wurde im September 1988 Einvernehmen erzielt, am 12. Oktober 1988 eine neue Erprobungsphase für eine „Befragung der Bundesregierung“ zu beginnen, die bis Ende März 1989 dauern sollte.

Die neuen Verfahrensregeln dazu hatte der Geschäftsordnungsausschuß ausgearbeitet, und sie sind weitgehend identisch mit der im Oktober 1990 verabschiedeten Anlage 7 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (siehe unten).

Aufgrund des diesmal erfolgreicherer Verlaufs der „Regierungsbefragung“ – so inzwischen die gängige Kurzbezeichnung – sprach sich der Ältestenrat während des Jahres 1989 wiederholt für eine Verlängerung der Erprobungszeit aus. Am 29. August 1990 empfahl er, die neue Verfahrensform in der Geschäftsordnung des Bundestages zu verankern.

Dies geschah durch Beschluß des Bundestages vom 31. Oktober 1990, womit § 106 um den folgenden Absatz 2 ergänzt wurde:

„In Sitzungswochen findet eine Befragung der Bundesregierung statt, bei der die Mitglieder des Bundestages Fragen von aktuellem Interesse an die Bundesregierung im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit, vorrangig jedoch zur vorangegangenen Sitzung der Bundesregierung, stellen können. Das Nähere wird in Richtlinien geregelt (Anlage 7).“

Anlage 7 „Befragung der Bundesregierung“ hat folgenden Wortlaut:

- „1. Eine Befragung der Bundesregierung findet in Sitzungswochen mittwochs um 13.00 Uhr statt.
2. Die Mitglieder des Bundestages können an die Bundesregierung Fragen von aktuellem Interesse im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit stellen, vorrangig zur vorangegangenen Kabinettsitzung. Die Fragen können durch Bemerkungen eingeleitet werden. Sie müssen kurz gefaßt sein und kurze Antworten ermöglichen.
3. Der Präsident erteilt das Wort unter Berücksichtigung der Regeln des § 28 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundestages.
4. Die Befragung dauert in der Regel 30 Minuten.
5. Zu Beginn der Befragung erhält ein Mitglied der Bundesregierung auf Verlangen bis zu fünf Minuten das Wort.
6. Der Präsident kann die Befragung über 30 Minuten hinaus verlängern. Dauert die Befragung länger als 30 Minuten, verkürzt sich die anschließende Fragestunde um die Verlängerungszeit.
7. Grundsätzlich antworten die angesprochenen Mitglieder der Bundesregierung; das Rederecht des zuständigen Mitglieds der Bundesregierung bleibt unberührt.“

In der folgenden Übersicht sind die seit Oktober 1988 bis Stand 31. August 1997 durchgeführten Regierungsbefragungen zusammengestellt. Die Tabelle enthält die angeschnittenen Themen und die Zahl der Fragen, wobei Zusatzfragen nicht gezählt wurden.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
11. WP 1987–90	1	a) 99. b) 12. 10. 1988	Gesetzesentwurf über Finanzhilfen des Bundes nach Art 104a Abs. 4 GG; Wohnungsprogramm zugunsten der Aussiedler und Zuwanderer; Fusion von Daimler-Benz und MBB; Sanierung der Deutschen Bundesbahn
	2	a) 102. b) 26. 10. 1988	Vorlage einer Verordnung durch die Bundesregierung zur Festlegung des Kohlepfennigs für das Jahr 1989; Strukturreform des Alterssicherungssystems

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 11. WP	3	a) 112. b) 30. 11. 1988	Bericht über gesetzliche Regelungen zur Gentechnik; Gesetzentwurf über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts; Verlängerung des Grundwehrdienstes; Risikobeteiligungsvertrag für Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop
	4	a) 115. b) 7. 12. 1988	Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz; Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes; Novellierung der Strahlenschutzverordnung
	5	a) 118. b) 18. 1. 1989	Stand der Umsetzung der Gesundheitsreform; Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Beschlüsse der Nordseeschutz-Konferenz
	6	a) 121. b) 25. 1. 1989	Jahreswirtschaftsbericht 1989 der Bundesregierung
	7	a) 124. b) 15. 2. 1989	Umweltpolitische Grundsatzdebatte; Gesetzentwurf zur Verbesserung und Vereinfachung der Vereinsbesteuerung
	8	a) 127. b) 22. 2. 1989	Fragen der Visapflicht; EG-Außenministerrat am 20. Februar 1989 mit den Schwerpunkten „Fall <i>Rushdie</i> “ und „Verordnung zur Ausfuhr bestimmter chemischer Produkte“
	9	a) 130. b) 8. 3. 1989	Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz; Katastrophenschutzgesetz; Orthoptistengesetz; Tierzuchtgesetz; Rentenreformgesetz 1992
	10	a) 133. b) 15. 3. 1989	Berufsbildungsbericht 1989; Verschärfung der Kontrollen des Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland im militärisch-strategischen Bereich; Bundes-Immissionsschutzgesetz; Belastung der Gewässer durch Ammoniumstickstoff und Phosphor
	11	a) 136. b) 19. 4. 1989	Lage der Behinderten und Entwicklung der Rehabilitation; Rahmen-Abwasserverwaltungsvorschrift; ERP-Wirtschaftsplangesetz 1990; Beteiligung von Daimler-Benz an MBB; Europäischer Binnenmarkt und Land- und Forstwirtschaft
	12	a) 139. b) 26. 4. 1989	Errichtung der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten (DARA); Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen aus Verpackungen für Getränke; Entsorgung gebrauchter halogenierter Lösemittel; Frühjahrgutachten der Wirtschaftsinstitute

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 11. WP	13	a) 142. b) 10. 5. 1989	Abwasserabgabengesetz; Bundeserziehungsgeldgesetz; Bundeskinderergeldgesetz; Arbeitsgerichtsgesetz und andere arbeitsrechtliche Vorschriften; Steuerreformgesetz 1990; Gesetzentwurf über die Festlegung eines vorläufigen Wohnsitzes für Aussiedler und Übersiedler
	14	a) 148. b) 14. 6. 1989	Aktuelle Wirtschafts- und Beschäftigungssituation; Maßnahmen gegen Beteiligung deutscher Firmen und deutscher Staatsangehöriger an Auslandsprojekten im Rüstungsbereich, insbesondere bei der Raketentechnologie
	15	a) 151. b) 21. 6. 1989	Umweltforschungsprogramm; Wohnungsbindungsgesetz
	16	a) 158. b) 14. 9. 1989	Hochschulrahmengesetz
	17	a) 160. b) 27. 9. 1989	Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts
	18	a) 163. b) 4. 10. 1989	Bemühungen um eine Lösung der Zufluchts- und Übersiedlerproblematik
	19	a) 166. b) 18. 10. 1989	Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes; befristete Gebührenermäßigung für Postpakete nach der Volksrepublik Polen
	20	a) 169. b) 24. 10. 1989	Drogenbekämpfung
	21	a) 174. b) 9. 11. 1989	Die Flüchtlingsbewegung und die Situation in den Aufnahmelagern
	22	a) 184. b) 13. 12. 1989	Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts; Rentenanpassungsgesetz 1990; Strukturgesetz 1990
	23	a) 187. b) 17. 1. 1990	Aufnahmeverfahren für Aus- und Übersiedler; Zielfestsetzungen zur Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen von Verpackungen aus Kunststoff für Nahrungs- und Genußmittel sowie Konsumgüter
	24	a) 193. b) 7. 2. 1990	Agrarbericht der Bundesregierung; deutschlandpolitische Fragen
	25	a) 196. b) 14. 2. 1990	Nachtragshaushalt 1990; ERP-Wirtschaftsplangesetz 1990; Gesetz zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz
	26	a) 199. b) 7. 3. 1990	Berufsbildungsbericht 1990

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 11. WP	27	a) 201. b) 14. 3. 1990	Normalisierung des Zuzugs von Übersiedlern aus der DDR und Berlin (Ost); Modifizierung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler; Achtes Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes
	28	a) 203. b) 28. 3. 1990	Aufnahmeverfahren für Aussiedler; Verordnung über die Ausbildungsförderung für Auszubildende mit Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes; Faktenbericht 1990 zum Bundesbericht Forschung
	29	a) 206. b) 25. 4. 1990	Weitere Entlastung der Beitragszahler durch die Gesundheitsreform; Direktwahl und volles Stimmrecht für die Berliner Abgeordneten
	30	a) 213. b) 30. 5. 1990	Entwurf einer Verordnung zum Verbot von bestimmten die Ozonschicht abbauenden Halogenkohlenwasserstoffen; Bericht des BMU über die Ausgestaltung der Umweltunion durch ein Umweltraumgesetz der DDR; Bericht über den Stand der Verhandlungen zum Schengener Zusatzabkommen; Achter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung
	31	a) 223. b) 12. 9. 1990	Privatisierung von Bundesbeteiligungen im Zeitraum 1983 bis 1990
	32	a) 234. b) 31. 10. 1990	Neuregelung des Ausländerrechts
12. WP 1990–94	1	a) 11. b) 27. 2. 1991	Aufbau der Justiz in den neuen Bundesländern
	2	a) 17. b) 20. 3. 1991	Berufsbildungsbericht 1991; Erste Grundmietenverordnung; Betriebskostenumlageverordnung
	3	a) 20. b) 17. 4. 1991	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1991; Bericht zur Frage weiterer Maßnahmen der Frauenförderung in Beruf, Familie und anderen Bereichen
	4	a) 30. b) 12. 6. 1991	Zwischenbericht über den Mittelabfluß aus dem Programm „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“
	5	a) 40. b) 18. 9. 1991	Endgültige Annahme und Zeichnung eines Umweltschutzprotokolls zum Antarktisvertrag am 4. Oktober 1991 in Madrid
	6	a) 43. b) 25. 9. 1991	Regierungsabkommen mit der Sowjetunion über die Seeschifffahrt
	7	a) 46. b) 9. 10. 1991	Stand der Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 12. WP	8	a) 49. b) 16. 10. 1991	Bericht über die Lehrstellensituation (Ost); Zwischenbericht des Arbeitsstabes Berlin/Bonn; Nachtragshaushalt 1991
	9	a) 57. b) 14. 11. 1991	Dritte Verordnung zur Anpassung der Renten und über maßgebliche Rechengrößen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet; 3. Rentenanpassungsverordnung; Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1991
	10	a) 63. b) 4. 12. 1991	Aktivitäten der Bundesregierung zur Tropenwalderhaltung; Förderung der Einstellung und Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes
	11	a) 66. b) 11. 12. 1991	Bericht des Arbeitsstabes Berlin/Bonn; Zwischenbilanz zur Umsetzung des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost
	12	a) 72. b) 22. 1. 1992	Ausfuhrleistung gegenüber Staaten der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)
	13	a) 75. b) 12. 2. 1992	Gesetz zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen; Hilfen zur Entlastung von Altschulden der Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern; Anrufung des Bundesverfassungsgerichts durch die Bundesregierung wegen Nichtbefolgung der Weisung des BMU vom 29. Januar 1992 durch das Land Hessen
	14	a) 78. b) 19. 2. 1992	Stand der Bundeswehrplanung und Weiterentwicklung der Bundeswehr in den 90er Jahren
	15	a) 81. b) 11. 3. 1992	Änderung der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Genehmigungsverfahren); Bericht der Bundesregierung über die Verschärfung der Kontrolle des Exports von zivil und militärisch verwendbaren Gütern
	16	a) 84. b) 18. 3. 1992	Berufsbildungsbericht 1992; Gesamtkonzept zur Beratung beim Aufbau von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft in den Staaten Mittel- und Osteuropas und der GUS; Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Fördergesetzes
17	a) 88. b) 29. 4. 1992	Bericht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über Maßnahmen gegen den unerlaubten Umgang mit Kernbrennstoffen aus Staaten der GUS	
18	a) 94. b) 3. 6. 1992	Wirtschaftspolitische Perspektiven der deutschen Wiedervereinigung; Umsetzung des Berlin-Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 12. WP	19	a) 98. b) 24. 6. 1992	Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (Vertragsgesetz Suchtstoffübereinkommen 1988); Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (Ausführungsgesetz Suchtstoffübereinkommen 1988)
	20	a) 106. b) 23. 9. 1992	Maßnahmenkatalog zur Förderung des Osthandels von Unternehmen in den neuen Bundesländern
	21	a) 109. b) 7. 10. 1992	Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland; Änderungsgesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern
	22	a) 116. b) 4. 11. 1992	Arbeitsgruppen „Aufbauhilfe neue Bundesländer“; Gesetz zur Aufhebung der Tarife im Güterverkehr; Gesetz zur Vereinfachung der Planungsverfahren für Verkehrswege; Vertragsgesetz zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 12. Juni 1992 über Klimaänderungen
	23	a) 120. b) 12. 11. 1992	Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1992; Fünfter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung; Bericht der Bundesregierung zur Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Juni 1986 zu Gewalt gegen Frauen
	24	a) 127. b) 9. 12. 1992	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europäischen Binnenmarkt; Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres; Entwurf eines Vertragsgesetzes zum Übereinkommen über die Biologische Vielfalt
	25	a) 130. b) 13. 1. 1993	Überprüfungsverhandlungen des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut; Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung; Tankerunfall vor den Shetland-Inseln
	26	a) 133. b) 20. 1. 1993	Entwurf einer Dioxin-Verordnung; Zwischenbericht über die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen in den neuen Bundesländern

Hinweis

Im Abschnitt 13.2 sind – nach Wahlperioden gegliedert – alle Beschlüsse und Maßnahmen des Bundestages seit 1949 zusammengefaßt, die dem Bereich der Parlamentsreform zugeordnet werden können. Angegeben ist auch, ob eine bestimmte Reform nicht „angenommen“ und wieder rückgängig gemacht wurde.

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 12. WP	27	a) 136. b) 3. 2. 1993	Agrarbericht 1993; Bildungs- und Forschungspolitik; Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit; Änderung des Abwasserabgabengesetzes
	28	a) 139. b) 10. 2. 1993	Jahreswirtschaftsbericht 1993 der Bundesregierung; Stand der Deregulierung in Deutschland; Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, hier Jahresbilanz 1992; Zweites SED-Unrechts-Bereinigungsgesetz; Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes; Gesetz zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und Patentanwälte
	29	a) 148. b) 24. 3. 1993	Dritter Tropenwaldbericht; Änderung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen
	30	a) 151. b) 21. 4. 1993	Gesetz zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern; Beseitigung von Investitionshemmnissen durch Eigentumsansprüche in den neuen Bundesländern
	31	a) 154. b) 28. 4. 1993	Gesundheitsforschung 2000; Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung; Jahresabrüstungsbericht 1992
	32	a) 162. b) 16. 6. 1993	Errichtung eines Deutsch-Amerikanischen Akademischen Konzils; Bericht über die Aktionen und Ausschreitungen anlässlich der Zweiten/Dritten Lesung der Asylrechtsänderungen am 26. Mai 1993 im Deutschen Bundestag und daraus zu ziehende Konsequenzen
	33	a) 175. b) 22. 9. 1993	Stand der Verhandlungen in der Uruguay-Runde (GATT); Erster Bericht der Bundesregierung zur Lage der älteren Menschen in der Bundesrepublik Deutschland (Erster Altenbericht)
	34	a) 178. b) 29. 9. 1993	Förderung der Einstellung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes
	35	a) 181. b) 20. 10. 1993	Asien-Konzept der Bundesregierung; Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt
	36	a) 184. b) 27. 10. 1993	Zwischenbericht zu den Vorstellungen über die Strukturierung der Treuhandanstalt nach 1994; Gesetz zur Reform des Markenrechts und zur Umsetzung der Ersten Richtlinie 89/104/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (Markenrechtsreformgesetz)

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 12. WP	37	a) 188. b) 10. 11. 1993	Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU und FDP „Unterstützung der Reformprozesse in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas (einschließlich der baltischen Staaten) sowie in den neuen unabhängigen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion“; Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den mittel- und osteuropäischen Staaten in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur
	38	a) 198. b) 8. 12. 1993	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes; Entwurf eines Gesetzes zur abschließenden Erfüllung der verbliebenen Aufgaben der Treuhandanstalt; Berichte über einen Umzug von Parlament und Regierung im Zeitraum von 1998 bis 2000 sowie über den Sachstand der Gespräche über ein Berlin/Bonn-Gesetz
	39	a) 207. b) 2. 2. 1994	Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes; Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern; Agrarbericht 1994
	40	a) 212. b) 2. 3. 1994	Bericht über die Verhandlungen zur Erweiterung der europäischen Union; Finanzierungskonzept und Bauentscheid der Magnetschwebbahnverbindung Berlin–Hamburg
	41	a) 215. b) 9. 3. 1994	Jahresabrüstungsbericht 1993; Gesetz zu dem Abkommen vom 16. Dezember 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen
	42	a) 218. b) 13. 4. 1994	Berufsbildungsbericht 1994; Maßnahmevorschläge der von den Regierungschefs von Bund und Ländern eingesetzten Arbeitsgruppe „Berufliche Bildung“; Sachstandsbericht zum Thema Schweinepest
	43	a) 228. b) 19. 5. 1994	Weitere Privatisierung der Deutschen Lufthansa AG; Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 24./25. Juni 1994 über den Beitritt des Königreiches Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreiches Schweden zur Europäischen Union; Entwurf eines Gesetzes zu dem Seerechtsabkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982
	44	a) 232. b) 15. 6. 1994	Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland, Fünfter Familienbericht der Bundesregierung; Bericht der Bundesregierung zur Schiffssicherheit und Gefahrguttransporte auf See

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
13. WP 1994– ¹⁾	1	a) 11. b) 18. 1. 1995	Gesetz zu dem Protokoll Nr.11 vom 11. Mai 1994 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Ausbau und Vertiefung der deutsch-vietnamesischen Beziehungen
	2	a) 14. b) 25. 1. 1995	Nachversicherung von ausscheidenden Bundeswehrosoldaten in der Rentenversicherung; Tierschutzbericht 1995
	3	a) 17. b) 8. 2. 1995	Agrarbericht der Bundesregierung 1995; Bundeskriminalamtgesetz
	4	a) 20. b) 15. 2. 1995	Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1994
	5	a) 23. b) 8. 3. 1995	Bericht der Bundesregierung zum Bundesausbildungsförderungsgesetz, u. a. Meister-BAFöG; Mietenüberleitungsgesetz
	6	a) 26. b) 15. 3. 1995	Geändertes Konzept über die Nutzung von bundeseigenen Altbauten zur Unterbringung der Bundesregierung in Berlin
	7	a) 33. b) 26. 4. 1995	Berufsbildungsbericht 1995 – Maßnahmenkonzept zur Stärkung der beruflichen Bildung
	8	a) 37. b) 17. 5. 1995	Bericht über „Problemfelder und Lösungsansätze bei der Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach G 10/§§ 100a, 100b StPO/AWG in modernen Telekommunikationssystemen“; Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung
	9	a) 40. b) 31. 5. 1995	Wehrrechtsänderungsgesetz
	10	a) 43. b) 21. 6. 1995	Gesetz zur Regelung der Sicherheitsanforderungen an Produkte und zum Schutz der CE-Kennzeichnung
	11	a) 55. b) 21. 9. 1995	Aufstiegsfortbildungs-Förderungsgesetz; Verhandlungsziel der Bundesregierung auf der Konferenz zur Überprüfung des UN-Waffenübereinkommens
	12	a) 57. b) 27. 9. 1995	Bericht der Bundesregierung Aufbau Ost – Die zweite Hälfte des Weges: Stand und Perspektiven
	13	a) 60. b) 11. 10. 1995	Konzeption zur langfristigen Unterbringung von Bundesorganen und -behörden sowie nationaler und internationaler Organisationen in der Bundesstadt Bonn (Bonn-Konzept); Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland
	14	a) 73. b) 29. 11. 1995	Privatisierung von Flughäfen und Verkauf von Bundesanteilen; Verringerung von Beteiligungen des Bundes – Fortschreibung 1995

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 13. WP	15	a) 85. b) 7. 2. 1996	Bericht der Bundesregierung „Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“; Verringerung und Straffung von Bundesbehörden; Agrarbericht der Bundesregierung 1996
	16	a) 88. b) 28. 2. 1996	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts
	17	a) 91. b) 6. 3. 1996	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand; Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1995
	18	a) 97. b) 17. 4. 1996	Bericht über die Tschernobyl-Konferenz in Wien
	19	a) 106. b) 22. 5. 1996	Jahressteuergesetz 1997; Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz 1997
	20	a) 109. b) 12. 6. 1996	Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung; Bericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms für Investitionen und Arbeitsplätze und des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung; Einsetzung und Benennung der Mitglieder der Steuerreform- und Rentenreformkommission
	21	a) 112. b) 19. 6. 1996	Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (u. a. Gesetz zur Bekämpfung der Korruption, Gesetz zur Verbesserung der Geldwäschebekämpfung)
	22	a) 124. b) 25. 9. 1996	Aufbau Ost – Chancen und Risiken für Deutschland und Europa; Gesetz zum Schutz des Bodens
	23	a) 130. b) 16. 10. 1996	Bericht der Bundesregierung über die im Kalenderjahr 1993 erbrachten Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst sowie über die Entwicklung der Versorgungsausgaben in den nächsten 15 Jahren – Versorgungsbericht; Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes
	24	a) 134. b) 6. 11. 1996	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze; Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung; Entwurf einer Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen
25	a) 144. b) 4. 12. 1996	Aktuelle Fragen (u. a. Einkommensteuerreform, Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone, Filialkonzept der Deutschen Post AG, RAF-Aussteigerprogramm, richterliche Nebentätigkeiten, Lufthansa-privatisierung)	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Themen u. a.
noch: 13. WP	26	a) 147. b) 11. 12. 1996	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste; Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Unterhaltsrechts minderjähriger Kinder; weitere aktuelle Fragen (Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der UN-Organisation UNIDO)
	27	a) 156. b) 19. 2. 1997	Bericht der Bundesregierung über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes – Tierschutzbericht 1997; Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes – hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates; Zweite BSE-Schutzordnung; weitere aktuelle Fragen (Übergangsgeld bei Ausscheiden von Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretären)
	28	a) 162. b) 12. 3. 1997	Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten; Sechstes Gesetz zur Reform des Strafrechts; weitere aktuelle Fragen (Verlegung des Standortes der Deutschen Welle)
	29	a) 165. b) 19. 3. 1997	Steuerreformgesetz 1998; weitere aktuelle Fragen (Erfassung von Scientology-Unternehmen)
	30	a) 168. b) 16. 4. 1997	Bericht zur Reform der beruflichen Bildung und Berufsbildungsbericht 1997; weitere aktuelle Fragen (Kosten des Transrapid)
	31	a) 171. b) 23. 4. 1997	Steuerreformgesetz 1999; Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank
	32	a) 174. b) 14. 5. 1997	Bericht zur aktuellen Situation im Bereich der Drogenpolitik; weitere aktuelle Fragen (Mittelfristiges Förderkonzept der Bundesregierung für die neuen Bundesländer nach 1998)

★ Die Gesamtzahl der Plenarsitzungen mit einer **Kabinettsberichterstattung** oder einer **Befragung der Bundesregierung** zwischen der 7. und der 12. Wahlperiode (1972–1994) beträgt **87**, davon allein **44** in der 12. Wahlperiode.

Absetzung einer Regierungsbefragung

Eine zusätzlich für die 167. Sitzung am 30. Juni 1993 angesetzte Regierungsbefragung wurde abgesetzt, weil sich nur drei Mitglieder des Bundestages im Saale befanden: die Parlamentarischen Geschäftsführer(innen) *Ina Albowitz* (FDP), *Brigitte Baumeister* (CDU/CSU) und *Uwe Küster* (SPD).

Die Plenarsitzung vom 30. Juni 1993 (Beginn: 13.00 Uhr) nahm folgenden Verlauf:

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Meine Damen, ich eröffne die Sitzung.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat als Themen der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt: 1. ERP-Wirtschaftsplangesetz 1994, 2. Erfahrungsbericht des Bundesministeriums der Finanzen über die beschleunigte Grundstücksverwertung.

Bevor ich das Wort erteile, möchte ich fragen, vor wem die Bundesregierung denn sprechen soll. –

(*Brigitte Baumeister* [CDU/CSU]:

Das ist eine gute Frage,
Frau Präsidentin!)

Ich denke, daß wir für kurze Zeit unterbrechen müssen. –

(*Brigitte Baumeister* [CDU/CSU]:

Bitte, ja!)

Wir unterbrechen für fünf Minuten, gegebenenfalls lassen wir diesen Tagesordnungspunkt ausfallen.

Ich bitte die Bundesregierung um Verständnis, daß wir noch fünf Minuten warten, bevor ich entscheide, ob wir diesen Punkt ausfallen lassen.

(Unterbrechung von 13.01 Uhr bis
13.05 Uhr)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

(*Dr. Uwe Küster* [SPD]: Frau Präsidentin, ich beantrage namens meiner Fraktion, für den heutigen Tag die Regierungsbefragung abzusetzen!)

– Stimmen die beiden anderen Fraktionen zu? – Das ist der Fall. Ich bitte um Nachsicht. Ich sehe als einzige Konsequenz, die Regierungsbefragung abzusetzen und die Sitzung bis 13.35 Uhr zu unterbrechen.

(Unterbrechung von 13.06 Uhr bis
13.35 Uhr)

12.4 Oppositionelles Verhalten

„Ausgehend von der Grundthese, parlamentarische Opposition habe vor allem an die öffentliche Meinung zu appellieren und sie zu mobilisieren, werden ihre Funktionen in der Regel in drei Stichworten zusammengefaßt: Kontrolle, Kritik und Alternative. In differenzierterer Aufgliederung lassen sich acht Funktionen unterscheiden, die eine systematische parlamentarische Opposition zu erfüllen hat:

- Kontrolle der Regierung einschließlich des von ihr zu verantwortenden Verwaltungshandelns;
- Kritik der und Einflußnahme auf die Regierungspolitik (gegebenenfalls durch Aufzeigen von Alternativen);
- Erarbeitung von Alternativpositionen (Sachalternative);
- Selektion und Ausbildung qualifizierter Regierungsaspiranten (Personalalternative);
- stete Bereitschaft zur Regierungsübernahme;
- kritischer Mahner zur Wahrung von Freiheit und Minderheitenschutz, Recht und Ordnung (Opposition als ‚Hort und Hüter der Freiheit‘);
- Integration von Minderheitsgruppen in den politischen Prozeß und
- durch Mobilisierung der Öffentlichkeit als ‚Beweger der Politik‘ wirksam werden.“*)

*) *Winfried Steffani*, Opposition. In: Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Kurt Sontheimer* und *Hans H. Röhring*. München, Zürich 1977. S. 430. Vgl. ferner anstelle vieler *Hans-Peter Schneider*, Verfassungsrechtliche Bedeutung und politische Praxis der parlamentarischen Opposition. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1055–1086 sowie *Heinrich Oberreuter* (Hrsg.), Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich. Hamburg 1975.

Kooperative und kompetitive Oppositionsstrategie

Zur Charakterisierung oppositioneller Verhaltensweisen und Strategien wird häufig das von *Robert A. Dahl* entwickelte Begriffspaar „kooperative“ oder „kompetitive“ Opposition übernommen.*) Diesen beiden Oppositionsmustern entsprechen unterschiedliche Oppositionsstrategien, die sich folgendermaßen skizzieren lassen:**)

Kooperative Oppositionsstrategie zielt darauf ab,

- „1. zusätzliche Wählerstimmen in den Parlamentswahlen zu gewinnen, allerdings in dem Bewußtsein, dadurch nicht Mehrheit werden zu können;
2. sich den Eintritt in eine Koalition möglichst offenzuhalten bzw. auf ihn hinzuarbeiten;
3. gegebenenfalls durch die Mobilisierung großer Verbände, sozioökonomischer Gruppen, föderalistischer Institutionen u. ä. und in der Zusammenarbeit von Fall zu Fall (,Koalitionen auf Zeit), mit Gruppen aus der parlamentarischen Mehrheit zu versuchen, jedenfalls einige Wünsche und Programmziele im Bereich des Parlaments und der Regierung durchzusetzen. Dabei kann das taktische Vorgehen von kooperationsbefähigender vertraulicher Zuarbeit bis zum öffentlichen Erzwingen von Regierungsmaßnahmen sehr variieren;
4. die Oppositionsarbeit auf die konkreten Gesetzgebungstätigkeiten des Parlaments zu konzentrieren, wobei die oppositionelle Tätigkeit von der Erarbeitung eigener umfassender legislativer Konkurrenzprogramme bis zur Einflußnahme auf die Gesetzesinhalte in den vertraulichen Beratungen der Gesetzgebungsausschüsse des Parlaments reichen kann;
5. auf die kritisch-alternative Präsentation von umfassenden Gestaltungskonzepten und von ,Regierungsmannschaften in der Öffentlichkeit während der Legislaturperiode weitgehend zu verzichten, dagegen die konstruktive Mitwirkung der Opposition an den Regierungsgeschäften hervorzuheben. Grundsätzliche Konfliktlagen werden auf wenige Bereiche beschränkt. Frühe Positionsfestlegungen und Frontstellungen im Parlamentsplenum werden vermieden, kontroverse Angelegenheiten möglichst in die Ausschüsse gezogen. Zugleich werden Positionen der Regierungspolitik übernommen, wenn sie von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert worden sind.
6. Schließlich wird die Opposition vielfach darauf verzichten, das Regierungshandeln permanent kritisch zu veröffentlichen, Mängel und Folgen der Regierungspolitik aufzuzeigen und die Regierung durch die intensive Nutzung des parlamentarischen Kontrollinstrumentariums (Anfragen, Fragestunden, Plenardebatten, Aktuelle Stunden) zu öffentlicher Rechtfertigung zu zwingen.“

Dem gegenüber steht die **kompetitive Oppositionsstrategie**, die

- „1. darauf abzielt, für die Opposition in den nächsten Wahlen so viele Stimmen zu gewinnen, daß sie Parlamentsmehrheit wird und eine Regierung bilden kann;
2. das Parlament konsequent als öffentliche Tribüne zu nutzen versucht, um den eigenen Vorstellungen und der oppositionellen Regierungsmannschaft in Konkurrenz mit der Regierung einen möglichst hohen öffentlichen Bekanntheitsgrad zu sichern und für sie zu werben. Der Schwerpunkt aller parlamentarischen Oppositionsaktivitäten liegt demgemäß im Plenum, bevorzugte Instrumente sind Große Anfragen, Fragestunden, Aktuelle Stunden, Debatten zu Regierungserklärungen, öffentliche Anhörungen, parlamentarische Untersuchungen und eigene Anträge;
3. das Regierungshandeln ständig hinsichtlich seiner Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen für die Wählerschaft examiniert, die Schwächen und Mängel der Regierungspolitik also transparent macht. Vertrauliche Zusammenarbeit mit der Regierung und bindende Mitverantwortung für die Staatsführung werden von der Opposition nur in Fragen von fundamentaler politischer Bedeutung akzeptiert;
4. andere öffentliche und sozioökonomische Institutionen (Verbände, föderalistische Organe u. ä.) als Operationsbasen für die oppositionelle Selbstdarstellung zu gewinnen versucht.“

*) Vgl. *Robert A. Dahl*, *Patterns of Opposition*. In: ders. (Hrsg.), *Political Oppositions in Western Democracies*. New Haven, London 1967, S. 332 ff.

***) *Hans-Joachim Veen*, *Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969–1972*. Bonn 1976, S. 15 ff.

Oppositionelles Verhalten: Statistik

In den folgenden Tabellen ist zusammengestellt, in welchem Ausmaße die jeweilige Opposition die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien (Gesetzesinitiativen, Anfragen, Beteiligung an der Aussprache über die Regierungserklärungen, Mißbilligungsanträge usw.) in Anspruch genommen hat. Aus den jeweiligen Prozentzahlen läßt sich ermitteln, inwieweit in den einzelnen Wahlperioden eine mehr „kooperative“ oder eine mehr „kompetitive“ Oppositionsstrategie vorherrschend war.

Wahlperiode	Große Anfragen ¹⁾			Kleine Anfragen ¹⁾			Mündliche Anfragen ¹⁾		
	Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
1. WP 1949–53	160	61	38,1	355	209	58,9	392	•	68,8
2. WP 1953–57	97	51	52,6	377	146	38,7	1 069	•	58,2
3. WP 1957–61	49	42	87,7	411	263	64,0	1 536	•	75,7
4. WP 1961–65	35	24	68,6	308	135	43,8	4 786	•	56,7
5. WP ²⁾ 1965–69	11	4	36,4	142	61	43,0	10 733	•	•
	34	12	35,3	346	144	41,6			
6. WP 1969–72	31	25	80,6	569	471	82,8	11 073	•	64,5 ³⁾

Fußnoten für Seite 2759 sowie Seite 2760 (obere Hälfte):

¹⁾ Quellen vgl. bei Abschnitt 12.1

²⁾ Falls unterteilt, bedeutet

obere Hälfte: bis 1. Dezember 1966 (Opposition = SPD),

untere Hälfte: ab 1. Dezember 1966 (Opposition = FDP)

³⁾ Quelle: *Hans-Joachim Veen*, Opposition im Bundestag. Bonn 1976. S. 142; hierbei wird von 10 336 beantworteten (nicht: eingereichten!) Anfragen ausgegangen, davon 6 671 Anfragen von Oppositionsabgeordneten.

⁴⁾ Bei der Unterteilung bedeutet:

obere Hälfte: bis 1. Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU),

untere Hälfte: ab 1. Oktober 1982 (Opposition = SPD)

⁵⁾ davon eingereicht durch SPD 61, GRÜNE 87

⁶⁾ davon eingereicht durch SPD 145, GRÜNE 820

⁷⁾ davon beantwortet an Abgeordnete der SPD 12 936, GRÜNE 2 047 und Fraktionslose 80

⁸⁾ davon eingereicht durch SPD 57, GRÜNE 68

⁹⁾ davon eingereicht durch SPD 192, GRÜNE 1 206

¹⁰⁾ davon beantwortet an Abgeordnete der SPD 11 865, GRÜNE bzw. GRÜNE/BÜNDNIS 90 2 161, PDS 17 und Fraktionslose 157

¹¹⁾ davon eingereicht durch SPD 55, PDS/LL 16 und Bündnis 90/Die Grünen 13

¹²⁾ davon eingereicht durch SPD 371, PDS/LL 664 und Bündnis 90/Die Grünen 321

¹³⁾ davon eingereicht durch Abgeordnete der SPD 12 795, der PDS 263, von Bündnis 90/Die Grünen 489 und durch Fraktionslose 261

Wahl- periode	Große Anfragen ¹⁾			Kleine Anfragen ¹⁾			Mündliche Anfragen ¹⁾		
	Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
7. WP 1972–76	24	18	75,0	480	426	88,8	18 497	12 744	68,9
8. WP 1976–80	47	33	70,2	434	366	84,3	23 467	15 053	64,1
9. WP ⁴⁾ 1980–83	32	24	75,0	276	232	84,1	12 069	7 311	60,6
	0	–	–	21	21	100,0	2 315	1 481	64,0
10. WP 1983–87	175	148 ⁵⁾	84,6	1 006	965 ⁶⁾	95,9	22 864	15 063 ⁷⁾	65,9
11. WP 1987–90	145	125 ⁸⁾	86,2	1 419	1 398 ⁹⁾	98,5	20 251	14 200 ¹⁰⁾	70,1
12. WP 1990–94	98	84 ¹¹⁾	85,7	1 382	1 356 ¹²⁾	98,1	20 880	13 808 ¹³⁾	66,1

¹⁾, ⁵⁾, ⁶⁾ usw.: Fußnoten auf Seite 2759

Wahl- periode	Gesetzesinitiativen des Bundestages ¹⁾			Herbeirufung von Regierungsmitgliedern ²⁾			Mißbilligungs- u. Entlassungs- anträge gegen Reg.-Mitgl. ³⁾		
	Initiativen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Fälle insges.	davon eingereicht durch Opposition		Fälle insges.	davon eingereicht durch Opposition	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
1. WP 1949–53	292	91	31,2	5	5	100,0	8	8	100,0
2. WP 1953–57	414	•	•	7	6	85,7	2	2	100,0
3. WP 1957–61	207	108	52,2	3	3	100,0	0	–	–
4. WP 1961–65	245	73	29,8	3	3	100,0	1	1	100,0
5. WP ⁴⁾ 1965–69	227	•	•	2	2	100,0	3	3	100,0
				1	1	100,0	0	–	–

¹⁾, ²⁾, ³⁾ usw.: Fußnoten auf Seite 2761

Wahlperiode	Gesetzesinitiativen des Bundestages ¹⁾			Herbeiführung von Regierungsmitgliedern ²⁾			Mißbilligungs- u. Entlassungsanträge gegen Reg.-Mitgl. ³⁾		
	Initiativen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Fälle insges.	davon eingereicht durch Opposition		Fälle insges.	davon eingereicht durch Opposition	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
6. WP 1969–72	171	122	71,4	2	2	100,0	2	2	100,0
7. WP 1972–76	136	74	54,4	4	4	100,0	1	1	100,0
8. WP 1976–80	111	71	64,0	0	–	–	3	3	100,0
9. WP ⁵⁾ 1980–83	41	16	39,0	1	1	100,0	1	1	100,0
	17	11	64,7	0	–	–	0	–	–
10. WP 1983–87	183	125 ⁶⁾	68,3	10	10 ⁷⁾	100,0	11	11 ⁸⁾	100,0
11. WP 1987–90	227	137 ⁹⁾	60,4	14	14 ¹⁰⁾	100,0	3	3	100,0
12. WP 1990–94	297	147 ¹¹⁾	49,5	2	2 ¹²⁾	100,0	1	1	100,0

Fußnoten für Seite 2760 (untere Hälfte) und 2761:

1) Quellen:

1. Wahlperiode: *Wolfgang Kralewski und Karlheinz Neunreither*, Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag (1949–1953). Köln und Opladen 1963. S. 57. (Die Initiativen des Bundestages sind hier um 9 niedriger angegeben als in der Statistik im Abschnitt 11.5)

3. Wahlperiode: *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. S. 323 f.

4. Wahlperiode: *A. Pappenheim*, Die Gesetzesinitiativen der Opposition im Deutschen Bundestag 1961 bis 1965, unveröffentlichte Magisterarbeit Freiburg i. Br. 1971, zitiert bei *Hans-Joachim Veen* (vgl. 6. Wahlperiode), S. 49.

6. Wahlperiode: *Hans-Joachim Veen*, Opposition im Bundestag. Bonn 1976. S. 48.

ab 7. Wahlperiode: Deutscher Bundestag/Bundesrat, EDV-Informationssystem GESTA

2) Quelle: Abschnitt 6.17

3) Quelle: Abschnitt 6.16

4) Falls unterteilt, bedeutet

obere Hälfte: bis 1. Dezember 1966 (Opposition = SPD),

untere Hälfte: ab 1. Dezember 1966 (Opposition = FDP)

5) Bei der Unterteilung bedeutet:

obere Hälfte: bis 1. Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU),

untere Hälfte: ab 1. Oktober 1982 (Opposition = SPD)

6) davon eingebracht durch SPD 70, GRÜNE 55

7) davon beantragt von SPD 2, GRÜNE 8

8) davon beantragt von SPD 7, GRÜNE 4

9) davon eingebracht von SPD 66, GRÜNE bzw. GRÜNE/BÜNDNIS 90 71

10) davon beantragt von SPD 6, GRÜNE 7 und durch den fraktionslosen Abg. *Wüppesahl* ein Antrag (nicht hinreichend unterstützt)

11) davon eingebracht von SPD 72, Bündnis 90/Die Grünen 41 und PDS/LL 34

12) davon beide von SPD beantragt

Wahl- periode	Aktuelle Stunden ¹⁾			Untersuchungsausschüsse ²⁾			Bezweiflung der Beschlussfähigkeit ³⁾		
	Zahl insges.	davon beantragt durch Opposition		Zahl insges.	davon beantragt durch Opposition		Zahl insges.	davon beantragt durch Opposition	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
1. WP 1949–53	–	–	–	9	7	77,8	16	14	87,5
2. WP 1953–57	–	–	–	3	2	66,7	3	3	100,0
3. WP 1957–61	–	–	–	0	–	–	0	–	–
4. WP 1961–65	2	1 ⁴⁾	50,0 ⁴⁾	2	2	100,0	2	1	50,0
5. WP ⁵⁾ 1965–69	5	2	40,0	0	–	–	0	–	–
	12	7	58,3	2	1	50,0	2	1	50,0
6. WP 1969–72	8	8	100,0	1	1	100,0	0	–	–
7. WP 1972–76	20	18	90,0	2	2	100,0	2	1	50,0
8. WP 1976–80	9	9	100,0	1	1	100,0	0	–	–
9. WP ⁶⁾ 1980–83	6	4	66,7	1	1	100,0	0	–	–
	6	6	100,0	0	–	–	0	–	–
10. WP 1983–87	117	90 ⁷⁾	76,9	4	3	75,0	7	5	71,4
11. WP 1987–90	126	99 ⁸⁾	78,6	2	1	50,0	4	1	25,0
12. WP 1990–94	103	83 ⁹⁾	80,6	3	1	33,3	1	1	100,0

1), 2), 3) Quellen: Abschnitt 12.2, 9.8 bzw. 8.19

4) Zu der am 10. Februar 1965 erstmals durchgeführten Aktuellen Stunde enthält der Stenographische Bericht keine Angabe über die beantragende Fraktion.

5) Bei der Unterteilung bedeutet:
obere Hälfte: bis 1. Dezember 1966 (Opposition = SPD),
untere Hälfte: ab 1. Dezember 1966 (Opposition = FDP).

6) Bei der Unterteilung bedeutet:
obere Hälfte: bis 1. Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU),
untere Hälfte: ab 1. Oktober 1982 (Opposition = SPD).

7) davon beantragt von SPD 48, GRÜNE 42

8) davon beantragt von SPD 39, GRÜNE bzw. GRÜNE/BÜNDNIS 90 60

9) davon beantragt von SPD 51, PDS/LL 21, Bündnis 90/Die Grünen 11

Wahl- periode	Aussprache über die Regierungserklärungen ¹⁾				
	Zahl der Wortmeldungen			Wortmeldungen der Opposition	
	insgesamt	Abgeordnete insgesamt ²⁾	Abgeordnete der Opposition ²⁾	in % aller Wortmeldungen	in % der Wortmeldungen aller Abg.
1. WP 1949–53	38	36	20	52,6	55,6
2. WP 1953–57	15	13	3	20,0	23,1
3. WP 1957–61	22	15	10	45,5	66,7
4. WP 1961–65	10	10	3	30,0	30,0
5. WP ³⁾ 1965–69	48	37	15	31,3	40,5
	52	44	16	30,8	36,4
6. WP 1969–72	63	45	22	34,9	48,9
7. WP 1972–76	84	61	28	33,3	45,9
8. WP 1976–80	51	41	20	39,2	48,8
9. WP ⁴⁾ 1980–83	34	26	9	26,5	34,6
	48	37	16	33,3	43,2
10. WP 1983–87	56	47	28	50,0	59,6
11. WP 1987–90	54	46	26	48,2	56,5
12. WP 1990–94	73	58	32	43,8	55,2
13. WP 1994– ⁵⁾	90	77	50	55,6	64,9

1) Quelle: Abschnitt 6.11

2) einschließlich vereinzelter Wortmeldungen von Mitgliedern des Bundesrates

3) Bei der Unterteilung bedeutet:

obere Hälfte: bis 1. Dezember 1966 (Opposition = SPD),
untere Hälfte: ab 1. Dezember 1966 (Opposition = FDP).

4) Bei der Unterteilung bedeutet:

obere Hälfte: bis 1. Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU),
untere Hälfte: ab 1. Oktober 1982 (Opposition = SPD).

5) Stand: 31. August 1997

Erfolgreiche Gesetzesinitiativen der Opposition: Statistik

In einer breit angelegten Studie und mit großem Forschungsaufwand ist *Martin Sebaldt* u. a. der Frage nachgegangen, inwieweit es während der 1. bis 10. Wahlperiode des Bundestages der jeweiligen Opposition gelungen ist, Gesetze erfolgreich zu initiieren.¹⁾

Kurt Schumacher (SPD), der erste Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, war es, der in der Antwort auf die erste Regierungserklärung von *Konrad Adenauer* (CDU) in der Plenarsitzung vom 21. September 1949 es als Aufgabe der Minderheit bezeichnete, der Regierung ihren „positiven Gestaltungswillen“ aufzuzwingen.

Inwieweit und mit welchem Erfolg die Opposition diesem Ziel gefolgt ist, war bislang nur für einzelne Wahlperioden bekannt.²⁾ Lediglich über den Anteil der von den Oppositionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwürfe wurden Statistiken geführt, wobei sich zeigt, daß dieser Anteil zwischen 29,8% in der 4. Wahlperiode (1961–65; Opposition = SPD) und 71,4% in der 6. Wahlperiode (1969–72; Opposition = CDU/CSU) schwankt.³⁾

Welchen Gesetzgebungsverlauf die im Bundestag eingebrachten Entwürfe nahmen, wurde systematisch bislang nicht untersucht. Erst recht blieben die Gesetzesinitiativen ausgeblendet, die die im Bundestag in Opposition befindlichen Parteien im **Bundesrat** vorlegten.

Die Studie von *Martin Sebaldt* bietet nun für den Zeitraum von 1949 bis 1987 empirisch gesichertes Wissen über das oppositionelle Einflußpotential. Wie die aus mehreren Einzelstatistiken zusammengestellte Übersicht auf der folgenden Seite⁴⁾ zeigt, beträgt der Anteil der auf Oppositionsinitiativen im Bundestag und Bundesrat fußenden Gesetze im Durchschnitt der zehn Wahlperioden 7,8% oder – wenn man die Ratifikationsgesetze nicht einbezieht – sogar 10,7%. Der stärkste oppositionelle Einfluß ist in der 1. Wahlperiode (1949–53; Opposition = SPD neben einigen Splitterparteien) mit 11,2% und in der 6. Wahlperiode (1969–72; Opposition = CDU/CSU) mit 14,9% feststellbar. Überraschend – weil bislang so nicht bekannt – ist der in der 6. Wahlperiode über den Bundesrat einsetzende oppositionelle Einfluß.

Sebaldt kommt zu dem Fazit, „daß das Thematisierungspotential der Opposition nicht ernsthaft in Abrede gestellt werden kann. Ganz allgemein ist festzustellen, daß die Opposition der Bundesrepublik mit ihrer Thematisierungsarbeit große Erfolge erzielt hat.“⁵⁾ Die bekannte These von *Carlo Schmid*, die Opposition sei „anderer Bewegter der Politik“ habe „durchaus ihre Berechtigung“ und müsse „als bestätigt angesehen werden“.⁶⁾

In der anschließenden Tabelle werden die 179 Gesetze einzeln aufgeführt, die direkt auf oppositionelle Initiativen zurückgehen.

1) *Martin Sebaldt*, Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992; vgl. auch ders., Innovation durch Opposition: Das Beispiel des Deutschen Bundestages 1949–1987. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 23. 1992. H. 2. S. 238–265.

2) Vgl. die Untersuchungen zum oppositionellen Verhalten in einzelnen Wahlperioden im vorliegenden **Dat**-**tenhandbuch** auf Seite 2773–2775.

3) siehe Seite 2760–2761

4) Quelle: *Martin Sebaldt*, Die Thematisierungsfunktion ..., a.a.O. S. 156, 160, 163 und 185.

5) *Martin Sebaldt*, Innovation durch Opposition ..., a.a.O. S. 259.

6) A.a.O., S. 245.

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	1.–10. WP 1949–87
Zahl der verabschiedeten Gesetze davon auf Oppositionsinitiativen fußende Gesetze	545	507	424	427	453	335	516	354	139	320	4 020
– Anzahl	61	33	35	30	9	50	38	33	5	20	314
– in %	11,2	6,5	8,3	7,0	2,0	14,9	7,4	9,3	3,6	6,3	7,8
Zahl der verabschiedeten Gesetze ohne Ratifikationsgesetze davon auf Oppositionsinitiativen fußende Gesetze	482	351	281	296	329	247	366	237	88	243	2 920
– Anzahl	61	30	35	30	9	50	38	33	5	20	311
– in %	12,7	8,5	12,5	10,1	2,7	20,2	10,4	13,9	5,7	8,2	10,7
Von den auf Oppositionsinitiativen fußenden Gesetzen:											
– direkt erfolgreiche oppositionelle Gesetzentwürfe	36	22	20	17	8	30	19	19	4	4	179
– indirekt erfolgreiche oppositionelle Gesetzentwürfe ¹⁾	25	11	15	13	1	20	19	14	1	16	135
Von den direkt erfolgreichen oppositionellen Gesetzentwürfen wurden eingebracht:											
– im Bundestag	34	22	19	17	8	25	9	9	1	0	144
– im Bundesrat	2	0	1	0	0	5	10	10	3	4	35

1) Regierungsentwürfe, die oppositioneller Thematisierung entsprungen sind

Hinweis

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

Liste der direkt erfolgreichen Gesetzesinitiativen der Opposition*)

Lfd. Nr.	1. Wahlperiode (1949–53)
1	Gesetz zur Abänderung des Niedersächsischen Arbeitsschutzgesetzes für Jugendliche vom 21. 6. 1951
2	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung des Lohnstops vom 17. 2. 1950
3	Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen vom 11. 1. 1952
4	Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 14. 12. 1950
5	Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 27. 12. 1951
6	Gesetz zur Regelung der der Lohnzahlung an Feiertagen vom 2. 8. 1951
7	Gesetz über die Änderung von Bestimmungen in dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 9. 12. 1952
8	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 25. 8. 1953
9	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 20. 8. 1953
10	Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) vom 24. 1. 1952
11	Gesetz zur Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vom 22. 5. 1951
12	Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vom 22. 8. 1950
13	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) vom 19. 3. 1952
14	Gesetz über die Gewährung von Zuwendungen an Kriegsoffer und Angehörige von Kriegsgefangenen vom 12. 1. 1953
15	Gesetz über die Versorgung der Familienangehörigen von Kriegsgefangenen und Internierten vom 13. 6. 1950
16	Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener vom 30. 1. 1954

Lfd. Nr.	noch: 1. Wahlperiode (1949–53)
17	Gesetz über den nationalen Gedenktag vom 4. 8. 1953
18	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 7. 1. 1952
19	Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 19. 8. 1953
20	Gesetz zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes vom 23. 7. 1953
21	Gesetz zur Änderung des Kapitalverkehrsteuergesetzes vom 29. 7. 1953
22	Zweites Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 30. 7. 1952
23	Teesteuergesetz vom 30. 7. 1953
24	Kaffeesteuergesetz vom 30. 7. 1953
25	Gesetz zur Änderung des Reichsautobahngesetzes vom 4. 4. 1951
26	Gesetz zur Änderung der §§ 1274 ff der Reichsversicherungsordnung vom 13. 8. 1952
27	Gesetz zur Änderung des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes vom 4. 8. 1953
28	Gesetz über die freiwillige Höherversicherung in den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten vom 14. 3. 1951
29	Gesetz über die Umstellung von knappschaftlichen Renten auf das nach dem 31. 12. 1942 geltende Recht der knappschaftlichen Rentenversicherung vom 18. 7. 1953
30	Gesetz zur Änderung des Knappschaftsversicherungs-Anpassungsgesetzes vom 4. 8. 1953
31	Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 7. 3. 1953
32	Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 24. 7. 1953
33	Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform vom 14. 7. 1953

*) Quelle: *Martin Sebaldt*, Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.] 1992. S. 345–352.

Lfd. Nr.	noch: 1. Wahlperiode (1949–53)
34	Gesetz zur Ergänzung und Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. 1. 1952
35	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 25. 8. 1953
36	Gesetz über die Kaufmannseigenschaft von Handwerkern vom 31. 3. 1953
Lfd. Nr.	2. Wahlperiode (1953–57)
1	Gesetz zum Übereinkommen Nr.87 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. 7. 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 20. 12. 1956
2	Gesetz zu dem Übereinkommen Nr.98 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. 7. 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 23. 12. 1955
3	Gesetz zu dem Übereinkommen Nr.100 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. 6. 1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 6. 2. 1956
4	Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 26. 6. 1957
5	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 1. 12. 1954
6	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) vom 24. 12. 1955
7	Drittes Gesetz zur Änderung des Dritten Überleitungsgesetzes vom 11. 5. 1956
8	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestages vom 26. 6. 1957
9	Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen (Kindergeldgesetz) vom 13. 11. 1954
10	Fünftes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes vom 6. 6. 1956
11	Sechstes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes vom 1. 7. 1957

Lfd. Nr.	noch: 2. Wahlperiode (1953–57)
12	Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes vom 8. 12. 1956
13	Gesetz über die Gewährung von Zulagen zur Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (Unterhaltshilfenzulagen-Gesetz) vom 21. 2. 1956
14	Gesetz zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft vom 31. 3. 1956
15	Drittes Gesetz zur Änderung des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes vom 3. 10. 1955
16	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegsvorschriften gehemmten Fristen in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung vom 26. 7. 1955
17	Gesetz zur vorläufigen Neuregelung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung vom 27. 7. 1957
18	Gesetz über die Gewährung von Sonderzulagen in den gesetzlichen Rentenversicherungen vom 2. 12. 1955
19	Gesetz über die Änderung des Fremdenrenten- und Auslandsrentengesetzes vom 21. 1. 1956
20	Bundeswahlgesetz vom 7. 5. 1956
21	Gesetz zur Ergänzung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 19. 8. 1957
22	Gesetz zur Änderung des Geschäftsraummietengesetzes vom 26. 12. 1954
Lfd. Nr.	3. Wahlperiode (1957–61)
1	Viertes Änderungsgesetz zum AVAVG vom 25. 4. 1961
2	Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, anderer wohnungsbaurechtlicher Vorschriften und über die Rückerstattung von Baukostenzuschüssen vom 21. 7. 1961
3	Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesevakuierungsgesetzes vom 26. 9. 1961
4	Gesetz zur Ergänzung des Schiffsbankgesetzes vom 18. 8. 1961
5	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften und des Kapitalverkehrsteuergesetzes vom 9. 8. 1960

Lfd. Nr.	noch: 3. Wahlperiode (1957–61)
6	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 23. 12. 1959
7	Gesetz zur Änderung des Gaststättengesetzes vom 4. 8. 1961
8	Viertes Gesetz zur Änderung des Getreidegesetzes vom 27. 6. 1960
9	Elfte Gesetz zur Änderung des LAG vom 29. 7. 1959
10	Vierzehntes Gesetz zur Änderung des LAG vom 26. 6. 1961
11	Drittes Gesetz zur Änderung des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 25. 3. 1959
12	Zweites Gesetz zur vorläufigen Neuregelung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung vom 29. 12. 1960
13	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 27. 12. 1960
14	Elfte Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 16. 8. 1961
15	Gesetz zur Änderung des Beförderungsteuergesetzes vom 30. 6. 1958
16	Gesetz zur Änderung des Beförderungsteuergesetzes vom 30. 6. 1959
17	Gesetz zur Änderung des Beförderungsteuergesetzes vom 19. 6. 1961
18	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Tierschutzgesetzes vom 18. 8. 1961
19	Viertes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. 9. 1961
20	Drittes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesvertriebenengesetzes vom 29. 6. 1961

Lfd. Nr.	4. Wahlperiode (1961–65)
1	Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer (Bundesurlaubsgesetz) vom 8. 1. 1963
2	Zweites Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 16. 1. 1965
3	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Förderung des Wohnungsbaus für Umsiedler in den Aufnahmeländern und des Wohnungsbaus für Sowjetzonenflüchtlinge in Berlin vom 22. 8. 1962
4	Gesetz zur Änderung von Fristen des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 29. 7. 1963
5	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Wohnbeihilfen vom 23. 3. 1965

Lfd. Nr.	noch: 4. Wahlperiode (1961–65)
6	Gesetz zur Änderung des Wehrsoldgesetzes vom 3. 7. 1962
7	Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, des Warenzeichengesetzes und des Gebrauchsmustergesetzes vom 21. 7. 1965
8	Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Überbrückungszulage an Kriegsopfer für das Jahr 1962 vom 21. 12. 1962
9	Drittes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 13. 8. 1965
10	Sechzehntes Gesetz zur Änderung des LAG vom 23. 5. 1963
11	Gesetz zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der RVO vom 24. 8. 1965
12	Gesetz zur Änderung des Bundesbeamtengesetzes vom 30. 7. 1965
13	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes vom 13. 1. 1965
14	Erstes Gesetz zur Änderung des Reichsknappschaftsgesetzes vom 23. 5. 1963
15	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Spar-Prämiengesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1964) vom 16. 11. 1964
16	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 25. 3. 1964
17	Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 15. 9. 1965

Lfd. Nr.	5. Wahlperiode (1965–69)
1	Erstes Gesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Ausbildungsförderungsgesetz) vom 19. 9. 1969
2	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalamtes vom 19. 9. 1969
3	Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 26. 8. 1966
4	Gesetz über die Errichtung des Deutschen Agrarfonds für Absatzförderung vom 26. 6. 1969
5	Gesetz zur Änderung des Gasöl-Verwendungsgesetzes – Landwirtschaft vom 8. 9. 1969
6	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. 6. 1967

Lfd. Nr.	noch: 5. Wahlperiode (1965–69)
7	Gesetz zur Änderung des Reichsknappschäftsgesetzes und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 10. 8. 1966
8	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung gemäß § 4 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. 8. 1969

Lfd. Nr.	6. Wahlperiode (1969–72)
1	Erstes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 22. 12. 1969
2	Gesetz zur Änderung des Siebenten Bundesmietengesetzes vom 15. 7. 1971
3	Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohnungsgeldgesetzes vom 15. 7. 1971
4	Zweites Gesetz zur Änderung mietpreisrechtlicher Vorschriften in der kreisfreien Stadt München und im Landkreis München sowie in der Freien und Hansestadt Hamburg vom 30. 10. 1972
5	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Fahrlehrerwesen vom 22. 11. 1971
6	Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 10. 9. 1971
7	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen vom 7. 8. 1972
8	Fünftes Gesetz zur Änderung des Wehrsoldgesetzes vom 10. 3. 1970
9	Sechstes Gesetz zur Änderung des Wehrsoldgesetzes vom 13. 3. 1970
10	Gesetz zur Änderung des Spar-Prämiengesetzes vom 31. 7. 1972
11	Gesetz zur Förderung sozialer Hilfsdienste vom 17. 4. 1972
12	Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 27. 12. 1971
13	Gaststättengesetz vom 5. 5. 1970
14	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen vom 23. 12. 1971
15	Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 16. 8. 1972
16	Gesetz zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes vom 10. 11. 1972
17	Siebenundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Herabsetzung des Wahlalters] vom 31. 7. 1970

Lfd. Nr.	noch: 6. Wahlperiode (1969–72)
18	Gesetz zur Errichtung einer Stiftung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte in außergewöhnlichen Härtefällen vom 24. 8. 1972
19	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einführung von Vorschriften des LAG-Rechts im Saarland vom 9. 8. 1971
20	Gesetz zur Änderung des Weingesetzes vom 19. 7. 1972
21	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gebühren der Schlachtviehmärkte, Schlachthäuser und Fleischgroßmärkte vom 16. 2. 1970
22	Erstes Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 18. 3. 1971
23	Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 8. 9. 1971
24	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7. 8. 1972
25	Gesetz zur Änderung des Hochschulbauförderungsgesetzes vom 3. 9. 1970
26	Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen vom 2. 9. 1971
27	Gesetz zur Änderung und Ergänzung bewertungsrechtlicher Vorschriften und des Einkommensteuergesetzes vom 22. 7. 1970
28	Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 27. 8. 1971
29	12. Strafrechtsänderungsgesetz vom 16. 12. 1971
30	Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vom 28. 6. 1972

Lfd. Nr.	7. Wahlperiode (1972–76)
1	Gesetz über Allgemeine Geschäftsbedingungen vom 9. 12. 1976
2	Fünftes Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes vom 18. 12. 1973
3	Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 12. 12. 1973
4	Gesetz zur Änderung des BGB und anderer Gesetze vom 30. 5. 1973
5	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 20. 12. 1976
6	Gesetz zur Änderung des Bundes-Seuchengesetzes vom 2. 5. 1975

Lfd. Nr.	noch: 7. Wahlperiode (1972–76)
7	Gesetz zur Änderung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 11. 12. 1975
8	Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 25. 3. 1974
9	Sechstes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Häftlingshilfegesetzes vom 8. 3. 1974
10	Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zur Förderung sozialer Hilfsdienste vom 20. 12. 1974
11	Gesetz zur Änderung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 18. 12. 1975
12	Gesetz zur Änderung des Kündigungsschutzgesetzes vom 5. 7. 1976
13	27. Gesetz zur Änderung des LAG vom 13. 2. 1974
14	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 18. 10. 1974
15	Gesetz zur Entlastung der Landgerichte und zur Vereinfachung des gerichtlichen Protokolls vom 20. 12. 1974
16	Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 29. 7. 1976
17	Gesetz zur Erleichterung der Verwaltungsreform in den Ländern vom 10. 3. 1975
18	Gesetz zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes und der Verordnung über das Erbbaurecht vom 30. 7. 1973
19	Gesetz zur Änderung der Zivilprozeßordnung vom 21. 3. 1974

Lfd. Nr.	8. Wahlperiode (1976–80)
1	Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 17. 11. 1978
2	Drittes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 10. 5. 1980
3	Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Förderung des Baues von Erdgasleitungen vom 29. 1. 1980

Lfd. Nr.	noch: 8. Wahlperiode (1976–80)
4	Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Überleitung von Lasten und Dekkungsmitteln auf den Bund vom 8. 6. 1977
5	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über technische Arbeitsmittel vom 13. 8. 1979
6	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 13. 9. 1978
7	Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom 6. 3. 1980
8	Gesetz zur Änderung des Hypothekendarlehensgesetzes und des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 22. 5. 1980
9	Gesetz zur Änderung des Investitionszulassungsgesetzes vom 25. 6. 1980
10	Gesetz zur Änderung von örtlichen Zuständigkeiten der Landesversicherungsanstalten in Niedersachsen vom 19. 1. 1979
11	Gesetz über den Beruf des Logopäden vom 7. 5. 1980
12	Gesetz über die Verlängerung der Antragsfrist für die Abgabe des Antrags auf Durchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs vom 27. 9. 1978
13	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise und zur Regelung der Meldepflicht in Beherbergungsstätten vom 6. 11. 1978
14	Gesetz zur Änderung des Dritten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 5. 6. 1980
15	Gesetz zur Erhaltung und Modernisierung kulturhistorisch und städtebaulich wertvoller Stadtkerne vom 22. 12. 1977
16	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 14. 4. 1978
17	Gesetz zur Verbesserung der Besteuerung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Körperschaften vom 25. 6. 1980
18	Gesetz zur Änderung des Versammlungsgesetzes vom 25. 9. 1978
19	Viertes Gesetz zur Änderung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 10. 9. 1980

Hinweis

Die an die Bundesregierung gerichteten Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines bestimmten Gesetzentwurfs sind in Abschnitt 6.19 zusammengestellt.

Lfd. Nr.	9. Wahlperiode (1980–83)
1	Gründerwerbsteuergesetz vom 17. 12. 1982
2	Drittes Gesetz zur Änderung mietrechtlicher und mietpreisrechtlicher Vorschriften im Land Berlin vom 3. 8. 1982
3	Fünftes Gesetz zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes vom 25. 2. 1983
4	Zweites Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 8. 12. 1981

Lfd. Nr.	10. Wahlperiode (1983–87)
1	Gesetz zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes vom 14. 12. 1984
2	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 4. 10. 1985
3	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung von Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche aus Bundesmitteln vom 24. 5. 1984
4	Gesetz zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes vom 20. 1. 1984

„Schattenkabinette“

Zur Herausbildung eines Schattenkabinetts im Sinne „einer auf Regierungswechsel ausgerichteten, nach Ressorts gegliederten Führungsgruppe innerhalb der Oppositionsfraktion, wie es in Großbritannien seit etwa 1870 üblich ist“, kam es in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht.*) Seit 1960/61 haben mit Unterbrechungen die in Opposition befindlichen Bundestagsparteien – zuerst die SPD, später die CDU und CSU – zumindest „Wahlkampfmannschaften“ oder „Regierungsmannschaften“ vorgestellt, meist jedoch ohne eindeutige Zuweisung eines bestimmten Ressorts. Dabei handelte es sich um folgende „Regierungsmannschaften“:

Wahljahr	Künftige Regierungsmannschaft / Wahlkampfmannschaft der Opposition
1961	Auf dem SPD-Parteitag in Hannover stellt am 25. November 1960 der Parteivorsitzende <i>Erich Ollenhauer</i> elf Mitglieder einer möglichen SPD-Regierungsmannschaft vor: <i>Willy Brandt</i> (Bundeskanzler), <i>Max Brauer</i> , <i>Heinrich Deist</i> , <i>Fritz Erler</i> , <i>Wenzel Jaksch</i> , <i>Alex Möller</i> , <i>Willi Richter</i> , <i>Carlo Schmid</i> , <i>Fritz Steinhoff</i> , <i>Käte Strobel</i> , <i>Georg-August Zinn</i> .
1965	Auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe im November 1964 wird folgende SPD-Mannschaft vorgestellt, die im Falle eines Wahlsieges zur Regierungsübernahme bereitstehe: <i>Willy Brandt</i> (Bundeskanzler), <i>Fritz Erler</i> , <i>Gustav Heinemann</i> , <i>Waldemar von Knoeringen</i> , <i>Alex Möller</i> , <i>Ernst Schellenberg</i> , <i>Karl Schiller</i> , <i>Carlo Schmid</i> , <i>Helmut Schmidt</i> , <i>Käte Strobel</i> , <i>Herbert Wehner</i> .
1969	Als Folge der Großen Koalition kann es im Bundestagswahlkampf 1969 keine „Regierungsmannschaft der Opposition“ geben.

*) *Günter Schmieg*, Schattenkabinetts. In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von *Hans-Helmut Röhrling* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 442–443.

Hinweis

Inwieweit in den Regierungskoalitionen des Bundes die Vorsitzenden der daran beteiligten Parteien dem Bundeskabinetts angehört, ist innerhalb des Abschnittes 6.9 dokumentiert.

Wahljahr	Künftige Regierungsmannschaft / Wahlkampfmannschaft der Opposition
1972	<p>Im Bundestagswahlkampf 1972 stellt die CDU/CSU folgende „Kernmannschaft“ vor, nachdem auf die Aufstellung eines Schattenkabinetts verzichtet worden war:</p> <p><i>Rainer Barzel</i> (Bundeskanzler), <i>Franz Josef Strauß</i>, <i>Gerhard Schröder</i> und <i>Hans Katzer</i>.</p>
1976	<p>Auf mehreren Pressekonferenzen Ende August und Anfang September 1976 stellt der CDU-Parteivorsitzende <i>Helmut Kohl</i> die Regierungsmannschaft der CDU/CSU vor. Der CSU-Parteivorsitzende <i>Franz Josef Strauß</i> seinerseits erklärt u. a. in einer Fernsehsendung, er wolle in einer von <i>Helmut Kohl</i> geführten Regierung das Ressort des Finanzministers übernehmen.</p> <p>Der Regierungsmannschaft gehören demnach an:</p> <p><i>Franz Josef Strauß</i> (Vizekanzler und Finanzen), <i>Karl Carstens</i> (Auswärtiges), <i>Alfred Dregger</i> (Inneres), <i>Gerhard Stoltenberg</i> (Wirtschaft), <i>Hans Katzer</i> (Arbeit und Soziales), <i>Manfred Wörner</i> (Verteidigung), ferner <i>Rainer Barzel</i>, <i>Kurt Biedenkopf</i>, <i>Peter Lorenz</i>, <i>Hans Maier</i>, <i>Richard Stücklen</i>, <i>Richard von Weizsäcker</i>, <i>Helga Wex</i>, <i>Hanna-Renate Laurien</i> und <i>Dorothee Wilms</i>.</p>
1980	<p>Der Kanzlerkandidat der Union, <i>Franz Josef Strauß</i>, stellt auf einer Pressekonferenz in Bonn am 6. Juni 1980 die Wahlkampfmannschaft der CDU/CSU vor, aus deren Kreis im Falle eines Wahlsieges er die wichtigsten Kabinettsposten besetzen wolle. Diese „Kernmannschaft“ setzt sich folgendermaßen zusammen:</p> <p><i>Gerhard Stoltenberg</i> (Vizekanzler und Finanzen), <i>Rainer Barzel</i>, <i>Werner Dollinger</i>, <i>Alfred Dregger</i>, <i>Heiner Geißler</i>, <i>Walther Leisler Kiep</i>, <i>Hans Maier</i>, <i>Helga Wex</i>, <i>Manfred Wörner</i>, <i>Friedrich Zimmermann</i>.</p> <p>(<i>Helmut Kohl</i> soll Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bleiben.)</p>
1983	<p>Der SPD-Kanzlerkandidat <i>Hans-Jochen Vogel</i> stellt auf einer Pressekonferenz am 24. Januar 1983 in Bonn folgende Politiker vor, „die meiner Bundesregierung neben anderen Persönlichkeiten in verantwortlicher Funktion angehören werden“:</p> <p><i>Hans Apel</i>, <i>Egon Bahr</i>, <i>Horst Ehmke</i> und <i>Hans-Jürgen Wischniewski</i> (für die Bereiche der Friedens-, Außen-, Europa-, Deutschland-, Verteidigungs-, Rüstungskontroll-, und Nord-Süd-Politik); <i>Hans-Jürgen Krupp</i>, <i>Manfred Lahnstein</i> und <i>Heinz Westphal</i> (für die Bereiche der Finanz-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik); <i>Anke Fuchs</i> und <i>Eva Rühmkorf</i> (für Frauenfragen, insbesondere Gleichstellung der Frau, Jugend-, Familien-, Gesundheitspolitik und alle Fragen der Bildungspolitik); <i>Herta Däubler-Gmelin</i>, <i>Günther Metzger</i> und <i>Jürgen Schmude</i> (für Fragen aus dem Bereich des Innenministeriums, Rechtspolitik, Wohnungswesen und kommunale Themen); <i>Volker Hauff</i> und <i>Klaus Michael Meyer-Abich</i> (für Fragen des Umweltschutzes, Forschung und Technologie, Verkehrspolitik und Bundespost).</p>
1987	<p>Der SPD-Kanzlerkandidat <i>Johannes Rau</i> erklärt bei Vorstellung seines „Regierungsprogramms 1987–1990“ auf einer Pressekonferenz am 23. September 1986 in Bonn, er habe nicht die Absicht, eine Art „Schattenkabinett“ oder eine „Kernmannschaft“ für die Schwerpunktthemen des Wahlkampfes zusammenzustellen.</p>
1990	<p>Der SPD-Kanzlerkandidat <i>Oskar Lafontaine</i> spricht sich bei mehreren Gelegenheiten gegen die Aufstellung eines „Schattenkabinetts“ aus. Lediglich in der ARD-Fernsehsendung „Farbe bekennen“ am 12. November 1990 erklärt <i>Lafontaine</i>, bei einem Wahlsieg könne die SPD-Finanzexpertin <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> damit rechnen, Finanzministerin zu werden.</p>

Hinweis

Die Namen der Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat sind in einer Übersicht in Abschnitt 6.8 zusammengestellt.

Wahljahr	Künftige Regierungsmannschaft / Wahlkampfmannschaft der Opposition
1994	<p>Der SPD-Kanzlerkandidat <i>Rudolf Scharping</i> stellt auf einer Pressekonferenz am 29. August 1994 in Bonn sein „Regierungsteam“ vor. Er kündigt an, daß im Falle eines Wahlsieges im Oktober die künftige Bundesregierung gestrafft und ihre Aufgaben künftig von dreizehn Ressorts wahrgenommen würden.</p> <p>Im Bundeskanzleramt würden die Kompetenzen zusammengefaßt, die der inneren Einheit Deutschlands und seiner europäischen Integration dienen; diese Aufgaben würden von <i>Wolfgang Thierse</i> (Aufbau-Ost) und <i>Heidemarie Wieczorek-Zeul</i> (europäische Integration) wahrgenommen.</p> <p>Verantwortung für die dreizehn Ressorts würden übernehmen: <i>Oskar Lafontaine</i> (Finanzen); <i>Gerhard Schröder</i> (Wirtschaft, Verkehr, Energie); <i>Christine Bergmann</i> (Bildung, Frauen, Jugend); <i>Ilse Bräutigam</i> (Wohnungsbau); <i>Herta Däubler-Gmelin</i> (Justiz); <i>Rudolf Dreßler</i> (Arbeit); <i>Anke Fuchs</i> (Familie, Senioren); <i>Peter Glotz</i> (Wissenschaft, Forschung, Innovation); <i>Monika Griefahn</i> (Umwelt, Landwirtschaft); <i>Hans-Ulrich Klose</i> (Verteidigung); <i>Ulrich Maurer</i> (Innen); <i>Heidi Schüller</i> (Gesundheit); <i>Günter Verheugen</i> (Außen, Entwicklungszusammenarbeit).</p>

Untersuchungen zum oppositionellen Verhalten in einzelnen Wahlperioden

Detaillierte Untersuchungen über das oppositionelle Verhalten im Deutschen Bundestag liegen für die 1. und 6. Wahlperiode vor.)*

*) Außerdem ist in einer nicht veröffentlichten Magisterarbeit die 4. Wahlperiode untersucht worden: *Anne Pappenheim*, Die Gesetzesinitiativen der Opposition im Deutschen Bundestag 1961–1965. Ein Beitrag zur Oppositionsfunktion im parlamentarischen Regierungssystem. Universität Freiburg, Seminar für wissenschaftliche Politik (Prof. Dr. *Wilhelm Hennis*) 1971.

Über einen längeren Zeitraum hinweg – von 1949 bis 1966 – hat *Michael Hereth* Theorie und Praxis der parlamentarischen Opposition (begrenzt auf die SPD) analysiert: *Michael Hereth*, Die parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. München 1969.

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung

1. Wahlperiode (1949–53)

- Titel der Untersuchung:** *Wolfgang Kralewski und Karlheinz Neunreither*
Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag (1949–1953)
 Köln und Opladen 1963
- Untersuchte Merkmale (Auswahl):**
- (1) Anteil der Opposition an folgenden „Initiativen“:
 - Anträge, die einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf enthalten,
 - Anträge, die die Vorlage eines Gesetzes von der Bundesregierung fordern,
 - alle sonstigen Anträge, einschließlich Änderungsanträgen,
 - Große Anfragen,
 - Kleine Anfragen
 - (2) Verhalten der Opposition bei der Schlußabstimmung über Gesetze, insbesondere Aufteilung der von der SPD nicht gebilligten Gesetzesvorlagen nach Ressorts und Wichtigkeit
 - (3) Mitarbeit der Opposition bei folgenden Gesetzen:
 - Gesetz über den Bundesgrenzschutz und die Errichtung von Bundesgrenzschutzbehörden (BGBl. 1951 I S. 201),
 - Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (BGBl. 1953 I S. 377),
 - Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (BGBl. 1951 I S. 243)
- Zusammenfassung:** „Als Ergebnis ist festzuhalten, daß sich im Ersten Bundestag keine ‚anti-mehrheitliche gemeinsame Politik der parlamentarischen Minderheit findet. Die KPD stand in der Ecke, die restlichen kleineren Gruppen waren in sich gespalten und zeigten alle Verhaltensweisen von einer weitgehenden Kooperation mit der Regierungsmehrheit zur Vorbereitung einer eigenen Regierungsbeteiligung bis zur grundsätzlichen Opposition, um im Lande die Unzufriedenen zu sammeln, und die SPD versuchte, eigenständig eine konstruktive Oppositionspolitik zu formulieren, um so die erhoffte Übernahme der Regierungsgeschäfte vorzubereiten.“ (a.a.O., S. 101)

6. Wahlperiode (1969–72)

- Titel der Untersuchung:** *Hans-Joachim Veen*
Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969–1972.
 Bonn 1976.
- Untersuchte Merkmale:**
- (1) Die Gesetzentwürfe der CDU/CSU und ihre Erledigung
 - (2) Die Opposition im Parlamentsplenum:
 - Große Anfragen
 - Mündliche Anfragen (Fragestunden)
 - Kleine Anfragen
- Zusammenfassung:** „Die Frage nach den Bestimmungsgründen des Oppositionsverhaltens konnte zu einer insgesamt befriedigenden Antwort nicht führen. Die Motive ihres parlamentarischen Handelns waren vielfältig und nicht ohne Widersprüche; sie sind nur mit erheblichen Vorbehalten auf den gemeinsamen Nenner: gouvernementales Selbstgefühl und das Trauma politisch-parlamente-

tarischer Deklassierung zu bringen. Politikwissenschaftlich relevanter als weitere Spekulationen über Verhaltensmotive ist jedoch die Würdigung des Handelns der CDU/CSU-Opposition und der Regierungsmehrheit im Hinblick auf das politisch-parlamentarische Institutionengefüge der Bundesrepublik. In der Gesetzgebungsarbeit des Bundestages übernahm die CDU/CSU im Prinzip die traditionell und institutionell vorgeprägte Rolle einer „konstruktiven“ und kooperativen Opposition, die sie mit einem bisher ebenso unbekanntem wie wirkungslosen Leistungseinsatz spielte.

Die Regierungsfractionen akzeptierten die Fortführung der Gemeinsamkeit in der Gesetzgebungsarbeit jedoch nicht. In dem Maße, in dem sie sich in den Gesetzgebungsausschüssen konsequent als Sachwalter der Regierung begriffen, verloren die Ausschüsse ihre herkömmliche politische Eigenständigkeit. Dieser Verlust signalisiert eine wesentliche Wandlung der informellen Strukturen des Deutschen Bundestages im Gefolge der Bildung der SPD/F.D.P.-Koalition nach den Bundestagswahlen 1969. Die These, daß das Parlament als Gesetzgeber politisch eine Fiktion sei, ließ sich kaum jemals zuvor empirisch so deutlich festmachen wie in der VI. Legislaturperiode.

War in der Gesetzgebungsarbeit der Ausschüsse die Koalition der Motor einer dualistischen Neuprägung parlamentarischer Regierungsweise, so war es im Plenum die Opposition. Dort hat die CDU/CSU die Oppositionsrolle in einer bis 1969 kaum mehr gekannten Weise kompetitiv entfaltet.“ (a.a.O., S. 201–202)

Anmerkung: In dieser Veröffentlichung werden eine Reihe von Einzelergebnissen aus einer früheren Arbeit des Verfassers aufgenommen:

Hans-Joachim Veen, Die CDU/CSU-Opposition im parlamentarischen Entscheidungsprozeß. Zur Strategie und zum Einfluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Gesetzgebungsarbeit des 6. Deutschen Bundestages (1969–1972). München 1973.

12.5 Minderheitenrechte*)

Die Gewährung von Minderheitenrechten ist wesentlicher Bestandteil der Geschäftsordnung eines Parlaments. Die Minderheitenrechte wurzeln im verfassungsrechtlichen Status des Abgeordneten, in seiner durch Art. 38 Abs. 1 GG umschriebenen Stellung als freier, seinem Gewissen verpflichteter Repräsentant des Volkes. Zur Wahrnehmung dieser Rechtsstellung sind für den Bundestagsabgeordneten in der Geschäftsordnung (GO) und auch schon in der Verfassung oder in sonstigen gesetzlichen Vorschriften Rechte enthalten, die in der Regel eine gemeinsame Ausübung durch eine Min-

*) Quelle: *Hans-Josef Vonderbeck*, Die Minderheitenrechte im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 6. 1975. H. 2. S. 150–153 (überarbeitet).

Siehe auch: *Hans Troßmann*, Art. „Minderheitenrechte“. In: ders.: Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Bonn 1967. S. 175–179;

Hans Troßmann, Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages [Hauptband]. München 1977. S. 74–83;

Hans Troßmann und *Hans-Achim Roll*, Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages [Ergänzungsband]. München 1981. S. 14–19;

Hans-Josef Vonderbeck, Die Rechte eines Mitglieds des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 3. S. 311–356;

Hermann-Josef Schreiner, Geschäftsordnungsrechtliche Befugnisse des Abgeordneten. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 592–606.

destanzahl von Abgeordneten voraussetzen, die aber dann unabhängig vom Mehrheitswillen geltend gemacht werden können. Eine Grenze bei der Zulassung von Minderheitenrechten ist dort, wo es um die Beschlußfassung über einen Beratungsgegenstand geht; die Sachentscheidung unterliegt uneingeschränkt dem Mehrheitsprinzip (Art. 42 Abs. 2 GG).

Minderheitenrechte beziehen sich auf den Ablauf der parlamentarischen Beratung. Dies kann in der Weise geschehen, daß einem Verlangen oder einem Widerspruch zur Einhaltung eines bestimmten Verfahrens entsprochen werden muß, ohne daß ein Mehrheitsbeschluß des Parlaments das verhindern könnte.

Diese sogenannten absoluten Minderheitenrechte unterscheiden sich von solchen, die Antragsbefugnisse und damit den Anspruch auf eine Entscheidung des Hauses enthalten; dazu zählen das Recht jedes einzelnen Abgeordneten, Änderungsanträge zur zweiten Beratung eines Gesetzentwurfs zu stellen (§ 82 Abs. 1 GO), ferner das von Abgeordneten in Fraktionsmindeststärke wahrzunehmende Recht zur Einbringung von Gesetzentwürfen und sonstigen selbständigen Anträgen (§ 76 in Verbindung mit § 75 GO), von Änderungsanträgen zur dritten Beratung (§ 85 Abs. 1 GO) oder etwa eines Antrags auf Herbeirufung eines Mitglieds der Bundesregierung (Art. 43 Abs. 1 GG, § 42 GO).

Die Minderheitenrechte erfordern auch dann, wenn sie nur in der Geschäftsordnung geregelt sind, eine gewisse Bestandsgarantie. Das folgt bereits aus ihrer Grundlage im Abgeordnetenstatus. So ist anerkannt, daß der für die Geschäftsordnung zur Erhaltung einer notwendigen Beweglichkeit geltende Grundsatz, von einer Bestimmung im Einzelfall bei Fortgeltung der Vorschrift im übrigen abweichen zu können, wenn eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten es beschließt (§ 126 GO), nicht anwendbar ist, soweit Minderheitenrechte beeinträchtigt würden.

Die nachfolgende Übersicht beschränkt sich auf die im Bundestag geltenden **absoluten** Minderheitenrechte, die also auch entgegen dem Willen der Mehrheit durchsetzbar sind. Dabei werden die Regelungen der bis 1980 geltenden alten Fassung der Geschäftsordnung (GO BT a. F.) den Regelungen der am 1. Oktober 1980 in Kraft getretenen Neufassung der Geschäftsordnung (GO BT 1980) einschließlich späterer Änderungen mit den jeweiligen Fundstellen gegenübergestellt.

Ergänzend sei auf die Geschäftsordnungsregelungen hingewiesen, die die Wirkung von absoluten Minderheitenrechten haben können, ohne daß sie diesen zugezählt werden könnten. Das sind zunächst die Bestimmungen, die sich aus dem Grundsatz der Berücksichtigung der Opposition oder auch aller im Parlament vertretenen Parteien herleiten, beispielsweise die Verpflichtung des im Plenum amtierenden Präsidenten, bei der Reihenfolge der Redner auch den Gesichtspunkt von Rede und Gegenrede zu beachten (§ 28 Abs. 1 GO), oder das Gebot der Zusammensetzung von Parlamentsorganen nach den Stellenanteilen der Fraktionen (§ 12 GO). Die Wirkung von absoluten Minderheitenrechten haben ferner die sogenannten Sperrminoritäten. Eine Verfassungsänderung etwa, die nur von einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages zu beschließen ist (Art. 79 Abs. 2 GG), kann von einer Minderheit von einem Drittel und mindestens einem weiteren Abgeordneten verhindert werden.

Hinweis

Eine Übersicht über die Statusrechte des Abgeordneten, zu denen auch die Minderheitenrechte zählen, enthält Abschnitt 2.2.

Zum Ende der 11. Wahlperiode sowie zu Beginn der 12. und 13. Wahlperiode beschloß der Bundestag besondere Gruppenrechte, in denen zugleich verschiedene Minderheitenrechte enthalten sind. Die Einzelheiten sind unter Abschnitt 5.1 im vorliegenden *Datenhandbuch* nachzulesen.

Die im Bundestag geltenden absoluten Minderheitenrechte

Mindestanzahl	Minderheitenrecht	Rechtsgrundlage: Grundgesetz	
Ein Viertel der Mitglieder des Verteidigungsausschusses kann	– verlangen, daß der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß tätig wird.	Art. 45a Abs. 2 GG	
Ein Viertel der Abgeordneten kann	– im Rahmen der Zuständigkeit des Bundestages die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangen.	Art. 44 Abs. 1 GG, § 63 Abs. 1 GO	
Ein Drittel der Abgeordneten kann	– die Einberufung des Bundestages verlangen, jedoch weder Ort, Zeit noch Tagesordnung bestimmen.	Art. 39 Abs. 3 GG, § 25 Abs. 2 GO	
Mindestanzahl	Minderheitenrecht	Rechtsgrundlage: Wahlprüfungsgesetz	
100 Abgeordnete können	– verlangen, daß Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl eines Abgeordneten auch nach Ablauf der Einspruchsfrist eingelegt und damit ein Wahlprüfungsverfahren eingeleitet wird.	§ 14 WahlprüfG	
Mindestanzahl	Minderheitenrecht	Rechtsgrundlage: GO BT a. F. GO BT 1980	
Jeder Abgeordnete kann	<ul style="list-style-type: none"> – in einer Aussprache das Wort verlangen, sofern nicht eine Redezeitvereinbarung entgegensteht. – das Wort verlangen, um einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen bei einer Beschränkung der Begründung auf die Dauer von 5 Minuten. – das Wort als Antragsteller zu Beginn oder nach Schluß der Beratung, als Berichterstatter jederzeit bis zur Eröffnung der Abstimmung verlangen. – für eine Erklärung zur Aussprache nach deren Schluß, Unterbrechung oder Vertagung das Wort verlangen, das (GO BT 1980:) der Präsident zur direkten Erwidern vorrangig erteilen kann. – zur Fassung der Fragestellung das Wort zur Geschäftsordnung verlangen. – die Teilung der Frage verlangen, es sei denn, die Zulässigkeit der Teilung wird in Zweifel gezogen. – vor einer Abstimmung die Verlesung der zur Entscheidung anstehenden Frage verlangen, weil Zweifel aufkamen. – zu allen Abstimmungen, die eine Beratung abschließen, eine kurze mündliche oder schriftliche Erklärung abgeben. 	<ul style="list-style-type: none"> § 39 Abs. 1 § 34 Satz 2 und 3 § 33 Abs. 3 Satz 2 und 3 § 35 § 52 Satz 3 § 53 Satz 1 und 2 § 53 Satz 3 § 59 	<ul style="list-style-type: none"> § 35 Abs. 1 § 29 § 28 Abs. 2 Satz 2 und 3 § 30 Satz 2 und 4 § 46 Satz 3 § 47 Satz 1 und 2 § 47 Satz 3 § 31 Abs. 1

Mindestanzahl	Minderheitenrecht	Rechtsgrundlage:	
		GO BT a. F.	GO BT 1980
noch: Jeder Abgeordnete kann	<ul style="list-style-type: none"> – Mündliche und Schriftliche Fragen an die Bundesregierung einreichen. – eine Auskunft der Bundesregierung beanstanden. – im Anschluß an die Kurzinformation über die Kabinettsitzung Fragen an die Bundesregierung stellen. – während der „Befragung der Bundesregierung“ Fragen von aktuellem Interesse im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit, vorrangig zur vorangegangenen Kabinettsitzung, stellen. – verlangen, zu den Ausschußverhandlungen des Petitionsausschusses mit beratender Stimme zugezogen zu werden, wenn er eine Petition überreicht hat. 	§ 75 Abs. 5, § 111 § 116 Abs. 1 –1) – –	§ 105 – – Anlage 7 zur GO, Abs. 2 ²⁾ § 109
Fünf Abgeordnete können	<ul style="list-style-type: none"> – durch Widerspruch verhindern, daß Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, beraten werden. – die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifeln. – durch Widerspruch verhindern, daß drei Beratungen eines Gesetzentwurfes an einem Tag auf die Tagesordnung gesetzt werden. – einer Abstimmung über einen nicht verteilten oder nicht auf der Tagesordnung stehenden Antrag widersprechen, auch wenn sie der Beratung des Punktes außerhalb der Tagesordnung nicht widersprochen haben. 	§ 24 Abs. 3 § 49 Abs. 2 § 93 Abs. 2 § 99 Abs. 2	– ³⁾ – ³⁾ – – ³⁾
Zehn Abgeordnete können	<ul style="list-style-type: none"> – durch Widerspruch verhindern, daß bei der Beratung von Gesetzentwürfen Fristen verkürzt werden, soweit die Geschäftsordnung nicht ausdrücklich eine andere Regelung trifft. 	§ 93 Abs. 1	–
Abgeordnete in Fraktionsmindeststärke ⁴⁾ können	<ul style="list-style-type: none"> – die Einberufung des Ältestenrates verlangen. – als Antragsteller verlangen, daß ein selbständiger Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und beraten wird, in der bereits verwandte Gegenstände zur Beratung anstehen. 	– § 24 Abs. 4, § 97	§ 6 Abs. 1 Satz 3 ⁵⁾ –

1) Ältestenratsvereinbarungen vom 22. Februar 1973 und 17. Januar 1974; ab der 8. Wahlperiode nicht wieder erneuert.

2) eingefügt durch Beschluß des Bundestages vom 31. Oktober 1990

3) Mindestanzahl nunmehr eine Fraktion oder mindestens fünf Prozent der anwesenden Abgeordneten.

4) Eine Fraktion ist mit GO BT 1980 ausdrücklich einer antragsberechtigten Zahl Abgeordneter (fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages) gleichgestellt. Bis zur Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 entsprachen fünf Prozent 26 Abgeordnete, danach – bei 662 bzw. 663 bzw. 672 Mitgliedern des Bundestages – 34 Abgeordnete.

5) neugefaßt durch Beschluß des Bundestages vom 13. Dezember 1989

Mindestanzahl	Minderheitenrecht	Rechtsgrundlage:	
		GO BT a. F.	GO BT 1980
noch: Abgeordnete in Fraktionsmindeststärke können	– als Antragsteller verlangen, daß Vorlagen von Mitgliedern des Bundestages auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und beraten werden, wenn seit der Verteilung der Drucksache mindestens sechs (ab 1995: drei) Sitzungswochen vergangen sind.		§ 20 Abs. 4
	– die Eröffnung der Beratung verlangen, wenn ein Mitglied der Bundesregierung oder des Bundesrates das Wort außerhalb der Tagesordnung ergriffen hat.	§ 48 Abs. 3	§ 44 Abs. 3
	– namentliche Abstimmung verlangen, wenn sie geschäftsordnungsmäßig zulässig ist.	§ 57 Satz 1 und 2	§ 52 Satz 1
	– als Antragsteller von einem Ausschuß sechs Monate nach Überweisung einen Bericht über den Stand der Beratungen verlangen.	§ 60 Abs. 3	–
	– von einem Ausschuß zehn Sitzungswochen nach Überweisung einer Vorlage einen Bericht über den Stand der Beratungen verlangen.	–	§ 62 Abs. 2
	– eine Große Anfrage an die Bundesregierung richten.	§ 75 Abs. 3, § 105	§ 75, § 76 Abs. 1, § 100
	– Kleine Anfragen an die Bundesregierung einreichen.	§ 75 Abs. 4, § 110 Abs. 1 Satz 1	§ 75, § 76 Abs. 1, § 104
	– eine allgemeine Aussprache in der ersten Beratung von Gesetzentwürfen verlangen.	§ 78	§ 79
	– dsgl. in der zweiten Beratung.	§ 80 Abs. 1 Satz 2	§ 81 Abs. 1 Satz 2
	– dsgl. in der dritten Beratung.	§ 85 Satz 2	–
	– dsgl. in der dritten Beratung, wenn in der zweiten Beratung keine allgemeine Aussprache stattgefunden hat.	–	§ 84 Satz 2
	– verlangen, daß in der dritten Beratung eines Gesetzentwurfs die Abstimmung über einen Änderungsantrag, der nachträglich verteilt worden ist, vor der Schlußabstimmung wiederholt wird.	§ 87 Satz 1	–
	– die Aussetzung der Schlußabstimmung verlangen, wenn in der dritten Beratung Änderungsanträge angenommen worden sind.	§ 88 Satz 3	§ 86 Satz 3
	– als Antragsteller der Überweisung eines Entschließungsantrages an einen Ausschuß widersprechen.	–	§ 88 Abs. 2 Satz 1
	– verlangen, die Abstimmung über einen Entschließungsantrag auf den nächsten Sitzungstag zu verschieben.	–	§ 88 Abs. 2 Satz 2
	– die Beratung der Antwort der Bundesregierung bei Großen Anfragen verlangen.	§ 106 Satz 3	§ 101 Satz 3
	– die Beratung einer Großen Anfrage verlangen, wenn die Bundesregierung die Beantwortung innerhalb dreier Wochen oder überhaupt ablehnt.	§ 108 Satz 2	§ 102 Satz 2

Mindestanzahl	Minderheitenrecht	Rechtsgrundlage:	
		GO BT a. F.	GO BT 1980
noch: Jede Fraktion kann	<ul style="list-style-type: none"> – noch einmal ein Viertel ihrer Redezeit in Anspruch nehmen, falls während der Aussprache ein Mitglied der Bundesregierung, des Bundesrates oder einer ihrer Beauftragten zu dem Verhandlungsgegenstand das Wort erhält und die Redezeit der betreffenden Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt bereits ausgeschöpft ist. – ihre Mitglieder in den Ausschüssen und Enquete-Kommissionen benennen oder abberufen. – verlangen, in einem Unterausschuß oder einer Enquete-Kommission mindestens mit einem Mitglied vertreten zu sein. – beratende Stimme in allen Ausschüssen verlangen. 	<p style="text-align: center;">–</p> <p>§ 68 Abs. 2</p> <p style="text-align: center;">–</p> <p style="text-align: center;">–</p>	<p>§ 44 Abs. 2</p> <p>§ 57 Abs. 2, § 56 Abs. 2</p> <p>§ 55 Abs. 3, § 56 Abs. 3</p> <p>§ 69 Abs. 4</p>
Ein Viertel der Abgeordneten kann	– die Einsetzung einer Enquete-Kommission verlangen.	§ 74a Abs. 1	§ 56 Abs. 1
Die Oppositionsfraktion kann	– in einer „Aussprache mit Kurzbeiträgen“ von je 15 Minuten verlangen, daß ihr nach einer Wortergreifung seitens der Bundesregierung eine gleich lange Redezeit ohne Anrechnung auf die festgelegten Zeiten gewährt wird.	¹⁰⁾	
Mindestanzahl	Minderheitenrecht im Ausschubbereich	Rechtsgrundlage:	
		GO BT a. F.	GO BT 1980
Jeder Abgeordnete kann	<ul style="list-style-type: none"> – bei „Erweiterten öffentlichen Ausschubberatungen“ das Wort verlangen und Anträge zur Sache stellen. – in Ausschüssen, in denen er nicht Mitglied ist, Änderungsanträge zu überwiesenen Vorlagen an den federführenden Ausschub stellen und insoweit mit beratender Stimme an der Sitzung des Ausschusses teilnehmen. 	<p style="text-align: center;">–</p> <p style="text-align: center;">–</p>	<p>§ 69a Abs. 3 Satz 3¹¹⁾</p> <p>§ 71 Abs. 2</p>

¹⁰⁾ Vorläufige Ergänzung der GO vom 5. 10. 1978 und wiederholt verlängert, zuletzt am 22. 6. 1979 bis zum Ende der 8. Wahlperiode.

¹¹⁾ eingefügt durch Beschluß des Bundestages vom 21. September 1995

Hinweis

Im Abschnitt 13.2 sind – nach Wahlperioden gegliedert – alle Beschlüsse und Maßnahmen des Bundestages seit 1949 zusammengefaßt, die dem Bereich der Parlamentsreform zugeordnet werden können. Angegeben ist auch, ob eine bestimmte Reform nicht „angenommen“ und wieder rückgängig gemacht wurde.

Mindestanzahl	Minderheitenrecht im Ausschußbereich	Rechtsgrundlage:	
		GO BT a. F.	GO BT 1980
Ein Mitglied eines Ausschusses kann	– die Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Auszählen verlangen.	–	§ 67 Satz 2 und 3
Ein Viertel der Mitglieder eines Ausschusses kann	– eine öffentliche Anhörung durch den Ausschuß über einen zur Federführung überwiesenen Gegenstand verlangen. – hierzu die Auskunftspersonen benennen. – verlangen, daß eine Vorlage statt in einer „Erweiterten öffentlichen Ausschußberatung“ vom Bundestag in einer allgemeinen Aussprache beraten wird.	§ 73 Abs. 3 – –	§ 70 Abs. 1 § 70 Abs. 2 § 69a Abs. 5 Satz 1 ¹¹⁾
Ein Drittel der Mitglieder eines Ausschusses kann	– der Einsetzung von Unterausschüssen widersprechen. – der vorzeitigen Auflösung eines Unterausschusses widersprechen. – die Einberufung einer Ausschußsitzung zum nächstmöglichen Termin innerhalb des Zeitplans verlangen. ¹²⁾	– – –	§ 55 Abs. 1 Satz 1 § 55 Abs. 2 Satz 2 § 60 Abs. 2
Eine Fraktion im Ausschuß ¹³⁾ kann	– einer Erweiterung der Tagesordnung des Ausschusses widersprechen. – widersprechen, daß eine Vorlage im Ausschuß für erledigt erklärt wird.	– –	§ 61 Abs. 2 § 64 Abs. 2 Satz 3
Jede im Ausschuß vertretene Fraktion	– kann verlangen, in einem Unterausschuß mindestens mit einem Mitglied vertreten zu sein. – muß vor der Abstimmung auf Schluß der Debatte im Ausschuß Gelegenheit gehabt haben, zur Sache zu sprechen, und es mußten von der jeweiligen Fraktionsmeinung abweichende Meinungen vorgetragen werden können.	– –	§ 55 Abs. 3 Satz 1 § 71 Abs. 2

¹¹⁾ eingefügt durch Beschluß des Bundestages vom 21. September 1995

¹²⁾ Mindestanzahl: eine Fraktion im Ausschuß oder mindestens ein Drittel der Mitglieder des Ausschusses

¹³⁾ d. h. Obmann oder Sprecher der Fraktion im Ausschuß

Hinweis

Zur Kontrollfunktion und zu ihrer Wahrnehmung durch den Deutschen Bundestag ist im **Datenhandbuch** insbesondere das Kapitel 12 nachzuschlagen. Ferner kommen u. a. die folgenden Abschnitte in Betracht:

- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfragen des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 9.10 Untersuchungsausschüsse

12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik

Der Abschnitt*) umfaßt die folgenden Einzelthemen zum Komplex Parlamentskontrolle der Finanzpolitik:

- Änderungen des Bundestages am Gesamtvolumen des Haushaltsplans
- Haushaltsberatungen
- Finanzwirksame Gesetze
- Rechnungsprüfung und Entlastung der Bundesregierung

Änderungen des Bundestages am Gesamtvolumen des Haushaltsplans

Mit dem folgenden Unterabschnitt ist versucht worden, den Grad der Einflußnahme zu verdeutlichen, den der Bundestag seit 1949 auf den von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf ausgeübt hat. Zu diesem Zweck wurden – soweit dies aus den vorhandenen Unterlagen und Drucksachen möglich war – die vom Haushaltsausschuß vorgenommenen Aufstockungen und Kürzungen zusammengestellt und zwar sowohl als Summe als auch in Prozent des Haushaltsvolumens.**)

Wie sich dem umfangreichen Zahlenmaterial im wesentlichen entnehmen läßt, hat der Bundestag zwischen den Haushaltsjahren 1949/50 und 1997

- in 22 Fällen (überwiegend in den ersten 20 Jahren nach 1949) den von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf insgesamt aufgestockt, wobei die Prozentzahlen zwischen 25,03% (1950) und (in zwei Fällen) 0,00% schwanken, d. h. der Saldo der Änderungen war so gering, daß sich der prozentuale Anteil am Gesamtvolumen selbst in der zweiten Stelle hinter dem Komma noch nicht bemerkbar macht;
- in 21 Fällen (überwiegend nach 1970) den Haushaltsentwurf insgesamt gekürzt, wobei die Prozentzahlen meistens unter 1,00% bleiben (Ausnahme: die Haushaltsjahre 1958, 1976 und 1995);
- in 4 Fällen (Haushaltsjahre 1964, 1965, 1968 und 1971) den Haushaltsentwurf nicht verändert.

Bei diesen Zahlen ist u. a. zweierlei zu beachten:

- Vor allem bei den Kürzungen des Haushaltsvolumens sind sowohl Regierung als auch Parlament daran gebunden, daß der überwiegende Teil der Ausgaben gesetzlich festgelegt ist und Minder Ausgaben sich nur durch entsprechende Gesetzesänderungen erreichen ließen.
- Auch wenn die Summe der Aufstockungen und Kürzungen prozentual gering erscheint, so verstecken sich – darauf weist *Roland Sturm* hin – hinter den aggregierten Veränderungsdaten „beträchtliche Verschiebungen im einzelnen“.***) Dies geht vor allem aus den Verschiebungen bei den Einzelplänen hervor, die aus Platzgründen nicht in das *Datenhandbuch* aufgenommen

Fortsetzung auf Seite 2786

*) Vgl. anstelle vieler *Peter Eickenboom*, Haushaltsausschuß und Haushaltsverfahren. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1183–1220.

**) In ähnlicher Form, allerdings beschränkt auf die Haushaltsjahre 1977 bis 1984 ist dies schon von *Roland Sturm* vorgenommen worden; vgl. u. a. *Roland Sturm*, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Haushaltspolitik. Zum Selbstverständnis des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26. 1985. H. 3. S. 247–269. Vgl. zuvor schon für die Haushaltsjahre 1962 bis 1965 *Alexander von Brünneck*, Die Budgetkontrolle des Bundestages. Ein Beitrag zum praktischen Wirken der Demokratie. In: Gegenwartskunde, Jg. 15. 1966. H. 4. S. 313–325.

***) *Sturm*, a.a.O. S. 263.

Haushalts- jahr	Haushalts- volumen (Regierungs- entwurf) in Mio DM	Änderungen durch den Haushaltsausschuß des Bundestages						
		Summe der Aufstockungen		Summe der Kürzungen		Summe der Änderungen (Saldo)		Ansatz (Ergebnis Haushaltsausschuß)
		in Mio DM	in %	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %	in Mio DM
1949	•	•	•	•	•	•	•	•
1950	13 013,6	•	•	•	•	+ 3 257,0	+ 25,03	16 270,6
1951	14 963,1	•	•	•	•	+ 397,3	+ 2,66	15 360,4
1952	1) 1952	•	•	•	•	1) 1952	1) 1952	1) 1952
1953	26 455,1	•	•	•	•	+ 1 325,6	+ 5,01	27 780,6
1954	27 113,7	•	•	•	•	+ 60,1	+ 0,22	27 173,8
1955	27 783,7	•	•	•	•	+ 2 812,1	+ 10,12	30 595,8
1956	32 576,5	•	•	•	•	+ 2 446,0	+ 7,51	35 022,5
1957	34 353,4	•	•	•	•	+ 2 959,3	+ 8,61	37 312,7
1958	39 238,5	•	•	•	•	- 564,7	- 1,44	38 673,7
1959	39 121,8	•	•	•	•	+ 664,1	+ 1,70	39 785,9
1960	41 893,0	•	•	•	•	+ 44,5	+ 0,11	41 937,6
1961	44 862,1	•	•	•	•	+ 3 287,2	+ 7,33	48 149,3
1962	53 540,1	•	•	•	•	- 135,8	- 0,25	53 404,4
1963	56 814,2	•	•	•	•	+ 921,9	+ 1,62	57 736,1
1964	60 345,9	•	•	•	•	0,0	± 0,00	60 345,9
1965	63 948,9	•	•	•	•	0,0	± 0,00	63 948,9
1966	69 153,8	•	•	•	•	- 247,7	- 0,36	68 906,1
1967	73 919,0	•	•	•	•	+ 3 095,4	+ 4,19	77 014,4
1968	80 656,8	•	•	•	•	0,0	± 0,00	80 656,8
1969	82 406,5	•	•	•	•	+ 939,5	+ 1,14	83 346,0
1970	91 432,8	1 775,5	1,94	2 262,6	2,47	- 487,1	- 0,53	90 945,7
1971	100 144,6	727,2	0,00	727,2	0,00	0,0	± 0,00	100 144,6
1972	106 570,0	3 068,6	2,88	357,1	0,34	+ 2 711,5	+ 2,54	109 281,5
1973	120 390,0	294,0	0,24	447,8	0,37	- 153,8	- 0,13	120 236,2
1974	134 400,0	7 642,4	5,68	5 650,7	4,20	+ 1 991,7	+ 1,48	136 391,7
1975	153 950,0	846,4	0,55	845,6	0,55	+ 0,8	+ 0,00	153 950,8
1976	168 089,0	494,4	0,29	4 536,8	2,78	- 4 042,4	- 2,40	164 046,6

1977	171 797,0	1 143,8	0,67	1 935,2	1,13	- 791,4	- 0,46	171 005,7
1978	188 635,0	663,1	0,35	657,1	0,35	+ 6,0	+ 0,00	188 641,0
1979	204 600,0	944,4	0,46	1 102,5	0,54	- 158,1	- 0,08	204 441,9
1980	215 300,0	4 111,6	1,91	4 931,6	2,29	- 820,0	- 0,38	214 480,0
1981	224 600,0	8 313,5	3,70	1 758,5	0,78	+ 6 555,0	+ 2,92	231 155,0
1982	240 768,5	6 748,6	2,80	7 007,1	2,91	- 258,5	- 0,11	240 510,0
1983	253 840,0	2 447,0	0,96	3 082,0	1,21	- 635,0	- 0,25	253 205,0
1984	257 750,0	4 546,3	1,76	5 153,3	2,00	- 607,0	- 0,24	257 143,0
1985	260 226,0	2 313,4	0,89	3 199,4	1,22	- 886,0	- 0,34	259 340,0
1986	263 930,0	2 665,8	1,01	3 115,8	1,18	- 450,0	- 0,17	263 480,0
1987	271 000,0	2 218,3	0,82	4 673,3	1,72	- 2 455,0	- 0,91	268 545,0
1988	275 040,0	2 651,1	0,96	2 591,1	0,94	+ 60,0	+ 0,02	275 100,0
1989	288 150,0	4 414,7	1,53	2 309,7	0,80	+ 2 105,0	+ 0,73	290 255,0
1990	301 350,0	2 150,4	0,71	3 365,4	1,12	- 1 215,0	- 0,40	300 135,0
1991	399 700,0	16 279,9	4,07	5 647,9	1,41	+ 10 632,0	+ 2,66	410 332,0
1992	422 560,0	10 402,2	2,46	10 862,2	2,57	- 460,0	- 0,11	422 100,0
1993	435 650,0	10 539,0	2,42	10 589,0	2,43	- 50,0	- 0,01	435 600,0
1994	478 400,0	12 349,3	2,60	10 799,3	2,30	+ 1 550,0	+ 0,30	479 950,0
1995	484 100,0	5 868,2	1,20	12 568,2	2,60	- 6 700,0	- 1,40	477 400,0
1996	452 000,0	10 006,6	2,20	10 706,6	2,40	- 700,0	- 0,20	451 300,0
1997	440 200,0	8 565,7	1,94	8 865,7	2,01	- 300,0	- 0,07	439 000,0

★ Die Summe aller **Änderungen**, die der **Haushaltsausschuß** des Bundestages an den Regierungsentwürfen seit 1949 bis zum Haushaltsjahr 1997 vorgenommen hat, beträgt (in Millionen DM) + 31 734,5 oder anders ausgedrückt: **knapp 32 Milliarden Mark Mehrausgaben.**

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.13.

Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.14, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt und dokumentiert wurden.

werden konnten. Nur ein Beispiel: Während dem Haushaltsentwurf für 1984 die Summe der Aufstockungen durch den Haushaltsausschuß bei nur 1,76% des Gesamtvolumens lag, erhöhte sich der Ansatz beim Einzelplan 09 (Wirtschaft) um 19,98%.

Haushaltsberatungen*)

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes, insbesondere des Haushaltsplanes, nimmt unter den Beratungsgegenständen des Bundestages einen vorrangigen Platz ein, nicht zuletzt deshalb, weil das Parlament die Beratung des Haushalts zum Anlaß nimmt, über die Politik der Regierung ausführlich zu diskutieren. Der Schwerpunkt der Haushaltsberatungen ist die zweite Lesung, in der jeder Einzelplan und anschließend daran das Haushaltsgesetz zur Beratung und Abstimmung aufgerufen wird.

Der Bundestag hat von 1949 bis 1997 (ohne Nachtrags- und Ergänzungshaushalte) 49 Haushaltsentwürfe beraten, davon einen Entwurf (1972) praktisch zweimal. Der zeitliche Ablauf der einzelnen Haushaltsberatungen ab 1983 ist aus der tabellarischen Übersicht auf den folgenden Seiten zu ersehen.

Zusammenfassend ist zu sagen:

- Der Haushaltsentwurf ist dem Bundestag gem. § 30 BHO vor Beginn des Haushaltsjahres, seit 1971 spätestens in der ersten Sitzungswoche des Bundestages nach dem 1. September vorzulegen und gem. Art. 110 Abs. 2 GG vor Beginn des Rechnungsjahres zu verabschieden.
- 29 der insgesamt 49 Haushaltsentwürfe hat die Bundesregierung termingerecht oder mit nur kurzer Terminüberschreitung (4 und 11 Tage) vorgelegt, 20 Entwürfe wurden verspätet vorgelegt. Hierbei ist zu erwähnen, daß z. B. den Haushaltsjahren 1958, 1962, 1966, 1970, 1973, 1977, 1991 und 1995 Wahljahre vorausgingen; beim Haushaltsplan 1991 war die Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 verständliche Ursache dafür, daß der Haushaltsentwurf nicht fristgerecht eingebracht werden konnte.
- Fristgerecht verabschiedet und verkündet wurden bisher nur die Haushaltsgesetze von 1980 sowie diejenigen seit 1983, von 1991 und 1995 abgesehen (1983 trotz des Regierungswechsels vom 1. Oktober 1982!). Einer zeitgerechten Verabschiedung und Verkündung am nächsten kamen die Haushaltsgesetze 1978, 1979 und 1982. Die verspätete Verabschiedung lag zum einen daran, daß in 20 von 49 Haushaltsjahren, insbesondere, wie bereits erwähnt, in Wahljahren, der Haushaltsentwurf nicht rechtzeitig beim Bundestag eingebracht wurde. Zum anderen erwies sich die nach § 30 BHO für die Haushaltsberatungen insgesamt zur Verfügung stehende Zeit als nicht ausreichend.
- Redezeitvereinbarungen gab es bei der Beratung der Haushaltsentwürfe 1950 bis 1953, 1966 und regelmäßig seit 1977.
- Fragestunden finden während der Haushaltsberatungen seit dem Jahre 1977 in der Regel nicht mehr statt (Ausnahmen in letzter Zeit: Haushaltsentwürfe 1982 und 1983), desgleichen Aktuelle Stunden.

*) Auszug aus: *Annemarie Rüttger*, Der zeitliche Ablauf der Haushaltsberatungen 1949–1982. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 165–192; bis 1993 Fortschreibung durch die Verfasserin, danach durch die *Datenhandbuch*-Redaktion.

Hinweis

Einzelheiten zum Einzelplan 02 (Deutscher Bundestag) des Bundeshaushalts enthält Kapitel 20.

Haushalt	1949	1950 ⁶⁾	1951 ⁸⁾
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf	[5. 1. 1949] ⁴⁾	5. 1. 1950	5. 1. 1951
Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	22. 11. 1949	31. 10. 1950	4. 7. 1951
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	19./ 2. 12. 1949 19./ 2. 12. 1949	99./ 9. 11. 1950 100./10. 11. 1950	– 157./ 6. 7. 1951 ⁹⁾
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	49./22. 3. 1950 50./23. 3. 1950 51./24. 3. 1950	119./21. 2. 1951 120./22. 2. 1951 122./ 1. 3. 1951 126./14. 3. 1951 129./ 4. 4. 1951 130./ 5. 4. 1951 131./ 6. 4. 1951 133./11. 4. 1951 134./12. 4. 1951 135./18. 4. 1951 136./19. 4. 1951 137./20. 4. 1951 139./26. 4. 1951 145./31. 5. 1951 146./ 1. 6. 1951	165./27. 9. 1951 166./10. 10. 1951 167./11. 10. 1951 168./16. 10. 1951 171./25. 10. 1951
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	54./29. 3. 1950 55./30. 3. 1950	151./13. 6. 1951	171./25. 10. 1951
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾	7. 6. 1950	29. 6. 1951	7. 12. 1951
Beginn des Rechnungsjahres	1. 4. 1949	1. 4. 1950	1. 4. 1951
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	– ⁴⁾	nein	nein
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	nein ⁴⁾	nein	nein
Dauer der Beratungen: ³⁾ 1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung Zeitraum für 2. und 3. Beratung	1 Tag 3 Tage 2 Tage 2 Wochen	1 Tag 15 Tage ⁷⁾ 1 Tag 9 Wochen	– ⁹⁾ } 5 Tage 4 Wochen
Vereinbarungen über Redezeiten	nein	ja	ja, in 2. Ber.
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	– ⁵⁾	– ⁵⁾	– ⁵⁾
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	nein	nein ⁷⁾	ja, in 2. Ber.
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja	ja ⁷⁾	ja, bei 2. Ber.

Haushalt	1952 ¹⁰⁾	1953	1954
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf	5. 1. 1952	5. 1. 1953	5. 1. 1954
Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	24. 3. 1952	16. 1. 1953	23. 12. 1953
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	203./ 2. 4. 1952 203./ 2. 4. 1952	247./28. 1. 1953 248./29. 1. 1953	11./22. 1. 1954 12./ 4. 2. 1954 13./ 5. 2. 1954
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	216./29. 5. 1952	275./24. 6. 1953 276./25. 6. 1953 277./26. 6. 1953	23./ 7. 4. 1954 24./ 8. 4. 1954 25./ 9. 4. 1954 27./30. 4. 1954
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	216./29. 5. 1952	278./ 1. 7. 1953	28./ 6. 4. 1954
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾	25. 6. 1952	24. 7. 1953	26. 5. 1954
Beginn des Rechnungsjahres	1. 4. 1952	1. 4. 1953	1. 4. 1954
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	nein	ja ¹³⁾	ja
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	nein	nein	nein
Dauer der Beratungen: ³⁾			
1. Beratung (Aussprache)	1 Tag ¹¹⁾	1 Tag	2 Tage
2. Beratung	} 1 Tag ¹²⁾	3 Tage	4 Tage
3. Beratung		1 Tag	1 Tag
Zeitraum für 2. und 3. Beratung	1 Tag	2 Wochen	3 Wochen
Vereinbarungen über Redezeiten	ja, in 3. Ber.	ja, in 1. Ber.	nein
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	ja, 203. Sitz.	ja, 247., 275. und 276. Sitz.	nein
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	nein	ja	ja, in 1. Ber.
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja	ja	nein

1955	1956	1957	1958
5. 1. 1955 3. 12. 1954	5. 1. 1956 2. 12. 1955	5. 1. 1957 1. 12. 1956	5. 1. 1958 11. 4. 1958
58./ 8. 12. 1954 59./ 9. 12. 1954 86./14. 6. 1955 87./15. 6. 1955 88./16. 6. 1955 89./21. 6. 1955 90./22. 6. 1955 91./23. 6. 1955	117./ 8. 12. 1955 118./ 9. 12. 1955 150./20. 6. 1956 151./21. 6. 1956 152./22. 6. 1956 155./28. 6. 1956	178./ 7. 12. 1956 179./12. 12. 1956 207./ 8. 5. 1957 208./ 9. 5. 1957 210./22. 5. 1957 211./23. 5. 1957 212./24. 5. 1957 213./29. 5. 1957	22./16. 4. 1958 22./16. 4. 1958 28./ 8. 5. 1958 34./25. 6. 1958 35./26. 6. 1958 36./27. 6. 1958 37./ 1. 7. 1958 38./ 2. 7. 1958 39./ 3. 7. 1958 40./ 4. 7. 1958
12. 7. 1955 1. 4. 1955	24. 7. 1956 1. 4. 1956	26. 6. 1957 1. 4. 1957	24. 7. 1958 1. 4. 1958
ja nein	ja nein	ja nein	nein nein
1 Tag 5 Tage 1 Tag 2 Wochen	1 Tag 3 Tage 1 Tag 2 Wochen	1 Tag 5 Tage 1 Tag 3 Wochen	1 Tag 4 Tage 4 Tage 3 Wochen
nein nein ja, in 2. Ber. ja, bei 2. Ber.	nein nein nein ja, bei 2. Ber.	nein ja, 213. Sitz. ja, in 2. Ber. ja, bei 2. u. 3. Ber.	nein ja, 35. Sitz. ja, in 1. Ber. ja, bei 2. u. 3. Ber.

Haushalt	1959	1960	1961
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf	5. 1. 1959	5. 1. 1960	5. 10. 1960
Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	1. 12. 1958	4. 12. 1959	23. 9. 1960
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	52./ 9. 12. 1958 53./11. 12. 1958	93./10. 12. 1959 93./10. 12. 1959	126./30. 9. 1960 127./ 5. 10. 1960
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	70./ 3. 6. 1959 71./ 4. 6. 1959 72./ 5. 6. 1959 73./10. 6. 1959	108./ 6. 4. 1960 109./ 7. 4. 1960 110./ 8. 4. 1960 112./ 5. 5. 1960	147./ 8. 3. 1961 148./ 9. 3. 1961 149./10. 3. 1961 150./14. 3. 1961 151./15. 3. 1961 152./16. 3. 1961
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	74./11. 6. 1959 75./12. 6. 1959	112./ 5. 5. 1960	153./17. 3. 1961
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾	6. 7. 1959	2. 6. 1960	10. 4. 1961
Beginn des Rechnungsjahres	1. 4. 1959	1. 4. 1960	1. 1. 1961
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	ja	ja	ja
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	nein	nein	nein
Dauer der Beratungen: ³⁾ 1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung Zeitraum für 2. und 3. Beratung	1 Tag 4 Tage 2 Tage 2 Wochen	1 Tag } 4 Tage 2 Wochen	1 Tag 6 Tage 1 Tag 2 Wochen
Vereinbarungen über Redezeiten	nein	nein	nein
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	ja, 70. Sitz.	ja, 109. und 110. Sitz.	ja, 127., 147., 149., 151. u. 153. Sitz.
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in 1. Ber.	ja, in 2. Ber.	nein
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	nein	ja, bei 1. u. 2. Ber.	ja, bei 1. u. 3. Ber.

1962 ¹⁴⁾	1963	1964	1965
5. 10. 1961 7. 3. 1962	5. 10. 1962 31. 10. 1962	5. 10. 1963 23. 12. 1963 ¹⁵⁾	5. 10. 1964 17. 8. 1964
18./13. 3. 1962 19./14. 3. 1962 23./ 5. 4. 1962 24./ 6. 4. 1962 25./10. 4. 1962 26./12. 4. 1962	45./ 7. 11. 1962 46./ 8. 11. 1962 74./ 8. 5. 1963 75./ 9. 5. 1963 76./15. 5. 1963	105./ 7. 1. 1964 106./ 9. 1. 1964 122./15. 4. 1964 123./16. 4. 1964 123./16. 4. 1964	136./13. 10. 1964 137./15. 10. 1964 138./16. 10. 1964 139./21. 10. 1964 164./17. 2. 1965 165./18. 2. 1965 166./19. 2. 1965 167./24. 2. 1965 169./26. 2. 1965
23. 5. 1962 1. 1. 1962	24. 6. 1963 1. 1. 1963	13. 5. 1964 1. 1. 1964	18. 3. 1965 1. 1. 1965
nein nein	nein nein	nein nein	ja nein
1 Tag 3 Tage 1 Tage 2 Wochen	1 Tag 2 Tage 1 Tag 2 Wochen	1 Tag } 2 Tage 1 Woche	3 Tage 4 Tage 1 Tag 2 Wochen
nein ja, 19., 23., 24. u. 26. Sitz. nein ja, bei 1. Ber.	nein ja, in jeder Sitz. ja ja, bei 1. u. 3. Ber.	nein ja, in jeder Sitz. ja, in 1. Ber. nein	nein ja, in jeder, außer der 169. Sitz. (168. Sitz. nur Fragestd.) ja, in 1. u. 2. Ber. ja, bei 2. Ber.

Haushalt	1966	1967	1968
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf	5. 10. 1965	5. 10. 1966	5. 10. 1967
Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	16. 2. 1966	2. 11. 1966 ¹⁶⁾	20. 10. 1967
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	24./ 2. 3. 1966 25./ 3. 3. 1966	70./ 8. 11. 1966 71./10. 11. 1966	127./24. 10. 1967 128./25. 10. 1967 129./26. 10. 1967
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	41./17. 5. 1966 42./18. 5. 1966 43./25. 5. 1966 44./26. 5. 1966	111./ 7. 6. 1967 112./ 8. 6. 1967 113./ 9. 6. 1967 114./13. 6. 1967	165./ 2. 4. 1968 166./ 3. 4. 1968 167./ 4. 4. 1968
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	44./26. 5. 1966 45./27. 5. 1966	115./14. 6. 1967	168./ 5. 4. 1968
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾	22. 6. 1966	4. 7. 1967	3. 5. 1968
Beginn des Rechnungsjahres	1. 1. 1966	1. 1. 1967	1. 1. 1968
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	nein	nein	nein
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	nein	nein	nein
Dauer der Beratungen: ³⁾ 1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung Zeitraum für 2. und 3. Beratung	1 Tag } 5 Tage 2 Wochen	1 Tag 4 Tage 1 Tag 2 Wochen	2 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche
Vereinbarungen über Redezeiten	ja, für allg. Aussprache in 2. Ber.	nein	nein
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	ja, in jeder Sitz.	ja, in jeder Sitz.	ja, in jeder, außer der 165. Sitz. ¹⁷⁾
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in 1. Ber.	ja, in 1. u. 3. Ber.	ja, in 1. u. 2. Ber.
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja, bei 2. Ber.	ja, bei 1. u. 2. Ber.	ja, bei 1. Ber.

1969	1970
5. 10. 1968	5. 10. 1969
9. 10. 1968	13. 2. 1970
188./16. 10. 1968 189./17. 10. 1968 190./18. 10. 1968 221./19. 3. 1969 222./20. 3. 1969 223./21. 3. 1969 224./26. 3. 1969 225./27. 3. 1969 226./28. 3. 1969	30./18. 2. 1970 31./19. 2. 1970 32./20. 2. 1970 33./25. 2. 1970 55./ 3. 6. 1970 56./ 4. 6. 1970 57./ 5. 6. 1970 60./18. 6. 1970
18. 4. 1969 1. 1. 1969	27. 6. 1970 1. 1. 1970
ja ¹⁸⁾ nein	ja nein
2 Tage 5 Tage 1 Tag 2 Wochen	3 Tage 3 Tage 1 Tag 2 Wochen
nein ja, in jeder Sitz. ja, in 1. u. 2. Ber. ¹⁹⁾ ja, bei 1. Ber.	nein ja, in jeder, außer der 60. Sitz. ja ²⁰⁾ ja, bei 2. u. 3. Ber.

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundstagsverwaltung
- 22.2 Chronik der Wissenschaftlichen Dienste
- 22.4 Datenbanken im Parlamentsbereich
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Haushalt	1971	1972	1972 ²³⁾
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	Sept. 1970 ²¹⁾ 13. 9. 1970	Sept. 1971 ²¹⁾ 8. 10. 1971 23. 11. 1972	
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	67./23. 9. 1970 68./24. 9. 1970 70./ 8. 10. 1970	143./19. 10. 1971 144./20. 10. 1971 145./21. 10. 1971	4./15. 12. 1972 4./15. 12. 1972
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	96./ 3. 2. 1971 97./ 4. 2. 1971 98./ 5. 2. 1971 99./ 9. 2. 1971 100./10. 2. 1971	182./26. 4. 1972 183./27. 4. 1972 184./28. 4. 1972 188./ 7. 6. 1972 ²²⁾	5./19. 12. 1972
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	102./12. 2. 1971		6./20. 12. 1972
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾	3. 3. 1971		29. 12. 1972
Beginn des Rechnungsjahres	1. 1. 1971		1. 1. 1972
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	ja		nein
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	nein		nein
Dauer der Beratungen: ³⁾ 1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung Zeitraum für 2. und 3. Beratung	2 Tage 5 Tage 1 Tag 2 Wochen	2 Tage 3 Tage ²²⁾ – –	1 Tag 1 Tag 1 Tag 2 Wochen ²⁴⁾
Vereinbarungen über Redezeiten	nein	nein	nein
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	ja, in jeder, außer der 99. Sitz.	ja, in jeder, außer der 143. Sitz.	ja, in jeder, außer der 4. Sitz.
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in 1. Ber. ²⁰⁾	ja, in 1. Ber. ²⁰⁾	nein
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja, bei 1. Ber.	ja, bei 2. Ber.	ja

1973	1974	1975	1976
Sept. 1972 ²¹⁾ 23. 3. 1973	Sept. 1973 ²¹⁾ 19. 10. 1973	Sept. 1974 ²¹⁾ 6. 9. 1974	Sept. 1975 ²¹⁾ 17. 10. 1975
25./ 3. 4. 1973 26./ 4. 4. 1973 27./ 5. 4. 1973 28./ 6. 4. 1973 44./18. 6. 1973 45./19. 6. 1973 46./20. 6. 1973	59./23. 10. 1973 61./25. 10. 1973 62./26. 10. 1973 102./21. 5. 1974 ²⁵⁾ 103./22. 5. 1974 103./22. 5. 1974	115./18. 9. 1974 116./19. 9. 1974 117./20. 9. 1974 158./19. 3. 1975 159./20. 3. 1975 160./21. 3. 1975	198./ 4. 11. 1975 199./ 5. 11. 1975 240./11. 5. 1976 241./12. 5. 1976 242./13. 5. 1976 243./14. 5. 1976 245./20. 5. 1976
12. 7. 1973 1. 1. 1973	5. 6. 1974 1. 1. 1974	18. 4. 1975 1. 1. 1975	11. 6. 1976 1. 1. 1976
nein nein	nein nein	ja nein	nein nein
3 Tage 2 Tage 1 Tag 1 Woche	2 Tage } 2 Tage ²⁵⁾ 1 Woche	2 Tage 2 Tage 1 Tag 1 Woche	1 Tag 4 Tage 1 Tag 2 Wochen
nein ja, 44.–46. Sitz. ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ nein	nein ja, nur in der 61. Sitz. ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ ja, bei 1. u. 2. Ber.	nein ja, 115., 116. u. 159. Sitz. ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ ja, bei 1. Ber.	nein ja, 199. Sitz. ²⁶⁾ ja, in 1. u. 2. Ber. ²⁰⁾ ja, bei 3. Ber.

Haushalt	1977	1978	1979
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf	Sept. 1976 ²¹⁾	Sept. 1977 ²¹⁾	Sept. 1978 ²¹⁾
Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	18. 2. 1977	30. 9. 1977	8. 9. 1978
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	15./ 2. 3. 1977 16./ 3. 3. 1977	45./ 4. 10. 1977 46./ 5. 10. 1977 47./ 6. 10. 1977	103./20. 9. 1978 103./20. 9. 1978 104./21. 9. 1978 105./22. 9. 1978
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	34./21. 6. 1977 35./22. 6. 1977 36./23. 6. 1977	67./24. 1. 1978 68./25. 1. 1978 69./26. 1. 1978	130./23. 1. 1979 131./24. 1. 1979 132./25. 1. 1979
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	37./24. 6. 1977	70./27. 1. 1978	133./26. 1. 1979
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾	28. 7. 1977	24. 2. 1978	1. 3. 1979
Beginn des Rechnungsjahres	1. 1. 1977	1. 1. 1978	1. 1. 1979
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	nein	nein	ja
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	nein	nein	nein
Dauer der Beratungen: ³⁾ 1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung Zeitraum für 2. und 3. Beratung	1 Tag 3 Tage 1 Tag 1 Woche	2 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche
Vereinbarungen über Redezeiten	ja, in 2. Ber.	ja, in 2. Ber.	ja
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	ja, 15. Sitz.	nein	nein
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in 1. u. 2. Ber. ²⁰⁾	ja, in 1. Ber. ²⁰⁾	ja, in 1. Ber. ²⁰⁾
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja, bei 3. Ber.	ja, bei 1. Ber.	nein

1980	1981	1982	1983
Sept. 1979 ²¹⁾ 7. 9. 1979	Sept. 1980 ²¹⁾ 9. 1. 1981	Sept. 1981 ²¹⁾ 11. 9. 1981	Sept. 1982 ²¹⁾ 27. 8. 1982 5. 11. 1982 ²⁸⁾
168./12. 9. 1979 169./13. 9. 1979 170./14. 9. 1979 191./11. 12. 1979 192./12. 12. 1979 193./13. 12. 1979 194./14. 12. 1979	15./23. 1. 1981 16./27. 1. 1981 17./28. 1. 1981 18./29. 1. 1981 19./30. 1. 1981 40./ 2. 6. 1981 41./ 3. 6. 1981 42./ 4. 6. 1981 43./ 5. 6. 1981	51./16. 9. 1981 52./17. 9. 1981 53./18. 9. 1981 78./19. 1. 1982 79./20. 1. 1982 80./21. 1. 1982 81./22. 1. 1982	113./15. 9. 1982 113./15. 9. 1982 114./16. 9. 1982 126./10. 11. 1982 ²⁸⁾ 127./11. 11. 1982 138./14. 12. 1982 139./15. 12. 1982 140./16. 12. 1982 140./16. 12. 1982
28. 12. 1979 1. 1. 1980	14. 7. 1981 1. 1. 1981	25. 2. 1982 1. 1. 1982	22. 12. 1982 1. 1. 1983
ja ja	nein nein	ja nein	ja ja
2 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	4 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	2 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	2 ö 2 Tage } 3 Tage 1 Woche
ja, in 2. u. 3. Ber. nein ja, in 1. u. 2. Ber. ²⁰⁾ ja, bei 3. Ber.	ja, in 2. Ber. nein ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ ja, bei 2. Ber.	nein ²⁷⁾ ja, 51. Sitz. ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ nein	ja, in 2. Ber. ja, 113. u. 114. Sitz. ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ 126. u. 127. Sitz. ja, bei 1. Ber. in 113., 126. u. 127. Sitz. sowie bei 2. u. 3. Ber.

Haushalt	1984	1985	1986
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	Sept. 1983 ²¹⁾ 26. 8. 1983	Sept. 1984 ²¹⁾ 24. 8. 1984	Sept. 1985 ²¹⁾ 16. 8. 1985
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	18./ 7. 9. 1983 18./ 7. 9. 1983 19./ 8. 9. 1983 20./ 9. 9. 1983	81./12. 9. 1984 81./12. 9. 1984 82./13. 9. 1984 83./14. 9. 1984	152./ 4. 9. 1985 152./ 4. 9. 1985 153./ 5. 9. 1985 154./ 6. 9. 1985
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	42./ 6. 12. 1983 43./ 7. 12. 1983 44./ 8. 12. 1983	103./27. 11. 1984 104./28. 11. 1984 105./29. 11. 1984	176./26. 11. 1985 177./27. 11. 1985 178./28. 11. 1985
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	45./ 9. 12. 1983	106./30. 11. 1984	179./29. 11. 1985
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾	24. 12. 1983	28. 12. 1984	24. 12. 1985
Beginn des Rechnungsjahres	1. 1. 1984	1. 1. 1985	1. 1. 1986
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	ja	ja	ja
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	ja	ja	ja
Dauer der Beratungen: ³⁾ 1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung Zeitraum für 2. und 3. Beratung	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche
Vereinbarungen über Redezeiten	ja	ja	ja
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	nein	nein	nein
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in 1., 2. u. 3. Ber. ²⁰⁾	ja, in 2. Ber. ²⁰⁾	ja, in 2. Ber. ²⁰⁾
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja, bei 3. Ber.	nein	nein, siehe aber 2. Ber. 177. Sitz. ²⁹⁾ und 178. Sitz. ³⁰⁾

1987	1988	1989	1990
Sept. 1986 ²¹⁾ 15. 8. 1986	Sept. 1987 ²¹⁾ 14. 8. 1987	Sept. 1988 ²¹⁾ 12. 8. 1988	Sept. 1989 ²¹⁾ 11. 8. 1989
227./ 9. 9. 1986 227./ 9. 9. 1986 228./10. 9. 1986 229./11. 9. 1986 230./12. 9. 1986 248./25. 11. 1986 249./26. 11. 1986 250./27. 11. 1986 251./28. 11. 1986	23./ 9. 9. 1987 23./ 9. 9. 1987 24./10. 9. 1987 25./11. 9. 1987 41./24. 11. 1987 42./25. 11. 1987 43./26. 11. 1987 44./27. 11. 1987	89./ 6. 9. 1988 89./ 6. 9. 1988 90./ 7. 9. 1988 91./ 8. 9. 1988 92./ 9. 9. 1988 108./22. 11. 1988 109./23. 11. 1988 110./24. 11. 1988	155./ 4. 9. 1989 155./ 4. 9. 1989 156./ 5. 9. 1989 157./ 6. 9. 1989 177./28. 11. 1989 178./29. 11. 1989 179./30. 11. 1989 180./ 1. 12. 1989
30. 12. 1986 1. 1. 1987	24. 12. 1987 1. 1. 1988	22. 12. 1988 1. 1. 1989	29. 12. 1989 1. 1. 1990
ja ja	ja ja	ja ja	ja ja
4 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	4 Tage 2 Tage 1 Tag 1 Woche	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche
ja nein nein nein	ja nein nein nein	ja nein ja, in 1. Ber. ³¹⁾ in 2. Ber. ²⁰⁾ in 3. Ber. ja, in 1. Ber.	ja nein ja, in 2. Ber. ²⁰⁾ nein

Haushalt	1991	1992	1993
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf Datum des Zuleitungsschreibens der BRReg.	Sept. 1990 ²¹⁾ 8. 3. 1991 ³²⁾	Sept. 1991 ²¹⁾ 16. 8. 1991	Sept. 1992 ²¹⁾ 14. 8. 1992
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	13./12. 3. 1991 13./12. 3. 1991 14./13. 3. 1991 15./14. 3. 1991	36./ 3. 9. 1991 36./ 3. 9. 1991 37./ 4. 9. 1991 38./ 5. 9. 1991	102./ 8. 9. 1992 102./ 8. 9. 1992 103./ 9. 9. 1992 104./10. 9. 1992
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	26./ 4. 6. 1991 27./ 5. 6. 1991 28./ 6. 6. 1991	59./26. 11. 1991 60./27. 11. 1991 61./28. 11. 1991	122./24. 11. 1992 123./25. 11. 1992 124./26. 11. 1992
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	29./ 7. 6. 1991	62./29. 11. 1991	125./27. 11. 1992
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾	29. 6. 1991	31. 12. 1991	29. 12. 1992
Beginn des Rechnungsjahres	1. 1. 1991	1. 1. 1992	1. 1. 1993
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	nein ³²⁾	ja	ja
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	nein	ja	ja
Dauer der Beratungen: ³⁾ 1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung Zeitraum für 2. und 3. Beratung	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche
Vereinbarungen über Redezeiten	ja	ja	ja
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	nein	nein	nein
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in Ber. ²⁰⁾	ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ und in 2. Ber.	ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ und in 2. Ber. ²⁰⁾
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja, nach 3. Ber.	ja, in 1. Ber. in 2. Ber. und in 3. Ber.	ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.

1994	1995	1995	1996
Sept. 1993 ²¹⁾ 13. 8. 1993	Sept. 1994 ²¹⁾ 12. 8. 1994	Sept. 1994 ²¹⁾ 9. 12. 1994 ³³⁾	Sept. 1995 ²¹⁾ 11. 8. 1995
171./ 7. 9. 1993 171./ 7. 9. 1993 172./ 8. 9. 1993 173./ 9. 9. 1993 174./10. 9. 1993 191./23. 11. 1993 192./24. 11. 1993 193./25. 11. 1993 194./26. 11. 1993 194./26. 11. 1993	241./ 6. 9. 1994 241./ 6. 9. 1994 242./ 7. 9. 1994	8./14. 12. 1994 8./14. 12. 1994 9./15. 12. 1994 10./16. 12. 1994 29./29. 3. 1995 30./30. 3. 1995 31./31. 3. 1995 32./31. 3. 1995	50./ 5. 9. 1995 50./ 5. 9. 1995 51./ 6. 9. 1995 52./ 7. 9. 1995 53./ 8. 9. 1995 66./ 7. 11. 1995 67./ 8. 11. 1995 68./ 9. 11. 1995 69./10. 11. 1995 69./10. 11. 1995
23. 12. 1993 1. 1. 1994		27. 6. 1995 1. 1. 1995	22. 12. 1995 1. 1. 1996
ja ja	ja	nein ³³⁾ nein ³⁴⁾	ja ja
4 Tage 4 Tage 1 Tag 1 Woche		3 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche	4 Tage 4 Tage 1 Tag 1 Woche
ja nein ja, in der 1. Ber. ²⁰⁾ und in 2. Ber. ²⁰⁾ ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.		ja nein ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ , in 2. Ber. ²⁰⁾ und in 3. Ber. ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.	ja nein ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber. ²⁰⁾

Haushalt	1997	1998 ³⁵⁾	1999 ³⁵⁾
gesetzliche Vorlagefrist ¹⁾ für den Haushaltsentwurf Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	Sept. 1996 16. 8. 1996	Sept. 1997 15. 8. 1997	Sept. 1998
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum) a) mündl. Einbringung durch BFinanzmin. im BT b) Aussprache	120./10. 9. 1996 120./10. 9. 1996 121./11. 9. 1996 122./12. 9. 1996 123./13. 9. 1996		
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	140./26. 11. 1996 141./27. 11. 1996 142./28. 11. 1996		
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	143./29. 11. 1996		
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. ²⁾ Beginn des Rechnungsjahres	27. 12. 1996 1. 1. 1997	1. 1. 1998	1. 1. 1999
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	ja	ja	
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	ja		
Dauer der Beratungen: ³⁾ 1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung Zeitraum für 2. und 3. Beratung	4 Tage 3 Tage 1 Tag 1 Woche		
Vereinbarungen über Redezeiten	ja		
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	nein		
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in 1. Ber. ²⁰⁾ und in 2. Ber. ²⁰⁾		
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.		

Anmerkungen für die Seiten 2787–2802:

- 1) Bis 31. 12. 1960: § 22 RHO i. d. F. d. Bekanntmachung v. 14. 4. 1930 (RGBl. II S. 693); bis 31. 12. 1969: § 22 RHO, geändert durch Gesetz v. 29. 12. 1959 (BGBl. I S. 832); ab 1. 1. 1970: § 30 BHO (Gesetz v. 19. 8. 1969, BGBl. I S. 1284, mehrfach – hier nicht einschlägig – geändert).
- 2) Die Haushaltsgesetze wurden von 1949 bis 1969 im Bundesgesetzblatt Teil II, von 1970 an in Teil I verkündet.
- 3) Die Dauer der Beratungen ist nach Sitzungstagen gerechnet, ohne Berücksichtigung der Dauer der jeweiligen Sitzung.
- 4) Konstituierung des Bundestages am 7. 9. 1949.
- 5) Die Fragestunde wurde erst im Jahr 1952 eingeführt (§ 111 GO BT i. d. F. von 1952).
- 6) Dem Haushaltsgesetz 1950 ging ein sog. Überrollungshaushalt voraus (Gesetz vom 23. 6. 1950, BGBl. S. 219).
- 7) Die Einzelpläne wurden nicht im Zusammenhang, sondern jeweils sofort nach der Beratung im Haushaltsausschuß in 2. Beratung im Plenum behandelt.
- 8) Dem Haushaltsgesetz 1951 ging ein sog. Überrollungshaushalt voraus (Gesetz vom 24. 4. 1951, BGBl. II S. 67).
- 9) Keine mündliche Einbringung und keine Aussprache, nur Überweisung.
- 10) Sog. Wiederholungshaushalt. Am 13. 11. 1952 Vorlage des Nachtragshaushaltsgesetzes 1952; 1. Beratung 26. 11. 1952 (mündliche Einbringung), 27. 11. 1952 (Aussprache); 2. und 3. Beratung (kein ganzer Tag) 25. 3. 1953; Verkündung 9. 4. 1953, BGBl. II S. 99.
- 11) Die 1. Beratung dauerte ca. 1 Stunde.
- 12) In der 2. Beratung nur Berichterstattung, in der 3. Beratung Aussprache von ca. 1 Stunde.
- 13) Terminüberschreitung nur 11 Tage.
- 14) Gemäß der Einbringungsrede des Bundesfinanzministers handelte es sich um einen Übergangshaushalt.
- 15) Rücktritt von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* am 15. 10. 1963; Wahl von *Ludwig Erhard* zum neuen Bundeskanzler am 16. 10. 1963.
- 16) Am 30. 11. 1966 Rücktritt von Bundeskanzler *Ludwig Erhard*; am 1. 12. 1966 Wahl von *Kurt Georg Kiesinger* zum neuen Bundeskanzler, Bildung der großen Koalition.
- 17) Erstmals Beschluß gem. § 127 GO BT (jetzt § 126), in der 165. Sitzung keine Fragestunde abzuhalten (5. WP, 161. Sitz. v. 27. 3. 1968).
- 18) Terminüberschreitung nur 4 Tage.
- 19) Bei der Beratung des EPl. 02 wurde eine umfangreiche Debatte zur Änderung der GO BT geführt (225. Sitz.).
- 20) Seit 1970 wird die Beratung des Finanzplans des Bundes mit der 1. Beratung des Haushalts verbunden, vereinzelt, z. B. 1984 und 1985, ein weiteres Mal mit der 2. Beratung des Haushalts.
- 21) Gemäß § 30 BHO (Gesetz v. 19. 8. 1969, BGBl. I S. 1284) Einbringung des Haushalts „in der Regel spätestens in der ersten Sitzungswoche des Bundestages nach dem 1. September“. Dies war:
 - 1970: Woche vom 14. bis 18. 9.
 - 1971: Woche vom 20. bis 24. 9.
 - 1972: Woche vom 18. bis 22. 9.
 - 1973: Woche vom 10. bis 14. 9.
 - 1974: Woche vom 16. bis 20. 9.
 - 1975: Woche vom 15. bis 19. 9.
 - 1976: Konstituierung des Bundestages der 8. WP: 14. 12. 1976
 - 1977: Woche vom 5. bis 9. 9.
 - 1978: Woche vom 18. bis 22. 9.
 - 1979: Woche vom 10. bis 14. 9.
 - 1980: Konstituierung des Bundestages der 9. WP: 4. 11. 1980
 - 1981: Woche vom 7. bis 11. 9.
 - 1982: Woche vom 6. bis 10. 9.
 - 1983: Woche vom 5. bis 9. 9.
 - 1984: Woche vom 10. bis 14. 9.
 - 1985: Woche vom 4. bis 6. 9.
 - 1986: Woche vom 9. bis 12. 9.
 - 1987: Woche vom 7. bis 11. 9.
 - 1988: Woche vom 5. bis 9. 9.
 - 1989: Woche vom 4. bis 8. 9.
 - 1990: Woche vom 3. bis 7. 9.
 - 1991: Woche vom 2. bis 6. 9.
 - 1992: Woche vom 7. bis 11. 9.

- 1993: Woche vom 6. bis 10. 9.
 1994: Woche vom 5. bis 9. 9.
 1995: Woche vom 4. bis 8. 9.
 1996: Woche vom 9. bis 13. 9.
 1997: Woche vom 8. bis 12. 9.
- 22) Die 2. Beratung des Haushalts 1972 wurde bei der Beratung des EPl. 04 abgebrochen. Nach dem Mißtrauensantrag gem. Art. 67 GG und der gescheiterten Wahl eines Nachfolgers des Bundeskanzlers am 27. 4. 1972 wurde der Haushaltsentwurf im ganzen an den Haushaltsausschuß zurückgewiesen.
- 23) Infolge der Auflösung des Bundestages am 22. 9. 1972 wurde der Haushalt 1972 zu Beginn der 7. Wahlperiode neu eingebracht.
- 24) Alle drei Beratungen nahmen jeweils nur kurze Zeit in Anspruch.
- 25) Am 6. 5. 1974 Rücktritt von Bundeskanzler *Willy Brandt*; am 16. 5. 1974 Wahl von *Helmut Schmidt* zum neuen Bundeskanzler. Die ursprünglich für 8. bis 10. 5. 1974 vorgesehene 2. und 3. Beratung des Haushalts 1974 wurde wegen der Regierungserklärung des neugewählten Bundeskanzlers und der Aussprache darüber verschoben und zeitlich gekürzt.
- 26) Vereinbarung im Ältestenrat, zur 2. und 3. Beratung nur dringliche Fragen zuzulassen.
- 27) Siehe aber Beschlüsse des Bundestages über Gesamtredezeiten für die Aussprachen zu drei Einzelplänen in 2. Beratung: 78. Sitz. vom 19. 1. 1982, S. 4552 A und 4575 C sowie 80. Sitz. vom 21. 1. 1982, S. 4791 C.
- 28) Nach dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 aufgrund eines konstruktiven Mißtrauensvotums wurde von der neuen Regierung mit Schreiben vom 5. November 1982 eine Ergänzung zum Haushaltsentwurf 1983 vorgelegt (BT-Drs. 10/2050).
- 29) Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes.
- 30) Abstimmung über Vorschlag des Vermittlungsausschusses.
- 31) Nachtragshaushaltsgesetz 1988
- 32) Wegen der zu erwartenden baldigen Vereinigung Deutschlands entschied das Bundeskabinett am 9. August 1990, den schon im Juli beschlossenen Haushaltsentwurf für das Jahr 1991 dem Bundestag nicht zuzuleiten (vgl. Rede von Bundesfinanzminister *Theodor Waigel* in der Plenarsitzung vom 9. August 1990).
- 33) Der Haushaltsentwurf für 1995 wurde zunächst fristgerecht eingebracht und in 1. Beratung behandelt. Wegen der Wahl des Bundestages am 16. Oktober 1994 wurde der Haushaltsentwurf am 9. Dezember 1994 in überarbeiteter Form erneut eingebracht.
- 34) Die weitere Verzögerung ergibt sich dadurch, daß der Bundesrat am 28. April 1995 den Vermittlungsausschuß anrief und am 2. Juni 1995 Einspruch dagegen einlegte, daß der Bundestag die Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses abgelehnt hatte. Diesen Einspruch wies der Bundestag am 2. Juni 1995 zurück.
- 35) Bearbeitungsstand der Tabelle: 31. August 1997

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Befragungen und Veröffentlichungen von Abgeordneten zu ihrem Selbstverständnis sind in den vorangegangenen Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

Die Statistik der Plenarsitzungen findet sich in Abschnitt 8.3.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Die Entwicklung der Entschädigung (Diäten) und der Kostenpauschalen der Abgeordneten ist in Abschnitt 20.3 dargestellt.

Im folgenden Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – ist versucht worden, einen Maßstab für die Inanspruchnahme der Abgeordneten durch die vielfältige Gremienarbeit zu entwickeln.

Die Arbeitssituation der Abgeordneten und mögliche Reformen kommen sowohl in den jährlichen Beratungen des Bundestagshaushalts (Abschnitt 13.4) als auch in den gelegentlichen „Selbstverständnis-Debatten“ des Bundestages (Abschnitt 13.5) zur Sprache.

Über die Beschäftigung von Abgeordneten-Mitarbeitern informiert Abschnitt 20.8.

Finanzwirksame Gesetze*)

Das parlamentarische Budgetrecht ist bei bestimmten „finanzwirksamen“ Gesetzen dadurch eingeschränkt, daß die Bundesregierung zustimmen muß bzw. die Zustimmung eben auch verweigern kann, wenn bei Regierungsvorlagen durch Beschlüsse des Parlaments Mehrausgaben oder Mindereinnahmen verursacht werden.

Im einzelnen heißt es dazu in der Neufassung vom 12. Mai 1969 des Artikels 113, Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes:**)

„(1) Gesetze, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung. Das gleiche gilt für Gesetze, die Einnahmeminderungen in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen. Die Bundesregierung kann verlangen, daß der Bundestag die Beschlußfassung über solche Gesetze aussetzt. In diesem Fall hat die Bundesregierung innerhalb von sechs Wochen dem Bundestage eine Stellungnahme zuzuleiten.

(2) Die Bundesregierung kann innerhalb von vier Wochen, nachdem der Bundestag das Gesetz beschlossen hat, verlangen, daß der Bundestag erneut Beschluß faßt.“

Die Bundesregierung hat bisher erst in einem (unbedeutenden) Fall vom Artikel 113 GG – noch in der alten Fassung – Gebrauch gemacht:

- in der 1. Wahlperiode (1949–53) beim Zweiten Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen (Drs. 3971), vom Bundestag in der 257. Sitzung am 25. März 1953 verabschiedet.

Zum Vorgang:

Erst aufgrund einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten *Lücke* und Genossen (Drs. 416) in der 2. Wahlperiode gab die Bundesregierung am 12. Oktober 1954 (!) eine Erklärung, wieso sie dem Gesetz gemäß Artikel 113 GG die Zustimmung versagt hat:

„Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen sah in Art. I Nr. 11 folgende Kostenregelung vor:

,§ 7a

Die bei Dienststellen des Bundes entstehenden Kosten trägt der Bund; die übrigen Kosten tragen die Länder und nach Maßgabe des Landesrechts die Gemeinden und Gemeindeverbände.

Diese Regelung ergab sich aus Art. 83 GG, nach dem die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit ausführen, soweit das Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt. Zur Ausführung der Bundesgesetze gehört sowohl die verwaltungsmäßige wie die finanzielle Sicherstellung des Vollzugs. Da Bund und Länder nach Art. 109 GG in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig sind, fallen die Verwaltungskosten, die durch den Gesetzesvollzug bei den Ländern entstehen, allein den Ländern zur Last (vgl. hierzu auch Nr. 59 der Begründung zum Entwurf des Finanzverfassungsgesetzes – Drucksache 480 –).

Der Bundestag und der Bundesrat haben die im Entwurf vorgesehene Kostenregelung dahin erweitert, daß der Bund die bei den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden entstehenden notwendigen und vom Statisti-

*) Vgl. dazu *Helmut Karehnke*, Die Einschränkung des parlamentarischen Budgetrechts bei finanzwirksamen Gesetzen durch Artikel 113 des Grundgesetzes. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 87. 1972. H. 20. S. 811–817.

***) Die bisherige Fassung des Art. 113 GG lautete:

„Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung.“

Zuvor waren also einnahmemindernde Gesetzesänderungen des Bundestages nicht erfaßt, und das Zustimmungsverfahren konnte erst nach der Verabschiedung des Gesetzes in Gang gebracht werden.

schen Bundesamt festgestellten Kosten des Gesetzesvollzugs zur Hälfte trägt. Durch diesen Beschluß würde eine finanzielle Verpflichtung des Bundes auf einem Aufgabengebiet begründet, für die ihm die Verwaltungszuständigkeit und somit auch die verfassungsrechtliche Befugnis fehlt, Verwaltungsausgaben zu leisten.

Die vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Verwaltungskostenzuschüsse des Bundes stellen „neue Aufgaben im Sinne des Art. 113 GG dar. Da die Bundesregierung die Übernahme dieser Ausgaben auf den Bundeshaushalt aus den dargelegten Gründen nicht für zulässig hält und darin zudem ein bedenkliches Präjudiz für künftig ähnlich gelagerte Fälle erblickt, glaubt sie im Einvernehmen mit dem Bundesrechnungshof, die Mehrbelastung des Bundeshaushalts auch haushaltswirtschaftlich nicht verantworten zu können; sie hat sich daher gezwungen gesehen, wegen der Kostenvorschrift des § 7 a dem Gesetz gemäß Art. 113 GG ihre Zustimmung zu versagen.

Die Bundesregierung weist aber darauf hin, daß die Weiterführung der laufenden Viehzählungen im bisherigen Umfang bis zur Verabschiedung einer nunmehr erneut einzubringenden Vorlage gesichert ist.

Ich bitte, dieses Schreiben zugleich als Antwort auf die Kleine Anfrage 49 betrachten zu wollen.

Dr. Adenauer“

Rechnungsprüfung und Entlastung der Bundesregierung

„Mit dem Budgetrecht, das heißt mit dem Recht der Mittelbewilligung, hat das Parlament zugleich das Recht und die Pflicht, die Verausgabung der bewilligten Mittel durch die Verwaltung auf ihre Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu kontrollieren.“*) Grundlage für die parlamentarische Rechnungsprüfung und für die Entlastung der Bundesregierung bilden die jährliche Rechnungslegung des Bundesfinanzministers und der anschließende Prüfungsbericht des Bundesrechnungshofes. Der 1969 geänderte Artikel 114 des Grundgesetzes schreibt vor:

„(1) Der Bundesminister der Finanzen hat dem Bundestage und dem Bundesrate über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen und die Schulden im Laufe des nächsten Rechnungsjahres zur Entlastung der Bundesregierung Rechnung zu legen.

(2) Der Bundesrechnungshof, dessen Mitglieder richterliche Unabhängigkeit besitzen, prüft die Rechnung sowie die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung. Er hat außer der Bundesregierung unmittelbar dem Bundestage und dem Bundesrate jährlich zu berichten. Im übrigen werden die Befugnisse des Bundesrechnungshofes durch Bundesgesetz geregelt.“

Am 26. Juni 1985 verabschiedete der Bundestag ein neues Gesetz über den Bundesrechnungshof. Neu ist vor allem, daß künftig der Präsident und der Vizepräsident des Bundesrechnungshofes auf Vorschlag der Bundesregierung von Bundestag und Bundesrat zu wählen sind. Der Inhalt des Gesetzes im einzelnen:

Zusammenfassung der maßgebenden Vorschriften für die Organisation des Bundesrechnungshofes und Weiterentwicklung entsprechend den Erfordernissen der Gegenwart. Die jetzigen Organisationsgrundsätze werden beibehalten, soweit sie sich bewährt haben. Es werden Grundsätze für die Geschäftsverteilung und die Personalbesetzung getroffen sowie über die Wahrung der sachlichen Unabhängigkeit der Mitglieder des Bundesrechnungshofes, wobei ein ständiger Ausschuß des Großen Senats beteiligt ist. Klarstellende Regelungen bei Prüfungsaufgaben des Bundesrechnungshofes für über- oder zwischenstaatliche Einrichtungen. Stärkung des Bundesrechnungshofes bei dem System der Vorprüfung. Weiterhin wird die Zuständigkeit der Senate und des Großen Senats festgeschrieben. Der Präsident und der Vizepräsident des Bundesrechnungshofes werden künftig auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundestag und Bundesrat gewählt. Eine Wiederwahl ist ausgeschlossen.

*) *Friedrich Schäfer*, Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise. 2. Aufl. Opladen 1975. S. 254.

Die Präsidenten des Bundesrechnungshofes

Die nebenstehende Tabelle enthält alle Präsidenten des Bundesrechnungshofes seit 1950.

Erstmals am 27. November 1985 wählte der Bundestag den neuen Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes nach dem von ihm im Juni beschlossenen Gesetz über den Bundesrechnungshof in geheimer Wahl mit verdeckten Stimmkarten. Die Kandidaten waren von der Bundesregierung vorgeschlagen worden. Ihre Amtszeit beträgt zwölf Jahre, eine Wiederwahl ist ausgeschlossen. Der Bundesrat hat dem Vorschlag der Bundesregierung am 29. November 1985 zugestimmt.

Präsidenten des Bundesrechnungshofes	Amtszeiten
<i>Josef Mayer</i>	1. 4. 1950 – 31. 12. 1956
<i>Heinz Maria Oeftering</i>	21. 2. 1957 – 12. 5. 1957
<i>Guido Hertel</i>	13. 5. 1957 – 27. 6. 1963
<i>Volkmar Hopf</i>	1. 6. 1964 – 31. 5. 1971
<i>Hans Schäfer</i>	1. 6. 1971 – 31. 1. 1978
<i>Karl Wittrock</i>	1. 2. 1978 – 30. 9. 1985
<i>Heinz Günter Zavelberg</i>	29. 11. 1985 – 31. 10. 1993
<i>Hedda Meseke¹⁾</i>	seit 1. 11. 1993

¹⁾ spätere Namenswechsel:

Hedda Czasche-Meseke (ab 19. 11. 1993),

Hedda Czasche (ab 22. 6. 1995),

Hedda von Wedel (ab 20. 9. 1996)

Die „Bemerkungen“ des Bundesrechnungshofes

Die „Bemerkungen“ des Bundesrechnungshofes werden vom Bundestag dem Haushaltsausschuß überwiesen, der sie zu eingehender Beratung an seinen ständigen Unterausschuß, den Rechnungsprüfungsausschuß, weiterleitet. Dessen Bericht wiederum ist Grundlage für das weitere Entlastungsverfahren.

An der Rechnungsprüfung bzw. Finanzkontrolle ist vielfach kritisiert worden, daß der Bundestag die Bundesregierung erst relativ spät nach Ablauf des jeweiligen Haushaltsjahres entlastet. Die im Amt befindliche Regierung ist deshalb nicht immer identisch mit der kontrollierten und zu entlastenden Regierung.

Wie die folgende Zusammenstellung*) zeigt, hat sich ein regelmäßiger Zeitrhythmus für die Rechnungsprüfung und Entlastung der Bundesregierung bislang nicht entwickelt. Vor allem politische Ereignisse wie Wahlen und Regierungswechsel haben mehrmals zu Verzögerungen im parlamentarischen Bereich geführt. Die immer wieder geforderte Beschleunigung des Abschlußverfahrens wurde im Verlauf der 8. Wahlperiode verwirklicht. Dem Rechnungsprüfungsausschuß ist es seit 1976 – von Ausnahmen wie 1978 und 1993 abgesehen – gelungen, das bislang größtmögliche Maß an zeitlicher Nähe zwischen Ablauf des Haushaltsjahres und Entlastung der Bundesregierung zu erreichen.

*) Quelle: Unterlagen des Rechnungsprüfungsausschusses

Vgl. auch *Siegfried Hoffmann*, Die Kontrolle der Regierung durch parlamentarische Rechnungsprüfung im Deutschen Bundestag. Göttingen 1970. S. 72a–72b.

Hinweis

Den **aktuellen Stand der Haushaltsberatungen** der laufenden Wahlperiode enthält jede Ergänzungslieferung der Loseblatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), herausgegeben vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat.

Haushaltsjahr	Bemerkungen des Bundesrechnungshofs		Beginn der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuß am	Entlastung der Bundesregierung durch den Bundestag am	Zeitaufwand für das gesamte Entlastungsverfahren in Monaten ¹⁾
	Vorlage des Berichts durch BRH ¹⁾ am	Zuleitung an Bundestag durch Bundesfinanzminister am			
1949/50	8. 1. 1954	11. 2. 1954	25. 3. 1954	14. 7. 1954	39
1951	21. 12. 1954	18. 1. 1955	6. 7. 1955	14. 12. 1955	44
1952	31. 10. 1955	22. 11. 1955	9. 2. 1956	11. 1. 1957	45
1953	8. 11. 1956	5. 12. 1956	7. 3. 1957	29. 8. 1957	41
1954	4. 7. 1957	10. 12. 1957	15. 10. 1958	25. 2. 1959	47
1955	19. 8. 1958	29. 9. 1958	3. 12. 1958	27. 1. 1960	46
1956	24. 10. 1959	10. 12. 1959	11. 5. 1960	20. 1. 1961	46
1957	13. 4. 1960	} 15. 5. 1961	} 7. 6. 1961	} 29. 6. 1961	39
1958	5. 4. 1961				27
1959	30. 10. 1962	18. 12. 1962	14. 2. 1963	23. 10. 1964	55
1960	22. 10. 1963	17. 12. 1963	11. 11. 1964	} 30. 6. 1965	54
1961	22. 12. 1964	8. 2. 1965	5. 5. 1965		42
1962	} 22. 12. 1965	} 17. 3. 1966	} 19. 10. 1966	} 14. 4. 1967	51
1963					39
1964	22. 12. 1966	21. 3. 1967	22. 6. 1967	29. 3. 1968	39
1965	20. 12. 1967	8. 3. 1968	3. 10. 1968	2. 7. 1969	42
1966	15. 2. 1969	2. 4. 1969	1. 4. 1971	2. 12. 1971	59
1967	26. 2. 1970 ²⁾	– ²⁾	14. 10. 1971	} 14. 6. 1973	65
1968	} 16. 9. 1971	–	21. 2. 1973		53
1969		41			
1970	31. 10. 1972	–	14. 6. 1973	19. 9. 1974	44
1971	2. 11. 1973	–	25. 9. 1974	} 24. 6. 1976	53
1972	24. 10. 1974	–	15. 1. 1975		41
1973	10. 11. 1975	–	9. 6. 1976	} 21. 6. 1978	53
1974	25. 10. 1976	–	9. 2. 1977		41
1975	{ 6. 5. 1977 3. 11. 1977	–	} 27. 9. 1978	} 27. 6. 1979	42
1976		22. 9. 1978			–
1977	8. 10. 1979	–	13. 2. 1980	4. 7. 1980	30
1978	11. 12. 1980	–	16. 6. 1981	} 17. 9. 1982	44
1979	9. 11. 1981	–	10. 2. 1982		32

¹⁾ Gerechnet ab dem Ablauf des Haushaltsjahres (bis zum Haushaltsjahr 1959 der 31. März des folgenden Jahres, ab Haushaltsjahr 1960 der 31. Dezember desselben Jahres) bis zum Entlastungsbeschluß des Bundestages.

²⁾ Ab Haushaltsjahr 1967: Unmittelbare Zuleitung der Bemerkungen des Bundesrechnungshofes an den Bundestag.

Haushaltsjahr	Bemerkungen des Bundesrechnungshofes dem Bundestag zugeleitet am	Beginn der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuß am	Entlastung der Bundesregierung durch den Bundestag am	Zeitaufwand für das gesamte Entlastungsverfahren in Monaten
1980	16. 11. 1982	18. 5. 1983	30. 9. 1983	33
1981	8. 11. 1983	25. 1. 1984	6. 6. 1984	29
1982	30. 10. 1984	23. 1. 1985	26. 6. 1985	29
1983	2. 12. 1985	15. 1. 1986	19. 6. 1986	29
1984	10. 10. 1986	20. 5. 1987	9. 10. 1987	32
1985	1. 10. 1987	13. 1. 1988	9. 6. 1988	29
1986	5. 10. 1988	4. 1. 1989	21. 6. 1989	29
1987	16. 10. 1989	18. 1. 1990	20. 6. 1990	29
1988	10. 9. 1990	21. 2. 1991	12. 12. 1991	35
1989	16. 9. 1991	16. 1. 1992	24. 6. 1992	29
1990	21. 9. 1992	21. 1. 1993	24. 6. 1993	29
1991	17. 9. 1993	20. 1. 1994	29. 6. 1994	29
1992	24. 10. 1994	27. 1. 1995	18. 1. 1996	37
1993	6. 10. 1995	31. 1. 1996	28. 11. 1997	47
1994	16. 10. 1996	29. 1. 1997	23. 4. 1998	40
1995	} 8. 10. 1997	} 12. 12. 1997	} 2. 9. 1998	32
1996				20

12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen

Zwecks parlamentarischer Kontrolle

- der Nachrichtendienste des Bundes,
- der Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses und
- der Wirtschaftspläne der Geheimdienste

wurden beim Deutschen Bundestag verschiedene Kontrollkommissionen eingerichtet. Um welche Gremien es sich handelt, geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor.*)

*) Vgl. dazu:

- Werner Blischke* und *Peter Scholz*, So arbeitet der Deutsche Bundestag. Rheinbreitbach 1981, S. 33–34;
Eckart Busch, Parlamentarische Kontrolle. Ausgestaltung und Wirkung. Heidelberg, Hamburg 1983, S. 114–117;
Martin Lohmeier, Bundestag A bis Z. Bonn 1983, S. 90–91 und 111;
Rupert Schick und *Wolfgang Zeh*, So arbeitet der Deutsche Bundestag. 8., überarb. Aufl. Rheinbreitbach 1995, S. 51–52.

Parlamentarische Kontrollkommission (PKK)

Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK)*) löste 1978 das Parlamentarische Vertrauensmännergremium ab, das 1956 von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* ins Leben gerufen worden war. Dieses erste Gremium für die Kontrolle der Nachrichtendienste beruhte lediglich auf einer informellen Absprache zwischen der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen.

Rechtsgrundlage
(bis 1992):

Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1978 (BGBl. I S. 453)

„§ 1

(1) Die Bundesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission. Die Aufgaben und Befugnisse dieser Behörden sind in Gesetzen und Organisationserlassen geregelt.

(2) Die Rechte des Bundestages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

§ 2

(1) Die Bundesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der in § 1 genannten Behörden und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Bundesregierung bestimmt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes bleibt den auf Grund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

§ 3

Die politische Verantwortung der Bundesregierung für die in § 1 genannten Behörden bleibt unberührt.

§ 4

(1) Der Deutsche Bundestag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages auf sich vereint.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Deutschen Bundestag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; § 5 Abs. 4 bleibt unberührt. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

§ 5

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

*) Vgl. *Claus Arndt*, Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1369–1392.

- (2) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen.
- (4) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode des Deutschen Bundestages solange aus, bis der nachfolgende Bundestag gemäß § 4 entschieden hat.“

Rechtsgrundlage
(ab 1992):

Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1978 (BGBl. I S. 453), geändert durch Gesetz vom 27. Mai 1992 (BGBl. I S. 997)

„§ 1

- (1) Die Bundesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission.
- (2) Die Rechte des Bundestages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.
- (3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes bleibt den auf Grund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes vom Deutschen Bundestag bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

§ 2

- (1) Die Bundesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der in § 1 Abs. 1 genannten Behörden und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Entwürfe der jährlichen Wirtschaftspläne der Dienste werden der Kommission zur Mitberatung überwiesen. Die Bundesregierung unterrichtet die Kommission auf deren Verlangen über den Vollzug der Wirtschaftspläne im Haushaltsjahr.
- (2) Die Bundesregierung kann die Unterrichtung über einzelne Vorgänge nur verweigern, wenn dies aus zwingenden Gründen des Nachrichtenzuganges notwendig ist. Lehnt die Bundesregierung unter Berufung auf Satz 1 eine Unterrichtung ab, so hat der für den betroffenen Nachrichtendienst zuständige Bundesminister (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG, § 1 Abs. 1 Satz 1 MADG) und, soweit der Bundesnachrichtendienst betroffen ist, der Chef des Bundeskanzleramtes (§ 1 Abs. 1 Satz 1 BNDG) dies der Parlamentarischen Kontrollkommission auf deren Wunsch zu begründen.

§ 3

Die politische Verantwortung der Bundesregierung für die in § 1 genannten Behörden bleibt unberührt.

§ 4

- (1) Der Deutsche Bundestag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.
- (2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.
- (3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages auf sich vereint.
- (4) Scheidet ein Mitglied aus dem Deutschen Bundestag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; § 5 Abs. 4 bleibt unberührt. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

§ 5

- (1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden

sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode des Deutschen Bundestages solange aus, bis der nachfolgende Bundestag gemäß § 4 entschieden hat.

§ 6

Die Parlamentarische Kontrollkommission erstattet dem Deutschen Bundestag in der Mitte und am Ende jeder Wahlperiode einen Bericht über ihre bisherige Kontrolltätigkeit. Dabei sind die Grundsätze des § 5 Abs. 1 zu beachten.

Zusammensetzung:¹⁾ 9 Mitglieder des Bundestages,
davon 4 CDU/CSU, 3 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen und 1 FDP

¹⁾ Stand: Beginn der 13. Wahlperiode

Gremium gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz)¹⁾

Rechtsgrundlage: **Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10)** vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. April 1995 (BGBl. I S. 582)

„§ 1

(1) Zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages oder der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Amt für Sicherheit der Bundeswehr und der Bundesnachrichtendienst berechtigt, dem Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis unterlie-

¹⁾ Außerdem gibt es eine Kommission nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz, die sogenannte G-10-Kommission. Dazu heißt es in § 9 Absatz 2 und 3 des Gesetzes:

„(2) Der zuständige Bundesminister unterrichtet monatlich eine Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen. Die Kommission entscheidet von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat der zuständige Bundesminister unverzüglich aufzuheben.

(3) Die Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muß, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder der Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie werden von dem in Absatz 1 genannten Gremium nach Anhörung der Bundesregierung für die Dauer einer Wahlperiode des Bundestages bestellt. Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des in Absatz 1 genannten Gremiums bedarf. Vor der Zustimmung ist die Bundesregierung zu hören.“

Vgl. im übrigen *Claus Arndt*, 25 Jahre Post- und Telefonkontrolle. Die G-10-Kommission des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 24. 1993. H. 4. S. 621–634.

gende Sendungen zu öffnen und einzusehen, sowie den Fernschreibverkehr mitzulesen, den Fernmeldeverkehr abzuhören und auf Tonträger aufzunehmen.

(2) Die Deutsche Bundespost hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über den Post- und Fernmeldeverkehr zu erteilen, Sendungen, die ihr zur Übermittlung auf dem Post- und Fernmeldeweg anvertraut sind, auszuhändigen, sowie das Abhören des Fernsprechverkehrs und das Mitlesen des Fernschreibverkehrs zu ermöglichen.

...

§ 9

(1) Der nach § 5 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständige Bundesminister unterrichtet in Abständen von höchstens sechs Monaten ein Gremium, das aus fünf vom Bundestag bestimmten Abgeordneten besteht, über die Durchführung dieses Gesetzes.

...“²⁾

Zusammensetzung:³⁾ 9 Mitglieder des Deutschen Bundestages,
davon 4 CDU/CSU, 3 SPD, 1 Bündnis 90/Grüne und 1 FDP

²⁾ Mit dem Gesetz vom 28. April 1995 (BGBl. I S. 582) Zusammensetzung auf 9 Abgeordnete erweitert.

³⁾ Stand: Beginn der 13. Wahlperiode.

Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste

Das folgende Gremium bestand nur zeitweise während der 10. Wahlperiode und wurde im September 1986 durch das anschließend aufgeführte „Vertrauensgremium“ abgelöst.

Rechtsgrundlage:¹⁾ **Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1984 (Haushaltsgesetz 1984)** vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1517)

„§ 4

...

(9) Die Wirtschaftspläne zu Kapitel 04 04 Titel 541 01, zu Kapitel 06 09 Titel 541 01 und zu Kapitel 36 04 Titel 541 01 sowie der Bewirtschaftungsplan zu Kapitel 14 01 Titel 535 05 bedürfen der Genehmigung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die dem Haushaltsausschuß angehören und vom Deutschen Bundestag in entsprechender Anwendung von § 4 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1978 (BGBl. I S. 453) gewählt werden. Bis zur Genehmigung dieser Pläne sind die den Wirtschaftsplänen zugrunde liegenden Haushaltsansätze bis zur Höhe von 75 vom Hundert gesperrt; im übrigen ist bis zur Genehmigung entsprechend Artikel 111 des Grundgesetzes zu verfahren. Der Bundesrechnungshof prüft die Jahresrechnungen nach § 3 a Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes und unterrichtet die in Satz 1 genannten Mitglieder des Deutschen

¹⁾ Die Haushaltsgesetze von 1985 und 1986 enthalten jeweils in § 4 Abs. 9 identische bzw. ähnliche Regelungen.

Hinweis

Zur Einsetzung der verschiedenen Kontrollkommissionen siehe auch Kapitel 10 „Wahlen im Deutschen Bundestag“.

Bundestages über das Ergebnis der Prüfung, § 97 Abs. 4 der Bundeshaushaltsordnung bleibt unberührt.“

Zusammensetzung:²⁾ 5 Mitglieder des Deutschen Bundestages, davon 2 CDU/CSU, 2 SPD und 1 FDP

²⁾ Stand: bei Einsetzung des Gremiums am 23. Februar 1984.

Gegen die sich abzeichnende Nichtzulassung eines Abgeordneten der Fraktion der GRÜNEN in das geplante Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste hatten der Abgeordnete *Hubert Kleinert* und die Fraktion der GRÜNEN bereits am 8. Dezember 1983 beim Bundesverfassungsgericht den Erlaß einer einstweiligen Anordnung beantragt und eine Organklage eingereicht. Die einstweilige Anordnung wurde am 15. Dezember 1983 abgelehnt, die Entscheidung in der Hauptsache fiel am 14. Januar 1986 und führte zur Einsetzung des nachfolgend beschriebenen „Vertrauensgremiums“. Zwischenzeitlich Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN, daß Mitglieder aus jeder Fraktion in das Gremium entsandt werden sollten (vgl. u. a. Drucksachen 10/2779 und 10/2785), wurden mit Mehrheit abgelehnt.

Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium) gemäß § 10a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung

Nachdem das Bundesverfassungsgericht durch Entscheidung vom 14. Januar 1986 die bisherigen Vorschriften über die parlamentarische Behandlung der Haushaltsangelegenheiten der Nachrichtendienste (vgl. Rechtsgrundlage zu dem vorangehend dargestellten „Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste“) für verfassungskonform erklärt hatte, hat der Bundestag sie durch das am 19. Juni 1986 verabschiedete Dritte Gesetz zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung als Dauerregelung in die Haushaltsordnung übernommen. Künftig können die Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste bereits im Zuge des Haushaltsgesetzgebungsverfahrens gebilligt werden und zwar durch ein Gremium, das der Bundestag für die Dauer der Wahlperiode wählt. Zur Beratung des Haushalts 1987 setzte der Bundestag am 26. September 1986 erstmals das neue Gremium – erneut ohne Beteiligung der GRÜNEN – ein. In der Urteilsbegründung hatte das Bundesverfassungsgericht u. a. festgestellt, aus zwingenden Gründen des Geheimnisses könne es verfassungsrechtlich hingenommen werden, „daß einzelne Fraktionen bei der Besetzung eines Ausschusses unberücksichtigt bleiben“.

Rechtsgrundlage: **Drittes Gesetz zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung** vom 6. August 1986 (BGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. September 1994 (BGBl. I S. 2605)

„§ 10a

...

(2) Aus zwingenden Gründen des Geheimnisses kann der Bundestag in Ausnahmefällen die Bewilligung von Ausgaben, die nach geheimzuhaltenden Wirtschaftsplänen bewirtschaftet werden sollen, im Haushaltsgesetzgebungsverfahren von der Billigung der Wirtschaftspläne durch ein Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium) abhängig machen, das vom Bundestag in entsprechender Anwendung von § 4 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1978 (BGBl. I S. 453) für die Dauer der Wahlperiode gewählt wird. Sofern der Bundestag nichts anderes beschließt, sind die Wirtschaftspläne für die Nachrichtendienste sowie für die Dienststelle Marienthal vom Bundesminister der Finanzen dem Vertrauensgremium zur Billigung vorzulegen. Das Vertrauensgremium teilt die Abschlußbeträge der Wirtschaftspläne rechtzeitig dem Haushaltsausschuß mit. Die

Mitglieder des Vertrauensgremiums sind zur Geheimhaltung aller Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekanntgeworden sind.“

Zusammensetzung:¹⁾ 5 Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, davon 2 CDU/CSU, 2 SPD und 1 FDP

¹⁾ Stand: bei Wiedereinsetzung des Gremiums am 21. Mai 1987; inzwischen – beim Stand Beginn 13. Wahlperiode – 9 Mitglieder, davon 4 CDU/CSU, 3 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen und 1 FDP

Gremium nach § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes

Die Einrichtung dieses Gremiums war erforderlich geworden, nachdem das Zollkriminalinstitut die Befugnis erhalten hatte, zur Verhütung von Straftaten nach dem Außenwirtschaftsgesetz oder dem Kriegswaffenkontrollgesetz das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis – nach Anordnung eines Landgerichts – in Einzelfällen aufheben zu können. Um die parlamentarische Kontrolle sicherzustellen, ist nach § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes ein Gremium zu bestellen, das zunächst aus 5, seit 1995 aus 9 Mitgliedern des Bundestages besteht.

Rechtsgrundlage: **Außenwirtschaftsgesetz** vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481, 495, 1555), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. April 1995 (BGBl. I S. 582)

„§ 41

...

(5) der Bundesminister der Finanzen unterrichtet in Abständen von höchstens sechs Monaten ein Gremium, das aus neun vom Bundestag bestimmten Abgeordneten besteht, über die Durchführung der §§ 39 bis 43 dieses Gesetzes.“

Zusammensetzung:¹⁾ 9 Mitglieder des Bundestages, davon 4 CDU/CSU, 3 SPD, 1 B90/Grüne und 1 FDP

¹⁾ Stand: Beginn der 13. Wahlperiode

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

12.8 Technologie-Bewertung

„Die rechtzeitige Analyse neuer technologischer Maßnahmen, Entwicklungslinien und Verfahren in ihrem technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang ist dringend erforderlich, etwa für die weitere Nutzung nuklearer Brennstoffe, für die Mikroelektronik und Informationstechnologien, für die Molekularbiologie, Gen-Technologie ebenso wie für neue chemische Produkte. In den USA ist hierfür das Instrument des ‚Technology Assessment‘ entwickelt worden. Technologiefolgenabschätzung als systematisierte und weiterentwickelte Methode der Folgenanalyse ermöglicht eine wissenschaftlich fundierte Prognose möglicher bzw. wahrscheinlicher Folgen des technischen Wandels.

In der Bundesrepublik ist die Notwendigkeit einer Einrichtung für die Bewertung technologischer Entwicklungen bisher vorwiegend unter dem Gesichtspunkt staatlich geförderter Forschungs- und Entwicklungsprojekte diskutiert worden. Nicht nur im Bundesministerium für Forschung und Technologie fallen Entscheidungen, bei denen im Rahmen der staatlichen Förderung jährlich Projekte in Milliardenhöhe vergeben werden. Neben den staatlichen wird mit Recht auch für industrielle Maßnahmen eine frühzeitige und kritische Wirkungsforschung hinsichtlich der positiven und negativen, der direkten und indirekten Folgen für unsere Gesellschaft gefordert. Die Anwendung der Technologiefolgenabschätzung bedeutet keine Ablehnung des technischen Fortschritts, wohl aber eine kritische Reflexion und ein Abwägen der Vor- bzw. der Nachteile, die mit der technologischen Entwicklung verbunden sind. Entscheidungsvorbereitung und -hilfe ist das Ziel. Das wissenschaftliche Beratungssystem der politischen Instanzen wird damit um eine zukunftsbezogene Komponente ergänzt. Ein solches zusätzliches Instrument wissenschaftlicher Politikberatung könnte den Entscheidungsprozeß transparenter gestalten und die gesellschaftliche Konsensbildung in technologiepolitischen Fragen erleichtern ...

Die Forderung nach Schaffung von Kapazitäten zur Technologiefolgenabschätzung kann inzwischen als Allgemeingut bezeichnet werden. Wissenschaft und Bürgerinitiativen, Parteien, Parlament ebenso wie Regierungen haben sich dafür ausgesprochen. Umstritten – und nicht zuletzt geprägt von der jeweiligen politischen Zuständigkeit – bleibt dagegen bisher die Zuordnung und die organisatorische Ausgestaltung einer Institution zur Technologiebewertung.“*)

Nach 17jährigen Bemühungen hat der Bundestag 1990 die Voraussetzungen für die Einrichtung eines „Büros für Technikfolgen-Abschätzung (TAB)“ geschaffen. Entsprechend ist der Abschnitt folgendermaßen untergliedert:

- Chronik der Einrichtung einer Beratungskapazität beim Bundestag (S. 2817–2828)
- Veröffentlichungen des TAB (S. 2828–2832)
- Projekte des Büros für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) seit 1991 (S. 2833)

*) *Hartmut Klatt*, Technologiefolgenbewertung im Bereich des Bundestages – Ein Modell zur Optimierung der parlamentarischen Kontrolle. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 4. S.510–523 (hier: S.511–512).

Hinweis

Weitere Einzelheiten über die beiden in der 10. und 11. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommissionen „Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“ enthält im vorliegenden **Datenhandbuch** Abschnitt 9.11.

Chronik der Einrichtung einer Beratungskapazität beim Bundestag

In der folgenden Chronik werden die bis 1973 zurückreichenden Bestrebungen dokumentiert, beim Bundestag eine zusätzliche Kontrolleinrichtung zu schaffen, die das Parlament in Fragen der Technologiefolgen wissenschaftlich beraten könnte.***)

16. April 1973 Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, beim Deutschen Bundestag ein „Amt zur Bewertung technologischer Entwicklungen“ einzurichten (BT-Drs. 7/468). Begründet wird der Antrag mit der Notwendigkeit, die Kontrolle der Exekutive im Bereich der Wissenschafts- und Technologiepolitik zu stärken sowie die Auswirkungen von technologischen Entwicklungen auf Volkswirtschaft und Gesellschaft abschätzen zu können, um bei der Mittelbewilligung Fehler zu vermeiden.
18. Mai 1973 Nach Begründung des Antrags durch den Abgeordneten *Christian Lenzer* (CDU/CSU) und kurzer Aussprache (Redner: die Abgeordneten *Karl-Hans Kern* [SPD], *Klaus Jürgen Hoffie* [FDP] sowie der Bundesminister für Forschung und Technologie *Horst Ehmke*) Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Forschung und Technologie (federführend).
19. Juni 1975 Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie zu dem Antrag mit der Beschlußempfehlung, ihn abzulehnen (BT-Drs. 7/3802). Der Technologieausschuß ist nach längerer Beratung mit Mehrheit (SPD, FDP) zu der Ansicht gelangt, daß die von der CDU/CSU-Fraktion vorgeschlagene „Kommission für Technologiefolgenabschätzung“ beim Bundestag nicht geeignet sei, die Beratungskapazität des Parlaments zu verbessern; das Setzen von Prioritäten sei nur aufgrund von politischen Entscheidungen möglich. Die CDU/CSU hatte in den Ausschußberatungen die organisatorische Struktur ihres Modells modifiziert: Neben einer „Kommission für Technologiefolgenabschätzung“ (bestehend aus sechs Mitgliedern des Bundestages und sechs nicht stimmberechtigten Sachverständigen) wurde ein „Sekretariat zur Bewertung technologischer Entwicklungen“ vorgeschlagen.

**) Quellen:

Werner Blichke, Technologiefolgenabschätzung im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 10. 1979. H. 2. S.260–261;

Peter Fricke, Modelle zur Institutionalisierung einer Gesetzeskontrolle. Darstellung und vergleichende Bewertung. Frankfurt am Main, Bern 1983;

Hartmut Klatt, a.a.O.;

Heinz Joachim Quick, Organisationsformen der wissenschaftlichen Beratung des Parlaments. Eine Untersuchung zur institutionellen Verankerung einer Technologiebewertungseinrichtung beim Deutschen Bundestag. Berlin 1976;

Carl Böhret und *Peter Franz*, Die Technologiefolgenabschätzung (technology assessment) als Instrument der politischen Steuerung des technischen Wandels? In: Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Wolfgang Bruder*. Opladen 1986. S. 349–390;

Volker von Thienen, Technology Assessment: Das randständige Thema. Die parlamentarische TA-Diskussion und der erste Bericht der Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung“. In: Technik und Parlament. Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen. Hrsg. von *Meinolf Dierkes*, *Thomas Petermann* und *Volker von Thienen*. Berlin 1986. S.297–363;

Bundestags-Drucksache 10/6801 (Zwischenbericht der Enquete-Kommission);
Parlamentskorrespondenz „wib“.

24. Oktober 1975 Ohne Aussprache im Plenum Zustimmung des auf Ablehnung lautenden Ausschußantrags mit den Stimmen der SPD-FDP-Koalition und gegen die Stimmen der Opposition.
24. November 1977 Erneuter Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, beim Deutschen Bundestag eine „Prognose- und Bewertungskapazität zur Begutachtung technologischer und forschungspolitischer Entwicklungen“ einzurichten (BT-Drs. 8/1241). Die Begründung ist in der Sache unverändert. Institutionell wird ein Stab von drei bis maximal fünf ständigen Mitarbeitern vorgeschlagen, der für die Formulierung, Verteilung und Abwicklung der Gutachteraufträge zuständig ist, vorgeschlagen werden ferner auftrags- oder projektgebundene ad-hoc-Sachverständigen-Gruppen sowie ein Koordinierungsrat.
15. Dezember 1977 Nach Begründung des Antrags durch den Abgeordneten *Heinz Riesenhuber* (CDU/CSU) und einer kurzen Aussprache (Redner: die Abgeordneten *Erwin Stahl* [SPD] und *Karl-Hans Laermann* [FDP]) Überweisung an den Ausschuß für Forschung und Technologie (federführend).
14. Juni 1978 Der Technologieausschuß beendet die erste Beratung des Antrags mit dem von allen drei Fraktionen getragenen Beschluß, beim Bundestagspräsidium eine besondere Arbeitsgruppe „Technologiefolgenabschätzung“ zu bilden, bei der für einzelne Projekte ad-hoc-Sachverständigen-Gruppen tätig werden könnten. Im Haushaltsplan des Bundestages sollte ein besonderer Titel eingesetzt werden, wobei für das Haushaltsjahr 1979 ein Betrag von 1 Million DM veranschlagt wird (wovon 40% den Fraktionen für eigene Initiativen zur Technologiefolgenabschätzung zur Verfügung stehen sollen).
18. Oktober 1978 Der Haushaltsausschuß lehnt mit Mehrheit das finanzielle Votum des Technologieausschusses ab; er stimmt lediglich darin überein, daß der im Einzelplan 02 für „Kosten für Sachverständige“ ausgebrachte Ansatz in Höhe von 100 000 DM für Gutachten im Rahmen der Technologiefolgenabschätzung zur Verfügung stehen soll.
6. März 1979 Auf Verlangen der CDU/CSU-Fraktion erstattet der Vorsitzende des Technologieausschusses *Albert Probst* (CDU/CSU) einen Sachstandsbericht (BT-Drs. 8/2629 [neu]).
29. März 1979 Beratung des Sachstandsberichts im Plenum, nachdem der Bundestag zuvor beschlossen hatte, eine neue Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ einzusetzen. Redner der kurzen Debatte: die Abgeordneten *Heinz Riesenhuber* (CDU/CSU), *Adolf Stockleben* (SPD) und *Karl-Hans Laermann* (FDP). Die beiden Abgeordneten der sozialliberalen Koalition äußern Bedenken gegenüber dem Leistungsvermögen der geplanten „Minibürokratie“; statt dessen wird u. a. angeregt, die Ausstattung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages im Hinblick auf Naturwissenschaften und Technik zu verbessern.
29. Juli 1981 Erneuter Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Beratungskapazität des Bundestages zur Bewertung technologischer Forschungsprogramme und zur Vorbereitung der Entscheidung über technologiepolitische Probleme zu verbessern (BT-Drs. 9/701). Während die Begründung in der Sache sich von den früheren Anträgen im Grundsatz nicht unterscheidet, wird

- institutionell nunmehr vorgeschlagen, daß der Ausschuß für Forschung und Technologie eine Lenkungsgruppe bildet, die die Arbeiten im einzelnen koordiniert und Entscheidungen (auch über Personal- und Sachmittel) vorbereitet.
10. September 1981 Nach Begründung des Antrags durch den Abgeordneten *Ekkehart Eymmer* (CDU/CSU) und einer kurzen Ansprache (Redner: die Abgeordneten *Ulrich Steger* [SPD] und *Jürgen Timm* [FDP]) Überweisung an den Ausschuß für Forschung und Technologie (federführend).
13. Januar 1982 Beratung des Antrags im Technologieausschuß. Die Vertreter der Fraktionen bringen zum Ausdruck, durch Verbesserung der Beratungskapazitäten müsse die Chancenungleichheit des Bundestages im Vergleich zur Bundesregierung ausgeglichen werden; bevor man jedoch neue Institutionen ins Leben rufe, müsse überlegt werden, wie die vorhandenen Kapazitäten am besten ausgeschöpft werden könnten.
23. Juni 1982 Öffentliche Anhörung von Sachverständigen durch den Technologieausschuß: Übereinstimmend wird betont, daß die Technologiefolgenabschätzung als Instrument der Informationsbeschaffung für Entscheidungen erforderlich ist; Bedenken gibt es bei den Sachverständigen gegenüber der Einrichtung einer eigenen zusätzlichen Stelle beim Bundestag.
1. Dezember 1982 Angesichts der vorzeitigen Neuwahlen beschließt der Ausschuß für Forschung und Technologie, die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zu beauftragen, Vorschläge für eine Verbesserung des technologiepolitischen Entscheidungsinstrumentariums des Bundestages zu unterbreiten.
15. September 1983 Die Wissenschaftlichen Dienste übermitteln dem Technologieausschuß auftragsgemäß eine Ausarbeitung, in der die verschiedenen institutionellen Möglichkeiten der Technologiefolgenabschätzung erörtert werden. Im Begleitschreiben zum Gutachten wird es für empfehlenswert gehalten, „daß der Ausschuß für Forschung und Technologie einen Unterausschuß bildet, der ... erst einmal die Technologien bestimmt, die bewertet werden sollen. Möglicherweise wäre es dann erheblich leichter, über das anzuwendende Modell der Technologiefolgenabschätzung zu beraten ...“
8. Dezember 1983 Von der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie wird die Bildung eines Unterausschusses „Technikanalyse und -bewertung“ vorgeschlagen. Seine wichtigste Funktion soll die Organisation und Koordination von Information/Dokumentation über Technikanalyse und -bewertung, die Herstellung und Unterstützung des Dialogs mit Betroffenen und Interessengruppen, die Darstellung von technischem Entwicklungsstand und Alternativen sowie die Erarbeitung von Bewertungskriterien technischer Entwicklungen sein.
5. Juni 1984 In einem zweiteiligen Antrag schlägt die Fraktion der GRÜNEN im Ausschuß für Forschung und Technologie einerseits ebenfalls die Bildung eines Unterausschusses vor, wobei sie dessen Aufgaben präzisiert, und andererseits die Gründung einer unabhängigen und rechtsfähigen „Stiftung Technologiefolgenabschätzung“.
- Die FDP-Fraktion beantragt die Einrichtung einer „Kommission beim Präsidium des Deutschen Bundestages“, der Vertreter aller Bundestagsfraktio-

nen und – je nach Thema wechselnd – unabhängiger Experten angehören sollen.

Schließlich setzen sich die Ausschußmitglieder dafür ein, daß auf der Grundlage der verschiedenen Vorschläge eine neue Konzeption erarbeitet wird.

17. Oktober 1984 Im Ausschuß für Forschung und Technologie sprechen sich die Vertreter aller Fraktionen dafür aus, daß der Bundestag zur Vorbereitung seiner technologiepolitischen Entscheidungen eine (Enquete-)Kommission „Technologiefolgenabschätzung und -bewertung“ einsetzt.
15. November 1984 Die Fraktionen der CDU/CSU, FDP und der GRÜNEN fordern in einem Antrag (BT-Drs. 10/2383) die Einrichtung einer Kommission „Technikfolgenabschätzung und -bewertung“. Die Kommission gemäß § 56 GO BT (d. h. Enquete-Kommission) soll sich aus neun Abgeordneten und sechs externen Sachverständigen zusammensetzen.
28. November 1984 In einem eigenen Antrag (BT-Drs. 10/2517) setzt sich die SPD-Fraktion für die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung“ ein. Dieser Kommission sollen ebenfalls neun Abgeordnete und sechs externe Sachverständige angehören.
6. Dezember 1984 Überweisung der beiden Anträge an den Ausschuß für Forschung und Technologie (federführend). Die beiden Anträge unterscheiden sich hauptsächlich durch den Auftragsrahmen, indem der SPD-Antrag u. a. auch Aspekte von Beschäftigung, Arbeitsplatzsicherung und Mitbestimmung untersucht sehen will.
27. Februar 1985 Der Ausschuß für Forschung und Technologie schließt seine Beratungen ab und gelangt zu einer einstimmig gefaßten Beschlußempfehlung an das Plenum (BT-Drs. 10/2937), eine Enquete-Kommission für Technikfolgenabschätzung einzurichten.
14. März 1985 Nach einer kurzen Aussprache (Redner: die Abgeordneten *Josef Bugl* [CDU/CSU], *Hans Matthöfer* [SPD], *Roland Kohn* [FDP] und *Sabine Bard* [GRÜNE]) beschließt der Bundestag einstimmig die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ gemäß § 56 der Geschäftsordnung. Ihr Untersuchungsauftrag lautet:
- „Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, Informations- und Wissensstand des Deutschen Bundestages über wesentliche technische Entwicklungslinien zu verbessern, für die in Zukunft ein politischer Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht.
- In diesem Rahmen hat sie insbesondere Auswirkungen technischer Entwicklungen
- auf Struktur und Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft unter Berücksichtigung ihrer Folgen für die natürliche Umwelt,
 - auf die quantitative und qualitative Veränderung der Beschäftigung sowie der Arbeitsplätze,
 - auf die demokratischen und sozialen Strukturen innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen insgesamt zu beraten und dem Deutschen Bundestag über das Ergebnis ihrer Beratungen zu berichten.

Die Enquete-Kommission erfüllt ihren Auftrag, indem sie Auswirkungen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts anhand von Einzeltechnologien untersucht, bei denen für den Deutschen Bundestag ein dringender Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht.

Die Enquete-Kommission hat ferner die Aufgabe, Vorschläge zu erarbeiten, ob und gegebenenfalls in welcher organisatorischer Form das Thema ‚Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung im Deutschen Bundestag weiterbehandelt werden kann.“

Die Kommission setzt sich aus neun Abgeordneten und aufgrund eines Antrags aller Fraktionen (BT-Drs. 10/3022) aus acht externen Sachverständigen zusammen.

13. Mai 1985 Die Enquete-Kommission konstituiert sich und bestimmt nach Vereinbarung im Ältestenrat den Abgeordneten *Josef Bugl* (CDU/CSU) zum Vorsitzenden und den Abgeordneten *Hans Matthöfer* (SPD) zum stellvertretenden Vorsitzenden.
15. Mai 1985 Erste Arbeitssitzung der Enquete-Kommission. Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, daß eine sinnvolle Bearbeitung ihres komplexen Auftrages nur möglich ist, indem sie Schwerpunkte setzt und bestimmte Arbeitsprozesse schrittweise durchführt.
- In ihren weiteren Sitzungen konzentriert sich die Enquete-Kommission auf die Bearbeitung bzw. Vorbereitung einzelner Arbeitsfelder:
- Sie erarbeitet einen Vorschlag für die Form, in der die Aufgabe der Abschätzung und Bewertung von Technikfolgen beim Deutschen Bundestag langfristig weiterhin erfüllt werden kann (Arbeitsfeld 1),
 - sie setzt beispielhafte Untersuchungen technikbezogener Problemfelder in Gang (Arbeitsfeld 2),
 - sie sammelt in Verbindung damit Vorschläge für bestimmte Techniken und Problemfelder, deren vorausschauende Analyse und Bewertung erste Aufgabe einer zukünftigen Einrichtung für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag sein könnte (Arbeitsfeld 3).
14. Juli 1986 Die Enquete-Kommission legt frühzeitig ihren Bericht „Zur Institutionalisierung einer Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag“ (BT-Drs. 10/5844) vor, um dem Bundestag noch in der 10. Wahlperiode die Möglichkeit zu geben, über die Frage einer Institutionalisierung von Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung zu beraten und zu entscheiden. Die Kommission empfiehlt dem Bundestag, zur Unterstützung von Beratungen und Entscheidungen über technikbezogene Gestaltungsaufgaben eine Beratungskapazität für das Parlament in Form einer vom Bundestag einzusetzenden „Kommission zur Abschätzung und Bewertung von Technikfolgen“ in Verbindung mit einer ständigen wissenschaftlichen Einheit als Organisationseinheit der Bundestagsverwaltung einzurichten und dazu die Geschäftsordnung um einen § 56a zu ergänzen. Die Kosten für eine derartige Einrichtung werden für die notwendige personelle und sachliche Infrastruktur nach Abschluß einer Aufbauphase von bis zu vier Jahren auf jährlich etwa 10 Millionen DM beziffert.

Der 10. Bundestag sieht sich jedoch nicht in der Lage, diesen Bericht abschließend zu beraten und zu einer Entscheidung zu kommen.

13. November 1986 Beratung des Berichts „Zur Institutionalisierung einer Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag“ (BT-Drs. 10/5844): Nach kurzer Aussprache (Redner: die Abgeordneten *Josef Bugl* [CDU/CSU], *Jürgen Vahlberg* [SPD], *Joachim Müller* [GRÜNE] und *Karl-Hans Laermann* [FDP]) Überweisung an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (federführend) sowie an den Ausschuß für Forschung und Technologie und den Haushaltsausschuß. Die Vertreter aller Fraktionen bekunden übereinstimmend ihren Willen, auf der Grundlage des von der Enquete-Kommission vorgelegten Vorschlages in der nächsten Wahlperiode möglichst bald abschließend zu beraten.
3. Dezember 1986 Ablehnung des Vorschlages der Enquete-Kommission mit großer Mehrheit durch den Haushaltsausschuß: Nach Meinung der Koalitionsabgeordneten stehen Geldaufwand und möglicher Ertrag in keinem ausgewogenen Verhältnis.
10. Dezember 1986 Das Plenum nimmt die Empfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (BT-Drs. 10/6688) an, der 11. Bundestag habe zu entscheiden, ob und in welcher Form die Arbeit der Enquete-Kommission fortzusetzen sei. In einer Erklärung zur Abstimmung kündigt der SPD-Abgeordnete *Jürgen Vahlberg* an, er werde zusammen mit den anderen Mitgliedern seiner Fraktion in der 11. Wahlperiode beantragen, daß die Arbeit der Enquete-Kommission fortgesetzt wird. Insbesondere werde sich die SPD für die rasche Institutionalisierung einer ständigen Technikfolgen-abschätzungs- und -bewertungskapazität in der Bundesrepublik einsetzen.
21. Januar 1987 In einem Zwischenbericht (BT-Drs. 10/6801) empfiehlt die Enquete-Kommission dem 11. Bundestag,
- unverzüglich eine Enquete-Kommission zur Fortführung und zum Abschluß der begonnenen Arbeit einzusetzen,
 - zur Sicherstellung der Kontinuität die Weiterarbeit des Sekretariats zu ermöglichen,
 - die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Beratungen über eine Institutionalisierung von Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung aufgenommen werden können, und
 - auf der Grundlage des Vorschlags in ihrem Bericht „Zur Institutionalisierung einer Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag“ (BT-Drs. 10/5844) möglichst bald zu einer abschließenden Entscheidung zu kommen.
5. Mai 1987 Antrag der Fraktion der GRÜNEN, zur Fortentwicklung der von der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ in der 10. Wahlperiode begonnenen Arbeiten erneut eine Enquete-Kommission nach § 56 GO BT einzusetzen (BT-Drs. 11/220). Die Kommission soll die vorläufigen Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission aus der 10. Wahlperiode aufbereiten und die exemplarischen Untersuchungsprozesse zum Abschluß bringen; dazu ergänzend soll ein weiterer exemplarischer

Untersuchungsprozeß durchgeführt werden, wobei insbesondere neue Wege und Methoden der Vermittlung von erarbeitetem Wissen in die Ausschüsse des Bundestages und in die Öffentlichkeit erprobt werden soll.

20. Mai 1987 Antrag der SPD-Fraktion, zur Fortführung der in der 10. Wahlperiode begonnenen Arbeiten der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung der Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ wieder eine Enquete-Kommission gemäß § 56 GO BT einzusetzen (BT-Drs. 11/311). Neben dem Abschluß der in der 10. Wahlperiode begonnenen Arbeiten und der Untersuchung eines weiteren zentralen Technikfeldes ist die dritte Aufgabe die „weitere Bearbeitung und ggf. Präzisierung des Institutionalisierungsvorschlages, den die Enquete-Kommission in der 10. Wahlperiode – Drucksache 10/5844 – gemacht hat, und ggf. gutachterliche Begleitung der parlamentarischen Beratungen zu diesem Institutionalisierungsvorschlag“.
3. Juni 1987 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, zur Vorbereitung technologiepolitischer Entscheidungen des Bundestages wieder eine Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ gemäß § 56 GO BT einzusetzen (BT-Drs. 11/403). Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, „Informations- und Wissensstand des Deutschen Bundestages über wesentliche technische Entwicklungslinien zu verbessern, für die in Zukunft ein politischer Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht“.
4. Juni 1987 Die drei Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion sowie der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Einsetzung einer Enquete-Kommission, die die Arbeit der im 10. Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission zur Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen fortführen soll, werden an den Ausschuß für Forschung und Technologie überwiesen. Die Anträge werden ferner mitberaten vom Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie vom Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.
11. Juni 1987 Der ehemalige Vorsitzende der Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung“ der 10. Wahlperiode, *Josef Bugl*, übergibt Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* den Zwischenbericht der Kommission (BT-Drs. 10/6801). Am selben Tag wird der Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei bedauert *Bugl*, daß das Parlament der Empfehlung der Enquete-Kommission, eine ständige wissenschaftliche Einheit für Technologiefolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag einzurichten, bisher nicht nachgekommen sei. Noch deutlicher drückt sich das ehemalige Kommissions-Mitglied *Ottmar Schreiner* (SPD) aus: Die Art und Weise, wie mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission verfahren werde, spreche für die „Müdigkeit des Parlaments“ und zeige, daß politische Bremsen vorhanden seien. Die wichtigen Ergebnisse sämtlicher Enquete-Kommissionen des Bundestages seien anschließend „kaum in die Tat umgesetzt“ worden. Mit einer solchen Arbeitsweise hinke das Parlament den gesellschaftlichen Vorgängen hinterher und mache sich „zum Museum“.
14. Oktober 1987 In einer einstimmig gefaßten Empfehlung spricht sich der Ausschuß für Forschung und Technologie für die erneute Einsetzung einer Enquete-

Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“ aus und leitet eine entsprechende Beschlußempfehlung an das Plenum (BT-Drs. 11/979).

5. November 1987 Nach einer Aussprache (Redner: die Abgeordneten *Eicke Götz* [CDU/CSU], *Ottmar Schreiner* [SPD], *Karl-Hans Laermann* [FDP] und *Dietrich Wetzel* [GRÜNE]) beschließt der Bundestag einstimmig auf der Grundlage der Empfehlung des Ausschusses für Forschung und Technologie, erneut eine Enquete-Kommission gemäß § 56 GO BT unter der neuen Bezeichnung „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“ einzusetzen. Ihr Untersuchungsauftrag lautet:
- „Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, den Informations- und Wissensstand des Deutschen Bundestages über wesentliche technische Entwicklungslinien zu verbessern, für die in Zukunft ein politischer Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht.
- Die Enquete-Kommission erfüllt diese Aufgabe, indem sie
1. die von der Enquete-Kommission ‚Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung der 10. Wahlperiode begonnenen Arbeiten auf den Sachgebieten ‚Expertensysteme ‚Nachwachsende Rohstoffe und ‚Alternativen landwirtschaftlicher Produktionsweisen gemäß dem ursprünglichen Auftrag (Drucksache 10/2937) bis zum 30. April 1989 zum Abschluß bringt;
 2. die gegen den Institutionalisierungsvorschlag der Enquete-Kommission der 10. Wahlperiode (Drucksache 10/5844) geäußerten Bedenken aufgreift und dazu unter Berücksichtigung ihrer eigenen Erfahrungen – insbesondere bei der Vermittlung erarbeiteten Wissens in die ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und in die Öffentlichkeit – bis zum 30. April 1989 Empfehlungen vorlegt;
 3. ein weiteres zentrales Technikfeld untersucht, dessen Entwicklung politischen Handlungs- und Gestaltungsbedarf für das Parlament erwarten läßt, und dazu bis zum Ende der Wahlperiode einen Bericht vorlegt.
Das Technikfeld wird von der Kommission im Einvernehmen mit dem Ausschuß für Forschung und Technologie bis zum 31. März 1988 festgelegt.“
- Die Kommission setzt sich aus neun Abgeordneten sowie aus acht externen Sachverständigen zusammen.
10. Dezember 1987 Konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission „Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“; Vorsitzender der neuen Kommission ist *Jürgen Rüttgers* (CDU/CSU), Stellvertreterin *Edelgard Bulmahn* (SPD).
15. Januar 1988 Die Mitglieder der Enquete-Kommission diskutieren über das Selbstverständnis und die Zielrichtung des Gremiums. Während einige Abgeordnete und Sachverständige es als vorrangiges Ziel ansehen, an bestimmten Themen exemplarisch die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik zu üben, wollen andere die Arbeit der Kommission mehr auf praktische Erkenntnisse hin ausgerichtet haben.
3. November 1988 Die Enquete-Kommission führt eine öffentliche Anhörung zum Thema „Verantwortung und Haftung beim Einsatz von Expertensystemen“ durch.
21. April 1989 Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag (BT-Drs. 11/4377) einen neuen Ausschuß für parlamentarische Technikberatung, dem eine wissenschaftliche Einheit zugeordnet werden soll. Diese soll dem Ausschuß zuarbeiten,

Verbindung zu den Instituten halten, in denen Aufträge des Bundestages bearbeitet werden, und dafür sorgen, daß Studien eine für die parlamentarische Beratung geeignete Fassung erhalten. Diese wissenschaftliche Einheit soll mit 15 Sachverständigen mit mittelfristigen Verträgen ausgestattet werden. Da eine Einbindung eines solchen Ausschusses in die Bundestagsverwaltung nicht die erforderliche Unabhängigkeit garantieren könne, sollen die Mittel in einem gesonderten Ansatz bereitgestellt werden.

30. Mai 1989

Die Enquete-Kommission legt ihren Bericht „Zur Notwendigkeit und Ausgestaltung einer ständigen Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag“ (BT-Drs. 11/4606) vor.

In dem Bericht kommt die Kommission einvernehmlich zu der Auffassung, daß eine Verbesserung der Beratungssituation des Parlaments über die bestehenden Instrumente hinaus gerade bei technikbezogenen Problemstellungen dringend erforderlich ist. Wie dies geschehen soll, wird allerdings von verschiedenen Kommissionsmitgliedern unterschiedlich beurteilt:

- Die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP in der Kommission sowie ein Teil der Sachverständigen empfehlen, den Ausschuß für Forschung und Technologie zusätzlich mit der Aufgabe Technikfolgen-Abschätzung zu betrauen. Die zuarbeitende wissenschaftliche Einheit soll von einer externen Forschungseinrichtung gestellt werden, die über ein Ausschreibungsverfahren ausgewählt werden soll.
- Die Abgeordneten der SPD in der Kommission und ein anderer Teil der Sachverständigen empfehlen, einen „Ausschuß für parlamentarische Technikberatung“ einzurichten, dem eine wissenschaftliche Einheit beim Deutschen Bundestag zuarbeiten und der von einem vom Parlament zu berufenden Kuratorium beratend unterstützt werden soll.
- Die Abgeordnete der Fraktion DIE GRÜNEN in der Kommission und ein weiterer Sachverständiger empfehlen, ein Lenkungsgremium aus Abgeordneten und Sachverständigen beim Präsidium des Deutschen Bundestages zu schaffen, dem eine zur Bundestagsverwaltung gehörende wissenschaftliche Einheit zuarbeiten soll. Zusätzlich soll eine Stiftung eingerichtet werden, in deren Lenkungsgremium Abgeordnete und Mitglieder anderer gesellschaftlicher Gruppen vertreten sein sollten. Der Stiftung soll ein wissenschaftliches Institut zuarbeiten.

14. Juni 1989

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP fordern in einem Antrag (BT-Drs. 11/4749), der Bundestagsausschuß Forschung und Technologie solle in „Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgen-Abschätzung“ umbenannt werden. Der Ausschuß soll unter diesem Namen auch die Initiierung und politische Steuerung von Technikfolgenanalysen im Rahmen der ihm als Ausschuß zustehenden Kompetenzen übernehmen. Weiter fordern die Abgeordneten, mit der wissenschaftlichen Abwicklung von Technikfolgenanalysen eine Institution außerhalb des Parlaments zu beauftragen, deren rechtliche Form, wissenschaftliche Kompetenz und interdisziplinäre Struktur sie als geeignet ausweist, diese Aufgabe in hoher Selbständigkeit und eigener Verantwortung wahrzunehmen.

20. Juni 1989

Die Fraktion DIE GRÜNEN fordert in einem Antrag zur Institutionalisierung von Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag (BT-Drs. 11/4832), die Bundesregierung solle eine Stiftung für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung gründen, deren Leitungsgremium sich aus zehn Abgeordneten und neun Experten zusammensetzt. Die Experten des Leitungsgremiums sollen von der Mitgliederversammlung der Stiftung gewählt werden. Die Studien, die von der Stiftung erarbeitet

werden, sollen von den Ausschüssen und Fraktionen des Bundestages sowie der Mitgliederversammlung der Stiftung vorgeschlagen werden. Als Gegenstück zu der Stiftung soll beim Präsidium des Bundestages eine dauerhafte Beratungsinstitution aufgebaut werden.

22. Juni 1989

Der Bundestag berät eine Reihe von Vorlagen zum Thema Technikfolgenabschätzung, vor allem

- die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN zu „Praxis und Perspektiven der Technikfolgenabschätzung und -Bewertung“ (BT-Drs. 11/3115 und 11/4323 [neu]),
- den Antrag der SPD-Fraktion vom 21. April 1989 (BT-Drs. 11/4377),
- den am 30. Mai 1989 vorgelegten Bericht der Enquete-Kommission zur Frage einer ständigen Beratungskapazität (BT-Drs. 11/4606),
- den Antrag der CDU/CSU- und FDP-Fraktion vom 14. Juni 1989 (BT-Drs. 11/4749) und
- den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 20. Juni 1989 (BT-Drs. 11/4832).

Nach einer längeren Aussprache (Redner: die Abgeordneten *Jürgen Rüttgers* [CDU/CSU], *Bärbel Rust* [GRÜNE], *Ottmar Schreiner* [SPD], *Walter Hitschler* [FDP], *Edelgard Bulmahn* [SPD], *Friedrich Kronenberg* [CDU/CSU], *Peter Paterna* [SPD], *Jürgen Timm* [FDP] sowie der Bundesminister für Forschung und Technologie, *Heinz Riesenhuber* [CDU/CSU]) beschließt der Bundestag, die Vorlagen an die Ausschüsse zu überweisen.

16. November 1989

Der Bundestag folgt einer Beschlußempfehlung des Ausschusses für Forschung und Technologie (BT-Drs. 11/5489) und beschließt, dem Forschungsausschuß die Aufgaben der Technikfolgenabschätzung zu übertragen. Die Beschlußempfehlung – das Ergebnis einer über 16jährigen Beratung – hat folgenden Wortlaut:

- „1. Der Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie wird in ‚Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung‘ umbenannt. Er übernimmt die Initiierung und politische Steuerung von Technikfolgenanalysen im Rahmen der ihm als Ausschuß zustehenden Kompetenzen.
2. Mit der wissenschaftlichen Durchführung von Technikfolgenanalysen wird eine Institution außerhalb des Parlaments beauftragt, deren rechtliche Form, wissenschaftliche Kompetenz und interdisziplinäre Struktur sie als geeignet ausweist, diese Aufgabe in hoher Selbständigkeit und eigener Verantwortung wahrzunehmen.“

Durchgesetzt hat sich damit die Vorstellung der Koalitionsfraktionen. In der vorangegangenen Aussprache (Redner: die Abgeordneten *Jürgen Rüttgers* [CDU/CSU], *Ottmar Schreiner* [SPD], *Walter Hitschler* [FDP], *Bärbel Rust* [GRÜNE], *Friedrich Kronenberg* [CDU/CSU] und *Edelgard Bulmahn* [SPD]) treten noch einmal die unterschiedlichen Konzepte zutage.

14. März 1990

Nach einer öffentlichen Ausschreibung Ende 1989, zu der 25 Bewerbungen eingehen, und nach der Anhörung eines ausgewählten Bewerberkreises (am 7. März 1990) beschließt der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, der Präsidentin des Bundestages vorzuschlagen, die Abteilung für Angewandte Systemanalyse (AFAS) des Kernforschungszentrums Karlsruhe mit der Durchführung und Organisation von Technikfolgenanalysen für den Deutschen Bundestag zu beauftragen.

30. Mai 1990 Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung beschließt die ersten Themenstellungen und den Finanzrahmen des Büros für Technikfolgen-Abschätzung für das Jahr 1991.
- September 1990 Mit dem Abschluß eines Vertrages zwischen der Präsidentin des Deutschen Bundestages und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe (KFK) werden endgültig die Voraussetzungen für die Einrichtung des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) geschaffen. Seither läuft der personelle und organisatorische Aufbau durch die Abteilung für Angewandte Systemanalyse (AFAS) beim KFK. Das TAB hat sechs wissenschaftliche Mitarbeiter, die von Mitarbeitern der AFAS unterstützt werden. Leiter des TAB ist Prof. Dr. *Herbert Paschen*.
31. Oktober 1990 Auf Empfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (BT-Drs. 11/7987), im Vollzug der Beschlüsse des Bundestages zur Einrichtung einer Technologiefolgenabschätzung eine entsprechende Vorschrift dazu in die Geschäftsordnung des Bundestages einzufügen, beschließt der Bundestag folgende Ergänzung:
- „§ 56a Technikfolgenanalysen**
- (1) Dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung obliegt es, Technikfolgenanalysen zu veranlassen und für den Deutschen Bundestag aufzubereiten und auszuwerten. Er kann mit der wissenschaftlichen Durchführung von Technikfolgenanalysen Institutionen außerhalb des Deutschen Bundestages beauftragen.
- (2) Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat Grundsätze über die Erstellung von Technikfolgenanalysen aufzustellen und diese Grundsätze zum Ausgangspunkt seiner Entscheidung im Einzelfall zu machen.“
27. Februar 1991 Zur Sitzung des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung legt das TAB einen ersten Tätigkeitsbericht vor. Im Mittelpunkt dieses Berichtes stehen Ausführungen zu Stand und Perspektiven einzelner Projekte der Technikfolgen-Abschätzung, die durch das TAB konzipiert und mit Unterstützung anderer wissenschaftlicher Institute durchgeführt werden, sowie zum Arbeitsfeld „Technik-Monitoring“ (d. h. Beobachtung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und ihrer möglichen Auswirkungen sowie die frühzeitige Unterrichtung des Ausschusses über potentiell bedeutsame TA-Themen unter Verdeutlichung der parlamentarischen Relevanz). Bei den laufenden TA-Projekten handelt es sich um:
- Raumtransportsystem „SÄNGER“
 - Biologische Sicherheit bei der Nutzung der Gentechnik
 - Grundwasserschutz und Wasserversorgung
 - Müllvermeidung und Hausmüllentsorgung
 - Risiken bei einem verstärkten Wasserstoff-Einsatz
12. Juni 1991 Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung verabschiedet Verfahrensregeln zur Technikfolgen-Abschätzung, in denen festgelegt ist, daß Anträge auf Durchführung eines TA-Projektes von allen Fachausschüssen des Bundestages gestellt werden können. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung sieht seine Ansprechpartner daher nicht allein im Forschungsausschuß.

4. März 1993 Durch einen einstimmigen Beschluß des Bundestages zur Überführung des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag in eine ständige Einrichtung des Bundestages wird dessen dreijährige Pilotphase beendet. Das Kernforschungszentrum Karlsruhe wird für den Zeitraum 1993 bis 1998 erneut mit dem Betrieb des TAB beauftragt.

Das Plenum folgt damit einer Empfehlung des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (Drs. 12/4193) zu einem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 12/3499).

Der Ausschuß hatte festgestellt, daß das Parlament eine geeignete Beratungskapazität benötigt, um „seiner Verantwortung und Aufgabe als Gesetzgeber und Kontrollorgan gegenüber der Bundesregierung gerecht zu werden“. Es sei erforderlich, daß das Parlament selbständig die Folgen seiner Beschlüsse und die Folgen der Regierungsentscheidungen vor dem Hintergrund des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch sorgfältige Untersuchungen abschätzen kann. Er verwies darauf, daß zahlreiche Parlamente westlicher Demokratien ähnliche Einrichtungen geschaffen haben, so zum Beispiel Frankreich, Großbritannien und das Europäische Parlament sowie der US-Kongreß.

Veröffentlichungen des TAB

Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag hat bis zum Stand vom 31. August 1997 folgende Publikationen vorgelegt:

- TAB-Faltblatt:
Erstauflage (deutsch) im Februar 1991,
Neuauflagen (in deutsch oder englisch) zuletzt im Februar 1997
- TAB-Broschüre:
Wir über uns – einige Informationen (Erstauflage, deutsch) im Mai 1991,
zuletzt: Ziele, Themen, Organisationen (Neuauflage, deutsch/englisch) im Februar 1996
- TAB-Briefe:
Erste Ausgabe 1/91 im April 1991, inzwischen Ausgabe Nr. 12 vom Juni 1997
- TAB-Diskussionspapiere:
bisher sechs Ausgaben
- TAB-Hintergrundpapiere:
bisher drei Ausgaben
- TAB-Arbeitsberichte (siehe die folgende Liste):

Hinweis

Zur Kontrollfunktion und zu ihrer Wahrnehmung durch den Deutschen Bundestag ist im **Datenhandbuch** insbesondere das Kapitel 12 nachzuschlagen. Ferner kommen u. a. die folgenden Abschnitte in Betracht:

- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfragen des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsgliedern
- 9.10 Untersuchungsausschüsse

Lfd. Nr.	Thema	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
1	Das Raumtransportsystem SÄNGER – Billiger in den Orbit? (Vorstudie für eine TA)	April 1991	} a) 12/4669
2	Konzeption für das TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“	April 1991	
2	Ergänzung der Konzeption für das TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“	Sept. 1991	
3	Tätigkeitsbericht des TAB zum 31. 3. 1991 (Kurzfassung)	Mai 1991	
4	Beobachtung der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung (Ergebnisse des ersten Technikreports des FhG-ISI i. A. des TAB)	Juni 1991	
5	TA-Monitoring Bericht I – Parlamentarische Einrichtungen und ihre gegenwärtigen Themen	Sept. 1991	
6	Beobachtung der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung (Ergebnisse des zweiten Technikreports des FhG-ISI i. A. des TAB)	Nov. 1991	
7	TA-Relevanz ausgewählter Teilgebiete im Bereich „Neue Werkstoffe“ (Ergebnisse des Gutachtens des FhG-INT i. A. des TAB)	Jan. 1992	
8	Vorstudie zum TA-Projekt „Abfallvermeidung und Hausmüllentsorgung“ (Kurzfassung)	Jan. 1992	
8	Vorstudie zum TA-Projekt „Abfallvermeidung und Hausmüllentsorgung“ (Langfassung)	Mai 1992	
9	Zwischenbericht zum TA-Projekt „Biologische Sicherheit bei der Nutzung der Gentechnik“	Jan. 1992	
10	Zwischenbericht zum Untersuchungsbereich „Vorsorgestrategien zum Schutz des Grundwassers im Verursacherbereich Landwirtschaft“ (Kurzfassung)	April 1992	
10	Zwischenbericht zum Untersuchungsbereich „Vorsorgestrategien zum Schutz des Grundwassers im Verursacherbereich Landwirtschaft“ (Langfassung)	Mai 1992	
11	Tätigkeitsbericht für den Zeitraum vom 1. 4. 1991 bis 30. 6. 1992	Aug. 1992	
12	Beobachtung der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung (Ergebnisse des dritten Technikreports des FhG-ISI i. A. des TAB)	Aug. 1992	
13	TA-Projekt „Risiken bei einem verstärkten Wasserstoffeinsatz“ (Kurzfassung)	Nov. 1992	
13	TA-Projekt „Risiken bei einem verstärkten Wasserstoffeinsatz“ (Langfassung)	Nov. 1992	

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Lfd. Nr.	Thema	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation	
14	Technikfolgen-Abschätzung zum Raumtransportsystem SÄNGER	Okt. 1992		
15	TA-Projekt „Neue Werkstoffe“, Politische Herausforderung und technologische Chancen (Hintergrundpapier)	Nov. 1992		
16	Endbericht zum TA-Projekt „Abfallvermeidung und Hausmüllentsorgung – Vermeidung und Verminderung von Haushaltsabfällen“ (Kurz- und Langfassung)	Juli 1993	a) 12/7093 b) s. Fußnote 1	
17	Endbericht zum TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ – Entwicklungsperspektiven der Wasserwirtschaft (Zusammenfassender Endbericht)	Dez. 1993	}	
17	Endbericht zum TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ – Vorsorgestrategien zum Grundwasserschutz für den Bereich Landwirtschaft (Teilbericht I – Kurz- und Langfassung)	Dez. 1993		
17	Endbericht zum TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ – Vorsorgestrategien zum Grundwasserschutz für den Bausektor (Teilbericht II)	Dez. 1993		
17	Endbericht zum TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ – Problemanalyse zum Grundwasserschutz im Verkehrssektor (Teilbericht III)	Juni 1993		a) 12/8270 b) s. Fußnote 2
17	Endbericht zum TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ – Grundwassersanierung (Teilbericht IV)	Juni 1993		
17	Endbericht zum TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ – Grundwasserdefizitgebiet durch Braunkohlentagebau in den neuen Bundesländern (Teilbericht V)	Sept. 1993		
17	Endbericht zum TA-Projekt „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ – Zukunftsperspektiven der Wasserversorgung (Teilbericht VI)	Mai 1993		
18	Endbericht zum TA-Projekt „Genomanalyse“ – Chancen und Risiken genetischer Diagnostik	Sept. 1993	a) 12/7094 b) s. Fußnote 3	
19	TA-Monitoring Bericht II – Technikfolgen-Abschätzung zu neuen Biotechnologien (Auswertung ausgewählter Studien ausländischer parlamentarischer TA-Einrichtungen)	Juli 1993		
20	Endbericht zum TA-Projekt „Biologische Sicherheit bei der Nutzung der Gentechnik“	Aug. 1993	a) 12/7095	
21	Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. 7. 1992 bis 31. 8. 1993	Sept. 1993		
22	Zwischenbericht zum TA-Projekt „Neue Werkstoffe“ – Wege zur integrierten Werkstoffforschung	Jan. 1994		

- 1) *Anneliese Looß* und *Christine Katz*, Abfallvermeidung – Strategien, Instrumente und Bewertungskriterien. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1995.
- 2) *Rolf Meyer*, *Juliane Jörissen* und *Martin Socher*, Technikfolgen-Abschätzung „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1995.
- 3) *Leonhard Hennen*, *Thomas Petermann* und *Joachim J. Schmitt*, Genetische Diagnostik – Chancen und Risiken. edition sigma, Berlin 1996.

Lfd. Nr.	Thema	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
23	Bericht im Rahmen des Monitoring-Projektes „Energienorming“ – Auf dem Weg zu einem Europäischen Binnenmarkt für leitungsbundene Energie (Bericht zu aktuellen Fragen der Energiepolitik)	Jan. 1994	
24	Erster Sachstandsbericht im Rahmen des Monitoring-Projektes „Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik“ – Ist die (deutsche) Öffentlichkeit ‚technikfeindlich‘? (Ergebnisse der Meinungs- und der Medienforschung)	März 1994	
25	Erster Sachstandsbericht im Rahmen des Monitoring-Projektes „Gentherapie“ – Stand und Perspektiven naturwissenschaftlicher und medizinischer Problemlösungen bei der Entwicklung gentherapeutischer Heilmethoden	Mai 1994	
26	Endbericht zum TA-Projekt „Neue Werkstoffe“ (Langfassung)	Juni 1994	
27	TA-Projekt „Möglichkeiten und Probleme bei der Verfolgung und Sicherung nationaler und EG-weiter Umweltschutzziele im Rahmen der Europäischen Normung“ (Bericht zum Stand der Arbeit)	Juni 1994	
28	TA-Monitoring Bericht III – Informations- und Kommunikationstechnologien – Ausgewählte Technology Assessments des OTA – (Eine Auswertung von sieben OTA-Studien)	Juni 1994	
29	Bericht im Rahmen des Monitoring-Projektes „Energienorming“ – Sicherung einheimischer Energiequellen in Europa: Ein Ländervergleich im Binnenmarkt (Bericht zu aktuellen Fragen der Energiepolitik)	Aug. 1994	
30	TA-Projekt „Umwelttechnik und wirtschaftliche Entwicklung“ (Zwischenbericht)	Sept. 1994	
31	Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. 9. 1993 bis 31. 8. 1994	Okt. 1994	
32	Endbericht zum TA-Projekt „Neue Werkstoffe“	Jan. 1995	a) 13/1696
33	Endbericht zum TA-Projekt „Multimedia – Mythen, Chancen und Herausforderungen“	Mai 1995	a) 13/2475 b) s. Fußnote 4
34	Endbericht zum TA-Projekt „Auswirkungen moderner Biotechnologien auf Entwicklungsländer und Folgen für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern“	Mai 1995	a) 13/4933 b) s. Fußnote 5
35	Endbericht zum TA-Projekt „Umwelttechnik und wirtschaftliche Entwicklung – Integrierte Umwelttechnik – Chancen erkennen und nutzen“	Nov. 1995	a) 13/5050 b) s. Fußnote 6

⁴⁾ Ulrich Riehm und Bernd Wingert, Multimedia – Mythen, Chancen und Herausforderungen. Bollmann Verlag, Mannheim 1995.

⁵⁾ Christine Katz, Joachim J. Schmitt, Leonhard Hennen und Arnold Sauter, Biotechnologien für die Dritte Welt – Eine entwicklungspolitische Perspektive? edition sigma, Berlin 1996. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Band 2)

⁶⁾ Reinhard Coenen, Sigrid Klein-Vielhauer und Rolf Meyer, Integrierte Umwelttechnik – Chancen erkennen und nutzen. edition sigma, Berlin 1996. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Band 1)

Lfd. Nr.	Thema	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
36	Bericht im Rahmen des Monitoring-Projektes „Energienitoring“ – Deutschlands Erdgaswirtschaft im europäischen Verbund (Bericht zu aktuellen Fragen der Energiepolitik)	Juni 1995	
37	Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. 9. 1994 bis 31. 8. 1995	Jan. 1996	
38	TA-Monitoring – TA-Studien im Bereich Informationstechnologie – Eine Auswertung von sechs Studien europäischer parlamentarischer A-Einrichtungen	Jan. 1996	
39	TA-Monitoring „Stand der Technikfolgen-Abschätzung im Bereich der Medizintechnik“	April 1996	
40	Monitoring „Gentherapie“ – Die rechtliche Regelung der Gentherapie im Ausland – eine Dokumentation (2. Sachstandsbericht)	April 1996	
41	Monitoring „Nachwachsende Rohstoffe“ – Verbrennung von Biomasse zur Wärme- und Stromgewinnung (1. Sachstandsbericht)	Juli 1996	
42	Monitoring „Exportchancen für Techniken zur Nutzung regenerativer Energien“ (Sachstandsbericht)	Aug. 1996	
43	TA-Projekt „Möglichkeiten und Probleme bei der Verfolgung und Sicherung nationaler und EG-weiter Umweltschutzziele im Rahmen der europäischen Normung“ (Endbericht)	Sept. 1996	a) 13/6450 b) s. Fußnote 7
44	Machbarkeitsstudie zu einem „Forum für Wissenschaft und Technik“ (Endbericht)	Sept. 1996	a) 13/6451 b) s. Fußnote 8
45	TA-Projekt „Kontrollkriterien für die Bewertung und Entscheidung bezüglich neuer Technologien im Rüstungsbe- reich“ (Endbericht)	Sept. 1996	a) 13/6449 b) s. Fußnote 9
46	Monitoring „Stand und Perspektiven der Katalysatoren- und Enzymtechnik“ (Sachstandsbericht)	Dez. 1996	
47	Vorstudie zum TA-Projekt „Umwelt und Gesundheit“	März 1997	
48	Tätigkeitsbericht des TAB für die Zeit vom 1. 9. 1995 bis 31. 8. 1996	Feb. 1997	
49	Monitoring „Nachwachsende Rohstoffe“ – Vergasung und Pyrolyse von Biomasse (2. Sachstandsbericht)	April 1997	
50	Monitoring „Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung“ (Sachstandsbericht)	Juni 1997	
51	Monitoring „Zum Entwicklungsstand der Brennstoffzellen-Technologie“ (Sachstandsbericht)	Sept. 1997	

7) *Juliane Jörissen* (unter Mitarbeit von *Gotthard Bechmann*), Produktbezogener Umweltschutz und technische Normen – Zur rechtlichen und politischen Gestaltbarkeit der europäischen Normung. Carl Heymanns Verlag, Köln 1997.

8) *Leonhard Hennen, Christine Katz, Herbert Paschen* und *Arnold Sauter*, Präsentation von Wissenschaft im gesellschaftlichen Kontext – Zur Konzeption eines Forums für Wissenschaft und Technik. edition sigma, Berlin 1997. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Band 4)

9) *Thomas Petermann, Martin Socher* und *Christine Wennrich*, Präventive Rüstungskontrolle bei Neuen Technologien. Utopie oder Notwendigkeit? edition sigma, Berlin 1997. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Band 3)

Projekte des Büros für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) seit 1991*)

Abgeschlossene Projekte	Projekte in der Bearbeitung
<ul style="list-style-type: none"> - Raumtransportsystem SÄNGER - Risiken bei einem verstärkten Wasserstoffeinsatz - Abfallvermeidung und Hausmüllentsorgung – Vermeidung und Verminderung von Haushaltsabfällen - Biologische Sicherheit bei der Nutzung der Gentechnik - Genomanalyse – Chancen und Risiken gentechnischer Diagnostik - Grundwasserschutz und Wasserversorgung - Neue Werkstoffe - Multimedia – Mythen, Chancen und Herausforderungen - Auswirkungen moderner Biotechnologien auf Entwicklungsländer und Folgen für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Industrie und Entwicklungsländern - Umwelttechnik und wirtschaftliche Entwicklung: Integrierte Umwelttechnik – Chancen erkennen und nutzen - Möglichkeiten und Probleme bei der Verfolgung und Sicherung nationaler und EG-weiter Umweltschutzziele im Rahmen der Europäischen Normung - Kontrollkriterien für die Bewertung und Entscheidung bezüglich neuer Technologien im Rüstungsbereich - Machbarkeitsstudie zu einem „Forum für Wissenschaft und Technik“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Optionen zur Entlastung des Verkehrsnetzes und zur Verlagerung von Straßenverkehr auf umweltfreundlichere Verkehrsträger - Umwelt und Gesundheit - Neue Materialien zur Energieeinsparung und zur Energieumwandlung - Entwicklung und Folgen des Tourismus - Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung - Gentechnik, Züchtung und Biodiversität - Brennstoffzellen-Technologie - Klonen von Tieren

*) Stand: 31. August 1997

Vgl. auch *Thomas Petermann*, Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag: Innovation oder Störfaktor? In: *Regieren und Politikberatung*. Hrsg. von *Axel Murswiek*, Opladen 1994. S. 79–99.

Hinweis

Zum Bereich „Gesetzgebungsfunktion“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 8.14 Stimmergebnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze

13 Funktionen und Reformen des Bundestages

Überblick

	Seite
13.1 Funktionenkataloge für das Parlament	2834
– Umfrage nach den Funktionen des Bundestages (S. 2847)	
13.2 Parlamentsreformen seit 1949	2848
– Liste aller Beschlüsse und Maßnahmen (S. 2848)	
– Bibliographie (S. 2886)	
13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren	2887
13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts	2902
13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages	2921
13.6 Interfraktionelle Reformgremien	2935
– Arbeitsgemeinschaft Parlamentsreform im Deutschen Bundestag (5. WP) (S. 2935)	
– Interfraktionelle Initiative Parlamentsreform (10./11. WP) (S. 2936)	
13.7 Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente . .	2939

13.1 Funktionenkataloge für das Parlament

Eine Analyse der Leistungen und Versäumnisse des Parlaments setzt als Maßstab einen Katalog seiner Aufgaben und Funktionen voraus, um die realen Befunde damit vergleichen zu können. Gewöhnlich wird einem solchen Aufgabenkatalog jener Funktionenkatalog zugrunde gelegt, den *Walter Bagehot* 1867 für das englische Unterhaus formuliert hat.

Die Übertragbarkeit des *Bagehotschen* Funktionenkatalogs auf den Deutschen Bundestag ist freilich umstritten. So wird der Funktionenkatalog von einigen Autoren als „bis heute gültig“ bezeichnet und weitgehend unverändert übernommen, andere Autoren haben den Katalog modifiziert, verkürzt

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.9.

oder erweitert, und wieder andere halten ihn für nicht brauchbar zur Bezeichnung der Parlamentsfunktionen des Bundestages.

Weil Klarheit über die vom Parlament zu leistenden Funktionen Grundlage jeder Parlamentskritik und Parlamentsreform sein sollte und weil in der wissenschaftlichen Diskussion über die Parlamentsfunktionen diese Verständigung offenbar noch nicht erreicht ist, soll in diesem Abschnitt zumindest der Forschungsstand mit einer Auswahl verschiedener Positionen dokumentiert werden. *)

Vereinfachend lassen sich – so *Emil Hübner* – zwei Arten von Funktionenkatalogen für das Parlament unterscheiden:

- „verfassungsrechtliche“, die sich im wesentlichen auf die Aufzählung jener Parlamentsfunktionen beschränken, die ausdrücklich im Grundgesetz aufgeführt sind, d. h. Regierungsbildung, Gesetzgebung und Kontrolle,
- „politikwissenschaftliche“, die umfassender sind und insbesondere Funktionen einbeziehen, die sich aus dem Verhältnis des Parlaments zur Öffentlichkeit ergeben.

*) Diese Dokumentation folgt unter Berücksichtigung neuerer Veröffentlichungen weitgehend der kritischen Literaturübersicht von *Emil Hübner*, *Die Beziehungen zwischen Bundestag und Bundesregierung im Selbstverständnis der Abgeordneten des V. Deutschen Bundestages*. München 1980, S. 328–342.

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Chronik der Wissenschaftlichen Dienste
- 22.4 Datenbanken im Parlamentsbereich
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Eine chronologische Zusammenfassung der Parlamentsreformen enthält Abschnitt 13.2 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Die folgende Dokumentation beginnt mit dem Funktionenkatalog von *Walter Bagehot* und fährt in chronologischer Reihenfolge mit jenen Funktionenkatalogen fort, die von verschiedenen Autoren als Maßstab zur Beurteilung des Deutschen Bundestages konzipiert worden sind.

Walter Bagehot

The English Constitution.

London 1867.

(In zweiter deutscher Übersetzung: Die englische Verfassung. Neuwied, Berlin 1971.)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) „elective function“ [Wahlfunktion]	„Die wichtigste Funktion ... Das House of Commons ist eine Wahlkammer, es ist die Körperschaft, die unseren Präsidenten wählt.“ (a.a.O. S. 136)
2) „expressive function“ [Funktion der Meinungsäußerung]	Es ist die Aufgabe des House of Commons, „die Gedanken des englischen Volkes zu allen Angelegenheiten, mit denen es konfrontiert wird, zum Ausdruck zu bringen“. (a.a.O. S. 138)
3) „teaching function“ [Lehrfunktion]	„Eine große und öffentliche Körperschaft gewichtiger Männer kann nicht in die Mitte eines Gemeinwesens gestellt werden, ohne dies Gemeinwesen zu verändern. Sie sollte es zum besseren verändern. Sie sollte die Nation lehren, was sie nicht weiß.“ (a.a.O. S. 138)
4) „informing function“ [Beschwerdefunktion]	„... eine in ihrer gegenwärtigen Form zwar ganz moderne, jedoch in einzigartiger Weise einer mittelalterlichen gleichende Funktion. In der Vergangenheit war es das Amt des House of Commons, den Souverän zu informieren, wenn etwas nicht stimmte.“ (a.a.O. S. 138)
5) „function of legislation“ [Funktion der Gesetzgebung]	„Schließlich ist die Funktion der Gesetzgebung zu nennen, deren große Bedeutung zu leugnen widersinnig wäre und die ich nur nicht für ebenso wichtig ansehe wie die exekutive Leitung des ganzen Staates oder die politische Erziehung, die das Parlament der ganzen Nation gibt. Ich räume ein, daß es Zeiten gibt, in denen die Gesetzgebung beide an Wichtigkeit übertrifft.“ (a.a.O. S. 139)

Folgende Autoren sind im folgenden berücksichtigt: *Norbert Achterberg, Hans Apel, Wilhelm Hennis, Emil Hübner/Heinrich Oberreuter, Eckhard Jesse, Hans-Hugo Klein, Gerhard Loewenberg, Ulrich Lohmar, Hans Meyer, Joachim Raschke, Friedrich Schäfer, Winfried Steffani, Heinhard Steiger* und *Uwe Thaysen*. Die Reihenfolge richtet sich nach dem Erscheinungsjahr der Veröffentlichung.

Wilhelm Hennis

Der Deutsche Bundestag 1949–1965. Leistung und Reformaufgaben.

In: Der Monat. Jg. 18. 1966. H. 215. S. 26–36.

„Die an ein Parlament im Rahmen des parlamentarischen Regierungssystems gestellten Anforderungen sind klassisch beschrieben im berühmten Funktionenkatalog von *Walter Bagehots* ‚English Constitution‘. 1967 hundert Jahre alt, hat er bis heute nichts von seiner Verbindlichkeit verloren.“ (a.a.O. S. 28)

Anmerkung: In der Darstellung der Leistungen des Bundestages erweitert *Hennis* den *Bagehotschen* Funktionenkatalog um die Kontrollfunktion.

Joachim Raschke

Der Bundestag im parlamentarischen Regierungssystem. Darstellung und Dokumentation. Berlin 1968.

„Die vielfältigen Funktionen des Parlaments lassen sich zusammenfassen in: Wahl bzw. Abwahl der Regierung, Artikulier- und Informationsfunktion, Gesetzgebung, Kontrolle, Führungsauslese, Filterung und Integration von Verbandsinteressen.“ (a.a.O. S. 23)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Wahl bzw. Abwahl der Regierung	–
2) Artikulations- und Informationsfunktion	<p>„In einem Parlament können die politischen Parteien, soweit sie in Wahlen Erfolg haben, ihre Ansichten vertreten. Im Parlament sollen die die Gesellschaft bewegenden Fragen offen diskutiert werden. Regierung und Regierungsmehrheit sollen ihre Politik vor aller Öffentlichkeit genauso begründen und rechtfertigen wie der Opposition ihre entgegenstehenden Ansichten. Es ist richtig und notwendig, daß Parlamentsreden bewußt ‚zum Fenster hinaus ‚ an die Wählerschaft, gehalten werden. Das Artikulieren der Meinungen durch Regierungs- und Oppositionsparteien in der Absicht, die Öffentlichkeit für ihre Sicht der Dinge (und damit möglicherweise Wähler) zu gewinnen, ist die eine Funktion des Parlaments.</p> <p>Die andere Funktion hängt eng damit zusammen: Parlamentsdebatten sollen die Öffentlichkeit informieren. Dabei soll das Volk die Stellungnahmen von Regierung und Opposition kennenlernen können; des weiteren sind die Debatten für die Opposition eine Möglichkeit, sich über die Ansichten der Regierung zu unterrichten und umgekehrt.“ (a.a.O. S. 24)</p>
3) Gesetzgebungsfunktion	<p>„Bei der Gesetzgebung sieht das Grundgesetz die Mitwirkung verschiedener Bundesorgane vor. Zwar spielt die Bundesregierung bei der Gesetzgebung eine gewichtige Rolle, dennoch werden die definitiven Entscheidungen vom Bundestag und zum Teil vom Bundesrat gefällt.“ (a.a.O. S. 26)</p>
4) Kontrollfunktion	<p>„Unter der Kontrollfunktion soll hier verstanden werden, daß das Parlament Regierung und Verwaltung beobachtet, überwacht und ihre Handlungen prüft.“ (a.a.O. S. 26)</p>
5) Führungsauslese	<p>„Das Parlament ist ein Ort politischer Führungsauslese. Es steht in dieser Funktion vor allem in Konkurrenz zu den Parteien und zu den Einrichtungen des Föderalismus. Die Möglichkeit der Führungsauslese durch das Parlament besteht für Mehrheit und Minderheit. Der Weg ins Ministeramt führt fast ausnahmslos über das Abgeordnetenmandat, häufig über wichtige Fraktionsämter. Die Opposition, sofern sie die Chance des Machtwechsels hat, schafft Bewährungsmöglichkeiten in der Fraktionsführung oder – wo es institutionalisiert ist – im ‚Schattenkabinett .“ (a.a.O. S. 30)</p>
6) Filterung und Integration von Verbandsinteressen	<p>„In seiner Funktion der Filterung und Integration von Verbandsinteressen steht das Parlament in Konkurrenz zu den Parteien und vor allem zur Regierung und Verwaltung.“ (a.a.O. S. 31)</p>

Gerhard Loewenberg

Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland.
Tübingen 1969.

„Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Funktionen des Parlaments sind in den einzelnen politischen Systemen unterschiedlich. Vor einem Jahrhundert stellte *Walter Bagehot* fest, daß ‚eine große und offene, beratende Versammlung hervorragender Männer nicht in einer Gesellschaft bestehen kann, ohne diese Gesellschaft zu ändern. Er maß den, wie er sie nannte, expressiven, belehrenden und informierenden Funktionen des House of Commons seiner Jahre eine größere Wichtigkeit bei als dessen gesetzgeberischen Funktionen. Diese Rangordnung, die für das englische Parlament immer noch Gültigkeit hat, war auf das deutsche System nie anwendbar.“ (a.a.O. S. 452)

Als die drei wichtigsten politischen Funktionen des Bundestages werden im Vorwort (a.a.O. S. 15) genannt:

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Auswahl der Regierungsmitglieder	„Der Bundestag erfüllt lebenswichtige politische Funktionen, indem er den Regierungschef einsetzt und allgemeingültige Gesetze formuliert und ratifiziert.“ (a.a.O. S. 265)
2) Gesetzgebung	
3) Kommunikation zwischen Regierung und Öffentlichkeit	–

Hans Apel

Aufgaben der Parlamentsreform.
In: Das Parlament vom 30. 8. 1969.

„Die Parlamentsreform muß aus der Perspektive der dem Bundestag gestellten Aufgaben und dem gegenwärtigen Grad ihrer Erfüllung gesehen werden. Diese Aufgaben sind vor allem: Gesetzgebung, Kontrolle der Bürokratie, Sicherung der Bürgerrechte und Vertretung sowie Darstellung der Volksmeinung.“

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Gesetzgebung	„Das Grundgesetz weist dem Bundestag als zentrale Aufgabe die Gesetzgebung zu.“
2) Kontrolle der Bürokratie	–
3) Sicherung der Bürgerrechte	d. h. Wahrnehmung des Petitionsrechts
4) Vertretung sowie Darstellung der Volksmeinung	–

Norbert Achterberg

Grundzüge des Parlamentsrechts.
München 1971.

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Rechtsetzungsfunktion	<p>wird unterteilt in Geschäftsordnungsgebung und Gesetzgebung.</p> <p>„Die spezifische Aufgabe des Parlaments ist die Gesetzgebung; sie allein unterscheidet es – in Verbindung mit seiner Zusammensetzung aus gewählten Abgeordneten des Volkes – so deutlich von anderen Staatsorganen, daß sie – wie erwähnt – Begriffsmerkmal des Parlaments ist. Freilich ist dabei nicht zu verkennen, daß die Aufgabe des organsouveränen Parlaments im demokratischen Rechtsstaat neu zu überdenken ist: ...“ (a.a.O. S. 50)</p>
2) Kontrollfunktion	<p>„Der Gesetzgebungsfunktion pflegen die Parlamentswissenschaft sowie mitunter auch verfassungsgesetzliche Bestimmungen die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüberzustellen. Hiergegen ist nichts einzuwenden, wenn man sich nur bewußt ist, daß die parlamentarische Tätigkeit überhaupt in der Kontrolle der vollziehenden Funktion und der Rechtsprechung besteht, auch die Gesetzgebungsfunktion und die im folgenden noch zu erörternde Kreationfunktion mithin der Kontrolle dienen: Nicht zuletzt hierin liegt die demokratische und rechtsstaatliche Bedeutung des Parlaments.“ (a.a.O. S. 56–57)</p>
3) Kreationfunktion	<p>„Die Parlamente wirken ferner durch Wahl von Organwaltern oder Entsendung von Abgeordneten an der Kreation zahlreicher nationaler (der Bundestag auch supranationaler und internationaler) Organe mit ...</p> <p>Durch Wahl von Organwaltern beteiligt sich der Bundestag an der Schaffung nationaler Organe insbesondere dadurch, daß er mit Mitgliedermehrheit auf Vorschlag des Bundespräsidenten den Bundeskanzler wählt.“ (a.a.O. S. 66)</p>
4) Feststellung des Verteidigungsfalles	<p>vgl. dazu Art. 115 a, 115 d, 115 f, 115 h und 115 i GG</p>

Heinhard Steiger

Organisatorische Grundlagen des parlamentarischen Regierungssystems. Eine Untersuchung zur rechtlichen Stellung des Deutschen Bundestages.
Berlin 1973.

„... Ausgangspunkt der Untersuchung der Stellung des Bundestages müssen die rechtlichen Regeln des Grundgesetzes bleiben, wie sie in zwanzigjähriger politischer Praxis der Anwendung die Wirklichkeit der Organisation der Bundesrepublik geformt haben. Es ist insbesondere methodisch falsch, den Ansatzpunkt zur Analyse der Stellung des Bundestages in einer vorgegebenen Theorie des Parlamentarismus zu suchen, soweit diese Theorie nicht in den Regeln des Grundgesetzes nachweisbar formend und ordnend für die Organisation der Bundesrepublik ihren hinreichenden rechtlichen Ausdruck gefunden hat. Daher führt es notwendig zu falschen Ergebnissen, wenn in neueren, vornehmlich politikwissenschaftlichen Untersuchungen über Stellung und Funktion des Bundestages in der Organisation der Bundesrepublik der Funktionenkatalog als Grundlage der Analyse aufgenommen wird, den der englische Verfassungsrechtler *Walter Bagehot* im Jahre 1867 für das englische Unterhaus aufgestellt hat.“ (a.a.O. S. 16)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Kreative-zuständigkeiten	„Der Bundestag hat aber auch Zuständigkeiten zugewiesen erhalten, die für frühere Volksvertretungen so nicht bestanden, nämlich Kreativezuständigkeiten für die Organwalter anderer Verfassungsorgane. Er wählt den Bundeskanzler, einen Teil der Richter des Bundesverfassungsgerichts und wirkt als Teil der Bundesversammlung an der Wahl der Bundespräsidenten mit. Die Wahl des Regierungschefs ist von besonderer verfassungsgestaltender Bedeutung.“ (a.a.O. S. 18)
2) Gesetzgebung	„Sachlich verwirklicht der Bundestag die von ihm gewünschte Politik zunächst durch die Zuständigkeiten in der Gesetzgebung, die Gesetzesinitiative aus der Mitte des Bundestages und den Gesetzesbeschluß über die von allen Initiativberechtigten vorgelegten Gesetzentwürfe. Denn die Gesetzgebung ist die für fast alles innere staatliche Handeln maßgebende staatliche Tätigkeit.“ (a.a.O. S. 19)
3) Kontrolle der vollziehenden Gewalt	„Dem Bundestag werden im Grundgesetz weiterhin bestimmte Zuständigkeiten der Kontrolle der vollziehenden Gewalt zugewiesen, so das Untersuchungsrecht, das Recht, Mitglieder der Bundesregierung vor das Plenum und die Ausschüsse zu rufen, um sie dort zu befragen, die Kontrolle der Bundeswehr durch die Einrichtung des Wehrbeauftragten, die Kontrolle der Telefonabhörung. Allerdings ist der Katalog der Kontrollzuständigkeiten des Bundestages im Grundgesetz unvollständig.“ (a.a.O. S. 19)
4) Mitwirkung bei der Ausübung der Regierungsfunktion	„Im Grundgesetz nicht festgelegt sind Zuständigkeiten der sachlichen Mitwirkung bei der Ausübung der Regierungsfunktion i. e. S., soweit sie nicht Gesetzgebung ist. Eine solche Mitwirkung hat sich aber bereits in der Weimarer Republik entwickelt, und sie wird in der Gegenwart immer stärker.“ (a.a.O. S. 19–20)
5) Öffentlichkeitsfunktionen	<p>Zu den „Funktionen der gem. Art. 42 GG öffentlichen Beratungen des Plenums“ wird festgestellt:</p> <p>(1) „Die Beratungen sollen Diskussionen ermöglichen, in Rede und Gegenrede vor allem nach innen zu überzeugen suchen, um so eine auf Richtigkeit der Entscheidung gerichtete Rationalität wirksam werden zu lassen.“ (a.a.O. S. 87)</p> <p>(2) „Der Entscheidungsprozeß als solcher soll ... nach außen, zur Öffentlichkeit der Gesamtgesellschaft hin, sichtbar und verstehbar und damit kontrollierbar und kritisierbar werden.“ (a.a.O. S. 87)</p> <p>(3) „... soll die Entscheidung, z. B. also das Gesetz, gegenüber der Gesamtgesellschaft begründet bzw. seitens der Opposition die Ablehnung und gegebenenfalls die Alternative dargestellt werden.“ (a.a.O. S. 88)</p>

Hinweis

Zum Bereich „Gesetzgebungsfunktion“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 8.14 Stimmeregultnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze

Ulrich Lohmar

Das Hohe Haus. Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit.
Stuttgart 1975.

„In den parlamentarischen Demokratien kann man, vom staatstheoretischen Selbstverständnis und der historischen Entwicklung her gesehen, davon ausgehen, daß die Parlamente fünf wesentliche Funktionen zu erfüllen haben (*Bagehot* und *Montesquieu*): ...“ (a.a.O. S. 18)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Repräsentation des Volkes	<p>„Mit der Aufgabe der Repräsentation ist gemeint, daß die Abgeordneten des Parlaments das Volk und seinen Willen zum Ausdruck bringen sollen. Dies geschieht in der parlamentarischen Demokratie nicht durch unmittelbare Weisungen der Wähler gegenüber den Repräsentanten, sondern durch die Wahl von Abgeordneten auf Zeit.</p> <p>Die Repräsentationsrechte und -pflichten der Mitglieder des Bundestages schließen dabei die soziologischen Relationen zwischen Bevölkerung und Parlamentsstruktur ebenso mit ein wie die Rückkoppelung der Abgeordneten mit ihren Wählern, also die Verantwortlichkeit gegenüber dem Volk als dem eigentlichen Souverän. Die Aufgabe der Repräsentation umfaßt damit auch die Informationspflicht des Parlaments gegenüber der Bevölkerung über die Lage der Nation und die im Parlament vertretenen Auffassungen.“ (a.a.O. S. 19)</p>
2) Bildung der Regierung	<p>„Die Bildung der Bundesregierung geschieht ... durch die Wahl des Bundeskanzlers mit der Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages und die anschließende Bildung des Kabinetts, für die formal der gewählte Kanzler die Verantwortung trägt.“ (a.a.O. S. 18–19)</p>
3) Gesetzgebung	<p>„An der Gesetzgebung ist nach dem Grundgesetz nicht nur der in freier, unmittelbarer, gleicher, direkter und geheimer Wahl der Abgeordneten zustande gekommene Bundestag beteiligt, sondern auf der Ebene des Bundes in vielen Fällen auch der Bundesrat, dem die delegierten Minister der Bundesländer angehören. Außerdem wird die Gesetzgebungskompetenz des Bundestages durch die Landesgesetzgebung und durch das kommunale Satzungsrecht eingeschränkt ...“ (a.a.O. S. 19)</p>
4) Politische Willensbildung	<p>„Die politische Willensbildung drückt sich nicht nur in der Wahl des Bundeskanzlers und in der Ausgestaltung von Gesetzen aus, sondern auch durch Parlamentsdebatten, öffentliche Erklärungen und anderes mehr. Sie meint alle Initiativen, die der politischen Zielsetzung oder Aktion dienen und den politischen Entscheidungsprozeß beeinflussen.“ (a.a.O. S. 20)</p>
5) Kontrolle von Regierung und Verwaltung	<p>„Die Kontrolle als Aufgabe des Parlaments ist ein Element der Gewaltenteilung. Sie soll sich von unten nach oben auswirken, etwa in den politischen Parteien oder in den Fraktionen des Bundestages. Vorwiegend jedoch ist hier die Kontrolle der Regierung durch das Parlament gemeint, wobei Regierung und Verwaltung als eine Einheit gesehen werden.“ (a.a.O. S. 20)</p>

Hinweis

Für die von einigen Autoren genannte „Auslesefunktion“ des Parlaments bietet der Abschnitt 3.21 – Parlamentarische Laufbahnen: Synopse – Datenmaterial.

Friedrich Schäfer

Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise.
2., Neubearb. und erweiter. Aufl. Opladen 1975.

„Eine Formulierung der Gesamtaufgabe des Bundestages gibt es nicht. Diese muß sich aus der Pflicht zur politischen Führung im parlamentarischen Regierungssystem ergeben. Die Aufzählung im Grundgesetz ist deshalb eklektisch. Bis heute gültig hat *Walter Bagehot* im Jahre 1867 in seiner ‚Englischen Verfassung für das Unterhaus fünf Aufgabenrichtungen unterschieden, die den Wesensgehalt jedes modernen demokratischen Parlaments ausmachen.“ (a.a.O. S. 15)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Herrschaftsbestellung/ Wahlfunktion	„An erster Stelle steht bei ihm die Pflicht zur Herrschaftsbestellung, die Funktion des Parlaments als Wahlkörper; es ist die Wahl des Premiers, bei uns des Bundeskanzlers und damit die Schaffung des Organs Bundesregierung, wozu nur der Bundestag berufen ist.“ (a.a.O. S. 15)
2) Funktion als Forum	„Als zweite Aufgabe des Parlaments bezeichnet <i>Bagehot</i> die Erfüllung seiner Funktion als Forum, in dem die im Volke herrschenden Meinungen ihren Ausdruck finden. Nur im Parlament besteht die Möglichkeit, die von der Mehrheitsmeinung abweichende Auffassung zu vertreten. In der Debatte im Parlament müssen daher alle politisch relevanten Auffassungen vorgetragen werden, es genügt nicht, wenn die Mehrheit nur begründet, warum sie etwas tut oder nicht tut, sie muß sich mit den dargelegten Gegenargumenten befassen.“ (a.a.O. S. 16)
3) Erziehungsfunktion	„Die dritte Aufgabe des Parlaments sieht <i>Bagehot</i> in der Pflicht zur Erziehung der Gesellschaft, damit eng verbunden ist die vierte Aufgabe des Parlaments, die Informationspflicht. Darunter versteht <i>Bagehot</i> die Pflicht, der Öffentlichkeit alle Argumente des Für und Wider einer politischen Entscheidung darzulegen, damit die Gesellschaft diese Entscheidungen nachvollziehen und billigen kann.“ (a.a.O. S. 16)
4) Informationsfunktion	
5) Gesetzgebungsfunktion	„Erst als fünfte und letzte Aufgabe sieht <i>Bagehot</i> die Gesetzgebung.“ (a.a.O. S. 17)
6) Kontrollfunktion	„Das Recht, die Herrschaft zu bestellen und nach eigenem Entschluß sie jederzeit abberufen zu können, gibt dem Bundestag das Recht und die Pflicht, die Regierung und die von ihr geleitete Exekutive laufend zu kontrollieren.“ (a.a.O. S. 19) <i>Schäfer</i> erweitert damit den <i>Bagehotschen</i> Funktionenkatalog um die Kontrollfunktion.

Hinweis

Zur Kontrollfunktion und zu ihrer Wahrnehmung durch den Deutschen Bundestag ist im **Datenhandbuch** insbesondere das Kapitel 12 nachzuschlagen. Ferner kommen u. a. die folgenden Abschnitte in Betracht:

- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfragen des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.10 Untersuchungsausschüsse

Uwe Thaysen

Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Daten – Fakten – Urteile im Grundriß.
Opladen 1976.

„... der klassische Katalog *Walter Bagehot's* (wurde) unter zeitgerechten Fragestellungen eines *demokratischen* Parlamentarismus neu formuliert ...“ (a.a.O. S. 12)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Wahlfunktion	„Die Wahlfunktion ist an den Anfang zu stellen, weil sie die eigenständige Machtquelle des politischen Systems gegenüber dem sozio-ökonomischen Gesamtsystem benennt. Die Bestellung der Handelnden des politischen Systems auf dem Wege der direkten Wahl im Falle des Parlamentes und auf dem Wege der indirekten Wahl im Falle der Regierung verleiht diesem System eine – gewiß gewollt begrenzte, aber doch tatsächliche – Quelle der Entscheidungs- und Handlungsmacht auch gegenüber den Trägern sozio-ökonomischer Macht.“ (a.a.O. S. 17)
2) Artikulationsfunktion	„Die Artikulationsfunktion besteht darin, die Meinungen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Diese Funktion ist in der Verfassung der Bundesrepublik nicht gesondert genannt. Sie ist aber als unentbehrlicher Bestandteil der Volkssouveränität abzuleiten aus den Demokratiegeboten der Art. 20 und 28 GG sowie aus der im Range einer Verfassungsnorm verbürgten Öffentlichkeit der Verhandlungen des Bundestages (Art. 42 Abs. 1 Satz 1 GG).“ (a.a.O. S. 22)
3) Initiativfunktion	Unter Berücksichtigung der Wandlungen im Verhältnis zwischen Regierung, Parlament, Opposition und Öffentlichkeit: „Dennoch ist die Initiativfunktion des Parlaments ein unverzichtbarer Regelungsmechanismus des parlamentarischen Regierungssystems, mit dessen Hilfe eventuelle Schwächen der Regierung in ihren Wirkungen gemildert oder korrigiert werden können: Im Maße der Regierungsschwäche und mehr noch im Maße der Regierungsunfähigkeit eines Bundeskanzlers und seines Kabinetts kehrt die Möglichkeit und der Auftrag zur politischen Initiative zurück zum Parlament.“ (a.a.O. S. 38)
4) Gesetzgebungsfunktion	hierbei Hinweis auf Problematik – parlamentarische Mitregierung – Veränderung des Gesetzesbegriffs durch politische Planung – „Grauzonen“ politischer Entscheidungsfindung
5) Kontrollfunktion	–

Emil Hübner/Heinrich Oberreuter

Parlament und Regierung. Ein Vergleich dreier Regierungssysteme.
München 1977.

„Die Gesamtaufgabe des Bundestages ist verfassungsmäßig vorausgesetzt, aber nicht vollständig umschrieben. Sie ergibt sich also nicht allein aus der Verfassung und den ihm dort zugeschriebenen Einzelkompetenzen, wie z. B. der Gesetzgebung ...

Nicht die Erfüllung einzelner dieser Funktionen – die sich, abgesehen von der Kontrolle, bereits bei *Bagehot* finden – ist Maßstab für Rechtfertigung und Kritik der Parlamentsarbeit, sondern ihre Erfüllung im Zusam-

menklang. Ebenso prägt dieser Zusammenklang der Funktionen parlamentarischen Stil und parlamentarische Verhaltensweisen. Diese Aussage gilt zumindest für den Deutschen Bundestag.“ (a.a.O. S. 11–12)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Krefationsfunktion	d. h. insbesondere Regierungsbildung „Die Krefationsfunktion ist ein entscheidendes differenzierendes Kriterium für die Konstruktion von Regierungssystemen. Die Verfügung (oder Nichtverfügung) des Parlaments über die Regierungsbildung bestimmt den Typ des Regierungssystems.“ (a.a.O. S. 12)
2) Kontrollfunktion	d. h. Kontrolle von Regierung und Verwaltung
3) Gesetzgebungsfunktion	d. h. Gesetzgebung und Haushaltsbestimmung
4) Willensbildung und Mobilisierungsfunktion	d. h. Diskussion aller politisch relevanten Fragen „Unter Willensbildungs- und Mobilisierungsfunktion des Parlaments ist seine Aufgabe zu verstehen, durch Diskussion und Formulierung politischer Konzepte (mögen es unverbindliche Programmaussagen, politische Meinungen oder verbindliche Gesetze sein) der Öffentlichkeit Informationen zu vermitteln, Begründungen und Verantwortungen zu verdeutlichen und ihr dadurch Partizipation (in Zustimmung oder Kritik) zu ermöglichen.“ (a.a.O. S. 29)
5) Artikulationsfunktion	„Unter Artikulationsfunktion ist die Aufgabe des Parlaments zu verstehen, den politischen Willen – Meinungen und Interessen – der Bevölkerung zu artikulieren oder, allgemeiner, kommunikative Eingaben (inputs) aufzunehmen, sie entsprechend dem Repräsentationsprinzip zu prüfen und aufgrund dieser Prüfung zu verarbeiten – sei es durch politische Diskussion, sei es durch Gesetzgebung – oder zu verwerfen.“ (a.a.O. S. 34)

Eckhard Jesse

Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung in das politische System. Berlin 1978.

„Als das zentrale Bundesorgan hat der Bundestag eine Vielzahl von Aufgaben wahrzunehmen. Manche der Funktionen erfüllt überwiegend die Parlamentsmehrheit, andere weitgehend die Opposition.“ (a.a.O. S. 73)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Wahlfunktion	„Die Aufgabe, den Bundeskanzler zu wählen, übernehmen vornehmlich die Parteien, die die Regierung bilden.“ (a.a.O. S. 73)
2) Gesetzgebungsfunktion	„Die Gesetzgebung gilt vielfach als die Domäne des Parlaments, wengleich in der Praxis Regierung und Ministerialbürokratie ein Übergewicht haben.“ (a.a.O. S. 74)
3) Kontrollfunktion	„Die Kontrollfunktion nimmt heutzutage vor allem die parlamentarische Opposition wahr.“ (a.a.O. S. 77)
4) Repräsentations- und Artikulationsfunktion	„Der Bundestag soll die Bevölkerung repräsentieren und die vielschichtigen, teilweise einander widerstreitenden Interessen aller Gruppierungen der Bevölkerung angemessen berücksichtigen und sie gerecht wahrnehmen.“ (a.a.O. S. 79)

Winfried Steffani

Das präsidentielle System der USA und die parlamentarischen Systeme Großbritanniens und Deutschlands im Vergleich.

In: ders.: *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien*. Opladen 1979. S. 61–104.

„Während alle demokratischen Parlamente die Grundfunktion haben, demokratische Legitimation staatlichen Handels zu bewirken, können bei Parlamenten in parlamentarischen Regierungssystemen (,parlamentarischen Parlamenten) im einzelnen sieben primäre Funktionsbereiche unterschieden werden: ...“

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Gouvernamentale Kurations- und Terminierungsfunktion	Bestellung und Abberufung der Regierung
2) Kommunikationsfunktion	Öffentlichkeitsarbeit im Plenum und über die Ausschüsse
3) Interessenartikulationsfunktion	Vertretung des allgemeinen Interesses unter Beachtung von „Sonderinteressen“; „Repräsentation des Volkswillens“
4) Integrationsfunktion	Regierungsmehrheit und Opposition als Gesprächspartner
5) Kontrollfunktion	permanente Kontrolle der Regierung und Verwaltung
6) Gesetzgebungs- und Geldbewilligungsfunktion	vor allem letztinstanzliche Beschlußfassung
7) Rekrutierungsfunktion	Auslese politischen Führungspersonals

Hans Hugo Klein

Aufgaben des Bundestages.

In: *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Josef Isensee* und *Paul Kirchhof*. Bd. II. Heidelberg 1987. S. 341–366.

„Die Einteilung der Funktionen des Bundestages folgt bis heute im wesentlichen der klassischen Aufgabenbeschreibung des Parlaments durch *Walter Bagehot* ... Sie alle, wenngleich sich ihr Gewicht verändert, insbesondere das der Gesetzgebung sich deutlich in den Vordergrund geschoben hat, gehören auch heute zu den Aufgaben, deren Wahrnehmung dem Parlament im parlamentarischen Regierungssystem, also auch dem Bundestag, obliegt. Die nachfolgende Darstellung faßt die im Text des Grundgesetzes nur eklektisch aufgezählte Aufgabenfülle des Bundestages in

- die Gesetzgebungsfunktion,
- die Kurationsfunktion,
- die Funktion der politischen Willensbildung und Regierungskontrolle und
- die Öffentlichkeitsfunktion

zusammen. Hinzu kommt die hier nicht näher zu behandelnde Befugnis zur Regelung der eigenen Angelegenheiten, soweit sie nicht schon durch die Verfassung erfolgt ist (Autonomie).“ (a.a.O. S. 349)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Gesetzgebungsfunktion	„Im demokratischen Verfassungsstaat besitzt das Parlament zwar kein ‚Rechtsetzungsmonopol‘, aber die ‚Rechtsetzungsprärogative‘. Der Bundestag beschließt, im Rahmen seiner Zuständigkeit und unter Beachtung der Mitwirkungsbefugnisse der übrigen am Verfahren der Gesetzgebung beteiligten Organe (Bundesregierung, Bundesrat und Bundespräsident), die Gesetze (Art. 77 Abs. 1 Satz 1 GG).“ (a.a.O. S. 349 f.)
2) Kreationsfunktion	„Der Bundestag ist vor allem an der Kreation anderer oberster Bundesorgane beteiligt.“ (a.a.O. S. 355)
3) Politische Willensbildung und Regierungskontrolle	„Mit einigem Recht wird die Auffassung vertreten, Kontrolle lasse sich nicht als eigenständige Parlamentsfunktion verstehen, werde vielmehr uno actu mit anderen Parlamentsfunktionen wahrgenommen.“ (a.a.O. S. 357) Parlamentarische Kontrolle wird begriffen „nicht nur als Kritik vermeintlichen oder wirklichen Fehlverhaltens der Regierung, als Ausdruck des organisierten Mißtrauens der gewaltenteilenden Demokratie, sondern ... als Mitwirkung des Parlaments an der staatlichen und damit auch an der Willensbildung der Regierung“. (a.a.O. S. 359)
4) Öffentlichkeitsfunktion	Vorrangige Aufgabe der parlamentarischen Debatte ist es, „nicht so sehr den Verlauf, als vielmehr das Ergebnis des Willensbildungsprozesses im Parlament, d. h. in den Fraktionen und Ausschüssen des Bundestages, vor der Öffentlichkeit zu begründen. Dementsprechend verhandelt der Bundestag grundsätzlich öffentlich (Art. 42 Abs. 1 GG)“. (a.a.O. S. 362 f.)

Hans Meyer

Die Stellung der Parlamente in der Verfassungsordnung des Grundgesetzes.

In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989, S. 117–163.

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
1) Vertretung des Volkes	<p>„Die Vertretungsfunktion ist eine Grundfunktion des Parlaments. Sie zeigt sich vor allem in der dauernden Verbindung, die das Parlament mit dem Volk zu pflegen hat. Nur weil diese Funktion weniger vom Parlament als Ganzem erfüllt wird, vielmehr eine Hauptaufgabe der einzelnen Abgeordneten ist, spielt der Gedanke bei der traditionellen Auflistung der Parlamentsfunktionen keine wesentliche Rolle.</p> <p>Das Parlament ist das einzige Verfassungsorgan, das in der Lage ist, diese Aufgabe zu erfüllen. Denn es umfaßt dank der Verhältniswahl Vertreter aller relevanten politischen Richtungen. Die Vertretungsfunktion allein rechtfertigt die Größe des Parlaments. Sie allein verlangt auch die grundsätzliche Öffentlichkeit der Beratung des Bundestages (Art. 42 I 1 GG).“ (a.a.O. S. 121 f.)</p>
2) Garant einer Regierung	„In zweifacher Weise ist der Bundestag nach der Verfassung Garant einer Regierung. Er hat ihre Entstehung zu garantieren und er hat das Regieren zu garantieren.“ (a.a.O. S. 124)

Funktionen	Bemerkungen, Erläuterungen
3) Gesetzgeber	<p>„... Art. 20 II 2 GG (suggeriert) die Identifikation des Parlaments mit dem ‚Organ der Gesetzgebung‘. Das ist nur insoweit zutreffend, als das Parlament das Monopol hat, Gesetze im strengen Sinne, nämlich Parlamentsgesetze, zu beschließen. Die Identifizierung war jedoch nur solange sinnvoll, als die Notwendigkeit eines Gesetzes, also der Gesetzesvorbehalt, zugleich die wichtigste Kompetenzumschreibung für das Parlament war ...</p> <p>Mit dem Übergang zur Demokratie ist dieser Gesichtspunkt in den Hintergrund getreten. Die grundrechtlichen Gesetzesvorbehalte und die Ausweitung des Gesetzesvorbehalts auch außerhalb des grundrechtlichen Bereichs unter dem Stichwort Wesentlichkeitstheorie haben zwar unter rechtsstaatlichen und demokratischen Gesichtspunkten zu einem Kompetenzzuwachs beim Parlament geführt, politisch gesehen ist aber die Gesetzgebung zu einer normalen Handlungsform des Parlaments neben anderen geworden. Sie wird im wesentlichen bestimmt durch die politische Zielsetzung der Regierung, soweit diese Ziele nur durch Gesetzgebung oder doch mit Hilfe der Gesetzgebung zu verwirklichen sind.“ (a.a.O. S. 136)</p>
4) Organ parlamentarischer Kontrolle	<p>„Die Kontrollfunktion des Bundestages ist im Grundgesetz nicht sehr markant ausgewiesen; sie ergibt sich erst aus der Zusammenschau einer Reihe von Vorschriften ... Tatsächlich ist das parlamentarische Regierungssystem nur mit einem, freilich wichtigen Aspekt Anlaß parlamentarischer Kontrolle, nämlich bei der Kontrolle durch die Opposition. Sie ist von der Pflicht, die Regierung zu tragen, frei und daher auch in ihrem Kontrollwillen nicht begrenzt. Die Kontrolle ist für die Opposition zudem eine wichtige Probe auf die eigene Konzeptionsfähigkeit. Im übrigen kann aber das parlamentarische Regierungssystem die Kontrollfunktion des Parlaments als Gesamtorgan nicht erklären ... Die breiteste verfassungsrechtliche Fundierung der Kontrollfunktion aber liegt in der oben näher beschriebenen Vertretungsfunktion des Bundestages ...“ (a.a.O. S. 143 f.)</p>
5) Vermittler personaler Legitimation	<p>„Da alle Staatsgewalt nach Art. 20 II 1 GG vom Volk ausgeht, muß sich alle Staatsgewalt auch auf das Volk zurückführen lassen. Für alle Staatsorgane, die über die Regierungsverantwortung nicht der parlamentarischen Verantwortung unterliegen, bedarf es daher einer eigenständigen parlamentarischen Vermittlung der Legitimation.“ (a.a.O. S. 152)</p>

Umfrage nach den Funktionen des Bundestages*)

In der in den Jahren 1969 und 1970 durch das Geschwister-Scholl-Institut der Universität München durchgeführten Untersuchung zum Selbstverständnis der Abgeordneten der 5. Wahlperiode ist auch nach den Funktionen des Bundestages gefragt worden. Dabei zeigte sich, daß der überwiegende Teil der Abgeordneten die Gesetzgebung als diejenige Funktion bezeichnete, die im Bundestag sowohl die wichtigste Funktion sein sollte als auch tatsächlich ist.

*) Quelle: *Emil Hübner*, Die Beziehungen zwischen Bundestag und Bundesregierung im Selbstverständnis der Abgeordneten des V. Deutschen Bundestages. München 1980. S. 346.

Frage: In welcher Reihenfolge sehen Sie die wichtigsten Funktionen eines Parlaments?

- Wahl der Regierung,
- beispielhaft auf die politische Willensbildung einzuwirken,
- den politischen Willen der Bevölkerung zu artikulieren,
- die Regierung zu kontrollieren,
- Gesetzgebung und Haushalt zu bestimmen.

(Im Fragebogen wurden die Abgeordneten gebeten, sowohl für den „Ist“- als auch für den „Soll“-Bereich eine Skalierung der Funktionen vorzunehmen.)

Die Skalierungsergebnisse wurden anschließend zu folgender Punktetabelle umgerechnet:¹⁾

	insgesamt		CDU		CSU		SPD		FDP	
	Ist	Soll								
Wahlfunktion	372	271	383	287	382	287	362	268	397	210
Willensbildungs- funktion	219	259	204	245	195	258	205	261	280	324
Artikulationsfunktion	251	255	258	262	243	238	237	234	257	264
Kontrollfunktion	270	341	270	333	273	325	293	357	209	362
Gesetzgebungs- funktion	388	374	385	373	407	392	403	380	357	340

¹⁾ höchste Punktzahl in Fettdruck

13.2 Parlamentsreformen seit 1949

Dieser Abschnitt ist unterteilt in eine

- Liste aller Beschlüsse und Maßnahmen und – neu im vorliegenden *Datenhandbuch* – in eine
- Bibliographie.

Liste aller Beschlüsse und Maßnahmen

Im folgenden sind – nach Wahlperioden gegliedert – alle Beschlüsse und Maßnahmen des Bundestages seit 1949 zusammengefaßt, die dem Bereich der Parlamentsreform zugeordnet werden können. Dabei wird der Begriff „Parlamentsreform“ bewußt sehr weit und zugleich „wertneutral“ verstanden: Aufgenommen wurden Änderungen des Grundgesetzes, gesetzliche Regelungen, Änderungen der Geschäftsordnung und sonstige Beschlüsse des Bundestages, seiner Gremien oder der Fraktionen, die die Kompetenzen, die Organisation, Arbeitsweise und Arbeitssituation des Parlaments und seiner Mitglieder betreffen. Unberücksichtigt blieb aber, ob die einzelne Maßnahme nach einhelliger Auffassung wirklich eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet. In der Spalte „Bemerkungen“ finden sich jedoch Hinweise, falls eine bestimmte Reform nicht „angenommen“ oder sogar wieder rückgängig gemacht wurde (wie beispielsweise der Einbau eines Abstimmcomputers).

1. Wahlperiode (1949–53)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
Sept. 1949	Beginn des Aufbaues der Bundestagsverwaltung, die sich in ihrer Arbeit und Organisation an den Erfahrungen des Parlamentarischen Rates, des Wirtschaftsrates und der Reichstagsverwaltung orientiert. Der Stellenplan des Haushaltsplans für 1949 sieht 434 Bedienstete vor (davon 79 Beamte, 149 Angestellte und 206 Arbeiter).		inzwischen – Stand 1997 – 2100 Planstellen in der Bundestagsverwaltung
	Neuaufbau der wissenschaftlichen Einrichtungen praktisch aus dem Nichts heraus, da Reichstagsbibliothek den 2. Weltkrieg nicht überdauert hat. Zusammenfassung der traditionellen Parlamentsdienste Bibliothek, Archiv (ab 1950 einschließlich einer Pressedokumentation) und Parlamentsregister in einer Wissenschaftlichen Abteilung, der anfangs nur 16 Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Am 19. November 1949 Konstituierung eines Ausschusses für Bücherei (später „Büchereibeirat“), der sich in 18 Sitzungen bis 1952 u. a. mit den vielfältigen Anfangsproblemen der Bibliothek (z. B. Frage einer Zentralbibliothek für Parlament und Regierung, Wahl des Bibliothekssystems usw.) befaßt.		1957 Herauslösung der Presseauswertung aus dem Archiv und Bildung eines eigenen Referats; 1964 Bildung eines eigenen Dokumentationsdienstes; größere Veränderungen mit Einrichtung der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste am 1. 6. 1970
	Einrichtung einer „Presse-Informationsstelle“ des Bundestages zur Betreuung von Presse, Wochenschau, Hörfunk und (ab 1953) Fernsehen		1957 Auflösung der Presse-Informationsstelle; 1970 Einrichtung eines Presse- und Informationszentrums des Bundestages
26. 7. 1950	Erste Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Beratenden Versammlung des Europarates	Wahl des Bundestages (noch ohne Wahlgesetz)	11. 4. 1951 Verabschiedung eines Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik zur Beratenden Versammlung des Europarates; 2. 5. 1951 erstmalige Teilnahme der Bundesrepublik an einer Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates als Vollmitglied

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
21. 11. 1950	Erweiterung des „Bundeshauses“ (d. h. der 1930 errichteten Pädagogischen Akademie als dem Kernstück des Bundeshauses, heute „Altbau“) um ein sechsstöckiges Hochhaus (heute „Altes Hochhaus“) mit Zwischentrakt als Verbindung zum Südflügel	Beschluß des Bundestags-Vorstandes	Richtfest am „Alten Hochhaus“ im Dezember 1951; Bezug im Frühjahr 1952; 1964 Aufstockung des „Alten Hochhauses“ um ein 7. Geschoß
18. 1. 1951	Möglichkeit der schriftlichen Berichterstattung bei umfangreichen Berichten der Ausschüsse statt Verlesung im Plenum	Hinweis im Plenum	
24. 1. 1951	Vorschriften über die Durchführung von Prüfungen bei Wahleinprüfungen	Wahlprüfungsgesetz vom 12. 3. 1951	Änderung des Gesetzes am 23. 6. 1965
7. 6. 1951	Bezüglich Immunitätsangelegenheiten vereinfachtes Verfahren bei Verkehrsdelikten und Bagatellsachen (Vorentscheidung des Immunitätsausschusses = Entscheidung des Bundestages nach dreitägiger Einspruchsfrist)	Beschluß des Bundestages auf Antrag des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität	am 27. 6. 1962 Ausweitung des vereinfachten Verfahrens auf bestimmte Fälle der Strafvollstreckung
Okt. 1951	Grundsätze für den Aufbau der Bundestagsverwaltung mit folgenden drei Abteilungen: Abt. I: Verwaltung, Abt. II: Parlamentsdienst (u. a. Ausschußdienst), Abt. III: Wissenschaftliche Abteilung	Beschluß des Bundestags-Vorstandes	Aufgliederung in Referate innerhalb der Abteilungen ist mehrfach geändert worden; ab 1968 vier Abteilungen
6. 12. 1951	Umwandlung der namentlichen Abstimmung in ein Minderheitenrecht, d. h. Durchführung auf Verlangen von mindestens 50 anwesenden Abgeordneten	Änderung der GO BT (§ 57)	wirksam ab 1. 1. 1952; Änderung siehe am 27. 3. 1969
	Einführung von öffentlichen Informationssitzungen („Anhörungen“ bzw. „Hearings“) der Ausschüsse, die den nichtöffentlichen Ausschußsitzungen vorangehen können	Ergänzung der GO BT (§ 73)	wirksam ab 1. 1. 1952; Änderung siehe am 18. 6. 1969; Durchführung von öffentlichen Anhörungen – von einzelnen Fällen abgesehen – erst ab der 5. WP (1965–69) üblich
	Reduzierung der „Kleinen Anfragen“ auf schriftliche Erledigung (bisher im Plenum behandelt)	Änderung der GO BT (§ 110)	wirksam ab 1. 1. 1952

	Einführung der Fragestunde („je nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Monat“)	Ergänzung der GO BT (§ 111)	wirksam ab 1. 1. 1952; erstmalige Durchführung am 23. 1. 1952; Ausweitung der Zahl der Fragestunden mit Einführung von Richtlinien für die Fragestunde am 29. 6. 1960
	Neuregelung der Fraktionsbildung: anstelle der Angabe der Mindestmitgliederzahl in der GO BT (bisher: 10 Mitglieder) Feststellung der Mindestmitgliederzahl durch Beschluß des Bundestages	Änderung der GO BT (§ 10)	Beschluß des Bundestages am 16. 1. 1952: Mindestmitgliederzahl = 15; Verlust der Fraktionseigenschaft bei Bayernpartei, Zentrum und KPD; Neuregelung der Fraktionsstärke vgl. 27. 3. 1969
13. 12. 1951	Erhöhung der in den Bundestag entsandten Berliner Abgeordneten von 8 auf 19	Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag ... vom 17. 1. 1952	Eintritt der elf weiteren Berliner Abgeordneten in den Bundestag am 1. 2. 1952
1952	Einrichtung einer „Betreuungsstelle für Besuchergruppen“		
15. 5. 1952	Erweiterung der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Organisationsregelungen zur Durchführung des Lastenausgleiches	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 120a in das Grundgesetz vom 14. 8. 1952	wirksam ab 18. 8. 1952
16. 7. 1952	Erste Wahl der 18 Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Gemeinsamen Versammlung der Montanunion (der Vorläuferin des Europäischen Parlaments)	Wahl des Bundestages (ohne Wahlgesetz)	10. 9. 1952 konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion in Luxemburg
15. 11. 1952	Eröffnung des Lesesaals der Bibliothek		
11. 12. 1952	Wegfall der Nachwahlen für Wahlkreisabgeordnete für den Rest der Wahlperiode	Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag ... vom 8. 1. 1953	Nachwahlen wurden in späteren Bundeswahlgesetzen nicht wieder eingeführt

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
5. 2. 1953	Mehrere Erweiterungen des Bundeshauses in Erwartung einer höheren Abgeordnetenzahl ab Beginn der 2. Wahlperiode	Prüfungsbeschluß des Bundestags-Vorstandes	Oktober 1953 Übergabe der Erweiterung des Plenarsaals zur Rheinseite hin (zugleich Erweiterung der Pressetribüne von 80 auf 160 Plätze und der Besuchertribüne); Januar 1954 Bezug des Präsidialtraktes und Fertigstellung der Wandelhallen Nord und Süd; April 1954 Bezug des Fraktionsbaues im Anschluß an den Südflügel
25. 6. 1953	Erhöhung der Abgeordnetenzahl von 400 auf 484 (zuzüglich 22 Berliner Abgeordnete); Verschärfung der Sperrklausel	Wahlgesetz zum Zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. 7. 1953	wirksam ab Bundestagswahl 1953; ab 4. 1. 1957 mit Eingliederung des Saarlandes 494 Abgeordnete; ab Bundestagswahl 1965 496 zu wählende Abgeordnete (zuzüglich jeweils 22 Berliner Abg.)

2. Wahlperiode (1953–57)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
Beginn der WP	Einrichtung von Arbeitskreisen bei den Fraktionen der CDU/CSU und SPD als Hilfsorgane der Fraktionsvollversammlungen zur gründlichen Vorberatung der Fraktionsbeschlüsse; in Zusammenhang damit allmählicher Ausbau der Hilfsdienste der Fraktionen	Beschlüsse der Fraktionen	ab 3. Wahlperiode Fraktionsarbeitskreise auch bei der FDP
	Wahl ständiger Berichterstatter für die Einzelpläne des Bundeshaushalts	Beschluß des Haushaltsausschusses	

10. 12. 1953	Einführung der „Zwischenfrage“ vom Plenarsaal aus	Installierung von 15 Saalmikro- phonen im Plenum; Erklärung des Bundestagspräsidenten	Nutzung der Mikrophone auch für die Fragen und Zusatzfragen in der Frage- stunde; Vereinbarung über die „Hand- habung der Zwischenfragen in der Ple- narsitzung“ siehe am 26. 1. 1955
19. 1. 1954	Erstmalige Konstituierung des Beirates für handelspolitische Ver- einbarungen		
8. 2. 1954	Umbenennung des „Rechnungsunterausschusses“ des Haushalts- ausschusses in „Rechnungsprüfungsausschuß“, der damit als stän- diger Unterausschuß eine Sonderstellung erhält		Trotz Eigenstellung bleibt der Rech- nungsprüfungsausschuß auch später ein Unterausschuß des Haushaltsausschusses.
26. 2. 1954	Erweiterung der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes um Verteidigungsangelegenheiten und Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 26. 3. 1954	wirksam ab 28. 3. 1954
6. 5. 1954	Schaffung der Voraussetzungen, daß die Stenographischen Berichte der Plenarsitzungen bereits am folgenden Tage ausge- druckt vorliegen	Beschluß des Bundestages	in der 1. WP Erscheinungstermin zwei bis drei Tage nach der Sitzung
28. 5. 1954	Einführung eines Übergangsgeldes für Abgeordnete bei Ausschei- den aus dem Bundestag am Ende der Wahlperiode	Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 24. 6. 1954	wirksam ab 1. 6. 1954
26. 1. 1955	Regelung der „Handhabung der Zwischenfragen in den Plenarsit- zungen“	Vereinbarung im Ältestenrat, Anlage zur GO BT	
26. 5. 1955	Regelung der Behandlung von Rechtsverordnungen aufgrund des Zollgesetzes („Zollvorlagen“), die der Zustimmung des Bundesta- ges bedürfen und von der Bundesregierung als dringlich bezeich- net werden	Ergänzung der GO BT (§ 96a)	
23. 6. 1955	Erhöhung der Zuschüsse an die Fraktionen infolge der Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern	Haushaltsgesetz 1955	wirksam ab Haushaltsjahr 1955 (1. 4. 1955)
7. 7. 1955	Festlegung eines „befriedeten Bannkreises“ für den Bundestag mit eingeschränktem Demonstrationsrecht	Bannmeilengesetz vom 6. 8. 1955	wirksam ab 20. 8. 1955; gültig bis zur Neufassung des Bannmeilengesetzes vom 28. 5. 1969

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
27. 10. 1955	Neuregelung der Finanzvorlagen (Streichung von Regelungen, die das Initiativrecht der Abgeordneten beschränkten, d.h. Zwang, Gesetzesvorlage und Deckungsvorschlag zu verbinden)	Neufassung der GO BT (§ 96)	Neuregelung, weil Bundesverfassungsgericht am 6. 3. 1952 § 96 Abs. 3 und 4 für verfassungswidrig erklärt hatte; siehe auch Neufassung am 2. 7. 1969
6. 3. 1956	a) Einführung eines Wehrbeauftragten des Bundestages in das Verfassungsrecht; b) Übertragung besonderer Befugnisse auf den Verteidigungsausschuß (u. a. Rechte eines Untersuchungsausschusses)	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 19. 3. 1956	zu a): wirksam ab 22. 3. 1956; Ausführungsgesetz zu Art. 45b GG am 11. 4. 1957 verabschiedet – siehe dort zu b): erstmalige Konstituierung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß am 24. 10. 1956
15. 3. 1956	Einrichtung einer ständigen Wahlkreis Kommission; weitere Verschärfung der Sperrklausel; Einführung der Briefwahl	Bundeswahlgesetz vom 7. 5. 1956	wirksam ab Bundestagswahl 1957
11. 4. 1957/ 29. 5. 1957	Regelung der Wahl, Ernennung, Rechtsstellung, Aufgaben und Befugnisse des Wehrbeauftragten	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestages vom 26. 6. 1957	Ausführungsgesetz zur GG-Ergänzung (Art. 45b) vom 6. 3. 1956; erste Wahl eines Wehrbeauftragten erst am 19. 2. 1959
29. 8. 1957	Erweiterung der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes zur Regelung von Geldverbindlichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden, die aus Kriegsfolgen entstanden sind	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 135a in das Grundgesetz vom 22. 10. 1957	wirksam ab 27. 10. 1957

3. Wahlperiode (1957–61)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
Beginn der WP	Reduzierung der Zahl der ständigen Ausschüsse des Bundestages von 36 auf 26	Beschluß des Bundestages	weitere Reduzierung zu Beginn der 5. und 6. WP

27. 2. 1958	Erstmalige Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur erweiterten Versammlung der drei europäischen Gemeinschaften (ab 21. 3. 1958 „Europäisches Parlament“)	Wahl des Bundestages (ohne Wahlgesetz)	19. 3. 1958 konstituierende Sitzung der erweiterten Versammlung in Straßburg
7. 5. 1958	Dynamisierung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten durch Ankoppelung an die Beamtenbesoldung	Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages vom 27. 5. 1958	wirksam ab 1. 4. 1958
19. 1. 1959	Erstmalige Konstituierung von deutsch-ausländischen Parlamentariergruppen im Rahmen der Interparlamentarischen Union (IPU)	deutsch-ausländische Vereinbarungen	bis Ende 1984 Konstituierung von über 30 deutsch-ausländischen Parlamentariergruppen
12. 6. 1959	bei der Berechnung der Zuschüsse an die Fraktionen Berücksichtigung der Mitgliederzahl der einzelnen Fraktionen	Haushaltsgesetz 1959	wirksam ab Haushaltsjahr 1959 (1. 4. 1959)
3. 12. 1959	Erweiterung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz um die Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 23. 12. 1959	wirksam am 1. 1. 1960
29. 6. 1960	Regelungen zur Zahl und Zulässigkeit Mündlicher Anfragen, zur Zahl und zum Ablauf der Fragestunden einer Sitzungswoche („Jede Plenarsitzung beginnt mit einer Fragestunde“), zur schriftlichen Beantwortung und zu den Zusatzfragen	Anlage zur GO BT: Richtlinien zur Fragestunde	Wirkung: erhebliche Zunahme der Mündlichen Anfragen; siehe Vereinbarung im Ältestenrat am 15. 5. 1962
28. 10. 1960	Zulassung <i>mündlicher</i> Erklärungen von einzelnen Abgeordneten zum beabsichtigten Abstimmungsverhalten (entgegen §59 GO BT: „schriftlich“)	Erklärung des Bundestagspräsidenten	Regelung in der GO BT am 6. 5. 1970 durch Neufassung
Jan. 1961	Erstmaliges Erscheinen der „Neuerwerbungen“, eines Auswahlverzeichnisses der Bundestagsbibliothek	Beschluß des Büchereibeirates auf Anregung des Abg. <i>Hans-Jürgen Junghans</i>	im Jan. 1962 erstmaliges Erscheinen des Auswahlverzeichnisses „Zeitschriftenaufsätze“
Juli 1961	Beginn mit dem Ausbau der Terrasse hinter dem Alten Hochhaus zwecks Erweiterung der Bibliotheksausleihe und des Lesesaals		

Hinweis

Die Neubauplanung des Bundestages in Bonn ist chronologisch in Abschnitt 21.2 dargestellt.

4. Wahlperiode (1961–65)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
13. 12. 1961	Erweiterung der Zusammensetzung des Vorstandes des Bundestages um einen Parlamentarischen Geschäftsführer jeder Fraktion	Änderung der GO BT (§ 6)	zur Auflösung des Bundestags-Vorstandes siehe 18. 6. 1969
10. 1. 1962	Erstmaliges Erscheinen der Reihe „Zeitschriftenaufsätze“, eines Auswahlverzeichnisses der Bundestagsbibliothek	Beschluß des Büchereibeirates	Umbenennung 1974 in „Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken“
15. 5. 1962	Unzulässigkeit von Fragen zur Fragestunde, die einen Tagesordnungspunkt der laufenden Sitzungswoche berühren	Vereinbarung im Ältestenrat	am 7. 11. 1962 Modifizierung, wonach Fragen zulässig sind, wenn für den Tagesordnungspunkt Verzicht auf Aussprache vereinbart wurde
27. 6. 1962	Bezüglich Immunitätsangelegenheiten Ausweitung des 1951 für Verkehrsdelikte und Bagatellsachen eingeführten vereinfachten Verfahrens auf Fälle der Strafvollstreckung, soweit es sich um Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten handelt	Beschluß des Bundestages	
1. 12. 1962	Erstmaliges Erscheinen der Reihe „Bibliographien“ des Wissenschaftlichen Dienstes	Beschluß des Büchereibeirates	
15. 5. 1963	bei den Zuschüssen an die Fraktionen Einführung eines Zuschlages für Gesetzgebungsdienste der Fraktionen	Haushaltsgesetz 1963	wirksam ab Haushaltsjahr 1963 (1. 1. 1963)
ab 1964	In der Wissenschaftlichen Abteilung Herausbildung eines spezifischen Dokumentationsdienstes als neue Organisationseinheit neben Bibliothek, Archiv, Gesetzesdokumentation und Presseauswertung	Beschlüsse des Bundestages, Bundestags-Vorstandes und Büchereibeirates	schon seit der 1. WP zahlreiche kontroverse Beratungen über die Einrichtung eines Dokumentationsdienstes (vgl. BT-Sitzungen vom 21. 2. 1951 und 6. 5. 1954)
6. 3. 1964	Erhöhung der Tagegeldpauschale u. a. zu dem Zweck, in Bonn einen zweiten Wohnsitz einzurichten	Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages (Diätengesetz 1964) vom 25. 3. 1964	wirksam ab 1. 1. 1964

24. 6. 1964	Einführung einer Geheimschutzordnung des Bundestages (entsprechend der Verschlusssachenanweisung der Bundesbehörden)	Ergänzung der GO BT (§ 21a und Anlage)	
12. 1. 1965	Konstituierung des „Integrations-Ältestenrates“, eines Koordinierungsgremiums insbesondere zwischen Bundestag und Europäischem Parlament	interfraktionelle Vereinbarung	letztmalig am 14. 2. 1967 zusammengetreten; vgl. auch „Europa-Kommission“ unter dem Datum 16. 6. 1983
27. 1. 1965	Einführung der „Aktuellen Stunde“ im Bundestag	Ergänzung der GO BT (Anlage) um vorläufige Bestimmungen über Aussprachen zu Fragen von allgemeinem politischen Interesse	erste „Aktuelle Stunde“ am 10. 2. 1965
	Einführung der Möglichkeit, dem Wehrbeauftragten bei der Beratung seiner Berichte im Bundestag das Wort zu erteilen	Ergänzung der GO BT (§ 116b)	erstmalige Worterteilung an den Wehrbeauftragten am 29. 6. 1967
17. 2. 1965	Erweiterung des Bundeshaus-Komplexes um ein 29stöckiges Büro-Hochhaus („Neues Hochhaus“, Spitzname: „Langer Eugen“) mit 447 Büroräumen für Abgeordnete, 20 Sitzungssälen und 120 Büroräumen für die Ausschüsse	Beschluß des Bundestages	29. 8. 1966 Baubeginn; 10. 5. 1968 Richtfest; Februar–November 1969 Bezug des Neuen Hochhauses
22. 3. 1965	Erstmaliges Erscheinen der Reihe „Materialien“ des Wissenschaftlichen Dienstes	Beschluß des Büchereibeirates	
23. 6. 1965	Vereinfachung des Verfahrens bei der Prüfung von Wahleinsprüchen	Gesetz zur Änderung des Wahlprüfungsgesetzes v. 24. 8. 1965	wirksam erstmals nach der Bundestagswahl 1965

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.13.

Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.14, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt und dokumentiert wurden.

5. Wahlperiode (1965–69)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
11. 1. 1966	Generelle Zulassung von Live-Übertragungen des Hörfunks und Fernsehens aus dem Plenarsaal	Vereinbarung im Ältestenrat	zuvor unterschiedliche (restriktive) Regelungen zur Direkt-Übertragung
15. 3. 1967	Einführung der „Parlamentarischen Staatssekretäre“ zur Unterstützung der Bundesminister großer Ressorts	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 6. 4. 1967	Ernennung der ersten sieben Parlamentarischen Staatssekretäre am 12. 4. 1967; inzwischen (seit 1983) Anstieg der Zahl auf 24
10. 5. 1967	Ermächtigung des Gesetzgebers, Grundsätze für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufzustellen	15. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 8. 6. 1967	wirksam ab 14. 6. 1967
ab 1968	Beginn der Versuche, die elektronische Datenverarbeitung innerhalb der Wissenschaftlichen Abteilung anzuwenden	Prüfungs-Auftrag des Bundestags-Vorstandes; zahlreiche Beschlußfassungen in der folgenden Zeit, insbes. Beschluß des Bundestags-Vorstandes vom 26. 6. 1969, ein Informationssystem unter Einsatz der EDV aufzubauen	in der Folgezeit u. a.: 1971 Beschluß, Sach- und Sprechregister mit Hilfe der EDV zu erstellen; 29. 11. 1972 Konstituierung der Arbeitsgruppe „Parlamentsinformationssystem (PARLIS)“; April 1973 Bildung einer Abteilung „Datenverarbeitung“ (Januar 1975 Eingliederung in die Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation); ab September 1973 Informationssystem „Stand der Gesetzgebung (GESTA)“
27. 3. 1968	Einführung der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung der Abgeordneten auf Versicherungsbasis	Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages (Diätengesetz 1968) vom 3. 5. 1968	wirksam ab 1. 1. 1968
	Einführung der <i>schriftlichen</i> Begründung und Beantwortung der Großen Anfragen; mündliche Begründung beschränkt auf Fälle der Nichtbeantwortung oder der verspäteten Beantwortung; Verlängerung der Beantwortungsfrist von zwei auf drei Wochen	Änderung der GO BT (§§ 105, 106 und 108)	

	Erstmaliger Verzicht auf eine Fragestunde während der Haushaltsberatungen	Beschluß des Bundestages	später unterschiedliche Praxis
30. 5. 1968	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Notstandsgesetze; Einführung eines „Gemeinsamen Ausschusses“ als Ersatzparlament für den Fall der Handlungsunfähigkeit des Bundestages im Verteidigungsfall; umfangreiche parlamentsrechtliche Vorkehrungen für den Verteidigungsfall (Gesetzgebungsverfahren und -befugnisse, Dauer der Wahlperiode); Beschränkungsmöglichkeit des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses und Kontrolle durch ein parlamentarisches Gremium	17. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. 6. 1968	wirksam ab 28. 6. 1968; erstmalige Konstituierung des Gemeinsamen Ausschusses am 17. 9. 1970
	Einrichtung eines Gremiums zur regelmäßigen Unterrichtung von Maßnahmen zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) v. 13. 8. 1968	wirksam ab 1. 12. 1968; erstmalige Benennung der fünf Mitglieder des Gremiums durch den Bundestag am 16. 1. 1969
23. 10. 1968	Verlängerung der Fristen für den Bundesrat, zu Gesetzesvorlagen der Bundesregierung Stellung zu nehmen, den Vermittlungsausschuß einzuberufen und gegen Gesetze Einspruch einzulegen; besondere Regelung für „besonders eilbedürftige“ Regierungsvorlagen	18. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 15. 11. 1968	wirksam ab 20. 11. 1968
11. 12. 1968	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Haushaltsreform, insbesondere für ein Haushaltsgrundsätzegesetz und einen Mehrjahreshaushalt; Zuleitung der Berichte des Bundesrechnungshofes unmittelbar auch an Bundestag und Bundesrat	20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. 5. 1969	wirksam ab 15. 5. 1969
	Finanzverfassungsreform; Erweiterung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz und der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes	22. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. 5. 1969	wirksam ab 15. 5. 1969
26. 2. 1969	Aufstellung von Grundsätzen in Immunitätsangelegenheiten	Beschluß des Bundestages auf Antrag des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	Übernahme der Grundsätze in späteren Wahlperioden (z. B. 24. 4. 1970 und 14. 2. 1973) durch wiederholte Beschlüsse; Aufnahme in die GO BT als Anlage 8, später 6
28. 2. 1969	Regelung des Verfahrens geheimer Wahlen im Bundestag	Ergänzung der GO BT (§ 54a)	

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
27. 3. 1969	Verkleinerung des „befriedeten Bannkreises“ für den Bundestag	Neufassung des Bannmeilengesetzes vom 28. 5. 1969	wirksam ab 1. 6. 1969
	Regelung der Stellvertretung des Bundestagspräsidenten (= ein Vizepräsident „aus der zweitstärksten Fraktion“)	Änderung der GO BT (§7)	
	Neuregelung der Bildung der Fraktionen: Mindestmitgliederzahl (anstelle von 15 Abgeordneten) fünf Prozent (= 26 Abgeordnete) sowie Verzicht auf besonderen Beschluß bei Fraktionen aus mehreren Parteien, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele „in kleinem Land miteinander im Wettbewerb stehen“	Änderung der GO BT (§ 10)	Der zweite Teil der Neuregelung bezieht sich auf die Bildung der Fraktion der CDU/CSU
	Reduzierung des Quorums bei Verlangen auf namentliche Abstimmung von 50 auf 26 Abgeordnete	Änderung der GO BT (§ 57)	
28. 3. 1969	Erstattung von Aufwendungen für die Beschäftigung eines Mitarbeiters bis zu 1500 DM für jeden Abgeordneten	Haushaltsgesetz 1969	wirksam ab 1. 4. 1969; monatlich zur Verfügung stehender Betrag inzwischen 14 235 DM (Stand Anfang 1997)
4. 6. 1969	Einbau einer Abstimmungsanlage im Plenum	Beschluß des Bundestags-Vorstandes	zur Schaffung der geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzung für die Anwendung der Abstimmungsanlage siehe Beschluß vom 8. 6. 1971
11. 6. 1969	Festsetzung einer Dreimonatsfrist zur Weitergabe eines Bundesrats-Initiativentwurfs durch die Bundesregierung an den Bundestag	23. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 17. 7. 1969	wirksam ab 23. 7. 1969
13. 6. 1969	Herabsetzung der für eine Beteiligung an der Wahlkampfkostenerstattung erforderlichen Mindeststimmenzahl von 2,5% auf 0,5% der für eine Partei abgegebenen Stimmen	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22. 7. 1969	wirksam ab Bundestagswahl 1969
18. 6. 1969	Übertragung der Aufgaben des bisherigen Bundestags-Vorstandes auf den Ältestenrat und Auflösung des Bundestags-Vorstandes	Änderung der GO BT (§ 6)	wirksam ab 1. 10. 1969

Regelung der Aufsetzung selbständiger Anträge von Abgeordneten auf die Tagesordnung bei Behandlung des entsprechenden Sachgebietes (Fachbereichs)	Änderung der GO BT (§ 24)	unwirksam geblieben, da Gliederung der Sitzungswochen nach Sachgebieten (Fachbereichen) nicht vollzogen wurde
bei der Reihenfolge der Redner Festlegung des Prinzips der Rede und Gegenrede	Änderung der GO BT (§ 33)	wirksam ab 1. 10. 1969
Erweiterung der Bestimmungen gegen die Verlesung von Reden	Änderung der GO BT (§ 37)	unwirksam geblieben
Grundlegende Änderung der Rededauer: generell Begrenzung auf 15 Minuten (bisher maximal 60 Minuten) mit Ausnahme einer Redezeit von 45 Minuten für einen Redner pro Fraktion	Änderung der GO BT (§ 39)	wirksam ab 1. 10. 1969
Klarstellung zu den Aufgaben der Ausschüsse: Beschlußempfehlungen nur zu überwiesenen Gegenständen, neu jedoch Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse mit Gegenständen ihres Geschäftsbereichs	Änderung der GO BT (§ 60)	wirksam ab 1. 10. 1969
Für Antragsteller aus der Mitte des Hauses Schaffung der Möglichkeit, sechs Monate nach Ausschußüberweisung Sachstandsbericht zu verlangen	Änderung der GO BT (§ 60)	wirksam ab 1. 10. 1969
Einführung der sog. „fakultativen Öffentlichkeit“ bei Ausschußsitzungen, d. h. Möglichkeit, die Öffentlichkeit fallweise zuzulassen	Änderung der GO BT (§ 73)	bisher nur in seltenen Fällen angewendet worden
Neuregelung des Verfahrens bei öffentlichen Anhörungen	Änderung der GO BT (§ 73)	wirksam ab 1. 10. 1969
in den Ausschußberichten Wiedergabe der wesentlichen Ansichten der angehörten Interessen- und Fachverbände	Änderung der GO BT (§ 74)	wirksam ab 1. 10. 1969
Schaffung der Möglichkeit, Enquete-Kommissionen einzusetzen	Ergänzung der GO BT (§ 74a)	wirksam ab 1. 10. 1969; erstmalige Einsetzung einer Enquete-Kommission (Auswärtige Kulturpolitik) am 18. 3. 1970

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
noch: 18. 6. 1969	eingeschränkte Möglichkeit einer allgemeinen Aussprache in der ersten, zweiten oder dritten Lesung eines Gesetzes	Änderung der GO BT (§§ 78, 80 und 85)	wirksam ab 1. 10. 1969
	Verlängerung der Dauer der Aktuellen Stunde um 30 Minuten, falls die von der Bundesregierung oder vom Bundesrat in Anspruch genommene Redezeit 30 Minuten überschreitet	Änderung der Richtlinien für die Aktuelle Stunde (Anlage GO BT)	wirksam ab 1. 10. 1969
2. 7. 1969	Festlegung des Verfahrens für die Behandlung der Entwürfe des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans sowie von Ergänzungs- und Nachtragshaushaltsvorlagen	Neufassung der GO BT (§ 94)	wirksam ab 1. 10. 1969
	Festlegung des Verfahrens für die Behandlung von Finanzvorlagen im Haushaltsausschuß und Plenum des Bundestages	Neufassung der GO BT (§ 96)	wirksam ab 1. 10. 1969

Hinweise

Änderungen des Parlamentsrechts sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in folgender Abstufung dokumentiert:

- verfassungsrechtliche Änderungen im Abschnitt 14.2: Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation,
- gesetzliche Änderungen im Abschnitt 15.1: Gesetzgebung zum Parlamentsrecht,
- geschäftsordnungsrechtliche Änderungen im Abschnitt 16.1: Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen.

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind außerdem in den folgenden Abschnitten enthalten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

6. Wahlperiode (1969–72)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
Beginn der WP	Einführung von „Vorblättern“ für die Bundestags-Drucksachen, die insbes. bei Gesetzentwürfen kurze Hinweise zum Problem, zur Lösung, zu den Alternativen und den Kosten enthalten sollen	Dienstanweisung des Bundestagspräsidenten	Einführung geht auf Vorschläge während der Reformdebatten in der 5. WP zurück; erstmalige Beifügung eines „Vorblattes“ bei BT-Drs. VI/96 vom 27. 11. 1969
5. 11. 1969	Änderung der Kompetenzen des Bundestagspräsidenten insoweit, daß er bestimmte Personalentscheidungen im höheren Dienst der Bundestagsverwaltung im Benehmen mit seinen Stellvertretern oder mit ihrer Zustimmung trifft	Änderung der GO BT (§ 7)	
6. 11. 1969	Reduzierung der Zahl der ständigen Ausschüsse des Bundestages auf 17, Angleichung der Reihenfolge der Ausschüsse an die Reihenfolge der Ministerien	Beschluß des Bundestages	Seitdem steht grundsätzlich ein Bundestagsausschuß einem Bundesministerium gegenüber
28. 11. 1969	Einrichtung eines Presse- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages mit den drei Referaten Presse/Rundfunk/Fernsehen (PZ 1), Parlamentskorrespondenz (PZ 2) und Öffentlichkeitsarbeit (PZ 3)	diverse Beschlußfassungen	am 15. 9. 1970 erstmaliges Erscheinen der Parlamentskorrespondenz „heute im bundestag (hib)“; ab 1971 auch zusammenfassende Ausgabe „woche im bundestag (wib)“
6. 5. 1970	Festlegung, daß jedes Mitglied des Bundestages zur abschließenden Beratung eines Gegenstandes seine Abstimmung kurz mündlich oder schriftlich begründen kann	Neufassung der GO BT (§ 59)	Änderung entspricht bereits bestehender Übung
1. 6. 1970	Gründung der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste mit den Abteilungen Wissenschaftliche Dokumentation (WD) und Wissenschaftlicher Fachdienst (WF) sowie der Zentralstelle für Petitionen und Eingaben (Pet); Bildung von Gutachtergruppen (anstelle der bisherigen Dokumentationsreferate) sowie organisatorische Verbindung der Gutachtergruppen und der Ausschußsekretariate innerhalb von Fachbereichen	diverse Beschlußfassungen	

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
18. 6. 1970	Herabsetzung des Wählbarkeitsalters bei Bundestagswahlen vom 25. auf das 21. Lebensjahr (Volljährigkeitsalter)	27. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 31. 7. 1970	erstmalig wirksam bei Bundestagswahl 1972; ab Bundestagswahl 1976 18. Lebensjahr infolge Herabsetzung des Volljährigkeitsalters (siehe unter dem Datum 22. 3. 1974)
4. 11. 1970	Übernahme des Mathematischen Proportionsverfahrens nach <i>Hare/Niemeyer</i> (anstelle des Höchstzahlverfahrens nach <i>d'Hondt</i>) zur Berechnung der Stellenanteile der Fraktionen in den Bundestagsausschüssen, um die bisherige Begünstigung großer Fraktionen zu vermeiden	Beschluß des Bundestages	ab 9. WP Verwendung des Rangmaßzahlverfahrens nach <i>Schepers</i> , später Umbenennung in Proportionalverfahren nach <i>Sainte-Laguë/Schepers</i>
3. 3. 1971	Erweiterung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes um den Besoldungsbereich der Länder und um den Tierschutz	28. und 29. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, beide vom 18. 3. 1971	beide wirksam ab 21. 3. 1971
8. 6. 1971	Schaffung der geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzung zum Einsatz der Abstimmungsanlage (obligatorisch insbes. bei der Auszählung der Stimmen anstelle des „Hammelsprungs“ und bei namentlicher Abstimmung); Wiederholung einer Abstimmung in herkömmlicher Weise auf Verlangen einer Fraktion	Ergänzung der GO BT	am 18. 6. 1971 Anregung des Bundestagspräsidenten, Wortmeldungen und Meldungen für Zwischenfragen über den Computer abzugeben; erste einfache Abstimmungen mit dem Computer am 22. 9. 1971 bei der 2. und 3. Beratung des Mitbestimmungsgesetzes; Vereinbarung des Ältestenrats, bei strittigen Entscheidungen vorerst noch konventionell abzustimmen; volle Inbetriebnahme interfraktionell ab 1. 12. 1971 vereinbart; nach mehreren mißglückten Versuchen, mit Hilfe des Computers abzustimmen (zuletzt am 8. 11. 1973), in der 7. WP Übereinkunft, den Abstimmcomputer stillzulegen

13. 10. 1971	Zustellung von Referentenentwürfen aus den Bundesministerien über neue Gesetzentwürfe auf Wunsch auch an Fraktionen und Abgeordnete, sobald diese den beteiligten Fachkreisen und Verbänden zugeleitet worden sind	Briefliche Zusage von Bundesminister <i>Horst Ehmke</i> , Chef des Bundeskanzleramtes, an Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i>	
24. 11. 1971	Erstmaliges Erscheinen der „Schnellinformationen der Bibliothek“ mit Kurzreferaten zu aktueller Literatur		
23.–25. 2. 1972	Versuch einer neuen Form der zeitlichen Begrenzung der Debattdauer bei einer Aussprache im Plenum, wobei als Maßstab nicht mehr das Prinzip der Gewaltenteilung (Gegenüber von Gesamtparlament und Regierung), sondern das Gegenüber von Koalition und Opposition gilt	Vereinbarung im Ältestenrat	in dieser Wahlperiode einmaliger Versuch; ab Mitte der 7. WP weitere Vereinbarungen (siehe unter dem Datum 10. 10. 1974)
2. 3. 1972	Erweiterung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes um den Umweltschutz (Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung)	30. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. 4. 1972	wirksam ab 15. 4. 1972
4. 5. 1972	Anrechnung von Landtags- und Bundestagszeiten zur Erfüllung eines Versorgungsanspruchs in der Alters- und Hinterbliebenenversorgung	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages vom 22. 6. 1972	wirksam ab 30. 6. 1972
22. 6. 1972	Erweiterung der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung; Einführung einer konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet des Waffenrechts	31. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. 7. 1972	wirksam ab 3. 8. 1972
21. 9. 1972	Einführung von „Verhaltensregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages“	Anlage zur GO BT	wirksam ab 1. 11. 1972
	Einführung von Vorschriften über die „Registrierung von Verbänden und deren Vertreter“	Anlage zur GO BT	erste Lobby-Liste beim Stand vom 15. 11. 1973 mit 635 registrierten Verbänden am 24. 1. 1974 veröffentlicht; 1984: 1196 Verbände registriert

7. Wahlperiode (1972–76)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
Beginn der WP	schrittweise EDV-Umstellung des herkömmlichen Sach- und Sprechregisters auf das „Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien (DIP)“ mit dem Ziel der vertieften und erweiterten Auswertung der Materialien	Beschluß des Ältestenrates von 1971	mit Beginn der 8. WP Erstellung der Parlamentsregister unter vollem Einsatz der EDV mit Lichtsatz; gemeinsame Registerbände von Bundestag und Bundesrat
29. 11. 1972	Konstituierung der Arbeitsgruppe „Parlamentsinformationssystem (PARLIS)“ zur Förderung der Zusammenarbeit der Dokumentations- und Informationseinrichtungen von Bundestag, Bundesrat und Landesparlamenten		
22. 2. 1973	Einführung der „Kabinett-Information“ (aktuelle Berichterstattung im Bundestag über Themen der Kabinettsitzung)	Vereinbarung im Ältestenrat nach Zustimmung der Bundesregierung	erstmalige Durchführung am 14. 3. 1973; modifizierte Verfahrensregeln ab Januar 1974; Durchführung zunächst auf 7. WP beschränkt; erneute Einführung in der 10. WP siehe unter dem Datum 23. 5. 1985
Sept. 1973	Start des EDV-Informationssystems „Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“ in Form einer Loseblattsammlung; Beginn der in Sitzungswochen regelmäßig herausgegebenen Nachlieferungen	Einführung aufgrund einer Anregung des Abg. <i>Hugo Collet</i>	mit Beginn der 8. WP wird Druck und Vertrieb von GESTA von einem Verlag übernommen
22. 3. 1974	Herabsetzung des Wählbarkeitsalters bei Bundestagswahlen vom 21. auf das 18. Lebensjahr (Volljährigkeitsalter)	Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters vom 31. 7. 1974	wirksam ab Bundestagswahl 1976
20. 6. 1974	Anpassung der persönlichen Rechtsstellung der Parlamentarischen Staatssekretäre an die der Bundesminister; Möglichkeit, den Titel „Staatsminister“ zu verleihen	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 24. 7. 1974	
	Ausweitung des Anspruchs auf Gewährung von Ruhegeld für ausgeschiedene Abgeordnete	Zweites Gesetz zur Änderung des Diätengesetzes 1968 vom 2. 9. 1974	wirksam ab 6. 9. 1974

10. 10. 1974	Vereinbarung zur Begrenzung der Debattendauer bei einer Aussprache im Plenum nach folgendem Verteilerschlüssel: je 30% Redezeit für Koalitionsfraktionen und Regierung und 40% für Opposition	Vereinbarung im Ältestenrat	später Verständigung auf die knappe Verteilerformel 6:4 (= 60% für Koalition, 40% für Opposition); Beibehaltung dieser Regelung bis zur 9. WP; ab 10. WP wegen des Bestehens zweier Oppositionsfraktionen geringfügige Änderung des Verteilerschlüssels
7. 1. 1975	Einführung eines regelmäßigen Treffens der europäischen Parlamentspräsidenten	Vereinbarung der europäischen Parlamentspräsidenten in Paris	erste reguläre Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten am 26./27. 9. 1975 in Rom
1. 2. 1975	Einrichtung der Fachbereiche VII (Zivilrecht, Verfahrensrecht, Umwelt, Raumordnung, Bauwesen, Städtebau) und VIII (Forschung und Technologie, Bildung und Wissenschaft) innerhalb der Wissenschaftlichen Dienste		
27. 2. 1975	Verankerung des Petitionsausschusses im Grundgesetz mit Rechtsgrundlage für ein Befugnisgesetz	32. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 15. 7. 1975 (Einfügung eines Artikels 45c)	wirksam ab 19. 7. 1975
	Ausweitung der Rechte des Petitionsausschusses: u. a. Auskunft und Aktenvorlage seitens Bundesregierung und Verwaltung; Anhörung von Petenten, Zeugen und Sachverständigen; Amtshilfe durch Gerichte und Verwaltungsbehörden	Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach Artikel 45c des Grundgesetzes) vom 19. 7. 1975	wirksam ab 19. 7. 1975
	Regelung eines Verfahrens für den Fall, daß bei Gesetzesbeschlüssen vor ihrer Übersendung Druckfehler oder andere offenbare Unrichtigkeiten festgestellt werden	Änderung der GO BT (§ 123)	
10. 4. 1975	Neufassung der Geheimschutzordnung des Bundestages	Änderung der GO BT (Anlage)	
	Bestimmungen über die Erstellung und Veröffentlichung von Ausschußprotokollen	Ergänzung der GO BT (§ 73a)	
19. 6. 1975	Regelung der Anhörung kommunaler Spitzenverbände durch die Ausschüsse und Wiedergabe ihrer Ansichten im Ausschußbericht	Änderung der GO BT (§§ 73, 74)	

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
Herbst 1975	Aufnahme der Verbindung zum EDV-Dokumentationssystem des Bundespresseamtes		
ab Juni 1976	Einrichtung sog. „Depositbibliotheken“, d. h. öffentliche Bibliotheken der Städte und Landkreise, denen der Bundestag seine Stenographischen Berichte und Drucksachen zur Verfügung stellt		
1. 7. 1976	Regelung des Neuwahltermins, Vermeidung parlamentsloser Zeiten (z. B. infolge Parlamentsauflösung)	33. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Art. 39] vom 23. 8. 1976	wirksam ab Beginn der 8. WP; Angleichung des Wahlrechts durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes vom 20. 7. 1979
	Erweiterung der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts	34. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. 8. 1976	wirksam ab 28. 8. 1976
8. 12. 1976	Umfassende Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten; Versteuerung der Diäten; Wegfall jeglicher Vergütung aus dem Beamtenverhältnis für Beamte während ihrer Mandatszeit; Umstellung der Altersversorgung für ausgeschiedene Abgeordnete von einer versicherungsrechtlichen in eine pensionsähnliche Regelung; Berichte des Bundestagspräsidenten über die Angemessenheit der Entschädigung in Abständen von längstens zwei Jahren	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) vom 18. 2. 1977	wirksam ab 18. 2. 1977; Umstellung auf steuerpflichtige Entschädigung ab 1. 4. 1977; mit Beschluß vom 25. 11. 1983 jährliche Berichte; erster Bericht des Bundestagspräsidenten zur Angemessenheit der Entschädigung am 27. 12. 1978

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.13. Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.14, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt und dokumentiert wurden.

8. Wahlperiode (1976–80)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
ab 1977	Mitarbeit der Wissenschaftlichen Dienste an dem „Europäischen Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation“, Luxemburg	Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten	
2. 2. 1977	Durchführung von zwei Fragestunden zu je 90 Minuten in jeder Sitzungswoche (anstelle von drei Fragestunden zu je 60 Minuten)	Änderung der GO BT (Richtlinien für die Fragestunde)	Verfahren wurde schon in der 7. WP praktiziert
24. 6. 1977	bei der Berechnung der Zuschüsse an die Fraktionen Einführung eines besonderen Zuschlages für die Opposition („Oppositionsbonus“)	Haushaltsgesetz 1977	wirksam ab Haushaltsjahr 1977 (1. 1. 1977)
11. 11. 1977	Versuchsweise Einführung der „Aussprache mit Kurzbeiträgen“ von je 10 Minuten Dauer für jede Fraktion	Vereinbarung des Ältestenrates	durch Beschluß des Bundestages vom 5. 10. 1978 offizielle Einführung des Verfahrens
15. 12. 1977	Rationalisierung des Verfahrens bei der Behandlung von EG-Vorlagen	Änderung der GO BT (Anlage 6)	
2. 1. 1978	Inkrafttreten einer Allgemeinen Dienstanweisung für die Bundestagsverwaltung (enthält u. a. Benutzungsordnung für die Bibliothek, für das Parlamentsarchiv und für die Pressedokumentation sowie die Hausordnung des Bundestages)		
9. 3. 1978	Einrichtung einer Parlamentarischen Kontrollkommission zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes	Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. 4. 1978	erstmalige Einsetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission am 13. 4. 1981; zuvor bestand ein 1956 einberufenes informelles Gremium („Parlamentarisches Vertrauensmännergremium“)
16. 3. 1978	Gesetzliche Grundlage für die Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments	Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz) vom 16. 6. 1978	vielfältige Bestrebungen zur Direktwahl des Europäischen Parlaments seit 1960; 7.–10. 6. 1979 erstmalige Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
20. 4. 1978	Einführung eines gemeinsamen Dokumentationsverfahrens bei der Bearbeitung der Stenographischen Berichte und Drucksachen des Bundestages, Bundesrates und der Landesparlamente	Beschluß der Konferenz der Präsidenten der deutschen Länderparlamente	
5. 10. 1978	Eröffnung eines neuen Besucherzentrums des Bundestages in einem ehemaligen Bootshaus am Rheinufer		
29. 11. 1979	Zahlung der Wahlkampfkostenerstattung auch an parteiunabhängige Bewerber, sofern sie wenigstens 10% der im Wahlkreis abgegebenen gültigen Erststimmen erreicht haben	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die politischen Parteien vom 21. 12. 1979	wirksam rückwirkend ab 28. 7. 1967; Gesetzesänderung aufgrund der „Daniels-Entscheidung“ des BVerfG
1. 6. 1980	Beginn der Teilnahme des Bundestages als Informationsanbieter an den Feldversuchen der Bundespost zum Bildschirmtext		
25. 6. 1980	Gesetzliche Verankerung von Verhaltensregeln der Mitglieder des Bundestages bezüglich der beruflichen Tätigkeit, Offenlegung von Interessenverknüpfungen, Spenden und Einnahmen sowie über die Annahme bestimmter Zuwendungen; gegenseitige Anrechnung von Mitgliedschaftszeiten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament	Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. 9. 1980	
	Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung	Beschluß des Bundestages	wirksam ab 1. 10. 1980
	Allgemeine Änderungen: sprachliche und begriffliche Bereinigungen, Umstellung und Zusammenfassung der Paragraphenfolge zwecks größerer Übersichtlichkeit, neue Numerierung der Paragraphenfolge		wirksam ab 1. 10. 1980
	Neuregelung der Redeordnung: Festlegung der Dauer und Gestaltung der Aussprache durch Ältestenrat, andernfalls „Auffangregel“ (Rededauer bis 15 Minuten pro Redner; auf Verlangen einer Fraktion 45 Minuten für einen ihrer Redner)	Änderung der GO BT (§ 35)	zum Teil schon bestehende Praxis

Neufassung der Richtlinien für die Aktuelle Stunde: Einführung der Möglichkeit, eine Aktuelle Stunde unabhängig von der Fragestunde durch eine Fraktion oder durch mindestens 5% der Abgeordneten zu verlangen	Änderung der GO BT (Anlage 5)	wirksam ab 1. 10. 1980
Umfangreiche Ergänzungen innerhalb des Abschnittes über die Ausschüsse (u. a. Regelungen zur Einsetzung von Unterausschüssen, zum Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse, zu den Rechten und Pflichten des Ausschußvorsitzenden, zu Anhörungen, zum Zutrittsrecht); ferner Einführung des Begriffs „Fraktion im Ausschuß“	Änderung der GO BT (§§ 54 bis 74)	wirksam ab 1. 10. 1980; Regelungen entsprechen zum Teil der schon bestehenden Praxis bzw. Interpretation des GO-Ausschusses
Straffung der Gesetzesberatungen: Begrenzung der Möglichkeit, in der dritten Beratung eine allgemeine Aussprache zu führen und Änderungsanträge zu stellen	Änderung der GO BT (§§ 84 und 85)	wirksam ab 1. 10. 1980
Möglichkeit seitens der Antragsteller, der Ausschußüberweisung eines Entschließungsantrages zu widersprechen	Änderung der GO BT (§ 88)	wirksam ab 1. 10. 1980
Neufassung der Bestimmungen über den Petitionsausschuß aufgrund der veränderten Rechtslage: u. a. Regelungen zur Zuständigkeit des Petitionsausschusses, zur Erstattung eines Jahresberichtes anstelle der bisherigen Vierteljahresberichte	Änderung der GO BT (§§ 108 bis 112)	zur veränderten Rechtslage vgl. Beschluß vom 27. 2. 1975; erster Jahresbericht aufgrund eines Ersuchens des Bundestages bereits am 2. 7. 1979 vorgelegt
Änderungen innerhalb der Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen: u. a. Regelungen zur Gesamtdauer der Fragestunden in einer Sitzungswoche, zur monatlich zulässigen Zahl der schriftlich zu beantwortenden Fragen und zur Antwortfrist	Änderung der GO BT (Anlage 4)	wirksam ab 1. 10. 1980
Erweiterung der Verhaltensregeln (Verbot der Annahme von Bezügen, die ohne konkrete Dienstleistung lediglich in der Erwartung einer bestimmten Interessenwahrnehmung gezahlt werden)	Änderung der GO BT (Anlage 1)	wirksam ab 1. 10. 1980

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
noch: 25. 6. 1980	Erhöhung des Quorums bei einigen Minderheitenrechten, wonach Rechte, die bisher von 5 oder 10 Abgeordneten wahrgenommen werden konnten, jetzt nur noch den Fraktionen oder 5% der Abgeordneten zustehen (betrifft u. a. die Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung und die Bezweiflung der Beschlußfähigkeit)	Änderung der GO BT	wirksam ab 1. 10. 1980

9. Wahlperiode (1980–83)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
Beginn der WP	Übernahme des Rangmaßzahlverfahrens (<i>Schepers</i>) (anstelle des Mathematischen Proportionsverfahrens nach <i>Hare/Niemeyer</i>) zur Berechnung der Stellenanteile der Fraktionen in den Bundestagsausschüssen	Beschluß des Bundestages	ab 10. WP Umbenennung in Proportionalverfahren <i>Sainte-Laguë/Schepers</i>
6. 11. 1980	In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Einrichtung von 15 Arbeitsgruppen anstelle der bisherigen 6 Arbeitskreise	Änderung der Arbeitsordnung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	ab Oktober 1982 17 Arbeitsgruppen
Dezember 1980	Aufnahme der Verbindung zum Juristischen Informationssystem JURIS		
28. 1. 1981	Verabschiedung von „Grundsätzen über die Behandlung der an den Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden“	Beschluß des Petitionsausschusses	überarbeitete Grundsätze am 15. 6. 1983 beschlossen

12. 3. 1982	Stärkung und Klarstellung der Kompetenzen des Wehrbeauftragten als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages (Gesetz zu Artikel 45b des Grundgesetzes) vom 23. 6. 1982	wirksam ab 24. 6. 1982
April 1982	Aufnahme der Verbindung zum Rechts-Dokumentationssystem der Kommission der Europäischen Gemeinschaften CELEX		
25. 6. 1982	Eingliederung der bisherigen Dienststelle des Wehrbeauftragten in die Bundestagsverwaltung	Vollzug des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages (Gesetz zu Artikel 45b des Grundgesetzes) vom 23. 6. 1982	
11. 11. 1982	In der Vorhalle vor dem Plenarsaal Einrichtung eines Informationsstandes der Wissenschaftlichen Dienste u. a. für Auskünfte aus dem Datenbanksystem des Bundestags	Vereinbarung im Ältestenrat	

10. Wahlperiode (1983–87)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
22. 3. 1983	Bei der SPD Straffung des Fraktionsvorstandes, indem die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zugleich den Vorsitz in den Arbeitskreisen führen	Änderung der Geschäftsordnung der SPD-Bundestagsfraktion	wirksam ab Beginn der 10. WP
15. 6. 1983	Verabschiedung überarbeiteter Grundsätze über die Behandlung der an den Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden	Beschluß des Petitionsausschusses	

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
16. 6. 1983	Einsetzung einer „Europa-Kommission“, bestehend aus je 11 Mitgliedern des Bundestages und deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, zur Vorbereitung europapolitischer Beschlüsse des Bundestages	Beschluß des Bundestages	konstituierende Sitzung der „Europa-Kommission“ am 14. 10. 1983; in der 11. Wahlperiode nicht wieder eingesetzt, statt dessen Bildung eines Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses
25. 11. 1983	Verpflichtung des Bundestagspräsidenten, zum 31. Mai <i>jeden</i> Jahres einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung der Mitglieder des Bundestages vorzulegen und Vorschläge zur Anpassung zu unterbreiten	Zweites Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. 12. 1983	zuvor (seit 1979) Berichtspflicht im Abstand von längstens <i>zwei</i> Jahren
9. 12. 1983	Einrichtung eines Gremiums zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1984 (Haushaltsgesetz 1984) vom 22. 12. 1983	erstmaliges Zusammentreten des Gremiums am 23. 2. 1984; Organklage der Fraktion der GRÜNEN wegen Nichtberücksichtigung bei der Wahl der Mitglieder; vom BVerfG am 14. 1. 1986 für verfassungskonform erklärt; daraufhin Änderung der Bundeshaushaltsordnung am 19. 6. 1986 verabschiedet
14. 3. 1985	Prüfungsauftrag betr. Institutionalisierung einer Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag	Einsetzung einer Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“	Vorlage eines Berichts zur Frage der Institutionalisierung einer Beratungskapazität am 14. 7. 1986; keine abschließende Beratung des Berichts in der 10. WP; Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission am 5. 11. 1987 mit Auftrag, Empfehlungen zur Institutionalisierung bis zum 30. 4. 1989 vorzulegen

Hinweis

Die Neubauplanung des Bundestages in Bonn ist chronologisch in Abschnitt 21.2 dargestellt.

23. 5. 1985	Erneute probeweise Durchführung einer „Kabinettsberichterstattung“ am Mittwoch einer Sitzungswoche unmittelbar im Anschluß an eine Kabinettsitzung	Vereinbarung im Ältestenrat sowie Absprache zwischen Ältestenrat und Bundesregierung aufgrund einer Empfehlung der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform (Drs. 10/3600)	erste Erprobung am 11. 9. 1985; nach zwei weiteren Erprobungen am 25. 9. und 2. 10. 1985 wird der Versuch nicht fortgesetzt; erneute Erprobungsphase in der 11. Wahlperiode siehe unter dem Datum 22. 9. 1988
	Probeweise Verringerung der Standard-Redezeit von 15 Minuten auf 10 Minuten; bei Kurzdebatten anstelle der 10-Minuten-Beiträge künftig 5-Minuten-Beiträge; probeweise Nichtanrechnung der Redezeit auf die Beantwortung von Zwischenfragen	Vereinbarung im Ältestenrat aufgrund einer Empfehlung der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform (Drs. 10/3600)	Verfahrensänderungen werden nicht generell angewandt
26. 6. 1985	Regelung der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes durch Bundestag und Bundesrat auf Vorschlag der Bundesregierung	Gesetz für den Bundesrechnungshof (Bundesrechnungshofgesetz) vom 11. 7. 1985	erstmalige Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes durch den Bundestag am 27. 11. 1985
27. 2. 1986	Einführung eines gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems („PARLAKOM“) im Bundeshaus und im Wahlkreis zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten und ihrer Büros, zunächst als Modellversuch unter Beteiligung von 50 Abgeordnetenbüros	Grundsatzbeschuß des Ältestenrates	Nach Einrichtung eines Benutzer-Service-Zentrums Beginn des Modellversuchs am 13. 10. 1986; Verlängerung des Modellversuchs um sieben Monate bis 31. 12. 1988 bei gleichzeitiger Erweiterung des Teilnehmerkreises um die Mitglieder des Haushaltsausschusses durch Beschluß des Ältestenrates vom 12. 11. 1987
6. 6. 1986	Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Beschuß des Bundestages	Ausschußeinsetzung im Anschluß an die Einrichtung eines gleichnamigen Bundesministeriums am 3. 6. 1986
10. 12. 1986	Aufstellung von Grundsätzen, nach denen die Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bundestages in der GO BT ausgestaltet werden müssen, um denkbare Interessenkollisionen zwischen Mandat und wirtschaftlicher Betätigung offenzulegen	Sechstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 16. 1. 1987	Neufassung der Verhaltensregeln durch Änderung der GO BT (Anlage) durch Beschluß ebenfalls am 10. 12. 1986

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
noch: 10. 12. 1986	Neuregelungen beim Versorgungsausgleich, Übergangsgeld und bei der Hinterbliebenenversorgung; Regelung der Vereinbarkeit von Bundestagsmandat und Hochschullehrertätigkeit für Professoren; Bereitstellung eines Informations- und Kommunikationssystems in Bonn und im Wahlkreis	Siebtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 16. 1. 1987	wirksam ab 22. 1. 1987
	Ergänzung der „Pflichten der Mitglieder des Bundestages“ um den Satz „Jedes Mitglied des Bundestages folgt bei Reden, Handlungen, Abstimmungen und Wahlen seiner Überzeugung und seinem Gewissen.“	Ergänzung der GO BT (§ 13)	wirksam ab 1. 2. 1987
	Neufassung und Verschärfung der „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages“, u. a. durch Ausweitung der Anzeigepflichten für wirtschaftliche Betätigungen; Vermehrung der Fälle, in denen dem Präsidenten die Höhe der Einnahmen anzuzeigen sind; Erweiterung der Fälle, in denen eine Veröffentlichung der Angaben des Abgeordneten im Amtlichen Handbuch erforderlich ist.	Änderung der GO BT (Anlage 1)	wirksam ab 1. 2. 1987; Einführung eines 2. Teils des Amtlichen Handbuchs des Bundestages für die Aufnahme der Angaben der Abgeordneten (erstmalig im April 1988 erschienen)

Hinweise

Änderungen des Parlamentsrechts sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in folgender Abstufung dokumentiert:

- verfassungsrechtliche Änderungen im Abschnitt 14.2: Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation,
- gesetzliche Änderungen im Abschnitt 15.1: Gesetzgebung zum Parlamentsrecht,
- geschäftsordnungsrechtliche Änderungen im Abschnitt 16.1: Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen.

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind außerdem in den folgenden Abschnitten enthalten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

11. Wahlperiode (1987–90)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
5. 6. 1987	<p>a) Neubau des Plenarsaals (anstelle einer Sanierung), ferner neuer Eingangsbereich, Präsidialbereich sowie neues großes Restaurant (Planung <i>Behnisch</i> und Partner)</p> <p>b) kreisrunde und abgesenkte Anordnung der Sitzplätze im Plenarsaal unter Beibehaltung der Stirnwand</p> <p>c) Errichtung von Neubauten südlich der Hermann-Ehlers-Straße entlang der Kurt-Schumacher-Straße zur Schaffung zusätzlicher Räume für Fraktionen, Abgeordnete und die Wissenschaftlichen Dienste (Planung <i>Schürmann</i>)</p>	Beschlüsse des Bundestages	bereits seit 9. 9. 1986 Nutzung des umgebauten ehemaligen Wasserwerksgebäudes als Ersatzplenarsaal
3. 12. 1987	Beseitigung von Verfahrensschwierigkeiten bei der Behandlung von Immunitätsangelegenheiten	Änderung der GO BT (§ 107)	
6. 5. 1988	Bildung einer „Kommission zur Wahrung der Belange der Kinder“ aus vier Mitgliedern (je Fraktion ein Mitglied)	Beschluß des Bundestages	Konstituierung der „Kinderkommission“ am 24. 6. 1988
22. 9. 1988	Erneute Erprobungsphase für eine „Befragung der Bundesregierung“ nach neuen Verfahrensregeln	Vereinbarung des Ältestenrates	Erstmalige Befragung der Bundesregierung nach den neuen Verfahrensregeln am 12. 10. 1988; Erprobungsphase zunächst bis März 1989 vorgesehen, wiederholte Verlängerung durch Vereinbarungen des Ältestenrates und Beschlüsse des Bundestages; am 30. 10. 1990 Verankerung in der GO BT; bis zum Ende der 11. WP Durchführung von 32 Befragungen (siehe Abschnitt 12.3)

Hinweis

Die Änderungen der Geschäftsordnung des Bundestages sind in Abschnitt 16.1 zusammengestellt.

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
noch: 22. 9. 1988	Probeweise Einführung einer sog. „Vereinfachten Überweisung“, d. h. bei entsprechender Vereinbarung im Ältestenrat Zusammenfassung mehrerer Vorlagen zu einem gemeinsamen Tagesordnungspunkt und Überweisung an die zuständigen Ausschüsse ohne Aussprache in einer einzigen Abstimmung	Vereinbarung des Ältestenrates	wirksam ab 12. 10. 1988; erstmals praktiziert am 13. 10. 1988; Erprobungsphase zunächst bis März 1989 vorgesehen; wiederholte Verlängerung durch Vereinbarungen des Ältestenrates und Beschlüsse des Bundestages; am 30. 10. 1990 Verankerung in der GO BT
8. 3. 1989	Einführung neuer „Grundsätze über die Behandlung von Bitten und Beschwerden“ (u. a. Neuregelung des Zuständigkeitsbereiches des Petitionsausschusses sowie der Behandlung von Mehrfach-, Sammel- und Massenpetitionen)	Beschluß des Petitionsausschusses	Ablösung der Verfahrensgrundsätze vom 15. 6. 1983
16. 11. 1989	Übertragung der Aufgabe der Technikfolgen-Abschätzung an den Forschungsausschuß und dessen Umbenennung in „Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung“; Durchführung von Technikfolgenanalysen durch eine Institution außerhalb des Parlaments	Beschluß des Bundestages	September 1990 Einrichtung eines Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)
13. 12. 1989	Einberufung des Ältestenrates kann nicht nur durch eine Fraktion, sondern auch durch fünf vom Hundert der Abgeordneten verlangt werden	Änderung der GO BT (§ 6)	wirksam ab 1. 1. 1990
	Deutlichere Trennung zwischen den Rechten und Pflichten der Abgeordneten	Änderung der GO BT (§ 13)	wirksam ab 1. 1. 1990
	Worterteilung zu einer Erklärung zur Abstimmung in der Regel vor der Abstimmung	Ergänzung der GO BT (§ 31)	wirksam ab 1. 1. 1990
	Wegfall des Erfordernisses, bei einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung den Text vorher schriftlich vorzulegen; es genügt die Mitteilung des Anlasses	Änderung der GO BT (§ 32)	wirksam ab 1. 1. 1990

Vorlage der Berichte von Enquete-Kommissionen so rechtzeitig, daß bis zum Ende der Wahlperiode eine Aussprache stattfinden kann	Änderung der GO BT (§ 56)	wirksam ab 1. 1. 1990
Festlegung, daß jedes Mitglied des Bundestages grundsätzlich einem Ausschuß angehören soll und daß fraktionslose Mitglieder vom Präsidenten als beratende Ausschußmitglieder benannt werden	Änderung der GO BT (§ 57)	wirksam ab 1. 1. 1990
Möglichkeit, zur Unterstützung der Abgeordneten die Teilnahme eines Fraktionsmitarbeiters jeder Fraktion zu den Ausschußsitzungen zuzulassen	Ergänzung der GO BT (§ 69)	wirksam ab 1. 1. 1990
Neuregelungen zur Tagesordnung der Ausschüsse: Zuleitung der Tagesordnung in der Regel drei Tage vor der Sitzung; Widerspruch gegen Erweiterung der Tagesordnung nunmehr auch durch ein Drittel der Ausschußmitglieder möglich	Ergänzung der GO BT (§ 61)	wirksam ab 1. 1. 1990
Umwandlung der Kann-Vorschrift in eine Soll-Vorschrift, wonach Ausschüsse in besonderen Fällen zu ihren Beratungen auch andere Mitglieder des Bundestages, die nicht Ausschußmitglieder sind, mit beratender Stimme hinzuziehen oder zulassen können	Änderung der GO BT (§ 69)	wirksam ab 1. 1. 1990
Für geschlossene Ausschüsse Wegfall der Maßgabe, daß ein Antragsteller, der nicht Mitglied dieses Ausschusses ist, <i>ausschließlich</i> zur Begründung der Vorlage an der Ausschußsitzung teilnehmen kann	Änderung der GO BT (§ 69)	wirksam ab 1. 1. 1990
Die Zulassung dringlicher Fragen für die Fragestunde wird von einer Kann- in eine Soll-Vorschrift umgewandelt	Änderung der GO BT (Anlage)	wirksam ab 1. 1. 1990
Probeweise Einführung von „Kurzinterventionen“ (d.h. Zwischenbemerkungen oder Zwischenfragen mit kurzer Erklärung entweder während eines Debattenbeitrages mit Zustimmung des Redners oder im Anschluß an einen Debattenbeitrag)	Beschluß des Bundestages	wirksam ab 1. 1. 1990; Worterteilung zu einer Kurzintervention erstmals am 8. 2. 1990; Erprobung zunächst bis Ende Juni 1990 vorgesehen; Verlängerung durch Vereinbarung des Ältestenrates; am 31. 10. 1990 Verankerung in der GO BT

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
noch: 13. 12. 1989	Probeweise Einführung einer sog. „Politischen Grundsatzdebatte“ (d. h. – in geeigneten Fällen – einer Debatte ausnahmsweise auch ohne entsprechende Vorlage)	Beschluß des Bundestages	wirksam ab 1. 1. 1990; Erprobung zunächst bis Ende Juni 1990 vorgesehen; Verlängerung durch Vereinbarung des Ältestenrates am 29. 8. 1990; keine Verankerung in der GO BT; Beispiele für derartige Plenardebatten: 31. 5. 1990: Debatte über „Das soziale Europa“, 9. 8. 1990: Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit
	Probeweise Einführung einer „Flexibilisierung der Redeordnung“ (u. a. Worterteilung für einen Redebeitrag bis zu fünf Minuten auch nach Ablauf der vereinbarten Dauer einer Aussprache mit Zustimmung des Bundestages)	Beschluß des Bundestages	wirksam ab 1. 1. 1990; Erprobung vorläufig bis Ende Juni vorgesehen; nach Ablauf der Erprobungsphase keine Verankerung in der GO BT
7. 3. 1990	Aufhebung der Bedingung eines mindestens einjährigen Wehrdienstes als Voraussetzung der Wählbarkeit zum Wehrbeauftragten; Klarstellung, daß auch weibliche Kandidaten wählbar sind	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (Gesetz zu Art. 45b GG)	wirksam ab 7. 4. 1990
31. 5. 1990	Wahl des Bundesbeauftragten für den Datenschutz durch den Deutschen Bundestag	Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes	wirksam ab 1. 6. 1991
8. 6. 1990	Volles Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag	Aufhebung der Vorbehalte der Drei Westmächte im Zuge der aktuellen Entwicklung in Deutschland	wirksam mit Bekanntgabe der Schreiben der Drei Westmächte im Bundestag am 21. 6. 1990
24. 10. 1990	Einführung besonderer Rechte für Gruppen (u. a. Zulassung eines beratenden Mitglieds im Ältestenrat und in den Fachausschüssen, Regelung des Rechts der Einbringung von Vorlagen, Bemessung der Redezeit im Verhältnis der Stärke, Gewährung finanzieller, technischer und personeller Unterstützung bei der parlamentarischen Arbeit)	Beschluß des Bundestages	„ohne präjudizierende Wirkung“ für den Rest der 11. Wahlperiode; Anlaß: Bildung der Gruppe der PDS nach dem Beitritt der DDR; erweiterte Regelungen nach Beginn der 12. Wahlperiode

31. 10. 1990	Neben Zwischenfragen Zulassung auch von Zwischenbemerkungen („Kurzinterventionen“)	Änderung der GO BT (§ 27)	wirksam ab 1. 12. 1990; seit 1. 1. 1990 probeweise Einführung
	Dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung wird die Aufgabe übertragen, Technikfolgenanalysen zu veranlassen, aufzubereiten und auszuwerten	Änderung der GO BT (§ 56a)	wirksam ab 1. 12. 1990
	Ausdrückliche Feststellung der Antragsberechtigung von fraktionslosen Abgeordneten in dem Ausschuß, in dem sie beratendes Mitglied sind	Änderung der GO BT (§ 71)	wirksam ab 1. 12. 1990
	Regelung, wann – für den Fall des vereinfachten Verfahrens zur Überweisung von Vorlagen – trotz des Ältestenratsvorschlages zur sofortigen Ausschußüberweisung eine allgemeine Aussprache stattfindet	Änderung der GO BT (§ 79)	wirksam ab 1. 12. 1990
	Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Überweisung von Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse bei Verzicht auf eine erste Beratung	Änderung der GO BT (§ 80)	wirksam ab 1. 12. 1990
	Einführung der „Befragung der Bundesregierung“ in die Geschäftsordnung als weitere Form einer Kurzaussprache des Bundestages ohne Vorlagen; Regelung des Ablaufs der Befragung in einer Anlage zur Geschäftsordnung	Änderung der GO BT (Anlage)	wirksam ab 1. 12. 1990; mehrere, teilweise abgebrochene Erprobungen seit der 7. Wahlperiode
	Änderung der Richtlinien für Aktuelle Stunden zwecks Straffung der Aussprache	Änderung der GO BT (§ 106)	wirksam ab 1. 12. 1990

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.13.

Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.14, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt und dokumentiert wurden.

12. Wahlperiode (1990–94)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
21. 2. 1991	Einführung besonderer Rechte für Gruppen (u. a. Zulassung eines ordentlichen Mitgliedes im Ältestenrat und in jedem Fachausschuß sowie eines beratenden Mitgliedes in den Untersuchungsausschüssen und Enquete-Kommissionen, Recht der Einbringung von Gesetzentwürfen, verschiedenen Anträgen, Großer und Kleiner Anfragen, Bemessung der Redezeit im Verhältnis der Stärke, Gewährung finanzieller, technischer und personeller Unterstützung bei der parlamentarischen Arbeit)	Beschluß des Bundestages	für die 12. Wahlperiode; Anlaß: Bildung der Gruppen PDS/Linke Liste und Bündnis 90/GRÜNE; ähnlich für die 13. Wahlperiode für die Gruppe der PDS
13. 6. 1991	Einsetzung eines EG-Ausschusses zur Behandlung anstehender grundlegender Entscheidungen im Bereich der Europäischen Gemeinschaft	Beschluß des Bundestages	konstituierende Sitzung des EG-Ausschusses am 4. September 1991
23. 1. 1992	Einrichtung eines Gremiums aus 5 Mitgliedern des Bundestages, das über Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses bei Verdacht auf illegale Rüstungsexporte zu unterrichten ist	Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, des Strafgesetzbuches und anderer Gesetze vom 28. 2. 1992	wirksam ab 7. 3. 1992
12. 3. 1992	Verbesserung der Kontrollfunktion der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK)	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes und zur Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 11. 6. 1992	wirksam ab 12. 6. 1992
30. 10. 1992	Bezug eines neuen Plenarsaals im Bundeshaus	Abriß des zum Teil baufälligen alten Plenarsaals aus den Jahren 1949/1953 und völliger Neubau	wegen Ausfalls der Tonanlage am 24. 11. 1992 Rückzug in den Ersatzplenarysaal im Wasserwerksgebäude; nach zehnmonatiger Reparaturzeit Wiedereröffnung des neuen Plenarsaals am 22. 9. 1993

2. 12. 1992	Mitwirkung des Bundestages an der Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten der Europäischen Union; Bestellung eines Bundestagsausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 19. 3. 1993	wirksam ab 1. 1. 1993; Einsetzung des Ausschusses und Überarbeitung der Verfahrensvorschriften für EG-Vorlagen erst in der 13. WP (siehe unter Datum 15. 12. 1994)
12. 11. 1993	Strafbarkeit des Stimmenkaufs oder -verkaufs bei Wahlen zum Deutschen Bundestag und anderen Parlamenten	Achtundzwanzigstes Strafrechtsänderungsgesetz – Abgeordnetenbestechung vom 21. 1. 1994	wirksam ab 22. 1. 1994
	Gesetzliche Regelung der Rechtsstellung der Fraktionen (Aufgaben, Organisation, Finanzierung, Haushalts- und Wirtschaftsführung, Pflicht zur Rechnungslegung sowie Rechnungsprüfung durch den Bundesrechnungshof)	Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) vom 19. 3. 1994	wirksam ab 1. 1. 1995

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
10. 11. 1994	Festlegung, daß jede Fraktion des Bundestages im Präsidium durch mindestens einen Vizepräsidenten vertreten ist	Änderung der GO BT (§ 2)	erstmalig wirksam bei der Wahl des Präsidiums zu Beginn der 13. Wahlperiode
16. 12. 1994	Bestellung eines Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union; Überarbeitung der Verfahrensvorschriften über die Behandlung von EG-Vorlagen	Änderung der GO BT (§§ 93 und 93a)	

1) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die Neubauplanung des Bundestages in Bonn ist chronologisch in Abschnitt 21.2 dargestellt.

Datum des Beschlusses	Art der Reform	Einführung der Reform durch ...	Bemerkungen
21. 9. 1995	Einführung von Kernzeit-Debatten donnerstags in Sitzungswochen, in denen besonders wichtige, allgemein interessierende Themen erörtert werden können; Maßnahmen zur Gewährleistung einer möglichst hohen Präsenz: <ul style="list-style-type: none"> – längerfristige Vorausplanung, – Redezeitbegrenzung auf grundsätzlich 10 Minuten, – Möglichkeit der Feststellung der Beschluß- und Beratungsfähigkeit nach den Regeln der namentlichen Abstimmung, – grundsätzlich keine Genehmigung paralleler Gremiensitzungen 	Beschluß des Bundestages	Durchführung der ersten Kernzeit-Debatte am 28. 9. 1995; beim Stand Ende August 1997 nachlassendes Interesse feststellbar
	Verkürzung der Fristen, in der Vorlage von Mitgliedern des Bundestages auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und beraten werden müssen, von sechs auf drei Wochen seit der Verteilung der Drucksache	Änderung der GO BT (§ 20)	
	Verlängerung der zulässigen Dauer von Zwischenbemerkungen („Kurzinterventionen“) von zwei auf drei Minuten sowie Zulässigkeit bereits in der ersten Runde einer Debatte	Änderung der GO BT (§ 27)	
	Feststellung der Beschlußfähigkeit bei Kernzeit-Debatten nach den Regeln der namentlichen Abstimmung	Änderung der GO BT (§ 45)	
	Einführung von „Erweiterten öffentlichen Ausschlußberatungen“	Ergänzung der GO BT (§ 69a)	bislang geringe Nutzung der Möglichkeit
	Einführung der Möglichkeit, Änderungsanträge einzelner Abgeordneter bereits im federführenden Ausschuß zu stellen	Änderung der GO BT (§ 71)	
	Konzentration der Fragestunde auf den Mittwoch einer Sitzungswoche	Änderung der GO BT (Anlage 4)	

	Änderungen bei den „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages“, u. a. Anzeigepflicht von Beraterverträgen, Neuregelung der Spendenvorschriften, Anzeige- und Abgabepflicht von Gastgeschenken	Änderung der GO BT (Anlage)	
8. 12. 1995	Schrittweise Anhebung der Entschädigung der Abgeordneten in Orientierung an den Bezügen eines kommunalen Wahlbeamten auf Zeit bzw. eines Richters an einem obersten Bundesgericht; Regelung späterer Anpassungen; Halbierung des Bezugszeitraums für das Übergangsgeld; strukturelle Änderungen bei der Altersentschädigung	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten vom 21. 12. 1995	wirksam ab 22. 12. 1995
11. 10. 1996	Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Bundestages auf 598 mit Beginn der 15. Wahlperiode (voraussichtlich im Jahre 2002), Verringerung der Zahl der Wahlkreise auf 299	Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 18. 11. 1996	Gesetz entspricht der Empfehlung der „Reformkommission zur Größe des Bundestages“
13. 3. 1997	Verfahren bei Bedenken des Haushaltsausschusses zur Finanzierbarkeit einer Unionsvorlage	Änderung der GO BT (§ 80)	

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5),
- in zweiter Generation Abgeordnete waren oder sind (Abschnitt 3.10),
- zu den jüngsten Ausschußvorsitzenden, Fraktionsmitgliedern, Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären zählten (Abschnitt 3.23),
- Alterspräsidenten waren (Abschnitt 4.8),
- ihre Fraktion gewechselt haben (Abschnitt 5.4),
- zu den häufigsten Rednern im Plenum zählten (Abschnitt 8.3).

Bibliographie

Dieser Unterabschnitt enthält eine Auswahl zusammenfassender Darstellungen über umfangreiche Parlaments- und Geschäftsordnungsreformen im Deutschen Bundestag. Die Titel sind nach Wahlperioden gegliedert. Die umfangreiche Literatur mit Gedanken und Vorschlägen zur Parlamentsreform wurde hingegen nicht berücksichtigt.

Wahlperiode	Titel der Veröffentlichung
1. WP 1949–53	–
2. WP 1953–57	–
3. WP 1957–61	–
4. WP 1961–65	–
5. WP 1965–69	<p><i>Uwe Thaysen</i>, Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems. Eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag. Opladen 1972.</p> <p><i>Peter Scholz</i>, Bilanz der Parlamentsreform '69. In: Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien. Hrsg. von <i>Heinrich Oberreuter</i>. Passau 1981. S. 157–171.</p>
6. WP 1969–72	–
7. WP 1972–76	–
8. WP 1976–80	<p><i>Hans-Achim Roll</i> und <i>Annemarie Rüttger</i>, Zur Neufassung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. [Mit Anhang: Synopse der alten und neuen Geschäftsordnung des Bundestages.] In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 11. 1980. H. 4. S. 484–496.</p> <p><i>Joseph Bücker</i>, Geschäftsordnungskorrekturen – Die Revision 1980. In: Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien. Hrsg. von <i>Heinrich Oberreuter</i>. Passau 1981. S. 173–181.</p> <p><i>Peter Scholz</i>, Parlamentsreform seit 1969. Eine Bilanz ihrer Wirkungen im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H.2. S. 273–286.</p>
9. WP 1980–83	–

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Wahlperiode	Titel der Veröffentlichung
10. WP 1983–87	–
11. WP 1987–90	–
12. WP 1990–94	–
13. WP 1994– ¹⁾)	<p><i>Sabine Lemke-Müller</i>, Zur Parlamentsreform im Deutschen Bundestag: Mehr Transparenz, Öffentlichkeit und Effektivität. In: <i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>. Jg. 1996. B 27. S. 3–19.</p> <p><i>Stefan Marschall</i>, Die Reform des Bundestages 1995: Inhalte, Hintergründe, Konsequenzen. In: <i>Zeitschrift für Parlamentsfragen</i>. Jg. 27. 1996. H. 3. S. 365–376.</p>

1) Stand: 31. August 1997

13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren

Da in Anbetracht des 50jährigen Bestehens des Deutschen Bundestages vermehrt Fragen zu erwarten sind, wann dieses oder jenes parlamentarische Verfahren erstmals praktiziert worden ist oder wann von dieser oder jener Parlamentseinrichtung erstmals Gebrauch gemacht worden ist, wurde das **Datenhandbuch** um die folgende Chronik ergänzt.*)

Berücksichtigt wurden:

	Seite
Aktuelle Stunde	2897
Antrag auf Entlassung eines Bundesministers	2893
Antrag auf Entlassung eines Parlamentarischen Staatssekretärs	2901
Antrag auf Mißbilligung des Verhaltens eines Bundesministers	2894
Auflösung des Bundestages	2899
Beifall	2889
Bezweiflung der Beschlußfähigkeit	2892
Dringliche Anfrage	2897
Einbringung eines Gesetzentwurfs	2890
Enquete-Kommission	2898
Ersuchen um Gesetzentwurf-Vorlage	2891
Fragestunde	2894
Geschäftsordnungs-Änderung	2896
Große Anfrage (Einreichung)	2893
Große Anfrage (Beantwortung)	2892
Grundgesetz-Änderung	2894
Herberufung eines Regierungsmitgliedes	2894

*) Eine Reihe „erstmaliger Anwendungen“ der 1. Wahlperiode sind zu finden bei *Horst Ferdinand*, *Impressionen aus dem Plenarsaal*. In: *Beginn in Bonn. Erinnerungen an den ersten Deutschen Bundestag*. Hrsg. von *Horst Ferdinand*. Freiburg im Breisgau 1985. S. 40–57.

	Seite
Jahresbericht des Wehrbeauftragten	2897
Kabinetinformation	2899
„Kernzeit-Debatte“	2901
Konstruktives Mißtrauensvotum	2898
Kurzintervention	2900
Mandatsaberkennung	2895
Mandatsverzicht	2889
Namentliche Abstimmung	2893
Öffentliche Anhörung	2896
Ordnungsruf	2890
Redner	2889
Regierungsbefragung	2900
Sitzungsausschluß	2892
Sondersitzung	2893
Untersuchungsausschuß	2893
Verabschiedung eines Gesetzes	2892
Verkündung eines Gesetzes	2893
Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß	2896
Vertrauensfrage des Bundeskanzlers	2899
Vertrauensfrage-Ersuchen	2898
Wahl des Bundeskanzlers	2890
Wahl des Bundestagspräsidenten	2889
Wahl des Wehrbeauftragten	2896
Wortentziehung	2890
Worterteilung an den Wehrbeauftragten	2898
Wortmeldung des Bundestagspräsidenten	2894
Wortmeldung eines Bundesratsmitgliedes	2891
Zwischenfrage	2895
Zwischenruf	2889

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinetberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht

1. Wahlperiode (1949–53)

7. September 1949
(Tag der
Konstituierung des
1. Bundestages)

Erster **Redner** im Bundestag

Eröffnungsansprache des Alterspräsidenten *Paul Löbe* (SPD), ältestes Mitglied des 1. Deutschen Bundestages sowie von 1920 bis 1924 und von 1925 bis 1932 Präsident des Reichstages.

Erster **Beifall** des Hauses

„Lebhaften Beifall“ findet folgende Ausführung des Alterspräsidenten *Paul Löbe*: „Meine Damen und Herren! Der Zufall hat es gefügt, daß ich als Alterspräsident vor Ihnen stehe als einer der Vertreter der alten deutschen Hauptstadt **Berlin**. In der Entsendung der Berliner Abgeordneten kommt der einhellige Wunsch seiner Bewohner zum Ausdruck, in dieses neue Deutschland einbezogen zu sein, und die Hoffnung, daß dieser Wunsch durch Ihre Arbeit bald seine Erfüllung finde.“

Erster **Zwischenruf**

Abgeordneter *Max Reimann* (KPD): „Wieviele Abgeordnete sitzen hier, die dafür gestimmt haben?“

Dieser Zwischenruf bezog sich auf das Ermächtigungsgesetz und auf folgende Ausführungen des Alterspräsidenten *Paul Löbe*: „Meine Damen und Herren! In dem Augenblick, in dem zum ersten Male wieder freigewählte Abgeordnete eines erheblichen Teils von Gesamtdeutschland zusammentreten, um eine deutsche Regierung einzusetzen und eine neue Gesetzgebung zu beginnen, schweifen die Gedanken von uns Älteren zurück zu jener letzten Sitzung des Deutschen Reichstags in der Berliner Krolloper, der wir beiwohnten und in der durch das **Hitlersche Ermächtigungsgesetz** die staatsbürgerlichen Freiheiten für lange Jahre begraben wurden. Das war ein illegaler Akt, durchgeführt von einer illegalen Regierung. Der Widerstand dagegen war eine patriotische Tat.“

Erste **Wahl des Bundestagspräsidenten**

Wahl von Dr. *Erich Köhler* (CDU/CSU), vorgeschlagen namens der CDU/CSU-Fraktion von Dr. *Konrad Adenauer*.

Von den abgegebenen 402 Stimmen erhält *Köhler* 346, der von der KPD(!) nominierte SPD-Abgeordnete *Hans Böhm* 15; die restlichen 41 Stimmen waren Enthaltungen. Die 346 Stimmen für *Köhler* entsprechen einem Anteil von 86,1%.

Wegen Schwierigkeiten bei der Amtsführung, hauptsächlich aber aus gesundheitlichen Gründen legt *Erich Köhler* sein Amt am 18. Oktober 1950 nieder.

15. September 1949

Erster **Mandatsverzicht**

Theodor Heuss (FDP) nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 12. September 1949

Das in der Plenarsitzung vom 15. September 1949 verlesene Schreiben des Bundespräsidenten hat folgenden Wortlaut: „Da gemäß Artikel 55 des Grundgesetzes der Bundespräsident weder der Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes angehören darf, teile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich auf meinen Sitz als Abgeordneter im Bundestag verzichte.“

Erste Wahl des Bundeskanzlers

Wahl von Dr. *Konrad Adenauer* (CDU/CSU) auf Vorschlag des Bundespräsidenten.

Von den 389 abgegebenen Stimmen erhält *Adenauer* 202. Die Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP verfügt über 209 stimmberechtigte Abgeordnete; drei von ihnen sind entschuldigt. Vier Abgeordnete der Koalition müssen demnach *Adenauer* ihre Stimme nicht gegeben haben (setzt man voraus, daß auch alle Oppositionsabgeordneten gegen *Adenauer* gestimmt haben). Auch später erhält kein Bundeskanzler alle Koalitionstimmen. Allerdings wird auch kein Bundeskanzler mit einer derart hauchdünnen Mehrheit von nur einer Stimme gewählt (seiner eigenen, wie *Adenauer* später bekannt hat).

Erste Einbringung eines Gesetzentwurfs, zugleich erster Gesetzentwurf aus der Mitte des Hauses

Der Antrag der Fraktion des Zentrums betrifft den „Erlaß eines Amnestiegesetzes aus Anlaß der Konstituierung der Bundesrepublik und ihrer Organe“.

Nach der Beratung im Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht wird dem Bundestag empfohlen, diesen Gesetzentwurf sowie zwei andere Anträge betr. Erlaß einer Amnestie durch die Annahme eines von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit für erledigt zu erklären. Der Bundestag folgt diesem Vorschlag in der 22. Sitzung vom 9. Dezember 1949, das Gesetz wird am 31. Dezember 1949 verkündet (BGBl. S. 37). (Es ist damit aber nicht das erste verkündete Gesetz!)

20. September 1949

Erster Ordnungsruf

Abgeordneter *Heinz Renner* (KPD) aufgrund eines Zwischenrufs während der Regierungserklärung von Bundeskanzler *Konrad Adenauer*.

Auszug aus dem Stenographischen Bericht:

Dr. *Adenauer*, Bundeskanzler: „... Das Geschick dieser Millionen Deutscher, die jetzt schon seit Jahren das bittere Los der Gefangenschaft getragen haben, ist so schwer, das Leid ihrer Angehörigen in Deutschland so groß, daß alle Völker mithelfen müssen, diese Gefangenen und Verschleppten endlich ihrer Heimat und ihrer Familie zurückzugeben.“

(Bravo! in der Mitte und rechts. – Abg. *Renner*: Das erreicht man aber nicht durch die verlogene Hetze!)

Präsident Dr. *Köhler*: „Wen meinen Sie damit, Herr Abgeordneter *Renner*?“

(Abg. *Renner*: Die deutschen Parteien, die diese Hetze betreiben!)

– Ich rufe Sie zur Ordnung. Während dieser Erklärung des Herrn Bundeskanzlers derartige Bemerkungen zu machen, stört die Würde des Hauses.

Bitte, Herr Bundeskanzler, fahren Sie fort!“

30. September 1949

Erste Wortentziehung

Abgeordneter *Heinz Renner* (KPD) bei einer Wortmeldung zur Geschäftsordnung im Anschluß an Abstimmungen betreffend Einstellung der Demontagen und Amnestierung verurteilter Demontageverweigerer.

Auszug aus dem Stenographischen Bericht:

Vizepräsident Dr. *Schäfer*: „Herr Abgeordneter *Renner*, der Gegenstand, zu dem Sie sprechen, ist durch Abstimmung erledigt.“

Renner (KPD): „Ich protestiere! Ich habe nach der Geschäftsordnung ein Recht zu protestieren.“

Vizepräsident Dr. *Schäfer*: „Sie haben nicht das Recht, zur Geschäftsordnung zu einer Angelegenheit zu sprechen, die bereits durch Abstimmung erledigt ist.“

Renner (KPD): „Ich protestiere dagegen, – –“

(Unruhe und Zurufe.)

Vizepräsident Dr. *Schäfer*: „Herr Abgeordneter *Renner*, ich entziehe Ihnen das Wort zu diesem Gegenstand.“

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. *Renner*
– vom Rednerpult abtretend –: „Demokratie!“ Wir werden
euch schon Antwort geben! – Zuruf in der Mitte: Kümmern
Sie sich lieber um Buchenwald!)

20. Oktober 1949

Erstmalige **Wortmeldung eines Vertreters des Bundesrates**

Während der Aussprache zu mehreren Anträgen betr. Heimatvertriebene, Flüchtlinge und in Polen und in der Tschechoslowakei lebende Deutsche Wortmeldung von *Heinrich Albertz*, Niedersächsischer Minister für Flüchtlingswesen: „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn hier – soweit ich unterrichtet bin, zum ersten Male – ein Mitglied des Bundesrats im Plenum des Bundestages das Wort nimmt, dann wollen Sie daraus erkennen, daß wir bei der Frage, die jetzt besprochen wird, alle Kräfte auf der Bundesebene zusammenfassen müssen, um so schnell wie möglich das zu erreichen, was erreicht werden muß.“

Erstmaliges **Ersuchen** an die Bundesregierung **um Vorlage eines Gesetzentwurfs**

In dieser Sitzung nimmt der Bundestag gleich drei Anträge an, in denen die Bundesregierung ersucht wird, ein bestimmtes Gesetz vorzulegen:

- einen Antrag der DP-Fraktion betr. Vorlage eines Kündigungsschutzgesetzes für ältere Angestellte (BT-Drs. 37),
- einen Antrag der SPD-Fraktion betr. Vorlage eines Heimarbeitsgesetzes (BT-Drs. 75) sowie
- einen Antrag der SPD-Fraktion betr. Vorlage eines Mutterschutzgesetzes (BT-Drs. 79).

Während die Bundesregierung in den ersten beiden Fällen einen Gesetzentwurf vorlegt – das Kündigungsschutzgesetz (BT-Drs. 2090) und das Heimarbeitsgesetz (BT-Drs. 1357), die beide auch verabschiedet werden –, folgt sie dem Ersuchen nach Vorlage eines Mutterschutzgesetzes nicht. Die SPD-Fraktion bringt deshalb einen eigenen Gesetzentwurf zum Schutze der Mutter ein (BT-Drs. 1182), den der Bundestag auch verabschiedet.

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

8. November 1949 **Erstmalige Einreichung einer Großen Anfrage**
Die damals noch „Interpellation“ genannte Große Anfrage der FDP-Fraktion bezieht sich auf den Abschluß der Entnazifizierung. Auf Antrag der Interpellanten in der Plenarsitzung vom 24./25. November 1949 wird die Interpellation von der Tagesordnung abgesetzt.
- 24./25. November 1949 **Erster Sitzungsausschluß** eines Abgeordneten
Wegen des Zwischenrufs „Der Bundeskanzler der Alliierten“ nachts gegen 3.00 Uhr während einer Rede von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* wird der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende *Kurt Schumacher* von Bundestagspräsident *Erich Köhler* „für die Zeit von 20 Sitzungstagen von der Teilnahme an den Verhandlungen des Bundestages“ ausgeschlossen.
Bundestagspräsident *Köhler* reagiert auf den Zwischenruf während der Aussprache zu einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren (Schwerpunkt: Einstellung der Demontagen) zunächst mit einem Ordnungsruf. Seitens der Regierungsparteien wird jedoch eine Unterbrechung der Plenarsitzung und die Einberufung des Ältestenrats verlangt. Da die Versuche, *Schumacher* zur Rücknahme des Zwischenrufs zu bewegen, vergeblich bleiben, spricht *Köhler* in der um 6.11 Uhr wieder aufgenommenen Sitzung den Sitzungsausschluß aus.
Der Sitzungsausschluß wird am 2. Dezember 1949 aufgrund einer Vereinbarung im Ältestenrat und einer gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden *Kurt Schumacher* aufgehoben.
2. Dezember 1949 **Erste Verabschiedung eines Gesetzes**, zugleich die erste **Regierungsvorlage eines Gesetzes**
Es handelt sich um das von der Bundesregierung am 29. Oktober 1949 vorgelegte Gesetz über die Verkündung von Rechtsverordnungen. (Es ist damit aber nicht auch das erste verkündete Gesetz.)*

Erstmalige Bezweiflung der Beschlußfähigkeit
Bei der Abstimmung über die Anträge der Fraktionen des Zentrums und der CDU/CSU betr. Wartegeld und Pensionen der ostvertriebenen Beamten bezweifelt der Abgeordnete *Karl Kahn* (CDU/CSU) die Beschlußfähigkeit des Hauses, da er der Meinung ist, es sei die Pflicht eines Abgeordneten, bei einer derart wichtigen Debatte anwesend zu sein. Bundestagspräsident *Erich Köhler* stellt die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest und schließt die 20. Sitzung. Auch die anschließende 21. Sitzung muß wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden.

*) „Wenn irgend etwas in der Anlaufzeit des 1. Bundestages gründlich schief ging, dann war es der ‚Entwurf eines Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen‘, der erste von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf...“ (Vgl. *Horst Ferdinand*, a.a.O. S.49–50)

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

16. Dezember 1949 **Erstmalige Beantwortung einer Interpellation** (später: Große Anfrage)
Die von der SPD-Fraktion eingereichte Interpellation (BT-Drs. 344) betrifft die Vorlage eines Kriegsbeschädigten-Leistungsgesetzes. Die Beantwortung übernimmt wegen Verhinderung des Ministers der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit *Maximilian Sauerborn*. Eine Aussprache mit fünf Wortmeldungen schließt sich an.
29. Dezember 1949 **Erste Verkündung eines Gesetzes**
Es handelt sich um das Gesetz zur Erhebung einer Abgabe „Notopfer Berlin“ im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, am 28. November von der Bundesregierung eingebracht, vom Bundestag in der 22. Sitzung am 9. Dezember 1949 verabschiedet und im Bundesgesetzblatt vom 30. Dezember 1949 veröffentlicht.
2. Februar 1950 **Erstmalige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses**
Der auf Antrag der Bayernpartei eingesetzte Untersuchungsausschuß soll die Einfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und in das Gebiet der Bundesrepublik überprüfen. Der Ausschuß tagt zwischen dem 22. März und dem 8. November 1950 zwölfmal. Er legt einen abschließenden Bericht vor, der in der Plenarsitzung vom 13. Dezember 1950 angenommen wird.
6. Juni 1950 **Erste Sondersitzung** des Bundestages
Die Sitzung war von der SPD-Fraktion beantragt worden; Tagesordnung: Beratung des Gesetzentwurfs über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat.
Die Sitzung dauert nur 42 Minuten; angenommen wird ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion, die Beratung wegen der Erkrankung von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* von der Tagesordnung abzusetzen.
15. Juni 1950 **Erste namentliche Abstimmung**
Beantragt wird sie „angesichts der Wichtigkeit dieser Abstimmung“ von der CDU/CSU-Fraktion zur Schlußabstimmung über das Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat.
Von den abgegebenen 378 Stimmen sind 218 Ja-Stimmen, 151 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen.
28. Juli 1950 **Erstmalige Abstimmung über einen Antrag auf Entlassung eines Bundesministers**
Der Antrag der SPD-Fraktion hat folgenden Wortlaut: „Der Herr Bundeskanzler wird ersucht, dem Herrn Bundespräsidenten die Entlassung des Bundeswirtschaftsministers Dr. *Erhard* vorzuschlagen.“ Anlaß war eine öffentliche Äußerung des Ministers zu dem mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß des Bundestages, den Brotpreis wie bisher zu stützen: „Hier waren wieder einmal Hysteriker als Wirtschaftspolitiker am Werk.“
Nach längerer Debatte wird der Antrag mit 187 Stimmen abgelehnt; 142 Abgeordnete stimmten mit Ja, 28 enthalten sich.

21. Februar 1951 **Erstmalige Wortmeldung eines Bundestagspräsidenten als Redner in einer Aussprache**
Hermann Ehlers während der 2. Beratung des Bundeshaushalts 1950, hier: Einzelplan 02 (d. h. Bundestagshaushalt).
9. Mai 1951 **Erster Antrag auf Herbeirufung eines Regierungsmitgliedes**
 Während der Beratung einer Interpellation der SPD-Fraktion zu Äußerungen des Bundesministers der Justiz *Thomas Dehler* zum Mitbestimmungsrecht meldet sich der Parlamentarische Geschäftsführer *Adolf Arndt* (SPD) zu Wort:
 „... Nachdem der Herr Bundesminister der Justiz Erklärungen abgegeben hat, die das Hohe Haus herausgefordert haben und die von mir nur als schimpflich bezeichnet werden können, beantragt die sozialdemokratische Fraktion, den Herrn Bundeskanzler herbeizurufen.“
 Bei der Abstimmung ist die Mehrheit für die Ablehnung des Antrags.
11. Juli 1951 **Erste Änderung des Grundgesetzes**
 Aufhebung der Übergangsbestimmung des Artikels 143, in der die Strafrechtsbestimmung für Hochverrat zusammengefaßt war. Artikel 143 war hinfällig geworden, nachdem der Hochverrat durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951 wieder im allgemeinen Strafrecht geregelt war.
12. Dezember 1951 **Erstmalige Abstimmung über einen Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens eines Bundesministers**
 Zur Abstimmung stehen zwei Anträge, die beide Bundesjustizminister *Thomas Dehler* wegen verschiedener Anlässe betreffen.
 Die Fraktion der KPD hatte am 15. November 1951 beantragt: „Der Bundestag wolle beschließen: Der Bundestag verurteilt die von dem Bundesminister der Justiz Dr. *Dehler* in seinem zwar zurückgezogenen, aber der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Entwurf einer Rundfunkrede sowie die in seiner vom Bayerischen Rundfunk tatsächlich durchgegebenen Rede ausgesprochenen Diffamierungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und spricht dem Minister dafür seine Mißbilligung aus.“
 Die Fraktion der SPD hatte am 4. Dezember 1951 beantragt: „Der Bundestag wolle beschließen: Der Bundestag mißbilligt die von dem Bundesminister der Justiz Dr. *Dehler* in einer öffentlichen Versammlung in Nürnberg am 9. November 1951 aufgestellte Behauptung, etwa ein Drittel aller als Sozialleistungen gewährten Renten – auch der Kriegssopfer – werde zu Unrecht bezogen.“
 Nach der Begründung der Anträge und einer ausführlichen, zeitweise erregten Aussprache werden beide Anträge mit der Mehrheit des Hauses abgelehnt.
23. Januar 1952 **Erste Fragestunde**
 Dazu hatten acht Abgeordnete der SPD, FDP, FU und KPD elf Fragen eingereicht, zehn werden behandelt.

Die erste Frage in der ersten Fragestunde stellt *Heinrich Georg Ritzel* (SPD), der sich als Vorsitzender des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität jahrelang für die Einrichtung und Ausgestaltung der Fragestunde eingesetzt hatte: „Was hat der Herr Bundesminister der Finanzen veranlaßt, um die Auszahlung der Versorgungsbezüge von versorgungsberechtigten Beamten und Angestellten des Saargebietes zu sichern, die im Gebiet der Bundesrepublik außerhalb des Saargebietes wohnen?“ Die Antwort gibt Bundesfinanzminister *Fritz Schäffer*.

Trotz der angesetzten 60 Minuten nimmt die erste Fragestunde lediglich 33 Minuten in Anspruch.

Bis 1960 findet die Fragestunde nur geringes Interesse bei den Abgeordneten und in der Öffentlichkeit, weil sie nur einmal im Monat stattfindet (nach der Geschäftsordnung „je nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Monat“). Einen zahlenmäßigen Aufschwung verzeichnet die Fragestunde ab 1960 mit der Änderung der Geschäftsordnung: „Jede Plenarsitzung beginnt mit einer Fragestunde.“

Ein Höhepunkt in der Geschichte der Institution sind die „SPIEGEL-Fragestunden“ vom November 1962 (vgl. Abschnitt 12.1).

23. Oktober 1952

Erste **Mandatsaberkennung**

Das Erlöschen des Mandats wird beim Abgeordneten *Fritz Dorls* festgestellt, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der Sozialistischen Reichspartei (SRP) festgestellt und deren Auflösung verfügt hatte. *Dorls*, der über die Landesliste der Deutschen Reichspartei (DRP) in den Bundestag gewählt worden war, hatte am 27. April 1950 dem Bundestagspräsidenten mitgeteilt, „ab sofort nicht mehr als unabhängiger Abgeordneter zu gelten, sondern als Abgeordneter der Sozialistischen Reichspartei“.

Mit der Mandatsaberkennung verringert sich die Zahl der Abgeordneten im 1. Bundestag von 421 auf 420.

2. Wahlperiode (1953–57)

5. Februar 1954

Erste **Zwischenfrage**

Während der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Inanspruchnahme eines Teils der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer durch den Bund im Rechnungsjahr 1954, unmittelbar nach kritischen Äußerungen des Abgeordneten *Alois Niederalt* (CDU/CSU) zur Rede des Abgeordneten *Thomas Dehler* (FDP) in der Haushaltsdebatte vom Vortag, meldet sich der Abgeordnete *Max Becker* (FDP) zu Wort: „Herr Kollege, Sie sprachen davon, daß der Herr Kollege *Dehler* bei seiner Haushaltsrede von der üblichen Art, den Haushalt zu behandeln, abgewichen sei und Dinge aus dem allgemeinen Gebiet der Politik behandelt habe. Darf ich Sie fragen, ob Ihnen die Gebräuche des früheren Deutschen Reichstags sowohl aus der Kaiserzeit wie aus der Weimarer Republik bekannt sind, wo gerade die Etatdebatte dazu diente, alle diese Dinge zusammen mit der Gesamtpolitik des Deutschen Reiches zu erörtern?“

Die Zwischenfrage war formlos im Dezember 1953 durch die Installierung von 15 Saalmikrofonen eingeführt worden. Die Mikrophone sollten in erster Linie für Zusatzfragen in der Fragestunde dienen, Bundestagspräsident *Hermann Ehlers* führte jedoch in der Plenarsitzung vom 10. Dezember 1953 aus: „Wir haben vor, ... die Mikrophone auch dazu zu benutzen, eventuelle Zwischenfragen, Einwürfe usw. während der Debatte machen zu lassen, um eine gewisse Auflockerung der Debatte zu erzielen.“ Am 26. Januar 1955 wird im Ältestenrat eine Vereinbarung über die „Handhabung der Zwischenfragen in der Plenarsitzung“ getroffen.

22. Juni 1954 **Erste öffentliche Anhörung**

Ausschuß für Kommunalpolitik zum Finanzausgleich (Art. 107 GG) und zur Steuerreform.

Die Möglichkeit, den nicht-öffentlichen Ausschuß-Sitzungen „öffentliche Informationssitzungen“ vorausgehen zu lassen, war mit der Geschäftsordnung vom 6. Dezember 1951 geschaffen worden. Von dieser Möglichkeit wurde anfangs kaum Gebrauch gemacht. Erst ab der 6. Wahlperiode (1969–72) wächst das Interesse auf mittlerweile über 200 öffentliche Anhörungen pro Wahlperiode.

26. Januar 1955 **Erstmalige Änderung** (hier: Ergänzung) **der neuen Geschäftsordnung** des Bundestages vom Dezember 1951

Aufgrund einer Vereinbarung im Ältestenrat wird die Geschäftsordnung um eine Anlage „Handhabung der Zwischenfragen in den Plenarsitzungen“ ergänzt.

24. Oktober 1956 **Erstmaliges Zusammentreten des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß** gemäß Artikel 45a GG

Auf Antrag der SPD soll der Ausschuß Äußerungen eines Generalmajors vom 13. August 1956 über Kriegsdienstverweigerer prüfen. Der Verteidigungsausschuß tagt als Untersuchungsausschuß viermal und legt einen Bericht vor.

Daß der Verteidigungsausschuß auch über die Rechte eines Untersuchungsausschusses und zugleich über die alleinige Zuständigkeit für Untersuchungsverfahren auf dem Gebiet der Verteidigung verfügt, war mit dem Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 45a) vom 19. Mai 1956 eingeführt worden.

3. Wahlperiode (1957–61)

19. Februar 1959 **Erste Wahl des Wehrbeauftragten**

Gewählt wird auf Vorschlag des Verteidigungsausschusses mit 366 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme General a. D. *Helmuth von Grolman*, unmittelbar zuvor Staatssekretär im niedersächsischen Vertriebenenministerium.

Am 14. Juli 1961 stellt *von Grolman* aus persönlichen Gründen den Antrag, ihn mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt zu entlassen, dem Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* entspricht.

8. April 1960 **Erstmalige Vorlage eines Jahresberichts des Wehrbeauftragten des Bundestages**
 Im Plenum keine Beratung, sondern nur Kenntnisnahme. Die Beratung eines Jahresberichts des Wehrbeauftragten findet erstmals erst am 21. Februar 1964 statt.
21. Oktober 1960 **Erstmalige Beantwortung einer dringlichen Anfrage in der Fragestunde**
 Zu Beginn der Fragestunde teilt Vizepräsident *Carlo Schmid* mit:
 „Im letzten Augenblick ist eine weitere Frage eingereicht worden, die der Präsident als dringlich anerkannt hat. Sie betrifft den Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. Die Frage ist von dem Abgeordneten *Junghans* gestellt:
 Hält es die Bundesregierung angesichts der volkswirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Konsequenzen für richtig, die **Rechtsverordnung** zur Bundesratsbekanntmachung von 1895 **betreffend Eisen- und Stahlindustrie (Sonntagsarbeit)** noch vor Behandlung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP – Drucksache 2134 – zu verabschieden?
 Sind Sie bereit, Herr Minister, die Frage zu beantworten?“
Blank, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß die Frage des Herrn Abgeordneten *Junghans* wie folgt beantworten: Die Bundesregierung hat über die Sie hier interessierende Frage noch keinen Beschluß gefaßt.“
 Die Möglichkeit, für die Fragestunde „Anfragen von offensichtlich dringendem Interesse“ einzureichen, war am 29. Juni 1960 mit der Verabschiedung von „Richtlinien für die Fragestunde“ geschaffen worden. Während sonst Anfragen mehrere Tage vor ihrer Beantwortung eingereicht werden müssen, kann der Präsident dringliche Anfragen zulassen, wenn sie spätestens bis 12.00 Uhr mittags am Tag vor einer Fragestunde vorgelegt werden.

4. Wahlperiode (1961–65)

21. Februar 1964 **Erstmalige Beratung eines Jahresberichts des Wehrbeauftragten** des Bundestages zusammen mit dem Vorlagebericht des Verteidigungsausschusses
10. Februar 1965 **Erste Aktuelle Stunde**
 Thema: Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten am 4. Februar 1965 über die Äußerungen zur Wiedervereinigung, Friedensregelung, Oder-Neiße-Grenze.
 Die Aktuelle Stunde war am 27. Januar 1965 durch Beschluß von „Vorläufigen Bestimmungen über Aussprachen zu Fragen von allgemeinem aktuellem Interesse“ eingeführt worden.
 Im Verlauf der 4. Wahlperiode findet noch eine weitere Aktuelle Stunde statt, in der 5. Wahlperiode insgesamt 17. Erst seit der 10. Wahlperiode (1983–87) erhöht sich die Zahl der Aktuellen Stunden sprunghaft auf über 100 pro Wahlperiode.

5. Wahlperiode (1965–69)

8. November 1966

Erstes **Vertrauensfrage-Ersuchen**

Mit 255 gegen 246 Stimmen nimmt der Bundestag den Antrag der oppositionellen SPD-Fraktion an, in dem Bundeskanzler *Ludwig Erhard* (CDU) ersucht wird, die Vertrauensfrage zu stellen. *Erhard* erklärt, er werde dem Ersuchen „unter gar keinen Umständen nachkommen“. Statt dessen reicht er drei Wochen später sein Rücktrittsgesuch ein.

Der in der Geschäftsordnung nicht vorgesehene Antrag ist seitdem nicht wieder gestellt worden.

29. Juni 1967

Erstmalige **Worterteilung an den Wehrbeauftragten**

Die Worterteilung an den Wehrbeauftragten *Matthias Hoogen* ist durch eine am 27. Januar 1965 beschlossene Ergänzung der Geschäftsordnung möglich geworden. Danach hat (in der damaligen Fassung) der Wehrbeauftragte bei der Beratung der von ihm vorgelegten Berichte das Wort zu ergreifen, wenn es ein Abgeordneter mit Unterstützung in Fraktionsstärke verlangt.

Zuvor besaß der Wehrbeauftragte des Bundestages im Plenum kein Rederecht. *Hoogens* Vorgänger, der Wehrbeauftragte *Hellmuth Heye*, hatte sich deswegen in einer Artikelserie in einer Illustrierten über die innere Verfassung der Bundeswehr zu Wort gemeldet. Als dies heftige Kritik auslöste, bat er am 10. November 1964 um seine vorzeitige Entlassung.

6. Wahlperiode (1969–72)

18. März 1970

Erstmalige **Einsetzung einer Enquete-Kommission**

Die von der CDU/CSU-Fraktion beantragte Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ hat den Auftrag, „Empfehlungen für eine bessere kulturelle Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen“.

Nach längerer Vorbereitungszeit tritt die Kommission erstmals am 11. März 1971 zusammen. Wegen der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode kann sie am 22. September 1972 zunächst nur einen Zwischenbericht vorlegen. Die Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ wird deshalb in der 7. Wahlperiode (1972–76) erneut eingesetzt.

24./27. April 1972

Erstmaliger Antrag nach Artikel 67 GG – „**Konstruktives Mißtrauensvotum**“

Nachdem die Regierungskoalition aus SPD und FDP durch Fraktionswechsler von anfangs 254 auf 249 stimmberechtigte Abgeordnete geschrumpft und die Opposition (einschließlich des aus der FDP ausgetretenen Abgeordneten *Wilhelm Helms*) von 242 auf 247 Stimmen gewachsen ist, wagt die CDU/CSU-Fraktion – in der festen Erwartung, daß auch zwei

FDP-Abgeordnete (*Gerhard Kienbaum* und *Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm*) ihre Stimme der Opposition geben werden – folgenden Antrag:

„Der Bundestag wolle beschließen: Der Bundestag spricht Bundeskanzler *Willy Brandt* das Mißtrauen aus und wählt als seinen Nachfolger den Abgeordneten *Rainer Barzel* zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundespräsident wird ersucht, Bundeskanzler *Willy Brandt* zu entlassen.“

In der geheimen Abstimmung am 27. April 1972 stimmen anstelle der erforderlichen 249 Abgeordneten jedoch nur 247 für den Antrag; er ist damit abgelehnt und das Konstruktive Mißtrauensvotum gescheitert.

Erst bei der zweiten Anwendung des Artikels 67 GG am 1. Oktober 1982, nach dem Bruch der Koalition von SPD und FDP, gelingt es der CDU/CSU-Fraktion zusammen mit den Stimmen der FDP, Bundeskanzler *Helmut Schmidt* das Mißtrauen auszusprechen und als Nachfolger *Helmut Kohl* zum Bundeskanzler zu wählen.

22. September 1972

Erstmalige **Vertrauensfrage des Bundeskanzlers** und zugleich erstmalige **Auflösung des Deutschen Bundestages**

Der Antrag von Bundeskanzler *Willy Brandt* (SPD), ihm nach Artikel 68 GG das Vertrauen auszusprechen, findet erwartungsgemäß nicht die erforderliche Mehrheit. Der Bundeskanzler begibt sich daraufhin zum Bundespräsidenten und schlägt ihm vor, den Bundestag aufzulösen. Nach Rücksprache mit den drei Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und FDP entspricht Bundespräsident *Gustav Heinemann* dem Vorschlag. Er ordnet die Auflösung des 6. Bundestages und Neuwahlen an.

Dieses Verfahren war zwischen Regierung und Opposition abgesprochen worden, nachdem die von Bundeskanzler *Willy Brandt* geführte Koalition aus SPD und FDP im Sommer 1972 infolge einer Reihe von Fraktionswechsellern die Mehrheit im Bundestag verloren hatte, es zu einer Patt-Situation gekommen war und alle Bundestagsparteien Neuwahlen anstrebten.

Die (bislang) zweite Parlamentsauflösung im Januar 1983 ist auf gleiche Weise von Bundeskanzler *Helmut Kohl* in die Wege geleitet worden, nachdem es zum Bruch der SPD-FDP-Koalition gekommen war und *Kohl* am 1. Oktober 1982 mit Hilfe des konstruktiven Mißtrauensvotums nach Artikel 67 GG in das Amt gewählt worden war.

7. Wahlperiode (1972–76)

14. März 1973

Erstmaliger **Bericht** der Bundesregierung **aus der Kabinettsitzung** („Kabinetttinformation“)

Als Thema wählt die Bundesregierung die Aufwertung der D-Mark aus. Es referiert der Bundesminister der Finanzen *Helmut Schmidt*. An die Berichterstattung schließen sich 12 Fragen von 12 Abgeordneten an.

Die „Kabinetttinformation“ war am 22. Februar 1973 im Ältestenrat vereinbart worden, nachdem sich die Bundesregierung bereit erklärt hatte, das Parlament in Plenarwochen jeweils am Mittwoch aktuell aus den vorangegangenen Kabinettsitzungen zu unterrichten.

Aufgrund der Kritik der Opposition an der mangelnden Gelegenheit zur Gegendarstellung wird das Informationsverfahren nach fünf Sitzungen im Juni 1973 abgebrochen, nach einer Änderung der Verfahrensregeln zu Beginn des Jahres 1974 bereits nach drei Versuchen. Auch eine 1985 vereinbarte sechsmonatige Erprobungszeit wird schon nach drei Kabinettsberichterstattungen beendet. Erst die aufgrund mehrerer Initiativen erstmals am 12. Oktober 1988 durchgeführte Regierungsbefragung erweist sich als dauerhaft (Einzelheiten siehe unter diesem Datum).

11. Wahlperiode (1987–90)

12. Oktober 1988

Erstmalige Durchführung einer **Regierungsbefragung**

Nachdem mehrere Versuche, im Bundestag eine „Kabinetttinformation“ im Anschluß an die wöchentliche Kabinettsitzung der Bundesregierung durchzuführen, überwiegend wegen der Kompliziertheit der Verfahrensregeln schon in der Erprobungsphase gescheitert waren, wurden im Herbst 1988 neue Richtlinien für eine Befragung der Bundesregierung vereinbart.

In der ersten Regierungsbefragung werden folgende Themen angesprochen:

- Gesetzentwurf über Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104a Abs. 4 GG;
- Wohnungsprogramm zugunsten der Aussiedler und Zuwanderer;
- Fusion von Daimler-Benz und MBB;
- Sanierung der Deutschen Bundesbahn.

8. Februar 1990

Erste **Kurzintervention**

Während der Aussprache zur Regierungserklärung von Bundesjustizminister *Hans A. Engelhard* zur Rechtspolitik im Jahr des deutsch-deutschen Aufbruchs meldet sich die Abgeordnete *Hildegard Hamm-Brücher* (FDP) zu einer Kurzintervention zu Wort:

„Frau Präsidentin, ich habe mich zu dieser Kurzintervention gemeldet, um dazu beizutragen, daß etwas, was der Kollege *Gerald Häfner* zu uns in eigener Sache gesagt hat, nicht untergeht.

Wir wollen mit der Kurzintervention dazu beitragen, daß eine Debatte belebt wird und daß man auch über die üblichen Fraktionsgrenzen hinweg einmal bekundet, daß man mit dem, was ein Kollege von der anderen Fraktion gesagt hat, sehr einverstanden ist ...“

Die Kurzinterventionen, d. h. Zwischenbemerkungen oder Zwischenfragen mit kurzer Erklärung entweder während eines Debattenbeitrages mit Zustimmung des Redners oder im Anschluß an einen Debattenbeitrag, war auf maßgebliche Initiative von *Hildegard Hamm-Brücher* am 13. Dezember 1989 durch Beschluß des Bundestages probeweise eingeführt worden. Nach einer Verlängerung der Erprobung im Sommer 1990 werden die Zwischenbemerkungen oder „Kurzinterventionen“ am 31. Oktober 1990 in die Geschäftsordnung aufgenommen.

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

12. Wahlperiode (1990–94)

29. Oktober 1992 **Erstmalige Abstimmung über einen Antrag auf Entlassung eines Parlamentarischen Staatssekretärs**

Der Antrag der Gruppe der PDS/Linken Liste hat folgenden Wortlaut: „Der Bundeskanzler wird aufgefordert, gemäß § 4 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre dem Bundespräsidenten vorzuschlagen, den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Dr. *Erich Riedl*, wegen der öffentlich erklärten Äußerung „Der Münchner Süden muß ab sofort zur asylantenfreien Zone erklärt werden zu entlassen.“

Der Antrag wird abgelehnt, doch erhält der Parlamentarische Staatssekretär *Erich Riedl* am 19. Januar 1993 im Rahmen einer allgemeinen Reduzierung der Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre die Entlassungsurkunde.

13. Wahlperiode (1994–1))

28. September 1995 **Erstmalige Durchführung einer „Kernzeit-Debatte“ am Donnerstag**

Vorgesehene Tagesordnungspunkte:

- Regierungserklärung und ausführliche Aussprache zu den Ergebnissen der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking und deren Bedeutung für Deutschland (abgesetzt wegen Erkrankung von Bundesministerin *Claudia Nolte*);
- Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts und mehrere Anträge zur Sozialhilfe;
- Vereinbarte Debatte zur Luft- und Raumfahrtindustrie.

Die „Kernzeit-Debatten“ waren durch Beschluß des Bundestages am 21. September 1995 im Rahmen eines umfangreichen „Reform-Pakets“ eingeführt worden. Ziel ist es, donnerstags in Sitzungswochen besonders wichtige, allgemein interessierende Themen zu erörtern. Besondere Maßnahmen wurden zur Gewährleistung einer möglichst hohen Präsenz getroffen:

- längerfristige Vorausplanung,
- Redezeitbegrenzung auf grundsätzlich 10 Minuten,
- Möglichkeit der Feststellung der Beschluß- und Beratungsfähigkeit nach den Regeln der namentlichen Abstimmung,
- grundsätzlich keine Genehmigung paralleler Gremiensitzungen.

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts

Die Beratungen des Einzelplans 02 (Haushalt des Bundestages) während der jährlichen Beratungen des Bundeshaushalts sind seit 1950 fast immer genutzt worden, um alle möglichen Parlamentsfragen zu erörtern. Das Spektrum reicht von allgemeinen Aussagen zur Bedeutung der parlamentarischen Demokratie über kritische Äußerungen zum Funktionieren des parlamentarischen Systems bis zu konkreten Vorschlägen zur Parlamentsreform. Die Zusammenstellung der Debattenbeiträge, die während der Beratungen des Bundestagshaushalts gehalten wurden, bietet deshalb einen – wenn auch nicht lückenlosen – Überblick, welche thematischen Schwerpunkte zu welcher Zeit im Vordergrund standen, mit welcher Intensität und Ausführlichkeit sich die Parlamentarier bei dieser Gelegenheit Gedanken über ihre eigene Arbeit machten und welche Abgeordnete sich an diesen Überlegungen regelmäßig beteiligten.

Im folgenden sind die Debatten ab der Beratung des Bundeshaushaltsgesetzes 1949 berücksichtigt. Nicht einbezogen wurden die fast sechsstündige Aussprache vom 20. September 1984 zur Stellung und Arbeit des Deutschen Bundestages sowie ähnliche Aussprachen in den späteren Jahren. Für derartige „Selbstverständnis-Debatten“ des Parlaments, die außerhalb der Haushaltsberatungen stattfanden, wurde der anschließende Abschnitt 13.5 eingerichtet.

Die Debattenbeiträge der einzelnen Redner sind hier nur stichwortartig verkürzt wiedergegeben; sie können bei Bedarf anhand der Fundstelle im Plenarprotokoll im Wortlaut nachgelesen werden.

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinetttberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung

Haus- halts- plan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
1949	a) 49. Sitz. b) 22. 3. 1950 c) 2. Ber.	<p><i>Bahlburg</i> (DP)</p> <p><i>Loritz</i> (WAV)</p> <p><i>Leuchtgens</i> (DRP)</p> <p><i>Matthes</i> (DP)</p> <p><i>Mensing</i> (CDU)</p>	<p>(Berichterstattung)</p> <p>Antrag auf Kürzung des BT-Etats: keine Erhöhung der Diäten, geringere Kostenpauschalen.</p> <p>Forderung auf Herabsetzung der Ausgaben (u. a. Reduzierung des Stellenplans der BT-Verwaltung, Streichung der Zulagen für die Beschäftigten, Streichung der Dienstaufwandsentschädigung des BT-Präsidenten, geringerer Betrag für Bücher durch Schaffung einer Zentralbibliothek für Regierung, Bundestag und Bundesrat; geringere Kostenpauschale für Abgeordnete).</p> <p>Anerkennung für die von der BT-Verwaltung geleistete Arbeit; gegen Sparanträge, die aus propagandistischen Gründen gestellt würden.</p> <p>Mangelnde Vertretung der Handwerker im BT.</p>
	a) 55. Sitz. b) 30. 3. 1950 c) 3. Ber.	<p><i>Ritzel</i> (SPD)</p> <p><i>Matthes</i> (DP)</p> <p><i>Ott</i> (parteilos)</p> <p><i>Schmid</i> (SPD)</p> <p><i>Loritz</i> (WAV)</p> <p><i>Hohl</i> (CDU)</p>	<p>Abstellung von Mängeln und Durchführung von Verbesserungen innerhalb des BT: Arbeitsplätze für Abg., Verzicht auf Einbau einer Abstimmungsanlage, bürokratische Materialausgabe, Einrichtung eines Dokumentationsdienstes und bessere Ausstattung der Bibliothek, Überstundenvergütung für BT-Personal, Überprüfung der Angehörigen der BT-Verwaltung bei ihrer Einstellung, Klärung der Rechtsverhältnisse der BT-Gebäude; Aufgaben und Stellung des BT-Präsidenten; Behandlung von Ordnungsrufen; Zurückweisung der Parlamentskritik des Abg. <i>Ott</i>.</p> <p>Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen für die Abg.; Plädoyer für sachlichen Parlamentsstil im Plenum.</p> <p>Rechtfertigung seiner im Wahlkreis geäußerten Parlamentskritik.</p> <p>Notwendigkeit einer Ehrenordnung zum Schutze der Abg. gegenüber Beschimpfungen durch Abg. (wie Dr. <i>Ott</i>).</p> <p>Rechtfertigung seiner Kritik am BT und an der Höhe der Diäten.</p> <p>Bedauern über antiparlamentarische Äußerungen des Abg. <i>Loritz</i> in Hessen.</p>

Hinweis

Die Änderungen der Geschäftsordnung der Bundestages sind in Abschnitt 16.1 zusammengestellt.

Haushaltsplan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
1950	a) 119. Sitz. b) 21. 2. 1951 c) 2. Ber.	<p><i>Bahlburg</i> (DP) <i>Ritzel</i> (SPD)</p> <p><i>Renner</i> (KPD) <i>Bausch</i> (CDU) <i>Ehlers</i> (CDU) <i>Mommer</i> (SPD)</p> <p><i>Oellers</i> (FDP) <i>Brese</i> (CDU) <i>Renner</i> (KPD) <i>Nowack</i> (FDP) <i>Reismann</i> (Z) <i>Matthes</i> (DP) <i>von Thadden</i> (DRP)</p>	<p>(Berichterstattung): Verstärkung der Pressestelle; zahlreiche Kürzungen. Kritik der Öffentlichkeit am BT; Verhältnis BT/Presse; Kosten des BT pro Kopf der Bevölkerung = 33 Pfennig pro Jahr; Arbeitsleistung des BT; Hinweise auf neue Bestimmungen der endgültigen Geschäftsordnung; Stellungnahme zu einem den BT beleidigenden Zeitungsartikel des Leiters des Presse- und Bildarchivs der BReg.</p> <p>Kritik an Positionen des Haushalts; Ablehnung eines Dokumentationsdienstes. Kritik an dem oben erwähnten Zeitungsartikel. Angriffe gegen BT-Personal ungerechtfertigt. Befürwortung der Einrichtung eines Dokumentationsdienstes entspr. dem Legislative Reference Service in den USA. Ablehnung eines Dokumentationsdienstes: andere Verhältnisse in USA. Ablehnung eines Dokumentationsdienstes: Aufblähung der Bürokratie. Ablehnung eines Dokumentationsdienstes: nicht unparteiisch. Befürwortung eines Dokumentationsdienstes. Befürwortung eines Dokumentationsdienstes. Anstelle eines Dokumentationsdienstes Ausbau von Bibliothek und Archiv. Befürwortung eines Dokumentationsdienstes.</p>
1951	a) 165. Sitz. b) 27. 9. 1951 c) 2. Ber.	<p><i>Leuchtgens</i> (DP) <i>Becker</i> (FDP)</p> <p><i>Gundelach</i> (KPD)</p> <p>Vizekanzler <i>Blücher</i> (FDP) <i>Ritzel</i> (SPD)</p>	<p>(Berichterstattung) Frage nach dem Verbleib der neuen Geschäftsordnung und nach Vorarbeiten für ein neues Wahlgesetz. Unzureichende Bezahlung der Angestellten und Arbeiter im Vergleich zu den Beamten in der BT-Verwaltung. Beratung des neuen Wahlgesetzes im BT voraussichtlich im Laufe des kommenden Winters. Entwurf der neuen GO soeben verteilt, Verabschiedung für Oktober vorgesehen.</p>

1951 1. Nachtrags- haus- halt	a) 225. Sitz. b) 17. 7. 1952 c) 2. Ber.	<i>Blank</i> (FDP) <i>Mellies</i> (SPD) <i>BTPräs. Ehlers</i> (CDU) <i>Fink</i> (CSU) <i>Becker</i> (FDP)	(Berichterstattung): Beratung des Gutachtens des Bundesrechnungshofes [BRH] über zweckmäßige Organisation der BT-Arbeit: BRH verkenne Unterschied zwischen einer Behörde und einem Parlament; Befürwortung der gegenwärtigen Organisationsstruktur, jedoch entspr. Gutachten Abteilungen statt Hauptabteilungen. Stellungnahme zum BRH-Gutachten. Stellungnahme zum BRH-Gutachten: Einstufung der Beamten und Organisation des BT. Organisations- und Stellenplan des BT, Position des BT-Direktors; BT-Verwaltung notwendige Stütze des Parlaments. Ansehen des Parlaments, Zwischenrufe und Zwischenfragen; für Reduzierung der Zahl der Ausschüsse; andere Regelung der Arbeitszeit des Parlaments.
1952	–	–	–
1953	a) 275. Sitz. b) 24. 6. 1953 c) 2. Ber.	<i>Jaffé</i> (DP) <i>Gundelach</i> (KPD) <i>Schoettle</i> (SPD)	(Berichterstattung) Antrag auf Kürzung bzw. Streichung verschiedener Ausgaben (Unkostenpauschale und Tagegelder für Abg. bzw. Verfügungsfonds des BTPräs. und Ausgaben für Veranstaltungen u. a.). Erklärung der SPD: Ablehnung der KPD-Anträge („theatralische Demonstration“).
1954	a) 24. Sitz. b) 8. 4. 1954 c) 2. Ber.	<i>Rösch</i> (CDU) <i>Gülich</i> (SPD) <i>BTPräs. Ehlers</i> (CDU) <i>Gülich</i> (SPD) <i>Ritzel</i> (SPD) <i>Schoettle</i> (SPD)	(Berichterstattung) Eintreten für die Einrichtung eines Gesetzgebungshilfsdienstes; Kritik, daß noch vor Erscheinen des Amtlichen Handbuchs des BT ein vom BT-Direktor herausgegebenes „privates“ BT-Handbuch erschienen ist; Verdacht der „Protektion“ in der BT-Verwaltung; Bereitstellung des Amtlichen Handbuchs des BT und der Stenographischen Berichte des BT an Volksbüchereien aus Mitteln des Verfügungsfonds des Bundeskanzlers. Gründe für späte Vorlage des BT-Haushalts 1954; Würdigung der Tätigkeit der Wissenschaftlichen Abteilung des BT; Zurückweisung des Verdachts der Protektion; Voraussetzung für schnelleres Erscheinen der Stenographischen Berichte; Werdegang des BT-Handbuchs; Stellungnahme zu dem Vorwurf gegen den BT-Direktor wegen der Herausgabe eines eigenen Handbuchs. Erwiderung Verzicht auf Honorar bei eigenen Publikationen über BT. Stellungnahme zur Entwicklung der Personalpolitik sowohl im 1. BT als auch im Frankfurter Wirtschaftsrat.

Haus- halts- plan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: 1954	a) 28. Sitz. b) 6. 5. 1954 c) 3. Ber.	<p><i>Reif</i> (FDP)</p> <p><i>Mende</i> (FDP)</p> <p>BMin <i>Schäffer</i> (CSU)</p> <p><i>Brese</i> (CDU)</p> <p><i>Rösch</i> (CDU)</p> <p>BTPräs. <i>Ehlers</i> (CDU)</p> <p><i>Menzel</i> (SPD)</p> <p><i>Reif</i> (FDP)</p> <p><i>Mommer</i> (SPD)</p> <p><i>Mende</i> (FDP)</p>	<p>Notwendigkeit von Arbeitszimmern für Abg. und von Verbesserungen der Arbeitsmöglichkeiten.</p> <p>für Einrichtung des seit 1951/52 diskutierten Gesetzgebungshilfsdienstes zwecks Stärkung des Initiativrechts des BT, Prüfung der Notwendigkeit von Gesetzen und Verminderung von Versehen bei der Gesetzgebungsarbeit.</p> <p>Antrag auf Baumaßnahmen nach RHO unzulässig; Zweifel gegenüber parlamentarischem Gesetzgebungshilfsdienst wegen verfassungsrechtlicher Unterschiede zu USA.</p> <p>Ablehnung der Einrichtung des Parlamentsdienstes; Kampf gegen die sich immer mehr aufblähende Bürokratie; Vorhandensein der erforderlichen Sitzungs- und Arbeitsräume für die Abg.; Ablehnung weiterer Baupläne.</p> <p>Vor neuen Bauplänen Raumverteilung abwarten; Hinweis auf Leistungsfähigkeit der bestehenden wissenschaftlichen Abteilung des BT.</p> <p>Unterbringung der Abg.; Stellungnahme zum Antrag von Mitteln für Erweiterungsbau; Frage der Einrichtung des Gesetzgebungshilfsdienstes.</p> <p>für Verschiebung der Mittelbewilligung für Erweiterungsbau.</p> <p>mit Verschiebung einverstanden; Zurückweisung der Kritik gegenüber Antrag auf Schaffung von Arbeitsplätzen für Abg.</p> <p>Frage der Einrichtung eines Gesetzgebungshilfsdienstes; Schaffung der Voraussetzungen, damit die Stenographischen Berichte der Plenarsitzungen am Morgen nach den Verhandlungen vorliegen.</p> <p>Zurückweisung der Kritik gegenüber Antrag auf Ausbau des wissenschaftlichen Apparats.</p>
1955	a) 86. Sitz. b) 14. 6. 1955 c) 2. Ber.	<p><i>Rösch</i> (CDU)</p> <p><i>Brese</i> (CDU)</p> <p><i>Reif</i> (FDP)</p> <p><i>Huth</i> (CDU)</p> <p><i>Schoettle</i> (SPD)</p> <p><i>Lüders</i> (FDP)</p>	<p>(Berichterstattung)</p> <p>Ablehnung einer Verstärkung des Parlamentsdienstes (hier: der Fraktionen) und der Anstellung weiterer Beamter.</p> <p>Eintreten für Arbeitshilfen unabhängig von der Ministerialbürokratie.</p> <p>Zurückweisung der Auffassung des Abg. <i>Brese</i>.</p> <p>Eintreten für Verstärkung des Parlamentsdienstes; Zurückweisung der Auffassung des Abg. <i>Brese</i>.</p> <p>Kritik am Bundeshausrestaurant; ungenügender Fahrdienst; ungleiche Gehälter der Kellner und Kellnerinnen des Bundeshausrestaurants bei gleicher Arbeit.</p>

		<i>Kopf</i> (CDU) <i>Huth</i> (CDU)	Erhöhung des Zuschusses für die IPA. Bundeshausrestaurant nicht in BT-Zuständigkeit, sondern Pachtbetrieb.
1956	a) 151. Sitz. b) 21. 6. 1956 c) 2. Ber.	<i>Rösch</i> (CDU) <i>Keilhack</i> (SPD) <i>Sabel</i> (CDU) <i>Matzner</i> (SPD) <i>Rösch</i> (CDU) <i>Bucher</i> (FDP) <i>Gülich</i> (SPD)	(Berichterstattung) Zuschuß für Neubau einer Jugendherberge in Bonn aus BT-Mitteln wegen jugendlicher Bundeshaus-Besucher. Kritik an Bauausführung der Jugendherberge. Hinweis auf Belastung der Beschäftigten der BT-Verwaltung; Kritik an den Restaurants und Kantinen im Bundeshaus; Hinweis auf Raumnot des BT: u. a. unzureichende Ausschußsitzungszimmer. zur Restaurants-Situation. Kritik an Verhalten des BMin <i>Gerhard Schröder</i> gegenüber dem BTPräsidenten; zu Zeitungsbildern über leere Bänke im Plenum und zu den Gründen dieses Zustandes. Kritik an zu kurzer Zeit für Beratung des Bundeshaushalts.
1957	a) 211. Sitz. b) 23. 5. 1957 c) 2. Ber.	<i>Rösch</i> (CDU) <i>Lüders</i> (FDP) <i>Ritzel</i> (SPD) BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)	(Berichterstattung) Änderungsvorschläge zur Erleichterung der Tätigkeit der Abg.; Arbeitseinsatz und Entlohnung der Kraftfahrer des BT; Kritik am Bundeshaus-Restaurant. Kritik am Bundeshaus-Restaurant; zur Arbeitsökonomie des BT und zu den Gründen der leeren Bänke im Plenum. Probleme der technischen Organisation des BT durch die Tatsache bedingt, daß das Bundeshaus als ehem. Pädagogische Akademie ein Provisorium ist; mangelnde Arbeitsräume für Abg. und Ausschußsitzungszimmer; Arbeitszeitturnus; Hinweis auf den probeweisen Einsatz einer Abstimmungsmaschine; zur Kritik am Bundeshaus-Restaurant; Bedenken gegen Erweiterungen und Neubauten aller Art für Bundestag, um das Wort vom Provisorium ernst zu nehmen und den Willen zur Wiedervereinigung zum Ausdruck zu bringen; Raumbeschaffung für den Wehrbeauftragten; Räume für die Presse.
1958	a) 34. Sitz. b) 25. 6. 1958 c) 2. Ber.	<i>Ritzel</i> (SPD) <i>Vogel</i> (CDU) <i>Gülich</i> (SPD)	Streichung des Zuschusses für NATO-Parlamentarier-Konferenz. Erweiterungsbau für Parlamentarische Gesellschaft. Mittel zur Verteilung des Bundestagshandbuchs an Volksbüchereien und Volkshochschulen.
1959	–	–	–
1960	–	–	–

Haus- halts- plan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
1961	a) 147. Sitz. b) 8. 3. 1961 c) 2. Ber.	<p><i>Rösch</i> (CDU)</p> <p><i>Ritzel</i> (SPD)</p> <p><i>Brese</i> (CDU)</p> <p><i>Bucher</i> (FDP)</p> <p>BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)</p> <p><i>Schmid</i> (Frankfurt) (SPD)</p> <p><i>Schoettle</i> (SPD)</p> <p><i>Mommer</i> (SPD)</p> <p><i>Krone</i> (CDU)</p> <p>BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)</p>	<p>(Berichterstattung)</p> <p>Erhöhung der Mittel für die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft.</p> <p>Ablehnung eines Umbaus bzw. der Umgestaltung des Plenarsaals.</p> <p>Streichung der für den Umbau des Plenarsaals beantragten Mittel.</p> <p>Notwendigkeit der Umgestaltung des Plenarsaals; Glaube des Liberalismus an den Sinn und Wert der Diskussion.</p> <p>Eintreten für Umgestaltung des Plenarsaals.</p> <p>Anstelle Umgestaltung des Plenarsaals Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Abg. und der Arbeitsbedingungen des BT-Personals.</p> <p>Eintreten für Umgestaltung des Plenarsaals.</p> <p>Umgestaltung des Plenarsaals und Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten sind notwendig.</p> <p>Ein eigener Arbeitsraum für jeden Abg. ist Planungsziel des BT-Präsidiums.</p>
1962	–	–	–
1963	a) 74. Sitz. b) 8. 5. 1963 c) 2. Ber.	<p><i>Wessel</i> (SPD)</p> <p><i>Brese</i> (CDU)</p> <p><i>Götz</i> (CDU)</p> <p><i>Schäfer</i> (SPD)</p> <p><i>Dürr</i> (FDP)</p> <p><i>Hermesdorf</i> (SPD)</p>	<p>Begründung für die Personalanforderungen der Petitionsstelle.</p> <p>Kritik am Wachsen der Bürokratie, auch im BT; Antrag, die Planstellen auf den Stand von 1962 zurückzuführen; Kritik an der Hausordnung des BT (Anwesenheitsliste).</p> <p>Antrag, Frage der Personalanforderungen der Petitionsstelle im Haushaltsplan 1964 zu behandeln.</p> <p>Kritik an Art der Erledigung der Petitionen; es geht nicht nur um Personalanforderung der Petitionsstelle, sondern auch um Erarbeitung eines neuen Konzepts, wie der BT die Petitionen behandelt.</p> <p>Stellenvermehrung im BT betrifft Ausweitung des wissenschaftlichen Hilfsdienstes und hat nichts mit Ausweitung der Bürokratie zu tun.</p> <p>Antrag des Abg. <i>Brese</i> unaufrichtig, da er noch nie einen entsprechenden Antrag aus dem Bereich der Landwirtschaft gestellt hat.</p>

1964	–	–	–
1965	a) 164. Sitz. b) 17. 2. 1965 c) 2. Ber.	<p><i>Götz</i> (CDU)</p> <p><i>Dürr</i> (FDP)</p> <p><i>Conring</i> (CDU)</p> <p><i>Rutschke</i> (FDP)</p> <p><i>Brese</i> (CDU)</p> <p><i>Gradl</i> (CDU)</p> <p>BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)</p> <p><i>Dorn</i> (FDP)</p> <p><i>Götz</i> (CDU)</p> <p><i>Mommer</i> (SPD)</p> <p>BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)</p> <p><i>Moersch</i> (FDP)</p> <p><i>Friedensburg</i> (CDU)</p>	<p>(Berichterstattung): Neubauten des BT, hier: Errichtung eines Bürohauses, keine Festlegung auf das Gesamtprojekt BT-Neubau.</p> <p>Einführung der Aktuellen Stunde ein erster Schritt zur Parlamentsreform; weitere Reformen erforderlich, um zu einem ausgewogenen Verhältnis von Parlament und Regierung zu kommen; reformbedürftig ferner Praxis der Ausschüsse (Flaschenhals Rechtsausschuß) sowie Immunitätsrecht.</p> <p>Klarstellung, daß es beim BT-Neubau zur Zeit nur um ein Bürohaus geht.</p> <p>Um jedem Abg. ein Zimmer zur Verfügung zu stellen, ist kein 26stöckiges Hochhaus erforderlich; außerdem steht Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes in Berlin dazu im Widerspruch.</p> <p>Bürohaus ist in Wirklichkeit erster Bauabschnitt eines neuen Regierungsviertels; gefährdet Glaubwürdigkeit, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist.</p> <p>Hinweis auf möglichen Widerspruch zwischen der Forderung, die Funktion Berlins als deutsche Hauptstadt wiederherzustellen, und Etablierung eines monströsen BT-Baus; inwieweit findet eine Festlegung auf ein Hochhaus statt?</p> <p>Beschlossen wird Errichtung eines Bürohauses, und zwar eines Hochhauses, aber keine künftige Festlegung; Forderungen nach Erweiterung des parlamentarischen Hilfsdienstes nur sinnvoll, wenn zuvor Raumfrage gelöst ist; Auseinandersetzung mit Abg. <i>Rutschke</i> über angebliche Auskunft der BT-Verwaltung, mit 69 zusätzlichen Räumen auszukommen; brauchbare Alternative zu Bürohaus nicht möglich; Raumbedarf des BT bedingt durch Verlagerung der Parlamentsarbeit aus Plenum in Fraktionsarbeitskreise und Ausschüsse; gefährliche Behauptung, Bürohaus des BT sei Wiedervereinigung abträglich.</p> <p>Bei Verhandlungen mit der Stadt Bonn wird sich Diskussion über Gesamtkonzeption Regierungsviertel automatisch ergeben.</p> <p>Zahlreiche Klarstellungen; im Raumbedarf auch Räume für Ausschüsse und Sekretariate enthalten.</p> <p>Rechtfertigung des Bürohauses aus Kostengründen; aus Rücksicht auf Berlin für BT in Bonn Zweckbauten anstelle von Repräsentationsbauten erforderlich; Entscheidung für Bonn 1949 wahrscheinlich ein Fehler.</p> <p>Auseinandersetzung mit der Berechnung des Abg. <i>Rutschke</i>, es seien nur 69 zusätzliche Abg.-Zimmer notwendig; gegen Einbeziehung der Abg.-Wohnungen in die Berechnung der Abg.-Arbeitsräume.</p> <p>einige Klarstellungen.</p> <p>Haltung der Berliner Abg. zur Bundestagsplanung in Bonn.</p>

Haushaltsplan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: 1965		<p><i>Götz</i> (CDU)</p> <p><i>Emde</i> (FDP)</p> <p><i>Conring</i> (CDU)</p> <p><i>Rützel</i> (SPD)</p> <p>BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)</p>	<p>einige Klarstellungen als Berichterstatter.</p> <p>haushaltsrechtliche Klarstellung über Tragweite der Mittel-Bewilligung.</p>
1966	<p>a) 41. Sitz.</p> <p>b) 17. 5. 1966</p> <p>c) 2. Ber.</p>	<p><i>Götz</i> (CDU)</p> <p><i>Dorn</i> (FDP)</p> <p><i>Frehsee</i> (SPD)</p> <p><i>Brese</i> (CDU)</p> <p>BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)</p> <p><i>Abelein</i> (CDU)</p> <p><i>Genscher</i> (FDP)</p> <p><i>Ruf</i> (CDU)</p>	<p>(Berichterstattung): Motive und Fakten zugunsten des Beschlusses, ein Bürohaus zu errichten; kritische Überprüfung des Raumbedarfs führte zu jetzigem Projekt eines Bürohauses anstelle verschiedener „kleiner Lösungen“.</p> <p>Vorstellung einer Alternativlösung (u. a. Einbeziehung des Bundesratsflügels); Ablehnung des Bürohochhauses.</p> <p>Darlegung der unzumutbaren Raumverhältnisse im BT, insbesondere auch Situation der Ausschüsse und der BT-Verwaltung; Lösung nur durch das geplante Bürohaus.</p> <p>Raummangel durch Ausweitung der BT-Verwaltung verursacht; Ablehnung des geplanten Neubaus.</p> <p>Zur Interessenlage der Stadt Bonn und zum Grundstückskauf in der Gronau; Ablehnung von Alternativlösungen, die u. a. von der falschen Voraussetzung ausgehen, der Bundesrat wolle ausziehen und selber bauen.</p> <p>Schaffung der simpelsten Voraussetzungen für normale Arbeit eine Selbstverständlichkeit.</p> <p>Auseinandersetzung über tatsächlichen Raumbedarf.</p> <p>Auseinandersetzung über tatsächlichen Raumbedarf: FDP-Antrag auf Streichung der Mittel für Bürohochhaus und statt dessen Verwendung für Olympiade = „Stimmenfang primitivster Art“.</p>
1967	a) 45. Sitz. b) 27. 5. 1966 c) 3. Ber.	<i>Dichgans</i> (CDU)	Einrichtung eines Archivs „Erinnerungen von Abgeordneten“ und deren auszugsweise Veröffentlichung.
1967	–	–	–

Haus- halts- plan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
1969	a) 225. Sitz. b) 27. 3. 1969 c) 2. Ber.	<i>Rawe</i> (CDU)	(Berichterstattung): Zurückstellung der Stellenanhebung für die Ausschußassistenten bis zur Reorganisation der Ausschußarbeit; Einrichtung eines Planungsstabes für die Parlamentsreform; Erstattung der Kosten für Hilfskräfte der Abg.; Leertitel für Parlamentsbauten.
		<i>Genscher</i> (FDP)	Einzelfragen der Parlamentsreform: gegen Redezeitbeschränkung; Umwandlung Ältestenrat; Initiativrecht der Fraktionen; für Ausdehnung der Ausschuß-Öffentlichkeit; Fragestunde; mangelnde Präsenz der BReg im BT; Einführung einer „politischen Fragestunde“; Verhältnis Parlament/Regierung; Kritik an schlechtem Parlamentsstil („Durchpeitschen“); für namentliche Abstimmungen und Abstimmungs- maschine; Aushöhlung der Zuständigkeiten des BT.
		<i>Wörner</i> (CDU)	Parlamentsreform „Mode geworden“; Ziel: Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems; Stärkung der Stellung des BT; Rationalisierung der Arbeit des BT; Strukturprobleme: Spezialisierung / parlamentsinterner Lobbyismus / Gesetzesinitiative; Einsetzung eines Planungsstabes Parlamentsreform.
		<i>Mommer</i> (SPD)	Warnung vor Parlamentsreform als Zauberwort; für SPD Realisierbarkeit im Vordergrund; Steigerung der Leistungsfähigkeit der Abg.; ein Anfang: Einführung der Hilfskräfte und Bürohochhaus; Nutzung der EDV; Ausbau des Wissenschaftlichen Dienstes; Verstärkung der Ausschußassistenten; Umwandlung des Ältestenrats in ein einheitliches Lenkungsorgan des BT; Reduzierung der Zahl der Ausschüsse; Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse; Reform der Untersuchungsausschüsse; Verhältnis BT/Bundesrechnungshof; fallweise Öffentlichkeit der Ausschüsse; Einführung von Enquete-Kommissionen; Neubau des Plenarsaals; Einbau einer Abstimmungsmaschine; Beschränkung der Redezeit; leerer Plenarsaal; Korrektur der Minderheitenrechte.
		<i>Mende</i> (FDP)	Geistige Grundlagen des Parlamentarismus; Bilanz 20 Jahre BT; gegen Verringerung der Zahl der Abg.; für Reduzierung der Zahl der Ausschüsse; falsche Bescheidenheit gegenüber organisatorischer Ausstattung des BT in den letzten 20 Jahren; Presseberichterstattung über BT; für Einrichtung einer Presse- und Informationsabteilung des BT; gegen Redezeitbeschränkung; namentliche Abstimmung; Opposition während der Großen Koalition.
		<i>Klepsch</i> (CDU)	Einzelfragen der Parlamentsreform: Beschränkung der Redezeit; Neubau des Plenarsaals; Reform der Ausschußarbeit; Verstärkung des Wissenschaftlichen Dienstes; Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen; Ausbau der Hearings.
		<i>Apel</i> (SPD)	Einzelfragen der Parlamentsreform: Redezeitbegrenzung; Öffentlichkeit der Ausschüsse; Gesetzesinitiative bei der Regierung; Enquete-Kommissionen und Hearings; derzeit falscher Arbeitsrhythmus (zwei Sitzungswochen und eine sitzungsfreie Woche); Bekenntnis zum Berufspolitiker.

<i>Schmidt</i> (Wuppertal) (CDU)	Reform des § 96 GO BT (Finanzvorlagen); viele Vorschläge liegen schon seit Jahren im GO-Ausschuß: „Gesetzes-Chinesisch“; Kurzfassung zu Gesetzesinhalten erstellen.
<i>Bauer</i> (Würzburg) (SPD)	Bereits 1968 Bestrebungen, Kurzrede einzuführen; hinsichtlich Reformvorschlägen „Wettlauf der Fraktionen“; Frage nach Beschlußgremium für Parlamentsreform (GO-Ausschuß? Hinweis auf Termenschwierigkeiten); Kritik an zu großer Zahl von Vorbereitungsgremien; grundsätzliche Revision der GO kaum noch in dieser WP zu verwirklichen; Bitte um Unterstützung des GO-Ausschusses.
<i>Moersch</i> (FDP)	Unbegreiflich, daß Wochenzeitung „Das Parlament“ vom Innenministerium herausgegeben wird; Hinweise zur Öffentlichkeitsarbeit des BT; Berichterstattung über Ausschußarbeit; öffentliche Anhörungsverfahren; Parlamentsberichterstattung; Reform der Untersuchungsausschüsse; „politische Fragestunde“; neuer Plenarsaal von zweitrangiger Bedeutung; gegen „Vorparlamente“.
<i>Kübler</i> (SPD)	Stärkung der Befugnisse des Petitionsausschusses; dazu GG-Änderung erforderlich.
BTPräs. <i>von Hassel</i> (CDU)	Dank für die zahlreichen Anregungen zur Parlamentsreform; großer Zeitdruck bezüglich Realisierung; Befürwortung eines „Vorblattes“ für die BT-Drucksachen; Beispiele für „Gesetzes-Chinesisch“; Unkenntnis über das tatsächliche Leben eines Abg.; leere Bänke im Plenum; mandatsbedingte Ausgaben der Abg.; Kosten des Parlaments; Richtlinien für die Anstellung von Hilfskräften; Organisation und Arbeitsplan für die Parlamentsreform; Schaffung einer „politischen Kommission“; Einbau des Abstimm-Computers vorbereitet; Möglichkeiten und Grenzen der Datenverarbeitung im Parlamentsbereich; Austauschmöglichkeit von Beamten.
PStS <i>Leicht</i> (CDU)	Zusicherung des Entgegenkommens des Finanzministers gegenüber BT-Wünschen bezüglich Stellenanhebungen.
<i>Jacobi</i> (CDU)	Verbesserung des Petitionsrechts; Verankerung im GG.
<i>Collet</i> (SPD)	Einstellung der Öffentlichkeit zum Parlament; leeres Plenum; Ablesen von Reden; namentliche Abstimmungen; Ausgestaltung der Fragestunde.
<i>Hermisdorf</i> (SPD)	Skepsis gegenüber Verringerung der Zahl der Ausschüsse; Nichtbewilligung von Ausschußstellen.
<i>Schmitt-Vockenhausen</i> (SPD)	zur Stellenbewertung der Ausschuß-Mitarbeiter.
<i>Schulte</i> (SPD)	Frage ist nicht angeschnitten worden, ob Parlamentarismus noch zeitgemäß ist; Reformvorschläge entsprechen teilweise unterschiedlichen Parlamentsmodellen.
<i>Mertes</i> (FDP)	Unklarheiten in der Argumentation des Abg. <i>Hermisdorf</i> ; es geht um Anhebung von Planstellen, unabhängig von Zahl der Ausschüsse.
<i>Baier</i> (CDU)	1969 sind 100 zusätzliche Planstellen für Beamte geschaffen worden; Reformüberlegungen bezüglich Ausschüssen noch nicht abgeschlossen, mit diesen Stellenanhebungen deshalb warten.
<i>Rawe</i> (CDU)	Anhebung der Ausschußstellen erst nach Vorliegen der neuen Konzeption.

Haus- halts- plan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: 1969		<i>Moersch</i> (FDP) <i>Kühn</i> (CDU) <i>Haase</i> (CDU) <i>Schoettle</i> (SPD)	<p>ungünstiger Stellenkegel beim BT im Vergleich zu anderen Verwaltungszweigen.</p> <p>Es geht darum, Qualifikation der Ausschußvorsitzenden deutlich zu machen.</p> <p>Antrag stammt von Ausschußvorsitzenden, die ihnen nahestehende Bedienstete befördern wollen.</p> <p>Protest gegen Ausführungen des Abg. <i>Haase</i>.</p>
1970	a) 55. Sitz. b) 3. 6. 1970 c) 2. Ber.	<i>BTPräs. von Hassel</i> (CDU)	<p>Begründung zur Erhöhung des Einzelplans 02 von 108 Millionen DM auf 131 Millionen DM (= 21,2%); Erläuterungen zu den Unkostenpauschalen der Abg.; Versteuerung der Diäten; Hinweise auf schon durchgeführte Maßnahmen zur Parlamentsreform.</p>
1971	a) 96. Sitz. b) 3. 2. 1971 c) 2. Ber.	<i>Rawe</i> (CDU) <i>Blumenfeld</i> (CDU) <i>Collet</i> (SPD) <i>Spillecke</i> (SPD) <i>Rawe</i> (CDU) <i>Schäfer</i> (SPD) <i>Althammer</i> (CSU) <i>Hermisdorf</i> (SPD) <i>Rawe</i> (CDU) <i>Kirst</i> (FDP)	<p>(Berichterstattung): Hinweis auf die Kosten der Parlamentsreform von 1969 (z. B. Neuorganisation der Verwaltung; insbes. der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste, Einführung der EDV, Öffentlichkeitsarbeit); Erhöhung der Fraktionszuschüsse; Prüfung des künftigen Raumbedarfs im Bundeshaus.</p> <p>leeres Plenum z. T. durch europäische Verpflichtungen der Abg.; Befürwortung des Pairing-Systems.</p> <p>Nachlassen des Reformeifers; Vorschlag einer Lose-Blatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung“; Mängel beim „Vorblatt“.</p> <p>Antrag gegen Anhebung der Stelle des BT-Direktors nach B 11.</p> <p>Widerspruch gegen diesen Antrag; Frage der Selbsteinschätzung des Parlaments.</p> <p>Problematik der Besoldungsordnung B.</p> <p>Vergleiche zu anderen Verwaltungen problematisch.</p> <p>einige Klarstellungen.</p> <p>einige Klarstellungen.</p> <p>einige Klarstellungen.</p>
1972	a) 182. Sitz. b) 26. 4. 1972 c) 2. Ber.	<i>Franke</i> (CDU) <i>Lenz</i> (CDU)	<p>(Berichterstattung): Weiterhin Verbesserungen der Arbeitsmöglichkeiten der Abg. erforderlich; Sicherheitseinrichtungen des neuen Hochhauses nicht ausreichend.</p> <p>Bericht zu Überlegungen der Enquete-Kommission Verfassungsreform (u. a. Beteiligung des Parlaments an der Planung; Reform der Untersuchungsausschüsse; parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste; Rechtsverordnungen).</p>

		<p><i>Dichgans</i> (CDU)</p> <p><i>Jung</i> (FDP)</p> <p><i>Althammer</i> (CSU)</p> <p><i>Apel</i> (SPD)</p> <p><i>Kirst</i> (FDP)</p> <p><i>Althammer</i> (CSU)</p> <p><i>Ehmke</i> (SPD)</p> <p>BMin <i>Ertl</i> (FDP)</p> <p><i>Spitzmüller</i> (FDP)</p> <p><i>Stücklen</i> (CSU)</p> <p><i>Wehner</i> (SPD)</p> <p><i>Leicht</i> (CDU)</p> <p><i>Dorn</i> (FDP)</p> <p><i>Stark</i> (CDU)</p> <p><i>Sperling</i> (SPD)</p>	<p>Angesichts gegenwärtiger Konfrontation Hinweis auf gute Zusammenarbeit im Parlament; Recht auf Fraktionswechsel; Bemühungen um Fortsetzung der Geschäftsordnungsreform bisher gescheitert; Terminlage des GO-Ausschusses; Besteuerung der Diäten; Verhältnis des BT zum Europäischen Parlament.</p> <p>Planung eines Regierungsviertels.</p> <p>Warnstreiks und außerparlamentarische Aktionen wegen Anwendung des konstruktiven Mißtrauensvotums; Freiheit des Mandats; Respektierung der geheimen Wahl und Abstimmung beim Mißtrauensvotum.</p> <p>Zurückweisung der Ausführungen des Abg. <i>Althammer</i>.</p> <p>zum Verfahren des Mißtrauensvotums.</p> <p>gegen Verdrehung seiner Ausführungen.</p> <p>„Provokation“.</p> <p>Hinweis auf Morddrohungen.</p> <p>CDU/CSU nicht „stärkste Partei“; Abstimmverhalten bei Mißtrauensvotum jedem freigestellt.</p> <p>Unterbindung der freien, geheimen Abstimmung durch SPD mittels Manipulation.</p> <p>zur Bezeichnung des Moskauer Vertrages als „kalten Staatsstreich“ durch den Abg. <i>Strauß</i> (CSU).</p> <p>zu den Äußerungen der Abg. <i>Apel</i> und <i>Ehmke</i> (SPD); Besorgnis um gewisse Entwicklungen muß geäußert werden dürfen.</p> <p>u. a. zur Frage der Regierungsbeteiligung der stärksten Fraktion.</p> <p>Verwunderung über gegenwärtigen Parlamentsstil.</p> <p>Abstimmung über Mißtrauensvotum durch nicht gelöste Frage der Verhaltensregeln belastet.</p>
1973	<p>a) 44. Sitz.</p> <p>b) 18. 6. 1973</p> <p>c) 2. Ber.</p>	<p><i>Wohlrabe</i> (CDU)</p> <p>BTPräs. <i>Renger</i> (SPD)</p> <p><i>Collet</i> (SPD)</p>	<p>(Berichterstattung): Erläuterungen zum Etatumfang; Problematik der Diätenbesteuerung; Raumprobleme auch nach Bau des Neuen Hochhauses; Bedeutung und Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit.</p> <p>Arbeitsmöglichkeiten der Abg.; Definition der Stellung des Abg. im Zusammenhang mit einer Diäten-Besteuerung; Verwendung des Reichstagsgebäudes; Parlamentsreform eine ständige Aufgabe; Anregung, 15-Minuten-Rede zur Regel werden zu lassen.</p> <p>Inzwischen dritter Anlauf, die Rechte des Petitionsausschusses gesetzlich zu regeln; Dank für Einführung der Lose-Blatt-Sammlung „Stand der Gesetzgebung“; Kritik an „Vorblättern“.</p>

Haushaltsplan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
1974	a) 102. Sitz. b) 21. 5. 1974 c) 2. Ber.	<p>BTPräs. <i>Renger</i> (SPD)</p> <p><i>Wohlrabe</i> (CDU)</p> <p><i>Bußmann</i> (SPD)</p> <p><i>Engelhard</i> (FDP)</p> <p><i>Gansel</i> (SPD)</p> <p><i>Collet</i> (SPD)</p> <p><i>Sperling</i> (SPD)</p>	<p>Kompliziertheit der Diäten-Besteuerung; Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Diätengesetzes; Anordnung einer Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung im BT; Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit.</p> <p>Nutzung des Reichstagsgebäudes; Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“; Präsenz des BT in Berlin.</p> <p>Berlin-Präsenz; Personalentwicklung im BT; Organisationsüberprüfungen; gesellschaftliche Einordnung der Abg. und Höhe der Diäten.</p> <p>Status des Abgeordneten und Höhe der Diäten; Einrichtung eines „Senats für Parlamentsfragen“; Beratungen der Diätenbesteuerung nicht immer mit der erwarteten Eile betrieben worden.</p> <p>gegen eine Erhöhung der Kostenpauschale; System der Pauschalierung unehrlich, ungerecht und Erhöhung unangemessen; Kritik an Verzögerung der Diätenbesteuerung.</p> <p>Kritik an Vorgehen des Abg. <i>Gansel</i>; Anregung eines „Wegweisers für Abgeordnete“; negative öffentliche Meinung über Parlament und Parteien.</p> <p>Kritik an System der Zusammensetzung der Diäten (Pauschalen); Befürwortung der Erhöhung der Kostenpauschale.</p>
1975	a) 158. Sitz. b) 19. 3. 1975 c) 2. Ber.	<i>Wohlrabe</i> (CDU)	(Berichterstattung): Im Gegensatz zu Pressemeldungen ein ausgesprochener Sparhaushalt; problematisch bis heute Raumfrage; unbefriedigend gelöste Restaurantprobleme.
1976	a) 240. Sitz. b) 11. 5. 1976 c) 2. Ber.	<p><i>Wohlrabe</i> (CDU)</p> <p><i>Bußmann</i> (SPD)</p> <p><i>Lenz</i> (CDU)</p>	<p>(Berichterstattung): Kosten des Parlaments; 1976 = Sparhaushalt; zur Kritik an Auslandsreisen von Politikern; Unterbringung der Abg.; Errichtung eines neuen Bürohauses notwendig; Sicherheitsmaßnahmen für die BT-Gebäude; Bedeutung und Organisation der Öffentlichkeitsarbeit; Verwendung des Reichstagsgebäudes.</p> <p>Kostenaufteilung des BT-Haushalts; Leistungssteigerungen bei BT-Verwaltung trotz Stellenkürzung (z. B. Wissenschaftliche Dienste); Dank auch an Fraktionsmitarbeiter.</p> <p>Kritik an der Nichtbehandlung seiner Anträge betr. Redezeitbegrenzung und Umwandlung des Ältestenrates; Kritik an der Nichtbehandlung des Bundesratseinspruchs zur Straßenverkehrsgesetznovelle (betr. BT-Mitsprache bei wichtigen verkehrspolitischen Verordnungen); Kritik an parlamentsloser Zeit vor Beginn der neuen WP.</p>

		<p><i>Schulte</i> (SPD)</p> <p><i>Schäfer</i> (SPD)</p> <p><i>Lenz</i> (CDU)</p>	<p>Stellungnahme zu Abg. <i>Lenz</i>; Ankündigung der neuen GO BT; Verhältnis von Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenrechten; Behandlung der Anträge des Abg. <i>Lenz</i> im Ältestenrat.</p> <p>Hinweis auf bisherige Diskussion zur Abkürzung der Wahlperiode.</p> <p>Nichtbereitschaft der SPD, parlamentslose Zeit abkürzen.</p>
1977	<p>a) 34. Sitz.</p> <p>b) 21. 6. 1977</p> <p>c) 2. Ber.</p>	<p>BTPräs. <i>Carstens</i> (CDU)</p> <p><i>Renger</i> (SPD)</p> <p><i>Ollesch</i> (FDP)</p>	<p>Grundsätzliche Bemerkungen über Rolle des BT im Verfassungsgefüge und über Arbeitsweise des BT; Straffung der Plenardebatten wünschenswert; internationale und europäische Beziehungen des BT; Behandlung der EG-Vorlagen; Abgeordnetengesetz und Diätenbesteuerung; erschwerte Arbeitsbedingungen der BT-Verwaltung durch Art ihrer Unterbringung.</p> <p>Direktwahl zum Europäischen Parlament; Plädoyer für Fortsetzung der Parlamentsreform auf der Grundlage der in der 7. WP erarbeiteten Vorlage (enthält u. a. Redezeitbegrenzung); schneller Neubauten-Beschluß erforderlich; Funktionsfähigkeit des BT darf nicht unter Sparsamkeit leiden.</p> <p>Stellung des Abgeordneten; Entstehen der Bürgerinitiativen; Zustimmung zu den weiteren Planungen für BT-Neubau.</p>
1978	–	–	–
1979	–	–	–
1980	–	–	–
1981	<p>a) 43. Sitz.</p> <p>b) 5. 6. 1981</p> <p>c) 2. Ber.</p>	<p>BTPräs. <i>Stücklen</i> (CSU)</p> <p><i>Conradi</i> (SPD)</p> <p><i>Schneider</i> (CSU)</p> <p><i>Wolfgang</i> (FDP)</p>	<p>Aspekte der Bauplanung BT: BT-Neubau, Parlamentsviertel, städtebaulicher Wettbewerb Bonns, Verwendung des jetzigen Plenarsaals, Raumsituation nicht weiter zu verantworten; Bonn und Berlin.</p> <p>BT-Neubauplanung bisher weitgehend nichtöffentlich beraten; Kritik an jetziger Architektur, insbes. Plenarsaal; Forderung eines städtebaulichen Konzepts; gegen „Parlament zum Nulltarif“.</p> <p>Zum Gang und Stand der Neubauplanung; BT baulich unterrepräsentiert.</p> <p>Darstellung der BT-Neubauplanung in Form einer Fabel.</p>
1982	–	–	–
1983	–	–	–

Haushaltsplan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
1984	a) 42. Sitz. b) 6. 12. 1983 c) 2. Ber.	<p><i>Conradi</i> (SPD)</p> <p><i>Wolfgramm</i> (FDP)</p> <p><i>Seiters</i> (CDU)</p>	<p>Bericht über Stand der Neubauplanung BT: Erweiterungsbau, Plenarsaal-Umbau, Altbau-Sanierung, Wasserwerk-Umbau zu Interimsplenarsaal; Kritik an zögernder Haltung der Fraktionen bei der Mittelbewilligung für die Fortführung der Planungen.</p> <p>Zweifel an Notwendigkeit und Umfang einer grundsätzlichen Altbau- und Plenarsaalsanierung.</p> <p>Angesichts leerer Kassen CDU/CSU-Fraktion im Augenblick nur für unbedingt erforderliche Renovierungen und Reparaturen (Plenarsaal/Ausweichquartier Wasserwerk).</p>
1985	a) 103. Sitz. b) 27. 11. 1984 c) 2. Ber.	<p><i>Esters</i> (SPD)</p> <p><i>Carstens</i> (CDU)</p> <p><i>Nickels</i> (GRÜNE)</p> <p><i>Wolfgramm</i> (FDP)</p>	<p>Zur Gemeinsamkeit der Abg. bei BT-Haushalt; Einzelplan des BT spiegelt Bestreben wider, Anstöße und Wünsche der Selbstverständnis-Debatte vom 20. 9. 1984 umzusetzen; Möglichkeit für Abg. eine zusätzliche Halbtagskraft einzustellen; zur angemessenen Entschädigung der Abg.; zu Bemühungen, das Ansehen des BT zu verbessern; Haushaltsmittel für Enquete-Kommissionen; gegen CSU-Kritik an <i>Flick</i>-Untersuchungsausschuß.</p> <p>Übereinstimmung der Opposition auch bei übriger Haushaltsdebatte wünschenswert; gegen Kritik des Abg. <i>Esters</i> an CSU; Kritik an Abg. <i>Schily</i> (GRÜNE) wegen seines Verhaltens im <i>Flick</i>-Untersuchungsausschuß; zum Verfahren der Diätenerhöhung.</p> <p>Zur anstehenden Diätenerhöhung angesichts der neuen Armut (Regelsatz für Sozialhilfe auf der Basis von 1970); für Solidaritätsbeitrag der Abg. anstatt Diätenerhöhung; zur Diffamierung des <i>Flick</i>-Untersuchungsausschusses u. a. durch Ministerpräsident <i>Franz Josef Strauß</i>.</p> <p>Ankündigung von Verhaltensregeln durch FDP; Position der FDP zum Untersuchungsausschuß; Kriterien der Abg.-Entschädigung 1975 im Diätenurteil durch Bundesverfassungsgericht entwickelt; zum Rotationsprinzip der GRÜNEN; Kritik am Verhalten der GRÜNEN in der Diätenfrage.</p>
1986	–	–	–
1987	–	–	–
1988	–	–	–

1989	a) 110. Sitz. b) 24. 11. 1988 c) 2. Ber.	<p><i>Esters</i> (SPD)</p> <p><i>Borchert</i> (CDU)</p> <p><i>Kleinert</i> (GRÜNE)</p> <p><i>Seiler-Albring</i> (FDP)</p> <p><i>Wüppesahl</i> (fraktionslos)</p>	<p>Kritik an Entscheidung des Bundeskanzlers über die Besetzung des Amtes des BT-Präsidenten; Kritik an gegenwärtiger Arbeitssituation der MdB (u. a. verstreute Unterbringung); BT im Zeichen der Übergangsphase (z. B. Baumaßnahmen, PARLAKOM); Ursachen der Kostensteigerungen bei den BT-Bauten und Maßnahmen zur Kostenbegrenzung; Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten durch PARLAKOM; Kritik an Struktur und Arbeitsabläufen der BT-Verwaltung; Personalsituation im Wissenschaftlichen Fachdienst; Dank an früheren BT-Präsidenten <i>Jenninger</i>.</p> <p>Arbeitsbelastung der MdB; Entlastung durch qualifizierte Mitarbeiter und durch Modellversuch PARLAKOM; Kontrolle der Zuschüsse an BT-Fraktionen durch Bundesrechnungshof; zur Problematik der Entscheidung in eigener Sache; zur Kritik an der Nominierung der Kandidaten für das Amt des BT-Präsidenten; Aufstockung des Personals der BT-Verwaltung u. a. durch Verfügungsstellen für Gremien; Ursache der Kostensteigerungen für BT-Neubauten; wachsende Kosten durch Unterbringung des BT in über 70 Liegenschaften.</p> <p>Kritik an Verzicht auf baukonservatorische Lösung bei Plenarsaal; Kritik an Anhebung der Fraktionszuschüsse und an fehlender Transparenz bei ihrer Kontrolle; Ablehnung des Epl. 02 durch die GRÜNEN.</p> <p>Zur Kostensteigerung bei den BT-Neubauten; Lehren für die Errichtung der <i>Schürmann</i>-Bauten; zur Prüfung der Fraktionszuschüsse durch Bundesrechnungshof; Reform der Verwaltungsstruktur des BT; Effizienz des Wissenschaftlichen Dienstes; Dank an früheren BT-Präsidenten <i>Jenninger</i>.</p> <p>Begründung eines Änderungsantrages, als fraktionsloser MdB einen anteiligen Zuschuß entsprechend dem Fraktionszuschuß zu erhalten.</p>
1990	–	–	–
1991	a) 26. Sitz. b) 4. 6. 1991 c) 2. Ber.	<p><i>Esters</i> (SPD)</p> <p><i>Rüttgers</i> (CDU)</p>	<p>Erster Haushalt eines gesamtdeutschen Parlaments; Entscheidung für Erhöhung der Abgeordnetenanzahl (anstelle Vergrößerung der Wahlkreise) richtig; Steigerungsrate im Haushalt 1991 maßgeblich durch Vereinigung bedingt; Gleichstellung der Abg. aus den neuen Bundesländern (z. B. in der Amtsausstattung, namentlich IuK-Bereich) noch nicht erreicht; Bürounterbringung des einzelnen Abgeordneten und seiner Mitarbeiter bescheiden; Unterbringung des Bundestages auf annähernd 100 Liegenschaften zerstreut; alle Baustile vereint; Fertigstellung des Plenarsaal-Neubaus im Herbst 1992; Fortgang der <i>Schürmann</i>-Bauten; Ausbau des Reichstagsviertels in Berlin; bisherige Maßnahmen keine Präjudizierung der Entscheidung über den Parlaments- und Regierungssitz; gegen Trennung von Parlaments- und Regierungssitz; zur Kritik an der Diätenanpassung; Klarstellung zu den Fraktionszuschüssen.</p> <p>Neufassung der Erläuterungen zu den Fraktionszuschüssen; gegen eine generelle Überprüfung aller Abg. auf eine Stasi-Vergangenheit; Beeinflussungsversuche im Hinblick auf Entscheidung über den Parlaments- und Regierungssitz; Kritik am Antrag der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE, in jeder Wahlperiode zweimal einen Bericht über die Auslandsdienstreisen der Abg. vorzulegen.</p>

Haus- halts- plan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: 1991		Briefs (PDS/Linke Liste) Weng (FDP)	Kritik an der Abwicklung des öffentlichen Dienstes in der früheren DDR – im Vergleich zur glimpflichen Abwicklung der Angehörigen im öffentlichen Dienst des Dritten Reiches (Sachruf des amtierenden Präsidenten). Gleichstellung der Abg. aus den neuen Bundesländern bei der Finanz- und Amtsausstattung und bei den Mitwirkungsmöglichkeiten; Klärung von Fragen der Dienstwagenbenutzung im Haushaltsaus-schuß mit hilfreicher Unterstützung des Bundesrechnungshofes; kein persönlicher Vorwurf in der „Dienstwagen-Affäre“ gegenüber BT-Präs. <i>Rita Süßmuth</i> angebracht; Wünsche nach einem starken und selbstbewußten Parlament.
1992	–	–	–
1993	–	–	–
1994	–	–	–
1995	–	–	–
1996	a) 66. Sitz. b) 7. 11. 1995 c) 2. Ber.	<i>Purps</i> (SPD) <i>Metzger</i> (B 90/GRÜNE) <i>Luft</i> (PDS) <i>Albowitz</i> (FDP)	Hinweise zur Haushaltssituation, nachdem die vom BT beschlossene Änderung von Art. 48 Abs. 3 GG mangels Zustimmung des Bundesrates nicht in Kraft getreten ist und nunmehr eine Neuregelung der Abgeordnetenbezüge in alleiniger Verantwortung des BT erfolgen soll. Erhöhung der Abgeordnetenbezüge um 14% „politisch instinktos“. Kritik, jetzt schon Mittel für eine Diätenerhöhung bereitzustellen, für die es noch gar keine gesetzliche Grundlage gibt. Hinweis darauf, daß der Gesetzgeber nach der Bundeshaushaltsordnung verpflichtet ist, unabweisbare und vorhersehbare Kosten in den Etat einzustellen.
1997	–	–	–

Hinweis

Einzelheiten zum Einzelplan 02 (Deutscher Bundestag) des Bundeshaushalts enthält Kapitel 20.

13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages

Erstmals am 20. September 1984 führte der Deutsche Bundestag eine Aussprache über seine Stellung und Arbeitsweise durch. Fast sechs Stunden dauerte damals diese Plenardebatte, an der sich 45 Abgeordnete beteiligten. Sie war zurückgegangen einerseits auf eine im April 1984 von der Abgeordneten *Hildegard Hamm-Brücher* (FDP) angeregten und von 109 weiteren Abgeordneten unterstützten Initiative zur Parlamentsreform*), andererseits auf Reformbestrebungen von Bundestagspräsident *Rainer Barzel*, der schon im Dezember 1983 eine entsprechende Debatte vorgeschlagen hatte.

Für diese Debatte vom September 1984 hat sich bald der Begriff „Selbstverständnis-Debatte“ eingebürgert. Auch die weiteren Debatten im Januar 1986, im September 1987 und im Dezember 1989 werden so bezeichnet. Es handelt sich dabei zunächst um die Debatte vom 30. Januar 1986, in der der Bericht der im September 1984 eingesetzten Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform (Drucksache 10/3600) sowie eine Reihe von Anträgen zur Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages beraten wurden. Am 18. September 1987 fand die dritte „Selbstverständnis-Debatte“ des Bundestages statt, diesmal auf der Grundlage eines erneut von der Abgeordneten *Hildegard Hamm-Brücher* initiierten und von weiteren 82 Abgeordneten unterschriebenen Antrags zur Parlamentsreform bzw. Änderung der Geschäftsordnung (Drucksache 11/411 [neu]). Im Anschluß an die bislang letzte Selbstverständnis-Debatte am 13. Dezember 1989 – zugleich die Aussprache über die Beschlußempfehlung des Geschäftsordnungsausschusses und über zahlreiche Änderungsanträge vor allem der Fraktion der GRÜNEN – verabschiedete der Bundestag zahlreiche Änderungen der Geschäftsordnung (Einzelheiten siehe bei Abschnitt 16.1).

„Selbstverständnis-Debatten“ des Bundestages hat es durchaus schon vor 1984 gegeben, und zwar

- anlässlich der Änderung der Geschäftsordnung (z. B. insbesondere die Plenarsitzung vom 18. Juni 1969) und
- regelmäßig vor allem anlässlich der Lesung des Bundestagshaushalts im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen (vgl. dazu den Abschnitt 13.4).

Sie unterscheiden sich jedoch von den aktuellen „Selbstverständnis-Debatten“ u. a. dadurch, daß niemals eine derartige Vielzahl von Abgeordneten zu Wort kam, demgemäß die Problematik nicht dermaßen vielseitig und ausführlich angesprochen werden konnte und die Redebeiträge insgesamt zweckgerichtet waren, d. h. auf eine unmittelbare Sachentscheidung des Parlaments zielten.

Im *Datenhandbuch* wurde daraus die Konsequenz gezogen, für die „Selbstverständnis-Debatten“ einen eigenen Abschnitt einzurichten. Nach wie vor werden dagegen Wortmeldungen während der Beratungen des Bundestagshaushalts (Einzelplan 02) im vorangegangenen Abschnitt 13.4 dokumentiert. In beiden Abschnitten sind die Debattenbeiträge der einzelnen Redner in gleicher Weise stichwortartig verkürzt wiedergegeben, und anhand der Fundstelle kann der volle Wortlaut im Plenarprotokoll nachgelesen werden.

*) Die „Ersten Überlegungen und Vorschläge zur Berücksichtigung des Artikels 38 Abs.1 GG in der parlamentarischen Arbeit“ sind veröffentlicht in der Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 15. 1984. H. 2. S. 171–175.

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.9.

a) Wahlperiode b) Sitz.-Nr. c) Datum	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
a) 10. WP b) 85. Sitz. c) 20. 9. 1984	<p>BTPräs <i>Barzel</i> (CDU)</p> <p><i>Hamm-Brücher</i> (FDP)</p> <p><i>Waltemathe</i> (SPD)</p> <p><i>Langner</i> (CDU)</p> <p><i>Nickels</i> (GRÜNE)</p> <p><i>Geiger</i> (CSU)</p>	<p>Kritische Debatte des BT über sich selbst an der Zeit, öffentliche Meinung über BT (außer über Diäten und über Präsenz im Plenum) gut; Zusammenhang zwischen Präsenz und Plenarsaal; BT als Herz der Demokratie noch nicht hinreichend im Bewußtsein der Öffentlichkeit; statt dessen Vorrangigkeit der Regierung; BT daran nicht unschuldig; Vorlage des Haushalts durch BReg, Bestellung des Präsidenten des Bundesrechnungshofes durch BReg, Herausgabe „Das Parlament“ durch BReg, Besucherbetreuung durch BReg, keine aktuelle Kabinetts-Informationen, ungenügende Ausstattung des Wissenschaftlichen Dienstes und der übrigen Personalstruktur der BT-Verwaltung; Stärkung des Parlaments durch Wahrnehmung seiner Rechte; Bemühungen um Lebendigkeit der Debatten; Umgestaltung des Plenarsaals; Verbesserung der Arbeitsplätze für Mitarbeiter; Vorschlag zur weiteren Beratung der Reformanregungen.</p> <p>Zur Parlamentsreform-Initiative von 110 Abg. aller Fraktionen; Sorge um Funktionsfähigkeit des Parlaments; unzureichender Niederschlag des Verfassungsgebots des Art. 38 GG (persönliche Verantwortung des einzelnen Abg.) in den Fraktions- und Parlamentsgeschäftsordnungen; Bevormundungen qua Beschluß des Ältestenrats; wirksamere Gestaltung der Kontrollfunktion; Aktualisierung der Informationen und Initiativen; lebendigere Debatten; unvorbereitete Fragestunden; individuelle Wortmeldungen; mehr Chancengerechtigkeit für jüngere Abg.; Verbesserung der Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten des Abg.; Ziel der Parlamentsreform Ermöglichung des Verfassungsauftrages nach Art. 38 GG.</p> <p>Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland; neue Wege für die Teilhabe der Bürger zwischen den Wahlen; Behandlung von Massenpetitionen direkt im BT; Gefahr der Bürokratisierung; Funktionswandel der Parlamentarischen Staatssekretäre; Mandat kein persönliches Eigentum; gesetzliches Verbot der Mandatsmitnahme bei Parteiwechsel; Duldung abweichender Meinungen und Stimmabgaben im Einzelfall; gegen imperatives Mandat von oben und unten; gegen Rotationsprinzip.</p> <p>Zur Wahrnehmung der drei verfassungsmäßigen Aufgaben des BT: Kreationfunktion (Regierungsbildung), Legislativfunktion und Kontrollfunktion; letztere reformbedürftig; Debatte über aktuelle Fragen frühzeitig in den BT; Informationspflicht der BReg in Sitzungswochen direkt gegenüber BT und nicht via Bundespressekonferenz; Verkürzung der Redezeit auf 10–15 Minuten; Verlängerung der Redezeit aufgrund von Zwischenfragen; veränderter Debattenrhythmus; drei bis vier kürzere Plenarsitzungen pro Woche an Vormittagen zwecks besserer öffentlicher Wirksamkeit anstelle von 8- bis 14stündigen Sitzungen.</p> <p>Gründe für langweilige Debatten und für gestörtes Verhältnis Parlament/Wähler; Beispiele für Ausweitung der Öffentlichkeit durch die GRÜNEN; statt Anerkennung Abschieben der GRÜNEN als Verfassungsfeinde.</p> <p>Plenarsaal für Rede und Gegenrede ungeeignet; Prüfung, wann Fernsehübertragungen sinnvoll sind.</p>

<i>Vogel</i> (SPD)	Lebhafte Diskussionen bei nicht abgestimmten Meinungen möglich; Hinweis auf besondere Stellung des BT, indem er im unmittelbaren Auftrag des Volkes handelt; BReg soll zuerst BT unterrichten, nicht über die Medien; Rechte des einzelnen Abg. gegenüber Ansprüchen und Abreden der Fraktionen stärker zur Geltung bringen; angemessene personelle und sachliche Ausstattung der Abg., u. a. Verbesserung der Mitarbeiterpauschale; Ansehen des BT abhängig von der Art des Umgangs der Abg. miteinander; mehr Grundsatzdebatten im Plenum, weniger Detailarbeit; Problematik des leeren Plenums.
<i>Lammert</i> (CDU)	Systemüberwindung keine Parlamentsreform; Verbesserung der Arbeitsweise des BT nicht durch umfangreiche Änderung der Geschäftsordnung; Präsenz im Plenum für Ansehen des BT offenbar entscheidend; Neuorganisation der Parlamentsdebatten (Ausssprachen vormittags); übertriebene Inanspruchnahme des Rederechts durch BReg und Bundesrat; Vereinbarung mit BReg über Folgen bei Redezeitüberschreitung; Reden zu Protokoll geben; neuer Zeitplan für Ausschusssitzungen; Zulassung von Abg.-Mitarbeitern zu Plenar- und Ausschusssitzungen; gesetzliche Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse; Rechtfertigung der Fraktionsdisziplin; gegen Ausdehnung persönlicher Erklärungen im Plenum.
<i>Skarpelis-Sperk</i> (SPD)	Bei Reformbemühungen zwei Fragen im Vordergrund: Ist das Parlament noch Forum der politischen Willensbildung? Ist Parlament bzw. der einzelne Abg. seinen Aufgaben noch gewachsen? Arbeitsmöglichkeiten trotz aller Hilfen unzureichend; Problem der gezielten Auswertung und Auswahl der teilweise absichtlichen Informationsflut; Vergleich Arbeitskapazität Abg./Referatsleiter; Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Abg. durch Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken, Zugang zu Datenbanken und Verdoppelung der Mitarbeiterpauschale.
<i>Kleinert</i> (FDP)	Zweifel an Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten durch mehr Mitarbeiter; Sammlung von Informationen im persönlichen Gespräch; Neugestaltung des Plenarsaals; Änderung des Arbeitsrhythmus (nachmittags Plenum, vormittags Ausschüsse).
<i>Stratmann</i> (GRÜNE)	Parlament ein Ort relativer politischer Ohnmacht; Verhältnis der GRÜNEN zum Parlament und Parlamentarismus; Verwirklichung von Basisdemokratie, wovon parlamentarische Demokratie nur ein Teil ist; undemokratische Verhältnisse am Arbeitsplatz; in der Ökologiedebatte Ohnmacht des Parlaments gegenüber wirtschaftlicher Macht; antirepublikanische Gesinnung; Frage einer rot-grünen Koalition.
<i>Klein</i> (CSU)	Verhältnis zwischen Presse und Parlament.
<i>Conradi</i> (SPD)	Möglichkeit plebiszitärer Elemente prüfen; Sympathie für Bemühungen der GRÜNEN, als neue Fraktion mit dem Instrument Parlament klarzukommen; Kritik am leeren Plenum ein Mißverständnis von Palamentarismus; Frage nach Beitrag des Parlaments zur politischen Meinungsbildung im Lande; Überfrachtung des Plenums; Vorschlag einer öffentlichen gemeinsamen Sitzung der beteiligten Ausschüsse am Ende einer Gesetzesberatung zwecks Entlastung des Plenums; mehr politische Debatten im Plenum.

a) Wahl- periode b) Sitz.-Nr. c) Datum	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: a) 10. WP b) 85. Sitz. c) 20. 9. 1984	<i>Ertl</i> (FDP)	Warnung vor Radikalität; freie Rede, auch für Bundeskanzler und Bundesminister; für teilweisen Verzicht auf erste Lesung; Informationspflicht der Ministerien gegenüber Abg.
	<i>Daniels</i> (CDU)	Gestaltung des Parlamentsgebäudes muß Selbstachtung des Parlaments entsprechen; städtebauliche Verantwortung des Bundestages gegenüber Bonn.
	<i>Kuhlwein</i> (SPD)	Unzureichende Darstellung der Parlamentsarbeit in der Presse; polemische Fotos vom leeren Plenarsaal; Übernahme der Besucherbetreuung durch den BT.
	<i>Werner</i> (CDU)	Informationsmöglichkeiten der Abg.; Hinweis auf Office of Technology Assessment in den USA; personelle Verstärkung der Gutachter der wissenschaftlichen Fachdienste; Veröffentlichung von Gutachten der BReg; bessere Nutzung der Datenbanken.
	<i>Hartenstein</i> (SPD)	Einführung offener Debattenrunden; Kritik am üblichen Ablauf der Plenardebatten („Elefantenparade“, „Parteihack“); individuelles Rederecht für Abg.; Reservierung eines Teils der Redezeit für spontane Wortmeldungen; Ohnmacht des Abg. gegenüber Parlamentsmaschinerie, Abstempelung zum Experten.
	<i>Czaja</i> (CDU)	Informationsanspruch des Abg. gegenüber BReg; Verankerung der Auskunftspflicht der BReg in der Geschäftsordnung; eventuell Verbesserung der Geheimschutzordnung; Anspruch auf Akteneinsicht; Erschwernisse bei Beratungen zu Vertragsgesetzen nach Art. 59 GG (z. B. bei Ostverträgen); Formen erstarrter Bürokratie auch in der BT-Verwaltung.
	<i>Schöfberger</i> (SPD)	Kritik an Selbstverständnis des deutschen Parlamentarismus, wonach Regierung keine Niederlage erleiden darf; entsprechendes Rollenverständnis der Koalitionsfraktionen; mangelndes Selbstbewußtsein des Parlaments an den Diätendebatten erkennbar; Überprüfung des Initiativrechts der BReg (vorab Grundsatzdebatte über Regelungsbedürfnis führen).
	<i>Hellwig</i> (CDU)	Mehrheitsprinzip für rationellen Willensbildungsprozeß unerlässlich; gegen ein Eingehen auf parteifeindliche Stimmung; Notwendigkeit der Fraktionen; Zufallsentscheidungen bei Basisdemokratie per Knopfdruck; Wahl der Abgeordneten als Repräsentanten der Parteien; Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments.
	<i>Bamberg</i> (SPD)	Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Parlaments; Kritik am Plenum als „Vorlese-Tribüne“.
	<i>Blank</i> (CDU)	Selbstdarstellung des Parlaments nicht immer geeignet, Ansehen und Glaubwürdigkeit der Abg. in der Öffentlichkeit zu stärken; Plenardebatten unattraktiv wegen Parteipropaganda; Kritik an Absolutheitsanspruch mancher politischer Position; Hinweis auf enge Grenzen der Problemlösungskompetenz der Politiker und der Politik.

<i>Burgmann</i> (GRÜNE)	Oberflächliches Vorbeireden an den Dingen; Widerstand gegen verschiedene Entscheidungen der letzten Jahre kam nicht aus dem BT, sondern aus der Bevölkerung; Ignoranz des BT gegenüber Bevölkerung; Glaubensverlust an Parlament und Regierung hat Demokratisierung (u. a. Bürgerinitiativen) bewirkt; Veränderungen notwendig; u. a. Rückführung der Macht in die Kommunen, Selbstbestimmung, Entmachtung der Parteiapparate, Streichung der Fünf-Prozent-Klausel, Volksabstimmungen auf allen Ebenen.
<i>Mischnick</i> (FDP)	Warnung, individuelle Meinungen als Fraktions- oder Parteimeinungen hinzustellen; Einführung einer reinen Ausschußwoche bei mehreren Sitzungswochen hintereinander, dabei aber Recht auf Fragestunde und Aktuelle Stunde erhalten; zur Problematik von Vormittagssitzungen des Plenums; für schnelle Beratung der Reformen.
<i>Buschbom</i> (CDU)	Einfluß der Zusammensetzung des BT und des Fernsehens auf das parlamentarische Verhalten; mögliche Kollisionen zwischen Art. 38 GG und Offenbarungspflichten nach den Verhaltensregeln für die Abg.
<i>Sielaff</i> (SPD)	Schwierigkeiten des Abg. bei der Informationsbeschaffung (z. B. Lagerung von Giftgaskampfstoffen in US-Standorten); Akteneinsichtsrecht „blanke Theorie“; Beispiele für mangelhafte Auskünfte der BReg auf mündliche und schriftliche Anfragen; Kontrollkompetenz des BT nur aufgrund ausreichender Information möglich.
<i>Schwarz</i> (CDU)	Freie Rede, kurze Redebeiträge; gegen Präsenzpflicht im Plenum; Kritik an Politiker-Schelte in der Presse.
<i>Reimann</i> (SPD)	Informationsmöglichkeiten und Entscheidungshilfen der Abg. unzureichend; Personalausstattung des durchschnittlichen Abg. zu gering; Chancenverteilung zwischen privilegierten und normalen Abg. ungleich; dem Abg. überlassen, ob er frei oder mit Konzept redet; unzureichende Personalausstattung des Wissenschaftlichen Dienstes, Auskünfte deshalb z. T. unzulänglich.
<i>Feldmann</i> (FDP)	Verbesserung der Informationsmöglichkeiten der Abg. und Erweiterung der Informationspflicht der BReg; personelle Ausstattung der Abg. unzureichend.
<i>Vogt</i> (GRÜNE)	Kompliment für Stenographischen Dienst; Kritik an gegenseitigen Schuldzuweisungen und an Undurchlässigkeit der Fraktionen.
<i>Eylmann</i> (CDU)	Kritik am leeren Plenum; Maßnahmen dagegen: freie Rede, kürzere Redezeiten, kurze und präzise Zwischenfragen, Änderung der Plenarzeiten; Abschaltung der hausinternen Fernseh- und Rundfunkübertragung aus dem Plenum.
<i>Bindig</i> (SPD)	Veränderung der Willensbildungsmechanismen im BT zugunsten gemeinsamer Initiativen der Fraktionen; bessere Ausgestaltung der BT-Drucksachen (synoptisch bei Änderungen, farblich für bestimmte Drs.-Arten).
<i>Reddemann</i> (CDU)	Jährliche Wiederholung der Debatte über Stellung und Arbeit des BT; Herausgabe von „Das Parlament“ durch den BT.
<i>Schmidt</i> (Nürnberg) (SPD)	Handhabung des Rederechts von BReg und Bundesrat nach Art. 43 GG; herabsetzende Zwischenrufe gegenüber weiblichen Abg.
<i>Warrikoff</i> (CDU)	Schlechter Eindruck durch Demonstrationen der Gleichgültigkeit (z. B. Zeitunglesen) bei den Reden der Abg.

a) Wahlperiode b) Sitz.-Nr. c) Datum	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
<p>noch: a) 10. WP b) 85. Sitz. c) 20. 9. 1984</p>	<p><i>Stiegler</i> (SPD) <i>Lowack</i> (CSU) <i>Schreiner</i> (SPD) <i>Roitzsch</i> (CDU) <i>Toetemeyer</i> (SPD) <i>Müller</i> (CSU) <i>Hornhues</i> (CDU) <i>Schulte</i> (SPD) <i>Gansel</i> (SPD)</p>	<p>Verbesserung der Mitarbeiterausstattung bei den Abg. und beim Wissenschaftlichen Dienst; Durchsetzung des BT gegenüber der Bürokratie; versuchsweise öffentliche Ausschußsitzungen.</p> <p>Kritik an Fraktionsführung; mangelnder Praxisbezug der Abg.; Umgangsstil im BT.</p> <p>Belastung des Abg. im Flächenwahlkreis; Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch einen zusätzlichen Mitarbeiter.</p> <p>Würde des Hohen Hauses; Beachtung der Kleiderordnung.</p> <p>Neuregelung der Zwischenfragen, u. a. Anrechnung auf Redezeit.</p> <p>Übernahme der Redezeitregelung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (Teilung der zur Verfügung stehenden Redezeit durch die Zahl der vorab angemeldeten Wortmeldungen); Freiumsschläge für Abg.</p> <p>Wunsch, daß gute Vorsätze zur Parlamentsreform und Wohlwollen der Fraktionsführungen erhalten bleiben.</p> <p>Inzwischen vierter oder fünfter Anlauf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Abg.; Bemühungen bisher immer teilweise erfolgreich; Hinweis auf verfassungsrechtliche Konsequenzen mancher Vorschläge; Ausweitung der Parlamentsberichterstattung.</p> <p>Fragestunde mit dem BT-Präsidium; gegen Dienstanweisung, Abg. während einer Regierungserklärung keine Nachricht im Plenum zukommen zu lassen.</p>
<p>a) 10. WP b) 194. Sitz. c) 30. 1. 1986</p>	<p>BTPräs. <i>Jenninger</i> (CDU)</p>	<p>Ziele der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform: Erarbeitung pragmatischer Vorschläge; Durchsetzung von Reformen nur aufgrund gemeinsamer Ausgangspunkte, z. B. Verbesserung der Arbeitsweise und der öffentlichen Wirksamkeit; zur Realisierung der Empfehlungen des Kommissionsberichts; Grundproblem: Überlastung des BT durch fachliche Detailarbeit in der Gesetzgebung und durch Versuch, Arbeits- und Diskussionsparlament in einem zu sein; Erarbeitung von Rechtsnormen im Detail stärker der Exekutive übertragen, Überlastung des BT Ursache für viele Detailprobleme; Dauerthema „leeres Plenum“; Entscheidung zwischen Diskussions- und Arbeitsparlament erforderlich bzw. Entscheidung zwischen Wiederholung von Detaildebatten und einem Forum der Kontrolle der Regierung und der Erörterung aktueller Probleme; Vorschlag zur Weiterentwicklung der Aktuellen Stunde; feste Beratungszeiten für die Ausschüsse; aufgrund zahlreicher Telefonanrufe und Zuschriften: Aufruf zu gegenseitigem Respekt, Vermeidung von Störungen und Polemik.</p>

<i>Hamm-Brücher</i> (FDP)	Ziele der überfraktionellen Initiative Parlamentsreform: Verbesserung des Ansehens und Stärkung der Funktionsfähigkeit des BT; Ziele durch Umfrage bestätigt; Verzögerungen bei der Beratung des Berichts der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform; Bericht (gemessen am Auftrag) unbefriedigend; keine Berücksichtigung des Auftrages, die Stellung des einzelnen Abg. zu stärken; Antrag auf Aufnahme des Art. 38 Abs. 1 GG in die Geschäftsordnung; Konflikt mit Art. 21 GG; „Waffenungleichheit“ zwischen Legislative und Exekutive u. a. bei Kabinettsberichterstattung; Reform der Redeordnung; Entfremdungsprozeß zwischen Parlament und Bürgern.
<i>Conradi</i> (SPD)	Neue Handhabung der Aktuellen Stunde; in Anhörungen Übergewicht der Lobbyisten anstelle unmittelbar Betroffener; Erklärungen zur Abstimmung trotz gelegentlichen Mißbrauchs nicht abbauen; mehr Mut zum Experiment, u. a. bei Einteilung der Sitzungswochen, bei Kabinettsberichterstattung und bei öffentlichen Ausschußsitzungen.
<i>Lammert</i> (CDU)	Hinweis auf verschiedene Widersprüche bei der Reformarbeit; Langweiligkeit der Plenardebatten; Hoffnung auf Änderung im Wasserwerk; Abbruch des Versuchs der Kabinettsberichterstattung voreilig; bezüglich Unabhängigkeit der Abgeordneten Zweifel, ob Einfügung des Art. 38 GG in die GO BT etwas bewirkt; im Widerspruch dazu Forderung nach gesetzlicher Verankerung der Verhaltensregeln der Abg.; Unabhängigkeit des Abg. nicht an individuellem Abstimmungsverhalten meßbar; Hinweis auf positives Urteil über Untersuchungsausschüsse aus Frankreich; dennoch gesetzliche Regelung des Verfahrens notwendig.
<i>Mann</i> (GRÜNE)	Gegensätze zu GRÜNEN aufgrund Generationsunterschiede; Rechtfertigung der namentlichen Abstimmungen zum Bundesverkehrswegeplan; Ausschließung der GRÜNEN von der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste; zum Mißtrauen gegenüber GRÜNEN; Sorge um parlamentarische Demokratie wegen Art der Behandlung der Minderheiten im BT; Ausbau der repräsentativen Demokratie durch stärkere Beteiligung der Bürger.
<i>Geiger</i> (CSU)	Frage, inwieweit die Vorschläge der Debatte vom 20. September 1984 in die Praxis umgesetzt wurden; Reformen notwendig; Bewältigung der Papierflut mit vorsintflutlichen Mitteln; fehlende Zeit zum Nachdenken; Zweifel an Wirksamkeit der Vorschläge der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform; Bedauern über Abbruch des Versuchs einer Kabinettsberichterstattung; Kritik an Überziehung der Redezeiten durch Minister; Nichtanrechnung der Zwischenfragen auf Redezeit reine Augenwischerei, weil die vereinbarte Gesamtredezeit nicht verlängert wird; erneute Kritik an der Fernseh-Übertragung der Debatten; Vor- und Nachteile abendlicher Sitzungen.
<i>Hartenstein</i> (SPD)	Gefahr für das Parlament, durch die Art der Handhabung der repräsentativen Demokratie zwischen die Mahlsteine von Regierung und Parteien zu geraten bzw. Gefahr für Abg., Vollzugsbeamte zu werden; Forderung nach mehr Selbstbewußtsein des Abg. gegenüber Regierung und Fraktion; Klage über Unmenschlichkeit der überfüllten Parlamentswochen.
<i>Bohl</i> (CDU)	Dank an Kommissionsarbeit; Befürwortung, bei Plenarsitzungen das Vormittagsmodell zu erproben; stärkere Konzentration auf Themen von grundsätzlicher Bedeutung; Skepsis gegenüber Vorschlag, bei zweistündigen Debatten eine halbe Stunde für Spontanbeiträge vorzusehen; Geschäftsordnungsänderung zur Vermeidung von Mißbräuchen bei den Erklärungen zur Abstimmung; Überstrapazierung der Aktuellen Stunde; BT ist Ansprüchen der Verfassung gerecht geworden; Parlamentsreform ein ständiger Prozeß; Verantwortung für die Zukunft des BT liegt bei den Abg.

a) Wahlperiode b) Sitz.-Nr. c) Datum	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: a) 10. WP b) 194. Sitz. c) 30. 1. 1986	<p><i>Bueb</i> (GRÜNE)</p> <p><i>Kleinert</i> (FDP)</p> <p><i>Collet</i> (SPD)</p> <p><i>Langner</i> (CDU)</p> <p><i>Schöfberger</i> (SPD)</p> <p><i>Wolfgramm</i> (FDP)</p> <p><i>Skarpelis-Sperk</i> (SPD)</p> <p><i>Schwenk</i> (SPD)</p> <p><i>Berger</i> (Berlin) (CDU)</p> <p><i>Maaß</i> (CDU)</p>	<p>BT veranstaltet Schaufensterdebatten; Behinderung von Minderheiten; Debatten sind nur Theater zu dem Zweck, den Wählern eine lebendige Demokratie vorzuspiegeln; langweilige Debatten gewollt; genaue Auslegung der GO BT durch DIE GRÜNEN gilt als Mißbrauch.</p> <p>Skepsis gegenüber der Forderung nach Waffengleichheit der Abg. gegenüber der Verwaltung.</p> <p>Reduzierung der Einzelerklärungen vor der Abstimmung möglich durch Beschränkung auf Meinungsäußerungen, die von der Fraktion abweichen; für Abschaffung des Abstimmungs-Klingelns bei einfachen Abstimmungen; Kritik an der Entwicklung der „Vorblätter“; Kritik an Auswahl der Gutachter bei den Anhörungen; freie Redezeit steigert Präsenz im Plenum nicht; Gründe für Abwesenheit; zur Änderung des Wochenturnus.</p> <p>Nicht alle Reformvorschläge unter einen Hut zu bringen; Qualität der Debatten besser geworden; Bedauern über frühzeitigen Abbruch der Kabinettsberichterstattung; Erläuterungen zum Entwurf eines Untersuchungsausschußgesetzes.</p> <p>Enttäuschende Erfahrungen mit Parlamentsreform; Kritik an Konformität im BT; Wunsch nach selbstbewußtem Parlament, besonders gegenüber der Bundesregierung; unverständlich, daß Bundesregierung nicht einmal eine Abstimmungsniederlage erleiden darf; BT nur ein halböffentliches Parlament; für öffentliche Ausschußsitzungen; zum leeren Plenarsaal.</p> <p>Kritik an Arbeitsanfall und Länge der Debatten.</p> <p>Zum Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und zur Frage des freien und unkontrollierten Zugangs durch jeden Abg.; Bedenken gegenüber der Erweiterung des Computersystems der CDU/CSU; Gefahren für ein einheitliches Kommunikationssystem.</p> <p>Zum leeren Plenum; Kritik an GRÜNEN; Schutz von Minderheiten; Warnung vor Mißbrauch des parlamentarischen Rederechts; Selbstbehauptung des Parlaments gegenüber Macht der Parteien und Verbände; GO kann lebendige Debatten nicht stimulieren; Öffentlichkeit erwartet von Abg. Sachkompetenz.</p> <p>Gegen Kritik an mangelndem Selbstbewußtsein des BT bzw. der Abg.; gegen Kritik an mangelnder Zeit zum Nachdenken; Skepsis gegenüber Möglichkeit, zu jeder Petition auf der Sammelübersicht im Plenum das Wort zu ergreifen.</p> <p>Zur Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken im BT; Kritik an Äußerungen der Abg. <i>Skarpelis-Sperk</i>.</p>

	Vizepräs. <i>Renger</i> (SPD)	Notwendigkeit von Reformdebatten; es gibt Kritik am parlamentarischen Ablauf und Stil, aber (von einigen Äußerungen der GRÜNEN abgesehen) keine Systemkritik an der repräsentativen parlamentarischen Demokratie; Plenum mit Ausschubarbeit überfrachtet, anstatt Forum der Nation zu sein; Kritik an Debattenstil (ermüdender „Rundenablauf“, Provokationen u. a.); Kritik an Berufsstruktur des BT; neben dem kontroversen Sektor der Politik ist Grundkonsens der demokratischen Parteien unerlässlich.
a) 11. WP b) 28. Sitz. c) 18. 9. 1987	<i>Nickels</i> (GRÜNE) <i>Jahn</i> (SPD) <i>Hamm-Brücher</i> (FDP) <i>Porzner</i> (SPD) <i>Bohl</i> (CDU)	<p>Abg. sprechen nicht frei, weil sie durch Fraktionen angemeldet werden und Fraktionen entscheidend bei der Gestaltung der Debatte mitwirken; deshalb Geschäftsordnungsantrag, in der folgenden Debatte nur freie Wortmeldungen der einzelnen Abg. zu berücksichtigen.</p> <p>Bitte, den Antrag abzulehnen.</p> <p><i>(Abstimmung: Ablehnung)</i></p> <p>Mit Antrag auf Drs. 11/411 (neu) nach drei Jahren zweiter Anlauf zu umfassender Reform der Parlamentsarbeit mit dem Ziel, Gewicht und Funktionsfähigkeit des Parlaments und damit sein Ansehen in der Öffentlichkeit zu stärken; Initiative zur Parlamentsreform von 165 Abg. aus allen Fraktionen unterstützt; drei Gründe für neue Initiative: (1) Beschluß des 10. BT, begonnene Arbeit in der 11. Wahlperiode fortzusetzen; damit Reform nicht wieder verschleppt wird, Termin für Abschluß der Arbeiten = 40. Geburtstag des BT im September 1989; (2) Konsequenzen aus bisherigen Erfahrungen, Werbung um Vertrauen durch Reformgruppe, keine „Störenfriede“; (3) Bewußtsein stärken für die gemeinsame Aufgabe, parlamentarisch-repräsentative Demokratie zu stärken und auszugestalten; dazu ein Parlament erforderlich, das seinen Gesetzgebungs-, Kontroll- und Initiativfunktionen gerecht wird und das sich bemüht, Entfremdung zum Bürger abzubauen; Gewichte zwischen Legislative und Exekutive so verteilt, daß BT nicht erste Gewalt im Staat ist und er seine Funktionen nur eingeschränkt wahrnehmen kann; zu dieser Positionsanalyse wird Meinungsbildung erbeten; deshalb Antrag, erneut Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform einzusetzen; Vorschlag, daß diese Kommission und der Geschäftsausschuß öffentlich tagen und die Fraktionen Arbeitsgruppen einsetzen.</p> <p>Ankündigung eines GO-Änderungsantrages, wonach bei Sondersitzungen ohne Regierungserklärung Sachanträge im Plenum gestellt werden können; bei Sondersitzung vom 2. September 1987 nicht möglich gewesen; überfrachtete Tagesordnungen, weil Fraktionen möglichst alle Vorlagen im Plenum behandeln lassen wollen; zum Vorschlag eines „Hauptausschusses“ für zweite Lesungen; zum Vorschlag von „beschließenden Ausschüssen“; Entlastung des Plenums notwendig, um Zeit für aktuelle Diskussionen und Grundsatzgespräche zu gewinnen; zum Problem der freien Rede.</p> <p>Parlamentsreform bezieht sich nicht nur auf GO, sondern auch auf „common sense“ und Ausstattung des BT; Erleichterungen eingetreten durch Erhöhung der Zahl der Abg.-Mitarbeiter und Einführung neuer Kommunikationstechniken; Anpassung der GO geschieht ohnehin in kleinen Schritten; Gründe für leeres Plenum (u. a. Wahlkreisarbeit, Arbeitsteilung im Parlament); Skepsis gegenüber einer „Totalrevision“ der GO; bei vielen Reformvorschlägen steckt Teufel im Detail.</p>

a) Wahlperiode b) Sitz.-Nr. c) Datum	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
<p>noch: a) 11. WP b) 28. Sitz. c) 18. 9. 1987</p>	<p><i>Vollmer</i> (GRÜNE)</p> <p><i>Götte</i> (SPD)</p> <p><i>Feldmann</i> (FDP)</p> <p><i>Lammert</i> (CDU)</p> <p><i>Häfner</i> (GRÜNE)</p> <p><i>Terborg</i> (SPD)</p> <p><i>Kleinert</i> (FDP)</p> <p><i>Kleinert</i> (GRÜNE)</p> <p><i>Schwarz</i> (CDU)</p> <p><i>Reimann</i> (SPD)</p>	<p>Erfahrungen der GRÜNEN und Beispiele zur chronischen Ohnmacht der Opposition und zur Selbstentmachtung der Abg. infolge blockmäßigen Abstimmens und vorausseilenden Gehorsams der Mehrheit; als Folge und gefährliche Entwicklung: Gang zur Presse.</p> <p>Kritik der Öffentlichkeit am BT, insbesondere leeres Plenum; Gründe dafür; keine geeigneten Filme für Besuchergruppen vorhanden; für Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit.</p> <p>Reform heißt Anpassung; Mediendemokratie verlangt mehr Öffentlichkeit der parlamentarischen Arbeit; für Teilnahme der Abg.-Mitarbeiter an den Ausschusssitzungen.</p> <p>Arbeit der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform nicht unergiebig (Zwischenfrage <i>Hamm-Brücher</i> nach konkreten Ergebnissen); Ergebnisse können auch darin bestehen, Änderungsvorschläge nicht zu empfehlen; Begriff „Parlamentsreform“ weckt falsche Erwartungen; vorhandene GO steht Debattenwünschen nicht im Weg (Zwischenfrage <i>Stratmann</i> zu Reden von Ministern); Fehlen des Abg. im GG bedauerlicher Umstand; zum leeren Plenum; Umgangsstil im Plenum änderungsbedürftig.</p> <p>Stil der Reformdebatte (z. B. Beifall unabhängig von Fraktionszugehörigkeit) auch für andere Debatten wünschenswert; Abbau von Ritualisierung und Schaufensterdebatten; statt Trennung von Legislative und Exekutive versteht sich Parlament als Absegnungsorgan der Regierungspolitik; geringe Rechte des einzelnen Abg.</p> <p>Plenardebatten von Fachdebatten reinigen; Verlagerung der Fachdebatten in einen Hauptausschuß; Vorschläge, daß Abg. Petitionen aus ihrem Wahlkreis begleiten können.</p> <p>Bauliche Voraussetzungen für Parlamentstätigkeit; Verdichtung der Atmosphäre durch Plenarsaal im Wasserwerk; mögliche Unklarheiten unter Abg. bei Abstimmung über das zu bauende „kleinere Eingangsgebäude“.</p> <p>Kritik an Ausnutzung des Rederechts durch Regierung; Kritik an Redezeitaufteilung; Änderung der GO bei Öffentlichkeit der Ausschüsse angebracht.</p> <p>Unkenntnis der Besuchergruppen über Arbeitsrhythmus des Parlaments und Tagesablauf des Abg.; zur Entscheidung, den alten Plenarsaal aus Denkmalschutzgründen nicht abzureißen; Erfahrungen mit dem Wissenschaftlichen Dienst beim Versuch, eine Gesetzesvorlage zu erhalten; Überdachung des Wegs zum Plenarsaal; Klage über Raumsituation angesichts der Möglichkeit, mehrere Mitarbeiter anzustellen; Parkplatzsituation am Bundeshaus.</p> <p>Anregungen, um verharschte Strukturen und ritualisierte Sitzungsabläufe aufzulockern: Einführung einer „Kabinettsstunde“ mit der Möglichkeit, mit Regierungsmitgliedern ohne vorher eingereichte Fragen zu diskutieren; Kabinettsberichterstattung, d. h. Verpflichtung der Regierung, zu aktuellen politischen Problemen zu sprechen und Möglichkeit der Abg., kurz Stellung zu nehmen; Möglichkeit zu zweiminütigen Redebeiträgen nach Ablauf der Debattenzeit.</p>

<i>Irmer</i> (FDP)	Erfahrungsbericht als neuer Abg. über Arbeitsablauf; Wunsch nach mehr Sitzungswochen; Plenarsitzungen = PR-Veranstaltungen; Skepsis gegenüber öffentlichen Ausschusssitzungen aus gleichen Gründen; auch viele Anträge haben PR-Effekt.
<i>Lutz</i> (SPD)	Mitspracherecht für alle interessierten Abg. im GO-Ausschuß bei Beratung der Reformvorschläge; gegen Länge der Reden; Erklärungen zur Abstimmung erst nach der Abstimmung zuzulassen, ist Perversion des Parlamentarismus.
<i>Schilling</i> (GRÜNE)	Heutigen Debattenstil auf andere Plenarsitzungen übertragen; Dialekt zulassen; Erfahrungen der Landesparlamente einbeziehen; zur ungleichen Redezeit.
<i>Hartenstein</i> (SPD)	Unmöglichkeit, Parlamentsreform im „Fünfminutentakt“ abzuhandeln; kein Gebrauch gemacht von der Empfehlung der Reform-Kommission, freie Wortwahl am Ende längerer Debatten einzuführen; Bitte an Fraktionen, Ängstlichkeit gegenüber Abg. fallenzulassen.
<i>Hamm-Brücher</i> (FDP)	Von Totalrevision der GO kann nicht die Rede sein; Reform muß sich an Fragen orientieren: wie Parlament stärken, wie Stil und Umgang verbessern, wie Entfremdung zum Bürger abbauen?; gegen kleine kosmetische Reformen; Kritik an Durchführung der Kabinettsberichterstattung (z. B. Bericht über Führerschein auf Probe, aber nicht über Sanktionen gegen Südafrika), trotzdem Unverständnis über Abbruch.
<i>Müller</i> (Pleisweiler) (SPD)	Mittel aufstocken, um alle Abg. an PARLAKOM-System zu beteiligen; Kritik an z. T. herablassenden und ausweichenden Antworten in der Fragestunde; Vorschlag, daß Sitzungspräsident solche Antworten zurückweist.
<i>Garbe</i> (GRÜNE)	Erfahrung, daß Abg. wider besseren Wissens entscheiden; Hoffnung, daß es wenigstens einmal zur freien Gewissensentscheidung gemäß § 13 GO BT kommt.
<i>Adler</i> (SPD)	Zur Gültigkeit der klassischen Gewaltenteilung; Kritik an Beantwortung von Anfragen; Stellung der Regierung gegenüber BT muß neu bedacht werden.
<i>Pick</i> (SPD)	Kritik, Selbstverständnisdebatte auf Freitagmittag zu setzen; zur Problematik, das Parlament durch Ermächtigungen zu Rechtsverordnungen zu entlasten; zum Bild des BT in der Öffentlichkeit.
<i>Schwarz</i> (CDU)	Zum Vorwurf, die Abg. würden das Gewissen an der Garderobe abgeben.
<i>Martiny-Glotz</i> (SPD)	Zur Frage der Mitwirkung der Frauen in allen öffentlichen Bereichen und zur positiven Auswirkung auf das Parlament.
<i>Bohl</i> (CDU)	Zu den Mängeln und Fehlern der Kabinettsberichterstattung in der letzten Wahlperiode, die bei Neuregelung vermieden werden müssen; PARLAKOM zunächst ein Modellversuch; zur Problematik der Beratung von Petitionen im Plenum; gegen die Inflation von Aktuellen Stunden und gegen die Atomisierung des Parlaments durch neue Ausschüsse, Unterausschüsse und Enquete-Kommissionen.
<i>Knabe</i> (GRÜNE)	Statt mehr Sitzungswochen für bestimmte Ausschüsse Einsetzung von Enquete-Kommissionen und Durchführung anderer Veranstaltungen.

a) Wahl- periode b) Sitz.-Nr. c) Datum	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: a) 11. WP b) 28. Sitz. c) 18. 9. 1987	<i>Bindig</i> (SPD) Vizepräs. <i>Westphal</i> (SPD)	Zur Arbeits- und Leistungsfähigkeit sowie zu den Serviceleistungen der Bundestagsverwaltung; Mängel bei überfraktionellen Initiativen; organisatorische Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Beschlüssen und Einsetzung von Gremien. Hinweis auf Schwierigkeit der BT-Verwaltung, bei Einrichtung neuer Ausschüsse und Enquete-Kommissionen Personal zur Verfügung zu stellen.
a) 11. WP b) 184. Sitz. c) 13. 12. 1989	<i>BTPräs. Süßmuth</i> (CDU) <i>Porzner</i> (SPD) <i>Hamm-Brücher</i> (FDP) <i>Rüttgers</i> (CDU) <i>Hartenstein</i> (SPD) <i>Gallus</i> (FDP) <i>Häfner</i> (GRÜNE)	Erörterung der Ergebnisse der jahrelangen Bemühungen um die Verbesserung der parlamentarischen Arbeit; Interesse Osteuropas an Verfahrensweise des Bundestages; Demokratisierungsbemühungen in der DDR; Bedingungen für die Anziehungskraft des Parlamentarismus; Schiedsrichterfunktion des Bundestagspräsidenten; Konsensbildung im Parlament; lebendigere Gestaltung der Debatten; Nutzung der in Erprobung befindlichen „Regierungsbefragung“; Beobachtung des Parlaments in der Öffentlichkeit. Große Parlamentsreform steht nicht an, sondern Weiterentwicklung der 150 Jahre alten Geschäftsordnung; Gesichtspunkte des Geschäftsordnungsausschusses bei der Beratung der Änderungsvorschläge; Minderheitenrechte; Rolle der Fraktionen im Parlament. Bericht über die Tätigkeit der Interfraktionellen Initiative „Parlamentsreform“ seit 1984; mit rund einem Drittel der Anträge erfolgreich; Ergebnisse keinesfalls befriedigend; keine Parlamentsreform; lebendigere Gestaltung der Debatten teilweise erfolgreich; Arbeitsplanung des Parlaments reformbedürftig; Stellenwert des freien Mandats. Dank für die Bemühungen um Weiterentwicklung der Geschäftsordnung; Status und Selbstverständnis des Abgeordneten. Bilanz der Reformbemühungen; zwei Schwerpunkte: flexiblere Redeordnung und Aufgreifen aktueller Themen durch den Bundestag; Souveränitätsverluste nationaler Parlamente in Europa; Gefahr der Schwächung des Parlamentarismus; mehr Selbstvertrauen erforderlich. Gründe für mangelnde Lebendigkeit der Debatten und für das Vorlesen von Reden; Verhältnis Presse-Parlament. Kritik wegen der geringen Fortschritte in den Reformbestrebungen des BT; Vergleich zu rasanten demokratischen Reformen in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas; Monopol der Parteien für politische Willensbildung; Politik- und Parteiverdrossenheit ernst nehmen; Reform der politischen Willensbildung erforderlich, nicht nur Geschäftsordnungsreform; spezielle Anträge der GRÜNEN, u. a.: gleiche Redezeit für alle Fraktionen, Recht fraktionsloser Abgeordneter auf einen Ausschußsitz, Recht auf Kleine Anfrage für jeden Abg., Zutrittsrecht von Abg.-Mitarbeitern zu Ausschußsitzungen sowie Öffentlichkeit von Ausschußsitzungen.

<i>Graf von Waldburg-Zeil</i> (CDU)	Zutrittsrecht von Fraktionsmitarbeitern zu Ausschußsitzungen; häufigere Zulassung von Gruppenanträgen über Fraktionsgrenzen hinaus; besseres Verständnis für parlamentarische Arbeit finden, z. B. leerer Sitzungssaal; Sicherstellung einer regelmäßigen Übertragung von Plenarsitzungen mindestens im Rundfunk.
Vizepräsi. <i>Renger</i> (SPD)	Zahlreiche Verbesserungen der Parlamentsarbeit seit 1969 beschlossen, aber keine „Parlamentsreform“, d. h. Reform der Beziehungen zwischen Parlament und Regierung; BT soll sich nicht Skandale und Affären einzelner insgesamt aufhalsen lassen, aber aufdecken und ggf. ahnden; Kritik an Detailbeschäftigung des Parlaments; Kritik wegen des Fehlens eines Europa-Ausschusses; Hinweise auf Benachteiligungen des Bundestages gegenüber der Bundesregierung.
<i>Buschbom</i> (CDU)	Frage nach Verbleib eines „Parlamentskanals“ für Übertragungen; Öffentlichkeit der Ausschubarbeit in der GO anders geregelt als die Parlamentsöffentlichkeit im GG; bei gegenwärtiger Arbeitsstruktur des BT Nichtöffentlichkeit der Ausschüsse trotz allem vorteilhafter.
<i>Peter</i> (Kassel) (SPD)	Falsche Erwartungen gegenüber Politikern durch mehr Öffentlichkeit (z. B. der Ausschüsse) korrigieren; auch bei der Behandlung von Petitionen mehr offene Debatten geboten.
<i>Biedenkopf</i> (CDU)	Gleichgewicht finden zwischen Verfassungsauftrag an den einzelnen Abg. sowie Handlungsfähigkeit des Parlaments zur Erfüllung seines verfassungsmäßigen Auftrages; Geschäftsordnungsfragen auch Machtfragen, da Spielregeln auch Inhalte mitbestimmen; Parlamentsreform erforderlich wegen des Verlusts von Souveränität an die Europäische Gemeinschaft.
<i>Conradi</i> (SPD)	Spannungsverhältnis zwischen den Rechten des Abg. nach Art. 38 GG und der Arbeitsfähigkeit des Hauses; Verhältnis des einzelnen Abg. zur Geschäftsführung seiner Fraktion; Belebung des Plenums durch Entlastung und öffentliche Debatte im Ausschuß.
<i>Eylmann</i> (CDU)	Skepsis, ob Parlamentsreform durch Geschäftsordnungsänderung erreichbar ist.
<i>Beer</i> (GRÜNE)	Beispiel eines Falles der Zurückweisung einer Anfrage durch die BTPäsidentin.
<i>Götte</i> (SPD)	Auch Initiativen zur Verbesserung des Ansehens des Parlaments erforderlich; falsches Bild durch Presseberichterstattung verursacht; Besuchergruppen schlecht betreut (z. B. ohne Unterlagen während der Fragestunde); Befürwortung öffentlicher Ausschußsitzungen; Film über Alltagsarbeit der Abg. anfertigen.
<i>Richter</i> (FDP)	Allgemeine Ausführungen.
<i>Hellwig</i> (CDU)	Notwendigkeit der Mehrheitsbildung in einem Parlament; Erfordernis eines Europaausschusses im Bundestag.
<i>Wüppesahl</i> (fraktionslos)	Ausführungen zu den Rechten einzelner Abg. im Anschluß an das Urteil des BVerfG.
<i>Lammert</i> (CDU)	Skepsis am Nutzen der Selbstverständnis-Debatten; Hinweis auf sachliche Arbeit im Geschäftsordnungsausschuß; im Hinblick auf <i>Wüppesahl</i> Hinweis, daß sich alle frei gewählten Parlamente in Fraktionen organisieren.
<i>Wiefelspütz</i> (SPD)	Frage der Fertigstellung des Plenarsaals in Bonn und Wunsch nach einem „Parlament der Vereinigten Staaten von Deutschland“ in Berlin; Mißverhältnis erkennen zwischen Wunsch nach Parlamentsreform und Vorschlägen zur Geschäftsordnungsänderung.

a) Wahl- periode b) Sitz.-Nr. c) Datum	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: a) 11. WP b) 184. Sitz. c) 13. 12. 1989	<i>Mechtersheimer</i> (GRÜNE) <i>Eimer</i> (Fürth) (FDP) <i>Schoppe</i> (GRÜNE) <i>Werner</i> (Ulm) (CDU) <i>Schmidt</i> (Salzgitter) (SPD) <i>Geis</i> (CSU) <i>Unruh</i> (fraktionslos) <i>Stark</i> (Nürtingen) (CDU) <i>Jahn</i> (Marburg) (SPD)	<p>Strukturelle Reformunfähigkeit des BT; Kritik an den Antworten der Regierung in der Fragestunde; allenfalls zufälliges Funktionieren der Kontrollfunktion des Parlaments.</p> <p>Würdigung der Kinderbeauftragten als ein Stück versuchter Parlamentsreform; Kinderkommission als Unterausschuß (mit Mehrheitsentscheidungen) jedoch eine untaugliche Organisationsform; wegen ungewisser Zukunft Bitte um Verankerung der Kinderkommission in der GO.</p> <p>Mehrheitsentscheidungen des Parlaments werden in der Öffentlichkeit manchmal als feindlich empfunden; Rücksichtnahme auf das größere Wissen und Können außerhalb des Parlaments erforderlich; gegen eine Umwandlung der Kinderkommission in einen Unterausschuß.</p> <p>Warnung vor einem „Populismus“ der Abg.; Kinderkommission ein mögliches Vorbild für Kommissionen (ohne Parteienproporz) auf anderen Bereichen; Kritik an Schubladendenken im Parlament.</p> <p>Zur Frage weiterer Kommissionen nach Art der Kinderkommission; Anregung einer fünfjährigen Dauer der Wahlperiode.</p> <p>Informationsanspruch des BT gegenüber Regierung; für Einsicht in Akteninhalte bei Gesetzesvorlagen; Befürwortung eines „Parlamentskanals“ zwecks Informierung der Öffentlichkeit.</p> <p>Allgemeine Ausführungen.</p> <p>Gegen grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschüsse; für frei gehaltene Reden im BT; für mehr Selbstbewußtsein der Abg.</p> <p>Grundsätzliche Bemerkungen zur Verbesserung der parlamentarischen Arbeit; für öffentliche Ausschusssitzungen.</p>

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.13.

Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.14, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt und dokumentiert wurden.

13.6 Interfraktionelle Reformgremien

Zweimal in der Geschichte des Deutschen Bundestages haben sich bisher Abgeordnete aus allen Fraktionen zu dem Zweck zusammengeschlossen, parlamentarische Reformen einzuleiten und zu unterstützen. Charakteristisch für diese beiden so entstandenen „Gremien“ war ihr inoffizieller Charakter: nicht vom Bundestag, vom Ältestenrat oder vom Präsidium eingesetzt und mit der Erarbeitung bestimmter Vorlagen beauftragt, sondern auf Initiative einzelner Parlamentarier.

Die beiden Reformgremien, die 1968 von *Hugo Collet* initiierte „Arbeitsgemeinschaft Parlamentsreform“ und die 1984 auf Betreiben von *Hildegard Hamm-Brücher* gegründete „Interfraktionelle Initiative Parlamentsreform“, werden im folgenden kurz vorgestellt.

Arbeitsgemeinschaft Parlamentsreform im Deutschen Bundestag (5. WP)

Gründungsdatum:	Juni 1968, initiiert von <i>Hugo Collet</i> , MdB (SPD)
Mitgliederzahl:	zunächst 28, bis Juli 1969 Anwachsen auf 168 Mitglieder
Vorsitzende:	<i>Hugo Collet</i> (SPD) <i>Egon Klepsch</i> (CDU/CSU) <i>Hansheinrich Schmidt</i> (FDP)
Forderungskatalog u. a.:	Reformen im Bereich der Organisation und Arbeitsbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> – Vorblatt für alle Drucksachen und Gesetzesvorlagen mit allgemeinverständlicher Inhaltsangabe – Erweiterung des Wissenschaftlichen Dienstes, Einrichtung einer Datenbank – Loseblattsammlung zum Stand der Gesetzgebung – Erweiterung des Finanzrahmens zur Beschäftigung von Abgeordneten-Mitarbeitern – Übernahme der Porto- und Materialkosten durch den Bundestag bei gleichzeitiger Kürzung der Bürokostenpauschale – günstigerer Sitzungsturnus mit zwei Sitzungswochen und zwei sitzungsfreien Wochen – Untersuchung der Bundestagsarbeit durch Rationalisierungsfachleute Strukturelle Reformen: <ul style="list-style-type: none"> – Gesetzgebungsverfahren: Übertragung der Ausarbeitung von Detailregelungen auf Regierung – Opposition: Verbesserung für ihre Möglichkeiten – Kompetenzen im föderativen System: Reduzierung der Zahl der Länder, Erweiterung ihrer Kompetenzen – mehr Bürgerrechte (Plebiszit) – Wahlrechtsreform zugunsten eines mehrheitsbildenden Wahlrechts
Bewertung:	„Vergleicht man den Katalog der Forderungen, den <i>Collet</i> für diese Arbeitsgemeinschaft nennt, mit den im Frühsommer 1969 verabschiedeten Reformen, so ist, zumindest im Bereich der Organisation der Arbeitsbedingungen sowie der Geschäftsordnung, ein Erfolg für die allerdings äußerst bescheidenen Intentionen dieser Gruppe zu verzeichnen.“ (<i>Uwe Thaysen</i> , Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Opladen 1972. S. 184)

Selbstdarstellung: *Hugo Collet*, Parlamentsreform – Selbstverständlichkeit, Notwendigkeit, Aufgabe? In: *Der Bundestag von innen gesehen*. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 273–285.

Interfraktionelle Initiative Parlamentsreform (10./11. WP)

- Gründungsdatum: April 1984, initiiert von *Hildegard Hamm-Brücher*, MdB (FDP)
- Mitgliederzahl: 184 (Stand: September 1988)
- Sprecherin: *Hildegard Hamm-Brücher* (FDP)
- Zusammensetzung: Die Mitgliederstruktur (Stand September 1988) – siehe nebenstehende Tabelle*) – weist im Vergleich zur Gesamtheit der Mitglieder des Bundestages folgende Besonderheiten auf:
- Die „Regierungsfraktion“ CDU/CSU ist erheblich unterrepräsentiert, alle übrigen Fraktionen entsprechend überrepräsentiert;
 - der Anteil der Abgeordneten bis 35 Jahre entspricht dem Durchschnitt, erst die Altersgruppe zwischen 36 und 55 ist stärker vertreten, die älteren Abgeordneten geringer;
 - die Abgeordneten mit einer kürzeren Mandatszeit (bis zu drei Wahlperioden) sind in der Initiativgruppe überdurchschnittlich vertreten, unterdurchschnittlich Abgeordnete mit einer Mandatszeit von vier Wahlperioden und darüber;
 - der Frauenanteil ist höher als der Durchschnitt;
 - Fraktionsvorstandsmitglieder sind geringer vertreten, als es dem Durchschnitt entspricht – vor allem befindet sich darunter kein Parlamentarischer Geschäftsführer.
- Forderungskatalog: Erste Vorschläge zur Parlamentsreform unter besonderer Berücksichtigung des Art. 38 Abs. 1 GG (Stand April 1984):**)
- Belegung des individuellen Rederechts:
- Rededauer bei Plenardebatten (u. a. „offene“ Debattenrunden, Vorrang von Kurzbeiträgen)
 - Zwischenfragen (Nichtanrechnung der Beantwortung auf Redezeit)
- Verbesserung des Kontrollrechts, u. a.:
- Fragestunde (monatliche Fragestunde mit Kabinettsmitgliedern)
 - „Politische Stunde“ (auf Antrag im Anschluß an eine Kabinettsitzung)
 - „Anhörung“ von Staatssekretären usw. vor ihrer Ernennung im zuständigen Ausschuß
- Persönliche Initiativrechte:
- ausdrückliche Erwähnung des Artikels 38 Abs. 1 GG in der Geschäftsordnung
 - vereinfachte Ermöglichung von Einzel- und Gruppeninitiativen
 - Verpflichtung des neugewählten Parlaments auf das Grundgesetz

Fortsetzung auf Seite 2938

*) Quelle: *Camilla Werner*, Wer sind die Rebellen im Parlament? Die Interfraktionelle Initiative Parlamentsreform im 11. Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 21. 1990. H. 3. S. 404–418.

***) Abgedruckt in *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 15. 1984. H. 2. S. 171–175.

	Mitglieder der Initiative Parlamentsreform		Abweichung von den Mitgliedern des Bundestages insgesamt in Prozentpunkten
	Anzahl	in %	
Alter ¹⁾			
– bis 35	4	2,2	+ 0,1
– 36 bis 45	47	25,2	+ 2,6
– 46 bis 55	85	46,2	+ 2,6
– 56 bis 65	40	21,7	– 4,1
– 66 und mehr	7	3,8	– 0,6
Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag			
– 1 Wahlperiode	55	29,9	+ 8,5
– 2 Wahlperioden	30	16,3	+ 1,7
– 3 Wahlperioden	43	23,4	+ 4,0
– 4 Wahlperioden	27	14,7	– 1,7
– 5 und mehr Wahlperioden	29	15,7	– 12,3
Geschlecht			
– Frauen	39	21,2	+ 5,8
– Männer	145	78,8	– 5,8
Fraktion			
– CDU/CSU	42	22,8	– 22,3
– SPD	95	51,6	+ 14,4
– FDP	25	13,6	+ 4,4
– GRÜNE	21	11,4	+ 3,1
– Fraktionslos	1	0,6	+ 0,4
Mitglieder des Fraktionsvorstandes ²⁾			
– CDU/CSU	10	5,4	– 3,1
– SPD	12	6,5	– 1,0
– FDP	4	2,2	+ 0,7
– GRÜNE	2	1,1	– 0,1
– keine Vorstandsmitglieder	156	84,8	+ 3,5

¹⁾ keine Angaben bei einem Mitglied

²⁾ Erfasst wurden folgende Positionen: Fraktionsvorsitzende und Stellvertreter, Parlamentarische Geschäftsführer und Stellvertreter, sonstige Mitglieder des (weiteren) Fraktionsvorstandes.

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungsänderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshauskomplexes in Bonn
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Chronik der Wissenschaftlichen Dienste
- 22.4 Datenbanken im Parlamentsbereich
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Verbesserte Transparenz im Gesetzgebungsverfahren:

- Ausbau des Anhörungsverfahrens
- Möglichkeit „teilöffentlicher“ Ausschusssitzungen zu Gesetzesberatungen

Stärkung der Position der Legislative gegenüber der Exekutive:

- Verbesserung der technischen und personellen Ausstattung des Abgeordneten
- verbesserte Ausstattung des Parlaments insgesamt
- verbesserte Gestaltung der Bundestagsdrucksachen, insbesondere bei Gesetzentwürfen

Bewertung: „Trotz der Unterstützung durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten ist der Initiative Parlamentsreform – gemessen an ihren Zielen – bis heute kein durchgreifender Erfolg beschert. Ihr Verdienst ist es zwar, daß im Plenum nach langer Zeit wieder über die Rolle der Abgeordneten sowie über Stellung und Arbeitsweise des Bundestages diskutiert wurde; doch zunächst wurden nur wenige ihrer Vorschläge realisiert, z. B. die eher symbolisch zu nennende Änderung des § 13 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO BT), die Einführung einer wöchentlichen Befragung des Kabinetts und die Abhandlung von Zwischenfragen ohne Anrechnung auf die Redezeit im Plenum. Auch die im Dezember 1989 beschlossenen Änderungen der GO BT, die einige Vorschläge der Initiative aufgreifen, lassen keinesfalls die Schlußfolgerung zu, die Initiative der Abgeordneten habe ihre Vorstellungen durchsetzen können.“*)

Selbstdarstellung: Neben zahlreichen anderen Titeln *Hildegard Hamm-Brücher*, Abgeordnete und Fraktion. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch* hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 673–700.

*) *Camilla Werner*, a.a.O. S. 404–405.

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

13.7 Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente

Als ein regelmäßig und kontinuierlich zusammentretendes Forum und Gremium für die Diskussion der Stellung und Arbeitsweise der Parlamente hat sich bald nach 1945 die Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente erwiesen.

„Die Konferenz der Landtagspräsidenten ist nach dem 2. Weltkrieg entstanden. In der Weimarer Republik gab es solche Zusammenkünfte nicht, der Erfahrungsaustausch unter den Parlamenten wurde damals von der 1925 gegründeten Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren wahrgenommen. Die erste Konferenz ... fand am 17. November 1947 in Wiesbaden statt als Besprechung der Landtagspräsidenten und Landtagsdirektoren. Seit dem Jahre 1952 hat sich dann für die Zusammenkünfte der Parlamentspräsidenten ein Turnus von einem halben oder einem Jahr eingebürgert. Dabei beschränkten sich die Konferenzen in den Anfangsjahren auf den Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Später ging die Präsidentenkonferenz immer mehr dazu über, sich um die Formulierung eines gemeinsamen Standpunktes zu den behandelten Fragen zu bemühen in Form von Entschlüssen, Empfehlungen und dergl.“^(*)

Die Landtagspräsidentenkonferenz^(**) hat durch ihre in der Regel gründlich vorbereiteten Beschlüsse zahlreiche Beiträge zur Parlamentsreform sowohl der Landesparlamente als auch des Bundestages geleistet. Die Teilnahme von Vertretern des Bundestages an den Konferenzen unterliegt zwar Schwankungen, ist seit 1969 aber eine Selbstverständlichkeit.

In der folgenden Aufstellung sind alle Landtagspräsidentenkonferenzen zwischen 1947 und 1997 mit Datum und Konferenzort aufgeführt. Erwähnt sind zusätzlich vor allem die Konferenzbeschlüsse zu allgemeinen Fragen der Parlamentsreform – meist als „Empfehlungen“, „Grundsätze“, „Musterentwurf“, „Regeln“ u. ä. bezeichnet.

Notiert wurde auch die Teilnahme von Vertretern des Bundestages, wobei die Anwesenheit von Angehörigen der Bundestagsverwaltung nur ersatzweise erwähnt ist, falls nicht der Bundestagspräsident oder einer seiner Stellvertreter bzw. einzelne Abgeordnete oder der Bundestagsdirektor offiziell teilgenommen haben. Falls die Konferenz nicht in einer Landeshauptstadt stattfand, ist der ausrichtende Landtag hinzugefügt.^(***)

^(*) Anton Böhringer, Die Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente. In: Parlamentarische Demokratie. Bewahrung und Verteidigung. Festschrift für Helmut Schellknecht zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Eckart Busch. Heidelberg 1984. S. 153–177.

Vgl. inzwischen auch Ronald Huth, Die Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente. Eine Studie über ihre Geschichte und Funktion unter besonderer Berücksichtigung ihres Beitrages zur Stärkung landesparlamentarischer Kompetenzen. Wiesbaden 1988.

^(**) Bezeichnung inzwischen: Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente

^(***) Abkürzungen:

BWÜ = Baden-Württemberg
 NDS = Niedersachsen
 NRW = Nordrhein-Westfalen
 RPF = Rheinland-Pfalz
 SAA = Saarland
 SAC = Sachsen
 SWH = Schleswig-Holstein

Hinweis

Wegen der Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten siehe Abschnitt 24.5.

Lfd. Nr. der Konferenzen ¹⁾	Datum der Konferenzen	Ort der Konferenzen ²⁾	Teilnahme des Bundestages	Beschlüsse der Konferenzen zu Fragen der Parlamentsreform
1. LPK	17. 11. 1947	Wiesbaden	–	
2. LPK	16. 3. 1950	München	nein	Anerkennung des Immunitätsrechts durch die Besatzungsmächte
3. LPK	22.–23. 2. 1952	Düsseldorf	5 MdB ³⁾	
4. LPK	21.–22. 11. 1952	Berlin	BTPräs ⁴⁾	
5. LPK	29.–30. 5. 1953	Mainz	1 MdB ⁵⁾	
6. LPK	2.– 3. 10. 1953	Hamburg	nein	
7. LPK	4.– 5. 5. 1954	Düsseldorf	nein	
8. LPK	25.–26. 10. 1954	Hannover	BTPräs ⁴⁾ , BTDir ⁶⁾	Stellung des Landesrechnungshofes zum Parlament Richtlinien für die Durchsuchung von Räumen eines Abgeordneten
9. LPK	3.– 4. 6. 1955	Bremen	BTDir ⁶⁾	
10. LPK	18.–19. 6. 1956	Kiel	nein	
11. LPK	5.– 6. 10. 1956	Stuttgart	nein	Mitwirkung des Parlaments beim Gesetzgebungsvereinigungsverfahren
12. LPK	12.–13. 4. 1957	Saarbrücken	BTDir ⁶⁾	
13. LPK	27.–28. 9. 1957	Wiesbaden	nein	
14. LPK	15.–17. 5. 1958	München	nein	
15. LPK	12.–13. 2. 1959	Berlin	BTPräs ⁷⁾ , BTDir ⁶⁾	
16. LPK	6. 11. 1959	Mainz	1 MdB ⁸⁾ , BTDir ⁶⁾	
17. LPK	27.–28. 5. 1960	Saarbrücken	nein	
18. LPK	16.–17. 9. 1960	Hamburg	nein	
19. LPK	4.– 5. 5. 1961	Düsseldorf	nein	Richtlinien zum Verfahren von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen
20. LPK	14.–15. 6. 1962	Bremen	nein	

^{1) 2)} usw.: Fußnoten siehe auf Seite 2947

Lfd. Nr. der Konferenzen ¹⁾	Datum der Konferenzen	Ort der Konferenzen ²⁾	Teilnahme des Bundestages	Beschlüsse der Konferenzen zu Fragen der Parlamentsreform
21. LPK	18.–19. 10. 1962	Stuttgart	nein	
22. LPK	22.–24. 6. 1963	Kiel	nein	Grundsätze in Immunitätsangelegenheiten
23. LPK	24. 10. 1963	Hannover	nein	
24. LPK	21.–22. 5. 1964	Wiesbaden	nein	
25. LPK	19.–20. 10. 1964	München	1 MdB ⁹⁾	
26. LPK	29. 4. 1965	Berlin	nein	
27. LPK	23. 9. 1965	Mainz	nein	
28. LPK	24.–25. 10. 1966	Saarbrücken	nein	Grundsätze des Petitionsrechts
29. LPK	16.–17. 3. 1967	Münster (NRW)	2 MdB ¹⁰⁾	Musterentwurf für Landesregelungen zur Wahlkampfkostenerstattung
30. LPK	28.–29. 9. 1967	Hamburg	nein ¹¹⁾	
31. LPK	9.–10. 5. 1968	Bremen	nein	Empfehlungen zum Problem „Ombudsman“
32. LPK	3.– 4. 10. 1968	Stuttgart	nein	
33. LPK	7.– 9. 5. 1969	Husum (SWH)	BTPräs ¹²⁾ , 1 MdB ⁸⁾ , BTDir ⁶⁾	
34. LPK	2. 10. 1969	Bad Harzburg (NDS)	nein ¹³⁾	
35. LPK	20.–21. 5. 1970	Wiesbaden	BTPräs ¹²⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Mitwirkung der Parlamente im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben
36. LPK	23.–25. 9. 1970	München	BTPräs ¹²⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Sicherung der Mitwirkung der Länderparlamente im Bereich von Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a GG
37. LPK	4. 2. 1971	Saarbrücken	nein	Empfehlungen zur Neuordnung des Landeshaushaltsrechtes und zur Neugestaltung des Verhältnisses von Parlament und Landesrechnungshof

^{1) 2)} usw.: Fußnoten siehe auf Seite 2947

Lfd. Nr. der Konferenzen ¹⁾	Datum der Konferenzen	Ort der Konferenzen ²⁾	Teilnahme des Bundestages	Beschlüsse der Konferenzen zu Fragen der Parlamentsreform
38. LPK	30. 9. 1971	Berlin	BTPräs ¹²⁾ , BTDir ¹⁴⁾	
39. LPK	4. 5. 1972	Mainz	nein	
40. LPK	19.–20. 10. 1972	Köln, Bonn (NRW)	BTPräs ¹²⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Mustergesetzentwurf über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen Aufbau und Weiterentwicklung des „Parlamentsinformationssystems“
41. LPK	3.– 4. 5. 1973	Hamburg	VPräs ¹⁵⁾	Empfehlungen zu Möglichkeiten und Formen der Beteiligung außerparlamentarischer Institutionen im Gesetzgebungsverfahren
42. LPK	11.–12. 10. 1973	Baden-Baden (BWÜ)	BTPräs ¹⁶⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Empfehlungen zur Stellung der Opposition im Parlament
43. LPK	24.–26. 4. 1974	Bremen	nein	Grundsätze zur Stellung der Länderparlamente im Notstandsfalle
44. LPK	11.–13. 9. 1974	Lübeck (SWH)	BTPräs ¹⁶⁾ , BTDir ¹⁴⁾	
45. LPK	5. 6. 1975	Hannover	VPräs ¹⁷⁾	
46. LPK	6. 5. 1976	Wiesbaden	VPräs ¹⁷⁾	Empfehlungen zur Neuordnung des Entschädigungsrechts in den Länderparlamenten Empfehlungen zur parlamentarischen Behandlung von Staatsverträgen, Verwaltungsabkommen und ähnlichen Vereinbarungen
47. LPK	28. 4. 1977	München	BTPräs ¹⁸⁾ , BTDir ¹⁴⁾	
48. LPK	20.–21. 4. 1978	Berlin	VPräs ¹⁷⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Stellungnahme zu den Vorschlägen der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ des Deutschen Bundestages Richtlinien für den Umgang mit Verschlussachen im Bereich der Landtage (Geheimhaltungsordnung für die Landtage) Anwendung des gemeinsamen Dokumentations- und Informationssystems für Parlamentsmaterialien (DIP)

^{1) 2)} usw.: Fußnoten siehe auf Seite 2947

Lfd. Nr. der Konferenzen ¹⁾	Datum der Konferenzen	Ort der Konferenzen ²⁾	Teilnahme des Bundestages	Beschlüsse der Konferenzen zu Fragen der Parlamentsreform
49. LPK	12. 1. 1979	Berlin	BTPräs ¹⁸⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Empfehlung zur Aufhebung der Immunität von Mitgliedern der Landtage Erklärung zur Frage einer Zusammenlegung der Termine der Landtagswahlen Vorschläge für die Behandlung von Ausschußprotokollen Vorschläge für die Behandlung von Abstimmungsunterlagen
50. LPK	10. 5. 1979	Bad Kreuznach (RPF)	nein	Stellungnahme zu dem Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems (BT-Drucksache 8/1551) [Verlagerung von Gesetzgebungszuständigkeiten auf den Bund]
51. LPK	19. 10. 1979	Mayschoß/Ahr (RPF)	BTPräs ¹⁹⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Unterrichtung der Länderparlamente über die Beratungen der Fachministerkonferenzen Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Rechts der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse
52. LPK	8. 5. 1980	Homburg/Saar (SAA)	BTPräs ¹⁹⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Grundsätze für die Beteiligung der Parlamente an der staatlichen Planung
53. LPK	13. 2. 1981	Bonn (SAA)	BTPräs ¹⁹⁾ , BTDir ¹⁴⁾	
54. LPK	5. 10. 1981	Düsseldorf	BTPräs ¹⁹⁾	
55. LPK	19.–20. 4. 1982	Hamburg	BTPräs ¹⁹⁾ , BTDir ¹⁴⁾	
56. LPK	14. 1. 1983	Bonn (NRW)	BTPräs ¹⁹⁾ , BTDir ¹⁴⁾	Standortbestimmung und Perspektiven der Landesparlamente Unterrichtung der Parlamente über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Rundfunk- und Fernsehanstalten
57. LPK	29. 9. 1983	Stuttgart	BTDir ¹⁴⁾	Grundsätze zur Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken Freies Mandat [im Zusammenhang mit dem sog. Rotationsprinzip]

¹⁾ ²⁾ usw.: Fußnoten siehe auf Seite 2947

Lfd. Nr. der Konferenzen ¹⁾	Datum der Konferenzen	Ort der Konferenzen ²⁾	Teilnahme des Bundestages	Beschlüsse der Konferenzen zu Fragen der Parlamentsreform
58. LPK	8. 6. 1984	Hamburg	BTPräs ²⁰⁾	Kompetenzen der Landtage Konferenz der Regionen der Europäischen Gemeinschaft Ladung von Zeugen aus anderen Bundesländern durch Untersuchungsausschüsse eines Landtages
59. LPK	20. 6. 1985	Wiesbaden	nein ²¹⁾	Stellungnahme zum Entwurf eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union
60. LPK	1.– 3. 6. 1986	Bremen	BTPräs ²²⁾ , BTDir ²³⁾	
61. LPK	14. 5. 1987	Kiel	BTPräs ²²⁾ , BTDir ²³⁾	
62. LPK	15. 9. 1988	Berlin	BTPräs ²²⁾ , BTDir ²³⁾	Empfehlung über Grundsätze für die Berichterstattung von Hörfunk und Fernsehen aus dem Parlament Empfehlung über das Verfahren bei der Zuleitung von Petitionen durch das Europäische Parlament an die Landtage Empfehlung über das Verfahren der Beteiligung der Landtage bei der Vorbereitung von EG-Vorhaben unter Berücksichtigung der Bund/Länder-Vereinbarung vom 17. 12. 1987
63. LPK	15. 6. 1989	Graz (RPF)	nein ²⁴⁾	Empfehlung zum Direktzugriff des Parlaments auf Datenbestände von Regierung und Verwaltung
64. LPK	22. 2. 1990	Berlin	BTPräs ²⁵⁾ , BTDir ²³⁾	Die Entwicklung zur deutschen Einheit und die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Länder und der Landesparlamente im Rahmen des gesamtdeutschen Einigungsprozesses

^{1) 2)} usw.: Fußnoten siehe auf Seite 2947

Hinweis

Eine chronologisch nach den Wahlperioden gegliederte Auflistung aller Maßnahmen, die bei großzügiger Interpretation dem Bereich der Parlamentsreform zugerechnet werden können, ist im Abschnitt 13.2 vorgenommen worden. Im übrigen taucht das Thema „Parlamentsreform“ in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt.

Lfd. Nr. der Konferenzen ¹⁾	Datum der Konferenzen	Ort der Konferenzen ²⁾	Teilnahme des Bundestages	Beschlüsse der Konferenzen zu Fragen der Parlamentsreform
65. LPK	27.–30. 5. 1990	München	VPräs ²⁶⁾	Die Entwicklung zur deutschen Einheit und die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Länder und der Landesparlamente im Rahmen des Einigungsprozesses [Bildung eines eigenen Gremiums für die Begleitung des Einigungsprozesses] Empfehlung zur Beteiligung der Landesparlamente an der Versammlung der Regionen Europas Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland – auch in einem vereinten Europa Empfehlungen zu Sonderurlaub und Arbeitsbefreiung für Parlamentsbesuche
66. LPK	7. 9. 1990	Mainz	BTD ²³⁾	Mitgestaltungsmöglichkeiten der Länder und Landesparlamente im europäischen Einigungsprozeß
67. LPK ²⁸⁾	19. 11. 1990	München	VPräs ²⁷⁾ , BTD ²³⁾	Zusammenarbeit in der Präsidentenkonferenz nach Bildung der neuen Länder, hier: Finanzielle und personelle Ausstattung der Landtagsfraktionen in den fünf neuen Bundesländern Mitwirkung der Landesparlamente bei den mit der deutschen Einigung zusammenhängenden Verfassungsfragen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Länder und Landesparlamente im europäischen Einigungsprozeß
68. LPK	7. 5. 1991	Essen (NRW)	VPräs ²⁹⁾ , BTD ²³⁾	Überlegungen zur Struktur und Zusammensetzung des Bundesrates Empfehlungen zur Rückforderung von Wahlkampfkostenerstattung, hier: Anwendung des § 18 Abs. 7 Parteiengesetz

¹⁾ ²⁾ usw.: Fußnoten siehe auf Seite 2947

Hinweis

Wegen der Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten siehe Abschnitt 24.5.

Lfd. Nr. der Konferenzen ¹⁾	Datum der Konferenzen	Ort der Konferenzen ²⁾	Teilnahme des Bundestages	Beschlüsse der Konferenzen zu Fragen der Parlamentsreform
69. LPK	24. 9. 1991	Bonn (NRW)	BTD ³⁰⁾	Mitwirkung der Landesparlamente bei der anstehenden Verfassungsreform für die Bundesrepublik Deutschland, hier: Änderungsvorschläge zur Finanzverfassung, zur Gesetzgebung im Bundesstaat, zur Stärkung der Länder in Europa sowie zur Struktur und Zusammensetzung des Bundesrates
70. LPK	11. 5. 1992	Homburg (SAA)	BTPräs ²⁵⁾ , BTD ³⁰⁾	Vereinbarungen von Maastricht Empfehlung zur Frage der Zweckmäßigkeit und zum möglichen Inhalt eines Parlamentsinformationsgesetzes Entwurf eines Gesetzes zur Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen
71. LPK	30. 10. 1992	Bonn (NRW)	BTPräs ²⁵⁾ , BTD ³⁰⁾	
72. LPK	27. 4. 1993	Salzburg (Österreich) (NDS)	nein	
73. LPK	20. 9. 1993	Oldenburg (NDS)	BTPräs ²⁵⁾ , VPräs ³¹⁾ , BTD ³⁰⁾	
74. LPK	27.–28. 10. 1994	Ludwigsburg (BWÜ)	nein ³²⁾	Entschließung in Sachen der Europäischen Union und des Ausschusses der Regionen
75. LPK	8.–11. 5. 1995	Konstanz (BWÜ)	nein ³²⁾	Entschließung zur Beteiligung der Landesparlamente bei völkerrechtlichen Verträgen des Bundes, die Gesetzgebungskompetenzen der Länder berühren
76. LPK	2.– 3. 11. 1995	Dresden	nein ³³⁾	
77. LPK	29.–30. 4. 1996	Bautzen (SAC)	BTPräs ²⁵⁾	
78. LPK	28.–29. 10. 1996	Trier (RPF)	nein ³²⁾	
79. LPK	2.– 5. 6. 1997	Bad Kleinkirchheim (Österreich)		

^{1) 2)} usw.: Fußnoten siehe auf Seite 2947

Fußnoten für die Seiten 2940–2946:

- 1) LPK = Landtagspräsidentenkonferenzen
- 2) Findet die Konferenz nicht in der Landeshauptstadt statt, wird für den die Konferenz ausrichtenden Landtag das betreffende Bundesland in Klammern angefügt.
- 3) *Heinrich Georg Ritzel, Paul Löbe, Hans Ewers, Erich Mende* und *Willibald Mücke* zum TOP „Einheitliche Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsfragen“
- 4) *Hermann Ehlers*
- 5) *Karl Kahn* zum TOP „Behandlung von Petitionen“
- 6) *Hans Troßmann*
- 7) *Eugen Gerstenmaier* (mit Referat zum Thema „Aktuelle Probleme des Parlamentarismus in Deutschland“)
- 8) *Otto Schmidt*, Vorsitzender der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA)
- 9) *Matthias Hoogen* zum TOP „Notverordnungsrecht nach den Länderverfassungen“
- 10) *Hermann Schmitt-Vockenhausen* und *Hans Friderichs* zum TOP „Auswirkungen der Urteile über die Parteienfinanzierung auf die Länderparlamente – Wahlkampfkostenerstattung“
- 11) jedoch Teilnahme des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, *Matthias Hoogen*, mit einem Bericht aus der Arbeit des Wehrbeauftragten
- 12) *Kai-Uwe von Hassel*
- 13) jedoch Teilnahme von Ministerialdirigent *Kurt Georg Wernicke* von der Verwaltung des Deutschen Bundestages
- 14) *Helmut Schellknecht*
- 15) *Hermann Schmitt-Vockenhausen* zum TOP „Möglichkeiten und Formen der Beteiligung außerparlamentarischer Institutionen im Gesetzgebungsverfahren“
- 16) *Annemarie Renger*
- 17) *Hermann Schmitt-Vockenhausen*
- 18) *Karl Carstens*
- 19) *Richard Stücklen*
- 20) *Rainer Barzel*
- 21) jedoch Teilnahme von Ministerialdirektor *Heribert Roeskens* von der Verwaltung des Deutschen Bundestages
- 22) *Philipp Jenninger*
- 23) *Joseph Bücker*
- 24) jedoch Teilnahme des Referatsleiters „Parteienfinanzierung, Länderparlamente“ der Verwaltung des Deutschen Bundestages
- 25) *Rita Süßmuth*
- 26) *Annemarie Renger*; außerdem nimmt für die Volkskammer der DDR Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* teil.
- 27) *Heinz Westphal*
- 28) erstmalige Teilnahme der Landtagspräsidenten aus den fünf neuen Bundesländern
- 29) *Hans Klein*
- 30) *Rudolf Kabel*
- 31) *Helmuth Becker*
- 32) jedoch Teilnahme von Ministerialdirektor *Johann Christoph Besch* von der Verwaltung des Deutschen Bundestages
- 33) wegen kurzfristiger Erkrankung von Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose*

Hinweis

Zur Kontrollfunktion und zu ihrer Wahrnehmung durch den Deutschen Bundestag ist im **Datenhandbuch** insbesondere das Kapitel 12 nachzuschlagen. Ferner kommen u. a. die folgenden Abschnitte in Betracht:

- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfragen des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.10 Untersuchungsausschüsse

Datenhandbuch
zur Geschichte des Deutschen Bundestages
1949 bis 1999
– Band III –

Peter Schindler

**Datenhandbuch
zur Geschichte des
Deutschen Bundestages
1949 bis 1999**

Gesamtausgabe in drei Bänden

Eine Veröffentlichung
der Wissenschaftlichen Dienste
des Deutschen Bundestages

Band III: Kapitel 14–36



Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schindler, Peter:

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages : 1949 bis 1999 ; Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages / Peter Schindler. [Hrsg.: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Abteilung Wissenschaftliche Dienste/Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation]. – Gesamtausg. in 3 Bd. – Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges.

Bd. 1. Kapitel 1 – 6. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Bd. 2. Kapitel 7 – 13. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Bd. 3. Kapitel 14 – 36. – 1999
ISBN 3-7890-5928-5

Abbildungs-Nachweise:

artemedia productions gmbh, Berlin: S. 3383 • Die Bauverwaltung (Reproduktion aus Heft 7/1966): S. 3291 • Günter Behnisch: S. 3315 • Bonner Geschichtsblätter (Reproduktion aus Band 35/1984): S. 3272, 3273, 3288 • Bundesbaudirektion/Antonia Weiße: S. 3358, 3359 (oben und unten) • Bundesbaugesellschaft Berlin mbH/Siegfried Bükler: S. 3385 • Bundesbaugesellschaft Berlin mbH/Jens Weber: S. 3367 • Bundesbildstelle: S. 3280, 3282, 3284, 3286 • Deutscher Bundestag: S. 3292 (rechts), 3293, 3312, 3314, 3317, 3318, 3319, 3322, 3323, 3324, 3325, 3327, 3330 • Deutscher Bundestag/Dienststelle Berlin: S. 3349, 3357, 3363, 3375, 3376, 3377, 3378, 3384 • Deutscher Bundestag/Alfred Hennig: S. 3292 (links) • Deutscher Bundestag/Jutta Spitzley: S. 3313 • Deutscher Bundestag/Stefan Thomas: S. 3295, 3380/3381 • Sir Norman Foster and Partners: S. 3365 • Helmut Fricke/Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31. 10. 1992: S. 3328/3329 • Christian Kandzia: S. 3331 • Landesbildstelle Berlin: S. 3341, 3342, 3347 • Max Malsch: S. 3333 • Hans Schwippert: S. 3276 • Stadtarchiv und Stadthistorische Bibliothek Bonn: S. 3274, 3277, 3278, 3279, 3281, 3283 • Helmut Stahl: S. 3300, 3301, 3310, 3311 • Wolfgang Volz/Bilderberg (© Christo und Jeanne-Claude, Wrapped Reichstag, Berlin 1971–1995): S. 3393, 3394, 3395

© Deutscher Bundestag, Berlin 1999

Herausgeber: Verwaltung des Deutschen Bundestages
Abteilung Wissenschaftliche Dienste/Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation

Verlag: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Druckvorstufen: Satzrechenzentrum Kühn & Weyh Software GmbH, Freiburg im Breisgau

Druck und Bindung: J.P. Himmer GmbH & Co. KG, Augsburg
ISBN 3-7890-5928-5

Das vorliegende **Datenhandbuch** wird über den Buchhandel vertrieben.

Gliederung

Die drei Bände der Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs* sind folgendermaßen gegliedert:

Band I enthält die Kapitel

- 1 Wahlen zum Deutschen Bundestag
- 2 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 3 Alters- und Sozialstruktur
- 4 Präsidium, Vorstand, Ältestenrat
- 5 Fraktionen und Gruppen
- 6 Parlament und Regierung

Band II enthält die Kapitel

- 7 Bundestag und innerdeutsche Entwicklung
- 8 Plenarsitzungen/Abstimmungen/Arbeitsrhythmus
- 9 Ausschüsse
- 10 Wahlen im Deutschen Bundestag
- 11 Gesetzgebung
- 12 Kontrolltätigkeiten
- 13 Funktionen und Reformen des Bundestages

Der vorliegende **Band III** enthält die Kapitel

- 14 Grundgesetzänderungen
- 15 Parlamentsrecht
- 16 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17 Petitionen
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages
- 19 Bundesversammlung
- 20 Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02)
- 21 Parlamentsgebäude in Bonn und Berlin
- 22 Bundestagsverwaltung
- 23 Bundestag und Öffentlichkeit
- 24 Auswärtige Beziehungen und europäische Integration
- 25 Parlamentarische Vereinigungen
- 26 Kurzchronik
- 27 Statistische Gesamtübersicht
- 28 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
- 29 Literatur über den Deutschen Bundestag
- 30 Quellenverzeichnis

31	Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister
32	Sachregister
33	Gesetzesregister
34	Plenarsitzungs-Register
35	Abkürzungen
36	NACHTRÄGE

Die **Unterteilung der Kapitel** des vorliegenden Bandes in die einzelnen Abschnitte ist dem anschließenden **Inhaltsverzeichnis** zu entnehmen. Band I enthält das Inhaltsverzeichnis aller drei Bände.

Falls einzelne Abschnitte weiter untergliedert sind, werden diese Unterabschnitte in einem „**Überblick**“ aufgeführt, der den Kapiteln vorangestellt ist.

In der „**Liste der Ergänzungen**“ ab Seite 19 ist zusammengestellt, um welche Kapitel, Abschnitte oder Unterabschnitte die Gesamtausgabe des **Datenhandbuchs** gegenüber den vorangegangenen vier **Datenhandbüchern** erweitert worden ist.

Inhaltsverzeichnis zum vorliegenden Band III*)

	Seite
14 Grundgesetzänderungen	2959
14.1 Grundgesetzänderungen: Statistik	2960
14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation	2964
14.3 Geänderte Grundgesetz-Artikel	2977
14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe	2984
14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform.	3006
15 Parlamentsrecht	3020
15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht	3020
15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur	3052
15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	3064
16 Änderungen der Geschäftsordnung	3093
16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen.	3094
16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung.	3108
16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung: Bibliographie	3121
17 Petitionen	3123
17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik	3124
17.2 Petitionsrecht und Petitionsverfahren	3131
17.3 Petitionen: Statistik	3133
17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses.	3152
18 Wehrbeauftragter des Bundestages	3157
18.1 Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten	3158
18.2 Eingaben an den Wehrbeauftragten	3163
18.3 Weisungen an den Wehrbeauftragten	3166
18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten	3168
19 Bundesversammlung	3179
19.1 Zusammensetzung nach Parteien.	3180
19.2 Wahl der Bundespräsidenten	3185

*) Das Inhaltsverzeichnis zu allen drei Bänden befindet sich in Band I auf den Seiten 11–18.

Hinweis

Falls einzelne Abschnitte weiter untergliedert sind, werden diese Unterabschnitte in dem „Überblick“ aufgeführt, der den Kapiteln vorangestellt ist.

	Seite	
19.3	Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler	3190
19.4	Präsidentenanklage	3194
20	Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02)	3195
20.1	Ausgaben Einzelplan 02	3196
20.2	Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik	3198
20.3	Höhe der Diäten	3214
20.4	Mandatsbedingte Ausgaben der Abgeordneten	3223
20.5	Leistungen an die Abgeordneten	3228
20.6	Altersversorgung der Abgeordneten	3235
20.7	Zuschüsse an die Fraktionen	3243
20.8	Mitarbeiter der Abgeordneten	3261
20.9	Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag	3266
21	Parlamentsgebäude in Bonn und Berlin	3270
21.1	Raumbedarf des Bundestages	3270
21.2	Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn	3271
21.3	Mietkosten des Bundestages in Bonn	3334
21.4	Unterbringung der Bundestagsverwaltung in Bonn	3334
21.5	Wiederaufbau und Nutzung des Reichstagsgebäudes in Berlin bis 1990	3341
21.6	Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands	3351
21.7	Chronik der Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1995)	3386
21.8	Bannmeile	3396
22	Bundestagsverwaltung	3401
22.1	Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung	3402
22.2	Chronik der Wissenschaftlichen Dienste	3428
22.3	Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste	3436
22.4	Datenbanken im Parlamentsbereich	3450
22.5	Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung: Bibliographie	3453
23	Bundestag und Öffentlichkeit	3462
23.1	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	3463
23.2	Publikationen des Pressezentrams und der Öffentlichkeitsarbeit	3472
23.3	Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen	3482
23.4	Förderpreise für Arbeiten zum Parlamentarismus	3500
23.5	Unterrichtsmodelle „Bundestag“: Bibliographie	3503
23.6	Stenographische Berichte und Drucksachen des Bundestages in öffentlichen Bibliotheken	3506
23.7	Öffentliche Meinung über den Bundestag	3508
23.8	Verunglimpfungen des Bundestages	3541
24	Auswärtige Beziehungen und europäische Integration	3542
24.1	Parlamentarische Versammlung des Europarates	3544
24.2	Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU)	3547
24.3	Gemeinsame Versammlung der Montanunion	3550
24.4	Europäisches Parlament	3551
24.5	Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten	3598
24.6	Nordatlantische Versammlung	3603
24.7	Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE	3605

	Seite	
24.8	Interparlamentarische Union (IPU)	3606
24.9	Parlamentariergruppen	3607
24.10	Koordinierungsgremien beim Bundestag	3612
24.11	Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)	3618
24.12	Auslandsdienstreisen der Abgeordneten	3623
25	Parlamentarische Vereinigungen	3626
26	Kurzchronik	3633
27	Statistische Gesamtübersicht	3678
27.1	Parlaments- und Wahlstatistik seit 1949	3678
27.2	Besonderheiten der einzelnen Wahlperioden	3706
28	Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik	3713
28.1	Chronik der „Wende“ in der Volkskammer	3718
28.2	Volkskammerwahl vom 18. März 1990	3884
28.3	Präsident und Präsidium der Volkskammer	3889
28.4	Alters- und Sozialstruktur der Volkskammer-Abgeordneten	3891
28.5	Selbstverständnis der Volkskammer-Abgeordneten: Umfrage	3896
28.6	Fractionen der Volkskammer	3902
28.7	Ausschüsse der Volkskammer	3912
28.8	Ministerrat der DDR	3915
29	Literatur über den Deutschen Bundestag	3924
29.1	Bibliographien	3924
29.2	Literaturführer und Fortschrittsberichte	3926
30	Quellenverzeichnis	3929
30.1	Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages	3929
30.2	Handbücher des Deutschen Bundestages	3931
30.3	Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes	3932
30.4	Sonstige Literatur	3933
30.5	Autorenverzeichnis	3957
31	Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister	3974
32	Sachregister	4136
33	Gesetzesregister	4281
34	Plenarsitzungs-Register	4314
35	Abkürzungen	4337
36	NACHTRÄGE	4340

14 Grundgesetzänderungen

Überblick

	Seite
14.1 Grundgesetzänderungen: Statistik	2960
14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation	2964
14.3 Geänderte Grundgesetz-Artikel	2977
14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe	2984
14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform	3006
– Enquete-Kommission Verfassungsreform (S.3006)	
– Gemeinsame Verfassungskommission (S.3013)	

Vorbemerkung

Bei Grundgesetzänderungen sind bestimmte formale und inhaltliche Voraussetzungen zu erfüllen (vgl. Art. 79 GG).

Formal ist eine Grundgesetzänderung nur durch ein Gesetz möglich, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt (ausgenommen bestimmte völkerrechtliche Verträge). Ein solches Gesetz zur Änderung oder Ergänzung des Wortlautes des Grundgesetzes kann nur mit Zweidrittelmehrheit des Bundestages und des Bundesrates verabschiedet werden.

Inhaltlich sind solche Grundgesetzänderungen unzulässig, „durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in Artikel 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden“ (Art. 79 Abs. 3 GG).

Im übrigen ist das Gesetzgebungsverfahren für Grundgesetzänderungen das gleiche wie für einfache Gesetze.

Hinweis

Dokumentationen zu verschiedenen Grundgesetz-Artikeln enthalten u. a. die folgenden Abschnitte des vorliegenden **Datenhandbuchs**:

- 2.9 Inkompatibilitäten
- 8.14 Stimmergebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen
- 11.1 Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes
- 11.2 Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes
- 11.3 Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

14.1 Grundgesetzänderungen: Statistik

In den folgenden Tabellen sind mehrere statistische Aspekte zu den Änderungen des Grundgesetzes behandelt.*)

Ausgezählt wurde, wie viele der Gesetzesvorlagen, die von den verschiedenen Initiatoren im Bundestag eingebracht wurden, an den einzelnen Beratungsabschnitten noch teilnahmen oder dabei aus-schieden bzw. „hängenblieben“, sei es vor oder nach der Schlußabstimmung im Parlament.

Üblich ist eine ständige Reduzierung der Zahl der behandelten Entwürfe, auch wegen der gelegent-lichen Zusammenfügung von Vorlagen. Die Zahl der Gesetzesvorlagen kann freilich auch zuneh-men, falls einzelne Vorlagen aufgeteilt werden; so haben beispielsweise in der 5. Wahlperiode (1965–69) nur 10 Vorlagen den 2. Durchgang im Bundesrat passiert, hingegen wurden 12 Grundgesetz-Änderungsgesetze verkündet, und zwar deshalb, weil erst im Vermittlungsausschuß das ursprünglich 20. Änderungsgesetz in das 20., 21. und 22. aufgeteilt wurde. Auch vom Rechtsausschuß ist in der 12. Wahlperiode (1990–94) dem Plenum empfohlen worden, bestimmte Teile eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Grundgesetzes ab der 2. Beratung gesondert zu behandeln.

Statistisch aufgegliedert wurden die verkündeten Grundgesetzänderungs-Gesetze im Hinblick dar-auf, ob in ihnen Grundgesetz-Artikel geändert, eingefügt oder gestrichen worden sind. Auch eine inhaltliche Differenzierung ist vorgenommen worden.

Eine weitere Statistik (auf der rechten Seite) enthält eine Übersicht, wie sich die Grundgesetzände-rungen zwischen der 1. und 13. Wahlperiode bis Stand August 1997 auf die einzelnen Abschnitte des Grundgesetzes verteilen. Die meisten Änderungen haben danach die Abschnitte „Die Gesetz-gebung des Bundes“, „Finanzwesen“, „Rechtsprechung“ und „Übergangs- und Schlußbestimmun-gen“ zu verzeichnen.

Die umfangreichsten Änderungen des Grundgesetzes wurden in der 2., 5. und 12. Wahlperiode vor-genommen: An der Spitze liegt die 5. Wahlperiode (1965–69) mit 61 von den Änderungen betroffe-nen Grundgesetz-Artikeln, in der 12. Wahlperiode (1990–94) sind es 38 Artikel und in der 2. Wahl-perioden (1953–57) 24.

*) Dabei wurde ein Teil der Kategorien übernommen aus: *Stefan Schaub*, Der verfassungsändernde Gesetzge-ber 1949–1980. Parlament und Verfassung im Spiegel der Anträge, Beratungen und Gesetzesbeschlüsse zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1984.

Hinweis

Zum Thema „Gesetzgebung“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 7.11 Stimmeregultnisse von Abstimmungen und Wahlen
- 8.14 Erklärungen zur Abstimmung
- 8.18 Stimmrecht der Berliner Abgeordneten
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Abschnitt des Grundgesetzes	Artikel des GG	Zahl der GG-Artikel		un- ver- ändert	Änderungen von GG-Artikeln			
		1949	1997 ¹⁾		ins- gesamt	davon		
						neu	ge- stri- chen	sonstige Än- derung
I. Die Grundrechte	1–19	19	22	10	13	3	0	10
II. Der Bund und die Länder	20–37	18	19	10	14	2	1	11
III. Der Bundestag	38–49	12	14	8	10	4	2	4
IV. Der Bundesrat	50–53	4	4	1	3	0	0	3
IVa. Gemeinsamer Aus- schuß	53a	–	1	–	1	1	0	0
V. Der Bundespräsident	54–61	8	8	7	3	1	1	1
VI. Die Bundesregierung	62–69	8	9	8	2	1	0	1
VII. Die Gesetzgebung des Bundes	70–82	13	15	5	45	2	0	43
VIII. Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung	83–91	9	15	6	14	6	0	8
VIIIa. Gemeinschafts- aufgaben	91a–b	–	2	–	3	2	0	1
IX. Die Rechtsprechung	92–104	13	13	5	17	1	1	15
X. Das Finanzwesen	104a–115	11	13	1	20	2	0	18
Xa. Verteidigungsfall	115a–l	–	11	–	13	11	0	2
XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen	116–146	31	37	27	17	9	3	5
I.–XI.: Summe	1–146	146	183	88	175	45	8	122

¹⁾ Stand: 31. August 1997

★ Die Gesamtzahl der **Gesetze zur Änderung des Grundgesetzes** zwischen der 1. und der 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **42**. In diesen Gesetzen sind insgesamt **175 Einzeländerungen** enthalten.

Hinweis

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 33).

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Zahl der beim BT eingebrachten Gesetzesvorlagen zur Änderung des GG insgesamt	21	24	12	12	22	10	7	2	0	5	15	27
davon												
– von Bundesregierung	2	2	5	6	9	6	3	1	0	0	1	3
– von Bundestag	19	21	7	4	12	3	3	1	0	5	10	22
– von Bundesrat	0	1	0	2	1	1	1	0	0	0	4	2
Anteil an den Gesetzesvorlagen insgesamt (in %)	2,7	2,8	2,0	1,9	3,4	1,8	1,0	0,4	–	1,0	2,5	3,4
Weitere Beratung der Gesetzesvorlagen zur Änderung des GG im BT (Zahl der Entwürfe)												
– 1. Beratung	19	18	8	8	22	10	7	2	0	5	14	27
– Ausschußüberweisung	16	13	8	8	22	10	7	2	0	5	14	27
– Ausschußbericht	10	9	6	6	20	9	4	1	0	5	5	24
– 2. Beratung	9	11	6	6	20	9	4	0	0	4	5	27
– 3. Beratung und Schlußabstimmung	5	9	3	5	11	5	3	0	0	1	1	8
Anteil an den verabschiedeten Gesetzesvorlagen insgesamt (in %)	0,9	1,8	0,7	1,2	2,4	1,5	0,6	–	–	0,3	0,3	1,6
Weitere Behandlung der Gesetzesvorlagen nach Verabschiedung im BT (Zahl der Entwürfe)												
– Beratung im Bundesrat (2. Durchgang)	4	6	3	2	10	5	3	0	0	1	1	8
– Anrufung des Vermittlungsausschusses	2	2	0	0	3	0	1	0	0	0	0	3

Zahl der verkündeten Gesetze zur Änderung des GG insgesamt	3	6	3	2	12	5	3	0	0	1	1	6
davon												
– von Bundesregierung	1	1	2	2	6	3	0	–	–	–	–	1
– von Bundestag	1	5	1	0	3	0	1	–	–	1	–	2
– von Bundesrat	–	0	–	0	1	0	1	–	–	–	–	0
– Vereinigung von Vorlagen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR)	1	0	0	0	2	2	1	–	–	0	1	3
Zahl der Grundgesetz-änderungs-Gesetze	3	6	3	2	12	5	3	0	0	1	1	6
– darin Änderungen von GG-Artikeln	1	13	2	2	40	10	2	0	0	1	3	29
– darin Einfügungen von GG-Artikeln	1	11	3	0	17	1	1	0	0	0	1	9
– darin Streichungen von GG-Artikeln	1	0	0	0	4	0	0	0	0	0	1	0
– dadurch betroffene GG-Artikel	3	24	5	2	61	11	3	0	0	1	5	38
Von den Grundgesetz-änderungs-Gesetzen beziehen sich auf: ¹⁾												
– Parlamentsreform	0	1	0	0	2	1	2	0	0	1	1	2
– Gesetzgebungskompetenzen	0	4	1	1	7	5	2	0	0	0	1	4
– Verwaltungskompetenzen	1	1	2	0	2	0	0	0	0	0	0	3
– Rechtsprechung	0	0	1	0	3	0	0	0	0	0	0	0
– Steuerverteilung	1	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
– sonstige föderalistische Angelegenheiten	0	0	0	1	2	0	1	0	0	0	2	2
– Grundrechte	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	3
– Sonstiges	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0	2	3

1) Mehrfachnennungen möglich

14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation*)

In der folgenden Dokumentation werden von den Grundgesetz-Änderungsgesetzen ab der 1. Wahlperiode angegeben:

- der offizielle Titel des Gesetzes,
- die Initiatoren des Gesetzes (mit Bundestagsdrucksachen-Nr. des Entwurfs, falls das Gesetz noch nicht abschließend behandelt wurde),
- sein Inhalt,
- die geänderten (evtl. auch gestrichenen oder eingefügten) Grundgesetz-Artikel,
- vom Verlauf der Gesetzgebung die Daten der Verabschiedung im Bundestag, der Ausfertigung, der Verkündung im Bundesgesetzblatt (mit Fundstelle) sowie des Inkrafttretens oder – falls noch nicht verabschiedet – der Stand der Gesetzgebung am 31. August 1997.

Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes, die der Bundestag im gleichen Berichtszeitraum **nicht** verabschiedet hat, sind in gleicher Weise in Abschnitt 14.4 zusammengestellt.

1. Wahlperiode (1949–53)

Titel:	Strafrechtsänderungsgesetz
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Die Übergangsbestimmung des Art. 143 GG, in der die Strafrechtsbestimmung für Hochverrat zusammengefaßt war, wurde hinfällig und konnte aufgehoben werden, nachdem das Strafrechtsänderungsgesetz den Hochverrat wieder im allgemeinen Strafrecht regelt.
Geänd. Art.:	aufgehoben: 143
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 11. 7. 1951; Gesetz vom 30. 8. 1951, verkündet am 31. 8. 1951, BGBl. I S. 747, Inkrafttreten am 31. 8. 1951

*) Quellen:

- für die 1. bis 6. Wahlperiode: Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der ... Wahlperiode. Erstellt vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Referat Parlamentsarchiv. Bonn 1967/1970 (= Materialien Nr. 5, 7, 16, 19, 20, 32);
- für die 7. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 7. Wahlperiode 1972–1976. Baden-Baden 1977; vgl. auch: *Peter Schindler*, Die Gesetzgebung des 7. Bundestages auf dem Gebiet des Parlamentsrechts. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 8. 1977. H. 4. S. 395–403;
- für die 8. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 8. Wahlperiode 1976–1980. Baden-Baden 1981;
- für die 9. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 9. Wahlperiode 1980–1983. Baden-Baden 1983;
- für die 10. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 10. Wahlperiode 1983–1987. Baden-Baden 1987;
- für die 11. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 11. Wahlperiode 1987–1990. Baden-Baden 1991;
- für die 12. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 12. Wahlperiode 1990–1994. Baden-Baden 1995;
- für die 13. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. 13. Wahlperiode. Fortsetzungswerk in Loseblattform. Baden-Baden 1994 ff.

Titel:	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 120 a in das Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP/DPB
Inhalt:	Der eingefügte Art. 120 a erweitert die Kompetenz des Bundes für die einheitliche Durchführung des Lastenausgleichs, indem die den obersten Bundesbehörden zustehenden Befugnisse ganz oder teilweise dem Bundesausgleichsamt übertragen werden.
Geänd. Art.:	eingefügt: 120 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 15. 5. 1952; Gesetz vom 14. 8. 1952, verkündet am 18. 8. 1952, BGBl. I S. 445, Inkrafttreten am 18. 8. 1952

Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Verschiebung des Termins für die endgültige Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern um zwei Jahre.
Geänd. Art.:	geändert: 107
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 11. 12. 1952; Gesetz vom 20. 4. 1953, verkündet am 22. 4. 1953, BGBl. I S. 130, Inkrafttreten am 23. 4. 1953

2. Wahlperiode (1953–57)

Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative:	Zwei Entwürfe, eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, GB/BHE und DP sowie von der FDP-Fraktion
Inhalt:	Die Pariser Verträge und die beschlossene Wiederaufrüstung der Bundesrepublik sind der Anlaß für diese Verfassungsänderungen. Art. 73 Nr. 1 GG wird durch eine ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Verteidigungsangelegenheiten und Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes erweitert. Eine Änderung des Art. 79 Abs. 1 GG bestimmt die formelle Vereinbarkeit internationaler Verträge mit dem Grundgesetz, und der eingefügte Art. 142 a GG stellt im besonderen fest, daß die Pariser Verträge mit dem Grundgesetz vereinbar seien.
Geänd. Art.:	geändert: 73 Nr. 1, 79 Abs. 1 Satz 2 eingefügt: 142 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 26. 2. 1954; Gesetz vom 26. 3. 1954, verkündet am 27. 3. 1954, BGBl. I S. 45, Inkrafttreten am 28. 3. 1954

Titel:	Zweites Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP, GB/BHE und DP
Inhalt:	Nochmalige Verlängerung der Frist zur endgültigen Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf den Bund um ein weiteres Jahr bis 31. Dezember 1955 durch Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes.
Geänd. Art.:	geändert: 107
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 15. 12. 1954; Gesetz vom 25. 12. 1954, verkündet am 30. 12. 1954, BGBl. I S. 517, Inkrafttreten am 31. 12. 1954

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

Titel:	Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung (Finanzverfassungsgesetz)
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Endgültige Verteilung der der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder. 1955–1957 bekommt der Bund ein Drittel des Aufkommens der Einkommen- und Körperschaftsteuer, danach 35%; diese Aufteilung ist in den ersten drei Jahren nicht revisibel; horizontaler Finanzausgleich zwischen den Ländern.
Geänd. Art.:	geändert: 106, 107
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 19. 11. 1954; Gesetz vom 23. 12. 1955, verkündet am 28. 12. 1955, BGBl. I S. 817, Inkrafttreten am 1. 4. 1955

Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative:	Drei Entwürfe, davon einer von den Fraktionen der CDU/CSU, GB/BHE und DP sowie zwei eingebracht von der FDP-Fraktion
Inhalt:	Grundgesetzänderung als Folge des Beitritts der Bundesrepublik zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantikvertrag vom 24. 5. 1955 und in Zusammenhang mit der Vorlage des Freiwilligengesetzes und des Soldatengesetzes; Grundgesetzergänzung auf dem Gebiet der Wehrpolitik: Einschränkung einiger Grundrechte: für Soldaten das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, Sammelbeschwerden und Sammelpetitionen einzubringen, für die Zivilbevölkerung das Recht der Freizügigkeit und auf Unverletzlichkeit der Wohnung; Regelung der Erklärung des Verteidigungszustandes und der Befehlsgewalt über die Armee; Einrichtung von Wehrstrafgerichten, Bestellung eines Wehrbeauftragten und Übertragung besonderer Befugnisse auf den Verteidigungsausschuß.
Geänd. Art.:	eingefügt: 17 a, 36 Abs. 2, 45 a, 45 b, 59 a, 65 a, 87 a, 87 b, 96 a, 143 geändert: 1 Abs. 3, 12, 49, 60 Abs. 1, 96 Abs. 3, 137 Abs. 1
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 6. 3. 1956; Gesetz vom 19. 3. 1956, verkündet am 21. 3. 1956, BGBl. I S. 111, Inkrafttreten am 22. 3. 1956

Titel:	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht interfraktionell von CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE und DP
Inhalt:	Durch erneute Änderung des Art. 106 GG Zuteilung der Realsteuer an die Gemeinden.
Geänd. Art.:	geändert: 106 Abs. 2
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 13. 12. 1956; Gesetz vom 24. 12. 1956, verkündet am 29. 12. 1956, BGBl. I S. 1077, Inkrafttreten am 1. 4. 1957 bzw. 1. 4. 1958

Titel:	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 135 a in das Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Inhalt:	Durch Einfügung des Art. 135 a GG Erweiterung der Kompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Kriegsfolgelasten: Bundesgesetzgeber wird ermächtigt, Geldverbindlichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden, die aus Kriegsfolgen entstanden sind, aufzuheben oder zu begrenzen.
Geänd. Art.:	eingefügt: 135 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 29. 8. 1957; Gesetz vom 22. 10. 1957, verkündet am 26. 10. 1957, BGBl. I S. 1745, Inkrafttreten am 27. 10. 1957

Hinweis

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

3. Wahlperiode (1957–61)

Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes

Initiative:	Eingebracht von SPD-Fraktion
Inhalt:	Aufnahme der Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken in die konkurrierende Gesetzgebung (Art. 74 Nr.11 a GG); Kompetenz für eine Bundesauftragsverwaltung auf dem Gebiet der Kernenergie (Art. 87 c).
Geänd. Art.:	eingefügt: 74 Nr. 11 a, 87 c
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 3. 12. 1959; Gesetz vom 23. 12. 1959, verkündet am 31. 12. 1959, BGBl. I S. 813, Inkrafttreten am 1. 1. 1960

Titel: Gesetz zur Einfügung eines Artikels über die Luftverkehrsverwaltung in das Grundgesetz (11. Änderung des Grundgesetzes)

Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Der neue Art. 87 d GG gibt dem Bund die Verwaltungskompetenz für die Luftverkehrsverwaltung sowie die Möglichkeit, durch Gesetz Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung den Ländern als Auftragsverwaltung zu übertragen.
Geänd. Art.:	eingefügt: 87 d
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 28. 9. 1960; Gesetz vom 6. 2. 1961, verkündet am 15. 2. 1961, BGBl. I S. 65, Inkrafttreten am 16. 2. 1961

Titel: Zwölftes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes

Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Dem Bund wird die Kompetenz eingeräumt, für Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes ein Bundesgericht zu bilden sowie Bundesdienststraf- und Wehrstrafgerichte einzurichten.
Geänd. Art.:	aufgehoben: 96 Abs. 3 geändert: 96 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 25. 1. 1961; Gesetz vom 6. 3. 1961, verkündet am 11. 3. 1961, BGBl. I S. 141, Inkrafttreten am 12. 3. 1961

4. Wahlperiode (1961–65)

Titel: Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes

Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes durch Neufassung von Art. 74 Nr. 10 GG: Ausdehnung des Begriffs „Kriegsgräber“.
Geänd. Art.:	geändert: 74 Nr. 10 eingefügt: 74 Nr. 10 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 7. 4. 1965; Gesetz vom 16. 6. 1965, verkündet am 26. 6. 1965, BGBl. I S. 513, Inkrafttreten am 27. 6. 1965

Titel:	Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Kriegsfolgelasten
Geänd. Art.:	geändert: 120 Abs. 1
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 26. 5. 1965; Gesetz vom 30. 7. 1965, verkündet am 5. 8. 1965, BGBl. I S. 649, Inkrafttreten am 5. 8. 1965

5. Wahlperiode (1965–69)

Titel:	Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Ermächtigung des Gesetzgebers, durch Zustimmungsgesetz Grundsätze für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufzustellen, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren sowie die Bundesregierung zu konjunkturpolitischen Maßnahmen zu ermächtigen.
Geänd. Art.:	geändert: 109
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 10. 5. 1967; Gesetz vom 8. 6. 1967, verkündet am 13. 6. 1967, BGBl. I S. 581, Inkrafttreten am 14. 6. 1967

Titel:	Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Bildung eines gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes anstelle des in Art. 95 GG vorgesehenen obersten Bundesgerichts.
Geänd. Art.:	geändert: 92, 95, 96, 96 a Abs. 3, 99, 100 Abs. 3
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 8. 5. 1968; Gesetz vom 18. 6. 1968, verkündet am 22. 6. 1968, BGBl. I S. 657, Inkrafttreten am 23. 6. 1968

Titel:	Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Notstandsgesetze Unterscheidung zwischen Verteidigungsfall, der militärischen Spannungszeit, dem Inneren Notstand und dem Katastrophennotstand. Der Verteidigungsfall wird auf Antrag der Bundesregierung vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates festgestellt. Bei Handlungsunfähigkeit des Bundestages übernimmt die Feststellung ein Gemeinsamer Ausschuß, der sich aus Mitgliedern des Bundestages (2/3) und des Bundesrates (1/3) zusammensetzt. Weitere Regelungen betreffen das Abstimmungsquorum und den Fall, daß ein Angriff erfolgt und auch der Gemeinsame Ausschuß am sofortigen Handeln verhindert ist. Während des Verteidigungsfalles ist das Gesetzgebungsverfahren in Bundestag und Bundesrat vereinfacht, Einspruchs- und Vermittlungsverfahren entfallen. Bei Verhinderung oder Beschlußunfähigkeit des Bundestages übernimmt der Gemeinsame Ausschuß als Ersatzparlament die Aufgaben von Bundestag und Bundesrat. Im Verteidigungsfall erweitern sich die Befugnisse des Bundesgesetzgebers auch auf Sachgebiete, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören. Während des Verteidigungsfalles ablaufende Wahlperioden enden erst sechs Monate nach Beendigung des Verteidigungsfalles, die Auflösung des Bundestages ist ausgeschlossen. Der Verteidigungsfall endet durch Beschlüsse des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates. Für die militärische Span-

nungszeit ist eine Mitwirkung des Bundestages für Maßnahmen zur Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft vorgesehen. Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes kann das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach Art. 10 GG beschränkt werden, ohne daß dies dem Betroffenen mitgeteilt zu werden braucht. An die Stelle des Rechtsweges kann die Nachprüfung durch solche Organe treten, die von der Volksvertretung bestellt werden. Alle diese Beschränkungen können grundsätzlich nur aufgrund eines Gesetzes angeordnet werden. Die Notstandsverfassung fixiert in einem neuen Absatz 4 des Art. 20 GG das Recht jedes deutschen Staatsbürgers, gegen jeden Widerstand zu leisten, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, vorausgesetzt, daß andere Abhilfe nicht möglich ist.

Geänd. Art.:	eingefügt: 12 a, 53 a, 80 a, 115 a–115 l geändert: 9 Abs. 3, 10, 11 Abs. 2, 12, 19 Abs. 4, 20, 35, 73 Nr. 1, 87 a, 91 aufgehoben: 59 a, 65 a Abs. 2, 142 a, 143
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 30. 5. 1968; Gesetz vom 24. 6. 1968, verkündet am 27. 6. 1968, BGBl. I S. 709, Inkrafttreten am 28. 6. 1968

Titel:	Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 76 und 77)
Initiative:	Bundsratsvorlage
Inhalt:	Verlängerung der Fristen, innerhalb derer der Bundesrat zu Gesetzesvorlagen der Bundesregierung Stellung nehmen kann (von drei auf sechs Wochen), die Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangen kann (von zwei auf drei Wochen) und gegen ein vom Bundestag verabschiedetes Gesetz Einspruch einlegen kann (von einer auf zwei Wochen). Vorlagen der Bundesregierung, die diese ausnahmsweise als besonders eilbedürftig bezeichnet, können dem Bundestag zugeleitet werden, noch bevor die Stellungnahme des Bundesrates vorliegt.
Geänd. Art.:	geändert: 76, 77
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 23. 10. 1968; Gesetz vom 15. 11. 1968, verkündet am 19. 11. 1968, BGBl. I S. 1177, Inkrafttreten am 20. 11. 1968

Titel:	Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der SPD und FDP
Inhalt:	Aufnahme der Verfassungsbeschwerde in das Grundgesetz.
Geänd. Art.:	eingefügt: 93 Abs. 1 Nr. 4 a und 4 b, 94 Abs. 2
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 4. 12. 1968; Gesetz vom 29. 1. 1969, verkündet am 1. 2. 1969, BGBl. I S. 97, Inkrafttreten am 2. 2. 1969

Hinweis

Dokumentationen zu verschiedenen Grundgesetz-Artikeln enthalten u. a. die folgenden Abschnitte des vorliegenden **Datenhandbuchs**:

- 2.9 Inkompatibilitäten
- 8.14 Stimmergebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen
- 11.1 Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes
- 11.2 Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes
- 11.3 Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

Titel:	Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Sechs Entwürfe, davon 4 Regierungsvorlagen, einer eingebracht von der FDP-Fraktion und einer eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Inhalt:	Schaffung der Voraussetzungen für die Haushaltsreform, insbesondere für ein Haushaltsgrundsatzgesetz von Bund und Ländern und für einen Mehrjahreshaushalt. U. a. wird in Art. 113 das Zustimmungsrecht der Bundesregierung bei ausgabeerhöhenden oder einnahmемindernden Gesetzesbeschlüssen des Bundestages geregelt. Der neu gefaßte Art. 114 dehnt die Aufgaben des Bundesrechnungshofes aus auf die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung. Der Bundesrechnungshof berichtet jährlich unmittelbar nicht nur der Bundesregierung, sondern auch dem Bundestag und Bundesrat.
Geänd. Art.:	geändert: 109 Abs. 3, 110, 112, 113, 114, 115
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 11. 12. 1968; Gesetz vom 12. 5. 1969, verkündet am 14. 5. 1969, BGBl. I S. 357, Inkrafttreten am 15. 5. 1969

Titel:	Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz)
Initiative:	Sechs Entwürfe, davon 4 Regierungsvorlagen, einer eingebracht von der FDP-Fraktion und einer eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Inhalt:	Finanzverfassungsreform, insbesondere Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei den „Gemeinschaftsaufgaben“ und bei der Wissenschaftsförderung. Änderung der Bestimmungen über Lastenausgleich und Steuerverwaltung. Lasten- und Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern teilweise neu geordnet.
Geänd. Art.:	eingefügt: 91 a, 91 b, 104 a geändert: 105, 106, 107, 108, 115 c Abs. 3, 115 k Abs. 3
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 11. 12. 1968; Gesetz vom 12. 5. 1969, verkündet am 14. 5. 1969, BGBl. I S. 359, Inkrafttreten am 1. 1. 1970

Titel:	Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Sechs Entwürfe, davon 4 Regierungsvorlagen, einer eingebracht von der FDP-Fraktion und einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Inhalt:	Finanzverfassungsreform, Erweiterung (a) der Bundeszuständigkeit bei der konkurrierenden und (b) der Rahmengesetzgebung: (a) Förderung der wissenschaftlichen Forschung und des Gesundheits- und Verkehrswesen; (b) Aufstellung allg. Grundsätze des Hochschulwesens sowie allg. Besoldungsregeln.
Geänd. Art.:	eingefügt: 74 Nr. 19 a, 75 Abs. 1 Nr. 1 a und 2 und 3 geändert: 74 Nr. 13 und 22, 96 Abs. 4
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 11. 12. 1968; Gesetz vom 12. 5. 1969, verkündet am 14. 5. 1969, BGBl. I S. 363, Inkrafttreten am 15. 5. 1969

Titel:	Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Interfraktionell eingebracht von CDU/CSU, SPD und FDP
Inhalt:	Festsetzung einer Dreimonatsfrist, innerhalb derer die Bundesregierung einen Initiativentwurf des Bundesrats an den Bundestag weiterleiten muß.
Geänd. Art.:	geändert: 76 Abs. 3 Satz 1
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 11. 6. 1969; Gesetz vom 17. 7. 1969, verkündet am 22. 7. 1969, BGBl. I S. 817, Inkrafttreten am 23. 7. 1969

Titel: **Vierundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes**
Initiative: Regierungsvorlage
Inhalt: Verlängerung der Frist, innerhalb derer der Bundesgesetzgeber die Länder an den Aufwendungen für die Kriegsfolgelasten beteiligen kann, bis 1. 10. 1969.
Geänd. Art.: geändert: 120 Abs. 1
Gesetzgebung: Verabschiedet im BT: 14. 5. 1969; Gesetz vom 28. 7. 1969, verkündet am 31. 7. 1969, BGBl. I S. 985, Inkrafttreten am 1. 8. 1969

Titel: **Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes**
Initiative: Eingebracht von SPD-Fraktion
Inhalt: Neufassung des Art. 29 (Neugliederung des Bundesgebietes) durch Änderungen des Verfahrens und der Fristen.
Geänd. Art.: geändert: 29
Gesetzgebung: Verabschiedet im BT: 2. 7. 1969; Gesetz vom 19. 8. 1969, verkündet am 22. 8. 1969, BGBl. I S. 1241, Inkrafttreten am 23. 8. 1969

Titel: **Sechszwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96)**
Initiative: Regierungsvorlage
Inhalt: Verfassungsrechtliche Absicherung der allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutzsachen.
Geänd. Art.: eingefügt: 96 Abs. 5
Gesetzgebung: Verabschiedet im BT: 11. 6. 1969; Gesetz vom 26. 8. 1969, verkündet am 29. 8. 1969, BGBl. I S. 1357, Inkrafttreten am 30. 8. 1969

6. Wahlperiode (1969–72)

Titel: **Siebenundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes**
Initiative: Drei Entwürfe, davon eine Regierungsvorlage und zwei eingebracht von CDU/CSU-Fraktion und Abgeordneten der CDU/CSU
Inhalt: 1) Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr; Angleichung des passiven Wahlalters.
 2) Einbeziehung der pädagogischen Hochschulen und der Fachhochschulen in die mitwirkende Zuständigkeit des Bundes für Gemeinschaftsaufgaben.
Geänd. Art.: geändert: 38 Abs. 2, 91 a Abs. 1 Nr. 1
Gesetzgebung: Verabschiedet im BT: 18. 6. 1970; Gesetz vom 31. 7. 1970, verkündet am 5. 8. 1970, BGBl. I S. 1161, Inkrafttreten am 6. 8. 1970

Hinweis

Im Abschnitt 13.2 sind – nach Wahlperioden gegliedert – alle Beschlüsse und Maßnahmen des Bundestages seit 1949 zusammengefaßt, die dem Bereich der Parlamentsreform zugeordnet werden können. Angegeben ist auch, ob eine bestimmte Reform nicht „angenommen“ und wieder rückgängig gemacht wurde.

Titel:	Achtundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 74 a GG)
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Umwandlung der für den Besoldungsbereich der Länder bestehenden Rahmenkompetenz in eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz: Der Bund erhält damit die volle (konkurrierende) Gesetzgebungskompetenz für die Besoldung und Versorgung sowohl der Beamten als auch der Richter der Länder, Gemeinden und anderen landesrechtlichen Dienstherren. Durch ausnahmslose Zustimmungspflichtigkeit des Bundesrates ist die Mitwirkung der Länder an diesen Gesetzen gesichert.
Geänd. Art.:	eingefügt: 74 a geändert: 75, 98 Abs. 3
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 3. 3. 1971; Gesetz vom 18. 3. 1971, verkündet am 20. 3. 1971, BGBl. I S. 206, Inkrafttreten am 21. 3. 1971

Titel:	Neunundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Die Ergänzung des Art. 74 Nr. 20 GG gibt dem Bund die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit für den Tierschutz.
Geänd. Art.:	geändert: 74 Nr. 20
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 3. 3. 1971; Gesetz vom 18. 3. 1971, verkündet am 20. 3. 1971, BGBl. I S. 207, Inkrafttreten am 21. 3. 1971

Titel:	Dreifßiges Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 GG – Umweltschutz)
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf die Gebiete Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung.
Geänd. Art.:	eingefügt: 74 Nr. 24
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 2. 3. 1972; Gesetz vom 12. 4. 1972, verkündet am 14. 4. 1972, BGBl. I S. 593, Inkrafttreten am 15. 4. 1972

Titel:	Einunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Zwei Entwürfe, davon eine Regierungsvorlage und eine Bundesratsvorlage
Inhalt:	Mögliche Unterstützung der zuständigen Landespolizei durch den Bundesgrenzschutz; Erweiterung der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung; Einführung einer konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz für den Bund auf dem Gebiet des Waffenrechts.
Geänd. Art.:	geändert: 35 Abs. 2, 73 Nr. 10, 87 Abs. 1 eingefügt: 74 Nr. 4 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 22. 6. 1972; Gesetz vom 28. 7. 1972, verkündet am 2. 8. 1972, BGBl. I S. 1305, Inkrafttreten am 3. 8. 1972

Hinweis

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind u. a. in den folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung

7. Wahlperiode (1972–76)

Titel:	Zweiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45 c)
Initiative:	Eingebracht interfraktionell
Inhalt:	Dem Petitionsausschuß werden folgende Rechte eingeräumt: Auskunft und Aktenvorlage seitens der Bundesregierung und Verwaltung, Vernehmung von Bediensteten, Anhörung von Petenten, Zeugen und Sachverständigen, Wahrnehmung dieser Befugnisse auch außerhalb des Bundestages, Übertragung jener Rechte auf einzelne Ausschußmitglieder sowie Amtshilfe durch Gerichte und Verwaltungsbehörden.
Geänd. Art.:	eingefügt: 45 c
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 27. 2. 1975; Gesetz vom 15. 7. 1975, verkündet am 18. 7. 1975, BGBl. I S. 1901, Inkrafttreten am 19. 7. 1975

Titel:	Dreiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39)
Initiative:	Zusammengeführt aus Regierungsvorlage und BT-Initiative von CDU/CSU
Inhalt:	An die Stelle des bisherigen strikten Verfassungsauftrages zur Neugliederung nach Artikel 29 GG tritt eine „Kann“-Vorschrift. Eine Neugliederung gegen den mehrheitlichen Willen eines betroffenen Landes ist künftig nicht mehr möglich. Ein Gesamtvolkentscheid nach Artikel 20 Abs. 5 Satz 3 GG ist nicht mehr vorgesehen. Artikel 39 GG wird wie folgt geändert: Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt des neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens 45, spätestens 47 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet innerhalb von 60 Tagen die Neuwahl statt. Der neue Bundestag tritt spätestens am 30. Tag nach der Wahl zusammen.
Geänd. Art.:	geändert: 29, 39 Abs. 1 u. 2 aufgehoben: 45, 45 a Abs. 1 Satz 1, 49
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 1. 7. 1976; Gesetz vom 23. 8. 1976, verkündet am 27. 8. 1976, BGBl. I S. 2381, Inkrafttreten am 28. 8. 1976 bzw. 14. 12. 1976

Titel:	Vierunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 Nr. 4 a)
Initiative:	Beim BR eingebracht von Niedersachsen.
Inhalt:	Durch Erweiterung der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts durch Grundgesetzänderung wird die Rechtsgrundlage für eine bundeseinheitliche Regelung im Rahmen des Sprengstoffrechts geschaffen.
Geänd. Art.:	geändert: 74 Nr. 4 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 1. 7. 1976; Gesetz vom 23. 8. 1976, verkündet am 27. 8. 1976, BGBl. I S. 2383, Inkrafttreten am 28. 8. 1976.

8.–9. Wahlperiode (1976–83)

In der 8. Wahlperiode wurde zu den zwei beantragten Grundgesetz-Änderungsgesetzen das Gesetzgebungsverfahren nicht abgeschlossen.

In der 9. Wahlperiode wurden keine Gesetze zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht.

10. Wahlperiode (1983–87)

Titel:	Fünfunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von CDU/CSU und FDP
Inhalt:	Artikel 21 Abs. 1 Satz 4 GG wird in dem Sinne geändert, daß die Parteien über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihre Vermögen öffentlich Rechenschaft geben müssen.
Geänd. Art.:	geändert: 21 Abs. 1
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 1. 12. 1983; Gesetz vom 21. 12. 1983, verkündet am 23. 12. 1983, BGBl. I S. 1481, Inkrafttreten am 1. 1. 1984

11. Wahlperiode (1987–90)

Titel:	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz)
Initiative:	Regierungsvorlage sowie textidentisch eingebracht von CDU/CSU und FDP
Inhalt¹⁾:	Änderung der Präambel des Grundgesetzes mit Vollendung der Einheit Deutschlands; Aufhebung von Art. 23 GG (Geltungsbereich des Grundgesetzes); Änderung von Art. 51 Abs. 2 GG betr. Stimmenverteilung im Bundesrat; Anfügung eines Abs. 2 an Art. 135 a GG betr. Verbindlichkeiten der DDR (u. a. als Grundlage für die Regelung offener Vermögensfragen); Einfügung eines Art. 143 GG betr. Abweichung von Verfassungsnormen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR längstens bis zum 31. Dezember 1995; Änderung des Art. 146 GG betr. Verfassung für das ganze deutsche Volk.
Geänd. Art.:	Präambel, Art. 23, Art. 51 Abs. 2, Art. 135 a Abs. 2, Art. 143, Art. 146
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 20. 9. 1990; Gesetz vom 23. 9. 1990, verkündet am 28. 9. 1990, BGBl. II S. 885, Inkrafttreten am 29. 9. 1990

12. Wahlperiode (1990–94)

Titel:	[37.] Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP
Inhalt:	Eröffnung der Möglichkeit zur Übertragung von Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung (Flugsicherung) an Gesellschaften mit privatrechtlichen Organisationsformen.
Geänd. Art.:	geändert: 87 d
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 30. 4. 1992; Gesetz vom 14. 7. 1992, verkündet am 21. 7. 1992, BGBl. I S. 1254, Inkrafttreten am 22. 7. 1992

¹⁾ soweit es Grundgesetz-Änderungen betrifft

Titel:	[38.] Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Ratifikation des Vertrages von Maastricht über die Europäische Union, Verankerung der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der europäischen Integration als Staatsziel und der Rechte der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union im Grundgesetz; Unterrichtungspflicht der Bundesregierung sowie Verankerung der Mitwirkung des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union; Bestellung eines Ausschusses des Bundestages für die Angelegenheiten der Europäischen Union; Mitwirkung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union; Bildung einer Europakammer des Bundesrates für Angelegenheiten der Europäischen Union; Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und Verpflichtung zur Sicherung der Preisstabilität.
Geänd. Art.:	geändert: 24, 28, 50, 52, 88, 115 e eingefügt: 23[neu], 45[neu]
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 2. 12. 1992; Gesetz vom 21. 12. 1992, verkündet am 24. 12. 1992, BGBl. I S. 2086, Inkrafttreten am 25. 12. 1992

Titel:	[39.] Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP
Inhalt:	Beibehaltung des Individualgrundrechts auf Asyl, Möglichkeit der Zurückweisung von Asylbewerbern bei Einreise aus sicheren Drittstaaten, Erstellung einer Liste von Nichtverfolgerstaaten, Regelung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen, Ermöglichung der Ratifikation des Schengener Übereinkommens und des Dubliner Asylrechtsübereinkommens unter Übernahme aller daraus folgenden Rechte und Pflichten.
Geänd. Art.:	geändert: 16, 18 eingefügt: 16 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 26. 5. 1993; Gesetz vom 28. 6. 1993, verkündet am 29. 6. 1993, BGBl. I S. 1002, Inkrafttreten am 30. 6. 1993

Titel:	[40.] Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Bahnstrukturreform: Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Neuordnung des Eisenbahnwesens, insbesondere zur Umwandlung der Eisenbahnen des Bundes in handelsrechtliche Gesellschaften, Verbleib der Mehrheitsanteile bei der Privatisierung beim Bund, Berücksichtigung des Wohls der Allgemeinheit, Übertragung des Personennahverkehrs auf die Länder, Steueranteil der Länder zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Verwaltungszuständigkeit des Bundes für den Verkehr auf den bisherigen Schienennetzen und Zuweisung von Bundesbeamten zu den privatrechtlich organisierten Eisenbahnen des Bundes.
Geänd. Art.:	geändert: 73, 74, 80, 87 eingefügt: 87 e, 106 a, 143 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 2. 12. 1993; Gesetz vom 20. 12. 1993, verkündet am 22. 12. 1993, BGBl. I S. 2089, Inkrafttreten am 23. 12. 1993

Hinweis

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 33).

Titel:	[41.] Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz).
Geänd. Art.:	geändert: 73, 80, 87 eingefügt: 87 f, 143 b
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 29. 6. 1994; Gesetz vom 30. 8. 1994, verkündet am 2. 9. 1994, BGBl. I S. 2245, Inkrafttreten am 3. 9. 1994

Titel:	[42.] Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20 a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118 a und 125 a)
Initiative:	Interfraktionelle Vorlage (in der Fassung des Vermittlungsausschusses)
Inhalt:	Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern durch den Staat sowie Benachteiligungsverbot für Behinderte (Art. 3); Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Staat (Art. 20 a); Gewährleistung der finanziellen Eigenverantwortung bei der Selbstverwaltung (Art. 28); Änderung der Regelungen bei einer Neugliederung der Länder (u. a. Regelung durch Staatsvertrag) (Art. 29); Neufassung der Regelungen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 72 und 74); Änderungen im Bereich der Rahmengesetzgebungskompetenz (Art. 75); Änderungen bei der Rolle des Bundesrats in der Gesetzgebung (Art. 76 und 77); Änderung der Rolle des Bundesrats beim Erlaß von Rechtsverordnungen (Art. 80); Regelung der Landeszuständigkeit für Sozialversicherungsträger (Art. 87); Änderung im Bereich der Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts bei Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Voraussetzungen für die konkurrierende Gesetzgebung (Art. 93); Regelungen für die Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg (Art. 118 a); Fortgeltung von Bundesrecht als Landesrecht (Art. 125 a).
Geänd. Art.:	geändert: 3, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93 eingefügt: 20 a, 118 a, 125 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 6. 9. 1994; Gesetz vom 27. 10. 1994, verkündet am 3. 11. 1994, BGBl. I S. 3146, Inkrafttreten am 15. 11. 1994

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Titel:	[43.] Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP
Inhalt:	Dauerhafte Sicherung der bisherigen Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern im Zusammenhang mit der Neuregelung des Familienlastenausgleichs ab 1. Januar 1996.
Geänd. Art.:	geändert: 106
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 21. 9. 1995; Gesetz vom 3. 11. 1995, verkündet am 10. 11. 1995, BGBl. I S. 1492, Inkrafttreten am 11. 11. 1995

¹⁾ Stand: 31. August 1997

14.3 Geänderte Grundgesetz-Artikel*)

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBI. I. S.
	Präambel	geändert	[36.] ¹⁾	23. 9. 1990	885 ²⁾
1 III	Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt	geändert	7.	19. 3. 1956	111
3	Gleichheit vor dem Gesetz	geändert	42.	27. 10. 1994	3146
9 III	Vereinigungsfreiheit	geändert	17.	24. 6. 1968	709
10	Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	geändert	17.	24. 6. 1968	709
11 II	Freizügigkeit	geändert	17.	24. 6. 1968	709
12	Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit	geändert	7.	19. 3. 1956	111
		geändert	17.	24. 6. 1968	709
12 a	Wehr- und Dienstpflicht	eingefügt	17.	24. 6. 1968	709
16 II	Staatsangehörigkeit, Auslieferung	geändert	39.	28. 6. 1993	1002
16 a	Asylrecht	eingefügt	39.	28. 6. 1993	1002
17 a	Einschränkung einzelner Grundrechte durch Gesetze für Zwecke der Verteidigung und über Ersatzdienst	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111
18	Verwirkung von Grundrechten	geändert	39.	28. 6. 1993	1002
19 IV 3	Einschränkung von Grundrechten	eingefügt	17.	24. 6. 1968	709
20 IV	Widerstandsrecht	eingefügt	17.	24. 6. 1968	709
20 a	Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	eingefügt	42.	27. 10. 1994	3146
21 I	Parteien	geändert	35.	21. 12. 1983	1481
23	Geltungsbereich des Grundgesetzes	aufgehoben	[36.] ¹⁾	23. 9. 1990	885 ²⁾
23 [neu]	Europäische Union	eingefügt	38.	21. 12. 1992	2086
24 I	Zwischenstaatliche Einrichtungen	geändert	38.	21. 12. 1992	2086
28 I	Kommunale Selbstverwaltung	geändert	38.	21. 12. 1992	2086
28 II		geändert	42.	27. 10. 1994	3146

¹⁾ ²⁾ Fußnoten siehe auf Seite 2978

*) Quelle:

Die Änderungen des Grundgesetzes (Nr. 1 bis 31). Mit Übersichtstabelle nach Artikeln, Änderungsgesetzen und kurzen Inhaltsangaben. Stand: 27. Februar 1973. Bearbeiter: *Helmut Koch*. Bonn 1973 (= Materialien Nr. 31), ergänzt bis zum Stand vom 31. August 1997 durch die **Datenhandbuch**-Redaktion.

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBI. I S.
29	Neugliederung des Bundesgebietes	geändert	25.	19. 8. 1969	985
		geändert	33.	23. 8. 1976	2381
		geändert	42.	27. 10. 1994	3146
35 II, III	Rechts- und Amtshilfe, Katastrophenhilfe	eingefügt	17.	24. 6. 1968	709
35 II		geändert	31.	28. 7. 1972	1305
36 II	Personal der Bundesbehörden	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111
38 II	Wahlberechtigung	geändert	27.	31. 7. 1970	1161
39 I, II	Wahlperiode, Zusammentritt	geändert	33.	23. 8. 1976	2381
45	Ständiger Ausschuß	aufgehoben	33.	23. 8. 1976	2381
45 [neu]	Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union	eingefügt	38.	21. 12. 1992	2086
45 a	Ausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111
45 a I		aufgehoben	33.	23. 8. 1976	2381
45 b	Wehrbeauftragter	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111
45 c	Petitionsausschuß	eingefügt	32.	15. 7. 1975	1901
49	Rechte zwischen zwei Wahlperioden	geändert	7.	19. 3. 1956	111
		aufgehoben	33.	23. 8. 1976	2381
50	Aufgaben des Bundesrates	geändert	38.	21. 12. 1992	2086
51 II	Zusammensetzung des Bundesrates	geändert	[36.] ¹⁾	23. 9. 1990	885 ²⁾
52 III	Präsident und Geschäftsordnung des Bundesrates	geändert	38.	21. 12. 1992	2086
53 a	Gemeinsamer Ausschuß	eingefügt	17.	24. 6. 1968	709
59 a	Verteidigungsfall	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111
		aufgehoben	17.	24. 6. 1968	709
60 I	Ernennung und Entlassung der Bundesrichter, Bundesbeamten und Soldaten	geändert	7.	19. 3. 1956	111

¹⁾ Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz), hier: Artikel 4 („Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes“)

²⁾ Die Seitenzahl bezieht sich auf das Bundesgesetzblatt II.

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBI. I S.
65 a	Befehls- und Kommandogewalt	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111
65 a II		aufgehoben	17.	24. 6. 1968	709
72	Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes, Begriff	geändert	42.	24. 10. 1994	3146
73 Nr. 1	Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes, Katalog	geändert	4.	26. 3. 1954	45
		geändert	17.	24. 6. 1968	709
73 Nr. 6		geändert	40.	20. 12. 1993	2089
73 Nr. 6 a		eingefügt	40.	20. 12. 1993	2089
73 Nr. 7		geändert	41.	30. 8. 1994	2245
73 Nr. 10		geändert	31.	28. 7. 1972	1305
74		Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes, Katalog	geändert	42.	27. 10. 1994
74 Nr. 4a	eingefügt		31.	28. 7. 1972	1305
	geändert		34.	23. 8. 1976	2383
74 Nr. 5	aufgehoben		42.	27. 10. 1994	3146
74 Nr. 8	aufgehoben		42.	27. 10. 1994	3146
74 Nr. 10	geändert		13.	16. 6. 1965	513
74 Nr. 10 a	eingefügt		13.	16. 6. 1965	513
74 Nr. 11 a	eingefügt		10.	23. 12. 1959	813
74 Nr. 13	geändert		22.	12. 5. 1969	363
74 Nr. 18	geändert		42.	27. 10. 1994	3146
74 Nr. 19 a	eingefügt		22.	12. 5. 1969	363
74 Nr. 20	geändert		29.	18. 3. 1971	207
74 Nr. 22	geändert		22.	12. 5. 1969	363
74 Nr. 23	geändert		30.	12. 4. 1972	593
	geändert		40.	20. 12. 1993	2089
74 Nr. 24	eingefügt		30.	12. 4. 1972	593
74 Nr. 25	eingefügt		42.	27. 10. 1994	3146
74 Nr. 26	eingefügt	42.	27. 10. 1994	3146	

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBI. I S.	
74 a	Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes	eingefügt	28.	18. 3. 1971	206	
75	Rahmengesetzgebung des Bundes, Katalog	geändert	22.	12. 5. 1969	363	
		geändert	28.	18. 3. 1971	206	
		geändert	42.	27. 10. 1994	3146	
		75 Nr. 1	geändert	28.	18. 3. 1971	206
		75 Nr. 1 a	eingefügt	22.	12. 5. 1969	363
		75 Nr. 2	geändert	42.	27. 10. 1994	3146
		75 Nr. 6	eingefügt	42.	27. 10. 1994	3146
76 II	Gesetzesvorlagen	geändert	18.	15. 11. 1968	1177	
		geändert	42.	27. 10. 1994	3146	
76 III		geändert	23.	17. 7. 1969	817	
		geändert	42.	27. 10. 1994	3146	
77 II	Gesetzgebungsverfahren	geändert	18.	15. 11. 1968	1177	
77 II a		eingefügt	42.	27. 10. 1994	3146	
77 III		geändert	18.	15. 11. 1968	1177	
79 I	Änderung des Grundgesetzes	geändert	4.	26. 3. 1954	45	
80 II	Erlaß von Rechtsverordnungen	geändert	40.	20. 12. 1993	2089	
		geändert	41.	30. 8. 1994	2245	
80 III, IV		eingefügt	42.	27. 10. 1994	3146	
80 a	Anwendung von Rechtsvorschriften im Spannungsfall	eingefügt	17.	24. 6. 1968	709	
87 I	Gegenstände bundeseigener Verwaltung	geändert	31.	28. 7. 1972	1305	
		geändert	40.	20. 12. 1993	2089	
		geändert	41.	30. 8. 1994	2245	
		geändert	42.	27. 10. 1994	3146	
87 II		geändert	42.	27. 10. 1994	3146	
87 a	Aufstellung und Befugnisse der Streitkräfte	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111	
		geändert	17.	24. 6. 1968	709	
87 b	Bundeswehrverwaltung	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111	

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBI. I S.
87 c	Auftragsverwaltung auf dem Gebiet der Kernenergie	eingefügt	10.	23. 12. 1959	813
87 d	Luftverkehrsverwaltung	eingefügt	11.	6. 2. 1961	65
87 d I		geändert	37.	14. 7. 1992	1254
87 e	Eisenbahnverkehrsverwaltung	eingefügt	40.	20. 12. 1993	2089
87 f	Postwesen und Telekommunikation	eingefügt	41.	30. 8. 1994	2245
88	Bundesbank	geändert	38.	21. 12. 1992	2086
91	Innerer Notstand	geändert	17.	24. 6. 1968	709
91 a	Mitwirkung des Bundes aufgrund von Bundesgesetzen	eingefügt	21.	12. 5. 1969	359
91 a I Nr. 1		geändert	27.	31. 7. 1970	1161
91 b	Zusammenwirken von Bund und Ländern aufgrund von Vereinbarungen	eingefügt	21.	12. 5. 1969	359
92	Gerichtsorganisation	geändert	16.	18. 6. 1968	657
93 I Nr. 2 a	Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts	eingefügt	42.	27. 10. 1994	3146
93 I Nr. 4 a		eingefügt	19.	29. 1. 1969	97
93 I Nr. 4 b		eingefügt	19.	29. 1. 1969	97
94 II 2	Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts	eingefügt	19.	29. 1. 1969	97
95	Oberste Gerichtshöfe des Bundes; Gemeinsamer Senat	geändert	16.	18. 6. 1968	657
96 III	Andere Bundesgerichte, Ausübung von Bundesgerichtsbarkeit durch Gerichte der Länder	geändert	7.	19. 3. 1956	111
		aufgehoben	12.	6. 3. 1961	141
96		aufgehoben ³⁾	16.	18. 6. 1968	657
96 IV		geändert	22.	12. 5. 1969	363
96 V		eingefügt	26.	28. 8. 1969	1357
96 a	Andere Bundesgerichte	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111
		geändert	12.	6. 3. 1961	141
		wird zu 96	16.	18. 6. 1968	657
98 III	Rechtsstellung der Richter in Bund und Ländern	geändert	28.	18. 3. 1971	206

³⁾ Gleichzeitig wird Artikel 96 a zu Artikel 96.

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBI. I S.
99	Entscheidung landesrechtlicher Streitigkeiten durch das Bundesverfassungsgericht und die obersten Gerichtshöfe des Bundes	geändert	16.	18. 6. 1968	657
100 III	Konkrete Normenkontrolle	geändert	16.	18. 6. 1968	657
104 a	Verteilung der Ausgaben auf Bund und Länder	eingefügt	21.	12. 5. 1969	359
105 II	Gesetzgebungskompetenz	geändert	21.	12. 5. 1969	360
105 II a		eingefügt	21.	12. 5. 1969	360
106	Verteilung des Steueraufkommens	geändert	6.	23. 12. 1955	817
		geändert	8.	24. 12. 1956	1077
		geändert	21.	12. 5. 1969	360
		geändert	43.	3. 11. 1995	1492
106 a	Verteilung des Steueraufkommens für den öffentlichen Personennahverkehr	eingefügt	40.	20. 12. 1993	2089
107	Finanzausgleich	geändert	6.	23. 12. 1955	817
		geändert	21.	12. 5. 1969	361
107 Satz 1		geändert	3.	20. 4. 1953	130
		geändert	5.	25. 12. 1954	517
108	Finanzverwaltung	geändert	21.	12. 5. 1969	361
109 II–IV	Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern	eingefügt	15.	8. 6. 1967	581
109 III		geändert	20.	12. 5. 1969	357
110	Haushaltsplan und Haushaltsgesetz des Bundes	geändert	20.	12. 5. 1969	357
112	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	geändert	20.	12. 5. 1969	357
113	Zustimmung der Bundesregierung bei Ausgabenerhöhungen oder Einnahmeverminderungen	geändert	20.	12. 5. 1969	357
114	Rechnungslegung, Rechnungsprüfung	geändert	20.	12. 5. 1969	358
115	Kreditbeschaffung	geändert	20.	12. 5. 1969	358
115 a–115 l	Verteidigungsfall	eingefügt	17.	24. 6. 1968	709
115 c III	Erweiterte Gesetzgebungskompetenz des Bundes	geändert	21.	12. 5. 1969	361

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBI. I S.
115 e II	Befugnisse des Gemeinsamen Ausschusses	geändert	38.	21. 12. 1992	2086
115 k III	Geltungsdauer von außerordentlichen Rechtsvorschriften	geändert	21.	12. 5. 1969	362
118 a	Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg	eingefügt	42.	27. 10. 1994	3146
120 I	Besatzungskosten und Kriegsfolgen	geändert	14.	30. 7. 1965	649
		geändert	24.	28. 7. 1969	985
120 a	Durchführung des Lastenausgleichs	eingefügt	2.	14. 8. 1952	445
125 a	Fortgeltung als Bundesrecht	eingefügt	42.	27. 10. 1994	3146
135 a	Alte Verbindlichkeiten	eingefügt	9.	22. 10. 1957	1745
		geändert	[36.] ¹⁾	23. 9. 1990	885 ²⁾
137 I	Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes	geändert	7.	19. 3. 1956	111
142 a	Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	eingefügt	4.	26. 3. 1954	45
		aufgehoben	17.	24. 6. 1968	709
143	Hochverrat	aufgehoben	1.	30. 8. 1951	739
143 (neu I)	Innerer Notstand	eingefügt	7.	19. 3. 1956	111
		aufgehoben	17.	24. 6. 1968	709
143 (neu II)	Abweichungen vom Grundgesetz in den neuen Bundesländern	eingefügt	[36.] ¹⁾	23. 9. 1990	885 ²⁾
143 a	Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes über Angelegenheiten der Eisenbahn des Bundes	eingefügt	40.	20. 12. 1993	2089
143 b	Sondervermögen Deutsche Bundespost	eingefügt	41.	30. 8. 1994	2245
146	Geltungsdauer des Grundgesetzes	geändert	[36.] ¹⁾	23. 9. 1990	885 ²⁾

1) Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Einigungsvertragsgesetz), hier: Artikel 4 („Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes“)

2) Die Seitenzahl bezieht sich auf das Bundesgesetzblatt II.

Hinweis

Eine Auswahl parlamentsrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ist im Abschnitt 15.3 zusammengestellt.

14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe

Im folgenden Abschnitt sind – nach Wahlperioden getrennt – alle seit der 1. Wahlperiode im Bundestag eingebrachten Entwürfe zur Änderung des Grundgesetzes aufgeführt, die entweder abgelehnt, wegen Ablaufes der Wahlperiode oder aus sonstigen Gründen nicht verabschiedet wurden bzw. nicht in Kraft getreten sind.

Innerhalb der einzelnen Wahlperioden sind die Gesetzentwürfe in der Reihenfolge der Artikel-Nummern der zu ändernden Grundgesetz-Artikel geordnet.

1. Wahlperiode (1949–53)

GG-Art.:	Art. 19 a
Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Abschnittes I des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von FU-Fraktion (Drs. I/3206 neu)
Inhalt:	Einfügung eines Art. 19a zum Schutz des selbständigen Mittelstandes
Letzter Stand:	1. Beratung und Ausschußüberweisung am 3. und 4. 4. 1952, 204. Sitz.

GG-Art.:	Art. 46 a
Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. I/2303)
Inhalt:	Aberkennung des Abgeordnetenmandats durch das Bundesverfassungsgericht in besonderen Fällen durch Einfügung eines Art. 46 a in das Grundgesetz
Letzter Stand:	1. Beratung und Ausschußüberweisung am 21. 6. 1951, 155. Sitz.

GG-Art.:	Art. 74 und 87
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
Initiative:	Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. I/1515)
Inhalt:	Aufnahme der Einstellung, Beförderung, Ausbildung, Besoldung usw. von Polizei-Exekutivkräften in den Katalog der konkurrierenden Gesetzgebung
Letzter Stand:	1. Beratung und Ausschußüberweisung am 7. 11. 1950, 97. Sitz.

GG-Art.:	Art. 82
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 82 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. I/2900)
Inhalt:	Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten von Gesetzen
Letzter Stand:	ohne 1. Beratung

GG-Art.:	Art. 83 a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
Initiative:	Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. I/1577)
Inhalt:	Zuständigkeit des Bundes zur Aufstellung einer Bundesbereitschaftspolizei durch Einfügung eines Art. 83 a
Letzter Stand:	1. Beratung und Ausschußüberweisung am 7. 11. 1950, 97. Sitz.

GG-Art.: Art. 87
Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
Initiative: Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. I/2148)
Inhalt: Änderung des Art. 87, Abs. 1 Satz 1 GG; Führung des Auswärtigen Dienstes, der Bundesfinanzverwaltung, der Bundesverwaltung des Kriegsofferwesens, der Bundeseisenbahnen und der Bundespost vorw. als bundeseigene Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau
Letzter Stand: 1. Beratung und Ausschußüberweisung am 25. 4. 1951, 138. Sitz.

GG-Art.: Art. 87
Titel: Gesetz zur Ergänzung des Artikels 87 des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. I/2852)
Inhalt: Einfügung als weitere bundeseigene Verwaltung „die Bundesverwaltung für die Angelegenheiten der Vertriebenen“
Letzter Stand: 1. Beratung und Ausschußüberweisung am 13. 12. 1951, 181. Sitz.

GG-Art.: Art. 102
Titel: Gesetz über Wiedereinführung der Todesstrafe
Initiative: Eingebracht von BP-Fraktion (Drs. I/619)
Inhalt: Wiedereinführung der Todesstrafe durch Aufhebung des Art. 102 GG
Letzter Stand: 1. Beratung am 27. 3. 1950, 52. Sitz.: Gesetzentwurf erledigt durch Übergang zur TO

GG-Art.: Art. 102
Titel: Gesetz zur Aufhebung des Artikels 102 des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht durch DP-Fraktion (Drs. I/3679)
Inhalt: Wiedereinführung der Todesstrafe
Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 10. 1952, 236. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung

GG-Art.: Art. 102
Titel: Gesetz zur Ergänzung des Artikels 102 des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht von den Abgeordneten *Etzel* (Bamberg), *Horlacher* u. Gen. (Drs. I/3702)
Inhalt: Beschränkte Wiedereinführung der Todesstrafe
Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 10. 1952, 236. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung

GG-Art.: Art. 105
Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 105 Absatz 2 Ziffer 1 des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht von BP-Fraktion (Drs. I/929)
Inhalt: Herausnahme der Biersteuer aus dem Katalog der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes
Letzter Stand: 2. Beratung am 26. 10. 1950, 95. Sitz.: Ablehnung gemäß Ausschußantrag

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

GG-Art.:	Art. 108
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
Initiative:	Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. I/2260)
Inhalt:	Verwaltung von Zöllen, Finanzmonopolen und auf Bundesgesetzen beruhenden Steuern durch Bundesfinanzbehörden
Letzter Stand:	3. Beratung am 19. 6. 1953, 274. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (keine verfassungsändernde Mehrheit)

GG-Art.:	Art. 117
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 117 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP und FU (Drs. I/4200)
Inhalt:	Übergangsregelung für Art. 3 und Art. 11 GG
Letzter Stand:	Bericht des 23. Ausschusses, keine 2. Beratung

GG-Art.:	Art. 120 a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP (Drs. I/2830)
Inhalt:	Einfügung eines Artikels 120 a über die Durchführung des Gesetzes zum Lastenausgleich durch den Bund bzw. durch die Länder
Letzter Stand:	Annahme im Bundestag in 3. Beratung am 13. 12. 1951, 181. Sitz., mit erforderlicher Zweidrittel-Mehrheit; Versagung der Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 78 GG

GG-Art.:	Art. 131
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 131 des Grundgesetzes
Initiative:	a) Eingebracht von Abg. <i>Falkner, Etzel</i> (Bamberg), <i>Besold</i> und der BP (Drs. I/845) b) Eingebracht von WAV (Drs. I/914)
Inhalt:	Aufhebung des Satzes 3 des Artikels 131 (Klageverbot)
Letzter Stand:	Für erledigt erklärt am 10. 4. 1951, 132. Sitz.

2. Wahlperiode (1953–57)

GG-Art.:	Art. 12 a
Titel:	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 12 a in das Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von DP-Fraktion (Drs. II/1728)
Inhalt:	Verankerung der Förderung der selbständigen Unternehmer und Berufstätigen des Mittelstandes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe, kleinerer und mittlerer Industrie sowie in den freien Berufen durch geeignete Maßnahmen in Gesetzgebung und Verwaltung als Grundrecht
Letzter Stand:	1. Beratung am 16. 12. 1955, 121. Sitz.: Ausschußüberweisung

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

GG-Art.: Art. 15
Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 15 des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. II/3525)
Inhalt: Verbot der Enteignung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln zum Zwecke der Vergesellschaftung
Letzter Stand: 1. Beratung am 31. 5. 1957, 214. Sitz.

GG-Art.: Art. 74
Titel: Gesetz zur Ergänzung des Artikels 74 Nr. 13 des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht von DP-Fraktion (Drs. II/621)
Inhalt: Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes auf die Regelung des Erziehungs- und Schulwesens
Letzter Stand: Ausschußbericht, ohne 2. Beratung

GG-Art.: Art. 74 und 75
Titel: Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Artikel 74 und 75 des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht von den Fraktionen SPD, FDP, GB/BHE, DP, FVP u. Abg. *Stegner* (Drs. II/3158)
Inhalt: Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebungsbefugnis des Bundes auf das Gebiet des Wasserrechts einschließlich der Wasserwirtschaft unter Herausnahme dieser Materie aus der Rahmengesetzgebungsbefugnis. Änderung der Art. 74 und 75 des Grundgesetzes
Letzter Stand: In 2. Beratung am 26. 6. 1957, 215. Sitz., von der TO abgesetzt

GG-Art.: Art. 74 und 87 c
Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative: Regierungsvorlage (Drs. II/3026)
Inhalt: Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebung auf das Gebiet der Erzeugung und Nutzung der Kernenergie. Ergänzung des Art. 74 GG und Einfügung eines Art. 87c in das Grundgesetz
Letzter Stand: In 3. Beratung am 27. 6. 1957, 216. Sitz.: Ablehnung mangels Zweidrittel-Mehrheit

GG-Art.: Art. 74 und 87 c
Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht interfraktionell von CDU/CSU, SPD, DP (FVP), GB/BHE (Drs. II/3688)
Inhalt: Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebung auf das Gebiet der Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken. Ergänzung des Art. 74 GG und Einfügung eines Art. 87c in das Grundgesetz
Letzter Stand: Ablehnung in 3. Beratung am 2. 7. 1957, 221. Sitz., mangels Zweidrittel-Mehrheit

GG-Art.: Art. 74 und 87c
Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative: Eingebracht von DP (FVP)-Fraktion (Drs. II/3726)
Inhalt: Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebung auf das Gebiet der Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken. Ergänzung des Art. 74 GG und Einfügung eines Art. 87c in das Grundgesetz
Letzter Stand: 1. Beratung am 6. 7. 1957, 225. Sitz.: bei Abstimmung über Ausschußüberweisung Beschlußunfähigkeit festgestellt

GG-Art.: Art. 74 und 87 c
 Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. II/3760)
 Inhalt: Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebung auf das Gebiet der Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken. Ergänzung des Art. 74 GG und Einfügung eines Art. 87 c in das Grundgesetz
 Letzter Stand: ohne 1. Beratung

GG-Art.: Art. 87
 Titel: Gesetz zur Ergänzung des Artikels 87 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. II/2955)
 Inhalt: Schaffung einer Bundesverwaltung für Kriegsopferversorgung mit eigenem Verwaltungsunterbau
 Letzter Stand: 1. Beratung am 6. 2. 1957, 190. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 102
 Titel: Gesetzentwurf zur Aufhebung des Artikels 102 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von den Abg. *Schranz, Matthes, Jaeger, Stücklen, Schuberth* u. Gen. (Drs. II/709)
 Inhalt: Aufhebung der Bestimmung über Abschaffung der Todesstrafe
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 102
 Titel: Gesetz zur Ergänzung des Artikels 102 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von den Abg. *Platner, Gontrum* u. Gen. (Drs. II/724)
 Inhalt: Bedingte Zulassung der Todesstrafe für die Verbrechen des Mordes und des Menschenraubes
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 105 und 106
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 105 und 106 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von den Abg. *Lücke, Jacobi, Will, Engell, Schild* u. Gen. (Drs. II/1812)
 Inhalt: Ersetzung des Begriffs der Wertzuwachssteuer durch „Steuer auf Wertsteigerung durch Maßnahmen der städtebaulichen Planung“ und Einbeziehung dieser Steuer in die den Ländern nach Art. 106 Abs. 2 zufließenden Steuern
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 107
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. II/1915)
 Inhalt: Verlängerung der Frist zur endgültigen Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf den Bund um 3 Jahre bis 31. Dezember 1958; Änderung des Artikels 107 Satz 1 GG
 Letzter Stand: 1. Beratung am 15. 12. 1955, 120. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 117
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 117 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, GB/BHE und DP (Drs. II/82)
 Inhalt: Verlängerung der Frist des Artikels 117 Abs. 1 GG für Vorschriften des Staatsangehörigkeitsrechts und des bürgerlichen Rechts einschließlich des Verfahrensrechts bis 31. März 1955
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 120 a
 Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. II/2197)
 Inhalt: Übernahme der Kosten des Schutzes der Zivilbevölkerung durch den Bund; Einfügung eines Artikels 120 a
 Letzter Stand: 1. Beratung am 3. 10. 1956, 162. Sitz., Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 139 a
 Titel: Gesetz zur Einfügung des Artikels 139 a in das Grundgesetz
 Initiative: Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. II/2416)
 Inhalt: Geltendmachung von Ansprüchen aus bis 31. Dezember 1945 vorgenommenen Eingriffen in das Eigentum nur gegen den Bund und nur nach Maßgabe eines Kriegsfolgenschlußgesetzes
 Letzter Stand: 3. Beratung am 4. 7. 1957, 223. Sitz.: Ablehnung mangels Zweidrittel-Mehrheit in namentlicher Abstimmung

3. Wahlperiode (1957–61)

GG-Art.: Art. 15
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 15 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. III/1336)
 Inhalt: Aufhebung der verfassungsmäßigen Ermächtigung zur Vergesellschaftung
 Letzter Stand: 1. Beratung am 22. 6. 1960, 118. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 54
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 54 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von DP-Fraktion (Drs. III/852)
 Inhalt: Wiederwahl des Bundespräsidenten für mehr als eine Wahlperiode
 Letzter Stand: Rücknahme durch Antragsteller

GG-Art.: Art. 60 und 102
 Titel: Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Artikel 60 und 102 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von DP-Fraktion (Drs. III/389)
 Inhalt: Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord; Unübertragbarkeit des Begnadigungsrechts bei Verurteilung zum Tode; Beratung des Bundespräsidenten durch einen Begnadigungsausschuß
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 74
 Titel: Gesetz zur Änderung des Art. 74 Nr. 13 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von DP-Fraktion (Drs. III/60)
 Inhalt: Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebung auf die einheitliche Regelung des Unterrichts- und Erziehungswesens durch Ergänzung des Art. 74 Ziff. 13
 Letzter Stand: 1. Beratung am 3. 10. 1958, 43. Sitz.: Auf Antrag der DP-Fraktion von der TO abgesetzt

GG-Art.: Art. 74
 Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. III/266)
 Inhalt: Einbeziehung des Gebiets der Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken und des Schutzes gegen hierbei entstehende Gefahren in die konkurrierende Gesetzgebung. Ergänzung des Art. 74 GG
 Letzter Stand: Nach 1. Beratung am 9. 5. 1958, 29. Sitz., und Ausschußüberweisung Rücknahme durch Antragsteller am 3. 12. 1959

GG-Art.: Art. 102
 Titel: Gesetz zur Ergänzung des Artikels 102 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von den Abg. *Mommel, Jaeger, Schlee, Unertl, Bauereisen* u. Gen. (Drs. III/133)
 Inhalt: Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 115 a (Notstandsrecht)
 Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
 Initiative: Regierungsvorlage (Drs. III/1800)
 Inhalt: Einfügung eines neuen Art. 115 a im neu eingefügten Abschnitt X a (Ausnahmestand) mit den Vorschriften zur Regelung des Notstandsrechtes bei Gefahrenzuständen, die über die in Art. 91 GG bezeichneten Notstandsmerkmale hinausgehen
 Letzter Stand: 1. Beratung am 28. 9. 1960, 124. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 120
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 120 des Grundgesetzes
 Initiative: Regierungsvorlage (Drs. III/2590)
 Inhalt: Ergänzung zur Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Kriegsfolgelasten; Folgerung aus dem die Legaldefinition des Begriffs „Kriegsfolgelasten“ einschränkenden Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Gesetz über die Tilgung von Ausgleichsforderungen
 Letzter Stand: Rückverweisung an Ausschuß am 28. und 29. 6. 1961, 164. Sitz., und erneuter Bericht des Ausschusses

Hinweis

Soweit bei der Verabschiedung von Grundgesetz-Änderungsgesetzen üblicherweise namentlich abgestimmt wurde oder die Stimmen ausgezählt wurden, ist das Abstimmungsergebnis in der Aufstellung bei Abschnitt 8.14 zu finden.

4. Wahlperiode (1961–65)

GG-Art.: Art. 5
 Titel: Gesetz zur Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingbracht von den Abg. *Probst, Süsterhenn, Zimmer, Kühn* (Hildesheim), *Wahl, Welter* (Aachen) u. Gen. (Drs. IV/3399 [neu])
 Inhalt: Neufassung der Grundrechtsbestimmung der Lehrfreiheit des Artikels 5 Abs. 3 Satz 2 GG durch die Worte: „Diese Freiheit entbindet nicht von der Treue zur Verfassung und gilt im Rahmen der allgemeinen sittlichen Ordnung.“
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 10
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 10)
 Initiative: Regierungsvorlage (Drs. IV/2633)
 Inhalt: Einfügung der Sätze 3 und 4 in Artikel 10 des Grundgesetzes mit Bestimmungen über die Geheimhaltung von Überwachungsmaßnahmen gegenüber den Betroffenen und Gleichstellung solcher von einem Richter getroffenen Anordnungen mit den in einem gerichtlichen Verfahren ergangenen Entscheidungen
 Letzter Stand: 1. Beratung am 24. 6. 1965, 192. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 29
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingbracht von SPD-Fraktion (Drs. IV/1896)
 Inhalt: Änderung der das Volksbegehren und den Volksentscheid betreffenden Bestimmungen des Artikels 29
 Letzter Stand: 1. Beratung am 21. 2. 1964, 117. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 75
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 75 GG)
 Initiative: Regierungsvorlage (Drs. IV/633)
 Inhalt: Anfügung der Absätze 2 und 3 an den Artikel 75 des Grundgesetzes zur Erweiterung der Zuständigkeit des Rahmengesetzgebers auf dem Gebiet des Besoldungsrechts zur Festsetzung des Besoldungssystems und der Mindest- und Höchstbeträge für die Beamten- und Richterbesoldung
 Letzter Stand: 3. Beratung am 28. 6. 1963, 83. Sitz.: Ablehnung mangels Zweidrittel-Mehrheit in namentlicher Abstimmung

GG-Art.: Art. 76 und 77
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 76 und 77)
 Initiative: Bundesratsvorlage (Drs. IV/2840)
 Inhalt: Verlängerung der Äußerungsfrist des Bundesrates von drei Wochen auf sechs Wochen in Art. 76 Abs. 2 Satz 2 GG; Verlängerung der Frist für die Anrufung des Vermittlungsausschusses auf drei Wochen in Art. 77 Abs. 2 Satz 1; Verdoppelung der einwöchigen Einspruchsfrist in Art. 77 Abs. 3 Satz 1; Änderung des Beginns der Einspruchsfrist in Art. 77 Abs. 3 Satz 2 GG
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 95 bis 100
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 95 GG)
 Initiative: Regierungsvorlage (Drs. IV/3363)
 Inhalt: Ersetzung des von Artikel 95 GG geforderten obersten Bundesgerichts durch einen Gemeinsamen Senat der oberen Bundesgerichte; Neufassung des Artikels 95 GG, Aufhebung des Artikels 96 GG, Bezeichnung des geltenden Artikels 96 a GG als Artikel 96 GG und Streichung des zweiten Halbsatzes des Absatzes 3 des Artikels 100 GG
 Letzter Stand: ohne Beratung

GG-Art.: Art. 102 a
 Titel: Gesetz zur Einfügung eines Artikels 102 a in das Grundgesetz
 Initiative: Eingbracht von SPD-Fraktion (Drs. IV/3161)
 Inhalt: Nichtverjährung der Strafverfolgung von Mord und Völkermord mit Ausnahme der bei Inkrafttreten dieses Artikels bereits verjährten Straftaten
 Letzter Stand: 2. Beratung am 25. 3. 1965, 175. Sitz.: Ausschuß-Rückverweisung

GG-Art.: Art. 115 a–m (Notstandsrecht)
 Titel: Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
 Initiative: Regierungsvorlage (Drs. IV/891)
 Inhalt: Sonderregelungen zur Vorsorge für außergewöhnliche Gefahrenlagen im Zustand der äußeren oder inneren Gefahr oder eines Katastrophenzustandes: Rechtsetzungsbefugnisse in Notzeiten in der Form von Notgesetzen und Notverordnungen; Zuständigkeiten des Bundes bei außergewöhnlichen Notlagen mit Einflußrechten gegenüber den Ländern
 Letzter Stand: 3. Beratung am 24. 6. 1965, 192. Sitz.: Ablehnung mangels Zweidrittel-Mehrheit in namentlicher Abstimmung

GG-Art.: Art. 118
 Titel: Gesetz zur Neufassung des Artikels 118 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingbracht von CDU/CSU-Fraktion (Drs. IV/1965)
 Inhalt: Neufassung der Grundgesetzbestimmung über die Durchführung eines Volksentscheids im Gebietsteil Baden des Bundeslandes Baden-Württemberg
 Letzter Stand: 3. Beratung am 9. 12. 1964, 151. Sitz.: Rückverweisung an Ausschuß

Hinweise

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 33).

Dokumentationen zu verschiedenen Grundgesetz-Artikeln enthalten u. a. die folgenden Abschnitte des vorliegenden **Datenhandbuchs**:

- 2.9 Inkompatibilitäten
- 8.14 Stimmresultate von einzelnen Abstimmungen und Wahlen
- 11.1 Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes
- 11.2 Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes
- 11.3 Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

5. Wahlperiode (1965–69)

GG-Art.:	Art. 43, 44 und 45 a
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	a) eingebracht von interfraktioneller Gruppe (Drs. V/3965) b) eingebracht von interfraktioneller Gruppe (Drs. V/2425) c) eingebracht interfraktionell von CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. V/4445)
Inhalt:	a) Tätigkeit des Petitionsausschusses als parlamentarisches Kontrollorgan bei der Überprüfung von Beschwerden b) Ergänzung von Art. 43 und 44 GG bezüglich Aktenvorlage und Aussagegenehmigung gegenüber Untersuchungsausschüssen c) Grundgesetzliche Absicherung der parlamentarischen Kontrolle von Nachrichtendiensten durch den mit den Rechten eines Untersuchungsausschusses ausgestatteten Ausschuß für Angelegenheiten der Nachrichtendienste in Artikel 45 a GG
Letzter Stand:	3. Beratung am 2. 7. 1969, 246. Sitz.: Ablehnung mangels Zweidrittel-Mehrheit

GG-Art.:	Art. 65 a und 115 b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. V/3018)
Inhalt:	Ausdehnung der Befehls- und Kommandogewalt des Bundeskanzlers auf die Einheiten der Zivilverteidigung, Ausübung derselben für den Bereich der Zivilverteidigung durch den Bundesminister des Innern sowie Streichung des Artikels 115 b
Letzter Stand:	1. Beratung am 11. 12. 1968, 204. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.:	Art. 115 a (Notstandsrecht)
Titel:	Gesetz zur Sicherung der rechtsstaatlichen Ordnung im Verteidigungsfall
Initiative:	Eingebracht von FDP-Fraktion (Drs. V/2130)
Inhalt:	Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des gesamten Parlamentes in Zeiten bewaffneter Auseinandersetzungen sowie der Aufrechterhaltung der Gewaltenteilung in der Bundesrepublik Deutschland; Möglichkeit zur Änderung der Rechtsordnung nur im Fall eines bewaffneten Angriffs; Recht aller Abgeordneten des Bundestages und aller Mitglieder des Bundesrates zur Teilnahme an den Sitzungen des aus 44 von den Fraktionen bestimmten Bundestagsabgeordneten und 11 weisungsgebundenen Vertretern der Länder bestehenden Notparlamentes; Verpflichtung aller Dienststellen von Bund, Ländern und Gemeinden zum Transport der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften an den Tagungsort des Parlamentes
Letzter Stand:	2. Beratung am 30. 5. 1968, 178. Sitz.: für erledigt erklärt gem. Ausschußantrag

GG-Art.:	Art. 118
Titel:	Gesetz zur Neufassung des Artikels 118 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von CDU/CSU-Fraktion (Drs. V/2541 [neu])
Inhalt:	Durchführung eines Volksentscheids über die Aufrechterhaltung des Landes Baden-Württemberg
Letzter Stand:	Für erledigt erklärt am 2. 7. 1969, 246. Sitz.

6. Wahlperiode (1969–72)

GG-Art.:	Art. 45 c
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45 c)
Initiative:	Eingebracht von interfraktioneller Gruppe (Drs. VI/973)
Inhalt:	Zwingende Einsetzung des Petitionsausschusses und Ermächtigung zur Begründung selbständiger Kontrollbefugnisse
Letzter Stand:	1. Beratung am 14. 10. 1970, 72. Sitz.: Ausschußüberweisung

7. Wahlperiode (1972–76)

GG-Art.:	Art. 74
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 Nr. 25 – Naturschutz und Landschaftspflege)
Initiative:	Regierungsvorlage (Drs. 7/885)
Inhalt:	Ergänzung des Grundgesetzes um das Gebiet „Naturschutz und Landschaftspflege“ durch Erweiterung des Artikels 74 Nr. 25 und entsprechende Einschränkung des Artikels 75 Nr. 3. Dadurch erhält der Bund die konkurrierende, d. h. die Vorranggesetzgebungskompetenz. Somit können bundeseinheitliche Vorschriften für Schutz und Pflege des Naturhaushaltes und zur Erhaltung oder Wiederherstellung der dauerhaften Nutzungsfähigkeit von Boden, Wasser, Luft, Klima, Pflanzen- und Tierwelt erlassen werden.
Letzter Stand:	1. Beratung am 18. 10. 1973, 57. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.:	Art. 74
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 Nr. 24 – Wasserhaushalt)
Initiative:	Regierungsvorlage (Drs. 7/887)
Inhalt:	Ergänzung des Artikels 74 Nr. 24 GG um das Gebiet „Wasserhaushalt“ und entsprechende Einschränkung des Artikels 75 Nr. 4 GG. Dadurch erhält der Bund für den Wasserhaushalt die konkurrierende, d. h. die Vorranggesetzgebungskompetenz anstelle der bisherigen Rahmenkompetenz. Der Bund erhält somit die Befugnis, auf dem Gebiet des Wasserhaushalts, insbesondere des Gewässerschutzes bundeseinheitliche Vollregelungen zu erlassen.
Letzter Stand:	1. Beratung am 18. 10. 1973, 57. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.:	Art. 94
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 94)
Initiative:	Eingebracht von CDU/CSU (Drs. 7/1064)
Inhalt:	Aufnahme des Grundsatzes der Zweidrittel-Mehrheit für die Wahl von Bundesverfassungsrichtern
Letzter Stand:	1. Beratung am 8. 11. 1973, 64. Sitz.: Ausschußüberweisung

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

8. Wahlperiode (1976–80)

GG-Art.:	Art. 44
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 44)
Initiative:	Eingebracht von Abg. der CDU/CSU und der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 8/1180)
Inhalt:	Die Zuständigkeiten der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages werden neu geregelt.
Letzter Stand:	1. Beratung am 15. 12. 1977, 63. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.:	Art. Staatshaftung
Titel:	Fünfunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Regierungsvorlage (Drs. 8/2080)
Inhalt:	Einführung des Verfassungsinstituts der Staatshaftung. Der gerichtliche Rechtsschutz wird gewährleistet durch eine allgemeine Rechtsweggarantie, um den Rechtsschutz gegen rechtswidrige öffentliche Gewalt bei den Gerichtsbarkeiten zusammenfassen zu können, denen auch sonst die Rechtmäßigkeitskontrolle anvertraut ist. Der Bundesgesetzgeber erhält die Kompetenz zur Regelung der Haftung für Tumultschäden und Schäden aus schweren Störungen der öffentlichen Sicherheit.
Letzter Stand:	1. Beratung am 28. 9. 1978, 107. Sitz.: Ausschußüberweisung; Ausschußbericht

9. Wahlperiode (1980–83)

In der 9. Wahlperiode wurden keine Gesetze zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht.

10. Wahlperiode (1983–87)

GG-Art.:	Art. 2 Abs. 3, Art. 37a
Titel:	Sechsendreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 10/990)
Inhalt:	Grundgesetzliche Verankerung der Verpflichtung zum Schutz der Umwelt durch den einzelnen wie durch den Staat; Festschreibung des Rechtes jedes Menschen auf eine gesunde Umwelt und den Erhalt seiner natürlichen Lebensgrundlagen
Letzter Stand:	2. Beratung am 16. 1. 1986, 187. Sitz.: Ablehnung gemäß Ausschußantrag

GG-Art.:	Art. 20a, Art. 28 Abs. 1
Titel:	Sechsendreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. 10/1502)
Inhalt:	Aufnahme der Verpflichtung zu Schutz und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen in das Grundgesetz als Staatszielbestimmung Umweltschutz
Letzter Stand:	2. Beratung am 16. 1. 1986, 187. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung

GG-Art.:	Art. 29 Abs. 7
Titel:	Sechsendreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 29 Abs. 7)
Initiative:	Eingebracht von interfraktioneller Gruppe und den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DIE GRÜNEN (Drs. 10/4264)
Inhalt:	Das vereinfachte Verfahren gemäß Art. 29 Abs. 7 GG bei der Neugliederung des Bundesgebietes wird auf den Fall erstreckt, daß Gebiete über eine Landesgrenze hinweg zurückgegliedert werden sollen, die nicht mehr als 30 000 Einwohner haben und zwischen dem 8. 5. 1945 und dem 23. 5. 1949 von der aufnehmenden Gemeinde getrennt worden sind. <i>Änderung aufgrund der Ausschußempfehlung:</i> Durchführung einer Volksbefragung in dem Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll.
Letzter Stand:	2. Beratung am 13. 11. 1986, 246. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung

GG-Art.:	Art. 96
Titel:	Siebenunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96)
Initiative:	Eingebracht von Abgeordneten und der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 10/1694)
Inhalt:	In Art. 96 GG wird Abs. 2 gestrichen, der die Errichtung von Wehrstrafgerichten im Verteidigungsfall vorsieht.
Letzter Stand:	Einbringung am 29. 6. 1984; 1. Beratung am 4. 12. 1986: Ausschußüberweisung

11. Wahlperiode (1987–90)

GG-Art.:	Art. 2, Art. 14, Art. 20, Art. 28
Titel:	Gesetz zur verfassungsrechtlichen Verankerung des Umweltschutzes als Grundrecht und als Staatsziel
Initiative:	Eingebracht von Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/663)
Inhalt:	Aufnahme des Umweltschutzes als Grundrecht und als Staatsziel in das Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 21. 9. 1990, 227. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 2 a, Art. 14
Titel:	Gesetz zur Einführung eines „Umwelt-Grundrechts“
Initiative:	Eingebracht von Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/604)
Inhalt:	Aufnahme eines Umwelt-Grundrechts in das Grundgesetz und Erweiterung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums um Belange der Natur.
Letzter Stand:	Vorlage wurde durch Gesetzentwurf auf Drs. 11/663 abgelöst.

GG-Art.:	Art. 10 Abs. 2, Art. 19 Abs. 4
Titel:	Neununddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 10 Abs. 2, Artikel 19 Abs. 4)
Initiative:	Eingebracht von Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/3046)
Inhalt:	Streichung notstandsrechtlicher Bestimmungen: Wiederherstellung des ordentlichen Rechtsweges bei Klagen gegen die Verletzung des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses.
Letzter Stand:	1. Beratung am 8. 2. 1990, 194. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 12 a Abs. 5 und 6, Art. 80
 Titel: Achtunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12 a Abs. 5 und 6, Artikel 80)
 Initiative: Eingebracht von Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/3045)
 Inhalt: Aufhebung notstandsrechtlicher Bestimmungen in Art. 12 a und Art. 80 a GG: Wegfall der Feststellung des Spannungsfalls, des Bündnisfalls und der Zeit vor dem Verteidigungsfall als Ermächtigungsgrundlage für die Bundesgesetzgeber und den Erlaß von Notverordnungen
 Letzter Stand: 1. Beratung am 21. 6. 1989, 151. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 20 a, Art. 28 Abs. 1
 Titel: Sechsenddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. 11/10)
 Inhalt: Verankerung des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung im Grundgesetz.
Änderungen aufgrund der Ausschußempfehlung: Beschränkung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen auf die des Menschen, Einfügung eines Gesetzesvorbehalts, Wegfall der vorgesehenen Änderung in Art. 28 GG.
 Letzter Stand: 3. Beratung am 21. 9. 1990, 227. Sitz.: Nichtannahme wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit

GG-Art.: Art. 20 a
 Titel: Sechsenddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einfügung eines Artikels 20 a)
 Initiative: Bundesratsvorlage (Drs. 11/885)
 Inhalt: Aufnahme des Umweltschutzes (der „natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen“) als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz, Gesetzesvorbehalt für Bund und Länder.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 21. 9. 1990, 227. Sitz.: für erledigt erklärt

GG-Art.: Art. 20 a
 Titel: Sechsenddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von Abgeordneten und den Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 11/7423)
 Inhalt: Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel, Regelung des Näheren durch die Gesetze.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 21. 9. 1990, 227. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 24 Abs. 1
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 Abs. 1 GG)
 Initiative: Bundesratsvorlage (Drs. 11/7391)
 Inhalt: Sicherung der Rechte der Länder im Prozeß der europäischen Integration, Bindung der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen an die Zustimmung des Bundesrates, Sicherstellung einer wesentlichen Einflußnahme der Länder auf die Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten dieser Einrichtungen nach Maßgabe einer näheren gesetzlichen Regelung.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 5. 10. 1990, 229. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 26 Abs. 3
 Titel: Gesetz zur Verankerung eines vollständigen Atomwaffenverzichts im Grundgesetz
 Initiative: Eingebracht von Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/5119 [neu])
 Inhalt: Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Herstellung, Besitz und Verwendung von Atomwaffen.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 15. 3. 1990, 202. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 45 c Abs. 2
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45 c)
 Initiative: Eingebracht von Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/983)
 Inhalt: Gleichrangige Behandlung der Petitionen in Form von „Bitten“ mit den Petitionen in Form von „Beschwerden“.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 16. 6. 1988, 85. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 45 d
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Bundesbeauftragter für den Datenschutz)
 Initiative: Eingebracht von Abg. und Fraktion der SPD (Drs. 11/3729)
 Inhalt: Wahl des Bundesbeauftragten für den Datenschutz durch den Bundestag, organisatorische Zuordnung zum Bundestag als Hilfsorgan des Parlaments, Kontrolle der Beachtung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und Unterstützung des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle in dieser Hinsicht.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 26. 1. 1989, 122. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 74 Nr. 19a – neu –
 Titel: Siebenunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 Nr. 19a – neu –)
 Initiative: Eingebracht von Abg. und Fraktion der SPD (Drs. 11/5709)
 Inhalt: Erstreckung der konkurrierenden Gesetzgebungsbefugnis des Bundes auf die Materie der künstlichen Befruchtung beim Menschen.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 8. 12. 1989, 183. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 74 GG, Nr. 19a
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
 Initiative: Bundesratsvorlage (Drs. 11/6155)
 Inhalt: Erweiterung der konkurrierenden Gesetzgebungsbefugnis des Bundes auf die Materien der künstlichen Befruchtung beim Menschen (Fortpflanzungsmedizin) und die Untersuchung und künstliche Veränderung der menschlichen Erbinformation (Genomanalyse, Gentechnik).
 Letzter Stand: 1. Beratung am 8. 2. 1990, 194. Sitz.: Ausschußüberweisung

Hinweis

Dokumentationen zu bestimmten Bereichen der Gesetzgebung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.1 Wahlgesetze
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

12. Wahlperiode (1990–94)

GG-Art.: Art. 2
 Titel: Gesetz zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und zur Sicherung von Mindeststandards für Frauen zum Schwangerschaftsabbruch
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (Drs. 12/898)
 Inhalt: Verfassungsrechtlicher Schutz der Entscheidungsfreiheit von Frauen beim Schwangerschaftsabbruch.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 25. 6. 1992, 99. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (17:633:3)

GG-Art.: Art. 2
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2)
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (Drs. 12/6648)
 Inhalt: Alleinige Entscheidung jeder Frau über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 26. 5. 1994, 230. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 2 a
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2 a)
 Initiative: Eingebracht von Abg. der SPD, CDU/CSU, FDP, PDS/LL, Bündnis 90/Grüne und fraktionslosen Abg. (Drs. 12/6708)
 Inhalt: Aufforderung zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (344:261:22) wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit

GG-Art.: Art. 2 a
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2 a)
 Initiative: Interfraktionelle Vorlage (in der Fassung des Vermittlungsausschusses) (Drs. 12/8423)
 Inhalt: Aufruf zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn.
 Letzter Stand: Beratung der Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses am 6. 9. 1994, 241. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 2 a und 45 d
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/5695)
 Inhalt: Aufnahme des Datenschutzes (Recht auf informationelle Selbstbestimmung) und des Rechts auf Informationsfreiheit in den Grundrechtskatalog; Schaffung des Amtes eines Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle, Wahl durch den Bundestag.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 6
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6)
 Initiative: Eingebracht von der SPD-Fraktion (in der Fassung des Rechtsausschusses) (Drs. 12/8165)
 Inhalt: Achtung von auf Dauer angelegten anderen Lebensgemeinschaften.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Ablehnung in namentl. Abstimmung (282:324:20)

GG-Art.: Art. 13, 14 und 73
 Titel: Zweites Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (2. OrgKG)
 Initiative: Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 12/6784)
 Inhalt: Eingriff mit technischen Mitteln in den geschützten Bereich der Wohnung zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten nach Einwilligung eines von der Volksvertretung bestellten Organs und aufgrund gerichtlicher Anordnung; Beschränkung der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie bei Vermögen, die aus schweren Straftaten stammen oder dafür verwendet werden sollen.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 20. 5. 1994, 229. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 20 a
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20 a Abs. 2)
 Initiative: Eingebracht von der SPD-Fraktion (in der Fassung des Rechtsausschusses) (Drs. 12/8165)
 Inhalt: Tierschutz
 Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (299:313:15)

GG-Art.: Art. 20 b
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20 b)
 Initiative: Interfraktionelle Vorlage (in der Fassung des Rechtsausschusses) (Drs. 12/8165)
 Inhalt: Achtung von Minderheiten.
 Letzter Stand: 3. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (322:300:8) wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit

GG-Art.: Art. 20 b
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20 b)
 Initiative: Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses (Drs. 12/8423)
 Inhalt: Achtung von Minderheiten durch den Staat.
 Letzter Stand: Beratung am 6. 9. 1994, 241. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 24
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 24 Abs. 1 GG)
 Initiative: Bundesratsvorlage (Drs. 12/549)
 Inhalt: Sicherung des Rechts der Länder im Prozeß der europäischen Integration, Bindung der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen an die Zustimmung des Bundesrates, Sicherstellung einer wesentlichen Einflußnahme der Länder auf die Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten dieser Einrichtungen nach Maßgabe einer näheren gesetzlichen Regelung.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 5. 12. 1991, 64. Sitz.: Ausschußüberweisung

Hinweis

Eine chronologisch nach den Wahlperioden gegliederte Auflistung aller Maßnahmen, die bei großzügiger Interpretation dem Bereich der Parlamentsreform zugerechnet werden können, ist im Abschnitt 13.2 vorgenommen worden. Im übrigen taucht das Thema „Parlamentsreform“ in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt.

GG-Art.: Art. 24
 Titel: ... Gesetz zur klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 12/4107)
 Inhalt: Einsatz der Streitkräfte des Bundes bei friedenserhaltenden Maßnahmen aufgrund eines Beschlusses des VN-Sicherheitsrates oder im Rahmen von regionalen Abmachungen im Sinne der VN-Charta, bei friedensherstellenden Maßnahmen aufgrund der Kapitel VII und VIII der VN-Charta sowie in Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung gem. Art. 51 der VN-Charta; Erfordernis der Zustimmung des Bundestages, im Falle der kollektiven Selbstverteidigung mit Zweidrittelmehrheit.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 15. 1. 1993, 132. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 24 und 87 a
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 und 87 a)
 Initiative: Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 12/2895)
 Inhalt: Einsatz von Angehörigen der Streitkräfte nur für friedenserhaltende Maßnahmen ohne Kampfauftrag im Rahmen der Vereinten Nationen sowie zur Bekämpfung von Umweltschäden, für humanitäre Hilfeleistungen und Maßnahmen der Katastrophenhilfe auf Anforderung der Vereinten Nationen oder betroffener Staaten.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 22. 7. 1992, 101. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 24 und 87 a
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 und 87 a)
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (Drs. 12/3055)
 Inhalt: Keine Übertragung von Hoheitsrechten über den militärischen und nichtmilitärischen Einsatz von Streitkräften des Bundes; Einsatz der Streitkräfte des Bundes ausschließlich im Verteidigungsfall nach Art. 115 a Abs. 1 GG.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 22. 7. 1992, 101. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 38
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 38 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (Drs. 12/5127)
 Inhalt: Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Einbeziehung der Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, in das aktive und passive Wahlrecht.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 20. 1. 1994, 205. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 54
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes über die Direktwahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/6105)
 Inhalt: Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk, Wählbarkeit bei Wahlrecht zum Bundestag und Vollendung des 40. Lebensjahres, Kandidatur bei Erreichen von 5 v. H. der Stimmen der Bundesversammlung, zweiter Wahlgang bei Nichterreichen einer Stimmenmehrheit für einen Kandidaten.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 75
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 75)
 Initiative: Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses (Drs. 12/8423)
 Inhalt: Einschränkung der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich des Hochschulwesens.
 Letzter Stand: Beratung am 6. 9. 1994, 241. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 82 a
 Titel: Gesetz zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/3826)
 Inhalt: Eröffnung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu einer Volksgesetzgebung durch Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene, Befassung des Parlaments mit einer Sachfrage aufgrund einer Initiative von 100000 Stimmberechtigten, Volksbegehren auf Durchführung eines Volksentscheids bei Vorliegen von einer Million Unterschriften, Zustandekommen von Gesetzen durch einfache, bei Verfassungsänderungen durch Zweidrittelmehrheit.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.: Art. 116
 Titel: Gesetz zur verfassungsrechtlichen Bestimmung des Bürgerbegriffs
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/2088)
 Inhalt: Gewährung der Bürgerrechte an Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, Gleichstellung der Bürger von EG-Mitgliedstaaten mit Bundesbürgern, Wiedergewährung der deutschen Staatsangehörigkeit für in der Zeit des Nationalsozialismus Ausgebürgerte auf Antrag.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 30. 4. 1992, 89. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.: Art. 146
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 146)
 Initiative: Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. 12/656)
 Inhalt: Festlegung des Sitzes von Parlament und Regierung durch Volksentscheid.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 19. 6. 1991, 33. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (237:357:4)

GG-Art.: zahlreiche Art.
 Titel: Gesetz zur Verfassungsreform
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/6686)
 Inhalt: Weiterentwicklung des Grundgesetzes zur neuen deutschen Verfassung, insbesondere unter dem Aspekt der Wahrung des sozialen Friedens und der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen, u. a. Datenschutz, Frauengleichstellung und Diskriminierungsverbote für Homosexuelle und Behinderte im Verfassungsrang, Abschaffung der Wehrpflicht, selbständige Kinderrechte, Recht auf Bildung, Streichung der Weimarer Kirchenverfassung, Recht auf Arbeit und Wohnung, Garantie von Minderheitenrechten, Einrichtung eines ökologischen Rates, Stärkung der Friedensstaatlichkeit, Direktwahl des Bundespräsidenten, Einführung plebiszitärer Elemente und Erwerb der Bürgerrechte für Nicht-Deutsche nach fünfjährigem Aufenthalt.
 Letzter Stand: 2. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Ablehnung

GG-Art.:	zahlreiche Art.
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 12/6323)
Inhalt:	Über den von der Gemeinsamen Verfassungskommission vorgeschlagenen Rahmen hinausgehende Änderung des Grundgesetzes: Präambel betr. Willen zur Gerechtigkeit und Vollendung der inneren Einheit, Art. 2 a (neu) betr. Datenschutz, Art. 3 betr. Behinderte und sexuelle Identität, Art. 4 betr. Kriegsdienstverweigerung, Art. 5 betr. Informationszugangrecht, Art. 6 betr. Lebensgemeinschaften und Schutz Schwangerer sowie Grundrechte für Kinder, Art. 12 a betr. ziviler Ersatzdienst, Art. 20 a (neu) betr. Förderung von Minderheiten, Art. 20 b (neu) betr. Beschäftigungsförderung, Art. 20 c (neu) betr. Schaffung von Wohnraum, Art. 20 d (neu) betr. Gewährleistung der sozialen Sicherheit, Art. 20 e (neu) betr. Bildungsförderung, Art. 20 f (neu) betr. Tierschutz, Art. 26 betr. Friedenspolitik und Rüstungsexporte sowie Verbot von ABC-Waffen, Art. 45 c betr. Massenpetitionen, Art. 45 d (neu) betr. Bundesbeauftragter für Datenschutz, Art. 76 betr. Einbringung von Gesetzen durch Volksinitiative sowie Art. 82 a (neu) betr. Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30. 6. 1994, 238. Sitz.: Ablehnung jedes einzelnen Artikels in namentlicher Abstimmung

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

GG-Art.:	Art. 2
Titel:	Gesetz zur Sicherung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen – Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/397)
Inhalt:	Verankerung des Selbstentscheidungsrechts der Frau über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft in Art. 2 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 29. 6. 1995, 47. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (44:583:21)

GG-Art.:	Art. 48
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Drs. 13/1824)
Inhalt:	Ausfüllung des Begriffs der „Angemessenheit“ der Abgeordnetenentschädigung, Ausrichtung an den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht, Festsetzung der Abgeordneten- und Altersentschädigung sowie der Amtsausstattung durch Bundesgesetz; ersatzlose Streichung des Rechts auf freie Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel.
Letzter Stand:	Zustimmungsversagung des Bundesrates am 13. 10. 1995, 689. Sitz.

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Nicht verabschiedete Entwürfe zu Gesetzen zum Wahlrecht sind innerhalb des Abschnittes 1.1 und zu Gesetzen zum Parlamentsrecht innerhalb des Abschnittes 15.1 aufgeführt.

GG-Art.:	Art. 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der CDU/CSU- und FDP-Fraktion (Drs. 13/900) und textidentische Regierungsvorlage (Drs. 13/1685)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen als Ausgleich für die durch eine Gewerbesteuerreform entstehenden Steuerausfälle.
Letzter Stand:	3. Beratung am 12. 5. 1995, 36. Sitz.: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (336:316:0) wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit

GG-Art.:	mehrere Art.
Titel:	Gesetz gegen Rassismus und Diskriminierung ausländischer Bürgerinnen und Bürger (Antirassismusetz)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/1466)
Inhalt:	Stärkung der verfassungsrechtlichen Stellung und Befugnisse der/des Ausländerbeauftragten; Wahl der/des Ausländerbeauftragten.
Letzter Stand:	2. Beratung am 27. 2. 1997, 160. Sitz.: Ablehnung

Weitere Entwürfe von Gesetzen zur Änderung des Grundgesetzes in der 13. Wahlperiode

Die folgende Aufstellung enthält – in der Reihenfolge der Drucksachen-Nummern – alle sonstigen Entwürfe, die bis zum Stand vom 31. August 1997 eingebracht, aber noch nicht abschließend behandelt worden sind. Entwürfe, die bis zum Ende der 13. Wahlperiode verabschiedet und verkündet wurden, sind im NACHTRAG unter Abschnitt 14.2 aufgeführt.

GG-Art.:	Art. 28 und 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 und 106 GG)
Initiative:	Regierungsvorlage (Drs. 13/1685) und textidentisch eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, B90/GRÜNE und FDP (Drs. 13/8340)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen als Ausgleich für die durch eine Gewerbesteuerreform entstehenden Steuerausfälle.
Letzter Stand:	1. Beratung am 21. 6. 1995, 43. Sitz.: Ausschußüberweisung

GG-Art.:	Art. 26
Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 26)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/2392)
Inhalt:	Umfassender Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Herstellung, Besitz, Stationierung und Verwendung von ABC-Waffen sowie auf Mitsprache oder Mitverfügung über solche Waffen.
Letzter Stand:	1. Beratung am 29. 9. 1995, 59. Sitz.: Ausschußüberweisung; Ablehnungsvorschlag auf Drs. 13/3933

GG-Art.: Art. 38
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 38 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/3519)
 Inhalt: Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre, Wahlrecht für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, passives Wahlrecht bei Eintritt der Volljährigkeit.
 Letzter Stand: noch keine Ausschlußüberweisung

GG-Art.: Art. 45c
 Titel: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
 Initiative: Eingebracht von der Fraktion B 90/GRÜNE (Drs. 13/3571)
 Inhalt: Erweiterung der Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages auf „Bitten“.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 21. 3. 1997, 167. Sitz.: Ausschlußüberweisung

GG-Art.: Art. 33
 Titel: Gesetz zur Änderung des Artikels 33 des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von der Fraktion B 90/GRÜNE (Drs. 13/4730)
 Inhalt: Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Zeit, gesetzliche Regelung des Beamtenverhältnisses ohne Berücksichtigung der „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“, insbesondere zum Abbau der Unterschiede zwischen Beamtenrecht und Tarifbereich.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 27. 6. 1996, 116. Sitz.: Ausschlußüberweisung

GG-Art.: Art. 6
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
 Initiative: Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 13/7104)
 Inhalt: Stärkung der Kinderrechte, insbesondere Recht auf Entfaltung ihrer Grundrechte und Verpflichtung der Eltern zur gewaltfreien Erziehung.
 Letzter Stand: 1. Beratung am 13. 3. 1997, 163. Sitz.: Ausschlußüberweisung

GG-Art.: Art. 20b
 Titel: ... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung)
 Initiative: Eingebracht von der Fraktion B 90/GRÜNE (Drs. 13/8249)
 Inhalt: Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung.
 Letzter Stand: noch keine Ausschlußüberweisung

Hinweis

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind außerdem in den folgenden Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** enthalten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform

Enquete-Kommission Verfassungsreform

Die Enquete-Kommission Verfassungsreform, die sich in der 6. Wahlperiode im März 1971 erstmals konstituierte und die nach der Parlamentsauflösung von 1972 in der 7. Wahlperiode erneut eingesetzt wurde, hat im Dezember 1976 ihren Schlußbericht*) vorgelegt. Die folgende Dokumentation gibt eine Übersicht über die Kommissionsergebnisse.

Stärkung der politischen Mitwirkungsrechte der Bürger

Empfehlungen:

- Ergänzung von § 21 Abs. 1 des Bundeswahlgesetzes:
„Die Wahl des Wahlkreisbewerbers und die Wahl der Vertreter zu den besonderen und allgemeinen Vertreterversammlungen kann auch durch Briefwahl der im Wahlkreis zum Bundestag wahlberechtigten Mitglieder der Partei erfolgen.“
- Einführung begrenzt-offener Listen nach bayerischem Vorbild für die Abgabe der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl.

Nicht empfohlen oder abgelehnt:

- weitergehende Vorschläge zur Verstärkung der Einflußnahme von Parteimitgliedern oder Bürgern auf die Aufstellung der Wahlkandidaten
- Wahl des Bundespräsidenten unmittelbar durch das Volk.

Zum parlamentarischen Mandat

Nicht empfohlen:

- eine Änderung von Artikel 38 GG
- eine Ergänzung der Verlustgründe für ein Mandat im Bundeswahlgesetz.

Allgemeine Stellung des Bundestages, Dauer und vorzeitige Beendigung der Wahlperiode, Minderheitsregierung und Gesetzgebungsnotstand

Empfehlung:

- Neufassung des Artikels 39 GG:**)
„(1) Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt.
(2) Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder kann der Bundestag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließen, die Wahlperiode vorzeitig zu beenden.“

*) Bundestags-Drucksache VII/5924; veröffentlicht auch in der Reihe „Zur Sache“ Nr. 3/76 und 2/77.

***) Das 33. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. August 1976 (Bundesgesetzblatt I S. 2381) hat zwischenzeitlich den Kommissionsanregungen Rechnung getragen, soweit sie den nahtlosen Übergang der Wahlperioden und damit den Wegfall der Interimsregelungen für den Bundestag zum Gegenstand haben.

Hinweis

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 33).

- (3) Bei vorzeitiger Beendigung der Wahlperiode findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt. Es gilt Absatz 1 Satz 2.
- (4) Der Bundespräsident beraumt die Neuwahlen an. Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tag nach der Wahl zusammen.
- (5) Der Bundestag bestimmt den Schluß und den Wiederbeginn seiner Sitzungen. Der Präsident des Bundestages kann ihn früher einberufen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn ein Drittel der Mitglieder, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler es verlangen.“
(Durch diese Neufassung ergeben sich Auswirkungen auf die Artikel 45, 45a, 49, 58, 63, 68, 81 und 115h des Grundgesetzes.)
- Beibehaltung des Instituts einer Minderheitsregierung gemäß Artikel 63 Abs. 4 GG; Vorschlag für Artikel 68 Abs. 1 GG:
„Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen die Wahlperiode des Bundestages unter Anberaumung von Neuwahlen vorzeitig beenden. Das Recht zur vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode erlischt, sobald der Bundestag auf Antrag des Bundeskanzlers oder aus der Mitte des Bundestages mit der Mehrheit seiner Mitglieder dem Bundeskanzler das Vertrauen ausspricht oder mit derselben Mehrheit einen anderen Bundeskanzler wählt.“
 - Vorschlag für Artikel 81 Abs. 1, 3 und 4 GG:
„(1) Wird im Falle des Artikels 68 die Wahlperiode des Bundestages nicht vorzeitig beendet, so kann der Bundespräsident auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates den Gesetzgebungsnotstand erklären, wenn der Bundestag eine Gesetzesvorlage ablehnt, obwohl die Bundesregierung sie als dringlich bezeichnet hat. Das gleiche gilt, wenn eine Gesetzesvorlage abgelehnt worden ist, obwohl der Bundeskanzler mit ihr den Antrag des Artikels 68 verbunden hatte.
(3) Während der Amtszeit eines Bundeskanzlers kann auch jede andere Gesetzesvorlage, die die Bundesregierung innerhalb einer Frist von neun Monaten nach der Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes im Bundestag eingebracht und ihm gegenüber als dringlich bezeichnet hat, in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Absatzes 2 verabschiedet werden. In diesem Falle beträgt die Frist des Absatzes 2 Satz 2 sechs Wochen von der Dringlichkeitserklärung an. Eine weitere Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes ist während der Amtszeit desselben Bundeskanzlers unzulässig.
(4) Das Grundgesetz darf durch ein Gesetz, das nach Absatz 2 oder 3 zustande kommt, weder geändert noch ganz oder teilweise außer Kraft oder außer Anwendung gesetzt werden.“

Nicht empfohlen:

- Durchführung der Wahl zu den Volksvertretern der Länder an einem gemeinsamen Wahltag.

Parlamentarische Kontrollrechte

Empfehlungen:

- Vorschläge zur Verbesserung des parlamentarischen Untersuchungsverfahrens:
 1. Der Bundestag muß auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ein Untersuchungsverfahren einleiten. Der Antrag muß den Gegenstand der Untersuchung näher bezeichnen.
 2. Zur Durchführung des Untersuchungsverfahrens bestellt der Bundestag einen Untersuchungsausschuß, bestehend aus
 - a) einem nicht stimmberechtigten Vorsitzenden und
 - b) bis zu neun stimmberechtigten Mitgliedern nach der Stärke der Fraktionen; mindestens zwei Mitglieder müssen zu den Antragstellern gehören.
 3. Dem Untersuchungsausschuß soll ein Parlamentarier und nicht ein Richter vorsitzen. Der Vorsitzende braucht die Befähigung zum Richteramt nicht zu besitzen.
 4. Der Vorsitzende wird vom Bundestag in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen gewählt; die Mitglieder werden von den Fraktionen benannt.
 5. Von diesem Vorsitzenden ist die faire und unparteiische Handhabung der Verfahrensordnung zu fordern. Deswegen kann er nicht Wortführer einer Seite und nicht stimmberechtigt sein.

6. Der Vorsitzende leitet das Untersuchungsverfahren. Er ist dabei gebunden an
 - a) den Untersuchungsbeschluß des Bundestages,
 - b) das Verfahrensgesetz,
 - c) die allgemeinen Gesetze,
 - d) einen Beschluß, dem die Mehrheit jeder der im Untersuchungsausschuß vertretenen Fraktionen zugestimmt hat,
 - e) einen Beschluß, der mit der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Untersuchungsausschusses gefaßt worden ist.
7. Jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses hat das Recht,
 - a) zusammen mit einem weiteren Mitglied Beweisanträge zu stellen,
 - b) sonstige Anträge zu stellen,
 - c) Fragen an Auskunftspersonen zu richten und
 - d) seine Auffassung über Ablauf und Ergebnis des Untersuchungsverfahrens im Schlußbericht an den Bundestag niederzulegen.
8. Der Vorsitzende kann auf Antrag des Präsidiums vom Bundestag abberufen werden, wenn er seine ihm nach Nummer 6 obliegenden Pflichten gröblich verletzt hat oder wenn ein sonstiger wichtiger Grund vorliegt.
9. Der Untersuchungsausschuß legt dem Bundestag einen schriftlichen Bericht über Ablauf und Ergebnis des Untersuchungsverfahrens vor.
10. Der Bundesregierung soll nicht generell ein Zutrittsrecht zum Untersuchungsausschuß verweigert werden; es soll aber die Möglichkeit zur Einschränkung des Anwesenheitsrechts und Rederechts der Bundesregierung für den Einzelfall zugelassen werden. Dazu soll das Verfahrensgesetz festlegen
 - a) die Einschränkung des Anwesenheitsrechts der Bundesregierung für die Beratungsphase des Untersuchungsverfahrens,
 - b) die Ausschließbarkeit einzelner Mitglieder oder Beauftragter der Bundesregierung bei der Beweisaufnahme und bei den Beratungen des Untersuchungsausschusses.
 Für die Mitglieder des Bundesrates und ihre Beauftragten soll gleiches gelten.
11. Die Bundesregierung darf die Vorlage der Akten nur dann verweigern, wenn davon zu erwartende erhebliche Nachteile für die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten oder für die (äußere und innere, einschließlich wirtschaftliche) Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland glaubhaft gemacht werden.
12. Bei Weigerung eines Bundesministers, Akten vorzulegen oder Aussagegenehmigungen zu erteilen, kann der Untersuchungsausschuß die Entscheidung der Bundesregierung herbeiführen. Die Durchführung dieses Verfahrens muß verfassungsrechtlich gesichert sein.
13. Zur Verwirklichung dieser Grundsätze ist – nach entsprechender Änderung des Grundgesetzes – ein eigenes Verfahrensgesetz für Untersuchungsausschüsse (Verfahrensregelung) zu erlassen. Die sinnngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung soll entfallen.
14. Das Verfahrensgesetz soll insbesondere enthalten:
 - a) das Recht eines Viertels der stimmberechtigten Mitglieder, einer Änderung eines Beweisbeschlusses zu widersprechen,
 - b) eine Regelung der Beschlußfähigkeit des Untersuchungsausschusses, wobei diese fortgelten soll, bis sie angezweifelt wird,
 - c) ein Verwertungsverbot für Akten und andere Urkunden, die nicht verlesen wurden und von den Mitgliedern nicht gelesen werden konnten,
 - d) die Verantwortung des Vorsitzenden für die Vorlage des Berichts an das Plenum ohne die Verpflichtung, diesen Bericht zu entwerfen und zu unterschreiben,
 - e) eine Vorschrift über die Aussetzung und Einstellung des Untersuchungsverfahrens, wobei ein Viertel der Mitglieder des Ausschusses der Aussetzung, ein Viertel der Mitglieder des Bundestages der Einstellung widersprechen können soll.

Hinweis

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 33).

15. Das Verfahrensgesetz soll Abstand nehmen von:

- a) einer Voruntersuchung durch einen Vertreter des öffentlichen Interesses beim Bundestag oder einen dafür eingesetzten Unterausschuß,
- b) einer Unterscheidung zwischen Zeugen und Betroffenen,
- c) der Verpflichtung des Vorsitzenden, das Protokoll zu unterschreiben,
- d) dem Zwang, alle Akten zu verlesen,
- e) dem Recht zur Vereidigung,
- f) der Zulässigkeit eines Untersuchungsausschusses zur Vorbereitung der Präsidentenanklage gemäß Artikel 61 GG (oder einer Abgeordnetenanklage, wie nach Landesverfassungsrecht zulässig).

Zur Realisierung der vorstehenden Empfehlungen schlägt die Kommission eine entsprechende Grundgesetzänderung für den Artikel 44 vor.

– Vorschlag zur Stellung und zu den Befugnissen von Enquete-Kommissionen:

1. Zur Vorbereitung von umfangreichen und bedeutsamen Gesetzen oder Planungen staatlicher Aufgaben kann der Bundestag Enquete-Kommissionen einsetzen.
2. Die Befugnisse der Enquete-Kommissionen gegenüber Bundes- oder Landesbehörden umfassen alle dafür erforderlichen Auskunftsrechte im Rahmen der bisherigen Staatspraxis; dazu gehören insbesondere der Anspruch auf Vorlage und Auslieferung von Akten, Urkunden und Unterlagen, der Anspruch auf schriftliche und mündliche Auskünfte und auf die Durchführung von Anhörungen sowie der Anspruch auf Durchsetzung dieser Befugnisse durch Sanktionsdrohungen.
3. Soweit dies zur Erreichung des Untersuchungszwecks erforderlich ist, sind die Enquete-Kommissionen auch gegenüber natürlichen und juristischen Personen und Personengesellschaften mit den erforderlichen Befugnissen auszustatten; dazu gehört auch der beschränkte Zugriff auf die dem Steuer-, Bank- oder Geschäftsgeheimnis unterliegenden Informationen, wobei die Verwertung solcher Informationen nur zur Herstellung genereller Datenübersichten zulässig sein soll. Die Rechte einzelner juristischer oder natürlicher Personen sollen geschützt werden. Hierzu sind Vorschriften über die Vertraulichkeit erforderlich.
4. Zur Begründung dieser Befugnisse ist eine entsprechende Anwendung von Artikel 44 GG nicht ausreichend; wegen des begrifflichen und institutionellen Unterschieds zwischen Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüssen ist vielmehr eine besondere gesetzliche Begründung der Befugnisse vorzunehmen. Die in Artikel 43 Abs. 1 GG verankerten Auskunftsrechte des Bundestages reichen nur gegenüber der Bundesregierung für den Auftrag der Enquete-Kommissionen aus.
5. Stellung und Aufgaben der Enquete-Kommissionen, die auch Rechte gegenüber Privaten bedingen, sind in einem besonderen Artikel 44 a (neu) des Grundgesetzes zu verankern. Die gesetzliche Einzelregelung von Verfahren und Befugnissen soll durch ein generelles Gesetz einheitlich für alle Enquete-Kommissionen, die Einzelregelung der Befugnisse für jede einzusetzende Enquete-Kommission im jeweiligen Einsetzungsbeschluß erfolgen. Ein Mantelgesetz, in dem neben Verfahren und Befugnissen der Enquete-Kommissionen auch diejenigen anderer parlamentarischer Ausschüsse geregelt würden, ist nach der Ansicht der Kommission nicht empfehlenswert, weil es sich bei den Enquete-Kommissionen um Gremien handelt, die sich von allen anderen parlamentarischen Ausschüssen prinzipiell durch ihre Zusammensetzung, Arbeitsweise und Außenwirkung unterscheiden, so daß die wenigen regelungsbedürftigen Gemeinsamkeiten keine einheitliche Lösung rechtfertigen – im Gegenteil: Es dürfte sogar sehr unzweckmäßig sein, so Verschiedenes in einem einheitlichen Gesetz zusammenzufassen.

Zur Realisierung dieser Empfehlungen schlägt die Kommission einen entsprechenden neuen Artikel 44a des Grundgesetzes vor.

Nicht empfohlen:

- zwecks parlamentarischer Kontrolle der Nachrichtendienste die grundsätzliche Verankerung eines besonderen Ausschusses des Deutschen Bundestages. (Die Kommission geht dabei davon aus, daß der Vorsitz des bestehenden parlamentarischen Vertrauensmännergremiums von einem Mitglied des Deutschen Bundestages ausgeübt wird.)

Gestaltung der Gesetzesberatung

Empfehlungen:

- Der Bundestag erledigt Gesetzentwürfe in der Regel in zwei Beratungen. Drei Beratungen erfolgen nur bei verfassungsändernden Gesetzen und beim Haushaltsgesetz sowie bei anderen Gesetzentwürfen auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Bundestages. Der Antrag kann bis zum Ende der zweiten Beratung gestellt werden.
- In der ersten Beratung findet in der Regel eine allgemeine Aussprache als politische Richtlinie für die Sachberatung statt.
- Die Fraktionen sollen bei Vorlagen von erheblicher Bedeutung die allgemeine Aussprache durch schriftliche Stellungnahmen vorbereiten, die allen Abgeordneten rechtzeitig vor der ersten Beratung zuzustellen sind.
- Zwischen der ersten und der zweiten Beratung findet auf Verlangen von soviel Mitgliedern des Bundestages, wie einer Fraktionsstärke entspricht, eine gemeinsame Sitzung des federführenden und der mitberatenden Ausschüsse statt (Erweiterte Ausschlußberatung). Stimmberechtigt sind die Mitglieder derjenigen Ausschüsse, die zur Erweiterten Ausschlußberatung zusammentreten.
- Die Erweiterte Ausschlußberatung ist öffentlich. Auf Antrag eines Zehntels der Mitglieder oder auf Antrag der Bundesregierung kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.
- Die Erweiterte Ausschlußberatung findet in Räumen statt, die im Hinblick auf Sitzanordnung und Ausstattung den Erfordernissen von politischer Debatte, detaillierter Einzelberatung und Beteiligung der Öffentlichkeit Rechnung tragen.
- Am Schluß der zweiten Beratung wird über die Annahme oder Ablehnung des Gesetzentwurfs abgestimmt. Der Präsident stellt von Amts wegen die Beschlußfähigkeit fest. Sind drei Beratungen vorgeschrieben oder beantragt, so erfolgt diese Feststellung vor der Schlußabstimmung in der dritten Beratung.

Rechtsetzungsbefugnisse der Exekutive

Empfehlung:

- Wortlaut für Artikel 80 GG:
 „(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei muß der Zweck der erteilten Ermächtigung im Gesetz bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.
 (2) Der Zustimmung des Bundesrates bedürfen Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, die nicht in bundeseigener Verwaltung ausgeführt werden, sofern nicht ein Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates anderes bestimmt.
 (3) Soweit durch Bundesgesetze Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen, sind die Länder zu einer Regelung auch durch Gesetz befugt.“

Nicht empfohlen:

- ein selbständiges Ordnungsrecht der Exekutive.

Der Bundesrat: Zusammensetzung und Aufgaben

Empfehlungen:

- Das Bundesratsprinzip des Grundgesetzes soll beibehalten werden; eine Ergänzung der von den Länderregierungen entsandten Bundesratsmitglieder durch Landesparlamentarier oder durch innerhalb der Länder zu wählende Senatoren wird nicht befürwortet.
- Die derzeitige Verteilung der Stimmen auf die Länder im Bundesrat nach Artikel 51 Abs. 2 GG soll beibehalten werden.

- Eine Erweiterung der Aufgaben des Bundesrates zur Wahrnehmung der Länderkooperation (sogenannte Dritte Ebene), etwa durch einen Länderrat, wird nicht befürwortet.
- Eine unmittelbare Beteiligung der Länderparlamente an Grundgesetzänderungen (Erfordernis der Genehmigung durch zwei Drittel der Länderparlamente) empfiehlt sich nicht.
- Eine ausdrückliche Bestimmung des Grundgesetzes über das Befassungsrecht der Länderparlamente mit Angelegenheiten des Bundesrates ist nicht erforderlich. Die Beratungsfrist des Bundesrates nach Artikel 76 Abs. 2 GG soll bei Grundgesetzänderungen auf drei Monate verlängert werden, damit den Volksvertretungen der Länder ausreichend Zeit zur Beratung hierüber zur Verfügung steht.

Bundeswirtschafts- und Sozialrat / Stellung der Verbände in der politischen Ordnung

Nicht empfohlen:

- Einrichtung eines Bundeswirtschafts- und Sozialrates.
- Änderung des bestehenden Verfahrens der Mitwirkung der Verbände an der Gesetzgebung.

Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen

Empfehlungen:

- Dem Bund wird ermöglicht, in sämtlichen Bereichen des nunmehr zusammengefaßten Katalogs der bisherigen konkurrierenden Vollregelungs- und Rahmenkompetenzen, wenn und soweit es erforderlich ist, einheitliches Bundesrecht zu setzen.
- Der eigene Gesetzgebungsbereich der Länder wird durch eine Konkretisierung und Verschärfung der Bedürfnisklausel des Artikels 72 Abs. 2 GG sowohl hinsichtlich der Materie als auch hinsichtlich jeder einzelnen Norm und ihrer Regelungsintensität besser gegen eine Aushöhlung gesichert.
- Der Landesgesetzgebung wird das neue Feld der Ausfüllung von RichtlinienGesetzen des Bundes in den Fällen erschlossen, in denen die Bedürfnisprüfung ergibt, daß derartige Richtlinien des Bundes ausreichen.
- Das Bundesverfassungsgericht wird in die Pflicht genommen, die Einhaltung der Bedürfnisklausel und damit den Kompetenzbereich der Länder zu schützen.
- Künftige Gesetze des Bundes in den Bereichen der bisherigen Rahmenkompetenz, die die Länderinteressen besonders stark berühren, werden an die Zustimmung des Bundesrates geknüpft.
- Für die Artikel 72, 73, 74, 74a, 75 und 77 GG schlägt die Kommission entsprechende Änderungen vor.

Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung

Empfehlungen:

- Änderung des Artikel 87 Abs. 3 Satz 1 GG:
„Außerdem können für Angelegenheiten, für die dem Bund die Gesetzgebung zusteht, selbständige Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare juristische Personen des öffentlichen Rechtes durch Bundesgesetz errichtet werden; handelt es sich bei den Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes um die in Artikel 74 Abs. 2 genannten, so bedarf das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates.“
- Einführung eines neuen Artikels 90a GG:
„Für die Ausführung von Rechtsvorschriften einer zwischenstaatlichen Einrichtung, auf die der Bund gemäß Artikel 24 Hoheitsrechte übertragen hat, gelten die Regelungen für die Ausführung von Bundesgesetzen entsprechend. Sind die Vorschriften hiernach von den Ländern als eigene Angelegenheit auszuführen, so kann durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates abweichend hiervon bestimmt werden, daß sie von den Ländern im Auftrag des Bundes ausgeführt werden.“

Gemeinsame Rahmenplanung und Investitionsfinanzierung

Empfehlung:

- Ersetzung der bisherigen Artikel 91a, 91b und 104a Abs. 4 GG durch die neuen Artikel 28a und 104b mit folgendem Wortlaut:

„Artikel 28a (neu)

- (1) Bund und Länder können gemeinsam Aufgaben planen, die für die Entwicklung des Bundesgebietes von Bedeutung sind.
- (2) Die gemeinsame Planung ist Rahmenplanung. Die Auswahl der einzelnen Vorhaben, die Einzelplanung und ihre Durchführung bleiben Aufgabe von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten.
- (3) Die gemeinsame Planung bedarf der Zustimmung des Bundes und der Mehrheit der Länder. Die Volksvertretungen des Bundes und der Länder sind zu beteiligen.
- (4) Das Nähere, insbesondere die Auswahl der Planungsbereiche, das Verfahren und die Beteiligung des Bundestages sowie Grundsätze über die Beteiligung der Volksvertretungen der Länder regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Artikel 104b (neu)

- (1) Der Bund leistet an die Länder Finanzbeiträge für besonders bedeutsame Vorhaben der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände)
 1. zum Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken,
 2. zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.
- (2) Der Bund kann an die Länder Finanzbeiträge für besonders bedeutsame Vorhaben der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) leisten
 1. zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums,
 2. zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.
- (3) Soweit eine Planung nach Artikel 28a besteht, haben sich Finanzbeiträge in ihrem Rahmen zu halten.
- (4) Der Bund kann ferner zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung an einzelne oder alle Länder sowie an Einrichtungen von überregionaler Bedeutung Finanzbeiträge leisten.
- (5) Der Bund trägt in den Fällen des Absatzes 1 und des Absatzes 2 Nr. 1 mindestens die Hälfte der Ausgaben in jedem Land; in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2 soll er die Hälfte der Ausgaben in jedem Land tragen. Der Anteil ist für die Länder einheitlich festzusetzen.
- (6) Das Nähere, insbesondere die Arten der zu fördernden Vorhaben, regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Das Gesetz kann in besonderen Fällen auch das Verfahren der Auswahl der Vorhaben regeln. Die Aufnahme eines Vorhabens in die Förderung bedarf der Zustimmung des Landes, in dessen Gebiet es durchgeführt wird. Im Falle des Absatzes 4 kann die Regelung auch durch Verwaltungsvereinbarung erfolgen. Die Bereitstellung der Mittel bleibt der Feststellung in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder vorbehalten.“

Finanzverfassung

Empfehlungen:

- Wortlaut für Artikel 104a Abs. 3 GG:

„(3) Gewähren Bundesgesetze, die von den Ländern ausgeführt werden, Geldleistungen, so trägt der Bund 80% davon, sofern das Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates nichts anderes bestimmt. Trägt der Bund 80% der Ausgaben oder mehr, so wird das Gesetz im Auftrage des Bundes ausgeführt.“

- Einfügung des folgenden Absatzes 3a in Artikel 104a:

„(3a) Gewähren Rechtsvorschriften einer zwischenstaatlichen Einrichtung, auf die der Bund Hoheitsrechte nach Artikel 24 Abs. 1 übertragen hat, Geldleistungen, so gilt Absatz 3 entsprechend. Die Ausgaben für die Durchführung anderer als der in Satz 1 genannten Rechtsvorschriften einer solchen Einrichtung, die von den Ländern auszuführen sind, tragen Bund und Länder je zur Hälfte, sofern nicht ein Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates oder eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern etwas anderes bestimmt. Die Verwaltungsvereinbarung kann auch das Verfahren und die Planung regeln. Trägt der Bund 50% oder mehr der Ausgaben, so kann die Bundesregierung Rechtsverordnungen oder Verwaltungsvorschriften zur Ausführung oder Ausfüllung der Rechtsvorschriften nach Satz 2 erlassen.“

- Anfügung des folgenden Satzes in Artikel 106 Abs. 5 GG:
„Durch die Landesgesetzgebung kann bestimmt werden, daß ein Teil des Gemeindeanteils den Kreisen zufließt.“

Zur Stellung der Gemeinden und Gemeindeverbände in der Verfassungsordnung

Empfehlungen:

- Nach den bereits gewährten Anhörungsrechten in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien wird auch für die Initiativgesetze des Bundesrates ein Anhörungsrecht in dessen Geschäftsordnung empfohlen, kraft dessen den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme im Plenum und in den Ausschüssen des Bundesrates zu geben ist bei Vorlagen, die die Belange der kommunalen Selbstverwaltung berühren.
- Eine Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände bei einer gemeinsamen Rahmenplanung nach Artikel 28a (neu) ist im Grundsatz zu empfehlen, sofern kommunale Belange berührt werden. Sie kann jedoch gegenüber der des Bundes und der der Länder nicht gleichwertig sein. Sie ist nicht im Grundgesetz, sondern in den Ausführungsgesetzen zu der gemeinsamen Planung nach Artikel 28a (neu) und der Investitionsfinanzierung nach Artikel 104b (neu) zu verankern.

Nicht empfohlen:

- Mitwirkung kommunaler Vertreter im Bundesrat (wie auch immer legitimiert und ausgestaltet).
- Ergänzung des Artikels 28 Abs. 2 GG in Richtung auf verfassungsrechtlich festgelegte Anhörungsrechte der kommunalen Spitzenverbände.

Internationale Beziehungen

Empfehlungen:

- Wortlaut für Artikel 24 Abs. 1 GG:
„Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen, solche der Länder jedoch nur durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates.“
- Wortlaut für Artikel 32 Abs. 1 und 3 GG:
„(1) Die Pflege der auswärtigen Beziehungen ist Sache des Bundes.
(3) Soweit die Länder für die Gesetzgebung zuständig sind, können auch sie mit Zustimmung der Bundesregierung völkerrechtliche Verträge abschließen. Schließt der Bund solche Verträge ab, so hat er vor dem Abschluß die Zustimmung der Länder einzuholen; dies gilt nicht, wenn nur ein für den Vertragszweck unwesentlicher Teil des Vertrages in die Zuständigkeit der Länder fällt. Die Länder treffen die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Maßnahmen.“

Gemeinsame Verfassungskommission*)

Die am 3. Oktober 1990 vollzogene staatliche Einheit Deutschlands durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland nach dem damaligen Art. 23 GG machte Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes erforderlich. Diese sind in Art. 4 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 aufgezählt und realisiert. Art. 5 des Einigungsvertrages enthält die Empfehlung an die gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands, „sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur [weiteren] Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen“. Beratungsgegenstände sollen

*) entnommen aus Aktueller Begriff Nr. 14/92 vom 17. Juni 1992 „Die Gemeinsame Verfassungskommission“, Bearbeiter: *Holger Fibich*

dabei insbesondere das Bund-Länder-Verhältnis, die Aufnahme weiterer Staatsziele ins Grundgesetz sowie die Frage der Anwendung des Art. 146 GG bzw. einer Volksabstimmung über das geänderte Grundgesetz sein.

Im Frühjahr 1991 kam es daraufhin zu Anträgen der drei Bundestagsfraktionen und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in denen die Einrichtung eines Gremiums zur Vorbereitung der verfassungspolitischen und -rechtlichen Beratungen und Entscheidungen der gesetzgebenden Körperschaften gefordert wurde. *) Inhaltlich unterschieden sich die Anträge zum Teil wesentlich:

- Der **SPD-Fraktion** ging es in ihrem Antrag vom 24. April 1991 (BT-Drs. 12/415) um die Weiterentwicklung des Grundgesetzes zur Verfassung für das geeinte Deutschland. Sie forderte für diese Aufgabe die Einrichtung eines aus 120 Mitgliedern bestehenden und von der Bundesversammlung zu wählenden Verfassungsrates, je zur Hälfte mit Frauen und Männern besetzt.
- Der Antrag der **Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vom 13. Mai 1991 (BT-Drs. 12/563) sah eine neue gesamtdeutsche Verfassung vor. Der Verfassungsentwurf sollte von einem 160köpfigen, je zur Hälfte mit Frauen und Männern besetzten Gremium erarbeitet werden. Die eine Hälfte der Mitglieder sollte vom Bundestag, die andere Hälfte von den 16 Landesparlamenten gewählt werden. Jeder Bürger sollte dabei das Recht haben, Kandidaten für den Verfassungsrat vorzuschlagen.
- Im gemeinsamen Antrag der **CDU/CSU-** und der **FDP-Fraktion** vom 13. Mai 1991 (BT-Drs. 12/567) wurde die Einsetzung eines aus je 16 Mitgliedern des Bundestages und Bundesrates bestehenden Gemeinsamen Verfassungsausschusses vorgeschlagen, der sich mit möglichen Grundgesetzänderungen beschäftigen sollte.

Nach der Verfassungsdebatte vom 14. Mai 1991, in der die unterschiedlichen Konzeptionen der verschiedenen Lager deutlich wurden, suchten die beteiligten Fraktionen und Gruppen nach Kompromißlösungen. Resultat war die Beschlußempfehlung des Ältestenrates vom 14. November 1991 (BT-Drs. 12/1590), nach der ein paritätisch besetztes Gremium von Bundestag und Bundesrat mit den Beratungen über die Reform des Grundgesetzes betraut werden sollte. Auf der Grundlage dieser Beschlußempfehlung, mit Änderungen durch einen interfraktionellen Antrag vom 28. November 1991 (BT-Drs. 12/1670), setzte der Deutsche Bundestag am 28. November 1991 „mit übergroßer Mehrheit“ die Gemeinsame Verfassungskommission ein. Der Bundesrat faßte am folgenden Tag einen gleichlautenden Einsetzungsbeschluß.

In den genannten Beschlüssen sind Struktur, Verfahren und Aufgabenstellung der Gemeinsamen Verfassungskommission geregelt: Die Kommission besteht aus 64 ordentlichen Mitgliedern, von denen je 32 vom Bundestag und vom Bundesrat entsandt werden, sowie einer gleichen Anzahl Stellvertreter. Von den der Kommission angehörenden Abgeordneten des Deutschen Bundestages stellt die CDU/CSU-Fraktion 15, die Fraktion der SPD 11 und die FDP-Fraktion 4 Mitglieder und Stellvertreter. Die Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie PDS/Linke Liste nehmen mit jeweils einem Mitglied und einem Stellvertreter an der Kommission teil. Auf Bundesratsseite sind von jeder Landesregierung zwei ordentliche Mitglieder und zwei Stellvertreter benannt worden.

Die Kommission hat die Aufgabe, über Verfassungsänderungen und -ergänzungen, die den gesetzgebenden Körperschaften vorgeschlagen werden sollen, zu beraten. Insbesondere soll sie sich mit den in Art. 5 des Einigungsvertrages genannten Grundgesetzänderungen befassen sowie mit Änderungen, die mit der Verwirklichung der Europäischen Union erforderlich werden. Ihrem eigenen Selbstverständnis entsprechend nimmt die Kommission über die genannten Aufgabenkomplexe hinaus ein Selbstbefassungsrecht für sich in Anspruch, d. h. sie kann auch von sich aus Zugriff zu aktuellen Fragen zur Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes nehmen. Bis zum 31. März 1993 hat die Kom-

*) Von der Gemeinsamen Verfassungskommission zu unterscheiden ist die **Kommission Verfassungsreform**, die der Bundesrat am 1. März 1991 auf Antrag aller Länder eingesetzt hat. Sie hat den Auftrag, dem Bundesrat einen Bericht über die durch die deutsche Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes vorzulegen.

mission ihren Bericht vorzulegen. Dieser soll dann als Grundlage für Initiativen zur Änderung des Grundgesetzes dienen.

Für Entscheidungen der Kommission ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Ihrem Verfahren liegt die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zugrunde. Danach tagt das Gremium grundsätzlich nichtöffentlich. So ist nach den Einsetzungsbeschlüssen vorgesehen, daß nur die Mitglieder der Bundesregierung das Recht und auf Beschluß der Kommission die Pflicht haben, an den Sitzungen der Kommission teilzunehmen, anderen Personen hingegen die Teilnahme erst durch Beschluß gestattet werden kann.

Nach mehreren Verzögerungen fand die Konstituierung am 16. Januar 1992 statt. Entsprechend ihrer paritätischen Zusammensetzung aus Mitgliedern des Bundestages und Bundesrates wählte die Gemeinsame Verfassungskommission mit dem Abgeordneten *Rupert Scholz* (CDU/CSU) sowie mit dem Präsidenten des Senats und Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg *Henning Voscherau* (SPD) zwei gleichberechtigte Vorsitzende, die den Vorsitz gemeinsam ausübten. Die Kommission überprüfte in 26 Sitzungen und 9 Anhörungen – zum Teil gemeinsam mit dem Rechtsausschuß und dem Innenausschuß des Bundestages – etwa die Hälfte der Grundgesetzartikel auf die Notwendigkeit einer Änderung.

Nach knapp zweijähriger Tätigkeit legte die Gemeinsame Verfassungskommission im November 1993 ihren Schlußbericht*) vor. Sie empfiehlt darin im wesentlichen die folgenden Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes:**)

Artikel 23 GG [Geltungsbereich des Grundgesetzes]

(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union und für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Absätze 2 und 3.

(2) In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten.

(3) Die Bundesregierung gibt dem Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtssetzungsakten der Europäischen Union. Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahmen des Bundestages bei den Verhandlungen. Das Nähere regelt ein Gesetz.

(4) Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären.

(5) Soweit in einem Bereich ausschließlicher Zuständigkeiten des Bundes Interessen der Länder berührt sind oder soweit im übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat, berücksichtigt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates. Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates maßgeblich zu berücksichtigen; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren. In Angelegenheiten, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderungen für den Bund führen können, ist die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich.

(6) Wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, soll die Wahrnehmung der Rechte, die der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union zustehen, vom Bund auf einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder übertragen werden. Die Wahrnehmung der

*) Bundestags-Drucksache 12/6000; veröffentlicht auch in der Reihe „Zur Sache“ Nr. 5/93; siehe ferner die Zusammenstellung in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1993. B 52–53. S. 49–54.

**) Neue Artikel bzw. Ergänzungen oder Veränderungen im bisherigen Gesetzestext sind kursiv gesetzt.

Rechte erfolgt unter Beteiligung und in Abstimmung mit der Bundesregierung; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren.

(7) Das Nähere zu den Absätzen 4 bis 6 regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Artikel 24 GG [Zwischenstaatliche Einrichtungen]

(1 a) Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen.

Artikel 28 GG [Bundesgarantie für die Landesverfassungen, Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung]

(1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muß das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten. Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar.

(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.

Artikel 29 GG [Neugliederung des Bundesgebietes]

(7) Sonstige Änderungen des Gebietsstandes der Länder können durch Staatsverträge der beteiligten Länder oder durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen, wenn das Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, nicht mehr als 50 000 Einwohner hat. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf. Es muß die Anhörung der betroffenen Gemeinden und Kreise vorsehen.

(8) Die Länder können eine Neugliederung für das jeweils von ihnen umfaßte Gebiet oder für Teilgebiete abweichend von den Vorschriften der Absätze 2 bis 7 durch Staatsvertrag regeln. Die betroffenen Gemeinden und Kreise sind zu hören. Der Staatsvertrag bedarf der Bestätigung durch Volksentscheid in jedem beteiligten Land. Betrifft der Staatsvertrag Teilgebiete der Länder, kann die Bestätigung auf Volksentscheide in diesen Teilgebieten beschränkt werden; Satz 5 2. Halbsatz findet keine Anwendung. Bei einem Volksentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wenn sie mindestens ein Viertel der zum Bundestag Wahlberechtigten umfaßt; das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Der Staatsvertrag bedarf der Zustimmung des Bundestages.

Artikel 45 GG [Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union]

Der Bundestag bestellt einen Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er kann ihn ermächtigen, die Rechte des Bundestages gemäß Artikel 23 gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen.

Artikel 50 GG [Aufgaben des Bundesrates]

Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

Artikel 52 GG [Bundesratspräsident, Geschäftsordnung]

(3 a) Für Angelegenheiten der Europäischen Union kann der Bundesrat eine Europakammer bilden, deren Beschlüsse als Beschlüsse des Bundesrates gelten; Artikel 51 Abs. 2 und 3 Satz 2 gelten entsprechend.

Artikel 72 GG [Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes]

(1) Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht durch Gesetz Gebrauch gemacht hat.

(2) Der Bund hat in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.

(3) Durch Bundesgesetz kann bestimmt werden, daß eine bundesgesetzliche Regelung, für die eine Erforderlichkeit im Sinne von Absatz 2 nicht mehr besteht, durch Landesrecht ersetzt werden kann.

Artikel 74 GG [Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes: Katalog]

(1) Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete:

5. –;

(Überführung der Materie in die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes als Art. 75 Abs. 1 Nr. 6 [neu])

8. –;

18. den Grundstücksverkehr, das Bodenrecht (ohne das Recht der Erschließungsbeiträge) und das landwirtschaftliche Pachtwesen, das Wohnungswesen, das Siedlungs- und Heimstättenwesen;

25. die Staatshaftung;

26. die künstliche Befruchtung beim Menschen sowie die Untersuchung und die künstliche Veränderung von Erbinformationen sowie Regelungen zur Transplantation von Organen und Geweben;

(2) Gesetze nach Abs. 1 Nr. 25 bedürfen der Zustimmung des Bundesrates.

Artikel 75 GG [Rahmengesetzgebung des Bundes: Katalog]

(1) Der Bund hat das Recht, unter den Voraussetzungen des Artikels 72 Rahmenvorschriften für die Gesetzgebung der Länder zu erlassen über:

1 a. die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens, soweit sie die Zulassung zum Studium, die Studiengänge, die Prüfungen, die Hochschulgrade, das wissenschaftliche und künstlerische Personal betreffen;

2. die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse;

6. den Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung in das Ausland.

(2) Rahmenvorschriften dürfen nur in Ausnahmefällen in Einzelheiten gehende oder unmittelbar geltende Regelungen enthalten.

(3) Erläßt der Bund Rahmenvorschriften, so sind die Länder verpflichtet, innerhalb einer durch das Gesetz bestimmten angemessenen Frist die erforderlichen Landesgesetze zu erlassen.

Artikel 76 GG [Gesetzesvorlagen]

(2) Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrate zuzuleiten. Der Bundesrat ist berechtigt, innerhalb von sechs Wochen zu diesen Vorlagen Stellung zu nehmen. Verlangt er aus wichtigem Grunde, insbesondere mit Rücksicht auf den Umfang einer Vorlage, eine Fristverlängerung, so beträgt die Frist neun Wochen. Die Bundesregierung kann eine Vorlage, die sie bei der Zuleitung an den Bundesrat ausnahmsweise als besonders eilbedürftig bezeichnet hat, nach drei Wochen oder, wenn der Bundesrat ein Verlangen nach Satz 3 geäußert hat, nach sechs Wochen dem Bundestage zuleiten, auch wenn die Stellungnahme des Bundesrates noch nicht bei ihr eingegangen ist; sie hat die Stellungnahme des Bundesrates unverzüglich nach Eingang dem Bundestage nachzureichen. Bei Vorlagen zur Änderung dieses Grundgesetzes und zur Übertragung von Hoheitsrechten nach Art. 23 oder 24 beträgt die Frist zur Stellungnahme neun Wochen; Satz 4 findet keine Anwendung.

(3) Vorlagen des Bundesrates sind dem Bundestage durch die Bundesregierung innerhalb von sechs Wochen zuzuleiten. Sie soll hierbei ihre Auffassung darlegen. Verlangt sie aus wichtigem Grunde, insbesondere mit Rücksicht auf den Umfang einer Vorlage, eine Fristverlängerung, so beträgt die Frist neun Wochen. Wenn der Bundesrat eine Vorlage ausnahmsweise als besonders eilbedürftig bezeichnet hat, beträgt die Frist drei Wochen oder, wenn die Bundesregierung ein Verlangen nach Satz 3 geäußert hat, sechs Wochen. Bei Vorlagen zur Änderung dieses Grundgesetzes und zur Übertragung von Hoheitsrechten nach Art. 23 oder 24 beträgt die Frist neun Wochen; Satz 4 findet keine Anwendung. Der Bundestag hat über die Vorlagen in angemessener Frist zu beraten und Beschluß zu fassen.

Artikel 77 GG [Gesetzgebungsverfahren]

(2a) Soweit zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist, hat der Bundesrat, wenn ein Verlangen nach Abs. 2 Satz 1 nicht gestellt oder das Vermittlungsverfahren ohne einen Vorschlag zur Änderung des Gesetzesbeschlusses beendet ist, in angemessener Frist über die Zustimmung Beschluß zu fassen.

Artikel 80 GG [Erlaß von Rechtsverordnungen]

(3) Der Bundesrat kann der Bundesregierung Vorlagen für den Erlaß von Rechtsverordnungen zuleiten, die seiner Zustimmung bedürfen.

(4) Soweit durch Bundesgesetz oder auf Grund von Bundesgesetzen Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen, sind die Länder zu einer Regelung auch durch Gesetz befugt.

Artikel 87 d GG [Luftverkehrsverwaltung]

(1) Die Luftverkehrsverwaltung wird in bundeseigener Verwaltung geführt. Über die öffentlich-rechtliche oder privat-rechtliche Organisationsform wird durch Bundesgesetz entschieden.

Artikel 93 GG [Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts]

2a, bei Meinungsverschiedenheiten, ob ein Gesetz den Voraussetzungen des Artikels 72 Abs. 2 entspricht, auf Antrag des Bundesrates, einer Landesregierung oder der Volksvertretung eines Landes.

Artikel 115e GG [Befugnisse des Gemeinsamen Ausschusses]

(2) Durch ein Gesetz des Gemeinsamen Ausschusses darf das Grundgesetz weder geändert noch ganz oder teilweise außer Kraft oder außer Anwendung gesetzt werden. Zum Erlaß von Gesetzen nach Artikel 23 Abs. 1 Satz 2, Artikel 24 Abs. 1 oder Artikel 29 ist der Gemeinsame Ausschuß nicht befugt.

Artikel 125a GG [Fortgeltung alten Bundesrechts; Ersetzung durch Landesrecht]

Recht, das als Bundesrecht erlassen worden ist, aber wegen nachträglicher Änderung dieses Grundgesetzes nicht mehr als Bundesrecht erlassen werden könnte, gilt als Bundesrecht fort. Es kann durch Landesrecht aufgehoben und ergänzt werden.

Die Gemeinsame Verfassungskommission befaßte sich auch mit zahlreichen Einzelfragen aus den Bereichen des Parlaments-, Parteien- und Wahlrechts:*)

- Selbstauflösungsrecht des Bundestages
- Recht der Abgeordnetenentschädigung
- Oppositions- und Fraktionsrecht
- Stärkung der Rechte einzelner Abgeordneter – Parlamentarische Anfragen
- Enquete-Kommission
- Eckwerte für ein Untersuchungsausschußgesetz
- Erweiterung des Petitionsrechts (Massenpetitionen)
- Ostdeutsche Kammer
- Verlängerung der Wahlperiode
- Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen und Einführung von erweiterten Ausschußberatungen (Hauptausschuß)
- Einrichtung eines ökologischen Rates
- Einrichtung eines Parlamentsfernsehkannals (Elektronisches Protokoll)
- Zusammenlegung von Landtagswahlterminen
- Verringerung der Zahl der Bundestagsabgeordneten
- Stärkung der Rechte der Wähler und der Parteimitglieder
- Wahl und Amtszeit der Bundespräsidenten.

Zu entsprechenden Empfehlungen kam es allerdings nicht.**)

*) Vgl. *Andreas Meyer*, Parlamentsverfassungsrecht – Anstöße für eine Reform. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1993. B 52–53/93. S. 44.

***) Vgl. im folgenden *Rupert Scholz*, Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Auftrag, Verfahrensgang und Ergebnisse. In: *Zeitschrift für Gesetzgebung*. Jg. 9. 1994. H. 1. S. 1–34 (hier S. 30–32).

„(1) Eingehend wurde die Frage geprüft, ob dem Bundestag das **Selbstaufhebungsrecht** – über einen neuen Art. 39 I a GG – eröffnet werden sollte, demzufolge der Bundestag mit Zwei-Drittel-Mehrheit seiner Mitglieder, auf Antrag eines Drittels, das Recht zu beschließen empfinde, eine Wahlperiode vorzeitig zu beenden. Hintergrund dieser Überlegung waren die Unzuträglichkeiten im Verfahren gemäß Art. 63, 68 GG vor allem im Jahre 1983. Im Ergebnis vermochte auch dieser Vorschlag jedoch nicht die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit in der Kommission zu erlangen bzw. mit dieser Mehrheit die ebenso angeführten Bedenken auszuräumen – Bedenken, die ebenso im Prinzip des Bestandes eines gewählten Bundestages wie in einer teilweise befürchteten Schwächung der Stellung des Bundespräsidenten kulminierten.

(2) Im Bereich des Wahlrechts wurde lediglich die Bestimmung des neuen Art. 28 I 3 GG verabschiedet, die – im Vollzug des Vertragswerks von Maastricht – das kommunale Ausländerwahlrecht für Unionsbürger einführt. Wünsche nach **Einführung eines allgemeinen Ausländerwahlrechts** waren nicht mehrheitsfähig.

(3) Nicht aufgenommen wurde auch die Überlegung, von Bundesverfassungen wegen die **Termine für Landtagswahlen** zusammenzulegen. Hierbei ging man überwiegend davon aus, daß eine solche Regelung im GG in nicht mehr verfassungskonformer Weise in die demokratiestaatliche Eigenstruktur der Länder eingreifen würde (Art. 20 I, 28 I, 79 III GG). Erwogen wurde auch eine **Veränderung der Wahlperiode des Bundestages (5 Jahre)**; im Ergebnis scheiterte eine Einigung hierauf jedoch daran, daß von den Vertretern der SPD als Kompensation die Einführung des Plebiszits zur Bedingung erhoben wurde.

(4) Angesichts des nahezu permanenten Streits um die Höhe der den Bundestagsabgeordneten gemäß Art. 48 III GG zustehenden **Diäten** wurde erwogen, deren Festlegung der Höhe nach einer Unabhängigen Kommission zu übertragen, die vom Bundespräsidenten eingesetzt wird und die anstelle des Gesetzgebers selbst nicht nur gutachterlich, sondern konstitutiv entscheidet. Dem Gesetzgeber sollte lediglich die Entscheidung über die Struktur der Diäten vorbehalten bleiben. Obwohl teilweise, nach hiesiger Auffassung aber zu Unrecht, eingewandt wurde, daß der Gesetzgeber sich gemäß Art. 79 III GG des eigenen Regelungsrechts auch insoweit nicht begeben dürfe, wurde diese Überlegung letztendlich nur deshalb nicht weiterverfolgt, weil zwischenzeitlich die Gutachten der vom Bundespräsidenten bestellten „Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Finanzierung der Parteien“ und der vom Ältestenrat des Bundestages eingesetzten „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts“ vorgelegt worden waren, d. h. neue Beratungsunterlagen, die eine Entscheidung dieser Frage auf der Ebene der Gemeinsamen Verfassungskommission noch nicht bzw. nicht mehr erlaubte.

(5) Teilweise wurde dafür plädiert, in einem neuen Art. 49 GG die **parlamentarische Opposition** und den **Status der Fraktionen** zu regeln, obwohl beides im Prinzip der parteienstaatlichen Demokratie ohnehin bereits angelegt ist und im übrigen auf der Ebene der GO des Bundestages bzw. künftig auch in Gestalt eines Fraktionsgesetzes seinen bereits gegebenen bzw. einen wohl sachnäheren Regelungsstandort findet.

(6) Es wurde erwogen, die bisher nur in der GO des Bundestages geregelten **Enquete-Kommissionen** auch auf Verfassungsebene zu regeln, das **Petitionsrecht** um das Recht der Massenpetition zu erweitern, Eckwerte für ein **Untersuchungsausschußgesetz** zu formulieren – bis hin zu Überlegungen wie denen eines „**Ökologischen Rates**“ oder gar einer „**Ostdeutschen Kammer**“. Auch über Änderungen des Art. 21 GG mit dem Ziel, die **Stellung des einzelnen Parteimitglieds** zu stärken, wurde diskutiert, obwohl Art. 21 GG mit dem Gebot der innerparteilichen Demokratie einerseits und der Beschränkung der Rolle der Parteien in der politischen Willensbildung des Volkes auf die (bloße) „Mitwirkung“ nach hiesiger Auffassung kaum tatbestandlich verbesserungsbedürftig bzw. -fähig ist. Hinsichtlich des **Rechts der Ausschüsse** wurde der Vorschlag einer verstärkten bzw. regelmäßigen Öffentlichkeit ebenso wie der eines das Plenum des Bundestages vertretenden „Hauptausschusses“ erörtert, wobei hinsichtlich der letzteren Vorstellung ein Vorläufer bereits im neuen **Unionsausschuß** gemäß Art. 45 S. 2 GG eingeführt wurde.“

15 Parlamentsrecht

Überblick

	Seite
15.1	3020
15.2	3052
	– Übersicht über die Kommentare zum Grundgesetz (S. 3053)
	– Kommentierung der einzelnen Grundgesetz-Artikel über den Deutschen Bundestag: Bearbeiter, Bearbeitungsjahr und Umfang (S. 3056)
15.3	3064

15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht

In der nachfolgenden Dokumentation*) sind die wesentlichen Gesetze zum Parlamentsrecht wie z. B. die Diätengesetze, Rechtsstellungsgesetze, Bannmeilengesetze, Wahlprüfungsgesetze, Parteiengesetze usw. zusammengestellt, die beim Bundestag seit der 1. Wahlperiode eingebracht worden sind, und zwar sowohl verkündete Gesetze als auch – durch eine fette Linie abgetrennt – die nicht mehr verabschiedeten Gesetzentwürfe.

*) Zusammengestellt nach folgenden Quellen:

1. bis 6. Wahlperiode: Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der ... Wahlperiode. Erstellt vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Referat Parlamentsarchiv. Bonn 1967/1970 (= Materialien Nr. 5, 7, 16, 19, 20, 32);
7. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 7. Wahlperiode 1972–1976. Baden-Baden 1977; vgl. auch: *Peter Schindler*, Die Gesetzgebung des 7. Bundestages auf dem Gebiet des Parlamentsrechts. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 4. S. 395–403;
8. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 8. Wahlperiode 1976–1980. Baden-Baden 1981;
9. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 9. Wahlperiode 1980–1983. Baden-Baden 1983;
10. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 10. Wahlperiode 1983–1987. Baden-Baden 1987;
11. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 11. Wahlperiode 1987–1990. Baden-Baden 1991;
12. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 12. Wahlperiode 1990–1994. Baden-Baden 1995;
13. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. 13. Wahlperiode. Fortsetzungswerk in Loseblattform. Baden-Baden 1994 ff.

1. Wahlperiode (1949–53)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD, FDP, DP, BP u. Zentrum b) 23. 3. 1950 c) I/704	Festlegung der monatlichen Aufwandsentschädigung (600,- DM) und der Tagegelder (30,- DM); Recht auf freie Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.	a) 31. 3. 1950 b) 15. 6. 1950 BGBl. S. 215
Wahlprüfungsgesetz	a) BReg b) 24. 5. 1950 c) I/983	Reines Verfahrensgesetz mit Vorschriften über die Durchführung von Prüfungen bei Wahleinsprüchen.	a) 24. 1. 1951 b) 12. 3. 1951 BGBl. I S. 166
Gesetz über die Rechtsstellung der in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD, FDP, u. DP b) 17. 3. 1950 c) I/720 sowie a) BReg b) 8. 7. 1950 c) I/1153	Das Gesetz regelt die Rechtswirkungen, die sich für Beamte, Angestellte und Richter mit der Annahme der Wahl in den 1. Bundestag ergaben. Danach ruhen für den genannten Personenkreis alle Rechte und Pflichten aus Dienst- und Arbeitsverhältnissen unter Beibehaltung der Bezüge.	a) 11. 4. 1951 b) 11. 5. 1951 BGBl. I S. 297
Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes	a) interfrakt. v. CDU/CSU, FDP, DP, FU b) 30. 4. 1953 c) I/4306	Gesetz entspricht im wesentlichen dem Gesetz vom 11. 5. 1951, das nur für den 1. Bundestag galt: In den Bundestag gewählte Beamte treten in den Ruhestand; Anrechnung der Tätigkeit im Bundestag auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit und auf das Besoldungsdienstalter.	a) 2. 6. 1953 b) 4. 8. 1953 BGBl. I S. 777
Gesetz über die Freistellung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages von Haftpflichtansprüchen	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD, FDP, DP, BP, WAV u. Zentrum b) 5. 10. 1950 c) I/1417	-	a) - (Rücknahme des Entwurfs)

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

noch: 1. Wahlperiode (1949–53)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz gegen die Feinde der Demokratie	a) SPD b) 15. 2. 1950 c) I/563	Strafbestimmungen bei Angriffen gegen den auf dem Grundgesetz beruhenden Zustand der Bundesrepublik Deutschland bzw. den verfassungsmäßigen Zustand eines ihrer Länder sowie bei Angriffen gegen das Recht des Volkes, durch allgemeine, geheime und freie Wahlen die Parlamente und mittelbar oder unmittelbar auch die Mitglieder der Regierungen zu bestimmen.	a) –
Gesetz über die Führung von Parteinaamen	a) FDP b) 13. 2. 1951 c) I/1939	Parteien haben einen Namen zu führen, der sie deutlich von anderen politischen Parteien unterscheidet.	a) –

2. Wahlperiode (1953–57)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE u. DP b) 22. 5. 1954 c) II/540	Gewährung einer monatlichen Aufwandsentschädigung von 750,- DM, eines Tagegeldes von 30,- DM sowie von Kilometergeldern bei Benutzung eines eigenen Kraftwagens; Abzug eines bestimmten Betrages von der Aufwandsentschädigung bei unentschuldigtem Fehlen; Erstattung von Unkosten; Unfallversicherung.	a) 28. 5. 1954 b) 24. 6. 1954 BGBl. II S. 637
Bannmeilengesetz	a) BReg b) 6. 12. 1954 c) II/1049	Beschreibung des befriedeten Bannkreises für die Gesetzgebungsorgane des Bundes und für das Bundesverfassungsgericht; Zuständigkeit des Bundesministers des Innern zur Genehmigung von Ausnahmen vom Verbot von Aufzügen und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel.	a) 4. 5. 1955 7. 7. 1955 nach Einschaltung des Verm.-Ausschusses b) 6. 8. 1955 BGBl. I S. 504

noch: 2. Wahlperiode (1953–57)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes	a) BReg b) 23. 11. 1956 c) II/2902	Innerstaatliche Einordnung des Saar- gebiets durch besondere Fristen für das Neugliederungsverfahren, ein besonderes Wahlverfahren für die saarländischen Abgeordneten im 2. Deutschen Bundestag; Ermächtigung zum Erlaß eigener Gesetze auf dem Gebiet der konkurrierenden Gesetz- gebung als Bundesrecht.	a) 14. 12. 1956 b) 23. 12. 1956 BGBl. I S. 1011
Gesetz über den Wehr- beauftragten des Bundes- tages	a) SPD b) 7. 6. 1956 c) II/2441 sowie a) Gruppe der CDU/CSU b) 20. 6. 1956 c) II/2529	Ausführungsgesetz zu Art. 45 b GG: Aufgaben und Befugnisse des Wehr- beauftragten; Recht des einzelnen Sol- daten zu unmittelbaren Eingaben und Beschwerden; Wahl, Ernennung und Rechtsstellung des Wehrbeauftragten.	a) 11. 4. 1957 29. 5. 1957 nach Ein- schaltung des Verm.-Aus- schusses b) 26. 6. 1957 BGBl. I S. 652
Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs	a) FDP b) 17. 4. 1956 c) II/2310	Erstreckung der Strafbestimmungen im Zusammenhang mit Wahlhandlun- gen aller Art gemäß §§ 107 bis 109 StGB auf Wahlen und Abstimmungen der Volksvertretungen durch Ände- rung des § 109 a StGB	a) –

3. Wahlperiode (1957–61)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Entschädi- gung der Mitglieder des Bundestages	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD, FDP u. DP b) 15. 4. 1958 c) III/327	Erhöhung der Aufwandsentschädi- gung auf 22,5% des Amtsgehalts eines Bundesministers; Erhöhung der Unkostenpauschale auf monatlich 600,- DM und der Tagegeldpauschale auf 500,- DM.	a) 7. 5. 1958 b) 27. 5. 1958 BGBl. I S. 379

Hinweis

Alle im *Datenhandbuch* erwähnten Gesetze sind im Gesetzesregister (Kapitel 33) zusammengefaßt.

noch: 3. Wahlperiode (1957–61)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung	a) BReg b) 30. 4. 1958 c) III/358	Wahl der auf die einzelnen Länder entfallenden Mitglieder der Bundesversammlung durch die Landtage; Einberufung der Bundesversammlung durch den Bundestagspräsidenten; besondere Bestimmungen über das Wahlverfahren der Bundesversammlung; Einführung eines Wahlprüfungsverfahrens; Anwendung der GO des Bundestages; keine Vereidigung bei Wiederwahl.	a) 18. 3. 1959 b) 25. 4. 1959 BGBl. I S. 230
Gesetz über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD, FDP u. DP b) 28. 6. 1960 c) III/1965	Ermächtigung der Landesregierungen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf den Gebieten der bürgerlichen Rechtspflege, der Strafrechtspflege und des Bußgeldverfahrens.	a) 29. 6. 1960 b) 1. 7. 1960 BGBl. I S. 481
Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages	a) interfraktionelle Gruppe b) 2. 12. 1959 c) III/1444	Weiterzahlung der Aufwandsentschädigung bei Verlust der Mitgliedschaft nach gestaffelten Zeiträumen; Auslegen von Anwesenheitslisten; Versorgungsrecht für die Hinterbliebenen.	a) 4. 5. 1961 b) 15. 6. 1961 BGBl. I S. 763
Gesetz über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen	a) BReg b) 24. 3. 1961 c) III/2626	Eine durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts notwendig gewordene Einschränkung der Ermächtigung der Landesregierungen zum Erlass von Rechtsverordnungen.	a) 30. 5. 1961 b) 3. 7. 1961 BGBl. I S. 856
Gesetz zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr	a) SPD b) 25. 3. 1958 c) III/303	Durchführung einer Volksbefragung innerhalb von 3 Monaten über die Ausstattung der deutschen Streitkräfte mit atomaren Sprengkörpern sowie die Anlage von Abschlußvorrichtungen für atomare Sprengkörper in Deutschland.	a) – (Ablehnung in namentl. Abstimmung in 2. Beratung)
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung	a) FDP b) 9. 6. 1959 c) III/1152	Zusammentritt der Bundesversammlung in Berlin.	a) –

noch: 3. Wahlperiode (1957–61)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)	a) BReg b) 22. 12. 1959 c) III/1509	Ordnung der Rechtsverhältnisse der Parteien im Sinne des Regelungsauftrages des Grundgesetzartikels 21 Abs. 3. Allgemeine Grundgedanken über die Parteienbildung; Regelung der inneren Ordnung der Parteien. Rechenschaftslegung über die Herkunft der Parteimittel sowie Verfahren über die Feststellung der Verfassungswidrigkeit politischer Parteien und über die Auswirkungen von Verbotsurteilen des Bundesverfassungsgerichts.	a) – b) –

4. Wahlperiode (1961–65)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages (Diätengesetz 1964)	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD u. FDP b) 4. 2. 1964 c) IV/1893	Neue Regelung der Tagegeldpauschale; Erweiterung des Personenkreises, der Anspruch auf Übergangsgeld hat; Einbeziehung ausgeschiedener Mitglieder in die Todesfallversicherung.	a) 6. 3. 1964 b) 25. 3. 1964 BGBl. I S. 230
Gesetz zur Änderung des Wahlprüfungsgesetzes	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD u. FDP b) 18. 5. 1965 c) IV/3435	Änderung von Vorschriften zur Vereinfachung des Verfahrens bei der Prüfung von Wahleinsprüchen.	a) 23. 6. 1965 b) 24. 8. 1965 BGBl. I S. 977
Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)	a) CDU/CSU u. FDP b) 17. 12. 1964 c) IV/2853	Aufgaben und verfassungsmäßige Stellung der Parteien, ihre innere Ordnung und Finanzierung sowie die Rechenschaftslegung; Vollzug des Verbots verfassungswidriger Parteien.	a) –
Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)	a) SPD b) 23. 2. 1965 c) IV/3112	Aufgaben und verfassungsmäßige Stellung der Parteien, ihre innere Ordnung, die Aufstellung von Wahlbewerbern, Finanzierung der Parteien und Rechenschaftslegung über zugeflossene Mittel sowie Vollzug des Verbots verfassungswidriger Parteien.	a) –

5. Wahlperiode (1965–69)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre	a) BReg b) 13. 2. 1967 c) V/1402	Einführung der Parlamentarischen Staatssekretäre in das deutsche Staatsrecht. Ihre Aufgabe ist, die Bundesminister der großen Ressorts in ihrer politischen Funktion zu unterstützen. Sie müssen Mitglieder des Deutschen Bundestages sein, werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers und im Einvernehmen mit dem betreffenden Bundesminister ernannt. Sie können jederzeit entlassen werden und jederzeit ihre Entlassung verlangen.	a) 15. 3. 1967 b) 6. 4. 1967 BGBl. I S. 396
Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD u. FDP b) 26. 1. 1967 c) V/1339	Ausführungsgesetz zu Art. 21 GG: Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien; innere Ordnung; Kandidatenaufstellung; Erstattung von Wahlkampfkosten (Kostenerstattung steht nur solchen Parteien zu, die mindestens 2,5% der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben; Wahlkampfkosten werden mit einem Betrag von 2,50 DM je Wahlberechtigten pauschaliert); Rechenschaftslegung; Vollzug des Verbots verfassungswidriger Parteien.	a) 28. 6. 1967 b) 24. 7. 1967 BGBl. I S. 773
Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages (Diätengesetz 1968)	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD u. FDP b) 2. 2. 1968 c) V/2526 sowie a) Gruppe von CDU/CSU b) 13. 2. 1968 c) V/2575	Erhöhung der Aufwandsentschädigung (nunmehr ein Drittel des Amtseinkommens eines Bundesministers); Neufestsetzung der Unkosten- und Tagelohnpauschale sowie der Reisekosten; Einführung der „Abgeordnetenpension“, wobei die Alters- und Hinterbliebenenversorgung auf dem Versicherungsprinzip aufbaut.	a) 27. 3. 1968 b) 3. 5. 1968 BGBl. I S. 334

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz – G 10)	a) BReg b) 13. 6. 1967 c) V/1880	Befristete Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs zur Abwehr von Gefahren gegen die verfassungsmäßige Ordnung und die Sicherheit des Staates. Zwecks parlamentarischer Kontrolle bestimmt der Bundestag ein Gremium, das aus fünf Abgeordneten besteht und vom zuständigen Bundesminister in Abständen von höchstens sechs Monaten über die Durchführung des vorliegenden Gesetzes zu unterrichten ist. Als weitere Kontrollinstanz ist eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission vorgesehen, die für die Dauer einer Wahlperiode bestellt wird.	a) 30. 5. 1968 b) 13. 8. 1968 BGBl. I S. 949
Gesetz zur Änderung des Bannmeilengesetzes	a) BReg b) 6. 1. 1969 c) V/3694	Verkleinerung des Bannkreises für das Bundeshaus; Änderung des Bannkreises für das neuerbaute Amtsgebäude des Bundesverfassungsgerichts.	a) 27. 3. 1969 b) 28. 5. 1969 BGBl. I S. 449
Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD u. FDP b) 24. 4. 1969 c) V/4126	Herabsetzung der für eine Beteiligung an der Wahlkampfkostenerstattung erforderlichen Mindeststimmenzahl von 2,5% auf 0,5% der abgegebenen Stimmen. (Zugunsten der Chancengleichheit aller Parteien wurde dieser Prozentsatz vom Bundesverfassungsgericht festgesetzt.)	a) 13. 6. 1969 b) 22. 7. 1969 BGBl. I S. 925
Gesetz zur Herabsetzung des Wahlalters	a) FDP b) 14. 6. 1968 c) V/3009	Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18 und des passiven Wahlalters auf 23 Jahre.	a) –
Gesetz über einen Senat für Parlamentsfragen	a) FDP b) 14. 6. 1968 c) V/3011	Zahl, Zusammensetzung und Berufung der Mitglieder eines „Senats für Parlamentsfragen“ sowie Festlegung seiner Eigenschaft als Gutachter über die Angemessenheit der Entschädigung der Mitglieder des Deutschen Bundestages und ihre Ausstattung mit Hilfskräften und technischen Hilfsmitteln.	a) –

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages	a) interfrakt. Gruppe b) 12. 3. 1969 c) V/3966	Verpflichtung von Bundesregierung, obersten Bundesbehörden und den ihrer Weisung oder Aufsicht unterstehenden Behörden zur Auskunft und Aktenvorlage sowie Recht auf Anhörung von Petenten und anderen Beteiligten.	a) –
Gesetz über die Befugnisse von Enquete-Kommissionen	a) SPD b) 19. 3. 1969 c) V/3991	Verpflichtung von Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, von natürlichen und juristischen Personen sowie von Personengesellschaften zur Vorlage und Auslieferung von Urkunden und sonstigem Material und Verpflichtung zu Auskünften zwecks Erhebung und Analyse des für die gesetzliche Regelung eines Sachkomplexes erforderlichen Tatsachenmaterials; Anwendung von Bestimmungen des Strafprozeßrechts für das Verfahren.	a) –
Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages	a) SPD b) 19. 3. 1969 c) V/3992	Verpflichtung von Bundesregierung, obersten Bundesbehörden und den ihrer Weisung oder Aufsicht unterstehenden Behörden zur Auskunft und Aktenvorlage sowie Recht auf Anhörung von Petenten und anderen Beteiligten.	a) –
Gesetz über die Bildung der „Deutschen Kommission für technischen und strukturellen Wandel“	a) SPD b) 13. 5. 1969 c) V/4197	Berufung einer aus fünfzehn Vertretern der Arbeitnehmer, der Wirtschaft und Wissenschaft bestehenden Kommission mit einer Amtszeit von fünf Jahren durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages zur Erstattung eines Gutachtens über die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen einer dauernden Bewältigung des technischen und strukturellen Wandels auch in Zukunft; Einrichtung einer Geschäftsstelle durch den Deutschen Bundestag sowie Entschädigung der Kommissionsmitglieder.	a) –

noch: 5. Wahlperiode (1965–69)

Gesetzes-Titel	eingebraucht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Bundestages	a) interfrakt. Gruppe b) 14. 5. 1969 c) V/4209	Staatsanwaltliche Rechte der Untersuchungsausschüsse bei der Aufklärung von im öffentlichen Interesse liegenden Sachverhalten, Verpflichtung von Gerichten und Verwaltungsbehörden zur Rechts- und Amtshilfe, Zuständigkeit des Amtsgerichtes Bonn für Entscheidungen über Anträge des Untersuchungsausschusses, Anwendung der Strafprozeßordnung im Untersuchungsverfahren, Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen sowie Übernahme der Verfahrenskosten.	a) –
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes und der Reichshaushaltsordnung	a) SPD b) 16. 5. 1969 c) V/4215	Wahl von Präsident und Vizepräsident des Bundesrechnungshofes für eine Amtszeit von sieben Jahren durch Mitglieder des Bundestages sowie Verfahren zur Ernennung der übrigen Beamten; Verpflichtung des Präsidenten zur Erstattung von Gutachten sowie Berichten und Auskünften über Prüfungsergebnisse auf Ersuchen des BT.	a) –

6. Wahlperiode (1969–72)

Gesetzes-Titel	eingebraucht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Ergänzung des Beamtenrechtsrahmengesetzes	a) interfrakt. Gruppe b) 13. 5. 1970 c) VI/775	Einschränkung bezüglich der Verweigerung der Aussagegenehmigung vor Untersuchungsausschüssen des Bundestages und der Länderparlamente.	a) 20. 1. 1971 b) 18. 3. 1971 BGBl. I S. 205
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages	a) interfrakt. v. CDU/CSU, SPD u. FDP b) 1. 2. 1972 c) VI/3092	Anrechnung von Landtags- und Bundestagszeiten zur Erfüllung eines Versorgungsanspruchs in der Alters- und Hinterbliebenenversorgung.	a) 4. 5. 1972 b) 22. 6. 1972 BGBl. I S. 993
Gesetz über die Befugnisse von Enquete-Kommissionen	a) SPD b) 18. 3. 1970 c) VI/546	Recht gegenüber Dritten auf Vorlage oder Auslieferung von Unterlagen, Einholung von Auskünften und Ladung zu Anhörungen.	a) –

noch: 6. Wahlperiode (1969–72)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages	a) interfrakt. Gruppe b) 19. 6. 1970 c) VI/974	Recht auf Auskunft und Aktenvorlage, auf Anhörung, auf Wahrnehmung dieser Befugnisse außerhalb des Sitzes des Bundestages und auch durch Übertragung auf einzelne Abgeordnete sowie Hilfe durch Gerichte und Verwaltungsbehörden.	a) –
Gesetz über die Errichtung eines Bundeswirtschafts- und Sozialrates	a) Gruppe der CDU/CSU b) 16. 8. 1971 c) VI/2514	Erarbeitung von Gesamtstellungnahmen einschließlich Mehrheits- und Minderheitsvoten zu bestimmten, von den Gesetzgebungsorganen gestellten Themen des Wirtschafts- und Soziallebens; Zusammensetzung und Berufung der Ratsmitglieder sowie Dauer der Mitgliedschaft.	a) –
Gesetz über die Rechtsstellung der Fraktionen	a) Gruppe der CDU/CSU b) 3. 8. 1972 c) VI/3690	Rechtliche Gleichstellung der Fraktionen mit den Körperschaften des öffentlichen Rechts, Übertragung der Aufsicht über die Verwendung der aus dem Haushalt des Bundestages stammenden Gelder durch das Präsidium des Bundestages sowie Sicherung der Kontinuität der Fraktionen am Ende der jeweiligen Wahlperiode.	a) –

7. Wahlperiode (1972–76)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes	a) interfrakt. Gruppe b) 26. 3. 1974 c) 7/1878	Der Bemessungssatz für die Erstattung je Wahlberechtigten wird von 2,50 DM auf 3,50 DM erhöht.	a) 22. 5. 1974 b) 27. 7. 1974 BGBl. I S. 1537
Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre (ParlStG)	a) BReg b) 18. 6. 1973 c) 7/820	Anpassung der persönlichen Rechtsstellung der Parlamentarischen Staatssekretäre an die Bundesminister; Möglichkeit, Titel „Staatsminister“ zu verleihen.	a) 20. 6. 1974 b) 27. 7. 1974 BGBl. I S. 1538

noch: 7. Wahlperiode (1972–76)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Zweites Gesetz zur Änderung des Diätengesetzes 1968	a) interfraktionell b) 18. 6. 1974 c) 7/2285	Änderung des Anspruches auf Gewährung von Ruhegeld.	a) 20. 6. 1974 b) 5. 9. 1974 BGBl. I S. 2151
Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach Artikel 45 c des Grundgesetzes)	a) interfraktionell b) 17. 5. 1973 c) 7/581	Dem Petitionsausschuß werden folgende Rechte eingeräumt: Auskunft und Aktenvorlage seitens der Bundesregierung und Verwaltung, Vernehmung von Bediensteten, Anhörung von Petenten, Zeugen und Sachverständigen, Wahrnehmung dieser Befugnisse auch außerhalb des Bundestages, Übertragung jener Rechte auf einzelne Ausschußmitglieder sowie Amtshilfe durch Gerichte und Verwaltungsbehörden.	a) 27. 2. 1975 b) 23. 7. 1975 BGBl. I S. 1921
Drittes Gesetz zur Änderung des Diätengesetzes 1968	a) interfraktionell b) 20. 5. 1976 c) 7/5247	Die Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Deutschen Bundestages wird 1976 nicht angehoben.	a) 24. 6. 1976 b) 20. 8. 1976 BGBl. I S. 2195
Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz)	a) interfraktionell b) 30. 6. 1976 c) 7/5525, 7/5531	Umfassende Neuregelung der Rechtsstellung der Bundestagsabgeordneten unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Abgeordnetenentschädigung von 7500 DM muß versteuert werden. Grundlegende Änderung der Rechtsstellung der öffentlich Bediensteten, die in den Bundestag gewählt werden. Neuregelungen für Wahlvorbereitungsurlaub, Altersentschädigung und Übergangsgelder.	a) 8. 12. 1976 b) 24. 2. 1977 BGBl. I S. 297
Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	a) Gruppe der CDU/CSU b) 3. 1. 1975 c) 7/3055	Auf Verlangen von soviel Mitgliedern des Bundestages, wie zur Bildung einer Fraktion erforderlich sind, kann sich der Bundestag mit beabsichtigten Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Straßenverkehrsrechts befassen. Änderung der §§ 6 und 24 des Straßenverkehrsgesetzes.	a) 15. 5. 1975 Einspruch des Bundesrates am 1. 7. 1976 nicht zurückgewiesen b) –
... Strafrechtsänderungsgesetz	a) CDU/CSU b) 27. 3. 1974 c) 7/1883	Abgeordnetenbestechung ist künftig strafbar.	a) –

8. Wahlperiode (1976–80)

Gesetzes-Titel	eingebraucht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeiten des Bundes	a) SPD und FDP b) 9. 11. 1977 c) 8/1140	Die Nachrichtendienste des Bundes unterliegen der Kontrolle durch eine Parlamentarische Kontrollkommission.	a) 9. 3. 1978 b) 12. 4. 1978 BGBl. I S. 453
Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europaabgeordnetengesetz)	a) BReg b) 6. 5. 1977 c) 8/362	Regelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments in Anlehnung an die Bestimmungen des Abgeordnetengesetzes vom 18. 2. 1977.	a) 29. 3. 1979 b) 9. 4. 1979 BGBl. I S. 413
Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Angehörige des öffentlichen Dienstes in Landesparlamenten)	a) BReg b) 11. 8. 1977 c) 8/819	Die Vorschriften betreffen u. a. die Ausgestaltung der Inkompatibilitäten sowie das Beförderungsverbot (entsprechend der Regelung im Abgeordnetengesetz).	a) 21. 6. 1979 b) 30. 7. 1979 BGBl. I S. 1301
Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die politischen Parteien	a) interfraktionell b) 17. 10. 1979 c) 8/3270	Parteiunabhängige Bewerber werden bei den Anspruchsvoraussetzungen und der Bemessung der Wahlkampfkostenpauschale den politischen Parteien gleichgestellt, sofern der unabhängige Bewerber wenigstens 10% der im Wahlkreis abgegebenen gültigen Erststimmen erreicht.	a) 29. 11. 1979 b) 21. 12. 1979 BGBl. I S. 2358
Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes	a) interfraktionell b) 22. 5. 1980 c) 8/4114	Vergütungsregelung der Hochschullehrer, die Mitglieder des Bundestages sind; gesetzliche Verankerung von Verhaltensregeln bezüglich der beruflichen Tätigkeit, Offenlegung von Interessenverknüpfungen, Spenden und Einnahmen sowie über die Annahme bestimmter Zuwendungen; gegenseitige Anrechnung von Mitgliedschaftszeiten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament; Gewährung einer Amtsausstattung für die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments am Sitz des Deutschen Bundestages.	a) 25. 6. 1980 b) 22. 9. 1980 BGBl. I S. 1752

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

noch: 8. Wahlperiode (1976–80)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	a) CDU/CSU-Gruppe b) 8. 7. 1977 c) 8/744	Die Ermächtigungsvorschriften des Straßenverkehrsgesetzes sind dahingehend zu ergänzen, daß die Rechtsverordnungen nach Zuleitung an den Bundestag nur in Kraft treten können, wenn der Bundestag nicht innerhalb von vier Sitzungswochen Einspruch erhebt oder wenn er auf den Einspruch verzichtet. Auf Antrag von wenigstens soviel Mitgliedern des Bundestages, wie zur Bildung einer Fraktion erforderlich sind, muß der Bundestag sich mit den Rechtsverordnungen befassen.	a) 16. 11. 1978 (im Verm.-A. nicht abschließend behandelt) b) –
Gesetz über das Untersuchungsverfahren des Deutschen Bundestages	a) CDU/CSU b) 14. 11. 1977 c) 8/1181	Regelung der Einsetzung und Zusammensetzung von Untersuchungsausschüssen.	a) –
Zweites Gesetz zur Änderung der Bundshaushaltsordnung	a) BReg b) 22. 3. 1978 c) 8/1664	Klarstellungen zum Bewilligungsverfahren über- und außerplanmäßiger Ausgaben.	a) –
Gesetz über die Bereinigung des Bundesrechtes	a) CDU/CSU b) 19. 3. 1980 c) 8/3802	Es wird eine Rechtsbereinigung mit dem Ziel durchgeführt, daß die geltenden Gesetze in ihrer authentischen Fassung zusammengestellt und dabei inhaltliche und sprachliche Unklarheiten beseitigt werden.	a) –

9. Wahlperiode (1980–83)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages (Gesetz zu Artikel 45 b des Grundgesetzes)	a) interfraktionell b) 13. 5. 1981 c) 9/419	Stärkung der Kompetenzen des Wehrbeauftragten; Klarstellung, daß er bei der Wahrnehmung aller seiner Aufgaben als Hilfsorgan des Bundestages handelt.	a) 12. 3. 1982 b) 23. 6. 1982 BGBl. I S. 673

10. Wahlperiode (1983–87)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Zweites Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 11. 10. 1983 c) 10/470	Anhebung der monatlichen Entschädigung für die Mitglieder des Deutschen Bundestages und für die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments von 7500 DM auf 7820 DM, Anhebung der Kostenpauschale von 4500 DM auf 4700 DM; Verpflichtung des Bundestagspräsidenten, zum 31. Mai jeden Jahres einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung vorzulegen und Vorschläge zur Anpassung der Entschädigung zu unterbreiten.	a) 25. 11. 1983 b) 22. 12. 1983 BGBl. I S. 1513
Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	a) CDU/CSU und FDP b) 21. 6. 1983 c) 10/183	Erhöhung der Wahlkampfkostenerstattung für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament von 3,50 DM auf 5,- DM je Wahlberechtigten; für die Bundestagswahlen vom 6. 3. 1983 rückwirkende Erhöhung der Pauschale auf 4,50 DM; Zahlung eines „Chancenausgleichsbetrages“ unter bestimmten Voraussetzungen; Regelungen bei rechtswidrig erlangten Spenden; steuerliche Begünstigung kleinerer Spenden und Mitgliedsbeiträge; Neuregelung der Großspenden über 20 000 DM; künftige Gestaltung der Rechenschaftsberichte (Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögensrechnung).	a) 1. 12. 1983 b) 28. 12. 1983 BGBl. I S. 1577
Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 11. 12. 1984 c) 10/2607	Anhebung der monatlichen Entschädigung für die Mitglieder des Deutschen Bundestages und für die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments von 7820 DM auf 8000 DM, Anhebung der Kostenpauschale von 4700 DM auf 4800 DM, beides rückwirkend zum 1. Juli 1984.	a) 24. 1. 1985 b) 15. 3. 1985 BGBl. I S. 540
Gesetz über den Bundesrechnungshof (Bundesrechnungshofgesetz)	a) BReg b) 10. 5. 1985 c) 10/3323 sowie a) CDU/CSU, FDP b) 17. 4. 1985 c) 10/3204	Zusammenfassung der maßgebenden Vorschriften für die Organisation des Bundesrechnungshofes. Der Präsident und der Vizepräsident des Bundesrechnungshofes werden künftig auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundestag und Bundesrat gewählt. Eine Wiederwahl ist ausgeschlossen.	a) 26. 6. 1985 b) 19. 7. 1985 BGBl. I S. 1445

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordneten-gesetzes und des Europa-abgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 11. 6. 1985 c) 10/3453	Anhebung der monatlichen Entschä-digung für die Mitglieder des Deut-schen Bundestages und für die deut-schen Mitglieder des Europäischen Parlaments von 8000 DM auf 8224 DM; Anhebung der Kostenpauschale von 4800 DM auf 4915 DM, beides rückwirkend zum 1. Juli 1985.	a) 27. 6. 1985 b) 7. 8. 1985 BGBl. I S. 1623
Drittes Gesetz zur Ände-rung der Bundeshaushalts-ordnung	a) CDU/CSU, FDP b) 21. 3. 1986 c) 10/5247	Übernahme der bisher im Haushalts-gesetz enthaltenen Vorschriften über die parlamentarische Behandlung der Haushaltsangelegenheiten der Nach-richtendienste in die Bundeshaushalts-ordnung als Dauerregelung. Künftig können die Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste bereits im Zuge des Haushaltsgesetzgebungsverfah-rens durch ein Gremium gebilligt wer-den, das der Bundestag für die Dauer der Wahlperiode wählt.	a) 19. 6. 1986 b) 6. 8. 1986 BGBl. I S. 1275
Fünftes Gesetz zur Ände-rung des Abgeordneten-gesetzes und des Europa-abgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 25. 6. 1986 c) 10/5733	Anhebung der monatlichen Entschä-digung für die Mitglieder des Bundestages und für die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments von 8224 DM auf 8454 DM; Anhebung der Kostenpauschale für die Mitglie-der des Bundestages von 4915 DM auf 5003 DM, beides rückwirkend zum 1. Juli 1986.	a) 2. 10. 1986 b) 18. 11. 1986 BGBl. I S. 2039
Sechstes Gesetz zur Ände-rung des Abgeordneten-gesetzes	a) CDU/CSU, FDP b) 21. 6. 1985 c) 10/3544 sowie a) SPD b) 25. 6. 1985 c) 10/3557	Verankerung der grundsätzlichen Bestimmungen der Verhaltensregeln im Gesetz, Einzelregelungen durch GO BT; Ausweitung der Anzeigepflicht hinsichtlich beruflicher Tätig-keiten, Nebeneinkünften sowie Ges-ellschaftsbeteiligungen.	a) 10. 12. 1986 b) 16. 1. 1987 BGBl. I S. 142

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Siebtes Gesetz zur Änderung des Abgeordneten-gesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 25. 6. 1986 c) 10/5734	Bewertung und Berechnung der Anwartschaften im Versorgungsausgleich; Verbot, bei der Feststellung der Leistungsfähigkeit eines Abgeordneten zur Berechnung von Unterhaltspflichten und bei der Zumessung eines Strafmaßes die Kostenpauschale zu berücksichtigen; Vereinbarkeit von Bundestagsmandat mit der Hochschullehrertätigkeit für Professoren und Höhe der Vergütung für die Hochschultätigkeit; Bereitstellung des gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems in Bonn und im Wahlkreis; Zahlung des Übergangsgeldes; Hinterbliebenenversorgung bei Tod während der Mitgliedschaft im Bundestag.	a) 10. 12. 1986 b) 16. 1. 1987 BGBl. I S. 143
Gesetz zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) in der Bundesrepublik Deutschland	a) DIE GRÜNEN b) 24. 10. 1983 c) 10/519	Vor einer Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) in der Bundesrepublik Deutschland wird eine konsultative Volksbefragung durchgeführt, mit der der Wille der wahlberechtigten Bevölkerung zur Stationierung ermittelt wird.	a) –
Gesetz über den Bundesrechnungshof (Bundesrechnungshofgesetz)	a) SPD b) 27. 2. 1985 c) 10/2929	Zusammenfassung der bisherigen Organisationsgrundsätze für den Bundesrechnungshof; Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten durch den Bundestag mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder.	a) – (in 2. Beratung für erledigt erklärt)
Gesetz zur Sicherung der Kriegswaffenkontrolle	a) SPD b) 14. 5. 1985 c) 10/3342	Änderung der Kriegswaffenliste nur durch Gesetz; Einführung eines Beauftragten des Bundestages für die Kriegswaffenkontrolle.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Gesetz zur Änderung des Richterwahlgesetzes	a) SPD b) 7. 5. 1986 c) 10/5446	Einführung der Zweidrittelmehrheit bei der Wahl der Richter an den obersten Gerichtshöfen des Bundes.	a) –

Hinweis

Angaben zur parlamentarischen Kontrolle enthält insbesondere Kapitel 12.

noch: 10. Wahlperiode (1983–87)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 27. 11. 1986 c) 10/6587	Ausführungsgesetz zu Art. 44 GG; Regelung der Minderheitenrechte; Entzug des Stimmrechts für den Vorsitzenden bis zur Beschlußfassung des Plenums über den Bericht; Unterscheidung zwischen Betroffenen und Zeugen bei der Beweiserhebung; Verzicht auf Eidesabnahme; Regelung des Akteneinsichtsrechts und der Auskunftspflicht der Bundesregierung.	a) – b) –

11. Wahlperiode (1987–90)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Achtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Sechstes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 1. 6. 1987 c) 11/388	Anhebung der monatlichen Entschädigung für die Mitglieder des Bundestages und für die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments von 8 454 DM auf 8 729 DM; Anhebung der Kostenpauschale für die Mitglieder des Bundestags von 5 003 DM auf 5 078 DM, beides ab 1. Juli 1987.	a) 26. 6. 1987 b) 29. 7. 1987 BGBl. I S. 1674
Neuntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Siebtes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 8. 6. 1988 c) 11/2420	Anhebung der monatlichen Entschädigung für die Mitglieder des Bundestages und für die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments von 8 729 DM auf 9 013 DM; Anhebung der Kostenpauschale von 5 078 DM auf 5 155 DM, beides ab 1. Juli 1988.	a) 23. 6. 1988 b) 29. 7. 1988 BGBl. I S. 1081
Fünftes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 8. 6. 1988 c) 11/2421	Erweiterung der Wahlkampfkostenerstattung um Sockelbeträge für Parteien mit mehr als 2% der Zweitstimmen; vor Änderungen der Wahlkampfkostenerstattung und des Chancenausgleichs Berufung einer Sachverständigenkommission; Neuberechnung des Chancenausgleichs; Verzeichnis der Mitgliederzahlen im Rechenschaftsbericht; Anhebung der Veröffentlichungspflicht für „Großspenden“ von 20 000 DM auf 40 000 DM.	a) 9. 12. 1988 b) 22. 12. 1988 c) BGBl. I S. 2615

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Achstes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 27. 4. 1989 c) 11/4445	Aufhebung der zeitlichen Begrenzung der Geltungsdauer der bisherigen Leistungen an die Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie an ehemalige Mitglieder und ihre Hinterbliebenen.	a) 1. 6. 1989 b) 15. 8. 1989 BGBl. I S. 1598
Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Neuntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 3. 10. 1989 c) 11/5303	Anhebung der monatlichen Entschädigung für die Mitglieder des Bundestages und für die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments von 9 013 DM auf 9 221 DM; Anhebung der Kostenpauschale für die Mitglieder des Bundestages von 5 155 DM auf 5 274 DM, beides rückwirkend ab 1. Juli 1989.	a) 9. 11. 1989 b) 22. 12. 1989 BGBl. I S. 2209
Elfte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, Zehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes und Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 18. 10. 1989 c) 11/5408	Regelung der Abgeordnetenversorgung in Anlehnung an die Strukturreform der Beamtenversorgung: Gewährung einer Altersentschädigung erst nach einer Mitgliedschaft im Bundestag von 8 Jahren (vorher 6 Jahre), Absenkung der Steigerungsrate um 1 v. H., Erreichung der Höchstversorgung erst nach 18 Jahren (vorher 16 Jahre), kein Zuschuß zu Aufwendungen für Bestattungskosten für Abgeordnete, Gewährung eines abgestuften Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene eines verstorbenen Abgeordneten in Anlehnung an tarifliche Regelungen, Anrechnung von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung; Ergänzung des Bundesministergesetzes; Gewährung eines abgestuften Überbrückungsgeldes an Hinterbliebene von Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären.	a) 9. 11. 1989 b) 18. 12. 1989 BGBl. I S. 2210
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (Gesetz zu Artikel 45 b des Grundgesetzes – WBeauftrG)	a) SPD b) 26. 1. 1990 c) 11/6317 sowie a) CDU/CSU und FDP b) 6. 2. 1990 c) 11/6367	Aufhebung der Bedingung eines mindestens einjährigen Wehrdienstes als Voraussetzung der Wählbarkeit zum Wehrbeauftragten; Klarstellung, daß auch weibliche Kandidaten wählbar sind.	a) 7. 3. 1990 b) 30. 3. 1990 BGBl. I S. 599

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Zwölftes Gesetz zur Änderung des Abgeordneten-gesetzes und Elfte Gesetz zur Änderung des Europa-abgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 19. 6. 1990 c) 11/7426	Anhebung der monatlichen Entschä-digung für die Mitglieder des Bundestages und für die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments von 9 221 DM auf 9 664 DM; Anhebung der Kostenpauschale für die Mitglie-der des Bundestages von 5 274 DM auf 5 443 DM, beides ab 1. Juli 1990.	a) 13. 9. 1990 b) 14. 11. 1990 BGBl. I S. 2466
Gesetz zur Fortentwick- lung der Datenverarbei- tung und des Datenschut- zes	a) BReg b) 6. 4. 1989 c) 11/4306	Zusammenfassung und Präzisierung der Rechtsgrundlagen über die Erhe- bung und Verarbeitung personenbezo- gener Daten in einem Artikelgesetz ... Wahl des Bundesbeauftragten für den Datenschutz durch den Bundestag.	a) 31. 5. 1990 b) 20. 12. 1990 BGBl. I S. 2954
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundes- verfassungsgericht	a) DIE GRÜNEN b) 20. 3. 1987 c) 11/73	Wahl der Richter zum Bundesverfas- sungsgericht durch den Bundestag auf der Basis einer in einem Ausschuß erfolgten öffentlichen Anhörung.	a) –
Gesetz zur Änderung des Gesetzes nach Art. 45 c des Grundgesetzes	a) DIE GRÜNEN b) 19. 10. 1987 c) 11/984	Ergänzung der Rechte des Petitions- ausschusses zur gleichrangigen Behandlung von „Bitten“ und „Beschwerden“; Gewährleistung des Schutzes der Ausschlußminderheit.	a) –
Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersu- chungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschuß- gesetz)	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 26. 2. 1988 c) 11/1896	Ausführungsgesetz zu Art. 44 GG: Einsetzung, Aufgabe und Geschäfts- ordnungsrecht von Untersuchungsaus- schüssen des Bundestages, Veranke- rung der Minderheitenrechte, Straf- vorschriften über uneidliche Falsch- aussage und Meineid, Auskunftspflicht der Bundesregierung.	a) –

Hinweis

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind außerdem in den folgenden Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** enthalten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 21.8 Banneile

noch: 11. Wahlperiode (1987–90)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschußgesetz)	a) SPD b) 18. 3. 1988 c) 11/2025	Ausführungsgesetz zu Art. 44 GG: Beseitigung von Rechtsunsicherheiten bei Anwendung der sog. IPA-Regeln, keine Möglichkeit zur Änderung des Untersuchungsgegenstands gegen den Willen der Minderheit, Regelung des Beweiserhebungsrechts unter Hervorhebung der Minderheitenrechte, Ergänzung von Geheimschutzregelungen hinsichtlich des Auskunftsbeglehrens eines Untersuchungsausschusses, Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts bei Streitigkeiten anlässlich des Untersuchungsausschußverfahrens, Anrufung des Amtsgerichts Bonn zur Festsetzung der Entschädigung einer Auskunftsperson, Anrufung des Verwaltungsgerichts bei Ersuchen um Rechtshilfe zur Erhebung von Beweisen.	a) –
Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes	a) DIE GRÜNEN b) 21. 4. 1988 c) 11/2175	Wahl des Bundesbeauftragten für den Datenschutz in geheimer Wahl durch den Bundestag mit Zweidrittelmehrheit; vor der Wahl öffentliche Anhörung im Innenausschuß des Bundestages; Einrichtung der Institution des Bundesbeauftragten für den Datenschutz als oberste Bundesbehörde.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Gesetz zur Sicherung der Kriegswaffenkontrolle	a) SPD b) 16. 9. 1988 c) 11/2920	Änderung der Kriegswaffenliste nur durch Gesetz; Schaffung der Institution des Beauftragten des Deutschen Bundestages für die Kriegswaffenkontrolle: Einräumung einer Klagebefugnis, um eine gerichtliche Kontrolle der Genehmigungspraxis zu ermöglichen, Vorlage eines jährlichen Berichts.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Gesetz zum Schutz personenbezogener Informationen (Bundes-Informationsschutzgesetz)	a) SPD b) 13. 12. 1988 c) 11/3730	Ersetzung des Bundesdatenschutzgesetzes vom 27. 1. 1977: darin u. a. Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht betr. Abberufung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz durch den Bundestag.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)	a) BReg b) 29. 8. 1991 c) 12/1093	Zusammenführung der Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR unter der zentralen Verwaltung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes; Wahl des Bundesbeauftragten auf Vorschlag der Bundesregierung vom Deutschen Bundestag ...	a) 14. 11. 1991 b) 28. 12. 1991 BGBl. I S. 2272
Dreizehtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Zwölftes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordneten-gesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 10. 10. 1991 c) 12/1282	Anhebung der monatlichen Abgeordnetenentschädigung um 4,8 v. H. von 9664 DM auf 10128 DM, Erhöhung der Kostenpauschale um 5,9 v. H. von 5443 DM auf 5765 DM; Anhebung der Entschädigung der deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf 10128 DM.	a) 7. 11. 1991 b) 14. 1. 1992 BGBl. I S. 2
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 16. 10. 1991 c) 12/1324	Überprüfung der Bundestagsabgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Erlaß von Richtlinien des Deutschen Bundestages für das parlamentsinterne Überprüfungsverfahren; Zuständigkeit des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung für die Durchführung des parlamentsinternen Überprüfungsverfahrens.	a) 5. 12. 1991 b) 20. 1. 1992 BGBl. I S. 67
Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, des Strafgesetzbuches und anderer Gesetze	a) BReg b) 10. 9. 1991 c) 12/1134	Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses bei Verdacht auf illegale Rüstungsexporte; Einrichtung eines Gremiums aus fünf Mitgliedern des Bundestages, das über die Durchführung des Gesetzes zu unterrichten ist.	a) 23. 1. 1992 b) 28. 2. 1992 BGBl. I S. 372

Hinweis

Eine chronologisch nach den Wahlperioden gegliederte Auflistung aller Maßnahmen, die bei großzügiger Interpretation dem Bereich der Parlamentsreform zugerechnet werden können, ist im Abschnitt 13.2 vorgenommen worden. Im übrigen taucht das Thema „Parlamentsreform“ in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt.

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes und zur Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 26. 11. 1991 und 9. 12. 1991 c) 12/1643 und 12/1774	Verbesserung der Kontrollfunktion der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK): Berichtspflicht der Bundesregierung über alle Vorgänge von besonderer Bedeutung, Mitberatung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste, Akteneinsicht, Anhörung bestimmter Personen, öffentliche Bewertung aktueller Vorgänge, Berichterstattung der PKK an den Bundestag, Beschlagnahmeverbot von Schriftstücken eines Bundestags- bzw. Landtagsabgeordneten; Regelung der Voraussetzung, unter der Abgeordnetenpost einer G 10-Maßnahme unterzogen werden darf.	a) 12. 3. 1992 b) 11. 6. 1992 BGBl. I S. 997
Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union	a) BReg b) 1. 10. 1992 c) 12/3334	Ratifizierung des am 7. 2. 1992 in Maastricht unterzeichneten Vertrags: Gründung der Europäischen Union als Rahmen für die Europäischen Gemeinschaften (u. a. Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments).	a) 2. 12. 1992 b) 30. 12. 1992 BGBl. II S. 1251
Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union	a) SPD b) 4. 11. 1992 c) 12/3609 sowie a) CDU/CSU und FDP b) 4. 11. 1992 c) 12/3614	Mitwirkung des Bundestages an der Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten der Europäischen Union, Bestellung eines Bundestagsausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union, umfassende Unterrichtung über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union durch die Bundesregierung, Übersendung der Entwürfe von Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union, ausreichende Gelegenheit zu Stellungnahmen des Bundestages.	a) 2. 12. 1992 b) 19. 3. 1993 BGBl. I S. 311
Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union	a) BReg b) 22. 10. 1992 c) 12/3540	Ausführungsgesetz zu Art. 23 Abs. 6 GG (neu): Regelung der Mitwirkung der Länder über den Bundesrat an Vorhaben der Europäischen Union mit Ausnahme der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; Außerkrafttreten von Art. 2 des Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte.	a) 2. 12. 1992 b) 19. 3. 1993 BGBl. I S. 313

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordneten-gesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 10. 12. 1992 c) 12/3978	Anhebung der monatlichen Abgeordnetenentschädigung um 2,35 v. H. von 10 128 DM auf 10 366 DM, Erhöhung der Kostenpauschale um 3,69 v. H. von 5 765 DM auf 5 978 DM; Anhebung der Entschädigung der deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf 10 366 DM.	a) 15. 1. 1993 b) 28. 4. 1993 BGBl. I S. 462
Gesetz über besondere Maßgaben für die Anwendung des Parteiengesetzes	a) CDU/CSU, SPD, FDP und B 90/GRÜNE b) 16. 6. 1993 c) 12/5134	Anwendung der Vorschriften über Abschlagszahlungen an Parteien auch auf Listenvereinigungen für die Wahl zum 13. Bundestag.	a) 2. 7. 1993 b) 19. 11. 1993 BGBl. I S. 1862
Achtundzwanzigstes Strafrechtsänderungsgesetz – Abgeordnetenbestechung	a) SPD b) 21. 11. 1991 c) 12/1630 sowie a) CDU/CSU und FDP b) 20. 10. 1993 c) 12/5927	Strafbarkeit des Stimmenkaufs oder -verkaufs bei Wahlen zum Europäischen Parlament sowie den Volksvertretungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden, Möglichkeit der Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts.	a) 12. 11. 1993 b) 21. 1. 1994 BGBl. I S. 84
Sechstes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 28. 9. 1993 c) 12/5774	Neuregelung der Parteienfinanzierung: Ablösung der Regelungen über die Wahlkampfkostenerstattung und den Chancenausgleich durch eine staatliche Teilfinanzierung der politischen Parteien, Überarbeitung der Regelungen zur mittelbaren Parteienfinanzierung gem. der vom Bundesverfassungsgericht aufgezeigten Grundsätze.	a) 12. 11. 1993 b) 4. 2. 1994 BGBl. I S. 142
Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktions-gesetz)	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 20. 4. 1993 c) 12/4756	Gesetzliche Regelung von Rechtsstellung, Aufgaben, Organisation, Finanzierung, Haushalts- und Wirtschaftsführung, Pflicht zur Rechnungslegung sowie Rechnungsprüfung durch den Bundesrechnungshof der Fraktionen im Deutschen Bundestag.	a) 12. 11. 1993 b) 19. 3. 1994 BGBl. I S. 526

Hinweis

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 34).

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz)	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 18. 1. 1994 c) 12/6614	Gesetzliche Festlegung von Berlin als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung, Festlegung einer fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn durch Ansiedlung von Bundesministerien in Berlin und Bonn, Unterstützung der Städte Berlin und Bonn bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen ... Bekanntmachung des Umzugstermins im Bundesgesetzblatt. Die Gesamtkosten können auf 20 Mrd DM begrenzt werden, die sich auf zehn Jahre verteilen.	a) 10. 3. 1994 b) 6. 5. 1994 BGBl. I S. 918
Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordneten-gesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 1. 6. 1994 c) 12/7777	Redaktionelle Änderungen und Klarstellungen im Abgeordnetengesetz und im Europaabgeordnetengesetz: Aufhebung von Regelungen bezüglich des früheren Sonderstatus Berlins, Beseitigung von Ungleichbehandlungen von Mitgliedern des Bundestages und des Europäischen Parlaments, Beseitigung von Unklarheiten hinsichtlich des Umfangs der erstattungsfähigen Kosten bei Dienstreisen und der Anrechnung von Bezügen aus öffentlichen Kassen, Beibehaltung einer Entschädigungszahlung an deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments, Bindung des passiven Wahlrechts zum Europäischen Parlament an die Unionsbürgerschaft, gesetzliche Regelung der Verschwiegenheitspflicht und der Erteilung von Aussagegenehmigungen für Abgeordnete.	a) 24. 6. 1994 b) 11. 11. 1994 BGBl. I S. 3346
Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschuß-gesetz)	a) CDU/CSU, FDP, SPD, PDS/LL b) 24. 4. 1991 c) 12/418	Ausführungsgesetz zu Art. 44 GG: Regelung für Einsetzung und Verfahren der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages, u. a. Aktenvorlage durch Behörden, Ladung und Vernehmung von Zeugen, Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrecht, Kostenregelung und Klärung der Gerichtszuständigkeit, Rechte des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß.	a) –

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über das Verfahren zur Durchführung des Volksentscheides nach Artikel 146 Abs. 2 des Grundgesetzes (G Artikel 146 Abs. 2)	a) SPD b) 4. 6. 1991 c) 12/657	Fragestellung des Volksentscheids über den Sitz von Parlament und Regierung der Bundesrepublik Deutschland, Tag des Volksentscheids, Anwendung von Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren bei Volksentscheid, Volksbegehren und Volksbefragung nach Art. 29 Abs. 6 GG.	a) – (in 2. Beratung für erledigt erklärt)
Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Gesetz zur Änderung des Bundesministeregesetzes (Stasi-Überprüfungsgesetz)	a) B 90/GRÜNE b) 16. 10. 1991 c) 12/1325	Überprüfung aller Bundestagsabgeordneten, Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre auf eine Tätigkeit oder Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit.	a) – (in 2. Beratung abgelehnt)
Gesetz zur Regelung des Rechts der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (Untersuchungsausschußgesetz)	a) SPD b) 30. 10. 1991 c) 12/1436	Ausführungsgesetz zu Art. 44 GG: Regelung für Einsetzung und Verfahren der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages, keine Änderung des Untersuchungsgegenstandes gegen den Willen der Antragsteller, Regelung des Beweiserhebungsrechts unter Berücksichtigung der Minderheitenrechte, Gewährleistung des Geheimschutzes, gerichtliche Zuständigkeiten, Rechte des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß.	a) –
Gesetz zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung (... Strafrechtsänderungsgesetz)	a) B 90/GRÜNE b) 5. 12. 1991 c) 12/1739	Strafbarkeit des Stimmenkaufs oder -verkaufs bei Wahlen zu Volksvertretungen einschließlich Europawahlen, Volksabstimmungen, Urwahlen in der Sozialversicherung sowie anderen Wahlen in Volksvertretungen und Einrichtungen der Gebietskörperschaften.	a) – (in 2. Beratung für erledigt erklärt)
Gesetz zur Durchführung eines Volksentscheids über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in einer Europäischen Union und die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages über eine Europäische Union (Europa-Abstimmungsgesetz)	a) PDS/LL b) 6. 10. 1992 c) 12/3353	Durchführung eines Volksentscheids über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in einer Europäischen Union und den Vertrag von Maastricht am 6. Dezember 1992: Anwendung des Gesetzes zu Art. 29 Abs. 6 Grundgesetz.	a) – (in 2. Beratung abgelehnt)

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz	a) B 90/GRÜNE b) 25. 11. 1992 c) 12/3826	Eröffnung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu einer Volksgesetzgebung durch Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene, Befassung des Parlaments mit einer Sachfrage aufgrund einer Initiative von 100 000 Stimmberechtigten, Volksbegehren auf Durchführung eines Volksentscheids bei Vorliegen von einer Million Unterschriften, Zustandekommen von Gesetzen durch einfache, bei Verfassungsänderungen durch Zweidrittelmehrheit, Zugang der Initiatoren zu den öffentlich-rechtlichen Medien.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Gesetz zur Aufhebung des Bannteilengesetzes	a) B 90/GRÜNE b) 10. 3. 1993 c) 12/4530	Aufhebung des Verbots von Versammlungen in Bankkreisen von Bund und Ländern (§ 16 Versammlungsgesetz) sowie der damit zusammenhängenden Strafvorschriften des § 106a Strafgesetzbuch.	a) – (in 2. Beratung abgelehnt)
Gesetz zur Wahl der Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts	a) B 90/GRÜNE b) 5. 7. 1993 c) 12/5375	Wahl von vier Richterinnen und vier Richtern in jeden Senat des Bundesverfassungsgerichts, Erweiterung der Qualifikation über die Befähigung zum Richteramt hinaus, Vorstellung in einer öffentlichen Anhörung, Wahl durch den Deutschen Bundestag mit zwei Dritteln der Stimmenmehrheit.	a) –
Gesetz über den Tag der Mahnung und Erinnerung an die jüdischen Opfer des Massenmordes während der Nazidiktatur zwischen 1933 und 1945 in Deutschland	a) PDS/LL b) 29. 9. 1993 c) 12/5781	Erklärung des 9. November zum offiziellen Gedenktag für die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Massenmordes, Durchführung einer jährlichen Gedenkveranstaltung am 9. November durch den Deutschen Bundestag.	a) –
Gesetz über die Finanzierung der Fraktionen (Fraktionsfinanzierungsgesetz)	a) B 90/GRÜNE b) 29. 9. 1993 c) 12/5788	Gesetzliche Regelung der Fraktionsfinanzierung, Einführung einer absoluten Obergrenze für die Zuschüsse an die Fraktionen bis zum 31. 12. 2000, Verpflichtung der Fraktionen zur Offenlegung ihrer Finanzen, Überprüfung durch den Rechnungshof und Vorlage eines jährlichen Prüfberichts.	a) – (in 2. Beratung für erledigt erklärt)

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre (ParlStG)	a) B 90/GRÜNE b) 10. 11. 1993 c) 12/6103	Aufhebung des Gesetzes wegen Nichterfüllung der darin gesetzten Erwartungen und wegen verfassungsrechtlicher Bedenken.	a) –
Gesetz über die Annahme einer neuen Verfassung nach Artikel 146 des Grundgesetzes	a) PDS/LL b) 12. 1. 1994 c) 12/6570	Ausführungsgesetz zu Art. 146 GG: Durchführung eines Volksentscheids über die Annahme einer neuen Verfassung (Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ vom April 1990).	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung von Vorschriften über parlamentarische Gremien	a) CDU/CSU, SPD, B 90/GR u. FDP b) 15. 2. 1995 c) 13/543	Erhöhung der Zahl der ordentlichen Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, des Gremiums nach § 41 Abs. 4 Außenwirtschaftsgesetz sowie des Gremiums und der Kommission nach dem G10-Gesetz entsprechend den Fraktionsstärken.	a) 9. 3. 1995 b) 11. 5. 1995 BGBl. I S. 582

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweise

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind außerdem in den folgenden Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** enthalten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 21.8 Banne

In der gleichen Weise wie die parlamentsrechtlichen Gesetze sind im vorliegenden **Datenhandbuch** in Abschnitt 1.1 alle verkündeten Gesetze und alle nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zum Wahlrecht zusammengestellt.

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten	a) CDU/CSU und SPD b) 28. 11. 1995 c) 13/3121	Aufhebung des Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes; Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes: Anhebung der Entschädigung der Abgeordneten in Orientierung an den Bezügen eines kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in der Besoldungsgruppe B 6 bzw. eines Richters an einem obersten Bundesgericht in der Besoldungsgruppe R 6 zunächst in vier zielführenden Schritten bis zum 1. 1. 1998. Regelung späterer Anpassungen, weitere Auffächerung der monatlichen Kostenpauschale, Halbierung des Bezugszeitraums für das Übergangsgeld, strukturelle Änderungen bei der Altersentschädigung, Bestandsschutz für bestehende Ansprüche und Anwartschaften; Anpassung der Entschädigung und der Versorgungsleistungen für Europaabgeordnete an die Regelungen für Bundestagsabgeordnete und ihre Hinterbliebenen.	a) 8. 12. 1995 b) 21. 12. 1995 BGBl. I S. 1718
Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU, SPD, B90/GR u. FDP b) 11. 6. 1996 c) 13/4840	Verschiebung der mit dem Gesetz zur Rechtsstellung beschlossenen Termine zur Erhöhung der Diäten und der Bemessungsbeträge für die Altersentschädigung um jeweils ein Jahr.	a) 13. 6. 1996 b) 24. 6. 1996 BGBl. I S. 843
Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Besetzung von Gremien	a) B 90/GR b) 7. 3. 1995 c) 13/693	Entsendung einer Vertreterin bzw. eines Vertreters in das Kuratorium der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ sowie in das Kuratorium der Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen in der DDR“ durch alle Fraktionen des Deutschen Bundestages entsprechend den Fraktionsstärken.	a) – ²⁾

²⁾ bei Redaktionsschluß am 31. August 1997 letzter Stand: Ausschußüberweisung

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes (Wahl der Richter und Richterinnen)	a) B 90/GR b) 2. 6. 1995 c) 13/1626	Unmittelbare Wahl der vom Bundestag zu berufenden Richter und Richterinnen, jeweils vier Richterinnen und vier Richter pro Senat, Vorbereitung der Wahl durch einen zwölfköpfigen Bundestagsausschuß, öffentliche Anhörung der zur Wahl vorgeschlagenen, Wahlverfahren beim Bundesrat, Wahl mit Zweidrittelmehrheit, Möglichkeit der Ernennung von Hochschulabsolventen aus anderen als juristischen Fachdisziplinen.	a) – (Gesetzentwurf zurückgezogen)
Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	a) CDU/CSU und SPD b) 28. 6. 1995 c) 13/1825	Umsetzung der Vorgaben des geänderten Art. 48 Abs.3 Grundgesetz: Änderungen des Abgeordnetengesetzes: Angleichung der Entschädigung der Abgeordneten an die jährlichen Bezüge eines Richters an einem obersten Bundesgericht (R6) in sechs Schritten bis zum 1. 1. 2000, Streichung § 30 betr. jährlicher Bericht der Präsidentin des Bundestages über die Angemessenheit der Entschädigung, weitere Auffächerung der monatlichen Kostenpauschale, Halbierung des Bezugszeitraums für das Übergangsgeld, strukturelle Änderungen bei der Altersentschädigung, Bestandsschutz für bestehende Ansprüche und Anwartschaften; Anpassung der Entschädigung und der Versorgungsleistungen für Europaabgeordnete an die Regelungen für Bundestagsabgeordnete und ihre Hinterbliebenen.	a) 21. 9. 1995 b) – (Aufhebung des Gesetzes durch das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten vom 21. 12. 1995 [BGBl. I S. 1718])
Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes – Wahl der Richter und Richterinnen	a) B 90/GR b) 27. 7. 1995 c) 13/2088	Entsendung von jeweils vier Richterinnen und Richtern in jeden Senat, unmittelbare Wahl der vom Bundestag zu Berufenden nach vorangegangener öffentlicher Anhörung der Bewerber, Vorbereitung der Wahl durch einen zwölfköpfigen Bundestagsausschuß, Wahlverfahren beim Bundesrat, Wahl mit Zweidrittelmehrheit.	a) – ²⁾

²⁾ bei Redaktionsschluß am 31. August 1997 letzter Stand: Ausschußüberweisung

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Sechstes Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes	a) PDS b) 18. 10. 1995 c) 13/2686	Wahl der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts durch das Plenum des Bundestages mit Zweidrittelmehrheit, Erstellung einer Vorschlagsliste durch den Rechtsausschuß des Bundestages, öffentliche Anhörung der Kandidaten, öffentliche Ausschreibung freier werdender Stellen, Besetzung der Senate je zur Hälfte mit Frauen.	a) – ²⁾
Gesetz zur Aufhebung des Bannmeilengesetzes und zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches	a) PDS b) 26. 10. 1995 c) 13/2768	Aufhebung des Verbots von Versammlungen im Bannkreis um den Deutschen Bundestag und das Bundesverfassungsgericht und der damit zusammenhängenden Vorschriften in § 16 Versammlungsgesetz und in § 106a Strafgesetzbuch.	a) – ²⁾
Gesetz zur Regelung der Abgeordnetenbezüge für den Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament	a) B 90/GR b) 29. 11. 1995 c) 13/3139	Aufhebung des Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes; Anhebung der Entschädigung der Abgeordneten um 2,4 v. H. von gegenwärtig 10366 DM auf 10615 DM zum 1. 1. 1996. Festlegung von Maßstäben für künftige Diätenanpassungen, insbesondere allgemeine Einkommensentwicklung als Richtschnur. Angleichung der Regelungen für Europaabgeordnete an die Neuregelung für Bundestagsabgeordnete.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

²⁾ bei Redaktionsschluß am 31. August 1997 letzter Stand: Ausschlußüberweisung

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 6.11 mit einer statistischen Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen, nach Ressorts gegliedert,
- 6.18 mit einer Aufstellung der von den Ressorts an den Bundestag erstatteten Berichte,
- 6.20 mit der parlamentarischen Beanspruchung der Bundesministerien,
- 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert,
- 12.1 mit der Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen,
- 17.3 mit einer Statistik der Petitionen, aufgegliedert nach der Zuständigkeit der Ministerien.

noch: 13. Wahlperiode (1994–)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Sechszehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	a) FDP b) 29. 11. 1995 c) 13/3154	Aufhebung des Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes; Änderung des Abgeordnetengesetzes: Anhebung der Entschädigung der Abgeordneten auf 11 200 DM zum 1. 1. 1996 und auf 12 000 DM zum 1. 7. 1997, Erhöhung und weitere Auffächerung der monatlichen Kostenpauschale, Halbierung des Höchstbezugszeitraums für das Übergangsgeld, strukturelle Änderungen bei der Altersentschädigung, Bestandsschutz für bestehende Ansprüche und Anwartschaften. Änderung des Europaabgeordnetengesetzes: Anpassung der Entschädigung und Versorgungsleistungen an die Regelungen für Bundestagsabgeordnete und ihre Hinterbliebenen.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Gesetz zur Änderung des Gesetzes nach Artikel 45 c des Grundgesetzes	a) B 90/GR b) 24. 1. 1996 c) 13/3570	Erweiterung der Befugnisse des Petitionsausschusses des Bundestages auf „Bitten“, Gewährleistung des Schutzes der Ausschlußminderheit.	a) ⁻²⁾
Gesetz über die Bürgerbeauftragte des Deutschen Bundestages (Bürgerbeauftragtengesetz)	a) B 90/GR b) 24. 1. 1996 c) 13/3578	Bürgernahe Gestaltung des Petitionsrechts durch Einsetzung einer dem Petitionsausschuß zugeordneten Bürgerbeauftragten, Stärkung der Stellung des Bürgers gegenüber Behörden als Teil der parlamentarischen Kontrolle, Akteneinsichtsrecht und Zutrittsrecht der Bürgerbeauftragten, Verpflichtung von Behörden zur Amtshilfe, Wahl der Bürgerbeauftragten durch Zweidrittelmehrheit.	a) ⁻²⁾
Gesetz zur Aussetzung der Diätenerhöhung für Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments	a) B 90/GR b) 21. 5. 1996 c) 13/4667	Verschiebung der für 1996 geplanten Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung um ein Jahr, der für den 1. 7. 1996 vorgesehenen Anpassung zum 1. 4. 1997 sowie der darauffolgenden Anpassungszeitpunkte.	a) ⁻²⁾

²⁾ bei Redaktionsschluß am 31. August 1997 letzter Stand: Ausschlußüberweisung

■ Angaben zu parlamentsrechtlichen Gesetzen, die ab September 1997 verabschiedet worden sind, sind im NACHTRAG unter 15.1 zu finden.

15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur

Die folgenden zwei Aufstellungen*) geben – mit Stand August 1997 – eine Übersicht über die vorhandenen Kommentare zum Grundgesetz sowie über Bearbeiter, Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden, den Bereich Bundestag betreffenden Grundgesetz-Artikel:**)

- Art. 17 (Petitionsrecht)
- Art. 20 (Grundlagen staatlicher Ordnung, Widerstandsrecht)
- Art. 21 (Parteien)
- Art. 38 (Wahl)
- Art. 39 (Wahlperiode, Zusammentritt, Einberufung)
- Art. 40 (Präsident, Geschäftsordnung)
- Art. 41 (Wahlprüfung)
- Art. 42 (Verhandlung, Abstimmung)
- Art. 43 (Anwesenheit der Regierungs- und Bundesratsmitglieder)
- Art. 44 (Untersuchungsausschüsse)
- Art. 45 (bis 1976: Ständiger Ausschuß; ab 1992: Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union)
- Art. 45a (Ausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung)
- Art. 45b (Wehrbeauftragter)
- Art. 45c (Petitionsausschuß)
- Art. 46 (Indemnität und Immunität)
- Art. 47 (Zeugnisverweigerungsrecht)
- Art. 48 (Ansprüche der Abgeordneten)
- Art. 49 (Rechte zwischen zwei Wahlperioden)
- Art. 63 (Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers)
- Art. 67 (Konstruktives Mißtrauensvotum)
- Art. 68 (Vertrauensfrage, Auflösung des Bundestages)
- Art. 70 (Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern)
- Art. 71 (Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes, Begriff)
- Art. 72 (Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes, Begriff)
- Art. 73 (Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes, Katalog)
- Art. 74 (Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes, Katalog)
- Art. 74a (Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes, Besoldung und Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes)
- Art. 75 (Rahmengesetzgebung des Bundes, Katalog)
- Art. 76 (Gesetzesvorlagen)
- Art. 77 (Gesetzgebungsverfahren)
- Art. 78 (Zustandekommen der Bundesgesetze)
- Art. 81 (Gesetzgebungsnotstand)

*) Vgl. auch *Ludger-Anselm Versteyl*, Der Deutsche Bundestag in der verfassungsrechtlichen Kommentarliteratur und in den Reformvorschlägen der Enquete-Kommission Verfassungsreform. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 9. 1978. H. 1. S. 126–131.

***) Bei den Art. 38 bis 49 GG handelt es sich um die im Teil III „Der Bundestag“ zusammengefaßten Artikel.

Hinweis

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 33).

Übersicht über die Kommentare zum Grundgesetz

Umfang der Kommentare nach Bänden	Lfd. Nr.	Herausgeber/ Verfasser/ Bearbeiter	Titel	Ort, Verlag	Auflagen/ Bände/ Jahr	Seiten ¹⁾	Loseblatt-Ausgabe	Abkürzung
Mehrbändige Kommentare	1	<i>Rudolf Dolzer</i> (Gesamtherausgeber)	Bonner Kommentar zum Grundgesetz	Heidelberg: C. F. Müller Juristischer Verlag ²⁾	11 Ordner 1950–	–	ja	BK
	2	<i>Hermann von Mangoldt</i> , <i>Friedrich Klein</i>	Das Bonner Grundgesetz	Berlin, Frankfurt a. M., München: Franz Vahlen	2. Aufl. 3. Bde., 1957, 1964, 1974	2717	nein	vM/K
	3	Begr. v. <i>Hermann von Mangoldt</i> , fortgef. v. <i>Friedrich Klein</i> ; Bearb.: <i>Christian Starck</i> (Bd. 1), <i>Norbert Achterberg</i> u. <i>Martin Schulte</i> (Bd. 6), <i>Christian Pestalozza</i> (Bd. 8), <i>Axel Frhr. von Campenhausen</i> (Bd. 14) ³⁾	Das Bonner Grundgesetz. Kommentar	München: Franz Vahlen	3. vollst. neubearb. Aufl., 14 Bde. ³⁾ , 1985–; Bd. 1: 1985, Bd. 6: 1991, Bd. 8: 1996, Bd. 14: 1991	Bd. 1: X, 670 Bd. 6: X, 426 Bd. 8: XXIII, 1528 Bd. 14: XIX, 369	nein	K
	4	<i>Theodor Maunz</i> , <i>Günter Dürig</i> , <i>Roman Herzog</i> , <i>Rupert Scholz</i> u. a.	Grundgesetz. Kommentar	München: C. H. Beck	4 Bde., 1958–	–	ja	M/D
	5	<i>Gerhard Leibholz</i> , <i>Hans-Justus Rinck</i> , <i>Dieter Hesselberger</i> ⁴⁾	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar an Hand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	Köln: Dr. Otto Schmidt	1995, 2 Ordner	–	ja	L/R

¹⁾, ²⁾, ³⁾, ⁴⁾ Fußnoten auf Seite 3055

Umfang der Kommentare nach Bänden	Lfd. Nr.	Herausgeber/ Verfasser/ Bearbeiter	Titel	Ort, Verlag	Auflagen/ Bände/ Jahr	Seiten ¹⁾	Loseblatt-Ausgabe	Abkürzung
noch: Mehrbändige Kommentare	6	<i>Ingo von Münch</i> (Hrsg.), ab 1996: Begr. von <i>Ingo von Münch</i> , hrsg. von <i>Philip Kunig</i>	Grundgesetz-Kommentar	München: C. H. Beck	3 Bde.; Bd. 1: 3. Aufl. 1985, Bd. 2: 2. Aufl. 1983, Bd. 3: 3. Aufl. 1996	Bd. 1: XXII, 872 Bd. 2: XXI, 962 Bd. 3: XXXII, 1788	nein	vM
	7	<i>Rudolf Wassermann</i> (Hrsg.)	Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (= Reihe Alternativkommentare)	Neuwied, Frankfurt a. M.: Luchterhand	2. Aufl. 2 Bde., 1989	Bd. 1: 1920 Bd. 2: 1675	nein	AK
	8	<i>Horst Dreier</i> (Hrsg.)	Grundgesetz. Kommentar	Tübingen: Mohr/Siebeck	Bd. 1: 1996	Bd. 1: XXVII, 1219	nein	Dr
Einbändige Kommentare	9	<i>Andreas Hamann</i> , fortgeführt von <i>Andreas Hamann jr.</i> und <i>Helmut Lenz</i>	Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis	Neuwied, Berlin: Luchterhand	3. Aufl. 1970	XXXII, 771	nein	H/L
	10	<i>Bruno Schmidt-Bleibtreu</i> , <i>Franz Klein</i> unter Mitarb. von <i>Hans Bernhard Brockmeyer</i>	Kommentar zum Grundgesetz	Neuwied, Berlin: Luchterhand/ Kriftel	8. Aufl. 1995	XXVIII, 1646	nein	SB/K
	11	<i>Karl-Heinz Seifert</i> und <i>Dieter Hömig</i>	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland [Das Deutsche Bundesrecht. Taschenkommentar]	Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft	5. Aufl. 1995	766	nein	S/H
	12	<i>Hans D. Jarass</i> und <i>Bodo Pieroth</i>	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar	München: C. H. Beck	4. Aufl. 1997	XXV, 1189	nein	J/P

	13	<i>Michael Sachs</i> (Hrsg.)	Grundgesetz. Kommentar	München: C. H. Beck	1996	LXII, 2015	nein	Sachs
	14	<i>Otto Model</i> , fortgeführt von <i>Klaus Müller</i>	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Taschenkommentar für Studium und Praxis [Heymanns Taschenkommentare]	Köln [usw.]: Heymanns	11. Aufl. 1996	XXIV, 824	nein	M/M
Einbändige Kurzkommenn- tare ⁵⁾	15	<i>Friedrich Giese</i> , <i>Egon Schunck</i>	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Vom 23. Mai 1949	Frankfurt a. M.: Kommentator Verlag	9. Aufl. 1976	342	nein	G/S
	16	<i>Dieter Hesselberger</i>	Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung	Neuwied: Luchterhand	10. Aufl. 1996	392	nein	DH
	17	<i>Peter Schade</i>	Grundgesetz mit Kommentierung	Regensburg, Bonn: Walhalla und Praetoria Verlag	4. Aufl. 1997	271	nein	Sch
	18	<i>Michael Blank</i> , <i>Helmut Fangmann</i> , <i>Ulrich Hammer</i>	Grundgesetz. Basiskommentar	Köln: Bund-Verlag	2. Aufl. 1996	516	nein	B/F/H

1) Bei Loseblattausgaben wurde keine Seitenzählung vorgenommen.

2) Bis 1987: Hansischer Gilddenverlag, Hamburg.

3) Nach vier Bänden abgebrochen; vgl. u. a. *Erich Röper*, Letzter Band einer abgebrochenen Reihe. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 28. 1997. H. 3. S. 527–528.

4) Nach dem Tode von *Gerhard Leibholz* und *Hans-Justus Rinck* von *Dieter Hesselberger* allein fortgeführt.

5) Kommentare unter 700 Seiten.

Hinweis

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 33).

Kommentierung der einzelnen Grundgesetz-Artikel über den Deutschen Bundestag: Bearbeiter, Bearbeitungsjahr und Umfang

Lfd. Nr. ¹⁾	Abk. ¹⁾	Bearbeiter der einzelnen GG-Artikel	Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden GG-Artikel:																	
			17	20	21	38	39	40	41	42	43	44	45 ²⁾	45a	45b	45c	46	47		
1	BK	<i>Prodromos Dagdoglou</i>	1967 49 S.																	
		<i>Kurt Georg Wernicke</i>		1968 11 S.																
		<i>Wilhelm Henke</i>			1991 380 S.															
		<i>Peter Badura</i>				1966 60 S.														
		<i>Gerald Kretschmer</i>					1979 27 S.													
		<i>R. Peter Dach</i>						1996 40 S.												
		<i>Hermann Rechenberg</i>								1978 61 S.			1978 46 S.							
		<i>Rolf Schneider</i>									1952 3 S.									1952 2 S.
		<i>Meinhard Schröder</i>										1982 66 S.								
		<i>Wilfried Berg</i>													1986 189 S.					
		<i>Eckart Busch</i>														1989 255 S.				
		<i>Thomas Würtenberger</i>																1979 73 S.		
<i>Siegfried Magiera</i>																	1981 59 S.			

Lfd. Nr. ¹⁾	Abk. ¹⁾	Bearbeiter der einzelnen GG-Artikel	Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden GG-Artikel:																
			17	20	21	38	39	40	41	42	43	44	45 ²⁾	45a	45b	45c	46	47	
2	vM/K	<i>Friedrich Klein</i>	1957 8 S.	1957 27 S.	1957 22 S.	1964 21 S.	1964 13 S.	1964 12 S.	1964 8 S.	1964 9 S.	1964 4 S.	1964 12 S.	1964 3 S.	1964 3 S.	1964 7 S.		1964 21 S.	1964 3 S.	
3	K	<i>Norbert Achterberg und Martin Schulte</i>				1991 89 S.	1991 17 S.	1991 30 S.	1991 20 S.	1991 22 S.	1991 24 S.	1991 85 S.		1991 15 S.	1991 32 S.	1991 30 S.	1991 22 S.	1991 5 S.	
4	M/D	<i>Günter Dürig</i>	1960 41 S.											1977 6 S.	1960 15 S.	1976 24 S.			
		<i>Roman Herzog</i>		1980 350 S.															
		<i>Theodor Maunz</i>			1984 51 S.	1981 66 S.	1982 12 S.	1960 13 S.	1960 10 S.	1960 11 S.	1960 9 S.	1960 27 S.	1977 7 S.				1976 28 S.	1960 7 S.	
5	L/R	<i>Gerhard Leibholz, Hans-Justus Rinck und Dieter Hesselberger</i>	1990 4 S.	1990 170 S.	1991 56 S.	1998 74 S.	1991 2 S.	1991 8 S.	1995 12 S.	1991 2 S.	1991 4 S.	1991 21 S.		1991 2 S.	1991 o.K.	1991 1 S.	1991 o.K.	1991 o.K.	
6	vM	<i>Reinhard Rauball</i>	1985 11 S.														1983 11 S.	1983 4 S.	
		<i>Friedrich E. Schnapp</i>		1985 32 S.															
		<i>Ingo von Münch</i>			1983 53 S.	1983 47 S.													
		<i>Ludger-Anselm Versteyl</i>					1983 25 S.	1983 20 S.	1983 17 S.	1983 15 S.	1983 19 S.	1983 18 S.	1983 1 S.						
		<i>Karl-Andreas Hernekamp</i>													1983 7 S.	1983 17 S.	1983 9 S.		

¹⁾ Einzelheiten zu Herausgeber/Verfasser/Bearbeiter, Titel des Kommentars, Ort, Verlag und Erscheinungsjahr siehe unter derselben laufenden Nummer oder Abkürzung in der vorangegangenen Tabelle.

²⁾ Artikel 45 (alt) (= Ständiger Ausschuß) durch Änderungsgesetz vom 23. 8. 1976 aufgehoben; Artikel 45 (neu) (= Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union) durch Änderungsgesetz vom 21. 12. 1992 eingeführt. Kommentierungen des Artikels 45 GG nach 1992 beziehen sich deshalb stets auf Artikel 45 (neu) GG.

Lfd. Nr. ¹⁾	Abk. ¹⁾	Bearbeiter der einzelnen GG-Artikel	Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden GG-Artikel:																	
			17	20	21	38	39	40	41	42	43	44	45 ²⁾	45a	45b	45c	46	47		
7	AK	<i>Ekkehart Stein</i>	1989 14 S.														1989 6 S.			
		<i>Michael Bothe u. a.</i>		1989 202 S.																
		<i>Ulrich K. Preuß und Helmut Ridder</i>			1989 95 S.															
		<i>Hans-Peter Schneider</i>				1989 58 S.	1989 19 S.	1989 17 S.	1989 15 S.	1989 14 S.	1989 13 S.	1989 23 S.						1989 15 S.	1989 6 S.	
		<i>Götz Frank</i>													1989 5 S.	1989 6 S.				
8	Dr	<i>Hartmut Bauer</i>	1996 17 S.																	
9	H/L	<i>Helmut Lenz</i>	1970 4 S.		1970 21 S.															
		<i>Andreas Hamann jr.</i>		1970 13 S.		1970 6 S.	1970 1 S.	1970 2 S.	1970 2 S.	1970 2 S.	1970 1 S.	1970 2 S.	1970 1 S.	1970 1 S.	1970 1 S.		1970 4 S.	1970 1 S.		
10	SB/K	<i>Franz Klein</i>	1994 15 S.																	
		<i>Bruno Schmidt-Bleibtreu</i>		1994 30 S.	1994 21 S.	1994 25 S.	1994 6 S.	1994 6 S.	1994 5 S.	1994 5 S.	1994 8 S.	1994 10 S.	1994 2 S.	1994 2 S.	1994 3 S.	1994 5 S.	1995 6 S.	1994 3 S.		
11	S/H	<i>Dieter Hömig</i>	1995 4 S.				1995 3 S.					1995 2 S.				1995 1 S.	1995 2 S.	1995 4 S.	1995 1 S.	
		<i>Michael Antoni</i>		1995 9 S.																
		<i>Peter Silberkuhl</i>			1995 14 S.	1995 12 S.			1995 5 S.											
		<i>Peter Fülllein</i>						1995 2 S.		1995 1 S.			1995 1 S.							
		<i>Reinhard Bergmann</i>											1995 3 S.		1995 2 S.					

Lfd. Nr. ¹⁾	Abk. ¹⁾	Bearbeiter der einzelnen GG-Artikel	Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden GG-Artikel:																
			17	20	21	38	39	40	41	42	43	44	45 ²⁾	45a	45b	45c	46	47	
12	J/P	<i>Hans D. Jarass</i>	1996 3 S.	1996 49 S.															
		<i>Bodo Pieroth</i>			1996 19 S.	1996 18 S.	1996 3 S.	1996 5 S.	1996 4 S.	1996 3 S.	1996 3 S.	1996 5 S.	1996 1 S.	1996 1 S.	1996 1 S.	1996 1 S.	1996 5 S.	1996 1 S.	
13	Sachs	<i>Hartmut Krüger</i>	1995 6 S.																
		<i>Michael Sachs</i>		1995 33 S.															
		<i>Jörn Ipsen</i>			1995 43 S.														
		<i>Siegfried Magiera</i>				1995 28 S.	1995 7 S.	1995 9 S.	1995 6 S.	1995 6 S.	1995 5 S.	1995 8 S.	1995 2 S.	1995 2 S.	1995 2 S.	1995 4 S.	1995 6 S.	1995 2 S.	
14	M/M	<i>Klaus Müller</i>	1995 3 S.	1995 28 S.	1995 13 S.	1995 14 S.	1995 3 S.	1995 3 S.	1995 2 S.	1995 2 S.	1995 3 S.	1995 7 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 5 S.	1995 1 S.	
15	G/S	<i>Egon Schunck</i>	1976 1 S.	1976 5 S.	1976 4 S.	1976 3 S.	1976 1 S.	1976 2 S.	1976 1 S.	1976 1 S.	1976 1 S.	1976 2 S.	1976 1 S.	1976 1 S.	1976 1 S.	1976 1 S.	1976 3 S.	1976 1 S.	
16	DH	<i>Dieter Hesselberger</i>	1996 1 S.	1996 18 S.	1996 8 S.	1996 12 S.	1996 1 S.	1996 3 S.	1996 1 S.	1996 1 S.	1996 1 S.	1996 1 S.	1996 1 S.	1996 1 S.					
17	Sch	<i>Peter Schade</i>	1997 1 S.	1997 7 S.	1997 3 S.	1997 4 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 2 S.	1997 1 S.	
18	B/F/H	<i>Michael Blank</i>	1995 2 S.		1995 6 S.	1995 7 S.													
		<i>Helmut Fangmann</i>		1995 14 S.			1995 1 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 2 S.	1995 1 S.	1995 3 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 2 S.	1995 1 S.

¹⁾ Einzelheiten zu Herausgeber/Verfasser/Bearbeiter, Titel des Kommentars, Ort, Verlag und Erscheinungsjahr siehe unter derselben laufenden Nummer oder Abkürzung in der vorangegangenen Tabelle.

²⁾ Artikel 45 (alt) (= Ständiger Ausschuß) durch Änderungsgesetz vom 23. 8. 1976 aufgehoben; Artikel 45 (neu) (= Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union) durch Änderungsgesetz vom 21. 12. 1992 eingeführt. Kommentierungen des Artikels 45 GG nach 1992 beziehen sich deshalb stets auf Artikel 45 (neu) GG.

Lfd. Nr. ¹⁾	Abk. ¹⁾	Bearbeiter der einzelnen GG-Artikel	Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden GG-Artikel:																
			48	49 ³⁾	63	67	68	70	71	72	73	74	74a	75	76	77	78	81	
1	BK	<i>Hans-Herbert von Arnim</i>	1980 130 S.																
		<i>Rolf Schneider</i>		1952 2 S.															
		<i>Wolf-Rüdiger Schenke</i>			1984 62 S.														
		<i>Walter Meder</i>				1952 6 S.	1952 2 S.												
		<i>Heinrich Herrfahrdt</i>						1952 5 S.	1952 1 S.	1952 5 S.	1952 ⁴⁾ 4 S.	1952 ⁵⁾ 6 S.		1952 4 S.		1952 6 S.	1952 3 S.		
		<i>Christoph Degenhart</i>												1984 47 S.					
		<i>Edzard Schmidt-Jortzig und Martin Schürmann</i>														1990 226 S.			
		<i>Eckart Klein</i>																	1986 71 S.
2	vM/K	<i>Friedrich Klein</i>	1964 9 S.	1964 2 S.	1964 16 S.	1964 16 S.	1964 9 S.	1964 27 S.	1964 16 S.	1964 20 S.	1964 66 S.	1964 161 S.		1964 39 S.	1964 26 S.	1964 43 S.	1964 13 S.	1974 41 S.	
3	K	<i>Norbert Achterberg und Martin Schulte</i>	1991 23 S.																
		<i>Christian Pestalozza</i>						1996 50 S.	1995 30 S.	1995 134 S.	1996 253 S.	1996 761 S.	1996 44 S.	1996 241 S.					
4	M/D	<i>Theodor Maunz</i>	1976 13 S.	1977 3 S.				1982 23 S.	1984 20 S.	1984 13 S.	1973 53 S.	1984 111 S.	1971 11 S.	1986 54 S.	1979 10 S.	1970 16 S.	1960 4 S.		
		<i>Roman Herzog</i>			1983 25 S.	1984 21 S.	1984 33 S.											1984 32 S.	
5	L/R	<i>Gerhard Leibholz, Hans-Justus Rinck und Dieter Hesselberger</i>	1991 11 S.		1991 o. K.	1991 2 S.	1991 2 S.	1992 3 S.	1992 2 S.	1995 11 S.	1995 12 S.	1995 42 S.	1992 4 S.	1996 10 S.	1995 3 S.	1995 4 S.	1992 5 S.	1997 o. K.	

Lfd. Nr. ¹⁾	Abk. ¹⁾	Bearbeiter der einzelnen GG-Artikel	Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden GG-Artikel:																
			48	49 ³⁾	63	67	68	70	71	72	73	74	74a	75	76	77	78	81	
6	vM	<i>Reinhard Rauball</i>	1983 10 S.																
		<i>Helmuth C. F. Liesegang</i>			1983 12 S.	1983 8 S.	1983 14 S.												
		<i>Philip Kunig</i>						1996 21 S.	1996 6 S.	1996 18 S.	1996 25 S.	1996 63 S.	1996 10 S.	1996 26 S.					
		<i>Brun-Otto Bryde</i>													1996 20 S.	1996 24 S.	1996 3 S.	1996 7 S.	
7	AK	<i>Hans-Peter Schneider</i>	1989 14 S.		1989 13 S.	1989 11 S.	1989 19 S.												
		<i>Michael Bothe</i>						1989 8 S.	1989 2 S.	1989 4 S.	1989 12 S.	1989 23 S.	1989 4 S.	1989 9 S.					
		<i>Jürgen Jekewitz</i>													1989 21 S.	1989 26 S.	1989 7 S.		
		<i>Ulrich Ramsauer</i>																	1989 16 S.
8	Dr	noch keine Kommentierung																	
9	H/L	<i>Helmut Lenz</i>						1970 2 S.	1970 1 S.	1970 3 S.									
		<i>Andreas Hamann jr.</i>	1970 2 S.	1970 1 S.	1970 1 S.	1970 1 S.	1970 1 S.					1970 3 S.	1970 9 S.		1970 2 S.	1970 2 S.	1970 2 S.	1970 1 S.	1970 2 S.

1) Einzelheiten zu Herausgeber/Verfasser/Bearbeiter, Titel des Kommentars, Ort, Verlag und Erscheinungsjahr siehe unter derselben laufenden Nummer oder Abkürzung in der vorangegangenen Tabelle.

3) Durch Änderungsgesetz vom 23. 8. 1976 aufgehoben.

4) Zu einzelnen Nummern des Art. 73 GG z. T. umfangreiche spätere Bearbeitungen (bis 1988) vorhanden (zusammen 97 Seiten).

5) Zu einzelnen Nummern des Art. 74 GG z. T. umfangreiche spätere Bearbeitungen (bis 1991) vorhanden (zusammen 183 Seiten).

Lfd. Nr. ¹⁾	Abk. ¹⁾	Bearbeiter der einzelnen GG-Artikel	Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden GG-Artikel:																
			48	49 ³⁾	63	67	68	70	71	72	73	74	74a	75	76	77	78	81	
10	SB/K	<i>Franz Klein</i>	1994 7 S.		1994 4 S.	1994 3 S.	1994 6 S.												
		<i>Bruno Schmidt-Bleibtreu</i>						1994 3 S.	1994 2 S.	1994 9 S.	1994 17 S.	1994 44 S.	1994 5 S.	1994 16 S.	1994 8 S.	1994 9 S.	1994 5 S.	1994 3 S.	
11	S/H	<i>Dieter Hömig</i>	1995 3 S.												1995 7 S.	1995 6 S.	1995 4 S.		
		<i>Reinhard Bergmann</i>			1995 3 S.	1995 3 S.	1995 2 S.												
		<i>Hansjörg Dellmann</i>						1995 2 S.	1995 1 S.	1995 3 S.	1995 6 S.	1995 12 S.	1995 2 S.	1995 5 S.					1995 2 S.
12	J/P	<i>Bodo Pieroth</i>	1996 4 S.		1996 3 S.	1996 2 S.	1996 2 S.	1996 7 S.	1996 2 S.	1996 6 S.	1996 9 S.	1996 24 S.	1996 2 S.	1996 7 S.	1996 5 S.	1996 7 S.	1996 1 S.	1996 4 S.	
13	Sachs	<i>Siegfried Magiera</i>	1995 6 S.																
		<i>Martin Oldiges</i>			1995 10 S.	1995 8 S.	1995 11 S.												
		<i>Christoph Degenhart</i>						1995 20 S.	1995 4 S.	1995 13 S.	1995 14 S.	1995 25 S.	1995 4 S.	1995 11 S.					
		<i>Jörg Lücke</i>													1995 10 S.	1995 11 S.	1995 2 S.	1995 4 S.	
14	M/M	<i>Klaus Müller</i>	1995 3 S.		1995 2 S.	1995 1 S.	1995 2 S.	1995 1 S.	1995 1 S.	1995 2 S.	1995 3 S.	1995 7 S.	1995 2 S.	1995 3 S.	1995 4 S.	1995 6 S.	1995 1 S.	1995 2 S.	
15	G/S	<i>Egon Schunck</i>	1976 1 S.	1976 1 S.	1976 2 S.	1976 1 S.	1976 2 S.	1976 1 S.	1976 1 S.	1976 2 S.	1976 3 S.	1976 6 S.	1976 2 S.	1976 3 S.	1976 3 S.	1976 6 S.	1976 1 S.	1976 2 S.	
16	DH	<i>Dieter Hesselberger</i>	1996 1 S.		1996 1 S.	1996 1 S.	1996 2 S.	1996 2 S.	1996 o. K.	1996 o. K.	1996 o. K.	1996 1 S.	1996 o. K.	1996 1 S.	1996 2 S.	1996 3 S.	1996 1 S.	1996 1 S.	
17	Sch	<i>Peter Schade</i>	1997 1 S.		1997 2 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.	1997 1 S.		1997 1 S.	1997 3 S.	1997 4 S.	1997 1 S.	1997 o. K.	
		<i>Hubert Minz</i>											1997 1 S.						

Lfd. Nr. ¹⁾	Abk. ¹⁾	Bearbeiter der einzelnen GG-Artikel	Bearbeitungsjahr und Umfang der Kommentierung der folgenden GG-Artikel:															
			48	49 ³⁾	63	67	68	70	71	72	73	74	74a	75	76	77	78	81
18	B/F/H	<i>Michael Blank</i>			1995 1 S.	1995 1 S.	1995 2 S.											
		<i>Helmut Fangmann</i>	1995 2 S.					1995 2 S.	1995 1 S.	1995 2 S.	1995 5 S.	1995 1 S.		1995 3 S.	1995 2 S.	1995 3 S.	1995 1 S.	1995 1 S.
		<i>Ulrich Hammer</i>											1995 2 S.					

¹⁾ Einzelheiten zu Herausgeber/Verfasser/Bearbeiter, Titel des Kommentars, Ort, Verlag und Erscheinungsjahr siehe unter derselben laufenden Nummer oder Abkürzung in der vorangegangenen Tabelle.

³⁾ Durch Änderungsgesetz vom 23. 8. 1976 aufgehoben.

Hinweise

Änderungen des Parlamentsrechts sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in folgender Abstufung dokumentiert:

- verfassungsrechtliche Änderungen im Abschnitt 14.2: Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation,
- gesetzliche Änderungen im Abschnitt 15.1: Gesetzgebung zum Parlamentsrecht,
- geschäftsordnungsrechtliche Änderungen im Abschnitt 16.1: Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen.

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind außerdem in den folgenden Abschnitten enthalten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.9. Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.10, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt wurden.

15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

In diesem Abschnitt werden chronologisch eine Reihe parlamentsrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vorgestellt.*) Der Begriff Parlamentsrecht ist hierbei bewußt weit gefaßt und schließt auch Entscheidungen zum Wahl- und Parteienrecht ein.

Die Vorstellung der Entscheidungen geschieht in der Weise, daß aus den **Leitsätzen (in Fettdruck)** zitiert wird, die in der Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) den Beschlüssen vorangestellt sind. Soweit die konkrete Entscheidung klarer noch aus der **Entscheidungsformel** hervorgeht, ist auch diese (meist auszugsweise) aufgenommen worden.

Aufgrund dieser Methode und wegen des inoffiziellen Charakters der Leitsätze kann es sich bei jeder im folgenden wiedergegebenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur um eine erste inhaltliche Orientierung handeln. Im Bedarfsfall ist der genaue Wortlaut der Entscheidung nachzulesen.**)

*) Auswahl zum Teil nach „Einschlägige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“. In: Recht und Organisation der Parlamente. Bielefeld 1958 ff. (Loseblattsammlung)

***) Falls die Entscheidung in der Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts veröffentlicht ist, ist diese als Fundstelle angegeben (z. B. ► BVerfGE 60, 374 ff. = Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts, Band 60, Seite 374 ff.)

1. ...

5. **Ein Urteil, das ein Gesetz für nichtig erklärt, hat nicht nur Gesetzeskraft (§ 31 Abs.2 BVerfGG), sondern es bindet auch gemäß § 31 Abs.1 BVerfGG mit den tragenden Entscheidungsgründen alle Verfassungsorgane des Bundes derart, daß ein Bundesgesetz desselben Inhalts nicht noch einmal erlassen werden kann.**

6. **Stellt das Bundesverfassungsgericht fest, daß ein nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassenes Gesetz wegen Widerspruchs mit dem Grundgesetz nichtig ist, so ist dieses Gesetz von Anfang an rechtsunwirksam.**

7. ...

14. **Wenn die Fassung eines Gesetzes seinen wirklichen Gehalt nicht zum Ausdruck bringt, wenn sie mißverständlich oder irreführend ist, oder wenn das Gesetz in sich widerspruchsvoll ist, kann es wegen Widerspruchs mit den Grundsätzen des Rechtsstaates nichtig sein.**

15. ...

19. **Ob die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach Inhalt, Zweck und Ausmaß hinreichend begrenzt ist (Art. 80 Abs.1 GG) läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Jedenfalls fehlt es an der nötigen Beschränkung, wenn die Ermächtigung so unbestimmt ist, daß nicht mehr vorausgesehen werden kann, in welchen Fällen und mit welcher Tendenz von ihr Gebrauch gemacht werden wird und welchen Inhalt die auf Grund der Ermächtigung erlassenen Verordnungen haben können.**

20. **Das Bundesverfassungsgericht kann den Wortlaut des Gesetzes nicht ändern. Es kann aber den Vollzug des Gesetzes aussetzen. In einem solchen Fall kann es, soweit zur Durchsetzung seines Urteils unumgänglich notwendig, nach § 35 BVerfGG die Anwendung des Gesetzes der durch die Aussetzung und das Urteil geschaffenen Lage anpassen.**

21. ...

29. **Dem demokratischen Prinzip ist nicht nur wesentlich, daß eine Volksvertretung vorhanden ist, sondern auch, daß den Wahlberechtigten das Wahlrecht nicht auf einem in der Verfassung nicht vorgesehenen Wege entzogen wird.**

30. **Ein Land kann auf verfassungsmäßige Rechte und Kompetenzen nicht verzichten. Der Bund kann durch einen solchen Verzicht eine ihm im Grundgesetz nicht zugestandene Kompetenz nicht gewinnen.**
31. ...
38. **Ein Abstimmungsgesetz, das willkürlich den Abstimmungsmodus so wählt, daß ein Teil der Stimmberechtigten benachteiligt oder der Ausgang der Abstimmung in einem bestimmten Sinne gesichert wird, ist nichtig.**
39. ...

Urteil des Zweiten Senats vom 23. Oktober 1951 – 2 BvG 1/51 –

in dem Verfassungsrechtsstreit betreffend das Erste Gesetz zur Durchführung der Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete gemäß Artikel 118 Satz 2 des Grundgesetzes vom 4. Mai 1951 (BGBl. I S. 283) und das Zweite Gesetz über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern vom 4. Mai 1951 (BGBl. I S. 284 ff.); *Antragsteller*: die badische Landesregierung.

► BVerfGE 1, 14 ff.

§ 7 der Geschäftsordnung des Bundestages vom 6. Dezember 1951 ermächtigt den Präsidenten des Bundestages unmittelbar, diesen in Verfassungsstreitigkeiten vor dem Bundesverfassungsgericht gemäß § 22 Abs. 1 Satz 2 BVerfGG zu vertreten.

Beschluß des Zweiten Senats vom 15. Februar 1952 – 2 BvE 1/51 –

in dem Verfassungsrechtsstreit der Bundestagsfraktion der SPD gegen den Deutschen Bundestag u. a. über die Rechtsgültigkeit des § 96 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 6. Dezember 1951.

► BVerfGE 1, 115 ff.

1. ...
2. **Bei der Beurteilung einer parlamentarischen Geschäftsordnung ist davon auszugehen, daß die von der Geschäftsordnung zur Wahrnehmung bestimmter Funktionen berufenen Organe ihre Rechte nur in vernünftigen Grenzen ausüben und nicht mißbrauchen dürfen.**
3. a) **Die Verfassung überläßt die Ordnung des Gesetzgebungsverfahrens innerhalb des Bundestages dessen autonomer Satzungs Gewalt; der Fortfall der ersten Lesung im Plenum (§ 96 Abs. 1 der GeschäftsO des BT) stellt eine hiernach zulässige verfahrensmäßige Beschränkung dar.**
- b) **Das Initiativrecht hat zum Inhalt, daß das Gesetzgebungsorgan sich mit dem Gesetzesvorschlag beschäftigt, d. h. darüber berät und beschließt.**
- c) **Das Initiativrecht steht nicht dem Bundestag als solchem, sondern den Abgeordneten in einer zahlenmäßig bestimmten Gruppierung zu.**
- d) **Das Initiativrecht der Abgeordneten kann über die im Grundgesetz gezogenen Schranken hinaus sachlich nicht beschränkt werden; der Zwang, eine Gesetzesvorlage mit einem Deckungsvorschlag zu verbinden, ist eine sachliche Beschränkung.**

Urteil des Zweiten Senats vom 6. März 1952 – 2 BvE 1/51 –

in dem Verfassungsrechtsstreit über die Rechtsgültigkeit des § 96 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 6. Dezember 1951; *Antragsteller*: die Sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Bundestages.

Entscheidungsformel:

„I. ...

II. Absatz 3 und Absatz 4 des § 96 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 6. Dezember 1951 verstoßen gegen Artikel 76 Absatz 1 des Grundgesetzes.

III. ...“

► BVerfGE I, 144 ff.

1. Nach § 64 Abs. 1 BVerfGG kann eine Fraktion als Teil des Bundestages dessen Rechte auch dann geltend machen, wenn dieser die „Maßnahme oder Unterlassung“ der Bundesregierung gebilligt hat.
2. ...
4. Art. 59 Abs. 2 GG bezieht sich nur auf Verträge mit auswärtigen Staaten und ihnen gleichzustellenden Völkerrechtssubjekten.
5. Das Petersberger Abkommen ist nicht mit den Hohen Kommissaren als Vertretern ihrer einzelnen Staaten, sondern mit der Alliierten Hohen Kommission als Kollektivorgan der Gemeinschaft der Besatzungsmächte geschlossen worden. Die Bundesregierung konnte mit der Alliierten Hohen Kommission einen Vertrag schließen, obwohl sie deren Kontrolle unterstand. Als völkerrechtliches Kollektivorgan der Besatzungsmächte, das unter formeller Fortdauer des Kriegszustandes Herrschaft in Deutschland ausübt, steht die Alliierte Hohe Kommission der Bundesrepublik nicht wie ein auswärtiger Staat gegenüber. Das Petersberger Abkommen ist kein Vertrag der Bundesrepublik mit auswärtigen Staaten im Sinne des Art. 59 Abs. 2 GG.
6. Art. 59 Abs. 2 GG kann auf Abmachung mit den Besatzungsmächten nicht analog angewendet werden.
7. Es bestehen keine Bedenken dagegen, daß ein Verfassungsorgan, dem das Recht zur Gesetzesinitiative nach Art. 76 Abs. 1 GG zusteht, sich verpflichtet, von seinem Recht einen bestimmten Gebrauch zu machen, wenn es nur bezüglich des Inhalts des Gesetzesvorschlages die Schranken der Verfassung beachtet und nicht den Versuch macht, auch andere Staatsorgane zu binden.

Urteil des Zweiten Senats vom 29. Juli 1952 – 2 BvE 3/51 –

in dem Verfassungsrechtsstreit betreffend die Abmachungen zwischen den Alliierten Hohen Kommissaren und dem Deutschen Bundeskanzler vom 22. November 1949, sogenanntes Petersberger Abkommen; *Antragsteller*: die Sozialdemokratische Fraktion des Bundestages, vertreten durch ihren 1. Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher in Bonn.

Entscheidungsformel:

„Die Anträge werden zurückgewiesen.

Die Bundesregierung hat dadurch, daß sie es unterlassen hat, das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 den für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften zur Zustimmung oder Mitwirkung in der Form eines Bundesgesetzes vorzulegen, nicht gegen Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes verstoßen.“

► BVerfGE 1, 351 ff.

1. ...
2. Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.
3. Art. 21 Abs. 2 GG ist für politische Parteien uneingeschränkt *lex specialis* gegenüber Art. 9 Abs. 2 GG.
4. Art. 21 Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 GG ist unmittelbar anwendbares Recht. Das gilt auch für Abs. 1 Satz 3 dieser Vorschrift insoweit, als er es verbietet, daß eine Partei sich in grundsätzlicher Abweichung von demokratischen Prinzipien organisiert.
5. Erreicht die Abkehr von demokratischen Organisationsgrundsätzen in der inneren Ordnung einer Partei einen solchen Grad, daß sie nur als Ausdruck einer grundsätzlich demokratiefeindlichen Haltung erklärbar

Hinweis

Ein Gesetzesregister ist unter Kapitel 33 zu finden.

ist, dann kann, namentlich wenn auch andere Umstände diese Einstellung der Partei bestätigen, der Tatbestand des Art. 21 Abs. 2 GG erfüllt sein.

6. Wird die Auflösung einer Partei in das freie Belieben einer autoritären Spitze aus wenigen Funktionären gestellt, so ist eine dahingehende Satzungsbestimmung oder eine einzelne Ermächtigung wegen Verstoßes gegen die zwingende Vorschrift des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG nichtig.
7. Mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei fallen die Bundestags- und Landtags- (Bürgerschafts-)mandate der Abgeordneten dieser Partei fort.

Urteil des Ersten Senats vom 23. Oktober 1952 – 1 BvB 1/51 –

in dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Sozialistischen Reichspartei.

Entscheidungsformel:

- „1. Die Sozialistische Reichspartei ist verfassungswidrig.
2. ...“

► BVerfGE 2, 1 ff.

1. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG kann nur ergehen, wenn ein Organstreit vorliegt. Die Parteien des Organstreits müssen sich in einem verfassungsrechtlichen Rechtsverhältnis befinden, und es muß Streit zwischen ihnen über bestimmte Folgerungen aus diesem Rechtsverhältnis bestehen.
2. Der Grundgedanke des § 64 BVerfGG schließt eine Fassung des Antrages, die auf die Feststellung des verfassungsmäßigen Verhaltens des Antragstellers zielt, nicht aus, wenn der Antragsteller geltend macht, daß der Antragsgegner ihn in der Ausübung verfassungsrechtlicher Rechte und Pflichten in rechts-erheblicher Weise verletzt oder gefährdet.
3. Es ist rechtlich unmöglich, eine verfassungsrechtliche Zweifelsfrage, die sich bei dem Prozeß der Willensbildung im Bundestag erhoben hat, im Gewand eines Organstreites zwischen Mehrheit und Minderheit oder zwischen Fraktionen vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen.
4. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit eines Bundesgesetzentwurfs kann nur als Vorfrage eines Organstreites vor das Bundesverfassungsgericht gebracht werden.
5. Im Grundgesetz mit eigenen Rechten ausgestattete Teil des Bundestages sind nur aktiv legitimiert, eigene Rechte, nicht aber Rechte des Bundestages geltend zu machen.
6. Als in der Geschäftsordnung des Bundestages mit eigenen Rechten ausgestattete Teile des Bundestages sind zur Geltendmachung von Rechten des Bundestages nur ständig vorhandene Gliederungen des Bundestages – insbesondere die Fraktionen – befugt, nicht aber solche Gruppierungen, die sich nur von Fall zu Fall zusammenfinden, um gestaltend auf den Geschäftsgang einzuwirken.
7. Passiv legitimiert ist ein Organteil nur, wenn er als solcher die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten eines Organs oder eines anderen Organteils verletzt oder gefährdet hat.
8. Der einzelne Abgeordnete ist vor dem Bundesverfassungsgericht parteifähig. Aktiv legitimiert ist er nur zur Verteidigung eigener Rechte. Eine Beeinträchtigung der Rechte und Pflichten des Bundestages läßt die Aktivlegitimation nur entstehen, wenn der Status der Abgeordneten mitbetroffen wird. Passiv legitimiert ist ein Abgeordneter nur, wenn er als solcher in die verfassungsrechtliche Sphäre eines anderen Organs oder Organteils eingegriffen hat.
9. Art. 42 Abs. 2 Satz 1 GG verleiht der Mehrheit des Bundestages nicht ein eigenes Recht im Sinne des Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, den Willen des Bundestages zu bilden.
10. Die Mehrheit und die Minderheit des Bundestages sind vor dem Bundesverfassungsgericht nicht parteifähig.
11. Eine bloße Meinungsäußerung, die sich nicht zu einem die Zuständigkeit des Antragstellers beeinträchtigenden rechtserheblichen Verhalten verdichten kann, erfüllt nicht den Begriff der „Maßnahme“ im Sinne des § 64 Abs. 1 BVerfGG.
12. Beratung und Abstimmung über einen Gesetzentwurf sind nicht deshalb verfassungswidrig, weil sein Inhalt eine vorausgehende Änderung des Grundgesetzes erfordern würde.
13. Die Feststellung des Bundestagspräsidenten gemäß § 49 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundestages enthält keine Entscheidung über das verfassungsmäßige Zustandekommen des Gesetzes.

Urteil des Zweiten Senats vom 7. März 1953 – 2 BvE 4/52 –

in dem Verfassungsrechtsstreit betreffend die Verabschiedung der Gesetze über den EVG-Vertrag und den Generalvertrag durch den Deutschen Bundestag; *Antragsteller*: 1. die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, vertreten durch ihren Vorsitzenden Dr. *Heinrich von Brentano*, 2. die Bundestagsfraktion der FDP, vertreten durch ihren Vorsitzenden Dr. *Hermann Schäfer*, 3. die Bundestagsfraktion der DP/DPB, vertreten durch ihren Vorsitzenden Dr. *Hans Mühlenfeld*, 4. die Mehrheit des Deutschen Bundestages, bestehend aus dem Abgeordneten Dr. *Konrad Adenauer* und weiteren 202 Abgeordneten.¹⁾

► BVerfGE 2, 143 ff.

1) Zwischen der Regierungskoalition und der Opposition im Deutschen Bundestag bestanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die von der Bundesregierung eingebrachten Entwürfe eines Gesetzes betreffend den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952 und eines Gesetzes betreffend den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 27. Mai 1952 nebst ergänzenden Gesetzentwürfen mit dem Grundgesetz vereinbar sind, ob sie demgemäß im Bundestag gemäß Art. 77 und Art. 42 Abs. 2 Satz 1 GG mit einfacher Mehrheit rechtswirksam verabschiedet werden können, oder ob zuvor das Grundgesetz gemäß Art. 79 GG geändert oder ergänzt werden muß.

-
1. **Die Zustimmung der Bundesregierung zu einem Vertrag eines Landes kann die Rechte des Bundestages nach Art. 59 Abs. 2 jedenfalls dann nicht verletzen, wenn es sich nicht um einen Vertrag mit einem auswärtigen Staate im Sinne des Art. 32 Abs. 3 GG handelt, oder wenn das Land zwar einen Vertrag mit einem auswärtigen Staate abgeschlossen, aber innerhalb seiner Zuständigkeit gehandelt hat.**
 2. **Art. 59 Abs. 2 GG ist nur anwendbar auf Verträge, die im Namen des Bundes geschlossen werden.**
 3. ...

Urteil des Zweiten Senats vom 30. Juni 1953 – 2 BvE 1/52 –

in dem Verfassungsrechtsstreit betreffend die Zustimmung der Bundesregierung zu dem zwischen dem Lande Baden und dem Port Autonome de Strasbourg geschlossenen Vertrag vom 19. Oktober 1951 über eine gemeinsame Verwaltung des Hafens von Kehl; *Antragstellerin*: die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

► BVerfGE 2, 347 ff.

Der Äußerung des Bundesrates beim ersten Durchgang gemäß Art. 76 Abs. 2 Satz 2 GG, daß ein ihm von der Bundesregierung zugeleiteter Gesetzentwurf seiner Zustimmung bedürfe, kommt – jedenfalls dem Bundestag gegenüber – keine rechtserhebliche Bedeutung zu. Sie ist keine Maßnahme im Sinne von § 64 BVerfGG, die Rechte des Bundestages im Gesetzgebungsverfahren verletzen oder unmittelbar gefährden könnte.

Urteil des Zweiten Senats vom 29. Juli 1953 – 2 BvE 1/53 –

in dem Verfassungsrechtsstreit wegen des Umfanges der Rechte des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Währungs- und Notenbank des Bundes (Bundesbankgesetz); *Antragstellerin*: die Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei.

► BVerfGE 3, 12 ff.

-
1. **Politische Parteien haben die Möglichkeit, das Recht auf gleiche Chancen bei Zulassung zur Wahl im Wege der Verfassungsbeschwerde zu verfolgen.**
 2. **Der Bundesgesetzgeber hat bei der Konkretisierung der verfassungskräftigen Wahlgrundsätze einen weiten Ermessensspielraum; das Bundesverfassungsgericht kann nur nachprüfen, ob der Gesetzgeber die Grenzen dieses Ermessens überschritten hat.**
 3. **Aus Art. 21 und 38 GG folgt, daß die Parteien bei der Zulassung zur Wahl gleiche Wettbewerbschancen haben müssen.**

4. **Bestimmungen, die darauf abzielen, nur echte politische Parteien und keine Zufallsbildungen von kurzer Lebensdauer zur Wahl zuzulassen, sind verfassungsrechtlich unbedenklich.**
5. **Differenzierungen zwischen parlamentarisch schon vertretenen und neuen Parteien bei der Zulassung zur Wahl sind verfassungsrechtlich zulässig; sie können aber den Gleichheitsgrundsatz verletzen, wenn sie ein gewisses Maß überschreiten.**
6. **Wird auf Verfassungsbeschwerde ein Gesetz für nichtig erklärt, so hat diese Entscheidung Gesetzeskraft.**

Urteil des Ersten Senats vom 1. August 1953 – 1 BvR 281/53 –

in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerden der Gesamtdeutschen Volkspartei und acht anderer Beschwerdeführer.

► BVerfGE 3, 19 ff.

Das Wahlprüfungsverfahren ist ausschließlich dazu bestimmt, die ordnungsgemäße Zusammensetzung des Bundestages zu gewährleisten. Die Beschwerde nach § 48 BVerfGG kann daher nur auf solche Wahlfehler gestützt werden, die auf die Sitzverteilung von Einfluß sind oder sein können.

Beschluß des Ersten Senats vom 21. Dezember 1955 gem. § 24 BVerfGG – 1 BvC 2/54 –

in dem Verfahren über die Beschwerde des *H. N.* gegen den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. Mai 1954.

► BVerfGE 4, 370 ff.

1. **Nach dem Gesetz für die Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag ist die Wählbarkeit an den Wohnsitz oder Daueraufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes einschließlich der drei westlichen Sektoren Berlins geknüpft.**
2. **Fällt diese Voraussetzung der Wählbarkeit während der Wahlperiode fort, so verliert der Abgeordnete sein Mandat.**

Urteil des Ersten Senats vom 3. Mai 1956 – 1 BvC 1/55 –

in dem Verfahren über die Beschwerde des Abgeordneten *Karlfranz Schmidt-Wittmack* gegen den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Februar 1955.¹⁾

► BVerfGE 5, 2 ff.

¹⁾ Der über die Hamburger Landesliste der CDU am 6. September 1953 in den Bundestag gewählte Abgeordnete hatte sich am 21. August 1954 mit seiner Familie in die DDR begeben und auf einer am 26. August 1954 in Ost-Berlin veranstalteten Pressekonferenz geäußert, daß er beabsichtige, nunmehr in der DDR beruflich und auch politisch tätig zu sein.

1. ...

3. **Ein Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands steht der Wiedezulassung einer kommunistischen Partei im Falle gesamtdeutscher Wahlen rechtlich nicht entgegen.**
4. **Art. 21 Abs. 2 GG ist unmittelbar anwendbares Recht (Bestätigung von BVerfGE 2, 1 [13 f.]).**
5. **Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung (vgl. BVerfGE 2, 1 [12 f.]) nicht anerkennt; es muß vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.**
6. **Art. 21 Abs. 2 GG verlangt nicht wie § 81 StGB ein konkretes Unternehmen; es genügt, wenn der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet ist.**
7. **Die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie, die durch Art. 5 Abs. 3 GG geschützt ist, und politischen Zielen einer Partei, die der Beurteilung nach Art. 21 Abs. 2 GG unterliegen, ist dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse von einer politischen Partei in ihren Willen aufgenommen und zu Bestimmungsgründen ihres politischen Handelns gemacht werden.**
8. **Eine Partei ist schon dann verfassungswidrig, wenn sie eine andere soziale und politische Ausprägung der freiheitlichen Demokratie als die heutige in der Bundesrepublik deshalb erstrebt, um sie als Durchgangs-**

stadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen, mag diese Beseitigung auch erst im Zusammenhang mit oder nach der Wiedervereinigung stattfinden sollen.

9. Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig im Sinne des Art. 21 Abs.2 GG machen, gehören nicht nur diejenigen, die sie auf jeden Fall auszuführen gedenkt, sondern auch diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist.
10. Wenn es angesichts des grundgesetzlichen Systems der gegenseitigen Hemmung und des Gleichgewichts staatlicher Gewalten und des wirksamen Rechtsschutzes gegen Verfassungsverstöße und -verfälschungen von Staatsorganen ein dem Grundgesetz immanentes Widerstandsrecht gegen einzelne Rechtswidrigkeiten gibt, so sind an seine Ausübung jedenfalls folgende Anforderung zu stellen:
Das Widerstandsrecht kann nur im konservierenden Sinne benutzt werden, d. h. als Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung.
Das mit dem Widerstand bekämpfte Unrecht muß offenkundig sein.
Alle von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Rechtsbehelfe müssen so wenig Aussicht auf wirksame Abhilfe bieten, daß die Ausübung des Widerstandes das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Rechts ist.

Urteil des Ersten Senats vom 17. August 1956 – 1 BvB 2/51 –

in dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Entscheidungsformel:

- „1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig.
2. ...“

► BVerfGE 5, 85 ff.

1. Der Grundsatz der gleichen Wahl ist ein Anwendungsfall des allgemeinen Gleichheitssatzes, der als Grundrecht des einzelnen in Art. 3 Abs.1 GG garantiert ist, aber darüber hinaus als selbstverständlicher ungeschriebener Verfassungsgrundsatz in allen Bereichen und für alle Personengemeinschaften gilt.
2. Ob und in welchem Ausmaß der Gleichheitssatz bei der Ordnung bestimmter Materien dem Gesetzgeber Differenzierungen erlaubt, richtet sich nach der Natur des jeweils in Frage stehenden Sachbereichs.
3. Die Bevorzugung der Parteien mit drei Direktmandaten beim Verhältnisausgleich ist aus den Grundlagen des Wahlsystems des Bundeswahlgesetzes – der mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl – heraus zu rechtfertigen und verstößt darum nicht gegen den Grundsatz der gleichen Wahl.
4. Dadurch, daß der Bundesgesetzgeber diesen Sonderstatus nur den „Schwerpunktparteien“, die drei Direktmandate gewonnen haben, und den Parteien nationaler Minderheiten gewährt hat, nicht aber „Landesparteien“, hat er nicht den Gleichheitssatz verletzt. Der Bundesgesetzgeber ist nicht verpflichtet, bei der Gestaltung des Wahlrechts zum Bundestag föderative Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Urteil des Zweiten Senats vom 23. Januar 1957 – 2 BvE 2/56 –

in dem Verfassungsrechtsstreit betreffend die Gültigkeit des § 6 Abs.4 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383), *Antragsteller*: Bayernpartei München.

► BVerfGE 6, 84 ff.

1. Das System der starren Liste im Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 ist mit den in Art. 38 GG enthaltenen Wahlrechtsgrundsätzen der Unmittelbarkeit, der freien Wahl und der Wahlrechtsgleichheit vereinbar.
2. Der Grundsatz der unmittelbaren Wahl ist gewahrt, wenn das Wahlverfahren so geregelt ist, daß jede abgegebene Stimme bestimmten oder bestimmbaren Wahlbewerbern zugerechnet wird, ohne daß nach der Stimmabgabe noch eine Zwischeninstanz nach ihrem Ermessen die Abgeordneten auswählt.
3. § 48 Abs.1 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes, nach dem bei der Nachfolge für ausgeschiedene Abgeordnete diejenigen Listenbewerber unberücksichtigt bleiben, die nach Aufstellung der Landesliste aus ihrer Partei ausgeschieden sind, verstößt nicht gegen den Grundsatz der unmittelbaren Wahl.

Beschluß des Zweiten Senats vom 3. Juli 1957 – 2 BvR 9/56 –

in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Oberregierungsrates a. D. Prof. Dr. *Fritz M.* gegen die §§ 6 Abs. 1 Satz 1, 2, 4 und 5; 6 Abs. 2 Satz 2; 7; 30; 31 Abs. 2 Nr. 2; 35 Abs. 2 Nr. 2; 42; 48 Abs. 1 Satz 1, 2 und 4 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383).

► BVerfGE 7, 63 ff.

1. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und das Petitionsrecht gewähren dem Bürger keinen Anspruch darauf, daß ihm der Staat oder eine dem Staat eingegliederte öffentlich-rechtliche Körperschaft die Gelegenheit schafft, seine Meinung in Antwort auf eine amtliche Befragung äußern und sie in dieser Weise dem Parlament unterbreiten zu können.

2. ...

Beschluß des Zweiten Senats vom 23. Juni 1958 – 2 BvQ 3/58 –

in dem Verfahren über den Antrag, durch einstweilige Anordnung die Durchführung amtlicher Volksbefragungen über Atomwaffen in hessischen Gemeinden bis zur Entscheidung über den Verfassungsrechtsstreit zwischen dem Bund und dem Land Hessen wegen angeblicher Verletzung der Bundestreue (2 BvG 1/58) auszusetzen; *Antragsteller*: die Bundesregierung, vertreten durch den Bundesminister des Innern.¹⁾

► BVerfGE 8, 42 ff.

¹⁾ Urteil in der Hauptsache vgl. S. 3072

1. Da die Abhaltung von Wahlen eine öffentliche Aufgabe ist und den Parteien bei der Durchführung dieser öffentlichen Aufgabe von Verfassungen wegen eine entscheidende Rolle zukommt, ist es zulässig, nicht nur für die Wahlen selbst, sondern auch für die die Wahlen tragenden politischen Parteien finanzielle Mittel von Staats wegen zur Verfügung zu stellen.

2. Auch ein Gesetz, das in seinem Wortlaut eine ungleiche Behandlung vermeidet und seinen Geltungsbereich abstrakt-allgemein umschreibt, widerspricht dem Gleichheitssatz dann, wenn sich aus seiner praktischen Auswirkung eine offenbare Ungleichheit ergibt und diese ungleiche Auswirkung gerade auf die rechtliche Gestaltung zurückzuführen ist. Nicht die äußere Form, sondern der materiell-rechtliche Gehalt ist entscheidend.

3. Der Gesetzgeber ist nicht verpflichtet, bestehende faktische, auf der unterschiedlichen soziologischen Struktur der politischen Parteien beruhende Verschiedenheiten der Wettbewerbschancen auszugleichen. Aber er darf nicht ohne zwingenden Grund eine Regelung treffen, die eine schon bestehende faktische Ungleichheit der Wettbewerbschancen der Parteien verschärft.

4. Eine durch ein Gesetz geschaffene unterschiedliche steuerliche Behandlung der Einflußnahme des Bürgers auf die politische Willensbildung je nach der Höhe des Einkommens durch Gewährung von Steuervorteilen für Spenden an politische Parteien verträgt sich nicht mit dem Grundsatz der formalen Gleichheit, der die Ausübung politischer Rechte in der freien Demokratie beherrscht.

Urteil des Zweiten Senats vom 24. Juni 1958 – 2 BvF 1/57 –

in dem Verfahren wegen verfassungsrechtlicher Prüfung a) des § 10 b des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (BGBl. I S. 441), soweit er Zuwendungen an politische Parteien betrifft, b) des § 11 Ziffer 5 des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (BGBl. I S. 467), soweit er Zuwendungen an politische Parteien betrifft, c) des § 49 Ziffern 1 und 2 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 21. Dezember 1955 (BGBl. I S. 756), d) des § 26 Ziffern 1 und 2 der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung vom 23. Dezember 1955 (BGBl. I S. 853), e) der Zweiten Verordnung über den Abzug von Spenden zur Förderung staatspolitischer Zwecke vom 23. Oktober 1956 (BGBl. I S. 836); *Antragsteller*: Die Hessische Landesregierung, vertreten durch den Ministerpräsidenten.

► BVerfGE 8, 51 ff.

1. Das Normenkontrollverfahren dient nicht nur der Prüfung, ob der normative Gehalt eines Gesetzes inhaltlich mit einer Norm des Grundgesetzes vereinbar ist; es umfaßt vielmehr auch Meinungsverschiedenheiten „über die förmliche ... Vereinbarkeit“ des Gesetzes mit dem Grundgesetz, damit also auch die Frage nach der Kompetenz des Landes zum Erlaß eines Gesetzes.
2. Die Freiheit der Bildung der öffentlichen Meinung ist durch Art. 5 GG mitgarantiert.
3. Öffentliche Meinung und politische Willensbildung des Volkes kann nicht identifiziert werden mit staatlicher Willensbildung, d. h. mit der Äußerung der Meinung oder des Willens einer Staatsorgans in amtlicher Form.
4. Verfassungsorgane handeln organschaftlich, d. h. sie üben Staatsgewalt aus, nicht nur wenn sie rechtsverbindliche Akte setzen, sondern auch wenn sie von Befugnissen Gebrauch machen, die nicht unmittelbar verbindliche Wirkungen hervorrufen.
5. Die Volksbefragungsgesetze von Hamburg und Bremen eröffnen dem Staatsvolk eine Mitwirkung an der Staatswillensbildung; die Abstimmung der Bürger stellt sich essentiell als Teilhabe an der Staatsgewalt, als ein Stück Ausübung von Staatsgewalt im status activus dar. In dieser Eigenschaft macht der Bürger nicht von seinen gegen den Staat gerichteten Grundrechten der freien Meinungsäußerung oder des Petitionsrechts Gebrauch.
6. Während die im gesellschaftlich-politischen Raum erfolgende Bildung der öffentlichen Meinung und die Vorformung der politischen Willensbildung des Volkes sich ungewollt und durch alle verfassungsrechtlich begrenzten Kompetenzräume hindurch unter Mitbeteiligung aller lebendigen Kräfte nach dem Maße ihres tatsächlichen Gewichtes und Einflusses vollziehen, ist das Tätigwerden des Volkes als Staatsorgan – gleichgültig in welcher Form und mit welcher Wirkung es geschieht – im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat durch Kompetenznormen verfassungsrechtlich begrenzt.
7. Die Zuständigkeit der Bundesorgane zur ausschließlichen eigenverantwortlichen Bewältigung einer Sachaufgabe wird nicht erst dann von den Ländern beeinträchtigt, wenn sie ein Stück dieser Aufgabe dem Bund dadurch entziehen, daß sie selbst es sachlich regeln, sondern schon dann, wenn sie die Bundesorgane durch den in einer von ihnen angeordneten amtlichen Volksbefragung liegenden politischen Druck zwingen wollen, die von ihnen getroffenen Sachentscheidungen zu ändern.
8. Eine „Instruktion“ der Mitglieder der Landesregierung im Bundesrat durch das Landesvolk, auch eine bloß rechtlich unverbindliche in der Weise, daß sich die Vertreter im Bundesrat daran orientieren und sie zur Richtschnur ihres Handelns im Bundesrat machen, ist nach der Struktur des Bundesrates ausgeschlossen.

Urteil des Zweiten Senats vom 30. Juli 1958 – 2 BvF 3, 6/58 –

in dem Verfahren wegen verfassungsrechtlicher Prüfung, ob das hamburgische Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 9. Mai 1958 (GVBl. I S. 141) und das bremische Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 20. Mai 1958 (GBl. S. 49) mit dem Grundgesetz vereinbar sind, *Antragsteller*: Die Bundesregierung.

Entscheidungsformel:

„Das hamburgische Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 9. Mai 1958 (GVBl. I S. 141) und das bremische Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 20. Mai 1958 (GBl. S. 49) sind nichtig.“

► BVerfGE 8, 104 ff.

1. Ist ein Bundestagsabgeordneter Beteiligter in einem Organstreitverfahren, so kann er sich selbst vertreten oder sich durch einen anderen Bundestagsabgeordneten vertreten lassen.
2. Das Recht des Abgeordneten, im Bundestag das Wort zu ergreifen, gehört zu seinem verfassungsrechtlichen Status. Die Ausübung dieses Rechts unterliegt den vom Parlament kraft seiner Autonomie gesetzten Schranken.
3. Durch die Verteilung einer vom Bundestag beschlossenen Gesamtredezeit auf die Fraktionen nach ihrer Stärke wird der durch Art. 38 GG gewährleistete Abgeordnetenstatus nicht verletzt.
4. Die Redebefugnis der Regierungsmitglieder nach Art. 43 Abs. 2 Satz 2 GG kann durch den Bundestag nicht beschränkt werden. Sie findet ihre Grenze am Mißbrauchsverbot.

Urteil des Zweiten Senats vom 14. Juli 1959 – 2 BvE 2, 3/58 –

in dem Verfassungsrechtsstreit betreffend die Beschlüsse, durch die der Deutsche Bundestag in der 21. Sitzung vom 25. März 1958 die Redezeit begrenzt hat, *Antragsteller*: Die Bundestagsabgeordneten 1. Dr. *Adolf Arndt* und Dr. *Ewald Bucher*, 2. *Holger Börner*, Dr. Dr. *Gustav Heinemann* und 28 weitere Mitglieder des Bundestages.

Entscheidungsformel:

„Die Anträge werden abgewiesen. Der Deutsche Bundestag hat durch die Beschlüsse über die Begrenzung der Redezeit in der 21. Sitzung vom 25. März 1958 Rechte der Antragsteller aus Artikel 38 des Grundgesetzes nicht verletzt.“

► BVerGE 10, 4 ff.

1. **Das Bundesverfassungsgericht hat auch im Wahlprüfungsverfahren das Wahlgesetz auf seine materielle Übereinstimmung mit der Verfassung zu prüfen.**
2. **Die Auslese der Wahlkreiskandidaten nach dem Prinzip der relativen Mehrheit im Wahlkreis hebt den grundsätzlichen Charakter der Bundestagswahl nach dem Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 als einer Verhältniswahl nicht auf.**
3. **Überhangmandate sind nur insoweit verfassungsrechtlich unbedenklich, als ihre Zuteilung die notwendige Folge des spezifischen Zieles der personalisierten Verhältniswahl ist. Eine über die Besonderheit der personalisierten Verhältniswahl hinausgehende Differenzierung des Stimmgewichts ist in Anbetracht der Formalisierung der Wahlrechtsgleichheit nicht zu rechtfertigen.**
Daher müssen im Rahmen des technisch Möglichen Wahlkreise mit annähernd gleich großen Bevölkerungszahlen gebildet werden, so daß grundsätzlich kein Bundesland infolge der unterdurchschnittlichen Größe seiner Wahlkreise mehr Wahlkreise umfaßt, als seinem Anteil an der Bevölkerung des Bundesgebietes entsprechen.
4. **Eine Wahlkreiseinteilung ist verfassungswidrig, wenn offenkundig ist, daß sie die Toleranzgrenze des § 3 Abs. 3 Satz 2 Bundeswahlgesetz überschreitet und nicht mehr erwartet werden kann, daß die Diskrepanz sich wieder ausgleicht. Der Bundesgesetzgeber ist in einem solchen Fall gehalten, noch während der laufenden Legislaturperiode für eine Änderung der Wahlkreiseinteilung Sorge zu tragen.**

Beschluß des Zweiten Senats vom 22. Mai 1963 – 2 BvC 3/62 –

in dem Verfahren über die Wahlprüfungsbeschwerde des Herrn *H. R.*, Tübingen, gegen den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 27. Juni 1962 – Az 17/61.

► BVerfGE 16, 130 ff.

1. **Das Bundeshaushaltsgesetz (Art. 110 Abs. 2 GG) stellt nicht lediglich ein im Haushaltsplan enthaltenes Zahlenwerk fest, sondern enthält zugleich die Bewilligung der im Haushaltsplan ausgeworfenen Mittel, also die Ermächtigung an die Regierung, diese Mittel für die in den Titeln des Haushaltsplan festgelegten Zwecke auszugeben. Solche Ermächtigungsvorschriften sind Recht im Sinne von Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, § 76 BVerfGG und können deshalb im Normenkontrollverfahren auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz geprüft werden.**
2. **Der Grundgesetzgeber hat sich, in dem er die freiheitliche demokratische Grundordnung geschaffen hat, für einen freien und offenen Prozeß der Meinungs- und Willensbildung des Volkes entschieden. Dieser Prozeß muß sich vom Volk zu dem Staatsorgan, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin, vollziehen. Den Staatsorganen ist es grundsätzlich verwehrt, sich in bezug auf diesen Prozeß zu betätigen (Art. 20 Abs. 2, 21 GG).**
3. **Einwirkungen der Staatsorgane auf diesen Prozeß sind nur dann mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn sie durch einen besonderen, sie verfassungsrechtlich legitimierenden Grund gerechtfertigt werden können.**
4. **Mit dem demokratischen Grundsatz der freien und offenen Meinungs- und Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen ist es nicht vereinbar, den Parteien Zuschüsse aus Haushaltsmitteln des Bundes für ihre gesamte Tätigkeit im Bereich der politischen Meinungs- und Willensbildung zu gewähren.**

- 5. Art. 21 Abs. 1 GG, der die Struktur der Parteien als frei konkurrierender, aus eigener Kraft wirkender und vom Staat unabhängiger Gruppen verfassungskräftig festlegt, verbietet es, die dauernde finanzielle Fürsorge für die Parteien zu einer Staatsaufgabe zu machen.**

Urteil des Zweiten Senats vom 19. Juli 1966 auf die mündliche Verhandlung vom 19., 20. und 21. April 1966 – 2 BvF 1/65 –

in dem Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 1 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1965 vom 18. März 1965 (BGBl. II S. 193), soweit durch diese Bestimmung im Einzelplan 06 Kapitel 02 Titel 612 ein Betrag von 38 Millionen DM für die Aufgaben der Parteien nach Artikel 21 des Grundgesetzes bereitgestellt worden ist. *Antragsteller:* Die Regierung des Landes Hessen, vertreten durch den Ministerpräsidenten, Wiesbaden.

► BVerfGE 20, 56 ff.

1. **Zum Begriff einer politischen Partei im Sinne des Art. 21 Abs. 1 GG gehört der Wille der Partei, an Wahlen in Bund oder Ländern innerhalb einer vernünftigen Zeitspanne teilzunehmen.**
2. **§ 2 Abs. 2 des Parteiengesetzes konkretisiert den Art. 21 Abs. 1 GG. Er schränkt weder die Freiheit der Parteien in verfassungswidriger Weise ein noch verstößt er gegen das verfassungsmäßig garantierte Verbot der Rückwirkung von Gesetzen.**
3. **§ 2 Abs. 2 des Parteiengesetzes ist vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an auf jede Partei anzuwenden, gleichgültig, ob sie sich vor oder nach diesem Zeitpunkt gebildet hat.**
4. **Eigene Wahlvorschläge im Sinne des § 2 Abs. 2 des Parteiengesetzes sind nur die nach den Vorschriften des Wahlrechts zugelassenen und öffentlich bekanntgemachten Wahlvorschläge einer Partei, die diese unter ihrem Namen eingereicht hat.**

Urteil des Zweiten Senats vom 17. Oktober 1968 auf die mündliche Verhandlung vom 16. und 17. Juli 1968 – 2 BvE 4/67 –

in dem Verfassungsrechtsstreit über die Frage, ob der Deutsche Bundestag und der Bundesrat durch den Erlaß der §§ 18, 19, 20, 34, 35, 36 und 39 des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) das Recht des Antragstellers auf chancengleiche Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes verletzt und gegen Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes verstoßen haben, *Antragsteller:* Bund der Deutschen (BdD), Partei für Einheit, Frieden und Freiheit.

► BVerfGE 24, 260 ff.

1. ...
2. **a) Die Pauschalierung der Wahlkampfkosten verletzt nicht den Grundsatz, daß den Parteien nur die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes erstattet werden dürfen.**
b) Es ist sachgerecht, das Pauschale an der Zahl der Wahlberechtigten zu orientieren.
3. **Bei der Wahlkampfkostenerstattung, bei der grundsätzlich alle Parteien, die im Wahlkampf teilgenommen haben, berücksichtigt werden müssen, kann ein Mindeststimmenanteil nur durch die für jede Wahl unerläßliche Voraussetzung gerechtfertigt werden, daß die zur Wahl gestellten Vorschläge und Programme ernst gemeint, das heißt, allein auf den Wahlerfolg und nicht auf sonstige Ziele gerichtet sind.**
4. **Das Recht der Parteien auf Chancengleichheit wird nicht dadurch verletzt, daß der Anteil am Wahlkampf-kostenpauschale (Erstattungsbetrag) nach dem letzten Wahlerfolg berechnet wird.**
5. ...

Urteil des Zweiten Senats vom 3. Dezember 1968 auf die mündliche Verhandlung vom 16. und 17. Juli 1968 – 2 BvE 1, 3, 5/67 –

in dem Verfassungsrechtsstreit über die Frage, ob der Deutsche Bundestag und der Bundesrat 1) durch den Erlaß der §§ 18, 20 Abs. 1, 34, 35 und 39 Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773), 2) durch den Erlaß der §§ 2 Abs. 2, 5, 18, 25 und 34 des Parteiengesetzes, 3) durch den Erlaß der §§ 20, 21 Abs. 1 und 22 des Parteiengesetzes gegen Art. 21 Abs. 1 des Grundgesetzes verstoßen

haben; *Antragstellerin zu 1*): Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), *Antragstellerin zu 2*): Die Europäische Föderalistische Partei (Europa-Partei), *Antragstellerin zu 3*): Die Bayerische Staatspartei (BSP).

Entscheidungsformel:

„I. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben gegen Artikel 21 Absatz 1 und Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes verstoßen,

a) indem sie in § 18 Absatz 2 Nr. 1 und in § 20 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 773) bestimmt haben, daß das Wahlkampfkostenpauschale sowie Abschlagszahlungen auf den Erstattungsbetrag nur auf Parteien verteilt werden, die nach dem endgültigen Wahlergebnis mindestens 2,5 vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben,

b) ...“

► BVerfGE 24, 300 ff.

1. **Im Zuge der durch Art. 21 GG geprägten Entwicklung von der liberalen parlamentarisch-repräsentativen Demokratie zu einer mehr radikal-egalitären parteienstaatlichen Demokratie ist die den Abgeordneten in Bund und Ländern gewährte Aufwandsentschädigung zunehmend zu einem Gehalt oder einer Besoldung geworden.**
2. **Das Abgeordnetenruhegeld ist ein Annex dieser Besoldung; seine verfassungsrechtliche Zulässigkeit ergibt sich aus dem Bezug des Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG zu Art. 48 Abs. 2 Satz 1 GG in Verbindung mit Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG.**

Beschluß des Zweiten Senats vom 21. Oktober 1971 – 2 BvR 367/69 –

in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Rechtsanwalts Dr. *Ludwig Sch...* gegen Art. 1 Nr. 9–12 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetenentschädigungsgesetzes vom 1. Juli 1968 (GVBl. für das Land Hessen S. 175).

► BVerfGE 32, 157 ff.

1. **Nicht jedes Gesetz, das ein mit Zustimmung des Bundesrates ergangenes Gesetz ändert, ist allein aus diesem Grund zustimmungsbedürftig.**
2. **Wenn ein mit Zustimmung des Bundesrates ergangenes Gesetz durch ein Gesetz geändert wird, das selbst neue Vorschriften enthält, die ihrerseits die Zustimmungsbedürftigkeit auslösen, so ist das Änderungsgesetz zustimmungsbedürftig.**
3. **Ändert das Änderungsgesetz Regelungen, die die Zustimmungsbedürftigkeit ausgelöst haben, so bedarf es ebenfalls der Zustimmung des Bundesrates.**
4. **Enthält ein Zustimmungsgesetz sowohl materiell-rechtliche Regelungen als auch Vorschriften für das Verwaltungsverfahren der Landesverwaltung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG, so ist ein dieses Gesetz änderndes Gesetz zustimmungsbedürftig, wenn durch die Änderung materiell-rechtlicher Normen die nicht ausdrücklich geänderten Vorschriften über das Verwaltungsverfahren bei sinnorientierter Auslegung ihrerseits eine wesentlich andere Bedeutung und Tragweite erfahren.**

Beschluß des Zweiten Senats vom 25. Juni 1974 – 2 BvF 2, 3/73 –

in dem Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherungen (Viertes Rentenversicherungs-Änderungsgesetz) vom 30. März 1973 (BGBl. I S. 257); *Antragsteller*: 1. die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz ...

► BVerfGE 37, 363 ff.

1. Aus der in Art. 48 Abs. 3 GG geforderten Entschädigung, die einmal eine Entschädigung für besonderen, mit dem Mandat verbundenen Aufwand war, ist eine Alimentation des Abgeordneten und seiner Familie aus der Staatskasse geworden als Entgelt für die Inanspruchnahme des Abgeordneten durch sein zur Hauptbeschäftigung gewordenes Mandat.
Der Abgeordnete, der dadurch nicht „Beamter“ geworden, sondern – vom Vertrauen der Wähler berufen – Inhaber eines öffentlichen Amtes, Träger des „freien Mandats“ und „Vertreter des ganzen Volkes“ geblieben ist, erhält nicht mehr bloß eine echte Aufwandsentschädigung, er bezieht aus der Staatskasse ein Einkommen.
2. a) Aus dem formalisierten Gleichheitssatz folgt, daß jedem Abgeordneten eine gleich hoch bemessene Entschädigung zusteht, unabhängig davon, ob die Inanspruchnahme durch die parlamentarische Tätigkeit größer oder geringer ist, ob der individuelle finanzielle Aufwand oder das Berufseinkommen verschieden hoch ist.
b) Die Alimentation ist so zu bemessen, daß sie auch für den, der, aus welchen Gründen immer, kein Einkommen aus einem Beruf hat, aber auch für den, der infolge des Mandats Berufseinkommen ganz oder teilweise verliert, eine Lebensführung gestattet, die der Bedeutung des Amtes angemessen ist.
3. Die Alimentation der Abgeordneten mit dem Charakter von Einkommen muß nach Grundsätzen, die für alle gleich sind, der Besteuerung unterworfen werden. Nur die Entschädigung für wirklich entstandenen, sachlich angemessenen, mit dem Mandat verbundenen besonderen Aufwand ist daneben noch echte Aufwandsentschädigung, die auch künftig steuerfrei bleiben kann.
4. a) Die die Beamten unter den Abgeordneten betreffenden Regelungen gehören materiell zum Recht des Status des Abgeordneten, gleichgültig, ob sie in Rechtsstellungs-, Diäten- oder Beamtengesetzen enthalten sind.
b) Daß der ins Parlament gewählte Beamte sein Gehalt behält oder in den Ruhestand tritt und Ruhegehalt bezieht, war von Anfang an und ist bis zu den noch in Geltung stehenden Regelungen ein mit dem Mandat verbundenes Privileg geblieben.
c) Dieses Privileg hat seine Berechtigung innerhalb des Abgeordnetenrechts in dem Augenblick verloren, in dem der Abgeordnete angemessen alimentiert wird. Außerdem widerspricht das Privileg dem formalisierten Gleichheitssatz.
5. Art. 48 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 38 Abs. 1 GG verlangt gesetzliche Vorkehrungen dagegen, daß Abgeordnete Bezüge aus einem Angestelltenverhältnis, aus einem sog. Beratervertrag oder ähnlichem, ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhalten, weil von ihnen im Hinblick auf ihr Mandat erwartet wird, sie würden im Parlament die Interessen des zahlenden Arbeitgebers, Unternehmers oder der zahlenden Großorganisationen vertreten und nach Möglichkeit durchzusetzen versuchen. Einkünfte dieser Art sind mit dem unabhängigen Status der Abgeordneten und ihrem Anspruch auf gleichmäßige finanzielle Ausstattung in ihrem Mandat unvereinbar.
6. Das demokratische und rechtsstaatliche Prinzip (Art. 20 GG) verlangt, daß der Willensbildungsprozeß im Parlament, der zur Festsetzung der Höhe der Entschädigung und zur näheren Ausgestaltung der mit dem Abgeordnetenstatus verbundenen finanziellen Regelungen führt, für den Bürger durchschaubar ist und das Ergebnis vor den Augen der Öffentlichkeit beschlossen wird.

Schlußurteil des Zweiten Senats vom 5. November 1975 auf die mündliche Verhandlung
vom 18. Juni 1975 – 2 BvR 193/74 –

in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Diplom-Ingenieurs S. gegen § 3 Abs. 1 Buchst. c und § 13 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes Nr. 970 über den Landtag des Saarlandes vom 20. Juni 1973 (Amtsbl. des Saarlandes S. 517).

► BVerfGE 40, 296 ff.

1. Zur Wahlfreiheit gehört auch ein grundsätzlich freies Wahlvorschlagsrecht für alle Wahlberechtigten. Eine Monopolisierung des Wahlvorschlagsrechts bei den politischen Parteien verstieße gegen die Grundsätze der allgemeinen, gleichen und freien Wahl.
2. Das in Art. 21 GG anerkannte Mitwirkungsrecht der Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes steht dem grundsätzlichen Anspruch des unabhängigen Bewerbers auf Chancengleichheit nicht entgegen.

3. Ein Ausschluß der unabhängigen Bewerber von der Wahlkampfkostenerstattung ist mit dem in Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG enthaltenen Grundsatz der Chancengleichheit aller Wahlbewerber nicht vereinbar.

Beschluß des Zweiten Senats vom 9. März 1976 – 2 BvR 89/74 –

in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Herrn Dr. *Wilhelm D[aniels]* gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. November 1973 – VII C 33.72 – mittelbar gegen § 18 des Gesetzes über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22. Juli 1969 (BGBl. I S. 925).

► BVerfGE 41, 399 ff.

1. **Art. 40 Abs. 1 Satz 2 GG, der die parlamentarische Geschäftsordnungsautonomie gewährleistet, knüpft an die historische Entwicklung des Parlamentsrechts – vor allem nach dem Übergang zur parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik – inhaltlich an. Danach werden diejenigen Regelungsgegenstände, die herkömmlich als autonome Geschäftsordnungsangelegenheiten des Parlaments gelten, prinzipiell auch vom Grundgesetz diesem Bereich zugewiesen.**
2. **Art. 40 Abs. 1 Satz 2 GG gewährleistet die Befugnis des Bundestages, die Voraussetzungen seiner Beschlußfähigkeit in der Geschäftsordnung zu regeln.**
3. **Das Prinzip der repräsentativen Demokratie erfordert grundsätzlich die Mitwirkung aller Abgeordneten bei der Willensbildung des Parlaments.**
4. **Aus dem Prinzip der repräsentativen Demokratie folgt nicht, daß die Abgeordneten das Volk nur im Plenum des Bundestages repräsentieren könnten.**
5. **Bei Schlußabstimmungen im Bundestag spricht für eine ausreichende Repräsentation des Volkes durch die Abgeordneten eine Vermutung.**
6. **Die Regelung über die Beschlußfähigkeit in § 49 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in der Fassung vom 22. Mai 1970 steht mit dem Prinzip der repräsentativen Demokratie im Einklang.**

Beschluß des Zweiten Senats vom 10. Mai 1977 – 2 BvR 705/75 –

in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Herrn *Jürgen M.*¹⁾

► BVerfGE 44, 308 ff.

¹⁾ Die Verfassungsbeschwerde betrifft die Frage, ob nach den Bestimmungen des Grundgesetzes das Zustandekommen eines Bundesgesetzes davon abhängt, daß bei der Schlußabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Gesetzentwurfs eine Mindestzahl von Mitgliedern des Bundestages im Sitzungssaal anwesend ist.

1. **Die Kompetenz zur Feststellung des Haushaltsplanes liegt nach Art. 110 Abs. 2 GG ausschließlich beim Gesetzgeber. Seine herausragende Stellung findet darin Ausdruck, daß Bundestag und Bundesrat berechtigt und verpflichtet sind, nach Art. 114 GG den Haushaltsvollzug der Bundesregierung zu kontrollieren.**
2. **Die durch Art. 111 Abs. 1 a–c GG bestimmte enge Begrenzung des Spielraums der Bundesregierung während des etatlosen Zustandes korrespondiert mit der verfassungsrechtlichen Verpflichtung aller beteiligten Verfassungsorgane, daran mitzuwirken, daß der Haushaltsplan regelmäßig vor Ablauf des vorherigen Rechnungsjahres verabschiedet werden kann.**
3. **Der Grundsatz, daß die Verfassungsorgane bei Inanspruchnahme ihrer verfassungsmäßigen Kompetenzen Rücksicht zu nehmen haben auf die Interessen der anderen Verfassungsorgane, bewirkt bei der Ausübung der subsidiären Notkompetenz des Bundesministers der Finanzen aus Art. 112 GG zusätzliche Prüfungs- und Verfahrenspflichten vor und bei ihrer Wahrnehmung. Es besteht eine besondere Kommunikations- und Konsultationspflicht zum Zwecke der Prüfung, ob eine im Hinblick auf die zeitliche Dringlichkeit des Bedürfnisses rechtzeitige Bewilligung durch den Gesetzgeber möglich ist.**
4. **Ob ein Bedürfnis für Ausgaben besteht, beantwortet sich wesentlich nach politischen Wertungen, deren Inhalt nur darauf gerichtlich überprüft werden kann, ob die Grenze offensichtlicher Unvertretbarkeit überschritten worden ist. Dagegen ist es eine Rechtsfrage, ob ein Bedürfnis unvorhergesehen oder unabweisbar ist; diese Tatbestandsmerkmale enthalten als objektivierbare Maßstäbe eine Kompetenzregelung.**

5. Unvorhergesehen im Sinne des Art. 112 GG ist nicht nur ein objektiv unvorhersehbares Bedürfnis, sondern jedes Bedürfnis, das tatsächlich, gleich aus welchen Gründen, vom Bundesminister der Finanzen oder der Bundesregierung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes oder vom Gesetzgeber bei dessen Beratung und Feststellung nicht vorhergesehen wurde oder dessen gesteigerte Dringlichkeit, die es durch Veränderung der Sachlage inzwischen gewonnen hat, nicht vorhergesehen worden ist.
6. Erst wenn eine Mehrausgabe so eilbedürftig ist, daß die Einbringung eines Nachtragshaushaltes oder eines Ergänzungshaushaltsplanes oder schließlich ihre Verschiebung bis zum nächsten regelmäßigen Haushalt bei vernünftiger Beurteilung der jeweiligen Lage als nicht mehr vertretbar anerkannt werden kann, liegt ein Fall der Unabweisbarkeit vor.
7. Die Bundesregierung ist das Verfassungsorgan, das entsprechend seiner politischen Leitungsaufgabe auch im Bereich des Haushaltswesens als bestimmendes Organ der Exekutive dem Bundestag gegenübersteht.
8. Der Bundesminister der Finanzen ist gegenüber der Bundesregierung verpflichtet, sie davon zu unterrichten, daß im Haushalt über erübrigte Mittel zu disponieren ist, die ihrem Umfang nach von politischem Gewicht sind und je nach der politischen Entscheidung über die Prioritäten anstehender Bedürfnisse verschieden verwendet werden können.
9. Die Informationspflicht des Bundesministers der Finanzen ist die Grundlage dafür, daß die Bundesregierung auch in den Fällen der Anwendung des Art. 112 GG durch ihr Verhalten Rechte des Bundestages verletzt haben kann. Die Bundesregierung hat sie verletzt, wenn sie dem Bundesminister der Finanzen den Weg des Art. 112 GG freigegeben hat, obwohl zeitgerecht durch einen Ergänzungs- oder Nachtragshaushalt oder im Wege des Art. 111 GG die Rechtsgrundlage für die Ausgabe hätte beschafft werden können.
10. Die Bundesregierung hat die Kompetenz des Gesetzgebers verletzt, wenn sie von dem Schritt des Bundesministers der Finanzen hätte Kenntnis erhalten müssen, sie aber nicht erhalten und deshalb eine Ermächtigung des Haushaltsgesetzgebers nicht herbeigeführt hat. Für einen solchen Mangel hat die Bundesregierung einzustehen, weil anders die verfassungsmäßige Ordnung in diesem politisch besonders heiklen und folgenreichen Bereich nicht wirksam aufrechterhalten werden kann.

Urteil des Zweiten Senats vom 25. Mai 1977 auf die mündliche Verhandlung vom 9. und 10. Dezember 1976
– 2 BvE 1/74 –

in dem Verfahren über den Antrag, festzustellen, daß a) die Bundesregierung, indem sie über- und außerplanmäßige Ausgaben zu Lasten des Rechnungsjahres 1973 geleistet hat, ohne die Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen und b) der Bundesminister der Finanzen, indem er diesen Ausgaben zugestimmt hat, ohne daß die Voraussetzungen von Art. 112 GG erfüllt waren, gegen Art. 110 GG verstoßen haben, *Antragstellerin*: die CDU/CSU-Fraktion des 7. Deutschen Bundestages.

Entscheidungsformel:

„I. Der Bundesminister der Finanzen hat das Recht des Deutschen Bundestages aus Artikel 110 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes verletzt, indem er den zu Lasten des Haushaltsjahres 1973 geleisteten überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben an

1. die Deutsche Bundesbahn in Höhe von 1,35 Milliarden DM,
2. die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 480 Millionen DM,
3. die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG) in Höhe von 100 Millionen DM,
4. die Salzgitter AG in Höhe von 100 Millionen DM

zugestimmt hat, obwohl die Voraussetzungen des Artikels 112 Satz 2 des Grundgesetzes nicht erfüllt waren.

II. Die Bundesregierung hat das Recht des Deutschen Bundestages aus Artikel 110 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes verletzt, indem sie es unterlassen hat, für die unter I. genannten Ausgaben die vorherige Ermächtigung des Gesetzgebers einzuholen.“

► BVerfGE 45, 1 ff.

1. Aus dem Grundsatz der parlamentarischen Demokratie darf nicht ein Vorrang des Parlaments und seiner Entscheidungen gegenüber den anderen Gewalten als ein alle konkreten Kompetenzzuordnungen überspielender Auslegungsgrundsatz hergeleitet werden.
2. Die normative Grundsatzentscheidung für oder gegen die rechtliche Zulässigkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Hoheitsbereich der Bundesrepublik Deutschland ist wegen ihrer weitreichenden Auswirkungen auf die Bürger, insbesondere auf ihren Freiheits- und Gleichheitsbereich, auf die allgemeinen

Lebensverhältnisse und wegen der notwendigerweise damit verbundenen Art und Intensität der Regelung eine grundlegende und wesentliche Entscheidung im Sinne des Vorbehalts des Gesetzes. Sie zu treffen ist allein der Gesetzgeber berufen.

3. ...

Beschluß des Zweiten Senats vom 8. August 1978 – 2 BvL 8/77 –

in dem Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 7 des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), soweit diese Bestimmung die Genehmigung von Kernkraftwerken des Typs des sogenannten Schnellen Brütters ermöglicht – Aussetzungs- und Vorlagebeschluß des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 18. August 1977 (VII A 338/74).

► BVerfGE 49, 89

1. Eine „Rüge“, die der amtierende Präsident des Bundestages einem Bundestagsabgeordneten erteilt, berührt in der Regel nicht dessen Status als Abgeordneter.
2. Das Grundgesetz gewährleistet die Redefreiheit des Abgeordneten im Parlament durch Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG; sie unterfällt weder dem Schutzbereich des Art. 5 GG noch dem des Art. 2 GG.

Beschluß des Zweiten Senats vom 8. Juni 1982 gemäß § 24 BVerfGG
– 2 BvE 2/82 –

in dem Verfahren über den Antrag, festzustellen, daß der amtierende Präsident des Deutschen Bundestages durch die dem Antragsteller in der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 19. Januar 1982 erteilte Rüge gegen Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG verstoßen hat, *Antragsteller*: Prof. Dr. M. Abelein, Mitglied des Deutschen Bundestages.

► BVerfGE 60, 374 ff.

Ein Recht des einzelnen Wählers darauf, daß der Deutsche Bundestag nicht in Anwendung des Art. 68 GG vorzeitig aufgelöst wird, läßt sich aus Art. 38 GG nicht herleiten.

Beschluß des Zweiten Senats vom 11. Januar 1983 gemäß § 24 BVerfGG
– 2 BvQ 4/82 –

in dem Verfahren des Rechtsanwalts Dr. Volker T. wegen Erlaß einer einstweiligen Anordnung.

Entscheidungsformel:

„Der Erlaß einer einstweiligen Anordnung wird abgelehnt.“

1. Im Organstreit kann der einzelne Bundestagsabgeordnete die behauptete Verletzung jedes Rechts, das mit seinem Status als Abgeordneter verfassungsrechtlich verbunden ist, im eigenen Namen geltend machen. An der Gewährleistung der in Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GG festgelegten Dauer der Wahlperiode hat der Status des Abgeordneten Anteil.
2. Die Anordnung der Auflösung des Bundestages oder ihre Ablehnung gemäß Art. 68 GG ist eine politische Leitentscheidung, die dem pflichtgemäßen Ermessen des Bundespräsidenten obliegt. Ein Ermessen im Rahmen des Art. 68 Abs. 1 Satz 1 GG ist dem Bundespräsidenten freilich nur dann eröffnet, wenn im Zeitpunkt seiner Entscheidung die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.
3. Art. 68 GG normiert einen zeitlich gestreckten Tatbestand. Verfassungswidrigkeiten, die auf den zeitlich vorangehenden Stufen eingetreten sind, wirken auf die Entscheidungslage fort, vor die der Bundespräsident nach dem Auflösungsvorschlag des Bundeskanzlers gestellt ist.
4. a) Art. 68 Abs. 1 Satz 1 GG ist eine offene Verfassungsnorm, die der Konkretisierung zugänglich und bedürftig ist.
b) Die Befugnis zur Konkretisierung von Bundesverfassungsrecht kommt nicht allein dem Bundesverfassungsgericht, sondern auch anderen obersten Verfassungsorganen zu. Dabei sind die bereits vorgegebenen Wertungen, Grundentscheidungen, Grundsätze und Normen der Verfassung zu wahren.

- c) Bei der Konkretisierung der Verfassung als rechtlicher Grundordnung ist zumal ein hohes Maß an Übereinstimmung in der verfassungsrechtlichen wie verfassungspolitischen Beurteilung und Bewertung der in Rede stehenden Sachverhalte zwischen den möglichen betroffenen obersten Verfassungsorganen unabdingbar und eine auf Dauer angelegte, stetige Handhabung unerlässlich. Eine politisch umkämpfte und rechtlich umstrittene Praxis von Parlaments- und Regierungsmehrheiten reicht als solche hierfür nicht aus.
5. Vertrauen im Sinne des Art. 68 GG meint gemäß der deutschen verfassungsgeschichtlichen Tradition die im Akt der Stimmabgabe förmlich bekundete gegenwärtige Zustimmung der Abgeordneten zu Person und Sachprogramm des Bundeskanzlers.
 6. Der Bundeskanzler, der die Auflösung des Bundestages auf dem Wege des Art. 68 GG anstrebt, soll dieses Verfahren nur anstrengen dürfen, wenn es politisch für ihn nicht mehr gewährleistet ist, mit den im Bundestag bestehenden Kräfteverhältnissen weiterzuregieren. Die politischen Kräfteverhältnisse im Bundestag müssen seine Handlungsfähigkeit so beeinträchtigen oder lähmen, daß er eine vom stetigen Vertrauen der Mehrheit getragene Politik nicht sinnvoll zu verfolgen vermag. Dies ist ungeschriebenes sachliches Tatbestandsmerkmal des Art. 68 Abs. 1 Satz 1 GG.
 7. Eine Auslegung dahin, daß Art. 68 GG einem Bundeskanzler, dessen ausreichende Mehrheit im Bundestag außer Zweifel steht, gestattet, sich zum geeignet erscheinenden Zeitpunkt die Vertrauensfrage negativ beantworten zu lassen mit dem Ziel, die Auflösung des Bundestages zu betreiben, würde dem Sinn des Art. 68 GG nicht gerecht. Desgleichen rechtfertigen besondere Schwierigkeiten der in der laufenden Wahlperiode sich stellenden Aufgaben die Auflösung nicht.
 8. a) Ob eine Lage vorliegt, die eine vom stetigen Vertrauen der Mehrheit getragene Politik nicht mehr sinnvoll ermöglicht, hat der Bundeskanzler zu prüfen, wenn er beabsichtigt, einen Antrag mit dem Ziel zu stellen, darüber die Auflösung des Bundestages anzustreben.
b) Der Bundespräsident hat bei der Prüfung, ob der Antrag und der Vorschlag des Bundeskanzlers nach Art. 68 GG mit der Verfassung vereinbar sind, andere Maßstäbe nicht anzulegen; er hat insoweit die Einschätzungs- und Beurteilungskompetenz des Bundeskanzlers zu beachten, wenn nicht eine andere, die Auflösung verwehrende Einschätzung der politischen Lage der Einschätzung des Bundeskanzlers eindeutig vorzuziehen ist.
c) Die Einmütigkeit der im Bundestag vertretenen Parteien, zu Neuwahlen zu gelangen, vermag den Ermessensspielraum des Bundespräsidenten nicht einzuschränken; er kann hierin jedoch einen zusätzlichen Hinweis sehen, daß eine Auflösung des Bundestages zu einem Ergebnis führen werde, das dem Anliegen des Art. 68 GG näher kommt als eine ablehnende Entscheidung.
 9. In Art. 68 GG hat das Grundgesetz selbst durch die Einräumung von Einschätzungs- und Beurteilungsspielräumen sowie von Ermessen zu politischen Leitentscheidungen an drei oberste Verfassungsorgane die verfassungsgerichtlichen Überprüfungsmöglichkeiten weiter zurückgenommen als in den Bereichen von Rechtsetzung und Normvollzug; das Grundgesetz vertraut insoweit in erster Linie auf das in Art. 68 GG selbst angelegte System der gegenseitigen politischen Kontrolle und des politischen Ausgleichs zwischen den beteiligten obersten Verfassungsorganen. Allein dort, wo verfassungsrechtliche Maßstäbe für politisches Verhalten normiert sind, kann das Bundesverfassungsgericht ihrer Verletzung entgegenreten.

Urteil des Zweiten Senats vom 16. Februar 1983
auf die mündliche Verhandlung vom 25. Januar 1983
– 2 BvE 1, 2, 3, 4/83 –

in dem Organstreitverfahren über den Antrag festzustellen, daß der Bundespräsident durch seine Anordnung über die Auflösung des 9. Deutschen Bundestages vom 6. Januar 1983 (BGBl. I S. 1) und seine Anordnung

Hinweis

Dokumentationen zu verschiedenen Grundgesetz-Artikeln enthalten u. a. die folgenden Abschnitte des vorliegenden *Datenhandbuchs*:

- 2.9 Inkompatibilitäten
- 8.14 Stimmergebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen
- 11.1 Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes
- 11.2 Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes
- 11.3 Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes

über die Bundestagswahl 1983 vom 6. Januar 1983 (BGBl. I S. 2) gegen Art. 68 Abs. 1 GG verstoßen und dadurch die Antragsteller in ihren verfassungsmäßigen Rechten aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG verletzt bzw. unmittelbar gefährdet hat – *Antragsteller*: 1. *Karl-Hans Lagerhausen*, MdB; 2. *Friedhelm Rentrop*, MdB; 3. *Hansheinrich Schmidt*, MdB; 4. *Karl Hofmann*, MdB; *Antragsgegner*: Bundespräsident *Karl Carstens*.

Entscheidungsformel:

„Die Anträge werden zurückgewiesen.“

► BVerfGE 62, 1 ff.

1. **Zur Parteifähigkeit und Prozeßführungsbefugnis in einem Organstreit gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG um das Beweiserhebungsrecht eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.**
2. **Wird ein Untersuchungsausschuß des Bundestages zur Kontrolle der Bundesregierung eingesetzt, erstreckt sich das Beweiserhebungsrecht des Untersuchungsausschusses nach Art. 44 Abs. 1 GG auch auf das Recht auf Vorlage der Akten.**
3. a) **Auf ein solches Aktenherausgabeverlangen findet gemäß Art. 44 Abs. 2 Satz 1 GG die Vorschrift des § 96 StPO sinngemäß, d. h. unter Beachtung des Sinns parlamentarischer Kontrolle, Anwendung.**
 b) **Das Wohl des Bundes oder eines Landes (§ 96 StPO) ist im parlamentarischen Regierungssystem des Grundgesetzes dem Bundestag und der Bundesregierung gemeinsam anvertraut. Die Berufung auf das Wohl des Bundes gegenüber dem Bundestag kann mithin in aller Regel dann nicht in Betracht kommen, wenn beiderseits wirksame Vorkehrungen gegen das Bekanntwerden von Dienstgeheimnissen getroffen werden.**
 c) **Nur unter ganz besonderen Umständen können sich Gründe finden lassen, dem Untersuchungsausschuß Akten unter Berufung auf das Wohl des Bundes oder eines Landes vorzuenthalten. Solche Gründe können sich insbesondere aus dem Gewaltenteilungsgrundsatz ergeben. Die Verantwortung der Regierung gegenüber Parlament und Volk setzt notwendigerweise einen Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung voraus, der einen auch von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen grundsätzlich nicht ausforschbaren Initiativ-, Beratungs- und Handlungsbereich einschließt.**
4. a) **Zu den von § 96 StPO erfaßten öffentlichen Belangen kann auch das Steuergeheimnis im Sinne des § 30 AO gehören.**
 b) **Der Ausnahmetatbestand des § 30 Abs. 4 Nr. 5 Buchst. c AO ist verfassungskonform so auszulegen, daß er auch den Fall des Aktenvorlageverlangens des Untersuchungsausschusses erfaßt, mit dem der Bundestag in der Öffentlichkeit verbreiteten Zweifeln an der Vertrauenswürdigkeit der Exekutive nachgeht, die auch die Steuermoral der Bürger nachhaltig erschüttern könnten.**
5. a) **Das Beweiserhebungsrecht und das Recht auf Aktenvorlage gemäß Art. 44 Abs. 1 GG können durch die Grundrechte eingeschränkt sein. Beweiserhebungsrecht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und grundrechtlicher Datenschutz müssen im konkreten Fall einander so zugeordnet werden, daß beide soweit wie möglich ihre Wirkungen entfalten.**
 b) **Das Recht auf Wahrung des in § 30 AO gesetzlich umschriebenen Steuergeheimnisses ist als solches kein Grundrecht. Die Geheimhaltung bestimmter steuerlicher Angaben und Verhältnisse kann indessen durch grundrechtliche Verbürgerungen geboten sein.**
 c) **Die Bedeutung, die das Kontrollrecht des Parlaments sowohl für die parlamentarische Demokratie als auch für das Ansehen des Staates hat, gestattet in der Regel dann keine Verkürzung des Aktenherausgabeanpruchs zugunsten des Schutzes des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und des Eigentumsschutzes, wenn Parlament und Regierung Vorkehrungen für den Heimsschutz getroffen haben, die das ungestörte Zusammenwirken beider Verfassungsorgane auf diesem Gebiete gewährleisten, und wenn der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist.**

Urteil des Zweiten Senats vom 17. Juli 1984
 auf die mündliche Verhandlung vom 15. Mai 1984
 – 2 BvE 11, 15/83 –

in dem Organstreitverfahren über die Anträge festzustellen, daß die Antragsgegner dadurch gegen Artikel 44 des Grundgesetzes verstoßen haben, daß sie dem 1. Untersuchungsausschuß der 10. Wahlperiode des Deut-

schen Bundestages die vollständige Vorlage der durch Beweisbeschluß vom 16. Juni 1983 beigezogenen Akten, nämlich der einschlägigen Vorgänge aus den Geschäftsbereichen des Bundesministers der Finanzen und des Bundesministers für Wirtschaft, verweigern – *Antragsteller*: 1. Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, vertreten durch ihre Sprecherinnen *Annemarie Borgmann, Waltraud Schoppe, Antje Vollmer*, alle MdB; 2. *Otto Schily*, MdB; 3. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Deutschen Bundestag, vertreten durch den Vorsitzenden Dr. *Hans-Jochen Vogel*, MdB; 4. Dr. *Wilfried Penner, Gerhard Schröder, Dr. Dieter Spöri, Dr. Peter Struck*, alle MdB; *Antragsgegner*: 1. Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler; 2. Bundesminister der Finanzen; 3. Bundesminister für Wirtschaft.

Entscheidungsformel:

„1. Die Weigerung der Antragsgegner, die Akten vollständig herauszugeben, verletzt Artikel 44 des Grundgesetzes.

2. ...“

► BVerfGE 67, 100 ff.

1. a) Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG ist im Lichte des Art. 20 Abs. 2 GG auszulegen. Eine Erweiterung der dem Bundestag durch Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG eingeräumten Mitwirkungsbefugnisse bei der staatlichen Willensbildung im Bereich der auswärtigen Beziehungen über den Kreis der dort genannten völkerrechtlichen Akte hinaus stellte einen Einbruch in zentrale Gestaltungsbereiche der Exekutive dar und liefe dem vom Grundgesetz normierten Gefüge der Verteilung von Macht, Verantwortung und Kontrolle zuwider.
b) Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG kann nicht entnommen werden, daß immer dann, wenn ein Handeln der Bundesregierung im völkerrechtlichen Verkehr die politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland regelt oder Gegenstände der Bundesgesetzgebung betrifft, die Form eines der gesetzgeberischen Zustimmung oder Mitwirkung bedürftigen völkerrechtlichen Vertrages gewählt werden müßte.
2. a) Art. 24 Abs. 1 GG setzt nicht voraus, daß die Übertragung deutscher Hoheitsrechte auf eine zwischenstaatliche Einrichtung unwiderruflich ist.
b) Art. 24 Abs. 1 GG läßt sich nicht entnehmen, daß eine Übertragung von Hoheitsrechten immer nur dann vorliegt, wenn einer zwischenstaatlichen Einrichtung die Befugnis zu einem unmittelbaren Durchgriff auf einzelne eingeräumt wird.
c) Art. 24 Abs. 1 GG hindert nicht, im Rahmen eines Verteidigungsbündnisses Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Stationierung verbündeter Streitkräfte zur Verfügung zu stellen und dem Verteidigungszweck des Bündnisses dienliche Entscheidungsstrukturen für den Einsatz dieser Streitkräfte zuzulassen, um den Schutz der Bundesrepublik Deutschland vor Angriffen zu gewährleisten und damit der Integrität ihrer Verfassungsordnung wie ihrer Souveränität zu dienen.
3. Einschätzungen und Wertungen außen- und verteidigungspolitischer Art obliegen der Bundesregierung. Das Grundgesetz zieht der Beurteilungsmacht, die der Bundesregierung insoweit zusteht, nur die Grenze offensichtlicher Willkür. Innerhalb dieser äußersten Grenzen hat das Bundesverfassungsgericht nicht nachzuprüfen, ob die Einschätzungen oder Wertungen der Bundesregierung zutreffend oder unzutreffend sind, da es insoweit rechtlicher Maßstäbe ermangelt; sie sind politisch zu verantworten.
4. Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG und Art. 24 Abs. 1 GG enthalten für die von ihnen erfaßten Sachbereiche eine abschließende Regelung, neben der sich Gesetzgebungsbefugnisse des Bundestages nicht selbständig aus dem Demokratieprinzip oder aus der Bedeutung und Tragweite einer Entscheidung für das Staatsganze ergeben. Unter der demokratisch-parlamentarischen Herrschaftsordnung des Grundgesetzes ist auch die Regierung institutionell, funktionell und personell demokratisch legitimiert und nicht von vornherein auf die Vornahme politisch weniger bedeutsamer Akte beschränkt.

Urteil des Zweiten Senats vom 18. Dezember 1984
auf die mündliche Verhandlung vom 17. Juli 1984
– 2 BvE 13/83 –

in dem Organstreitverfahren über den Antrag festzustellen, die Bundesregierung habe die Rechte des Bundestages aus Artikel 79 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 24 Absatz 1, Artikel 25 sowie aus Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes dadurch verletzt, daß sie es unterlassen habe, für die Zustimmung zur Ausrüstung der in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte der Ver-

einigten Staaten von Amerika mit nuklear ausgerüsteten Raketen vom Typ Pershing-2 und Cruise Missiles die verfassungsrechtlich erforderliche Ermächtigung durch ein Gesetz des Bundestages einzuholen – *Antragstellerin*: Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, vertreten durch ihre Sprecher *Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly, Otto Schily*, alle MdB; *Antragsgegnerin*: Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler.

Entscheidungsformel:

„Der Antrag wird zurückgewiesen.“

► BVerfGE 68, 1 ff.

1. **Fraktionen sind im Organstreit auch zur Geltendmachung eigener Rechte befugt, wenn diese in der Verfassung verankert sind.**
2. **Aus der Zugehörigkeit des Abgeordneten zu einer Fraktion folgt nicht das Recht, deren etwaige Rechte im eigenen Namen im Organstreit zu verfolgen.**
3. **Dem einzelnen Abgeordneten erwächst aus seinem in Art. 38 Abs. 1 GG gewährleisteten Status ein Recht darauf, daß ihm grundsätzlich diejenigen Informationen nicht vorenthalten werden, die ihm eine sachverständige Beurteilung des Haushaltsplans ermöglichen.**
4. **Aus den Haushaltsgrundsätzen mit Verfassungsrang kann nicht abgeleitet werden, daß die ersichtlich als Ausnahme gehandhabte, auf vier Haushaltsansätze beschränkte ergänzende Beratung geheimer Wirtschaftspläne in einem zu diesem Zweck eingesetzten Gremium vor der Verabschiedung des Haushalts stattzufinden habe. Art. 110 Abs. 1 GG verlangt die Bachtung des Grundsatzes der Öffentlichkeit nicht ausnahmslos.**
5. **Dem Parlament bleibt vorbehalten, sich für einen Modus der Beratung solcher Haushaltsstellen zu entscheiden, der nach seiner – willkürfreien – Einschätzung den Geheimchutzinteressen hinreichend dient und zugleich den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie Rechnung trägt.**
6. **Entscheidet sich der Bundestag, durch Gesetz die Beratung und Bewilligung der in den Wirtschaftsplänen der Nachrichtendienste enthaltenen Veranschlagungen einem nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes für das jeweilige Haushaltsjahr zu bildenden besonderen Gremium zu übertragen, so begegnet dies im Blick auf die Geschäftsordnungsautonomie des Parlaments keinen Bedenken. Das gilt jedenfalls dann, wenn das Gesetz – auch zu seiner Aufhebung – nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, der Kern der Geschäftsordnungsautonomie des Bundestages nicht berührt wird und überdies gewichtige sachliche Gründe dafür sprechen, die Form des Gesetzes zu wählen.**
7. **Der Schutz der parlamentarischen Minderheit geht nicht dahin, die Minderheit vor Sachentscheidungen der Mehrheit zu bewahren (Art. 42 Abs. 2 GG), wohl aber dahin, der Minderheit zu ermöglichen, ihren Standpunkt in den Willensbildungsprozeß des Parlaments einzubringen.**
8. **Es begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, daß die Mitglieder des Gremiums nach § 4 Abs. 9 des Haushaltsgesetzes 1984 mit der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages zu wählen sind. Dieses Verfahren soll gewährleisten, daß nur Abgeordnete gewählt werden, die persönlich das Vertrauen der Mehrheit des Bundestages genießen.**
9. **Jedenfalls aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes kann es verfassungsrechtlich hinzunehmen sein, daß einzelne Fraktionen bei der Besetzung eines Ausschusses unberücksichtigt bleiben.**

Urteil des Zweiten Senats vom 14. Januar 1986
aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 9. Juli 1985
– 2 BvE 14/83 und 4/84 –

in den Verfahren über die Anträge des Mitglieds des Deutschen Bundestages *Hubert Kleinert* und der Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag auf Feststellung der Verletzung von Rechten der Antragsteller aus dem Grundgesetz 1. bei der Vorlage, Beratung und Verabschiedung der Haushaltsgesetze 1984 und 1985 im

Hinweis

Die Fundstellenhinweise auf alle im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Grundgesetz-Artikel finden sich in einem Anhang zum Gesetzesregister (Kapitel 33).

Hinblick auf Haushaltstitel geheimer Dienste und deren Wirtschafts- bzw. Bewirtschaftungspläne – 2 BvE 14/83 –, 2. bei der Wahl der Mitglieder des Gremiums zur Genehmigung der Wirtschafts- bzw. Bewirtschaftungspläne geheimer Dienste gemäß § 4 Abs. 9 des Haushaltsgesetzes 1984 – 2 BvE 4/84 –, *Antragsteller*: 1. *Hubert Kleinert*, MdB, 2. Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, vertreten durch den Vorstand, *Antragsgegner*: 1. Deutscher Bundestag, vertreten durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, 2. Bundesregierung, vertreten durch den Bundesminister der Finanzen.

Entscheidungsformel:

„Die Anträge werden zurückgewiesen.“

► BVerfGE 70, 324 ff.

Die den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen verfassungsrechtlich eingeräumte Befugnis, die erforderlichen Beweise in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften über den Strafprozeß zu erheben, berechtigt sie auch, gegen den Zeugen der grundlos das Zeugnis verweigert, Ordnungsgeld festzusetzen und zur Erzwingung des Zeugnisses die Anordnung der Haft beim zuständigen Gericht zu beantragen. Hierbei sind die Grundrechte des Betroffenen und insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten.

Beschluß des Zweiten Senats vom 1. Oktober 1987
– 2 BvR 1165/86 –

in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde von *Alfons Lappas* gegen den Beschluß des Landgerichts Bonn vom 27. Oktober 1986 – 31 Qs 203/86 – und den Beschluß des Amtsgerichts Bonn vom 19. Oktober 1986 – 50 Gs 1150/86 –.

Entscheidungsformel:

„Die Verfassungsbeschwerde wird zurückgewiesen.“

1. **Der Bundestag kann innerhalb seines Aufgabenbereiches Untersuchungsaufträge zur Aufklärung von Mißständen jedenfalls auch im Bereich solcher privater Unternehmen – einschließlich der mit ihnen eng, insbesondere konzernmäßig verbundenen – erteilen, die aufgrund „gemeinwirtschaftlicher“ Zielsetzung ihrer Tätigkeit in erheblichem Umfang aus staatlichen Mitteln gefördert oder steuerlich begünstigt werden und besonderen rechtlichen Bindungen unterliegen; dies gilt jedenfalls insoweit, als hieran ein öffentliches Untersuchungsinteresse von hinreichendem Gewicht besteht.**
2. **Untersuchungsausschüsse des Bundestages, deren Mitglieder von den Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke benannt werden, besitzen die erforderliche demokratische Legitimation für eine hoheitliche Tätigkeit nach außen.**
3. a) **Untersuchungsausschüsse haben zur Erfüllung des ihnen vom Bundestag erteilten Auftrags die Befugnis, unter Beachtung der Grundrechte und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit Beschlagnahmen gegenüber Privaten bei dem zuständigen Gericht zu beantragen.**
b) **Das Gericht hat sicherzustellen, daß beschlagnahmte Unterlagen, die ersichtlich grundrechtlich bedeutende Daten enthalten, erst dann im Untersuchungsausschuß erörtert werden, wenn ihre Beweiserheblichkeit im einzelnen und die Frage der Zulässigkeit der Beweiserhebung im Blick auf ausreichende Geheimchutzmaßnahmen geprüft wurden.**
Die Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände unmittelbar an den Untersuchungsausschuß darf nur angeordnet werden, wenn aus grundrechtlicher Sicht hiergegen keine Bedenken bestehen, insbesondere wenn ihre potentielle Beweisbedeutung im Gesamten von vornherein feststeht und nach dem mutmaßlichen Inhalt Geheimchutzmaßnahmen voraussichtlich nicht erforderlich werden oder solche bereits in hinreichendem Umfang getroffen sind.

Beschluß des Zweiten Senats vom 1. Oktober 1987
– BvR 1178/86 u. a. –

in den Verfahren über die Verfassungsbeschwerden 1. der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft (BGAG), 2. des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Industriegewerkschaft Metall für die

Bundesrepublik Deutschland, der Treuhandverwaltung IGMET GmbH, 3. der Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft (BfG) gegen a) den Beschluß des Landgerichts Frankfurt a. M. vom 22. Oktober 1986 – 5/28 Qs 16/86 –, b) den Beschluß des Amtsgerichts Frankfurt a. M. vom 29. September 1986 – 931 Gs 3417/86 –, c) den Beschluß des Landgerichts Frankfurt a. M. vom 31. Oktober 1986 – 5/28 Qs 19/86 –.

► BVerfGE 77, 1 ff.

1. **Die Bindung aus Art. 109 Abs.2 GG erstreckt sich auch auf die Kreditaufnahme nach Art. 115 Abs.1 Satz 2 GG. Des zweiten Halbsatzes dieser Vorschrift bedarf es, damit den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auch in einer Störungslage genügt werden kann.**
2. **Der Investitionsbegriff des Art. 115 Abs.1 Satz 2 Halbsatz 1 GG kann jedenfalls nicht weiter verstanden werden als in der bisherigen Staatspraxis, die „Baumaßnahmen“ und „Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsmaßnahmen“ gemäß den Nummern 7 und 8 des Gruppierungsplans nach § 13 Abs.3 Nr.2 BHO als Investitionen ansieht.**
3. **Die Inanspruchnahme des Art. 115 Abs.1 Satz 2 Halbsatz 2 GG ist erst dann gerechtfertigt, wenn das – stets labile – gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ernsthaft und nachhaltig gestört ist oder eine solche Störung unmittelbar droht.**
4. **Die nach Art. 115 Abs.1 Satz 2 Halbsatz 2 GG erhöhte Kreditaufnahme muß nach Umfang und Verwendung bestimmt und geeignet sein, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren; hierzu müssen die Ursachen der Störung mit in Betracht gezogen werden. Weitere einschränkende Voraussetzungen, insbesondere eine Bindung der Kreditfinanzierung konsumtiver Ausgaben an den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, ergeben sich weder aus Art. 115 Abs.1 Satz 2 GG noch aus anderen Bestimmungen der Verfassung.**
5. **Bei der Beurteilung, ob eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt oder unmittelbar droht, und bei der Einschätzung, ob eine erhöhte Kreditaufnahme zu ihrer Abwehr geeignet ist, steht dem Haushaltsgesetzgeber ein Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum zu. Nimmt er die Befugnis des Art. 115 Abs.1 Satz 2 Halbsatz 2 GG in Anspruch, so trifft ihn im Gesetzgebungsverfahren eine Darlegungslast für die Erfüllung der Voraussetzungen dieser Vorschrift.**

Urteil des Zweiten Senats vom 18. April 1989
aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 17. Januar 1989
– 2 BvF 1/82 –

in dem Verfahren über den Antrag von *Helmut Kohl*, MdB, *Friedrich Zimmermann*, MdB, und 229 weiteren Mitgliedern des Deutschen Bundestages, § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981 (Haushaltsgesetz 1981) vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 630) für nichtig zu erklären.

Entscheidungsformel:

„§ 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981 vom 13. Juli 1981 (Bundesgesetzbl. I S. 630) ist mit dem Grundgesetz vereinbar gewesen.“

► BVerfGE 79, 311 ff.

1. a) **Maßnahme im Sinne des § 64 Abs.1 BVerfGG kann auch eine Vorschrift der Geschäftsordnung sein; sie ist auch dann alleiniger Angriffsgegenstand im Organstreitverfahren, wenn auf ihrer Grundlage weitere Entscheidungen getroffen werden, diese aber die Geschäftsordnung lediglich anwenden und daher ihrerseits keine weitere Beschwer enthalten.**
b) **Eine Geschäftsordnungsvorschrift stellt allerdings eine Maßnahme erst dann dar, wenn sie beim Antragsteller eine aktuelle rechtliche Betroffenheit auszulösen vermag.**
2. a) **Der durch Art. 38 Abs.1 GG gewährleistete repräsentative verfassungsrechtliche Status des Abgeordneten ist Grundlage für die repräsentative Stellung des Bundestages, der als „besonderes Organ“ (Art. 20 Abs.2 GG) die vom Volke ausgehende Staatsgewalt ausübt.**

- b) Dem Bundestag obliegt es, in dem von der Verfassung vorgezeichneten Rahmen seine Arbeit und die Erledigung seiner Aufgaben auf der Grundlage des Prinzips der Beteiligung aller zu organisieren (Art. 40 Abs. 1 Satz 2 GG).
- c) Alle Abgeordneten sind berufen, an der Arbeit des Bundestages mit gleichen Rechten und Pflichten teilzunehmen. Dies folgt vor allem daraus, daß die Repräsentation des Volkes vom Parlament als Ganzem, d. h. in der Gesamtheit seiner Mitglieder als Repräsentanten, bewirkt wird. Dies setzt die gleiche Mitwirkungsbefugnis aller Abgeordneten voraus.
3. a) Die den einzelnen Abgeordneten aus ihrem verfassungsrechtlichen Status zufließenden Rechte werden durch die Geschäftsordnung nicht erst begründet, sie regelt vielmehr nur die Art und Weise ihrer Ausübung. Dabei dürfen die Rechte des einzelnen Abgeordneten zwar im einzelnen ausgestaltet und insofern auch eingeschränkt, ihm jedoch grundsätzlich nicht entzogen werden.
- b) Politisches Gliederungsprinzip für die Arbeit des Bundestages sind heute die Fraktionen. Ihre Bildung beruht auf der in der Ausübung des freien Mandats getroffenen Entscheidung des Abgeordneten (Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG). Der Bundestag hat daher in der Geschäftsordnung die Befugnisse der Fraktionen im parlamentarischen Geschäftsgang unter Beachtung der Rechte der Abgeordneten festzulegen.
- c) Das Parlament hat bei der Entscheidung darüber, welcher Regeln es zu seiner Selbstorganisation und zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Geschäftsganges bedarf, einen weiten Gestaltungsspielraum; verfassungsgerichtlicher Kontrolle unterliegt jedoch, ob dabei das Prinzip der Beteiligung aller Abgeordneten an den Aufgaben des Parlaments gewahrt bleibt.
4. a) Die Ausschüsse sind durch ihre Aufgabenstellung in die Repräsentation des Volkes durch das Parlament einbezogen. Deshalb muß grundsätzlich jeder Ausschuß ein verkleinertes Abbild des Plenums sein.
- b) Eine prinzipielle Mitwirkungsmöglichkeit hat für den einzelnen Abgeordneten angesichts des Umstandes, daß ein Großteil der eigentlichen Sacharbeit des Bundestages von den Ausschüssen bewältigt wird, eine der Mitwirkung im Plenum vergleichbare Bedeutung. Von daher darf ein Abgeordneter nicht ohne gewichtige, an der Funktionstüchtigkeit des Parlaments orientierte Gründe von jeder Mitarbeit in den Ausschüssen ausgeschlossen werden.
- c) Wenn – wie derzeit – der Zahl der Abgeordneten eine entsprechend große Zahl von Ausschußsitzern gegenübersteht, hat jeder einzelne Abgeordnete Anspruch darauf, in einem Ausschuß mit Rede- und Antragsrecht mitzuwirken; hingegen ist es verfassungsrechtlich nicht geboten, dem fraktionslosen Abgeordneten im Ausschuß ein – notwendigerweise überproportional wirkendes – Stimmrecht zu geben.
5. Bei der Bemessung der Redezeit eines fraktionslosen Abgeordneten ist auf das Gewicht und die Schwierigkeit des Verhandlungsgegenstandes wie auf die Gesamtdauer der Aussprache und darauf Bedacht zu nehmen, ob er gleichgerichtete politische Ziele wie andere fraktionslose Mitglieder des Bundestages verfolgt und sich auch für diese äußert.
6. a) Fraktionslose Abgeordnete haben keinen Anspruch auf finanzielle Gleichstellung mit den Fraktionen.
- b) Soweit fraktionsangehörigen Abgeordneten aus der Arbeit der Fraktionen eine Reihe von Vorteilen zufließt, hat dies der Deutsche Bundestag gegenüber dem fraktionslosen Abgeordneten auszugleichen.

Urteil des Zweiten Senats vom 13. Juni 1989
auf die mündliche Verhandlung vom 21. Februar 1989
– 2 BvE 1/88 –

in dem Organstreitverfahren über die Anträge des Mitgliedes des Deutschen Bundestages *Thomas Wüppesahl* betreffend seine Rechtsstellung als Bundestagsabgeordneter sowie den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung. *Antragsteller: Thomas Wüppesahl*, MdB; *Antragsgegner: 1. Deutscher Bundestag*, vertreten durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, 2. Bundestagspräsidentin Prof. Dr. *Rita Süßmuth*, 3. Die Fraktion „DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag“, vertreten durch den Vorstand, 4. Bundesrat.

Entscheidungsformel:

„1. Der Deutsche Bundestag verletzt die Rechte des Antragstellers aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz dadurch, daß er ihm keine Möglichkeit eingeräumt hat, in einem Ausschuß als Mitglied mit Rede- und Antragsrecht mitzuwirken.

Im übrigen werden die Anträge zurückgewiesen.“

2. ...

► BVerfGE 80, 188 ff.

1. Die Beurteilung, ein Antrag im Sinne des § 24 Satz 1 BVerfGG sei offensichtlich unbegründet, setzt nicht voraus, daß seine Unbegründetheit auf der Hand liegt; sie kann auch das Ergebnis vorgängiger gründlicher Prüfung sein.
2. Das von der Bundesregierung eingeschlagene Verfahren, „beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes“ im Einigungsvertrag zu vereinbaren mit der Folge, daß der Bundestag hierüber nur in der Form eines Zustimmungsgesetzes nach Art. 59 Abs. 2 GG befinden kann, hat seine verfassungsrechtliche Grundlage in Art. 23 Satz 2 GG in Verbindung mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes.

Beschluß des Zweiten Senats vom 18. September 1990
– 2 BvE 2/90 –

über den Antrag der Abgeordneten des Deutschen Bundestages *Herbert Czaja, Gerhard Dewitz, Ortwin Lowack, Lorenz Niegel, Karl Eigen, Matthias Engelsberger, Hans Graf Huyn* und *Eicke Götz* festzustellen, daß die Mitwirkungsrechte der Antragsteller bei der Beratung und Abstimmung zum Zwecke einer Änderung des Grundgesetzes dadurch verletzt sind, daß die Bundesregierung den verfassungsändernde Regelungen in Art. 4 enthaltenen Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands geschlossen, die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. diesen von der Bundesregierung ausgehandelten Vertrag mit Zustimmung der Bundesregierung in den Bundestag am 31. August 1990 eingebracht und der Bundestag ihn im Verfahren nach Art. 59 Abs. 2 GG am 5. September 1990 zur Beratung angenommen hat und am 20. September 1990 zur Beschlußfassung stellen wird, **und** Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung.

Beschlußformel:

„Der Antrag wird verworfen. Damit erledigt sich der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung.“

► BVerfGE 82, S. 316 ff.

1. Aus den Grundsätzen der formalen Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien folgt, daß dem Gesetzgeber bei der Ordnung des Wahlrechts zu politischen Körperschaften nur ein eng bemessener Spielraum für Differenzierungen verbleibt. Sie bedürfen zu ihrer Rechtfertigung stets eines zwingenden Grundes.
2. a) Die Vereinbarkeit einer Sperrklausel mit dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl kann nicht ein für allemal abstrakt beurteilt werden. Bei ihrem Erlaß sind die Verhältnisse des Landes, für das sie gelten soll, zu berücksichtigen.
b) Findet der Wahlgesetzgeber besondere Umstände vor, die ein Quorum von 5 v. H. unzulässig werden lassen, so muß er ihnen Rechnung tragen. Dabei steht es ihm grundsätzlich frei, auf eine Sperrklausel zu verzichten, deren Höhe herabzusetzen oder andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Hält er es für ratsam, an einer Sperrklausel von 5 v. H. festzuhalten, aber ihre Auswirkungen zu mildern, so muß das Mittel, zu dem er sich entschließt, um die gebotene Milderung zu bewirken, seinerseits mit der Verfassung vereinbar sein, insbesondere den Grundsätzen der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien genügen.
3. Ein Wahlgesetz, das es Parteien ermöglicht, ihre Landeslisten zu verbinden, um als bloße Zählgemeinschaft die 5 v. H.-Klausel zu überwinden (Listenverbindung), gewichtet – anders als eine Regelung, die es Parteien erlaubt, eine gemeinsame Liste aufzustellen (Listenvereinigung) – den Erfolg von Wählerstimmen ohne zwingenden Grund ungleich und verstößt daher gegen den Grundsatz der Wahl- und Chancengleichheit.
4. a) Die erste gesamtdeutsche Wahl des Deutschen Bundestages findet unter besonderen Umständen statt, die eine unveränderte Aufrechterhaltung der herkömmlichen, wahlgebietsbezogenen Sperrklausel von 5 v. H. nicht erlauben.
b) Unter den besonderen Bedingungen dieser Wahl ist eine Sperrklausel verfassungsrechtlich unbedenklich, die nicht auf das gesamte Wahlgebiet bezogen ist, sondern Parteien am Verhältnisausgleich teilnehmen läßt, wenn sie entweder im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) oder im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) 5 v. H. der für ihre Landeslisten abgegebenen Stimmen erreichen.
c) Die unterschiedlichen Startbedingungen der im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zur Wahl antretenden Parteien und politischen Vereinigungen können allein durch die Regionalisierung der

Sperrklausel nicht hinreichend ausgeglichen werden. Als Ausgleich bietet sich die Zulassung von Listenvereinigungen für Parteien und politische Vereinigungen an, soweit sie im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ihren Sitz haben.

Urteil des Zweiten Senats vom 29. September 1990
– 2 BvE 1, 3, 4/90, 2 BvR 1247/90 –

in den Verfahren über die Anträge 1. der Bundespartei „Die Republikaner“, vertreten durch den Bundesvorsitzenden *Franz Schönhuber*, 2. der Partei DIE GRÜNEN, vertreten durch den geschäftsführenden Bundesvorsitzenden *Renate Damus* [u. a.], 3. der Linken Liste/Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), vertreten durch den geschäftsführenden Vorstand *Andrea Lederer* [u. a.] sowie über die Verfassungsbeschwerden 1. der Frau *Elke Kiltz*, Bonn und des Herrn *Gerald Häfner*, MdB, Bonn gegen [u. a.] das Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie zu dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990 mit einer Neufassung des § 53 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes, womit unter Aufrechterhaltung der Sperrklausel des § 6 Abs. 6 BWahlG vorgesehen ist, daß Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land – ausgenommen Berlin – nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbunden werden können.

► BVerfGE 82, 322 ff.

1. **Im Organstreit ist eine vom Bundestag anerkannte Gruppe von Abgeordneten beim Streit um ihre geschäftsordnungsmäßigen Rechte parteifähig (§ 63 BVerfGG).**
2. **Aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG folgt das Recht der Abgeordneten, sich in anderer Weise als in Fraktionen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen.**
3. **a) Der Grundsatz der Spiegelbildlichkeit der Zusammensetzung von Parlament und Ausschüssen verlangt, daß bei deren Bildung jedenfalls auch Gruppierungen fraktionsloser Abgeordneter Berücksichtigung finden, die sich wegen gleicher Parteizugehörigkeit oder aufgrund eines Wahlbündnisses zusammengeschlossen haben, wenn auf sie bei der gegebenen Größe der Ausschüsse und auf der Grundlage des vom Bundestag jeweils angewendeten Proportionalverfahrens ein oder mehrere Sitze entfielen.**
b) Erlangen Abgeordnete, die einer solchen Gruppierung als Mitglied angehören, unter dieser Voraussetzung einen Sitz in einem Ausschuß, so haben sie dort keinen Status minderen Rechts im Vergleich zu den von den Fraktionen entsandten Mitgliedern.
c) Gruppierungen von Abgeordneten, die nach dieser Maßgabe Mitglieder in Ausschüsse des Bundestages entsenden, müssen vom Bundestag als Gruppe anerkannt werden; sie haben Anspruch auf eine angemessene Ausstattung mit sachlichen und personellen Mitteln, sofern auch Fraktionen solche gewährt werden.

Urteil des Zweiten Senats vom 16. Juli 1991
auf die mündliche Verhandlung vom 25. Juni 1991
– 2 BvE 1/91 –

in dem Organstreitverfahren über die Anträge der Gruppe der Abgeordneten der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS/Linke Liste) im 12. Deutschen Bundestag betreffend die Zuerkennung des Fraktionsstatus, hilfsweise weiterer Gruppenrechte – *Antragsteller*: Gruppe der Abgeordneten der PDS/Linke Liste im 12. Deutschen Bundestag; *Antragsgegner*: 1. Deutscher Bundestag, 2. Präsident des Deutschen Bundestages.

Entscheidungsformel:

Der Deutsche Bundestag verletzt die Rechte der Antragstellerin aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes dadurch, daß er ihr nicht das Recht auf Mitgliedschaft in den Unterausschüssen nach § 55 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingeräumt und ihr die Rechte einer „Fraktion im Ausschuß“ vorenthalten hat, soweit sie aufgrund der Zahl ihrer Mitglieder zu einer Vertretung im Ausschuß berechtigt ist. Im übrigen werden die Anträge zurückgewiesen.

► BVerfGE 84, 304 ff.

1. Die Ermächtigung des Art. 24 Abs.2 GG berechtigt den Bund nicht nur zum Eintritt in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit und zur Einwilligung in damit verbundene Beschränkungen seiner Hoheitsrechte. Sie bietet vielmehr auch die verfassungsrechtliche Grundlage für die Übernahme der mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System typischerweise verbundenen Aufgaben und damit auch für eine Verwendung der Bundeswehr zu Einsätzen, die im Rahmen und nach den Regeln dieses Systems stattfinden.
2. Art. 87a GG steht der Anwendung des Art. 24 Abs.2 GG als verfassungsrechtliche Grundlage für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit nicht entgegen.
3. a) Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesregierung, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die – grundsätzlich vorherige – konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen.
b) Es ist Sache des Gesetzgebers, jenseits der im Urteil dargelegten Mindestanforderungen und Grenzen des Parlamentsvorbehalts für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte die Form und das Ausmaß der parlamentarischen Mitwirkung näher auszugestalten.
4. Zur Friedenswahrung darf die Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 24 Abs.2 GG in eine „Beschränkung“ ihrer Hoheitsrechte einwilligen, indem sie sich an Entscheidungen einer internationalen Organisation bindet, ohne dieser damit schon im Sinne des Art. 24 Abs.1 GG Hoheitsrechte zu übertragen.
5. a) Ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Art. 24 Abs.2 GG ist dadurch gekennzeichnet, daß es durch ein friedensicherndes Regelwerk und den Aufbau einer eigenen Organisation für jedes Mitglied einen Status völkerrechtlicher Gebundenheit begründet, der wechselseitig zur Wahrung des Friedens verpflichtet und Sicherheit gewährt. Ob das System dabei ausschließlich oder vornehmlich unter den Mitgliedstaaten Frieden garantieren oder bei Angriffen von außen vom kollektiven Beistand verpflichtet soll, ist unerheblich.
b) Auch Bündnisse kollektiver Selbstverteidigung können Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne von Art. 24 Abs.2 GG sein, wenn und soweit sie strikt auf die Friedenswahrung verpflichtet sind.
6. Hat der Gesetzgeber der Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit zugestimmt, so ergreift diese Zustimmung auch die Eingliederung von Streitkräften in integrierte Verbände des Systems oder eine Beteiligung von Soldaten an militärischen Aktionen des Systems unter dessen militärischem Kommando, soweit Eingliederung oder Beteiligung in Gründungsvertrag oder Satzung, die der Zustimmung unterlegen haben, bereits angelegt sind. Die darin liegende Einwilligung in die Beschränkung von Hoheitsrechten umfaßt auch die Beteiligung deutscher Soldaten an militärischen Unternehmungen auf der Grundlage des Zusammenwirkens von Sicherheitssystemen in deren jeweiligem Rahmen, wenn sich Deutschland mit gesetzlicher Zustimmung diesen Systemen eingeordnet hat.
7. a) Akte der auswärtigen Gewalt, die vom Tatbestand des Art. 59 Abs.2 Satz 1 GG nicht erfaßt werden, sind grundsätzlich dem Kompetenzbereich der Regierung zugeordnet. Art. 59 Abs.2 Satz 1 GG kann nicht entnommen werden, daß immer dann, wenn ein Handeln der Bundesregierung im völkerrechtlichen Verkehr die politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland regelt oder Gegenstände der Bundesgesetzgebung betrifft, die Form eines der gesetzgeberischen Zustimmung bedürftigen Vertrages gewählt werden muß. Auch insoweit kommt eine analoge oder erweiternde Auslegung dieser Vorschrift nicht in Betracht (im Anschluß an BVerfGE 68, 1 <84f.>).
b) Zur Reichweite des Zustimmungsrechtes des Gesetzgebers aus Art. 59 Abs.2 Satz 1 GG.

Urteil des Zweiten Senats vom 12. Juli 1994 aufgrund der mündlichen
Verhandlung vom 19. und 20. April 1994
– 2 BvE 3/92, 2 BvE 5/93, 2 BvE 7/93, 2 BvE 8/93 –

in dem Verfahren

I. über die Anträge der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag festzustellen:

1. Die Bundesregierung hat
 - a) durch die Zustimmung zu und Mitwirkung an folgenden Akten der NATO und der WEU:
 - Beschluß des NATO-Verteidigungsplanungsausschusses vom 24. März 1992 über die Aufstellung des NATO-Einsatzverbandes Mittelmeer;
 - Petersberger Erklärung der WEU vom 19. Juni 1992;
 - Beschluß des NATO-Außenministerrates vom 10. Juli 1992 bezüglich einer Aktion von Seestreitkräften zur Überwachung der Beachtung der Resolutionen 713 und 757 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen;

- Beschluß der WEU-Minister vom 10. Juli 1992 bezüglich einer Aktion von Seestreitkräften zur Überwachung der Beachtung der Resolutionen 713 und 757 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen;
- b) durch Unterstellung von Streitkräften der Bundeswehr unter den gemäß dem Beschluß des NATO-Verteidigungsplanungsausschusses vom 24. März 1992 errichteten Verband;
- c) durch ihren Beschluß über eine Beteiligung der Bundeswehr an Überwachungsmaßnahmen von WEU und NATO im Mittelmeer vom 15. Juli 1992

gegen Artikel 20 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 79 Absatz 1 und 2 und Artikel 87a Absatz 2, gegen die Artikel 115a, 59 Absatz 2, 24 Absatz 1 des Grundgesetzes sowie gegen den ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz der Verfassungsorgantreue verstoßen und damit Rechte des Bundestages und der Antragsteller zu 2) verletzt.

2. Der Bundesminister der Verteidigung hat durch die Einsatzbefehle, die in Ziffer 1 genannten Akte der NATO, der WEU und der Bundesregierung auszuführen, gegen die in Ziffer 1 genannten Verfassungsvorschriften verstoßen und damit Rechte des Bundestages sowie der Antragsteller zu 2) verletzt.

II. Über den Antrag der F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag festzustellen, daß die Entscheidungen

1. der Bundesregierung vom 2. April 1993, die Soldaten (Feuerleit-Offiziere) der deutschen Bundeswehr auch bei der durch VN-Sicherheitsrats-Resolution 816 nun angelegten militärischen Durchsetzung der Überflugverbote über Bosnien in den AWACS-Frühwarn- und Einsatzführungssystemen dritter Staaten weiter Dienst tun zu lassen bzw. sie von dort nicht zurückzurufen sowie
 2. des Bundesministers der Verteidigung, die betreffenden Soldaten eben diesen Dienst in den AWACS-Maschinen auch in der jetzigen Phase möglicher militärischer Verwicklung weiter ausüben zu lassen,
- gegen Artikel 20 Absatz 3 sowie gegen Artikel 87a Absatz 2, 79 Absatz 1 und 2 des Grundgesetzes verstoßen.

III. über den Antrag der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag festzustellen:

1. Die Bundesregierung hat
 - a) durch ihren Beschluß vom 2. April 1993, mit dem der Verbleib der Soldaten der Bundeswehr in der zur Überwachung des Luftraums über Bosnien-Herzegowina eingesetzten AWACS-Einheit angeordnet wird;
 - b) durch ihre Mitwirkung an den Beschlüssen des NATO-Rates vom 2. April und vom 8. April 1993 zur Durchsetzung des Flugverbotes über Bosnien-Herzegowina, soweit diese den Einsatz der sogenannten AWACS-Einheit unter Beteiligung deutscher Soldaten zum Gegenstand haben,

gegen Artikel 20 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 79 Absatz 1 und 2 und Artikel 87a Absatz 2, gegen Artikel 115a, Artikel 59 Absatz 2, Artikel 24 Absatz 1 des Grundgesetzes sowie gegen den ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz der Verfassungsorgantreue verstoßen und damit Rechte des Bundestages sowie der Antragsteller zu 2) verletzt.
2. Der Bundesminister der Verteidigung hat durch die Einsatzbefehle, die den in Ziffer 1 genannten Beschluß der Bundesregierung ausführen, gegen die in Ziffer 1 genannten Verfassungsvorschriften verstoßen und damit Rechte des Bundestages sowie der Antragsteller zu 2) verletzt.

IV. Über die Anträge der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

1. festzustellen:
 - a) Die Bundesregierung hat
 - aa) durch ihren Beschluß vom 21. April 1993, mit dem den Vereinten Nationen für die Durchführung der Operation in Somalia (UNOSOM II) ein Kontingent der Bundeswehr zur Verfügung gestellt wurde,
 - bb) durch den Abschluß von Übereinkommen mit den Vereinten Nationen, die die Überstellung und die Aufgaben des unter aa) genannten Kontingents zum Gegenstand haben, insbesondere den Briefwechsel vom 26./28. April 1993 sowie vom 11./12. Mai 1993

gegen Artikel 20 Absatz 2, 79 Absatz 1 und 2, 87a Absatz 2 sowie gegen Artikel 59 Absatz 2 und 24 Absatz 1 des Grundgesetzes verstoßen und damit die Rechte des Bundestages sowie der Antragsteller zu 2) verletzt.
 - b) Der Bundesminister der Verteidigung hat durch die Befehle, die den unter a) aa) genannten Beschluß der Bundesregierung sowie die unter a) bb) genannten Übereinkommen ausführen, gegen die in Ziffer 1. a) genannten Verfassungsvorschriften verstoßen und damit Rechte des Bundestages sowie der Antragsteller zu 2) verletzt.
2. anzuordnen, daß die in Vollzug der unter 1. genannten Beschlüsse, Übereinkommen und Befehle sowie in Vollzug des Beschlusses des Bundestages vom 2. Juli 1993 getroffenen Maßnahmen, insbesondere die Dislozierung von Soldaten der Bundeswehr in Somalia, so schnell wie möglich rückgängig zu machen sind.

Urteil:

„1. Die Anträge der jeweiligen Antragsteller zu 2) werden verworfen. Die Anträge der Antragsteller zu 1) in den Verfahrenen 2 BvE 3/92, 2 BvE 7/93 und 2 BvE 8/93 werden insoweit verworfen, als sie sich gegen den Antragsgegner zu 2) richten.

2. a) Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesregierung, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die – grundsätzlich vorherige – konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. Die Bundesregierung hat gegen dieses Gebot verstoßen, indem sie aufgrund ihrer Beschlüsse vom 15. Juli 1992, 2. April 1993 und 21. April 1993 bewaffnete Streitkräfte eingesetzt hat, ohne vorher die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen.

b) Im übrigen werden die Anträge zurückgewiesen.“

Hinweis

Das **Gesetzesregister** (Kapitel 33) enthält die im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Gesetze, unabhängig davon, ob sie verabschiedet und in Kraft getreten sind oder nicht. Es handelt sich dabei in der Reihenfolge der Abschnitte im wesentlichen um folgende Gesetze:

- Wahlgesetze (Abschnitt 1.1),
- die einzelnen Abgeordnetengesetze mit ihrem Inhalt (Abschnitt 2.3),
- Gesetze, die Inkompatibilitätsvorschriften enthalten (Abschnitt 2.9),
- Gesetze, die eine Berichtspflicht der Bundesregierung enthalten (Abschnitt 6.18),
- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs (Abschnitt 6.19),
- Gesetze, über die namentlich abgestimmt wurde (Abschnitt 8.14),
- Gesetze, zu denen von Mitgliedern des Bundestages Erklärungen zur Abstimmung abgegeben wurden (Abschnitt 8.16),
- Gesetze, die kontrovers verabschiedet wurden (Abschnitt 8.17),
- Gesetze, zu deren Beratung Unterausschüsse, Arbeitsgruppen oder Sonderausschüsse eingesetzt wurden (Abschnitt 9.2),
- Gesetze, zu denen öffentliche Anhörungen durchgeführt wurden (Abschnitt 9.8),
- Gesetze, die aufgrund eines Grundgesetz-Auftrages verabschiedet wurden (Abschnitt 11.2),
- Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer in jeder Wahlperiode (Abschnitt 11.7),
- Gesetze, die infolge von Zustimmungsver sagen oder Einsprüchen des Bundesrates gescheitert sind (Abschnitt 11.8),
- Gesetze, die der Bundespräsident nicht verkündet hat (Abschnitt 11.10),
- Gesetze, die das Bundesverfassungsgericht für nichtig oder verfassungswidrig erklärt hat (Abschnitt 11.13),
- Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden (Abschnitt 11.15),
- Gesetze, die im Entwurf getestet und deren Wirkung analysiert wurden (Abschnitt 11.16),
- Gesetze, die Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalten des Bundestages vorsehen (Abschnitt 11.18),
- 150 Gesetze, die zu den „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung gezählt werden (Abschnitt 11.19),
- Gesetze, die die Opposition im Bundestag mit Erfolg initiiert hat (Abschnitt 12.4),
- Gesetze, in denen Regelungen zur Parlamentsreform enthalten sind (Abschnitt 13.2),
- Grundgesetz-Änderungsgesetze (Abschnitt 14.2),
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe zu Grundgesetz-Artikeln (Abschnitt 14.4),
- parlamentsrechtliche Gesetze (Abschnitt 15.1),
- die Diätengesetze (Abschnitt 20.2),
- Gesetze, zu denen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Gesetzesmaterialien“ veröffentlicht haben (Abschnitt 22.3),
- Gesetze, die die Mitwirkung des Bundestages im europäischen oder internationalen Bereich vorsehen (Kapitel 24).

1. **a) Der verfassungsrechtliche Status eines Abgeordneten ist auch berührt, wenn die Legitimität seines Mandats im Rahmen einer Kollegialenquete in Abrede gestellt wird. Er gestattet nur in Ausnahmefällen die Einführung eines Verfahrens, mit dem der Bundestag zur Wahrung seiner Integrität und politischen Vertrauenswürdigkeit ein der Wahl vorausliegendes Verhalten von Abgeordneten untersuchen will.**
b) Der Bundestag durfte als Folge des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in den neuen Ländern der Bundesrepublik ein Verfahren einführen, durch das Abgeordnete unter bestimmten Voraussetzungen auf ihre frühere Tätigkeit oder Verantwortung für das MfS/AfNS überprüft werden.
2. **Ein solches Verfahren muß von Verfassungen wegen Sicherungen zum Schutz des Abgeordnetenstatus enthalten. Dem betroffenen Abgeordneten müssen Beteiligungsrechte eingeräumt sein, die ihm gestatten, aktiv an der Herstellung des Beweisergebnisses mitzuwirken. Die abschließende Auskunft über den ermittelten Sachverhalt muß der Eigenart des gewählten Verfahrens sowie der zugelassenen Beweismittel Rechnung tragen.**

Beschluß des Zweiten Senats vom 21. Mai 1996 – 2 BvE 1/95 –

in dem Verfahren über die Anträge von Dr. *Gregor Gysi*, MdB

- I. festzustellen: Die Antragsgegner verletzen die Rechte des Antragstellers aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz und die Rechtsstaatlichkeit,
 1. durch die Regelung und Ausgestaltung eines Verfahrens zur Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik durch § 44b Abgeordnetengesetz sowie ergänzende Richtlinien und eine Absprache;
 2. indem sie ein Verfahren gemäß § 44b Abgeordnetengesetz gegen den Antragsteller durchführen;
 3. indem der Antragsgegner zu 2. am 2. Juni 1995 beschloß, die auf die Person des Antragstellers bezogene gutachterliche Stellungnahme des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik allen interessierten Presseorganen und Einzelpersonen zugänglich zu machen;
 4. a) indem einzelne Mitglieder des Antragsgegners zu 2. direkt und indirekt Einfluß auf die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik genommen haben, als von dieser im Auftrage der Antragsgegner eine gutachterliche Stellungnahme zur Person des Antragstellers erarbeitet wurde;
 b) indem Mitglieder des Antragsgegners zu 2. und dessen Vorsitzender inhaltlich vor der Presse der gutachterlichen Stellungnahme Seriosität, ordnungsgemäße Verfahrensweise, Kompetenz und Sorgfalt zuerkannten, bevor der Antragsteller dazu Stellung nehmen konnte, und dadurch eine Vorverurteilung des Antragstellers aussprachen;
 c) indem Mitglieder des Antragsgegners zu 1. den Antragsteller im Hinblick auf die gutachterliche Stellungnahme des Bundesbeauftragten aufgefordert haben, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen oder ihm den Rücktritt nahegelegt haben oder erklärt haben, er habe sich als ungeeignet erwiesen, Politiker zu sein, bevor der Antragsteller Stellung nehmen konnte und bevor der Antragsgegner zu 2. als zuständiger Ausschuß über die von ihm zu treffenden Feststellungen beraten hatte;
- II. den Antrag, im Wege des Erlasses einer einstweiligen Anordnung das Ruhen des gegen den Antragsteller eingeleiteten Verfahrens gemäß § 44b Abgeordnetengesetz bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Hauptsache und die Geheimhaltung aller im Verfahren gemäß § 44b Abgeordnetengesetz gegen den Antragsteller gesammelten Informationen und Unterlagen durch den Antragsgegner zu 2. und seine Mitglieder anzuordnen. *Antragsgegner*: 1. Deutscher Bundestag, 2. Ausschuß des Deutschen Bundestages für Immunität, Wahlprüfung und Geschäftsordnung.

Entscheidungsformel:

- „1. Der Antrag zu I. 2. wird zurückgewiesen.
2. Im übrigen werden die Anträge zu I. als unzulässig verworfen.
3. Damit erledigt sich der Antrag zu II.“

16 Änderungen der Geschäftsordnung

Überblick

	Seite
16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen	3094
16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung	3108
– Synopse der Paragraphenfolge (S. 3108)	
– Die wichtigsten Änderungen (S. 3114)	
16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung: Bibliographie	3121

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Chronik der Wissenschaftlichen Dienste
- 22.4 Datenbanken im Parlamentsbereich
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen*)

Der Deutsche Bundestag hat sich nach Artikel 40 des Grundgesetzes durch Beschluß vom 6. Dezember 1951 mit Wirkung vom 1. Januar 1952 eine Geschäftsordnung gegeben. Sie wurde im Bundesgesetzblatt Teil II 1952 S. 389 ff. bekanntgemacht.

Bis zu diesem Zeitpunkt galt gemäß Beschluß vom 20. September 1949 (5. Sitzung, S. 19 C–20 D) vorläufig die Geschäftsordnung des Reichstages mit einigen Änderungen, die im wesentlichen durch das Grundgesetz bedingt waren.

Die folgende Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen setzt deshalb erst mit dem Beschluß der neuen Geschäftsordnung ein. Sie führt bis Ende August 1997 alle wesentlichen Änderungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auf, die als Beitrag zur Parlamentsreform verstanden werden können; bloß redaktionelle oder stilistische Bereinigungen des Geschäftsordnungstextes werden nicht erwähnt.

1. Wahlperiode (1949–53)

6. Dezember 1951
(wirksam ab
1. Januar 1952)

Der Bundestag beschließt seine Geschäftsordnung, die gegenüber der Geschäftsordnung des Reichstages eine Reihe neuer Bestimmungen enthält. Es sind auch, abweichend von der Geschäftsordnung des Reichstages, verfassungsrechtliche Bestimmungen ganz oder teilweise in die Geschäftsordnung des BT übernommen worden.

Folgende Bestimmungen werden mit Rücksicht auf das Grundgesetz aufgenommen:

- Aufgrund des Art. 39 Abs. 3 GG wird in § 25 GO BT ein Absatz 2 eingefügt, wonach der Präsident zur Einberufung einer Sitzung des Bundestages verpflichtet ist, wenn ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler dies verlangt.
- Aufgrund des Art. 41 GG wird in § 64 GO BT die Einsetzung eines Wahlprüfungsausschusses festgelegt, dessen Befugnisse und Verfahren das Wahlprüfungsgesetz regelt.
- Ebenfalls aufgrund des Art. 41 GG wird § 19 GO BT eingefügt, der bestimmt, daß sich die Ausübung eines beanstandeten Mandats eines Mitglieds des Bundestages nach den Bestimmungen des Wahlprüfungsgesetzes regelt.
- Aufgrund des Art. 42 GG wird § 23 GO BT eingefügt, wonach der Bundestag öffentlich verhandelt.
- Aufgrund des Art. 44 GG wird § 63 GO BT „Untersuchungsausschüsse“ eingefügt. Er enthält neben der Wiedergabe der verfassungsrechtlichen Bestimmungen ergänzende Geschäftsordnungsbestimmungen.
- Aufgrund des Art. 46 GG wird in § 114 GO BT die Behandlung von Ersuchen auf Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten geregelt.
- Aufgrund des Art. 63 GG wird § 4 GO BT „Wahl des Bundeskanzlers“ eingefügt, der die verfassungsrechtlichen Bestimmungen wiedergibt und die Antragserfordernisse für weitere Wahlgänge sowie geheime Wahl vorschreibt.

*) Quelle: Fachbereich I Parlamentsrecht; Sekretariat des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

- Aufgrund des Art. 67 GG (konstruktives Mißtrauensvotum) wird § 98 GO BT eingefügt. Er enthält neben der Wiedergabe der verfassungsrechtlichen Bestimmungen die Verfahrensvorschriften.
- Aufgrund des Art. 68 GG wird § 103 GO BT „Vertrauensantrag des Bundeskanzlers“ aufgenommen. Er enthält, fast gleichlautend, die entsprechenden Verfassungsbestimmungen.
- Aufgrund des Art. 77 GG, der „für die gemeinsame Beratung von Vorlagen“ einen aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates gebildeten Ausschuß, den sog. Vermittlungsausschuß, vorsieht, werden vier Paragraphen in die GO BT eingefügt, die notwendige Verfahrensvorschriften enthalten:
 - § 67 „Vermittlungsausschuß“
 - § 90 „Einberufung des Vermittlungsausschusses“
 - § 91 „Beratung von Vorschlägen des Vermittlungsausschusses“
 - § 92 „Einspruch des Bundesrates“.
- Aufgrund des Art. 81 GG wird § 102 GO BT eingefügt. Er regelt die Behandlung dringlicher Gesetzesvorlagen im Falle des Gesetzgebungsnotstands und bestimmt die Folgen wiederholter ergebnisloser Abstimmungen wegen Beschlußunfähigkeit.

Daneben werden folgende wesentliche Bestimmungen – unabhängig vom Grundgesetz – neu in die Geschäftsordnung aufgenommen, sei es durch Änderung oder Ergänzung übernommener Paragraphen, sei es durch die Schaffung neuer Paragraphen:

- In § 10 GO BT „Bildung der Fraktionen“ wird zum einen der Begriff der Fraktion bestimmt und zum anderen, wann der Bundestag der Bildung einer Fraktion zustimmen muß. Er bestimmt ferner die Festlegung der Stärke einer Fraktion durch Beschluß des Bundestages (siehe dazu Änderung vom 27. März 1969).
Die Bezeichnung „Gruppe“ wird in die Geschäftsordnung aufgenommen, und es werden die Voraussetzungen für ihre Bildung geregelt.
- In § 39 GO BT „Rededauer“ wird u. a. festgelegt, daß die Mindestredezeit „auf nicht weniger als fünf Minuten“ festgesetzt werden soll (siehe dazu Änderung vom 18. Juni 1969 und Ergänzung vom 5. Oktober 1978).
- In § 42 GO BT „Ausschluß von Abgeordneten“ wird u. a. bestimmt, daß ein Ausschluß zunächst nur für die Dauer der Sitzung ausgesprochen wird und die endgültige Dauer des Ausschlusses bis zum Schluß der Sitzung bekanntgegeben werden muß.
- § 44 GO BT „Aussetzen der Sitzung“ legt nunmehr fest, daß die Sitzung auf unbestimmte Zeit unterbrochen wird, wenn der Präsident wegen störender Unruhe den Präsidentenstuhl verläßt (bisher grundsätzlich Unterbrechung für eine Stunde).
- In § 45 GO BT „Weitere Ordnungsmaßnahmen“ werden alle Sitzungsteilnehmer, also auch jene, die nicht Abgeordnete sind, der Ordnungsgewalt des Präsidenten unterstellt.
- In § 50 GO BT „Bezweiflung der Beschlußfähigkeit“ wird festgelegt, daß die Beschlußfähigkeit nur im Zusammenhang mit einer Sachabstimmung festgestellt wird (bisher gesonderte Feststellung durch namentliche Abstimmung).
- In § 57 GO BT „Namentliche Abstimmung“ wird ein Minderheitenrecht geschaffen. Danach kann eine namentliche Abstimmung von mindestens

- 50 anwesenden Mitgliedern des Bundestages verlangt werden. Bisher konnte sie von einer gleichen Anzahl Abgeordneter zwar beantragt werden, aber über diesen Antrag beschloß der Bundestag (siehe dazu Änderung vom 27. März 1969).
- § 60 GO BT „Aufgaben der Ausschüsse“ wird neu aufgenommen. Er bestimmt u. a., daß sich die Ausschüsse „als vorbereitende Beschlußorgane“ im allgemeinen nur mit ihnen überwiesenen Gegenständen befassen dürfen (siehe dazu Änderung vom 18. Juni 1969).
 - In § 73 GO BT „Durchführung der Ausschusssitzungen“ wird u. a. bestimmt, daß die Ausschüsse öffentliche Informationssitzungen (öffentliche Anhörungen) durchführen können (siehe dazu Änderung vom 18. Juni 1969 und vom 19. Juni 1975).
 - § 96 GO BT „Finanzvorlagen“ erfährt gegenüber der am 8. Februar 1950 beschlossenen Bestimmung (§ 48 a) erhebliche materielle Änderungen (die später für verfassungswidrig erklärt und durch eine andere Fassung ersetzt wurden, siehe unter 27. Oktober 1955).
 - In § 110 „Kleine Anfragen“ wird nunmehr die Unterstützung einer Anzahl Abgeordneter in Fraktionsmindeststärke verlangt (bisher 10 Abgeordnete). Die Kleinen Anfragen finden mit der schriftlichen Beantwortung ihre Erledigung. (Sie werden nicht mehr, wie bisher, im Plenum behandelt.) Ein Abgeordneter kann jedoch unter bestimmten Voraussetzungen die Frage in der Fragestunde erneut vorbringen (siehe dazu Änderung vom 6. Mai 1970).
 - § 111 bringt die Einführung der Fragestunde (siehe dazu Einführung von Richtlinien für die Fragestunde durch Beschluß vom 29. Juni 1960, Vereinbarungen des Ältestenrates vom 15. Mai und vom 7. November 1962 sowie Neufassung vom 18. Juni 1969 und Änderung vom 2. Februar 1977).
 - In § 113 GO BT „Ausschußberichte über Petitionen“ wird u. a. bestimmt, daß der Petitionsausschuß neben den monatlichen Sammelübersichten dem Bundestag vierteljährlich einen mündlichen Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten hat.
 - In § 124 GO BT „Fristenberechnung“ wird bestimmt, daß der Tag der Verteilung einer Drucksache nicht mehr eingerechnet wird.
 - In § 127 GO BT „Abweichungen von der Geschäftsordnung“ wird festgelegt, daß im Einzelfall mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder von der Geschäftsordnung abgewichen werden kann. Bisher war dies nur möglich, „wenn keines der in der Sitzung anwesenden Mitglieder“ widersprach.
 - § 80 der vorläufigen GO BT „Reihenfolge der Beratungen“ (bei Ausschlußberichten nach dem Tag der Fertigstellung, bei anderen Gegenständen nach ihrer Einbringung) wurde in die GO BT nicht aufgenommen.

*

Diese am 6. Dezember 1951 beschlossene Geschäftsordnung wurde mehrfach geändert und gemäß Beschluß vom 6. Mai 1970 neu bekanntgemacht (BGBl. I S. 628). Die sachlich bedeutsamen Änderungen bzw. Ergänzungen sind im folgenden chronologisch aufgeführt:

2. Wahlperiode (1953–57)

26. Januar 1955 Vereinbarung im Ältestenrat über die „Handhabung der Zwischenfragen in den Plenarsitzungen“ (Anlage zur GO BT).
26. April 1955 Vereinbarung im Ältestenrat, daß jedes Mitglied des Bundestages vor Aufruf von Punkt 1 der gedruckten Tagesordnung die Aufsetzung eines Punktes beantragen kann, wenn im Ältestenrat keine Einmütigkeit erzielt wurde. Entscheidung über diesen Antrag durch Mehrheitsbeschluß (siehe dazu die Änderung des § 24 vom 6. Mai 1970).
26. Mai 1955 Einfügung des § 96 a GO BT „Zollvorlagen“: Er regelt die Behandlung von Rechtsverordnungen aufgrund des Zollgesetzes, die der Zustimmung des Bundestages bedürfen und von der Bundesregierung als dringlich bezeichnet sind.
27. Oktober 1955 Neufassung des § 96 GO BT „Finanzvorlagen“: Sie wurde notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht am 6. März 1952 die Absätze 3 und 4 des § 96 für verfassungswidrig erklärt hatte, da sie das Initiativrecht der Abgeordneten unzulässig beschränkten (Neufassung siehe 2. Juli 1969).

3. Wahlperiode (1957–61)

29. Juni 1960 Zu § 111 „Mündliche Anfragen – Fragestunde“ werden Richtlinien beschlossen. Sie enthalten u. a. Bestimmungen über Zahl und Zulässigkeit Mündlicher Anfragen, über Zahl und Ablauf der Fragestunden einer Sitzungswoche, über schriftliche Beantwortung und über Zusatzfragen (siehe dazu Vereinbarungen des Ältestenrats vom 15. Mai und vom 7. November 1962 sowie Neufassung vom 18. Juni 1969 und Änderung vom 2. Februar 1977).

4. Wahlperiode (1961–65)

13. Dezember 1961 Änderung des § 6 GO BT „Vorstand des Bundestages“: Der Vorstand wird um einen Parlamentarischen Geschäftsführer jeder Fraktion erweitert (siehe dazu umfassende Änderung vom 18. Juni 1969).
15. Mai 1962 Vereinbarung im Ältestenrat zur Fragestunde, wonach Fragen, die einen Tagesordnungspunkt der laufenden Sitzungswoche berühren, als unzulässig erklärt werden.
7. November 1962 Einschränkung der vorgenannten Vereinbarung dahin, daß Fragen, die einen Tagesordnungspunkt der laufenden Sitzungswoche berühren, dann zulässig sind, „wenn für diesen Tagesordnungspunkt nach Vereinbarung im Ältestenrat auf Begründung und Aussprache verzichtet wird“.
24. Juni 1964 – Einfügung des § 21 a GO BT „Geheimhaltungsordnung“: Durch ihn wird der Bundestag verpflichtet, sich eine Geheimhaltungsordnung zu geben (siehe dazu Änderung vom 10. April 1975).

- Beschluß einer Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages. Sie erscheint als Anlage zur GO BT. Die Geheimschutzordnung ist das den parlamentarischen Bedürfnissen entsprechende Gegenstück zur Verschlusssachenanweisung für die Bundesbehörden (Neufassung siehe 10. April 1975).
 - Änderung des § 73 GO BT „Durchführung der Ausschusssitzungen“: Absatz 6 bestimmt nunmehr, daß ein Ausschuß die Geheimhaltung oder Vertraulichkeit der Ausschußberatungen „unverzüglich in derselben Sitzung“ herbeiführt, in der geheime oder vertrauliche Beratungsgegenstände behandelt werden (siehe dazu Änderung vom 10. April 1975).
27. Januar 1965
- Einführung der sogenannten Aktuellen Stunde durch Beschluß der vorläufigen Bestimmungen über Aussprachen zu Fragen von allgemeinem aktuellem Interesse (Anlage zur GO BT).
 - Einfügung des Abschnitts Xa „Der Wehrbeauftragte des Bundestages“ mit den §§ 116 a bis 116 c.
 - § 116 a „Wahl des Wehrbeauftragten“ bestimmt, daß die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln erfolgt.
 - § 116 b „Berichte des Wehrbeauftragten“ und § 116 c „Beratung von Berichten des Wehrbeauftragten“ regeln das Verfahren für die Behandlung der Berichte, insbesondere die Worterteilung an den Wehrbeauftragten im Bundestag.

5. Wahlperiode (1965–69)

27. März 1968
- Änderung der §§ 105, 106 und 108 GO BT „Große Anfragen“, „Beantwortung und Beratung von Großen Anfragen“, „Ablehnung der Beantwortung“: Es wird nunmehr festgelegt, daß Große Anfragen an die Bundesregierung schriftlich zu begründen sind und daß ihre Beantwortung ebenfalls schriftlich erfolgen soll. Eine zusätzliche mündliche Begründung soll nur zulässig sein, wenn eine Große Anfrage nach Ablehnung der Beantwortung oder wegen nicht rechtzeitiger Beantwortung im Plenum beraten wird. Die Beantwortungsfrist wird von zwei auf drei Wochen verlängert.
28. Februar 1969
- Einfügung des § 54 a GO BT „Wahlen mit verdeckten Stimmzetteln“: Er regelt das Verfahren geheimer Wahlen.
27. März 1969
- Änderung des § 7 GO BT „Aufgaben des Präsidenten“. In einem neuen Absatz 5 wird geregelt, daß der Bundestagspräsident von einem seiner Stellvertreter, der der zweitstärksten Fraktion angehört, vertreten wird.
 - Änderung des § 10 GO BT „Bildung der Fraktionen“: Absatz 1 legt die Mindestmitgliederzahl einer Fraktion auf 5 Prozent der Mitglieder des Bundestages (z. Z. 26) fest. Absatz 1 bestimmt ferner, daß „Mitglieder des Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen“, eine Fraktion bilden können, ohne daß es eines Bundestagsbeschlusses bedarf.
 - Änderung des § 57 GO BT „Namentliche Abstimmung“: Satz 2 bestimmt nunmehr, daß das Verlangen auf namentliche Abstimmung von einer Anzahl Abgeordneter in Fraktionsmindeststärke (z. Z. 26) unterstützt werden muß (bisher 50 Abgeordnete).

18. Juni 1969
(wirksam ab
1. Oktober 1969)
- Änderung des § 6 GO BT infolge der Übertragung der Aufgaben des Vorstands des Bundestages auf den Ältestenrat: § 6 erhält nunmehr die Überschrift „Ältestenrat“. Die Bestimmungen der §§ 13 bis 15 erscheinen jetzt in den Absätzen 1 und 2 des § 6. Die Absätze 3 und 4 enthalten die Aufgaben des bisherigen Vorstands des Bundestages. Der Ältestenrat wird insoweit Beschlußorgan. Abschnitt V „Ältestenrat“ mit den §§ 13 bis 15 entfällt durch die vorgenannten Änderungen.
 - Änderung des § 26 GO BT „Tagesordnung“ (jetzt § 24): Er erhält einen neuen Absatz 5 (jetzt § 24 Abs. 4). Darin wird bei selbständigen Anträgen von Mitgliedern des Bundestages den Antragstellern das Recht eingeräumt, die Aufsetzung ihres selbständigen Antrags auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu verlangen, in der das entsprechende Sachgebiet behandelt wird.
 - Änderung des § 33 GO BT „Reihenfolge der Redner“: In Absatz 1 wird zusätzlich bestimmt, daß auf eine Rede eine Gegenrede folgen und daß der Präsident nach der Rede von Regierungsvertretern eine abweichende Meinung zu Wort kommen lassen soll. Es wird ferner ein neuer Absatz eingefügt, wonach der Präsident zu bestimmten Tagesordnungspunkten einen Redner bitten kann, seine Redezeit anzugeben.
 - Änderung des § 37 GO BT „Die Rede“: In Absatz 1 werden die Bestimmungen gegen die Verlesung von Reden erweitert. Die Absicht, Reden zu verlesen, muß beim Präsidenten unter Angabe von Gründen angemeldet werden, und der Präsident muß in die Verlesung einwilligen. In Absatz 2 werden die Ordnungsmaßnahmen festgelegt, die der Präsident bei Verstoß gegen die Bestimmungen in Absatz 1 ergreifen kann.
 - § 39 GO BT „Rededauer“ erfährt grundlegende Änderungen. Vor allem wird die Redezeit des einzelnen Redners von bisher maximal einer Stunde auf maximal fünfzehn Minuten begrenzt. Nur ein Redner jeder Fraktion kann zu einem Beratungsgegenstand 45 Minuten Redezeit beanspruchen. Der Präsident kann eine Redezeit unter bestimmten Voraussetzungen verlängern (siehe dazu Ergänzung vom 5. Oktober 1978).
 - Änderung des § 60 GO BT „Aufgaben der Ausschüsse“: Es wird klargestellt, daß die Ausschüsse nur zu ihnen überwiesenen Gegenständen dem Bundestag Beschlüsse empfehlen (Abs. 2 Satz 2), daß sie sich aber darüber hinaus mit allen Gegenständen ihres Geschäftsbereichs befassen können (Abs. 2 Satz 3).
In Absatz 3 wird bestimmt, daß Antragsteller aus der Mitte des Hauses sechs Monate nach Überweisung eines von ihnen eingebrachten Antrags einen Sachstandsbericht durch den Ausschußvorsitzenden oder den Berichterstatter verlangen können.
In Absatz 4 Satz 2 wird die Zusammenarbeit zwischen federführenden und mitberatenden Ausschüssen näher geregelt.
 - Änderung des § 73 GO BT „Durchführung der Ausschußsitzungen“: Es wird nunmehr festgelegt, daß ein Ausschuß beschließen kann, zu einer Ausschußsitzung die Öffentlichkeit zuzulassen. Es wird ferner das Verfahren bei öffentlichen Anhörungen neu geregelt (siehe dazu weitere Änderung vom 19. Juni 1975).
 - Änderung des § 74 GO BT „Berichterstattung“: Absatz 2 bestimmt nunmehr, daß im Ausschußbericht die wesentlichen Ansichten der angehörten Interessen- und Fachverbände wiedergegeben werden sollen (siehe dazu weitere Änderung vom 19. Juni 1975).

- Einfügung des § 74 a GO BT „Enquete-Kommission“: Er schafft die geschäftsordnungsmäßige Grundlage für die Einsetzung von Enquete-Kommissionen.
 - Änderung des § 78 GO BT „Erste Beratung von Gesetzentwürfen“: Danach findet künftig eine allgemeine Aussprache nur statt, wenn sie vom Ältestenrat empfohlen oder von einer Anzahl Abgeordneter in Fraktionsmindeststärke verlangt wird.
 - Änderung des § 80 GO BT „Zweite Beratung von Gesetzentwürfen“: Eine allgemeine Aussprache bedarf auch hier künftig des Verlangens einer Anzahl Abgeordneter in Fraktionsmindeststärke.
 - Änderung des § 81 GO BT „Änderungsanträge zur zweiten Beratung“: In Absatz 1 wird ergänzend bestimmt, daß in Änderungsanträgen der Inhalt kurz erläutert werden soll, soweit der Sinn der Änderungsanträge nicht ohnehin klar ersichtlich ist.
 - Änderung des § 85 GO BT „Dritte Beratung von Gesetzentwürfen“: Auch hier wird festgelegt, daß eine allgemeine Aussprache nur auf Verlangen einer Anzahl Abgeordneter in Fraktionsmindeststärke stattfindet. Außerdem wird für eine Verkürzung der Frist zwischen zweiter und dritter Beratung die entsprechende Bestimmung des § 93 Abs. 1 (Widerspruch von zehn Abgeordneten) in § 85 aufgenommen.
 - Änderung des § 97 GO BT „Selbständige Anträge von Abgeordneten“: Es wird für Gesetzesinitiativen aus der Mitte des Bundestages eine Begründungspflicht festgelegt und für andere Anträge gemäß § 97 die Möglichkeit einer Begründung eingeräumt.
 - Änderung des § 107 GO BT „Anträge zu Großen Anfragen“: Es wird eine kurze schriftliche Begründung für zulässig erklärt. Ein Antrag zu einer Großen Anfrage muß von einer Anzahl Abgeordneter in Fraktionsmindeststärke unterstützt werden (bisher 30 Abgeordnete).
 - Soweit bisher in der GO BT ein Quorum von 30 Abgeordneten für Anträge oder Anfragen vorgeschrieben war, wird jetzt auf die Fraktionsmindeststärke abgestellt (z. Z. 26 Abgeordnete).
 - Neufassung der Richtlinien für die Fragestunde (Anlage zur GO BT) (siehe dazu Änderung vom 2. Februar 1977).
 - Änderung der Vorläufigen Bestimmungen über Aussprachen zu Fragen von allgemeinem aktuellem Interesse (Aktuelle Stunde): Es wird festgelegt, daß sich die Dauer einer Aktuellen Stunde um 30 Minuten verlängert, wenn die von Mitgliedern oder Beauftragten der Bundesregierung oder des Bundesrates aufgrund des Art. 43 GG in Anspruch genommene Redezeit – die ohnehin auf die Stunde nicht angerechnet wird – 30 Minuten überschreitet.
2. Juli 1969
(wirksam ab
1. Oktober 1969)
- Änderung des § 77 GO BT „Beratungen“: Es wird festgelegt, daß Zustimmungsgesetze zu Verträgen mit auswärtigen Staaten, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen (Art. 59 Abs. 2 GG), und zu ähnlichen Verträgen in zwei und nur auf Beschluß des Bundestages in drei Beratungen erledigt werden.
 - Einfügung des § 88 a GO BT „Verfahren zu Artikel 113 des Grundgesetzes“ als Folge der Änderung des Artikels 113 GG durch Gesetz vom 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 357).
 - Neufassung des § 94 GO BT „Haushaltsvorlagen“ als Folge der Haushaltsreformgesetze (20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom

12. Mai 1969, BGBl. I S. 357): Es wird das Verfahren für die Behandlung der Entwürfe des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans, von Ergänzungsvorlagen sowie von Nachtragshaushaltsvorlagen festgelegt (siehe dazu Änderung vom 10. Dezember 1969).

- Neufassung des § 96 GO BT „Finanzvorlagen“: Das Verfahren für die Behandlung von Finanzvorlagen im Haushaltsausschuß und im Plenum des Bundestages wird neu geregelt, es wird u. a. die Änderung des Art. 113 GG durch Gesetz vom 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 357) berücksichtigt.

6. Wahlperiode (1969–72)

5. November 1969 Änderung des § 7 GO BT „Aufgaben des Präsidenten“: Es wird festgelegt, daß der Bundestagspräsident Entscheidungen über die Einstellung, Beförderung oder Entlassung von Beamten des höheren Dienstes oder vergleichbaren Angestellten im *Benehmen* mit seinen Stellvertretern, bei leitenden Beamten (ab Ministerialrat) und entsprechend eingestufteten Angestellten mit ihrer *Zustimmung* trifft.

10. Dezember 1969 Änderung des § 94 GO BT „Haushaltsvorlagen“: Die Bestimmungen in Absatz 2 werden in einigen Punkten verdeutlicht.

6. Mai 1970
- Umstellung und Änderung der §§ 24 bis 26 GO BT „Tagesordnung“, „Einberufung durch den Präsidenten“, „Leitung der Sitzungen“: Die Vereinbarung des Ältestenrates vom 26. April 1955 wird in geänderter Form in den § 24 aufgenommen (Abs. 2). Es wird ferner die Einberufung des Bundestages für den Fall geregelt, daß eine Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden muß (Abs. 5).
 - Änderung des § 41 GO BT „Wortentziehung“: Es wird klargestellt, daß eine Wortentziehung den dreimaligen Ruf zur Ordnung oder den dreimaligen Ruf zur Sache voraussetzt.
 - Neufassung des § 59 GO BT „Erklärungen zur Abstimmung“: Es wird – einer bestehenden Übung folgend – festgelegt, daß ein Mitglied des Bundestages zu jeder abschließenden Beratung eines Gegenstandes seine Abstimmung kurz mündlich oder schriftlich begründen kann. Es wird außerdem klargestellt, daß die Erklärung nach Schluß der Aussprache abzugeben ist.
 - Änderung des § 89 GO BT „Entschließungsanträge“: Die Bestimmungen über Entschließungsanträge werden in § 89 zusammengefaßt.
 - Änderung des § 110 GO BT „Kleine Anfragen“: Der zulässige Fragegegenstand wird durch die Formulierung „bestimmt bezeichnete Bereiche“ anstelle der zu engen Formulierung „bestimmt bezeichnete Tatsachen“ klargestellt. Die Mußvorschrift der kurzen Begründung wird in eine Kannvorschrift geändert.
 - Zu mehreren Paragraphen werden Änderungen beschlossen, die der Klarstellung dienen, ferner erfahren mehrere Paragraphen redaktionelle Änderungen.
 - Es wird beschlossen, die GO BT ohne Änderung der Paragraphenfolge neu zu verkünden (Bekanntmachung vom 22. Mai 1970, BGBl. I S. 628).

21. September 1972 Beschluß von „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages“ und Beschluß von Vorschriften über die „Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ als Anlagen zur GO BT. Beide Regelungen treten am 1. November 1972 in Kraft.

7. Wahlperiode (1972–76)

27. Februar 1975 Änderung des § 123 GO BT „Übersendung beschlossener Gesetze“: Es wird insbesondere geregelt, wie zu erfahren ist, wenn in Gesetzesbeschlüssen Druckfehler oder andere offenbare Unrichtigkeiten festgestellt werden.
10. April 1975
- Neufassung der Geheimschutzordnung des Bundestages: Sie war erforderlich geworden durch die Änderung der Staatsschutzvorschriften (8. Strafrechtsänderungsgesetz vom 25. Juni 1968, BGBl. I S. 741 ff.).
 - Änderung des § 21 GO BT „Akteneinsicht und -abgabe“, des § 21 a GO BT „Geheimschutzordnung“ und des § 73 GO BT „Durchführung der Ausschusssitzungen“ in Absatz 9 als Folge der Neufassung der Geheimschutzordnung.
 - Einfügung des § 73 a GO BT „Ausschußprotokolle“: Es werden Bestimmungen über die Erstellung der Ausschußprotokolle in die GO BT aufgenommen, und es wird festgelegt, inwieweit Ausschußprotokolle der Öffentlichkeit zugänglich sein sollen. Der Präsident wird ermächtigt, Richtlinien dazu zu erlassen.
19. Juni 1975
- Änderung des § 73 GO BT „Durchführung der Ausschusssitzungen“: Es wird ein Absatz 3 a eingefügt, der die Anhörung kommunaler Spitzenverbände regelt.
 - Änderung des § 74 GO BT „Berichterstattung“ in Absatz 2 als Folge der Einfügung des Absatzes 3 a in § 73 GO BT: Es wird die Wiedergabe der Ansichten angehörter kommunaler Spitzenverbände im Ausschußbericht geregelt.

8. Wahlperiode (1976–80)

2. Februar 1977 Änderung der Richtlinien für die Fragestunde: Es wird beschlossen, wie in der 7. Wahlperiode auch künftig in jeder Sitzungswoche zwei Fragestunden von je 90 Minuten durchzuführen (früher bis zu drei Fragestunden mit jeweils 60 Minuten Dauer).

Hinweis

Alle umfangreicheren Änderungen der Geschäftsordnung wurden in der Literatur ausführlich analysiert. Die Titel sind im Unterabschnitt „Bibliographie“ des Abschnitts 13.2 „Parlamentsreformen seit 1949“ zu finden.

15. Dezember 1977 Neufassung der Anlage 6 GO BT „Behandlung von Vorlagen gemäß Artikel 2 und 3 des Gesetzes zu den Verträgen zur Gründung der EWG und EURATOM“: Das Verfahren wird rationalisiert.
5. Oktober 1978 Ergänzung zu § 39 GO BT „Rededauer“: Es wird eine Regelung über die „Führung der Aussprachen im Bundestag“ versuchsweise zunächst für ein Vierteljahr beschlossen und wiederholt verlängert, zuletzt am 22. Juni 1979 bis zum Ende der Wahlperiode. Die Neuregelung führt insbesondere die „Aussprache mit Kurzbeiträgen“ ein, für die der Ältestenrat die Gesamtdauer festlegt und in der ein Redner nicht länger als 10 Minuten sprechen darf.
25. Juni 1980 (wirksam ab
1. Oktober 1980) Der Bundestag beschließt in der 225. Sitzung eine neue Geschäftsordnung. Die Einzelheiten sind dem folgenden Abschnitt 16.2 zu entnehmen.

9. Wahlperiode (1980–83)

12. März 1982
- Änderung des § 7 GO BT „Aufgaben des Präsidenten“: Es wird ein neuer Absatz 5 eingefügt, der in Satz 1 bestimmt, daß Absatz 4 des § 7 auch auf die beim Wehrbeauftragten Beschäftigten Anwendung findet. Das heißt, daß der Bundestagspräsident Entscheidungen über die Einstellung, Beförderung oder Entlassung von Beamten des höheren Dienstes oder vergleichbaren Angestellten *im Benehmen* mit seinen Stellvertretern, bei leitenden Beamten (ab Ministerialrat) und entsprechend eingestuft Angestellten mit ihrer *Zustimmung* trifft. In Absatz 5 Satz 2 bis 4 werden – anstelle des bisherigen § 16 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten – die Befugnisse des Wehrbeauftragten bei Personalentscheidungen, die seine Dienststelle betreffen, neu festgelegt. Der bisherige Absatz 5 des § 7 wird Absatz 6.
 - Änderung des § 80 GO BT „Überweisung an einen Ausschuß“: Dem Absatz 3, der die Überweisung von Vorlagen gemäß § 75 Abs. 2 Buchstabe e (Unterrichtungen) regelt, wird ein Satz 2 angefügt. Er bestimmt, daß ein Ausschuß zu einer überwiesenen Unterrichtung nur dann einen Bericht an den Bundestag erstattet, wenn er einen über die Kenntnisaufnahme hinausgehenden Beschluß empfehlen will.

10. Wahlperiode (1983–87)

10. Dezember 1986 (wirksam ab
1. Februar 1987)
- Ergänzung des § 13 GO BT „Pflichten der Mitglieder des Bundestages“: Zurückgreifend auf die Vorbereitungen zu Art. 38 GG wird Absatz 1 um den Satz ergänzt: „Jedes Mitglied des Bundestages folgt bei Reden, Handlungen, Abstimmungen und Wahlen seiner Überzeugung und seinem Gewissen.“

- Neufassung der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages (Anlage 1 GO BT): Das neue Verhaltensrecht unterscheidet Anzeigepflichtigen, deren Grund bereits vor Übernahme des Mandats entstanden ist, von solchen, die sich auf Tätigkeiten beziehen, die während der Mitgliedschaft im Bundestag ausgeübt oder aufgenommen werden. Bei den anzeigepflichtigen Tatbeständen wird nicht mehr zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Tätigkeiten unterschieden. Die Anzeigepflichten für wirtschaftliche Betätigungen sind ausgeweitet worden bis hin zu der Verpflichtung zur Bekanntgabe von Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, wenn dadurch ein wesentlicher wirtschaftlicher Einfluß auf das Unternehmen begründet wird. Die Fälle, in denen dem Präsidenten die Höhe der Einnahmen anzuzeigen sind, sind vermehrt worden. Auch die Fälle, in denen eine Veröffentlichung der Angaben der Abgeordneten im Amtlichen Handbuch erforderlich ist, wurden erweitert.

11. Wahlperiode (1987–90)

3. Dezember 1987

- Beseitigung von Verfahrensschwierigkeiten bei der Behandlung von Immunitätsangelegenheiten durch Ergänzung des § 107 GO BT und des „Beschlusses des Deutschen Bundestages betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages“.

Die in § 107 Abs. 3 GO BT vorgesehene Regelung enthält den Grundsatz, daß Immunitätsangelegenheiten kurzfristig im Plenum beraten werden können, ohne daß es dafür einer Abweichung von der Geschäftsordnung im konkreten Einzelfall bedarf. § 107 Abs. 4 GO BT regelt die Behandlung von eilbedürftigen Immunitätsfällen, die in der Zeit zwischen der Konstituierung des Bundestages und der Konstituierung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung auftreten: In solchen Fällen kann der Präsident dem Bundestag unmittelbar eine Beschlußempfehlung vorlegen. Außerdem wird nach einer neuen Regelung der Präsident beauftragt, beim Vollzug einer angeordneten Durchsichtung oder Beschlagnahme gegen ein Mitglied des Bundestages die Genehmigung mit der Auflage zu verbinden, daß beim Vollzug der Zwangsmaßnahme ein anderes Mitglied des Bundestages und – falls die Vollstreckung in Räumen des Bundestages erfolgen soll – ein zusätzlicher Vertreter des Präsidenten anwesend sind. Schließlich wird geregelt, daß die Aussetzung eines Verfahrens gemäß Art. 46 Abs. 4 GG im Wege der Vorentscheidung herbeigeführt werden kann.

13. Dezember 1989
(wirksam ab
1. Januar 1990)

- Änderung des § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 GO BT „Ältestenrat“: Die Einberufung des Ältestenrates kann nunmehr nicht nur durch eine Fraktion, sondern auch durch fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages verlangt werden. Auf die ausdrückliche Betonung der selbstverständlich dem Präsidenten zustehenden Leitungsbefugnis des Ältestenrates wird verzichtet.
- In § 13 GO BT wird ohne sachliche Änderungen deutlicher zwischen den Rechten und den Pflichten der Abgeordneten getrennt.
- Ergänzung des § 31 Abs. 1 Satz 2 GO BT „Erklärung zur Abstimmung“: Der Präsident erteilt das Wort zu einer Erklärung in der Regel **vor** der Abstimmung.

- Änderung des § 32 Satz 2 und 3 GO BT „Erklärung außerhalb der Tagungsordnung“: Wird das Wort zu einer solchen Erklärung gewünscht, ist deren Anlaß bei der Wortmeldung mitzuteilen. Das Erfordernis, die Erklärung vorher schriftlich mitzuteilen, entfällt.
 - Ergänzung des § 56 Abs. 4 Satz 1 GO BT „Enquete-Kommission“: Eine Enquete-Kommission hat ihren Bericht so rechtzeitig vorzulegen, daß bis zum Ende der Wahlperiode darüber eine Aussprache stattfinden kann.
 - Änderungen des § 57 Abs. 1, 2 und 4 GO BT „Mitgliederzahl der Ausschüsse“: Jedes Mitglied des Bundestages soll grundsätzlich einem Ausschuß angehören; fraktionslose Mitglieder werden vom Präsidenten als beratende Ausschußmitglieder benannt. Zur Unterstützung der Mitglieder kann die Teilnahme eines Fraktionsmitarbeiters jeder Fraktion zu den Ausschußsitzungen zugelassen werden.
 - Ergänzung und Änderung des § 61 Abs. 1 und 2 GO BT „Tagesordnung der Ausschüsse“: Den Mitgliedern eines Ausschusses soll die Tagesordnung in der Regel drei Tage vor der Sitzung zugeleitet werden. Der Erweiterung der Tagesordnung eines Ausschusses kann nunmehr auch durch ein Drittel der Ausschußmitglieder widersprochen werden.
 - Änderungen des § 69 Abs. 3 und 6 GO BT „Nichtöffentliche Ausschußsitzungen“: Die Möglichkeit der Ausschüsse, in besonderen Fällen zu ihren Beratungen auch andere Mitglieder des Bundestages, die nicht Ausschußmitglieder sind, mit beratender Stimme hinzuzuziehen oder zuzulassen, wird von einer Kann-Vorschrift in eine Soll-Vorschrift umgewandelt. Für geschlossene Ausschüsse entfällt die Maßgabe, daß ein Antragsteller, der nicht Mitglied dieses Ausschusses ist, **ausschließlich** zur Begründung der Vorlage an der Ausschußsitzung teilnehmen kann.
 - Änderung der Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen (Anlage 4 GO BT): Die Regelung über die Zulassung dringlicher Fragen für die Fragestunde wird von einer Kann- in eine Soll-Vorschrift umgewandelt (Anlage 4 Ziff. II Nr. 9).
31. Oktober 1990
(wirksam ab
1. Dezember 1990)
- Änderung und Ergänzung des § 27 Abs. 2 GO BT „Worterteilung und Wortmeldung“: Neben Zwischenfragen werden nunmehr auch Zwischenbemerkungen („Kurzinterventionen“) zugelassen.
 - Einfügung eines § 56 a „Technikfolgeanalysen“: Dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgeabschätzung wird die Aufgabe übertragen, Technikfolgeanalysen zu veranlassen, aufzubereiten und auszuwerten.
 - Änderung des § 71 Abs. 1 GO BT „Antragstellung im Ausschuß“: In klarstellender Erweiterung der Vorschrift wird die Antragsberechtigung von fraktionslosen Abgeordneten in dem Ausschuß, in dem sie beratendes Mitglied sind, ausdrücklich festgestellt.
 - Ergänzung des § 79 Satz 1 GO BT „Erste Beratung von Gesetzentwürfen“: Für den Fall des vereinfachten Verfahrens zur Überweisung von Vorlagen wird geregelt, wann trotz des Ältestenratsvorschlages zur sofortigen Ausschußüberweisung eine allgemeine Aussprache stattfindet (vgl. auch nachfolgend die Ergänzung des § 80 GO BT).
 - Ergänzung des § 80 GO BT um einen Absatz 4 „Überweisung an einen Ausschuß“: Entsprechend der jüngsten Praxis des Bundestages wird ein vereinfachtes Verfahren zur Überweisung von Vorlagen an die zuständi-

gen Ausschüsse eingeführt, wonach für mehrere geeignete Vorlagen gesammelt vorgeschlagen wird, auf eine erste Beratung zu verzichten und die zuständigen Ausschüsse unmittelbar mit diesen Vorlagen zu befassen (vgl. auch vorstehend die Ergänzung § 79 GO BT).

- Änderung und Ergänzung des § 106 „Aktuelle Stunde“: In dieser erweiterten Vorschrift über die Aktuellen Stunden werden zwei Formen von Kurzaussprachen des Bundestages ohne Vorlagen zusammengefaßt: Im Absatz 1 die Grundsatzregelung über die bereits bekannte „Aktuelle Stunde“ und im Absatz 2 die Verankerung der neu eingeführten „Befragung der Bundesregierung“. Entsprechend erhält der § 106 die neue Überschrift „Aktuelle Stunde und Befragung der Bundesregierung“.
- Änderung und Ergänzung der Anlage 5 „Richtlinien für Aussprachen zu Themen von allgemeinem aktuellem Interesse“: In den Nummern 6 und 7 der Richtlinien für Aktuelle Stunden werden Regelungen eingeführt, die einer Straffung der Aussprache dienen sollen.
- Ergänzung der GO BT um eine Anlage 7 „Befragung der Bundesregierung“: In Ergänzung des eingefügten Absatzes 2 in § 106 GO BT wird der Ablauf der „Befragung der Bundesregierung“ geregelt.

12. Wahlperiode (1990–94)

In der 12. Wahlperiode wurden keine Änderungen der Geschäftsordnung beschlossen.

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

- | | |
|-------------------|--|
| 10. November 1994 | Ergänzung von § 2 Abs. 1 GO BT „Wahl des Präsidenten und der Stellvertreter“: Jede Fraktion des Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten. |
| 15. Dezember 1994 | Änderung von § 93 GO BT „Unionsvorlagen“ und Einfügung des § 93a GO BT „Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union“: Erfüllung der vom Bundestag in der 12. Wahlperiode in das Grundgesetz (Art. 45) eingeführten Verpflichtung, einen Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union zu bestellen, sowie notwendige Überarbeitungen der Verfahrensvorschriften über die Behandlung von EG-Vorlagen aufgrund der Änderung von Art. 23 GG. Geregelt wird u. a. die Berechtigung des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union zur Abgabe einer Stellungnahme zu Unionsvorlagen gegenüber der Bundesregierung an Stelle des Bundestages und mit Rechtswirkung für ihn (u. a. Einzelermächtigung durch das Parlament für einzelne Unionsvorlagen oder für eine Gruppe, begrenzte Generalermächtigung für bestimmte Fallgruppen, Beteiligung der Fachausschüsse, Verfahren bei Eilbedürftigkeit). |

¹⁾ Stand: 31. August 1997

21. September 1995
- Änderung von § 20 Abs. 4 GO BT „Tagesordnung“: Vorlagen von Mitgliedern des Bundestages müssen auf Verlangen der Antragsteller auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und beraten werden, wenn seit der Verteilung der Drucksache mindestens drei (bisher sechs) Wochen vergangen sind.
 - Änderung von § 27 Abs. 2 GO BT „Worterteilung und Wortmeldung“: Zwischenbemerkungen („Kurzinterventionen“) dürfen statt bisher zwei Minuten nunmehr bis zu drei Minuten dauern und bereits in der ersten Runde einer Debatte erfolgen.
 - Änderung von § 45 Abs. 3 und 4 GO BT „Feststellung der Beschlußfähigkeit, Folgen der Beschlußunfähigkeit“: Bei Kernzeit-Debatten Möglichkeit der Feststellung der Beschluß- und Beratungsfähigkeit nach den Regeln der namentlichen Abstimmung (und nicht durch Zählung der Stimmen); der Präsident kann bei Kernzeit-Debatten im Einvernehmen mit den Fraktionen die Sitzung auf kurze Zeit unterbrechen, wenn der Sitzungsvorstand bezweifelt, daß ein Viertel der Mitglieder des Bundestages anwesend ist.
 - Einfügung eines § 69a in die GO BT „Erweiterte öffentliche Ausschüßberatungen“: Federführende Ausschüsse sollen im Einvernehmen mit den mitberatenden Ausschüssen und im Benehmen mit dem Ältestenrat sogenannte „Erweiterte öffentliche Ausschüßberatungen“ durchführen. Für diese Beratungen gilt: (1) Alle Abgeordneten haben Rede- und Antragsrecht, (2) Stimmrecht gilt nur für Mitglieder des federführenden Ausschusses, (3) die Öffentlichkeit ist generell zugelassen, und (4) es findet grundsätzlich keine nochmalige Aussprache im Plenum statt.
 - Ergänzung von § 71 GO BT „Antragstellung im Ausschüß, Schluß der Aussprache“ durch einen Abs. 2, wonach Änderungsanträge einzelner Abgeordneter bereits im federführenden Ausschüß gestellt werden können.
 - Änderung der Anlage 4 GO BT „Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen“: Mündliche Fragen müssen vor der Sitzungswoche bis Freitag, 10.00 Uhr (bisher 11.00 Uhr), beim Präsidenten vorliegen. Die Fragestunde wird nicht mehr mittwochs und donnerstags stattfinden, sondern auf den Mittwoch konzentriert.
 - Änderung der Anlage 1 GO BT „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages“ in folgenden Bereichen:
 - (1) Anzeigepflicht von Beraterverträgen
 - (2) Veröffentlichung von Angaben im Amtlichen Handbuch
 - (3) Neuregelung der Spendenvorschriften, insbesondere Anzeigepflicht bei Spenden und Teilnahme an interparlamentarischen und internationalen Veranstaltungen auf Einladung sowie
 - (4) Anzeige- und Abgabepflicht von Gastgeschenken.
13. März 1997
- Ergänzung von § 80 Abs. 3 GO BT „Überweisung an einen Ausschüß“: Erhebt der Haushaltsausschüß Bedenken zur Finanzierbarkeit einer Unionsvorlage, hat der federführende Ausschüß Bericht zu erstatten.

16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung*)

Der Bundestag hat am 25. Juni 1980 in seiner 225. Sitzung (S.18 267 B bis 18 290 D) eine neue Geschäftsordnung beschlossen, die am 2. Juli 1980 bekanntgemacht wurde (BGBl. I S. 1237) und am 1. Oktober 1980 in Kraft getreten ist.

Die neue Geschäftsordnung bringt gegenüber der bis dahin gültigen Fassung

- eine Reihe inhaltlicher Änderungen (vgl. S. 3114 ff.),
- redaktionelle und terminologische Änderungen und
- eine Änderung in der Paragraphenfolge.

Synopse der Paragraphenfolge

Mit der Neufassung der Geschäftsordnung wurde eine vollständige Neudurchnumerierung der Paragraphenfolge verbunden. Dadurch sind die bei früheren Reformen entstandenen Leerparagraphen und a)-b)-c)-Paragraphen weggefallen. Außerdem konnten so ohne redaktionelle Schwierigkeiten die neuen Beschlüsse eingefügt werden. Zwangsläufig hat sich hierbei die Numerierung fast sämtlicher Paragraphen verschoben. Dem besseren Auffinden der alten und neuen Bestimmungen soll die folgende Synopse der Inhaltsübersichten von beiden Fassungen der Geschäftsordnung dienen.

*) Quelle: Fachbereich 1: Parlamentsrecht

Hinweis

Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich in zahlreichen Abschnitten des **Datenhandbuchs**, so in Abschnitt

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusionen
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung

GO BT alte Fassung

GO BT in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1970 (BGBl. I S. 628), zuletzt geändert durch Beschluß vom 19. Juni 1975 – Bekanntmachung vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1848).

GO BT 1980

GO BT gemäß Beschluß vom 25. Juni 1980, in Kraft getreten am 1. Oktober 1980, bekanntgemacht am 2. Juli 1980 (BGBl. I S. 1237)

I. Wahl des Präsidenten, der Stellvertreter und Schriftführer

- § 1 Konstituierung
- § 2 Wahl des Präsidenten und der Stellvertreter .
- § 3 Wahl der Schriftführer

II. Wahl des Bundeskanzlers

- § 4 Wahl des Bundeskanzlers

III. Präsident, Präsidium und Ältestenrat

- § 5 Präsidium
- § 6 Ältestenrat
- § 7 Aufgaben des Präsidenten
- § 8 Sitzungsvorstand
- § 9 Aufgaben der Schriftführer

IV. Fraktionen

- § 10 Bildung der Fraktionen
- § 11 Reihenfolge der Fraktionen
- § 12 Stellenanteile der Fraktionen

Abschnitt V (§§ 13 bis 15) entfallen 1. 10. 1969

VI. Pflichten und Rechte der Mitglieder des Bundestages

- § 16 Pflichten der Mitglieder des Bundestages . .
- § 17 *entfallen 6. 5. 1970*
- § 18 Urlaub
- § 19 Beanstandung und Erlöschen der Mitgliedschaft
- § 20 Ausweise und Drucksachen
- § 21 Akteneinsicht und -abgabe
- § 21a Geheimschutzordnung
- § 22 Ehrenordnung

VII. Tagesordnung, Einberufung, Leitung der Sitzung und Ordnungsmaßnahmen

- § 23 Sitzungen
- § 24 Tagesordnung
- § 25 Einberufung durch den Präsidenten
- § 26 Leitung der Sitzungen
- § 27 Eröffnung der Beratung
- § 28 Verbindung der Beratung
- § 29 Übergang zur Tagesordnung
- § 30 Vertagung oder Schluß der Beratung
- § 31 Vertagung der Sitzung
- § 32 Worterteilung und Wortmeldung
- § 33 Reihenfolge der Redner
- § 34 Zur Geschäftsordnung

I. Wahl des Präsidenten, der Stellvertreter und Schriftführer

- § 1 Konstituierung
- § 2 Wahl des Präsidenten und der Stellvertreter
- § 3 Wahl der Schriftführer

II. Wahl des Bundeskanzlers

- § 4 Wahl des Bundeskanzlers

III. Präsident, Präsidium und Ältestenrat

- § 5 Präsidium
- § 6 Ältestenrat
- § 7 Aufgaben des Präsidenten
- § 8 Sitzungsvorstand
- § 9 Aufgaben der Schriftführer

IV. Fraktionen

- § 10 Bildung der Fraktionen
- § 11 Reihenfolge der Fraktionen
- § 12 Stellenanteile der Fraktionen

V. Pflichten und Rechte der Mitglieder des Bundestages

- § 13 Pflichten der Mitglieder des Bundestages
- § 14 Urlaub
- § 15 Anfechtung und Verlust der Mitgliedschaft
- siehe § 123 Abs. 1 zweiter Satzteil*
- § 16 Akteneinsicht und -abgabe
- § 17 Geheimschutzordnung
- § 18 Verhaltensregeln

VI. Tagesordnung, Einberufung, Leitung der Sitzung und Ordnungsmaßnahmen

- § 19 Sitzungen
- § 20 Tagesordnung
- § 21 Einberufung durch den Präsidenten
- § 22 Leitung der Sitzungen
- § 23 Eröffnung der Aussprache
- § 24 Verbindung der Beratung
- § 25 Vertagung der Beratung oder Schluß der Aussprache
- § 26 Vertagung der Sitzung
- § 27 Worterteilung und Wortmeldung
- § 28 Reihenfolge der Redner; *siehe auch § 59 Abs. 2*
- § 29 Zur Geschäftsordnung

<i>GO BT alte Fassung</i>	<i>GO BT 1980</i>
§ 35 Persönliche Bemerkungen	§ 30 Erklärung zur Aussprache
§ 36 Abgabe von Erklärungen	§ 31 Erklärung zur Abstimmung
§ 37 Die Rede	§ 32 Erklärung außerhalb der Tagesordnung
§ 38 Platz des Redners	§ 33 Die Rede
§ 39 Rededauer	§ 34 Platz des Redners
§ 40 Sach- und Ordnungsruf	§ 35 Rededauer
§ 41 Wortentziehung	§ 36 Sach- und Ordnungsruf
§ 42 Ausschluß von Mitgliedern des Bundestages .	§ 37 Wortentziehung
§ 43 Einspruch gegen den Ordnungsruf oder	§ 38 Ausschluß von Mitgliedern des Bundestages
Ausschluß	§ 39 Einspruch gegen den Ordnungsruf oder
§ 44 Unterbrechung der Sitzung	Ausschluß
§ 45 Weitere Ordnungsmaßnahmen	§ 40 Unterbrechung der Sitzung
§ 46 Herbeirufung eines Bundesministers	§ 41 Weitere Ordnungsmaßnahmen
	§ 42 Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundes-
§ 47 Recht auf jederzeitiges Gehör	regierung
§ 48 Wiedereröffnung der Aussprache	§ 43 Recht auf jederzeitiges Gehör
§ 49 Feststellung der Beschlußfähigkeit, Folgen	§ 44 Wiedereröffnung der Aussprache
der Beschlußunfähigkeit	§ 45 Feststellung der Beschlußfähigkeit, Folgen
§ 50 <i>entfallen 6. 5. 1970</i>	der Beschlußunfähigkeit
§ 51 <i>entfallen 6. 5. 1970</i>	
§ 52 Fragestellung	§ 46 Fragestellung
§ 53 Teilung der Frage	§ 47 Teilung der Frage
§ 54 Abstimmungsregeln	§ 48 Abstimmungsregeln; <i>siehe auch § 31 Abs. 2</i>
§ 54a Wahlen mit verdeckten Stimmzetteln	§ 49 Wahlen mit verdeckten Stimmzetteln
§ 55 Verfahren bei der Auswahl des Sitzes einer	§ 50 Verfahren bei der Auswahl des Sitzes einer
Bundesbehörde	Bundesbehörde
§ 56 Zählung der Stimmen	§ 51 Zählung der Stimmen
§ 57 Namentliche Abstimmung	§ 52 Namentliche Abstimmung
§ 58 Unzulässigkeit der namentlichen Abstim-	§ 53 Unzulässigkeit der namentlichen Abstim-
mung	mung
§ 59 Erklärungen zur Abstimmung	<i>siehe § 31 Abs. 1</i>
VIII. Ausschüsse	VII. Ausschüsse
§ 60 Aufgaben der Ausschüsse	<i>siehe §§ 62 und 63</i>
§ 61 Ständige Ausschüsse und Sonderausschüsse .	§ 54 Ständige Ausschüsse und Sonderausschüsse
	§ 55 Einsetzung von Unterausschüssen
§ 62 <i>entfallen 1. 10. 1969</i>	§ 56 Enquete-Kommission
§ 63 Untersuchungsausschüsse	
§ 64 Wahlprüfungsausschuß	} <i>siehe dazu § 54 Abs. 2</i>
§ 65 Wahl der Mitglieder für den	
Richterwahlausschuß	
§ 66 Wahlmännerausschuß	
§ 67 Vermittlungsausschuß	
§ 68 Mitgliederzahl der Ausschüsse	§ 57 Mitgliederzahl der Ausschüsse
§ 69 Vorsitzender und Stellvertreter	§ 58 Bestimmung des Vorsitzenden und seines
	Stellvertreters; <i>siehe auch § 59</i>
§ 70 Berichterstatter	<i>siehe § 65</i>
§ 71 Beschlußfähigkeit und Geschäftsordnung . .	<i>siehe § 74</i>
	§ 59 Rechte und Pflichten des Vorsitzenden
§ 72 Bekanntgabe der Ausschußsitzungen	§ 60 Einberufung der Ausschußsitzungen
	§ 61 Tagesordnung der Ausschüsse

<i>GO BT alte Fassung</i>		<i>GO BT 1980</i>	
§ 73	Durchführung der Ausschußsitzungen	<i>siehe §§ 68, 69, 70</i>	
		§ 62	Aufgaben der Ausschüsse
		§ 63	Federführender Ausschuß
		§ 64	Verhandlungsgegenstände
		§ 65	Berichterstatterbenennung
		§ 66	Berichterstattung
		§ 67	Beschlußfähigkeit im Ausschuß
		§ 68	Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung zu den Ausschußsitzungen
		§ 69	Nichtöffentliche Ausschußsitzungen
		§ 70	Öffentliche Anhörungssitzungen
		§ 71	Antragstellung im Ausschuß, Schluß der Aussprache
		§ 72	Abstimmung außerhalb einer Sitzung
§ 73a	Ausschußprotokolle	§ 73	Ausschußprotokolle
		§ 74	Anwendbarkeit der Bestimmungen der Geschäftsordnung
§ 74	Berichterstattung	<i>siehe § 66</i>	
§ 74a	Enquete-Kommission	<i>siehe § 56</i>	
IX.	Vorlagen, Anträge, Große, Kleine und Mündliche Anfragen, Ersuchen, Petitionen und Ausschußberichte	VIII.	Vorlagen und ihre Behandlung
§ 75	Einbringung	§ 75	Vorlagen
§ 76	Behandlung.	§ 76	Vorlagen von Mitgliedern des Bundestages
		§ 77	Behandlung der Vorlagen; <i>siehe auch § 80 Abs. 3</i>
§ 77	Beratungen	§ 78	Beratungen
§ 78	Erste Beratung von Gesetzentwürfen	§ 79	Erste Beratung von Gesetzentwürfen
§ 79	Überweisung an einen Ausschuß	§ 80	Überweisung an einen Ausschuß
§ 80	Zweite Beratung von Gesetzentwürfen	§ 81	Zweite Beratung von Gesetzentwürfen
§ 81	Änderungsanträge zur zweiten Beratung	§ 82	Änderungsanträge und Zurückverweisung in zweiter Beratung
§ 82	Zurückverweisung an einen Ausschuß	<i>siehe § 82</i>	
§ 83	Abstimmung in der zweiten Beratung	<i>siehe § 81 Abs. 4</i>	
§ 84	Zusammenstellung der Änderungen	§ 83	Zusammenstellung der Änderungen
§ 85	Dritte Beratung von Gesetzentwürfen	§ 84	Dritte Beratung von Gesetzentwürfen; <i>siehe auch § 85 Abs. 1 Satz 3</i>
§ 86	Änderungsanträge zur dritten Beratung.	§ 85	Änderungsanträge und Zurückverweisung in dritter Beratung
§ 87	Wiederholung der Abstimmung		
§ 88	Schlußabstimmung	§ 86	Schlußabstimmung
§ 88a	Verfahren zu Artikel 113 des Grundgesetzes	§ 87	Verfahren zu Artikel 113 des Grundgesetzes
§ 89	Entschließungsanträge.	§ 88	Behandlung von Entschließungsanträgen
§ 90	Einberufung des Vermittlungsausschusses	§ 89	Einberufung des Vermittlungsausschusses
§ 91	Beratung von Vorschlägen des Vermittlungsausschusses	§ 90	Beratung von Beschlußempfehlungen des Vermittlungsausschusses
§ 92	Einspruch des Bundesrates	§ 91	Einspruch des Bundesrates
		§ 92	Rechtsverordnungen
		§ 93	EG-Vorlagen
		§ 94	Stabilitätsvorlagen
§ 93	Kürzung der Fristen		
§ 94	Haushaltsvorlagen	§ 95	Haushaltsvorlagen

<i>GO BT alte Fassung</i>	<i>GO BT 1980</i>
§ 95	<i>entfallen 6. 5. 1970</i>
§ 96	Finanzvorlagen
§ 96a	Zollvorlagen
§ 97	Selbständige Anträge von Mitgliedern des Bundestages
§ 98	Anträge nach Artikel 67 des Grundgesetzes .
§ 99	Beratung von Anträgen
§ 100	Änderungsanträge
§ 101	Vorlagen der Bundesregierung und des Bundesrates
§ 102	Dringliche Gesetzesvorlagen der Bundesregierung nach Artikel 81 des Grundgesetzes
§ 103	Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
§ 104	Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses
§ 105	Große Anfragen.
§ 106	Beantwortung und Beratung von Großen Anfragen
§ 107	Anträge zu Großen Anfragen
§ 108	Ablehnung der Beantwortung
§ 109	Beschränkung der Beratung über Große Anfragen
§ 110	Kleine Anfragen.
§ 111	Fragestunde
§ 112	Petitionen
§ 113	Ausschußberichte über Petitionen
§ 114	Immunitätsangelegenheiten
	§ 96 Finanzvorlagen <i>siehe § 92</i>
	<i>siehe § 76; § 69 Abs. 3</i>
	§ 97 Mißtrauensantrag gegen den Bundeskanzler <i>siehe § 78 Abs. 2</i>
	§ 98 Vertrauensantrag des Bundeskanzlers <i>siehe § 75 Abs. 2 lit. b i. V. m. § 76 sowie § 78 Abs. 2 Satz 3 u. Abs. 4</i> <i>siehe § 75 Abs. 1 lit. d, e u. m</i>
	§ 99 Dringliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung nach Artikel 81 des Grundgesetzes <i>siehe § 98</i> <i>siehe § 75 Abs. 1 lit. d u. § 54 Abs. 2</i>
	§ 100 Große Anfragen
	§ 101 Beantwortung und Beratung von Großen Anfragen <i>siehe § 88 i. V. m. § 75 Abs. 2 lit. c u. § 76</i>
	§ 102 Ablehnung der Beantwortung der Großen Anfragen
	§ 103 Beschränkung der Beratung über Große Anfragen
	§ 104 Kleine Anfragen
	§ 105 Fragen einzelner Mitglieder des Bundestages
	§ 106 Aktuelle Stunde <i>siehe § 109</i>
	<i>siehe § 112</i>
	§ 107 Immunitätsangelegenheiten
	IX. Behandlung von Petitionen
	§ 108 Zuständigkeit des Petitionsausschusses
	§ 109 Überweisung der Petitionen
	§ 110 Rechte des Petitionsausschusses
	§ 111 Übertragung von Befugnissen auf einzelne Mitglieder des Petitionsausschusses
	§ 112 Beschlußempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses
X. Auskunft der Bundesregierung über die Ausführung von Bundestagsbeschlüssen	
§ 115	Auskunftserteilung durch die Bundesregierung
§ 116	Bemerkungen zur Auskunft der Bundesregierung
Xa. Der Wehrbeauftragte des Bundestages	X. Der Wehrbeauftragte des Bundestages
§ 116a	Wahl des Wehrbeauftragten
§ 116b	Berichte des Wehrbeauftragten
§ 116c	Beratung von Berichten des Wehrbeauftragten
	§ 113 Wahl des Wehrbeauftragten
	§ 114 Berichte des Wehrbeauftragten
	§ 115 Beratung der Berichte des Wehrbeauftragten

GO BT alte Fassung

GO BT 1980

XI. Beurkundung und Vollzug der Beschlüsse des Bundestages	XI. Beurkundung und Vollzug der Beschlüsse des Bundestages
§ 117 Sitzungsbericht	§ 116 Plenarprotokolle
§ 118 Prüfung der Niederschrift durch den Redner	§ 117 Prüfung der Niederschrift durch den Redner
§ 119 Berichtigung der Niederschrift.	§ 118 Korrektur der Niederschrift
§ 120 Niederschrift von Zwischenrufen	§ 119 Niederschrift von Zwischenrufen
§ 121 Beurkundung der Beschlüsse.	§ 120 Beurkundung der Beschlüsse
§ 122 Einspruch der Beschlüsse	§ 121 Einspruch gegen das Amtliche Protokoll
§ 123 Übersendung beschlossener Gesetze	§ 122 Übersendung beschlossener Gesetze
§ 124 Fristenberechnung	§ 123 Fristenberechnung
§ 125 Wahrung der Frist.	§ 124 Wahrung der Frist
§ 126 Unerledigte Gegenstände.	§ 125 Unerledigte Gegenstände
XII. Abweichungen und Auslegung dieser Geschäftsordnung.	XII. Abweichungen und Auslegung dieser Geschäftsordnung
§ 127 Abweichungen von dieser Geschäftsordnung	§ 126 Abweichungen von dieser Geschäftsordnung
§ 128 Auslegung dieser Geschäftsordnung im Einzelfall	§ 127 Auslegung dieser Geschäftsordnung
§ 129 Grundsätzliche Auslegung dieser Geschäftsordnung.	<i>siehe § 127 Abs. 1 Satz 2</i>
§ 130 Rechte des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	§ 128 Rechte des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
XIII. Bundestagsvertretung zwischen zwei Wahlperioden	
§ 131 Fortführung der Geschäfte des Bundestages	
Anlagen	
Anl. 1: Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages	Anl. 1: Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages
Anl. 1a: Registrierung von Verbänden und deren Vertreter	Anl. 2: Registrierung von Verbänden und deren Vertreter
Anl. 2: Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages	Anl. 3: Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages
Anl. 3: Richtlinien für die Fragestunden	Anl. 4: Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen
Anl. 4: Vorläufige Bestimmungen über Aussprachen zu Fragen von allgemeinem aktuellem Interesse	Anl. 5: Richtlinien für Aussprachen zu Themen von allgemeinem aktuellem Interesse
Anl. 5: Handhabung der Zwischenfragen in den Plenarsitzungen	<i>siehe § 27 Abs. 2</i>
Anl. 6: Behandlung von Vorlagen gemäß Artikel 2 und 3 des Gesetzes zu den Verträgen zur Gründung der EWG und EURATOM	
Nr. 1:	<i>siehe § 93 (Vorlagen gemäß Art. 2 des Gesetzes zu den Verträgen)</i>
Nr. 2:	<i>siehe § 92 (Vorlagen gemäß Art. 3 des Gesetzes zu den Verträgen)</i>
Anl. 7: Behandlung von Rechtsverordnungen gemäß § 21 Abs. 6 und § 77 Abs. 5 des Zollgesetzes sowie gemäß § 27 Abs. 2 des Außenwirtschaftsgesetzes.	<i>siehe § 92</i>

*GO BT alte Fassung**GO BT 1980*

Anl. 8: Grundsätze in Immunitätsangelegenheiten und in Fällen der Genehmigung gemäß § 50 Abs. 3 StPO und § 382 Abs. 3 ZPO sowie bei Ermächtigungen gemäß § 90b Abs. 2, § 194 Abs. 4 StGB
Beschluß des Deutschen Bundestages vom 16. März 1973 betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages

Anl. 6: Grundsätze in Immunitätsangelegenheiten und in Fällen der Genehmigung gemäß § 50 Abs. 3 StPO und § 382 Abs. 3 ZPO sowie bei Ermächtigungen gemäß § 90b Abs. 2, § 194 Abs. 4 StGB
Beschluß des Deutschen Bundestages betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages

Die wichtigsten Änderungen

Redaktionelle Änderungen werden hier nicht aufgeführt. Von den terminologischen Änderungen sei nur eine hervorgehoben: Der Begriff Vorlagen (§ 75) wird jetzt auch für Initiativen aus der Mitte des Bundestages (§ 97 a. F., § 76 n. F.) verwendet.

Zu den inhaltlichen Änderungen ist anzumerken:

Rechte, die bisher mindestens fünf vom Hundert der Abgeordneten (Fraktionsmindeststärke, z. Z. 26) eingeräumt waren, stehen jetzt, der Praxis folgend, auch den Fraktionen zu.

Wird aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder der Geschäftsordnung eine größere Zahl verlangt, als fünf vom Hundert der Abgeordneten entspricht, z. B. ein Viertel oder ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, so muß die antragstellende Fraktion mindestens aus ebenso vielen Mitgliedern bestehen (siehe z. B. §§ 21 Abs. 2, 97 Abs. 1 Satz 2).

Minderheitenrechte, die bisher im Plenum des Bundestages einer kleineren Zahl als fünf vom Hundert der Abgeordneten, z. B. fünf oder zehn, eingeräumt waren, können jetzt in der Regel nur noch von fünf vom Hundert der Abgeordneten oder von einer Fraktion geltend gemacht werden (z. B. §§ 20 Abs. 3, 45 Abs. 2, 78 Abs. 2 Satz 2, 80 Abs. 2, 81 Abs. 1 Satz 2, 84 Satz 1).

Der Abschnitt Ausschüsse wurde gegenüber der bisherigen Fassung der GO BT erweitert. Er enthält eingehende Regelungen für das Verfahren in den Ausschüssen und führt den Begriff Fraktion im Ausschuß ein (siehe z. B. §§ 59 Abs. 4, 60 Abs. 2, 61 Abs. 2).

Einige Bestimmungen der bisherigen Geschäftsordnung sind in der neuen Geschäftsordnung nicht mehr enthalten, z. B.

- der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung (§ 29 a. F.),
- die Regelung über die Wiederholung der Abstimmung, wenn in der abschließenden Beratung Änderungsanträge angenommen wurden, bevor sie verteilt waren (§ 87 a. F.),
- die Bestimmung über die Kürzung der Fristen (§ 93 a. F., siehe aber §§ 80 Abs. 2, 81 Abs. 1 Satz 2, 84 Satz 1 n. F.),
- der bisherige Abschnitt X „Auskünfte der Bundesregierung über die Ausführung von Bundestagsbeschlüssen“ (§§ 115, 116 a. F.).

Hinweis

Im Plenarsitzungs-Register (Kapitel 34) sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

Die wichtigsten weiteren inhaltlichen Änderungen oder Neuregelungen zeigt, geordnet nach Paragraphen, die folgende Übersicht:

- § 18** Die Verhaltensregeln für Mitglieder des Bundestages (Anlage 1) haben in § 44a AbgG eine gesetzliche Grundlage erhalten. § 18 ist dementsprechend neu gefaßt.
- § 20 Abs. 3** Der Erweiterung der festgestellten Tagesordnung kann nicht mehr, wie bisher, von fünf anwesenden Abgeordneten, sondern nur noch von 5 v. H. anwesender Abgeordneter oder von einer Fraktion widersprochen werden.
- Abs. 5** Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit darf der Präsident von Amts wegen für denselben Tag nur noch einmal eine weitere Sitzung einberufen.
- Die erfolglose Abstimmung oder Wahl kann nicht mehr, wie bisher, vom Präsidenten – mit Zustimmung des Bundestages – abgesetzt werden, sondern nur, wenn nicht eine Fraktion oder mindestens 5 v. H. anwesender Abgeordneter widersprechen.
- § 25 Abs. 2** Über einen Antrag auf Schluß der Aussprache darf erst abgestimmt werden, wenn jede Fraktion mindestens einmal zu Wort gekommen ist. Das gilt jetzt für jeden Beratungsgegenstand.
- § 27 Abs. 2** Dieser Absatz enthält jetzt die Regelung für Zwischenfragen (Anlage 5 a. F.). Die bisherige Begrenzung auf zwei Zusatzfragen zum gleichen Zusammenhang (Anlage 5 Nr. 8 Abs. 2 a. F.) ist in dieser Regelung nicht mehr enthalten.
- § 29** In § 29 wird differenziert zwischen Worterteilung *zu einem Geschäftsordnungsantrag* und Worterteilung *zur Geschäftsordnung*. Im ersten Fall muß der Präsident vorrangig das Wort geben (Abs. 1). Bei Geschäftsordnungsanträgen, die ein Verlangen enthalten, kann der Präsident die Worterteilung auf den Antragsteller, bei Geschäftsordnungsanträgen, über die abgestimmt werden muß, auf einen Sprecher jeder Fraktion beschränken (Abs. 2). Ermessen bei der Worterteilung hat der Präsident nur noch bei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, wenn ein Abgeordneter weder einen Geschäftsordnungsantrag stellen, noch zu einem solchen sprechen will (Abs. 3).
- §§ 30 bis 32** Der Komplex möglicher Erklärungen einzelner Abgeordneter ist nun in den §§ 30 bis 32 geregelt. Es wird unterschieden zwischen
- einer Erklärung zur Aussprache (§ 30), mit der entweder Äußerungen über die eigene Person zurückgewiesen oder eigene Ausführungen richtiggestellt werden können,
 - einer tatsächlichen oder persönlichen Erklärung außerhalb der Tagesordnung (§ 32) ohne direkten Bezug auf eine Aussprache und
 - einer Erklärung zur Abstimmung (§ 31).
- Erklärungen nach den §§ 30 und 32 können nach Schluß, Unterbrechung oder Vertagung einer Aussprache abgegeben werden. Erklärungen nach § 32 sind außerdem vor Eintritt in die Tagesordnung zulässig. Erklärungen nach § 31 können, wie bisher, nur nach Schluß der Aussprache vor der Abstimmung abgegeben werden.
- Bei Erklärungen zur Aussprache (§ 30) kann der Präsident jetzt das Wort auch „zur direkten Erwidern“ erteilen, wobei ihm der Anlaß bei der Wortmeldung mitzuteilen ist.
- Beabsichtigte Erklärungen außerhalb der Tagesordnung (§ 32) sind dem Präsidenten schriftlich vorzulegen.
- Für alle Erklärungen gemäß den §§ 30 bis 32 gilt, daß sie die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten dürfen.
- § 33** Unverändert beibehalten wurden die Bestimmungen des bisherigen § 37 Satz 1 und 2, wonach die Redner grundsätzlich in freiem Vortrag sprechen, dabei aber Aufzeichnungen benutzen können. Die weiteren Bestimmungen des bisherigen § 37 über die Verlesung von Reden (Abs. 1 Satz 3) und über den möglichen Wortentzug (Abs. 2) sind entfallen.

- § 35** Die Redeordnung ist grundsätzlich neu geregelt: Absatz 1 bestimmt, daß Dauer und Gestaltung der Aussprache nach Vorschlag des Ältestenrates vom Bundestag festgelegt werden. Kommt im Ältestenrat keine Vereinbarung zustande oder folgt der Bundestag dem Vorschlag nicht und kommt es auch zu keinem anderen Beschluß, so gilt die sogenannte Auffangregel.
- Danach darf der einzelne Redner nicht länger als 15 Minuten sprechen. Eine Fraktion kann für einen ihrer Redner bis zu 45 Minuten Redezeit verlangen. Für die Verlängerung der Redezeiten gilt jetzt nur noch: „Der Präsident kann diese Redezeiten verlängern, wenn der Verhandlungsgegenstand oder der Verlauf der Aussprache dies nahelegt“ (Abs. 1 Satz 4).
- Absatz 2 räumt, wenn ein Mitglied oder Beauftragter der Bundesregierung oder des Bundesrates länger als 20 Minuten spricht, der Fraktion, die eine abweichende Meinung vortragen lassen will, für einen ihrer Redner den Anspruch auf „eine entsprechende Redezeit“ ein.
- In Absatz 3 ist die bisherige Kannvorschrift über die Wortentziehung bei Überschreiten der Redezeit in eine Sollvorschrift umgewandelt worden.
- Die bisherige Bestimmung, daß ein Redner, dem das Wort entzogen wurde, in derselben Aussprache und zum selben Gegenstand das Wort nicht wieder erhalten darf (§ 39 Abs. 3 Satz 2 a. F.), ist entfallen.
- § 42** Der Antrag auf Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung kann jetzt nur noch von mindestens 5 v. H. anwesender Abgeordneter oder von einer Fraktion gestellt werden (bisher ein Abgeordneter mit Unterstützung einer Anzahl Abgeordneter in Fraktionsmindeststärke).
- § 45 Abs. 2** Die Beschlußfähigkeit kann nicht mehr, wie bisher, von mindestens fünf anwesenden Abgeordneten bezweifelt werden, sondern nur noch von einer Fraktion oder von 5 v. H. anwesender Abgeordneter.
- § 54 Abs. 2** Aufgrund dieser Bestimmung sind die bisherigen Paragraphen
- 63 – Untersuchungsausschüsse,
 - 64 – Wahlprüfungsausschuß,
 - 65 – Wahl der Mitglieder für den Richterwahlausschuß,
 - 66 – Wahlmännerausschuß,
 - 67 – Vermittlungsausschuß
- gestrichen worden.
- § 55** Diese Bestimmung regelt die Einsetzung von Unterausschüssen – auch von gemeinsamen Unterausschüssen mehrerer Ausschüsse –, die Mitgliedschaft (Abs. 1 Satz 2) und die Mitgliederzahl (Abs. 3), die Bestimmung des Vorsitzenden, die Auftragserteilung, die Berichterstattung sowie die Auflösung eines Unterausschusses.
- § 56 Abs. 4** Mit dieser Bestimmung wird die Berichterstattung einer Enquete-Kommission an den Bundestag geregelt.
- § 59** Die Rechte und Pflichten der Ausschußvorsitzenden sind in diesem Paragraphen zusammengefaßt und eingehender geregelt als bisher.
- § 60** Diese Bestimmung regelt die Einberufung von Ausschußsitzungen im Rahmen des Zeitplanes des Bundestages, außerhalb des Zeitplanes, d. h. auch während Plenarsitzungen, und außerhalb des ständigen Sitzungsortes des Bundestages.
- § 61** In dieser Bestimmung ist die Festsetzung und Änderung der Tagesordnung für die Ausschüsse geregelt.

- § 62 Abs. 2 Ein Bericht über den Stand der Ausschlußberatungen und die Aufsetzung dieses Berichts auf die Tagesordnung des Bundestages kann jetzt von jeder Fraktion oder von mindestens 5 v. H. der Abgeordneten zehn Sitzungswochen nach der Ausschlußüberweisung verlangt werden, und zwar nicht nur, wie bisher, für Vorlagen aus der Mitte des Bundestages, sondern auch für Vorlagen der Bundesregierung oder des Bundesrates.
- § 64 In Absatz 1 ist klargestellt, was Verhandlungsgegenstand im Ausschluß sein kann. Absatz 2 regelt die Behandlung konkurrierender Vorlagen.
- § 67 Dieser Paragraph trifft Bestimmungen über die Beschlußfähigkeit und ihre Anzweiflung im Ausschluß sowie über die Befugnisse des Ausschlußvorsitzenden nach Anzweiflung der Beschlußfähigkeit und nach Wiederaufnahme der Beratung einer wegen Beschlußunfähigkeit unterbrochenen Sitzung, wenn die Beschlußfähigkeit noch nicht gegeben ist.
- § 69 Abs. 2 Die generelle Beschränkung des Zutrittsrechts zu Ausschlußsitzungen auf die ordentlichen und stellvertretenden Ausschlußmitglieder muß nun der Bundestag bei der Einsetzung der Ausschüsse beschließen.
- Die nachträgliche Beschränkung des Zutrittsrechts für die Beratung bestimmter Fragen aus dem Geschäftsbereich der Ausschüsse ist zulässig.
- Die Ausschüsse sind berechtigt, im Einzelfall Ausnahmen von der vom Bundestag beschlossenen Beschränkung des Zutrittsrechts zuzulassen.
- Abs. 4 Neben dem Bundestagspräsidenten (§ 7 Abs. 1 Satz 3) haben, vorbehaltlich gesetzlicher Beschränkungen des Zutrittsrechts, auch die Fraktionsvorsitzenden beratende Stimme in den Ausschüssen. Dieses Recht hatte bisher nur einen Beschluß des Bundestages vom 9. Dezember 1965 zur Grundlage.
- Abs. 8 Bei gemeinsamen Sitzungen mehrerer Ausschüsse ist nach Ausschüssen getrennt abzustimmen.
- § 70 Abs. 2 In diesem Absatz ist der Anspruch der Minderheit im Ausschluß auf Anhörung der von ihr benannten Auskunftspersonen geregelt.
- Abs. 3 Dieser Absatz regelt die Anhörungen durch mitberatende Ausschüsse und die Rechte des federführenden Ausschusses bei der Anhörung.
- Abs. 7 Die Regelungen in § 70 Abs. 1 bis 6 gelten auch für Anhörungen in nichtöffentlichen Sitzungen.
- § 71 Absatz 1 regelt das Recht zur Antragstellung im Ausschluß und die Behandlung von Anträgen nicht anwesender Ausschlußmitglieder.
- Absatz 2 bestimmt, wann ein Antrag auf Schluß der Aussprache zulässig ist.
- § 72 Dieser Paragraph regelt, unter welchen Voraussetzungen über bestimmte Fragen außerhalb einer Ausschlußsitzung schriftlich abgestimmt werden darf.
- § 75 Dieser Paragraph bringt eine neue Terminologie: Er unterscheidet zwischen selbständigen, unselbständigen und sogenannten unechten Vorlagen. Der Begriff *selbständige Anträge* (§ 97 Abs. 1 Satz 1 a. F.) wurde aufgegeben. Der frühere selbständige Antrag, der einen Gesetzentwurf enthielt, heißt jetzt *Gesetzentwurf*, der frühere selbständige Antrag ohne Gesetzentwurf fällt jetzt unter den Begriff *Anträge* (§ 75 Abs. 1 Buchstabe c). Beide Begriffe fallen unter den Oberbegriff (selbständige) Vorlagen.
- Absatz 1 bringt eine Aufzählung selbständiger Vorlagen und Absatz 2 eine Aufzählung sogenannter unselbständiger Vorlagen.
- Absatz 3 erklärt Kleine Anfragen als *Vorlagen im Sinne des § 76*, stellt aber gleichzeitig fest, daß sie nicht als Verhandlungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden können.

- § 78 Abs. 2 Der Abstimmung über nicht verteilte Anträge kann nicht mehr, wie bisher, von fünf Abgeordneten widersprochen werden, sondern nur noch von einer Fraktion oder von 5 v. H. anwesender Abgeordneter.
- Abs. 4 Zu Vorlagen, die nur in einer Beratung behandelt werden (§ 75 Abs. 1 Buchstabe d), können Änderungsanträge nun auch von *einem* Abgeordneten gestellt werden.
- § 80 Abs. 1 Ausschüsse, an die eine Vorlage nicht zur Mitberatung überwiesen wurde, können sich gutachtlich an der Beratung beteiligen (Satz 2).
- Abs. 2 Dieser Absatz bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die zweite Beratung unmittelbar an die erste Beratung angeschlossen werden kann.
- § 81 Abs. 1 Satz 2 regelt die Fristverkürzung für den Beginn der zweiten Beratung, wenn Ausschußberatung vorausgegangen ist.
- § 84 Satz 1 Buchstabe b Werden in der zweiten Beratung Änderungen beschlossen, kann die Frist zwischen der zweiten und dritten Beratung unter den gleichen Bedingungen verkürzt werden wie die Frist für den Beginn der zweiten Beratung nach vorangegangener Ausschußberatung (§ 81 Abs. 1).
- Satz 2 Eine allgemeine Aussprache in dritter Beratung ist jetzt nur noch zulässig, wenn in zweiter Beratung keine allgemeine Aussprache stattgefunden hat und sie vom Ältestenrat empfohlen oder, wie bisher, von 5 v. H. anwesender Abgeordneter verlangt wird.
- § 85 Abs. 1 Nach Satz 2 dürfen sich Änderungsanträge in dritter Beratung eines Gesetzentwurfes nur noch auf Bestimmungen beziehen, zu denen in zweiter Beratung Änderungen beschlossen worden sind. Nach Satz 3 ist nur zu diesen Änderungsanträgen eine Einzelberatung zulässig.
- § 88 Abs. 2 Antragsteller können jetzt der Ausschußüberweisung ihres Entschließungsantrages widersprechen. In diesem Fall ist auf Verlangen einer Fraktion oder von 5 v. H. der Abgeordneten die Abstimmung über den Entschließungsantrag auf den nächsten Sitzungstag zu verschieben.
- § 92 Die Behandlung von Rechtsverordnungen der Bundesregierung, die der Zustimmung des Bundestages bedürfen oder deren Aufhebung der Bundestag innerhalb einer bestimmten Frist verlangen kann, ist nunmehr in diesem Paragraphen geregelt. Er ersetzt den bisherigen § 96a, die bisherige Anlage 7 und Nr. 2 aus der bisherigen Anlage 6.
- § 93 Dieser Paragraph regelt die Behandlung von EG-Vorlagen gemäß Artikel 2 des Gesetzes zu den Verträgen zur Gründung der EWG und EURATOM und ersetzt die bisherige Anlage 6 Nr. 1.
- § 94 Hier ist die Behandlung von Stabilitätsvorlagen geregelt.
- § 95 Abs. 1 Gemäß Satz 2 zweiter Satzteil sind die Fachausschüsse auf ihr Verlangen zu Haushaltsvorlagen gutachtlich zu hören.
- Abs. 3 In diesem Absatz ist die abschließende Beratung von Nachtragshaushaltsentwürfen geregelt.
- § 96 Abs. 5 in dieser Bestimmung wird klargestellt, daß die Einwirkung einer Finanzvorlage auf die Finanzen der Länder im Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 lediglich mitzuteilen ist, d. h. Folgerungen über die Vereinbarkeit mit der Haushaltslage daraus nicht gezogen werden dürfen.
- Abs. 8 Dieser Absatz enthält besondere Fristbestimmungen für die Behandlung von Finanzvorlagen nach Vorlage des Berichts des Haushaltsausschusses gemäß § 96.
- § 104 Abs. 1 In Satz 2 zweiter Satzteil ist klargestellt, daß die Kleinen Anfragen keine unsachlichen Feststellungen oder Wertungen enthalten dürfen.

- Abs. 2 In diesem Absatz ist bestimmt, daß der Präsident die Beantwortungsfrist „im Benehmen mit dem Fragesteller“ verlängern kann.
- § 108 Diese Bestimmung befaßt sich mit der Zuständigkeit des Petitionsausschusses.
- § 109 Abs. 1 Gemäß Satz 1 können in Anpassung an die geänderte Rechtslage Petitionen vom Präsidenten nur dem Petitionsausschuß überwiesen werden.
Gemäß Satz 2 holt der Petitionsausschuß eine Stellungnahme der Fachausschüsse ein, wenn die Petitionen einen Gegenstand der Beratung in diesen Fachausschüssen betreffen.
- § 110 Abs. 1 Nach dieser Bestimmung hat der Petitionsausschuß Grundsätze über die Behandlung von Bitten und Beschwerden aufzustellen und diese Grundsätze zum Ausgangspunkt seiner Entscheidung im Einzelfall zu machen.
- Abs. 2 und 3 Hier ist festgelegt, daß jeweils das zuständige Mitglied der Bundesregierung zu verständigen ist, wenn der Petitionsausschuß die ihm gesetzlich eingeräumten Rechte der Aktenvorlage, der Auskunft oder des Zutritts zu Einrichtungen wahrnehmen will oder wenn er Petenten, Zeugen oder Sachverständige anzuhören beabsichtigt.
- § 111 Dieser Paragraph bestimmt, daß der Petitionsausschuß die Übertragung von Befugnissen nach dem Gesetz nach Artikel 45c des Grundgesetzes auf eines oder mehrere seiner Mitglieder im Einzelfall beschließen muß und daß Inhalt und Umfang der Übertragung im Beschluß zu bestimmen sind.
- § 112 Abs. 1 Außer der gemäß Satz 1 und 2 monatlich vorzulegenden Sammelübersicht hat der Petitionsausschuß nunmehr gemäß Satz 3 statt der bisherigen Vierteljahresberichte dem Bundestag jährlich einen schriftlichen Tätigkeitsbericht zu erstatten.
- Abs. 2 Dieser Absatz regelt die Behandlung der Berichte des Petitionsausschusses im Bundestag.
- § 114 Abs. 1 Eine Fraktion oder 5 v. H. der Abgeordneten können jetzt verlangen, daß Berichte des Wehrbeauftragten vor der Überweisung an den Verteidigungsausschuß auf die Tagesordnung gesetzt werden.
- § 115 Diese Bestimmung erweitert die Äußerungsmöglichkeiten des Wehrbeauftragten gegenüber dem bisherigen § 116c.
- § 127 Abs. 1 Gemäß Satz 1 steht während einer Sitzung die Auslegung der Geschäftsordnung, wie bisher, dem Präsidenten zu. Gemäß Satz 2 obliegt im übrigen die Auslegung der Geschäftsordnung dem Geschäftsordnungsausschuß. Der Präsident, ein Ausschuß, eine Fraktion, ein Viertel der Mitglieder des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung oder 5 v. H. der Abgeordneten können verlangen, daß die Auslegung dem Bundestag zur Entscheidung vorgelegt wird.
- Abs. 2 Dieser Absatz bestimmt, daß der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung entscheidet, in welcher Form seine Auslegung bekanntzumachen ist, wenn nicht gemäß Absatz 1 die Entscheidung durch den Bundestag verlangt worden ist.
- Anlage 1** In die Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages wurde Nr. 2 neu eingefügt. Danach wird bestimmt, daß ein Mitglied des Bundestages kein Rechtsverhältnis eingehen darf, das ihm Bezüge verschafft, die nur für eine Interessenvertretung im Bundestag und nicht als Gegenleistung für sonstige berufliche Tätigkeiten gezahlt werden.

Hinweis

Alle umfangreicheren Änderungen der Geschäftsordnung wurden in der Literatur ausführlich analysiert. Die Titel sind im Unterabschnitt „Bibliographie“ des Abschnitts 13.2 „Parlamentsreformen seit 1949“ zu finden.

- Anlage 4** In den Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen ist u. a. folgendes geändert:
- Nr. 1 Abs. 1 In jeder Sitzungswoche werden Fragestunden mit einer Gesamtdauer von höchstens 180 Minuten durchgeführt (bisher: in jeder Sitzungswoche bis zu drei Fragestunden, wobei eine Fragestunde 60 Minuten nicht überschreiten durfte).
- Nr. 1 Abs. 3 In Satz 2 ist nun bestimmt, daß Fragen keine *unsachlichen* Feststellungen oder Wertungen enthalten dürfen.
- Nr. 2 Abs. 2 Fragen, die einen Tagesordnungspunkt der laufenden Sitzungswoche betreffen, sind nicht mehr unzulässig, sondern werden schriftlich beantwortet.
- Nr. 10 Abs. 2 Liegen zum selben Fragenkreis, zu dem dringliche Fragen gestellt wurden, bereits Fragen vor, so sind sie ebenfalls zu Beginn der Fragestunde zu beantworten. Die bisherige Bestimmung, daß sie Vorrang vor der dringlichen Frage haben, ist gestrichen.
- Abs. 3 Ist ein Fragesteller nicht anwesend, wird jetzt seine Frage nur dann schriftlich beantwortet, wenn er bis zum Beginn der Fragestunde beim Präsidenten um schriftliche Beantwortung gebeten hat.
- Nr. 13 Gemäß Satz 1 kann jeder Abgeordnete in jedem Monat bis zu vier Fragen zur schriftlichen Beantwortung an die Bundesregierung richten (bisher: für jede Sitzungswoche bis zu zwei Fragen).
- Nr. 16 Abs. 1 Das Fragerecht eines Fragestellers für eine Sitzungswoche bleibt unberührt, wenn er die mündliche Beantwortung einer nicht fristgerecht beantworteten schriftlichen Frage verlangt (Nr. 15 der Richtlinien für die Fragestunde). Diese Frage wird zu Beginn der Fragestunde aufgerufen.
- Abs. 2 Zusatzfragen können in diesem Fall nur vom Fragesteller gestellt werden.
- Anlage 5** Nr. 1 Für Aussprachen zu Themen von allgemeinem aktuellem Interesse, sogenannte Aktuelle Stunden, sind nach den neugefaßten Richtlinien drei (bisher zwei) Möglichkeiten gegeben.
- Eine Aktuelle Stunde kann
- vom Ältestenrat vereinbart werden (Nr. 1 Buchstabe a),
 - von einer Fraktion oder von mindestens 5 v. H. anwesender Abgeordneter im Anschluß an eine Fragestunde verlangt werden (Nr. 1 Buchstabe b),
 - von einer Fraktion oder von mindestens 5 v. H. der Abgeordneten unabhängig von einer Fragestunde verlangt werden (Nr. 1 Buchstabe c).
- Nr. 2 bis 5 In diesen Nummern sind die weiteren Voraussetzungen für die Durchführung Aktueller Stunden und ihre Rangfolge festgelegt.
- Nr. 6 und 7 In diesen Nummern ist die Verlängerung einer Aktuellen Stunde geregelt, wenn ein Mitglied oder Beauftragter der Bundesregierung oder des Bundesrates
- nach Ablauf der vorgeschriebenen Dauer der Aussprache das Wort ergreift oder
 - dies so spät tut, daß eine fünfminütige Erwiderung nicht mehr möglich ist, oder
 - länger als zehn Minuten spricht.
- Im letzten Fall können eine Fraktion oder mindestens 5 v. H. anwesender Abgeordneter verlangen, über diese Ausführungen die Aussprache gemäß § 44 Abs. 3 zu eröffnen.

Hinweis

Anregungen zur Änderung der Geschäftsordnung sind verschiedentlich während der Beratungen des Bundestagshaushalts sowie während der Selbstverständnis-Debatten vorgetragen worden. Vgl. die stichwortartige Wiedergabe der Debattenbeiträge in den Abschnitten 13.4 und 13.5.

16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung: Bibliographie

In der folgenden Bibliographie werden den bisher beschlossenen Geschäftsordnungen des Bundestages die dazu veröffentlichten Kommentare zugeordnet.

Jahr	Fassungen der Geschäftsordnung des Bundestages	Titel der Kommentare	Bemerkungen
1949–1951	Vorläufige Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, beschlossen am 20. 9. 1949, bekanntgemacht in der Fassung vom 8. 11. 1950 in BGBl. I S. 768 ff.	–	Übernahme der Geschäftsordnung des Reichstags in der Fassung vom 12. 12. 1922 als vorläufige Geschäftsordnung für den Bundestag mit einer Reihe von Änderungen
1952–1968	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, beschlossen am 6. 12. 1951, wirksam ab 1. 1. 1952, bekanntgemacht in BGBl. II 1952, S. 389 ff.	[Ritzel/Koch] Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, beschlossen am 6. Dezember 1951. Text und Kommentar von <i>Heinrich G. Ritzel</i> und <i>Helmut Koch</i> . Frankfurt/Main 1952.	Dazu ist 1962 ein Nachtrag erschienen.
		[Troßmann] Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Kommentar in alphabetischer Ordnung zu der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, den einschlägigen Artikeln des Grundgesetzes und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nach dem Stand vom 1. Januar 1967 von <i>Hans Troßmann</i> . Bonn 1967.	Kommentierung in lexikalischer Form.
1969–1979	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, beschlossen am 18. 6. 1969 bzw. am 2. 7. 1969, wirksam ab 1. 10. 1969, bekanntgemacht in der Fassung vom 22. 5. 1970 in BGBl. I S. 628 ff.	[Ritzel/Bücker] Handbuch für die Parlamentarische Praxis mit Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages von <i>Joseph Bücker</i> unter Mitarbeit von <i>Ingeborg Renner</i> und <i>Volker Schumann</i> . Frankfurt/Main 1970–.	Loseblattsammlung; Kommentierung nur bis § 59 GO BT; letzter Stand: 4. Ergänzungslieferung (1975).
		[Troßmann] Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages. Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung des Verfassungsrechts von <i>Hans Troßmann</i> . München 1977. [Zitiervorschlag: <i>Troßmann</i> , Parlamentsrecht, Hauptband, München 1977]	–

Jahr	Fassungen der Geschäftsordnung des Bundestages	Titel der Kommentare	Bemerkungen
1980- ¹⁾	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, beschlossen am 25. 6. 1980, wirksam ab 1. 10. 1980, bekanntgemacht in BGBl. I S. 1237 ff.; danach mehrmals geändert, insbesondere durch Beschluß des Bundestages vom 13. 12. 1989; zuletzt geändert laut Bekanntmachung vom 17. Mai 1997 (BGBl. I S. 747)	<p>[Ritzel/Bücker] Handbuch für die Parlamentarische Praxis mit Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages von <i>Joseph Bücker</i> unter Mitarbeit von <i>Ingeborg Renner</i>, <i>Günter Hirnschal</i>, <i>Hermann Josef Schreiner</i> und <i>Udo Ahrens</i>. Frankfurt am Main 1981–.</p> <p>[Troßmann/Roll] Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages. Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung des Verfassungsrechts. Ergänzungsband von <i>Hans Troßmann</i> und <i>Hans-Achim Roll</i> unter Mitwirkung von <i>Annemarie Rüttger</i>. München 1981. [Zitiervorschlag: <i>Troßmann/Roll</i>, Parlamentsrecht, Ergänzungsband, München 1981]</p> <p>Im übrigen gilt bei Stand 1980 der Hauptband:</p> <p>[Troßmann] Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages, Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung des Verfassungsrechts von <i>Hans Troßmann</i>. München 1977. [Zitiervorschlag: <i>Troßmann</i>, Parlamentsrecht, Hauptband, München 1977]</p>	<p>Loseblattsammlung; Kommentierung der GO-Änderung vom 13. 12. 1989 noch nicht enthalten; letzter Stand: 9. Ergänzungslieferung vom Juli 1995</p> <p>Komentierung der GO-Änderungen nach 1980 nicht enthalten.</p>

¹⁾ 31. August 1997

Hinweise

Änderungen des Parlamentsrechts sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in folgender Abstufung dokumentiert:

- verfassungsrechtliche Änderungen im Abschnitt 14.2: Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation,
- gesetzliche Änderungen im Abschnitt 15.1: Gesetzgebung zum Parlamentsrecht,
- geschäftsordnungsrechtliche Änderungen im Abschnitt 16.1: Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen.

Anregungen zur Änderung der Geschäftsordnung sind verschiedentlich während der Beratungen des Bundestagshaushalts sowie während der Selbstverständnis-Debatten vorgetragen worden. Vgl. die stichwortartige Wiedergabe der Debattenbeiträge in den Abschnitten 13.4 und 13.5.

17 Petitionen

Überblick

	Seite
17.1	Reform des Petitionswesens: Chronik 3124
17.2	Petitionsrecht und Petitionsverfahren 3131
17.3	Petitionen: Statistik 3133
	– Aufgliederung der Petitionen nach Personen (S. 3134)
	– Aufgliederung der Petitionen nach Art der Erledigung (S. 3135)
	– Aufgliederung der Petitionen nach Sachgebieten (S. 3138)
	– Aufgliederung der Petitionen nach der Zuständigkeit (S. 3140)
	– Zahl und Themen der Masseneingaben (S. 3142)
	– Aufgliederung der Petitionen nach Herkunftsländern (S. 3150)
17.4	Jahresberichte des Petitionsausschusses. 3152

Hinweise

Über den Petitionsausschuß enthält Kapitel 9 folgende Dokumentationen:

- Zahl der Sitzungen in den einzelnen Wahlperioden (in Abschnitt 9.1),
- Angaben zur genauen Bezeichnung des Ausschusses und zur Zahl seiner Mitglieder sowie die Namen der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden (Abschnitt 9.2),
- eine Bibliographie zur Organisation und Arbeitsweise des Ausschusses (Abschnitt 9.7),
- öffentliche Anhörungen (Abschnitt 9.8).

*

Die bisherigen Vorsitzenden des Petitionsausschusses seit 1949:

- 1949–1959 *Luise Albertz* (SPD)
- 1959–1965 *Helene Wessel* (SPD)
- 1965–1972 *Maria Jacobi* (CDU/CSU)
- 1972–1987 *Lieselotte Berger* (CDU/CSU)
- 1987–1994 *Gero Pfennig* (CDU/CSU)
- seit 1994 *Christa Nickels* (Bündnis 90/Die Grünen)

*

Weitere Einzelheiten zu den Bemühungen, den Petitionsausschuß im Grundgesetz zu verankern, seine Befugnisse gesetzlich festzulegen und die Geschäftsordnung des Bundestages entsprechend auszugestalten, sind in den folgenden Abschnitten zu finden:

- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht (einschließlich der nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe)
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung

17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik

Die Ausgestaltung und Reformierung des Petitionsrechts seit 1949 bis zum Stand Ende August 1997 sind in der folgenden Chronik nachgezeichnet.*)

24. Mai 1949 Inkrafttreten des Grundgesetzes; Regelung des Petitionsrechts des Bundestages in Artikel 17:

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Art. 17 GG bringt inhaltlich keine Erweiterung des zur Zeit der Weimarer Verfassung geltenden Petitionsrechts, seine Formulierung enthält lediglich Klarstellungen des schon entwickelten Rechtszustandes.

Durch die spätere Einführung der verwaltungsgerichtlichen Generalklausel (§ 40 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung) und der Verfassungsbeschwerde (§ 90 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes) wird dem Petenten die Möglichkeit des Verwaltungsrechtswegs und einer abschließenden Entscheidung des höchsten Gerichts zur Überprüfung der ordnungsgemäßen parlamentarischen Erledigung seiner Eingabe gewährleistet.

1. Januar 1952 Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung des Bundestages; für die verfahrensmäßige Ausgestaltung des Petitionsrechts sind u. a. folgende Bestimmungen von Bedeutung:

- Neben der schon im Grundgesetz (Art. 43 Abs. 1) gegebenen Möglichkeit, die Anwesenheit von Mitgliedern der Bundesregierung zu verlangen, besteht nunmehr auch das Recht zur Anhörung von Sachverständigen und sonstigen Auskunftspersonen (§ 73 GO BT).
- Außer der monatlichen Vorlage einer Sammelübersicht über die entscheidungsreifen Petitionen an das Plenum (mit der Möglichkeit der Aussprache) zusätzliche Verpflichtung des Petitionsausschusses, über seine Tätigkeit vierteljährlich dem Plenum einen mündlichen Bericht zu erstatten (§ 113 Abs. 1 GO BT).
- Frühere Vorschrift, dem Petenten die Art der Erledigung seiner Eingabe mitzuteilen, ist dadurch ergänzt, daß diese Mitteilung möglichst mit Gründen versehen sein soll.

22. April 1953 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bekräftigt Mitteilungspflicht mit der Anerkennung eines Rechtsanspruchs des Petenten, daß jede ordnungsgemäße Petition zu beantworten ist und diese Antwort zumindest die

*) Quellen:

Werner Banse, Chronik der Bestrebungen um eine Reform des Petitionswesens im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 2. S. 171–174;

Harald Seidel, Das Petitionsrecht. Grundlagen, Verfahren, Reformen. Frankfurt am Main 1972;

Uwe Thaysen, Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems. Eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag. Opladen 1972;

Hans-Josef Vonderbeck, Zur Entwicklung des parlamentarischen Petitionsrechts von den Anfängen bis zur jüngsten Neuregelung für den Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 6. 1975. H. 2. S. 178–187.

- Kenntnisnahme vom Inhalt der Petition und die Art ihrer Erledigung ergeben muß.
- 1962/63 Wiederholte Empfehlungen des Petitionsausschusses und des Büros für Petitionen, die Bearbeitung und Erledigung der Petitionen zu beschleunigen und zu verbessern; Hinweise auf die unzureichenden Rechte und Möglichkeiten des Petitionsausschusses, insbesondere auf die fehlende Befugnis eigener Sachaufklärung mit dem uneingeschränkten Recht auf Aktenvorlage oder Akteneinsicht sowie dem „Inspektionsrecht“ an Ort und Stelle.
- ab 1963/64 Unter Hinweis auf die unbefriedigenden rechtlichen Möglichkeiten der Petitionsausschüsse in Bund und Ländern wird in der Öffentlichkeit immer häufiger die Einführung eines Ombudsmans für den zivilen Bereich (analog dem Wehrbeauftragten des Bundestages) diskutiert und gefordert. In einigen Bundesländern bringen Abgeordnete entsprechende Gesetzentwürfe ein. Dagegen steht die Auffassung, die Möglichkeiten und Befugnisse der bestehenden Petitionsausschüsse auszugestalten.
- 20./21. Januar 1967 Gründung der Aktionsgemeinschaft „Deutscher Ombudsman“ durch Prof. Dr. *Erich Reigrotzki* (Marburg).
- 1967 Im Petitionsausschuß und Petitionsbüro des Bundestages wird an der Auffassung festgehalten, anstelle der Einführung eines Ombudsmans die Befugnisse des Petitionsausschusses zu erweitern.
5. Dezember 1967 Die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA) spricht sich in einem Beschluß gegen weitere Einrichtungen zur Behandlung von Petitionen und für eine Ausgestaltung des Petitionsverfahrens aus.
6. März 1968 Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung (BT-Drs. V/2640): Einfügung eines § 112a; hiernach Verpflichtung von Landes- und Bundesbehörden zur Rechts- und Amtshilfe sowie Recht zur Anhörung von Petenten und anderen Beteiligten auch in öffentlichen Sitzungen.
9. Mai 1968 Die Konferenz der Präsidenten der deutschen Länderparlamente in Bremen wendet sich gegen die Einführung eines Ombudsmans in der Bundesrepublik Deutschland. Darauf folgen Initiativen zur Erweiterung der Rechte der Petitionsausschüsse auf Bundesländerebene.
12. März 1969 Interfraktioneller Antrag der Abgeordneten *Maria Jacobi, Helene Wessel* und Genossen betr. Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (BT-Drs. V/3965): Einfügung eines Artikels 45c; hiernach: Tätigkeit des Petitionsausschusses als parlamentarisches Kontrollorgan bei der Überprüfung von Beschwerden.
- 12./19. März 1969 Interfraktioneller Antrag der Abgeordneten *Maria Jacobi, Helene Wessel* und Genossen sowie Antrag der SPD-Fraktion betr. Gesetzentwurf über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (BT-Drs. V/3966 bzw. V/3992): hiernach u. a. Verpflichtung von Bundesregierung, obersten Bundesbehörden und den ihrer Weisung oder Aufsicht unterstehenden Behörden zur Auskunft und Aktenvorlage sowie Recht auf Anhörung von Petenten und anderen Beteiligten.

2. Juli 1969 Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Petitionsausschusses im Grundgesetz) verfehlt in der 3. Beratung bei namentlicher Abstimmung die erforderliche Zweidrittelmehrheit.
Die beiden am 12. und 19. März 1969 eingebrachten Gesetzentwürfe über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Bundestages werden nicht mehr abschließend beraten und erledigen sich durch Ablauf der 5. Wahlperiode.
19. Juni 1970 Interfraktionelle Anträge der Abgeordneten *Maria Jacobi*, *Walter Fritsch*, *Wolfgang Rutschke* und Genossen betr. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c) (BT-Drs. VI/973) sowie Gesetzentwurf über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (BT-Drs. VI/974). Beide Gesetzentwürfe stimmen nach Inhalt und Wortlaut mit jenen der 5. Wahlperiode überein. Sie werden zwar von den beteiligten Ausschüssen behandelt, können aber infolge der vorzeitigen Auflösung des 6. Deutschen Bundestages am 22. September 1972 nicht mehr abschließend beraten werden.
21. April 1972 Die Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform des Bundestages befürwortet in ihrem Zwischenbericht (BT-Drs. VI/3829) erweiterte Befugnisse des Petitionsausschusses und lehnt es aus dieser Erwägung ab, einen Bürgerbeauftragten für den Bund zu empfehlen.
31. Januar 1973 Der Petitionsausschuß spricht sich sofort zu Beginn der 7. Wahlperiode dafür aus, daß unverzüglich neue Gesetzentwürfe zur Erweiterung seiner Befugnisse eingebracht werden.
4. April 1973 Nach eingehender Beratung im Ausschuß und einem interfraktionellen Gespräch am 15. März 1973 leitet die Vorsitzende des Petitionsausschusses, *Lieselotte Berger*, den drei Bundestagsfraktionen die Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c) und eines Gesetzes über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach Artikel 45c des Grundgesetzes) zu und bittet, die Gesetzentwürfe in den Fraktionen zu beraten und interfraktionell im Bundestag einbringen zu lassen.
17. Mai 1973 Die beiden Entwürfe werden von den Fraktionen der SPD, CDU/CSU und FDP unverändert als Bundestags-Drucksachen 7/580 bzw. 7/581 eingebracht.
27. Februar 1975 Im Bundestag Verabschiedung der Verfassungsänderung sowie der gesetzlichen Regelung der Befugnisse des Petitionsausschusses.
Aufgrund des Zweiunddreißigsten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1901) wird folgender Artikel 45c in das Grundgesetz eingefügt:
„(1) Der Bundestag bestellt einen Petitionsausschuß, dem die Behandlung der nach Artikel 17 an den Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden obliegt.
(2) Die Befugnisse des Ausschusses zur Überprüfung von Beschwerden regelt ein Bundesgesetz.“
Das gemäß Artikel 45c Abs. 2 GG verabschiedete Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach

Artikel 45c des Grundgesetzes) vom 19. Juli 1975 (BGBl. I S. 1921) hat folgenden Inhalt:

„§ 1

Zur Vorbereitung von Beschlüssen über Beschwerden nach Artikel 17 des Grundgesetzes haben die Bundesregierung und die Behörden des Bundes dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages Akten vorzulegen, Auskunft zu erteilen und Zutritt zu ihren Einrichtungen zu gestatten.

§ 2

Für die bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gilt § 1 entsprechend in dem Umfang, in dem sie der Aufsicht der Bundesregierung unterstehen.

§ 3

(1) Aktenvorlage, Auskunft sowie der Zutritt zu Einrichtungen dürfen nur verweigert werden, wenn der Vorgang nach einem Gesetz geheimgehalten werden muß oder sonstige zwingende Geheimhaltungsgründe bestehen.

(2) Über die Verweigerung entscheidet die zuständige oberste Aufsichtsbehörde des Bundes. Die Entscheidung ist zu begründen.

§ 4

Der Petitionsausschuß ist berechtigt, den Petenten, Zeugen und Sachverständige anzuhören.

§ 5

Der Petent, Zeugen und Sachverständige, die vom Ausschuß geladen worden sind, werden entsprechend dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1756), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes zur Entlastung der Landgerichte und zur Vereinfachung des gerichtlichen Protokolls vom 20. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3651), entschädigt.

§ 6

Der Petitionsausschuß kann nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages die Ausübung seiner Befugnisse nach diesem Gesetz im Einzelfall auf eines oder mehrere seiner Mitglieder übertragen.

§ 7

Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Petitionsausschuß und den von ihm beauftragten Mitgliedern Amtshilfe zu leisten.

...“

25. Juni 1980

Der Bundestag beschließt eine neue Geschäftsordnung, die am 1. Oktober 1980 in Kraft tritt. Sie enthält – zum Teil in Anpassung an die seit 1975 bestehende neue Rechtslage – bezüglich des Petitionswesens u. a. folgende Änderungen:

- § 108 befaßt sich mit der Zuständigkeit des Petitionsausschusses.
- Nach § 109 Abs. 1 können Petitionen vom Präsidenten nur dem Petitionsausschuß überwiesen werden (zuvor: auch den zuständigen Fachausschüssen). Der Petitionsausschuß holt eine Stellungnahme der Fachausschüsse ein, wenn die Petitionen einen Gegenstand der Beratung in diesen Fachausschüssen betreffen.

- Nach § 110 Abs. 1 hat der Petitionsausschuß Grundsätze über die Behandlung von Bitten und Beschwerden aufzustellen und diese Grundsätze zum Ausgangspunkt seiner Entscheidung im Einzelfall zu machen.
- In § 110 Abs. 2 und 3 ist festgelegt, daß jeweils das zuständige Mitglied der Bundesregierung zu verständigen ist, wenn der Petitionsausschuß die ihm gesetzlich eingeräumten Rechte der Aktenvorlage, der Auskunft oder des Zutritts zu Einrichtungen wahrnehmen will oder wenn er Petenten, Zeugen und Sachverständige anzuhören beabsichtigt.
- § 111 bestimmt, daß der Petitionsausschuß die Übertragung von Befugnissen nach dem Gesetz nach Artikel 45c des Grundgesetzes auf eines oder mehrere seiner Mitglieder im Einzelfall beschließen muß und daß Inhalt und Umfang der Übertragung im Beschluß zu bestimmen sind.
- Nach § 112 Abs. 1 hat der Petitionsausschuß – außer der monatlich vorzulegenden Sammelübersicht – nunmehr statt der bisherigen Vierteljahresberichte dem Bundestag *jährlich* einen schriftlichen Tätigkeitsbericht zu erstatten.

28. Januar 1981 Der Petitionsausschuß beschließt – entsprechend der Verpflichtung aus § 110 GO BT – „Grundsätze über die Behandlung der an den Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden“. Diese Grundsätze lehnen sich inhaltlich an die bisherigen Verfahrensregeln an.

15. Juni 1983 Der Petitionsausschuß beschließt überarbeitete Grundsätze über die Behandlung von Bitten und Beschwerden. Durch die neuen Verfahrensgrundsätze werden eine größere Transparenz und Präzision angestrebt und der parlamentarische Einfluß auf alle Petitionen sichergestellt.

Gleichzeitig erteilt der Petitionsausschuß an Prof. Dr. *Wolfgang Graf Vitzthum* (Universität Tübingen) den Auftrag, ein verfassungs- und parlamentsrechtliches Gutachten zur Klärung von Inhalt und Schranken des parlamentarischen Petitionsbehandlungsrechts zu erstellen.

3. Mai 1984 *Lieselotte Berger*, die Vorsitzende des Petitionsausschusses, berichtet im Plenum über Ergebnisse des im Februar 1984 vorgelegten Gutachtens von *Wolfgang Graf Vitzthum*:

„Das Gutachten unterscheidet zwischen dem **Petitionsbehandlungsrecht** und dem **Petitionsüberweisungsrecht**, und es spricht dem Bundestag das Petitionsbehandlungsrecht gegenüber sämtlichen Bundesbehörden zu, auch soweit sie der Aufsicht der Bundesregierung nicht unterliegen und auch soweit es sich um Annexverwaltungen anderer Verfassungsorgane handelt.

Das Gutachten sagt auch aus, daß der Petitionsausschuß die Rechte und Pflichten nach Art. 17 und 45c des Grundgesetzes neben und unabhängig von der Parlamentarischen Kontrollkommission und der Kommission nach Art. 10 des Grundgesetzes wahrzunehmen hat.“

November 1984 Das Gutachten von *Wolfgang Graf Vitzthum* erscheint als Buch unter dem Titel „Petitionsrecht und Volksvertretung. Zu Inhalt und Schranken des parlamentarischen Petitionsbehandlungsrechts“.

19. Oktober 1987 Die Fraktion DIE GRÜNEN beantragt, die Rechte des Petitionsausschusses zu erweitern. Dazu soll das Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, das sich bisher auf Petitionen in Form von Beschwerden bezieht, auf Petitionen in Form von Bitten ausgedehnt werden (vgl. Drucksache 11/984 sowie den Antrag, Artikel 45c GG

entsprechend zu ändern, auf Drucksache 11/983). Ziel der Anträge ist es, zu gewährleisten, daß „Bitten“, insbesondere wenn sie in Form sogenannter Massenpetitionen an den Bundestag gerichtet werden, mindestens eine gleichrangige Behandlung mit den „Beschwerden“ zukommt.

Außerdem wird beantragt, die Geschäftsordnung des Bundestages so zu ändern, daß dem Petenten in der abschließenden Stellungnahme zu einer Petition auch die Auffassung der Minderheit des Ausschusses mitgeteilt werden muß. Die Änderung wird als notwendig bezeichnet, um Petenten insbesondere bei politischen Petitionen die gegebenenfalls voneinander abweichenden Auffassungen im Petitionsausschuß darzulegen (Drucksache 11/985).

Alle drei Anträge werden an die Ausschüsse überweisen und fallen schließlich der Diskontinuität der Wahlperiode zum Opfer.

8. März 1989 Der Petitionsausschuß beschließt nach ausführlicher Beratung neue „Grundsätze über die Behandlung von Bitten und Beschwerden“, die an die Stelle der Verfahrensgrundsätze vom 15. Juni 1983 treten.

In den neuen Verfahrensgrundsätzen finden vor allem die Folgerungen aus dem Gutachten von *Wolfgang Graf Vitzthum* (vgl. hierzu die Ausführungen unter dem 3. Mai 1984) ihren Niederschlag. Dementsprechend wird in Nr. 5 der Verfahrensgrundsätze klargestellt, daß die Zuständigkeit des Petitionsausschusses den gesamten Kompetenzbereich des Bundes erfaßt, und zwar unabhängig davon, inwieweit ein Aufsichtsrecht der Bundesregierung besteht. In Nr. 6 der Verfahrensgrundsätze wird eine weitere wesentliche Erkenntnis aus dem Gutachten festgeschrieben: Das aus Artikel 17 des Grundgesetzes herzuleitende Informations- und Überweisungsrecht besteht auch gegenüber Einrichtungen des Bundes, die einer Aufsicht der Bundesregierung nicht unterliegen.

Weitere Änderungen der Verfahrensgrundsätze betreffen die Regelungen für die Behandlung von Mehrfachpetitionen, Sammelpetitionen und Massenpetitionen.

6. November 1989 Die Petitionsausschüsse des Bundestages und der Bundesländer beschließen in einer gemeinsamen Arbeitssitzung im Berliner Reichstagsgebäude die Entwicklung eines Informationssystems, um unnötig differierende Entscheidungen bei der Behandlung von Petitionen zu vermeiden. Vor allem bei der Behandlung von Eingaben zum Straßenbau und zum Ausländerrecht, bei denen eine Übereinstimmung oft schwierig wird, wollen die Ausschüsse des Bundes und der Länder zusammenarbeiten und sich über ihre Entscheidungen gegenseitig informieren.

20. Februar 1991 Die Verfahrensgrundsätze werden – redaktionell geändert – für die 12. Wahlperiode übernommen.

19. Juni 1991 Der Petitionsausschuß beschließt eine weitere redaktionelle Änderung der Verfahrensgrundsätze, wodurch eine Bestimmung über Vorschläge für vorläufige Regelungen bei bevorstehendem Vollzug einer beanstandeten Maßnahme aufgenommen wird.

11. Februar 1993 Im Anschluß an eine vom Europäischen Parlament vorgelegte Unterrichtung spricht sich der Bundestag für eine Intensivierung der Zusammenar-

beit zwischen den Petitionsausschüssen vom Europäischen Parlament und von den einzelnen Mitgliedstaaten aus.

30. Juni 1994 In namentlicher Abstimmung Ablehnung eines von der SPD-Fraktion eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes, in dem u. a. folgende Ergänzung des Artikels 45c vorgesehen ist:

„Der Petitionsausschuß hat bei Masseneingaben, die von mindestens 50 000 Stimmberechtigten unterzeichnet sind, die Pflicht, Petenten oder ihre Vertreter anzuhören. Masseneingaben werden gemeinsam mit dem Bericht des Petitionsausschusses im Bundestag und in seinen Ausschüssen beraten.“

24. Januar 1996 Wie schon 1987 beantragt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Erweiterung der Befugnisse des Petitionsausschusses auf „Bitten“. Dazu sollen der Artikel 45c des Grundgesetzes (Drucksache 13/3571) sowie das Gesetz nach Artikel 45c des Grundgesetzes (Drucksache 13/3570) geändert werden. Ein dritter Gesetzentwurf (Drucksache 13/3578) sieht die bürgernahe Gestaltung des Petitionsrechts durch Einsetzung einer dem Petitionsausschuß zugeordneten Bürgerbeauftragten vor, ferner die Stärkung der Stellung des Bürgers gegenüber Behörden als Teil der parlamentarischen Kontrolle, Akteneinsichtsrecht und Zutrittsrecht der Bürgerbeauftragten sowie Verpflichtung von Behörden zur Amtshilfe. Für die Wahl der Bürgerbeauftragten soll Zweidrittelmehrheit erforderlich sein.

In der Praxis des Petitionsausschusses habe sich herausgestellt, daß die „Bitten“, vor allem wenn sie in Form sogenannter Massenpetitionen an den Bundestag herangetragen werden, ebenso behandelt werden müßten wie die Beschwerden. Mit der Bürgerbeauftragten soll dem Parlament und dem Petitionsausschuß ein Instrument an die Hand gegeben werden, mit dem sie flexibel, unkonventionell und schnell auf konkrete „Verwerfungen“ und Hemmnisse in Gesetzes- und Verwaltungsvollzug reagieren können. In der Begründung heißt es, die dramatisch gestiegene Zahl der Eingaben an den Petitionsausschuß sei sowohl ein Indiz für ein teilweise gestörtes Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern als auch die Aufforderung zur politischen Kontrolle des Verwaltungshandelns durch das Parlament.

Erst am 21. März 1997 werden die Vorlagen in 1. Beratung an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (federführend) überwiesen.

Hinweise

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind außerdem in den folgenden Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** enthalten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 21.8 Banneile

17.2 Petitionsrecht und Petitionsverfahren*)

Inhalt des Petitionsrechts

Nach Artikel 17 des Grundgesetzes hat jedermann das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden (Petitionen) an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung, insbesondere also auch an den Deutschen Bundestag, zu wenden. Unter „Bitten“ sind in erster Linie Vorschläge zur Gesetzgebung zu verstehen. „Beschwerden“ beziehen sich auf ein Handeln oder Unterlassen der Verwaltung im Einzelfall. Das Schwergewicht liegt bei den Beschwerden mit etwa vier Fünfteln der Eingaben.

Das Recht, Petitionen einzureichen, haben natürliche Personen, unabhängig von Wohnsitz und Staatsangehörigkeit. Auch beschränkte oder fehlende Geschäftsfähigkeit stehen der selbständigen Ausübung des Petitionsrechts nicht entgegen, wenn der Einsender fähig ist, sein Anliegen in verständlicher Form zu äußern. Es können sich daher auch Jugendliche und Kinder an den Ausschuß wenden. Das Petitionsrecht steht ferner inländischen juristischen Personen des Privatrechts zu (vgl. Artikel 19 Abs. 3 GG).

Die Ausübung des Petitionsrechts ist an keine formellen Voraussetzungen geknüpft; die Eingabe muß allerdings schriftlich erfolgen, eigenhändig unterschrieben sein und ein verständliches Anliegen enthalten. Auch Soldaten können ohne Einhaltung des Dienstweges von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Ein Recht, Petitionen mündlich vorzubringen oder persönlich zu überreichen, besteht nicht. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, daß die Eingabe sachlich geprüft und ihm die Art der Erledigung schriftlich mitgeteilt wird. Der Bescheid wird nach den Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses mit Gründen versehen.

Zuständigkeit des Deutschen Bundestages

Die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages für die Behandlung von Petitionen richtet sich nach den verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Bundes. Bei Bitten zur Gesetzgebung deckt sie sich mit der Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach dem Grundgesetz (Artikel 70 ff. GG).

Der Deutsche Bundestag behandelt alle Beschwerden, die den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung, von Bundesbehörden oder sonstigen Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben des Bundes wahrnehmen, betreffen. Dies gilt unabhängig davon, ob und inwieweit die Bundesbehörden und sonstigen Einrichtungen einer Aufsicht der Bundesregierung unterliegen.

In vollem Umfang ist das Verhalten der Verwaltung in Angelegenheiten überprüfbar, in denen der Bund die Gesetze durch bundeseigene Verwaltung oder durch bundesunmittelbare Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts ausführt (Artikel 86 GG). In bundeseigener Verwaltung werden z. B. geführt der Auswärtige Dienst, die Bundesfinanzverwaltung und die Bundeswehrverwaltung (Artikel 87 Abs. 1, Artikel 87b GG). Bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechts sind u. a. die Bundesanstalt für Arbeit sowie die sozialen Versicherungsträger, deren Zuständigkeitsbereich sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt, z. B. die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Artikel 87 Abs. 2 GG).

In Angelegenheiten, in denen die Länder Bundesrecht oder EG-Recht als eigene Angelegenheit (Artikel 83, 84 GG) oder im Auftrag des Bundes (Artikel 85 GG) ausführen, sind die Länderparla-

*) Quelle: Unterabteilung Petitionen und Eingaben der Bundestagsverwaltung (Stand: 31. August 1997). Vgl. im übrigen anstelle vieler *Wolfgang Graf Vitzthum* und *Wolfgang März*, Der Petitionsausschuß. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1221–1244.

mente zuständig; soweit die Aufsicht des Bundes reicht, ist daneben auch der Bundestag zuständig. Der Verwaltung der Länder als eigene Angelegenheit unterliegen z. B. Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Strafvollzug, Kriegsopfersversorgung, Wiedergutmachung. Zu den Bundesauftragsangelegenheiten gehören u. a. die Verwaltung der Steuern, die dem Bund ganz oder teilweise zufließen (Artikel 108 Abs. 3 GG), die Verwaltung der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (Artikel 90 Abs. 2 GG), die Durchführung des Lastenausgleichs in der durch Artikel 120 a GG vorgesehenen Form, die Ausführung des Wohngeldgesetzes und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

Der Deutsche Bundestag behandelt in den durch das Grundgesetz gezogenen Grenzen auch Petitionen, die die Verfassungsorgane des Bundes betreffen. Neben der Bundesregierung und dem Bundesrat sind dies der Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht.

Das Parlament darf in die richterliche Unabhängigkeit (Artikel 20, 92, 97 GG) nicht eingreifen. Petitionen, die ein Gerichtsverfahren betreffen, können deshalb nur in den folgenden drei Fallkonstellationen behandelt werden:

- Der Petent verlangt von der zuständigen Stelle des Bundes ein bestimmtes Verhalten als Verfahrensbeteiligte in einem anhängigen Rechtsstreit.
- Die zuständige Stelle des Bundes wird in der Petition aufgefordert, ein ihr günstiges Urteil nicht zu vollstrecken.
- Der Petent fordert eine gesetzliche Regelung, die eine mit der Petition angegriffene Rechtsprechung für die Zukunft unmöglich machen würde.

Petitionsverfahren

Artikel 45c Abs. 1 GG schreibt zwingend die Einsetzung eines Petitionsausschusses für den Bundestag vor. Dem Ausschuss obliegt hiernach die Behandlung der Petitionen, insbesondere die Vorbereitung der Entscheidungen des Bundestages zur Erledigung von Petitionen.

Aus Artikel 17 GG ergibt sich das Recht des Ausschusses, von der Bundesregierung mündliche oder schriftliche Auskünfte zu Bitten und Beschwerden einzuholen (sogenanntes Petitionsinformierungsrecht). Darüber hinaus kann der Ausschuss, wie alle Bundestagsausschüsse, nach Artikel 43 Abs. 1 GG die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Bundesregierung in den Sitzungen verlangen.

Zusätzliche Rechte des Petitionsausschusses zur Überprüfung von Beschwerden regelt nach Artikel 45c Abs. 2 GG ein Bundesgesetz. Nach diesem Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach Artikel 45c des Grundgesetzes) vom 19. Juli 1975 (BGBl. I S. 1921) kann der Ausschuss

- von der Bundesregierung, den ihr nachgeordneten Behörden und den ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts Auskunft, Vorlage von Akten und Zutritt zu den Einrichtungen verlangen (§§ 1 und 2);
- Petenten, Zeugen und Sachverständige anhören (§ 4);
- die Ausübung der Befugnisse im Einzelfall auf eines seiner Mitglieder übertragen (§ 6);
- Amtshilfe durch Gerichte und Verwaltungsbehörden in Anspruch nehmen (§ 7).

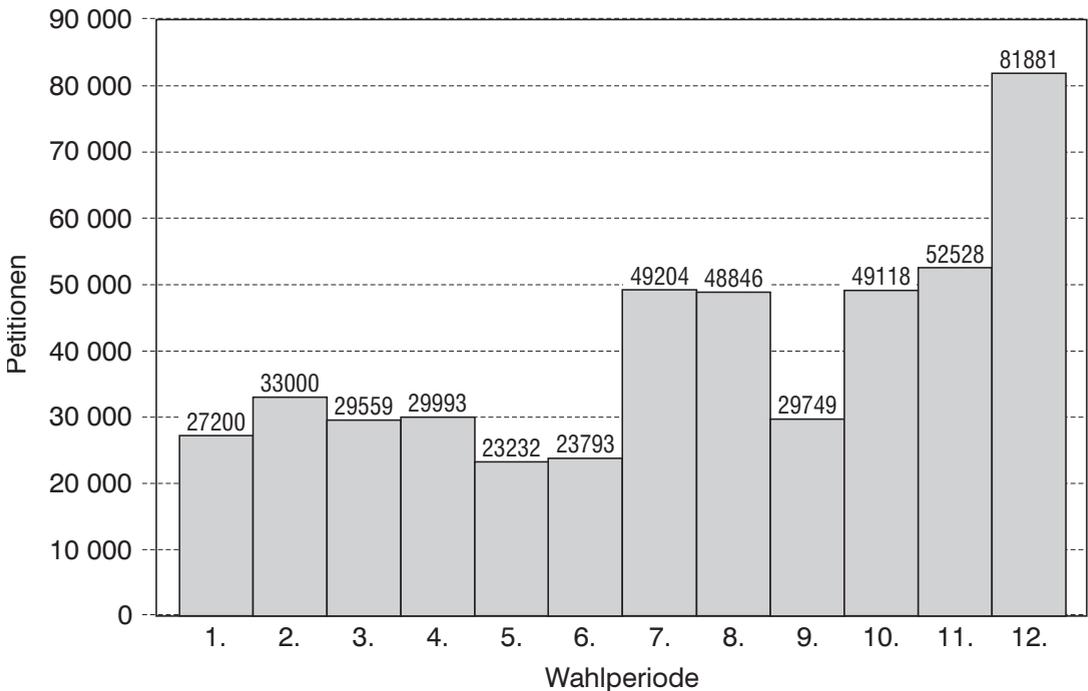
Gemäß § 110 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages hat der Petitionsausschuss Grundsätze über die Behandlung von Bitten und Beschwerden aufzustellen und diese Grundsätze zum Ausgangspunkt seiner Entscheidung im Einzelfall zu machen. Am 8. März 1989 hat der Ausschuss neue Grundsätze verabschiedet, die durch Beschluß vom 20. Februar 1991 redaktionell geändert und durch Beschluß vom 19. Juni 1991 ergänzt worden sind.

Aus Artikel 17 GG folgt das Recht des Bundestages, Petitionen der Bundesregierung zu überweisen (sogenanntes Petitionsüberweisungsrecht) und mit einer Empfehlung zu verbinden. Wegen des Grundsatzes der Gewaltenteilung (Artikel 20 GG) kann er jedoch weder der Bundesregierung noch

einer anderen der in §§ 1 und 2 des Gesetzes nach Artikel 45c GG aufgeführten Stellen Weisungen erteilen, noch Verwaltungsentscheidungen aufheben oder erlassen.

17.3 Petitionen: Statistik

Die Gesamtzahl der Petitionen (ohne Masseneingaben) ist der folgenden Grafik zu entnehmen:



Eingang, Herkunft, Inhalt, Art und Bearbeitung dieser Petitionen werden auf den folgenden Seiten durch eine Reihe von Statistiken näher aufgeschlüsselt. Sie liegen generell allerdings erst ab der 3. Wahlperiode vor, und einige Statistiken haben mit der Zeit die Kategorien gewechselt, sind zeitweise nicht fortgeführt oder erst in späteren Wahlperioden begonnen worden. Im einzelnen handelt es sich um folgende Statistiken:

*) Quelle: Deutscher Bundestag, Zentralstelle für Petitionen und Eingaben; zuletzt Drucksache 13/2273.

Die laufende Statistik der 13. Wahlperiode kann sowohl in den Jahresberichten als auch in den Sammelübersichten des Petitionsausschusses nachgeschlagen werden.

Hinweis

Eine statistische Übersicht über die beim Wehrbeauftragten des Bundestages eingegangenen Eingaben und Beschwerden enthält Abschnitt 18.2.

- Aufgliederung der Petitionen nach Personen (nur in %),
- Aufgliederung der Petitionen nach der Art der Erledigung,
- Aufgliederung der Petitionen nach Sachgebieten (für die 3.–8. sowie für die 11. und 12. Wahlperiode),
- Aufgliederung nach der Zuständigkeit (ab der 9. Wahlperiode),
- Aufgliederung der Petitionen nach Herkunftsländern und
- Zahl und Themen der Masseneingaben.

★ Die Gesamtzahl der **Petitionen** von der 1. bis zur 12. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **478 103**.

■ Die Gesamtzahl der Petitionen während der 13. Wahlperiode (1994–98) werden im NACHTRAG unter Abschnitt 17.3 angegeben.

Aufgliederung der Petitionen nach Personen

	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Gesamtzahl der Petitionen (= 100%)	29 559	29 993	23 232	23 793	49 204
davon in%:					
von männlichen Personen	67,7	71,3	71,3	69,7	64,1
von weiblichen Personen	30,8	24,0	21,6	24,6	31,1
von juristischen Personen (Organisationen, Verbände)	1,1	2,7	3,1	2,9	2,3
Sammelpetitionen ¹⁾	0,0	0,0	1,2	1,4	1,3
ohne Angabe (anonyme Zuschriften)	0,4	2,0	2,8	1,4	1,2

	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Gesamtzahl der Petitionen (= 100%)	48 846	29 749	49 118	52 528	81 881
davon in%:					
von männlichen Personen	64,4	64,8	64,0	60,7	57,8
von weiblichen Personen	29,4	28,6	28,6	28,9	29,7
von juristischen Personen (Organisationen, Verbände)	2,4	3,0	2,8	3,3	4,4
Sammelpetitionen ¹⁾	2,0	2,3	3,1	5,9	7,1
ohne Angabe (anonyme Zuschriften)	1,9	1,3	1,6	1,2	1,0

¹⁾ Sammelpetitionen sind Unterschriftensammlungen zum selben Anliegen.

Aufgliederung der Petitionen nach der Art der Erledigung

	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Gesamtzahl der Petitionen (= 100%)	29 559	29 993	23 232	23 793	49 204	46 904
davon folgendermaßen erledigt (in%)						
Dem Anliegen der Einsender von Beschwerden wurde entsprochen	5,0	3,6	2,5	2,6	3,0	6,2
Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage erledigt	23,6	20,6	16,5	18,5	10,1	11,0
Durch frühere, in anderem Zusammen- hang gefaßte Beschlüsse des Bundestages gegenstandslos gewor- den	1,4	0,2	0,4	0,0	0,3	0,3
Überweisungen an die Bundesre- gierung zur Berücksichtigung/zur Erwägung	0,3	0,1	0,1	0,1	0,2	0,7
Überweisungen an die Bundesre- gierung als Material/zur Kenntnis- nahme	4,7	3,9	2,7	2,7	1,8	2,6
Als erwägenswerte Anregung zur Kenntnis genommen	0,0	0,0	0,0	0,4	0,1	0,0
Überweisungen an die zuständigen Fachausschüsse	10,3	6,9	3,2	4,5	4,4	2,2
Überweisungen an die Volksvertre- tungen der zuständigen Länder	29,9	25,8	18,2	14,9	27,6	29,0
Ungeeignet zur Beratung im Bun- destag: schwebende oder abge- schlossene Gerichtsverfahren	6,8	8,9	7,1	4,8	4,7	4,2
Ungeeignet zur Beratung im Bun- destag: Rechtsweg oder Instanzen- zug nicht betreten oder nicht erschöpft	2,6	5,8	6,6	7,9	8,3	8,4
Ungeeignet zur Beratung im Bun- destag: keine neuen Tatsachen oder Beweismittel gegenüber früheren erledigten Eingaben	2,4	4,5	4,6	3,2	1,3	0,6
Sonstige endgültige Erledigungen: z. B. durch Rat, Auskunft, Verwei- sung, Materialübersendung	2,6	13,5	27,7	35,3	34,3	31,4
Unbehandelbar: anonym, verwor- ren, beleidigend, ohne Petikum, ohne Anschrift usw.	2,5	6,2	10,4	5,1	3,9	3,3

noch: Aufgliederung der Petitionen nach der Art der Erledigung

	9. WP (1980–83)		10. WP (1983–87)	
Gesamtzahl der eingegangenen Petitionen	29 749		49 118	
Gesamtzahl der behandelten Petitionen (einschließlich Überhängen aus der vorangegangenen WP)	27 308		50 024	
– davon inhaltlich vom Bundestag geprüft	15 709		31 250	
– davon aus formalen Gründen nicht inhaltlich geprüft	11 599		18 774	
Erledigung der inhaltlich geprüften Petitionen ¹⁾	Anzahl	in%	Anzahl	in%
Gesamtzahl	15 709	100,0	31 250	100,0
1) Dem Anliegen wurde entsprochen	2 041	13,0	5 005	16,0
2) Erledigung durch Rat, Auskunft, Verweisung, Materialüber-sendung usw.	9 662	61,5	12 493	40,0
3) Überweisung an die Bundesregierung				
a) zur Berücksichtigung	33	0,2	312	1,0
b) zur Erwägung	43	0,3	259	0,8
c) als Material, zur Kenntnis	565	3,6	1 752	5,6
4) Überweisung an den Präsidenten des Deutschen Bundestages	0	0,0	2	0,0
5) Überweisung an die Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis	173	1,1	53	0,2
6) Überweisung an die Volksvertretung des zuständigen Bundes-landes	0	0,0	26	0,1
7) Überweisung an das Europäische Parlament zur Kenntnis	1	0,0	0	0,0
8) Zuleitung an die Gemeinsame Verfassungskommission	– ²⁾	–	– ²⁾	–
9) Durch frühere, in anderem Zusammenhang gefaßte Beschlüsse des Deutschen Bundestages erledigt	23	0,2	466	1,5
10) Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage erledigt (Petition unbegründet)	3 168	20,2	– ²⁾	–
11) Dem Anliegen wurde nicht entsprochen	– ²⁾	–	10 882	34,8
Aufgliederung der nicht inhaltlich geprüften Petitionen	Anzahl		Anzahl	
Gesamtzahl	11 599		18 774	
1) Schwebende oder abgeschlossene Gerichtsverfahren	3 399		3 123	
2) Keine neuen Tatsachen oder Beweismittel gegenüber früheren erledigten Eingaben	205		316	
3) Meinungsäußerungen, ohne Anschrift, anonym, verworren, beleidigend usw.	874		4 103	
4) Überweisung an die Volksvertretung des zuständigen Bundes-landes	7 121		11 232	

¹⁾ Im allgemeinen wird bei der abschließenden Behandlung einer Petition nur eine einzige Art der Erledigung beschlossen, doch gibt es Fälle, in denen verschiedene Arten der Erledigung in einem Beschluß verbunden werden. So kann eine Petition z. B. der Bundesregierung zur Erwägung und – also zusätzlich – den Fraktionen zur Kenntnis überwiesen werden. Derartige zusätzliche Beschlüsse sind in der vorliegenden Statistik nicht berücksichtigt worden.

11. WP (1987–90)		12. WP (1990–94)	
52 528		81 881	
49 328		73 370	
32 320		54 439	
17 008		18 931	
Anzahl	in %	Anzahl	in %
32 320	100,0	54 439	100,0
4 807	14,9	4 531	8,3
14 246	44,1	26 239	48,2
291	0,9	549	1,0
301	0,9	1 062	2,0
1 266	3,9	7 755	14,3
0	0,0	0	0,0
96	0,3	921	1,7
35	0,1	81	0,2
8	0,0	8	0,0
– ²⁾	–	106	0,2
480	1,5	– ²⁾	–
– ²⁾	–	– ²⁾	–
10 790	33,4	13 187	24,2
Anzahl		Anzahl	
17 008		18 931	
3 218		2 178	
148		– ²⁾	
5 030		6 852	
8 612		9 901	

²⁾ Kategorie wurde in dieser Wahlperiode nicht verwendet.

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Einquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Chronik der Wissenschaftlichen Dienste
- 22.4 Datenbanken im Parlamentsbereich
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Eine chronologische Zusammenfassung der Parlamentsreformen enthält Abschnitt 13.2 des vorliegenden **Datenhandbuchs**.

Über den Petitionsausschuß enthält Kapitel 9 folgende Dokumentationen:

- Zahl der Sitzungen in den einzelnen Wahlperioden (in Abschnitt 9.1),
- Angaben zur genauen Bezeichnung des Ausschusses und zur Zahl seiner Mitglieder sowie die Namen der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden (Abschnitt 9.2),
- eine Bibliographie zur Organisation und Arbeitsweise des Ausschusses (Abschnitt 9.7),
- öffentliche Anhörungen (Abschnitt 9.8).

Aufgliederung der Petitionen nach

	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Gesamtzahl der Petitionen (= 100%)	29 559	29 993	23 232	23 793	49 204
davon aus dem Sachgebiet (in%):					
Staats- und Verfassungsrecht	1,5	3,6	7,0	4,1	4,3
Allgemeine Innere Verwaltung, insbesondere öffentliches Dienstrecht	9,5	10,5	11,7	11,0	9,6
Besondere Verwaltungszweige der Inneren Verwaltung, Ausländerrecht, Umweltschutz [bis 8. WP auch Kommunalwesen, Statistik]	11,2	5,5	5,8	6,4	11,6
Kulturelle Angelegenheiten	1,8	1,2	1,8	1,2	1,5
Raumordnung, Wohnungsbau, Siedlungs- und Heimstättenwesen, Wohnraumbewirtschaftung (bis 8. WP), Grundstücksverkehrsrecht	7,0	5,4	3,2	2,5	2,0
Vertriebene, Flüchtlinge, Evakuierte, politische Häftlinge, Kriegsgefangene (bis 8. WP), Vermißte, sonstige Kriegsgeschädigte (bis 8. WP)	2,9	3,4	1,9	2,6	2,2
Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts	3,2	2,5	3,2	2,6	1,4
Rechtspflege	0,9	4,5	5,4	8,0	4,4
Zivil- und Strafrecht	8,2	8,9	9,0	6,7	9,7
Verteidigung	1,7	2,7	4,8	4,5	3,9
Finanzwesen	2,5	3,7	5,6	5,2	5,3
Lastenausgleich	12,1	9,3	5,7	5,8	5,2
Kriegsfolgeschäden	3,3	2,9	2,2	1,5	1,2
Wirtschaftsrecht	1,3	1,6	2,1	3,8	1,5
Geld-, Kredit-, Währungswesen, Privates Versicherungs- und Bausparwesen	1,0	1,5	1,1	1,8	2,0
Land- und Ernährungswirtschaft (bis 8. WP auch Forst- und Jagdwesen, Fischerei)	0,6	0,7	0,8	0,6	0,7
Arbeitsrecht, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung	2,5	2,3	2,5	2,5	5,0
Sozialversicherung, Kinderbeihilfen (bis 8. WP auch Alterssicherung der freien Berufe)	17,1	16,8	14,0	17,6	18,2
Kriegsopferversorgung, Heimkehrerrecht, Kriegsgefangenenentschädigung	8,7	8,2	6,1	6,0	3,6
Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen (ab 11. WP: Telekommunikationswesen)	1,5	2,1	2,7	3,1	3,8
Auswärtige Angelegenheiten	0,8	1,2	1,4	1,8	0,5
Verworrener Inhalt, nicht erkennbares Anliegen	0,7	1,6	2,0	1,5	2,4

Sachgebieten (in %)

8. WP 1976–80	9.–10. WP 1980–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
48 846	–	52 528	81 881
4,8	•	11,5	11,1
8,7	•	7,5	6,7
12,6	•	11,6	9,1
2,2	•	1,2	1,6
2,6	•	2,8	2,6
1,0	•	1,4	1,8
1,3	•	0,6	1,2
5,2	•	5,3	5,0
7,4	•	4,9	4,6
4,5	•	5,6	4,2
5,7	•	4,9	5,1
3,3	•	1,6	7,8
0,5	•	0,8	0,7
1,5	•	1,7	1,7
2,1	•	3,2	2,1
1,3	•	1,0	1,1
6,1	•	6,2	5,8
17,2	•	18,9	18,8
2,6	•	1,5	1,1
4,3	•	5,2	5,7
2,7	•	1,7	1,6
2,4	•	1,2	1,0

Hinweise

Über den Petitionsausschuß enthält Kapitel 9 folgende Dokumentationen:

- Zahl der Sitzungen in den einzelnen Wahlperioden (in Abschnitt 9.1),
- Angaben zur genauen Bezeichnung des Ausschusses und zur Zahl seiner Mitglieder sowie die Namen der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden (Abschnitt 9.2),
- eine Bibliographie zur Organisation und Arbeitsweise des Ausschusses (Abschnitt 9.7).
- öffentliche Anhörungen (Abschnitt 9.8),

*

Die bisherigen Vorsitzenden des Petitionsausschusses seit 1949:

1949–1959 *Luise Albertz* (SPD)
 1959–1965 *Helene Wessel* (SPD)
 1965–1972 *Maria Jacobi* (CDU/CSU)
 1972–1987 *Lieselotte Berger* (CDU/CSU)
 1987–1994 *Gero Pfennig* (CDU/CSU)
 seit 1994 *Christa Nickels* (Bündnis 90/Die Grünen)

*

Weitere Einzelheiten zu den Bemühungen, den Petitionsausschuß im Grundgesetz zu verankern, seine Befugnisse gesetzlich festzulegen und die Geschäftsordnung des Bundestages entsprechend auszugestalten, sind in den folgenden Abschnitten zu finden:

- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht (einschließlich der nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe)
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung

*

Die Fundstellen zur Kommentierung der für das Petitionsrecht hauptsächlich relevanten Grundgesetz-Artikel 17 und 45c sind zusammengestellt in Abschnitt 15.2: Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur.

Aufgliederung der Petitionen nach der Zuständigkeit¹⁾

	9. WP (1980–83)		10. WP (1983–87)		11. WP (1987–90)	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundespräsidialamt	15	0,1	39	0,1	39	0,1
Deutscher Bundestag	87	0,5	165	0,5	294	0,8
Bundesrat	2	0,0	0	0,0	2	0,0
Bundeskanzleramt	37	0,2	89	0,3	69	0,2
Auswärtiges Amt	1 287	6,6	1 635	4,9	1 354	3,6
Bundesminister des Innern	1 762	9,0	3 230	9,6	3 491	9,3
Bundesminister der Justiz	1 249	6,4	2 242	6,7	2 820	7,5
Bundesminister der Finanzen	2 806	14,3	4 384	13,0	5 230	13,9
Bundesminister für Wirtschaft	206	1,1	335	1,0	332	0,9
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	300	1,5	783	2,3	338	0,9
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	6 430	32,8	10 930	32,5	11 745	31,2
Bundesminister für Verkehr	850	4,3	1 458	4,3	1 820	4,8
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen ⁴⁾	571	2,9	1 309	3,9	1 521	4,0
Bundesminister der Verteidigung	1 812	9,3	3 568	10,6	3 666	9,7
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit ²⁾	943	4,8	1 454	4,3	1 954	5,2
Bundesminister für Gesundheit	–	–	–	–	–	–
Bundesminister für Frauen und Jugend	–	–	–	–	–	–
Bundesminister für Familien und Senioren	–	–	–	–	–	–
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ⁵⁾	23	0,1	32	0,1	72	0,2
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	575	2,9	692	2,1	495	1,3
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	316	1,6	633	1,9	1 247	3,3
Bundesminister für Forschung und Technologie	27	0,1	59	0,2	38	0,1
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	302	1,6	518	1,5	668	1,8
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ³⁾	–	–	106 ³⁾	0,3 ³⁾	500	1,3
	19 600	100,0	33 661	100,0	37 695	100,0

¹⁾ beschränkt auf Petitionen, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen

²⁾ ab Juni 1986: Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

³⁾ seit August 1986 erfaßt

⁴⁾ ab Juli 1989: Bundesminister für Post und Telekommunikation

⁵⁾ ab Januar 1993: Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

12. WP (1990–94)	
Anzahl	in%
41	0,1
483	0,8
3	0,0
121	0,2
1 585	2,5
8 867	13,7
6 288	9,7
12 341	19,0
589	0,9
855	1,3
16 180	24,9
2 471	3,8
2 805	4,3
4 257	6,6
–	–
3 245	5,0
835	1,3
885	1,4
60	0,1
1 124	1,7
–	–
76	0,1
1 120	1,7
561	0,9
64 892	100,0

Hinweis

Das **Gesetzesregister** (Kapitel 33) enthält die im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnten Gesetze, unabhängig davon, ob sie verabschiedet und in Kraft getreten sind oder nicht. Es handelt sich dabei in der Reihenfolge der Abschnitte im wesentlichen um folgende Gesetze:

- Wahlgesetze (Abschnitt 1.1),
- die einzelnen Abgeordnetengesetze mit ihrem Inhalt (Abschnitt 2.3),
- Gesetze, die Inkompatibilitätsvorschriften enthalten (Abschnitt 2.9),
- Gesetze, die eine Berichtspflicht der Bundesregierung enthalten (Abschnitt 6.18),
- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs (Abschnitt 6.19),
- Gesetze, über die namentlich abgestimmt wurde (Abschnitt 8.14),
- Gesetze, zu denen von Mitgliedern des Bundestages Erklärungen zur Abstimmung abgegeben wurden (Abschnitt 8.16),
- Gesetze, die kontrovers verabschiedet wurden (Abschnitt 8.17),
- Gesetze, zu deren Beratung Unterausschüsse, Arbeitsgruppen oder Sonderausschüsse eingesetzt wurden (Abschnitt 9.2),
- Gesetze, zu denen öffentliche Anhörungen durchgeführt wurden (Abschnitt 9.8),
- Gesetze, die aufgrund eines Grundgesetz-Auftrages verabschiedet wurden (Abschnitt 11.2),
- Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer in jeder Wahlperiode (Abschnitt 11.7),
- Gesetze, die infolge von Zustimmungversagungen oder Einsprüchen des Bundesrates gescheitert sind (Abschnitt 11.8),
- Gesetze, die der Bundespräsident nicht verkündet hat (Abschnitt 11.10),
- Gesetze, die das Bundesverfassungsgericht für nichtig oder verfassungswidrig erklärt hat (Abschnitt 11.13),
- Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden (Abschnitt 11.15),
- Gesetze, die im Entwurf getestet und deren Wirkung analysiert wurden (Abschnitt 11.16),
- Gesetze, die Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalten des Bundestages vorsehen (Abschnitt 11.18),
- 150 Gesetze, die zu den „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung gezählt werden (Abschnitt 11.19),
- Gesetze, die die Opposition im Bundestag mit Erfolg initiiert hat (Abschnitt 12.4),
- Gesetze, in denen Regelungen zur Parlamentsreform enthalten sind (Abschnitt 13.2),
- Grundgesetz-Änderungsgesetze (Abschnitt 14.2),
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe zu Grundgesetz-Artikeln (Abschnitt 14.4),
- parlamentsrechtliche Gesetze (Abschnitt 15.1),
- die Diätengesetze (Abschnitt 20.2),
- Gesetze, zu denen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Gesetzesmaterialien“ veröffentlicht haben (Abschnitt 22.3),
- Gesetze, die die Mitwirkung des Bundestages im europäischen oder internationalen Bereich vorsehen (Kapitel 24).

Eine Dokumentation der Grundgesetz-Änderungsgesetze, die häufig auch eine Änderung der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes enthalten, findet sich unter Abschnitt 14.2.

Zahl und Themen der Masseneingaben

Masseneingaben sind – im Unterschied zu Sammelpetitionen, d. h. Unterschriftssammlungen zum selben Anliegen – Einzelpetitionen in großer Zahl zum selben Anliegen. Masseneingaben werden vom Petitionsausschuß des Bundestages seit 1957 statistisch in detaillierter Form registriert.

Zwei Gründe werden für eine Zunahme der Massenpetitionen genannt:*)

- Erstens „kommt darin ein sich wandelndes politisch-rechtliches Bewußtsein der Bevölkerung zum Ausdruck“.
- Zweitens drücken Massenpetitionen „das Unbehagen minoritärer Gruppen gegenüber der strikt repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes aus. Ihr Gebrauch zeigt, daß das Vertrauen in die Richtigkeit jener Mehrheitsentscheidungen, die in den Verfahren repräsentativer Demokratie getroffen werden, bei politisch besonders aktiven Gruppen schwindet.“

Zahl und Themen der Eingaben sind der nebenstehenden und folgenden Zusammenstellung zu entnehmen.

Wahlperiode	Gesamtzahl der Masseneingaben	Zahl der Themen ¹⁾
1. WP 1949–53	– ²⁾	– ²⁾
2. WP 1953–57	– ²⁾	– ²⁾
3. WP 1957–61	303 798	2
4. WP 1961–65	553 956	3
5. WP 1965–69	10 174	3
6. WP 1969–72	44 265	6
7. WP 1972–76	205 631	4
8. WP 1976–80	90 800	1
9. WP 1980–83	440 730	10
10. WP 1983–87	239 518	34
11. WP 1987–90	272 876	533
12. WP 1990–94	437 447	78

1) Zur Zahl und zu den Themen der einzelnen Masseneingaben siehe die anschließende Aufstellung.

2) Keine Masseneingaben nachgewiesen.

*) *Thomas Würtenberger*, Massenpetitionen als Ausdruck politischer Diskrepanzen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 18. 1987. H. 3. S. 383–493 (hier: S. 385–386).

Hinweise

Eine Aufstellung der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig oder mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze folgt im anschließenden Abschnitt 11.13.

Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden mit Hilfe der Leitsätze im Abschnitt 15.3 vorgestellt.

Wahlperiode	Zahl und Themen der Masseneingaben
1.–2. WP 1949–57	<i>keine Masseneingabe nachgewiesen</i>
3. WP 1957–61	14 940 zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen 288 858 zur Rot-Kreuz-Konvention gegen Atomwaffen
4. WP 1961–65	8 210 zur Verkehrssicherheit, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, zur Krankenversicherungsreform und zur Notstandsgesetzgebung 500 000 zur Urheberrechtsreform 45 746 zum Ablauf der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen (1965)
5. WP 1965–69	3 311 zu den Vorgängen in Biafra/Nigeria 72 zur Wahl des Bundespräsidenten in Berlin 6 791 zum Ablauf der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen (1969)
6. WP 1969–72	3 507 zur öffentlichen Anhörung zur Entwicklungspolitik 730 zur Gewährung von Lastenausgleichsleistungen an aus dem Vertreibungsgebiet nach Nordamerika Ausgewanderte 38 042 zur Aktion „Porno Stop“ 1 822 zur Ratifizierung der Ostverträge 164 zum konstruktiven Mißtrauensvotum vom 27. April 1972
7. WP 1972–76	188 976 zur Reform des § 218 StGB (Fristenregelung) 14 718 zum geplanten „Reitverbot im Wald“ 102 zur Aufhebung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer 1 835 Vorschläge zur Namensänderung des Petitionsausschusses
8. WP 1976–80	90 800 zum Importverbot von in Kanada gewonnenen Robbenfellen
9. WP 1980–83	23 000 zu Tierversuchen 5 000 zur Massentierhaltung 30 000 zur Tötung von Robben und Walen 225 000 zum Transport von Schlachtpferden 10 600 zur Einfuhr von Meeresschildkröten 3 000 zu Kriegsspielzeug 430 zur Steuer für friedliche Zwecke 93 200 zum Importverbot von in Kanada gewonnenen Robbenfellen 100 zur Schwarzarbeit 400 zum Generationenvertrag (Finanzierungssystem in der Rentenversicherung)

Hinweise

Über den Petitionsausschuß enthält Kapitel 9 folgende Dokumentationen:

- Zahl der Sitzungen in den einzelnen Wahlperioden (in Abschnitt 9.1),
- Angaben zur genauen Bezeichnung des Ausschusses und zur Zahl seiner Mitglieder sowie die Namen der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden (Abschnitt 9.2),
- eine Bibliographie zur Organisation und Arbeitsweise des Ausschusses (Abschnitt 9.7),
- öffentliche Anhörungen (Abschnitt 9.8).

Die Fundstellen zur Kommentierung der für das Petitionsrecht hauptsächlich relevanten Grundgesetz-Artikel 17 und 45c sind zusammengestellt in Abschnitt 15.2: Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur.

Wahlperiode	Zahl und Themen der Masseneingaben
10. WP 1983–87	45 000 zur Stationierung von Mittelstreckenraketen 5 419 zur Bremer Abrüstungspetition 3 300 zur Elterninitiative für Abrüstung 110 zur Dienstverpflichtung für Frauen im V-Fall 123 zur Aktion Volksentscheid 192 zur Beteiligung deutscher Firmen am SDI-Programm 100 zum allgemeinen Umweltschutz 989 zum Reaktorunfall von Tschernobyl 437 zur Aktion Verminderung der Luftverunreinigung (mit 6 100 Unterschriften) 25 zu unserer Zukunft (mit 174 Unterschriften) 3 206 zu Tierversuchen 77 481 zum Importverbot für Meeresschildkröten 852 zum Importverbot für Robbenfelle 43 919 zur Massentierhaltung 14 262 zum Ressortwechsel (Zuständigkeit für Tierschutzgesetze) 119 zum Tier als Sache 16 739 zur Novellierung des Tierschutzgesetzes 14 684 zu Frauenhäusern (mit 23 036 Unterschriften) 135 zum Jugendarbeitsschutzgesetz 5 802 zu jugendgefährdenden Videofilmen 140 zur Selbstbedienung bei Arzneimitteln 1 297 zum Physikum 3 372 zum Arzt im Praktikum (AiP) (mit 3 941 Unterschriften) 23 zur Versorgung von Soldaten 44 zur Tarifreform/Steuerreform 45 zur Diätenerhöhung 65 zur steuerlichen Belastung von Wählergruppen 219 zur Änderung des BSHG (Haushaltsbegleitgesetz) 124 zur Freifahrt für Schwerbehinderte 450 zur Erziehungsrente 100 zur Einschränkung der beruflichen Bildung 420 zur Arbeitslosenversicherung für Lehramtsanwärter 228 zum § 116 AFG 97 zum Petitionsrecht (mit 360 Unterschriften)

Hinweis

Zum Thema „Gesetzgebung“ finden sich außerhalb des Kapitels 11 Dokumentationen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 7.11 Stimmresultate von Abstimmungen und Wahlen
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze
- 14.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Wahlperiode	Zahl und Themen der Masseneingaben
11. WP 1987–90	<p>2 377 zum Visum für <i>Bhagwan</i></p> <p>15 010 zur Aufhebung der Volkszählung</p> <p>538 zur Erleichterung der Asylgewährung (mit 4 396 Unterschriften)</p> <p>639 zum Importverbot für Meeresschildkröten</p> <p>105 zur Versagung der atomrechtlichen Genehmigung für ALKEM (mit 1 518 Unterschriften)</p> <p>170 zum Arzt im Praktikum (mit 438 Unterschriften)</p> <p>1 712 zur Massentierhaltung</p> <p>351 zum Ressortwechsel (Zuständigkeit für Tierschutzgesetze)</p> <p>135 zur Novellierung des Tierschutzgesetzes</p> <p>356 zum Umweltschutz ins Grundgesetz</p> <p>86 754 zum Schutz der Nordsee</p> <p>108 000 zum Halb-Preis-Paß der Deutschen Bundesbahn</p> <p>40 125 zum Schutz der Karettschildkröte im Dalyan Delta/Türkei (mit 20 000 Unterschriften)</p> <p>529 zur Anpassung der Besoldung und Versorgung der Besatzungen strahlgetriebener Kampfflugzeuge (BO 41)</p> <p>5 166 zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen</p> <p>2 476 zum zweiten Energiesektorkredit für Brasilien (mit ca. 10 000 Unterschriften)</p> <p>1 578 zur Annullierung des Hitler-Stalin-Paktes</p> <p>139 zur Gebührenordnung für Ärzte (mit 150 Unterschriften)</p> <p>335 zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte (mit 21 Unterschriften)</p> <p>224 zu Heilhilfsberufen (gegen die Verabschiedung des Gesetzes über Berufe in der Physiotherapie mit 17 weiteren Unterschriften)</p> <p>127 zur Amnestie für Strafgefangene aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland (mit 640 Unterschriften)</p> <p>286 zur Strafprozeßordnung (ersatzlose Streichung des § 111 StPO)</p> <p>3 964 zur ersatzlosen Streichung des § 175 StGB</p> <p>484 zum Schutz des ungeborenen Lebens (§ 218 StGB) (mit 31 Unterschriften)</p> <p>229 zur Beibehaltung der Fristenregelung der ehemaligen DDR (mit 291 Unterschriften)</p> <p>130 zum FCKW-Verbot</p> <p>292 zum Beschluß des BVerfG vom 12. Juni 1990 bezüglich Kinderfreibetrag (mit 324 Unterschriften)</p> <p>197 zum sofortigen Stopp der Baumaßnahme für die B 455 neu durch den Oberurseler Stadtwald</p> <p>Auf die Auflistung weiterer 505 Eingaben mit 1 317 Unterschriften zu verschiedenen Anliegen wird hier verzichtet.</p>
12. WP 1990–94	<p>ab 20. Dezember 1990 bis 31. Dezember 1991</p> <p>200 zur Verlängerung der 10%igen Kappungsgrenze für Berliner Altbauten bei Neuvermietung über 1991 hinaus</p> <p>6 000 zur Verhinderung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes</p> <p>130 zur Verhinderung des Baus der A 13 Dresden–Prag durch den Plauenschen Grund</p> <p>800 zur Abschaffung der Benutzungspflicht für Radwege nach § 41 StVO (mit 30 000 Unterschriften)</p> <p>800 zur Ergänzung des Artikels 16 des Grundgesetzes zur Verhinderung des Mißbrauchs des Asylrechts (mit 20 000 Unterschriften)</p> <p>110 zur Beendigung des Bürgerkrieges in Jugoslawien und Anerkennung von Slowenien und Kroatien (mit 350 Unterschriften)</p> <p>2 700 zum Golfkrieg (mit 32 000 Unterschriften)</p> <p>3 041 zur Neuregelung des Familienlastenausgleichs aufgrund eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts (mit 3 343 Unterschriften)</p>

Wahlperiode	Zahl und Themen der Masseneingaben
noch: 12. WP	<p>145 zum Lastenausgleich für Bürger des Beitrittsgebietes für Schäden infolge der Vertreibung aus den Ostgebieten</p> <p>167 zu einer sozialen Absicherung der Zivilbediensteten beim Marinestützpunkt Wolgast</p> <p>2 049 zur Auflösung des Luft/Boden-Schießplatzes Siegenburg</p> <p>951 zur Nachzahlung von Kindergeld auch in denjenigen Fällen, in denen der Bescheid bestandskräftig geworden ist (Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1990 zu § 10 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes)</p> <p>29 757 zur beabsichtigten Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs (mit zusätzlichen 3 155 Unterschriften)</p> <p>350 zur Beibehaltung der Fristenregelung der ehemaligen DDR (mit zusätzlichen 206 Unterschriften)</p> <p>156 zur Aufhebung von Strafvorschriften zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung (§§ 175 und 182 des Strafgesetzbuches)</p> <p>233 zur Begrenzung des Ehegattenunterhalts auf die Dauer von maximal drei Jahren und zur Neuregelung des Versorgungsausgleichs zugunsten des Ausgleichsverpflichteten</p> <p>3 796 zum Verbot des Lebendtransports von Schlachtvieh (mit zusätzlichen 234 Unterschriften)</p> <p>221 zur Bemessung der Wahlkampfkostenerstattung entsprechend der Zahl der abgegebenen Stimmen</p>
	<p>ab 1. Januar bis 31. Dezember 1992</p> <p>1 145 zu Maßnahmen gegen die Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina (mit zusätzlichen 5 140 Unterschriften)</p> <p>728 zu einer Volksabstimmung zu den Verträgen von Maastricht</p> <p>118 zu einem Importstopp von Meeresschildkröten</p> <p>205 zur Aufforderung zum Widerstand gegen den Rechtsextremismus</p> <p>50 670 „Bürgerbegehren 1992 gegen den finanziellen Mißbrauch der Parteien und Staatsvertreter“</p> <p>151 zu einer Stärkung der Gleichberechtigung der Frauen im Grundgesetz (mit zusätzlichen 15 Unterschriften)</p> <p>310 zur Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz (mit zusätzlichen 5 429 Unterschriften)</p> <p>316 zum Lastenausgleich an Vertriebene mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern (in Form einer Pauschalleistung in Höhe von 4 000 DM)</p> <p>1 354 zu einer Erhöhung der für verfassungswidrig erklärten Kinderfreibeträge ab 1983 in der Einkommensteuer auch in Fällen, in denen der Einkommensteuer- bzw. Lohnsteuerbescheid bereits bestandskräftig ist (mit zusätzlichen drei Unterschriften)</p> <p>1 739 gegen die Belastung chronisch Kranker durch das Gesundheitsstrukturgesetz (mit zusätzlichen 100 Unterschriften)</p> <p>76 583 zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs (mit zusätzlichen 3 346 Unterschriften)</p> <p>109 zum Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (insbesondere zur Höhe der Entschädigung für freiheitsentziehende Maßnahmen)</p> <p>544 zu einer Änderung der Vorschriften zum Versorgungsausgleich für Soldaten</p> <p>5 261 zu einem Verbot des Lebendtransports von Schlachtvieh</p> <p>23 000 zur Einführung eines Unterrichts über den Holocaust als Pflichtfach an deutschen Schulen</p> <p>7 030 zu einem Verzicht der Nachnutzung des Truppenübungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide</p> <p>1 673 zu einem Verbot der Produktion von Landminen (mit zusätzlichen 55 270 Unterschriften)</p> <p>1 505 zur Streichung der B 15 neu aus dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen</p>

Wahlperiode	Zahl und Themen der Masseneingaben
noch: 12. WP	<p>192 zur Aufnahme der B 15 als „vordringlichen Bedarf“ in den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen</p> <p>158 zur Streichung der B 19 neu bzw. der A 81 als vierspurige Fernstraße (Schweinfurt-Erfurt) aus dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen</p> <p>997 zu einem Verzicht des Ausbaus der B 19 zu einer Autobahn (A 81)</p> <p>202 zu einem Verzicht auf das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz</p> <p>761 zu einem Verzicht des Autobahnausbaus im „Plauenschen Grund“ bei Dresden</p> <p>106 zur Forderung, an die Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn mehr als 60 v. H. des Arbeitsentgeltes von Mitarbeitern der Deutschen Bundesbahn zu zahlen</p> <p>145 zur Einschränkung des Verbotes des Befahrens von Bundeswasserstraßen in Nationalparks für Wassersportler</p> <p>ab 1. Januar bis 31. Dezember 1993</p> <p>1 700 zu Maßnahmen gegen die Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina (mit zusätzlichen 60 400 Unterschriften)</p> <p>1 300 zur Unterstützung der in der Türkei lebenden Kurden</p> <p>1 050 Aufforderung zum Widerstand gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit (mit zusätzlichen 2 050 Unterschriften)</p> <p>18 400 zur Aussetzung des Umzuges von Regierung und Parlament nach Berlin (mit zusätzlichen 3 200 Unterschriften)</p> <p>520 Appell, am Umzug nach Berlin bis 1998 festzuhalten</p> <p>1 850 Unterstützung des Christo-Projekts zur Verhüllung des Reichstages (mit zusätzlichen 2 750 Unterschriften)</p> <p>21 700 „Bürgerbegehren gegen den finanziellen Mißbrauch der Parteien und Staatsvertreter“</p> <p>480 zu einem ausdrücklichen Schutz von Homosexuellen im Grundgesetz</p> <p>229 zu einem ausdrücklichen Schutz von Behinderten im Grundgesetz</p> <p>225 zur Aufnahme von Volksentscheid und Volksabstimmung in das Grundgesetz</p> <p>106 668 gegen die Verschärfung des Asylrechts</p> <p>720 zu Maßnahmen zur Behandlung von unerledigten Asylanträgen</p> <p>1 388 zu einem eigenständigen, eheunabhängigen Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen</p> <p>138 zu einem verbesserten Schutz des ungeborenen Lebens</p> <p>1 070 zu einer Liberalisierung des Abtreibungsrechts</p> <p>1 890 gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 zu § 218 des Strafgesetzbuches</p> <p>563 zur Einführung besonderer Vorschriften für den Versorgungsausgleich bei Soldaten</p> <p>177 gegen die Steuererhöhungen und den Solidarpakt (mit zusätzlichen 174 Unterschriften)</p> <p>5 299 zu einem Verbot von Schlachtviehtransporten (mit zusätzlichen 658 Unterschriften)</p> <p>650 Kritik von Ärzten in den neuen Bundesländern an den die Überführung ihrer Altersrenten und Zusatzversorgungen in die gesetzlichen Rentenversicherungen betreffenden Bestimmungen des Renten-Überleitungsgesetzes</p> <p>123 zur Aussetzung des Tarifaufhebungsgesetzes im Bereich der Binnenschifffahrt</p> <p>399 gegen eine weitere Einschränkung des Flugbetriebes auf Landeplätzen</p> <p>32 000 zum Unterricht über den Holocaust an deutschen Schulen</p> <p>ab 1. Januar bis 9. November 1994</p> <p>102 zur offiziellen Anerkennung der tibetischen Exilregierung als legitime Vertretung des tibetischen Volkes</p> <p>563 zum Verzicht auf jeglichen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes (mit zusätzlichen 1 072 Unterschriften)</p> <p>520 zu einer Aufnahme des Schutzes Behinderter in die Verfassung</p> <p>5 700 zur Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit für ausländische Einbürgerungsbeerber</p>

Wahlperiode	Zahl und Themen der Masseneingaben
noch: 12. WP	2 253 zu Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus (mit zusätzlichen 22 612 Unterschriften) 1 450 zu einem Verzicht auf den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin (mit zusätzlichen 300 Unterschriften) 152 zur Einführung einer Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch (§ 218 des Strafgesetzbuches) nach dem Vorbild der Regelung in der ehemaligen DDR (mit zusätzlichen 10 Unterschriften) 255 gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu § 218 des Strafgesetzbuches 290 gegen das Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz hinsichtlich der Kappung der der Rentenberechnung zugrunde gelegten Entgelte wegen „staatsnaher“ Tätigkeit 289 gegen die vorgesehenen Maßnahmen zur Überführung der Zusatz- und Sonderrenten in die gesetzlichen Rentenversicherungen durch das Renten-Überleitungsgesetz 123 zu Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit (mit zusätzlichen 1 831 Unterschriften) 132 zur Gewährung von Eingliederungshilfe an Spätaussiedler bis zum Ende eines Sprachkurses anstelle der Bewilligung eines Zeitraumes von nur 156 Tagen

Aufgliederung der Petitionen nach Herkunftsländern

Seit der 3. Wahlperiode wird eine Statistik über die Herkunftsländer – einzelne Bundesländer, DDR, Ausland – der Absender von Petitionen geführt.

Daß die Anzahl der Petenten aus den Bundesländern wegen ihrer unterschiedlichen Einwohnerzahl sehr verschieden ausfällt, ist ohne weiteres erklärlich. Um regionale Abweichungen in der Nutzung des Petitionsrechts feststellen zu können, wurden deshalb die Petitionen der einzelnen Herkunftsländer auf eine Million der Bevölkerung des jeweiligen Landes umgerechnet. Hier zeigt sich nun, daß sich die Absender der Petitionen in jeder Wahlperiode seit 1957 sehr unterschiedlich auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland verteilen. Es zeigt sich auch, daß die Länder, aus denen entweder eine sehr hohe oder eine sehr niedrige Anzahl von Petitionen stammt (immer bezogen auf eine Million der Bevölkerung), über einen längeren Zeitraum hinweg konstant bleiben. So kommen aus Berlin seit 1961 (4. Wahlperiode) unverändert die meisten Petitionen, während die geringste Zahl zwischen 1957 und 1980 (3. bis 8. Wahlperiode) aus dem Saarland und seit 1980 (9. Wahlperiode) aus Bayern zu verzeichnen ist.

Die Ursachen für die erheblichen Abweichungen sind – soweit ersichtlich – noch nicht untersucht worden, so daß nicht gesagt werden kann, ob es regionale Unterschiede beispielsweise in der objek-

Hinweise

Zum Petitionswesen haben sich mehrfach Mitglieder des Bundestages in Büchern und Zeitschriftenaufsätzen geäußert. Eine Bibliographie zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält Abschnitt 2.13.

Das Petitionsverfahren war gelegentlich auch Gegenstand in den Aussprachen zum Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

tiven Berechtigung zu Eingaben an das Parlament oder im Bekanntheitsgrad des Petitionsrechts in der Bevölkerung gibt.

Die Aufgliederung der Petitionen nach Herkunftsländern wurde auch in das **Datenhandbuch** aufgenommen, um die Inanspruchnahme des Petitionsrechts durch die Bürger der neuen Bundesländer registrieren zu können. Tatsächlich sind die Unterschiede im Vergleich zu Westdeutschland gravierend.

Wie schon aus dem Jahresbericht 1990 des Petitionsausschusses hervorging, ist nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 die Zahl der Eingaben aus den fünf neuen Bundesländern und Berlin „sprunghaft“ angestiegen. Von insgesamt 5 548 Eingaben im vierten Quartal des Jahres 1990 entfielen

- 3 164 auf die alten Bundesländer ohne Berlin,
- 2 252 auf die neuen Bundesländer sowie Berlin und
- 132 auf das Ausland.

Auf eine Million Einwohner umgerechnet bedeutet dies

- 52,7 Petitionen aus den alten Bundesländern,
- 132,5 Petitionen aus Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Inzwischen bestätigen die Zahlen der abgeschlossenen 12. Wahlperiode den anfänglich festgestellten Trend: In den neuen Bundesländern wird doppelt so häufig vom Petitionsrecht Gebrauch gemacht wie in den alten Bundesländern.

Zwischen 1990 und 1994 wandten sich von einer Million Einwohnern 1668 Ostdeutsche, aber nur 821 Westdeutsche mit einer Eingabe an den Deutschen Bundestag. Die Einzelheiten zeigt die nebenstehende Tabelle.

12. Wahlperiode 1990–94	Zahl der Eingaben	in % der Eingaben	bezogen auf 1 Million der Bevölkerung
Gesamtzahl	81 881	100,0	•
davon:			
– neue Bundesländer ¹⁾	26 020	31,8	1 668
– alte Bundesländer ¹⁾	54 029	66,0	821
– Ausland	1 832	2,2	–

Die folgende Aufgliederung nach Herkunftsländern zeigt, daß – gemessen an der Bevölkerungszahl des Bundeslandes – aus Sachsen-

Anhalt die meisten Eingaben stammen, gefolgt von Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. An unterster Stelle steht nach wie vor Bayern.

¹⁾ Die Eingaben aus den elf östlichen Bezirken Berlins wurden unter Berlin erfaßt. Die Eingaben aus Berlin erscheinen somit insgesamt als Eingaben aus den alten Bundesländern.

Hinweis

Zur Kontrollfunktion und zu ihrer Wahrnehmung durch den Deutschen Bundestag ist im **Datenhandbuch** insbesondere das Kapitel 12 nachzuschlagen. Ferner kommen u. a. die folgenden Abschnitte in Betracht:

- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfragen des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsgliedern
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 17 Petitionen

Aufgliederung der Petitionen nach Herkunftsländern

	in %	3. WP	4. WP	5. WP	6. WP	7. WP	8. WP	9. WP	10. WP	11. WP	12. WP
	pro Mio. ¹⁾	1957–61	1961–65	1965–69	1969–72	1972–76	1976–80	1980–83	1983–87	1987–90	1990–94
Baden-Württemberg	in % pro Mio.	7,2 428	10,9 406	12,5 339	11,1 281	13,9 745	12,5 670	10,6 346	11,1 588	11,0 614	7,7 618
Bayern	in % pro Mio.	9,3 438	14,1 432	13,8 320	13,6 289	12,9 588	12,2 551	9,5 263	10,4 465	11,1 529	7,8 540
Berlin	in % pro Mio.	3,5 713	5,6 780	5,6 597	5,2 535	6,6 1 625	6,4 1 600	6,3 966	6,3 1 684	5,0 ²⁾ 1 198	8,7 2 055
Bremen	in % pro Mio.	0,8 494	1,4 595	1,2 380	1,1 336	1,1 767	1,1 740	1,0 400	0,9 662	0,8 642	0,5 588
Hamburg	in % pro Mio.	3,1 761	4,3 700	3,8 488	4,0 500	3,0 864	2,8 802	2,7 466	2,6 792	2,7 892	1,9 908
Hessen	in % pro Mio.	4,1 392	6,9 417	7,2 316	7,9 330	7,9 690	8,3 734	8,5 460	8,4 743	7,9 746	5,5 758
Niedersachsen	in % pro Mio.	13,7 938	12,9 570	12,8 472	12,1 385	11,3 763	10,5 704	11,5 467	11,5 779	11,9 868	8,2 875
Nordrhein-Westfalen	in % pro Mio.	48,9 1 385	28,4 531	27,5 378	30,7 405	29,2 835	32,9 940	37,5 652	35,8 1 054	30,7 955	19,0 875
Rheinland-Pfalz	in % pro Mio.	3,6 470	5,6 486	5,6 360	5,5 338	5,3 699	5,3 694	4,9 392	5,2 707	5,2 743	3,2 665
Saarland	in % pro Mio.	0,8 333	1,2 337	1,3 265	1,2 250	1,2 531	1,2 512	1,1 290	1,2 549	1,3 625	0,9 664

Schleswig-Holstein	in% pro Mio.	3,9 745	5,5 695	5,0 470	5,0 439	4,8 901	4,2 789	4,3 490	4,4 828	4,2 861	2,6 781
(ehem.) DDR/ neue Bundesländer	in% pro Mio.	0,2 –	0,5 –	0,7 –	0,1 –	0,2 –	0,2 –	0,1 –	0,1 –	5,3 ³⁾ 171	– –
Brandenburg	in% pro Mio.	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	5,6 1 819
Mecklenburg- Vorpommern	in% pro Mio.	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	4,1 1 805
Sachsen	in% pro Mio.	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	7,9 1 396
Sachsen-Anhalt	in% pro Mio.	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	9,4 2 775
Thüringen	in% pro Mio.	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	– –	4,8 1 554
Ausland	in%	1,0	2,7	3,0	2,6	2,8	2,6	2,2	2,2	3,0	2,2
Gesamtzahl der Petitionen (= 100,0%)		44 499	29 993	23 232	22 882 ⁴⁾	49 204	48 846	29 749	49 118	52 528	81 881

¹⁾ umgerechnet auf 1 Million der Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes

²⁾ einschließlich Eingaben aus dem Ostteil von Berlin seit dem 3. Oktober 1990

³⁾ Wegen des kurzen Vergleichszeitraumes wurden die Eingaben aus der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern zusammengefaßt.

⁴⁾ In der Gesamtzahl der (verkürzten!) 6. Wahlperiode fehlen 911 Petitionen, die in der „parlamentslosen Zeit“ zwischen der 6. und 7. Wahlperiode (vom 23. September bis 12. Dezember 1972) eingegangen sind und die in der Statistik des Petitionsausschusses getrennt gezählt und aufgliedert wurden.

Hinweis

Eine statistische Übersicht über die beim Wehrbeauftragten des Bundestages eingegangenen Eingaben und Beschwerden enthält Abschnitt 18.2.

17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses

Entsprechend den Jahresberichten des Wehrbeauftragten legt der Petitionsausschuß außer den monatlichen Sammelübersichten seit 1979 jährlich einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit vor. Dieser Bericht soll umfassend über Entwicklungen, Trends und Schwerpunkte des Verwaltungshandelns aus der Sicht des Petitionsausschusses unterrichten (vgl. BT-Drs. 8/3460 zu §§ 112 und 114). Dieser Jahresbericht, für den es zunächst keine geschäftsordnungsmäßige Grundlage gab, ersetzte den bisherigen mündlichen Vierteljahresbericht. Während die ersten beiden Jahresberichte noch aufgrund eines Ersuchens des Bundestages erstattet wurden, fanden sie 1980 Aufnahme in die neue Geschäftsordnung des Bundestages (§ 112 Abs. 1). Der Vergleich mit dem Jahresbericht des Wehrbeauftragten „macht Tendenzen deutlich, wonach der Petitionsausschuß in eine Stellung hineinwächst, die ihn von den anderen Ausschüssen des Bundestages abhebt und ihn einer Position annähert, die mit dem Amt des Wehrbeauftragten vergleichbar ist“.*)

Die bisher vorgelegten Jahresberichte des Petitionsausschusses und ihre Behandlung im Plenum sind in der folgenden Übersicht dargestellt. Darin sind der Vollständigkeit halber auch zwei Vorläufer dieser Berichte aufgeführt, die 1975 und 1977 erschienen sind, allerdings noch nicht als Bundestagsdrucksache, sondern in der Schriftenreihe „Zur Sache“ und deshalb auch noch ohne Beratung im Bundestag.

*) *Hans Troßmann* und *Hans-Achim Roll*, Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages. Ergänzungsband. München 1981. S. 306.

Hinweise

Über den Petitionsausschuß enthält Kapitel 9 folgende Dokumentationen:

- Zahl der Sitzungen in den einzelnen Wahlperioden (in Abschnitt 9.1),
- Angaben zur genauen Bezeichnung des Ausschusses und zur Zahl seiner Mitglieder sowie die Namen der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden (Abschnitt 9.2),
- eine Bibliographie zur Organisation und Arbeitsweise des Ausschusses (Abschnitt 9.7),
- öffentliche Anhörungen (Abschnitt 9.8).

*

Die bisherigen Vorsitzenden des Petitionsausschusses seit 1949:

- 1949–1959 *Luise Albertz* (SPD)
- 1959–1965 *Helene Wessel* (SPD)
- 1965–1972 *Maria Jacobi* (CDU/CSU)
- 1972–1987 *Lieselotte Berger* (CDU/CSU)
- 1987–1994 *Gero Pfennig* (CDU/CSU)
- seit 1994 *Christa Nickels* (Bündnis 90/Die Grünen)

*

Weitere Einzelheiten zu den Bemühungen, den Petitionsausschuß im Grundgesetz zu verankern, seine Befugnisse gesetzlich festzulegen und die Geschäftsordnung des Bundestages entsprechend auszugestalten, sind in den folgenden Abschnitten zu finden:

- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht (einschließlich der nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe)
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung

Jahresbericht			Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bundestags- Drucksache	Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1973/74	Juni 1975	– ¹⁾	–	–	–	keine Beratung im Bundestag
1975/76	Sept. 1977	– ²⁾	–	–	–	keine Beratung im Bundestag
1977/78	2. 7. 1979	8/3036	178.	12. 10. 1979	S. 14036 ff.	Redner: Berger (Berlin) (CDU/CSU) – Kirschner (SPD) – Matthäus-Maier (FDP) – Riede (Oeffingen) (CDU/CSU) – Müntefering (SPD) – BMin d. Innern Baum (FDP)
1979	3. 6. 1980	8/4140	223.	18. 6. 1980	S. 17981 ff.	Beratung in Verbindung mit der Beratung der Sammelübersicht 72 des Petitionsausschusses (Drucksache 8/4177); Redner: Berger (Berlin) (CDU/CSU) – Kirschner (SPD) – Zumpfort (FDP)
1980	4. 6. 1981	9/549	45.	24. 6. 1981	S. 2563 ff.	Beratung in Verbindung mit der Beratung der Sammelübersichten 13, 14 und 15 des Petitionsausschusses (Drucksachen 9/520, 551 und 582); Redner: Berger (Berlin) (CDU/CSU) – Ginnuttis (SPD) – Funke (FDP) – Maaß (CDU/CSU) – von der Wiesche (SPD)
1981	9. 6. 1982	9/1729	117.	30. 9. 1982	S. 7107 ff.	Redner: Berger (Berlin) (CDU/CSU) – Wimmer (Eggenfelden) (SPD) – Funke (FDP) – Regenspurger (CDU/CSU) – Reuter (SPD) – Eigen (CDU/CSU)
1982	17. 1. 1983	9/2389	17.	24. 6. 1983	S. 1123 ff.	Redner: Berger (Berlin) (CDU/CSU) – Kirschner (SPD) – Neuhausen (FDP) – Nickels (GRÜNE) – Will-Feld (CDU/CSU) – Meininghaus (SPD) – Göhner (CDU/CSU) – Peter (Kassel) (SPD) – Becker (Frankfurt) (CDU/CSU)
1983	28. 3. 1984	10/1193	69.	3. 5. 1984	S. 4857 ff.	Redner: Berger (Berlin) (CDU/CSU) – Vahlberg (SPD) – Neuhausen (FDP) – Nickels (GRÜNE) – Schlottmann (CDU/CSU) – Wartenberg (Berlin) (SPD) – Haungs (CDU/CSU) – Hiller (Lübeck) (SPD) – Göhner (CDU/CSU)

1) Veröffentlicht in der Reihe „Zur Sache“ als Nr. 3/75.

2) Veröffentlicht in der Reihe „Zur Sache“ als Nr. 3/77.

Jahresbericht			Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bundestags- Drucksache	Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1984	8. 3. 1985	10/2979	140.	23. 5. 1985	S. 10315 ff.	Redner: Berger (Berlin) (CDU/CSU) – Meininghaus (SPD) – Neuhausen (FDP) – Mann (GRÜNE) – Schneider (Idar-Oberstein) (CDU/CSU) – von der Wiesche (SPD) – Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU) – Hansen (Hamburg) (SPD) – Schlottmann (CDU/CSU) – Reuter (SPD) – Göhner (CDU/CSU)
1985	15. 5. 1986	10/5504 ³⁾	222.	19. 6. 1986	S. 17138 ff.	Redner: Berger (Berlin) (CDU/CSU) – Meininghaus (SPD) – Segall (FDP) – Fritsch (GRÜNE) – Schlottmann (CDU/CSU) – Kühbacher (SPD) – Hornung (CDU/CSU) – Mann (GRÜNE) – Pöpl (CDU/CSU) – Hansen (Hamburg) (SPD) – Göhner (CDU/CSU) – Peter (Kassel) (SPD)
1986	23. 1. 1987	10/6807 ⁴⁾	18.	16. 6. 1987	S. 1135 ff.	Redner: Pfennig (CDU/CSU) – Peter (Kassel) (SPD) – Segall (FDP) – Nickels (GRÜNE) – Haungs (CDU/CSU) – von der Wiesche (SPD) – Dempwolf (CDU/CSU) – Reuter (SPD) – Hamm-Brücher (FDP) – Fuchtel (CDU/CSU)
1987	19. 5. 1988	11/2346 ⁵⁾	85.	16. 6. 1988	S. 5719 ff.	Beratung in Verbindung mit der ersten Beratung der von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebrachten Entwürfe eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45 c) (Drs. 11/983) und eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes nach Artikel 45 c des Grundgesetzes (Drs. 11/984); Redner: Pfennig (CDU/CSU) – Seuster (SPD) – Segall (FDP) – BTPräs Jenninger (CDU/CSU) – Nickels (GRÜNE) – Grünwald (CDU/CSU) – Fuchtel (CDU/CSU) – Bulmahn (SPD) – Zeilmann (CDU/CSU) – Jung (Limburg) (CDU/CSU) – Hiller (Lübeck) (SPD) – Limbach (CDU/CSU) – PStS Jahn (Münster) (CDU/CSU)

³⁾ Dieser Bericht wurde auch in der Reihe „Zur Sache“ als Nr. 1/86 veröffentlicht.

⁴⁾ Dieser Bericht wurde auch in der Reihe „Zur Sache“ als Nr. 2/87 veröffentlicht.

⁵⁾ Dieser Bericht wurde auch in der Reihe „Zur Sache“ als Nr. 4/88 veröffentlicht.

Jahresbericht			Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bundestags- Drucksache	Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1988	19. 5. 1989	11/4570 ⁶⁾	151.	21. 6. 1989	S. 11352 ff.	Redner: <i>Pfennig</i> (CDU/CSU) – <i>Zumkley</i> (SPD) – <i>Funke</i> (FDP) – BMin für besondere Aufgaben (Chef des Bundeskanzleramtes) <i>Seiters</i> (CDU/CSU) – <i>Garbe</i> (GRÜNE) – <i>Haungs</i> (CDU/CSU) – <i>Hämmerle</i> (SPD) – <i>Fuchtel</i> (CDU/CSU) – <i>Jung</i> (Limburg) (CDU/CSU) – <i>Grünwald</i> (CDU/CSU)
1989	14. 5. 1990	11/7130 ⁷⁾	216.	20. 6. 1990	S. 17030 ff.	Redner: <i>Pfennig</i> (CDU/CSU) – <i>von der Wiesche</i> (SPD) – <i>Funke</i> (FDP) – <i>Nickels</i> (GRÜNE) – <i>Haungs</i> (CDU/CSU) – <i>Jung</i> (Limburg) (CDU/CSU) – <i>Grünwald</i> (CDU/CSU)
1990	6. 6. 1991	12/683	33.	19. 6. 1991	S. 2633 ff.	Redner: <i>Pfennig</i> (CDU/CSU) – <i>Peter</i> (Kassel) (SPD) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Weiß</i> (Berlin) (Bündnis 90/GRÜNE) – <i>Göttsching</i> (CDU/CSU) – <i>Seuster</i> (SPD) – <i>Homburger</i> (FDP) – <i>Enkelmann</i> (PDS/Linke Liste) – <i>Dempwolf</i> (CDU/CSU) – <i>Reuter</i> (SPD) – <i>Kampeter</i> (CDU/CSU)
1991	7. 5. 1992	12/2566	97.	17. 6. 1992	S. 8027 ff.	Redner: <i>Pfennig</i> (CDU/CSU) – <i>Büttner</i> (Ingolstadt) (SPD) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Enkelmann</i> (PDS/LL) – <i>Hämmerle</i> (SPD) – <i>Weiß</i> (Berlin) (Bündnis 90/GRÜNE) – <i>Göttsching</i> (CDU/CSU) – <i>Klemmer</i> (SPD) – <i>Deß</i> (CDU/CSU) – <i>Eckardt</i> (SPD) – <i>Löwisch</i> (CDU/CSU)
1992	17. 5. 1993	12/4961	166.	24. 6. 1993	S. 14305 ff.	Redner: <i>Pfennig</i> (CDU/CSU) – <i>Seuster</i> (SPD) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Fuchs</i> (PDS/LL) <i>Weiß</i> (Berlin) (Bündnis 90/GRÜNE) – <i>Göttsching</i> (CDU/CSU) – <i>Barbe</i> (SPD) – <i>Gutmacher</i> (FDP) – <i>Dempwolf</i> (CDU/CSU) – <i>Müller</i> (Völklingen) (SPD) – <i>Dehnel</i> (CDU/CSU)

⁶⁾ Dieser Bericht wurde auch in der Reihe „Zur Sache“ als Nr. 2/89 veröffentlicht.

⁷⁾ Dieser Bericht wurde auch in der Reihe „Zur Sache“ als Nr. 7/90 veröffentlicht.

Hinweis

Zum Petitionswesen haben sich mehrfach Mitglieder des Bundestages in Büchern und Zeitschriftenaufsätzen geäußert. Eine Bibliographie zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält Abschnitt 2.13.

Jahresbericht			Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bundestags- Drucksache	Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1993	20. 4. 1994	12/7396	227.	18. 5. 1994	19684 ff.	Redner: Pfennig (CDU/CSU) – Peter (Kassel) (SPD) – Homburger (FDP) – Weiß (Berlin) (Bündnis 90/GRÜNE) – Fuchs (PDS/LL) – Gött-sching (CDU/CSU) – Lange (SPD) – Guttmacher (FDP) – Romer (CDU/CSU) – Hanewinkel (SPD)
1994	18. 5. 1995	13/1415	45.	23. 6. 1995	3685 ff.	Redner: Nickels (Bündnis 90/GRÜNE) – Dehnel (CDU/CSU) – Reuter (SPD) – Nolting (FDP) – Bulling-Schröter (PDS) – Straubinger (CDU/CSU) – Seuster (SPD) – Diertert-Scheuer (Bündnis 90/GRÜNE) – Schulze (CDU/CSU) – Müller (Völklingen) (SPD)
1995	29. 4. 1996	13/4498	129.	11. 10. 1996	11671 ff.	Redner: Nickels (Bündnis 90/GRÜNE) – Dehnel (CDU/CSU) – Seuster (SPD) – Nolting (FDP) – Lüth (PDS) – Glücklich (CDU/CSU) – Müller (Völklingen) (SPD) – Reichardt (Mannheim) (CDU/CSU) – Diertert-Scheuer (Bündnis 90/GRÜNE) – Wester (SPD) – Strebl (CDU/CSU) – Deichmann (SPD)
1996			– ⁸⁾			

⁸⁾ noch keine Beratung beim Stand 31. August 1997

Hinweise

Die Wortmeldungen innerhalb einzelner Debatten sind außer in Abschnitt 17.4 in folgenden Abschnitten verzeichnet:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts (mit stichwortartiger Wiedergabe der Ausführungen des Redners)
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

*

Eine statistische Übersicht über die beim Wehrbeauftragten des Bundestages eingegangenen Eingaben und Beschwerden enthält Abschnitt 18.2.

18 Wehrbeauftragter des Bundestages

Überblick

		Seite
18.1	Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten	3158
18.2	Eingaben an den Wehrbeauftragten: Statistik	3163
	– Aufschlüsselung nach der Art der Eingaben (S. 3163)	
	– Aufschlüsselung nach dem Inhalt (S. 3166)	
18.3	Weisungen an den Wehrbeauftragten	3166
18.4	Jahresberichte des Wehrbeauftragten	3168

Vorbemerkungen

Als Ergebnis eines Kompromisses zwischen Regierung und Opposition in der Frage der Wiederbewaffnung wurde 1956 nach dem Vorbild des schwedischen Militie-Ombudsman in der Bundesrepublik der Wehrbeauftragte eingeführt.*) Der mit Gesetz vom 19. März 1956 beschlossene Artikel 45b Grundgesetz lautet: „Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Das erste Gesetz über den Wehrbeauftragten verabschiedete der Bundestag am 11. April 1957. Am 12. März 1982 nahm er einstimmig das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten an (BGBl. I S. 673).

Die Novellierung hat hauptsächlich folgende Änderungen und Klarstellungen herbeigeführt:

*) Literaturhinweis anstelle vieler: *Eckart Busch*, Der Wehrbeauftragte des Bundestages. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1393–1419.

Hinweise

Zu den verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Rechtsgrundlagen, die den Wehrbeauftragten des Bundestages betreffen, sind weitere Einzelheiten in den folgenden Abschnitten zu finden:

- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen

- Es wird klargestellt, daß der Wehrbeauftragte in vollem Umfang seines Verfassungsauftrages Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle ist; er gehört damit ausschließlich zum legislativen Bereich.
- Bestätigt wird das parlamentarische Weisungsrecht des Bundestages und des Verteidigungsausschusses gegenüber dem Wehrbeauftragten. Eine parlamentarische Weisung kann nur erteilt werden, wenn der Verteidigungsausschuß den Vorgang nicht zum Gegenstand seiner eigenen Beratung macht. Die Ersetzung des bisherigen Begriffs „Untersuchung“ durch den Begriff „Beratung“ (unter der die in einen Beschluß einmündende Aussprache verstanden wird) stellt klar, daß schon eine Erörterung im Verteidigungsausschuß mit anschließendem Beschluß und nicht erst eine förmliche Untersuchung im Verteidigungsausschuß eine Schranke für die parlamentarische Weisungserteilung an den Wehrbeauftragten ist.
- In seiner Eigenschaft als spezielle Petitionsinstanz werden die rechtlichen Befugnisse des Wehrbeauftragten denen des Petitionsausschusses angeglichen.
- Der Wehrbeauftragte einschließlich seiner Beamten, Angestellten und Arbeiter ist Teil des Gesamtgefüges des Bundestages.
- Die Amtszeit des Wehrbeauftragten endet nach Ablauf von fünf Jahren, auch wenn der Nachfolger noch nicht gewählt ist. Die Vertretung des Wehrbeauftragten wird während der Zeit bis zur Ernennung des Nachfolgers vom Leitenden Beamten wahrgenommen.

18.1 Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten

Nach dem Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestags vom 26. Juni 1957 bzw. dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages vom 16. Juni 1982 wählt der Bundestag den Wehrbeauftragten in geheimer Wahl mit der Mehrheit seiner Mitglieder für die Dauer von fünf Jahren. Eine Wiederwahl ist zulässig. Vorschlagsberechtigt sind der Verteidigungsausschuß, die Fraktionen und so viele Abgeordnete, wie zur Bildung einer Fraktion erforderlich sind. Der Bundestagspräsident muß den Gewählten ernennen.

Zum Wehrbeauftragten wählbar war bis 1990 „jeder Deutsche..., der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das 35. Lebensjahr vollendet hat“. Weitere Voraussetzung war: „Er muß mindestens ein Jahr Wehrdienst geleistet haben,“ wodurch Frauen dieses Amt automatisch versperrt blieb. Während der Suche nach einem Nachfolger für den nicht mehr kandidierenden Wehrbeauftragten *Willi Weiskirch* erwies sich Anfang 1990 die Voraussetzung des Wehrdienstes als Hindernis, weil einer der möglichen Bewerber, *Alfred Biehle*, 1944/45 nur elf Monate Dienst in der Wehrmacht geleistet hatte.

Aus zwei Gesetzesinitiativen der SPD bzw. der CDU/CSU und FDP entstand das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages vom 30. März 1990 (BGBl. I S. 599). Es hob die Bedingung eines mindestens einjährigen Wehrdienstes auf und stellt klar, daß auch Frauen künftig zum Wehrbeauftragten gewählt werden können. Der neue Gesetzestext lautet: „Zum Wehrbeauftragten ist jeder/jede Deutsche wählbar, der/die das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das 35. Lebensjahr vollendet hat.“

Hinweis

Zur verwaltungsmäßigen Eingliederung des Amtes des Wehrbeauftragten in die Verwaltung des Bundestages vgl. Abschnitt 22.1: Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung.

Nach dem Inkrafttreten des ersten Wehrbeauftragtengesetzes von 1957 dauerte es bis zur Wahl des ersten Wehrbeauftragten noch zwei Jahre. In der folgenden Aufstellung sind die bisherigen Wehrbeauftragten des Bundestages mit den Daten ihrer Amtszeit genannt.

1) **Helmuth von Grolman**

Wahl am 19. Februar 1959 (3. WP; 62. Sitz.)

Wahlvorschlag des Ausschusses für Verteidigung:

General a. D. *Helmuth von Grolman*

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen	415
	davon: Ja-Stimmen	366
	Nein-Stimmen	16
	Stimmenthaltungen	32
	ungültige Stimme	1

Vereidigung: 19. März 1959

Am 14. Juli 1961 stellt der Wehrbeauftragte *von Grolman* aus persönlichen Gründen den Antrag, ihn mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt zu entlassen, dem Bundestagspräsident D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* entspricht.

2) **Hellmuth Heye**

Wahl und Vereidigung am 8. November 1961 (4. WP, 3. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP:

Vizeadmiral a. D. *Hellmuth Heye* (MdB während der 2. und 3. WP, 1953–1961 [CDU])

Wahlergebnis:

Der Bundestag erteilt die Zustimmung, den Wehrbeauftragten durch Akklamation zu wählen. Ohne Widerspruch wird *Hellmuth Heye* durch Akklamation gewählt.

Wegen Kritik über die innere Verfassung der Bundeswehr, die der Wehrbeauftragte *Hellmuth Heye* in einer Illustrierten veröffentlicht hatte, gibt am 25. Juni 1964 (4. WP, 133. Sitz.) Bundestagspräsident D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* eine Erklärung ab und bewilligt einen von *Heye* erbetenen längeren Krankheitsurlaub.

Am 10. November 1964 bittet Wehrbeauftragter *Heye* um seine sofortige Entlassung. Diesem Verlangen wird am 11. November 1964 mit Aushändigung der Urkunde entsprochen.

3) **Matthias Hoogen**

Wahl und Vereidigung am 11. Dezember 1964 (4. WP, 153. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU/CSU:

Matthias Hoogen (MdB seit 1949 [CDU])

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen	455
	davon: Ja-Stimmen	270
	Nein-Stimmen	174
	Stimmenthaltungen	11

Der Wehrbeauftragte *Matthias Hoogen* amtiert bis zum 11. März 1970 (Wahl seines Nachfolgers: 11. März 1970).

Hinweis

Zum Abstimmverhalten bei den Wahlen der Wehrbeauftragten siehe auch Seite 3162

4) **Fritz-Rudolf Schultz**

Wahl und Vereidigung am 11. März 1970 (6. WP, 36. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP:

Fritz-Rudolf Schultz (MdB seit 1957 [FDP])

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen	499
	davon: Ja-Stimmen	268
	Nein-Stimmen	127
	Stimmenthaltungen	50
	ungültige Stimmen	4

Der Wehrbeauftragte *Fritz-Rudolf Schultz* amtiert bis zum 19. März 1975 (Wahl seines Nachfolgers am 19. 3. 1975)

Wahl eines Nachfolgers am 13. März 1975 (7. WP, 155. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD:

Werner Buchstaller (MdB seit 1961 [SPD])

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU/CSU:

Leo Ernesti (MdB seit 1965 [CDU])

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen	486
	davon: für <i>Buchstaller</i>	247
	für <i>Ernesti</i>	212
	Stimmenthaltungen	24
	ungültige Stimmen	3

Die erforderliche Mehrheit der Stimmen des Bundestages beträgt 260; sie wurde von beiden Kandidaten nicht erreicht. Die Wahl mußte deshalb wiederholt werden. Der bisherige Wehrbeauftragte, dessen Amtszeit offiziell am 10. März 1975 endet, bleibt zunächst weiter im Amt.

5) **Karl Wilhelm Berkhan**

Wahl und Vereidigung am 19. März 1975 (7. WP, 158. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD:

Karl Wilhelm Berkhan (MdB seit 1957 [SPD], seit Oktober 1969 bis 19. März 1975 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung)

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen	464
	davon: Ja-Stimmen	418
	Nein-Stimmen	21
	Stimmenthaltungen	21
	ungültige Stimmen	4

Amtszeit: ab 19. 3. 1975

Hinweise

Zum Petitionswesen haben sich mehrfach Mitglieder des Bundestages in Büchern und Zeitschriftenaufsätzen geäußert. Eine Bibliographie zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält Abschnitt 2.13.

Das Petitionsverfahren war gelegentlich auch Gegenstand in den Aussprachen zum Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

Karl Wilhelm Berkhan

Wiederwahl am 17. Januar 1980 (8. WP, 196. Sitz.)

Gemeinsamer *Wahlvorschlag* der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP:

Karl Wilhelm Berkhan (Wehrbeauftragter seit 1975)

<i>Wahlergebnis:</i>	Abgegebene Stimmen	454
	davon: Ja-Stimmen	416
	Nein-Stimmen	30
	Stimmenthaltungen	6
	ungültige Stimmen	2

Amtszeit: bis 19. März 1985¹⁾

¹⁾ Maßgebend für die Berechnung der fünfjährigen Amtszeit ist das Datum der Erstwahl (19. März 1975), nicht das der Wiederwahl.

6) Willi Weiskirch

Wahl und Vereidigung am 14. März 1985 (10. WP, 126. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP:

Willi Weiskirch (Olpe) (MdB seit 1976 [CDU])

<i>Wahlergebnis:</i>	Abgegebene Stimmen	433
	davon: Ja-Stimmen	366
	Nein-Stimmen	42
	Stimmenthaltungen	24
	ungültige Stimmen	1

Amtszeit: 20. März 1985 bis 19. März 1990

Wahl eines Nachfolgers am 29. März 1990 (11. WP, 204. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU/CSU:

Alfred Biehle (MdB seit 1969 [CSU])

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD:

Horst Jungmann (MdB seit 1976 [SPD])

<i>Wahlergebnis:</i>	Abgegebene Stimmen	476
	davon: für <i>Biehle</i>	249 ¹⁾
	für <i>Jungmann</i>	199 ¹⁾
	Stimmenthaltungen	25
	ungültige Stimmen	3

¹⁾ Die erforderliche Mehrheit der Stimmen des Bundestages beträgt 260; sie wurde von beiden Kandidaten nicht erreicht. Die Wahl mußte deshalb – wie schon einmal 1975 – wiederholt werden.

Hinweise

Zu den verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Rechtsgrundlagen, die den Wehrbeauftragten des Bundestages betreffen, sind weitere Einzelheiten in den folgenden Abschnitten zu finden:

- 8.6 Rederecht im Bundestag
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen

7) **Alfred Biehle**

Wahl und Vereidigung am 27. April 1990 (11. WP, 208. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU/CSU:

Alfred Biehle (MdB seit 1969 [CSU])

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD:

Horst Jungmann (MdB seit 1976 [SPD])

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen	492
	davon: für <i>Biehle</i>	275
	für <i>Jungmann</i>	200
	Stimmenthaltungen	16
	ungültige Stimmen	1

Amtszeit: 27. April 1990 bis 27. April 1995

8) **Claire Marienfeld**

Wahl am 30. März 1995 (13. WP, 31. Sitz.)

Vereidigung am 11. Mai 1995 (13. WP, 35. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP:

Claire Marienfeld (MdB seit 1990 [CDU])

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen	646
	davon: Ja-Stimmen	459
	Nein-Stimmen	139
	Stimmenthaltungen	46
	ungültige Stimmen	2

Amtszeit: ab 28. April 1995

Abstimmverhalten bei den Wahlen der Wehrbeauftragten

Für die nebenstehende Tabelle wurde der prozentuale Anteil der „Ja-Stimmen“ im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen errechnet.

Die Übersicht zeigt: Abgesehen vom Wehrbeauftragten *Hellmuth Heye*, der vom Bundestag durch Akklamation gewählt wurde, erreichte den höchsten und zweithöchsten Stimmenanteil beidesmal *Karl Wilhelm Berkhan* bei seiner Wiederwahl bzw. Erstwahl.

Jahr	Wahl des Wehrbeauftragten	Stimmenanteil in %
1959	<i>Helmuth von Grolman</i>	88,2
1961	<i>Hellmuth Heye</i>	–1)
1964	<i>Matthias Hoogen</i>	59,3
1970	<i>Fritz-Rudolf Schultz</i>	53,7
1975	<i>Karl Wilhelm Berkhan</i>	90,1
1980	<i>Karl Wilhelm Berkhan</i>	91,6
1985	<i>Willi Weiskirch</i>	84,5
1990	<i>Alfred Biehle</i>	52,3
1995	<i>Claire Marienfeld</i>	71,1

1) Wahl durch Akklamation

18.2 Eingaben an den Wehrbeauftragten: Statistik

Aufschlüsselung nach der Art der Eingaben

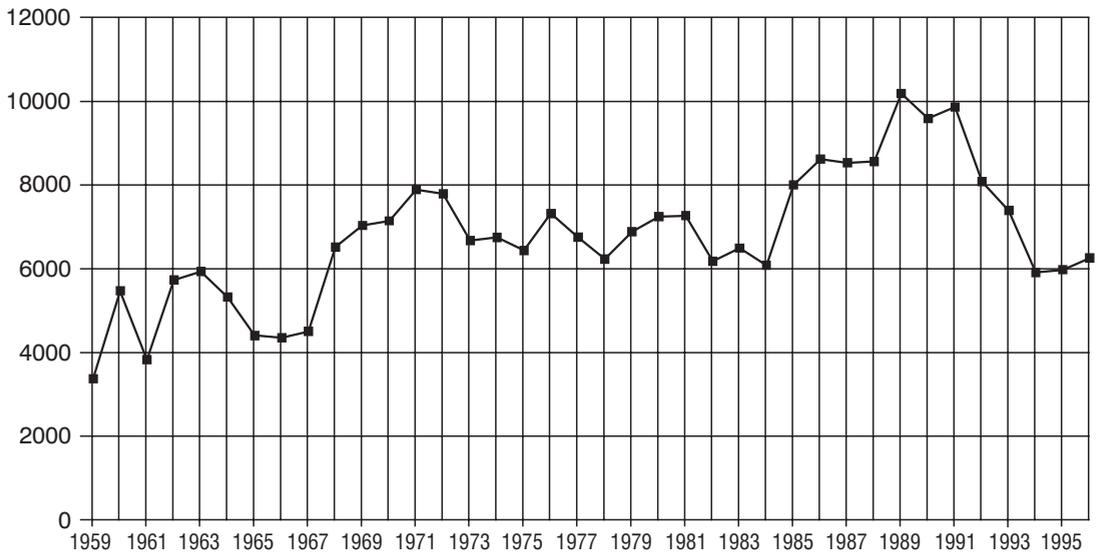
Die folgende Statistik*) gibt eine Übersicht über die in den einzelnen Berichtsjahren beim Wehrbeauftragten eingegangenen Eingaben, Beschwerden und sonstigen Vorgänge.

Berichtsjahr	Gesamtzahl der eingegangenen Eingaben usw.	davon				
		Eingaben, die den gesetzlichen Aufgabenbereich des Wehrbeauftragten nicht berühren	Sammel-eingaben	anonyme und sonstige Eingaben	Eingaben, die in die Zuständigkeit des Wehrbeauftragten fallen	Sonstige Vorgänge
1959	3 368	336	4	3	3 025	–
1960	5 471	254	17	10	5 190	–
1961	3 829	250	11	13	3 555	–
1962	5 736	170	16	13	5 537	–
1963	5 938	502	–	34	4 736	666
1964	5 322	597	–	26	4 047	652
1965	4 408	400	–	18	3 424	566
1966	4 353	519	–	24	3 810	–
1967	4 503	487	–	19	3 997	–
1968	6 517	484	–	16	6 017	–
1969	7 033	606	–	22	6 405	–
1970	7 142	550	–	16	6 576	–
1971	7 891	501	–	9	7 381	–
1972	7 789	344	12	21	7 412	–
1973	6 673	264	6	8	6 395	–
1974	6 748	249	4	4	6 491	–
1975	6 439	341	–	9	6 089	–
1976	7 319	354	–	3	6 962	–
1977	6 753	347	–	3	6 403	–
1978	6 234	259	–	10	5 965	–

*) Quelle: Die in den Berichten des Wehrbeauftragten enthaltene Geschäftsstatistik (als Drucksache des Bundestages veröffentlicht, vgl. Abschnitt 18.4).

Berichtsjahr	Gesamtzahl der eingegangenen Eingaben usw.	davon				
		Eingaben, die den gesetzlichen Aufgabenbereich des Wehrbeauftragten nicht berühren	Sammelingaben	anonyme und sonstige Eingaben	Eingaben, die in die Zuständigkeit des Wehrbeauftragten fallen	Sonstige Vorgänge
1979	6 884	276	–	13	6 595	–
1980	7 244	278	–	23	6 943	–
1981	7 265	307	–	15	6 943	–
1982	6 184	334	–	9	5 841	–
1983	6 493	397	–	49	6 047	–
1984	6 086	301	–	16	5 755	14
1985	8 002	487	–	28	7 467	20
1986	8 619	191	–	22	8 384	22
1987	8 531	80	–	22	8 419	10
1988	8 563	62	–	38	8 441	22
1989	10 190	67	–	9	10 088	26
1990	9 590	89	–	26	9 449	26

Eingaben an den Wehrbeauftragten



Berichtsjahr	Gesamtzahl der eingegangenen Eingaben usw.	davon				
		Eingaben, die den gesetzlichen Aufgabenbereich des Wehrbeauftragten nicht berühren	Sammel-eingaben	anonyme und sonstige Eingaben	Eingaben, die in die Zuständigkeit des Wehrbeauftragten fallen	Sonstige Vorgänge
1991	9 864	183	–	24	9 644	13
1992	8 084	69	–	13	7 973	29
1993	7 391	49	–	18	7 309	15
1994	5 916	66	–	21	5 810	19
1995	5 979	94	–	23	5 493	369
1996	6 264	63	–	20	6 112	69

★ Die Gesamtzahl der **Eingaben an den Wehrbeauftragten** zwischen 1959 und 1996 beträgt **256 615**.

Das Recht zur Eingabe an den Wehrbeauftragten berührt nicht das Recht des Soldaten, sich mit einer Petition an die Volksvertretung zu wenden. Tatsächlich stammen die Eingaben, die den Petitionsausschuß des Bundestages zum Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministers erreichen (rund 5 Prozent aller Eingaben), überwiegend von Soldaten.**)

■ Die weiteren bis zur Drucklegung des dritten Bandes des *Datenhandbuchs* erhältlichen Zahlen der Eingaben an den Wehrbeauftragten des Bundestages sind im NACHTRAG unter 18.2 aufgenommen.

**) Vgl. dazu *Wolf-Hartmut Reckzeh*, Die parlamentarische Petition als Rechtsschutzmöglichkeit des Soldaten. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 98. 1983. H. 2. S. 70–77.

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

Aufschlüsselung nach dem Inhalt der Eingaben

Seit dem Jahresbericht für 1988 sind die Eingaben an den Wehrbeauftragten entsprechend ihres Inhalts folgenden Kategorien zugeordnet worden, wobei der jeweils höchste Anteil innerhalb eines Berichtsjahres **fett** gedruckt ist.*)

Jahr	Eingaben insgesamt	davon entfallen auf								
		Menschenführung/ Wehrrecht/ Soldatische Ordnung ¹⁾	Personalangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten ²⁾	Personelle Fragen der Wehrpflichtigen (außer Wehrübender)	Reservistenangelegenheiten/ Wehrübungen	Heilfürsorge	Unterkünfte/ Verpflegung/Bekleidung/ Betreuung	Besoldung und besoldungsrechtliche Nebengebiete	Soziales/ Versorgung ³⁾	Sonstige Fragen
		in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1988	8 441	25,7	18,6	17,8	9,8	8,8	4,7	4,0	7,2	3,4
1989	10 088	30,5	18,7	14,9	10,6	8,8	4,0	5,0	6,2	1,3
1990	9 449	23,7	20,3	23,1	3,4	8,4	4,6	8,0	6,9	1,6
1991	9 644	17,2	23,8	17,6	2,6	6,0	3,7	17,6	10,0	1,5
1992	7 973	18,9	28,3	14,4	4,2	8,3	3,8	15,2	6,4	0,5
1993	7 309	19,3	23,4	14,0	1,5	7,2	2,8	24,8	6,7	0,3
1994	5 810	23,2	25,2	20,1	1,0	8,5	3,4	10,2	7,8	0,6
1995	5 493	22,6	23,8	18,6	2,4	9,4	4,3	12,0	6,6	0,3
1996	6 112	24,4	25,2	16,7	2,9	7,6	4,5	11,9	6,2	0,6

¹⁾ Verfassungsrechtliche Grundsätze; Schutz von Grundrechten, Leitbild des Staatsbürgers als Soldat, Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft, Rechte und Pflichten der Soldaten, Befehl und Gehorsam, Führungsstil und Führungsverhalten, Beschwerde- und Petitionsrecht, Vertrauensmänner, Beteiligungsrechte, Militärische Ausbildung, Sport, Militärische Sicherheit, Traditionspflege, Militärseelsorge, Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, Erzieherische Maßnahmen, Disziplinarangelegenheiten, Strafrechtsangelegenheiten, Fristlose Entlassung, Nachdiensten, Vorläufige Festnahme, Maßnahmen nach dem Gesetz über die Anwendung des unmittelbaren Zwanges, Gnadenrecht, Dienstzeitbelastung u. ä.

²⁾ Laufbahnfragen, Versetzungen und Kommandierungen, Beurteilungen, Urlaub/Dienstbefreiung u. ä.

³⁾ Berufsförderung, Sozialversicherungsangelegenheiten, Schul- und Studienfürsorge, Unterhaltssicherung, Wohnungsfürsorge u. ä.

18.3 Weisungen an den Wehrbeauftragten

„Der Wehrbeauftragte wird auf Weisung des Bundestages oder des Bundestagsausschusses für Verteidigung zur Prüfung bestimmter Vorgänge tätig.“^{**)} Das im März 1982 verabschiedete Änderungsgesetz stellt – in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre sowie der Verfassungs- und

*) Die Statistik der früheren Berichte wurde nicht übernommen, weil die Kategorien mehrmals gewechselt haben.

**) § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages vom 26. 6. 1957; inhaltlich identisch ist § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten vom 16. Juni 1982.

Verwaltungspraxis – klar, daß der Wehrbeauftragte bei der Wahrnehmung aller seiner Aufgaben als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle handelt.

In der Zeit von 1959 bis 1996 wurden dem Wehrbeauftragten vom Verteidigungsausschuß 22 Weisungen erteilt und zwar:*)

Jahr	lfd. Nr.	Thema des Vorganges
1960	1	Verunglimpfung der Bundeswehr bei einer Kabarettveranstaltung in Ulm
1962	2	Mißhandlung Untergebener in Nagold
1966	3	Nichtbeförderung eines Offiziers
	4	Nichtbeförderung eines Offiziers
	5	Vortrag eines Soldaten anlässlich der Gründungsveranstaltung der Ortsgruppe Bergzabern des „Stahlhelm e.V.“
	6	Mißhandlung von Untergebenen während der Grundausbildung durch einen Vorgesetzten
	7	Unfall eines Kindes beim Hantieren mit Darstellungsmunition auf einem Truppenübungsplatz
	8	Tod eines Soldaten während einer Sportübung
	9	Ungerechte Behandlung von Untergebenen durch Vorgesetzte
1967	10	Tödlicher Unfall eines Soldaten im Zusammenhang mit der Vollstreckung einer Disziplinarstrafe
	11	Unfall eines Soldaten im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Darstellungsmunition
	12	Mißhandlung eines Untergebenen
1969	13	Überfall auf das Munitionsdepot Lebach
1971	14	Schießunfall im Lager Riedheim
	15	Einschränkung des Petitionsrechts gegenüber Angehörigen einer Marinefliegerinheit
1972	16	Überfall auf einen Soldaten durch Jugendliche in München
1975	17	Demonstration von Soldaten in Uniform vor dem Bundesministerium der Verteidigung
1976	18	Todesfall eines Unteroffiziers
	19	Beurteilung von Offizieren

*) Zusammengestellt nach den Jahresberichten des Wehrbeauftragten. Vgl. auch *Julius Oertel*, Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und sein Verhältnis zum Parlament. Bonn o. J. (1978). S. 54–55.

Hinweis

Zur verwaltungsmäßigen Eingliederung des Amtes des Wehrbeauftragten in die Verwaltung des Bundestages vgl. Abschnitt 22.1: Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung.

Jahr	lfd. Nr.	Thema des Vorganges
1980	20	Uniformverbot für die Teilnahme an drei vom Deutschen Bundeswehrverband e. V. angekündigten Informationsveranstaltungen zum Dienstzeitausgleich
1981	21	Erfahrungsbericht und Vorschläge aufgrund des Truppenbesuches vom 2. bis 4. August 1980 in Beja/Portugal
1988	22	Untersuchungsauftrag Fallschirm „T-3 F“

In den 37 Jahren seiner Existenz hat der Wehrbeauftragte noch keine Weisung des Bundestages, d. h. des Plenums erhalten, einen Vorgang aus dem Bereich seiner Zuständigkeit zu untersuchen.

Die seltene Inanspruchnahme des Wehrbeauftragten durch den Bundestag griff der Wehrbeauftragte *Fritz-Rudolf Schultz* in seinem Jahresbericht für 1974 auf (S. 7). Mit großem Nachdruck wies er darauf hin, daß sich nach seiner Auffassung in dieser Praxis des Bundestages „das distanzierte Verhältnis“ des Parlaments zu seinem eigenen Kontrollorgan mehr als deutlich zeige, zumal das Weisungsrecht des Parlaments bzw. des Verteidigungsausschusses gegenüber dem Wehrbeauftragten „ursprünglich als Kernbereich der Aufgabenstellung konzipiert“ worden sei. Bundestag und Verteidigungsausschuß haben „praktisch“ trotz ihrer parlamentarischen Kontrollpflicht „auf die Ausübung ihres Weisungsrechts gegenüber ihrem eigenen Organ“ verzichtet (vgl. *Oertel*, a. a. O., S. 55).

★ Die Gesamtzahl der **Weisungen an den Wehrbeauftragten** durch den **Verteidigungsausschuß des Bundestages** zwischen 1959 und 1996 beträgt **22**.

18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Dem Bundestag ist mehrfach vorgeworfen worden, die Kontrollmöglichkeiten seines neuen Hilfsorgans vor allem in den ersten Jahren vernachlässigt zu haben. Aus der Art, wie der Bundestag in der Anfangszeit die Jahresberichte des Wehrbeauftragten behandelt hat, wurde auf sein mangelndes Interesse gegenüber der neuartigen Institution geschlossen. So sind die ersten Jahresberichte erst mit Verzögerung und ohne Aussprache vom Plenum lediglich zur Kenntnis genommen worden.

Dies veranlaßte 1964 den damaligen Wehrbeauftragten *Hellmuth Heye*, sich unmittelbar an die Öffentlichkeit zu wenden, zumal er im Plenum des Bundestages nicht sprechen konnte. Im Januar 1965 wurden deshalb die geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß dem Wehrbeauftragten in einer Bundestagssitzung das Wort erteilt werden kann, sofern eine bestimmte Zahl von Abgeordneten dies verlangt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Jahresberichte seit 1959 und ihre Beratung durch den Deutschen Bundestag.

Hinweis

Zur Regelung der „Redepflicht“ des Wehrbeauftragten im Bundestag enthält Einzelheiten der Abschnitt 8.6: Rederecht im Bundestag.

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1959	8. 4. 1960	III/1796	III/2937	165.	29. 6. 1961	S. 9670	} keine Beratung, nur Kenntnisnahme ¹⁾
1960	14. 4. 1961	III/2666	III/2937	165.	29. 6. 1961	S. 9670	
1961	27. 4. 1962	IV/371	IV/477	36.	27. 6. 1962	S. 1555	keine Beratung, nur Kenntnisnahme
1962	11. 4. 1963	IV/1183	IV/1377	117.	21. 2. 1964	S. 5359 ff.	Redner: <i>Seffrin</i> (CDU/CSU) [Berichterstatter] – <i>Paul</i> (SPD) – <i>Schultz</i> (FDP) – <i>Seffrin</i> (CDU/CSU) – BMin d. Verteidigung <i>von Hassel</i> (CDU/CSU)
1963	4. 6. 1964	IV/2305	IV/2795	153.	11. 12. 1964	S. 7585 ff.	Beratung in Verbindung mit Großer Anfrage der FDP betr. Lage in der Bundeswehr; Redner: <i>Schultz</i> (FDP) – <i>Seffrin</i> (CDU/CSU) [Berichterstatter] – <i>Paul</i> (SPD) – BMin d. Verteidigung <i>von Hassel</i> (CDU/CSU) (zuvor Wahl und Vereidigung des Wehrbeauftragten <i>Hoogen</i>)
				156./157.	20. 1. 1965 21. 1. 1965	S. 7667 ff.	Fortsetzung der Beratung in Verbindung mit 3. Beratung des Haushaltsgesetzes 1964, Einzelplan 14 (BMin d. Verteidigung): 13 weitere Wortmeldungen
1964	4. 6. 1965	IV/3524	V/1641	109.	11. 5. 1967	S. 5179 ff.	} Redner: <i>Rommerskirchen</i> (CDU/CSU) – <i>Buchstaller</i> (SPD) – <i>Schultz</i> (FDP)
1965	7. 7. 1966	V/820	V/1641	109.	11. 5. 1967	S. 5179 ff.	
1966	31. 5. 1967	V/1825	V/1926	117.	29. 6. 1967	S. 5903 ff.	Redner: <i>Klepsch</i> (CDU/CSU) – <i>Jung</i> (FDP) – <i>Buchstaller</i> (SPD) – <i>Klepsch</i> (CDU/CSU) – <i>Jung</i> (FDP) – Wehrbeauftragter <i>Hoogen</i> – <i>PStS Adorno</i> (CDU/CSU)

¹⁾ Dazu kritisch Vizepräsident *Carlo Schmid*: „Ich nehme nicht an, daß dies in jedem Jahr die Form der Erledigung der Berichte des Wehrbeauftragten sein wird und es so bleiben sollte. Wahrscheinlich hätten wir, wenn wir nicht am Ende der Periode ständen, der Tätigkeit des Wehrbeauftragten in unseren Beratungen mehr Zeit gewidmet, als wir jetzt wohl können. (Allgemeiner Beifall bei SPD und FDP.) Ich glaube dies feststellen zu müssen; denn das Amt des Wehrbeauftragten ist ein hohes Amt und ein wichtiges Amt.“ (a. a. O.)

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1967	22. 5. 1968	V/2948	V/3422	207.	15. 1. 1969	S. 11207 ff.	Redner: <i>Klepsch</i> (CDU/CSU) – <i>Buchstaller</i> (SPD) – <i>Schultz</i> (FDP) – <i>Ernesti</i> (CDU/CSU) – <i>Ollesch</i> (FDP) – <i>Felder</i> (SPD) – <i>Porsch</i> (FDP) – Wehrbeauftragter <i>Hoogen</i> – PStS <i>Adorno</i> (CDU/CSU)
1968	19. 2. 1969	V/3912	V/4425	244.	27. 6. 1969	S. 13603 ff.	Beratung in Verbindung mit Beratung des Weißbuches 1969 zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung, 2. Ber. eines Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes, 2. u. 3. Ber. des 4. Gesetzes zur Änderung des Wehrsoldgesetzes sowie des 8. Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes sowie des 6. Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes; 18 Wortmeldungen einschl. Wehrbeauftragter <i>Hoogen</i>
1969	26. 2. 1970	VI/453	–	36.	11. 3. 1970	S. 1743 ff.	Beratung vor Überweisung des Berichts an den Verteidigungsausschuß; Redner: Wehrbeauftragter <i>Hoogen</i> – <i>Klepsch</i> (CDU/CSU) – <i>Buchstaller</i> (SPD) – <i>Jung</i> (FDP) – BMin d. Verteidigung <i>Schmidt</i> (SPD) – PStS <i>Berkhan</i> (SPD) – <i>Zimmermann</i> (CDU/CSU) – BMin d. Verteidigung <i>Schmidt</i> (SPD) – <i>Damm</i> (CDU/CSU); anschl. Ausschußüberweisung und Wahl des neuen Wehrbeauftragten <i>Fritz-Rudolf Schultz</i>
			VI/800	54.	2. 6. 1970	S. 2813 ff.	Erklärungen der drei Fraktionen; keine Beratung des Ausschußberichts
1970	1. 3. 1971	VI/1942	VI/2168	122.	12. 5. 1971	S. 7073 ff.	Beratung in Verbindung mit Großen Anfragen der SPD und FDP bzw. der CDU/CSU betr. Sicherheitspolitik der Bundesregierung sowie Ausschußbericht über Weißbuch 1970; 22 Wortmeldungen einschl. Wehrbeauftragter <i>Schultz</i>

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1971	29. 2. 1972	VI/3232	–	181.	14. 4. 1972	S. 10522 ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an Verteidigungsausschuß; Redner: Wörner (CDU/CSU) – Buchstaller (SPD) – Jung (FDP) – PStS Berkhan (SPD)
			VI/3499	196.	23. 6. 1972	S. 11511 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter Schultz – Rommerskirchen (CDU/CSU) – Jung (FDP) – PStS Berkhan (SPD)
1972	15. 3. 1973	7/334	7/1208	67.	29. 11. 1973	S. 3997 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter Schultz – Rommerskirchen (CDU/CSU) – Buchstaller (SPD) – Krall (FDP) – PStS Berkhan (SPD)
1973	7. 3. 1974	7/1765	7/2726	134.	5. 12. 1974	S. 9160 f.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter Schultz – Stahlberg (CDU/CSU) – Buchstaller (SPD) – Graaff (FDP) – PStS Berkhan (SPD)
1974	13. 2. 1975	7/3228	–	165.	18. 4. 1975	S. 11555 ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an Verteidigungsausschuß; Redner: Schäfer (Tübingen) (SPD) – Rommerskirchen (CDU/CSU) – Krall (FDP) – Schlaga (SPD) – PStS Schmidt (SPD) – Wörner (CDU/CSU) – Wehrbeauftragter Berkhan
			7/3762	235.	8. 4. 1976	S. 16487 ff.	Beratung des Ausschlußberichts in Verbindung mit dem Jahresbericht 1975 vor dessen Überweisung an Verteidigungsausschuß; Redner: Schlaga (SPD) – Ernesti (CDU/CSU) – Möllemann (FDP)
1975	27. 2. 1976	7/4812	–	235.	8. 4. 1976	S. 16487 ff.	Beratung vor Ausschlußüberweisung: siehe oben
			7/5342	254.	25. 6. 1976	S. 18102 ff.	Beratung des Ausschlußberichts in Verbindung mit Beratung des Weißbuches 1975/1976 sowie eines CDU/CSU-Antrags betr. Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten für Unteroffiziere: 12 Wortmeldungen

Jahresbericht			Vorlagebericht des Vertei- digungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1976	3. 3. 1977	8/153	8/968	50.	20. 10. 1977	S. 3765 ff.	Beratung des Ausschußberichts; Redner: <i>Ernesti</i> (CDU/CSU) – <i>Horn</i> (SPD) – <i>Möllemann</i> (FDP) – Wehrbeauftragter <i>Berkhan</i> – PStS <i>von Bülow</i> (SPD)
1977	6. 3. 1978	8/1581	8/2224	118.	17. 11. 1978	S. 9184 ff.	Beratung des Ausschußberichts; Redner: <i>Ernesti</i> (CDU/CSU) – <i>Horn</i> (SPD) – <i>Weiskirch</i> (CDU/CSU); Vertagung wegen ungenügender Besetzung des Plenums
				123.	7. 12. 1978	S. 9591 ff.	Fortsetzung der Beratung; Redner: <i>Geßner</i> (SPD) – <i>Ludewig</i> (FDP) – PStS <i>von Bülow</i> (SPD) – <i>Würzbach</i> (CDU/CSU) – <i>Möllemann</i> (FDP) – Wehrbeauftragter <i>Berkhan</i>
1978	6. 3. 1979	8/2625	–	155.	18. 5. 1979	S. 12391 ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an Verteidigungsausschuß; Redner: <i>Ernesti</i> (CDU/CSU) – <i>Horn</i> (SPD) – <i>Möllemann</i> (FDP) – BMin der Verteidigung <i>Apel</i> (SPD)
			8/2986	163.	27. 6. 1979	S. 12968 ff.	Beratung des Ausschußberichts; Redner: <i>Krone-Appuhn</i> (CDU/CSU) – <i>Nagel</i> (SPD) – <i>Möllemann</i> (FDP) – BMin der Verteidigung <i>Apel</i> (SPD) – <i>Wörner</i> (CDU/CSU) – <i>Horn</i> (SPD) – Wehrbeauftragter <i>Berkhan</i> – <i>Tübler</i> (CDU/CSU) – <i>Ludewig</i> (FDP) – BMin der Verteidigung <i>Apel</i> (SPD)
1979	18. 3. 1980	8/3800	–	226.	26. 6. 1980	S. 18309 ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an Verteidigungsausschuß; Redner: <i>Weiskirch</i> (CDU/CSU) – <i>Horn</i> (SPD) – <i>Jung</i> (FDP) – Wehrbeauftragter <i>Berkhan</i> – BMin der Verteidigung <i>Apel</i> (SPD)
			8/4374	229.	3. 7. 1980	S. 18676	keine Beratung, nur Kenntnisnahme

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1980	17. 3. 1981	9/240	–	37.	14. 5. 1981	S. 1864 ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an Verteidigungsausschuß in Verbindung mit 1. Beratung des Änderungsgesetzes über den Wehrbeauftragten; Redner: Weiskirch (CDU/CSU) – Horn (SPD) – Möllemann (FDP) – Wehrbeauftragter Berkhan – BMin der Verteidigung Apel (SPD) – Würzbach (CDU/CSU) – Popp (FDP) – Krone-Appuhn (CDU/CSU) – Heistermann (SPD)
			9/1399	92.	12. 3. 1982	S. 5552 ff.	keine Beratung, nur Kenntnisnahme
1981	3. 3. 1982	9/1406	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß durch BTPräs am 25. 3. 1982
			9/1695	105.	9. 6. 1982	S. 6317 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Weiskirch (CDU/CSU) – Horn (SPD) – Popp (FDP) – Oldenstädt (CDU/CSU) – Heistermann (SPD) – BMin der Verteidigung Apel (SPD) – Voigt (CDU/CSU) – Möllemann (FDP) – Wehrbeauftragter Berkhan
1982	3. 3. 1983	9/2425	–	7.	18. 5. 1983	S. 313	Überweisung an Verteidigungsausschuß
			10/136	25.	29. 9. 1983	S. 1714 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Weiskirch (CDU/CSU) – Heistermann (SPD) – Ronneburger (FDP) – PStS Würzbach (CDU/CSU) – Klejdzinski (SPD) – Krone-Appuhn (CDU/CSU) – Wehrbeauftragter Berkhan

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

Jahresbericht			Vorlagebericht des Vertei- digungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1983	24. 2. 1984	10/1061	–	62.	30. 3. 1984	S.4435 ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an Verteidigungsausschuß; Redner: <i>Krone-Appuhn</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Feldmann</i> (FDP) – <i>Vogt</i> (GRÜNE) – <i>Voigt</i> (fraktionslos)
			10/1611	88.	4. 10. 1984	S.6473 ff.	Beratung des Ausschußberichts; Redner: <i>Krone-Appuhn</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Feldmann</i> (FDP) – <i>Vogt</i> (GRÜNE) – Wehrbeauftragter <i>Berkhan</i> – <i>PStS Würzbach</i> (CDU/CSU) – <i>Klejdzinski</i> (SPD) – <i>Ehrbar</i> (CDU/CSU)
1984	28. 2. 1985	10/2946	–	126.	14. 3. 1985	S.9261 ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an Verteidigungsausschuß, verbunden mit Verabschiedung des Wehrbeauftragten <i>Berkhan</i> ; Redner: BTPräs. <i>Jenninger</i> – <i>Biehle</i> (CDU/CSU) – <i>Schmidt</i> (Hamburg) (SPD) – <i>Ronneburger</i> (FDP) – <i>Vogt</i> (Kaiserslautern) (GRÜNE) – Wehrbeauftragter <i>Berkhan</i> – BMin der Verteidigung <i>Wörner</i> (CDU/CSU); anschl. Ausschußüberweisung des Berichts und Wahl des neuen Wehrbeauftragten <i>Willi Weiskirch</i>
			10/3779	160.	27. 9. 1985	S.11983 ff.	Beratung des Ausschußberichts; Redner: <i>Ehrbar</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Feldmann</i> (FDP) – <i>Lange</i> (GRÜNE) – Wehrbeauftragter <i>Weiskirch</i> – <i>Breuer</i> (CDU/CSU) – <i>Klejdzinski</i> (SPD) – <i>Steiner</i> (SPD) – BMin der Verteidigung <i>Wörner</i> (CDU/CSU) – <i>Kolbow</i> (SPD) – <i>Biehle</i> (CDU/CSU)

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1985	28. 2. 1986	10/5132	–	216.	15. 5. 1986	S. 16669	Überweisung an Verteidigungsausschuß
			10/5722	225.	26. 6. 1986	S. 17405 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Krone-Appuhn</i> (CDU/CSU) – <i>Bastian</i> (GRÜNE) – <i>Feldmann</i> (FDP) – <i>Voigt</i> (Sonthofen) (fraktionslos) – Wehrbeauftragter <i>Weiskirch</i> – <i>Steiner</i> (SPD) – <i>Breuer</i> (CDU/CSU) – <i>Kolbow</i> (SPD) – BMin der Verteidigung <i>Wörner</i> (CDU/CSU)
1986	9. 3. 1987	11/42	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß (vgl. Drs. 11/138, Ziffer 4)
			11/1131	49.	10. 12. 1987	S. 3491 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter <i>Weiskirch</i> – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Breuer</i> (CDU/CSU) – <i>Schilling</i> (GRÜNE) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Leidinger</i> (SPD) – BMin der Verteidigung <i>Wörner</i> (CDU/CSU)
1987	21. 3. 1988	11/2034	–	74.	21. 4. 1988	S. 5015	Überweisung an Verteidigungsausschuß
			11/2528	87.	23. 6. 1988	S. 5935 ff. S. 5943 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter <i>Weiskirch</i> – BTPräs <i>Jenninger</i> (CDU/CSU) – BMin der Verteidigung <i>Scholz</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Breuer</i> (CDU/CSU) – <i>Mechtersheimer</i> (GRÜNE) – <i>Nolting</i> (FDP) – BMin der Verteidigung <i>Scholz</i> (CDU/CSU) – <i>Kolbow</i> (SPD)

Hinweis

Zur verwaltungsmäßigen Eingliederung des Amtes des Wehrbeauftragten in die Verwaltung des Bundestags vgl. Abschnitt 22.1: Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung.

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1988	15. 2. 1989	11/3998	–	134.	16. 3. 1989	S. 9836	Überweisung an Verteidigungsausschuß
			11/4809	152.	22. 6. 1989	S. 11426 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter <i>Weiskirch – Breuer</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Meckersheimer</i> (GRÜNE) – BMin der Verteidigung <i>Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Steiner</i> (SPD)
1989	14. 2. 1990	11/6522	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß durch BTPräs am 22. 5. 1990
			11/7798	224.	13. 9. 1990	S. 17731 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter <i>Biehle – Breuer</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Meckersheimer</i> (GRÜNE) – BMin der Verteidigung <i>Stoltenberg</i> (CDU/CSU) – <i>Kolbow</i> (SPD)
1990	21. 3. 1991	12/230	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß durch BTPräs am 14. 6. 1991
			12/1073	41.	19. 9. 1991	S. 3359 ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter <i>Biehle – Breuer</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Koppelin</i> (FDP) – <i>Wollenberger</i> (Bündnis 90/GRÜNE) – <i>Marienfeld</i> (CDU/CSU) – <i>Steiner</i> (SPD) – BMin der Verteidigung <i>Stoltenberg</i> (CDU/CSU)

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn der Politiker, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Jahresbericht			Vorlagebericht des Vertei- digungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1991	12. 3. 1992	12/2200	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß (vgl. Drs. 12/2315, Ziffer 1.2)
			12/2782	110.	8. 10. 1992	S. 9418 B ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter <i>Biehle</i> - BMin der Verteidigung <i>Riibe</i> (CDU/CSU) – <i>Steiner</i> (SPD) – <i>Marienfeld</i> (CDU/CSU) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Wollenberger</i> (Bündnis 90/GRÜNE) – <i>Fischer</i> (Unna) (CDU/CSU) – <i>Fuchs</i> (PDS/LL) – <i>Neumann</i> (Gotha) (SPD) – <i>Breuer</i> (CDU/CSU)
1992	23. 3. 1993	12/4600	–	164.	18. 6. 1993	S. 14110 B ff.	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß verbunden mit der zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über dienstrechtliche Regelungen für besondere Verwendungen im Ausland (Auslandsverwendungsgesetz); Redner: Wehrbeauftragter <i>Biehle</i> – BMin der Verteidigung <i>Riibe</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Marienfeld</i> (CDU/CSU) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Steinbach-Hermann</i> (CDU/CSU)
			12/6322	220.	15. 4. 1994	S. 19068 D ff.	Beratung des Ausschlußberichts; Redner: Wehrbeauftragter <i>Biehle</i> – <i>Augustinowitz</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>PStS Wilz</i> (CDU/CSU)
1993	8. 3. 1994	12/6950	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß durch BTPräs am 12. 8. 1994
			12/8465	243.	21. 9. 1994	S. 21690 A	Beschlußfassung über Ausschlußbericht ohne Aussprache

Hinweis

In Abschnitt 6.20 wird versucht, die unterschiedliche parlamentarische Beanspruchung der einzelnen Ressorts zu veranschaulichen.

Jahresbericht			Vorlagebericht des Vertei- digungs- ausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichts- jahr	Vorlage- datum	Nr. der Bun- destags- Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Bemerkungen / Redner in der Aussprache
1994	7. 3. 1995	13/700	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß durch BTPräs am 27. 3. 1995
			13/2649	89.	29. 2. 1996	S. 7876 B ff.	Beratung des Ausschußberichts; Redner: <i>Augustinowitz</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>Nachtwei</i> (Bündnis 90/GRÜNE) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>von Einsiedel</i> (PDS) – <i>PStS Geiger</i> (CDU/CSU) – <i>Höfer</i> (SPD) – <i>Breuer</i> (CDU/CSU) – <i>Rauber</i> (CDU/CSU) – Wehrbeauftragte <i>Mariensfeld</i>
1995	5. 3. 1996	13/3900	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß durch BTPräs am 12. 3. 1996
			13/5400	135.	7. 11. 1996	S. 1139 B ff.	Beratung des Ausschußberichts zusammen mit Beschlußempfehlungen und Berichten des Verteidigungsausschusses zu mehreren Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS zur Abschaffung der Wehrpflicht; Redner: Wehrbeauftragte <i>Mariensfeld</i> – <i>PStS Geiger</i> (CDU/CSU) – <i>Heistermann</i> (SPD) – <i>BMin</i> der Verteidigung <i>Riße</i> (CDU/CSU) – <i>Nachtwei</i> (Bündnis 90/GRÜNE) – <i>Nolting</i> (FDP) – <i>Zwerenz</i> (PDS) – <i>Augustinowitz</i> (CDU/CSU) – <i>Schulte</i> (Hameln) (SPD) – <i>Siebert</i> (CDU/CSU) – <i>Kolbow</i> (SPD) – <i>Rose</i> (CDU/CSU)
1996 ¹⁾	11. 3. 1997	13/7100	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuß durch BTPräs am 26. 4. 1997

1) Stand: 31. August 1997

Hinweis

Angaben zur Rechtsstellung der Parlamentarischen Staatssekretäre siehe unter Abschnitt 6.4.

19 Bundesversammlung

Überblick

		Seite
19.1	Zusammensetzung nach Parteien	3180
19.2	Wahl der Bundespräsidenten	3185
19.3	Bundespräsident / Bundestagspräsident / Bundesratspräsident / Bundeskanzler	3190
19.4	Präsidentenanklage	3194

Vorbemerkung

Ein wichtiges Verfassungsorgan, in dem die Mitglieder des Bundestages mitwirken, ist die Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten zu wählen hat.

Alle wesentlichen Bestimmungen enthält Artikel 54 GG:

„(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.

(2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert 5 Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

(4) Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.

(5) Nach Ablauf der Wahlperiode beginnt die Frist des Absatzes 4 Satz 1 mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages.

(6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Bei dem in Artikel 54 Absatz 7 des Grundgesetzes geforderten Bundesgesetz handelt es sich nacheinander um

- das Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBl. S. 21),
- das Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBl. I S. 470) und
- das Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. I S. 230).

Das zuletzt genannte Gesetz gilt unverändert seit der Bundespräsidentenwahl von 1959.

19.1 Zusammensetzung nach Parteien

Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern der Länder. Aus welchen Parteien sich die Mitglieder der Bundesversammlungen

Partei	Mitglieder	Bundesversammlungen				
		1949	1954	1959	1964	1969
Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)	Bundestag	140 (+2) ¹⁾	250	279	250	252
	Länder	140 (+2)	181	238	235	230
	insgesamt	280 (+4)	431	517	485	482
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	Bundestag	131 (+5)	162	181	204	217
	Länder	148 (+4)	185	205	241	232
	insgesamt	279 (+9)	347	386	445	449
Freie Demokratische Partei (FDP) ²⁾	Bundestag	52 (+1)	52	44	66	49
	Länder	35 (+2)	60	38	38	34
	insgesamt	87 (+3)	112	82	104	83
Deutsche Partei (DP)	Bundestag	17	15	15	–	–
	Länder	11	–	9	–	–
	insgesamt	28	15	24	–	–
Bayernpartei (BP)	Bundestag	17	–	–	–	–
	Länder	17	15	6	3	–
	insgesamt	34	15	6	3	–
Zentrum (Z)	Bundestag	10	–	–	–	–
	Länder	11	12	–	–	–
	insgesamt	21	12	–	–	–
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	Bundestag	15	–	–	–	–
	Länder	25	10	–	–	–
	insgesamt	40	10	–	–	–
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV)	Bundestag	12	–	–	–	–
	Länder	12	–	–	–	–
	insgesamt	24	–	–	–	–
Deutsche Reichspartei (DRP)	Bundestag	6	–	–	–	–
	Länder	–	1	–	–	–
	insgesamt	6	1	–	–	–
Südschleswigscher Wählerverband (SSW)	Bundestag	1	–	–	–	–
	Länder	2	1	–	–	–
	insgesamt	3	1	–	–	–

bisher zusammensetzten, geht aus der folgenden Übersicht hervor. Die absolute Mehrheit der Mitglieder in der Bundesversammlung konnte bisher die CDU/CSU 1979 und 1984 erreichen.

Bundesversammlungen				
1974	1979	1984	1989	1994
234	253	253	234	317
267	278	272	245	302
501	531	525	479	619
242	224	202	193	239
228	214	224	226	263
470	438	426	419	502
42	40	35	48	78
23	26	12	23	33
65	66	47	71	111
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–
–	–	–	–	–

1) Zahlen in Klammern: Mitglieder der Bundesversammlung aus Berlin

2) in Baden-Württemberg FDP/DVP, im Saarland ab 1969 FDP/DPS

Partei	Mitglieder	Bundesversammlungen				
		1949	1954	1959	1964	1969
Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)	Bundestag	–	28	–	–	–
	Länder	–	33	20	2	–
	insgesamt	–	61	20	2	–
Hamburg Block (HB)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	9	–	–	–
	insgesamt	–	9	–	–	–
Demokratische Partei Saar (DPS)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	–	3	1	–
	insgesamt	–	–	3	1	–
Saarländische Volkspartei (SVP)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	–	–	1	–
	insgesamt	–	–	–	1	–
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	–	–	–	22
	insgesamt	–	–	–	–	22
Bremer Demokratische Volkspartei (BDV)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	1	–	–	–	–
	insgesamt	1	–	–	–	–

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages.

Partei	Mitglieder	Bundesversammlungen				
		1949	1954	1959	1964	1969
Die Grünen ⁴⁾ , Bündnis 90/ Die Grünen	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	–	–	–	–
	insgesamt	–	–	–	–	–
Partei des Demokratischen Sozialismus/ Linke Liste (PDS/LL)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	–	–	–	–
	insgesamt	–	–	–	–	–
Die Republikaner (REP)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	–	–	–	–
	insgesamt	–	–	–	–	–
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	–	–	–	–
	insgesamt	–	–	–	–	–
Fraktion Unabhängiger Abgeordneter (FUA)	Bundestag	–	–	–	–	–
	Länder	–	–	–	–	–
	insgesamt	–	–	–	–	–
Unabhängige oder Fraktionslose	Bundestag	1	2	–	1	–
	Länder	–	2	–	–	–
	insgesamt	1	4	–	1	–
Mitglieder insgesamt	Bundestag	402 (+ 8) ³⁾	509	519	521	518
	Länder	402 (+ 8) ³⁾	509	519	521	518
	insgesamt	804 (+16) ³⁾	1018	1038	1042	1036

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung

Bundesversammlungen				
1974	1979	1984	1989	1994
–	–	27	43	7
–	–	12	24	36
–	–	39	67	43
–	–	–	–	16
–	–	–	–	17
–	–	–	–	33
–	–	–	–	–
–	–	–	1	8
–	–	–	1	8
–	–	–	–	–
–	–	–	–	1
–	–	–	–	1
–	–	–	–	–
–	–	–	–	1
–	–	–	–	1
–	1	3	1	5
–	–	–	–	1
–	1	3	1	6
518	518	520	519	662
518	518	520	519	662
1036	1036	1040	1038	1324

3) Die 8 Mitglieder des Bundestages und die 8 Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses – insgesamt 16 – haben bei der 1. Bundesversammlung nicht mitgestimmt.

4) einschließlich Alternative Liste (AL) und Grün-Alternative Liste (GAL)

19.2 Wahl der Bundespräsidenten

Die tabellarische Zusammenstellung auf den folgenden Seiten*) enthält die Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl durch die Bundesversammlung seit 1949.

*) Quellen:

Unterlagen des Parlamentsarchivs.

Die Bundesversammlungen 1949–1989. Eine Dokumentation aus Anlaß der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1994. Bonn 1994.

Vgl. auch *Wolfgang Kessel*, Die Bundesversammlung. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989, S. 1599–1618.

Hinweis

Alle Wahlen im Bundestag sind im Kapitel 10 zusammengefaßt worden.

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg.	2. Wahlg.	3. Wahlg.	gewählt	Amtszeit	
1. Bundesversammlung Bonn/Bundeshaus 12. September 1949 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 804 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident Dr. <i>Erich Köhler</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Theodor Heuss</i> (FDP) <i>Kurt Schumacher</i> (SPD) <i>Rudolf Amelunxen</i> (Zentrum) ¹⁾ <i>Hans Schlange-Schöninghen</i> (CDU) ¹⁾ <i>Alfred Loritz</i> (WAV) ¹⁾ <i>Karl Arnold</i> (CDU) ¹⁾ <i>Josef Müller</i> (CSU) ¹⁾ Enthaltungen ungültige Stimmen	803	800	377 311 28 6 1 1 1 76 2	416 312 30 2 – – – 37 3	Prof. Dr. Theodor Heuss im 2. Wahlgang mit 416 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 403 Stimmen) Eidesleistung ⁶⁾ : 12. September 1949	13. September 1949 bis 12. September 1954
2. Bundesversammlung Berlin/Ostpreußenhalle 17. Juli 1954 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1018 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident D. Dr. <i>Hermann Ehlers</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Theodor Heuss</i> (FDP) <i>Alfred Weber</i> (SPD) ²⁾ Sonstige ³⁾ (nicht nominiert) Enthaltungen ungültige Stimmen	987		871 12 6 95 3	Prof. Dr. Theodor Heuss (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 871 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 510 Stimmen) ohne Eidesleistung ⁷⁾	13. September 1954 bis 12. September 1959	
3. Bundesversammlung Berlin/Ostpreußenhalle 1. Juli 1959 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1038 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU) ⁴⁾ <i>Carlo Schmid</i> (SPD) <i>Max Becker</i> (FDP) Enthaltungen	1031	1033	517 385 104 25	526 386 99 22	Dr. h. c. Heinrich Lübke im 2. Wahlgang mit 526 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen) Eidesleistung ⁶⁾ : 15. September 1959	13. September 1959 bis 12. September 1964
4. Bundesversammlung Berlin/Ostpreußenhalle 1. Juli 1964 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1042 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU) <i>Ewald Bucher</i> (FDP) Enthaltungen ungültige Stimmen	1024		710 123 187 4	710 522 522	Dr. h. c. Heinrich Lübke (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 710 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 522 Stimmen) ohne Eidesleistung ⁷⁾	13. September 1964 bis 30. Juni 1969 ⁵⁾

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg.	2. Wahlg.	3. Wahlg.	gewählt	Amtszeit
5. Bundesversammlung Berlin/Ostpreußenhalle 5. März 1969 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Gustav W. Heinemann</i> (SPD) <i>Gerhard Schröder</i> (CDU/CSU) Enthaltungen ungültige Stimmen	1023	1023	1023	Dr. Dr. Gustav W. Heinemann im 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit mit 512 Stimmen (erforderliche Mehrheit f. d. 1. u. 2. Wahlgang: 519 Stimmen) Eidesleistung ⁶⁾ : 1. Juli 1969	1. Juli 1969 bis 30. Juni 1974

1), 2), 3) usw.: Fußnoten siehe Seite 3189

Abstimmverhalten bei den Wahlen der Bundespräsidenten

Die nebenstehende Tabelle zeigt:

- Den höchsten Stimmenanteil bei der Wahl eines Bundespräsidenten erhielt *Theodor Heuss* bei seiner Wiederwahl im Jahre 1954.
- Den zweithöchsten Stimmenanteil erreichte 1989 *Richard von Weizsäcker*, ebenfalls bei seiner Wiederwahl.

Zum Abstimmverhalten bei der Wahl der Bundestagspräsidenten vgl. Abschnitt 4.1.

Jahr	Wahl von Bundespräsident	Stimmenanteil in% im		
		1. Wahlg.	2. Wahlg.	3. Wahlg.
1949	<i>Theodor Heuss</i>	46,9	52,0	–
1954	<i>Theodor Heuss</i>	88,2	–	–
1959	<i>Heinrich Lübke</i>	50,1	50,9	–
1964	<i>Heinrich Lübke</i>	69,3	–	–
1969	<i>Gustav W. Heinemann</i>	50,2	50,0	50,0
1974	<i>Walter Scheel</i>	51,3	–	–
1979	<i>Karl Carstens</i>	51,2	–	–
1984	<i>Richard von Weizsäcker</i>	80,9	–	–
1989	<i>Richard von Weizsäcker</i>	86,2	–	–
1994	<i>Roman Herzog</i>	45,9	47,2	52,7

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg. 2. Wahlg. 3. Wahlg.	gewählt	Amtszeit
6. Bundesversammlung Bonn/Beethovenhalle 15. Mai 1974 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsidentin <i>Annemarie Renger</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Walter Scheel</i> (FDP) <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) Enthaltungen	1033 530 498 5	Walter Scheel im 1. Wahlgang mit 530 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 519 Stimmen) Eidesleistung ⁶⁾ : 1. Juli 1974	1. Juli 1974 bis 30. Juni 1979
7. Bundesversammlung Bonn/Beethovenhalle 23. Mai 1979 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagsvizepräsidenten <i>Richard Stücklen,</i> <i>Dr. Hermann Schmitt-</i> <i>Vockenhausen,</i> <i>Liselotte Funcke</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Karl Carstens</i> (CDU/CSU) <i>Annemarie Renger</i> (SPD) Enthaltungen ungültige Stimmen	1032 528 431 72 1	Prof. Dr. Karl Carstens im 1. Wahlgang mit 528 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 519 Stimmen) Eidesleistung ⁶⁾ : 1. Juli 1979	1. Juli 1979 bis 30. Juni 1984
8. Bundesversammlung Bonn/Beethovenhalle 23. Mai 1984 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1040 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident <i>Dr. Rainer Barzel</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) <i>Luise Rinser</i> (parteilos) ⁸⁾ Enthaltungen ungültige Stimmen	1028 832 68 117 11	Dr. Richard von Weizsäcker im 1. Wahlgang mit 832 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 521 Stimmen) Eidesleistung ⁶⁾ : 1. Juli 1984	1. Juli 1984 bis 30. Juni 1989
9. Bundesversammlung Bonn/Beethovenhalle 23. Mai 1989 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1038 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsidentin <i>Prof. Dr. Rita Süßmuth</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) Nein-Stimmen Enthaltungen ungültige Stimmen	1022 881 108 30 3	Dr. Richard von Weizsäcker im 1. Wahlgang mit 881 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen) ohne Eidesleistung ⁷⁾	1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg.	2. Wahlg.	3. Wahlg.	gewählt	Amtszeit
10. Bundesversammlung Berlin/Reichstagsgebäude 23. Mai 1994 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1324 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Roman Herzog</i> (CDU/CSU) <i>Johannes Rau</i> (SPD) <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP) <i>Jens Reich</i> (B 90/GRÜNE) <i>Hans Hirzel</i> (REP) Enthaltungen ungültige Stimmen	1319 604 505 132 62 12 2 2	1319 622 559 126 – 11 0 1	1320 696 605 – – 11 7 1	Prof. Dr. Roman Herzog im 3. Wahlgang mit 696 Stimmen (erforderliche Mehrheit f. d. 1. u. 2. Wahlgang: 663 Stimmen) Eidesleistung ⁶): 1. Juli 1994	1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999

1) nicht nominiert

2) gegen seinen Willen von der KPD vorgeschlagen

3) Je eine Stimme wurde abgegeben für *Konrad Adenauer*, *Herzog Ernst August von Braunschweig*, *Karl Dönitz*, *Prinz Louis Ferdinand von Hohenzollern*, *Marie-Elisabeth Lüders* und *Franz-Josef Wuermeling* (alle nicht nominiert).

4) Zunächst hatte am 7. April 1959 Bundeskanzler *Konrad Adenauer* für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert, diese Kandidatur jedoch am 5. Juni 1959 überraschend wieder zurückgezogen.

5) Bundespräsident *Heinrich Lübke* kündigte am 14. Oktober 1968 seinen vorzeitigen Rücktritt zum 30. Juni 1969 an, da er es nicht für zweckmäßig halte, daß die Wahlen zum 6. Bundestag in einem zeitlich engen Zusammenhang zur Wahl seines Nachfolgers stattfinden.

6) in einer gemeinsamen Sitzung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates gemäß Art. 56 GG

7) wegen Wiederwahl keine erneute Eidesleistung erforderlich

8) von der Fraktion der GRÜNEN nominiert

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zu Beginn der Wahlperiode zu den zehn jüngsten oder zehn ältesten Abgeordneten zählten (Abschnitt 3.3),
- eine mindestens 25jährige Mandatszeit aufweisen können (Abschnitt 3.4),
- zuvor Mitglied der Volkskammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- vor 1949 Mitglied in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen waren (Abschnitt 3.5).

19.3 Bundespräsident / Bundestagspräsident / Bundesratspräsident / Bundeskanzler

Die folgende Zusammenstellung enthält alle Amtsinhaber seit 1949 mit der Dauer ihrer Amtszeit. In einer Synopse auf der rechten Seite werden die maßgeblichen Bestimmungen zur Wahl, Amtsdauer und Stellvertretung von Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundesratspräsident und Bundeskanzler gegenübergestellt.

Jahr	Bundespräsident	Bundestagspräsident	Bundesratspräsident	Bundeskanzler
1949	<i>Theodor Heuss</i> 13. 9. 49 – 12. 9. 54	<i>Erich Köhler</i> 7. 9. 49 – 18. 10. 50 (Rücktritt)	<i>Karl Arnold</i> 7. 9. 49 – 6. 9. 50	<i>Konrad Adenauer</i> 20. 9. 49 – 20. 10. 53
1950		<i>Hermann Ehlers</i> 19. 10. 50 – 6. 10. 53	<i>Hans Ehard</i> 8. 9. 50 – 7. 9. 51	
1951			<i>Hinrich Wilhelm Kopf</i> 7. 9. 51 – 6. 9. 52	
1952			<i>Reinhold Maier</i> 7. 9. 52 – 6. 9. 53	
1953		<i>Hermann Ehlers</i> 6. 10. 53 – 29. 10. 54 (†)	<i>Georg-August Zinn</i> 7. 9. 53 – 6. 9. 54	<i>Konrad Adenauer</i> 20. 10. 53 – 29. 10. 57
1954	<i>Theodor Heuss</i> 13. 9. 54 – 12. 9. 59	<i>Eugen Gerstenmaier</i> 16. 11. 54 – 15. 10. 57	<i>Peter Altmeier</i> 7. 9. 54 – 6. 9. 55	
1955			<i>Kai-Uwe von Hassel</i> 7. 9. 55 – 6. 9. 56	
1956			<i>Kurt Sieveking</i> 7. 9. 56 – 31. 10. 57	
1957		<i>Eugen Gerstenmaier</i> 15. 10. 57 – 17. 10. 61	<i>Otto Suhr</i> (†) (gewählt am 21. 7. 57, vor Amtsübernahme am 30. 8. 57 verstorben)	<i>Konrad Adenauer</i> 29. 10. 57 – 14. 11. 61
1958			<i>Willy Brandt</i> 1. 11. 57 – 31. 10. 58	
1959	<i>Heinrich Lübke</i> 13. 9. 59 – 12. 9. 64		<i>Wilhelm Kaisen</i> 1. 11. 58 – 31. 10. 59	
1960			<i>Franz Josef Röder</i> 1. 11. 59 – 31. 10. 60	
1961		<i>Eugen Gerstenmaier</i> 17. 10. 61 – 19. 10. 65	<i>Franz Meyers</i> 1. 11. 60 – 31. 10. 61	
1962			<i>Hans Ehard</i> 1. 11. 61 – 31. 10. 62	<i>Konrad Adenauer</i> 14. 11. 61 – 15. 10. 63 (Rücktritt)
			<i>Kurt Georg Kiesinger</i> 1. 11. 62 – 31. 10. 63	

Fortsetzung Seite 3192

	Bundespräsident	Bundestagspräsident	Bundesratspräsident	Bundeskanzler
gewählt von	Bundesversammlung ¹⁾	Bundestag ¹⁾	Bundesrat ¹⁾	Bundestag ¹⁾
Wahlmodus	Wahl ohne Aussprache ¹⁾ , geheime Wahl ⁵⁾	geheime Wahl ²⁾	Wahl ohne Aussprache ²⁾ , offene Wahl	Wahl ohne Aussprache ¹⁾ , geheime Wahl ²⁾ , Ernennung durch den Bundespräsidenten ¹⁾
Amtseid	ja, „vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates“ ²⁾	nicht vorgesehen	nicht vorgesehen	ja, vor dem Bundestag; Eidesformel wie Bundespräsident ³⁾
Amtsdauer	5 Jahre ¹⁾	Dauer einer Wahlperiode des Bundestages ²⁾	1 Jahr ¹⁾	bis Zusammentritt eines neuen Bundestages (auf Ersuchen des Bundespräsidenten Weiterführung der Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers) ⁴⁾
anschließende Wiederwahl	nur einmal zulässig ¹⁾	unbegrenzt möglich	nicht üblich; turnusmäßige Wahl nach einer von den Ministerpräsidenten der Länder 1950 in Königstein/Taunus getroffenen Vereinbarung	unbegrenzt möglich
Abwahl oder Amtsenthebung	Anklage vor dem Bundesverfassungsgericht auf Beschluß des Bundestages oder des Bundesrates (Zweidrittelmehrheit); bei vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes kann das Bundesverfassungsgericht den Bundespräsidenten des Amtes für verlustig erklären. ³⁾	nicht vorgesehen; nur Niederlegung des Amtes möglich; Verlust des Amtes bei Ausscheiden aus dem Bundestag	nicht vorgesehen; nur Niederlegung des Amtes möglich; Verlust des Amtes bei Ausscheiden aus dem Bundesrat	Abwahl möglich durch Wahl eines Nachfolgers (konstruktives Mißtrauensvotum) ⁵⁾
Stellvertreter	Bundesratspräsident ⁴⁾	einer der Vizepräsidenten (seit 1969: aus der zweitstärksten Fraktion) ³⁾	drei Vizepräsidenten „nach Maßgabe ihrer Reihenfolge“ ³⁾	ein vom Bundeskanzler zu seinem Stellvertreter ernannter Bundesminister (Vizekanzler) ⁴⁾
Rechtsgrundlagen	1) Art. 54 GG 3) Art. 61 GG 2) Art. 56 GG 4) Art. 57 GG 5) Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung v. 25. 4. 1959, § 9	1) Art. 40 GG 2) § 2 GO BT 3) § 7 GO BT	1) Art. 52 GG 2) § 5 GO Brat 3) § 7 GO Brat	1) Art. 63 GG 2) § 4 GO BT 3) Art. 64 GG 4) Art. 69 GG 5) Art. 67 GG

Jahr	Bundespräsident	Bundestagspräsident	Bundesratspräsident	Bundeskanzler
1963			<i>Georg Diederichs</i> 1. 11. 63 – 31. 10. 64	<i>Ludwig Erhard</i> 16. 10. 63 – 26. 10. 65
1964	<i>Heinrich Lübke</i> 13. 9. 64 – 30. 6. 69 (Rücktritt)		<i>Georg-August Zinn</i> 1. 11. 64 – 31. 10. 65	
1965		<i>Eugen Gerstenmaier</i> 19. 10. 65 – 31. 1. 69 (Rücktritt)	<i>Peter Altmeier</i> 1. 11. 65 – 31. 10. 66	<i>Ludwig Erhard</i> 26. 10. 65 – 30. 11. 66 (Rücktritt)
1966			<i>Helmut Lemke</i> 1. 11. 66 – 31. 10. 67	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> 1. 12. 66 – 20. 10. 69
1967			<i>Klaus Schütz</i> 1. 11. 67 – 31. 10. 68	
1968			<i>Herbert Weichmann</i> 1. 11. 68 – 31. 10. 69	
1969	<i>Gustav W. Heinemann</i> 1. 7. 69 – 30. 6. 74	<i>Kai-Uwe von Hassel</i> 5. 2. 69 – 20. 10. 69 <i>Kai-Uwe von Hassel</i> 20. 10. 69 – 13. 12. 72	<i>Franz Josef Röder</i> 1. 11. 69 – 31. 10. 70	<i>Willy Brandt</i> 21. 10. 69 – 14. 12. 72
1970			<i>Hans Koschnick</i> 1. 11. 70 – 31. 10. 71	
1971			<i>Heinz Kühn</i> 1. 11. 71 – 31. 10. 72	
1972		<i>Annemarie Renger</i> 13. 12. 72 – 14. 12. 76	<i>Alfons Goppel</i> 1. 11. 72 – 31. 10. 73	<i>Willy Brandt</i> 14. 12. 72 – 6. 5. 74 (Rücktritt)
1973			<i>Hans Filbinger</i> 1. 11. 73 – 31. 10. 74	
1974	<i>Walter Scheel</i> 1. 7. 74 – 30. 6. 79		<i>Alfred Kubel</i> 1. 11. 74 – 31. 10. 75	<i>Helmut Schmidt</i> 16. 5. 74 – 15. 12. 76
1975			<i>Albert Osswald</i> 1. 11. 75 – 20. 10. 76	
1976		<i>Karl Carstens</i> 14. 12. 76 – 31. 5. 79 (Rücktritt)	<i>Bernhard Vogel</i> 3. 12. 76 – 31. 10. 77	<i>Helmut Schmidt</i> 15. 12. 76 – 4. 11. 80
1977			<i>Gerhard Stoltenberg</i> 1. 11. 77 – 31. 10. 78	
1978			<i>Dietrich Stobbe</i> 1. 11. 78 – 31. 10. 79	
1979	<i>Karl Carstens</i> 1. 7. 79 – 30. 6. 84	<i>Richard Stücklen</i> 31. 5. 79 – 4. 11. 80	<i>Hans-Ulrich Klose</i> 1. 11. 79 – 31. 10. 80	
1980		<i>Richard Stücklen</i> 4. 11. 80 – 29. 3. 83	<i>Werner Zeyer</i> 1. 11. 80 – 31. 10. 81	<i>Helmut Schmidt</i> 5. 11. 80 – 1. 10. 82 (konstruktives Mißtrauensvotum)

Jahr	Bundespräsident	Bundestagspräsident	Bundesratspräsident	Bundeskanzler
1981			<i>Hans Koschnick</i> 1. 11. 81 – 31. 10. 82	
1982			<i>Johannes Rau</i> 1. 11. 82 – 31. 10. 83	<i>Helmut Kohl</i> 1. 10. 82 – 29. 3. 83
1983		<i>Rainer Barzel</i> 29. 3. 83 – 25. 10. 84 (Amtsniederlegung)	<i>Franz Josef Strauß</i> 1. 11. 83 – 31. 10. 84	<i>Helmut Kohl</i> 29. 3. 83 – 11. 3. 87
1984	<i>Richard von Weizsäcker</i> 1. 7. 84 – 30. 6. 89	<i>Philipp Jenninger</i> 5. 11. 84 – 18. 2. 87	<i>Lothar Späth</i> 1. 11. 84 – 31. 10. 85	
1985			<i>Ernst Albrecht</i> 1. 11. 85 – 31. 10. 86	
1986			<i>Holger Börner</i> 1. 11. 86 – 24. 4. 87	
1987		<i>Philipp Jenninger</i> 18. 2. 87 – 11. 11. 88 (Amtsniederlegung)	<i>Walter Wallmann</i> 15. 5. 87 – 31. 10. 87 <i>Bernhard Vogel</i> 1. 11. 87 – 31. 10. 88	<i>Helmut Kohl</i> 11. 3. 87 – 17. 1. 91
1988		<i>Rita Süßmuth</i> 25. 11. 88 – 20. 12. 90	<i>Björn Engholm</i> 1. 11. 88 – 31. 10. 89	
1989	<i>Richard von Weizsäcker</i> 1. 7. 89 – 30. 6. 94		<i>Walter Momper</i> 1. 11. 89 – 31. 10. 90	
1990		<i>Rita Süßmuth</i> 20. 12. 90 – 10. 11. 94	<i>Henning Voscherau</i> 1. 11. 90 – 31. 10. 91	
1991			<i>Alfred Gomolka</i> 1. 11. 91 – 19. 3. 92	<i>Helmut Kohl</i> 17. 1. 91 – 15. 11. 94
1992			<i>Berndt Seite</i> 15. 5. 92 – 31. 10. 92 <i>Oskar Lafontaine</i> 1. 11. 92 – 31. 10. 93	
1993			<i>Klaus Wedemeier</i> 1. 11. 93 – 31. 10. 94	
1994	<i>Roman Herzog</i> 1. 7. 94 – 30. 6. 99	<i>Rita Süßmuth</i> 30. 11. 94 –	<i>Johannes Rau</i> 1. 11. 94 – 31. 10. 95	<i>Helmut Kohl</i> 15. 11. 94 –
1995			<i>Edmund Stoiber</i> 1. 11. 95 – 31. 10. 96	
1996			<i>Erwin Teufel</i> 1. 11. 96 – 31. 10. 97	
1997 ¹⁾				

¹⁾ Stand: 31. August 1997

■ Angaben zur Fortschreibung der Synopse „Bundespräsident / Bundestagspräsident / Bundesratspräsident / Bundeskanzler“ bis Anfang 1999 enthält der NACHTRAG unter 19.3.

19.4 Präsidentenanklage

Artikel 61 des Grundgesetzes sieht vor:

„(1) Der Bundestag oder der Bundesrat können den Bundespräsidenten wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht anklagen. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Bundestages oder einem Viertel der Stimmen des Bundesrates gestellt werden. Der Beschluß auf Erhebung der Anklage bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages oder von zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates. Die Anklage wird von einem Beauftragten der anklagenden Körperschaft vertreten.

(2) Stellt das Bundesverfassungsgericht fest, daß der Bundespräsident einer vorsätzlichen Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes schuldig ist, so kann es ihn des Amtes für verlustig erklären. Durch einstweilige Anordnung kann es nach der Erhebung der Anklage bestimmen, daß er an der Ausübung seines Amtes verhindert ist.“

Von diesem Artikel des Grundgesetzes ist bislang noch kein Gebrauch gemacht worden.

Hinweis

Zur **Kontrollfunktion des Bundestages** enthält das vorliegende *Datenhandbuch* Materialien in folgenden Abschnitten:

- 1.24 Wahlprüfung
- 1.30 Rechenschaftsberichte der Parteien
- 2.4 Immunitätsangelegenheiten
- 2.5 Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
- 8.5 Sondersitzungen
- 8.10 Inhalte der Plenarsitzungen
- 8.17 Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 9.12 Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG
- 11.9 Vermittlungsverfahren
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 12.5 Minderheitenrechte
- 12.6 Parlamentskontrolle der Finanzpolitik
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.1 Funktionenkataloge für das Parlament
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren

20 Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02)

Überblick		Seite
20.1	Ausgaben Einzelplan 02	3196
	– Entwicklung Bundeshaushalt insgesamt und Einzelplan 02 (Bundestag) (S. 3196)	
20.2	Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik	3198
20.3	Höhe der Diäten	3214
	– Die Entschädigungen nach den unmittelbaren Leistungsarten (S. 3215)	
	– Berichte über die Angemessenheit der Entschädigung (S. 3216)	
20.4	Mandatsbedingte Ausgaben der Abgeordneten	3223
	– Beispiel für die Mandatsausgaben eines Abgeordneten (S. 3225)	
20.5	Leistungen an die Abgeordneten	3228
20.6	Altersversorgung der Abgeordneten	3235
	– Bemühungen um die Einführung einer Abgeordnetenpension: Chronik (S. 3235)	
	– Höhe der Altersversorgung (S. 3240)	
20.7	Zuschüsse an die Fraktionen	3243
	– Entwicklung der Zuschüsse (S. 3244)	
	– Verwendung der Zuschüsse (S. 3258)	
20.8	Mitarbeiter der Abgeordneten	3260
	– Leistungen für die Abgeordneten-Mitarbeiter (S. 3261)	
	– Statistische Übersicht zur Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter (S. 3263)	
	– Sozialstruktur der Abgeordneten-Mitarbeiter (S. 3265)	
20.9	Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag	3266

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 20 sind Aspekte der Themen Abgeordnetendiäten und mandatsbedingte Ausgaben der Abgeordneten noch in folgenden Abschnitten behandelt:

- 1.30 Rechenschaftsberichte der Parteien
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe des Grundgesetzes
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag

20.1 Ausgaben Einzelplan 02

Der Haushalt des Deutschen Bundestages (einschließlich des Wehrbeauftragten) trägt innerhalb des Bundeshaushaltes die Bezeichnung „Einzelplan 02“.

In einer Übersicht auf den folgenden Seiten sind (gerundet) die jährlichen Ist-Ausgaben des Bundeshaushaltes und die Ist-Ausgaben des Bundestages (Einzelplan 02) seit 1949 zusammengestellt; außerdem ist der prozentuale Anteil des Bundestagshaushaltes gegenüber dem Bundeshaushalt errechnet worden. Aus der Übersicht ist zu erkennen, daß sich die Gesamtausgaben des Bundestages – sämtliche Personal- und sächlichen Verwaltungsausgaben zusammengerechnet – zwischen 0,07 und 0,22 Prozent des Gesamthaushaltes des Bundes bewegen.

★ *Der Gesamtbetrag der Ist-Ausgaben des Bundeshaushalts zwischen 1949 und 1996 beläuft sich auf rund 7 975 643 433 000,- DM (das sind knapp 8 Billionen Mark), die Ist-Ausgaben des Einzelplans 02 im gleichen Zeitraum auf rund 12 966 150 000,- DM (das sind knapp 13 Milliarden Mark).*

Entwicklung Bundeshaushalt insgesamt und Einzelplan 02 (Bundestag)

Haushaltsjahr ²⁾	Bundeshaushalt	Einzelplan 02/Deutscher Bundestag	
	Ist-Ausgaben ¹⁾ 1 000 DM	Ist-Ausgaben ¹⁾ 1 000 DM	in % des Bundeshaushaltes
1949	244 007	242	0,099
1950	14 685 013	14 433	0,098
1951	20 867 643	16 090	0,077
1952	23 096 474	16 428	0,071
1953	27 949 485	18 177	0,065
1954	28 189 388	23 855	0,085
1955	29 688 315	24 311	0,082
1956	33 281 182	27 002	0,081
1957	36 288 435	28 545	0,079
1958	40 446 430	31 874	0,079
1959	42 674 307	32 444	0,076
1960 ³⁾	33 089 643	25 533	0,077
1961	52 259 732	36 822	0,070
1962	57 948 354	36 795	0,063
1963	58 766 837	40 095	0,068
1964	65 543 541	47 956	0,073
1965	69 091 296	51 206	0,074
1966	72 501 548	57 588	0,079
1967	80 611 448	66 633	0,083
1968	88 082 698	89 822	0,102

¹⁾ aufgestellt nach den „Haushaltsrechnungen des Bundes“ des Bundesfinanzministeriums (gerundet)

²⁾ Bis 1960 reichte das Haushaltsjahr von April bis März des folgenden Jahres; ab 1961 entspricht das Haushaltsjahr dem Kalenderjahr.

³⁾ „Rumpfsjahr“ von April bis Dezember

Haushaltsjahr ²⁾	Bundshaushalt	Einzelplan 02/Deutscher Bundestag	
	Ist-Ausgaben ¹⁾ 1 000 DM	Ist-Ausgaben ¹⁾ 1 000 DM	in % des Bundshaushaltes
1969	97 284 943	108 295	0,111
1970	93 623 163	128 572	0,137
1971	102 503 753	148 041	0,144
1972	111 849 156	155 817	0,139
1973	125 659 959	188 511	0,150
1974	136 433 488	215 750	0,158
1975	160 079 481	223 927	0,139
1976	166 415 204	236 986	0,142
1977	173 430 583	265 605	0,153
1978	190 946 273	295 358	0,155
1979	204 662 739	321 657	0,157
1980	215 710 479	336 244	0,156
1981	233 354 626	347 816	0,149
1982	245 017 507	350 103	0,143
1983	247 103 882	363 281	0,147
1984	252 167 836	379 526	0,150
1985	257 543 671	412 692	0,160
1986	261 979 472	454 284	0,173
1987	269 503 537	498 373	0,184
1988	275 800 539	542 284	0,196
1989	290 241 608	580 539	0,200
1990	308 568 402	675 986	0,220
1991	402 331 000	796 231	0,198
1992	427 744 080	829 195	0,194
1993	457 980 864	863 883	0,189
1994	471 768 594	852 625	0,181
1995	465 032 818	855 248	0,184
1996	455 600 000	853 470	0,188

^{1), 2)} Fußnoten siehe auf der linken Seite

Jährliche Kosten des Bundestages pro Kopf der Bevölkerung

1953	0,36 DM	1976	3,85 DM
1957	0,53 DM	1980	5,44 DM
1961	0,66 DM	1983	6,17 DM
1965	0,87 DM	1987	8,12 DM
1969	1,78 DM	1990	8,55 DM
1972	2,53 DM	1994	10,48 DM

20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik

Nach Artikel 48 Abs. 3 des Grundgesetzes haben die Abgeordneten „Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung“.

Die Diäten (abgeleitet vom lateinischen Wort dies = Tag; ursprünglich „Tagegelder“) für die Mitglieder des Deutschen Bundestages setzen sich aus verschiedenen Leistungsarten zusammen:

- aus der Aufwandsentschädigung (auch Grunddiäten genannt),
- aus dem Tagegeld, dem Unkostenersatz und dem Reisekostenersatz (seit April 1977 zu einer einheitlichen Kostenpauschale zusammengefaßt).

Die Aufwandsentschädigung war ursprünglich steuerfrei. Nach Vorarbeiten durch die Diätenbesteuerungskommission, den Beirat für Entschädigungsfragen sowie den 2. Sonderausschuß beschloß 1976 der Bundestag eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bundestages. Seit Inkrafttreten des sog. Abgeordnetengesetzes vom 18. Februar 1977 ist die monatliche Entschädigung steuerpflichtig.

Neben den genannten unmittelbaren Leistungsarten haben die Abgeordneten das Recht der freien Benutzung aller Verkehrsmittel von Deutscher Bundesbahn und Deutscher Bundespost. Für aus dem Bundestag ausscheidende Abgeordnete wird ein nach der Dauer der Parlamentszugehörigkeit gestaffeltes Übergangsgeld gezahlt. Außerdem erhalten die Abgeordneten unter bestimmten Voraussetzungen ein ebenfalls gestaffeltes Ruhegeld (Altersentschädigung) (vgl. im einzelnen die folgenden Abschnitte des Kapitels 20).

Die folgende Chronik zeichnet die wichtigsten Etappen der Diätengesetzgebung seit 1949/50 sowie die Vorgeschichte der Diätenbesteuerung und des Abgeordnetengesetzes von 1976/77 nach.)*

- | | |
|---------------|---|
| 31. März 1950 | Verabschiedung des Diätengesetzes 1950: Die Aufwandsentschädigung (Grunddiäten) beträgt monatlich 600,- DM. Daneben wird für jeden Sitzungstag ein Tagegeld von 30,- DM gezahlt und ein allgemeiner Kostenersatz in Höhe von 100,- DM monatlich. Gegen Einzelnachweis kann zusätzlich ein Betrag von 200,- DM in Anspruch genommen werden. Die Kraftfahrzeugbenutzung wird mit einem Kilometergeld von 0,25 DM oder einer Pauschale von 200,- DM im Monat abgegolten. |
| 28. Mai 1954 | Verabschiedung des Diätengesetzes 1954: Die Aufwandsentschädigung wird auf monatlich 750,- DM erhöht und die Unkostenpauschale auf 700,- DM festgesetzt. Zugleich wird ein Übergangsgeld eingeführt, das beim Ausscheiden am Ende einer Wahlperiode in Höhe von drei Aufwandsentschädigungen gezahlt wird. |
| 7. Mai 1958 | Verabschiedung des Diätengesetzes 1958: Die Aufwandsentschädigung wird an die Beamtenbesoldung angekoppelt und damit dynamisiert. Der Abgeordnete erhält als Grunddiät 22,5% des Amtsgehaltes eines Bundesministers (seinerzeit 1100,- DM im Monat). Zugleich wird der Unkosten- |

*) Quellen bis 1980:

Liselotte Funcke, Abgeordnete in entscheidend veränderter Lage. Die Entschädigungsregeln sollten weiter reformiert werden. In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1980. S. 93–96 sowie *Rudolf Kabel*, Das neue Abgeordnetengesetz vom Dezember 1976. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 1. S. 3–10.

Nach 1980 Text durch die *Datenhandbuch*-Redaktion auf der Grundlage von Bundestags-Drucksachen und sonstiger Unterlagen (ab 1991 bearbeitet von *Inge Schlieper*).

ersatz aufgrund der in den Vorjahren gewonnenen Erfahrungen den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt und pauschaliert mit einer Tagegeldpauschale von 500,- DM im Monat, einer Unkostenpauschale von 600,- DM im Monat und einer Reisekostenpauschale, gestaffelt nach der Entfernung zwischen 4000,- DM und 12 240,- DM im Jahr.

6. März 1964 Verabschiedung des Diätengesetzes 1964: Die Tagegeldpauschale wird auf 1000,- DM im Hinblick auf die gestiegenen Kosten für Unterkunft und Verpflegung angehoben und darauf, daß dem Abgeordneten die Möglichkeit eröffnet werden soll, einen zweiten Wohnsitz in Bonn einzurichten.
27. März 1968 Verabschiedung des Diätengesetzes 1968: Zur weiteren Sicherung der Unabhängigkeit wird die Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung für Mitglieder des Bundestages auf Versicherungsgrundlage eingeführt. Die Abgeordneten leisten einen Beitrag in Höhe von 25% ihrer Aufwandsentschädigung. Um diese Beitragsleistung zu ermöglichen, werden die Grunddiäten auf 33 1/3% des Amtsgehaltes eines Bundesministers aufgestockt (seinerzeit 2360,- DM monatlich).
14. Juni 1968 FDP-Bundestagsfraktion bringt Gesetzentwurf über einen „Senat für Parlamentsfragen“ ein, der aus neun unabhängigen Mitgliedern bestehen soll mit der Aufgabe, zu Beginn einer Wahlperiode ein Gutachten zu erstatten über „die Angemessenheit der Entschädigung der Mitglieder des Deutschen Bundestages zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit (Artikel 48 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes) sowie ihre Ausstattung mit Hilfskräften und technischen Hilfsmitteln zur Ausübung ihres Mandats“.
28. März 1969 Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1969: Den Abgeordneten werden Aufwendungen für die Beschäftigung eines Mitarbeiters bis zu 1500,- DM ersetzt. Die damit verbundenen höheren Bürokosten führen im Jahre 1970 zu einer Anhebung der Kostenpauschale auf 1200,- DM im Monat.
- Je weiter diese Verbesserungen an dem im Grundsatz unveränderten System der Abgeordnetenentschädigung fortschreiten, desto häufiger und nachdrücklicher stellt sich im Bundestag und in der Öffentlichkeit die Frage nach einer grundlegenden Überprüfung des Systems und des Rechtscharakters der Entschädigung nach Artikel 48 Abs. 3 GG. In der Öffentlichkeit wird vor allem eine Besteuerung der Abgeordneten-Entschädigung gefordert.
28. September 1971 Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel* spricht sich anlässlich der Verleihung des Karl-Bräuer-Preises 1971 durch den Bund der Steuerzahler für eine Besteuerung der Grunddiäten aus.
24. Mai 1973 Bundestagspräsidentin *Annemarie Renger* schlägt den Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen vor, zur Beratung des Fragenkomplexes Diätenbesteuerung eine Unterkommission des Ältestenrates einzusetzen. Es wird vereinbart, die Beratungen so rechtzeitig abzuschließen, daß das Ergebnis noch vor Einbringung des nächsten Haushaltsplans vorliegt.
5. Juni 1973 Der Ältestenrat beschließt für die Frage der Diätenbesteuerung die Einsetzung einer Kommission, die aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern, Vertretern der drei Fraktionen sowie sachverständigen Gutachtern bestehen soll.

19. Juni 1973 Erste Sitzung der „Kommission für Fragen der Besteuerung der Abgeordnetenentdiäten“.
29. Oktober 1973 Die Kommission erzielt Einverständnis darüber, daß der Beginn der Steuerreform (1. Januar 1975) der geeignete Zeitpunkt für die Einführung der Diätenbesteuerung ist.
23. April 1974 Die Kommission legt einen Gesetzentwurf vor und leitet ihn zur Stellungnahme an die Fraktionen weiter. Der Entwurf sieht vor, die Grunddiäten zu besteuern und gleichzeitig anzuheben, um nach Abzug der Steuern eine angemessene Entschädigung zu gewährleisten. Bundestagspräsidentin *Annemarie Renger* richtet an die Fraktionen die dringende Bitte, den vorgelegten Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause in den Fraktionen zu behandeln.
5. Juni 1974 Der Bundestag nimmt im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Einkommensteuerreformgesetzes folgende von den Koalitionsfraktionen und von der Oppositionsfraktion eingebrachte gleichlautende Entschließungsanträge an:
 „Der Deutsche Bundestag wird so rechtzeitig Änderungen des Diätengesetzes und des Einkommensteuergesetzes verabschieden, daß die Grunddiäten mit Wirkung vom 1. Januar 1975 der Besteuerung unterliegen.
 Der Deutsche Bundestag bekundet seine Entschlossenheit, die Grundlagen für einen Beirat zu schaffen, dessen Aufgabe es sein wird, dem Deutschen Bundestag gutachtliche Vorschläge über die Höhe, Zusammensetzung und Gestaltung der Entschädigung der Abgeordneten zu unterbreiten. Dem Beirat sollen unabhängige und im öffentlichen Leben erfahrene Persönlichkeiten angehören.“
14. November 1974 Der Ältestenrat vereinbart die Bildung des in der Entschließung erwähnten Beirates, bestehend aus zehn ehrenamtlichen Mitgliedern, darunter drei ehemaligen Mitgliedern des Bundestages.
17. Dezember 1974 Konstituierung des „Beirates für Entschädigungsfragen“; Vorsitzender: der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, *Ludwig Rosenberg* (deshalb „Rosenberg-Kommission“).
5. November 1975 Vor Abschluß der Arbeiten des Beirates verkündet das Bundesverfassungsgericht das Schlußurteil im Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des ehemaligen saarländischen Abgeordneten *Karl-Heinz Schneider* gegen einige Bestimmungen des Gesetzes Nr. 970 über den Landtag des Saarlandes. Das sogenannte „Diätenurteil“ kommt hinsichtlich des Rechtscharakters der Entschädigung zu dem Ergebnis, „daß aus der Entschädigung für einen besonderen, mit dem Mandat verbundenen Aufwand eine Alimentation des Abgeordneten und seiner Familie aus der Staatskasse geworden ist als Entgelt für die Inanspruchnahme des Abgeordneten durch sein zur Hauptbeschäftigung (,full-time-job) gewordenes Mandat. Aus der Entschädigung des Inhabers eines Ehrenamtes ist die Bezahlung für die im Parlament geleistete Tätigkeit geworden. Der Abgeordnete, der dadurch natürlich nicht ,Beamter geworden, sondern – vom Vertrauen der Wähler berufen – Inhaber eines öffentlichen Amtes, Träger des ,freien Mandats und ,Vertreter des ganzen Volkes geblieben ist, erhält nicht mehr bloß eine echte Aufwandsentschädigung, er bezieht aus der Staatskasse ein Einkommen. Das gilt jedenfalls für den Bundestagsabgeordneten.“

- Das Bundesverfassungsgericht entscheidet in dem „Diäten-Urteil“:
1. Die Diäten sind zu versteuern, soweit sie Ersatz für Einkommensverluste sind.
 2. Beamte dürfen nicht neben den Bundestagsdiäten die erdiente Pension erhalten.
 3. Eine Pauschalierung der – steuerfreien – Unkostenerstattung ist in Höhe des durchschnittlichen Bedarfs zulässig.
 4. Es ist unzulässig, die Abgeordnetenentschädigung an die Beamtengehälter zu koppeln.
28. November 1975 Der Bundestag beschließt, einen Sonderausschuß mit dem Auftrag einzusetzen, ein Gesetz zu Artikel 48 GG zu erarbeiten.
10. Dezember 1975 Konstituierung des Sonderausschusses.
- Juni 1976 Der Beirat für Entschädigungsfragen schließt seine Arbeit mit einem Gutachten ab, das auch Grundlage der Beratungen des Sonderausschusses wird.
23. Juni 1976 Der Sonderausschuß legt einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages vor.
24. Juni 1976 Mit Verabschiedung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Diätengesetzes 1968 wird beschlossen, die Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Bundestages 1976 nicht anzuheben.
29. Juni 1976 Einbringung des vom Sonderausschuß vorgelegten Gesetzentwurfs.
1. Juli 1976 1. Beratung des Gesetzentwurfs, Überweisung an Sonderausschuß (federführend) und an Innen-, Rechts- und Finanzausschuß (mitberatend) und an den Haushaltsausschuß gemäß § 96 GO BT.
8. Dezember 1976 2. und 3. Beratung des Gesetzentwurfs; Verabschiedung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen.
17. Dezember 1976 Zustimmung des Bundesrates.
18. Februar 1977 Inkrafttreten des sogenannten Abgeordnetengesetzes.
- Die wesentlichen Regelungen:
1. Die Diäten, soweit sie als Arbeitsvergütung oder Einkommensersatz zu verstehen sind, werden versteuert. Sie werden auf monatlich 7500,- DM festgesetzt (ohne 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld und Ortszuschlag) und liegen insoweit etwas unter dem Einkommen eines Ministerialrats (nach B 3) mit 2 Kindern.
 2. Für Beamte entfällt jegliche Vergütung aus dem Beamtenverhältnis während ihrer Abgeordneten-Tätigkeit.
 3. Es wird eine steuerfreie Unkostenpauschale von monatlich 4500,- DM gewährt, die den Ersatz oder die steuerliche Berücksichtigung höherer Werbungskosten ausschließt. Damit sind alle mit dem Mandat verbundenen Aufwendungen abgegolten: Zweitwohnung oder Hotel in Bonn, Reisespesen, Bürokosten, Porti und Telefon, Aufwendungen für ein Büro im Wahlkreis, Zuwendungen an die Partei, Tagesspesen in Bonn und bei Parteiveranstaltungen, Repräsentation usw.
 4. Die Altersregelung für den ausgeschiedenen Abgeordneten wird von einer versicherungsrechtlichen Regelung in eine pensionsähnliche umgewandelt.

27. Dezember 1978 Bundestagspräsident *Karl Carstens* erstattet erstmals den in § 30 des Abgeordnetengesetzes vorgesehenen Bericht über die Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung; nach seiner Auffassung „ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um zu der Frage der Angemessenheit ... abschließend Stellung zu nehmen“.
11. Dezember 1979 Bundestagspräsident *Richard Stücklen* sieht im zweiten Bericht nach § 30 des Abgeordnetengesetzes davon ab, „im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Erhöhung der Entschädigung und der Kostenpauschale vorzuschlagen“.
17. September 1981 Der dritte, durch Bundestagspräsident *Richard Stücklen* vorgelegte Bericht bezeichnet die seit 1977 unveränderten Abgeordnetendiäten als „nicht mehr angemessen“. Dennoch beschließen alle drei Fraktionen des Bundestages, für 1981/82 die Entschädigung nicht zu erhöhen.
11. Oktober 1983 In dem vierten, durch Bundestagspräsident *Rainer Barzel* erstatteten Bericht nach § 30 des Abgeordnetengesetzes wird erneut die seit sieben Jahren „eingefrorene“ Abgeordnetenentschädigung als „derzeit nicht angemessen“ bezeichnet und eine „maßvolle“ Erhöhung empfohlen. (Die Ergebnisse und Schlußfolgerungen der weiteren Berichte des Bundestagspräsidenten zur Angemessenheit der Entschädigung s. unter Abschnitt 20.3 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.)
25. November 1983 Nach sechs Jahren erstmalige Novellierung des Abgeordnetengesetzes, womit die Abgeordnetenentschädigung rückwirkend zum 1. Juli 1983 von 7500 DM auf 7820 DM und die Kostenpauschale von 4500 DM auf 4700 DM erhöht werden. (Zur weiteren Entwicklung der Höhe der Diäten vgl. Abschnitt 20.3.) Zugleich wird die bisherige Verpflichtung des Bundestagspräsidenten, längstens nach zwei Jahren einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung zu erstatten, in eine jährliche Berichtspflicht umgewandelt.
10. Dezember 1986 Verabschiedung des Siebten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, wodurch verschiedene Einzelheiten des Diätenrechts neu geregelt werden, so u. a. die Bewertung, Dynamik und Berechnung der Versorgungsanwartschaft bei einer Mitgliedschaft von weniger als sechs Jahren; Nichtberücksichtigung der Kostenpauschale bei der Feststellung der Leistungsfähigkeit eines Abgeordneten bei der Berechnung von Unterhaltspflichten und bei der Zumessung eines Strafmaßes; Vereinbarkeit von Bundestagsmandat und Hochschullehrertätigkeit für Professoren sowie Höhe der Vergütung für die Hochschultätigkeit; Bereitstellung eines Informations- und Kommunikationssystems; Dauer der Zahlung des Übergangsgeldes nach Beendigung der Mandatszeit; Hinterbliebenenversorgung bei Tod während der Mitgliedschaft im Bundestag.
9. November 1989 Verabschiedung des Elften Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes und des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes. Damit wird mit Beginn der 12. Wahlperiode die Alterssicherung der Abgeordneten folgendermaßen neu gestaltet:
- Regelung der Abgeordnetenversorgung in Anlehnung an die Strukturreform der Beamtenversorgung: Gewährung einer Altersentschädigung erst nach einer Mitgliedschaft im Bundestag von 8 Jahren (vorher 6 Jahre), Absenkung der Steige-

rungsrate um 1 v. H., Erreichung der Höchstversorgung erst nach 18 Jahren (vorher 16 Jahre), kein Zuschuß zu Aufwendungen für Bestattungskosten für Abgeordnete, Gewährung eines abgestuften Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene eines verstorbenen Abgeordneten in Anlehnung an tarifrechtliche Regelungen, Anrechnung von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung; Einfügung eines § 16a in das Bundesministergesetz: Gewährung eines abgestuften Überbrückungsgeldes an Hinterbliebene von Bundesministern und Parlamentarischen Staatssekretären.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Elften Änderungsgesetzes zum Abgeordnetengesetz beschließt der Bundestag:

„Es wird bei der Präsidentin des Deutschen Bundestages angeregt, zu einer Überprüfung der für die Mitglieder des Deutschen Bundestages bestehenden materiellen Regelungen und Bestimmungen einschließlich der Grundsätze bei der Vorbereitung des gemäß § 30 Abgeordnetengesetz vorzulegenden Vorschlags zur Anpassung der Entschädigung den Rat von unabhängigen fachkundigen und erfahrenen Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Gruppierungen einzuholen.“

Aufgrund dieser Anregung werden von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* gebeten, sich als Berater zur Verfügung zu stellen:

Prof. Dr. *Arnulf Baring* (Freie Universität Berlin),

Ernst Breit (bis 23. Mai 1990 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes),

Dr. *Ernst Gerhard Erdmann* (Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände),

Lothar Haase (ehemaliger Vizepräsident des Europäischen Rechnungshofes),

Ludwig Höhle (Vizepräsident des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands),

Georg Leber (Bundesminister a. D.),

Dr. *Gisela Niemeyer* (Bundesverfassungsrichterin a. D.),

Dr. *Heinrich Reiter* (Präsident des Bundessozialgerichts),

Prof. Dr. *Hans-Peter Schneider* (Universität Hannover),

Paul Schnitker (Präsident der Handwerkskammer Münster) und

Erhard Senninger (Präsident des Deutschen Anwaltvereins).

6. Februar bis
16. Mai 1990

In fünf Sitzungen – am 6. Februar, 7. März, 25. April sowie am 9. und 16. Mai 1990 – befassen sich die Berater unter Vorsitz von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Beteiligung der Vizepräsidenten sowie von Fraktionsgeschäftsführern mit den Leistungen an die Abgeordneten, ehemaligen Abgeordneten und ihre Hinterbliebenen und beraten über die anzuwendenden Grundsätze bei der Vorbereitung des gemäß § 30 Abgeordnetengesetz vorzulegenden Vorschlags zur Anpassung der Entschädigung und der Kostenpauschale.

13. Juni 1990

Der Sachverständigenrat veröffentlicht seinen Bericht (BT-Drucksache Nr. 11/7398), in dem er die derzeitige Regelung für Entschädigung und Kostenpauschale als unangemessen bezeichnet und sich für höhere Diäten ausspricht. Das Gremium faßt sein Beratungsergebnis in den folgenden 14 Thesen zusammen:

1. Die Orientierung der Abgeordnetenentschädigung allein an den Einkünften des öffentlichen Dienstes, insbesondere der Vergleich zu den Bezügen der kommunalen Verwaltungsbeamten, wird weder der Eigenart des Abgeordneten-

- mandats noch der Rechtsprechung zur Angemessenheit der Entschädigung gerecht.
2. Eine angemessene Abgeordnetenentschädigung muß sicherstellen, daß auch nicht abhängig Beschäftigte, insbesondere selbständig und freiberuflich Tätige, die Grundlage ihres ursprünglichen Erwerbseinkommens, nämlich Praxis und Betrieb, im Wege bezahlter Vertretungsregelung ohne Nachteile für die Zeit nach Beendigung des Mandats erhalten können.
 3. Eine angemessene Entschädigung kann nur ermittelt werden unter Einbeziehung der nach Verantwortung, Belastung und dem verfassungsrechtlichen Rang entsprechenden Positionen in Wirtschaft, Verwaltung und Politik; statistische Durchschnittsentgelte allein reichen dazu nicht aus.
 4. Infolge der zwischen 1977 und 1983 unterlassenen und zwischen 1983 und 1989 ausnahmslos an gemittelten Tariflohnsteigerungen ausgerichteten Anhebungen der Abgeordnetenentschädigung liegt die derzeitige Höhe der Entschädigung 30% bis 40% unter dem eigentlich verfassungsrechtlich angemessenen Betrag.
 5. Die Erstattung durch das Mandat verursachter Kosten gegen Einzelnachweis ist wegen rechtlicher Bedenken und unverhältnismäßigen Aufwandes abzulehnen; die Pauschalierung ist beizubehalten.
 6. Die derzeitige Kostenpauschale als Kern der Amtsausstattung wird im Hinblick auf die tatsächliche Preisentwicklung ihrer Aufgaben nicht mehr gerecht, die mandatsbedingten Ausgaben zu decken. Aufgrund der veränderten Struktur des mandatsbedingten Aufwandes ist eine Überprüfung notwendig, welche Art von Ausgaben in welcher Höhe typischerweise bei einem Abgeordneten heute anfallen.
 7. Die Anpassung einer als angemessen neu festgesetzten Kostenpauschale darf sich künftig nicht allein an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten orientieren, sondern muß die statistisch belegten Preissteigerungsraten bei den der Pauschale zugrundeliegenden Ansätzen berücksichtigen.
 8. Die übrige Amtsausstattung der Abgeordneten deckt den Mindestbedarf der zur Wahrnehmung des Mandats notwendigen und angemessenen Sachausstattung. Ergänzender Maßnahmen bedarf es gegebenenfalls nur im Hinblick auf die Schaffung genereller Regelungen für zusätzliche Leistungen an behinderte Abgeordnete.
 9. Die für Abgeordnete ohne Anwartschaft auf Altersentschädigung bestehende Wahlmöglichkeit der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung ist dahin zu erweitern, daß diese auch in anderen Altersversorgungssystemen, z. B. in berufsständischen Versorgungswerken, erfolgen kann.
 10. Für Abgeordnete, die eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf Altersentschädigung erreicht haben, ist die Möglichkeit des Wechsels in ein anderes Altersversorgungssystem zu prüfen, allerdings unter der Bedingung, daß dadurch Mehrbelastungen des Bundeshaushalts nicht eintreten. Eine Kapitalisierung erworbener Anwartschaften und Ansprüche muß ausgeschlossen bleiben.
 11. Im Rahmen der Hinterbliebenenversorgung bedarf die Höhe des Witwengeldes in den Fällen einer Überprüfung, in denen der Verstorbene im Zeitpunkt des Todes dem Deutschen Bundestag angehörte, aber noch keine Anwartschaft auf eine Altersentschädigung in Höhe von 50% der Entschädigung erreicht hatte.
 12. Die nach § 30 Abgeordnetengesetz vorgeschriebene jährliche Überprüfung und Anpassung der Abgeordnetenentschädigung ist mit der Maßgabe beizubehalten, daß der Bericht des Präsidenten zur Angemessenheit künftig nicht mehr zum 31. Mai, sondern zum 30. September eines Jahres zu erstatten ist.
 13. Der Überprüfung der Angemessenheit der Entschädigung ist die Entwicklung aller Erwerbseinkommen einschließlich der selbständig und freiberuflich Tätigen zugrunde zu legen. Deshalb ist im Vergleich zum bisherigen Verfahren zusätzlich auch der Anstieg der Bruttolohn- und Gehaltssumme und des Volks-

einkommens, jeweils bezogen auf den einzelnen Erwerbstätigen, darzustellen und zu berücksichtigen.

14. Eine dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Angemessenheit entsprechende Abgeordnetenentschädigung liegt um derzeit mindestens 3 000 DM monatlich über der jetzigen Entschädigung. Es ist Sache des Deutschen Bundestages, darüber zu beschließen, in welcher Zeit und in welcher Form der bestehende Rückstand aufgeholt werden soll. Dies könnte etwa durch jährliche Erhöhungen in einzelnen Raten verteilt auf vier bis sechs Jahre geschehen, die zu den laufenden Anpassungsbeträgen hinzukommen.
13. September 1990 Mit Verabschiedung des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes wird der bisher vorgeschriebene Termin für die Vorlage des Berichts zur Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung vom 31. Mai auf den 30. September verschoben, da bis Ende Mai „erfahrungsgemäß weder die Entwicklung im tariflichen Bereich noch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausreichend überblickt werden“ kann (so in der Begründung zum Gesetzentwurf; Drucksache 11/7426).
10. Oktober 1991 In ihrem Bericht über die Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung (BT-Drucksache Nr.12/1267) erklärt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, der Bundestag bleibe aufgefordert, „auf der Grundlage auch des Berichts der Berater vom 13. Juni 1990 darüber zu befinden, ob, in welcher Zeit und ggf. in welcher Form die Abgeordnetenentschädigung, ungeachtet ihrer möglicherweise jährlichen Anpassung an die fortschreitende Einkommensentwicklung, strukturell anzuheben ist“.
7. November 1991 Der Bundestag verabschiedet das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes. Danach werden die Diäten der Bundestagsabgeordneten rückwirkend zum 1. Juli 1991 um 4,8% von 9 664 DM auf 10 128 DM angehoben. Die Kostenpauschale wird um 5,9% von 5 443 DM auf 5 765 DM erhöht.
17. Juni 1992 Auf einer gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Ältestenrat verständigen sich die im Bundestag vertretenen Parteien darauf, eine unabhängige Kommission zur Überprüfung des gesamten Abgeordnetenrechts einzusetzen. Sie soll bis Ende des Jahres ihren Bericht vorlegen. Nach Aussage von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* sei es dann Sache des Parlaments, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Die Kommission solle Vorschläge machen, entscheiden müsse der Bundestag.
- Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* lehnt den aus den Reihen des Bundestages geäußerten Vorschlag, die Höhe der Abgeordnetenbezüge in Zukunft durch eine unabhängige Präsidialkommission verbindlich festlegen zu lassen, ab. Er sei zwar bereit, eine Kommission zu berufen, sie dürfe aber nur Empfehlungen erarbeiten. Die Entscheidung über die Diäten müsse da bleiben, wo sie nach dem Grundgesetz hingehöre, im Bundestag.
25. Juni 1992 Auf übereinstimmenden Vorschlag aller im Bundestag vertretenen Fraktionen und Gruppen hin beschließt der Ältestenrat die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts, die sich insbesondere mit der Diätenproblematik und den Altersgeldregelungen beschäftigen soll. Der Auftrag des Ältestenrates an die Kommission lautet: „Mit sofortiger Wirkung wird eine Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts eingesetzt. Bei dieser Überprüfung sollen auch die Rechtsver-

hältnisse der Mitglieder anderer Verfassungsorgane sowie die entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften berücksichtigt werden. Der Kommission wird empfohlen, den Rat weiterer Sachverständiger einzuholen. Das Ergebnis der Überprüfung des Abgeordnetenrechts ist in Form eines Berichts bis zum Ende des Jahres vorzulegen.“

7. Juli 1992 Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts konstituiert sich in Anwesenheit von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Vizepräsident *Helmuth Becker*. Ihr gehören elf Persönlichkeiten aus unterschiedlichen beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen an. Neben Vertretern von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und aus dem sozialen Bereich sitzen Experten für öffentliches Recht, Verfassungs- und Rentenrecht. Aktive Parlamentarier sind in der Kommission nicht vertreten. Vorsitzender ist Prof. Dr. *Otto Rudolf Kissel*, Präsident des Bundesarbeitsgerichts.

Die Bundestagspräsidentin betont vor der Kommission, daß es angesichts einer zunehmenden öffentlichen Kritik, „Politiker sorgten nur für sich selbst“, immer schwerer werde, die in diesem Zusammenhang notwendigen Entscheidungen des Gesetzgebers in eigener Sache zu vermitteln. Der Ältestenrat habe „ganz bewußt vor allem Praktiker aus allen beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen berufen“.

15. Oktober 1992 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* erstattet ihren jährlichen Bericht über die Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung (Bundestags-Drucksache 12/3470). Sie nimmt darin Bezug auf die am 25. Juni eingesetzte Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts, zu deren Beratungsgegenständen die Frage gehöre, ob und in welcher Weise das Parlament auch in Zukunft verpflichtet sein wird, über die Angemessenheit der Entschädigung seiner Mitglieder selbst zu entscheiden. In Abänderung der bisher üblichen Verfahrensweise schlägt sie daher im Benehmen mit dem Ältestenrat vor, ihren Bericht der Kommission unmittelbar zuzuleiten mit der Bitte um Stellungnahme zu der Frage der derzeitigen Angemessenheit der Entschädigung. Die Bundestagspräsidentin schlägt eine Anhebung der Entschädigung um 4,7% auf 10 604 DM vor.

Die Kommission lehnt eine Stellungnahme zu dieser aktuellen Frage unter Hinweis auf ihren umfassenderen Arbeitsauftrag ab.

15. Januar 1993 Verabschiedung des Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, womit die Entschädigung für die Abgeordneten rückwirkend zum 1. Juli 1992 um 2,35% auf 10 366 DM angehoben wird. Die Kostenpauschale erhöht sich um 3,69% auf 5 978 DM.

8. Juni 1993 Nach einjähriger Tätigkeit überreicht die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* ihren Bericht (Bundestags-Drs. 12/5020). Bei der Übergabe des Berichtes erläutert der Kommissionsvorsitzende Prof. Dr. *Otto Rudolf Kissel*: „Wir sind weder als Sparkommission noch zum Bau eines Triumphbogens angetreten.“ Der Bericht solle vielmehr einen Beitrag zur „Stärkung des parlamentarischen Gedankens“ darstellen. Ziel sei es gewesen, zu mehr Klarheit zu finden, so daß die Bestimmungen und Lösungsmöglichkeiten auch für Nichtfachleute durchschaubar seien.

Die Kommission schlägt unter anderem vor, die Bezüge der Abgeordneten mit Beginn der nächsten Wahlperiode von derzeit 10 336 DM auf 14 000 DM anzuheben. Die steuerfreie Kostenpauschale soll von 5 978 DM auf 7 000 DM steigen, wobei 1 000 DM als nicht nachweispflichtiger Pauschbetrag für die direkte Wahlkreisbetreuung gelten. Die restlichen 6 000 DM sollen nur gegen Nachweis erstattet werden. Eine Geltendmachung von Werbungskosten beim Finanzamt soll ebenso ausgeschlossen werden wie ein Bezug von Weihnachtsgeld.

Das Altersruhegeld soll in Zukunft für die Abgeordneten je Jahr der Mitgliedschaft 2,5% der Entschädigung betragen. In dem Bericht wird vorgeschlagen, den Anspruch auf maximal 60% der Entschädigung (zur Zeit 75%) zu begrenzen, wobei dieser Betrag erst nach 24 Jahren der Parlamentszugehörigkeit erreicht werden kann (derzeit 18 Jahre). Bei einer durchschnittlichen Verweildauer im Bundestag von rund 11 Jahren bedeutet das eine Senkung der Versorgungsbezüge um 20%. Das Mindestalter für die Pensionsansprüche soll von zur Zeit 55 auf 63 Jahre angehoben werden. Das Übergangsgeld nach dem Ausscheiden aus dem Parlament soll 75% der Entschädigung betragen und für jedes vollendete Mitgliedsjahr für einen Monat, längstens aber für 12 Monate gewährt werden.

Auch in Zukunft soll der Gesetzgeber über die Angemessenheit der Entschädigung selbst befinden und eine als notwendig erachtete Erhöhung der Bezüge beschließen können. Die Kommission empfiehlt jedoch dem Bundestag, zur Vorbereitung dieser Entscheidung künftig den Rat von externen Sachverständigen einzuholen.

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* versichert, daß der Bericht nicht „als Archivmaterial“ zu den Akten gelegt werde, und kündigt eine eingehende Prüfung der Vorschläge an. Der Kommissionsbericht werde daher zunächst an die Fraktionen des Bundestages und an die Rechtsstellungskommission des Ältestenrates weitergeleitet, aber auch an die Landtage, an Bürgerschaften und Abgeordneten Häuser, die in die Beratungen zur Umsetzung der Empfehlungen einbezogen werden sollen.

Bei den Parteien stoßen die Vorschläge der Kommission überwiegend auf Skepsis. Vertreter der Bundestagsfraktionen äußern die Ansicht, bei der derzeitigen Finanznot passe eine Diätenerhöhung nicht in die politische Landschaft, und regen an, die Entscheidung darüber in die nächste Wahlperiode zu verschieben.

30. September 1993

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* erstattet den jährlichen Bericht über die Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung (Bundestags-Drs. 12/6040). Im Hinblick auf die noch andauernden parlamentarischen Beratungen über die Vorschläge und Empfehlungen der *Kissel*-Kommission einerseits und die angespannte Wirtschafts- und Haushaltslage andererseits schlägt sie im Benehmen mit dem Ältestenrat vor, trotz der im Grunde notwendigen Anhebung der Diäten und der Aufwandsentschädigung für 1993 nicht zu erhöhen. (Der Ältestenrat stimmt dem Vorschlag an 28. Oktober zu.)

24. Juni 1994

Bundestagsvizepräsident *Helmuth Becker* (SPD) spricht sich dafür aus, die Abgeordnetenbezüge in der kommenden (13.) Wahlperiode um fast 40% zu erhöhen. Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts habe festgestellt, daß die Diäten hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben seien. Deshalb sollten die vor Jahresfrist eingereichten Vorschläge der Kommission unmittelbar nach der Bundestagswahl umgesetzt werden. Der Vorschlag stößt auch bei Abgeordneten auf heftige Kritik.

7. September 1994 Der Bundestag wird auch 1994 keine Diätenerhöhung beschließen. In ihrem Bericht über die Diätenanpassung (Bundestags-Drs. 12/8459) schreibt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*: „Die Abgeordneten leisten damit – wie schon 1993 – ihren Beitrag zu den öffentlichen Einsparungen.“ Im übrigen verweist die Bundestagspräsidentin darauf, daß in der bevorstehenden 13. Wahlperiode über die Vorschläge der *Kissel*-Kommission beraten und entschieden werden müsse.
- Mai 1995 Die Ältestenrats-Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten schlägt vor, die Diäten der Bundestagsabgeordneten in Zukunft an die Einkommen von Bundesrichtern zu koppeln. Dazu wäre eine Grundgesetzänderung notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht 1975 die Ankopplung an Beamtengehälter verboten hat. Nach den Überlegungen in der Rechtsstellungskommission soll zusammen mit der geplanten Diätenneuregelung ein Grundsatzbeschluß über die Verkleinerung des Bundestages gefaßt werden.
13. Juni 1995 Die Vorschläge der Rechtsstellungskommission zur Neuordnung der Abgeordnetenentschädigung werden zusammen mit Vorschlägen für eine Reform der Parlamentsarbeit und einer Verkleinerung des Bundestages der Öffentlichkeit präsentiert.
- Die Kommission unter Vorsitz von Bundestagsvizepräsident *Hans-Ulrich Klose* empfiehlt, die Diäten künftig an die Besoldungsgruppe „R 6“ für Bundesrichter (zur Zeit 13 809 DM) anzulehnen. Die Anpassung soll in vier Stufen bis 1998 erfolgen.
- FDP und Bündnis 90/GRÜNE lehnen eine solche Koppelung allerdings ab. Die FDP tritt statt dessen für die Einsetzung einer unabhängigen Kommission durch den Bundespräsidenten ein, die prüfen solle, ob Anhebungen von Diäten angemessen seien. Ohne einen konkreten Vorschlag dieser Kommission dürfe der Bundestag dann nicht initiativ werden. Über die Beibehaltung der steuerfreien Kostenpauschale sind sich die Fraktionen dagegen einig. Abstriche sollen die Abgeordneten bei der Altersregelung und beim Übergangsgeld nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag hinnehmen.
28. Juni 1995 Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD reichen die gemeinsamen Entwürfe zur Änderung des Grundgesetzes und zur Änderung des Abgeordnetengesetzes ein.
- Die Änderung von Artikel 48 Abs. 3 Satz 2 und 3 GG soll die verfassungsrechtliche Grundlage für die Ausfüllung des Begriffs „Angemessenheit“ schaffen. Dort soll es in Zukunft heißen: „Die Abgeordnetenentschädigung bestimmt sich nach den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht. Das Nähere, insbesondere über die Abgeordneten- und Altersentschädigung sowie die Amtsausstattung, wird durch Bundesgesetz oder aufgrund eines Bundesgesetzes geregelt.“
- Die Änderung des Abgeordnetengesetzes soll die Vorgaben des geänderten Artikels 48 Abs. 3 des Grundgesetzes hinsichtlich der Abgeordnetenentschädigung sowie der weiteren wesentlichen statusbegründenden Rechte der Abgeordneten erfüllen.
- Hinsichtlich der vorgeschlagenen Änderung des § 11 des Abgeordnetengesetzes soll die Entschädigung der Abgeordneten nach den jährlichen Bezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht (R 6) bestimmt werden, wobei die vol-

- le Höhe erst zum 1. Januar 2000 erreicht sein wird. Damit wird der jährliche Bericht des Präsidenten des Bundestages über die Angemessenheit der Entschädigung gegenstandslos.
- Mit dem Vorschlag zur Neufassung des § 12 Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes soll die monatliche Kostenpauschale weiter aufgefächert werden, um künftig eine jährliche Anpassung nach Maßgabe spezifischer Preisindizes zu ermöglichen.
 - Mit dem Vorschlag zur Änderung des § 18 des Abgeordnetengesetzes wird der Bezugszeitraum für das Übergangsgeld halbiert, zudem werden ab dem 4. Monat nach Ausscheiden alle Erwerbs- und Versorgungseinkünfte auf das Übergangsgeld angerechnet.
 - Mit der vorgeschlagenen Änderung des § 20 des Abgeordnetengesetzes werden strukturelle Änderungen bei der Altersentschädigung vorgenommen. Zum einen wird der erreichbare Höchstsatz reduziert und zum anderen wird der Zeitraum, in dem Ansprüche auf den neuen Höchstsatz erworben werden können, verlängert.
 - § 35a des Abgeordnetengesetzes läßt bestehende Ansprüche und Anwartschaften von Abgeordneten und ihren Hinterbliebenen auf Leistungen nach dem alten Gesetz unberührt, ebenso das Vertrauen der Abgeordneten, die bei einer Bewerbung um ein Mandat für die 13. Wahlperiode davon ausgehen durften, daß sie Versorgungsleistungen nach altem Recht erwerben würden.

6. September 1995

Der Verwaltungswissenschaftler *Hans Herbert von Arnim* übt heftige Kritik an der vorgesehenen Änderung der Diätengesetzgebung. Damit wolle der Bundestag seine Diäten und seine Altersversorgung entgegen den bisherigen Darstellungen in der Öffentlichkeit massiv aufstocken und sich dabei zugleich der Kontrolle durch Öffentlichkeit und Verfassungsgericht weitgehend entledigen. In dem maßgeblichen Gesetzentwurf sei im Vergleich zum Bericht der Rechtsstellungskommission des Bundestages erheblich „draufgesattelt“ worden.

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, *Karl Heinz Däke*, fordert auf der Grundlage eines durch *von Arnim* erstellten Gutachtens, daß der vorliegende Gesetzentwurf zurückgezogen und überarbeitet wird. Insbesondere solle die geplante Änderung des Grundgesetzes unterbleiben.

Die Kritik findet viel Aufmerksamkeit und Zustimmung in der Öffentlichkeit.

In einer Stellungnahme zur öffentlichen Diskussion über die geplante Neuregelung der Diätenfestsetzung weisen Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose* den Vorwurf zurück, die Öffentlichkeit sei über Inhalt und Auswirkungen der Reform „irreführend“ worden. *Süßmuth* und *Klose* erklären, im Juni seien auf einer Pressekonferenz die Vorschläge der Rechtsstellungskommission vorgestellt worden, die dem Ältestenrat übermittelt worden waren. In dem Vorschlag zur Änderung des Abgeordnetenrechts seien feste Beträge für eine Anpassung der Abgeordnetenentschädigung bis zum Jahre 1998 genannt worden. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen worden, daß für die folgenden Jahre noch eine Anschlußregelung gefunden werden müsse. Sie sei in den Gesetzentwurf der beiden Fraktionen eingearbeitet worden, ohne daß sich an der Gesamtkonzeption grundlegend etwas verändert habe.

Die Grundgesetzänderung sei nötig, um in der Verfassung die Bindung der Bezüge der Abgeordneten deutlich zu regeln. Dadurch werde dem Vorwurf der willkürlichen Selbstbedienung der Abgeordneten begegnet. Als geeig-

neten und angemessenen Maßstab sei die Besoldung von Bundesrichtern gewählt worden. Durch die Verankerung im Grundgesetz habe jedermann die Möglichkeit abzulesen, welche Entschädigung ein Abgeordneter erhalten soll. Damit entziehe sich die Anpassung der Diäten „nicht der Kontrolle der Öffentlichkeit“.

15. September 1995

Die FDP und Bündnis 90/GRÜNE lehnen die Pläne von CDU/CSU und SPD, die Bezüge der Bundestagsabgeordneten an die Gehälter der obersten Richter zu koppeln, ab. Vor allem wenden sie sich gegen die damit verbundene Änderung des Grundgesetzes und den Versuch, die Entscheidung über eine Anhebung der Bezüge auf diese Weise zu „tarnen“. Im einzelnen befürworten GRÜNE und FDP aber unterschiedliche Modelle.

Bei den GRÜNEN wird eine einmalige Anhebung der Abgeordnetenbezüge auf das Grundgehalt der Richter von 11 063 DM zum 1. Januar 1996 vorgeschlagen. Künftig sollen die Abgeordneten dann jedes Jahr entscheiden, ob sie eine Anpassung ihrer Bezüge an das Gehalt der Richter vornehmen oder nicht.

Die FDP schlägt eine Anhebung der Bezüge in zwei Schritten bis zum 1. Juli 1997 auf dann 12 000 DM vor. Anschließend soll eine beim Bundespräsidenten angesiedelte unabhängige Kommission jährlich einen Anpassungsvorschlag machen, über den dann der Bundestag zu entscheiden habe.

18. September 1995

„Spiegel“-Herausgeber *Rudolf Augstein* bezeichnet in seinem Blatt die geplante Änderung der Diätengesetzgebung als „kollektives Gaunerstück“ und „Ermächtigungsvorschrift“.

21. September 1995

Der Bundestag beschließt in namentlicher Abstimmung mit 507 von 651 abgegebenen Stimmen, das Grundgesetz dahingehend zu konkretisieren, daß die Abgeordnetenentschädigung „sich nach den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht“ bestimmt. Vor der namentlichen Abstimmung am frühen Abend votieren die Redner von Union und SPD für die Gesetzesänderung, während die meisten Redner von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS dagegen sprechen. Auch etwa 20 SPD-Abgeordnete lehnen die Grundgesetzänderung ab.

Die Einzelheiten regelt das Abgeordnetengesetz, dessen Änderung der Bundestag ebenfalls beschließt. Danach sollen

- die Einkünfte von Bundestagsabgeordneten bis zum Jahr 2000 bis zum Gehaltsniveau von Bundesrichtern der Stufe R 6 angehoben werden,
- die steuerfreie Kostenpauschale von derzeit 5 978 DM für die Ausgaben im Wahlkreis und am Arbeitsort in Bonn jedes Jahr vom Haushaltsauschuß den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden,
- die Altersversorgung für künftige Abgeordnete verändert werden,
- das umstrittene Übergangsgeld, das Abgeordnete nach dem Ausscheiden für die Wiedereingliederung in den Beruf erhalten, nur noch für die Dauer von 18 Monaten (bislang 36 Monate) gezahlt werden.

Diesem Gesetz stimmt die Mehrheit von Union und SPD bei Gegenstimmen aus den Reihen der GRÜNEN, der FDP und der PDS sowie einiger Sozialdemokraten zu.

Das Vorhaben von FDP und PDS, eine vom Bundespräsidenten einzusetzende Kommission solle ein Initiativrecht zur Festlegung der Abgeordneteneinkünfte erhalten, verfehlt die Mehrheit des Parlaments ebenso wie die Forderung der GRÜNEN, das gesamte Paket noch einmal in den Ausschüssen zu beraten, und die Initi-

ative der SPD-Abgeordneten *Peter Conradi* und *Norbert Gansel*, die Abgeordneten müßten künftig ihre Nebeneinkünfte öffentlich machen.

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* weist Vorwürfe zurück, die Beschlüsse des Bundestages würden in einer „Nacht- und Nebelaktion“ durchgesetzt. Sie weist darauf hin, daß bereits seit sechs Jahren über die Parlamentsreform debattiert werde. Für die Bezüge der Abgeordneten werde eine neue Orientierungsgröße geschaffen, weil sich die alte Regelung nicht bewährt habe. Der Bezug auf die Besoldungsgruppe R 6 sei eine „klare Begrenzung“, die nicht erhöht werden könne. Die Präsidentin wirft – wie auch andere Redner – dem Wissenschaftler *Hans Herbert von Arnim* und dem Herausgeber des Magazins „Der Spiegel“, *Rudolf Augstein* vor, das Parlament verächtlich gemacht zu haben.

Oktober 1995

Auch nach der Verabschiedung der Grundgesetzänderung und der Novelle zum Abgeordnetengesetz durch den Bundestag geht der Streit über die Diäten weiter. Da sich die Ablehnung der Reform durch den Bundesrat abzeichnet, schlägt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, *Rudolf Scharping*, jetzt vor, die Diäten der Abgeordneten an die allgemeine Einkommensentwicklung zu binden.

Auch die Forderung nach einer unabhängigen Kommission zur Festlegung der Abgeordnetenbezüge wird wieder erhoben. Nach einem Vorschlag des SPD-Abgeordneten *Norbert Gansel* soll der Bundespräsident eine solche Kommission zur Überprüfung der Politikerbezüge für die Zeit nach 1998 einsetzen. FDP-Generalsekretär *Guido Westerwelle* bekräftigt die Forderung nach einer solchen Einrichtung. Auch der Bund der Steuerzahler verlangt, der Bundestag solle sich in der Diätenfrage von einer Expertenkommission beraten lassen.

13. Oktober 1995

Der Bundesrat stoppt die umstrittene Verfassungsänderung zur Erhöhung der Abgeordnetenbezüge. Aufgrund des geschlossenen Widerstands der SPD in den Bundesländern lehnt die Ländervertretung die vom Bundestag am 21. September beschlossene Neuregelung ab, nach der die Diäten künftig automatisch an die Bezüge oberster Bundesrichter gekoppelt werden sollen.

Die Änderung des Abgeordnetengesetzes, in dem die Höhe der Diäten geregelt ist, läßt der Bundesrat dagegen ohne Einspruch passieren. Nach dem einvernehmlichen Willen der Bundestagsfraktionen soll sie aber nicht in Kraft treten, da ihr die wegen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 5. November 1975 für notwendig gehaltene Deckung durch eine Grundgesetzänderung fehlt.

23. November 1995

Die beiden großen Bundestagsfraktionen CDU/CSU und SPD haben sich auf einen neuen Vorschlag zur Regelung der Diätenfrage geeinigt. Auf einer Pressekonferenz stellen Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose* die vom Ältestenrat beschlossenen Empfehlungen der Rechtsstellungskommission der Öffentlichkeit vor. Der neue Gesetzentwurf genüge der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach öffentlich einsehbarer Festlegung der Diäten und bedürfe daher der Stütze einer Grundgesetzänderung nicht.

Im einzelnen sollen die Diäten zunächst auf 11 300 DM in diesem Jahr und dann zum 1. Juli 1996 auf 11 825 DM angehoben werden. Zum 1. April 1997 sollen sie

dann auf 12 350 DM steigen. Der Ältestenrat schlägt vor, daß danach der Bundestag künftig im ersten Halbjahr nach seiner Konstituierung über die Höhe der Entschädigung mit Wirkung für die gesamte Wahlperiode entscheiden soll. Grundlage für die Entscheidung soll ein entsprechender Vorschlag für eine gesetzliche Regelung sein, den die Präsidentin den Fraktionen übermittelt.

Die Kostenpauschale soll 1995 unverändert bleiben. Sie beträgt zur Zeit 5 978 DM. Ab dem 1. Januar 1996 soll sie entsprechend der Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten angehoben werden. Zur Berechnung soll das Jahr 1994 als Basis dienen.

Der Ältestenrat hat ferner vorgeschlagen, Übergangsgeld künftig nur 18 Monate zu zahlen und bereits ab dem zweiten Monat nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag alle Einkünfte anrechnen zu lassen.

Hinsichtlich der Altersversorgung setzt sich der Ältestenrat dafür ein, daß die jährlichen Steigerungsraten auf 3% abgesenkt werden sollen. Der Höchstsatz, der zur Zeit 75% der Abgeordnetenbezüge beträgt, soll auf 69% festgelegt werden. Künftig soll dieser Höchstsatz erst nach 23 Jahren Mitgliedschaft im Parlament erreicht werden.

1. Dezember 1995 In der ersten Lesung des neuen Gesetzentwurfs zur Regelung der Abgeordnetenbezüge im Bundestag nennt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* eine Entscheidung über höhere Diäten überfällig. In den vergangenen 18 Jahren habe der Bundestag durch viele Nullrunden den Anschluß an die allgemeine Entwicklung der Gehälter und der Renten verloren. Sie warnt alle Kritiker davor, die zügige Beratung des Gesetzes als „Schweinsgalopp“ oder „Diätencoup“ zu bezeichnen. Die Bundestagspräsidentin hält die Vorlage für angemessen, ausgewogen und maßvoll. FDP und Bündnis 90/GRÜNE dagegen lehnen den Entwurf ab.
8. Dezember 1995 Mit großer Mehrheit stimmt der Bundestag für die in der Öffentlichkeit umstrittene Erhöhung der Abgeordnetendiäten. In drei Stufen steigen die Bezüge der Abgeordneten von jetzt 10 366 DM auf 12 875 DM zum 1. Januar 1998. Die steuerfreie Kostenpauschale soll entsprechend der Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten angehoben werden.
Der Bundesrat stimmt dem Diätengesetz am 15. Dezember zu.
- April 1996 Die Diskussion über die Diäten der Bundestagsabgeordneten flammt wieder auf. In allen Fraktionen werden Stimmen laut, die dafür plädieren, die zum 1. Juli anstehenden Diätenerhöhung auszusetzen. In einem diesbezüglichen Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE heißt es, die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge um 4,6% sei „überhöht und angesichts der realen Einkommenseinbußen bei einem Großteil der Bevölkerung sowie der zu erwartenden Nullrunden im öffentlichen Dienst nicht zu rechtfertigen“.
21. Mai 1996 Wie zuvor schon Bündnis 90/GRÜNE, FDP und PDS verständigen sich die Fraktionen von CDU/CSU und SPD darauf, den Zeitplan der Diätenanpassung angesichts der Sparbeschlüsse der Bundesregierung von der Rechtsstellungskommission des Ältestenrats überprüfen zu lassen.
13. Juni 1996 Der Bundestag beschließt die Verschiebung der zum 1. Juli geplanten Diätenerhöhung um ein Jahr. Damit bleibt es für die Abgeordneten bis zum 1. Juli 1997 bei Bezügen von 11 836 DM, die bis zum 1. Januar 1999 stufenweise auf 12 875 DM angehoben werden sollen.

Zahlreiche Abgeordnete wollen diese Entscheidung nicht mittragen: Ein Viertel der Mandatsträger entzieht sich der Abstimmung durch Fernbleiben von der Sitzung. In der Debatte betonen einige Redner, der Beschluß komme nur auf Druck der Fraktionsführungen zustande. Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose* stimmen gegen das Gesetz.

Aus Anlaß der Beschlußfassung über die Verschiebung der Diätenerhöhung für Abgeordnete werden in einer von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/GRÜNE und FDP vorgelegten Entschließung die hauptberuflichen Amts- und Mandatsträger in Bund, Ländern, Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen aufgefordert, ihrerseits einen Beitrag zum Sparen zu leisten. Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation im Lande dürfe sich das vom Bundestag gegebene Beispiel nicht auf dessen Abgeordnete und die des Europäischen Parlaments beschränken.

Die Bundestagspräsidentin wird gebeten, bis zum Jahresende über die Entwicklung der Bezüge auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sowie bei öffentlichen Einrichtungen zu berichten.

30. Dezember 1996

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* legt den erbetenen Bericht über die Entwicklung der Bezüge der hauptberuflichen Amts- und Mandatsträger auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sowie bei öffentlichen Einrichtungen vor. Darin betont sie, daß die Entschädigung der Bundestagsabgeordneten zum zehnten Mal seit 1977 im Jahr 1996 unverändert geblieben sei.

April 1997

Der Bund der Steuerzahler und Abgeordnete von Bündnis 90/GRÜNE fordern, der Bundestag möge – wie im vorigen Jahr – auf die zum 1. Juli anstehende Erhöhung seiner Diäten verzichten. Begründung: Die Realeinkommen der Arbeitnehmer gingen wegen der Erhöhung der Sozialabgaben zurück. Dazu passe eine Diätenerhöhung nicht.

15. Mai 1997

Mit einem Entschließungsantrag will die Gruppe der PDS erreichen, daß aus der Mitte des Bundestages „unverzüglich“ Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten und zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages eingebracht werden.

Die Gruppe formuliert dazu eine Reihe von „Maßgaben“: unter anderem einen Verzicht auf Erhöhung der Abgeordnetendiäten 1997 und die Einsetzung einer unabhängigen Kommission beim Bundespräsidenten, die jährlich dem Parlament einen Vorschlag über die Erhöhung von Diäten und anderen Leistungen vorlegen soll. Nach Meinung der PDS-Abgeordneten sollten die Diäten in Anlehnung an das Arbeitsförderungsgesetz in „angemessenem Umfang“ angepaßt werden. Zu den weiteren Forderungen gehören Regelungen zur Offenlegung und Genehmigung von Nebentätigkeiten, zur Inkompatibilität sowie für die Anrechnung von Nebenverdiensten, darüber hinaus zur Behandlung von Versorgungsansprüchen, zur Altersversorgung und zum Übergangsgeld für ausscheidende Abgeordnete.

12. Juni 1997

Der Bundestag lehnt den von der Gruppe der PDS eingebrachten Entschließungsantrag ab. Damit wird die 1996 ausgesetzte Anhebung der Diäten jetzt nachträglich wirksam und jeder Bundestagsabgeordnete erhält ab 1. Juli statt 11 300 DM 11 825 DM Diäten zuzüglich einer steuerfreien Kostenpauschale von 6 124 DM.

20.3 Höhe der Diäten

In der folgenden Tabelle wird die Entwicklung der Diäten für Bundestagsabgeordnete seit 1949 dargestellt. Falls Kostenpauschalen nicht einheitlich, sondern gestaffelt gezahlt werden, ist bei der Berechnung ein Durchschnittswert zugrunde gelegt worden (beispielsweise 15 Sitzungstage pro Monat, Entfernung des Wahlkreises 400 km), ferner Teilnahme des Abgeordneten an allen Sitzungen.

Fußnoten zur rechten Seite:

- 1) Falls durch Fußnote nichts anderes vermerkt ist, handelt es sich um einen Pauschalbetrag.
- 2) Tagegeld pro Sitzungstag 30,- DM; bei der Berechnung wurden 15 Sitzungstage pro Monat zugrundegelegt.
- 3) Unkostenersatz 100,- DM; darüber hinaus gegen Nachweis ein Betrag bis zur Höhe von weiteren 200,- DM.
- 4) Reisekostenersatz für Kraftwagenbenutzung zwischen Wohnsitz bzw. Wahlkreis und Bonn je km 0,25 DM; bei der Berechnung wurde eine durchschnittliche Entfernung des Wahlkreises von 400 km sowie je 2 Hin- und Rückfahrten pro Monat zugrundegelegt (= 400,- DM); in Bonn und im Wahlkreis zusätzlich ein Pauschalbetrag von monatlich 200,- DM.
- 5) Reisekostenersatz für Kraftwagenbenutzung zwischen Wohnsitz bzw. Wahlkreis und Bonn bei Entfernung bis zu 400 km je km 0,30 DM; für die 400 km übersteigende Strecke je km 0,20 DM; bei der Berechnung wurde eine durchschnittliche Entfernung des Wahlkreises von 400 km sowie je 2 Hin- und Rückfahrten pro Monat zugrundegelegt (= 480,- DM); in Bonn und im Wahlkreis zusätzlich ein Pauschalbetrag von monatlich 200,- DM.
- 6) Wie Fußnote 5, jedoch keine zusätzliche Erstattung für Fahrten in Bonn und im Wahlkreis; diese ist nunmehr in der Pauschale der Unkostenerstattung enthalten.
- 7) Monatliche Pauschale; bei Fernbleiben von Sitzungen wird pro Sitzung ein bestimmter Betrag abgezogen. Bei dieser Aufstellung wurde davon ausgegangen, daß der Abgeordnete an allen Sitzungen teilgenommen hat.
- 8) Jährliche Pauschale, gestaffelt in 15 Entfernungszonen (1. Zone: bis 100 km = 4 000,- DM; 15. Zone: bis 800 km = 12 240,- DM); bei den angegebenen 700,- DM wurde eine durchschnittliche Entfernung des Wohnsitzes von 400 km zugrundegelegt.
- 9) Monatliche Pauschale, gestaffelt in 15 Entfernungszonen (1. Zone: bis 100 km = 500,- DM; 15. Zone: bis 800 km = 1 040,- DM); bei dieser Aufstellung wurde eine durchschnittliche Entfernung des Wohnsitzes von 400 km zugrundegelegt.
- 10) Monatliche Pauschale, gestaffelt in 4 Entfernungszonen (1. Zone: bis 200 km = 600,- DM; 4. Zone: über 400 km = 900,- DM); bei dieser Aufstellung wurde eine durchschnittliche Entfernung des Wohnsitzes von 400 km zugrundegelegt.
- 11) Einheitlicher monatlicher Pauschalbetrag, keine Staffelung mehr nach km.

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung, der mandatsbedingten Ausgaben und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Im Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – wurde versucht, die durchschnittliche Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Bundestagsplenums zu errechnen.

Die Statistik der Plenarsitzungen, der Fraktionssitzungen und der Ausschußsitzungen findet sich in den Abschnitten 5.2, 8.3 und 9.1.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Repräsentativbefragungen und eigene Veröffentlichungen von Abgeordneten sind in den Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

Die Entschädigungen nach den unmittelbaren Leistungsarten

Zeitabschnitt	Aufwands- entschä- digung (steuerfrei)	Tage- geld ¹⁾	Unkosten- ersatz ¹⁾	Reise- kosten- ersatz ¹⁾
	DM	DM	DM	DM
1. 9. 1949 – 31. 3. 1951	600,-	450,- ²⁾	300,- ³⁾	600,- ⁴⁾
1. 4. 1951 – 31. 5. 1954	600,-	450,- ²⁾	300,- ³⁾	680,- ⁵⁾
1. 6. 1954 – 31. 3. 1958	750,-	450,- ²⁾	700,-	480,- ⁶⁾
1. 4. 1958 – 31. 5. 1960	1 100,-	500,- ⁷⁾	600,-	700,- ⁸⁾
1. 6. 1960 – 31. 12. 1960	1 170,-	500,- ⁷⁾	600,-	700,- ⁸⁾
1. 1. 1961 – 31. 12. 1962	1 270,-	500,- ⁷⁾	600,-	700,- ⁸⁾
1. 1. 1963 – 28. 2. 1963	1 340,-	500,- ⁷⁾	600,-	780,- ⁹⁾
1. 3. 1963 – 31. 12. 1963	1 360,-	500,- ⁷⁾	600,-	780,- ⁹⁾
1. 1. 1964 – 30. 9. 1964	1 360,-	1 000,- ⁷⁾	600,-	780,- ⁹⁾
1. 10. 1964 – 31. 12. 1965	1 470,-	1 000,- ⁷⁾	600,-	780,- ⁹⁾
1. 1. 1966 – 30. 9. 1966	1 530,-	1 000,- ⁷⁾	600,-	780,- ⁹⁾
1. 10. 1966 – 31. 12. 1967	1 590,-	1 000,- ⁷⁾	600,-	780,- ⁹⁾
1. 1. 1968 – 31. 5. 1968	2 360,-	1 000,- ⁷⁾	600,-	780,- ⁹⁾
1. 6. 1968 – 30. 6. 1968	2 360,-	1 000,- ⁷⁾	600,-	800,- ¹⁰⁾
1. 7. 1968 – 31. 3. 1969	2 450,-	1 000,- ⁷⁾	600,-	800,- ¹⁰⁾
1. 4. 1969 – 31. 12. 1969	2 570,-	1 000,- ⁷⁾	600,-	800,- ¹⁰⁾
1. 1. 1970 – 31. 12. 1970	2 770,-	1 000,- ⁷⁾	1 200,-	900,- ¹¹⁾
1. 1. 1971 – 31. 12. 1971	2 970,-	1 000,- ⁷⁾	1 200,-	900,-
1. 1. 1972 – 31. 12. 1972	3 090,-	1 000,- ⁷⁾	1 200,-	900,-
1. 1. 1973 – 31. 12. 1973	3 270,-	1 000,- ⁷⁾	1 200,-	900,-
1. 1. 1974 – 31. 12. 1974	3 630,-	1 500,- ⁷⁾	1 500,-	1 050,-
1. 1. 1975 – 31. 12. 1976	3 850,-	1 500,- ⁷⁾	1 500,-	1 050,-
1. 1. 1977 – 31. 1. 1977	4 040,-	1 500,- ⁷⁾	1 500,-	1 050,-
1. 2. 1977 – 31. 3. 1977	4 250,-	1 500,- ⁷⁾	1 500,-	1 050,-

Zeitabschnitt	Entschädigung (steuerpflichtig) DM	Kostenpauschale ¹²⁾ (steuerfrei) DM
1. 4. 1977 – 30. 6. 1983	7 500,-	4 500,- ¹³⁾
1. 7. 1983 – 30. 6. 1984	7 820,-	4 700,- ¹³⁾
1. 7. 1984 – 30. 6. 1985	8 000,-	4 800,- ¹³⁾
1. 7. 1985 – 30. 6. 1986	8 224,-	4 915,- ¹³⁾
1. 7. 1986 – 30. 6. 1987	8 454,-	5 003,- ¹³⁾
1. 7. 1987 – 30. 6. 1988	8 729,-	5 078,- ¹³⁾
1. 7. 1988 – 30. 6. 1989	9 013,-	5 155,- ¹³⁾
1. 7. 1989 – 30. 6. 1990	9 221,-	5 274,- ¹³⁾
1. 7. 1990 – 30. 6. 1991	9 664,-	5 443,- ¹³⁾
1. 7. 1991 – 30. 6. 1992	10 128,-	5 765,- ¹³⁾
1. 7. 1992 – 30. 9. 1995	10 366,-	5 978,- ¹³⁾
1. 10. 1995 – 31. 12. 1995	11 300,-	5 978,- ¹³⁾
1. 1. 1996 – 31. 12. 1996	11 300,-	6 142,- ¹³⁾
1. 1. 1997 – 30. 6. 1997	11 300,-	6 251,- ¹³⁾
1. 7. 1997 ¹⁴⁾	11 825,-	6 251,- ¹³⁾

¹²⁾ Zusammenfassung der bisherigen Tagegeldpauschale, Kostenpauschale und Reisekostenpauschale zu einer einheitlichen Kostenpauschale durch das Abgeordnetengesetz ab 1. April 1977.

¹³⁾ Monatliche Pauschale; bei Fernbleiben von Sitzungen wird pro Sitzung ein bestimmter Betrag abgezogen. Bei dieser Aufstellung wurde davon ausgegangen, daß der Abgeordnete an allen Sitzungen teilgenommen hat.

¹⁴⁾ Stand: 31. August 1997

■ Die Höhe der Diäten wird im NACHTRAG unter 20.3 bis Anfang 1999 fortgeschrieben.

Berichte über die Angemessenheit der Entschädigung

§ 30 des Abgeordnetengesetzes vom 18. Februar 1977 bestimmte:

„Der Präsident erstattet dem Bundestag im Benehmen mit dem Ältestenrat erstmals zum 1. Januar 1979 und danach in Abständen von längstens zwei Jahren einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung im Sinne des Artikels 48 Abs. 3 des Grundgesetzes.“

Durch Gesetz vom 22. Dezember 1983 ist § 30 des Abgeordnetengesetzes geändert worden; die neue Fassung hat den Wortlaut:

„Der Präsident erstattet dem Bundestag im Benehmen mit dem Ältestenrat jährlich bis zum 31. Mai einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung im Sinne des Artikels 48 Abs. 3 des Grundgesetzes und legt zugleich einen Vorschlag zur Anpassung der Entschädigung (§§ 11 und 12 Abs. 2) vor. Der Bundestag berät und beschließt unter Berücksichtigung dieses Vorschlages mit Wirkung vom 1. Juli desselben Jahres.“

Der Abgabetermin für den jährlichen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung wurde mit Gesetz vom 14. November 1990 auf den 30. September verschoben (wirksam erstmals 1991).

Das vom Bundestag am 21. September 1995 verabschiedete Achtzehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes sah die Streichung des jährlichen Berichts des Bundestagspräsidenten vor, da geplant war, die Entschädigung der Abgeordneten an die jährlichen Bezüge eines Richters an einem obersten Bundesgericht in sechs Schritten bis zum 1. Januar 2000 anzugleichen. Auch wenn dieses Gesetz nicht in Kraft getreten ist (weil die verfassungsrechtliche Vorgabe, d. h. die Änderung des Artikels 48 GG, im Bundesrat an der Zweidrittelmehrheit scheiterte), ist eine Berichtspflicht über die Angemessenheit der Entschädigung in der alten Form nicht wieder eingeführt worden.

Die folgende Übersicht faßt alle seit 1978 erstatteten Berichte tabellarisch zusammen. Sie enthält außer dem Ergebnis und der Schlußfolgerung der Berichte auch die Angabe, welche Konsequenzen hinsichtlich einer Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung der Bundestag daraus gezogen hat.

Ifd. Nr.	a) Datum des Berichts b) Drs.-Nr. c) erstattet durch BTPräs	Stellungnahme zur Angemessenheit der Entschädigung – Empfehlung zur Erhöhung der Entschädigung	Konsequenzen hinsichtlich einer Erhöhung der Abgeordneten-Entschädigung
1	a) 27. 12. 1978 b) 8/2441 c) <i>Carstens</i>	Keine Stellungnahme („... Zeitpunkt noch nicht gekommen ...“)	–
2	a) 11. 12. 1979 b) 8/3482 c) <i>Stücklen</i>	Keine Stellungnahme – keine Empfehlung „im gegenwärtigen Zeitpunkt“	–
3	a) 17. 9. 1981 b) 9/824 c) <i>Stücklen</i>	Aufgrund statistischer Vergleiche zur Einkommens- und Preisentwicklung seit 1976/77 (z. B. Anhebung der Einkommen im Handel und Industrie um bis zu 34% sowie im öffentlichen Dienst um rund 27%, Anhebung der Renten um 24%, Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten um 24,4%) Feststellung, daß die Entschädigung „unter Zugrundelegung der Maßstäbe, die bei der Verabschiedung des Abgeordnetengesetzes am 8. Dezember 1976 entsprechend den vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 5. November 1975 ... entwickelten Grundsätzen angelegt worden sind, nicht mehr angemessen ist“; – keine Empfehlung	Beschlüsse der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP, für 1981/82 die Entschädigung nicht zu erhöhen .

Ifd. Nr.	a) Datum des Berichts b) Drs.-Nr. c) erstattet durch BTPräs	Stellungnahme zur Angemessenheit der Entschädigung – Empfehlung zur Erhöhung der Entschädigung	Konsequenzen hinsichtlich einer Erhöhung der Abgeordneten-Entschädigung
4	a) 11. 10. 1983 b) 10/464 c) <i>Barzel</i>	<p>Aufgrund erneuter statistischer Vergleiche zur Einkommens- und Preisentwicklung seit 1976/77 (z. B. Anwachsen der Einkommen in Handel und Industrie um 45,2%, im öffentlichen Dienst um 34%, Anhebung der Renten um 38,7%, Steigerung der Lebenshaltungskosten um knapp 30%) Feststellung, „daß die Entschädigung ... nach den Maßstäben des Grundgesetzes, des Abgeordnetengesetzes und des Urteils des Bundesverfassungsgerichts derzeit nicht angemessen ist“;</p> <p>Empfehlung: „... maßvolle, im Hinblick auf die soziale, wirtschaftliche und finanzielle Lage der Bürgerinnen und Bürger angemessene Erhöhung der Entschädigung ...“</p>	<p>Zweites Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. 12. 1983 (BGBl. I S. 1513)</p> <p>Eingebracht am 11. 10. 1983 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 25. 11. 1983</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 4,26% von 7500 DM auf 7820 DM sowie der Kostenpauschale um 4,44% von 4500 DM auf 4700 DM – jeweils rückwirkend zum 1. 7. 1983</p>
5	a) 24. 5. 1984 b) 10/1497 c) <i>Barzel</i>	<p>„Die in den Jahren 1977 bis 1983 entstandene Kluft zwischen der Abgeordnetenentschädigung und der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung ist auch unter Berücksichtigung der Anpassung durch das Gesetz vom 22. Dezember 1983, die mit etwas über 4 v. H. lediglich die Steigerungsraten nur des Jahres 1983 berücksichtigte, nicht geschlossen worden. Nach wie vor besteht der nur unwesentlich verringerte, im Hinblick auf die ... Kriterien einer angemessenen Entschädigung nicht annehmbare Abstand zur allgemeinen Einkommensentwicklung ...“;</p> <p>Empfehlung: Erhöhung der Entschädigung um 2,3% und der Kostenpauschale um 2,1%</p>	<p>Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 11. 3. 1985 (BGBl. I S. 540)</p> <p>Eingebracht am 11. 12. 1984 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 24. 1. 1985</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 2,3% von 7820 DM auf 8000 DM sowie der Kostenpauschale um 2,1% von 4700 DM auf 4800 DM – jeweils rückwirkend zum 1. 7. 1984</p>
6	a) 23. 5. 1985 b) 10/3402 c) <i>Jenninger</i>	<p>„Der in den Jahren 1977 bis 1983 entstandene Abstand zwischen der Abgeordnetenentschädigung und der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung ist auch unter Berücksichtigung der erfolgten Anpassungen in den Jahren 1983 und 1984 nicht verringert worden. Nach wie vor besteht ein nicht annehmbarer Abstand zur allgemeinen Einkommensentwicklung.“</p> <p>Empfehlung: Erhöhung der Entschädigung um 2,8% und der Kostenpauschale um 2,4%</p>	<p>Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 30. 7. 1985 (BGBl. I S. 1513)</p> <p>Eingebracht am 11. 6. 1985 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 27. 6. 1985</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 2,8% von 8000 DM auf 8224 DM sowie der Kostenpauschale um 2,4% von 4800 DM auf 4915 DM jeweils zum 1. 7. 1985</p>

Ifd. Nr.	a) Datum des Berichts b) Drs.-Nr. c) erstattet durch BTPräs	Stellungnahme zur Angemessenheit der Entschädigung – Empfehlung zur Erhöhung der Entschädigung	Konsequenzen hinsichtlich einer Erhöhung der Abgeordneten-Entschädigung
7	a) 19. 6. 1986 b) 10/5700 c) <i>Jenninger</i>	<p>„In den Jahren 1977 bis 1983 ist die Abgeordnetenentschädigung der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung nicht angepaßt worden. Auch unter Berücksichtigung der in den Jahren 1983 bis 1985 erfolgten Anpassungen besteht nach wie vor ein Abstand zur allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung.“</p> <p>Empfehlung: Erhöhung der Entschädigung um 2,8% und der Kostenpauschale um 1,8%</p>	<p>Fünftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 18. 11. 1986 (BGBl. I S. 2039)</p> <p>Eingebracht am 25. 6. 1986 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 2. 10. 1986</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 2,8% von 8224 DM auf 8454 DM sowie der Kostenpauschale um 1,8% von 4915 DM auf 5003 DM – jeweils rückwirkend zum 1. 7. 1986</p>
8	a) 21. 5. 1987 b) 11/336 c) <i>Jenninger</i>	<p>„Unter Berücksichtigung der Anpassungen in den Jahren 1983 bis 1986 besteht immer noch ein Abstand zur allgemeinen Einkommensentwicklung seit 1977, weil die Abgeordnetenentschädigung in den Jahren 1977 bis 1983 nicht angehoben worden ist.“</p> <p>Empfehlung: Erhöhung der Entschädigung um 3,25% und der Kostenpauschale um 1,5%</p>	<p>Achtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Sechstes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 23. 7. 1987 (BGBl. I S. 1674)</p> <p>Eingebracht am 1. 6. 1987 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 26. 6. 1987</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 3,25% von 8454 DM auf 8729 DM sowie der Kostenpauschale um 1,5% von 5003 DM auf 5078 DM – jeweils zum 1. 7. 1987</p>

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung, der mandatsbedingten Ausgaben und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Im Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – wurde versucht, die durchschnittliche Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Bundestagsplenums zu errechnen.

Die Statistik der Plenarsitzungen, der Fraktionssitzungen und der Ausschußsitzungen findet sich in den Abschnitten 5.2, 8.3 und 9.1.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Repräsentativbefragungen und eigene Veröffentlichungen von Abgeordneten sind in den Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

Ifd. Nr.	a) Datum des Berichts b) Drs.-Nr. c) erstattet durch BTPräs	Stellungnahme zur Angemessenheit der Entschädigung – Empfehlung zur Erhöhung der Entschädigung	Konsequenzen hinsichtlich einer Erhöhung der Abgeordneten-Entschädigung
9	a) 26. 5. 1988 b) 11/2377 c) <i>Jenninger</i>	<p>„Unter Berücksichtigung der Anpassungen in den Jahren 1983 bis 1987 besteht immer noch ein Abstand zur allgemeinen Einkommensentwicklung seit 1977, weil die Abgeordnetenentschädigung in den Jahren 1977 bis 1983 nicht angehoben worden ist. Während die tariflichen Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer von 1977 bis 1987 um durchschnittlich 41,3 v. H. gestiegen sind, wurde die Abgeordnetenentschädigung im selben Zeitraum nur um 16,39 v. H. erhöht ...</p> <p>Die allgemeine Einkommensentwicklung zeigt unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine Arbeitszeitverkürzung für Mitglieder des Deutschen Bundestages ausgeschlossen ist, daß der Verzicht auf eine Anhebung der Entschädigung in diesem Jahr erneut ein vergleichsweises Absinken des Einkommens der Mitglieder des Deutschen Bundestages bedeuten würde.“</p> <p>Empfehlung: Erhöhung der Entschädigung um 3,25% und der Kostenpauschale um 1,5%</p>	<p>Neuntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Siebtes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 25. 7. 1988 (BGBl. I S. 1081)</p> <p>Eingebracht am 8. 6. 1988 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 23. 6. 1988</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 3,25% von 8729 DM auf 9013 DM sowie der Kostenpauschale um 1,5% von 5078 DM auf 5155 DM – jeweils zum 1. 7. 1988</p>
10	a) 1. 6. 1989 b) 11/4668 c) <i>Süssmuth</i>	<p>„Unter Berücksichtigung der Anpassungen in den Jahren 1983 bis 1988 besteht immer noch ein Abstand zur allgemeinen Einkommensentwicklung seit 1977, weil die Abgeordnetenentschädigung in den Jahren 1977 bis 1983 nicht angehoben worden ist. Während die tariflichen Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer von 1977 bis 1988 um durchschnittlich 54,0 v. H. gestiegen sind, wurde die Abgeordnetenentschädigung im selben Zeitraum nur um 20,17 v. H. erhöht ...</p> <p>Die allgemeine Einkommensentwicklung zeigt, daß der Verzicht auf eine Anhebung der Entschädigung in diesem Jahr erneut ein vergleichsweises Absinken des Einkommens der Mitglieder des Bundestages bedeuten würde. Dies wird noch durch die Tatsache verstärkt, daß eine Arbeitszeitverkürzung für Mitglieder des Bundestages ausgeschlossen ist.“</p> <p>Empfehlung: Erhöhung der Entschädigung um 2,3% und der Kostenpauschale ebenfalls um 2,3%</p>	<p>Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Neuntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 18. 12. 1989 (BGBl. I S. 2209)</p> <p>Eingebracht am 3. 10. 1989 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 9. 11. 1989</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 2,3% von 9013 DM auf 9221 DM sowie der Kostenpauschale um 2,3% von 5155 DM auf 5274 DM – jeweils zum 1. 7. 1989</p>

Ifd. Nr.	a) Datum des Berichts b) Drs.-Nr. c) erstattet durch BTPräs	Stellungnahme zur Angemessenheit der Entschädigung – Empfehlung zur Erhöhung der Entschädigung	Konsequenzen hinsichtlich einer Erhöhung der Abgeordneten-Entschädigung
11	a) 1. 6. 1990 b) 11/7318 c) <i>Süssmuth</i>	<p>„In diesem Bericht wird erneut die Lücke zwischen der Einkommensentwicklung bei der Entschädigung der Abgeordneten und der allgemeinen Einkommensentwicklung deutlich. Mein Vorschlag zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung trägt deshalb auch dem Gesichtspunkt Rechnung, diese Lücke nicht noch größer werden zu lassen ...</p> <p>Die Entwicklung der Gehälter vergleichbarer Amtsinhaber wird neben der Veränderung besoldungsrechtlicher Einstufungen vor allem durch die Erhöhung der Beamtensoldung beeinflusst. Sie beträgt seit 1977 bis einschließlich 1990 48,5 v. H. und liegt zugleich am unteren Ende der für diesen Zeitraum maßgeblichen Einkommensentwicklung.</p> <p>Gemessen an der 1976 auf 7500,- DM festgesetzten Entschädigung würde dies heute einem Betrag von 11 137,50 DM entsprechen ...“</p> <p>Empfehlung: Erhöhung der Entschädigung um 4,8% und der Kostenpauschale um 3,2%</p>	<p>Zwölftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Elfte Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 14. 11. 1990 (BGBl. I S. 2466)</p> <p>Eingebracht am 19. 6. 1990 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 13. 9. 1990</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 4,8% von 9221 DM auf 9664 DM sowie der Kostenpauschale um 3,2% von 5274 DM auf 5443 DM – jeweils zum 1. 7. 1990</p>
12	a) 10. 10. 1991 b) 12/1267 c) <i>Süssmuth</i>	<p>Unter Berufung auf den 1990 vorgelegten Bericht (BT-Drucksache Nr. 11/7398; vgl. auch Abschnitt 20.2 im vorliegenden <i>Datenhandbuch</i>) eines von der Bundestagspräsidentin einberufenen Gremiums fachkundiger Berater, wonach „eine dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Angemessenheit entsprechende Abgeordnetenentschädigung zum Zeitpunkt der Abgabe ihres Berichts um mindestens 3000 DM monatlich über der seinerzeit gezahlten Entschädigung liegen würde“, und unter Berücksichtigung verschiedener Bezugsgrößen zur Einkommensentwicklung lautet die Empfehlung: Erhöhung der Entschädigung um 4,8% und der Kostenpauschale um 5,9%.</p>	<p>Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Zwölftes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes (beim Stand 31. 12. 1991 noch nicht verkündet)</p> <p>Eingebracht am 10. 10. 1991 von CDU/CSU, SPD und FDP, verabschiedet am 7. 11. 1991</p> <p>Inhalt: Erhöhung der monatlichen Entschädigung um 4,8% von 9664 DM auf 10 128 DM sowie der Kostenpauschale um 5,9% von 5 443 DM auf 5 765 DM – jeweils zum 1. 7. 1991</p>

Hinweis

Das sogenannte „Diätenurteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 1975 ist mit seinen Leitsätzen innerhalb des Abschnittes 15.3: Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts abgedruckt.

Ifd. Nr.	a) Datum des Berichts b) Drs.-Nr. c) erstattet durch BTPräs	Stellungnahme zur Angemessenheit der Entschädigung – Empfehlung zur Erhöhung der Entschädigung	Konsequenzen hinsichtlich einer Erhöhung der Abgeordneten-Entschädigung
13	a) 16. 10. 1992 b) 12/3470 c) <i>Süssmuth</i>	<p>Der Bericht kommt zu dem Ergebnis:</p> <p>Unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen tariflichen Einkommensverbesserung von rund 5,6% und einer Steigerung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer um 3,8% müßte die Entschädigung um 4,7% (= 476 DM) auf 10 604 DM angehoben werden.</p> <p>Unter Zugrundelegung einer Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 3,3% und einer Steigerung der Einzelhandelspreise für typische mandatsbedingte Ausgaben von bis zu 5,3% müßte die Kostenpauschale um 3,69% (= 213 DM) auf 5 978 DM angehoben werden.</p> <p>Vorgeschlagen wird, den Bericht der vom Ältestenrat eingesetzten Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts unmittelbar mit der Bitte um Beratung und Stellungnahme zu überweisen.</p>	–
14	a) 28. 10. 1993 b) 12/6040 c) <i>Süssmuth</i>	<p>Im Hinblick auf die noch andauernden parlamentarischen Beratungen über Vorschläge und Empfehlungen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts und angesichts der überaus angespannten Wirtschafts- und Haushaltsslage in der Bundesrepublik wird vorgeschlagen, trotz einer zur Sicherstellung der Angemessenheit im Grunde notwendigen Anhebung der Abgeordnetenentschädigungen den derzeitigen Betrag von 10 366 DM für 1993 nicht zu erhöhen. Auch die Kostenpauschale soll nicht erhöht werden.</p>	–

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 20 sind Aspekte der Themen Abgeordnetendiäten und mandatsbedingte Ausgaben der Abgeordneten noch in folgenden Abschnitten behandelt:

- 1.30 Rechenschaftsberichte der Parteien
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe des Grundgesetzes
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag

Ifd. Nr.	a) Datum des Berichts b) Drs.-Nr. c) erstattet durch BTPräs	Stellungnahme zur Angemessenheit der Entschädigung – Empfehlung zur Erhöhung der Entschädigung	Konsequenzen hinsichtlich einer Erhöhung der Abgeordneten-Entschädigung
15	a) 7. 9. 1994 b) 12/8459 c) <i>Süssmuth</i>	Trotz einer tariflichen Einkommensverbesserung von rund 2,2% und einer Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 3% wird vorgeschlagen, für 1994 weder den Betrag der Entschädigung von derzeit 10 366 DM noch die Kostenpauschale von derzeit 5 978 DM anzuheben. „Die Abgeordneten leisten damit – wie schon 1993 – ihren Beitrag zu den öffentlichen Einsparungen.“	–

20.4 Mandatsbedingte Ausgaben der Abgeordneten

Während der Beratungen zum Entwurf des Abgeordnetengesetzes ist 1976 versucht worden, Durchschnittswerte für die mandatsbedingten Ausgaben der Abgeordneten zu finden. *) Anlaß war die Umgestaltung der monatlichen Kostenpauschale.

Das am 1. April 1977 in Kraft getretene Abgeordnetengesetz faßte die bisherige Tagegeldpauschale, Kostenpauschale und Reisekostenpauschale zu einer einheitlichen Kostenpauschale in Höhe von 4 500 DM zusammen. Bei diesem Betrag wurden zugrunde gelegt:

Kostenpauschale	1 450 DM
Tagegeldpauschale	1 500 DM
Reisekostenpauschale	1 550 DM.

Der 1976 ermittelte Betrag für mandatsbedingte Ausgaben von monatlich 4 500 DM ist nach sieben Jahren (Stand: August 1983) auf 6 083 DM angestiegen, nach zwölf Jahren (Stand: April 1988) auf 6 447 DM und nach 18 Jahren (Stand: Juli 1994) auf 8 151 DM**). Bei diesen Berechnungen wurden die vom Statistischen Bundesamt ermittelten Steigerungsraten für die Lebenshaltungskosten

*) Bundestags-Drucksache 7/5531, S. 22.

***) Bundestags-Drucksache 10/464, S. 7, 11/7318, S. 6 und 12/8459, S. 25.

Jährliche Kosten des Bundestages pro Kopf der Bevölkerung

1953	0,36 DM	1976	3,85 DM
1957	0,53 DM	1980	5,44 DM
1961	0,66 DM	1983	6,17 DM
1965	0,87 DM	1987	8,12 DM
1969	1,78 DM	1990	8,55 DM
1972	2,53 DM	1994	10,48 DM

zugrunde gelegt. Die tatsächliche Höhe der Kostenpauschale liegt mittlerweile unter den statistisch errechneten Beträgen.

In der folgenden Aufschlüsselung der Einzelpositionen sind den Angaben aus dem Jahre 1976 die gestiegenen Beträge von 1983, 1988 und 1994 gegenübergestellt.

Art der Pauschale	Stand 1976	Stand August 1983	Stand April 1988	Stand Juli 1994
Aus der Kostenpauschale sind folgende Aufwendungen zu zahlen:				
Unterhaltung eines eingerichteten Büros im Wahlkreis				
– Miete, Heizung, Beleuchtung, Reinigung	450 DM	608 DM	630 DM	860 DM
– Porto	150 DM	227 DM	225 DM	328 DM
Telefonkosten im Wahlkreis	250 DM	208 DM	208 DM	223 DM
Büromaterial in Bonn und im Wahlkreis	100 DM	131 DM	138 DM	159 DM
Fachliteratur, Zeitungen, Zeitschriften	150 DM	209 DM	249 DM	287 DM
Sonstige Kosten (Besuch von Veranstaltungen, Einladungen, Glückwünsche, Zeitungsanzeigen, Repräsentationsausgaben)				
	<u>350 DM</u>	<u>473 DM</u>	<u>500 DM</u>	<u>592 DM</u>
	1 450 DM	1 856 DM	1 950 DM	2 449 DM
Mehraufwendungen am Sitz des Bundestages und bei Reisen (früher Tagegeldpauschale):				
Unterhaltung einer Zweitwohnung in Bonn	600 DM	802 DM	830 DM	1 147 DM
Verpflegung bei Abwesenheit vom Wohnsitz infolge des Mandats an 280 Tagen = monatlich	700 DM	987 DM	1 082 DM	1 243 DM
Übernachtungen bei Mandatsreisen, die nicht als Dienstreisen abgerechnet werden				
	<u>200 DM</u>	<u>319 DM</u>	<u>375 DM</u>	<u>473 DM</u>
	1 500 DM	2 108 DM	2 287 DM	2 863 DM
Kosten für Fahrten in Ausübung des Mandats (früher Reisekostenpauschale):				
Fahrten im eigenen Pkw einschließlich Fahrerkosten bzw. Mietwagenkosten	1 550 DM	2 119 DM	2 210 DM	2 839 DM
insgesamt	4 500 DM	6 083 DM	6 447 DM	8 151 DM

Hinweis

In den Abschnitt 13.2 – Parlamentsreformen des Bundestages – sind auch strukturelle Verbesserungen in der Entschädigung der Mitglieder des Bundestages aufgenommen worden.

Beispiel für die Mandatsausgaben eines Abgeordneten

Seit seiner ersten Wahl in den Deutschen Bundestag im Jahr 1972 veröffentlicht der Abgeordnete *Norbert Gansel* regelmäßig sowohl seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse als auch detailliert seine durch das Mandat bedingten Ausgaben. Aus den jährlichen Veröffentlichungen werden die Angaben über die Mandatsausgaben der Jahre 1977, 1980, 1983, 1987, 1991 und 1995 in das *Datenhandbuch* übernommen.*)

*) Zu den übrigen Abgeordneten, von denen Rechenschaftsberichte über ihre finanzielle Situation vorgelegt worden sind, gehören *Peter Altmaier* (CDU), *Eberhard Brecht* (SPD) und *Peter Conradi* (SPD).

Hinweise

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinetttberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Chronik der Wissenschaftlichen Dienste
- 22.4 Datenbanken im Parlamentsbereich
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Eine chronologische Zusammenfassung der Parlamentsreformen enthält Abschnitt 13.2 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

*

Die Ergebnisse zweier Umfragen über den durchschnittlichen Zeitaufwand eines Abgeordneten für sämtliche politischen, beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen in Bonn und im Wahlkreis sind in Abschnitt 2.15: Zeitbudget der Abgeordneten wiedergegeben.

Art der Mandatsausgaben	1977 in DM	1980 in DM	1983 in DM
1. Büromaterial	6 315,-	6 577,-	2 164,-
Porto	1 254,-	1 168,-	1 437,-
Telefon	1 872,-	3 871,-	2 753,-
Mietanteil Büro (in Kiel)	2 400,-	2 868,-	4 200,-
Gäste in Bonn	1 452,-	1 462,-	292,-
sonstige Wahlkreisverpflichtungen	1 830,-	4 934,-	2 849,-
Information	1 645,-	2 299,-	2 205,-
Zwischensumme	16 768,-	23 179,-	15 900,-
2. Pkw	-1)	21 712,-7)	6 773,-
Fahrkosten ⁶⁾	3 855,-	1 756,-	1 209,-
abzüglich private Pkw-Nutzung	-	- 1 230,- ⁸⁾	- 1 470,- ⁸⁾
Zwischensumme	3 855,-	22 238,-	6 512,-
3. Wohnen und Lebensunterhalt in Bonn	4 112,- ²⁾	} 3 801,- ⁹⁾	7 326,-
Dienstreisen	2 987,- ³⁾		- ¹⁰⁾
Zwischensumme	7 099,-	3 801,-	7 326,-
4. „Pool“ ⁴⁾	7 127,-	4 700,-	1 380,-
SPD-Bundestagsfraktion	5 850,-	6 000,-	6 000,-
SPD-Landesverband	4 200,-	4 100,-	4 400,-
SPD-Kreisverband	6 000,-	6 000,-	6 000,-
SPD-Parteibeitrag	1 710,-	2 400,-	2 400,-
parlamentarische Landesgruppe	180,-	180,-	250,-
Gewerkschaft	795,-	900,-	904,-
Vereinsbeiträge	806,-	624,-	420,-
Zwischensumme	26 668,-	24 904,-	21 754,-
5. Spenden ⁵⁾	4 122,-	3 773,-	2 980,-
6. Bundestagswahlkampf	-	4 940,-	2 500,-
7. Tilgung Amtskonto	-	-	-
Mandatsausgaben	58 512,-	82 835,-	56 972,-

1) „Auch in diesem Jahr bin ich noch ohne Auto ausgekommen.“

2) nur Wohnung in Bonn

3) Lebensunterhalt in Bonn und auf Dienstreisen

4) Nebeneinnahmen (Honorare für Vorträge und Aufsätze) und zeitweise ein monatlicher Festbetrag werden an den „Pool“ („meine Bürogemeinschaft mit Heide Simonis und Horst Jungmann“) für gemeinsame politische Aktivitäten abgeführt.

5) Spenden für karitative und staatsbürgerliche Zwecke, die nur zum Teil steuerlich geltend gemacht werden. Ab 1991: „Spenden für karitative und staatsbürgerliche Zwecke, die nicht steuerlich abgesetzt werden, da ich sie aus Mitteln für die Amtsausstattung bezahle. Daneben mache ich steuerlich absetzbare Spenden aus meiner MdB-Entschädigung.“

6) Eisenbahn und Flugzeug sind für Dienstreisen kostenfrei. Es entstehen aber Kosten im Nahverkehr bei Dienstreisen. Zusätzliche Fahrkosten entstehen für die Fahrbereitschaft des Bundestages in Bonn (Trinkgelder) und für Mietwagen bei Dienstreisen.

1987 in DM	1991 in DM	1995 in DM
1 993,-	6 850,- ¹²⁾	1 694,- ¹⁵⁾
2 418,-	1 380,-	2 708,-
4 175,-	1 987,-	5 372,-
5 100,-	6 300,-	7 500,-
450,-	1 256,-	807,- ¹⁶⁾
2 220,-	1 834,-	5 163,-
3 098,-	3 147,-	5 757,-
19 454,-	22 754,-	29 001,-
9 564,-	5 789,-	12 643,- ¹⁷⁾
830,-	2 440,-	1 426,-
- 1 250,- ⁸⁾	- 1 421,- ⁸⁾	- 4 184,- ¹⁸⁾
9 144,-	6 808,-	9 885,-
9 200,- - ¹¹⁾	} 14 055,- ¹³⁾	} 21 055,-
9 200,-	14 055,-	21 055,-¹⁹⁾
-	-	-
6 000,-	6 000,-	3 000,-
3 600,-	} 11 700,-	} 12 000,-
6 520,-	6 512,-	5 280,-
4 200,-	300,-	200,-
600,-	1 389,-	1 320,-
974,-	810,-	2 308,-
380,-		
22 274,-	26 711,-	24 108,-
4 120,-	5 161,-	3 750,-
-	-	-
-	1 440,-¹⁴⁾	-
64 192,-	76 929,-	87 799,-

- 7) „Seit März 1980 besitze ich wieder einen Pkw (der unteren Mittelklasse), den ich in Kiel und in Schleswig-Holstein fahre. Mit dem zunächst gekauften Gebrauchtwagen verursachte ein Mitarbeiter im Wahlkampf einen Totalschaden.“ (Der Totalschaden in Höhe von 5 915 DM ist in den Pkw-Kosten enthalten.)
- 8) „Für die private Nutzung des Pkw habe ich 42 Pf. pro km berechnet.“
- 9) „Die niedrigen Kosten ergeben sich u. a. daraus, daß ich in Bonn bei Bekannten wohne.“
- 10) „Spesen für Auslandsreisen ergeben ± 0. Darüber führe ich nicht gesondert Buch.“
- 11) „Seit November 1986 habe ich wegen der ständigen Inanspruchnahme durch den U-Boot-Untersuchungsausschuß keine Auslandsreisen gemacht, obwohl mein Schwerpunkt weiterhin die Außenpolitik ist.“
- 12) u. a. Anschaffung eines neuen Fotokopiergerätes
- 13) „Die relativ niedrigen Kosten für den 2. Haushalt in Bonn, in dem ich mich ungefähr die Hälfte des Jahres aufhalten muß, ergeben sich u. a. daraus, daß ich günstig zur Untermiete wohne. Bei Dienstreisen ins Ausland gibt es für Unterkunft und Verpflegung eine Reisekostenerstattung, die aber die tatsächlichen Aufwendungen nicht mehr ganz deckt.“
- 14) In den Jahren 1988 und 1989 waren die Mandatsausgaben um 18 000 DM höher als die Amtsausstattung. Sie wurden aus dem Privateinkommen und durch das Defizit aus dem Amtskonto finanziert und im Jahr 1991 zurückgeführt.
- 15) Büromaterial und -technik
- 16) „Für Gäste, die ich in meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses bewirte, erstattet der Bundestag Aufwendungen bis 1.485 DM jährlich. Diese Mittel habe ich nur teilweise in Anspruch genommen.“
- 17) „1995 habe ich ein neues Auto gekauft, das z. Zt. durch einen Ratenkredit finanziert wird.“
- 18) Abzüglich Km-Geld-Erstattung und abzüglich privater Pkw-Nutzung.“ Diese Km-Geld-Erstattung ist neu in der Aufstellung. Mir ist erst 1995 bekanntgeworden, daß ich mir für bestimmte dienstliche Veranstaltungen Km-Geld erstatten lassen kann ... Für die Privatnutzung des Pkw habe ich 0,50 DM/km berechnet.“
- 19) „Nachdem ich in Bonn lange Jahre zur Untermiete gewohnt habe, bin ich im Sommer 1994 in eine kleine Wohnung gezogen. Die Kosten erhöhen sich damit gegenüber den Vorjahren.“

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 20 sind Aspekte der Themen Abgeordnetendiäten und mandatsbedingte Ausgaben der Abgeordneten noch in folgenden Abschnitten behandelt:

- 1.30 Rechenschaftsberichte der Parteien
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 14.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe des Grundgesetzes
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag

20.5 Leistungen an die Abgeordneten

In diesem Abschnitt sind alle Leistungen zusammengefaßt, auf die der einzelne Abgeordnete seit Stand Dezember 1991 aufgrund folgender Rechtsgrundlagen Anspruch hatte:*)

- Artikel 48 Abs. 3 des Grundgesetzes
„Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Sie haben das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“
- Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordneten-gesetz) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297), zuletzt geändert durch das 20. Änderungsgesetz vom 19. Juni 1996 (BGBl. I S. 843)
- Bundeshaushaltsplan – Einzelplan 02.

Art der Leistung	ab Stand ...	Erläuterungen
Entschädigung (steuerpflichtig) ¹⁾	Dezember 1991	monatlich 10 128,- DM Bundestagspräsident: 2-facher Betrag (20 256,- DM) Vizepräsident: 1'-facher Betrag (15 192,- DM)
	Januar 1993	monatlich 10 366,- DM Bundestagspräsident: 2-facher Betrag (20 732,- DM) Vizepräsident: 1'-facher Betrag (15 549,- DM)
	Januar 1996	monatlich 11 300,- DM Bundestagspräsident: 2-facher Betrag (22 600,- DM) Vizepräsident: 1'-facher Betrag (16 950,- DM)
	Juli 1997	monatlich 11 825,- DM Bundestagspräsident: 2-facher Betrag (23 650,- DM) Vizepräsident: 1'-facher Betrag (17 737,50 DM)
Kostenpauschale (steuerfrei)	Dezember 1991	monatlich 5 765,- DM Zweck: – Bürokosten (Telefonkosten im Wahlkreis, Porto, Büromiete im Wahlkreis, Wahlkreisbetreuung) – Mehraufwendungen am Sitz des Bundestages für Unterkunft und Verpflegung sowie für Verpflegung bei Mandatsreisen innerhalb der Bundesrepublik – Fahrten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland Kürzungen: Bei entschuldigtem Fehlen an einem Plenarsitzungstag 90,- DM bei Krankenhaus- und Sanatoriumsaufenthalt, bei nachgewiesener Arbeitsunfähigkeit oder während der Mutterschutzfristen infolge Schwangerschaft 30,- DM bei unentschuldigtem Fehlen an einem Plenarsitzungstag 150,- DM bei Versäumnis einer namentlichen Abstimmung 75,- DM

¹⁾ Abzüge für die Pflegeversicherung ab Januar 1995 sind nicht berücksichtigt.

*) Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Referat Entschädigung von Abgeordneten (ZA 1)

Art der Leistung	ab Stand ...	Erläuterungen
noch: Kostenpauschale (steuerfrei)	Januar 1993	monatlich 5 978,- DM Zweck und Kürzungen: wie zuvor
	Januar 1996	monatlich 6 142,- DM Zweck und Kürzungen: wie zuvor
	Juli 1997	monatlich 6 251,- DM Zweck und Kürzungen: wie zuvor
Mitarbeiter	Dezember 1991	Erstattung der Aufwendungen für parlamentarische Mitarbeiter gegen Nachweis bis zu 12 296,- DM monatlich, zuzüglich besondere Leistungen wie Weihnachtsgeld, Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung etc. nach besonderen Ausführungsbestimmungen des Ältestenrates und nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes.
	Juni 1992	... bis zu 12 960,- DM monatlich ...
	Mai 1993	... bis zu 13 349,- DM monatlich ...
	September 1994	... bis zu 13 616,- DM monatlich ...
	Januar 1996	... bis zu 14 052,- DM monatlich ...
	Juli 1997	... bis zu 14 235,- DM monatlich ...
Büro	Dezember 1991	Ein Büro mit Ausstattung in Bonn wird vom Bundestag zur Verfügung gestellt.
Fahrtkosten	Dezember 1991	Freie Benutzung von Bundesbahn und Reichsbahn; freie Benutzung vom Dienstkraftfahrzeugen im Raum Bonn; Erstattung von Flug- und Schlafwagenkosten gegen Nachweis bei Mandatsreisen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.
	September 1994	Freie Benutzung der Eisenbahnen des Bundes; (übrige Eintragungen unverändert)
Telefonbenutzung	Dezember 1991	Die Telefonanlage des Bundestages kann kostenfrei benutzt werden. Telefonkosten im Wahlkreis sind aus der Kostenpauschale zu bestreiten.
Nutzung der Fernschreibstelle	September 1994	Die Fernschreibstelle nimmt ohne Kostenerstattung Telegramme, Fernschreiben und Telebriefe mit einem jährlichen Betrag von bis zu 3 000,- DM entgegen.
Telefax	Dezember 1991	Telefax ist Teil des gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems des Deutschen Bundestages nach § 12 Abs. 5 AbgG. Den Abgeordneten stehen je ein Telefaxgerät am Sitz des Bundestages sowie zwei Geräte an einem Ort ihrer Wahl im Geltungsbereich des Abgeordnetengesetzes zur Verfügung. Ihnen können Aufwendungen bis zu 4 000,- DM im Jahr für Telefax und Teletex erstattet werden.
	Juli 1997	... Ihnen können Aufwendungen bis zu 4 000,- DM im Jahr für Telefax und <i>andere elektronische Datenkommunikationsverbindungen</i> erstattet werden.

Art der Leistung	ab Stand ...	Erläuterungen
Datenverarbeitung	Dezember 1991	Bereitstellung und Nutzung von Hard- und Software im Rahmen des gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems am Sitz des Deutschen Bundestages und in den Arbeitsräumen am Ort seiner Wahl, in der Regel im Wahlkreisbüro.
Reisekostenvergütung bei Dienstreisen	Dezember 1991	<p>Voraussetzung: Genehmigung durch Bundestagspräsident</p> <p><i>Inlandsdienstreisen</i> Übernachtungsgeld 39,- DM (Mehrbetrag gegen Nachweis)</p> <p><i>Auslandsdienstreisen</i> Tagegeld je nach Land 24,- DM bis 172,- DM Übernachtungsgeld je nach Land 40,- DM bis 210,- DM (ohne Nachweis) 65,- DM bis 334,- DM (mit Nachweis)</p>
	März 1992	<p>Voraussetzung: Genehmigung durch Bundestagspräsident</p> <p><i>Inlandsdienstreisen</i> Übernachtungsgeld 39,- DM (Mehrbetrag gegen Nachweis)</p> <p><i>Auslandsdienstreisen</i> Tagegeld je nach Land 28,- DM bis 191,- DM Übernachtungsgeld je nach Land 40,- DM bis 170,- DM (ohne Nachweis) 73,- DM bis 345,- DM (mit Nachweis)</p>
	September 1994	<p>Voraussetzung: Genehmigung durch Bundestagspräsident</p> <p><i>Inlandsdienstreisen</i> Übernachtungsgeld 39,- DM (Mehrbetrag gegen Nachweis)</p> <p><i>Auslandsdienstreisen</i> Tagegeld je nach Land 28,- DM bis 134,- DM Übernachtungsgeld je nach Land 40,- DM bis 100,- DM (Mehrbetrag gegen Nachweis)</p>
	Juli 1997	<p>Voraussetzung: Genehmigung durch Bundestagspräsident</p> <p><i>Inlandsdienstreisen</i> Übernachtungsgeld gemäß Bundesreisekostengesetz, Reisekostenstufe C</p> <p><i>Auslandsdienstreisen</i> Tagegeld und Übernachtungsgeld gemäß Auslandsreisekostenverordnung</p>
Fahrtkosten bei Dienstreisen	September 1994	alternativ auch Wegstreckenentschädigung möglich
Zuschuß zu den Krankheitskosten	Dezember 1991	Entweder Beihilfen wie für Bundesbeamte oder Beitragszuschuß bis zur Hälfte des AOK-Beitrags am Wohnort (ca. 250,- DM).
	Januar 1996	Entweder Beihilfen wie für Bundesbeamte oder Beitragszuschuß zur Kranken- und Pflegeversicherung (ca. 350,- bis 400,- DM).

Art der Leistung	ab Stand ...	Erläuterungen
noch: Alters- und Hinterbliebenen- versorgung (steuerpflichtig) hier: Alters- entschädigung	Januar 1993	<i>Altersentschädigung:</i> Nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Bundestag: 35 v. H. der Entschädigung 3 629,- DM vom 9. bis 18. Jahr je Jahr 4 v. H. mehr bis 75 v. H. der Entschädigung 7 775,- DM Anspruchsvoraussetzungen, Übergangsregelung und Anrechnung wie zuvor.
	Januar 1996	<i>Anspruchsvoraussetzungen:</i> wie zuvor <i>Altersentschädigung:</i> Nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Bundestag: 24 v. H. der Abgeordnetenentschädigung 2 712,- DM vom 9. bis 23. Jahr je Jahr 3 v. H. mehr bis 69 v. H. der Abgeordnetenentschädigung 7 797,- DM <i>Übergangsregelung nach § 35 AbgG für Altersentschädigung:</i> wie zuvor <i>Übergangsregelung nach § 35 a AbgG für Altersentschädigung:</i> Für Mitglieder, die am 22. Dezember 1995 dem Bundestag angehör- ten, ehemalige Mitglieder des Bundestages und ihre Hinterbliebenen gelten die Regelungen der §§ 19 ff. AbgG in der bis zum 22. Dezem- ber 1995 geltenden Fassung. Die Höhe der Altersentschädigung beträgt: Nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Bundestag 35 v. H. des fiktiven Bemessungsbetrages 3 789,- DM vom 9. bis 18. Jahr je Jahr 4 v. H. mehr bis 75 v. H. des fiktiven Bemessungsbetrages 8 119,- DM <i>Anrechnung</i> beim Zusammentreffen von Abgeordnetenentschädi- gung und Versorgung mit anderen Bezügen aus öffentlichen Kassen und Renten der gesetzlichen Rentenversicherung. Beim Übergangsgeld werden ab dem 2. Monat alle Erwerbs- und Versorgungseinkünfte angerechnet. Abgeordneten, die am 22. Dezember 1995 dem Bundestag angehör- ten, werden auf das Übergangsgeld ausschließlich Bezüge aus öffent- lichen Kassen angerechnet (ab Anspruchsbeginn).

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung, der mandatsbedingten Ausgaben und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Im Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – wurde versucht, die durchschnittliche Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Bundestagsplenums zu errechnen.

Die Statistik der Plenarsitzungen, der Fraktionssitzungen und der Ausschusssitzungen findet sich in den Abschnitten 5.2, 8.3 und 9.1.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Repräsentativbefragungen und eigene Veröffentlichungen von Abgeordneten sind in den Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

Art der Leistung	ab Stand ...	Erläuterungen
noch: Alters- und Hinterbliebenen- versorgung (steuerpflichtig) hier: Alters- entschädigung	Juli 1997	<p><i>Anspruchsvoraussetzungen:</i> wie zuvor</p> <p><i>Altersentschädigung:</i> Nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Bundestag: 24 v. H. der Abgeordnetenentschädigung 2 838,- DM vom 9. bis 23. Jahr je Jahr 3 v. H. mehr bis 69 v. H. der Abgeordnetenentschädigung 8 160,- DM</p> <p><i>Übergangsregelung nach § 35 AbgG für Altersentschädigung:</i> wie zuvor</p> <p><i>Übergangsregelung nach § 35 a AbgG für Altersentschädigung:</i> Für Mitglieder, die am 22. Dezember 1995 dem Bundestag angehört und sich nicht für eine Anwendung des neuen Rechts entscheiden, ehe- malige Mitglieder des Bundestages und ihre Hinterbliebenen gelten die Regelungen der §§ 19 ff. AbgG in der bis zum 22. Dezember 1995 gelten- den Fassung. Die Höhe der Altersentschädigung beträgt: Nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Bundestag 35 v. H. des fiktiven Bemessungsbetrages 3 885,- DM vom 9. bis 18. Jahr je Jahr 4 v. H. mehr bis 75 v. H. des fiktiven Bemessungsbetrages 8 325,- DM</p> <p><i>Anrechnung:</i> wie zuvor</p>
Alters- und Hinterbliebenen- versorgung (steuerpflichtig) hier: Über- brückungsgeld	Dezember 1991	Überbrückungsgeld beim Tod eines Abgeordneten in Höhe der einfa- chen (bei Mitgliedschaft von mehr als 8 Jahren oder zwei Wahlperio- den der eineinhalbfachen) Entschädigung (steuerpflichtig)
Alters- und Hinterbliebenen- versorgung (steuerpflichtig) hier: Witwengeld	Dezember 1991	60 v. H. der Altersentschädigung 2 127,- DM bis 4 558,- DM, bei Tod des Abgeordneten während der Zugehörigkeit zum Bundestag und weniger als 12 Jahren Mitgliedschaft Mindestwitwengeld (60 v. H. von 4 761,- DM) 2 857,- DM
	Januar 1993	60 v. H. der Altersentschädigung 2 177,- DM bis 4 665,- DM, bei Tod des Abgeordneten während der Zugehörigkeit zum Bundestag und weniger als 12 Jahren Mitgliedschaft Mindestwitwengeld (60 v. H. von 4 873,- DM) 2 924,- DM
	Januar 1996	60 v. H. der Altersentschädigung 1 628,- DM bis 4 679,- DM, bei Tod des Abgeordneten während der Zugehörigkeit zum Bundestag und weniger als 14 Jahren Mitgliedschaft Mindestwitwengeld (60 v. H. von 4 407,- DM) 2 645,- DM
	Juli 1997	60 v. H. der Altersentschädigung bis zu 4 896,- DM bei Tod des Abgeordneten während der Zugehörigkeit zum Bundestag und weniger als 14 Jahren Mitgliedschaft Mindestwitwengeld (60 v. H. von 4 612,- DM) 2 768,- DM

Art der Leistung	ab Stand ...	Erläuterungen
Alters- und Hinterbliebenenversorgung (steuerpflichtig) hier: Waisengeld	Dezember 1991	Vollwaisengeld 20 v. H. der Altersentschädigung 709,- DM bis 1 520,- DM Halbwaisengeld 12 v. H. der Altersentschädigung 426,- DM bis 912,- DM bei Tod des Abgeordneten während der Mitgliedschaft Mindestvollwaisengeld 953,- DM / Mindesthalbwaisengeld 572,- DM.
	Januar 1993	Vollwaisengeld 20 v. H. der Altersentschädigung 726,- DM bis 1 555,- DM Halbwaisengeld 12 v. H. der Altersentschädigung 436,- DM bis 933,- DM bei Tod des Abgeordneten während der Mitgliedschaft Mindestvollwaisengeld 975,- DM / Mindesthalbwaisengeld 585,- DM.
	Januar 1996	Vollwaisengeld 20 v. H. der Altersentschädigung 543,- DM bis 1 560,- DM Halbwaisengeld 12 v. H. der Altersentschädigung 326,- DM bis 936,- DM bei Tod des Abgeordneten während der Mitgliedschaft Mindestvollwaisengeld 882,- DM / Mindesthalbwaisengeld 529,- DM.
	Juli 1997	Vollwaisengeld 20 v. H. der Altersentschädigung bis zu 1 632,- DM Halbwaisengeld 12 v. H. der Altersentschädigung bis zu 980,- DM bei Tod des Abgeordneten während der Mitgliedschaft Mindestvollwaisengeld 923,- DM / Mindesthalbwaisengeld 554,- DM.
Alters- und Hinterbliebenenversorgung (steuerpflichtig) hier: Versorgungsabfindung	Dezember 1991	<i>Versorgungsabfindung</i> wird gezahlt, wenn kein Anspruch auf Altersentschädigung besteht. Alternativ ist statt dessen auch Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung durch den Bundestag möglich.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht).

Art der Leistung	ab Stand ...	Erläuterungen
Sonstige Leistungen aufgrund haushaltsrechtlicher Ermächtigung	Dezember 1991	<p><i>Geschäftsbedarf</i> für die Büros der Abgeordneten (bis zu ca. 2 000,- DM jährlich). Für die Ersteinrichtung steht ein um 500,- DM höherer Betrag zur Verfügung.</p> <p><i>Besondere Maßnahmen:</i> Der Bundestag erstattet den Abgeordneten Kosten für Sicherungsmaßnahmen nach Maßgabe der vom Ältestenrat zuletzt am 26. Januar 1989 beschlossenen Regelung. Für bauliche Maßnahmen zur Erhöhung des Widerstandszeitwertes werden bis zu 25 000,- DM übernommen, sofern die Notwendigkeit dieser Maßnahmen vom Bundeskriminalamt festgestellt wurde.</p> <p><i>Sonstige Leistungen</i> wie Übernahme von Arbeitgeberpflichten bei den Mitarbeitern.</p>
	September 1994	<p><i>Geschäftsbedarf</i> und Briefschaften für die Büros der Abgeordneten bis zu ca. 2 200,- DM im Jahr. Der Betrag wird jährlich nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes festgelegt. Für die Ersteinrichtung steht ein um 500,- DM höherer Betrag zur Verfügung.</p> <p><i>Besondere Maßnahmen:</i> Der Bundestag erstattet dem Abgeordneten Kosten für Sicherungsmaßnahmen nach Maßgabe der vom Ältestenrat zuletzt am 18. Mai 1995 beschlossenen Regelung. Für bauliche Maßnahmen zur Erhöhung des Widerstandszeitwertes der Wohnung/ des Wohnhauses werden bis zu 32 000,- DM übernommen, sofern die Notwendigkeit dieser Maßnahmen vom Bundeskriminalamt festgestellt wurde.</p>

20.6 Altersversorgung der Abgeordneten

Bemühungen um die Einführung einer Abgeordnetenpension: Chronik

Die Frage der Altersversorgung der Abgeordneten ist im Deutschen Bundestag zwar schon seit der 1. Wahlperiode diskutiert worden, aber erst in der 5. Wahlperiode (1965–69) gelang es, eine gesetzliche Regelung zu finden. Die jahrelangen Auseinandersetzungen um eine „Abgeordnetenpension“ im Bundestag wird im folgenden nachgezeichnet. *)

1949–1953 Schon in der 1. Wahlperiode finden erste (ergebnislose) Erörterungen des Problems einer parlamentarischen Altersversorgung in kleinem Kreise interessierter Mitglieder des Bundestages statt.

„Anlaß, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, gaben einige Bundestagsabgeordnete, deren Wiederwahl ungewiß war und die fürchteten, nach Beendigung des Mandats ohne gesicherte materielle Existenz zu sein. Besonders ältere Parlamen-

*) Die Chronik folgt von 1949 bis 1972 überwiegend wörtlich *Hartmut Klatt*, Die Altersversorgung der Abgeordneten. Ein Beitrag zur Problematik des Abgeordnetenstatus und der Parlamentsstruktur. Tübingen 1972. S. 29–77.

tarier, die im Dritten Reich durch Emigration oder Verfolgung Vermögen oder Pensionsrechte eingebüßt, sich aber nach 1945 unter persönlichen Opfern und ohne Rücksicht auf materielle Entschädigung in den Vertretungskörperschaften für den staatlichen Wiederaufbau eingesetzt hatten, sahen infolge finanzieller Schwierigkeiten ihren Lebensunterhalt gefährdet. Dies umso mehr, da die kärglichen Lebensumstände und die niedrigen Diäten in den ersten Nachkriegsjahren es nahezu unmöglich gemacht hatten, im Wege der Selbsthilfe für den nachparlamentarischen Zeitraum vorzusorgen.“ (Klatt, a.a.O. S. 29 f.)

1953–1957 Auch in der 2. Wahlperiode finden sich Abgeordnete aller Fraktionen unter Vorsitz von Vizepräsident *Ludwig Schneider* (FDP) zu einer Arbeitsgruppe zusammen, die die Frage der Parlamentarierversorgung diskutieren. Die interfraktionellen Verhandlungen scheitern an der Weigerung zunächst der FDP, einer Versorgungsregelung zuzustimmen, später auch – mit Blick auf die Bundestagswahl 1957 – an Distanzierungen der CDU/CSU- und SPD-Fraktion.

In der Landtagspräsidenten-Konferenz beklagt sich der nordrhein-westfälische Parlamentspräsident *Josef Gockeln* (CDU) wiederholt darüber, daß materiell gesicherte Mitglieder des Bundestages (besonders zahlreich der CDU/CSU) dem Vorhaben verständnislos gegenüberstünden.

1954–1956 Fälle von unversorgten Hinterbliebenen beim plötzlichen Tod von Landtagsabgeordneten veranlassen die Landtagspräsidenten-Konferenz, sich wiederholt mit der Notwendigkeit einer parlamentarischen Alterssicherung zu befassen. Man empfiehlt, dem Bundestag den Vortritt zu lassen und zunächst nur einen Unterstützungsfonds zur Überbrückung sozialer Notfälle vorzusehen.

1957–1961 Trotz intensiver Bemühungen scheitern in der 3. Wahlperiode alle Versuche einer Regelung.

ab Dezember 1957 Offizielle Verhandlungen zwischen den Fraktionen des Bundestages, die geplante Diätenreform mit einer Altersversorgung für die Abgeordneten zu verbinden.

18. April 1958 Bei der ersten Beratung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages muß Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* jedoch feststellen, daß sich „beträchtliche Teile des Hauses nicht dazu entschließen können, eine Vorlage zur Errichtung einer Altersversorgung mit zu unterstützen“.

Gerstenmaier hatte 1956 – nach Absprache mit den Fraktionen der CDU/CSU und SPD – der Landtagspräsidenten-Konferenz zugesagt, die Pensionsfrage in der 3. Wahlperiode des Bundestages sofort in Angriff zu nehmen.

6. Dezember 1958 *Josef Gockeln*, Mitglied des Bundestages und Landtagspräsident von Nordrhein-Westfalen, kommt bei einem Unfall ums Leben. Er hatte zu den eifrigsten Befürwortern einer Parlamentarierversorgung gehört. *Gockeln* hinterläßt seine Familie unversorgt, da ihm weder aus seiner parlamentarischen noch aus seiner kommunalpolitischen Tätigkeit als Oberbürgermeister von Dortmund Pensionsansprüche zugewachsen waren.

Sein Tod führt im Bundestag zu einer merklichen Belebung der Diskussion über das Thema Alterssicherung. Zum ersten Mal kursiert im Parlament ein vollständiger Entwurf für eine Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für Mitglieder des Bundestages. Er wird zunächst vertraulich im Vorstand des Bundestages beraten, gelangt aber im Februar 1959 an die Öffentlichkeit. Die Fraktionen reagieren mit Zurückhaltung.

2. Dezember 1959

Da die erhoffte Initiative im Bundestag auf sich warten läßt und die Unterstützung der Gesamtfaktionen nicht zu erreichen ist, bringen 34 Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien – an der Spitze *Josef Arndgen* (CDU/CSU), *Carlo Schmid* (SPD), *Walther Kühn* (FDP) und *Ludwig Schneider* (DP) – den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages ein (Drs. III/1444).

Der Gesetzentwurf sieht im einzelnen einen Eigenbeitrag jedes Abgeordneten in Höhe von 15% der Aufwandsentschädigung (zu der Zeit 165,- DM) vor. Bei Erreichen der Altersgrenze (65. Lebensjahr) soll nach achtjähriger Zugehörigkeit zum Bundestag 40% der jeweiligen Aufwandsentschädigung (440,- DM) als monatliches Ruhegeld gewährt werden. Nach zwölfjähriger Mandatsausübung kann dieser Betrag auf einen Höchstsatz von 550,- DM (= 50% der Aufwandsentschädigung) steigen. Rentenansprüche sollen nur geltend gemacht werden können, soweit das parlamentarische Ruhegeld zusammen mit anderen Bezügen aus öffentlichen Kassen (Beamten- bzw. Ministergehälter und -pensionen) 50% des Ruhegehalts eines Staatssekretärs (damals rund 1 500 DM) nicht überschreitet.

Die Auseinandersetzung zwischen Pensionsbefürwortern und -gegnern entbrennt sofort in voller Schärfe. Die Antragsteller drängen auf eine schnelle parlamentarische Beratung, um das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 1960 zu gewährleisten. Der Versuch, den Antrag Ende 1959 auf die Tagesordnung zu setzen und in erster Beratung ohne Debatte an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, scheitert am hartnäckigen Widerstand einiger FDP-Abgeordneter, die auf mündliche Begründung und öffentliche Erörterung des Entwurfs im Plenum bestehen.

12. Februar 1960

Erste Beratung des Gesetzentwurfs: Für die Einführung einer Abgeordnetenrente spricht sich engagiert Vizepräsident *Carlo Schmid* (SPD) aus. Dagegen wünscht der Abgeordnete *Oswald Adolph Kohut* (FDP) dem Entwurf „ein Begräbnis erster Klasse“, da keinerlei Bedarf für ein soziales Sonderrecht der Parlamentarier bestehe.

In den anschließenden Ausschußberatungen spalten sich Befürworter und Gegner des Entwurfs in zwei fast gleich starke Lager: Dem Entwurf positiv stehen die oppositionelle SPD sowie Teile der CDU/CSU gegenüber, während eine starke Minderheit der CDU/CSU sowie die beiden Koalitionspartner FDP und DP ihn ablehnen. Ein Kompromiß mißlingt, so daß die Pensionsbefürworter auf eine Regelung verzichten. Das Pensionsprojekt kommt endgültig zu Fall, als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Heinrich Krone* erklärt, die Union werde den Gesetzentwurf ablehnen.

„Die Gründe für diese plötzliche Kehrtwendung der Unionsfraktion dürften zum einen in der 1961 bevorstehenden Wahl zu suchen sein. Demoskopische Umfragen hatten es der CDU/CSU geraten erscheinen lassen, das unpopuläre Pensionsprojekt fallenzulassen. Daneben fiel die Uninteressiertheit vieler Unionsabgeordneter ins Gewicht. Vor allem die interfraktionelle Beamtengruppe, dazu viele Angestellte und Funktionäre, auch materiell gesicherte Unternehmer und Selbständige, standen

infolge einer ausreichenden Altersversorgung den Plänen interesselos gegenüber.“
(Klatt, a.a.O. S. 42)

4. Mai 1961 Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages
Es sieht aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung verbesserte Übergangsgelder vor: Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag wird bei nur einjähriger Parlamentszugehörigkeit eine Abfindungssumme in dreifacher Höhe der jeweiligen Aufwandsentschädigung gezahlt.
7. Februar 1964 Während der ersten Beratung des Diätengesetzes 1964 weist Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* wiederholt auf das Fehlen einer parlamentarischen Alterssicherung und die damit verbundenen negativen Folgen für die materielle Situation einzelner Kategorien von Abgeordneten hin. Er bestätigt aber zugleich die ablehnende Haltung des Bundestages in dieser Frage.
6. März 1964 Verabschiedung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages (Diätengesetz 1964)
Das Gesetz bedeutet insofern einen Fortschritt für die Hinterbliebenen verstorbener Abgeordneter, als die Todesfallversicherung auf ausgeschiedene Bundestagsabgeordnete ausgedehnt wird. Es wird eine obligatorische Lebensversicherung auf den Todesfall über 50 000 DM abgeschlossen, zu der alle Abgeordneten eine monatliche Prämie von 60 DM entrichten müssen. Außerdem wird im Diätengesetz erstmals der vom Bundestagspräsidenten verwaltete Hilfsfonds auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Danach kann der Präsident in besonderen Fällen Abgeordneten, ausgeschiedenen Abgeordneten und deren Hinterbliebenen einmalige Unterstützungen oder laufende Unterhaltszuschüsse gewähren. Dieser Verfügungsfonds des Präsidenten wurde schon 1956 eingerichtet, bis 1964 allerdings ohne gesetzliche Ermächtigung.
Trotz Todesfallversicherung und Unterstützungsfonds werden weitere Vorstöße in Richtung genereller Altersversorgung unternommen. Sie werden durch den Bundestagswahlkampf im Sommer 1965 und die ablehnende Haltung der FDP vereitelt.
- Herbst 1965 Unter dem Eindruck einer Versorgungsregelung im nordrhein-westfälischen Landtag beginnt der Bundestagsvorstand nach Konstituierung des 5. Bundestages erneut, sich mit dem Gedanken einer Alterssicherung für Mitglieder des Bundestages zu befassen. Wirtschaftliche Rezession und innenpolitische Instabilität im Herbst 1966 bringen die Diskussionen nicht weiter.
1. Dezember 1966 Mit Bildung der Großen Koalition scheint eine breite Übereinstimmung für die Abgeordnetenversorgung gesichert.
- Anfang 1967 Beginn vertraulicher Beratungen in einer Unterkommission des Bundestagsvorstandes.
- Anfang Oktober 1967 Zwischen allen Vertretern in der Unterkommission besteht weitgehende Einigkeit darüber, eine versicherungsrechtliche Lösung der parlamentari-

schen Alterssicherung (= Eigenleistungen der MdB aus erhöhten Grunddiäten und Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln) anzustreben.

12. Oktober 1967 Eine größere Gruppe der SPD-Fraktion unterbreitet im Bundestagsvorstand überraschend den Vorschlag, die Altersversorgung voll und ganz aus Staatsmitteln zu finanzieren. Der Bundestagsvorstand kann sich zumindest auf den Grundsatzbeschluß verständigen, zusammen mit dem Einzeletat des Bundestages für 1968 einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer Altersversorgung für Mitglieder des Bundestages vorzulegen.

Eine neue Kommission des Bundestagsvorstandes soll nun zwischen den drei Fraktionen einen Konsens über die Form der künftigen Altersdiätenregelung herbeiführen und einen interfraktionellen Vorschlag erarbeiten. In der neuen Kommission stehen die Vor- und Nachteile der versicherungsrechtlichen und der sogenannten „beamtenrechtlichen“ Lösung*) gegenüber.

23./24. Januar 1968 Nachdem sich die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD grundsätzlich auf die „beamtenrechtliche“ Lösung einigen und die oppositionelle FDP dem zustimmt, wird wenige Tage später ein interfraktioneller Gesetzentwurf eingebracht.

Die Vorlage (BT-Drs. V/2526) sieht für ausgeschiedene Abgeordnete nach siebenjähriger Parlamentszugehörigkeit und ab dem 65. Lebensjahr (oder nach 11 bzw. 15 Jahren Mitgliedschaft im Bundestag und ab dem 60. bzw. 55. Lebensjahr) einen Ruhegehaltsanspruch in Höhe von 840 DM (= ein Drittel des Mindestruhegehalts eines Bundesministers) vor. Mit jedem weiteren Jahr der Zugehörigkeit zum Bundestag sollte die Pension um jeweils 5% bis zum Höchstbetrag von 73,5% der Versorgungsbezüge eines Ministers nach 15 Jahren ansteigen.

7. Februar 1968 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* verteidigt zwar die Notwendigkeit einer Parlamentarierversorgung, weist jedoch darauf hin, daß weiterhin Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise der Regelung bestünden und Änderungsanträge angekündigt seien.

13. Februar 1968 Der Abgeordnete *Heinrich Windelen* (CDU/CSU) und 49 weitere Abgeordnete aus der CDU/CSU- und FDP-Fraktion bringen einen Gesetzentwurf ein, der vom Versicherungsprinzip ausgeht. Um einen eigenen Betrag von 25% der Aufwandsentschädigung zur Altersversorgung leisten zu können, sollten die Diäten der Abgeordneten von 22,5 auf 33,3% der Bundesministergehälter erhöht werden.

15. Februar 1968 Im Bundestagsvorstand stehen beide Entwürfe zur Debatte. Eine Einigung kommt nicht zustande. Zudem zeigt die Diskussion, daß noch zahlreiche weitere rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Abgeordnetenversorgung zu klären sind, beispielsweise die gegenseitige Anrechnung von Versorgungsbezügen aus öffentlichen Kassen.

Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* gibt mehrere Gutachten zu den mit den Gesetzesvorlagen verbundenen rechtlichen Grundsatzfragen in Auftrag.

*) „Beamtenrechtliche“ Lösung bedeutet, daß die Parlamentarierrenten – wie dies auch für Beamtenpensionen gilt – allein aus Mitteln des Bundeshaushaltes zu finanzieren sind. Beiträge der einzelnen Abgeordneten oder eine Diätenerhöhung erübrigten sich.

12./13. März 1968 Unter erheblichem Zeitdruck wegen der Terminlage des Haushaltsgesetzes 1968 gelangt der Bundestagsvorstand zu einer grundsätzlichen Einigung.

Anstelle der bis zu diesem Zeitpunkt von allen drei Fraktionen unterstützten beamtenrechtlichen Lösung spricht sich der Vorstand nun dafür aus, die Altersversorgung für Mitglieder des Bundestages versicherungsrechtlich zu regeln. Das bedeutet Eigenleistungen der MdB aus gleichzeitig erhöhten Diäten sowie Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Diese Lösung entspricht den Vorstellungen, die Bundestagspräsident *Gerstenmaier* und die Gruppe *Windelen* verfochten hatten.

„Letztlich ausschlaggebend für das Abgehen von der ‚Pensionslösung‘ dürften die in den Gutachten enthaltenen rechtlichen Bedenken gewesen sein. Bei der beamtenrechtlichen Regelung hätten doppelte Versorgungszahlungen aus öffentlichen Mitteln an Beamtenabgeordnete ... zu Verfassungsklagen führen können.“ (*Klatt* a.a.O. S. 71)

27. März 1968 Verabschiedung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages (Diätengesetz 1968)

Durch dieses Gesetz wird nunmehr die „Abgeordnetenpension“ eingeführt, wobei die Alters- und Hinterbliebenenversorgung auf dem Versicherungsprinzip aufbaut. Da Zwangsmitgliedschaft besteht, müssen alle Abgeordneten des Bundestages ab 1. Januar 1968 eine monatliche Pflichtprämie in Höhe von 25% der Aufwandsentschädigung (zu der Zeit 780 DM) zu ihrer parlamentarischen Altersversorgung leisten. Mit dem neuen Diätengesetz wird die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten rückwirkend um 770 DM von 22,5 auf 33,3% des Amtsgehalts eines Bundesministers erhöht.

Die Höhe der Altersversorgung der Mitglieder des Bundestages ab 1968 bis zum Stand 31. August 1997 ist dem folgenden Unterabschnitt zu entnehmen.

Höhe der Altersversorgung

Die folgende Tabelle*) enthält nur die allgemeinen Regelungen für jeweils „künftige“ Abgeordnete, Übergangs- oder Sonderbestimmungen vor allem für ehemalige Abgeordnete bleiben unberücksichtigt.

*) Der Aufbau der Tabelle ist entnommen aus *Hans Herbert von Arnim*, Entschädigung und Amtsausstattung. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 523–553 (hier: S. 539).

Hinweis

Eine chronologisch nach den Wahlperioden gegliederte Auflistung aller Maßnahmen, die bei großzügiger Interpretation dem Bereich der Parlamentsreform zugerechnet werden können, ist im Abschnitt 13.2 vorgenommen worden. Im übrigen taucht das Thema „Parlamentsreform“ in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt.

Gültig ab	Mindestentschädigung				Steigerungsrate pro Jahr in % der Entschädigung	Höchstentschädigung			
	Betrag (steuerfrei) in DM	in Prozent der Entschädigung	Voraussetzung: Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag	Beginn der Zahlung: ab Vollendung des ... Lebensjahres		Betrag (steuerfrei) in DM	in Prozent der Entschädigung	Voraussetzung: Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag	Beginn der Zahlung: ab Vollendung des ... Lebensjahres
1. 1. 1968	830	} 35% ¹⁾	} 8 Jahre ²⁾	} 65. Lj.	} 5%	1 770	} 75% ¹⁾	} 16 Jahre ²⁾	} 55. Lj.
1. 7. 1968	860					1 840			
1. 4. 1969	900					1 930			
1. 1. 1970	970					2 080			
1. 1. 1971	1 040					2 230			
1. 1. 1972	1 090					2 320			
1. 1. 1973	1 150					2 460			
1. 1. 1974	1 280					2 730			
1. 1. 1975	1 350					2 890			
1. 1. 1977	1 420					3 030			
1. 2. 1977	1 490	3 190							

¹⁾ Aufrundung des Betrages auf volle 10 DM

²⁾ Eine Mitgliedschaft im Bundestag von mehr als einem halben Jahr gilt als volles Jahr.

Bei der Fortsetzung der Tabelle auf der folgenden Seite ist zu berücksichtigen, daß der Betrag der Altersversorgung ab 1. April 1977 steuerpflichtig ist.

Hinweis

Zum Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02) enthält das vorliegende **Datenhandbuch** Angaben u. a. zu folgenden Bereichen:

- Abschnitt 20.1 eine Gegenüberstellung der Ausgaben des Bundestages mit den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts,
- Abschnitt 20.3 eine Tabelle über die Entwicklung der Diäten,
- Abschnitt 20.4 Hinweise zu den mandatsbedingten Ausgaben der Abgeordneten (auch zu Abgaben an die verschiedenen Gliederungen der Parteien),
- Abschnitt 20.7 eine Aufstellung über die Zuschüsse des Bundestages an die Fraktionen.

Gültig ab	Mindestentschädigung				Steigerungsrate pro Jahr in % der Entschädigung	Höchstensentschädigung			
	Betrag (steuerpflichtig) in DM	in Prozent der Entschädigung	Voraussetzung: Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag	Beginn der Zahlung: ab Vollendung des ... Lebensjahres		Betrag (steuerpflichtig) in DM	in Prozent der Entschädigung	Voraussetzung: Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag	Beginn der Zahlung: ab Vollendung des ... Lebensjahres
1. 4. 1977	1 875	} 25% ⁴⁾	} 6 Jahre ²⁾³⁾	} 65. Lj.	} 5%	5 625	} 75% ⁴⁾	} 16 Jahre ²⁾³⁾	} 55. Lj.
1. 7. 1983	1 955					5 865			
1. 7. 1984	2 000					6 000			
1. 7. 1985	2 056					6 168			
1. 7. 1986	2 114					6 341			
1. 7. 1987	2 183					6 547			
1. 7. 1988	2 254					6 760			
1. 7. 1989	2 306					6 916			
1. 7. 1990	2 416					7 248			
20. 12. 1990	3 383					} 35% ⁴⁾			
1. 7. 1991	3 545	7 596							
1. 7. 1992	3 629	7 775							
22. 12. 1995	2 712	} 24%	} 8 Jahre ²⁾³⁾⁵⁾	} 65. Lj.	} 3%	7 797	} 69% ⁴⁾	} 23 Jahre ²⁾³⁾	} 55. Lj.
1. 7. 1997	2 838					8 160			

2) Eine Mitgliedschaft im Bundestag von mehr als einem halben Jahr gilt als volles Jahr.

3) Zeiten der Mitgliedschaft im Parlament eines Landes der Bundesrepublik Deutschland gelten (auf Antrag) als Zeiten der Mitgliedschaft im Bundestag.

4) Aufrundung des Betrages auf volle 1 DM

5) Eine Wahlperiode wird mit vier Jahren angerechnet, wenn sie länger als zwei Jahre dauert.

Hinweise

Das sogenannte „Diätenurteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 1975 ist mit seinen Leitsätzen abgedruckt innerhalb des Abschnittes 15.3: Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

In den Abschnitt 13.2 – Parlamentsreformen des Bundestages – sind auch strukturelle Verbesserungen in der Entschädigung der Mitglieder des Bundestages aufgenommen worden.

20.7 Zuschüsse an die Fraktionen

„Fraktionen brauchen für die Bewältigung ihrer Aufgaben wie andere Arbeitseinheiten ein organisatorisches Gerüst. Dieses muß finanziert werden. Wie das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dürfen Fraktionen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt zur Bewältigung des Aufwands erhalten, den die Parlamentsarbeit ihnen abverlangt. Diese Fraktionszuschüsse dürfen indes nur in einer Höhe bewilligt werden, die durch die Bedürfnisse der Fraktionen gerechtfertigt ist. Die tatsächlichen Begründungen für die Fraktionszuschüsse lassen sich an der Geschichte der Zuwendungen ablesen ...:

- Zunächst handelte es sich lediglich um Geldleistungen für die Unterhaltung der Büros der Fraktionen.
- Seit dem Haushaltsjahr 1955 wird ein Mehrbedarf für die Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern einbezogen.
- Von 1959 an wird die Mitgliederzahl der Fraktionen bei der Berechnung berücksichtigt; zu einem Grundbetrag von monatlich 3 000 DM trat ein Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktionen.
- Im Haushaltsjahr 1963 wurde ein weiterer Zuschlag für Gesetzgebungsdienste der Fraktionen hinzugefügt, der seit 1968 nach einem an der Mitgliederzahl ausgerichteten Schlüssel berechnet wird.
- Seit dem Haushaltsplan 1971 sind die monatlichen Zahlungen an die Fraktionen nach Grundbetrag, allgemeinem Zuschlag je Abgeordneten und gestuftem Zuschlag für den Gesetzgebungsdienst aufgeschlüsselt.
- 1977 wurde ein besonderer Zuschlag für die Opposition in Höhe von 25 Prozent auf den Grundbetrag und 7 Prozent auf den Zuschlag je Abgeordneten eingeführt.
- Schließlich umfassen die Fraktionszuschüsse seit 1978 auch Ansätze für die Aus- und Fortbildung der Fraktionsangestellten sowie für besondere Anlässe, zum Beispiel zur Begleichung von Probebüchern.“*)
- Eine Änderung im Bereich der Oppositionszuschläge trat 1988 ein, indem der Zuschlag pro Fraktion von bisher 25 Prozent auf 15 Prozent gesenkt und der Zuschlag pro Abgeordneten von 7 Prozent auf 10 Prozent erhöht wurden.
- Seit 1991 dürfen aus dem Haushaltstitel auch Zuschüsse an Gruppen gezahlt werden (nachdem der Bundestag schon im Oktober 1990 zugunsten der Gruppe der PDS beschlossen hatte, einen Grundbetrag in Höhe von 213 158 DM im Monat sowie einen monatlichen Zuschlag in Höhe von 7 726 DM je Abgeordneten zu gewähren; das entspricht der Hälfte des Betrages der für Fraktionen vorgesehen ist). Diese Regelung wurde 1991 für die beiden Gruppen der 12. Wahlperiode und 1994 für die Gruppe der PDS in der 13. Wahlperiode erneuert (vgl. Abschnitt 5.1).
- Seit dem 1. Januar 1995 – mit Inkrafttreten des 16. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) vom 11. März 1994 – hat die Fraktionsfinanzierung eine gesetzliche Grundlage erhalten.**)

Die Entwicklung der Fraktionszuschüsse im Bundestag seit 1949 enthält in allen Einzelheiten die folgende Übersicht:***)

*) *Gerald Kretschmer*, Fraktionen. Parteien im Parlament, Heidelberg 1984, S. 52–54.

Vgl. dazu vor allem auch die Darstellung und Analyse bei *Jürgen Jekewitz*, Das Geld der Parlamentsfraktionen. Zur rechtlichen Verortung der Fraktionen anhand ihrer finanziellen Ausstattung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 13. 1982. H. 3. S. 314–338, ferner *Hans-Herbert von Arnim*, Staatliche Fraktionsfinanzierung ohne Kontrolle? Wiesbaden 1987.

***) Vgl. *Martin Morlok*, Gesetzliche Regelung des Rechtsstatus und der Finanzierung der Bundestagsfraktionen. In: *Neue Juristische Wochenschrift*. Jg. 48. 1995. H. 1. S. 29–31.

****) Quelle: Bundeshaushaltspläne von 1949 bis 1996 sowie Zusammenstellung des Haushaltsreferats.

Entwicklung der Zuschüsse

Haus-halts-jahr	Einzelplan / Kapitel / Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in DM	a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten in DM	Gesamt-betrag in DM	Verände-rung in %	Erläuterung im Bundshaushaltsplan
1949 ¹⁾	Epl. 11, Kap. 1, Tit. 32, b	–	–	203 000	–	„Die Zuschüsse sind für die Unterhaltung der Büros der Fraktionen zu zahlen.“
1950	wie zuvor	–	–	348 000	+ 71,4	wie zuvor
1951	wie zuvor	–	–	348 000	± 0,0	wie zuvor
1952	wie zuvor	–	–	348 000	± 0,0	wie zuvor
1953	Epl. 02 Kap. 0201, Tit. 301	–	–	348 000	± 0,0	wie zuvor
1954	wie zuvor	–	–	730 800	+ 110,0	„Mehr durch Neufestsetzung der Zuschüsse.“
1955	wie zuvor	–	–	955 800	+ 30,8	„Veranschlagt sind die Zuschüsse, die den Fraktionen zur Unterhaltung ihrer Büros gezahlt werden. Mehr bedarf von 225 000 DM für die Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern durch die Fraktionen.“
1956	wie zuvor	–	–	1 008 000	+ 5,5	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1]“

1957	wie zuvor	–	–	1 405 000	+ 39,4	„Veranschlagt sind die Zuschüsse, die den Fraktionen zur Unterhaltung ihrer Büros gezahlt werden. Mehr infolge Erhöhung der Abgeordnetenzahl sowie Erhöhung der Faktionszuschüsse.“
1958	wie zuvor	–	–	1 405 000	± 0,0	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1]“
1959	wie zuvor	a) Grundbetrag 144 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion zusammen <u>1 681 560</u> 1 825 560	a) 36 000 b) 3 240	1 825 600²⁾	+ 29,9	„Veranschlagt sind die Zuschüsse, die den Fraktionen zur Unterhaltung ihrer Büros sowie für wissenschaftliche Mitarbeiter und Hilfskräfte gezahlt werden. Mehr infolge Neufestsetzung der Zuschläge zu b) ...“
1960	wie zuvor	wie zuvor	wie zuvor	1 825 600²⁾	± 0,0	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1]“
1961	wie zuvor	a) Grundbetrag 144 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion zusammen <u>1 806 520</u> 1 950 520	a) 36 000 b) 3 480	1 950 600²⁾	+ 6,8	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1] Mehr infolge Neufestsetzung der Zuschläge zu b).“
1962	wie zuvor	a) Grundbetrag 108 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion zusammen <u>1 875 600</u> 1 983 600	a) 36 000 b) 3 480	1 983 600	+ 1,7	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1] Mehr infolge Erhöhung der Fraktionszuschüsse.“

1), 2) Fußnoten siehe Seite 3257.

Hinweis

Die Gesamtausgaben des Bundestages sind in Abschnitt 20.1 zusammengestellt.

Haus- halts- jahr	Einzelplan / Kapitel / Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in DM		a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten in DM	Gesamt- betrag in DM	Verände- rung in %	Erläuterung im Bundshaushaltsplan
1963	wie zuvor	a) Grundbetrag b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion c) Zuschlag für den Gesetzgebungsdienst der Fraktionen zusammen	108 000 1 875 600 <u>468 900</u> 2 452 500	a) 36 000 b) 3 600	2 452 500	+ 23,6	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1] Mehr infolge erstmaliger Auf- nahme des Ansatzes zu c).“
1964	wie zuvor	a) Grundbetrag b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion c) Zuschlag für den Gesetzgebungsdienst der Fraktionen zusammen	108 000 2 125 700 <u>468 900</u> 2 702 600	a) 36 000 b) 4 080	2 702 600	+ 10,2	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1] Mehr wegen Erhöhung des Kopf- satzes entsprechend der Stärke der Fraktionen.“
1965	wie zuvor	a) Grundbetrag b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion c) Zuschlag für den Gesetzgebungsdienst der Fraktionen zusammen	216 000 2 125 700 <u>781 500</u> 3 123 200	a) 72 000 b) 4 080	3 123 200	+ 15,6	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1] Mehr wegen Erhöhung des Grund- betrages und des Zuschlages für den Gesetzgebungsdienst der Fraktio- nen.“
1966	wie zuvor	a) Grundbetrag b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion c) Zuschlag für den Gesetzgebungsdienst der Fraktionen zusammen	237 600 2 333 100 <u>864 800</u> 3 435 500	a) 79 200 b) 4 504	3 435 500	+ 10,0	„Veranschlagt sind ... [wie zuvor Satz 1] Mehr wegen Erhöhung der Frak- tionszuschüsse als Folge der gestie- genen Personal- und Sachkosten.“

Haus- halts- jahr	Einzelplan / Kapitel / Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in DM	a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten in DM	Gesamt- betrag in DM	Verände- rung in %	Erläuterung im Bundshaushaltsplan
1970	wie zuvor	a) Grundbetrag 1 800 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 6 091 680 c) Zuschlag für den Gesetz- gebungsdienst mit 648 DM monatlich für die ersten 45 Abgeordneten und 216 DM monatlich für jeden weiteren Abgeord- neten <u>1 969 920</u> zusammen 9 861 600	a) 600 000 b) 11 760	9 861 600	+ 85,3	wie zuvor
1971	Epl. 02, Kap. 0201, Tit. 684 01	a) Grundbetrag 5 400 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 6 091 680 c) Zuschlag für den Gesetz- gebungsdienst mit 648 DM monatlich für die ersten 45 Abgeordneten je Fraktion und 1 050 DM monatlich für jeden weiteren Abgeordneten jeder Fraktion <u>5 957 568</u> zusammen 17 449 248	a) 1 800 000 b) 11 760	17 449 300²⁾	+ 76,9	„Veranschlagt sind die Zuschüsse, die den Fraktionen zur Unterhaltung ihrer Büros und Einrichtungen sowie für wissenschaftliche Mitarbeiter und Hilfskräfte gezahlt werden. Mehr infolge höherer Personal- und Sachkosten.“

1972	wie zuvor	a) Grundbetrag 6 048 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 6 825 168 c) Zuschlag für den Gesetzgebungsdienst mit 726 DM monatlich für die ersten 45 Abgeordneten je Fraktion und 1 176 DM monatlich für jeden weiteren Abgeordneten jeder Fraktion <u>6 672 816</u> zusammen 19 545 984	a) 2 016 000 b) 13 176	19 546 000²⁾	+ 12,0	wie zuvor
1973	wie zuvor	a) Grundbetrag 6 120 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 16 087 100 c) Zuschuß für den Ausschuß für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands – Unteilbares Deutschland e.V. –, Bonn <u>350 000</u> zusammen 22 557 100	a) 2 040 000 b) 31 056	22 557 100	+ 15,4	wie 1971 Satz 1
1974	wie zuvor	a) Grundbetrag 6 768 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 19 177 000 c) Zuschuß für den Ausschuß für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands – Unteilbares Deutschland e.V. –, Bonn <u>350 000</u> zusammen 26 295 000	a) 2 256 000 b) 37 021	26 295 000	+ 16,6	„Veranschlagt sind die Zuschüsse, die den Fraktionen zur Unterhaltung ihrer Büros und Einrichtungen sowie für wissenschaftliche Mitarbeiter und Hilfskräfte gezahlt werden, und Zuschüsse zur Weitergabe an den Ausschuß für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands – Unteilbares Deutschland e.V. –, Bonn.“

2) aufgerundet

Haus- halts- jahr	Einzelplan / Kapitel / Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in DM		a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten in DM	Gesamt- betrag in DM	Verände- rung in %	Erläuterung im Bundshaushaltsplan
1975	wie zuvor	a) Grundbetrag	7 356 816	a) 2 452 272	29 287 000²⁾	+ 11,4	„Zuschüsse, die den Fraktionen zur Unterhaltung ihrer Büros und Einrichtungen sowie für wissenschaftliche Mitarbeiter und Hilfskräfte gezahlt werden sowie für allgemeine internationale Zusammenarbeit.“
	b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	20 842 248	b) 40 236				
	c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit ³⁾	<u>1 087 000</u>					
		zusammen	<u>29 286 064</u>				
1976	wie zuvor	a) Grundbetrag	7 658 460	a) 2 552 820	30 484 000²⁾	+ 4,1	wie zuvor
	b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	21 693 840	b) 41 880				
	c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit	<u>1 131 567</u>					
		zusammen	<u>30 483 867</u>				
1977	wie zuvor	a) Grundbetrag	8 769 540	a) 2 698 320,	34 993 000²⁾	+ 14,8	„Zuschüsse an die Fraktionen – zur Unterhaltung ihrer Büros und Einrichtungen – für wissenschaftliche Mitarbeiter und Hilfskräfte – für allgemeine internationale Zusammenarbeit.“
	b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	23 723 424	ggf. zuzüglich besonderer Zuschlag für Oppositionsfraktion(en) von 25% auf den Grundbetrag				
	c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit	<u>2 500 000</u>	b) 44 280,				
		zusammen	<u>34 992 964</u>	ggf. zuzüglich besonderer Zuschlag für Oppositionsfraktion(en) in Höhe von 7% auf den Zuschlag je Abgeordneter			

1978	wie zuvor	a) Grundbetrag 9 655 272 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 26 121 240 c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit 2 752 500 d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte für Fraktionsangestellte zusammen <u>110 000</u> 38 639 012	a) 2 970 852 b) 48 756 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	38 640 000²⁾	+ 10,4	wie zuvor
1979	wie zuvor	a) Grundbetrag 10 408 404 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 28 105 572 c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit 2 967 195 d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte für Fraktionsangestellte zusammen <u>110 000</u> 41 591 171	a) 3 202 584 b) 52 560 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	41 592 000²⁾	+ 7,6	wie zuvor
1980	wie zuvor	a) Grundbetrag 10 980 876 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 29 649 312 c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit 3 897 391 d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte für Fraktionsangestellte zusammen <u>110 000</u> 44 637 579	a) 3 378 732 b) 55 452 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	44 638 000²⁾	+ 7,3	wie zuvor

²⁾ aufgerundet

³⁾ im Vorjahr mitveranschlagt bei Titel 532 01

Hinweis

Die Gesamtausgaben des Bundestages sind in Abschnitt 20.1 zusammengestellt.

Haus- halts- jahr	Einzelplan / Kapitel / Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in DM		a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten in DM	Gesamt- betrag in DM	Verände- rung in %	Erläuterung im Bundshaushaltsplan
1981	wie zuvor	a) Grundbetrag	11 551 884	a) 3 554 424	47 004 000²⁾	+ 5,3	wie zuvor
	b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	31 241 268	b) 58 332				
	c) für allgemeine inter- nationale Zusammen- arbeit	4 100 055	ggf. zuzüglich Opposi- tionszuschlag zu a) und b) wie zuvor				
	d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte	110 000					
		zusammen	47 003 207				
1982	wie zuvor	a) Grundbetrag	11 898 432	a) 3 661 056	48 411 000²⁾	+ 3,0	wie zuvor
	b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	32 178 996	b) 60 084				
	c) für allgemeine inter- nationale Zusammen- arbeit	4 223 057	ggf. zuzüglich Opposi- tionszuschlag zu a) und b) wie zuvor				
	d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte	110 000					
		zusammen	48 410 485				
1983	wie zuvor	a) Grundbetrag	12 231 564	a) 3 763 560	50 852 000²⁾	+ 5,0	wie zuvor
	b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	33 040 476	b) 61 764				
	c) für allgemeine inter- nationale Zusammen- arbeit	4 341 300	ggf. zuzüglich Opposi- tionszuschlag zu a) und b) wie zuvor				
	d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte	110 000					
	e) Aufwendungen für die zu den Fraktionen beurlaubten Beamten ... ⁴⁾	1 127 716					
		zusammen	50 851 056				

1984	wie zuvor	a) Grundbetrag 17 240 856 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 33 584 760 c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit 4 419 443 d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte 132 000 e) [wie zuvor] ⁴⁾ <u>1 255 800</u> zusammen 56 632 859	a) 3 831 300 b) 62 880 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	56 633 000²⁾	+ 11,4	wie zuvor
1985	wie zuvor	a) Grundbetrag 17 697 744 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 34 407 312 c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit 4 536 558 d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte 132 000 e) [wie zuvor] ⁴⁾ <u>1 399 502</u> zusammen 58 173 116	a) 3 932 832 b) 64 548 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	58 174 000²⁾	+ 2,7	wie zuvor
1986	wie zuvor	a) Grundbetrag 18 334 896 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 35 646 612 c) für allgemeine internationale Zusammenarbeit 4 699 874 d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte ⁵⁾ 132 000 e) [wie zuvor] ⁴⁾ <u>1 602 510</u> zusammen 60 415 892	a) 4 074 420 b) 66 876 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	60 416 000²⁾	+ 3,9	wie zuvor

^{2), 4), 5)} Fußnoten siehe Seite 3257

Hinweis

Die Mandatzahl der Oppositionsfraktionen kann dem Abschnitt 6.6 entnommen werden.

Haus- halts- jahr	Einzelplan / Kapitel / Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in DM		a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten in DM	Gesamt- betrag in DM	Verände- rung in %	Erläuterung im Bundshaushaltsplan
1987	wie zuvor	a) Grundbetrag	18 939 960	a) 4 208 880	62 709 000²⁾	+ 3,8	wie zuvor
		b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	36 823 872	b) 69 084			
		c) für allgemeine inter- nationale Zusammen- arbeit	4 854 969	ggf. zuzüglich Opposi- tionszuschlag zu a) und b) wie zuvor			
		d) Aus- und Fortbildung für Fraktionsangestellte ⁵⁾	198 000				
		e) [wie zuvor] ⁴⁾	<u>1 891 968</u>				
		zusammen	<u>62 708 769</u>				
1988	wie zuvor	a) Grundbetrag	20 281 800	a) 4 716 696	73 950 000²⁾	+ 17,9	wie zuvor
		b) Sondergrundbetrag	2 275 740	ggf. zuzüglich besonde- rer Zuschlag für Oppo- sitionsfraktion(en) von 15% (neu!) auf den Grundbetrag			
		c) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	46 386 972	b) 85 476			
		d) für allgemeine inter- nationale Zusammen- arbeit	<u>5 005 474</u>	ggf. zuzüglich besonde- rer Zuschlag für Oppo- sitionsfraktion(en) in Höhe von 10% (neu!) auf den Zuschlag je Abgeordneter			
		zusammen	<u>73 949 986</u>				
1989	wie zuvor	a) Grundbetrag	21 336 456	a) 4 961 964	77 701 000²⁾	+ 5,1	wie zuvor
		b) Sondergrundbetrag	2 394 084	b) 89 928			
		c) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	48 703 872	ggf. zuzüglich Opposi- tionszuschlag zu a) und b) wie zuvor			
		d) für allgemeine inter- nationale Zusammen- arbeit	<u>5 265 759</u>				
		zusammen	<u>77 700 171</u>				

1990	wie zuvor	a) Grundbetrag ⁶⁾ 21 997 848 b) Sondergrundbetrag 2 468 304 c) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 50 111 964 d) für allgemeine internationale Zusammenarbeit <u>5 428 998</u> zusammen 80 007 114	a) 5 115 780 b) 92 712 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	80 008 000²⁾	+ 3,0	wie zuvor
1991	wie zuvor	a) Grundbetrag ⁷⁾ 22 877 796 b) Sondergrundbetrag 2 842 080 c) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 66 377 112 d) für allgemeine internationale Zusammenarbeit 5 646 158 e) zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit in den neuen Bundesländern <u>6 493 082</u> zusammen 104 236 228	a) 5 320 416 b) 96 420 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	104 237 000²⁾	+ 30,3	Nach Verfassung und Geschäftsordnung obliegt es den Fraktionen, an der Gesetzgebungsfunktion, der Kontrollfunktion, der Wahlfunktion und der Öffentlichkeitsfunktion des Bundestages mitzuwirken. Sie erfüllen diese Aufgaben insbesondere dadurch, daß sie die Arbeitsteilung unter ihren Mitgliedern und im Deutschen Bundestag organisieren, gemeinsame Initiativen vorbereiten und aufeinander abstimmen sowie eine umfassende Information der Fraktionsmitglieder und der Öffentlichkeit unterstützen, um auf diese Weise unterschiedliche politische Positionen zu verhandlungs- und verständigungsfähigen Einheiten zusammenzufassen und darzustellen.

2), 4) usw.: Fußnoten siehe Seite 3257

Hinweis

Eine chronologisch nach den Wahlperioden gegliederte Auflistung aller Maßnahmen, die bei großzügiger Interpretation dem Bereich der Parlamentsreform zugerechnet werden können, ist im Abschnitt 13.2 vorgenommen worden. Im übrigen taucht das Thema „Parlamentsreform“ in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des **Datenhandbuchs** behandelt.

Haus-halts-jahr	Einzelplan / Kapitel / Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in DM		a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten in DM	Gesamt-betrag in DM	Verände-rung in %	Erläuterung im Bundshaushaltsplan
1992	wie zuvor	a) Grundbetrag ⁷⁾	23 975 952	a) 5 575 800	109 028 000²⁾	+ 4,6	wie zuvor
		b) Sondergrundbetrag	2 978 232	b) 101 052			
		c) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	69 351 672	ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor			
		d) für allgemeine internationale Zusammenarbeit	5 917 174				
		e) zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit in den neuen Bundesländern	6 804 750				
		zusammen	<u>109 027 780</u>				
1993	wie zuvor	a) Grundbetrag ⁷⁾	23 975 952	a) 5 575 800	98 917 000²⁾	- 10,2	wie zuvor
		b) Sondergrundbetrag	2 978 232	b) 101 052			
		c) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	69 240 516	ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor			
		d) für allgemeine internationale Zusammenarbeit	5 917 174				
		abzügl. globale Minder-ausgabe	<u>- 3 195 250</u>				
		zusammen	<u>98 916 624</u>				
1994	wie zuvor	a) Grundbetrag ⁷⁾	23 975 952	a) 5 575 800	98 917 000²⁾	± 0,0	wie zuvor
		b) Sondergrundbetrag	2 978 232	b) 101 052			
		c) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion	69 351 672	ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor			
		d) für allgemeine internationale Zusammenarbeit	5 917 174				
		abzügl. globale Minder-ausgabe	<u>- 3 307 000</u>				
		zusammen	<u>98 916 030</u>				

1995	wie zuvor	a) Grundbetrag ⁸⁾ 28 662 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 78 665 000 zusammen 107 327 000	a) 5 879 244 b) 111 564 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	107 327 000	+ 8,5	Die Finanzierung der Fraktionen aus dem Bundeshaushalt richtet sich nach dem am 1. Januar 1995 in kraft getretenen „Fraktionsgesetz“ (§§ 45 ff. Abgeordnetengesetz)
1996	wie zuvor	a) Grundbetrag ⁸⁾ 29 539 999 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 81 075 000 zusammen 110 614 000	a) 6 059 292 b) 114 984 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	110 614 000	+ 3,1	wie zuvor
1997	wie zuvor	a) Grundbetrag ⁸⁾ 30 000 000 b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 82 344 000 zusammen 112 344 000	a) 6 153 804 b) 116 784 ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	112 344 000	+ 1,6	wie zuvor

Fußnoten für die Seiten 3244–3257:

- 1) Rechnungsjahr 1949: 21. 9. 1949 – 31. 3. 1950
- 2) aufgerundet
- 3) im Vorjahr mitveranschlagt bei Tit. 53201
- 4) Voller Wortlaut der Erläuterung: Aufwendungen für die zu den Fraktionen ohne Dienstbezüge beurlaubten Beamten des einfachen und mittleren Dienstes der Bundestagsverwaltung, für die bei Tit. 42201 besondere Leerstellen eingerichtet sind.
- 5) Aus den Ausgaben dürfen auch die Kosten des Aufenthalts der Mitarbeiter ausländischer Parlamente bestritten werden, wenn Gegenseitigkeit gesichert ist.
- 6) Am 24. Oktober 1990 beschloß der Bundestag für die PDS-Abgeordneten Gruppenrechte, in denen es u. a. heißt: „Die Gruppe erhält die für ihre parlamentarische Arbeit erforderliche finanzielle, technische und personelle Unterstützung. Hierfür wird ihr ein Grundbetrag in Höhe von 213 158 DM im Monat sowie ein monatlicher Zuschlag in Höhe von 7 726 DM je Abgeordneter gewährt.“
- 7) Für die 12. Wahlperiode beschloß der Bundestag am 21. Februar 1991 Gruppenrechte, in denen der entsprechende Passus folgendermaßen lautet: „Die Gruppe erhält die für ihre parlamentarische Arbeit erforderliche finanzielle, technische und personelle Unterstützung. Hierfür werden ihr der hälftige Grundbetrag sowie der Zuschlag entsprechend ihrer Stärke einschließlich der besonderen Zuschläge für die Opposition gewährt; sie erhält einen ihrer Stärke entsprechenden Sondergrundbetrag und wird an den Zuschüssen an die Fraktionen für die Unterstützung der parlamentarischen Arbeit der Fraktionen in den Volksvertretungen der neuen Bundesländer sowie für internationale Zusammenarbeit beteiligt.“
- 8) Finanzielle Ausstattung der Gruppen in der 13. Wahlperiode wie zuvor.

Hinweis

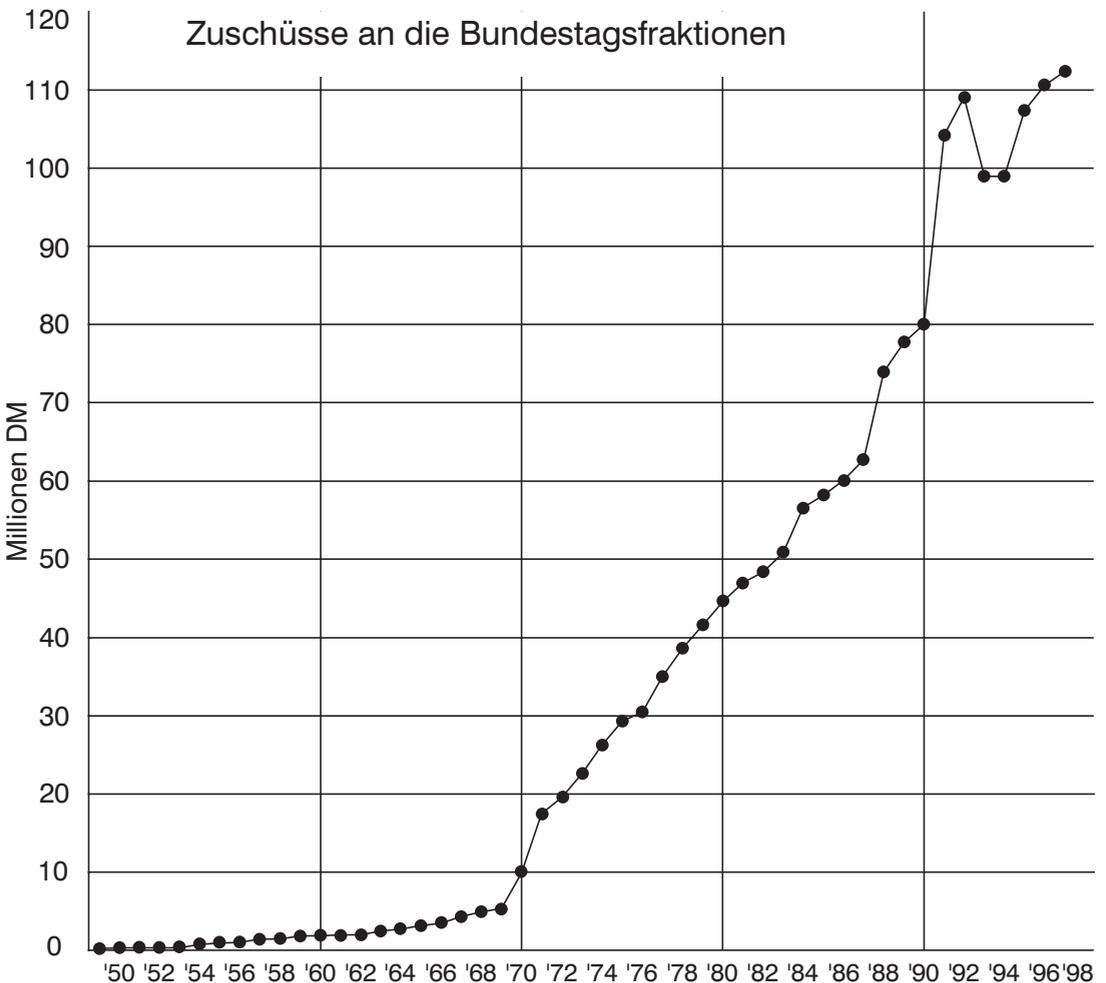
Wegen der Stärke der Fraktionen vgl. im einzelnen Abschnitt 5.3.

Verwendung der Fraktionszuschüsse

Seit 1995 – mit dem Inkrafttreten des Fraktionsgesetzes vom 11. März 1994 – müssen die Fraktionen und Gruppen des Bundestages Rechenschaftsberichte über ihre Einnahmen und Ausgaben vorlegen.

Bis Redaktionsschluß des vorliegenden Abschnitts (Ende August 1997) lagen die Bekanntmachungen der geprüften Rechnungen für die Kalenderjahre 1995 und 1996 vor.**) In die Tabelle auf der folgenden Seite wurden die Gesamtausgaben der Fraktionen und der Gruppe der PDS als DM-Betrag übernommen und die einzelnen Verwendungsarten in Prozentanteile umgerechnet. Den höchsten Anteil weist bei allen Fraktionen die Rubrik „Personalausgaben“ auf: zwischen 60 und 75 Prozent.

*) Drucksachen 13/5473 und 13/8456



Fraktion/ Gruppe	Jahr	Gesamt- ausgaben in DM	Leistungen an	Personal-	Ausgaben	Sachver-	Ausgaben für	Ausgaben	Ausgaben	Ausgaben für	Sonstige
			Fraktionsmit- glieder für die Wahrnehmung bes. Funktionen in der Fraktion in %	ausgaben für Fraktionsmit- arbeiterinnen und -mit- arbeiter in %	für Veran- staltungen in %	ständig-, Gerichts- und ähnliche Kosten in %	Zusammen- arbeit mit Fraktionen anderer Parlamente in %	für die Öffentlich- keitsarbeit in %	des laufenden Geschäfts- betriebes in %	Investitionen in %	Ausgaben in %
CDU/CSU	1995	39 567 338	5,1	71,2	2,2	0,7	1,0	5,2	10,2	1,7	2,7
	1996	40 535 968	5,2	76,2	2,6	1,3	0,7	5,3	8,0	0,5	-
SPD	1995	39 074 101	2,5	76,1	4,3	0,6	0,0	2,9	5,4	2,6	5,5
	1996	41 323 217	2,5	74,1	6,3	0,6	0,0	4,9	5,1	1,6	4,9
B 90/ GRÜNE	1995	10 161 450	-	65,8	2,4	3,8	0,5	9,6	14,5	3,4	0,0
	1996	12 436 967	-	68,3	2,0	5,3	0,0	7,9	14,7	1,7	0,1
FDP	1995	13 800 514	3,9	60,0	1,3	2,6	1,2	10,8	18,6	1,6	0,0
	1996	12 629 960	4,3	63,5	2,6	1,5	1,1	12,3	13,3	1,5	0,0
PDS	1995	7 156 875	0,2	71,0	2,2	5,8	0,0	9,7	4,3	6,5	0,4
	1996	7 559 820	1,1	75,7	2,7	8,1	0,0	8,7	3,1	0,6	0,1

Hinweis

Zum Thema „Fraktionen“ finden sich außerhalb des Kapitels 5 Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- 1.22 Stimmenanteil/Mandatsanteil
- 3.22 Besetzung der Führungspositionen: Anteile der Fraktionen
- 3.23 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung (mit einer Aufstellung der jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände)
- 3.24 Sozialprofil der Fraktionen
- 6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz
- 6.6 Koalitionen und Opposition im Bund
- 8.2 Sitzordnung im Plenum
- 8.15 Geschlossenheit der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen
- 8.23 Arbeitsrhythmus des Parlaments (mit Angaben darüber, welche Tage in den Sitzungswochen für die Fraktionen vorgesehen sind)
- 9.3 Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht (mit einer Aufstellung der Fälle, in denen Bundestagsfraktionen als Kläger aufgetreten sind)

20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten

Bis zum Jahre 1969 standen den Abgeordneten Finanzmittel des Bundestages für die Beschäftigung von persönlichen Mitarbeitern nicht zur Verfügung. Es wurde deshalb auch von drei „Klassen“ von Abgeordneten im Bundestag gesprochen (*Hans Apel*):

- von denjenigen, denen als Inhabern von Bundestags- oder Fraktionsämtern eigene Büros mit Hilfskräften zur Verfügung stehen,
- von denjenigen, denen Büros und Hilfskräfte von Parteien, Verbänden und Unternehmen gestellt werden, und schließlich
- von denjenigen Abgeordneten, die völlig auf sich selbst und ihre eigene Arbeitskraft gestellt sind.

Wer zur letzten Gruppe gehörte, mußte seine Zeit zu einem großen Teil mit Büroarbeiten verbringen: Akten ablegen, Briefe öffnen und sortieren, Anträge, Anfragen und Briefe mit der Hand entwerfen, Briefmarken aufkleben usw. (so die Beschreibung des Abgeordneten *Hugo Collet*).

Im Zuge der Parlamentsreform von 1969 wurde diesem Zustand durch die Einführung persönlicher Mitarbeiter der Abgeordneten abgeholfen. Den Abgeordneten werden danach unter bestimmten Voraussetzungen und in begrenzter Höhe Aufwendungen ersetzt, die ihnen aus der Beschäftigung von Mitarbeitern zur Unterstützung bei der Erledigung ihrer parlamentarischen Arbeit entstehen.*)

Der zunächst zur Verfügung gestellte Betrag betrug 1 500 DM monatlich, so daß nur eine Bürokräft angestellt werden konnte, wenn nicht mehrere Abgeordnete ihre Mittel zusammengelegt und davon z. B. einen Assistenten und eine Schreibkraft bezahlt hatten. Inzwischen (d. h. Stand Ende 1991) betragen die Mittel für die Beschäftigung von Abgeordneten-Mitarbeitern 12 296 DM im Monat. Dabei entscheiden die Abgeordneten selbst, ob sie Schreib- oder Bürohilfskräfte, Sekretärinnen, Hilfssachbearbeiter, Sachbearbeiter oder wissenschaftliche Assistenten einstellen und ob diese Mitarbeiter beim Parlament oder im Wahlkreis eingesetzt werden. Auch die gemeinsame Beschäftigung mehrerer (etwa unterschiedlich qualifizierter und dementsprechend mit verschiedenen Funktionen eingesetzter) Mitarbeiter durch mehrere Abgeordnete (Bildung von Pools) ist zulässig, jedoch bestehen Rechtsbeziehungen eines Mitarbeiters jeweils nur zu einem Abgeordneten. Die Abgeordneten-Mitarbeiter gehören auch nicht dem öffentlichen Dienst an, sondern stehen in einem privaten Arbeitsverhältnis zu ihrem Arbeitgeber.

Die folgenden drei Übersichten verdeutlichen die Entwicklung im Bereich der Abgeordneten-Mitarbeiter seit 1969:

- Leistungen für die Abgeordneten-Mitarbeiter,
- Statistische Übersicht,
- Sozialstruktur der Abgeordneten-Mitarbeiter.

Die bisher in diesem Abschnitt enthaltenen Angaben zur Entwicklung der Ausgaben für die Abgeordneten-Mitarbeiter sind im vorliegenden *Datenhandbuch* in den anschließenden neuen Abschnitt 20.9 „Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag“ aufgenommen worden.

*) Vgl. *Heide-Karen Hirsch*, Die persönlichen parlamentarischen Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 203–223.

Hinweis

Zu den Rechten einzelner Abgeordneter im Deutschen Bundestag siehe die Abschnitte 2.2 und 12.5: Statusrechte des Abgeordneten sowie Minderheitenrechte.

Leistungen für die Abgeordneten-Mitarbeiter

Für die Anstellung von Mitarbeitern standen jedem Abgeordneten in dem genannten Zeitraum folgende Beträge zur Verfügung:*)

Zeitraum	Leistungen
1. 4. 1969 – 31. 12. 1969	Monatlich 1 500 DM je Abgeordneter. Hiervon sind neben dem Grundgehalt der familienstands- und kinderzahlbezogene Ortszuschlag und Kinderzuschlag sowie Arbeitgeberanteile zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie Beiträge zur Unfallversicherung zu bestreiten. Zusätzlich maximal 300 DM Weihnachtsgeld.
1. 1. 1970 – 31. 12. 1970	Monatlich 1 620 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 50 v. H. des Dezembergehaltes.
1. 1. 1971 – 31. 12. 1971	Monatlich 1 850 DM je Abgeordneter. Zusätzliches Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 66 v. H. des Dezembergehaltes.
1. 1. 1972 – 31. 3. 1973	Monatlich 2 030 DM je Abgeordneter. Zusätzliches Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 66 v. H. des Septembergehaltes (wegen der Auflösung des Bundestages).
1. 4. 1973 – 31. 12. 1973	Monatlich 2 300 DM je Abgeordneter. Zusätzliches Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 100 v. H. des Dezembergehaltes. Unterstützungen in besonderen Härtefällen.
1. 1. 1974 – 31. 12. 1974	Einführung des Haustarifs sowie der Familien- und Kinderzuschläge von je 100 DM. Arbeitgeberanteile zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung, Beiträge zur Unfallversicherung, Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld, Familien- und Kinderzuschläge sowie Unterstützungen in besonderen Härtefällen werden zusätzlich zum monatlichen Erstattungsbetrag in Höhe von 2 300 DM je Abgeordneter gezahlt. Der Erstattungsbetrag ist seitdem während des Haushaltsjahres flexibel einzusetzen. Zusätzliches Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 2 300 DM zuzüglich der individuellen Familien- und Kinderzuschläge. Verlängerte Gehaltsfortzahlung bei Ausscheiden eines Abgeordneten.
1. 1. 1975 – 31. 1. 1976	Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden/Woche. Neufestsetzung von Familienzuschlägen als Folge des „Gesetzes zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleiches und der Sparförderung“. Einführung einer Gleitklausel im Haushaltsgesetz zur Anpassung der Mitarbeitergehälter an die Vergütungsentwicklung für Angestellte im öffentlichen Dienst. Monatlich 2 450 DM je Abgeordneter als Erstattungsgrundbetrag. Zusätzliches Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 100 v. H. des Dezembergehaltes mit Familienzuschlägen.
1. 2. 1976 – 31. 12. 1976	Monatlich 2 575 DM je Abgeordneter als Grundbetrag. Anpassung der Familienzuschläge. Zusätzlich Weihnachtsgeld wie zuvor.
1. 1. 1977 – 31. 1. 1977	Monatlich 3 865 DM je Abgeordneter als Grundbetrag. Zusätzlich Weihnachtsgeld wie zuvor.
1. 2. 1977 – 31. 12. 1977	Monatlich 4 085 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld wie zuvor.
1. 1. 1978 – 28. 2. 1978	Monatlich 4 300 DM je Abgeordneter als Gesamt-Bruttogehalt (Erhöhung von DM 4 085 auf DM 4 300 unter Fortfall der bisher außerhalb der Pauschale gezahlten Familienzulagen).

*) Quelle: Referat Mitarbeiter von Abgeordneten

Zeitraum	Leistungen
1. 3. 1978 – 28. 2. 1979	Monatlich 4 500 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld wie zuvor.
1. 3. 1979 – 28. 2. 1980	Monatlich 4 665 DM je Abgeordneter als Erstattungsgrundbetrag. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 100 v. H. des Dezembergehaltes mit Familienzuschlägen.
1. 3. 1980 – 30. 4. 1981	Monatlich 4 960 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld wie zuvor.
1. 5. 1981 – 30. 4. 1982	Monatlich 5 175 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld wie zuvor.
1. 5. 1982 – 31. 5. 1983	Monatlich 5 362 DM je Abgeordneter als Erstattungsgrundbetrag. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 100 v. H. des Dezembergehaltes mit Familienzuschlägen.
1. 6. 1983 – 31. 12. 1984	Monatlich 5 523 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld wie zuvor und 300 DM Urlaubsgeld ab 1. 1. 1984 bei Vollbeschäftigung (bei Teilbeschäftigung entsprechend weniger).
1. 1. 1985 – 31. 12. 1985	Monatlich 7 200 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 1. 1986 – 31. 12. 1986	Monatlich 8 230 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 1. 1987 – 29. 2. 1988	Monatlich 9 440 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 3. 1988 – 31. 12. 1988	Monatlich 9 667 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 1. 1989 – 31. 12. 1989	Monatlich 9 802 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 1. 1990 – 31. 12. 1990	Monatlich 11 600 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 1. 1991 – 30. 4. 1992	Monatlich 12 296 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 5. 1992 – 31. 12. 1992	Monatlich 12 960 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld wie zuvor und Urlaubsgeld in Höhe von 600 DM bei Vollbeschäftigung (bei Teilbeschäftigung entsprechend weniger).
1. 1. 1993 – 30. 6. 1994	Monatlich 13 349 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 7. 1994 – 30. 4. 1995	Monatlich 13 616 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachts- und Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 5. 1995 – 31. 12. 1996	Monatlich 14 052 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 95 v. H. des Dezembergehaltes mit Familienzuschlägen sowie Urlaubsgeld wie zuvor.
1. 1. 1997 ¹⁾	Monatlich 14 235 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von maximal 93,78 v. H. des Dezembergehaltes mit Familienzuschlägen sowie Urlaubsgeld wie zuvor.

1) Stand: 31. August 1997

Statistische Übersicht zur Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter

Jahr ¹⁾	Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter insgesamt	davon Mitarbeiter von Abgeordneten der			davon		davon		davon beschäftigt		davon eingestuft als ³⁾			
		CDU/CSU	SPD	FDP	männlich	weiblich	vollbeschäftigt	teilbeschäftigt	in Bonn	im Wahlkreis	Schreib- u. Bürohilfskraft	Sekretärin, Hilfssachbearbeiter	Sachbearbeiter	Wissenschaftl. Mitarbeiter
1969 ²⁾	398	207	166	25	181	217	166	232	270	128	86		294	18
1970	663	344	282	37	283	380	278	385	444	219	157		364	142
1971	705	375	288	42	313	392	270	435	452	253	167		392	146
1972	688	367	275	46	284	404	263	425	460	228	176		381	131
1973	781	413	312	56	320	461	296	485	515	266	201		432	148
1974	841	437	327	77	282	559	311	530	546	295	50	389	252	150
1975	860	434	334	92	262	598	285	575	558	302	60	387	257	156
1976	889	405	422	62	212	677	272	617	568	321	61	402	259	167
1977	1 013	493	451	69	200	813	312	701	648	365	61	435	321	196
1978	1 200	583	534	83	257	943	364	836	617	583	72	546	352	230
1979	1 396	670	620	106	466	930	390	1 006	639	757	77	612	419	288
1980	1 323	651	567	105	433	890	355	968	616	707	81	591	382	269
1981	1 239	567	549	123	373	866	335	904	585	654	74	522	429	214

¹⁾ alle Angaben bis 1984: Jahresdurchschnitt; ab 1985 Stand jeweils am 31. Dezember

²⁾ seit April 1969

³⁾ ab 1974 neue Gehaltsgruppen-Gliederung

Fortsetzung auf der folgenden Seite

Hinweis

Die Gesamtausgaben des Bundestages sind in Abschnitt 20.1 zusammengestellt.

Jahr ¹⁾	Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter insgesamt	davon Mitarbeiter von Abgeordneten der					davon		davon		davon beschäftigt		davon eingestuft als			
		CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜ-NEN	Fraktionslose	männlich	weiblich	vollbeschäftigt	teilbeschäftigt	in Bonn	im Wahlkreis	Schreib- u. Bürohilfskraft	Sekretärin, Hilfssachbearbeiter	Sachbearbeiter	Wissenschaftl. Mitarbeiter
1982	1 378	631	611	136	–	–	415	963	373	1 005	651	727	82	581	477	238
1983	1 401	606	587	130	75	3	422	979	379	1 022	662	739	83	591	485	242
1984	1 425	607	588	131	96	3	429	996	385	1 040	673	752	85	601	493	246
1985	1 995	988	672	207	125	3	698	1 297	539	1 456	837	1 158	179	589	818	409
1986	2 223	1 102	749	231	141	–	778	1 445	577	1 646	932	1 291	198	656	912	457
1987	2 308	1 145	776	241	146	–	1 150 ⁴⁾	2 095 ⁴⁾	587 ⁴⁾	2 381 ⁴⁾	973 ⁴⁾	2 272 ⁴⁾	208	681	946	473
1988	2 674	1 312	898	285	178	1	1 001	1 673	664	2 010	1 161	1 513	334	734	1 029	577
1989	2 682	1 309	901	278	183	11	979	1 703	733	1 949	1 172	1 510	348	746	1 018	570
1990	3 682 ⁵⁾	1 641	1 132	361	191	13	1 633	2 049	1 121	2 561	1 308	2 374	764	923	1 266	729
1991	4 008	2 026	1 334	542	26 ⁶⁾	80 ⁷⁾	1 658	2 350	1 318	2 690	1 546	2 462	650	1 029	1 420	909
1992	4 130	2 108	1 328	577	30 ⁶⁾	87 ⁸⁾	1 700	2 430	1 202	2 928	1 713	2 417	679	998	1 492	961
1993	4 169	2 185	1 316	567	31 ⁶⁾	70 ⁹⁾	1 730	2 438	1 140	2 029	1 851	2 318	704	946	1 537	982
1994	4 416	2 244	1 425	553	97	97 ¹⁰⁾	1 902	2 514	1 244	3 172	1 827	2 589	817	999	1 617	983
1995	3 819	1 814	1 332	298	258	117 ¹¹⁾	1 290	1 940	1 029	2 201	1 471	1 759	451	744	1 241	794
1996	3 929	1 858	1 402	305	247	117 ¹¹⁾	1 637	2 291	1 119	2 810	1 849	2 080	638	911	1 392	998

¹⁾ alle Angaben bis 1984: Jahresdurchschnitt; ab 1985 Stand jeweils am 31. Dezember

⁴⁾ Die Unterteilung für 1987 geht in diesen Rubriken von der Anzahl der im gesamten Jahr (!) beschäftigten Mitarbeitern aus, d. h. von 3245 Personen (und nicht von den am 31. 12. 1987 beschäftigten 2308 Personen).

⁵⁾ davon 344 Mitarbeiter von Abgeordneten, die von der Volkskammer der DDR mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in den Bundestag gewählt wurden. In der Aufgliederung nach Fraktionen sind diese 344 Mitarbeiter **nicht** berücksichtigt.

⁶⁾ Gruppe Bündnis 90/Die Grünen

⁷⁾ davon 71 Mitarbeiter von Abgeordneten der Gruppe PDS/LL und 9 von fraktionslosen Abgeordneten

⁸⁾ davon 66 Mitarbeiter von Abgeordneten der Gruppe PDS/LL und 21 von fraktionslosen Abgeordneten

⁹⁾ davon 51 Mitarbeiter von Abgeordneten der Gruppe PDS/LL und 19 von fraktionslosen Abgeordneten

¹⁰⁾ davon 68 Mitarbeiter von Abgeordneten der Gruppe PDS und 29 von fraktionslosen Abgeordneten

¹¹⁾ nur Gruppe PDS

Sozialstruktur der Abgeordneten-Mitarbeiter

Für den folgenden Unterabschnitt wurden die bisher schon mitgeteilten absoluten Zahlen in Prozentangaben umgerechnet, weil auf diese Weise die Entwicklung bestimmter Merkmale deutlicher zum Ausdruck kommt.

Jahr ¹⁾	Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter insgesamt	davon		davon		davon beschäftigt		davon eingestuft als		
		männlich in %	weiblich in %	vollbeschäftigt in %	teilbeschäftigt in %	in Bonn in %	im Wahlkreis in %	Bürohilfskraft, Sekretärin in %	Sachbearbeiter in %	Wissenschaftl. Mitarbeiter in %
1969	398	45,5	54,5	41,7	58,3	67,8	32,2	21,6	73,9	4,5
1970	663	42,7	57,3	41,9	58,1	67,0	33,0	23,7	54,9	21,4
1971	705	44,4	55,6	38,3	61,7	64,1	35,9	23,7	55,6	20,7
1972	688	41,3	58,7	38,2	61,8	66,9	33,1	25,6	55,4	19,0
1973	781	41,0	59,0	37,9	62,1	65,9	34,1	25,7	55,3	19,0
1974	841	33,5	66,5	37,0	63,0	64,9	35,1	52,2	30,0	17,8
1975	860	30,5	69,5	33,1	66,9	64,9	35,1	52,0	29,9	18,1
1976	889	23,9	76,1	30,6	69,4	63,9	36,1	52,1	29,1	18,8
1977	1 013	19,7	80,3	30,8	69,2	64,0	36,0	49,0	31,7	19,3
1978	1 200	21,4	78,6	30,3	69,7	51,4	48,6	51,5	29,3	19,2
1979	1 396	33,4	66,6	27,9	72,1	45,8	54,2	49,4	30,0	20,6
1980	1 323	32,7	67,3	26,8	73,2	46,6	53,4	50,8	28,9	20,3
1981	1 239	30,1	69,9	27,0	73,0	47,2	52,8	48,1	34,6	17,3
1982	1 378	•	•	•	•	•	•	•	•	•
1983	1 401	•	•	•	•	•	•	•	•	•
1984	1 425	•	•	•	•	•	•	•	•	•
1985	1 995	35,0	65,0	27,0	73,0	42,0	58,0	38,5	41,0	20,5
1986	2 223	35,0	65,0	26,0	74,0	41,9	58,1	38,4	41,0	20,6
1987	2 308	35,4	64,6	26,6	73,4	42,0	58,0	38,5	42,0	20,5
1988	2 674	37,4	62,6	24,8	75,2	43,4	56,6	39,9	38,5	21,6
1989	2 682	36,5	63,5	27,3	72,7	43,7	56,3	40,8	38,0	21,2
1990	3 682	44,4	55,6	30,4	69,6	35,5	64,5	45,8	34,4	19,8
1991	4 008	41,4	58,6	32,9	67,1	38,6	61,4	41,9	35,4	22,7
1992	4 130	41,2	58,8	29,1	70,9	41,5	58,5	40,6	36,1	23,3
1993	4 169	41,5	58,5	27,3	72,7	44,4	55,6	39,5	36,9	23,6
1994	4 416	43,1	56,9	28,2	71,8	41,4	58,6	41,1	36,6	22,3
1995	3 819	33,8	66,2	26,9	73,1	38,5	61,5	46,7	32,5	20,8
1996	3 929	41,7	58,3	28,5	71,5	47,1	52,9	39,5	35,4	25,1

¹⁾ Alle Angaben bis 1984: Jahresdurchschnitt; ab 1985 Stand am 31. Dezember

Hinweis

Über die Entwicklung der Fraktionszuschüsse und über den Verteilerschlüssel dieser Zuschüsse an die Fraktionen informiert eine Zusammenstellung im vorangegangenen Abschnitt.

Seit Einführung der Abgeordneten-Mitarbeiter im Frühjahr 1969 fällt auf:

- Die Abgeordneten haben bisher überwiegend weibliche Mitarbeiter eingestellt, und zwar durchweg im Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel.
- Die vollbeschäftigten Abgeordneten-Mitarbeiter waren immer in der Minderzahl: selten mehr als ein Drittel, häufiger nur ein Viertel.
- Völlig umgekehrt hat sich das Verhältnis zwischen den in Bonn und im Wahlkreis eingesetzten Mitarbeitern: Waren anfangs im Durchschnitt zwei Drittel im Bundestagshaus beschäftigt, so ist ihr Anteil schrittweise auf rund 40 Prozent gesunken. Die Entwicklung läßt sich auch so interpretieren: Als von dem anfangs zur Verfügung stehenden Betrag von 1 500 DM nur eine Bürokräft bezahlt werden konnte, wurde zunächst der Bedarf am Parlamentssitz erfüllt; als mit steigendem Betrag die Beschäftigung mehrerer Mitarbeiter möglich wurde, wurden die Wahlkreisbüros – d. h. nicht selten: die Ortsvereine der eigenen Partei – personell stärker berücksichtigt.
- Bei der Einstufung der Mitarbeiter fällt der konstante Anteil von rund einem Fünftel bei der Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern auf.

20.9 Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag

In diesem neu konzipierten Abschnitt wird die Entwicklung folgender Personalausgaben aus dem Bundestagshaushalt gegenübergestellt:

- **1. Spalte:** Ausgaben für die Entschädigung der Abgeordneten, d. h. Grunddiäten ohne Kostenpauschalen seit 1949;
- **2. Spalte:** Ausgaben für die Bezüge/Vergütungen/Löhne der Beamten/Angestellten/Arbeiter der Bundestagsverwaltung seit 1949;
- **3. Spalte:** Ausgaben für Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern durch die Abgeordneten (erstmalig mit Einführung 1969);
- **4. Spalte:** Ausgaben für die Mitarbeiter der Fraktionen (diese Ausgaben wurden bis 1994 nicht veröffentlicht; erst mit Verabschiedung des 16. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes [Fraktionsgesetz] vom 11. März 1994 wurde die Offenlegung zur Pflicht).

Aus dieser Übersicht und der Grafik (Seite 3269) geht vor allem das überproportionale Ansteigen der Ausgaben für die Abgeordneten-Mitarbeiter hervor. Sie übersprangen zwischen den Haushaltsjahren 1984 und 1985 die Ausgaben für die Abgeordneten-Diäten, und ihr Abstand zu den Ausgaben für das Personal der Bundestagsverwaltung verringert sich zusehends.

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung, der mandatsbedingten Ausgaben und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Im Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – wurde versucht, die durchschnittliche Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Bundestagsplenums zu errechnen.

Die Statistik der Plenarsitzungen, der Fraktionssitzungen und der Ausschusssitzungen findet sich in den Abschnitten 5.2, 8.3 und 9.1.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Repräsentativbefragungen und eigene Veröffentlichungen von Abgeordneten sind in den Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

Haus- halts- jahr ²⁾	Ist-Ausgaben ¹⁾ für			
	Entschädigungen für die Mitglieder des Bundestages ³⁾ in Mio. DM	Bezüge/Vergütungen/ Löhne für die Beschäftigten der Bundestags- verwaltung ⁴⁾ in Mio. DM	Aufwendungen für die Mitarbeiter der Abgeordneten in Mio. DM	Vergütungen für die Mitarbeiter der Fraktionen in Mio. DM
1949	2,32	0,98	–	•
1950	4,33	2,10	–	•
1951	4,40	2,64	–	•
1952	4,50	3,18	–	•
1953	5,14	3,98	–	•
1954	7,31	4,58	–	•
1955	8,88 ⁶⁾	5,20	–	•
1956	8,94 ⁶⁾	5,94	–	•
1957	9,68 ⁶⁾	6,77	–	•
1958	6,90	7,00	–	•
1959	6,93	6,80	–	•
1960	5,46	5,64	–	•
1961	9,67	8,13	–	•
1962	8,31	8,33	–	•
1963	8,64	9,10	–	•
1964	8,96	10,13	–	•
1965	10,57	11,54	–	•
1966	10,90	12,72	–	•
1967	10,26	13,60	–	•
1968	15,42	14,91	–	•

Fußnoten für die Seiten 3267 und 3268:

- 1) Aufgestellt nach den „Haushaltsrechnungen des Bundes“ des Bundesfinanzministeriums (gerundet).
- 2) Bis 1960 reichte das Haushaltsjahr von April bis März des folgenden Jahres; ab 1961 entspricht das Haushaltsjahr dem Kalenderjahr. 1960 ist deshalb ein „Rumpfsjahr“.
- 3) Grundsätzlich **mit** Ausgaben für Amtszulagen (Mitglieder des Präsidiums), aber **ohne** Ausgaben für Unkosten-, Tagegeld- und Reisekosten(-pauschale) bzw. Kostenpauschale, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Unfallentschädigung, Versicherungen für Abgeordnete, Krankenkostenzuschüsse (soweit nicht durch Fußnote angegeben).
- 4) Einschließlich Ausgaben z. B. für Zulagen, Dienstaufwandsentschädigungen, Verpflegungszuschüsse, Trennungsentschädigungen, Beihilfen, Abfindungen, Honorare für Vertragsstenographen, Aushilfskräfte.
- 5) „Rumpfsjahr“ von April bis Dezember.
- 6) Einschließlich Unkostenersatz.
- 7) Einschließlich Sterbegelder.
- 8) Ab 1977: zu versteuernde Entschädigung.
- 9) Einschließlich Amtszulagen und Übergangsgelder.

Hinweis

Das sogenannte „Diätenurteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 1975 ist mit seinen Leitsätzen innerhalb des Abschnittes 15.3: Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts abgedruckt.

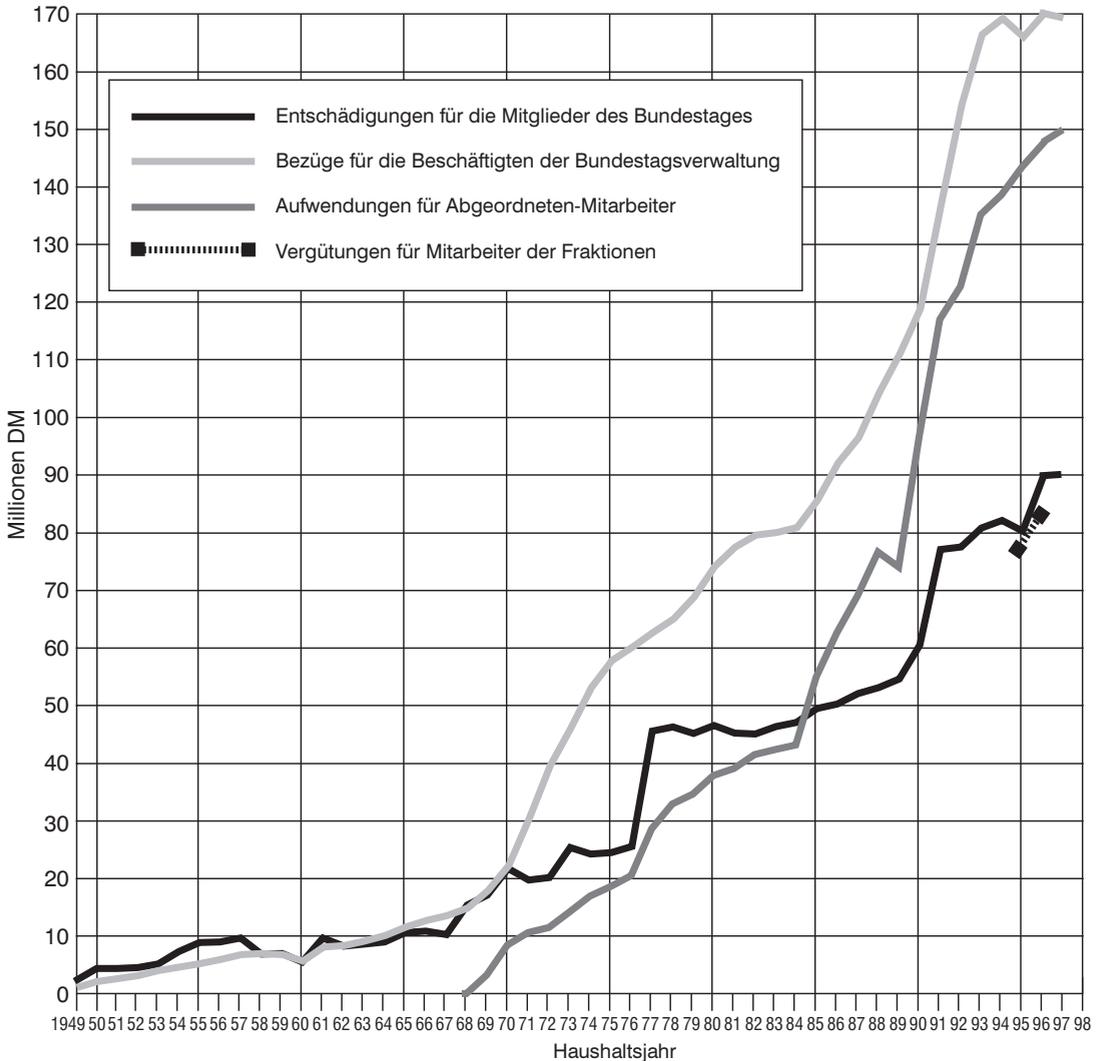
Haus- halts- jahr ²⁾	Ist-Ausgaben ¹⁾ für			
	Entschädigungen für die Mitglieder des Bundestages ³⁾ in Mio. DM	Bezüge/Vergütungen/ Löhne für die Beschäftigten der Bundestags- verwaltung ⁴⁾ in Mio. DM	Aufwendungen für die Mitarbeiter der Abgeordneten in Mio. DM	Vergütungen für die Mitarbeiter der Fraktionen in Mio. DM
1969	17,157)	17,89	3,25	•
1970	21,777)	22,22	8,45	•
1971	19,717)	30,52	10,64	•
1972	20,177)	39,62	11,49	•
1973	25,357)	46,17	14,15	•
1974	24,277)	53,19	16,93	•
1975	24,517)	57,83	18,60	•
1976	25,517)	60,22	20,55	•
1977	45,638 ⁸⁾)	62,75	28,62	•
1978	46,299)	65,02	32,96	•
1979	45,199)	68,89	34,70	•
1980	46,60	74,19	37,90	•
1981	45,30	77,52	39,12	•
1982	45,09	79,63	41,55	•
1983	46,41	80,12	42,38	•
1984	47,08	80,97	43,14	•
1985	49,52	85,70	54,99	•
1986	50,28	92,04	62,66	•
1987	52,16	96,52	69,06	•
1988	53,18	104,31	76,74	•
1989	54,61	111,05	74,13	•
1990	60,57	118,86	96,54	•
1991	77,16	136,98	116,98	•
1992	77,52	154,30	122,73	•
1993	80,86	166,47	135,24	•
1994	82,15	169,26	138,62	•
1995	80,37	166,01	143,44	77,95
1996	89,65	170,60	147,50	83,73
1997	90,00	168,58	150,75	•

¹⁾, ²⁾, ³⁾ usw.: Fußnoten auf Seite 3267

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel Aufwendungen für Abgeordneten-Mitarbeiter in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel die Vergütungen der Fraktions-Mitarbeiter in den zurückliegenden Wahlperioden).



Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung, der mandatsbedingten Ausgaben und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Im Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – wurde versucht, die durchschnittliche Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Bundestagsplenums zu errechnen.

Die Statistik der Plenarsitzungen, der Fraktionssitzungen und der Ausschusssitzungen findet sich in den Abschnitten 5.2, 8.3 und 9.1.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Repräsentativbefragungen und eigene Veröffentlichungen von Abgeordneten sind in den Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

21 Parlamentsgebäude in Bonn und Berlin

Überblick		Seite
21.1	Raumbedarf des Bundestages	3270
21.2	Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn	3271
21.3	Mietkosten des Bundestages in Bonn	3334
21.4	Unterbringung der Bundestagsverwaltung in Bonn	3334
21.5	Wiederaufbau und Nutzung des Reichstagsgebäudes in Berlin bis 1990	3341
	– Chronik des Wiederaufbaus nach 1945 (S. 3341)	
	– Nutzung des Reichstagsgebäudes bis 1990 (S. 3349)	
21.6	Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands	3351
21.7	Chronik der Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1995)	3386
21.8	Bannmeile	3396
	– Verlauf der Bannmeile in Bonn (S. 3397)	
	– Einrichtung einer Bannmeile in Berlin (S. 3398)	

21.1 Raumbedarf des Bundestages

Der seit 1949 ständig gewachsene Raumbedarf geht aus der Übersicht auf der rechten Seite hervor, in der die Zahl der im Bundeshaus in Bonn tätigen Personen zusammengefaßt ist.

Hinweise

Die Ausbau- und Neubaupläne für das Bundeshaus waren wiederholt Gegenstand in den Aussprachen zum Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

Zur Zahl der im Bundeshaus tätigen Personen vgl. im einzelnen die Abschnitte:

- 2.1 Zahl der Abgeordneten
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung

Stand ¹⁾	Zahl der Abgeordneten	Zahl der Fraktionsangestellten	Zahl der in Bonn tätigen Abgeordneten-Mitarbeiter	Zahl der Bediensteten der BT-Verwaltung	Zahl der Personen insgesamt
1949	410	ca. 25 ²⁾	–	434	869 ⁴⁾
1953	509	ca. 50	–	656	1 215
1957	519	•	–	783	1 302 ⁴⁾
1961	521	70	–	742	1 333
1965	518	115	–	844	1 477
1969	518	226	270	1 211	2 225
1972	518	240 ³⁾	460	1 561	2 779 ⁴⁾
1976	518	265 ³⁾	568	1 562	2 913 ⁴⁾
1980	519	393	616	1 591	3 119
1983	520	508	662	1 592	3 282
1987	519	619	940	1 711	3 789
1991	662	727	1 546	2 232	5 167
1995	672	837	1 471	2 234	5 214

- 1) Zahlen – zum Teil geschätzt – nach folgendem Stand:
bei Zahl der Abgeordneten: Beginn der neuen Wahlperiode
bei Fraktionsangestellten: Beginn des Folgejahres
bei Abgeordneten-Mitarbeitern: Jahresdurchschnitt
bei Bediensteten der Bundestagsverwaltung: lt. Stellenplan des entsprechenden Jahres
- 2) nur Beschäftigte von CDU/CSU, SPD und FDP
- 3) bei CDU/CSU-Fraktion nur Zahl der Beschäftigten im höheren Dienst
- 4) Summe unvollständig, da einige Teilsummen fehlen oder unvollständig sind.

21.2 Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes in Bonn

Der Gesamtkomplex des Bundeshauses, wie er sich Ende der 90er Jahre präsentiert, ist das Ergebnis zahlreicher Um- und Erweiterungsbauten, die zwischen 1948 und 1993 vorgenommen wurden. Das Kernstück des „Weißen Hauses am Rhein“ bildet das Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Akademie, das von 1930 bis 1933 nach Plänen des Regierungsbaumeisters *Martin Witte* im Bauhausstil errichtet worden war (siehe Fotos auf Seite 3272 und 3273) und den 2. Weltkrieg unbeschadet überstanden hatte.

Die Jahre 1949 bis 1954, in denen das Gebäude durch Um- und Zusatzbauten für die Zwecke des Bundestages hergerichtet wurde, bilden den ersten Schwerpunkt in der Baugeschichte. Seither verging keine Wahlperiode, in der nicht Veränderungen und Erweiterungen zumindest geplant und diskutiert worden wären, da die Abgeordneten die räumlichen Bedingungen für ihre Arbeit als unzulänglich empfanden. Mit dem Bau des Neuen Hochhauses in den 60er Jahren dehnte sich das Parlament südlich in das Gronau-Gelände aus, ohne daß weitere Bauten der damaligen Planung realisiert wurden. Das Bekenntnis der sozialliberalen Bundesregierung zu Bonn als Bundeshauptstadt löste in



Pädagogische Akademie: Vorderfront an der Görresstraße (1932)

Foto aus Bonner Geschichtsblätter Bd. 35/1984

den 70er Jahren einen neuen Planungsschub aus. Das Ergebnis sich über viele Jahre hinziehender Entwürfe, Wettbewerbe und Diskussionen war schließlich 1987 der Beschluß zu Abriß und Neubau des Plenarsaales und der zugehörigen Räumlichkeiten.

Die folgende Chronik*) zeichnet die Baugeschichte des Bundeshauses von der Einberufung des Parlamentarischen Rates im Jahre 1948 bis zur endgültigen Fertigstellung des neuen Plenarsaales im Jahre 1993 nach, die – Ironie der Geschichte – rund drei Jahre nach der deutschen Vereinigung und zwei Jahre nach dem Beschluß des Bundestages, Bonn zu verlassen, erfolgte.

*) Überarbeitet und fortgeschrieben von *Inge Schlieper* anhand folgender Quellen:

Adolf Arndt, Das zeitgerechte Parlamentsgebäude. In: *Bauwelt*, Jg. 55. 1964. H. 9. S. 246–248;

Bonn 1949–1974. Ein Vierteljahrhundert Bundeshauptstadt. In: *Bonner Geschichtsblätter*. Jg. 26. 1974;

Michael S. Cullen, Parlamentsbauten zwischen Zweckmäßigkeit, Repräsentationsanspruch und Denkmalpflege. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch* hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1845–1889;

Dietrich Höroldt, 25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn. Bonn 1974;

Gisbert Knopp, Das Bundeshaus in Bonn. In: *Bonner Geschichtsblätter*. Jg. 35. 1984. S. 262–276;

ders., Der Plenarsaal des Deutschen Bundestages. In: *Vierzig Jahre Bundeshauptstadt Bonn 1949–1989*. Karlsruhe 1989. S. 44–66;

Wera Meyer-Waldeck, Das Bundesparlament in Bonn. In: *Architektur und Wohnform*. Jg. 58. 1950. H. 5. S. 99–109;

Reiner Pommerin, Von Berlin nach Bonn. Köln und Wien 1989;

Johannes Rossig, Neubau eines Bürohauses für den Deutschen Bundestag. In: *Die Bauverwaltung*. Jg. 15. 1966. H. 7. S. 394–399;

Hermann Wandersleb, Die Berufung Bonns zur vorläufigen Bundeshauptstadt. In: *Bonner Geschichtsblätter*. Jg. 23. 1969. S. 310–336;

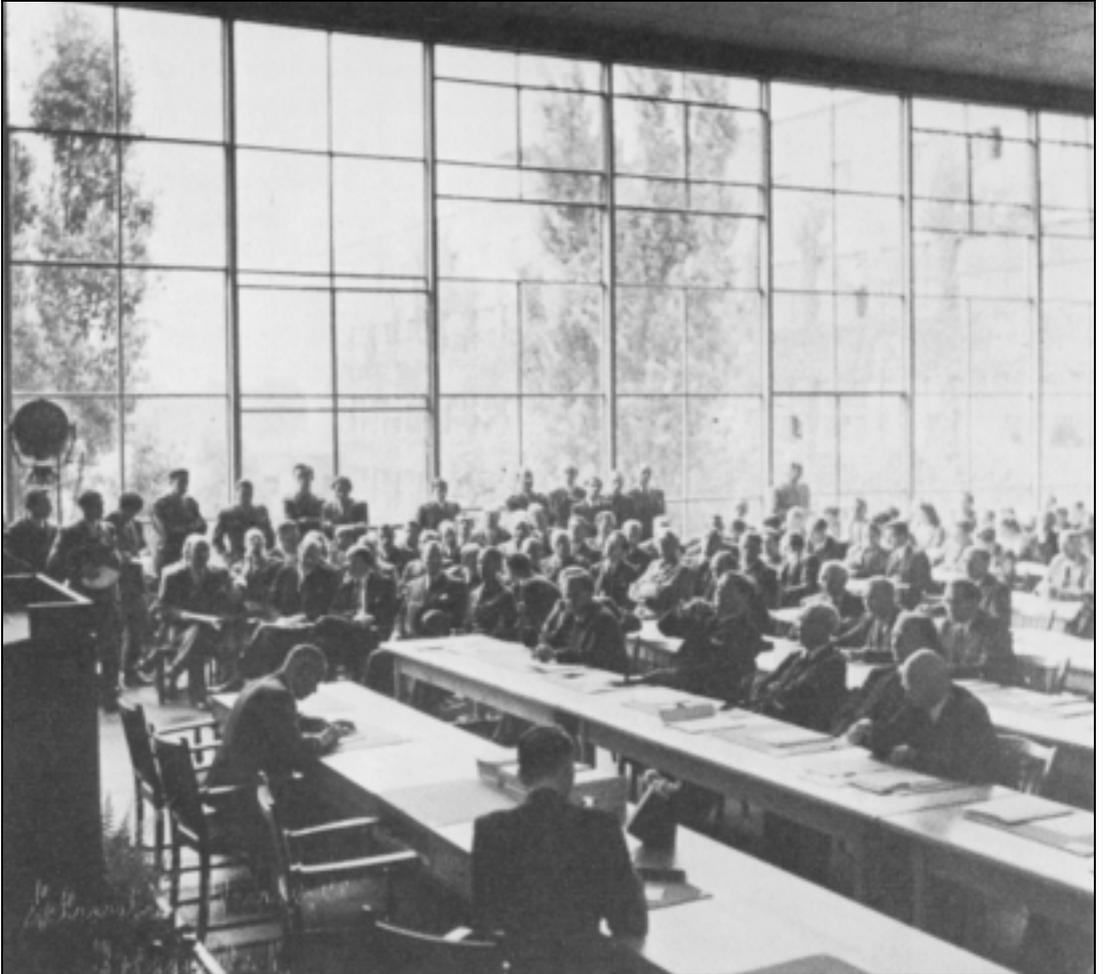
Heinrich Wefing, Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses. Berlin 1995.



Blick aus der Aula der Pädagogischen Akademie auf den Rhein (1932)

Foto aus Bonner Geschichtsblätter Bd. 35/1984

1. Juli 1948 Die Militärgouverneure der drei westdeutschen Besatzungszonen erteilen den elf Ministerpräsidenten den Auftrag, bis zum 1. September 1948 eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Die Bestimmung des Tagungsortes bleibt den deutschen Stellen überlassen.
5. Juli 1948 In der Kabinettsitzung der nordrhein-westfälischen Landesregierung bringt der Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei, *Hermann Wandersleb*, Bonn als Tagungsort eines „Vorbereitenden Verfassungskonvents“ ins Gespräch.
3. August 1948 Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident *Karl Arnold* schlägt den übrigen zehn Länderchefs die Einberufung des Parlamentarischen Rates nach Bonn vor.
16. August 1948 Über den Rundfunk wird die Nachricht verbreitet, der Parlamentarische Rat werde in Bonn tagen. Als Tagungsstätte ist die ehemalige Pädagogische Akademie vorgesehen. Die Ministerpräsidentenkonferenz, das oberste deutsche Organ auf westdeutschem Boden, hat sich mit großer Mehrheit für die Stadt am Rhein ausgesprochen.
18. August 1948 In der Pädagogischen Akademie beginnen Umbauarbeiten, um das Gebäude für die Zwecke des Parlamentarischen Rates herzurichten. Es steht nur der äußerst knappe Zeitraum bis zum 25. August zur Verfügung. Die Aula der Akademie verwandelt sich in den Plenarsitzungssaal, erhält neue Holzvertäfelungen, Türfüllungen, Konferenztische und -stühle und wird mit Telefonzellen und Rundfunkkabinen ausgestattet.



Tagung des Parlamentarischen Rates in der Aula der ehemaligen Pädagogischen Akademie (September 1948)

Foto: Stadtarchiv Bonn

26. August 1948

Die Kölnische Rundschau berichtet über die Umbauarbeiten im Museum Koenig, wo die Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates stattfinden soll, und in der Pädagogischen Akademie:

„Wenn man die beiden Gebäude heute betritt, könnte man meinen, hier hätten über Nacht die Heilmännchen gewirkt. Selbst in der Pädagogischen Akademie, die durch die Kriegseinwirkungen doch noch manche Schäden aufwies, wurden wahre Wandlungswunder vollbracht. Maler, Stukkateure, Glaser, Schreiner, Installateure haben dem Gebäude außen und innen ein neues, frisches und freundliches Gesicht gegeben.“

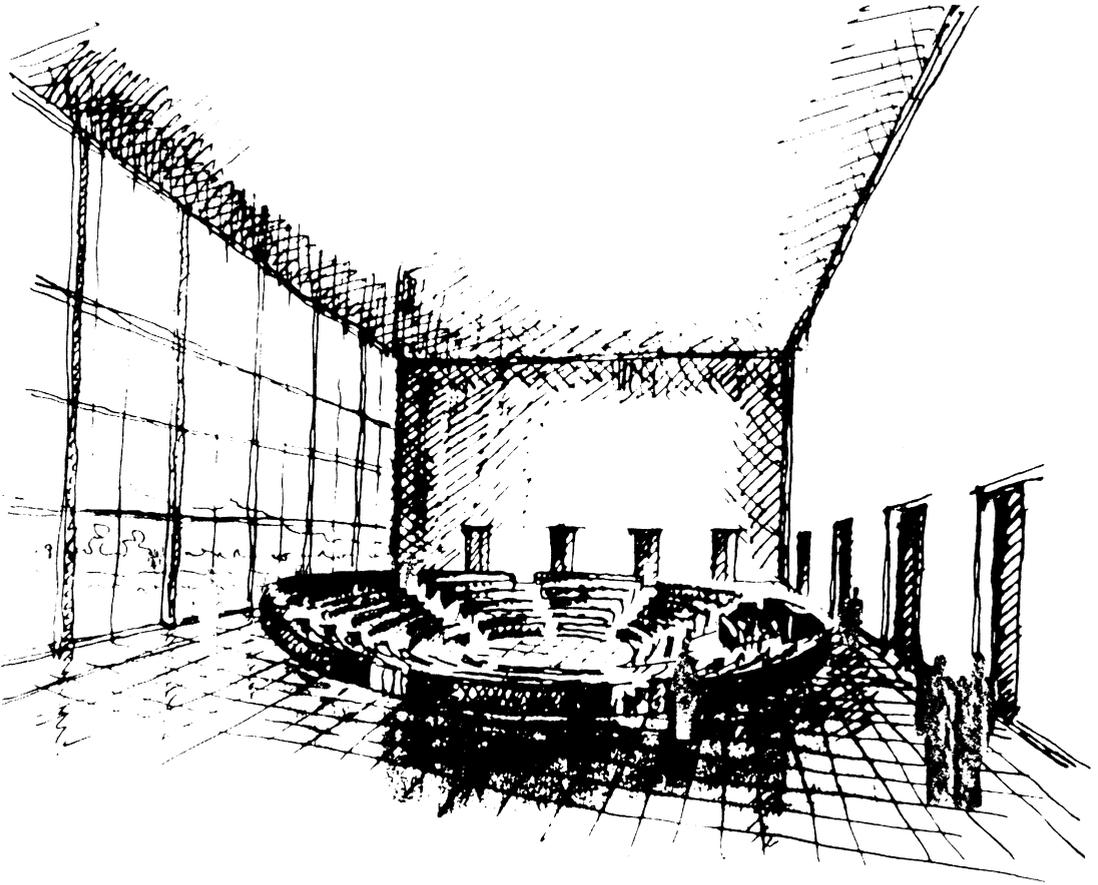
1. September 1948

Der Parlamentarische Rat tritt zu seiner konstituierenden Sitzung im Museum Koenig in Bonn zusammen.

September 1948

Da sich Bonn als für die Sitzungen des Parlamentarischen Rates sehr geeignet erweist, wird die Frage geprüft, ob die Stadt nicht auch als vorläufige Bundeshauptstadt zu präsentieren sei.

11. Oktober 1948 Bonns Oberstadtdirektor *Johannes Langendörfer* legt dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates, *Konrad Adenauer*, eine Denkschrift vor, in der dargelegt wird, daß die Stadt ohne große Schwierigkeiten in der Lage sein würde, die zukünftigen Bundesorgane aufzunehmen. Speziell über das Akademiegebäude heißt es darin:
- „Bundestag und Bundesrat könnten im Gebäude der Pädagogischen Akademie untergebracht werden. Das hat den großen Vorteil, daß beide Kammern sich im gleichen Hause befinden. Die Lösung bedingt lediglich den Neubau eines Plenarsitzungssaales für den Bundestag. Dieser Saal kann entweder durch Ausbau der bereits vorhandenen großen Turnhalle oder durch Neubau hergestellt werden. In beiden Fällen ist die Erstellung des Plenarsitzungssaales in sechs Monaten möglich.“
- Das Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen beschließt, die landeseigenen Gebäude in und bei Bonn – darunter die Pädagogische Akademie – für die Unterbringung der zukünftigen Bundesorgane zur Verfügung zu stellen.
1. November 1948 Im Vorgriff auf die Entscheidung des Parlamentarischen Rates über den zukünftigen Sitz der Obersten Bundesbehörden beschließt die nordrhein-westfälische Landesregierung, den Ausbau der Akademie auf Kosten des Landes vorzunehmen und das Gebäude dann der zukünftigen Bundesregierung für die Dauer der Benutzung als Bundesparlament in Form einer Stiftung auf Zeit zu übergeben. Die notwendigen Baumaßnahmen sollen sofort in Angriff genommen werden.
3. November 1948 In einem Schreiben an die Mitglieder des Parlamentarischen Rates informiert der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, *Karl Arnold*, über die Beschlüsse seines Kabinetts vom 1. November und faßt die Argumente, die für Bonn als zukünftigen Sitz der Bundesbehörden sprechen, zusammen. Er betont, daß der Bau der ehemaligen Pädagogischen Akademie „nach allgemeinem Urteil seine Eignung als Parlamentsgebäude in den vergangenen beiden Monaten bereits bewiesen“ habe.
- „Wenn außer den bisher vom Parlamentarischen Rat benutzten Räumen auch alle weiteren im Gebäude noch vorhandenen Räume für Bürozwwecke mit herangezogen und ein Plenarsaal sowie eine Gaststättenterrasse angebaut werden, bietet der Bau in seiner einzigartigen Lage am Rhein, seiner lichten Bauweise und seiner klaren Raumgestaltung eine ideale Arbeitsmöglichkeit für beide Kammern unter einem Dach... Ein Sitzungssaal, der seinen Ausmaßen nach als vorläufiger Plenarsaal benutzt werden kann, wird dadurch geschaffen, daß in der vorhandenen Turnhalle und ihren Nebenräumen Umbauten vorgenommen werden, insbesondere die an der Westseite der Halle bereits vorhandene Tribüne auch an der Nord- und Ostseite durchgeführt wird. Diese baulichen Veränderungen, die sich durchweg im Innern des Gebäudes vollziehen und deshalb von der Witterung unabhängig sind, kosten rund 250 000 DM und sind in drei Monaten Bauzeit durchführbar. Zusätzliche Büroräume sind für die ersten Monate der Parlamentstätigkeit im Hause selbst durch Änderung des bisherigen Verwendungszwecks einzelner vorhandener Räume und Heranziehung von unmittelbar in der Nähe des Tagungsgebäudes gelegenen Baulichkeiten zu finden. Zur vorübergehenden Erweiterung der Gaststätte können zur Zeit anders oder noch nicht benutzte Räume im Untergeschoß herangezogen werden. Gleichzeitig wird – ohne Störung der eventuellen parlamentarischen Arbeit in dem vorläufigen Plenarsaal – auf dem Gelände zwischen dem vorläufigen Plenarsaal und dem Rhein mit dem Bau eines großen Sitzungssaales, der allen Ansprüchen für einen endgültigen Plenarsitzungssaal genügt, begonnen und die Neugestaltung der Gaststätte unter Gewinnung von etwa 50 neuen Büroräumen eingeleitet. Nach Fertigstellung des endgültigen Sitzungssaals, die innerhalb von



Erste Ideenskizze für eine Innenraumgestaltung des Plenarsaales mit kreisrunder Sitzordnung von *Hans Schwippert* (November 1948)

sechs Monaten möglich ist, kann der vorläufige Plenarsaal als Wandelhalle voll in den Gesamtbau eingegliedert werden ... Die Kosten für die aufgeführten Baumaßnahmen betragen etwa 1,3 Millionen D-Mark.“

5. November 1948 Die Bewerber um den vorläufigen Sitz der Bundesorgane, die Städte Bonn, Frankfurt am Main, Kassel und Stuttgart, legen einer Kommission des Parlamentarischen Rates ihre Planungen vor.

November 1948 Der vom nordrhein-westfälischen Wiederaufbauministerium mit den Um- und Erweiterungsbauten an der ehemaligen Pädagogischen Akademie beauftragte Architekt *Hans Schwippert* beginnt mit der Erarbeitung eines Konzeptes.

Bei Beginn seiner Arbeit liegt ihm nicht einmal ein exakter Plan des Raumbedarfs und der Funktionsabläufe vor. Planung und Realisierung des Bauvorhabens laufen daher in den nächsten Monaten fast parallel. Gefordert ist die Einpassung der Bauten in örtliche und landschaftliche Gegebenheiten. Wert gelegt wird auch auf die Multifunktionalität. Für den Fall, daß Bonn nicht Bundeshauptstadt wird, soll sich das erweiterte Bauwerk auch für nichtparlamentarische Zwecke eignen. So soll der große Saal nicht nur



Anbau des Plenarsaales an die ehemalige Pädagogische Akademie

Foto: Stadtarchiv Bonn

als Plenarsaal, sondern auch für Konzerte, Ausstellungen etc. verwendbar sein. *Schwipperts* erster in einer Skizze ausformulierter Gedanke gilt nicht der äußeren Form des Gebäudes, sondern der inneren Ausgestaltung des Plenarsaales. In einen im Grundriß quadratischen Saal mit einer Fensterwand ist eine in mehrere Segmente unterteilte Rotunde – ähnlich einem Amphitheater – eingefügt. Ein Segment des Kreises ist für die Regierung vorgesehen. Da jeder Redner von seinem Platz aus sprechen soll, wird auf ein Rednerpult verzichtet.

- Januar 1949 Auf der Basis der amphitheatralischen Lösung für den großen Saal fertigt *Schwippert* Grundrißstudien mit der Bestuhlung in konzentrischen oder exzentrischen Kreisen. Die Ecken des quadratischen Raumes sind mit Zuschauerplätzen ausgefüllt. Zwischen die Strebepfeiler der Seitenwände sind Tribünen eingespannt. Diese Vorstellungen einer symbolischen Einheit von Legislative und Exekutive stoßen bei *Konrad Adenauer* als zu radikale Neuerung auf Ablehnung. Er besteht auf der Anordnung, wie sie im Reichstag geherrscht hat. Dort waren die Abgeordneten im Halbkreis gegenüber der höher sitzenden Regierung plaziert.
- Februar 1949 Der Ausführungsentwurf des Architekten für die Um- und Anbaumaßnahmen liegt vor.
14. Februar 1949 Die nordrhein-westfälische Landesregierung stellt 1,5 Millionen DM für den Ausbau der Pädagogischen Akademie und zur Herrichtung anderer Gebäude für den Bund in Bonn zur Verfügung.



Bau des Plenarsaales (Mai/Juni 1949)

Foto: Stadtarchiv Bonn

28. April 1949 Die „Kommission zur Prüfung der Angaben der Städte Bonn – Frankfurt/Main – Kassel und Stuttgart betr. vorläufigen Sitz des Bundes“ legt ihren Bericht vor. Bonn schneidet darin verhältnismäßig günstig ab.
5. Mai 1949 In Bonn wird das Richtfest des neuen Plenarsaales gefeiert.
Im Zusammenhang mit dem Plenarsaal entstehen durch Umbauten im Altgebäude und durch Neubau eines Südflügels noch folgende Räume: vorgeplant die Wandelhalle mit Anschluß an eine große Sitzhalle, Lese- und Schreibsaal, Bibliothek (etwa 120 000 Bände), Arbeitsräume des Präsidenten und der Vizepräsidenten, große und kleine Fraktionssitzungssäle, Ausschußräume, Arbeitsräume der Abgeordneten, Archiv- und Tresorräume, Rundfunkstudios, Räume der Verwaltung und des Sekretariats sowie der Stenographen, Druckerei und Buchbinderei einschließlich der erforderlichen Nebenräume, insgesamt 2 700 m². Der gleichzeitig errichtete Nordflügel dient zur Aufnahme des Bundesrates mit den Büros der Ländervertretungen, Sitzungsräumen und allen erforderlichen Nebenräumen, insgesamt 125 Diensträume mit 4 000 m².
10. Mai 1949 Für die Kommission, in der die Angaben der Städte, die sich um den vorläufigen Sitz der Bundesorgane bewerben, geprüft werden, erstattet *Hermann Schäfer* (FDP) dem Parlamentarischen Rat Bericht und legt zur Beschlußfassung die Formulierung vor: „Die leitenden Bundesorgane nehmen vorläufig ihren Sitz in der Stadt...“, wobei der Name Bonn oder Frankfurt eingefügt werden soll. Nur diese beiden Städte schlägt die Kommission den Abgeordneten noch zur Entscheidung vor, Stuttgart und Kassel waren mittlerweile aus dem Rennen.



Südflügel während der Bauarbeiten im Juli 1949

Foto: Stadtarchiv Bonn

Ohne Aussprache zur Sache erfolgt kurz vor Mitternacht die geheime Abstimmung. Sie ergibt 33 Stimmen für Bonn, 29 für Frankfurt, eine Stimme ist ungültig.

6. Juli 1949

Der Hauptausschuß (Überleitungsorgan zur Vorbereitung der Bundesorgane nach Auflösung des Parlamentarischen Rates bestehend aus den 12 Länderchefs, 19 Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, 6 Mitgliedern des Wirtschaftsrates und 4 Vertretern der französischen Besatzungszone) tritt zu einer Sitzung in Schlangenbad zusammen. Es wird vereinbart, daß die Wahl Bonns zum Bundessitz der Bestätigung oder Abänderung durch den Bundestag bedarf. Die beteiligten Stellen werden aufgefordert, ihre Vorbereitungen darauf zu beschränken, den ordnungsgemäßen Beginn der Tätigkeit der Bundesorgane zu gewährleisten. Diese Empfehlung hemmt die in Bonn angelaufenen Vorarbeiten erheblich.

Anfang Juli 1949

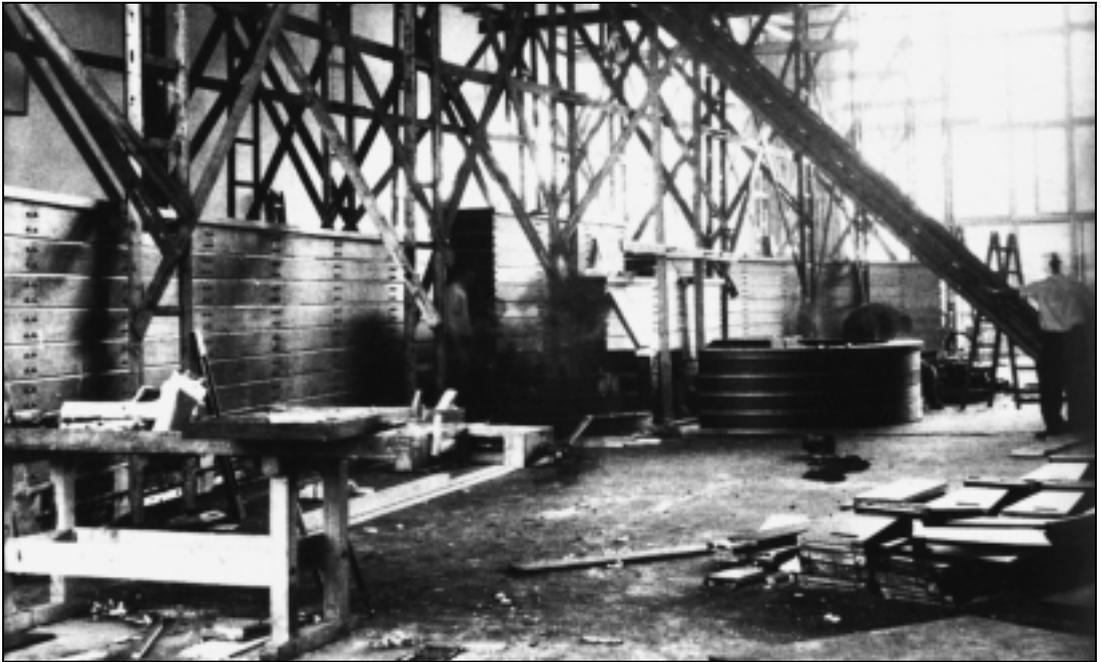
Der Plenarsaal ist bis auf das Gestühl fertiggestellt. Es ist ein Sitzungssaal entstanden, der 800 Personen Platz bietet und mit etwa 1 000 m² Fläche eine um 30 Prozent höhere Kapazität als der ehemalige Reichstagsplena-saal in Berlin besitzt. Der Saal weist eine harmonische Gliederung und Geschlossenheit auf. Ungewöhnlich für die frühe Nachkriegszeit ist die großzügige Verwendung von Glas. *Hans Schwippert* hat sie so begründet: „Ich habe gewünscht, daß das deutsche Land der parlamentarischen Arbeit zuschaut. So bekam der Saal zwei Fensterwände, jede 20 m lang vom Boden bis zur Decke ausgedehnt. Man sieht durch sie den Rhein, das gegenseitige Ufer, man betritt durch ihre Fenstertüren die nördliche und südliche Gartenterrasse. Trotz dieser breiten Ausblicke in die Gärten und das Land erzwingt die 32 m breite Rückwand des Präsidiums die Konzentration auf die parlamentarische Arbeit.“



Anbau des Plenarsaales an die frühere Pädagogische Akademie

Foto: Bundesbildstelle

10. August 1949 Das Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Akademie, das auf Weisung des „Büros Bundeshauptstadt“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung zunächst die offizielle Bezeichnung „Parlamentsgebäude“ erhielt, darf ab jetzt nur noch „Bundeshaus“ genannt werden.
15. August 1949 Die Restaurantanlage mit ihren Nebenräumen wird in Betrieb genommen. Zwischen die Raumgruppen des Bundestages und des Bundesrates ist der Restaurantneubau eingefügt worden mit Großrestaurant für 1 000 Personen, Café, Casino für Pressevertreter, Restaurant für die Mitarbeiter und zwei Großküchenanlagen.
7. September 1949 Drei Wochen nach der ersten Bundestagswahl (14. August) konstituiert sich der 1. Deutsche Bundestag im neuen Plenarsaal. Im selben Gebäude, und zwar in dem Saal, in dem der Parlamentarische Rat getagt hatte, tritt der Bundesrat zu seiner ersten Sitzung zusammen.
- Alle Arbeiten am Bundeshaus sind termingerecht beendet worden. Für die Errichtung und Einrichtung der Großräume einschließlich des Plenarsaales wurden fünf, für die des nördlichen und südlichen Büroflügels drei Monate benötigt. Den Kern des gesamten Komplexes bildet der neue Plenarsaal. Sein Bild wird beherrscht durch das Gestühl für die Abgeordneten, das in der Art eines Vortragssaales angeordnet ist, da sich der Architekt *Hans Schwippert* mit seiner Vorstellung von einer amphitheatralischen Lösung nicht durchsetzen konnte. Die Stühle der Abgeordneten bilden statt dessen ein zur Stirnseite des Saales geöffnetes Halbrund, keilförmig auf die Mitte ausgerichtet und in Segmente mit je zwei Sesseln nebeneinander gegliedert. Damit korrespondiert die ebenfalls leicht geschwungene Präsidentenbank



Innenausbau des Plenarsaales (August 1949)

Foto: Stadtarchiv Bonn

mit Plätzen für Regierung und Bundesrat. Unmittelbar vor dem Präsidenten steht das Rednerpult, und davor befinden sich die Plätze der Stenographen. Auf den schlichten Schwingstühlen aus schwarzlackiertem Eichenholz und grüner Polsterung mit beweglicher Schreibplatte finden 420 Abgeordnete Platz, bei Sonderbestuhlung kann die Zahl der Sitze auf 850 erhöht werden. Den einzigen Schmuck bildet an der Stirnseite des Saales ein weißer Velourvorhang mit den Wappen der Bundesländer.

Schwiperts moderne, unkonventionelle Architektur der Offenheit ruft Kritik hervor. Als „Spielzeug des Reißbretts“, „als achtenswerter Ausstellungspavillon“ wird der Plenarsaal charakterisiert; der auffallende Luxus des „Glaspalastes“ wird gerügt. Dem Vorwurf der Verschwendung begegnet der Bonner Ordinarius für Kunstgeschichte, *Heinrich Lützel*, mit der Frage „Ist Schönheit Luxus?“ Auch in der Fachwelt finden *Schwiperts* neue Formen für ein Repräsentationsgebäude Anerkennung. Das Bundeshaus sei das „modernste“ und gleichzeitig „bescheidenste“ Parlamentsgebäude der Welt, welches der politischen Arbeit „restlos angepaßt“ sei. Lobend hervorgehoben wird die Schlichtheit der Möblierung. In den kleinen Arbeitszimmern mit der „gediegenen Ausstattung“ könne „die Arbeit innerer Sammlung“ geleistet werden. Die sogenannte Lobby gilt manchem gar als die „vollkommenste Raumschöpfung der modernen Architektur“.

Noch am Tag der Konstituierung des Bundestages bringt – entsprechend der Schlangensbader Empfehlung, die Frage des Bundessitzes durch den Bundestag neu verhandeln zu lassen – der Abgeordnete *Erich Ollenhauer* (SPD) den Antrag ein, der Bundestag möge beschließen: „Der vorläufige Sitz der leitenden Bundesorgane ist Frankfurt/Main. Der Bundestag versammelt sich alsbald in Frankfurt am Main.“



Konstituierende Sitzung des ersten Deutschen Bundestages am 7. September 1949

Foto: Bundesbildstelle

Einen ähnlich lautenden Antrag bringen am 20. September 13 Abgeordnete der CDU/CSU, FDP und DP ein.

30. September 1949

Der Bundestag überweist die beiden auf eine Verlegung des Bundessitzes nach Frankfurt ziehenden Anträge an einen sofort zu bildenden Ausschuß („Hauptstadtausschuß“), der die Eignung der Städte Bonn und Frankfurt zum vorläufigen Sitz der leitenden Bundesorgane prüfen und dem Haus darüber berichten soll.

3. November 1949

Der Bundestag bestätigt das Votum des Parlamentarischen Rates zugunsten Bonns als vorläufige Bundeshauptstadt.

Den Abgeordneten liegen der Bericht des „Hauptstadtausschusses“ und eine Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage des vorläufigen Sitzes der leitenden Bundesorgane vor. Während der Ausschuß von einer Empfehlung zugunsten der einen oder anderen Stadt absieht, erklärt die Bundesregierung, sie müsse „den Bundestag ersuchen, daran festzuhalten, daß die Stadt Bonn, die durch Beschluß des Parlamentarischen Rates vom 10. Mai 1949 zum vorläufigen Sitz der leitenden Bundesorgane bestimmt worden sei, auch fernerhin Bundessitz“ bleibe.

Ohne Aussprache lehnt der Bundestag die beiden auf Verlagerung der leitenden Bundesorgane nach Frankfurt lautenden Anträge in geheimer Abstimmung mit 200 Nein- gegen 176 Ja-Stimmen ab. Bei 3 Enthaltungen und 11 ungültigen Stimmen ist die Hauptstadtfunktion Bonns damit vorerst gesichert.



Wandelhalle („Lobby“) im neuen Bundeshaus

Foto: Stadtarchiv Bonn

21. November 1950 Angesichts der herrschenden Raumnot, unter der besonders diejenigen Abgeordneten leiden, die noch keine eigenen Arbeitszimmer haben, beschließt der Bundestagsvorstand den Bau eines sechsgeschossigen Bürohauses für Abgeordnete mit flachem Verbindungstrakt zum Südflügel. Bei der Raumplanung geht man davon aus, daß – mit Ausnahme der Ausschußvorsitzenden – für je zwei Abgeordnete ein Arbeitsraum zur Verfügung stehen sollte. (Gegenwärtig teilen sich im Durchschnitt 5,1 Abgeordnete einen Büroraum.)
- Juli 1951 Die Bauarbeiten für das neue Abgeordnetenhaus und den Verbindungstrakt zum Südflügel beginnen. Für Entwurf und Ausführung zeichnet jetzt, wie auch für die folgenden Um- und Ausbauten am Bundeshaus, das vom Land Nordrhein-Westfalen inzwischen dem Bund übereignet worden ist, die Bundesbaudirektion verantwortlich. Der Architekt *Hans Schwippert* ist daran nicht mehr beteiligt.
19. Dezember 1951 Am Erweiterungsbau des Bundeshauses, der teilweise auf den Fundamenten eines Luftschutzbunkers entstand, wird Richtfest gefeiert.
- Februar 1952 Das neue Abgeordnetenhaus (heute: „Altes Hochhaus“) wird bezogen (vgl. Foto auf Seite 3286). Damit stehen 170 Abgeordnetenzimmer, mehrere Sitzungszimmer sowie Räume für das Archiv und die Bibliothek zur Verfügung.
5. Februar 1953 Der Bundestagsvorstand beschließt, die Möglichkeit für eine Vergrößerung des Plenarsaals auf 500 Plätze prüfen zu lassen. Grund dafür ist die von 420 auf 509 steigende Zahl von Abgeordneten in der nächsten Wahlperiode,



Konstituierende Sitzung des zweiten Deutschen Bundestages am 6. Oktober 1953

Foto: Bundesbildstelle

eine entsprechende Änderung des Bundeswahlgesetzes ist bereits in Vorbereitung und wird am 25. Juni 1953 verabschiedet.

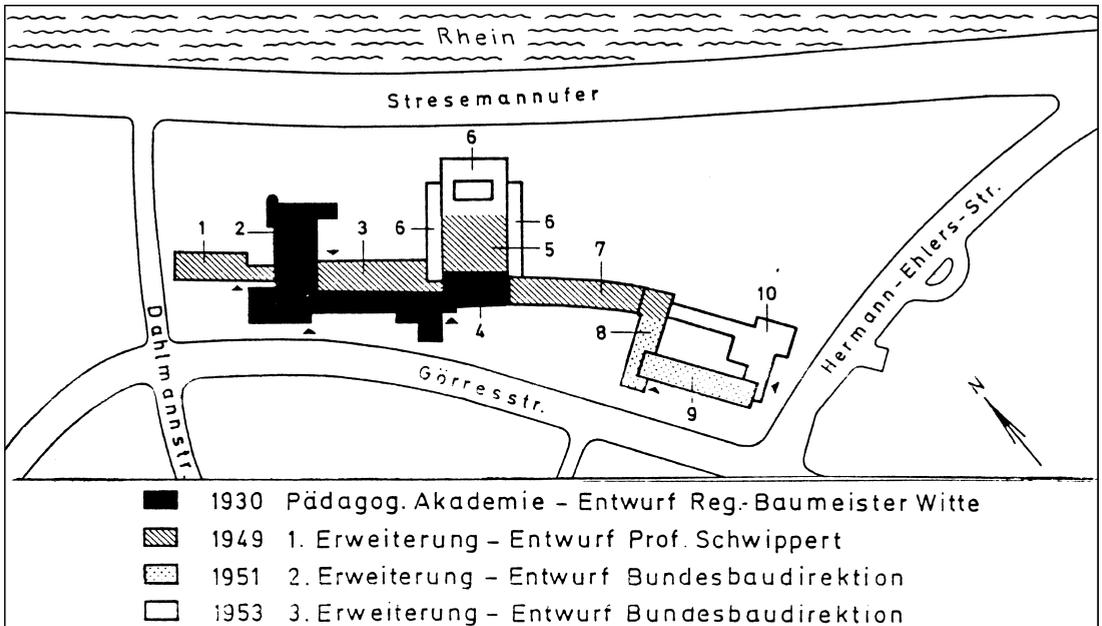
Ende Juni 1953

Noch vor Ende der Wahlperiode ziehen für einige Monate Baukolonnen in das Bundeshaus ein. (Die letzte Plenarsitzung am 29. Juli 1953 wird deshalb in den großen Sendesaal des Kölner Funkhauses verlegt.) Der Plenarsaal wird zur Rheinseite hin auf 1 235 m² erweitert. An den Seiten werden Presse- und Diplomatentribünen errichtet. Die darunter entstehenden gläsernen Wandelgänge erlauben nach wie vor den Blick zum Rhein. Die Mitteltribüne bleibt Besuchern vorbehalten. An der Stirnseite des Saales hinter Präsidium und Rednerpult wird anstelle der Tuchbespannung mit den Wappen der Bundesländer eine die ganze Fläche ausfüllende Stuckplastik mit dem Bundesadler nach einem Entwurf von *Ludwig Gies* angebracht, später oft als „fette Henne“ bespöttelt.

Der Plenarsaal des Bundeshauses erreicht mit diesen Veränderungen die Form, wie sie bis 1987 erhalten bleibt.

Januar 1954

Der neu errichtete dreigeschossige Präsidialtrakt wird bezogen. Er stößt an die Stirnwand des Plenarsaales an und ist in Hufeisenform um einen Lichthof gelegt. Hier befinden sich die Büroräume für das Bundestagspräsidium sowie Aufenthaltsräume für den Bundeskanzler und die Minister.



Situationsplan 1954 mit Darstellung der Bauperioden

Zeichenerklärung: 1 = Nordflügel; 2 = Bundesratssaal; 3 = Restaurant; 4 = Wandelhalle; 5 = Plenarsaal; 6 = Plenarsaalneubau (sog. Ministerflügel); 7 = Südflügel; 8 = Zwischenbau; 9 = Abgeordnetenhochhaus; 10 = Fraktionsbau.

- April 1954 Der sogenannte Fraktionsbau, eine winkelförmige Erweiterung des Südtraktes, wird bezogen. Zusammen mit dem Abgeordnetenhaus und dem Verbindungstrakt umschließt er einen Innenhof und bietet Sitzungssäle und Büroräume für die Fraktionen.
- Mit den 1954 bezogenen Zusatzbauten stehen für rund 1 300 Personen (509 Abgeordnete, 747 Bedienstete der Bundestagsverwaltung und 50 Angestellte der Fraktionen) rund 600 Büroräume von unterschiedlicher Größe zur Verfügung. Das Raumproblem im Bundestag kann daher nach wie vor als noch nicht gelöst bezeichnet werden. Der gesamte Baukomplex und besonders der Plenarsaal bleiben Gegenstand der Kritik vor allem von denjenigen, die darin arbeiten müssen.
6. Mai 1954 Die Raumprobleme des Bundestages kommen in der Haushaltsdebatte zur Sprache. Während mehrere Debattenredner Verbesserungen der Arbeitsmöglichkeiten und mehr Räume für die Abgeordneten fordern, hält einer die vorhandenen Sitzungs- und Arbeitsräume für ausreichend: Der CDU-Abgeordnete *Wilhelm Brese* äußert die Meinung, ein Zimmer für vier Abgeordnete genüge. Er fordert: „Schluß mit den Bauplänen“, denn mehr zu bauen beschwöre eine „Krisis der Demokratie“ herauf. Auch in den folgenden Jahren erweist sich *Brese* als eifriger Streiter gegen alle Neubaupläne.
- Juli bis Oktober 1955 Als letzte gravierende Baumaßnahme am alten Baubestand der ehemaligen Pädagogischen Akademie wird der Sitzungssaal des Bundesrates, die frühere Aula, umgestaltet. Präsidium und Vertreter der Bundesregierung



Das 1952 bezogene neue Abgeordnetenhaus (heute: „Altes Hochhaus“)

Foto: Bundesbildstelle

sitzen der Fensterfront gegenüber, davor in leichtem Halbkreis in zehn Gruppen mit je sechs Plätzen für Repräsentanten der Länder. Dahinter befindet sich die Presse- und Zuschauertribüne. Die Wand hinter dem Präsidium zeigt die Wappen der Bundesländer.

3. Oktober 1956

Der Bundestag debattiert über die Kosten der Bonner Bundesbauten und die Einstellung weiterer Baumaßnahmen. Das Bundesfinanzministerium hat in einer Vorlage für den Haushaltsausschuß das Programm für die Unterbringung von Parlament und Regierung in Bonn für im wesentlichen abgeschlossen erklärt. Die Mehrheit des Bundestages folgt der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses, wonach von den bereits bewilligten Bundesbauten im Raum Bonn nur noch die bereits begonnenen ausgeführt werden dürfen. Bewilligte, aber noch nicht begonnene Bauten sollen nochmals auf ihre besondere Dringlichkeit hin geprüft werden (Ausnahme: Wohnungsbauten). Dies bedeutet zunächst Baustopp auch für eventuelle Erweiterungsbauten des Bundestages.

16. Januar 1958

Mit der Gestaltung des Plenarsaales in Form eines Vortragsaals sind viele Abgeordnete unzufrieden. In der Sitzung des Bundestagsvorstandes erläutert Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* seine Vorstellung von einem

Plenarsaal, der die freie Rede und echtes Debattieren ermöglicht. Nach dem Vorbild des britischen Unterhauses wünscht er sich die Anordnung der Sitzreihen in zwei einander gegenüberliegenden Gruppen.

2. Dezember 1959 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung meldet, im Ältestenrat sei ein Modell für den Umbau des Plenarsaales vorgestellt worden. Es kopiere nicht den Saal des englischen Unterhauses und bedeute keine radikale Abkehr von dem bisherigen Bau, gebe aber dem Plenarsaal mehr den Charakter eines Amphitheaters.
9. Februar 1961 Der Vorstand des Bundestages diskutiert über Raumprobleme. Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* erklärt, er halte es für notwendig, daß jedem Abgeordneten „ein kleines ausreichendes Zimmer“ zur Verfügung stehe, und setzt sich besonders für die Schaffung ausreichender Ausschuß- und Fraktionszimmer ein. Falls der Bundesrat den Nordflügel aufgebe, der dann dem Bundestag zur Verfügung stünde, werde ein neues Raumprogramm vorgelegt.
8. März 1961 Im Rahmen der Haushaltsdebatte diskutiert der Deutsche Bundestag über die Umgestaltung des Plenarsaales (der Haushaltsentwurf weist 1,2 Millionen DM für Umgestaltung und Instandsetzungsarbeiten aus). Vehementer Befürworter eines Plenarsaalumbaus ist nach wie vor Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier*. Nach dem Vorbild des britischen Unterhauses möchte er die optische Trennung zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit aufheben und die Sitze im Stil von Westminster in zwei einander gegenüberliegenden Gruppen von Sitzreihen anordnen, so daß die Abgeordneten der Regierungsparteien einschließlich der Regierungsmitglieder den Abgeordneten der Opposition gegenüber sitzen. Er erhofft sich davon eine Belebung der Debatten im Plenum. Der Saal, wie er ist, folge dem Charakter des Hörsaals: „Einer spricht, alles sieht her.“ Der Saal verbanne aus seiner Mitte eine echte, gesteigerte Chance der Diskussion.
- Nachdrücklich unterstützt wird *Gerstenmaier* vor allem von einflußreichen Mitgliedern der SPD-Fraktion (*Carlo Schmid*: „Das einander politisch Gegenüberstehen muß auch sichtbar zum Ausdruck kommen.“ – *Karl Mommer*: „Wer von uns hätte 1949 diesen Saal so bauen lassen, wenn er vorher gefragt worden wäre...? Dieser Saal ist der schlechteste Saal in der Welt, den ich kenne.“). Trotz so gewichtiger Fürsprecher trifft der Umbauplan doch auf eine verbreitete Opposition, wobei die Kontroverse quer durch die Fraktionen verläuft, außer bei der FDP, die sich als dritte Kraft versteht und sich der Teilung des Hauses in zwei Seiten geschlossen widersetzt. Die Gegner einer „englischen Lösung“ führen vor allem folgende Gründe ins Feld:
- Der Umbau stelle die provisorische Natur der Bonner Institutionen in Frage;
 - er entspreche nicht dem in der Bundesrepublik vorhandenen Mehrparteiensystem;
 - er bringe die verfassungsmäßige Trennung von Parlament und Regierung nicht zum Ausdruck;
 - der Umbau sei aus Gründen der Sparsamkeit abzulehnen.
- Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit für den Umbau, aber die Wahlperiode geht zu Ende, ohne daß die Pläne feste Gestalt annehmen.



Luftaufnahme vom Bundeshaus-Bereich (1956)

Foto aus Bonner Geschichtsblätter Band 35/1984

20. Juni 1961 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* ist der Meinung, der Bundestag müsse ein eigenes Bauprogramm durchführen, da selbst durch einen Bundesratsneubau nicht genügend Räume frei würden, um jedem Abgeordneten ein eigenes Arbeitszimmer zur Verfügung stellen zu können und eine ausreichende Zahl von Sitzungsräumen für die Ausschüsse zu schaffen. Der Bundestagsvorstand beschließt daraufhin einstimmig einen „Um- und Erweiterungsbau des Deutschen Bundestages“. Es wird angeregt, die Bundesbaudirektion ein klares Bauprogramm entwickeln zu lassen.
- 1961 In der Saemischstraße (Nr. 2 bis 4) gegenüber dem Bundeshaus werden 64 Abgeordneten-Wohnungen errichtet. Die Wohnungen sind zwar öffentlich gefördert, entstehen aber nicht in eigener Planung des Bundestages. Die Abgeordneten zahlen Miete, nutzen wegen der prekären Raumverhältnisse im Bundeshaus die Wohnungen zum Teil aber auch als Büros.
13. August 1961 Durch den Bau der Berliner Mauer verringert sich die Aussicht, daß die alte Hauptstadt in absehbarer Zeit wieder Regierungssitz wird. Damit wächst die Bereitschaft, in Bonn eine befriedigende Lösung für die Raumprobleme des Bundestages zu suchen.
13. Dezember 1961 In der Sitzung des Bundestagsvorstandes stellt Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* die Raumprobleme des Bundestages dar und schlägt zu ihrer Lösung folgendes Programm vor:
1. die Errichtung eines Neubaus mit den erforderlichen Ausschußräumen und den zugehörigen Räumen für die Ausschußsekretariate;
 2. den Bau eines neuen Plenarsaals;
 3. die Umgestaltung und Neuverteilung der vorhandenen Räume – einschließlich des Nordflügels – mit dem Ziel, jedem Abgeordneten einen Arbeitsraum zur Verfügung zu stellen.



Das Bundeshaus entlang der Görresstraße um 1960

Foto: Stadtarchiv Bonn

Nach einem vom Bundesschatzministerium erstellten Modell soll der neue Plenarsaal auf dem Gelände des bisherigen Wasserwerks entstehen, in unmittelbarer Nähe dazu der Ausschußbau. Die vom Präsidenten vorgetragene Konzeption findet einmütige Zustimmung.

19. Februar 1962

Ein Vertreter des Bundesschatzministeriums informiert den Bundestagsvorstand darüber, daß mit der endgültigen Planung der Erweiterungsbauten für den Deutschen Bundestag ein Architektenteam beauftragt worden sei, bestehend aus den Professoren *Sep Ruf*, *Paul Baumgarten* und *Egon Eiermann*.

27. Juni 1962

Der SPD-Abgeordnete *Adolf Arndt* hält vor den Mitgliedern der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn einen vielbeachteten Vortrag über „Das zeitgerechte Parlamentsgebäude“.

Darin macht er die physischen Bedingungen, unter denen die Abgeordneten arbeiten müssen, zum zentralen Punkt seiner Überlegungen: „Der zeitgerechte Parlamentsbau fängt mit dem eigenen Arbeitsraum eines jeden Abgeordneten an. Dieser Raum ist das Grundmaß und der Kern.“ Die Gliederung für das Gesamtbauwerk ergibt sich für *Arndt* dann aus der inneren Ordnung für das parlamentarische Wirken, was zu einem Parlament der kurzen Wege führen müsse. In seiner Vollendung soll der Bau etwas über „das Wesen des Demokratischen“ aussagen. Das Bundeshaus in seiner derzeitigen Form tut er als „veraltete Schule“ ab; dem Plenarsaal fehle jede Eignung für ein Gespräch zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. *Arndt* sieht das Bonner Bundeshaus „für schlechthin untauglich“ an, „je ein zeitgerechtes Parlamentsgebäude zu werden“, und lehnt weiteres „Flickwerk“ daran ab. Da die Baufrage für das Schicksal der Demokratie politisch entscheidend sei, müsse der Bundestag eine eigene Planungskommission einsetzen. Dem Problem der hohen Kosten für einen Neubau und dem Argument, Bonn sei nur provisorischer Regierungssitz, begegnet er mit dem Hinweis, alles, was die Arbeit des Bundestages fördere, diene auch der Wiedervereinigung.

22. Januar 1963 Der Vorstand des Bundestages diskutiert ein vom Bundesschatzministerium bereitgestelltes Modell für die Bebauung des Bundeshausgeländes. Bundestagspräsident *Gerstenmaier* bezeichnet den Plan, nach Süden anschließend an das jetzige Bundestagsgebäude ein neues Hochhaus mit 25 Geschossen für Abgeordnetenzimmer, Ausschußsitzungsräume und Sekretariate, einen neuen Plenarsaal, einen Fraktionsbau sowie ein neues Gebäude für den Bundesrat zu errichten, als das Beste, was sich angesichts der örtlichen Gegebenheiten erreichen lasse. Das neue Hochhaus solle das höchste Gebäude der Metropole Bonn-Bad Godesberg werden, so daß das Parlament die Landschaft präge. Der Vorstand akzeptiert den Entwurf des Bundesschatzministeriums und ermächtigt dieses, mit der Stadt Bonn bzw. anderen Anrainern in Verhandlungen über den Erwerb von Gelände in der Gronau einzutreten.
- 1963/1964 Ein ehemaliges Bootshaus am Rheinufer wird zum Bürobungalow umgebaut, der die Zentralstelle für Petitionen und Eingaben aufnehmen soll.
20. Januar 1964 Der Vorstand des Bundestages tritt für den Erwerb des Gronaugeländes durch den Bund ein. Außerdem beschließt er, im Haushaltsjahr 1964 das (alte) Hochhaus um ein siebtes Stockwerk erweitern zu lassen.
15. April 1964 Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1964 wird entsprechend dem Antrag des Haushaltsausschusses erstmals der Titel 710 als Leertitel in den Einzelplan 02 eingestellt mit der Zweckbestimmung: „Neubauten für Zwecke des Bundestages einschließlich der erforderlichen Ersteinrichtung“.
28. April 1964 Entsprechend dem vom Bundestagsvorstand geäußerten Wunsch nach einem Gesamtprojekt für die Erweiterungsbauten des Bundestages, das abschnittsweise durchgeführt werden kann, kündigt das Bundesschatzministerium an, daß die Absicht der Bundesbaudirektion jetzt dahingeht, als erstes das Hochhaus zu bauen.
26. Juni 1964 Trotz öffentlicher Kritik an den Neubauplänen des Bundestages hält der Vorstand als zuständiges Beschlußorgan an dem vom Bundesschatzministerium vorgelegten Baustufenplan fest und beschließt, für die Erweiterungsbauten des Bundestages im Haushaltsplan 1965 12 Millionen DM einzusetzen.
- 1965 In der Heussallee (Nr. 7 bis 11) werden weitere 69 Appartements für Abgeordnete erstellt. Auch ein Teil dieser Wohnungen muß von den Abgeordneten gleichzeitig als Büroraum genutzt werden.
17. Februar 1965 Der Bundestag bewilligt Mittel für den Bau eines Bürohauses (später: „Neues Hochhaus“) mit 447 Büroräumen für Abgeordnete, 20 Sitzungssälen und 120 Büroräumen für die Ausschüsse. Zunächst werden 12 Millionen DM freigegeben. Die Gesamtkosten des Gebäudes werden auf 48,5 Millionen DM beziffert.
- Der Hochbau, der die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten grundlegend verbessern soll, wird als vorrangig eingestuft im Rahmen des größeren Bauprojektes, das außerdem eigene Gebäude für die Fraktionen, die Präsidialbüros und einen neuen Plenarsaal vorsieht. Das Projekt soll insgesamt 110 Millionen DM kosten. Mit dem Argument, die erste Bewilligung schließe



Ansicht des geplanten Bürohauses von der Rheinseite her (Modellfoto)

Foto aus Die Bauverwaltung, Heft 7/1966

nicht die Verpflichtung zur Fertigstellung des Hochbaus ein, vielmehr könne der Bau in beliebiger Höhe beendet werden, suchen die Befürworter den Gegnern, die auf die Kosten und den Provisoriumscharakter Bonns als Regierungssitz verweisen, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier*, früher eifriger Befürworter eines neuen Plenarsaales, setzt sich jetzt nachdrücklich für das Bürohochhaus ein, weil es den Arbeitsstrukturen des Bundestages am ehesten entspreche: „Man kann es bedauern, meine Damen und Herren, daß sich der deutsche Parlamentarismus im Laufe dieser 15 Jahre so entwickelt hat, daß er sich vorwiegend in Arbeitskreisen der Fraktionen, in Ausschüssen, die Organe des Bundestages sind, und in der Einzelarbeit des Abgeordneten bzw. einiger Abgeordneter vollzieht. Das kann man bedauern; denn das bedeutet eine Verlagerung der Parlamentsarbeit aus dem Plenum heraus und damit natürlich weithin in die Unsichtbarkeit.“

20. Dezember 1965 Die Stadt Bonn verkauft für 98,5 Millionen DM ein Gelände von 13,8 Hektar in der Gronau zur Errichtung von Gebäuden für Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung an den Bund.
4. Mai 1966 Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages bewilligt für das laufende Haushaltsjahr 3 Millionen DM zur Errichtung eines Bürohauses. Außerdem stimmt er dem Baubeginn und der Begründung von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre zu.
17. Mai 1966 Der Bundestag stimmt dem Einzelplan 02 in der vom Haushaltsausschuß vorgelegten Fassung zu. Zuvor betont in der Debatte der Berichterstatter *Hermann Götz* (CDU/CSU), die Planung für das Bürohaus des Bundes-



Das neue Abgeordnetenhochhaus in der Bauphase 1967/1968

Fotos: Bundestag/Hennig

tages sei so angelegt, daß sie keine Festlegung auf ein Neubauprogramm des Bundeshauses insgesamt bedeute. Dennoch wird die Befürchtung geäußert, der Bau des Hochhauses werde den Neubau des Plenums zwangsläufig nach sich ziehen, weil das Hochhaus nicht für sich allein in seiner Funktion bestehen könne, sondern mit dem neuen Plenarsaal eine Einheit bilde. Dazu kämen Verbindungsblöcke für Fraktionen und Verwaltung.

29. August 1966 Mit dem Bau des Abgeordnetenhochhauses nach den Plänen des Architekten *Egon Eiermann* wird begonnen.
10. Mai 1968 In der Gronau wird das Richtfest des Neuen Hochhauses begangen. Es ist mit 106 m zum höchsten Gebäude Bonns herangewachsen.
- August 1968 Das Gesetz über die kommunale Neuordnung des Bonner Raumes tritt in Kraft. Durch die Zusammenlegung der Städte Bonn, Bad Godesberg und Beuel mit einigen Nachbargemeinden entsteht eine Großstadt mit fast 300 000 Einwohnern. Für das verstärkte Engagement des Bundes in Bonn ergibt sich damit ein einheitliches Planungsgebiet.
- Februar 1969 Die Büros in der 3. bis 12. Etage des Neuen Hochhauses werden bezogen. Das Gebäude hat inzwischen nach seinem eifrigen Förderer, Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier*, den Spitznamen „Langer Eugen“ erhalten.
27. März 1969 In der Haushaltsdebatte des Bundestages taucht die Frage einer Umgestaltung oder sogar eines Neubaus des Plenarsaals wieder auf, die in der Bauzeit des Neuen Hochhauses zurückgestellt worden war. Beklagt werden der



Der „Lange Eugen“ nach seiner Fertigstellung

Foto: Bundestag

weite Weg vom Neuen Hochhaus zum Plenarsaal sowie die mangelnde Diskussionsatmosphäre. Der SPD-Abgeordnete *Karl Mommer* bezeichnet den Saal als „den untauglichsten aller Plenarsäle, die ich je auf meinen Reisen rund um die Welt gesehen habe“, und weist darauf hin, daß im Vorstand des Bundestages die Weichen für einen Neubau grundsätzlich gestellt seien. *Wilhelm Rawe* (CDU/CSU), Berichterstatter des Haushaltsausschusses, ermuntert den Bundestagspräsidenten, dem Hohen Haus sehr bald eine Konzeption für den Neubau vorzulegen.

- August/
Oktober 1969 Die Regierungsbank im Plenarsaal wird abgesenkt.
Rechtzeitig vor Beginn der neuen Wahlperiode verschwindet im Plenarsaal der „Höhenunterschied“ zwischen Exekutive und Legislative. Viele Abgeordnete ärgerten sich schon lange darüber, zur Regierung aufblicken zu müssen, die 80 cm über dem Boden des Plenarsaals thronte. In Zukunft befinden sich die Plätze für Regierungsmitglieder und Ländervertreter nur noch 18 cm höher als die ersten Reihen der Abgeordnetenplätze und damit auf demselben Niveau wie die Sitze der „Hinterbänkler“.
- November 1969 Das Bundeskabinett beschließt einen Planungsstopp, da für den Raumbedarf des Bundes in Bonn eine neue Planung aufzustellen sei.
1. November 1969 Die restlichen Etagen des Neuen Hochhauses werden bezogen. Damit ist der erste Bauabschnitt im Rahmen der Planungen des Deutschen Bundestages abgeschlossen. Er setzt seine eigenen Planungen aber zu Beginn der 6. Wahlperiode fort – parallel zu den Bemühungen des Bundes um eine Gesamtplanung zur Unterbringung der Bundeseinrichtungen in Bonn.
11. Dezember 1969 Eine neu eingesetzte Unterkommission des Ältestenrates für die Planung der weiteren Bauten des Bundestages nimmt ihre Arbeit auf. Fraktionen und Bundestagsverwaltung sind aufgefordert, ihre Raumanforderungen zu präzisieren.
Die Unterkommission beschließt, einen Architektenwettbewerb stattfinden zu lassen.

Zeichenerklärung zum Lageplan Bundeshaus (rechts)

F	Fraktionsbau	17	Buchhandlung
N	Nordflügel	18	Lebensmittel und Imbißstube
P	Plenarsaalbau	19	Postamt 12
Zw	Zwischenflügel	20	Abgeordneten-Wohnhäuser
1	Bundesrat	21	Bürohaus Gronau
2	Bundesratssaal	22	Kinderhort Charles-de-Gaulle-Straße
3	Kantine	23	Kindergarten Heinrich-Brüning-Straße 11
4	Großes Restaurant (Bundeshaus- Restaurant)	24	Hochhaus Tulpenfeld
5	Wandelgang Nord	25	Pressehaus, Saal der Bundespressekonferenz
6	Plenarsaalbau (Präsidentenbau)	26	Haus IV, Görresstraße
7	Plenarsaal	27	Haus V, Görresstraße
8	Wandelhalle	28	Haus VI, Görresstraße
9	Wandelgang Süd	29	Bürobungalow, Stresemannufer 16
10	Ruheräume	30	Besucherzentrum, Eingang für Besucher
11	Sanitätsstelle	31	Postaustauschstelle
12	Frisiersalon	32	Planungshaus
13	Bibliothek	33	Atriumhaus Tulpenfeld
14	Neues Hochhaus	34	Büropavillon
15	Personalarzt, Fürsorgestelle		Parkplätze
16	Sparkasse Bonn		Stadtbus-Haltestelle
			U-Bahn-Haltestelle

3. März 1970 In der 3. Sitzung der Unterkommission erklärt der Vorsitzende, Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel*, daß Bundestagsdirektor a. D. *Hans Troßmann* als Beauftragter für die Bundestagsbauten die Betreuung der gesamten Bauplanung übernehmen werde.
18. März 1970 Auf Beschluß der Unterkommission in der 4. Sitzung wird das „Quickborner Team“ zur Mitarbeit, insbesondere zur Funktions- und Bedarfsplanung, herangezogen.
- Juni 1970 Einberufung eines unabhängigen „Gremiums von Sachverständigen zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Einfügung der Bundesbauten in die Stadt Bonn in Übereinstimmung mit der Stadtentwicklungsplanung“.
Die Stadt Bonn, das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland beschließen die „Vereinbarung über den Ausbau der Stadt als Sitz der Bundesregierung und über den Ausgleich der damit verbundenen Sonderbelastung“. Baustopp und „Provisorium“ sind damit gleichermaßen gegenstandslos, und es beginnt eine Art Planungseuphorie.
- September 1970 Empfehlung der Sachverständigen, die Bauten für den Deutschen Bundestag und den Bundesrat im Bereich der Gronau vorzusehen.
- Dezember 1970 Das Planungsteam, dem Vertreter der Bundesbauverwaltung, des Bundestages und des Quickborner Teams angehören, legt der Unterkommission des Ältestenrates ein grobes Raumprogramm für die Neubauten des Deutschen Bundestages mit einem geschätzten Flächenbedarf und verschiedenen Alternativen der funktionalen Zuordnung von Funktionsbereichen als Diskussionsgrundlage vor.
- März 1971 Die Unterkommission des Ältestenrates verabschiedet ein grobes Raumprogramm als Grundlage für den städtebaulichen Ideenwettbewerb „Bauten des Bundes und ihre Integration in die Stadt Bonn“.
- August 1971 Auslobung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs „Bauten des Bundes und ihre Integration in die Stadt Bonn“; Auslober: Bund und Stadt Bonn.
Der Wettbewerb soll erbringen:
- für Integration der Bundesbauten in den städtischen Verflechtungsbereich ein Rahmenkonzept und
 - für einen engeren Wettbewerbsbereich einen städtebaulichen Entwurf, der als Grundlage für die Entscheidungen des Bundes über seine Baumaßnahmen dienen könnte.
- Februar 1972 Die Unterkommission des Ältestenrates billigt das Programm für den Abgeordnetenbereich, nachdem in zahlreichen Gesprächen mit den Fraktionen und den Fraktionsgeschäftsführern Abstimmung erzielt wurde.

Hinweis

Die Ausbau- und Neubaupläne für das Bundeshaus waren wiederholt Gegenstand in den Aussprachen zum Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

- April 1972 Das Präsidium des Bundesrates verabschiedet den Raumbedarfsplan für den Neubau des Bundesrates (rd. 12 500 m² Nutzfläche).
Entscheidung des im August 1971 ausgelobten städtebaulichen Ideenwettbewerbs:
1. Preis: Architektenbüro *Legge und Legge*.
Der Grundgedanke dieses Entwurfes ist es, die Bundeseinrichtungen beiderseits des Rheins zu konzentrieren. Im Bereich der Gronau sind die Neubauten für Bundestag und Bundesrat sowie für einige Ministerien vorgesehen. Als weiterer Standort für Bundesministerien ist Beuel-Süd ausgewiesen.
- Juni 1972 Die Unterkommission des Ältestenrates verabschiedet den Raumbedarfsplan für die Neubauten des Bundestages, in dem folgende Nutzflächen gefordert werden:
- | | |
|---|---------------------------|
| Plenarbereich | rd. 12 000 m ² |
| Fraktionsbereich | rd. 40 000 m ² |
| Ausschüsse und
Wissenschaftlicher Dienst | rd. 15 000 m ² |
| Zentrale Dienste
und Einrichtungen | rd. 9 000 m ² |
| Sonstiges | rd. 4 000 m ² |
| Insgesamt | rd. 80 000 m ² |
- Für gemeinsame Einrichtungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates (Technischer und Zentraler Dienst) sind ferner rd. 6 000 m² Nutzfläche erforderlich.
- September 1972 Auslobung des Bauwettbewerbs Bundestag und Bundesrat. Auslober ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau als dem zuständigen Fachminister. Die Durchführung des Wettbewerbs obliegt der Bundesbaudirektion.
Außer den Neubauten für Bundestag und Bundesrat sind in den Wettbewerb einbezogen:
– Neubauten für Bundesministerien mit insgesamt 4 500 Beschäftigten in zwei Bauabschnitten (1. Bauabschnitt: 2 000 Beschäftigte und 38 000 m² Nutzfläche, 2. Bauabschnitt: 2 500 Beschäftigte),
– Bauten für die folgenden komplementären Einrichtungen: Versorgungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Westdeutscher Rundfunk, Hotel mit Appartements, Internationales Begegnungszentrum, Haus der offenen Tür, Zentrum der politischen Bildung.
Gegenstand des Wettbewerbs ist ein Flächenbedarf von rd. 180 000 m² Nutzfläche.
- Mai/Juni 1973 Termin für die Abgabe der Wettbewerbsarbeiten. 201 Architekten und Architektenteams hatten die Ausschreibungsunterlagen angefordert, 36 Arbeiten wurden eingereicht.
- November 1973 Sitzung und Entscheidung des Preisgerichts unter Vorsitz von Prof. *Friedrich Spengelin*. Das Preisgericht kommt zu der Feststellung, daß keine Arbeit unter Betrachtung des Gesamtaspekts derart den anderen überle-

gen sei, daß es zu einer überzeugenden Mehrheitsentscheidung in der Lage sei.

Von den eingereichten Arbeiten werden 15 prämiert: 1. Rang 4 Arbeiten, 2. Rang 2 Arbeiten, 3. Rang 9 Arbeiten.

Das Preisgericht empfiehlt, die vier Entwurfsverfasser des 1. Ranges

- *Behnisch & Partner*
- *Brunnert, Mory, Osterwalder, Vielmo*
- *Hecker, Wolf, Poppe, Rudel*
- *von Wolff/von Wolff und Schneble*

mit einer Weiterbearbeitung auf der Basis ihrer Konzeption und entsprechender Empfehlungen des Preisgerichts zu beauftragen.

- 17./18. Juni 1974 Begutachtung der überarbeiteten Wettbewerbsentwürfe des 1. Ranges durch ein Obergutachtergremium, das identisch ist mit dem Preiskollegium. Ergebnis: Empfehlung an den Auslober, die Arbeiten der Architekten Prof. *Günter Behnisch* und Partner sowie der Architekten *W. + F. von Wolff* und *Schneble* einer zweiten Überarbeitung zu unterziehen. Dabei sollten die in den Beurteilungen aufgeführten Mängel beseitigt und die Möglichkeit einer abschnittsweisen Durchführung der Baumaßnahmen nachgewiesen werden.
1. Juli 1974 Die Unterkommission für die Planung der weiteren Bauten erklärt sich mit der neuerlichen Überarbeitung der beiden genannten Entwürfe einverstanden.
20. Januar 1975 Abgabe der beiden überarbeiteten Entwürfe
- 3./4. Juni 1975 In der 8. Sitzung der Unterkommission des Ältestenrates für die Planung der weiteren Bauten Bundestag und Bundesrat wird das Ergebnis der Beurteilung der beiden Entwürfe vorgetragen. Wesentliche Sitzungsergebnisse: Keinem der beiden Entwürfe kann wegen noch bestehender Mängel Priorität zuerkannt werden. Aus diesem Grunde wünscht die Unterkommission eine Kooperation zwischen den beiden Architektengruppen mit dem Ziel, von diesen gemeinsam ein funktionelles und gestalterisches Grundkonzept erarbeiten zu lassen. Die Unterkommission hält es ferner für erforderlich, der weiteren Bearbeitung das städtebauliche Konzept des Entwurfes von *W. + F. von Wolff* und *Schneble* zugrunde zu legen.
18. Juni 1975 In der 9. Sitzung der Unterkommission des Ältestenrates Einsetzung einer „Technischen Kommission“, die die Interessen der Bauherren gegenüber den Architekten zu vertreten hat und außerdem die erforderlichen Vorgaben für das neue Konzept formulieren soll. Mitglieder dieser „Technischen Kommission“ sollen die Professoren *Spengelin* und *Kammerer*, Vertreter der Verwaltungen von Bundestag und Bundesrat, der Bundesbauverwaltung und der Stadt Bonn sein. Die Bundesbauverwaltung übernimmt die Geschäftsführung.
30. Juni 1975 1. Sitzung der Technischen Kommission (Konstituierung). Vorgaben für die Erarbeitung einer städtebaulichen, funktionellen und architektonischen Konzeption werden formuliert.

16. Juli 1975 2. Sitzung der Technischen Kommission. Es wird Einigung darüber erzielt, daß die Technische Kommission eine Einrichtung des BMBau ist. Als Voraussetzungen für den Vertragsabschluß mit den Architekten sollen vier Punkte gelten:
- Die Architekten bilden eine Arbeitsgemeinschaft;
 - sie richten ein gemeinsames Büro in Bonn ein;
 - das Honorar für die gemeinsame Erarbeitung des funktionellen und gestalterischen Grundkonzeptes steht zur Hälfte den beiden Architektengruppen zu;
 - die Federführung wird paritätisch ausgeübt.
- Das Einverständnis der Architekten mit den genannten Voraussetzungen wird festgestellt.
15. September 1975 Schreiben der Architektengruppe *W. + F. von Wolff* und *Schneble* an die Bundesbaudirektion, daß sie dem Vertragsabschluß zustimme.
16. September 1975 Schreiben von Prof. *Behnisch* an das Bauministerium, daß es aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zu den erforderlichen Vereinbarungen mit der Architektengruppe *W. + F. von Wolff* und *Schneble* gekommen sei.
9. Oktober 1975 Die Technische Kommission nimmt zur Kenntnis, daß die Kooperation nicht zustande gekommen ist und eine Fortsetzung der Bemühungen keinen Erfolg verspricht.
21. Oktober 1975 Schreiben von Prof. *Behnisch* an Bundestagspräsidentin *Renger*, in dem er zum Ausdruck bringt, daß es aus der derzeitigen Situation doch noch einen Ausweg geben könnte.
7. November 1975 10. Sitzung der Unterkommission „Neubauten“. Ergebnis: Die endgültige Entscheidung über den weiter zu verfolgenden Entwurf soll Ende Januar 1976 getroffen werden. Bis dahin soll die Bundesbauverwaltung überprüfen, inwieweit Teile des jetzigen Bundeshausareals einstweilen erhalten bleiben können.
- Gedacht war an das alte Abgeordneten-Hochhaus und den Fraktionsbau. Die Überprüfung soll auch die Frage einer dadurch eventuell möglichen Reduzierung der Baumassen der einzelnen Neubauabschnitte einschließen.
- Dezember 1975 bis 19. Januar 1976 Die beiden Architektengruppen erarbeiten je ein exemplarisches Teilstück des Fraktionsgebäudes im Modell im Maßstab 1:50 auf der Grundlage der Pläne der zweiten Weiterbearbeitung.
10. Februar 1976 Die Unterkommission kommt in ihrer 11. Sitzung zu dem Ergebnis, daß auf dem Stand der jetzigen Erkenntnisse eine endgültige Entscheidung des neuen (8.) Deutschen Bundestages nicht präjudiziert werden soll. Die Professoren *Kammerer* und *Spengelin* schlagen vor, bis zur nächsten Sitzung der Unterkommission zu untersuchen, ob sich das Gesamtprojekt im Rahmen des vorliegenden städtebaulichen Konzeptes so aufteilen läßt, daß von beiden Architektengruppen getrennt planerisch weitergearbeitet werden kann. Darüber hinaus könne geprüft werden, ob durch Reduzierung von Flächen das Bauvolumen verkleinert werden kann.



Fotos oben und unten: Stahl

Modellfoto oben: Überholtes Planungskonzept nach den Entwürfen der Architekten *von Wolf* und Partner sowie *Behnisch* und Partner mit Plenarsaalneubau (1), Fraktionsneubau und Bibliothek (2), neuem Bundesratsbau (3) sowie mit den vorhandenen Gebäuden Abgeordnetenhochhaus (4) und Altbau Bundesthaus (5).

Modellfoto unten: Überarbeitetes städtebauliches Konzept (Stand: Dezember 1984) mit Altbau Bundesthaus einschließlich neu gestaltetem Plenarsaal und neuem Eingangsbauwerk (1), Altem Hochhaus (2), Abgeordnetenhochhaus (3), mehreren Erweiterungsbauten (4) und dem ehemaligen Wasserwerk mit Ersatzplenarsaal (5).



Die Unterkommission schließt sich diesem Vorschlag an. Sie ist der Meinung, daß die Planungen so weit vorangetrieben werden sollen, daß der 8. Deutsche Bundestag die Entscheidung in eigener Verantwortung treffen kann.

3. Mai 1976

In der 12. Sitzung der Unterkommission tragen die Professoren *Kammerer* und *Spengelin* die Ergebnisse ihres „Gutachtens zur möglichen weiteren Planung der Neubauten Bundestag und Bundesrat“ vom 19. März 1976 vor:

- Eine Verringerung der Bruttogeschoßfläche von insgesamt 13% kann (insbesondere im Fraktionsbereich) ohne entscheidende Beeinträchtigung der Kommunikationsfunktionen und der architektonisch-innenräumlichen Wirkung vertreten werden;
- eine Teilung des Gesamtprojektes auf der Grundlage des beschlossenen städtebaulichen Konzepts der 2. Weiterbearbeitung ist nicht möglich;
- es wird ein neues städtebauliches Konzept vorgeschlagen: Plenarsaalbereich unmittelbar nördlich und Fraktionsbereich südlich des Abgeordnetenhochhauses; Standort für den Bundesrat das Gelände der nordrhein-westfälischen Landesvertretung.

Die Unterkommission beschließt, dieses neue städtebauliche Konzept den weiteren Planungen zugrunde zu legen. Die beiden Architektengruppen *Behnisch & Partner* sowie *W. + F. von Wolff* und *Schneble* sollen mit einer Untersuchung jeweils eines Teilbereiches beauftragt werden. Dabei soll ein Maximum an Flächenreduzierung erreicht werden.

4. Juni 1976

In einer Sitzung im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, an dem die Professoren *Kammerer* und *Spengelin*, die beiden Architektengruppen, Vertreter der Bundesbauverwaltung, der Verwaltung des Deutschen Bundestages und des Sekretariates des Bundesrates teilnehmen, werden die vorgesehenen Programme für die Teilbereiche des Deutschen Bundestages und die Alternativen für den Standort des Bundesrates anhand von Programmvorschlägen, Plänen und eines Massenmodelles diskutiert.

Es besteht Übereinstimmung, den nördlich des Abgeordnetenhochhauses liegenden Teilbereich (Plenarsaalbereich, Bundestagsverwaltung usw.) von der Architektengruppe *Behnisch & Partner* überarbeiten zu lassen. Der südlich des Abgeordnetenhochhauses liegende Fraktionsbereich und die Bibliothek werden von der Architektengruppe *W. + F. von Wolff* und *Schneble* weiterbearbeitet. Für das neue Bundesratsgebäude werden Standortalternativen geprüft.

26. Mai 1977

Der Ältestenrat beschließt die Aufstellung der Haushaltsunterlage Bau gemäß § 24 BHO für die Neubauten Bundestag mit folgendem Wortlaut:

„1. Der vorgelegte Gesamtwurf für die Neubauten des Deutschen Bundestages und des Bundesrates soll Ausgangspunkt der weiteren Planungen sein. Dabei sollen Anregungen der Fraktionen bei der Planung mit einbezogen werden.

2. Die auf ca. 10 Millionen DM geschätzten Kosten für den nächsten Planungsschritt – die Aufstellung der Haushaltsunterlage Bau gemäß § 24 BHO – sind im Einzelplan des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zusätzlich einzustellen. Dabei soll im einzelnen noch geprüft werden, auf wie viele Haushaltsjahre dieser Betrag verteilt werden muß.

3. Über den Fortgang der Detailplanung sollen die Fraktionen jährlich mindestens einmal unterrichtet werden.“

10. Juli 1977 Gemäß Beschluß des Ältestenrates werden das Büro *Behnisch & Partner* mit den Planungen für den Plenarbereich nördlich des Neuen Abgeordnetenhochhauses und das Büro *W. + F. von Wolff* und *Schneble* mit der Planung der Räume für die Fraktionen und Abgeordneten südlich des Neuen Abgeordnetenhochhauses beauftragt.
15. Juli 1977 Der Präsident des Bundesrates bittet den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, zur Erstellung eines neuen Dienstgebäudes des Bundesrates die Haushaltsunterlage Bau gemäß §24 der BHO nach folgenden Maßgaben aufzustellen:
1. Der vorgelegte Gesamtentwurf für die Neubauten des Deutschen Bundestages und Bundesrates soll Ausgangspunkt der weiteren Planungen sein.
 2. Bundestag und Bundesrat müssen – trotz der unterschiedlich großen Baumassen – als eigenständige und gleichwertige oberste Verfassungsorgane ablesbar sein. Die Standortnachteile des Bundesrats-Gebäudes, die in der Wertigkeit durch das Wegrücken vom Rhein entstehen, müssen architektonisch ausgeglichen werden.
 3. Das Gelände muß in einem der Bauaufgabe angemessenen Umfang zur Verfügung stehen. Reservflächen für eventuell notwendige Erweiterungen sind vorzusehen.
 4. Für die auf dem Gelände stehenden Appartements für Abgeordnete ist unverzüglich ein Ersatzvorschlag zu erarbeiten. Der Bundesrat bittet um Bericht bis zum 31. Dezember 1977.
 5. Das Bundesratsgebäude muß eine gute Sichtbeziehung zum Rhein erhalten. Der vorliegende Gesamtentwurf ist deshalb hinsichtlich der Auswirkungen für das Alte Hochhaus, den Südflügel und den Fraktionsbau des jetzigen Bundeshauses einzuhalten.
 6. Bei der Planung der Bauabschnitte für die Neubauten von Bundestag und Bundesrat ist zu berücksichtigen, daß der Bundesrat dringend ein neues Dienstgebäude benötigt.
- Herbst 1977 Die Stadt Bonn führt die nach § 2 a Bundesbaugesetz erforderliche Bürgeranhörung durch, an der sich ca. 4 200 Bürger beteiligen.
- Den vorgetragenen Bedenken und Anregungen der Bürger und den Vorstellungen der Stadt Bonn entsprechend, findet sich der Bundestag zu einer Reduzierung der Baumassen und Geschoßhöhen bereit.
- Ausgelöst durch die Vorlage einer Stellungnahme zur Rahmenplanung der Stadt Bonn durch die Professoren *Hillebrecht*, *Laage* und *Rossow* gibt die Stadt Bonn als Trägerin der Planungshoheit eine städtebauliche Untersuchung für das engere Parlamentsviertel in Auftrag.
- Frühjahr 1978 Vier Architektengruppen legen zwei grundsätzlich verschiedene Gestaltungskonzepte vor:
- Konzept „Grüne Mitte“ (*Behnisch & Partner* sowie *Zlonicky* und *Hansjakob*)
 - Konzept „Platzfolge“ (*Hardtberg* sowie *W. + F. von Wolff* und *Schneble*).
- Oktober 1978 Die Stadt Bonn veröffentlicht eine Analyse und Bewertung der vier vorgelegten Gutachten. Die Standorte für den Plenarbereich Bundestag nördlich und den Fraktionsbau südlich des Neuen Abgeordnetenhochhauses werden bestätigt. Bezüglich des Standortes Bundesrat westlich der Görresstraße (Fläche der Abgeordnetenwohnungen an der Heussallee) hat die Stadt Bonn Vorbehalte, da ihrer Auffassung nach hiermit eine großräumige Lösung „verbaut“ werde.

5. Oktober 1978 Eröffnung des neuen Besucherzentrums des Bundestages in einem ehemaligen Bootshaus neben dem Präsidialflügel am Rheinufer.
8. November 1978 In der Sitzung der Unterkommission des Ältestenrates gibt die Bundesbauverwaltung einen Zwischenbericht über den Stand der städtebaulichen Untersuchung in Anwesenheit des Oberbürgermeisters der Stadt Bonn, der Vertreter des Bundesrates und der Professoren *Spengelin* und *Rossow*. Einig sind sich die Mitglieder der Unterkommission, daß
- die Planung von Bundestag und Bundesrat *gemeinsam* weitergeführt wird,
 - die Planung entscheidend von der Erhaltung der Funktionalität der Gebäude abhängig gemacht werden muß und daß eine Verschlechterung der Funktionen beider Parlamente nicht hingenommen werden kann,
 - die Standorte für das Fraktionsgebäude und den Plenarsaal des Deutschen Bundestages unabhängig von der weiteren Planung des Umfeldes bereits schon jetzt feststehen,
 - der Bundesrat seinen Standort an der Heussallee behält,
 - das Fraktionsgebäude des Bundestages 7 bzw. 9 Stockwerke erhalten soll,
 - die „Grüne Mitte“ nicht befürwortet wird.
- Staatssekretär *Albert Schmid* (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) erklärt, der Vorschlag der Bauverwaltung zur städtebaulichen Planung bewege sich auf der eingeschlagenen Linie und werde auch so im Gemeinsamen Ausschuß „Bundeshauptstadt Bonn“ vertreten.
19. Dezember 1978 Der Gemeinsame Ausschuß verabschiedet einstimmig folgende Empfehlung zum Gestaltungskonzept für das engere Parlaments- und Regierungsviertel (Auszug):
1. Die Neubauten für den Deutschen Bundestag sind an den bisher vorgesehenen Standorten auszuweisen, wobei für das Plenargebäude von dem im Verfahren nach § 2a BBauG genannten Standort auszugehen ist. Dabei sind für die weitere planerische Bearbeitung und die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens für die Gebäude des Bundestages (Plenarsaal und Fraktionsgebäude) die Empfehlungen des Gemeinsamen Ausschusses vom 23. Juni 1978 zugrunde zu legen. Die planungsrechtlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen sind so zügig zu schaffen und die Entwurfsplanung so zu fördern, daß noch 1980 der Grundstein für die Neubauten des Bundestages gelegt werden kann. Um das Bebauungsplanverfahren für die Bauten des Deutschen Bundestages und des Bundesrates abschließen zu können, ist für den Neubau des Bundesrates unter Einbeziehung städtebaulicher Untersuchungen bezüglich seines Standortes vom BMBau bis zum 1. Mai 1979 ein mit dem Bundesrat abgestimmter Vorentwurf vorzulegen, wobei in erster Linie ein Standort an der Nordwestseite der Heussallee in Betracht kommt.
 2. Der Raum zwischen den neuen Parlamentsgebäuden, dem Bundeskanzleramt, der Adenauerallee und der Heussallee bedarf einer großzügigen städtebaulichen Gestaltung mit großzügiger Freiraumbildung, die eindeutige Blick- und Wegebeziehungen ermöglicht und die Dominanz der Parlamentsgebäude gewährleistet. An die Freiraumgestaltung ist ein gleich hoher Anspruch zu stellen wie an die architektonische Ausbildung der Parlamentsbauten. Für die folgenden Realisierungsabschnitte, die jeweils zu in sich überzeugenden Lösungen führen müssen, sind die städtebaulichen Planungen zusammen mit entsprechenden Kostenplänen auszuarbeiten.

Mit den Architektengruppen *Behnisch & Partner* für den Plenarbereich sowie *W. + F. von Wolff* und *Schneble* für den Fraktionsbereich werden inzwischen Verträge für Leistungen zur Aufstellung der Haushaltsunterlage abgeschlossen.

- Januar 1979 Die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen überprüfen ihre Raumanforderungen für den Fraktionsbereich.
- Februar 1979 Gruppe *Behnisch & Partner* legt eine Untersuchung über die mögliche, stufenweise zu realisierende Neuordnung des Bundesdistriktes und über mögliche Situationen für den Neubau des Bundesratsgebäudes vor.
6. Februar 1979 Richtfest für den von der Bundesbaudirektion errichteten Neubau eines Fertigteilhauses für die Planung der Neubauten Deutscher Bundestag und Bundesrat an der Charles-de-Gaulle-Straße (ehem. Langemarkweg).
1. Juni 1979 9. Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses „Bundeshauptstadt Bonn“: Für das Neubauvorhaben Bundestag/Bundesrat werden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt (auszugsweise):
1. Der Gemeinsame Ausschuß stimmt zu, daß als künftiger Standort für den Bundesrat ein Bereich an der Nord-West-Seite der Heussallee entsprechend dem Standortvorschlag B (heutige Abgeordnetenwohnungen) der Architektengruppe *Behnisch & Partner* vorgesehen wird, wobei für das Bebauungsplanverfahren bestimmte Baugrenzen zugrunde zu legen sind.
Der Gemeinsame Ausschuß empfiehlt daher der Stadt Bonn, auf der Grundlage dieser Standortentscheidung das Bebauungsplanverfahren für die Neubauten von Bundestag und Bundesrat innerhalb des im Verfahren nach § 2 a BBauG begrenzten Gebietes mit der Offenlegung fortzusetzen.
 2. Der Vorschlag B der Architektengruppe *Behnisch & Partner* soll als städtebauliches Rahmenkonzept für die Ziele der Gestaltung der Kernzone und damit für das weitere Verfahren nach dem Städtebauförderungsgesetz zugrunde gelegt werden. Dabei sind die durch Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses vom 19. Dezember 1978 festgelegten Realisierungsabschnitte vorzusehen. Vom Bundeshaus sind der Plenar- und Bundesratsbereich (ehemalige Pädagogische Akademie) zu erhalten.
7. Juni 1979 Die Stadt Bonn veranstaltet ein Informations- und Anhörungsgespräch mit allen interessierten Grundstückseigentümern, Mietern, Pächtern und sonstigen Nutzungsberechtigten in den vom Neubauvorhaben Bundestag/Bundesrat betroffenen Anpassungsgebieten A 22 und A 23 des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Bonn – Parlaments- und Regierungsviertel“.
19. Juni 1979 Der Rat der Stadt Bonn beschließt die Offenlegung des Bebauungsplanes. Hierdurch wird den Bürgern die Möglichkeit gegeben, Bedenken und Anregungen zum Neubauvorhaben Bundestag und Bundesrat vorzutragen. Gleichzeitig wird der Weg für die weitere Entwurfsarbeit der Architekten geebnet und das Maß an Planungssicherheit hergestellt, das hierfür notwendig ist.
11. September 1979 Eröffnung der Ausstellung „Bauen für die Demokratie“. Hierbei wird der Weg nachgezeichnet, den die Planungen und Bauten für die Bundesorgane in Bonn und Karlsruhe in den letzten 30 Jahren genommen haben. Sie soll den Zusammenhang mit den heutigen Planungen herstellen und Verständ-

- nis für die Gesamtgestaltung des engeren Parlaments- und Regierungsviertels gewinnen.
15. Oktober bis
15. November 1979 Offenlegung des Bebauungsplanes für die Neubauten des Deutschen Bundestages. Zeitgleich dazu wird die Bürgerbeteiligung an der Bauleitplanung zum Gestaltungskonzept für das Umfeld der Parlamentsneubauten durchgeführt. Beide Verfahren finden im neuen Stadthaus der Stadt Bonn statt.
25. Oktober 1979 Richtfest für den Treppenhausneubau am Abgeordnetenhaus. Der Bau der Feuertreppe (636 Stufen) war aus Sicherheitsgründen notwendig. Das Treppenhaus überragt das Neue Hochhaus um 60 Zentimeter und ist damit das höchste Gebäude Bonns.
19. Dezember 1979 Der Bundestagspräsident bittet den Oberbürgermeister der Stadt Bonn, unter Berücksichtigung des bereits erzielten Planungsfortschritts die notwendigen Abwägungen der von den Bürgern eingereichten Bedenken und Anregungen zum Bebauungsplan treffen zu lassen, damit das Bebauungsplanverfahren abgeschlossen werden kann.
16. Januar 1980 Gespräch des Bundestagspräsidenten *Richard Stücklen* und der Vorsitzenden der Ältestenrats-Unterkommission für den Neubau, Vizepräsidentin *Annemarie Renger*, mit dem Bonner Oberbürgermeister Dr. *Hans Daniels* und Oberstadtdirektor Dr. *Karl-Heinz van Kaldenkerken* über das weitere Vorgehen bei der Realisierung des Bauvorhabens. Hierbei wird vereinbart, das Bauvorhaben im Gelände durch Stangenmarkierungen für jedermann anschaulich zu machen.
- Frühjahr 1980 Die Fraktionen unterstützen mit Nachdruck die Absicht der Ältestenrats-Unterkommission für den Neubau, im Fraktions- und Plenarbereich das Raumprogramm zu reduzieren. Die beiden Architektengruppen legen daraufhin weitere Einsparungsvorschläge vor, die im Plenarbereich 23 Prozent sowie im Fraktionsbereich 15 Prozent des Gebäudevolumens betragen.
12. Juni 1980 Der Rat der Stadt Bonn verabschiedet den Bebauungsplan und gibt damit „grünes Licht“ für die weitere Neubauplanung. Mit der Verabschiedung ist gültiges Planungsrecht geschaffen worden.
- Dezember 1980 Der Bundestag erwägt eine weitere Reduzierung des Raumprogramms.
31. März 1981 Erste Sitzung der Baukommission des Ältestenrates (nicht mehr Unterkommission) in der 9. Wahlperiode. Es wird festgestellt, daß die allgemeine Haushaltssituation und eine Überprüfung der bisherigen Planungen zu neuen Überlegungen geführt haben. Neue Planungen haben davon auszugehen, daß der alte Plenarsaal in seiner Funktion und die Altbauten in vollem Umfange erhalten bleiben.

Hinweis

Die Ausbau- und Neubaupläne für das Bundeshaus waren wiederholt Gegenstand in den Aussprachen zum Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

5. Juni 1981 Der Bundestag beschließt mit Mehrheit den Entschließungsantrag zur weiteren Planung von Neubauten. Er geht davon aus, daß
- der alte Plenarsaal weiter genutzt werden soll,
 - die Altbauten des Bundeshauses erhalten bleiben,
 - Neubauten für die Abgeordneten, für die Fraktionen, für den Wissenschaftlichen Dienst mit Bibliothek sowie für die übrige Bundestagsverwaltung nur in dem unabdingbar notwendigen Umfang und der funktional richtigen Anbindung an die Altbauten vorgesehen werden, um die außerhalb der Altbauten des Bundestages angemieteten oder genutzten Gebäude und Räume nicht mehr zu benötigen.
- Zur Durchführung von Neubauten ist ein gesonderter Beschluß des Bundestages erforderlich.
- Die Architektengruppe *Behnisch & Partner* erklärt sich bereit, auch künftig mitzuwirken. Die Architektengruppe *W. + F. von Wolff* und *Schneble* scheidet aus.
- September 1981 bis April 1982 Aufgrund der veränderten Situation und mit einem überschläglichen Neubaubedarf von 30 500 m² sowie dem Erhalt der Altbauten in der Größenordnung von 38 000 m² wird die Bauverwaltung gebeten, Vorschläge für ein neues städtebauliches Gesamtkonzept vorzulegen:
- Erweiterungsbauten südlich des Abgeordnetenhochhauses an der Kurt-Schumacher-Straße.
 - Erhaltung und Sanierung des alten Plenarsaals mit einem neuen Eingangsbauwerk.
27. April 1982 Die Baukommission des Ältestenrates nimmt die vorgestellte neue städtebauliche Konzeption zur Verbesserung der Unterbringung des Bundestages mit dem revidierten Neubauprogramm vor rd. 46 000 m² Hauptnutzfläche zur Kenntnis. Es wird zugleich festgelegt, vor Durchführung notwendiger baulicher Verbesserungen einen Beschluß über die zukünftige Sitzordnung im vorhandenen Plenarsaal zu fassen.
14. September 1982 Beschluß des Ältestenrates, für die Bauten an der Kurt-Schumacher-Straße den Wettbewerb einzuleiten. Die Wettbewerbsunterlagen werden am 10. Mai 1983 abgegeben.
- Die Bauverwaltung wird gebeten, Planungen zur Nutzung des in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen, 1875 errichteten Wasserwerksgebäudes für eine vorübergehende Zeit als Ausweichparlament aufzustellen.
- 6.–20. Dezember 1982 Die Stadt Bonn führt eine Bürgerbeteiligung nach § 2a Abs. 2 des Bundesbaugesetzes durch, die die Überarbeitung der bisherigen Bebauungspläne des Parlaments- und Regierungsviertels erforderlich macht.
- Dezember 1982 Die Programmunterlagen für die Erweiterung der Gebäude des Bundestages in einem ersten Bauabschnitt südlich der Hermann-Ehlers-Straße werden an sechs Architekten bzw. Architektengruppen zur Erlangung geeigneter Lösungen versandt.
- Juni 1983 Aus den von den sechs Architekten eingereichten Vorschlägen für den Erweiterungsbau südlich der Hermann-Ehlers-Straße (1. Bauabschnitt) wählt ein Gutachtergremium, bestehend aus den Professoren *Rudolf Hille-*

brecht, Hans Kammerer, Gerhart Laage, Walter Rossow und Friedrich Spengelin sowie Vertretern der Bundestagsverwaltung und Bundesbauverwaltung, den Entwurf des Kölner Architekten Prof. *Joachim Schürmann* aus und empfiehlt ihn für die weitere Planung.

8. Juli 1983 Bundesbauminister *Oscar Schneider* teilt dem Bundestagspräsidenten das Ergebnis einer baufachlichen Untersuchung der Altbausubstanz des Bundeshauses mit. Danach bestehen erhebliche bauliche Mängel, besonders im Plenarsaal, und hier bei der Tragfähigkeit der Dachkonstruktion.
18. Juli 1983 Bundestagspräsident *Rainer Barzel* teilt den Fraktionsvorsitzenden das baufachliche Untersuchungsergebnis mit.
28. September 1983 Nach vorausgegangener Beratung des Untersuchungsberichtes in der Baukommission beschließt der Ältestenrat, den Plenarsaal renovieren und gestalterisch verbessern zu lassen sowie einen dem Bundestag angemessenen Eingang zum Plenarbereich von der Görresstraße her vorzusehen. Außerdem beschließt er die Errichtung eines Ersatzplenarsaales im Wasserwerksgebäude.
18. Oktober 1983 Die Bauverwaltung wird beauftragt, die Haushaltsunterlage „Bau“ für die Herrichtung des Wasserwerksgebäudes als Ausweichquartier für Plenarsitzungen aufzustellen.
14. November 1983 Der Kölner Regierungspräsident *Franz Josef Antwerpes* stellt die Schließung des Plenarsaals in Aussicht, falls erhebliche bauliche Sicherheitsrisiken nicht schnellstens behoben werden.
- 14.–24. Februar 1984 Die Entwürfe für den Neubau des Bundestages entlang der Kurt-Schumacher-Straße werden im Planungshaus der Bundesbaudirektion in der Charles-de-Gaulle-Straße öffentlich ausgestellt.
5. April 1984 Der Ältestenrat bestätigt die Empfehlung der Baukommission, mit der weiteren Bearbeitung der Planung südlich der Hermann-Ehlers-Straße den Architekten Prof. *Joachim Schürmann* zu beauftragen. Der Plenarbereich einschließlich Eingangsbauwerk hingegen ist unter Beteiligung der Architektengruppe *Behnisch & Partner* (Stuttgart) planerisch so aufzuarbeiten und zu ergänzen, daß eine Entscheidung der Fraktionen des Deutschen Bundestages noch im Mai 1984 möglich ist.
2. Mai 1984 Die Fraktionen beraten über die Sitzordnung im Plenarsaal. Grundlage ist ein Bericht der Bundesbaudirektion „Verbesserung der Unterbringung des Deutschen Bundestages“ vom April 1984, der jedem Mitglied des Bundestages übersandt wurde. In diesem Bericht sind die beiden Alternativen gegenübergestellt. Während sich DIE GRÜNEN und die FDP für die bisherige Sitzordnung aussprechen, stimmen sowohl die CDU/CSU-Fraktion als auch die SPD-Fraktion mit großer Mehrheit für eine runde Sitzordnung.
7. Juni 1984 Der Ältestenrat beschließt auf der Basis der den Fraktionen im Mai 1984 vorgelegten Pläne, daß
- bei der weiteren Planung des Plenarsaales eine abgesenkte kreisförmige Sitzordnung (Wiener Modell) mit kreisrunder Galerie zugrunde zu legen ist;

- die Bauverwaltung gebeten wird, die Haushaltsunterlage „Bau“ für
 - a) die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen und gestalterischen Verbesserungen im Plenarsaal
 - b) das Eingangsbauwerk
 - c) die Erweiterungsbauten südlich der Hermann-Ehlers-Straße aufzustellen und die für den Umbau des Wasserwerks in Aufstellung befindliche Haushaltsunterlage „Bau“ um ein neues Kantinegebäude zu ergänzen;
 - das Raumprogramm des Erweiterungsbaues südlich der Hermann-Ehlers-Straße so auszulegen ist, daß alle Bundestagsabgeordneten mit jeweils zwei Büroräumen im engeren Parlamentsbereich (Bundeshaus – Altes Hochhaus – Neues Hochhaus und Erweiterungsbau) untergebracht werden können.
11. Dezember 1984 Über den Stand der Planungen der Baumaßnahmen im Bereich des Wasserwerkes, der Renovierung des Plenarsaals sowie des neuzugestaltenden Eingangsbereichs des Bundeshauses unterrichtet sich der neugewählte Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* anlässlich einer Sitzung der Baukommission des Ältestenrates. Der Präsident schlägt vor, die Planungsunterlagen Mitte Januar noch einmal mit den Vorsitzenden der Fraktionen zu erörtern, damit die zu erwartenden Belästigungen auch von den Betroffenen mitgetragen werden.
15. Januar 1985 Baukommission, Präsidium und Fraktionsvorsitzende werden in einer gemeinsamen Sitzung von Bundesminister *Oscar Schneider* darauf hingewiesen, daß bei Verwirklichung der von *Behnisch & Partner* entwickelten Planung der alte Plenarsaal abgebrochen werden muß.
13. Juni 1985 Der Ältestenrat beschließt, die Restauranträume in die Planung einzubeziehen.
25. September 1985 Richtfest für den Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude. In seiner Ansprache rechnet Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* damit, daß das Parlament im Sommer 1988 in den umgebauten alten Plenarsaal zurückkehren kann, wenn die Termine eingehalten werden.
7. November 1985 Abweichend vom Beschluß vom 7. Juni 1984 beschließt der Ältestenrat, die Haushaltsunterlage „Bau“ für den Plenarbereich nicht mehr auf der Basis des „Wiener Modells“ auszuarbeiten, sondern auf einer Sitzordnung mit Zweiertischen („Bonner Modell“). Außerdem ist eine natürliche Beleuchtung des Saales von oben vorzusehen. Im übrigen wird die runde Sitzordnung durch diesen Beschluß des Ältestenrates ausdrücklich bestätigt.
12. November 1985 Die Haushaltsunterlage „Bau“ für den Plenarbereich (mit runder Sitzordnung) wird durch den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau genehmigt. Nach dieser Planung ist ein völliger Neubau des Plenarsaals an der gleichen Stelle vorgesehen.
10. Januar 1986 Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, *Christoph Zöpel*, teilt mit, daß er die Stadt Bonn angewiesen habe, Teile des Bundeshauses in die Denkmalliste einzutragen.
15. Januar 1986 Vor Abschluß der Bauvorlage für die Planungen für Neu- und Umbauten des Bundestages unterrichtet Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* die



Modellfotos: Erweiterungsbauten entlang der Kurt-Schumacher-Straße

Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und die Mitglieder des Präsidiums über die Bauvorhaben. Er weist auf die „beträchtliche Belästigung“ hin, die die Baumaßnahmen am Plenarsaal und im geplanten Eingangsbereich für zwei Jahre Bauzeit für den Parlamentsbetrieb darstellen werde.

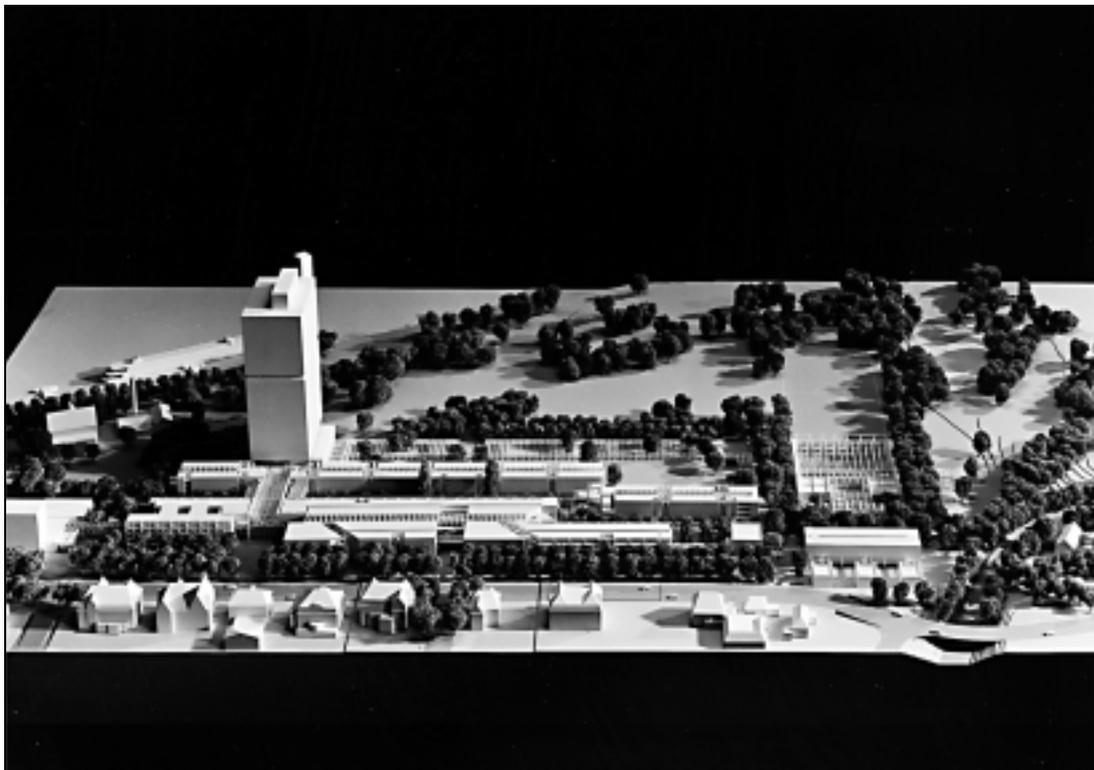
30. Januar 1986

Der Ältestenrat beschließt entsprechend der Empfehlung der Baukommission, der Planung für den Plenar- und Präsidialbereich den von Prof. *Günter Behnisch* vorgestellten Entwurf zugrunde zu legen und auch den Präsidialbereich in die Baumaßnahme einzubeziehen. Der Entwurf sieht unter anderem vor, daß an die Stelle des Gebäudes für den Besucherdienst ein Neubau für den Präsidialbereich entsteht. Der jetzige Präsidialflügel soll mit in die Lobby einbezogen werden und Besprechungsräume für Parlamentarier und Arbeitszimmer für die Minister enthalten. Der Ältestenrat fordert nachdrücklich, die notwendigen Arbeiten so zu fördern, daß mit dem Abbruch des Plenarsaals am 1. Juli 1986 begonnen werden kann.

17. Februar 1986

Das Bundeshaus, insbesondere die Sitzungssäle von Bundestag und Bundesrat, werden unter Denkmalschutz gestellt. In der Begründung des Kölner Regierungspräsidenten heißt es u. a.:

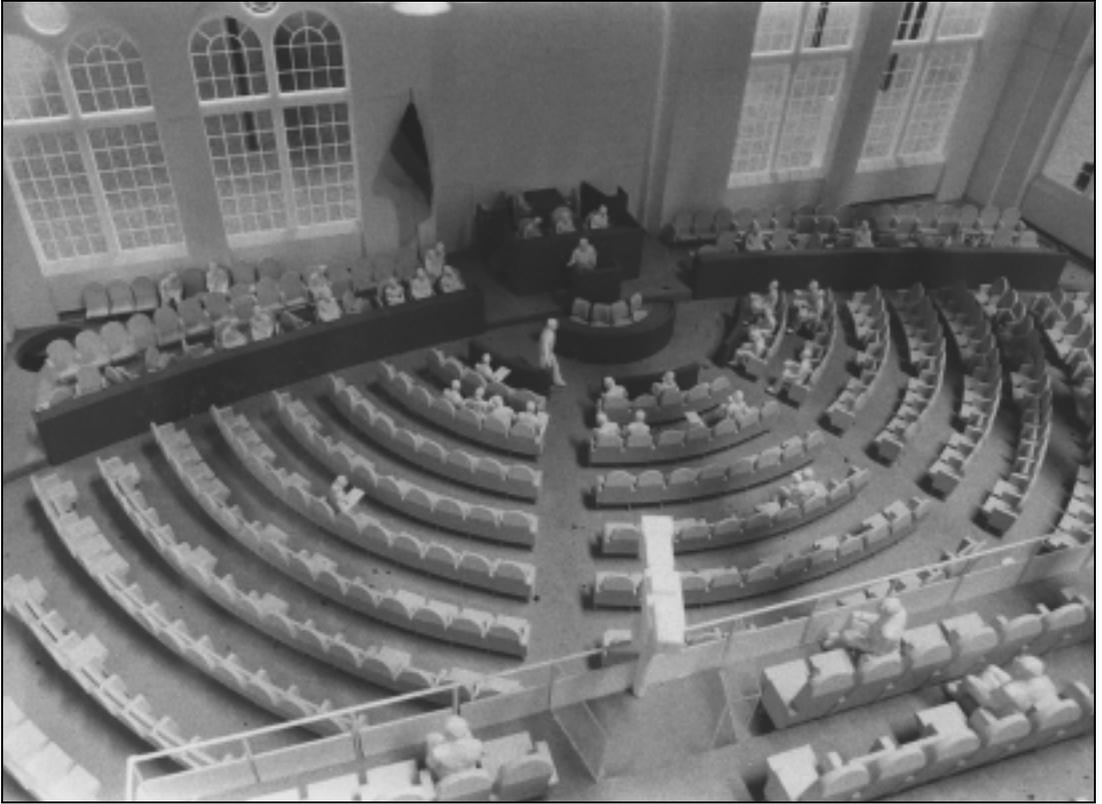
„Im Bewußtsein der Bürger ist der Plenarsaal (des Bundestages) der architektonisch anschauliche Mittelpunkt unserer Demokratie. Die Gebäudegruppe des Bundeshauses – zur Aufnahme der höchsten parlamentarischen Organe der Bundesrepublik konzipiert und zunächst als Provisorium gedacht – ist ein Geschichtszeugnis von höchster Bedeutung. Inhalt und Erscheinungsbild des Orts – insbesondere der



Fotos links und rechts: Stahl

Kernbauten – sind im Bewußtsein des Bürgers zu einer Einheit verschmolzen... Die enge Verquickung der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte mit den Entscheidungen und Beschlüssen, die in den Räumen des Gebäudes getroffen wurden, lassen das Gebäude selbst zu einem ‚Geschichtsdenkmal‘ ersten Ranges werden.“

18. Februar 1986 Der Kölner Architekt Prof. *Joachim Schürmann* legt der Baukommission sein Planungskonzept für die Erweiterungsbauten des Bundestages an der Kurt-Schumacher-Straße vor. Die Erweiterungsbauten umfassen 44 000 m². Die Bauzeit werde fünf bis sechs Jahre betragen. Ende 1992 sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein.
19. März 1986 Aufgrund der von verschiedenen Seiten vorgetragenen Bedenken gegen die Abrißpläne treten die Parlamentarischen Geschäftsführer *Friedrich Bohl* und *Wolfgang Bötsch* (beide CDU/CSU), *Klaus Beckmann* (FDP) sowie der Vorsitzende der Baukommission *Richard Stücklen* in einem Gespräch dafür ein, die Abriß- und Sanierungsprojekte bis nach der Bundestagswahl 1987 zu verschieben. Bedenken werden u. a. vom Bundesrechnungshof erhoben, daß mit den Baumaßnahmen begonnen werden soll, obwohl für ein Bauvorhaben noch keine Haushaltsunterlage „Bau“ vorliege.
20. März 1986 Der Haushaltsausschuß gibt einen bisher gesperrten Ansatz für Pachten und Mieten frei, um 400 Büroräume im ehemaligen Hotel Tulpenfeld und in der Baunscheidtstraße anmieten zu können als Ersatz für Diensträume, die durch Baumaßnahmen vorübergehend nicht benutzbar sind.



Modellfoto vom Ausweich-Plenarsaal im ehemaligen Wasserwerk

Foto: Bundestag

17. April 1986 Auf Initiative des Abgeordneten *Wolfgang Weng* bringt eine Gruppe von 27 Abgeordneten aus allen vier Fraktionen einen gemeinsamen Antrag ein (Drs. 10/5357), womit sie eine Debatte über die Um- und Neubaupläne erzwingen will. Beantragt wird, den Beschluß des Bundestages vom 5. Juni 1981 zu bestätigen. Damals beschloß das Parlament u. a., daß bei der weiteren Planung von Neubauten davon ausgegangen werden soll, den alten Plenarsaal weiter zu nutzen und die Altbauten des Bundeshauses zu erhalten. Weiterhin wird beantragt, bei den Neubaumaßnahmen nur das baurechtlich unbedingt Erforderliche durchzuführen, den Plenarsaal – wie ursprünglich vorgesehen – zu renovieren und einen neuen Eingangsbereich zu schaffen. Ein Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 10/5391) vom 24. April 1986 enthält ähnliche restriktive Forderungen.
22. April 1986 Die Baukommission des Ältestenrates beschließt mit wechselnden Mehrheiten u. a., daß die Bauverwaltung prüfen solle, ob und unter welchen Voraussetzungen der alte Plenarsaal als Baudenkmal erhalten werden könne. Dabei soll die vorliegende Planung für das Eingangsbauwerk und den Präsidialbereich im Grundsatz erhalten bleiben. Ein erster Zwischenbericht soll bis zum 1. Juni 1986 erstattet werden. Von den eingeleiteten Maßnahmen seien nur die fortzuführen, die sich auf die Inbetriebnahme des Ersatzplenarsaals im ehemaligen Wasserwerk beziehen.



Das zum Ersatzplenarsaal umgebaute ehemalige Wasserwerksgebäude

Foto: Bundestag/Spitzley

2. Mai 1986 Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wird um Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob und unter welchen Voraussetzungen der Plenarsaal als Baudenkmal erhalten werden kann.
- 12.–16. Mai 1986 Ausstellung von Plänen und Modellen der Erweiterungsbauten entlang der Kurt-Schumacher-Straße in der Wandelhalle.
3. Juni 1986 Die Baukommission des Ältestenrates entnimmt dem erbetenen Bericht der Bauverwaltung, daß nach dem jetzigen Erkenntnisstand sich keine Aussage darüber treffen lasse, ob und inwieweit die tragenden Bauteile des alten Plenarsaals erhalten bleiben können, so daß auch eine Totalerneuerung vorbehalten bleiben müsse. Eine nachträgliche Sicherung des alten Plenarsaals gegen Hochwasser sei technisch außerordentlich schwierig und nur mit einem nicht zu rechtfertigenden Aufwand möglich. Hingewiesen wird darauf, daß die aufgezeigten Mängel eine konkrete Gefahr bedeuten und ein Risiko für Sicherheit und Gesundheit der Benutzer des Plenarsaals darstellten. – Für die am 19. Juni vorgesehene Plenardebatte über die Bauplanung im Plenarsaalbereich gibt die Baukommission keinerlei Empfehlung ab. Möglicherweise wird sich das Plenum auch erst nach der parlamentarischen Sommerpause mit dem Thema befassen.
19. Juni 1986 Der Nachtrag zur Haushaltsunterlage „Bau Plenarsaal“ unter Einbeziehung des Präsidialbereichs und des Restaurants (52,1 Millionen DM) wird



Plenarsitzung im ehemaligen Wasserwerksgebäude

Foto: Bundestag

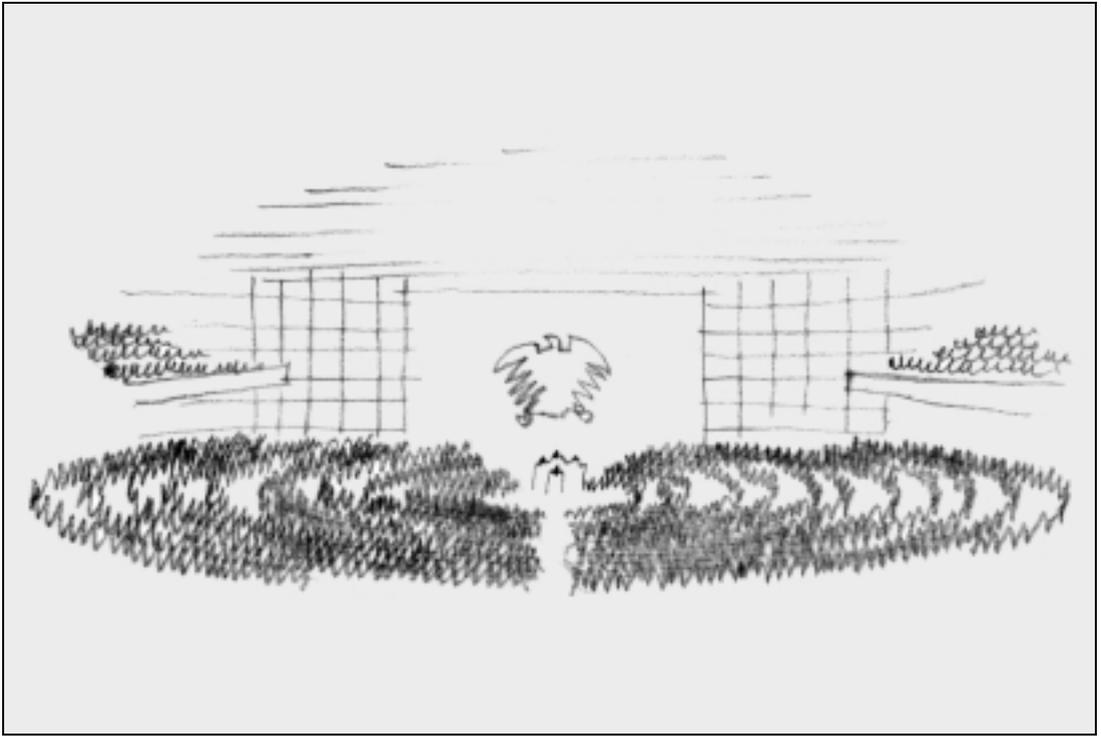
durch den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau genehmigt.

24. Juni 1986 Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wird gebeten, die erforderlichen Untersuchungen der Bausubstanz des alten Plenarsaals durchführen zu lassen. Auf dieser Grundlage soll voraussichtlich im September der Bundestag entscheiden können, ob möglicherweise einer baukonservatorischen Lösung der Vorzug vor einem Neubau des Plenarsaals zu geben ist. Entsprechend verschiebt sich auch die vorgesehene Plenardebatte.

27. Juni 1986 Mit der 226. Sitzung der 10. Wahlperiode findet die letzte Sitzung im alten Plenarsaal des Bundeshauses statt.

9. September 1986 Der Deutsche Bundestag tagt zum ersten Mal im Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude, nachdem am Vortag mit der Schlüsselübergabe durch Bundesbauminister *Oscar Schneider* Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* offiziell von dem Gebäude Besitz genommen hat.

Am gleichen Tag nimmt die Baukommission des Ältestenrates einen Zwischenbericht über die „Standicherheit der Tragkonstruktionen des Plenarsaals“ entgegen, wonach die bauliche Substanz „recht schlecht“ und in den verschiedenen Bereichen „sehr unterschiedlich“ ist. Zugleich heißt es aber auch, das Tragwerk habe „keine unmittelbar gefährlichen Mängel“. Verschiedene Umbauten seien wesentlich teurer und langwieriger als Abriß



Eine der ersten Skizzen von *Günter Behnisch* für den neuen Plenarsaal im Bonner Bundestagsgebäude

Foto: Katalog

und Wiederaufbau des Plenarsaals. – Das Präsidium hält den vorläufigen Befund für nicht ausreichend, um eine Entscheidung zu treffen.

6. November 1986 Die Haushaltsunterlage „Bau“ für die Erweiterungsbauten entlang der Kurt-Schumacher-Straße (*Schürmann-Planung*) wird durch den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau genehmigt.
3. Dezember 1986 Das Ingenieurbüro Prof. *Schlaich & Partner* legt das Gutachten über die Tragfähigkeit der konstruktiven Teile des Plenarsaals vor.
10. Dezember 1986 Die am 17. bzw. 24. April 1986 gestellten Anträge zu den Neu- und Umbauplänen werden nach einer kurzen Debatte vom Plenum an den Ältestenrat überwiesen.
13. April 1987 Bundesbauminister *Oscar Schneider* übersendet dem Bundestagspräsidenten den Bericht der Bauverwaltung mit einer Gegenüberstellung der „konservatorischen Lösung“ und der vorliegenden Neubauplanung. Der Bericht stützt sich auf Erhebungen und Gutachten des Ingenieurbüros Prof. *Schlaich & Partner* und der Architektengruppe *Behnisch & Partner*. In dem Bericht heißt es u. a., die Architektengruppe *Behnisch & Partner* komme zu dem Ergebnis, daß die Sanierung des Plenarsaals (konservatorische Lösung) technisch möglich, aber angesichts der – trotz sehr hoher Aufwendungen – verbleibenden Mängel und Unzulänglichkeiten kaum zu vertreten sei. Es liege allein im Ermessen des Deutschen Bundestages, welche Bedeutung er der Erhaltung des alten Plenarsaals und seines heutigen Erscheinungsbildes beimesse und welchen Aufwand er hierfür für gerecht-

fertigt halte. Auch die Bauverwaltung halte eine Sanierung des Plenarsaals technisch für möglich. Das gegenwärtige Erscheinungsbild könne am Ende weitgehend wiederhergestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, seien jedoch schwerwiegende Eingriffe in die Bausubstanz erforderlich. Zu den Kosten und den Bauterminen enthält der Bericht folgende Angaben:

- vorliegende Neubaulösung (mit großer Eingangshalle): 141,5 Millionen DM, Baubeginn in drei Monaten;
- Neubau mit kleinerer Eingangshalle: 138,5 Millionen DM, Baubeginn erst in neun Monaten wegen Neufassung der Unterlagen;
- „konservatorische Lösung“ (Sanierung des Plenarsaals): 137 Millionen DM, Baubeginn in fünfzehn Monaten.

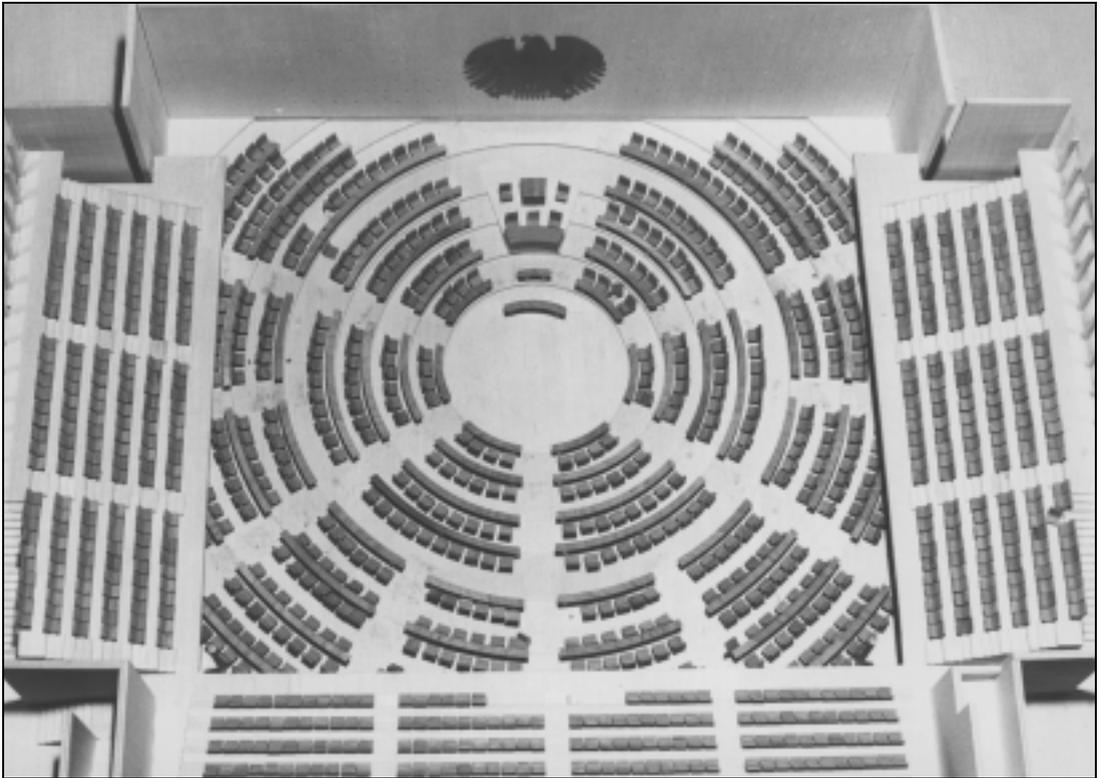
6. Mai 1987 Der Haushaltsausschuß beschließt die Aufhebung der qualifizierten Sperre für die Gelder zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte für den Bundestag im Innenbereich des Viertels Heussallee/Heinrich-Brüning-Straße/Kurt-Schumacher-Straße/Winston-Churchill-Straße.

3. Juni 1987 Eingang eines Briefes des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, *Christoph Zöpel*, bei Bundestagspräsident *Philipp Jenninger*, worin der für den Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen zuständige Minister sich dafür ausspricht, den alten Plenarsaal zu erhalten und eine „konservatorische Lösung“ zu finden. Keinesfalls könne er einem Totalabbruch des Plenarsaales zustimmen.

5. Juni 1987 Nach einer lebhaften kontroversen Aussprache über die von Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* vorgelegten Vorschläge faßt der Bundestag drei Beschlüsse zu den anstehenden Bauvorhaben:

- In namentlicher Abstimmung mit 314 von 361 abgegebenen Stimmen spricht sich der Bundestag dafür aus, daß das Bauvorhaben des Parlaments (Plenarbereich, kleiner Eingangsbereich, Präsidialbereich sowie großes Restaurant) unter Zugrundelegung der genehmigten ausführungsfähigen Planung der Architektengruppe Professor *Behnisch & Partner* und der Beschlüsse des Ältestenrates (neue Heizungs- und Klimaanlage, Tageslichtdecke und Hochwassersicherung) ausgeführt wird. Nur 41 Abgeordnete stimmen dafür, für die umfassende Sanierung des Plenarsaals in seiner jetzigen Form eine neue Bauplanung erstellen zu lassen.
- Nach diesem Grundsatzbeschuß eines Neubaus des Plenarsaals entscheidet sich – ebenfalls in namentlicher Abstimmung – eine knappe Mehrheit von 178 Abgeordneten dafür, daß die Sitzplätze unter Beibehaltung der Stirnwand mit Adler kreisrund und abgesenkt angeordnet werden. Für die Alternative – unverändertes Erscheinungsbild – stimmen 174 Abgeordnete.
- Mit großer Mehrheit bestätigt der Bundestag die Beschlüsse des Ältestenrates zu den Neubauten südlich der Hermann-Ehlers-Straße entlang der Kurt-Schumacher-Straße zur Schaffung von zusätzlichen Räumen für Fraktionen, Abgeordnete und den Wissenschaftlichen Dienst (*Schürmann-Planung*).

13. August 1987 In einem Gespräch mit Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* über den Abriß des Plenarsaals schlägt der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen



Modellfoto: Neuer Plenarsaal mit kreisrunder Sitzordnung

Foto: Bundestag

und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, *Christoph Zöpel*, vor, durch einen neutralen Gutachter die Frage klären zu lassen, ob es sich bei den Belangen des Deutschen Bundestages, die sich in den Plenarbeschlüssen vom 5. Juni 1987 niedergeschlagen haben, um überwiegend öffentliche Interessen im Sinne des § 9 Abs. 2 des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen handelt. (In diesem Fall würde das Gesetz den Abriß zulassen.)

2. September 1987 Der Bundestagspräsident teilt dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen sein Einverständnis mit, daß im Einvernehmen zwischen Landesminister *Zöpel* und dem Deutschen Bundestag Prof. *Jürgen Salzwedel* (Bonn) mit diesem Gutachten beauftragt wird.
10. September 1987 Prof. *Jürgen Salzwedel* legt dem Bundestagspräsidenten und Landesminister *Christoph Zöpel* das Rechtsgutachten vor. Danach ist die Erlaubnis zum Abriß zu erteilen. Im vorliegenden Falle unterliege das Denkmalschutzrecht einem „bundeshoheitlichen Abwägungsvorrang“, d. h. die Denkmalschutzhoheit des Landes gelte nicht uneingeschränkt. Laut Gutachten ist der Deutsche Bundestag als Institution selbst und allein Träger der geschichtlichen Tradition, die die Denkmalschutzwürdigkeit des Plenarsaales erst begründet. Die Landesbehörde müsse die Entscheidung des Bundestages für eine kreisrunde Sitzordnung am alten Standort respektieren.



Alter Plenarsaal im Oktober 1987 kurz vor dem vollständigen Abriß

Foto: Bundestag

17. September 1987 Landesminister *Christoph Zöpel* teilt dem Bundestagspräsidenten mit, daß der Regierungspräsident in Köln die von der Bundesbaudirektion beantragte denkmalrechtliche Erlaubnis zum Abriß des Plenarsaals erteilen wird. Am gleichen Tag unterrichtet Bundesbauminister *Oscar Schneider* den Haushaltsausschuß, daß am 1. Oktober mit den Abbrucharbeiten am Plenargebäude begonnen werden könne.
18. September 1987 Prof. *Joachim Schürmann* stellt der Bauverwaltung und der Bundestagsverwaltung die Entwurfsplanung mit den Weiterentwicklungen der Entwurfsplanung im Vergleich zur Haushaltsunterlage „Bau“ vor.
29. September 1987 Der Regierungspräsident Köln benachrichtigt die Bundesbaudirektion Bonn, daß er dem Abbruch des Plenargebäudes bauaufsichtlich zustimme und auch die denkmalrechtliche Erlaubnis zum Abbruch erteile.
1. Oktober 1987 Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* teilt dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau seine Bereitschaft mit, die Inneneinrichtung des alten Plenarsaals der Stiftung „Haus der Geschichte“ zur Verfügung zu stellen.
12. Oktober 1987 Beginn der Abbrucharbeiten am Präsidialbau und Plenarsaal.



Baustelle nach Abriß des Plenarsaals

Foto: Bundestag

21. Oktober 1987 Die Bundestagsverwaltung stellt einen Bauantrag zur Sanierung des Altbaus einschließlich der Stabilisierung des Bauteils, der mit dem Neubau des Restaurants und der Küche baulich verbunden ist.
7. Januar 1988 Vergabe der Arbeiten für den Aushub der Baugrube für die Erneuerung des Plenar- und Präsidialbereichs.
- Mai 1988 Laut Presseberichten verteuern sich die Neubauten des Bundestages (neuer Plenarsaal, Eingangsbauwerk, neuer Präsidialbau und Bundeshaus-Restaurant) um 50 Prozent: Die noch vor einem Monat mit 140 Millionen Mark angegebenen Gesamtkosten sollen über 210 Millionen Mark betragen. Außerdem soll sich der von der Bundesbaudirektion bisher genannte Eröffnungstermin Mitte 1990 auf Herbst 1991 verschieben.
26. Mai 1988 Bundesratspräsident *Bernhard Vogel* kritisiert in einem Schreiben an Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* den Beschluß des Bundestages vom Juni 1987 zugunsten einer kreisrunden Sitzordnung. Die Mehrheit der Länder sei für eine Lösung, „die hinsichtlich der Bundesratsbank im wesentlichen den Zustand im früheren Plenarsaal wieder herstellt“.
1. Juni 1988 Beginn der Rohbauarbeiten an der Erneuerung des Plenar- und Präsidialbereichs.

8. Juni 1988 Der Haushaltsausschuß beschließt gegen die Stimme der GRÜNEN, daß der Bau des neuen Plenarsaals trotz des unerwarteten Kostenanstiegs weitergebaut werden darf. Der Bundesbauminister muß jedoch zusichern, daß der Rohbau auf der Basis der von den Abgeordneten gefällten Beschlüsse erfolgt. Auch soll der Bundesrechnungshof ab sofort begleitend tätig werden.

Bundesbauminister *Oscar Schneider* hatte zuvor in einem Bericht drei Gründe für die Kostensteigerung aufgeführt:

- nachträgliche Wünsche seitens der Abgeordneten bzw. des Präsidiums,
- „neue Erkenntnisse“ des Architekten und
- „unvorhersehbare Ereignisse“.

Hauptfaktor für die Zusatzkosten sei jedoch ein fehlender Redaktionsschluß, der immer wieder weitere Änderungen in der Planung ermögliche. Ein weiteres Problem sei die „besondere Planungsphilosophie“ des Architekten, der die Planung als einen „ständigen Prozeß“ betrachte, der eine abschließende Festlegung nicht erlaube.

Die Abgeordneten aller Fraktionen betonen im Ausschuß, daß der Bauherr das letzte Wort haben müsse und nicht der Architekt. Dem müsse durch vertragliche Regelungen ein Riegel vorgeschoben werden. Das Parlament müsse aufpassen, daß es sich hierbei nicht lächerlich mache.

21. Juni 1988 24 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion (darunter *Alfred Dregger*, *Theodor Waigel*, *Richard Stücklen* und *Friedrich Bohl*) sowie 41 Abgeordnete der FDP-Fraktion (darunter *Wolfgang Mischnick*, *Dieter-Julius Cronenberg* und *Torsten Wolfgramm*) stellen den Antrag, daß in Abänderung des Bundestags-Beschlusses vom 5. Juni 1987 die Sitzplätze im Plenarsaal „in Form eines nach innen abgesenkten, geöffneten Halbkreises angeordnet (werden), um das charakteristische Erscheinungsbild des bisherigen Plenarsaales zu erhalten“. Am 5. Juni 1987 hatte sich der Bundestag mit 178 gegen 174 Stimmen dafür ausgesprochen, daß die Sitzplätze im Plenarsaal „unter Beibehaltung der Stirnwand mit Adler kreisrund und abgesenkt“ angeordnet werden.

Begründung des Antrages (Drs. 11/2537): „Die Sitzordnung im Plenarsaal muß der gleichgewichtigen Repräsentanz von Bundesregierung und Bundesrat in ihrem Gegenüber zum Parlament Rechnung tragen und das Prinzip der Gewaltenteilung sichtbar machen. Die angemessene Berücksichtigung dieser Vorstellung und die sich durch den jetzigen Bauzustand und die konkreten Planungen ergebenden Überlegungen gebieten eine Korrektur des früheren Beschlusses.“

Bundesbauminister *Oscar Schneider* teilt Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* mit, eine Änderung der Sitzordnung würde „erhebliche zusätzliche Planungskosten verursachen“; außerdem sei mit einer Bauverzögerung bis zu sechs Monaten zu rechnen. Im übrigen werde mit dem Antrag die „Geschäftsgrundlage“ für die „denkmalrechtliche Erlaubnis“ zum Abriß des alten Plenarsaales verlassen, denn die nunmehr gewünschte Sitzordnung hätte sich auch im ehemaligen Plenarsaal verwirklichen lassen können.

22. September 1988 Der Antrag vom 21. Juni 1988, den Beschluß des Bundestages von 1987 über die kreisrunde Sitzordnung zu ändern, wird – als Drs. 11/2537 (neu) – erneut eingebracht, diesmal jedoch hauptsächlich nur von Abgeordneten der FDP-Fraktion unterstützt, nachdem die meisten CDU/CSU-Abgeord-

neten wegen der zu erwartenden Mehrkosten ihre Unterschrift zurückgezogen hatten.

13. Oktober 1988 Mit 269 von 379 abgegebenen Stimmen lehnt der Bundestag in namentlicher Abstimmung den Antrag ab, die Sitzordnung im neuen Plenarsaal gegenüber den Beschlüssen vom 5. Juni 1987 zu verändern.
26. Oktober 1988 In Anwesenheit von Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* einigt sich der Haushaltsausschuß darauf, daß die Ausgaben für die neuen Parlamentsgebäude die Summe von 202,3 Million DM nicht überschreiten.
- In der Aussprache betonen die Abgeordneten, das Problem sei, daß von Anfang an ein „Sparmodell“ vorgestellt worden sei, auf das anschließend „zunehmend aufgesattelt“ wurde. Man wolle aber nun nicht versuchen, die Kosten für das Bauwerk „mit Gewalt“ auf unter 200 Millionen DM zu drücken. Um die Kosten von 210 Millionen DM auf die angestrebten 202,3 Millionen DM zu reduzieren, beschließt der Haushaltsausschuß unter anderem, auf die elektronische Abstimmungsanlage zu verzichten.
- Grundlage der Beratung im Haushaltsausschuß ist unter anderem ein Bericht des Bundesrechnungshofes, in dem der Anstieg der ursprünglich vorgesehenen Kosten von rund 87 Millionen DM auf dann 141 Millionen DM und nun 210 Millionen DM im wesentlichen auf vier Punkte zurückgeführt wird:
- Zeitdruck auf Bauverwaltung, Architekten und Ingenieure aufgrund zu kurzer Fristen,
 - Fehlen eines vollständigen Raumprogramms bei Beginn der Planung,
 - Arbeitsweise des Architekten und
 - unzureichende Beachtung und Durchsetzung baufachlicher Grundsätze durch die Bundesbauverwaltung.
- Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* weist darauf hin, er könne an zahlreichen Beispielen nachweisen, daß die Ausführungen des Bundesrechnungshofes nicht stimmten.
8. Dezember 1988 Der Ältestenrat beschließt, für jeden Abgeordneten im Bundeshaus drei Büroeinheiten von zusammen 54 m² vorzusehen.
13. Dezember 1988 Beim „Wettbewerb Parlamentsvorzone“ belegt eine Hamburger Architektengruppe den ersten Platz. Dabei geht es um die künftige Gestaltung des Platzes zwischen Bundeskanzleramt, Adenauerallee, Heussallee und Dahlmannstraße, zu der 60 Arbeiten eingereicht wurden.
- Der preisgekrönte Entwurf sieht einen 450 Meter langen und bis zu 65 Meter breiten See vor, um den herum eine Baumpromenade angelegt wird, die Bundestag, Bundesrat und Kanzleramt miteinander verbindet. Der See beginnt mit einer Kaskade auf dem Gelände des jetzigen Bundespresseamtes und erstreckt sich in einem weiten Bogen bis zur Heussallee/Görresstraße. Für die Realisierung der Parkanlage muß das Bundespresseamt, das Bonner Studio des Westdeutschen Rundfunks, die Vertretung des Landes Niedersachsen sowie die Gebäude zwischen Kanzleramt und Heussallee abgerissen werden. Oberbürgermeister *Hans Daniels* hofft auf eine schnelle Verwirklichung des Entwurfs, den er als „Hofgarten der Demokratie“ bezeichnet.
15. März 1989 Der Haushaltsausschuß des Bundestages beschließt die Freigabe der Haushaltsmittel für das geplante Abgeordneten- und Verwaltungsgebäude an der Kurt-Schumacher-Straße („Schürmann-Bau“) in Höhe von 640 Millionen DM.



Baustelle des neuen Plenarsaalgebäudes

Foto: Bundestag/Friese

18. Oktober 1989 Bundesministerin *Gerda Hasselfeldt* teilt mit, daß die Kosten für den Plenarsaalbau des Bundestages mittlerweile auf 256 Millionen DM gestiegen sind (ohne Berücksichtigung künftiger Baupreissteigerungen). Die Fertigstellung verschiebt sich auf voraussichtlich Juni 1992.

In der Folge werden Forderungen nach Konsequenzen wegen der Kostenexplosion und der Terminverzögerungen beim Bau des neuen Plenarsaals immer lauter. Ministerin *Hasselfeldt* wirft der ihr unterstellten Bundesbaudirektion Mißmanagement, falsche Planungen und Fehlkalkulationen vor. Der Präsident der Bundesbaudirektion, *Fritz Moritz Sitte*, erklärt seinen Rücktritt. *Heinz Günter Zavelberg*, der Präsident des Bundesrechnungshofes, kündigt eine Überprüfung der Kostenüberschreitungen an. Das Architektenbüro *Behnisch & Partner* wehrt sich zum wiederholten Male gegen Kritik und weist darauf hin, daß die Bundesbaudirektion dem Haushaltsausschuß des Bundestages andere Zahlen über die Kosten vorgelegt habe, als von den Architekten errechnet.

November 1989 Während die Arbeiten auf der Baustelle des Bundestages – nach einem fast halbjährigen Stillstand – inzwischen wieder aufgenommen worden sind, mehren sich nach der Öffnung der deutschen Grenze die Stimmen, die für einen Baustopp der Parlamentsbauten in Bonn plädieren. Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und mehrere Abgeordnete sprechen sich dagegen aus, begonnene Bauten abzuberechnen.

In der Haushaltsdebatte vom 29. November 1989, während der Aussprache über den Einzelplan 25 (Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bau-



Baustelle Plenarsaal im November 1989

Foto: Bundestag/Friese

wesen und Städtebau), erklärt beispielsweise der Abgeordnete *Conrad Schroeder* (CDU): „Ein jetziges Stilllegen des Plenarsaalbaus im Hinblick auf die jüngste Entwicklung in Deutschland kommt nicht in Betracht. Bei einer hoffentlich baldigen Wiedervereinigung und einem Umzug nach Berlin werden wir hier in Bonn keine Ruinen oder halbfertige Baustellen hinterlassen. Das werden wir den Bonnern nicht zumuten.“

22. Januar 1990 Der Berliner Bundestagsabgeordnete *Jochen Feilcke* (CDU) fordert Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* zum wiederholten Male auf, die bauvorbereitenden Arbeiten für den Bundestags-Neubau an der Kurt-Schumacher-Straße („Schürmann-Bau“) sofort stoppen zu lassen. Das Objekt sei von der deutsch-deutschen Entwicklung überholt und damit unnötig geworden.
20. Februar 1990 Der Bundestag erteilt dem Architekten des neuen Plenarsaales, *Günter Behnisch*, den Auftrag, bis April zu prüfen, wie möglicherweise auch Abgeordnete aus dem Bereich der DDR in ihm Platz finden können.
28. Februar 1990 Das Bundeskabinett entscheidet sich gegen einen Baustopp bei den Regierungsbauten, obwohl nicht ausgeschlossen wird, daß Bonn im Zuge der Schaffung der deutschen Einheit als Hauptstadt aufgegeben werden könne. Zu den Baumaßnahmen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates erklärt die Bundesregierung, darüber entschieden beide Verfassungsorgane in eigener Verantwortung.



Baustelle Eingangsbereich zum neuen Plenarsaal

Foto: Bundestag/Friese

8. März 1990 Angesichts der deutsch-deutschen Entwicklung legt der Bundesrat seine Baupläne für Bonn bis auf weiteres auf Eis. Der Planungsstopp wird beschlossen, weil für den Fall einer deutschen Vereinigung der künftige Raumbedarf nicht eingeschätzt werden könne. Auch die Überlegung, daß ein Umzug nach Berlin nicht auszuschließen sei, spielt eine Rolle.
28. März 1990 Der Haushaltsausschuß des Bundestages gibt 50 Millionen DM qualifiziert gesperrte Mittel für Baumaßnahmen des Bundestages frei. Dabei mißbilligt er „auf das Schärfste“ die Kostensteigerung für den Plenar- und Präsidialbereich auf insgesamt 256 Millionen DM. „Der Haushaltsausschuß sieht sich wegen der Tatsache, daß der Bau nicht stillgelegt werden kann, gezwungen, den gesperrten Teilbetrag freizugeben.“.
29. März 1990 Der Ältestenrat billigt einen Änderungsvorschlag des Architekten *Günter Behnisch*, im neuen Plenarsaal insgesamt 672 Abgeordnete unterzubringen..
- Weil der Ältestenrat sich für den preiswertesten Vorschlag entscheidet und auf die Versetzung der Außen- und Glaswände verzichtet, werden sich die Abgeordneten mit beengten Platzverhältnissen abfinden müssen. Nur für 216 Abgeordnete in den ersten sechs Reihen können die gewohnten Arbeitstische eingebaut werden.
- Angesichts der veränderten Sicherheitslage in Mitteleuropa verzichtet der Bundestag darauf, den „Schürmann-Bau“ atombombensicher zu unterkellern.



Baustelle Plenarsaal im Oktober 1991

Foto: Bundestag/Friese

4. Juli 1990 Im Anschluß an Beratungen des Präsidiums und des Ältestenrates teilt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* mit, der Bundestag habe erste Vorkehrungen für ein gesamtdeutsches Parlament getroffen..

Im derzeit genutzten Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude könnten auch rund 150 künftige Abgeordnete aus der DDR untergebracht werden. Die Bundestagsverwaltung sei beauftragt worden, für die Unterbringung der zusätzlichen Parlamentarier, weiterer Fraktionen und deren Mitarbeiter den Bedarf in Bonn durch zusätzliche Anmietungen von Büroräumen zu decken. Auch der Plenarsaal des Berliner Reichstags soll für Sitzungen des Parlaments und der Fraktionen eingerichtet werden..

31. August 1990 Unterzeichnung des Einigungsvertrages durch Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Günther Krause*.

In dem vom Bundestag am 20. September 1990 ratifizierten Vertrag ist festgelegt, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist und daß die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden wird..

20. Juni 1991 Der Bundestag beschließt mit 338 gegen 320 Stimmen: „Sitz des Deutschen Bundestages ist Berlin.“ (Der volle Wortlaut des Beschlusses ist unter Abschnitt 7.8 abgedruckt.)

25. September 1991 Der Ältestenrat entscheidet nach ausführlicher Erörterung in Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl* neben Baumaßnahmen in Berlin, daß die Neubauten an der Kurt-Schumacher-Straße in Bonn einschließlich der Obergeschosse fortgeführt werden sollen. Vorschläge zur Kosteneinsparung in Höhe von rund 10 Prozent der Gesamtkosten sollen dabei weiterverfolgt werden.
18. März 1992 Der Haushaltsausschuß kommt dem Wunsch des Ältestenrates, zusätzlich 941 000 DM für die Gestaltung des Platzes vor dem neuen Plenarsaal zu bewilligen, nicht nach. Mittelaufstockungen für Bundesbauten in Bonn passen nach Ansicht der Abgeordneten nicht in die Zeit.
- Juni 1992 Der Parlamentsneubau nähert sich der Vollendung. Das neue Gebäude gliedert sich in vier weitgehend selbständige Bereiche: Eingangsbauwerk, Plenarsaal mit Lobby, Präsidialbau und Restaurant – und ist geprägt von großen Glasflächen, wodurch – so Bundesbauministerin *Irmgard Schwaetzer* – die Offenheit und Transparenz der parlamentarischen Arbeit symbolisiert werden.
- Der Ersatzplenarsaal im früheren Wasserwerk soll in Zukunft für besondere Veranstaltungen des Bundestages, wie Anhörungen, öffentliche Ausschusssitzungen und ähnliches genutzt werden.
- Sommer 1992 Streit um den Adler an der Stirnwand des alten Plenarsaals. Obwohl der Bundestag in seinem Abrißbeschluß vom 5. Juni 1987 für die „Beibehaltung der Stirnwand mit Adler“ votiert hatte, wurde das von *Ludwig Gies* geschaffene Bundestagssymbol in 25 Teile zersägt, dabei schwer beschädigt und als kaum wiederverwendbar in einem Depot eingelagert. Auslöser für den Konflikt um den Adler: *Günter Behnisch*, Architekt des neuen Plenarsaales, will eine eigene Version des *Gies* schen Wappenvogels an die Stirnwand hängen lassen, statt aus Gips aus gestrichenem Aluminium und statt drei- nur zweidimensional. Die *Gies*-Erben sehen das Urheberrecht verletzt, denn der Besitzer eines Kunstwerkes darf dieses zwar gegebenenfalls zerstören, aber nicht verändern. Künstler fühlen sich übergangen. Ihr Berufsverband beklagt sich bei der Bundestagspräsidentin, der Architekt mache ihnen Aufträge und damit mögliche Einnahmen streitig. SPD-MdB *Peter Conradi*, Architekt und Mitglied der Baukommission des Ältestenrates, wirft daraufhin den Künstlern „Brotneid“ vor und rät: „Bilde, Künstler, rede nicht!“
8. September 1992 Der neue Plenarsaal wird erstmals mit Möblierung den Fotografen präsentiert. Vom Hörsaalcharakter des alten Plenarsaales hat man Abstand genommen und ist mit der kreisrunden Sitzanordnung zu den Vorstellungen des ersten Bundeshausarchitekten *Hans Schwippert* zurückgekehrt. Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Mitglieder des Bundesrates sitzen auf einer Ebene. Die neue Anordnung zeigt das Mit- und Gegeneinander von Parlamentsmehrheit und -minderheit sowie der Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Glanzlicht des neuen Sitzungssaales ist die Tageslichtdecke mit verstellbaren Glaslamellen zur Regulierung des Sonneneinfalls und der Erhitzung.



Aufhängung des neuen Bundestagsadlers aus Aluminium

Foto: Bundestag

September 1992 Der Streit um den Adler im Plenum ist beigelegt. Nach einem Gespräch der Bundestagspräsidentin mit den *Gies*-Erben und weiteren Gesprächen mit dem Architekten und der Bundesbaudirektion einigt man sich darauf, den Adler in drei Schichten herzustellen, um die gewünschte Plastizität zu erzielen. Der neue Adler wird genauso groß sein wie sein Vorgänger: 5,30 m hoch und 6,30 m breit.

29. Oktober 1992 Die Parlamentarier nehmen Abschied vom Wasserwerk, in dem sie seit dem 9. September 1986 getagt hatten. 364 Plenarsitzungen haben hier stattgefunden; 565 Gesetze wurden verabschiedet. Die Bundesflagge wird eingeholt und in den neuen Plenarsaal getragen.

Hinweise

Die Ausbau- und Neubaupläne für das Bundeshaus waren wiederholt Gegenstand in den Aussprachen zum Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

Ein Stadtplan von der Bonner Südstadt mit Lage des Bundeshauses und Verlauf der Bannmeile findet sich in Abschnitt 21.8.



Einweihung des neuen Plenarsaals am 30. Oktober 1992

30. Oktober 1992

Der nach fast 20jähriger Planungs- und Bauzeit fertiggestellte Plenarsaal des Bundestages wird eingeweiht. Von im November 1985 zunächst veranschlagten 87,6 Millionen DM haben sich die Kosten für den Neubau auf 256 Millionen DM erhöht. Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* eröffnet die erste Sitzung des Bundestages im neuen Saal mit einem Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie, zu Toleranz und Weltoffenheit. Die Hausherrin und der Festredner des Tages, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts *Roman Herzog*, verteidigen die Entscheidung, den Saal trotz des beschlossenen Umzuges nach Berlin fertigzustellen. Die Bundestagspräsidentin hebt die Offenheit des hellen und transparenten Gebäudes hervor, die ein bestimmtes Demokratieverständnis zum Ausdruck bringe. „So wie die Offenheit dieses Baues uns ganz besonders besticht, so ist sie uns Parlamentariern nicht nur Ausdruck, sondern auch Aufforderung und Ansporn zur Offenheit des demokratischen Prozesses.“



Foto: Fricke

Nach dem Festakt beginnen zwei „Tage der offenen Tür“. Fast 100 000 Besucher nutzen die Gelegenheit, einen Blick in den neuen Plenarssaal zu werfen und sich über die Arbeit des Parlaments zu informieren.

Die Reaktionen in den Medien auf den Neubau sind überwiegend positiv.

„So einsichtig im wörtlichen Sinne, so verständigungsbereit im gemeinsamen Zirkel, so aufgeschlossen zur Landschaft hin, so bürgerfreundlich zur Stadt sich öffnend, so unpathetisch hat noch keine deutsche Volksvertretung tagen können.“ (Deutschlandfunk, 21. Oktober 1992)

„Der Plenarssaal verwirklicht in idealer Weise den Anspruch, demokratische Offenheit und Transparenz des Parlaments auszudrücken.“ (General-Anzeiger Bonn, 24. Oktober 1992)

„Welch ein Jammer, daß die Republik erst jetzt ihre architektonische Ausprägung erfährt und die Abgeordneten so spät mit den Wohltaten einer anspruchsvollen Baukunst vertraut werden!“ (Die Zeit, 30. Oktober 1992)



Der neue Eingangsbereich des Plenarsaalgebäudes

Foto: Bundestag

4. November 1992 Der neue Plenarsaal wird erstmals im parlamentarischen Alltag genutzt.
11. November 1992 Das Bundesbauministerium bestätigt, daß die Kosten für den Schürmann-Bau voraussichtlich bei 647,2 Millionen DM und damit um 58 Millionen DM höher als zuletzt geplant liegen werden. Als Gründe werden die allgemeine Preissteigerungsrate und unvorhersehbare bautechnische Probleme genannt.
24. November 1992 Zu Beginn der Haushaltsdebatte fällt im neuen Plenarbereich die elektroakustische Anlage aus. Da der Schaden kurzfristig nicht zu beheben ist, ziehen die Abgeordneten wieder ins Wasserwerk. Gründliche raum- und elektroakustische Nachbesserungen erweisen sich als notwendig.



Die Lobby vor dem Plenarsaal

Foto: Kandzia

- November 1992 Das Rednerpult im neuen Plenarsaal muß völlig erneuert werden, um es sowohl für großgewachsene Abgeordnete als auch für Rollstuhlfahrer körpergerecht einstellen zu können.
10. Dezember 1992 Die Ursache für den Totalausfall der elektroakustischen Anlage im neuen Plenarsaal ist gefunden: Die Raumakustik des gläsernen Saales, die sich nicht mit der Tonübertragungsanlage vertrug, hat zu Rückkopplungen geführt. Die Herstellerfirma will die Fehler, die zum Ausfall der Anlage führten, bis zum 15. Februar 1993 beheben.
11. Januar 1993 Der Vorsitzende der Baukommission des Ältestenrates, CDU-MdB *Dietmar Kansy*, äußert die Erwartung, daß die Bundesbauverwaltung dem Parlament ein voll funktionsfähiges Plenargebäude übergibt. Die Kommission erwarte, daß bis zum 1. März 1993 der Plenarbetrieb mit einer voll funktionsfähigen Übertragungsanlage wieder aufgenommen werden könne.

- Januar 1993 In der Presse wird von „Einsturzgefahr“ im Bereich vor dem neuen Plenarsaal berichtet. Der Vorsitzende der Baukommission, *Dietmar Kansy*, dementiert die Behauptung mit dem Hinweis, der Platz vor den Eingangs-türen zum Plenarsaal sei von vornherein nicht zum Befahren mit schweren Fahrzeugen vorgesehen gewesen.
- März 1993 Die Absicht des Bundestages, ab Anfang März wieder im neuen Plenarsaal zu tagen, läßt sich nicht realisieren, da weiterhin erhebliche Mängel an der elektroakustischen Anlage bestehen. Zur Behebung werden weitere vier Monate veranschlagt. Das Bundesbauministerium sieht Planungsmängel darin, daß Architektur, Raumakustik und Elektroakustik nicht ausreichend aufeinander abgestimmt wurden. Der Vorsitzende der Baukommission des Ältestenrates, *Dietmar Kansy*, weist die Behauptung des Bundesbau-ministeriums zurück, wonach Anforderungen des Bundestages die Ton-anlage komplizierter und damit anfälliger gemacht hätten. Bundestags-präsidentin *Rita Süßmuth* bedauert, daß das Parlament „Leidtragender einer Serie von Pannen ist, die der Deutsche Bundestag nicht im mindesten zu verantworten“ habe.
17. Juni 1993 In Berlin fordern CDU-Politiker einen Baustopp für das Bonner Regie-rungsviertel. Die rege Bautätigkeit am Rhein erwecke den Eindruck, als habe es den Beschluß, die wesentlichen Teile von Parlament und Regierung nach Berlin zu verlagern, nie gegeben.
24. August 1993 Der Bundestag tritt Meldungen entgegen, im neuen Plenarsaal bestehe die Gefahr, daß sich Teile der Deckenverkleidung lösen und auf die Abgeord-netensitze stürzen könnten. Es bestehe keine Einsturzgefahr, und die sicherheitshalber vorgenommene Untersuchung beeinträchtige den Zeit-plan für die Wiederinbetriebnahme des Gebäudes nicht.
31. August 1993 Eine Mikrophon- und Hörprobe im neuen Plenarsaal führt zu positiven Ergebnissen. Die elektroakustische Anlage ist jetzt funktionsfähig, und auch die Notversorgung funktioniert.
8. September 1993 Der Ältestenrat beschließt, daß der Bundestag in der Sitzungswoche ab dem 20. September wieder im neuen Plenarsaal tagen wird, da nach einem Bericht des Bundesbauministeriums die Tonanlage jetzt mängelfrei ist.
22. September 1993 Nach fast zehnmonatigen Umbau- und Reparaturarbeiten wird der neue Plenarsaal des Bundestages von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* zum zweiten Mal eröffnet. Damit ist die über 40 Jahre währende Baugeschichte des Bonner Bundeshauses abgeschlossen. Durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Beschluß des Bundestages, nach Berlin umzuziehen, ist das Haus am Rhein zum Denkmal der Bonner Republik geworden.
20. Oktober 1993 Der Haushaltsausschuß des Bundestages spricht sich einstimmig dafür aus, daß der Bundestag nicht mehr in den Schürmann-Bau einzieht. Der Bau-herr, das Bundesbauministerium, müsse schon jetzt nach einem neuen Nutzer Ausschau halten; es interessiere den Bundestag nicht, wer eines Tages in den fertigen Bau einziehe. Damit gibt der Bundestag die Verant-wortung für den Torso zu Füßen des „Langen Eugen“ an die Bundesregie-rung zurück.



Das Hochwasser überflutet die Baustelle des Schürmann-Baus

Foto: Malsch

Weihnachten 1993

Hochwasser am Rhein. Der Fluß erreicht in der Nacht zum 23. Dezember den höchsten Pegelstand seit 1926. Durch die Flut entstehen erhebliche Schäden am Rohbau des Schürmann-Baus, da große Wassermengen in jene Betonwanne eindringen, die das Gebäude eigentlich vor einem Wassereintritt schützen sollte.

An der sich anschließenden jahrelangen heftigen Debatte über Abriß oder Sanierung des Rohbaus und dessen künftige Nutzung ist der Bundestag nicht mehr beteiligt, da die Verantwortung für das Gebäude mittlerweile nicht mehr beim Parlament, sondern ausschließlich bei der Bundesregierung liegt.

Hinweis

An diese Chronik schließt der Abschnitt 21.6 an: Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands.

21.3 Mietkosten des Bundestages in Bonn

Wegen des ständig steigenden Raumbedarfs mußte der Bundestag seit 1949 in Bonn zahlreiche Büroräume, Gebäude und sonstige Liegenschaften mieten. Waren es 1981 noch rund 30 Einzelobjekte, so ist deren Zahl beim Stand Dezember 1991 auf 95 gewachsen.

Spürbar verbessert wurde die Raumsituation zum einen seit Juli 1973 durch die schrittweise Anmietung des im November 1967 fertiggestellten „Hochhauses im Tulpenfeld“ in der Heuss-Allee, zum anderen seit Anfang 1995 durch den Bezug zweier Blöcke im Gebäude Friedrich-Ebert-Allee 38. Im gleichen Maße stiegen freilich auch die Mietkosten für den Bundestag.

Die vom Bundestag seit 1968 jährlich aufgebrauchten Mietkosten haben sich bis 1996 folgendermaßen entwickelt:

1968 = 158 500,- DM	1978 = 3 309 000,- DM	1988 = 7 642 276,- DM
1969 = 201 000,- DM	1979 = 3 392 000,- DM	1989 = 11 630 651,- DM
1970 = 128 000,- DM	1980 = 3 384 000,- DM	1990 = 13 907 276,- DM
1971 = 156 000,- DM	1981 = 4 007 000,- DM	1991 = 20 520 203,- DM
1972 = 219 000,- DM	1982 = 4 013 419,- DM	1992 = 23 742 598,- DM
1973 = 588 000,- DM	1983 = 4 080 749,- DM	1993 = 25 359 252,- DM
1974 = 2 355 000,- DM	1984 = 4 931 592,- DM	1994 = 26 974 500,- DM
1975 = 2 318 000,- DM	1985 = 6 069 775,- DM	1995 = 37 494 464,- DM
1976 = 2 815 000,- DM	1986 = 6 203 291,- DM	1996 = 36 076 126,- DM
1977 = 3 313 000,- DM	1987 = 6 602 477,- DM	

Die Summe der Mietkosten von 1968 bis 1996 beträgt rund 261,6 Millionen DM.

21.4 Unterbringung der Bundestagsverwaltung in Bonn

Wegen des unzureichenden Raumangebots in unmittelbarer Plenarsaalnähe in Bonn mußten die Organisationseinheiten der Bundestagsverwaltung seit langem auf zahlreiche Liegenschaften hauptsächlich in der Bonner Südstadt verteilt untergebracht werden. Die folgende Aufstellung soll in Form dreier Momentaufnahmen einen Eindruck über die Unterbringungssituation vermitteln. Dargestellt ist die Unterbringung der Bundestagsverwaltung Ende 1987, im April 1990 und im Mai 1995. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, läßt sich der Aufstellung entnehmen:

- die räumliche Trennung selbst von Organisationseinheiten, die zur selben Unterabteilung gehören, und sogar einzelner Referate,
- die Häufigkeit von Umzügen innerhalb weniger Jahre (mit allen denkbaren Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe).

Hinweise

Ein Lageplan Bundeshaus befindet sich auf der Seite 3295.

Zum Thema Bundestagsverwaltung vgl. im übrigen das folgende Kapitel 22.

Fußnoten für die Seiten 3336–3340:

- 1) Stand: Ende 1987
- 2) April 1990
- 3) Mai 1995
- 4) keine Angabe
- 5) für 1990 keine Angabe; beim Stand Juni 1992: Adenauerallee 209; ab Stand Dezember 1993: ehem. Präsidialbau Tulpenfeld
- 6) Organisationseinheit wurde zwischen 1987 und 1990 neu eingerichtet.
- 7) beim Stand September 1988: Baunscheidtstraße 1a
- 8) beim Stand Juni 1992: Peter-Hensen-Straße 1–3
- 9) beim Stand Juni 1992: Bundeskanzlerplatz 2–10 (Bonn-Center)
- 10) beim Stand Juni 1992: Dreizehnmorgenweg 38
- 11) Organisationseinheit wurde zwischen 1987 und 1990 eingerichtet (zunächst als PI 6)
- 12) beim Stand Juni 1992: Ferdinand-Lassalle-Straße 7
- 13) beim Stand Juni 1992: Weberstraße 59
- 14) ein Teil der Ausschußsekretariate sowie die Sekretariate sonstiger, dem UAL 1. WF zugeordneter Gremien schon beim Stand Juni 1992 u. a. Neues Hochhaus Anbau, Hochhaus Tulpenfeld, Hochhaus Tulpenfeld Anbau, Kurt-Schumacher-Straße 10, Reuterstraße 241, Peter-Hensen-Straße 1–3, Adenauerallee 209, Adenauerallee 133, Weberstraße 59–59a, Weberstraße 61, ehem. Präsidialbau Tulpenfeld, Friedrich-Ebert-Allee 38 (Block A und B)
- 15) Organisationseinheit wurde zwischen 1990 und 1995 neu eingerichtet.
- 16) beim Stand Juni 1992: Adenauerallee 133
- 17) Sekretariate sonstiger, dem UAL 1. WF zugeordneter Gremien auch im Hochhaus Tulpenfeld und Hochhaus Tulpenfeld Anbau
- 18) ein Teil der Ausschußsekretariate sowie die Sekretariate sonstiger, dem UAL 2. WF zugeordneter Gremien auch im Altbau, Hochhaus Tulpenfeld, Heinrich-Brüning-Straße 7 und Haus V
- 19) ein Teil der Ausschußsekretariate sowie die Sekretariate sonstiger, dem UAL 2. WF zugeordneter Gremien schon beim Stand Juni 1992 auch in der Baunscheidtstraße 8, Heinrich-Brüning-Straße 13, Haus V, Haus VI, Südflügel, Dreizehnmorgenweg 38 und Saemischstraße 7
- 20) beim Stand Juni 1992: Winston-Churchill-Straße 9, beim Stand Dezember 1993: Hochhaus Tulpenfeld
- 21) ein Teil der Ausschußsekretariate sowie die Sekretariate sonstiger, dem UAL 2. WF zugeordneter Gremien schon beim Stand 1992 u. a. Neues Hochhaus, Tulpenfeld Haus I A, Tulpenfeld Haus 8/9, Peter-Hensen-Straße 1–3, Neues Hochhaus Anbau, Adenauerallee 209, Heinrich-Brüning-Straße 9, ehem. Präsidialbau Tulpenfeld, Ferdinand-Lassalle-Straße 7, Charles-de-Gaulle-Straße 6, Adenauerallee 208, Adenauerallee 133, Dreizehnmorgenweg 38, Friedrich-Ebert-Allee 38
- 22) Organisationseinheit aufgelöst
- 23) zeitweise auch Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
- 24) beim Stand Juni 1992: Weberstraße 7–9
- 25) beim Stand Dezember 1993: Tulpenfeld Haus I A
- 26) beim Stand Dezember 1993: Adenauerallee 209
- 27) beim Stand Juni 1992: Kaiserstraße 237
- 28) bereits beim Stand Juni 1992
- 29) beim Stand Juni 1992: Adenauerallee 193, beim Stand Dezember 1993: Winston-Churchill-Straße 9
- 30) beim Stand Juni 1992: Adenauerallee 212
- 31) beim Stand Dezember 1993: Ferdinand-Lassalle-Straße
- 32) beim Stand Juni 1992: Hochhaus Tulpenfeld und Ferdinand-Lassalle-Straße
- 33) beim Stand Juni 1992: Baunscheidtstraße 8
- 34) ab Stand Juni 1992: Fotosatz/Textverarbeitung
- 35) ab Stand Dezember 1993: zusätzlich Drucksachenversandstelle Johanna-Kinkel-Straße 3–5
- 36) ab Stand Dezember 1993; zuvor beim Stand Juni 1992 Haus V
- 37) beim Stand Juni 1992: Reuterstraße 237

Hinweis

Die Ausbau- und Neubaupläne für das Bundeshaus waren wiederholt Gegenstand in den Aussprachen zum Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

Organisationseinheit	Unterbringung 1987 ¹⁾	Unterbringung 1990 ²⁾	Unterbringung 1995 ³⁾
PräsB Dir und DirB Protokoll	Präsidualbau Tulpenfeld Präsidualbau Tulpenfeld - ⁴⁾	<i>unverändert</i> <i>unverändert</i> - ⁵⁾	Präsidualbau Präsidualbau <i>unverändert</i> (ehem. Präsidualbau Tulpenfeld)
AL P ⁶⁾	-	Präsidualbau Tulpenfeld	<i>unverändert</i> (ehem. Präsidualbau Tulpenfeld)
AL W (zuvor HAL W) AL Z (zuvor HAL Z)	Atrium III Präsidualbau Tulpenfeld	Adenauerallee 133 <i>unverändert</i>	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A Vizepräsidentenbau
PZ PZ 1 PZ 2	Präsidualbau Tulpenfeld Präsidualbau Tulpenfeld Präsidualbau Tulpenfeld	<i>unverändert</i> <i>unverändert</i> <i>unverändert</i>	Dahlmannstraße 28 Haus IV <i>unverändert</i> (ehem. Präsidualbau Tulpenfeld)
PZ 3	Winston-Churchill-Straße 11	Präsidualbau Tulpenfeld	<i>unverändert</i> (ehem. Präsidualbau Tulpenfeld)
UAL PD (zuvor AL PD) PDIG PDIG (Parlamensrechtsdok.) PD 1 PD 1 (Plenum, Antragsannahmestelle) PD 2 PD 3 PDIA 1 (zuvor PDIA) PDIA 2 ⁶⁾	Präsidualbau Tulpenfeld Präsidualbau Tulpenfeld Haus VI (als Teil von PD 2) Präsidualbau Tulpenfeld Altbau Haus VI Südflügel Abgeordnetenhochhaus -	<i>unverändert</i> <i>unverändert</i> Baunscheidtstraße 1a <i>unverändert</i> <i>unverändert</i> Präsidualbau Tulpenfeld ⁷⁾ <i>unverändert</i> <i>unverändert</i> Präsidualbau Tulpenfeld	Görresstraße 42 Görresstraße 42 und Saemischstraße 7 Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A Saemischstraße 5 und Altbau <i>unverändert</i> Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A ⁸⁾ Haus IV und Adenauerallee 208 <i>unverändert</i> <i>unverändert</i> (ehem. Präsidualbau Tulpenfeld)
UAL PB (zuvor AL PB), PB 2, PB 3, PB 4, PB 5 PB 1 PB 3 (Reisekosten, Zahlstelle) PB 3 (Reisestelle)	Rheinweg 6 Präsidualbau Tulpenfeld Abgeordnetenhaus Görresstraße 42	Adenauerallee 133 <i>unverändert</i> <i>unverändert</i> <i>unverändert</i>	<i>unverändert</i> Adenauerallee 133 <i>unverändert</i> Ersatzladenzeile

Organisationseinheit	Unterbringung 1987 ¹⁾	Unterbringung 1990 ²⁾	Unterbringung 1995 ³⁾
UAL PI (zuvor AL PI)	Stresemannufer 16	Haus V	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B
PI 1	Ludwig-Erhard-Straße 99–101	Godesberger Allee 185–189	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B ⁹⁾
PI 1 (Versandlager)	Broichstraße 105 (Beuel)	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
PI 2	Stresemannufer 16	Hermann-Ehlers-Straße 29	<i>unverändert</i>
PI 3	Südflügel	<i>unverändert</i>	Südflügel und Dahlmannstraße 28
PI 4	Stresemannufer 16	Südflügel	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B ¹⁰⁾
PI 5 ¹¹⁾	–	Godesberger Allee 185–189	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B ¹²⁾
UAL 1. WF (zuvor AL 1. WF)	Hochhaus Tulpenfeld Anbau	Adenauerallee 133	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A ¹³⁾
1. WP Ausschußsekretariate	Abgeordnetenhaus ¹⁷⁾	<i>unverändert</i> ¹⁷⁾	zum Teil <i>unverändert</i> ¹⁴⁾
FB II, FB IV	Baunscheidtstraße 1a	Weberstraße 61	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
FB V	Baunscheidtstraße 11	Weberstraße 61	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
FB VIII	Heussallee 28	Weberstraße 59	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
FB XII ¹⁵⁾	–	–	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A ¹⁶⁾
UAL 2. WF (zuvor AL 2. WF)	Baunscheidtstraße 15	Weberstraße 59	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A ²⁰⁾
2. WF Ausschußsekretariate	Abgeordnetenhochhaus ¹⁸⁾	<i>unverändert</i> ¹⁹⁾	zum Teil <i>unverändert</i> ²¹⁾
FB III, FB VII	Baunscheidtstraße 15	Weberstraße 59	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
FB VI, FB IX	Baunscheidtstraße 8	Weberstraße 59	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
FB X	Baunscheidtstraße 1a	<i>unverändert</i>	– ²²⁾
Unterabteilung Pet (zuvor Abteilung Pet)	Kessenicher Straße 216	Dreizehnmorgenweg 38	<i>unverändert</i>
UAL WD (zuvor AL WD)	Hochhaus Tulpenfeld	Adenauerallee 133	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
WD 1	Büropavillon Ladenzeile	Baunscheidtstraße 8	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
WD 2 (Leitung)	Atrium III	Adenauerallee 133	<i>unverändert</i>
WD 2 (Bibliothek)	Altes Hochhaus	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
WD 2 (Buchbinderei)	– ⁴⁾	Dreizehnmorgenweg 38	<i>unverändert</i>
WD-VBB	Atrium III	Adenauerallee 133	– ²²⁾

1), 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 3335

Organisationseinheit	Unterbringung 1987 ¹⁾	Unterbringung 1990 ²⁾	Unterbringung 1995 ³⁾
WD 3	Atrium III	Dreizehnmorgenweg 38	<i>unverändert</i>
WD 4	Friedrich-Ebert-Allee 20	Adenauerallee 133	<i>unverändert</i> ²³⁾
WD 5	Hochhaus Tulpenfeld	Baunscheidtstraße 1a	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
WD 6 ³⁾	–	Godesberger Allee 185–189	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A ²⁴⁾
UAL ZV (zuvor AL ZV), ZV 1, ZV 3	Präsidialbau Tulpenfeld	Rheinweg 6	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B
ZV 2	Friedrich-Ebert-Allee 20	Dreizehnmorgenweg 48	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B ²⁵⁾
ZV 4	Friedrich-Ebert-Allee 20	Dreizehnmorgenweg 48	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B ²⁶⁾
ZV 5	Adenauerallee 212	<i>unverändert</i>	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B ²⁷⁾
ZV (Kindergarten, Kindertagesstätte)	Charles-de-Gaulle-Straße 6	Charles-de-Gaulle-Straße 6, Heinrich-Brüning-Straße 11, Winston-Churchill-Straße 5–7	Heinrich-Brüning-Straße 7–11 ²⁸⁾ Heinrich-von-Stephan-Straße ²⁸⁾
ZV 6	Reuterstraße 233	Dreizehnmorgenweg 48	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B
ZV 7 ⁴⁾	–	Dreizehnmorgenweg 38	– ²²⁾
UAL ZA (zuvor AL ZA), ZA 1	Reuterstraße 231	<i>unverändert</i>	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B
ZA 2	Zitelmannstraße 24	Adenauerstraße 133	<i>unverändert</i>
ZA 3	Abgeordnetenhochhaus, Hochhaus Tulpenfeld	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZA 4 (Leitung)	Reuterstraße 231	<i>unverändert</i>	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B ²⁹⁾
ZA 4 (Polizei- und Sicherungsdienst, zuvor Polizeivollzugsdienst)	Altbau, Abgeordneten- hochhaus	<i>unverändert</i>	Altbau, Abgeordnetenhochhaus, Haus V ²⁸⁾
ZA 4 (ZABS)	Heinrich-Brüning-Straße 9	<i>unverändert</i>	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B
ZA 4 (Ermittlungsdienst)	– ⁴⁾	– ⁴⁾	Winston-Churchill-Straße 9 ³⁰⁾
ZA 4 (Ausweisstelle)	– ⁴⁾	– ⁴⁾	Ersatzladenzeile ²⁸⁾
ZA 5 (Leitung)	– ⁴⁾	– ⁴⁾	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B ³¹⁾
ZA 5 (Beschaffungsstelle)	Hochhaus Tulpenfeld	<i>unverändert</i>	Hochhaus Tulpenfeld, Friedrich-Ebert- Allee 38, Block B ³²⁾
ZA 5 (Möbellager 1)	Königswinterer Straße 100–104 (Beuel)	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
(Möbellager 2)	Bendenweg 101	<i>unverändert</i>	– ³³⁾
(Möbellager 3)	–	Brüsseler Straße 19 (Troisdorf-Spich)	–

Organisationseinheit	Unterbringung 1987 ¹⁾	Unterbringung 1990 ²⁾	Unterbringung 1995 ³⁾
ZA 5 (Schlüsseldienst)	Hochhaus Tulpenfeld	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZA 5 (Dekorateur)	Fritz-Erler-Straße 9	Weberstraße 61	Ferdinand-Lassalle-Straße, Haus 8
ZA 5 (Textverarbeitung)	Heinrich-Brüning-Straße 13	Altbau	– ³⁴⁾
ZA 5 (Fotosatz) ³³⁾	Altbau	<i>unverändert</i>	Heinrich-Brüning-Straße 13 ²⁸⁾
ZA 5 (Hausdruckerei)	Altbau	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZA 5 (Drucksachenstelle)	Altbau	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i> ³⁵⁾
ZA 5 (Sekretariat für Abgeordnete)	Abgeordnetenhochhaus, Hochhaus Tulpenfeld	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZA 5 (Fernschreibstelle)	Abgeordnetenhochhaus, Hochhaus Tulpenfeld	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZA 5 (Dienst-/Schutzkleidung)	– ⁴⁾	– ⁴⁾	Baunscheidtstraße 8 ³⁶⁾
UAL ZT (zuvor AL ZT)	Hochhaus Tulpenfeld	Reuterstraße 233	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
ZT 1 (zuvor ZT 2)	Charles-de-Gaulle-Straße 6	Baunscheidtstraße 11	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A ³⁷⁾
ZT 2 ⁴⁾	–	Reuterstraße 233	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block A
ZT 3 (zuvor ZT 1)	Haus VI	Dreizehnmorgenweg 38	<i>unverändert</i>
ZT 3 (Werkstätten) (zuvor ZT 1)	Tiefgarage Abgeordnetenhochhaus	<i>unverändert</i>	– ⁴⁾
ZT 3 (Schreinerwerkstatt)	– ⁴⁾	Baunscheidtstraße 19	– ⁴⁾
ZT 3 (Gärtnerei)	– ⁴⁾	Heinrich-Lübke-Straße 51	– ⁴⁾
ZT 4 ⁶⁾	–	Dreizehnmorgenweg 38	– ²²⁾
ZT 4 (zuvor ZT 5) (Leitung)	Haus V	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZT 4 (Tagungsbüro)	Abgeordnetenhochhaus	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZT 4 (Postauszeichnungsstelle)	– ⁴⁾	Abgeordnetenhochhaus	<i>unverändert</i>
ZT 4 (Parlamentsassistentendienst, zuvor Botenmeisterei)	Altbau	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZT 4 (Boten- und Hilfsdienst)	–	Haus VI, Hochhaus Tulpenfeld	Altbau ²⁸⁾ , Hochhaus Tulpenfeld
ZT 4 (Postverteilungsstelle)	Abgeordnetenhochhaus, Hochhaus Tulpenfeld	<i>unverändert</i>	Königswinterer Straße 100–104 (Beuel)

1), 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 3335

Organisationseinheit	Unterbringung 1987 ¹⁾	Unterbringung 1990 ²⁾	Unterbringung 1995 ³⁾
ZT 4 (Postaustauschstelle)	Charles-de-Gaulles-Straße 12	Königswinterer Straße 100–104 (Beuel)	<i>unverändert</i>
ZT 4 (Fahrdienst) (zuvor ZA 4)	Sträßchensweg	Ludwig-Erhard-Straße 99–101	Franz-Josef-Strauß-Allee ²⁸⁾
ZT 4 (Reinigungsdienst)	– ⁴⁾	– ⁴⁾	Altbau ²⁸⁾
UAL ZI ⁶⁾	– ⁶⁾	Hochhaus Tulpenfeld	Johanna-Kinkel-Straße 3–5 ²⁸⁾
ZI 1 ⁶⁾	– ⁶⁾	Hochhaus Tulpenfeld	Ferinand-Lassalle-Straße
ZI 1 (Schulungszentrum)	– ⁶⁾	Ludwig-Erhard-Straße 99–101	Ferdinand-Lassalle-Straße
ZI 2 (zuvor ZT 4)	Hochhaus Tulpenfeld	Bundeskanzlerplatz 2–10 (Bonn-Center)	Johanna-Kinkel-Straße 3–5 ²⁸⁾
ZI 3 (zuvor ZT 3)	Haus VI	<i>unverändert</i>	Ferdinand-Lassalle-Straße ²⁸⁾
ZI-DV, ZI-DV I, ZI-DV 2 (zuvor WD-DV, WD-DV 1, WD-DV 2), anschließend ZI 4, ZI 5	Hochhaus Tulpenfeld	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
ZI 6 ⁶⁾	–	–	Adenauerallee 133 ²⁸⁾
Unterabteilung WB (zuvor Abteilung WB) mit allen Referaten	Basteistraße 70 (Bad Godesberg)	<i>unverändert</i>	<i>unverändert</i>
Personalrat	Fritz-Schäffer-Straße 15	<i>unverändert</i>	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B
Ärztlicher und Sozialer Dienst	Adenauerallee 209	Adenauerallee 212	Friedrich-Ebert-Allee 38, Block B

1), 2) usw.: Fußnoten siehe Seite 3335

Hinweis

Zum Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02) enthält das vorliegende **Datenhandbuch** Angaben u. a. zu folgenden Bereichen:

- Abschnitt 20.1 eine Gegenüberstellung der Ausgaben des Bundestages mit den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts,
- Abschnitt 20.3 eine Tabelle über die Entwicklung der Diäten,
- Abschnitt 20.4 Hinweise zu den mandatsbedingten Ausgaben der Abgeordneten (auch zu Abgaben an die verschiedenen Gliederungen der Parteien),
- Abschnitt 20.7 eine Aufstellung über die Zuschüsse des Bundestages an die Fraktionen.



Das Reichstagsgebäude im Jahr 1899

Foto: Landesbildstelle Berlin

21.5 Wiederaufbau und Nutzung des Reichstagsgebäudes in Berlin bis 1990

Der Abschnitt ist unterteilt in

- eine Chronik des Wiederaufbaus nach 1945 und
- einige Angaben zur Nutzung des Reichstagsgebäudes bis 1990.

Chronik des Wiederaufbaus nach 1945*)

5. Dezember 1894 Nach zehnjähriger Bauzeit wird das nach den Plänen des Architekten *Paul Wallot* errichtete Reichstagsgebäude mit der Schlußsteinlegung vollendet.

*) Überarbeitet von *Inge Schlieper* anhand folgender Quellen:
Michael S. Cullen, Der Reichstag: Parlament, Denkmal, Symbol. Berlin 1995;
Uwe Kieling, Der Deutsche Reichstag. Geschichte des Parlamentshauses. Berlin 1995;
Carl Mertz, Der Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes. In: Der Reichstag. Hrsg. von *Ernst Deuerlein*. Bonn 1963. S. 303–307;
Heinz Raack, Das Reichstagsgebäude in Berlin. Berlin 1978;
Jürgen Schmüdeke, Der Deutsche Reichstag. Geschichte und Gegenwart des Bauwerkes. Überarb. Neuausgabe. München, Zürich 1994 sowie
 Unterlagen des Referats Verwaltung im Reichstagsgebäude (1982).



Das zerstörte Reichstagsgebäude nach 1945

Foto: Bundestag

27. Februar 1933

Knapp vier Wochen nach der Ernennung *Adolf Hitlers* zum Reichskanzler werden bei einem durch Brandstiftung verursachten Feuer wesentliche parlamentarische Trakte des Reichstagsgebäudes beschädigt, insbesondere wird der Plenarsaal zerstört. In der Folgezeit gibt es keine Restaurierung, und somit kann das Gebäude auch keine parlamentarische Tagungsstätte mehr sein.

Die erste Sitzung des Reichstags nach dem Brand findet in der Potsdamer Garnisonskirche statt. Später wird die dem Reichstagsgebäude gegenüberliegende Krolloper für die gelegentlichen Plenarsitzungen genutzt.

Frühjahr 1945

Bei den Endkämpfen um Berlin entstehen am Reichstagsgebäude schwerste Kriegsschäden (etwa 30 000 m³ Schutt in den Innenhöfen und Innenräumen sowie schwere Treffer an der Fassade).

Nach Kriegsende bestehen Zweifel an der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines Wiederaufbaues. Die Diskussion in der Öffentlichkeit dreht sich um die Fragen, ob das Haus überhaupt wieder aufgebaut werden soll, und wenn ja, in welcher Form, das heißt „modernisiert“ oder entsprechend den alten Plänen des Architekten *Paul Wallot*; die Hauptfrage aber lautet: zu welchem Zweck?

Januar 1946

Die Berliner Zeitungen melden, der Magistrat von Berlin habe das Reichstagsgebäude auf die Liste der instandsetzungsfähigen Großbauten gesetzt.

10. Dezember 1947

Die im Ostsektor erscheinende „Tägliche Rundschau“ verkündet das Todesurteil für den Wallot-Bau: Man wolle das Gebäude als das benutzen, was es in Wirklichkeit nur noch sei, ein „reichhaltiger Steinbruch“.

18. März 1948 Vor der Kulisse der Reichstagsruine wird das Jahrhundertjubiläum des Frankfurter Paulskirchenparlaments begangen. Schon bei dieser Gelegenheit spricht *Ernst Reuter*, gewählter, aber durch ein sowjetisches Veto an der Amtsausübung gehinderter Oberbürgermeister von Berlin, über den Wiederaufbau des Parlamentsgebäudes.
31. August 1948 Offizieller Beginn der Enttrümmerungsarbeiten im Reichstagsgebäude. Der provisorische Ausbau des ehemaligen Lesesaales als Tagungsstätte für die Stadtverordnetenversammlung nach der Spaltung der Stadt wird aber nicht vollendet.
9. September 1948 Vor dem Reichstagsgebäude findet eine Protestdemonstration gegen Blockade und Spaltung Berlins statt. Vor über 300 000 Menschen zwischen Wallot-Bau und Krolloper ruft *Ernst Reuter* aus: „Ihr Völker der Welt! Schaut auf diese Stadt ...“.
- Spätestens mit diesem Tag gewinnt das alte Parlamentsgebäude eine neue Identität als beeindruckende Kulisse großer Freiheitskundgebungen. Mit der sich verschärfenden Ost-West-Konfrontation rückt die „Ruine“ Reichstagsgebäude immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit: Die großen Freiheitskundgebungen der Berliner Bevölkerung finden auf dem Platz der Republik vor dem Westflügel des Reichstagsgebäudes statt; das zerstörte Gebäude wird zu einem Symbol des Freiheits- und Widerstandswillens der Berliner, und die Forderungen nach Wiederaufbau und sinnvoller Wiederverwendung werden immer häufiger und lauter.
1. Mai 1949 Der CDU-Politiker *Jakob Kaiser* – später Bundesminister für gesamtdeutsche und Berliner Fragen – spricht sich noch vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland für den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes aus.
- Auch in der Folge erweist sich *Kaiser* als eifriger Befürworter einer Wiederherstellung des Hauses. Bei den Maifeiern der folgenden Jahre tritt er für den Wiederaufbau des Gebäudes ein, weil es zum „Sinnbild der Solidarität aller Berliner“ und zum „Kristallisationspunkt für den Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands“ geworden sei. Seine Appelle und der Abriß des im Krieg ebenfalls schwer beschädigten Schlosses in Ost-Berlin 1950/51 bringen die öffentliche Diskussion über die Zukunft der Reichstagsruine in Gang. Bis 1954 werden Aufräumungs- und Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, vor allem, um abschätzen zu können, ob das Gebäude wiederhergestellt werden kann. Die Arbeiten ergeben, daß trotz der erheblichen Schäden die Substanz so gut erhalten ist, daß ein Wiederaufbau zu rechtfertigen sei.
10. Mai 1950 Das Prüfamts für Baustatik beim Berliner Bausenator veröffentlicht ein Gutachten, das auf die Gefahr hinweist, die bei Abräumarbeiten von der schwerbeschädigten Kuppel des Reichstagsgebäudes ausgeht. Der Abrißempfehlung wird aber nicht entsprochen.
23. Mai 1950 Zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat wird vereinbart, daß der Bund die Verantwortung für das schwer beschädigte Parlamentsgebäude übernimmt.
20. Juni 1951 Im Rahmen einer Debatte des Bundestages über die Präsenz des Bundes in Berlin setzen sich vor allem *Jakob Kaiser* und *Willy Brandt* für den Erhalt beziehungsweise den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes ein.

1. Mai 1952 Bundespräsident *Theodor Heuss* gesellt sich zu denjenigen, die für den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes eintreten. Er wünscht sich dafür einen Wettbewerb, der offen sein soll für alle Architekten, auch solche aus Ostdeutschland.
22. August 1952 In einem Gutachten wird der Zustand der Reichstagskuppel als verheerend bezeichnet.
29. Januar 1953 Der Bundesfinanzminister erteilt die Abrißgenehmigung für die einsturzgefährdete Kuppel des Reichstagsgebäudes.
- 27./28. April 1954 Der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen erörtert den Vorschlag des Berliner Senats, zwei Wettbewerbe durchzuführen: einen städtebaulichen für ein neues Regierungsviertel in Berlin und einen architektonischen zur Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes.
7. Juli 1954 Der Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen beschäftigt sich erneut mit dem Problem des Reichstags und dem eines Regierungsviertels in Berlin. Berlins Senatsbaudirektor *Rolf Schwedler* erhält Gelegenheit, dem Ausschuß die in Aussicht genommenen Wettbewerbe anhand des bereits erarbeiteten Materials zu erläutern. Der Vorschlag zielt auf ein Preisausschreiben zur Wiederherstellung des Regierungsviertels in Berlin, das die Regierung durch eine Finanzhilfe – es ist die Rede von einer viertel Million DM – unterstützen solle. Der Ausschuß läßt daraufhin einen interfraktionellen Antrag ausarbeiten, in dem die Bundesregierung ersucht wird, für die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs Bundeshauptstadt Berlin 250 000 DM und für einen Wettbewerb Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes 60 000 DM zur Verfügung zu stellen.
22. November 1954 Die rund 400 000 Tonnen schwere und stark beschädigte Reichstagskuppel wird mittels Sprengung zum Einsturz gebracht.
24. März 1955 Der Bundestag berät über den Antrag der Fraktion des GB/BHE, der die Bevölkerung zu Spenden für den Aufbau des Reichstagsgebäudes aufrufen möchte. Die Frage der zukünftigen Verwendung des Reichstagsgebäudes lassen die Abgeordneten offen. Sie sind der Meinung, es müsse in Berlin etwas entstehen, das der deutschen Bevölkerung den Eindruck vermittelt, die Bundesregierung meine es ernst mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit und schaffe dafür die sachlichen Voraussetzungen.
30. März 1955 Im Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen steht abermals der Vorschlag des Berliner Senats für ein neues Regierungsviertel im Spreebogen auf der Tagesordnung. Der Ausschuß spricht sich dafür aus, für den Hauptstadtwettbewerb 420 000 DM und für den Reichstagswettbewerb 60 000 DM zur Verfügung zu stellen. Die Mehrheit ist jedoch dagegen, die Reichstagsruine für den Deutschen Bundestag auszubauen.
26. Oktober 1955 Der Bundestag debattiert einen von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag, in dem die Bundesregierung ersucht wird, für die Vorbereitung und Durchführung eines gesamtdeutschen städtebaulichen Ideenwettbewerbs „Hauptstadt Berlin“ 350 000 DM und für die Vorbereitung und Durchführung eines beschränkten Architektenwettbewerbs „Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes“ 60 000 DM zur Verfügung zu stellen.

Wieder setzt sich *Willy Brandt* vehement für das Reichstagsgebäude ein: „Schließlich sollten wir dafür sorgen, daß das jahrelange Gezerre und Gerede um die Reichstagsruine durch einen bescheidenen, aber praktischen Schritt abgelöst wird. Es geht gar nicht darum, ob die künftige Nationalversammlung im wiederaufgebauten Reichstagsgebäude würde arbeiten können oder ob es dazu neuer Bauten bedürfen würde, sondern es geht um ein bißchen Sinn für Geschichte und auch um die Klärung der Frage, wie denn überhaupt praktisch der Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes für den einen oder den anderen nationalen Zweck sinnvoll in die Wege geleitet werden soll.“

Der Antrag wird angenommen, und gleichzeitig erfolgt die Freigabe und Zuweisung weiterer Mittel für die vollständige Enttrümmerung, Substanzerhaltung und teilweise Restaurierung. Die verantwortliche Bundesbauverwaltung erhält die Weisung, vorerst nur Investitionen vorzunehmen, die einer späteren Entscheidung über die Zweckbestimmung des Gebäudes nicht vorgreifen.

6. Februar 1957 Der Bundestag bewilligt weitere 2,5 Millionen DM für Enttrümmerung, Sicherungsmaßnahmen und Substanzerhaltung am Reichstagsgebäude, verteilt auf zwei Haushaltsjahre. Mit diesen Mitteln sollen vor allem die Fassade gesichert und der Trümmerschutt beseitigt werden.

Derweil gehen die Meinungen über den Wiederaufbau und die künftige Zweckbestimmung des Reichstagsgebäudes weiter auseinander:

- Bundeskanzler *Konrad Adenauer* meint, das Reichstagsgebäude eigne sich sehr wohl für den Bundestag, plädiert aber für den Abriß der vier Ecktürme;
- der SPD-Politiker *Adolf Arndt* bezeichnet den Wiederaufbau als „unverantwortlichen Unfug“;
- Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* wünscht sich den Ausbau und ist der Ansicht, daß „der historische Bau des ersten Deutschen Reichstages ... seinen ursprünglichen Zwecken entsprechend verwendet“ werden sollte;
- der Berliner Regierende Bürgermeister *Otto Suhr* verlangt nachdrücklich den Umbau, weil „die Bevölkerung der Sowjetzone es nicht verstehen“ würde, „wenn wir noch länger warten“.

30. März 1957 Der städtebauliche Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ wird ausgelobt. Die Frage nach Wiederaufbau und Zweckbestimmung des Reichstagsgebäudes wird in den Kontext des Hauptstadtwettbewerbs eingebettet. Die Teilnehmer sollen die Frage beantworten, wo sie sich das Regierungsforum in der alten und zukünftigen Hauptstadt Deutschlands vorstellen und wie sie sich in diesem Zusammenhang die Zukunft des Reichstagsgebäudes denken.

Herbst 1957 Die für das Reichstagsgebäude verantwortliche Bundesbauverwaltung erhält einen Beirat, bestehend aus den Architekten *Johannes Rossig*, *Otto Bartning*, *Hans Scharoun* und *Edgar Wedepohl*, der in allen architektonischen Fragen beratend tätig werden soll, die im Zusammenhang mit der Restaurierung des Wallot-Baus auftreten. Der Beirat geht davon aus, daß das Haus wieder aufgebaut, die Frage der Zweckbestimmung aber erst nach dem städtebaulichen Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“ entschieden wird. Die Kuppel will man nicht wieder aufbauen, die Ecktürme aber erhalten.

- September 1957 Die Entrümmierungsarbeiten im Reichstagsgebäude werden abgeschlossen und die Arbeiten zur Substanzerhaltung und der Restaurierung verstärkt weitergeführt. Gearbeitet wird vor allen Dingen an den Decken und Gewölben des Südflügels und des Westflügels sowie der Ecktürme.
- Noch im selben Jahr beginnen die Arbeiten zur Wiederherstellung von Teilen der Westfassade; in den nächsten Jahren werden in verstärktem Maße Arbeiten an den Außenfronten und Dachkonstruktionen durchgeführt.
- Mittlerweile setzt sich mehr und mehr die Überzeugung durch, daß es möglich sei, das Gebäude auch künftig als Parlamentsgebäude zu nutzen, insbesondere wenn in der Nähe ein Bürogebäude mit Arbeitsräumen für Abgeordnete erstellt werden würde.
1. Februar 1958 Abgabetermin für den Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“.
- Das Ergebnis bringt für das Reichstagsgebäude nichts Entscheidendes: Alle zehn Preisträger haben sich dafür entschieden, das Regierungsforum in den Spreebogen zu verlagern, und wollen das Haus erhalten, aber keiner sieht es als zukünftiges Parlamentsgebäude. In den meisten Fällen wird als Parlamentssitz ein Neubau empfohlen; das Reichstagsgebäude könne zur Unterbringung des Bundesrates, des Bundesverfassungsgerichts, einer Bibliothek oder eines Museums dienen.
1. Oktober 1958 Der Haushaltsausschuß des Bundestages besucht das Reichstagsgebäude. Das Gremium ist der Ansicht, unabhängig vom Hauptstadt Wettbewerb solle der Wallot-Bau umgebaut werden.
12. Februar 1959 Bei einem Besuch der Reichstagsbaustelle gibt Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* bekannt, daß das Gebäude wieder hergestellt werde und zwar zu dem Zweck, dereinst Haus des Deutschen Bundestages zu sein. Kurze Zeit später fällt die endgültige Entscheidung für den Wiederaufbau, jedoch ohne Zweckbestimmung.
1. Juli 1960 Der Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes lobt einen beschränkten „Wettbewerb zur Erlangung von gutachterlichen Entwurfsvorschlügen für die Gestaltung der Haupteingangs- und Wandelhalle sowie der Repräsentationssäle im Westflügel des ehemaligen Reichstagsgebäudes in Berlin“ für zehn namhafte Architekten, unter ihnen *Paul Baumgarten*, aus. Das Gebäude soll nach seiner Wiederherstellung parlamentarischen Zwecken dienen. Frage von Größe und Stil des künftigen Plenarsaales bleiben zunächst ausgeklammert.
19. Januar 1961 Die drei in die engere Wahl gekommenen Architekten erläutern der Auswahlkommission (Leitung: *Hans Scharoun*) in Bonn ihre Entwürfe für den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes. *Paul Baumgarten* geht als Sieger aus dem Wettbewerb hervor und wird mit der Bearbeitung des Projektes „Westliche Repräsentationsräume einschließlich zentraler Kuppelhalle“ beauftragt. Gleichzeitig fällt die Entscheidung, daß das Reichstagsgebäude wieder einen Plenarsaal erhalten soll, da *Baumgarten* den Auftrag nur unter der Bedingung annimmt, daß er auch den Plenarsaal entwerfen darf. In den folgenden Jahren wird der Innenausbau des Hauses verstärkt vorangetrieben, und zwar von außen nach innen rund um das klaffende Loch des früheren Plenarsaales.



Das Reichstagsgebäude ohne Kuppel nach seinem Wiederaufbau

Foto: Landesbildstelle Berlin

Dezember 1961 *Baumgarten* legt seinen überarbeiteten Entwurf der Bundesbaudirektion vor.

Oktober 1963 Der zum Brandenburger Tor hin gelegene Südflügel wird nach Plänen der Bundesbaudirektion mit ersten Sitzungssälen fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben.

11. November 1963 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* erhält aus der Hand von Bundesschatzminister *Werner Dollinger* den symbolischen Schlüssel für den fertiggestellten Teil des Hauses. Am selben Tag tritt zum ersten Mal seit mehr als 30 Jahren mit dem Ältestenrat des Bundestages wieder ein parlamentarisches Gremium im Reichstagsgebäude zusammen.

Der Architekt *Paul Baumgarten* wird für die Mitarbeit bei der Wiederherstellung auch der übrigen Trakte des Hauses gewonnen.

April 1964 Das erste Obergeschoß – das alte Hauptgeschoß – mit den von *Baumgarten* gestalteten Sitzungssälen ist endgültig fertiggestellt. Die sogenannten Ausschußwochen des Bundestages in Berlin können nun regelmäßig mit wenigstens einigen Ausschüssen und Fraktionen im Reichstagsgebäude stattfinden.

2. Juli 1964 Der Südostteil des Gebäudes wird seiner Bestimmung übergeben.

1. Juni 1966 Beginn der Arbeiten für den von *Baumgarten* entworfenen Plenarsaal.

Dezember 1967 Fertigstellung des Nordflügels.

Dezember 1969 West- und Ostflügel des Hauses mit den beiden großen Fraktionssitzsälen und rund 120 Arbeitsräumen in zwei im Inneren des Komplexes aufgesetzten zusätzlichen Obergeschossen werden fertiggestellt.

Der Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes ist damit im wesentlichen abgeschlossen. Vom historischen Wallot-Bau ist nicht viel übriggeblieben, vor allem nicht im Innern des Hauses. Wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorkriegszustand:

- Beseitigung des Bauschmucks;
- Änderungen in den Proportionen der Fassade durch Eingriffe in die Fenstergestaltung;
- das Fehlen der Kuppel;
- Stützung der Ecktürme um vier Meter;
- durchgängige Blickachse durch den Plenarsaal vom Haupt- zum Ostportal;
- völlige Entstellung des einstigen Raumgefüges durch den Einbau von Zwischengeschossen und die Überbauung beziehungsweise Aufstockung um die beiden Innenhöfe.

Dem Architekten *Paul Baumgarten* sind aber überzeugende moderne Raumlösungen mit bemerkenswertem künstlerischem Schmuck gelungen.

Ende 1970 Der neue Plenarsaal wird – provisorisch ausgebaut und bestuhlt – zusammen mit der darunterliegenden neuen Verteilerhalle fertiggestellt. Durch den Verzicht auf einen neuen Kuppelaufbau und durch konstruktive Änderungen (Fortfall von Stützpfelern) konnte der Plenarsaal um mehr als das Doppelte vergrößert werden und umfaßt jetzt 1 400 m². Insgesamt bietet das erneuerte Reichstagsgebäude ca. 5 000 m² mehr an Nutzfläche als der alte Bau. Die Nutzfläche umfaßt jetzt ca. 48 000 m² und ca. 400 000 m³ umbauten Raum; im einzelnen:

- Plenarsaal mit insgesamt 2 308 Plätzen (einschließlich Galerien);
- 21 Sitzungssäle mit insgesamt 1 711 Plätzen;
- 186 Büroräume verschiedener Größe für Präsidiumsmitglieder, Ausschüsse, Fraktionen und Verwaltung;
- diverse Empfangs-, Aufenthalts- und Gastronomieräume sowie Hallen und Flure.

Die Baukosten summieren sich auf ca. 110 Millionen DM, 15 Millionen DM weniger als vorausberechnet.

13. November 1972 500 000 Bücher aus einer vom Sturm zerfetzten provisorischen Halle neben dem Neubau der Staatsbibliothek werden vorübergehend im Reichstagsgebäude gelagert.

1. Juni 1973 Nach der endgültigen Fertigstellung der Inneneinrichtung wird das Reichstagsgebäude offiziell an die Bundestagsverwaltung übergeben. Hausherrin ist jetzt Bundestagspräsidentin *Annemarie Renger*.

Hinweis

An diese Chronik schließt der folgende Abschnitt 21.6 an: Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands.



Der Sitzungssaal im wiederaufgebauten Reichstagsgebäude

Foto: Bundestag

Nutzung des Reichstagsgebäudes bis 1990

Angesichts der allgemeinen Ratlosigkeit über die Zweckbestimmung des wiederaufgebauten Reichstagsgebäudes befand der damalige Berliner Regierende Bürgermeister *Klaus Schütz* 1969, daß „bei ganz ehrlicher Einschätzung unserer Lage ein leerstehender Reichstag den wirklichen Zustand der deutschen Nation am richtigsten wiedergibt“.

„Leer“ blieb das Reichstagsgebäude dann aber doch nicht. Der Bundestag – ebenso der Bundesrat – konnten bis Oktober 1990 entsprechend den Festlegungen des Viermächteabkommens vom 3. September 1971 mit der Plenarversammlung in Berlin zwar nicht mehr präsent sein, aber einzelne Ausschüsse sowie die Fraktionen – jedoch nicht gleichzeitig – durften in Berlin tagen.

Diese Tagungen fanden überwiegend im Reichstagsgebäude statt, das auch der Sitz der Verwaltung des Deutschen Bundestages in Berlin wurde. Ein- bis zweimal im Jahr kamen die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP im Reichstagsgebäude zusammen; zahlreicher waren die Sitzungen von Ausschüssen, Arbeitskreisen und -gruppen. Für die Fraktionen des Bundestages waren eigene Büro-

Hinweise

Eine Statistik über die Zahl der Besucher des Reichstagsgebäudes enthält Abschnitt 23.1.

Die Präsenz des Bundestages in Berlin ist in Abschnitt 7.2 behandelt.

raumsuiten reserviert, die überwiegend von den Berliner Abgeordneten genutzt wurden. Auch Bundsratsausschüsse tagten regelmäßig im historischen Gebäude.

In den zwei Jahrzehnten bis 1989 fanden in wachsender Zahl Konferenzen von Fachministern des Bundes und der Länder, Tagungen verschiedenster Gremien aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur statt; auch Fraktionen aus Landtagen und Kommunalparlamenten versammelten sich im Reichstagsgebäude. Hinzu kamen Gremien europäischer und internationaler Organisationen bis hin zum Präsidium des Europäischen Parlaments und zum Europäischen Gerichtshof.

Die Zahl der jährlichen Veranstaltungen stieg in den 70er Jahren von etwa 100 auf 300 und bewegte sich bis 1990 zwischen 300 und 400. Am meisten trug die am 21. März 1971 eröffnete, 1974 wesentlich erweiterte und auf Dauer etablierte Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ dazu bei, das Haus mit Leben zu erfüllen. Mehr als 500 000 Besucher jährlich zählte die im Westflügel des Gebäudes untergebrachte historische Ausstellung. Darüber hinaus wurden etwa 150 000 Personen im Jahr im Rahmen des Besucherdienstes als Gruppen durch die parlamentarischen Trakte des Gebäudes geführt.

Von dem Gedanken, den Plenarsaal demonstrativ leerstehen zu lassen, rückte man erstmals 1974 ab, indem man hier eine Feierstunde zur 30. Wiederkehr des Attentats auf *Adolf Hitler* am 20. Juli 1944 abhielt.

In den folgenden Jahren gab der Plenarsaal immer wieder den Rahmen für Jubiläen, Gedenkstunden und Jahrestage ab. So wurden hier im Dezember 1975 der 100. Geburtstag des früheren Reichstagspräsidenten *Paul Löbe* und im Oktober 1979 der 50. Todestag des früheren Reichsaußenministers *Gustav Stresemann* begangen; man erinnerte an den 100. Jahrestag der Kaiserlichen Botschaft, mit der *Wilhelm I.* am 17. November 1881 die Einrichtung einer Sozialversicherung für Arbeitnehmer angekündigt hatte; die Historische Kommission zu Berlin veranstaltete gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte und der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen im Januar 1983 einen Historikerkongreß zum 50. Jahrestag der Ernennung *Hitlers* zum Reichskanzler; 1987 war das Reichstagsgebäude mit seinem Plenarsaal Ort für mehrere Festveranstaltungen im Rahmen der 750-Jahrfeier der Stadt Berlin.

Unterdessen hatten Politiker, Stadtplaner und Architekten eine Diskussion über eine behutsame Stadterneuerung in Gang gebracht. Für das Reichstagsgebäude gab es Pläne für eine historisierende Restaurierung von Fassade und Innerem, aber solche Gedanken wurden Ende der 80er Jahre gegenstandslos, als die DDR und der gesamte Ostblock ins Wanken gerieten.

Für das Reichstagsgebäude schienen sich völlig neue Perspektiven als Forum von Ost-West-Begegnungen zu ergeben: Im August 1989 nahmen sowjetische, osteuropäische und DDR-Historiker an einer Konferenz zum 50. Jahrestag der Entfesselung des 2. Weltkrieges teil. Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 begann auch für das traditionsreiche Parlamentsgebäude eine neue Epoche: Es rückte wieder ins Zentrum der deutschen Hauptstadt.

Hinweis

Im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes von Bonn nach Berlin sind folgende Abschnitte im vorliegenden *Datenhandbuch* von Interesse:

- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 8.1 Tagungsstätte der Plenarsitzungen
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

31. August 1990 Unterzeichnung des Einigungsvertrages durch Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Günther Krause*.
In dem vom Bundestag am 20. September 1990 ratifizierten Vertrag ist festgelegt, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist und daß die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden wird.
Schon vor dieser Entscheidung des Bundestages, die am 20. Juni 1991 knapp zugunsten von Berlin ausfällt, werden einige vorsorgliche Schritte für den Fall der Nutzung des Reichstagsgebäudes eingeleitet.
25. September 1990 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* bittet den Bundesminister der Finanzen, in der Nähe des Reichstagsgebäudes verfügbare Bürogebäude und Grundstücke vorrangig für den Deutschen Bundestag vorzumerken.
10. Oktober 1990 Auch der Haushaltsausschuß des Bundestages bittet die Bundesregierung, bis zu einer Entscheidung des gesamtdeutschen Parlaments zur Frage des Parlaments- und Regierungssitzes dafür Sorge zu tragen, daß in der Nähe des Reichstages gelegene Gebäude der Ministerien und sonstiger öffentlicher Einrichtungen der ehemaligen DDR dem Deutschen Bundestag bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden können.
- Februar/März 1991 Vorlage einer Untersuchung der Bundesbauverwaltung „Unterbringungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages in Berlin“ in Zusammenarbeit mit der Bundestagsverwaltung, der Bundesfinanzverwaltung und einem Berliner Architektenbüro.
Ausgangspunkt der Untersuchung sind die vorhandenen Liegenschaften des Bundes in Berlin, insbesondere die Regierungsgebäude der ehemaligen DDR in Berlin-Mitte. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme sind diese Liegenschaften erfaßt und auf ihre Eignung für die Unterbringung des Bundestages überprüft worden.
Die Untersuchung geht – entsprechend den Ermittlungen der Bundestagsverwaltung – von einem Gesamtraumbedarf des Bundestages von rund 188 000 m² Hauptnutzfläche aus, wovon im Reichstagsgebäude selbst 17 000 m² gedeckt werden können. (Zu den Untersuchungsergebnissen im einzelnen siehe Abschnitt 7.8).
21. März 1991 Der Ältestenrat des Bundestages beschließt, die Bundesregierung zu bitten,
– außer dem Reichstagspräsidentenpalais auch das Gebäude der Kammer der Technik in Berlin zur Nutzung für den Deutschen Bundestag zu erwerben,
– so viele Gebäude und Grundstücke wie möglich östlich des Reichstagsgebäudes zwischen der Spree, der Otto-Grotewohl-Straße und dem Pariser Platz für den Deutschen Bundestag zu sichern bzw. zu erwerben,
– die beiden Gebäudekomplexe der ehemaligen Ministerien für Volksbildung sowie Außenhandel an der Straße „Unter den Linden“ dem Deutschen Bundestag sobald wie möglich zur Nutzung zur Verfügung zu stellen und herzurichten.

20. Juni 1991 Der Bundestag beschließt mit 338 gegen 320 Stimmen: „Sitz des Deutschen Bundestages ist Berlin.“ (Der volle Wortlaut des Beschlusses ist unter Abschnitt 7.8 abgedruckt.)

Unmittelbar nach dem Beschluß erörtern das Bundestagspräsidium (am 25. Juni), Präsidiumsmitglieder, Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktionen und die Berichterstatter des Bundestags-Haushalts (am 27. Juni) sowie die Bundestagspräsidentin gemeinsam mit den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen (am 10. Juli) die Umsetzung des Beschlusses. Die Erörterungen führen u. a. zu folgenden Überlegungen:

Das Reichstagsgebäude wird als Mittelpunkt des Parlamentssitzes Berlin mit einer zentralen Nutzung durch das Plenum des Deutschen Bundestages eingeordnet. Während Fragen der sonstigen Nutzung und Umgestaltung des Gebäudes zurückgestellt werden, gilt die kreisförmige Gestaltung des Plenarsaals als unbestritten, wie sie als Ergebnis der Beratungen zur Parlamentsreform im neuen Bonner Plenarsaal verwirklicht wird. Von den Hauptvarianten der vollständigen Unterbringung in Altbauten einerseits und der überwiegenden Unterbringung in Neubauten im inneren Spreebogen, ggf. auch jenseits der Spree sowie im Gelände östlich des Reichstags und nördlich des Pariser Platzes andererseits, die in der Untersuchung der Bundesbauverwaltung aufgezeigt sind, neigt man der Neubauten-Lösung zu. Beweggründe für diese Tendenz sind der Wunsch, anders als in Bonn provisorische Unterbringungsmaßnahmen mit vielfach unzureichenden und verstreut liegenden Büroräumen zu vermeiden und statt dessen eine dauerhafte, zunächst arbeits- und danach voll funktionsfähige Lösung eines „Parlaments der kurzen Wege“ auf den eigens dazu freigehaltenen Flächen im Spreebogen zu sichern. Der Umzug könne stattfinden, sobald – unterhalb der Ebene voller Funktionsfähigkeit – die Arbeitsfähigkeit hergestellt sei.

25. September 1991 Der Ältestenrat entscheidet nach ausführlicher Erörterung in Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl* u. a.:

- Das Reichstagspräsidentenpalais soll gekauft und hergerichtet werden.
- Die Gebäude der ehemaligen Ministerien für Außenhandel und Volksbildung einschließlich der ehemaligen Akademie der Pädagogischen Wissenschaften sollen von Grund auf saniert werden.

Der Ältestenrat entscheidet ferner, daß in Berlin ein „Parlament der kurzen Wege“ entstehen müsse. Es besteht mit dem Bundeskanzler Übereinstimmung, daß der Neuanfang in Berlin konzeptionell dazu genutzt werden müsse, unter Vermeidung erneuter Provisorien dauerhafte und zugleich funktionale Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Der Bundeskanzler erläutert seine Überlegungen, daß das künftige Bundeskanzleramt in Fußgängerentfernung zum Parlamentsgebäude liegen müsse.

30. Oktober 1991 Der Ältestenrat entscheidet aufgrund von Beschlußfassungen der Fraktionen, daß das Reichstagsgebäude auf Dauer für die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages genutzt und daß mit entsprechend ausgelegten Planungen begonnen werden solle.

Vorausgegangen waren, ohne letztlich Zustimmung zu finden, Erörterungen, ob andere Standorte in Berlin für den Sitz des Deutschen Bundestages geprüft oder ob ein Plenarsaalneubau bei anderweitiger Nutzung des Reichstagsgebäudes offengehalten werden solle.

8. November 1991 Unter Leitung von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* besichtigt eine Delegation des Bundestages Gebäude in Berlin, die für eine künftige

Unterbringung von Büros des Bundestages in Betracht gezogen werden. Dabei handelt es sich um die Gebäude, in denen früher die Generalstaatsanwaltschaft, das Justizministerium, das Kulturministerium, das Ministerium für Außenhandel, das Ministerium für Volksbildung, das Innenministerium und das ehemalige Ministerium für Medienpolitik untergebracht waren.

29. November 1991 Der Bundestag bewilligt auf Empfehlung des Haushaltsausschusses und aufgrund der Beschlüsse des Ältestenrates im Haushalt 1992
- für den Grundstückserwerb für Zwecke des Bundes in Berlin,
 - für die Grundsanierung der ehemaligen Ministerien Außenhandel und Volksbildung,
 - zur Grundsanierung der Ersatzliegenschaften für die Außenstelle des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft,
 - für den städtebaulichen Ideenwettbewerb für das engere Parlamentsviertel in Berlin und
 - für den Bauwettbewerb zum Umbau des Reichstages
- an Baransätzen insgesamt rd. 280 Mio. DM und an Verpflichtungsermächtigungen rd. 245 Mio. DM. Hinzu kommen Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn mit einem Baransatz von 81 Mio. DM und Verpflichtungsermächtigungen für die späteren Haushaltsjahre von 131,5 Mio. DM.
7. Dezember 1991 Der Berliner Senat legt umfassende Pläne vor, nach denen das Zentrum Berlins für die Ansiedlung von Bundesregierung und Bundestag umgestaltet werden soll. Das Senatskonzept enthält vor allem Vorschläge zur Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs sowie zur gesamten Verkehrsführung im Bereich des künftigen Regierungsviertels am Spreebogen. Geplant sind mehrere neue U- und S-Bahnstrecken, die teilweise durch neu anzulegende Tunnel fahren sollen. Auf der Basis dieses Senatskonzepts soll im Frühjahr 1992 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb gestartet werden.
11. Dezember 1991 Die Konzeptkommission des Ältestenrates legt ihren ersten Zwischenbericht vor. Darin heißt es u. a.: „Die beschlossene dauerhafte Nutzung des Reichstagsgebäudes als Plenargebäude ist Grundlage für die Auslobung eines Realisierungswettbewerbes, der, wenn möglich, parallel zum städtebaulichen Ideenwettbewerb durchgeführt werden soll.“ Das bedeutet: Das Reichstagsgebäude wird zum Sitz des Deutschen Bundestages umgebaut. Dabei soll das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, daß den funktionalen, räumlichen und gestalterischen Anforderungen an ein modernes Arbeitsparlament Rechnung getragen wird.
22. Januar 1992 Der Ältestenrat des Bundestages erörtert in Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl* den Umzug nach Berlin.
- Dabei wird deutlich gemacht, daß die Arbeitsfähigkeit des Bundestages als hergestellt gilt, wenn ausreichend Büroraum für Abgeordnete und Mitarbeiter vorhanden ist. Dazu gehöre auch, daß der Reichstag voll funktionsfähig hergerichtet wird. Der Ältestenrat vermutet, daß die von ihm aufgestellten Bedingungen nicht vor der Bundestagswahl 1998 zu erfüllen sind. Der Ältestenrat spricht sich ferner dafür aus, daß der Bundestag zum selben Zeitpunkt wie die Bundesregierung nach Berlin umzieht.

24. Januar 1992 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* erörtert in Berlin zusammen mit der Baukommission des Ältestenrates die künftige Nutzung des Reichstagsgebäudes. Nach einer Besichtigung stellt sie fest, daß dort für die Fraktionen kein Platz vorhanden sein wird.
- Der Vorsitzende der Baukommission, *Dietmar Kansy* (CDU/CSU), erläutert, daß voraussichtlich 200 000 m² Fläche für den Bundestag und seine Verwaltung benötigt würden. Im Reichstag selbst stünden nur 17 000 m² zur Verfügung. Baukommission und Bundestagspräsidentin befürworten eine Auslobung für einen Ideenwettbewerb für die Gestaltung des Areals um das Reichstagsgebäude.
- Über den Zeitpunkt des Umzugs gebe es nur Schätzungen. Die Bundestagspräsidentin hebt hervor, daß die Zielvorgaben mit den Realitäten konfrontiert werden müßten. Baukommission und Präsidentin halten die im Umzugsbeschluß genannte Vier-Jahres-Frist für unrealistisch.
- 14./15. Februar 1992 Im Reichstagsgebäude findet ein Kolloquium statt, das die künftige Nutzung des Gebäudes und die Modernisierungen und Umbauten zum Inhalt hat, die erforderlich sind, um aus dem Wallot-Bau die Heimstätte für ein arbeitsintensives Parlament unserer Zeit zu machen.
- An dem Kolloquium, das als Auftaktveranstaltung zu dem Ideenwettbewerb über die bestmögliche Gestaltung der Parlaments- und Regierungsbauten in Berlin, der im Frühjahr ausgeschrieben werden soll, gilt, nehmen 300 Experten aus Politik, Verwaltung und Architektur teil. Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* hebt die einmalige Chance hervor, die darin bestehe, „ein Parlaments- und Regierungsviertel nach unseren Vorstellungen zu bauen“. Die Diskussion dreht sich vor allem um die Frage, welcher Baustil unsere Demokratie am besten symbolisieren könne. Der Vorsitzende der Baukommission des Bundestages, *Dietmar Kansy*, legt die Betonung auf die Funktionalität und hebt hervor, daß Erweiterungsbauten notwendig seien, um für Abgeordnete, Fraktionen und Ausschüsse die notwendigen Arbeitsräume zu schaffen.
3. April 1992 Der Vorsitzende der Baukommission *Kansy* legt „erste grobe Kostenschätzungen“ für den Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin vor. Diese belaufen sich auf 13 Milliarden Mark, wobei für den Bundestag 3 Milliarden Mark veranschlagt sind. Außerdem teilt *Kansy* mit, Baukommission und Konzeptkommission des Bundestages hätten sich für einen „international offenen städtebaulichen Ideenwettbewerb“ zur Gestaltung des künftigen Parlamentsviertels in Berlin ausgesprochen.
29. April 1992 Der Haushaltsausschuß des Bundestages gibt zwei Millionen DM frei, damit ein Wettbewerb zum Umbau des Reichstagsgebäudes finanziert werden kann. Es soll ein bundesweit offener Wettbewerb mit internationalen Zuladungen durchgeführt werden. Das Ergebnis soll zusammen mit dem des städtebaulichen Wettbewerbs für den Spreebogen bis Ende des Jahres vorliegen.
21. Mai 1992 Die Baukommission des Bundestages verabschiedet das Konzept für den Architekturwettbewerb zur Umgestaltung des Reichstagsgebäudes. Die Entwürfe sollen den Anforderungen an ein modernes Arbeitsparlament Rechnung tragen. Der Umgang mit dem „Denkmal“ Reichstagsgebäude soll dabei nicht von „ängstlicher Vorsicht und engem Restaurierungsbemühen bestimmt“ sein. Außerdem müsse die Gestaltung des Gebäudes die

Vorstellungen über die städtebauliche Einbeziehung des Parlamentsbereichs in die weitere Entwicklung berücksichtigen. Der Wettbewerb läuft parallel zu den Planungen für das künftige Parlaments- und Regierungsviertel im Spreebogen.

12. Juni 1992 Der „Internationale städtebauliche Ideenwettbewerb Spreebogen“ wird offiziell ausgeschrieben.

„Für die Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages sollen im Bereich des Reichstagsgebäudes 185 000 m² Hauptnutzfläche (HNF) in Neubauten und im Reichstagsgebäude geschaffen werden. Weiterhin werden dort das Bundeskanzleramt mit 18 300 m² HNF, die Bundespressekonferenz mit 18 000 m² HNF, der Presseclub mit 1 200 m² HNF angesiedelt und vorsorglich ein Gebäude für den Bundesrat mit 25 000 m² HNF geplant. Das Wettbewerbsgebiet umfaßt den Bereich des Spreebogens und östlich des Reichstagsgebäudes die Bereiche nördlich und südlich der Clara-Zetkin-Straße.“

Auslober des Wettbewerbs sind: die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesbauministerium, und das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Der Wettbewerb ist weltweit offen, die Zahl der Teilnehmer nicht begrenzt.

17. Juni 1992 Der Ältestenrat des Bundestages legt den zweiten Zwischenbericht seiner Konzeptkommission zur Umsetzung des Umzugsbeschlusses des Bundestages vor. Darin wird u. a. ausgeführt, die Arbeitsfähigkeit des Bundestages in Berlin werde sich nach dem Status quo in Bonn bemessen. Danach benötigt der Bundestag mindestens 125 000 m² Nutzfläche, davon 80 000 in einer Entfernung bis zu 500 Metern vom Plenarsaal. Die volle Funktionsfähigkeit umfaßt eine Fläche von rund 185 000 m² zuzüglich einer Reservefläche von etwa 29 000 m².

Die Konzeptkommission fordert zur zügigen Bewältigung der Baumaßnahmen von Bundestag und Bundesregierung im Spreebogen in Berlin die Gründung einer Baugesellschaft im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland, die die grundgesetzlich vorgeschriebene haushaltsrechtliche Verantwortung des zuständigen Bundesministers gegenüber dem Deutschen Bundestag wahr und mit den Vorzügen einer privatrechtlichen Organisationsform verbindet.

19. Juni 1992 Ein bundesoffener Realisierungswettbewerb „Umbau Reichstagsgebäude zum Deutschen Bundestag“ wird offiziell ausgeschrieben:

„Nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hat der Deutsche Bundestag die Hauptstadt Berlin zu seinem Sitz bestimmt. Er hat entschieden, das Reichstagsgebäude auf Dauer für das Plenum des Deutschen Bundestages zu nutzen und es für diese Aufgabe umzugestalten. Das historische Bauwerk, das in den Jahrzehnten der deutschen Teilung gerade auch wegen seiner augenfälligen Lage direkt an der Mauer und dem Brandenburger Tor wie kein anderes Gebäude den Wunsch nach Einheit verkörpert hat, wird damit zum Mittelpunkt eines modernen, im wesentlichen neu zu errichtenden Parlamentsviertels im inneren und äußeren Spreebogen sowie in der Dorotheenstadt.

Die Umgestaltung des Reichstagsgebäudes erfordert, daß die funktionalen, räumlichen und gestalterischen Anforderungen eines modernen Arbeitsparlaments entsprechend berücksichtigt werden. Das angrenzende Reichstagspräsidentenpalais wird in die Wettbewerbsaufgaben mit einbezogen und ist als Amtswohnung der Bundestagspräsidentin und für repräsentative Aufgaben herzurichten. Die gestellte

Wettbewerbsaufgabe ist darauf gerichtet, daß der Deutsche Bundestag seinen Sitz in Berlin, nach der jahrzehntelangen Unterbringung in provisorischen Bauten in Bonn, von Anfang an auf Dauer anlegt.“

Auslober des Wettbewerbs ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesbauministerium, vertreten durch die Bundesbaudirektion. Außer Architekten, die ihren Wohn- und Geschäftssitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, werden 14 namhafte Architektenbüros aus dem Ausland zur Teilnahme eingeladen.

24. Juni 1992 Der Haushaltsausschuß des Bundestages beauftragt die Bundesregierung, mit dem Berliner Senat über die Unterbringung der Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt während der Umbauphase des Reichstagsgebäudes zu verhandeln. Im Dom stehen allerdings keine Räume zur Verfügung, in denen sich Bundestagsabgeordnete mit ihren Besuchergruppen treffen können. Der Ausschuß unterstützt daher die Bemühungen der Bundestagspräsidentin, beim Berliner Senat zu erreichen, daß Besuchergruppen in der Kongreßhalle betreut werden können.

11. Dezember 1992 Der Bundestag verabschiedet in 2. und 3. Lesung das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bundesbauverwaltung (Zuständigkeitsanpassungsgesetz).

Abweichend von der Regelung, daß für Bauangelegenheiten der Verfassungsorgane des Bundes und der Obersten Bundesbehörden die dem Bundesbauministerium nachgeordnete Bundesbaudirektion zuständig ist, werden Bundestag und Bundesregierung ermächtigt, Bauangelegenheiten der Verfassungsorgane des Bundes und der Obersten Bundesbehörden in Berlin im Einvernehmen mit dem jeweils betroffenen Verfassungsorgan einer Gesellschaft des privaten Rechts zu übertragen. Eine solche Baugesellschaft privaten Rechts soll die Bauvorhaben von Parlament und Regierung im Spreebogen in Berlin zügig vorantreiben. Nach Auffassung des Vorsitzenden der Baukommission des Bundestages, *Dietmar Kansy*, kann nun „eine schlagkräftige Leitungsgruppe“ gebildet werden, um die Planung für die Bauten an der Spree schnell in Angriff zu nehmen. Die Mitglieder von Konzept- und Baukommission sind der Überzeugung, daß auch wirtschaftliche Überlegungen für die Gründung einer privatrechtlich organisierten Baugesellschaft des Bundes sprechen.

7. Januar 1993 In Berlin Mitte beginnen die Bauarbeiten für den Umzug von Parlament und Regierung. Am früheren DDR-Volksbildungsministerium, das demnächst Abgeordnetenbüros beherbergen soll und zu diesem Zweck umgebaut wird, präsentiert sich der Bundestag mit einem Hinweisschild erstmals als Bauherr in Berlin. In dem fünfgeschossigen Bau an der Straße Unter den Linden sollen innerhalb von zwei Jahren für 50 Millionen DM 184 Abgeordnetenbüros sowie Besprechungsräume und Zimmer für den Schreibdienst geschaffen werden.

19. Februar 1993 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Berlins Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, *Volker Hassemer*, geben die Preisträger der Wettbewerbe für das Parlaments- und Regierungsviertel im Spreebogen und die Umgestaltung des Reichstagsgebäudes bekannt. Aus dem Wettbe-



Das siegreiche Modell im Spreebogenwettbewerb von *Axel Schultes*

Foto: Bundestag

werb um die Gestaltung des neuen Regierungsviertels im Spreebogen gehen der Berliner Architekt *Axel Schultes* und seine Mitarbeiterin *Charlotte Frank* als Sieger hervor. Mit 835 Teilnehmern aus 44 Staaten war es international der bisher größte Wettbewerb überhaupt.

Schultes schlägt für das neue Regierungsviertel nördlich des Reichstages ein straffes und prägnantes Konzept vor: Ein breites, durch Mauern und Gebäudekanten klar definiertes Band zieht sich in Ost-West-Richtung und greift über den Spreebogen hinaus. Auf der Mitte des Bandes, vom Architekten „Schnalle“ genannt, liegt das Bundesforum, ein offener Platz mit U- und S-Bahnanschluß, Cafés, Restaurants, Presseamt und der Parlamentarischen Gesellschaft. Im Westen schließt das Kanzleramt an. Östlich befinden sich die Gebäude der Fraktionen und Ausschüsse und die Bundestagsverwaltung mit den „Spreeterrassen“ der Abgeordneten. Auf dem gegenüberliegenden Ufer werden weitere Bürobauten Platz finden. Mit der großen verbundenen Geste von Ost nach West und dem zentralen öffentlichen Platz steht der Entwurf nach Meinung der Jury mit großer Symbolkraft für die Einheit Deutschlands.

Im Falle des Reichstagsgebäudes ist die Entscheidung des Preisgerichts nicht eindeutig ausgefallen. Gewonnen haben drei der eingeladenen ausländischen Architekturbüros, deren Arbeiten zu einer ersten Preisgruppe zusammengefaßt und mit je 120 000 DM prämiert werden. Die Preisträger sind: der Brite *Sir Norman Foster*, der Spanier *Santiago Calatrava* und der Holländer *Pi de Bruijn*.

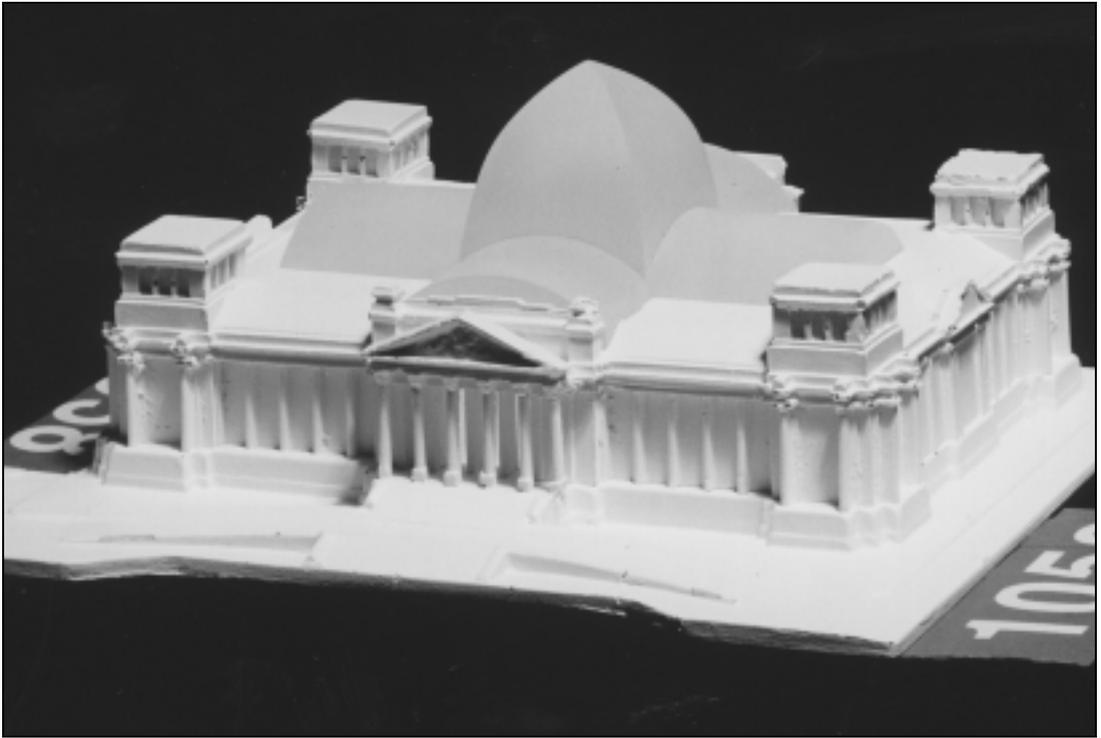
Vgl. die Modellfotos auf den folgenden Seiten.

Modellfoto vom Entwurf *Foster*

Foto: Bundestag

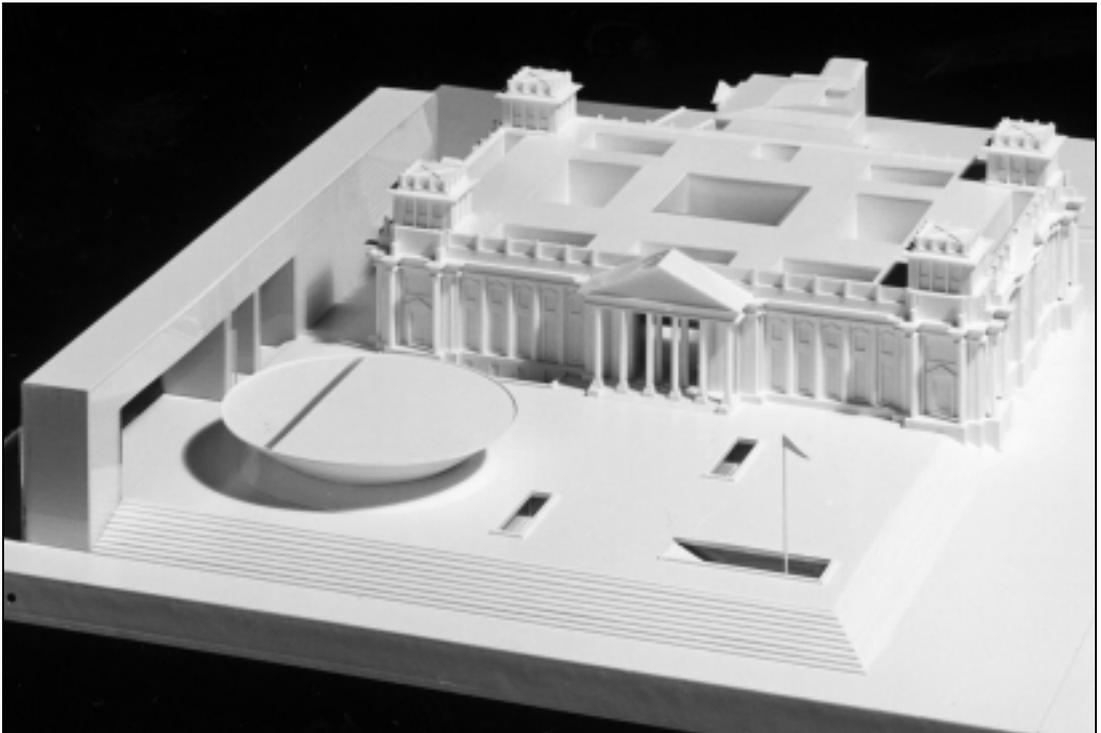
Foster will das Reichstagsgebäude in 50 Meter Höhe mit einem transparenten Dach überbauen, das auf 25 schlanken Stahlsäulen ruht. Das Äußere des nun untergestellten „Gebäudes“ wird bewahrt, das Innere hingegen völlig entkernt. Hier sieht *Foster* einen großen öffentlichen Platz vor, unter dem mittig der kreisrunde Plenarsaal liegt, der vom Platz über eine ebenfalls kreisrunde Öffnung eingesehen werden kann. Abgetrennt von den Fassaden sind die nach innen ausgerichteten Büroräume um den rechteckigen Platz angeordnet. Von allen Räumen und Umgängen aus ist das zentrale Atrium einsehbar. Um den Reichstag herum wird ein Sockel gebildet. Vom Platz der Republik begibt sich der Besucher über eine breite begrünte Rampe auf die höhere Ebene. Die große, teilweise vom neuen Dach überdeckte Plattform bietet sich als Forum für Veranstaltungen an. Eine weitere öffentliche Fläche sieht *Foster* auf der Ebene des bestehenden Dachs des Reichstagsgebäudes vor. Hier soll man durch verglaste Arkaden wandern und Ausblicke auf die Stadt und nach innen ins Atrium genießen können. *Foster* stellt für seinen Entwurf auch ein detailliertes Energiekonzept vor. Die biodynamische Raumklimatisierung benutzt das Schichtensystem des alten und neuen Gebäudes. *Fosters* Entwurf signalisiert nach Meinung der Jury „die Wiedergeburt eines neuen Deutschlands inmitten eines neuen Europas“.

Santiago Calatrava will versuchen, dem Reichstagsgebäude wieder die städtebauliche Wirkung wie zur Zeit des Erbauers *Paul Wallot* zu geben und hat sich für den Wiederaufbau der Kuppel entschieden. Das Gebäude wird innen ebenfalls ausgekernt. Unter der Kuppel liegt zentral der runde Plenarsaal. Die Kuppel und die sich seitlich davon befindenden vier Tonnen-Segment-Gewölbe der über alle Geschosse reichenden Erschließungshallen sind aufgelöst in eine filigrane, streng geometrische Stahlstruktur, die vollständig verglast ist. Sie erinnert an gewaltige Eisenkonstruktionen des 19. Jahrhunderts. Die Parlamentarier- und Besucherbereiche sind klar getrennt. Auf der Ebene des zweiten Obergeschosses wird unter der Glasstruktur ein großes öffentliches Forum geschaffen. Inmitten dieses Raums erlaubt eine kreisrunde Öffnung die räumliche Verbindung des Plenarsaals mit der hoch oben liegenden Lichtkuppel.



Modellfoto vom Entwurf *Calatrava*

Foto: Bundesbaudirektion Berlin/Weiße



Modellfoto vom Entwurf *de Bruijn*

Foto: Bundesbaudirektion Berlin/Weiße

Pi de Bruijn sieht in seinem Entwurf die Verlagerung des Plenarsaals aus dem alten Gebäude in einen daneben zu erstellenden Neubau vor. Er schlägt vor, das Reichstagsgebäude, ein vorgelagertes Sockelgeschoß, den neuen Plenarsaal und einen Präsidialflügel als Einzelgebäude und auch als neue bauliche Komposition zu begreifen. Die Eingriffe im Reichstagsgebäude selber halten sich in Grenzen. Die Strukturen von *Paul Wallot* und *Paul Baumgarten* finden Berücksichtigung. Anstelle der ehemaligen Kuppel bietet *de Bruijn* einen offenen Lichthof an. Das Sockelgeschoß ermöglicht eine unterirdische Erschließung aller Gebäudeteile und bietet Raum für Ausstellungen.

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* stellt bei der Präsentation der preisgekrönten Entwürfe u. a. fest: „Es ist wichtig, auch in einer Zeit, in der unentwegt über Kosten diskutiert wird, daß wir gute und beste Planung für Regierungs- und Parlamentsviertel in Berlin machen, auch im Rahmen gerade einer guten Hauptstadtplanung.“ Für Berlin sei das Beste gerade gut genug. Beim Umbau des Reichstagsgebäudes zum modernen Arbeitsparlament gehe es darum, „zugleich Bewahrendes und Veränderndes miteinander zu verknüpfen“. Über das weitere Vorgehen solle bis zur Sommerpause entschieden werden. Das Preisgericht gehe davon aus, daß mit den Preisträgern über die Überarbeitung ihrer Entwürfe gesprochen werden müsse.

12./13. März 1993

Im Reichstagsgebäude findet das zweite Kolloquium Deutscher Bundestag statt. Es werden die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs Spreebogen und des Realisierungswettbewerbs zum Umbau des Reichstagsgebäudes diskutiert. Bei der Eröffnung betont Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, das neu entstandene Gesamtdeutschland müsse sich „angemessen, also ohne Großspurigkeit, aber selbstbewußt in der architektonischen Ausformung seines Parlamentsgebäudes“ darstellen. Bemühungen um den baulichen Ausdruck des neuen Parlamentsgebäudes in Berlin dürften nicht von ängstlichem Restaurierungsbemühen, sondern müßten vom Mut zur Selbstdarstellung bestimmt sein. Die Parallelität der beiden Wettbewerbe zwingt den Bundestag, die Architekturentwicklung für das Reichstagsgebäude mit dem städtebaulichen Konzept in Einklang zu bringen. Der Umbau des Reichstagsgebäudes dürfe nicht nur als Sanierung begriffen werden. Es gehe nicht um eine museale, sondern um eine kreative Bewältigung dieser Aufgabe, da sich der Bundestag mit seinem Entschluß, seinen Sitz in dem traditionsreichen Haus zu nehmen, zur deutschen Geschichte bekenne.

An dem Kolloquium nehmen mehr als 500 Politiker und Architekten teil.

19. März 1993

In einem Gespräch mit der Tageszeitung „Die Welt“ sagt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, alle drei preisgekrönten Entwürfe für die Umgestaltung des Reichstagsgebäudes müßten überarbeitet werden. Stärker als in den Entwürfen geschehen, müsse auf das alte Reichstagsgebäude Rücksicht genommen werden, und es seien auch die Wünsche des Parlaments besser zu berücksichtigen. Weil die Abgeordneten mehr Intimität wollten, solle der Plenarsaal kleiner werden. Es frage sich auch, ob die Plätze der Abgeordneten wieder im Kreis angeordnet werden sollten wie in Bonn.

22. März 1993

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* eröffnet in der Lobby des Plenarsaales im Bonner Bundeshaus eine Ausstellung, in der die preisgekrönten Arbeiten des Realisierungswettbewerbs zum Reichstagsumbau und des städtebaulichen Ideenwettbewerbs „Spreebogen“ gezeigt werden. „Wir

sind völlig im Zeitplan“, versichert die Bundestagspräsidentin im Hinblick auf die Verlagerung der Tätigkeit von Parlament und Regierung nach Berlin.

In der Ausstellung ist auch ein Modell des Projektes „Verhüllter Reichstag“ des Künstlerpaares *Christo* und *Jeanne-Claude* zu sehen, für dessen Realisierung die Bundestagspräsidentin eintritt und das auch die Preisgerichte der beiden Berlinwettbewerbe befürworten (siehe auch den folgenden Abschnitt 21.7).

29. April 1993 Die Konzept- und die Baukommission des Bundestages wünschen den Umbau des Reichstagsgebäudes in einer „kleineren Fassung“. Der Plenarsaal soll an der alten Stelle im Reichstagsgebäude bleiben und kleiner werden als der neue Bonner Sitzungssaal. Die drei Preisträger werden um Überarbeitung ihrer Entwürfe gebeten, wobei ihnen ein Kostenplaner zur Seite stehen soll.
16. Juni 1993 Im Anschluß an eine Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Berliner Reichstagsgebäude teilt dessen Vorsitzender *Werner Dörflinger* (CSU/CSU) mit, der Bundestag benötige nur die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Neubaufäche in Berlin. Der Vorsitzende der Baukommission des Bundestages, *Dietmar Kansy* (CDU/CSU), ergänzt, ursprünglich seien 85 000 m² Neubaufäche vorgesehen gewesen. Wegen des reichlichen Umfangs vorhandener Gebäude zwischen Reichstag und Friedrichstraße würden aber nur 40 000 m² benötigt. Bei zügiger Sanierung der Bauten sei der Umzug bis 1998 zu schaffen. Nach *Kansy* wäre es „der größte Wahnsinn, wenn in Deutschland auf lange Zeit ohne Planungsziel zwei komplette Parlaments- und Regierungssitze unterhalten würden“.
21. Juni 1993 Die Konzept- und die Baukommission empfehlen dem Ältestenrat des Bundestages, den britischen Architekten *Norman Foster* zu beauftragen, auf der Grundlage seines überarbeiteten Wettbewerbsvorschlages für den Reichstagsumbau weiter zu planen. Von seinem ursprünglichen Gedanken eines riesigen Freidaches über dem Wallot-Bau ist *Foster* inzwischen abgerückt. Außen erscheint das Neorenaissancegebäude jetzt in seinen Plänen unverändert. Innen bietet es 17 000 m² Fläche.
1. Juli 1993 Der Ältestenrat des Bundestages entscheidet sich für *Norman Fosters* Konzept zum Umbau des Reichstagsgebäudes und beauftragt den Architekten, seinen Wettbewerbsvorschlag weiter zu entwickeln.
10. September 1993 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Bundesbauministerin *Irmgard Schwaetzer* unterzeichnen im Reichstagsgebäude den Gesellschaftsvertrag zur Gründung der Bundesbaugesellschaft Berlin, deren einziger Gesellschafter die Bundesrepublik Deutschland ist, vertreten durch den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung. Entsprechend dem im Dezember 1992 geänderten Gesetz über die Bundesbauverwaltung sind Bauvorhaben der Verfassungsorgane des Bundes und der obersten Bundesbehörden im Spreebogen dieser Gesellschaft privaten Rechts zu übertragen. In ihre Zuständigkeit fallen der Umbau des Reichstagsgebäudes, die Neubauten von Bundeskanzler- und Bundespresseamt sowie die geplanten Gebäude für die Bundestagsverwaltung.

21. Oktober 1993 Die Bundesregierung beantwortet eine Kleine Anfrage, in der 82 Abgeordnete aller Fraktionen am 30. September nach der Planung für die Unterbringung von Bundestag und Bundesregierung in Berlin sowie nach den damit verbundenen Kosten und der Finanzierung gefragt hatten. Bezüglich der Unterbringung des Bundestages stellt das Bundesinnenministerium namens der Bundesregierung fest:
- „Nach der Beschlußlage des Ältestenrates des Deutschen Bundestages sind für die dauerhafte Unterbringung des Deutschen Bundestages in Berlin das Reichstagsgebäude, das Reichstagspräsidentenpalais, das Gebäude der ehemaligen Generalstaatsanwaltschaft sowie die Liegenschaften Unter den Linden 44–60 (ehemaliges Außenhandelsministerium), Unter den Linden 69–73 (ehemaliges Volksbildungsministerium) und Wilhelmstraße 60 (ehemalige Akademie der Pädagogischen Wissenschaften) vorgesehen.
- Der für die Erlangung der Arbeitsfähigkeit darüber hinaus noch fehlende Raumbedarf ist anderweitig nachzuweisen. Die Konzeptkommission und die Baukommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 1. Juli 1993 beschlossen, die Planungen für den Bereich östlich des Reichstagsgebäudes (Dorotheenblöcke) und im Spreebogen nördlich des Reichstagsgebäudes weiter zu konkretisieren mit dem Ziel, dort Neubauten zu errichten.“
18. November 1993 Die erste Baumaßnahme für den Bundestag in Berlin nimmt Gestalt an: Im Zuge des Umbaus des einstigen DDR-Volksbildungsministeriums zum Abgeordnetenbürohaus wird Richtfest gefeiert.
17. Dezember 1993 In Bonn findet die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates der Bundesaugesellschaft Berlin statt, die für die Parlaments- und Regierungsbauten im Berliner Spreebogen zuständig ist. Aufsichtsratsvorsitzender wird *Günther Klein* (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Düsseldorf), stellvertretender Vorsitzender *Berndt W. Rohrer* (Vorstandssprecher der Frankfurter Hypothekenbank).
13. Januar 1994 Die Baukommission des Bundestages berät über die Frage, ob das Reichstagsgebäude ohne Dachaufbau oder mit Kuppel nach oben abgeschlossen werden soll. Grundlage der Debatte ist eine Studie des Architekturbüros *Norman Foster*, in der die Wiederherstellung der historischen Kuppel untersucht und die sich daraus ergebenden Grundrißprobleme und Nachteile bei der natürlichen Belüftung des Plenarsaales dargelegt werden.
20. Januar 1994 Der Ältestenrat des Bundestages legt den dritten Zwischenbericht seiner Konzeptkommission zur Umsetzung des Umzugsbeschlusses des Bundestages vor. Die Kommission schlägt darin vor, daß der Bundestag „seine Arbeit in Berlin in der übernächsten (14.) Legislaturperiode möglichst früh, spätestens in der Sommerpause 2000, aufnehmen soll“. Dies setze u. a. voraus, „daß
- die Umgestaltung des Reichstagsgebäudes zum Deutschen Bundestag abgeschlossen ist,
 - die zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages noch benötigten Neubauten und Altbauten fertiggestellt sind“.
- Im Zusammenhang mit der Aufnahme der Arbeit des Parlaments in Berlin habe die Bundesregierung ihre Präsenz in Berlin zu gewährleisten. Die Konzeptkommission lehnt provisorische Lösungen, die zu Doppelinvestitionen und erschwerten Arbeitsbedingungen führen, ab.



Im Dezember 1994 Fertigstellung des Abgeordnetenbürohauses Unter den Linden 71
(zuvor: Ministerium für Volksbildung der DDR)

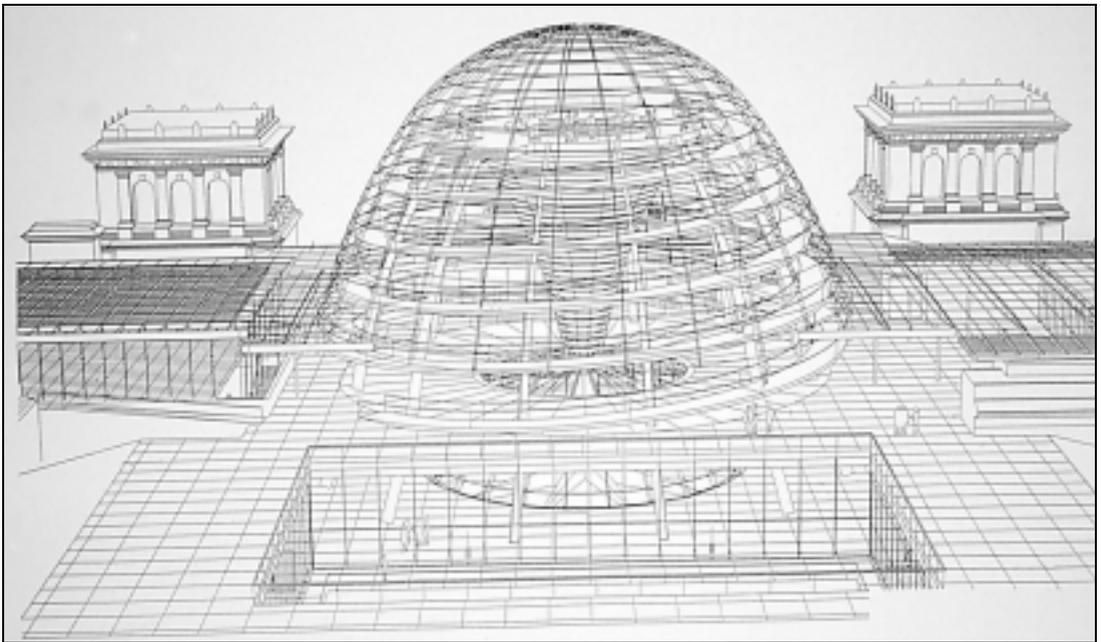
Foto: Bundestag

Für die Bauplanung des Bundestages bedeutet dies: Neben Neubauten im Dorotheenviertel östlich des Reichstags kann auf weitere Neubauten im Bereich nördlich des Reichstags innerhalb des Spreebogens nicht verzichtet werden. Für die angestrebte Fertigstellung der Parlamentsbauten sei erforderlich, daß die Bundesbaugesellschaft Berlin rechtzeitig volle Handlungsfähigkeit erlangt, keine unerwarteten Verzögerungen bei den Ausschreibungen oder bau- und planungsrechtliche Schwierigkeiten auftreten sowie der Grunderwerb bis zum Baubeginn abgeschlossen ist. Restitutionsansprüche sollen ausgeräumt werden. Ferner müssen Planung und Baumaßnahmen zum Teil parallel durchgeführt werden, ausreichende Baukapazitäten vorhanden sein, und terminsichernde Maßnahmen dürfen nicht ausgeschlossen werden. Nach einer Kostenschätzung der Bundesregierung werden für den Erwerb von Grund und Boden für Bauten des Bundestages Kosten in Höhe von 1,13 Milliarden DM anfallen. Der Umbau des Reichstagsgebäudes soll mit 605 Millionen DM, die Herrichtung weiterer Altbauten mit 490 Millionen DM und die Errichtung von neuen Gebäuden mit 1,85 Milliarden DM zu Buche schlagen. Insgesamt sind 4,1 Milliarden DM eingeplant.

25. Februar 1994 Das Reichstagsgebäude darf vor Beginn der Umbauarbeiten verhüllt werden. Der Bundestag stimmt dem Projekt „Verhüllter Reichstag“ des Künstlerpaares *Christo* und *Jeanne-Claude* zu.
3. März 1994 Der Ältestenrat des Bundestages beschließt, daß die Kosten für den Umbau des Reichstagsgebäudes wesentlich unter die ursprünglich veranschlagte Summe von 605 Millionen DM gesenkt werden sollen. Im Beschluß des Ältestenrates heißt es: „Der Bundestag bekräftigt, bei den

Bauten des Bundestages und der Bundesregierung äußerste Sparsamkeit walten zu lassen und eine Absenkung der Kosten aller Baumaßnahmen anzustreben.“ Deshalb soll das gesamte Raum- und Funktionsprogramm im Reichstagsgebäude einer erneuten Prüfung mit dem Ziel von Einsparungen unterworfen werden. Der Architekt *Norman Foster* soll auf der Basis der Sparmaßnahmen bald einen neuen Entwurf vorlegen.

10. März 1994 Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz).
- Ende März 1994 Die SPD-Fraktion fordert den Ältestenrat des Bundestages auf, „auf der Grundlage des Vorentwurfs für den Umbau des Reichstagsgebäudes *Norman Foster* den Auftrag für eine Entwurfsplanung zu erteilen. Die endgültige Entscheidung über die Gestaltung des Daches soll der Ältestenrat auf Vorschlag der Baukommission treffen.“
20. April 1994 Architekt *Norman Foster* übergibt dem Beirat der Bundesbaugesellschaft Berlin mehrere Alternativentwürfe für den Umbau und die Dachgestaltung des Reichstagsgebäudes. Diese abermalige Überarbeitung des Vorentwurfs war notwendig geworden, weil die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – anders als die SPD-Fraktion – dem Eintritt in die konkrete Bauplanung noch nicht zugestimmt hatte, da sie Einwände gegen *Fosters* bisherige Entwürfe hegte. Bedenken waren in der Fraktion gegen die beabsichtigte Raumaufteilung und die absehbaren Kosten in Höhe von 600 Millionen DM laut geworden. Außerdem war der Wunsch nach einer Kuppel wieder aufgetaucht. Vor allem der CSU-Politiker und frühere Bundesbauminister *Oscar Schneider* hatte unermüdlich für *Wallots* Kuppel gestritten und *Fosters* ursprünglichen Entwurf als „Tankstellenarchitektur“ verspottet. Die jetzt von *Foster* vorgelegten Umbau-Varianten gehen auf die Wünsche der Fraktion ein. Die Hoffnung auf eine preiswertere Lösung erfüllen sie allerdings nicht. Der anfangs von *Foster* genannte Betrag von 245 Millionen DM wird nicht mehr erwähnt; jetzt liegen die Beträge zwischen 570 und 650 Millionen DM.
28. April 1994 Die CDU/CSU-Fraktion korrigiert ihren erst zwei Tage alten Beschluß, die historische Kuppel auf dem Reichstagsgebäude wieder zu errichten.
- Die Fraktion billigt jetzt die von ihrem Vorsitzenden *Wolfgang Schäuble* getroffene Feststellung, das Dach des Reichstagsgebäudes solle so gestaltet werden, daß die Errichtung einer leichten Kuppel zu einem späteren Zeitpunkt möglich sei und daß die statischen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden müßten. Außerdem soll der Umbau nicht mehr als 600 Millionen DM kosten. Dieser Beschluß läuft darauf hinaus, die bisherige flache Dachform ohne Aufbauten einstweilen beizubehalten.
- Am selben Tag befaßt sich der Ältestenrat des Bundestages mit dem Reichstagsumbau, kann sich aber nicht auf eine Auftragsvergabe an *Foster* einigen. Statt dessen wird der Architekt von der Bundesbaugesellschaft Berlin aufgefordert, drei neue Vorschläge für die Dachgestaltung vorzulegen.
16. Juni 1994 Nach Meinung des mit dem Vorentwurf für den Umbau des Reichstagsgebäudes beauftragten Architekten *Norman Foster* zeichnet sich ab, daß die Baumaßnahmen nicht, wie angekündigt, 1998 abgeschlossen werden kön-



Modell der Kuppel für das Reichstagsgebäude

Zeichnung: Sir Norman Foster and Partners

nen. Grund dafür sei die immer noch ausstehende Entscheidung über die Dachkonstruktion, wodurch bereits eine Verzögerung von vier Monaten eingetreten sei. Auch ein Termin Ende März/Anfang April 1999 lasse sich nur einhalten, wenn die endgültige Auftragserteilung bis zum 1. Juli 1994 erfolge. *Foster* legt – wie gefordert – der Baukommission drei neue Vorschläge für die Dachgestaltung des Reichstagsgebäudes vor. Ein Entwurf sieht die Errichtung einer Kuppel vor; ein zweiter einen flachen Aufbau über das derzeitige Dachniveau hinaus; der dritte anstelle einer Kuppel einen gläsernen Zylinder als Teil des Belüftungssystems.

17. Juni 1994

Bundesbauministerin *Irmgard Schwaetzer* weist darauf hin, daß man wegen des Streits um die Wiedererrichtung der Kuppel auf dem Reichstagsgebäude voraussichtlich frühestens Anfang 1999 von Bonn nach Berlin umziehen könne.

In einem Brief an die Bundestagspräsidentin und an die Fraktionsvorsitzenden schreibt die Ministerin: „Gemäß der bisherigen Terminplanung hätte Anfang März mit der Entwurfsplanung begonnen werden müssen.“ Auch der Termin Anfang 1999 könne nur gehalten werden, „wenn es gelingt, kurzfristig klare Planungsvorgaben zu formulieren und die Entwurfsplanung bis zum 1. Juli 1994 zu beauftragen“.

28. Juni 1994

Zum dritten Mal innerhalb von zwei Monaten stimmt die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages über die künftige Dachkonstruktion des Reichstagsgebäudes ab. Sie spricht sich jetzt mit großer Mehrheit für eine moderne Version der alten Kuppel aus.

29. Juni 1994

Der Ältestenrat des Bundestages beschließt: Das Reichstagsgebäude soll wieder eine Kuppel bekommen. Entsprechend dem neuesten Entwurf des

Architekten *Norman Foster* entscheidet sich die Mehrheit im Ältestenrat für eine gläserne Kuppel. Für sie soll eine moderne Interpretation der historischen Form gefunden werden, die sich den Proportionen der historischen Architektur nach Möglichkeit annähert. Dieser Dachaufbau darf die Gesamtkosten für den Reichstagsumbau von 600 Millionen DM nicht erhöhen. Für diese Dachlösung hat sich besonders die FDP-Fraktion des Bundestages eingesetzt, weil damit nicht nur die alte Silhouette des Reichstagsgebäudes wieder hergestellt wird, sondern durch die Glaskonstruktion der Bundestag auch genügend Licht und Luft bekommt.

27. Oktober 1994

Nach Meinung *Dieter Kansys*, des Vorsitzenden der Bundestagsbaukommission, sind die Unsicherheiten über den Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin weitgehend beseitigt. In einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung weist er darauf hin, daß es einen festen Fahrplan gebe. Der Umbau des Reichstagsgebäudes werde das maßgebliche Zeichen setzen. Durch die Diskussion über die Kuppel seien zwar mehrere Monate verlorengegangen, inzwischen sei auch hier das Startzeichen gegeben. Niemand würde an dem so mühsam zustande gekommenen Kompromiß und am Beschluß des Bundestages, nach Ablauf dieser Wahlperiode, möglichst 1998, spätestens aber im Jahr 2000 umzuziehen, etwas ändern wollen. Der Auszug der Fraktionen und der Verwaltung aus dem Reichstagsgebäude in die im Umbau befindlichen ehemaligen Ministerien „Unter den Linden“ werde in den kommenden Wochen stattfinden. Das Reichstagsgebäude stehe dann für die Baumaßnahmen – und auch für den Verpackungskünstler *Christo* – zur Verfügung.

November 1994

Der Münchener Architekt *Stephan Braunfels* gewinnt den Wettbewerb für den sogenannten Alsenblock nördlich des Reichstagsgebäudes, in dem 1 300 Arbeitsräume für Abgeordnete und Bundestagsverwaltung entstehen sollen. Die Vorgaben für den Neubau lieferte der Entwurf des Berliner Architekten *Axel Schultes*, der 1992 den Ideenwettbewerb zur Neugestaltung des Spreebogens gewonnen hatte. Er sieht eine West-Ost-Achse mit neuem Bundeskanzleramt und „Nationalem Forum“ vor, an das sich der Alsenblock anschließt. Zusammen bilden sie das „Band des Bundes“, das den Spreebogen quer durchzieht. *Stephan Braunfels* sieht für den Alsenblock ein Gebäude vor, das die Büros in jeweils fünf nach Norden und Süden gerichteten Flügeln unterbringt, die in der Form zweier gegeneinander gestellter Kämmen angeordnet sind. Der Vorsitzende der Auswahljury, der Hamburger Architekt *Gerhart Laage*, lobt *Braunfels* Entwurf, der Strenge und Phantasie vereine und den Abgeordneten nicht allein einen Arbeitsplatz, sondern einen Ort zum Wohlfühlen biete. Der Gebäudekomplex soll 22 m hoch werden und eine Hauptnutzungsfläche von 44 300 m² umschließen. Die Kosten des Gebäudeensembles beziffert der Geschäftsführer der Bundesbaugesellschaft Berlin auf 600 Millionen DM. Baubeginn werde voraussichtlich 1997 sein, mit der Fertigstellung könne im Herbst 1999 oder zu Beginn des Jahres 2000 gerechnet werden.

10. November 1994

Der Bund der Steuerzahler fordert den Bundestag auf, auf den Umbau des Reichstagsgebäudes zu verzichten. In einem Schreiben des Präsidenten *Karl Heinz Däke* an die Fraktionsvorstände heißt es zur Begründung:



Modellfoto vom Alsenblock

Foto: Bundesbaugesellschaft Berlin

„Angesichts der Rekordverschuldung und einer noch nie dagewesenen Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben ist es nicht zu verantworten, mehr als eine halbe Milliarde DM für die geplanten Umbauten am Reichstagsgebäude auszugeben.“

29. November 1994 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* kündigt an, daß mit der Verhüllung des Reichstagsgebäudes entsprechend dem Projekt „Wrapped Reichstag“ des Künstlerpaares *Christo* und *Jeanne-Claude* am 17. Juni 1995 begonnen werde. Unmittelbar nach Beendigung der Aktion im Juli beginne die etwa vierjährige Umbauphase des Reichstagsgebäudes.
5. Dezember 1994 Die Vollendung des Reichstagsgebäudes mit der Schlußsteinlegung jährt sich zum 100sten Male. Aus diesem Anlaß findet in dem traditionsreichen Gebäude am 2. Dezember eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Berlin – Weimar – Bonn – Berlin“ statt. Sie befaßt sich mit den Stationen deutscher Parlamentsgeschichte, beleuchtet die Einstellung der Deutschen zur parlamentarischen Entwicklung in den verschiedenen Epochen und nimmt auch zu den Zukunftsperspektiven der parlamentarischen Demokratie in Deutschland Stellung. Es ist dies die letzte Veranstaltung im Reichstagsgebäude vor dem Umbau.
12. Dezember 1994 Im Reichstagsgebäude beginnt die Asbestsanierung, die erste Etappe des Umbaus.
9. Januar 1995 Bundesbauminister *Klaus Töpfer* übergibt das erste für den Bundestag fertiggestellte Gebäude in Berlin an Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*.

Der Plattenbau an der Straße Unter den Linden/Ecke Wilhelmstraße beherbergte vormals das DDR-Volksbildungsministerium. Der Umbau dauerte zwei Jahre und kostete 50 Millionen DM. 80 Millionen DM hätte ein Neubau gekostet, wie *Töpfer* bei der Einweihung betont. Auf 6 300 m² Hauptnutzungsfläche gibt es 170 Büros für Abgeordnete und ihre Mitarbeiter sowie vier Sitzungssäle. Zunächst werden aber Verwaltungsmitarbeiter dort untergebracht, die den Umbauarbeiten im Reichstagsgebäude weichen müssen. Der Bau wird so lange für Parlamentszwecke genutzt, bis der Alsenblock und die Dorotheenblöcke fertiggestellt sind. Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* äußert Stolz darüber, das „erste Haus jenseits der ehemaligen Mauer“ in Besitz nehmen zu dürfen, das „mit gutem parlamentarischen Geist erfüllt werden möge“. (Vgl. Foto auf Seite 3363.)

10. Februar 1995 Bei der Wiedereinsetzung der Baukommission des Ältestenrates nach der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 wird als Termin, zu dem der Umbau des Reichstagsgebäudes beendet sein wird, die Jahreswende 1998/99 genannt.
- Februar 1995 Laut Presseberichten bahnt sich ein Streit um die zukünftige Sitzordnung des Bundestages im Berliner Reichstagsgebäude an. Zur Debatte stehen zwei Varianten:
- ein kreisrundes Plenum wie im Bonner Sitzungssaal, wo Regierungs- und Länderbank in das Plenum eingebunden sind;
 - eine Anordnung in elliptischer Form, welche die räumliche Trennung der Abgeordneten von den Regierungs- und Ländervertretern vorsieht.
- SPD, Bündnis 90/GRÜNE und PDS treten für die kreisrunde Sitzanordnung ein, CDU/CSU und FDP bevorzugen die elliptische Form. Die SPD-Fraktion besteht zudem darauf, daß die Entscheidung durch Abstimmung im Bundestagsplenum getroffen wird.
9. März 1995 Der Bundestag spricht sich dafür aus, der weiteren Planung des Plenarsaals im Reichstagsgebäude eine elliptische Sitzordnung zugrunde zu legen. Vertreter von Union und FDP verweisen in der Debatte auf den praktischen Vorteil der Elipse. Der Abstand zwischen Redner und erster Reihe der Abgeordnetensitze sei geringer als beim Kreis. Dadurch lasse sich eine „dichtere Atmosphäre“ im Plenum schaffen als im Bonner Plenarsaal. Nach Meinung der Befürworter einer kreisförmigen Sitzanordnung würde diese am besten die Gemeinsamkeit der Demokraten symbolisieren. „Berliner Ei statt Bonner Kreis“ titelt am nächsten Tag der Kölner „Express“.
- März 1995 Der Bundesrechnungshof kritisiert die Verschwendung von knapp einer Milliarde DM bei der Planung des Berliner Regierungsviertels und fordert drastische Sparmaßnahmen für fast alle Projekte im Spreebogen. Allein bei der Umbauplanung für das Reichstagsgebäude hätten nach Meinung des Rechnungshofes mehrere hundert Millionen Mark eingespart werden können. Auch die Tatsache, daß Parlament und Regierung dem Architekten *Norman Foster* einen Kostenrahmen von 600 Millionen DM gesetzt haben, kritisieren die Rechnungsprüfer. Ihrer Meinung nach müßten 400 Millionen DM ausreichen. Bei der Planung der Bundestagsbauten in der Nähe des Reichstagsgebäudes, Alsenblock und Dorotheenblöcke, habe das Bundesbauministerium den Beschluß des Bundestages „mißachtet“, in Berlin

rechnungshof das Gebot der Wirtschaftlichkeit als absolute Richtschnur nehme, müsse sich versagen, „in architektonischer, denkmalpflegerischer und umwelttechnischer Hinsicht oder bei der Besucherfreundlichkeit mehr als das Notwendige zu tun“. Der Bundestag achte darauf, daß er würdig und selbstbewußt, aber nicht großspurig und protzig in Berlin untergebracht werden. Der Vorschlag des Bundesrechnungshofes, die Kosten auf 400 Millionen DM zu reduzieren, sei nicht nachvollziehbar.

Mai 1995 Ein 6 mal 18 m großes Schild dokumentiert jetzt das Bauvorhaben an der größten staatlichen Baustelle Deutschlands: den Umbau des Reichstagsgebäudes zum Sitz des Deutschen Bundestages und die zukünftige Gestaltung des Spreebogens.

Nach Aussage von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* ist dieses Baustellenschild Symbol für den Umzugswillen des Parlaments.

Baukommissionsvorsitzender *Dietmar Kansy* berichtet von der Entscheidung dieses Gremiums, einen Teil der im Alsenblock vorgesehenen Funktionen auf die gegenüberliegende Seite der Spree zu verlagern. Einen Gebäudeteil auf dem rechten Flußufer zu errichten, entspräche der städtebaulichen Gesamtkonzeption. Die vom Architekten *Stephan Braunfels* dazu vorgelegte Variante seines ursprünglichen Entwurfs hat die Baukommission akzeptiert. Der „Spreesprung“ darf nach *Kansys* Meinung aber nicht die rechtzeitige Arbeitsfähigkeit des Parlaments in Berlin gefährden. Sicherheitshalber will der Bundestag deshalb die Altbauten der einstigen DDR-Generalstaatsanwaltschaft und des DDR-Justizministeriums in der Nachbarschaft herrichten lassen. Der Teil des Alsenblocks östlich der Spree wird erst nach der Jahrtausendwende errichtet sein und soll Bibliothek, Archiv und Wissenschaftliche Dienste des Bundestages aufnehmen.

Ende Mai 1995 Am Reichstagsgebäude werden die Asbestsanierung und die Freilegung der ursprünglichen Gebäudestrukturen des Wallot-Baus abgeschlossen. Reste des 1884 bis 1894 errichteten Gebäudes konnten geborgen werden. Die Freilegungsarbeiten haben auch kyrillische Inschriften aus der Zeit der Eroberung des Reichstagsgebäudes im Frühjahr 1945 zutage gefördert. Russische Soldaten hatten Inschriften wie „Wir waren hier am Tag des Sieges“ auf das Mauerwerk aufgebracht.

17. Juni 1995 Am Reichstagsgebäude beginnt die Realisierung von *Christos* und *Jeanne-Claudes* Projekt „Wrapped Reichstag“ (vgl. Abschnitt 21.7).

Juni 1995 Das städtebauliche Grundkonzept für die „Dorotheenblöcke“, das größte Bauvorhaben des Bundestages in Berlin, liegt fest. Mit der konkreten Bearbeitung sind fünf bei einem Bewerberverfahren ausgewählte Architekturbüros beauftragt. Mit dem Senat von Berlin ist Blockrandbebauung und eine einheitliche Traufhöhe von 22 m mit sechs Vollgeschossen und einem abgesetzten Staffelgeschoß festgelegt. Auch die innere Organisation der neuen Bebauung ist den Architekten verbindlich vorgegeben. Von den fünf noch vorhandenen Altbauten auf dem Terrain werden drei erhalten und in den Komplex integriert:

- das Reichstagspräsidentenpalais mit Ausblick auf die Spree,
- das ehemalige Haus des Vereins Deutscher Ingenieure von 1914, das heute „Kammer der Technik“ genannt wird und an der Ecke Dorotheen-/Ebertstraße steht, sowie

- als dritter Altbau das bereits 1857 errichtete ursprünglich klassizistische „Haus Sommer“ an der Dorotheenstraße 105.

Im Grundkonzept ist vorgegeben, eine Bebauung mit sechs offenen Innenhöfen vorzusehen. Nach der gemeinsamen Erarbeitung eines Masterplans durch die fünf Architekturbüros verteilen sich die Aufgaben im einzelnen folgendermaßen:

Den Südwesten, die „Kammer der Technik“ integrierend, bearbeitet *Pi de Bruijn* (Amsterdam); im Norden auf der gegenüberliegenden Seite der Dorotheenstraße bauen *Peter Schweger* und Partner (Hamburg); im Osten, jeweils von Norden nach Süden die gesamte Tiefe des Gebiets einnehmend, sind *Peter Busmann* und *Godfrid Haberer* (Köln) sowie *Meinhard von Gerkan, Volkwin Marg* und Partner (Hamburg) tätig. Als weiterer am Projekt beteiligter Architekt übernimmt *Thomas van den Valentyn* (Köln) den Um- und Ausbau des Reichspräsidentenpalais. Als Termin für die Fertigstellung des gesamten Vorhabens wird der Dezember 1999 genannt.

28. Juni 1995

Laut Vorlage der Baukommission für den Ältestenrat sind die planerischen Vorarbeiten für die Errichtung der Dorotheenblöcke und des Alsenblocks soweit vorangekommen, daß die Architekten mit den Vorentwurfsplanungen beginnen können.

Das Nutzungskonzept für die **Dorotheenblöcke** sieht die Unterbringung folgender Funktionsbereiche vor:

- Abgeordnete,
- Fraktionsführungen,
- Fraktionsstäbe sowie Besprechungs-/Sitzungsräume für Arbeitskreise, Arbeitsgruppen etc.,
- Stenographischer Dienst,
- Parlamentsdienste, Pressezentrum,
- Pressedokumentation,
- Teile der Bundestagsverwaltung (Infrastrukturdienste),
- gastronomische Versorgung.

Im **Alsenblock** sollen folgende Funktionsbereiche untergebracht werden:

- Abgeordnete,
- Ausschußsekretariate und Büros der Ausschußvorsitzenden,
- Sitzungssäle und Besprechungsräume,
- Saal für öffentliche Anhörungen, Besucherdienst und Öffentlichkeitsarbeit

sowie in einem Gebäudeteil auf dem östlichen Spreeufer:

- Wissenschaftliche Dokumentation mit der Parlamentsbibliothek und dem Parlamentsarchiv,
- Fachbereiche der Wissenschaftlichen Dienste,
- Rechenzentrum und Teile der Bundestagsverwaltung (infrastrukturelle Dienstleistungen).

Die Teilung des Alsenblockes in einen westlichen (innerhalb des Spreebogens) und einen östlichen (ostwärtiges Spreeufer) Baukörper wird damit begründet, daß die bebaubare Grundstücksfläche unmittelbar nördlich des Reichstages zu klein für die Unterbringung des gesamten für den Alsenblock vorgesehenen Raumprogrammes ist und zukunfts offene Erweiterungsmöglichkeiten insbesondere für die Parlamentsbibliothek nicht zuläßt.

Der Raumbedarf für die Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages in Berlin legt den Status quo 1991 zugrunde. Die Verwaltung hat ihren Raumbedarf einer kritischen Überprüfung unterzogen und konnte Flächeneinsparungen beziehungsweise Flächenerweiterungen dort planerisch vorsehen, wo es im Hinblick auf die Zukunftsorientiertheit der Gebäude erforderlich ist. Dies gilt insbesondere für die Magazinflächen der Parlamentsbibliothek. Die Konkretisierung der bauplanerischen Umsetzung der Raumprogramme für Alsenblock und Dorotheenblöcke zeigt jetzt, daß der Status quo von 1991 beim Raumbestand für die Fraktionen *unter* dem derzeitigen Raumbestand in Bonn liegt. Gleichzeitig sind die mit der Parlamentsreform verbundenen flächenmäßigen Ausweitungen öffentlicher Ausschusssitzungen auf die Ausschusssitzungssäle sowie ein zeitgemäßer Bereich für die Benutzer der Bibliothek und der Wissenschaftlichen Dienste im Status quo 1991 nicht berücksichtigt.

Die Baukommission geht deshalb davon aus, daß das Raum- und Funktionsprogramm im Bereich der Neubauten bei den Fraktionen dem Status quo 1995 angepaßt wird, ohne den Grundsatz in Frage zu stellen, zum Umzug des Deutschen Bundestages nach Berlin jedem Abgeordneten die zugesagten zwei Büroräume zur Verfügung stellen zu können. Sie geht weiter davon aus, daß im Ausschuß- und Bibliotheksbereich die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

30. Juni 1995 Laut Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird mit dem Umbau des Reichstagsgebäudes zugleich eine neue Bezeichnung für das Haus gesucht. Die Bundesbaugesellschaft Berlin nennt das Gebäude in ihren Mitteilungen jetzt „Haus des Deutschen Bundestages“.
11. Juli 1995 Nach Beendigung der Verpackungsaktion übernimmt die Bundesbaugesellschaft Berlin als derzeitige Hausherrin das Reichstagsgebäude wieder von den Künstlern *Christo* und *Jeanne-Claude*. Bei einem Rundgang bezeichnet Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* die Auseinandersetzung um den zukünftigen Namen des Gebäudes als typisch deutschen „Grundsatzstreit“. Der historische Name des Gebäudes sei zwar „Reichstag“, aber es werde zum „Bundestag“ umgebaut.
- Ende Juli 1995 Nach der Beseitigung aller Spuren von *Christos* und *Jeanne-Claudes* Verhüllungsaktion beginnen am Reichstagsgebäude die Umbauarbeiten. Als erstes nimmt die Bundesbaugesellschaft Berlin die notwendigen Rückbauarbeiten vor. Sie sollen bis Februar 1996 abgeschlossen sein. Danach beginnen die Rohbauarbeiten. Ab Anfang 1997 werden der Ausbau und der Einbau der technischen Einrichtungen erfolgen. Wenn die Arbeiten planmäßig verlaufen, wird der Parlamentssitz im Frühjahr 1999 dem Deutschen Bundestag übergeben.
- Über die Kuppel des Reichstagsgebäudes entspinnt sich eine Urheberrechtsdebatte. Der spanische Architekt *Santiago Calatrava*, 1992 Mitgewinner des Umbauwettbewerbs neben *Norman Foster* und *Pi de Bruijn*, wirft *Foster* vor, sein überarbeitetes Konzept sei ein Plagiat seines, *Calatravas*, preisgekrönten Entwurfs, der eine Kuppel vorsah. In einer Stellungnahme betont Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, die Baukommission habe prüfen lassen, ob Urheberrechte verletzt würden. Diese Prüfung sei negativ ausgefallen, und erst danach sei die Kuppel endgültig in Auftrag gegeben worden.

- Anfang September 1995 Der Streit über die Reichstagskuppel lebt wieder auf. Die Gesellschaft Historisches Berlin, ein privater Verein engagierter Denkmalpfleger, fordert die Bundestagsabgeordneten auf, „die Reichstagsplanung noch einmal zu überdenken“. Die Parlamentarier sollen für eine „am Originalkunstwerk orientierte Wiederherstellung des Gebäudes und seiner Kuppel“ bürgen. Die von *Wallot* entworfene Kuppel sei die „einzige dem Gebäude angemessene“.
18. September 1995 Bei der Enthüllung der Baustellenschilder am Reichstagsgebäude betonen Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und der Vorsitzende der Baukommission, *Dietmar Kansy*, bisher hielten sich Planungs- und Bauarbeiten für die Bauten des Bundestags in Berlin im Zeitplan. Dennoch läßt der Bundestag zwei weitere Altbauten in der Umgebung des Reichstagsgebäudes vorsorglich für Büro Zwecke herrichten, damit eventuelle Verzögerungen bei den Neubauten des Parlaments nicht die in Aussicht genommenen Umzugstermine gefährden. Die Bundestagspräsidentin ist sich sicher, daß die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten im Mai 1999 im Reichstagsgebäude stattfinden wird.
- September 1995 Auf Vorschlag der Bundesbaugesellschaft Berlin beschließt die Baukommission des Ältestenrates, das Reichstagsgebäude durch ein Tunnelsystem mit den für den Bundestag geplanten Neubauten zu verbinden. Über eine einzige Zufahrt am östlich der Spree gelegenen Teil des Alsenblocks sollen Abgeordnete, Beschäftigte und Lieferanten alle Gebäude und Tiefgaragen mit dem Auto unterirdisch erreichen können.
12. Oktober 1995 Bundeskanzler *Helmut Kohl* und der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Eberhard Diepgen*, tun die ersten Spatenstiche für ein Tunnelsystem, das „Verkehrsanlagen im zentralen Bereich“ (U-Bahn, Fernbahn, Autostraße) aufnehmen soll. Die drei Verkehrsstränge sollen das zukünftige Regierungsviertel im Spreebogen unterqueren. Gegner des Projekts befürchten schwere Schäden für die Vegetation im Tiergarten.
11. Oktober 1995 Die Baukommission des Ältestenrates beauftragt die Bundesbaugesellschaft Berlin, die Planung für Reichstagsgebäude, Alsenblock und Dorotheenblöcke so vorzunehmen, daß die Erschließung und Nutzung auch dann möglich ist, wenn die Fertigstellung von Luisenblock (so wird jetzt allgemein der östlich der Spree an den Alsenblock anschließende Neubau für Bibliothek und Wissenschaftliche Dienste genannt) und zentraler Zufahrt sich verzögert. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die für die Arbeitsfähigkeit des Bundestages in Berlin wesentlichen Bauvorhaben 1999 fertiggestellt werden können.
31. Oktober 1995 Am früheren DDR-Außenhandelsministerium an der Straße Unter den Linden, das zum Bürohaus für Bundestagsabgeordnete umgebaut wird, findet das Richtfest statt. Auf 34 000 m² Fläche entstehen für 121 Millionen DM 410 Abgeordnetenbüros. Nach Fertigstellung im Frühjahr 1997 wird für jeden Bundestagsabgeordneten in Berlin ein Arbeitszimmer zur Verfügung stehen.
15. November 1995 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* bestätigt Veränderungen an den Bauvorhaben des Bundestages in Berlin und versichert gleichzeitig, weder Zeit- noch Kostenpläne würden davon betroffen. Die Präsidentin spricht

von vergrößertem Raumbedarf, weil die Säle für die Ausschusssitzungen im Hinblick auf die Parlamentsreform größer geschnitten werden müßten, um Platz für Öffentlichkeit und Medien zu schaffen. Außerdem benötige die Bibliothek mehr Raum für Magazine. Die Hauptnutzungsflächen für die Bauten des Bundestages in Berlin sollen deshalb um 8 000 auf 133 000 m² erweitert werden. Baukommission und Berliner Senatsverwaltung seien sich darüber einig, daß alle Bürogebäude des Bundestages rings um das Reichstagsgebäude über eine zentrale Tiefgaragenzufahrt erschlossen und unterirdisch verbunden werden sollten. Diese Zufahrt wird östlich der Spree am sogenannten Luisenblock eingerichtet. Tunnels unter der Spree werden die Verbindung zum Reichstagsgebäude, zum Alsenblock und zu den Dorotheenblöcken herstellen. Nicht entschieden ist bisher, ob die unterirdischen Wege nur für Pkw oder auch für Lkw befahrbar sein sollen. Im ersten Falle müßte die Verteilung der Transportgüter ab dem Luisenblock von einem internen Logistiksystem übernommen werden.

Februar 1996

Gemeinsam mit Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* informiert sich die Baukommission des Bundestages vor Ort über den Stand der Planungen und den Fortschritt der Bundestagsbauten in Berlin. Bei dieser Gelegenheit erläutert der Vorsitzende *Dietmar Kansy* die Entscheidung seiner Kommission, das Reichstagsgebäude und die benachbarten Bundestagsbauten durch eine zentrale Zufahrt für alle Pkw und Lkw am Luisenblock zu erschließen. Dies sei das funktional beste und zugleich wirtschaftlich günstigste Konzept. Bei ihren Überlegungen habe die Kommission auch die Auswirkungen der verschiedenen Erschließungskonzepte auf den Individualverkehr und die Umwelt geprüft. Die Auswirkungen auf die Umwelt seien bei einer unterirdischen Erschließung mit zentraler Einfahrt geringer als bei einer dezentralen Erschließung ohne unterirdische Verbindungswege, zumal die Erschließungswege auch der Abfallentsorgung dienen sollen.

Die Restaurierung des Hauses Wilhelmstraße 60 in Berlin, das während der DDR-Zeit die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften beherbergte, ist abgeschlossen. Auf 4 067 m² Nutzfläche sind 150 Abgeordnetenbüros und 6 Sitzungsräume entstanden.

Der Streit über die Urheberrechte an der geplanten Kuppel auf dem Reichstagsgebäude geht in die nächste Runde. Ein von *Santiago Calatrava* in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten kommt zu dem Ergebnis, daß die Urheberrechte *Calatravas* verletzt werden, da der ursprüngliche Entwurf *Norman Fosters* gar keine Kuppel vorsah, wohingegen die Kuppel, der darunterliegende Plenarsaal und die dazugehörigen Räume „der Schlüssel zu dem *Calatrava*-Konzept“ seien. Man könne „mehr und mehr“ feststellen, daß *Foster* durch die Bundesrepublik Deutschland veranlaßt werde, „Zugriff auf das Geistesgut *Calatravas*“ zu nehmen. Nach Ansicht seines Anwalts hat der spanische Architekt einen Unterlassungsanspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland und Anspruch auf Schadenersatz. *Calatrava* behält sich rechtliche Schritte gegen die Bundesrepublik Deutschland vor. Daß er vor Gericht Chancen hätte, wird von Fachleuten allerdings bezweifelt. „Die Kuppelidee wurde vor 2 000 Jahren geboren, sie stammt nicht von *Calatrava*“ – so der Baukommissionsvorsitzende *Dietmar Kansy*.

29. Februar 1996

In der Baukommission des Bundestages fällt die Entscheidung zugunsten des Tunnels, der in Berlin das Reichstagsgebäude und die umliegenden



Baustelle Reichstagsgebäude nach Abbruch des bisherigen Sitzungssaales im November 1995

Foto: Bundestag

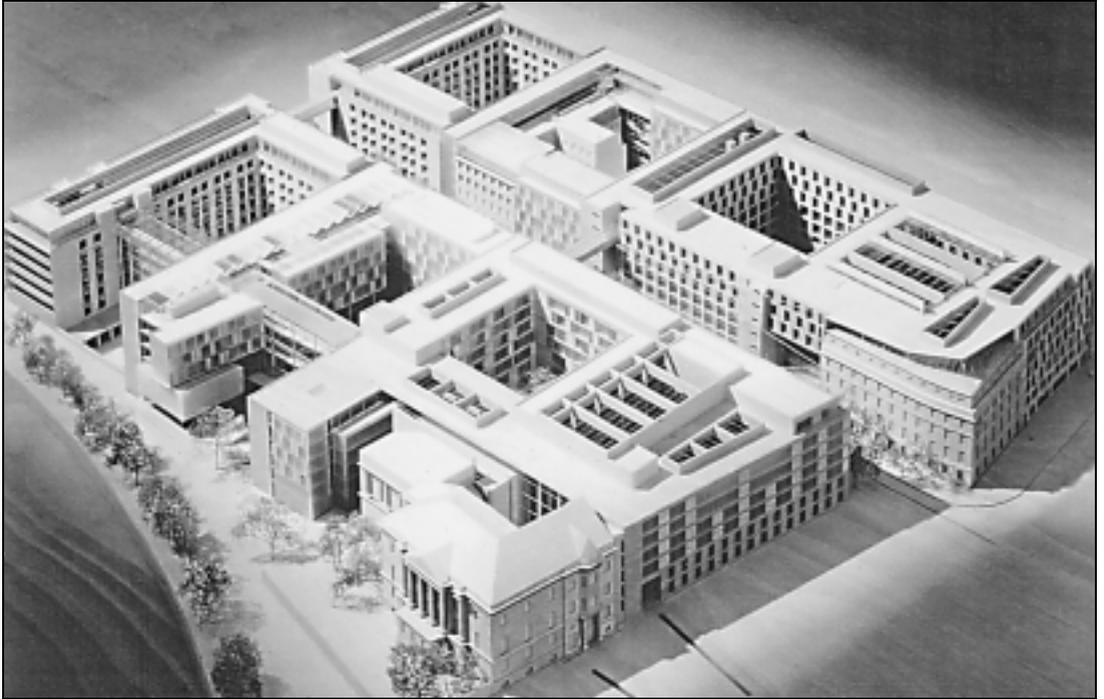
Gebäude des Bundestages unterirdisch miteinander verbinden soll. Die Einfahrt soll sich auf dem dem Reichstagsgebäude gegenüberliegenden Ufer der Spree am Luisenblock befinden. Das Tunnelsystem soll die Ver- und Entsorgung der Gebäude ermöglichen. Außerdem sollen Parkplätze für 1 400 Personenwagen geschaffen werden.

Offen bleibt noch, ob das System 3,5 m oder 4,5 m hoch ausgebaut wird. Dies hängt davon ab, ob das System für Lkw befahrbar gemacht werden soll oder ob angelieferte Güter mit einem eigenen, aus kleineren Fahrzeugen bestehenden Transportsystem des Bundestages weiterbefördert werden. Das niedrigere Tunnelsystem würde 10 Millionen DM weniger kosten.

17. April 1996

Die Baukommission des Bundestages berät mit den Architekten und der Bundesbaugesellschaft Berlin über die Vorentwurfsplanung für die Dorotheenblöcke.

Die Geschoßzahl, ihre Höhe und das allgemeine Erscheinungsbild werden festgelegt. Damit sind in Fragen der architektonischen Gestaltung des Neubauvorhabens wesentliche Schritte nach vorn getan. Der vorgesehene Kostenrahmen für die Bundestagsneubauten in Berlin von 1,7 Milliarden DM soll eingehalten werden. Die zusätzlichen für das unterirdische Versorgungssystem anfallenden Kosten in Höhe von 58 Millionen DM sollten nach Meinung der Kommissionsmehrheit in die Infrastrukturkosten für den Gesamtumzug von Parlament und Regierung einbezogen werden.



Modellfoto von den Dorotheenblöcken: Ansicht von Nordwest mit Reichstagspräsidentenpalais im Vordergrund

Foto: Bundestag

- Ende April 1996 Der Haushaltsausschuß des Bundestages legt die Kostenobergrenze für die Parlamentsneubauten in Berlin auf 1,71 Milliarden DM fest.
8. Mai 1996 Die Tunnel für Fernbahn, U-Bahn und Straßen, die in Berlin den Potsdamer Platz, den Tiergarten, das künftige Regierungsviertel, den Landwehrkanal und die Spree unterqueren, sind jetzt auf ihrer vollen Länge im Bau. Nördlich der zukünftigen Regierungs- und Parlamentsbauten wird ein provisorisches künstliches Bett für die Spree gebaggert, um den Fluß umleiten und auf seinem angestammten Grund die Tunnelgruben ausheben zu können.
- Juni 1996 Ein knappes Jahr nach Beginn der Umbauarbeiten steht vom Reichstagsgebäude nur noch eine Ruine. Das Gebäude ist inzwischen vollständig „entkernt“. Dazu mußten 45 000 t Schutt weggeschafft werden. Bei Druckbelastungsproben wurden die Tausende von Kiefernstämmen, auf denen das Gebäude ruht, auf Herz und Nieren geprüft. Um das Gewicht der Glaskuppel in den Untergrund abzuleiten, werden 90 Bohrpfähle im Boden versenkt. Laut eines Berliner Mitarbeiters des Architekten *Norman Foster* ist die Planungsphase jetzt abgeschlossen, aber das Baukonzept muß ständig ergänzt und mit den Vorstellungen des Bauherrn abgestimmt werden.
10. Juni 1996 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Vertreter der Baukommission des Bundestages stellen in Berlin die Vorentwurfsplanung für die Parla-



Modellfoto von den Dorotheenblöcken: Blick in einen der Höfe mit Ost-West-Halle (links) in Richtung Spree Foto: Bundestag

mentsneubauten nördlich und südlich der Dorotheenstraße („Dorotheenblöcke“) vor.

Das insgesamt 27 860 m² große Areal grenzt im Westen an das Reichstagsgebäude und im Osten an die Wilhelmstraße. Im Norden verläuft die Spree. Nach Süden hin werden die Neubauten unmittelbar an zur Zeit noch brachliegende Grundstücke am Pariser Platz anschließen. In den jetzt neu geplanten Dorotheenblöcken sind rund 50 000 m² Hauptnutzfläche vorgesehen. Die 1 800 Büroräume für den Bundestag speziell für 400 Abgeordnete (zwei Einheiten à 18 m² inklusive Mitarbeitern), die Verwaltung (Einheiten à 18 m²) und die Vizepräsidenten. Hinzu kommen Fraktionsräume, Sitzungssäle sowie Verfügungsräume für Bundesrat und Bundesregierung. Entlang der Wilhelmstraße sollen Läden und Cafés die Gesamtstruktur auflockern. In das ehemalige Reichstagspräsidentenpalais wird die Parlamentarische Gesellschaft einziehen. Dem Protokoll des Bundestages wird ein repräsentativer Saal im Palais zur Verfügung stehen.

Im Grundkonzept war vorgesehen, eine Bebauung mit sechs offenen Innenhöfen zu konzipieren. Damit kann eine gute Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Flächen für zweibündige Bürogoschosse mit hoher Arbeitsplatzqualität erreicht werden.

11. September 1996

Die Baukommission des Bundestages billigt die letzten noch fehlenden Planungen für das zukünftige Parlamentsviertel in Berlin. Der Kommissionsvorsitzende *Dietmar Kansy* betont aus diesem Anlaß, es werde in Berlin



Großbaustelle Reichstagsgebäude im Juni 1996

Foto: Bundestag

ein „Parlament der kurzen Wege“ geben, da alle dazugehörigen Alt- und Neubauten unmittelbar neben dem Reichstagsgebäude lägen.

Der Vorstoß von Bündnis 90/Die Grünen, aus Kostengründen auf den Luisenblock zu verzichten, trifft auf Ablehnung. Da jedem einzelnen Baubereich bestimmte Funktionen zugeordnet seien – so *Kansy* –, zöge jede wesentliche Änderung des Konzeptes Änderungen an anderen Stellen nach sich, die zu Zeitverzögerungen und langfristig sogar zu Kostenerhöhungen führten. Die Forderung der Grünen-Politikerin *Franziska Eichstädt-Bohlig* sei daher „grober Unsinn und populistische Volksverdummung“.

Oktober 1996

Ein im Auftrag des Landes Berlin erstelltes Gutachten über die geplante Untertunnelung des zukünftigen Parlamentsviertels läßt Zweifel daran aufkommen, ob die Parlamentsbauten fristgerecht und im vorgegebenen Kostenrahmen verwirklicht werden können. Die Verfasser der Studie rechnen mit Zeit- und Kostenrisiken, die sich durch notwendige Leitungsverlegungen und durch technische Schwierigkeiten bei der Sicherung eines angrenzenden Wohnhauses ergeben könnten. Laut Bericht der „Berliner Zeitung“ hat die Baukommission des Bundestages erst nachträglich erfahren, daß der Tunnel zur Versorgung von Reichstagsgebäude und benachbarten Parlamentsbauten von der Bundesbaugesellschaft Berlin um 70 m verschoben und direkt an einem Plattenbau in der Luisenstraße entlangge-

führt werden soll. Der Kommissionsvorsitzende *Dietmar Kansy* sagt der Zeitung „wir sind überfordert“ und bezweifelt zugleich, daß die Bundesbaugesellschaft Berlin die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt habe. Wenige Tage später akzeptiert die Baukommission die Verlegung des Tunnels, nachdem die Bundesbaugesellschaft Berlin und die den Bau ausführende Firma zugesichert hatten, daß der Tunnel rechtzeitig fertiggestellt werde.

2. Oktober 1996 Nach über zwölfjähriger Wiederaufbauarbeit eröffnet Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* den Deutschen Dom in Berlin. Nach einem Großfeuer im Kirchendach 1994 war der Termin für die Wiedereröffnung mehrfach verschoben worden.

Im Deutschen Dom ist nun die Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“, die dem Umbau des Reichstagsgebäudes weichen mußte, nach zwei Jahren „Pause“ in gewandelter Form wieder zu besichtigen. Die Ausstellung ist zur Anpassung an die neuen Räumlichkeiten verkleinert worden, hat aber zusätzlich die Geschichte der DDR aufgenommen. Auf vier Ebenen zeigen nun Texttafeln, Dokumente, Fotos und Szenarien mit Puppen die Entwicklung Deutschlands ab 1800.

7. November 1996 Laut Presseberichten zeichnen sich für die Bauten im zukünftigen Regierungsviertel in Berlin immer höhere Kosten ab. Allein für den Tunnel, der das Reichstagsgebäude mit den übrigen Bundestagsbauten verbinden soll, drohen nach neuesten Berechnungen über die ursprünglich veranschlagten 71 Millionen DM hinaus Mehrkosten in Höhe von 6 bis 20 Millionen DM. *Dietmar Kansy*, Vorsitzender der Baukommission, gesteht ein „Restrisiko“ ein. Mehrkosten könnten vor allem durch die noch offenen Regelungen mit den 165 Mietparteien eines Wohnhauses entstehen, das unmittelbar neben der geplanten Tunneleinfahrt liegt. Die Baukommission ist dennoch mehrheitlich der Ansicht, daß deswegen nicht das ganze Projekt in Frage gestellt werden dürfe.

12. Dezember 1996 Der Vorsitzende der Baukommission, *Dietmar Kansy*, teilt „computergestützte Berechnungen“ zur Fertigstellung verschiedener Bundestagsbauten mit:

- Reichstagsgebäude: 23. Dezember 1998,
- Dorotheenblöcke: 22. November 1999.

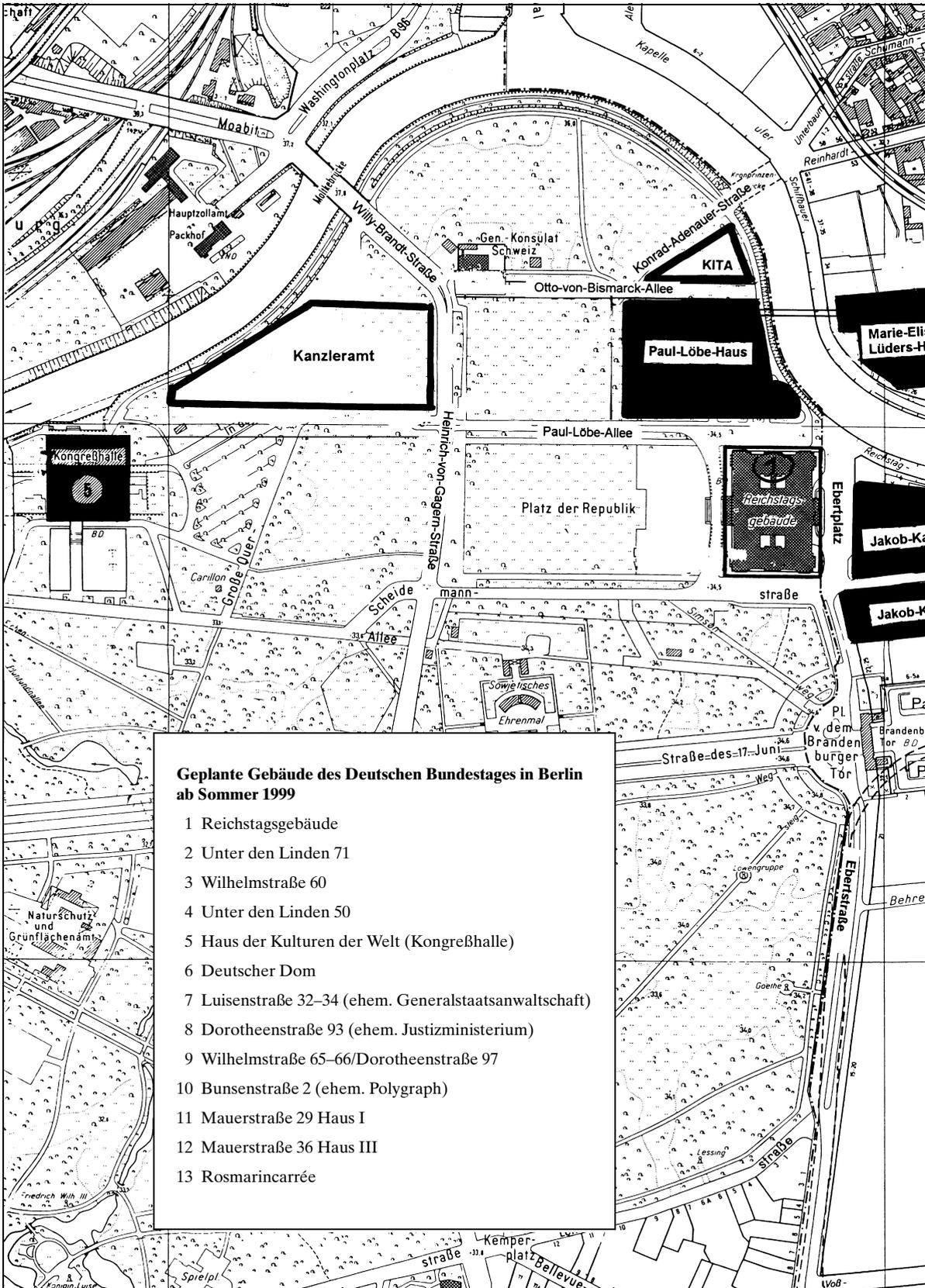
Der Alsenblock soll im Dezember 1999 fertig werden, der Luisenblock Ende des Jahres 2000.

Februar 1997 Der Umbau des früheren Ministeriums für Außenhandel der DDR, Unter den Linden 50, ist abgeschlossen. Es bietet auf 16 620 m² Nutzfläche 450 Büros und 20 Sitzungsräume. Die Baukosten betragen 121 Millionen DM. Insgesamt 700 Büroräume sind jetzt in drei Gebäuden an der Wilhelmstraße und Unter den Linden für den Deutschen Bundestag verfügbar, und so kann jedem Mitglied des Parlaments ein Arbeitszimmer in Berlin zur Verfügung gestellt werden.

24. Februar 1997 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* nimmt den ersten Spatenstich für die sogenannten Dorotheenblöcke, eines der herausragenden Bauvorhaben für den Umzug des Deutschen Bundestages nach Berlin, vor.

Die Planung dieses zentralen Parlamentsquartiers östlich vom Reichstagsgebäude folgt dem Gedanken der „kritischen Rekonstruktion“ zur Wiederbelebung der

Fortsetzung auf Seite 3382



Geplante Gebäude des Deutschen Bundestages in Berlin ab Sommer 1999

- 1 Reichstagsgebäude
- 2 Unter den Linden 71
- 3 Wilhelmstraße 60
- 4 Unter den Linden 50
- 5 Haus der Kulturen der Welt (Kongreßhalle)
- 6 Deutscher Dom
- 7 Luisenstraße 32-34 (ehem. Generalstaatsanwaltschaft)
- 8 Dorotheenstraße 93 (ehem. Justizministerium)
- 9 Wilhelmstraße 65-66/Dorotheenstraße 97
- 10 Bunsenstraße 2 (ehem. Polygraph)
- 11 Mauerstraße 29 Haus I
- 12 Mauerstraße 36 Haus III
- 13 Rosmarincarrée



historischen Bebauungsstruktur. Die einstigen differenzierten und parzellenbezogenen Stadtstrukturen werden von den beauftragten Architekten aufgegriffen und einzelne Planungen für acht „Häuser“ auf vier Planungsfeldern entwickelt. Die Hausstruktur bewahrt den selbständigen Charakter individueller Bereiche und integriert zudem die denkmalgeschützten Gebäude Reichstagspräsidentenpalais, Kammer der Technik und die Dorotheenstraße 105. Östlich des Reichstagsgebäudes entsteht damit nördlich und südlich der Dorotheenstraße ein Parlamentsquartier mit ca. 53 000 m² Hauptnutzfläche, d. h. für mehr als 2 000 Räume (Bruttogrundfläche: 164 000 m², Bruttorauminhalt: 728 000 m³). Die Dorotheenblöcke haben zwei Untergeschosse, Erdgeschoß, fünf Obergeschosse und ein Staffelgeschoß. Eine unterirdische Passage sowie mehrere Brücken verbinden die Gebäude miteinander. Die Büros erhalten eine Größe von 18 m² und sind damit so groß wie im Langen Eugen in Bonn.

Die Dorotheenblöcke dienen im wesentlichen der Unterbringung von etwa zwei Dritteln der erforderlichen Abgeordnetenbüros, der Fraktionsstäbe und ihrer Sitzungsräume, der Arbeitsräume der Vizepräsidenten sowie der Verfügungsräume für den Bundesrat und die Bundesregierung. Ferner werden hier die Büros der Parlamentsdienste vorgehalten, das Pressezentrum des Bundestages, Mediendienste, zwei Sitzungssäle für Untersuchungsausschüsse sowie weitere infrastrukturelle Nutzungsbereiche. Das Reichstagspräsidentenpalais wird der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft sowie dem Deutschen Bundestag für repräsentative Anlässe Raum bieten.

Es werden zukunftsweisende ökologische Konzepte umgesetzt. Hierbei steht die Versorgung auf der Basis von Blockheizkraftwerken im Vordergrund und die Minimierung des Heizenergiebedarfs durch erhöhte Wärmedämmung. Die Senkung des Strombedarfs soll u. a. durch energieeffiziente Beleuchtung, Energieverteilungssysteme sowie Tageslichtlenksysteme erzielt werden.

Um den urbanen Charakter des Parlamentsquartiers zu fördern, sollen Läden – Zeitungs- und Bücherläden, ein Friseur, eine Bank etc. – im Erdgeschoß entlang der Wilhelmstraße eingerichtet werden. Geschäfte und Dienstleistungseinrichtungen, aber auch die verkehrsberuhigte und zum Platz erweiterte Ebertstraße am Reichstagsgebäude bieten attraktive Angebote zum Verweilen.

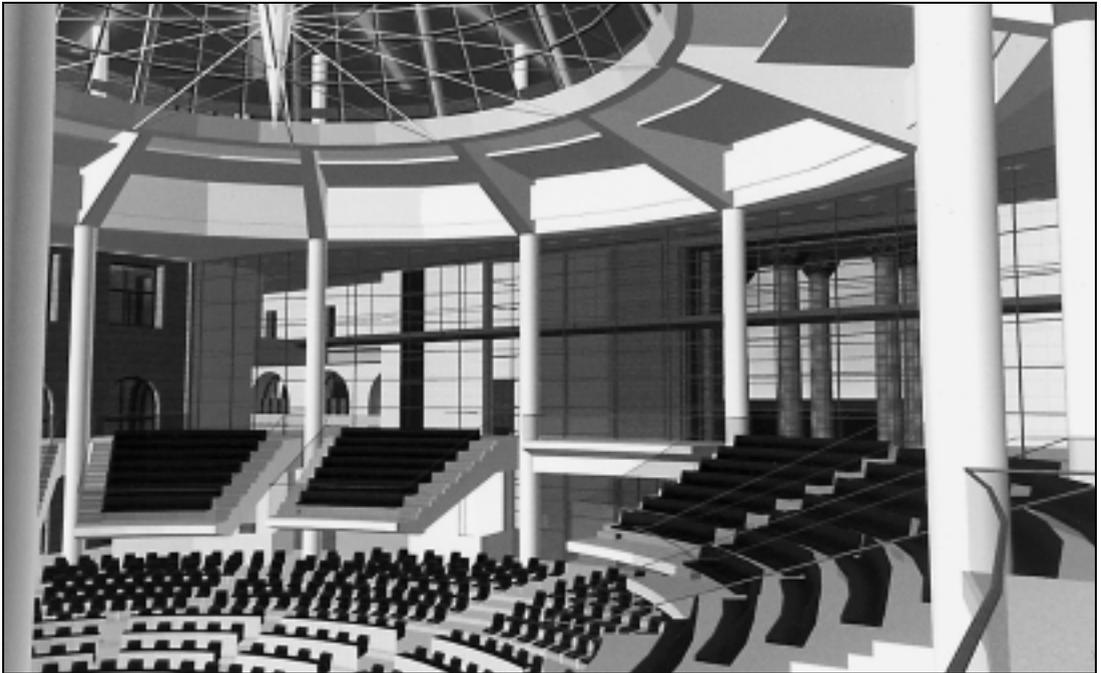
Für die Dorotheenblöcke sind ein Planungs- und Bauvolumen von insgesamt rund 900 Millionen DM veranschlagt. Die Bundesbaugesellschaft Berlin wird neben der Termin- und Qualitätskontrolle dafür Sorge tragen, daß die vom Haushaltsausschuß des Bundestages gebilligte Kostenobergrenze nicht überschritten wird.

Die Bundestagspräsidentin betont beim Spatenstich, die Gebäude sollten durch Art und Gestalt die Demokratie als Staatsform „sinnbildhaft verdeutlichen“. Bei genauer Analyse der Planung für die Dorotheenblöcke sei hier der „Geist der Offenheit und Transparenz“ zu spüren, der schon den Bonner Plenarbereich auszeichne.

April 1997

Bundesbauminister *Klaus Töpfer* bietet dem Bundestag als Übergangslösung ab Mai 1999 bis zur Fertigstellung der Parlamentsneubauten folgende drei Objekte in der Nähe des Reichstagsgebäudes an:

- das Gebäude der früheren DDR-Generalstaatsanwaltschaft (144 Büros) in der Luisenstraße,
- das ehemalige DDR-Justizministerium (278 Büros) in der Dorotheenstraße,
- das sogenannte „Polygraph“-Gebäude (331 Büros) in der Bunsenstraße.



Computersimulation vom Plenarsaal im Reichstagsgebäude

Foto: artemedia productions

Kosten für die Renovierung der Gebäude rund 43 Millionen Mark (für einfachen Standard) bis 58 Millionen Mark (für mittleren Standard); Zeitbedarf für die Renovierung rund 24 Monate.

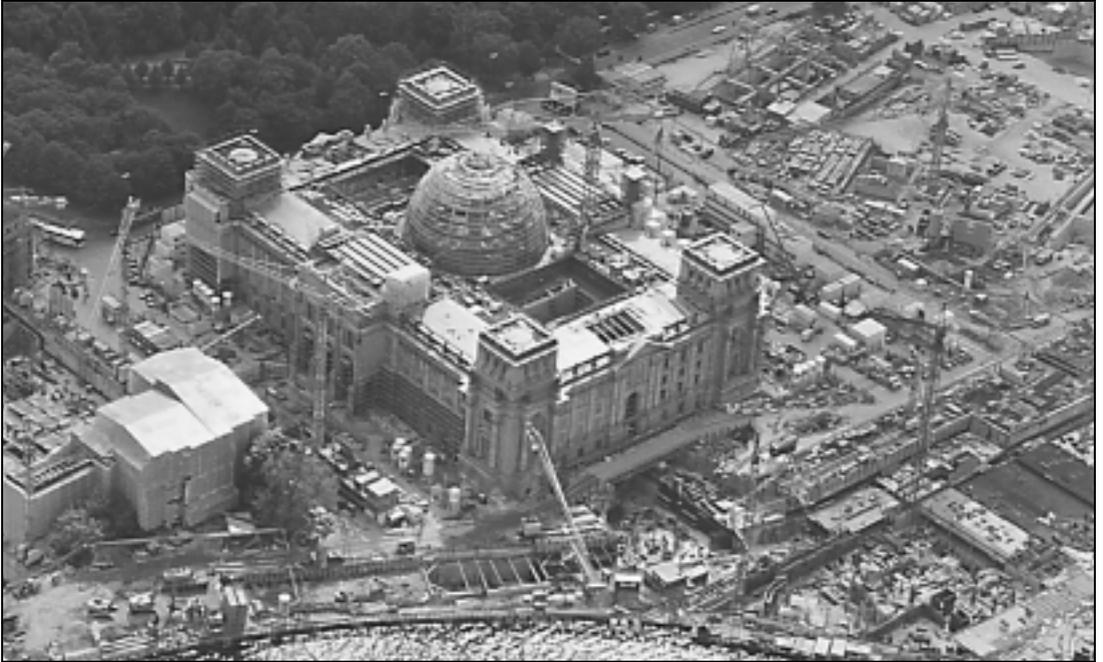
Unklar bleibt, wer die Renovierungskosten trägt.

28. April 1997

Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* gibt das Startsignal für den umfangreichsten Parlamentsneubau in Berlin. Das künftige Quartier Alsenblock/Luisenblock bietet rund 57 000 m² Hauptnutzungsfläche bzw. 1 700 Räume. Damit sind alle Neubaumaßnahmen für den Bundestag in Berlin auf den Weg gebracht, für die insgesamt Kosten in Höhe von 1,7 Milliarden DM veranschlagt werden.

Durch die Verteilung der Baumassen beiderseits der Spree erlangt das vom Moabiter Werder zum Bahnhof Friedrichstraße konzipierte „Band des Bundes“ zudem bereits heute seine angestrebte Fortentwicklung gen Osten. Mit dem „Spreesprung“ gelingt der Brückenschlag von West nach Ost, der auch die Wiedervereinigung der hier einst geteilten Stadt symbolisiert.

Der Alsenblock dient vorrangig der Unterbringung von Funktionsbereichen, die für den reibungslosen Parlamentsbetrieb die Nähe zum Reichstagsgebäude erfordern. Hierzu zählen Büros für 275 Abgeordnete, Sitzungssäle und Büros der Ausschusssekretariate sowie ein Restaurant für Abgeordnete, Mitarbeiter und Besucher. Ferner wird hier die zentrale Besucherbetreuung untergebracht. Funktionsbereiche mit weniger engem Kontakt zum Parlamentssitz wie zum Beispiel die Bibliothek, der Anhörungssaal und die Wissenschaftlichen Fachdienste sind im Luisenblock angesiedelt. Die Anbindung beider Baukörper erfolgt über eine Brücke, die sowohl über eine öffentlich zugängliche als auch über eine interne Ebene verfügt.



Luftaufnahme von der Baustelle Reichstagsgebäude

Foto: Bundestag

- Mai 1997 Das in die Dorotheenblöcke integrierte ehemalige Reichstagspräsidentenpalais wird zum Club- und Gesellschaftshaus für die Parlamentarische Gesellschaft umgewandelt, da Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* ihre Amtsräume im Reichstagsgebäude einrichten läßt und das Palais auch nicht als Wohnsitz nutzen will.
- Das Haus wurde 1897 vom Reichstagsarchitekten *Paul Wallot* entworfen. Während der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik residierten hier der Reichstagspräsident und der Reichstagsdirektor. Unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde das Gebäude zweckentfremdet als Außenstelle der Reichstagsbibliothek. In den letzten Kriegstagen verbrannte hier eine Büchersammlung im Umfang von einer halben Million Bänden. Zu DDR-Zeiten war im Palais zunächst ab 1949 das „Institut für Marxismus-Leninismus“ und danach ab 1960 die Firma „VEB-Schallplatte“ untergebracht. Jetzt baut der Kölner Architekt *Thomas van den Valentyn* den ehemaligen Kaisersaal zum Protokollsaal des Bundestages und die übrigen Zimmerfluchten zu Club- und Restauranträumen um. Der alte Grundriß wird dabei respektiert und das historische Dach wiederhergestellt.
- Mitte Mai 1997 Am Reichstagsgebäude werden die Rohbauarbeiten abgeschlossen. Schon seit dem Frühjahr laufen die Ausbauarbeiten und der Einbau der Haustechnik parallel.
- Ende Mai 1997 In einem Gespräch mit der Tageszeitung „Die Welt“ zeigt sich Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* zuversichtlich, daß das Parlament im Frühjahr 1999 seine Arbeit in Berlin aufnehmen werde. Gegenwärtig werde die Frage diskutiert, ob der Bundestag weitere Altbauten (das ehemalige Justizministerium der DDR, die ehemalige Generalstaatsanwaltschaft und das sogenannte Polygraphgebäude) vorübergehend nutzen solle.



Baustelle des Plenarsaales im Reichstagsgebäude

Foto: Bundesbaugesellschaft Berlin/Büker

5. Juni 1997 Der Vorsitzende der Baukommission des Bundestages, *Dietmar Kansy*, räumt ein, es entspreche formal nicht dem Beschluß des Bundestages von 1993, wenn Abgeordnete vorübergehend bis zur Fertigstellung von Dorotheenblöcken und Alsenblock weitere Altbauten in Berlin nutzen, da das Parlament Übergangslösungen damals ausgeschlossen habe. Entscheidend sei für ihn aber, daß der Bundestag seinen politischen Willen beweise, Verzögerungen beim Umzug von Bonn nach Berlin zu vermeiden. Die Herichtung der drei im Bundesbesitz befindlichen Bauten werde 43 bis 58 Millionen DM kosten. Sie sollen im Frühjahr 1999 bezugsfertig sein.

9. Juni 1997 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* informiert sich über den Stand der Umbauarbeiten am Reichstagsgebäude.

Die inneren Dimensionen des Plenarsaals sind mittlerweile an den aufbetonierten Begrenzungswänden ablesbar. Inzwischen wurden auch die stählernen Gerüste der Zuschauertribüne an der Westseite des Saals eingehängt. Das Westportal, durch welches das Licht bis in den Saal fällt, wird als Besucherzugang in das Gebäude fungieren, das Ostportal wird zum Zugang der Abgeordneten und Parlamentsbediensteten werden. Auf der östlichen Seite des Plenarsaals werden das Parlamentspräsidium und die Regierungsbank angeordnet. Davor werden die Abgeordneten in einer elliptischen Sitzordnung mit dem Blick nach Osten plaziert.

Die Montage der Kuppel auf dem Reichstagsgebäude hat begonnen. Die über 23 m hohe Konstruktion mit einem Durchmesser von 40 m wird von einer Dachterrasse aus über eine Rampe für Besucher begehbar sein.

Unter der Wölbung werden ein Restaurant und eine Aussichtsplattform eingerichtet.

25. Juni 1997 Der Haushaltsausschuß unterstützt Vorschläge der Bundesregierung, die Gebäude der früheren DDR-Generalstaatsanwaltschaft und des ehemaligen DDR-Justizministeriums in Berlin für 36 Millionen DM zu sanieren, damit im Sommer 1999 der Bundestag dort einziehen kann. Nicht enthalten seien die Kosten für die Herrichtung des Polygraph-Gebäudes, weil es zu einem späteren Zeitpunkt „mit geringem Aufwand“ von der Verwaltung des Deutschen Bundestages hergerichtet werden könne. Wenn die Aufträge für Generalstaatsanwaltschaft und Justizministerium jetzt erteilt würden, könnten beide Häuser zur Sommerpause 1999 fertig werden.

21.7 Chronik der Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1995)

Vom 24. Juni bis 6. Juli 1995 präsentierte sich das Reichstagsgebäude in Berlin in verhülltem Zustand.

Das von dem bulgarisch-französischen Künstlerpaar *Christo und Jeanne-Claude**) realisierte Kunstwerk wirkte wie ein Magnet und zog rund 5 Millionen Zuschauer an. Die reine Montagearbeit – die Verhüllung des Gebäudes mit 100 000 m² silbergrauem Polypropylen – dauerte lediglich eine Woche, die eigentliche Vorarbeit von der ersten Idee bis zur Vollendung des Projekts über 24 Jahre. Die folgende Chronik zeichnet diesen langen Weg nach.**)

- März 1971 Im Reichstagsgebäude in Berlin wird die Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ eröffnet. Im Zusammenhang damit entbrennt aufs neue die Diskussion über die Frage, was aus dem Gebäude letzten Endes werden soll.
- August 1971 Als Beitrag zu dieser Zweckbestimmungsdebatte übermittelt der seit 1964 als Galerist in Berlin lebende amerikanische Journalist *Michael S. Cullen* dem bulgarisch-französischen Künstlerpaar *Christo und Jeanne-Claude* den Vorschlag, das Reichstagsgebäude zu verhüllen.

Christo machte bereits 1961 durch den Entwurf einer Collage „Projekt für ein verhülltes öffentliches Gebäude“ auf sich aufmerksam; für die „documenta 4“ in Kassel hatte er 1967–68 sein Vorhaben mit verpackter Luft („5 600-Kubikmeter-Projekt“) realisiert; das erste Gebäude, das *Christo* und *Jeanne-Claude* vollständig verhüllten, war die Kunsthalle in Bern (1968); seit 1970 arbeiten sie an dem Projekt „Valley Curtain“ in Colorado, das 1972 realisiert wird.

*) eigentlich: *Christo Javacheff* und *Jeanne-Claude de Guillebon*; Künstlernamen von *Christo* seit Anfang 1994: *Christo und Jeanne-Claude*

***) Bearbeitet von *Inge Schlieper* anhand folgender Quellen: *Jacob Baal-Teshuva*, *Christo und Jeanne-Claude*. Köln 1995; *Michael S. Cullen*, *Der Reichstag*. Parlament, Denkmal, Symbol. Berlin-Brandenburg 1995. S. 284–298; ausführlicher: *Michael S. Cullen* und *Wolfgang Volz*, *Christo – Jeanne-Claude*. *Der Reichstag*. „Dem deutschen Volke“. Bergisch Gladbach 1995.

- September 1971 Die „*Christos*“ reagieren auf *Cullens* Anregung mit der Aufforderung, dieser möge die Genehmigung für die Aktion besorgen.
- November 1971 Bei einem Besuch in New York spricht *Cullen* mit *Jeanne-Claude* über seinen Vorschlag. Man ist sich über die politischen Implikationen im klaren. Es werde nicht leicht sein, die Genehmigung zur Verhüllung eines so symbolträchtigen Bauwerks zu erhalten.
4. Dezember 1971 Bei einem Treffen in Zürich macht *Cullen Christo* und *Jeanne-Claude* darauf aufmerksam, daß die Arbeit, die nötig sein werde, um die Genehmigung zu erhalten, erhebliche finanzielle Mittel verschlingen könne. *Christo* verspricht, Zeichnungen und Collagen anzufertigen, durch deren Verkauf sämtliche Kosten zu decken wären.
- Die nächsten Jahre vergehen mit Bemühungen, Unterstützung für das Projekt zu gewinnen.
- Februar 1976 *Christo* und *Jeanne-Claude* besuchen Bonn und Berlin und führen Gespräche mit Kulturpolitikern. Ihr Projekt, das sie wie ihre früheren Arbeiten auf eigene Kosten realisieren wollen, wird in aller Form publik gemacht. Im „Tagesspiegel“ erscheint die Schlagzeile: „Der Reichstag in Trevira“. Es hagelt Proteste, und die Zeitungen sind voll von Berichten und Leserbriefen.
23. Juni 1976 Bundestagspräsidentin *Annemarie Renger* empfängt *Christo* und *Jeanne-Claude* im Reichstagsgebäude zu einem Gespräch über ihr Projekt. Sie zeigt sich interessiert, möchte aber zu diesem Zeitpunkt nicht offiziell Stellung nehmen und gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, sich nach den Wahlen eingehender damit beschäftigen zu können.
19. November 1976 Bei den Bundestagswahlen erhält die CDU/CSU die meisten Stimmen. Als stärkste Fraktion stellt sie mit *Karl Carstens* den neuen Bundestagspräsidenten.
27. Mai 1977 In einem Gespräch mit *Christo* lehnt Bundestagspräsident *Karl Carstens* die Verhüllung des Reichstagsgebäudes ab. Dieses Gebäude sei wie kaum ein anderes Symbol für die fortbestehende Einheit der deutschen Nation, und die Diskussion über *Christos* und *Jeanne-Claudes* Vorhaben könne dem Symbolcharakter abträglich sein.
14. Juni 1977 Der SPD-Vorsitzende *Willy Brandt* äußert in der Berliner Zeitung „Der Abend“ den Wunsch, *Christos* Vorhaben möge zu einem guten Ende geführt werden.
- Juni 1977 Der neue Regierende Bürgermeister von Berlin, *Dietrich Stobbe* (SPD), vertritt die Meinung, *Christos* Projekt sei eine „positive Provokation“.
- Oktober 1977 Im Rahmen einer Ausstellung über Kunsteinkäufe des Bundestages wird auch *Christos* Verpackungsmodell für das Reichstagsgebäude im Bonner Bundeshaus gezeigt. Bundestagspräsident *Karl Carstens* besucht die Ausstellung. Zeitungsmeldungen ist zu entnehmen, daß er seine ablehnende Haltung zu *Christos* Projekt nicht geändert hat.

31. Mai 1979 Als Nachfolger von *Karl Carstens*, der zum Bundespräsidenten gewählt wurde, wird *Richard Stücklen* (CSU) Bundestagspräsident. Er bekräftigt die ablehnende Haltung seines Vorgängers zu *Christos* und *Jeanne-Claudes* Projekt und erklärt, er werde die Verpackung des Reichstagsgebäudes nicht erlauben.
- Oktober 1980 In Köln findet zur 100. Wiederkehr der Vollendung des Domes eine Ausstellung statt, zu der *Christo* mit seiner Zeichnung „Mein Kölner Dom“ die Plakatvorlage beigezeichnet hat. Beim Rundgang durch die Ausstellung räumt Bundespräsident *Karl Carstens* auf Befragen ein, er habe seine zunächst negative Einstellung zu *Christos* Reichstags-Projekt geändert, aber die Entscheidung sei jetzt Sache seines Nachfolgers im Amt des Bundestagspräsidenten.
- April 1981 Bei einem Pressegespräch in Berlin erklärt Bundestagspräsident *Richard Stücklen*, er sei nach wie vor gegen eine Verhüllung des Reichstagsgebäudes.
13. September 1982 Der seit Juni 1981 amtierende Regierende Bürgermeister von Berlin, *Richard von Weizsäcker* (CDU), läßt sich für das Projekt gewinnen und stellt *Christo* und *Jeanne-Claude* in Aussicht, er werde mit Bundestagspräsident *Richard Stücklen* darüber sprechen.
29. März 1983 Nachdem die CDU/CSU erneut als stärkste Fraktion aus den Bundestagswahlen am 6. März 1983 hervorgegangen war, wird mit *Rainer Barzel* (CDU) der neue Bundestagspräsident wieder aus ihren Reihen gewählt.
21. Februar 1984 Bei einem privaten Abendessen trifft Bundestagspräsident *Rainer Barzel* mit *Christo* und *Jeanne-Claude* zusammen. *Barzel* kann für ihr Projekt gewonnen werden und gibt zu erkennen, daß er sich eine Realisierung im September 1985 vorstellen könne. *Barzel* will seine positive Entscheidung ursprünglich im Herbst 1984 bekanntgeben, verschiebt dies aber mit Rücksicht auf die für März 1985 vorgesehenen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.
25. Oktober 1984 Bundestagspräsident *Rainer Barzel* legt sein Amt nieder, da ihm Verwicklung in die mit dem Namen „Flick“ umschriebene Parteispendenaffäre vorgeworfen wird.
5. November 1984 Als Nachfolger wird *Philipp Jenninger* (CDU) zum Bundestagspräsidenten gewählt und am 18. Februar 1987 zu Beginn der 11. Wahlperiode im Amt bestätigt.
3. Juni 1987 Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* läßt in einem Gespräch mit dem „Tagesspiegel“ wissen, er werde *Christo* und *Jeanne-Claude* bei einer für den 17. Juni geplanten Begegnung seine ablehnende Haltung zum Reichstagsprojekt mitteilen. Das Gespräch kommt nicht zustande.
12. Juni 1987 Dem Bundestagspräsidenten werden 70 000 Unterschriften überreicht, die der 1986 gegründete und von *Roland Specker* geleitete Verein „Berliner für den Reichstag“ zugunsten des Verhüllungsprojektes gesammelt hat.
11. November 1988 Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* legt sein Amt nieder. Er hatte am 10. November vor dem Bundestag zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht eine Rede gehalten, die auf starke Kritik stieß.

25. November 1988 *Rita Süßmuth* (CDU) tritt die Nachfolge von *Philipp Jenninger* als Bundestagspräsidentin an.
6. September 1989 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* empfängt *Marianne Kewenig* und *Roland Specker*, zwei Vorstandsmitglieder des Vereins „Berliner für den Reichstag“, und läßt sich über *Christos* und *Jeanne-Claudes* Reichstagsprojekt informieren. Ihr Interesse ist geweckt, sie will aber noch keine offizielle Stellungnahme abgeben.
9. November 1989 Die Berliner Mauer fällt.
- 2./3. Oktober 1990 In einer Nachtsitzung erklärt die Volkskammer „den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 GG mit Wirkung vom 3. Oktober 1990“.
20. Dezember 1990 Der am 2. Dezember 1990 gewählte gesamtdeutsche Bundestag tritt im Reichstagsgebäude zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. *Rita Süßmuth* wird als Bundestagspräsidentin im Amt bestätigt. Im Zuge der Wiedervereinigung wird der Wunsch immer lauter, den Sitz von Parlament und Bundesregierung von Bonn nach Berlin zu verlegen. Das Reichstagsgebäude wird erneut zum Kristallisationspunkt des Einheitsgedankens. Der im Bundestag am 20. September 1990 verabschiedete Einigungsvertrag enthält einen Passus, wonach Berlin zwar Hauptstadt ist, über den Sitz von Parlament und Regierung aber später entschieden werden müsse. Darüber kommt es zu langen und heftigen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern eines Umzugs der Verfassungsorgane vom Rhein an die Spree.
20. Juni 1991 Der Bundestag beschließt mit 338 gegen 320 Stimmen, daß Berlin nicht nur dem Namen nach Hauptstadt, sondern auch Sitz von Regierung und Parlament sein soll.
30. Oktober 1991 Der Ältestenrat spricht sich für das Reichstagsgebäude als zukünftigem Tagungsort des Bundestages in Berlin aus.
21. Juni 1991 CDU-MdB *Friedbert Pflüger* fordert die Bundestagspräsidentin auf, der Verhüllung des Reichstagsgebäudes zuzustimmen: „Wir könnten den Reichstag verpacken und nach einiger Zeit der Debatten im In- und Ausland den Bundestag wieder auspacken.“
26. November 1991 In einem Gespräch mit Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* gewinnt SPD-MdB *Peter Conradi*, Befürworter von *Christos* und *Jeanne-Claudes* Vorhaben, den Eindruck, sie stehe dem Projekt „Wrapped Reichstag“ positiv gegenüber.
20. Dezember 1991 In einem Brief an *Christo* und *Jeanne-Claude* schreibt die Bundestagspräsidentin, sie wolle dem Künstlerpaar helfen, „Ihren Traum, das Reichstagsgebäude zu verhüllen, zu realisieren“.
9. Februar 1992 Bei einer ersten Begegnung zwischen *Christo* und *Jeanne-Claude* und Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* macht *Christo* deutlich, daß er das Reichstagsgebäude nach dem Umbau, der nötig ist, um das Haus für die Zwecke des Bundestages nutzbar zu machen, nicht mehr verhüllen will. Außerdem brauchten sie ein Jahr Vorlauf, um das Projekt zu realisieren. Frau *Süßmuth* möchte gern eine Ausstellung mit *Christos* Werken in Bonn

veranstalten, um das Vorhaben zu fördern. Das Gespräch endet mit der allseitigen Zuversicht, daß das Projekt jetzt gute Chancen habe.

9. November 1992 Bei einem Zusammentreffen der Bundestagspräsidentin mit *Christo* und *Jeanne-Claude* in Berlin wird über Prozeduren und die „Zeitschiene“ gesprochen. *Rita Süßmuth* nimmt an, daß über die Genehmigung der Verhüllung der Ältestenrat entscheiden werde, ist sich aber nicht sicher, da es einen solchen Fall in der Geschichte des Bundestages noch nicht gegeben habe. Bei einem Vorlauf von einem Jahr werde die Genehmigung für das Verhüllungsprojekt Mitte 1993 benötigt, da mit dem Beginn der Umbaumaßnahmen im Reichstagsgebäude nach Mitte 1994 gerechnet werden könne.
7. Januar 1993 In Berlin – nicht wie von der Bundestagspräsidentin gewünscht in Bonn – wird eine Ausstellung mit *Christos* Werken eröffnet. In ihrer Eröffnungsansprache setzt *Rita Süßmuth* sich nachdrücklich für *Christos* und *Jeanne-Claudes* Verhüllungsprojekt ein und nennt es „eine gelungene Verbindung von Kunst und Politik“ und ein „künstlerisch-kulturelles Ereignis“.
11. Januar 1993 Vor der CDU/CSU-Fraktion in Bonn sprechen sich Bundeskanzler *Helmut Kohl* und der Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Schäuble* gegen das Projekt aus.
- Februar 1993 Die Fachpreisrichter des Preisgerichts „Umbau des Reichstagsgebäudes zum Deutschen Bundestag“ empfehlen dem Parlament, das Verhüllungsprojekt ausführen zu lassen. Mit der Enthüllung des Reichstagsgebäudes vor dem Umbau werde der Neubeginn in der Geschichte des Gebäudes deutlich gemacht.
- Auch die Jury für den städtebaulichen Wettbewerb „Spreebogen“ spricht eine Empfehlung für das *Christo*-Projekt aus.
22. März 1993 Zusammen mit den preisgekrönten Entwürfen für den Reichstagsumbau von *Norman Foster*, *Santiago Calatrava* und *Pi de Bruijn* wird *Christos* Verhüllungsmodell in der Lobby des neuen Plenarsaals im Bonner Bundeshaus ausgestellt. *Christo* und *Jeanne-Claude* nutzen die Zeit ihres Aufenthaltes in Bonn zu Gesprächen mit zahlreichen Abgeordneten, um sie für ihr Projekt zu gewinnen.
23. März 1993 Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* versichert *Christo* und *Jeanne-Claude*, er wünsche ihr Projekt nach wie vor verwirklicht zu sehen, und verspricht, dies der Bundestagspräsidentin mitzuteilen.
24. März 1993 In einem Gespräch mit den „*Christos*“ erklärt sich Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* bereit, das Projekt weiter zu unterstützen, bittet aber ihrerseits um Unterstützung. *Christo* und *Jeanne-Claude* müssen vor allem die Mitglieder des Ältestenrates überzeugen und Gespräche mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden führen.
- Die folgenden Monate vergehen mit intensiver Lobby-Arbeit, organisiert von *Wolfgang* und *Sylvia Volz*.
- Dezember 1993/
Januar 1994 Mehrere Versuche, eine Entscheidung über das Projekt im Ältestenrat des Bundestages herbeizuführen, schlagen fehl.

- Anfang Januar 1994 *Christo* ändert seinen Künstlernamen in *Christo und Jeanne-Claude*.
28. Januar 1994 In einer Rede in Berlin spricht sich Fraktionsvorsitzender *Wolfgang Schäuble* (CDU/CSU) vehement gegen das Projekt der „*Christos*“ aus, weil es polarisiere statt zu einen.
1. Februar 1994 Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages kommt zu einer Sondersitzung zum Thema „Reichstags-Verhüllung“ zusammen. Es sprechen Befürworter und Gegner. Der Bundeskanzler und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU sind nach wie vor gegen das Projekt, *Rita Süßmuth* kann an der Sitzung nicht teilnehmen. *Helmut Kohl* will die Entscheidung nicht im Ältestenrat, sondern im Plenum herbeiführen, und zwar ohne Fraktionszwang bei der Abstimmung.
3. Februar 1994 SPD-MdB *Peter Struck* versucht im Ältestenrat zu einer Entscheidung zu kommen, was aber mißlingt. Daraufhin bringen fraktionsübergreifend die Abgeordneten *Johannes Gerster* (Mainz), *Heribert Scharrenbroich*, *Peter Kittelmann*, *Peter Struck*, *Peter Conradi*, *Freimut Duve*, *Manfred Richter* (Bremerhaven), *Ina Albowitz*, *Uwe-Bernd Lühr*, *Andrea Lederer*, *Werner Schulz* (Berlin) und andere einen Antrag zum Thema „Verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin“ mit folgendem Wortlaut ein:
 „Der Bundestag wolle beschließen:
 Der Deutsche Bundestag stimmt der Absicht des Künstlers *Christo* zu, den Reichstag unmittelbar vor Beginn des Umbaus 14 Tage lang zu verhüllen. Der Deutsche Bundestag beauftragt seine Präsidentin, mit dem Künstler umgehend die dafür notwendigen Verträge abzuschließen.“
 In der Begründung heben die Antragsteller hervor:
 „Das Reichstagsgebäude ist ein würdevolles Symbol der deutschen Geschichte und verdient großen Respekt. Dies wird durch das Kunstwerk besonders verdeutlicht. Bevor die Umbauten des Reichstages zum Bundestag beginnen, liegt in der Verhüllung eine große Chance, die Zäsur in der Geschichte der Deutschen deutlich zu machen.“ Durch die Verhüllungsaktion würden Reichstagsgebäude und deutsche Hauptstadt in einzigartiger Weise in das Interesse der deutschen und internationalen Öffentlichkeit gerückt.
25. Februar 1994 Auf der Tagesordnung des Bundestages stehen Debatte und Abstimmung über den Entschließungsantrag (Drucksache 12/6767) „Verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin“.
 Eine leidenschaftliche Diskussion entwickelt sich, wobei die Fronten quer durch die Parteien verlaufen. Es geht dabei vor allen Dingen um die Frage, ob ein so geschichtsträchtiges Bauwerk wie das Reichstagsgebäude Gegenstand einer künstlerischen Aktion sein dürfe. *Peter Conradi* und *Freimut Duve* (beide SPD) sowie *Heribert Scharrenbroich* (CDU) äußern sich pro *Christo*, *Wolfgang Schäuble* (CDU) und *Burkhard Hirsch* (FDP) contra. Die Befürworter sehen in der Verhüllung und Enthüllung des Reichstagsgebäudes ein Symbol für die Wiedergeburt der Demokratie in ganz Deutschland und „eine spektakuläre Aktion gegen nationales und gegen sonstiges deutsches Spießertum“ (so der fraktionslose Abgeordnete *Ulrich Briefs*). Die Gegner empfinden *Christos* und *Jeanne-Claudes* Projekt als Entwürdigung eines Bauwerks, in dem sich wie in keinem anderen Glanz und Elend des deutschen Parlamentarismus und 120 Jahre deutsche

Geschichte spiegeln. (*Eike Ebert*, SPD: „So etwas tut man nicht! Meine Damen und Herren, so etwas tut man schlicht und einfach nicht!“)

Bei der namentlichen Abstimmung, die von der CDU/CSU-Fraktion beantragt worden war, sprechen sich 292 Abgeordnete für das Projekt „Verhüllter Reichstag“ und 223 dagegen aus; 9 Abgeordnete enthalten sich der Stimme; eine abgegebene Stimme ist ungültig.

8. Mai 1994 Für die Realisierung von *Christo* und *Jeanne-Claudes* Projekt wird die „Verhüllter Reichstag GmbH“ gegründet. Die zwei Geschäftsführer *Wolfgang Volz* und *Roland Specker* sind zuständig für die Vergabe der nötigen Arbeiten (Herstellung und Aluminiumbeschichtung des Verhüllungsgewebes, das Zuschneiden und Nähen der Stoffbahnen, Ingenieurleistungen, Bauleitung etc.) an deutsche Firmen.

Das Projekt heißt „Christo und Jeanne-Claude, Wrapped Reichstag, Project for Berlin“. Wie andere Projekte in der Vergangenheit ist auch dieses ein gemeinsames Werk des Künstlerpaares. *Christo* selbst arbeitet an Collagen und Zeichnungen, die *Jeanne-Claude* verkauft. Aus den Einnahmen wird das Projekt finanziert.

18. Oktober 1994 Der Vertrag zwischen der „Verhüllter Reichstag GmbH“ und dem Deutschen Bundestag wird unterschrieben.

28. November 1994 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* trifft in Berlin mit *Christo* und *Jeanne-Claude* zusammen. Sie berichten vor der Presse über den Stand der Vorbereitungen für das Verhüllungsprojekt. Die Bundestagspräsidentin bestätigt den Terminplan: Am 17. Juni 1995 beginnt die Verhüllung des Reichstagsgebäudes; zwischen dem 23. Juni und dem 6. Juli wird das Kunstwerk präsentiert; am 7. Juli beginnt der Abbau; bis zum 23. Juli sollen die letzten Spuren des Projektes beseitigt sein. Die Bundestagspräsidentin betont die Einzigartigkeit der Kunstaktion: „Dies ist eine Entscheidung von historischer Tragweite, ein unauslöschlicher Teil der deutschen Parlamentsgeschichte.“

9. März 1995 Im Bundeshausrestaurant in Bonn läßt sich eine Gruppe von Abgeordneten von *Christo* und *Jeanne-Claude* über den Fortgang der Arbeiten am Verhüllungsprojekt berichten: Das Polypropylengewebe, das den Reichstag bedecken soll, wurde mit einer hauchdünnen Aluminiumschicht bedampft; die riesigen Stoffbahnen werden nach Plänen eines Ingenieurbüros in drei Nähereien zusammengefügt; der Faltenwurf wurde an einem Gebäude in Konstanz getestet; Statiker in Karlsruhe wiesen durch Versuche im Windkanal nach, daß die Hülle nicht wegfliegen kann; ein Abriebtest mußte sicherstellen, daß die Steine des Reichstagsgebäudes durch die Bewegung des Stoffes nicht beschädigt werden. *Christo* und *Jeanne-Claude* räumen ein: „Wir müssen noch viele Zeichnungen verkaufen“, um die Finanzierung des Projektes zu sichern.

17. Juni 1995 Der entscheidende Teil des Kunstwerkes beginnt mit der Verhüllung der Innenhöfe des Reichstagsgebäudes.

24. Juni 1995 Die letzte von 70 Stoffbahnen der silbrigen Hülle des Reichstagsgebäudes wird entrollt. Damit ist das Gebäude unter einem 100 000 m² großen, silbergrauen Stoffkleid verschwunden. Am nächsten Tag wird die Verschnürung mit einem rund 15 km langen blauen Seil abgeschlossen.



Christo und *Jeanne-Claude* haben ihr Ziel, das sie 24 Jahre lang hartnäckig verfolgten, erreicht. Das selbstfinanzierte Werk „Verhüllter Reichstag“ wird allerdings mehr kosten als ursprünglich angenommen: knapp 15 Millionen statt 11,5 Millionen Mark.

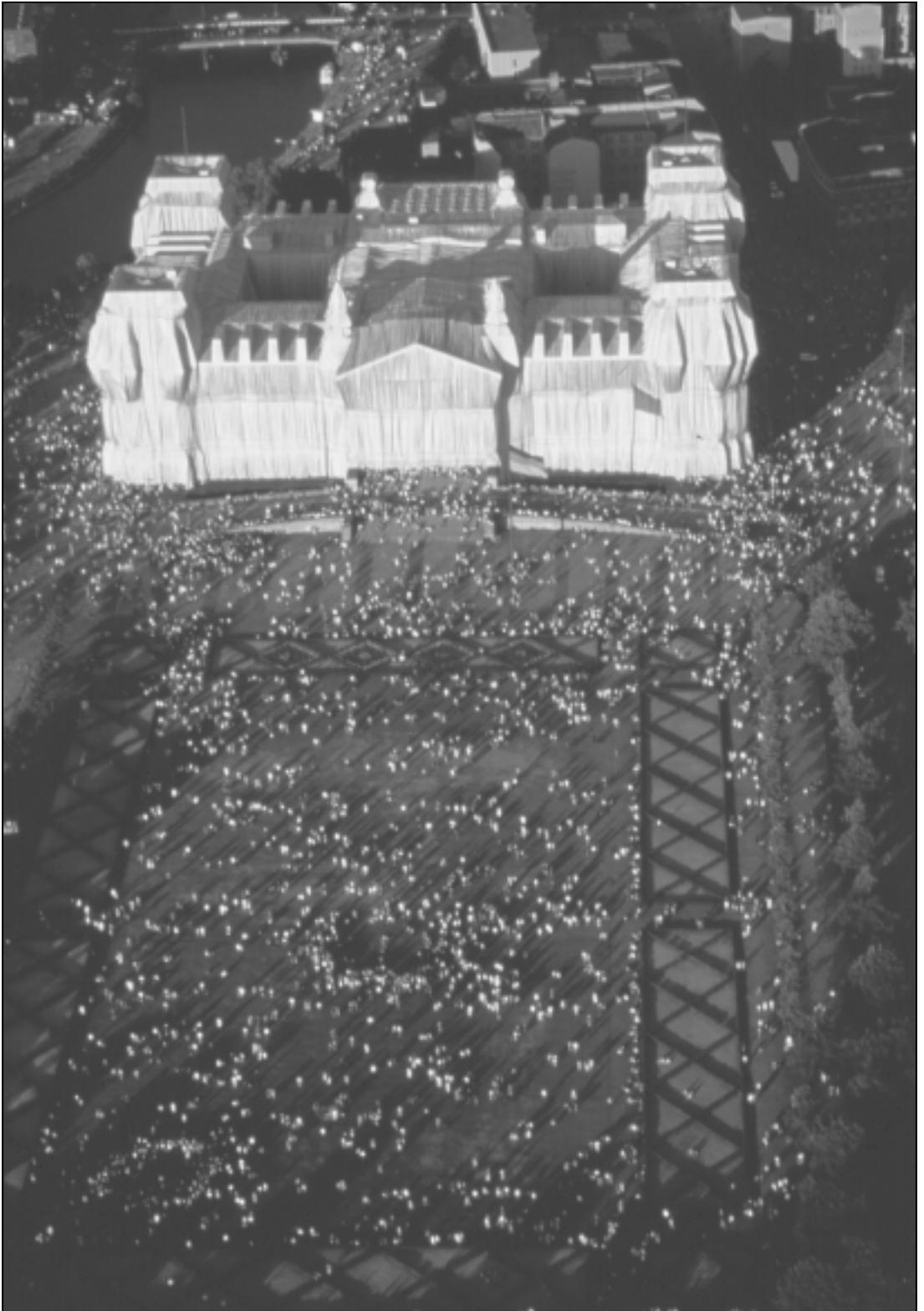
Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* dankt dem Künstlerpaar für das „wunderbare“ Kunstwerk, das es Berlin und den Deutschen geschenkt habe. Die Verhüllung gebe den Bürgern Anstoß dazu, sich mit dem Gebäude auseinanderzusetzen, das für ihre Geschichte und Zukunft von so großer Bedeutung sei. Mit dem „Verhüllten Reichstag“ hätten *Christo* und *Jeanne-Claude* ein Kunstwerk von internationalem Rang geschaffen.

7. Juli 1995 Die Kunstaktion „Wrapped Reichstag“ geht zu Ende; die Enthüllung beginnt.

Mehr als fünf Millionen Besucher ließen sich den Anblick des verhüllten und verschnürten Reichstagsgebäudes nicht entgehen. Der Erfolg hat *Christo* und *Jeanne-Claude* recht gegeben: Die Ausstrahlung des Kunstwerks war von großer Intensität. Auch die Kritiker des Projekts müssen einräumen: Das Ereignis ist aus der wechselvollen Geschichte des wilhelminischen Kolossalbaus nicht mehr wegzudenken. Das Kunstwerk selbst fällt der Vergänglichkeit anheim. Was bleibt, ist das Oeuvre, das *Christo* schuf, um die Aktion zu finanzieren. Es besteht aus mehr als 400 Originalen und ist in den berühmtesten Museen und Sammlungen der Welt zu besichtigen.

Copyright für die Fotos auf den Seiten 3393–3395:

Christo and Jeanne-Claude, Wrapped Reichstag, Berlin 1971–1995, Wolfgang Volz, Bilderberg





21.8 Bannmeile

Die Bannmeile ist ein Schutzbereich („befriedeter Bannkreis“) insbesondere für die Gesetzgebungsorgane des Bundes, aber auch für das Bundesverfassungsgericht und die Landesparlamente. Innerhalb dieser Bannmeile sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, Aufzüge und Demonstrationen verboten. Ausnahmen von dieser Einschränkung des Demonstrationsrechts kann für die Gesetzgebungsorgane des Bundes der Bundesinnenminister im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bundestages und Bundesrates zulassen.

„Der Schutz des Parlaments durch eine Bannmeile wurde erstmals von der Frankfurter Nationalversammlung im Oktober 1848 beschlossen und von den nachfolgenden Parlamenten übernommen. Zweck dieser Bestimmung ist es, den sog. ‚Druck der Straße‘ vom Parlament fernzuhalten und die Unabhängigkeit des Parlaments in seiner Entscheidung zu gewährleisten.“^{*})

Grundlegend für die heutigen Bannmeilengesetze des Bundes und der Länder, die die in Art. 8 Abs. 1 Grundgesetz (GG) garantierte Versammlungsfreiheit einschränken, ist die Eingriffsermächtigung des Art. 8 Abs. 2 GG:

„Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.“

Dementsprechend bestimmt § 16 Versammlungsgesetz:

„(1) Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind innerhalb des befriedeten Bannkreises der Gesetzgebungsorgane des Bundes und der Länder sowie des Bundesverfassungsgerichts verboten.

(2) Die befriedeten Bannkreise für die Gesetzgebungsorgane des Bundes und für das Bundesverfassungsgericht werden durch Bundesgesetz, die befriedeten Bannkreise für die Gesetzgebungsorgane der Länder durch Landesgesetze bestimmt.

(3) Das Weitere regeln die Bannmeilengesetze des Bundes und der Länder.“

Für die Gesetzgebungsorgane des Bundes und das Bundesverfassungsgericht gilt das Bannmeilengesetz vom 6. August 1955 (BGBl. I S. 504) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Bannmeilengesetzes vom 28. Mai 1969 (BGBl. I S. 449). Es beschreibt in seinen ersten beiden Paragraphen mit Hilfe der Straßennamen die Grenzen der befriedeten Bannkreise für die Gesetzgebungsorgane des Bundes und das Bundesverfassungsgericht.

Initiativen zur Aufhebung der Bannmeilenregelung in den letzten Wahlperioden (vgl. BT-Drucksachen 11/5432, 12/4530, 13/2768) blieben ohne Erfolg bzw. wurden noch nicht beraten.

Zu den Folgen einer Bannkreisverletzung und der Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans vgl. §§ 106a und 106b des Strafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Februar 1985 (BGBl. I S. 425):

„§ 106a: Bannkreisverletzung

(1) Wer innerhalb des befriedeten Bannkreises um das Gebäude eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes sowie des Bundesverfassungsgerichts an öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen teilnimmt und dadurch Vorschriften verletzt, die über den Bannkreis erlassen worden sind, wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhundertachtzig Tagessätzen bestraft.

(2) Wer zu Versammlungen oder Aufzügen auffordert, die unter Verletzung der in Absatz 1 genannten Vorschriften innerhalb eines befriedeten Bannkreises stattfinden sollen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

^{*}) *Barbara Stolterfoth*, Artikel „Bannmeile“, in: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. München 1970. S. 48. Vgl. auch *Michael Breitbach*, Die Bannmeile als Ort von Versammlungen. Gesetzgebungsgeschichte, verfassungsrechtliche Voraussetzungen und ihre verfahrens- und materielle rechtlichen Folgen. Baden-Baden 1994.

§ 106b: Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans

(1) Wer gegen Anordnungen verstößt, die ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes oder sein Präsident über die Sicherheit und Ordnung im Gebäude des Gesetzgebungsorgans oder auf dem dazugehörigen Grundstück allgemein oder im Einzelfall erläßt, und dadurch die Tätigkeit des Gesetzgebungsorgans hindert oder stört, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Die Strafvorschrift des Absatzes 1 gilt bei Anordnungen eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder seines Präsidenten weder für die Mitglieder des Bundestages noch für die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten, bei Anordnungen eines Gesetzgebungsorgans eines Landes oder seines Präsidenten weder für die Mitglieder der Gesetzgebungsorgane dieses Landes noch für die Mitglieder der Landesregierung und ihre Beauftragten.“

Verlauf der Bannmeile in Bonn 1955–1969

Das erste Bannmeilengesetz vom 6. August 1955 legte den Schutzbereich für Bundestag und Bundesrat in § 1 folgendermaßen fest:

„Der befriedete Bannkreis für die Gesetzgebungsorgane des Bundes umfaßt das Gebiet der Städte Bonn und Beuel, das umgrenzt wird durch

die Zweite Fährgasse in Bonn,

die Weberstraße von der Koblenzer Straße ab bis zur Kaiserstraße,

die Kaiserstraße von der Weberstraße ab bis zur Unterführung unter der Reuterstraße,

den Straßburger Weg,

den Verbindungsweg an der Eisenbahnlinie entlang bis zur Abzweigung der Trajektbahn,

die Trajektbahnlinie nach dem Rhein,

die Verbindungslinie vom Ende der Trajektbahn über den Rhein hinüber zur Straße Am Trajekt auf dem östlichen Rheinufer,

diese Straße bis an die Eisenbahnlinie Königswinter–Beuel,

diese Eisenbahnlinie von der Straße Am Trajekt ab bis zum Bonner Weg,

den Bonner Weg von der Eisenbahnlinie bis zur Ernst-Moritz-Arndt-Straße,

die Ernst-Moritz-Arndt-Straße bis zum Rhein,

die Verbindungslinie vom Anfang der Ernst-Moritz-Arndt-Straße am Rhein zur Zweiten Fährgasse auf dem westlichen Rheinufer.

Die genannten Straßen und Wege gehören zum Bannkreis, soweit sie ihn umgrenzen.“

Verlauf der Bannmeile in Bonn seit 1969

In der Neufassung des Bannmeilengesetzes vom 28. Mai 1969 wurde der Schutzbereich in § 1 enger gefaßt:

„Der befriedete Bannkreis für die Gesetzgebungsorgane des Bundes umfaßt das Gebiet der Städte Bonn und Beuel, das umgrenzt wird durch

die Zweite Fährgasse in Bonn,

die Weberstraße von der Adenauerallee bis zur Niebuhrstraße, die Niebuhrstraße bis zur Kaiserstraße,

die Kaiserstraße von der Einmündung der Arndtstraße bis zum Bundeskanzlerplatz,

die Adenauerallee vom Bundeskanzlerplatz bis zur Heussallee und die Friedrich-Ebert-Allee von der Heussallee bis zur Trajektbahn,

die Trajektbahnlinie nach dem Rhein,

die Verbindungslinie vom Ende der Trajektbahn über den Rhein zur Straße Am Trajekt in Beuel bis zum östlichen Rheinufer,

das östliche Rheinufer bis zur Verbindungslinie zwischen dem Anfang der Ernst-Moritz-Arndt-Straße in Beuel und der Zweiten Fährgasse in Bonn und diese Verbindungslinie bis zur Zweiten Fährgasse.

Soweit die genannten Straßen und Plätze den Bannkreis umgrenzen, gehören sie nicht zum Bannkreis.“

Der Verlauf der alten und neuen Bannmeile ist auch aus dem nebenstehenden Auszug aus dem Bonner Stadtplan¹⁾ ersichtlich.

Einrichtung einer Bannmeile in Berlin

Sofort nach der deutschen Vereinigung und nach der ersten gesamtdeutschen Plenarsitzung am 4. Oktober 1990 im Berliner Reichstagsgebäude wurde die Einrichtung einer Bannmeile in Berlin von mehreren Politikern dringend erforderlich genannt. Sowohl im Ältestenrat als auch im Innenausschuß des Bundestages fanden Gespräche über eine Änderung des Bannmeilengesetzes statt.

Bei Redaktionsschluß dieses Abschnitts – Ende August 1997 – lassen sich folgende Positionen erkennen, was die gesetzliche Einführung einer Bannmeile um den Bundestag in Berlin betrifft:

CDU/CSU: Offenbar für die Beibehaltung einer Bannmeilenregelung mit einem recht großen Bannkreis, der vom Kanzleramt im Westen über den Reichstag und Pariser Platz bis zur Straße Unter den Linden/Ecke Neustädtische Kirchstraße reichen soll. Ablehnung des Vorschlages von Bundestagsvizepräsident *Burkhard Hirsch* (FDP), der erhebliche Änderungen für ein Bannmeilengesetz vorschlägt (vgl. u. a. Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 1996, Berliner Zeitung vom 19. September 1997).

SPD: Offenbar Ablehnung einer Bannmeilenregelung oder zumindest Befürwortung nur eines möglichst engen Bannkreises entsprechend des Vorschlages von Bundestagsvizepräsident *Burkhard Hirsch* (FDP). Entsprechend geäußert hat sich u. a. der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, *Wilhelm Schmidt*, das Bannmeilengesetz sei „Relikt eines hoheitlich orientierten Staatswesens“ und schaffe keine zusätzliche Sicherheit (vgl. Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 1996, Berliner Zeitung vom 21. März 1997).

FDP: Nach Möglichkeit Einführung einer sehr engen Bannmeile um das Parlamentsgebäude in Berlin, zumindest aufgrund eines Entwurfes und wiederholt vorgetragener Äußerungen von Bundestagsvizepräsident *Burkhard Hirsch*. Im Entwurf eines Gesetzestextes sieht *Hirsch* vor, daß Kundgebungen innerhalb des „befriedeten Bezirks“ nicht generell verboten sind, sondern genehmigt werden können, wenn die Parlamentsarbeit ungestört bleibt. Verstöße gegen das Gesetz sollten nicht mehr als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit gewertet werden. *Burkhard Hirsch* wurde beauftragt, zwischen den Fraktionen eine Lösung auszuhandeln (vgl. u. a. DIE ZEIT vom 11. April 1997, Frankfurter Rundschau vom 28. Juli 1997, Berliner Zeitung vom 19. September 1997).

PDS: Ablehnung einer Bannmeilenregelung, was sich in einem im Oktober 1995 eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Bannmeilengesetzes und zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches (Drs. 13/2768) manifestiert. Zur Begründung heißt es:

„Die Bannmeilenregelung, wie sie im Bannmeilengesetz, in § 16 des Versammlungsgesetzes und in § 106a des Strafgesetzbuches enthalten ist, stellt einen verfassungsrechtlich bedenklichen Eingriff in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit dar. Indem sie den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und das Bundesverfassungsge-

¹⁾ Die Straßennamen entsprechen dem Stand von 1968.

richt vom Volk abschottet, behindert die Bannmeilenregelung die für die Demokratie lebensnotwendige Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten, zwischen den Verfassungsrichtern und dem Volk als Träger der Macht und fördert so die Politikverdrossenheit.

Für ein generelles Verbot politischer Kundgebungen im Bannkreis der Gesetzgebungsorgane des Bundes und des Bundesverfassungsgerichts gibt es keinerlei Rechtfertigung. Um Ausschreitungen zu begegnen, sind die einschlägigen Mittel des Polizei- und Ordnungsrechts, des Versammlungsrechts und des Hausrechts des Deutschen Bundestages, des Bundesrates und des Bundesverfassungsgerichts völlig ausreichend.

Die Absurdität der Bannmeilenregelung wird offensichtlich, wenn, wie erneut in jüngster Zeit, Abgeordnete selbst wegen politischer Meinungsäußerungen im Bannkreis Opfer dieser Regelung werden.“

Der Gesetzentwurf wurde am 12. Dezember 1996 an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (federführend) überwiesen.

Bündnis 90/Die Grünen: Ablehnung einer Bannmeilenregelung, indem schon in der 12. Wahlperiode der Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Bannmeilengesetzes (Drs. 12/4530) eingebracht wurde. Dazu fand am 10. November 1993 eine öffentliche Anhörung im Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung statt. Über diese Anhörung berichtete die Parlamentskorrespondenz *hib* vom gleichen Tage:

„Ob es eines Bannkreises um das Parlament bedarf, um parlamentarische Arbeit zu gewährleisten und Abgeordnete vor Demonstrationen zu schützen, wurde am Mittwoch vormittag unter Beurteilung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von juristischen Wissenschaftlern verneint. Sie nahmen in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu einem Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (12/4530) Stellung, in dem die Abschaffung der Bannmeile und der Strafvorschrift gefordert wird, die Demonstration innerhalb dieses Raums ahnden soll. Die wissenschaftlichen Sachverständigen verwiesen auf den hohen Stellenwert, den die Versammlungsfreiheit genießt und die vom Bundesverfassungsgericht eingezogenen Prüfkriterien, die zu dessen Einschränkung führen. Das Schutzgut des Bannmeilengesetzes, die Funktionstüchtigkeit des Parlaments zu gewährleisten, ließe sich auch wirksam mit Hilfe der Vorschriften des Versammlungsrechts sicherstellen. Ergänzt wurde dies mit polizeilichen Erfahrungen aus Hamburg und der Darlegung, daß von den zahlreichen Demonstrationen, die jährlich stattfinden, nur etwa ein bis fünf Prozent unfriedlich seien. In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, daß fast ausschließlich friedliche Demonstranten vor Gericht gestellt wurden, die für die Funktionsfähigkeit von Parlamenten „völlig ungefährlich“ gewesen seien. Dem Ausschuß wurde dargelegt, daß in sechs Bundesländern, davon in vier neuen Bundesländern, Bannmeilenregelungen fehlen. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, daß viele europäische Länder ohne eine Bannmeilenregelung auskommen.

Befürworter der Bannmeilenregelung wiesen darauf, daß das Parlament ausreichend nur dadurch geschützt werden können, daß es innerhalb eines von der Gesetzgebung klar definierten Raums vor Demonstrationen und dem „Druck der Straße“ bewahrt wird. Vor allem von der Polizei in Berlin und München wurde hervorgehoben, daß die Bannmeile einen polizeitaktischen Sinn habe, der es ihr erleichtere, ohne die nach dem Versammlungsrecht vorgeschriebenen Einzelfallprüfungen alle erforderlichen Maßnahmen treffen zu können, um die Parlamente zu schützen. Dabei sei es erforderlich, die Bannmeile so abzugrenzen, daß sie polizeilichen Erfordernissen entspricht. Kritisiert wurde daher das Ausmaß der Bannmeile in Bonn. Auf Fragen der Abgeordneten räumten auch die Befürworter der Bannmeilenregelung ein, daß mit Hilfe der Vorschriften des Versammlungsrechts und der übrigen Strafvorschriften der Schutz parlamentarischer Einrichtungen gewährleistet werden könne. Allerdings würde das zu einer wesentlichen Erschwerung der Polizeiarbeit führen. Auch für das Gebiet um das Reichstagsgebäude wurde von Berlin eine Bannmeilenregelung gefordert, die der Polizei ausreichend Raum für den Schutz des Reichstagsgebäudes und für den freien Zugang dazu ermöglicht.“

Der Bundestag lehnte – auf Empfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung – den Gesetzentwurf in 2. Beratung am 29. Juni 1994 ab.

Berliner Senat: Offenbar Einrichtung einer möglichst weiträumigen Bannmeile um das künftige Parlaments- und Regierungsviertel, zumindest nach Äußerungen des Berliner Innensensors *Jörg Schönbohm* (vgl. *Berliner Zeitung* vom 21. März 1997).

22 Bundestagsverwaltung

Überblick

	Seite
22.1	3402
Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung	
– Chronik (S. 3402)	
– Organisationspläne (S. 3409)	
– Entwicklung der Stellenpläne der Bundestagsverwaltung seit 1949 (S. 3426)	
– Der Direktor beim Deutschen Bundestag (S. 3427)	
22.2	3428
Chronik der Wissenschaftlichen Dienste	
– Bestände der Bibliothek, der Pressedokumentation und des Parlaments- archivs (S. 3433)	
– Parlamentarische Beratungsgremien (S. 3435)	
22.3	3436
Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste	
– Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages (S. 3437)	
– Sach- und Sprechregister (S. 3437)	
– Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages (S. 3438)	
– Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA) (S. 3438)	
– Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation (S. 3439)	
– Aufzeichnungen und Erinnerungen von Abgeordneten (S. 3439)	
– Materialien (S. 3440)	
– Bibliographien (S. 3444)	
– Dokumentationen (S. 3446)	
– Auswahlverzeichnisse der Bibliothek des Bundestages (S. 3446)	
– Veröffentlichte Gesetzesmaterialien (S. 3446)	
– Fundstellennachweise zu den Gesetzesmaterialien der Bundesgesetze (S. 3448)	
– Wegweiser für Abgeordnete (S. 3448)	
– Der Aktuelle Begriff (S. 3448)	
– World Directory of National Parliamentary Libraries (S. 3449)	
22.4	3450
Datenbanken im Parlamentsbereich	
– Parlamentseigene Datenbanken (S. 3450)	
– Zugang zu externen Datenbanken (S. 3452)	
22.5	3453
Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung: Bibliographie . . .	

Hinweis

Abschnitt 21.1 enthält – um den steigenden Raumbedarf im Bundeshaus zu verdeutlichen – eine Gegenüberstellung der Zahl

- der Abgeordneten,
- der Bediensteten der Bundestagsverwaltung,
- der Fraktionsangestellten und
- der in Bonn tätigen Abgeordneten-Mitarbeiter.

22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung

Zur besseren Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben hat sich der Deutsche Bundestag eine Verwaltung mit zahlreichen administrativen, wissenschaftlichen und technischen Diensten geschaffen. Die Verwaltung des Deutschen Bundestages ist eine oberste Bundesbehörde. Sie untersteht dem Präsidenten und wird vom Direktor beim Deutschen Bundestag geleitet.*)

Dieser Abschnitt enthält zum Aufbau und zur Entwicklung der Bundestagsverwaltung seit 1949 folgende Unterlagen:

- Chronik
- Organisationspläne (bis zur Ebene der Unterabteilungsleiter) zusammen mit einer Synopse der übrigen Organisationseinheiten
- Direktor beim Deutschen Bundestag
- Entwicklung der Stellenpläne der Bundestagsverwaltung

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages sind getrennt im anschließenden Abschnitt 22.2 behandelt.

Chronik

Die wichtigsten Etappen in der Entwicklung der Bundestagsverwaltung seit 1949 sind in der folgenden Chronik aufgeführt; der Verwaltungsaufbau ist den beigefügten Organisationsplänen zu entnehmen.

7. September 1949 Die Bundestagsverwaltung beginnt mit der Konstituierung des 1. Bundestages ihre Arbeit ohne geschäftsordnungsrechtlich festgelegten organisatorischen Rahmen. Bestimmungen für die Organisation der Bundestagsverwaltung enthält die am 6. Dezember 1951 verabschiedete und am 1. Januar 1952 in Kraft getretene endgültige Geschäftsordnung.

In ihrer Arbeit und Organisation orientiert sich die Bundestagsverwaltung an den Erfahrungen des Parlamentarischen Rates, des Wirtschaftsrates und der Reichstagsverwaltung.

*) Vgl. *Peter Schindler*, Die Verwaltung des Bundestages. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 829–858.

Hinweise

Im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Entwicklung der Bundestagsverwaltung vgl. auch die Entwicklung der Hilfsdienste der Fraktionen (Abschnitt 5.10) und die der Mitarbeiter der Abgeordneten (Abschnitt 20.8).

Die Bundestagsverwaltung war mehrmals Gegenstand in den Aussprachen über den Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

Einen Überblick über die vielfältigen administrativen, wissenschaftlichen und technischen Dienste der Bundestagsverwaltung gibt der zuletzt im Oktober 1998 herausgegebene „Wegweiser für Abgeordnete“.

12. Dezember 1949 Erste Betriebsversammlung der Bundestagsverwaltung (im Plenarsaal).
- 1950/51 Ausgehend von der dreiteiligen Verwaltungsgliederung des Parlamentarischen Rates und des Wirtschaftsrates entsteht ein Organisationsplan für die Bundestagsverwaltung, der folgende drei Hauptabteilungen enthält:
Hauptabteilung I Verwaltung mit der Zentralabteilung, Personal- und Besoldungsabteilung, Haushalts- und Rechnungsabteilung und der Technischen Abteilung,
Hauptabteilung II Parlamentsdienst mit dem Ausschußdienst (38 Ausschüsse) und der Petitionsstelle, dem Presse- und Informationsdienst und dem Stenografendienst,
Hauptabteilung III Wissenschaftlicher Dienst mit der Bibliothek, dem Archiv und der Registerabteilung (vgl. dazu **Plan 1** auf Seite 3410).
- 1952 Eine gutachtliche Stellungnahme des Bundesrechnungshofes kommt zu dem Ergebnis, „daß der in der Durchführung begriffene Organisationsplan mit seiner Gliederung in drei Hauptabteilungen und deren Untergliederung in zahlreiche Abteilungen mit den ihnen unterstellten Dienststellen und Büros usw. in der Aufgabe der Bundestagsverwaltung nicht begründet ist und über das notwendige Maß der Organisationsgliederung hinausgeht“. Nach den Vorschlägen des Bundesrechnungshofes sollten dem Bundestagsdirektor lediglich sieben Referate und eine Pressestelle unmittelbar unterstellt werden. Dieser Vorschlag wird nicht übernommen; vielmehr hält der Bundestag an der Dreigliederung seiner Verwaltung fest, wandelt aber die drei Hauptabteilungen in Abteilungen um.
- 1953/1967 Die Organisation der Bundestagsverwaltung ist in diesem Zeitraum gekennzeichnet durch die Aufgliederung in die drei Abteilungen
 I: Allgemeine Verwaltung
 II: Ausschußdienst und Stenographischer Dienst
 III: Wissenschaftliche Abteilung.
 Die Aufgliederung in Referate innerhalb der Abteilungen ist mehrfach geändert worden.
13. März 1956 Wahl des ersten Personalrats der Bundestagsverwaltung
- 1968 In Anlehnung an ein Gutachten des Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung wird die Bundestagsverwaltung in vier Abteilungen gegliedert:
 I: Allgemeiner Parlamentsdienst
 II: Ausschußdienst
 III: Wissenschaftlicher Dienst
 Z: Allgemeine Verwaltung (früher Abteilung I)
 Der Abteilung I werden zugeordnet:
 – die bisherige „Antragsannahmestelle“ unter Umbenennung in „Parlamentssekretariat“,
 – das „Büro für Interparlamentarische Angelegenheiten“,
 – der bisher zur Abteilung II gehörende „Stenographische Dienst“,
 – das „Sach- und Sprechregister“.
 Beim Stand Juli 1968 gilt der mit **Plan 2** (Seite 3410) bezeichnete Organisationsplan.

- 1969 Mit Amtsantritt von Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel* setzen Überlegungen ein, im Rahmen der Parlamentsreform auch die Bundestagsverwaltung zwecks besserer Unterstützung der Parlamentsarbeit umzugestalten; die Umgliederung beginnt 1970 und wird 1971 abgeschlossen (vgl. dazu **Plan 3** auf Seite 3411).
- 1970/1971 Umgliederungen im Laufe der Jahre 1970/71:
- Bildung der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste (W) mit folgenden drei Abteilungen:
 WD: Wissenschaftliche Dokumentation
 WF: Wissenschaftlicher Fachdienst
 Pet: Zentralstelle für Petitionen und Eingaben
 Mit dieser Umgestaltung werden die bisherigen Abteilungen II und III aufgelöst, ferner die bisherigen Dokumentationsreferate. Statt dessen werden innerhalb der Abteilung WF Fachbereiche gegründet, die eine organisatorische Verbindung zwischen Gutachtergruppen und Ausschußsekretariaten herstellen.
 - Bildung der Abteilung PD: Allgemeiner Parlamentsdienst mit dem Fachbereich I: Parlament (Gutachtergruppe und Sekretariat des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung) und den Referaten Parlamentssekretariat, Interparlamentarische Angelegenheiten und Stenographischer Dienst.
 - Bildung des Presse- und Informationszentrums mit drei Referaten (Ref. 1: Presse, Rundfunk, Fernsehen; Ref. 2: Parlamentskorrespondenz; Ref. 3: Öffentlichkeitsarbeit).
 - Neugliederung der Abteilung Z in zwei Gruppen (Zentrale Verwaltung und Dienste für Abgeordnete);
 - später Bildung der Hauptabteilung Verwaltung (Z) mit folgenden zwei Abteilungen:
 ZV: Zentrale Verwaltung (mit 5 Referaten)
 ZD: Zentrale Dienste für Abgeordnete (mit 4 Referaten);
 zeitweilige Einrichtung einer Abteilung Neubauplanung innerhalb der Hauptabteilung Z.
- 1973
- Innerhalb der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste Bildung einer eigenen Abteilung Datenverarbeitung (EDV) (bisher Arbeitsgruppe);
 - Aufteilung des Wissenschaftlichen Fachdienstes in zwei Abteilungen (1. WF und 2. WF) (siehe **Plan 4** auf Seite 3412).
- 1974/75 Innerhalb der beiden Abteilungen des Wissenschaftlichen Fachdienstes werden die Ausschußsekretariate den Abteilungsleitern unmittelbar unterstellt.
- Rückwandlung der Abteilung Datenverarbeitung (EDV) in eine Gruppe Datenverarbeitung und Angliederung an die Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation.

Hinweis

Zur Entwicklung der Hilfsdienste der Fraktionen vgl. Abschnitt 5.10.

2. Januar 1978 Der Direktor beim Deutschen Bundestag setzt die Allgemeinen Dienstanweisung für die Verwaltung des Deutschen Bundestages in Kraft. Als Anlagen gehören dazu u. a. die Benutzungsordnungen für die Bibliothek, für das Parlamentsarchiv und für die Pressedokumentation, die Hausordnung des Deutschen Bundestages und die Dienstanweisung zur Erledigung von Aufträgen an die Wissenschaftlichen Dienste.
25. Juni 1982 In Vollzug des am 24. Juni 1982 in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages (BGBl. I S. 673) wird die bisherige Dienststelle des Wehrbeauftragten ohne Änderung ihrer gesetzlichen Aufgaben als Organisationseinheit in die Bundestagsverwaltung eingegliedert.
- Durch die Gesetzesänderung und durch eine Änderung des § 7 Abs. 5 GO BT wird u. a. klargestellt, daß
- der Wehrbeauftragte bei der Wahrnehmung aller seiner Aufgaben als Hilfsorgan des Bundestages in Ausübung der parlamentarischen Kontrolle handelt und dabei von Weisungen frei ist,
 - die dem Wehrbeauftragten beigegebenen Beschäftigten der Dienstaufsicht des Präsidenten des Deutschen Bundestages unterstehen,
 - der Wehrbeauftragte Vorgesetzter dieser Beschäftigten ist,
 - das Präsidium an bestimmten Personalmaßnahmen dieser Beschäftigten zu beteiligen ist.
16. März 1983 Beim Wehrbeauftragten wird das Referat WB 6 (Fürsorgeangelegenheiten Ausland) eingerichtet; das Referat WB 5 erhält die Bezeichnung „Fürsorgeangelegenheiten Inland“.
17. März 1983 Aus dem bisherigen Referat ZV 4 (Organisation, Justitiariat, Geheimschutz) werden die Aufgaben Justitiariat und Geheimschutz ausgegliedert und einem neuen Referat ZV 6 zugeordnet.
1. Juli 1983 Die Verwaltungszuständigkeiten im Bereich der auswärtigen parlamentarischen Beziehungen des Deutschen Bundestages werden in der Abteilung PB „Parlamentarische Beziehungen“ zusammengefaßt (vgl. **Plan 5** auf Seite 3413). Die entsprechenden, bisher in den Abteilungen PD, WD, ZV, ZA und im Protokollreferat wahrgenommenen Aufgaben gehen auf die neue Abteilung über, die dem Direktor unmittelbar unterstellt ist. Sie umfaßt folgende Referate:
- PB 1: Protokoll
 - PB 2: Interparlamentarische Angelegenheiten
 - PB 3: Internationale Beziehungen, Reisestelle
 - PB 4: Internationale Austauschprogramme
 - PB 5: Sprachendienst
11. November 1983 Der bisherige Fachbereich VI wird aufgegliedert in Fachbereich VIa „Arbeit und Sozialordnung“ und Fachbereich VIb „Jugend, Familie und Gesundheit“.
28. Dezember 1984 Eingerichtet werden die Referate PD 2 „Parteienfinanzierung, Länderparlamente, Parlamentsrechtdokumentation“ und WD 6 „Publikationen“.

15. April 1985 Innerhalb des Presse- und Informationszentrums wird das Referat PZ 4 „Besucherdienst“ eingerichtet.

15. Juli 1985 Innerhalb der Hauptabteilung Z wird die Abteilung ZT „Zentraltechnik, Allgemeine Verwaltung“ eingerichtet. Die neue Abteilung ZT umfaßt die Referate:

- ZT 1: Betriebstechnik
- ZT 2: Bauplanung und Neubauten
- ZT 3: Kommunikationstechnik
- ZT 4: Neue Informationssysteme
- ZT 5: Organisationstechnischer Parlamentsdienst

Die Abteilung ZA erhält die Bezeichnung „Dienste für Abgeordnete“ (bisher: „Dienste für Abgeordnete, Allgemeine Verwaltung“). Bei den Referaten ZA 4 und ZA 5 ändern sich die Bezeichnungen in „Fahrdienst, Hausinspektion“ und „Innerer Dienst“. Die bisherigen Referate ZA 6 und ZB entfallen.

23. Oktober 1986 Das bisherige Presse- und Informationszentrum (PZ) wird in „Abteilung Parlamentarische Information (PI)“ umbenannt (vgl. **Plan 6** auf Seite 3414). Zur Abteilung gehören die Referate:

- PI 1: Öffentlichkeitsarbeit (bisher PZ 3)
- PI 2: Besucherdienst (bisher PZ 4)
- PI 3: Pressedokumentation (bisher WD 4)
- PI 4: Elektronische Hausinformationssysteme (bisher WD-DV 3)
- PI 5: Verwaltung im Reichstagsgebäude (bisher ZA 3)

Beim Präsidialbüro wird ein Pressezentrum (PZ) eingerichtet, das aus den bisherigen Referaten PZ 1 „Presse, Rundfunk, Fernsehen“ und PZ 2 „Parlamentskorrespondenz“ sowie aus dem neuen Referat PZ 3 „Kommunikation“ besteht.

In der Abteilung ZA wird ein Referat ZA 3 „Geheimchutz“ eingerichtet, das aus den Aufgabenbereichen Geheimchutz, technischer Geheimchutz und zivile Alarmplanung besteht (bisher bei ZV 6). Der Aufgabenbereich Datenschutz (bisher bei ZV 4) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1987 dem Referat ZV 6 zugeordnet.

3. April 1987 Innerhalb der Abteilung 2. WF wird der Fachbereich X „Recht der Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen und Anhörungen“ eingerichtet.

Hinweis

Abschnitt 21.1 enthält – um den steigenden Raumbedarf im Bundeshaus zu verdeutlichen – eine Gegenüberstellung der Zahl

- der Abgeordneten,
- der Bediensteten der Bundestagsverwaltung,
- der Fraktionsangestellten und
- der in Bonn tätigen Abgeordneten-Mitarbeiter.

1. Januar 1989 Zur Entlastung des Referats ZV 6 wird das Referat ZV 7 „Datenschutz“ eingerichtet; das Referat ZV 6 erhält die Bezeichnung „Justitiariat“.
21. September 1989 Im Leitungsbereich der Bundestagsverwaltung werden im Interesse der Vergleichbarkeit mit allgemeinen Organisationsprinzipien neue Bezeichnungen eingeführt: die Bezeichnung „Abteilung“ für die bisherigen „Hauptabteilungen“ und die Bezeichnung „Unterabteilung“ für die bisherigen „Abteilungen“ (vgl. **Plan 7** auf Seite 3415).
- Gleichzeitig wird zusätzlich zu den vorhandenen zwei Hauptabteilungen bzw. jetzt Abteilungen W (Wissenschaftliche Dienste) und Z (Zentrale Dienste) eine Abteilung P mit der Bezeichnung „Parlamentarische Dienste“ eingerichtet. Zu ihr gehören die bisher dem Direktor unmittelbar unterstellten Unterabteilungen
- PD: Parlamentsdienste
 - PB: Parlamentarische Beziehungen
 - PI: Parlamentarische Information
- Außerdem wird die Abteilung Z um die Unterabteilung ZI mit der Bezeichnung „Zentrale Informationstechnik“ ergänzt, die im wesentlichen Aufgaben auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Datenverarbeitung erfüllt. Die neue Unterabteilung ZI umfaßt die Referate
- ZI 1: Neue Informationssysteme einschl. IT-Beschaffung, Rechtsfragen der Informationsverarbeitung, Schulung und Benutzer-Service (bisher ZT 4)
 - ZI 2: Kommunikationstechnik (bisher ZT 3)
- sowie die Gruppe Datenverarbeitung (ZI-DV, bisher WD-DV) mit den Referaten
- ZI-DV 1: Informationssysteme, DV-Anlagen (bisher WD-DV 1)
 - ZI-DV 2: Datenbanken, Programmentwicklung (bisher WD-DV 2)
- Schließlich werden bei dieser Gelegenheit das Referat Liegenschaften (ZT 2) eingerichtet und für mehrere Referate neue Bezeichnungen eingeführt.
21. Februar 1990 Folgende drei neue Referate werden eingerichtet:
- in der Unterabteilung WD das Referat Verwaltungsbibliothek (WD 6),
 - in der Unterabteilung PI das Referat Informationsveranstaltungen (PI 6) und
 - in der Unterabteilung ZV das Referat Aus- und Fortbildung; Frauenförderung (ZV 7).
29. Juni 1990 Innerhalb der Unterabteilung 1. WF wird zusätzlich der Fachbereich XII „Europäische Gemeinschaften“ eingerichtet.
3. Oktober 1990 Da nach Artikel 13 Abs. 2 des Einigungsvertrages der Deutsche Bundestag für die Abwicklung der Volkskammer zuständig ist, wird zur Wahrnehmung dieser Aufgaben eine „Abwicklungsstelle Volkskammer“ eingerichtet und dem Unterabteilungsleiter ZV (Zentrale Verwaltung) unterstellt.
3. Januar 1991 In der Unterabteilung ZI – Zentrale Informationstechnik wird ein Referat „IT-Grundsatzfragen“ (ZI 1) eingerichtet.

17. Mai 1991 Anstelle des bisherigen Referates PI 5 „Informations- und Tagungsdienste im Reichstagsgebäude“ wird in Berlin eine neue Unterabteilung PBI mit der Bezeichnung „Parlamentdienste Berlin“ eingerichtet (vgl. **Plan 7** auf Seite 3415). Diese Unterabteilung umfaßt folgende neue Referate:
- PBI 1: Sekretariat Sitzungen und Tagungen Berlin
 - PBI 2: Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst Berlin
 - PBI 3: Technische Dienste, Liegenschaften Berlin
 - PBI 4: Innerer Dienst Berlin
6. Februar 1992 Die Geschäftsverteilung der Referate beim Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages wird folgendermaßen geändert:
- WB 1: Grundsatzangelegenheiten/Grundsätze der Inneren Führung/ Innerer Dienst
 - WB 2: Menschenführung in der Bundeswehr
 - WB 3: Besoldungs- und Versorgungsangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten/Angelegenheiten der Reservisten
 - WB 4: Personalangelegenheiten der Offiziere und Unteroffiziere
 - WB 5: Fürsorgeangelegenheiten/Soldat und Familie
 - WB 6: Angelegenheiten der Mannschaften
19. Februar 1992 In der Unterabteilung Pet wird ein fünftes Eingaben-Referat eingerichtet und die Sachgebiete (Ressorts) der übrigen Eingaben-Referate zum Teil umverteilt.
11. Juni 1992 Aus der Unterabteilung PB wird das Referat Protokoll (PB 1) herausgelöst und dem Bundestagsdirektor unmittelbar unterstellt. Es erhält die Bezeichnung Protokoll (Prot).
18. August 1993 Das Referat WD-VBB (Verbund der Bibliotheken der obersten Bundesbehörden) wird aus der Unterabteilung WD herausgelöst und als Referat ZI 6 in die Unterabteilung ZI eingegliedert. Dort erhält das Referat die Bezeichnung „Datenverarbeitung Bibliothek/Verbund“.
27. Dezember 1993 Der Aufgabenbereich Aus- und Fortbildung des Referats ZV 7 wird zukünftig im Zuständigkeitsbereich des Referats ZV 5 wahrgenommen, das damit zugleich die Bezeichnung „Sozialaufgaben; Aus- und Fortbildung“ erhält.
- Das Referat ZV 7 (Frauenförderung; Aus- und Fortbildung) wird aufgelöst, nachdem die Aufgaben der Frauenförderung gemäß dem Frauenförderungsplan künftig von den Frauenbeauftragten wahrgenommen werden.
5. Mai 1994 Beim Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages wird das Referat WB 3 „Besoldungs- und Versorgungsangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten/Angelegenheiten der Reservisten“ aufgelöst. Das Referat WB 6 wird in „Personalangelegenheiten der Mannschaften und Reservisten“ umbenannt und mit WB 3 bezeichnet.
31. August 1994 Auflösung des Referats ZT 4 „Datenschutz“. Der Aufgabenbereich wird dem neuen Referat ZA 3 mit der Bezeichnung „Geheimschutz, Datenschutz“ zugeordnet.

16. Januar 1995 Der Fachbereich XII „Europäische Gemeinschaften“ wird in „Fachbereich Europa“ umbenannt. Das bisherige Sekretariat „Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ wird ergänzt um ein Europabüro. Es erhält die Bezeichnung „Sekretariat Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Europabüro“.
27. Juli 1995 Das bisherige Referat ZI 1 (IT-Grundsatzfragen) erhält die Bezeichnung „Anwendungs- und Systementwicklung Berlin, IT-Grundsatzfragen“. Es übernimmt nach Auflösung des Referates ZI 6 auch die Aufgaben der Datenverarbeitung Bibliothek/Verbund. Außerdem wird der Aufgabenbereich der Datenbankabfragestellen aus dem Referat ZI 5 in das Referat ZI 1 verlagert.
27. November 1996 Die Referate ZT 2 (Liegenschaften) und ZT 3 (Betriebstechnik) werden zu einem Referat mit der Bezeichnung „Liegenschaften und Gebäudetechnik“ (Kurzbezeichnung ZT 3) zusammengefaßt.
1. September 1997 Aufhebung der Unterabteilung PBI „Parlamentsdienste Berlin“ und Einrichtung der Dienststelle Berlin (Kurzbezeichnung: DstB) mit den Referaten:
- DstB 1: Sekretariat Sitzungen und Tagungen Berlin
DstB 2: Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienst Berlin.
- Ebenfalls eingerichtet wird das Referat „Projektbetreuung Reichstagsgebäude mit Altbauten Berlin“ und in der Unterabteilung ZT integriert.

Organisationspläne

Zur Veranschaulichung der vorangegangenen Chronik werden auf den folgenden Seiten eine Reihe von Organisationsplänen der Verwaltung des Bundestages veröffentlicht. Der besseren Übersicht wegen reichen die dargestellten Organisationseinheiten nur bis zur Ebene der Abteilungen bzw. Unterabteilungen. *)

Die übrigen Organisationseinheiten – insbesondere Referate, Ausschußsekretariate und Fachbereiche – werden anschließend für acht ausgewählte Zeitpunkte in Form einer Synopse aufgeführt.

Maßgebend für die Auswahl der Zeitpunkte waren vorangegangene größere Organisationsreformen.

*) Zu beachten ist, daß im Leitungsbereich am 21. September 1989 neue Bezeichnungen eingeführt wurden: „Abteilung“ für „Hauptabteilung“ und „Unterabteilung“ für „Abteilung“.

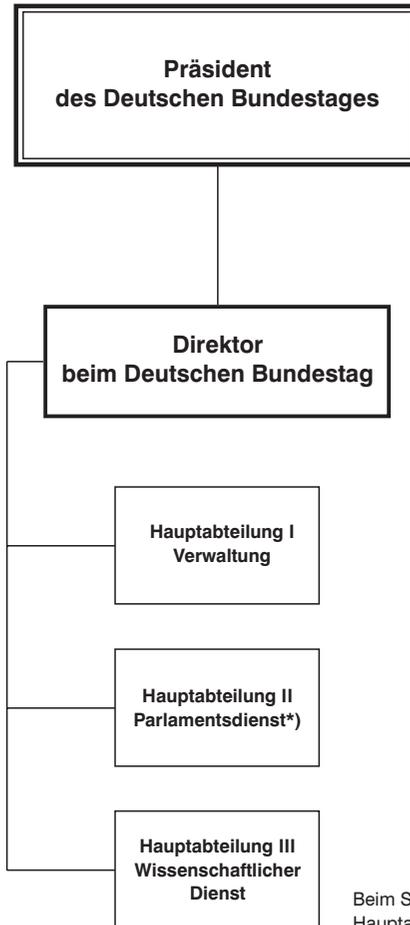
Hinweise

Im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Entwicklung der Bundestagsverwaltung vgl. auch die Entwicklung der Hilfsdienste der Fraktionen (Abschnitt 5.10) und die der Mitarbeiter der Abgeordneten (Abschnitt 20.8).

Die Bundestagsverwaltung war mehrmals Gegenstand in den Aussprachen über den Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts.

Plan 1

**Organisationsplan
der Verwaltung
des Deutschen Bundestages
(Stand: 1950)**



Plan 2

**Organisationsplan
der Verwaltung
des Deutschen Bundestages
(Stand: Juli 1968)**



Beim Stand 1953: Umbenennung der Hauptabteilungen in Abteilungen mit folgenden Bezeichnungen:

Abt. I: Allgemeine Verwaltung

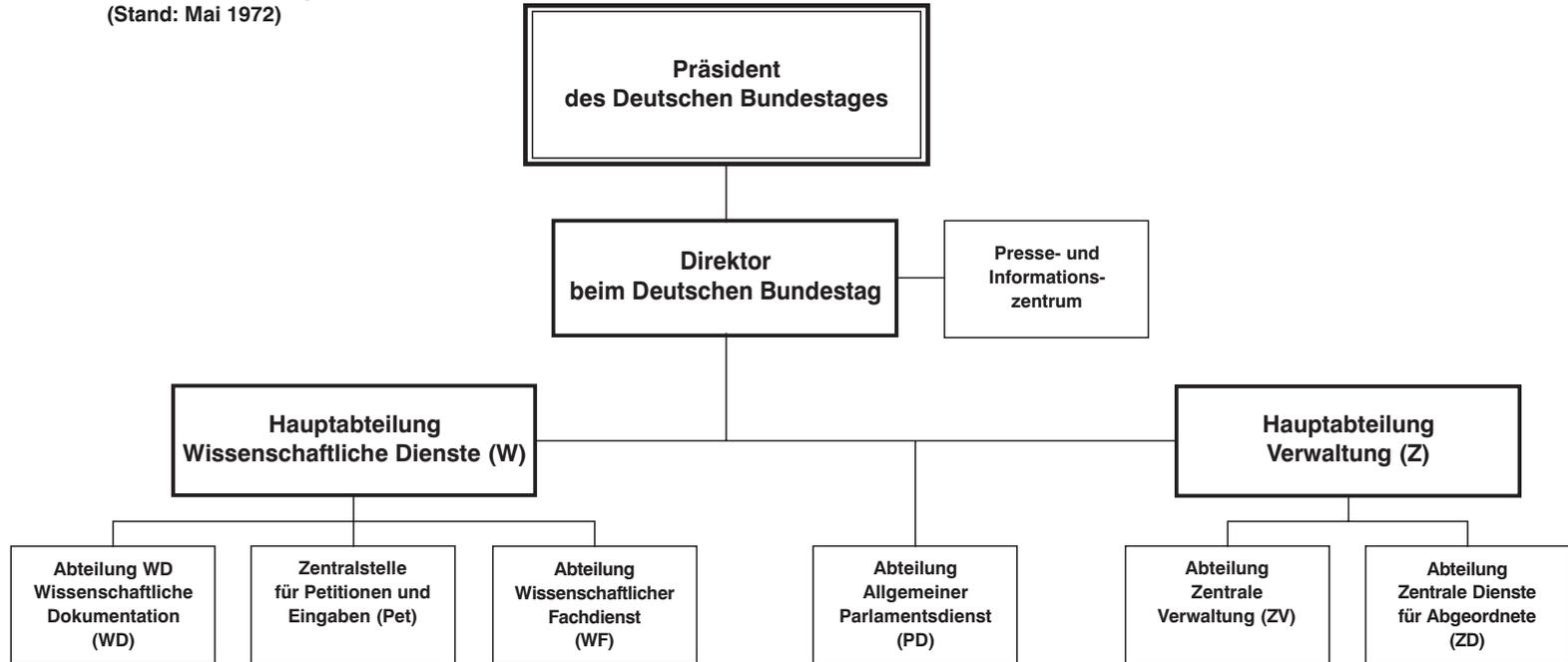
Abt. II: Parlamentsdienst*)

Abt. III: Wissenschaftliche Abteilung

*) ab 1957: Ausschußdienst und

Stenografischer Dienst

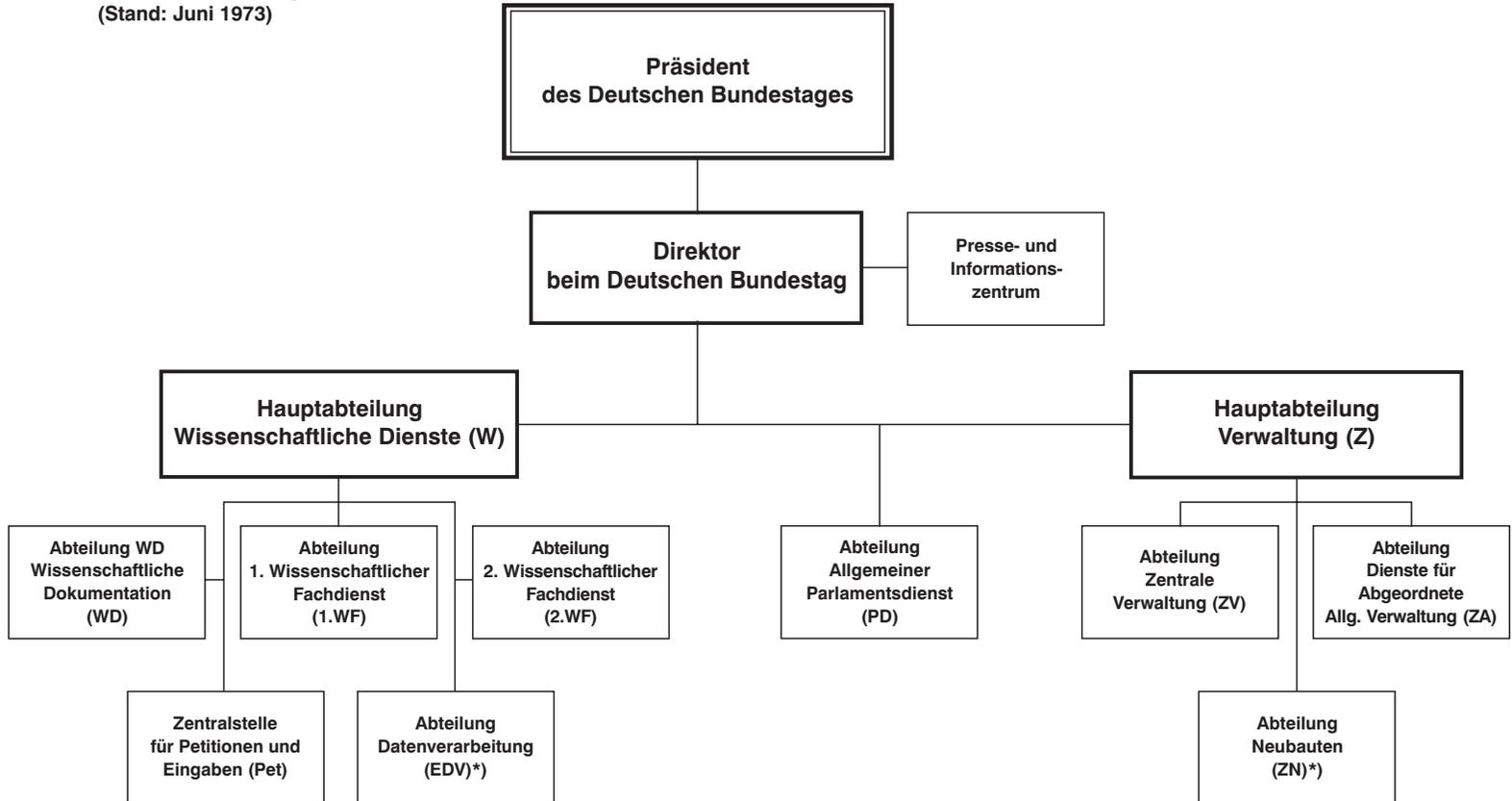
**Organisationsplan
der Verwaltung
des Deutschen Bundestages
(Stand: Mai 1972)**



Hinweis

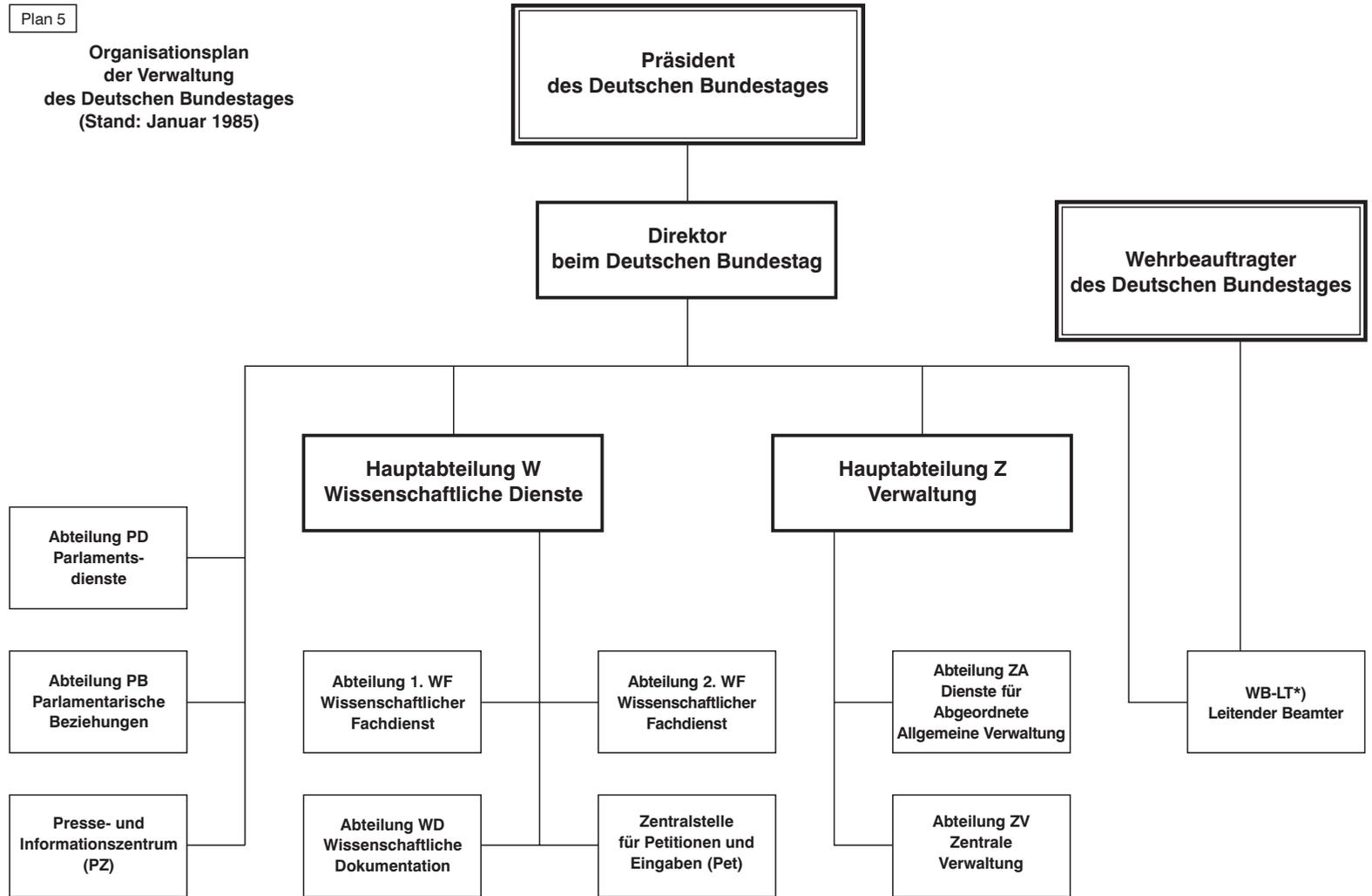
Eine chronologisch nach den Wahlperioden gegliederte Auflistung aller Maßnahmen, die bei großzügiger Interpretation dem Bereich der Parlamentsreform zugerechnet werden können, ist im Abschnitt 13.2 vorgenommen worden. Im übrigen taucht das Thema „Parlamentsreform“ in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt.

**Organisationsplan
der Verwaltung
des Deutschen Bundestages
(Stand: Juni 1973)**



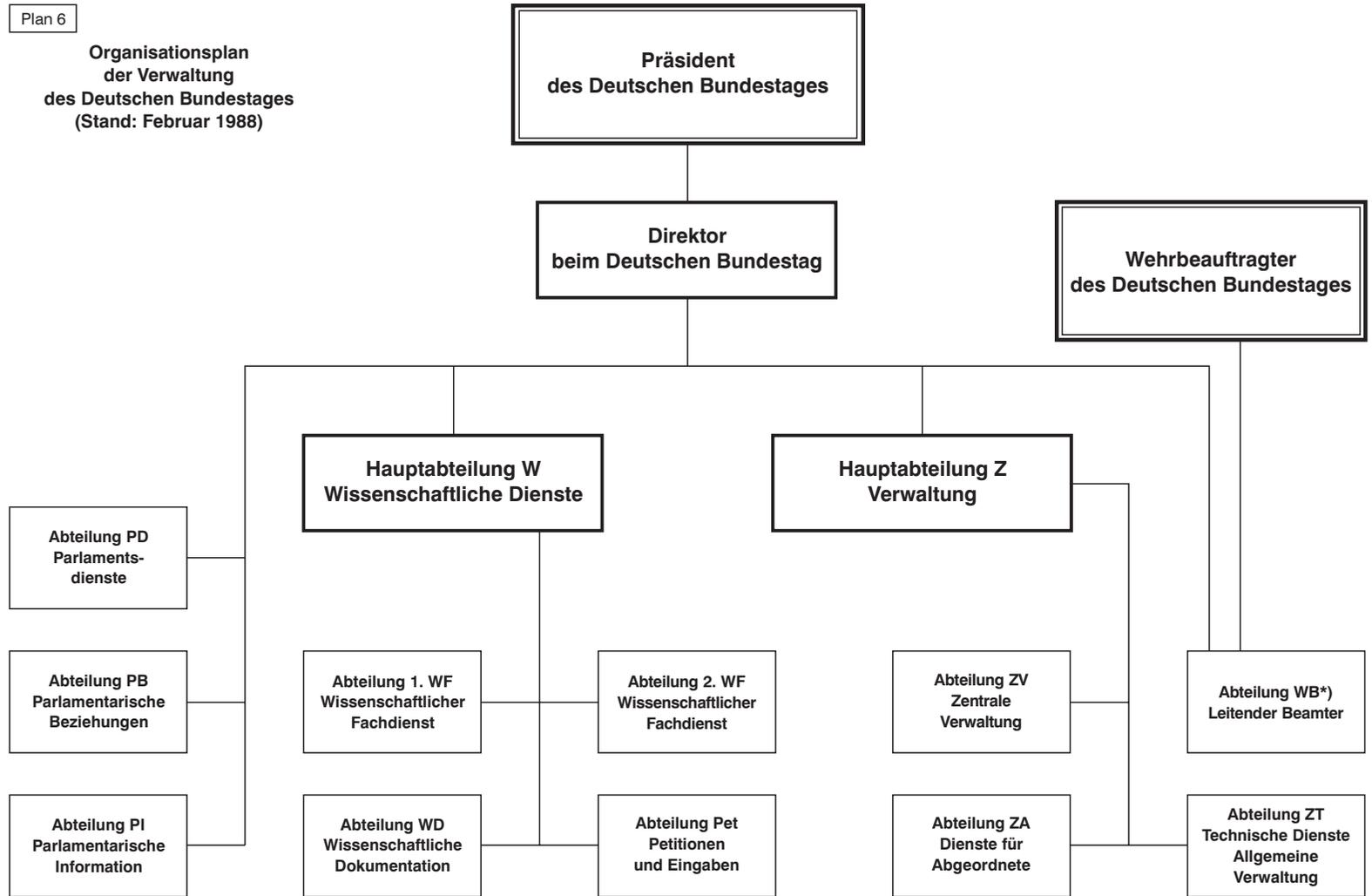
*) nur bis Stand August 1975

**Organisationsplan
der Verwaltung
des Deutschen Bundestages
(Stand: Januar 1985)**



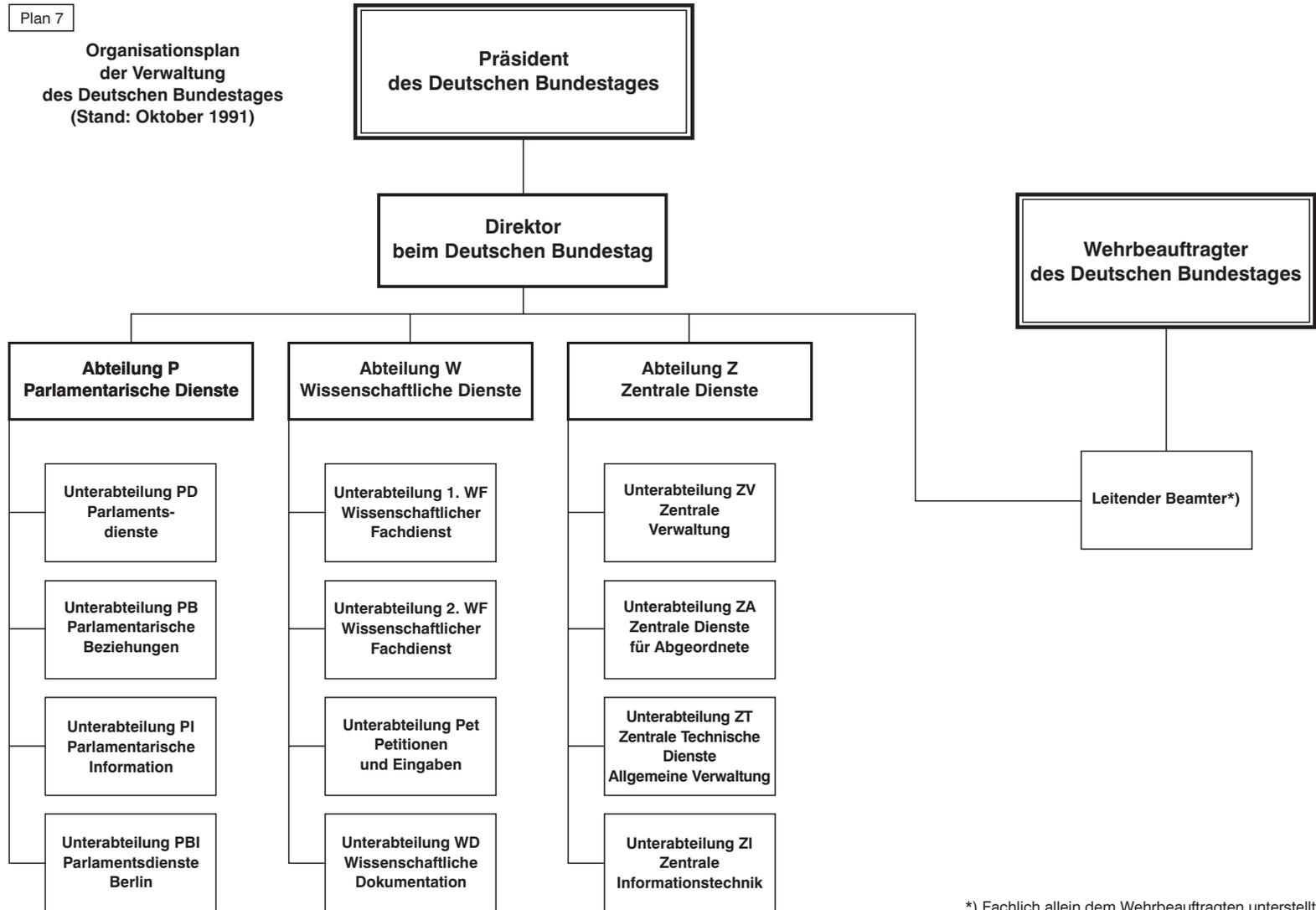
*) Vertreter des Wehrbeauftragten fachlich ihm unterstellt

**Organisationsplan
der Verwaltung
des Deutschen Bundestages
(Stand: Februar 1988)**



*) Vertreter des Wehrbeauftragten
fachlich ihm unterstellt

**Organisationsplan
der Verwaltung
des Deutschen Bundestages
(Stand: Oktober 1991)**



*) Fachlich allein dem Wehrbeauftragten unterstellt

In den vorangestellten Organisationsplänen reichen die Organisationseinheiten nur bis zur Ebene der Abteilungen bzw. Unterabteilungen*). In der folgenden Synopse werden für acht ausgewählte Zeitpunkte – zunächst zwischen 1953 und 1974 und anschließend zwischen 1985 und 1997 – die übrigen Organisationseinheiten aufgeführt. Die zeitweiligen Sekretariate der Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen fehlen in der Aufstellung

Es unterstehen unmittelbar beim Stand ...			
1953	Juli 1968	Juni 1972	Oktober 1974
dem Präsidenten des Deutschen Bundestages:			
<ul style="list-style-type: none"> - Präsidialbüro - Persönlicher Referent 	<ul style="list-style-type: none"> - Büro des Präsidenten - Pressereferent - Protokoll 	<ul style="list-style-type: none"> - Präsidialbüro - Persönlicher Referent des Bundestagspräsidenten 	<ul style="list-style-type: none"> - Präsidialbüro mit Persönlichem Referent des Bundestagspräsidenten
dem Direktor beim Deutschen Bundestag:			
<ul style="list-style-type: none"> - Revisions- und Rechnungsprüfungsstelle - Antragsannahmestelle 	<ul style="list-style-type: none"> - Plenarsitzung(sdienst) - Vorprüfungsstelle 	<ul style="list-style-type: none"> - Büro des Direktors - Protokoll - Vorprüfungsstelle 	<ul style="list-style-type: none"> - Büro des Direktors - Protokoll - Vorprüfungsstelle
		dem Presse- und Informationszentrum:	
		die Referate <ul style="list-style-type: none"> - PZ 1 Presse, Rundfunk, Fernsehen - PZ 2 Parlamentskorrespondenz - PZ 3 Öffentlichkeitsarbeit 	die Referate <ul style="list-style-type: none"> - PZ 1 Presse, Rundfunk, Fernsehen - PZ 2 Parlamentskorrespondenz - PZ 3 Öffentlichkeitsarbeit
der Abteilung I Allgemeine Verwaltung:	der Abteilung I Allgemeiner Parlamentsdienst:	der Abteilung Allgemeiner Parlamentsdienst (PD):	
die Referate <ul style="list-style-type: none"> - Organisation und Innerer Dienst - Personal- und Besoldungswesen - Haushalt - Technisches Referat - Presse-Informationsstelle 	die Referate <ul style="list-style-type: none"> - I 1 Parlamentssekretariat - I 2 Büro für interparlamentarische Angelegenheiten - I 3 Stenographischer Dienst - I 4 Sach- und Sprechregister 	<ul style="list-style-type: none"> - Fachbereich I mit der Gutachtergruppe Parlamentsrecht und Parlamentarismus und dem Sekretariat Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung - Referat PD 1 Parlamentssekretariat - Referat PD 2 Interparlamentarische Angelegenheiten - Stenographischer Dienst (PD 3) 	<ul style="list-style-type: none"> - Fachbereich I mit der Gutachtergruppe Parlamentsrecht und Parlamentarismus und dem Sekretariat Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung - Referat PD 1 Parlamentssekretariat - Referat PD 2 Interparlamentarische Angelegenheiten - Stenographischer Dienst (PD 3)

	<p>der Abteilung Allgemeine Verwaltung (Z):</p> <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> - Z 1 Haushalt, Diäten, Recht, Organisation - Z 2 Personal - Z 3 Innerer Dienst - Z 4 Technik - Z 5 Betreuung in- und ausländischer Gäste, Reisen der Abgeordneten, Besucherdienst, technische Betreuung der Presse 	<p>der Hauptabteilung Verwaltung (Z):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Referat ZN Neubau-Koordinierung und Planung 	
		<p>der Abteilung Zentrale Verwaltung (ZV):</p> <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> - ZV 1 Personal höherer und gehobener Dienst, Personalgrundsatzfragen - ZV 2 Personal mittlerer und einfacherer Dienst, personalrechtliche Nebengebiete - ZV 3 Haushalt und Vertragsangelegenheiten - ZV 4 Organisation, Justitiariat, Geheimschutz - ZV 5 Bauwesen und Technik 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> - ZV 1 Personal höherer und gehobener Dienst, Personalgrundsatzfragen - ZV 2 Personal mittlerer und einfacherer Dienst - ZV 3 Haushalt und Vertragsangelegenheiten - ZV 4 Organisation, Justitiariat, Geheimschutz - ZV 5 Sozialaufgaben
		<p>der Abteilung Dienste für Abgeordnete, Allgemeine Verwaltung (ZD bzw. ZA):</p> <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> - ZD 1 Diäten, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Personal für Abgeordnete - ZD 2 Betreuung in- und ausländischer Gäste, Vorbereitung von Reisen - ZD 3 Organisationstechnischer Parlamentsdienst - ZD 4 Innerer Dienst, Bürodirektor 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> - ZA 1 Diäten, Alters- und Hinterbliebenenversorgung - ZA 2 Mitarbeiter für Abgeordnete - ZA 3 Gästeprogramme, Auslandsreisen, Parlamentariergruppen - ZA 4 Organisations-Technischer Parlamentsdienst - ZA 5 Innerer Dienst - ZA 6 Bauwesen und Technik - ZA 7 Verwaltung und Reichstag

*) Zu beachten ist, daß im Leitungsbereich am 21. September 1989 neue Bezeichnungen eingeführt wurden: „Abteilung“ für „Hauptabteilung“ und „Unterabteilung“ für „Abteilung“.

Es unterstehen unmittelbar beim Stand ...			
1953	Juli 1968	Juni 1972	Oktober 1974
<p>der Abteilung II Parlamentdienst:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Geschäftsführung der Ausschüsse – Referat Stenographischer Dienst 	<p>der Abteilung II Ausschußdienst:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausschußgruppe I mit Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, Petitionsausschuß, Auswärtiger Ausschuß, Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Verteidigungsausschuß, Rechtsausschuß, Haushaltsausschuß, Rechnungsprüfungsausschuß, Ausschuß für Entwicklungshilfe, Ausschuß für das Bundesvermögen, Sonderausschuß für die Strafrechtsreform – Ausschußgruppe II mit Innenausschuß, Ausschuß für Kriegs- und Verfolgungsschäden, Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik, Ausschuß für Kommunalpolitik, Raumordnung, Städtebau und Wohnungsbau, Ausschuß für Familien- und Jugendfragen, Ausschuß für Gesundheitswesen, Finanzausschuß, Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen, Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ausschuß für Sozialpolitik, Ausschuß für Arbeit, Verkehrsausschuß, Postausschuß, Ausschuß für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge 	<p>der Abteilung Wissenschaftlicher Fachdienst (WF):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fachbereich II mit der Gutachtergruppe Äußeres, Innerdeutsches und Verteidigung und den Sekretariaten Auswärtiger Ausschuß, Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen, Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Verteidigungsausschuß – Fachbereich III mit der Gutachtergruppe Recht und Inneres und den Sekretariaten Rechtsausschuß, Sonderausschuß für die Strafrechtsreform, Innenausschuß, Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen, Sonderausschuß für Sport und Olympische Spiele – Fachbereich IV mit der Gutachtergruppe Haushalt und Finanzen und den Sekretariaten Haushaltsausschuß, Finanzausschuß – Fachbereich V mit der Gutachtergruppe Wirtschaft und Verkehr und den Sekretariaten Wirtschaftsausschuß, Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen – Fachbereich VI mit der Gutachtergruppe Arbeit, Sozialpolitik und Wissenschaft 	<p>der Abteilung 1. Wissenschaftlicher Fachdienst (1. WF):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fachbereich II mit der Gutachtergruppe Äußeres, Innerdeutsches und Verteidigung und den Sekretariaten Auswärtiger Ausschuß, Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen, Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Verteidigungsausschuß – Fachbereich IV mit der Gutachtergruppe Haushalt und Finanzen und den Sekretariaten Haushaltsausschuß, Finanzausschuß – Fachbereich V mit der Gutachtergruppe Wirtschaft und Verkehr und den Sekretariaten Ausschuß für Wirtschaft, Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen <p>der Abteilung 2. Wissenschaftlicher Fachdienst (2. WF):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fachbereich III mit der Gutachtergruppe Recht und Inneres und den Sekretariaten Rechtsausschuß, Sonderausschuß für die Strafrechtsreform, Innenausschuß, Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Sportausschuß

		<p>und den Sekretariaten Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit</p>	<p>– Fachbereich VI mit der Gutachtergruppe Arbeit, Sozialpolitik und Wissenschaft und den Sekretariaten Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, Ausschuß für Forschung und Technologie</p>
<p>der Abteilung III Wissenschaftliche Abteilung (später: Wissenschaftlicher Dienst):</p> <p>die Referate – Bibliothek – Archiv – Sach- und Sprechregister</p>		<p>die Referate – Juristische Dokumentation – Fachdokumentation – Bibliothek – Parlamentsarchiv, Gesetzesdokumentation – Pressedokumentation</p>	<p>der Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation (WD):</p> <p>– Referat WD 1 Zeitgeschichte und Allgemeine Politik – Bibliothek (WD 2) – Referat WD 3 Parlamentsarchiv – Referat WD 4 Pressedokumentation – Referat WD 5 Sach- und Sprechregister – Arbeitsgruppe Datenverarbeitung EDV mit EDV 1 Elektronische Datenverarbeitung EDV 2 Datenbanksysteme</p>
			<p>der Abteilung Datenverarbeitung (EDV):</p> <p>die Referate – EDV 1 Informationssysteme, EDV-Anlagen – EDV 2 Datenbanksysteme, Programmentwicklung – EDV 3 Allgemeine Fragen der EDV-Anwendung</p>
		<p>der Zentralstelle für Petitionen und Eingaben (Pet):</p> <p>– Büro für Petitionen und Sekretariat Petitionsausschuß – Referat Pet 1 Recht, Verwaltung, Verteidigung – Referat Pet 2 Finanzen, Haushalt, Lastenausgleich, Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz – Referat Pet 3 Arbeit, Soziales, Kultur, Auswärtiges</p>	<p>– Büro für Petitionen und Sekretariat Petitionsausschuß – Referat Pet 1 Recht, Verwaltung, Verteidigung – Referat Pet 2 Finanzen, Haushalt, Lastenausgleich, Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Sicherheit und Ordnung – Referat Pet 3 Arbeit, Soziales, Kultur, Auswärtiges</p>

Es unterstehen unmittelbar beim Stand ...			
Anfang 1985	Ende 1987	Ende 1991	Februar 1997
dem Präsidenten des Deutschen Bundestages:			
<ul style="list-style-type: none"> - Präsidialbüro einschließlich zwei Referenten des Bundestagspräsidenten 	<ul style="list-style-type: none"> - Präsidialbüro einschließlich zwei Referenten des Bundestagspräsidenten - Pressezentrum (PZ) mit den Referaten - PZ 1 Presse, Rundfunk, Fernsehen - PZ 2 Parlamentskorrespondenz - PZ 3 Kommunikation 	<ul style="list-style-type: none"> - Präsidialbüro einschließlich zwei Referenten des Bundestagspräsidenten - Pressezentrum (PZ) mit den Referaten - PZ 1 Presse, Rundfunk, Fernsehen - PZ 2 Parlamentskorrespondenz - PZ 3 Kommunikation 	<ul style="list-style-type: none"> - Präsidialbüro einschließlich zwei Referenten des Bundestagspräsidenten - Pressezentrum (PZ) mit den Referaten - PZ 1 Presse, Rundfunk, Fernsehen - PZ 2 Parlamentskorrespondenz - PZ 3 Kommunikation
dem Direktor beim Deutschen Bundestag:			
<ul style="list-style-type: none"> - Büro des Direktors 	<ul style="list-style-type: none"> - Direktorbüro 	<ul style="list-style-type: none"> - Direktorbüro 	<ul style="list-style-type: none"> - Direktorbüro - Protokoll
der Abteilung Z – Zentrale Dienste:			
<ul style="list-style-type: none"> - Vorprüfstelle - Referat ZB Bauplanung 	<ul style="list-style-type: none"> - Vorprüfstelle 	<ul style="list-style-type: none"> - Vorprüfstelle 	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsgruppe Bauten Berlin - Arbeitsgruppe Personal Berlin, Umzugsbeauftragter - Vorprüfstelle
der Unterabteilung PD – Parlamentsdienste:			
<ul style="list-style-type: none"> - Fachbereich I Parlamentsrecht - Sekretariat Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung - Referat PD 1 Parlamentssekretariat - Referat PD 2 Parteienfinanzierung, Länderparlamente, Parlamentsrechtsdokumentation - Stenographischer Dienst (PD 3) 	<ul style="list-style-type: none"> - Fachbereich I Parlamentsrecht - Sekretariat Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung - Referat PD 1 Parlamentssekretariat - Referat PD 2 Parteienfinanzierung, Länderparlamente, Parlamentsrechtsdokumentation - Stenographischer Dienst (PD 3) 	<ul style="list-style-type: none"> - Fachbereich I Parlamentsrecht - Referat PD 1 Parlamentssekretariat - Referat PD 2 Parteienfinanzierung, Länderparlamente - Stenographischer Dienst (PD 3) - Sekretariat Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung - Sekretariat Parlamentarische Kontrollkommission, G 10-Gremium und -Kommission 	<ul style="list-style-type: none"> - Fachbereich I Parlamentsrecht - Referat PD 1 Parlamentssekretariat - Referat PD 2 Parteienfinanzierung, Landesparlamente - Stenographischer Dienst (PD 3) - Sekretariat Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung - Sekretariat Parlamentarische Kontrollkommission, G 10-Gremium und -Kommission, Gremium nach § 41 AWG, Gemeinsamer Ausschuß nach Artikel 53 a GG

<p>der Unterabteilung PB – Parlamentarische Beziehungen:</p>			
<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PB 1 Protokoll – PB 2 Interparlamentarische Angelegenheiten – PB 3 Internationale Beziehungen, Reise-stelle – PB 4 Internationale Austauschprogramme – PB 5 Sprachendienst 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PB 1 Protokoll – PB 2 Interparlamentarische Angelegenheiten – PB 3 Internationale Beziehungen, Reise-stelle – PB 4 Internationale Austauschprogramme – PB 5 Sprachendienst 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PB 1 Protokoll – PB 2 Interparlamentarische Angelegenheiten – PB 3 Internationale Beziehungen, Reise-stelle – PB 4 Internationale Austauschprogramme – PB 5 Sprachendienst 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PB 1 Sprachendienst – PB 2 Interparlamentarische Angelegenheiten – PB 3 Internationale Beziehungen, Reise-stelle – PB 4 Internationale Austauschprogramme
<p>der Unterabteilung PI – Parlamentarische Information:</p>			
	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PI 1 Öffentlichkeitsarbeit – PI 2 Besucherdienst – PI 3 Pressedokumentation – PI 4 Elektronische Hausinformati-ons-systeme – PI 5 Verwaltung im Reichstagsgebäude 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PI 1 Öffentlichkeitsarbeit – PI 2 Besucherdienst – PI 3 Pressedokumentation – PI 4 Elektronische Hausinformati-ons-systeme – PI 5 Informationsveranstaltungen 	<ul style="list-style-type: none"> – PI 1 Öffentlichkeitsarbeit – PI 2 Besucherdienst – PI 3 Pressedokumentation – PI 4 Elektronische Hausinformati-ons-systeme
<p>dem Presse- und Informationszentrum (PZ):</p> <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PZ 1 Presse, Rundfunk, Fernsehen – PZ 2 Parlamentskorrespondenz – PZ 3 Öffentlichkeitsarbeit 	<p><i>siehe bei Präsident</i></p>	<p><i>siehe bei Präsident</i></p>	<p><i>siehe bei Präsident</i></p>
		<p>der Unterabteilung PBI – Parlamentsdienste Berlin:</p>	
		<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PBI 1 Sekretariat Sitzungen und Tagungen Berlin – PBI 2 Öffentlichkeitsarbeit, Besucher-dienst Berlin – PBI 3 Technische Dienste, Liegenschaften Berlin – PBI 4 Innerer Dienst Berlin 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – PBI 1 Sekretariat Sitzungen und Tagungen Berlin – PBI 2 Öffentlichkeitsarbeit, Besucher-dienst Berlin – PBI 3 Technische Dienste, Liegenschaften Berlin – PBI 4 Innerer Dienst Berlin

Es unterstehen unmittelbar beim Stand ...

Anfang 1985	Ende 1987	Ende 1991	Februar 1997
der Unterabteilung 1. WF – Wissenschaftlicher Fachdienst:			
<p>die Sekretariate</p> <ul style="list-style-type: none"> – Auswärtiger Ausschuß – Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen – Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit – Verteidigungsausschuß – Haushaltsausschuß – Finanzausschuß – Ausschuß für Wirtschaft – Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ausschuß für Verkehr – Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen <p>die Fachbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> – II Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Europäische Integration, Innerdeutsche Beziehungen, Verteidigung, Sekretariat der Europakommission – IV Haushalt und Finanzen – V Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen 	<p>die Sekretariate</p> <ul style="list-style-type: none"> – Auswärtiger Ausschuß – Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen – Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit – Verteidigungsausschuß – Haushaltsausschuß – Finanzausschuß – Ausschuß für Wirtschaft – Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ausschuß für Verkehr – Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen – Ausschuß für Forschung und Technologie – Ausschuß für Bildung und Wissenschaft – Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <p>die Fachbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> – II Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Europäische Integration, Innerdeutsche Beziehungen, Verteidigung – IV Haushalt und Finanzen – V Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen – VIII Forschung, Technologie, Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit 	<p>die Sekretariate</p> <ul style="list-style-type: none"> – Auswärtiger Ausschuß – Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit – Verteidigungsausschuß – EG-Ausschuß – Haushaltsausschuß – Finanzausschuß – Ausschuß für Wirtschaft – Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ausschuß für Verkehr – Ausschuß für Post und Telekommunikation – Ausschuß für Fremdenverkehr – Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung – Ausschuß für Bildung und Wissenschaft – Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <p>die Fachbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> – II Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Deutsche Integration, Verteidigung – IV Haushalt und Finanzen – V Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Fremdenverkehr, Post und Telekommunikation – VIII Forschung, Technologie, Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit – XII Europäische Gemeinschaften 	<p>die Sekretariate</p> <ul style="list-style-type: none"> – Auswärtiger Ausschuß – Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – Verteidigungsausschuß – Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Europabüro – Haushaltsausschuß – Finanzausschuß – Ausschuß für Wirtschaft – Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ausschuß für Verkehr – Ausschuß für Post und Telekommunikation – Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus – Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung – Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <p>die Fachbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> – II Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutsche Integration, Verteidigung – IV Haushalt und Finanzen – V Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Post und Telekommunikation, Fremdenverkehr und Tourismus – VIII Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie, Technikfolgenabschätzung, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – XII Europa

der Unterabteilung 2. WF – Wissenschaftlicher Fachdienst:

die Sekretariate

- Innenausschuß
 - Sportausschuß
 - Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
 - Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit
 - Rechtsausschuß
 - Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
 - Ausschuß für Forschung und Technologie
 - Ausschuß für Bildung und Wissenschaft
- die Fachbereiche
- III Verfassung und Verwaltung
 - VIa Arbeit und Sozialordnung
 - VIb Jugend, Familie und Gesundheit
 - VII Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, Umweltschutzrecht, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
 - VIII Forschung, Technologie, Umwelt, Bildung und Wissenschaft

die Sekretariate

- Innenausschuß
 - Sportausschuß
 - Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
 - Rechtsausschuß
 - Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
 - Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
- die Fachbereiche
- III Verfassung und Verwaltung
 - VI Arbeit und Sozialordnung
 - VII Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, Umweltschutzrecht, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
 - IX Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
 - X Recht der Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen und Anhörungen

die Sekretariate

- Innenausschuß
 - Sportausschuß
 - Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
 - Rechtsausschuß
 - Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
 - Ausschuß für Gesundheit
 - Ausschuß für Familie und Senioren
 - Ausschuß für Frauen und Jugend
- die Fachbereiche
- III Verfassung und Verwaltung
 - VI Arbeit und Sozialordnung
 - VII Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, Umweltschutzrecht, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
 - IX Gesundheit, Familie und Senioren, Frauen und Jugend

die Sekretariate

- Innenausschuß
 - Sportausschuß
 - Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
 - Rechtsausschuß
 - Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
 - Ausschuß für Gesundheit
 - Ausschuß für Familie und Senioren, Frauen und Jugend
- die Fachbereiche
- III Verfassung und Verwaltung
 - VI Arbeit und Sozialordnung
 - VII Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, Umweltschutzrecht, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
 - IX Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

der Unterabteilung WD – Wissenschaftliche Dokumentation:

- Fachbereich IX (WD 1) Zeitgeschichte und Allgemeine Politik
- Bibliothek (WD 2)
- Referat WD 3 Parlamentsarchiv
- Referat WD 4 Pressedokumentation
- Referat WD 5 Sach- und Sprechregister
- Referat WD 6 Publikationen
- Verbund der Bibliotheken der obersten Bundesbehörden (WD-VBB)
- Gruppe Datenverarbeitung (WD-DV) mit den Referaten
- WD-DV 1 Informationssysteme, DV-Anlagen
- WD-DV 2 Datenbanken, Programmentwicklung
- WD-DV 3 DV-Anwendungen

- Fachbereich XI (WD 1) Zeitgeschichte und Allgemeine Politik
- Bibliothek (WD 2)
- Referat WD 3 Parlamentsarchiv
- Referat WD 4 Publikationen
- Referat WD 5 Sach- und Sprechregister
- Referat WD-VBB Verbund der Bibliotheken der obersten Bundesbehörden
- Gruppe Datenverarbeitung (WD-DV) mit den Referaten
- WD-DV 1 Informationssysteme, DV-Anlagen
- WD-DV 2 Datenbanken, Programmentwicklung

- Fachbereich XI (WD 1) Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
- Bibliothek (WD 2)
- Referat WD-VBB Verbund der Bibliotheken der obersten Bundesbehörden
- Referat WD 3 Parlamentsarchiv
- Referat WD 4 Publikationen
- Referat WD 5 Sach- und Sprechregister
- Referat WD 6 Verwaltungsbibliothek

- Fachbereich XI (WD 1) Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
- Bibliothek (WD 2)
- Referat WD 3 Parlamentsarchiv
- Referat WD 4 Parlamentsgeschichtliche Dokumentation
- Referat WD 5 Sach- und Sprechregister
- Referat WD 6 Verwaltungsbibliothek

Es unterstehen unmittelbar beim Stand ...			
Anfang 1985	Ende 1987	Ende 1991	Februar 1997
<p>der Unterabteilung Pet – Petitionen und Eingaben:¹⁾</p>			
<ul style="list-style-type: none"> – Sekretariat Petitionsausschuß – Referat Pet 1 (AA, BMI, BMV, BMBau, BMB, BMFT) – Referat Pet 2 (BMF, BMWi, BMVg, BMZ) – Referat Pet 3 (BMA [Soz.], BMJFG, BMBW) – Referat Pet 4 (BK, BMJ, BML, BMA [Arb.], BMP) 	<ul style="list-style-type: none"> – Sekretariat Petitionsausschuß die Referate – Pet 1 (AA, BMI, BMU, BMV, BMBau, BMB, BMFT) – Pet 2 (BMF, BMWi, BMVg, BMZ) – Pet 3 (BMA [Soz.], BMJFFG, BMBW) – Pet 4 (BK, BMJ, BML, BMA [Arb.], BMP) 	<ul style="list-style-type: none"> – Sekretariat Petitionsausschuß die Referate – Pet 1 (AA, BMI, BMU, BMV, BMBau, BMB, BMFT) – Pet 2 (BMF, BMWi, BMVg, BMZ) – Pet 3 (BMA [Soz.], BMG, BMFJ, BMFuS, BMBW) – Pet 4 (BK, BMJ, BML, BMA [Arb.], BMPT) 	<ul style="list-style-type: none"> – Sekretariat Petitionsausschuß die Referate – Pet 1 (BMI, AA, BMZ) – Pet 2 (BMF, BMPT, BMU) – Pet 3 (BMA [Soz.], BMFSFJ) – Pet 4 (BMJ, BMA [Arb./Soz.], BML, BMWi) – Pet 5 (BMVg, BMV, BMBF, BMG, BMBau)
<p>der Unterabteilung ZV – Zentrale Verwaltung:</p>			
<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZV 1 Personal höherer und gehobener Dienst, Personalgrundsatzfragen – ZV 2 Personal mittlerer und einfacher Dienst, Aus- und Fortbildung – ZV 3 Haushalt, Kassen- und Rechnungswesen – ZV 4 Organisation, Datenschutz – ZV 5 Sozialaufgaben – ZV 6 Justitiariat, Geheimschutz 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZV 1 Personal höherer und gehobener Dienst, Personalgrundsatzfragen – ZV 2 Personal mittlerer und einfacher Dienst, Aus- und Fortbildung – ZV 3 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen – ZV 4 Organisation – ZV 5 Sozialaufgaben – ZV 6 Justitiariat, Datenschutz 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZV 1 Personal höherer und gehobener Dienst, Personalgrundsatzfragen – ZV 2 Personal mittlerer und einfacher Dienst – ZV 3 Haushalt – ZV 4 Organisation – ZV 5 Sozialaufgaben – ZV 6 Justitiariat – ZV 7 Aus- und Fortbildung, Frauenförderung 	<p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZV 1 Personal höherer und gehobener Dienst, Personalgrundsatzfragen – ZV 2 Personal mittlerer und einfacher Dienst – ZV 3 Haushalt – ZV 4 Organisation – ZV 5 Wohnungsfürsorge, Sozialaufgaben, Aus- und Fortbildung – ZV 6 Justitiariat
<p>der Unterabteilung ZA – Zentrale Dienste für Abgeordnete:</p>			
<p>die Referate:</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZA 1 Entschädigung von Abgeordneten – ZA 2 Mitarbeiter von Abgeordneten – ZA 4 Org.-Technischer Parlamentsdienst – ZA 5 Innerer Dienst, Hausinspektion – ZA 6 Technik – ZA 7 Verwaltung im Reichstagsgebäude 	<p>die Referate:</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZA 1 Entschädigung von Abgeordneten – ZA 2 Mitarbeiter von Abgeordneten – ZA 3 Geheimschutz – ZA 4 Hausinspektion, Fahrdienst – ZA 5 Innerer Dienst 	<p>die Referate:</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZA 1 Entschädigung von Abgeordneten – ZA 2 Mitarbeiter von Abgeordneten – ZA 3 Geheimschutz – ZA 4 Polizei- und Sicherungsdienst, Arbeitsschutz – ZA 5 Zentrale Beschaffung, Textverarbeitung 	<p>die Referate:</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZA 1 Entschädigung von Abgeordneten – ZA 2 Mitarbeiter von Abgeordneten – ZA 3 Geheimschutz, Datenschutz – ZA 4 Polizei- und Sicherungsdienst

	<p>der Unterabteilung ZT – Zentrale Technische Dienste, Allgemeine Verwaltung:</p> <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZT 1 Betriebstechnik – ZT 2 Bauplanung und Neubauten – ZT 3 Kommunikationstechnik – ZT 4 Neue Informationssysteme – ZT 5 Org.-Technischer Parlamentsdienst <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZT 1 Bauplanung und Neubauten – ZT 2 Liegenschaften – ZT 3 Betriebstechnik – ZT 4 Datenschutz – ZT 5 Org.-Technischer Parlamentsdienst <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZT 1 Bauplanung und Neubauten – ZT 2 Zentrale Beschaffung – ZT 3 Liegenschaften und Gebäudetechnik – ZT 4 Org.-Technischer Parlamentsdienst 		
	<p>der Unterabteilung ZI – Zentrale Informationstechnik</p> <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZI 1 IT-Grundsatzfragen – ZI 2 Neue Informationssysteme, IT-Beschaffung, Rechtsfragen der Informationsverarbeitung, Schulung und Benutzer-Service – ZI 3 Kommunikationstechnik – ZI 4 Informationssysteme, DV-Anlagen – ZI 5 Datenbanken, Programmentwicklung <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – ZI 1 Anwendungs- und Systementwicklung Berlin, IT-Grundsatzfragen – ZI 2 Neue Informationssysteme, IT-Beschaffung, Rechtsfragen der Informationsverarbeitung, Schulung und Benutzer-Service – ZI 3 Kommunikationstechnik – ZI 4 Informationssysteme, DV-Anlagen – ZI 5 Datenbanken, Programmentwicklung 		
<p>dem Leitenden Beamten (beim Wehrbeauftragten):</p> <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – WB 1 Grundsatzangelegenheiten – WB 2 Führung, Ausbildung und Erziehung – WB 3 Disziplinar- und Strafrechtsangelegenheiten – WB 4 Personalangelegenheiten – WB 5 Fürsorgeangelegenheiten Inland – WB 6 Fürsorgeangelegenheiten Ausland <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – WB 1 Grundsatzangelegenheiten – WB 2 Führung, Ausbildung und Erziehung – WB 3 Angelegenheiten der Soldaten im Ausland, Disziplinar- und Strafrechtsangelegenheiten – WB 4 Personalangelegenheiten der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit – WB 5 Fürsorgeangelegenheiten – WB 6 Angelegenheiten der Wehrpflichtigen, Dienstzeitbelastung <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – WB 1 Grundsatzangelegenheiten – WB 2 Führung, Ausbildung und Erziehung (Heer-I, Korps und Territorialheer, Luftwaffe, Marine); Soldaten im Ausland – WB 3 Führung, Ausbildung und Erziehung (Heer-II, und III. Korps, Heeresamt, Sonstige) – WB 4 Personalangelegenheiten der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit – WB 5 Fürsorgeangelegenheiten – WB 6 Angelegenheiten der Wehrpflichtigen <p>die Referate</p> <ul style="list-style-type: none"> – WB 1 Grundsatzangelegenheiten/Grundsätze der Inneren Führung/Innerer Dienst – WB 2 Menschenführung in der Bundeswehr/Soldaten im Ausland – WB 3 Personalangelegenheiten der Wehrpflichtigen und Angelegenheiten der Reservisten – WB 4 Personalangelegenheiten der Berufssoldaten und der Soldaten auf Zeit – WB 5 Fürsorgeangelegenheiten/Soldat und Familie 			

1) beim Stand 1985: Zentralstelle für Petitionen und Eingaben (Pet)

Entwicklung der Stellenpläne der Bundestagsverwaltung seit 1949*)

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Beamte	79	112	163	171	173	203	203	210	247	248	275
Angestellte	149	149	218	218	225	260	260	294	306	299	288
Arbeiter	206	206	183	252	258	284	284	267	230	219	187
insgesamt	434	467	564	641	656	747	747	771	783	766	750

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Beamte	274	278	281	294	338	358	376	379	398	564	663
Angestellte	285	283	294	300	300	333	337	340	354	469	535
Arbeiter	184	181	178	179	179	153	150	151	155	178	194
insgesamt	743	742	753	773	817	844	863	870	907	1 211	1 392

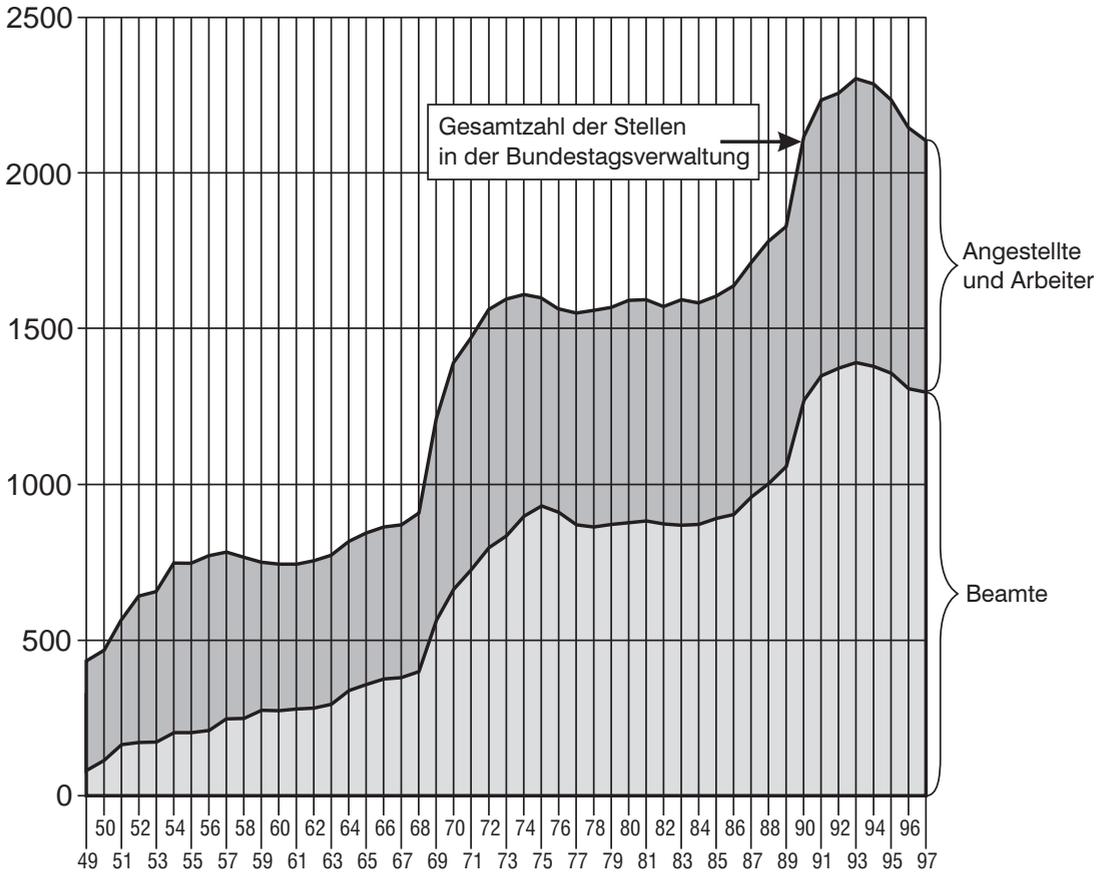
	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Beamte	727	797	834	898	931	911	870	863	871	878	883
Angestellte	536	561	554	521	476	466	496	510	514	525	521
Arbeiter	207	203	206	190	190	185	183	185	182	188	188
insgesamt	1 470	1 561	1 594	1 609	1 597	1 562	1 549	1 558	1 567	1 591	1 592

	1982	1983 ¹⁾	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Beamte	873	869	871	891	903	959	1 003	1 057	1 270	1 347	1 372
Angestellte	509	530	518	518	526	536	546	539	590	633	633
Arbeiter	188	193	192	193	208	216	231	232	254	252	252
insgesamt	1 570	1 592	1 581	1 602	1 637	1 711	1 780	1 828	2 114	2 232	2 257

1) ab 1983 einschließlich der Abteilung des Wehrbeauftragten

	1993	1994	1995	1996	1997
Beamte	1 390	1 378	1 356	1 306	1 296
Angestellte	656	652	626	593	574,5
Arbeiter	257	256	252	244	230
insgesamt	2 303	2 286	2 234	2 143	2 100,5

*) Zusammengestellt anhand der in den Haushaltsplänen des Bundes veröffentlichten Stellenpläne seit 1949. Die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen ist durchgehend niedriger. In der Kategorie der Beamten, Angestellten bzw. Arbeiter sind jeweils sämtliche Besoldungs-, Vergütungs- bzw. Lohngruppen zusammengefaßt worden.



Der Direktor beim Deutschen Bundestag

Der Präsident des Deutschen Bundestages ist nicht nur Repräsentant der Volksvertretung, er ist auch Chef der beim Bundestag zur Unterstützung seiner Arbeit eingerichteten Verwaltung, einer obersten Bundesbehörde. Als oberste Dienstbehörde bestimmt er die Grundsätze für die Durchführung der Verwaltungsgeschäfte. So wie er im parlamentarischen Bereich von den Vizepräsidenten vertreten wird, ist sein – alleiniger – Vertreter für die Bundestagsverwaltung der höchste Parlamentsbeamte, der Direktor beim Deutschen Bundestag. Dieser ist Vorgesetzter aller Bediensteten der Bundestagsverwaltung, leitet die gesamte Parlamentsverwaltung und trägt dafür dem Präsidenten gegenüber die Verantwortung.

Im parlamentarischen Bereich ist der Direktor Berater des Präsidenten. Er bereitet die Sitzungen des Präsidiums, des Ältestenrates und des Plenums vor. Besonders wird diese Funktion dadurch unterstrichen, daß der Direktor bei Plenarsitzungen in parlaments- und geschäftsordnungsrechtlichen Fragen dem amtierenden Präsidenten beratend zur Seite steht.*)

*) Vgl. insgesamt *Albert Pfitzer*, Position und Verantwortung des Bundestagsdirektors. In: *Parlamentarische Demokratie. Bewährung und Verteidigung. Festschrift für Helmut Schellknecht zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 77–83.

Direktoren beim Deutschen Bundestag (seit 1949)

Hans Troßmann (seit Konstituierung des 1. Bundestages am 7. 9. 1949 bis 30. 4. 1970)

Dr. Helmut Schellknecht (1. 5. 1970 bis 31. 8. 1984)

Dr. Joseph Bücker (1. 9. 1984 bis 30. 6. 1991)

Dr. Rudolf Kabel (seit 1. 7. 1991)

22.2 Chronik der Wissenschaftlichen Dienste*)

September 1949 Der Bundestag muß sich seine wissenschaftlichen Einrichtungen aus dem Nichts heraus neu aufbauen. Die traditionellen Parlamentsdienste Bibliothek, Archiv und Parlamentsregister werden in einer Wissenschaftlichen Abteilung zusammengefaßt, die zunächst nur über 16 Mitarbeiter verfügt.

Die Bibliothek des Reichstags hat den 2. Weltkrieg nicht überdauert. Die neu aufzubauende **Bundestagsbibliothek** kann vom Parlamentarischen Rat den nur unbedeutenden Buchbestand von rund 700 Bänden und bald darauf noch etwa 200 verwertbare Bände vom Wirtschaftsrat übernehmen. Die erste größere Anschaffung gelingt wenige Monate danach mit dem Ankauf der hochwertigen Bibliothek von Professor *Radbruch* mit 2 316 Bänden für den Preis von DM 20 000,-. Der Aufbau der Bestände wird aus dem damals noch reichhaltigen Antiquariatsangebot systematisch fortgesetzt.

Dem **Archiv** stehen Ende 1949 bei der Arbeitsaufnahme die behelfsmäßig ausgewerteten Verfassungsmaterialien des Parlamentarischen Rates zur Verfügung, mit deren Hilfe dann für jeden einzelnen Grundgesetzartikel die Zusammenstellung der vollständigen Materialien erfolgt. Ins Archiv gelangt dazu noch die vom Parlamentarischen Rat angelegte Sammlung von Amtsdrucksachen aus der Nachkriegszeit, insbesondere aller deutscher Länder und der Besatzungsmächte. Im Archiv wird 1950 zusätzlich eine **Pressedokumentation** eingerichtet.

Das **Parlamentsregister** übernimmt das System der Sach- und Sprechregister des alten Reichstags und knüpft damit an die seit 1867 bestehende Registertradition an.

*) Zusammengestellt nach Unterlagen der früheren Abteilung Wissenschaftlicher Dienst und der heutigen Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation.

Vgl. auch:

Kurt Georg Wernicke, Wie die „Wissenschaftliche Abteilung“ entstanden ist und heute aussieht. In: Das Parlament v. 15. 12. 1954.

Helmut Quaritsch, Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. In: Festschrift für *Ernst Forsthoff* zum 70. Geburtstag. München 1972. S. 303–324.

Gerhard Zwoch, Die Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation des Deutschen Bundestages. In: Information und Dokumentation im behördlichen Bereich. *Kurt Georg Wernicke* zum 65. Geburtstag. Karlsruhe 1974. S. 207–222.

Heinz Matthes. Die Dokumentations- und Informationseinrichtungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. In: Bibliotheksarbeit für Parlamente und Behörden. München 1980. S. 78–87.

23. November 1949 Konstituierung des Ausschusses für Bücherei, der sich in 18 Sitzungen bis 1952 mit den vielfältigen Bibliotheksproblemen der Anfangsphase befaßt. In der Frage, ob eine gemeinsame Zentralbibliothek für Parlament und Regierung oder für den Bundestag eine eigene Bibliothek eingerichtet werden solle, spricht sich der Ausschuß für die Eigenständigkeit der Parlamentsbibliothek aus. Die schwerwiegendste Entscheidung aber ist die Wahl des Bibliothekssystems.
21. Februar 1951 Während der 2. Beratung des Bundestagshaushalts findet eine kontroverse Debatte über die Einrichtung eines Dokumentationsdienstes statt.
- Sie kommt durch eine Initiative der Fraktionen von SPD, BP und Zentrum sowie der Gruppe Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE/DP) zustande (auch 20 von 52 FDP-Abgeordneten schließen sich an). Der Vorsitzende des Organisationsausschusses, *Karl Mommer*, begründet den Antrag auf Schaffung eines Fachdienstes entsprechend dem Legislative Reference Service in den USA. Vor der für den folgenden Tag anberaumten Abstimmung wird der Antrag jedoch zurückgezogen.
- 6.–8. April 1951 Besichtigungsreise des Ausschusses für Bücherei zusammen mit Bundestagspräsident D. Dr. *Hermann Ehlers* zur Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel auf Einladung von *Wilhelm Gülich*, Mitglied des Bundestages und zugleich Direktor dieser Bibliothek. Der Ausschuß spricht sich grundsätzlich für eine Zusammenarbeit mit der Kieler Bibliothek aus.
- Herbst 1951 Beschluß, das „Kieler System“ für den Aufbau der Bundestagsbibliothek zu übernehmen. Für ein Jahr übernimmt die Kieler Institutsbibliothek die Vorbereitungsarbeiten für den planmäßigen Bibliotheksaufbau im Bundestag.
- Oktober 1951 Der Bundestags-Vorstand beschließt Grundsätze des Verwaltungsaufbaues mit drei Abteilungen: neben Abteilung I: Verwaltung Abteilung II: Parlamentsdienst (enthält u. a. Ausschußdienst) und Abteilung III: Wissenschaftliche Abteilung. Diese setzt sich anfangs aus drei Referaten zusammen: Bibliothek, Archiv (u. a. mit Presseauswertung und Gesetzesmaterialien), Register (Sach- und Sprechregister).
6. Dezember 1951 Neue Geschäftsordnung des Bundestages, die in § 6 Abs. 4 einen Büchereibeirat vorsieht: „Für die Betreuung der Bücherei steht dem Vorstand ein Beirat zur Seite, der aus 9 Abgeordneten besteht, die von den einzelnen Fraktionen vorgeschlagen und vom Vorstand eingesetzt werden.“
25. April 1952 Konstituierende Sitzung des Büchereibeirates (als Fortsetzung des bisherigen Büchereiausschusses).
- Der Büchereibeirat fordert im Gegensatz zum Gutachten des Bundesrechnungshofes vom Februar 1952 eine selbständige „Wissenschaftliche Abteilung“ neben einer reinen Verwaltungsabteilung I und einer Abteilung II Parlamentsdienst. (Der Rechnungshof hatte sich lediglich für ein Bibliotheks- und Dokumentationsreferat ausgesprochen und den Ausschußdienst ganz abgelehnt.)
- Oktober 1952 Vizepräsident Prof. *Carlo Schmid* spricht sich für die Einrichtung eines Dokumentationsdienstes nach amerikanischem Vorbild aus. Wegen des hohen Personalbedarfs hat dieser Vorschlag jedoch zunächst keine Realisierungschancen.

- Herbst 1952 Die Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau der Bundestagsbibliothek, die rund ein Jahr durch die Bibliothek des Kieler Instituts für Weltwirtschaft durchgeführt wurden, werden nach Bonn verlagert.
15. November 1952 Eröffnung des Lesesaals der Bibliothek.
6. Mai 1954 Während der 3. Beratung des Bundestagshaushalts wird u. a. die Frage der Einrichtung eines parlamentarischen Gesetzgebungshilfsdienstes erörtert. Das Thema kommt durch einen Antrag der FDP-Fraktion zur Erhöhung des Haushaltsansatzes zwecks „Einstellung von Parlamentarischen Referenten“ auf die Tagesordnung. Der Antrag wird später durch eine Initiative zur Einrichtung von Fraktionsdiensten gegenstandslos.
15. Dezember 1954 In der Wochenzeitung „Das Parlament“ erscheint erstmals eine Beschreibung der Wissenschaftlichen Abteilung unter dem Titel „Das geistige Rüstzeug des Deutschen Bundestages“.
- 1957 Herauslösung der Presseauswertung aus dem Referat Archiv und Bildung eines eigenen Referats.
- Mai 1960 Der Abgeordnete *Hans-Jürgen Junghans* regt die Herausgabe eines periodischen Verzeichnisses der Neuanschaffungen der Bibliothek an.
- 1961 Erstellung der Instruktionen für die Kataloge der Bundestagsbibliothek.
- Januar 1961 Erstmaliges Erscheinen der „Neuerwerbungen“, eines Auswahlverzeichnisses der Bibliothek des Bundestages.
- Juli 1961 Beginn mit dem Ausbau der Terrasse hinter dem Hochhaus (bringt Erweiterung für Benutzerkatalog, Lesesaal und Handbibliothek).
10. Januar 1962 Erstmaliges Erscheinen der Reihe „Zeitschriftenaufsätze“, eines Auswahlverzeichnisses der Bibliothek des Bundestages (seit September 1974 „Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken“).
1. Dezember 1962 Erstmaliges Erscheinen der Reihe „Bibliographien“ mit dem Titel „Bibliographie zum Notstandsrecht“. Aufgabe der Bibliographien ist es, zu aktuellen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen oder zeitgeschichtlichen Fragen umfassende Literaturübersichten beizusteuern. (Eine Liste aller Titel der Reihe „Bibliographien“ findet sich in Abschnitt 22.3.)
- 1964 Herausbildung eines spezifischen Dokumentationsdienstes, der als neue Organisationseinheit neben die Bibliothek, das Archiv und die Gesetzesdokumentation sowie die Pressedokumentation tritt.
- 1965 Aufteilung dieses Dokumentationsdienstes in zwei Referate: Juristische Dokumentation und Fachdokumentation.
22. März 1965 Erstmaliges Erscheinen der Reihe „Materialien“ mit dem Titel „Verwaltungskontrolle durch Parlamentsbeauftragte im Ausland – OMBUDSMAN“. Aufgabe der „Materialien“ ist es, ähnlich wie die „Bibliographien“ zu aktuellen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen oder zeitgeschichtlichen Fragen wissenschaftliche Ausarbeitungen beizusteuern. (Eine Liste der bisher erschienenen Titel der Reihe „Materialien“ findet sich in Abschnitt 22.3.)

- 1968 Bundestags-Vorstand läßt prüfen, inwieweit die Verwendung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen für die Einrichtungen der Wissenschaftlichen Abteilung möglich ist.
1. Juni 1970 Gründung der **Hauptabteilung Wissenschaftlicher Dienste** mit den Abteilungen Wissenschaftliche Dokumentation (WD) und Wissenschaftlicher Fachdienst (WF) sowie der Zentralstelle für Petitionen und Eingaben anstelle des bisherigen Ausschußdienstes (Abt. II) und der Wissenschaftlichen Abteilung (Abt. III). Auflösung der bisherigen Referate Juristische Dokumentation und Fachdokumentation und Bildung von Gutachtergruppen in den neugebildeten Fachbereichen:
- FB I – Parlament (zur Abteilung PD gehörend)
 - FB II – Äußeres, Innerdeutsches, Verteidigung
 - FB III – Recht und Inneres
 - FB IV – Haushalt und Finanzen
 - FB V – Wirtschaft und Verkehr
 - FB VI – Arbeit, Sozialpolitik und Wissenschaft
- Innerhalb der Fachbereiche organisatorische Verbindung der Gutachtergruppen mit den Ausschußsekretariaten.
- Zur Abteilung WD gehören die Referate
- WD 1 – Zeitgeschichte und Allgemeine Politik
 - WD 2 – Bibliothek
 - WD 3 – Parlamentsarchiv
 - WD 4 – Pressedokumentation
 - WD 5 – Sach- und Sprechregister
 - WD 6 – Elektronische Datenverarbeitung
10. November 1970 Erstaliges Erscheinen der Reihe „Dokumentationen“, in denen kürzere Ausarbeitungen enthalten sind, die einen speziellen Interessentenkreis ansprechen.
- 1971 Beschluß, das Sach- und Sprechregister mit Hilfe der EDV zu erstellen.
24. November 1971 Erstes Erscheinen der „Schnellinformationen der Bibliothek“, in der in loser Folge (etwa 14tägig) aktuelle Literatur mit Kurzreferaten angezeigt wird.
29. November 1972 Konstituierung der Arbeitsgruppe „Parlamentsinformationssystem (PARLIS)“ zur Förderung der Zusammenarbeit der Dokumentations- und Informationseinrichtungen von Bundestag, Bundesrat und Landesparlamenten.
9. April 1973 Aufteilung des Wissenschaftlichen Fachdienstes in zwei Abteilungen (1. WF, 2. WF) und Bildung der Abteilung Datenverarbeitung (bisher Referat WD 6).
- August 1973 Nach und nach zieht ein großer Teil der Wissenschaftlichen Dienste in das Hochhaus Tulpenfeld um.
- September 1973 Entwicklung des Informationssystems „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA); Beginn der in Sitzungswochen regelmäßig herausgegebenen Nachlieferungen zu einer gleichnamigen Loseblattausgabe.

9. Januar 1975 Eingliederung der Abteilung Datenverarbeitung als „Gruppe Datenverarbeitung“ in die Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation.
1. Februar 1975 Einrichtung der Fachbereiche VII („Zivilrecht, Verfahrensrecht, Umwelt, Raumordnung, Bauwesen, Städtebau“) und VIII („Forschung und Technologie, Bildung und Wissenschaft“).
- Herbst 1975 Aufnahme der Verbindung zum Dokumentationssystem des Bundespresseamtes.
- 1976 Mit Beginn der 8. Wahlperiode wird das Parlamentsregister erstmals unter vollem Einsatz der Datenverarbeitung mit Lichtsatz erstellt und Druck und Vertrieb der Loseblattsammlung „Stand der Gesetzgebung“ (GESTA) von einem Verlag übernommen.
- Für die „Verhandlungen des Deutschen Bundestages“ werden in verschiedenen Stadt- und Landkreisen Depositarbibliotheken eingerichtet.
- ab 1977 Mitarbeit an dem „Europäischen Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation“ der Konferenz der Präsidenten der Europäischen Parlamentarischen Versammlungen.
- März 1978 Erstmaliges Erscheinen der „Ausarbeitungen der Wissenschaftlichen Dienste“, eines Auswahlverzeichnisses, in dem Ausarbeitungen angezeigt werden, die außer für den Auftraggeber auch für andere Abgeordnete von Interesse sein könnten.
20. April 1978 Die Konferenz der Präsidenten der deutschen Länderparlamente beschließt die Einführung eines gemeinsamen Dokumentationsverfahrens bei der Bearbeitung der Stenographischen Berichte und Drucksachen des Bundestages, Bundesrates und der Landesparlamente.
- 1979 Planung eines Bibliotheksbaus für die Sammlungen der Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation (Bibliothek, Archiv, Pressedokumentation) im Rahmen der Bundestagsneubauten.
- Juli 1979 Umwandlung von Referat WD 1 („Zeitgeschichte und Allgemeine Politik“) in Fachbereich IX.
- ab 1. Juni 1980 Teilnahme des Bundestages als Informationsanbieter an den Feldversuchen der Bundespost zu Bildschirmtext in Düsseldorf und Berlin.
1. August 1980 Schaffung der Organisationseinheit WD-VBB als Verbundzentrale des seit Oktober 1975 projektierten Bibliotheksverbundes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie.
- Dezember 1980 Aufnahme der Verbindung zum Juristischen Informationssystem JURIS.
- Mai 1981 Teile der Bibliothek und des Parlamentsarchivs ziehen in das zusätzlich vom Bundestag gemietete Atriumhaus Tulpenfeld um.
1. Juli 1981 Inbetriebnahme einer angemieteten eigenen leistungsfähigen Datenverarbeitungsanlage.

Bestände der Bibliothek, der Pressedokumentation und des Parlamentsarchivs u. a.:

Jahr	Bibliothek: Zahl der Bände	Pressedokumentation: Zahl der Ausschnitte	Parlamentsarchiv: Zahl der Bände „Gesetzesmaterialien“
1957	rd. 140 000	rd. 1,0 Million	rd. 1 000
1965	rd. 346 000	rd. 2,2 Millionen	7 830
1969	rd. 430 000	rd. 3,2 Millionen	12 475
1973	rd. 512 000	rd. 4,0 Millionen	17 615
1975	rd. 554 000	rd. 4,6 Millionen	18 319
1977	rd. 598 000	rd. 5,0 Millionen	19 647
1979	rd. 650 000	rd. 5,5 Millionen	rd. 21 000
1980	rd. 693 000	rd. 6,0 Millionen	rd. 26 900
1981	rd. 716 000	rd. 6,5 Millionen	rd. 27 300
1982	rd. 745 000	rd. 7,0 Millionen	rd. 27 800
1983	rd. 772 000	rd. 7,5 Millionen	rd. 28 100
1984	rd. 800 000	rd. 8,0 Millionen	rd. 28 600
1985	rd. 866 000 ¹⁾	rd. 8,7 Millionen	rd. 29 200
1986	rd. 912 000 ¹⁾	rd. 9,4 Millionen	rd. 29 800
1987	rd. 950 000 ¹⁾	rd. 10,1 Millionen ²⁾	rd. 30 000
1988	rd. 1 006 000 ¹⁾	rd. 10,4 Millionen	rd. 30 500
1989	rd. 1 057 000 ¹⁾	rd. 10,7 Millionen	rd. 40 000
1990	rd. 1 104 000 ¹⁾	rd. 11,0 Millionen	rd. 40 500
1991	rd. 1 145 000 ¹⁾	rd. 11,4 Millionen	rd. 41 000
1992	rd. 1 212 000 ¹⁾	rd. 11,7 Millionen	rd. 41 500
1993	rd. 1 246 000 ¹⁾	rd. 12,1 Millionen	rd. 42 000
1994	rd. 1 294 000 ¹⁾	rd. 12,5 Millionen	rd. 42 500
1995	rd. 1 327 000 ¹⁾	rd. 12,8 Millionen	rd. 43 000
1996	rd. 1 370 000 ¹⁾	rd. 13,1 Millionen ²⁾	rd. 43 500

¹⁾ einschließlich Mikroformen

²⁾ Infolge Mehrfach-Ablage der Ausschnitte im Personen- und Sach-Archiv betrug die tatsächliche Zahl der Ausschnitte beispielsweise Ende 1987 rd. 23 Millionen und Ende 1996 rund 26 Millionen.

Hinweis

Der Ausbau der Wissenschaftlichen Dienste war mehrmals Gegenstand in den Aussprachen über den Bundestagshaushalt. Die Redebeiträge sind stichwortartig wiedergegeben in Abschnitt 13.4: Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts. Auch in den Selbstverständnis-Debatten des Bundestages (Abschnitt 13.5) wurden entsprechende Forderungen erhoben.

- April 1982 Aufnahme der Verbindung zum Rechts-Dokumentationssystem der Kommission der Europäischen Gemeinschaften CELEX.
11. November 1982 In der Vorhalle vor dem Plenarsaal Einrichtung eines Informationsstandes für Abgeordnete, der u. a. für unmittelbare Informationen aus dem Pressebereich, für Auskünfte über die Parlamentsarbeit aus den Datenbanksystemen des Bundestages und für Informationen aus den Datenbanken des Bundespresseamtes und des Juristischen Informationssystems JURIS in Anspruch genommen werden kann. Darüber hinaus werden aus dem neuen Kommunikationssystem der Bundespost „Bildschirmtext“ Auskünfte erteilt.
28. Dezember 1984 Innerhalb der Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation Einrichtung eines Referats (anfangs WD 6, später WD 4 und Umbenennung in „Parlamentsgeschichtliche Dokumentation“), das für die Herausgabe von Publikationen der Wissenschaftlichen Dienste zuständig ist. In diesem Referat wird auch das vorliegende *Datenhandbuch* erstellt.
23. Oktober 1986 Die Pressedokumentation sowie das Referat Elektronische Hausinformationssysteme (beide bisher Referate innerhalb der Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation bzw. der Gruppe Datenverarbeitung) werden der neu eingerichteten Abteilung „Parlamentarische Information (PI)“ zugeordnet.
- Anfang 1987 Nach längeren Vorarbeiten wird die Bundestagsbibliothek auf Datenverarbeitung umgestellt. Zugleich werden die Bearbeitungsregeln für die inhaltliche und formale Erschließung der Literatur so modifiziert, daß sie den nationalen Bibliotheksnormen und -konventionen entsprechen. Der bisherige Katalog wird abgeschlossen, und für die Literatur ab Erscheinungsjahr 1987 wird ein neuer Katalog nach den neuen Regeln begonnen. Zusätzlich zu gedruckten Katalogen kann nunmehr die im elektronischen Katalog gespeicherte Literatur auch über Terminals recherchiert werden.
18. Februar 1987 Erstmaliges Erscheinen der Kurzinformation „Der aktuelle Begriff“; ab 1990 Veröffentlichung der Einzelausgaben eines Jahrgangs als Broschüre. (Nachweis über die bis 1997 erschienenen Ausgaben siehe unter Abschnitt 22.3.)
1. Oktober 1987 Eröffnung von vier Datenbank-Abfragestellen auf verschiedenen Etagen im Neuen Hochhaus und im Hochhaus Tulpenfeld. Mit dieser neuen Einrichtung im Rahmen des Modellversuchs PARLAKOM*) soll die bisher nur an einer Stelle zentral vorhandene Möglichkeit, Datenbank-Abfragen in Auftrag zu geben, in unmittelbarer Nähe der Abgeordneten-Büros angeboten werden.
15. Juni 1988 Erstmaliges Erscheinen der Kurzinformation „Die aktuelle Gerichtsentscheidung“.
- November 1988 Erstmalige Herausgabe einer Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste als „Info-Brief“. Hierbei handelt es sich um ein Instrument der „aktiven Information“, d. h. zu dieser Ausarbeitung lag kein Auftrag eines Abgeordneten vor, vielmehr bieten die Wissenschaftlichen Dienste solche „Info-Briefe“ den Mitgliedern des Bundestages von sich aus zu bestimmten aktuellen Themen an.

*) Zum Modellversuch PARLAKOM vgl. Abschnitt 13.2 des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

11. Mai 1989 Aus dem täglichen Büchereingang der Bundestagsbibliothek zieht Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* den millionsten Band.
21. Februar 1990 In der Unterabteilung WD wird ein neues Referat mit der Bezeichnung Verwaltungsbibliothek (WD 6) eingerichtet.
29. Juni 1990 Innerhalb der Unterabteilung 1. WF wird der Fachbereich XII „Europäische Gemeinschaften“ eingerichtet. Damit gibt der Fachbereich II die Aufgaben „Europäische Integration“ an den Fachbereich XII ab. Außerdem wird dem neuen Fachbereich die „Verbindungsstelle zum Europäischen Parlament“ (bisher beim Referat PB 2) zugeordnet.
2. Dezember 1996 In der Abteilung W wird eine Hotline eingerichtet. Sie hat hauptsächlich die Funktion einer zentralen Auftragsannahmestelle.

Parlamentarische Beratungsgremien

Für die Beratung von Angelegenheiten der Dokumentationseinrichtungen der Wissenschaftlichen Dienste hat der Bundestag von Anfang an ein Gremium eingesetzt: in der 1. Wahlperiode zunächst als Ausschuß, ab 1952 als Unterkommission des Bundestagsvorstandes („Büchereibeirat“) und ab der 6. Wahlperiode als Unterkommission bzw. Kommission des Ältestenrates. Im einzelnen handelt es sich um folgende Gremien:

Wahlperiode	Bezeichnung	Vorsitzender
1. WP 1949–53	Ausschuß für Bücherei ab 25. 4. 1952: Büchereibeirat	<i>Margarete Gröwel</i> (CDU/CSU) <i>Margarete Gröwel</i> (CDU/CSU)
2. WP 1953–57	Büchereibeirat	<i>Richard Muckermann</i> (CDU/CSU)
3. WP 1957–61	Büchereibeirat	<i>Richard Muckermann</i> (CDU/CSU)
4. WP 1961–65	Büchereibeirat	<i>Friedrich Knorr</i> (CDU/CSU)
5. WP 1965–69	Büchereibeirat	<i>Karl August Bühler</i> (CDU/CSU)
6. WP 1969–72	Ständiger Unterausschuß für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und anderer Dokumentationen (gem. § 6 Abs. 4 GO) Unterkommission für EDV	<i>Hugo Hauser</i> (CDU/CSU) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU/CSU)
7. WP 1972–76	Ständiger Unterausschuß für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, anderer Dokumentationen und EDV (gem. § 6 Abs. 4 GO)	<i>Alfred Ollesch</i> (FDP)

Wahlperiode	Bezeichnung	Vorsitzender
8. WP 1976–80	wie in der 7. WP	<i>Kurt Spitzmüller</i> (FDP)
9. WP 1980–83	Kommission für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, der Dokumentation und der Datenverarbeitung	<i>Klaus Gärtner</i> (FDP)
10. WP 1983–87	wie in der 9. WP	<i>Klaus Beckmann</i> (FDP)
11. WP 1987–90	wie in der 10. WP	<i>Klaus Beckmann</i> (FDP), ab 21. 9. 1989: <i>Ursula Seiler-Albring</i> (FDP)
12. WP 1990–94	Kommission für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs, der Dokumentation und der Datenverarbeitung, ab 6. 6. 1991: Kommission für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und der Dokumentation	<i>Uwe-Bernd Lühr</i> (FDP), ab 15. 4. 1992: <i>Heinz Hübner</i> (FDP), ab 11. 6. 1992: <i>Ina Albowitz</i> (FDP), ab 22. 6. 1993: <i>Uwe-Bernd Lühr</i> (FDP)
13. WP 1994– ¹⁾	Kommission für innere Angelegenheiten des Bundestages gem. § 6 Abs. 3, 4 GO BT ²⁾	<i>Eduard Oswald</i> (CDU/CSU)

¹⁾ Stand: 31. August 1997

²⁾ Diese Kommission nimmt die bisher von den Kommissionen für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und der Dokumentation, für die Besucherbetreuung, für internationale Austauschprogramme sowie für Restaurantangelegenheiten betreuten Aufgaben und gegebenenfalls weitere innere Angelegenheiten wahr.

22.3 Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste

Das folgende Verzeichnis enthält eine Auswahl der von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages herausgegebenen Veröffentlichungen (Stand: 31. August 1997).

Im einzelnen handelt es sich um folgende Titel:

- Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
- Sach- und Sprechregister
- Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages
- Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)
- Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation
- Aufzeichnungen und Erinnerungen von Abgeordneten
- Materialien
- Bibliographien
- Dokumentationen

- Auswahlverzeichnisse der Bibliothek des Bundestages
- Veröffentlichte Gesetzesmaterialien
- Fundstellennachweise zu den Gesetzesmaterialien der Bundesgesetze
- Wegweiser für Abgeordnete
- Der Aktuelle Begriff
- World Directory of National Parliamentary Libraries

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Hrsg. vom Deutschen Bundestag.

Bearbeitet von der Bundestagsverwaltung, seit 1982: Referat Parlamentsarchiv.

NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach.

Es erscheinen jeweils ein Grundwerk und mehrere Ergänzungslieferungen; ab 11. Wahlperiode wird das Grundwerk in zwei Teilen geliefert (Teil 2, bearbeitet vom Fachbereich I Parlamentsrecht, enthält die Angaben gemäß der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bundestages [Anlage 1 der Geschäftsordnung]).

Sach- und Sprechregister

Das Referat Sach- und Sprechregister gibt – ab der 8. Wahlperiode gemeinsam mit der Dokumentation und Datenverarbeitung des Bundesrates – das „Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates“ heraus. Teil I umfaßt das „**Sachregister**“ und enthält nach alphabetisch geordneten Sach-Deskriptoren sämtliche in den Drucksachen und Debatten des Bundestages und des Bundesrates behandelten Gegenstände. Der 2. Teilband „**Sprechregister**“ weist in alphabetischer Namensordnung alle im Plenum des Bundestages und des Bundesrates gehaltenen Reden sowie

Bezugsmöglichkeiten der Publikationen der Wissenschaftlichen Dienste

Die meisten der oben aufgeführten Publikationen sind auch für die Öffentlichkeit erhältlich, entweder kostenlos von den zuständigen Organisationseinheiten der Bundestagsverwaltung oder zum Ladenpreis über den Buchhandel.

Materialien, Bibliographien, Auswahlverzeichnisse der Bundestagsbibliothek **Neuerwerbungen** und **Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken** sowie **Der Aktuelle Begriff**

- ▶ können bei der Publikationsstelle der Wissenschaftlichen Dienste (Referat WD 1) angefordert werden (kostenlos).

Die Reihe **Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation**

- ▶ gibt das Referat Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsverwaltung kostenlos ab.

Sach- und Sprechregister

- ▶ wird von der Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn vertrieben.

Das **Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages, Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA), Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Aufzeichnungen und Erinnerungen** sowie das **Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages**

- ▶ sind im Buchhandel erhältlich.

die schriftlichen Initiativen der einzelnen Abgeordneten (Anfragen, Anträge, Gesetzentwürfe) nach. Am Ende jeder Wahlperiode wird ein Abschlußband veröffentlicht, der das gesamte Material dieses Zeitraums umfaßt.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen

I. Teil: Sachregister	1.–7. Wahlperiode 1949–1976
II. Teil: Sprechregister	1.–7. Wahlperiode 1949–1976

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

I. Teil: Sachregister	ab 8. Wahlperiode 1976
II. Teil: Sprechregister	ab 8. Wahlperiode 1976

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages

Das ***Datenhandbuch***, das innerhalb der Abteilung Wissenschaftliche Dienste vom Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation erstellt wird, ist das umfassendste Nachschlagewerk über den Deutschen Bundestag.

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982.

Verfaßt und bearbeitet von *Peter Schindler*, Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation des Deutschen Bundestages. Hrsg.: Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1984. 3. Aufl. 1224 S.

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1980 bis 1984.

Fortschreibungs- und Ergänzungsband zum Datenhandbuch Bundestag 1949 bis 1982. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Verfasser: *Peter Schindler*.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1986. 1253 S.

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1980 bis 1987.

Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Verfasser: *Peter Schindler*.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1988. 1275 S.

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991.

Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Verfasser: *Peter Schindler*.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1994. 1935 S.

Die vorliegende Gesamtausgabe zum 50jährigen Bestehen des Deutschen Bundestages faßt die Inhalte dieser vier ***Datenhandbücher*** zusammen und schreibt sie – ergänzt um zahlreiche zusätzliche Abschnitte – bis Anfang 1999 fort.

„Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“

Seit August 1973 erscheint die Loseblattsammlung „**Stand der Gesetzgebung des Bundes**“, die eine Übersicht über alle in der laufenden Wahlperiode eingebrachten Gesetzentwürfe enthält. Für jeden Entwurf wird eine Kurzinformation über den Inhalt sowie den Gang des Gesetzgebungsprozesses gegeben. Die einzelnen Gesetze sind über ein Inhaltsverzeichnis und ein Sachregister auffindbar. Das Loseblattwerk wird plenarwöchentlich durch Nachlieferungen ergänzt. Am Ende einer Legislaturperiode erscheint in gebundener kumulierter Form ein Gesamtband zu dieser Wahlperiode.

Seit Anfang 1977 wird das Werk durch die Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, vertrieben und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

7. Wahlperiode. 1972–1976. Gesamtband. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat, Gruppe Datenverarbeitung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1977. XLIV. 731 S.
8. Wahlperiode. 1976–1980. Gesamtband. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat, Gruppe Datenverarbeitung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1981. XLIV. 820 S.
9. Wahlperiode. 1980–1983. Gesamtband. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat, Gruppe Datenverarbeitung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1983. 546 S.
10. Wahlperiode. 1983–1987. Abschlußband. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1987. 1191 S.
11. Wahlperiode. 1987–1990. Abschlußband. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1991. 1319 S.
12. Wahlperiode. 1990–1994. Abschlußband. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1995. 1910 S.
13. Wahlperiode. 1994– . Fortsetzungswerk in Loseblattform. Hrsg.: Deutscher Bundestag/Bundesrat. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1994 ff.

Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation

Mit der „Chronik“ wird versucht, einen Überblick über die Arbeitsergebnisse, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages in der jeweils abgelaufenen Wahlperiode zu geben. Seit der 8. Wahlperiode wird die „Chronik“ innerhalb der Wissenschaftlichen Dienste erstellt und in die vier Teile „Kurzchronik“, „Politik und Gesetzgebung“, „Dokumentation und Statistik“ sowie „Register“ gegliedert.

Hrsg. Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum, ab 1987: Referat Öffentlichkeitsarbeit.

Manuskript: Wissenschaftliche Dienste. Bearbeiter: *Peter Schindler* (ab 1985: Referat Publikationen; ab 1993: Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation)

Deutscher Bundestag. 8. Wahlperiode 1976–1980. Bonn 1981. 343 S.

Deutscher Bundestag. 9. Wahlperiode 1980–1983. Bonn 1984. 310 S.

Deutscher Bundestag. 10. Wahlperiode 1983–1987. Bonn 1987. 413 S.

Deutscher Bundestag. 11. Wahlperiode 1987–1990. Bonn 1991. 509 S.

Deutscher Bundestag. 12. Wahlperiode 1990–1994. Bonn 1996. 605 S.

Aufzeichnungen und Erinnerungen von Abgeordneten

Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen

Band 1: *Josef Felder, Hans Dichgans, Johann Cramer, Emilie Kiep-Altenloh*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1982.

Band 2: *Curt Becker, Franz Marx, Ernst Paul, Hans Schütz, Elisabeth Schwarzhaupt, J. Hermann Siemer, Anton Storch*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1983.

Band 3: *Ilse Elsner, Hugo Karpf, Wilderich Freiherr Ostman von der Leye, Elisabeth Pitz-Savelsberg, Dietrich-Wilhelm Rollmann*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1985.

Band 4: *Hermann Barche, Maria Jacobi, Georg Kurlbaum, Lucie Kurlbaum-Beyer, Friederike Mulert, Rudolf Vogel*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1988.

Band 5: *Claus Arndt, Heinrich Gewandt, Friedrich Schäfer*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1988.

Band 6: *Herbert W. Köhler, Ernst Müller-Hermann*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1989.

Band 7: *Ewald Bucher*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1990.

Band 8: *Manfred Luda, Bernhard Winkelheide*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1990.

Band 9: *Thomas Ruf*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1991.

Band 10: *Lothar Löffler*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1992.

Band 11: *Heinz Kreuzmann, Gerhard Schulze*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1993.

Band 12: *Karl Becker*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1993.

Band 13: *Georg Kahn-Ackermann*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1994.

Band 14: *Olaf Baron von Wrangel*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1995.

Band 15: *Wolfram Dorn, Willi Weiskirch*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1996.

„Materialien“

Die Wissenschaftlichen Dienste geben u. a. die Veröffentlichungsreihen „**Materialien**“ und „**Bibliographien**“ heraus. Ihre Aufgabe ist es, zu aktuellen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen oder zeitgeschichtlichen Fragen umfassende Literaturübersichten bzw. wissenschaftliche Ausarbeitungen beizusteuern. Die Auswahl der Themen ergibt sich unmittelbar aus der parlamentarischen Arbeit und den praktischen Bedürfnissen der Abgeordneten; darüber hinaus sind Fragen von allgemeinem politischem und öffentlichem Interesse Gegenstand der Arbeiten.

Die „**Materialien**“ werden in unregelmäßiger Erscheinungsweise seit 1965 herausgegeben. Sie umfassen wissenschaftliche monographische Ausarbeitungen zu speziellen Fragestellungen. Die bisher erschienenen Titel:

1. Verwaltungskontrolle durch Parlamentsbeauftragte im Ausland – OMBUDSMAN. 1965. 83 S. (ersetzt durch Heft Nr. 17)
2. Wissenschaftliche Dienste der Verwaltung des Deutschen Bundestages. 1966. 20 S. (ersetzt durch Heft Nr. 54)
3. Die Organisationsformen der Auslandskulturarbeit ausgewählter Staaten. 1966. 82 S.
4. Parlamentarische Fachausdrücke Deutsch-Französisch. 1967. 22 S.
5. Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der IV. Wahlperiode. 1967. 148 S.

6. Verzeichnis der ganz oder teilweise für nichtig erklärten Bundesgesetze. 1967. 19 S. (ersetzt durch Hefte Nr. 14 und 37)
7. Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der III. Wahlperiode (1957–1961). 1968. 179 S.
8. Gewaltverzicht und Nichtangriffsverpflichtungen 1919–1968. 1968. 77 S.
9. Der freie Zugang nach Berlin und die DDR. 1968. 50 S.
10. Parlamentsreform. Anträge und Vorschläge der Abgeordneten und Fraktionen in der 5. Wahlperiode. 1969. 25 S.
11. Parlamentsreform. Kritik am Bundestag und Modellvorstellungen zur Parlamentsreform in der wissenschaftlichen Literatur. 1969. 65 S.
12. Fünfzig Jahre Frauenwahlrecht. 1969. 29 S.
13. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland (1949–1969). 1969. 22 S.
14. Verzeichnis der ganz oder teilweise für nichtig erklärten Bundesgesetze. Stand: 31. Dez. 1969. 1970. 23 S.
15. Gesetze zur Änderung des Grundgesetzes (Nr. 1 bis 26). 1970. 14 S.
16. Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der II. Wahlperiode (1953–1957). 1970. 217 S.
17. Verwaltungskontrolle durch Parlamentsbeauftragte im Ausland – OMBUDSMAN. 1970. 116 S.
18. Die internationale Währungsordnung. Entwicklung, Probleme, Reformtendenzen. 1970. 64 S.
19. Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der V. Wahlperiode (1965–1969). 1970. 191 S.
20. Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der I. Wahlperiode (1949–1953). 1970. 227 S.
21. Bildungsurlaub. 1971. 58 S.
22. Primärwahlen (Aufstellung der Kandidaten in direkter Wahl). Formen und Kriterien. 1971. 21 S.
23. Frauen im Deutschen Bundestag I. bis VI. Wahlperiode. 1971. 72 S.
24. Subventionsbericht 1970. Rechtliche, wirtschaftliche und fiskalische Würdigung. 1971. 56 S.
25. Strukturelle Gliederung des Deutschen Bundestages I. bis VI. Wahlperiode. 1971. 245 S.
26. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.–6. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis – Stand: 1. April 1971. 1971. 162 S. (ersetzt durch Heft Nr. 55)
27. Vorschulische Erziehung. Probleme und Initiativen. 1971. 275 S.
28. Wirkungen von Gewaltdarstellungen auf dem Bildschirm. Zusammenhänge zwischen dargestellter Gewalt und aggressiven Verhaltensweisen. 1971. 76 S.
29. Studierende der Rechtswissenschaft und Bedarf an Juristen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse vorliegender Planungen und Prognosen. 1972. 66 S.
30. Die Beamteten und die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bund – 1949–1973. 1973. 23 S.
31. Die Änderungen des Grundgesetzes (Nr. 1 bis 31). Mit Übersichtstabelle nach Artikeln, Änderungsgesetzen und kurzen Inhaltsangaben. Stand: 27. Februar 1973. 1973. 127 S.
32. Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der VI. Wahlperiode (1969–1972). 1973. 103 S.
33. Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages. 1.–7. Wahlperiode. Systematisches Verzeichnis nach Wahlperioden und alphabetisches Gesamtverzeichnis. Stand: 1. Juni 1973. 1973. 159 S.
34. Reform des öffentlichen Dienstrechts. Vorschläge aus dem Bericht der Studienkommission. 1973. 33 S.
35. Zum Mandatsverlust bei Ausscheiden eines Abgeordneten aus seiner Fraktion. Stand der Diskussion. 1974. 29 S.
36. Materialien zu den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahre 1974. 1974. 60 S.
37. Verzeichnis der ganz oder teilweise für nichtig erklärten Bundesgesetze. Stand: 31. Dezember 1973. 1974. 8 S.
38. Materialien zu den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahre 1975. 1975. 105 S.
39. Zur Reform der beruflichen Bildung. 1975. 61 S.
40. Mitgliederstruktur des Deutschen Bundestages. I.–VII. Wahlperiode. Materialzusammenstellung und Auswahlbibliographie. 1975. 314 S.
41. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (2. überarb. Auflage). 1975. 18 S. (ersetzt durch Heft Nr. 54)
42. Parlamentarierinnen in deutschen Parlamenten 1919–1976. 1976. 274 S.
43. Das Haushaltsverfahren der Europäischen Gemeinschaften und die Haushaltsbefugnisse ihrer einzelnen Organe. 1976. 59 S.
44. Unterrichtsrecht der Parlamentsausschüsse über Verordnungsentwürfe. 1976. 14 S.
45. Die Diskussion um das Berufsbildungs- und das Ausbildungsplatzförderungsgesetz. 1976. 132 S.
46. Die Selbstbeteiligung in der gesetzlichen Krankenversicherung. 1976. 38 S.

47. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (3. überarb. Auflage). 1976. 19 S. (ersetzt durch Heft Nr. 54)
48. Berlin-Initiativen im Deutschen Bundestag in der 7. Wahlperiode 1977. 72 S.
49. Umweltpolitik im 7. Deutschen Bundestag. 1977. 108 S.
50. Materialien zu den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahre 1978. 1978. 76 S.
51. Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln. Eine rechtsvergleichende Studie über das Arzneimittelrecht der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland. 1978. 27 S.
52. Die Bundesversammlung. Wahl der Bundespräsidenten 1949–1974. 1978. 338 S.
53. Materialien zu den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahre 1979. 1979. 95 S.
54. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. (4. überarb. Auflage). 1979. 20 S. (ersetzt durch Heft Nr. 64)
55. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages 1.–8. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis. Stand: 7. Mai 1979. 1979. 126 S. (ersetzt durch Heft. Nr. 66)
56. Die Beamteten und die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bund 1949–1979. 1979. 20 S.
57. Politisches Geschehen 1979. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1979. 69 S.
58. Materialien zu den Landtagswahlen im Jahre 1980. 1980. 47 S.
59. 30 Jahre Sozialgesetzgebung. 1980. 96 S.
60. Energiepolitik im Deutschen Bundestag. (7. und 8. Wahlperiode). Stand: 1. Januar 1980. 1980. 150 S.
61. Friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Initiativen des 7. und 8. Deutschen Bundestages. (Stand: 1. Januar 1980). 1980. 113 S.
62. Bildungspolitik im Deutschen Bundestag. 1. bis 8. Wahlperiode. 1980. 303 S.
63. Politisches Geschehen 1980. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1979 – 30. 11. 1980. 1980. 81 S.
64. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (5. überarb. Auflage). 1981. 27 S.
65. Parlamentskontrolle der Finanzpolitik. Probleme und Lösungsmöglichkeiten. 1981. 28 S.
66. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.–9. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis. Stand: 15. Mai 1981. 1981. 161 S.
67. Das Wahlverhalten der Jungwähler bei den Bundestags- und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik. 1981. 106 S.
68. Politisches Geschehen 1981. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1980 – 30. 11. 1981. 1981. 69 S.
69. Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages. 1.–9. Wahlperiode. Stand: 1. September 1981. 1981. 207 S.
70. Materialien zu den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahre 1982. 1982. 79 S.
71. Verhandlungen des Deutschen Bundestages über den Terrorismus (1973–1980). 1982. 178 S.
72. Umweltpolitik im 8. Deutschen Bundestag und im Bundesrat (1976 bis 1980). 1982. 412 S.
73. Übersicht über die vom Bundesverfassungsgericht für nichtig und die mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Gesetze. 1982. 98 S.
74. Die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Forderungen der Parteien und Gewerkschaften in den Programmen seit 1949 – Synoptische Übersicht –, 1982. 31 S.
75. Die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Textauszüge aus den Programmen der Parteien seit 1949. 1982. 53 S.
76. Politisches Geschehen 1982. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1981 – 30. 11. 1982. 1982. 66 S.
77. Splitting. Verfassungs- und steuerrechtliche Probleme der Ehegatten- und Familienbesteuerung. 1982. 41 S.
78. Materialien zu den Landtagswahlen im Jahre 1983. 1983. 72 S.
79. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. (6. überarb. Auflage). 1983. 27 S.
80. Umweltpolitik im 9. Deutschen Bundestag und im Bundesrat (1980 bis 1983). 1983. 154 S.
81. Splitting. Verfassungs- und steuerrechtliche Probleme der Ehegatten- und Familienbesteuerung. (2. überarb. Auflage). 1983. 45 S.
82. Parlamentarierinnen in deutschen Parlamenten. 1919–1983. 1983. 227 S. (ersetzt durch Heft Nr. 122)
83. Politisches Geschehen 1983. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1982 – 30. 11. 1983. 1983. 69 S.
84. Materialien zu den Landtags- und Kommunalwahlen sowie der Wahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1984. 1984. 64 S.
85. Parlamentarische Terminologie. Deutsch-Englisch/Französisch. 1984. 188 S.
86. Frau und Gesellschaft. Übereinkommen, Empfehlungen und Entschlüsse 1979 bis 1984. Bundesrepublik Deutschland, Europäische Gemeinschaft, Vereinte Nationen, Interparlamentarische Union. 1984. 181 S.

87. Politisches Geschehen 1984. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1983 – 30. 11. 1984. 1984. 58 S.
88. Materialien zu den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahre 1985. 1985. 59 S.
89. Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz. Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaft – Urteile des Europäischen Gerichtshofes – Das Arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland und Änderungsvorschläge. 1985. 173 S. sowie Anhang.
90. Entwicklungspolitische Debattenbeiträge im Deutschen Bundestag. 1. bis 9. Wahlperiode. 1985. 230 S.
91. Der Wissenschaftliche Dienst des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika. 1985. 63 S.
92. Politisches Geschehen 1985. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1984 – 30. 11. 1985. 1985. 79 S.
93. Frauenförderpläne sowie Vorschläge und Erfahrungen betreffend Sanktionen und sonstige Maßnahmen zur Durchsetzung der Chancengleichheit der Frau auf dem Arbeitsmarkt. 1986. 159 S. sowie Anhang.
94. Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen. Vorgeschichte und Diskussion zum § 116 Arbeitsförderungsgesetz. Materialauswahl. 1986. 73 S. sowie Anhang.
95. Materialien zu den Landtagswahlen in den Jahren 1986 und 1987. 1986. 85 S.
96. Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages. 9.–10. Wahlperiode. Stand: 30. September 1985. 1986. 51 S.
97. Politisches Geschehen 1986. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1985 – 15. 11. 1986. Mit Anhang: Chronik der 10. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. 1986. 110 S.
98. Reform oder Revolution? Diskussion um die Änderung der Struktur in der gesetzlichen Rentenversicherung 1990. Materialauswahl. 1987. 241 S. sowie Anhang.
99. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. 1987. 25 S.
100. Frauenförderpläne. Durchsetzung der Chancengleichheit auf dem Erwerbsarbeitsmarkt und in der Gesellschaft. 1987. 384 S. sowie Anhang.
101. Politisches Geschehen 1987. Chronik der wichtigsten Ereignisse 16. 11. 1986 – 15. 11. 1987. 1987. 95 S.
102. Umweltpolitik im 10. Deutschen Bundestag und Bundesrat. 1983–1987. 1987. 201 S.
103. Politisches Geschehen 1988. Chronik der wichtigsten Ereignisse 16. 11. 1987 – 25. 11. 1988. 1988. 131 S.
104. Europäische Währungsunion. Delors-Bericht. Entschließung des Europäischen Parlaments. Problemanalyse aus deutscher Sicht. 1989. Getr. Pag.
105. 40 Jahre Deutscher Bundestag. Daten – Namen – Statistik. 1989. 118 S.
106. Die Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchsteuern im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt. Entwicklung und Stand der Beratungen in den nationalen und europäischen Gremien. Beurteilung durch Wirtschaft und Verbände. 1989. 66 S.
107. Steuerrecht der Abgeordneten. 1989. 51 S. sowie Anlagen. (ersetzt durch Heft Nr. 124)
108. Politisches Geschehen 1989. Chronik der wichtigsten Ereignisse 25. 11. 1988 – 30. 11. 1989. 1989. 133 S.
109. Die Harmonisierung des Banken- und Bankaufsichtsrechts sowie des Börsen- und Investmentrechts im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt. Entwicklung und Stand der Beratungen in den nationalen und europäischen Gremien. Beurteilung durch Wirtschaft und Verbände. 1990. 50 S. (ersetzt durch Heft Nr. 119)
110. Die Länder in der DDR. 1990. 73 S.
111. Deutsch-deutsche Währungsunion. Gesamtdeutsche und europäische Auswirkungen. 1990. 36 S.
112. Alltag in den neuen Bundesländern. Rechtshinweise nach Stichworten. 1990. 259 S.; überarbeitete Fassung vom November 1991, 337 S.
113. Politisches Geschehen 1990. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1989 – 3. 12. 1990. 1990. 185 S.
114. Eigentum in den neuen Bundesländern. Einführung und Dokumentation. 1991. 107 S.
115. Die Finanzierung der Deutschen Einheit. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen bei Erhöhung der indirekten Steuern und bei Ausweitung der Nettokreditaufnahme. Ergebnisse einer Modellrechnung. 1991. 20 S.
116. Asylrecht unter besonderer Berücksichtigung des Verfahrensrechts in 15 europäischen Ländern und in den USA. 1991. 129 S.
117. Materialien zu den Landtagswahlen im Jahre 1991. 1991. 49 S.
118. Einheitsbewertung. 1992. 29 S.
119. Die Harmonisierung des Banken- und Bankaufsichtsrechts sowie des Börsen- und Investmentrechts im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt. Entwicklung und Stand der Beratungen in den nationalen und europäischen Gremien. Überarb. Fassung 1992. 68 S.
120. Maastricht – Auf dem Wege zur Politischen Union. Themenschwerpunkte. 1992. 80 S.
121. Kirchensteuer. 1992. 46 S.
122. Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949–1993. 1993. 443 S.
123. Maastricht: Ratifizierung und Verfassungsprozeß. 1993. 131 S.

124. Steuerrecht der Abgeordneten. Überarb. Auflage 1994. 41 S.
125. Die parlamentarische Kontrolle der Treuhandanstalt. Überblick über die Arbeit des ehemaligen Unterausschusses Treuhandanstalt des Haushaltsausschusses und des bisherigen Ausschusses Treuhandanstalt des Deutschen Bundestages. 1995. 78 S.
126. Aus- und Weiterbildungsverhalten ausländischer Stipendiaten in Deutschland. 1996. 252 S.

„Bibliographien“

Die „**Bibliographien**“ werden auf der Grundlage der von Bibliothek und Pressedokumentation gesammelten Schriften erstellt und erscheinen seit 1962 in unregelmäßiger Folge, z. T. in mehreren aktualisierten Auflagen. Neben Bibliographien in der Form reiner Literaturzusammenstellungen werden annotierte Bibliographien angefertigt, in denen die Titel in Auswahl kurz referiert werden. Die bisher erschienenen Titel:

1. Bibliographie zum Notstandsrecht. 1962. 89 S. (ersetzt durch Hefte Nr. 5, 12 und 28)
2. Bibliographie zum Bund-Länder-Verhältnis. 1963. 43 S. (ersetzt durch Heft Nr. 13)
3. Bibliographie zur Stellung und zum Recht parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. 1963. 22 S.
4. Bibliographie zur Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft. 1963. 33 S.
5. Bibliographie zum Notstandsrecht. 1964. 73 S.
6. Der Deutsche Bundestag. 1966. 132 S.
7. Carlo Schmid. 1966. 22 S.
8. Wahlsystem und Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland. 1967. 98 S.
9. Die internationale Vertretung Deutschlands nach 1945. 1967. 52 S.
10. Europäische Integration. 1967. 76 S.
11. Mehrjährige Finanzplanung. 1967. 18 S.
12. Notstandsrecht. 1967. 108 S.
13. Das Bund-Länder-Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland. 1967. 96 S.
14. Kernwaffen und internationale Sicherheit. 1968. 77 S.
15. Nukleare Sicherheitspolitik der einzelnen Staaten. 1968. 39 S.
16. Die Situation der Frau in Deutschland. 1968. 67 S. (ersetzt durch Heft Nr. 31)
17. Bundesfinanzreform – Gemeindefinanzreform. 1968. 59 S.
18. Die studentische Opposition in der Bundesrepublik. 1968. 47 S.
19. Parlamentsreform. 1969. 33 S.
20. Entwicklungshilfe – Entwicklungsländer. 1969. 63 S.
21. Mitbestimmung in der Wirtschaft 1962–1969. 1969. 34 S.
22. Rundfunk und Fernsehen im öffentlichen Leben. 1970. 57 S.
23. Das Münchner Abkommen von 1938. 1970. 15 S.
24. Pressefreiheit, Pressekonzentration, Presserechtsrahmengesetz. 1970. 71 S. (ersetzt durch Heft Nr. 38)
25. Zukunftsforschung (Futurologie). 1971. 101 S. (ersetzt durch Heft Nr. 50)
26. Konvergenztheorie. Angleichung der ökonomischen, sozialen und politischen Systeme von Ost und West. Mit Annotationen. 1971. 38 S. (Nachtrag 1975. 10 S.)
27. „Mutual and Balanced Force Reductions (MBFR)“. Beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (Sommer 1968–1971). 1971. 19 S.

Hinweis

Die für das vorliegende *Datenhandbuch* ausgewerteten „Materialien“ und „Bibliographien“ sind im Quellenverzeichnis in Abschnitt 30.1 zusammengestellt.

Eine Aufstellung über die Veröffentlichungen des Pressezentrum und der Öffentlichkeitsarbeit findet sich unter Abschnitt 23.2.

28. Notstandsrecht. 1971. 35 S.
29. Die Landtage in der Bundesrepublik Deutschland. 1972. 117 S.
30. Planung in Politik und Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland. Mit Annotationen. 1972. 96 S.
31. Die Situation der Frau in Deutschland (3. erw. Auflage). 1972. 136 S.
32. Bundeswehrhochschulen. 1972. 22 S.
33. Das Abgeordnetenmandat in der parteienstaatlichen Demokratie. 1973. 40 S.
34. Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. 1973. 60 S.
35. Experimente sozialistischer Marktwirtschaft. Jugoslawisches, tschechoslowakisches und ungarisches Modell. Mit Annotationen. 1973. 80 S.
36. Verfassungsreform. Zur Revision des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Mit Annotationen. 1974. 43 S.
37. Systemkritik und Systemstabilisierung. Zur Demokratiediskussion in der Bundesrepublik. Mit Inhaltsangaben. 1974. 119 S.
38. Medienfreiheit, Pressekonzentration, Presserechtsrahmengesetz. Mit Annotationen. 1974. 107 S.
39. Die Situation der Frau in Deutschland (Nachtrag zur 3. erw. Auflage). 1974. 35 S.
40. Die Ost- u. Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1969–1973. Mit Annotationen. 1974. 167 S.
41. Mitbestimmung auf Unternehmensebene. 1969–1974. 1975. 117 S.
42. Wettbewerb und Konzentration. Zur Wettbewerbs- und Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Mit Annotationen. 1975. 109 S.
43. Terrorismus und Gewalt. Mit Annotationen. 1975. 86 S.
44. Kernenergie. Rechtliche Aspekte, industrielle Anwendung, Risiken. Mit Annotationen. 1976. 68 S.
45. Wahl zum Deutschen Bundestag. Wahlrecht – Wahlkampf – Wahlanalyse. Mit Annotationen. 1976. 30 S.
46. Wirtschaftsordnungsdebatte in der Bundesrepublik Deutschland. 1976. 134 S.
47. Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern. 1970–1975. 1976. 111 S.
48. Vermögensbildung und Eigentumsstreuung. Zur Vermögenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. 1977. 65 S.
49. Terrorismus und Gewalt. 1975–1977. (Fortsetzung zur Bibliographie Nr. 43 vom Juli 1975). 1978. 53 S.
50. Zukunftsforschung. Perspektiven und Prognosen. 1978. 85 S.
51. Die Diskussion über Grundwerte in der Bundesrepublik Deutschland. 1976–1979. Mit Annotationen. 1979. 21 S.
52. Verfassungsreform. Zur Revision des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. (Fortsetzung zur Bibliographie Nr. 36 vom Januar 1974). Mit Annotationen. 1981. 38 S.
53. Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Mit Annotationen. 1982. 158 S.
54. Reform des Familienrechts in der Bundesrepublik Deutschland (1969–1982). 1982. 88 S.
55. Abgeordnete des Deutschen Bundestages über Parlament und parlamentarische Demokratie. 1983. 64 S.
56. Bibliographie zur Stellung und zum Recht parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. 1983. 33 S.
57. Ausgleich der Familienlasten. 1983. 98 S.
58. Staatshaftungsrecht. 1983. 99 S.
59. Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland 1976–1984. 1984. 224 S.
60. Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. 1985. 86 S.
61. AIDS. Acquired Immune Deficiency Syndrome. Auswahlbibliographie 1985–1987. 1987. 47 S.
62. Globale Klimaveränderungen. Auswahlbibliographie (1973–1987). 1987. 18 S.
63. Frauen in den Streitkräften. Auswahlbibliographie (1978–1988). 1988. 38 S.
64. Strategic Defense Initiative (SDI). Auswahlbibliographie (1979–1987). 1988. 69 S.
65. Bildung 2000. Auswahlbibliographie (1985–1987). 1988. 141 S.
66. AIDS. Acquired Immune Deficiency Syndrome. Nachtragsbibliographie 1987–1988. 1989. 36 S.
67. Bildung 2000. Auswahl- und Nachtragsbibliographie 1987–1989. 1989. 88 S.
68. Revolution und Reformen in der DDR. Auswahlbibliographie 1989–1990. 1990. 50 S.
69. Von der Revolution in der DDR zur deutschen Einheit. Auswahlbibliographie 1989–1990. 1991. 111 S.
70. Lernentwicklung von Mädchen in technischen Fächern (mit bibliographischen Nachweisen). Kommentierte Literaturübersicht. Bonn 1993. 24 S.
71. Entwicklungstrends im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Kommentierte Literaturübersicht. Bonn 1993. 91 S.
72. Fünf Jahre deutsche Einheit. Auswahlbibliographie 1990–1995. Bonn 1995. 216 S.

Aktuelle Bibliographien/Länderbibliographien

Im Rahmen der „aktiven Information“ des Parlaments führte die Bundestagsbibliothek im März 1996 zwei neue Reihen für Bibliographien ein:

- „Aktuelle Bibliographien der Bibliothek“ für Literaturzusammenstellungen zu aktuellen politischen Themen und
- „Länderbibliographien der Bibliothek“ für die Analyse verschiedener Länder unter politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten.

Aktuelle Bibliographien der Bibliothek

1. Regierungskonferenz 1996. Auswahlbibliographie. 1996. 10 S.
2. Petitionsrecht und Ombudsmann in der Bundesrepublik Deutschland. Bibliographie. 1996. 26 S.
3. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auswahlbibliographie. 1996. 39 S.
4. Die innenpolitische Krise in Algerien. Auswahlbibliographie. 1996. 10 S.
5. Sogenannte Sekten und Psychogruppen. Auswahlbibliographie. 1996. 22 S.

Länderbibliographien der Bibliothek

1. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten Mittel- und Osteuropa. Außenwirtschaft und Wirtschaftsreformen. Auswahlbibliographie. 1996. 70 S.

Dokumentationen

In dieser 1992 eingestellten Reihe erschien vor allem vierteljährlich die Dokumentation „Jahrestage“, in der die Jahrestage wichtiger Ereignisse aus Politik und Geschichte sowie Geburts- und Todestage herausragender Persönlichkeiten zusammengestellt waren.

Auswahlverzeichnisse der Bibliothek des Bundestages

1. **Neuerwerbungen der Bibliothek** (Titel zuvor: **Neuerwerbungen**) (Verzeichnis der wichtigsten Neuerwerbungen). Jg. 1/1961 – Jg. 27/1987 ff; erscheint 6mal jährlich.
2. **Neue Aufsätze in der Bibliothek** (Titel zuvor: **Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken**) (Verzeichnis der unselbständigen Veröffentlichungen aus Zeitschriften und Sammelwerken). Jg. 1/1962 – Jg. 26/1987 ff; erscheint 6mal jährlich.

Diese Verzeichnisse sind in Anlehnung an die Arbeitsbereiche der Ausschüsse in Sachgruppen unterteilt.

Neue Bücher werden außerdem mit Kurzreferaten in den in loser Folge erscheinenden „**Schnellinformationen der Bibliothek**“ angezeigt.

Veröffentlichte Gesetzesmaterialien

Erstmals wurden im Jahr 1976 die veröffentlichten Materialien zu einem Gesetz, dem Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25. Mai 1976, in größerer Auflage nachgedruckt und in gebundener Form an Gerichte und Verwaltungsbehörden verteilt. Mit dieser Veröffentlichung wurde eine Reihe des Par-

lamentsarchivs mit dem Serientitel „**Veröffentlichte Gesetzesmaterialien zu Bundesgesetzen**“ begonnen. Aufgenommen werden die jedermann zugänglichen Materialien, also der Gesetzentwurf, die Sitzungsberichte mit den Lesungen, der Ausschlußbericht und die veröffentlichten Materialien des Bundesrates. Den Abschluß bildet der Text aus dem Bundesgesetzblatt. Von dieser Serie sind in der Zwischenzeit die folgenden 26 Titel erschienen:

1. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 25. Mai 1976 (BGBl. I S. 1253)
2. Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz (StVollzG) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 581). (Dez. 1976)
3. Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung – Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) vom 27. Januar 1977 (BGBl. I S. 201). (März 1977)
4. Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 26. Januar 1976 (BGBl. I S. 185). (Mai 1977)
5. Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) vom 9. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3317). (Sept. 1977)
6. Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297). (Dez. 1977)
7. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz – MitbestG) vom 4. Mai 1976 (BGBl. I S. 1153). (Jan. 1978)
8. Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil – vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015). (Mai 1979)
9. Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1061). (Juli 1979)
10. Sozialgesetzbuch (SGB) – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – vom 23. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3845). (Nov. 1979)
11. Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 26. April 1980 (BGBl. I S. 458). (Mai 1980)
12. Sozialgesetzbuch (SGB) – Verwaltungsverfahren – vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469). (Okt. 1980)
13. Gesetz über die Prozeßkostenhilfe vom 13. Juni 1980 (BGBl. I S. 677) und Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689). (April 1981)
14. Staatshaftungsgesetz vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 553). (Aug. 1981)
15. Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts vom 28. Juli 1981 (BGBl. I S. 681). (Dez. 1981)
16. Gesetz zur Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und anderer handelsrechtlicher Vorschriften vom 4. Juli 1980 (BGBl. I S. 836). (Mai 1982)
17. Gesetz über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz) vom 16. Juli 1982 (BGBl. I S. 946). (Sept. 1982)
18. Sozialgesetzbuch (SGB) – Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten – vom 4. November 1982 (BGBl. I S. 1450). (Januar 1983)
19. Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz – KDVNG) vom 28. Februar 1983 (BGBl. I S. 203). (Juni 1983)
20. Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand vom 13. April 1984 (BGBl. I S. 601) und Gesetz zur Anpassung des Rechts der Arbeitsförderung und der gesetzlichen Rentenversicherung an die Einführung von Vorruhestandsleistungen vom 13. April 1984 (BGBl. I S. 610). (Juni 1984)
21. Drittes Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 25. Juli 1984 (BGBl. I S. 995). (Sept. 1984)
22. Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz) vom 6. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2154). (Januar 1986)
23. Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz) vom 6. Januar 1988 (BGBl. I S. 62) und Gesetz über die zentrale Archivierung von Unterlagen aus dem Bereich des Kriegsfolgenrechts vom 6. Januar 1988 (BGBl. I S. 65). (Januar 1988)
24. Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz) vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2272). (März 1992)
25. Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens vom 26. Juni 1992 (BGBl. I S. 1126). (1992)
26. Gesetz der sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014). (November 1996)

Fundstellennachweise zu den Gesetzesmaterialien der Bundesgesetze

Ebenfalls 1976 wurde die Serie „**Fundstellennachweise zu den Gesetzesmaterialien der Bundesgesetze**“ begonnen, um gezielt auf die Beratungsniederschriften und -materialien jeder einzelnen Bestimmung zugreifen zu können. Hiervon sind inzwischen die folgenden zehn Titel erschienen:

1. Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil – vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015)
2. Sozialgerichtsgesetz (SGG) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1239). (November 1976)
3. Parteiengesetz (PartG) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773). (März 1977)
4. Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 26. Januar 1976 (BGBl. I S. 185). (April 1977)
5. Sozialgesetzbuch (SGB) – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – vom 23. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3845). (November 1977)
6. Bundesozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815). (Dezember 1977)
7. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz – MitbestG) vom 4. Mai 1976 (BGBl. I S. 1153). (März 1978)
8. Ausländergesetz vom 28. April 1965 (BGBl. I S. 353). (Juni 1978)
9. Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17). (August 1978)
10. Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz – BDSG) vom 27. Januar 1977 (BGBl. I S. 201). (November 1978)

Wegweiser für Abgeordnete

Hrsg.: Verwaltung des Deutschen Bundestages. Bearbeiter: *Peter Schindler*

Deutscher Bundestag. Wegweiser für Abgeordnete. Stand: Oktober 1980. Bonn 1980. 142 S.

Deutscher Bundestag. Wegweiser für Abgeordnete. Stand: März 1983. Bonn 1983. 159 S.

Deutscher Bundestag. Wegweiser für Abgeordnete. Ausgabe 1987. Bonn 1987. 122 S.

Deutscher Bundestag. Wegweiser für Abgeordnete. Ausgabe 1990. Bonn 1990. 152 S.

Deutscher Bundestag. Wegweiser für Abgeordnete. Ausgabe 1994. Bonn 1994. 204 S.

Der Aktuelle Begriff

Zusammenfassende Veröffentlichung der seit 1987 erscheinenden Einzelausgaben der Kurzinformation „Der Aktuelle Begriff“ als Broschüre.

Der Aktuelle Begriff '90. Bonn 1990. 194 S.
(enthält die Einzelausgaben der Jahre 1987 bis 1989)

Der Aktuelle Begriff '91. Bonn 1991. 97 S.

Der Aktuelle Begriff '92. Bonn 1992. 88 S.

Der Aktuelle Begriff '93. Bonn 1993. 135 S.

Der Aktuelle Begriff '94. Bonn 1994. 148 S.

Der Aktuelle Begriff '95. Bonn 1995. 160 S.

Der Aktuelle Begriff '96. Bonn 1996. 119 S.

Der Aktuelle Begriff '97. Bonn 1997. 160 S.

World directory of national parliamentary libraries / World directory of parliamentary libraries of federated states and autonomous territories

Seit 1985 geben die Wissenschaftlichen Dienste auf Bitten des Internationalen Verbandes der bibliothekarischen Vereine und Institutionen (IFLA) das **World directory of national parliamentary libraries** heraus, das alle nationalstaatlichen Parlamente und ihre Bibliotheken verzeichnet. Seit der 5. Auflage sind auch supranationale bzw. multinationale Parlamente enthalten. Als Pendant für die Parlamente von Bundesländern, Kantonen, autonomen Regionen und abhängigen Gebieten erschien 1993 das **World directory of parliamentary libraries of federated states and autonomous territories**. Die Parlamentsverzeichnisse dienen drei Zwecken. Sie sind

- Parlamentsadreßbücher, die zu jedem Parlament bzw. bei Mehrkammersystemen zu jeder Kammer einige Grunddaten anführen, d. h. den offiziellen Namen, die Zahl der Abgeordneten sowie Adreßangaben einschließlich Telefon-, Telex- und Fax-Nummern und ggf. E-Mail-Adressen;
- internationale Bibliotheksführer von Parlamentsbibliotheken, die detaillierte Angaben über Bestandsgrößen, Dienstleistungen und Zahl der Mitarbeiter präsentieren;
- Bibliographien der Amtsdrukschriften der Parlamente, also der Stenographischen Berichte, der Parlamentsdruksachen, der Amtlichen Handbücher und der Geschäftsordnungen der Parlamente.

World directory of national parliamentary libraries = Répertoire mondial des bibliothèques parlementaires nationales / ed. by *Wolfgang Dietz*. Internat. Federation of Library Associations and Institutions. – 1985. – Bonn, 1985. – X, 380 S.

[Anzahl der Länder: 144; Anzahl der Parlamente bzw. Kammern: 185]

World directory of national parliamentary libraries = Répertoire mondial des bibliothèques parlementaires nationales / ed. by *Wolfgang Dietz*. Internat. Federation of Library Associations and Institutions. – 1987. – Bonn, 1988. – XIV, 414 S.

[Anzahl der Länder: 150; Anzahl der Parlamente bzw. Kammern: 196]

World directory of national parliamentary libraries = Répertoire mondial des bibliothèques parlementaires nationales / ed. by *Wolfgang Dietz* under the auspices of the Section of Parliamentary Libraries. Internat. Federation of Library Associations and Institutions. – 1989. – Bonn, 1990. – XIV, 305 S. ISSN 1012-7690; ISBN 3-89372-007-3

[Anzahl der Länder: 152; Anzahl der Parlamente bzw. Kammern: 199]

World directory of national parliamentary libraries / ed. and introd. by *Ernst Kohl*. Internat. Federation of Library Associations and Institutions. – 4. ed., 1991. – Bonn, 1992. – XVI, 349 S. ISSN 1012-7690; ISBN 3-89372-010-3

[Anzahl der Länder: 174; Anzahl der Parlamente bzw. Kammern: 211]

World directory of national parliamentary libraries: including multi-national parliamentary libraries / comp. and ed. by *Ernst Kohl*. Internat. Federation of Library Associations and Institutions. – 5. ed., 1993. – Bonn, 1994. – 2. Bde., XVIII, 612 S. ISSN 1012-7690; ISBN 3-89382-012-X

[Anzahl der Länder: 190; Anzahl der Parlamente bzw. Kammern: 247]

World directory of national parliamentary libraries: including multi-national parliamentary libraries / comp. and ed. by *Ernst Kohl*. Internat. Federation of Library Associations and Institutions. – 6. ed., 1995. – Bonn, 1996. – 2 Bde., XXII, 693 S. ISSN 1012-7690; ISBN 3-89382-014-6

[Anzahl der Länder: 191; Anzahl der Parlamente bzw. Kammern: 258]

World directory of parliamentary libraries of federated states and autonomous territories / comp. and ed. by *Ernst Kohl*. Internat. Federation of Library Associations and Institutions. – 1. ed., 1992/93. – Bonn, 1993. – 2 Bde., XI, 570 S. ISSN 0943-0113; ISBN 3-89372-011-1

[Anzahl der Territorialeinheiten: 389; Anzahl der Parlamente bzw. Kammern: 398]

22.4 Datenbanken im Parlamentsbereich*)

Die Entstehung von Datenbanken zu Zwecken der Dokumentation und Information zeichnete sich Anfang der 70er Jahre ab. Daher wurde der zu dieser Zeit im Parlamentsbereich eingeführten Datenverarbeitung die zweifache Aufgabe gestellt (Konferenz der Parlamentspräsidenten der Bundesrepublik Deutschland am 20. Oktober 1972 in Bonn):

- Aufbau eigener Datenbanken der Parlamente zur Information der Abgeordneten, von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung sowie der Öffentlichkeit;
- Zugang zu fremden (externen) Datenbanken und Informationsvermittlung aus diesen Datenbanken für die Parlamente.

Der Zugang zu – eigenen und mehr noch zu fremden – Datenbanken war in der Anfangszeit technisch recht schwierig: Während man in den ersten Jahren auf die Verwendung eigens zu diesem Zweck verlegter bzw. gemieteter Leitungen angewiesen war, stellten die um 1980 aufkommenden Paketvermittlungs-Netze der nationalen Telekommunikationsgesellschaften eine wesentliche technische Erleichterung dar, für das Angebot der parlamentseigenen Datenbanken nach draußen wie auch für den Zugang der Parlamente zu externen Datenbanken.

Seit Anfang der 90er Jahre können die Abgeordneten auf die eigenen Datenbanken des Bundestages über ein Hausnetz auf der Basis der ISDN-Kommunikationsanlage zugreifen. Ein Durchbruch für die Zugänglichkeit eigener wie auch externer Datenbanken kam mit der Web-Technik des Internet: Seit Anfang 1996 stellt der Bundestag sein schrittweise erweitertes Angebot für die Öffentlichkeit ins Internet ein, Mitte 1997 eröffnete der Bundestag sein hauseigenes Intranet, mit dem die eigenen Datenbanken innerhalb des Hauses zugänglich sind.

Parlamentseigene Datenbanken

Abkürzung	Bezeichnung und Beschreibung der Aufgaben
PARTHES	<p>„Gemeinsamer Thesaurus der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder“ (Parlamentsthesaurus Bund-Länder PARTHES)</p> <p>Terminologie-Dokumentation der parlamentarischen Sprache: standardisiertes Wortgut mit Nachweis der sprachlichen und begrifflichen Beziehungen für die inhaltliche Erschließung von Parlamentsmaterialien aus Bundestag, Bundesrat und den Landesparlamenten, systematisch dargestellt in Wortfeldern.</p> <p>Daraus leiten die Dokumentationsstellen bei Bundestag, Bundesrat und bei den einzelnen Landesparlamenten eigene Anwenderthesauri ANTHES ab.</p> <p>Seit 1976.</p>

*) Quelle: Deutscher Bundestag, Referat Datenbanken, Programmentwicklung.
Vgl. auch *Wolfgang Mausberg*, Informationsgewinnung aus Datenbanken bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. In: Informationsgewinnung aus Datenbanken. Band 5 der Schriften der Akademie des Deutschen Beamtenbundes. Bonn 1988. S. 75–82.

Abkürzung	Bezeichnung und Beschreibung der Aufgaben
DIP	<p>„Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge“</p> <p>Inhaltliche Erschließung aller Parlamentsmaterialien (Plenarprotokolle und Drucksachen) von Bundestag und Bundesrat (z. B. Gesetze, Anfragen, Berichte, Parlamentsdebatten, Fragestunde des Bundestages, EG-Vorlagen) durch Schlagwörter aus dem Thesaurus PAR-THES und durch Kurzreferate nach sachlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung der Redner und Autoren; Erfassung der vollständigen Behandlungsabläufe in Bundestag und Bundesrat (z. B. Beratungen, Beschlüsse, Rednerlisten, Verkündungen). Grundlage für die automatisierte Erstellung des gemeinsamen Sach- und Sprechregisters des Bundestages und Bundesrates. Speicherung seit Beginn der 8. Wahlperiode (1976), seit 1994 mit den Volltexten der Parlamentsmaterialien.</p> <p>Als Auskunftssysteme stehen zur Verfügung:</p> <p>DIP-VIR „Violdimensionale Recherche“ für Abfragen mit kombinierten Such-Merkmalen, z. B. Sachverhalte in Verbindung mit parlamentarischen Behandlungsabläufen und Rednern. Seit 1976.</p> <p>DIP-KAD „Kompakter Auskunftsdienst“ zur Beantwortung von Anfragen mittels einer formularorientierten Benutzungsoberfläche. Seit 1980, neu gestaltet seit 1992.</p> <p>DIP-Web Angebot im Internet. Seit 1997.</p>
GESTA	<p>„Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (bis 1992 selbständige Datenbank, seitdem Teilsystem von DIP)</p> <p>Auskunftssystem über den aktuellen Stand der Bundesgesetzgebung. In Form einer Kurzinformation werden neben einer Inhaltsangabe alle Stationen des Gesetzgebungsprozesses der einzelnen Gesetzentwürfe von der Einbringung beim Bundesrat/Bundestag bis zur Verkündung erfaßt. Hinweise auf Fundstellen. Grundlage für statistische Auszählungen zum Gesetzgebungsprozeß und für die automatisierte Herausgabe des gleichnamigen Loseblattwerkes durch die Nomos Verlagsgesellschaft.</p> <p>Seit 1973.</p>
KEP	<p>„Konkordanz zwischen EG-Vorlagen und Parlamentspapieren“</p> <p>Auskunftssystem der verfügbaren relevanten Daten zu sämtlichen dem Bundestag und Bundesrat von der Bundesregierung zugeleiteten EG-Vorlagen; Stand der Behandlung im Rat, in der Kommission, im Europarat, Europäischen Parlament, Bundestag und Bundesrat. Beginn 1985; seit 1987 werden auch die Daten der Rats-Folgedokumente („Nur für den Dienstgebrauch“) nachgewiesen.</p> <p>Auf der Grundlage des Datenbestandes wird eine Loseblatt-Sammlung erzeugt, die regelmäßig ergänzt wird. Diese enthält eine Suchliste mit verschiedenen Einstiegshilfen.</p>
MDB	<p>„Abfragesystem zu Abgeordnetendaten“</p> <p>Abfragesystem zur Erschließung einer Reihe von biographischen Grunddaten der Abgeordneten auf der Grundlage des Amtlichen Handbuchs.</p> <p>Seit 1978; 1997 Ablösung durch die Datenbank MdB-STAMM.</p>
ÖLV	<p>„Öffentliche Liste von Verbänden“</p> <p>Auskunftssystem auf der Grundlage der vom Bundestagspräsidenten jährlich bekanntgemachten Öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern. Zugleich Grundlage der automatisierten Drucklegung der Liste.</p> <p>Seit 1988; seit 1997 im Internet/Intranet.</p>

Zugang zu externen Datenbanken

Die Informationsvermittlung aus externen Datenbanken als Dienstleistung für die Abgeordneten begann mit der Datenbank des Bundespresseamtes BPA-DOK im Jahr 1975. Sie blieb die einzige nicht-öffentliche Datenbank der Bundesregierung, zu der das Parlament Zugang erhielt.

1979 kam das Juristische Informationssystem JURIS hinzu, 1981 die Rechtsdokumentation der Europäischen Gemeinschaften CELEX. In den folgenden Jahren entwickelte sich ein regelrechter – größtenteils kommerzieller – Markt mit Herstellern und Anbietern (Hosts) von Datenbanken.

Der Bundestag schloß nach und nach Vertragsvereinbarungen mit bis zu 20 Anbietern, wodurch ihm der Zugang zu über 1000 Datenbanken geöffnet wurde. Von diesen werden etwa 100 regelmäßig genutzt. Um den Mitgliedern des Bundestages einen Überblick über die Informationsmöglichkeiten zu bieten, gab die Gruppe Datenverarbeitung der Bundestagsverwaltung im Jahr 1987 einen „Datenbankführer“ heraus, der 1991 aktualisiert wurde.

Die Informationsvermittlung aus externen Datenbanken wurde über viele Jahre durch ein kleines Büro in der Bundestagsverwaltung ausgeübt. Mit dem Modellversuch PARLAKOM wurde 1986 den Abgeordneten erstmals die Möglichkeit des eigenen Zugriffs eingeräumt, von der jedoch nur wenige Gebrauch gemacht haben. Ebenfalls im Rahmen von PARLAKOM wurden sechs dezentrale „Datenbank-Abfragestellen“ eingerichtet, die – in der Nähe der Abgeordnetenbüros angesiedelt – im Auftrag Informationen aus Datenbanken beschaffen. Diese Informationsvermittlung nutzt seit 1996 auch das Angebot des Internet für die Bearbeitung von Aufträgen.

Abkürzung	Bezeichnung und Beschreibung der Aufgaben
BPA-DOK	„Zentrales Dokumentationssystem des Bundespresseamtes“. Auskunftssystem beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung über Dokumente und Fakten aus dem Bereich der allgemeinen Politik (Schwerpunkt: Bundesrepublik Deutschland). Zugriff seit 1975.
JURIS	„Juristisches Informationssystem“. Auskunftssystem der JURIS GmbH über Rechtsprechung, Vorschriften und juristische Literatur. Zugriff seit 1978.
CELEX	„Inter-Institutionelles Rechtsdokumentationssystem der Europäischen Gemeinschaften“. Recht der Verträge der EG, Richtlinien und Verordnungen der EG-Kommission, Anfragen und Entschließungen des Europäischen Parlaments, Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes. Zugriff seit 1981.
Sonstige	Neben diesen für die Parlamentsarbeit besonders wichtigen Datenbanken besteht Zugang zu einer ständig wachsenden Zahl von Datenbanken im In- und Ausland mit Informationen zu praktisch allen Lebens- und Wissensbereichen (z. B. statistische Daten zur Bundesrepublik Deutschland, zu Europa und weltweit; Wirtschaftsdaten, Informationen über Branchen, Märkte und Unternehmen, Literaturhinweise aus dem Gesundheitswesen, zu Energie und Umwelt, Luft- und Raumfahrt u. a.).

22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung: Bibliographie

In der folgenden Bibliographie sind Monographien und Zeitschriftenaufsätze über Struktur, Funktionen, Arbeitsweisen und Entwicklung der Bundestagsverwaltung insgesamt sowie einzelner Organisationseinheiten zusammengestellt. Es handelt sich um „Selbstdarstellungen“, d. h. die Autoren sind ausnahmslos Mitarbeiter der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Die Titel wurden chronologisch nach dem Berichtsstand geordnet, so daß die jeweils aktuellsten Beschreibungen der einzelnen Organisationseinheiten an letzter Stelle stehen.

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
Bundestagsverwaltung insgesamt	<p><i>Karl-Heinz Mattern</i>, Zum Begriff des Bundestagsbeamten. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 6. 1953. H. 1. S. 6–9.</p> <p><i>Heribert Kalveram</i>, Die Verwaltung des Deutschen Bundestages. In: Der Bürger im Staat. Jg. 16. 1966. Sondernummer. S. 57–58; ferner in: Das Parlament. Jg. 16. 1966. Nr. 51.</p> <p><i>Jürgen Jekewitz</i>, Organisation und Funktion der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zur Diskussion um die parlamentarischen Hilfsdienste. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 84. 1969. H. 13. S. 513–524.</p> <p><i>Helmut Schellknecht</i>, Die Verwaltung des Deutschen Bundestages. Eine Behörde eigener Art. In: Das Parlament. Jg. 21. 1971. Nr. 36.</p> <p><i>Helmut Schellknecht</i>, Die Verwaltung des Deutschen Bundestages. In: Das Parlament. Jg. 27. 1977. Nr. 4.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Dienste zur Unterstützung der Abgeordneten. In: Der Deutsche Bundestag. Bonn 1978, S. 53–66.</p> <p><i>Gerald Kretschmer</i>, Zwischen Ablauforganisation und Politikberatung. Vielfältige Formen und Aufgaben der Bundestagsverwaltung. In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von <i>Hartmut Klatt</i>. Bonn 1980, S. 105–109.</p> <p>Wegweiser für Abgeordnete. Deutscher Bundestag. Stand: Oktober 1980. Bearbeiter: <i>Peter Schindler</i>. Bonn 1980.</p> <p><i>Werner Blischke</i>, Parliamentary Staffs in the German Bundestag. In: Legislative Studies Quarterly. Jg. 6. 1981. H. 4. S. 533–558.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Dienste zur Unterstützung der Abgeordneten. In: Der Deutsche Bundestag. Bonn 1981, S. 62–77.</p> <p><i>Everhard A. Voss</i>, Parlamentarische Dienste. Die Bundestagsverwaltung. Heidelberg, Hamburg 1983.</p> <p>Wegweiser für Abgeordnete. Deutscher Bundestag. Stand: März 1983. Bearbeiter: <i>Peter Schindler</i>. Bonn 1983.</p> <p><i>Heribert Roeskens</i>, Die Verwaltung des Deutschen Bundestages. In: Parlamentarische Demokratie. Bewährung und Verteidigung. Festschrift für <i>Helmut Schellknecht</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Eckart Busch</i>. Heidelberg 1984, S. 85–113.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Dienste zur Unterstützung der Abgeordneten. In: Der Deutsche Bundestag. Bonn 1985, S. 62–78.</p>

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
<p>noch: Bundestagsverwaltung insgesamt</p>	<p>Wegweiser für Abgeordnete. Deutscher Bundestag. Ausgabe 1987. Bearbeiter: <i>Peter Schindler</i>. Bonn 1987.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Bundestagsverwaltung. In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hrsg. von <i>Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh</i>. Band V: Die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1987, S. 160–166.</p> <p><i>Peter Schindler</i>, Die Verwaltung des Bundestages. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von <i>Hans-Peter Schneider</i> und <i>Wolfgang Zeh</i>. Berlin, New York 1989, S. 829–858.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Dienste zur Unterstützung der Abgeordneten. In: Der Deutsche Bundestag 1949–1989. Bonn 1989, S. 62–78.</p> <p>Wegweiser für Abgeordnete. Deutscher Bundestag. Ausgabe 1990. Bearbeiter: <i>Peter Schindler</i>. Bonn 1990.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>. Dienste zur Unterstützung der Abgeordneten. In: Der Deutsche Bundestag. Bonn 1991, S. 63–79.</p> <p>Wegweiser für Abgeordnete. Deutscher Bundestag. Ausgabe 1994. Bearbeiter: <i>Peter Schindler</i>. Bonn 1994.</p>
<p>Wissenschaftliche Dienste</p>	<p><i>Kurt Georg Wernicke</i>, Wie die „Wissenschaftliche Abteilung“ entstanden ist und heute aussieht. In: Das Parlament. Jg. 4. 1954. Nr. 51.</p> <p>Wissenschaftliche Dienste der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Bonn 1966 (= Wissenschaftliche Abteilung des Deutschen Bundestages, Materialien Nr. 2).</p> <p><i>Rudolf Kabel</i>, Gutachterzentrale oder Gegenbürokratie? Die wissenschaftliche Abteilung des Bundestages. In: Der Bundestag von innen gesehen. 24 Beiträge. Hrsg. von <i>Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch</i>. München 1969, S. 127–134.</p> <p><i>Peter Schindler</i>, Politische Entscheidungshilfe für das Parlament? Ein Bericht über Stellungnahmen von Mitarbeitern der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 4. S. 417–431.</p> <p><i>Helmut Quaritsch</i>, Politik bedarf der Information. Die Wissenschaftlichen Dienste. In: Das Parlament. Jg. 21. 1971. Nr. 36.</p> <p><i>Helmut Quaritsch</i>, Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. In: Festschrift für <i>Ernst Forsthoff</i> zum 70. Geburtstag. Hrsg. von <i>Roman Schnur</i>. München 1972, S. 303–324.</p> <p><i>Helmut Schellknecht</i>, Kai-Uwe von Hassel: Präsident der Parlamentsreform. In: Im Dienst für die Freiheit. <i>Kai-Uwe von Hassel</i> zum 70. Geburtstag. Hrsg. von <i>Uwe Barschel</i>. Bearb. v. <i>Walter Bernhardt</i>. Neumünster 1983, S. 59–86. [Vgl. insbes. S. 68–76 über den Ausbau der Wissenschaftlichen Dienste; Berichtsstand: 1972.]</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Zur Wissenschaftlichkeit von parlamentarischen Hilfsdiensten. In: Wissenschaftsrecht, Wissenschaftsverwaltung, Wissenschaftsförderung. Bd. 7. 1974. S. 14–34.</p> <p>Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Bonn 1975 (= Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Materialien Nr. 41).</p>

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
<p>noch: Wissenschaftliche Dienste</p>	<p><i>Wolfgang F. Dexheimer</i>, Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. Selbstverständnis und Wirksamkeit parteineutraler Parlamentsberatung. In: Das Parlament. Jg. 1976. Nr. 37. S. 3.</p> <p>The Parliamentary Research Services of the German Bundestag. [Verf. unter Leitung von <i>Gerhard Zwoch</i>.] In: International Journal of Law Libraries. Vol. 4. 1976. Nr. 1. S. 37–59.</p> <p>Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Bonn 1976 (= Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Materialien Nr. 47).</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages – ein Gesetzgebungshilfsdienst? In: Studien zu einer Theorie der Gesetzgebung. Hrsg. von <i>Jürgen Rödiger</i>. Berlin, Heidelberg, New York 1976, S. 173–187.</p> <p><i>Günter Lachmann</i>, Wissenschaftliche Dienste. Das Informationssystem des Bundestages. Bonn 1977 (= bundestag von a–z. Nr. 17).</p> <p><i>Wolfgang F. Dexheimer</i>, Professional staffs in the West German Parliament. Indiana University, Diss. 1978.</p> <p>Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Bonn 1979 (= Deutscher Bundestag, Verwaltung, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste, Materialien Nr. 54).</p> <p>Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Bonn 1981 (= Deutscher Bundestag, Verwaltung, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste, Materialien Nr. 64).</p> <p>Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Bonn 1983 (= Deutscher Bundestag, Verwaltung, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste, Materialien Nr. 79).</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Parlamentarische Hilfsdienste – ein Element politischer Steuerung? In: Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik. Hrsg. von <i>Hans-Hermann Hartwich</i>. Opladen 1983, S. 275–286.</p> <p><i>Gerald Kretschmer</i>, Über den Informationsfluß zwischen Hilfsdiensten für Mitglieder des Bundestages. In: Parlament und Bibliothek. Internationale Festschrift für <i>Wolfgang Dietz</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Gerhard Hahn</i> und <i>Hildebert Kirchner</i>. München [usw.] 1986. S. 26–42.</p> <p><i>Günter Lachmann</i>, Wissenschaftliche Dienste. Das Informationssystem des Deutschen Bundestages. Bonn 1986 (= bundestag von a–z. Nr. 17).</p> <p>Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Bonn 1987 (= Deutscher Bundestag, Verwaltung, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste, Materialien Nr. 99).</p> <p><i>Rupert Schick</i> und <i>Gerhard Hahn</i>, Wissenschaftliche Dienste. Dokumentation, Fachinformation, Ausschußassistenten, Petitionen. Bonn 1990 [2. Aufl. Bonn 1991] (= bundestag von a–z. Nr. 17).</p> <p><i>Rupert Schick</i> und <i>Gerhard Hahn</i>, Die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Dokumentation, Fachinformation, Ausschußassistenten, Petitionen. In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Jg. 1991. H. 70. S. 1–27.</p>

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
<p>noch: Wissenschaftliche Dienste</p>	<p><i>Rupert Schick</i> und <i>Gerhard Hahn</i>, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. 3. Aufl. 1993 (= bundestag von a–z Nr. 17).</p> <p><i>Rupert Schick</i> und <i>Gerhard Hahn</i>, The Reference and Research Services of the German Bundestag. Bonn 1994.</p> <p><i>Rupert Schick</i> und <i>Gerhard Hahn</i>, The Reference and Research Services of the German Bundestag. In: Government information quarterly. Jg. 12. 1995. H. 2. S. 141–161.</p> <p><i>Rupert Schick</i> und <i>Gerhard Hahn</i>, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Neuaufl. Bonn 1995 (= Reihe „Stichwort“).</p>
<p>Wissenschaftliche Dienste: Ausschußsekretariate</p>	<p><i>Friedrich Schramm</i>, Die parlamentsinterne Gesetzgebungshilfe unter besonderer Berücksichtigung der entsprechenden Einrichtungen des Deutschen Bundestages. Köln, Diss. 1965.</p> <p><i>Gerald Kretschmer</i>, Hilfsdienste im Deutschen Bundestag – Beratung durch Ausschußsekretariate. In: Rationalisierung der Gesetzgebung. Hrsg. von <i>Heinz Schäffer</i> und <i>Otto Triffterer</i>. Baden-Baden, Wien 1984, S. 347–352.</p>
<p>Wissenschaftliche Dienste: Gutachtergruppen/Fachbereiche</p>	<p><i>Peter Scholz</i>, Die Gutachtergruppen des Wissenschaftlichen Fachdienstes. Eine Einrichtung der Parlamentsreform 1969/70. In: Parlamentarische Demokratie. Bewahrung und Verteidigung. Festschrift für <i>Helmut Schellknecht</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Eckart Busch</i>. Heidelberg 1984, S. 115–120.</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Hilfsdienste im Deutschen Bundestag – Beratung durch Gutachterdienste. In: Rationalisierung der Gesetzgebung. Hrsg. von <i>Heinz Schäffer</i> und <i>Otto Triffterer</i>. Baden-Baden, Wien 1984, S. 337–340.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Der Wissenschaftliche Fachdienst. Initiativen zu seiner Gründung, seiner Herausbildung und die Entwicklung bis heute. In: <i>Wolfgang Dietz</i> und <i>Gerhard Hahn</i>, Zur Geschichte der Bibliothek und des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. München 1989, S. 49–136. [= Arbeitshefte der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Nr. 43.]</p>
<p>Wissenschaftliche Dienste: Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation</p>	<p><i>Gerhard Zwoch</i>, Die Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation des Deutschen Bundestages. In: Information und Dokumentation im behördlichen Bereich. <i>Kurt Georg Wernicke</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Hildebert Kirchner</i>, <i>Ernst Lutterbeck</i>, <i>Gerhard Zwoch</i>. Karlsruhe 1974, S. 207–222.</p> <p><i>Heinz Matthes</i>, Die Dokumentations- und Informationseinrichtungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. In: Bibliotheksarbeit für Parlamente und Behörden. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Hrsg. von <i>Wolfgang Dietz</i>, <i>Hildebert Kirchner</i> und <i>Kurt Georg Wernicke</i>. München 1980, S. 78–87.</p> <p><i>Kurt Georg Wernicke</i>, Parlamentsdokumentation in Bonn. (Noch nicht veröffentlicht.)</p>

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
Wissenschaftliche Dienste: Bibliothek	<p><i>Gerhard Zwoch</i>, Der Lesesaal für Abgeordnete. In: Das Parlament. Jg. 4. 1954. Nr. 51.</p> <p><i>Wolfgang Dietz</i>, Die Bestände der Bibliothek des Deutschen Bundestages. Aufbau und Erwerbung. In: Information und Dokumentation im behördlichen Bereich. <i>Kurt Georg Wernicke</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Hildebert Kirchner</i>, <i>Ernst Lutterbeck</i>, <i>Gerhard Zwoch</i>. Karlsruhe 1974, S. 149–168.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Catalogues and the Documentation System of the Library of the German Bundestag. In: International Journal of Law Libraries. Vol. 5. 1977. No. 1. S. 95–104.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Information und Dokumentation in der Bibliothek des Deutschen Bundestages. Ein Beispiel der Praxis für die Einheit bibliothekarischer und dokumentarischer Prinzipien. In: Nachrichten für Dokumentation. Jg. 29. 1978. Nr. 6. S. 232–236 und Jg. 30. 1979. Nr. 1. S. 31–38.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Die „vorwiegend formalen“ Kataloge der Bibliothek des Deutschen Bundestages. In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Jg. 1980. Nr. 48. S. 7–30.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>. Der Zusammenhang von Systemzweck, Sachgebiet, inhaltlicher Literaturlauswertung und Katalog in der Bundestagsbibliothek. In: Bibliotheksarbeit für Parlamente und Behörden. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Hrsg. von <i>Wolfgang Dietz</i>, <i>Hildebert Kirchner</i> und <i>Kurt Georg Wernicke</i>. München 1980, S. 167–198.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Bibliothek des Deutschen Bundestages, Bonn. In: Zur Klassifikation der Rechtsliteratur in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von <i>Ralph Lansky</i>. Hamburg 1981, S. 24–29. (= Arbeitshefte der Arbeitsgemeinschaft für Juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen, Nr. 6.)</p> <p><i>Wolfgang Zeh</i>, Die Parlaments- und Behördenbibliotheken und ihre Benutzer. Anforderungen und Erfahrungen. Aus der Sicht eines Mitarbeiters der Parlamentarischen Hilfsdienste. In: Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Arbeitshefte. Jg. 1981. Nr. 34. S. 31–44.</p> <p>Der Informations- und Auskunftssystem des Deutschen Bundestages. Ausgewählt und zusammengestellt von den Mitarbeiterinnen des Benutzerbereichs der Bibliothek. Stand: Mai 1981. Bearbeitet und eingeleitet von <i>Hannelore Beyer</i>. Bonn 1982. [= Arbeitshefte der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Nr. 36.]</p>

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze der Bibliothek“.

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
<p>noch: Wissenschaftliche Dienste: Bibliothek</p>	<p><i>Ernst Kohl</i>, Der neue DV-geführte Bibliotheksthesaurus des Deutschen Bundestages. In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Jg. 1982. Nr. 52. S. 3–24.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Die Bibliothek des Deutschen Bundestages. Informationsbasis für die parlamentarische Arbeit. In: Das Parlament. Jg. 33. 1983. Nr. 40–41.</p> <p><i>Wolfgang Dietz</i>, Official publications in the library of the German Bundestag: their collection and use. In: Government Publications Review. Jg. 11. 1984. H. 1. S. 47–57.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Die Kataloge der Reichstagsbibliothek zu Berlin und der Aufbau des Katalogsystems der Bibliothek des Deutschen Bundestages. In: Parlament und Bibliothek. Internationale Festschrift für <i>Wolfgang Dietz</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Gerhard Hahn</i> und <i>Hildebert Kirchner</i>. München 1986, S. 64–72.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Die historischen Komponenten des Katalogsystems der Bibliothek des Deutschen Bundestages. In: Bibliothek. Jg. 11. 1987. H. 1. S. 49–72.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Keine Bibliothek wie jede andere: Anmerkungen zur Sacherschließung der Bibliothek des Deutschen Bundestages. Vom Systematischen Karten-Katalog zum Online-Katalog. In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Jg. 1987. Nr. 62. S. 1–40.</p> <p><i>Ernst Kohl</i>, Vom Thesaurus der Bibliothek des Deutschen Bundestages zum Thesaurus POLIANTHES des Verbundes der Bibliotheken der obersten Bundesbehörden. In: Sach-Thesaurus der Bibliothek des Deutschen Bundestages als Teil des Thesaurus POLIANTHES. Ausgabe 1. Stand: 31. 3. 1987. Bonn 1987. S. I–XI.</p> <p><i>Wolfgang Dietz</i>, The Parliamentary Library of the Future. Where does the Road lead? In: Parliamentary Libraries and the Future. Bicentennial Collection of Papers. Sydney 1988. S. 84–95.</p> <p><i>Ernst Kohl</i>, The electronic online-access catalogue of the German Bundestag Library. In: Inspel. Jg. 22. 1988. H. 2. S. 147–161.</p> <p><i>Wolfgang Dietz</i>, Zur Geschichte und Entwicklung der Bibliothek des Deutschen Bundestages. In: <i>Wolfgang Dietz</i> und <i>Gerhard Hahn</i>, Zur Geschichte der Bibliothek und des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. München 1989, S. 3–46. [= Arbeitshefte der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Nr. 43.]</p> <p><i>Wolfgang Dietz</i>, Die Bibliothek des Deutschen Bundestages. Wie sie entstand und was sie heute ist. In: 79. Deutscher Bibliothekartag in Bonn 1989. Reden und Vorträge. Hrsg. von <i>Günther Wiegand</i> und <i>Else Maria Wischermann</i>. Frankfurt am Main 1989, S. 225–254. (= Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderheft 50).</p> <p><i>Ernst Kohl</i>, Der Verbund der Bibliotheken der obersten Bundesbehörden. In: 79. Deutscher Bibliothekartag in Bonn 1989. Reden und Vorträge. Hrsg. von <i>Günther Wiegand</i> und <i>Else Maria Wischermann</i>. Frankfurt am Main 1989, S. 215–224. (= Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderheft 50).</p>

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
<p>noch: Wissenschaftliche Dienste: Bibliothek</p>	<p><i>Kurt Georg Wernicke</i>, Die Gründung der Bibliothek des Deutschen Bundestages. In: Die Neugründung wissenschaftlicher Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland. Symposium, veranstaltet vom Institut für Buchwesen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 23. bis 25. Februar 1988 ... Hrsg. von <i>Hans-Joachim Koppitz</i>. München, London, New York, Paris 1990, S. 19–66.</p> <p><i>Ernst Kohl</i>, Die Bibliothek des Deutschen Bundestages. In: Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen. Jg. 39. 1989. H. 2. S. 146–151.</p> <p><i>Gerhard Hahn</i>, Die Reichstagsbibliothek zu Berlin – ein Spiegel deutscher Geschichte. Mit einer Darstellung zur Geschichte der Bibliotheken der Frankfurter Nationalversammlung, des Deutschen Bundestages und der Volkskammer sowie einem Anhang – Ausländische Parlamentsbibliotheken unter nationalsozialistischer Herrschaft – und Dokumenten. Düsseldorf 1997.</p> <p>Leitfaden für Parlamentsbibliotheken. Mit einem Anhang über die Wissenschaftlichen Fachdienste von Parlamenten. Bearb. und hrsg. von <i>Ernst Kohl</i>. Bonn 1997.</p>
<p>Wissenschaftliche Dienste: Parlamentsarchiv</p>	<p><i>Christian Hillner</i>, Die Benutzung des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages. In: Der Archivar. Jg. 31. 1978. H. 2. Sp. 187–188.</p> <p><i>Günther Weller</i>, Das Archiv des Deutschen Bundestages. In: Mitteilungen. Verein Deutscher Archivare. Fachgruppe 6. Jg. 1981. H. 5. S. 21–31.</p> <p><i>Günther Weller</i>, Das Archiv des Deutschen Bundestages. In: Der Archivar. Jg. 38. 1985. H. 1. Sp. 79–88.</p>
<p>Wissenschaftliche Dienste: Pressedokumentation</p>	<p><i>Walther Keim</i>, Die Pressedokumentation des Deutschen Bundestages. In: Mitteilungen der Fachgruppe 6. Archivare an Parlamentsarchiven und Archiven politischer Parteien und Verbände im Verein Deutscher Archivare. Jg. 1982. H. 7. S. 35–43.</p>
<p>Wissenschaftliche Dienste: Sach- und Sprechregister</p>	<p><i>Heinz Matthes</i> und <i>Erdmute Rebhan</i>, Dokumentation der Parlamentsmaterialien im Sach- und Sprechregister. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für <i>Werner Blischke</i>. Hrsg. von <i>Hans-Achim Roll</i>. Berlin 1982, S. 249–258.</p>
<p>Wissenschaftliche Dienste: Datenverarbeitung</p>	<p><i>Heinz Matthes</i>, Die EDV-Vorhaben der Abteilung Datenverarbeitung des Deutschen Bundestages. In: Information und Dokumentation im behördlichen Bereich. <i>Kurt Georg Wernicke</i> zum 65. Geburtstag. Hrsg. von <i>Hildebert Kirchner</i>, <i>Ernst Lutterbeck</i>, <i>Gerhard Zwoch</i>. Karlsruhe 1974, S. 169–183.</p> <p><i>Heinz Matthes</i> und <i>Gerhard Eyckers</i>, Das Parlamentsinformationssystem der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder (PARLIS). Stand der Arbeiten. In: Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung. Jg. 4. 1974. H. 11. S. 508–513.</p> <p><i>Franz Warlo</i>, Das Informationssystem GESTA zum Stand der Gesetzgebung des Bundes. In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Jg. 1977. Nr. 42. S. 29–40.</p>

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
<p>noch: Wissenschaftliche Dienste: Datenverarbeitung</p>	<p><i>Heinz Matthes</i>, Information der Parlamente: Was kann die Datenverarbeitung leisten? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 9. 1978. H. 4. S. 495–504.</p> <p><i>Wolfgang Mausberg</i>, <i>Hans Schepers</i> und <i>Detlef W. Weber</i>, Das Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien (DIP). In: Der Archivar. Jg. 31. 1978. H. 4. Sp. 460–464.</p> <p><i>Wolfgang Mausberg</i>, Maschinelle Dokumentation im Bundestag. In: Kolloquium zur Lage der Linguistischen Datenverarbeitung. München 1978, S. 58–72.</p> <p><i>Hans Schepers</i> und <i>Erich Vorwerk</i>, Das Parlamentsinformationssystem – Einsatz der Datenverarbeitung beim Deutschen Bundestag und Bundesrat zur Dokumentation von Parlamentsmaterialien (PARLIS). In: Jahresbericht 1978. Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH Bonn. Bonn 1979, S. 64–75.</p> <p><i>Hans Schepers</i> und <i>Erich Vorwerk</i>, Das Parlamentsinformationssystem. Einsatz der Datenverarbeitung beim Deutschen Bundestag und Bundesrat zur Dokumentation von Parlamentsmaterialien (PARLIS). In: Informationen aus dem Institut für Informationssysteme und Grafische Datenverarbeitung (IIG-INFO). Jg. 1981. Heft November. S. 80–90.</p> <p><i>Hans Schepers</i>, Das Parlaments-Informationssystem für Bundestag und Bundesrat. In: Mitteilungen. Verein Deutscher Archivare. Fachgruppe 6. Jg. 1980. Nr. 4. S. 18–28; ferner in: Deutscher Dokumentartag 1980. München 1981, S. 427–438.</p> <p><i>Heinz Matthes</i>, Zusammenarbeit der Parlamente auf dem Gebiet der Information und Dokumentation im Rahmen der Arbeitsgruppe PARLIS. In: Mitteilungen der Fachgruppe 6. Verein Deutscher Archivare. Jg. 1983. H. 9. S. 41–54.</p> <p><i>Hans Schepers</i>, <i>Wolfgang Mausberg</i> und <i>Franz Warlo</i>, Datenverarbeitung als Dienstleistung für den Deutschen Bundestag. In: Parlamentsdokumentation und Parlamentsinformation. Stuttgart, Bonn 1983, S. 105–119. [= Mitteilungen der Parlamentsarchivare. Jg. 1983. Nr. 8.]</p> <p><i>Jörg Hansis</i>, Parliamentary information in the German Bundestag: Automatic systems to support parliamentary work. In: The use of information in a changing world. Amsterdam 1984, S. 221–233.</p> <p><i>Hans Schepers</i>, Parlamentsinformationssysteme. In: Arbeitspapiere Rechtsinformatik. Jg. 1984. H. 20. S. 97–108.</p> <p><i>Wolfgang Mausberg</i>, Informationsgewinnung aus Datenbanken bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. In: Informationsgewinnung aus Datenbanken. Bonn 1988. S. 75–82. [= Schriften der Akademie des Deutschen Beamtenbundes. Bd. 5.]</p>
<p>Stenographischer Dienst</p>	<p><i>Gerhard Herrgesell</i>, Der Stenographische Dienst des Parlamentarischen Rates und des 1. Deutschen Bundestages. In: Neue Stenographische Praxis. Jg. 22. 1974. H. 3. S. 53–57.</p> <p><i>Horst Ferdinand</i>, Stenographen im Strom der Zeitgeschichte. Aus der Vorgeschichte und den Anfängen des Stenographischen Dienstes im Bundestag. In: Neue Stenographische Praxis. Jg. 38. 1990. H. 1. S. 1–17.</p>

Beschriebene Organisationseinheit	Titel der Beschreibung
<p>noch: Stenographischer Dienst</p>	<p><i>Ludwig Krieger</i>, Der Stenographische Dienst beim Deutschen Bundestag. In: Neue Stenographische Praxis. Jg. 1. 1953. H. 4. S. 110–124.</p> <p><i>Friedrich-Ludwig Klein</i>, Die Stenographischen Dienste der Parlamente der Bundesrepublik Deutschland. Besetzung, Altersaufbau, Nachwuchsbedarf. In: Neue Stenographische Praxis. Jg. 19. 1971. H. 1/2. S. 1–9.</p> <p><i>Friedrich-Ludwig Klein</i>, Das Plenarprotokoll. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für <i>Werner Blichke</i>. Hrsg. von <i>Hans-Achim Roll</i>. Berlin 1982, S. 231–247.</p> <p><i>Friedrich-Ludwig Klein</i>, Der Stenographische Dienst des Deutschen Bundestages. Hrsg.: Deutscher Bundestag. Stenographischer Dienst. Bonn o. J. [1987]</p> <p><i>Friedrich-Ludwig Klein</i>, Das Stenographische Protokoll. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von <i>Hans-Peter Schneider</i> und <i>Wolfgang Zeh</i>. Berlin, New York 1989, S. 975–984.</p>
<p>Dienststelle/Abteilung des Wehrbeauftragten</p>	<p><i>Eckart Busch</i>, Das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Bonn 1969. [Vgl. S. 94–113: Der Wehrbeauftragte und seine Dienststelle.]</p> <p><i>Eckart Busch</i>, Der Wehrbeauftragte. Organ der parlamentarischen Kontrolle. 2., überarb. Aufl. Heidelberg 1985. [Vgl. S. 40–50: Von der Dienststelle des Wehrbeauftragten zur Abteilung in der Bundestagsverwaltung.]</p>
<p>Referat Öffentlichkeitsarbeit</p>	<p><i>Volker Geginat</i>, Parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 11. 1996. H. 2. S. 192–194.</p>

Bezugsmöglichkeiten der Publikationen der Wissenschaftlichen Dienste

Die meisten der oben aufgeführten Publikationen sind auch für die Öffentlichkeit erhältlich, entweder kostenlos von den zuständigen Organisationseinheiten der Bundestagsverwaltung oder zum Ladenpreis über den Buchhandel.

Materialien, Bibliographien, Auswahlverzeichnisse der Bundestagsbibliothek **Neuerwerbungen** und **Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken** sowie **Der Aktuelle Begriff**

- ▶ können bei der Publikationsstelle der Wissenschaftlichen Dienste (Referat WD 1) angefordert werden (kostenlos).

Die Reihe **Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation**

- ▶ gibt das Referat Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsverwaltung kostenlos ab.

Sach- und Sprechregister

- ▶ wird von der Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn vertrieben.

Das **Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages, Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA), Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Aufzeichnungen und Erinnerungen** sowie das **Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages**

- ▶ sind im Buchhandel erhältlich.

23 Bundestag und Öffentlichkeit

Überblick		Seite
23.1	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	3463
	– Chronik (S. 34)	
	– Parlamentsbesucher: Statistik (S. 3468)	
	– Parlamentskorrespondenzen: Statistik (S. 3471)	
23.2	Publikationen des Pressezentrams und der Öffentlichkeitsarbeit	3472
	– Schriftenreihe „Zur Sache“ (S. 3473)	
	– Schriftenreihe „bundestag von a–z“ (S. 3479)	
	– Schriftenreihe „Stichwort“ (S. 3481)	
23.3	Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen . . .	3482
	– Hörfunk- und Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen: Chronik (S. 3482)	
	– Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen: Statistik (S. 3486)	
	– Hörfunk- und Fernsehsendungen mit Parlamentsbericht- erstattung (S. 3488)	
	– Einführung eines Parlamentsfernsehens: Chronik (S. 3495)	
23.4	Förderpreise für Arbeiten zum Parlamentarismus	3500
	– Die Preisträger (S. 3501)	
23.5	Unterrichtsmodelle „Bundestag“: Bibliographie	3503
23.6	Stenographische Berichte und Drucksachen des Bundestages in öffentlichen Bibliotheken	3506
23.7	Öffentliche Meinung über den Bundestag	3508
	– Verzeichnis der Repräsentativumfragen über den Bundestag (S. 3509)	
	– Ergebnisse von wiederholt durchgeführten Repräsentativumfragen (S. 3532)	
23.8	Verunglimpfungen des Bundestages	3541

Hinweis

Zum Thema „Bundestag und Öffentlichkeit“ finden sich Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- Abschnitt 8.3: Plenarsitzungen: Statistik
- Abschnitt 8.21: Publizität der Verhandlungen
- Abschnitt 8.22: Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie
- Abschnitt 9.8: Öffentliche Anhörungen

23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*)

Chronik

September 1949 Errichtung einer „Presse-Informationsstelle des Deutschen Bundestages“; Betreuung von Presse, Hörfunk und (ab 1953) Fernsehen durch diese Pressestelle bzw. später durch einen Pressereferenten beim Bundestagspräsidenten.

7. September 1949 Erste Hörfunk-Übertragung aus dem Plenarsaal des Bundestages (konstituierende Sitzung des 1. Bundestages).**)

Für die Presse stehen während der 1. Wahlperiode nur 80 Plätze im Plenarsaal zur Verfügung. Die Arbeitsbedingungen – vor allem die technischen Einrichtungen für die damaligen Wochenschau-Berichterstatte – sind vergleichsweise primitiv.

1950 Bundestagspräsident *Hermann Ehlers* veranlaßt die erstmalige Aufnahme von 10 000,- DM in den Bundestagshaushalt 1950 „zur Einführung von Jugendgruppen in die Arbeit des Parlaments“.

Der Titel wurde von 1951 bis 1953 auf jährlich 50 000,- DM festgesetzt und 1954 auf 100 000,- DM angehoben.

1952 Einrichtung einer „Betreuungsstelle für Besuchergruppen“.

6. Oktober 1953 Erste Live-Sendung des Fernsehens aus dem Plenarsaal des Bundestages (konstituierende Sitzung des 2. Bundestages).**)

Zu Beginn der 2. Wahlperiode Erweiterung der Pressetribüne auf 160 Plätze.

Oktober 1957 Auflösung der Presse-Informationsstelle; statt dessen Bestellung eines zum Präsidialbüro gehörenden Pressereferenten des Bundestagspräsidenten und Einrichtung eines „Büros für pressetechnische Angelegenheiten“ (u. a. für Ausstellung von Ausweisen an Journalisten).

11. Januar 1966 Der Ältestenrat spricht sich für die generelle Zulassung von Live-Sendungen aus dem Plenarsaal aus und behält sich lediglich für Einzelfälle ein Einspruchsrecht vor. (Bis heute sind Anträge auf Live-Übertragungen ausnahmslos genehmigt worden.)

Nach unterschiedlichen Regelungen bestehen somit seit 1966 uneingeschränkte Arbeitsmöglichkeiten für die beim Deutschen Bundestag zugelassenen Journalisten von Presse, Hörfunk und Fernsehen. Direktübertragungen aus dem Plenarsaal von Hörfunk und Fernsehen werden von den Rundfunkanstalten in eigener Regie und Verantwortung durchgeführt. Die übrigen Sitzungen werden aufgezeichnet und in Form von Ausschnitten in den Nachrichtensendungen bzw. in den aktuellen politischen Sendungen ausgestrahlt.

*) Quellen: Unterlagen der zuständigen Referate des Pressezentrum und der Unterabteilung Parlamentarische Information.

***) Zur Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen siehe im übrigen Abschnitt 23.3.

27. März 1969 In der Debatte über den Bundestagshaushalt (Einzelplan 02) wird von den Sprechern aller Fraktionen die ungenügende Besetzung der bestehenden Presse- und Informationsstelle hervorgehoben und eine Verstärkung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages gefordert.
28. November 1969 Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel* legt den Mitgliedern des Ältestenrats die Konzeption für den vorgesehenen Ausbau der bisherigen Presse- und Informationsstelle zu einem Pressezentrum des Bundestages vor.
- 1970 Einrichtung und Aufbau des Presse- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages (PZ); Gliederung nach Aufgabenbereichen in drei Referate:
 PZ 1 – Presse/Rundfunk/Fernsehen
 PZ 2 – Parlamentskorrespondenz
 PZ 3 – Öffentlichkeitsarbeit (einschließlich Besucherdienst Bonn)
- Das Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages ist zuständig für die gesamte Berichterstattung über die Arbeit des Parlaments und seiner Gremien und für die Betreuung der Besucher des Bundestages (jährlich rund 250 000) und des Reichstagsgebäudes in Berlin (jährlich mehr als 500 000). Dazu kommt die Herausgabe einer Reihe von Informationsdiensten, Schriftenreihen, Einzelpublikationen, Filmen und Tonbildschauen.
15. September 1970 Erstmaliges Erscheinen der Parlamentskorrespondenz „heute im bundestag“ (hib). Der Schwerpunkt dieses hektographierten Nachrichtendienstes liegt bei der Berichterstattung aus den Ausschüssen.
- November 1971 Erstmaliges Erscheinen von „Parlament aktuell“, einer farbigen PR-Illustrierten in einer Auflage von 500 000 Heften. Die Mehrzahl der Beiträge befaßt sich mit der Arbeit der Bundestagsabgeordneten und Einzelberichten der Parlamentskritik.
- 1974 Aufbau eines eigenen Besucherdienstes im wiederaufgebauten Reichstagsgebäude in Berlin.
5. Oktober 1978 Eröffnung des neuen Besucherzentrums durch Bundestagspräsident *Karl Carstens*. Das Besucherzentrum wird in einem ehemaligen Bootshaus neben dem Präsidialflügel am Rheinufer eingerichtet. In ihm stehen sechs Räume für Besuchergruppen zur Verfügung.
18. September 1979 Nachdem die beiden Fernseh-Anstalten ARD und ZDF die bisherigen Schwarz-Weiß-Anlagen im Bundestag auf Farbe umgestellt haben, erfolgt die offizielle Genehmigung, aus dem Plenarsaal künftig Farbfernsehsendungen zu übertragen.
- 1980 Einführung von Parlamentsseminaren des Referats Öffentlichkeitsarbeit, d.h. einer vertieften, ganztägigen Unterrichtung über Struktur und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages, die sich an ausgewählte Zielgruppen richtet wie Pädagogen, Offiziere, Jugendpfarrer, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten, Jugendpresse und Verbandsvertreter.

21. Mai 1981 Erstmalige Durchführung einer „Jugend-Fragestunde“ im Plenarsaal des Deutschen Bundestages.
3. September 1982 Eröffnung des ersten Informationsstandes des Deutschen Bundestages auf der Verbraucherausstellung „Du und Deine Welt“ in Hamburg durch Bundestagspräsident *Richard Stücklen*.
Bis 1987 wurden seitdem 81 Verbraucherausstellungen mit inzwischen drei Ständen im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) besucht. Die Ausstellungsbesucher können sich über Aufgaben und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages informieren. Abgeordnete stehen an den Ständen für Gespräche zur Verfügung.
3. Oktober 1984 Erstmalige Durchführung der bisherigen „Jugend-Fragestunde“ als eintägige Informationsveranstaltung „Jugend im Parlament“.
15. April 1985 Innerhalb des Presse- und Informationszentrums wird der Besucherdienst, der bisher zum Referat Öffentlichkeitsarbeit gehörte, als eigenständiges Referat PZ 4 gebildet.
9. September 1986 Inbetriebnahme des ehemaligen Wasserwerks als Ersatzplenarsaal mit 130 Tribünenplätzen auch für Informationsveranstaltungen (Besichtigungen/Führungen) mit Besuchern.
23. Oktober 1986 Das bisherige Presse- und Informationszentrum (PZ) wird in „Abteilung Parlamentarische Information (PI)“ umbenannt. Zur Abteilung gehören nunmehr die Referate:
PI 1: Öffentlichkeitsarbeit (bisher PZ 3)
PI 2: Besucherdienst (bisher PZ 4)
PI 3: Pressedokumentation (bisher WD 4)
PI 4: Elektronische Hausinformationssysteme (bisher WD-DV 3)
PI 5: Verwaltung im Reichstagsgebäude (bisher ZA 3)
Beim Präsidialbüro wird ein Pressezentrum (PZ) eingerichtet, das aus den bisherigen Referaten PZ 1 „Presse, Rundfunk, Fernsehen“ und PZ 2 „Parlamentskorrespondenz“ sowie aus dem neuen Referat PZ 3 „Kommunikation“ besteht.
- Februar 1987 Einführung des hauseigenen Videotext-Dienstes. Der Dienst erreicht alle Abgeordneten und (über das Behördenetz) die Ministerien und Pressenhäuser im Regierungsviertel. Neben der plenarbegleitenden Rednerliste können die Tagesordnung des Plenums, einiger Ausschüsse sowie weitere parlamentsrelevante Informationen empfangen werden.
27. Februar 1987 Erstmaliges Erscheinen der neugestalteten Zeitschrift „Bundestag Report“ mit Berichten und Meldungen aus der Arbeit des Deutschen Bundestages und über Ereignisse im Parlament. „Bundestag Report“ erscheint zehnmal im Jahr.
- 2./3. November 1987 Erstmalig zweitägige Durchführung der bisherigen Veranstaltung „Jugend im Parlament“ als „Jugend und Parlament“.
10. Juni 1988 Die Ersatzbauten für den Besucherdienst des Deutschen Bundestages werden von Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* ihrer Bestimmung übergeben.

ben. Sie bieten Platz für rund 400 Personen und gewährleisten die gleichzeitige Betreuung von sieben Besuchergruppen.

25. bis 27. September 1988 Erstmals dreitägige Durchführung der Veranstaltung „Jugend und Parlament“.
21. Februar 1990 In der Unterabteilung PI wird ein neues Referat mit der Bezeichnung „Informationsveranstaltungen“ (PI 6, inzwischen PI 5) eingerichtet. In diesem Referat entsteht auf Initiative von Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* ein überparteilich angelegtes Projekt zur politischen Bildung junger Erwachsener: „Parlament, Werkstatt der Politik – Eine Chance mit der Jugend“.
- Mitglieder des Deutschen Bundestages haben die Möglichkeit, jeweils 16 politisch ungebundene, überwiegend skeptisch-kritische junge Erwachsene (ca. 18 bis 21 Jahre) unterschiedlicher Herkunft in sechstägigen Informationsveranstaltungen im Wahlkreis und in Bonn auf neue Wege der Begegnung und des Dialogs mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Justiz, Medien, Verbänden, Diplomatie und Kultur zu führen.
- Das mit der Durchführung dieses Projekts zeitweise beauftragte Referat PI 5 führt daneben mehrtägige Informationsveranstaltungen zu Themen des parlamentarischen Regierungssystems für in- und ausländische Multiplikatoren durch.
26. April 1990 Die erste Wanderausstellung „Deutscher Bundestag – unsere Abgeordneten“ startet in Flensburg (Wahlkreis 1). Die Ausstellung zeigt die Arbeit der Abgeordneten in Bonn, hier besonders den Weg der Gesetzgebung, die Arbeit in den Arbeitsgruppen der Fraktionen und in den Ausschüssen. Bis 1991 kommen die zwei Wanderstände des Deutschen Bundestages 107mal zum Einsatz.
18. September 1990 Start zweier mobiler Informationsstände des Deutschen Bundestages in die neuen Bundesländer.
- Bis 1991 werden 66 Städte zwischen Rostock und Zwickau besucht; 1992 sind 44 jeweils einwöchige Standorte auf dem Programm. Die Infomobile sollen einen Überblick über Aufbau und Arbeitsweise des Parlaments vermitteln.
- Dezember 1990 Erweiterung des Videotext-Dienstes auf den Hauskanal 5 (PZ-Fernsehaufzeichnungsdienst).
17. Mai 1991 Mit der Einrichtung der Unterabteilung „Parlamentsdienste Berlin“ (PB1) geht das bisherige Referat PI 5 aus der Unterabteilung „Parlamentarische Information“ in die neue Unterabteilung in Berlin über.
2. Dezember 1993 Erstmalige Durchführung eines „Bürgertelefons“ („Ihr direkter Draht zum Bundestag“).
- Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nehmen die Gelegenheit wahr, zwischen 16.00 und 20.00 Uhr Mitgliedern des Bundestages Fragen stellen zu können und mit ihnen aktuelle Probleme zu diskutieren. Insgesamt stehen für die Aktion 40 Abgeordnete, aufgeschlüsselt nach Fraktions- und Gruppenstärken, und gleichzeitig fünf Leitungen zur Verfügung.
- Bis zum 13. November 1997 finden zehn derartige Telefonaktionen statt.
21. April 1995 Neukonzeption der Öffentlichkeitsarbeit

In dieser Konzeption wird als Ziel der Öffentlichkeitsarbeit definiert:

- „– Sachinformation über Arbeit und Aufgaben des Parlaments,
- Vermittlung der Leistungsfähigkeit, Bürgernähe, Offenheit und Transparenz des Bundestages auf rationaler wie emotionaler Ebene,
- Aufgreifen von Vorbehalten und Kritik am Bundestag und faire Diskussion,
- schnelle und differenzierte Ansprache der Bürgerinnen und Bürger,
- Stärkung des Dialogs und der Begegnung zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Abgeordneten“.

Zur Erreichung dieses Ziels soll ein Mediamix eingesetzt werden, „der

- auf Print-Medien nicht verzichtet, aber deren Vielfalt auf ein sinnvolles Minimum reduziert,
- neue Medien zum Schwerpunkt ausbaut und
- durch Veranstaltungen unterschiedlichster Art Bürgerinnen und Bürger vor Ort anspricht“.

23./24. Juni 1995

Veranstaltung „Parlament im Dialog“, verbunden mit einem Tag der Offenen Tür im Deutschen Bundestag in Bonn. Die Aktion ist Bestandteil der Initiative „Demokratie leben“.

Das Projekt „Demokratie leben“ wurde in der 13. Wahlperiode auf Initiative und unter besonderer Förderung von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* in verschiedenen Veranstaltungen verwirklicht. Das Projekt wird getragen von einem Initiativkreis „Demokratie leben“, der sich aus Persönlichkeiten verschiedener gesellschaftlich relevanter Gruppen zusammensetzt, und es hat sich zum Ziel gesetzt, ehrenamtliches Engagement öffentlich zu machen und den Dialog der engagierten Bürger mit der Politik zu fördern. In diesem Zusammenhang wurden erstmals anlässlich des Tages der Offenen Tür 1995 mehr als 30 Gruppen in den Bundestag eingeladen. 1996 fand das „Forum Demokratie leben“ statt, in dem insgesamt mehr als 100 Vertreter von Initiativen und Politiker über gegenseitige Erwartungen und Ziele diskutierten. Im gleichen Jahr wurde auch der von den Mitgliedern des Initiativkreises gestiftete Förderpreis „Demokratie leben“ ausgelobt, der 1997 in einer großen Veranstaltung verliehen wurde. Dabei wurden insgesamt 33 Personen und Gruppen mit Geldpreisen und Urkunden ausgezeichnet.

31. Januar 1996

Beginn der Präsenz des Bundestages im Internet unter der Adresse <http://www.bundestag.de>.

Theoretisch können sich nun die rund 30 Millionen Nutzerinnen und Nutzer dieses Mediums auf elektronischem Weg beispielsweise über die Tagesordnung des Bundestages informieren, Pressemitteilungen abrufen und auf grundlegende Informationen über das Parlament und seine Mitglieder zurückgreifen. Im Angebot des Bundestages sind neben dem Pressedienst „heute im bundestag“ Informationen über die Fraktionen und die Gruppe im Parlament sowie im Bereich „Infothek“ Hinweise auf Publikationen über den Bundestag, die beim Referat Öffentlichkeitsarbeit angefordert werden können.

Über 3,5 Millionen Zugriffe zählt das Internet-Angebot im ersten Jahr seiner Web-Präsenz. Besonders gefragt sind Informationen über die Abgeordneten, der Bereich Aktuelles sowie die „Infothek“. Außerdem werden 18 148 Plenarprotokolle von den Benutzern abgerufen, 17 833 Bestellungen für Informationsmaterial getätigt sowie 3 130 E-Mail-Anfragen gestellt.

Im zweiten Jahr erhöhen sich die Zugriffe auf 10,1 Millionen, d. h. beinahe das Dreifache.

2. Oktober 1996 Feierliche Eröffnung des vollständig restaurierten Deutschen Domes am Gendarmenmarkt in Berlin. In dem Sakralbau findet die Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ eine neue Unterkunft.
- Januar 1997 Herausgabe der ersten CD-ROM über den Deutschen Bundestag.
Eine übersichtliche Eingangsseite empfängt den interessierten Besucher gleichsam auf der Besuchertribüne im vollbesetzten Plenum. Die intuitiv bedienbare Benutzeroberfläche führt den Nutzer zu den gesuchten Informationen. Der gesamte Inhalt ist in fünf Rubriken aufgeteilt: „Ihre Vertreter im Parlament“, „Hier wird gearbeitet“, „Das ist zu tun“, „Gestern, heute, morgen“ und „Fragen Sie uns“.
15. Mai 1997 Erstmals im Rahmen des Informationsverbundes Bonn–Berlin wird für eine Videokonferenz eine audiovisuelle Verbindung zwischen einem Sitzungssaal im Bonner Tulpenfeld und einem Sitzungssaal in Berlin geschaltet.
Den ersten offiziellen Schritt zu dieser Neuerung macht der Bundestagsabgeordnete *Siegmar Mosdorf* (SPD), Vorsitzender der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Verwaltung – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“. Der Abgeordnete spricht dabei über die Videokonferenz-Anlage von Bonn aus mit einer Schülergruppe aus seinem Wahlkreis, die sich auf seine Einladung hin zu einem Informationsbesuch in Berlin aufhält.

Parlamentsbesucher: Statistik

Zahl der Besucher des Bundeshauses in Bonn

Jahr	Besucher
1949–52	920 000
1953	55 227
1954	557 703
1955	461 586
1956	409 178
1957	289 746
1958	258 930
1959	225 310
1960	193 715
1961	195 614
1962	214 649
1963	112 428
1964	117 715

Jahr	Besucher
1965	115 714
1966	107 131
1967	174 090
1968	164 512
1969	149 751
1970	173 586
1971	237 102
1972	207 889
1973	254 398
1974	235 456
1975	218 153
1976	232 168
1977	197 468

Jahr	Besucher
1978	200 708
1979	383 000
1980	173 973
1981	215 311
1982	226 391
1983	249 473
1984	225 800
1985	254 440
1986	256 316
1987	180 043

Jahr	Besucher
1988	187 800
1989	269 347 ¹⁾
1990	228 621
1991	220 606
1992	314 902 ²⁾
1993	263 486
1994	325 151 ³⁾
1995	285 220
1996	266 915
1997	270 662

1) einschließlich 30 147 Besucher beim „Tag der offenen Tür“

2) einschließlich 80 000 Besucher bei der Einweihung des neuen Plenarsaales bzw. beim „Tag der offenen Tür“

3) einschließlich 30 000 Besucher beim „Tag der offenen Tür“

★ Zwischen 1949 und Ende 1997 wurden insgesamt **11 547 395 Besucher des Bundeshauses in Bonn** gezählt.

Seit 1991 wird die Statistik der Parlamentsbesucher in Bonn in einer differenzierteren Form erstellt.

Jahr	Anzahl der betreuten Besucher	davon:					
		Besuchergruppen			Einzelbesucher zu Besichtigungen/Führungen/Plenarbesuchen	Parlamentsseminare für Multiplikatoren ⁴⁾	ganztägige Veranstaltungen ⁵⁾
		Plenumsbesuche ¹⁾	Informationsbesuche ²⁾	Besichtigungen/Führungen ³⁾			
1991	220 606	42 404	38 462	81 636	52 820	5 284	–
1992	234 902 ⁶⁾	42 678	49 619	88 655	46 534	7 416	–
1993	263 486	65 600	28 304	114 802	48 589	5 149	1 042
1994	295 151 ⁶⁾	59 119	32 219	137 770	60 525	4 180	1 338
1995	285 220	80 509	21 882	116 700	59 803	3 865	2 461
1996	266 915	83 036	22 555	103 140	51 516	3 297	3 371
1997	270 662	85 951	23 257	106 051	47 497	3 637	4 269

1) zum Teil auf Einladung von Abgeordneten

2) auf Einladung von Abgeordneten

3) zum Teil mit Filmvorführungen oder zusätzlichen Informationsgesprächen mit Referenten des Besucherdienstes

4) Führungen, Gespräche mit Vertretern der Fraktionen sowie Referenten des Besucherdienstes

5) z. B. für IZOP und PROMEDIA oder mit ausländischen Delegationen (u. a. auch Gespräche mit Präsidiumsmitgliedern), Presseseminare

6) ohne Besucher zum „Tag der offenen Tür“

Zahl der Besucher des Reichstagsgebäudes in Berlin

Jahr	Besucher des Reichstagsgebäudes		Besucher der Ausstellung im Reichstagsgebäude ²⁾
	Zahl der Gruppen	mit ... Teilnehmern	
1974	1 455	36 396	134 035
1975	5 012	124 798	421 713
1976	5 700	142 630	426 771
1977	6 258	156 451	460 419
1978	5 891	147 282	534 621
1979	6 279	156 971	573 782
1980	6 039	150 993	597 196
1981	5 374	134 346	504 229
1982	5 363	134 322	474 664
1983	5 317	132 929	522 807
1984	5 355	136 119	570 986
1985	5 897	149 514	623 257
1986	6 583	141 165	585 629
1987	6 608	166 088	611 070
1988	7 003	175 940	586 582
1989	6 638	167 320	613 667
1990	5 487	140 067	716 659
1991	4 888	120 178	578 271
1992	4 841	121 022	493 906
1993	5 145	128 618	435 981
1994	5 161	132 087	345 333
1995	- ¹⁾	- ¹⁾	- ³⁾
1996	- ¹⁾	- ¹⁾	201 238
1997	- ¹⁾	- ¹⁾	431 807

1) Ab Januar 1995 Schließung des Reichstagsgebäudes wegen der erforderlichen Umbauarbeiten für den Umzug des Bundestages nach Berlin.

2) Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“

3) Nach Schließung des Reichstagsgebäudes Neuplanung der Ausstellung für Aufbau im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt. Dort mit Fertigstellung des Gebäudes Eröffnung am 2. Oktober 1996.

Hinweis

Zu jeder abgeschlossenen Wahlperiode wird von den Wissenschaftlichen Diensten eine Dokumentation im Rahmen der Schriftenreihe „Chronik – Deutscher Bundestag“ erstellt; kostenloser Bezug durch das Referat Öffentlichkeitsarbeit.

Parlamentskorrespondenzen: Statistik

Die folgende Statistik enthält die Zahl der jährlich erschienenen Ausgaben

- der Parlamentskorrespondenz „heute im bundestag“ (hib) und „woche im bundestag“ (wib)
- des Pressedienstes „Mitteilungen aus dem Bundestag“
- des PZ-Fernsehdienstes

Jahr	hib-Ausgaben ¹⁾	wib-Ausgaben	Mitteilungen aus dem Bundestag	PZ-Fernsehdienst
1970	117	keine	18	keine
1971	357	13	44	keine
1972	213	17	41	keine
1973	277	22	49	96
1974	277	24	50	84
1975	271	25	32	99
1976	206	20	40	76
1977	247	23	47	95
1978	251	24	39	71
1979	260	24	54	91
1980	209	19	59	79
1981	250	24	56	100
1982	247	22	70	108
1983	214	17	66	64
1984	280	23	111	86
1985	278	25	118	– ²⁾
1986	206	24	127	–
1987	224	20	59	–
1988	300	23	117	–
1989	287	24	133	–
1990	260	20	66	–
1991	228	24	81	–
1992	244	22	150	–
1993	265	24	167	–
1994	219	18	109	–
1995	319	23	60	–
1996	280	23	131	–
1997	293	21 ³⁾	112	–

¹⁾ In Sitzungswochen erscheint jeweils eine Sonderausgabe der Beilage „zur tagesordnung“ für Besucher.

²⁾ Ende 1984 eingestellt.

³⁾ Einstellung von „wib“ für 1998 vorgesehen; Nachfolgezeitschrift: „Blickpunkt Bundestag“

23.2 Publikationen des Pressezentrams und der Öffentlichkeitsarbeit

Die Referate PZ 1 (Presse, Rundfunk, Fernsehen), PZ 2 (Parlamentskorrespondenz) und PI 1 (Öffentlichkeitsarbeit) der Bundestagsverwaltung haben seit 1970 – seit der Einrichtung eines Pressezentrams – eine Fülle von Informationsmaterialien für unterschiedliche Empfängerkreise erstellt bzw. auch von Verlagen angekauft und verbreitet. Dazu zählen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- **Parlamentskorrespondenzen**
wie „Mitteilung aus dem Bundestag“, „heute im bundestag (hib)“, „woche im bundestag (wib)“, „heute im pz-Fernsehdiens“
- **Informationsdienste**
wie „Zur Tagesordnung“, „Bundestag-Report“
- **Schriftenreihen**
wie „Zur Sache“, „bundestag von a – z“, „Chronik“, „Die Bundesversammlung“, „Stichwort“
- **Magazine, Zeitschriften**
wie „Parlament aktuell“, „Der Reichstag“, „Blickpunkt Bundestag – Forum der Demokratie“ (in Vorbereitung anstelle von „Parlament aktuell“ und „woche im bundestag (wib)“)
- **Broschüren**
wie „Der Deutsche Bundestag“, „Im Plenarsaal“, „Eine Woche in Bonn“, „Was Sie von uns denken, ist uns nicht egal“, „Parlament der deutschen Einheit“, „Kinderkommission im Deutschen Bundestag“
- **Taschenbücher**
wie „Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag“ und „So arbeitet der Deutsche Bundestag“ (beides Ankäufe von der Neuen Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach)
- **Faltblätter**
wie „Weg der Gesetzgebung“, „Dem deutschen Volke“, „Der Deutsche Bundestag im Internet“, „Der Deutsche Bundestag. Persönlichkeiten und Ereignisse“, „Gewählt – und dann?“, „Diäten“
- **Einzelveröffentlichungen (zum Teil Ankäufe)**
wie „30 Jahre Deutscher Bundestag“ (Bearbeiter: *Peter Schindler*), „Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland“ (hrsg. von *Hartmut Klatt*), „Bundestag, Bundesrat, Landesparlamente“, „Der Bundestagspräsident“ (hrsg. von *Rupert Schick*)
- **Ausstellungskataloge**
wie „Fragen an die deutsche Geschichte“
- **Wandzeitungen**
wie „Forum Parlament“
- **CD-ROM**
wie „Deutscher Bundestag – multimedial und interaktiv“, „Bundestag-Magazin“, „Unser Parlament – Forum der Demokratie“

Hinweis

Zur Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ in Berlin im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt ist – auch in englisch und französisch – ein Katalog mit gleichem Titel erschienen, dessen Schutzgebühr zur Zeit 10,- DM beträgt.

Bezugsquellen:

- in Berlin im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt gegen Barzahlung,
- Versand gegen Vorauszahlung von 10,- DM an die Bundeskasse Bonn, Konto-Nr. 11900-505 bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50); als Verwendungszweck bitte unbedingt angeben: Katalog – 0201/11901.

- Computer-Spiele
wie „Weg der Gesetzgebung“
- Filme
wie „Der Mensch als Abgeordneter“, „Kleine Entscheidungen – große Entscheidungen“, „Kontrolle der Regierung“, „Demokratischer Neubeginn“, „Deutscher Bundestag – unser Parlament“
- Tonbildschauen
wie „Ein Gesetz wird gemacht“, „Parlamentarischer Rat“, „Der lange schwere Weg nach Bonn“, „Der Reichstag“

Bei weitem nicht alle der aufgeführten Informationsmaterialien sind gegenwärtig noch verfügbar. Kostengründe, neue didaktische Modelle, das Aufkommen neuer Medien und Aktualisierungen führen zu einem ständigen Wechsel im Angebot der Veröffentlichungen. Über den aktuellen Stand kann das Referat Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsverwaltung Auskunft geben.

Im folgenden werden die bis August 1997 erschienenen Titel der Schriftenreihen „Zur Sache“, „bundestag von a – z“ und „Stichwort“ aufgeführt.

Schriftenreihe „Zur Sache“

In der Schriftenreihe „Zur Sache“ sind bisher die im folgenden aufgeführten Hefte erschienen. Sie werden – soweit noch vorrätig – kostenlos vom Referat Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsverwaltung abgegeben.

- | | |
|---|--|
| <p>1/70 Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (I)
Aus dem Jahresbericht 1969 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages</p> <p>2/70 Deutschland-, Ost-, Europapolitik (I)
Aus den Bundestagsitzungen vom 27. Mai, 17./18. Juni und 18. September 1970</p> <p>1/71 Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (II)
Jahresbericht 1970 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages</p> <p>2/71 Landwirtschaft 1980
Aus den öffentlichen Anhörungen des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1971</p> <p>3/71 Umweltschutz (I)
Wasserhaushalt, Binnengewässer, hohe See und Küstengewässer
Aus den öffentlichen Anhörungen des Innenausschusses und des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages 1971</p> <p>4/71 Gesundheitspolitik (I)
Gesundheitsbericht, Krankenhausfinanzierung, Betäubungsmittelgesetz (Opiumgesetz)
Aus den Bundestagsitzungen vom 12. März, 15. Oktober 1970 und 10. Februar 1971</p> | <p>5/71 Reform der Juristenausbildung
Aus den parlamentarischen Beratungen, der öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages und aus Diskussionen 1970/71</p> <p>1/72 Betriebsverfassungsgesetz
Aus der Ersten, Zweiten und Dritten Beratung des Deutschen Bundestages</p> <p>2/72 Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (III)
Jahresbericht 1971 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages</p> <p>3/72 Umweltschutz (II)
Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung
Aus den öffentlichen Anhörungen des Innenausschusses des Deutschen Bundestages 1971</p> <p>4/72 Deutschland-, Ost-, Europapolitik (II)
Die Ostverträge in Dokumenten und Argumenten</p> <p>5/72 Bildungspolitik (I)
Bildungsbericht, Hochschulbauförderung und Bildungsgesamtplan</p> |
|---|--|

- 6/72 **Reform des § 218**
Aus der öffentlichen Anhörung des Sonderausschusses des Deutschen Bundestages für die Strafrechtsreform
- 1/73 **Fragen der Verfassungsreform**
Zwischenbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages
- 2/73 **Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (IV)**
Jahresbericht 1972 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages
- 3/73 **Reform des Personalvertretungsgesetzes**
Aus der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages 1973
- 4/73 **Umweltschutz (III)**
Lärmbekämpfung, Bundes-Immissionsschutzgesetz
Aus der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages 1973
- 1/74 **Wohnungsbaupolitik (I)**
Vermögens- und Eigentumbildung im sozialen Wohnungsbau
Aus der Debatte des Deutschen Bundestages und der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1973
- 2/74 **Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (V)**
Jahresbericht 1973 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages
- 3/74 **Herabsetzung des Volljährigkeitsalters**
Aus den Beratungen des Deutschen Bundestages 1973 und 1974. Gesetzestexte
- 4/74 **Entwicklungspolitik (I)**
Plenardebatte, Große Anfrage, Regierungsbericht
- 5/74 **Datenschutz/Meldegesetz**
Sachverständigenanhörung, Gesetzestexte
- 1/75 **Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (VI)**
Jahresbericht 1974 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages
- 2/75 **Umweltschutz (IV)**
Das Risiko Kernenergie
- 3/75 **Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag**
Aus der Arbeit des Petitionsausschusses 1973/74
- 1/76 **Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (VII)**
Jahresbericht 1975 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages
- 2/76 **Reform des Ehe- und Familienrechts**
Versorgungsausgleich
- 3/76 **Beratungen und Empfehlungen zur Verfassungsreform (I)**
Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages
- 1/77 **Frau und Gesellschaft**
Zwischenbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages
- 2/77 **Beratungen und Empfehlungen zur Verfassungsreform (II)**
Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages
- 3/77 **Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag (II)**
Aus der Arbeit des Petitionsausschusses 1975/76
- 4/77 **Deutschlandpolitik**
Öffentliche Anhörungen des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen 1977
- 1/78 **Elterliches Sorgerecht**
Sachverständigenanhörung – Gesetzestexte
- 2/78 **Die deutsche Frage in der politischen Bildung**
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen 1978
- 1/79 **Politik als Beruf**
Das Abgeordnetenbild im historischen Wandel
- 2/79 **Datenschutz**
Erster Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz
- 1/80 **Zukünftige Kernenergie-Politik**
2/80 Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages
Band I und Band II
- 3/80 **Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen**
4/80 Dokumentation der parlamentarischen Bewältigung des Problems 1960–1979
5/80 Band I bis Band III

- 1/81 **Frau und Gesellschaft (II)**
Bericht 1980 der Enquete-Kommission und Aussprache 1981 im Plenum des Deutschen Bundestages
- 2/81 **Deutsche Geschichte und politische Bildung**
Öffentliche Anhörungen des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages 1981
- 1/82 **Jugendprotest im demokratischen Staat**
Zwischenbericht 1982 der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages
- 2/82 **Zukünftige (Kern-)Energiepolitik**
Ergebnisse parlamentarischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung; Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie; Aussprache und Beschluß des Plenums
- 3/82 **Fragen der Subventionspolitik**
Öffentliche Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zum 8. Subventionsbericht der Bundesregierung
- 1/83 **Jugendprotest im demokratischen Staat (II)**
Schlußbericht 1983 der Enquete-Kommission des 9. Deutschen Bundestages
- 2/83 **Der „Schnelle Brüter“ in Kalkar**
Beschluß des Bundestages zur Inbetriebnahme
- 3/83 **Die Entschädigung der Abgeordneten**
Bericht des Bundestagspräsidenten und Beratung des Plenums 1983
- 1/84 **Probleme der Frau in unserer Gesellschaft**
Arbeitslosigkeit, Gleichbehandlung, Beseitigung von Diskriminierung, Chancengleichheit von Mädchen – Große Anfrage, Gesetzentwürfe, 6. Jugendbericht, Plenardebatten
- 2/84 **Die Feststellungen des Bundestages in Sachen Kießling**
Bericht des Untersuchungsausschusses, Debatte und Beschluß des Plenums
- 1/86 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Tätigkeitsbericht 1985 mit Plenardebatte
- 2/86 **Entwicklungspolitik – Bilanz und Perspektiven**
Öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 17. März 1986
- 3/86 **Sechs Jahre Krieg und Besetzung in Afghanistan**
Öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 18. und 19. März 1986
- 4/86 **Das neue Baugesetzbuch**
Beschlußempfehlung mit Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie Beratung im Plenum des Deutschen Bundestages
- 5/86 **Die deutsche Sprache in der Welt**
Öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses am 18. Juni 1986 und Aussprache im Plenum des Deutschen Bundestages
- 1/87 **Chancen und Risiken der Gentechnologie**
Der Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ des 10. Deutschen Bundestages
- 2/87 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1986
- 3/87 **Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht**
Öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 24. Juni 1987
- 4/87 **Schutz der Nordsee**
Öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 5. Oktober 1987
- 1/88 **Humanität im Spitzensport**
Öffentliche Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages am 14. Oktober 1987
- 2/88 **Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz**
Öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 14. Oktober 1987
- 3/88 **AIDS: Fakten und Konsequenzen**
Zwischenbericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“
- 4/88 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1987. Tätigkeitsbericht 1987 mit Plenardebatte am 16. Juni 1988
- 5/88 **Schutz der Erdatmosphäre. Eine internationale Herausforderung**
Zwischenbericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“

- 6/88 **Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose**
Öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung am 8. Juli 1988
- 1/89 **Wohnen im Alter**
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages am 15. März 1989
- 2/89 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1988. Tätigkeitsbericht 1988 mit Plenardebatte am 21. Juni 1989
- 3/89 **Gentechnologisch hergestelltes Rinderwachstumshormon**
Bericht der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“
- 4/89 **Asthma und Allergie**
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages am 26. April 1989
- 5/89 **Zur Lage der Nation im geteilten Deutschland**
Erklärungen der Bundesregierung und Aussprachen im Deutschen Bundestag am 8., 9. und 16. November 1989
- 6/89 **Das Flugunglück von Ramstein am 28. August 1988**
Beschlußempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß. Beratung und Bericht des Deutschen Bundestages
- 1/90 **Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000**
Zwischenbericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages und parlamentarische Beratung am 25. Januar 1990
- 2/90 **Chancen und Risiken der Gentechnologie**
Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“. Stellungnahme des Ausschusses für Forschung und Technologie. Aussprache und Beschluß des Plenums.
- 3/90 **Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung**
Endbericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“. Band 1 und 2
- 4/90 **Eingliederung Langzeitarbeitsloser**
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages am 2. Oktober 1989
- 5/90 **Neue Herausforderungen an die Wohnungspolitik**
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages am 6. Dezember 1989
- 6/90 **Entschädigung für NS-Zwangsarbeit**
Öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 14. Dezember 1989
- 7/90 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1989. Tätigkeitsbericht 1989 mit Plenardebatte am 20. Juni 1990
- 8/90 **Auf dem Weg zur deutschen Einheit I**
Deutschlandpolitische Debatten im Deutschen Bundestag vom 28. November 1989 bis zum 8. März 1990
- 9/90 **Auf dem Weg zur deutschen Einheit II**
Deutschlandpolitische Debatten im Deutschen Bundestag vom 30. März bis zum 10. Mai 1990
- 10/90 **Schutz der tropischen Wälder**
Eine internationale Schwerpunktaufgabe. Zweiter Bericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“
- 11/90 **Ökologie und Wachstum**
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages am 10. Mai 1989
- 12/90 **Auf dem Weg zur deutschen Einheit III**
Deutschlandpolitische Debatten im Deutschen Bundestag vom 23. Mai bis zum 21. Juni 1990 mit Beratungen der Volkskammer der DDR zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und zur polnischen Westgrenze
- 13/90 **AIDS: Fakten und Konsequenzen**
Endbericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“

- 14/90 **Auf dem Weg zur deutschen Einheit IV**
Deutschlandpolitische Debatten im Deutschen Bundestag vom 8. bis zum 23. August 1990 mit Beratungen der Volkskammer der DDR zu dem Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages
- 15/90 **Auf dem Weg zur deutschen Einheit V**
Deutschlandpolitische Debatten im Deutschen Bundestag vom 5. bis zum 20. September 1990 mit Beratungen der Volkskammer der DDR zu dem Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands
- 16/90 **Politische Bildung**
Öffentliche Anhörung des Innenausschusses und des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages am 8. Mai 1989
- 17/90 **Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes**
Öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 19. und 23. Juni 1989
- 18/90 **Parlamentsrecht in der Entwicklung**
Änderungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in der 10. und 11. Wahlperiode. Band 1 und 2
- 19/90 **Schutz der Erde**
Eine Bestandsaufnahme mit Vorschlägen zu einer neuen Energiepolitik. Dritter Bericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Band 1 und 2
- 20/90 **Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000**
Schlußbericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages und parlamentarische Beratung am 26. Oktober 1990
- 21/90 **Chancen und Risiken des Einsatzes von Expertensystemen in Produktion und Medizin**
Bericht der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung, Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“
- 22/90 **Landwirtschaftliche Entwicklungspfade**
Bericht der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung, Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“
- 23/90 **Nachwachsende Rohstoffe**
Bericht der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung, Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“
- 24/90 **Bedingungen und Folgen von Aufbaustrategien für eine solare Wasserstoffwirtschaft**
Bericht der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung, Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“
- 25/90 **Kernenergie auf dem Prüfstand: Sichere Energiequelle oder nicht beherrschbares Risiko?**
Bericht des 2. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestages („Transnuklear/Atomskandal“). Band 1 und 2
- 26/90 **Menschenrechte**
Öffentliche Anhörungen des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Erklärung der Bundesregierung und Aussprache im Deutschen Bundestag am 9. Dezember 1988 aus Anlaß des 40. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Menschenrechtsbericht der Bundesregierung für die 11. Legislaturperiode
- 1/91 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1990. Tätigkeitsbericht 1990 mit Plenardebatte am 19. Juni 1991
- 2/91 **Finanzielle Situation der Sozialversicherungssysteme nach der Vereinigung**
- 1/92 **Schutz des ungeborenen Lebens**
Öffentliche Anhörung des Sonderausschusses „Schutz des ungeborenen Lebens“ des Deutschen Bundestages am 13., 14., 15. November 1991 sowie 4. und 6. Dezember 1991
- 2/92 **„Identitätsfindung von Jugendlichen in den neuen Bundesländern“ und „Jugendsekten“**
Zwei Anhörungen des Ausschusses für Frauen und Jugend
- 3/92 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1991. Tätigkeitsbericht 1991 mit Plenardebatte am 17. Juni 1992
- 4/92 **Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung**
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages am 21., 22. Mai und 3. Juni 1992

- 1/93 **Erfahrungsaustausch mit Organisationen, die sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen**
Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 30. September 1992
- 2/93 **„Männer gegen Männer-Gewalt“ und „Jugend und Gewalt“**
Zwei Anhörungen des Ausschusses für Frauen und Jugend
- 3/93 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1992. Tätigkeitsbericht 1992 mit Plenardebatte am 24. Juni 1993
- 4/93 **Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen informations- und kommunikationstechnischen Industrie**
Öffentliche Anhörung der Ausschüsse für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, für Wirtschaft und für Post und Telekommunikation
- 5/93 **Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission**
gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages – Drucksachen 12/1590, 12/1670 – und Beschluß des Bundesrates – Drucksache 741/91 (Beschluß)
- 1/94 **Goldener Plan Ost des Deutschen Sportbundes**
Öffentliche Anhörung des Sportausschusses
- 2/94 **Werkzeuge des SED-Regimes. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski**
Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages
- 3/94 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1993. Tätigkeitsbericht 1993 mit Plenardebatte am 18. Mai 1994
- 4/94 **Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik**
- 5/94 **Treuhandanstalt**
Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages
- 6/94 **Gesetz zur Vermeidung von Rückständen, Verwertung von Sekundärstoffen und Entsorgung von Abfällen**
- 1/95 **HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte**
Bericht des 3. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages
- 2/95 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1994. Tätigkeitsbericht 1994 mit Plenardebatte am 23. Juni 1995
- 1/96 **Tibet**
Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 19. Juni 1995
- 2/96 **Materialien zur Verfassungsdiskussion und zur Grundgesetzänderung in der Folge der deutschen Einheit (drei Bände)**
- 3/96 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1995. Tätigkeitsbericht 1995 mit Plenardebatte am 11. Oktober 1996
- 1/97 **Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für die Gesellschaft von morgen**
Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des 13. Deutschen Bundestages
- 2/97 **Enquete-Kommission Sogenannte Sekten und Psychogruppen**
Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“
- 3/97 **Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**
Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1996. Tätigkeitsbericht 1996 mit Plenardebatte am 1. Oktober 1997

Hinweis

Die Hefte der Reihe „Zur Sache“ werden – soweit noch vorrätig – vom Referat Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsverwaltung kostenlos abgegeben.

Schriftenreihe „bundestag von a – z“

In der Schriftenreihe „bundestag von a – z“ sind folgende Hefte erschienen:*)

Kurztitel	Bibliothekarische Titelaufnahme
Abgeordnete	<i>Lorenz, Jürgen</i> Abgeordnete. Welche Rechte und Pflichten hat ein Mitglied des Deutschen Bundestages? Bonn 1973. 14 S. Heft Nr. 2.
Ältestenrat	<i>Kabel, Rudolf</i> Ältestenrat. Wie er agiert und funktioniert. Bonn 1973. 14 S. Heft Nr. 4
Ausschüsse	<i>Schramm, Friedrich und Burkhard Dobiey</i> Ausschüsse. Organe parlamentarischer Kontrolle. Bonn 1977. 16 S. Heft Nr. 19.
Bundesversammlung	<i>Kessel, Wolfgang</i> Bundesversammlung. Wie unser Staatsoberhaupt gewählt wird. Bonn 1979. 14 S. Heft Nr. 23.
Enquete-Kommission	<i>Schäfer, Friedrich</i> Enquete-Kommissionen. Stellung, Aufgaben, Arbeitsweise. Bonn 1976. 16 S. Heft Nr. 15.
Erfahrungen	Erfahrungen. Kritik am Bundestag und was drei MdB a. D. dazu sagen. [Von] <i>Alex Möller, Hermann Höcherl, Werner Mertes.</i> Bonn 1976. 16 S. Heft Nr. 13.
Fraktionen	<i>Jansen, Wolfgang</i> Fraktionen. Struktur und Arbeitsweise. Bonn 1973. 16 S. Heft Nr. 3.
Frauen	<i>Purwin, Hilde</i> Frauen. Welche Rolle spielen sie im Bundestag? Bonn 1978. 16 S. Heft. Nr. 20.
Geschäftsordnung	<i>Blischke, Werner</i> Geschäftsordnung. Kurz skizziert und kommentiert. Bonn 1976. 15 S. Heft Nr. 11.
Geschichte	<i>Neumaier, Eduard</i> Geschichte. Der Deutsche Bundestag im Wandel der Zeiten. Bonn 1974. 19 S. Heft Nr. 10.
Haushaltsausschuß	<i>Bußmann, Bernhard</i> Haushaltsausschuß. Informationen über seine Arbeitsweise. Bonn 1974. 14 S. Heft Nr. 7.
Immunität	<i>Lohmeier, Martin</i> Immunität. Flankenschutz für das Parlament. Bonn 1979. 23 S. Heft Nr. 22.

*) Neuauflagen sind in der Aufstellung nicht enthalten.

Kurtitel	Bibliothekarische Titelaufnahme
Internationale Bindungen und Beziehungen	<i>Wendt, Hans und Jürgen Lorenz</i> Internationale Bindungen und Beziehungen. Der Bundestag im Geflecht der Europa-Parlamente und internationaler Parlamentarier-Gruppen. Bonn 1978. 16 S. Heft Nr. 21.
Koalition	<i>Zwoch, Gerhard und Jürgen Lorenz</i> Koalition. Analytisches und Dokumentarisches. Bonn 1974. 13 S., 5 Bl. Heft Nr. 9.
Opposition	<i>Neumaier, Eduard</i> Opposition. Ihre Möglichkeiten und Grenzen. Bonn 1973. 14 S. Heft Nr. 5.
Petitionen	<i>Neumaier, Eduard</i> Petitionen. Das Eingaben-Recht – des Bürgers Notrufsäule. Bonn 1976. 15 S. Heft Nr. 16.
Plenum	<i>Kaiser, Carl-Christian</i> Plenum. Zentrum des Parlaments, Forum der Nation. Bonn 1976. 15 S. Heft Nr. 14.
Präsidium	<i>Rummel, Alois</i> Präsidium. Die Spitze der Volksvertretung. Bonn 1974. 16 S. Heft Nr. 8. <i>Rummel, Alois</i> Präsidium. Die Spitze der Volksvertretung. 2. veränd. Auflage. Bonn 1977. 18 S. Heft Nr. 8.
Selbstverständnis	Selbstverständnis. Der Bundestag im Spiegel dreier Debattenbeiträge. [Von] <i>Karl Carstens, Annemarie Renger, Alfred Ollesch</i> . Bonn 1977. 17 S. Heft Nr. 18.
Vermittlungsausschuß	<i>Lorenz, Jürgen und Wolf J. Bell</i> Vermittlungsausschuß. Scharnier zwischen Bundestag und Bundesrat. Bonn 1976. 16 S. Heft Nr. 12.
Wahlen	<i>Scholz, Peter</i> Wahlen. Systeme und Probleme. Wie kommt der Bundestag zustande? Bonn 1972. 16 S. Heft Nr. 1.
Wehrbeauftragter	<i>Kuhn, Gisbert</i> Wehrbeauftragter. Verlängerter Arm des Parlaments. Bonn 1974. 14 S. Heft Nr. 6.
Wissenschaftliche Dienste	<i>Lachmann, Günter</i> Wissenschaftliche Dienste. Das Informationssystem des Bundestages. Bonn 1977. 16 S. Heft Nr. 17.

Hinweis

Eine Aufstellung über die Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste findet sich unter Abschnitt 22.3.

Schriftenreihe „Stichwort“

Die Schriftenreihe „bundestag von a – z“ wurde inzwischen durch die Reihe „Stichwort“ abgelöst. Folgende Hefte sind bis zum Stand August 1997 erschienen bzw. in Vorbereitung:

Kurztitel	Bibliothekarische Titelaufnahme
Bundesversammlung	<i>Kessel, Wolfgang</i> Bundesversammlung. Die Wahl des Bundespräsidenten. Bonn 1997. 30 S. (= 5. überarb. Aufl. des zuvor in der Schriftenreihe „bundestag von a – z“ erschienenen Heftes.)
EG-Ausschuß	<i>Schoof, Eberhard</i> EG-Ausschuß. Der Deutsche Bundestag und die Europäische Gemeinschaft. 2. Aufl. Bonn 1994. 25 S.
Internationale Beziehungen	<i>Ferdinand, Horst</i> Internationale Beziehungen. Der Deutsche Bundestag und die interparlamentarischen Gremien. Bonn 1992. 51 S. (= 5. Aufl. des zuvor in der Schriftenreihe „bundestag von a – z“ erschienenen Heftes.)
Petitionen	Petitionen. Der Petitionsausschuß – der Anwalt des Bürgers. Bonn 1994. 33 S. (= 6. Aufl. des zuvor in der Schriftenreihe „bundestag von a – z“ erschienenen Heftes.)
Plenum	<i>Kaiser, Carl-Christian</i> Plenum. Zentrum des Parlaments – Forum der Nation. Bonn 1994. 19 S. (= 7. Aufl. des zuvor in der Schriftenreihe „bundestag von a – z“ erschienenen Heftes.)
Wahlen	<i>Schick, Rupert</i> und <i>Michael F. Feldkamp</i> Wahlen. Bonn 1998 (in Vorbereitung).
Wehrbeauftragter	<i>Gleumes, Karl</i> Der Wehrbeauftragte. Kontrollorgan des Parlaments – Sachwalter der Soldaten. Bonn 1994. 68 S.
Wissenschaftliche Dienste	<i>Schick, Rupert</i> und <i>Gerhard Hahn</i> Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Bonn 1995. 30 S. (= 4. Ausgabe des zuvor in der Schriftenreihe „bundestag von a – z“ erschienenen Heftes.)

Hinweis

Zum Thema „Bundestag und Öffentlichkeit“ finden sich Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- Abschnitt 8.3: Plenarsitzungen: Statistik
- Abschnitt 8.21: Publizität der Verhandlungen
- Abschnitt 8.22: Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie
- Abschnitt 9.8: Öffentliche Anhörungen

23.3 Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen

Dieser unter wechselnden Überschriften in den vorangegangenen *Datenhandbüchern* aufgenommene Abschnitt ist für den vorliegenden Band nochmals erweitert worden. Er enthält nunmehr folgende Unterabschnitte:

- Hörfunk- und Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen: Chronik
- Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen: Statistik
- Hörfunk- und Fernsehsendungen mit Parlamentsberichterstattung (eine „Momentaufnahme“ vom Stand Ende Dezember 1984)
- Einführung eines Parlamentsfernsehens: Chronik

Hörfunk- und Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen: Chronik*)

- | | |
|-------------------------|---|
| 7. September 1949 | Erste Hörfunk-Live-Übertragung aus dem Plenarsaal des Bundestages: die konstituierende Sitzung des 1. Bundestages; umfangreichere Hörfunk-Direkt-Übertragungen von Plenarsitzungen folgen erst wieder 1952. |
| 6. November 1949 | Der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) sendet erstmals zusammenfassende Beiträge und Ausschnitte in der Reihe „Die Woche im Parlament“ (von da an wöchentlich sonntags zwischen 19.00 und 19.30 Uhr). |
| 20. Januar 1950 | Treffen der Rundfunkintendanten mit Mitgliedern des Bundestags-Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films, bei dem auch (mit deutlicher Skepsis seitens der Abgeordneten) Fragen der Übertragung von Plenarsitzungen und der Ausstrahlung von Ausschnittsendungen wie in der Reihe „Die Woche im Parlament“ des NWDR besprochen werden. |
| 17./18. Oktober
1950 | Während der Programmleitenden-Konferenz der Rundfunkanstalten in Frankfurt/Main kommt man überein, „außer Regierungserklärung und Oppositionserklärung keine Übernahmen aus dem Parlament vorzunehmen“. |
| 13. April 1951 | Nach längeren Verhandlungen Abschluß eines Mietvertrages zwischen dem Bundestag und dem NWDR, wodurch der Rundfunkanstalt vier Räume im Erdgeschoß des Altbaus, ein Kontrollraum im Südflügel, ein |

*) *Gregor Mayntz*, Zwischen Volk und Volksvertretung. Entwicklung, Probleme und Perspektiven der Parlamentsberichterstattung unter besonderer Berücksichtigung von Fernsehen und Deutschem Bundestag. Diss. Bonn 1992. Mit freundlicher Genehmigung des Autors wurde diese Untersuchung ausgewertet sowohl für den chronologischen als auch für den statistischen Teil dieses Abschnittes (vgl. insbes. S. 157–271). In der Untersuchung wird u. a. auch die unterschiedliche Einstellung der jeweiligen Bundestagspräsidenten in der Frage der Fernsehübertragung deutlich; einerseits aufgeschlossen und fördernd *Hermann Ehlers* (1950–1954) sowie *Kai-Uwe von Hassel* (ab 1969) und seine Amtsnachfolger, andererseits überwiegend ablehnend und restriktiv *Eugen Gerstenmaier* in seiner Amtszeit von 1954 bis 1969. Ferner ist der Untersuchung zu entnehmen, welche (nicht immer nachvollziehbaren) Begründungen für die widersprüchliche Praxis der Direktübertragungen von Plenarsitzungen durch Hörfunk und Fernsehen vorgebracht worden sind. Vgl. auch *Gregor Mayntz*, Die Fernsehberichterstattung über den Deutschen Bundestag. Eine Bilanz. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 24. 1993. H. 3. S. 351–366.

- Regieraum und fünf Reporterkabinen am Plenarsaal im Bundeshaus zur Verfügung stehen.
- 7./8. Februar 1952 Hörfunk-Live-Übertragung der Debatte über den Verteidigungsbeitrag (Wehrdebatte).
3. April 1952 Der Ältestenrat bittet Bundestagspräsident *Hermann Ehlers*, Verhandlungen mit den Rundfunkanstalten aufzunehmen, damit zumindest Teile einer Generalaussprache übertragen würden.
8. Juli 1952 Im Ältestenrat zeichnet sich immer mehr die Tendenz ab, Kontrolle über die Ausschnittsendungen von Parlamentssitzungen in den Rundfunkanstalten zu gewinnen.
2. November 1952 Nachdem der NWDR im Oktober zunächst angekündigt hatte, die Sendereihe „Die Woche im Parlament“ ganz einzustellen, verzichtet er mit Beginn des Winterprogramms in der – nur noch alle 14 Tage ausgestrahlten – Sendung auf Zusammenschnitte von Bundestagsdebatten (als Konsequenz aus der Aufforderung des Ältestenrates, an der Herstellung der Sendung beteiligt zu werden).
25. Dezember 1952 Start der regulären öffentlichen Fernsehsendungen in der Bundesrepublik Deutschland. Anfängliche Bemühungen im Frühjahr 1953, im Bundeshaus ein Fernseh-Studio für Fernseh-Live-Übertragungen einzurichten, bleiben zunächst erfolglos.
19. März 1953 Erstmals Filmaufnahmen des Fernsehens von einer Bundestagsdebatte (3. Lesung der EVG-Verträge), die am folgenden Tag gesendet werden.
6. Oktober 1953 Erste Live-Übertragung des Fernsehens aus dem Plenarsaal des Bundestages: die konstituierende Sitzung des 2. Bundestages.
- Ein Jahr später sind bereits zwölf Sitzungen durch das Fernsehen direkt übertragen worden, darunter die Debatte zur Regierungserklärung (am 28. Oktober 1953), die *John-Debatte* (am 16. und 17. September 1954), die Regierungserklärung des Bundeskanzlers nach der Londoner Konferenz (5. Oktober 1954) sowie die außenpolitische Debatte am 7. Oktober 1954. – Die Übertragungen dauern mitunter den ganzen Tag an, beispielsweise die zweite und dritte Beratung der Pariser Verträge an vier Tagen im Februar 1955 von 9.00 Uhr bis 20.00 bzw. 21.00 Uhr und die Wehrpflichtdebatte am 6. Juli 1956 mit zwei kurzen Unterbrechungen von 9.00 bis 23.21 Uhr.
- Daneben verliert die Übertragung von Parlamentsdebatten im Hörfunk in der zweiten Wahlperiode nicht an Bedeutung. Einen Höhepunkt bildet die viertägige Direktübertragung der Beratungen über die Pariser Verträge im Februar 1955 (rund 10 Millionen eingeschaltete Rundfunkgeräte gegenüber – entsprechend der damaligen Verbreitung des Fernsehens – 200 000 Fernsehgeräten).
9. Februar 1956 Erstmaliges Verbot der Fernsehübertragung einer Plenarsitzung.
- Auf Empfehlung des Abgeordneten *Erich Mende* (FDP) spricht sich der Ältestenrat dafür aus, „die zweite Beratung des Soldatengesetzes und der Grundgesetzänderungen für Fernsehübertragungen nicht freizugeben, jedoch Rundfunkübertragungen zuzulassen“.

Damit bahnt sich ein grundsätzlicher Stimmungsumschwung innerhalb des Bundestages nicht nur zuungunsten von Fernseh-Live-Übertragungen ab, sondern auch von Ausschnittsendungen von Plenardebatten im Fernsehen.

29. Januar 1957 Nach der Ablehnung des Ältestenrates, die Regierungserklärung vom 31. Januar (Thema: Außenpolitische Lage, Wiedervereinigung Deutschlands, Sicherheitssysteme) vom Fernsehen übertragen zu lassen, vertritt Vizepräsident *Richard Jaeger* die Auffassung, „daß aus einer Reihe von Gründen eine grundsätzliche Entscheidung dahin gehend getroffen werden sollte, künftig das Fernsehen auszuschließen“.
12. März 1957 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* teilt dem Ältestenrat mit, er habe entschieden, bis zum Ende der Wahlperiode weder Rundfunk noch Fernsehen bei Bundestagssitzungen zuzulassen.
- Eine Ausnahme wird jedoch bald auf Wunsch der Fraktionen für die Euratom-Debatte am 10. Mai 1957 beschlossen, die über neun Stunden lang direkt vom ARD-Fernsehen übertragen wird, ferner für die Gedenksitzung am 17. Juni 1957.
15. Oktober 1957 Die konstituierende Sitzung des 3. Bundestages wird über Fernsehen live übertragen.
- Bundestagspräsident *Gerstenmaier* hatte am 3. Oktober 1957 im Ältestenrat wie selbstverständlich mitgeteilt, er habe für die ersten beiden Sitzungen Live-Sendungen genehmigt.
- Tatsächlich werden nicht nur die Plenarsitzungen vom 15. und 22. Oktober (Wahl des Bundeskanzlers) direkt übertragen, sondern auch die Sitzungen vom 29. Oktober (Vereidigung des Kabinetts) und vom 5. November (Regierungserklärung und Debatte, von 9.55 bis 17.56 Uhr).
21. Januar 1958 Der Ältestenrat beschließt:
- „Fernsehen soll künftig für Arbeitssitzungen nicht mehr zugelassen werden, ausgenommen sollen bleiben Feierstunden oder Sitzungen, die nicht der parlamentarischen Auseinandersetzung, sondern der Dokumentation des einheitlichen Willens des Hauses dienen.“
- Diese Regelung gilt nicht für Rundfunk-Übertragungen und Wochenschau-Aufnahmen. Seitens des Fernsehens stößt die Entscheidung nicht auf Kritik.
- Tatsächlich findet zwischen dem 6. November 1957 und dem 11. April 1962 keine Live-Übertragung einer Arbeitssitzung des Bundestages statt. Lediglich einige Feierstunden (vor allem zum 17. Juni) werden übertragen.
3. November 1959 Der Ältestenrat beschließt erstmals, daß Plenarsitzungen auch vom Rundfunk nicht übertragen werden dürfen (die Debatten über Kohlehilfe und Rentenversicherung am 4., 5. und 6. November). Im Protokoll des Ältestenrates ist der Nachsatz unterstrichen: „Diese Entscheidung gilt bis zum Ende der Wahlperiode.“
17. Oktober 1961 Konstituierende Sitzung des 4. Bundestages.
- Der Ältestenrat hatte dem Fernsehen vier Tage zuvor lediglich gestattet, von dieser Sitzung Ausschnitte aufzunehmen.

- Februar 1963 Briefliche Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV) und Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* über die inzwischen äußerst restriktive Handhabung der Bildberichterstattung aus dem Bundestag. Der DJV argumentiert, die Berichterstattung über die öffentlichen Bundestagssitzungen könne nicht von Anträgen und Genehmigungen abhängig gemacht werden.
- 18./24. Oktober 1963 Fernseh-Live-Übertragung der ersten Regierungserklärung von *Ludwig Erhard* und der Aussprache, nachdem schon am 15. Oktober beim Rücktritt von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* das Fernsehen für eine Stunde zugelassen worden war.
Von dem von der ARD live übertragenen Bild sendet das inzwischen gegründete Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) am gleichen Tag eine Aufzeichnung in Ausschnitten.
20. Oktober 1964 Der Ältestenrat des Bundestages spricht sich für eine Überprüfung der Regelungen über die Zulassung des Fernsehens im Parlament aus.
- März 1965 Der SPD-Fraktionsvorstand im Bundestag setzt sich dafür ein, wie dem Hörfunk auch dem Fernsehen die grundsätzliche Erlaubnis zu erteilen, Debatten mitzuschneiden und in Ausschnitten später zu senden; darüber hinaus sollte auch die Genehmigung zur Direktübertragung in der Regel gegeben werden.
25. November 1965 Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, Rundfunk- und Fernsehaufnahmen aus dem Plenum unbeschränkt zuzulassen.
Während des Jahres 1965 war den Fernsehanstalten mehrmals die Direktübertragung aus dem Plenarsaal gestattet worden, so im März die Debatte über die Verjährung von NS-Straftaten und die konstituierende Sitzung des 5. Bundestages am 19. Oktober (letztere gleichzeitig sowohl von der ARD als auch vom ZDF).
Nach der Fernseh-Live-Übertragung der viertägigen Aussprache zur Regierungserklärung von *Ludwig Erhard* Ende November/Anfang Dezember 1965 äußert sich Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* in einem Zeitungsinterview erstmals positiv zur Direktübertragung von Plenarsitzungen.
Insgesamt führt die wachsende Ausbreitung des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 60er Jahre im Bundestag zu einer Neubewertung der Frage von Direktübertragungen. Auch bei den Fernsehanstalten setzen neue Überlegungen zugunsten einer intensiveren Parlamentsberichterstattung ein.
11. Januar 1966 Der Ältestenrat des Bundestages befaßt sich im Anschluß an die SPD-Initiative vom November 1965 mit der Frage der Fernsehübertragungen. Obwohl eine generelle Entscheidung in dieser Sitzung laut Protokoll nicht gefällt wurde, gilt dieses Datum als Zeitpunkt für die generelle Zulassung von Live-Sendungen aus dem Plenarsaal. Der Ältestenrat behält sich ledig-

Hinweis

Zur Einführung eines Parlamentsfernsehens enthält dieser Abschnitt eine eigene Chronik auf Seite 3495 ff.

lich für Einzelfälle ein Einspruchsrecht vor, aber bis heute sind Anträge auf Live-Übertragungen ausnahmslos genehmigt worden.

Nach unterschiedlichen Regelungen bestehen somit seit 1966 grundsätzlich uneingeschränkte Arbeitsmöglichkeiten für die beim Deutschen Bundestag zugelassenen Journalisten von Presse, Hörfunk und Fernsehen. Direktübertragungen aus dem Plenarsaal von Hörfunk und Fernsehen werden von den Rundfunkanstalten in eigener Regie und Verantwortung durchgeführt. Die übrigen Sitzungen werden aufgezeichnet und bei Interesse in Form von Ausschnitten in den Nachrichtensendungen bzw. in den aktuellen politischen Sendungen ausgestrahlt.

Live-Übertragungen und ausschnittartige Zusammenfassungen von Plenardebatten gehören mittlerweile zum alltäglichen Angebot des Deutschen Fernsehens. Über den Umfang der Parlamentsberichterstattung des Fernsehens gibt die folgende Statistik Auskunft.

Geändert hat sich seit 1966 lediglich, daß seit dem 18. September 1979 der Bundestag die offizielle Genehmigung erteilt hat, aus dem Plenarsaal farbig zu übertragen, nachdem die beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF die bisherigen Schwarz-Weiß-Anlagen im Plenarsaal umgestellt haben.

Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen: Statistik

Aus der nebenstehenden statistischen Übersicht*) wird die unterschiedliche Praxis der Fernseh-Live-Übertragungen von Plenarsitzungen aus dem Bundestag deutlich:

- Noch keine Übertragungen während der 1. Wahlperiode (1949–53), da das Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland erst am 25. Dezember 1952 seinen regulären Sendebetrieb aufgenommen hat und die technischen Voraussetzungen für die Direktübertragungen aus dem Parlament noch geschaffen werden mußten,
- 144 Stunden (= 8,4%) Direktübertragung durch das Fernsehen in der 2. Wahlperiode (1953–57), wobei der größte Anteil auf die Jahre 1954 und 1955 entfällt, da sich ab 1956 die fortschreitende Tendenz auswirkt, das Fernsehen aus dem Plenum auszuschließen,

*) Quellen:

- 1.–11. Wahlperiode: *Gregor Mayntz*, a.a.O., S. 317 und 346–348;
- 12. Wahlperiode: Unterlagen des Referats Presse, Rundfunk, Fernsehen

Hinweis

Aspekte des Themenbereichs Plenum, Plenarsitzungen und Plenardebatten werden außerhalb des Kapitels 8 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 1.25 Tag der Konstituierung
- 2.15 Zeitbudget der Abgeordneten
- 4.8 Alterspräsidenten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsgliedern
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden

- der Rückgang der Fernseh-Live-Übertragungen auf ein bis zwei Prozent in der 3. und 4. Wahlperiode als Folge des generellen Fernseh-Ausschlusses bis Anfang 1966,
- der auf 14,0% gestiegene Anteil von live im Fernsehen übertragenen Plenarsitzungen in der 5. Wahlperiode (1965–69) nach der generellen (Wieder-)Zulassung von Direktsendungen im Januar 1966,
- der zwischen 27,1 und 18,4% schwankende Anteil von Live-Sendungen aus dem Bundestagsplenar seit der 6. Wahlperiode.

Wahlperiode	Dauer der Plenarsitzungen in Std. u. Min.	Fernseh-Live-Übertragungen von Plenarsitzungen		zusätzl. Ausschnittsendungen und Aufzeichnungen von Plenarsitzungen in ARD und ZDF in Std. und Min.	Gesamtzeit der Sonderberichterstattung von ARD und ZDF über die Bundestagssitzungen in Std. und Min.
		Dauer in Std. und Min.	Anteil in %		
1. WP 1949–53	–	–	–	–	–
2. WP 1953–57	1 713:35	144:19	8,4	0:10	144:29
3. WP 1957–61	1 439:31	14:57	1,0	1:04	16:01
4. WP 1961–65	984:53	17:33	1,8	19:40	37:13
5. WP 1965–69	1 253:47	175:36	14,0	118:22	293:58
6. WP 1969–72	988:13	225:03	22,8	57:38	282:41
7. WP 1972–76	1 484:57	347:40	23,4	30:15	377:55
8. WP 1976–80	1 303:31	329:32	25,3	8:18	337:50
9. WP 1980–83	804:41	218:03	27,1	14:15	232:18
10. WP 1983–87	1 683:23	319:21	19,0	2:10	321:31
11. WP 1987–90	1 646:16	318:15	19,3	0:00	318:15
12. WP 1990–94	1 801:34	370:30	20,6	0:00	370:30
2.–12. WP 1953–94	15 104:21	2 480:49	16,4	251:52	2 732:41

Hörfunk- und Fernsehsendungen mit Parlamentsberichterstattung

In diesem Abschnitt ist – gewissermaßen in einer „Momentaufnahme“ – zusammengestellt worden, in welchen regelmäßigen Hörfunk- und Fernsehsendungen – von den laufenden Nachrichtensendungen abgesehen – aktuell (auch) über das Geschehen und die Arbeit im Deutschen Bundestag berichtet wird. Die Angaben sind auf dem Stand von Ende Dezember 1984 und inzwischen zum Teil überholt. *)

Die Zusammenstellung zeigt, daß es bei den Hörfunksendern spezielle „Berichte aus Bonn“ kaum mehr gibt. Aktuelle Berichte über die Bundesrepublik und speziell über die Parlamentsarbeit werden vielmehr je nach Nachrichtenfall und Bedeutung des Ereignisses in verschiedene regelmäßige aktuelle Sendungen plazierte.

Auch für die Direktübertragung von Plenarsitzungen besteht kein festes Programmschema. Vom Westdeutschen Rundfunk werden – zugleich für die anderen Hörfunksender der ARD – alle nach dessen Einschätzung wichtigen Bundestagsdebatten live übertragen (vgl. dazu den entsprechenden Hinweis unter der Eintragung des WDR in der folgenden Tabelle).

Lediglich die beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD und ZDF verfügen über eine regelmäßige „Bonn-Sendung“ mit festem Sendeplatz:

- der „Bericht aus Bonn“ im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) freitags um 22.30 Uhr in Verbindung mit den „Tagesthemen“,
- „Bonn direkt“ (früher „Bonner Perspektiven“) im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) sonntags um 19.10 Uhr.

Hörfunk: 1.–3. Programme

Sender	Programm	Titel der Sendung	Tag	Zeit	Bemerkungen
Bayerischer Rundfunk	I	Chronik am Mittag	Mo–Fr	12.30–12.55	Berichterstattung aus dem In- und Ausland, einschließlich Bundestag
		Chronik des Tages	Mo–Sa	18.00–18.25	Berichterstattung aus dem In- und Ausland, einschließlich Bundestag
		Abendjournal	Mo–Fr	21.00–21.30	Kommentare und Analysen zur Politik, einschließlich Bundestag
Deutschlandfunk		Deutschlandfunk – fünf nach fünf	Mo–Fr	5.05– 6.00	Musik und Informationen
		Deutschlandfunk – fünf nach sechs	Mo–Fr	6.05– 7.00	Musik und Informationen

*) Quelle: Angaben der Pressestellen oder der Bonner Studios der Hörfunk- und Fernsehsender

Sender	Programm	Titel der Sendung	Tag	Zeit	Bemerkungen
noch: Deutschlandfunk		Deutschlandfunk – Viertel nach sieben	Mo–Fr	7.15– 8.00	Musik und Informationen
		Deutschlandfunk – fünf nach zwölf	Mo–Sa	12.05–13.00	
		Deutschlandfunk – zehn nach eins	Mo–Fr	13.10–13.30	
		Themen der Woche	Sa	13.10–13.30	
		Deutschlandfunk – zehn nach fünf	tägl.	17.10–17.30	Mo–Fr: Aus Wirtschaft und Gesellschaft Sa: Aus Gesellschaft und Politik So: Deutschland und die Welt
		Fünf nach sechs im DLF	Mo–Fr	18.05–18.30	
		Themen des Tages	tägl.	20.05–20.15	
		Zur Diskussion	Fr	20.15–21.00	
		Themen der Zeit	tägl.	21.40–22.00	Analysen und Kommentare
Hessischer Rundfunk	I	Frühkommentar	Mo–Fr	7.00– 7.05	
		Frankfurter Gespräch	So	11.30–12.00	
		Passiert – notiert I	Mo–Sa	13.10–14.00	
		Passiert – notiert II	Mo–Fr	17.05–18.00	
		Heute aktuell	Mo–Fr	18.05–18.30	
		Abend-Kommentar	Mo–Fr	19.05–19.30	
		Politische Berichte	Mo–Fr	22.05–22.20	
Norddeutscher Rundfunk	I	Echo des Tages	Mo–Sa	18.30–19.00	Berichte, Reportagen, Interviews; gleichzeitig im NDR, III. Programm und WDR, I. Programm

Hinweis

Zur Einführung eines Parlamentsfernsehens enthält dieser Abschnitt eine eigene Chronik auf Seite 3495 ff.

Sender	Programm	Titel der Sendung	Tag	Zeit	Bemerkungen
noch: Norddeutscher Rundfunk	II	Frühkurier	Mo–Sa	6.10– 8.54	Berichte, Reportagen, Interviews
		Mittagskurier	Mo–Sa	12.05–12.54	Berichte, Reportagen, Interviews
		Abendkurier	Mo–Fr	17.05–17.55	Berichte, Reportagen, Interviews
		Kommentar	Mo–Fr	18.05–18.10	
	III	Zeitfunk	Mo–Sa Mo–Sa	7.05– 7.20 13.10–13.30	Aktuelle Informationen und Meinungen; gleichzeitig im WDR, I. Programm
		Echo des Tages	Mo–Sa	18.30–19.00	Berichte, Reportagen, Interviews; gleichzeitig im NDR und WDR, I. Programm
		Meldung und Meinung	Mo–Fr	19.00–19.20	Nachrichten und Kommen- tare; gleichzeitig im WDR, I. Programm
		Berichte von heute	Mo–Fr	23.30–24.00	Berichte, Reportagen, Interviews, Kommentare
Radio Bremen	I	Zeit im Funk – Mittagaussage	Mo–Fr	12.00–12.30	ggf. aktuelle Berichte von Plenarsitzungen des Vor- mittags, zumeist im Ori- ginalton
		Zeit im Funk – Abendaussage	Mo–Fr	17.30–18.30	ggf. aktuelle Berichte von Plenarsitzungen mit Ori- ginalausschnitten
		Bonn und die Bundes- länder – Analysen, Berichte und Kom- mentare	Sa	17.30–18.05	
		Abendkommentar	tägl.	19.10–19.15	ggf. zu wichtigen Bundes- tagsdebatten

Hinweis

Die Ergebnisse zweier Umfragen über den durchschnittlichen Zeitaufwand eines Abgeordneten für sämtliche politischen, beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen in Bonn und im Wahlkreis sind in Abschnitt 2.15: Zeitbudget der Abgeordneten wiedergegeben.

Sender	Programm	Titel der Sendung	Tag	Zeit	Bemerkungen
RIAS Berlin	I	RIAS-Frühprogramm	Mo-Sa	4.35– 8.30	gleichzeitig auch im Programm II
		Studio Bonn berichtet	So	10.00–10.30	Wiederholung von Sa, Programm II
		Rundschau am Mittag	Mo-Sa	12.00–14.30	gleichzeitig auch im Programm II
		Journal I	Mo-Fr	16.40–17.00	
		Journal II	Mo-Sa	18.40–19.00	
		Aktuelle Spätausgabe	Mo-Fr	21.30–22.30	Wiederholung im Programm II, Di-Sa 0.30–1.30 Uhr
	II	Aktuelle Spätausgabe	Di-Sa	0.30– 1.30	Wiederholung vom Programm I
		RIAS-Frühprogramm	Mo-Sa	4.35– 8.30	gleichzeitig auch im Programm I
		Rundschau am Mittag	Mo-Sa	12.00–14.30	gleichzeitig auch im Programm I
		Studio Bonn berichtet	Sa	19.00–19.30	Wiederholung am So, Programm I
		Kommentare und Berichte	Mo-Fr	19.30–20.00	
Saarländischer Rundfunk	I	Journal am Morgen	tägl.	8.05–12.05	
		Radio-Report	tägl.	13.00–13.10 18.00–18.10 22.00–22.10	
		Journal am Mittag	tägl.	14.00–17.00	
		Abendmagazin	tägl.	21.05–22.00	
	II	Tagesbilanz	tägl.	18.05–18.45	
		Interview der Woche	Sa	12.05–12.15	

Hinweis

Eine chronologisch nach den Wahlperioden gegliederte Auflistung aller Maßnahmen, die bei großzügiger Interpretation dem Bereich der Parlamentsreform zugerechnet werden können, ist im Abschnitt 13.2 vorgenommen worden. Im übrigen taucht das Thema „Parlamentsreform“ in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt.

Sender	Programm	Titel der Sendung	Tag	Zeit	Bemerkungen	
Sender Freies Berlin	I	Der Mittagskommentar	Mo–Fr	13.10–13.13	zugleich im Programm II und III	
		Von Woche zu Woche – eine politische Betrachtung	So	13.10–13.25	Wiederholung um 14.05 im Programm II	
		Politik am Mittag	Mo–Fr	13.13–13.30		
		Aktuelles vom Tage	Mo–Fr	17.30–18.00		
		Der Abendkommentar	Mo–Fr	18.10–18.15		
		Das Interview	Sa	18.15–18.30		
		Politik am Abend	Mo–Fr	22.10–22.30		
	II	Echo am Mittag – ein aktuelles Magazin	Mo–Fr	12.05–14.30		
		Von Woche zu Woche – eine politische Betrachtung	So	14.05–14.20	Wiederholung vom Programm I	
		Im Schaufenster – 20 Minuten Wirtschaft	Mo–Fr	17.10–17.30		
	Süddeutscher Rundfunk	I	Morgentelegramm	Mo–Fr	7.00– 7.30	
			Von Tag zu Tag	Mo–Fr	12.30–13.00	
			Politik im Gespräch	Sa	12.45–13.00	
Telegramm am Nachmittag			Mo–Fr	16.00–16.06		
Südfunk aktuell/ Tagestelegramm			Mo–Fr	17.05–17.30		
Notizen zum Tage			Mo–Fr	18.05–18.55		
Das Südfunk-Interview			So	18.40–18.55		
Nachrichten – Berichte – Meinungen			Mo–Fr	19.00–19.30		
Südfunk-Forum			Di	21.00–22.00	abwechselnd mit: Näher betrachtet	
Spätlese – Notizen aus der Bundeshauptstadt			So ¹⁾	22.15–22.30	¹⁾ am letzten Sonntag im Monat	

Sender	Programm	Titel der Sendung	Tag	Zeit	Bemerkungen
noch: Süddeutscher Rundfunk	II	Politik im Zweiten	Mo–Fr	18.00–18.05	
		Politik im Zweiten	Sa	18.00–18.30	Aktuelles Feature
		Gast im Bonner Studio	Do	18.15–18.25	wöchentlich, falls nicht Landtagssitzung; Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg im Gespräch
		Korrespondenten berichten	So	20.20–20.29	
Südwestfunk Baden-Baden	I	Interview zum Zeitgeschehen	So	12.05–13.00	Wichtige Ereignisse im In- und Ausland werden aufgegriffen, erläutert und im Zusammenhang dargestellt. Das Interview ist auf einen aktuellen Vorgang oder erkennbaren Trend abgestellt.
		Heute Mittag	Mo–Sa	13.00–14.00	Nachrichten, Musik, Informationen aus der nationalen und internationalen Politik
		Tribüne der Zeit	Mo–Sa	18.00–18.20	Nachrichten, Berichte, Kommentare
		Heute Abend	Mo–Fr	19.30–20.00	Aus Politik und Zeitgeschehen; aktuelle und latente Themen werden in ihren großen Zusammenhängen dargestellt.
		Politik nach 10	tägl.	22.05–22.15	Zeitthemen werden analytisch, aber auch wertend aufgegriffen.
	II	Blickpunkt am Mittag	Mo–Fr	12.30–13.10	Nachrichten, Berichte, Kommentare und eine internationale Presseschau zum aktuellen politischen Geschehen
		Blickpunkt am Abend	Mo–Sa	19.00–19.30	Nachrichten, Berichte, Kommentare zum aktuellen Zeitgeschehen
		Welt von heute	Mo–Fr in der 1., 2. u. 4. Woche	20.30–21.30	Aus Politik und Zeitgeschehen; Features und Dokumentationen zu Fragen der Politik und Gesellschaft

Sender	Programm	Titel der Sendung	Tag	Zeit	Bemerkungen
noch: Südwestfunk Baden-Baden	III	Litfaswelle	Mo–Sa	6.03– 8.00	Stichworte zu politischen Tagesereignissen, Korrespondenten-Berichte (Live-Magazin)
		Extra Drei	Mo–Sa	12.05–13.00	aktuelle politische Themen (Live-Magazin)
Westdeutscher Rundfunk ¹⁾	I	Zeitfunk – Aktuelle Informationen und Meinungen	tägl.	7.05– 7.20	In allen genannten Sendungen finden sich politische Kommentare, Reportagen, O-Ton-Berichte und Interviews aus dem Bereich der Bonner Politik; gleichzeitig im NDR, III. Programm
		Zeitfunk – Aktuelle Informationen und Meinungen	tägl.	13.10–13.30	
		Echo des Tages	tägl.	18.30–19.00	gleichzeitig im NDR, I. und III. Programm
		Meldung und Meinung	tägl.	19.00–19.20	gleichzeitig im NDR, III. Programm
	II	Morgenmagazin	Mo–Sa	6.05– 9.05	
		Mittagsmagazin	Mo–Sa	12.05–14.45	

¹⁾ Vom WDR werden (zugleich für die anderen Hörfunksender der ARD) alle nach dessen Einschätzung wichtigen Bundestagsdebatten übertragen, beim WDR in der Regel über die beiden Mittelwellensender Bonn und Langenberg und bei besonders herausragenden Parlamentsdebatten zugleich auch über die UKW-Programme WDR III und WDR IV.

Fernsehen: 1. und 2. Programm

Sender	Programm	Titel der Sendung	Tag	Zeit	Bemerkungen
Erstes Deutsches Fernsehen (ARD)	I	Tagesschau	tägl.	20.00–20.15	
		Tagesthemen	Mo–Fr	22.30–23.00	Fr mit Bericht aus Bonn
Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)		Heute	Mo–Sa So	19.00–19.30 19.00–19.10	
		Bonner Perspektiven	So	19.10–19.30	
		Heute-Journal	Mo–Fr	21.45–22.05	

Einführung eines Parlamentsfernsehens: Chronik*)

- Mai 1985 Als sich in der Bundesrepublik Deutschland infolge der neuen Kommunikationstechnischen Möglichkeiten eine Vermehrung der Fernsehprogramme abzeichnet, beginnt die Diskussion über einen „Parlamentskanal“.
- Im Rahmen einer Tagung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und der Akademie für politische Bildung in Tutzing wägt ZDF-Chefredakteur *Reinhard Appel* das Für und Wider eines Bundestagskanals ab. Als Vorteil bewertet er die Möglichkeit, daß die Debatten bundesweit und ohne „Beschneidung“ durch die Rundfunkanstalten verbreitet werden könnten. Auf der anderen Seite sieht er das Risiko, daß sich ARD und ZDF dann häufiger auf eine zusammenfassende und ausschnittweise Berichterstattung in ihren Hauptprogrammen beschränken könnten.
- Im Verlauf derselben Veranstaltung plädiert der Politologe *Heinrich Oberreuter* für einen Parlamentskanal, weil dieser den Parlamenten in Bund und Ländern die Möglichkeit gäbe, die Öffentlichkeit direkt zu erreichen, ohne vermittelnde Instanzen, die übermitteln, was sie für wichtig halten.
1. Juli 1985 Die Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform des Deutschen Bundestages erklärt eine stärkere Kooperation zwischen den Fernsehanstalten und dem Bundestag bezüglich Art und Auswahl der Übertragungen aus dem Plenarsaal für erstrebenswert.
- 28.–30. September 1986 Auf einer Konferenz der Vorsitzenden der Geschäftsordnungsausschüsse der Parlamente in der Europäischen Gemeinschaft in Berlin werden die Möglichkeiten, den Informationsfluß zwischen Parlamenten und Bürgern zu verbessern, erörtert. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, *Manfred Schulte* (SPD), fordert einen eigenen Bundestagskanal mit der Begründung, in einem „Kanal des öffentlichen Interesses“ könnten die sonst von den Medien vorgenommenen Wertungen und Filterungen bei der Berichterstattung über die Parlamentsarbeit vermieden werden.
- In den folgenden Wochen begrüßen alle Bundestagsfraktionen diesen Vorstoß. Die sich anschließende öffentliche Debatte wird von vier Fragestellungen beherrscht:
1. Organisation,
 2. Finanzierung,
 3. Publikumsinteresse,
 4. Objekt der Berichterstattung (nur Plenarsitzungen des Bundestages, der Landtage und des Europäischen Parlaments oder auch Ausschusssitzungen, öffentliche Anhörungen usw.?).
- November 1986 Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* betont sein Interesse an einem Parlamentskanal, sieht aber keine Notwendigkeit, ein solches Vorhaben von heute auf morgen zu verwirklichen. Es bedürfe sorgfältiger Beobachtung

*) Bearbeitet von *Inge Schlieper*.

Vgl. zum Thema zuletzt *Stefan Marschall*, TV-Berichterstattung aus dem Parlament: in neuer Form, auch mit neuem Format? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 28. 1997. H. 2. S. 279–295.

der technischen Entwicklung und gründlicher Recherchen bezüglich der Akzeptanz bei der Bevölkerung.

21. November 1986 In einem internen Gutachten prüft die Bundestagsverwaltung die rechtlichen Voraussetzungen für einen eigenen Fernsehkanal. Das Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste kommt zu dem Schluß, wegen der Rundfunkhoheit der Länder habe der Bundestag allenfalls die Möglichkeit, von ihm produzierte Sendungen den Rundfunkveranstaltern zur Weiterverbreitung anzubieten.
30. Mai 1987 Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* bekräftigt in einem Interview mit der „Augsburger Allgemeinen“, er wolle den Bürgern der Bundesrepublik die Möglichkeit verschaffen, unabhängig von den Sendezeiten der Fernsehanstalten Bundestagsdebatten solange zu verfolgen, wie sie es wünschen.
14. November 1988 Ein neues Rechtsgutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages kommt zu einem positiveren Ergebnis als das zwei Jahre zuvor gefertigte Gutachten und sieht ein parlamentseigenes TV-Programm im Einklang mit der Fernseh-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.
21. November 1988 Ein weiteres Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste beleuchtet die technischen Möglichkeiten eines Parlamentskanals. Darin werden Angaben zum Mindestbedarf an Personal und an technischen Einrichtungen für ein eigenes Fernsehprogramm des Deutschen Bundestages gemacht und die Investitionskosten mit einer zweistelligen Millionensumme prognostiziert.
13. Dezember 1989 In der „Selbstverständnisdebatte“ des Bundestages wird unter anderem der Wunsch nach der Einrichtung eines Parlamentskanals geäußert.
Die Debatte zeitigt allerdings keinen Auftrag zur Realisierung an parlamentarische Gremien oder an die Bundestagsverwaltung. Wegen rechtlicher und finanzieller Bedenken sowie im Zuge der mit der Wiedervereinigung in Zusammenhang stehenden Ereignisse verschwindet das Thema zunächst aus der öffentlichen Diskussion.
- Februar 1992 Der SPD-Abgeordnete *Norbert Gansel* regt die Einrichtung eines Parlamentskanals zur Übertragung von Bundestagsdebatten im Zuge einer Parlamentsreform an.
- Dezember 1992 Die Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat diskutiert die Einführung eines Parlamentsfernsehens. Nach ersten Sondierungsgesprächen wird reges Interesse in allen Parteien registriert. *Norbert Geis*, Berichterstatter der Unionsparteien, würde gern „Politik, wie sie in Bonn fabriziert wird“, auf dem Bildschirm sehen. Um dem Bundestag die Möglichkeit zur Öffentlichkeitsarbeit via Bildschirm zu verschaffen, müßte allerdings zunächst die rechtliche Zulässigkeit des Vorhabens geprüft werden.
22. Februar 1993 *Dieter Wiefelspütz* (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Bundestages sowie Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern, berichtet, dieses Gremium habe die Verfassungsmäßigkeit eines Parlamentskanals überprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, es bestünden keine Bedenken gegen ein solches Vorhaben, solange es sich quasi um ein „elektronisches Protokoll“ der Sitzungen handele. Dagegen müsse das Grundgesetz geändert werden, wenn ein strukturiertes Programm ausgestrahlt werden solle.

- Februar 1993 In einem Interview mit dem Privatsender VOX betont Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, die Politiker müßten von den Planungen der Fernsehveranstaltungen unabhängig werden. Wenn diese wegen einer Tennisübertragung die Übertragung einer Bundestagsdebatte abbrechen, so müßten die Bürger die Möglichkeit haben, die Diskussion im Bundestag auf einem anderen Sender weiter zu verfolgen.
- Der Bundestagsabgeordnete *Peter Glotz* (SPD) spricht sich gegen einen bundestageeigenen Fernsehkanal aus, weil das Parlament dadurch in ein „Medien-Ghetto“ abgedrängt werde.
- Nach Angaben von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* gibt es keine konkreten Planungen für die Einrichtung eines Parlamentskanals. Sie hält es aber für sinnvoll, die verfassungsrechtliche Option für einen solchen Kanal offenzuhalten.
- Bernd Neumann*, Vorsitzender des Fachausschusses Medienpolitik der CDU, hält einen Parlamentskanal mit redaktionellem Programm für verfassungsrechtlich bedenklich, würde aber eine Übertragung von Plenarsitzungen ohne redaktionelle Eingriffe befürworten.
- Ende 1993 Ein neuer Anstoß zur Einrichtung eines parlamentseigenen Fernsehkanals geht vom Privatsender Pro 7 aus. Gedacht ist an einen Politikkanal, der nach dem Vorbild des amerikanischen Senders C-Span (Cable-Satellite Public Affairs Network) – dieser berichtet seit 1979 mit großem Erfolg aus dem Repräsentantenhaus und seit 1986 auch aus dem Senat – die Arbeit des Bundestages im Plenum und in den Ausschüssen laufend und vollständig dokumentiert. Als Träger des Unternehmens sollte eine eigenständige Gesellschaft gegründet, das Redaktionsstatut vom Bundestag beschlossen und eventuell die „operative Redaktion“ vom Parlament geleitet oder überwacht werden. Die Initiative wird an die Bundestagspräsidentin herangetragen, kommt aber über den Stand eines Exposés nie hinaus.
26. April 1995 Der Bundestag überträgt erstmals über seinen Fernseh-Hauskanal eine Plenarsitzung mit sieben automatischen Kameras. Statt wie bisher nur das Bild eines einzigen, starr auf das Rednerpult ausgerichteten Objektivs auf die Bildschirme zu bringen, werden jetzt bewegte Bilder aus unterschiedlichen Blickwinkeln geliefert. Der Vorteil des modernisierten Hauskanals erweist sich vor allem bei der Übertragung der Fragestunden, bei denen bisher weder der Fragesteller noch der antwortende Vertreter des angesprochenen Ministeriums zu sehen war, weil sie nicht vom Rednerpult, sondern von ihren Plätzen bzw. von der Regierungsbank aus sprechen. Ab September sollen die Fernsehbilder des Bundestagshauskanals auch den deutschen TV-Sendern angeboten werden.
15. Mai 1995 Der Intendant des Senders Freies Berlin, *Günter von Lojewski*, regt an, einen Parlamentskanal als öffentlich-rechtliches Spartenprogramm einzurichten. Dieses Angebot sollte den Fernsehzuschauern nach dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin gemacht werden und alle Debatten des Deutschen Bundestages enthalten. Der Vorschlag wird vom Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, *Fritz Pleitgen*, aufgegriffen und gefördert.

5. Juni 1995 Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins FOCUS stößt das Angebot des Bundestages an die deutschen TV-Sender, nach der Sommerpause die von der hauseigenen Fernsehanlage produzierten Bilder zu übernehmen, bei RTL, SAT 1 und WDR auf Zurückhaltung. Die Sender möchten bei Übertragungen von Plenarsitzungen nicht auf selbstrecherchiertes Bildmaterial verzichten.
14. September 1995 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* begrüßt das von WDR-Intendant *Fritz Pleitgen* für die ARD entwickelte Modell eines „Europäischen Parlamentskanals“ und sieht darin eine Chance, eine breite Öffentlichkeit ungefiltert über die Meinungsbildung in den Parlamenten zu unterrichten und damit den Parlamentarismus und den Europagedanken zu stärken.
- September 1995 Die Intendanten der ARD beschließen auf ihrer Arbeitssitzung in Köln die Einführung eines „Europäischen Parlaments- und Ereigniskanals“. Das werbefreie Programm soll gemeinsam mit dem ZDF produziert werden. Vorgesehen sind Live-Übertragungen und Aufzeichnungen von Sitzungen des Bundestages, der Landtage, des Europäischen Parlaments und ausländischer Parlamente. Berichtet werden soll auch über Parteitage, Staatsakte und ähnliches. Berücksichtigt werden sollen außerdem die Tätigkeit der Vereinten Nationen oder internationale Konferenzen. Zum Programmumfeld gehören Studiosgespräche und Dokumentationen.
- Oktober 1995 Von der Konferenz der Länderministerpräsidenten in Bad Neuenahr kommt ein positives Signal für einen Parlamentskanal als mögliches Spartenprogramm unter der Voraussetzung, daß dafür keine Gebührenerhöhung erfolge.
22. Februar 1996 WDR-Intendant *Fritz Pleitgen* schlägt Bonn als endgültigen Standort des geplanten Europäischen Parlaments- und Ereigniskanals von ARD und ZDF vor.
29. März 1996 Der Bundesfachausschuß Medienpolitik der CDU spricht sich gegen den Ausbau eines reinen Parlamentskanals aus. Die Auswirkungen des Projekts auf die Berichterstattung über Bundestag und Bundesrat seien noch nicht genügend durchdacht. Der Ausschußvorsitzende, Staatsminister *Anton Pfeifer*, tritt daher für eine Verschiebung bis nach dem Berlin-Umzug des Bundestages ein.
- Mai 1996 Auch die CSU-Medienkommission spricht sich gegen die Einrichtung eines eigenen Parlamentskanals von ARD und ZDF aus. Es bestehe die Gefahr, daß die Berichterstattung über Bundestagsdebatten und die politischen Nachrichten aus den Hauptprogrammen in ein Spartenprogramm abgeschoben würden.
- Juni 1996 Der Vorsitzende des FDP-Medienbeirats, *Hans-Joachim Otto*, akzeptiert einen reinen Parlamentskanal, ist aber gegen ein „öffentlich-rechtliches n-tv“.
21. Juni 1996 Der Fernsehrat des ZDF schiebt die Entscheidung über den „Europäischen Parlaments- und Ereigniskanal“ bis September auf. In der Zwischenzeit soll der Intendant mit der ARD ein alternatives Programmkonzept ausloten. Es könnte neben Live-Übertragungen parlamentarischer und gesell-

- schaftspolitischer Ereignisse auch Bildungsprogramme, Dokumentationen und Ratgebersendungen umfassen.
25. Juni 1996 Die Intendanten der ARD kommen dem Wunsch des ZDF-Fernsehrates ein Stück weit entgegen. Der ARD-Vorsitzende *Albert Scharf* teilt nach einer Intendantensitzung mit, das Programmkonzept werde in den nächsten Monaten noch mit Dokumentationen und Bildungsangeboten angereichert.
- Juni 1996 Die Medienkommission des SPD-Vorstandes erklärt ihre Unterstützung für den geplanten Parlamentskanal. Ein solches Programm stärke die parlamentarische Demokratie und die europäische Integration.
20. August 1996 ARD und ZDF einigen sich über das Konzept für den gemeinsamen Parlamentskanal. Es wird ein Ereignis- und Dokumentationskanal werden, in dem die Übertragungen durch ereignisbezogene Reportagen und Dokumentationen ergänzt und angereichert werden sollen. Das Projekt erhält den Namen „Phoenix“.
20. September 1996 Der Fernsehrat des ZDF stimmt der Errichtung des gemeinsam mit der ARD betriebenen Ereignis- und Dokumentationskanals unter dem vorläufigen Namen „Phoenix“ zu.
18. November 1996 Die federführenden Intendanten des ZDF und des WDR betonen, daß „Phoenix“ kein Nachrichtenkanal werden soll, wie es die privaten Fernsehsender befürchten. Als Datum für den Programmstart wird der 1. April 1997 genannt. Seinen vorläufigen Sitz wird der neue Sender beim WDR in Köln haben, voraussichtlich 1999 wird er ins ZDF-Studio in Bonn umziehen.
- Dezember 1996 Die Ministerpräsidenten der Länder beschließen, das „Phoenix“-Programm von der Rundfunkkommission noch einmal beraten zu lassen. Einigen Ministerpräsidenten weist das Programmschema zu sehr in Richtung Nachrichtenkanal.
7. Februar 1997 Die Rundfunk-Kommission der Länder erörtert das „Phoenix“-Konzept mit Vertretern von ARD und ZDF sowie mit der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs und empfiehlt den Ministerpräsidenten einstimmig, die nötigen Finanzmittel freizugeben.
- Das Programm wird zu 43% aus Ereignisberichterstattung, zu 36% aus Dokumentationen, zu 12% aus Zuschauer-Call-in-Sendungen, zu 5% aus Sonstigem und nur zu 4% aus Nachrichten bestehen. Es werden nur zweimal am Tag Nachrichten zu sehen sein: Die ARD-„Tagesschau“ um 20.00 Uhr und das „heute journal“ des ZDF um 21.45 Uhr werden von „Phoenix“ übernommen und für Gehörlose von Gebärdendolmetschern übersetzt. Den größten Teil der Programmzeit füllen live oder als Aufzeichnungen gesendete Berichte über parlamentarische und gesellschaftliche Ereignisse. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Europa. An Wochenenden werden vorzugsweise Reportagen, Dokumentationen, Features, Porträts, Wissenschaftssendungen und historische Reihen ausgestrahlt. Der neue Spartenkanal wird mit jährlich 52 Mio. Mark aus dem laufenden Aufkommen der Rundfunkgebühren finanziert.
7. April 1997 „Phoenix“ geht auf Sendung. In einem Live-Interview mit dem neuen Spartenkanal rückt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* von ihrem alten

Wunsch nach einem reinen Parlamentskanal ab, vorausgesetzt, „Phoenix“ sendet genügend Informationen aus dem Parlamentsbereich.

16. April 1997 „Phoenix“ überträgt zum ersten Mal live aus dem Deutschen Bundestag, und zwar eine öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses zur Korruptionsbekämpfung.

23.4 Förderpreise für Arbeiten zum Parlamentarismus

Seit 1989 vergibt der Deutsche Bundestag Preise für Arbeiten zum Parlamentarismus:

- 1989 und 1990 zunächst den „Förderpreis des Deutschen Bundestages für wissenschaftlichen und publizistischen Nachwuchs“,
- seit 1993 zwei Preise, den „Wissenschafts- und Medienpreis für Arbeiten zum Parlamentarismus“.

Der Zweck des „Förderpreises“, die Höhe der Dotierung und die Auswahl der Preisträger wurde in der Ausschreibung folgendermaßen beschrieben:

„Mit diesem Förderpreis sollen junge Wissenschaftler und Publizisten gefördert werden, die sich – zum Beispiel durch eine Dissertation oder Habilitationsschrift oder durch eine ausführliche Darstellung in den Medien – besondere Verdienste um die Erforschung und Darstellung des Parlamentarismus erworben haben. Die Preisverleihung soll zugleich auch wissenschaftlichen und publizistischen Nachwuchs anregen, sich parlamentarischen Fragen und Themen zu widmen, um damit zur Transparenz und zum Verständnis der parlamentarischen Arbeit beizutragen.

Über die Vergabe entscheidet das Präsidium des Deutschen Bundestages als Jury.

Der Preis ist mit DM 10 000,- dotiert, kann aber auch geteilt werden. Bei preisgekrönten Arbeiten, die noch nicht veröffentlicht sind, kann Unterstützung bei der Veröffentlichung geleistet werden.“

Bei dem Förderpreis der Jahre 1989 und 1990 handelte es sich um **einen** Preis, um den Wissenschaftler und Journalisten in gleicher Weise konkurrierten. Da sich dies als wenig sinnvoll erwies, führte der Bundestag 1993 **zwei** Förderpreise ein, den Wissenschaftspreis und den Medienpreis. Die Vergabekriterien und die Ausstattung der beiden neuen Preise sowie die Auswahl der Preisträger sind folgendermaßen festgelegt:

„Die Preise werden verliehen für hervorragende wissenschaftliche und publizistische Arbeiten der jüngsten Zeit, die zu einer Beschäftigung mit Parlamentsfragen anregen und zu einem vertieften Verständnis der parlamentarischen Praxis beitragen. Die Preisträger werden von zwei unabhängigen Jurys ausgewählt.

Die Preise sind mit je 10 000 DM dotiert und werden durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages verliehen.“

Hinweis

Zum Thema „Bundestag und Öffentlichkeit“ finden sich Ausarbeitungen noch in folgenden Abschnitten:

- Abschnitt 8.3: Plenarsitzungen: Statistik
- Abschnitt 8.21: Publizität der Verhandlungen
- Abschnitt 8.22: Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie
- Abschnitt 9.8: Öffentliche Anhörungen

Die Juries beraten und entscheiden über die Vergabe der Preise unabhängig voneinander. Der **Wissenschaftsjury** gehören sieben Vertreter der Rechts-, Geschichts- und Politikwissenschaft an. Vorsitzender der Wissenschaftsjury ist seit 1993 Prof. Dr. *Rudolf Morsey*. Der **Medienjury** gehören neun Vertreter aller Mediensparten an, ihr Sprecher ist Dr. *Helmut Herles* (General-Anzeiger, Bonn).

Die Preisträger

Jahr	Preisträger Thema der Arbeit
1989	<p>Förderpreis an Dr. <i>Udo Di Fabio</i> für seine juristische Dissertation „Rechtsschutz in parlamentarischen Untersuchungsverfahren“</p>
1990	<p>Förderpreis an Dr. <i>Werner Jann</i> für seine Habilitationsschrift „Parlamente und Gesetzgebung. Akteure und Ressourcen der parlamentarischen Gesetzgebung im internationalen Vergleich“</p>
1993	<p>Wissenschaftspreis: je zur Hälfte an</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Dr. <i>Hermann Butzer</i> für seine Dissertation „Immunität im demokratischen Rechtsstaat. Verfassungsgrundlagen und Parlamentspraxis des Deutschen Bundestages“ 2) Dr. <i>Wolfgang Ismayr</i> für seine Habilitationsschrift „Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze“ <p>Medienpreis: je zur Hälfte an</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <i>Herbert Riehl-Heyse</i> (Süddeutsche Zeitung) für seinen Artikel „Man schlägt den Sack und meint den Esel“ 2) <i>Rainer Busch</i> (Hamburger Morgenpost) für seinen Beitrag „Zusammen aus dem Dreck“ in dem Sammelband „Gemischte Gefühle: Einheitsalltag in Mecklenburg-Vorpommern“
1994	<p>Wissenschaftspreis: je zur Hälfte an</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Prof. Dr. <i>Werner Patzelt</i> für seine Habilitationsschrift „Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit“ 2) Dr. <i>Thomas Kühne</i> für seine Dissertation „Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt“ <p>Medienpreis: je zur Hälfte an</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <i>Klaus Peter Schmid</i> (DIE ZEIT) für seinen Beitrag über das Europäische Parlament „Demokratie aus der Kiste“ 2) <i>Elmar Thevessen</i> (ZDF-Studio Bonn) für seinen Beitrag „Parlament der leeren Stühle“

Jahr	Preisträger Thema der Arbeit
1995	<p>Wissenschaftspreis: je zur Hälfte an</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Dr. <i>Wolfgang Demmler</i> für seine Dissertation „Der Abgeordnete im Parlament der Fraktionen“ 2) Dr. <i>Patrick Horst</i> für seine Dissertation „Haushaltspolitik und Regierungspraxis in den USA und der Bundesrepublik Deutschland“. Ein Vergleich des haushaltspolitischen Entscheidungsprozesses beider Bundesrepubliken zu Zeiten der konservativen Regierungen Reagan/Bush (1981 bis 1992) und Kohl (1982 bis 1993)“ <p>Medienpreis: je zur Hälfte an</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <i>Stefan Kuhn</i> (Frankfurter Rundschau) für seine Beiträge „Vom Schutz vor Piraten bis zu den Brötchen an Tankstellen – Abgeordnete in Bonn“ und „Unser Arbeitsplatz ist nicht allein das Plenum“ 2) <i>Klaus Rommerskirchen</i> (ZDF) für seine Live-Berichterstattung von der Wahl des Bundeskanzlers am 15. November 1994
1996	<p>Wissenschaftspreis: je zur Hälfte an</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Dr. <i>Frank Brettschneider</i> für seine Dissertation „Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990“ 2) Dr. <i>Philippe A. Weber-Panariello</i> für seine Dissertation „Nationale Parlamente in der Europäischen Union“ <p>Medienpreis:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <i>Ludwig Dohmen</i> (Büroleiter des WDR-Hörfunks, Bonn) für sein auf WDR 5 ausgestrahltes Radio-Feature „Die Sitzung ist eröffnet“ 2) <i>Stefan Haselberger</i> (Welt am Sonntag) für seine Artikelserie „Politische Profile“ 3) <i>Ekkehard Kohrs</i> (Leiter der Parlamentsredaktion des General-Anzeigers, Bonn) für seine bisherige Berichterstattung über den Deutschen Bundestag

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949

23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“: Bibliographie

„Unterrichtsmodelle“, d. h. methodisch-didaktisch aufbereitete Konzepte zur Vorbereitung und Durchführung des Unterrichts, zu den Themenfeldern Deutscher Bundestag bzw. parlamentarisches System der Bundesrepublik Deutschland sind – gemessen an der Bedeutung des Themas – nicht eben zahlreich vorhanden und zum Teil auch schwer auffindbar. In diesem Abschnitt wird versucht, eine möglichst vollständige Liste der nach 1975 erschienenen Unterrichtsmodelle vorzulegen.*)

Die Titel sind nach Erscheinungsjahr sortiert und innerhalb desselben Erscheinungsjahres alphabetisch aufgeführt.

Weber, Heinrich

Die parlamentarische Regierungsweise (Unterrichtsbeispiel).

In: Die Deutsche Berufs- und Fachschule. Jg. 56. 1960. S. 701–706.

Rauscher, Theodor

Das Parlament (Unterrichtsbeispiel).

In: Welt der Schule. Jg. 14. 1961. H. 6. S. 258–267.

Fritz, Helmut

Die Gewaltenteilung. Eine Unterrichtsskizze für die Abschlußklasse.

In: Die Scholle. Jg. 32. 1964. H. 1. S. 2–9.

Kitzel, Karl-Heinz

Das Parlament als Instrument der politischen Willensbildung in der modernen Demokratie.

In: Gesellschaft, Staat, Erziehung. Jg. 10. 1965. H. 2. S. 122–154.

Mickel, Wolfgang

Zur Theorie und Praxis des Planspiels in der politischen Bildung.

In: Gesellschaft, Staat, Erziehung. Jg. 11. 1966. H. 4. S. 351–359.

[hierin: Debatte über die Notstandsgesetzgebung]

Jung, Ernst

Der Parlamentarismus im Unterricht. Methodisch-didaktische Überlegungen.

In: Der Bürger im Staat. Jg. 18. 1968. H. 1. S. 12–14.

Pilz, Roland

Das Mißtrauensvotum als Institution des parlamentarischen Regierungssystems (Unterrichtsbeispiel).

In: Gesellschaft, Staat, Erziehung. Jg. 13. 1968. H. 5. S. 317–320.

Brüggemann, Wolfgang

Parlamentsbesuch als „Einstieg“.

In: Gesellschaft, Staat, Erziehung. Jg. 14. 1969. H. 4. S. 241–250.

Neuschäfer, Dietrich

Der Deutsche Bundestag. Ein Unterrichtsmodell.

In: Der Bürger im Staat. Jg. 19. 1969. H. 1. S. 19–26.

Sander, Joseph

Die Rolle der Opposition in der parlamentarischen Demokratie. Eine Unterrichtsskizze.

In: Lehren und Lernen. Jg. 6. 1969. H. 7/8. S. 344–399.

*) Die Titel sind größtenteils entnommen aus:

Alfred Kurz und Robert Graeff, Bibliographie zu Unterrichtseinheiten der politischen Bildung. Veröffentlichungen in Zeitschriften 1960–1979. 2. Aufl. Bonn 1981 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 141);

Robert und Gabriele Graeff und Alfred Kurz, Bibliographie zu Unterrichtseinheiten der politischen Bildung. Veröffentlichungen in der Buchliteratur 1960–1983. Bonn 1984 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 219);

Robert Graeff, Bibliographie zu Unterrichtseinheiten der politischen Bildung. Veröffentlichungen in Zeitschriften 1975–1991. Ergänzungslieferung 1. Bonn 1993 (= Schriftenreihe [der Bundeszentrale für politische Bildung], Bd. 315);

Robert Graeff, Bibliographie zu Unterrichtseinheiten der politischen Bildung. Veröffentlichungen in der Buchliteratur 1974–1993. Ergänzungslieferung 2. Bonn 1994 (= Schriftenreihe [der Bundeszentrale für politische Bildung], Bd. 322).

Vgl. auch *Hartmut Klatt*, Bundesstaatliche Ordnung und parlamentarisches System im Unterricht. Eine Übersicht über Unterrichtsmaterialien und -modelle. In: Politische Bildung in Bundestag und Bundesrat. Mainz 1982. S. 165–168.

Für freundliche Hinweise danke ich *Ulrich Sarcinelli*, Pädagogische Hochschule Kiel.

Elben, Wolfgang

Gewaltenteilung und Parteien.

In: Handbuch des politischen Unterrichts. Hrsg. von Kurt Fackiner. Frankfurt a. M. 1971. S. 115–125.

Leder, Gottfried und Rudolf Wichard

Institutionen und Probleme der parlamentarischen Demokratie. Teil I: Die Institutionen.

Hannover 1971. (= Beiträge zur politischen Bildung an Volksschulen Bd. 2).

Rausch, Heinz und Rainer Roth

Parlamentarismus in der BRD.

München 1971. (= Politik und Geschichte im Unterricht, Bd. 2).

[s. insbes. Teil II: Unterrichtsmodelle, S. 81–130]

Rausch-Schicketanz, Sibille

Unterrichtsmodell: Form und Grenzen parlamentarischer Willensbildung in der BRD.

In: Politische Bildung. Jg. 4. 1971. H. 4. S. 63–84.

Dieckerhoff, Willi, Karl Friedrichs und Georg Pyzalla

Mitentscheiden – Mitverantworten. Unterrichtsbeispiele als Orientierungshilfen für den politischen Unterricht.

Köln 1975.

[Hierin: Bundestag, S. 64–65; Regierung und Opposition, S. 66–67; Bundesgesetzgebung, S. 68–69; Kontrolle der Staatsgewalt, S. 72–73.]

Mann, Hans-Joachim u. a.

Das Parlamentsspiel. Erfahrungen und Anregungen zum Einsatz von Simulationsspielen.

In: Politik und Unterricht. Jg. 1. 1975. H. 4. S. 1–31.

Pape, Susanne

Das parlamentarische Regierungssystem – Unterrichtseinheit für die 9. Jahrgangsstufe.

In: Neue Unterrichtspraxis. Jg. 8. 1975. H. 8. S. 497–502.

Studentkowski, Heinrich

Rätesystem und Parlamentarische Demokratie. Ein Unterrichtsmodell.

In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 26. 1975. H. 3. S. 170–185.

Glötzner, Josef und Rainer A. Roth

Das Spannungsverhältnis zwischen Regierung und Opposition im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. Modell einer Soziallehreinheit für den 9. Schülerjahrgang der Hauptschule.

In: Pädagogische Welt. Jg. 30. 1976. H. 12. S. 754–761.

Jesse, Eckhard

Die parlamentarische Demokratie.

Bonn, Neudruck 1976. (= Informationen zur politischen Bildung Nr. 119/124).

[siehe insbes. „Das Thema im Unterricht“, S. 51–56]

Knorr, Heribert

Parlamentsreform als Unterrichtsgegenstand. Didaktische und methodische Überlegungen – Unterrichtsskizze – Materialien.

In: Der Bürger im Staat. Jg. 26. 1976. H. 2. S. 136–148.

Fiederle, Xaver und Udo Kempf

Parlamentarismus im Unterricht. Planspiel für die Sekundarstufe I: Ladenschlußgesetz.

In: Gegenwartskunde. Jg. 26. 1977. H. 4. S. 491–520.

Beck, Ernst-Reinhard u. a.

Parlamentarismus. Bausteine für den Sekundarbereich I und das Berufliche Gymnasium.

In: Politik und Unterricht. Jg. 4. 1978. H. 3. S. 1–64.

Aufderheide, Herbert

Sozialkunde für die Sekundarstufe I.

Limburg, 2. Aufl. 1979 (= Reihe Stundenvorbereitung, Bd. 16).

[Hierin: Rechte und Aufgaben des Abgeordneten, S. 140–155; Wie wird die Regierung gebildet?, S. 156–168; Aufgaben der Opposition, S. 169–180.]

Schneider, Peter J. und Manfred Zindel

Unterrichtsmodelle für den sozialkundlich-politischen Unterricht.

Darmstadt, 2. Aufl. 1979.

[Hierin: Was machen unsere Abgeordneten eigentlich in Bonn?, S. 197–202; Die Sonderstellung der Abgeordneten, S. 202–210; Das imperative Mandat, S. 211–215; Die Aufgaben des Deutschen Bundestages, S. 216–220; Die Rolle der Opposition im Bundestag, S. 220–225.]

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

Oberreuter, Heinrich

Vorurteile statt Vorwissen? Das Parlament als Unterrichtsgegenstand.

In: Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 161–166.

Lauber, Heinz

Lernort Bundeshaus – Methodische und didaktische Aspekte.

In: Politische Bildung in Bundestag und Bundesrat. Die Bonner Lehrerseminare als Einführung „vor Ort“ in Probleme des Parlamentarismus und Föderalismus. Mainz 1982. S. 79–106.

Aufderheide, Herbert und Werner Loch

Sozialkunde für die Sekundarstufe I.

Limburg 1983 (= Sozialkunde in Unterrichtsmodellen, Bd. 3).

[Hierin: *Gerhard Leisenheimer*, Die politische Ordnung der Bundesrepublik, u. a. mit folgenden Unterrichtsskizzen: Die Aufgaben des Bundestages, S. 62–67; Die Aufgaben und Rechte der Abgeordneten, S. 68–79; Die Bundesregierung, S. 80–90; Die Aufgaben der Opposition, S. 91–98.]

Dippel, Frank und Harald Hansen

Aus der Arbeit des Bundestages.

Aachen 1985 (= Reihe „Politik ... betrifft uns“, Heft 1/85).

Kißler, Leo

Parlamentarismus. Kurs: Sozialwissenschaften, Sekundarstufe II.

Bielefeld 1986.

Cramer, Jost, Wolf-Rüdiger Größl und Günther Zollmann

Stundenblätter Parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Sekundarstufe I. Stuttgart 1988.

Dippel, Frank und Inge Hoffmann (Hrsg.)

Untersuchungsausschüsse – bedeutendes Demokratieelement.

Aachen 1989 (= Reihe „Politik ... betrifft uns“, Heft 12/89).

Lauber, Heinz

Lernort Deutscher Bundestag – methodische und didaktische Aspekte.

In: Bundestag, Bundesrat, Landesparlamente. Parlamentarismus und Föderalismus im Unterricht und in der politischen Bildung. Rheinbreitbach 1989. S. 127–152.

Sarcinelli, Ulrich

Der Deutsche Bundestag als Lernort. Thematische Schwerpunkte und didaktische Aspekte.

In: Bundestag, Bundesrat, Landesparlamente. Parlamentarismus und Föderalismus im Unterricht und in der politischen Bildung. Rheinbreitbach 1991. S. 185–225.

Grünauer, Karl-Hans und Gerd Stuckert (Hrsg.)

Sozialkunde. Band I: Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. (= Stundenbilder für die Sekundarstufe I).

Puchheim 1992.

[Hierin: „Welche Aufgaben und Rechte hat unser Bundestagsabgeordneter Herr ...?, S. 61–64; Das Spannungsverhältnis von Regierung und Opposition im Parlament, S. 65–70; Wie ermöglicht das Mehrparteiensystem einen Machtwechsel?, S. 71–80.]

Stuckert, Gerd (Hrsg.)

Die Welt nach 1945. (= Stundenbilder für die Sekundarstufe, Geschichte, Band VI).

Puchheim 1992.

[Hierin u. a.: Die Große Koalition 1966–1969, S. 71–74.]

Sarcinelli, Ulrich

Parlamentsbesuche: Wege und Hindernisse bei der Auseinandersetzung mit parlamentarischer Wirklichkeit.

In: Gegenwartskunde. Jg. 42. 1993. H. 4. S. 449–459.

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.9.

Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.10, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt wurden.

23.6 Stenographische Berichte und Drucksachen des Bundestages in öffentlichen Bibliotheken

Zur Verbesserung der Transparenz der Parlamentsarbeit und im Interesse einer gleichmäßigen Verbreitung der Parlamentsmaterialien im Bundesgebiet ist der Deutsche Bundestag bemüht, daß in möglichst vielen öffentlichen Bibliotheken seine Verhandlungsprotokolle und Drucksachen vorhanden sind. So ist ab Juni 1976 versucht worden, in jedem der 343 Stadt- und Landkreise – wie in den Vereinigten Staaten – sogenannte „Depositbibliotheken“ einzurichten. Wenn auch nicht jede Bibliothek in der Lage ist, von dem Angebot Gebrauch zu machen, so ist doch durch diese Aktion die Zahl der öffentlichen Bibliotheken erheblich gestiegen, zu deren Beständen die Parlamentsmaterialien des Bundestages gehören.

Die inländischen Bibliotheken (einschließlich Bibliotheken von Universitäten und Hochschulen), in denen gegenwärtig*) die Stenographischen Berichte und Drucksachen des Deutschen Bundestages eingesehen werden können,**) sind im folgenden – numerisch nach den Postleitzahlen der Städte und Landkreise geordnet – möglichst vollständig aufgeführt.

10117 Berlin, Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität, Dorotheenstraße 27

10785 Berlin, Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 33

14195 Berlin, Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin, Garystraße 39

14195 Berlin, Bibliothek des Otto-Suhr-Instituts, Ihnstraße 21

14469 Potsdam, Universitätsbibliothek, Am Neuen Palais 10

17487 Greifswald, Universitätsbibliothek, Rubenowstraße 4

20146 Hamburg, Staats- und Universitätsbibliothek, Von-Melle-Park 3

21335 Lüneburg, Bibliothek der Hochschule Lüneburg, Wilschenbrucherweg 84

21682 Stade, Stadtbibliothek, An der Wassermühle 12

23552 Lübeck, Stadtbibliothek, Hundestraße 5–17

24105 Kiel, Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft, Düsternbrooker Weg 120

24118 Kiel, Universitätsbibliothek, Westring 400

24937 Flensburg, Landeszentralbibliothek, Waitzstraße 3

26129 Oldenburg, Universitätsbibliothek, Ammerländer Heerstraße 67–99

26789 Leer, Stadtbibliothek, Wilhelminengang 2

27472 Cuxhaven, Stadtbibliothek, Holstenplatz 1–2

28359 Bremen, Staats- und Universitätsbibliothek, Bibliothekstraße

30169 Hannover, Niedersächsische Landesbibliothek, Waterloostraße 8

33098 Paderborn, Universitätsbibliothek, Warburger Straße 100

33615 Bielefeld, Universitätsbibliothek, Universitätsstraße 25

35039 Marburg, Universitätsbibliothek, Wilhelm-Röpke-Straße 4

35394 Gießen, Universitätsbibliothek, Otto-Behaghel-Straße 8

37073 Göttingen, Bibliothek des Instituts für Völkerrecht, Platz der Göttinger Sieben 55

37073 Göttingen, Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek, Prinzenstraße 1

38106 Braunschweig, Universitätsbibliothek, Pockelstraße 13

*) Stand: 31. Dezember 1997

**) Die Benutzungsbedingungen sind im einzelnen bei den angegebenen Bibliotheken zu erfragen.

38304 Wolfenbüttel, Herzog-August-Bibliothek, Lessingplatz 1
38678 Clausthal-Zellerfeld, Universitätsbibliothek, Leibnitzstraße 2

40225 Düsseldorf, Universitätsbibliothek, Universitätsstraße 1
42103 Wuppertal, Stadtbibliothek, Kolpingstraße 8
44227 Dortmund, Universitätsbibliothek, Vogelpothsweg 76
44801 Bochum, Bibliothek der Ruhr-Universität, Universitätsstraße 150
45127 Essen, Stadtbibliothek, Hollestraße 3
47051 Duisburg, Stadtbibliothek, Leidefroststraße 6
48143 Münster, Universitätsbibliothek, Krummer Limpen 3–5
49074 Osnabrück, Universitätsbibliothek, Alte Münze 16

50931 Köln, Universitäts- und Stadtbibliothek, Universitätsstraße 33
52062 Aachen, Bibliothek der Technischen Hochschule, Templergraben 55
52062 Aachen, Öffentliche Bibliothek, Couvenstraße 15
53113 Bonn, Universitätsbibliothek, Adenauerallee 39–41
54286 Trier, Universitätsbibliothek, Universitätsring 8
55116 Mainz, Stadtbibliothek, Rheinallee 3B
55128 Mainz, Universitätsbibliothek, Jakob-Welder-Weg 6
56068 Koblenz, Rheinische Landesbibliothek, Hohenfelder Straße 116
56068 Koblenz, Stadtbibliothek, Dreikönigenhaus, Kornpfortstraße 15
56075 Koblenz, Universitätsbibliothek, Rheinau 3–4
58097 Hagen, Hochschulbibliothek der Fernuniversität, Feithstraße 140

60325 Frankfurt, Stadt- und Universitätsbibliothek, Bockenheimer Landstraße 134–138
66123 Saarbrücken, Universitätsbibliothek, Im Stadtwald
66606 St. Wendel, Stadt- und Kreisbibliothek, Im Mia-Münster-Haus
67343 Speyer, Pfälzische Landesbibliothek, Otto-Mayer-Straße 9
67346 Speyer, Bibliothek der Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer,
Freiherr-vom-Stein-Straße 2
67547 Worms, Stadtbibliothek und öffentliche Büchereien, Marktplatz 10
67655 Kaiserslautern, Stadtbibliothek, Klosterstraße 8
67663 Kaiserslautern, Universitätsbibliothek, Paul-Ehrlich-Straße, Gebäude 32
68131 Mannheim, Universitätsbibliothek, Schloß, Ostflügel
69117 Heidelberg, Universitätsbibliothek, Plöck 107–109
69117 Heidelberg, Bibliothek des Instituts für politische Wissenschaft, Marstallstraße 6

70173 Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, Konrad-Adenauer-Straße 8
70174 Stuttgart, Universitätsbibliothek, Holzgartenstraße 16
70593 Stuttgart, Universitätsbibliothek, Hohenheim 610
72074 Tübingen, Universitätsbibliothek, Wilhelmstraße 32
76128 Karlsruhe, Universitätsbibliothek, Kaiserstraße 12
76133 Karlsruhe, Badische Landesbibliothek, Erbprinzenstraße 15
78464 Konstanz, Universitätsbibliothek, Universitätsstraße 10
79098 Freiburg, Universitätsbibliothek, Werthmannplatz 2

80331 München, Juristische Bibliothek im Rathaus, Marienplatz 8
80539 München, Universitätsbibliothek, Geschwister-Scholl-Platz 1
80539 München, Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16
81667 München, Stadtbibliothek, Rosenheimer Straße 5
85049 Ingolstadt, Universitätsbibliothek, Auf der Schanz 49
85072 Eichstätt, Universitätsbibliothek, Universitätsallee 1
86159 Augsburg, Universitätsbibliothek, Universitätsstraße 22
89073 Ulm, Stadtbibliothek, Weinhof 12

90317 Nürnberg, Stadtbibliothek, Hauptmarkt 18
91054 Erlangen, Bibliothek des Instituts für politische Wissenschaft, Kochstraße 4
91054 Erlangen, Universitätsbibliothek, Universitätsstraße 4
92637 Weiden, Regionalbibliothek, Scheibenstraße 7
93053 Regensburg, Universitätsbibliothek, Universitätsstraße 31
94032 Passau, Universitätsbibliothek, Innstraße 29
95447 Bayreuth, Universitätsbibliothek, Universitätsstraße 30
96049 Bamberg, Staatsbibliothek, Neue Residenz, Domplatz 8
96052 Bamberg, Universitätsbibliothek, Feldkirchenstraße 21
96450 Coburg, Landesbibliothek, Schloß Ehrenburg
97074 Würzburg, Universitätsbibliothek, Am Hubland
98693 Ilmenau, Bibliothek der Technischen Universität, Prof.-Schmidt-Straße 26
99005 Erfurt, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek, Domplatz 1

01069 Dresden, Universitätsbibliothek, Mommsenstraße 3
04109 Leipzig, Universitätsbibliothek, Dittrichring 1
06098 Halle, Universitäts- und Landesbibliothek, August-Bebel-Straße 13
09111 Chemnitz, Bibliothek der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau, Bahnhofstraße

23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag

Lange Zeit galt: Eine „konzeptionell in sich geschlossene Umfrage, die das Bild des Bundestages in der Öffentlichkeit näher erforscht hätte“, gibt es nicht, „geschweige denn eine solche im Zeitvergleich“.*) Was vorlag, waren vereinzelt Umfragen zum Bundestag, die verschiedene Meinungsforschungsinstitute – allen voran das Institut für Demoskopie in Allensbach – entweder einmalig oder wiederholt in mehr oder minder unregelmäßigen Abständen durchgeführt und zum Teil auch wieder abgebrochen haben.

*) *Suzanne S. Schüttemeyer*, Bundestag und Bürger. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismusperzeption in der Bundesrepublik. Diss. Lüneburg 1984, S. 106. Die Buchausgabe ist erschienen unter dem Titel: *Suzanne S. Schüttemeyer*, Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismusperzeption in der Bundesrepublik. Opladen 1986.

Hinweis

Zu allgemeinen Angaben zur Sozialstruktur des Bundestages siehe Kapitel 3.

Im wesentlichen erst mit den Arbeiten von *Suzanne S. Schüttemeyer*, *Dietrich Herzog* und Mitarbeitern sowie *Werner J. Patzelt**) wurden der theoretische Rahmen für eine repräsentative Bevölkerungsumfrage abgesteckt und die analytischen Raster für die Interpretation der erforschten öffentlichen Meinung über den Bundestag und seine Abgeordneten herausgearbeitet.

Im vorliegenden **Datenhandbuch** ist der Abschnitt „Öffentliche Meinung“ untergliedert in

- ein möglichst vollständiges Verzeichnis der bisher durchgeführten und veröffentlichten repräsentativen Umfragen zum Thema Bundestag,
- die Wiedergabe der Ergebnisse solcher Umfragen, die wiederholt durchgeführt wurden und aus denen sich Zeitreihen bilden ließen.

Verzeichnis der Repräsentativumfragen über den Bundestag

Die folgende Aufstellung enthält möglichst vollständig die zum Thema Bundestag durchgeführten und veröffentlichten Repräsentativumfragen. Aufgenommen wurden

- der Wortlaut der Frage,
- das Erhebungsjahr,
- der Name des Meinungsforschungsinstituts, das die Umfrage durchgeführt hat,
- die Fundstelle für die Ergebnisse der Fragen.**)

Die Reihenfolge, in der die einzelnen Fragen aufgeführt sind, richtet sich nach der generellen Thematik, wobei folgende Kategorien gebildet wurden:

- Kenntnis des Bundestages (S. 3510)
- Bevorzugtes Regierungssystem (S. 3510)
- Einstellung gegenüber dem Bundestag (S. 3510)
- Einstellung zur parlamentarischen Opposition (S. 3513)
- Einschätzung des Bundestages (S. 3513)
- Einschätzung der parlamentarischen Arbeit (S. 3514)
- Kenntnisse über den Bundestag (S. 3515)
- Interesse am Bundestag (S. 3518)
- Bekanntheit der Abgeordneten (S. 3519)
- Interesse an Abgeordneten (S. 3520)
- Erwartungen gegenüber Abgeordneten (S. 3521)
- Einschätzung der Abgeordneten (S. 3524)
- Politisches Engagement (S. 3530)
- Kriterien für die Wahl der Abgeordneten (S. 3530)
- Information über den Bundestag (S. 3531)

*) *Suzanne S. Schüttemeyer*, a.a.O.;
Dietrich Herzog, *Hilke Rebenstorff*, *Camilla Werner* und *Bernhard Weßels*, Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Opladen 1990;

von *Werner J. Patzelt* siehe u. a. Ist der Souverän unaufgeklärt? Die Ansichten der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Dresden 1996;

vgl. zuvor schon *G. Robert Boynton* und *Gerhard Loewenberg*, Der Bundestag im Bewußtsein der Öffentlichkeit 1951–1959. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 14. 1973. H 1. S. 3–25 sowie *Gerhard Herdegen*, Demokratie-Verankerung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung zum 30jährigen Bestehen der Bundesrepublik. Hrsg. vom Institut für Demoskopie Allensbach. Allensbach 1979.

***) Die Abkürzungen der Fundstellen sind auf Seite 3511 aufgeschlüsselt.

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
Kenntnis des Bundestages	„Ist der Bundestag in Bonn die Ländervertretung, die Volksvertretung oder die Regierung?“	1951, 1953, 1958, 1965, 1974	Emnid	S. 3535
	„Der Deutsche Bundestag – was ist das eigentlich? Bitte sagen Sie mir das anhand der folgenden Liste.“	1979	Emnid	S. 3535
Bevorzugtes Regierungssystem	<p>„Hier auf diesem Blatt sind einmal zwei verschiedene Staaten beschrieben. Wenn sie das bitte einmal lesen. Wenn Sie sich nun einmal ansehen, wie das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament in den beiden Staaten geregelt ist: In welchem der beiden Staaten möchten Sie lieber leben?“</p> <p>Staat A: Regierung und Parlament sind voneinander unabhängig. Das Parlament als Ganzes, also alle Abgeordneten, kontrolliert die Regierung.</p> <p>Staat B: Im Parlament schließen sich einige Parteien zu einer Mehrheit zusammen und wählen die Regierung. Die Regierung und die Abgeordneten der Parteien, die die Regierung unterstützen, bilden eine Gruppe, die von der Opposition kontrolliert wird.</p>	1995	IfD Allensbach	–
Einstellung gegenüber dem Bundestag: allgemein	„Wenn man das einmal ganz von der nützlichen Seite betrachtet: Brauchen wir in Bonn eigentlich ein Parlament und lauter Abgeordnete, oder ginge es auch ohne?“	1956–1959 jährlich, 1962, 1972, 1977, 1978, 1982	IfD Allensbach	S. 3539
	„Glauben Sie, daß es notwendig ist, daß der Bundestag laufend Sitzungen abhält, oder würde es ausreichen – schon um das Geld zu sparen –, wenn nur von Zeit zu Zeit eine Sitzung wäre?“	1955	IfD Allensbach	–
	„In den Jahren vor dem Krieg, vor 1939, ist der Reichstag immer nur ein paarmal im Jahr zusammengetreten. Wie erklären Sie sich, daß der Reichstag vor 1939 mit viel weniger Sitzungen auskam als heute der Bundestag?“	1955, 1956, 1959, 1960	IfD Allensbach	–

„Wenn man überlegt, was der Bundestag und die Abgeordneten jährlich kosten und daß man dieses Geld ja auch für andere Dinge gut gebrauchen könnte wie z. B. höhere Renten, Straßenbau, Krankenhäuser usw., finden Sie, daß man dann eigentlich auf den Bundestag verzichten könnte und die Gesetze von der Regierung erlassen werden, oder finden Sie, daß man auf den Bundestag auf keinen Fall verzichten kann?“	1965	infratest	–
--	------	-----------	---

Fundstellen für die Ergebnisse der Umfragen

Die Fundstellen für die Umfragen sind in der Tabelle nur verkürzt angegeben. Es bedeutet:

Emnid = Ergebnisse der Umfrage sind zusammengestellt bei *Suzanne S. Schüttemeyer*, Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismuserfahrung in der Bundesrepublik. Opladen 1986; vgl. dort das Verzeichnis der Tabellen, Schaubilder und Übersichten.

Herzog u. a. = *Dietrich Herzog, Hilke Rebenstorff, Camilla Werner, Bernhard Weßels*, Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Opladen 1990.

IfD Allensbach = Jahrbuch der öffentlichen Meinung. Hrsg. v. *Elisabeth Noelle* und *Erich Neumann*. Bände 1 bis 10 [ab Band VI: Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie. Hrsg. v. *Elisabeth Noelle-Neumann*; Band VIII hrsg. v. *Elisabeth Noelle-Neumann* und *Edgar Piel*; ab Band 9 hrsg. v. *Elisabeth Noelle-Neumann* und *Renate Köcher*]. Allensbach 1956 ff.

IfD Allensbach/Patzelt = *Werner J. Patzelt*, Ist der Souverän unaufgeklärt? Die Ansichten der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Dresden 1996; vgl. auch ders., Das Wissen der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Indizien für Aufgaben der politischen Bildung. In: *Gegenwartskunde*. Jg. 45. 1996. H. 3. S. 309–322.

IfWerbepsycholegie = Institut für Werbepsychologie und Marktforschung, Landshut (früher Frankfurt am Main), zitiert bei *Uwe Thaysen*, Repräsentativerhebung: Richten sich die Bundestagsabgeordneten nach ihrem Gewissen? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 5. 1974. H. 1. S. 3–13.

infas = siehe Angaben zu Emnid

infratest = Der Deutsche Bundestag und die Bundestags-Abgeordneten im Meinungsbild der westdeutschen Bevölkerung. München 1965. (In der Bibliothek des Deutschen Bundestages vorhanden.)

Kaase = *Max Kaase*, Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*. Bd. 2. 1971. S. 119–326.

Wildenmann = *Rudolf Wildenmann*, Über die demokratischen Grundpositionen. *Staatstreu*. In: *Capital*. Jg. 19. 1980. H. 9. S. 112.

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
Einstellung gegenüber dem Bundestag: Zahl der Abgeordneten	(Nach der Vorfrage: „Wissen Sie ungefähr, wie viele Abgeordnete der Bundestag hat? ...“): „Finden Sie diese Zahl zu hoch, zu niedrig oder gerade richtig?“	1965	infratest	–
	„Wie viele Abgeordnete sollte der Bundestag Ihrer Meinung nach ungefähr haben?“	1965	infratest	–
Einstellung gegenüber dem Bundestag: Parlamentsgebäude	„In letzter Zeit wird ja viel über den Bau eines neuen Gebäudes für den Bundestag diskutiert. Sind Sie persönlich dafür, daß ein neues Gebäude für den Bundestag gebaut wird oder sind Sie dagegen?“	1965	infratest	–
	„Es ist ja so, daß auch in der Wirtschaft neue, größere Verwaltungsgebäude errichtet werden, wenn die Leitung eines Unternehmens dies für notwendig hält. Finden Sie, daß man den Bau eines neuen Bundestags unter diesem Gesichtspunkt betrachten sollte oder halten Sie das für falsch?“ „Warum sind Sie dieser Ansicht?“	1965	infratest	–
	„Haben Sie zufällig irgendwo gelesen oder gehört, was das neue Gebäude kosten soll?“	1965	infratest	–
	„Wenn man davon ausgeht, daß das neue Gebäude wirklich genügend Platz und alle notwendigen Einrichtungen für die Arbeit des Bundestages haben soll, ist dieser Betrag dann angemessen, oder glauben Sie, daß man bei sparsamer und guter Planung mit weniger auskommen könnte?“	1965	infratest	–
	„Hier sind noch einmal zwei Ansichten für und gegen den Bau des Bundestags. Welcher würden Sie eher zustimmen?“ Ansicht A: Wenn jetzt ein neues Bundestag-Gebäude in Bonn errichtet wird, könnte das Ausland annehmen, wir glaubten nicht mehr an eine Wiedervereinigung und hätten die Ostzone aufgegeben. Deshalb sollten wir auf den Bau eines neuen Bundestags verzichten. Ansicht B: Solange der Sitz der Regierung in Bonn ist, müssen wir auch dafür sorgen, daß die Abgeordneten dort alle Einrichtungen haben, um gute Arbeit zu leisten. Mit der Wiedervereinigung hat das gar nichts zu tun. Deshalb bin ich für den Bau eines neuen Bundestags-Gebäudes.	1965	infratest	–

Einstellung zur parlamentarischen Opposition	„Stimmen Sie diesen Meinungen zu? ... Aufgabe der Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern ihre Arbeit zu unterstützen.“	1968, 1980	Kaase (1968), Wildenmann (1980)	–
	„Über die Bedeutung der Opposition für das Parlament kann man ja unterschiedlicher Meinung sein. Wie stehen Sie dazu: Ist eine Opposition Ihrer Meinung nach unbedingt notwendig, um die Entscheidungen der Regierung ständig zu überprüfen und zu kontrollieren, oder verhindert eine Opposition oft doch nur, daß die wirklichen Probleme gelöst, dringend benötigte Gesetze verabschiedet werden? Wäre eine Regierung ohne Opposition im Grunde besser?“	1982 (4x)	IfD Allensbach	–
	„Welches sind Ihrer Ansicht nach die Aufgaben der Opposition im Bundestag, also der Parteien, die nicht an der Regierung sind? Welche Aufgaben sollten die Ihrer Meinung nach erfüllen? Legen Sie bitte die entsprechenden Karten heraus.“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
	„Was denken Sie, hat die Opposition im Bundestag ausreichend Möglichkeiten und Rechte, die Regierung zu kontrollieren und die Politik im Bundestag mitzugestalten, oder reichen die Rechte und Möglichkeiten der Opposition nicht aus?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Einschätzung des Bundestages	„Es gibt verschiedene Ämter und Einrichtungen, die für die politischen Entscheidungen in der Bundesrepublik von Bedeutung sind. Einige davon stehen auf diesen Karten. Könnten Sie die Karten bitte auf diese 5 Streifen verteilen, und zwar je nachdem, ob Sie darüber eine eher gute oder eher schlechte Meinung haben? Ämter oder Einrichtungen, die Sie nicht kennen, legen Sie bitte einfach beiseite!“ (Vorgegeben: Bundesverfassungsgericht, Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Regierungen der Bundesländer, Bundeswehr, Bundesbank)	1974–1978 jährlich, 1980, 1983, 1985, 1988, 1995	IfD Allensbach	S. 3532 (teilweise)
	„Und für wie groß halten Sie den Einfluß dieser Ämter und Einrichtungen auf das politische Geschehen in der Bundesrepublik? Bitte verteilen Sie dazu die Karten jetzt noch auf diese Streifen.“	1974–1978 jährlich, 1980, 1983, 1985, 1988, 1995	IfD Allensbach	S. 3533 (teilweise)

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
noch: Einschätzung des Bundestages	<i>„Wenn Sie nun einmal an Ihren persönlichen Lebensbereich denken, sind da diese einzelnen Ämter und Einrichtungen für Sie eher wichtig oder eher unwichtig? – Könnten Sie jetzt die Karten entsprechend auf dieses Blatt hier verteilen?“</i>	1974–1978 jährlich, 1980, 1983, 1985, 1988	IfD Allensbach	S. 3534 (teilweise)
	<i>„Wie denken Sie über den Bonner Bundestag als unsere Volksvertretung?“</i>	1951–1961 jährlich (1953 und 1958 2x), 1963, 1965, 1967, 1970, 1983	Emnid	S. 3535
	<i>„Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, ob Sie ihr Vertrauen entgegenbringen, oder ob das nicht der Fall ist. Wie ist das mit dem Bundestag?“</i> (Vorgegeben: Bundesverfassungsgericht, Polizei, Hochschule/Universität, Schule, Justiz, Bundeswehr, Gesundheitswesen, Rundfunk, Verfassungsschutz, Bundestag, Fernsehen, städtische Behörden, Kirche, Bundesregierung, Unternehmen, Zeitungswesen, Gewerkschaften, Parteien)	1976–1983 jährlich (Infas); 1979, 1981–1984 jährlich, 1986, 1988, 1990 (Emnid)	Infas, Emnid	S. 3534 (teilweise)
	<i>„Es gibt viele öffentliche Institutionen, die sich um die Belange der Bürger kümmern. Bitte sagen Sie mir, ob und wie stark Sie sich mit Ihren persönlichen Ansichten und Anliegen von den verschiedenen Institutionen vertreten fühlen.“</i> (Vorgegebene Kategorien: Bundesregierung, Bundestag mit Abgeordneten, Zeitung oder Fernsehen, Politische Partei, Kirche, Verwaltungsbehörden, Gerichte, Gewerkschaft, Berufsverband, Bürgerinitiative)	1988/89	Herzog u. a.	–
Einschätzung der parlamentarischen Arbeit	<i>„Haben Sie einen günstigen oder ungünstigen Eindruck von der bisherigen Arbeit des Bundestages in Bonn?“</i>	1950, 1956, 1959, 1962, 1964, 1972, 1977–78, 1982, 1992	IfD Allensbach	S. 3537

	„Der Bundestag besteht ja nun seit ungefähr 15 Jahren. Was würden Sie erfahrungsgemäß oder gefühlsmäßig sagen: Ist der heutige Bundestag in seiner Arbeit besser, schlechter geworden gegenüber früher oder ist er ungefähr gleich geblieben?“	1965	infratest	–
	„Wieviel Vertrauen haben Sie zum Deutschen Bundestag, daß er seine Arbeit gut macht?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Kenntnisse über den Bundestag: Aufgaben	„Für was ist der Bundestag eigentlich da? Welches sind die Hauptaufgaben des Bundestages? Ist Ihnen hierüber etwas bekannt?“	1965	infratest	–
	„Was meinen Sie, welche Aufgaben hat der Deutsche Bundestag? Welche kennen Sie oder von welchen haben Sie schon einmal gehört? Schauen Sie sich bitte einmal diese Karten an und legen Sie alles heraus, was – nach dem, was Sie wissen – Aufgabe des Bundestages ist.“ (9 Antwortmöglichkeiten vorgegeben) „Wie wichtig sind Ihrer Ansicht nach diese Aufgaben des Bundestages? Verteilen Sie die Karten einfach auf dieses Blatt hier, je nachdem, ob diese Aufgaben in der politischen Arbeit des Bundestages besonders wichtig, wichtig oder weniger wichtig sind.“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Kenntnisse über den Bundestag: Arbeitsweise	„Man erfährt eigentlich so wenig davon, was die Abgeordneten in Bonn hauptsächlich tun. Sind sie da in erster Linie mit dem Anhören von Vorträgen und mit dem Abstimmen beschäftigt oder womit sonst?“	1955–1958 jährlich	IfD Allensbach	–
	„Beraten alle Abgeordneten den ganzen Tag über zusammen in einem großen Saal oder wie wird sonst im Bundestag gearbeitet?“	1951–1958 jährlich	IfD Allensbach	S. 3539
	„Nun hätte ich noch eine Frage zur Arbeit des Bundestages! Sie kennen vielleicht aus dem Fernsehen den Plenarsaal, wo sich alle Abgeordneten zu Debatten versammeln. Wo findet denn, soweit Sie das wissen oder vermuten, die Arbeit des Bundestages sonst noch statt, ich meine, in welchen anderen Gremien oder Gruppen?“ (10 Antworten vorgegeben) „Und fällt Ihnen sonst noch etwas ein, was zum Bundestag dazugehören könnte?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
Kenntnisse über den Bundestag: Zahl der Abgeordneten	„Wieviel Abgeordnete gibt es Ihrer Schätzung nach im Bundestag in Bonn?“	1951–1959 jährlich sowie 1961 und 1964	IfD Allensbach	S. 3536
	„... Wissen Sie ungefähr, wieviele Abgeordnete der Bundestag hat? Es kommt nicht auf die genaue Zahl an, schätzen Sie nur so ungefähr.“	1965	infratest	–
Kenntnisse über den Bundestag: parlamentarischer Alltag	„Um wieviel Uhr fängt Ihrer Meinung nach die Arbeit im Bundestag an, und wann, würden Sie denken, hört der Bundestag mit der Arbeit auf?“	1951–1953 jährlich	IfD Allensbach	–
Kenntnisse über den Bundestag: Plenardebatten	„Hier unterhalten sich zwei über die Bundestagsdebatten im Plenarsaal, wie sie auch vom Fernsehen übertragen werden. Wem von beiden stimmen Sie eher zu?“ (1) „Ich habe oft den Eindruck, daß die Bundestagsabgeordneten bei den Debatten gar nicht mehr auf die Argumente der anderen eingehen, sondern von vornherein feststehende Meinungen vortragen. Hier wird gar nicht mehr versucht, andere zu überzeugen. Das ist aber nicht der Sinn einer Bundestagsdebatte.“ (2) „Es stimmt schon, daß da längst feststehende Meinungen vorgetragen werden und man nicht versucht, andere Abgeordnete zu überzeugen. Aber damit zeigen die Redner der Parteien, welche Argumente sie für richtig halten und weshalb sie ihre Entscheidung so treffen und nicht anders. Genau das ist der Sinn einer Bundestagsdebatte.“	1995	IfD Allensbach	–
Kenntnisse über den Bundestag: Ausschuß-Mitgliedschaft	„Sind in den Ausschüssen Ihres Wissens nur die Abgeordneten der Regierungsparteien vertreten, also zur Zeit die der CDU/CSU und der FDP oder auch die der Oppositionspartei, also der SPD?“	1965	infratest	–
Kenntnisse über den Bundestag: Gesetzgebungskompetenz	„Kann die Regierung Gesetze machen, wie sie will, oder wer macht die Gesetze?“	1951–1961 jährlich	IfD Allensbach	S. 3538

Kenntnisse über den Bundestag: Gesetzgebungsverfahren	„Wenn man in der Zeitung liest, daß ein Gesetz vom Bundestag verabschiedet worden ist – heißt das, daß dieses Gesetz angenommen oder abgelehnt wurde?“	1956	IfD Allensbach	–
	„Wenn Sie in der Zeitung die Nachricht finden, daß ein Gesetz im Bundestag in zweiter Lesung angenommen worden ist: Heißt das, daß sie sich beim erstenmal nicht einigen konnten, oder müssen alle Gesetze zweimal gelesen werden, oder was bedeutet es sonst?“	1951–1959 jährlich sowie 1962	IfD Allensbach	S. 3538
	„Von wem glauben Sie, kommen die Entwürfe und Vorschläge für neue Gesetze? Sind das in erster Linie die Abgeordneten bzw. der Bundestag oder sind das in erster Linie die Minister und die Regierung? Oder ist das ganz unterschiedlich?“	1965	infratest	–
	„Angenommen, ein neuer Vorschlag soll nun besprochen und beraten werden. Versammeln sich hierzu wohl alle Abgeordneten oder wird das nur von wenigen Fachleuten unter den Abgeordneten in den Ausschüssen gemacht? Also: es soll hier nur an die Vorbereitung, nicht an eine Abstimmung über das Gesetz gedacht werden.“	1965	infratest	–
	„Und wenn nun über einen Gesetzesvorschlag abgestimmt werden soll, hat da jeder Abgeordnete eine Stimme oder nur bestimmte Fachleute?“	1965	infratest	–
Kenntnisse über den Bundestag: „Hammelsprung“	„Wenn Sie in der Zeitung die Nachricht finden, daß über ein Gesetz durch Hammelsprung abgestimmt wurde: heißt das, daß es ganz schnell gehen mußte, oder was heißt es sonst?“	1955	IfD Allensbach	–
Kenntnisse über den Bundestag: Diäten ¹⁾	„In der Zeitung liest man manchmal etwas über die ‚Diäten‘ der Abgeordneten: Wissen Sie, was mit ‚Diäten‘ gemeint ist?“	1958	IfD Allensbach	–
	„Und wissen Sie zufällig, wann die Einkünfte der Bundestags-Abgeordneten zum letztenmal erhöht worden sind, ich meine, in welchem Jahr?“	1958	IfD Allensbach	–
	„Bisher bekamen die Bundestagsabgeordneten in Bonn ihr Geld, also die Diäten, steuerfrei. In Zukunft müssen sie nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts versteuert werden, und darum sind die Diäten kürzlich erhöht worden. Haben Sie davon gehört?“	1977	IfD Allensbach	–

1) Umfragen zur Angemessenheit der Diätenhöhe siehe unter „Einschätzung der Abgeordneten“.

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
noch: Kenntnisse über den Bundestag: Diäten	<i>„Der Bundestag hat ja beschlossen, die Diäten der Bundestagsabgeordneten schrittweise zu erhöhen und den Gehältern der Bundesrichter anzupassen. Haben Sie schon davon gehört oder etwas darüber gelesen oder noch nicht?“</i>	1995	IfD Allensbach	–
Kenntnisse über den Bundestag: Immunität	<i>„Wissen Sie, was gemeint ist mit der ‚Immunität‘ eines Bundestagsabgeordneten?“</i>	1965, 1981	IfD Allensbach	–
Kenntnisse über den Bundestag: Petitionsausschuß	<i>„Und der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages – Haben Sie davon schon einmal etwas gehört?“ (Befragte, die schon einmal etwas vom Petitionsausschuß gehört haben:) „Was ist das überhaupt?“</i>	1979	Emnid	–
Interesse am Bundestag: Bundeshausbesuch	<i>„Würden Sie (wenn es Sie nichts kostet) gern einmal in Bonn bei den Verhandlungen im Bundestag zuhören, oder interessiert Sie das nicht weiter?“</i>	1951–1958 jährlich	IfD Allensbach	S. 3539
Interesse am Bundestag: Rundfunk-/Fernseh-Übertragung	<i>„Kürzlich sind im Radio zwei Tage lang Reden aus dem Bundestag in Bonn übertragen worden. Wissen Sie zufällig, worum es dabei ging?“</i>	1952	IfD Allensbach	–
	<i>„Sollten in Zukunft solche Bundestagssitzungen übertragen oder nicht übertragen werden?“</i>	1952	IfD Allensbach	–
	<i>„Haben Sie im Rundfunk oder im Fernsehen die Übertragung der Bundestagsdebatte über die Pariser Verträge gehört oder gesehen?“</i>	1955	IfD Allensbach	–
	<i>„Die Übertragung hat sich ja über vier Tage hingezogen – von Donnerstag bis Sonntag. An welchen Tagen haben Sie die Übertragung verfolgt?“</i>	1955	IfD Allensbach	–
	<i>„Können Sie ungefähr schätzen, wieviel Stunden etwa Sie insgesamt die Übertragung der Bundestagsdebatte verfolgt haben?“</i>	1955	IfD Allensbach	–

	„Wenn Sie jetzt einmal an den Tag denken, an dem Helmut Schmidt abgewählt worden ist und Helmut Kohl Bundeskanzler wurde: Haben Sie da irgendwelche Reden ganz oder teilweise gehört, die an diesem Tag im Bundestag gehalten wurden?“	1982	IfD Allensbach	–
	„Anfang September wurde im Bundestag in Bonn ja über den Bundeshaushalt 1984 und die Haushaltspolitik der Bundesregierung beraten. Haben Sie näher verfolgt, was im Bundestag gesagt wurde, oder haben Sie nur davon gehört, oder haben Sie nichts davon gehört?“	1983	IfD Allensbach	–
	„Haben Sie in den letzten Monaten mal einer Bundestagsdebatte im Radio oder Fernsehen zugehört?“	1984	IfD Allensbach	–
Bekanntheit der Abgeordneten	„Gibt es im Bundestag einen Abgeordneten, der speziell den hiesigen Wahlkreis vertritt?“	1951–1962 jährlich, 1972, 1981, 1983	IfD Allensbach	S. 3536
	„Wissen Sie, wie der Abgeordnete, der hier gewählt worden ist, heißt, oder wissen Sie sonst irgend etwas von ihm, zum Beispiel seine Partei oder seinen Wohnort?“	1951–1959 jährlich, 1961, 1964, 1972	IfD Allensbach	–
	„Haben Sie etwas über die Tätigkeit des Abgeordneten gehört, der hier (bei der letzten Bundestagswahl) für den Bundestag gewählt worden ist?“	1951–1959 jährlich sowie 1964	IfD Allensbach	–
	„Haben Sie irgend etwas davon gehört oder gelesen, was der Abgeordnete aus diesem Wahlkreis in letzter Zeit im Bundestag in Bonn getan hat?“	1955–1956	IfD Allensbach	–
	„Und haben Sie davon gehört oder gelesen, was er in letzter Zeit hier im Wahlkreis gemacht hat?“	1955–1956	IfD Allensbach	–
	„Ist Ihnen zufällig bekannt, wie der Abgeordnete Ihres Wahlkreises heißt?“	1965	infratest	–
	„Wissen Sie zufällig, wie der gegenwärtige Präsident des Deutschen Bundestages heißt?“	1965	infratest	–

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
noch: Bekanntheit der Abgeordneten	„Kennen Sie den Namen des für Sie zuständigen Bundestagsabgeordneten?“ (Antwortmöglichkeiten vorgegeben)	1978	Emnid	–
	„Eine Frage zu den Bundestagsabgeordneten, die diesen Wahlkreis, diese Gegend hier vertreten. Haben Sie einen von ihnen schon mal persönlich kennengelernt, oder zumindest von einem der Bundestagsabgeordneten etwas gehört oder gelesen, oder kennen Sie keinen?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
	„Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Gelegenheiten, wo Sie von einem dieser Abgeordneten gehört haben könnten, wo Sie einen von ihnen vielleicht gesehen oder kennengelernt haben. Was davon trifft auf Sie zu?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Interesse an Abgeordneten	„Ich habe hier noch zwei Meinungen. Sagen Sie mir bitte, welcher dieser Meinung Sie am ehesten zustimmen.“ 1. Meinung: Die Abgeordneten werden von uns gewählt. Deshalb interessiert es mich, durch Zeitung, Rundfunk oder Fernsehen etwas von den Einstellungen, Ansichten und der Arbeit der einzelnen Abgeordneten zu erfahren. 2. Meinung: Die Entscheidungen werden vom Bundestag getroffen, ohne daß ich daran etwas ändern kann. Es ist mir deshalb ziemlich gleichgültig, was die Abgeordneten in Bonn tun oder sagen.	1965	infratest	–
	„Möchten Sie über den Ablauf der täglichen Arbeit eines Bundestagsabgeordneten in Bonn mehr erfahren – weniger erfahren – oder ist Ihnen das gleichgültig?“ (Antwortmöglichkeiten vorgegeben)	1978	Emnid	–
	„Informieren Sie sich regelmäßig über die Arbeit der Bundestagsabgeordneten in Bonn?“ (Antwortmöglichkeiten vorgegeben)	1978	Emnid	–
	„Möchten Sie über den Ablauf der täglichen Arbeit des Bundestages und der Abgeordneten in Bonn mehr erfahren, fühlen Sie sich genügend informiert, oder ist Ihnen das gleichgültig?“	1988/89	Herzog u. a.	–

Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Eigenschaften	<p>„Und wenn Sie nun einmal an einen idealen Abgeordneten denken, so wie man ihn sich als Wähler wünscht, welche dieser Eigenschaften würden Sie dann als wichtigste bezeichnen? Und welche käme an zweiter Stelle? Und welche dann?“ (Vorgegeben: Gute Allgemeinbildung, sauberer Charakter, aufgeschlossen für neue Ideen, fleißig und einsatzbereit, verantwortungsbewußt, unabhängig in seinen Entscheidungen von seiner Partei, Fachwissen auf einem bestimmten Gebiet, politische Erfahrung, überzeugender Redner)</p>	1965	infratest	–
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Berufsstruktur	<p>„Gibt es bestimmte Berufe, die Ihrer Meinung nach besonders stark im Bundestag vertreten sein sollten? Berufe also, die für die Tätigkeit eines Abgeordneten besonders nützlich und wertvoll sind?“</p>	1965	infratest	–
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Weibliche Abgeordnete/ Frau als Präsident	<p>„Sollten Ihrer Meinung nach mehr Frauen im Bundestag vertreten sein als das zur Zeit der Fall ist, oder weniger oder ist der heutige Anteil Ihrer Ansicht nach gerade richtig?“</p>	1965	infratest	–
	<p>„Im neuen Deutschen Bundestag sind von den 499 Abgeordneten 51 Frauen. Würden Sie es begrüßen, wenn es unter den Abgeordneten mehr Frauen gäbe, oder sollte es weniger geben, oder finden Sie das so, wie es jetzt ist, gerade richtig?“</p>	1983	IfD Allensbach	–
	<p>„Gefällt es Ihnen oder gefällt es Ihnen weniger, daß eine Frau Präsidentin des Bundestages ist?“</p>	1973	IfD Allensbach	–
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Mandatsausübung	<p>„Hier sind zwei Kurzbeschreibungen von Bundestagsabgeordneten. Wenn Sie sich für einen von beiden entscheiden sollten: Welchem würden Sie bei einer Wahl eher Ihre Stimme geben?“</p> <p>(1) Der Abgeordnete O widmet sich in Bonn vor allem der Bundespolitik. Er vertritt die Bundesrepublik bei internationalen Konferenzen. Auch im Bundestag spielt er eine führende Rolle.</p> <p>(2) Der Abgeordnete U versucht vor allem, Vorteile für seinen Wahlkreis zu erringen. Er ist so oft wie möglich im Wahlkreis anwesend und pflegt engen Kontakt mit der Bevölkerung.</p>	1969, 1976, 1980 (2x)	IfD Allensbach	–
	<p>„Auf diesen Karten steht Verschiedenes, dem sich ein Abgeordneter verpflichtet fühlen kann. Wenn Sie nach dem gehen, was Sie wissen oder vermuten: Wem davon fühlt sich ein Abgeordneter wohl besonders verpflichtet, wem fühlt er sich wohl auch verpflichtet und wem fühlt er sich wohl eher nicht verpflichtet?“</p>	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Austragung von Meinungsverschiedenheiten	(Im Anschluß an die Rundfunkübertragung der Debatte über die Pariser Verträge:) <i>„Die Meinungsverschiedenheiten der Abgeordneten im Bundestag sind in aller Breite ausgetragen worden. Was meinen Sie: Hat das auf die Bevölkerung einen guten oder einen schlechten Eindruck gemacht?“</i>	1955	IfD Allensbach	–
	<i>„Hier unterhalten sich zwei über Bundestagsdebatten – welchem von den beiden würden Sie eher zustimmen, dem O oder dem U?“</i> Dem O: <i>„Ich höre mir Bundestagsdebatten nicht gern an. Wie die Politiker sich da gegenseitig angreifen, so hart und unfair, das ist richtig abstoßend.“</i> Dem U: <i>„Die Debatten im Bundestag sind sicher hart und zum Teil auch unfair; aber so ist es eben in der Politik, das stört mich nicht.“</i>	1978, 1984	IfD Allensbach	–
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Abstimmungsverhalten	<i>„Wenn im Bundestag über ein Gesetz abgestimmt wird, von dem man weiß, daß die Mehrheit der Bevölkerung dagegen/dafür ist: wie sollte sich da Ihrer Meinung nach ein Abgeordneter verhalten, der das Gesetz gut/schlecht findet? Sollte er so abstimmen, wie er es für richtig hält, oder sollte er sich nach der Meinung der Bevölkerung richten?“</i> (Parallelumfrage)	1977, 1978	IfD Allensbach	–
	<i>„Wenn im Bundestag über ein Gesetz abgestimmt wird: Wie sollte sich da Ihrer Meinung nach ein Abgeordneter verhalten, wenn er das Gesetz gut/schlecht findet, seine Partei aber gegen/für das Gesetz ist? Sollte er dafür/dagegen stimmen, wie er es für richtig hält, oder sollte er so stimmen, wie es seine Partei empfiehlt?“</i> (Parallelumfrage)	1977, 1978	IfD Allensbach	–
	<i>„Wenn die Abgeordneten einer Partei, einer Fraktion einheitlich abstimmen, hat das ja seinen Grund. Hier auf diesen Karten stehen einmal verschiedene Gründe. Verteilen Sie die Karten doch bitte einmal auf dieses Blatt hier, je nachdem, ob Sie meinen, daß das in der Praxis oft vorkommt, oder manchmal, oder eher selten bzw. gar nicht vorkommt.“</i>	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–

	<p>„Wie sich die Abgeordneten bei Abstimmungen eine Meinung bilden sollen, darüber unterhalten sich hier zwei: Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie meinen?“</p> <p>(1) „Ich finde, daß sich jeder Abgeordnete selber seine eigene Meinung bilden und dann auch dementsprechend abstimmen sollte. Es macht nichts, wenn Abgeordnete einer Partei oder einer Fraktion unterschiedliche Standpunkte vertreten und auch verschieden abstimmen.“</p> <p>(2) „Die Abgeordneten sollten sich auch danach richten, was die anderen Abgeordneten der Partei oder Fraktion denken. Innerhalb einer Partei oder Fraktion sollte man sich gemeinsam eine Meinung bilden und dann einheitlich abstimmen.“</p>	1995	IfD Allensbach	–
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Fraktionswechsel	„Man hört ja jetzt öfter, daß ein Abgeordneter die Partei wechselt. Was ist Ihre Ansicht: Billigen Sie das, oder finden Sie, das sollte nicht sein?“	1970, 1972	IfD Allensbach	–
	„Wie denken Sie ganz allgemein darüber, wenn ein Abgeordneter seine Partei wechselt. Würden Sie sagen: dann soll er zurücktreten und den Platz frei machen für einen anderen Mann aus der Partei, für die er gewählt worden ist, oder soll er Abgeordneter bleiben und bei seiner neuen Partei mitstimmen. Was finden Sie besser?“	1960, 1972	IfD Allensbach	–
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Rotation	„In der Bundesrepublik sind Bundestagswahlen ja normalerweise alle vier Jahre. Die Abgeordneten werden für diesen Zeitraum gewählt. Die GRÜNEN haben jetzt beschlossen, die sogenannte Rotation einzuführen. Das heißt, nach der Hälfte der Zeit, also nach zwei Jahren, sollen die jetzigen Abgeordneten der GRÜNEN anderen Abgeordneten von der Nachrückliste Platz machen. Finden Sie das gut oder nicht gut?“	1985	IfD Allensbach	–
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Privatleben	<p>„Hier unterhalten sich zwei über unsere Abgeordneten. Welchem von beiden würden Sie da zustimmen?“</p> <p>(1) „Ich finde die Abgeordneten sollten wie andere auch ihr Privatleben führen können, wie sie gern möchten – auch wenn das nicht in allem vorbildlich ist.“</p> <p>(2) „Da bin ich anderer Meinung. Die Abgeordneten sind doch in einer ganz besonderen Stellung. Daran sollten sie auch im Privatleben denken und sich keine ‚Ausrutscher‘ erlauben.“</p>	1976	IfD Allensbach	–
Erwartungen gegenüber Abgeordneten: Kleidung	„Etwas anderes: Sind Sie dafür, daß die Abgeordneten im Bundestag immer korrekt gekleidet sind, zum Beispiel mit Krawatte und Anzug, oder können sie Ihrer Meinung nach genauso in Freizeitkleidung in den Bundestag kommen, zum Beispiel in Jeans und Pullover?“	1987	IfD Allensbach	–

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
Einschätzung der Abgeordneten: Gründe zur Kandidatur	„Was glauben Sie, aus welchem Grund versucht jemand in erster Linie, Abgeordneter zu werden? Hier auf dieser Liste stehen einige Möglichkeiten.“ (Vorgegeben: aus dem Wunsch heraus, der Allgemeinheit zu dienen; um persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen; um finanzieller Vorteile willen; aus persönlicher Freude an der politischen Arbeit; aus keinem dieser Gründe, sondern ...)	1965	infratest	–
Einschätzung der Abgeordneten: Alter	„Was glauben Sie, welches ist zur Zeit das Durchschnittsalter der Abgeordneten? Wie alt sind die meisten von ihnen ungefähr?“	1965	infratest	–
Einschätzung der Abgeordneten: Berufsstruktur	„Fast alle Abgeordneten haben ja auch einen privaten Beruf. Welche Berufe oder Berufsgruppen glauben Sie, sind unter den Abgeordneten besonders häufig vertreten?“ „Und welche Berufe glauben Sie, gibt es besonders wenig unter den Abgeordneten?“	1965	infratest	–
Einschätzung der Abgeordneten: Fähigkeiten	„Glauben Sie, man muß große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter zu werden?“	1951–1964 jährlich, 1972, 1978, 1980, 1987, 1991, 1992, 1996	IfD Allensbach	S. 3536
	„Alles in allem, glauben Sie, daß in Deutschland besonders befähigte Leute Abgeordnete werden oder sind das zwar tüchtige aber im großen und ganzen durchschnittlich begabte und geeignete Leute oder Menschen mit ziemlich geringen Fähigkeiten?“ „Und wie sollte es Ihrer Meinung nach sein? Sind die Abgeordneten für das Wohl des Volkes so wichtig, daß man nur die besten dafür nehmen sollte, oder würden auch durchschnittlich begabte Leute für diese Arbeit ausreichend sein oder hat ein Abgeordneter so wenig Einfluß, daß es ganz egal ist, wer im Bundestag sitzt?“	1965	infratest	–

Einschätzung der Abgeordneten: Ansehen	„Welches Ansehen haben Bundestagsabgeordnete bei Ihnen?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
	„Welches Ansehen haben Bundestagsabgeordnete in der Bevölkerung?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Einschätzung der Abgeordneten: Einfluß	„Wieviel Einfluß haben die Abgeordneten auf die Positionen, auf die politische Linie ihrer Partei? Denken Sie, daß die meisten Abgeordneten Führungspositionen in ihren Parteien haben, so daß sie die Positionen ihrer Partei weitgehend mitbestimmen, oder haben die meisten Abgeordneten keine Führungspositionen in ihren Parteien, so daß sie darauf wenig Einfluß haben?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Einschätzung der Abgeordneten: Aufgaben(-Wahrnehmung)	„Haben Sie das Gefühl, daß der Abgeordnete Ihres Wahlkreises sich genügend um seine Wähler und um ihre Probleme kümmert oder sollte er Ihrer Meinung nach mehr in dieser Beziehung tun?“	1965	infratest	–
	„Ein Bundestagsabgeordneter hat ja ganz verschiedene Aufgaben. Einige davon stehen hier auf diesen Karten. Welche von diesen Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten halten Sie persönlich für besonders wichtig, welche halten Sie auch für wichtig und welche halten Sie für weniger wichtig?“ „Ein Bundestagsabgeordneter hat ja ganz verschiedene Aufgaben. Einige davon stehen hier auf diesen Karten. Wie stark kümmert sich ein Abgeordneter wohl in der Praxis um diese Aufgaben, wie wichtig nimmt er sie wirklich?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
	„Wieviel Vertrauen haben Sie zu den Bundestagsabgeordneten, daß sie ihre Arbeit gut machen?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–

Hinweis

Parlamentskritik und Vorschläge zur Parlamentsreform sind auch in zahlreichen Publikationen von Abgeordneten enthalten. Eine Bibliographie der von Mitgliedern des Bundestages zum Thema Parlament und parlamentarische Demokratie veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze findet sich in Abschnitt 2.13. Hinweise zum Parlamentsverständnis der Abgeordneten enthält außerdem Abschnitt 2.14, in dem die bisherigen Repräsentativbefragungen von Mitgliedern des Bundestages zusammengestellt und dokumentiert wurden.

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
Einschätzung der Abgeordneten: Tätigkeit im Parlament/ im Wahlkreis	„Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Tätigkeiten von Abgeordneten, wenn sie im Parlament beziehungsweise in einer Bundes- bzw. Landeshauptstadt arbeiten. Was denken Sie, wie oft kommen diese Tätigkeiten in der praktischen Arbeit eines Abgeordneten vor? Verteilen Sie die Karten einfach auf dieses Blatt hier, je nachdem, ob die Abgeordneten das oft machen oder manchmal oder selten, beziehungsweise gar nicht.“ (Vorgegeben: 11 Antwortmöglichkeiten)	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
	„Ein Bundestagsabgeordneter hat ja auch Verpflichtungen in seinem Wahlkreis. Auf diesen Karten steht einiges von dem, was er dort macht. Was meinen Sie, welche dieser Tätigkeiten übt ein Abgeordneter in seinem Wahlkreis oft aus, welche manchmal und welche selten oder gar nicht? Verteilen Sie die Karten bitte auf dieses Blatt hier.“ (Vorgegeben: 15 Antwortmöglichkeiten)	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Einschätzung der Abgeordneten: Berücksichtigung des Wählerwillens	„Man hört oft die folgende Meinung: Bei uns kann zwar jeder alle Jahre mal wählen, aber im Grunde kümmern sich die Politiker doch gar nicht darum und tun nur das, was sie wollen. Würden Sie sagen, das stimmt voll und ganz, teilweise oder stimmt nicht?“	1969–1971 jährlich, 1976 (2x), 1978 (2x), 1983, 1989	IfD Allensbach	S. 3539 (teilweise)
Einschätzung der Abgeordneten: Interessenwahrnehmung/ Gewissensentscheidung	„Glauben Sie, daß die Abgeordneten in Bonn in erster Linie die Interessen der Bevölkerung vertreten, oder haben sie andere Interessen, die ihnen wichtiger sind?“	1951–1958 jährlich, 1964, 1972, 1973, 1978, 1982, 1984, 1987, 1991	IfD Allensbach	S. 3540
	„Wenn der Bundestagskandidat Ihrer Partei nach Bonn gewählt wird: Glauben Sie, er vertritt dann nur die Interessen seiner Anhänger im Wahlkreis, oder auch die Interessen der Leute, die ihn nicht gewählt haben?“	1976	IfD Allensbach	–

	<p>„Im Grundgesetz der Bundesrepublik heißt es, daß die Bundestagsabgeordneten ‚nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Glauben Sie, daß sich die Abgeordneten bei ihren Entscheidungen nach der Stimme ihres Gewissens richten?“</p> <p>„Wonach richten sich die Abgeordneten sonst, Ihrer Meinung nach?“ (Vorgegeben: nach ihren eigenen Interessen; nach den Anweisungen ihrer Partei; nach den Anweisungen von Interessenverbänden; nach den Anweisungen der Kirche; wonach sonst?)</p>	1963/1973	IfWerbepsychologie	–
Einschätzung der Abgeordneten: Kontaktverhalten	<p>„Ein Bundestagsabgeordneter hat ja ganz verschiedene Kontakte. Manche sind ganz wichtig für seine Arbeit, andere sind da weniger wichtig. Hier auf dieser Liste stehen einige Personengruppen und Institutionen. Was meinen Sie, welche Kontakte sind für einen Abgeordneten besonders wichtig, was von dieser Liste würden Sie da nennen?“</p>	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
	<p>„Hier unterhalten sich zwei über die Beziehungen zwischen Bundestagsabgeordneten und den Vertretern von Interessenverbänden. Wer von den beiden sagt eher das, was Sie auch denken?“</p> <p>(1) „Ich finde, die Bundestagsabgeordneten sollten keinen so engen Kontakt zu den Verbänden pflegen. Die Vertreter der Interessenverbände informieren die Politiker doch in erster Linie, weil sie ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen und versuchen dadurch, die Entscheidungen der Abgeordneten zu beeinflussen.“</p> <p>(2) „Ich sehe das anders. Ich finde es durchaus richtig, wenn Bundestagsabgeordnete zu Vertretern von Interessenverbänden engen Kontakt haben. dadurch werden sie mit den Anliegen und Problemen vertraut gemacht und können auch den Sachverstand der Verbände nutzen.“</p>	1995	IfD Allensbach	–
Einschätzung der Abgeordneten: Briefbeantwortung/ Gesprächsbereitschaft	<p>„Wenn Sie dem Abgeordneten, der Ihren Wahlkreis vertritt, einen Brief schreiben würden: Was denken Sie – was würde mit dem Brief geschehen?“</p> <p>„Würde sich der Abgeordnete um Ihre Sache kümmern?“ (nur 1996)</p>	1951–1954 und 1957–1959 jährlich, 1962, 1964, 1972, 1978, 1981, 1983, 1988, 1990, 1996	IfD Allensbach	S. 3537
	<p>„Was meinen Sie, wenn Sie mit einem Bundestagsabgeordneten aus Ihrem Wahlkreis sprechen wollten – wäre es dann eher leicht, mit ihm zu einem Gespräch zusammenzukommen, oder wäre das eher schwierig, oder wäre das so gut wie unmöglich?“</p>	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
Einschätzung der Abgeordneten: Wahlkreis-Kennntnis	„Was meinen Sie, wie gut weiß ein Bundestagsabgeordneter so im allgemeinen über die politischen Ansichten und Wünsche der Menschen in seinem Wahlkreis Bescheid?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Einschätzung der Abgeordneten: Arbeitszeit	„Was schätzen Sie, wieviel Stunden in der Woche ein Abgeordneter durchschnittlich für seine Tätigkeit als Abgeordneter benötigt?“	1965	infratest	–
	„Was glauben Sie: Wieviel Stunden pro Woche arbeitet, alles in allem, ein Bundestagsabgeordneter? Auf wieviel Stunden ungefähr schätzen Sie, einschließlich des Wochenendes, seine wöchentliche Arbeitszeit?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
Einschätzung der Abgeordneten: Büroausstattung der Abgeordneten	„Glauben Sie, daß alle Abgeordneten in Bonn ein eigenes Büro zur Verfügung haben, in dem sie alleine sitzen, oder trifft das nur für einen Teil von ihnen zu oder hat keiner ein eigenes Büro?“	1965	infratest	–
Einschätzung der Abgeordneten: Diätenhöhe	„Und was glauben Sie, was jemand dafür, daß er Abgeordneter ist, durchschnittlich im Monat bekommt?“	1953	IfD Allensbach	–
	„Bisher bekamen die Bundestagsabgeordneten in Bonn ihr Geld, also die Diäten, steuerfrei. In Zukunft müssen sie nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts versteuert werden, und darum sind die Diäten kürzlich erhöht worden. Haben Sie davon gehört?“ (Frage an Personen, die von der Erhöhung der Abgeordneten-Diäten gehört haben:) „Manche fanden die Erhöhung in Ordnung, manche fanden sie unverantwortlich hoch. Was denken Sie?“	1977	IfD Allensbach	–
	„Was glauben Sie, wieviel ein Abgeordneter im Monat für seine Tätigkeit als Abgeordneter bekommt? Wie hoch sind ungefähr seine monatlichen Bezüge insgesamt, also ohne jeden Abzug für Steuer oder berufliche Aufwendungen?“	1965	infratest	–

	<i>„Abgeordnete müssen jedoch aus ihrem Einkommen auch Ausgaben bezahlen, die beruflich notwendig sind, wie z. B. Gehalt für eine Sekretärin, Reisekosten, eventuell eine zweite Wohnung in Bonn usw. Wenn man diese Aufwendungen einmal abzieht, was glauben Sie, wieviel bleibt dann ungefähr für den Abgeordneten und seine Familie übrig?“</i>	1965	infratest	–
	<i>„Und was sollte ein Abgeordneter Ihrer Meinung nach monatlich aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter für sich und seine Familie übrig behalten?“</i>	1965	infratest	–
	<i>„Hier auf dieser Liste stehen einige Berufe. Was würden Sie sagen, wie hoch sollte das Netto-Einkommen eines Abgeordneten verglichen mit den Einkommen aus diesen Berufen sein?“ (Vorgegeben: Netto-Einkommen eines Abgeordneten sollte sein, wie das Einkommen eines Ministers, eines Professors, eines hochqualifizierten Facharbeiters, eines Postinspektors, eines Studienrats, eines Inhabers einer mittleren Fabrik, eines praktischen Arztes.)</i>	1965	infratest	–
	<i>„Bedeutet es Ihrer Meinung nach für die Mehrzahl der Abgeordneten einen finanziellen Vorteil, Abgeordneter zu sein, oder würden die meisten mehr verdienen, wenn sie ausschließlich ihren privaten Beruf ausüben würden oder hält sich das ungefähr die Waage?“</i>	1965	infratest	–
	<i>„Denken Sie, daß die Diäten ausreichend sind, oder verdient ein Bundestagsabgeordneter zu viel oder zu wenig?“</i>	1995	IfD Allensbach	–
	<i>„Und finden Sie die Pläne richtig, die Diäten an die Gehälter der Richter und deren Gehaltsentwicklung anzukoppeln, oder finden Sie diese Pläne nicht richtig?“</i>	1995	IfD Allensbach	–
Einschätzung der Abgeordneten: Lebensunterhalt	<i>„Wie ist das eigentlich: Haben die Bundestags-Abgeordneten noch einen anderen Beruf oder leben sie nur von dem, was sie als Abgeordnete bekommen?“</i>	1953, 1958	IfD Allensbach	–
Einschätzung der Abgeordneten: Unterbringung in Bonn/ Privatleben	<i>„Was glauben Sie: Haben alle Abgeordneten während ihrer Amtszeit eine feste Wohnung in Bonn oder nur ein Teil von ihnen oder wohnen sie alle weiterhin in ihrem Heimatort und pendeln immer hin und her?“</i>	1965	infratest	–

Thematik der Frage	Wortlaut der Frage	Erhebungsjahr	Durchführung der Umfrage durch	Fundstelle im <i>Datenhandbuch</i>
Einschätzung der Abgeordneten: Privatberuf	„Glauben Sie, daß der Abgeordnete durch seine Tätigkeit als Abgeordneter manchmal oder häufig gezwungen ist, von seiner Familie getrennt zu leben oder hat er auch als Abgeordneter immer die Möglichkeit, seine Familie bei sich zu haben?“	1965	infratest	–
	„Kann ein Abgeordneter, wenn er seine Abgeordnetentätigkeit wirklich gut ausfüllen will, seinen Privatberuf noch voll nebenbei ausüben oder ist das nur teilweise oder gar nicht möglich?“	1965	infratest	–
Einschätzung der Abgeordneten: Zusammenfassung	„Wir haben jetzt so viel über die Arbeit, über die Arbeitsbedingungen, über den Verdienst des Abgeordneten gesprochen. Was würden Sie alles in allem sagen: Ist ein Abgeordneter in seiner Tätigkeit eher zu bedauern oder eher zu beneiden oder keins von beidem?“	1965	infratest	–
Politisches Engagement: Brief an Abgeordneten	„Haben Sie dem Bundestagsabgeordneten aus dem hiesigen Wahlkreis schon einmal geschrieben oder mit ihm gesprochen?“	1956	IfD Allensbach	–
	„Haben Sie schon einmal selbst an einen Abgeordneten Ihrer Stadt oder Gemeinde, einen Abgeordneten im Landtag, an einen Vertreter einer Partei oder einen Minister in einer Sie beschäftigenden öffentlichen Frage einen Brief geschrieben?“	1987	Emnid	–
Kriterien für die Wahl der Abgeordneten	„Wenn Sie einmal an die Wahl von Bundestagsabgeordneten denken: Neben den politischen und persönlichen Einstellungen der Abgeordneten können auch andere Bedingungen wichtig sein, damit Sie ihnen Ihre Stimme geben. Sagen Sie mir bitte für jede der hier aufgeführten Bedingungen, ob Sie diese für notwendig halten oder nicht.“ (Vorgegeben: „Sie sollten derselben Konfession angehören wie ich.“ – „Sie sollten aus meiner Gegend kommen.“ – „Sie sollten derselben sozialen Schicht angehören wie ich.“ – „Sie sollten demselben Geschlecht angehören wie ich.“ – „Sie sollten derselben Generation angehören wie ich.“)	1988/89	Herzog u. a.	–

Informierung über den Bundestag	„Finden Sie, daß Sie durch Zeitung, Rundfunk oder Fernsehen genügend von der Arbeit der Abgeordneten erfahren oder würden Sie gerne besser darüber unterrichtet werden?“	1965	infratest	–
	„Wie informieren Sie sich über die Arbeit des Deutschen Bundestages und der Abgeordneten in Bonn? Nennen Sie mir einfach die entsprechenden Kennbuchstaben auf der Liste.“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–
	„Wenn man die Berichte über den Bundestag im Fernsehen sieht, weiß man dann ganz gut Bescheid, wie der Bundestag arbeitet und was die Abgeordneten tun, oder erfährt man da nicht genug, um wirklich zu verstehen, was im Bundestag gemacht wird?“ „Wenn man die Berichte über den Bundestag in Zeitungen, Zeitschriften liest, weiß man dann ganz gut Bescheid, wie der Bundestag arbeitet und was die Abgeordneten tun, oder erfährt man da nicht genug, um wirklich zu verstehen, was im Bundestag gemacht wird?“	1995	IfD Allensbach/ Patzelt	–

Fundstellen für die Ergebnisse der Umfragen

Emnid = Ergebnisse der Umfrage sind zusammengestellt bei *Suzanne S. Schüttemeyer*, Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismusperzeption in der Bundesrepublik. Opladen 1986; vgl. dort das Verzeichnis der Tabellen, Schaubilder und Übersichten.

Herzog u. a. = *Dietrich Herzog, Hilke Rebenstorf, Camilla Werner, Bernhard Weßels*, Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Opladen 1990.

IfD Allensbach = Jahrbuch der öffentlichen Meinung. Hrsg. v. *Elisabeth Noelle* und *Erich Neumann*. Bände 1 bis 10 [ab Band VI: Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie. Hrsg. v. *Elisabeth Noelle-Neumann*; Band VIII hrsg. v. *Elisabeth Noelle-Neumann* und *Edgar Piel*; ab Band 9 hrsg. v. *Elisabeth Noelle-Neumann* und *Renate Köcher*]. Allensbach 1956 ff.

IfD Allensbach/Patzelt = *Werner J. Patzelt*, Ist der Souverän unaufgeklärt? Die Ansichten der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Dresden 1996; vgl. auch ders., Das Wissen der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Indizien für Aufgaben der politischen Bildung. In: *Gegenwartskunde*. Jg. 45. 1996. H. 3. S. 309–322.

IfWerbepsychologie = Institut für Werbepsychologie und Marktforschung, Landshut (früher Frankfurt am Main), zitiert bei *Uwe Thaysen*, Repräsentativ-Erhebung: Richten sich die Bundestagsabgeordneten nach ihrem Gewissen? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 5. 1974. H. 1. S. 3–13.

infas = siehe Angaben zu Emnid

infratest = Der Deutsche Bundestag und die Bundestags-Abgeordneten im Meinungsbild der westdeutschen Bevölkerung. München 1965. (In der Bibliothek des Deutschen Bundestages vorhanden.)

Ergebnisse wiederholt durchgeführter Repräsentativumfragen

Im folgenden werden die Ergebnisse von Repräsentativumfragen wiedergegeben, die wiederholt in der Hauptsache vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt wurden.*)

Frage: „Es gibt verschiedene Ämter und Einrichtungen, die für die politischen Entscheidungen in der Bundesrepublik von Bedeutung sind. Einige davon stehen auf diesen Karten. Könnten Sie die Karten bitte auf diese 5 Streifen verteilen, und zwar je nachdem, ob Sie darüber eine eher gute oder eher schlechte Meinung haben? Ämter und Einrichtungen, die Sie nicht kennen, legen Sie bitte einfach beiseite!“

	persönliche Meinung	Bundes- verfas- sungs- gericht	Bundes- präsi- dent	Bundes- tag	Bundes- rat	Bundes- regie- rung	Regie- rungen der Bundes- länder	Bundes- wehr	Bundes- bank
		%	%	%	%	%	%	%	%
1974	sehr gut	13	35	12	8	14	6	7	9
	gut	34	42	37	33	33	29	28	33
	teils, teils	28	16	35	34	36	46	35	34
	eher schlecht	6	2	7	6	10	7	16	8
	sehr schlecht	2	1	2	1	3	2	9	2
kein Urteil	17	4	7	18	4	10	5	14	
1980	sehr gut, gut	47	70	52	44	51	38	44	43
	teils, teils	32	20	33	36	33	47	32	34
	schlecht bis	9	7	8	6	13	7	20	9
	sehr schlecht	12	3	7	14	3	8	4	14
1985	gut	52	84	42	43	39	38	40	47
	teils, teils	31	11	43	38	36	51	33	31
	schlecht	7	3	10	6	23	5	25	9
	kein Urteil	10	2	5	13	2	6	2	13
1988	sehr gut, gut	53	85	41	42	33	33	35	50
	eher schlecht, sehr schlecht	7	3	10	6	25	7	28	9
1995	gut	36	65	22	23	25	21	31	32
	teils, teils	42	26	50	55	47	62	41	42
	schlecht	15	6	24	11	25	11	23	16
	kein Urteil	7	3	4	11	3	6	5	10

*) Quellen: Siehe im einzelnen den vorangegangenen Unterabschnitt.

Hinweis

Fälle des Wechsels zwischen Bundesminister und Ministerpräsidentenamt enthält Abschnitt 3.25.

Frage: „Und für wie groß halten Sie den Einfluß dieser Ämter und Einrichtungen auf das politische Geschehen in der Bundesrepublik? Bitte verteilen Sie dazu die Karten jetzt noch auf diese Streifen?“

	politischer Einfluß	Bundes- verfas- sungs- gericht	Bundes- präsi- dent	Bundes- tag	Bundes- rat	Bundes- regie- rung	Regie- rungen der Bundes- länder	Bundes- wehr	Bundes- bank
		%	%	%	%	%	%	%	%
1974	sehr stark	15	19	49	25	70	21	8	17
	stark	28	19	33	37	21	37	16	28
	mittel	24	24	9	19	3	25	25	27
	gering	15	22	2	5	1	6	27	11
	sehr gering	6	11	1	1	x	2	20	7
	kein Urteil	12	5	6	13	5	9	4	10
1976	sehr stark	16	18	48	25	68	20	9	16
1980	sehr stark, stark	43	30	83	64	92	62	28	43
	mittel	31	24	9	22	4	26	27	29
	gering, sehr gering	17	42	2	4	1	6	41	19
	kein Urteil	9	4	6	10	3	6	4	9
1988	sehr stark, stark	47	42	80	59	89	59	23	46
	gering, sehr gering	15	30	3	6	1	7	44	19
1995	stark	44	29	68	48	81	33	13	42
	mittel	36	29	24	37	13	51	28	31
	gering	15	39	4	7	3	11	55	20
	keine Angabe	5	3	4	8	3	5	4	7

Hinweis

Dokumentationen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung enthalten die folgenden Abschnitte:

- 6.11 mit einer statistischen Übersicht über die Themen aller Regierungserklärungen, nach Ressorts gegliedert,
- 6.18 mit einer Aufstellung der von den Ressorts an den Bundestag erstatteten Berichte,
- 6.20 mit der parlamentarischen Beanspruchung der Bundesministerien,
- 11.5 mit einer Statistik der Gesetzentwürfe der Bundesregierung, nach den Ressorts untergliedert,
- 12.1 mit der Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen,
- 17.3 mit einer Statistik der Petitionen, aufgegliedert nach der Zuständigkeit der Ministerien.

Frage: „Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, ob Sie ihr Vertrauen entgegenbringen oder ob das nicht der Fall ist. Wie ist das mit ...?“ (Vorgegebene Kategorien: Bundesverfassungsgericht, Polizei, Hochschule/Universität, Schule, Justiz, Bundeswehr, Gesundheitswesen, Rundfunk, Verfassungsschutz, Bundestag, Fernsehen, Städtische Behörden, Kirche, Bundesregierung, Unternehmen, Zeitungswesen, Gewerkschaften, Parteien)

	Bundes- verfassungs- gericht	Bundes- wehr	Bundes- tag	Bundes- regierung ¹⁾	Parteien	Kirche	Fern- sehen
	%	%	%	%	%	%	%
1979	83	68	67	–	43	65	69
1981	78	74	64	–	40	66	62
1982	82	71	61	59	39	67	69
1983	82	73	76	71	50	70	64
1984	75	72	68	64	47	69	71
1986	85	73	74	66	45	64	66
1988	79	66	60	54	38	69	62
1990	84	68	65	61	37	62	64

1) erst ab 1982 als Kategorie abgefragt

Frage: „Wenn Sie nun einmal an Ihren persönlichen Lebensbereich denken, sind da diese einzelnen Ämter und Einrichtungen für Sie eher wichtig oder eher unwichtig? – Könnten Sie jetzt die Karten entsprechend auf dieses Blatt hier verteilen?“

	für den eigenen Lebensbereich	Bundes- verfas- sungs- gericht	Bundes- präsi- dent	Bundes- tag	Bundes- rat	Bundes- regie- rung	Regie- rungen der Bundes- länder	Bundes- wehr	Bundes- bank
		%	%	%	%	%	%	%	%
1974	eher wichtig	41	41	63	44	77	56	34	48
	eher unwichtig	18	32	15	24	10	21	26	18
	betrifft mich nicht	41	27	22	32	13	23	40	34
1980	eher wichtig	38	33	63	45	80	61	38	45
	eher unwichtig	23	36	17	24	9	19	22	21
	betrifft mich nicht	39	31	20	31	11	20	40	34
1988	eher wichtig	40	45	57	45	71	59	30	44
	eher unwichtig	23	29	22	25	13	19	29	24

Frage: „Wie denken Sie über den Bonner Bundestag als unsere Volksvertretung?“

	Ausgesprochen gut %	Im Grunde gut %	Mäßig %	Schlecht %	Ohne Meinung %
1951	7	28	31	9	25
1952	3	27	35	13	22
1953 ¹⁾	9	37	31	10	13
1953 ²⁾	17	42	25	4	12
1954	9	40	37	10	4
1955	14	43	33	6	4
1956	6	40	37	12	5
1957	11	44	30	7	8
1958 ³⁾	10	40	37	9	4
1958 ⁴⁾	6	31	41	16	6
1959	8	48	30	5	9
1960	6	46	35	6	7
1961	6	49	25	6	14
1963	4	42	36	7	11
1965	3	49	34	4	11
1967	5	53	28	4	10
1970	6	47	31	5	11
1983	11	56	27	4	2

1) Mai 1953 2) November 1953 3) März 1958 4) April 1958

Frage: „Ist der Bundestag in Bonn die Ländervertretung, die Volksvertretung oder die Regierung?“ (1951–1974)

„Der Deutsche Bundestag – was ist das eigentlich? Bitte sagen Sie mir das anhand der folgenden Liste.“ (1979)

	Bundestag = Volksvertretung %
1951	48
1953	52
1958	52
1965	54
1974	50
1979	74

Hinweis

Repräsentative Umfrageergebnisse bzw. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik sind im **Datenhandbuch** in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.10 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung
- 1.15 Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht
- 1.16 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 2.15 Zeitbudget der Abgeordneten
- 6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler
(mit Unterabschnitt: Gewünschte Bundeskanzler)
- 24.4 Europäisches Parlament (mit Unterabschnitt Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament)

Frage: „Wieviel Abgeordnete gibt es Ihrer Schätzung nach im Bundestag in Bonn?“

	Richtige Angaben %	Falsche Angaben %	Keine Vorstellung %
1951	13	81	6
1952	14	83	3
1953	15	82	3
1954	12	82	6
1955	13	82	5
1956	12	79	9
1957	12	81	7
1958	14	79	7
1959	10	80	10
1964	21	71	8

Frage: „Gibt es im Bundestag einen Abgeordneten, der speziell den hiesigen Wahlkreis vertritt?“

	Ja %	Nein – Weiß nicht %
1951	37	63
1952	36	64
1953	40	60
1954	50	50
1955	45	55
1956	42	58
1958	45	55
1962	50	50
1972	54	46
1981	57	43
1983	59	41

Frage: „Glauben Sie, man muß große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter [in Bonn] zu werden?“

	Ja %	Nein %	Unent- schieden %
1951	39	40	21
1952	44	38	18
1953	46	31	23
1954	49	34	17
1955	46	39	15
1956	46	37	17
1957	45	38	17
1958	45	35	20
1959	58	27	15
1960	53	30	17
1961	61	22	17
1962	47	33	20
1963	55	31	14
1964	54	28	18
1972	63	23	14
1978	55	32	13
1980	58	26	16
1987	41	40	19
1991 ¹⁾	32	55	13
1991 ²⁾	44	36	20
1992 ¹⁾	37	48	15
1992 ²⁾	35	47	18
1996 ¹⁾	25	59	16
1996 ²⁾	22	56	22

1) alte Bundesländer 2) neue Bundesländer

Hinweis

Angaben zum Schulabschluß und zur Hochschulbildung der Mitglieder des Bundestages enthält Abschnitt 3.14.

Frage: „Wenn Sie dem Abgeordneten, der Ihren Wahlkreis vertritt, einen Brief schreiben würden: Was denken Sie – was würde mit dem Brief geschehen?“

	Würde nicht gelesen werden bzw. würde ihn gar nicht erreichen	Würde gelesen werden	Weiß nicht, kommt darauf an
	%	%	%
1951	49	32	19
1952	38	43	19
1953	35	48	17
1954	35	46	19
1957	30	49	21
1958	27	49	24
1959	27	41	32
1962	22	47	31
1964	21	42	37
1972	23	56	21
1978	22	55	23
1981	26	49	25
1983	19	53	28
1988	21	51	28
1990 ²⁾	14	65	21
1996 ¹⁾	29	29	42
1996 ²⁾	21	34	45

1) alte Bundesländer 2) neue Bundesländer

Hinweis

Die Ergebnisse zweier Umfragen über den durchschnittlichen Zeitaufwand eines Abgeordneten für sämtliche politischen, beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen in Bonn und im Wahlkreis sind in Abschnitt 2.15: Zeitbudget der Abgeordneten wiedergegeben.

Frage: „Haben Sie schon einmal selbst an einen Abgeordneten Ihrer Stadt oder Gemeinde, einen Abgeordneten im Landtag, an einen Vertreter einer Partei oder einen Minister in einer Sie beschäftigenden öffentlichen Frage einen Brief geschrieben?“

	Ja	Nein	keine Angabe
	%	%	%
1953	7	93	0
1958	4	95	1
1961	3	96	1
1975	7	93	0
1987	10	88	1

Frage: „Haben Sie einen günstigen oder ungünstigen Eindruck von der bisherigen Arbeit des Bundestages in Bonn?“

	Günstig	Ungün- stig	Unent- schieden	Kein Urteil
	%	%	%	%
1950	21	32	24	23
1956	29	19	27	25
1959	33	14	30	23
1962	34	15	31	20
1964 ¹⁾	30	21	25	24
1972	34	27	27	12
1977 ¹⁾	30	32	26	12
1978	39	18	31	12
1982	18	37	32	13
1992 ¹⁾²⁾	15	46	28	11
1992 ¹⁾³⁾	11	48	25	16

1) ohne den Zusatz „... bisherigen ...“

2) alte Bundesländer

3) neue Bundesländer

Frage: „Kann die Regierung Gesetze machen, wie sie will, oder wer macht die Gesetze?“

	Richtige Angaben	Vage, aber nicht unrichtige Angaben	Die Regierung allein	Sonstige unrichtige Angaben ¹⁾	Weiß nicht
	%	%	%	%	%
1951	26	4	41	11	18
1952	27	8	37	9	19
1953	35	9	31	3	22
1954	31	10	37	2	20
1955	35	8	37	1	19
1956	34	7	35	2	22
1957	33	5	35	1	26
1958	28	6	39	1	26

¹⁾ u. a.: „die Besetzung“

Frage: „Wenn Sie in der Zeitung die Nachricht finden, daß ein Gesetz im Bundestag in zweiter Lesung angenommen worden ist, heißt das, daß sie sich beim ersten Mal nicht einigen konnten, oder müssen alle Gesetze zweimal gelesen werden, oder was bedeutet das sonst?“

	Müssen 3x gelesen werden	Müssen mehrmals gelesen werden	Müssen 2x gelesen werden	Sind sich nicht einig geworden	Sonstige Erklärungen	Weiß nicht, uninteressiert
	%	%	%	%	%	%
1951	9	5	20	24	3	39
1952	11	7	19	26	3	34
1953	14	6	22	26	2	30
1954	9	5	23	28	3	32
1955	14	8	23	20	4	31
1956	16	7	24	18	3	32
1957	12	6	27	18	2	35
1958	9	4	26	17	3	41

Hinweis

Eine chronologisch nach den Wahlperioden gegliederte Auflistung aller Maßnahmen, die bei großzügiger Interpretation dem Bereich der Parlamentsreform zugerechnet werden können, ist im Abschnitt 13.2 vorgenommen worden. Im übrigen taucht das Thema „Parlamentsreform“ in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des *Datenhandbuchs* behandelt.

Frage: „Beraten alle Abgeordneten den ganzen Tag über zusammen in einem großen Saal oder wie wird sonst im Bundestag gearbeitet?“

	Kenntnis der parl. Arbeit ¹⁾ %	Beraten zusammen %	Andere Beschreibungen %	Weiß nicht %
1951	14	33	45	8
1952	12	31	49	8
1953	13	30	47	10
1954	14	34	39	13
1955	15	42	30	13
1956	14	45	29	12
1957	16	50	22	12
1958	12	47	25	16

1) Ausschußarbeit, Fraktionssitzungen erwähnt

Frage: „Man hört oft die folgende Meinung: Bei uns kann zwar jeder alle Jahre mal wählen, aber im Grunde kümmern sich die Politiker doch gar nicht darum und tun nur das, was sie wollen. Würden Sie sagen, das stimmt voll und ganz, teilweise oder stimmt nicht?“

	Stimmt voll und ganz %	Stimmt teilweise %	Stimmt nicht %	Unentschieden, kein Urteil %
1970	22	52	14	12
1971	26	58	16	–
1976 ¹⁾	19	59	15	7
1976 ²⁾	21	62	11	6
1978 ³⁾	25	55	11	9
1978 ⁴⁾	13	64	18	5
1983	25	59	11	5
1989	27	60	8	5

1) Februar 2) November

3) Juli 4) November

Frage: „Wenn man das einmal ganz von der nützlichen Seite betrachtet: Brauchen wir in Bonn eigentlich ein Parlament und lauter Abgeordnete, oder ginge es auch ohne?“

	Brauchen Parlament %	Geht auch ohne %	Unentschieden %	Weiß nicht %
1956	69	10	7	14
1957	72	8	7	13
1958	71	10	6	13
1959	70	10	7	13
1962	69	13	10	8
1972	82	6	5	7
1977	77	8	7	8
1978	83	7	5	5
1982	81	6	7	6

Frage: „Würden Sie (wenn es Sie nichts kostet) gern einmal in Bonn bei den Verhandlungen im Bundestag zuhören, oder interessiert Sie das nicht weiter?“

	Würde gern zuhören (ernsthaftes Interesse) %	Würde gern zuhören (Belustigung) %	Kein Interesse %
1951	65 ¹⁾	–	35
1952	52	13	35
1953	52	12	36
1954	52	11	37
1955	55	12	33
1956	50	12	38
1957	52	13	35
1958	52	13	35

1) „Würde gern zuhören“ ohne weitere Differenzierung

Frage: „Glauben Sie, daß die Abgeordneten in Bonn in erster Linie die Interessen der Bevölkerung vertreten, oder haben sie andere Interessen, die ihnen wichtiger sind?“

	Persönliche Interessen %	Interessen der Bevölkerung %	Interessen der Partei %	Andere Interessen %	Weiß nicht %
1951	32	25	14	11	23
1952	26	33	14	9	22
1953	20	39	13	8	24
1954	17	39	10	12	25
1955	19	42	8	8	25
1956	19	38	8	9	28
1957	20	36	9	6	31
1958	17	41	8	9	25
1964	11	51	7	8	23
1972	20	43	3	5	31
1973	29	36	4	5	30
1978	15	55	3	9	18
1982	22	40	2	10	26
1984	33	37	3	4	25
1987	34	32	4	7	27
1991 ¹⁾	24	43	3	11	19
1991 ²⁾	24	35	5	12	26

1) alte Bundesländer 2) neue Bundesländer

Zusammenfassung

Bei einer Auswertung der Zeitreihen zeigt sich u. a.:

- die wachsende Zustimmung zur Notwendigkeit eines Parlaments,
- die schwankende Einschätzung des Bundestages,
- die ebenfalls schwankende, für längere Zeit zunehmend positive, in jüngerer Vergangenheit aber recht negative Einschätzung der Abgeordneten, was beispielsweise die Vertretung persönlicher Interessen betrifft und die notwendigen Fähigkeiten, Abgeordneter zu werden,
- die allmählich schwindende Unkenntnis über die Person des lokalen Abgeordneten,
- gelegentliche sprunghafte Veränderungen des Meinungsbildes, z. B. 1982 der plötzlich gestiegene und weiter ansteigende ungünstige Eindruck von der bisherigen Arbeit des Bundestages.

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

23.8 Verunglimpfungen des Bundestages

Rechtsgrundlage für die Entscheidung des Bundestages, Fälle von verfassungsfeindlichen Verunglimpfungen (oder „Beleidigungen“) des Bundestages verfolgen zu lassen, sind die §§ 90 b und 194 Abs. 4 StGB:

„§ 90 b. Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen.

(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) ein Gesetzgebungsorgan, die Regierung oder das Verfassungsgericht des Bundes oder eines Landes oder eines ihrer Mitglieder in dieser Eigenschaft in einer das Ansehen des Staates gefährdenden Weise verunglimpft und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Die Tat wird nur mit Ermächtigung des betroffenen Verfassungsorgans oder Mitglieds verfolgt.“

„§ 194. Strafantrag [bei Beleidigung].

...

(4) Richtet sich die Tat gegen ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes oder eine andere politische Körperschaft im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes, so wird sie nur mit Ermächtigung der betroffenen Körperschaft verfolgt.“

Die Ersuchen der ermittelnden Staatsanwaltschaften werden auf dem Dienstweg dem Bundestagspräsidenten zugeleitet, der sie dem Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung weiterleitet. Die Beschlußfassung des Bundestages geschieht im Wege der Vorentscheidung und wird auf dem Dienstweg über den Bundesminister der Justiz den ermittelnden Staatsanwaltschaften wieder zugeleitet.

Die folgende Statistik*) erfaßt die bisher vom Bundestag behandelten Fälle von verfassungsfeindlichen Verunglimpfungen des Bundestages.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Verfassungsfeindliche Verunglimpfungen des Bundestages	15	13	13	4	9	1	18	5
– dazu Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt	11	0	2	1	2	0	8	0
– dazu Ermächtigung zur Strafverfolgung nicht erteilt	3	13	11	3	7	1	9	5
– anderweitig erledigt	1	0	0	0	0	0	1	0

	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94
Verfassungsfeindliche Verunglimpfungen des Bundestages	1	0	1	2
– dazu Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt	0	0	0	1
– dazu Ermächtigung zur Strafverfolgung nicht erteilt	1	0	1	1
– anderweitig erledigt	0	0	0	0

★ Die Gesamtzahl der Fälle von **Verunglimpfungen** des Bundestages von der 1. bis zur 11. Wahlperiode (1949–1994) beträgt **81**.

*) Quelle: Unterlagen des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

24 Auswärtige Beziehungen und europäische Integration

Überblick

	Seite
24.1	3544
– Chronik (S. 3545)	
– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland (S. 3546)	
24.2	3547
– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland (S. 3548)	
24.3	3550
24.4	3551
– Chronik (S. 3553)	
– Wahlrecht und Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (S. 3565)	
– Europa-Wahlgesetze im Deutschen Bundestag (S. 3569)	
– Europawahlen von 1979 bis 1994 (S. 3574)	
– Fraktionsstärken und Sitzverteilung im Europäischen Parlament (S. 3581)	
– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland (S. 3589)	
– Vorübergehende Beobachter aus den neuen Bundesländern beim Europäischen Parlament (S. 3594)	
– Repräsentativität des Europäischen Parlaments (S. 3595)	

Hinweis

Unterlagen zum Bereich der Außen- und Europapolitik sowie zu den auswärtigen Beziehungen finden sich außerhalb des Kapitels 24 noch in folgenden Abschnitten:

- 2.12 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament,
- 5.9 mit den Angaben der für die Außenpolitik zuständigen Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.3 mit der Aufstellung der Bundesminister und Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes,
- 6.11 mit den Themen der Regierungserklärungen,
- 6.18 mit den Berichten aus dem Ressort Auswärtiges an den Bundestag,
- 9.2 mit Angaben über den Auswärtigen Ausschuß (Unterausschüsse, Vorsitzende, Mitgliederzahl),
- 10.4 Internationale interparlamentarische Versammlungen
- 11.5 mit der Zahl der Gesetzentwürfe, die von den einzelnen Ressorts der Bundesregierung eingebracht wurden,
- 12.1 mit den Themen der Großen Anfragen und der Zahl der von den einzelnen Ressorts beantworteten Fragen,
- 12.2 mit den Themen der Aktuellen Stunden,
- 12.3 mit den Themen der Regierungsbefragungen,
- 17.3 mit dem Anteil der Petitionen, die in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes fielen.

noch: Überblick		Seite
24.5	Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten	3598
24.6	Nordatlantische Versammlung	3603
	– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland (S. 3604)	
24.7	Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE	3605
	– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland (S. 3605)	
24.8	Interparlamentarische Union (IPU)	3606
24.9	Parlamentariergruppen	3607
	– Zahl der Parlamentariergruppen (S. 3607)	
	– Liste der Parlamentariergruppen (S. 3608)	
24.10	Koordinierungsgremien beim Bundestag	3612
	– Integrations-Ältestenrat (S. 3613)	
	– Europa-Kommission (S. 3614)	
	– Unterausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaft (S. 3615)	
	– EG-Ausschuß (S. 3616)	
	– Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union (EU-Ausschuß) (S. 3617)	
24.11	Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)	3618
24.12	Auslandsdienstreisen der Abgeordneten	3623

Vorbemerkung

Nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes ist die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten Sache des Bundes (Artikel 32 Absatz 1). Völkerrechtlich wird der Bund nach Artikel 59 Absatz 1 GG vom Bundespräsidenten vertreten. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten, beglaubigt und empfängt die Gesandten.

Daß auch der Deutsche Bundestag die Außenpolitik mitgestaltet, ergibt sich schon aus Artikel 45a Absatz 1 GG, wonach der Bundestag einen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten bestellt. Dieser Ausschuß wurde für so wichtig angesehen, daß er ausdrücklich im Grundgesetz erwähnt wird.

Die Beteiligung des Bundestages an der auswärtigen Politik ergibt sich aber auch aus Artikel 59 Absatz 2 GG, wonach Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes bedürfen. Damit sind Bundestag und Bundesrat gemeint.

Lange Zeit galt die Außenpolitik als Domäne der Regierung. Es gibt in der heutigen Zeit jedoch schwierige und sehr komplexe Fragen in der Weltpolitik, Probleme zwischen West und Ost, Nord und Süd und in Europa, an deren Lösung die Parlamente als frei gewählte Vertreter ihrer Völker mitzuwirken haben. Der zunehmenden internationalen Verflechtung der Bundesrepublik Deutsch-

Hinweis

Auf Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland, die in europäischen parlamentarischen Gremien wichtige Ämter oder Funktionen innehatten oder -haben (Mitglied des Präsidiums, Fraktions- oder Ausschußvorsitz), wird im Personenregister in Kapitel 31 mit der Abkürzung „Eur“ hingewiesen.

land und der damit einhergehenden, nach Herstellung der Einheit Deutschlands noch deutlich gestiegenen Verantwortung entspricht ein Prozeß zunehmender Parlamentarisierung der Außenpolitik. Der Bundestag wirkt an ihr im Wege der parlamentarischen Kontrolle und zunehmend initiiierend und vorbereitend mit.

Diesem Zweck dienen Delegationsreisen der Ausschüsse, Kommissionen und Parlamentariergruppen, aber auch die Tätigkeit von Abgeordneten in den internationalen interparlamentarischen Gremien. Im folgenden werden diese Gremien, Organisationen und Versammlungen aufgeführt, in denen der Bundestag vertreten ist (bzw. war).*) Nur noch aus redaktionellen Gründen wird auch das Europäische Parlament in diesem Kapitel behandelt. Mit der Weiterentwicklung der Europäischen Union – spätestens seit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht – erfordert dieser Teil des *Datenhandbuchs* eine neue Darstellungsform.**)

24.1 Parlamentarische Versammlung des Europarates

Der am 5. Mai 1949 von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden gegründete Europarat – mit Sitz in Straßburg – ist eine zwischenstaatliche politische Organisation, der inzwischen 40 Mitgliedsländer aus Europa angehören. Der Europarat***) hat die Aufgabe, „einen engen Zusammenschluß unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe sind, zu schützen und zu fördern und um ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu begünstigen“. Organe des Europarates sind der Ministerrat und die Beratende (seit Juli 1974: Parlamentarische) Versammlung.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates****) war die erste parlamentarische Versammlung in der Geschichte Europas. Sie hat Abgeordneten des Deutschen Bundestages, nachdem die Bundesrepublik Deutschland dem Europarat als Vollmitglied seit 1951 angehörte, die ersten Schritte auf europäischem Parkett erlaubt. Entsprechend seiner Größe entsendet jeder Staat eine bestimmte Anzahl von Vertretern und Stellvertretern. Liechtenstein hat zwei Sitze, während große Staaten wie Frankreich oder die Bundesrepublik Deutschland 18 Parlamentarier entsenden. Die Versammlung tritt in der Regel zu vier Sitzungsperioden im Jahr in Straßburg zusammen.

Die Aufgaben des Europarates sind der Einsatz für eine größere europäische Einheit, Schutz und Stärkung der pluralistischen Demokratie und der Menschenrechte, Suche nach Lösungen für die Probleme unserer Zeit und Entwicklung und Festigung des Bewußtseins für eine kulturelle europäische Identität. Hinzu gekommen ist die schrittweise Integration der neuen Demokratien in Mittel-

*) Als einleitende Texte zu den internationalen interparlamentarischen Gremien wurden zum Teil Darstellungen übernommen, die in den Ausgaben 6/91 und 7–8/91 von Bundestag Report erschienen sind (Verfasser: *Michael Fuchs*). Vgl. auch *Horst Ferdinand*, Der Deutsche Bundestag und die interparlamentarischen Versammlungen. o. O. o. J. [Bonn 1989].

Vgl. im übrigen anstelle vieler *Michael Schweitzer*, Europarat, WEU, NATO, Europäisches Parlament. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1657–1693.

**) Vgl. anstelle vieler: *Klaus Pöhle*, Europäische Union à la Maastricht. Eine ernste Herausforderung für die Parlamente der EG. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 24. 1993. H. 1. S. 49–63.

***) Nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat, dem die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union angehören.

****) Vgl. Der aktuelle Begriff Nr. 16/96 vom 20. September 1996 „Die Parlamentarische Versammlung des Europarates“, Bearbeiter: *Jochim Kehrhan*.

und Osteuropa. Die Tätigkeitsbereiche des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung umfassen damit alle Aspekte europäischer Fragen mit Ausnahme der Verteidigungspolitik.

Der Europarat hat eine Reihe von Konventionen (derzeit über 150) beschlossen, zu deren bekanntesten neben der Europäischen Menschenrechtskonvention die Europäische Sozialcharta und die Europäische Kulturkonvention gehören. Viele dieser auch international beachteten Konventionen verdanken ihre Entstehung Anstößen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Die Parlamentarische Versammlung soll die Arbeiten des Ministerkomitees des Europarates parlamentarisch begleiten. Damit werden die nationalen Exekutiven von den Parlamentariern doppelt kontrolliert: Einmal in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zum anderen im Hinblick auf die Umsetzung der Konventionen des Europarates in den nationalen Parlamenten. Diese intensive Arbeit kann die Parlamentarische Versammlung des Europarates nur zum Teil in den dreimal pro Jahr in Straßburg stattfindenden Tagungen und in einer zusätzlichen Sommersitzung leisten. Wie in den nationalen Parlamenten finden deshalb sowohl während der genannten Tagungen als auch während des ganzen Jahres in Abständen von ca. 6 bis 8 Wochen in einem der Mitgliedstaaten Ausschusssitzungen der 13 Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung des Europarates statt. Die Funktionen der Versammlung sind ausschließlich beratender Natur. Für die Mitgliedstaaten oder das Ministerkomitee bindende Beschlüsse kann sie nicht fassen.

Chronik

- | | |
|----------------|---|
| 5. Mai 1949 | Zehn europäische Staaten unterzeichnen in London die Satzung des Europarates. |
| 8. August 1949 | Beginn der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung. |
| 15. Juni 1950 | Bundestag verabschiedet mit 220 gegen 152 Stimmen das Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat. |
| 13. Juli 1950 | Nach Inkrafttreten des Gesetzes Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zunächst als assoziiertes Mitglied, weil noch das Besatzungsstatut die Befugnisse der Bundesregierung in auswärtigen Angelegenheiten einschränkt. |
| 26. Juli 1950 | Erste Wahl der Vertreter und Stellvertreter der Bundesrepublik zur Beratenden Versammlung des Europarates (ohne Wahlgesetz). |
| 11. April 1951 | Bundestag verabschiedet das Gesetz über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik zur Beratenden Versammlung des Europarates. |
| 2. Mai 1951 | Die Bundesrepublik Deutschland nimmt zum ersten Male als Vollmitglied an einer Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates teil. |
| 23. April 1952 | Erste Wahl der Vertreter der Bundesrepublik auf Grund des neuen Wahlgesetzes von 1951. |

Hinweis

Vgl. auch innerhalb des Kapitels „Wahlen im Deutschen Bundestag“ den Abschnitt 10.4 „Internationale interparlamentarische Versammlungen“.

11. Juni 1953	Mit Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik zur Beratenden Versammlung des Europarates schließt sich der Bundestag dem Statut des Europarates an.*)
1953–1995	Beitritt weiterer 28 Staaten in den Europarat.
28. Februar/ 6. November 1996	Rußland und Kroatien werden als 39. bzw. 40. Staat in den Europarat aufgenommen.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

Folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages hatten bisher (**Stand: Ende August 1997**) in der Beratenden bzw. Parlamentarischen Versammlung des Europarates das Amt eines Präsidenten, eines Vizepräsidenten, eines Fraktionsvorsitzenden und eines Ausschußvorsitzenden inne:**)

Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten	Deutsche Fraktionsvorsitzende
<i>Karl Ahrens</i> (1983–1986) <i>Leni Fischer</i> (ab 1996)	<i>Heinrich von Brentano</i> (1950–1955) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (1955–1959) <i>Otto Fürst von Bismarck</i> (1959–1960 und 1961–1966) <i>Eduard Wahl</i> (1966–1970) <i>Klaus-Peter Schulz</i> (1970–1972) <i>Hannsheinze Bauer</i> (1972–1973) <i>Georg Kahn-Ackermann</i> (1973–1975) <i>Klaus Richter</i> (1975–1977) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (1977) <i>Manfred Achim Gefßner</i> (1978–1981) <i>Gerhard Reddemann</i> (1981–1983 sowie 1986–1994) <i>Leni Fischer</i> (1995) <i>Robert Antretter</i> (ab 1996)	Christ-demokratische Fraktion/ Europäische Volkspartei: <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (1957–1958) <i>Georg Kliesing</i> (1968–1970) <i>Franz Amrehn</i> (1973–1977) <i>Leni Fischer</i> (1994–1995)
	Sozialistische Fraktion: <i>Heinz Kühn</i> (1959–1963) <i>Karl Ahrens</i> (1986–1991)	
	Liberaler Fraktion: <i>Manfred Vohrer</i> (1980–1983)	

*) Vgl. die beiden Novellierungen des Gesetzes:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik zur Beratenden Versammlung des Europarates vom 22. 12. 1989 (BGBl. I S. 2204) sowie Gesetz über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 6. 12. 1990 (BGBl. I S. 2586).

Im ersten Fall handelt es sich um die Anpassung der Bestimmungen über Beginn, Mandatsdauer und Ende der Amtszeit der nationalen Vertreter und Stellvertreter in der Parlamentarischen Versammlung an die geänderte Satzung des Europarates, im zweiten Fall um eine Neufassung des Gesetzes ohne inhaltliche Veränderungen.

***) Quellen:

Unterlagen des Europarates sowie des Referats Interparlamentarische Angelegenheiten des Deutschen Bundestages.

Ausschuß	Deutsche Ausschußvorsitzende
Politischer Ausschuß	<i>Erik Blumenfeld</i> (1970–1973) <i>Gerhard Reddemann</i> (1991–1994)
Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung	<i>Günther Serres</i> (1968–1969)
Wirtschaftsausschuß	<i>Uwe Holtz</i> (1992–1994)
Ausschuß für Kultur und Erziehung	<i>Georg Kahn-Ackermann</i> (1967–1969 und 1973–1974) <i>Günther Müller</i> (1984–1988) <i>Leni Fischer</i> (1992–1995)
Ausschuß für Wissenschaft und Technologie	<i>Klaus Richter</i> (1974–1976) <i>Christian Lenzer</i> (1987–1991)
Ausschuß für Raumordnungspolitik und Kommunalfragen	<i>Karl Ahrens</i> (seit 1978)
Ausschuß für Geschäftsordnung	<i>Paul Leverkus</i> (1959) <i>Hannsheinze Bauer</i> (1960–1973)
Landwirtschaftsausschuß	<i>Heinrich Gerns</i> (1954–1955) <i>Felix Freiherr von Vittinghoff-Schell</i> (1966–1969) <i>Adolf Freiherr Spies von Büllenheim</i> (1982–1986) <i>Hermann Scheer</i> (1994–1996)
Ausschuß für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit	<i>Karl Mommer</i> (1957) <i>Lenelotte von Bothmer</i> (1977–1980)
Ausschuß für Haushaltsfragen und intergouvernementale Arbeitsprogramme	<i>Hermann Pünder</i> (1957) <i>Alois Zimmer</i> (1958–1965) <i>Siegbert Alber</i> (1975–1980)
Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge	<i>Ernst Paul</i> (1958–1966) <i>Heinz Pöhler</i> (1972–1973)
Ausschuß für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen	<i>Wilfried Böhm</i> (1988–1992)
Ausschuß für Sozialfragen und Gesundheit	<i>Peter Büchner</i> (1980–1982)
Ständiger Ausschuß	<i>Leni Fischer</i> (ab 1996)

24.2 Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU)

Die Versammlung der Westeuropäischen Union ist das einzige europäische interparlamentarische Gremium, das kraft Vertrages über Kompetenzen in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verfügt. Ihr gehören 108 ordentliche und ebenso viele stellvertretende Mitglieder an, die zur gleichen Zeit auch Mitglieder in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sind. Wie in der

Parlamentarischen Versammlung des Europarates verfügt die Bundesrepublik Deutschland damit auch in der Versammlung der Westeuropäischen Union über 18 Sitze.

Die Versammlung tritt in der Regel zweimal im Jahr am Sitzungsort Paris zu einer viertägigen Tagung zusammen. Während dieser Tagung und in der Regel acht- bis zehnmal jährlich tagen die sechs allgemeinen Ausschüsse der Versammlung am Tagungsort in Paris oder in den neun Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union.

Die halbjährlichen Tätigkeitsberichte des Rates der Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union werden während der Tagungen der Versammlung der Westeuropäischen Union ebenso intensiv diskutiert wie Ausschlußberichte zu sicherheits- und verteidigungs-politischen Fragen und Empfehlungsentwürfe an den Rat. Diesen Empfehlungen der Versammlung kommt erhebliches politisches Gewicht zu, auch wenn der Rat zu ihrer Befolgung rechtlich nicht verpflichtet ist. Die Beschlußtexte der Versammlung werden in den Gremien und Fachausschüssen des Deutschen Bundestages im Anschluß an die Plenartagungen der Versammlung zur Kenntnis gebracht. Die Umsetzung der Empfehlungen und Entschließungen der Versammlung erfolgt durch parlamentarische Anfragen der Abgeordneten an die Bundesregierung.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

Folgende WEU-Mitglieder aus der Bundesrepublik Deutschland waren bisher Präsidenten, Vizepräsidenten, Ausschußvorsitzende oder Fraktionsvorsitzende der Versammlung der Westeuropäischen Union:*)

Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten
<i>Carlo Schmid</i> (1963–1966)	<i>Gerhard Lütkens</i> (1955)
<i>Kai-Uwe von Hassel</i> (1977–1980)	<i>Carlo Schmid</i> (1956–1964)
<i>Hartmut Soell</i> (1992–1993)	<i>Georg Kahn-Ackermann</i> (1966–1970)
	<i>Marie-Elisabeth Klee</i> (1970–1972)
	<i>Franz Amrehn</i> (1973–1977)
	<i>Gerhard Reddemann</i> (1980)
	<i>Manfred Achim Gefßner</i> (1981–1983)
	<i>Hermann Josef Unland</i> (1983–1984)
	<i>Gerhard Reddemann</i> (1984–1986)
	<i>Hartmut Soell</i> (1986–1992)
	<i>Heinz-Alfred Steiner</i> (1992–1995)
	<i>Robert Antretter</i> (1995–1996)
	<i>Klaus Bühler</i> (seit 1997)

*) Quelle:

Index of Presidents, Vice-Presidents, Chairmen and Reports of the Assembly of Western European Union. Paris 1981;

Unterlagen des Referats Interparlamentarische Angelegenheiten der Bundestagsverwaltung.

Fraktion	Deutsche Fraktionsvorsitzende
Fraktion der Christlichen Demokraten und britischen Konservativen	<i>Kurt Georg Kiesinger</i> (1956–1958) <i>Georg Kliesing</i> (1968–1970) <i>Franz Amrehn</i> (1973–1977)
Fraktion der Christdemokraten und Europäischen Demokraten	<i>Gerhard Reddemann</i> (1987–1989)
Sozialistische Fraktion	<i>Heinz Kühn</i> (1959–1962) <i>Klaus-Peter Schulz</i> (1970)
Liberaler Fraktion	<i>Manfred Vohrer</i> (1981–1982 und 1982–1983)
Ausschuß	Deutsche Ausschußvorsitzende
Verteidigungsausschuß	<i>Fritz Erler</i> (1956) <i>Georg Kliesing</i> (1962–1966) <i>Peter Kittelmann</i> (1986–1989)
Politischer Ausschuß	<i>Erik Bernhard Blumenfeld</i> (1967–1970) <i>Klaus-Peter Schulz</i> (1971) <i>Georg Kahn-Ackermann</i> (1972–1973) <i>Hellmut Sieglerschmidt</i> (1974–1977) <i>Lenelotte von Bothmer</i> (1977–1980) <i>Karl Ahrens</i> (1987–1991) <i>Christian Lenzer</i> (1983–1986)
Ausschuß für Technologie, Wissenschaft und Raumfahrt	
Haushaltsausschuß	<i>Siegbert Alber</i> (1977–1980) <i>Karl-Heinz Klejdzinski</i> (1989–1991) <i>Arnulf Kriedner</i> (seit 1995)
Geschäftsordnungsausschuß	<i>Friedrich Kempfler</i> (1966–1969 und 1974–1977)
Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität	<i>Manfred Schulte</i> (1983–1987)
Ausschuß für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten	<i>Karl Mommer</i> (1957) <i>Elinor Hubert</i> (1959–1965) <i>Klaus-Peter Schulz</i> (1966–1970)

Hinweis

Welche Parteien aus der Bundesrepublik Deutschland sich seit 1979 an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament beteiligt haben, ist im vorliegenden **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 24.4 zu ersehen.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

24.3 Gemeinsame Versammlung der Montanunion

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt, war die erste Etappe auf dem Weg zur europäischen Einigung. Der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion gehörten 78 Abgeordnete aus den sechs Gründungsstaaten an. 18 Vertreter entsandte die Bundesrepublik Deutschland. Die Versammlung der Montanunion ist unmittelbarer Vorläufer des Europäischen Parlaments (vgl. den folgenden Abschnitt).

Die Befugnisse der Gemeinsamen Versammlung waren im wesentlichen identisch mit denen der Versammlungen von EWG und EAG (Europäische Wirtschafts- und Europäische Atomgemeinschaft).

Durch das in Rom unterzeichnete Abkommen vom 25. März 1957 („Römische Verträge“; in Kraft seit dem 1. Januar 1958) über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften wurden die Versammlungen der drei Gemeinschaften zusammengefaßt zu einer einzigen Versammlung. Auf diese wurden die Befugnisse aus den drei Verträgen übertragen. Seit März 1958 trägt die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaften die Bezeichnung Europäisches Parlament.

Chronik

- | | |
|--------------------|--|
| 18. April 1951 | Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schuman-Plan) in Paris. Unterzeichnerstaaten sind Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande (die „Sechs“). |
| 23. Juli 1952 | Der Vertrag tritt in Kraft. |
| 16. Juli 1952 | Im Bundestag erste Wahl der 18 Vertreter zur Versammlung der Montanunion. Die Wahl findet ohne Wahlgesetz statt. Auch später wird kein Wahlgesetz verabschiedet. |
| 10. September 1952 | Konstituierung der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion in Luxemburg. |
| 19. März 1958 | Konstituierung der neuen erweiterten Versammlung für die drei Gemeinschaften (Europäisches Parlament) in Straßburg. |

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung, der mandatsbedingten Ausgaben und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Im Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – wurde versucht, die durchschnittliche Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Bundestagsplenums zu errechnen.

Die Statistik der Plenarsitzungen, der Fraktionssitzungen und der Ausschusssitzungen findet sich in den Abschnitten 5.2, 8.3 und 9.1.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Repräsentativbefragungen und eigene Veröffentlichungen von Abgeordneten sind in den Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

24.4 Europäisches Parlament*)

Als sich die einzige parlamentarische Versammlung für die drei Europäischen Gemeinschaften am 19. März 1958 konstituierte, gab sie sich selbst die in den Verträgen nicht vorgesehene Bezeichnung „Europäisches Parlament“. Zuvor bestand seit 1952 – als Vorläuferin des Europäischen Parlaments – die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion).

Dem Europäischen Parlament gehörten bis zur Direktwahl 1979 198 Abgeordnete an, die von den Parlamenten der Mitgliedstaaten aus ihrer Mitte entsandt wurden. Die Bundesrepublik Deutschland wurde durch 36 Parlamentarier vertreten. Über den endgültigen Sitz des Europäischen Parlaments ist noch nicht entschieden. Plenarsitzungen fanden bis 1981 in Luxemburg und Straßburg und seither nur noch in Straßburg statt, Ausschußsitzungen dagegen meist in Brüssel.

Das Europäische Parlament besaß zunächst überwiegend Beratungsbefugnisse. Eine Gesetzgebungskompetenz hatte das Parlament lange Zeit lediglich im Haushaltsverfahren. Kontrollrechte bestehen gegenüber der Kommission, die allein dem Parlament verantwortlich ist. Außerdem hat sich der Ministerrat bereit erklärt, auf Fragen des Parlaments zu antworten. Einzelheiten sind dem Unterabschnitt Chronik zu entnehmen.

Aus den ersten Direktwahlen, die vom 7. bis 10. Juni 1979 stattfanden, ist ein erweitertes Europäisches Parlament hervorgegangen, das zunächst 410 Mitglieder zählte und inzwischen seit den EU-Beitritten von zuletzt Finnland, Österreich und Schweden zum 1. Januar 1995 aus 626 unmittelbar gewählten Abgeordneten besteht. Aus der Bundesrepublik Deutschland stammten anfangs 81 Abgeordnete, von denen drei wegen der bis 1990 bestehenden alliierten Vorbehalte durch das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt werden mußten. Seit 1994 beträgt die Zahl der deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments 99.

Mit der Einführung der Direktwahl ist besonders die Frage nach den Befugnissen des Europäischen Parlaments wieder in den Vordergrund gerückt. Den letzten Stand der Entwicklung stellt der „Vertrag über die Europäische Union“ (bekannter unter der Bezeichnung „Maastrichter Vertrag“) dar, der im Rahmen der Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union am 11. Dezember 1991 in Maastricht zum Abschluß gebracht und am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde.

*) Quellen:

Unterlagen und Veröffentlichungen der Verwaltung des Europäischen Parlaments in Luxemburg und des Fachbereichs „Europa“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (insbesondere Ausarbeitungen von *Franziska Dieckmann*, *Hartmut Groos*, *Sven Hölscheidt* und *Thomas Schotten*), Auskünfte des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Bonn.

Vgl. auch: Ein Parlament in voller Entfaltung. Europäisches Parlament 1952–1988. 36 Jahre. Hrsg.: Europäisches Parlament, Generaldirektion Wissenschaft. 3. Aufl. Luxemburg 1989.

Hinweise

Die bisher in diesem Abschnitt enthaltene Aufstellung über Doppelmitgliedschaften im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag wird im vorliegenden **Datenhandbuch** als eigener Abschnitt 2.12 fortgeführt.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland sind vollständig aufgeführt im Kapitel 31 des vorliegenden **Datenhandbuchs** (Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister).

Durch den Vertrag werden nach dessen Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten die Gesetzgebungs- und sonstigen Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments (EP) auf zahlreichen Gebieten erweitert.*) Abgestuft nach der Intensität sind danach folgende Beteiligungsformen zu unterscheiden:

- Das **Zustimmungsverfahren** räumt dem Parlament ein Vetorecht ein. Es gilt für neun Bereiche, davon sieben neu.
- Das **Mitentscheidungsverfahren**, die sog. Kodezision, erlaubt dem EP, mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder von der Kommission vorgeschlagene Rechtsakte zum Scheitern zu bringen. Es ist für 15 Bereiche vorgesehen.
- Bei dem durch die Einheitliche Europäische Akte von 1986 eingeführten **Verfahren der Zusammenarbeit**, der sog. Kooperation (dem bis zu den Beschlüssen von Maastricht stärksten Beteiligungsverfahren des EP), hat das EP dagegen kein echtes Vetorecht. Vielmehr kann der Rat auch einen vom EP abgelehnten Rechtsakt annehmen, wenn er den Beschluß einstimmig faßt. Die Kooperation ist für 18 Bereiche geplant.
- Das **Anhörungsverfahren** (vorgesehen für 28 Fälle) und das **Verfahren der Unterrichtung** geben dem EP lediglich Beratungs-, keine Entscheidungsbefugnisse.
- Ein **Initiativrecht** steht dem EP nach wie vor nicht zu, jedoch ein **Aufforderungsrecht** gegenüber der Kommission, Rechtsetzungsakte vorzuschlagen.
- Neue **Ernennungs- und Kontrollrechte**: Bei der Ernennung der Kommission hat das EP künftig erweiterte Mitwirkungsrechte, nämlich Anhörung des EP zur Person des künftigen Kommissionspräsidenten sowie Zustimmungsvotum des EP gegenüber dem gesamten Kommissionskollegium. Darüber hinaus wird das Recht des EP, Untersuchungsausschüsse einzusetzen und Petitionen entgegenzunehmen, vertraglich verankert. Schließlich ernennt das EP einen Bürgerbeauftragten.

Inwieweit sich auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages eine Politische Union in Europa herausbilden wird, inwieweit in dieser Politischen Union das Europäische Parlament im Mittelpunkt der weiteren Entwicklung stehen wird und inwieweit die nationalen Parlamente wie der Deutsche Bundestag davon betroffen sein werden, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen.

Der Abschnitt über das Europäische Parlament ist im vorliegenden *Datenhandbuch* folgendermaßen gegliedert:

- Chronik (S. 3553),
- Wahlrecht und Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (S. 3565),
- Europa-Wahlgesetze im Deutschen Bundestag (S. 3569),
- Europawahlen von 1979 bis 1994 (mit Angabe der Wahlbeteiligung, des endgültigen Wahlergebnisses der Bundesrepublik Deutschland sowie der Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht) (S. 3574),
- Fraktionsstärken und Sitzverteilung im Europäischen Parlament (gegliedert nach den Fraktionen und nach den Ländern) (S. 3581),
- Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland (S. 3589),
- Vorübergehende Beobachter aus den neuen Bundesländern beim Europäischen Parlament (S. 3594) und
- Repräsentativität des Europäischen Parlaments (S. 3595).

*) Die Aufstellung ist entnommen aus: Maastricht – Auf dem Wege zur Politischen Union. Themenschwerpunkte. Bonn 1992 (Nr. 120 der Reihe „Materialien“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages).

Chronik*)

9. Mai 1950 Der französische Außenminister *Robert Schuman* schlägt die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vor.
18. April 1951 Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der EGKS bzw. Montanunion (Pariser Vertrag) zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden (den „Sechs“). Durch Artikel 21 des Vertrages wird den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, die Abgeordneten der „Gemeinsamen Versammlung“ der EGKS in allgemeiner direkter Wahl zu bestimmen.
23. Juli 1952 Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.
10. September 1952 Erstmaliges Zusammentreten der „Gemeinsamen Versammlung“ der Montanunion in Straßburg, der Vorläuferin des Europäischen Parlaments. Die Versammlung setzt sich aus 78 Abgeordneten aus den sechs Gründungsstaaten Belgien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg und den Niederlanden zusammen. Zum ersten Präsidenten der Versammlung wird *Paul-Henri Spaak* gewählt.
16. Juni 1953 Die Gemeinsame Versammlung beschließt die Bildung von Fraktionen.
19. Mai 1956 Die sechs Außenminister beschließen in Venedig die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG).
25. März 1957 Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft („Römische Verträge“). Sie wandeln die Möglichkeit der Direktwahl in einen Auftrag um. Die Gemeinsame Versammlung der Montanunion und die Versammlung der zwei neuen Gemeinschaften werden zu einer Versammlung vereinigt.
1. Januar 1958 Inkrafttreten der „Römischen Verträge“.
27. Februar 1958 Erstmalige Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Bundestag zum „Europäischen Parlament“ (davor seit 1952 zur Gemeinsamen Versammlung der Montanunion). Die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments werden ohne besondere gesetzliche Grundlage lediglich aufgrund von Artikel 2 des am 1. Januar 1958 in Kraft getretenen Abkommens über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften durch den Bundestag gewählt.
19. März 1958 In Straßburg konstituiert sich die neue, auf 142 Abgeordnete erweiterte Versammlung für die drei Gemeinschaften und nennt sich ab 21. März 1958 in deutsch und niederländisch „Europäisches Parlament“. Es wählt *Robert Schuman* zu seinem Präsidenten.

*) Quellen:

Der überwiegende Teil der Daten bis 1979 ist entnommen aus: „Der lange Weg zur Direktwahl – eine Zeitafel“, in: *Claus Schöndube*, Europa-Taschenbuch. Bonn 1981. S. 127–131;

Datenhandbuch-Redaktion auf der Grundlage der in der Fußnote auf Seite 3551 aufgeführten Quellen.

17. Mai 1960 Das Europäische Parlament verabschiedet den ersten Entwurf eines Übereinkommens zur Direktwahl des Europäischen Parlaments, der von dem belgischen sozialistischen Senator *Fernand Dehousse* ausgearbeitet worden ist. Vorgeschlagen wird die Direktwahl von 426 Mitgliedern.
30. März 1962 Die Bezeichnung „Europäisches Parlament“ wird in allen Gemeinschaftssprachen förmlich angenommen.
3. April 1963 Auf eine Anfrage des Europäischen Parlaments vom 7. Februar 1963 über das Schicksal des Entwurfs zur Direktwahl antwortet der Rat, dieser Entwurf könne nur einstimmig verabschiedet werden; diese Voraussetzung sei aber bisher im Rat nicht gegeben gewesen.
- ab 1963 In verschiedenen nationalen Parlamenten werden in der Folgezeit Vorstöße unternommen, um zur einseitigen Direktwahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu kommen. Der erste Vorstoß ist die Vorlage eines Gesetzentwurfs in der französischen Nationalversammlung.
10. Juni 1964 Gesetzentwurf der SPD über die Wahl der deutschen Mitglieder in das Europäische Parlament (Direktwahl in einem besonderen Wahlgang auf Bundeslisten am Tag der Wahl zum Deutschen Bundestag). Der Gesetzentwurf wird am 20. Mai 1965 in zweiter Beratung abgelehnt.
31. März 1965 Die Kommission legt Vorschläge vor, die eine Finanzierung der Gemeinschaft aus „Eigenmitteln“ und eine Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments vorsehen. Der Widerstand Frankreichs bewirkt eine institutionelle Krise.
8. April 1965 Unterzeichnung des Vertrages über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EAG).
1. Juli 1967 Der „Fusionsvertrag“ zur Einsetzung eines Gemeinsamen Rates und einer Gemeinsamen Kommission tritt in Kraft.
12. März 1969 Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der es seine Entrüstung über die Untätigkeit des Rates in der Frage der Direktwahl formuliert. Gleichzeitig fordert es den Rat auf, „ohne weitere Verzögerung das im Vertrag vorgeschriebene Verfahren auf den Entwurf des Parlaments anzuwenden“. Außerdem verweist es auf die Möglichkeit, gegebenenfalls den Rat wegen Untätigkeit vor dem Europäischen Gerichtshof anzuklagen.
12. Mai 1969 Der Rat beauftragt seinen Ausschuß der ständigen Vertreter, sich mit dem Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments von 1960 zu befassen.
1. – 2. Dezember 1969 Die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs beschließt auf ihrer Sitzung in Den Haag, den Ministerrat zu beauftragen, die Frage der direkten Wahlen weiter zu prüfen. Vereinbart wird außerdem eine Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments.
1. Januar 1970 Die Kompetenz für die Außenhandelspolitik geht von den Mitgliedsländern auf die EG über und markiert den Beginn der Gemeinsamen Außenhandelspolitik.

22. April 1970 Unterzeichnung des Vertrags zur Einrichtung eines neuen Systems der Finanzierung der Gemeinschaftsausgaben aus „Eigenmitteln“ und zur Ausdehnung der Haushaltsbefugnisse des Parlaments.
22. Juli 1971 Die Kommission der EG setzt eine Ad-hoc-Gruppe unabhängiger Persönlichkeiten unter dem Vorsitz des Franzosen *Georges Vedel* ein. Sie soll sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments untersuchen.
27. Januar 1972 Gesetzentwurf der CDU/CSU über die Direktwahl der deutschen Mitglieder in das Europäische Parlament. Dieser Entwurf erledigt sich durch Ablauf der Wahlperiode.
25. März 1972 Die Gruppe *Vedel* erstellt ihren Bericht über die Befugnisse des Europäischen Parlaments und unterstreicht darin, daß „allgemeine unmittelbare Wahlen sehr zur Demokratisierung der Gemeinschaftsordnung und damit zu ihrer Legitimierung“ beitragen würden.
26. Mai 1972 Der Präsident des Europäischen Parlaments veröffentlicht die Zusammenfassung eines Gutachtens der Professoren *Constantinescu* und *Kovar*, in dem die Möglichkeit einer Untätigkeitsklage gegen den Rat wegen der Verzögerung der Beschlußfassung über die Direktwahl bejaht wird.
16. November 1972 Der erste Mißtrauensantrag gegen die Kommission wird im Europäischen Parlament vom französischen sozialistischen Abgeordneten *Georges Spénale* eingebracht, weil die Kommission trotz eines entsprechenden Auftrags keine Vorschläge zur Verstärkung der Haushaltsbefugnisse des Parlaments vorgelegt hatte. Der Antrag wird nach Zusicherung seitens des Kommissionspräsidenten *Sicco Mansholt* zurückgezogen.
1. Januar 1973 Mit Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark tritt die Erweiterung zur Neunergemeinschaft in Kraft.
16. Januar 1973 Erste Tagung des Europäischen Parlaments nach der Erweiterung auf 198 Mitglieder.
11. – 13. Mai 1973 Anlässlich des 25. Jahrestages des ersten Haager Kongresses veranstaltet die Europäische Bewegung einen Kongreß in London, der die baldige Schaffung einer europäischen politischen Union und die Direktwahl des Europäischen Parlaments fordert.
5. Dezember 1973 Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion über die Direktwahl der deutschen Mitglieder in das Europäische Parlament. Auch dieser Entwurf erledigt sich durch Ablauf der Wahlperiode.
9. – 10. Dezember 1974 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Neun gibt grünes Licht für die Durchführung der Direktwahl. Außerdem beschließt sie, in Zukunft regelmäßig als „Europäischer Rat“ zu tagen.
14. Januar 1975 Das Europäische Parlament verabschiedet einen neuen Vertragsentwurf über die Direktwahl, ausgearbeitet im Namen des Politischen Ausschusses von dem niederländischen sozialistischen Abgeordneten *Schelto Patijn*. Dabei werden die seit 1960 eingetretenen Veränderungen – wie die Erhöhung der Zahl der Mitgliedstaaten von sechs auf neun – berücksichtigt. Das Europäische Parlament beschließt, die Abgeordnetenzahl auf 355 zu erhöhen.

4. März 1975 Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zur Einführung eines „Konzertierungsverfahrens“, das dem Parlament eine aktive Beteiligung an der Ausarbeitung und der Verabschiedung von Beschlüssen ermöglicht, die für die Gemeinschaft erhebliche Einnahmen oder Ausgaben nach sich ziehen.
10. Juli 1975 Zweite EntschlieÙung des Parlaments zur Europäischen Union.
22. Juli 1975 Unterzeichnung des zweiten Haushaltsvertrags zur Einsetzung des Europäischen Rechnungshofes und zur weiteren Verstärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments.
1. – 2. Dezember 1975 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs – seit Dezember 1974 Europäischer Rat genannt – faÙt den BeschluÙ, die ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament in allen Mitgliedstaaten zu einem einheitlichen Zeitpunkt von Mai bis Juni 1978 durchzuführen. Die noch offenen Fragen solle der Rat klären.
29. Dezember 1975 Der belgische Premierminister *Leo Tindemans* legt dem Europäischen Rat seinen Bericht über die Europäische Union vor. Darin wird die Direktwahl des Europäischen Parlaments besonders erwähnt: „Die allgemeine direkte Wahl des Parlaments verleiht dieser Versammlung eine neue politische Autorität. Sie verstärkt gleichzeitig die demokratische Legitimität des gesamten europäischen institutionellen Rahmens.“
1. – 2. April 1976 und
12. – 13. Juli 1976 Auf seinen beiden Tagungen in Luxemburg und Brüssel einigt sich der Europäische Rat über die umstrittene Frage der Gesamtzahl der Abgeordneten des zu wählenden Parlaments sowie über die Sitzanteile der neun Mitgliedstaaten. Der Ministerrat wird beauftragt, den endgültigen BeschluÙ zu fassen und die Details auszuarbeiten.
20. September 1976 Der Ministerrat erläÙt den Akt über die allgemeine und unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Danach soll das gewählte Parlament 410 Abgeordnete umfassen. In einem BeschluÙ wird die Absicht geäuÙert, die ersten Wahlen in den Monaten Mai/Juni 1978 durchzuführen.
16. Juni 1977 Der Bundestag verabschiedet ein Gesetz zu dem BeschluÙ und Akt des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung.
18. Oktober 1977 Ernennung der Mitglieder des Europäischen Rechnungshofes nach Konsultierung des Europäischen Parlaments.
16. März 1978 Der Bundestag verabschiedet das Europa-Wahlgesetz, das Landes- wie Bundeslisten zuläÙt.
7. – 8. April 1978 Aufgrund der Verzögerungen bei der Ratifizierung des Aktes und des Erlasses der nationalen Wahlgesetze zur Durchführung der Direktwahl empfiehlt der Europäische Rat auf seiner Sitzung in Kopenhagen, die erste Direktwahl vom 7. bis 10. Juni 1979 durchzuführen.
4. Juli 1978 Das Europäische Parlament stimmt in seiner Sitzung in Luxemburg dem Wahltermin vom 7. bis 10. Juni 1979 zu.

25. Juli 1978 Der Rat der EG bestätigt formell den vom Gipfel vorgeschlagenen Wahltermin für die erste Direktwahl.
29. März 1979 Der Bundestag verabschiedet ein Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europaabgeordnetengesetz).
7. und 10. Juni 1979 Erstmalige Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Die Wahlbeteiligung ist sehr unterschiedlich: Mit 91,4% liegt sie in Belgien (Wahlpflicht!) am höchsten, mit 32,6% in Großbritannien am niedrigsten. In der Bundesrepublik Deutschland beteiligen sich 65,7% der Wahlberechtigten an der Wahl.
17. Juli 1979 Konstituierende Sitzung des direkt gewählten Parlaments im neuen Plenarsaal des Palais de l'Europe in Straßburg; ihm gehören 410 Mitglieder an; Wahl von *Simone Veil* aus Frankreich zur Präsidentin (bis Januar 1982).
28. September 1979 Das Europäische Parlament bekräftigt in einer Aussprache über die Rüstungsbeschaffungspolitik sein Recht, alle Angelegenheiten von gemeinschaftlichem Interesse zu erörtern.
13. Dezember 1979 Das Europäische Parlament lehnt erstmals den Haushaltsplan der Gemeinschaft für 1980 ab (288 Stimmen für die Ablehnung bei 64 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung).
16. Januar 1980 Das Europäische Parlament verurteilt als erstes Parlament in Europa die sowjetische Intervention in Afghanistan.
9. Juli 1980 Das Europäische Parlament nimmt den neuen Gemeinschaftshaushalt für 1980 an.
29. Oktober 1980 Der Europäische Gerichtshof erklärt im sogenannten „Isoglukoseurteil“ die entsprechende Ratsverordnung für ungültig, da der Rat die Verordnung erlassen hatte, ohne die Stellungnahme des Europäischen Parlaments abzuwarten.
20. November 1980 Das Europäische Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sitzorte der EG-Organen endgültig festzulegen.
- 16./18. Dezember 1980 Das Europäische Parlament beschließt für den Nachtragshaushaltsplan für 1980 und den Haushaltsplan für 1981 über die Vorschläge des Rates hinausgehende Ausgaben. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments stellt den Haushalt am 23. 12. 1980 förmlich fest, da sich im Rat für die Ablehnung der Abänderung des Parlaments keine qualifizierte Mehrheit gefunden hat.
1. Januar 1981 Mit dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft erhöht sich die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments auf 434.
7. Juli 1981 Das Europäische Parlament beschließt, künftig seine Plenarsitzungen nur noch in Straßburg abzuhalten, während seine Ausschusssitzungen weiterhin in der Regel in Brüssel stattfinden sollen. Daraufhin verklagt die luxemburgische Regierung das Europäische Parlament vor dem Europäischen Gerichtshof mit der Begründung, daß diese Angelegenheit in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt.

9. Juli 1981 Nach einer dreitägigen Debatte fordert das Parlament eine verstärkte Beteiligung an der europäischen politischen Zusammenarbeit, eine größere Rolle im Gesetzgebungsverfahren und verbesserte Beziehungen zum Rat. Es setzt ferner einen institutionellen Ausschuß ein, der Initiativen zur Gründung einer Europäischen Union mittels Vertragsänderungen vorschlagen soll.
17. November 1981 Zum ersten Mal treffen die Außenminister der Zehn in Straßburg mit dem erweiterten Präsidium des Europäischen Parlaments zusammen.
16. Dezember 1981 Erstmals Bericht eines amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates – *Margaret Thatcher* – an das Europäische Parlament.
19. Januar 1982 Zur Halbzeit seiner Amtsperiode wählt das Europäische Parlament den Niederländer *Pieter Dankert* zum neuen Präsidenten.
10. März 1982 Das Europäische Parlament nimmt Entwürfe zu Vorschlägen für ein einheitliches Wahlverfahren für die zweiten europäischen Direktwahlen an und fordert die Anwendung des Verhältniswahlsystems in Mehrmann-Wahlkreisen.
30. Juni 1982 Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung von Europäischem Parlament, Kommission und Rat über die Einführung einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des Ablaufs des Haushaltsverfahrens.
6. Juli 1982 Nach einer umfangreichen Debatte nimmt das Europäische Parlament Richtlinien für die Entwicklung der Europäischen Union an.
16. September 1982 Durch eine formelle EntschlieÙung leitet das Europäische Parlament zum ersten Mal ein Verfahren gegen den Ministerrat wegen Untätigkeit im Bereich der Verkehrspolitik ein.
10. Februar 1983 Das Europäische Parlament billigt den Nachtragshaushalt 1982, nachdem es den vom Rat im Dezember 1982 vorgelegten Vorschlag abgelehnt hatte.
17. Mai 1983 In einem ersten Gesamtbericht dieser Art prangert das Europäische Parlament Menschenrechtsverletzungen in aller Welt an.
25. Mai 1983 Der Rat der EG-Außenminister setzt als Termin für die zweite Direktwahl des Europäischen Parlaments die Tage zwischen dem 14. und 17. Juni 1984 fest. Auf ein einheitliches Wahlverfahren kann sich der Rat nicht einigen.
5. Juli 1983 Erstmals in seiner Geschichte beschließt das Europäische Parlament, im Zusammenhang mit den verschwundenen Giftfässern aus Seveso einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.
14. Oktober 1983 Die auf Beschluß des Deutschen Bundestages vom 16. Juni 1983 gebildete Europa-Kommission tritt zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.
14. Februar 1984 Das Parlament nimmt den Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union mit 226 Stimmen bei 32 Gegenstimmen und 34 Enthaltungen an. Durch den Vertrag wird der Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft erweitert, und es soll ihre demokratische Legitimation gestärkt werden.

-
- | | |
|--------------------------|---|
| 14. und 17. Juni
1984 | Zweite Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Die Wahlbeteiligung liegt im EG-Durchschnitt 3% niedriger als bei der ersten Direktwahl. |
| 24. Juli 1984 | Konstituierende Sitzung des zweiten direkt gewählten Europäischen Parlaments; Wahl des Franzosen <i>Pierre Pflimlin</i> zum Präsidenten. |
| 14. November 1984 | Das Europäische Parlament verweigert der Kommission erstmals die Entlastung für ihre Haushaltsführung (Haushaltsjahr 1982). |
| 13. Dezember 1984 | Das Europäische Parlament lehnt den Budgetentwurf der Gemeinschaft für 1985 ab. |
| 22. Mai 1985 | In weitgehender Entsprechung des Antrages des Europäischen Parlaments verurteilt der Europäische Gerichtshof den Rat wegen Untätigkeit in Sachen gemeinsame Verkehrspolitik. Das Europäische Parlament hatte am 16. September 1982 beschlossen, den Rat wegen Untätigkeit in diesem Bereich zu verklagen. |
| 1. – 2. Dezember
1985 | In Luxemburg beschließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten mit der Einheitlichen Europäischen Akte eine Intensivierung der EG und die Vollendung des vollständigen Binnenmarktes bis Ende 1992. |
| 12. Dezember 1985 | Das Europäische Parlament verabschiedet trotz fehlender Übereinstimmung mit dem Rat den Haushalt 1986. |
| 1. Januar 1986 | Spanien und Portugal werden elftes und zwölftes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments steigt dadurch von 434 auf 518. |
| 3. Juli 1986 | Der Europäische Gerichtshof erklärt die Feststellung des Haushaltes für 1986 durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments für nichtig. |
| 20. Januar 1987 | Zur Halbzeit seiner 2. Wahlperiode wählt das Europäische Parlament den Briten <i>Sir Henry Plumb</i> zum neuen Präsidenten. |
| 1. Juli 1987 | Die Einheitliche Europäische Akte tritt in Kraft. Sie erweitert die Rechte des Europäischen Parlaments, das nunmehr stärker als bisher an der Gesetzgebung (wie zum Beispiel in Fragen der Verwirklichung des Binnenmarktes) beteiligt ist. |
| 13. April 1988 | In einer EntschlieÙung zur Festsetzung des Termins für die Europäischen Wahlen 1989 äußert das Europäische Parlament die Ansicht, daß die dritte Direktwahl in der Zeit vom 8. bis 11. Juni 1989 stattfinden sollte, und es fordert den Rat auf, „sich an diese Empfehlung zu halten“. |
| 1. Juni 1988 | Aufgrund der – erstmals in der Geschichte der Gemeinschaft – nicht fristgemäÙen Vorlage des Haushaltsentwurfes durch den Rat kann der Präsident des Europäischen Parlaments erst mit fast sechsmonatiger Verspätung den EG-Haushalt 1988 in Kraft setzen. |
| 17. Juni 1988 | Das Europäische Parlament fordert in einer „EntschlieÙung zum demokratischen Defizit der Europäischen Gemeinschaft“ die Regierungen der Mitgliedstaaten sowie Rat und Kommission auf, „im Interesse der Gemeinschaft als solcher endlich den legitimen Anspruch des Europäischen Parla- |

ments auf volle Teilnahme am Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft zu erfüllen“. Es ersucht die Parlamente der Mitgliedstaaten, „das Problem des Demokratiedefizits durch die derzeitige Methode der Integration als ein gemeinsames Problem aller betroffenen Parlamente anzusehen und gemeinsam mit dem Europäischen Parlament nach Lösungen zu suchen“.

8. Juli 1988 Das Europäische Parlament wendet sich in einer EntschlieÙung dagegen, daÙ ein Mitglied des Europäischen Parlaments gleichzeitig ein Mandat in einem nationalen Parlament wahrnimmt. Befürwortet werden jedoch Kontakte zwischen nationalen und regionalen Wahlgremien einerseits und dem Europäischen Parlament andererseits.
15. und 18. Juni 1989 Dritte Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.
25. Juli 1989 Konstituierende Sitzung des dritten direkt gewählten Europäischen Parlaments; Wahl des Spaniers *Enrique Barón Crespo* zum Präsidenten.
12. Juli 1990 Das Europäische Parlament nimmt eine EntschlieÙung zu den Auswirkungen der Vereinigung Deutschlands auf die Europäische Gemeinschaft an. (Zu Einzelheiten vgl. die folgenden Unterabschnitte „Vorübergehende Beobachter aus den neuen Bundesländern beim Europäischen Parlament“ und „Repräsentativität des Europäischen Parlaments“.)
24. Oktober 1990 Nach der Vereinigung Deutschlands beschließt das Europäische Parlament, bis zur Änderung der Verträge – längstens jedoch bis zur nächsten Direktwahl im Jahr 1994 – die Bevölkerung der neuen Bundesländer durch 18 Beobachter an den Arbeiten des Parlaments ohne Stimmrecht zu beteiligen. Die Beobachter nehmen seit dem 11. März 1991 an den Arbeiten des Europäischen Parlaments teil.
27. – 30. November 1990 In Rom tagt die Konferenz der Parlamente der Europäischen Gemeinschaft („Assisen“). Parlamentsdelegationen aus den EG-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament beraten über die Zukunft der Gemeinschaft. Mit diesem europäischen „Parlament der Parlamente“ sollen die Volksvertretungen in den EG-Staaten im Sinne einer schrittweisen Überwindung des demokratischen Defizits der Gemeinschaft an den Überlegungen zur Weiterentwicklung der EG verstärkt beteiligt werden.
14. Januar 1991 Zur Halbzeit der 3. Wahlperiode wählt das Europäische Parlament *Egon Alfred Klepsch* aus der Bundesrepublik Deutschland zum Präsidenten.
9. Oktober 1991 Das Europäische Parlament nimmt eine „EntschlieÙung zur demokratischen Vertretung der 16 Millionen neuen deutschen Gemeinschaftsbürger im Europäischen Parlament“ an.
21. November 1991 In einer EntschlieÙung zum Entwurf des Vertrags über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion wendet sich das Europäische Parlament „mit allen ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln gegen eine Beschneidung seiner jetzigen Befugnisse zugunsten eines anderen bestehenden oder neu zu schaffenden Organs und lehnt jegliche Institutionalisierung eines Kongresses oder einer Konferenz der Parlamente kategorisch ab“. Damit würde das Problem des demokratischen Defizits falsch angegangen und die demokratische Legitimität auf Gemeinschaftsebene

geschwächt werden. Das Europäische Parlament bekräftigt erneut, daß es den Vertragsentwurf über die Union ablehnen müsse, wenn sich sein derzeitiger Inhalt bestätige. Der Kompromiß, den die Regierungskonferenzen bislang erreicht hätten, sei mit einer Struktur föderalen Typs unvereinbar.

11. Dezember 1991

Die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten verabschieden in Maastricht den „Vertrag über die Europäische Union“, auch „Maastrichter Vertrag“ genannt. Der Vertrag gesteht dem Europäischen Parlament weitergehende Mitwirkungsrechte im Gesetzgebungsverfahren zu und er ermöglicht ihm, Untersuchungsausschüsse einzurichten. (Vgl. auch Einleitung zum Abschnitt 24.4.)

Enttäuscht zeigen sich alle Fraktionen im EG-Ausschuß des Deutschen Bundestages über die beim EG-Gipfeltreffen in Maastricht erreichten Regelungen in bezug auf die Rechte des Europäischen Parlaments. Die SPD-Fraktion schätzt die Ausgestaltung der Parlamentsrechte als „dürftig“ ein. In diesem Bereich sei alles hinter den Erwartungen zurückgeblieben, auch hinter den Erwartungen der Bundesregierung. Die CDU/CSU-Fraktion bringt zwar ihre „tiefe Zufriedenheit“ über die in der Wirtschafts- und Währungsunion erzielten Ergebnisse zum Ausdruck, jedoch seien die erreichten Fortschritte in bezug auf die Rechte der europäischen Parlamentarier unzureichend. Auch die FDP-Fraktion betont, daß der entscheidende Schwachpunkt des Vertrages über die Politische Union die Parlamentsrechte seien.

7. Februar 1992

In Maastricht wird der Vertrag über die Europäische Union unterzeichnet. Einige wesentliche Kompetenzerweiterungen für das Europäische Parlament (Mitentscheidungsverfahren, Vermittlungsausschuß, Investitur der Europäischen Kommission, Untersuchungsausschüsse) finden Eingang in das Vertragswerk. Für 1996 wird eine erneute Regierungskonferenz vereinbart, auf der die getroffenen Regelungen überprüft und die Rechte des Europäischen Parlaments weiterentwickelt werden sollen.

7. April 1992

Das Europäische Parlament billigt mit 266 gegen 62 Stimmen bei 31 Enthaltungen den Inhalt des Maastrichter Vertrages über die Europäische Union (das Recht zur formellen Ratifizierung so bedeutsamer Änderungen der EG-Verträge steht dem Parlament nicht zu). Die Ergebnisse des Vertrages von Maastricht seien für das Parlament aber keineswegs zufriedenstellend. In seiner EntschlieÙung zu den Ergebnissen der Regierungskonferenz bemängelt das Parlament u. a., daß seine Beteiligung an der Gesetzgebung wiederum nur partiell gestärkt wird. Weitere Reformen halten die Abgeordneten für unerläÙlich, wollen aber die im Vertrag enthaltenen Handlungsmöglichkeiten voll ausschöpfen.

10. Juni 1992

Im Hinblick auf die nächste Wahl zum Europäischen Parlament verabschieden die Abgeordneten eine EntschlieÙung zum einheitlichen Wahlverfahren. Darin wird ein verändertes System für die zahlenmäßige Aufteilung der Mitglieder des Europäischen Parlaments vorgeschlagen. Konkret wird vorgesehen, dem größer gewordenen Deutschland 18 zusätzliche Sitze einzuräumen und auch einigen anderen Staaten eine zusätzliche Anzahl von Mandaten zuzuerkennen. Gefordert wird auch die Einführung eines gemeinsamen europäischen Wahlsystems.

11. – 12. Dezember
1992

Der Europäische Rat beschließt auf seiner Sitzung in Edinburgh, im Jahre 1994 „in Anbetracht der deutschen Vereinigung und im Hinblick auf die Erweiterung“ die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments „ab

1994“ wie folgt festzulegen: Belgien 25 Sitze, Dänemark 16 Sitze, Deutschland 99 Sitze, Griechenland 25 Sitze, Spanien 64 Sitze, Frankreich 87 Sitze, Irland 15 Sitze, Italien 87 Sitze, Luxemburg 6 Sitze, Niederlande 31 Sitze, Portugal 25 Sitze und Vereinigtes Königreich 87 Sitze; insgesamt 567 Sitze.

Beim Treffen in Edinburgh werden auch die drei bisher vorläufigen Arbeitsorte des Europäischen Parlaments, Straßburg, Brüssel und Luxemburg, offiziell bestätigt.

Dezember 1992

Das Europäische Parlament verweigert dem in Edinburgh beschlossenen „Delors-II-Paket“, mit dem der Finanzrahmen für die Gemeinschaftsausgaben bis zur Jahrtausendwende festgelegt werden soll, seine Zustimmung. Die Abgeordneten vertreten die Meinung, daß eine politisch wirksame Festlegung erst durch eine interinstitutionelle Vereinbarung zwischen den am Haushaltsverfahren beteiligten Organen zustande kommen könne.

Außerdem konkretisiert das Parlament seine Vorstellungen zu zwei im Vertrag von Maastricht getroffenen Vereinbarungen:

- zur Einsetzung eines Bürgerbeauftragten nach dem skandinavischen „Ombudsman-Modell“ und
- zur Befugnis, auf Antrag eines Viertels der Abgeordneten einen nicht-ständigen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung von Verwaltungsmißständen in der EG einzusetzen.

Nach Meinung des Europäischen Parlaments müssen beide Institutionen das Recht haben, von EG-Stellen und nationalen Behörden die nötigen Informationen und Unterlagen unverzüglich anzufordern.

20. Januar 1993

In einer Entschließung spricht sich das Europäische Parlament grundsätzlich für die Möglichkeit einer Erweiterung der Europäischen Union aus. Im Rahmen der institutionellen Reformvorschläge betonen die Abgeordneten, das Parlament müsse in der Gesetzgebung und bei der Festlegung des Haushalts „gleichberechtigt und gleichgewichtig“ neben dem Rat mitwirken.

27. April 1993

Der Institutionelle Ausschuß des Europäischen Parlaments legt den Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union vor.

Dieser Entwurf sieht in insgesamt 45 Artikeln unter anderem die folgenden Elemente vor:

- eine ausformulierte Auflistung der von der Europäischen Union zu garantierenden Menschenrechte;
- institutionelle Bestimmungen, die vorsehen, daß Rat und Parlament gemeinsam die Gesetze und den Haushaltsplan der Union verabschieden und die Verträge der Union billigen;
- eine Hierarchisierung der Rechtsakte der Union in Verfassungsgesetze, Organgesetze und ordentliche Gesetze. Zur Beschlußfassung sind in Rat und Parlament je nach Bedeutung der Vorlage jeweils unterschiedliche Mehrheiten – bzw. Einstimmigkeit im Rat bei Verfassungsgesetzen – erforderlich.

29. – 30. September
1993

Erste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments im neuerbauten Parlamentsgebäude in Brüssel.

1. November 1993

Der Vertrag über die Europäische Union tritt in Kraft.

9. und 12. Juni 1994

Vierte Direktwahl zum Europäischen Parlament.

Wie bei der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 1992 in Edinburgh beschlossen, steigt die Zahl der Mitglieder von 518 auf 567.

25. Juni 1994 Bei der Tagung des Europäischen Rates auf der Insel Korfu wird die Einsetzung einer „Reflektionsgruppe“ zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages beschlossen. Neben Vertretern der fünfzehn Außenminister aus den EU-Staaten gehören ihr auch ein Kommissionsmitglied sowie zwei Mitglieder des Europäischen Parlamentes an. Die Berufung von Europa-Abgeordneten zu einer derartigen Vorbereitungskonferenz ist in der Gemeinschaftsgeschichte ein Novum.
19. Juli 1994 In der konstituierenden Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg wird der deutsche Sozialdemokrat *Klaus Hänsch* zum Parlamentspräsidenten gewählt.
1. Januar 1995 Mit dem Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens erweitert sich die Zahl der Mitglieder der Europäischen Union auf 15. Die Zahl der Mandate im Europäischen Parlament steigt damit um 59 auf nunmehr 626.
- Der geplante Beitritt Norwegens scheiterte, nachdem sich die norwegische Bevölkerung 1994 wie schon im Jahre 1972 gegen eine Mitgliedschaft ihres Landes in der EG bzw. EU ausgesprochen hatte.
18. Januar 1995 Das Europäische Parlament spricht in namentlicher Abstimmung der künftigen Europäischen Kommission unter Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten *Jacques Santer* das Vertrauen aus.
- Auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages ist es das erste Mal, daß eine neue Kommission der Zustimmung des Europäischen Parlaments bedarf. Der designierte Präsident und die übrigen Mitglieder der Kommission hatten sich einer Anhörungsprozedur durch die Abgeordneten gestellt. Parlamentspräsident *Klaus Hänsch* sieht Anlaß zu der Feststellung, daß sich die neue Brüsseler Behörde „auf eine demokratische Legitimität stützen kann, die – mit Abstrichen – mit der Legitimität nationaler Regierungen vergleichbar ist“. *Santer* verspricht, die Zusammenarbeit zwischen Kommission und Parlament zu stärken und möglichst eng zu gestalten.
17. Mai 1995 Das Europäische Parlament verabschiedet eine umfangreiche Entschlie-ßung, in der es seine wesentlichen Forderungen für die für 1996 geplante Regierungskonferenz zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht zusammengefaßt hat.
- Die Rolle des Parlaments im zukünftigen Europa sehen die Europa-Abgeordneten folgendermaßen:
- „Die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments kann nicht unbegrenzt erhöht, sondern sollte auf 700 begrenzt werden. Es sollte ein gemeinsames Statut des europäischen Abgeordneten erarbeitet werden.
- Das Europäische Parlament sollte seine Zustimmung zu allen Ernennungen im Europäischen Gerichtshof, im Gericht erster Instanz, im Europäischen Rechnungshof sowie im Direktorium des europäischen Zentralbankensystems erteilen.
- Das Europäische Parlament sollte den gleichen Status wie der Rat in allen Bereichen haben, in denen die EU Gesetzgebungs- oder Haushaltskompetenzen besitzt.
- Die Rolle des Europäischen Parlaments sollte in den Bereichen gestärkt werden, in denen zur Zeit eine unzureichende Kontrolle auf europäischer Ebene erfolgt, insbesondere in Fragen der GASP und des Bereichs Justiz und Inneres sowie im Bereich der WWU...

Das Europäische Parlament muß an der Entscheidung über seinen Sitz beteiligt werden.

Die Kommission sollte verpflichtet sein, auf Initiativen zu antworten, die das Parlament ... ergreift.

Die demokratische Kontrolle auf EU-Ebene läßt sich am besten durch eine Partnerschaft zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten erreichen ...“

Die Bestellung der Europäischen Kommission soll nach den Vorstellungen der Europaabgeordneten in Zukunft folgendermaßen vor sich gehen:

„Der Präsident der Kommission sollte vom Europäischen Parlament auf der Grundlage einer vom Europäischen Rat vorgelegten Namensliste direkt gewählt werden. Die übrigen Kommissionsmitglieder sollten dann vom Präsidenten und den nationalen Regierungen einvernehmlich benannt werden, bevor sie sich als Kollegium dem endgültigen Zustimmungsvotum des Parlaments stellen.

Das Europäische Parlament (wie auch der Rat) sollte die Möglichkeit haben, die Amtsenthebung einzelner Kommissionsmitglieder ... zu beantragen.“

12. Juli 1995 Das Europäische Parlament wählt *Jacob N. Söderman* aus Finnland zum ersten Bürgerbeauftragten der Europäischen Union. Dieses Amt war mit dem Vertrag von Maastricht eingeführt worden; es soll Beschwerden der Bürger über Mißstände in der EU nachgehen.
13. März 1996 In seiner Stellungnahme zur Einberufung der Regierungskonferenz 1996 drängt das Europäische Parlament darauf, daß in der Gesetzgebung regelmäßig das – zu vereinfachende – Mitentscheidungsverfahren angewandt werden sollte, in dem es eine gleichberechtigte Stellung neben dem Rat innehat und dieser mit Mehrheit entscheidet.
29. März 1996 Vor dem Europäischen Rat in Turin fordert der Präsident des Europäischen Parlaments, *Klaus Hänsch*, erneut ein gleichberechtigtes und gleichgewichtiges Mitentscheidungsrecht des Parlaments in allen Bereichen, in denen der Ministerrat mit Mehrheit entscheiden kann.
- Die Regierungskonferenz zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht nimmt ihre Arbeit auf. Das Europäische Parlament soll intensiv an den Arbeiten der Konferenz beteiligt werden.
17. Januar 1997 In der Mitte der Wahlperiode wird turnusgemäß ein neuer Präsident des Europäischen Parlaments gewählt: der spanische Christdemokrat *José María Gil-Robles Gil-Delgado*.
- Das Europäische Parlament bekräftigt in einer EntschlieÙung seine Forderung nach einer Ausweitung des Zustimmungsverfahrens auf alle Verfassungsfragen, wie die Reform der Verträge, die Anwendung der Generalermächtigungsklausel, das System der Eigenmittel der Gemeinschaft und alle Arten von internationalen Abkommen. Der erste Entwurf für die Revision des Vertrages von Maastricht, den die irische Ratspräsidentschaft am 5. Dezember 1996 vorgelegt hatte, berücksichtigte diese Wünsche nicht.
13. März 1997 In einer weiteren EntschlieÙung zur Regierungskonferenz wiederholt das Europäische Parlament seine Forderung nach erweiterten Kompetenzen. Darunter werden z. B. die Benennung des Präsidenten der Kommission, Sanktionen gegen Mitgliedstaaten sowie der Übergang zu einer verstärkten Integrationsform gefaÙt.

16./17. Juni 1997 Der Europäische Rat von Amsterdam markiert den Abschluß der Arbeiten der 1996 eingesetzten Regierungskonferenz zur Revision des Vertrages über die Europäische Union.

In einer Rede vor dem Rat bekräftigt Parlamentspräsident *Gil-Robles Gil-Delgado* die Forderung nach uneingeschränkter Mitwirkung des Europäischen Parlaments an den künftigen Regierungskonferenzen.

Die Regierungschefs einigen sich auf ein Vertragswerk, das die institutionelle Stellung des Europäischen Parlaments in wesentlichen Punkten verbessert. In der deutschen Verhandlungsdelegation wird das Fazit gezogen, das Europäische Parlament sei der eigentliche Gewinner der Verhandlungen. Vereinbart werden folgende Reformen:

- Die Höchstzahl der Mandate wird auf 700 festgelegt.
- Das Mitentscheidungsverfahren wird erheblich ausgeweitet.
- Das Mitentscheidungsverfahren wird gestrafft. Für das Zustandekommen von bestimmten Rechtsakten ist künftig in jedem Fall ein positives Votum sowohl des Rats als auch des Europäischen Parlamentes notwendig.
- Das Zustimmungsverfahren wird vorgesehen für neue Vertragsbestimmungen bezüglich Sanktionen bei schwerwiegenden und anhaltenden Verletzungen von Grundrechten durch einen Mitgliedstaat.
- Die Stellung des Europäischen Parlaments bei der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission wird insofern erheblich gestärkt, als dieser künftig der Zustimmung des Europäischen Parlamentes bedarf.

26. Juni 1997 In einer Plenardebatte des Europäischen Parlaments werden die im Vertrag von Amsterdam vorgesehenen Reformen positiv bewertet, andererseits wird aber auch beklagt, daß es weiterhin an einer angemessenen parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle von Entscheidungen auf europäischer Ebene fehlt.

Wahlrecht und Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften

Auch bei der vierten (direkten) Europawahl 1994 wurden die 567 Abgeordneten in den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach zwölf unterschiedlichen Wahlgesetzen gewählt.

Das Europäische Parlament soll zwar nach Art. 7 des Aktes zur Einführung unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung ein einheitliches Wahlverfahren ausarbeiten. Am 10. März 1982 war auch ein entsprechender Entwurf vorgelegt worden, der jedoch von den Mitgliedstaaten nicht angenommen wurde. Das Europäische Parlament arbeitet seit 1982 an einem neuen Entwurf, der bis zur Wahl 1994 nicht vorlag. (Siehe auch ausführlicher die Darstellung auf Seite 3567).

Das Wahlverfahren bestimmt sich nach Art. 7 Abs. 2 des Aktes deshalb zunächst weiter nach den innerstaatlichen Vorschriften, in der Bundesrepublik Deutschland nach den Vorschriften des Europawahlgesetzes (EuWG) und der Europawahlordnung (EuWO) mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz (BWG). Neben einem Minimum im Akt vorgeschriebener grundlegender Gemeinsamkeiten weisen die nationalen Wahlvorschriften teilweise sehr große Unterschiede auf. Dies betrifft – wie die folgende Übersicht*) zeigt – sowohl das Wahlrecht als auch das Wahlsystem und das Verfahren bei der Sitzverteilung.

*) Quelle: Statistisches Bundesamt; vgl. Fußnote auf S. 3580.

Land	Wahlsystem		Zahl der Abgeordneten a) 1989 b) 1994	Sitzverteilungsverfahren	Untere Altersgrenze für	
	bei der Europawahl 1989 und 1994	bei den nationalen Parlamentswahlen			aktives Wahlrecht	passives Wahlrecht
Belgien	Verhältnisswahl (3 Stimmkreise)	Verhältnisswahl	a) 24 b) 25	nach <i>d'Hondt</i> jeweils in zwei Wahlgebieten	18	21
Dänemark	Verhältnisswahl	Verhältnisswahl	a) 16 b) 16	nach <i>d'Hondt</i>	18	18
Bundesrepublik Deutschland	Verhältnisswahl	Mischung von Verhältnis- und Mehrheitswahl	a) 81 ¹⁾ b) 99	nach <i>Niemeyer</i>	18	18
Frankreich	Verhältnisswahl	Mehrheitswahl mit Stichwahl im 2. Wahlgang	a) 81 b) 87	nach <i>d'Hondt</i>	18	23
Griechenland	Verhältnisswahl	Verhältnisswahl	a) 24 b) 25	nach verstärktem Verhältnisswahl-system	18	21
Irland	Verhältnisswahl (4 Wahlkreise)	Verhältnisswahl	a) 15 b) 15	Wahlsystem der übertragbaren Präferenzstimmen	18	21
Italien	Verhältnisswahl (5 Wahlgebiete)	Verhältnisswahl	a) 81 b) 87	nach ganzen Wahlquotienten und höchsten Reststimmen	18	25
Luxemburg	Verhältnisswahl	Verhältnisswahl	a) 6 b) 6	Variante <i>d'Hondt</i> (<i>Hagenbach-Bischoff-System</i>)	18	21
Niederlande	Verhältnisswahl	Verhältnisswahl	a) 25 b) 31	nach <i>d'Hondt</i>	18	25
Portugal	Verhältnisswahl	Verhältnisswahl	a) 24 b) 25	nach <i>d'Hondt</i>	18	18
Spanien	Verhältnisswahl	Verhältnisswahl	a) 60 b) 64	nach <i>d'Hondt</i>	18	18
Großbritannien und Nordirland	England, Schottland und Wales Mehrheitswahlsystem, Nordirland Verhältnisswahl	reine Mehrheitswahl	a) 81 b) 87	Mehrheitswahlsystem in Einzelwahlkreisen	18	21

¹⁾ einschließlich 3 Berliner Abgeordnete, die bis 1989 vom Abgeordnetenhaus gewählt wurden

Land	Wahlsystem		Zahl der Abgeordneten a) 1989 b) 1994	Sitzverteilungsverfahren	Untere Altersgrenze für	
	bei der Europawahl 1989 und 1994	bei den nationalen Parlamentswahlen			aktives Wahlrecht	passives Wahlrecht
Finnland ²⁾	Verhältnswahl	k. A.	16 ²⁾	nach <i>d'Hondt</i>	18	18
Österreich ²⁾	Verhältnswahl	k. A.	21 ²⁾	nach <i>d'Hondt</i>	18	19
Schweden ²⁾	Verhältnswahl	k. A.	22 ²⁾	modifizierte Methode <i>Sainte-Laguë</i>	18	18

²⁾ Wahlen erst nach 1994

Zu den Bemühungen um ein einheitliches Verfahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament)*

Am 10. März 1993 hat das Europäische Parlament mit 207 gegen 79 Stimmen bei 19 Enthaltungen eine „Entschließung zu dem Entwurf eines einheitlichen Wahlverfahrens für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments“ verabschiedet. Darin bekräftigt das Parlament die in einer früheren Entschließung vom 10. Oktober 1991 aufgestellten Leitlinien und präzisiert seine Vorstellungen hinsichtlich des Wahlsystems.

Nach geltendem Recht regeln die Mitgliedstaaten bis zum Inkrafttreten eines einheitlichen Wahlverfahrens die Durchführung der Wahl zum Europäischen Parlament nach ihren innerstaatlichen Vorschriften. Dabei haben sie die Vorgaben des sog. Direktwahlaktes („Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung“) vom 20. September 1976 (BGBl. 1977 II S. 734 ff.; 1985 II S. 1263) zu beachten. Die Bestimmungen dieses Aktes enthalten neben den wahlrechtlichen Grundsätzen der Direktwahl Rahmenregelungen zum Wahlverfahren und zur Rechtsstellung der europäischen Abgeordneten.

Die bisherigen Versuche, ein einheitliches Wahlrecht für das Europäische Parlament zu schaffen, sind gescheitert.

Nach der ersten Direktwahl 1979 hatte das Parlament – das gemäß Art. 138 Abs. 3 EWGV insoweit das Initiativrecht hat – am 10. März 1982 einen Vorschlag für die Vereinheitlichung zentraler Elemente des Wahlverfahrens vorgelegt (Bericht *Seitlinger*). Er wurde vom Rat (vor allem wegen britischen Widerstandes) nicht verabschiedet. Ein am 28. Februar 1985 vom Politischen Ausschuss des Europäischen Parlaments vorgeschlagener Entwurf (Bericht *Bocklet*) konnte sich bereits im Parlament selbst nicht durchsetzen. Auch der von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe „Einheitliches Wahlrecht“ am 10. Dezember 1986 präsentierte Vorschlag für einen „Entwurf eines ersten Aktes zur Einführung eines einheitlichen Verfahrens für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments“ wurde von keiner Fraktion akzeptiert. Die jetzt verabschiedete Entschließung geht auf Anfang 1990, also kurz nach der Wahl zum Europäischen Parlaments begonnene Arbeiten des Institutionellen Ausschusses zurück. Sie enthält gegenüber dem im November 1992 vorgelegten Bericht des belgischen Liberalen *de Gucht* wichtige Änderungen. Ihre Verabschiedung war ursprünglich bereits für Januar 1993 geplant, wurde jedoch auf Anfrage der sozialistischen Fraktion verschoben.

*) Auszugsweise entnommen aus: Der Aktuelle Begriff Nr. 7/93 vom 23. März 1993 „Einheitliches Verfahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament (Bearbeiter: *Thomas Schotten*) und Der Aktuelle Begriff Nr. 18/98 vom 5. Oktober 1998 „Gemeinsame Grundsätze für die Europawahlen“ (Bearbeiter: *Sven Hölscheidt*).

Dies alles macht die Schwierigkeiten deutlich, mit denen eine Vereinheitlichung von zwölf verschiedenen nationalen Wahlverfahren verbunden ist. Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang besteht in der allen bisherigen Vorschlägen zugrundeliegenden Festschreibung des Verhältniswahlsystems, da in Großbritannien nach dem Mehrheitswahlsystem gewählt wird und Frankreich und Italien gegenwärtig die Möglichkeit prüfen, für die nächsten Wahlen ein Mehrheitswahlsystem einzuführen.

Die im März 1993 angenommene EntschlieÙung trug dem dadurch Rechnung, daß den Mitgliedstaaten die Anwendung eines Systems der Wahl in Einpersonenwahlkreisen gestattet wird, wobei jedoch höchstens zwei Drittel der auf diesen Mitgliedstaat entfallenden Sitze auf diese Weise vergeben werden dürfen (der Berichterstatter hatte eine Quote von maximal 50 Prozent vorgeschlagen); dies bedeutete eine Anlehnung an das deutsche Wahlsystem einer Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht. Darüber hinaus betonte das Europäische Parlament, daß das Ziel der Harmonisierung der wichtigsten Bestandteile des Wahlverfahrens stufenweise erreicht werden könne, die Mitgliedstaaten daher die Möglichkeit hätten, ihre Systeme schrittweise dem vorgelegten Modell anzupassen.

Die wichtigsten Grundsätze der EntschlieÙung waren:

- Sitzverteilung grundsätzlich nach dem Verhältniswahlsystem unter Berücksichtigung der auf dem gesamten Gebiet eines Mitgliedstaates abgegebenen Stimmen;
- Listenwahl, wobei die Listen entweder für das gesamte Gebiet eines Mitgliedstaates oder für Regionen bzw. Mehrpersonenwahlkreise aufgestellt werden;
- Möglichkeit einer Wahl in Einpersonenwahlkreisen, wobei höchstens zwei Drittel der auf diesen Mitgliedstaat entfallenden Sitze in diesen Einpersonenwahlkreisen vergeben werden; die restlichen Sitze des Mitgliedstaates werden über Listen so vergeben, daß die Verteilung aller Mandate dieses Mitgliedstaates dem Verhältnis der insgesamt abgegebenen Stimmen entspricht;
- Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, für die Wahl auf Listen eine oder mehrere Vorzugsstimmen vorzusehen;
- Möglichkeit der Mitgliedstaaten, begrenzte Sonderregelungen vorzusehen, um regional bedingten Besonderheiten Rechnung zu tragen; dadurch darf der Grundsatz der Verhältniswahl nicht in Frage gestellt werden;
- Möglichkeit der Mitgliedstaaten, eine Mindestschwelle zwischen 3 und 5 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Sitzverteilung festzulegen (der Berichterstatter hatte 5 Prozent vorgeschlagen).

Zusammen mit der EntschlieÙung vom 10. Oktober 1991, die sich u. a. zum Wahlrecht (Mindestalter 18 Jahre, mindestens 1 Jahr Hauptwohnsitz im Wahlstaat etc.), zur Wahlprüfung, zu den Unvereinbarkeiten mit einem Mandat im Europäischen Parlament und zum Wahlkampf äußert, lagen damit die Vorschläge des Europäischen Parlaments für ein einheitliches Wahlverfahren auf dem Tisch.

Nachdem der Ministerrat am 1. Februar 1993 die vom Europäischen Parlament vorgeschlagene neue Sitzverteilung für die nächsten Wahlen gebilligt hatte, wonach der Bundesrepublik künftig 99 Sitze zustanden, war nun erneut der Rat am Zuge. Der kritisierte an dem Vorschlag, es handele sich nicht um einen strukturierten Rechtstext; es würden nur mehrere wichtige Grundprinzipien dargestellt. Gebilligt hat er die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments nicht.

Im Amsterdamer Vertrag ist vorgesehen, Art. 138 Abs. 3 EGV um eine Alternative zu ergänzen. Das Europäische Parlament arbeitet demgemäß (wie bisher) einen Entwurf aus für Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten oder (so die Ergänzung) „im Einklang mit den allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen“. (Stand bei Redaktionsschluß 31. August 1997 des vorliegenden Abschnitts).

Europa-Wahlgesetze im Deutschen Bundestag

Solange ein einheitliches Verfahren für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments aussteht (vgl. dazu auch den folgenden Unterabschnitt), sind Europa-Wahlgesetze von den nationalen Parlamenten zu verabschieden.

Die folgende Aufstellung*) enthält alle verabschiedeten und – durch eine dicke Linie getrennt – nicht verabschiedeten Europa-Wahlgesetze, die beim Deutschen Bundestag eingebracht worden sind.

3. Wahlperiode (1957–61)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
kein Gesetz verabschiedet			
Gesetz über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik zu den Europäischen Versammlungen	a) BReg b) 10. 1. 1958 c) III/130	Verfahrensvorschriften für die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik in der Beratenden Versammlung des Europarates und in der Versammlung der Westeuropäischen Union in ihrer gleichzeitigen Eigenschaft als Vertreter in der Versammlung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Europäischen Atomgemeinschaft und Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Beteiligung des Bundesrates durch Entsendung von je 3 Vertretern und Stellvertretern in die Versammlungen.	a) –

*) Zusammengestellt nach folgenden Quellen:

1. bis 6. Wahlperiode: Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages in der ... Wahlperiode. Erstellt vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Referat Parlamentsarchiv. Bonn 1967/1970 (= Materialien Nr. 5, 7, 16, 19, 20, 32).
7. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 7. Wahlperiode 1972–1976. Baden-Baden 1977.
8. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 8. Wahlperiode 1976–1980. Baden-Baden 1981.
9. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Gesamtband zur 9. Wahlperiode 1980–1983. Baden-Baden 1983.
10. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 10. Wahlperiode 1983–1987. Baden-Baden 1987.
11. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 11. Wahlperiode 1987–1990. Baden-Baden 1991.
12. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. Abschlußband 12. Wahlperiode 1990–1994. Baden-Baden 1995.
13. Wahlperiode: Stand der Gesetzgebung des Bundes. 13. Wahlperiode. Fortsetzungswerk in Loseblattform. Baden-Baden 1994 ff.

4. Wahlperiode (1961–65)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
kein Gesetz verabschiedet			
Gesetz über die Wahl der deutschen Mitglieder in das Europäische Parlament	a) SPD b) 10. 6. 1964 c) IV/2338	Wahl der deutschen Vertreter im Europäischen Parlament in einem besonderen Wahlgang auf Bundeslisten am Tage der Wahl zum Deutschen Bundestag nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts mit Sonderbestimmungen für das Land Berlin.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

7. Wahlperiode (1972–76)

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
kein Gesetz verabschiedet			
Gesetz über die Wahl der deutschen Mitglieder in das Europäische Parlament	a) CDU/CSU b) 5. 12. 1973 c) 7/1352	Wahl der 36 deutschen Mitglieder in das Europäische Parlament durch allgemeine und direkte Wahl erstmals 1976 bei der Bundestagswahl durch Aufstellung besonderer Landeslisten. Wählbar ist nur derjenige, der gleichzeitig in einem Bundesland für den Deutschen Bundestag kandidiert.	a) –

Hinweise

Parlamentsrechtlich relevante Gesetze sind außerdem in den folgenden Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** enthalten:

- 1.1 Wahlgesetze
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.9 Inkompatibilitäten
- 11.18 Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 18 Wehrbeauftragter des Bundestages
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 21.8 Banneile

8. Wahlperiode (1976–80)

Gesetzes-Titel	eingebraucht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zu dem Beschluß und Akt des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung	a) BReg b) 6. 5. 1977 c) 8/360	Zustimmung des Bundestages zur Direktwahl des Europäischen Parlaments.	a) 16. 6. 1977 b) 11. 8. 1977 BGBl. II S. 733
Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz)	a) BReg b) 6. 5. 1977 c) 8/361	Die Wahl erfolgt in Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Je Wahlberechtigten werden DM 3,50 Wahlkampfkosten erstattet analog zur Regelung für die Bundestagswahl.	a) 16. 3. 1978 b) 21. 6. 1978 BGBl. I S. 709

11. Wahlperiode (1987–90)

Gesetzes-Titel	eingebraucht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Erstes Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes	a) BReg b) 18. 12. 1987 c) 11/1557	Anpassung des Europawahlgesetzes an die letzte Novellierung des Bundeswahlgesetzes, insbesondere Änderung von Fristen; Regelung der Sitzverteilung und der Verteilung der auf die Listenverbindungen entfallenden Sitze für die einzelnen Länder.	a) 3. 3. 1988 b) 14. 4. 1988 BGBl. I S. 502

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d.h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Die Wahlergebnisse nicht nur nach Bundesländern gegliedert, sondern jedes einzelnen Wahlkreises enthalten die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die Zustimmung zur Änderung des Direktwahlakts	a) BReg b) 19. 5. 1993 c) 12/4985	Ratifizierung des in Brüssel am 1. 2. 1993 vom Rat der Europäischen Gemeinschaften erlassenen Beschlusses über die Änderung von Artikel 2 des Direktwahlakts: Erhöhung der Zahl der deutschen Europaabgeordneten von derzeit 81 auf 99 (als Folge der deutschen Vereinigung), geringfügige Erhöhung der Abgeordnetenzahl der anderen großen und mittleren Mitgliedstaaten.	a) 2. 7. 1993 b) 20. 8. 1993 BGBl. II S. 1242
Zweites Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 22. 6. 1993 c) 12/5230	Erhöhung der Zahl der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Abgeordneten im Europäischen Parlament von 81 auf 99, Übergangsregelungen für die neuen Länder und für Berlin.	a) 2. 7. 1993 b) 19. 11. 1993 BGBl. I S. 1863
Drittes Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes	a) CDU/CSU, SPD und FDP b) 19. 1. 1994 c) 12/6621	Umsetzung der EG-Richtlinie zum Europawahlrecht in deutsches Recht: Regelung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürger im Wohnsitz-Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, zur Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1994.	a) 4. 2. 1994 b) 12. 3. 1994 BGBl. I S. 419
Zweites Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes	a) PDS/LL b) 15. 6. 1993 c) 12/5131	Streichung der Fünf-Prozent-Klausel für die 4. Direktwahl zum Europäischen Parlament 1994, Gewährung des aktiven Wahlrechts an Ausländer, die seit fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Einräumung der Möglichkeit für den Wähler mittels Präferenzstimmen die Reihenfolge der Kandidaten auf den Listenwahlvorschlägen zu ändern.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)
Zweites Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes	a) PDS/LL b) 15. 6. 1993 c) 12/5132	Regionalisierung der Fünf-Prozent-Sperrklausel für die Direktwahl zum Europäischen Parlament und Reduzierung auf drei Prozent.	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

noch: 12. Wahlperiode (1990–94)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes – Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger	a) PDS/LL b) 10. 11. 1993 c) 12/6115	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Staatsbürger der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland bereits zur Europawahl 1994.	a) – (in 2. Beratung für erledigt erklärt)

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Gesetzes-Titel	eingbracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
kein Gesetz verabschiedet			
Viertes Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes	a) PDS b) 17. 1. 1996 c) 13/3521	Streichung der Fünf-Prozent-Sperrklausel für die 5. Wahl zum Europäischen Parlament 1999, Gewährung des Wahlrechts an Ausländer, die seit fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben und nicht in einem anderen EU-Mitgliedstaat wahlberechtigt sind, Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Einräumung der Möglichkeit von Präferenzstimmen auf den Listenwahlvorschlägen der Parteien.	a) –

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Ein Verzeichnis sämtlicher Gesetze, und zwar

- der verkündeten Gesetze,
- der durch Ablauf der Wahlperiode erledigten Gesetzentwürfe,
- der während der Wahlperiode anderweitig erledigten Gesetzentwürfe

enthält die seit der 7. Wahlperiode (1972–1976) erstellte Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)“. Sie steht während der laufenden Wahlperiode als Loseblattausgabe zur Verfügung und erscheint nach Abschluß der Wahlperiode in gebundener Form als „Gesamtband“.

Europawahlen von 1979 bis 1994*)

Endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland von 1979

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	42 751 940	–	–
Wähler	28 098 872	65,7 ¹⁾	–
Ungültige Stimmen	251 763	0,9	–
Gültige Stimmen:	27 847 109	99,1	81 ²⁾
davon:			
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	11 370 045	40,8	35 ³⁾
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	10 883 085	39,1	34 ⁴⁾
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)	2 817 120	10,1	8
Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	1 662 621	6,0	4 ⁵⁾
DIE GRÜNEN	893 683	3,2	–
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	112 055	0,4	–
Europäische Arbeiterpartei (EAP)	31 822	0,1	–
Christliche Bayerische Volkspartei (C.B.V.)	45 311	0,2	–
Deutsche Zentrumspartei (Zentrum)	31 367	0,1	–

1) Wahlbeteiligung

2) einschließlich 3 Abgeordnete, die vom Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt wurden; davon SPD 1, CDU 2

3) gemeinsame Liste für alle Bundesländer; einschließlich 1 Berliner Abgeordneter

4) davon Liste Schleswig-Holstein 1, Liste Hamburg 1, Liste Niedersachsen 5, Liste Bremen 0, Liste Nordrhein-Westfalen 12, Liste Hessen 3, Liste Rheinland-Pfalz 3, Liste Baden-Württemberg 6, Liste Saarland 1; einschließlich 2 Berliner Abgeordnete

5) gemeinsame Liste für alle Bundesländer

*) Quelle: Die regelmäßig zu den Wahlen des Europäischen Parlaments erscheinenden Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes: Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am ... Textliche Auswertung der Wahlergebnisse. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Heft ... Stuttgart ...

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

2.2 Statusrechte des Abgeordneten,

2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),

2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,

2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,

3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),

3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),

12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition).

Endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland von 1984

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	44 465 989	–	–
Wähler	25 238 754	56,8 ¹⁾	–
Ungültige Stimmen	387 383	1,5	–
Gültige Stimmen	24 851 371	98,5	81 ²⁾
davon:			
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	9 308 411	37,5	34
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	9 296 417	37,4	33
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)	2 109 130	8,5	7
DIE GRÜNEN	2 025 972	8,2	7
Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	1 192 624	4,8	–
Die Friedensliste	313 108	1,3	–
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	198 633	0,8	–
Frauenpartei	94 463	0,4	–
Deutsche Zentrumspartei (Zentrum)	93 921	0,4	–
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	77 026	0,3	–
Wählergemeinschaft Mündige Bürger	52 753	0,2	–
Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei (EFP)	34 500	0,1	–
Europäische Arbeiterpartei (EAP)	30 874	0,1	–
Bayernpartei (BP)	23 539	0,1	–

^{1), 2)} Fußnoten siehe linke Seite

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung

Endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland von 1989

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	45 773 179	–	–
Wähler	28 508 598	62,3 ¹⁾	–
Ungültige Stimmen	301 908	1,1	–
Gültige Stimmen	28 206 690	98,9	81 ²⁾
davon:			
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	10 525 728	37,3	31
Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)	8 332 846	29,5	25
Die Grünen (GRÜNE)	2 382 102	8,4	8
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)	2 326 277	8,2	7
Die Republikaner (REP)	2 008 629	7,1	6
Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	1 576 715	5,6	4
Deutsche Volksunion – Liste D (DVU)	444 921	1,6	–
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	184 309	0,7	–
Bayernpartei (BP)	71 991	0,3	–
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	57 704	0,2	–
Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz (ÖKO-UNION)	55 463	0,2	–
Christliche Mitte (CM)	43 580	0,2	–
Deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM)	41 190	0,1	–
Die Mündigen Bürger (Mündige Bürger)	32 246	0,1	–
Christliche Liga (LIGA)	30 879	0,1	–
Neues Bewußtsein die ganzheitlich-esoterische Partei Deutschlands (Bewußtsein)	20 868	0,1	–
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	19 151	0,1	–
Patrioten für Deutschland (Patrioten)	12 907	0,0	–
Humanistische Partei (HP)	10 885	0,0	–
Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie	10 377	0,0	–
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	10 134	0,0	–
Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA)	7 788	0,0	–

1) Wahlbeteiligung

2) einschließlich 3 Abgeordnete, die vom Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt wurden; davon CDU 1, SPD 1, AL 1.

Endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland von 1994

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	60 473 927	–	–
Wähler	36 295 529	60,0 ¹⁾	–
Ungültige Stimmen	884 115	2,4	–
Gültige Stimmen	35 411 414	97,6	99
davon:			
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	11 389 697	32,2	40
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	11 346 073	32,0	39
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	3 563 268	10,1	12
Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU)	2 393 374	6,8	8
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	1 670 316	4,7	–
Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	1 442 857	4,1	–
DIE REPUBLIKANER (REP)	1 387 070	3,9	–
Bund freier Bürger	385 676	1,1	–
DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE)	275 866	0,8	–
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	273 776	0,8	–
AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD)	231 265	0,7	–
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei)	168 738	0,5	–
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	127 104	0,4	–
Bayernpartei (BP)	110 778	0,3	–
NEUES FORUM (FORUM)	107 615	0,3	–
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	93 210	0,3	–
DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)	92 031	0,3	–
Deutsche Soziale Union (DSU)	80 618	0,2	–
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	77 227	0,2	–
CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)	66 766	0,2	–
CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben (LIGA)	40 115	0,1	–
Die Unregierbaren – Autonome Liste	37 672	0,1	–
Bürgerrechtsbewegung Solidarität	23 851	0,1	–
Plattform Europa der ArbeiterInnen und Demokratie	12 992	0,0	–
Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA)	10 678	0,0	–
Deutsche Familien-Partei e. V. (Familie)	2 781	0,0	–

1) Wahlbeteiligung

Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Wie bei den Bundestagswahlen hat das Statistische Bundesamt mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament die Stimmabgabe der Bundesbürger nach Alter und Geschlecht ermittelt.

Wahljahr ¹⁾	Alter in Jahren	SPD-Wähler			CDU-Wähler			CSU-Wähler		
		männl. in %	weibl. in %	insg. in %	männl. in %	weibl. in %	insg. in %	männl. in %	weibl. in %	insg. in %
1979	18–24	43,9	45,5	44,7	29,1	29,2	29,1	8,4	8,4	8,4
	25–34	46,2	45,8	46,0	30,8	32,5	31,7	8,8	8,6	8,7
	35–44	41,3	39,8	40,6	40,1	41,6	40,8	8,9	9,1	9,0
	45–59	42,3	40,7	41,4	40,1	41,3	40,7	9,5	10,3	9,9
	ab 60	40,6	39,8	40,1	41,8	43,2	42,6	10,9	11,0	10,9
	zusammen	42,5	41,4	41,9	37,8	39,6	38,8	9,4	9,9	9,7
1984	18–24	35,9	37,9	36,9	29,5	27,9	28,7	6,3	6,3	6,3
	25–34	38,3	39,7	39,0	26,9	27,2	27,1	6,6	6,5	6,5
	35–44	38,5	37,3	37,9	36,4	38,8	37,6	7,4	7,4	7,5
	45–59	40,3	39,4	39,8	39,0	39,7	39,3	8,1	8,8	8,4
	ab 60	37,9	37,9	37,9	41,1	43,2	42,4	9,9	10,1	10,1
	zusammen	38,5	38,4	38,5	36,0	38,0	37,0	8,0	8,5	8,3
1989	18–24	34,4	39,4	36,8	21,9	20,4	21,2	6,5	6,6	6,5
	25–34	38,6	40,3	39,4	19,4	18,9	19,2	6,5	6,6	6,5
	35–44	40,1	40,8	40,4	23,3	25,2	24,3	7,3	8,1	7,7
	45–59	39,0	38,7	38,9	30,7	33,1	31,9	8,1	9,2	8,6
	ab 60	36,5	36,9	36,7	33,9	38,6	36,7	9,2	10,8	10,2
	zusammen	37,9	38,7	38,3	27,2	30,4	28,9	7,7	8,9	8,4
1994	18–24	25,5	28,7	27,0	24,8	22,3	23,6	5,5	5,2	5,4
	25–34	31,0	32,7	31,8	23,6	22,2	22,9	5,3	4,9	5,1
	35–44	33,2	33,1	33,2	25,8	26,2	26,0	5,4	5,4	5,4
	45–59	34,2	32,7	33,4	33,8	35,7	34,7	6,7	7,1	6,9
	ab 60	33,9	33,2	33,5	38,0	42,2	40,4	8,2	8,7	8,5
	zusammen	32,6	32,6	32,6	30,6	33,0	31,9	6,5	6,8	6,7

¹⁾ in allen Wahljahren ohne die Stimmen der Briefwähler

Hinweis

Wegen der Bundestags-Wahlergebnisse vgl. im einzelnen die Abschnitte 1.11 und 1.12.

Einzelheiten zu dem Verfahren dieser nicht auf Umfragen beruhenden Wahlanalyse sind den „Methodischen Hinweisen zur repräsentativen Bundestagswahlstatistik 1990“ (siehe Seite 230–231) zu entnehmen.

Wahljahr ¹⁾	Alter in Jahren	FDP-Wähler			GRÜNE-Wähler			Wähler sonstiger Parteien		
		männl. in %	weibl. in %	insg. in %	männl. in %	weibl. in %	insg. in %	männl. in %	weibl. in %	insg. in %
1979	18–24	6,3	6,6	6,4	11,2	9,5	10,4	1,1	0,8	0,9
	25–34	7,0	7,3	7,1	6,2	5,0	5,6	1,1	0,8	0,9
	35–44	6,7	6,8	6,7	2,4	2,4	2,4	0,7	0,3	0,5
	45–59	5,6	5,5	5,5	1,7	1,8	1,8	0,9	0,5	0,6
	ab 60	4,8	4,6	4,7	0,9	0,8	0,8	1,1	0,6	0,8
	zusammen	5,9	5,8	5,9	3,5	2,7	3,1	0,9	0,6	0,7
1984	18–24	3,8	3,3	3,6	19,9	19,7	19,8	4,5	4,9	4,7
	25–34	4,3	3,7	4,0	19,8	17,5	18,6	4,1	5,4	4,8
	35–44	5,9	5,2	5,6	8,9	7,5	8,2	2,9	3,6	3,3
	45–59	5,5	4,7	5,1	4,1	4,1	4,1	3,0	3,4	3,2
	ab 60	5,2	4,4	4,7	2,5	1,9	2,1	3,4	2,6	2,9
	zusammen	5,1	4,4	4,7	9,0	7,2	8,0	3,5	3,5	3,5
1989	18–24	5,7	5,2	5,5	14,6	18,1	16,2	17,0	10,4	13,9
	25–34	4,4	4,3	4,4	17,7	20,8	19,2	13,4	9,0	11,3
	35–44	5,5	5,9	5,7	11,5	11,9	11,7	12,3	8,1	10,2
	45–59	5,9	6,2	6,0	3,6	4,3	4,0	12,7	8,5	10,6
	ab 60	4,6	4,8	4,7	1,4	1,4	1,4	14,5	7,6	10,9
	zusammen	5,2	5,3	5,2	8,2	8,3	8,3	13,8	8,4	10,9
1994	18–24	4,6	4,8	4,7	15,8	21,5	18,5	23,8	17,5	20,7
	25–34	4,0	4,0	4,0	17,2	20,7	18,9	19,0	15,5	17,2
	35–44	3,9	4,4	4,1	13,7	15,9	14,8	18,0	15,1	16,6
	45–59	4,2	4,6	4,4	5,8	7,0	6,4	15,2	12,8	14,1
	ab 60	3,1	3,4	3,3	1,8	2,3	2,1	15,0	10,1	12,2
	zusammen	3,8	4,1	4,0	9,3	10,3	9,8	17,1	13,2	15,1

¹⁾ in allen Wahljahren ohne die Stimmen der Briefwähler

Hinweis

Zur Liste der zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählergruppen vgl. Abschnitt 1.5.

Wahlbeteiligung

Land	Europawahl 1979 in %	Europawahl 1984 in %	Europawahl 1989 in %	Europawahl 1994 in %
Belgien ¹⁾	91,4	92,2	90,7	90,6
BR Deutschland	65,7	56,8	62,3	60,0
Dänemark	47,8	52,4	46,2	52,9
Frankreich	60,6	56,7	48,7	52,7
Griechenland ¹⁾	78,6 ²⁾	77,2	79,9	71,2
Großbritannien	32,3 ³⁾	31,8 ³⁾	36,2 ³⁾	36,4
Irland	63,6	47,6	68,3	44,0
Italien ¹⁾	84,9	83,4 ⁴⁾	81,0	74,8
Luxemburg ¹⁾	88,9	88,8	87,4	88,5
Niederlande	57,8 ³⁾	50,6 ³⁾	47,2	35,6
Portugal	–	72,4 ⁵⁾	51,2	35,3
Spanien	–	68,9 ⁶⁾	54,6	59,1

¹⁾ In diesen Ländern besteht Wahlpflicht.

²⁾ In Griechenland erste Direktwahl im Oktober 1981.

³⁾ Ohne ungültige Stimmen.

⁴⁾ Ohne weiße Stimmzettel.

⁵⁾ In Portugal erste Direktwahl im Juli 1987.

⁶⁾ In Spanien erste Direktwahl im Juni 1987.

Abkürzungen der Fraktionen für die nebenstehende Zusammenstellung:

CD [EVP]	Christlich-Demokratische Fraktion, später Fraktion der Europäischen Volkspartei
SOZ	Sozialistische Fraktion
LIB	Liberalen und Demokratischen Fraktion
EDF	Europäische Demokraten für den Fortschritt
ED	Fraktion der Europäischen Demokraten
KOM	Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden
TK	Fraktion für die technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten
frtl.	fraktionslos

Hinweise

Das Statistische Bundesamt schlüsselt mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament die Stimmabgabe zugunsten bestimmter Parteien nach Alter und Geschlecht auf; Einzelheiten siehe auf den Seiten 3578 und 3579.

Für die repräsentative Wahlstatistik wird – im Gegensatz zu den Umfragen der Forschungsinstitute – keine Befragung von Wählern vorgenommen. Vielmehr werden in ausgewählten Wahlbezirken besondere Wahlzettel ausgegeben, auf denen die Unterscheidungsmerkmale „Alter“ und „Geschlecht“ vermerkt sind.

Fraktionsstärken und Sitzverteilung im Europäischen Parlament*)

Fraktionsstärken im Europäischen Parlament 1953–1979

Stand	CD [EVP]	SOZ	LIB	EDF	ED	KOM	TK	frtl.	insgesamt ¹⁾
1953	38	23	11	–	–	–	–	5	77
1954	38	21	16	–	–	–	–	2	77
1955	39	23	14	–	–	–	–	2	78
1956	39	23	14	–	–	–	–	2	78
1957	34	20	13	–	–	–	–	2	69
1958	37	22	17	–	–	–	–	2	78
1958/1959	67	38	35	–	–	–	–	2	142
1959/1960	67	33	41	–	–	–	–	–	141
1960/1961	68	33	41	–	–	–	–	–	142
1961/1962	64	33	43	–	–	–	–	–	140
1962/1963	64	35	26	–	–	–	–	15	140
1963/1964	63	34	25	–	–	–	–	15	137
1964/1965	62	36	25	–	–	–	–	15	138
1965/1966	61	35	26	15	–	–	–	–	137
1966/1967	61	32	25	16	–	–	–	–	134
15. 3. 1968	61	33	25	16	–	–	–	–	135
14. 3. 1969	53	36	25	18	–	–	–	10	142
12. 3. 1970	52	38	24	18	–	–	–	9	141
19. 4. 1971	51	37	23	18	–	–	–	9	138
17. 4. 1972	50	37	22	19	–	–	–	11	139
16. 3. 1973	52	46	25	19	20	–	–	21	183
22. 4. 1974	52	50	24	16	20	14	–	7	183
28. 4. 1975	51	49	25	17	20	15	–	6	183
5. 4. 1976	51	66	26	17	17	15	–	6	198
11. 4. 1977	52	63	26	17	17	17	–	5	197
13. 2. 1978	52	63	24	19	18	17	–	3	196
10. 12. 1979	107	113	40	22	64	44	11	9	410

¹⁾ Die höchstmögliche Mandatszahl in jeder Periode betrug:

1953–1958 78 (Gemeinsame Versammlung der Montanunion)

1958–1972 142 (nach Konstituierung der erweiterten Versammlung der drei Gemeinschaften)

1972–1979 198 (nach dem Beitritt Dänemarks, Irlands und Großbritanniens)

1979–1980 410 (nach der Direktwahl)

Abweichungen von der Gesamtzahl erklären sich durch nicht besetzte Mandate beim Stand der Zählung.

*) Quelle: Europäisches Parlament

Hinweis

Vgl. auch innerhalb des Kapitels „Wahlen im Deutschen Bundestag“ den Abschnitt 10.4 „Internationale interparlamentarische Versammlungen“.

Sitzverteilung im Europäischen Parlament von 1979*)

1. Wahlperiode (Stand: Ende 1979)

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern								
	Anzahl	in %	B	D	DK	F	GB	I	IRL	L	NL
Sozialistische Fraktion	113	27,6	7	35	4	22	18	13	4	1	9
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)	107	26,1	10	42		8		30	4	3	10
Fraktion der Europäischen Demokraten (Konservative)	64	15,6			3		61				
Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden	44	10,7			1	19		24			
Liberales und Demokratische Fraktion	40	9,7	4	4	3	17		5	1	2	4
Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt (Gaullisten u. a.)	22	5,4			1	15	1		5		
Fraktion für die technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten	11	2,7	1		4			5	1		
Fraktionslose	9	2,2	2				1	4			2
insgesamt	410	100,0	24	81	16	81	81	81	15	6	25

Die Abkürzungen der Länder entsprechen größtenteils den Nationalitätskennzeichen für Kraftfahrzeuge:

A = Österreich	F = Frankreich	IRL = Irland
B = Belgien	FIN = Finnland	L = Luxemburg
D = Bundesrepublik Deutschland	GB = Großbritannien	NL = Niederlande
DK = Dänemark	GR = Griechenland	P = Portugal
E = Spanien	I = Italien	S = Schweden

*) Quelle: Europäisches Parlament

Hinweis

Die Leitsätze der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht wiederholt zur Parteienfinanzierung und zur Wahlkampfkostenerstattung gefällt hat, sind im **Datenhandbuch** innerhalb des Abschnitts 15.3 „Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ abgedruckt.

2. Wahlperiode (Stand: Juli 1984)

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern									
	Anzahl	in %	B	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	L	NL
Sozialistische Fraktion	130	30,0	7	33	4	20	33	10	12		2	9
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)	110	25,3	6	41	1	9		9	27	6	3	8
Fraktion der Europäischen Demokraten (Konservative)	50	11,5			4		46					
Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden	41	9,4			1	10		4	26			
Liberale und Demokratische Fraktion	31	7,1	5		2	12			5	1	1	5
Fraktion der Vereinigung der Europäischen Demokraten	29	6,7				20	1			8		
Regenbogen-Fraktion	20	4,6	4	7	4				3			2
Fraktion der Europäischen Rechten	16	3,7				10		1	5			
Fraktionslose	7	1,6	2				1		3			1
insgesamt	434	100,0	24	81	16	81	81	24	81	15	6	25

Hinweis

Unterlagen zum Bereich der Außen- und Europapolitik sowie zu den auswärtigen Beziehungen finden sich außerhalb des Kapitels 24 noch in folgenden Abschnitten:

- 2.12 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament,
- 5.9 mit den Angaben der für die Außenpolitik zuständigen Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.3 mit der Aufstellung der Bundesminister und Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes,
- 6.11 mit den Themen der Regierungserklärungen,
- 6.18 mit den Berichten aus dem Ressort Auswärtiges an den Bundestag,
- 9.2 mit Angaben über den Auswärtigen Ausschuß (Unterausschüsse, Vorsitzende, Mitgliederzahl),
- 10.4 Internationale interparlamentarische Versammlungen
- 11.5 mit der Zahl der Gesetzentwürfe, die von den einzelnen Ressorts der Bundesregierung eingebracht wurden,
- 12.1 mit den Themen der Großen Anfragen und der Zahl der von den einzelnen Ressorts beantworteten Fragen,
- 12.2 mit den Themen der Aktuellen Stunden,
- 12.3 mit den Themen der Regierungsbefragungen,
- 17.3 mit dem Anteil der Petitionen, die in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes fielen.

2. *Wahlperiode (Stand: Januar 1986*)*

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern											
	Anzahl	in %	B	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	L	NL	E	P
Sozialistische Fraktion	172	33,2	8	33	3	20	33	10	12		2	9	36	6
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)	118	22,8	6	41	1	9		8	27	6	3	8	7	2
Fraktion der Europäischen Demokraten (Konservative)	63	12,2			4		46						13	
Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden	46	8,9			2	10		4	27					3
Liberale und Demokratische Fraktion	42	8,1	5		2	12			5	1	1	5	2	9
Fraktion der Vereinigung der Europäischen Demokraten	34	6,6				20	1	1		8				4
Regenbogen-Fraktion	20	3,9	4	7	4				2			2	1	
Fraktion der Europäischen Rechten	16	3,1				10		1	5					
Fraktionslose	7	1,4	1				1		3			1	1	
insgesamt	518	100,0	24	81	16	81	81	24	81	15	6	25	60	24

*) Sitzverteilung nach dem Beitritt von Spanien und Portugal

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

3. Wahlperiode (Stand: Juli 1989)

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern											
	Anzahl	in %	B	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	L	NL	E	P
Sozialistische Fraktion	180	34,7	8	31	4	22	46	9	14	1	2	8	27	8
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)	121	23,4	7	32	2	6	1	10	27	4	3	10	16	3
Liberales und Demokratische Fraktion	49	9,5	4	4	3	13			3	2	1	4	6	9
Fraktion der Europäischen Demokraten (Konservative)	34	6,6			2		32							
Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament	30	5,8	3	8		8			7			2	1	1
Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken	28	5,4			1			1	22				4	
Fraktion der Sammlungsbe- wegung der Europäischen Demokraten	20	3,9				13		1		6				
Technische Fraktion der Europäischen Rechten	17	3,3	1	6		10								
Koalition der Linken	14	2,7				7		3		1				3
Regenbogen-Fraktion im Europäischen Parlament	13	2,5	1		4	1	1		3	1			2	
Fraktionslose	12	2,3				1	1		5			1	4	
insgesamt	518	100,0	24	81	16	81	81	24	81	15	6	25	60	24

Hinweise

Eine Zusammenstellung der Bundeswahlgesetze und nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundeswahlgesetzes enthält Abschnitt 1.1.

Die mehrmals nach 1945 entbrannte Wahlrechtsdiskussion – d. h. die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland sowie die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme – wird in Abschnitt 1.2 dokumentiert.

Zu den zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie zur Zahl ihrer Mitglieder vgl. Abschnitt 5.3.

Die Wahlergebnisse nicht nur nach Bundesländern gegliedert, sondern jedes einzelnen Wahlkreises enthalten die auf Seite 164–165 angezeigten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

4. Wahlperiode (Stand: Oktober 1994)

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern											
	Anzahl	in %	B	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	L	NL	E	P
Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas	198	34,9	6	40	3	15	63	10	18	1	2	8	22	10
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)	157	27,7	7	47	3	13	19	9	12	4	2	10	30	1
Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas	43	7,6	6		5	1	2		7	1	1	10	2	8
Konföderale Fraktion der Europäischen unitarischen Linken	28	4,9				7		4	5				9	3
Fraktion Forza Europa	27	4,8							27					
Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten	26	4,6				14		2		7				3
Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament	23	4,1	2	12	1				4	2	1	1		
Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz	19	3,4	1			13	2		2				1	
Fraktion Europa der Nationen (Koordinierungsgruppe)	19	3,4			4	13						2		
Fraktionslose	27	4,8	3			11	1		12					
insgesamt	567	100,0	25	99	16	87	87	25	87	15	6	31	64	25

Hinweise

Materialien zur Frage des Arbeitsaufwandes der Abgeordneten, ihrer Entschädigung, der mandatsbedingten Ausgaben und der Arbeitssituation enthält das **Datenhandbuch** in verschiedenen Abschnitten:

Im Abschnitt 2.16 – Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl – wurde versucht, die durchschnittliche Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Bundestagsplenums zu errechnen.

Die Statistik der Plenarsitzungen, der Fraktionssitzungen und der Ausschusssitzungen findet sich in den Abschnitten 5.2, 8.3 und 9.1.

Der Arbeitsrhythmus des Parlaments, d. h. der Wechsel von Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen sowie die Terminplanung während der Sitzungswochen, ist in Abschnitt 8.23 wiedergegeben.

Repräsentativbefragungen und eigene Veröffentlichungen von Abgeordneten sind in den Abschnitten 2.13 und 2.14 zusammengestellt.

4. Wahlperiode (Stand: Ende 1997)*)

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern														
	Anzahl	in %	A	B	D	DK	E	F	FIN	GB	GR	I	IRL	L	NL	P	S
Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas	214	34,2	6	6	40	4	21	16	4	61	10	19	1	2	7	10	7
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion)	200	32,0	7	7	47	3	30	11	4	18	9	35	4	2	9	9	5
Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas	41	6,6	1	6		5	2	1	5	2		4	1	1	10		3
Fraktion Union für Europa	36	5,8						18			2	4	7		2	3	
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke	33	5,3					9	7	2	1	4	4				3	3
Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament	28	4,5	1	2	12			1	1			4	2		1		4
Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz	20	3,2		1			2	12		2		2		1			
Fraktion der Unabhängigen für ein Europa der Nationen (Koordinierungsgruppe)	17	2,7				4		10		1					2		
Fraktionslose	37	5,9	6	3				12		1		15					
insgesamt	626	100,0	21	25	99	16	64	87	16	87	25	87	15	6	31	25	22

Die Abkürzungen der Länder entsprechen größtenteils den Nationalitätskennzeichen für Kraftfahrzeuge:

- A = Österreich
- B = Belgien
- D = Bundesrepublik Deutschland
- DK = Dänemark
- E = Spanien
- F = Frankreich
- FIN = Finnland
- GB = Großbritannien
- GR = Griechenland
- I = Italien
- IRL = Irland
- L = Luxemburg
- NL = Niederlande
- P = Portugal
- S = Schweden

*) Sitzverteilung nach dem Beitritt von Schweden, Österreich und Finnland

Die Fraktionen im Europäischen Parlament*)

Bei der 4. Direktwahl des Europäischen Parlaments (EP) sind 567 Abgeordnete gewählt worden. Sie sind „Vertreter der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten“ (Art. 137 EGV). Unionsweit gehören sie 79 nationalen Parteien an. Auf europäischer Ebene kennt man noch keine Parteien, die den nationalen vergleichbar wären. Obwohl Art. 138a EGV die Bedeutung europäischer Parteien betont, gibt es momentan nur Parteienbünde, in denen sich seit Mitte der siebziger Jahre sozialistische, christdemokratische und liberale Parteien aus den Mitgliedstaaten zusammengeschlossen haben, um ihre Beziehungen in Form einer dauerhaften, auf den europäischen Systemrahmen bezogenen Organisationsstruktur zu verfestigen. Das Abgeordnetenkontingent der Bundesrepublik Deutschland hat sich gegenüber der letzten Wahlperiode erhöht. Im EP sind – bedingt durch die Vereinigung Deutschlands – nicht mehr wie in der 3. Wahlperiode 81, sondern 99 deutsche Abgeordnete vertreten. Davon stellen die SPD 40 Abgeordnete (1989:31), die CDU 39 (25), das Bündnis 90/Die Grünen 12 (8) und die CSU 8 (7).

Die Fraktionen im Europäischen Parlament weisen im Vergleich zu den Bundestagsfraktionen sowohl Unterschiede als auch Ähnlichkeiten auf. Auch die EP-Fraktionen sind freiwillige Zusammenschlüsse frei gewählter Abgeordneter derselben politischen Grundrichtung. Sie sind Teil einer parlamentarischen Binnenstruktur, die der uns bekannten entspricht, denn auch das EP ist fachlich in Ausschüsse und politisch in Fraktionen untergliedert. Eine nationalstaatliche Untergliederung hat es nicht einmal in der Anfangsphase der Gemeinschaft gegeben. Trotzdem spielen nationale Interessen bei der Willensbildung und den Abstimmungen eine Rolle. Auch im Europäischen Parlament ist es eine wichtige Aufgabe der Fraktionen, Mitglieder für die Parlamentsausschüsse zu benennen. Die Unterschiede zwischen den Fraktionen des Bundestages und den Fraktionen des Europäischen Parlaments basieren im wesentlichen darauf, daß das Europäische Parlament im Vergleich zum Bundestag geringere Gesetzgebungsbefugnisse besitzt und keiner zu kontrollierenden Regierung gegenübersteht: Daher fehlt die Trennung in Regierungs- und Oppositionsfraktionen.

Momentan (1994) bilden die Abgeordneten neun Fraktionen, ferner gibt es 27 Fraktionslose im EP. Demgegenüber waren im Deutschen Bundestag im überwiegenden Teil der Parlamentsgeschichte nur drei Fraktionen vertreten. Das EP wird durchgängig von zwei großen Fraktionen dominiert: von der Sozialdemokratischen Fraktion auf der einen und der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion) auf der anderen Seite. Die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Fraktion lag stets über der der christlich-demokratischen Konkurrenz. Beide Fraktionen zusammen hatten seit der ersten Direktwahl die absolute Mehrheit im EP.

Primärrechtliche Grundlage für die Fraktionsbildung ist Art. 142 EGV, der dem EP Geschäftsordnungsautonomie verleiht. Auf dieser Grundlage wurde die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments erlassen. Einschlägige Norm ist Art. 29 GO-EP. Er lautet auszugsweise:

- „1. Die Mitglieder können ihrer politischen Zugehörigkeit entsprechende Fraktionen bilden.
2. Zur Bildung einer Fraktion bedarf es mindestens sechszwanzig Mitglieder, wenn diese aus einem einzigen Mitgliedstaat stammen. Stammen sie aus zwei Mitgliedstaaten, bedarf es einundzwanzig Mitglieder, bei drei Mitgliedstaaten bedarf es sechzehn und bei vier oder mehr Mitgliedstaaten dreizehn Mitglieder.“

Interessant, weil auf die spezifischen Bedürfnisse des EP abgestellt, sind die in Art. 29 Nr. 2 GO-EP festgelegten Quoren für die Fraktionsbildung. Nach dieser Vorschrift ergeben sich prozentuale Mindestquoren, die je nach der Anzahl der in den Fraktionen durch ihre Abgeordneten vertretenen Mitgliedstaaten schwanken: 4,6% bei 26; 3,7% bei 21; 2,8% bei 16 und 2,3% bei 13 Abgeordneten. Im Vergleich zu den für bundesdeutsche Parlamente erforderlichen Quoren sind die Quoren des EP niedrig. Sie sind um so niedriger, je höher die Anzahl der Mitgliedstaaten ist, aus denen die Fraktionsmitglieder stammen; die Fraktionsbildung ist folglich um so leichter, je höher die Anzahl der

*) entnommen aus Der Aktuelle Begriff Nr. 26/94 vom 16. September 1994 „Die Fraktionen im Europäischen Parlament“, Bearbeiter: *Sven Hölscheidt* und *Evelyn Fitz*

Mitgliedstaaten ist, die durch ihre Abgeordneten in den Fraktionen vertreten sind. Damit trägt Art. 29 Nr. 2 GO-EP der Tatsache Rechnung, daß ein immer engerer Zusammenschluß der europäischen Völker geschaffen werden soll (Präambel des EGV). Betrachtet man die Fraktionen im neuen EP, so ist ein Erfolg dieser Politik festzustellen, denn es existiert nur eine Fraktion, deren Abgeordnete aus einem Mitgliedstaat kommen, die restlichen Fraktionen setzen sich aus Abgeordneten mehrerer Länder zusammen, die beiden größten Fraktionen sogar aus Abgeordneten aller Mitgliedstaaten. Die nur aus italienischen Abgeordneten bestehende Fraktion Forza Europa hat mit 27 Mitgliedern nur ein Mitglied mehr, als sie für den Fraktionsstatus benötigt.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland*)

In dieser Aufstellung ist angegeben, welche Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament

- Mitglieder des Präsidiums,
- Vorsitzende einer Fraktion oder
- Vorsitzende eines Ausschusses

waren bzw. beim Stand 31. August 1997 sind.

*) Quellen: Unterlagen des Europäischen Parlaments und des Fachbereichs „Europa“ der Bundestagsverwaltung

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 4.6 die Vorsitzenden der Kommissionen des früheren Vorstandes und des Ältestenrates des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 6.21 die Bundeskanzler und die Regierungschefs der Bundesländer,
- 7.7 ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 9.10 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse,
- 9.11 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

Innerhalb des Kapitels 24 sind die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Präsidenten, Vizepräsidenten, Ausschuß- und Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Versammlung der WEU und der Nordatlantischen Versammlung aufgeführt.

Mitglieder des Präsidiums

Zeitraum/ Wahlperiode des Europäischen Parlaments	Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten
1956–79	<p><i>Hans Furler</i> (von November 1956 bis März 1958 [Gemeinsame Versammlung] und von März 1960 bis März 1962)</p> <p><i>Walter Behrendt</i> (von März 1971 bis März 1973)</p>	<p><i>Hans Furler</i> (von November 1955 bis März 1958 [Gemeinsame Versammlung], von März 1958 bis März 1960 sowie von März 1962 bis März 1973)</p> <p><i>Hellmut Kalbitzer</i> (von März 1958 bis März 1962)</p> <p><i>Käte Strobel</i> (von März 1962 bis März 1964)</p> <p><i>Gerhard Kreyssig</i> (von März 1964 bis März 1966)</p> <p><i>Ludwig Metzger</i> (von März 1966 bis März 1970)</p> <p><i>Walter Behrendt</i> (von November 1969 bis März 1971 und von März 1973 bis Januar 1977)</p> <p><i>Fritz Burgbacher</i> (von März 1973 bis Dezember 1975)</p> <p><i>Hans August Lücker</i> (von Dezember 1975 bis Juni 1979)</p> <p><i>Rudi Adams</i> (von März 1977 bis Juni 1979)</p>
1. WP 1979–84	–	<p><i>Hans Katzer</i> (bis Januar 1982)</p> <p><i>Egon Alfred Klepsch</i> (ab Januar 1982)</p> <p><i>Bruno Friedrich</i></p>
2. WP 1984–89	–	<p><i>Siegbert Alber</i></p> <p><i>Horst Seefeld</i></p>
3. WP 1989–94	<p><i>Egon Alfred Klepsch</i> (ab Januar 1992)</p>	<p><i>Siegbert Alber</i> (bis Januar 1992)</p> <p><i>Hans Peters</i></p> <p><i>Wilfried Telkämper</i></p>
4. WP 1994– ¹⁾	<p><i>Klaus Hänsch</i> (bis Januar 1997)</p>	<p><i>Ursula Schleicher</i></p> <p><i>Magdalene Hoff</i> (ab Januar 1997)</p>

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Vorsitzende einer Fraktion

Zeitraum/ Wahlperiode des Europäischen Parlaments	Fraktion	Deutsche Fraktionsvorsitzende
1958–1979	Christlich-demokratische Fraktion (Fraktion der Europäischen Volkspartei)	<i>Joseph Illerhaus</i> (von März 1966 bis März 1970) <i>Hans August Lücker</i> (von März 1970 bis September 1975) <i>Egon Alfred Klepsch</i> (von Mai 1977 bis Juli 1979)
	Sozialistische Fraktion	<i>Willi Birkelbach</i> (von Dezember 1958 bis März 1964) <i>Käte Strobel</i> (von März 1964 bis Januar 1967) <i>Ludwig Fellermaier</i> (von März 1975 bis Juli 1979)
1. WP 1979–84	Christlich-demokratische Fraktion (Fraktion der Europäischen Volkspartei)	<i>Egon Alfred Klepsch</i> (bis Januar 1982)
	Liberales Fraktion	<i>Martin Bangemann</i>
2. WP 1984–89	Christlich-demokratische Fraktion (Fraktion der Europäischen Volkspartei)	<i>Egon Alfred Klepsch</i>
	Sozialistische Fraktion	<i>Rudi Arndt</i>
	Regenbogen-Fraktion	<i>Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf</i> (bis Januar 1986) <i>Brigitte Heinrich</i> (Januar 1986 bis Dezember 1986) <i>Wilfried Telkämper</i> (März bis Mai 1987) (März bis Mai 1988) (März bis Mai 1989)
3. WP 1989–94	Christlich-demokratische Fraktion (Fraktion der Europäischen Volkspartei)	<i>Egon Alfred Klepsch</i> (bis Januar 1992)
4. WP 1994– ¹⁾	Die Grünen	<i>Claudia Roth</i>

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Sämtliche Mitglieder des Bundestages von 1949 bis 1998 sind in Kapitel 31 aufgeführt.

Vorsitzende eines Ausschusses

Neubesetzungen ab Jahr	Deutsche Ausschußvorsitzende (Zeitraum)	Vorsitz im Ausschuß (A)
ab 1959	<i>Joseph Illerhaus</i> (1959–1961) <i>Heinrich Deist</i> (1959–1962) <i>Walter Scheel</i> (1959–1961) <i>Fritz Burgbacher</i> (1959–1962) <i>Hugo Geiger</i> (1959–1961)	A für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft A für die langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und Investitionen A für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete A für Fragen der Energie und Wirtschaftspolitik A für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung
ab 1960	(keine Neubesetzung)	
ab 1961	<i>Walter Scheel</i> (1961–1962) <i>Hugo Geiger</i> (1961–1962)	A für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Forschungs- und KulturA
ab 1962	<i>Heinrich Deist</i> (1962–1964) <i>Robert Margulies</i> (1962–1964) <i>Fritz Burgbacher</i> (1962–1967) <i>Anton Storch</i> (1962–1966)	Wirtschafts- und FinanzA A für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern EnergieA A für Gesundheitsschutz
ab 1963	(keine Neubesetzung)	
ab 1964	<i>Ilse Elsner</i> (1964–1970) <i>Otto Weinkamm</i> (1964–1966)	Wirtschafts- und FinanzA RechtsA
ab 1965	(keine Neubesetzung)	
ab 1966	<i>Arved Deringer</i> (1966–1970) <i>Stefan Dittrich</i> (1966–1967)	RechtsA A für Gesundheitsschutz
ab 1967	<i>Josef Müller</i> (1967–1973)	A für Sozial- und Gesundheitsfragen
ab 1968	(keine Neubesetzung)	

Neubesetzungen ab Jahr	Deutsche Ausschußvorsitzende (Zeitraum)	Vorsitz im Ausschuß (A)
ab 1969	<i>Ernst Achenbach</i> (1969–1974)	A für die Beziehungen zu den afrikanischen Ländern und Madagaskar
ab 1970	<i>Erwin Lange</i> (1970–1975)	WirtschaftsA
ab 1971	<i>Gerd Springorum</i> (1971–1976)	A für Energie, Forschung und Atomfragen
ab 1972	(keine Neubesetzung)	
ab 1973	(keine Neubesetzung)	
ab 1974	<i>Ernst Achenbach</i> (1974–1976)	A für Entwicklung und Zusammenarbeit
ab 1975	<i>Erwin Lange</i> (1975–1979)	HaushaltsA
ab 1976	<i>Hanna Walz</i> (1976–1979)	A für Energie und Forschung
ab 1977	(keine Neubesetzung)	
ab 1978	(keine Neubesetzung)	
ab 1979 ¹⁾	(keine Neubesetzung)	
Wahlperiode des Europäischen Parlaments	Deutsche Ausschußvorsitzende	Vorsitz im Ausschuß (A)
1. WP 1979–84	<i>Heinrich Aigner</i> <i>Horst Seefeld</i> <i>Erwin Lange</i> <i>Hanna Walz</i>	A für Haushaltskontrolle A für Verkehr HaushaltsA A für Energie und Forschung
2. WP 1984–89	<i>Beate Weber</i> <i>Katharina Focke</i> (bis Januar 1987) <i>Heinrich Aigner</i> (bis † 24. 4. 1988) <i>Konrad Schön</i> (ab April 1988) <i>Marlene Lenz</i> (bis Januar 1987) <i>Dieter Rogalla</i> (bis Januar 1987)	A für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz A für Entwicklung und Zusammenarbeit A für Haushaltskontrolle A für die Rechte der Frau WahlprüfungsA

1) bis September 1979

Wahlperiode des Europäischen Parlaments	Deutsche Ausschußvorsitzende	Vorsitz im Ausschuß (A)
3. WP 1989–94	<i>Thomas von der Vring</i> <i>Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg</i> (bis November 1992) <i>Reinhold Bocklet</i> (November 1992 bis Juni 1993) <i>Siegbert Alber</i> (ab Juni 1993)	HaushaltsA A für Recht und Bürgerrechte
4. WP 1994– ¹⁾	<i>Detlev Samland</i> <i>Karl von Wogau</i> <i>Dietmut R. Theato</i>	HaushaltsA A für Wirtschaft, Währung, Industriepolitik A für Haushaltskontrolle

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Vorübergehende Beobachter aus den neuen Bundesländern beim Europäischen Parlament*)

Das Europäische Parlament hat sich bereits frühzeitig im Prozeß der deutschen Einigung mit der Frage der Vertretung der Bevölkerung im Gebiet der ehemaligen DDR auseinandergesetzt.

Zu nennen ist insbesondere die EntschlieÙung vom 12. Juli 1990 zu den „Auswirkungen der Vereinigung Deutschlands auf die Europäische Gemeinschaft“, in der es heißt, daß „die Aufnahme von 16 Millionen deutschen Bürgern in die Europäische Gemeinschaft als Folge der Vereinigung die Frage aufwirft, wie sie demnächst im Europäischen Parlament vertreten sein werden und ob die zahlenmäßige Stärke der deutschen Vertretung im Europäischen Parlament dementsprechend geändert werden sollte“ (Ziff. 78 der EntschlieÙung). Das Europäische Parlament spricht sich in dieser EntschlieÙung ferner dafür aus, daß „die Frage der Vertretung der Bevölkerung der heutigen Deutschen Demokratischen Republik im Europäischen Parlament im Zuge der vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament 1994 vorzunehmenden Revision der entsprechenden Vertragsbestimmungen gelöst werden sollte und dabei eine Vertretung auf der Grundlage eines ausgewogenen Systems und in Übereinstimmung mit der Struktur der Verträge anzustreben ist; als zeitlich begrenzte Übergangslösung scheint es geboten, daß Vertretern der Bevölkerung der heutigen Deutschen Demokratischen Republik bis dahin ein Beobachterstatus eingeräumt wird“ (Ziff. 79 der EntschlieÙung).

In der Folge hat sich das Europäische Parlament mit der Frage befaßt, ob und wie für eine Übergangszeit einer bestimmten Anzahl von Personen aus dem Gebiet der früheren DDR ein Beobachterstatus eingeräumt werden sollte. Es hat schließlich am 24. Oktober 1990 beschlossen, in seine Geschäftsordnung einen neuen Artikel aufzunehmen, der die Einladung von aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Beobachtern aus dem Gebiet der DDR ermöglicht. Auf dieser Grundlage ist die Zahl der einzuladenden Beobachter am 21. November auf 18 festgelegt worden.

Nach der Einladung des Europäischen Parlaments hat der Deutsche Bundestag am 21. Februar 1991 18 Personen aus den neuen Bundesländern als Beobachter zum Europäischen Parlament entsandt.

*) entnommen aus Der Aktuelle Begriff Nr. 26/94 vom 16. September 1994 „Die Fraktionen im Europäischen Parlament“, Bearbeiter: *Sven Hölscheidt* und *Evelyn Fitz*

Es handelt sich dabei um ehemalige Mitglieder der ersten aus freien Wahlen hervorgegangenen Volkskammer. Von den als Beobachter Entsandten gehören acht der CDU, fünf der SPD, zwei der PDS und je einer der FDP, dem Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie der DSU an. Die vorschlagsberechtigten Fraktionen bzw. Abgeordneten haben bei der Benennung der Beobachter die hierfür von der Volkskammer mit Beschluß vom 28. September 1990 vorgesehenen Personen berücksichtigt.

Mit der Bekanntgabe ihrer Entsendung in der Sitzung des Europäischen Parlaments am 11. März 1991 haben die Beobachter, von denen einige schon seit September 1990 als Gäste den Debatten des Europäischen Parlaments folgten, nunmehr auch offiziell ihre Tätigkeit aufnehmen können. Über ihre Tätigkeit heißt es in dem neu in die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments eingefügten Artikel 136a allgemein, die Beobachter nehmen „an den Arbeiten des Parlaments teil“. Sie haben allerdings kein Stimm- und Wahlrecht. Es kommt ihnen auch kein Antragsrecht zu. Das erweiterte Präsidium des Europäischen Parlaments hat beschlossen, ihnen getrennt von den Fraktionen Sitze im Plenum einzuräumen. Sie besitzen Rederecht in den Ausschüssen und Fraktionen, nicht jedoch im Plenum.

Die Rechtsstellung der Beobachter entspricht im übrigen weithin derjenigen der Mitglieder des Europäischen Parlaments. So gewährt ihnen das Europäische Parlament mit Ausnahme der Sekretariatszulage im wesentlichen alle sonst für seine Mitglieder vorgesehenen Leistungen. Die Beobachter erhalten ferner gemäß der Vereinbarung zur Durchführung und Auslegung des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 die für deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments vorgesehene Rechtsstellung einschließlich der Entschädigung nach dem Europaabgeordnetengesetz vom 6. April 1979 in seiner jeweils geltenden Fassung.

Unabhängig von der Ausgestaltung ihrer Rechtsstellung im einzelnen kommt den Beobachtern die wichtige Aufgabe zu, die Interessen der Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern in die Arbeit des Europäischen Parlaments einzubringen und umgekehrt in den neuen Bundesländern Verständnis zu wecken für die Ziele und Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften.

Mit der ersten gesamtdeutschen Direktwahl des Europäischen Parlaments am 12. Juni 1994 wurden die Beobachter aus den neuen Bundesländern überflüssig.

Repräsentativität des Europäischen Parlaments*)

Die Zahl der nationalen Abgeordneten im Europäischen Parlament ist gemäß Art. 138 Abs. 2 EWG-Vertrag festgelegt. Danach ergab sich bis 1992 folgende Sitzverteilung:

Luxemburg	6	Griechenland	24	Frankreich	81
Irland	15	Portugal	24	Großbritannien	81
Dänemark	16	Niederlande	25	Italien	81
Belgien	24	Spanien	60	Deutschland	81

*) Darstellung für die Zeit vor 1992 entnommen aus Aktueller Begriff Nr. 10/91 vom 3. Juli 1991 „Repräsentativität des Europäischen Parlaments“, Bearbeiter: *Peter Jung*; Darstellung für die Zeit ab 1992 entnommen aus Aktueller Begriff Nr. 18/92 vom 9. Juli 1992 „Anzahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament“, Bearbeiter: *Thomas Schotten* sowie Aktueller Begriff Nr. 12/96 vom 12. Juli 1996 „Repräsentativität des Europäischen Parlaments“, Bearbeiter: *Detlef Möller*

Hinweis

Vgl. auch innerhalb des Kapitels „Wahlen im Deutschen Bundestag“ den Abschnitt 10.4 „Internationale interparlamentarische Versammlungen“.

Der Entscheidung über die nationalen Mandatskontingente ging eine kontroverse Debatte voraus. Es galt, einen Kompromiß zu finden zwischen dem Grundsatz der prinzipiellen Gleichheit der Mitgliedstaaten und dem Prinzip einer nach der Bevölkerungsstärke differenzierten Abgeordnetenzahl (Proportionalität).**)

Mit verschiedenen Multiplikatoren sollte – allerdings in deutlich abgeschwächter Form – dem Faktor Bevölkerung Rechnung getragen werden. Und in der Tat ist die Sitzverteilung im Europäischen Parlament seit 1979 im Vergleich zu den übrigen EG-Institutionen am weitesten einer proportionalen Vertretung der Einwohner der Mitgliedstaaten angenähert. Trotzdem ergeben sich in der Zahl der Repräsentanten pro Mandat zum Teil erhebliche Unterschiede, wie die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt.

Besondere Aktualität hatte die Frage der Repräsentativität des Europäischen Parlaments im Zuge der deutschen Vereinigung erlangt, durch die die Einwohnerzahl der Bundesrepublik um mehr als 16 Millionen Menschen angestiegen ist. Das Europäische Parlament hat diese Frage aufgegriffen und in einer bereits am 12. Juli 1990 angenommenen EntschlieÙung zu den Auswirkungen der Vereinigung Deutschlands auf die Europäische Gemeinschaft festgestellt, daß „die Aufnahme von 16 Millionen deutschen Bürgern in die Europäische Gemeinschaft als Folge der Vereinigung die Frage aufwirft, wie sie demnächst im Europäischen Parlament vertreten sein werden, und ob die zahlenmäßige Stärke der deutschen Vertretung im Europäischen Parlament dementsprechend geändert werden sollte“.

Da die Zahl der Abgeordneten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament in Art. 138 EWG-Vertrag festgelegt ist, bedürfte die Neuverteilung der Mandate eines förmlichen Vertragsänderungsverfahrens, das gemäß Art. 236 EWG-Vertrag die Ratifizierung durch sämtliche Mitgliedstaaten vorsieht. Da es sich hierbei um ein recht aufwendiges Verfahren handelt, regt das Parlament in der zitierten EntschlieÙung an, die Frage der Neuverteilung der Mandate anläßlich der im Rahmen der laufenden Regierungskonferenz zur Politischen Union anstehenden Vertragsrevision zu regeln. Als Übergangslösung hat das Europäische Parlament im Oktober 1990 18 Vertretern der Bevölkerung der ehemaligen DDR bis zur nächsten Europawahl 1994 einen Beobachterstatus eingeräumt (vgl. den vorangegangenen Unterabschnitt „Beobachter aus den ...“).

Am 10. Juni 1992 sprach sich das Europäische Parlament mit knapper Mehrheit (148 Ja-Stimmen, 132 Nein-Stimmen, 83 Enthaltungen) in einer EntschlieÙung für die Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordneten von derzeit 81 auf 99 aus.

Nachdem der Versuch, die Revision der entsprechenden Vertragsbestimmungen auf dem Gipfeltreffen von Maastricht zu erreichen, gescheitert war, konzentrierten sich die Bemühungen des Europäischen Parlaments auf die Ausarbeitung eines einheitlichen Wahlverfahrens für die Europawahl 1994, in dessen Rahmen die nationalen Mandatskontingente nicht nur im Hinblick auf die deutsche Vereinigung, sondern generell im Hinblick auf die demographische Wirklichkeit in der Gemeinschaft und auf die zu erwartenden Beitritte weiterer Staaten neu überdacht werden sollten. In die-

Fortsetzung übernächste Seite

**) Die Sitzverteilung, auf die man sich 1976 einigte, ging letztlich auf die 1948 festgelegte Zusammensetzung des Europarates zurück und bedeutete einen Verzicht auf die Anwendung des Prinzips der reinen Proportionalität. Der Kompromiß sah vielmehr eine an die ungefähre Einwohnerzahl angelehnte Gruppierung der Mitgliedstaaten und die Gleichbehandlung in den jeweiligen Gruppen vor, wobei besondere Bedeutung auf die Gleichbehandlung der vier großen Mitgliedstaaten und die Mindestrepräsentanz Luxemburgs gelegt wurde. So wurden die 36 Europaratssitze (18 Voll- und 18 Ersatzmitglieder) der vier großen Mitgliedstaaten mit 2,25 multipliziert (Ergebnis: 81 Sitze), die 14 belgischen und niederländischen Sitze wurden mit 1,75 multipliziert (Ergebnis: 25 Sitze), wobei ein belgischer Sitz an Dänemark abgetreten wurde, um der Repräsentanz der Faröer-Inseln Rechnung zu tragen. Die zehn Europaratssitze Dänemarks und Irlands wurden mit 1,5 multipliziert (Ergebnis: 15 Sitze), wobei sich die dänische Repräsentanz durch den von Belgien übertragenen Sitz auf 16 erhöhte. Luxemburg behielt seine 6 Abgeordneten, die man als Mindestzahl für die Repräsentation des Kleinstaates für notwendig erachtete. Die später in die Gemeinschaft eingetretenen Neu-Mitglieder Griechenland, Portugal und Spanien wurden in diesem Schema entsprechend eingeordnet.

	Einwohner in Mio. ¹⁾	Stand vor 1992		Stand 1996		Mandate bei Wahlgleichheit	Differenz zur Mandatszähl 1996
		Mandate im EP	Einwohner je Mandat ²⁾	Mandate im EP	Einwohner je Mandat ²⁾		
Luxemburg	0,39	6	63 000	6	65 000	0,66	+ 5,34
Irland	3,5	15	233 000	15	233 000	5,95	+ 9,05
Finnland	5,0	–	–	16	312 000	8,50	+ 7,50
Dänemark	5,2	16	319 000	16	325 000	8,84	+ 7,16
Österreich	7,8	–	–	21	371 000	13,26	+ 7,74
Schweden	8,6	–	–	22	390 000	14,62	+ 7,38
Portugal	9,8	24	429 000	25	392 000	16,67	+ 8,33
Belgien	10,0	24	413 000	25	400 000	17,00	+ 8,00
Griechenland	10,3	24	417 000	25	412 000	17,52	+ 7,48
Niederlande	15,1	25	592 000	31	487 000	25,68	+ 5,32
Spanien	39,0	60	647 000	64	609 000	66,34	– 2,43
Italien	56,8	81	710 000	87	652 000	96,62	– 9,62
Frankreich	57,3	81	693 000	87	658 000	97,47	– 10,47
Großbritannien	57,8	81	704 000	87	664 000	98,32	– 11,32
Deutschland							
vor dem 3. 10. 1990	61,8	81	763 000	–	–	–	
nach dem 3. 10. 1990	81,3	81	969 000	99	821 000	138,29	– 39,29
insgesamt	367,9	518		626		625,74	

¹⁾ Die Bevölkerungsdaten sind dem Fischer Weltalmanach 1996, Frankfurt a. M. 1995 entnommen.

²⁾ Für den Stand vor 1992 wurden entsprechend frühere Bevölkerungszahlen herangezogen. So erklären sich Differenzen in der Spalte „Einwohner je Mandat“ trotz gleicher Mandatszähl im Europäischen Parlament.

sem Sinne hatten sich auch die Staats- und Regierungschefs in einer Erklärung zu dem Vertrag über die Europäische Union geäußert. Danach kommt die Konferenz überein, „die Fragen betreffend die Zahl der Mitglieder ... des Europäischen Parlaments spätestens Ende 1992 im Hinblick auf ein Einvernehmen zu prüfen, das es gestattet, die Rechtsgrundlage für die Festsetzung der Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments rechtzeitig zu den Wahlen im Jahr 1994 zu schaffen“. Entsprechende Beschlüsse sollten dabei „unter anderem unter Berücksichtigung der Notwendigkeit gefaßt (werden), die Gesamtmitgliederzahl des Europäischen Parlaments in einer erweiterten Gemeinschaft festzulegen“.

Nach einem entsprechenden Zwischenbericht des Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments vom 21. Mai 1992 sollte die Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament um 18 auf 99, die Zahl der drei anderen großen Mitgliedstaaten um je 6 auf je 87 Abgeordnete erhöht werden. Insgesamt sollte sich die Zahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments der Zwölfergemeinschaft von 518 auf 567 erhöhen. Für die in Betracht kommenden Beitrittsstaaten waren insgesamt weitere 68 Mandate vorgesehen.

Diese Mandatsverteilung hat nun das Plenum in der EntschlieÙung vom 10. Juni 1992 weitgehend gebilligt. Lediglich Finnland soll nunmehr statt 17 (wie im Ausschußbericht vorgesehen) 16 Abgeordnete stellen. Der Schweiz (im Ausschußbericht noch nicht berücksichtigt) werden 18 Mandate zugestanden, so daß für die sechs potentiellen Beitrittsstaaten Österreich, Schweden, Finnland, Schweiz, Malta und Zypern insgesamt 85 Sitze hinzukämen. Die Obergrenze soll im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit des Parlaments bei 700 Abgeordneten liegen.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat am 1. Februar 1993 beschlossen, die Mandatsverteilung des Europäischen Parlaments den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Die Tabelle auf der vorangegangenen Seite dokumentiert den Stand von vor 1992 und den Stand von 1996.

24.5 Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten

Die „Konferenz der Präsidenten der europäischen Parlamentarischen Versammlungen“ wurde beim ersten regelmäßigen Treffen der europäischen Parlamentspräsidenten am 7. Januar 1975 in Paris vereinbart.*) Die Konferenz besteht aus den Parlamentspräsidenten (gegebenenfalls beider Häuser oder Kammern) der Mitgliedstaaten des Europarates sowie den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union. Sie ist – ähnlich dem Europäischen Rat, der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs – nicht durch vertragliche Abmachungen, sondern ad hoc entstanden und tagt mit bestimmter Regelmäßigkeit an wechselnden Orten jeweils zu Gast bei einem der in ihr vertretenen Parlamente. Aus der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates teil.

Auf den Tagungen werden regelmäßig Fragen aus dem Bereich der Organisation der Parlamentsarbeit, der parlamentarischen Verfahren sowie der interparlamentarischen Beziehungen behandelt.

*) Auf Einladung der Präsidenten des Europäischen Parlaments fanden zuvor schon zwei, auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beschränkte Konferenzen der europäischen Parlamentspräsidenten statt: am 11. 1. 1963 in Rom und am 15. 1. 1973 in Straßburg.
Vgl. auch *Klaus Pöhle*, Neuere Entwicklungen bei der Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 17. 1986. H. 1. S. 82–93.

Dabei werden Anregungen für die Gestaltung der engeren Zusammenarbeit der Parlamente und ihrer Hilfsdienste gegeben. Auf Initiative der Konferenz ist ein „Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation“ unter der gemeinsamen Verantwortung des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats errichtet worden. Es soll den Informationsaustausch zwischen den Parlamenten fördern und eine enge Zusammenarbeit auf der Ebene der Dokumentation, der Parlamentsbibliotheken und der anderen wissenschaftlichen Dienste einschließlich des Zugangs zu den Datenbanken gewährleisten.

Im Juli 1981 fand erstmals eine Konferenz der Parlamentspräsidenten in Luxemburg statt, deren Teilnehmerkreis sich auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beschränkte. Seitdem wird inoffiziell zwischen „kleiner“ und „großer“ Konferenz unterschieden, wobei die „große Konferenz“ die eingangs aufgeführten Teilnehmer umfaßt. Ein noch größerer Teilnehmerkreis – nämlich die Präsidenten der Parlamente Europas, der USA und Kanadas – war erstmals zu der sogenannten „Warschauer Konferenz“ vom 26. bis 28. November 1988 geladen.

Im folgenden sind die zwischen 1975 und 1997 durchgeführten Konferenzen und die dabei behandelten Themen aufgeführt.

Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
7. Januar 1975 in Paris	– Vereinbarung eines regelmäßigen Treffens der europäischen Parlamentspräsidenten
26./27. September 1975 in Rom	<ul style="list-style-type: none"> – Der Beitrag der nationalen Parlamentarischen Versammlungen zur Bildung eines europäischen Bewußtseins und zum Aufbau der Gemeinschaft – Die Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten – Die Beziehung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zu den nationalen Parlamenten und den Völkern der Mitgliedstaaten
9./10. Juli 1976 in Bonn	<ul style="list-style-type: none"> – Das Projekt einer Europäischen Union, soweit es das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente berührt – Die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Lichte der Entwicklung der Gemeinschaft seit der letzten Konferenz – Aktuelle Probleme der parlamentarischen Demokratie in Europa, insbesondere Parlament und Öffentlichkeit
10./11. Juni 1977 in Wien	<ul style="list-style-type: none"> – Die europäische Menschenrechtskonvention als europäisches Recht – Das Projekt einer Europäischen Union – Bilanz der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten
23./24. Juni 1978 in Den Haag	<ul style="list-style-type: none"> – Folgen der Direktwahl zum Europäischen Parlament für die nationalen Parlamente der EG-Länder – Beziehungen zwischen Legislative und Judikative – Maßnahmen der Mitgliedstaaten des Europarats zur Durchführung der Initiativen der Parlamentarischen Versammlung, insbesondere auf dem Gebiet der Grundrechte – Das Europäische parlamentarische Forschungs- und Dokumentationszentrum

Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
30./31. Mai 1980 in Madrid	<ul style="list-style-type: none"> – Konsultationen über die Entwicklung der Demokratie in den europäischen Ländern, insbesondere in den Ländern Süd-Europas – Die Gegenwart der Journalisten von Rundfunk und Fernsehen bei den parlamentarischen Debatten – Die Tätigkeit des europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation – Lehren aus der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments
3./4. Juli 1981 in Luxemburg	<ul style="list-style-type: none"> – Meinungs- und Erfahrungsaustausch über den Stand der institutionellen Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament
4./5. Juni 1982 in London	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beziehungen zwischen Parlamenten: bilaterale Beziehungen zwischen nationalen Parlamenten und die Beziehungen zwischen nationalen und regionalen Parlamenten – Die Rolle der zweiten Kammer in einer modernen parlamentarischen Demokratie – Die Privilegien und Immunitäten von Parlamenten – Parlament und Verwaltung: die Rolle des Ombudsmanns – Tätigkeitsbericht und Arbeitsprogramm des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation
25./26. November 1983 in Rom („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten sowie zwischen den nationalen Parlamenten seit der Konferenz von Luxemburg; mögliche Entwicklungen – Meinungsaustausch über die derzeitige Lage in der Europäischen Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1984 – Die Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments in der Diskussion über die Arbeitsweise und die Strukturen der Gemeinschaft – Meinungsaustausch über die Einführung und Anwendung elektronischer Datenverarbeitungssysteme, u. a. in bezug auf das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation
15./16. Juni 1984 in Kopenhagen	<ul style="list-style-type: none"> – Das Parlament und die Kontrolle der öffentlichen Finanzen – Parlament und Außenpolitik – Parlamentarische Demokratie – Das Parlament und die außerparlamentarischen Bewegungen – Tätigkeitsbericht und Aktionsprogramm des Europäischen Zentrums für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation
7./8. Juni 1985 in Paris („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Lehren aus der zweiten Direktwahl des europäischen Parlaments – Die Lage der Gemeinschaft und ihre Perspektiven, einschließlich der geplanten Gründung einer Europäischen Union – Stand der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament und die Verstärkung der Beziehungen – Die Behandlung von Gemeinschaftsfragen in den Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft – Der gegenseitige Zugang der Parlamente zu den EDV-gestützten Parlamentsdokumentationssystemen

Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
6./7. Juni 1986 in Lissabon	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bürger und das Parlament – Zusammenarbeit der Parlamente – Unterstützung der Parlamente der jungen Demokratien – Tätigkeit und Aktionsprogramm des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation
12./13. Juni 1987 in Luxemburg („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Einheitliche Europäische Akte und ihre Anwendung in der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten – Die Richtlinien in den EG-Mitgliedstaaten – Die Zusammenarbeit von Parlamentsausschüssen nationaler Parlamente mit solchen des Europäischen Parlaments – Einheitliches Wahlsystem für die Wahlen zum Europäischen Parlament
24./25. Juni 1988 in Bern („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Die europäische Herausforderung und die Parlamente – Die Beziehungen der Parlamente, einschließlich der Beziehungen des Europäischen Parlaments, zu den internationalen Organisationen – Ergebnisse der 2. Straßburger Konferenz über Parlamentarische Demokratie (28.–30. September 1987) – Tätigkeitsbericht und Aktionsprogramm des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation
26.–28. November 1988 in Warschau (Konferenz der Präsidenten der Parlamente Europas, der USA und Kanadas – „Warschauer Konferenz“)	<ul style="list-style-type: none"> – Parlamente und Demokratie – Die Aufgaben der Parlamente in der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa unter besonderer Betonung der Entwicklung parlamentarischer Ost-West-Kontakte
19./20. Mai 1989 in Madrid („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Die europäischen Parlamente im Hinblick auf das Europa des Jahres 1993. Die Behandlung von Gemeinschaftsangelegenheiten und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten – Gemeinschaftsrecht und seine Anwendung in dezentralisierten Staaten – Parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Europäische Politische Zusammenarbeit – Bewertung der Konferenz der Präsidenten der Parlamente Europas, der USA und Kanadas in Warschau
8./9. Juni 1990 in Brüssel	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beziehungen zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und den nationalen Parlamenten sowie die künftige Rolle des Europarates – Fortsetzung der „Warschauer Konferenz“ vom November 1988 – Debatte der Generalsekretäre über das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (Centre européen de Recherche et de Documentation parlementaire – CERDP) – Die Bedeutung der Regionen für Europa – Die Europäischen Untersuchungsausschüsse und ihre Beziehungen zur richterlichen Gewalt – Genehmigung des Tätigkeitsberichts des CERDP

Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
9.–12. Mai 1991 in Berlin („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Parlamente im Lichte der neuen Perspektiven für die Europäische Gemeinschaft, insbesondere der Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Politische Union, unter Einbeziehung der Aktivitäten der Konferenz der Sonderorgane für europäische Angelegenheiten – Die Parlamente und Umweltfragen – Verantwortung und Rolle der Parlamente der Gemeinschaft im Entwicklungsprozeß neuer politischer Strukturen in Europa unter Einbeziehung der Regionen und insbesondere im Hinblick auf die Ergebnisse der Parlamentarierkonferenz der KSZE-Mitgliedsländer
26. September 1991 in Athen (außerordentliche Sitzung der EG-Parlamentspräsidenten)	<ul style="list-style-type: none"> – Möglichkeiten der Überprüfung der bisherigen Ergebnisse bei den EG-Regierungskonferenzen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion auf Vereinbarkeit mit der Schlußerklärung der Konferenz der Parlamente der EG-Mitgliedstaaten und des EP vom 27.–30. November 1990 in Rom – Vorbereitung der ersten Sitzung des Delegationsleitersausschusses der KSZE-Parlamentarierversammlung
6. Dezember 1991 in Brüssel („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Aktualisierte Fassung des Vergleichs der Schlußerklärung der Konferenz der Parlamente der Europäischen Gemeinschaft (Rom, 30. November 1990) mit den Vertragsentwürfen über die Europäische Union, vorgelegt von der luxemburgischen und (soweit es Unterschiede zwischen den Texten gibt) der niederländischen Präsidentschaft – Koordinierung der Debatte(n) in den Parlamenten über die Änderung(en) der EG-Verträge (die Ergebnisse des Europäischen Rats von Maastricht)
20.–22. Februar 1992 in Straßburg	<ul style="list-style-type: none"> – Parlamentarische Demokratie als Voraussetzung für Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Nationen – Arbeit des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation
3. April 1992 in Lissabon („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Analyse Maastricht
28./29. März 1993 in Dublin	<ul style="list-style-type: none"> – Kontrolle der Gemeinschaftsgewalt in den Parlamenten der Mitgliedstaaten der EG und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament in europäischen Angelegenheiten – Künftige Konferenzen der Parlamente (Assisen) – Grundsatzdiskussion über Verfahren und Kompetenzen der Parlamentspräsidentenkonferenzen
10./11. April 1994 in Athen („kleine“ Konferenz)	<ul style="list-style-type: none"> – Zusammenarbeit der Parlamente der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine Stärkung ihrer Rolle in der Europäischen Union – Die Rolle des Ombudsmanns (Bürgerbeauftragten) in der Europäischen Union – Die Einrichtung eines sog. Expertenausschusses
24./25. Juni 1994 in Den Haag	<ul style="list-style-type: none"> – Die Medien als Faktor in der Politik – Das Parlament als Spiegelbild der Bevölkerung – Instrumente zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation

Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
12. September 1994 in Bonn („kleine“ Konferenz)	– Mitwirkung der nationalen Parlamente an der institutionellen Reform der EU
19. April 1995 in Paris („kleine“ Konferenz)	– Definition der Positionen hinsichtlich der Vertretung der nationalen Parlamente in der Expertengruppe
11.–13. Mai 1995 in London	– Entwicklungen parlamentarischer Kontrolle nach dem Maastrichter Vertrag – Vorbereitungen für die Regierungskonferenz 1996
6.–8. Juni 1996 in Budapest	– Die Rolle der Parlamente in der Bestärkung der Marktwirtschaft und bei der Abstimmung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Westeuropa
5.–7. Juni 1997 in Helsinki	– Die Rolle der Parlamente und die Zukunft der Europäischen Union

24.6 Nordatlantische Versammlung

Die Nordatlantische Versammlung (North Atlantic Assembly) wurde 1954 als NATO-Parlamentarierkonferenz gegründet und 1966 umbenannt. *) Wie die Westeuropäische Union ist auch die Nordatlantische Versammlung ein Gremium, das sich mit Sicherheits- und Verteidigungsfragen befaßt, aber nicht nur auf Westeuropa bezogen, sondern unter Einbeziehung von Nordamerika und Kanada.

Die Nordatlantische Versammlung, in der Parlamentarier aus allen Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz vertreten sind, sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in allen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen zu fördern, die Vorstellungen der Nordatlantischen Allianz bei der Formulierung nationaler Politiken einzubringen, die Entwicklung der atlantischen Solidarität in den Ländern der Allianz zu fördern und als Bindeglied zwischen den nationalen Parlamenten und den NATO-Stellen zu dienen. Obwohl die Nordatlantische Versammlung im Nordatlantikvertrag nicht verankert und auch kein Organ der NATO ist, hat die NATO nach anfänglichem Zögern die wichtige Rolle dieser Versammlung bei der Verwirklichung der Zielsetzung der Nordatlantischen Allianz anerkannt.

Die Nordatlantische Versammlung hat sehr frühzeitig Kontakte zu den Parlamentariern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern geknüpft, indem sie seit 1987 zu Seminaren und Sonderveranstaltungen einlud. Seit November 1990 gibt es den Status der Assoziierten Mitglieder, den derzeit Delegationen aus 15 mittel- und osteuropäischen Staaten innehaben. **) Die positiven Erfahrungen der

*) Nicht zu verwechseln mit dieser Versammlung ist die quasi private Atlantic Treaty Association (ATA), zu der auch die Deutsche Atlantische Gesellschaft gehört.

**) Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Republik Moldau, Polen, Rumänien, Rußland, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine [die Mitgliedschaft Weißrußlands ist z. Zt. suspendiert].

Versammlung mit dieser Einbeziehung haben die Arbeit der NATO wesentlich beeinflusst. Auf dem Washingtoner NATO-Gipfel im Frühjahr 1999 steht die Aufnahme dreier der Nordatlantischen Versammlung assoziierten Staaten als Vollmitglieder in die NATO bevor.

Die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung besteht aus 18 ordentlichen Mitgliedern (12 Abgeordneten des Deutschen Bundestages und 6 Vertretern des Bundesrates).

Die Nordatlantische Versammlung tritt regelmäßig zu einer viertägigen Frühjahrstagung und zu einer sechstägigen Herbsttagung in einem der Mitgliedstaaten der NATO zusammen. Während dieser Sitzungen tagen die fünf Ausschüsse der Versammlung sowie der Ständige Ausschuß.

Von großer Bedeutung sind die Auswirkungen der Entschließungen der Nordatlantischen Versammlung auf die Arbeit des Nordatlantikrates. Obwohl auch in diesem Fall rechtlich nicht bindend, entfalten diese Entschließungen eine erhebliche politische Wirkung.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

Im folgenden sind die bisher von Mitgliedern des Bundestages in der Nordatlantischen Versammlung wahrgenommenen Ämter und Funktionen aufgeführt:*)

Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten
<i>Georg Kliesing</i> (1963–1964) <i>Peter Corterier</i> (1982–1983) <i>Karsten D. Voigt</i> (1995–1996)	<i>Fritz Berendsen</i> (1956–1958) <i>Georg Kliesing</i> (1959–1962, 1964–1966) <i>Erik Blumenfeld</i> (1979) <i>Peter Corterier</i> (1980–1981) <i>Erwin Horn</i> (1982) <i>Manfred Abelein</i> (1985–1987) <i>Karsten D. Voigt</i> (1992–1995)
Ausschuß	Deutsche Ausschußvorsitzende
Politischer Ausschuß Wirtschaftsausschuß Ausschuß für Zivile Angelegenheiten (früher: Kulturausschuß) Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit (früher: Militärausschuß) Ausschuß für Wissenschaft und Technik	<i>Erik Blumenfeld</i> (1972–1975) <i>Fritz Burgbacher</i> (1968–1969) <i>Erwin Lange</i> (1977–1982) <i>Heide Simonis</i> (1987–1989) <i>Heinz Pöhler</i> (1971–1972) <i>Brigitte Schulte</i> (1993–1996) <i>Erwin Horn</i> (1982–1985) <i>Karsten D. Voigt</i> (1989–1993) <i>Lothar Ibrügger</i> (1989–1993)

*) Quellen:

Horst Ferdinand, Der Deutsche Bundestag und die interparlamentarischen Versammlungen, o. O. o. J. [Bonn 1989], S. 107–108;

Unterlagen des Referats Interparlamentarische Angelegenheiten des Deutschen Bundestages

24.7 Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE*)

In ihrer Erklärung über das Pariser KSZE-Treffen vom November 1990, besser bekannt als Charta von Paris für ein Neues Europa, haben sich die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der KSZE in Anerkennung der wichtigen Rolle, die Parlamentarier im KSZE-Prozeß spielen können, für eine stärkere Einbeziehung der Parlamentsarbeit in die KSZE ausgesprochen, insbesondere durch die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung der KSZE unter Beteiligung von Parlamentsmitgliedern aus allen Teilnehmerstaaten. Die Staats- und Regierungschefs haben es ausdrücklich befürwortet, daß Kontakte auf Parlamentebene fortgesetzt werden, um Tätigkeitsbereich, Arbeitsmethoden und Verfahrensregeln einer derartigen parlamentarischen Struktur der KSZE unter Nutzung vorhandener Erfahrungen und bereits geleisteter Arbeiten in diesem Bereich zu erörtern.

Auf ihrer Konferenz in Madrid am 2. und 3. April 1991 haben die 34 Delegationen der Parlamente der KSZE beschlossen, die KSZE mit einer Parlamentarischen Versammlung auszustatten. Diese Versammlung besteht aus 317 Parlamentariern aus den Teilnehmerstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland kann 13 Teilnehmer entsenden. Delegationsleiter ist der Bundestagspräsident. Auf der Madrider Konferenz wurde außerdem beschlossen, daß die Parlamentarische Versammlung ihre Gründungstagung in der ersten Juliwoche 1992 in Budapest abhält. Im Sinne einer weiteren institutionellen Stärkung wurde die KSZE mit Wirkung zum 1. Januar 1995 in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umbenannt.

Die jährlichen Plenartagungen der Parlamentarischen Versammlung haben den Zweck, die Verwirklichung der Ziele der OSZE zu bewerten, die Themen zu erörtern, die auf den Tagungen des Rates der Außenminister und auf den alle zwei Jahre stattfindenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs behandelt werden, und Maßnahmen einzuleiten und zu fördern, die der Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa dienen. Auf seinem ersten Treffen am 19. und 20. Juni 1991 im Reichstagsgebäude in Berlin hat der Rat der Außenminister der Teilnehmerstaaten der KSZE die Schlußresolution von Madrid als einen wichtigen Schritt in die Richtung auf die Entwicklung der Charta von Paris für ein Neues Europa im Hinblick auf eine stärkere Einbeziehung der Parlamentsarbeit in der OSZE bewertet.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland**)

Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten
–	<i>Willy Wimmer</i> (seit 1994)
Ausschuß	Deutsche Ausschußvorsitzende
Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt	<i>Rita Süßmuth</i> (1993–1995)
Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen	<i>Freimut Duve</i> (1995–1998) <i>Gert Weisskirchen</i> (seit 1998)

*) KSZE = Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

OSZE = Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

***) Quelle: Unterlagen des Referats Interparlamentarische Angelegenheiten der Bundestagsverwaltung

24.8 Interparlamentarische Union (IPU)

Die Interparlamentarische Union, 1889 in Paris gegründet, ist die einzige weltweite Vereinigung von Parlamentariern. Die Gründer, der englische Arbeiterführer *Sir William Randal Cremer* (1828–1908) und der französische Pazifist *Frédéric Passy* (1822–1912) wollten Abgeordnete zusammenbringen, „damit erstens unter ihnen das Verständnis für die internationale Solidarität wuchs, und damit zweitens auf dem Weg über die Einflußnahme auf die Regierungen eine friedliche Regelung von Konflikten erreicht werden konnte. Diesem Programm ist die Interparlamentarische Union durch die Jahrzehnte hindurch treu geblieben.“*)

Delegationen aus inzwischen 137 Staaten (Stand: 1997) vertreten ihre Parlamente. Unterschiedliche Herrschaftsformen und unvereinbare Ideologien sind kein Hindernis für die Diskussion von Sachthemen, die zum Arbeitsgebiet aller Parlamente gehören. Es ist gerade das Ziel der IPU, über die politischen Gegensätze hinweg persönliche Kontakte mit Parlamentariern anderer Länder zu pflegen, um den internationalen Frieden zu fördern und die internationale Zusammenarbeit zu verbessern, vor allem durch Unterstützung der Ziele der Vereinten Nationen.

Vertreter des Deutschen Reichstages nahmen erstmals 1890 in London an einer der meist jährlich stattfindenden Interparlamentarischen Konferenzen teil. Zweimal – 1908 und 1928 – war die Reichshauptstadt Berlin Tagungsort einer IPU-Jahreskonferenz. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit dem Jahre 1951 Mitglied der IPU und war 1978 Gastgeber der 65. Interparlamentarischen Konferenz in Bonn. Zuletzt trafen sich in Bonn im Rahmen der Mitgliedschaft in der IPU 30 Delegationen vom 26. bis 31. Mai 1986 zur VI. Interparlamentarischen KSZE-Konferenz. Von den damals 105 Mitgliedsländern waren nur Parlamentarier der (insgesamt 35) Staaten vertreten, die Mitunterzeichner der KSZE-Schlußakte 1975 von Helsinki sind.

Das eigentliche Leitungsgremium der Organisation und somit wichtigstes Organ der IPU ist der Interparlamentarische Rat. Er setzt sich aus zwei Mitgliedern jeder Gruppe zusammen und lenkt die Tätigkeit der Union „in Übereinstimmung mit den in der Satzung festgelegten Zielen“. Der Interparlamentarische Rat entscheidet u. a. über Neuzulassungen, befindet über Dringlichkeitsanträge und wählt den Generalsekretär der Union. Zum Präsidenten des Interparlamentarischen Rates der IPU wurde am 7. September 1985 *Hans Stercken* für drei Jahre gewählt.**)

Dem Generalsekretariat der Interparlamentarischen Union, seit 1920 mit Sitz in Genf, wird jährlich über die Arbeit der Parlamentariergruppen Bericht erstattet. Unter dem Dach der IPU haben sich beim Deutschen Bundestag wie bei anderen nationalen Parlamenten bilaterale Parlamentariergruppen gebildet (vgl. Abschnitt 24.9).

*) *Horst Ferdinand*, Die Interparlamentarische Union. In: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, Jg. 17, 1978, H. 9, S. 225 f.

***) Vgl. Ein Deutscher als Ratspräsident der Interparlamentarischen Union. Eine Dokumentation der Amtszeit von Dr. *Hans Stercken* als Präsident des Interparlamentarischen Rates der Interparlamentarischen Union (1985–1988). Bonn 1989.

Hinweise

Auf Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland, die in europäischen parlamentarischen Gremien wichtige Ämter oder Funktionen innehatten oder -haben (Mitglied des Präsidiums, Fraktions- oder Ausschußvorsitz), wird im Personenregister in Kapitel 31 mit der Abkürzung „Eur“ hingewiesen.

Vgl. auch innerhalb des Kapitels „Wahlen im Deutschen Bundestag“ den Abschnitt 10.4 „Internationale interparlamentarische Versammlungen“.

Als beratendes Gremium der Interparlamentarischen Union besteht außerdem die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente. Sie setzt sich zum Ziel, „persönliche Kontakte zwischen den Mitgliedern zu fördern, sich mit Parlamentsrecht, -praxis und -verfahren zu befassen und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmethoden verschiedener Parlamente und zur Sicherstellung der Zusammenarbeit zwischen den Diensten verschiedener Parlamente vorzuschlagen“.*)

24.9 Parlamentariergruppen

Bilaterale und multilaterale Parlamentariergruppen bestehen in Parlamenten von Mitgliedstaaten der Interparlamentarischen Union (IPU) (vgl. Abschnitt 24.8). Entsprechend werden auch im Deutschen Bundestag seit 1959 in jeder Wahlperiode deutsch-ausländische Parlamentariergruppen eingesetzt. Sie haben den Zweck, durch Parlamentarierkonferenzen, Informationsreisen und Veranstaltungen sowie durch persönliche Kontakte mit Parlamentariern anderer Länder die deutsch-ausländischen Beziehungen auf parlamentarischer Ebene zu fördern.

Zahl der Parlamentariergruppen

Die zahlenmäßige Entwicklung der deutsch-ausländischen Parlamentariergruppen beim Deutschen Bundestag geht aus der folgenden Statistik hervor. Dabei zeigt sich, daß der größte Zuwachs an neuen Parlamentariergruppen in der 6. und in der 11. Wahlperiode zu verzeichnen ist.

	1.–2. WP 1949–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der eingesetzten Parlamentariergruppen	0	5	10	12	24	23
davon während der Wahlperiode erstmalig eingesetzt	0	5	5	2	12	1

	8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–1)
Zahl der eingesetzten Parlamentariergruppen	26	26	28	39	45	45
davon während der Wahlperiode erstmalig eingesetzt	4	3	1	10	5 ²⁾	3 ³⁾

1) Stand: 31. August 1997

2) davon zwei Parlamentariergruppen durch Teilung entstanden

3) Eine Zahlenangabe für die 13. Wahlperiode ist nicht sinnvoll, weil es sich bei allen (scheinbar) erstmalig eingesetzten Parlamentariergruppen entweder um die Aufteilung früherer Gruppen (z. B. Deutsch-GUS Parlamentariergruppe) oder um die Zusammenfassung schon lange bestehender Gruppen (z. B. Deutsch-ozeanische Parlamentariergruppe als Nachfolgerin der Deutsch-australischen und der Deutsch-neuseeländischen Parlamentariergruppe) handelt.

*) Auszug aus der Satzung. Beim Bundestag entspricht der Generalsekretär dem Bundestagsdirektor.

Liste der Parlamentariergruppen

Die bisher (Stand: 31. August 1997) beim Deutschen Bundestag konstituierten Parlamentariergruppen mit dem Datum ihrer erstmaligen Konstituierung sind auf den beiden folgenden Seiten aufgeführt.*)

Parlamentariergruppe	Datum der erstmaligen Konstituierung/ sonstige Anmerkungen
Deutsch-ägyptische Parlamentariergruppe	16. November 1978
Deutsch-afrikanische Parlamentariergruppe ¹⁾	26. Januar 1960 (als parlamentarische Arbeitsgruppe Europa-Afrika); in der 12. Wahlperiode Aufteilung in die folgenden zwei Parlamentariergruppen; in der 13. Wahlperiode am 4. April 1995 wieder konstituiert
Deutsch-afrikanische (westlich und südlich) Parlamentariergruppe	25. April 1991; in der 13. Wahlperiode Konstituierung einer Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Staaten des südlichen Afrikas, im übrigen siehe Deutsch-afrikanische Parlamentariergruppe
Deutsch-afrikanische (zentral- und östlich) Parlamentariergruppe	25. April 1991; ab 13. Wahlperiode siehe unter Deutsch-afrikanische Parlamentariergruppe
Deutsch-algerische Parlamentariergruppe	25. Juni 1987; in der 13. Wahlperiode siehe unter Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Maghreb-Staaten
Deutsch-amerikanische Parlamentariergruppe	30. September 1981
Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den arabisch sprechenden Ländern (des Nahen Ostens) ²⁾	4. April 1995
Deutsch-argentinische Parlamentariergruppe	26. Juni 1987; in der 13. Wahlperiode siehe unter Deutsch-lateinamerikanische Parlamentariergruppe
Deutsch-ASEAN Parlamentariergruppe ³⁾	7. Oktober 1981
Deutsch-australische Parlamentariergruppe	28. Juni 1984; in der 13. Wahlperiode siehe unter Deutsch-ozeanische Parlamentariergruppe
Deutsch-baltische Parlamentariergruppe ⁴⁾	11. Februar 1992
Deutsch-belarussische Parlamentariergruppe	4. April 1995
Deutsch-belgisch-luxemburgische Parlamentariergruppe	19. Januar 1959
Deutsch-brasilianische Parlamentariergruppe	8. Oktober 1981
Deutsch-britische Parlamentariergruppe	19. Januar 1959
Deutsch-bulgarische Parlamentariergruppe	15. Dezember 1977

^{1), 2)} usw.: Fußnoten siehe Seite 3611

*) Quelle: Unterlagen des Referats Internationale Beziehungen.

Parlamentariergruppe	Datum der erstmaligen Konstituierung/ sonstige Anmerkungen
Deutsch-chilenische Parlamentariergruppe	21. März 1991; in der 13. Wahlperiode siehe unter Deutsch-lateinamerikanische Parlamentariergruppe
Deutsch-chinesische Parlamentariergruppe	25. Juni 1987
Deutsch-finnische Parlamentariergruppe	erste vorläufige Mitgliederliste seit Juli 1964; in der 13. Wahlperiode siehe unter Deutsch-skandinavische Parlamentariergruppe
Deutsch-französische Parlamentariergruppe	19. Januar 1959
Deutsch-griechische Parlamentariergruppe	27. Juni 1963
Deutsch-GUS Parlamentariergruppe ¹⁴⁾	8. Oktober 1992 durch Umbenennung aus der Deutsch-sowjetischen Parlamentariergruppe hervorgegangen; in der 13. Wahlperiode nicht konstituiert, statt dessen Bildung folgender Parlamentariergruppen: Deutsch-russische Parlamentariergruppe, Deutsch-ukrainische Parlamentariergruppe, Deutsch-belarussische Parlamentariergruppe, Deutsch-zentralasiatische Parlamentariergruppe und Deutsch-kaukasische Parlamentariergruppe
Deutsch-indische Parlamentariergruppe	9. November 1971
Deutsch-indonesische Parlamentariergruppe	13. Juni 1972; ab 9. Wahlperiode siehe unter Deutsch-ASEAN Parlamentariergruppe
Deutsch-iranische Parlamentariergruppe	15. Dezember 1971; in der 9., 10. und 11. Wahlperiode nicht konstituiert, am 21. März 1991 wieder konstituiert
Deutsch-irische Parlamentariergruppe	24. Juni 1987
Deutsch-israelische Parlamentariergruppe	1. April 1971
Deutsch-italienische Parlamentariergruppe	28. Juni 1962
Deutsch-japanische Parlamentariergruppe	Gründung durch Bundestagspräsident und Mitglieder einer Delegationsreise anlässlich eines Besuchs in Japan im Jahre 1962; offizielle Konstituierung am 11. Januar 1966
Deutsch-jugoslawische Parlamentariergruppe	22. Juni 1971 (als Kontaktgruppe des Deutschen Bundestages zum jugoslawischen Parlament); im September 1993 umbenannt in Deutsch-südosteuropäische Parlamentariergruppe
Deutsch-kanadische Parlamentariergruppe	9. Dezember 1970 (als Kontaktgruppe des Deutschen Bundestages zum kanadischen Parlament); in der 8. Wahlperiode nicht konstituiert; in der 9. Wahlperiode Konstituierung als Parlamentariergruppe
Deutsch-kaukasische Parlamentariergruppe ⁵⁾	4. April 1995

^{5), 14)}: Fußnoten auf Seite 3611

Parlamentariergruppe	Datum der erstmaligen Konstituierung/ sonstige Anmerkungen
Deutsch-koreanische Parlamentariergruppe	1. April 1965; in der 9. Wahlperiode nicht konstituiert; am 28. Juni 1984 wieder konstituiert
Deutsch-lateinamerikanische Parlamentariergruppe ⁶⁾	18. März 1970
Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Maghreb-Staaten ⁷⁾	4. April 1995
Deutsch-marokkanische Parlamentariergruppe	26. Juni 1987; in der 13. Wahlperiode siehe unter Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Maghreb-Staaten
Deutsch-mexikanische Parlamentariergruppe	26. Juni 1987
Deutsch-mittelamerikanische Parlamentariergruppe ⁸⁾	21. März 1991
Deutsch-neuseeländische Parlamentariergruppe	9. September 1987; in der 13. Wahlperiode siehe unter Deutsch-ozeanische Parlamentariergruppe
Deutsch-niederländische Parlamentariergruppe	4. November 1970 (als Kontaktgruppe des Deutschen Bundestages zum niederländischen Parlament)
Deutsch-österreichische Parlamentariergruppe	8. November 1973
Deutsch-ozeanische Parlamentariergruppe ⁹⁾	4. April 1995
Deutsch-pakistanische Parlamentariergruppe	4. Dezember 1968; ab 7. bis 11. Wahlperiode nicht konstituiert; am 21. März 1991 wieder konstituiert; in der 13. Wahlperiode siehe unter Deutsch-südasiatische Parlamentariergruppe
Deutsch-polnische Parlamentariergruppe	24. Juni 1987
Deutsch-portugiesische Parlamentariergruppe	25. Januar 1978
Deutsch-rumänische Parlamentariergruppe	15. Juni 1971
Deutsch-russische Parlamentariergruppe	4. April 1995
Deutsch-skandinavische Parlamentariergruppe ¹⁰⁾	15. Dezember 1971 (als Kontaktgruppe)
Deutsch-slowakische Parlamentariergruppe	4. April 1995; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-tschechoslowakischen Parlamentariergruppe in Deutsch-slowakische und Deutsch-tschechische Parlamentariergruppe
Deutsch-sowjetische Parlamentariergruppe	3. Februar 1971 (als Kontaktgruppe); am 8. Oktober 1992 umbenannt in Deutsch-GUS Parlamentariergruppe
Deutsch-spanische Parlamentariergruppe	12. Mai 1978
Deutsch-südasiatische Parlamentariergruppe ¹¹⁾	4. April 1995

^{6), 7)} usw.: Fußnoten auf der rechten Seite

Parlamentariergruppe	Datum der erstmaligen Konstituierung/ sonstige Anmerkungen
Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Staaten des südlichen Afrikas ¹²⁾	4. April 1995
Deutsch-südosteuropäische Parlamentariergruppe	im September 1993 durch Umbenennung aus der Deutsch-jugoslawischen Parlamentariergruppe hervorgegangen; in der 13. Wahlperiode nicht konstituiert; statt dessen am 26. April 1995 Einsetzung von Beauftragten für die Länder Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien und Moldawien; Benennung durch die Fraktionen am 1. Juni 1995
Parlamentarischer Freundeskreis Bonn-Taipei	4. April 1995
Deutsch-tschechische Parlamentariergruppe	4. April 1995; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-tschechoslowakischen Parlamentariergruppe in Deutsch-slowakische und Deutsch-tschechische Parlamentariergruppe
Deutsch-tschechoslowakische Parlamentariergruppe	24. Juni 1987; am 14. Januar 1993 umbenannt in Deutsch-slowakische und Deutsch-tschechische Parlamentariergruppe; in der 13. Wahlperiode Aufteilung in die Deutsch-slowakische Parlamentariergruppe und die Deutsch-tschechische Parlamentariergruppe
Deutsch-türkische Parlamentariergruppe	19. Januar 1959; in der 9. und 10. Wahlperiode nicht konstituiert; ab 11. Wahlperiode wieder eingesetzt

Fußnoten für die Seiten 3608–3612:

Umfaßt beim Stand Beginn der 13. Wahlperiode ...

- 1) ... Äquatorialguinea, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Eritrea, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Komoren, Kongo, Liberia, Madagaskar, Mali, Niger, Nigeria, Ruanda, Sao Tomé und Príncipe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tschad, Togo, Uganda, Zaire, Zentralafrikanische Republik
- 2) ... Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Palästina, Saudi Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate
- 3) ... Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam
- 4) ... Estland, Lettland, Litauen
- 5) ... Armenien, Aserbaidshan, Georgien
- 6) ... Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay, Venezuela
- 7) ... Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien
- 8) ... Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Trinidad und Tobago
- 9) ... Australien, Neuseeland
- 10) ... Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden
- 11) ... Bangladesch, Nepal, Pakistan, Sri Lanka
- 12) ... Angola, Botsuana, Lesotho, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania
- 13) ... Kasachstan, Kirgistan, Mongolei, Turkmenistan, Usbekistan
- 14) Unterteilt nach den Ländern Rußland, Ukraine, Belarus, zentralasiatische Staaten, Moldau und Kaukasus

Parlamentariergruppe	Datum der erstmaligen Konstituierung/ sonstige Anmerkungen
Deutsch-tunesische Parlamentariergruppe	25. Juni 1968; in der 13. Wahlperiode siehe unter Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Maghreb-Staaten
Deutsch-ukrainische Parlamentariergruppe	4. April 1995
Deutsch-ungarische Parlamentariergruppe	9. September 1987
Deutsch-venezolanische Parlamentariergruppe	21. März 1991; in der 13. Wahlperiode siehe unter Deutsch-lateinamerikanische Parlamentariergruppe
Deutsch-zentralasiatische Parlamentariergruppe ¹³⁾	4. April 1995
Deutsch-zypriotische Parlamentariergruppe	3. November 1970; ab 7. Wahlperiode nicht wieder konstituiert

¹³⁾ Fußnote siehe auf Seite 3611

24.10 Koordinierungsgremien beim Bundestag

Anfangs zum Zwecke der besseren Koordinierung der Arbeit der europäischen Institutionen und des Deutschen Bundestages sind immer wieder besondere institutionelle Lösungen diskutiert worden (z. B. unter dem Stichwort „Europa-Ausschuß“ das Modell eines ständigen Ausschusses). 1965 wurde beim Bundestag zunächst der sogenannte „Integrations-Ältestenrat“ eingerichtet, der seine Tätigkeit jedoch schon nach zwei Jahren mit dem Tod seiner Vorsitzenden – der Bundestagsvizepräsidentin *Maria Probst* – beendete.

Besondere Bedeutung erlangte die Frage eines Koordinierungsgremiums freilich erst durch den Wegfall der Doppelmandate nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979. „Damit gelangte eine Entwicklung weitgehend zum Abschluß, die seit längerer Zeit vorauszu-sehen war: die Entflechtung struktureller Verbindungen zwischen beiden Parlamenten, wie sie mehr als zwanzig Jahre lang durch das ausschließliche Doppelmandat gegeben waren. Gemeint ist die gleichzeitige Mitgliedschaft der damaligen deutschen Vertreter in ‚korrespondierenden Fraktionen und Fachausschüssen beider Parlamente.“*)

Der Deutsche Bundestag hatte schon vor der Konstituierung des direkt gewählten Europäischen Parlaments zunächst eine „Kommission des Ältestenrates zur Behandlung von Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag“ eingerichtet. Diese Kommission sah ihre Aufgabe vorrangig darin, die eher formalen und technischen Probleme der Zusammenarbeit zu lösen.

*) *Eberhard Schoof*, Bundestag und Europäisches Parlament. Zur Neugestaltung der Beziehungen seit der Direktwahl. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 2. S. 199–204, hier: S. 199.

Hinweis

Wegen der Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten siehe Abschnitt 24.5.

Erst ab 1983 folgten dann

- in der 10. Wahlperiode (1983–87) die „Europa-Kommission“,
- in der 11. Wahlperiode (1987–90) beim Auswärtigen Ausschuß der „Unterausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaft“,
- in der 12. Wahlperiode (1990–94) der „EG-Ausschuß“ als ein ständiger Ausschuß und
- seit der 13. Wahlperiode (ab 1994) der „Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ (auch „EU-Ausschuß“ oder „Europa-Ausschuß“) als ständiger Ausschuß mit Verfassungsrang.*)

Stellung, Aufgabe und Zusammensetzung der genannten Gremien sind nachfolgend angegeben.

Integrations-Ältestenrat**)

Zwischen 1965 und 1967 bestand auf Anregung von Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* und durch Beschluß der Fraktionen ein sog. „Integrations-Ältestenrat“.

- Aufgaben:**
- Entgegennahme der Informationen, zu deren Weitergabe die Bundesregierung nach Artikel 2 Satz 1 des Ratifizierungsgesetzes vom 25. März 1957 dem Bundestag gegenüber verpflichtet ist. Artikel 2 Satz 1 des Ratifizierungsgesetzes lautet: „Die Bundesregierung hat Bundestag und Bundesrat über die Entwicklung im Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und im Rat der Europäischen Atomgemeinschaft laufend zu unterrichten.“
 - Unterrichtung über den Stand der Arbeiten beim Europäischen Parlament und dem Rat auf Grund entsprechender Kontaktpflege des Sekretariats des Integrations-Ältestenrates mit den Generalsekretariaten.
 - Erörterung von Grundsatzfragen, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Fachausschüsse des Bundestages fallen. (Zu denken ist insbesondere an die Strukturprobleme des Europäischen Parlaments, an Grundsatzfragen institutioneller Art usw.)
 - Behandlung von Routinefragen, insbesondere der Vorlagen der Bundesregierung auf Grund des Artikels 2 Satz 2 des Ratifizierungsgesetzes.
 - Weitergabe von Informationen, die der Integrations-Ältestenrat erhalten hat, an die Fachausschüsse.
 - Unterrichtung der Mitglieder des Europäischen Parlaments über die Beratungsergebnisse des Integrations-Ältestenrats.
- Zusammensetzung:** 16 Mitglieder:
Bundestagspräsident,
je ein Parlamentarischer Geschäftsführer der drei Bundestagsfraktionen, weitere 12 Mitglieder, von denen rund sechs dem Europäischen Parlament angehören sollten.
- Rechtsgrundlage:** Rechtlicher Status des Integrations-Ältestenrates entsprechend den späteren Unterkommissionen des Ältestenrates. Der Integrations-Ältestenrat ist kein Beschlußorgan, er ist dem Ältestenrat zugeordnet und leitet ihm seine Vorschläge zu.

*) Vgl. Artikel 45 GG: „Der Bundestag bestellt einen Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er kann ihn ermächtigen, die Rechte des Bundestages gemäß Artikel 23 gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen.“

**) Quelle: Vermerk des Bundestagsdirektors vom 20. März 1963.

Sitzungsturnus:	Kein Sitzungsturnus vorgesehen; der Integrations-Ältestenrat muß einberufen werden, wenn eine Fraktion es beantragt. Der Integrations-Ältestenrat trat in der 4. Wahlperiode zwischen dem 12. Januar und dem 24. Mai 1965 dreimal und in der 5. Wahlperiode zwischen dem 22. Juni 1966 und dem 14. Februar 1967 ebenfalls dreimal zusammen; außerdem fand eine Besprechung statt.
Konstituierung:	12. Januar 1965
Vorsitzende:	4. Wahlperiode (1961–65): Bundestagspräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> 5. Wahlperiode (1965–69): Vizepräsidentin <i>Maria Probst</i> (bis † 1. 5. 1967)

Europa-Kommission*)

„Zur Vorbereitung europapolitischer Entscheidungen“ setzte der Bundestag in der 10. Wahlperiode aufgrund eines interfraktionellen Antrags (BT-Drucksache 10/161) am 16. Juni 1983 eine „Europa-Kommission“ ein.

Aufgaben:**)	Erarbeitung von Empfehlungen für europapolitische Entscheidungen. In diesem Rahmen hat die Kommission insbesondere <ul style="list-style-type: none"> – Angelegenheiten der Gemeinschaftspolitik von grundsätzlicher Bedeutung, – institutionelle Probleme der Europäischen Gemeinschaften, – Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament zu beraten und dem Deutschen Bundestag zu berichten.
Zusammensetzung:**)	22 gleichberechtigte Mitglieder: elf Mitglieder des Deutschen Bundestages und elf deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments (außerdem für jedes Mitglied ein Stellvertreter)
Rechtsgrundlage:	Anwendung der Bestimmungen für die Enquete-Kommissionen (§ 56 GO BT).
Sitzungsturnus:	Sitzungen der Europa-Kommission müssen mindestens zweimal jährlich stattfinden. *) Tatsächlich führte die Europa-Kommission bei einem Turnus von einer bis zwei Sitzungen pro Monat zwischen 1983 und 1986 35 Sitzungen durch.
Zusammenarbeit mit den BT-Ausschüssen:**)	Den zuständigen ständigen Ausschüssen wurde empfohlen, bei der Beratung von Vorlagen, die europäische Angelegenheiten betreffen, deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments regelmäßig als Sachverständige einzuladen.
Konstituierung:	14. Oktober 1983
Vorstand:	Vorsitzende(r): <i>Carl Otto Lenz</i> (CDU/CSU), MdB; ab 27. 1. 1984: <i>Renate Hellwig</i> (CDU/CSU), MdB stellv. Vorsitzender: <i>Rudi Arndt</i> (SPD), MdEP; ab 21. 9. 1984: <i>Klaus Hänsch</i> (SPD), MdEP

*) Vgl. *Klaus Pöhle*, Die Europa-Kommission des Deutschen Bundestages. Ein politisches und geschäftsmäßiges Novum. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 15. 1984. H. 3. S. 352–359 sowie *Peter Mehl*, Die Europa-Kommission des Deutschen Bundestages. Eine neue Einrichtung interparlamentarischer Zusammenarbeit. Kehl am Rhein, Straßburg 1987.

***) laut BT-Drucksache 10/161

Unterausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaft*)

Der Auswärtige Ausschuß beschloß zu Beginn der 11. Wahlperiode am 20. Mai 1987, einen Unterausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen. Die Europa-Kommission hatte dagegen in einem im November 1986 einstimmig beschlossenen Bericht „zur Institutionalisierung einer Europa-Kommission des Deutschen Bundestages“ (Drs. 10/6464) empfohlen, dieses Gremium in der 11. Wahlperiode erneut einzusetzen. Von der SPD-Fraktion war in einem Antrag vom März 1987 (Drs. 11/56) gefordert worden, daß der Bundestag als 22. Ausschuß einen Europaausschuß einsetzt.

Aufgaben:

- Beratung der dem Auswärtigen Ausschuß überwiesenen EG-Vorlagen und Vorbereitung der Beschlußempfehlungen,
- Prüfung aller EG-Vorhaben von grundsätzlicher politischer Bedeutung,
- Koordinierung der europapolitischen Position des Bundestages bei EG-Vorlagen, die von mehreren Fachausschüssen unterschiedlich bewertet werden.

Zusammensetzung:**) a) 13 Mitglieder des Deutschen Bundestages: neben Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses Mitglieder von Fachausschüssen, zu deren Zuständigkeiten EG-Vorlagen vornehmlich gehören; außerdem für jedes Mitglied ein Stellvertreter
 b) 13 mitwirkungsberechtigte deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments; außerdem für jedes Mitglied ein Stellvertreter

Rechtsgrundlagen: § 55 GO BT („Einsetzung von Unterausschüssen“) sowie Drucksache 11/927

Sitzungsturnus: mindestens einmal monatlich

Konstituierung: 5. Juni 1987

Vorstand: Vorsitzender: *Alwin Brück* (SPD), MdB, ab 29. 11. 1989:
Robert Antretter (SPD), MdB
 stellv. Vorsitzende: *Renate Hellwig* (CDU/CSU), MdB

*) Vgl. *Alwin Brück*, Europäische Integration und Entmachtung des Deutschen Bundestages: Ein Unterausschuß ist nicht genug. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 220–224.

***) Die Teilnahme an den Sitzungen des Unterausschusses ist vorläufig geregelt durch folgenden Beschluß des Deutschen Bundestages vom 5. November 1987 gemäß § 126 GO BT (Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung auf Drucksache 11/927):

„Für die Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages mit dem Europäischen Parlament in dem Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft wird – abweichend von den im übrigen unverändert geltenden Vorschriften der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages – vorläufig bestimmt:

1. Zu den Sitzungen des Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft erhalten 13 deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments Zutritt. Weitere 13 deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments sind als Vertreter zur Teilnahme berechtigt.
2. Die mitwirkungsberechtigten Mitglieder des Europäischen Parlaments werden vom Präsidenten des Deutschen Bundestages auf Vorschlag der Fraktionen, aus deren Parteien deutsche Mitglieder in das Europäische Parlament gewählt worden sind, bis zur Neuwahl des Europäischen Parlaments, nach der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode des Deutschen Bundestages berufen.
3. Die berufenen Mitglieder des Europäischen Parlaments sind befugt,
 - die Beratung von Verhandlungsgegenständen anzuregen sowie
 - während der Beratungen des Unterausschusses Auskünfte zu erteilen und Stellung zu nehmen.“

EG-Ausschuß*)

Am 13. Juni 1991 stimmte der Bundestag „nach monatelangem Tauziehen“ (so dpa) der Einsetzung eines EG-Ausschusses zu, der von der SPD bereits seit längerem gefordert, jedoch in den Reihen der Koalition bis zuletzt auf Bedenken gestoßen war. Mit dem EG-Ausschuß setzte der Bundestag erstmals seit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge im Jahr 1958 einen Europaausschuß als ständigen Ausschuß ein. Die Einrichtung wurde für erforderlich gehalten (so in der Begründung des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP vom 12. Juni 1991 auf Drucksache 12/739) für die Behandlung grundlegender Entscheidungen, vor denen in den kommenden Monaten und Jahren die Europäische Gemeinschaft stand. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die Parlamente in anderen EG-Staaten dem beschleunigten Integrationsprozeß durch die Einrichtung von Europa-Ausschüssen Rechnung getragen hatten.

Aufgaben:**)	Der EG-Ausschuß ist, soweit dies nicht von anderen Fachausschüssen wahrzunehmen ist, zuständig für folgende Aufgaben: <ol style="list-style-type: none"> 1. Änderung der Verträge der Europäischen Gemeinschaften; 2. Institutionelle Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften; 3. Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und Zusammenarbeit der nationalen Parlamente der EG; 4. Beratung von EG-Vorlagen.
Zusammensetzung:**)	a) 33 Mitglieder des Deutschen Bundestages, einschließlich je ein stimmberechtigtes Mitglied der beiden Gruppen der 12. Wahlperiode b) 11 deutsche Mitglieder und Beobachter des Europäischen Parlaments („zur Mitwirkung berechtigt“***)
Rechtsgrundlage:	§ 54 GO BT („Ständige Ausschüsse und Sonderausschüsse“)
Sitzungsturnus:	entsprechend dem allgemeinen Arbeitsrhythmus des Bundestages und den für Ausschusssitzungen vorgesehenen Sitzungstagen
Konstituierung:	4. September 1991
Vorstand:	Vorsitzende: <i>Renate Hellwig</i> (CDU/CSU) stellv. Vorsitzender: <i>Christoph Zöpel</i> (SPD), ab 10. 3. 1993: <i>Dieter Schloten</i> (SPD)

*) Vgl. *Renate Hellwig*, Die Europa-Institutionen des Bundestages und seine großen Europa-Initiativen. In: *Der Deutsche Bundestag und Europa*. Hrsg. von *Renate Hellwig*. München 1993. S. 21–48; *Eberhard Schoof*, EG-Ausschuß. Der Deutsche Bundestag und die Europäische Gemeinschaft. Bonn 1993;

Annette Elisabeth Töller, Europapolitik im Bundestag. Eine empirische Untersuchung zur europapolitischen Willensbildung im EG-Ausschuß des 12. Deutschen Bundestages. Frankfurt am Main (usw.) 1995.

***) Laut BT-Drucksache 12/739

****) „Sie können die Beratung von Verhandlungsgegenständen anregen sowie während der Sitzungen des Ausschusses Auskünfte erteilen und zu den Verhandlungsgegenständen Stellung nehmen.“

Hinweis

Auf Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland, die in europäischen parlamentarischen Gremien wichtige Ämter oder Funktionen innehatten oder -haben (Mitglied des Präsidiums, Fraktions- oder Ausschußvorsitz), wird im Personenregister in Kapitel 31 mit der Abkürzung „Eur“ hingewiesen.

Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union (EU-Ausschuß)

Die rechtlichen Grundlagen für eine verbesserte Mitwirkung des Deutschen Bundestages in der Europapolitik sind bereits in der 12. Wahlperiode, im Rahmen der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages von 1992 gelegt worden. Durch den mit Grundgesetzänderung vom 21. Dezember 1992 aufgenommenen Artikel 23 wird nunmehr vorgeschrieben, daß der Bundestag, wie auch der Bundesrat, bei der Gestaltung europäischer Rechtsakte mitwirken. Die Bundesregierung ist verpflichtet, Bundestag und Bundesrat umfassend und frühestmöglich über alle relevanten Vorgänge zu unterrichten. Darüber hinaus muß der Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme haben, bevor die Bundesregierung in den europäischen Entscheidungsgremien, in denen sie die Bundesrepublik vertritt, einen verbindlichen Standpunkt einnimmt. Gibt der Bundestag eine Stellungnahme ab, so verpflichtet das Grundgesetz die Bundesregierung, diese bei ihren Verhandlungen mit den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu berücksichtigen. Der Bundestag hat damit erstmals formal die Möglichkeit, auf die Gestaltung von europäischen Richtlinien und Verordnungen Einfluß zu nehmen, bevor diese im Ministerrat verabschiedet und damit geltendes Recht werden.

Neben der Verankerung der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union in Artikel 23 wurde in einem neuen Artikel 45 GG ein ständiger Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union mit bestimmten Sonderrechten verfassungsrechtlich verpflichtend eingeführt. Weitere die Artikel 23 und 45 GG konkretisierende Regelungen wurden durch das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 12. März 1993 geschaffen.

Die Einrichtung des EU-Ausschusses erfolgte erst in der 13. Wahlperiode im Rahmen der Neukonstituierung aller Ausschüsse des Deutschen Bundestages am 14. Dezember 1994. Zeitgleich wurde in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ein neuer § 93a eingefügt, der detaillierte Regelungen zur Funktions- und Arbeitsweise des EU-Ausschusses trifft.

Der EU-Ausschuß besitzt somit, wie nur drei andere Ausschüsse des Deutschen Bundestages (Auswärtiger Ausschuß, Verteidigungsausschuß und Petitionsausschuß), Verfassungsrang. Der EU-Ausschuß sichert, wie die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat im Vorfeld des Maastricht-Ratifizierungsverfahrens ausgeführt hat, die Informations- und Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union institutionell ab. Er ist gegenüber den anderen ständigen Ausschüssen des Bundestages rechtlich „privilegiert“. Abweichend von dem Grundsatz, daß Parlamentsausschüsse lediglich die Aufgabe haben, Beschlüsse oder andere Entscheidungen des Plenums vorzubereiten, kann er gemäß § 93a Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundestages, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen, Stellungnahmen unmittelbar gegenüber der Bundesregierung abgeben. Er besitzt also Entscheidungsbefugnisse, die nach der Systematik des Grundgesetzes grundsätzlich nur das Plenum wahrnehmen kann. Sinn der Regelung ist es, den Bundestag durch seinen EU-Ausschuß in die Lage zu versetzen, auf die oft knappen Terminvorgaben und Beratungsfristen in den Gesetzgebungsorganen der Gemeinschaft rasch und flexibel reagieren zu können.

Aufgaben:	siehe Vorspann und Rechtsgrundlagen
Zusammensetzung:	a) 39 Mitglieder des Deutschen Bundestages b) 11 deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments, jedoch ohne Stimmrecht
Rechtsgrundlagen:	(1) Art. 45 GG: „Der Bundestag bestellt einen Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er kann ihn ermächtigen, die Rechte des Bundestages gemäß Artikel 23 gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen.“

- (2) Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 12. März 1993
- (3) § 93a GO BT: Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union

Sitzungsturnus:	entsprechend dem allgemeinen Arbeitsrhythmus des Bundestages und den für Ausschusssitzungen vorgesehenen Sitzungstagen; Sondersitzungen möglich auf der Grundlage des im § 93a Abs. 3 GO BT festgelegten Sondersitzungsrechts des EU-Ausschusses	
Konstituierung:	14. Dezember 1994	
Vorstand:	Vorsitzender:	<i>Norbert Wieczorek (SPD)</i>
	stellv. Vorsitzender:	<i>Michael Stübgen (CDU/CSU)</i>

24.11 Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)*

Zum „Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union, die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte“, der am 17. Juni 1997 vom Europäischen Rat beschlossen und am 3. Oktober 1997 von den Außenministern der EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet worden ist, gehört das „Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union“ (weiterhin: das Protokoll). Damit sind die Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union erstmals seit 1979 wieder auf die Vertragsebene gehoben. Damals war mit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments die förmliche und ausschließliche Entsendung eigener Mitglieder der nationalen Parlamente in das Europaparlament beendet worden. Im europäischen Beziehungsgeflecht hatten sie seither keinen vertraglich gesicherten Stellenwert mehr. Ihre Beteiligung an der EG-Politik war allenfalls noch eine nationale Aufgabe.

In den Erwägungsgründen des Protokolls wird nun zwar einerseits hervorgehoben, daß die Kontrolle der jeweiligen Regierung durch die einzelstaatlichen Parlamente hinsichtlich der Tätigkeiten der Union Sache der besonderen verfassungsrechtlichen Gestaltung und Praxis jedes Mitgliedstaates sei. Andererseits wird aber doch der Wunsch zum Ausdruck gebracht, eine stärkere Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente an den Tätigkeiten der EU zu fördern, wodurch ihnen bessere Möglichkeiten gegeben werden sollen, sich zu Fragen zu äußern, die für sie von besonderem Interesse sein können. Hieraus darf geschlossen werden, daß den nationalen Parlamenten nun grundsätzlich auch nach dem EU-Vertrag ein Äußerungsrecht in Angelegenheiten der Union eingeräumt wird.

Das Protokoll bestimmt die Vorgehensweise in zwei Abschnitten. Sie bezieht sich, erstens, auf die „Unterrichtung der Parlamente der Mitgliedstaaten“ (Ziffern 1. bis 3.). Die Europäische Kommission ist künftig verpflichtet, alle von ihr erarbeiteten Dokumente rechtzeitig vor einer Beschlußfassung im Rat zur Verfügung zu stellen – und das heißt, auch in allen Amtssprachen der EU. Damit sollen gegebenenfalls innerstaatlich bestehende Unterrichtungspflichten der Regierungen gegenüber den eigenen Parlamenten unterstützt werden. Im Falle der Bundesrepublik Deutschland ist diese Unterrichtungspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag im übrigen mit der deutschen Begleitgesetzgebung seit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht festgeschrieben. Die Vorgehensweise bezieht sich, zweitens, auf eine Zusammenarbeit der Parlamente im Rahmen der „Konferenz der Europa-Ausschüsse“ (Ziffern 4. bis 7. des Protokolls). Ziffer 4. stellt überdies klar: Es geht dabei um die „COSAC“, die am 16./17. November 1989 in Paris gegründet worden ist.

*) Entnommen aus: Der Aktuelle Begriff Nr. 17/97 vom 5. November 1997 „Konferenz der Europaausschüsse – COSAC“, bearbeitet von *Eberhard Schoof*.

Die Gründung der COSAC war im Mai 1989 von der „Konferenz der Parlamentspräsidenten der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Präsidenten des Europäischen Parlaments“ in Madrid auf der Grundlage eines Berichts des Präsidenten der Französischen Nationalversammlung *Laurent Fabius* beschlossen worden. Ihr Name ist ein Akronym der französischen Konferenzbezeichnung: „Conférence des Organes spécialisés en Affaires communautaires“. Die zutreffende deutsche Bezeichnung ist „Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments“. Die vom Europäischen Parlament verwendete Bezeichnung „Konferenz der Sonderorgane für EG-Angelegenheiten (der Parlamente der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments)“ ist direkt vom Französischen übernommen und eher aus dem „historischen Kontext“ zu verstehen. 1989 gab es noch nicht in allen nationalen Parlamenten ständige Europaausschüsse. Das hat sich inzwischen ebenso geändert wie die Aktivitäten der COSAC selbst. Sie sind seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht nicht mehr auf EG-Angelegenheiten beschränkt, sondern behandeln auch andere Aufgaben der EU.

Die COSAC hat sich 1991 eine eigene **Geschäftsordnung** gegeben und damit den Ablauf ihrer Arbeiten geregelt. Sie tritt einmal pro Halbjahr für jeweils anderthalb Tage zusammen. Sie wird immer vom nationalen Parlament des Mitgliedstaates ausgerichtet, der die Ratspräsidentschaft innehat. Das ausrichtende Parlament führt auch den **Vorsitz** in der Konferenz. Nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit trägt es ebenfalls die Organisationskosten der Veranstaltung. Die Terminierung der Konferenzen wird nach Möglichkeit in der zweiten Hälfte einer Ratspräsidentschaft angestrebt. Konferenzsprachen sind alle Amtssprachen der Europäischen Union. Konferenzdokumente werden von den Autoren in ihrer eigenen und in englischer oder französischer Sprache über den Vorsitz vorgelegt. Für weitere erforderliche Übersetzungen sorgen die Teilnehmer selbst. Die Aussprachen werden vom Gastgeber protokolliert (Verlaufsprotokoll). Anstelle eines Abschlußkommuniqués, das konsensfähig sein müßte, sind seit längerer Zeit Schlußfolgerungen des Vorsitzes getreten, die u. a. an die Presse gegeben werden.

Nach der Geschäftsordnung der COSAC können an den Tagungen höchstens sechs Parlamentarier aus jedem EU-Mitgliedstaat und sechs Mitglieder des Europäischen Parlaments teilnehmen. Damit sollten von vornherein die Kosten für den Veranstalter, aber auch für die entsendenden Parlamente begrenzt werden. In den Fällen, in denen die nationalen Parlamente aus zwei Kammern bestehen (Belgien, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Spanien, Vereinigtes Königreich), werden die Teilnehmer in aller Regel im Verhältnis von drei zu drei von den Europaausschüssen beider Häuser benannt. Im Falle der Bundesrepublik Deutschland haben sich der Bundestag und der Bundesrat darauf verständigt, daß die deutschen Teilnehmer von den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes im Verhältnis von vier zu zwei benannt werden. Das Europäische Parlament behält sich grundsätzlich vor, seine Teilnehmer aus Ausschüssen zu benennen, die für Sachfragen der jeweiligen Tagesordnung der COSAC zuständig sind. Überwiegend handelt es sich jedoch um Mitglieder des Institutionellen Ausschusses des EP.

Die **Tagesordnung** der COSAC wird von der „Troika“ im Einvernehmen mit dem Europäischen Parlament vorbereitet. Zur Troika gehören die Europaausschüßvorsitzenden der Parlamente der Mitgliedstaaten der laufenden, der vorangegangenen und der nächstfolgenden Ratspräsidentschaft. Die Schwerpunkte ihrer Arbeiten orientieren sich generell an den Schwerpunkten der laufenden Ratspräsidentschaft. Sie greifen aber auch Themen auf, die aus dem eigenen Kreis vorgeschlagen werden. Bei der XI. COSAC, am 24./25. Oktober 1994 in Bonn ging es beispielsweise um die Themen: Innere Sicherheit/Europol, Europäischer Umweltschutz, Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und Ratifizierung der Beitrittsverträge mit Österreich, Finnland und Schweden. Die Bundesregierung hat die Konferenz hochrangig wahrgenommen. Zu den Konferenzteilnehmern sprachen damals Bundeskanzler *Helmut Kohl*, Bundesumweltminister *Klaus Töpfer*, Bundeswirtschaftsminister *Günter Rexrodt* sowie die Staatssekretäre *Hans-Friedrich von Ploetz* (Auswärtiges Amt) und *Kurt Schelter* (BMI).

Bisher war die COSAC ausweislich ihrer Geschäftsordnung eine informelle Gesprächsebene der Parlamente und kein Beschlußorgan. Ihr Wert beruhte auf der Regelmäßigkeit des Gedanken- und Meinungsaustauschs über die Europapolitik, und zwar auf der Ebene von Ausschüssen, die ausschließlich mit Europafragen befaßt sind. Er beruhte aber insbesondere auch darauf, daß die teilnehmenden Parlamentarier aus allen Mitgliedsländern von der Ratspräsidentschaft unmittelbar über ihre Tätigkeit, über aktuelle Entwicklungen, über Vorhaben der EU und nicht zuletzt über die Tagesordnung des bevorstehenden Europäischen Rates unterrichtet wurden.

Nach dem Vertrag von Amsterdam erfährt die COSAC nun eine **Veränderung und Aufwertung**. So soll die COSAC künftig das Recht haben, ihre Ansicht zu bestimmten Themen auf Unionsebene zu äußern. Sie wird jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag für die Organe der Union leisten können, z. B. auf der Grundlage von Entwürfen für europäische Rechtssetzungsakte, die ihr vom Rat übermittelt werden, oder zu Gegenständen, die sie selbst aufgreift, gerade auch hinsichtlich der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips oder der Grundrechte (Ziffer 4. in Verbindung mit Ziffer 6. des Protokolls). Sie kann ebenso (Ziffern 5. und 6.) Vorschläge oder Initiativen im Zusammenhang mit der „Errichtung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ prüfen. Das bezieht sich auf Titel IV des Vertrags von Amsterdam, der wiederum die Änderungen zur sogenannten dritten Säule des Maastricht-Vertrags (Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres) enthält.

Diese Aufwertung der COSAC ist als ein Ergebnis langjähriger französischer Bemühungen um die Institutionalisierung einer kollektiven Mitwirkung der nationalen Parlamente an Rechtssetzungsakten der EU zu betrachten. Sie hatten sich schon im Maastricht-Vertrag in den Erklärungen Nr. 13 und Nr. 14 „Zur Rolle der einzelstaatlichen Parlamente“ sowie „Zur Konferenz der Parlamente“ niedergeschlagen. Im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996 hatten beide Kammern des französischen Parlaments neue Szenarien entwickelt, die in dieselbe Richtung wiesen. Die französische Regierung hatte diese Überlegungen aufgenommen und in die Regierungskonferenz eingebracht. In Amsterdam ist dann die förmliche Einbeziehung der COSAC in den EU-Vertrag beschlossen worden.

Verglichen mit weitergehenden Überlegungen in der französischen Nationalversammlung und im Senat ist dies zwar nur der kleinste gemeinsame Nenner, noch weit entfernt von einer Erneuerung der Europakonferenz der Parlamente, wie sie bisher ein einziges Mal, 1990 in Rom, unter der Bezeichnung „Assises“ stattgefunden hatte. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß sich der Europaausschuß des Deutschen Bundestages Ende 1996 (noch im Vorfeld dieser Entscheidung) in einer Stellungnahme gemäß Art. 45 GG gegenüber der Bundesregierung ausdrücklich auch gegen eine Änderung der bestehenden Form der Zusammenarbeit ausgesprochen hatte, indem er „die Umgestaltung der COSAC zu einem Organ, das die nationalen Parlamente formal vertritt und für bestimmte Bereiche als Beschlußorgan gleichsam auf die Gemeinschaftsebene gehoben wird“, ablehnte.

Das neu geschaffene Anhörungsrecht der COSAC weist gerade hierzu deutliche Ungereimtheiten auf. Ziffer 7. des Protokolls bestimmt, daß die Beiträge der COSAC die einzelstaatlichen Parlamente in keiner Weise binden und deren Standpunkt in keiner Weise präjudizieren. Demnach erhält sie keine Vertretungsfunktion. Dann ist aber nicht zu verstehen, daß sie künftig „jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag für die Organe der Europäischen Union leisten“, d. h. doch, ihre Ansicht zu bestimmten Themen äußern und vor allem unmittelbar an die EU-Organe herantragen kann. Kein einzelnes nationales Parlament hat dieses Recht; günstigstenfalls kann es eine Stellungnahme gegenüber der eigenen Regierung abgeben. Es ist ferner nicht zu verstehen, daß zu den Adressaten der COSAC nicht nur der Rat und die Kommission gehören sollen, sondern auch das Europäische Parlament, das doch selbst in der COSAC vertreten ist. Im letzten Fall wäre die COSAC nach wie vor „Ausschußebene“, in den beiden ersten Fällen jedoch schon mehr.

Aber abgesehen davon braucht die COSAC für dieses Vorgehen ein eigenes **Beschlußverfahren**. An seine Ausgestaltung knüpfen sich eine Reihe von Fragen, die sowohl COSAC-intern, als auch – und

sicher nicht zuletzt – in jedem nationalen Parlament innerparlamentarisch zu beantworten sind. Werden z. B. für die „Beiträge der COSAC“ Konsensentscheidungen erforderlich sein, die ihr Zustandekommen vermutlich sehr erschweren würden, oder sind auch Mehrheitsentscheidungen denkbar? Gibt es bei Mehrheitsentscheidungen eine Gewichtung der Stimmen? Mit welchem parlamentarischen Mandat werden die teilnehmenden Abgeordneten ausgestattet? Wie steht es mit der Repräsentativität? Nach wie vor werden die nationalen Vertreter von der parlamentarischen Arbeitsebene der Europaausschüsse entsandt. Mit Beschlüssen der COSAC, die sich an die EU-Organe richten, würde jedoch die nationale parlamentarische Beschlußebene, das jeweils nationale Plenum, übersprungen. Dazu reicht auch die Befugnis des Europaausschusses des Bundestages nach Art. 45 S.2 GG nicht aus. Sie läßt nur eine Ermächtigung zu einer förmlichen Stellungnahme gegenüber dem „Ratsmitglied“ Bundesregierung, nicht aber gegenüber dem EU-Rat oder gegenüber anderen europäischen oder nationalen Organen zu.

Die Fragen setzen sich fort und sind weder im organisatorischen noch im inhaltlichen Bereich erschöpfend. Reicht z. B. die bisherige Sitzungsfrequenz der COSAC und die Dauer ihrer Sitzungen für die Vorbereitung derartiger Beschlüsse noch aus? Benötigt die COSAC nicht früher oder später zur effizienten Vorbereitung ihrer Arbeiten und Stellungnahmen angesichts der immensen Tätigkeitsfelder der EU ein ständiges internationales Sekretariat – mit einem entsprechenden Übersetzungsdienst? Welche Haushaltsmittel sind dafür erforderlich und wo werden sie bereitgestellt? Können die unter diesen Umständen steigenden Organisationskosten, die vom ausrichtenden Parlament zu tragen sind, noch einem einzelnen nationalen Haushalt angelastet werden? Welchen Nutzen hat ein weiteres Beratungsgremium der EU, dessen Beiträge zur Europapolitik keine formale, aber möglicherweise faktische Bindungswirkung entfalten? Wird den einzelstaatlichen Parlamenten mit einer kollektiven Äußerungsform – Stichworte liefert das Protokoll mit Subsidiarität und Konventionen der ZBJI – überhaupt, wie es in den Erwägungsgründen des Protokolls heißt, eine bessere Möglichkeit gegeben, sich zu Fragen zu äußern, die für sie von besonderem Interesse sind?

Das Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union des Vertrags von Amsterdam bewirkt Handlungsbedarf. Es stellt zwar nur einen marginalen Punkt des Gesamtvorhabens der Ratifizierung des Vertrags dar, die bei den Parlamenten liegt. Er betrifft sie aber ganz unmittelbar.

Im folgenden sind die seit 1989 durchgeführten Konferenzen der Europaausschüsse und die dabei behandelten Themen aufgeführt.*)

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
1	16./17. November 1989 in Paris	<ul style="list-style-type: none"> – Konstituierung – Erfahrungsaustausch über die Kontrolle der europäischen Entscheidungsprozesse – Vorschlag zur Schaffung eines europäischen Senats aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der nationalen Parlamente – Beschleunigung des Integrationsprozesses – Stärkung der Befugnisse des EP
2	10./11. Mai 1990 in Cork	<ul style="list-style-type: none"> – Demokratisches Defizit und Subsidiaritätsprinzip – „Europäische Assisen“ – Thematik künftiger Konferenzen

*) Quelle: Fachbericht XII (Europa); Stand: 31. August 1997

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
3	1./2. Oktober 1990 in Rom	– Vorbereitung der „Interparlamentarischen Konferenz der Europäischen Gemeinschaft (Assisen)“, 2.–5. Oktober 1990 in Rom
4	6./7. Mai 1991 in Luxemburg	– Erklärung des Europäischen Rates von Rom, November 1990, Gemeinsame Außenpolitik – Innenpolitik und Innere Sicherheit – Entwurf einer Geschäftsordnung der COSAC
5	4./5. November 1991 in Den Haag	– Politische Union sowie Wirtschafts- und Währungsunion – Umsetzung von EG-Richtlinien – Annahme der Geschäftsordnung der COSAC
6	4./5. Mai 1992 in Lissabon	– Der Ratifizierungsprozeß des Vertrags von Maastricht – Die neue finanzielle Vorausschau der EG (Delors II) – Die Rolle von EP und nationalen Parlamenten in der EU
7	10./11. November 1992 in London	– Die Sicherung demokratischer Verantwortlichkeit durch die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament in der Gemeinschaft – Die Anwendung des EG-Rechts – Der Prozeß der Ratifikation der Verträge über die EU und den EWR und die zukünftige Entwicklung der Gemeinschaft
8	3./4. Mai 1993 in Kopenhagen	– Politische Initiativen für Wachstum und Beschäftigung in der EG – Verbesserung und Kontrolle der Funktionsweise der 2. und 3. Säule des EU-V
9	22./23. November 1993 in Brüssel	– Beschäftigung in der EG – Einwanderung in die EG – Antrag auf Beobachterstatus der EU-Ausschüsse des polnischen und ungarischen Parlaments
10	9./10. Mai 1994 in Athen	– Änderung der GO (Beobachterstatus für Beitrittsländer) – Demokratisches Defizit und Transparenz im Entscheidungsprozeß der EU – Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – Erweiterung der Europäischen Union
11	24./25. Oktober 1994 in Bonn	– Innere Sicherheit/EUROPOL – Europäischer Umweltschutz – Anwendung des Subsidiaritätsprinzips – Ratifizierung der Beitrittsverträge mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden
12	27./28. Februar 1995 in Paris	– Anwendung der Erklärung des EU-Vertrags über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU – Aktuelle Arbeiten der EU – Der Kampf gegen den Betrug in der Gemeinschaft – Die Rolle der nationalen Parlamente in der EU
13	7./8. November 1995 in Madrid	– Die Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments in der EU – Demokratie, Effizienz und Transparenz

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
14	24./25. Juni 1996 in Rom	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beziehungen der nationalen Parlamente zu den Institutionen der EU – Die Konferenz von Barcelona über die euro-mediterrane Partnerschaft und die Handlungsinstrumente (MEDA)
15	16. Oktober 1996 in Dublin	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beziehungen zwischen der EU und den nationalen Parlamenten bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen – Internationale Kriminalität – Drogen – Europol und die Rolle der nationalen Parlamente – Empfehlungen zur Durchsetzung der Erklärung Nr. 13 EU-V
16	9./10. Juni 1997 in Den Haag	<ul style="list-style-type: none"> – Transparenz und die Rolle der nationalen Parlamente in der EU – Die Wirtschafts- und Währungsunion

24.12 Auslandsdienstreisen der Abgeordneten

Seit 1991 liegen veröffentlichte Zahlen über die Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Bundestages vor. Auf der Grundlage eines (weiterreichenden) Antrages der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen „Transparenz über Reisen des Deutschen Bundestages gegenüber den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen“ (Drucksache 12/612 [neu]) und einer Beschlussempfehlung des Ältestenrates (Drucksache 12/2665) faßte das Plenum in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 folgenden Beschluß:

„Die Präsidentin des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschußdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppen sowie Einzelreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Mittlerweile sind die ersten drei Berichte erschienen. Wie im Beschluß vorgegeben, unterscheiden sie zwischen Reisen von Ausschußdelegationen, Reisen offizieller Delegationen, Reisen von Parlamentariergruppen sowie Einzelreisen. Die Unterschiede werden folgendermaßen beschrieben:

„**Ausschußdelegationen** setzen sich aus Mitgliedern eines der ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages zusammen. Unter diesem Begriff erfaßt sind aber auch Delegationen eines Untersuchungsausschusses, eines Sonderausschusses oder einer Enquete-Kommission.

Offizielle Delegationen stehen unter der Leitung der Präsidentin oder eines anderen Mitgliedes des Präsidiums und dienen der Aufnahme oder Pflege von Kontakten zwischen dem Deutschen Bundestag und einem anderen Parlament.

Hinweis

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland sind vollständig aufgeführt im Kapitel 31 des vorliegenden **Datenhandbuchs** (Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister).

In **Parlamentariergruppen** schließen sich Abgeordnete des Deutschen Bundestages zusammen, die besondere Beziehungen zu Kollegen aus einem bestimmten ausländischen Parlament oder aus Parlamenten einer bestimmten Weltregion pflegen wollen. Neben bilateralen Parlamentariergruppen (zum Beispiel Deutsch-Britische Parlamentariergruppe) gibt es auch multilaterale (zum Beispiel Deutsch-Skandinavische Parlamentariergruppe).“

Im folgenden wird die Statistik der Auslandsdienstreisen für die Jahre 1991 bis 1996 in einer gestrafften Fassung wiedergegeben. *) Erwartungsgemäß fanden im zweiten und dritten Jahr der 12. Wahlperiode mehr Auslandsdienstreisen statt als im ersten und vierten Jahr. Diese Jahre sind regelmäßig durch die Aufnahme der parlamentarischen Arbeit und den Wahlkampf geprägt.

Haushaltsjahr	1991	1992	1993	1994 ⁹⁾	1995	1996
Auslandsdienstreisen von						
– Ausschußdelegationen	86	109	116	65	88	85
– offiziellen Delegationen	7	2	8	3	5	6
– Parlamentariergruppen	12	25	34	29	16	29
– Einzelreisen	135	227	212	107	176	131
Auslandsdienstreisen						
– innerhalb Europas	145 ¹⁾	222 ⁴⁾	210 ⁵⁾	117 ⁷⁾	177 ¹⁰⁾	156 ¹¹⁾
– nach Afrika	20	23	17	23	17	19
– nach Amerika	51 ²⁾	64 ²⁾	60 ²⁾	32 ²⁾	43 ²⁾	36 ²⁾
– nach Asien	21 ³⁾	43 ³⁾	65 ⁶⁾	30 ⁸⁾	47	37
– nach Australien/Ozeanien	1	3	6	1	1	3
– in mehrere Länder verschiedener Kontinente	2	8	12	1	0	0
Auslandsdienstreisen insgesamt	240	363	370	204	285	251
Kosten der Auslandsdienstreisen in Tausend DM	4 118,3	4 990,3	5 384,8	3 002,7	4 215,6	3 932,3

1) davon am häufigsten nach Frankreich (21) und am zweithäufigsten nach Belgien (einschließlich Brüssel/EG) (13)

2) davon am häufigsten in die Vereinigten Staaten (1991: 31, 1992: 33, 1993: 38, 1994: 18, 1995: 26, 1996: 17)

3) davon am häufigsten nach Israel (1991: 7, 1992: 10)

4) davon am häufigsten nach Frankreich (28) und am zweithäufigsten in die Russische Föderation – Rußland (27)

5) davon am häufigsten in die Russische Föderation – Rußland (34) und am zweithäufigsten nach Frankreich (24)

6) davon am häufigsten nach China (19)

7) davon am häufigsten nach Österreich (12) und am zweithäufigsten nach Frankreich (11)

8) davon am häufigsten nach China und Japan (je 7)

9) bis Ende der 12. Wahlperiode am 10. November 1994

10) davon am häufigsten nach Frankreich und in die Russische Föderation – Rußland (je 16)

11) davon am häufigsten nach Belgien (einschließlich Brüssel/EG) (13) und Ungarn (12)

Zur Funktion und Bedeutung der in der Öffentlichkeit zuweilen umstrittenen Auslandsdienstreisen wird im Bericht auf Drucksache 12/8584 von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* ausgeführt:

*) Quellen: Drucksachen 12/4945, 12/8584 und 13/6959.

Die Berichte erfassen nicht die Reisen zu den periodisch stattfindenden parlamentarischen Versammlungen der NATO, der WEU, der KSZE und der IPU sowie des Europarates.

„Der Deutsche Bundestag bemüht sich, den ihm durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben in einem größer gewordenen Deutschland durch einen verstärkten interparlamentarischen Dialog gerecht zu werden.

Dies findet seinen Niederschlag in einer deutlichen Zunahme von Besuchen interessierter ausländischer Parlamentarier beim Deutschen Bundestag. Auch wenn es sich bei diesen Besuchen vor allem um die erbetene Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen handelt, bleibt der bewährte Meinungsaustausch mit befreundeten Parlamentariern weiterhin bedeutsam.

Die ausländischen Gäste des Deutschen Bundestages erwarten, daß die so geknüpften Gesprächskontakte auch durch Gegenbesuche deutscher Parlamentarier im Ausland fortgeführt und weiter vertieft werden.

Unabhängig davon sind eine sachgerechte Gesetzgebung und eine effektive Kontrolle der Bundesregierung durch das Parlament nur denkbar, wenn sich die Abgeordneten bei bestimmten Fragen auch im Ausland informieren können. Die heutigen politischen, ökonomischen und ökologischen Probleme schließen vielfach einzelstaatliche Lösungen aus und verlangen ein Zusammenwirken mit anderen Staaten, zum Beispiel auf bilateraler Ebene, im Verbund der EU-Mitglieder oder durch weltweites Handeln.

Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages sichern, daß der Standpunkt und die politischen Ziele der Bundesrepublik Deutschland bei bestimmten Fragen ausländischen Gesprächspartnern vermittelt werden. Daneben kommt dem Einsatz für die weltweite Anerkennung zentraler Werte, der Betonung der demokratischen Staatsform und der Anerkennung der Menschenrechte eine besondere Bedeutung zu. Die Darstellung dieser Anliegen findet ihren Niederschlag in einer Zunahme bei Dienstreisen in Länder Ost- und Südosteuropas, der ehemaligen Sowjetunion und in die Volksrepublik China. Die Notwendigkeit, mit den Bündnispartnern wegen der verschiedenen Krisenregionen enge Kontakte zu halten, spiegelt sich ebenfalls in der Zahl der Einzel- und Delegationsreisen in die Vereinigten Staaten, nach Frankreich, Großbritannien und in die Niederlande in beiden Berichtsjahren wider.

Den Funktionen von Auslandsdienstreisen steht nicht entgegen, daß die Vertretung deutscher Standpunkte und der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte einen wesentlichen Bestandteil der Außenpolitik der Bundesregierung bilden. Abgesehen von der Kontrollaufgabe des Parlaments, die die Außenpolitik der Bundesregierung einschließt, unterliegen Abgeordnete des Deutschen Bundestages im Ausland nicht denselben protokollarischen Bindungen und Rücksichten wie die Bundesregierung. Sie können daher leichter Kontakt zu Minderheiten oder politisch Verfolgten herstellen sowie sich bei Gesprächen mit unterschiedlichen Stellen des jeweiligen Gastlandes Informationen beschaffen, aber sich auch für die Rechte von Einzelpersonen oder Bevölkerungsteilen einsetzen.“

Hinweis

Unterlagen zum Bereich der Außen- und Europapolitik sowie zu den auswärtigen Beziehungen finden sich außerhalb des Kapitels 24 noch in folgenden Abschnitten:

- 2.12 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament,
- 5.9 mit den Angaben der für die Außenpolitik zuständigen Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.3 mit der Aufstellung der Bundesminister und Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes,
- 6.11 mit den Themen der Regierungserklärungen,
- 6.18 mit den Berichten aus dem Ressort Auswärtiges an den Bundestag,
- 9.2 mit Angaben über den Auswärtigen Ausschuß (Unterausschüsse, Vorsitzende, Mitgliederzahl),
- 10.4 Internationale interparlamentarische Versammlungen
- 11.5 mit der Zahl der Gesetzentwürfe, die von den einzelnen Ressorts der Bundesregierung eingebracht wurden,
- 12.1 mit den Themen der Großen Anfragen und der Zahl der von den einzelnen Ressorts beantworteten Fragen,
- 12.2 mit den Themen der Aktuellen Stunden,
- 12.3 mit den Themen der Regierungsbefragungen,
- 17.3 mit dem Anteil der Petitionen, die in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes fielen.

25 *Parlamentarische Vereinigungen*

Im folgenden werden – in der Reihenfolge ihres Gründungsjahres – eine Reihe von Vereinigungen und sonstiger Institutionen vorgestellt, die mit unterschiedlicher Zielsetzung und Mitgliederstruktur im Umkreis des Bundestages bzw. im Bereich der Parlamentsforschung entstanden sind. **Stand** der Angaben ist der **31. August 1997**.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Vereinigungen:

- Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V.
- Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V.
- Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA)
- Verband der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e.V.
- Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.
- Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V.; ab 1984: Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung e.V.

Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V.*)

Gründungsjahr	1951
Zielsetzung	Laut § 1 der Satzung: „1. Die Parlamentarische Gesellschaft setzt sich das Ziel, die menschlichen, sachlichen und politischen Beziehungen im Kreise der Mitglieder der Parlamente des Bundes, der Länder und der europäischen Institutionen zu pflegen. Die Gesellschaft unterhält Beziehungen zu Mitgliedern ausländischer Parlamente und zu gleichgearteten Gesellschaften des Auslandes...“
Vorsitzende	1951–1954 <i>Dr. Karl Georg Pfeleiderer</i> , MdB 1954–1957 <i>Kurt Georg Kiesinger</i> , MdB 1957–1961 <i>Otto Fürst von Bismarck</i> , MdB 1961–1972 <i>Dr. Ernst Majonica</i> , MdB 1972–1977 <i>Hedwig Meermann</i> , MdB 1977–1979 <i>Richard Stücklen</i> , MdB 1979–1980 <i>Dr. Burkhard Ritz</i> , MdB 1980–1991 <i>Dr. Otto Wulff</i> , MdB seit 1991 <i>Reinhard Freiherr von Schorlemer</i> , MdB

*) Vgl. auch *Hilde Purwin* und *Helmut Herles*, Eine Villa am Rhein. Die Parlamentarische Gesellschaft in Bonn. Baden-Baden 1986.

Geschäftsführer	1951–1984 <i>Elisabeth Gräfin Werthern</i> seit 1984 <i>Ingrid von Hagen</i>
Anschrift*)	Dahlmannstr. 7, 53113 Bonn, Tel. 16–9 72 30 und 21 26 54, Fax 16–9 70 55
Mitgliederstruktur	z. Zt. 857 Mitglieder (davon 548 aktive Bundestagsmitglieder, 288 ehemalige Mitglieder des Bundestages, 15 Mitglieder des Europäischen Parlamentes und von Landtagen, 1 Ehrenmitglied und 5 außerordentliche Mitglieder).
Bedingungen der Mitgliedschaft	Laut § 4 der Satzung: „Mitglieder der Gesellschaft können werden: Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Landtage, der Parlamente der europäischen Institutionen, des Bundesrates sowie der Bundesregierung und der Regierungen der Länder. Die Mitgliederversammlung kann Personen zu Ehrenmitgliedern wählen, die sich in besonderer Weise um die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft verdient gemacht haben.“

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V.

Gründungsjahr	1951
Aufgaben	Zweck des Vereins ist gemäß § 2 Abs. 3 der Satzung die Anregung, Förderung, Durchführung und Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, insbesondere in Deutschland.
Publikationen**)	Die Aufgaben der Kommission werden durch die im Buchhandel erscheinenden Schriftenreihen erfüllt: <ol style="list-style-type: none"> 1. „Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, bisher 109 Bände, 2. „Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, bisher acht Bände, 3. „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, bisher 32 teils mehrbändige Editionen, 4. „Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19“, bisher 3 Bände, 5. „Bibliographien zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, bisher 8 Bände, 6. „Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus“, bisher 6 Bände, 7. Photodokumente der Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, bisher drei Bände, 8. Veröffentlichungen außerhalb der Reihen, bisher 15 Bände, 9. „Dokumente und Texte“, bisher fünf Bände.

*) geplanter Umzug nach Berlin: im Sommer 1999 in das ehemalige Reichstagspräsidenten-Palais

**) Vgl. Gesamtverzeichnis 1952–1997 (Stand: Juni 1997). Die Schriftenreihen der Kommission erscheinen seit 1952 im Droste Verlag Düsseldorf. Vgl. auch: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Annotierte Bibliographie 1953–1988. Düsseldorf 1988 (vergriffen).

Präsidenten	1951–1956	Prof. Dr. <i>Alfred Herrmann</i> (†)
	1956–1962	Prof. Dr. <i>Werner Conze</i> (†)
	1962–1968	Prof. Dr. Dr. h. c. mult. <i>Karl Dietrich Bracher</i>
	seit 1969	Prof. Dr. <i>Rudolf Morsey</i>
Generalsekretäre	1951–1980	Dr. <i>Alfred Milatz</i>
	seit 1980	Dr. <i>Martin Schumacher</i>
Anschrift	Colmantstraße 39, 53115 Bonn, Tel. 6 04 83–0, Fax 6 04 83 23	
Mitgliederstruktur	Mitglieder des Vereins sind Persönlichkeiten der Wissenschaft, insbesondere der historischen, zeitgeschichtlichen, sozialwissenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Disziplinen. Ihre Zahl beträgt derzeit 20. Die Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt.	

Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA)*)

Gründungsjahr	1952**)
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> – Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Landesparlamente, des Bundestages und des Europäischen Parlamentes – Initiativen auf den Gebieten, die sich als gemeinsame Aufgabe anbieten – Verbindung zur Wissenschaft zu halten und deren Erkenntnis für die parlamentarische Arbeit nutzbar zu machen – eine der Natur gerecht werdende Nutzung und Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Menschen und seiner Gesundheit – im Dienste gemeinsamer Initiativen die notwendigen Unterlagen zu sammeln, auszuwerten und bereitzustellen – Entwicklung von Recht und Organisation der parlamentarischen Institutionen – die Arbeit der Mitglieder durch fachliche Hinweise zu unterstützen sowie gegenseitiger Austausch von Unterlagen und Erfahrungen
Aufgaben (aktuelle Fassung)	<p>Die IPA erstrebt zur Förderung des demokratischen Staatswesens</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Landesparlamente, des Bundestages und des Europäischen Parlamentes, – Initiativen auf den Gebieten, die sich als gemeinsame Aufgabe anbieten, – die Verständigung zwischen den Völkern durch die Förderung der internationalen Kontakte der Parlamentarier, – eine der Natur gerecht werdende nachhaltige Nutzung und Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen zur Sicherung der Lebensgrundlagen,

*) Vgl. auch *Wolfgang E. Burhenne* und *Joachim Kehrhahn*, Neue Formen parlamentarischer Zusammenarbeit. In: Die Freiheit des Anderen. Festschrift für *Martin Hirsch*. Baden-Baden 1981. S. 311–323.

***) Statuten vom 7. Februar 1953 (i. d. F. vom 7. Dezember 1984)

Hinweis

Wegen der „IPA-Regeln“ zum Verfahren der Untersuchungsausschüsse siehe Abschnitt 9.10.

	<ul style="list-style-type: none"> – die Entwicklung von Recht und Organisation der parlamentarischen Institutionen, – den verbesserten gegenseitigen Austausch von fachlichen Unterlagen und Erfahrungen zwischen den ihr angehörenden Abgeordneten unbeschadet ihrer Fraktionszugehörigkeit.
Publikationen	<ul style="list-style-type: none"> – Recht und Organisation der Parlamente (Loseblattsammlung) – EDV-Recht (Loseblattsammlung) – Denkmalrecht des Bundes und der Länder (Loseblattsammlung) – Umweltrecht (Loseblattsammlung) – Recht der Gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen (Loseblattsammlung) – Grundgesetz der BRD mit den Verfassungen der Länder (Loseblattsammlung)
Vorsitzende	<p>1953–1956 <i>Josef-Ernst Fürst Fugger von Glött</i>, MdB</p> <p>1956–1957 <i>Dr. Karl von Buchka</i>, MdB</p> <p>1957–1969 <i>Dr. Otto Schmidt</i>, MdB</p> <p>1969–1972 <i>Martin Hirsch</i>, MdB</p> <p>1972–1973 <i>Dr. Paulus Skopp</i>, MdL (Rheinland-Pfalz)</p> <p>1973–1979 <i>Hermann Dürr</i>, MdB</p> <p>1979–1981 <i>Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein</i>, MdB</p> <p>1981–1983 <i>Theo Magin</i>, MdB</p> <p>1983–1984 <i>Karl Miltner</i>, MdB</p> <p>1984–1996 <i>Hermann Leeb</i>, MdL</p> <p>seit 1996 <i>Dr. Elke Leonard</i>, MdB</p>
Struktur	<p>Entscheidendes Organ ist die Versammlung der Delegierten der Fraktionen in den Landesparlamenten, im Bundestag und im Europäischen Parlament.</p> <p><i>Zum 1. Januar 1985 erfolgte eine Strukturänderung zurück zur Mitgliedschaft von Abgeordneten aus diesen Parlamenten.</i></p> <p>Entscheidendes Organ ist die Versammlung der Mitglieder aus den Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament.</p>
Geschäftsführer	<i>Dr. Wolfgang E. Burhenne</i>
Anschrift	Postfach 12 01 10, Bundeshaus, 53043 Bonn, Tel. 2 69 22 12 und 2 69 22 28, Fax 2 69 22 51
Bedingung der Mitgliedschaft	Zugehörigkeit zum Bundestag, einem Landesparlament, dem Europäischen Parlament oder einem Kabinett des Bundes oder eines Landes

Hinweis

Die im europäischen und internationalen Bereich tätigen Parlamentariergruppen – so die verschiedenen bilateralen, d. h. deutsch-ausländischen Parlamentariergruppen im Rahmen der Interparlamentarischen Union – sind unter Abschnitt 24.9 zusammengestellt.

Verband der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e.V.

Gründungsjahr	1953 (Wiedergründung in Anknüpfung an den früheren, 1908 gegründeten Verein Deutscher Kammerstenographen)
Zielsetzung	Zweck des Verbandes ist nach § 2 der Satzung die Wahrung und Förderung der beruflichen Belange der Parlaments- und Verhandlungsstenographen. Dazu gehören insbesondere a) Beratung und Unterstützung seiner Mitglieder, b) Schutz des Berufsstandes, c) Förderung des Berufsnachwuchses, d) Information der Öffentlichkeit über den Berufsstand.
Arbeits- schwerpunkte, Publikationen	1. Durchführung wissenschaftlicher Fachtagungen. Das Schwergewicht der behandelten Themen liegt abgesehen von berufsständischen Fragen auf sprachlich-redaktionellem Gebiet: Umsetzung der freien Parlamentsrede in die für den Stenographischen Bericht adäquate Form. 2. Herausgabe der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Neue Stenographische Praxis“, in der neben Fragen aus dem sprachlichen Bereich vorwiegend Themen aus dem Gebiet der Parlamentsgeschichte und Probleme des Arbeitsablaufs im Parlament behandelt werden.
Vorsitzende	1953–1958 <i>Dr. Kurt Peschel</i> 1958–1967 <i>Gerhard Herrgesell</i> 1967–1983 <i>Friedrich-Ludwig Klein</i> seit 1983 <i>Dr. Karl Gutzler</i>
Anschrift	Postfach 12 04 09, 53044 Bonn, Tel. und Fax 25 15 09
Mitgliederstruktur	Zur Zeit rund 180 Mitglieder (85% aller in den deutschen Parlamenten angestellten Parlamentsstenographen, frühere Parlamentsstenographen und neben- bzw. freiberuflich tätige Verhandlungsstenographen).
Bedingungen der Mitgliedschaft	Mitglied des Verbandes kann nach der Satzung werden, wer die Berufsanforderungen erfüllt und nachweislich als Verhandlungsstenograph tätig ist oder diese Tätigkeit längere Zeit ausgeübt hat. Über die Aufnahme entscheidet der geschäftsführende Vorstand.

Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.*)

Gründungsjahr	1970
Zielsetzung	Aufgaben der Vereinigung sind nach § 2 der Satzung, „a) das Verständnis des demokratisch-parlamentarischen Regierungssystems zu fördern und zu seiner Weiterentwicklung beizutragen, b) die Verbindung zwischen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit zu vertiefen, c) die Beziehungen zu gleichartigen Vereinigungen des Auslands zu pflegen“.

*) Vgl. *Winfried Steffani*, Gründung, Grundgedanke und Geschichte der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und ihrer Zeitschrift für Parlamentsfragen. In: *Parlamente und ihr Umfeld*. Hrsg. von *Winfried Steffani* und *Uwe Thaysen*. Opladen 1997. S. 1–6.

Arbeits- schwerpunkte, Publikationen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Öffentliche Veranstaltungen, Seminare, Tagungen, Kolloquien, Podiumsdiskussionen u. ä. zu aktuellen Parlamentsfragen (teilweise in Bonn, teilweise außerhalb in Zusammenarbeit mit anderen Parlamenten, Akademien, Universitäten usw.); Herausgabe der Veranstaltungsprotokolle 2. Herausgabe der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“, erscheint vierteljährlich; dazu inzwischen erschienen: 20-Jahres-Register 1969–1989. 										
Vorsitzende	<table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 15%;">1970–1973</td> <td style="width: 15%;">Dr. <i>Hans Apel</i>, MdB</td> </tr> <tr> <td>1973–1983</td> <td>Dr. <i>Carl Otto Lenz</i>, MdB</td> </tr> <tr> <td>1983–1992</td> <td><i>Konrad Porzner</i>, MdB</td> </tr> <tr> <td>1992–1994</td> <td>Dr. <i>Jürgen Rüttgers</i>, MdB</td> </tr> <tr> <td>seit 1994</td> <td><i>Joachim Hörster</i>, MdB</td> </tr> </table>	1970–1973	Dr. <i>Hans Apel</i> , MdB	1973–1983	Dr. <i>Carl Otto Lenz</i> , MdB	1983–1992	<i>Konrad Porzner</i> , MdB	1992–1994	Dr. <i>Jürgen Rüttgers</i> , MdB	seit 1994	<i>Joachim Hörster</i> , MdB
1970–1973	Dr. <i>Hans Apel</i> , MdB										
1973–1983	Dr. <i>Carl Otto Lenz</i> , MdB										
1983–1992	<i>Konrad Porzner</i> , MdB										
1992–1994	Dr. <i>Jürgen Rüttgers</i> , MdB										
seit 1994	<i>Joachim Hörster</i> , MdB										
Geschäftsführer	<table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 15%;">1970–1974</td> <td style="width: 15%;">Dr. <i>Peter Scholz</i></td> </tr> <tr> <td>1974–1982</td> <td><i>Peter Schindler</i></td> </tr> <tr> <td>seit 1982</td> <td><i>Gunter Gabrysch</i></td> </tr> </table>	1970–1974	Dr. <i>Peter Scholz</i>	1974–1982	<i>Peter Schindler</i>	seit 1982	<i>Gunter Gabrysch</i>				
1970–1974	Dr. <i>Peter Scholz</i>										
1974–1982	<i>Peter Schindler</i>										
seit 1982	<i>Gunter Gabrysch</i>										
Anschrift	Bundeshaus, 53113 Bonn; Tel. 16-9 74 20 oder 16-2 24 42; Telefax 16-2 66 71										
Mitgliederstruktur	Zur Zeit rund 800 Mitglieder (u. a. Abgeordnete, Parlamentsbedienstete, Wissenschaftler, Journalisten, Pädagogen usw.)										
Bedingungen der Mitgliedschaft	Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben.										

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V., ab 1984: Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e.V.

Gründungsjahr	1977
Zielsetzung	<p>Zweck des Vereins ist nach § 2 der 1984 und 1994 geänderten Satzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Gemeinsamkeit unter ehemaligen Abgeordneten zu pflegen, – die Verbindung zwischen seinen Mitgliedern und den Abgeordneten der deutschen Landtage, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments zu fördern, – die Verbindung zu gleichgerichteten Vereinigungen ehemaliger Mitglieder der deutschen Landtage zu pflegen, – mit der Erfahrung seiner Mitglieder der parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu dienen.
Arbeits- schwerpunkte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Diskussionsveranstaltungen mit herausragenden Politikern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, 2. Fortschreibung und Aktualisierung der Adressen und Angaben der aus dem Deutschen Bundestag und dem europäischen Parlament ausgeschiedenen Abgeordneten, 3. in begrenztem Umfang Zusammenarbeit mit ausländischen Vereinigungen ehemaliger Parlamentarier zur Förderung zwischenstaatlicher Beziehungen,

	4. Mitwirkung bei der staatsbürgerlichen Bildung junger Menschen, insbesondere der Soldaten und Zivildienstleistenden,
	5. Beiträge zur Entwicklung des Parlamentarismus.
Vorsitzende	1977–1986 Prof. D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> 1987–1991 Dr. <i>Richard Jaeger</i> 1991–1995 <i>Annemarie Renger</i> seit 1995 <i>Helmuth Becker</i>
Geschäftsführer	1977–1979 <i>Friedrich Kühn</i> 1980–1988 <i>Hedwig Meermann</i> 1988–1989 <i>Manfred Schulte</i> 1989–1992 <i>Engelbert Sander</i> seit 1992 Dr. <i>Hugo Hammans</i>
Anschrift	Coburger Straße 23, 53113 Bonn, Tel. 23 01 55, Fax. 23 74 44
Mitgliederstruktur	z. Zt. 522 Mitglieder
Bedingungen der Mitgliedschaft	Mitglied des Vereins kann ein ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages oder ein ehemaliges deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments werden, dessen Mandat aus keinem anderen Grunde als infolge Beendigung der Wahlperiode oder Verzicht beendet wurde, vorausgesetzt, daß es während oder nach seiner Mandatsausübung keiner als verfassungswidrig festgestellten Vereinigung angehört hat.

Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung e.V.

Gründungsjahr	1987
Aufgabe	Aufgaben sind nach § 2 der Satzung: – Förderung der mit der Rechtssetzung befaßten Wissenschaftsdisziplinen – die Verbesserung der praktischen Rechtssetzung – Förderung des allgemeinen Verständnisses für Fragen und Probleme der Rechtssetzung
Arbeitsschwerpunkte, Publikationen	1. Tagungen, Podiumsdiskussionen, insbesondere in Zusammenarbeit mit diversen Landesparlamenten, 2. Die sog. „Bonner Foren“ (praxisbezogener Meinungs austausch zwischen Abgeordneten, Mitgliedern und Gästen im Umfeld des Bundestages/Bundesrates) 3. Enge Zusammenarbeit mit der „Zeitschrift für Gesetzgebung“ (ZG) 4. Herausgabe von Publikationen zur Gesetzgebungslehre und Praxis, häufig im Zusammenhang mit vorangegangenen Tagungen.
Vorsitzender	seit 1987 Prof. Dr. <i>Ulrich Karpen</i> , MdHB
Anschrift	Schlüterstraße 28, 20146 Hamburg (Sitz der Gesellschaft ist Bonn.)
Mitgliederstruktur	ca. 300 Mitglieder, u. a. Abgeordnete, Mitarbeiter der Ministerialbürokratie, Rechtsanwälte, Parlamentsbedienstete, Studenten
Bedingungen der Mitgliedschaft	Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben.

26 Kurzchronik 1948–1997

Die folgende Chronik*) enthält in Stichworten wichtige Ereignisse aus der bald 50jährigen Geschichte des Deutschen Bundestages; ausführlichere Darstellungen sind teilweise in den zahlreichen Spezial-Chroniken zu finden (vgl. Hinweis auf Seite 3677).

1. Juli 1948 Aufgrund der Londoner Sechsmächte-Vereinbarungen übergeben die Militärgouverneure *Lucius D. Clay*, *Brian Robertson* und *Pierre Koenig* den elf Ministerpräsidenten der drei westdeutschen Besatzungszonen die drei „Frankfurter Dokumente“. In Dokument Nr. I werden die Ministerpräsidenten ermächtigt, bis zum 1. September 1948 eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.
- 8.–10. Juli 1948 Die westdeutschen Ministerpräsidenten beraten in Koblenz eine Stellungnahme, in der sie vorschlagen, die Einberufung einer Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung zurückzustellen und statt dessen einen „Parlamentarischen Rat“ als Vertretung der drei Zonen zu wählen, der ein „Grundgesetz“ für das Besatzungsgebiet der Westmächte und ein Wahlgesetz ausarbeitet.
- 10.–23. August 1948 Ein vorbereitender Verfassungskonvent, von den Landesregierungen berufen, entwirft auf Schloß Herrenchiemsee Richtlinien für das Grundgesetz („Herrenchiemseer Konvent“).

*) Quellen:

Hans Ulrich Behn und *Erhardt Eisenacher*, Politische Zeittafel 1949–1979. Drei Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1981;

Hans Troßmann, Der zweite Deutsche Bundestag. Seine Vorgeschichte, sein Aufbau und sein Wirken. Bonn 1954;

Hans Georg Lehmann, Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1981. München 1981;

Hans Georg Lehmann, Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis heute. Dritte, aktualisierte Aufl. München 1989;

Hans Georg Lehmann, Deutschland-Chronik 1945 bis 1995. Bonn 1995;

Chronik. Gesetze, Statistik, Dokumentation. Deutscher Bundestag. 9. Wahlperiode 1980–1983 ff. Redaktion: *Peter Schindler*. Bonn 1984 ff.;

Politisches Geschehen 1980 ff. Chronik der wichtigsten Ereignisse. Bonn 1980 ff. (= Materialien Nr. 63, 68, 76, 83, 87, 92, 97, 101, 103, 108 und 113);

Emil Hübner und *Horst-Hennek Rohlf*s, Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1984 ff. München 1984 ff.;

dpa Monatschronik – Inland. Hrsg. von der Deutschen Presseagentur, Hamburg.

1. September 1948 In Bonn treten die von den elf Landtagen gewählten 65 Abgeordneten des Parlamentarischen Rats zur ersten Sitzung zusammen, zu denen fünf Vertreter Berlins mit beratender Stimme hinzukommen. Präsident: *Konrad Adenauer* (CDU).
8. Mai 1949 Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat mit 53 gegen 12 Stimmen (CSU 6, Z, DP und KPD je 2).
10. Mai 1949 Verabschiedung eines Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat (ein Rahmengesetz, das von den Bundesländern zu ergänzen war).
10. Mai 1949 Der Parlamentarische Rat entscheidet sich mit 33 Stimmen für Bonn als vorläufige Hauptstadt (gegen 29 Stimmen für Frankfurt).
12. Mai 1949 Genehmigung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure mit einigen Vorbehalten (u. a. Vorrang des Besatzungsstatuts gegenüber allen deutschen Vorschriften und Sonderstatus Berlins).
- 16.–22. Mai 1949 Zehn von elf Landtagen (Ausnahme: Bayern) stimmen dem Grundgesetz zu.
23. Mai 1949 Verkündung des Grundgesetzes
24. Mai 1949 Inkrafttreten des Grundgesetzes
15. Juni 1949 Inkrafttreten des am 10. Mai 1949 beschlossenen Wahlgesetzes
14. August 1949 Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag
Aufgrund des Wahlergebnisses Einzug von acht Fraktionen in den 1. Bundestag, wobei die CDU/CSU mit 31,0% Stimmenanteil die stärkste und die SPD mit 29,2% die zweitstärkste Fraktion bilden.
26. August 1949 Die Regierungschefs der westdeutschen Länder beschließen, den Bundestag einzuberufen und die Bundesversammlung zusammentreten zu lassen.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

- 2.2 Statusrechte des Abgeordneten,
- 2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),
- 3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter),
- 12.4 Oppositionelles Verhalten (mit einer Zusammenstellung der „Wahlkampf-Mannschaft“ der Opposition),
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (mit Entscheidungen auch zum Wahlrecht),
- 23.7 Öffentliche Meinung über den Bundestag.

1. Wahlperiode (1949–1953)

7. September 1949 Konstituierung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
Eröffnung der Sitzung des Bundestages durch Alterspräsident *Paul Löbe* (SPD)
Wahl von *Erich Köhler* (CDU/CSU) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
 Carlo Schmid (SPD)
 Hermann Schäfer (FDP)
12. September 1949 Bundesversammlung wählt *Theodor Heuss* zum Bundespräsidenten.
15. September 1949 Wahl von *Konrad Adenauer* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP.
15. September 1949 Bildung der Gruppe „Nationale Rechte“, bestehend aus 6 Abgeordneten der Deutschen Rechtspartei (DRP) und der Nationaldemokratischen Partei (NDP).
20. September 1949 Abgabe der Regierungserklärung
20. September 1949 Beschluß des Bundestages, vorläufig die Geschäftsordnung des Reichstages mit einigen Änderungen anzuwenden.
21. September 1949 Das Besatzungsstatut tritt in Kraft, wodurch die Militärregierungen durch die Alliierte Hohe Kommission als oberstes alliiertes Kontrollorgan abgelöst werden und die Bundesrepublik Deutschland eine begrenzte Souveränität erhält.
3. November 1949 Der Bundestag spricht sich mit 200 gegen 179 Stimmen dafür aus, daß Bonn vorläufiger Sitz der Legislative und Exekutive des Bundes ist.
22. November 1949 Mit der Unterzeichnung des Petersberger Abkommens erhält die Bundesrepublik Deutschland die Erlaubnis, konsularische Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen und in internationalen Organisationen mitzuarbeiten.
24. November 1949 Regierungserklärung und Aussprache über die Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren (Petersberger Abkommen); *Kurt Schumacher* (SPD) erhält wegen seines Zwischenrufes „Kanzler der Alliierten“ einen Sitzungsausschluß von 30 Tagen.
28. November 1949 Die Alliierte Hohe Kommission hebt den seit 1945 gehandhabten Lizenzzwang für politische Parteien auf.
2. Februar 1950 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Einfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.
10. Februar 1950 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Kraftstoffvertriebs.
2. März 1950 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der im Raume Bonn vergebenen Aufträge.

31. März 1950 Verabschiedung des ersten Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages.
15. Juni 1950 Verabschiedung des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat.
22. Juni 1950 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Ursachen der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Dahlbusch“ (Gelsenkirchen).
15. September 1950 Verabschiedung des Gesetzes über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes.
5. Oktober 1950 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Hauptstadtfrage (Spiegel-Ausschuß).
11. Oktober 1950 Rücktritt von Bundesinnenminister *Gustav Heinemann* (CDU/CSU) aus Protest gegen die Wiederaufrüstungspolitik von Bundeskanzler *Adenauer*; Nachfolger: *Robert Lehr* (CDU/CSU).
13. Oktober 1950 Bildung der Gruppe „Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE/DG) aus 4 Abgeordneten der WAV.
18. Oktober 1950 Amtsniederlegung von Bundestagspräsident *Erich Köhler*
19. Oktober 1950 Wahl von *Hermann Ehlers* (CDU/CSU) zum neuen Bundestagspräsidenten.
- 20.–22. Oktober 1950 CDU-Parteitag in Goslar; offizielle Gründung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands als Bundespartei.
26. Oktober 1950 *Theodor Blank* (CDU) wird Leiter der neugeschaffenen Dienststelle des „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ (Dienststelle Blank).
24. Januar 1951 Verabschiedung des Wahlprüfungsgesetzes
6. März 1951 Mit der ersten Revision des Besatzungsstatuts verzichten die westlichen Alliierten auf die Überwachung der Gesetzgebung und räumen der Bundesrepublik Deutschland weitere Befugnisse in auswärtigen Angelegenheiten ein.
12. März 1951 Das Gesetz über die Errichtung des Bundesverfassungsgerichts tritt in Kraft.
15. März 1951 Übernahme des neugeschaffenen Amtes des Außenministers durch Bundeskanzler *Konrad Adenauer*.
11. April 1951 Verabschiedung des Gesetzes über die Rechtsstellung der in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes.
11. April 1951 Verabschiedung des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Beratenden Versammlung des Europarates.
28. September 1951 Das Bundesverfassungsgericht nimmt in Karlsruhe seine Tätigkeit auf. Erster Präsident ist *Hermann Höpker-Aschoff*.
11. Oktober 1951 Einsetzung zweier Untersuchungsausschüsse betreffs Dokumentendiebstahl im Bundeskanzleramt und zur Überprüfung von Mißständen in der Bundesverwaltung (Platow-Ausschuß).

24. Oktober 1951 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung, ob durch die Personalpolitik Mißstände im auswärtigen Dienst eingetreten sind.
19. November 1951 Die Bundesregierung reicht beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) ein, da diese eine Nachfolgeorganisation der NSDAP sei.
6. Dezember 1951 Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Bundestages (Inkrafttreten am 1. Januar 1952); durch Neuregelung der Fraktionsmindeststärke (15 statt 10 Abgeordnete) verlieren Bayernpartei, Zentrum und KPD ihre Fraktionseigenschaft.
6. Dezember 1951 Gruppe der WAV bildet die Gruppe der Deutschen Partei Bayern (DPB) und schließt sich der Fraktion der Deutschen Partei an.
9. Dezember 1951 In einem Volksentscheid wird der Zusammenschluß von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Land Baden-Württemberg gebilligt.
13. Dezember 1951 Durch Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes Erhöhung der Zahl der Berliner Abgeordneten von 8 auf 19 (wirksam ab 1. Februar 1952).
14. Dezember 1951 Zusammenschluß von Zentrum und Bayernpartei zur Fraktion „Föderalistische Union“ (FU).
19. Dezember 1951 Richtfest am sechsstöckigen Erweiterungsbau des Bundeshauses (heute: Altes Hochhaus).
23. Januar 1952 Erste Fragestunde des Bundestages
1. Februar 1952 Eintritt von elf weiteren Berliner Abgeordneten in den Deutschen Bundestag.
20. Februar 1952 Im Bundeshaus wird der ehemalige Gauhauptstellenleiter der NSDAP in Sachsen, *Fritz Rössler*, verhaftet, der unter dem falschen Namen *Franz Richter* in den Bundestag gewählt worden war.
9. März 1952 Tod von Bundeswohnungsbauminister *Eberhard Wildermuth* (FDP) im Alter von 61 Jahren; Nachfolger: *Fritz Neumayer* (FDP).
20. August 1952 Tod von *Kurt Schumacher*, Parteivorsitzender der SPD und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, im Alter von 56 Jahren.
10. September 1952 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der unzulänglichen Einstellung von Schwerbeschädigten bei den Bundesdienststellen.
7. Oktober 1952 Wahl von *Erich Ollenhauer* zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion als Nachfolger von *Kurt Schumacher*.
23. Oktober 1952 Bundesverfassungsgericht erklärt Sozialistische Reichspartei (SRP) für verfassungswidrig und aufgelöst.
- 29./30. November 1952 Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) durch *Gustav W. Heinemann* und *Helene Wessel* (Auflösung Mai 1957).

2. Juni 1953 Verabschiedung des Gesetzes über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundstag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes.
25. Juni 1953 Verabschiedung des Wahlgesetzes zum Zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung (dadurch u. a. Erhöhung der Abgeordnetenzahl auf 484, Einführung der Zweitstimme, Verschärfung der Sperrklausel).
29. Juli 1953 Letzte Sitzung des 1. Deutschen Bundestages
6. September 1953 Wahlen zum 2. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1949 starker Stimmengewinn bei der CDU/CSU (von 31,0% auf 45,2%), die damit stärkste Fraktion bleibt und die absolute Mehrheit an Mandaten erringt; Stimmenverluste bei der SPD (von 29,2% auf 28,8%), bei der FDP (von 11,9% auf 9,5%) und bei der DP (von 4,0% auf 3,2%); Stimmenverluste außerdem bei der KPD (von 5,7% auf 2,2%) und bei der BP (von 4,2% auf 1,7%), die damit an der Sperrklausel scheitern, und beim Zentrum (von 3,1% auf 0,8%), das nur aufgrund eines Wahlabkommens mit der CDU noch im Bundestag vertreten ist; Einzug des GB/BHE in den Bundestag.
7. September 1953 Ende der 1. Wahlperiode

2. Wahlperiode (1953–1957)

6. Oktober 1953 Eröffnungssitzung des 2. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsidentin *Marie-Elisabeth Lüders*
Wiederwahl von *Hermann Ehlers* (CDU) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
Carlo Schmid (SPD)
Richard Jaeger (CSU)
Hermann Schäfer (FDP) (bis 20. Oktober 1953)
9. Oktober 1953 Wiederwahl von *Konrad Adenauer* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus CDU/CSU, FDP, DP, GB/BHE (bis 23. Juli 1956).
20. Oktober 1953 Abgabe der Regierungserklärung
28. Oktober 1953 Wahl von *Ludwig Schneider* (FDP) zum Vizepräsidenten des Bundestages als Nachfolger von *Hermann Schäfer* (→ Bundesminister für besondere Aufgaben).
10. Dezember 1953 Einführung der „Zwischenfrage“ im Bundestag
26. Februar 1954 Verabschiedung von Grundgesetzänderungen als Folge der beschlossenen Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland (u. a. ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Verteidigungsangelegenheiten und Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes).
28. Mai 1954 Verabschiedung des Diätengesetzes 1954
17. Juli 1954 Bundespräsident *Theodor Heuss* wird von der Bundesversammlung wiedergewählt.
17. September 1954 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung des Falles *John*.

29. Oktober 1954 Tod von Bundestagspräsident *Hermann Ehlers* im Alter von 50 Jahren.
16. November 1954 Wahl von *Eugen Gerstenmaier* (CDU/CSU) zum Bundestagspräsidenten.
28. Januar 1955 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Bereinigung des Reichs- und Bundesrechts.
5. Mai 1955 Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland: Die ratifizierten Pariser Verträge treten in Kraft, das Besatzungsstatut erlischt, die Alliierten Hohen Kommissare werden durch Botschafter ersetzt; die Bundesrepublik Deutschland ist damit souverän.
26. Mai 1955 Rücktritt von Bundesminister *Heinrich Hellwege* (DP) wegen seiner Wahl zum Ministerpräsidenten von Niedersachsen.
- 6./7. Juni 1955 Kabinettsumbildung: u. a. Ernennung von *Theodor Blank* (CDU/CSU) zum Bundesminister für Verteidigung nach Umwandlung der „Dienststelle Blank“ in das Bundesministerium für Verteidigung sowie Ernennung von *Heinrich von Brentano* (CDU/CSU) zum Bundesaußenminister als Nachfolger von *Konrad Adenauer*.
15. Juni 1955 Wahl von *Heinrich Krone* zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Nachfolger von *Heinrich von Brentano*.
7. Juli 1955 Verabschiedung eines Bannmeilengesetzes
- 11./12. Juli 1955 Sieben Abgeordnete, darunter die Bundesminister *Theodor Oberländer* und *Waldemar Kraft*, treten aus der Fraktion Gesamtdeutscher Block/BHE aus, schließen sich am 14. Juli zu der „Gruppe Kraft/Oberländer“ zusammen und treten am 15. Juli der Fraktion der CDU/CSU als Gäste bei.
23. Juli 1955 Gesamtdeutscher Block/BHE scheidet nach dem Fraktionswechsel von sieben Abgeordneten (darunter Minister *Oberländer* und *Kraft*) aus der Regierungskoalition aus.
Regierung nunmehr: Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP (bis 25. Februar 1956).
- 19./20. Okt. 1955 Erstmals Plenarsitzungen in Berlin
21. Oktober 1955 Gründung eines Bundesministeriums für Atomfragen, Übernahme durch den bisherigen Sonderminister *Franz Josef Strauß* (CDU/CSU).
23. Oktober 1955 Die Bevölkerung des Saargebiets lehnt mit 67,7% das Saarstatut ab, das die politische Autonomie und die wirtschaftliche Anbindung an Frankreich vorsah.
12. November 1955 Tod von *Robert Tillmanns* (CDU/CSU), Bundesminister für besondere Aufgaben, im Alter von 59 Jahren.
14. Dezember 1955/
1. Februar 1956 Wahlrechtsdiskussion: Vorschlag der CDU/CSU und DP, unter Beibehaltung des Zweitstimmensystems 60 Prozent der Abgeordneten nach relativer Mehrheit in den Wahlkreisen (Direktmandate) und – ohne Anrechnung der Direktmandate – 40 Prozent nach Verhältniswahlgrundsätzen über Landeslisten zu wählen, stößt insbesondere bei der von diesem „Grabenwahlsystem“ besonders betroffenen FDP auf entschiedenen Widerspruch.

31. Januar 1956 Der neugewählte saarländische Landtag beschließt die Angliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.
20. Februar 1956 In Nordrhein-Westfalen konstruktives Mißtrauensvotum gegen Ministerpräsident *Karl Arnold* (CDU), indem eine Koalition aus SPD, FDP und Zentrum *Fritz Steinhoff* (SPD) zum Nachfolger wählt.
23. Februar 1956 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung von Vorgängen in der Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette.
23. Februar 1956 16 FDP-Abgeordnete geben ihren Fraktionsaustritt bekannt (u. a. die vier Bundesminister *Franz Blücher*, *Fritz Neumayer*, *Hermann Schäfer* und *Victor-Emanuel Preusker* sowie Bundestagsvizepräsident *Ludwig Schneider*), beschließen am 1. März 1956 die neue Fraktion „Arbeitsgemeinschaft Freie Demokraten“ (später „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ genannt bzw. nach Parteigründung „Freie Volkspartei“).
25. Februar 1956 Ausscheiden der FDP aus der Regierungskoalition nach Fraktionsaustritt von 16 Abgeordneten (darunter 4 Bundesministern) u. a. wegen der geplanten Wahlrechtsreform.
6. März 1956 Verabschiedung umfangreicher Grundgesetz-Änderungen als Folge des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantik-Vertrag und in Zusammenhang mit der Vorlage des Freiwilligengesetzes und des Soldatengesetzes (u. a. Einschränkung des Petitionsrechtes für Soldaten, Bestellung eines Wehrbeauftragten und Übertragung besonderer Befugnisse auf den Verteidigungsausschuß).
15. März 1956 Bundestag stimmt der Bildung einer eigenen Fraktion der 16 aus der FDP-Fraktion ausgeschiedenen Abgeordneten unter dem Namen „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ (DA) zu.
15. März 1956 Verabschiedung eines neuen Bundeswahlgesetzes mit unbegrenzter Geltungsdauer (dadurch u. a. Verschärfung der Sperrklausel, Einführung der Briefwahl).
23. März 1956 Aufnahme der „Demokratischen Arbeitsgemeinschaft“ in die Regierungskoalition.
Regierung nunmehr: Koalition aus CDU/CSU, DP, DA (später: FVP).
26. Juni 1956 Umbenennung der Fraktion „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ in „Freie Volkspartei“ (FVP).
4. Juli 1956 Wahl von *Max Becker* (FDP) zum vierten Vizepräsidenten des Bundestages, da FDP mit Übertritt von *Ludwig Schneider* zur DA bzw. FVP nicht mehr im Präsidium vertreten war.
17. August 1956 Bundesverfassungsgericht erklärt auf Antrag der Bundesregierung nach fünfjähriger Prozeßdauer die KPD als verfassungswidrig und aufgelöst.
25. September 1956 Fraktionen der FVP und DP geben Zusammenschluß zu einer Arbeits- und Aktionsgemeinschaft bekannt.
6. Oktober 1956 Rücktrittserklärung von vier Bundesministern der FVP: *Franz Blücher*, *Fritz Neumayer*, *Victor-Emanuel Preusker* und *Hermann Schäfer*.

- 10./11. Okt. 1956 Plenarsitzungen in Berlin
16. Oktober 1956 Umbildung und Verkleinerung des Kabinetts (u. a. scheiden vier Bundesminister aus dem Kabinett aus: *Theodor Blank*, *Waldemar Kraft*, *Firtz Neumayer* und *Hermann Schäfer*; Übernahme des Ressorts Verteidigung durch den bisherigen Bundesminister für Atomfragen *Franz Josef Strauß*).
14. Dezember 1956 Verabschiedung des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes (u. a. besonderes Wahlverfahren für die saarländischen Abgeordneten im 2. Deutschen Bundestag).
4. Januar 1957 Wahl von 10 saarländischen Abgeordneten in den Bundestag (nach Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1957); Aufnahme der 10 saarländischen Abgeordneten in den Bundestag am 10. Januar 1957.
22. Januar 1957 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, daß die 5%-Sperrklausel im Bundeswahlgesetz nicht gegen das Grundgesetz verstoße.
14. März 1957 Bundestag stimmt der Bildung der Fraktion DP (FVP) zu, nachdem Demokratische Partei und Freie Volkspartei die Bildung einer einheitlichen Partei beschlossen haben.
11. April 1957 Verabschiedung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages. (Der erste Wehrbeauftragte wird am 19. Februar 1959 gewählt.)
- 18.–19. Mai 1957 Die 1952 von *Gustav Heinemann*, *Helene Wessel* u. a. gegründete Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) beschließt ihre Auflösung und empfiehlt ihren Mitgliedern, der SPD beizutreten oder sie zu unterstützen.
29. August 1957 Letzte Sitzung des 2. Deutschen Bundestages
15. September 1957 Wahlen zum 3. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1953 erneuter Stimmengewinn bei der CDU/CSU (von 45,2% auf 50,2%), die damit nicht nur die stärkste Fraktion bleibt, sondern auch die absolute Mehrheit der Stimmen erhält; außerdem Stimmengewinne bei der SPD (von 28,8% auf 31,8%) und in geringerem Maße bei der DP (von 3,3% auf 3,4%), der dennoch der Einzug in den 3. Bundestag nur aufgrund eines Wahlabkommens mit der CDU möglich ist; Stimmenverluste bei der FDP (von 9,5% auf 7,7%) und beim BHE (von 5,9% auf 4,6%), der damit an der 5%-Klausel scheitert.
6. Oktober 1957 Ende der 2. Wahlperiode

Hinweis

Bezüglich Terminierung, Tagesordnung und Verlauf bestimmter Plenarsitzungen oder einzelner Debatten sind auch die folgenden Abschnitte von Interesse:

- 6.11 Regierungserklärungen
- 11.2 Aktuelle Stunden
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 17.4 Jahresberichte des Petitionsausschusses
- 18.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

3. Wahlperiode (1957–1961)

15. Oktober 1957 Eröffnungssitzung des Bundestages in Berlin (Kongreßhalle); Vorsitz: Alterspräsidentin *Marie-Elisabeth Lüders*
Wiederwahl von *Eugen Gerstenmaier* (CDU) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
Carlo Schmid (SPD)
Richard Jaeger (CSU)
Max Becker (FDP) (bis † 29. Juli 1960)
(Wahl des vierten Vizepräsidenten wird zurückgestellt bis 23. April 1958.)
22. Oktober 1957 Wiederwahl von *Konrad Adenauer* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus CDU/CSU und DP
29. Oktober 1957 Abgabe der Regierungserklärung
18. April 1958 Gesetzesantrag der SPD, durch den eine Befragung des Volkes über eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Sprengkörpern ermöglicht werden soll. Ablehnung des Gesetzentwurfs am 13. Juni 1958 in zweiter Lesung.
23. April 1958 Wahl von *Victor-Emanuel Preusker* (DP) zum vierten Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages im dritten Wahlgang.
7. Mai 1958 Verabschiedung des Diätengesetzes 1958
30. Juli 1958 Das Bundesverfassungsgericht erklärt die vorgesehenen Volksabstimmungen über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen für verfassungswidrig.
1. bis 3. Okt. 1958 Plenarsitzungen in Berlin
19. Februar 1959 Wahl von *Helmuth von Grolman* zum ersten Wehrbeauftragten des Bundestages.
18. März 1959 Verabschiedung des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung.
7. April 1959 Bundeskanzler *Konrad Adenauer* kandidiert für das Amt des Bundespräsidenten; Kandidatur wird überraschend am 5. Juni 1959 zurückgezogen.
1. Juli 1959 Bundesversammlung wählt *Heinrich Lübke*, bisher Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, zum neuen Bundespräsidenten als Nachfolger von *Theodor Heuss*.
15. September 1959 Im Plenarsaal des Bundestages Staatsakt anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland. Vereidigung des neugewählten Bundespräsidenten *Heinrich Lübke*; Verabschiedung von Bundespräsident *Theodor Heuss*.
30. September 1959 Ernennung von *Werner Schwarz* zum Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als Nachfolger von *Heinrich Lübke*.

- 13.–15. November 1959 Auf einem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg verabschiedet die SPD das Godesberger Programm.
27. Februar 1960 Tod von Bundesschatzminister *Hermann Lindrath* (CDU/CSU) im Alter von 63 Jahren; Nachfolger: *Hans Wilhelmi* (CDU/CSU).
4. Mai 1960 Rücktritt von Bundesvertriebenenminister *Theodor Oberländer* (CDU/CSU).
30. Juni 1960 Grundsatzrede von *Herbert Wehner* vor dem Bundestag, die einen außenpolitischen Kurswechsel der SPD einleitet.
1. Juli 1960 Übertritt von neun Abgeordneten der Deutschen Partei, darunter Bundesminister *Hans-Christoph Seebohm*, *Hans-Joachim von Merkatz* sowie Bundestagsvizepräsident *Victor-Emanuel Preusker*, zur CDU/CSU; Erlöschen der Bundestagsfraktion der DP, Konstituierung als Gruppe am 2. Juli 1960.
29. Juli 1960 Tod von Bundestagsvizepräsident *Max Becker* (FDP) im Alter von 72 Jahren.
28. September 1960 Wahl von *Thomas Dehler* (FDP) zum Bundestagsvizepräsidenten als Nachfolger von *Max Becker*.
4. Oktober 1960 Amtsniederlegung von Bundestagsvizepräsident *Victor-Emanuel Preusker* (CDU/CSU).
8. November 1960 Fraktionswechsel von *Peter Nellen* von der CDU/CSU zur SPD.
- 21.–25. November 1960 SPD-Parteitag in Hannover wählt erstmals *Willy Brandt* zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1961.
24. November 1960 Deutsche Partei und Gesamtdeutscher Block/BHE vereinigen sich zur Gesamtdeutschen Partei (GDP).
17. Dezember 1960 Gründung der Deutschen Friedens-Union (DFU) in Stuttgart.
3. Mai 1961 Durch Fraktionswechsel von *Peter Tobaben* und *Ludwig Schneider* zur CDU/CSU Erlöschen der Gruppe der DP.
14. Juli 1961 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* gibt den Rücktritt des Wehrbeauftragten *Helmuth von Grolman* bekannt.
22. August 1961 Letzte Sitzung des 3. Bundestages
17. September 1961 Wahlen zum 4. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1957 starker Stimmengewinn bei der FDP (von 7,7% auf 12,8%) und erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 31,8% auf 36,2%); Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 50,2% auf 45,3%), die damit zwar stärkste Fraktion bleibt, aber die absolute Mehrheit verliert, sowie Stimmenverlust bei der GDP (einer Fusion von DP und BHE), die mit 2,8% an der 5%-Klausel scheitert.
15. Oktober 1961 Ende der 3. Wahlperiode.

4. Wahlperiode (1961–1965)

17. Oktober 1961 Eröffnungssitzung des 4. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Robert Pferdmenges*
Wiederwahl von *Eugen Gerstenmaier* (CDU) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
Carlo Schmid (SPD)
Richard Jaeger (CSU)
Thomas Dehler (FDP)
Erwin Schoettle (SPD)
17. Oktober 1961 Bundeskanzler *Konrad Adenauer* erklärt, nicht mehr erneut vier Jahre im Amt des Bundeskanzlers bleiben zu wollen.
30. Oktober 1961 Rücktritt von Bundesaußenminister *Heinrich von Brentano* zwecks Erleichterung der laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP.
7. November 1961 Wiederwahl von *Konrad Adenauer* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler (bis 15. Oktober 1963)
Regierung: Koalition aus CDU/CSU und FDP
8. November 1961 Wahl von *Hellmuth Heye* zum neuen Wehrbeauftragten des Bundestages.
29. November 1961 Abgabe der Regierungserklärung
21. März 1962 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung von Behauptungen über die Tätigkeit des Bundesverteidigungsministers *Franz Josef Strauß* bei der Vorbereitung eines Bauprojekts für die Errichtung von Wohnungen für die US-Streitkräfte (FIBAG-Ausschuß).
26. Oktober 1962 Beginn der „Spiegel-Affäre“: Unter dem Verdacht des Landesverrats und aktiver Bestechung werden der Herausgeber *Rudolf Augstein*, der Verlagsdirektor und mehrere Redakteure des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ verhaftet sowie Redaktionsräume in Hamburg und Bonn durchsucht.
- 7./9. November 1962 Fragestunde und Debatte im Bundestag zur „Spiegel-Affäre“; Zugeständnis von Bundesverteidigungsminister *Franz Josef Strauß*, an der Verhaftung des „Spiegel“-Redakteurs *Conrad Ahlers* in Spanien beteiligt gewesen zu sein.
19. November 1962 Koalitions- und Regierungskrise wegen der Person des Bundesverteidigungsministers *Franz Josef Strauß*; Rücktrittserklärung der fünf FDP-Bundesminister *Hans Lenz*, *Wolfgang Mischnick*, *Walter Scheel*, *Wolfgang Stammerger* und *Heinz Starke*.
20. November 1962 Auch die CDU/CSU-Bundesminister stellen ihre Ämter zur Verfügung, um eine neue Regierungsbildung zu ermöglichen.
26. November/
2. Dezember 1962 Vertreter der CDU/CSU und der SPD (u. a. *Paul Lücke*, *Frhr. von und zu Guttenberg* und *Herbert Wehner*) erörtern die Möglichkeiten einer Großen Koalition unter der Kanzlerschaft *Adenauers*; Verhandlungen scheitern.
30. November 1962 Bundesverteidigungsminister *Franz Josef Strauß* verzichtet auf ein Ministeramt im neu zu bildenden Kabinett *Adenauer*.

2. Dezember 1962 Erklärung von Bundeskanzler *Adenauer*, im Herbst 1963 zurücktreten zu wollen.
11. Dezember 1962 Neue Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP
Kabinettsumbildung; aus dem Kabinett scheidet aus: *Ernst Lemmer*, *Franz-Josef Wuermeling*, *Hans-Joachim von Merkatz*, *Siegfried Balke* und *Franz Josef Strauß* (am 9. Januar 1963).
18. März 1963 Abstimmung im Bundestag zum „Röhren-Embargo“ (Lieferung von Pipeline-Stahlrohren an die Sowjetunion).
23. April 1963 CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert Bundeswirtschaftsminister *Ludwig Erhard* mit 159 gegen 47 Stimmen bei 19 Enthaltungen zum Kanzlerkandidaten als Nachfolger von *Konrad Adenauer*.
15. Oktober 1963 Rücktritt von Bundeskanzler *Konrad Adenauer*
16. Oktober 1963 Wahl von *Ludwig Erhard* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus CDU/CSU und FDP
18. Oktober 1963 Abgabe der Regierungserklärung
23. Oktober 1963 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Telefon-Abhöraffaire
11. November 1963 Übernahme des wiederhergestellten Südflügels des Reichstages durch den Bundestag.
11. Dezember 1963 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (u. a. Neueinteilung der Wahlkreise).
12. Dezember 1963 Tod von Altbundespräsident *Theodor Heuss* im Alter von 79 Jahren.
14. Dezember 1963 Tod von *Erich Ollenhauer*, SPD-Parteivorsitzender und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, im Alter von 62 Jahren.
7. Februar 1964 Rücktritt des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, *Hans Krüger* (CDU/CSU); Nachfolger: *Ernst Lemmer* (CDU/CSU).
3. März 1964 Wahl von *Fritz Erler* zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion als Nachfolger von *Erich Ollenhauer*.
6. März 1964 Verabschiedung des Diätengesetzes 1964
16. Juni 1964 Ernennung von Staatssekretär *Ludger Westrick* zum Bundesminister für besondere Aufgaben (Chef des Bundeskanzleramtes).
1. Juli 1964 Bundespräsident *Heinrich Lübke* wird von der Bundesversammlung wiedergewählt.
29. Juli 1964 Sondersitzung des Bundestages wegen der Erhöhung der Telefongebühren.
10. November 1964 Der Wehrbeauftragte des Bundestages, *Hellmuth Heye*, bittet den Bundestagspräsidenten um seine sofortige Entlassung; *Heye* war wegen einer Artikelserie in einer Illustrierten über die innere Verfassung der Bundeswehr heftig kritisiert worden. Aushändigung der Entlassungsurkunde am 11. November 1964.

14. November 1964 Tod des CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden *Heinrich von Brentano* im Alter von 60 Jahren.
28. November 1964 In Hannover schließen sich drei rechtsextreme Parteien, die DRP, die DP Bremen und die DNVP Nordhessen, zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zusammen.
1. Dezember 1964 Wahl von *Rainer Barzel* zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Nachfolger von *Heinrich von Brentano*.
11. Dezember 1964 Wahl von *Matthias Hoogen* zum neuen Wehrbeauftragten des Bundestages.
9. Januar 1965 Die vier im Bundestag vertretenen Parteien schließen ein Wahlkampfabkommen ab.
27. Januar 1965 Nach Ergänzung der Geschäftsordnung wird dem Wehrbeauftragten ein Rederecht im Bundestag zuerkannt.
10. Februar 1965 Erste „Aktuelle Stunde“ im Bundestag (durch Ergänzung der GO BT am 27. Januar 1965 eingeführt); Thema: Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 4. Februar 1965.
26. März 1965 Rücktritt von Bundesjustizminister *Ewald Bucher* (FDP) wegen rechtsstaatlicher Bedenken gegen den Beschluß des Bundestages, die Verjährungsfrist für NS-Verbrechen zu verlängern; Nachfolger: *Karl Weber* (CDU/CSU).
7. April 1965 Bislang letzte Plenarsitzung des Bundestages in Berlin
23. Juni 1965 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Wahlprüfungsgesetzes
23. Juli 1965 Letzte Sitzung des 4. Bundestages
19. September 1965 Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1961 Stimmengewinn bei der CDU/CSU (von 45,3% auf 47,6%), die damit stärkste Fraktion bleibt, und erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 36,2% auf 39,3%); starker Stimmenverlust bei der FDP (von 12,8% auf 9,5%).
17. Oktober 1965 Ende der 4. Wahlperiode

5. Wahlperiode (1965–1969)

19. Oktober 1965 Eröffnungssitzung des 5. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Konrad Adenauer*
Wiederwahl von *Eugen Gerstenmaier* (CDU) zum Bundestagspräsidenten (bis 31. Januar 1969)
Wahl der Vizepräsidenten:
Carlo Schmid (SPD) (bis 1. Dezember 1966)
Richard Jaeger (CSU) (bis 26. Oktober 1965)
Thomas Dehler (FDP) (bis † 21. Juli 1967)
Erwin Schoettle (SPD)

20. Oktober 1965 Wiederwahl von *Ludwig Erhard* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler (bis 30. November 1966)
Regierung: Koalition aus CDU/CSU und FDP (bis 27. Oktober 1966)
10. November 1965 Abgabe der Regierungserklärung
9. Dezember 1965 Wahl von *Maria Probst* (CSU) zur Vizepräsidentin des Bundestages als Nachfolgerin von *Richard Jaeger* (→ Bundesjustizminister).
5. Januar 1966 Gratulationscour im Bundeshaus zum 90. Geburtstag von *Konrad Adenauer*.
19. Juli 1966 Bundesverfassungsgericht erklärt bisherige Finanzierung der politischen Parteien aus Haushaltsmitteln für verfassungswidrig, räumt aber ein, daß die „notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes“ erstattet werden könnten.
29. August 1966 Baubeginn des Neuen Hochhauses
27. Oktober 1966 Rücktrittserklärung der vier FDP-Bundesminister *Erich Mende*, *Ewald Bucher*, *Rolf Dahlgrün* und *Walter Scheel*.
Bruch der Regierungskoalition nach Ablehnung eines Kompromisses des Kabinetts über Steuererhöhungen zum Ausgleich des Haushalts 1967 durch die FDP-Fraktion.
2. November 1966 Bundeskanzler *Erhard* erklärt, an seiner Person solle die Regierungsbildung nicht scheitern.
8. November 1966 Der Bundestag ersucht durch Annahme eines SPD-Antrages Bundeskanzler *Erhard* die Vertrauensfrage zu stellen. CDU/CSU hält diesen Antrag für unzulässig; der Bundeskanzler hatte vorher erklärt, er werde diesem Antrag „unter gar keinen Umständen“ nachkommen.
8. November 1966 Nach dem Rücktritt der vier FDP-Bundesminister werden vier CDU/CSU-Bundesminister mit der Verwaltung der Ressorts beauftragt.
10. November 1966 CDU/CSU-Bundestagsfraktion wählt im dritten Wahlgang *Kurt Georg Kiesinger* zum Kanzlerkandidaten als Nachfolger von Bundeskanzler *Erhard*.
25. November 1966 Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP gelten als gescheitert, da eine Einigung über Steuererhöhungen nicht erzielt werden kann.
26. November 1966 Eine Verhandlungskommission von CDU/CSU und SPD einigt sich über die Bildung einer gemeinsamen Regierung unter Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger* und Vizekanzler *Willy Brandt*.
30. November 1966 Rücktritt von Bundeskanzler *Ludwig Erhard*
1. Dezember 1966 Wahl von *Kurt Georg Kiesinger* (CDU/CSU) zum neuen Bundeskanzler
Regierung: Große Koalition aus CDU/CSU und SPD
13. Dezember 1966 Abgabe der Regierungserklärung
14. Dezember 1966 Wahl von *Karl Mommer* (SPD) zum Vizepräsidenten des Bundestages als Nachfolger von *Carlo Schmid* (→ Bundesratsminister).

22. Februar 1967 Tod von *Fritz Erler*, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, im Alter von 53 Jahren.
9. März 1967 Konstituierung des vom Bundesinnenminister berufenen „Wissenschaftlichen Beirates für Wahlrechtsfragen“ zur Vorbereitung der in der Regierungserklärung angekündigten Wahlrechtsreform (relatives Mehrheitswahlrecht).
14. März 1967 Wahl von *Helmut Schmidt* zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion als Nachfolger von *Fritz Erler*.
15. März 1967 Verabschiedung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre.
16. März 1967 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Schützenpanzer HS 30)
12. April 1967 Dem Bundeskanzler und den Ressortministern für Auswärtiges, Inneres, Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Verteidigung, Verkehr und Post werden je ein Parlamentarischer Staatssekretär zur Seite gestellt.
19. April 1967 Tod von Bundeskanzler a. D. *Konrad Adenauer* im Alter von 91 Jahren.
1. Mai 1967 Tod von Bundestagsvizepräsidentin *Maria Probst* (CSU) im Alter von 64 Jahren.
11. Mai 1967 Wahl von *Richard Jaeger* (CSU) zum Bundestagsvizepräsidenten als Nachfolger von *Maria Probst*.
28. Juni 1967 Verabschiedung des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz)
21. Juli 1967 Tod von Bundestagsvizepräsident *Thomas Dehler* (FDP) im Alter von 69 Jahren.
3. August 1967 Tod des ehemaligen Präsidenten des Deutschen Reichstages und Alterspräsidenten des 1. Deutschen Bundestages *Paul Löbe* (SPD) im Alter von 91 Jahren.
8. September 1967 Wahl von *Walter Scheel* (FDP) zum Vizepräsidenten des Bundestages als Nachfolger von *Thomas Dehler*.
9. November 1967 Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zur Frage einer Notstandsverfassung.
3. Dezember 1967 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Erstattung der Wahlkampfkosten gemäß Parteiengesetz: Zur Erstattung reicht ein Stimmenanteil von 0,5% (anstatt 2,5%) aus.
16. Dezember 1967 Beirat für Wahlrechtsfragen empfiehlt Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts.
27. März 1968 Verabschiedung des Diätengesetzes 1968 (enthält u. a. die Einführung der „Abgeordnetenpension“).
2. April 1968 Rücktritt von Bundesinnenminister *Paul Lücke* (CDU/CSU) wegen Verschiebung der – von der Großen Koalition geplanten – Wahlrechtsreform seitens der SPD; Nachfolger: *Ernst Benda* (CDU/CSU).

30. April 1968 Sondersitzung wegen der Studentenunruhen nach dem Attentat auf *Rudi Dutschke*
10. Mai 1968 Richtfest am Neuen Hochhaus (Bezug ab Februar 1969)
30. Mai 1968 Verabschiedung umfangreicher Änderungen des Grundgesetzes zur Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Notstandsgesetze (u. a. Einrichtung eines Gemeinsamen Ausschusses als Ersatzparlament für den Fall der Behinderung oder Beschlußunfähigkeit des Bundestages im Verteidigungsfall).
2. Oktober 1968 Rücktritt des Bundesfamilienministers *Bruno Heck* (CDU-Geschäftsführer) und des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit *Hans-Jürgen Wischnewski* (SPD-Bundesgeschäftsführer) zwecks Vorbereitung des Wahlkampfes; Nachfolger: *Aenne Brauksiepe* (CDU) bzw. *Erhard Eppeler* (SPD).
14. Oktober 1968 Bundespräsident *Heinrich Lübke* kündigt seinen vorzeitigen Rücktritt zum 30. Juni 1969 an.
23. Oktober 1968 Verabschiedung zweier Änderungen des Grundgesetzes zur Verlängerung der Stellungnahme- und Einspruchsfrist des Bundesrates.
27. Oktober 1968 Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der ersten Neukonstituierung einer kommunistischen Partei nach dem KPD-Verbot von 1956.
13. November 1968 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Nachrichtendienste)
11. Dezember 1968 Verabschiedung umfangreicher Änderungen des Grundgesetzes (u. a. Reform der Finanzverfassung, Einrichtung der „Gemeinschaftsaufgaben“).
31. Januar 1969 Amtsniederlegung von Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* (CDU) nach öffentlichen Auseinandersetzungen über die Inanspruchnahme von ihm rechtlich zustehenden Wiedergutmachungsleistungen.
5. Februar 1969 Wahl von *Kai-Uwe von Hassel* (CDU) zum Bundestagspräsidenten (bisher Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte).
7. Februar 1969 Ernennung von *Heinrich Windelen* (CDU/CSU) zum Vertriebenenminister als Nachfolger von *Kai-Uwe von Hassel*.
26. Februar 1969 Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, *Richard M. Nixon*, vor dem Bundestag.
5. März 1969 Bundesversammlung wählt *Gustav W. Heinemann* zum Bundespräsidenten (bisher Bundesjustizminister).
26. März 1969 Ernennung von *Horst Ehmke* zum Bundesjustizminister als Nachfolger von *Gustav W. Heinemann*.
27. März 1969 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Bannmeilengesetzes (u. a. Verkleinerung des Bannkreises für das Bundeshaus).
27. März 1969 Änderung der Geschäftsordnung (u. a. Erhöhung der Mindestmitgliederzahl einer Fraktion: bisher 15, nunmehr 5% = 26 Abgeordnete).

1. April 1969 Abgeordnete erhalten die Möglichkeit, einen Mitarbeiter einzustellen.
24. April 1969 Die vier im Bundestag vertretenen Parteien schließen ein Wahlkampfabkommen ab.
13. Mai 1969 Fraktionswechsel von *Reinhold Rehs*, Präsident des Bundes der Vertriebenen, von der SPD zur CDU/CSU.
13. Juni 1969 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes (Änderung der Wahlkampfkosten-Erstattung).
18. Juni und 2. Juli 1969 Verabschiedung umfangreicher Änderungen der Geschäftsordnung des Bundestages (Inkrafttreten am 1. Oktober 1969).
2. Juli 1969 Verabschiedung einer Änderung des Grundgesetzes zur Neufassung von Artikel 29 (Neugliederung des Bundesgebietes).
3. Juli 1969 Erstmalige Wahl der Mitglieder des Bundestages für den als Notstandsparlament vorgesehenen Gemeinsamen Ausschuß.
3. Juli 1969 Letzte Sitzung des 5. Bundestages
28. September 1969 Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1965 erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 39,3% auf 42,7%); weiterer starker Stimmenverlust bei der FDP (von 9,5% auf 5,8%) und leichter Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 47,6% auf 46,1%), die damit stärkste Fraktion bleibt.
19. Oktober 1969 Ende der 5. Wahlperiode

6. Wahlperiode (1969–1972)

20. Oktober 1969 Eröffnungssitzung des 6. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *William Borm*
Wiederwahl von *Kai-Uwe von Hassel* (CDU/CSU) zum Bundestagspräsidenten
21. Oktober 1969 Wahl von *Willy Brandt* (SPD) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus SPD und FDP
28. Oktober 1969 Wahl der Vizepräsidenten:
Carlo Schmid (SPD)
Richard Jaeger (CSU)
Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD)
Liselotte Funcke (FDP)
28. Oktober 1969 Abgabe der Regierungserklärung
11. März 1970 Wahl von *Fritz-Rudolf Schultz* zum neuen Wehrbeauftragten des Bundestages.
18. März 1970 Erstmalige Einsetzung einer Enquete-Kommission: Enquete-Kommission für auswärtige Kulturpolitik.

18. Juni 1970 Verabschiedung von Änderungen des Grundgesetzes (u. a. Herabsetzung des Wahlalters).
15. September 1970 Erstmaliges Erscheinen der Parlamentskorrespondenz „heute im bundestag“ (hib) des Presse- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages.
17. September 1970 Erstmalige Konstituierung des Gemeinsamen Ausschusses von Bundestag und Bundesrat („Notparlament“), den die Bundesregierung über ihre Pläne für den Verteidigungsfall zu unterrichten hat.
8. Oktober 1970 Einsetzung der Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform
9. Oktober 1970 Fraktionswechsel von *Erich Mende*, *Heinz Starke* und *Siegfried Zoglmann* von der FDP zur CDU/CSU.
- November 1970 Der „Fall Geldner“ – der Scheinübertritt des FDP-Abgeordneten *Karl Geldner* zur CSU als Folge eines angeblichen Beratervertrages – löst zahlreiche Überlegungen aus, die von der Bekanntgabe von Beraterverträgen bis zur Schaffung einer „Ehrenordnung“ oder eines „Ehrenrates“ reichen.
13. Mai 1971 Rücktritt von Bundesfinanzminister *Alex Möller* (SPD) wegen der Haushaltslage; Nachfolger: Bundeswirtschaftsminister *Karl Schiller* (SPD) durch zusätzliche Übernahme des Finanzressorts.
1. Oktober 1971 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Paninternational)
14. Oktober 1971 Fraktionsaustritt von *Klaus-Peter Schulz* aus SPD, später Eintritt in CDU/CSU-Fraktion.
20. Oktober 1971 Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel* unterbricht die Haushaltsberatung für die Mitteilung, daß die Nobelpreiskommission des norwegischen Parlaments Bundeskanzler *Willy Brandt* den Friedensnobelpreis zugesprochen hat.
29. Februar 1972 Fraktionsaustritt von *Herbert Hupka* aus SPD, später Eintritt in CDU/CSU-Fraktion.
2. März 1972 Fraktionsaustritt von *Franz Seume* aus SPD, später Eintritt in CDU/CSU-Fraktion als Gast.
15. März 1972 Rücktritt von Bundeswissenschaftsminister *Hans Leussink* (parteilos); Nachfolger: *Klaus von Dohnanyi* (SPD).
6. April 1972 Tod von Altbundespräsident *Heinrich Lübke* im Alter von 77 Jahren.
23. April 1972 Fraktionsaustritt von *Wilhelm Helms* aus FDP, später Eintritt in CDU/CSU-Fraktion.
24. April 1972 CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschließt, Antrag nach Artikel 67 GG (konstruktives Mißtrauensvotum) zu stellen, indem sie vorschlägt, *Rainer Barzel* zum Bundeskanzler zu wählen.
27. April 1972 Ablehnung des Antrages der CDU/CSU gemäß Artikel 67 GG (konstruktives Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler *Willy Brandt*).

28. April 1972 Ablehnung des Etats des Bundeskanzlers (Einzelplan 04) mit 247 : 247 Stimmen; Patt-Situation; Unterbrechung der Haushaltsberatungen auf unbestimmte Zeit.
4. Mai 1972 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages (u. a. Anrechnung von Landtags- und Bundestagszeiten zur Erfüllung eines Versorgungsanspruchs in der Alters- und Hinterbliebenenversorgung).
17. Mai 1972 Verabschiedung der Ostverträge (Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen).
17. Mai 1972 Fraktionsausschluß von *Günther Müller* aus der SPD, später Eintritt in CDU/CSU-Fraktion.
- 18./19. Mai 1972 Koalitionspolitiker schlagen Neuwahlen vor, Opposition fordert Rücktritt des Bundeskanzlers.
9. Juni 1972 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (u. a. Herabsetzung des Wahlalters).
2. Juli 1972 Rücktritt von Bundeswirtschafts- und Finanzminister *Karl Schiller* (SPD); Nachfolger: *Helmut Schmidt* (SPD), bisher Bundesverteidigungsminister. Verteidigungsminister wird *Georg Leber* (SPD), dessen bisheriges Ressort Verkehr und Post zusätzlich von Städtebauminister *Lauritz Lauritzen* (SPD) übernommen wird.
20. September 1972 Bundeskanzler *Willy Brandt* stellt die Vertrauensfrage gemäß Artikel 68 GG, um in die Lage versetzt zu werden, dem Bundespräsidenten die Auflösung des 6. Deutschen Bundestages und die Ansetzung von Neuwahlen vorzuschlagen.
21. September 1972 Beschluß von „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages“ und von Vorschriften über die „Registrierung von Verbänden und deren Vertreter“ als Anlage zur GO BT (Inkrafttreten am 1. November 1972).
22. September 1972 Antrag von Bundeskanzler *Willy Brandt*, ihm das Vertrauen auszusprechen, findet erwartungsgemäß nicht die erforderliche Mehrheit.
Auflösung des Bundestages durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers.
Ende der 6. Wahlperiode
30. Oktober 1972 Sitzung des Ständigen Ausschusses nach Artikel 45 GG, der die Rechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung zwischen zwei Wahlperioden zu wahren hat.
19. November 1972 Wahlen zum 7. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1969 erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 42,7% auf 45,8%), die damit erstmals stärkste Fraktion wird, und Stimmengewinn bei der FDP (von 5,8% auf 8,4%); Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 46,1% auf 44,9%).

7. Wahlperiode (1972–1976)

13. Dezember 1972 Eröffnungssitzung des 7. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Ludwig Erhard*
Wahl von *Annemarie Renger* (SPD) zur Bundestagspräsidentin
Wahl der Vizepräsidenten:
Kai-Uwe von Hassel (CDU)
Richard Jaeger (CSU)
Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD)
Liselotte Funcke (FDP)
14. Dezember 1972 Wiederwahl von *Willy Brandt* (SPD) zum Bundeskanzler (bis 6. Mai 1974)
Regierung: Koalition aus SPD und FDP
15. Dezember 1972 Abgabe der Regierungserklärung
u. 18. Januar 1973
22. Februar 1973 Wiedereinsetzung der Enquete-Kommissionen „Auswärtige Kulturpolitik“ und „Verfassungsreform“.
14. März 1973 Erstmalige Durchführung einer sogenannten „Kabinett-Information“
9. Mai 1973 Rücktritt des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden *Rainer Barzel* wegen der beabsichtigten Ablehnung des Beitritts zu den Vereinten Nationen durch die CDU/CSU-Fraktion.
17. Mai 1973 Wahl von *Karl Carstens* zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Nachfolger von *Rainer Barzel*.
15. Juni 1973 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (*Steiner/Wienand*)
30. Juni 1973 Offizielle Übergabe des fertiggestellten Reichstagsgebäudes in Berlin an den Deutschen Bundestag.
8. November 1973 Einsetzung der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“
25. April 1974 Die Bundesanwaltschaft gibt bekannt, daß ein enger Mitarbeiter von Bundeskanzler *Brandt* im Bundeskanzleramt, *Günter Guillaume*, unter dem Verdacht der Spionage für die DDR festgenommen worden ist.
6. Mai 1974 Rücktritt von Bundeskanzler *Willy Brandt* (SPD)
15. Mai 1974 Bundesversammlung wählt *Walter Scheel* zum neuen Bundespräsidenten (bisher Bundesaußenminister).
16. Mai 1974 Wahl von *Helmut Schmidt* (SPD) zum Bundeskanzler als Nachfolger von *Willy Brandt*.
17. Mai 1974 Abgabe der Regierungserklärung
22. Mai 1974 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes (Erhöhung der Wahlkampfkosten-Erstattung).
6. Juni 1974 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Fall *Guillaume*)

20. Juni 1974 Verabschiedung eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre.
8. Juli 1974 Rücktritt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Erhard Eppler* (SPD), wegen nicht bewilligter Ressortforderungen für das Haushaltsjahr 1975; Nachfolger: *Egon Bahr* (SPD).
27. Februar 1975 Verabschiedung einer Grundgesetz-Änderung zur Erweiterung der Befugnisse des Petitionsausschusses und eines entsprechenden Befugnis-Gesetzes.
19. März 1975 Wahl von *Karl Wilhelm Berkhan* zum neuen Wehrbeauftragten des Bundestages.
11. September 1975 Der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Bonn verpflichten sich zu einer engen Zusammenarbeit beim weiteren Ausbau Bonns als Bundeshauptstadt.
5. November 1975 Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Steuerfreiheit der Grunddiäten von Abgeordneten sowie die Regelung für Beamte und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes, denen neben Diäten Ruhegeld gezahlt wird, für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz.
24. Juni 1976 Verabschiedung eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Diätengesetzes 1968 (Nichtanhebung der Diäten im Kalenderjahr 1976).
1. Juli 1976 Verabschiedung von Änderungen des Grundgesetzes (u. a. Artikel 29 Neugliederung des Bundesgebietes und Artikel 39 Dauer der Wahlperiode).
7. Juli 1976 Tod von Altbundespräsident *Gustav W. Heinemann* im Alter von 76 Jahren.
- 9./10. Juli 1976 Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten in Bonn
3. Oktober 1976 Wahlen zum 8. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1972 Stimmengewinn bei der CDU/CSU (von 44,9% auf 48,6%), die damit nach Unterbrechung wieder stärkste Fraktion wird; Stimmenverluste sowohl bei der SPD (von 45,8% auf 42,6%) als auch bei der FDP (von 8,4% auf 7,9%).
19. November 1976 Die CSU-Landesgruppe kündigt auf einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth (Oberbayern) in geheimer Abstimmung mit 30 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag auf und beschließt, sich in der 8. Wahlperiode als selbständige Fraktion zu konstituieren.
2. Dezember 1976 Enquete-Kommission Verfassungsreform übergibt ihren Schlußbericht.
8. Dezember 1976 Letzte Sitzung des 7. Bundestages; Verabschiedung des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (u. a. Versteuerung der Abgeordnetendiäten).
12. Dezember 1976 Die Verhandlungskommissionen von CDU und CSU vereinbaren, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU auf der Grundlage neuer Vereinbarungen fortzuführen.
13. Dezember 1976 Ende der 7. Wahlperiode

8. Wahlperiode (1976–80)

14. Dezember 1976 Eröffnungssitzung des 8. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Ludwig Erhard*.
Wahl von *Karl Carstens* (CDU) zum Bundestagspräsidenten (bis 31. Mai 1979)
Wahl der Vizepräsidenten:
Annemarie Renger (SPD)
Richard Stücklen (CSU) (bis 31. Mai 1979)
Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) (bis † 2. August 1979)
Liselotte Funcke (FDP) (bis 23. November 1979)
15. Dezember 1976 Wiederwahl von *Helmut Schmidt* (SPD) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus SPD und FDP
16. Dezember 1976 Abgabe der Regierungserklärung
5. Mai 1977 Tod von Bundeskanzler a. D. *Ludwig Erhard*, Alterspräsident des 8. Bundestages, im Alter von 80 Jahren.
5. Mai 1977 Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“
16. Juni 1977 Verabschiedung eines Gesetzes zu dem Beschluß und Akt des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung.
7. Oktober 1977 Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister *Hans Friderichs* (FDP), der anstelle des von Terroristen ermordeten *Jürgen Ponto* Vorstandssprecher der Dresdner Bank wird; Nachfolger: *Otto Graf Lambsdorff* (FDP).
14. Dezember 1977 Erste Sitzung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß im Spionagefall *Lutze/Wiegel*.
26. Januar 1978 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Abhörvorfall *Strauß*)
- 2.–16. Februar 1978 Kabinettsumbildung; aus dem Kabinett scheiden aus *Georg Leber* (Verteidigungsminister), *Karl Ravens* (Minister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau), *Helmut Rohde* (Minister für Bildung und Wissenschaft) und *Marie Schlei* (Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit), alle SPD.
Nachfolger von *Georg Leber* wird *Hans Apel* (bisher Finanzminister), neuer Finanzminister wird der bisherige Forschungsminister *Hans Matthöfer*; die Nachfolge von *Hans Matthöfer* tritt *Volker Hauff* an; *Jürgen Schmude* wird Minister für Bildung und Wissenschaft als Nachfolger von *Helmut Rohde*; Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird *Rainer Offergeld* als Nachfolger von *Marie Schlei*. Die Nachfolge von *Karl Ravens* tritt *Dieter Haack* an.
9. März 1978 Verabschiedung eines Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes; erstmalige Einsetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission am 13. April 1981.
16. März 1978 Verabschiedung eines Gesetzes über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz).

8. Juni 1978 Rücktritt von Bundesinnenminister *Werner Maihofer* (FDP) wegen Fahndungsspannen bei der Entführung des BDI- und BDA-Präsidenten *Hanns Martin Schleyer* sowie wegen des umstrittenen „Lauschangriffs“ gegen den Atomwissenschaftler *Klaus Traube*; Nachfolger: *Gerhart Rudolf Baum* (FDP).
11. Juli 1978 Fraktionsaustritt von *Herbert Gruhl* aus der CDU/CSU; Gründung der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ) durch *Gruhl* am 13. Juli 1978.
5. bis 13. September 1978 65. Interparlamentarische Konferenz der IPU in Bonn
29. März 1979 Verabschiedung eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europaabgeordnetengesetz).
29. März 1979 Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“
23. Mai 1979 Bundesversammlung wählt *Karl Carstens* zum neuen Bundespräsidenten (bisher Bundestagspräsident).
31. Mai 1979 Amtsniederlegung von Bundestagspräsident *Karl Carstens* (CDU); Wahl von *Richard Stücklen* (CSU) zum Bundestagspräsidenten (bisher Bundesratspräsident).
7. bis 10. Juni 1979 Erstmalsige Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments
21. Juni 1979 Wahl von *Richard von Weizsäcker* (CDU) zum Bundestagsvizepräsidenten als Nachfolger von *Richard Stücklen* (CSU).
2. Juli 1979 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion votiert dafür, daß der bayerische Ministerpräsident *Franz Josef Strauß* (und nicht der niedersächsische Ministerpräsident *Ernst Albrecht*) Kanzlerkandidat der Unionsparteien im Bundestagswahlkampf 1980 wird.
2. August 1979 Tod von Bundestagsvizepräsident *Hermann Schmitt-Vockenhausen* (SPD) im Alter von 56 Jahren.
12. September 1979 Wahl von *Georg Leber* (SPD) zum Bundestagsvizepräsidenten als Nachfolger von *Hermann Schmitt-Vockenhausen*.
23. November 1979 Mandatsverzicht und Amtsniederlegung von Bundestagsvizepräsident *Liselotte Funcke* (FDP) wegen ihrer Berufung zum Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Nordrhein-Westfalen.
28. November 1979 Wahl von *Richard Wurbs* (FDP) zum Vizepräsidenten als Nachfolger von *Liselotte Funcke*.
11. Dezember 1979 Tod von *Carlo Schmid* (SPD), langjähriger Vizepräsident des Deutschen Bundestages, im Alter von 84 Jahren.
- 12./13. Januar 1980 Gründungskongreß der „Grünen“ in Karlsruhe
17. Januar 1980 Wiederwahl von *Karl Wilhelm Berkhan* zum Wehrbeauftragten des Bundestages.

8. März 1980 Die vor 10 Jahren in Berlin (West) gegründete „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) beschließt ihre Auflösung.
19. März 1980 Die vier im Bundestag vertretenen Parteien (CDU, CSU, SPD und FDP) unterzeichnen ein Wahlkampfabkommen, das für die Bundestagswahl zu Fairneß und Sparsamkeit verpflichtet. Unter Vorsitz des evangelischen Bischofs *Hermann Kunst* soll eine Schiedskommission die Einhaltung des Abkommens überwachen.
25. Juni 1980 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes.
25. Juni 1980 Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung des Bundestages
4. Juli 1980 Letzte Plenarsitzung der 8. Wahlperiode
5. Oktober 1980 Wahlen zum 9. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1976 starker Stimmengewinn bei der FDP (von 7,9% auf 10,6%) und geringer Stimmengewinn bei der SPD (von 42,6% auf 42,9%); Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 48,6% auf 44,5%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt.
4. November 1980 Mit Konstituierung des 9. Deutschen Bundestages Ablauf der 8. Wahlperiode.

9. Wahlperiode (1980–83)

4. November 1980 Eröffnungssitzung des 9. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Herbert Wehner*.
Wiederwahl von *Richard Stücklen* (CDU/CSU) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
Annemarie Renger (SPD)
Richard von Weizsäcker (CDU/CSU) (bis 21. März 1981)
Georg Leber (SPD)
Richard Wurbs (FDP)
5. November 1980 Wiederwahl von *Helmut Schmidt* (SPD) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus SPD und FDP
24. November 1980 Abgabe der Regierungserklärung
22. Januar 1981 Rücktritt von Bundesjustizminister *Hans-Jochen Vogel* wegen seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin; neuer Justizminister wird der bisherige Bildungsminister *Jürgen Schmude* (SPD), dem *Björn Engholm* (SPD) nachfolgt.
18. Februar 1981 Der Verteidigungsausschuß konstituiert sich als Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Finanzierungsprobleme beim Waffensystem „Tornado“.
21. März 1981 Amtsniederlegung von Bundestagsvizepräsident *Richard von Weizsäcker* (CDU) wegen seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der Berliner CDU.
2. April 1981 Wahl von *Heinrich Windelen* (CDU) zum Bundestagsvizepräsidenten als Nachfolger von *Richard von Weizsäcker* (CDU).

9. April 1981 Einsetzung der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“.
26. Mai 1981 Einsetzung der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ und Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“.
26. Juni 1981 Mandatsniederlegung von Staatsminister *Klaus von Dohnanyi* (SPD) wegen seiner Wahl zum Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.
9. Oktober 1981 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum „Fall *Rauschenbach*“
14. Dezember 1981 Ausschluß von *Karl-Heinz Hansen* aus der SPD-Fraktion als Folge seines Partei-Ausschlusses.
27. Januar 1982 Fraktionsaustritt von *Manfred Coppik* aus der SPD
3. Februar 1982 Bundeskanzler *Helmut Schmidt* stellt überraschend die Vertrauensfrage gemäß Artikel 68 GG.
5. Februar 1982 Der Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, findet mit 269 gegen 224 Stimmen die Zustimmung des Bundestages.
4. März 1982 Bundespräsident *Karl Carstens* beruft eine unabhängige Sachverständigen-Kommission mit dem Auftrag, Vorschläge für eine künftige Regelung der mit der Parteienfinanzierung zusammenhängenden Fragen zu erarbeiten. Der Kommission gehören fünf Mitglieder an.
12. März 1982 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages.
28. April 1982 Kabinettsumbildung; aus dem Kabinett scheiden aus *Antje Huber* (Rücktrittserklärung am 7. 4. 1982), *Herbert Ehrenberg* und *Kurt Gscheidle* (alle SPD); in das Kabinett treten ein *Manfred Lahnstein* (Finanzen), *Heinz Westphal* (Arbeit und Sozialordnung) und *Anke Fuchs* (Jugend, Familie und Gesundheit); *Hans Matthöfer* übernimmt das Ressort Post- und Fernmeldewesen.
9. Juni 1982 Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten, *Ronald Reagan*, vor dem Bundestag.
9. September 1982 Innerhalb der Regierungserklärung zur Lage der Nation steht die Frage nach der Zukunft der sozialliberalen Koalition im Vordergrund. Bundeskanzler *Helmut Schmidt* fordert die Opposition zum konstruktiven Mißtrauensvotum auf, Oppositionsführer *Helmut Kohl* fordert den Rücktritt des Kanzlers.
17. September 1982 Bruch der Regierungskoalition aus SPD und FDP; Rücktritt der vier FDP-Bundesminister *Hans-Dietrich Genscher*, *Otto Graf Lambsdorff*, *Gerhart Rudolf Baum* und *Josef Ertl*; Übernahme der vier Ressorts durch Bundeskanzler *Helmut Schmidt* (Auswärtiges), *Manfred Lahnstein* (Wirtschaft), *Jürgen Schmude* (Inneres) und *Björn Engholm* (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

20. September 1982 Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP; Einigung, Bundeskanzler *Helmut Schmidt* am 1. Oktober durch ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, *Helmut Kohl* zum Kanzler zu wählen und Neuwahlen für den 6. März 1983 anzustreben.
28. September 1982 Die Verhandlungspartner von CDU, CSU und FDP einigen sich auf ein gemeinsames Sachprogramm für eine Regierungskoalition; Einbringung des Antrags nach Artikel 67 GG (konstruktives Mißtrauensvotum).
1. Oktober 1982 Annahme des Antrags nach Artikel 67 GG mit 256 zu 235 Stimmen bei vier Enthaltungen; damit Wahl von *Helmut Kohl* (CDU) zum Bundeskanzler und Entlassung von Bundeskanzler *Helmut Schmidt*.
Neue Regierung: Koalition aus CDU/CSU und FDP
13. Oktober 1982 Abgabe der Regierungserklärung
13. Dezember 1982 Bundeskanzler *Helmut Kohl* stellt den Antrag gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes (Vertrauensfrage) mit der Absicht, eine Voraussetzung zur Parlamentsauflösung und zu den für den 6. März 1983 angestrebten Neuwahlen zu schaffen.
17. Dezember 1982 In der namentlichen Abstimmung über die Vertrauensfrage wird dem Bundeskanzler erwartungsgemäß das Vertrauen verweigert. Bundeskanzler *Helmut Kohl* schlägt dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestages vor.
6. Januar 1983 Bundespräsident *Karl Carstens* ordnet die Auflösung des Bundestages an. Die Anordnung tritt am 7. Januar in Kraft. In einer zweiten Anordnung setzt der Bundespräsident Neuwahlen für den 6. März 1983 an.
12. Januar 1983 Das Bundesverfassungsgericht weist eine Verfassungsbeschwerde und einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Anordnung des Bundespräsidenten über die Auflösung des Bundestages und über die Bundestagswahl am 6. März 1983 ab.
20. Januar 1983 Letzte Plenarsitzung der 9. Wahlperiode.
Anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages spricht der französische Staatspräsident *François Mitterrand* vor dem Plenum des Bundestages.
16. Februar 1983 Das Bundesverfassungsgericht weist die Organklage von vier Bundestagsabgeordneten gegen die Anordnungen des Bundespräsidenten über die Auflösung des Bundestages und über die Bestimmung des 6. März 1983 als Tag der Wahl zum 10. Bundestag zurück. Damit ist der Weg für Neuwahlen am 6. März 1983 frei.
6. März 1983 Wahlen zum 10. Deutschen Bundestag.
Gegenüber 1980 Stimmengewinne bei der CDU/CSU (von 44,5% auf 48,8%), die damit stärkste Fraktion bleibt, und bei den GRÜNEN (von 1,5% auf 5,6%), die damit als vierte Fraktion erstmals in den Bundestag einziehen; starke Stimmenverluste bei der SPD (von 42,9% auf 38,2%) und bei der FDP (von 10,6% auf 7,0%).
29. März 1983 Mit Konstituierung des 10. Deutschen Bundestages Ablauf der 9. Wahlperiode.

10. Wahlperiode (1983–87)

29. März 1983 Eröffnungssitzung des 10. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Willy Brandt*
Wahl von *Rainer Barzel* (CDU/CSU) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
Annemarie Renger (SPD)
Richard Stücklen (CDU/CSU)
Richard Wurbs (FDP) (bis 13. Dezember 1984)
Heinz Westphal (SPD)
Ablehnung des Antrages der Fraktion der GRÜNEN, einen Vizepräsidenten zu stellen.
Wiederwahl von *Helmut Kohl* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus CDU/CSU und FDP
18. April 1983 Die vom Bundespräsidenten am 4. März 1982 eingesetzte Sachverständigenkommission zur Finanzierung der Parteien legt in Bonn ihr Gutachten vor.
4. Mai 1983 Abgabe der Regierungserklärung
19. Mai 1983 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der *Flick*-Parteispenden-Affäre.
16. Juni 1983 Einsetzung einer „Europa-Kommission“ des Deutschen Bundestages, bestehend aus elf Mitgliedern des Bundestages und elf Mitgliedern des Europäischen Parlaments.
8. Juli 1983 Partei- und Fraktionsaustritt des CSU-Abgeordneten *Franz Handlos*.
28. Oktober 1983 Partei- und Fraktionsaustritt des CSU-Abgeordneten *Ekkehard Voigt*.
25. November 1983 Erstmals seit 1977 Verabschiedung einer Änderung des Abgeordnetengesetzes, wonach die Entschädigung für Abgeordnete des Bundestages und des Europäischen Parlaments von zur Zeit 7500 DM auf 7820 DM und die Kostenpauschale von 4500 DM auf 4700 DM rückwirkend zum 1. Juli 1983 angehoben werden.
26. November 1983 Gründung der Partei „Die Republikaner“ in München. Zum Vorsitzenden wird der Abgeordnete *Franz Handlos* (früher CSU) gewählt.
1. Dezember 1983 Verabschiedung des 35. Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes, wodurch Parteien nicht nur über die Herkunft ihrer Mittel, sondern auch über deren Verwendung sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft ablegen müssen, sowie Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes (dadurch Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale, Erweiterung der Steuerbefreiung für Spenden, Verschärfung der Bestimmungen bei der Annahme von Großspenden über 20 000 DM).
20. Januar 1984 Konstituierung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß zur Klärung der vorzeitigen Entlassung von General *Günter Kießling* durch Bundesverteidigungsminister *Manfred Wörner*.

9. Februar 1984 Fraktionsaustritt des Abgeordneten *Gert Bastian* aus der Fraktion der GRÜNEN.
23. Februar 1984 Einrichtung eines Sondergremiums von fünf Abgeordneten zur Haushaltskontrolle der Geheimdienste.
23. Mai 1984 Die Bundesversammlung wählt *Richard von Weizsäcker* zum neuen Bundespräsidenten als Nachfolger von *Karl Carstens*.
17. Juni 1984 Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland.
27. Juni 1984 Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister *Otto Graf Lambsdorff* im Zusammenhang mit der *Flick*-Spenden-Affäre; Ernennung von *Martin Bange* zu seinem Nachfolger.
29. Juni 1984 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“.
17. Juli 1984 Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet die Bundesregierung, dem Untersuchungsausschuß zur *Flick*-Spenden-Affäre sämtliche angeforderten Akten vollständig zur Verfügung zu stellen.
31. Juli 1984 Sondersitzung des Bundestages wegen der Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus.
20. September 1984 Debatte des Bundestages über das Selbstverständnis der Abgeordneten und die Arbeitsweise des Parlaments; Einsetzung einer „Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform“.
18. Oktober 1984 Während der Aussprache über eine Regierungserklärung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* Sitzungsausschluß von zwei Abgeordneten der GRÜNEN.
25. Oktober 1984 Bundestagspräsident *Rainer Barzel* (CDU/CSU) stellt sein Amt zur Verfügung, nachdem er am Vortage von dem *Flick*-Untersuchungsausschuß wegen des Vorwurfs vernommen worden war, über ein Frankfurter Anwaltsbüro Geld vom *Flick*-Konzern erhalten zu haben.
5. November 1984 Wahl von *Philipp Jenninger* (CDU/CSU), bisher Staatsminister im Bundeskanzleramt, zum neuen Bundestagspräsidenten als Nachfolger von *Rainer Barzel*.
15. November 1984 Ernennung von *Wolfgang Schäuble*, bisher 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.
13. Dezember 1984 Mandatsniederlegung von Bundestagsvizepräsident *Richard Wurbs* (FDP) aus persönlichen Gründen.
14. Dezember 1984 Wahl von *Dieter-Julius Cronenberg* (FDP) zum Bundestagsvizepräsidenten als Nachfolger von *Richard Wurbs*.
24. Januar 1985 Wahl eines Bundestags-Gremiums zur Kontrolle der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste.

7. Februar 1985 Verabschiedung des Siebten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes, das Deutschen im Ausland unter bestimmten Bedingungen das aktive Wahlrecht einräumt.
16. Februar 1985 Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) beschließt seine Auflösung.
23. Februar 1985 Der FDP-Bundesparteitag in Saarbrücken wählt Bundeswirtschaftsminister *Martin Bangemann* zum neuen Parteivorsitzenden als Nachfolger von *Hans-Dietrich Genscher*.
14. März 1985 Wahl von *Willi Weiskirch* zum neuen Wehrbeauftragten als Nachfolger von *Karl Wilhelm Berkhan*.
Einsetzung einer Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“.
16. März 1985 Spaltung der von ehemaligen CSU-Mitgliedern gegründeten Partei „Die Republikaner“.
26. Juni 1985 Verabschiedung eines Gesetzes über den Bundesrechnungshof, das u. a. die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes durch Bundestag und Bundesrat einführt.
11. September 1985 Erprobung einer „Kabinettsberichterstattung“ unmittelbar im Anschluß an eine Kabinettsitzung; nach zwei weiteren Erprobungen am 25. September sowie 2. Oktober wird der Versuch nicht fortgesetzt.
26. September 1985 Ernennung von Prof. *Rita Süßmuth* zur Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit als Nachfolgerin von *Heiner Geißler*.
3. Oktober 1985 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der aktuellen Vorgänge im Bereich der Spionageabwehr.
27. November 1985 Wahl von *Heinz Günther Zavelberg* zum neuen Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Nachfolger von *Karl Witrock*.
14. Januar 1986 Das Bundesverfassungsgericht erklärt den Ausschluß der Fraktion der GRÜNEN von dem Bundestagsgremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste für verfassungskonform.
30. Januar 1986 Dreistündige Debatte über den Bericht der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform.
13. März 1986 Tod des früheren Bundestagspräsidenten *Eugen Gerstenmaier* (CDU) im Alter von 79 Jahren.
18. März 1986 Wiedereintritt des zeitweise fraktionslosen Abgeordneten *Gert Bastian* in die Fraktion der GRÜNEN.
3. Juni 1986 Einrichtung eines Umweltministeriums; Ernennung von *Walter Wallmann* (CDU) zum neuen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

5. Juni 1986 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Affäre um den Gewerkschaftskonzern „Neue Heimat“.
6. Juni 1986 Einsetzung eines zusätzlichen ständigen Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
9. September 1986 Erste Plenarsitzung im Ersatzplenarsaal im ehemaligen Wasserwerksgebäude.
27. Oktober 1986 Partei- und Fraktionsaustritt des SPD-Abgeordneten *Karl-Arnold Eickmeyer*.
5. November 1986 Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, daß der Neue-Heimat-Untersuchungsausschuß mit bestimmten Einschränkungen Aufsichtsratsprotokolle der Gewerkschaftsholding BGAG einsehen darf.
2. Dezember 1986 Partei- und Fraktionsaustritt des Abgeordneten *Udo Tischer* (DIE GRÜNEN).
10. Dezember 1986 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Lieferung von U-Boot-Plänen nach Südafrika.
Verabschiedung neuer Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bundestages.
11. Dezember 1986 Letzte Plenarsitzung der 10. Wahlperiode.
25. Januar 1987 Wahlen zum 11. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1983 Stimmengewinne bei der FDP (von 7,0% auf 9,1%) und bei den GRÜNEN (von 5,6% auf 8,3%); Stimmenverluste bei der CDU/CSU (von 48,8% auf 44,3%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt, und bei der SPD (von 38,2% auf 37,0%).
18. Februar 1987 Mit Konstituierung des 11. Deutschen Bundestages Ablauf der 10. Wahlperiode.

11. Wahlperiode (1987–90)

18. Februar 1987 Eröffnungssitzung des 11. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Willy Brandt*
Wiederwahl von *Philipp Jenninger* (CDU/CSU) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
Annemarie Renger (SPD)
Richard Stücklen (CDU/CSU)
Heinz Westphal (SPD)
Dieter-Julius Cronenberg (FDP)
Anträge der Fraktion der GRÜNEN und der SPD, die Zahl der Vizepräsidenten auf fünf zu erhöhen, werden abgelehnt.
11. März 1987 Wiederwahl von *Helmut Kohl* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus CDU/CSU und FDP
18. März 1987 Abgabe der Regierungserklärung

23. März 1987 Rücktritt von *Willy Brandt* als Parteivorsitzender der SPD.
2. April 1987 Wiedereinsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der Lieferung von U-Boot-Plänen nach Südafrika.
7. Mai 1987 Ernennung von *Klaus Töpfer* zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als Nachfolger von *Walter Wallmann*.
8. Mai 1987 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“.
4. Juni 1987 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“.
5. Juni 1987 Beschlüsse zu den Neubauplänen des Parlaments: 314 von 361 Abgeordneten stimmen für einen Neubau des Plenarsaals anstelle der sog. „baukonservatorischen Lösung“; eine knappe Mehrheit von 178 Abgeordneten entscheidet sich für eine kreisrunde Anordnung der Sitzplätze anstatt des alten Erscheinungsbildes, für das 174 Abgeordnete stimmen.
14. Juni 1987 Wahl von *Hans-Jochen Vogel* zum Parteivorsitzenden der SPD als Nachfolger von *Willy Brandt*.
- 7.–11. September 1987 Besuch des DDR-Staatschefs und SED-Generalsekretärs *Erich Honecker* in der Bundesrepublik Deutschland.
18. September 1987 Debatte zur Parlamentsreform und zu Anträgen zur Änderung der Geschäftsordnung.
16. Oktober 1987 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“.
5. November 1987 Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission zur Technikfolgenabschätzung unter der neuen Bezeichnung „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“.
9. Dezember 1987 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“.
21. Januar 1988 Einsetzung eines 2. Untersuchungsausschusses zum Thema „Transnuklear/Atomskandal“.
26. Januar 1988 Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN schließt den Abgeordneten *Thomas Wüppesahl* aus der Fraktion aus; *Wüppesahl*, der die Partei bereits im Vorjahr verlassen hatte, bleibt fraktionsloser Abgeordneter.
9. März 1988 Tod des früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und späteren Bundeskanzlers *Kurt Georg Kiesinger* (CDU) im Alter von 83 Jahren.
18. Mai 1988 Ernennung und Vereidigung von *Rupert Scholz* zum neuen Bundesminister für Verteidigung als Nachfolger von *Manfred Wörner*.
21. September 1988 Konstituierung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Vorkommnisse bei den Flugschauen in Ramstein und Nörvenich am 28. August 1988.

3. Oktober 1988 Tod des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden *Franz Josef Strauß* im Alter von 73 Jahren.
12. Oktober 1988 Erstmalige „Befragung der Bundesregierung“ in der laufenden Wahlperiode nach mehreren mißglückten Versuchen in früheren Jahren.
10. November 1988 Im Bundestag Gedenkstunde aus Anlaß der antijüdischen Pogrome vor 50 Jahren; die Ansprache von Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* führt wegen mißverständlicher Passagen zu einem Eklat.
11. November 1988 Rücktritt von Bundestagspräsident *Philipp Jenninger* (CDU) als Konsequenz aus seiner umstrittenen Rede vom Vortag.
25. November 1988 Wahl der bisherigen Bundesfamilienministerin *Rita Süßmuth* zur neuen Bundestagspräsidentin.
9. Dezember 1988 Ernennung und Vereidigung von *Ursula Lehr* (CDU) zur neuen Bundesfamilienministerin als Nachfolgerin von *Rita Süßmuth* und von *Helmut Haussmann* (FDP) zum neuen Bundeswirtschaftsminister als Nachfolger von *Martin Bangemann*.
15. März 1989 Der Petitionsausschuß verabschiedet neue Verfahrensgrundsätze für seine Arbeit.
13. April 1989 Bundeskanzler *Helmut Kohl* gibt nach Rückkehr aus dem Osterurlaub die seit Wochen diskutierte Kabinettsumbildung bekannt (sie wird am 21. April vollzogen): Neu berufen werden *Theodor Waigel* (CSU) zum Finanzminister, *Gerda Hasselfeldt* (CSU) zur Ministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie *Rudolf Seiters* (CDU) zum Kanzleramtsminister. Der bisherige Kanzleramtschef *Wolfgang Schäuble* (CDU) wird Innenminister, der bisherige Finanzminister *Gerhard Stoltenberg* (CDU) Verteidigungsminister, der bisherige Innenminister *Friedrich Zimmermann* (CSU) Verkehrsminister, der bisherige Entwicklungshilfeminister *Hans Klein* (CSU) Sprecher der Bundesregierung im Ministerrang, der bisherige Verkehrsminister *Jürgen Warnke* (CSU) wieder Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aus dem Kabinett scheidet aus: *Rupert Scholz* (Verteidigung) und *Oscar Schneider* (Raumordnung, Bauwesen und Städtebau).
18. April 1989 Das Bundesverfassungsgericht weist eine Klage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die SPD-FDP-Regierung aus dem Jahre 1982 wegen einer Überschreitung der vom Grundgesetz zugelassenen Höhe der Kreditaufnahme im Bundeshaushalt 1981 zurück.
23. Mai 1989 Wiederwahl von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* durch die Bundesversammlung mit 86,2 Prozent der Stimmen.
24. Mai 1989 Staatsakt zum 40jährigen Bestehen des Grundgesetzes in der Bonner Beethovenhalle mit einer Ansprache von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*.
13. Juni 1989 Das Bundesverfassungsgericht spricht aufgrund einer Organklage des aus der Fraktion der GRÜNEN ausgeschlossenen Abgeordneten *Thomas Wüppesahl* den fraktionslosen Abgeordneten ein Antrags- und Rederecht in den Ausschüssen des Bundestages zu.

18. Juni 1989 Dritte Direktwahl zum Europäischen Parlament.
1. Juli 1989 Mit Inkrafttreten der Postreform Umbenennung des zuständigen Ministeriums in „Bundesminister für Post und Telekommunikation“.
12. Juli 1989 Der Seniorenschutzbund „Graue Panther“ kündigt die sechsjährige Zusammenarbeit mit den GRÜNEN auf und gründet „Die Grauen“ als eigene Partei; zur Vorsitzenden wird *Trude Unruh* gewählt, bisher parteilose Abgeordnete in der Bundestagsfraktion der GRÜNEN.
15. August 1989 Tod des ehemaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und späteren Bundesministers *Heinrich Krone* im Alter von 93 Jahren.
7. September 1989 Sitzung aus Anlaß der 40. Wiederkehr der Konstituierung des 1. Deutschen Bundestages mit Ansprachen von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Bundesratspräsident *Björn Engholm*.
13. September 1989 Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN schließt *Trude Unruh* wegen ihrer Wahl zur Bundesvorsitzenden der „Grauen“ aus; sie behält ihr Mandat als fraktionslose Abgeordnete.
26. September 1989 Tod von *Lieselotte Berger*, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler und zuvor langjährige Vorsitzende des Petitionsausschusses, im Alter von 68 Jahren.
18. Oktober 1989 Rücktritt von *Erich Honecker* von sämtlichen Ämtern in Partei und Staat; neuer Generalsekretär des ZK der SED wird *Egon Krenz*.
7. November 1989 Geschlossener Rücktritt der DDR-Regierung unter Führung von Ministerpräsident *Willi Stoph*.
Mandatsniederlegung von *Otto Schily* nach Austritt aus der Partei der GRÜNEN; später Beitritt zur SPD.
9. November 1989 Nach der überraschenden Nachricht von der sofortigen Öffnung der DDR-Grenze wird die laufende Bundestagssitzung kurz unterbrochen; nach einer Regierungserklärung von Kanzleramtsminister *Rudolf Seiters* und einer kurzen Debatte erheben sich die Anwesenden und singen die Nationalhymne.
13. November 1989 *Hans Modrow* neuer DDR-Ministerpräsident als Nachfolger von *Willi Stoph*.
28. November 1989 Während der Haushaltsberatungen legt Bundeskanzler *Helmut Kohl* einen Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der Teilung Deutschlands vor.
13. Dezember 1989 Verabschiedung mehrerer Änderungen der Geschäftsordnung zur Verbesserung der parlamentarischen Arbeit.
31. Dezember 1989 Tod des früheren Bundesministers *Gerhard Schröder* (CDU) im Alter von 79 Jahren.
19. Januar 1990 Tod des langjährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden *Herbert Wehner* im Alter von 83 Jahren.
1. Februar 1990 DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* legt einen Plan für die schrittweise Herbeiführung eines vereinigten Deutschlands vor.

7. Februar 1990 Innerhalb des Bundeskabinetts Bildung eines Ausschusses „Deutsche Einheit“; das Bundeskabinett bietet der DDR die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über eine Währungsunion an.
- 13./14. Februar 1990 DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* zu Gesprächen mit der Bundesregierung in Bonn.
20. Februar 1990 DDR-Volkskammer verabschiedet Wahlgesetz zu den ersten freien Wahlen am 18. März 1990.
18. März 1990 Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR.
5. April 1990 Konstituierende Sitzung der neugewählten Volkskammer der DDR; Wahl von *Sabine Bergmann-Pohl* zur Parlamentspräsidentin; der CDU-Vorsitzende *Lothar de Maizière* wird mit der Regierungsbildung beauftragt.
12. April 1990 Wahl von *Lothar de Maizière* (CDU) zum neuen Ministerpräsidenten der DDR, Bildung einer Koalitionsregierung aus CDU, DSU, DA, SPD und den Liberalen.
14. April 1990 Beginn einer Diskussion um den Termin für die Bundestagswahl 1990 mit dem Ziel, sie mit gesamtdeutschen Wahlen zusammenzulegen.
24. April 1990 Die westlichen Alliierten geben ihre Vorbehalte gegen eine Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten auf.
27. April 1990 *Alfred Biehle* (CSU) wird zum neuen Wehrbeauftragten als Nachfolger von *Willi Weiskirch* gewählt, nachdem ein 1. Wahlgang am 29. März gescheitert war.
30. April 1990 Die Präsidien des Bundestages und der DDR-Volkskammer vereinbaren eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Parlamenten.
10. Mai 1990 Einsetzung eines Ausschusses „Deutsche Einheit“, der den deutsch-deutschen Einigungsprozeß parlamentarisch begleiten soll. Der Ausschuß konstituiert sich am 11. Mai.
18. Mai 1990 Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion durch Bundesfinanzminister *Theodor Waigel* und DDR-Finanzminister *Walter Romberg*.
23. Mai 1990 Verabschiedung einer Änderung des Bundeswahlgesetzes, wodurch die Direktwahl der Berliner Abgeordneten in den Bundestag eingeführt wird.
Erste gemeinsame Tagung der Ausschüsse „Deutsche Einheit“ des Deutschen Bundestages und der DDR-Volkskammer in Bonn.
11. Juni 1990 Die drei Westalliierten geben ihre Vorbehalte gegen das Stimmrecht der Vertreter West-Berlins in Bundestag und Bundesrat auf.
17. Juni 1990 Abgeordnete des Bundestages und der Volkskammer gedenken in Ostberlin zum ersten Mal gemeinsam des Aufstandes vom 17. Juni 1953; Hauptredner ist Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe*.

21. Juni 1990 Der Deutsche Bundestag und die DDR-Volkskammer verabschieden den deutsch-deutschen Staatsvertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie eine übereinstimmende Resolution zur endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.
22. Juli 1990 DDR-Volkskammer verabschiedet ein Ländereinführungsgesetz, womit sich die DDR in einen föderal gegliederten Bundesstaat wandelt.
26. Juli 1990 Die Ausschüsse „Deutsche Einheit“ des Bundestages und der Volkskammer einigen sich auf den 2. Dezember 1990 als Termin für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl und auf ein einheitliches Wahlrecht.
11. August 1990 In Hannover Zusammenschluß der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur ersten gesamtdeutschen Partei.
13. August 1990 Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* setzt den 2. Dezember als Termin für die Wahlen zum nächsten Deutschen Bundestag fest.
22. August 1990 Die DDR-Volkskammer stimmt mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit dem Wahlvertrag für die erste gesamtdeutsche Wahl zu.
23. August 1990 Die DDR-Volkskammer beschließt in einer Sondersitzung den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober.
Regierungserklärung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* zur Beitrittserklärung der DDR-Volkskammer.
Verabschiedung des Gesetzes zu den Verträgen zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl.
31. August 1990 Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Günther Krause* unterzeichnen in Ost-Berlin den deutsch-deutschen Einigungsvertrag, der in 45 Artikeln und auf rund 1 000 Seiten Anlagen Einzelheiten des DDR-Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland regelt.
12. September 1990 In Moskau Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages durch die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sowie der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Mit diesem Vertrag wird den Deutschen in Ost und West die volle Souveränität zurückgegeben.
20. September 1990 Der Deutsche Bundestag und die DDR-Volkskammer billigen mit den erforderlichen Zweidrittel-Mehrheiten den Einigungsvertrag, dem am folgenden Tag auch der Bundesrat zustimmt.
26. September 1990 Die Sozialdemokraten beider Teile Deutschlands beschließen auf getrennten Parteitag in Berlin ihre Vereinigung, die auf einem gemeinsamen Parteitag am 27. September mit einem Manifest besiegelt wird.
Letzte Tagung des Ministerrats der DDR.
28. September 1990 Turbulente letzte Arbeitssitzung der DDR-Volkskammer, in der u. a. der Bericht des Volkskammer-Überprüfungsausschusses zur Stasi-Mitarbeit von Abgeordneten behandelt wird; Wahl von 144 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag.

29. September 1990 Das Bundesverfassungsgericht erklärt die auf das gesamte Wahlgebiet bezogene Fünf-Prozent-Klausel und die nur beschränkte Zulassung von Listenverbindungen im deutsch-deutschen Wahlvertrag für verfassungswidrig. Um den Termin der gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember nicht zu gefährden, erarbeitet die Bundesregierung im Eilverfahren einen neuen Gesetzentwurf.
1. Oktober 1990 Die CDU-Verbände aus dem noch geteilten Deutschland schließen sich auf einem Vereinigungsparteitag in Hamburg zur gesamtdeutschen CDU zusammen.
Austritt des Abgeordneten *Ulrich Briefs* aus der Fraktion DIE GRÜNEN.
2. Oktober 1990 Die DDR-Volkskammer löst sich im Rahmen einer Festsitzung in Ost-Berlin auf. Bei einem Festakt der DDR-Regierung spricht Ministerpräsident *Lothar de Maizière* von einer „Stunde großer Freude“ und einem „Abschied ohne Tränen“. In Berlin beginnt ein großes „Fest der Einheit“.
3. Oktober 1990 Mit Beginn des Tages ist die deutsche Einheit wiederhergestellt. Die DDR tritt um null Uhr der Bundesrepublik Deutschland bei.
Ein Staatsakt in der Berliner Philharmonie, auf dem führende Politiker der Bundesrepublik und der früheren DDR sprechen, ist Höhepunkt der Feierlichkeiten.
Eintritt der 144 Abgeordneten in den Bundestag, die von der Volkskammer am 28. September 1990 gewählt wurden.
Wiedereinführung der Länderstrukturen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.
4. Oktober 1990 Erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Berliner Reichstagsgebäude; Vereidigung von fünf zusätzlichen Bundesministern; Regierungserklärung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* zur Politik der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung.
Nach Beitritt der sieben Abgeordneten der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne in die Fraktion DIE GRÜNEN Umbenennung in „DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90“.
5. Oktober 1990 Verabschiedung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland („Zwei-plus-Vier-Vertrag“).
Verabschiedung einer Änderung des gesamtdeutschen Wahlgesetzes, wonach es für den Einzug einer Partei in den Bundestag ausreicht, jeweils nur in West- oder Ostdeutschland fünf Prozent der Stimmen zu erhalten.
14. Oktober 1990 Landtagswahlen in Bayern und in den fünf neuen Bundesländern.
17. Oktober 1990 Erneute Korrektur des Wahlgesetzes für die Bundestagswahl am 2. Dezember durch das Bundesverfassungsgericht durch eine Erleichterung der Teilnahmebedingungen für kleinere Parteien.
24. Oktober 1990 Anerkennung des Gruppen-Status für die 24 von der Volkskammer in den Bundestag gewählten Abgeordneten der PDS.
22. November 1990 Letzte Plenarsitzung der 11. Wahlperiode.

2. Dezember 1990 Wahl zum 12. Deutschen Bundestag.
Aufgrund des Wahlergebnisses der ersten gesamtdeutschen Wahl Einzug von sechs Parteien bzw. Listenvereinigungen in den 12. Bundestag: CDU, CSU, SPD, FDP, PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Grüne; gegenüber 1987 (im damaligen Bundesgebiet ohne Berlin) Stimmengewinne bei der FDP (von 9,1% auf 11,0%), Stimmenverluste bei der CDU/CSU (von 44,3% auf 43,8%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt, bei der SPD (von 37,0% auf 33,5%) und bei den GRÜNEN (von 8,3% auf 4,4%), die damit die Sperrklausel nicht überwinden.
19. Dezember 1990 Rücktritt des Bundesministers für besondere Aufgaben *Lothar de Maizière* nach Vorwürfen, Stasi-Mitarbeiter gewesen zu sein.
20. Dezember 1990 Mit der Konstituierung des 12. Deutschen Bundestages in Berlin Ablauf der 11. Wahlperiode.

12. Wahlperiode (1990–94)

20. Dezember 1990 Eröffnungssitzung des 12. Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude von Berlin; Vorsitz: Alterspräsident *Willy Brandt*
Wiederwahl von *Rita Süßmuth* (CDU/CSU) zur Bundestagspräsidentin
Wahl der Vizepräsidenten:
Helmuth Becker (SPD)
Hans Klein (CDU/CSU)
Renate Schmidt (SPD)
Dieter-Julius Cronenberg (FDP)
14. Januar 1991 Sondersitzung des Bundestages zur Krise in der Golfregion und zum Einmarsch sowjetischer Truppen in Litauen.
17. Januar 1991 Wiederwahl von *Helmut Kohl* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus CDU/CSU und FDP
30. Januar 1991 Abgabe der Regierungserklärung
21. Februar 1991 Beschluß besonderer Gruppenrechte für die Gruppen PDS/Linke Liste und Bündnis 90/GRÜNE im 12. Deutschen Bundestag.
- 22./23. April 1991 Austritt des Abgeordneten *Ortwin Lowack* (CSU) aus der Partei und aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
25. April 1991 Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“.
14. Mai 1991 Erste Arbeitssitzung des Bundestages im Berliner Reichstagsgebäude.
29. Mai 1991 Wahl des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten *Björn Engholm* zum neuen SPD-Vorsitzenden als Nachfolger von *Hans-Jochen Vogel*.
6. Juni 1991 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Rolle des Arbeitsbereichs „Kommerzielle Koordinierung“ und seines Leiters *Alexander Schalck-Golodkowski* in der ehemaligen DDR.

20. Juni 1991 Nach einer ganztägigen Debatte, an der sich über 100 Redner beteiligen, spricht sich der Bundestag mit 338 gegen 320 Stimmen für Berlin als künftigen Sitz von Parlament und Regierung aus.
5. Juli 1991 Der Bundesrat entscheidet sich mit 38 gegen 30 Stimmen für Bonn als Sitz der Länderkammer. Diese Entscheidung soll in späteren Jahren noch einmal überprüft werden.
16. Juli 1991 Das Bundesverfassungsgericht lehnt den Antrag der Gruppe PDS/Linke Liste, als Fraktion anerkannt zu werden, ab.
21. September 1991 Zusammenschluß der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegungen „Demokratie Jetzt“, „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und Teilen des „Neuen Forums“ zur gesamtdeutschen Partei „Bündnis 90“.
26. September 1991 Einsetzung des Sonderausschusses „Schutz des ungeborenen Lebens“.
15. Oktober 1991 Mandatsverzicht von *Lothar de Maizière*, nachdem er zuvor schon als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender zurückgetreten war.
12. November 1991 Wahl von *Hans-Ulrich Klose* zum neuen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion als Nachfolger von *Hans-Jochen Vogel*.
25. November 1991 Wahl von *Wolfgang Schäuble* zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Nachfolger von *Alfred Dregger*.
28. November 1991 Beschluß, eine Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat einzusetzen.
5. Dezember 1991 Verabschiedung des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes zusammen mit Richtlinien zur Überprüfung von Mitgliedern des Bundestages auf eine mögliche Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR.
10. Dezember 1991 Der neue Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion *Hans-Ulrich Klose* setzt sich mit seinem Plan einer Verkleinerung der bisher neun Stellvertreter umfassenden SPD-Fraktionsspitze durch.
11. Dezember 1991 Das Bundeskabinett beschließt den Umzug von sieben Ministerien und des Bundeskanzleramtes nach Berlin; drei Ministerien sollen nur zum Teil nach Berlin verlagert werden und die restlichen acht Ressorts in Bonn bleiben.
16. Januar 1992 Konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag; zu gleichberechtigten Vorsitzenden werden der CDU-Bundestagsabgeordnete *Rupert Scholz* und der Erste Hamburger Bürgermeister *Henning Voscherau* (SPD) gewählt.
14. Februar 1992 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“.
12. März 1992 Einsetzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.
1. April 1992 Ernennung von *Volker Rühe* (CDU) zum neuen Bundesminister für Verteidigung als Nachfolger des zurückgetretenen *Gerhard Stoltenberg* (CDU).

9. April 1992 Das Bundesverfassungsgericht erklärt grundlegende Teile der 1989 verabschiedeten Änderung des Parteienfinanzierungsgesetzes für verfassungswidrig und verlangt vom Bundestag eine Neuregelung bis 1993. Das Gericht gab damit in allen Punkten einer Klage der Partei DIE GRÜNEN recht.
6. Mai 1992 Ernennung von *Horst Seehofer* (CSU) zum neuen Bundesminister für Gesundheit als Nachfolger der zurückgetretenen Ministerin *Gerda Hasselfeldt* (CSU).
18. Mai 1992 Ernennung des bisherigen Bundesjustizministers *Klaus Kinkel* (FDP) zum Bundesminister des Auswärtigen anstelle des zurückgetretenen *Hans-Dietrich Genscher* (FDP). Neue Bundesministerin der Justiz als Nachfolgerin von *Klaus Kinkel* wird *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (FDP).
30. Mai 1992 Tod des ehemaligen Bundespräsidenten Professor *Karl Carstens*, zuvor Staatssekretär nacheinander im Auswärtigen Amt, im Bundesministerium der Verteidigung und im Bundeskanzleramt, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und Präsident des Deutschen Bundestages im Alter von 77 Jahren.
3. September 1992 Konstituierende Sitzung der vom Bundespräsidenten eingesetzten Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Parteienfinanzierung.
8. Oktober 1992 Tod des ehemaligen Bundeskanzlers und SPD-Parteivorsitzenden *Willy Brandt*, zuvor Regierender Bürgermeister von Berlin und Bundesminister des Auswärtigen, zuletzt Alterspräsident des Deutschen Bundestages, im Alter von 78 Jahren.
16. Oktober 1992 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunft der älter werdenden Generation“, am 2. Dezember 1992 umbenannt in „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“.
2. Dezember 1992 Mit großer Mehrheit Ratifizierung des Vertrages vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Maastrichter Vertrag) sowie Verabschiedung eines Paketes von Grundgesetzänderungen und Begleitgesetzen.
19. Januar 1993 In einer Pressekonferenz kündigt Bundeskanzler *Helmut Kohl* eine umfangreiche Kabinettsumbildung an, die in den folgenden Tagen vollzogen wird. Entlassen werden der Bundesminister für Wirtschaft *Jürgen W. Möllemann*, der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten *Ignaz Kiechle* und der Bundesminister für Forschung und Technologie *Heinz Riesenhuber*, nachdem schon im Dezember der Bundesminister für Post und Telekommunikation *Christian Schwarz-Schilling* zurückgetreten war. Als Nachfolger werden vorgestellt: der FDP-Politiker *Günter Rexrodt* als Wirtschaftsminister, *Wolfgang Bötsch* (CSU) als Minister für Post und Telekommunikation, *Jochen Borchert* (CDU) als neuer Landwirtschaftsminister und *Matthias Wissmann* als Minister für Forschung und Technologie. Gleichzeitig wird die Zahl der bisher 33 Parlamentarischen Staatssekretäre um sieben reduziert. Vizekanzler anstelle von *Jürgen W. Möllemann* wird Außenminister *Klaus Kinkel*.

3. Mai 1993 Rücktritt von *Björn Engholm* als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Parteivorsitzender der SPD bei gleichzeitigem Verzicht auf seine Kanzlerkandidatur. Anlaß ist eine Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages zur *Barschel*-Affäre von 1987.
13. Mai 1993 Ernennung von *Matthias Wissmann* (CDU) – seit Januar 1993 Bundesminister für Forschung und Technologie – zum Bundesminister für Verkehr als Nachfolger von *Günther Krause*. Neuer Forschungsminister wird der ostdeutsche CDU-Abgeordnete *Paul Krüger*.
- 14./15. Mai 1993 Gemeinsamer Parteitag der GRÜNEN und von Bündnis 90 in Leipzig, auf dem der in einer Urabstimmung gebilligte Assoziationsvertrag formal in Kraft gesetzt wird und damit die Vereinigung zur neuen Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ abgeschlossen ist. Zu gleichberechtigten Sprechern der Partei werden *Marianne Birthler* und *Ludger Volmer* gewählt.
25. Mai 1993 Fraktionsausschluß des CDU-Abgeordneten *Rudolf Karl Krause*; er wird Parteimitglied der REPUBLIKANER und gehört dem Bundestag weiter als fraktionsloser Abgeordneter an.
25. Juni 1993 Wahl des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten *Rudolf Scharping* zum neuen SPD-Bundesvorsitzenden als Nachfolger von *Björn Engholm*.
30. Juni 1993 In Hamburg Gründung der Wählervereinigung „STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN“.
7. Juli 1993 Ernennung von *Manfred Kanther* (CDU) zum neuen Bundesminister des Innern als Nachfolger von *Rudolf Seiters*.
30. September 1993 Einsetzung eines 2. Untersuchungsausschusses zur Arbeit der Treuhand-Anstalt auf Antrag der SPD.
29. Oktober 1993 Einsetzung eines 3. Untersuchungsausschusses zu „HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte“.
1. November 1993 Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages.
12. November 1993 Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze, das durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 1992 erforderlich geworden war.
Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) sowie eines Strafrechtsänderungsgesetzes, womit die Bestechung von Abgeordneten künftig strafbar wird.
4. Februar 1994 Ernennung des FDP-Abgeordneten *Karl-Hans Laermann* zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft als Nachfolger von *Rainer Ortleb*.
Verabschiedung eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Europawahlgesetzes, wonach auch die in Deutschland lebenden Staatsbürger aus Ländern der Europäischen Union wahlberechtigt sind.
25. Februar 1994 Der Bundestag stimmt mit 292 gegen 223 Stimmen einer Verhüllung des Berliner Reichstages durch den bulgarisch-amerikanischen Verpackungskünstler *Christo* zu.

9. März 1994 Tod des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung und späteren Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages *Karl Wilhelm Berkhan* (SPD) im Alter von 78 Jahren.
10. März 1994 Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes über den Umzug von Parlament und Regierung.
23. Mai 1994 Die Bundesversammlung wählt in Berlin den Bundesverfassungsgerichtspräsidenten *Roman Herzog* im dritten Wahlgang zum Nachfolger des am 30. Juni ausscheidenden Bundespräsidenten *Richard von Weizsäcker*.
29. Mai 1994 Der frühere DDR-Staatschef und Generalsekretär der SED *Erich Honecker* stirbt 81jährig in Chile.
12. Juni 1994 Vierte Direktwahl zum Europäischen Parlament.
30. Juni 1994 Ganztägige Verfassungsdebatte über die zahlreichen Entwürfe zur Änderung des Grundgesetzes.
6. September 1994 Zustimmung zur Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses zu den Gesetzen zur Änderung des Grundgesetzes.
21. September 1994 Sondersitzung des Bundestages auf Antrag der SPD-Fraktion, zugleich die letzte Plenarsitzung der 12. Wahlperiode.
16. Oktober 1994 Wahl zum 13. Deutschen Bundestag
Gegenüber 1990 Stimmengewinne bei der SPD (von 33,5% auf 36,4%) und bei der PDS (von 2,4% auf 4,4%), die damit zwar die Fünfprozent-Klausel verfehlt, aber aufgrund von vier Direktmandaten in den Bundestag einzieht; Stimmenverluste bei der CDU/CSU (von 43,8% auf 41,5%), die damit aber stärkste Fraktion bleibt, und bei der FDP (von 11,0% auf 6,9%); wieder im Bundestag vertreten die GRÜNEN innerhalb der neuen Partei Bündnis 90/GRÜNE mit 7,3% Zweitstimmenanteil.
10. November 1994 Mit der Konstituierung des 13. Deutschen Bundestages in Berlin Ablauf der 12. Wahlperiode.

13. Wahlperiode (1994–¹))

10. November 1994 Eröffnungssitzung des 13. Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude von Berlin; Vorsitz: Alterspräsident *Stefan Heym*
Wiederwahl von *Rita Süßmuth* (CDU/CSU) zur Bundestagspräsidentin
Wahl der Vizepräsidenten:
Hans-Ulrich Klose (SPD)
Hans Klein (CDU/CSU)
Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen)
Burkhard Hirsch (FDP)
Änderung der Geschäftsordnung: Festlegung der Zahl der Stellvertreter des Präsidenten.

¹) Stand: 31. August 1997

15. November 1994 Wiederwahl von *Helmut Kohl* (CDU/CSU) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus CDU/CSU und FDP
23. November 1994 Abgabe der Regierungserklärung
15. Dezember 1994 Einsetzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union gemäß Artikel 45 des Grundgesetzes (Europaausschuß).
9. März 1995 Ablehnung des Fraktionsstatus für die PDS, Beschluß besonderer Rechte für die PDS als Gruppe.
30. März 1995 Wahl von *Claire Marienfeld* (CDU) zur neuen Wehrbeauftragten des Bundestages als Nachfolgerin von *Alfred Biehle*.
11. Mai 1995 Einsetzung eines 1. Untersuchungsausschusses zur Klärung einer möglichen Beteiligung u. a. des Bundesnachrichtendienstes an dem im August 1994 aufgedeckten Plutoniuschmuggel.
1. Juni 1995 Wiedereinsetzung der beiden Enquete-Kommissionen „Schutz des Menschen und der Umwelt“ und „Demographischer Wandel“.
10. Juni 1995 Wahl von *Wolfgang Gerhardt* zum neuen FDP-Vorsitzenden als Nachfolger von Außenminister *Klaus Kinkel*.
22. Juni 1995 Einsetzung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“.
24. Juni 1995 Nach einwöchiger Arbeit Fertigstellung der Verhüllung des Reichstagsgebäudes in Berlin durch das Künstlerpaar *Christo* und *Jeanne-Claude*. Die lange Zeit umstrittene Aktion findet bis zum 6. Juli rund fünf Millionen Besucher.
21. September 1995 Nach jahrelangen Vorarbeiten Verabschiedung eines dreiteiligen „Gesamtpakets“ zur Parlamentsreform, bestehend aus Regelungen zur (1) Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung, (2) Verkleinerung des Parlaments und (3) Änderung von parlamentarischen Verfahrensweisen.
- Zu (1): Durch Änderung des Artikels 48 GG und des Abgeordnetengesetzes sollten die Diäten stufenweise angehoben und an die Bezüge eines Richters an einem obersten Bundesgericht gekoppelt werden. Da der Entwurf zur Grundgesetzänderung am 13. Oktober 1995 im Bundesrat die erforderliche Zweidrittelmehrheit verfehlt, scheidet dieser Teil des Reformvorhabens.
- Zu (2): Die Zahl der Abgeordneten soll ab der 15. Wahlperiode – voraussichtlich 2002 – auf unter 600 reduziert werden.
- Zu (3): Eingeführt wird hauptsächlich die sog. „Kernzeit-Debatte“ von vier bis sechs Stunden an den Donnerstagen einer Sitzungswoche, um „grundlegende Themen“ behandeln zu können mit besonderen Vorkehrungen für eine möglichst hohe Präsenz von Abgeordneten, ferner „Erweiterte öffentliche Ausschlußberatungen“ an den Mittwochnachmittagen zwecks Entlastung des Plenums.
28. September 1995 Einsetzung eines 2. Untersuchungsausschusses zum Thema DDR-Vermögen.

9. Oktober 1995 Konstituierung der „Reformkommission zur Größe des Bundestages“. Auf seiner Empfehlung beruht das am 11. Oktober 1996 verabschiedete Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes, wodurch die Zahl der Mitglieder des Bundestages ab der 15. Wahlperiode – voraussichtlich im Jahre 2002 – auf 598 reduziert wird.
16. November 1995 Wahl von *Oskar Lafontaine* zum neuen SPD-Vorsitzenden als Nachfolger von *Rudolf Scharping*.
7. Dezember 1995 Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“.
8. Dezember 1995 Verabschiedung eines Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten, womit geregelt wird, daß die Entschädigung der Abgeordneten sich an den Bezügen eines kommunalen Wahlbeamten auf Zeit bzw. eines Richters an einem obersten Bundesgericht orientieren und in vier Schritten angehoben werden.
14. Dezember 1995 Rücktrittserklärung von Bundesjustizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (FDP), nachdem sich bei einer Mitgliederbefragung ihrer Partei über 60% der Teilnehmer für die Einführung des Großen Lauschangriffs ausgesprochen hatten. Als Nachfolger wird am 17. Januar 1996 *Edzard Schmidt-Jortzig* (FDP) ernannt.
9. Mai 1996 Einsetzung der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“.
27. September 1996 Der Bundesrat beschließt, gemeinsam mit Bundesregierung und Bundestag nach Berlin umzuziehen.
11. Oktober 1996 Verabschiedung des Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes, womit die Verkleinerung des Bundestages in die Wege geleitet wird, d. h. Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Bundestages auf 598 mit Beginn der 15. Wahlperiode, Festlegung der Wahlkreiseinteilung auf 299 Wahlkreise.
26. November 1996 Tod von Bundestagsvizepräsident *Hans Klein* (CSU) im Alter von 65 Jahren. Als Nachfolgerin wird am 16. Januar 1997 die CSU-Politikerin *Michaela Geiger* gewählt.

Hinweis

Das vorliegende **Datenhandbuch** enthält mehrere Dokumentationen über die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Es handelt sich um die folgende Abschnitte des Kapitels 28:

- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer
- 28.2 Volkskammerwahl vom 18. März 1990
- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.4 Alters- und Sozialstruktur der Volkskammerabgeordneten
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

16. Dezember 1996 Partei- und Fraktionswechsel der früheren DDR-Bürgerrechtlerin *Vera Lengsfeld* (früher *Vera Wollenberger*) von Bündnis 90/Die Grünen zur CDU.
10. April 1997 Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Überhangmandate und die Grundmandatsklausel bei Bundestagswahlen für verfassungsgemäß.
8. Mai 1997 Tod des ehemaligen Bundestagspräsidenten *Kai-Uwe von Hassel* (CDU) im Alter von 84 Jahren.
18. Juni 1997 Die Staats- und Regierungschefs der Länder der Europäischen Union (EU) verabschieden in Amsterdam nach dreitägigem Gipfeltreffen den Vertrag von Amsterdam („Maastricht II“).

■ Die Fortsetzung der Eintragungen zur Kurzchronik bis voraussichtlich März 1999 finden sich im NACHTRAG unter Kapitel 26.

Hinweis

Weitere Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich außerhalb des Kapitels 26 in folgenden Abschnitten:

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusion
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshauskomplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Wissenschaftliche Dienste
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages
- 23.3 Parlamentsberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen
- 24.4 Europäisches Parlament
- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

27 Statistische Gesamtübersicht

Überblick		Seite
27.1	Parlaments- und Wahlstatistik seit 1949	3678
27.2	Besonderheiten der einzelnen Wahlperioden	3706

■ Zu einem Teil dieser Abschnitte sind im NACHTRAG abschließende Statistiken für die 13. Wahlperiode enthalten.

27.1 Parlaments- und Wahlstatistik seit 1949

In der folgenden Übersicht sind die wichtigsten statistischen Ergebnisse aus dem vorliegenden *Datenhandbuch* zusammengefaßt worden.

Im einzelnen wurden Daten aus folgenden Abschnitten übernommen:

- 1.5 Verzeichnis der Parteien und Wählergruppen
- 1.10 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung
- 1.11 Wahlergebnisse auf Bundesebene
- 1.17 Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete
- 1.19 Überhangmandate
- 1.20 Briefwähler
- 1.21 Ungültige Stimmen
- 1.22 Stimmenanteil/Mandatsanteil
- 1.23 Nachwahlen während der Wahlperiode
- 1.24 Wahlprüfung
- 1.26 Dauer der Wahlperioden
- 2.1 Zahl der Abgeordneten
- 2.4 Immunität und Indemnität
- 2.6 Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft
- 2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung
- 2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag
- 2.12 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament
- 3.1 Altersgliederung
- 3.2 Durchschnittsalter
- 3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag

- 3.8 Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen vor 1949
- 3.11 Weibliche Abgeordnete
- 3.14 Schulabschluß und Hochschulbildung
- 3.17 Berufsstruktur
- 3.19 Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete
- 4.3 Präsidium
- 4.7 Zahl der Sitzungen von Präsidium, Vorstand und Ältestenrat
- 5.2 Fraktionen und Gruppen: Statistik
- 5.3 Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden
- 5.6 Fraktionswechsel: Statistik
- 6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler
- 6.4 Parlamentarische Staatssekretäre: Statistik
- 6.6 Koalitionen und Opposition im Bund
- 6.7 Regierungsbildung
- 6.8 Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat
- 6.9 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Strukturdaten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 6.19 Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR
- 8.3 Plenarsitzungen: Statistik
- 8.5 Sondersitzungen
- 8.7 Redner im Plenum
- 8.8 Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten
- 8.9 Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern
- 8.10 Inhalt der Plenarsitzungen
- 8.12 Arten der Abstimmung
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung
- 8.17 Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze
- 8.19 Beschlußfähigkeit
- 8.20 Ordnungsmaßnahmen
- 9.1 Ausschüsse: Statistik
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 11.5 Statistik zur Gesetzgebung
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens
- 11.8 Bundestag und Bundesrat
- 11.9 Vermittlungsverfahren
- 11.17 EG-Vorlagen
- 12.1 Anfragen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.4 Oppositionelles Verhalten
- 14.1 Grundgesetzänderungen: Statistik
- 17.3 Petitionen: Statistik

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der Kandidaten	2 324	2 816	2 714	2 559	2 485	2 634	2 754
– davon Frauen (Anzahl)	207	272	208	246	240	249	292
– davon Frauen (in %)	8,9	9,7	7,7	9,6	9,7	9,5	10,6
Zahl der sich bewerbenden Parteien	16	16	14	9	11	13	8
Wahlbeteiligung (in %)	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1
Briefwähler (in %)	–	–	4,9	5,8	7,3	7,1	7,2
Ungültige Erststimmen (in %)	3,1	3,4	3,0	2,6	2,9	2,4	1,2
Ungültige Zweitstimmen (in %)	–	3,3	3,8	4,0	2,4	1,7	0,8
Stimmenanteil (ab 2. WP: Zweitstimmen) (in %) von							
– CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9
– SPD	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8
– FDP	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4
– KPD	5,7	2,2	–	–	–	–	–
– BP	4,2	1,7	–	–	–	0,2	–
– DP	4,0	3,3	3,4	–	–	–	–
– Zentrum	3,1	0,8	–	–	–	0,0	–
– WAV	2,9	–	–	–	–	–	–
– GB/BHE	–	5,9	4,6	–	–	–	–
– GRÜNE ²⁾	–	–	–	–	–	–	–
– PDS/LL bzw. PDS	–	–	–	–	–	–	–
– Bündnis 90/Die Grünen ⁴⁾	–	–	–	–	–	–	–
– Sonstigen	5,1	2,6	2,3	5,7	3,6	5,4	0,9
Mandatsanteil (in %) von							
– CDU/CSU	34,6	49,9	54,3	48,4	49,4	48,8	45,4
– SPD	32,6	31,0	34,0	38,1	40,7	45,2	46,4
– FDP	12,9	9,8	8,2	13,4	9,9	6,0	8,3
– BP	4,2	–	–	–	–	–	–
– Zentrum	2,5	0,6	–	–	–	–	–
– DP	4,2	3,1	3,4	–	–	–	–
– GB/BHE	–	5,5	–	–	–	–	–
– GRÜNE ²⁾	–	–	–	–	–	–	–
– PDS/LL bzw. PDS	–	–	–	–	–	–	–
– Bündnis 90/Die Grünen ⁴⁾	–	–	–	–	–	–	–
– Sonstigen	7,7	–	–	–	–	–	–
Wahlkreissitze (Direktmandate) von							
– CDU	91	130	147	114	118	87	65
– CSU	24	42	47	42	36	34	31
– SPD	96	45	46	91	94	127	152
– FDP	12	14	1	0	0	0	0
– BP	11	–	–	–	–	–	–
– DP	5	10	6	–	–	–	–
– GRÜNE ²⁾	–	–	–	–	–	–	–
– PDS/LL bzw. PDS	–	–	–	–	–	–	–
– Sonstigen	3	1	–	–	–	–	–

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
3 244 450 13,9	2 953 592 20,1	2 699 518 19,2	2 690 685 25,4	3 696 894 24,2	3 923 1 157 29,5
17 90,7 10,7 1,2 0,9	15 88,6 13,0 1,3 0,9	13 89,1 10,5 1,1 0,9	21 84,3 11,1 1,3 0,9	25 ¹⁾ 77,8 9,6 1,5 1,1	22 79,0 13,3 1,7 1,3
48,6 42,6 7,9 – – – – – – – 0,9	44,5 42,9 10,6 – – – – 1,5 – – 0,5	48,8 38,2 7,0 – – – – 5,6 – – 0,4	44,3 37,0 9,1 0,1 – 0,1 – 8,3 – – 1,1	43,8 33,5 11,0 – 0,1 – – 3,8 ³⁾ 2,4 1,2 ⁴⁾ 4,2	41,5 36,4 6,9 – 0,1 – 0,0 – – 7,3 ²⁾ 4,4 – 3,4
49,0 43,1 7,9 – – – – – – – –	45,5 43,9 10,7 – – – – – – – –	49,0 38,8 6,7 – – – 5,4 – – – –	44,9 37,4 9,3 – – – 8,4 – – – –	48,2 36,1 11,9 – – – – 2,6 1,2 ⁴⁾ – –	43,8 37,5 7,0 – – – 7,3 ²⁾ 4,5 – – –
94 40 114 0 – – – – – –	81 40 127 0 – – – 0 – –	136 44 68 0 – – 0 – – –	124 45 79 0 – – 0 – – –	192 43 91 1 – – 0 1 – –	157 44 103 0 – – 0 4 – –

¹⁾ Einschließlich der bei der Wahl zum 12. Bundestag zulässigen Listenvereinigungen.

²⁾ Ab 13. WP: Partei Bündnis 90/Die Grünen (Grüne).

³⁾ Nur westliche Bundesländer einschließlich Berlin.

⁴⁾ Listenvereinigung, nur östliche Bundesländer einschließlich Berlin.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Sichere Wahlkreise ⁵⁾ von							
– CDU	13	53	59	37	45	33	24
– CSU	0	15	32	33	28	26	25
– SPD	1	0	0	1	11	34	65
Eingegangene Wahleinsprüche	48	20	12	25	39	33	41
davon							
– im Bundestag (Plenum)							
behandelt	22	14	6	17	39	31	40
– vom Bundestag zurückgewiesen	22	14	6	17	39	31	40
Nachwahlen	14	–	–	–	–	–	–
Zahl der Abgeordneten							
(ohne Berliner Abg.)	402 ⁷⁾	487 ⁸⁾	497	499	496	496	496
Berliner Abgeordnete	8 ¹⁰⁾	22	22	22	22	22	22
Zahl der Abgeordneten insgesamt	410 ¹¹⁾	509 ¹²⁾	519	521	518	518	518
Zahl der Überhangmandate	2	3	3	5	0	0	0
davon							
– für CDU	1	2	3	5	0	0	0
– für SPD	1	0	0	0	0	0	0
– für DP	0	1	0	–	–	–	–
Zahl der verschiedenen							
Abgeordneten seit 1949							
– zu Beginn der WP	410	719	922	1 084	1 256	1 441	1 614
– am Ende der WP	474	763	953	1 124	1 285	1 469	1 641
Zahl der Abgeordneten nach							
Fraktionen und Gruppen							
(zu Beginn der WP):							
CDU/CSU	142	250	278	251	251	250	234
– davon Berliner Abg.	2	6	8	9	6	8	9
SPD	136	162	181	203	217 ¹⁴⁾	237	242
– davon Berliner Abg.	5	11	12	13	15	13	12
FDP	53	53	43	67	50	31	42
– davon Berliner Abg.	1	5	2	0	1	1	1
Deutsche Partei	17	15	17	–	–	–	–
Zentrum	10	–	–	–	–	–	–
Bayernpartei	17	–	–	–	–	–	–
WAV	12	–	–	–	–	–	–
KPD	15	–	–	–	–	–	–
Nationale Rechte	5	–	–	–	–	–	–
GB /BHE	–	27	–	–	–	–	–
Die Grünen ²⁾	–	–	–	–	–	–	–
– davon Berliner Abg.	–	–	–	–	–	–	–
PDS/Linke Liste bzw. PDS	–	–	–	–	–	–	–
Bündnis 90/Die Grünen ⁴⁾	–	–	–	–	–	–	–
Fraktionslose, Unabhängige	4 ¹⁵⁾	2 ¹⁶⁾	–	–	–	–	–

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
33	20	50	23	23	17
32	32	35	32	28	24
30	28	19	16	11	14
41	58	47	47	83	1 453 ⁶⁾
38	57	43	40	80	1 437
38	57	43	40	80	1 437
–	–	–	–	–	–
496	497	498	497	9)	9)
22	22	22	22	9)	9)
518	519	520	519 ¹³⁾	662	672
0	1	2	1	6	16
0	0	0	1	6	12
0	1	2	0	0	4
–	–	–	–	–	–
1 758	1 910	2 020	2 173	2 575	2 808
1 780	1 929	2 063	2 340	2 605	
254	237	255	234	319	294
11	11	11	11	9)	9)
224	228	202	193	239	252
10	10	9	7	9)	9)
40	54	35	48	79	47
1	1	1	2	9)	9)
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	28	44	–	49
–	–	1	2	–	9)
–	–	–	–	17	30
–	–	–	–	8	–
–	–	–	–	–	–

- 5) Hier definiert als Wahlkreise mit einem Zweitstimmenanteil ab 55,0%.
- 6) Der überwiegende Teil der Wahleinsprüche richtet sich gegen die hohe Zahl der Übermandate.
- 7) Ab 23. 10. 1952: 401 Abgeordnete infolge Aberkennung eines Mandats wegen Verbots der Sozialistischen Reichspartei (SRP).
- 8) Ab 4. 1. 1957: 497 Abgeordnete infolge Eintritts von 10 Abgeordneten des Saarlandes.
- 9) Mit Zuerkennung des vollen Stimmrechts an die Berliner Abgeordneten am 8. Juni 1990 ist diese Aufgliederung nicht mehr sinnvoll.
- 10) Ab 1. 2. 1952: 19 Abgeordnete durch Erhöhung der Zahl der Berliner Abgeordneten.
- 11) Ab 1. 2. 1952: 421 Abgeordnete (vgl. Fn. 10), ab 23. 10. 1952: 420 Abgeordnete (vgl. Fn. 7).
- 12) Ab 4. 1. 1957: 519 Abgeordnete (vgl. Fn. 8).
- 13) Ab 3. Oktober 1990, mit dem Eintritt der am 28. September 1990 von der Volkskammer der DDR gewählten 144 Mitglieder des Deutschen Bundestages, insgesamt 663 Abgeordnete.
- 14) Davon 2 Gäste.
- 15) Davon 3 unabhängige Abgeordnete und 1 Abgeordneter des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW).
- 16) 2 Abgeordnete der Zentrumspartei.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
MdB, die schon ... angehört							
– der Nationalversammlung 1919/20	3	3	2	1	0	0	0
– dem Reichstag bis 1933	29	20	14	14	4	1	0
– dem Länderrat der amerikanischen Besatzungszone (1947–49)	6	5	4	5	2	1	1
– dem Zonenbeirat der britischen Besatzungszone (1947–48)	40	24	18	14	10	5	0
– dem Wirtschaftsrat (1947–49)	56	37	31	26	13	7	1
– dem Parlamentarischen Rat (1948–49)	34	22	17	15	8	2	0
MdB, die schon der Volkskammer der 10. WP (1990) angehört	–	–	–	–	–	–	–
Erstmalig MdB (zu Beginn der WP)							
– Anzahl	410	245	159	131	132	156	145
– in %	100,0	48,1	30,6	25,1	25,5	30,1	28,0
MdB seit 1. WP (abs.)	–	262	184	125	70	34	13
MdB seit 2. WP (abs.)	–	–	166	114	77	38	19
MdB seit 3. WP (abs.)	–	–	–	134	94	59	34
MdB seit 4. WP (abs.)	–	–	–	–	118	81	47
MdB seit 5. WP (abs.)	–	–	–	–	–	117	90
MdB seit 6. WP (abs.)	–	–	–	–	–	–	146
MdB seit 7. WP (abs.)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 8. WP (abs.)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 9. WP (abs.)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 10. WP (abs.)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 11. WP (abs.)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 12. WP (abs.)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 1. WP (in %)	–	51,5	35,4	24,0	13,5	6,6	2,5
MdB seit 2. WP (in %)	–	–	32,0	21,9	14,9	7,4	3,7
MdB seit 3. WP (in %)	–	–	–	25,7	18,1	11,4	6,6
MdB seit 4. WP (in %)	–	–	–	–	22,7	15,6	9,0
MdB seit 5. WP (in %)	–	–	–	–	–	22,6	17,4
MdB seit 6. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	28,2
MdB seit 7. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 8. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 9. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 10. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 11. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 12. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–
Durchschnittsalter (zu Beginn der WP)							
– aller Abgeordneten	50,0	50,9	51,8	52,3	50,9	49,0	46,6
– der männlichen MdB	50,0	50,9	51,6	52,1	50,7	48,7	46,4
– der weiblichen MdB	50,3	51,4	53,9	54,8	54,1	53,0	49,6

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
1	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
–	–	–	144 ¹⁷⁾	68	51
117 22,6	129 24,9	92 17,7	110 21,2	235 35,5	203 30,2
11	6	4	3	1	0
9	5	5	4	0	0
15	9	9	6	3	1
29	12	9	2	0	0
68	46	31	17	6	2
114	88	61	47	29	15
131	112	94	77	52	22
–	112	101	82	60	32
–	–	114	102	82	61
–	–	–	69	58	51
–	–	–	–	136	102
–	–	–	–	–	183
2,1	1,2	0,8	0,6	0,2	0,0
1,7	1,0	1,0	0,8	0,0	0,0
2,9	1,7	1,7	1,2	0,5	0,1
5,6	2,3	1,7	0,4	0,0	0,0
13,1	8,9	6,0	3,3	0,9	0,3
22,0	16,9	11,7	9,1	4,4	2,2
25,3	21,6	18,1	14,8	7,9	3,3
–	21,6	19,4	15,8	9,1	4,8
–	–	21,9	19,7	12,4	9,1
–	–	–	13,3	8,8	7,6
–	–	–	–	20,5	15,2
–	–	–	–	–	27,2
47,3	47,0	48,1	49,3	48,7	49,1
47,2	47,0	48,3	49,9	49,5	50,0
48,0	47,3	46,3	46,0	45,7	46,7

¹⁷⁾ Für die 144 Abgeordneten, die von der Volkskammer der DDR mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in den Bundestag gewählt worden sind, war die Mitgliedschaft in der Volkskammer Voraussetzung.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahrgängen (in %)							
– 1870–1879	1,7	0,4	0,4	0,2	0,2	–	–
– 1880–1889	15,9	8,8	4,6	2,1	–	–	–
– 1890–1899	36,1	32,8	25,2	15,9	5,6	1,2	0,2
– 1900–1909	32,7	35,6	38,3	37,6	29,9	13,3	2,9
– 1910–1919	12,4	20,0	22,7	28,6	31,7	31,3	21,4
– 1920–1929	1,2	2,4	8,5	14,6	27,6	39,8	44,2
– 1930–1939	–	–	0,2	1,0	5,0	14,1	25,7
– 1940–1949	–	–	–	–	–	0,4	5,6
– 1950–1959	–	–	–	–	–	–	–
– 1960–1969	–	–	–	–	–	–	–
– 1970–1979	–	–	–	–	–	–	–
Anteil der MdB unter							
– 30 Jahren (in %)	1,5	0,2	0,8	0,6	–	0,6	1,9
– 40 Jahren (in %)	13,9	11,6	12,1	11,9	15,1	15,3	22,6
– 50 Jahren (in %)	47,6	43,4	39,5	37,4	43,8	56,8	62,7
– 60 Jahren (in %)	83,2	82,1	78,0	74,7	79,2	86,3	92,7
– 70 Jahren (in %)	98,5	98,8	97,7	97,5	99,2	99,0	99,6
– 80 Jahren (in %)	100,0	100,0	99,8	99,4	99,8	100,0	100,0
Durchschnittliche Mandatsdauer der MdB (in Jahren)							
– zu Beginn der WP	0,0	1,94	4,03	5,73	6,60	5,41	5,56
– am Ende der WP	3,70	5,59	7,66	8,89	10,01	8,84	9,08
Zahl der weiblichen MdB							
– zu Beginn der WP (abs.)	28	45	48	43	36	34	30
– am Ende der WP (abs.)	38	52	49	49	41	32	36
– zu Beginn der WP (in %)	6,8	8,8	9,2	8,3	6,9	6,6	5,8
– am Ende der WP (in %)	9,0	10,0	9,4	9,4	7,9	6,2	6,9
Anteil der weiblichen MdB in Führungspositionen von Bundestag und Bundesregierung zu Beginn der WP (in %)	5,1	2,2	4,4	2,2	5,3	6,9	7,5
MdB mit Hochschulbildung (in %)							
– alle Abgeordneten	•	44,0	51,8	57,6	56,0	63,9	67,6
– männliche MdB	•	45,6	52,9	58,6	57,3	64,3	67,6
– weibliche MdB	•	28,3	41,7	46,5	38,9	58,8	66,7
Berufsstruktur der MdB (Auswahl) (in %)							
– Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes	26,1	24,5	24,7	25,9	29,5	34,0	34,9
– Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie aus dem Wirtschaftsbereich	34,4	34,0	31,4	31,1	32,4	24,7	25,8
– Selbständige und Angehörige freier Berufe	29,1	32,0	34,5	33,7	28,7	28,0	23,2

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
0,2	–	–	–	–	–
1,2	0,2	–	–	–	–
11,2	3,9	2,3	1,4	0,2	0,1
41,9	32,8	29,1	19,8	7,4	2,4
33,0	38,7	40,7	38,7	34,6	24,6
12,5	23,9	25,6	33,3	41,9	46,7
–	0,6	2,3	6,6	14,0	21,5
–	–	–	0,2	1,9	4,6
–	–	–	–	–	0,1
0,6	0,2	0,8	0,6	1,8	1,4
20,5	21,0	14,7	11,4	13,1	14,1
60,0	59,7	56,1	51,8	52,0	46,1
92,9	95,2	91,8	89,0	89,4	91,5
99,0	99,8	99,8	99,2	99,7	99,6
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9
6,70	6,82	7,17	8,17	6,19	6,16
9,96	8,70	10,52	9,05	9,69	–
38	44	51	80	136	176
41	45	52	118 ¹⁸⁾	143	•
7,3	8,5	9,8	15,4	20,5	26,2
7,9	8,7	10,0	17,8 ¹⁸⁾	21,6	•
9,4	10,2	8,7	12,9	14,7	26,8
70,3	70,3	82,5	71,5	78,0	76,9
69,2	69,7	83,1	73,1	78,9	77,4
84,2	77,3	78,4	62,5	74,3	75,7
35,5	35,9	33,4	33,9	35,9	44,3
23,9	23,1	21,9	21,9	24,3	27,2
25,4	28,5	25,3	25,1	23,2	21,0

¹⁸⁾ In diesen Zahlen sind die 144 zusätzlichen Abgeordneten berücksichtigt, die von der Volkskammer der DDR mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in den Deutschen Bundestag gewählt worden sind.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Gewerkschaftlich organisierte MdB (in %)	28,0	38,1	38,9	42,8	46,7	51,2	54,2
Zahl von (zeitweisen) Doppelmitgliedschaften während der WP:							
– Bundestag/Landtag	84	53	23	5	8	7	1
– Bundestag/Landesregierung	19	18	7	12	6	7	6
– Bundestag/Europäisches Parlament	–	–	81 ²⁰⁾				
Während der Mandatszeit verstorbene Abgeordnete	28	18	22	35	22	13	10
Mandatsniederlegungen	26 ²¹⁾	22	21	24	21	25	21
Aberkennungen von Mandaten	2	1	0	0	0	0	0
Zahl aller Fraktionswechsel	91	77	30	2	2	9	1
– davon Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter ²³⁾	18	11	6	1	2	7	0
– davon Fraktionswechsel infolge Spaltungen und Fusionen	29	57	0	0	0	0	0
– davon Fraktionsaustritte	29	2	14	1	0	1	1
– davon Fraktionseintritte und -beitritte als Gast	15	7	10	0	0	1	0
Zahl der am Fraktionswechsel beteiligten Abgeordneten	53	40	21	2	2	8	1
Immunitätsfälle (insgesamt)	160	96	93	94	61	23	20
– genehmigt	100	71	69	88	48	13	8
– nicht genehmigt	60	25	24	6	8	10	12
– nicht behandelt bzw. eingestellt	0	0	0	0	5	0	0
Zahl der betroffenen Abgeordneten	86	75	81	70	46	23	20
Plenarsitzungen ²⁴⁾	282	227	168	198	247	199	259
Sitzungszeiten							
– Gesamtsitzungszeit (in Std.)	1 801	1 581	1 134	1 091	1 392	1 091	1 565
– Sitzungszeit abzügl. Unterbrechungen (in Std.)	1 714	1 440	1 049	985	1 254	988	1 485
– Durchschnittl. Dauer pro Sitzung (in Std. u. Min.)	6:05	6:20	6:14	4:58	5:04	4:58	5:44
– Durchschnittl. Sitzungszeit pro Arbeitsjahr (in Std. u. Min.)	428:24	359:53	262:11	246:14	313:27	329:25	371:14
Zahl der Sondersitzungen ²⁵⁾	2	0	1	3	3	2	2
Zahl der Plenarreden	•	•	•	•	•	•	•
Seitenzahl der Stenographischen Berichte	14 285	13 568	9 806	10 102	13 875	11 841	18 597
Zahl der Regierungserklärungen davon abgegeben	27	15	8	10	24	25	38
– vom Bundeskanzler	25	7	4	7	16	14	20
– von einem Bundesminister	2	8	4	3	8	11	18

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
53,7	52,6	51,2	48,3	31,9	33,9
8	2	1	3	3	3*)
9	11	4	15	7	3*)
81 ²⁰⁾	3	1	4	6	0*)
15	6	9	5	10	•
21	24	47 ²¹⁾	34 ²²⁾	27	•
0	0	0	0	0	•
1	7	6	3	6	2*)
0	0	0	0	0	1*)
0	0	0	0	0	0*)
1	7	5	3	5	1*)
0	0	1	0	1	0*)
1	7	5	3	5	2*)
26	12	63	43	13	•
17	5	60	37	12	•
8	5	3	4	1	•
1	2	0	2	0	•
25	12	63	32	12	•
230	142	256	236	243	•
1 411	859	1 789	1 730	1 835	•
1 304	805	1 683	1 646	1 801	•
5:40	5:40	6:35	6:59	7:25	•
325:53	324:02	430:28	429:28	459:58	•
1	0	3	5	6	•
3 952	2 215	7 534	9 053	10 043	•
18 769	8 994	20 091	18 752	21 752	•
22	16	49	39	35	•
19	13	25	24	19	•
3	3	24	18	16	•

¹⁹⁾ Bis 1979 war die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag Voraussetzung für die Entsendung in das Europäische Parlament, das heißt alle 81 Mandate waren Doppelmandate. Nach der Direktwahl des Europäischen Parlaments (1979) bis Ende der 8. Wahlperiode des Bundestages verfügten noch 28 Abgeordnete über ein Doppelmandat.

²⁰⁾ Davon eine Niederlegung (Abg. Kurt Müller, KPD) nicht anerkannt.

²¹⁾ In dieser Zahl sind 26 Abgeordnete der Fraktion der Grünen enthalten, die im Zusammenhang mit der Befürwortung der Rotationsidee ausgeschieden sind.

²²⁾ In der 11. Wahlperiode sind in dieser Zahl vier der in Fußnote 21 beschriebenen Kategorie von Mandatsniederlegungen enthalten.

²³⁾ Als Fraktionswechsel wurden die Fälle gezählt, in denen der Wechsel unmittelbar bzw. innerhalb eines Monats vollzogen wurde. Lag zwischen dem Austritt aus der bisherigen Fraktion und dem Eintritt in eine neue Fraktion ein „fraktionsloser“ Zeitraum von mehr als einem Monat, wurde dieser Wechsel je einmal bei Fraktionsaustritt und Fraktionseintritt gezählt. Fraktions-Umbenennungen blieben unberücksichtigt.

²⁴⁾ Nur numerierte Plenarsitzungen, keine Gedenksitzungen (z. B. zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni).

²⁵⁾ Nur Plenarsitzungen, die aufgrund des Artikels 39 Abs. 3 GG außerhalb des im Ältestenrat vereinbarten Zeitplans einberufen wurden; keine Gedenksitzungen.

*) Stand: 31. August 1997

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der Plenarsitzungen mit							
– Regierungserklärungen und Aussprachen	32	23	9	18	37	32	44
– Haushaltsberatungen	38	30	31	24	30	24	28
– „Vereinbarten Debatten“	•	•	•	•	•	•	•
– Aktuellen Stunden	–	–	–	2	17	8	20
– Aussprachen zu Großen Anfragen	100	69	44	31	33	30	23
– Fragestunden	16	44	96	178	223	176	168
– Befragungen der Bundesregierung	–	–	–	–	–	–	10
Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten	9	7	4	5	3	1	3
– davon Redner „qua Amt“	3	3	2	3	3	1	3
Zahl der Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern	56	23	25	27	39	22	74
– davon Berichterstattungen für den Vermittlungsausschuß	24	18	9	7	3	0	5
– davon Ausübung des Rederechts nach Art. 43 Abs. 2 GG	32	5	16	20	36	22	69
Erklärungen zur Abstimmung	39	5	0	7	6	21	51
– davon mündlich	14	1	0	3	4	13	20
Namentliche Abstimmungen	136	168	46	38	24	38	53
Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)	181	121	62	40	36	27	6
Fälle, in denen die Beschlußfähigkeit bezweifelt wurde	16	3	0	2	2	0	2
– dabei Beschlußfähigkeit festgestellt	7	2	0	2	1	0	2
– dabei Beschlußfähigkeit <i>nicht</i> festgestellt	9	1	0	0	1	0	0
– anderweitige Erledigung	0	0	0	0	0	0	0
Versuche, die Beschlußfähigkeit herbeizuführen (Exodus)	4	1	0	1	0	0	0
– dadurch Beschlußfähigkeit hergestellt	2	1	0	1	0	0	0
– dadurch Beschlußfähigkeit <i>nicht</i> hergestellt	2	0	0	0	0	0	0
Aufhebung der Sitzung wegen Beschlußfähigkeit (Fälle insgesamt)	15	13	3	6	4	0	3

Hinweis

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

*) Stand: 31. August 1997

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
26	21	51	40	37	•
27	23	29	21	29	•
•	•	4	16	27	•
9	12	117	126	103	•
31	13	63	57	57	•
135	79	142	107	121	•
–	–	3	32	44	•
3	1	5	5	12	10*)
3	1	4	4	1	3*)
68	50	72	77	158	•
12	5	1	0	0	•
56	45	71	77	158	•
31	26	154	296	525	•
21	15	109	141	159	•
58	26	128	162	129	•
4	2	10	4	4	•
1	0	7	4	1	•
0	0	4	2	1	•
0	0	3	0	0	•
1	0	0	2	0	•
0	0	0	0	0	•
0	0	0	0	0	•
0	0	0	0	0	•
0	0	4	2	1	•

Hinweis

Die Ergebnisse von regelmäßig durchgeführten Meinungsbefragungen zur Stellung und Funktion des Parlaments und der Abgeordneten sind zusammengefaßt in Abschnitt 23.7: Öffentliche Meinung über den Bundestag.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Rügen ²⁶⁾	0	3	7	2	5	12	25
Verweisungen zur Sache ²⁷⁾	58	7	3	1	3	4	9
Ordnungsrufe	156	36	41	7	6	13	28
– dagegen Einspruch erhoben	11	2	0	0	0	0	0
– Einspruch angenommen	1	0	0	0	0	0	0
– Einspruch abgelehnt	10	2	0	0	0	0	0
Wortentziehungen	40	0	0	0	2	6	5
Sitzungsausschlüsse	17	0	1	0	0	0	0
– dagegen Einspruch erhoben	13	0	1	0	0	0	0
– Einspruch angenommen	0	0	0	0	0	0	0
– Einspruch abgelehnt	12	0	0	0	0	0	0
– anderweitig erledigt	1	0	1	0	0	0	0
Unterbrechungen der Sitzung wegen störender Unruhe	2	0	0	0	0	0	0
Aufhebung der Sitzungen wegen störender Unruhe	0	0	0	0	0	0	0
Ausschluß der Öffentlichkeit von Plenarsitzungen	0	0	0	0	0	0	0
Plenarsitzungsfreie Zeit bis Beginn der nächsten WP (in Tagen)	68	46	55	87	108	82	5
„Parlamentlose“ Zeit bis Beginn der nächsten WP (in Tagen)	28	8	1	1	0	82	0
Zahl der Präsidiumsmitglieder Vorstandssitzungen ³²⁾	3 27	4 ³⁰⁾ 17	4 ³¹⁾ 16	5 14	5 22	5 –	5 –
Kommissionssitzungen des Vorstandes ³²⁾	93	64	31	34	39	–	–
Präsidiumssitzungen	•	•	•	•	•	49	70
Ältestenratssitzungen	185	172	96	96	114	104	103
Kommissionssitzungen des Ältestenrates	–	–	–	–	–	49	65
Zahl der Fraktionen							
– zu Beginn der WP	8	5	4	3	3	3	3
– am Ende der WP	5	5	3	3	3	3	3
Zahl der Gruppen							
– zu Beginn der WP	1	0	0	0	0	0	0
– am Ende der WP	2	0	1	0	0	0	0
Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen	1 774	1 777	675	727	802	530	718
Gruppen- und Gruppenvorstandssitzungen	•	–	•	–	–	–	–
Zahl der ständigen Ausschüsse (zu Beginn der WP)	36	36	26	26	23	17	19
Zahl der ständigen Ausschüsse (im Verlauf der WP)	40	38	26	28	23	17	19
Zahl der Sonderausschüsse (im Verlauf der WP)	2	3	0	2	1	2	2

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Ausschußsitzungen	4 218	3 445	2 167	2 541	2 163	1 186	1 698
Unterausschußsitzungen	893	638	268	322	337	126	275
Sonderausschuß-Sitzungen	26	58	0	62	150	110	110
Sitzungen des Ständigen Ausschusses gemäß Art. 45 GG	0	0	0	0	0	1	0
Zahl der Untersuchungsausschüsse	9	3	0	2	2	1	2
Untersuchungsausschuß-Sitzungen	174	34	0	37	101	26	77
Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß	–	4	0	1	1	0	0
Verteidigungsausschuß-Sitzungen als Untersuchungsausschuß	–	14	0	11	6	0	0
Zahl der Untersuchungsverfahren insgesamt	9	7	0	3	3	1	2
Zahl der Enquete-Kommissionen	–	–	–	–	–	2	3
Enquete-Kommissions-Sitzungen	–	–	–	–	–	52	89
Europa-Kommissions-Sitzungen	–	–	–	–	–	–	–
Zahl der Sitzungen mit öffentlichen Anhörungen	0	2	1	6	58	80	76
davon							
– Ausschüsse	0	2	1	6	58	80	76
– Enquete-Kommissionen	–	–	–	–	0	0	0
Zahl der in öffentlichen Anhörungen behandelten Themen	0	2	1	4	28	48	48
davon							
– Ausschüsse	0	2	1	4	28	48	48
– Enquete-Kommissionen	–	–	–	–	0	0	0
Öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen	0	2	0	3	17	28	35
Anteil der in öffentlichen Anhörungen behandelten Gesetzentwürfe (in %)	–	0,6	–	0,5	3,6	8,7	8,7
Zahl aller öffentlichen Sitzungen des Bundestages	456	262	169	241	406	306	412
Zahl aller nichtöffentlichen Sitzungen	7 216	6 170	3 252	3 790	3 569	2 126	3 052
Verhältnis von öffentlichen zu nichtöffentlichen Sitzungen	1:15,8	1:23,5	1:19,2	1:15,7	1:8,8	1:6,9	1:7,4

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie (zum Beispiel bei den Aktuellen Stunden in der Zeit vor ihrer Einführung);
- = Zahl wurde nicht ermittelt (zum Beispiel kontroverses Abstimmungsverhalten in den zurückliegenden Wahlperioden);
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
1 586 262 0 –	916 168 0 –	1 724 379 0 –	1 780 517 20 –	2 085 499 35 –	• • 0 –
1 52 2 39 3	1 5 1 24 2	4 209 1 18 5	2 180 1 30 3	3 299 0 0 3	2 • 1 • 3
2 53 –	3 83 –	2 84 35	5 335 –	4 295 –	5 • –
70 66 4 53 51 2 26 7,6	51 43 8 41 36 5 20 14,5	165 159 6 ³³) 141 135 6 ³³) 91 25,7	235 163 72 185 143 42 94 19,8	301 217 84 252 197 55 123 19,0	• • • • • • • •
352 2 761 1:7,8	198 1 653 1:8,3	693 3 236 1:4,7	711 3 484 1:4,9	709 4 294 1:6,0	• • •

³³) Einschließlich Europa-Kommission.

Hinweis

Zum Thema Lobbyismus enthält das *Datenhandbuch* Angaben auch in folgenden Abschnitten:

- 3.17 Berufsstruktur
- 3.18 Interessenvertreter
- 9.8 Öffentliche Anhörungen (mit dem Unterabschnitt „Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter“)
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Sitzungen des Bundestages in Berlin	37	156	76	384	634	86	158
– davon Plenarsitzungen	0	4	4	1	0	0	0
– davon Ältestenratsitzungen	•	2	1	4	9	1	0
– davon Vorstandssitzungen des BT	•	0	1	1	3	–	–
– davon Präsidiumssitzungen	–	–	–	–	–	0	0
– davon Sitzungen von Ausschüssen, Unterausschüssen u. a.	37	112	36	266	374	51	63
– davon Fraktions- und Fraktionsvor- standssitzungen (einschl. Gruppen)	•	29	17	29	54	11	31
– davon Arbeitskreis- und Arbeits- gruppensitzungen der Fraktionen und Gruppen	•	9	17	83	194	23	64
Wahlen des Bundeskanzlers	1	1	1	2	2	1	2
Dauer der Regierungsbildung (in Tagen) ³⁷⁾	37	44	44	58	37	24	26
Zahl der Regierungsmitglieder ³⁹⁾	14	19 ⁴⁰⁾	18 ⁴¹⁾	21 ⁴²⁾	22 ⁴³⁾	16 ⁴⁴⁾	18 ⁴⁵⁾
Zahl der Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat ⁴⁸⁾	4	1	0	2	5	1	2
Zahl der verschiedenen Regierungsmitglieder seit 1949							
– zu Beginn der WP	14	25	34	44	60	82	88
– am Ende der WP	16	30	36	56	74	83	93
Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre ⁴⁹⁾	–	–	–	–	7	15	19 ⁵⁰⁾
Gesamtzahl der Parlamentarischen Staatssekretäre ab 1967 ⁵⁶⁾	–	–	–	–	8	27	45
Dauer der Regierungsbeteiligung (in Monaten kumuliert beim Stand Ende der WP) von							
– CDU und CSU	48	96	145	193	241	241	241
– SPD	0	0	0	0	34	72	120
– FDP	48	76	76	124	136	174	222
– DP	48	96	128	128	128	128	128
– GB/BHE	–	21	21	21	21	21	21
– FVP	–	19	19	19	19	19	19
Anträge auf Herbeirufung von Regierungsmitgliedern ⁵⁸⁾	5	7	3	3	3	2	4
– davon einstimmig angenommen	0	1	0	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit zugestimmt	1	2	2	0	1	1	1
– davon bei Stimmengleichheit abgelehnt	0	0	0	1	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	3	3	1	2	1	0	2
– davon ohne Abstimmung	1	0	0	0	0	0	0
– davon zurückgezogen/ zurückgestellt/Verzicht	0	1	0	0	1	1	0
– dabei Beschlußunfähigkeit festgestellt	0	0	0	0	0	0	1

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
242	91	128	105	212	•
0	0	0	1	5	1
0	0	0	0	2	•
–	–	–	–	–	–
0	0	0	1 ³⁵⁾	5	•
55	25	65	58 ³⁶⁾	115	•
42	21	37	35	41	•
145	45	26	10	44	•
1	2 ³⁴⁾	1	1	1	1
– ³⁸⁾	32	24	36	47	32
16	17	17 ⁴⁶⁾	19 ⁴⁷⁾	20	18
0	4	3	3	2	0
96	103	119	125	142	155
102	118	123	137	153	•
20 ⁵¹⁾	20 ⁵²⁾	25 ⁵³⁾	27	33 ⁵⁴⁾	27 ⁵⁵⁾
58	86	91	104	122	138 ^{*)}
241	247	294	340	386	433
167	190	190	190	190	190
269	297	344	390	436	483
128	128	128	128	128	128
21	21	21	21	21	21
19	19	19	19	19	19
0	1	10	14	2	•
0	0	1	0	0	•
0	0	2	3	1	•
0	0	0	0	0	•
0	0	6	3	1	•
0	1	0	5	0	•
0	0	0	3	0	•
0	0	1	1	0	•

³⁴⁾ davon eine Wahl des Bundeskanzlers mit Hilfe des konstruktiven Mißtrauensvotums.

³⁵⁾ Gemeinsame Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bundestages und des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 30. April 1990.

³⁶⁾ Davon eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse Deutsche Einheit der Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1990 in Berlin (Ost).

³⁷⁾ Gerechnet vom Tag der Wahl bis zur Vereidigung des Kabinetts.

³⁸⁾ Wegen des frühzeitigen Wahltermins – über zwei Monate vor Ablauf der Wahlperiode – ist die Berechnungsmethode 1976 nicht anwendbar.

³⁹⁾ Einschließlich Bundeskanzler.

⁴⁰⁾ Ab Juni 1955: 21, ab November 1955: 20, ab Oktober 1956: 16, ab November 1956: 17.

⁴¹⁾ Ab Mai 1960: 17.

⁴²⁾ Ab Juni 1964: 22.

⁴³⁾ Ab Oktober 1966: 18, ab Dezember 1966: 21.

⁴⁴⁾ Ab Mai 1971: 15, ab Juli 1972: 14.

⁴⁵⁾ Ab Mai 1972: 16.

⁴⁶⁾ Ab November 1984: 18, ab Juni 1986: 19.

⁴⁷⁾ Ab April 1989: 20, ab Oktober 1990: 25.

⁴⁸⁾ Zahl aller Fälle, meist nur während eines Teils der Wahlperiode.

⁴⁹⁾ Ab April 1967.

⁵⁰⁾ Ab Mai 1974: 20.

⁵¹⁾ Ab Juni 1978: 19.

⁵²⁾ Ab Oktober 1982: 24.

⁵³⁾ Ab November 1984: 24.

⁵⁴⁾ Ab Januar 1993: 26.

⁵⁵⁾ Ab Mai 1997: 26.

⁵⁶⁾ Stand: jeweils zum Ende der Wahlperiode; 13. WP: beim Stand August 1997.

⁵⁸⁾ Nur Plenarsitzungen.

*) Stand: 31. August 1997

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Anträge auf konstruktives Mißtrauensvotum	0	0	0	0	0	1	0
– davon angenommen	0	0	0	0	0	0	0
– davon gescheitert	0	0	0	0	0	1	0
Vertrauensfrage des Bundeskanzlers	0	0	0	0	0	1	0
– dazu erforderl. Mehrheit erhalten	0	0	0	0	0	0	0
– dazu erforderl. Mehrheit nicht erhalten	0	0	0	0	0	1	0
Vertrauensfrage-Ersuchen an Bundeskanzler	0	0	0	0	1	0	0
Mißbilligungsanträge gegen den Bundeskanzler	1	0	0	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	1	0	0	0	0	0	0
– davon nicht behandelt	0	0	0	0	0	0	0
Mißbilligungs- und Tadelsanträge gegen Bundesminister	6 ⁵⁷⁾	1	0	0	1	1	1
– davon mit Mehrheit abgelehnt	6	1	0	0	1	1	0
– davon auf Aufsetzung auf TO verzichtet	0	0	0	0	0	0	1
Anträge auf Entlassung eines BMin	2	1	0	1	1	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	1	0	0	0	1	0	0
– davon anderweitig erledigt	1	1	0	1	0	0	0
Mißbilligungs- und Tadelsanträge gegen Parlamentarische Staats- sekretäre	–	–	–	–	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	–	–	–	–	0	0	0
Anträge auf Entlassung eines Parlamentarischen Staatssekretärs	–	–	–	–	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	–	–	–	–	0	0	0

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
0	1	0	0	0	•
0	1	0	0	0	•
0	0	0	0	0	•
0	2	0	0	0	•
0	1	0	0	0	•
0	1	0	0	0	•
0	0	0	0	0	•
0	0	3	0	0	•
0	0	2	0	0	•
0	0	1	0	0	•
3	0	1	2	0	•
3	0	1	2	0	•
0	0	0	0	0	•
0	0	6	0	1	•
0	0	6	0	0	•
0	0	0	0	1	•
0	0	0	1	0	•
0	0	0	1	0	•
0	0	0	0	1	•
0	0	0	0	1	•

⁵⁷⁾ In einem Fall mit der Aufforderung verbunden, das Ministeramt niederzulegen.

Hinweis

Zur **Kontrollfunktion des Bundestages** enthält das vorliegende *Datenhandbuch* außerhalb des Kapitels 12 Materialien in folgenden Abschnitten bzw. Kapiteln:

- 1.24 Wahlprüfung
- 2.4 Immunitätsangelegenheiten
- 6.11 Regierungserklärungen
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 6.16 Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsgliedern
- 6.17 Herbeirufung von Regierungsgliedern
- 6.18 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- 8.5 Sondersitzungen
- 9.8 Öffentliche Anhörungen
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.10 Untersuchungsausschüsse
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 11.9 Vermittlungsverfahren

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Eingebrachte Gesetzentwürfe (insges.)	805	877	613	635	665	577	670
– davon Bundesregierung (abs.)	472	446	401	378	417	362	461
– davon Bundestag (abs.)	301	414	207	245	227	171	136
– davon Bundesrat (abs.)	32	17	5	12	21	44	73
– davon Bundesregierung (in %)	58,6	50,9	65,4	59,5	62,7	62,8	68,8
– davon Bundestag (in %)	37,4	47,2	33,8	38,6	34,1	29,6	20,3
– davon Bundesrat (in %)	4,0	1,9	0,8	1,9	3,2	7,6	10,9
Verabschiedete Gesetzentwürfe (insges.)	545	507	424	427	453	335	516
– davon Bundesregierung (abs.)	392	368	348	329	368	259	427
– davon Bundestag (abs.)	141	132	74	96	76	58	62
– davon Bundesrat (abs.)	12	7	2	2	9	13	17
– davon Vereinigungen von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR) (abs.)	•	•	•	•	•	5	10
– davon Bundesregierung (in %)	71,9	72,6	82,1	77,0	81,2	77,3	82,8
– davon Bundestag (in %)	25,9	26,0	17,4	22,5	16,8	17,3	12,0
– davon Bundesrat (in %)	2,2	1,4	0,5	0,5	2,0	3,9	3,3
– davon Vereinigungen von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR) (in %)	•	•	•	•	•	1,5	1,9
Anderweitig erledigte Gesetzentwürfe (insges.)	174	212	96	95	80	74	80
– davon Bundesregierung	•	26	13	15	16	9	2
– davon Bundestag	•	180	82	77	57	53	47
– davon Bundesrat	•	6	1	3	7	12	31
Nicht mehr erledigte Gesetzentwürfe (insges.)	86	158	93	113	132	169	71
– davon Bundesregierung	•	52	40	34	33	89	30
– davon Bundestag	•	102	51	72	94	60	21
– davon Bundesrat	•	4	2	7	5	20	20
Zahl der durchnummerierten BT-Drucksachen	4 682	3 783	3 007	3 799	4 695	3 831	5 953
Zahl der EG-Vorlagen	–	–	13	224	745	946	1 759
Anteil der Zustimmungsgesetze (in %)	41,8	49,8	55,7	53,4	49,4	51,7	53,2
Anteil der Einspruchsgesetze (in %)	58,2	50,2	44,3	46,6	50,6	48,3	46,8
Versagungen der Zustimmung	11	9 ⁵⁹⁾	6	7 ⁵⁹⁾	10 ⁶⁰⁾	3	19 ⁶⁰⁾
– davon Gesetz nach anschließendem Vermittlungsverfahren verkündet	3	5	4	4	8	2	11
– davon Gesetz nicht verkündet ⁶²⁾	8	4	2	3	2	1	8
Einsprüche des Bundesrates	16 ³⁾	16 ³⁾	36 ³⁾	0	0 ⁶⁴⁾	1	5
– davon vom Bundestag zurückgewiesen	0	1	1	0	0	1	4
– davon nicht zurückgewiesen	1	0	2	0	0	0	1
Anzahl der nicht verkündeten Gesetze	9	6	2	3	2	1	9

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
485	242	522	595	800	•
322	146	280	321	407	•
111	58	183	227	297	•
52	38	59	47	96	•
66,4	60,3	53,6	53,9	50,9	•
22,9	24,0	35,1	38,2	37,1	•
10,7	15,7	11,3	7,9	12,0	•
354	139	320	369	507	•
288	104	237	267	346	•
39	16	42	68	92	•
15	8	32	15	28	•
12	11	9	19	41	•
81,4	74,8	74,1	72,4	68,2	•
11,4	11,5	13,1	18,4	18,1	•
4,2	5,8	10,0	4,1	5,5	•
3,4	7,9	2,8	5,1	8,1	•
62	41	146	81	166	•
4	10	2	6	10	•
40	12	75	62	110	•
18	19	69	13	46	•
59	74	105	130	198	•
21	34	36	34	35	•
21	22	53	78	58	•
17	18	16	18	105	•
4 520	2 443	6 830	8 546	8 611	•
1 706	1 100	1 685	2 413	2 070	•
53,7	52,2	60,6	55,2	55,9	•
46,3	47,8	39,4	44,8	44,1	•
15 ⁶⁰⁾	5	0	1	21	•
6 ⁶¹⁾	4	0	0	13	•
9 ⁶²⁾	2	0	1	8	•
7	7	0	1	5	•
5	6	0	1	4	•
2	1	0	0	1	•
11	3	0	0	9	•

⁵⁹⁾ Bei zwei Gesetzen wurde die Zustimmung ein weiteres Mal versagt.

⁶⁰⁾ Bei einem Gesetz wurde die Zustimmung ein weiteres Mal versagt.

⁶¹⁾ Davon hat der Bundesrat drei Gesetzen nach Vermittlungsverfahren zugestimmt, drei wurden als nicht zustimmungsbedürftig verkündet.

⁶²⁾ Nicht mitgerechnet sind in dieser Tabelle die Gesetze, bei denen der Bundesrat die Zustimmung noch nicht versagt, sondern zunächst nur den Vermittlungsausschuß angerufen hatte, das Vermittlungsverfahren aber wegen Ablaufs der Wahlperiode nicht mehr abgeschlossen werden konnte (so in zwei Fällen in der 8. Wahlperiode). Darin enthalten sind dagegen die beiden Gesetze, die nach Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat und anschließender Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Bundesregierung dort wegen Ablaufs der 8. Wahlperiode nicht mehr abschließend behandelt werden konnten.

⁶³⁾ Bei einem weiteren Gesetz wurde die Einlegung des Einspruchs vorsorglich beschlossen.

⁶⁴⁾ Bei vier Gesetzen wurde die Einlegung des Einspruchs vorsorglich beschlossen.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Anrufungen des Vermittlungsausschusses	75	65	49	39 ⁶⁷⁾	39 ⁶⁷⁾	33	104
– davon durch Bundesrat	70 ⁶⁵⁾	59	46	34 ⁶⁸⁾	34 ⁶⁸⁾	31	96
– davon durch Bundesregierung	3 ⁶⁶⁾	3	3	3	4	2	7
– davon durch Bundestag	2	2	0	2	1	0	1
– davon bei einem Gesetz zwei Anrufungen	3 ⁶⁶⁾	1	0	2	1	2	6
– drei Anrufungen	0	1	0	0	1	0	1
– davon schließlich als Gesetz verkündet	63	56	47	34	29	30	89
– nicht verkündet	9	6	2	3	7	1	7
Von den verkündeten Gesetzen während des Gesetzgebungsverfahrens geändert (in %)							
– aufgrund von Ausschlußbeschlüßempfehlungen	•	•	•	•	•	•	62,5
– durch Anträge aus der Mitte des Bundestages	•	•	•	•	•	•	10,9
– durch Vermittlungsverfahren	•	•	•	•	•	•	12,5
– Anteil insgesamt	•	•	•	•	•	•	62,8
Während des Gesetzgebungsverfahrens nicht geänderte Gesetze (in %)	•	•	•	•	•	•	37,2
Gesetze vom Bundestag verabschiedet (in %):							
– einstimmig	19,3	58,4	63,7	71,0	71,1	70,2	70,5
– weder einstimmig noch kontrovers	64,4	•	•	•	•	23,5	23,1
– kontrovers	16,1	•	•	•	•	6,3	6,4
Zahl der Grundgesetzänderungsgesetze	3	6	3	2	12	5	3
– darin Änderungen von GG-Artikeln	1	13	2	2	40	10	2
– darin Einfügungen von GG-Artikeln	1	11	3	0	17	1	1
– darin Streichungen von GG-Artikeln	1	0	0	0	4	0	0
– dadurch betroffene GG-Artikel	3	24	5	2	61	11	3
Durchschnittliche Dauer des Gesetzgebungsverfahrens (in Tagen) ⁷⁰⁾	199	•	244	254	209	212	266
– davon von Einbringung bis Verabschiedung im BT	135	•	199	•	160	162	186
– davon von Verabschiedung im BT bis Verkündung	64	•	45	•	49	50	80
Kürzeste Beratungsdauer eines Gesetzes (in Tagen) ⁷¹⁾	9	14	7	27	9	18	3

Hinweis

Eine Dokumentation der Grundgesetz-Änderungsgesetze, die häufig auch eine Änderung der Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes enthalten, findet sich unter Abschnitt 14.2.

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
77	20	6	13	85	•
69	17	6	13	71	•
7	3	0	0	14	•
1	0	0	0	0	•
4	0	0	0	2	•
1	0	0	0	0	•
57	17	6	11	62	•
14 ⁶⁹⁾	3	0	2	21	•
59,3	54,4	65,9	•	•	•
5,9	5,9	7,5	•	•	•
12,7	7,4	1,9	•	•	•
60,2	54,4	66,9	•	•	•
39,8	45,6	33,1	•	•	•
61,9	51,1	15,6	17,3	27,6	•
30,8	39,5	•	•	•	•
7,3	9,4	•	•	•	•
0	0	1	1	6	•
0	0	1	3	29	•
0	0	0	1	9	•
0	0	0	1	0	•
0	0	1	5	38	•
234	187	259	212	211	•
162	128	203	150	128	•
72	59	56	63	83	•
3	23	38	8	21	•

⁶⁵⁾ In einem Fall wurde die beschlossene Anrufung des Vermittlungsausschusses wieder zurückgenommen.

⁶⁶⁾ In einem Fall brauchte das Anrufungsbegehren wegen anderweitiger Erledigung vom Vermittlungsausschuß nicht behandelt zu werden.

⁶⁷⁾ In einem Fall wurde der Vermittlungsausschuß vorsorglich angerufen.

⁶⁸⁾ In drei Fällen wurde der Vermittlungsausschuß vorsorglich angerufen.

⁶⁹⁾ Hierin sind sechs Gesetze enthalten, die wegen Ablaufs der Wahlperiode im Vermittlungsausschuß nicht abschließend behandelt werden konnten.

⁷⁰⁾ Zeit zwischen Einbringung der Vorlage beim Bundestag über die Verabschiedung im Bundestag bis zur Verkündung im Bundesgesetzblatt.

⁷¹⁾ Um welche Gesetze es sich dabei handelt, ist Abschnitt 11.7 im vorliegenden *Datenhandbuch* zu entnehmen.

Hinweis

In einer Übersicht in Abschnitt 8.13 sind die bei einigen Wahlen erforderlichen Mehrheitsformen näher erläutert, d. h. insbesondere die Mehrheit der Mitglieder bzw. die absolute Mehrheit.

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs durch Bundesregierung insges. davon beantragt:	59	21	23	25	36	31	2
– von Fraktionen	50	19	17	14	18	6	0
– von Ausschüssen	9	2	6	11	18	25	2
Gesetzesvorlagen der Bundesregierung aufgrund von Ersuchen des Bundestages	28	9	4	5	7	9	0
– davon Gesetz geworden	21	7	3	5	7	7	0
– davon nicht verabschiedet/verkündet	7	2	1	0	0	2	0
Zahl der vorgelegten Berichte der Bundesregierung davon (in %)	9	23	57	110	189	148	204
– aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung	•	•	•	•	•	28,5	•
– aufgrund eines Ersuchens des Bundestages	•	•	•	•	•	56,1	•
– aufgrund eigener Initiative der Bundesregierung	•	•	•	•	•	15,4	•
Große Anfragen	160	97	49	35	45	31	24
Kleine Anfragen	355	377	411	308	488	569	480
Mündliche Anfragen (Fragestunde)	392	1 069	1 536 ⁷²⁾	4 786 ⁷²⁾	10 733 ⁷²⁾	6 966	12 925
– davon dringliche Anfragen	–	–	2	33	198	135	74
Schriftliche Anfragen	–	–	–	–	–	4 107	5 572
Zahl der Fragestunden	16 ⁷³⁾	44	96	178	223	176	168 ⁷⁴⁾
Zahl der Aktuellen Stunden davon	–	–	–	2	17	8	20
– im Ältestenrat vereinbart	–	–	–	1	1	0	3
– zur Antwort der BReg auf eine Mündliche Anfrage verlangt	–	–	–	1	16	8	17
– unabhängig von der Fragestunde verlangt ⁷⁵⁾	–	–	–	–	–	–	–
Anteil der Opposition an parlamentarischen Initiativen (in %)							
– Gesetzentwürfe des Bundestages	31,2	•	52,2	29,8	•	71,4	54,4
– Große Anfragen	38,1	52,6	87,7	68,6	36,4 ⁷⁷⁾	80,6	75,0
– Kleine Anfragen	58,9	38,7	64,0	43,8	43,0 ⁷⁹⁾	82,8	88,8
– Mündliche Anfragen	68,8	58,2	75,7	56,7	•	64,5	68,9
– Aktuelle Stunden	–	–	–	50,0 ⁸²⁾	40,0 ⁸³⁾	100,0	90,0
– Untersuchungsausschüsse	77,8	66,7	–	100,0	50,0 ⁸⁵⁾	100,0	100,0
– Herbeirufung von Regierungsmitgliedern	100,0	85,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
– Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegen Regierungsmitglieder	100,0	100,0	–	100,0	100,0	100,0 ⁸⁶⁾	100,0
– Bezweiflung der Beschlußfähigkeit	87,5	100,0	–	50,0	50,0 ⁸⁷⁾	–	50,0

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
4	3	13	24	22	•
0	2	2	9	12	•
4	1	11	15	10	•
0	1	4	8	10	•
0	1	3	6	9	•
0	0	1	2	1	•
194	107	204	199	251	•
32,2	•	31,1	•	•	•
58,8	•	60,5	•	•	•
9,0	•	8,4	•	•	•
47	32	175	145	98	•
434	297	1 006	1 419	1 392	•
11 826	4 971	7 028	4 134	4 215	•
49	13	41	39	55	•
11 641	9 413	15 836	16 117	16 665	•
135	79	142	107	121	•
9	12	117	126	103	•
2	2	1	0	0	•
7	4	11	5	4	•
–	6	105	121	99	•
64,0	39,0 ⁷⁶⁾	68,3	60,4	49,5	•
70,2	75,0 ⁷⁸⁾	84,6	86,2	85,7	•
84,3	84,1 ⁸⁰⁾	95,9	98,5	98,1	•
64,1	60,6 ⁸¹⁾	65,9	70,1	66,1	•
100,0	66,7 ⁸⁴⁾	76,9	78,6	80,6	•
100,0	100,0 ⁷⁸⁾	75,0	50,0	33,3	•
–	100,0 ⁷⁸⁾	100,0	100,0	100,0	•
100,0	100,0 ⁷⁸⁾	100,0	100,0	100,0	•
–	–	71,4	25,0	100,0	•

⁷²⁾ Darunter auch schriftlich beantwortete Fragen.

⁷³⁾ Erste Fragestunde erst in der 187. Sitzung am 23. Januar 1952.

⁷⁴⁾ Der Rückgang der Zahl der Fragestunden ist dadurch bedingt, daß der Bundestag 1973/74 dazu überging, anstelle von drei Fragestunden zu je 60 Minuten zwei Fragestunden zu je 90 Minuten pro Sitzungswoche durchzuführen.

⁷⁵⁾ Diese Möglichkeit trat erst am 1. Oktober 1980 in Kraft.

⁷⁶⁾ Anteil bis Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU); ab Oktober 1982 (Opposition = SPD) Anteil 64,7%.

⁷⁷⁾ Anteil bis Dezember 1966 (Opposition = SPD); ab Dezember 1966 (Opposition = FDP) Anteil 35,3%.

⁷⁸⁾ Anteil bis Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU).

⁷⁹⁾ Anteil bis Dezember 1966 (Opposition = SPD); Anteil ab Dezember 1966 (Opposition = FDP) 41,6%.

⁸⁰⁾ Anteil bis Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU), Anteil ab Oktober 1982 (Opposition = SPD) 100,0%.

⁸¹⁾ Anteil bis Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU), Anteil ab Oktober 1982 (Opposition = SPD) 64,0%.

⁸²⁾ In einem Fall keine Angaben über die beantragende Fraktion im Stenographischen Bericht.

⁸³⁾ Anteil bis Dezember 1966 (Opposition = SPD); Anteil ab Dezember 1966 (Opposition = FDP) 58,3%.

⁸⁴⁾ Anteil bis Oktober 1982 (Opposition = CDU/CSU); Anteil ab Oktober 1982 (Opposition = SPD) 100,0%.

⁸⁵⁾ Anteil ab Dezember 1966 (Opposition = FDP).

⁸⁶⁾ Anteil bis Dezember 1966 (Opposition = SPD).

⁸⁷⁾ Anteil ab Dezember 1966 (Opposition = FDP).

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76
Zahl der Petitionen (ohne Masseneingaben)	27 200	33 000	29 559	29 993	23 232	22 882	49 204
Dem Anliegen wurde entsprochen (in %) ⁸⁸⁾	•	•	5,0	3,6	2,5	2,6	3,0
Gesamtzahl der Masseneingaben	– ⁸⁹⁾	– ⁸⁹⁾	303 798	553 956	10 174	44 265	205 631
Zahl der Themen von Masseneingaben	–	–	2	3	3	6	4

27.2 Besonderheiten der einzelnen Wahlperioden

Aus der statistischen Übersicht im vorangegangenen Abschnitt wird erkennbar, daß der Bundestag in jeder Wahlperiode hinsichtlich Zusammensetzung und Arbeitsergebnis besondere Merkmale aufweist. Beschränkt man sich auf die statistischen Höchstwerte (linke Spalte) und Tiefstwerte (rechte Spalte), so sind die einzelnen Wahlperioden durch folgende Besonderheiten gekennzeichnet:

1. Wahlperiode (1949–53)

- durch die höchste Zahl von Fraktionen zu Beginn der Wahlperiode (8);
 - durch die höchste Zahl von Fraktionswechseln (91 Wechsel mit 53 daran beteiligten Abgeordneten);
 - durch die höchste Zahl an Immunitätsfällen (160);
 - durch die höchste Zahl von Plenarsitzungen (282), aber nicht durch die längste Plenarsitzungszeit;
 - durch die meisten Fälle (15), in denen die Plenarsitzung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden mußte;
 - durch die größte Zahl von Ordnungsrufen (156), Wortentziehungen (40) und Sitzungsausschlüssen (17);
 - durch die höchste Zahl ständiger Ausschüsse (40) und die höchste Zahl von Ausschusssitzungen (4 218);
 - durch die höchste Zahl von Untersuchungsausschüssen (9);
 - durch die höchste Zahl verabschiedeter Gesetze (545);
 - durch die höchste Zahl von Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs durch die Bundesregierung (59);
 - durch die höchste Zahl von Mißbilligungsanträgen gegen Regierungsmitglieder (6).
- durch die geringste Zahl von Abgeordneten (410, ab Februar 1952: 421);
 - durch das Fehlen einer öffentlichen Anhörung (seit 1952 in die Geschäftsordnung eingeführt);
 - durch die geringste Zahl Mündlicher Anfragen zu der (allerdings erst 1952 eingeführten) Fragestunde.

8. WP 1976–80	9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98
48 846	27 308	49 118	52 528	81 881	•
6,2	13,0	16,0	14,9	8,3	•
90 800	440 730	239 518	272 876	437 447	•
1	10	34	533	78	•

⁸⁸⁾ Die Prozentzahlen beziehen sich bis zur 8. Wahlperiode auf alle Petitionen, ab der 9. Wahlperiode nur auf die inhaltlich geprüften Petitionen (9. WP: 15 709; 10. WP: 31 250; 11. WP: 32 320; 12. WP: 54 439).

⁸⁹⁾ Keine Masseneingaben nachgewiesen.

2. Wahlperiode (1953–57)

- durch die höchste Zahl eingebrachter Gesetzentwürfe (877) und zugleich durch den höchsten Anteil der aus der Mitte des Bundestages eingebrachten Gesetzentwürfe (47,2%).
- durch das ungünstigste Verhältnis von öffentlichen zu nichtöffentlichen Sitzungen (1:23,5);
- durch die geringste Zahl Mündlicher Anfragen für die Fragestunde in einer vollen Wahlperiode (1 069) und durch die – von der 1. Wahlperiode abgesehen – wenigsten Fragestunden (44);
- durch die geringste Zahl von Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern im Plenum des Bundestages in einer vollen Wahlperiode (23).

3. Wahlperiode (1957–61)

- durch die geringste Zahl der vom Bundestag behandelten Wahleinsprüche (6);
- durch die niedrigste Zahl von Plenarsitzungen in einer Wahlperiode von regulärer Dauer (168);
- durch keine Erklärung zur Abstimmung;
- durch nur einen Fall einer öffentlichen Anhörung eines Ausschusses;
- durch keine Einsetzung eines Untersuchungsausschusses;
- durch die geringste Zahl von Bundestags-Drucksachen in einer Wahlperiode von regulärer Dauer (3 007);
- durch die geringste Zahl von EG-Vorlagen (13);
- durch die geringste Zahl von Regierungserklärungen (8).

4. Wahlperiode (1961–65)

- durch die höchste Zahl von Abgeordneten vor der Vereinigung Deutschlands (521 infolge von 5 Überhangmandaten);
- durch die geringste Plenarsitzungszeit einer Wahlperiode mit regulärer Dauer (985 Stunden) und – neben der 6. Wahlperiode – die niedrigste Durchschnittsdauer einer Plenarsitzung (4 Stunden und 58 Minuten);
- durch das höchste Durchschnittsalter der Abgeordneten (52,3 Jahre) u. a. infolge des höchsten Anteils von Abgeordneten über 60 Jahre (25,3%);
- durch die geringste Zahl Kleiner Anfragen in einer Wahlperiode mit regulärer Dauer (308);
- durch die höchste Zahl von Abgeordneten, die während der Mandatszeit verstorben sind (35);
- durch die geringste Zahl dringlicher Anfragen zur Fragestunde in einer Wahlperiode mit regulärer Dauer (33).
- durch die längste Dauer der Regierungsbildung (58 Tage).

5. Wahlperiode (1965–69)

- durch die höchste Zahl der Grundgesetz-Änderungsgesetze (12);
- durch die geringste Zahl von Petitionen in einer Wahlperiode mit regulärer Dauer (23 232);
- durch die höchste Zahl dringlicher Anfragen für die Fragestunde (198) sowie durch die meisten Fragestunden (233).
- durch die geringste Zahl namentlicher Abstimmungen (24).

Hinweis

Das Thema „**Parlamentsreform**“ taucht in zahlreichen Zusammenhängen auf und wird entsprechend in verschiedenen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so u. a. in Abschnitt

- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Bibliographie
- 2.14 Parlamentsverständnis der Abgeordneten: Umfragen
- 5.10 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen
- 8.11 Regelungen zur Debattendauer
- 9.9 Registrierung der Interessenverbände
- 9.11 Enquete-Kommissionen
- 12.2 Aktuelle Stunden
- 12.3 Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung
- 12.7 Parlamentarische Kontrollkommissionen
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.4 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Bundestagshaushalts
- 13.5 Selbstverständnis-Debatten des Bundestages
- 14.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht
- 16.1 Chronik der Geschäftsordnungs-Änderungen
- 16.2 Neufassung 1980 der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens: Chronik
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung: Chronik
- 20.7 Zuschüsse an die Fraktionen
- 20.8 Mitarbeiter der Abgeordneten

6. Wahlperiode (1969–72)

- durch die zweitkürzeste Dauer einer Wahlperiode (dadurch bedingte Tiefstwerte in der Parlamentsstatistik sind im folgenden durch *) markiert);
- durch die – neben der 4. Wahlperiode – niedrigste Durchschnittsdauer einer Plenarsitzung (4 Stunden und 58 Minuten);
- durch keinen Fall der Aufhebung einer Plenarsitzung wegen Beschlußunfähigkeit (wie auch in der 8. und 9. Wahlperiode);
- durch die geringste Zahl von Ordnungsrufen*);
- durch die geringste Zahl von Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern im Plenum des Bundestages*);
- durch die geringste Zahl ständiger Ausschüsse (17);
- durch die geringste Zahl von Petitionen*);
- durch die geringste Zahl von Aktuellen Stunden (8)*);
- durch die kürzeste Dauer der Regierungsbildung (24 Tage, wie auch in der 10. Wahlperiode).

7. Wahlperiode (1972–76)

- durch den höchsten Anteil von Abgeordneten unter 40 Jahren (22,6%);
- durch den höchsten Anteil der von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwürfe (68,8%) und entsprechend durch den niedrigsten Anteil der Bundestags-Initiativen (20,3%);
- durch die längste durchschnittliche Dauer des Gesetzgebungsverfahrens (266 Tage), wahrscheinlich verursacht durch die höchste Zahl von Anrufungen des Vermittlungsausschusses (104);
- durch die meisten Mündlichen Anfragen (12 925).
- durch das niedrigste Durchschnittsalter der Abgeordneten (46,6 Jahre);
- durch den geringsten Anteil weiblicher Abgeordneter (5,8%).
- durch die (neben der 8. Wahlperiode) geringste Zahl von Fraktionswechselln (ein Abgeordneter);
- durch die kürzeste plenarsitzungsfreie Zeit bis zum Beginn der folgenden Wahlperiode (5 Tage);
- durch die geringste Zahl von Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs durch die Bundesregierung (2);
- durch die geringste Zahl Großer Anfragen (24) und Schriftlicher Anfragen (5 572).

Hinweis

Zu allgemeinen Angaben zur Sozialstruktur des Bundestages siehe Kapitel 3.

8. Wahlperiode (1976–80)

- durch die längste plenarsitzungsfreie Zeit bis zum Beginn der folgenden Wahlperiode (122 Tage).
- durch die (neben der 7. Wahlperiode) geringste Zahl von Fraktionswechselln (ein Abgeordneter);
- durch keinen Fall der Aufhebung einer Plenarsitzung wegen Beschlußunfähigkeit (wie auch in der 6. und 9. Wahlperiode);
- durch die geringste Zahl von Ausschußsitzungen in einer Wahlperiode von regulärer Dauer (1 586);
- durch die niedrigste Zahl von eingebrachten Gesetzentwürfen in einer Wahlperiode von regulärer Dauer (485);
- durch die geringste Zahl der bei Ende der Wahlperiode nicht erledigten Gesetzentwürfe (59 von 485);
- durch die geringste Zahl Aktueller Stunden (9) in einer Wahlperiode von regulärer Dauer;
- durch das Fehlen eines Antrags auf Herbeirufung eines Regierungsmittgliedes.

9. Wahlperiode (1980–83)

- durch die kürzeste Dauer einer Wahlperiode (dadurch bedingte Tiefstwerte in der Parlamentsstatistik sind durch *) markiert);
- durch den geringsten Anteil von Abgeordneten über 60 Jahre (4,8%);
- durch die geringste Zahl von Immunitätsfällen*);
- durch die geringste Zahl von Plenarsitzungen (142) und Ausschußsitzungen (916)*);
- durch keinen Fall der Aufhebung der Plenarsitzung wegen Beschlußunfähigkeit (wie in der 6. und 8. Wahlperiode);
- durch die niedrigste Zahl eingebrachter und verabschiedeter Gesetze (242 bzw. 139)*);
- durch die kürzeste durchschnittliche Dauer des Gesetzgebungsverfahrens (187 Tage);
- durch die geringste Zahl Kleiner Anfragen sowie dringlicher Anfragen für die Fragestunde*);
- durch die geringste Zahl von Bundestags-Drucksachen*).

10. Wahlperiode (1983–87)

- durch die höchste durchschnittliche Mandatsdauer der Abgeordneten am Ende der Wahlperiode (10,5 Jahre – trotz Rotation der Abgeordneten der Fraktion der GRÜNEN);
 - durch die höchste Zahl von Mandatsniederlegungen während der Wahlperiode (infolge der Rotation der Abgeordneten der GRÜNEN);
 - durch das günstigste Verhältnis von öffentlichen zu nichtöffentlichen Sitzungen (1:4,7);
 - durch die höchste Zahl Großer Anfragen (175);
 - durch die höchste Zahl von Regierungserklärungen (49);
 - durch die höchste Zahl von Anträgen auf Entlassung eines Bundesministers (6).
- durch den geringsten Anteil neuer Abgeordneter (17,7%, trotz der zusätzlichen Fraktion der GRÜNEN);
 - durch die niedrigste Zahl verabschiedeter Gesetze in einer Wahlperiode mit regulärer Dauer (320);
 - durch die kürzeste Dauer der Regierungsbildung (24 Tage, wie auch in der 6. Wahlperiode);
 - durch die geringste Zahl von Anrufungen des Vermittlungsausschusses (6; ausschließlich durch Bundesrat).

11. Wahlperiode (1987–90)

- durch die höchste durchschnittliche Mandatsdauer der Abgeordneten zu Beginn der Wahlperiode (8,2 Jahre);
 - durch die meisten Anträge auf Herbeirufung eines Regierungsmitgliedes zu einer Plenarsitzung (14);
 - durch die höchste Zahl namentlicher Abstimmungen (162);
 - durch die höchste Zahl von EG-Vorlagen (2 413);
 - durch die höchste Zahl eingesetzter Enquete-Kommissionen (5) und Enquete-Kommissions-Sitzungen (335);
 - durch die höchste Zahl Kleiner Anfragen (1 419);
 - durch die höchste Zahl Aktueller Stunden (126);
 - durch die höchste Zahl von Petitionen vor der Vereinigung Deutschlands (52 528).
- durch den geringsten Anteil von Abgeordneten unter 40 Jahren (11,4%);
 - durch die geringste Anzahl von Abgeordneten, die während der Mandatszeit verstorben sind (5).

Hinweis

Die Daten aller Plenarsitzungen sind in Abschnitt 8.4 zusammengestellt.

12. Wahlperiode (1990–94)

- durch die längste Plenarsitzungszeit (1 844 Stunden), aber nicht durch die höchste Zahl von Plenarsitzungen;
 - durch die längste Durchschnittsdauer einer Plenarsitzung (7 Stunden und 25 Minuten);
 - durch die meisten Sondersitzungen (6);
 - durch die meisten Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern im Plenum des Bundestages (158);
 - durch die meisten Sitzungen von Untersuchungsausschüssen (299);
 - durch die höchste Zahl von Ausschußsitzungen mit öffentlichen Anhörungen (217);
 - durch die höchste Zahl der bei Ende der Wahlperiode nicht erledigten Gesetzentwürfe (198 von 800);
 - durch die meisten Schriftlichen Anfragen (16 665);
 - durch die höchste Zahl von durchnummerierten Bundestags-Drucksachen (8 611);
 - durch die höchste Zahl von Petitionen (81 881), bedingt durch die Vereinigung Deutschlands.
- durch die geringste Zahl von Immunitätsfällen in einer Wahlperiode von regulärer Dauer (13).

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

- durch die höchste Zahl von Abgeordneten nach der Vereinigung Deutschlands (672 infolge von 16 Überhangmandaten);
- durch den höchsten Anteil weiblicher Abgeordneter (26,3%);
- durch die höchste Zahl der vom Bundestag behandelten Wahleinsprüche (1 142; insbesondere gegen die hohe Zahl der Überhangmandate).

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Hinweis

Die Ergebnisse zweier Umfragen über den durchschnittlichen Zeitaufwand eines Abgeordneten für sämtliche politischen, beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen in Bonn und im Wahlkreis sind in Abschnitt 2.15: Zeitbudget der Abgeordneten wiedergegeben.

28 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Überblick

	Seite
28.1	Chronik der „Wende“ in der Volkskammer 3718
28.2	Volkskammerwahl vom 18. März 1990 3884
	– Wahlgesetz der DDR (S. 3884)
	– Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen (S. 3885)
	– Wahlergebnisse (S. 3887)
	– Regionale Abweichungen der Stimmenanteile (S. 3888)
28.3	Präsident und Präsidium der Volkskammer 3889
	– Wahl des Volkskammerpräsidenten (S. 3890)
	– Wahl der Vizepräsidenten (S. 3891)
28.4	Alters- und Sozialstruktur der Volkskammer-Abgeordneten . . . 3891
	– Altersgliederung (S. 3892)
	– Weibliche Abgeordnete (S. 3893)
	– Berufs- und Bildungsstruktur (S. 3893)
	– Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer (S. 3895)
	– Frühere Mitgliedschaft im Ministerrat der DDR (S. 3896)
28.5	Parlamentsverständnis der Volkskammer-Abgeordneten: Umfrage 3896
	– Der Fragebogen (S. 3897)
	– Ziel und Ergebnisse der Befragung (S. 3900)
28.6	Fraktionen der Volkskammer 3902
	– Mandatszahl und Vorstände der Fraktionen (S. 3902)
	– Fraktionsstärken und Fraktionswechsel (S. 3907)
	– Fraktionen der Volkskammer zwischen 1950 und 1990 (S. 3910)
28.7	Ausschüsse der Volkskammer 3912
	– Verzeichnis der Ausschüsse (S. 3912)
	– Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen (S. 3914)
28.8	Ministerrat der DDR 3915
	– Wahl des Ministerrates nach der Wende (S. 3916)
	– Zusammensetzung des Ministerrates unter Vorsitz von <i>Hans Modrow</i> (S. 3917)
	– Zusammensetzung des Ministerrates unter Vorsitz von <i>Lothar de Maizière</i> (S. 3919)
	– Parlamentarische Staatssekretäre (S. 3921)
	– Koalitionen und Opposition während der 10. Wahlperiode (S. 3922)

Hinweis

Siehe dazu auch das entsprechende Kapitel 7: Bundestag und innerdeutsche Entwicklung.

Vorbemerkung*)

Mit der „Wende“ in der DDR geriet seit Herbst 1989 nicht zuletzt auch die Volkskammer in das Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit in Ost und West. Sie bildete das Forum, auf dem in öffentlichen Sitzungen am 24. Oktober, 13. und 17. November 1989 die alten Amtsinhaber des Staatsrates, des Nationalen Verteidigungsrates und des Ministerrates abberufen und neue gewählt wurden. Schließlich war die Volkskammer dasjenige Verfassungsorgan, in dem Fehlleistungen der Vergangenheit angeprangert sowie Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen wurden.

Dieser Funktionswandel des DDR-Parlaments, die erste demokratische Wahl der Volkskammer am 18. März 1990 und das Zusammenwachsen von Deutschem Bundestag und Volkskammer zu einem gesamtdeutschen Zentralparlament im Rahmen des Einigungsprozesses werden zum Anlaß genommen, im vorliegenden *Datenhandbuch* ein Kapitel mit allen wichtigen Angaben zur letzten Wahlperiode der Volkskammer aufzunehmen. Außerdem sind die Abgeordneten der 10. Wahlperiode der Volkskammer in das Personenregister (Kapitel 31) eingefügt worden.

Verfassungsrechtliche Stellung der Volkskammer

Nach der Verfassung der DDR war die Volkskammer, vor dem Staatsrat und vor dem Ministerrat, „das oberste staatliche Machtorgan“ (Art. 48 Abs. 1 Satz 1). Nach dem Prinzip des Gewaltenmonismus bestimmte sie nach Art. 49 Absatz 3 Satz 2 DDR-Verfassung „die Grundsätze der Tätigkeit des Staatsrates, des Ministerrates, des Nationalen Verteidigungsrates, des Obersten Gerichts und des Generalstaatsanwalts“. Sie wählte nach Art. 50 den Vorsitzenden und die Mitglieder des Staatsrates, den Vorsitzenden und die Mitglieder des Ministerrates, den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, den Präsidenten und die Richter des Obersten Gerichts und den Generalstaatsanwalt, die jederzeit von ihr auch wieder abberufen werden konnten.

In ihrer Tätigkeit verwirklichte die Volkskammer „den Grundsatz der Einheit von Beschlussfassung und Durchführung“ (Art. 48 Abs. 2 Satz 3 DDR-Verfassung). Nach Art. 48 Abs. 2 Satz 1 DDR-Verfassung war die Volkskammer „das einzige verfassungs- und gesetzgebende Organ“ in der DDR.

Das Recht zur Einbringung von Gesetzesvorlagen hatten neben den Abgeordneten der in der Volkskammer vertretenen Parteien „und Massenorganisationen“ nach Art. 65 Abs. 1 DDR-Verfassung „die Ausschüsse der Volkskammer, der Staatsrat, der Ministerrat und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“.

Die Volkskammer bestand nach Art. 54 DDR-Verfassung aus 500 Abgeordneten, „die vom Volke auf die Dauer von fünf Jahren in freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden“. Die Arbeit in der Volkskammer folgte den Regeln einer Geschäftsordnung, die sie sich gemäß Art. 55 Abs. 2 DDR-Verfassung gegeben hat (vgl. Geschäftsordnung der Volkskammer der DDR vom 7. Oktober 1974, GBl. I S.469).

*) Auszugsweise entnommen aus: Der Aktuelle Begriff Nr. 37/89 vom 13. Dezember 1989 „Die wichtigsten Verfassungsorgane der DDR“, Bearbeiter *Michael Fuchs*.

Vgl. zur Situation vor der „Wende“ *Eckhard Jesse*, Die Volkskammer der DDR: Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1821–1844.

Bisherige Bedeutung

Die ihr von der Verfassung zugeordnete Rolle hat die Volkskammer der DDR in der Vergangenheit so gut wie nie wahrgenommen. Das hing damit zusammen, daß ihre Erklärung zum obersten staatlichen Machtorgan rein formeller Natur war. Ihre Stellung wurde durch die Regierung (den Ministerrat*) und den Staatsrat**) der DDR, nicht zuletzt durch die Personalunion in den Ämtern des Ersten Sekretärs des ZK der SED und des Vorsitzenden des Staatsrates, wesentlich beeinträchtigt.

Darüber hinaus war die Volkskammer kein Parlament im herkömmlichen Sinne. Denn zwar gab es in Übereinstimmung mit § 43 Abs. 1 Geschäftsordnung der Volkskammer neben der Fraktion der SED auch noch Fraktionen anderer Parteien und Massenorganisationen. Jedoch hatten sich deren Mitglieder bis vor kurzem in der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (sog. Blockparteien) bzw. in der „Nationalen Front“ der Führung der SED unterstellt, so daß die Existenz von Fraktionen nur von geringer Bedeutung für die Arbeit der Volkskammer war.

Ein Indiz für ihre geringe Bedeutung ist auch die Zahl ihrer Plenarsitzungen (drei bis vier Sitzungen pro Jahr) und die Zahl der von ihr erlassenen Gesetze (20 Gesetze von 1978 bis 1980 gegenüber 80 Verordnungen des Ministerrates im gleichen Zeitraum).

Die Sprache der Volkskammer

Den Kommunikationsstil und die Kommunikationsformen der Volkskammer hat *Armin Burkhardt* untersucht,***) und zwar unterteilt in die drei geschichtlichen Abschnitte:

- „DDR- oder Beton-Phase“: vom 7. Oktober 1949 (Gründung der Provisorischen Volkskammer) bis zum 13. November 1989 (Debatte über die „Wende“ [vgl. dazu ausführlich Abschnitt 29.1 unter diesem Datum]);
- die „Wende-Phase“: vom 13. November 1989 bis zum 7. März 1990 (Ende der 9. Legislaturperiode);
- die „Noch-DDR- oder Abwicklungs-Phase“: vom 5. April 1990 (konstituierende Tagung nach den Wahlen vom 18. März 1990) bis zum 2. Oktober 1990 („letzte Tagung des ersten frei gewählten Parlaments der DDR“ [*Reinhard Höppner*, Stellvertreter der Präsidentin der Volkskammer]).

*) Wie der Staatsrat war auch der Ministerrat nach Art. 76 Abs. 1 Satz 1 der DDR-Verfassung ein Organ der Volkskammer der DDR. Vgl. im übrigen den Vorspann zu Abschnitt 28.8.

**) Der Staatsrat bestand nach Art. 67 Abs. 1 DDR-Verfassung aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Mitgliedern und dem Sekretär. Er vertrat die DDR völkerrechtlich und ratifizierte und kündigte Staatsverträge (Art. 66 Abs. 2 DDR-Verfassung). Sein Vorsitzender ernannte die bevollmächtigten Vertreter der DDR in anderen Staaten und berief sie ab und nahm Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der bei ihm akkreditierten Vertreter anderer Staaten entgegen (Art. 71 Abs. 1 DDR-Verfassung). Der Staatsrat war damit ein kollektives Staatsoberhaupt.

Nicht zuletzt durch die Personalunion zwischen dem Vorsitzenden des ZK der SED und dem Vorsitzenden des Staatsrates übte der Staatsrat maßgebenden Einfluß auf das politische Geschehen in der DDR aus. Seine Stellung wurde noch gestärkt durch die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates, dessen Mitglieder vom Staatsrat berufen wurden (Art 73 DDR-Verfassung) und dessen Vorsitzender der Vorsitzende des Staatsrates war. Darüber hinaus nahm der Staatsrat die Aufgaben der Volkskammer in der Zeit wahr, in der diese nicht tagte. Angesichts der Seltenheit von Tagungen der Volkskammer wird die Machtfülle des Staatsrates deutlich.

***) *Armin Burkhardt*, Ein Parlament sucht(e) seine Sprache. Zur Sprache der Volkskammer. In: Sprache im Umbruch: Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“. Hrsg. von *Armin Burkhardt* und *K. Peter Fritzsche*. Berlin, New York 1992. S. 115–197 (Fazit auf Seite 194).

Sein Fazit:

„Die Volkskammer des November/Dezember 1989 war eine als Akklamationsparlament gebildete Volksvertretung, gekennzeichnet von dem ehrlichen Bemühen, sich in ein Diskussionsparlament zu verwandeln. Nach der Märzwahl war die Volkskammer teils zum Arbeitsparlament, tendenziell aber zum Schauparlament nach Bonner Muster geworden, dessen herausragendes Thema die eigene Selbstauflösung darstellte.

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 28 sind weitere Angaben zur politischen Wende in der DDR, zur Vereinigung Deutschlands, zu den neuen Bundesländern und zur Integration der ostdeutschen Politiker in Bundestag und Bundesrat in folgenden Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* zu finden:

- 1.1 Wahlgesetze (mit den Wahlrechtsregelungen bei den ersten beiden gesamtdeutschen Wahlen 1990 und 1994)
- 1.3 Wahltermin und Wahlfristen (mit den Fristen bei der Durchführung der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990)
- 1.6 Die kandidierenden Parteien in Stichworten (mit Angaben insbesondere auch zu den in der DDR gegründeten Parteien und Bürgerbewegungen, die an der ersten gesamtdeutschen Wahl teilgenommen haben)
- 1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern (mit Angaben zu den einzelnen neuen Bundesländern und einer Gegenüberstellung der Wahlergebnisse von 1990 und 1994 in den westlichen und östlichen Bundesländern)
- 1.16 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession (mit einer Gegenüberstellung der Stimmabgabe 1990 im westlichen und östlichen Wahlgebiet)
- 1.17 Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete (mit Angaben zu den Hochburgen der Parteien in den neuen Bundesländern)
- 1.28 Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen (mit Berücksichtigung der seit Herbst 1990 in den neuen Bundesländern durchgeführten Landtagswahlen)
- 2.1 Zahl der Abgeordneten (mit den Veränderungen aufgrund der Vereinigung Deutschlands)
- 2.5 Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR
- 3.5 Herkunft der Abgeordneten (mit einer Statistik der Geburtsorte der 1990 in den alten und neuen Ländern gewählten Abgeordneten)
- 5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen (mit Angabe der den beiden Gruppen PDS bzw. PDS/LL und Bündnis 90/Grüne im Bundestag eingeräumten Rechte)
- 5.4 Fraktionsspaltungen und Fusionen: Chronik (mit der Angabe der Veränderungen, die der Eintritt der von der Volkskammer in den Bundestag gewählten Abgeordneten im Oktober 1990 bewirkt hat)
- 5.11 Sonstige im Bundestag vertretene Parteien (mit den Parteien und Bürgerbewegungen, die sich während der „Wende“ in der DDR gebildet haben)
- 6.11 Regierungserklärungen (mit den Daten und Themen der Erklärungen, die zur Lage in der DDR und später zu den Verhandlungen mit der DDR über die Herbeiführung der deutschen Einheit abgegeben wurden)
- 6.21 Regierungen in Bund und Ländern (mit der Ergänzung der neuen Bundesländer)
- 7 Bundestag und innerdeutsche Entwicklung mit den Abschnitten
 - 7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin
 - 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
 - 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
 - 7.4 Chronik der deutschen Vereinigung
 - 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
 - 7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR
 - 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
 - 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 8.1 Tagungsstätte der Plenarsitzungen (mit Aufzählung der Sitzungen, die im Gefolge der deutschen Vereinigung erstmals im Reichstagsgebäude in Berlin stattfinden konnten)

Über 40 Jahre hatte das Parlament Volkskammer seine charakteristische Sprache; es war allerdings die des akklamierenden Pseudoparlamentarismus. Nach den Ereignissen vom Oktober/November 1989 entstand aus einer zunächst bekennerhaften Kommunikation, die phasenweise den Charakter eines öffentlichen Verhörs annahm, vorübergehend ein Diskussionsparlament, das – in Zusammenarbeit mit dem Zentralen Runden Tisch – die rechtlichen Voraussetzungen für die Wahlen im März 1990 schuf. Die Märzahlen hätten dann

Fortsetzung des Hinweises von Seite 3716

- 8.5 Sondersitzungen (mit Angaben zu den Plenarsitzungen, die 1990 außerhalb des ursprünglichen Zeitplans insbesondere zur Beratung der deutsch-deutschen Staatsverträge einberufen wurden)
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung (mit der Aufzählung der durchaus zahlreichen Erklärungen einzelner Abgeordneter zu den deutsch-deutschen Verträgen)
- 8.24 Gedenksitzungen im Plenarsaal (mit Angaben zu den Gedenksitzungen zum Tag der deutschen Einheit vor, während und nach der Vereinigung)
- 9.2 Verzeichnis der Ausschüsse (mit Angaben zum Ausschuß Deutsche Einheit in der 11. Wahlperiode)
- 9.10 Untersuchungsausschüsse (mit dem Wortlaut der Untersuchungsaufträge des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode zur Rolle des Arbeitskreises „Kommerzielle Koordinierung“ im System von SED-Führung, Staatsleitung und Volkswirtschaft der früheren DDR sowie des 2. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode zum Thema DDR-Vermögen)
- 9.11 Enquete-Kommissionen (mit dem Wortlaut der Untersuchungsaufträge der Enquete-Kommissionen der 12. Wahlperiode zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland und der 13. Wahlperiode zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit)
- 11.4 Anlässe zur Gesetzgebung (mit Beispielen von gesetzlichen Maßnahmen, die infolge der Vereinigung Deutschlands erforderlich wurden)
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens (mit der Aufzählung der Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer, wobei es sich in der 11. Wahlperiode um Gesetze im Zusammenhang mit der deutschen Einheit handelt)
- 11.8 Bundestag und Bundesrat (mit Angaben über die Veränderungen der Sitzverteilung und der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nach der Änderung der Stimmenanteile der Länder im Rahmen des Einigungsvertrages und nach dem Eintritt der fünf neuen Bundesländer)
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht (mit Angaben, zu welchen Verfahren im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands der Bundestag beigetreten ist und welche Verfahren durch Verfassungsklagen von Abgeordneten und Fraktionen des Bundestags ausgelöst wurden)
- 11.19 „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung seit 1949 (in der 12. Wahlperiode mit Gesetzen im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands)
- 12.2 Aktuelle Stunden (mit Angabe der hier behandelten „DDR-Themen“)
- 12.3 Regierungsbefragung (ebenfalls mit Angabe der hier behandelten „DDR-Themen“)
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform (mit Angaben zur Einrichtung der im Einigungsvertrag vorgesehenen Gemeinsamen Verfassungskommission)
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht (u. a. mit der Verabschiedung des 14. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes betr. Überprüfung der Bundestagsabgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR)
- 15.3 Parlamentsrechtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (u. a. mit den Leitsätzen zur Entscheidung über den deutsch-deutschen Wahlvertrag und über den Fraktionsstatus der Gruppe PDS im Bundestag)
- 17.3 Petitionen: Statistik (mit Hinweisen zum Anteil der Petitionen aus den neuen Bundesländern)
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 22.3 Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste (mit Angabe der Titel zum Thema DDR und Vereinigung Deutschlands)
- 24.4 Europäisches Parlament (mit Angaben zum Problem der Vertretung Ostdeutschlands)

eigentlich zur Konstitution eines echten Arbeitsparlaments führen sollen, das dann aber – nicht unbeeinflusst vom westdeutschen Schauparlamentarismus – doch nur als Abwicklungsinstanz für das von den DDR-Wählern in Auftrag gegebene Projekt ‚deutsche Einheit‘ fungierte. Eine eigene Sprache hat der DDR-Parlamentarismus nach der ‚Wende‘ nicht gefunden, wohl aber Elemente eines eigenen Stils: Möglichkeit zu relativ spontanen Redebeiträgen, Kurzdiskussionen mit dem Präsidium, längere Moderationen des amtierenden Präsidenten, höfliche Anreden, höflich-unverbindliche, nur gelegentlich negativ wertende Sprechweise, kein echter Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition, extrem wenig und kaum aggressive Zwischenrufe, nur wenige Showelemente. Indem sie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gleichsam als Motto über ihre Arbeit schrieb und sich die in ihr vertretenen Parteien in immer stärkere Abhängigkeit von ihren Bonner Schwesterorganisationen begaben, verspielte sie die Chance auf eine eigene Sprache und eine eigenständige Politik.“

28.1 Chronik der ‚Wende‘ in der Volkskammer

Die folgende Chronik*) zeichnet detailliert den sich zeitweise überstürzenden politischen Wandlungsprozeß in der DDR nach, beginnend vom Januar 1989 bis zur Nacht vom 2. auf den 3. Oktober

*) Quellen:

Analysen, Dokumentationen und Chronik zur Entwicklung in der DDR von September bis Dezember 1989. Hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut. Bonn 1990.

Bahrmann, Hannes und Christoph Links, Wir sind das Volk. Die DDR im Aufbruch. Eine Chronik. Berlin, Weimar, Wuppertal 1990.

dpa Monatschronik – Inland. Hrsg. von der Deutschen Presseagentur. Hamburg. Jg. 1989 f.

Der Fischer Weltalmanach. Sonderband DDR. Autoren: *Eleonore Baumann* [u. a.]. Frankfurt am Main 1990.

Fuhr, Eckhard, Geschichte der Deutschen 1949–1990. Eine Chronik zu Politik, Wirtschaft und Kultur. Frankfurt am Main 1990.

Glaeßner, Gert-Joachim, Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit. 2., durchgesehene Aufl. Opladen 1992.

Gutzeit, Martin, Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der „Opposition“ im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR. In: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Hrsg. von *Walter Euchner*. Göttingen 1993. S. 84–114.

Hartwich, Hans-Hermann, Die Bundesregierung im Prozeß der deutschen Vereinigung (1989/90). Skizze zu einer kategorial geleiteten Analyse des Regierungshandelns. In: Regieren in der Bundesrepublik III. Hrsg. von *Hans-Hermann Hartwich* und *Göttrik Wewer*. Opladen 1991. S. 237–273.

Hertle, Hans-Hermann, Der 9. November 1989 in Berlin. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995. Band VII/1. S. 787–872.

Hübner, Emil und *Horst-Hennek Rohlf*s, Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1990/91. München 1990.

Jesse, Eckhard und *Armin Mitter* (Hrsg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft. Bonn, Berlin 1992.

Klein, Hans H., Verfassungskontinuität im revolutionären Umbruch? Die Verfassung der DDR zwischen dem 7. Oktober 1989 und dem 3. Oktober 1990. In: Wege und Verfahren des Verfassungslebens. Festschrift für *Peter Lerche* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Peter Badura* und *Rupert Scholz*. München 1993. S. 459–474.

Krenz, Egon, Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte, Ablauf, Auswirkungen. Unter Mitarbeit von *Hartmut König* und *Gunter Rettner*. Wien 1990.

Kuppe, Johannes und *Thomas Ammer*, Von der SED zur PDS. Bonn 1991 (= Gesamtdeutsches Institut, Analysen und Berichte Nr. 3/1991).

Lapp, Peter Joachim, Anspruch und Alltag der Volkskammer vor dem Umbruch 1989/90. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 1. S. 115–125.

Maleuda, Günther, Entdeckter Parlamentarismus. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik im Prozeß der ‚Wende‘. In: Die kurze Zeit der Utopie. Hrsg. von *Siegfried Prokop*. Berlin 1994. S. 140–154.

1990, in der die Deutsche Demokratische Republik mit Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland aufhörte zu bestehen.

Die besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Volkskammer. Die Eintragungen zu jedem Tag sind deshalb in zwei Hälften gegliedert: in der rechten Spalte ist verzeichnet, was sich innerhalb der Volkskammer ereignet hat, in der linken Spalte, was sich außerhalb abgespielt hat.

Auf diese Weise wird der im Berichtszeitraum mehrfach vollzogene Wandel dieser Institution deutlich,

- von der nur an wenigen Tagen des Jahres zusammentretenden formalen Zustimmungsmaschine der Entscheidungen des Partei- und Staatsapparats, indem nach der disziplinierten Abgabe rein affirmativer Fraktionserklärungen zu den seltenen Gesetzesvorlagen die einstimmige Beschlussfassung folgte (bis Oktober 1989),
- über eine – allerdings noch nicht durch freie Wahlen legitimierte – ungewohnte öffentliche Diskussionsstätte, in der während des Zusammenbrechens vieler alter Strukturen eine größtenteils ausgewechselte Führungsmannschaft des Ministerrates und der alten Fraktionen (in Konkurrenz zum Runden Tisch und zu den neuen Kräften der Bürgerbewegung) zunächst „Vergangenheitsbewältigung“ und demokratische Reformen des staatlichen Systems der DDR anstrebte, bis schließlich die mehrheitliche Forderung nach Herstellung der deutschen Einheit die zweite Wende einleitete (von November 1989 bis März 1990),

Fortsetzung Fußnote *) von Seite 3718:

Mitter, Armin und Stefan Wolle (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. 3. Aufl. Berlin 1990.

Müller-Enbergs, Helmut, Welchen Charakter hatte die Volkskammer nach den Wahlen am 18. März 1990? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 450–467.

Neue Chronik DDR. Berichte, Fotos, Dokumente. Recherchiert und zusammengestellt von *Zeno und Sabine Zimmerling*. 8 Folgen. Berlin 1990.

Politisches Geschehen 1989. Chronik der wichtigsten Ereignisse 25. 11. 1988 – 30. 11. 1989. Hrsg. von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Bonn 1989 (= Materialien Nr. 108).

Politisches Geschehen 1990. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1989 – 3. 12. 1990. Hrsg. von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Bonn 1990 (= Materialien Nr. 113).

Prokop, Siegfried (Hrsg.), Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite“ DDR im vergessenen Jahr 1989/1990. Berlin 1994.

Schabowski, Günter, Der Absturz. Berlin 1991.

Schäuble, Wolfgang, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Hrsg. und mit einem Vorwort von *Dirk Koch* und *Klaus Wirtgen*. Stuttgart 1991.

Schumann, Frank (Hrsg.), 100 Tage, die die DDR erschütterten. Berlin 1990.

Spittmann, Ilse und Gisela Helwig (Hrsg.), Chronik der Ereignisse in der DDR. 4. erweiterte Aufl. Köln 1990.

Telischik, Horst, 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991.

Tetzner, Reiner, Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten Oktober 1989 bis 1. Mai 1990. Frankfurt am Main 1990.

Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990.

Vom Runden Tisch zum Parlament. Hrsg. und mit einem Einleitungssessay von *Helmut Herles* und *Ewald Rose*. Bonn 1990.

Von Leipzig nach Deutschland. Leipzig 1991.

„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall der SED und DDR 1988/89. Hrsg. und eingel. von *Gerd-Rüdiger Stephan* unter Mitarbeit von *Daniel Küchenmeister*. Berlin 1994.

Warbeck, Hans Joachim, Die deutsche Revolution 1989/1990. Die Herstellung der staatlichen Einheit. Berlin 1991.

Weber, Hermann, Die DDR 1945–1990. 2., überarb. und erweiterte Aufl. München 1993.

Weiland, Severin, Michaela Wimmer und Bernhard Michalowski, 9. November. Das Jahr danach. Vom Fall der Mauer bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl. Eine Chronik in Dokumenten und Bildern. München 1990.

Zwahr, Hartmut, Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen 1993.

- bis hin zur ersten demokratisch gewählten Volkskammer, deren vorrangige Aufgabe freilich „nur noch“ darin bestand, in einer schwierigen Übergangszeit den beträchtlichen parlamentarischen Anteil an der Herbeiführung der Einheit Deutschlands zu leisten – d. h. sich baldmöglichst selbst aufzulösen, ohne Profil gewinnen zu können –, wobei Arbeitsdruck, Hetze und Turbulenz der Tagungen wuchsen, je näher das Ziel heranrückte (von April bis Oktober 1990).

Parallel zu dieser Chronik ist im vorliegenden *Datenhandbuch* Abschnitt 7.4 zu lesen, in dem in ähnlicher Form versucht wurde, den Anteil des Deutschen Bundestages am Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands chronologisch herauszustellen.

Donnerstag, 12. Januar 1989

DDR-Bürger, die durch einen mehrtägigen Aufenthalt in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin ihre Ausreise erzwingen wollten, verlassen die Vertretung.

Sonntag, 15. Januar 1989

Am 70. Jahrestag der Ermordung von *Rosa Luxemburg* und *Karl Liebknecht* fordern mehrere hundert Demonstranten in Leipzig das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Redefreiheit. 80 Personen werden festgenommen.

Nahezu ohne besondere Vorkommnisse dank eines massiven Sicherheitsaufgebotes verläuft dagegen in Ost-Berlin der alljährliche Demonstrationzug zu Ehren von *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg* mit *Erich Honecker* an der Spitze und 250 000 Teilnehmern, nachdem noch im letzten Jahr mitgeführte Transparente mit dem bekannten Ausspruch von *Rosa Luxemburg* „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ Aufsehen erregt hatten und mit Freiheitsstrafen und Aussperrungen geahndet wurden.

Donnerstag, 19. Januar 1989

SED-Generalsekretär *Erich Honecker* erklärt bei einer Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees, die Mauer werde „so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.“

Montag, 6. Februar 1989

Der 20jährige *Chris Gueffroy* wird bei dem Versuch, von Ost- nach West-Berlin zu flüchten, von DDR-Grenzsoldaten erschossen.

Donnerstag, 23. Februar 1989

SED-Generalsekretär *Erich Honecker* empfängt den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, *Lothar Späth*. Auf den Todesfall an der Mauer am 6. Februar angesprochen, erklärt *Honecker*, es gebe keinen Schießbefehl.

Wochenende, 24.–26. Februar 1989

In Greifswald findet zum siebten Mal seit 1983 in Räumen der Evangelischen Landeskirche ein zentrales Seminar „Konkret für den Frieden“ statt.

Nach einem Bericht der Staatssicherheit trug das Friedensseminar „fast ausschließlich politischen Charakter“, indem sich die Beratungen „fast ausschließlich, von bekannten oppositionellen Positionen ausgehend, auf die innenpolitische Lage in der DDR“ bezogen. „Diesen Verlauf bestimmten maßgeblich hinlänglich bekannte Mitglieder politisch-negativer Personenzusammenschlüsse aus der Hauptstadt Berlin und aus Leipzig sowie reaktionäre kirchliche Kräfte.“ Das Ministerium für Staatssicherheit zählt dazu u. a. das Ehepaar *Gerd* und *Ulrike Poppe*, *Thomas Klein*, *Sebastian Pflugbeil*, *Reinhard Schult* und Pfarrer *Hans-Jochen Tschiche*.

Freitag, 3. März 1989

8. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Gesetz zur Ergänzung über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik – Wahlgesetz –

Entsprechend dem Antrag aller Fraktionen der Volkskammer einstimmige Annahme des Gesetzes, das allen ausländischen Bürgern mit Aufenthaltsgenehmigung bzw. ständigem Wohnsitz in der DDR aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen gewährt. *Egon Krenz*, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, begründet als Vorsitzender der Wahlkommission der DDR den Entwurf und weist ausführlich auf die antifaschistische Tradition und das vollkommene Fehlen ausländerfeindlicher Politik bei den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der DDR hin – ganz im Gegenteil zur BRD.

Mittwoch, 8. März 1989

Ein 32 Jahre alter Mann, der mit einem Ballon aus der DDR flüchtet, erleidet beim Absturz über West-Berlin tödliche Verletzungen.

Samstag, 11. März 1989

Die Initiative Frieden und Menschenrechte, die – trotz massiver Observierung und Verfolgung durch die Staatssicherheit – seit Ende 1985 bestehende erste unabhängige Oppositionsgruppe in der DDR, veröffentlicht einen Aufruf zur landesweiten Öffnung.

Montag, 13. März 1989

Im Anschluß an das montägliche Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche bildet sich ein Demonstrationszug von rund 300 Ausreisewilligen in Richtung Thomaskirche. Er wird von der Polizei und Staatssicherheit aufgelöst. Zur Frühjahrsmesse in Leipzig akkreditierte westliche Korrespondenten, u. a. Kamerateams von ARD und ZDF, berichten darüber noch am gleichen Abend.

Dienstag, 14. März 1989

Der DDR-Minister des Innern verkündet die Erste Durchführungsbestimmung zur Reiseverordnung, die den Kreis der Antragsberechtigten erweitert.

Samstag, 18. März 1989

In einer vom „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Erklärung kritisiert die DDR-Regierung die deutschlandpolitische Debatte und die darauf beruhende Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. März als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.

Samstag, 1. April 1989

In der DDR tritt die Erste Durchführungsbestimmung zur Reiseverordnung vom 30. November 1988 in Kraft. Damit werden der Kreis der Antragsberechtigten für Westreisen sowie die Reisemöglichkeiten bei Geburten, Pflege- und Sterbefällen erweitert.

Mittwoch, 26. April 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit registriert in einem zusammenfassenden Bericht zahlreiche kritische Meinungsäußerungen zur Lebenssituation in der DDR und zu Versäumnissen von Abgeordneten, Parteifunktionären und staatlichen Organen bis hin zu einer spürbar verschlechterten Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung.

Montag, 1. Mai 1989

Mit einem großen Aufgebot von Sicherheitskräften gelingt es, auf den zahlreichen Mai-Kundgebungen in der DDR Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Dienstag, 2. Mai 1989

Ungarn kündigt den Abbau der Grenzbefestigungen zu Österreich an. Das Politbüro der SED ignoriert diese Entscheidung.

Sonntag, 7. Mai 1989

Kommunalwahlen in der DDR. Dem amtlichen Wahlergebnis zufolge liegt die Wahlbeteiligung bei 98,77% (1984: 99,38%); der Stimmenanteil für die Kandidaten der Nationalen Front wird mit 98,85% angegeben. Das Politbüromitglied *Egon Krenz* bezeichnet das Ergebnis der Kommunalwahlen als „klares Votum des Volkes für starken Sozialismus und sicheren Frieden“.

Die Staatssicherheit registriert, daß Mitglieder kirchlicher Basisgruppen in zahlreichen Wahllokalen erstmals die Wahlhandlung und die Stimmenausszählung beobachten und sich Notizen machen über die durch die Wahlvorstände verkündeten Wahlergebnisse. Aufgrund der Widersprüche zwischen den protokollierten Ergebnissen der öffentlichen Stimmenausszählung und den veröffentlichten amtlichen Resultaten werden im Laufe der nächsten Tage 250 Einsprüche erhoben und sogar Strafanzeigen wegen Wahlfälschung gestellt. Oppositionsgruppen rufen darauf jeweils zum siebenten eines Monats zu Protestkundgebungen auf.

In allen Bezirken finden kleinere Demonstrationen, u. a. von Antragstellern auf ständige Ausreise, statt; sie werden von den Kräften der Staatssicherheit aufgelöst.

Montag, 8. Mai 1989

Zum 44. Jahrestag der „Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus“ findet in Ost-Berlin eine Festveranstaltung statt. Die Ansprache hält SED-Politbüromitglied *Kurt Hager*.

Zum Verhältnis zwischen DDR und Sowjetunion erklärt *Hager*, das Bündnis sei „unerschütterlich“. Mit Bezug auf die Beziehungen zur BRD sagt er u. a., es gebe begrüßenswerte Fortschritte, doch seien die Möglichkeiten „bei weitem noch nicht ausgeschöpft“.

Wochenende vom 12. bis 15. Mai 1989

Pfingsttreffen der FDJ in Berlin. Im Vorfeld gab es erstmals große Probleme, die Teilnehmer unter den DDR-Jugendlichen zu mobilisieren.

In einer kurzen Ansprache am 12. Mai erklärt SED-Generalsekretär *Erich Honecker*, der Sozialismus in der DDR erweise sich als „ein stabiler Eckpfeiler des Friedens im Herzen Europas“.

Freitag, 19. Mai 1989

In einem Erlaß an die „Leiter der Dienstseinheiten“ ordnet *Erich Mielke*, Minister für Staatssicherheit, „Maßnahmen zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989“ an. Die Maßnahmen richten sich vor allem gegen Basisgruppen (u. a. Kreis um Pfarrer *Rainer Eppelmann*, Initiative Frieden und Menschenrechte sowie Umweltbibliothek), die auf der Grundlage von Kontrollen und durch Überwachung der Wahlhandlung und Stimmenauszählung in Wahllokalen den Nachweis einer Fälschung von Wahlergebnissen führen wollen und Anzeigen beim Generalstaatsanwalt der DDR bzw. Eingaben an den Staatsrat der DDR beabsichtigen.

Montag, 29. Mai 1989

Beginn eines fünftägigen Besuchs einer Volkskammer-Delegation in der Bundesrepublik auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion.

Donnerstag, 1. Juni 1989

In einer wie stets streng geheimen „Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen“ wird deren Zahl mit rund 160 angegeben. Aufgezählt sind u. a. Friedenskreise, Ökologie-, Frauen- und Menschenrechtsgruppen. Die Staatssicherheit der DDR stellte Kontakte sowohl zu westlichen Parteien und Organisationen als auch zu „antisozialistischen Elementen“ in sozialistischen Ländern (vor allem in der ČSSR, der Ungarischen VR, der VR Polen und der UdSSR) fest.

Freitag, 2. Juni 1989

Das DDR-Außenministerium erklärt sämtliche Zweifel an der Korrektheit der Wahlergebnisse vom 7. Mai für unberechtigt.

Samstag, 3. Juni 1989

Aus einer Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR: „Wir sind erschrocken über die beobachteten Unstimmigkeiten bei der Auswertung der Wahl [vom 7. Mai]. Wir sind beunruhigt über das Übergehen von Eingaben und Einsprüchen. Wir verstehen die Empörung, die manche ergriffen hat ...“

Mittwoch, 7. Juni 1989

Ein von mehreren oppositionellen Gruppen geplanter Demonstrationenzug in Ost-Berlin zum Gebäude des Staatsrats der DDR wird von der Staatssicherheit unterbunden. Zahlreiche Demonstranten, die eine Eingabe zu Manipulationen bei der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 übergeben wollten, werden festgenommen. Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe* organisiert daraufhin kurzfristig ein Friedensgebet in der Sophienkirche im Stadtbezirk Berlin-Mitte. In einem Bericht an das Politbüro der SED vom 8. Juni schlägt Minister *Erich Mielke* vor, *Stolpe* deswegen zur Rechenschaft zu ziehen.

Donnerstag, 8. Juni 1989

Die Protestveranstaltung vom Vortage wird mit rund 1 500 Teilnehmern in der Berliner Gethsemanekirche im Stadtbezirk Prenzlauer Berg fortgesetzt. Im Bericht von Minister *Erich Mielke* an das SED-Politbüro heißt es:

„Das Auftreten und Verhalten kirchlicher Amtsträger während der Veranstaltung war sachlich und durch den Versuch der Nichtzulassung spontaner und in die Öffentlichkeit gehender Aktivitäten gekennzeichnet, wobei die generelle Linie der evangelischen Kirche gegenüber dem Staat nicht verlassen wurde.“

9. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Stellungnahme zur Verwirklichung der Vereinbarungen des KSZE-Prozesses

Zustimmung zur Stellungnahme aller Fraktionen, in der insbesondere die Einmischung der BRD in die inneren Angelegenheiten der DDR unter mißbräuchlicher Berufung auf das Wiener Dokument beklagt wird.

Erklärung der Volkskammer der DDR zu den aktuellen Ereignissen in der Volksrepublik China

Zustimmung zu der von der SED-Fraktion unterbreiteten Erklärung, in der die Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte als ausschließlich innere Angelegenheit der Volksrepublik China gutgeheißen wird.

noch: Donnerstag, 8. Juni 1989

Beschluß über die Bestätigung der Haushaltsrechnung für das Jahr 1988

Einstimmige Bestätigung der vom Ministerrat vorgelegten Haushaltsrechnung; Entlastung des Ministerrats. In den Wortmeldungen der Fraktionen wird hervorgehoben, die Haushaltsrechnung 1988 belege „eindrucksvoll die stabile und dynamische Entwicklung unserer Republik im vergangenen Jahr“ oder – wie es die Abgeordnete *Monika Werner* (SED) ausdrückt – „Jeder ... aus der Haushaltsrechnung herausgegriffene Fakt beweist eindrucksvoll die Menschlichkeit und Größe dieser unserer Politik.“

Samstag, 10. Juni 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit registriert im Anschluß an die „entschiedenen Maßnahmen zur Niederschlagung des konterrevolutionären Aufruhrs in Peking“ ein „Ansteigen provokatorisch-demonstrativer Handlungen feindlich-negativer Kräfte gegen die Maßnahmen der chinesischen Partei- und Staatsführung“. (Gemeint ist das Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking, bei dem Hunderte Menschen getötet wurden.) *Erich Mielke* fordert von den Leitern der Dienstseinheiten „erhöhte Wachsamkeit“.

Dienstag/Donnerstag, 13./15. Juni 1989

IX. Pädagogischer Kongreß der DDR in Berlin: Mit der Rede von Volksbildungsministerin *Margot Honecker* über „Unser sozialistisches Bildungssystem“ werden alle Hoffnungen auf einen baldigen Wandel verschreckt.

Freitag, 30. Juni 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit registriert für die abgelaufene Woche mehrere kirchliche Solidaritätsveranstaltungen im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Volksrepublik China, so am 28. Juni einen von Pfarrer *Rainer Eppelmann* in der Samariterkirche in Berlin/Friedrichshain eröffneten „Klagegottesdienst“, bei dem u. a. die Berichterstattung in den DDR-Medien mit den Informationen der westlichen Medien und der Zeitungen anderer sozialistischer Länder verglichen wird.

Anfang Juli 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit nennt („streng geheim“) folgende Zahlen zur Entwicklung der „ständigen Ausreise von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1989“ (Zahlenangaben in Klammern beziehen sich auf das 1. Halbjahr 1988):

Ausreisen: 38 917 (10 255) Personen,
ungesetzliches Verlassen der DDR: 5 202 (3 397) Personen.

Das MfS gesteht ein: „Trotz vielfältiger Aktivitäten konnte die angestrebte Wirksamkeit im Zurückdrängungsprozeß [von Antragstellungen auf ständige Ausreise] nicht erreicht werden.“

Samstag, 1. Juli 1989

Mitglieder eines Friedenskreises und die Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ veröffentlichen einen Offenen Brief, in dem erstmals weitreichende politische Forderungen wie Reform des Wahlrechts und Zulassung unabhängiger Interessengemeinschaften erhoben werden.

Freitag, 7. Juli 1989

Der Warschauer Pakt widerruft die *Breschnew*-Doktrin von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten.

Eine auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin von oppositionellen Gruppen geplante Sitzdemonstration gegen die Fälschung der Kommunalwahlergebnisse wird von der Staatssicherheit durch zahlreiche „vorbeugende Maßnahmen“ verhindert.

Montag, 24. Juli 1989

Einen Monat vor seiner öffentlichen Vorstellung am 26. August wird ein Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel unterzeichnet, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen.

Die Unterzeichner des Aufrufs – *Martin Gutzeit*, *Markus Meckel*, *Arndt Noack* und *Ibrahim Böhme* – bestreiten in dem Papier den das gesellschaftliche Leben in der DDR bestimmenden „absoluten Wahrheits- und Machtanspruch der SED“ und gehen damit so weit wie keine andere oppositionelle Gruppierung.

Das Datum des 24. Juli wird später als der Beginn der Formierungsphase der eigentlichen Opposition in der DDR gekennzeichnet.

August 1989

Tausende von DDR-Bürgern flüchten im Laufe des Monats in die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Budapest, Prag und Warschau in der Hoffnung, auf diese Weise die Ausreise durchzusetzen.

Dienstag, 1. August 1989

Für den touristischen Reiseverkehr in die DDR treten seit langem vereinbarte Erleichterungen in Kraft (u. a. Ausweitung der Geltung des Visums für die gesamte DDR anstatt nur für einen Bezirk).

Dienstag, 8. August 1989

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin wird bis auf weiteres für den Publikumsverkehr geschlossen, nachdem die Zahl der Personen, die dort Zuflucht gesucht haben, um ihre Ausreise zu erzwingen, auf 130 gestiegen ist.

Donnerstag, 10. August 1989

Nachdem die Zahl der DDR-Bürger, die über die seit Mai von Grenzbefestigungen befreite ungarische Grenze nach Österreich fliehen, ständig steigt, fordert Ungarn indirekt über einen Rundfunkkommentar beide deutsche Staaten auf, das Flüchtlingsproblem unter sich zu lösen.

Sonntag, 13. August 1989

Im Gemeindesaal der Bekenntniskirche Berlin-Treptow bei einem turnusmäßigen Sonntagsgespräch (Thema: „Wenn Abgrenzung zum Prinzip wird“) fordern der Physiker *Hans-Jürgen Fischbeck* und andere vor 400 Mitgliedern oppositioneller Gruppen die Gründung einer landesweiten „Sammelbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR“.

Hinweis

Daten im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands sind neben Abschnitt 28.1 – Chronik der „Wende“ in der Volkskammer – noch in folgenden Abschnitten im vorliegenden **Datenhandbuch** enthalten:

- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Montag, 14. August 1989

In einer Rede vor einer Abordnung des Erfurter Kombinats Mikroelektronik geht SED-Generalsekretär *Erich Honecker* mit keinem Wort auf die Ausreisewelle von DDR-Bürgern ein; hier fällt sein später oft karikiertes Ausspruch: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“

Auch die Botschaft der Bundesrepublik in Budapest wird geschlossen, nachdem die Zahl der dort wartenden ausreisewilligen DDR-Bürger 180 überstiegen hat.

Mittwoch, 16. August 1989

Das DDR-Außenministerium legt „entschieden Verwahrung gegen völkerrechtswidrige Aktivitäten der Botschaft der BRD in der Ungarischen Volksrepublik gegenüber Bürgern der DDR“ ein.

Freitag, 18. August 1989

Gespräche von Bundeskanzleramtsminister *Rudolf Seiters* im DDR-Außenministerium über die DDR-Bürger in den bundesdeutschen Botschaften in den Ostblockländern führen zu keinem Ergebnis.

Samstag, 19. August 1989

661 DDR-Bürger nutzen ein Volksfest der „Pan-europa-Union“ an der ungarisch-österreichischen Grenze bei Sopron zu einer Massenflucht.

Mittwoch, 23. August 1989

Auch die Botschaft der Bundesrepublik in Prag wird wegen Überfüllung geschlossen. Trotzdem kommen Hunderte von weiteren Flüchtlingen und klettern über den Zaun in den Garten der Botschaft.

Donnerstag, 24. August 1989

Mit Einverständnis der ungarischen Regierung und mit Hilfe des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes werden 108 DDR-Bürger, die sich in der bundesdeutschen Botschaft in Budapest aufhielten, nach Wien ausgeflogen und weiter nach Nürnberg geleitet.

Samstag, 26. August 1989

Im Rahmen eines Menschenrechtsseminars in der Golgatha-Kirchengemeinde in Ost-Berlin propagiert Pfarrer *Markus Meckel* die Bildung einer Initiative zur Schaffung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR.

Dienstag, 29. August 1989

Sitzung des SED-Politbüros unter Leitung von *Günter Mittag* in Vertretung des erkrankten SED-Generalsekretärs *Erich Honecker*.

Erstmalige Behandlung der eskalierenden Ausreiseproblematik, u. a. Kritik an der Haltung der ungarischen Regierung; Frage der Stärke der DDR; Forderung, in der bevorstehenden Plenartagung der Volkskammer die Richtigkeit der Politik der DDR darzustellen; Politbüro-Mitglied *Werner Krolkowski*: „Die Genossen *Sindermann* und *Fischer* müssen auf der Volkskammertagung Flagge zeigen. Unsere Genossen wollen das Wort der führenden Genossen hören. Das ist auch ein psychologischer Faktor.“

Donnerstag, 31. August 1989

Dienstbesprechung beim Minister für Staatssicherheit u. a. wegen der „Behandlung des 1. Septembers“, d. h. Sicherungsmaßnahmen zu Veranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges.

Minister *Erich Mielke* bezeichnet einleitend die Situation als „sehr ernst“. Im Verlauf der Lageberichte aus den einzelnen Bezirken der DDR sieht er sich zu der Zwischenfrage veranlaßt: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“

Freitag, 1. September 1989

SED-Generalsekretär *Erich Honecker* verläßt „nach erfolgreicher Gallenblasenoperation“ das Krankenhaus und tritt einen Genesungsurlaub an.

In ungarischen Auffanglagern warten rund 3 500 DDR-Bürger auf eine Ausreisemöglichkeit in die Bundesrepublik.

Außerordentliche Plenartagung der Volkskammer der DDR anlässlich der 50. Wiederkehr des Beginns des zweiten Weltkriegs mit Ansprachen von Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* und *Oskar Fischer*, Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

U. a. Teilung der Auffassung, „daß die Trennung Europas ... allmählich überwunden ... werden kann“; jedoch kein Wort zur aktuellen Situation in der DDR.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

Sonntag, 3. September 1989

Trotz der Spannungen wegen der DDR-Flüchtlinge, die von Botschaften des Ostblocks aus ihre Ausreise in die Bundesrepublik erzwingen wollen, sprechen sich DDR-Ministerpräsident *Willi Stoph* und der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin *Franz Bertele* bei einem Rundgang auf der Leipziger Herbstmesse für eine Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen aus.

Montag, 4. September 1989

Nach einer mehrwöchigen Unterbrechung wegen der Sommerferien findet in der Nikolai-Kirche in Leipzig erstmals wieder das traditionelle Friedensgebet statt. Im Anschluß demonstrieren Hunderte von Menschen für mehr Reisefreiheit; mitgeführte Transparente (Aufschrift z. B. „Reisefreiheit statt Massenflucht“) werden den Demonstranten von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes entrisen.

Oppositionelle unterschiedlicher Herkunft, die sich später als Vereinigte Linke konstituieren, verabschieden einen Aufruf („Böhlener Plattform“) zu einer „linken, sozialistischen Alternative“ in der DDR.

Dienstag, 5. September 1989

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlicht unter dem Titel „40 Jahre Deutsche Demokratische Republik“ einen Beitrag von SED-Generalsekretär *Erich Honecker*; darin kennzeichnet er die DDR als einen Staat „mit einem funktionierenden, effektiven sozialistischen Gesellschaftssystem, das sich mit den von ihm verwirklichten Menschenrechten auch an den Herausforderungen der neunziger Jahre bewähren wird“.

Donnerstag, 7. September 1989

Sicherheitskräfte unterbinden eine auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin geplante Demonstration gegen die Fälschung der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai. 59 Personen werden festgenommen.

Hinweis

Die **rechte Spalte** der vorliegenden Chronik ist für die Eintragung von **Ereignissen innerhalb der Volkskammer** vorgesehen; in der **linken Spalte** sind **Ereignisse außerhalb der Volkskammer** notiert.

Freitag, 8. September 1989

Nach sechswöchigem Aufenthalt verlassen alle 117 DDR-Bürger die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, nachdem ihnen Straffreiheit und Rechtsbeistand für ihre Ausreisearträge zugesichert wurden.

Samstag, 9. September 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit berichtet zusammenfassend über seine Erkenntnisse, welche Gründe zum gegenwärtigen massenhaften Verlassen der DDR geführt haben:

- Unzufriedenheit über die Versorgungslage;
- Verärgerung über unzureichende Dienstleistungen;
- Unverständnis für Mängel in der medizinischen Betreuung und Versorgung;
- eingeschränkte Reisemöglichkeiten innerhalb der DDR und nach dem Ausland;
- unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf;
- Unzulänglichkeiten/Inkonsequenz bei der Anwendung/Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter;
- Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern;
- Unverständnis über die Medienpolitik der DDR.

Samstag/Sonntag, 9./10. September 1989

30 Mitglieder der unabhängigen Friedensbewegung der DDR (u. a. *Bärbel Bohley, Jens Reich, Katja Havemann, Hans-Jochen Tschiche, Reinhard Schult, Rolf Henrich* und *Werner Schulz*) unterzeichnen im Hause der Witwe von *Robert Havemann* in Grünheide bei Berlin den Gründungsaufruf „Aufbruch 89 – Neues Forum“. Der Aufruf ist allgemein gehalten, stellt aber die Macht des Staates in Frage; zum Beispiel: „Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung ... Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen.“

Hinweis

Der jeweilige Stand des Einigungsprozesses, die von der Bundesregierung eingenommene Position und – in der anschließenden Aussprache – die Stellungnahmen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen lassen sich den Regierungserklärungen in den Jahren 1989 und 1990 entnehmen. Daten und Themenlisten sind in Abschnitt 6.11 zusammengestellt.

Sonntag/Montag, 10./11. September 1989

Nachdem die Versuche Ungarns, beide deutsche Staaten in der Flüchtlingsfrage zu einer einvernehmlichen Lösung zu bewegen, ohne Ergebnis geblieben sind, setzt die ungarische Regierung das Zusatzprotokoll ihres Abkommens mit der DDR über den visafreien grenzüberschreitenden Verkehr aus dem Jahre 1969 außer Kraft und gestattet den rund 6800 DDR-Flüchtlingen, die sich in ungarischen Lagern aufhalten, die Ausreise in die Bundesrepublik. Die Regelung tritt am 11. September um 0.00 Uhr in Kraft und wird zunächst als befristete Lösung deklariert. Die DDR-Führung attackiert deswegen die ungarische Regierung und wirft ihr u. a. eine Verletzung der Souveränität der DDR vor. Allein in den folgenden drei Tagen nutzen 15000 DDR-Bürger die Öffnung der ungarischen Grenze. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN spricht von „organisiertem Menschenhandel“.

Montag, 11. September 1989

Aus den Protestaktionen im Anschluß an die Friedensgebete in der Nikolai-Kirche in Leipzig entwickeln sich die wöchentlichen „Montags-Demonstrationen“. Die Polizei reagiert mit Massenfestnahmen.

Dienstag, 12. September 1989

Unterzeichner des Gründungsaufrufs des Neuen Forums wenden sich an die Öffentlichkeit, u. a. auch in westlichen Medien (z. B. *Jens Reich* und *Bärbel Bohley* in Telefoninterviews mit dem Sender RIAS Berlin).

Die Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT tritt mit einem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ hervor (unterzeichnet u. a. von *Hans-Jürgen Fischbeck*, *Ulrike Poppe*, *Wolfgang Ullmann* und *Konrad Weiß*), womit zugleich „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ vorgelegt werden. In dem Aufruf werden alle Initiativgruppen mit ähnlichen Anliegen zu einem Vertretertreffen im Januar oder Februar 1990 eingeladen, auf dem ein Grundsatzprogramm beschlossen werden soll.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

noch: Dienstag, 12. September 1989

Eine Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ – Markus Meckel, Martin Gutzeit, Arndt Noack und Ibrahim Böhme – verfaßt einen Aufruf zur Parteigründung mit dem Ziel, damit eine ökologisch orientierte soziale Demokratie in der DDR in die Wege zu leiten. Wie die Staatssicherheit eine Woche später zu berichten weiß, ist die Parteigründung für den 7. Oktober vorgesehen, desgleichen ist ihr die zum 1. Oktober geplante Konstituierung des Demokratischen Aufbruchs bekannt.

Rund zwei Drittel der DDR-Flüchtlinge, die sich in der bundesdeutschen Botschaft in Prag aufhalten und in die Bundesrepublik ausreisen wollen, kehren nach Zusicherung von Straffreiheit und Rechtsbeistand bei ihren Ausreiseanträgen in die DDR zurück.

Mittwoch, 13. September 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit erläßt einen „Maßnahmeplan zum rechtzeitigen Erkennen und zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen nach der bzw. durch die Ungarische Volksrepublik“.

Donnerstag, 14. September 1989

Der Demokratische Aufbruch tritt mit einem „Flugblatt für die Demokratie“ an die Öffentlichkeit.

Am Rande der in Eisenach stattfindenden 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR wird ein von vier in kirchlichem Dienst stehenden CDU-Mitgliedern verfaßter „Brief aus Weimar“ bekannt. Darin werden die Mitglieder und Vorstände der CDU in der DDR aufgefordert, die aktuellen Probleme im Lande realistisch und unbeschönigt wahrzunehmen, sie offen zu erörtern und Vorschläge zu unterbreiten, wie sie gelöst werden könnten.

Die Verfasser fordern konkret „das prinzipielle Recht eines jeden Bürgers auf Auslandsreisen“, ein neues Wahlgesetz und die Wiederaufnahme der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ in die Liste des Postzeitungsvertriebs.

Hinweis

Die **rechte Spalte** der vorliegenden Chronik ist für die Eintragung von **Ereignissen innerhalb der Volkskammer** vorgesehen; in der **linken Spalte** sind **Ereignisse außerhalb der Volkskammer** notiert.

Freitag, 15. September 1989

DDR-Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* lädt eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion von einem für die kommende Woche geplanten Besuch in Ost-Berlin aus. *Sindermann* teilt mit, der im Frühjahr vereinbarte Besuch diene „nicht den vereinbarten Zielen des Dialogs im Interesse des Friedens und der Sicherheit sowie der gleichberechtigten Zusammenarbeit der beiden Staaten“. *Hans-Jochen Vogel* und *Horst Ehmke* hatten zuvor die Reformunwilligkeit der SED kritisiert.

15.–19. September 1989

In Eisenach Synodaltagung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Zum Abschluß der Tagung verabschiedet die Synode einen Beschluß, in dem „dringend notwendige Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR“ gefordert werden.

Montag, 18. September 1989

In Leipzig werden rund 100 Personen, die sich im Anschluß an das Friedensgebet in der Nikolai-Kirche an einer Demonstration beteiligten, von Sicherheitskräften festgenommen.

In einer gemeinsamen Resolution fordern Rockmusiker, Liedermacher und Unterhaltungskünstler der DDR den öffentlichen Dialog. Als die Resolution einen Monat später veröffentlicht wird, haben sich ihr über 3000 Kollegen angeschlossen.

Dienstag, 19. September 1989

Gründungsmitglieder des Neuen Forums beantragen unter Berufung auf Art. 29 der DDR-Verfassung in allen Bezirken und für die ganze DDR die offizielle Zulassung als Vereinigung. Innerhalb weniger Tage haben sich mehr als 5000 Bürger in die Unterschriftenlisten des Neuen Forums eingetragen.

In einer umfangreichen, wie üblich „streng geheimen“ „Information über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen“ listet das Ministerium für Staatssicherheit die vielfältigen, ihm bekannten Aktivitäten der letzten Wochen auf und bestätigt damit ungewollt das in den „BRD-Medien“ in einer „anhaltenden Medienkampagne gegen die DDR“ verwendete Schlagwort von der „Formierung der inneren Opposition der DDR“.

noch: Dienstag, 19. September 1989

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau schließt wegen des Andranges von ausreisewilligen DDR-Bürgern. Die polnische Regierung sagt zu, daß die Flüchtlinge nicht in die DDR abgeschoben werden.

Mittwoch, 20. September 1989

Als erster Politiker der Blockparteien fordert der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei, *Manfred Gerlach*, Reformen in der DDR. Am folgenden Tag verlangt der stellvertretende Kultusminister der DDR, *Klaus Höpcke*, mehr Offenheit und ein Ende der Gängelei der Bevölkerung.

Donnerstag, 21. September 1989

Das Innenministerium der DDR lehnt die Zulassung des Neuen Forums als politische Vereinigung wegen „Staatsfeindlichkeit“ ab. Diese Anschuldigung wird zwar später zurückgenommen, die Ablehnung jedoch damit begründet, daß „für die Bildung der Vereinigung keine gesellschaftliche Notwendigkeit besteht“. Diese Maßnahme löst in den folgenden Tagen und Wochen zahllose Protestaktionen, Solidarisierungs- und Sympathiebekundungen (bis Anfang Oktober über 10 000 Unterschriften) sowie Demonstrationen in vielen Städten der DDR aus.

Freitag, 22. September 1989

Der Minister für Staatssicherheit *Erich Mielke* verschickt an verschiedene Mitglieder des SED-Politbüros (nicht aber an *Erich Honecker*) „Hinweise auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuelleren Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben“. Darin kommt die große Besorgnis über die gegenwärtige allgemeine Stimmungslage unter einem großen Teil der Werktätigen zum Ausdruck, „teilweise verbunden mit ernsten Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Erhaltung der politischen Stabilität der DDR“. Der Bericht zeichnet ein Bild der politischen Hilflosigkeit der Partei.

Der Sonderbevollmächtigte *Honeckers*, der DDR-Rechtsanwalt *Wolfgang Vogel*, trifft überraschend in Bonn zu vertraulichen Gesprächen mit Kanzleramtsminister *Rudolf Seiters* über die DDR-Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaft in Prag und Warschau ein.

Sonntag, 24. September 1989

Auf Initiative des Neuen Forums kommen in Leipzig 80 Delegierte zu einem landesweiten Treffen der Oppositionsgruppen zusammen.

Montag, 25. September 1989

SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzender *Erich Honecker* nimmt nach längerer Krankheit seine Amtsgeschäfte wieder auf.

In der Innenstadt von Leipzig demonstrieren rund 8000 Menschen, darunter die Friedensgebetsteilnehmer der Nikolai-Kirche, für Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie für die Zulassung der Oppositionsgruppe Neues Forum. Dazu wird erstmals auch die Internationale und das amerikanische Bürgerrechtslied „We shall overcome“ gesungen. Die Volkspolizei löst die Personenansammlungen auf.

Dienstag, 26. September 1989

Der DDR-Rechtsanwalt *Wolfgang Vogel* sichert den inzwischen mehr als 1 100 DDR-Flüchtlingen in der bundesdeutschen Botschaft in Prag die Ausreise in die Bundesrepublik binnen sechs Monaten zu, wenn sie vorher freiwillig in die DDR zurückkehren. Nur rund 200 DDR-Bürger gehen auf das Angebot ein.

Mittwoch/Donnerstag, 27./28. September 1989

Das Neue Forum verabschiedet in Ost-Berlin Statut und Programm der Vereinigung.

Samstag, 30. September 1989

Das Außenministerium der DDR kündigt an, daß die DDR-Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau in der folgenden Nacht „mit Zügen ... über das Territorium der DDR in die BRD ausgewiesen werden“. Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher*, der diese Lösung in seinen Gesprächen mit den Ostblock-Außenministern in New York – u. a. auch mit DDR-Außenminister *Oskar Fischer* – erreicht hatte, überbringt die Nachricht der Ausreiseerlaubnis den DDR-Flüchtlingen in der völlig überfüllten bundesdeutschen Botschaft in Prag zusammen mit Kanzleramtsminister *Rudolf Seiters*. Mehr als 5 500 DDR-Flüchtlinge kommen am folgenden Tag aus Prag mit DDR-Zügen in die Bundesrepublik, mehr als 800 DDR-Bürger können aus Warschau abreisen.

noch: Samstag, 30. September 1989

In einer Rede zum 100. Geburtstag von *Carl von Ossietzky* erklärt der Parteivorsitzende der LDPD *Manfred Gerlach*: „Widerrede ist nicht Widerstand...“

Sonntag, 1. Oktober 1989

Unter erheblichen Behinderungen durch die Polizei und die Staatssicherheit konstituiert sich in Ost-Berlin – maßgeblich auf Initiative von Pfarrer *Rainer Eppelmann* – als weitere oppositionelle Sammlungsbewegung der Demokratische Aufbruch. Nachdem die zentrale Zusammenkunft in der Samariterkirche in Berlin-Friedenshain verhindert worden ist, treffen sich die Organisatoren im Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde Alt-Pankow. Der Demokratische Aufbruch tritt für eine demokratische Umgestaltung der DDR mit starken ökologischen und sozialen Zügen ein.

Einen Tag nach Ausreise der DDR-Bürger aus Prag und Warschau kommen neue Flüchtlinge in die beiden Botschaften.

Montag, 2. Oktober 1989

Im Anschluß an das wöchentliche Friedensgebet in der Nikolai-Kirche in Leipzig bildet sich der bislang größte Demonstrationzug von weit über 10 000 Reformbefürwortern. Die Staatssicherheit notiert Parolen wie „Wir bleiben hier“, „Neues Forum zulassen“, „Jetzt oder nie“, „Gorbi, Gorbi“. Erst nach Stunden gelingt es den Sicherheitskräften unter Einsatz von Schlagstöcken, die Personenansammlung in der Leipziger Innenstadt gewaltsam aufzulösen. Die Sicherheitskräfte werden erstmals von Einheiten der Betriebskampfgruppen unterstützt. Auf beiden Seiten gibt es Verletzte. Es kommt zu Festnahmen.

In der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland halten sich bereits wieder rund 3 000 DDR-Bürger auf, in der Warschauer Botschaft 200.

Ein Kommentar des „Neuen Deutschland“ zur Flüchtlingsbewegung enthält die von Generalsekretär *Erich Honecker* persönlich eingefügte Bemerkung, denen, die die DDR verließen, sollte man keine Träne nachweinen.

Dienstag, 3. Oktober 1989

Die DDR-Regierung läßt auch die rund 11000 DDR-Flüchtlinge, die sich seit dem 30. September erneut in und um die bundesdeutsche Botschaft in Prag versammelt haben, in die Bundesrepublik ausreisen. Gleichzeitig setzt die DDR-Regierung den paß- und visafreien Verkehr zwischen der DDR und der ČSSR für die Bürger der DDR aus. Diese Maßnahme führt an der Grenzübergangsstelle Bad Schandau zu zahlreichen Zusammenstößen mit der Polizei, als über 1 000 ausreisewilligen DDR-Bürger aus den Zügen geholt werden. Wegen Sitzblockaden muß der Zugverkehr um Dresden mehrere Stunden unterbrochen werden. Die Abreise der Flüchtlinge von Prag verzögert sich um einen Tag, weil die DDR zunächst auf ihrem Territorium die Zugstrecken absperren muß.

Mittwoch, 4. Oktober 1989

Bei der zweiten Massenausreise von Botschaftsbesetzern aus Prag mit Reichsbahn-Sonderzügen über DDR-Gebiet nach Hof kommt es am Hauptbahnhof Dresden und an anderen Bahnhöfen entlang der Strecke zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten, die versuchen wollten, die Züge anzuhalten und aufzuspringen.

In Ost-Berlin treffen sich Vertreter der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT, des Demokratischen Aufbruchs, der Gruppe Demokratischer SozialistInnen, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR, des Neuen Forums sowie Vertreter von Friedenskreisen, um Möglichkeiten eines gemeinsamen politischen Handelns zu besprechen. Die Bürgerrechtsgruppen fordern in einer „Gemeinsamen Erklärung“ u. a. Wahlen unter UNO-Kontrolle. Aus diesem Treffen entwickelt sich eine Kontaktgruppe zur Einrichtung eines zentralen Runden Tisches.

Donnerstag, 5. Oktober 1989

In Magdeburg und Dresden werden Demonstrationen von DDR-Sicherheitskräften zum Teil mit Gewalt aufgelöst.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

Freitag, 6. Oktober 1989

Der sowjetische Partei- und Staatschef *Michail Gorbatschow* trifft zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung in Ost-Berlin ein. Auf einer Festveranstaltung im Palast der Republik bezeichnet SED-Generalsekretär *Erich Honecker* die Gründung der DDR als eine historische Notwendigkeit und einen „Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes“. Auf die anhaltende Fluchtwelle geht *Honecker* nur indirekt bei seiner Kritik an einer „zügellosen Verleumdungskampagne“ Bonns gegen die DDR ein. *Gorbatschow* äußert in seiner Ansprache die Erwartung, „daß die SED mit allen gesellschaftlichen Kräften politische Antworten auf die Fragen findet, die auf die Tagesordnung gesetzt worden sind und die die Bürger bewegen“.

Rund 2 500 Personen billigen auf einer Versammlung in der Ost-Berliner Erlöser-Kirche die „Gemeinsame Erklärung“, auf die sich mehrere Oppositionsgruppen am 4. Oktober geeinigt hatten.

Samstag, 7. Oktober 1989

Die DDR-Führung feiert den 40. Jahrestag der Staatsgründung mit einer Parade der Nationalen Volksarmee in Ost-Berlin und mit einer Flottenparade der DDR-Marine vor Rostock. SED-Generalsekretär *Erich Honecker* trifft mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef *Michail Gorbatschow* zu einem Gespräch zusammen, bei dem nach Angaben von sowjetischer Seite den „Veränderungen, die zur Zeit in vielen sozialistischen Ländern ablaufen“, große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Zugleich mahnt *Gorbatschow* vor der internationalen Presse in kaum verhüllter Form Reformen in der DDR an. Sein Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ wird zum Aufbruchsignal für die Opposition in der DDR.

In Ost-Berlin, Leipzig, Dresden, Plauen, Jena, Potsdam und anderen Städten der DDR demonstrieren in den Abendstunden mehr als 60 000 Menschen für politische Veränderungen und mehr Freiheit. Die Sicherheitskräfte lösen die Ansammlungen gewaltsam und zum Teil mit bisher nicht gekannter Brutalität auf, über 1 000 Personen werden bis zum 13. Oktober festgenommen und während der Haft zum Teil mißhandelt und verletzt.

noch: Samstag, 7. Oktober 1989

Im evangelischen Gemeindehaus in Schwante (Bezirk Potsdam) gründen 43 Personen eine Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Ziel der ersten Parteigründung in der DDR seit 40 Jahren ist es, auf eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie“ hinzuwirken. Die Gründungsversammlung wählt einen 15köpfigen Parteivorstand mit dem Historiker *Ibrahim Böhme* als Geschäftsführer. In einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit vom 9. Oktober 1989 an das ZK der SED wird der Verlauf der Gründungsversammlung in allen Einzelheiten geschildert.

Sonntag, 8. Oktober 1989

SED-Generalsekretär *Erich Honecker* weist die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen per Fernschreiben an: „Es ist damit zu rechnen, daß es zu weiteren Krawallen kommt. Sie sind von vornherein zu unterbinden.“ Gleichzeitig ordnet der Minister für Staatssicherheit, Armeegeneral *Erich Mielke*, u. a. an: „Für alle Diensteinheiten besteht auf Widerruf ... volle Dienstbereitschaft. Angehörige, die ständige Waffenträger sind, haben ihre Dienstwaffe entsprechend den gegebenen Erfordernissen ständig bei sich zu führen.“

In Berlin und Dresden kommt es bei Demonstrationen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften und zu zahlreichen Festnahmen. Spezialkommandos der Staatssicherheit und der Bereitschaftspolizei schlagen in Ost-Berlin auf die Teilnehmer einer Mahnandacht vor der Gethsemanekirche am Prenzlauer Berg ein. Die Fernsehbilder davon, gemischt mit dem Läuten der Kirchenglocken und dem Schreien und Pfeifen der protestierenden Menge, gehen um die Welt.

In einer Lagebeurteilung des Ministeriums für Staatssicherheit heißt es:

„Unter den Werktätigen wachsen Zweifel an der Perspektive des Sozialismus in der DDR. Zahlreiche progressive Kräfte, darunter viele Werktätige vor allem älterer Jahrgänge, befürchten, daß es zu großen Erschütterungen in der Gesellschaft komme, die von der Partei nicht mehr beherrschbar seien. Bereits jetzt – so argumentieren sie – befände sich die DDR in einer Situation wie kurz vor den konterrevolutionären Ereignissen am 17. Juni 1953.“

Verschiedene SED-Politbüromitglieder, allen voran *Günter Schabowski* und *Egon Krenz*, beginnen damit, untereinander Kontakt aufzunehmen, um den Sturz von *Erich Honecker* in die Wege zu leiten.

Montag, 9. Oktober 1989

In den Abendstunden kommt es im Stadtzentrum von Leipzig zur größten nichtgenehmigten Demonstration in der Geschichte der DDR seit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 (geschätzte Teilnehmerzahl: 75 000). Dabei werden Parolen gerufen wie „Wir sind das Volk – wir sind keine Rowdies“, „Keine Gewalt“, „Freiheit, freie Wahlen“, „Laßt die Gefangenen frei“, „Wir bleiben hier“, „Wir wollen Reformen“, „Neues Forum zulassen“ usw. Auch auf Transparenten wird zur Gewaltlosigkeit aufgefordert. Tatsächlich bleiben die befürchteten gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den aufmarschiereten Kräften von Staatssicherheit und Volkspolizei aus.

Wesentlichen Einfluß auf die Verhinderung von Gewalt hat offenbar ein über Radio DDR, Sender Leipzig, von Prof. *Kurt Masur*, dem Leiter des Gewandhausorchesters, verleiteter Aufruf zur Besonnenheit. Da ein Befehl *Erich Honeckers* vorgelegen hat, die „konterrevolutionären Aktionen“ niederzuschlagen, hatten sich *Masur* und andere Bürger Leipzigs, darunter der Kabarettist *Bernd Lutz Lange*, aus Angst vor blutigen Straßenschlachten den ganzen Tag über bemüht, mit den Sekretären der SED-Bezirksleitung Leipzig ein Abkommen zur Verhinderung von Gewalt zu erreichen.

Der Oberbürgermeister von Dresden, *Wolfgang Berghofer*, empfängt eine Sprechergruppe von Demonstrationsteilnehmern (die „Gruppe der 20“), die in einer Resolution u. a. die Klärung des gewaltsamen Vorgehens der Sicherheitskräfte während einer Demonstration vom Vortage fordern.

Der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, *Gottfried Forck*, verliest in der Ost-Berliner Gethsemanekirche einen Appell, in dem die Staatsführung der DDR aufgefordert wird, „umgehend deutliche und glaubhafte Schritte einzuleiten, damit eine breite Übereinstimmung für eine demokratische und rechtsstaatliche sozialistische Perspektive der DDR gefunden wird“.

Dienstag, 10. Oktober 1989

Nach dem Gespräch zwischen Oppositionellen und Oberbürgermeister *Wolfgang Berghofer* werden in Dresden 500 festgenommene Demonstranten wieder freigelassen.

Die LDPD-Zeitung „Der Morgen“ veröffentlicht Leserbriefe, in denen Reformen in der DDR gefordert werden.

Mittwoch, 11. Oktober 1989

Das Politbüro des ZK der SED veröffentlicht eine am Vortag verabschiedete Erklärung, in der „Vorschläge für einen attraktiven Sozialismus“ angekündigt werden. Damit läßt die SED erstmals die Bereitschaft erkennen, in Anbetracht der Protestdemonstrationen und der Massenflucht über Reformen nachzudenken. SED-Parteichef *Erich Honecker* wird aufgefordert, einen Lagebericht auszuarbeiten.

Auf einer Präsidiumssitzung des Schriftstellerverbandes der DDR wird eine „revolutionäre Reform“ für notwendig erklärt.

Donnerstag, 12. Oktober 1989

Bei einer Zusammenkunft der 1. Bezirkssekretäre der SED mit Generalsekretär *Erich Honecker* weist *Hans Modrow* (Dresden) auf die aktuellen Gefahren für Staat und Partei hin und fordert dringend eine wirksamere politische Führung.

Kritisiert werden u. a. die „Genossen des Zentralkomitees ...“, die bei Kontrollen sehr schnell und auch in großer Zahl da sind, von denen jedoch in den letzten politischen Kampftagen nichts zu spüren war“. *Modrow* schließt seine Ausführungen: „Ich bin überzeugt, daß uns keine Zeit mehr bleibt, daß schnell gehandelt werden muß, wenn wir nicht alles, was wir geschaffen haben, aufs Spiel setzen wollen.“

Freitag, 13. Oktober 1989

Bei einem Treffen mit den Vorsitzenden der Blockparteien – *Manfred Gerlach* (LDPD), *Gerald Götting* (CDU), *Günther Maleuda* (DBD) sowie *Heinrich Homann* (NDPD) – informiert SED-Generalsekretär *Erich Honecker* über die Erklärung des SED-Politbüros vom Mittwoch. Die Parteivorsitzenden betonen, daß die Erklärung „ihre volle Zustimmung“ findet.

Samstag, 14. Oktober 1989

Abgeordnete der Volkskammer fordern in einer nichtöffentlichen Informationsveranstaltung (vergeblich) die sofortige Einberufung einer Volkstammersitzung.

Volkstammerpräsident *Horst Sindermann* wird später berichten, daß bisher jeder Volkstammertagung ein Beschluß des SED-Politbüros vorausging; er habe versucht, eine Volkstammersitzung mit einem Tagesordnungspunkt über Umweltschutz einzuberufen, das Politbüro aber sei diesem Vorschlag nicht gefolgt.

Sonntag, 15. Oktober 1989

Mit Beginn der Herbstferien in der DDR steigt die Zahl der Flüchtlinge, die über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik kommen, wieder sprunghaft an.

Die Politbüromitglieder *Egon Krenz* und *Günter Schabowski* treffen sich nach Einbruch der Dunkelheit im Wandlitzer Haus des FDGB-Vorsitzenden *Harry Tisch*, um für die Politbürositzung am kommenden Dienstag das Verfahren der Absetzung von Generalsekretär *Erich Honecker* zu besprechen. *Krenz* weiß zu berichten, daß Ministerpräsident *Willi Stoph* bereit sei, im Politbüro den Antrag auf Absetzung zu stellen.

Woche vom 16. bis 22. Oktober 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit registriert 24 nicht genehmigte Demonstrationen mit insgesamt über 140 000 Personen.

Informationsveranstaltungen der Bürgerbewegungen in Kirchen finden immer mehr Zulauf; eine Veranstaltung des Neuen Forums in der Friedrichskirche in Potsdam beispielsweise muß wegen des hohen Zuspruchs fünfmal hintereinander mit zusammen 6 000 Teilnehmern durchgeführt werden.

Montag, 16. Oktober 1989

Wieder kommt es in Leipzig zu einer Großdemonstration, diesmal mit schätzungsweise 120 000 bis 150 000 Demonstranten. Erstmals wird über die Massenproteste, die auch in anderen Städten stattfinden, im DDR-Fernsehen berichtet. Die Sicherheitskräfte greifen nicht ein.

In einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit zu Reaktionen der Bevölkerung auf die Erklärung des Politbüros des ZK der SED vom 11. Oktober wird unverhohlene Kritik in Mitglieder- und Funktionärskreisen der SED registriert:

Die Erklärung „sei lediglich unter dem Druck der Ereignisse in der DDR abgegeben worden. Sie sei zwar das lang erwartete Zeichen von der Partei, käme aber zu spät und sei viel zu wenig konkret faßbar, um unter den Werktätigen mobilisierend zu wirken ... Zahlreiche Mitarbeiter zentraler staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Mitglieder und Funktionäre der SED erklären, nicht mehr zu akzeptieren, daß es im realen Sozialismus in der DDR Massenfluchten, Mangelerscheinungen, ökonomische Stagnation, offene Unzufriedenheit unter der Bevölkerung sowie lebensfremde Medienpolitik gäbe.“

Dienstag, 17. Oktober 1989

Das Politbüro des ZK der SED beschließt auf Antrag von *Willi Stoph* einstimmig, *Erich Honecker* von der Funktion des SED-Generalsekretärs zu entbinden, und empfiehlt dem für den 18. Oktober einberufenen ZK der SED, das Politbüromitglied *Egon Krenz* zu seinem Nachfolger zu wählen.

Der Flüchtlingsstrom über die ungarische Grenze dauert an.

Mittwoch, 18. Oktober 1989

9. Tagung des ZK der SED:

Erich Honecker bittet zu Beginn der Sondersitzung, ihn aus gesundheitlichen Gründen von seinen Funktionen als Generalsekretär des ZK, als Mitglied des Politbüros des ZK, als Vorsitzender des Staatsrates und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zu entbinden. Das ZK der SED wählt *Egon Krenz*, Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, „einmütig“ zum neuen Generalsekretär und es schlägt der Volkskammer vor, *Krenz* zum Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates zu wählen. Gleichzeitig werden die Politbüromitglieder und ZK-Sekretäre für Wirtschaftsfragen und Propaganda, *Joachim Herrmann* und *Günter Mittag*, aus ihren Parteifunktionen entlassen.

In einer Fernsehrede nach der Wahl gesteht *Egon Krenz* Fehler der Führung ein, kündigt – ohne konkrete Reformvorschläge – eine „Wende“ in der Politik der DDR an und betont zugleich den Führungsanspruch der SED.

Da *Krenz* nicht zu den Reformern in der SED zählt, wird seine Wahl zum Generalsekretär von den Oppositionsgruppen mit Skepsis aufgenommen.

Beim Ministerium des Innern sind in den letzten vier Wochen 185 Schreiben von Bürgern und Kollektiven mit insgesamt 1162 Unterschriften eingegangen, die gegen die am 22. September im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Ablehnung der Gründung des Neuen Forums protestieren und die Aufhebung dieser Entscheidung fordern.

Hinweis

Die **rechte Spalte** der vorliegenden Chronik ist für die Eintragung von **Ereignissen innerhalb der Volkskammer** vorgesehen; in der **linken Spalte** sind **Ereignisse außerhalb der Volkskammer** notiert.

Freitag, 20. Oktober 1989

Der DDR-Ministerrat beauftragt Innenminister *Friedrich Dickel*, „umgehend“ einen Gesetzentwurf „über Reisen von Bürgern der DDR ins Ausland“ vorzubereiten.

Ein Sprecher des DDR-Außenministeriums teilt mit, daß alle, die die DDR verlassen haben, zurückkehren und sich „mit diesem Anliegen an die diplomatischen Vertretungen der DDR im Ausland, darunter auch an die Ständige Vertretung der DDR in der BRD wenden“ könnten.

Samstag, 21. Oktober 1989

In einem Referat zur Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED fordert *Erich Mielke*, Minister für Staatssicherheit, die oppositionellen Gruppierungen mit Vertrauensleuten des Ministeriums zu durchdringen: „Es sind neue Überlegungen anzustellen, wie wir mit den vorhandenen operativen Kräften in die in jüngster Zeit entstandenen Gruppierungen eindringen und diese gründlich aufklären können, dort so Fuß fassen, daß wir die Kontrolle über sie behalten.“

Zehntausende demonstrieren in Ost-Berlin, Dresden, Plauen, Potsdam und Karl-Marx-Stadt; Zwischenfälle werden nicht gemeldet.

Woche vom 23. bis 29. Oktober 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit registriert 145 Demonstrationen mit 540 000 Teilnehmern.

Montag, 23. Oktober 1989

In Leipzig demonstrieren auf der bislang größten Protestkundgebung in der DDR rund 300 000 Menschen für Reformen („Keine Kosmetik, sondern Chirurgie“, „Egon, enttäusch' uns nicht“, „Visafrei bis Shanghai“) und freie Wahlen. Auch in anderen Städten versammeln sich Tausende auf Straßen und Plätzen.

Vertreter fast aller Reformgruppen informieren auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin über die Übergriffe von DDR-Sicherheitskräften auf den Demonstrationen am 7. und 8. Oktober.

Einen Tag vor seiner Wahl zum Staatsratsvorsitzenden betont *Egon Krenz* in einer Fraktionssitzung der SED-Mitglieder der Volkskammer, „... unsere führende Rolle müssen wir besser wahrnehmen, aber wir sind nicht bereit, sie abzugeben“.

Hinweis

Zu Einzelheiten der Fraktionen der Volkskammer siehe Abschnitt 28.6.

noch: **Montag, 23. Oktober 1989**

In einer umfassenden, von *Erich Mielke*, Minister für Staatssicherheit, selbst unterzeichneten „Information über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme“ wird festgestellt, daß es „den Inspiratoren/Organisatoren gelungen (ist), ein politisch beachtliches Potential der Bevölkerung der DDR, vor allem jüngere Bürger, in ihrem Sinne zu beeinflussen, bei diesen Handlungsbereitschaften zu wecken und für entsprechende Aktivitäten zu nutzen“.

Hervorgehoben wird u. a. folgende Beobachtung: „Kennzeichnend für das Wirken der Führungskräfte sowohl des ‚Neuen Forums‘ als auch anderer antisozialistischer Sammlungsbewegungen ist – begünstigt durch die ihrer Ansicht nach für sie günstig verlaufende Lageentwicklung – deren zunehmende Selbstsicherheit im öffentlichen Auftreten und eine damit verbundene deutlich stärkere Bekundung ihres Willens, als politische Opposition gelten und wirken zu wollen.“

Dienstag, 24. Oktober 1989

In einem Fernschreiben an alle 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED fordert SED-Generalsekretär *Egon Krenz* u. a.:

„Keiner darf in dieser wichtigen Phase des Kampfes für die beschlossene Wende der Erneuerung und Kontinuität unserer sozialistischen Entwicklung abseits stehen, sondern muß sich im ständigen offensiven Dialog mit den Menschen als Kommunist bewähren. Er darf nicht zurückweichen und gegnerischen Kräften keinen Spielraum geben.“

Am Abend demonstrieren in Ost-Berlin rund 12000 Menschen gegen die Wahl von *Egon Krenz*. Auch in zahlreichen anderen Städten kommt es zu Protestaktionen, die in den nächsten Tagen noch weiter zunehmen und sich verschärfen. Die Vorwürfe gegen *Krenz* richten sich vor allem gegen seine Rechtfertigung der blutigen Niederschlagung der Juni-Demonstration in Peking sowie – als Vorsitzender der Wahlkommission – seine Verantwortlichkeit für die Fälschung der Kommunalwahlen vom Mai 1989.

Das Politbüro berät auf Vorschlag von Staatssicherheitsminister *Erich Mielke* und Innenminister *Friedrich Dickel* „Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Formierung und zur Zurückdrängung antisozialistischer Sammlungsbewegungen“ wie des „Neuen Forums“, der Sozialdemokratischen Partei (SDP), des „Demokratischen Aufbruchs“ und der „Initiative Frieden und Menschenrechte“.

10. Tagung der Volkskammer der DDR

Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* bittet vor Eintritt in die Tagungsordnung um Zustimmung, daß wegen der Tragweite der Tagung – der „Wahl des höchsten Repräsentanten unseres Staates“ – andere Tagesordnungspunkte nicht behandelt werden. Die eingereichten Vorschläge von Abgeordneten, Fraktionen und Ausschüssen würden jedoch in den Gremien gründlich beraten, so daß die nächste Volkskammersitzung schätzungsweise schon in der zweiten Novemberhälfte durchgeführt werden könnte. „Wir [das Präsidium] sind damit einverstanden, daß wir – was viele Abgeordnete verlangen – den Formalismus aus unserem Hause verbannen und den *Marx*schen Grundsatz respektieren, daß unser Parlament ein im Interesse des Volkes arbeitendes Gremium des Volkes ist.“

Tagesordnung (entsprechend dem Antrag der SED-Fraktion) u. a.:

Abberufung des Abgeordneten *Erich Honecker* als Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Einstimmige Annahme; eine kurze Würdigung des Wirkens *Honeckers* als Repräsentant des sozialistischen deutschen Staates wird mit starkem Beifall aufgenommen.

noch: Dienstag, 24. Oktober 1989

Wahl und Vereidigung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Wahl von *Egon Krenz* – entgegen der bisherigen Praxis – bei 26 Gegenstimmen und 26 Stimmenthaltungen.

Wahl des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Wahl von *Egon Krenz* mit 8 Gegenstimmen bei 17 Enthaltungen.

Rede des Vorsitzenden des Staatsrates

Krenz kündigt gesellschaftlichen Dialog und einen neuen Arbeitsstil für Volkskammer und Staatsrat an, spricht sich aber ausdrücklich für den Führungsanspruch der SED aus. Zur Flüchtlingsbewegung sagt *Krenz*: „Jeder der uns verläßt, ist einer zuviel.“ Politisches Ziel sei ein „demokratisches Gemeinschaftswerk im Sozialismus und für den Sozialismus“.

Im Anschluß an die Volkskammertagung beantragt die FDJ-Fraktion (vergeblich) die Einberufung der Volkskammer zu einem früheren Termin, zumal auf der 10. Tagung der Volkskammer keine Diskussion über die Lage in der DDR ermöglicht wurde.

Mittwoch, 25. Oktober 1989

In Neubrandenburg nehmen rund 20 000, in Jena 5 000 Menschen an Demonstrationen teil; auch in anderen Städten gehen Tausende auf die Straße.

Donnerstag, 26. Oktober 1989

Der neue Partei- und Staatschef der DDR, *Egon Krenz*, führt mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* ein zwanzigminütiges Telefongespräch über die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten.

In Dresden kommen rund 100 000 Menschen zu einem öffentlichen Dialog mit *Hans Modrow*, dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, und Oberbürgermeister *Wolfgang Berghofer*. *Modrow* erklärt dabei, das jetzt Begonnene werde in der DDR „einen revolutionären Wandel auslösen“.

In Erfurt, Gera und Rostock demonstrieren Zehntausende für Reformen und mehr Demokratie.

Freitag, 27. Oktober 1989

Der DDR-Staatsrat verkündet eine Amnestie für Flüchtlinge und Demonstranten. Sie betrifft alle Bürger, die vor dem 27. Oktober die DDR verlassen haben oder bei einem Fluchtversuch gefaßt wurden, sowie Personen, die im Zusammenhang mit Demonstrationen inhaftiert und verurteilt wurden; ausgenommen sind Personen, die Gewalt angewandt haben. Die Flüchtlinge werden zur Rückkehr aufgerufen, da akute Versorgungsengpässe entstanden sind. Dennoch fliehen auch weiterhin Tausende über Ungarn in die Bundesrepublik.

Das Innenministerium der DDR teilt mit, daß die zeitweilige Aussetzung des paß- und visafreien Verkehrs mit der ČSSR ab 1. November wieder aufgehoben wird.

Zehntausende demonstrieren in Karl-Marx-Stadt, Dresden, Güstrow, Saalfeld und zahlreichen anderen Städten.

Der letzte größere Transport mit DDR-Flüchtlingen aus Prag erreicht Bayern.

Die FDJ-Fraktion verlangt die Einberufung der Volkskammer zum Zweck einer unverzüglichen Stellungnahme des Gremiums zur Lage in der DDR. In einem Gespräch mit Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* äußern Fraktionsvertreter die Ansicht, dies könne ein erster Schritt sein, Glaubwürdigkeit und Autorität der 500 Abgeordneten gegenüber den Bürgern der DDR wiederzuerlangen. Die Fraktion stellt sich gegen die Auffassung *Sindermanns*, das Plenum solle erst tagen, wenn Maßnahmen zu Veränderungen verabschiedet werden können.

Samstag, 28. Oktober 1989

Die seit 1985 bestehende Oppositionsgruppe Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) konstituiert sich als Organisation. Zu Sprechern werden *Werner Fischer*, *Gerd Poppe* und *Thomas Rudolph* gewählt.

Protestaktionen in Leipzig, Erfurt, Jena, Plauen, Greiz und Senftenberg.

Sonntag, 29. Oktober 1989

Mit Diskussionsrunden vor dem Roten Rathaus beginnen in Ost-Berlin „Sonntagsgespräche“ unter dem Motto „Offene Türen – offene Worte“, zu denen der Ostberliner Oberbürgermeister *Erhard Krack* eingeladen hat.

Günter Schabowski, Politbüromitglied und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, erklärt, Demonstrationen würden künftig „auch in Berlin zur politischen Kultur gehören“. Mit einer Schweigeminute gedenken die etwa 20 000 Menschen der Toten an der Mauer. Erstmals wird bei der Veranstaltung öffentlich gefordert, die Mauer abzureißen.

Woche vom 30. Oktober bis 5. November 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit registriert eine Ausweitung von Demonstrationen und Massensammlungen in allen Bezirken der DDR und in Ost-Berlin. Im Vergleich zur Vorwoche hat sich die Zahl der daran teilnehmenden Personen verdreifacht (1,35 Millionen Menschen gegenüber 540 000 Teilnehmern).

Montag, 30. Oktober 1989

Nach dem traditionellen Friedensgebet demonstrieren in Leipzig wieder mehr als 200 000 Menschen; Sprechchöre fordern u. a. „Reformer an die Macht“, „Visafrei bis Hawaii“ und „Zulassung des Neuen Forums“. Weitere Massendemonstrationen u. a. in Halle, Schwerin, Cottbus und Karl-Marx-Stadt.

Ab 30. Oktober – noch unter konspirativen Bedingungen – wöchentliches Treffen der seit dem 4. Oktober bestehenden Kontaktgruppe aus oppositionellen Gruppierungen, die sich am 7. Dezember 1989 als Runder Tisch konstituieren.

Die Bürgerbewegung Demokratischer Aufbruch konstituiert sich als Partei; Wahl von *Wolfgang Schnur* zum Vorsitzenden.

Absetzung der seit fast 30 Jahren von *Karl-Eduard von Schnitzler* geleiteten Sendung „Der Schwarze Kanal“ des DDR-Fernsehens.

Dienstag, 31. Oktober 1989

Das in Berlin tagende Präsidium des Kulturbundes setzt sich erstmals selbstkritisch mit seiner Rolle innerhalb der Nationalen Front und in der Volkskammer auseinander und befürwortet Reformen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft.

Mittwoch, 1. November 1989

Nach einem Gespräch mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef *Michail Gorbatschow* in Moskau erklärt der SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende *Egon Krenz*, die Wiedervereinigung und der Abriß der Mauer stünden „nicht auf der Tagesordnung“.

Donnerstag, 2. November 1989

Rücktritte u. a. von *Margot Honecker* als Volksbildungsministerin (schon am 20. Oktober beantragt), *Harry Tisch* als Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), *Gerald Götting* als Parteivorsitzender der CDU (Ost) und *Heinrich Homann* als Parteivorsitzender der NDPD.

Demonstrationen in Erfurt, Guben, Halle, Gera und Rostock.

Das Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD empfiehlt der Volkskammerfraktion der Partei die sofortige Einberufung einer Volkskammertagung zur Verständigung über die aktuelle Situation im Lande. Gefordert werden auch der Rücktritt der Regierung *Stoph* und des Volkskammerpräsidiums. Die LDPD schlägt als neuen Parlamentspräsidenten ihren Vorsitzenden *Manfred Gerlach* vor.

Freitag, 3. November 1989

In einer Fernseh- und Rundfunkansprache gibt der SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzende *Egon Krenz* die Grundzüge des vom SED-Politbüro beschlossenen „Aktionsprogramms für Erneuerung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ bekannt:

U. a. Vorlage eines Reisegesetzes, Aufhebung des §213 Strafgesetzbuch (Republikflucht), Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts, Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, eine umfassende Wirtschaftsreform; Reform des Bildungswesens.

Außerdem werden die Rücktritte der SED-Politbüromitglieder *Hermann Axen*, *Kurt Hager*, *Erich Mielke*, *Erich Mückenberger* und *Alfred Neumann* angekündigt.

Die DDR-Regierung gestattet das Verlassen des Landes ohne jegliche Formalitäten über die ČSSR. Von dieser Möglichkeit machen in den nächsten beiden Tagen über 10 000 DDR-Bürger Gebrauch, bis 9. November sind es 40 000.

Zahlreiche Demonstrationen, u. a. 50 000 Menschen auf dem Domplatz in Erfurt.

Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, der Demokratische Aufbruch, das Grüne Netzwerk Arche, die Initiative Frieden und Menschenrechte, die Initiative Vereinigte Linke Berlin, das Neue Forum und SDP veröffentlichen als Flugblatt eine Gemeinsame Erklärung, in der u. a. gefordert wird:

- eine Verfassungsreform, die eine demokratische Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED ermöglicht;
- freie und geheime Wahlen auf der Grundlage eines demokratischen Wahlrechts.

Die CDU-Fraktion der Volkskammer verlangt die sofortige Einberufung des Parlaments, erwartet, daß die Regierung die Vertrauensfrage stellt, kündigt die Erarbeitung eines Gesetzentwurfes für einen Wehrersatzdienst an, vertritt die Auffassung, daß ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet werden müsse und daß erforderlichenfalls die Kommunalwahlen vorzuziehen seien.

Samstag, 4. November 1989

Rund eine Million Menschen demonstrieren auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin – zum Teil noch in der Hoffnung auf eine revolutionäre Erneuerung des Sozialismus – für Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie für freie Wahlen und gegen das Machtmonopol der SED. Während der fünfstündigen (staatlich genehmigten) Veranstaltung, der bis dahin größten Kundgebung in der DDR, zu der einzelne Kunst- und Kulturschaffende sowie verschiedene Theater und Künstlerverbände der DDR aufgerufen hatten und die vom DDR-Fernsehen übertragen wird, sprechen 26 Redner, darunter die Schriftsteller *Stefan Heym*, *Christa Wolf* und *Werner Müller*.

Das Ministerium für Staatssicherheit sorgte sich in der Vorbereitungsphase darum, wie mögliche Provokationen verbandsfremder und „feindlicher“ Kräfte unterbunden werden könnten.

Sonntag, 5. November 1989

Das Ministerium für Staatssicherheit registriert weiterhin „Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte, neue Sammlungsbewegungen/Parteien zu schaffen“, so die Gründungsveranstaltung für eine „Grüne Alternative Partei“ in der Bekenntniskirche in Berlin-Treptow.

Montag, 6. November 1989

Der Ministerrat der DDR veröffentlicht in der Presse den angekündigten Entwurf für ein neues Reisegesetz, wonach für jeden maximal 30 Tage Auslandsaufenthalt im Jahr erlaubt sind und ein bürokratisches, erneute staatliche Willkür nicht ausschließendes Genehmigungsverfahren vorgesehen ist.

Die restriktiven Bestimmungen des Gesetzentwurfs stoßen auf empörte Ablehnung und lösen am Abend nicht nur in Leipzig (500 000 Teilnehmer), sondern auch in vielen anderen Städten der DDR Protestkundgebungen aus. Transparente und Sprechchöre in Leipzig u. a.: „Stasi in die Volkswirtschaft“, „Freie Wahlen“ und immer wieder „Wir sind das Volk“.

In der Deutschen Staatsoper in Ost-Berlin begehrt die politische Prominenz mit geladenen Gästen die Festveranstaltung zum 72. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Die Volkskammerfraktion des Kulturbundes der DDR spricht sich für die unverzügliche Einberufung einer Volkskammertagung und für die Abberufung des Ministerrates der DDR aus.

Dienstag, 7. November 1989

Der Ministerrat der DDR unter Vorsitz von *Willi Stoph* beschließt seinen Rücktritt; er bleibt bis zur Wahl eines neuen Ministerrats geschäftsführend im Amt.

Wahl von *Günter Hartmann* zum Parteivorsitzenden der NDPD als Nachfolger von *Heinrich Homann*.

Demonstrationen u.a. in Wismar und Meiningen.

Der Verfassungs- und Rechtsausschuß der Volkskammer lehnt den Entwurf des Reisegesetzes als unzureichend ab. Zugleich fordert er die sofortige Einberufung einer Volkskammertagung, auf der die Krise in der DDR behandelt werden soll, und mißbilligt das Zögern des Präsidiums, das ungeachtet des Willens von mehr als dem dafür notwendigen Drittel der Abgeordneten die Sitzung verschleppe.

Mittwoch, 8. November 1989

10. Tagung des Zentralkomitees der SED (bis 10. November)

Geschlossener Rücktritt des bisherigen und Wahl eines neuen Politbüros des ZK der SED (u. a. als Exponent des Reformflügels *Hans Modrow*, den die SED auch für das Amt des Vorsitzenden des Ministerrates vorschlägt), Bestätigung von *Egon Krenz* als Generalsekretär der SED.

Während der ZK-Tagung der SED melden Tausende von unzufriedenen Parteimitgliedern vor dem Haus des Zentralkomitees in Ost-Berlin auf Transparenten und in Sprechchören ihre Forderungen an, z. B. „Für eine Parteiführung, die auf das Volk hört“.

Bei einem Gespräch mit Vertretern des Neuen Forums im Beisein von Rechtsanwalt *Gregor Gysi* im Innenministerium der DDR wird die Anmeldung der Sammlungsbewegung offiziell bestätigt und das Neue Forum damit legalisiert.

Donnerstag, 9. November 1989

Der noch amtierende Ministerrat der DDR legt den Entwurf (!) einer umfassenden neuen Reiseregulation vor. SED-Generalsekretär *Egon Krenz* informiert darüber das Zentralkomitee auf seiner laufenden 10. Tagung, und er ermächtigt das SED-Politbüromitglied *Günter Schabowski*, auf einer anstehenden Pressekonferenz zum Verlauf der ZK-Tagung auch die Reiseregulation bekanntzugeben.

Ohne zu wissen, daß die neue Regelung vom Ministerrat noch gar nicht endgültig beschlossen und ihr Inkrafttreten erst für den 10. November vorgesehen ist, teilt *Günter Schabowski* zum Schluß der vom DDR-Fernsehen live übertragenen Pressekonferenz um 18.57 Uhr eher beiläufig und unvermittelt zur Reiseregulation mit:

noch: Donnerstag, 9. November 1989

„Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt (!) werden. Die Genehmigungen (!) werden kurzfristig erteilt. Versagungsgründe werden nur in besonderen Ausnahmefällen angewandt ... Die zuständigen Abteilungen Paß und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen ...“

Obwohl von einer sofortigen (!) Öffnung der Grenzübergänge zunächst nicht die Rede ist, führen Äußerungen von *Günter Schabowski* im weiteren Verlauf der Pressekonferenz zu folgendem Mißverständnis:

Stimmengewirr, Frage: „Wann tritt das in Kraft?“

Schabowski: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort. Unverzüglich.“ [...]

Frage: „Gilt das auch für Westdeutschland?“

Schabowski: „Also, doch. Doch. Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD beziehungsweise Berlin/West erfolgen.“

Aufgrund dieser Auskünfte strömen am Abend Tausende von Ost-Berlinern spontan zur Mauer und erzwingen von den offenbar völlig überraschten Grenzbeamten den freien und ungehinderten Durchlaß in den westlichen Teil der Stadt. Im Laufe der Nacht testen rund 12 000 Menschen in Berlin den Wahrheitsgehalt der Maueröffnung nach 28 Jahren. In beiden Teilen der Stadt kommt es zu überschwenglichen Freudenzenen und volksfestartigen Wiedersehensfeiern.

Das Präsidium der Volkskammer tritt nach langem Zögern zusammen und beschließt, die nächste Plenartagung auf den 13. November zu legen. Die Tagesordnung sieht auch eine Abberufung und Wahl des Volkskammerpräsidenten und des Präsidiums der Volkskammer vor.

Freitag, 10. November 1989

Einen Tag nach der Grenzöffnung strömen Hunderttausende von Ost-Berlinern nach West-Berlin. Die DDR-Behörden schlagen Breschen in die Mauer, um den Übergang zu erleichtern.

SED-Generalsekretär *Egon Krenz* ordnet gegen 11.30 Uhr „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ für zwei in Potsdam stationierte Eliteeinheiten der Nationalen Volksarmee an.

Fortsetzung der 10. Tagung des ZK der SED

Verabschiedung eines „Aktionsprogramms“ zur Verwirklichung der von *Egon Krenz* am 3. November angekündigten Reformen (u. a. freie Wahlen); Einberufung der 4. Parteikonferenz der SED für den 15.–17. Dezember nach Ost-Berlin; Ausschluß der ZK-Sekretäre *Günter Mittag* und *Joachim Herrmann* (Propaganda) u. a. „wegen gröblichster Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie“; auf Druck der Parteibasis Abberufung von Politbüromitgliedern, die erst zwei Tage zuvor gewählt wurden.

noch: Freitag, 10. November 1989

Demonstranten vor dem ZK-Gebäude fordern einen Sonderparteitag der SED.

In Ost-Berlin spricht *Egon Krenz* auf einer SED-Veranstaltung im Lustgarten vor rund 150 000 Menschen über die Ergebnisse der ZK-Tagung.

DDR-Generalstaatsanwalt *Günter Wendland* schlägt vor, zur Untersuchung von Fällen der Korruption und des Funktionsmißbrauchs einen zeitweiligen Ausschuß der Volkskammer einzusetzen.

Der Hauptvorstand der CDU der DDR beruft *Lothar de Maizière* zum neuen Parteivorsitzenden als Nachfolger von *Gerald Götting*.

In einer Erklärung der Kontaktgruppe der oppositionellen Bürgerbewegungen wird erstmals ausdrücklich ein „Runder Tisch“ gefordert.

In West-Berlin sprechen auf einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus Bundeskanzler *Helmut Kohl*, Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher*, der Ehrenvorsitzende der SPD, *Willy Brandt*, und der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, *Walter Momper*, aus Anlaß der Grenzöffnung.

Samstag/Sonntag, 11./12. November 1989

Am ersten Wochenende nach der Grenzöffnung besuchen schätzungsweise zwei Millionen DDR-Bürger kaum kontrolliert West-Berlin, eine weitere Million passiert die innerdeutsche Grenze. Die DDR-Behörden richten neue Grenzübergänge nach West-Berlin (nunmehr 17 statt 12) und in die Bundesrepublik ein. In der Innenstadt von West-Berlin bricht der Autoverkehr zusammen, und auch S- und U-Bahnen können den Andrang zeitweise nicht bewältigen.

Nach Mitteilung des DDR-Innenministeriums sind vom 9. bis zum Mittag des 12. November rund 4,3 Millionen Visa für Privatreisen in die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin bzw. andere Staaten erteilt worden.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

Sonntag, 12. November 1989

In mehreren Städten der DDR finden Kundgebungen, Versammlungen und „Aktivtagungen“ der SED statt, auf denen die Basis für eine „Erneuerung der Partei von unten“ eintritt.

Trotz der Grenzöffnung und der angekündigten Reformen verlassen weiterhin täglich bis zu 2 500 Menschen die DDR.

Die SED-Fraktion der Volkskammer wählt *Werner Jarowinsky* zum neuen Vorsitzenden als Nachfolger von *Erich Mückenberger*, die FDJ-Fraktion *Lutz Ahnfeld* als Nachfolger von *Jochen Willerding* (beide SED).

Der Vorschlag von *Egon Krenz*, als neuen Volkskammerpräsidenten den langjährigen LDPD-Vorsitzenden *Manfred Gerlach* zu wählen, führt in der SED-Fraktion zu einer heftigen Debatte, in der Abgeordnete u. a. ein Ende der Bevormundung fordern.

Montag, 13. November 1989

Auf Druck der Parteibasis beschließt das kurzfristig schon wieder zusammengetretene ZK der SED auf seiner 11. Tagung, statt der vorgesehenen Parteikonferenz einen außerordentlichen Parteitag für den 15. bis 17. Dezember nach Ost-Berlin einzuberufen. Die anschließende Diskussion ist gekennzeichnet von Verwirrung, Chaos und der Unfähigkeit des ZK, auf die eingetretenen Entwicklungen zu reagieren.

Die DDR hebt die Sperrzonen entlang der innerdeutschen Grenze sowie in den küstennahen Gewässern der Ostsee auf.

An der Montagsdemonstration in Leipzig beteiligen sich rund 200 000 Menschen, in Dresden gehen 100 000 auf die Straße. Sie demonstrieren für freie Wahlen, Reisefreiheit und gegen den Führungsanspruch der SED. Zehntausende demonstrieren auch in Neubrandenburg, Cottbus, Schwerin, Halle, Magdeburg und Karl-Marx-Stadt.

11. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung der knapp zehnstündigen Tagung, mit der die „Wende“ der Volkskammer einsetzt:

Mitteilung über den Rücktritt von Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* (SED) (seit 1976 im Amt), seines Stellvertreters *Gerald Götting* (CDU) und aller Mitglieder des Präsidiums der Volkskammer

Wahl des Präsidenten der Volkskammer der DDR

Im 2. Wahlgang Wahl von *Günther Maleuda* (DBD) mit 246 von 477 abgegebenen Stimmen (bei 230 Stimmen für *Manfred Gerlach* [LDPD] und einer ungültigen Stimme), nachdem im 1. Wahlgang keiner der fünf Kandidaten mehr als 50% der Stimmen erhalten hatte. (Die SED hatte auf eine Kandidatur verzichtet.)

Wahl des Stellvertreters des Volkskammerpräsidenten und des Präsidiums der Volkskammer der DDR

Wahl von *Werner Jarowinsky* (zugleich Vorsitzender der SED-Fraktion) als Stellvertreter des Volkskammerpräsidenten.

Aussprache zur politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik

Ablauf: (1) Erklärungen der Sprecher der zehn Volkskammerfraktionen, (2) Kurzbeiträge und Anfragen von Einzelsprechern, (3) Erklärungen und Antworten von Mitgliedern des (zurückgetretenen) Ministerrats und anderen (ehemaligen) Funktionsträgern.

Zu (1): In den Beiträgen u. a. Feststellung, daß „eine revolutionäre Volksbewegung ... einen Prozeß gravierender Umwälzungen in Gang gesetzt (hat)“, Eingeständnis „ernster Fehler des abgelösten Generalsekretärs [d. h. *Erich Honecker*] und des abgelösten Politbüros“, Ziel, „die Macht der Arbeiter und Bauern als sozialistischer Staat und seine nationale Souveränität zu stärken“, Zusage einer Reform der parlamentarischen

noch: Montag, 13. November 1989

schen Arbeit und von neuen Gesetzen z. B. über freie Wahlen, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit u. a., „Sorge um das Schicksal der DDR als souveräner sozialistischer Staat“ (so der Sprecher der SED-Fraktion *Werner Jarowinsky*); andere Sprecher: Kritik, daß Volkskammer-Präsidium über Wochen hinweg eine Aussprache der Lage der DDR verhindert hat; in den Reformforderungen am weitreichendsten: der Dresdener Wissenschaftler *Manfred von Ardenne* (Vertreter des Kulturbundes der DDR);

zu (2): Kurzbeiträge mit vielfältiger Selbstkritik, Betonung der „Erneuerung des Sozialismus“, Kritik an Arbeitsweise der Volkskammer, Sorge um ökonomische Lage der DDR, zahlreiche Forderungen und Vorschläge u. a. zur Änderung der Verfassung, vorzeitiger Neuwahl usw., Fragen u. a. nach der Staatsverschuldung der DDR, Inflationsrate, Kenntnisse des Staatssicherheitsdienstes über die wirtschaftliche Situation der DDR;

zu (3) u. a.: Erklärung von *Egon Krenz*, Vorsitzender des Staatsrats der DDR: Wiedervereinigung Deutschlands bzw. die Vereinigung der beiden deutschen Staaten stehe nicht auf der Tagesordnung; Erklärung des ehemaligen Volkskammerpräsidenten *Horst Sindermann*: Rechtfertigung der Nichteinberufung der Volkskammer trotz des Antrags der FDJ-Fraktion; Erklärung von *Willi Stoph*, amtierender Vorsitzender des Ministerrats der DDR: Übernahme der politischen Verantwortung „für all das, wofür die Regierung unter Kritik steht“, allerdings Hinweis auf eingeschränkte Kompetenzen des Ministerrats, die vom bisherigen Vorsitzenden des Staatsrats und Generalsekretär des ZK der SED [d. h. *Erich Honecker*] und vom Politbüromitglied *Günter Mittag* zu verantworten sind; Bericht von *Erich Mielke*, amtierender Minister für Staatssicherheit, über die Arbeit seines Amtes („Wir haben, Genossen, liebe Abgeordnete, einen außerordentlich hohen Kontakt zu allen werktätigen Menschen. [Heiterkeit] ... Ich liebe doch alle Menschen ... [Gelächter] ...“), insbesondere auch über die Weitergabe von Kenntnissen über die wachsenden Schwierigkeiten in der DDR an die zuständigen Stellen.

Bildung eines zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer der DDR zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der ungerechtfertigten persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht auf Gesetzesverletzung besteht

Abberufung des Vorsitzenden und der Mitglieder des Ministerrats der DDR

Einstimmiger Beschluß, den Ministerrat auf Antrag seines Vorsitzenden *Willi Stoph* abzuberaufen.

Wahl des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR

Auf Vorschlag der SED-Fraktion Wahl von *Hans Modrow* (SED) bei einer Gegenstimme.

noch: Montag, 13. November 1989**Auftrag zur Regierungsbildung**

Beschluß, den Vorschlag für die Wahl der Mitglieder des Ministerrats der nächsten, für den 17. November einberufenen Volkskammertagung zu unterbreiten.

Volkskammerpräsident *Günther Maleuda* beendet die Sitzung mit dem Satz:

„Die 11. Tagung der Volkskammer, die eine Lehrstunde der Demokratie war, ist geschlossen.“ (Beifall)

Dienstag, 14. November 1989

Die DDR stellt sich auf die Rückkehr von Übersiedlern ein. Zur Aufnahme werden Übergangslager eingerichtet.

Das DDR-Finanzministerium gibt eine Neuregelung „für die Behandlung des Vermögens ehemaliger DDR-Bürger“ bekannt. Wer die DDR nach dem 31. Juli 1989 verlassen hat, kann über sein Vermögen verfügen.

Das „Neue Deutschland“, das Zentralorgan der SED, schreibt zur 11. Volkskammer-Tagung vom Vortage:

„In einer Lage, da eine revolutionäre Volksbewegung einen Prozeß gesellschaftlicher Umwälzungen in Gang gebracht hat und sich die DDR im Aufbruch befindet, trat die Volkskammer zu ihrer von vielen Abgeordneten seit langem geforderten 11. Tagung zusammen ... Über dieser Sitzung lag die Spannung, die bedeutenden Entscheidungen vorangeht: Mit ihr begann die Volkskammer, ohne Bevormundung ihre Rechte und Pflichten als einziges verfassungs- und gesetzgebendes Organ, als souveränes Machtorgan, uneingeschränkt wahrzunehmen.“

Donnerstag, 16. November 1989

Der Demokratische Frauenbund Deutschland (DFD) wählt *Eva Rohmann* zur neuen Parteivorsitzenden als Nachfolgerin von *Ilse Thiele*.

Die CDU-Fraktion der Volkskammer wählt *Adolf Niggemeier* zum neuen Vorsitzenden als Nachfolger von *Wolfgang Heyl*.

Auf einer Sitzung der SED-Fraktion der Volkskammer schlägt SED-Generalsekretär *Egon Krenz* vor, daß u. a. folgende Abgeordnete ihr Mandat niederlegen: *Hermann Axen, Friedrich Dickel, Kurt Hager, Joachim Herrmann, Erich Honecker, Margot Honecker, Günther Kleiber, Werner Krolikowski, Erich Mielke, Günter Mittag, Erich Mückenberger, Horst Sindermann, Willi Stoph* und *Harry Tisch*.

Freitag, 17. November 1989

12. Tagung der Volkskammer der DDR (1. Sitzungstag)

Tagesordnung u. a.:

Abberufung von Stellvertretern des Vorsitzenden und Mitgliedern des Staatsrates der DDR

Entsprechend den Anträgen der betreffenden Fraktionen werden mehrheitlich abberufen: *Horst Sindermann, Willi Stoph, Kurt Hager, Werner Krolkowski, Harry Tisch* (alle SED), *Gerald Götting* (CDU), *Heinrich Homann* (NDPD) und *Peter Moreth* (LDPD).

Mandatsveränderungen

Beschluß der von der SED-Fraktion beantragten 27 Mandatsniederlegungen (vgl. 16. November) sowie Abberufung von *Gerald Götting* (CDU)

Regierungserklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR

Hauptziele der von *Hans Modrow* vorgestellten Koalition aus SED, CDU, DBD, LDPD und NDPD – einer „Regierung des Friedens und des Sozialismus“ – : Verwurzelung der begonnenen demokratischen Erneuerung des gesamten öffentlichen Lebens sowie Stabilisierung der Wirtschaft und Vergrößerung des Sozialprodukts. Ankündigung umfassender Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, u. a. Schritte zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, freie Wahlen, Bildung eines Amtes für Nationale Sicherheit anstelle des Ministeriums für Staatssicherheit. Kernsätze zur Unumkehrbarkeit der Entwicklung: „Wer diese Öffnung der Grenzen – ein historischer Vorgang, auf den die ganze Welt blickt – nicht als unwiderlegbaren Beweis für die unumkehrbare Wandlung von Politik und Leben in der sozialistischen DDR sieht, ist blind oder böswillig.“

(Beifall)

Was sich hier nach dem 7. Oktober 1989 an demokratischen und im besten Sinne des Wortes volkstümlichen Veränderungen vollzogen hat, ist unumkehrbar – das Volk würde jeden beiseite fegen, der eine Wiederherstellung alter Verhältnisse zu versuchen wagt.

(Beifall)

So möge man – wo dies noch der Fall ist – aufhören, weitere Schritte einzuklagen, weitere Vorleistungen von der DDR zu fordern.“

Zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sagt *Modrow* u. a.: „Nicht durch ... Beteuerung, sondern durch eine neue Realität des Lebens in der DDR wird ebenso den unrealistischen wie gefährlichen Spekulationen über eine Wiedervereinigung die klare Absage erteilt.“ Bei uneingeschränkter staatlicher Anerkennung sei die DDR bereit, „die Zusammenarbeit mit der BRD umfassend auszubauen und auf eine neue Stufe zu heben“; Bereitschaft zu einer „Vertragsgemeinschaft ...“, die weit über den Grundlagenvertrag und die bislang

noch: Freitag, 17. November 1989

geschlossenen Verträge und Abkommen zwischen beiden Staaten hinausgeht“.

Aussprache zur Regierungserklärung

Am Ende der Aussprache, an der sich 24 Redner beteiligen (darunter auch auf Zustimmung des Präsidiums der nicht der Volkskammer angehörende neue CDU-Vorsitzende *Lothar de Maizière*) einstimmige Bestätigung der Regierungserklärung.

Samstag, 18. November 1989

Der neue Ministerrat der DDR wird durch den Staatsratsvorsitzenden *Egon Krenz* vereidigt.

Weit über 150 000 Menschen demonstrieren in Ost-Berlin, Leipzig, Dresden, Suhl, Plauen und Eberswalde-Finow gegen den Führungsanspruch der SED und für freie Wahlen. Rund 15 000 nehmen in Leipzig an der ersten offiziell genehmigten Kundgebung des Neuen Forum teil.

12. Tagung der Volkskammer der DDR (2. Sitzungstag)

Tagesordnung u. a.:

Wahl der Mitglieder des Ministerrats der DDR

Wahl der 28 (bisher 44) Mitglieder des Ministerrats en bloc bei fünf Gegenstimmen und sechs Enthaltungen (16 Minister werden von der SED gestellt, 9 Minister sind aus dem von *Willi Stoph* geleiteten Ministerrat übernommen, darunter *Oskar Fischer*, Minister für Auswärtige Angelegenheiten) (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.8).

Beauftragung des Geschäftsordnungsausschusses zur Überarbeitung der Geschäftsordnung der Volkskammer

Bildung einer Kommission zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Bildung eines Zeitweiligen Ausschusses zur Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes der DDR

Bericht des Generalstaatsanwaltes der DDR über die bisherigen Ergebnisse der Überprüfung der Übergriffe der Sicherheitsorgane anlässlich der Demonstrationen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik

Bestätigung durch Generalstaatsanwalt *Günter Wendland*, daß bei den nicht angemeldeten Demonstrationen insbesondere in Berlin und Dresden am 4./5. und 7./8. Oktober 1989 3456 Personen den Schutz- und Sicherheitsorganen zugeführt und während des Gewahrsams zum Teil mißhandelt und schwer verletzt wurden. 76 Ermittlungsverfahren wegen solcher Übergriffe sind eingeleitet.

Samstag/Sonntag, 18./19. November 1989

Am zweiten Wochenende seit Öffnung der innerdeutschen Grenzen besuchen schätzungsweise drei Millionen DDR-Bürger die Bundesrepublik und West-Berlin.

Montag, 20. November 1989

Demonstrationen in Leipzig (250 000 Teilnehmer), Halle, Dresden, Cottbus, Schwerin, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Brandenburg u. a. gegen den Führungsanspruch der SED, für „rasche gesellschaftliche Veränderungen in der DDR“ und „für eine Bestrafung der Schuldigen an der Krise in der DDR“.

Rudolf Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, in Ost-Berlin (vgl. Abschnitt 7.4)

Das DDR-Innenministerium teilt mit, daß seit dem 9. November rund 10,3 Millionen Visa für Westreisen und 17 738 Genehmigungen zur ständigen Ausreise aus der DDR erteilt worden seien.

Dienstag, 21. November 1989

Die evangelischen Bischöfe *Gottfried Forck* (Berlin) und *Werner Leich* (Eisenach) begrüßen – ähnlich wie der Vorsitzende der Bischofskonferenz der katholischen Kirche, Bischof *Georg Sterzinsky* – Gespräche am „Runden Tisch“, wie sie zuletzt von der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt vorgeschlagen wurden.

Mittwoch, 22. November 1989

Ungeachtet der schon seit Wochen getroffenen Vorbereitungen durch die Bürgerbewegungen schlägt das Politbüro des ZK der SED als scheinbar eigene Anregung die Einrichtung eines „Runden Tisches“ vor, an dem die in der Koalitionsregierung vereinten Parteien „gemeinsam mit anderen politischen Kräften des Landes“ u. a. das Wahlgesetz und eine Verfassungsreform erörtern könnten.

Donnerstag, 23. November 1989

Der Ministerrat der DDR beschließt Maßnahmen gegen „negative Auswirkungen des Reiseverkehrs“ (u. a. Verkauf subventionierter Waren nur noch an DDR-Bürger gegen Vorlage des Personalausweises, verstärkte Zollkontrollen) sowie neue Reise Regelungen.

In einem vom „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Interview spricht sich der SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende der DDR, *Egon Krenz*, dafür aus, die Führungsrolle der SED aus Artikel 1 der Verfassung der DDR zu streichen.

noch: Donnerstag, 23. November 1989

Die Zentrale Parteikontrollkommission der SED schließt *Günter Mittag*, der seit seiner Absetzung als Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär für Wirtschaft wiederholt öffentlich für die katastrophale ökonomische Lage der DDR verantwortlich gemacht wurde, aus der Partei aus; außerdem wird u. a. gegen *Erich Honecker* ein Parteiverfahren eingeleitet.

Der Parteivorstand der CDU der DDR tritt in einer Stellungnahme für eine Konföderation beider deutscher Staaten ein, in der sich die „Einheit der Nation“ widerspiegeln soll.

Die für die Mitglieder des Politbüros reservierte Wohnsiedlung Wandlitz wird zur Besichtigung durch die Medien freigegeben.

Freitag, 24. November 1989

In Ost-Berlin wird die Grüne Partei in der DDR gegründet.

Samstag, 25. November 1989

In Plauen findet eine Demonstration für die „Wiedervereinigung Deutschlands“ statt.

Sonntag, 26. November 1989

In Ost-Berlin konstituiert sich als weitere ökologische Partei die Grüne Liga.

Montag, 27. November 1989

An der Montagsdemonstration in Leipzig für „demokratische Erneuerung und Fortsetzung des Reformprozesses“ nehmen rund 200 000 Menschen teil; auf Transparenten und in Sprechchören wird auch die Wiedervereinigung gefordert („Deutschland – einig Vaterland“).

Hinweis

Der jeweilige Stand des Einigungsprozesses, die von der Bundesregierung eingenommene Position und – in der anschließenden Aussprache – die Stellungnahmen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen lassen sich den Regierungserklärungen in den Jahren 1989 und 1990 entnehmen. Daten und Themenlisten sind in Abschnitt 6.11 zusammengestellt.

Dienstag, 28. November 1989

Bundeskanzler *Helmut Kohl* legt während der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan mit dem Ziel der Schaffung einer bundesstaatlichen Ordnung für ganz Deutschland vor (vgl. Abschnitt 7.4). DDR-Regierungssprecher *Wolfgang Meyer* stellt dazu fest:

„Solche Erklärungen gehen nicht nur an den Realitäten vorbei, sondern können sehr leicht zu Irritationen führen, da sie sowohl die im Grundlagenvertrag als auch in der Schlußakte von Helsinki festgeschriebene Souveränität und Unabhängigkeit der beiden deutschen Staaten außer acht lassen.“

Der Vorsitzende der CDU der DDR, *Lothar de Maizière*, bezeichnet *Kohls* Zehn-Punkte-Programm als interessantes Konzept, das auch wesentliche Elemente eigener Vorstellungen enthalte.

Auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin verliert *Stefan Heym* den Aufruf „Für unser Land – zur Bewahrung der Eigenständigkeit der DDR“, der von namhaften Schriftstellern, Künstlern, Wissenschaftlern sowie Vertretern der Kirche und oppositioneller Gruppen initiiert worden ist. Die Endredaktion des Appells besorgte *Christa Wolf*.

In Ost-Berlin findet – auf kurzfristige Einladung der SED – eine (die letzte!) Sitzung des „Demokratischen Blocks“ statt, d. h. ein Treffen der „Blockparteien“ CDU, LDPD, NDPD und DBD sowie der gesellschaftlichen Organisationen.

Lothar de Maizière als turnusmäßiger Vorsitzender erklärt einleitend, zukünftige Plattform des Dialogs der bestehenden Parteien und der neuen politischen Gruppen, Parteien und Bürgervereinigungen werde wohl der Runde Tisch sein, weshalb es „die redlichste Lösung“ sei, „diese Sitzung als unsere letzte zu betrachten und von ihr an den Runden Tisch zu gehen“.

Mittwoch, 29. November 1989

Der SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzende *Egon Krenz* sowie Ministerpräsident *Hans Modrow* schließen sich dem am Vortag veröffentlichten Aufruf „Für unser Land“ an.

Hinweis

Die **rechte Spalte** der vorliegenden Chronik ist für die Eintragung von **Ereignissen innerhalb der Volkskammer** vorgesehen; in der **linken Spalte** sind **Ereignisse außerhalb der Volkskammer** notiert.

Donnerstag, 30. November 1989

Datierung der vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen verschickten „offiziellen Einladung zum Rundtischgespräch am 7. Dezember 1989“ im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Ost-Berlin; die SED und die Blockparteien kannten die Einladung schon bei ihrem Treffen am 28. November.

Freitag, 1. Dezember 1989

13. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Mandatsveränderungen

Gesetz zur Änderung der Verfassung der DDR

Entsprechend dem Antrag aller Fraktionen wird ohne Gegenstimmen bei fünf Stimmenthaltungen beschlossen, aus Artikel 1 Abs. 1 den Halbsatz „unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ zu streichen, so daß der neue Absatz 1 nur noch lautet: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.“ Ablehnung eines CDU-Antrags mit großer Mehrheit, auch die Worte „der Arbeiter und Bauern“ zu streichen.

Gesetz über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in das Ausland (Reisegesetz) (1. Lesung)

In der Begründung Hinweis auf Unterschied zum abgelehnten Entwurf vom 6. November: Recht auf jederzeitige Auslandsreise als Grundrecht; keine Beantragung eines zusätzlichen Ausreisevisums erforderlich; Frage der Devisen für Auslandsreisen noch offen.

Anfragen an die Regierung der DDR zu aktuellen Problemen

Themen u. a.: Übergriffe der Polizei gegen die Demonstranten am 7. und 8. Oktober; Rehabilitierung von Opfern politischer Prozesse; Orientierungslosigkeit im Staatsbürgerunterricht; Hindernisse in der internationalen Wirtschaftskooperation; geplante Preisänderungen bei landwirtschaftlichen Produkten nach 1990; Ausländerhaß; Versorgungslage zum Weihnachtsfest; Arbeitskräftemangel; Subventionsabbau.

Zwischenbericht über die Tätigkeit des Zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer zur Überprüfung von Fällen des Amtsmißbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht

Bericht des Vorsitzenden *Heinrich Toeplitz* (CDU) über die sich abzeichnenden Schwerpunkte: Häuser für Söhne früherer Politbüromitglieder, Land- und Jagdhäuser, Sonderjagdgebiete, Tätigkeit der ZK-

noch: Freitag, 1. Dezember 1989

Kommission „Kommerzielle Koordinierung“, persönliche Privilegien für die Bewohner der Wohnsiedlung Wandlitz. – Die SED-Fraktion erklärt, „die Fälle von Amtsmißbrauch und persönlicher Bereicherung ehemaliger Mitglieder der Führung der SED und des Staates ... erfüllen uns mit tiefer Empörung“. Andere Abgeordnete äußern Erschütterung und Entsetzen. – Ausführliche Erklärung des Staatsratsvorsitzenden *Egon Krenz* zu seiner persönlichen Verantwortung. – Einstimmige Annahme eines Antrages zur Befugnisweiterung des Ausschusses.

Erklärung der Volkskammer der DDR an die Föderative Versammlung und die Völker der ČSSR

Bei sechs Stimmenthaltungen Annahme der Erklärung, in der das aufrichtige Bedauern an der Beteiligung der DDR an den Militäraktionen der Warschauer Paktstaaten im August 1968 ausgedrückt wird.

Antrag eines Abgeordneten der LDPD, daß sich die Volkskammer von ihrer im Sommer verabschiedeten China-Resolution distanzieren sollte

Beauftragung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, die damalige Situation nochmals zu untersuchen und die Ergebnisse auf der nächsten Tagung vorzutragen.

Samstag, 2. Dezember 1989

Einen Tag vor der für Sonntag einberufenen außerordentlichen ZK-Tagung der SED fordern Tausende von Parteimitgliedern auf einer Kundgebung vor dem ZK-Gebäude in Ost-Berlin den sofortigen Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee und die Umgestaltung und Erneuerung der Partei durch die Basis. *Egon Krenz* wird von der Menge ausgepfiffen.

Sonntag, 3. Dezember 1989

12. (außerordentliche – zugleich letzte) Tagung des Zentralkomitees der SED

Unter dem Druck der Basis – hervorgerufen durch die Enthüllungen über Amtsmißbrauch, Korruption und Bereicherung – geschlossener Rücktritt des gesamten ZK und des Politbüros mit Generalsekretär *Egon Krenz* an der Spitze, um „einer weiteren Gefährdung der Existenz der Partei entgegenzuwirken“; Parteiausschluß von *Erich Honecker* und elf weiteren Mitgliedern der früheren Partei- und Staatsführung (u. a. *Erich Mielke*, *Horst Sindermann*, *Willi Stoph* und *Harry Tisch*); Übernahme der Parteileitung und der Vorbereitung des – für den 15. Dezember einberufenen – außerordentlichen Parteitages der SED durch einen 25köpfigen „Arbeitsausschuß“ unter Leitung von *Herbert Kroker* (1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt).

noch: Sonntag, 3. Dezember 1989

Unter Vorsitz von *Gregor Gysi* nimmt eine Kommission der SED zur Untersuchung von Verstößen gegen das Parteistatut und gegen die Gesetzlichkeit durch Parteifunktionäre ihre Arbeit auf.

Verhaftung u. a. von *Günter Mittag*, dem ehemaligen Wirtschaftssekretär des ZK der SED, und von *Harry Tisch*, dem früheren FDGB-Vorsitzenden, wegen Korruptionsverdachts; Fahndung nach *Alexander Schalck-Golodkowski*, dem bisherigen Staatssekretär für den Bereich Kommerzielle Koordination, der noch bis zum Vortag in der Bundesrepublik Wirtschaftsverhandlungen geführt hatte.

Unzählige DDR-Bürger beteiligen sich an einer Menschenkette quer durch das Land, wozu Aktion Sühnezeichen, Neues Forum und andere Oppositionsgruppen aufgerufen hatten, um ihre Entschlossenheit zu demokratischer Erneuerung zu bekunden.

In Ost-Berlin wird der Unabhängige Frauenverband (UFV) gegründet.

In mehreren Strafanstalten der DDR brechen Häftlingsrevolten mit der Forderung einer Generalamnestie aus.

Montag, 4. Dezember 1989

In Leipzig und vielen anderen Städten der DDR protestieren Hunderttausende gegen Amtsmissbrauch und Korruption. Auf den Demonstrationen ertönt immer stärker auch der Ruf nach einer raschen Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Nach der Kundgebung in Leipzig besetzen Demonstranten das Gebäude des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit.

Die CDU der DDR erklärt als erste der Blockparteien die Mitarbeit im Zentralen Demokratischen Block für beendet. Das Präsidium des Hauptvorstandes erwartet den Rücktritt von *Egon Krenz* als Vorsitzender des Staatsrats und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

Dienstag, 5. Dezember 1989

Der Vorsitzende des DDR-Ministerrats *Hans Modrow* trifft in Ost-Berlin mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister *Rudolf Seiters*, zusammen (vgl. Abschnitt 7.4).

Nach der CDU der DDR verlassen auch LDPD und DBD den Demokratischen Block.

Ehemalige Mitglieder des SED-Politbüros, darunter *Erich Honecker* und *Erich Mielke*, werden in ihren Wohnungen in der Waldsiedlung Wandlitz unter Hausarrest gestellt.

Rücktritt von DDR-Generalstaatsanwalt *Günter Wendland* im Zusammenhang mit dem Vorwurf, die Ermittlungen bei den zutage getretenen Fällen von Korruption und Amtsmißbrauch verzögert zu haben.

Mittwoch, 6. Dezember 1989

Sitzung des Staatsrates der DDR in Ost-Berlin

Nach nur 44tägiger Amtszeit Rücktritt von *Egon Krenz* als Vorsitzender des Staatsrates und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates „im Interesse der Stabilität der DDR und der notwendigen revolutionären Erneuerung unseres Landes“; Beauftragung des langjährigen LDPD-Vorsitzenden *Manfred Gerlach* mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Amtierenden Staatsratsvorsitzenden; faktische Auflösung des Nationalen Verteidigungsrates durch Abberufung aller seiner Mitglieder von dieser Funktion; Beschluß einer Amnestie, die sich auf rund 15 000 Personen bezieht.

Der ursprünglich zum 15. Dezember nach Ost-Berlin einberufene außerordentliche Parteitag der SED wird durch den am 3. Dezember eingesetzten Arbeitsausschuß auf den 8. Dezember vorverlegt.

Der flüchtige ehemalige DDR-Staatssekretär *Alexander Schalck-Golodkowski* stellt sich in West-Berlin den Justizbehörden und wird in Untersuchungshaft genommen.

Hinweis

Der jeweilige Stand des Einigungsprozesses, die von der Bundesregierung eingenommene Position und – in der anschließenden Aussprache – die Stellungnahmen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen lassen sich den Regierungserklärungen in den Jahren 1989 und 1990 entnehmen. Daten und Themenlisten sind in Abschnitt 6.11 zusammengestellt.

Donnerstag, 7. Dezember 1989

1. Sitzung des zentralen Runden Tisches in Ost-Berlin (Tagungsstätte zunächst bis Anfang Januar 1990 das Dietrich-Bonhoeffer-Haus), an dem erstmals Vertreter der Oppositionsgruppen mit Vertretern der ehemaligen Blockparteien und der SED – unter Moderation von Vertretern der beiden Kirchen der DDR – zusammentreffen.

Zusammensetzung zu Beginn: Je 15 Vertreter der aus dem Widerstand gegen das SED-Regime entstandenen Gruppen (Demokratischer Aufbruch [2], Demokratie Jetzt [2], Grüne Partei [2], Initiative Frieden und Menschenrechte [2], Neues Forum [3], Sozialdemokratische Partei [2], Vereinigte Linke [2]) sowie je 15 Vertreter der „alten Kräfte“ (SED [3], CDU [3], DBD [3], LDPD [3], NDPD [3])

Sitzungsergebnisse und Entschlüsse nach überwiegend kontroverser Debatte u. a.:

Formulierung des Selbstverständnisses: „Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus tiefer Sorge um unser in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung ... Obwohl der Runder Tisch keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben kann, will er sich mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden ... Er versteht sich als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in unserem Land. Geplant ist, seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen.“

Erweiterung der Zusammensetzung: FDGB und Unabhängiger Frauenverband (UFV) mit je 2 Vertretern

Definition der wichtigsten Ziele:

- Erarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung (Bestätigung nach Neuwahl zur Volkskammer in einem Volksentscheid)
- Unverzögliche Erarbeitung der für die Durchführung von Neuwahlen erforderlichen Verfassungsänderungen
- Sofortmaßnahmen zur Herstellung von Rechtsstaatlichkeit

Forderungen vor allem an die Regierung:

- „Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in unserem Lande“
- Auflösung des – am 17. November aus dem Ministerium für Staatssicherheit hervorgegangenen – Amtes für Nationale Sicherheit unter ziviler Kontrolle, um Vernichtung von Dokumenten auszuschließen
- rechtzeitige Informierung der Teilnehmer am Runden Tisch über bevorstehende wichtige Entscheidungen und Einbeziehung in die Entscheidungsfindung

Festlegung des Termins für die Wahl zur Volkskammer: 6. Mai 1990

Einrichtung von Arbeitsgruppen: „Wahlgesetz“, „Parteien- und Vereinigungsgesetz“, „Wirtschaft“ und „Neue Verfassung“

noch: Donnerstag, 7. Dezember 1989

Sitzung des Ministerrats der DDR:

Erörterung der zugespitzten Lage nach der Aufdeckung von Amtsmissbrauch und Korruption ehemaliger führender Funktionäre der SED und des Staates; Appell an die Bevölkerung, Besonnenheit zu wahren und Probleme gewaltlos und im Dialog zu lösen.

Als letzte der ehemaligen Blockparteien beendet die NDPD ihre Mitarbeit im Demokratischen Block.

Freitag, 8. Dezember 1989

DDR-Generalstaatsanwaltschaft leitet Ermittlungen gegen *Erich Honecker*, *Erich Mielke*, *Willi Stoph*, *Hermann Axen* und andere ehemalige Spitzenpolitiker wegen des Vorwurfs von Amtsmissbrauch und Korruption ein. Sie werden – mit Ausnahme von *Honecker* und *Axen* – festgenommen.

Freitag/Samstag, 8./9. Dezember 1989

Freitagabend Beginn der 1. Tagung des vorgezogenen außerordentlichen Parteitages der SED in Ost-Berlin

Beschlüsse u. a.:

Wahl von *Gregor Gysi* zum Parteivorsitzenden mit 95,3% der abgegebenen Delegiertenstimmen

Leitung der Partei künftig durch ein Präsidium und einen Vorstand anstelle des Zentralkomitees und des Politbüros

Ablehnung einer Auflösung der Partei, jedoch Umbenennung vorgesehen

Entschuldigung der SED beim Volk der DDR, „daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat“

Plädoyer für eine Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik, aber Ablehnung einer Wiedervereinigung; Entscheidung für einen dritten Weg zwischen „stalinistischem Pseudosozialismus und der Herrschaft des Profits“

Nach rund 17stündiger Verhandlung Vertagung des Parteitages auf den 16./17. Dezember 1989

Samstag, 9. Dezember 1989

Das „Kollektiv des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera und die Kreisämter“ verschickt per Fernschreiben an leitende Politiker der DDR und an die Presse einen „Aufruf zum Handeln“ zur Erhaltung der sozialistischen DDR mit der Warnung an den Staat, sich nicht die Machtinstrumente aus der Hand nehmen zu lassen.

Sonntag, 10. Dezember 1989

Auf einer Tagung des NDPD-Hauptausschusses wird der ehemalige Parteivorsitzende *Heinrich Homann* wegen Schädigung des Ansehens der Partei durch Amtsmissbrauch aus der Partei ausgeschlossen.

In zahlreichen Städten der DDR Demonstrationen für eine Verwirklichung der Menschenrechte.

Montag, 11. Dezember 1989

An der zehnten Montagsdemonstration in Leipzig nach dem 7. Oktober beteiligen sich rund 100 000 Menschen; hier und bei zahlreichen anderen Demonstrationen in der DDR kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern einer Wiedervereinigung.

Mittwoch, 13. Dezember 1989

Beim ersten offiziellen Treffen von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei (SDP) und der SPD in Ost-Berlin vereinbaren der SDP-Geschäftsführer *Ibrahim Böhme* und der SPD-Vorsitzende *Hans-Jochen Vogel* die Bildung eines Kontaktausschusses beider Parteien.

Donnerstag, 14. Dezember 1989

Die DDR-Regierung beschließt die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und gleichzeitig die Bildung eines Nachrichtendienstes und eines Verfassungsschutzes.

Die Oppositionsbewegung Demokratie Jetzt legt einen Drei-Stufen-Plan zur deutschen Einheit vor:

Erste Stufe: Nationalversammlung beider Staaten

Zweite Stufe: Staatenbund und duale deutsche Staatsbürgerschaft

Dritte Stufe: Politische Einheit in einem Bund deutscher Länder

Mehr als 10 000 Menschen demonstrieren in Erfurt „für Demokratie und eine mündige DDR“.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

Freitag/Samstag, 15./16. Dezember 1989

Sonderparteitag der CDU der DDR in Ost-Berlin unter dem Leitgedanken „Erneuerung und Zukunft“

Beschlüsse u. a.:

Wahl von *Lothar de Maizière* zum Vorsitzenden (seit 10. November bereits kommissarischer Vorsitzender)

Verabschiedung einer neuen Satzung, in der sich die Partei zur „Einheit der Nation“ und zur „Marktwirtschaft mit sozialer Bindung in ökologischer Verantwortung“ bekennt, gleichzeitig Distanzierung von jeder Art „Sozialismus“

Samstag/Sonntag, 16./17. Dezember 1989

2. Tagung des am 9. Dezember abgebrochenen außerordentlichen Parteitages der SED in Ost-Berlin

Tagesordnung, Beschlüsse u. a.:

Fortsetzung der Debatte über die Ursachen der Krise in der Partei und Diskussion über ihre Neugestaltung (u. a. Grundsatzrede des Parteivorsitzenden *Gregor Gysi*, in der er sich für die Sicherung der Eigenstaatlichkeit der DDR einsetzt)

Verabschiedung eines neuen (vorläufigen) Parteistatuts
Namensänderung der Partei in: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED – PDS)

Konstituierung der Oppositionsgruppe Demokratischer Aufbruch als Partei auf dem Gründungsparteitag in Leipzig mit Beteiligung führender Politiker aus der Bundesrepublik (darunter Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* und Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher*)

Tagesordnung, Beschlüsse u. a.:

Wahl von *Wolfgang Schnur* zum Vorsitzenden

Plädoyer für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft sowie für eine Vereinigung Deutschlands auf längere Sicht im Rahmen einer europäischen Friedensordnung

Verabschiedung eines Parteiprogramms (vollständiger Parteiname: „Demokratischer Aufbruch – sozial und ökologisch“) nach teilweise kontroversen Diskussionen zwischen einem stärker ökologisch und einem mehr liberal-wirtschaftlich orientierten Flügel

Sonntag, 17. Dezember 1989

In Ost-Berlin konstituiert sich im Auftrage der DDR-Regierung der Kontrollausschuß zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit.

Montag, 18. Dezember 1989

2. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Sitzungsergebnisse und Entschließungen nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppierungen u. a.:

Erweiterung der Zusammensetzung: Grüne Liga und Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB).

Schaffung der Grundlagen für eine konstante Arbeitsstruktur; Festlegung des Sitzungsturnus (im Prinzip wöchentlich); Einrichtung einer „Prioritätengruppe“ (dem Ältestenrat vergleichbar); Bildung weiterer Arbeitsgruppen (insgesamt elf).

Angesichts des bevorstehenden Treffens von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Ministerpräsident *Hans Modrow* in Dresden Forderung, daß die Souveränität beider Staaten gewahrt werden müsse und der visafreie Reiseverkehr nicht zu einem „Ausverkauf der DDR“ führen dürfe.

Erklärung an die Rumänische Partei- und Staatsführung, „nicht länger mit brutaler Gewalt gegen das eigene Volk zu regieren und einer demokratischen Entwicklung im Wege zu stehen“; Übergabe dieser Erklärung auch an die Regierung der DDR mit der Bitte, daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Bildung einer zeitweiligen Untersuchungsabteilung für die Prüfung von Amtsmißbrauch und Korruption beim Ministerrat der DDR.

Weit über 150 000 Bürger gedenken während der traditionellen Montagsdemonstration in Leipzig schweigend der Opfer des Stalinismus.

Dienstag, 19. Dezember 1989

Beginn eines zweitägigen Besuches von Bundeskanzler *Helmut Kohl* in Dresden, wo er zum erstenmal mit Ministerpräsident *Hans Modrow* zusammentrifft (u. a. Vereinbarung von Verhandlungen über eine Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden Staaten; Bekanntgabe, daß Bürger der Bundesrepublik bereits ab dem 24. Dezember ohne Visum und Zwangsumtausch in die DDR reisen können; weitere Einzelheiten siehe unter Abschnitt 7.4).

Der Zentralvorstand der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) verabschiedet ein Grundsatzdokument, in dem sich die Partei zu „einer sozialgerechten Marktwirtschaft und zur deutschen Einheit“ bekennt.

noch: Dienstag, 19. Dezember 1989

Rund 50 000 Ost-Berliner demonstrieren für „eine souveräne DDR, gegen Wiedervereinigung und Ausverkauf des Landes“. Ähnliche Demonstrationen finden in Rostock und Cottbus statt.

Mittwoch, 20. Dezember 1989

Sitzung des Präsidiums der DDR-Volkskammer

Verabschiedung einer Erklärung, in der „die gewaltsamen Vorgänge gegen friedliche Demonstranten“ in Rumänien verurteilt werden.

Beschluß, dem Runden Tisch das Angebot zu unterbreiten, in die Diskussion grundlegender Gesetzesentwürfe in den Ausschüssen jeweils einen Vertreter der neuen Parteien und Bürgerbewegungen einzubeziehen.

Anhörung der im Oktober zurückgetretenen Ministerin für Volksbildung, *Margot Honecker*, vor dem Untersuchungsausschuß der Volkskammer wegen Amtsmißbrauch und Korruption.

Donnerstag, 21. Dezember 1989

Sitzung des Ministerrats der DDR

Erlaß der von Ministerpräsident *Hans Modrow* angekündigten neuen Reiseverordnung zum visafreien Verkehr in und durch die DDR für Bürger der Bundesrepublik und aus West-Berlin ab dem 24. Dezember

Beschluß zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches

Erklärung, wonach der Ministerrat „entschieden das brutale Vorgehen der rumänischen Staatsmacht gegen friedliche, für die Durchsetzung elementarer Menschenrechte eintretende demonstrierende Bürger (verurteilt)“

Freitag, 22. Dezember 1989

Unter dem Jubel von mehr als 100 000 Menschen – in Anwesenheit u. a. von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Ministerpräsident *Hans Modrow* – werden 28 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer zwei Fußgängerüberwege links und rechts vom Brandenburger Tor eröffnet. *Modrow* nennt die Öffnung ein Zeichen der sich erneuernden DDR.

3. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Erörterung von Wirtschafts- und Finanzfragen in Anwesenheit der stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden für Wirtschaft, *Christa Luft*

Weihnachten 1989

Nach Aufhebung der Visumpflicht bei Reisen in die DDR besuchen mehr als eine Million Bundesbürger während der Weihnachtsfeiertage die DDR. Auch der Besucherstrom aus der DDR in den Westen hält an.

Mittwoch, 27. Dezember 1989

4. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin (inzwischen im Konferenzraum der Residenz Schloß Niederschönhausen)

Tagesordnung u. a.:

Verabschiedung einer „Erklärung zu neofaschistischen Tendenzen in der DDR“

Protest wegen mangelnder Informierung des Runden Tisches durch die Regierung *Modrow*; Forderung, daß künftig ein kompetenter Mitarbeiter der Regierung an den Sitzungen teilnimmt

Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Sicherheit“ und Auskunftsbegehren an die Regierung über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit sowie über die vorgesehene Bildung eines Nachrichtendienstes und eines Verfassungsschutzes; Kritik an der Gewährung von dreijährigen Übergangsgehältern für entlassene Stasi-Mitarbeiter

Ablehnung einer vom Neuen Forum und von den Vereinigten Linken erhobenen Forderung nach einem Vetorecht des Runden Tisches gegenüber Beschlüssen der Regierung

Donnerstag, 28. Dezember 1989

Am Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten im Ost-Berliner Stadtbezirk Treptow werden „antisowjetische und nationalistische Schmierereien“ entdeckt. Die DDR-Regierung verurteilt die „Sudeleien“ auf das schärfste.

Einladung von Volkskammerpräsident *Günther Maleuda* an die Teilnehmer des Runden Tisches zur Mitarbeit in der Volkskammer.

Freitag, 29. Dezember 1989

Die Vorsitzenden von Staatsrat, Ministerrat und Volkskammer, *Manfred Gerlach*, *Hans Modrow* und *Günther Maleuda*, wenden sich in einer gemeinsamen Neujahrsbotschaft an die Bevölkerung der DDR:

„Das zu Ende gehende Jahr 1989 wird als das Jahr der friedlichen Revolution in die Geschichte unseres Landes eingehen. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR verwirklichen ihren Traum von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Volkskammer, Regierung und Staatsrat sind ihrem Willen verpflichtet. Das Volk braucht keine Belehrungen, keine politischen Missionare, keine selbstgerechten Moralapostel. Das Volk handelt als Souverän ...“

noch: Freitag, 29. Dezember 1989

Das Jahr 1990 steht im Zeichen der Wahlen. Sie werden eine neue politische Landschaft hervorbringen. Bis dahin sind und bleiben Volkskammer, Koalitionsregierung, Staatsrat und nicht zuletzt der Runde Tisch dem Bürgerwohl verpflichtet ...

Die Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik Deutschland, die im Jahre 1990 Konturen gewinnen soll, kann nur dann nützlich für Europa und nützlich für uns sein, wenn die Regierung der DDR als verlässlicher Partner zu handeln vermag. Stabilität und Regierbarkeit der DDR sind eine deutsche Notwendigkeit und ein europäisches Anliegen ...“

Neujahrsnacht 1989/1990

Hunderttausende Berliner aus beiden Teilen der Stadt feiern Silvester am Brandenburger Tor. Beim Einsturz einer Video-Wand des DDR-Fernsehens werden 135 Personen verletzt. Die Quadriga auf dem Brandenburger Tor wird von jugendlichen Kletterern stark beschädigt.

Montag, 1. Januar 1990

Der Vorsitzende der SED-PDS, *Gregor Gysi*, spricht sich zum Jahreswechsel entschieden für die Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit der DDR aus. Die deutsche Frage müsse im europäischen Rahmen gelöst werden.

Der Vorsitzende der CDU der DDR, *Lothar de Maizière*, bezeichnet das „Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten“ als eine „politische Aufgabe mit höchster Priorität“ für seine Partei.

Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) veröffentlicht ihr Programm für die Wahl am 6. Mai. Darin bezeichnet sie sich als „eine Partei der Mitte“ und spricht sich für die Einheit der deutschen Nation durch Konföderation aus.

Dienstag, 2. Januar 1990

DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* berät mit Vertretern der am Runden Tisch teilnehmenden Parteien und Gruppierungen Fragen der Zusammenarbeit.

Hinweis

Zu Einzelheiten der Fraktionen der Volkskammer siehe Abschnitt 28.6.

Mittwoch, 3. Januar 1990

5. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Informierung über die wirtschaftliche Lage der DDR und die vorgesehene Wirtschaftsreform durch die stellvertretende Ministerratsvorsitzende für Wirtschaft, *Christa Luft*

Protest aller neun Oppositionsgruppen gegen die von der Regierung beabsichtigte Einrichtung eines Verfassungsschutzes und eines Nachrichtendienstes noch vor der Wahl am 6. Mai; Ultimatum an den Vorsitzenden des Ministerrats, *Hans Modrow*: Wenn die DDR-Regierung nicht bis zum 8. Januar einen Nachweis über die Entwaffnung der ehemaligen Staatssicherheitskräfte erbringt, will die Opposition den Runden Tisch verlassen.

Vor dem sowjetischen Ehrenmal im Ost-Berliner Stadtbezirk Treptow demonstrieren über 250 000 Menschen gegen Neofaschismus und Antisowjetismus. Zu der Kundgebung hatte u. a. die SED-PDS aufgerufen, nachdem in mehreren Städten der DDR Gedenkstätten mit antisowjetischen und nationalistischen Parolen beschmiert worden waren.

Sechs oppositionelle Parteien und politische Bewegungen – Sozialdemokratische Partei, Demokratischer Aufbruch, Neues Forum, Demokratie Jetzt, Vereinigte Linke sowie Initiative Frieden und Menschenrechte – schließen sich zu einem „Wahlbündnis 90“ in der Absicht zusammen, zur Volkskammerwahl am 6. Mai gemeinsam anzutreten, „um die bisher regierenden politischen Kräfte abzulösen“. Dieses Wahlbündnis hat jedoch keinen Bestand; es wird durch andere Wahlbündnisse und durch die selbständige Kandidatur der Sozialdemokratischen Partei ersetzt.

Mehrere Mitglieder des Demokratischen Aufbruchs, darunter der Mitbegründer Pfarrer *Friedrich Schorlemmer*, verlassen die Partei wegen ihrer konservativen Entwicklung und schließen sich der Sozialdemokratischen Partei an.

Hinweis

Die **rechte Spalte** der vorliegenden Chronik ist für die Eintragung von **Ereignissen innerhalb der Volkskammer** vorgesehen; in der **linken Spalte** sind **Ereignisse außerhalb der Volkskammer** notiert.

Donnerstag, 4. Januar 1990

Kurt Hager, ehemaliges Politbüromitglied und „Chefideologe“ der SED, gesteht vor dem Untersuchungsausschuß der Volkskammer zur Überprüfung von Amtsmißbrauch und Korruption „große Schuld“ ein. Er übernehme die Verantwortung für alles, was mißlungen sei. Als größten Fehler der Parteiführung nach 1985 nennt *Hager* die „Überheblichkeit gegenüber der Sowjetunion“. Es sei versäumt worden zu prüfen, was in der DDR in der politischen Struktur zu ändern sei im Hinblick „auf einen evolutionären Wandel zu mehr Mitwirkung der Bürger“.

Freitag, 5. Januar 1990

Auf einer Tagung des Parteivorstandes der SED-PDS in Ost-Berlin erklärt der Vorsitzende *Gregor Gysi* zur „Wahlaussage zur deutschen Frage“: „Wir wollen eine souveräne DDR und streben eine deutsch-deutsche Gemeinschaft im Rahmen einer gesamteuropäischen Konföderation an.“

Sonntag, 7. Januar 1990

Das Neue Forum beschließt auf einer zweitägigen Delegiertenkonferenz in Leipzig, sich nicht in eine Partei umzuwandeln, sondern als dezentrale Bürgerbewegung weiterzuarbeiten.

Die Vereinigte Linke zieht ihre Unterschrift unter das letzten Mittwoch geschlossene Wahlbündnis von sechs Oppositionsgruppen zurück.

Montag, 8. Januar 1990

6. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin (erstmalig vom DDR-Fernsehen direkt übertragen)

Tagesordnung u. a.:

Bericht des Regierungsbeauftragten für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, *Peter Koch*, über den Stand; da weder er noch der anwesende Staatssekretär beim Ministerrat *Walter Halbrüter* weitergehende Fragen zufriedenstellend beantworten können (oder wollen), sprechen ihnen die oppositionellen Parteien und Gruppen des Runden Tisches das Mißtrauen aus; in einem auf zwei Stunden befristeten Ultimatum Aufforderung an Ministerpräsident *Hans Modrow*, dem Runden Tisch einen Bericht über die innere Sicherheit zu geben (bleibt wirkungslos, weil *Modrow* unterwegs ist nach Sofia zur Sitzung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe); Vertagung auf den 15. Januar.

noch: Montag, 8. Januar 1990

An der ersten Montagsdemonstration im neuen Jahr nehmen in Leipzig rund 100 000 Menschen teil; mit einem Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen ohne DDR-Emblem und mit Transparenten und Sprechchören „Deutschland, einig Vaterland“ bekundet die Mehrheit der Demonstranten ihren Willen zur Vereinigung; weitere Sprechchöre richten sich gegen die SED-PDS („Gysi weg“, „Modrow weg“, „Nieder mit der SED“). Ähnliche Demonstrationen finden in Halle, Schwerin, Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg, Cottbus und Frankfurt/Oder statt.

Donnerstag, 11. Januar 1990

Während der 14. Tagung der Volkammer kommt es wiederholt zu Demonstrationen vor dem Palast der Republik. Mehrere hundert Ost-Berliner Bauarbeiter ziehen zur Volkammer und überreichen eine „Protestresolution“, nachdem sie zuvor mit einem einstündigen Warnstreik die sofortige Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und die Abschaffung des Überbrückungsgeldes für ehemalige Stasi-Mitarbeiter gefordert hatten. In den Abendstunden bilden Demonstranten rings um den Palast der Republik eine Menschenkette und rufen „Stasi raus“ und „SED muß weg“. Vor der Volkammer wird die Staatsfahne heruntergeholt und das DDR-Emblem herausgerissen. Volkammer-Abgeordneten wird zugerufen: „Wer hat euch gewählt?“ und „Raus aus unserem Haus“.

Warnstreiks und Demonstrationen werden auch aus Weimar, Gera und Rostock gemeldet.

14. Tagung der Volkammer der DDR (1. Sitzungstag)

Tagesordnung u. a.:

Mandatsveränderungen und Veränderungen im Präsidium der Volkammer der DDR

Mandatsniederlegung von 26 Abgeordneten, darunter *Heinz Keßler*, *Werner Jarowinsky*, *Egon Krenz* und *Günter Schabowski* (alle SED-PDS); Wahl von *Käte Niederkirchner* (SED-PDS) als Stellvertreter des Volkammerpräsidenten anstelle von *Werner Jarowinsky*.

Veränderung im Staatsrat der DDR

Kenntnisnahme des Rücktritts von *Egon Krenz* als Vorsitzender des Staatsrats am 6. Dezember 1989 und des Beschlusses, den Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden, *Manfred Gerlach* (LDPD), mit der Aufgabe des Amtierenden Vorsitzenden zu betrauen.

Regierungserklärung des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, *Hans Modrow*

Erster Rechenschaftsbericht nach achtwöchiger Amtszeit; Rechtfertigung der Überbrückungszahlungen für Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit; angesichts der neonazistischen und ausländischerfeindlichen Vorfälle nach Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit Einrichtung eines unter parlamentarischer Kontrolle stehenden Nachrichtendienstes und eines Verfassungsschutzes erforderlich; Zusage, dem Runden Tisch am 15. Januar einen Bericht zur Sicherheitslage zu geben; Bekenntnis zur konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch; Zurückweisung der Zweifel an der Legitimität der Regierung („... ich kann mich nicht entsinnen, durch einen Staatsstreik Ministerpräsident geworden zu sein!“); Aufforderung an Opposition, Vorschläge zu machen, „in welcher Form sie bereit wäre ..., an der Regierungsarbeit unmittelbar und verantwortlich teilzunehmen“; Kritik an der Einmischung von Politikern aus der BRD; trotz der „außerordentlichen Intensivierung der Beziehun-

noch: Donnerstag, 11. Januar 1990

gen zwischen der DDR und der BRD sowie mit Westberlin“ stehe eine Vereinigung von DDR und BRD „nicht auf der Tagesordnung“; Lösung eingeordnet in die gesamteuropäische Entwicklung.

Veränderungen im Ministerrat der DDR

Abberufung von vier Ministern (u. a. *Wolfgang Schwahnitz*, Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit); Wahl von drei neuen Ministern (u. a. *Kurt Wünsche* zum Justizminister).

Wahl des Generalstaatsanwaltes der DDR

Wahl von *Hans-Jürgen Joseph* als Nachfolger von *Günter Wendland*.

Gesetz über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in das Ausland (Reisegesetz) sowie Gesetz zur Anpassung rechtlicher Regelungen an das Reisegesetz

Zustimmung bei einer Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen (in der Aussprache vergebliche Anregung eines NDPD-Abgeordneten, nicht mehr die „alte Lesart Ausland“ für die Bundesrepublik und Westberlin zu verwenden).

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des Handwerks

Inhalt u. a.: Aufhebung der 1958 getroffenen Festlegung der Beschäftigtenzahl auf 10; Zustimmung bei 2 Gegenstimmen und 12 Stimmenthaltungen.

Gesetz zur Änderung des Luftfahrtgesetzes

Inhalt: Zulassung des Fliegens mit Hängegleitern als Freizeitsport (bisher wegen der Möglichkeit zur Republikflucht verboten); Zustimmung bei einer Stimmenthaltung.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft der DDR (1. Lesung)

Ziel u. a.: Keine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft von Bürgern, „die ohne Genehmigung der zuständigen staatlichen Organe die DDR verlassen und ihren ständigen Wohnsitz im Ausland genommen haben“, sondern künftig nur freiwilliger Verzicht möglich.

Beschluß über die Wahlperiode der Volkskammer der DDR

Beschluß bei 5 Gegenstimmen und 15 Stimmenthaltungen über den Antrag des Präsidiums der Volkskammer (gestützt auf die Auffassung des Runden Tisches), die 9. Wahlperiode am 5. Mai 1990 zu beenden und dem Staatsrat der DDR zu empfehlen, Wahlen zur Volkskammer für den 6. Mai 1990 auszuschreiben.

Hinweis

Zur Zusammensetzung des Ministerrats siehe Abschnitt 28.8

noch: **Donnerstag, 11. Januar 1990**

Bericht der Kommission zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Begründung durch den Vorsitzenden *Manfred Mühlmann* (NDPD), daß die Aufhebung der Widersprüche zwischen geltender, „von stalinistischen Positionen“ bestimmter Verfassung und politisch-gesellschaftlicher Entwicklung nicht mit bloßen Veränderungen, sondern nur mit einer völlig neuen Verfassung aufzuheben sind; Hinweis auf Koordinierungsprobleme mit dem Runden Tisch, der eine eigene Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung gebildet hat.

Bericht des Zeitweiligen Ausschusses zur Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes der DDR

Laut Bericht des Ausschußvorsitzenden *Paul Eberle* (LDPD) Übereinstimmung „über die Notwendigkeit der Beseitigung des bisherigen ungläubwürdigen, völlig deformierten Wahlsystems ... sowie seine unverzügliche radikale Erneuerung auf demokratischer Grundlage“; Hinweis auf Koordinierungsprobleme mit dem Runden Tisch, der eine eigene Arbeitsgruppe Wahlgesetz gebildet hat; in der Aussprache u. a. Hinweis auf die Notwendigkeit, mit dem Runden Tisch einen Konsens über das Wahlrecht zu finden, und zugleich Kritik an einer Bevorzugung des Runden Tisches (Zustellung des Gesetzentwurfs) gegenüber den Abgeordneten der Volkskammer.

Hinweis von Volkskammerpräsident *Günther Maleuda*, daß nach geltendem Recht frei gewordene Abgeordnetenmandate nicht durch Vertreter der neuen Parteien und Bürgerbewegungen nachbesetzt werden können, sondern nur durch das Nachrücken gewählter Abgeordneter; Empfehlung an die oppositionellen Gruppierungen, an der Tagung der Volkskammer als Gäste teilzunehmen.

Hinweis

Im vorliegenden *Datenhandbuch* wird Kapitel 7 „Bundestag und innerdeutsche Entwicklung“ mit folgenden Abschnitten fortgeschrieben:

- 7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.4 Chronik der deutschen Vereinigung
- 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
- 7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik

Freitag, 12. Januar 1990

Mit einem rund einstündigen Warnstreik demonstrieren Ost-Berliner Taxifahrer u. a. für die Auflösung des FDGB und gegen Privilegien für ehemalige Mitarbeiter des Staats- und Sicherheitsapparats. In einem Konvoi, begleitet von einem Hupkonzert, fahren über 200 Taxis zur Volkskammer.

14. Tagung der Volkskammer der DDR (2. Sitzungstag)

Vor Eintritt in die Tagesordnung Verurteilung der Demonstrationen vor der Volkskammer am Vortage durch Volkskammerpräsident *Günther Maleuda*

Tagesordnung u. a.:

Beratung über die Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrats vom 11. Januar 1990

In der Aussprache im allgemeinen Zustimmung zur Regierungserklärung; Kritik bis hin zur Ankündigung, die Koalitionsregierung notfalls zu verlassen, jedoch bei den Sprechern der LDPD und der CDU (Kritik u. a.: halbherzige und verzögerte Verwirklichung des Reformprogramms; Versuch der SED-PDS, alte Machtstrukturen zu erhalten; zunehmender Einfluß alten Denkens; strikte Ablehnung der Bildung neuer Organe des Verfassungsschutzes vor den Volkskammerwahlen am 6. Mai).

In einem Schlußwort von Ministerpräsident *Hans Modrow* – unter dem Druck der Öffentlichkeit, der Opposition und der Koalitionspartner LDPD und CDU – Versicherung, daß bis zum 6. Mai **kein** Amt für Verfassungsschutz gebildet wird; Ablösung des Regierungsbeauftragten für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit wegen Inkompetenz.

Zustimmung zur Regierungserklärung bei 7 Gegenstimmen und 24 Stimmenthaltungen.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenhang mit der Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der DDR

Zustimmung mit Zweidrittelmehrheit

Stellungnahmen entsprechend der Festlegung der 13. Tagung der Volkskammer [Aufklärung von Amtsmißbrauch und Korruption, Durchführung der Amnestie]

Die spärlichen Berichte des Präsidenten des Obersten Gerichts, *Günter Sarge*, und des Stellvertreters des Generalstaatsanwalts, *Harri Harrland*, lösen eine erregte Diskussion über die ungenügende Erfüllung ihrer Aufgaben bei der Aufklärung von Amtsmißbrauch und Korruption aus; Annahme von Anträgen, den Staatsrat der DDR mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen beide zu beauftragen.

Mitteilung über die Wahl neuer Fraktionsvorsitzender

Paul Eberle (LDPD) als Nachfolger von *Rudolf Agsten*, *Hannelore Hauschild* (DFD) als Nachfolgerin von *Eva Rohmann*, *Käte Niederkirchner* (SED-PDS) als Nachfolgerin von *Werner Jarowinsky*

Samstag, 13. Januar 1990

Mitteilung des DDR-Regierungssprechers, daß Ministerpräsident *Hans Modrow* nicht schon am 15., sondern erst am 22. Januar mit dem Runden Tisch beraten werde; der geforderte Bericht zur inneren Sicherheit solle von DDR-Innenminister *Lothar Ahrendt* erstattet werden.

Auf ihrer ersten Landesdelegiertenkonferenz (vom 12. bis 14. Januar) in Ost-Berlin beschließt die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) ihre Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Der SPD-Vorsitzende *Hans-Jochen Vogel*, der als Gast an dem Parteitag teilnimmt, sichert der Schwesterpartei jede gewünschte Unterstützung zu. In einer deutschlandpolitischen Erklärung bezeichnet die SPD als Ziel ihrer Politik „ein geeintes Deutschland“.

Gründungsversammlung der marxistischen Partei Die Nelken in Ost-Berlin. Wahl von *Brigitte Kahlwald* zur Parteivorsitzenden; in den „Grundsätzen und Zielen“ Bekenntnis zu einem sozialistischen Entwicklungsweg in der DDR, aber in Abgrenzung zur SED-PDS.

Ministerpräsident *Hans Modrow* bietet dem Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei, *Ibrahim Böhme*, an, als stellvertretender Umweltminister in sein Kabinett einzutreten. *Böhme* weist das Angebot am folgenden Tage als „unseriös“ zurück.

Sonntag, 14. Januar 1990

Rund 250 000 Menschen versammeln sich an der Gedenkstätte des Sozialismus im Ost-Berliner Stadtteil Friedrichsfelde zu Ehren von *Rosa Luxemburg* und *Karl Liebknecht*, die vor 71 Jahren ermordet wurden.

Mehrere 10 000 Menschen demonstrieren in zahlreichen Städten der DDR für eine Erneuerung und „gegen die Rückkehr der SED an die Macht“ (so beispielsweise in Magdeburg).

Wegen der angekündigten Verschiebung des Erscheinens vor dem Runden Tisch wirft *Wolfgang Schnur*, Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs, Ministerpräsident *Hans Modrow* „Mißachtung des Volkes“ vor.

Montag, 15. Januar 1990

7. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Ausführungen des – wider Erwarten doch erschienenen – Ministerpräsidenten *Hans Modrow*: Erneuter Appell an die Oppositionsgruppen zur „unmittelbare(n) und verantwortliche(n) Teilnahme an der Regierungsarbeit durch kompetente Persönlichkeiten“; Bitte um Einbringung inhaltlicher Vorstellungen für sein nächstes Treffen mit Bundeskanzler *Helmut Kohl*; Vorschlag, daß Mitglieder der Oppositionsgruppen bei seinem Besuch in Bonn teilnehmen; Aufruf zur Beteiligung an der zivilen Kontrolle über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit.

Berichte über die innere Sicherheit in der DDR und über den Stand der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit

Während der Sitzung des Runden Tisches kommt es am Nachmittag im Ost-Berliner Stadtbezirk Lichtenberg zu einer zweistündigen Besetzung und teilweisen Verwüstung der Zentrale des Amtes für Nationale Sicherheit durch aufgebrachte Demonstranten. Das Neue Forum hatte zu einer „landesweiten Aktion“ gegen die „Restaurationspolitik der SED-PDS und ihres Sicherheitsapparates“ aufgerufen, der in zahlreichen Städten der DDR und in Ost-Berlin hunderttausende Menschen gefolgt waren. Ministerpräsident *Hans Modrow* und führende Vertreter der Oppositionsgruppen am Runden Tisch, darunter *Konrad Weiß*, begeben sich nach Lichtenberg und versuchen, die Demonstranten zur Besonnenheit und Gewaltlosigkeit aufzurufen.

An der Leipziger Montagsdemonstration geben die 150 000 Teilnehmer mehrheitlich ihre Forderung nach Vereinigung beider deutschen Staaten zu erkennen. Außer Großdemonstrationen finden Warnstreiks in zahlreichen Städten der DDR statt.

Dienstag, 16. Januar 1990

Der Generalstaatsanwalt der DDR leitet Ermittlungen ein gegen den ehemaligen Staats- und Parteichef *Erich Honecker* und den früheren Minister für Staatssicherheit, *Erich Mielke*, wegen Hochverrats und Bildung eines verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses.

In Ost-Berlin konstituiert sich ein Gründungskomitee zur „Wiedergründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der DDR“.

Mittwoch, 17. Januar 1990

Immer mehr Arbeiter treten in der DDR aus Protest gegen die bestehenden Machtverhältnisse in den Streik. In Gera, Jena und Ost-Berlin legen Tausende von Kraftfahrern vorübergehend die Arbeit nieder.

Donnerstag, 18. Januar 1990

8. Tagung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Aufruf an alle Bürger der DDR zu Gewaltlosigkeit (aus Anlaß der Ereignisse vom 15. Januar); der Runde Tisch werde bei der Beseitigung der alten Machtstrukturen keinen Aufschub und keine Inkonsequenz mehr zulassen.

Antwort auf den Appell von Ministerpräsident *Hans Modrow* zum engen Zusammenwirken von Regierung und Rundem Tisch: Mißbilligung, „daß die Regierung ein verfassungsänderndes Gesetz ohne vorherige öffentliche Diskussion der Volkskammer zur Beschlußfassung am 11./12. Januar 1990 vorgelegt hat“; Forderung an die Regierung, Gesetzentwürfe „vor der Beschlußfassung durch die Volkskammer dem Runden Tisch zur Stellungnahme zuzuleiten ...“

Mißbilligung, „daß das Präsidium der Volkskammer es abgelehnt hat, Teilnehmer des Runden Tisches mit Rederecht zur 14. Tagung der Volkskammer am 11. und 12. Januar 1990 zuzulassen“; Forderung, zu allen weiteren Volkskammer-Tagungen eingeladen und mit beschränkten parlamentarischen Rechten (Rederecht, Anfragerecht an die Regierung) ausgestattet zu werden.

Forderung an die Volkskammer, die Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit in der DDR formal zu garantieren und jede Zensur zu verbieten.

Rücktritt des Präsidenten des Obersten Gerichts der DDR, *Günter Sarge*.

Freitag, 19. Januar 1990

Die Parteiführungen der CDU und LDPD, die an den vorangegangenen Tagen mit einem Rückzug aus der Regierung gedroht hatten, beschließen, vorerst im Kabinett *Modrow* zu bleiben.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

Samstag, 20. Januar 1990

In Leipzig beschließen zwölf christliche, liberale und konservative Gruppen und Kleinparteien die Gründung der Deutschen Sozialen Union (DSU) (Gründungsparteitag am 18. Februar 1990); Wahl von *Hans-Wilhelm Ebeling* zum Vorsitzenden. Die Partei setzt sich für eine schnelle deutsche Vereinigung ein. Am 22. Januar erklärt der CSU-Vorsitzende *Theodor Waigel*, daß seine Partei vor allem die DSU unterstützen werde.

Zahlreiche Demonstrationen (u. a. in Plauen mit rund 35 000 Teilnehmern für das „Abtreten und Auflösen der SED-PDS“)

DDR-Volkskammerpräsident *Günther Maleuda* schlägt ein Treffen der Parlamentspräsidenten der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und Polens vor, auf dem eine gemeinsame Willensbekundung „zur Anerkennung der bestehenden polnischen Westgrenze“ ausgesprochen werden solle.

Samstag/Sonntag, 20./21. Januar 1990

Krisensitzung des Parteivorstandes der SED-PDS angesichts des offenen Streits darüber, ob die Partei sich auflösen soll, weil es nicht gelungen sei, die SED von Grund auf zu reformieren, und angesichts eines massiven Mitgliederverlusts (1,1 Millionen von ehemals 2,3 Millionen).

Beschlüsse u. a.:

Ablehnung der Forderung nach Selbstauflösung der Partei (wie sie von mehreren Gruppen [„Plattformen“] erhoben wurde), statt dessen Aufgabe des Namens SED und des Symbols der SED – zwei ineinandergreifende Hände, die für die 1946 erfolgte Zwangsvereinigung der SPD und der KPD zur SED stehen – vorgesehen.

Ausschluß zahlreicher Mitglieder des früheren Politbüros aus der Partei, darunter *Egon Krenz*, *Hans-Joachim Böhme*, *Kurt Hager*, *Joachim Herrmann*, *Werner Jarowinsky*, *Heinz Keßler*, *Günter Schabowski* (Mitteilung der Zentralen Schiedskommission der SED-PDS).

Rehabilitierung von 47 von Repressalien unter dem früheren Regime betroffenen Parteimitgliedern.

Übergabe eines Teils der im Besitz der Partei befindlichen Verlage, Druckereien sowie anderen Unternehmen und Immobilien „in Volkseigentum“.

Parteiaustritt des Dresdener Oberbürgermeisters und stellvertretenden Vorsitzenden der SED-PDS, *Wolfgang Berghofer*, zusammen mit weiteren 39 führenden Parteimitgliedern des Bezirks Dresden (in einer gemeinsamen Erklärung heißt es, die alte SED habe die DDR „in beschämender und unverantwortlicher Weise ruiniert“).

Hinweis

Die **rechte Spalte** der vorliegenden Chronik ist für die Eintragung von **Ereignissen innerhalb der Volkskammer** vorgesehen; in der **linken Spalte** sind **Ereignisse außerhalb der Volkskammer** notiert.

Sonntag, 21. Januar 1990

Der frühere Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* wird wegen „verbrecherischer Untreue und Vertrauensmißbrauchs“ in Untersuchungshaft genommen.

Parteitag der NDPD in Ost-Berlin: Wahl von *Wolfgang Glaeser* zum neuen Parteivorsitzenden als Nachfolger von *Günter Hartmann*; Aufnahme eines Stufenplans zur deutschen Einheit in das Wahlprogramm.

In Ost-Berlin endet nach dreitägiger Debatte das 1. Landesvertretertreffen der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt.

Tagesordnung u. a.:

Annahme von Programmaussagen, u. a. Ablehnung einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten in Form des Anschlusses der DDR an die BRD; Wahl von *Hans-Jürgen Fischbeck*, *Konrad Weiß* und *Wolfgang Ullmann* zu Sprechern der Bürgerbewegung.

In Ost-Berlin Gründung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands als Sektion der (trotskistischen) Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Mit einem symbolischen Massenauszug aus der DDR demonstrieren rund 20 000 DDR-Bürger am niedersächsischen Grenzübergang Duderstadt-Worbis (Landkreis Göttingen) gegen die Politik der SED-PDS.

Montag, 22. Januar 1990

9. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Erneutes Erscheinen von Ministerpräsident *Hans Modrow* am Runden Tisch: Wiederholte Bitte um Benennung von Persönlichkeiten, die zum Eintritt in die Regierung bereit sind; dringende Anmahnung des Entwurfs für das Volkskammer-Wahlgesetz; Hinweis auf weitere notwendige Gesetzesvorhaben (z. B. Wahlgesetz für Kommunalwahlen).

Befragung von *Egon Krenz* als ehemaligem Vorsitzenden der Wahlkommission der DDR zu den Fälschungen der Ergebnisse der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989.

Diskussion über das Wahlgesetz zur Volkskammerwahl: u. a. Empfehlung, auch die Bürgerbewegungen zur Wahl zuzulassen; Entscheidung für Verhältniswahlrecht mit festen Listen; Zulassung von Listenvereinigungen; Ablehnung einer Sperrklausel.

Auskünfte von Regierungsmitgliedern zu Reformen bei Preisen und Subventionen; Vorschläge der Regierung,

noch: Montag, 22. Januar 1990

in den örtlichen Parlamenten die Kooptierung von Vertretern der neuen Parteien und Gruppierungen unverzüglich zu ermöglichen; Sicherheitsprobleme.

Rücktritt von DDR-Finanzministerin *Uta Nickel* (SED-PDS), nachdem die Staatsanwaltschaft Leipzig ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue eingeleitet hat.

In mehreren Städten der DDR gehen erneut zahlreiche Menschen auf die Straße, um den Forderungen nach Auflösung der SED-PDS und nach deutscher Einheit Nachdruck zu verleihen. Allein in Leipzig versammeln sich mehr als 100 000 Menschen zur traditionellen Montagsdemonstration. Gegendemonstranten, die mit DDR-Fahnen auftreten, werden regelrecht in die Flucht geschlagen.

Dienstag, 23. Januar 1990

Das weithin sichtbare Symbol der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das fast fünf Meter hohe Parteiabzeichen mit den ineinandergreifenden Händen, am Haus des Parteivorstandes der SED-PDS in Ost-Berlin wird von Handwerkern abmontiert.

Die Erstunterzeichner des Aufrufs „Für unser Land – zur Bewahrung der Eigenständigkeit der DDR“ vom 28. November 1989 (u. a. *Christa Wolf* und *Stefan Heym*) teilen mit, daß sich 1,16 Millionen Bürger für die weitere Eigenständigkeit der DDR und gegen den Ausverkauf der materiellen und moralischen Werte der DDR-Bürger ausgesprochen haben.

Der NDPD-Vorsitzende *Wolfgang Glaeser* tritt zwei Tage nach seiner Wahl zurück.

DDR-Grenzsoldaten beginnen mit dem Abriß der Berliner Mauer. Die Stücke werden offiziell verkauft.

Mittwoch, 24. Januar 1990

Der amtierende Vorsitzende des Staatsrates der DDR, *Manfred Gerlach*, erkennt ehemaligen Staats- und SED-Parteiführern ihre Auszeichnungen ab.

Donnerstag, 25. Januar 1990

Die CDU zieht ihre Minister aus der Regierung *Modrow* zurück, um den Weg für Verhandlungen mit den neuen Parteien und Gruppierungen frei zu machen. Die CDU-Minister werden ihre Ämter bis zum 9. Februar geschäftsführend wahrnehmen.

Freitag, 26. Januar 1990

Bei einem Treffen der oppositionellen Parteien und Gruppierungen des Runden Tisches über die Bedingungen für den Eintritt in die Regierung von *Hans Modrow* äußern alle Sprecher die grundsätzliche Bereitschaft, in die Übergangsregierung zu gehen.

Samstag, 27. Januar 1990

Gegen das ehemalige SED-Politbüromitglied *Jochim Herrmann* und gegen den ehemaligen Chef der Staatlichen Plankommission *Gerhard Schürer* ergehen Haftbefehle.

Gegen *Hager* wird im Zusammenhang „mit seiner Verantwortung für die grundrechtswidrige Medienpolitik der vergangenen Jahre wegen Hochverrats ermittelt“; *Schürer* wird „verbrecherischer Vertrauensmißbrauch“ vorgeworfen.

In Karl-Marx-Stadt gründet sich die Deutsche Forumpartei (DFP), eine Abspaltung des Neuen Forum. Die Partei versteht sich als Volkspartei der politischen Mitte; Wahl von *Jürgen Schmieder* zum Parteivorsitzenden.

In Ost-Berlin Beginn der Gründungskonferenz (bis 28. Januar) des Neuen Forum als politische Vereinigung

Verabschiedung eines neuen Programms, Annahme eines Statuts, Ablehnung, sich als Partei zu konstituieren; Kontroversen zwischen Befürwortern und Gegnern der deutschen Einheit, Plädoyer für einen gesamtdeutschen Volksentscheid zur Frage der Vereinigung Deutschlands.

Außerordentlicher Parteitag der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD)

Bestätigung von Volkskammerpräsident *Günther Maleuda* als Vorsitzender, Geständnis des Versagens der Partei während der SED-Herrschaft.

In Ost-Berlin treffen sich die Vertreter der sechs Landesverbände der FDP in der DDR zur konstituierenden Versammlung der Partei.

Sonntag, 28. Januar 1990

Nach mehreren nichtöffentlichen Verhandlungen von Vertretern des Runden Tisches während der ganzen abgelaufenen Woche, widersprüchlichen Absichtserklärungen und der ultimativen Drohung eines Regierungsauszuges der CDU erreichen Ministerpräsident *Hans Modrow* und die Parteien und Gruppierungen des Runden Tisches eine Vereinbarung u. a. zur Vorverlegung des Termins der Volkskammerwahl und zur Regierungsbeteiligung der oppositionellen Parteien und Gruppierungen (Einzelheiten siehe Regierungserklärung vom 29. Januar 1990 vor der Volkskammer).

Montag, 29. Januar 1990

10. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Zustimmung zu den Vereinbarungen mit dem Ministerpräsidenten vom Vortage.

Verabschiedung einer „Erklärung zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, in der auf die Notwendigkeit von „Ruhe, Sachlichkeit und Gewaltlosigkeit“ zur Vorbereitung und Durchführung der DDR-Volkskammerwahl am 18. März verwiesen wird.

Bericht über die (zum Teil katastrophale) Umweltsituation in der DDR.

Auf der traditionellen Montagsdemonstration in Leipzig, an der wieder über 100 000 Menschen teilnehmen, dominieren die Anhänger der Wiedervereinigung und Anti-SED-Parolen.

Der ehemalige Staats- und Parteichef *Erich Honecker* wird unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Charité in Ost-Berlin festgenommen und in die Untersuchungshaftanstalt Rummelsburg gebracht; wegen Haftunfähigkeit Entlassung am folgenden Tag und Unterbringung in einem evangelischen Pflegeheim in Lobetal bei Bernau.

Der DDR-Regierungssprecher teilt mit, die Funkmedien der DDR würden künftig die 1949 geschaffene Hymne der DDR wieder mit dem Text von *Johannes R. Becher* senden, der 1970 wegen der Formulierung „Deutschland, einig Vaterland“ bei offiziellen Anlässen untersagt worden war.

15. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, *Hans Modrow*, zu den Ergebnissen der Beratung mit Vertretern der Koalitionsregierung und weiteren Vertretern des Runden Tisches am 28. Januar 1990

Weitere Zuspitzung der Krise in der DDR und weiterer Autoritätsverlust des Staates (u. a. Auflösung örtlicher Volksvertretungen, Verletzung geltender Rechtsvorschriften); Lage der Wirtschaft durch Warnstreiks und Ausfälle immer bedrohlicher; Radikalisierung der politischen Szene in der DDR; Zerstörungswut; unvermindertes Anhalten der Ausreisewelle; Chance einer allmählichen Stabilisierung der politischen Lage böte – so der Konsens nach den siebenstündigen Beratungen vom Vortage – (1) vorgezogene Wahlen zur Volkskammer am 18. März, (2) Kommunalwahlen am 6. Mai, (3) Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“, indem die bisher in der Regierung nicht vertretenen Parteien und politischen Gruppen des Runden Tisches einen Vertreter als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung entsenden, (4) Entsendung eines ständigen Regierungsvertreters im Range eines Ministers an den Runden Tisch.

Mandatsveränderungen u. ä.:

Abberufung von *Uta Nickel* als Minister der Finanzen; Kenntnissnahme vom Rücktritt des Präsidenten des Obersten Gerichts, *Günter Sarge*.

Hinweis

Zur Zusammensetzung des Ministerrats siehe Abschnitt 28.8

noch: Montag, 29. Januar 1990

Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der DDR gemeinsam mit Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (1. Lesung)

In der Aussprache Zweifel, daß die vorgesehene öffentliche Diskussion über das Wahlgesetz und die Vorverlegung des Wahltermins vereinbar sind; Worterteilung erstmals auch an Vertreter des Runden Tisches (*Wolfgang Ullmann* [Demokratie Jetzt] und *Tatjana Böhm* [Unabhängiger Frauenverband]); Beschluß, den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes der Öffentlichkeit zu übergeben.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik (2. Lesung)

Einstimmige Annahme

Beschluß über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit

Übergangsregelung bis zum Erlaß eines Mediengesetzes zur Sicherung der im demokratischen Erneuerungsprozeß erkämpften Freiheiten; Kritik von *Konrad Weiß* (Runder Tisch/Demokratie Jetzt), daß Ministerrat nach Bestätigung des Entwurfs durch den Runden Tisch stillschweigend zwei politisch wesentliche Veränderungen vorgenommen hat (Beibehaltung des ADN als Einrichtung der Regierung, Ermöglichung von Werbung westlicher Firmen für Produkte, die nicht für DDR-Mark erhältlich sind); Rückstellung des Beschlusses bis zur Klärung des Dissenses zwischen Ministerrat und Runden Tisch.

Bericht des Generalstaatsanwaltes der DDR über den Stand der Durchführung der Amnestie vom 6. Dezember 1989, über den Ermittlungsstand in den Verfahren gegen Korruption und Amtsmissbrauch und über die Ergebnisse der Überprüfung der Übergriffe der Sicherheitsorgane anlässlich der Demonstrationen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR

Informierung durch Generalstaatsanwalt *Hans-Jürgen Joseph* über Einzelheiten zu den Ermittlungskomplexen (1) Hochverrat und andere Staatsverbrechen (dazu u. a. Haftantrag gegen *Erich Honecker*) und (2) schwere Eigentums- und Wirtschaftsverbrechen.

Bericht des Ministerrats der DDR über die Lage der Volkswirtschaft und Schlußfolgerungen zur Stabilisierung

Hinweis

Einzelheiten zum verabschiedeten Wahlgesetz siehe unter Abschnitt 28.2.

Dienstag, 30. Januar 1990

Bei einem Treffen von DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef erklärt *Michail Gorbatschow*, die deutsche Einheit werde „grundsätzlich von niemandem in Zweifel gezogen“. Nach *Modrow* komme es nun darauf an, sich der „Frage für ein einiges deutsches Vaterland oder welche Begriffe auch immer dafür in jüngster Zeit geprägt wurden“ mit Entschiedenheit zuzuwenden.

Die Republikaner gründen ihren ersten Kreisverband in Leipzig.

Mittwoch, 31. Januar 1990

In Ost-Berlin Wiedergründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in Distanz zur stalinistischen Vergangenheit der SED und in Anknüpfung an theoretische Positionen von *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg*: Wahl von *Klaus Sbrzesny* zum geschäftsführenden Vorsitzenden.

Donnerstag, 1. Februar 1990

Nach Rückkehr aus Moskau legt DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* seinen Plan „Für Deutschland, einig Vaterland – Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland“ vor. Als Schritte auf diesem Weg führt er auf:

- Abschluß eines Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft
- Bildung einer Konföderation von DDR und Bundesrepublik Deutschland mit gemeinsamen Organen
- Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an Machtorgane der Konföderation
- Bildung eines „einheitlichen deutschen Staates in Form einer Deutschen Konföderation oder eines Deutschen Bundes“ durch Wahlen.

Als notwendige Voraussetzung für diese Entwicklung nennt er u. a. „militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation“.

In der DDR tritt das neue Reisegesetz in Kraft, das jedem Bürger den Erwerb eines Reisepasses sowie die jederzeitige Reise ins Ausland gestattet.

Im Gästehaus der Bundesregierung in West-Berlin treffen sich der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler *Helmut Kohl*, und die Vorsitzenden der DDR-Parteien CDU, *Lothar de Maizière*, Demokratischer Aufbruch, *Wolfgang Schnur*, und der DSU, *Hans-Wilhelm Ebeling*, zu Gesprächen über ein Wahlbündnis der bürgerlichen Parteien in der DDR.

Freitag, 2. Februar 1990

Die Vereinigte Linke erklärt, sie werde sich nicht an der „Regierung der Nationalen Verantwortung“ beteiligen, weil das Bekenntnis *Modrows* zu „Deutschland, einig Vaterland“ die „Grenzen linker Politik“ überschreite.

Samstag, 3. Februar 1990

Das Präsidium des Parteivorstandes der SED-PDS setzt sich deutlich von dem vom Ministerratsvorsitzenden *Hans Modrow* vorgelegten Plan zur deutschen Einheit ab.

400 Delegierte von DDR-Umweltgruppen treffen in Schkopau (Kreis Merseburg) zum Gründungskongreß der Grünen Liga zusammen.

Rund 30 000 Menschen demonstrieren in Plauen für ein vereintes Deutschland.

Sonntag, 4. Februar 1990

Der Parteivorstand der SED-PDS beschließt auf einer Sitzung in Ost-Berlin die Änderung des Parteinamens in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Im Beschluß dazu heißt es:

„Unsere Partei ist nicht mehr die SED. Unser Bruch mit der Vergangenheit, unsere demokratischen Initiativen und Ziele haben uns zu einer neuen Partei gemacht.“

In Ost-Berlin findet der Gründungsparteitag einer Freien Demokratischen Partei (FDP) in der DDR statt. Zum Vorsitzenden wird *Bruno Menzel* gewählt. Als Gäste aus der Bundesrepublik nehmen der FDP-Vorsitzende *Otto Graf Lambsdorff*, Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* und der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion *Wolfgang Mischnick* teil. Seitens der bundesdeutschen FDP wird für ein Bündnis der liberalen Gruppen in der DDR plädiert.

In Ost-Berlin Gründung einer marxistischen Jugendvereinigung Junge Linke.

In Ost-Berlin treten die SPD-Delegationen aus der Bundesrepublik und der DDR zur ersten Sitzung ihres Gemeinsamen Ausschusses zusammen. Die Vertreter plädieren für eine schnelle Wirtschafts- und Währungsunion.

Montag, 5. Februar 1990

11. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Bericht über die wirtschaftliche Lage der DDR; die stellvertretende DDR-Ministerpräsidentin für Wirtschaft, *Christa Luft*, schlägt einen Volksentscheid über eine Währungsunion mit der Bundesrepublik vor und fordert als Soforthilfe von der Bundesregierung einen „Lastenausgleich“ in Höhe von 10 bis 15 Mrd. DM.

Beschluß – gegen die Stimmen von SPD, CDU, LDPD und Demokratischer Aufbruch –, bei künftigen Wahlveranstaltungen zur Volkskammerwahl „im Sinne der Chancengleichheit ... auf Gastredner aus der BRD und West-Berlin zu verzichten“; die Gegner des Beschlusses erklären anschließend, diese Entscheidung für sich nicht als bindend zu betrachten.

In Anwesenheit des CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler *Helmut Kohl*, vereinbaren in West-Berlin die Vorsitzenden der DDR-Parteien CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch, *Lothar de Maizière*, *Hans-Wilhelm Ebeling* und *Wolfgang Schnur*, zur Volkskammerwahl im März in einem gemeinsamen Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ (jedoch mit eigenen Listen) anzutreten. Die bundesdeutsche CDU sagt der Allianz die volle Unterstützung zu; *Kohl* selbst will bei sechs Wahlveranstaltungen in der DDR auftreten.

Bei der Montagsdemonstration in Leipzig nehmen annähernd 100 000 Personen teil, zu deren Forderungen ein Volksentscheid über die Zukunft Deutschlands sowie der Appell an alle Bürger, im Lande zu bleiben, gehören.

16. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Mitteilung von Volkskammerpräsident *Günther Maleuda* über den Beschluß des Präsidiums, bei Bedarf Redner von Arbeitsgruppen des Runden Tisches zuzulassen.

Wahl von Mitgliedern des Ministerrates der DDR

Erklärung von Ministerpräsident *Hans Modrow* zur Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“ sowie über seine „Konzeption für den Weg zur deutschen Einheit“, die er in einer Pressekonferenz des Ministerrates am 1. Februar vorgetragen hatte: Es sei „jetzt ein Gebot der Stunde ... ein konstruktives Angebot zu machen ... Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten rückt auf die Tagesordnung.“

Bei 16 Gegenstimmen und 73 Stimmenthaltungen werden en bloc folgende acht Mitglieder oppositioneller Parteien und Gruppen des Runden Tisches als Mitglieder des Ministerrates (Minister ohne Geschäftsbereich) in die bestehende Koalitionsregierung aus PDS, CDU, LDPD, NDPD und DBD hinzugewählt: *Tatjana Böhm* (UFV), *Rainer Eppelmann* (DA), *Sebastian Pflugbeil* (NF), *Matthias Platzeck* (GP), *Gerd Poppe* (IFM), *Walter Romberg* (SPD), *Klaus Schlüter* (Grüne Liga) und *Wolfgang Ullmann* (DJ).

Beschluß auf Antrag der CDU, auf die Tagesordnung der nächsten Volkskammertagung eine Debatte zur deutschen Frage zu setzen

Beschluß über die Wahlperiode der Volkskammer der DDR

Bei 5 Gegenstimmen und 18 Stimmenthaltungen wird – entsprechend der Vereinbarung mit dem Runden Tisch – beschlossen, daß die 9. Wahlperiode schon am 17. März 1990 endet und dem Staatsrat der DDR empfohlen wird, Wahlen zur Volkskammer für den 18. März 1990 (ursprünglich 6. Mai) auszuschreiben.

Gesetz über die – für den 6. Mai 1990 vorgesehenen – Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen (1. Lesung)

Beschluß der Volkskammer über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit

Zustimmung mit der Ergänzung, daß im geplanten Medienkontrollrat nicht nur – wie vorgesehen – die Vertreter des Runden Tisches, sondern auch alle Fraktionen der Volkskammer vertreten sind.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch und zur Strafprozeßordnung und des Strafregistergesetzes

noch: Montag, 5. Februar 1990**(6. Strafrechtsänderungsgesetz) (1. Lesung)**

Kurt Wünsche, Minister der Justiz: „... der erste gesetzgeberische Schritt im Rahmen einer erforderlichen umfassenden Strafrechtsreform ... Es wird vorgeschlagen, in den nächsten Jahren [!] eine Neufassung des Straf-, Strafprozeß-, Strafenverwirklichungs- und Ordnungswidrigkeitenrechts vorzunehmen ...“

Beschluß der Volkskammer, die Aktivitäten der Partei „Die Republikaner“ auf dem Territorium der DDR zu verbieten.

Mittwoch, 7. Februar 1990

Auf Beschluß des Bundeskabinetts erklärt sich die Bundesregierung bereit, „mit der DDR unverzüglich in Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreform einzutreten“ (vgl. Abschnitt 7.4). Noch am Vortag bezeichnete Bundesbankpräsident *Karl-Otto Pöhl* in Gesprächen in Ost-Berlin Angebote der Bundesregierung bezüglich einer Währungsunion für verfrüht.

Die Bürgerbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte schließen sich in Ost-Berlin für die Volkskammerwahl im März zum „Bündnis 90“ zusammen. Die Gruppen wollen bewußt einen Wahlkampf ohne Partner aus der Bundesrepublik führen.

Donnerstag, 8. Februar 1990

Der Staatsrat der DDR schreibt die Volkskammerwahl für den 18. März aus.

DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* (PDS) erklärt den Vorschlag einer Währungsunion für übereilt und bedauert, von der Bundesregierung nicht offiziell informiert worden zu sein.

Hinweis

Im vorliegenden **Datenhandbuch** wird Kapitel 7 „Bundestag und innerdeutsche Entwicklung“ u. a. mit folgenden Abschnitten fortgeschrieben:

- 7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
- 7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung

Freitag, 9. Februar 1990

Beginn des zweitägigen außerordentlichen Parteitages der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) in Dresden

Beschlüsse u. a.:

Wahl von *Rainer Ortleb* zum Vorsitzenden als Nachfolger des nicht mehr kandidierenden *Manfred Gerlach*

Änderung des Parteinamens in Liberal-Demokratische Partei (LDP)

Verabschiedung eines Wahlprogramms, in dem die schnellstmögliche Vereinigung beider deutschen Staaten innerhalb einer europäischen Friedensordnung angestrebt wird, Forderung eines Volksentscheides mit Wahl zu einer gemeinsamen Bundesversammlung bis zum 2. Dezember 1990

Beginn des dreitägigen Programmparteitages der am 24. November 1989 gegründeten Grünen Partei in Halle

Schwerpunkt des Parteiprogramms ist die weitere Entwicklung der Energie- und Rohstoffwirtschaft in der DDR; die deutsche Frage wird im gesamteuropäischen Rahmen gesehen.

Der ehemalige Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* wird wegen seines schlechten Gesundheitszustandes aus der Untersuchungshaft entlassen.

Samstag/Sonntag, 10./11. Februar 1990

Das Wochenende steht weitgehend im Zeichen des Wahlkampfes und mehrerer Parteitage und Vertreterkonferenzen von Bürgerbewegungen (neben LDP und Grüner Partei u. a. noch NDPD, DSU, Demokratie Jetzt, Vereinigte Linke, Unabhängiger Frauenverband). Erörtert werden vor allem die Wahlprogramme und mögliche Wahlbündnisse.

Auf einem Parteitag der NDPD in Ost-Berlin wird *Wolfgang Rauls* zum neuen Parteivorsitzenden als Nachfolger des nach zwei Tagen am 23. Januar 1990 zurückgetretenen *Wolfgang Glaeser* gewählt.

Rauls lehnt in seiner Rede nach der Wahl jegliche Zusammenarbeit mit der NPD und den Republikanern ab.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

Montag, 12. Februar 1990

12. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Positionspapier für den bevorstehenden Arbeitsbesuch von DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* bei Bundeskanzler *Helmut Kohl* in Bonn; vor allem Erwartung, „daß die BRD als ökonomisch und politisch stärkerer Partner des Einigungsprozesses jetzt alles unternimmt, um einer weiteren Destabilisierung der Lage der DDR entgegenzuwirken“, womit dem von der Regierung *Modrow* erhofften Solidarbeitrag in Höhe von 10 bis 15 Milliarden DM Nachdruck verliehen werden soll; eine Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten wird als eine wichtige Maßnahme zur Herstellung eines deutschen Wirtschaftsverbundes bezeichnet, aber zugleich festgestellt, daß die Regierung *Modrow* nicht legitimiert sei, jetzt eine Währungsunion zu vereinbaren.

Vorschläge zur „Ausgestaltung einer Vertragsgemeinschaft mit der BRD“

Zustimmung zum Entwurf eines neuen Parteiengesetzes, demzufolge den DDR-Parteien ab 1991 die Annahme von Geldern aus dem Ausland verboten wird.

Die drei liberalen Parteien der DDR – die LDP, die FDP und die Deutsche Forumpartei (DFP) – schließen sich in West-Berlin für die Volkammerwahl vom März 1990 zu dem Wahlbündnis Bund Freier Demokraten (BFD) zusammen. Die FDP der Bundesrepublik sagt finanzielle und organisatorische Unterstützung zu.

In mehreren Städten der DDR demonstrieren Hunderttausende für die deutsche Einheit sowie die Auflösung der PDS. In Karl-Marx-Stadt fordern rund 80 000 Menschen „Deutschland, einig Vaterland“ und „Sachsen – unser Heimatland“. Die Montagsdemonstration in Leipzig beginnt mit dem Absingen der Hymne der Bundesrepublik. Während der Kundgebung kommt es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Rechtsradikalen.

Dienstag, 13. Februar 1990

Beginn des zweitägigen Arbeitsbesuchs von DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* in Begleitung von 17 Mitgliedern seiner „Regierung der nationalen Verantwortung“ in Bonn

Ergebnis u. a.:

Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Bundesrepublik und DDR; Verstimmung in der DDR-Delegation wegen der Ablehnung einer Soforthilfe von 10 bis 15 Milliarden DM durch die Bundesregierung (siehe auch Abschnitt 7.4).

Im Haus der DDR-Volkammer in Ost-Berlin konstituiert sich ein Medienkontrollrat, dem 23 Vertreter von Parteien und Gruppierungen des Runden Tisches, der Volkammerfraktionen, der Kirchen sowie der Regierung angehören.

Mittwoch, 14. Februar 1990

Am Rande der in Ottawa stattfindenden Konferenz „Offener Himmel“ vereinbaren die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und USA – die Abhaltung einer Konferenz nach der Formel „2 + 4“, um die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten zu besprechen.

DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* (PDS) äußert sich zum Abschluß seines Besuchs in Bonn enttäuscht über die Verhandlungsergebnisse. Er kritisiert insbesondere, daß Bonn die Forderung des Runden Tisches nach einem sofortigen Solidarbeitrag von 10 bis 15 Milliarden DM abgelehnt habe.

Der Staatsrat der DDR verurteilt Manipulationen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989, lehnt aber eine Ungültigkeitserklärung mit der Begründung ab, daß dies „weitreichende Folgen besonders hinsichtlich der Beschlüsse aufwerfen (würde), die diese Volksvertretungen seit ihrer Konstituierung getroffen habe und auf deren Grundlage auch Rechte und Pflichten der Bürger begründet wurden“.

Die Grüne Partei der DDR und der Unabhängige Frauenverband beschließen ein Wahlbündnis für die Volkskammerwahl am 18. März. Als wesentliche Ziele der gemeinsamen politischen Arbeit werden die reale Gleichstellung der Geschlechter, die Garantie der sozialen Sicherheit der DDR angesichts des bevorstehenden Strukturwandels und die Einigung der deutschen Nation als „wechselseitiger Reformprozeß“ genannt.

Donnerstag, 15. Februar 1990

Im Bundestag Regierungserklärung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* über seine Gespräche mit Generalsekretär *Michail Gorbatschow* und DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* (vgl. Abschnitt 7.4).

Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch) verliest im DDR-Fernsehen eine Erklärung von *Erich Honecker*, in der es heißt:

„Entsprechend meinen früheren Erklärungen gegenüber der damaligen SED bekenne ich mich zu der politischen Verantwortung für die Krise, in die der Staat und die Bevöl-

noch: Donnerstag, 15. Februar 1990

kerung der DDR geraten ist. Das betrifft auch die Umstände, die letztlich zu der Fälschung der Wahlergebnisse vom 7. Mai 1989 führten. Gleichzeitig möchte ich betonen, daß ich nie in meinem Leben politische Entscheidungen aus egoistischen Motiven getroffen habe und daß ich mich frei von jeder Schuld im strafrechtlichen Sinne fühle.“

Samstag, 17. Februar 1990

In Ost-Berlin findet der offizielle Gründungskongreß des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) statt, auf dem Statut, Programm und Wahlplattform beschlossen werden und das bereits vereinbarte Wahlbündnis mit der Grünen Partei gebilligt wird.

Der Gründungskongreß der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) tritt in Fürstenberg (Havel) zusammen.

Sonntag, 18. Februar 1990

Auf dem ersten Parteitag der Deutschen Sozialen Union (DSU) in Leipzig fordert der Vorsitzende *Hans-Wilhelm Ebeling* die sofortige Einheit Deutschlands und die Übernahme der Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik. Als Gäste aus der Bundesrepublik nehmen u. a. Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und der Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende *Theodor Waigel* teil.

In Potsdam wird der Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther“ gegründet.

Montag, 19. Februar 1990

13. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Informierung über die Gespräche in Bonn durch Ministerpräsident *Hans Modrow*; wichtigstes politisches Ergebnis sei, „daß nunmehr von den Regierungen beider Staaten die Weichen für die baldige Vereinigung von DDR und BRD zu einem deutschen Bundesstaat gestellt werden“; Ablehnung einer Währungsunion mit der Bundesrepublik vor der Volkskammerwahl am 18. März, jedoch Einleitung von Vorbereitungen.

Ablehnung des Beitritts der DDR oder einzelner Landesteile in die Bundesrepublik Deutschland durch Ausweitung des Geltungsbereiches des Grundgesetzes gemäß Artikel 23; Befürwortung eines entmilitarisierten Status für Deutschland.

Forderung einer Abschaffung der Subventionierung der Lebensmittel und statt dessen Einführung von Ausgleichszahlungen.

noch: Montag, 19. Februar 1990

Beginn des Abrisses der Mauer im Berliner Stadtzentrum

Über 150 000 Menschen nehmen an Montagsdemonstrationen in Leipzig sowie in Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle und Plauen teil; sie werden von Politikern insbesondere der CDU und CSU aus der Bundesrepublik für den beginnenden Wahlkampf genutzt.

Dienstag, 20. Februar 1990

Der Ministerrat der DDR beschließt, daß der Handel in der DDR ab sofort unbegrenzt Waren und Dienstleistungen aus der Bundesrepublik beziehen und gegen einheimische Währung oder D-Mark anbieten kann.

Die deutsch-deutsche Expertenkommission zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion tritt zu ihrer ersten Sitzung in Ost-Berlin zusammen.

17. Tagung der Volkskammer der DDR (1. Sitzungstag)

Tagesordnung u. a.:

Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, *Hans Modrow*, zum Treffen mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, *Helmut Kohl*

Das Treffen habe gezeigt, „daß die Lösung der deutschen Frage auf die Tagesordnung gerückt ist“; entsprechend der Erwartungen breiter Kreise der Bevölkerung Einleitung von Vorarbeiten für die Zeit nach dem 18. März, z. B. Expertengespräche für eine Währungsunion; Hinweis auf bemerkenswerte Übereinstimmung der politischen Kräfte in der DDR zu Grundfragen der Vereinigung; Bedauern über unklare Haltung von Bundeskanzler *Kohl* zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze; für Vereinigung „Nüchternheit und Augenmaß geboten“; soziale Sicherheit der DDR-Bürger muß gewährleistet bleiben; Aufruf zur Besonnenheit angesichts der gestrigen Forderung des Runden Tisches, die Subventionen für Lebensmittel zu streichen, was zu umfangreichen „Abkäufen“ geführt habe; nochmalige Begründung des erhofften Solidarbeitrages durch die Bundesrepublik in Form von Konsum- und anderen Gütern.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR – im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer (2. Lesung)

Einstimmige Annahme

Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der DDR (2. Lesung) in Verbindung mit der Wahlordnung

Bei 22 Gegenstimmen und 30 Stimmenthaltungen Zustimmung zu dem neuen Wahlgesetz (Einzelheiten siehe Abschnitt 28.2), das auf vielen Ebenen – vor allem auch am Runden Tisch – beraten worden ist und zu dem sich fast 16 000 DDR-Bürger mit Anregungen und Kritik an die Volkskammer gewandt haben.

noch: Dienstag, 20. Februar 1990

Bildung der Wahlkommission der DDR

Vorläufiges Gesetz über Parteien und andere politische Vereinigungen (Parteiengesetz) und Gesetz über Vereinigungen (Vereinigungsgesetz)

Begründung der Gesetzentwürfe, die im wesentlichen durch die Arbeitsgruppe „Parteien- und Vereinigungsgesetz“ des Runden Tisches erarbeitet wurden, durch die zuständigen Minister.

Gesetz zur Änderung der Verfassung der DDR – im Zusammenhang mit der Verordnung über den Zivildienst

Zustimmung bei 11 Stimmenthaltungen, wodurch in der DDR künftig ein einjähriger Zivildienst gleichberechtigt neben dem Wehrdienst steht.

Mittwoch, 21. Februar 1990

Die Staatsanwaltschaft in Ost-Berlin erhebt erstmals Anklage gegen zwei frühere Spitzenpolitiker der DDR, *Harry Tisch* und *Gerald Götting*.

Dem früheren SED-Politbüromitglied *Tisch*, ehemaliger Vorsitzender des FDGB, wird Mißbrauch von Gewerkschaftsgeldern vorgeworfen. Der ehemalige Vorsitzende der DDR-CDU *Götting* soll ebenfalls aus Geldern seiner Partei ein Privathaus finanziert haben.

17. Tagung der Volkskammer der DDR (2. Sitzungstag)

Tagesordnung u. a.:

Aussprache zur deutschen Frage nach der Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR zum Treffen mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Das Treffen wird allgemein als „ein Schritt auf dem Wege zum Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten“ (so Minister *Walter Romberg* [SPD]) gewertet, jedoch Warnungen vor übereilter Politik. Mehrere Redner betonen, die Wirtschafts- und Währungsunion dürfe die Sozialleistungen der DDR nicht beeinträchtigen; die Sicherung des Rechts auf Arbeit habe dabei Vorrang. Kritik des Redners der FDJ-Fraktion, daß „keine Rede mehr von einer Zukunft der DDR“ sei.

Vorläufiges Gesetz über die Parteien und andere politische Vereinigungen – Parteiengesetz

Zustimmung bei 16 Gegenstimmen und 34 Stimmenthaltungen. Das Gesetz läßt es für den laufenden Wahlkampf zu, daß Parteien Wahlhilfe aus der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch nehmen. Der Artikel, der wirtschaftliche Unterstützung von einem anderen Staat verbietet, tritt erst am 1. 1. 1991 in Kraft, das übrige Gesetz am 21. 2. 1990. Verboten sind solche Parteien, die „faschistische, militaristische, anti-humanistische Ziele verfolgen sowie Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß bekunden“.

Gesetz über Vereinigungen – Vereinigungsgesetz

Zustimmung bei einer Stimmenthaltung. Damit haben alle Bürger der DDR das Recht, sich „ohne staatliche Genehmigung zu versammeln“ und sich im Sinne der demokratischen Erneuerung der DDR zu betätigen.

noch: Mittwoch, 21. Februar 1990

Beantwortung von offengebliebenen Fragen aus der 15. Tagung der Volkskammer über die Lage der Volkswirtschaft

Donnerstag, 22. Februar

Tausende Menschen demonstrieren in Ost-Berlin für soziale Sicherheit und gegen eine „kapitalistische Wiedervereinigung“. Sie folgen einem Aufruf des Neuen Forum, der Vereinigten Linken, des Unabhängigen Frauenverbandes, der Nelken und des FDGB.

In Ost-Berlin Konstituierung der Wahlkommission der DDR für die Volkskammerwahl am 18. März; Wahl von *Petra Bläss* (UFV) zur Vorsitzenden.

Donnerstag bis Sonntag, 22.–25. Februar 1990

Erster Landesparteitag der SPD der DDR in Leipzig

Beschlüsse u. a.:

Wahl des bisherigen Geschäftsführers *Ibrahim Böhme* zum Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Volkskammerwahl; Wahl von *Willy Brandt* zum Ehrenvorsitzenden.

Verabschiedung eines Grundsatzprogramms, das die Herausforderung des Neubeginns und die Abrechnung mit der Vergangenheit voranstellt und die Partei auf eine demokratisch, sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft festlegt.

Verabschiedung eines Wahlprogramms mit der Ankündigung von Verhandlungen über ein Vertragswerk zur deutschen Vereinigung und zur Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung schon für April; Bildung eines „Rates zur deutschen Einheit“ unter Vorsitz von *Willy Brandt*; Billigung des neuen Grundgesetzes durch Volksabstimmung; Vereinigung Deutschlands in drei Stufen: Sozialunion – Währungsunion – Wirtschaftsunion.

Rede des designierten Kanzlerkandidaten der SPD, *Oskar Lafontaine*: Warnung vor zu schnellen Schritten auf dem Wege zur deutschen Einheit und scharfe Kritik an der Deutschlandpolitik von Bundeskanzler *Helmut Kohl*.

Hinweis

Daten im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands sind neben Abschnitt 28.1 – Chronik der „Wende“ in der Volkskammer – noch in folgenden Abschnitten im vorliegenden **Datenhandbuch** enthalten:

- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

Sonntag, 25. Februar 1990

Erster Parteitag („Wahlparteitag“) der PDS in Ost-Berlin (seit 24. Februar)

Beschlüsse u. a.:

Billigung des neuen Parteinamens.

Verabschiedung eines Wahlprogramms („Für demokratische Freiheiten – für soziale Sicherheit“), das die schrittweise und gleichberechtigte Vereinigung beider deutscher Staaten unter Wahrung der sozialen Leistungen der DDR vorsieht.

Wahl von *Hans Modrow* zum Ehrenvorsitzenden der Partei, nachdem er – wegen seines Amtes als Vorsitzender des Ministerrates – aus seinen Pflichten als stellvertretender Parteivorsitzender entlassen wurde und – entgegen Rückzugsabsichten – seine Bereitschaft erklärt hatte, zur Volkskammerwahl die Spitzenkandidatur zu übernehmen.

Die CDU der DDR bestimmt ihren Parteivorsitzenden *Lothar de Maizière* zum Spitzenkandidaten für die Volkskammerwahl.

Rede des SPD-Ehrenvorsitzenden *Willy Brandt* in Leipzig vor mehr als 100 000 Bürgern: Aufforderung, an der Volkskammerwahl teilzunehmen und der DDR nicht den Rücken zu kehren.

Auf Einladung der PDS im Ost-Berliner Lustgarten Demonstration mit mehr als 50 000 Teilnehmern für eine souveräne DDR, gegen Vereinnahmung und Sozialabbau.

Die Vereinigte Linke und Die Nelken gehen zur Volkskammerwahl ein Aktionsbündnis Vereinigte Linke ein.

Montag, 26. Februar 1990

14. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Verabschiedung eines Positionspapiers „zur Lage der Kultur in der DDR sowie zu erforderlichen Maßnahmen“ (u. a. Kulturfinanzierung).

Verabschiedung eines Positionspapiers zur Militärreform (u. a. Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag; Schaffung eines Amtes für Abrüstung und Konversion); dringlicher Appell von Verteidigungsminister *Theodor Hoffmann* an den Runden Tisch, mit dafür zu sorgen, „daß der sich gegenwärtig abzeichnenden Auflösung der Armee, die ihrerseits zur Instabilität der Lage im Lande beiträgt, Einhalt geboten wird“.

Die traditionelle Montagsdemonstration in Leipzig, an der nur noch 10 000 Menschen teilnehmen, wird vom Wahlkampf bestimmt.

Mittwoch, 28. Februar 1990

Die Deutsche Jugendpartei (DJP), die Grüne Jugend (GJ), die Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke“ (MJV) und die FDJ schließen sich für die Volkskammerwahl am 18. März zu dem Wahlbündnis „Alternative Jugendliste (AJL)“ zusammen.

Die am Runden Tisch in Leipzig vertretenen Gruppen und Parteien beschließen, am 5. März letztmals an einer Montagsdemonstration teilzunehmen, da die Veranstaltung sich überlebt habe.

Donnerstag, 1. März 1990

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler *Helmut Kohl*, sowie die Vorsitzenden der DDR-Parteien CDU, DA und DSU stellen vor der Bundespressekonferenz in Bonn einen Wahlauf Ruf und ein Sofortprogramm der „Allianz für Deutschland“ zur Volkskammerwahl der DDR vor. Angestrebt wird der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

Bei Wahlkampfkundgebungen in mehreren Städten der DDR bekunden bundesdeutsche Spitzenpolitiker ihren Willen zu einer möglichst raschen Vereinigung beider deutschen Staaten und zu einer wirtschaftlichen Absicherung der DDR.

Samstag/Sonntag, 3./4. März 1990

14 Tage vor der Volkskammerwahl läuft auch an diesem Wochenende der Wahlkampf auf Hochtouren. Erneut übernehmen dabei Politiker aus der Bundesrepublik Hauptrollen.

Montag, 5. März 1990

15. Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Einstimmige Verabschiedung einer Sozialcharta für die Verhandlungen mit der Bundesrepublik über die deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion. Verlangt werden u. a. das Recht auf Arbeit einschließlich Streikrecht und Aussperrungsverbot, die Beibehaltung der öffentlich finanzierten Kinderbetreuung, Fürsorge für ältere Mitbürger, eine staatlich kontrollierte Mietpreisbindung, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Aufbau eines Sozialversicherungssystems.

noch: Montag, 5. März 1990

Ministerpräsident *Hans Modrow* reist zu zweitägigen Gesprächen mit dem sowjetischen Staatspräsidenten *Michail Gorbatschow* und der sowjetischen Regierung über die Vereinigung Deutschlands und die polnische Westgrenze nach Moskau.

Die deutsch-deutsche Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft kommt in Bonn zu ihrer zweiten Sitzung zusammen.

Die vorletzte Montagsdemonstration in Leipzig findet mit vielfach gestörten Wahlreden kaum noch Beachtung. Redner, die für ein zurückhaltendes Herangehen an die Einheit Deutschlands eintreten, werden auf der Kundgebung niedergeschrien.

Dienstag, 6. März 1990

18. Tagung der Volkskammer der DDR (1. Sitzungstag)

Tagesordnung u. a.:

Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verbunden mit dem Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik (2. Lesung)

Inhalt u. a.: Streikrecht für Gewerkschaften, Verbot jeglicher Aussperrung durch Arbeitgeber; Annahme der Verfassungsänderung bei 14 Gegenstimmen und 35 Stimmenthaltungen, Annahme des Gewerkschaftsgesetzes bei 6 Gegenstimmen und 53 Stimmenthaltungen.

Gesetz über die Wahlen zu Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen am 6. Mai 1990 (2. Lesung)

Inhalt: Grundlage für eine Wiederholung der Kommunalwahl in der DDR; einstimmige Annahme.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften – LPG-Gesetz

Gesetz über die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform

Gesetz über die Überführung volkseigener landwirtschaftlicher Nutzflächen in das Eigentum der LPG

noch: **Dienstag, 6. März 1990**

Gesetz über die Unterstützung von Genossenschaften der Landwirtschaft, die durch staatliche Reglementierung mit hohen Krediten belastet sind

Inhalt der vier Gesetze u. a.: Umwandlung der Nutzungsrechte der LPG an volkseigenem Grund und Boden in Eigentumsrechte, Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an die Anforderungen der Marktwirtschaft; einstimmige Annahme bzw. Annahme bei einigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen.

Gesetz zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Einkommens-, Körperschafts- und Vermögenssteuer

Inhalt u. a.: Förderung von Handel und Gewerbe; erster Schritt zu einer umfassenden Steuerreform im Sinne marktwirtschaftlicher Bedingungen; Annahme bei einer Gegenstimme und 12 Stimmenthaltungen.

Schriftlicher Bericht des Zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderen Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht

In dem Abschlußbericht heißt es u. a., eine kleine Gruppe – das ehemalige Politbüro des ZK der SED – habe Entscheidungen getroffen und über materielle Ressourcen verfügt, ohne irgend jemandem rechenschaftspflichtig zu sein. „Die Anhörungen einiger ehemaliger Politbüromitglieder vor dem Untersuchungsausschuß machten deutlich, daß diesem Personenkreis jedes Gefühl für seinen parasitären Lebensstil abhanden gekommen war.“ Als „wichtige Stütze zur Aufrechterhaltung des zentralistisch-stalinistischen Kommandosystems in der DDR“ wird das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit bezeichnet, dessen Überwachungssystem seit der Wahl von *Erich Honecker* zum Generalsekretär des ZK und von *Erich Mielke* zum Kandidaten des Politbüros des ZK der SED 1971 mit wachsendem Eintritt der DDR in die internationale Politik und mit den Veränderungen in der UdSSR laufend verstärkt wurde.

Dem Bericht wird ohne Aussprache bei 9 Stimmenthaltungen zugestimmt; bei einer Stimmenthaltung wird beschlossen, den zeitweiligen Ausschuß mit sofortiger Wirkung aufzulösen und das gesamte Material des Ausschusses dem Archiv der Volkskammer zu übergeben.

Hinweis

Alle Parteien und Listenverbindungen aus den östlichen Bundesländern, die im Dezember 1990 an der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag teilgenommen haben, sind in Abschnitt 1.6 des vorliegenden **Datenhandbuchs** stichwortartig beschrieben.

Mittwoch, 7. März 1990

Die DDR-Nachrichtenagentur ADN veröffentlicht im Wortlaut zwei Schreiben von Ministerpräsident *Hans Modrow* an Bundeskanzler *Helmut Kohl* und an den sowjetischen Staats- und Parteichef *Michail Gorbatschow* vom 2. März, in denen *Modrow* dafür eintritt, daß es bei der angestrebten Herbeiführung der deutschen Einheit erforderlich sei, die in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Eigentumsordnung nicht in Frage zu stellen.

18. Tagung der Volkskammer der DDR (2. Sitzungstag, zugleich letzter Sitzungstag der Volkskammer der 9. Wahlperiode)

Tagesordnung u. a.:

Bericht des Vorsitzenden des Ministerrates, *Hans Modrow*, über die Ergebnisse eines Arbeitsbesuches einer Regierungsdelegation der DDR am 5. und 6. März 1990 in Moskau

Hervorhebung der großen Bedeutung der Gespräche „im Hinblick auf das berechenbare Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten und der künftigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion“; zugleich Warnung vor Spekulationen über Termin der Währungsunion und Umtauschquoten und Kritik an zweideutiger und ausweichender Haltung der BRD-Politik hinsichtlich der Grenze des künftigen Gesamtdeutschlands zu Polen; Bilanz der Regierungsarbeit im Sinne einer Schadensbegrenzung nach dem im November 1989 übernommenen schweren Erbe.

Beschluß der Volkskammer der DDR über die Grundlinie und Standpunkte für eine Sozialcharta

Mit großer Mehrheit Zustimmung zu der vom Runden Tisch erarbeiteten und am Montag beschlossenen Vorlage als Grundlage für die Vereinigungsverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland.

Beschluß der Volkskammer der DDR über staatliche Pflichten zum Schutz und zur Förderung von Kultur und Kunst

Zustimmung bei 2 Gegenstimmen

Gesetz über Versammlungen – Versammlungsgesetz

Einstimmige Annahme

Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligung

Zustimmung bei 2 Gegenstimmen und 18 Stimmenthaltungen

Hinweis

Zu den **Wahlen zum Europäischen Parlament** seit 1979 enthält das vorliegende *Datenhandbuch* innerhalb des Abschnitts 24.4 folgende Angaben: Wahlbeteiligung, endgültiges Wahlergebnis der Bundesrepublik Deutschland sowie Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Zur **Wahl der Volkskammer der DDR** vom 18. März 1990 enthält Abschnitt 28.2 des *Datenhandbuchs* folgende Angaben: Wahlgesetz der DDR, Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen sowie das Wahlergebnis einschließlich der Zahl der Mandate. Die Fraktionen der Volkskammer sind in Abschnitt 28.6 behandelt.

noch: Mittwoch, 7. März 1990**Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude**

Zustimmung bei 2 Gegenstimmen und 17 Stimmenthaltungen

Abschlußworte von Volkskammerpräsident Günther Maleuda

Hinweis auf die gewandelte Rolle der Volkskammer seit der 11. Tagung am 13. November 1989 sowohl hinsichtlich des veränderten Arbeitsstils „vom Abstimmungsparlament zu einer arbeitenden Körperschaft“ als auch hinsichtlich seiner Beschlüsse, durch die „wichtige Fragen der rechtlichen Ausgestaltung des Demokratisierungsprozesses in unserem Lande“ geregelt wurden; lang anhaltender Beifall für den Dank an Ministerpräsident *Hans Modrow* und für die Bitte an die Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland, entsprechend der mehrheitlichen Auffassung des Runden Tisches die Wahlkampftribünen für die erste freie Wahl zur Volkskammer den Kandidaten der DDR zu überlassen.

Donnerstag, 8. März 1990

Der Ministerrat der DDR entbindet alle „inoffiziellen Mitarbeiter“ des früheren Ministeriums für Staatssicherheit von ihren Verpflichtungen und ihrer Schweigepflicht.

Der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs, *Wolfgang Schnur*, wird beschuldigt, für den Staatssicherheitsdienst der DDR gearbeitet zu haben. In einer von *Rainer Eppelmann* auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin verlesenen Erklärung versichert *Schnur*, nie für das Ministerium für Staatssicherheit tätig gewesen zu sein.

Freitag, 9. März 1990

Auf einer Pressekonferenz in Halle bezeichnen Vertreter aller drei Parteien des Wahlbündnisses „Allianz für Deutschland“ den gegen den DA-Vorsitzenden *Wolfgang Schnur* erhobenen Vorwurf, Mitarbeiter der Stasi gewesen zu sein, als Höhepunkt einer Hetz- und Schmutzkampagne.

Die von der Volkskammer eingesetzte Wahlkommission der DDR stellt fest, daß nach den Kriterien des Wahlgesetzes zu der Volkskammerwahl 24 Parteien, andere politische Vereinigungen und Listenverbindungen zuzulassen sind. (Einzelheiten vgl. Abschnitt 28.2)

Samstag/Sonntag, 10./11. März 1990

Das letzte Wochenende vor der Volkskammerwahl steht voll im Zeichen des Wahlkampfes in der DDR.

Montag, 12. März 1990

16. (und zugleich letzte) Sitzung des Runden Tisches in Ost-Berlin

Tagesordnung u. a.:

Abschlußbericht der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“: Vorschlag an die Volkskammer, für den 17. Juni einen Volksentscheid über eine neue Verfassung der DDR vorzubereiten, dessen Entwurf, der von der Arbeitsgruppe weitgehend fertiggestellt worden ist, im April der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll.

Abschlußbericht der Arbeitsgruppe „Sicherheit“ (zum Stand der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes)

Abschlußerklärung des Runden Tisches: Hinweise auf Einsetzung und Selbstverständnis, auf Zusammenarbeit mit Ministerrat und Volkskammer und auf Arbeitsergebnisse. „Damit hat der Runde Tisch die seinem Selbstverständnis entsprechenden Aufgaben für den bis zur Wahl geplanten Zeitraum seines Wirkens unter ständig komplizierteren und schneller ablaufenden Entwicklungsprozessen im wesentlichen erfüllt.“ Übermittlung von politischen Empfehlungen an die neu zu wählende Volkskammer (u. a.: „Die deutsche Einheit sollte unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Bürger mit der gleichberechtigten Einbringung beider deutscher Staaten und Berlins herbeigeführt werden.“) Einer der Moderatoren des Runden Tisches, Oberkirchenrat *Martin Ziegler*, nennt den Runden Tisch eine „Schule der Demokratie“.

An der letzten Montagsdemonstration in Leipzig nehmen nochmals 30 000 bis 50 000 Bürger und Messegäste teil. Auf Wahlkampfreden wird verzichtet; kirchliche Sprecher erinnern daran, daß die wichtigste Forderung der ersten Montagsdemonstration – freie Wahlen in der DDR – vor der Erfüllung stehe.

Vor der Presse in Bonn sprechen sich *Ibrahim Böhme*, Vorsitzender der SPD in der DDR, und der SPD-Minister *Walter Romberg* auch für den Fall, daß die SPD bei der Volkskammerwahl die absolute Mehrheit erringen sollte, für eine große Koalition aus. Als mögliche Partner schließen sie nicht nur die PDS, sondern auch die DSU aus.

Nach einer am gleichen Tage veröffentlichten Untersuchung des Münchener Instituts Infratest erhält die SPD 44% der Stimmen, CDU 20%, DSU 5%, DA 1%, PDS 10%, FDP 2%, LDP 2%, Grüne Partei 1%, DBD 3%, Neues Forum 1%.

Dienstag, 13. März 1990

In Ost-Berlin kommt die deutsch-deutsche Expertenkommission für die Vorbereitung der Währungsunion zu ihrer dritten Beratungsrunde zusammen.

Mittwoch, 14. März 1990

Vier Tage vor der Volkskammerwahl Rücktritt von *Wolfgang Schnur* als Vorsitzender und Spitzenkandidat des Demokratischen Aufbruchs wegen seiner früheren Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR.

Donnerstag, 15. März 1990

Der Hauptausschuß des Demokratischen Aufbruchs wählt als Nachfolger des zurückgetretenen *Wolfgang Schnur* Pfarrer *Rainer Eppelmann* zum amtierenden Vorsitzenden. *Schnur* wird aus der Organisation ausgeschlossen.

Freitag, 16. März 1990

Bis unmittelbar vor der Volkskammerwahl hält der Strom von Übersiedlern aus der DDR an. Insgesamt wurden vom 1. Januar bis zum 15. März 1990 141 772 Übersiedler registriert.

Die PDS verzichtet auf das Gebäude des ehemaligen Zentralkomitees der SED in Ost-Berlin. Künftig sollen darin die Arbeitsräume der neuen Volkskammerabgeordneten untergebracht sein.

Samstag, 17. März 1990

Treffen der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages in Prag.

Die Außenminister erkennen das Recht beider deutscher Staaten auf Einheit an; sie kommen überein, daß die Wiedervereinigung eine Angelegenheit des deutschen Volkes sei, jedoch wegen ihrer Folgen für Europa in den Prozeß der europäischen Einigung eingebunden werden müsse.

Hinweis

Im vorliegenden *Datenhandbuch* wird Kapitel 7 „Bundestag und innerdeutsche Entwicklung“ mit folgenden Abschnitten fortgeschrieben:

- 7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.4 Chronik der deutschen Vereinigung
- 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
- 7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik

Sonntag, 18. März 1990

Die erste freie Volkskammerwahl in der DDR, an der sich über 93 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen, endet entgegen den Prognosen mit dem überraschenden Sieg der konservativen Allianz für Deutschland, in der sich CDU, DSU und DA zusammengeschlossen hatten und die nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt. Die meisten Stimmen erreicht die CDU mit 40,8%, an zweiter Stelle folgt die SPD mit nur 21,9%, drittstärkste Partei wird die PDS mit 16,4%. Die Initiatoren der „friedlichen Revolution“ vom Herbst 1989, die im Bündnis 90 zusammengeschlossenen Bürgerbewegungen, erhalten lediglich 2,9% der Stimmen. (Alle weiteren Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.2). Von Kommentatoren wird das Wahlergebnis als breite Zustimmung für die von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und der bundesdeutschen CDU erwarteten Politik der schnellen Herbeiführung der Währungsunion und der baldigen Vereinigung Deutschlands gewertet.

Montag, 19. März 1990

Der Vorsitzende der CDU der DDR, *Lothar de Maizière*, bietet im Namen der Allianz für Deutschland der SPD und den Liberalen eine Zusammenarbeit an. Der SPD-Vorstand lehnt eine Koalition unter Einschluß der DSU ab, will aber Verfassungsänderungen gegebenenfalls mittragen. Auf einer Pressekonzferenz erklärt *de Maizière*, eine von der Allianz geführte Regierung werde die deutsche Einheit über den Grundgesetz-Artikel 23 vollziehen. Eine Notwendigkeit, noch über eine neue DDR-Verfassung abzustimmen, gebe es nicht.

Dienstag, 20. März 1990

Die Bundesregierung einigt sich in einer Kabinettsitzung darauf, daß die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR bis zum Sommer dieses Jahres erreicht werden soll. Im Zusammenhang damit soll das Notaufnahmeverfahren für DDR-Übersiedler durch Gesetz zum 1. Juli 1990 abgeschafft werden.

Hinweis

Der jeweilige Stand des Einigungsprozesses, die von der Bundesregierung eingenommene Position und – in der anschließenden Aussprache – die Stellungnahmen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen lassen sich den Regierungserklärungen in den Jahren 1989 und 1990 entnehmen. Daten und Themenlisten sind in Abschnitt 6.11 zusammengestellt.

Mittwoch, 21. März 1990

Die Kommission zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes verlangt die Überprüfung sämtlicher Volkskammerabgeordneten auf eine frühere Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst. Der DDR-Generalstaatsanwalt lehnt eine Überprüfung aus rechtlichen Gründen ab; dieser Maßnahme könne nur die Volkskammer selbst zustimmen.

Die Vorsitzenden der in der Allianz für Deutschland vertretenen Parteien *Lothar de Maizière* (CDU der DDR), *Hans-Wilhelm Ebeling* (DSU) und *Rainer Eppelmann* (DA) treffen in Bonn mit den Vorsitzenden von CDU und CSU, Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Bundesfinanzminister *Theodor Waigel*, zu Beratungen über die Regierungs- und Fraktionsbildung in der DDR zusammen.

Die SPD-Fraktion wählt auf ihrer konstituierenden Sitzung *Ibrahim Böhme* zu ihrem Vorsitzenden.

Bündnis 90 sowie die Listenverbindung der Grünen Partei (GP) und des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) vereinbaren in Ost-Berlin die Bildung einer gemeinsamen Volkskammerfraktion. (UFV kündigt zwei Tage später das Bündnis, weil ihm keine Mandate zugefallen sind.)

Donnerstag, 22. März 1990

Die Parteien der Allianz für Deutschland einigen sich mit den drei liberalen Parteien in der DDR über eine Koalition. Das Angebot an die SPD der DDR, in eine Große Koalition einzutreten, soll erneuert werden.

Ein geplantes Bündnis der drei liberalen Parteien kommt zunächst nicht zustande, weil die Führungsgremien der FDP der DDR und der Deutschen Forumspartei nicht mit der ehemaligen Blockpartei LDP fusionieren wollen.

Die drei Parteien der Allianz für Deutschland (CDU der DDR, DSU und DA) wollen in der Volkskammer keine gemeinsame Fraktion, aber eine „Arbeitsgemeinschaft“ bilden.

Die SPD-Volkskammerfraktion spricht sich dafür aus, daß die Volkskammer in ihrer ersten Sitzung eine Garantieerklärung zum Bestand der polnischen Westgrenze abgibt.

Die Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne fordert die Sicherheitsüberprüfung aller 400 Abgeordneten.

Freitag, 23. März 1990

Der CDU-Vorsitzende *Lothar de Maizière* erklärt sich bereit, für das Amt des Ministerpräsidenten zu kandidieren. Gegenüber der SPD erneuert *de Maizière* das Angebot einer gemeinsamen Regierungskoalition.

In der Volkskammer konstituiert sich die Fraktion der Liberalen aus den Abgeordneten der LDP, FDP und der Deutschen Forumspartei. Die drei Parteien hatten an der Wahl als Bund Freier Demokraten teilgenommen.

Sonntag, 25. März 1990

Die Parteivorsitzenden der SPD und der CDU der DDR, *Ibrahim Böhme* und *Lothar de Maizière*, werden vom Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ beschuldigt, Stasi-Mitarbeiter gewesen zu sein.

In der Woche nach der Volkskammerwahl wird in der Bundesrepublik ein deutlicher Rückgang der Übersiedler aus der DDR registriert.

Montag, 26. März 1990

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende *Ibrahim Böhme* läßt aufgrund der Verdächtigungen, beim Staatssicherheitsdienst mitgearbeitet zu haben, seine Ämter ruhen. *Markus Meckel* übernimmt kommissarisch den Parteivorsitz. *Böhme* weist wiederholt alle Anschuldigungen einer Stasi-Tätigkeit zurück. *Meckel* bezeichnet die Vorwürfe gegen *Böhme* als eine Fortsetzung der „Stasi-Methoden“.

Die Generalstaatsanwaltschaft der DDR teilt mit, bei ihren Ermittlungen gegen den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär *Erich Honecker* sowie die früheren Politbüromitglieder *Günter Mittag*, *Erich Mielke* und *Joachim Herrmann* habe sich weder der Verdacht des Hochverrats noch der des verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses bestätigt.

Der amtierende Vorsitzende des DDR-Staatsrates, *Manfred Gerlach*, spricht sich für eine Überprüfung aller Volkskammerabgeordneten sowie der Regierungsmitglieder durch Einsicht in die Akten des Staatssicherheitsdienstes aus.

Die Volkskammerfraktion der PDS wählt *Gregor Gysi* zu ihrem Vorsitzenden.

Dienstag, 27. März 1990

Die Liberal-Demokratische Partei (LDP) ändert ihren Namen in „Bund Freier Demokraten – Die Liberalen“ (BFD).

Bündnis 90 und Grüne Partei bekräftigen ihre Forderung nach Überprüfung der Volkskammerabgeordneten auf eine mögliche Stasi-Mitarbeit. Sie vermuten eine Verschleppung der Aufklärungsarbeit durch namhafte DDR-Politiker.

Die SPD-Volkskammerfraktion erklärt sich zu Informationsgesprächen mit der CDU bereit. Eine Koalition unter Einschluß der DSU wird nicht mehr kategorisch ausgeschlossen.

Die CDU-Fraktion wählt *Lothar de Maizière* zu ihrem Vorsitzenden.

Die Volkskammerfraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) konstituiert sich und wählt den Parteivorsitzenden *Günther Maleuda* zum Fraktionsvorsitzenden.

Mittwoch, 28. März 1990

Die ehemalige Blockpartei NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands) schließt sich durch korporativen Beitritt dem Bund Freier Demokraten – Die Liberalen (bis gestern: LDPD) an.

Hinweis

Zu Einzelheiten der Fraktionen der Volkskammer siehe Abschnitt 28.6.

Donnerstag, 29. März 1990

Zehntausende DDR-Bürger demonstrieren in Ost-Berlin, Leipzig, Erfurt, Gera und anderen Städten für die Überprüfung der Volkskammerabgeordneten wegen einer eventuellen Stasi-Mitarbeit.

In Ost-Berlin findet das erste Koalitionsgespräch der Parteispitzen von CDU und SPD statt.

Vertreter der in die Volkskammer gewählten Parteien und Bürgergruppen verständigen sich darauf, dem Staatsrat der DDR den 5. April als Termin für die konstituierende Sitzung des Parlaments vorzuschlagen. Außerdem einigt man sich, der Volkskammer die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses vorzuschlagen, der prüfen soll, ob Abgeordnete mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben.

Freitag, 30. März 1990

Der Staatsrat der DDR beruft gemäß Artikel 62 Absatz 1 der Verfassung der DDR die Volkskammer zu ihrer ersten Tagung für den 5. April nach Berlin ein.

Sowohl *Ibrahim Böhme*, Vorsitzender der SPD in der DDR, als auch *Lothar de Maizière*, Vorsitzender der CDU, lassen die über sie vorliegenden Akten des früheren Ministeriums für Staatssicherheit prüfen. *Böhme* erklärt anschließend, er werde seine vorübergehend niedergelegten Ämter als Partei- und Fraktionsvorsitzender zu Beginn der kommenden Woche wieder ausüben. Aus der Überprüfung der Akten von *de Maizière* ergibt sich keine Bestätigung des Vorwurfs, Informant des früheren Ministeriums für Staatssicherheit gewesen zu sein.

Montag, 2. April 1990

Ibrahim Böhme, Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD der DDR, legt wegen der noch andauernden Überprüfung seiner Stasi-Akten und aus gesundheitlichen Gründen überraschend beide Ämter nieder.

Als erste Volkskammerfraktion bezieht die CDU Räumlichkeiten im „Haus der Parlamentarier“, dem ehemaligen Sitz des SED-Zentralkomitees. Die CDU-Fraktion nominiert ihren Vorsitzenden *Lothar de Maizière* für das Amt des neuen Ministerpräsidenten.

Dienstag, 3. April 1990

Die SPD verzichtet auf ihre Forderung, die DSU bei einer Regierungskoalition auszuschließen, und macht den Weg für eine Große Koalition frei. Am Nachmittag finden erste Koalitionsgespräche zwischen Vertretern der CDU, DSU, DA, SPD und Liberalen statt.

Richard Schröder wird als Nachfolger von *Ibrahim Böhme* zum Vorsitzenden der SPD-Volkskammerfraktion gewählt.

noch: Dienstag, 3. April 1990

Der ehemalige Staats- und Parteichef der DDR *Erich Honecker* wird wegen erheblicher Verschlechterung seines Gesundheitszustandes in ein sowjetisches Militärhospital in Beelitz (Bezirk Potsdam) eingeliefert.

Mittwoch, 4. April 1990

Rainer Ortleb wird zum Vorsitzenden der Volkskammerfraktion der Liberalen gewählt.

Donnerstag, 5. April 1990

Die Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches stellt der Öffentlichkeit ihren Verfassungsentwurf vor. In einem Brief an die Abgeordneten der Volkskammer äußert die Arbeitsgruppe die Bitte, sich dafür einzusetzen, daß „die Volkskammer der Inkraftsetzung dieses ersten Entwurfs der Beschlußfassung über verfassungsändernde Einzelgesetze den Vorzug gibt“.

Auf einer Kundgebung im Berliner Lustgarten, zu der der FDGB aufgerufen hatte und dem über 20 Parteien und Organisationen gefolgt sind, demonstrieren über 100 000 Menschen gegen den bei der Währungsunion geplanten Umtauschsatz von 2:1.

1. (konstituierende) Tagung der Volkskammer der DDR (10. Wahlperiode)

Tagesordnung u. a.:

Eröffnung durch Alterspräsident *Lothar Piche* (DSU)

Hinweis auf die Bedeutung dieses historischen Ereignisses. „40 Jahre eines schweren Weges gehen in diesem Augenblick zu Ende.“

Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990

Einstimmiger Beschluß

Geheime Wahl des Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Im zweiten Wahlgang Wahl von *Sabine Bergmann-Pohl* (CDU). (Einzelheiten siehe Abschnitt 28.3.)

Ansprache der Präsidentin der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, *Sabine Bergmann-Pohl*

U.a. Wunsch, „alsbald geregelte Beziehungen zum Deutschen Bundestag aufzunehmen, weil es ganz wichtig ist, daß beide deutsche Parlamente das staatliche Zusammenwachsen aktiv gestalten – und nicht nur die Regierungen“.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs, womit u.a. die Präambel der Verfassung aufgehoben wird (wonach die DDR ein „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ sein soll und auf den „Weg des Sozialismus und Kommunismus“ festgelegt ist) und der Staatsrat der DDR abgeschafft wird mit der Ergänzung, daß die Befugnisse des Staatsrates und dessen Vorsitzenden durch das Präsidium der Volkskammer bzw. den Volkskammerpräsidenten bis zur Wahl eines Präsidenten der Republik zeitweilig wahrgenommen werden. Weitere Änderungen beziehen sich auf die

noch: Donnerstag, 5. April 1990

Dauer der Legislaturperiode und die Wahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Ministerrates der DDR.

Beschlußfassung zur vorläufigen Geschäftsordnung der Volkskammer der DDR

Die vorläufige Geschäftsordnung sieht u. a. Neuregelungen zur Konstituierung der Volkskammer, zur Wahl des Ministerpräsidenten, des Präsidiums und der Schriftführer, zur Bildung und zu den Stellenanteilen der Fraktionen, zur Arbeit der Tagungen, zur Akteneinsicht und Geheimhaltung und zur Zusammensetzung und Arbeit der Ausschüsse vor.

Bildung der Fraktionen in der Volkskammer der DDR

Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.6.

Wahl der Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer der DDR

Wahl von *Reinhard Höppner* (SPD) zum (ersten) Stellvertreter der Volkskammerpräsidentin. (Einzelheiten zur Wahl der weiteren Stellvertreter siehe Abschnitt 28.3.)

Vorschlag für den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und

Beschlußfassung über die Erteilung des Auftrages zur Bildung der Regierung

Gemäß Artikel 79 Abs.2 der Verfassung der DDR Vorschlag durch die stärkste Fraktion der Volkskammer, d. h. CDU: *Lothar de Maizière*; dem Vorschlag, *de Maizière* mit der Bildung der Regierung zu beauftragen, wird bei 62 Gegenstimmen und 31 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Bildung eines Zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunität

Erteilung des Auftrages zur Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung der Volkskammer der DDR.

Bildung eines Zeitweiligen Prüfungsausschusses der Volkskammer der DDR

Zustimmung bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung; über die Aufgabenstellung – Überprüfung der Volkskammerabgeordneten bezüglich einer früheren Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit – wird auf der 2. Tagung beraten.

Freitag, 6. April 1990

Die neue DDR-Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* (CDU) spricht sich für eine Vereinigung beider deutschen Staaten nach Artikel 146 des Grundgesetzes aus.

Montag, 9. April 1990

Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* übernimmt von *Manfred Gerlach* die Geschäfte als amtierende Staatsratsvorsitzende der DDR.

Bei den Koalitionsverhandlungen einigen sich die beteiligten Parteien auf eine endgültige Ministerliste.

Der frühere DDR-Minister für Bauwesen, *Wolfgang Junker* (SED/PDS), begeht Selbstmord.

Dienstag, 10. April 1990

Der Abschluß einer Koalitionsvereinbarung für die neue DDR-Regierung verzögert sich. Probleme ergeben sich bei der Besetzung verschiedener Ministerposten und bei Fragen der Wirtschaftspolitik.

Der scheidende DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* zieht in der jüngsten Ausgabe der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ eine positive Bilanz der von ihm geführten Regierung.

Diese Koalition aus alten und neuen Parteien habe „wesentlich dazu beigetragen, daß die DDR die schwierige Phase bis zur ersten freien Wahl eines Parlaments besser bewältigt hat als jedes andere RGW-Land in dem vergleichenden Zeitabschnitt“. Den Runden Tisch würdigt *Modrow* als „Schule der Demokratie“. Die neuen Gruppen und Parteien hätten dort politisches Profil gewonnen, und die schon etablierten Parteien hätten in den Prozeß ihrer Wandlung eintreten können.

Mittwoch, 11. April 1990

Die Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung werden erfolgreich abgeschlossen. Der designierte DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* gibt die Zusammensetzung seines künftigen Kabinetts bekannt. Die gemeinsame Koalitionsvereinbarung soll morgen vor Beginn der Volkskammertagung unterzeichnet werden.

Hinweis

Ostdeutsche Politiker, die in der DDR nach der Wahl vom 18. März 1990 führende Positionen in der Volkskammer und im Ministerrat bekleideten, sind in folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

Donnerstag, 12. April 1990

Unmittelbar vor Beginn der Volkskammertagung unterzeichnen die Führungsspitzen der künftigen Regierungsparteien ihre Koalitionsvereinbarung, in der als Ziel formuliert wird, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle DDR-Bürger zu sichern, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen sowie die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der Bundesrepublik auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes zügig und verantwortungsvoll durchzusetzen und damit einen Beitrag zur europäischen Friedensordnung zu leisten.

Bauern protestieren mit Traktoren, Lastwagen und Landmaschinen in Ost-Berlin vor der Volkskammer gegen die zunehmenden Absatzprobleme ihrer Produkte.

2. Tagung der Volkskammer der DDR

Vor Eintritt in die Tagesordnung nach längerer turbulenter Geschäftsordnungsdebatte und Unterbrechung der Sitzung Aufsetzung eines Antrages der CDU-Fraktion zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR (Änderung der Eidesformel für den Ministerrat)

Tagesordnung u. a.:

Antrag aller Fraktionen der Volkskammer der DDR zu einer Gemeinsamen Erklärung

Zustimmung bei 21 Stimmenthaltungen zum Bekenntnis zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft; bekräftigt wird „die Unverletzbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus“.

Antrag aller Fraktionen über die Aufgabenstellung des Zeitweiligen Prüfungsausschusses der Volkskammer der DDR

Zustimmung bei 3 Stimmenthaltungen, daß der Prüfungsausschuß die Unterlagen derjenigen Abgeordneten prüft, bei denen auf Grund der ersten Überprüfung ein Verdacht besteht, für das Ministerium für Staatssicherheit tätig gewesen zu sein, und daß der Ausschuß bei Vorliegen einer entsprechenden Voraussetzung dem Abgeordneten den Rücktritt empfiehlt. Ziel: „Die Bürger unseres Landes müssen wissen, daß ihre Abgeordneten nicht durch die Schatten der Vergangenheit gelähmt oder durch immer wieder aufkommende Anschuldigungen erpreßt werden können.“

Erklärung des designierten Ministerpräsidenten *Lothar de Maizière* zur Regierungsbildung und Vorstellung der Kandidaten

Bildung einer Großen Koalition, bestehend aus den Fraktionen der CDU, DSU, Demokratischer Aufbau, Liberale und SPD.

Wahl des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

Wahl von *Lothar de Maizière* mit 265 Ja-Stimmen von 382 abgegebenen Stimmen. (Weitere Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.8.)

Anfragen an die Kandidaten für den Ministerrat der DDR

Fragen fast ausschließlich nur von Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Grüne zu politischen Äußerungen und Tätigkeiten einzelner Kandidaten vor der Wende in der DDR.

noch: Donnerstag, 12. April 1990**Wahl der Mitglieder des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik**

Wahl des 23köpfigen Kabinetts en bloc mit 247 Ja-Stimmen von 380 abgegebenen Stimmen. (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.8.)

Kurze Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates *Lothar de Maizière*: Hinweis auf die historische Stunde, in der auf dem Gebiet der DDR erstmals nach 58 Jahren wieder eine aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung gebildet worden ist. „Unser Ziel ist die staatliche Einheit Deutschlands in einem einigen Europa.“

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR

Zustimmung bei 1 Gegenstimme und 16 Stimmenthaltungen zur geänderten Eidesformel für die Vereidigung des Ministerrats (Verzicht auf Erwähnung der Verfassung).

Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über die Bildung und zahlenmäßige Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse der Volkskammer

Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.7.

Vereidigung des Ministerrats vor der Volkskammer der DDR**Mittwoch, 18. April 1990**

Der DDR-Ministerrat tritt in Berlin zur ersten Sitzung nach seiner Konstituierung zusammen und erörtert unter Vorsitz von Ministerpräsident *Lothar de Maizière* die Regierungserklärung.

Nach der Regierungsbildung in der DDR und der Osterpause beginnt offiziell der Dialog auf Ministerbene zwischen den beiden deutschen Staaten. Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Innenminister *Peter-Michael Diestel* vereinbaren in Bonn den baldigen Wegfall der Kontrollen im Reiseverkehr.

Hinweis

Ostdeutsche Politiker, die in der DDR nach der Wahl vom 18. März 1990 führende Positionen in der Volkskammer und im Ministerrat bekleideten, sind in folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

Donnerstag, 19. April 1990

Die Republikaner wollen sich – entsprechend einer Ankündigung ihres Vorsitzenden *Franz Schönhuber* in Bonn – trotz des Verbots der Partei bis Mitte Mai in allen künftigen DDR-Ländern organisatorisch etablieren. *Schönhuber* ruft die inzwischen rund 4 000 eingeschriebenen Anhänger in der DDR zum Boykott der Kommunalwahl im Mai 1990 auf.

3. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik

Lothar de Maizière führt als Auftrag und als Hauptziele der von ihm geführten „Regierung der demokratischen Mitte“ an: Ruf „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“ bedeutet demokratischen Auftrag und Auftrag zur Einigung Deutschlands („so schnell wie möglich“, Rahmenbedingungen „so gut ... wie nötig“); herzliche Bitte an die Bürger der Bundesrepublik, zu bedenken, daß die DDR 40 Jahre lang die Last der deutschen Geschichte habe tragen müssen, keine Marshall-Plan-Unterstützung, statt dessen Reparationsleistungen: „Wir erwarten von Ihnen keine Opfer. Wir erwarten Gemeinsamkeit und Solidarität. Die Teilung kann tatsächlich nur durch Teilen aufgehoben werden.“

Hauptziele u. a. Währungsumstellung zum „grundlegenden Kurs“ 1:1; Wiederherstellung der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg; Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft; Gesetze für Handel und Industrie und Regelungen zum Niederlassungsrecht, zur Vertrags- und Gewerbefreiheit und eine Steuergesetzgebung; keine Änderung an den Ergebnissen der Bodenreform von 1946.

Aktuelle Stunde zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches

Aussprache über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne, den von der Arbeitsgruppe Neue Verfassung des Runden Tisches ausgearbeiteten Verfassungsentwurf für eine Übergangszeit in Kraft zu setzen: Respektbezeugung vor dem Entwurf (u. a. von *Richard Schröder* [SPD] und *Gerhard Riege* [PDS]), Zweifel am Sinn einer neuen DDR-Verfassung angesichts des vorgesehenen Beitritts zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes (so vor allem die Redner von CDU, DA und DSU).

Die Volkskammerabgeordneten der CDU und des Demokratischen Aufbruchs (DA) schließen sich zu einer Fraktionsgemeinschaft (abgekürzt: CDU/DA) zusammen.

Hinweis

Die einzelnen Etappen und die kontroversen Standpunkte bis zur Unterzeichnung des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik können in den beiden Chroniken in Abschnitt 7.4 und 28.1 im vorliegenden *Datenhandbuch* verfolgt werden.

Freitag, 20. April 1990

Tod des ehemaligen Volkskammerpräsidenten *Horst Sindermann*.

Im Anschluß an ein Fußballspiel kommt es in Ost-Berlin zu schweren Krawallen größtenteils rechtsradikaler Jugendlicher.

4. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Aussprache zur Regierungserklärung von Ministerpräsident *Lothar de Maizière*

Weitgehende Zustimmung bei allen Fraktionen; Beifall findet „der Wille zu selbstbewußter Politik im Interesse der DDR-Bürger“ (so u. a. *Marianne Birthler* [Bündnis 90/Grüne]); Hinweis von *Wolfgang Thierse*, daß die Entscheidung für den Eintritt in die Koalition in der SPD umstritten ist; Kritik des DSU-Fraktionsvorsitzenden *Hansjoachim Walther* an dem von *de Maizière* ausgesprochenen Dank gegenüber *Hans Modrow* für seine behutsame Politik als Ministerpräsident.

Sonntag, 22. April 1990

Auf einem Sonderparteitag des Demokratischen Aufbruch in Schwerin wird *Rainer Eppelmann* als Nachfolger des zurückgetretenen *Wolfgang Schnur* zum Parteivorsitzenden gewählt.

Vor der Volkskammer in Ost-Berlin fordern Tausende Demonstranten, keine Einschränkung des seit 1972 in der DDR geltenden Rechts jeder Frau auf Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft zuzulassen.

Mehr als 600 Juristen verabschieden auf dem ersten Juristentag seit Bestehen der DDR eine Resolution, in der eine neue Verfassung für ein vereinigtes Deutschland gefordert wird. Die Juristen sprechen sich gegen eine bloße Übernahme des bundesdeutschen Rechts aus.

Montag, 23. April 1990

Einigung in der Bonner Regierungskoalition auf die Grundzüge eines Staatsvertrages mit der DDR zur Gründung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Einzelheiten vgl. unter Abschnitt 7.4).

Hinweis

Alle Parteien und Listenverbindungen aus den östlichen Bundesländern, die im Dezember 1990 an der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag teilgenommen haben, sind in Abschnitt 1.6 des vorliegenden **Datenhandbuchs** stichwortartig beschrieben.

Dienstag, 24. April 1990

Bei einem Arbeitstreffen in Bonn verabreden Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Ministerpräsident *Lothar de Maizière*, daß die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in Kraft tritt. Die Bundesregierung bietet der DDR an, Löhne und Gehälter sowie Sparguthaben und Bargeld bis zu 4 000 Mark je Person zum Kurs von 1:1 in D-Mark umzutauschen. Für darüber hinausgehende Guthaben und Schulden von Betrieben soll ein Kurs von 2:1 gelten.

Die beiden deutschen Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* und *Markus Meckel* beschließen auf ihrer ersten Arbeitssitzung in Bonn einen gemeinsamen Politik-Ausschuß.

Mit einem Ansturm auf Sparkassen und Volksbanken reagieren in DDR-Bürger auf den Bonner Beschluß zur Währungsunion.

Berliner aus beiden Teilen der Stadt demonstrieren vor dem Roten Rathaus in Ost-Berlin gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

Mittwoch, 25. April 1990

Ministerpräsident *Lothar de Maizière* informiert sein Kabinett über die Ergebnisse des Treffens mit Bundeskanzler *Helmut Kohl*. Wie in einer anschließenden Pressekonferenz mitgeteilt wird, reicht der DDR-Regierung der vorgeschlagene Höchstbetrag von 4 000 Mark für einen Umtausch 1:1 von Bargeld und Sparguthaben bei der Einführung der Währungsunion nicht aus.

DDR-Justizminister *Kurt Wünsche* kündigt an, daß gegen Todesschützen an der Mauer und ehemalige Funktionäre der Staatssicherheit Ermittlungen eingeleitet würden.

Der zeitweilige Untersuchungsausschuß der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Klärung der Ausschreitungen vom 7. bis 9. Oktober 1989 bringt auf seiner letzten Tagung mehrere Anträge an die Volkskammer ein.

Konstituierung der 26 ständigen Ausschüsse der Volkskammer und Benennung ihrer Vorsitzenden und Stellvertreter (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 28.7.)

Die Koalitionsparteien reagieren unterschiedlich auf das Bonner Angebot zur Währungsunion; mehrere Änderungswünsche meldet die SPD-Fraktion an.

Hinweis

Zu den zur Volkskammerwahl 1990 geschlossenen Wahlbündnissen siehe Abschnitt 28.2.

Donnerstag, 26. April 1990

Der DDR-Minister für regionale Angelegenheiten *Manfred Preiß* teilt mit, daß die DDR-Regierung in den zu gründenden Ländern bis Anfang November 1990 Landtagswahlen plane.

Bei einer Demonstration vor der Volkskammer fordern über tausend Bauern und Förster aus der DDR Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft.

5. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Antwort von Mitgliedern des Ministerrates der DDR zur Aussprache über die Regierungserklärung auf der 4. Tagung der Volkskammer

Fragen u. a. zur Rolle der Polizei bei rechtsradikalen Ausschreitungen, zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO, zur Erstellung neuen Materials für den Geschichtsunterricht, zum Bestand der DDR-Betriebe angesichts des zusammengebrochenen Inlandmarktes, zum Abbau der Subventionen.

Anträge der Fraktion Bündnis 90/Grüne (1) zur Inkraftsetzung eines Vorläufigen Grundgesetzes für die Deutsche Demokratische Republik und (2) zur Volksabstimmung über eine neue Verfassung (1. Lesung)

Sowohl inhaltliche Ablehnung der Anträge in der Debatte von den meisten Rednern (außer PDS) als auch Ablehnung – mit 179 Stimmen bei 167 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen –, die Vorlagen wenigstens an den Verfassungsausschuß zu überweisen.

Anträge der Fraktion Bündnis 90/Grüne und der SPD-Fraktion zur Einsetzung eines Parlamentsausschusses zur Kontrolle der Treuhandanstalt

Ziel der Anträge ist es, die noch unter Ministerpräsident *Modrow* eingerichtete „Treuhandanstalt“ einer parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen; Überweisung der Anträge an die Ausschüsse.

Gesetz zur Änderung des Wehrdienstgesetzes

Zustimmung zu dem Gesetz, durch das ein neuer Fahnenfeld eingeführt wird.

Aktuelle Stunde zu Fragen der Zulieferungen von Grundstoffen zur Herstellung chemischer Waffen im Irak

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne Prüfung möglicher Verwicklungen der DDR in die Produktion von Giftgas im Irak.

Freitag, 27. April 1990

In Ost-Berlin beginnen die offiziellen Gespräche zum Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion; die Delegation der Bundesrepublik wird von dem stellvertretenden Präsidenten der Deutschen Bundesbank *Hans Tietmeyer*, die der DDR vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Ministerpräsidenten *Günther Krause* geleitet.

noch: Freitag, 27. April 1990

Einleitung eines Ermittlungsverfahrens u. a. gegen den Dresdner Oberbürgermeister *Wolfgang Berghofer* wegen des Verdachts der Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen im Mai 1989.

Sonntag, 29. April 1990

Mit Straßenblockaden in Brandenburg protestieren Hunderte Bauern gegen die zu erwartenden marktwirtschaftlichen Belastungen für die DDR-Landwirtschaft.

Noch immer verlassen wöchentlich rund 4 000 DDR-Bürger das Land.

Montag, 30. April 1990

Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* und Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* sowie die übrigen Mitglieder der Präsidien beider Parlamente treffen zu einer ersten offiziellen Begegnung und Beratung in Ost- und später in West-Berlin zusammen. Betont wird die besondere Verantwortung beider Parlamente bei der Mitgestaltung des deutschen Einigungsprozesses und die notwendige intensive Zusammenarbeit auf allen parlamentarischen Ebenen. In beiden Parlamenten soll ein besonderer Ausschuß die Beratungen begleiten.

Mittwoch, 2. Mai 1990

Die Bundesregierung und die DDR-Regierung einigen sich auf die Umtauschkurse für die Währungsunion.

Außer Löhnen und Gehältern sollen auch Mieten, Stipendien, Renten und andere wiederkehrende Versorgungszahlungen im Verhältnis 1:1 umgestellt werden. Sparguthaben und Bargeld werden nach Alter gestaffelt umgetauscht: Für Kinder bis 14 Jahren dürfen 2 000 Mark im Verhältnis 1:1, 15- bis 59jährige können 4 000 Mark und ältere 6 000 Mark zu diesem Kurs umtauschen. Für höhere Guthaben und Verbindlichkeiten gilt ein Kurs von 1:2. Guthaben von Bundesbürgern, Ausländern und Firmen werden, wenn sie ihren Sitz nicht in der DDR haben, zum Kurs von 1:3 umgestellt.

Donnerstag, 3. Mai 1990

Als Termin für die Wiedereinführung der fünf Länder in der DDR nennt Ministerpräsident *Lothar de Maizière* den 1. Januar 1991.

Freitag, 4. Mai 1990

Die SPD der DDR verlangt eine soziale Absicherung der Bürger im geplanten Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Von den SPD-Ministern in der DDR-Regierung wird ein Alternativentwurf vorgelegt.

Martin Kirchner, Generalsekretär der CDU der DDR, schlägt vor, die Landtagswahlen in der DDR wie die Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 durchzuführen.

Der PDS-Vorsitzende *Gregor Gysi* erklärt, seine Partei werde sich voraussichtlich nach den Bundestagswahlen im Dezember bundesweit organisieren.

Samstag, 5. Mai 1990

In Bonn erstes Treffen der Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges (USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich) zu „2+4-Gesprächen“ über die deutsche Einheit.

Die DDR-Regierung setzt eine Kommission zur Ausarbeitung notwendiger Verfassungsänderungen ein (was zeigt, daß die Verabschiedung einer neuen Verfassung für sie nicht mehr in Frage kommt).

Sonntag, 6. Mai 1990

Bei der ersten freien Kommunalwahl in der DDR bestätigen sich weitgehend die politischen Kräfteverhältnisse in der Volkskammer, lediglich die Parteien der „Allianz für Deutschland“ verlieren fast 10 Prozentpunkte, doch bleibt die CDU mit 34,4% stärkste Partei. Die weiteren Ergebnisse: SPD 21,3%, PDS 14,6%, Liberale 6,7%, DSU 3,4%, Neues Forum 2,4%, übrige Parteien 17,2%.

Montag, 7. Mai 1990

Wegen Unzufriedenheit mit dem Entwurf zum Staatsvertrag werden in der SPD-Basis und im Parteivorstand immer mehr Stimmen laut, die Koalitionsfrage in der Regierung zu stellen. Der Parteivorstand fordert die sofortige Einberufung des Koalitionsausschusses der DDR-Regierungsparteien.

Dienstag, 8. Mai 1990

Ministerpräsident *Lothar de Maizière* erörtert mit der SPD-Volkskammerfraktion kontroverse Fragen zum Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Sondertagung der Volkskammer der DDR

Gedenkstunde aus Anlaß des 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung Deutschlands vom Gewaltregime des Dritten Reiches; Rede von Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl*.

Mittwoch, 9. Mai 1990

Der Vorstand des FDGB gibt dem immer größer werdenden Druck nach und beschließt die Auflösung der Einheitsgewerkschaft als Dachverband der Gewerkschaften in der DDR.

Donnerstag, 10. Mai 1990

Beginn einer Welle von Grenzblockaden, Warnstreiks und Demonstrationen von DDR-Bürgern wegen möglicher negativer Auswirkungen des Staatsvertrages mit der Bundesrepublik und aus Sorge um die soziale Sicherheit in einem vereinten Deutschland.

6. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Nach zum Teil ausführlichen Debatten Ausschußüberweisung folgender Anträge:

Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung);

Beschluß der Volkskammer der DDR zur Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage;

Gesetz über die Neubildung demokratisch legitimer Bezirkstage;

Neufassung des Gesetzes über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen;

Überprüfung der örtlichen Volksvertretungen auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem ehemaligen MfS/AfNS

Aktuelle Stunde auf Antrag der PDS-Fraktion zum Thema „Stand und Inhalt der Verhandlungen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD über den Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“

Begründung für die Aktuelle Stunde, daß die Verhandlungen trotz der ungeheuer großen Bedeutung für die DDR-Bürger „als Geheimverhandlungen geführt (werden), die Öffentlichkeit und selbst das Parlament sind ausgeschlossen“ (*Gregor Gysi*), was zur Gerüchtebildung geführt habe; Stellungnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs *Günther Krause* (CDU), dem Verhandlungsleiter der DDR-Regierung; Kontroversen und Tumulte aufgrund von Widersprüchen zu Ausführungen von Finanzminister *Walter Romberg* (SPD).

Samstag, 12. Mai 1990

Auf einer in Ost-Berlin beginnenden zweitägigen Klausurtagung des PDS-Vorstandes erklärt der Parteivorsitzende *Gregor Gysi* u. a., die SED sei reaktionär gewesen und habe den Sozialismus verhindert.

Sonntag, 13. Mai 1990

Die deutsch-deutsche Expertenkommission einigt sich in Bonn nach rund 30stündigen Verhandlungen auf einen Entwurf für den Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, dessen Inhalt nicht veröffentlicht wird.

DDR-Außenminister und SPD-Vorsitzender *Markus Meckel* spricht sich – entgegen den Vorstellungen der westdeutschen SPD – für gesamtdeutsche Wahlen im Frühjahr 1991 aus. In Bonn drängt die FDP, die gesamtdeutschen Wahlen noch vor Ende der laufenden Wahlperiode des Bundestages am 13. Januar 1991 abzuhalten.

Montag, 14. Mai 1990

Treffen von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Ministerpräsident *Lothar de Maizière* in Ost-Berlin.

Bundesfinanzminister *Theodor Waigel* und DDR-Finanzminister *Walter Romberg* beraten in Ost-Berlin über die Haushaltslage der DDR, den Umfang bundesdeutscher Hilfe und die Eigenleistungen durch die DDR.

Dienstag, 15. Mai 1990

Nach einer Koalitionsberatung über den Staatsvertrag mit der DDR erklärt Bundeskanzler *Helmut Kohl*, die Fraktionen von CDU/CSU und FDP strebten gesamtdeutsche Wahlen noch in diesem Jahr, spätestens aber am 13. Januar 1991 an.

Mehrere Fraktionen der Volkskammer kommen zu Beratungen über den Entwurf des Staatsvertrages mit der Bundesrepublik zusammen.

Mittwoch, 16. Mai 1990

DDR-Innenminister *Peter-Michael Diestel* teilt mit, daß er den früheren Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit *Markus Wolf* gebeten habe, „sich mit seinen Fähigkeiten und Kenntnissen“ der Regierung zur Verfügung zu stellen. *Wolf* weist das Angebot, das in der DDR weithin Empörung auslöst, einige Tage später zurück.

Donnerstag, 17. Mai 1990

Abschluß der Verhandlungen zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Der DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* erklärt vor dem Europaparlament in Straßburg, wegen der ersten gesamtdeutschen Wahl lasse sich seine Regierung auf keinen Zeitplan festlegen.

Aufgrund einer vom DDR-Ministerrat am Vortag erlassenen Verordnung können Bürger beider deutscher Staaten die innerdeutsche Grenze ab sofort mit dem Personalausweis passieren.

Mitglieder der ehemaligen Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches fordern die DDR-Bürger zur Unterzeichnung eines Aufrufs des Neuen Forum zum Verfassungsentwurf auf. In dem Aufruf heißt es:

„Eine knappe Mehrheit der Volkskammer hat den Verfassungsentwurf des Runden Tisches ohne Absprache vom Tisch gewischt – und das, obwohl an seiner Ausarbeitung alle Bürgerbewegungen und Parteien des Runden Tisches beteiligt waren.“

7. Tagung der Volkskammer der DDR

Vor Eintritt in die Tagesordnung Erklärung von Innenminister *Peter-Michael Diestel*, daß das große Polizeiaufgebot vor der Volkskammer mit mehreren Morddrohungen, u. a. gegen Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl*, zusammenhänge.

Tagesordnung u. a.:

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR (Verfassungsgrundsätze) (1. Lesung)

Erklärung von Justizminister *Kurt Wünsche* zur Problematik einer neuen Verfassung für die DDR angesichts der Kürze der noch verbleibenden Zeit; anstelle von Textänderungen werden „Verfassungsgrundsätze“ (Bekennnis der DDR zur freiheitlichen, demokratischen, föderativen, rechtsstaatlichen und sozialen Grundordnung) vorgelegt, die entgegenstehenden Grundsätzen der noch geltenden Verfassung vorgehen und verbindliche Auslegungsregeln schaffen sollen, auch angesichts des bevorstehenden Staatsvertrages zwischen BRD und DDR. Ablehnung des Entwurfs durch die Sprecher der Fraktionen von PDS und Bündnis 90/Grüne.

Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung)

Annahme der neuen Kommunalverfassung mit Zweidrittelmehrheit, womit in der DDR der Weg für die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise eröffnet wird.

Beschluß zum Schutz des Inlandmarktes der DDR auf Antrag der PDS-Fraktion

Nach längerer Debatte Ablehnung des PDS-Antrags, u. a. wegen der bevorstehenden Währungsunion.

Beschluß zur Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage

Zustimmung zur Beendigung am 30. Mai 1990.

Gesetz über Rechtsverhältnisse der Abgeordneten der Volkskammer (1. Lesung)

Inhalt: Schaffung der rechtlichen Grundlage u. a. für die Entschädigung der gewandelten Abgeordnetentätigkeit, die inzwischen einer vollen beruflichen Tätigkeit entspricht.

Beschluß über Umbenennung und zahlenmäßige Zusammensetzung des Koordinierungsausschusses für Deutsche Einheit

Umbenennung in Ausschuß Deutsche Einheit mit 39 (zuvor 19) Mitgliedern.

Freitag, 18. Mai 1990

In Bonn Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion durch die Finanzminister *Theodor Waigel* und *Walter Romberg* in Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Ministerpräsident *Lothar de Maizière*.

Nach dem Vertrag, der am 1. Juli in Kraft treten soll, gibt die DDR die Hoheit über die Finanz- und Geldpolitik ab. Die Bundesrepublik gewährt Zuschüsse zum Staatshaushalt der DDR und subventioniert den Aufbau der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Die DDR übernimmt zahlreiche bundesdeutsche Bestimmungen, Gesetze und Verordnungen, darunter die Normen zur Vertragsfreiheit, Tarifautonomie, Koalitionsfreiheit, Betriebsverfassung, Kündigungsschutz, Gewerbeniederlassungs- und Berufsfreiheit.

Bundeskanzler *Kohl* bezeichnet die Unterzeichnung als „Geburtsstunde eines freien und einigen Deutschlands“; Ministerpräsident *de Maizière* sagt, mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages beginne die tatsächliche Verwirklichung der Einheit Deutschlands. Es handele sich um einen Kompromiß. „Nicht alle Blümenträume ... konnten in Erfüllung gehen. Aber niemandem wird es schlechter gehen als bisher. Im Gegenteil.“

Der SPD-Vorsitzende *Hans-Jochen Vogel* erklärt, die SPD habe sich noch nicht entschieden, ob sie im Bundestag und Bundesrat dem Staatsvertrag zustimmen werde. PDS-Vorsitzender *Gregor Gysi* bezeichnet den Staatsvertrag als „Unterwerfung, die nicht nötig gewesen wäre, wenn man ein generell anderes Konzept verfolgt hätte“.

Die SPD der DDR fordert den Rücktritt von Innenminister *Peter-Michael Diestel* (DSU) wegen dessen Plan, den ehemaligen Spionagechef *Markus Wolf* bei der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes einzusetzen.

Montag, 21. Mai 1990

8. Tagung (Sondertagung) der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD vom 18. Mai 1990 (1. Lesung)

Begründung des Gesetzentwurfs durch den Minister für Finanzen *Walter Romberg* und durch den Parla-

noch: Montag, 21. Mai 1990

mentarischen Staatssekretär *Günther Krause*; anschließend kontroverse Debatte über den Staatsvertrag; während die Sprecher der Koalitionsparteien auf die Chancen hinweisen, die der Vertrag eröffnet, werfen vor allem die Sprecher von PDS und Bündnis 90/Grüne der Regierung vor, der Vertrag sichere keine gleichwertige Mitwirkung der DDR-Bürger und übertrage schlicht das politische und soziale System der Bundesrepublik.

Dienstag, 22. Mai 1990

Ministerpräsident *Lothar de Maizière* spricht Innenminister *Peter-Michael Diestel* das Vertrauen aus.

Die Volkskammer-Fraktion der DSU entzieht DDR-Innenminister *Peter-Michael Diestel* das Vertrauen und fordert ihn zum Rücktritt auf. Ihm wird vorgeworfen, in seinem Ministerium weiterhin 2 350 ehemalige Angehörige des aufgelösten Staatssicherheitsdienstes zu beschäftigen.

Mittwoch, 23. Mai 1990

Erste gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Deutsche Einheit des Bundestages und der Volkskammer in Bonn (Einzelheiten vgl. Abschnitt 7.5).

Montag, 28. Mai 1990

Die SPD der DDR übt deutliche Kritik am SPD-Kanzlerkandidaten *Oskar Lafontaine* wegen seiner Empfehlung, die Sozialdemokraten sollten im Bundestag gegen den deutsch-deutschen Staatsvertrag stimmen.

Dienstag, 29. Mai 1990

Bei einem Treffen von Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* mit Staatssekretär *Günther Krause* in Ost-Berlin übergibt *Schäuble* sein Papier „Grundstrukturen eines Staatsvertrages zur Herstellung der deutschen Einheit“; *Krause* übergibt ein Papier „Einheit Deutschlands“.

Im Reichstagsgebäude in West-Berlin kommen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Volkskammerfraktionen der Allianzparteien zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Über einen Termin zu gesamtdeutschen Wahlen herrscht Uneinigkeit.

Die Volkskammerfraktion der DSU appelliert an Ministerpräsident *Lothar de Maizière*, Innenminister *Peter-Michael Diestel* (DSU) zu entlassen.

Hinweis

Zu Einzelheiten über die Ausschüsse der Volkskammer siehe Abschnitt 28.7.

Mittwoch, 30. Mai 1990

Die DDR-Regierung beschließt, mit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion alle durch die Mauer unterbrochenen Straßenverbindungen in Berlin wiederherzustellen. Westliche Firmen werden um kostenlose Hilfe bei den Abrißarbeiten gebeten.

DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* spricht sich erneut dafür aus, daß Berlin Hauptstadt im vereinigten Deutschland wird.

Donnerstag, 31. Mai 1990

Der Parteirat der SPD der DDR fordert Ministerpräsident *Lothar de Maizière* auf, Justizminister *Kurt Wünsche* (BFD) und Innenminister *Peter-Michael Diestel* (DSU) zu entlassen. Beide hätten „weder den Vorsatz noch die Fähigkeit bewiesen, den Demokratisierungsprozeß in unserem Lande durchzusetzen“.

9. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zur Schülerspeisung nach dem 1. Juli, zur Sicherung der Eigentums- und Besitzrechte der DDR-Bürger, zur Versorgungslage und zum Sinn der parlamentarischen Diskussion über den Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, wenn Änderungen nicht möglich sind.

Beschluß über die Bildung einer Regierungskommission betreffend Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen im In- und Ausland verbunden mit Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Parteien und andere politische Vereinigungen (Parteiengesetz) vom 21. 2. 1990

Inhalt des Beschlusses und der Gesetzesänderung: Auftrag an den Ministerpräsidenten, (1) unverzüglich eine Regierungskommission zu bilden, die bis zum 30. Juni 1990 die Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der DDR feststellt, (2) das Vermögen mit sofortiger Wirkung in treuhänderische Verwaltung zu überführen und (3) ein gesetzliches Verfahren vorzubereiten, mit dem die Vermögenswerte zugunsten gemeinnütziger Zwecke eingezogen werden können; gegen den heftigen Widerstand der PDS (*Gregor Gysi*: Versuch, die PDS zu liquidieren; „Ermächtigungsgesetz“) Annahme der beiden Anträge mit Mehrheit.

Beschluß zur Entfernung des Staatswappens von öffentlichen Gebäuden

Dem Antrag der DSU-Fraktion, innerhalb einer Woche alle Staatswappen zu entfernen oder notfalls zu verdecken, wird nach kontroverser Diskussion mit Mehrheit zugestimmt.

noch: Donnerstag, 31. Mai 1990

Gesetz über Rechtsverhältnisse der Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Mit Mehrheit Zustimmung zu dem Gesetz, womit die Mitglieder der Volkskammer künftig eine monatliche Entschädigung von 3 000 Mark zuzüglich einer Kostenpauschale von 2 300 Mark erhalten.

Gesetz zur Regelung paßrechtlicher Fragen

Einstimmige Annahme des Gesetzes, womit wesentliche Erleichterungen für Bürger der DDR bei Reisen in die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin geschaffen werden (kein Visum, kein Reisepaß).

Am Nachmittag muß die Volkskammertagung unterbrochen werden, nachdem auf der Zuschauertribüne ein Transparent entfaltet worden ist, auf dem eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung gefordert wird.

Freitag, 1. Juni 1990

Die Volkskammer tagt erstmals in ihrer Geschichte ohne das auf Parlamentsbeschluß am Vortag entfernte Staatseblem mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz.

10. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik

Inhalt: „Mantelgesetz“, mit dem im Zusammenhang mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion 26 Gesetze der Bundesrepublik Deutschland – darunter das Mitbestimmungs-, Betriebsverfassungs- und Aktiengesetz – en bloc übernommen werden sollen; nach lebhafter Debatte Ausschußüberweisung.

Außerdem Ausschußüberweisung folgender Anträge:

Gesetz über die Grundsätze des Finanzwesens der Deutschen Demokratischen Republik,

Gesetz über den Rechnungshof der Republik,

Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder in der Deutschen Demokratischen Republik (Haushaltsgrundsätzegesetz),

Gesetz über die Haushaltsordnung der Republik

Samstag, 2. Juni 1990

Zehntausende Parteimitglieder und Sympathisanten der PDS protestieren in Ost-Berlin gegen eine befürchtete Enteignung der SED-Nachfolgepartei. Die Demonstration wendet sich gegen den Beschluß der Volkskammer vom 31. Mai, wonach das Vermögen der DDR-Altparteien durch eine Regierungskommission treuhänderisch verwaltet und unter dem SED-Regime unrechtmäßig erworbenes Eigentum gegebenenfalls eingezogen werden soll.

Dienstag, 5. Juni 1990

Eine Kommission des Justizministeriums legt den Entwurf für eine neue DDR-Übergangsverfassung vor. Der Entwurf basiert auf der DDR-Verfassung von 1949 und einigen Überlegungen des Runden Tisches. Darin verpflichtet sich die DDR, „die staatliche Einheit Deutschlands herbeizuführen“.

Mittwoch, 6. Juni 1990

Nach einem Beschluß des Ministerrates der DDR soll die Kommission zur Erfassung, Verwaltung und Kontrolle der DDR-Parteivermögen elf Mitarbeiter umfassen. Jede Volkskammerfraktion soll ein Mitglied entsenden, drei unabhängige Fachleute aus dem Bank- und Finanzwesen sollen die Politiker und den Vorsitzenden unterstützen.

In einer in Bonn vorgestellten gemeinsamen Erklärung lehnen die Volkskammerfraktion von Bündnis 90/Grüne und die Bundestagsfraktion der Grünen den deutsch-deutschen Staatsvertrag aus schwerwiegenden verfassungsrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Gründen ab.

Mit der Festnahme der mutmaßlichen RAF-Terroristin *Susanne Albrecht*, die sich bereits seit zehn Jahren unter dem Schutz der Staatssicherheit in der DDR aufgehalten hat, beginnt eine Serie von Fahndungserfolgen der Ost-Berliner Sicherheitsbehörden.

Am 21. Juni leitet die Karlsruher Staatsanwaltschaft gegen den früheren SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden *Erich Honecker* sowie gegen den ehemaligen Minister für Staatssicherheit *Erich Mielke* ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung ein.

Donnerstag, 7. Juni 1990

DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* beginnt eine Serie von Besuchen in den Hauptstädten der früheren Siegermächte.

Mehrere tausend Studenten protestieren vor der Volkskammer für mehr staatliche Unterstützung.

11. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Gemeinsame Erklärung der Volkskammer zu den Ereignissen vom 3. und 4. Juni 1989 in der Volksrepublik China

Auf Antrag aller Fraktionen Entschuldigung für eine am 8. Juni 1989 von der damaligen Volkskammer abgegebene Erklärung, in der der Militäreinsatz gegen die revoltierenden Studenten in China gerechtfertigt wurde.

Aktuelle Stunde „Versorgung der Bevölkerung der DDR mit Waren des täglichen Bedarfs“

Dazu auf Antrag des Haushaltsausschusses Beschluß der Volkskammer, den Betrieben mehr Rechte einzuräumen, ihre Produkte selbst an den Einzelhandel auszuliefern oder unmittelbar zu verkaufen.

Fragestunde

Erstmalige reguläre Durchführung einer Fragestunde in der Volkskammer; Fragen u. a. zur künftigen Subventionierung bzw. Quotierung landwirtschaftlicher Produkte, zum Kauf volkseigenen Bodens, zur wachsenden Arbeitslosigkeit in der DDR, zur künftigen Stipendienregelung (Frage von den vor der Volkskammer demonstrierenden Studenten gestellt), zur Zukunft der Kernkraftwerke und zu Beschäftigungsförderungskonzepten der Regierung.

Beschluß zur Einsetzung eines Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS

Annahme bei 1 Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen.

Nach zum Teil ausführlichen Debatten Ausschlußüberweisung folgender Anträge:

mehrere Steuergesetze,
Gesetz zur Privatisierung und Reorganisierung des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz),
Verlängerung der Legislaturperiode der Richter und Schöffen

Hinweis

Ostdeutsche Politiker, die in der DDR nach der Wahl vom 18. März 1990 führende Positionen in der Volkskammer und im Ministerrat bekleideten, sind in folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

Freitag, 8. Juni 1990

12. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Aktuelle Stunde „Situation der Ausländer in der DDR“

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne angesichts der wachsenden Fremdenfeindlichkeit in der DDR.

Fragestunde

Fragen u. a. zur Möglichkeit einer sofortigen stationären Begutachtung *Erich Honeckers* zur Prüfung seiner Haftfähigkeit und einer Einleitung eines Verfahrens wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Nach ausführlicher 1. Lesung eines umfangreichen Sozialgesetzpaketes der Regierung Ausschlußüberweisung folgender Anträge:

Arbeitsförderungsgesetz;
Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz),
Gesetz über den Anspruch auf Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz),
Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuches

Beschluß zur Verlängerung der Legislaturperiode der Richter und Schöffen

Annahme mit Mehrheit

Samstag, 9. Juni 1990

Auf einem Sonderparteitag der SPD in Halle wird *Wolfgang Thierse* zum Parteivorsitzenden als Nachfolger des im März zurückgetretenen *Ibrahim Böhme* gewählt. Kritisch bewertet der Großteil der Delegierten das Wirken von Vorstand, Fraktion und sozialdemokratischen Ministern im Kabinett von *Lothar de Maizière*. Eine überwältigende Mehrheit des Parteitages votiert für eine rasche Fusion mit der West-SPD, die zugleich aufgerufen wird, dem Staatsvertrag zuzustimmen.

Montag, 11. Juni 1990

In Potsdam fordert der SPD-Ehrenvorsitzende *Willy Brandt* eine gemeinsame Verfassung für die bevorstehende politische Vereinigung. Diese sollte in beiden Teilen Deutschlands dem Wähler zur Entscheidung vorgelegt werden.

Dienstag, 12. Juni 1990

Die Volkskammerfraktionen von CDU und Liberalen sprechen sich für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik noch im Sommer sowie für gesamtdeutsche Wahlen im Dezember aus.

Die Volkskammerfraktion der Liberalen stimmt für den Verbleib des von ihr gestellten Justizministers *Kurt Wünsche* im Kabinett von *Lothar de Maizière*.

Nach einer gemeinsamen Sitzung des Rechtsausschusses des Bundestages mit dem Rechtsausschuß der Volkskammer und dem Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform der DDR in Ost-Berlin fordern deren Mitglieder in einem offenen Brief an den Justizminister und den Innenminister der DDR die unverzügliche Überprüfung aller politisch intendierten Urteile der noch inhaftierten Personen. Diese Überprüfung müsse Vorrang haben; kein unrechtmäßig Verurteilter dürfe „auch nur einen Tag länger seiner Freiheit beraubt sein“.

Mittwoch, 13. Juni 1990

Nach einer Erklärung des Vorsitzenden der SPD-Volkskammerfraktion *Richard Schröder* widerspricht die jüngste Erklärung der CDU-Fraktion zum gesamtdeutschen Wahltermin der Koalitionsabsprache zwischen der SPD und der CDU, die Wahltermindiskussion erst am 2. Juli aufzunehmen.

Auf der abschließenden Sitzung des Ausschusses Deutsche Einheit der Volkskammer zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bringen die Vertreter von Bündnis 90/Grüne ein Minderheitsvotum ein.

Wolfgang Ullmann und *Konrad Weiß* bedauern das undemokratische Verfahren, mit dem der Staatsvertrag von den Koalitionsparteien durchgepeitscht wurde. Entgegen früheren Zusicherungen seien Änderungen und Ergänzungen zum Vertragstext und seinen Anlagen von der Regierung nicht akzeptiert worden. Die Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne fordern deshalb nachträgliche Änderungen, so zu den Eigentumsfragen und zur sozialen Sicherung der DDR-Bürger.

Hinweis

In Abschnitt 7.4 ist dargestellt, wie die politische Entwicklung zur gleichen Zeit den Deutschen Bundestag beschäftigt hat.

Donnerstag, 14. Juni 1990

13. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zu den Renten für ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, zur schleppenden Rehabilitierung der Opfer jener Bestimmungen des politischen Strafrechts, die 1968 während der ersten Amtszeit des gegenwärtigen Justizministers *Kurt Wünsche* in Kraft gesetzt wurden, zur politischen Biographie und zur Glaubwürdigkeit von Minister *Wünsche*.

Aktuelle Stunde „Die aktuelle Situation beim Aufbau und bei der Förderung mittelständischer Kleinunternehmen in Handwerk und Gewerbe“

Eingeständnis von Wirtschaftsminister *Gerhard Pohl*, daß die von der Regierung anvisierte Förderung noch ungenügend greift.

Nach ausführlicher Aussprache Ausschußüberweisung folgender Anträge:

6. Strafrechtsänderungsgesetz,
Verfassungsgesetz zur Änderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes,
Verfassungsgesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDR,
Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Zivilgesetzbuches der DDR (1. Ziviländerungsgesetz),
Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes und des Gesetzes über Warenkennzeichen,
Gesetz über die Änderung oder Aufhebung von Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik,
Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der DDR (Anpassungsgesetz)

Freitag, 15. Juni 1990

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung zur Eigentumsfrage. Sie einigen sich darauf, daß in der DDR enteignetes Grundvermögen grundsätzlich an die ehemaligen Eigentümer oder die Erben zurückgegeben wird.

14. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zur Liquidität der Städte und Gemeinden und zu Umweltproblemen.

Aktuelle Stunde „Fragen und Probleme der künftigen sozialen und finanziellen Absicherung der Studenten der DDR“

Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz)

Nach längerer Aussprache Rücküberweisung an den Wirtschaftsausschuß und Beschluß, die 2. Lesung in einer Sondertagung der Volkskammer am 17. Juni fortzusetzen.

noch: Freitag, 15. Juni 1990

Abberufung des Generalstaatsanwaltes der DDR
Hans-Jürgen Joseph

Mehrheitliche Zustimmung zu dem Antrag des Präsidiums der Volkskammer wegen Versäumnissen bei der Neubestimmung der Aufgaben der Staatsanwaltschaft.

Gesetz über die Grundsätze der Finanzordnung der DDR sowie Gesetz über den Rechnungshof der Republik, Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder in der DDR und Gesetz über die Haushaltsordnung der Republik

Mehrheitliche Zustimmung zu den Gesetzen.

Nach zum Teil ausführlichen Debatten Ausschußüberweisung folgender Anträge:

Gesetz über die Sozialversicherung (Sozialversicherungsgesetz),

Gesetz für den Außenwirtschafts-, Kapital- und Zahlungsverkehr,

Gesetz über die Staatsbank Berlin,

Gesetz über den Status und die Organisation der Sparkassen (Sparkassengesetz),

Gesetz über die Preisbildung und Preisüberwachung beim Übergang zur sozialen Marktwirtschaft (Preisgesetz),

Gesetz über die Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit oder eines freien Berufes durch Personen ohne Wohnsitz, Sitz oder Niederlassung in der DDR (Niederlassungsgesetz),

Umweltrahmengesetz,

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Zivilprozeßordnung,

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes vom 21. Februar 1990 über Vereinigungen (Vereinigungsgesetz),

Gesetz über Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit

Hinweise

In Abschnitt 8.24 ist dokumentiert, in welcher Form der Tag der deutschen Einheit – zwischen 1954 und 1990 der 17. Juni – im Bundestag begangen wurde: ob als Staatsakt, Gedenksitzung oder Arbeitssitzung.

In den Aktuellen Stunden des Bundestages sind seit Mitte 1989 mehrmals die neue Lage in der DDR und Einzelfragen zum Stand der Vereinigung Deutschlands angesprochen worden. Die Themenliste der Aktuellen Stunden ist in Abschnitt 12.2 zu finden.

Sonntag, 17. Juni 1990

Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR gedenken erstmals in einer gemeinsamen Feierstunde im Schauspielhaus in Ost-Berlin der Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953.

Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* und Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* würdigen einleitend den Einsatz der Demonstranten vor 37 Jahren, der nicht umsonst gewesen sei, weil sich der Widerstand fortgesetzt habe. Nach den Worten des Hauptredners, Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg *Manfred Stolpe*, wurde am 9. Oktober 1989 das vollendet, was am 17. Juni 1953 mißlungen war. Obwohl die offizielle DDR-Politik versucht habe, die nationalen Bindungen zu beseitigen, seien das Bewußtsein und der Wille zur Einheit geblieben.

Stolpe fordert dazu auf, beim Zusammenwachsen der deutschen Staaten einen maßvollen Weg zu beschreiten, „der Unrecht sühnt, aber Neubeginn ermöglicht“.

Die Gedenkfeier ist begleitet von Protesten von mehreren hundert Demonstranten vor dem Schauspielhaus, die die Parlamentarier mit DDR-Fahnen, Pfiffen und dem Absingen der „Internationale“ empfangen.

15. Tagung (Sondertagung) der Volkskammer der DDR¹⁾

Die Volkskammertagung – im Anschluß an die Feierstunde im Schauspielhaus – findet in Anwesenheit von Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, Bundeskanzler *Helmut Kohl* und zahlreichen Mitgliedern des Deutschen Bundestages statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung überraschender Antrag der DSU auf Erweiterung der Tagesordnung um den „Beschuß zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mit dem heutigen Tag“.

Mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit Beschluß, den Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen; danach zehnminütige Unterbrechung der Tagung zur Beratung der Fraktionen.

Tagesordnung u. a.:

Antrag der DSU-Fraktion betreffend Beitritt gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes

Die zweistündige Debatte zu diesem Antrag zeigt eine große Mehrheit der Volkskammer für den Antrag; eindringliche Versuche vor allem von Ministerpräsident *Lothar de Maizière* und des SPD-Fraktionsvorsitzenden *Richard Schröder*, einen überhasteten Beitrittsbeschluß zu verhindern unter Hinweis auf die politischen Konsequenzen, z. B. keine Verabschiedung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, keine Einflußmöglichkeit auf die Beitrittsmodalitäten der DDR durch einen zweiten Staatsvertrag, Überrumpelung des Auslands (*Schröder*: „Gesetzt den Fall, daß wir heute den Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz anwenden würden, dann würde heute abend die Sowjetunion erfahren, daß sie 400 000 Soldaten auf dem Gebiet des Geltungsbereiches des Grundgesetzes hat. So kann man mit der Sowjetunion nicht umgehen.“); Erledigung des Antrags mit Ausschußüberweisung.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR (Verfassungsgrundsätze)

Inhalt: Für eine Übergangszeit wird die Verfassung der DDR durch Verfassungsgrundsätze (u. a. Streichung des Begriffs Sozialismus, Konstituierung der DDR als „freiheitlicher, demokratischer, sozialer und ökologischer Rechtsstaat“) ergänzt. Entgegenstehende Verfassungsgrundsätze besitzen keine Rechtsgültigkeit mehr. Verabschiedung mit 269 Ja-Stimmen (Zweidrit-

¹⁾ Vgl. *Reinhard Höppner*, Beinahe ein Tag der Einheit. Der letzte 17. Juni in der DDR – zwischen Pathos und Panik. In: DIE ZEIT vom 14. Juni 1991. In diesem Aufsatz des ehemaligen Stellvertreters der Volkskammerpräsidentin werden die Geschehnisse dieses Tages und die Brisanz der Volkskammertagung – in Kenntnis der Ereignisse hinter den Kulissen – geschildert.

noch: Sonntag, 17. Juni 1990

telmehrheit) bei 83 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz)

Inhalt: Das Gesetz sieht vor, das volkseigene Vermögen zu reprivatisieren, schnelle Kapitalbeteiligungen zu ermöglichen und auch staatliches und kommunales Eigentum zu gewähren. Diese Prozesse sollen durch einen unabhängigen Verwaltungsrat gelenkt und vom Parlament sowie vom Ministerrat beaufsichtigt werden. Die Treuhandanstalt dient der Privatisierung und Verwertung volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Annahme mit Mehrheit.

Montag, 18. Juni 1990

Auch der Parteivorsitzende der SPD der DDR, *Wolfgang Thierse*, widerspricht den von der CDU geäußerten Terminvorstellungen für gesamtdeutsche Wahlen und für einen Beitritt zum Grundgesetz nach Artikel 23. Während die CDU den Dezember für möglich hält, meint die SPD, daß dies 1990 nicht mehr erfolgen kann.

Dienstag, 19. Juni 1990

Die Unionsfraktionen in beiden deutschen Parlamenten und die FDP-Fraktion im Bundestag einigen sich auf den 2. oder 9. Dezember 1990 als Termin für gesamtdeutsche Wahlen. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes soll am Wahltag erfolgen.

Nachdem bereits die Sozialdemokraten und die Liberalen eine Vereinigung mit ihren bundesdeutschen Parteien angekündigt haben, sprechen sich auch die Grünen für eine schrittweise Annäherung aus. Ein Anschluß der Ost-Grünen an die Schwesterpartei im Westen, wie er auf staatlicher Ebene im Sinne des Artikels 23 Grundgesetz vorgesehen ist, soll aber auf jeden Fall vermieden werden.

Mittwoch, 20. Juni 1990

Der Ministerrat der DDR kann sich nicht auf einen Termin für gesamtdeutsche Wahlen einigen, da es unterschiedliche Auffassungen über das Tempo der politischen Vereinigung gibt.

In einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse Deutsche Einheit des Bundestages und der Volkskammer der DDR in Ost-Berlin verständigen sich die Abgeordneten auf eine gleichlautende Erklärung der Parlamente zur deutsch-polnischen Grenze. Hierin wird der jetzige Grenzverlauf der polnischen Westgrenze als endgültig anerkannt.

Donnerstag, 21. Juni 1990

Zeitgleich zur Volkskammertagung verabschiedet der Bundestag den am 18. Mai von den Finanzministern der beiden deutschen Staaten unterzeichneten Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie die gleichlautende Resolution zur endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

16. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Erklärung der Volkskammer zur polnischen Westgrenze

Annahme bei 6 Gegenstimmen (DSU-Abgeordnete) und 18 Stimmenthaltungen.

Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990

Nach fast dreistündiger kontroverser Debatte Beschluß in namentlicher Abstimmung mit 302 Ja-Stimmen bei 82 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. In der Debatte besonders optimistisch der Verhandlungsführer der Regierung *Lothar de Maizière, Günther Krause* (CDU/DA): „Der Staatsvertrag schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für den raschen Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft hin zur sozialen Marktwirtschaft auf allen Wirtschaftsfeldern ... Der Strukturwandel in der Wirtschaft und Landwirtschaft wird rasch die Produktivität in den Betrieben verbessern und den Menschen künftig moderne, sichere und vor allem nicht mehr gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze schaffen ...“; die Gegenstimmen zum Vertrag kommen von PDS und Bündnis 90/Grüne, die der Regierung vorwerfen, der Vertrag sichere keine gleichberechtigte Mitwirkung der DDR-Bürger und übertrage lediglich das politische und soziale System der Bundesrepublik.

Bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages am 1. Juli 1990 müssen mehr als 100 Gesetze zwecks Rechtsangleichung an die Bundesrepublik Deutschland beschlossen, geändert oder aufgehoben werden. In dieser Volkskammertagung werden mit Mehrheit beschlossen:

Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik,

Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz),

Gesetz über den Anspruch auf Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)

DDR-Bürgerbewegungen überreichen der Volkskammer eine Unterschriftenliste, in der sich mehr als 200 000 Menschen gegen den Staatsvertrag aussprechen.

Freitag, 22. Juni 1990

Fortsetzung der am 5. Mai 1990 in Bonn begonnenen Verhandlungen der Zwei-plus-Vier-Runde im Schloß Niederschönhausen in Ost-Berlin. Die sechs Außenminister schließen mit einer Einigung auf ein schnelleres Tempo ihre Gespräche über den Zeitplan für die Souveränität Deutschlands ab.

Der Grenzübergang Checkpoint Charlie in Berlin – Symbol der Teilung Deutschlands und des Kalten Krieges – wird in Anwesenheit der Außenminister der vier Alliierten und der beiden deutschen Staaten mit zeremoniellem Akt abgebaut.

17. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zur Aufklärung der Bevölkerung über die neuen, weithin ungewohnten Lebensumstände nach dem 2. Juli 1990.

Mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze:

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuches,

zahlreiche Steuergesetze,

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes vom 21. Februar 1990 über Vereinigungen (Vereinigungsgesetz),

Gesetz über die Preisbildung und Preisüberwachung beim Übergang zur sozialen Marktwirtschaft (Preisgesetz) und

Arbeitsförderungsgesetz

In erster Lesung wird u. a. das Ländereinführungsgesetz beraten.

Samstag, 23. Juni 1990

Mit Blick auf die aller Voraussicht nach im Dezember stattfindenden ersten gesamtdeutschen Parlamentswahlen setzt bei den Parteien in Ost und West die öffentliche Diskussion um das Verfahren ein. Hauptstreitpunkt ist die Übernahme des bundesdeutschen Wahlrechts mit seiner Fünf-Prozent-Klausel, an der vor allem die kleinen Parteien und Bürgerbewegungen scheitern würden.

Sonntag, 24. Juni 1990

DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* fordert die Festschreibung Berlins als Hauptstadt und Regierungssitz des vereinten Deutschland im zweiten Staatsvertrag. Der Vorsitzende der SPD der DDR, *Wolfgang Thierse*, unterstützt diese Forderung.

Montag, 25. Juni 1990

Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* und Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* treten gemeinsam einen dreitägigen offiziellen Besuch in Israel an.

Die FDP der Bundesrepublik und die drei liberalen Parteien der DDR beschließen als Termin für den Vereinigungsparteitag den 11. und 12. August.

noch: Montag, 25. Juni 1990

Der Parteivorstand der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) spricht sich mehrheitlich dafür aus, den Mitgliedern den Zusammenschluß mit der CDU vorzuschlagen; Rücktritt von *Günther Maleuda* als Parteivorsitzender mit Wirkung vom 30. Juni 1990.

Dienstag, 26. Juni 1990

Der Vorstand der CDU der DDR entscheidet sich mit großer Mehrheit für die Fusion mit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD).

Mittwoch, 27. Juni 1990

Bundesregierung und Ministerrat der DDR billigen das gegenseitige Abkommen über die Aufhebung der Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze zum 1. Juli 1990.

Der DDR-Ministerrat kommt zu dem Ergebnis, Landtagswahlen in der DDR frühestens im Oktober durchzuführen. Der bisher vorgesehene 23. September sei technisch nicht realisierbar.

Donnerstag, 28. Juni 1990**18. Tagung der Volkskammer der DDR**

Tagesordnung u. a.:

Mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze:

Gesetz über den Außenwirtschafts-, Kapital- und Zahlungsverkehr,

Gesetz über die Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit oder eines freien Berufes durch Personen ohne Wohnsitz, Sitz oder Niederlassung in der DDR (Niederlassungsgesetz),

Gesetz zur Angleichung der Bestandsrenten an das Nettorentenniveau der Bundesrepublik Deutschland und zu weiteren rentenrechtlichen Regelungen (Rentenangleichungsgesetz),

Gesetz über die Änderung oder Aufhebung von Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik,

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Zivilgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik (1. Zivilrechtsänderungsgesetz) und

Gesetz über die Sozialversicherung (Sozialversicherungsgesetz)

noch: Donnerstag, 28. Juni 1990

Regierungserklärung zum Beschluß der Volkskammer vom 22. Juni 1990 betreffend Verkauf von Energieerzeugungs- und -verteilungsanlagen

Verteidigung des geplanten Energievertrages zwischen der DDR-Regierung und führenden Energieversorgungsunternehmen der Bundesrepublik durch Umweltminister *Karl-Hermann Steinberg* (CDU).

Antrag betreffend Preisaufschläge für Konsumgüter

Mit Mehrheit Zustimmung zum Antrag der Fraktion Die Liberalen, die durch die DDR-Regierung geplante Einführung einer elfprozentigen Importsteuer für westliche Konsumgüter rückgängig zu machen.

Freitag, 29. Juni 1990

In einer Feierstunde anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde von Gesamt-Berlin an *Richard von Weizsäcker* plädiert der Bundespräsident für Berlin als gesamtdeutsche Hauptstadt.

Der DDR-Ministerrat folgt einem Volkskammerbeschluß vom Vortag und verzichtet auf die geplante Einführung einer elfprozentigen Importsteuer für westliche Konsumgüter.

Die Generalstaatsanwaltschaft der DDR erstattet Anzeige gegen *Erich Honecker* wegen des Schießbefehls und der Sicherungsanlagen an der innerdeutschen Grenze.

19. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Aktuelle Stunde zur Außenpolitik

Auf Antrag der PDS-Fraktion Erörterung von Fragen des deutschen Einigungsprozesses unter außenpolitischen Aspekten (u. a. Integration in die NATO).

Beschluß folgender Gesetze mit Mehrheit:

Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen MfS/AfNS,

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Zivilprozeßordnung,

6. Strafrechtsänderungsgesetz,

Gesetz über die Errichtung und das Verfahren der Schiedsstellen für Arbeitsrecht,

Gesetz über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen,

Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (Anpassungsgesetz),

Gesetz zur Feststellung von rechtswidrigen Handlungen im Zusammenhang mit der Währungsumstellung von Mark der Deutschen Demokratischen Republik in Deutsche Mark,

Gesetz über die Staatsbank Berlin,

Gesetz über den Status und die Organisation der Sparkassen (Sparkassengesetz),

Gesetz zur Änderung des Gewerbegesetzes,

Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes und des Gesetzes über Warenkennzeichen,

Umweltrahmengesetz und

Gesetz über den Nachweis der Rechtmäßigkeit des Erwerbs von Umstellungsguthaben

noch: Freitag, 29. Juni 1990**20. Tagung (Sondertagung) der Volkskammer der DDR**

Tagesordnung:

Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Vorgänge auf dem Energiesektor, insbesondere des Kraftwerkes Boxberg, und Prüfung der Einbeziehung der Treuhandstelle

Beschluß bei 6 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen.

Samstag, 30. Juni 1990

In einer Fernsehansprache nennt der DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* die bevorstehende Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion eine Brücke für die Vereinigung beider deutscher Staaten.

Auf dem Parteitag der DSU in Leipzig Wahl des DSU-Fraktionsvorsitzenden in der Volkskammer, *Hansjoachim Walther*, zum neuen Parteivorsitzenden.

Innenminister *Peter-Michael Diestel*, der zuvor von *Walther* mehrfach wegen der Beschäftigung früherer Stasimitarbeiter zum Rücktritt von seinem Ministeramt aufgefordert worden war, erklärt nach der Wahl seinen Austritt aus der DSU unter Hinweis auf rechtsradikale Tendenzen innerhalb der Partei. *Diestel* will als parteiloser Minister im Kabinett *Lothar de Maizière* bleiben. Weitere DSU-Politiker geben in den folgenden Tagen ihre Parteibücher zurück, so *Hans-Wilhelm Ebeling* und *Joachim Hubertus Nowack*.

Sonntag, 1. Juli 1990

Um Mitternacht tritt die zwischen der Bundesrepublik und der DDR vereinbarte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft. Damit wird die D-Mark alleiniges Zahlungsmittel in der DDR.

Die Bevölkerung begeht dieses historische Ereignis mit Sekt und Feuerwerk. Vor den rund 15 000 Auszahlungsstellen bei Banken, Sparkassen und Postämtern bilden sich im Verlauf des Sonntagmorgens lange Schlangen.

In einer Fernsehansprache am Vorabend bezeichnete Bundeskanzler *Helmut Kohl* diesen Tag als einen historischen und unumkehrbaren Schritt in Richtung deutsche Einheit; den Deutschen in der DDR könne er sagen: „Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser.“

noch: Sonntag, 1. Juli 1990

Am Grenzübergang Hönbach-Neustadt zwischen Sonneberg (Thüringen) und Coburg (Nordbayern) unterzeichnen die Innenminister *Peter-Michael Diestel* und *Wolfgang Schäuble* ein Regierungsabkommen zur Beendigung der Personenkontrollen an der deutsch-deutschen Grenze.

Mit Inkrafttreten des Staatsvertrages wird auch das Notaufnahmeverfahren für DDR-Bürger eingestellt.

Der neue DSU-Parteivorsitzende *Hansjoachim Walther* fordert Ministerpräsident *Lothar de Maizière* auf, Innenminister *Peter-Michael Diestel* zu entlassen.

Montag, 2. Juli 1990

Nach dem Vollzug der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nehmen die Regierungen beider deutscher Staaten den zweiten Staatsvertrag (Einigungsvertrag) in Angriff, der Einzelheiten über den Beitritt der DDR regeln soll.

Die DDR-Regierungskoalition einigt sich auf gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember und Landtagswahlen am 14. Oktober.

Nach den Parteiaustritten von Entwicklungshilfeminister *Hans-Wilhelm Ebeling* und Innenminister *Peter-Michael Diestel* ist die DSU nicht mehr im Ministerrat der DDR vertreten.

Dienstag, 3. Juli 1990

Der auch in seiner Partei umstrittene DDR-Justizminister *Kurt Wünsche* tritt „angesichts des programmatischen, organisatorischen und personellen Diktats der FDP der BRD“ aus dem Bund Freier Demokraten (BFD) aus. Er bleibt als Parteilooser im Kabinett von *Lothar de Maizière*.

Mittwoch, 4. Juli 1990

Die Bonner Koalition richtet sich auf gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember ein.

Hinweis

Zu Einzelheiten der Fraktionen der Volkskammer siehe Abschnitt 28.6.

Donnerstag, 5. Juli 1990

21. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zur Zukunft der Volksarmee in einem vereinigten Deutschland, zur Zahlung staatlicher Subventionen nach dem 1. Juli und zur Höhe der Staatsverschuldung der DDR.

Regierungserklärung zur Außenpolitik

Ausführungen von Ministerpräsident *Lothar de Maizière* zu neuen Formen der internationalen Beziehungen, insbesondere zum Verhältnis von NATO und Warschauer Pakt.

Mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze:

Verfassungsgesetz zur Änderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes,

Richtergesetz,

Verfassungsgesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik und

Gesetz zur Inkraftsetzung des Raumordnungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik

Aktuelle Stunde „Die Zukunft der Medien der DDR“

Auf Antrag der PDS-Fraktion Debatte über die vorgesehene Entlassung ehemaliger SED-Mitglieder aus den Spitzenfunktionen der Medien.

Wahl der zwei Abgeordneten und Berufung der sieben vom Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Mitglieder des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt

Bericht der parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Vorschläge auf dem Energiesektor

Untersuchung der Bildung einer Aktiengesellschaft der Energiewirtschaft aus dem ehemaligen Verband der Braunkohlekraftwerke entsprechend Treuhandgesetz.

Antrag auf Erweiterung der Rechte und Kontrollaufgaben des von der Volkskammer am 7. Juni 1990 eingesetzten Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung der MfS/AfNS

Auf Antrag der Liberalen Zustimmung, daß der Sonderausschuß zusätzlich die Vernetzung des Staatssicherheitsdienstes der DDR mit Terrororganisationen aufzudecken hat, nachdem mehrere Terroristen der RAF in der DDR verhaftet wurden.

Freitag, 6. Juli 1990

Erste Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag mit der DDR in Ost-Berlin

Grundlage bilden ein „Diskussionspapier“, das Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* am 23. Juni 1990 an Staatssekretär *Günther Krause* übergeben hat, sowie ein von der DDR übergebenes Papier „Katalog der vorläufigen Verhandlungsthemen zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag)“.

Beide Seiten einigen sich auf Fahrplan und Themenkatalog, der den Beitritt regeln soll. Umstritten bleibt vorerst, ob nach einem einheitlichen Wahlrecht und einer Fünf-Prozent-Sperrklausel für das gesamte Wahlgebiet gewählt werden und ob der Beitritt am Tag vor oder nach der Wahl vollzogen werden soll. Ministerpräsident *Lothar de Maizière* hatte sich am 4. Juli für den Beitritt nach der Wahl ausgesprochen. Parallel zu den offiziellen Verhandlungen über den zweiten Staatsvertrag fordert die SPD der DDR im Gegensatz zu Ministerpräsident *de Maizière* den Beitritt der DDR noch vor der gesamtdeutschen Wahl.

22. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zur Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produkte seit Einführung der Währungsunion und zur Schaffung wettbewerbsfähiger Strukturen.

Aussprache über den Bericht der Parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Vorgänge auf dem Energiesektor verbunden mit dem Antrag der Fraktion Die Liberalen betreffend Umstrukturierung der Stromwirtschaft der DDR

Mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze:

Gesetz zur Förderung der agrarstrukturellen und agrarsozialen Anpassung der Landwirtschaft der DDR an die soziale Marktwirtschaft (Fördergesetz), Gesetz über die Ein- und Durchführung von Marktorganisation für land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse (Marktorganisationsgesetz), Gesetz über das Vermögen der Gemeinden, Städte und Landkreise (Kommunalvermögensgesetz) und Gesetz zur Entflechtung des Handels in den Kommunen

Gesetz über die Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik (Länderwahlgesetz)

Nach 1. Lesung Ausschußüberweisung.

Einsetzung eines parlamentarischen Sonderausschusses zur Untersuchung der Vorgänge um die psychiatrische Klinik in Waldheim sowie ähnlich gelagerter Fälle

Zustimmung zu dem Antrag aller Fraktionen.

Wegen drei Bombendrohungen muß die Volkskammertagung unterbrochen und der Plenarsaal geräumt werden.

Sonntag, 8. Juli 1990

Führende Vertreter sowohl der FDP als auch der SPD der DDR sprechen sich für eine einheitliche Fünf-Prozent-Klausel und ein einheitliches Wahlgebiet aus. Der FDP-Parteivorsitzende *Otto Graf Lambsdorff* und der Vorsitzende der DDR-SPD *Wolfgang Thierse* kritisieren scharf den Vorschlag von CDU und DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* für zwei getrennte Wahlgebiete mit je einer Sperrklausel als „Rettungsaktionen“ für die DDR-Parteien DSU und PDS.

Montag, 9. Juli 1990

Die CDU der DDR begründet ihre Haltung, daß es für die erste gesamtdeutsche Wahl getrennte Wahlgebiete für die Bundesrepublik und die DDR geben soll, vor allem damit, daß jene Kräfte nicht ausgegrenzt werden sollten, die – wie das Bündnis 90 – bei der Wende in der DDR eine wichtige Rolle gespielt hätten.

Die SPD-Führung in der DDR übt scharfe Kritik an Ministerpräsident *Lothar de Maizière* und dem DDR-Verhandlungsführer für den Einigungsvertrag, *Günther Krause*. Der SPD-Vorsitzende *Wolfgang Thierse* wirft beiden vor, nicht bereit zu sein, sich bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung inhaltlich mit der SPD abzustimmen.

Mittwoch, 11. Juli 1990

Innenminister *Peter-Michael Diestel* untersagt dem Prüfungsausschuß der Volkammer, zur Überprüfung einer eventuellen Zugehörigkeit von Abgeordneten zum ehemaligen Staatssicherheitsdienst Akten der Stasi einzusehen.

Die Bürgerbewegungen der DDR verständigen sich in Bonn mit den westdeutschen Grünen, bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen ein Bündnis einzugehen.

Nach einer Initiative der Fraktion der Liberalen soll die Volkammer beschließen, daß die Regierung der DDR bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 mit Wirkung vom 1. Dezember 1990 erklärt.

Donnerstag, 12. Juli 1990

Demonstration von Bauern vor der Volkammer, um auf den Ernst der Lage in der Landwirtschaft hinzuweisen.

23. Tagung der Volkammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zur Lage in der Landwirtschaft.

Aktuelle Stunde „Beibehaltung der Fristenregelung, verbunden mit umfassender Aufklärung und Beratung“

Geschäftsordnung der Volkammer der Deutschen Demokratischen Republik

Mit Mehrheit Annahme der neuen Geschäftsordnung, die sich eng an die Geschäftsordnung des Bundestages anlehnt, aber auch Erfahrungen in der Volkammer seit April einbezieht.

Hinweis

Zu Einzelheiten über die Ausschüsse der Volkammer siehe Abschnitt 28.7.

noch: Donnerstag, 12. Juli 1990

Mit Mehrheit Zustimmung zu folgenden Gesetzen:
Gesetz über die Inkraftsetzung des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks – Handwerksordnung – der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik und
Gesetz über die Inkraftsetzung des Gesetzes über das Schornsteinfegerwesen (Schornsteinfegergesetz) der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik

Das Präsidium der Volkskammer legt den Streit über die Handhabung der Überprüfung von Stasi-Akten zwischen Innenminister *Peter-Michael Diestel* und dem Prüfungsausschuß der Volkskammer bei.

Freitag, 13. Juli 1990

Vor der Volkskammer wiederholen sich Proteste gegen die schlechte Versorgung und die Preisanstiege in der DDR.

24. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zur Lage in der Landwirtschaft.

Aktuelle Stunde „Vorbereitung des 2. Staatsvertrages“

Aufzählung von Einzelheiten, die im zweiten Staatsvertrag zu regeln sind.

Einstimmige oder mehrheitliche Beschlüsse zu folgenden Anträgen und Gesetzen:

Regelung zur Zahlung von staatlichem Kindergeld, Rentenangleichung,

Gesetz über die Berufsvertretungen und die Berufsausübung der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker (Kammergesetz)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes der DDR für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des Haushaltsjahres 1990 (Haushaltsgesetz 1990)

1. Lesung und Ausschußüberweisung

Samstag, 14. Juli 1990

DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* kritisiert die Haltung von Bundeskanzler *Helmut Kohl*, die Hauptstadtfrage offenzuhalten, solange noch sowjetische Truppen in und um Berlin stehen:

„Die Aussage, es sei nicht machbar, in solcher Nähe zu den Russen zu leben, übersieht, daß wir 40 Jahre in deren Nähe gelebt haben.“

Montag, 16. Juli 1990

Wegen des drohenden Zusammenbruchs des Agrarinnenmarktes der DDR ruft DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* Landwirtschaftsminister *Peter Pollack* aus dem Urlaub zurück.

Dienstag, 17. Juli 1990

Die Außenminister der vier Siegermächte und ihre beiden deutschen Amtskollegen treffen sich in Paris zur dritten Zwei-plus-Vier-Runde. Unter Beteiligung des polnischen Außenministers vereinbaren sie, daß Deutschland und Polen innerhalb kürzester Zeit einen Grenzvertrag unterzeichnen, der die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze garantiert.

Mittwoch, 18. Juli 1990

Der Ministerrat der DDR beschließt zusätzliche Kredite für die unter dem Druck von West-Importen und durch eigene Strukturmängel an den Rand der Existenz gedrängte Landwirtschaft. Der Markt für inländische Agrarprodukte ist weitgehend zusammengebrochen.

Mit ihrem Entschluß, in der Volkskammer einen Antrag zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik einzubringen, setzt die Fraktion der Liberalen die Regierungskoalition unter Entscheidungsdruck. Ministerpräsident *Lothar de Maizière* lehnt eine vorzeitige Beitrittserklärung ab.

Donnerstag, 19. Juli 1990

Der Streit innerhalb der Regierungskoalition der DDR um eine baldige Beitrittserklärung nach Artikel 23 des Grundgesetzes verschärft sich (siehe rechte Spalte).

Das Präsidium der Volkskammer läßt den Antrag der Fraktion der Liberalen, der den Beitritt zur Bundesrepublik zum 1. Dezember festlegt, nicht zu. Die Liberalen kündigen an, notfalls mit einer Kampf abstimmung auf der nächsten Volkskammersitzung den Antrag doch noch auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Der Fraktionsvorsitzende *Rainer Ortleb* droht mit dem Austritt der Liberalen aus der Koalition. DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* lehnt die Beitrittsforderung der Liberalen ab. Nach seinen Vorstellungen soll die DDR erst nach der gesamtdeutschen Wahl der Bundesrepublik beitreten.

25. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes der DDR für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990 (Haushaltsgesetz 1990)

Fortsetzung der 1. Lesung mit über 40 Wortmeldungen.

noch: Donnerstag, 19. Juli 1990**Fragestunde**

Fragen u. a. zur Situation im Versorgungsbereich, zum Motiv der Demonstrationen von Volkspolizisten, zur Lagerung von Giftgas in der DDR und zur Rehabilitation von aus politischen Gründen unrechtmäßig verurteilten Personen.

Aktuelle Stunde zu Problemen der Landwirtschaft in der DDR**Bericht des Petitionsausschusses über die Schwerpunkte der im II. Quartal 1990 an die Volkskammer gerichteten Petitionen**

Hinweis auf Umwandlung des früheren Eingaberechts in ein Petitionsrecht. Schwerpunkte der im Berichtsraum eingegangenen 9 744 Petitionen lagen in den Bereichen Finanzen, Justiz sowie Arbeit und Soziales.

Einstimmig oder mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze:

Gesetz über den gewerblichen Binnenschiffsverkehr,

Gesetz über die Inkraftsetzung des Berufsbildungsgesetzes der BRD in der DDR,

Gesetz über Berufsschulen,

Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung Architekt und zur Vorbereitung der Errichtung von Architektenkammern in den künftigen Ländern der Deutschen Demokratischen Republik (Architektengesetz)

Freitag, 20. Juli 1990**26. Tagung der Volkskammer der DDR****Tagesordnung u. a.:****Erklärung aller Fraktionen zum 20. Juli 1944**

Erstmalige Würdigung der *Hitler*-Attentäter in der Geschichte der Volkskammer.

Erklärung des Ausschusses für Handel und Tourismus zur Anhörung der Vertreter von Handelsorganisationen**Wahl der Vertreter der künftigen Länder für die Verhandlungsdelegation der DDR zum Einigungsvertrag****Zwischenbericht des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS entsprechend dem Beschluß der Volkskammer vom 7. Juni 1990**

Hinweis u. a. auf Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Innenministerium durch den Ausschußvorsitzenden *Joachim Gauck*.

noch: Freitag, 20. Juli 1990

Antrag der Fraktion Die Liberalen betreffend Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD nach Artikel 23 mit Wirkung des 1. Dezember 1990

Begründung des Antrags durch den Fraktionsvorsitzenden *Rainer Ortleb*, daß – angesichts der „desolaten Lage“ der DDR – „Klarheit und Eindeutigkeit im Termin- und Handlungsplan zur Einheit dringend geboten sind“; in der Aussprache kontroverse Positionen zur Reihenfolge Beitritt/(getrennte) gesamtdeutsche Wahl oder umgekehrt; Hinweise vor allem von Ministerpräsident *Lothar de Maizière* und PDS-Fraktionsvorsitzendem *Gregor Gysi* auf die negativen Konsequenzen einer vorzeitigen Beitrittserklärung; Abstimmung ergibt mehrheitliche Ablehnung des Antrags. (Wegen einer Bombendrohung während der Aussprache Unterbrechung der Volkskammertagung.)

Mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze und Anträge:

Gesetz zur Einführung des Gesetzes über die Bauordnung,

Gesetz zur Errichtung der Strukturen eines neuen Kinder- und Jugendhilferechts (Jugendhilfeorganisationsgesetz),

Gesetz zur Änderung des Familiengesetzbuches der DDR (1. Familienrechtsänderungsgesetz),

Gesetz über die amtliche Statistik der DDR (Statistikgesetze der DDR) und

Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Gesetz zur Änderung des Gesetzes vom 31. Mai 1990 über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Inhalt: Streichung der Vorschrift, daß das Volkskammermandat beim Wechsel der Partei oder anderen politischen Vereinigungen erlischt (wodurch ein Beitritt des Abgeordneten *Peter-Michael Diestel* zur CDU möglich wird). – Beschluß mit Mehrheit.

Samstag, 21. Juli 1990

Der Vorstand der PDS beschließt in Ost-Berlin, sich für den Fall einheitlicher gesamtdeutscher Wahlen auf das Gebiet der Bundesrepublik auszudehnen.

Hinweis

Die **rechte Spalte** der vorliegenden Chronik ist für die Eintragung von **Ereignissen innerhalb der Volkskammer** vorgesehen; in der **linken Spalte** sind **Ereignisse außerhalb der Volkskammer** notiert.

Sonntag, 22. Juli 1990

27. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik (Ländereinführungsgesetz)

Inhalt: Grundsätzliche Bestimmungen über die Bildung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, darunter Gesetzgebungsbefugnisse, Übergangsregelungen der Verwaltung und Finanzhoheit; die fünf einstigen Länder der DDR sollen mit leichten Grenzkorrekturen am 14. Oktober mit der Wahl der Landtage wiedererstehen. – Zustimmung zum Gesetz mit Zweidrittelmehrheit.

Gesetz über die Wahlen zu den Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik (Länderwahlgesetz)

Inhalt: Festlegung der Wahlgrundsätze, Wahltag, Zahl der Abgeordneten, Wahlgebiete und weitere Modalitäten für die Wahlen am 14. Oktober 1990. – Mehrheitliche Zustimmung zum Gesetz.

Fortsetzung der Verhandlung zu dem von der Fraktion der Liberalen eingebrachten Beschlußentwurf zum Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD nach Artikel 23 mit Wirkung vom 1. Dezember 1990

Fortsetzung, weil am Freitag noch keine Abstimmung in der Sache erfolgte. Vorlage eines Änderungsantrages der Fraktionen Die Liberalen und SPD, Vorlage eines Änderungsantrages der Fraktion CDU/DA. Wiederholung der Argumente vom Freitag. Nach Unterbrechung der Sitzung, zahlreichen Gesprächen am Rande der Volkskammertagung und einer Sitzung des Koalitionsausschusses Vorlage eines neuen Kompromißantrages durch die CDU/DA, um das drohende Auseinanderfallen der Koalition zu verhindern. Inhalt: Die Ausschüsse für Deutsche Einheit von Bundestag und Volkskammer sowie die beiden Regierungen sollen sich mit den Modalitäten der gesamtdeutschen Wahl befassen, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahl im Dezember zu gewährleisten. – Zustimmung zum Antrag in namentlicher Abstimmung mit 166 Ja-Stimmen bei 82 Nein-Stimmen sowie 17 Stimmenthaltungen.

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes der Deutschen Demokratischen Republik für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des Haushaltsjahres 1990 (Haushaltsgesetz 1990)

Inhalt: Der Etat für das zweite Halbjahr 1990 weist bei Ausgaben von 64,15 Mrd. DM ein Defizit von 34,7 Mrd. DM aus, das mit Krediten und einem Zuschuß der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 24,75

noch: Sonntag, 22. Juli 1990

Mrd. DM gedeckt werden soll. – Mehrheitliche Zustimmung zum Haushaltsgesetz 1990.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Parteien und andere politische Vereinigungen vom 21. Februar 1990 (Parteiengesetz)

Inhalt: Zulassung von Fusionen von Parteien in der DDR mit Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. – Zustimmung mit Mehrheit.

Einstimmig oder mit Mehrheit Beschluß folgender weiterer Gesetze und Anträge:

Verfassungsgesetz über Schulen in freier Trägerschaft,

Gesetz über die Übertragung volkseigener Güter, staatlicher Forstwirtschaftsbetriebe und anderer volkseigener Betriebe der Land- und Forstwirtschaft in das Eigentum der Länder und Kommunen, Gesetz über die Übertragung des Eigentums und die Verpachtung volkseigener landwirtschaftlich genutzter Grundstücke an Genossenschaften, Genossenschaftsmitglieder und andere Bürger, Übertragung von Vermögenswerten aus dem ehemaligen Eigentum des Volkes der DDR in einen Stiftungsfonds,

Gesetz über die Erhebung der Abschöpfungen (Abschöpfungserhebungsgesetz),

Ordnung über die Bildung und Arbeitsweise der Richterwahlausschüsse,

Gesetz über die Umwandlung volkseigener Wohnungswirtschaftsbetriebe in gemeinnützige Wohnungsgesellschaften und zur Übertragung des Grundeigentums an die Wohnungsgenossenschaften,

Gesetz über die Gewährleistung von Belegungsrechten im kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswesen,

Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der BRD gegen den unlauteren Wettbewerb, über das Zugabewesen und über Preisnachlässe in der DDR,

Satzung der Treuhandanstalt,

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Zivilgesetzbuches der DDR (2. Zivilrechtsänderungsgesetz),

Umstrukturierung der Stromwirtschaft der DDR, Gesetz zur sinngemäßen Anwendung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (Personalvertretungsgesetz),

Einrichtung des Amtes eines Zivildienstbeauftragten im Ministerium für Jugend und Sport und

Gesetz zur Umstrukturierung des staatlichen ambulanten Gesundheitswesens, Veterinärwesens, Apothekenwesens

noch: Sonntag, 22. Juli 1990

Nach dieser Tagung unterbricht die Volkskammer ihre Arbeit für eine Ferienpause.

Montag, 23. Juli 1990

Die SPD der DDR und die Liberalen fordern Ministerpräsident *Lothar de Maizière* auf, ihnen in der Beitrittsfrage entgegenzukommen, anderenfalls drohen sie mit dem Verlassen der Regierungskoalition. Ministerpräsident *de Maizière* erklärt, er könne den Vorschlägen und Forderungen der SPD und der Liberalen nicht folgen.

Dienstag, 24. Juli 1990

Die Liberalen erklären ihren Austritt aus der Regierungskoalition. Als Begründung führt der Fraktionsvorsitzende *Rainer Ortleb* die Unnachgiebigkeit der CDU in der Frage des Beitritts zur Bundesrepublik und des Wahlverfahrens an. Die SPD kündigt denselben Schritt an, falls Ministerpräsident *Lothar de Maizière* nicht auf ihre Forderungen nach einem einheitlichen Wahlgebiet und einer für Gesamtdeutschland geltenden Fünf-Prozent-Klausel eingeht.

In Thüringen verhindert die Volkspolizei die Gründung eines Landesverbandes der Republikaner.

Drei von neun Abgeordneten der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) kündigen ihren Übertritt zur SPD an und wenden sich damit gegen die Absicht ihrer Parteiführung, sich mit der CDU zu vereinigen.

Mittwoch, 25. Juli 1990

Die beiden Minister der Liberalen, *Axel Viehweger* und *Manfred Preiß*, kündigen ihren Rückzug aus dem Kabinett *Lothar de Maizière* an.

Donnerstag, 26. Juli 1990

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Deutsche Einheit des Bundestages und der Volkskammer in Bonn: Einigung, daß die ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 in einem einheitlichen Wahlgebiet nach einem einheitlichen Wahlrecht stattfinden sollen.

Ein Wahlvertrag mit der DDR soll bis August erarbeitet werden. Strittig bleibt nach wie vor, ob die Fünf-Prozent-Sperrklausel für das gesamte Wahlgebiet oder für die einzelnen Bundesländer gelten soll.

Der Parteivorsitzende der Liberalen *Rainer Ortleb* signalisiert, daß die liberalen Minister im Kabinett von *Lothar de Maizière* weiter mitarbeiten würden, wenn der Ministerpräsident Wert darauf lege.

noch: Donnerstag, 26. Juli 1990

Der ehemalige Minister für Staatssicherheit *Erich Mielke* wird erneut verhaftet. Die Generalstaatsanwaltschaft der DDR wirft ihm vor, RAF-Terroristen Unterschlupf gegeben und ein Internierungslager für Oppositionelle geplant zu haben.

Freitag, 27. Juli 1990

Der Parteivorstand und die Volkskammerfraktion der SPD der DDR stimmen für den Verbleib in der Koalition, nachdem am Vortag auf der Sitzung der beiden Ausschüsse Deutsche Einheit von Bundestag und Volkskammer ihre Hauptforderungen nach gesamtdeutscher Wahl in einem einheitlichen Wahlgebiet und einem einheitlichen Wahlrecht erfüllt worden sind.

Ministerpräsident *Lothar de Maizière* schlägt vor, daß die Volkskammer in ihrer letzten Sitzung vor der gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember den Beitritt zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes beschließt.

Samstag/Sonntag, 28./29. Juli 1990

In Köln treffen sich Vertreter verschiedener linker bundesdeutscher Gruppierungen mit dem PDS-Vorsitzenden *Gregor Gysi*. Es wird vereinbart, bei der gesamtdeutschen Wahl auf einer gemeinsamen Liste zu kandidieren.

Montag, 30. Juli 1990

Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Günther Krause* einigen sich in Ost-Berlin auf ein Rahmenkonzept zu einem gesamtdeutschen Wahlvertrag. Bezüglich einer Sperrklausel werden drei Varianten aufgeführt.

Dienstag, 31. Juli 1990

Nach langwierigen Auseinandersetzungen einigt sich die Bonner Regierungskoalition auf ein Wahlrecht für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Demnach soll die Listenverbindung nicht konkurrierender Parteien möglich sein bei Beibehaltung einer einheitlichen (nicht län-derbezogenen) Fünf-Prozent-Klausel. In Ost-Berlin hingegen hat der Koalitionsausschuß noch keine Einigung über die Gestaltung der Sperrklausel erzielt.

Mittwoch, 1. August 1990

Die Regierungsparteien der DDR billigen die Vereinbarung der Bonner Koalition zum Wahlrecht.

Die Vorlage einer „Rohskizze“ zum Einigungsvertrag durch Staatssekretär *Günther Krause* führt auf der Ministerratssitzung zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition. Die SPD kritisiert, der Vertragsentwurf sei weder mit den Koalitionspartnern der CDU abgestimmt worden, noch habe er den Fachministern zur Prüfung vorgelegen. Die Kritik vor allem von DDR-Finanzminister *Walther Romberg* (SPD) richtet sich auf die Regelungen zum Finanzausgleich und zur Verwaltung des DDR-Treuhandvermögens.

Freitag, 3. August 1990

Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Günther Krause* unterzeichnen in Ost-Berlin den Wahlvertrag, wonach gesamtdeutsche Wahlen in einem Wahlgebiet und nach einheitlichem Wahlrecht stattfinden sollen. Der Vertrag sieht Listenverbindungen von nicht miteinander konkurrierenden Parteien vor. Die Verhandlungsführer weisen einstimmend darauf hin, daß damit den kleineren Parteien und Bewegungen eine „faire Chance“ eingeräumt worden sei.

Außerdem geht in Ost-Berlin die zweite Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag zu Ende.

In dem Entwurf wird Berlin als künftige deutsche Hauptstadt genannt; die Frage des Regierungssitzes soll erst nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik entschieden werden.

Im Anschluß an ein Treffen mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* an dessen Urlaubsort am österreichischen Wolfgangsee schlägt Ministerpräsident *Lothar de Maizière* überraschend vor, den Beitritt der DDR und die ersten gesamtdeutschen Wahlen vom 2. Dezember auf den 14. Oktober 1990 vorzuverlegen.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* begrüßt den Vorschlag, da die Vorverlegung den Wünschen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands entspreche. Die Opposition in Bonn kritisiert den Vorschlag als grundgesetzwidrig: Der Bundestag müsse zuvor aufgelöst werden, was nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum oder durch eine Grundgesetzänderung erreicht werden könne. Die SPD der DDR erwägt erneut den Ausstieg aus der Regierungskoalition.

DDR-Innenminister *Peter-Michael Diestel*, der am 30. Juni aus der DSU ausgetreten war, wird Mitglied der CDU.

Samstag, 4. August 1990

Angesichts möglicher vorgezogener Bundestagswahlen auf den Termin der Landtagswahlen in der DDR am 14. Oktober forcieren Parteien und politische Bewegungen in der DDR ihre Aktivitäten um Zusammenschlüsse und Bündnisse.

Auf einem Sonderparteitag in Ost-Berlin beschließt der Demokratische Aufbruch den Beitritt zur CDU der DDR.

Sonntag, 5. August 1990

In Ost-Berlin vereinbaren die Grüne Partei der DDR und die im Bündnis 90 zusammengeschlossenen Bürgerrechtsbewegungen mit den westdeutschen Grünen eine Listenverbindung „Die Grünen/Bündnis 90“ für die bevorstehende Bundestagswahl.

Ebenfalls in Ost-Berlin wird eine Wahlpartei „Linke Liste/PDS“ gegründet.

Montag, 6. August 1990

Fertigstellung des ersten Entwurfs des Einigungsvertrages entsprechend dem Ergebnis der zweiten Verhandlungsrunde.

Der DSU-Partei- und Fraktionsvorsitzende *Hansjoachim Walther* kündigt einen Antrag seiner Fraktion zum Beitritt der DDR für die nächste Volkskammertagung an. Der Beitritt müsse angesichts der kritischen Lage in der DDR noch im August erklärt werden.

Dienstag, 7. August 1990

Einen Tag vor den Sondersitzungen von Bundestag und Volkskammer zur Verabschiedung des Wahlvertrages gibt es im Parteienstreit über die Termine für den Beitritt der DDR und die gesamtdeutsche Wahl keine Annäherung.

Der Vorstand der SPD-Volkammerfraktion empfiehlt, in der Regierungskoalition zu verbleiben. Der Einfluß der SPD der DDR auf den Einigungsvertrag solle voll ausgeschöpft werden.

Hinweis

Alle Parteien und Listenverbindungen aus den östlichen Bundesländern, die im Dezember 1990 an der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag teilgenommen haben, sind in Abschnitt 1.6 des vorliegenden *Datenhandbuchs* stichwortartig beschrieben.

Mittwoch/Donnerstag, 8./9. August 1990

28. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Behandlung der folgenden drei Anträge zur Frage des Beitritts der DDR:

(1) Beschlußempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit zum Antrag der Fraktion der DSU vom 17. Juni 1990 betreffend Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes,

(2) Antrag der Fraktion der SPD betreffend Absichtsbekundung der Volkskammer, den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 bis zum 15. September 1990 zu erklären,

(3) Antrag der Fraktion der CDU/DA betreffend Bitte an die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, die Möglichkeit zu eröffnen, die Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament in Verbindung mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 14. Oktober 1990 durchzuführen.

Zu (1) lehnt die Volkskammer – wie auch der Ausschuß Deutsche Einheit – einen Beitritt „zum jetzigen Zeitpunkt“ ab, aber auch einen Zeitraum zwischen dem 15. September und dem 14. Oktober 1990; statt dessen wird den vorgeschlagenen Voraussetzungen zugestimmt, die vor dem Beitritt erfüllt sein sollen: Ratifizierung eines Einigungsvertrages zwischen DDR und Bundesrepublik, Abschluß der 2+4-Gespräche, Bildung der Länder; Antrag (2) wird abgelehnt und Antrag (3) mehrheitlich zugestimmt.

Gesetz über die Inkraftsetzung des Gesetzes der Bundesrepublik Deutschland über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 in der Deutschen Demokratischen Republik

Mit Mehrheit beschlossen.

Antrag betreffend Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche

Mehrheitliche Zustimmung zum Antrag der Fraktion Die Liberalen.

Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990 (Verfassungsgesetz)

In der Aussprache heftige Kritik am Wahlvertrag von seiten der Opposition in der Volkskammer (u. a. *Gregor Gysi*: Ein Wahlrecht nach dem Motiv „Wie kriegt

noch: Mittwoch/Donnerstag, 8./9. August 1990

man die DSU rein und wie kann man die PDS draußen lassen“). Vor der Abstimmung nach Mitternacht Versuche, bereits abwesende Abgeordnete zurückzurufen. Ergebnis der namentlichen Abstimmung: 258 Ja-Stimmen, 63 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen (SPD-Abgeordnete) und eine ungültige Stimme. Damit scheidet in den frühen Morgenstunden des 9. August der Wahlvertrag an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (267 Abgeordnete). Bei der Abstimmung fehlten 73 Abgeordnete.

Donnerstag, 9. August 1990

Die Bundesregierung legt sich auf den 2. Dezember als Termin für die erste gesamtdeutsche Wahl fest.

Im Bundestag wird nach dem Scheitern des deutsch-deutschen Wahlvertrages in der Volkskammer die geplante Verabschiedung des Vertrags ausgesetzt (siehe Abschnitt 7.4).

Innerhalb der Volkskammer gegenseitige Schuldzuweisungen wegen des Scheiterns des Wahlvertrages. Das Präsidium beschließt noch in der Nacht, daß ein zweiter Anlauf in einer Sondersitzung am 22. August erfolgen soll.

Freitag, 10. August 1990

Bundeskanzler *Helmut Kohl* und DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* sprechen sich bei einem Treffen in Bonn für den 14. Oktober als Tag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik aus.

Die rechtsradikalen Republikaner werden trotz eines von der Volkskammer ausgesprochenen Verbots offiziell als Partei in der DDR registriert und können sich damit zur Wahl für die Landtage anmelden.

Das Präsidium der DDR-Volkskammer weist einen Antrag der CDU-Fraktion auf Verkürzung der parlamentarischen Sommerpause zurück.

Samstag/Sonntag, 11./12. August 1990

Vereinigungsparteitag der FDP in Hannover

Zusammenschluß der FDP und der drei ostdeutschen liberalen Parteien (Bund Freier Demokraten, Freie Demokratische Partei der DDR und Deutsche Forumpartei) zur ersten gesamtdeutschen Partei.

Montag, 13. August 1990

Weitgehende Übereinstimmung in Sachfragen zum Einigungsvertrag stellt der Koalitionsausschuß der DDR-Regierungsparteien nach einer turnusmäßigen Sitzung in Ost-Berlin fest. SPD-Fraktionsvorsitzender *Richard Schröder* bezeichnet das Klima der Koalitionssitzung als „zufriedenstellend und sachlich“.

Dienstag, 14. August 1990

Das Präsidium der Volkskammer entscheidet sich gegen eine vorzeitige Beendigung der parlamentarischen Sommerpause und lehnt den Antrag der FDP ab, bereits am Donnerstag eine Sitzung einzuberufen.

Mittwoch, 15. August 1990

In Ost-Berlin und in der ganzen DDR demonstrieren die Bauern gegen die Agrarpolitik der Regierung. DDR-Landwirtschaftsminister *Peter Pollack* wird auf dem Rednerpult am Alexanderplatz mit Eiern beworfen.

Am Abend Pressekonferenz von Ministerpräsident *Lothar de Maizière* zum Thema Probleme der Landwirtschaft und Wirtschaft und daraus resultierende personelle Entscheidungen. Nach einer Aufzählung von Fehlern teilt *de Maizière* mit, er werde am morgigen Tag Finanzminister *Walther Romberg* (SPD) und den parteilosen, aber von der SPD nominierten Landwirtschaftsminister *Peter Pollack* entlassen. Zugleich gibt er den Rücktrittsgesuchen von Wirtschaftsminister *Gerhard Pohl* (CDU) und Justizminister *Kurt Wünsche* (ehemals LDP) statt.

Der Ministerpräsident macht Landwirtschaftsminister *Pollack* und Wirtschaftsminister *Pohl* für die Misere im Land verantwortlich. Finanzminister *Romberg* wirft er Konzeptionslosigkeit und Mißachtung seiner Richtlinienkompetenz vor. Ausdrücklich weist *de Maizière* darauf hin, daß es beim Rücktritt *Wünsches* keinen Sachzusammenhang zu den geschilderten Problemen gebe. Wie *de Maizière* weiter mitteilt, werden keine Nachfolger ernannt; die Arbeit werde von Staatssekretären übernommen.

Donnerstag, 16. August 1990

Das Präsidium und der Fraktionsvorstand der SPD der DDR entscheiden in getrennten Abstimmungen, die Regierungskoalition mit CDU und DSU zu beenden. Eine endgültige Entscheidung soll die Volkskammerfraktion der SPD treffen.

Ministerpräsident *Lothar de Maizière* weist den Vorwurf der SPD zurück, bei der Entlassung der vier Minister einen Verfassungsbruch begangen zu haben. Die SPD der DDR hatte erklärt, nur die Volkskammer sei berechtigt, Minister abzurufen.

Bei einem Koalitionsaustritt der SPD ist in der Volkskammer die notwendige Zweidrittelmehrheit für den Einigungsvertrag mit der Bundesrepublik gefährdet.

Freitag, 17. August 1990

Die SPD der DDR nennt mehrere Bedingungen für ihr Ja zum zweiten Staatsvertrag, darunter auch eine bessere Finanzausstattung der DDR-Länder.

DDR-Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* kritisiert in einem Schreiben an die Vorsitzenden aller Fraktionen das Verhalten der Abgeordneten. Sie weist darauf hin, „daß zahlreiche Bürger“ in „vielfacher Weise Mißfallen über das Auftreten einzelner Parlamentsmitglieder sowie das häufige Fehlen von Abgeordneten geäußert hätten“.

Sonntag, 19. August 1990

DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* bezeichnet den Austritt der SPD aus der Regierungskoalition als eine „Flucht vor der Verantwortung“.

Die unter dem Namen „Die Grünen/Bündnis 90“ zur gesamtdeutschen Wahl antretenden DDR-Bürgerbewegungen und Grüne aus Ost und West diskutieren ein gemeinsames Wahlprogramm.

Als Reaktion auf die Entlassung der Minister aus der Regierung beschließt die SPD-Volkskammerfraktion bei 5 Gegenstimmen (darunter Fraktionsvorsitzender *Richard Schröder*) und 4 Enthaltungen, die Regierungskoalition zu verlassen.

DDR-Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* (CDU) nimmt an der Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes teil, um an die SPD zu appellieren, ihre übrigen Minister im Amt zu belassen. Die Entlassung der Minister durch Ministerpräsident *Lothar de Maizière* hält sie für verfassungsrechtlich bedenklich.

Montag, 20. August 1990

Nach dem Austritt der SPD aus der DDR-Regierung und dem Rückzug ihrer Minister übernimmt Ministerpräsident *Lothar de Maizière* selber das Außenministerium der DDR.

Der Ministerpräsident erklärt in einer Pressekonferenz, er benenne keine neuen Minister, sondern beauftrage Staatssekretäre mit der Geschäftsführung der vakanten Ämter.

Zur voraussichtlich letzten Verhandlungsrunde über den Einigungsvertrag treffen in Bonn Vertreter der Bundesrepublik und der DDR zusammen. Bis Ende der Woche wollen die Delegationen das rund 1 000seitige Vertragswerk unterschriftsreif haben.

Dienstag, 21. August 1990

In Bonn wird die ursprünglich für den 24. August vorgesehene Paraphierung des Einigungsvertrages verschoben.

DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* setzt sich bei einem Treffen mit den Vorsitzenden der Volkskammerfraktionen zunächst mit seinem Vorschlag durch, daß die DDR am 14. Oktober der Bundesrepublik beitrifft. Für diesen Termin stimmt auch der SPD-Fraktionsvorsitzende *Richard Schröder*, während PDS und Bündnis 90/Grüne für einen Beitritt am 2. Dezember votieren, dem Tag der gesamtdeutschen Wahl.

noch: Dienstag, 21. August 1990

Wegen Differenzen mit seiner Fraktion über den Beitrittstermin zur Bundesrepublik tritt der SPD-Fraktionsvorsitzende *Richard Schröder* zurück. Die SPD-Fraktion besteht auf einer Vereinigung bereits am 15. September. Nachfolger als Fraktionsvorsitzender wird der SPD-Parteivorsitzende *Wolfgang Thierse*.

Der frühere Vorsitzende der SPD der DDR, *Ibrahim Böhme*, tritt aus der Volkskammerfraktion aus. Er war heftig kritisiert worden, weil er sich am 9. August bei der Abstimmung über den deutsch-deutschen Wahlvertrag der Stimme enthalten hatte.

Mittwoch, 22. August 1990

29. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990 (Verfassungsgesetz)

Inhalt: Bestimmungen über die Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages. Der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin ausgedehnt.

Nachdem in einer ersten Abstimmung zum Wahlvertrag am 9. August 1990 wegen des Fehlens zahlreicher Abgeordneter die nötige Mehrheit nicht erreicht worden war, nunmehr Beschluß des Gesetzes in namentlicher Abstimmung mit notwendiger Zwei-Drittel-Mehrheit (gegen den Wahlvertrag stimmen PDS und Bündnis 90/Grüne vor allem wegen der auf das ganze Bundesgebiet bezogenen Fünfprozentklausel).

Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung der Volkskammer für den Abend des 22. Augusts durch Ministerpräsident *Lothar de Maizière*

„Auf dieser Sondersitzung sollen wir den Fahrplan und wollen wir den Fahrplan zur Herstellung der deutschen Einheit festlegen.“ Als Begründung wird u. a. angegeben, der Bevölkerung sei „das Hin und Her [wegen des Beitrittstermins] nicht länger zuzumuten“.

Einberufung der Sondersitzung für 21.00 Uhr

Mittwoch/Donnerstag, 22./23. August 1990

30. Tagung (Sondertagung) der Volkskammer der DDR

(Beginn der Tagung: 21.10 Uhr – Ende der Tagung: 3.00 Uhr, so daß das Ergebnis dieser Tagung dem 23. August zugerechnet wird.)

Tagesordnung u. a.:

(1) Antrag der Fraktion der DSU: Die DDR erklärt am 22. 8. 1990 den Beitritt zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes in Verbindung mit (2) Antrag von mehr als 20 Abgeordneten der Fraktion CDU/DA, daß auf einer Volkskammersitzung am 9. Oktober 1990 der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 14. Oktober 1990, 24.00 Uhr, beschlossen wird

Erklärung von Ministerpräsident *Lothar de Maizière*: Notwendigkeit, einen Termin zu beschließen, wegen des Scheiterns der gestrigen Terminabsprache mit den Vorsitzenden der Volkskammerfraktionen; Aussprache über die vorliegenden möglichen Beitrittstermine (u. a. DSU: sofort; CDU: 14. Oktober, jedoch nicht vor dem 3. Oktober; SPD: 15. September; PDS: Terminennung gegenwärtig Anmaßung gegenüber Alliierten; Bündnis 90/Grüne: Entscheidung am 3. Oktober über Beitrittstermin); Ablehnung der Anträge bzw. Änderungsanträge der SPD, der DSU (namentlich mit Zwei-Drittel-Mehrheit) und von Bündnis 90/Grüne; nach einer weiteren Aussprache über einen gemeinsam von CDU/DA, SPD, FDP und DSU eingebrachten Änderungsantrag beschließt die Volkskammer in namentlicher Abstimmung mit 294 Stimmen bei 62 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen:

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht dabei davon aus, daß die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind, die 2+4-Verhandlungen einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt, die Länderbildung soweit vorbereitet ist, daß die Wahl in den Länderparlamenten am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden kann.“

Das Abstimmungsergebnis löst bei CDU/DA, DSU, FDP und teilweise bei der SPD starken Beifall aus; Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl*: „... ich glaube, das ist ein wirklich historisches Ereignis ...“; dagegen *Gregor Gysi* (PDS):

„Frau Präsidentin! Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 ...

(Jubelnder Beifall bei der CDU/DA, der DSU, teilweise bei der SPD)

noch: Mittwoch/Donnerstag, 22./23. August 1990

beschlossen. Ich bedaure, daß die Beschlußfassung im Hauruckverfahren über einen Änderungsantrag geschehen ist und keine würdige Form ohne Wahlkampfaktik gefunden hat; denn die DDR, wie sie auch immer historisch beurteilt werden wird, war für jeden von uns – mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen – das bisherige Leben ...“

Donnerstag, 23. August 1990

Der Volkskammer-Beschluß zum Beitrittstermin der DDR findet in Bonn nach der monatelangen Termindiskussion mehrheitlich ein positives Echo.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* würdigt den Tag der Beitrittserklärung als „Tag der Freude für alle Deutschen“. SPD-Kanzlerkandidat *Oskar Lafontaine* fordert, nach der Vereinigung auch „gleiche Lebensverhältnisse herzustellen“.

Einen Tag nach der Zustimmung in der DDR-Volkskammer im Bundestag Verabschiedung des Gesetzes zu den Verträgen zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl.

31. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Nach zum Teil ausführlicher Aussprache Ausschußüberweisung folgender Anträge:

Gesetz zum freifinanzierten Wohnungsbau,
Gesetz über die Inkraftsetzung des Gesetzes über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht,
Gesetz über die Krankenhausfinanzierung in der Deutschen Demokratischen Republik (Krankenhausfinanzierungsgesetz),
Gesetz über die Finanzverwaltung der DDR (Finanzverwaltungsgesetz),
Militärpolitische Leitsätze der DDR im Prozeß der deutschen Vereinigung,
Konversionsgesetz zur komplexen Regelung aller politischen, militärischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen der Abrüstung und
Gesetz zur Wahrnehmung der staatlichen Fürsorgepflicht gegenüber den Berufssoldaten

Nach Aussprache Ablehnung folgender PDS-Anträge:

Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik,
Gesetz zur Durchführung eines Volksentscheides über den sicherheitspolitischen und militärischen Status des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik in einem künftigen vereinigten Deutschland,

Antrag betreffend: Die Regierung der DDR wird verpflichtet, in den Verhandlungen mit der Regierung der BRD über den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) die Forderung nach Ausgleichszahlungen durch die BRD an die DDR für die von der DDR erbrachten höheren Reparationsleistungen zu stellen und nachdrücklich zu vertreten.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes vom 7. März 1990 (Versammlungsgesetz)

Inhalt: Verbot des Mitführens von Schußwaffen und der Vermummung von Versammlungsteilnehmern,

noch: Donnerstag, 23. August 1990

Befugnisse der Polizei im Zusammenhang mit Versammlungen; Beschluß mit Mehrheit.

Antrag der DSU-Fraktion betreffend Beschluß der Volkskammer: Aufforderung an den Ministerrat, die Entlassung der Angehörigen des ehemaligen MfS des nachgeordneten Bereiches in die Wege zu leiten

Überweisung an den Sonderausschuß zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS.

Freitag, 24. August 1990

Abschluß der dritten Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag; offen sind insbesondere noch folgende grundlegende Punkte: Regelung des Schwangerschaftsabbruchs und Behandlung der Stasi-Akten.

In Ost-Berlin konstituiert sich der Oberste Wahlschuß für die DDR-Landtagswahlen.

32. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Erklärung der Volkskammer zur Situation im Irak

Einstimmige Annahme der Verurteilung der Okkupation Kuwaits durch den Irak.

Aktuelle Stunde zur Zweiten Durchführungsverordnung zum Kommunalvermögensgesetz (Kommunale Energieversorgung) und zum Stand der Übernahme der Energieversorgung durch BRD-Unternehmen u. a.

Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit

Inhalt: Überstellung der vom ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit gesammelten Daten in Sonderarchive der Länder, die auf dem Territorium der ehemaligen DDR entstehen sollen, sowie in einem Zentralen Sonderarchiv des MfS/AfNS; kein Recht einzelner DDR-Bürger auf Einsicht seiner persönlichen Stasi-Akte, aber Recht auf Auskunft über die festgehaltenen Daten; kein Zugriff auf Akten durch Unbefugte, jedoch Gewährleistung und Förderung der Aufarbeitung der Geschichte durch Historiker oder der Klärung von Straftaten sowie der Rehabilitierung (das Gesetz widerspricht damit Plänen der Bundesregierung, nach denen die Stasi-Akten nach dem 3. Oktober dem Bundesarchiv in Koblenz unterstehen sollen); Zustimmung mit Mehrheit.

Antrag betreffend Aufforderung an den Ministerpräsidenten, unverzüglich Nachverhandlungen gemäß Artikel 9 des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD vom 18. Mai 1990 aufzunehmen

Ablehnung des Antrags der SPD-Fraktion.

noch: Freitag, 24. August 1990**Strafverfolgungspraxis zum Schwangerschaftsabbruch**

Mit Mehrheit Beschluß des Antrages der FDP-Fraktion, wonach die DDR-Regierung verpflichtet wird, in den Verhandlungen mit der Bundesregierung über den Einigungsvertrag „das Tatortprinzip für die rechtliche Bewertung beim Schwangerschaftsabbruch festzuschreiben, solange es im vereinigten Deutschland unterschiedliche gesetzliche Regelungen gibt“.

Einstimmige oder mehrheitliche Beschlüsse zu folgenden Anträgen und Gesetzen:

Steuererleichterungen für mittelständische Betriebe nach der Währungsumstellung,

Bauftragung des Ministerrates, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß die mit dem Marktorganisationsgesetz und den Marktordnungen beabsichtigten Wirkungen tatsächlich im Interesse der landwirtschaftlichen Unternehmen und damit der Bauern erreicht werden,

Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft (Landwirtschaftsgasölverwendungsgesetz),

Maßnahmen zur sofortigen Herstellung der notwendigen Leistungsfähigkeit des Liegenschaftsdienstes und

Aufforderung an den Ministerrat, die Entlassung der Angehörigen des ehemaligen MfS und des nachgeordneten Bereiches in die Wege zu leiten

Nach zum Teil ausführlichen Debatten Ausschußüberweisung folgender Gesetze und Anträge:

Erlassung der Schulden der volkseigenen, der in Kapitalgesellschaften umgewandelten Betriebe der ehemaligen volkseigenen Wirtschaft, der genossenschaftlichen und privaten Betriebe gegenüber Banken und anderen Kredit- und Geldinstituten der Deutschen Demokratischen Republik,

Gesetz zur Entschuldung ehemals volkseigener Kombinate, Betriebe und sonstiger Wirtschaftseinheiten,

Gesetz zur Enteignung der Grundvermögen von Parteien und Massenorganisationen (Parteienenteignungsgesetz),

Gesetz zur Errichtung von Krankenkassen (Kassenerrichtungsgesetz),

Gesetz zu Fragen der Rechtsstellung gleichgeschlechtlich orientierter Bürger und

Strafverfolgungspraxis zum Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches der BRD

Samstag, 25. August 1990

Mit einer Serie von Landesparteitage eröffnen die Parteien der DDR den Wahlkampf zu den Landtagswahlen am 14. Oktober.

Nach Angaben der DDR-Generalstaatsanwaltschaft wird der frühere Staats- und Parteichef der DDR, *Erich Honecker*, vor der Vereinigung Deutschlands nicht mehr vor Gericht gestellt.

Mittwoch, 29. August 1990

Die Volkskammerfraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands/Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DBD/DFD) beschließt ihre Auflösung.

Von den zehn Abgeordneten wechseln vier zur CDU-Fraktion, drei zur SPD-Fraktion und zwei zur FDP-Fraktion; der frühere Vorsitzende der DBD, *Günther Maleuda*, bleibt fraktionslos.

Donnerstag, 30. August 1990

Nachmittags Beginn der bis Freitag dauernden vierten und abschließenden Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag in Bonn, zeitweise unterbrochen für ein letztes klärendes Gespräch zwischen Bundeskanzler *Helmut Kohl* und den Partei- und Fraktionsvorsitzenden.

Bei den Schlußverhandlungen einigen sich die Unterhändler darauf, dem Wunsch der Volkskammer entgegenzukommen und die Stasi-Akten vorerst in der DDR zu belassen. Eine endgültige Regelung soll vom gesamtdeutschen Parlament getroffen werden.

Nach langen Verhandlungen verständigen sich die GRÜNEN aus der Bundesrepublik und die Grüne Partei der DDR sowie fünf Bürgerrechtsgruppen (Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Unabhängiger Frauenverband und Vereinigte Linke) auf eine gemeinsame Liste und Wahlplattform für die gesamtdeutsche Bundestageswahl unter der Bezeichnung „Die Grünen/Bündnis 90“.

33. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Fragestunde

Fragen u. a. zum Abstellen von Fahrzeugwracks an Straßenrändern, zu den Abfallproblemen der neuen Verpackungsflut u. a.

Aktuelle Stunde zur Gestaltung des Forschungs- und Entwicklungspotentials in der Industrie, im Hochschulwesen sowie in den Akademien der DDR

Aktuelle Stunde zur Situation des Gesundheitswesens der DDR beim Übergang in die deutsche Einheit

Antrag aller Fraktionen betreffend Auftrag an die Regierung zum Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS vom 24. August 1990

Empörte Reaktionen bei allen Fraktionen wegen einer Passage im unterschrittsbereiten Einigungsvertrag, die vorsieht, die sechs Millionen personenbezogenen Stasi-Akten in Bonner Obhut zu übergeben, nachdem erst vor einer Woche die Volkskammer ein anderslautendes Gesetz verabschiedet hat, wonach das Material unter die Verantwortung der fünf neuen Länder kommt und parlamentarisch kontrolliert wird. In einem fast einstimmig angenommenen Beschluß bekräftigt die Volkskammer ihren Standpunkt und for-

noch: Donnerstag, 30. August 1990

dert die Regierung der DDR auf, „in den Verhandlungen zum Einigungsvertrag zu sichern, daß das von der Volkskammer der DDR beschlossene Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit vom 24. August 1990 als unverzichtbarer Bestandteil der dem Einigungsvertrag beigefügten Liste ‚Fortgeltungsrecht der DDR‘ wird“.

Mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze:

Gesetz über die Krankenhausfinanzierung in der Deutschen Demokratischen Republik (Krankenhausfinanzierungsgesetz) und
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 (Länderwahlgesetz)

Nach Aussprache Ausschußüberweisung folgender Anträge und Gesetze:

Rechtanwaltsgesetz,
Gesetz über die Aufgaben der Polizei,
Verordnung zum Gesetz zur Entflechtung des Handels in den Kommunen vom 6. Juli 1990 und
Gesetz über die Inkraftsetzung des Paragraphen 1 des Reichssiedlungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

Ablehnung folgender Anträge und Gesetze:

Gesetz über die Bildung des Verfassungsgerichts der DDR,
Rechtsstaatliche Verfahren gegen Personen wegen Verdachts auf terroristisches Verbrechen,
Gesetz zum Schutz und zur Förderung des sorbischen Volkes,
Gesetz über die Finanzverwaltung der DDR (Finanzverwaltungsgesetz) und
Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes vom 17. Mai 1990 über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung)

Hinweis

Im vorliegenden *Datenhandbuch* wird Kapitel 7 „Bundestag und innerdeutsche Entwicklung“ mit u. a. folgenden Abschnitten fortgeschrieben:

- 7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.4 Chronik der deutschen Vereinigung
- 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
- 7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung

Freitag, 31. August 1990

Fortsetzung der vierten und abschließenden Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag:

2.08 Uhr: Paraphierung durch Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und Staatssekretär *Günther Krause* im Bundesinnenministerium in Bonn

9.00 Uhr: Billigung des paraphierten Vertrages durch das Bundeskabinett in Bonn und den Ministerrat der DDR in Berlin

13.15 Uhr: Unterzeichnung des Vertrages im Kronprinzenpalais in Ost-Berlin durch Bundesinnenminister *Schäuble* und Staatssekretär *Krause*

Das Vertragswerk regelt in 45 Artikeln und auf rund 1000 Seiten Anlagen unzählige Einzelheiten des DDR-Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland, von der Hauptstadtfrage bis zur Sportförderung. Wichtige Punkte sind Garantien der Unverletzlichkeit der Grenzen aller europäischen Staaten, die Beitrittserklärung der fünf neuen Bundesländer zur Bundesrepublik und die Regelung von Details der Vereinigung in fast jedem Regierungsressort. Erst in der Nacht zuvor konnten sich die Unterhändler auf eine zweijährige Übergangsfrist beim Schwangerschaftsabbruch und auf den Verbleib der Stasi-Akten auf dem Gebiet der DDR einigen.

Ministerpräsident *Lothar de Maizière* weist in einer Rede auf die Vorteile hin, die das Einigungswerk für die Bürger der DDR beinhaltet. Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* spricht von einem „Tag der Freude und Zuversicht für alle Deutschen“. Bei den Verhandlungen habe keiner den anderen „über den Tisch ziehen“ wollen.

Montag, 3. September 1990

Mehrere Volkskammer-Fraktionen beschäftigen sich mit dem Einigungsvertrag. Die meisten Fraktionen signalisieren Zustimmung, so daß die im Parlament notwendige Zweidrittelmehrheit als gesichert gilt.

Lediglich die PDS lehnt den Vertrag bei nur einer Stimmenthaltung geschlossen ab. Sie hatte sich bislang stets für einen völkerrechtlich bindenden Einigungsvertrag eingesetzt und lehnt die vorliegende Fassung als „Vereinnahmungsvertrag“ ab.

Dienstag, 4. September 1990

Rund 30 Bürgerrechtler besetzen die alte Stasi-Zentrale in Ost-Berlin.

Sie protestieren mit ihrer Aktion gegen eine mögliche Verlagerung der Stasi-Akten in die Bundesrepublik und für das Festhalten am Volkskammer-Gesetz vom 24. August. Am 12. September treten sie in einen unbefristeten Hungerstreik, obwohl in einer am 6. September zwischen Bonn und Ost-Berlin getroffenen Vereinbarung zugesichert wird, daß die Akten in den jetzigen Archiven bleiben.

Die in der Volkskammer vertretenen Parteien – mit Ausnahme der PDS – nominieren ihre Vertreter für die von der Volkskammer vorzunehmende Wahl der ostdeutschen Abgeordneten in den Bundestag.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember ziehen gemäß Einigungsvertrag insgesamt 144 bisherige Volkskammer-Abgeordnete in den Bundestag ein.

Donnerstag, 6. September 1990

34. Tagung der Volkskammer der DDR

Vor Eintritt in die Tagesordnung Begrüßung von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* als Zuhörer mit lebhaftem Beifall.

Tagesordnung u. a.:

Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) vom 31. August 1990 (Verfassungsgesetz)

1. Lesung mit einer Rede von DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière*, in der er die wesentlichen Punkte des Vertrages hervorhebt; Verzicht auf eine Aussprache, u. a. weil den Abgeordneten das über 1 000seitige Vertragswerk zu spät zugestellt worden ist, um es durcharbeiten zu können, und weil bisher eine Verständigung mit der Bundesregierung über den Umgang mit den Stasi-Akten fehlt.

Aktuelle Stunde zur Arbeitslosigkeit in der DDR

Fragestunde

Fragen u. a. an Innenminister *Peter-Michael Diestel* zum Kauf seines Einfamilienhauses, ferner Fragen zur Verpackungsflut, zum lückenlosen Krankenversicherungsschutz nach der Vereinigung, zu Hemmnissen beim Erwerb von Grund und Boden durch Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie zu sozialen Absicherungen bei der Eingliederung der NVA in die Bundeswehr.

Antrag von mehr als 20 Abgeordneten betreffend Entsendung von Abgeordneten in den 11. Deutschen Bundestag

Überweisung an den Sonderausschuß zur Überprüfung der Abgeordneten.

Mit Mehrheit Beschluß folgender Anträge und Gesetze:

Konversionsgesetz,

Verordnung zum Gesetz zur Entflechtung des Handels in den Kommunen,

Gesetz zur Änderung des Ländereinführungsgesetzes vom 22. Juli 1990 und

Rehabilitierungsgesetz

Ablehnung eines Antrages betreffend Empfehlungen an den Verwaltungsrat der Treuhandanstalt

Nach Aussprache Ausschußüberweisung folgender Anträge und Gesetze:

Gesetz zur Änderung des Kommunalvermögensgesetzes,

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über das Vermögen der Gemeinden, Städte und Landkreise (Kommunalvermögensgesetz),

noch: Donnerstag, 6. September 1990

Gesetz über die Errichtung des Ausgleichsfonds
 Währungsumstellung,
 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Versicherung der volkseigenen Wirtschaft,
 Einrichtung der Tagesbetreuung für Kinder,
 Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden,
 Ausstattung der Fraktionen in den kommunalen Selbstverwaltungsorganen,
 Gesetz über die Bildung und Tätigkeit von Stiftungen (Stiftungsgesetz),
 Gesetz zur Carl-Zeiss-Stiftung Jena,
 Gesetz über die vertraglichen Beziehungen der Krankenversicherung zu den Leistungserbringern (Krankenkassen-Vertragsgesetz) und
 Ausschreibung der Stellen in den durch die Treuhandanstalt oder durch Kommunen verwalteten Unternehmen

Freitag, 7. September 1990

DDR-Innenminister *Peter-Michael Diestel* kritisiert die Arbeit des Sonderausschusses der Volkskammer zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine Stasi-Mitarbeit. Vier Wochen vor Einzug der Abgeordneten in den Bundestag sei immer noch nicht klar, ob alle „sauber“ seien.

Samstag, 8. September 1990

Beginn der zweitägigen „Erneuerungskonferenz“ der PDS in Ost-Berlin

Sonntag, 9. September 1990

Sonderparteitag der Grünen Partei der DDR in Magdeburg

Umbenennung in „Die Grünen“; Beschluß, bis zum Jahresende mit den Grünen in der Bundesrepublik zu fusionieren.

Mittwoch, 12. September 1990

Abschluß der Zwei-plus-Vier-Gespräche in Moskau: Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 7.4)

Hinweis

Zu Einzelheiten über die Ausschüsse der Volkskammer siehe Abschnitt 28.7.

Donnerstag, 13. September 1990

35. Tagung der Volkskammer der DDR

Vor Eintritt in die Tagesordnung Erklärungen u. a. von *Markus Meckel* (SPD) zur gestrigen Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland in Moskau und von *Christine Grabe* (Bündnis 90/Grüne) zur Besetzung der Stasi-Zentrale in Ost-Berlin.

Tagesordnung u. a.:

Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990 (Verfassungsgesetz)

Fortsetzung der 1. Lesung mit 40 Wortmeldungen; trotz deutlicher Kritik im einzelnen zeichnet sich eine Zweidrittelmehrheit für den Vertrag ab.

Bericht im Auftrag des Vorsitzenden des Ministerates zur Arbeit der Treuhandanstalt

Berichterstattung durch den Präsidenten der Treuhandanstalt, *Detlev Karsten Rohwedder*.

Antrag von mehr als 20 Abgeordneten betreffend Arbeitsweise des Innenministers bei der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS

Wegen der „an vielen Beispielen erwiesenen Infiltration“ von Ministerien, Behörden und anderen Institutionen durch Mitglieder des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes sieht die Volkskammer – laut Antrag – die Unfähigkeit des politisch verantwortlichen Innenministers *Peter-Michael Diestel* in diesem Bereich als erwiesen an „und setzt ihn ab“; in geheimer Wahl Ablehnung des Antrags mit 184 Stimmen bei 107 Ja-Stimmen und 18 Enthaltungen.

Beschlußempfehlung des Zeitweiligen Prüfungsausschusses zum Antrag entsprechend Paragraph 52 der Geschäftsordnung der Volkskammer vom 12. Juli 1990

Mit Mehrheit Zustimmung zu folgendem Antrag: „Nur Abgeordnete der Volkskammer, welche die erste Sicherheitsüberprüfung absolviert haben und deren Nominierung durch den Zeitweiligen Prüfungsausschuß nicht beanstandet worden ist, werden in den 11. Deutschen Bundestag oder in das Europaparlament entsandt.“

Mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze und Anträge:

Gesetz zur Änderung des Ländereinführungsgesetzes vom 22. Juli 1990 (Verfassungsgesetz),
Arbeitsrechtsverhältnisse im öffentlichen Dienst und Ausschreibung von Arbeitsstellen für leitende Bedienstete,

noch: Donnerstag, 13. September 1990

Gesetz zur Überleitung des Rundfunks (Fernsehen, Hörfunk) in die künftige Gesetzgebungszuständigkeit der Länder (Rundfunküberleitungsgesetz),
 Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei,
 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über das Vermögen der Gemeinden, Städte und Landkreise (Kommunalvermögensgesetz),
 Beauftragung der Regierung, in Nachverhandlungen zum Einigungsvertrag eine gesetzliche Regelung zum Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches der BRD herbeizuführen,
 Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden,
 Gesetz über die Bildung und Tätigkeit von Stiftungen (Stiftungsgesetz),
 Gesetz zur Carl-Zeiss-Stiftung Jena,
 Gesetz über die Ausschreibung der Stellen der Geschäftsführer bzw. Vorstandsmitglieder in den durch die Treuhand verwalteten Unternehmen,
 Gesetz über die Errichtung des Ausgleichsfonds Währungsumstellung,
 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Versicherung der volkseigenen Wirtschaft,
 Gesetz zur Errichtung von Krankenkassen (Krankenkassenerrichtungsgesetz),
 Rechtsanwaltsgesetz,
 Gesetz über die vertraglichen Beziehungen der Krankenversicherung zu den Leistungserbringern (Krankenkassen-Vertragsgesetz),
 Ausstattung der Fraktionen in den kommunalen Selbstverwaltungsorganen,
 Vernichtung von Akten des militärischen Geheimdienstes der DDR,
 Gesetz über Gruppenbetriebe in der Landwirtschaft,
 Rettungsdienstgesetz der Deutschen Demokratischen Republik und
 Rahmenkammergesetz
 Ablehnung folgender Gesetze:
 Gesetz über die Inkraftsetzung des Paragraphen 1 des Reichssiedlungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und
 Parteienenteignungsgesetz.

Hinweis

Die Zusammensetzung des Präsidiums der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer der DDR ist im Abschnitt 28.3 dokumentiert.

Freitag, 14. September 1990

DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* entzieht Innenminister *Peter-Michael Diestel* die Zuständigkeit für die Auflösung des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes.

Nur wenige Stunden, nachdem der Innenminister in der Volkskammer einen Ablösungsantrag überstanden hat, überträgt *de Maizière* dieses Amt dem Staatssekretär im Innenministerium, *Eberhard Stief*.

Ein außerordentlicher Kongreß des DDR-Gewerkschaftsbundes FDGB beschließt die Selbstauflösung des Dachverbandes zum 30. September 1990 und macht damit den Weg für einen Neuanfang der gewerkschaftlichen Arbeit im DGB frei.

Samstag, 15. September 1990

In mehreren Berichten bundesdeutscher und DDR-Zeitungen werden – wie schon an den Tagen zuvor – mehrere Mitglieder des DDR-Ministerrats der Mitarbeit für den ehemaligen Staatssicherheitsdienst bezichtigt.

Fast alle Beschuldigten (u. a. Verteidigungsminister *Rainer Eppelmann* und Wohnungsbauminister *Axel Viehweger*) weisen die Vorwürfe entschieden zurück.

Beginn des zweitägigen gesamtdeutschen Wahlkongresses der „Linken Liste/PDS“ in Ost-Berlin mit Verabschiedung eines Wahlprogramms für die Bundestagswahlen am 2. Dezember.

Eine Delegiertenversammlung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) in Borkheide (Bezirk Potsdam) beschließt die Auflösung der vor 40 Jahren gegründeten ehemaligen DDR-Blockpartei und den Zusammenschluß mit der CDU.

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 28 sind weitere Angaben zu Parteien und Fraktionen in folgenden Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* zu finden:

- 1.6 Die kandidierenden Parteien in Stichworten (mit Angaben insbesondere auch zu den in der DDR gegründeten Parteien und Bürgerbewegungen, die an der gesamtdeutschen Wahl teilgenommen haben)
- 1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern (mit Angaben zu den einzelnen neuen Bundesländern und einer Gegenüberstellung der Wahlergebnisse von 1990 in den westlichen und östlichen Bundesländern)
- 5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen (mit Angabe der den beiden Gruppen PDS bzw. PDS/LL und Bündnis 90/Grüne im Bundestag eingeräumten Rechte)

Montag, 17. September 1990

DDR-Ministerpräsident *Lothar de Maizière* stellt klar, daß Innenminister *Peter-Michael Diestel* weiterhin die Verantwortung für die Stasi-Auflösung besitzt.

Der Prüfungsausschuß der Volkskammer hinsichtlich früherer Mitarbeit von Abgeordneten für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit fordert öffentlich den Rücktritt des DDR-Umweltministers *Karl-Hermann Steinberg* (CDU) wegen seiner mutmaßlichen früheren Stasi-Tätigkeit. Der Ausschußvorsitzende *Peter Hildebrand* (Bündnis 90/Grüne) weist ein Dementi *Steinbergs* zurück.

Für die am 3. Oktober aus der Volkskammer ausscheidenden 256 Abgeordneten vereinbaren Bundesinnenminister *Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Günther Krause* eine mit einer finanziellen Abfindung verbundene Übergangsregelung. Vorgesehen ist eine Weiterzahlung der Diäten über drei Monate.

Eine Übergangsregelung war zuvor von Volkskammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* in einem Schreiben an Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* gefordert worden. Die SPD-Volkskammerfraktion wirft der Präsidentin deshalb Eigenmächtigkeit vor und fordert ihren Rücktritt.

Dienstag, 18. September 1990

Bundesregierung und Ministerrat der DDR billigen im Umlaufverfahren eine Ergänzungsvereinbarung zum Einigungsvertrag, auf die sich am Vortag Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* und Staatssekretär *Günther Krause* verständigt hatten. Die Vereinbarung betrifft die Behandlung der Stasi-Akten nach der Vereinigung Deutschlands.

Mittwoch, 19. September 1990

Der DDR-Ministerrat ernennt *Joachim Gauck* (Bündnis 90), bisher Vorsitzender des Volkskammerausschusses zur Kontrolle der Stasi-Auflösung, zum Sonderbeauftragten für den Umgang mit personenbezogenen Stasi-Akten.

Der Prüfungsausschuß der Volkskammer hinsichtlich früherer Mitarbeit von Abgeordneten für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit legt neun Mitgliedern des Parlaments nahe, ihr Mandat niederzulegen.

Der Ausschuß hat bisher 34 Abgeordnete überprüft, über die Akten des Staatssicherheitsdienstes vorliegen, 18 Überprüfungen stehen noch aus. Nach Angaben des Ausschußvorsitzenden *Peter Hildebrand* (Bündnis 90/Grüne) habe es drei bis vier Fälle gegeben, in denen Akten unauffindbar oder nicht vollständig gewesen seien.

Wegen zu hoher Asbest-Belastung muß der Palast der Republik, zugleich der Sitz der Volkskammer, auf Anordnung der Bezirkshygieneinspektion Berlin kurzfristig geschlossen werden. Die Volkskammer siedelt bis zu ihrer Auflösung am 2. Oktober in das Haus der Parlamentarier um (zuvor Sitz des SED-Zentralkomitees).

Donnerstag, 20. September 1990

Gleichzeitig verabschiedet auch der Bundestag mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit den Einigungsvertrag (siehe Abschnitt 7.4).

36. Tagung der Volkskammer der DDR

Tagesordnung u. a.:

Bericht des Ministerpräsidenten über das Moskauer Treffen der Außenminister zu den 2+4-Verhandlungen

Lothar de Maizière: „Dieser Vertrag gehört zu den herausragenden Vertragswerken der Nachkriegszeit. Er markiert das Ende der Nachkriegszeit.“

Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990 (Verfassungsgesetz)

Aussprache zur 2. Lesung, zum Teil Kritik, daß die Volkskammer beim Einigungsvertrag „in vielen Punkten übergangen“ worden ist; mit notwendiger Zweidrittelmehrheit Ratifizierung des Vertrages mit 299 Ja-Stimmen bei 80 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung (gegen den Vertrag stimmen die Fraktionen PDS und Bündnis 90/Grüne).

Aktuelle Stunde zur Bildungspolitik

Fragestunde

Fragen u. a. zu den Zukunftsaussichten der Fachschulen, zu den dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellten Haftanstalten und zum Verbleib des Konversionsgesetzes.

Große Anfrage der PDS an den Ministerrat zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit

Antrag betreffend Fragen der Arbeit des Zeitweiligen Prüfungsausschusses

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne betr. Veröffentlichung der Namen der Abgeordneten der Volkskammer, denen die Mandatsniederlegung empfohlen worden ist, wird an den Zeitweiligen Prüfungsausschuß überwiesen.

Mit Mehrheit Beschluß folgender Gesetze und Anträge:

Einrichtungen der Tagesbetreuung für Kinder,
Gesetz zu Fragen der Rechtsstellung gleichgeschlechtlich orientierter Bürger,
Empfehlung an den Deutschen Bundestag zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 22. Juni 1990,

Erweiterung der Vorruhestandsregelungen und Gesetz über die Anpassung der Renten einschließlich der Sozialzuschläge an die Entwicklung der Nettolöhne

Ablehnung folgender Gesetze und Anträge:

Bindung der Mieten an die Entwicklung der Einkommen,

noch: Donnerstag, 20. September 1990

Erlassung von Schulden,
Gesetz zur Entschuldung ehemals volkseigener Kombinate, Betriebe und sonstiger Wirtschaftseinheiten,
Gesetz zum frei finanzierten Wohnungsbau,
Gesetz über die Inkraftsetzung des Gesetzes über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht, Archivgut der Parteiarchive der SED und Antrag betreffend leistungsfähige Verkehrsverbindungen

Persönliche Erklärung des Abgeordneten *Rainer Börner* (PDS)

Bekennnis, mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet zu haben und diesen Umstand vor seiner Wahl in das PDS-Präsidium verschwiegen zu haben. Für die Erklärung erhält der Abgeordnete Beifall von vielen Mitgliedern der Volkskammer.

Freitag/Samstag, 21./22. September 1990

Gefängnisrevolten zur Durchsetzung einer allgemeinen Amnestie greifen auf zahlreiche DDR-Haftanstalten und Untersuchungsgefängnisse über. Das DDR-Justizministerium lehnt eine allgemeine Amnestie für Häftlinge ab.

Montag, 24. September 1990

Mit einer Protokoll-Unterzeichnung wird in Ost-Berlin der Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt mit Wirkung zum 3. Oktober 1990 besiegelt.

Das amtierende DDR-Staatsoberhaupt, Volkammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl*, gibt einen Empfang zur Verabschiedung der in Ost-Berlin akkreditierten Chefs der diplomatischen Missionen. Am 3. Oktober 1990 enden die diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und 135 Staaten und Befreiungsbewegungen.

Die DDR-Regierung bietet den revoltierenden Häftlingen in den Gefängnissen der DDR eine Einzelüberprüfung ihrer Urteile an. Der Häftlingsprotest geht trotz dieser Zusage weiter. Volkammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* regt an, einen Gesetzentwurf für eine Teilamnestie auszuarbeiten.

Der Spitzenkandidat der Grünen der DDR für die erste gesamtdeutsche Wahl, *Henry G. Schramm*, gibt zu, mehrere Jahre für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet zu haben.

Dienstag, 25. September 1990

Das DDR-Innenministerium legt den Bericht über die Stasi-Auflösung vor. Es sei gelungen, das unmenschliche Überwachungs- und Repressionsystem „friedlich zu zerschlagen“.

Mittwoch, 26. September 1990

Letzte Sitzung des Ministerrats der DDR. Nach Auffassung von Ministerpräsident *Lothar de Maizière* habe seine Regierung trotz großer Schwierigkeiten ihren Wählerauftrag erfüllt.

Die Sozialdemokraten beider Teile Deutschlands beschließen auf getrennten Parteitag in Berlin ihre Vereinigung für den folgenden Tag. Die DDR-Delegierten wählen ihren Vorsitzenden *Wolfgang Thierse* zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der Gesamt-SPD.

Donnerstag, 27. September 1990

Beginn des zweitägigen Vereinigungs-Parteitages der SPD in Berlin

Der neue Vorsitzende der gesamtdeutschen SPD, *Hans-Jochen Vogel*, erklärt, die SPD beende damit den Zustand, der 1946 durch die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED geschaffen worden sei.

Freitag, 28. September 1990

37. Tagung der Volkskammer der DDR

(letzte Arbeitssitzung; Beginn um 7.10 Uhr, vorausgesehene Dauer bis 10.00 Uhr; wegen des unvorhergesehenen turbulenten Verlaufs tatsächliches Ende um 23.30 Uhr)

Tagesordnung u. a.:

Abschlußbericht des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS

Erstattung des Berichts durch den Ausschußvorsitzenden *Joachim Gauck* („... von Abschluß kann bei dieser Materie natürlich überhaupt nicht die Rede sein“); auf Antrag des Ministerrates Zustimmung mit Mehrheit, den Abgeordneten *Gauck* als Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Verwaltung der Akten und Dateien des ehemaligen MfS/AfNS vorzuschlagen.

Abschlußbericht des Zeitweiligen Prüfungsausschusses hinsichtlich früherer Mitarbeit von Abgeordneten der Volkskammer für das ehemalige MfS/AfNS

Erstattung des Berichts durch den Ausschußvorsitzenden *Peter Hildebrand*: In das Prüfungsverfahren fielen 76 Mitglieder der Volkskammer und 7 Minister, von

noch: Freitag, 28. September 1990

denen drei keine Abgeordnete sind; in 15 Fällen wird seitens des Ausschusses die dringende Empfehlung zu sofortiger Mandatsniederlegung bzw. sofortigem Rücktritt ausgesprochen (ein Teil der 76 Abgeordneten konnte nicht überprüft werden, weil entweder die Bereitschaftserklärung der Betroffenen fehlte oder die Akten vernichtet bzw. nicht auffindbar waren); Namen werden im Bericht nicht genannt; Bedauern des Ausschußvorsitzenden darüber, wie bisher mit den Rücktrittsempfehlungen umgegangen worden ist.

Anträge betreffend der Nennung bzw. Nicht-Nennung von Namen derer, denen eine Empfehlung zur Niederlegung ihres Mandats ausgesprochen wurde

Stundenlange, zeitweise unterbrochene, zum Teil sehr hitzige und emotional gefärbte Aussprache über die Problematik einer Namensnennung verdächtiger Personen (in der u. a. Volkammerpräsidentin *Sabine Bergmann-Pohl* erklärt, aus Gewissensgründen nicht in der Lage zu sein, öffentlich die Namen zu nennen). – Noch vor der Abstimmung über die Anträge auf Namensnennung und über den Antrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden *Günther Krause*, die Öffentlichkeit der Volkammer auszuschließen, geben mehrere Abgeordnete persönliche Erklärungen zu ihren Kontakten mit der Staatssicherheit ab, u. a. Bauminister *Axel Viehweger*, der gleichzeitig seinen Rücktritt als Minister erklärt. Einige der verdächtigen Abgeordneten weisen dagegen jede Schuld von sich. – In geschlossener Sitzung werden anschließend die Namen der 15 am stärksten belasteten Abgeordneten und Minister bekanntgegeben, denen der Prüfungsausschuß Mandatsniederlegung bzw. Rücktritt empfohlen hatte. – Mit Mehrheit Ablehnung eines Antrages, eine autorisierte Liste der genannten Abgeordneten durch die Volkammer zu veröffentlichen (obwohl nicht autorisierte Listen bereits in der Öffentlichkeit im Umlauf sind). – Erklärung von Ministerpräsident *Lothar de Maizière* zu seinem Verhalten gegenüber den Rücktrittsforderungen von Mitgliedern seines Kabinetts. – Ablehnung eines Antrages von SPD und Bündnis 90/Grüne, die Abgeordneten *Gysi* und Ministerpräsident *de Maizière* sollten sich einer Nachprüfung unterziehen.

Gesetze zum teilweisen Straferlaß

Inhalt: Generelle Kürzung der Strafen um ein Drittel, ausgenommen für Nazi- und Kriegsverbrecher, Mörder, schwere Gewalt- oder Sexualstraftäter sowie Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurden; trotz juristischer Bedenken Zustimmung mit Mehrheit (angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Lage in den Strafanstalten der DDR).

Aufhebung des Beschlusses der Volkammer zur Ausarbeitung eines Konversionsgesetzes vom 6. September 1990

noch: Freitag, 28. September 1990

Bericht des Ministerrates über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Angleichung der Bestandsrenten

Abschlußbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung der Vorgänge um die psychiatrische Klinik in Waldheim sowie ähnlich gelagerte Fälle des Mißbrauchs von medizinischen Einrichtungen durch das MfS/AfNS

Zustimmung zu dem Antrag, dem Bundestag zu empfehlen, die Arbeit des Sonderausschusses fortzusetzen und eine Enquete-Kommission zur Lage der Psychiatrie in den Ländern der ehemaligen DDR einzusetzen.

Antrag von 20 Abgeordneten betreffend Überprüfung der ehemaligen Auftraggeber des MfS/AfNS

Beschluß, dem gesamtdeutschen Parlament die weitere Überprüfung einschließlich geeigneter Maßnahmen zu empfehlen; ferner Ablehnung, die Immunität des Abgeordneten *Hans Modrow* aufzuheben.

Entsendung von 144 Abgeordneten in den 11. Deutschen Bundestag

Entsprechend dem Beschluß, daß unter den 144 Mitgliedern der Volkskammer, die in den 11. Bundestag entsandt werden, sich keine belasteten Abgeordneten befinden dürfen, Erklärung der Vertreter der einzelnen Fraktionen, daß die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten nicht belastet seien; ausführliche Ehrenerklärung für *Hans Modrow* durch *Gregor Gysi* (PDS) und Erklärung von *Gerd Poppe* (Bündnis 90/Grüne) aufgrund eines SPD-Antrages, *Modrow* von der Liste der Abgeordneten des 11. Bundestages zu streichen; nach längerer Geschäftsordnungsdebatte mit Mehrheit Zustimmung zur vorgeschlagenen Liste.

Benennung von Beobachtern für das Europäische Parlament

Empfehlung zur Ergänzung des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen

Zustimmung mit Mehrheit.

Bericht der Treuhandanstalt zur Carl-Zeiss-Stiftung Jena gemäß Beschluß der Volkskammer vom 13. September 1990

Samstag, 29. September 1990

Inkrafttreten des Einigungsvertrages; Notenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über das Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten.

Sonntag, 30. September 1990

Nach der Verabschiedung einer Teilamnestie durch die Volkskammer am Freitag beruhigt sich die Lage in den Gefängnissen der DDR. Die besetzten Dächer werden geräumt, und die Häftlinge kehren in ihre Zellen zurück.

Montag, 1. Oktober 1990

Beginn des zweitägigen Vereinigungsparteitages der CDU in Hamburg.

Die CDU-Verbände aus dem noch geteilten Deutschland schließen sich zur gesamtdeutschen CDU zusammen. Bundeskanzler *Helmut Kohl* wird mit einem Rekordergebnis von 98,5 % der Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt. Einziger Stellvertreter wird der bisherige Vorsitzende der CDU der DDR, *Lothar de Maizière*.

Der Prüfungsausschuß der Volkskammer präzisiert seine Stasi-Vorwürfe gegenüber DDR-Umweltminister *Karl-Hermann Steinberg* (CDU).

Zu den Erklärungen einiger Abgeordneter in der Volkskammertagung am Freitag sagt der Ausschuß-Vorsitzende *Peter Hildebrand* in einem Interview: „Bestimmte Dementi waren so unerträglich, daß ich Gewissenskonflikte bekam, ob ich nicht meine Schweigepflicht aufheben sollte.“

Dienstag, 2. Oktober 1990

Am Abend Festakt der Regierung der DDR im Schauspielhaus in Ost-Berlin.

In seiner letzten Ansprache als Ministerpräsident der DDR bezeichnet *Lothar de Maizière* den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik als „eine Stunde großer Freude“ und als einen „Abschied ohne Tränen“. Anschließend spielt das Gewandhausorchester Leipzig unter Leitung von *Kurt Masur* die 9. Symphonie von *Ludwig van Beethoven*.

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, die noch vor einem Jahr Anlaufstelle für zahlreiche ausreisewillige DDR-Bürger war, schließt ihre Tore, desgleichen die Ständige Vertretung der DDR in Bonn.

Auflösung der Nationalen Volksarmee der DDR in Strausberg bei Berlin.

38. Tagung der Volkskammer der DDR

Festsitzung im Staatsratsgebäude in Ost-Berlin in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Bundestages, darunter die Vizepräsidenten *Annemarie Renner*, *Richard Stücklen* und *Heinz Westphal* sowie SPD-Fraktionsvorsitzender *Hans-Jochen Vogel*

Tagesordnung:

Erklärung der Vorsitzenden der Fraktionen in der Volkskammer der DDR zum Abschluß der 10. Wahlperiode

Erste Bilanz über die in den knapp sechs Monaten geleistete Arbeit der Volkskammer, in der u. a. 164 Gesetze und 93 Beschlüsse beraten und verabschiedet wurden; differenzierte Stellungnahmen zum demokratischen „Lernprozeß“ seit der ersten freien Wahl eines Parlaments in der DDR und zum Gelingen der deutschen Einheit.

Schlußwort der Präsidentin der Volkskammer der DDR, *Sabine Bergmann-Pohl*

„... Unser Abschied in dieser Stunde ist so ungewöhnlich wie unser Auftrag, der uns vor sieben Monaten von den Wählerinnen und Wählern auf den Weg gegeben wurde. Er bestand darin, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir heute die Arbeit beenden können. Wann war eine demokratische Volksvertretung jemals in der Geschichte mit einer solchen Aufgabe beauftragt worden? Mit dem morgigen Tag können wir sagen: Wir haben unseren Auftrag erfüllt, die Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden ...“

Dienstag, 2. Oktober 1990

Die letzte Tagung der Volkskammer der DDR endet um 18.45 Uhr.

Dienstag/Mittwoch, 2./3. Oktober 1990

Um Mitternacht – mit Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes – endet die Existenz des zweiten deutschen Staates. Nach 45 Jahren der Teilung wird Deutschland wieder ein Staat.

In einer nächtlichen Feierstunde vor dem Reichstagsgebäude in Berlin in Anwesenheit mehrerer Hunderttausend Menschen wird als Symbol der Vereinigung eine überdimensionale Bundesflagge gehißt.

Zur Fortsetzung der Chronik siehe Abschnitt 7.4.

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 28 sind weitere Angaben zur politischen Wende in der DDR, zur Vereinigung Deutschlands, zu den neuen Bundesländern und zur Integration der ostdeutschen Politiker in Bundestag und Bundesrat u. a. in folgenden Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** zu finden:

- 1.1 Wahlgesetze (mit den Wahlrechtsregelungen bei den ersten beiden gesamtdeutschen Wahlen 1990 und 1994)
- 1.3 Wahltermin und Wahlfristen (mit den Fristen bei der Durchführung der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990)
- 1.6 Die kandidierenden Parteien in Stichworten (mit Angaben insbesondere auch zu den in der DDR gegründeten Parteien und Bürgerbewegungen, die an der ersten gesamtdeutschen Wahl teilgenommen haben)
- 1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern (mit Angaben zu den einzelnen neuen Bundesländern und einer Gegenüberstellung der Wahlergebnisse von 1990 und 1994 in den westlichen und östlichen Bundesländern)
- 1.16 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession (mit einer Gegenüberstellung der Stimmabgabe 1990 im westlichen und östlichen Wahlgebiet)
- 1.17 Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete (mit Angaben zu den Hochburgen der Parteien in den neuen Bundesländern)
- 1.28 Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen (mit Berücksichtigung der seit Herbst 1990 in den neuen Bundesländern durchgeführten Landtagswahlen)
- 2.1 Zahl der Abgeordneten (mit den Veränderungen aufgrund der Vereinigung Deutschlands)
- 2.5 Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR
- 3.5 Herkunft der Abgeordneten (mit einer Statistik der Geburtsorte der 1990 in den alten und neuen Ländern gewählten Abgeordneten)
- 5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen (mit Angabe der den beiden Gruppen PDS bzw. PDS/LL und Bündnis 90/Grüne im Bundestag eingeräumten Rechte)
- 5.4 Fraktionsspaltungen und Fusionen: Chronik (mit der Angabe der Veränderungen, die der Eintritt der von der Volkskammer in den Bundestag gewählten Abgeordneten im Oktober 1990 bewirkt hat)
- 5.11 Sonstige im Bundestag vertretene Parteien (mit den Parteien und Bürgerbewegungen, die sich während der „Wende“ in der DDR gebildet haben)
- 6.11 Regierungserklärungen (mit den Daten und Themen der Erklärungen, die zur Lage in der DDR und später zu den Verhandlungen mit der DDR über die Herbeiführung der deutschen Einheit abgegeben wurden)

28.2 Volkskammerwahl vom 18. März 1990

Wahlgesetz der DDR*)

Rechtsgrundlage für die Wahlen bildete das Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 vom 20. Februar 1990 (GBl. der DDR, Teil I, Nr. 9, S. 60).

Dieses Wahlgesetz der DDR entspricht in weiten Bereichen dem Wahlgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die Abgeordneten werden in freier, allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl von den Wahlberechtigten gewählt. Es besteht ein Verhältniswahlrecht, die Verteilung der Sitze erfolgt nach dem Verfahren *Hare/Niemeyer*.

Die 400 Abgeordneten der Volkskammer werden jetzt ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland für die Dauer von vier Jahren gewählt. Bisher galt für die rund 500 Mitglieder der Volkskammer eine fünfjährige Legislaturperiode.

Zwischen dem Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland und dem Wahlrecht der DDR bestehen folgende Unterschiede:

- In der DDR besteht ein reines Verhältniswahlrecht. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme, die er für eine Partei oder politische Vereinigung abgeben kann. In der Bundesrepublik Deutschland verfügt jeder Wähler dagegen über zwei Stimmen, eine für die Wahl einer Landesliste, die andere für die Wahl eines Direktkandidaten. Das reine Verhältniswahlrecht der DDR führt dazu, daß es keine Direktkandidaten der Parteien in den Wahlkreisen gibt. Auch Einzelkandidaten können sich nicht bewerben.
- Zur Wahl werden nicht nur Parteien, sondern auch politische Vereinigungen zugelassen. Damit die Parteien sich über die Listen der politischen Vereinigungen keine zusätzlichen Mandate verschaffen, bestimmt das Wahlgesetz, daß jeder Kandidat nur **einer** Partei oder politischen Vereinigung angehören darf.
- Nach dem Wahlgesetz der DDR ist es zulässig, daß sich mehrere Parteien oder politische Vereinigungen mit einer gemeinsamen Liste zur Wahl stellen. Anders als in der Bundesrepublik Deutschland, wo sich jede Partei mit einer eigenen Liste an der Wahl beteiligt, wird in der DDR von der Möglichkeit der Listenverbindung Gebrauch gemacht.
- In der DDR gibt es keine Bundes- und Landeslisten, sondern Wahlkreislisten. Die Wahlkreise in der DDR sind aber erheblich größer als in der Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt gibt es 15 Wahlkreise, so daß die Wahlkreislisten etwa mit unseren Landeslisten verglichen werden können.
- Parteien oder andere politische Vereinigungen, die faschistische, militaristische, antihumanistische Ziele verfolgen sowie Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß bekunden, bleiben von der Wahl ausgeschlossen. Anders als bei uns ist die Entscheidung über den Ausschluß aber nicht einem obersten Gericht vorbehalten. Die Entscheidung trifft ein aus fünf Personen bei der Wahlkommission der DDR bestehendes Präsidium.
- Die Abgeordneten in der DDR sind nicht so unabhängig wie in der Bundesrepublik Deutschland. Verläßt ein Abgeordneter während der Legislaturperiode seine Partei, so verliert er automatisch seinen Sitz in der Volkskammer. Gestrichen wurde eine Bestimmung des Entwurfs, daß die Parteien die Abberufung eines Abgeordneten beantragen können, wenn dieser „gröblich seine Pflichten als Abgeordneter verletzt“. Eine derartige gesetzliche Bestimmung hätte für die DDR die Einführung des imperativen Mandats bedeutet.
- Es gibt keine Briefwahl. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, sich am Wahltag aber nicht am Wohnort befindet, der kann einen Wahlschein beantragen, der ihn berechtigt, in jedem Stimmbezirk der DDR zu wählen. In die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte Personen verlieren durch die Übersiedlung nicht automatisch ihre DDR-Staatsbürgerschaft. Sind sie noch im Wählerverzeichnis eingetragen, so können sie in ihrem Wahlkreis wählen; sie können auch einen Wahlschein beantragen, der sie berechtigt, in jedem in der DDR gelegenen Stimmbezirk ihre Stimme abzugeben.
- Sperrklauseln wie die 5%-Klausel gibt es in der DDR nicht. Eine Partei, die nur 0,25% der Stimmen erhält, ist dadurch bereits mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten.

*) Entnommen aus: Der Aktuelle Begriff Nr. 7/90 vom 9. März 1990 „Das Wahlgesetz der DDR“, Bearbeiter: *Lothar Kolbe*

Verzeichnis der kandidierenden Parteien und politischen Vereinigungen

Folgende Parteien, andere politische Vereinigungen und Listenvereinigungen haben an der Volkskammerwahl von 1990 teilgenommen:*)

AVL	Aktionsbündnis Vereinigte Linke ¹⁾
AJL	Alternative Jugendliste ²⁾
Bündn. 90	„Bündnis 90“ ³⁾
LIBERALE	Bund Freier Demokraten ⁴⁾
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter – Deutsche Sektion der 4. Internationale
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands ⁵⁾
CHR. LIGA	CHRISTLICHE LIGA
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands ⁶⁾
DA	Demokratischer Aufbruch ⁷⁾

1) Das **Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL)** ist eine Listenverbindung aus den Gruppen **Vereinigte Linke (VL)** und **Die Nelken**.

2) Die **Alternative Jugendliste (AJL)** ist eine Listenverbindung aus den Gruppen **Deutsche Jugendpartei (DJP)**, **Grüne Jugend (GJ)**, **Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke“ (MJV)** und **Freie Deutsche Jugend (FDJ)**.

3) Das **Bündnis 90** ist eine am 7. Februar 1990 beschlossene Listenverbindung aus den Gruppen **Neues Forum (NF)**, **Demokratie Jetzt (DJ)** und **Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)**, die sich teilweise schon lange vor der „Wende“ gebildet hatten. Die größte dieser drei Gruppierungen ist das **Neue Forum**, das sich wiederum aus Friedens- und Ökologiegruppen zusammensetzt; bekannte Vertreter sind u. a. *Rolf Henrich*, *Jens Reich* und *Bärbel Bohley*. Bekannte Vertreter von **Demokratie Jetzt** sind u. a. *Hans-Jürgen Fischbeck*, *Ulrike Poppe*, *Wolfgang Ullmann* und *Konrad Weiß*.

4) Der **Bund Freier Demokraten** (genannt auch **Die Liberalen**) ist eine am 12. Februar 1990 beschlossene und durch die FDP der Bundesrepublik Deutschland unterstützte Listenverbindung aus der **Deutschen Forumpartei (DFP)**, der **Liberal-Demokratischen Partei (LDP)** und der **Freien Demokratischen Partei (FDP)**. Die **LDP** (Vorsitzender ab 9. Februar 1990: *Rainer Ortleb* als Nachfolger des langjährigen **LDPD**-Vorsitzenden *Manfred Gerlach*) ist aus der ehemaligen Blockpartei **Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)** hervorgegangen; die **Deutsche Forumpartei** hat sich vom **Neuen Forum** abgespalten. Vorsitzender der **FDP** ist *Bruno Menzel*, Vorsitzender der **DFP** *Jürgen Schmieder*.

5) Die **Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)** („Ost-CDU“), 1945 von *Jakob Kaiser* und *Ernst Lemmer* gegründet, zählt seit 1949 zu den ehemaligen Blockparteien der DDR und kündigt nach der „Wende“ am 4. Dezember 1989 ihre Mitarbeit im Block auf. Vorsitzender seit dem 15. Dezember 1989 ist *Lothar de Maizière* (seit 10. November 1989 bereits kommissarisch) als Nachfolger des langjährigen Vorsitzenden *Gerald Götting*. Obwohl **CDU**, **Deutsche Soziale Union (DSU)** und **Demokratischer Aufbruch (DA)** sich vor der Wahl in Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl* am 5. Februar 1990 zur **Allianz für Deutschland** zusammengeschlossen hatten, traten die drei Parteien nicht als Wahlbündnis, sondern mit eigenen Listen an.

6) Die **Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)**, 1948 gegründet, zählt ebenfalls zu den ehemaligen Blockparteien; langjähriger Vorsitzender: *Günther Maleuda*.

7) Der **Demokratische Aufbruch (DA)** bildete sich noch vor der „Wende“ aus kirchlichen Gruppen, zunächst mit dem Ziel, den „dritten Weg“ des Sozialismus zu suchen; offizieller Gründungsparteitag am 16./17. Dezember 1989; Parteiaustritte (u. a. durch Gründungsmitglied *Friedrich Schorlemmer*) nach Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Vorsitzender ab 17. Dezember 1989 *Wolfgang Schnur*, nach dessen Rücktritt ab 15. März 1990 *Rainer Eppelmann*, der **Demokratische Aufbruch** gehört zum Wahlbündnis **Allianz für Deutschland** (vgl. Fußnote 5), trat jedoch mit eigenen Listen zur Wahl an.

*) Die Angaben zu den kandidierenden Parteien und Wahlbündnissen sind zum Teil entnommen aus: Der Aktuelle Begriff Nr. 8/90 „Volkskammerwahlen: Kandidierende Parteien und Wahlbündnisse“, Bearbeiter: *Andreas Kaernbach*, sowie aus der Monatschronik Inland von dpa. Vgl. auch die bei Abschnitt 28.1 angegebenen Quellen.

DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DBU	Deutsche Biertrinker Union
DSU	Deutsche Soziale Union ⁸⁾
EINHEITJ.	EINHEIT jetzt
EFP	Europäische Föderalistische Partei/Europa Partei
EU	Europa-Union der DDR
GRÜNE-UFV	Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband ⁹⁾
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands ¹⁰⁾
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands ¹¹⁾
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus ¹²⁾
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands ¹³⁾
SpAD	Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ¹⁴⁾
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ¹⁵⁾
UVP	Unabhängige Volkspartei
VAA	Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie

⁸⁾ Die **Deutsche Soziale Union (DSU)** ist eine am 19. Januar 1990 gegründete Sammelpartei von liberal-konservativen und christlichen Gruppierungen mit politischer Nähe zur CSU; Vorsitzender: *Hans-Wilhelm Ebeling*. Die **DSU** gehört zum Wahlbündnis **Allianz für Deutschland** (vgl. Fußnote 5), trat jedoch mit eigenen Listen zur Wahl an.

⁹⁾ **Grüne Partei (GP)** und **Unabhängiger Frauenverband (UFV)** haben sich zu einer Listenverbindung zusammengeschlossen.

¹⁰⁾ Wiedergründung der **Kommunistischen Partei Deutschlands** am 1. Februar 1990.

¹¹⁾ Die **National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)**, 1948 gegründet, zählt zu den ehemaligen Blockparteien der DDR; langjähriger Vorsitzender bis 2. November 1989: *Heinrich Homann*, Nachfolger ab 7. November 1989: *Günter Hartmann*, ab 20. Januar 1990: *Wolfgang Glaeser*, ab 11. Februar 1990: *Wolfgang Rauls*.

¹²⁾ Die **Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)** ist durch zweimalige Namensänderung (ab 16. Dezember 1989 zunächst **SED-PDS**, ab 4. Februar 1990 **PDS**) aus der früheren **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)** hervorgegangen. Im Zusammenhang mit der Namensänderung hat die **PDS** nahezu die gesamte alte **SED**-Führung aus der Partei ausgeschlossen. Generalsekretär seit dem 8. Dezember 1989 ist *Gregor Gysi*, nachdem zunächst am 18. Oktober 1989 der langjährige **SED**-Generalsekretär *Erich Honecker* von *Egon Krenz* abgelöst worden war und am 3. Dezember 1989 das **SED**-Politbüro und das **SED**-Zentralkomitee geschlossen zurückgetreten waren; die Spitzenkandidatur für die Volkammerwahl übernahm Ministerpräsident *Hans Modrow*.

¹³⁾ Die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** („Ost-SPD“) wurde am 7. Oktober 1989 (fast 44 Jahre nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED) – zunächst unter der Bezeichnung **Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP)** – wiedergegründet und ihr weiterer Aufbau von der SPD der Bundesrepublik Deutschland unterstützt. Die Namensänderung in **SPD** erfolgte am 13. Januar 1990. Vorsitzender ab 22. Februar 1990 wurde *Ibrahim Böhme* (zuvor schon Geschäftsführer der Partei), und nach Niederlegung seiner Ämter am 2. April 1990 wurde *Markus Meckel* amtierender Vorsitzender.

¹⁴⁾ Gegründet am 21. Januar 1990 als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

¹⁵⁾ Gegründet am 17. Februar 1990.

Hinweis

Aspekte des Themas „Wahlen zum Deutschen Bundestag“ werden außerhalb des Kapitels 1 noch in verschiedenen anderen Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* behandelt, so in Abschnitt

2.2 Statusrechte des Abgeordneten,

2.9 Inkompatibilitäten (mit einer Übersicht, welche Ämter und Funktionen mit dem Bundestagsmandat unvereinbar sind),

2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung,

2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag,

3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag (mit Angaben zur Wiederwahlhäufigkeit),

3.11 Weibliche Abgeordnete (mit Angaben zum Anteil weiblicher Wahlkreisabgeordneter).

Wahlergebnisse*)

Partei	Stimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in%	
CDU	4 710 598	40,8	163
SPD	2 525 534	21,9	88
PDS	1 892 381	16,4	66
DSU	727 730	6,3	25
LIBERALE	608 935	5,3	21
Bündn. 90	336 074	2,9	12
DBD	251 226	2,2	9
GRÜNE-UFV	226 932	2,0	8
DA	106 146	0,9	4
NDPD	44 292	0,4	2
DFD	38 192	0,3	1
AVL	20 342	0,2	1
AJL	14 616	0,1	–
CHR. LIGA	10 691	0,1	–
KPD	8 819	0,1	–
USPD	3 891	0,0	–
EFP	3 636	0,0	–
UVP	3 007	0,0	–
DBU	2 534	0,0	–
SpAD	2 417	0,0	–
EINHEIT J.	2 396	0,0	–
BSA	386	0,0	–
VAA	380	0,0	–

*) Quelle: Unterlagen der Wahlkommission der DDR.

Zur Analyse der Wahl vgl. u. a.:

Wolfgang G. Gibowski, Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 1. S. 5–22;

Matthias Jung, Parteiensystem und Wahlen in der DDR. Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1990. B 27/90. S. 3–15;

Dieter Roth, Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 31. 1990. H. 3. S. 369–393;

Dieter Roth, Die Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990. Rationales Wahlverhalten beim ersten demokratischen Urnengang. In: Die Politik zur deutschen Einheit. Hrsg. von *Ulrike Liebert* und *Wolfgang Merkel*. Opladen 1991. S. 115–138;

Jürgen W. Falter, Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen. In: Die Gestaltung der deutschen Einheit. Hrsg. von *Eckhard Jesse* und *Armin Mitter*. Bonn, Berlin 1992. S. 163–188.

Wahlberechtigte	12 426 443
Abgegebene Stimmen	11 604 418
Wahlbeteiligung (in%)	93,38
Gültige Stimmen.	11 541 155
Ungültige Stimmen (Anzahl)	63 263
Ungültige Stimmen (in %)	0,55

Regionale Abweichungen der Stimmenanteile

Je nach Region weichen die Stimmenanteile der Parteien bei der Wahl zur Volkammer am 18. März 1990 teilweise erheblich vom Durchschnitt ab. In der folgenden Tabelle werden die Abweichungen in den „Ländern“ in Prozentpunkten angegeben.*)

Partei		CDU	DSU	BFD	SPD	B 90	PDS	Sonst.
DDR insgesamt		40,8%	6,3%	5,3%	21,9%	2,9%	16,4%	6,4%
Abweichungen in Prozentpunkten in	Mecklenburg	- 4,4	- 4,0	- 1,7	+ 2,0	- 0,6	+ 6,0	+ 2,7
	Brandenburg	- 6,8	- 2,6	- 0,5	+ 7,0	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,5
	Ost-Berlin	- 22,5	- 4,1	- 2,3	+ 13,0	+ 3,4	+ 13,8	- 1,3
	Sachsen-Anhalt	+ 3,9	- 3,9	+ 2,4	+ 1,7	- 0,7	- 2,4	- 1,0
	Thüringen	+ 12,0	- 0,7	- 0,7	- 4,4	- 0,8	- 5,1	- 0,3
	Sachsen	+ 2,7	+ 6,9	+ 0,4	- 6,7	+ 0,1	- 3,0	- 0,4

*) Quelle: *Jürgen W. Falter*, Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen. In: Die Gestaltung der deutschen Einheit. Hrsg. von *Eckhard Jesse* und *Armin Mitter*. Bonn, Berlin 1992. S. 166.

Die „Länder“ bei der Volkammerwahl vom 18. März 1990 entsprechen nur in etwa den nach dem 3. Oktober 1990 entstandenen neuen Bundesländern, da sich die Grenzen der Bezirke (für die von der offiziellen Wahlstatistik die Volkammer- und Kommunalwahlergebnisse ausgewiesen wurden) und die Grenzen der neuen Länder nicht vollständig decken. Es wurden folgende Zuordnungen vorgenommen:

Mecklenburg = Bezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin;

Brandenburg = Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam;

Sachsen-Anhalt = Bezirke Halle und Magdeburg;

Thüringen = Bezirke Erfurt, Gera und Suhl;

Sachsen = Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig.

Hinweis

Alle Parteien und Listenverbindungen aus den östlichen Bundesländern, die im Dezember 1990 an der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag teilgenommen haben, sind in Abschnitt 1.6 des vorliegenden *Datenhandbuchs* stichwortartig beschrieben.

Auch nach Wahlkreisen weichen die Stimmenanteile der Parteien zum Teil beträchtlich vom DDR-Gesamtergebnis ab. Die höchsten und niedrigsten Stimmenanteile erhielten die Parteien in den folgenden der insgesamt nur 15 Wahlkreise der DDR:

Partei	Wahlkreis mit dem höchsten Stimmenanteil		Wahlkreis mit dem niedrigsten Stimmenanteil	
CDU	Erfurt	56,3%	Berlin	18,3%
SPD	Berlin	34,9%	Dresden	9,7%
PDS	Berlin	30,2%	Erfurt	9,9%
DSU	Karl-Marx-Stadt	14,8%	Magdeburg	2,0%
LIBERALE	Halle	10,0%	Berlin	3,0%
Bündnis 90	Berlin	6,3%	Neubrandenburg	1,6%
DBD	Neubrandenburg	6,3%	Berlin	0,5%
GRÜNE-UFV	Berlin	2,7%	Halle	1,6%
			Karl-Marx-Stadt	1,6%
DA	Erfurt	1,9%	Neubrandenburg	0,5%
NDPD	Cottbus	0,7%	Berlin	0,2%
DFD	Neubrandenburg	0,6%	Erfurt	0,3%
AVL	Berlin	0,3%	Magdeburg	0,1%

28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer

Die Wahl des Präsidiums der Volkskammer richtete sich in der 10. Wahlperiode nach § 2 der Vorläufigen Geschäftsordnung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (Drucksache Nr. 2), die in der konstituierenden Sitzung am 5. April 1990 beschlossen wurde – allerdings nachdem zuvor schon das Präsidium gewählt worden war! § 2 hatte unter Berücksichtigung eines gemeinsamen Änderungsantrages zur Drucksache Nr. 2 folgenden Wortlaut:

„Wahl des Präsidiums der Volkskammer

(1) Die Volkskammer wählt auf ihrer ersten Tagung für die Dauer der Wahlperiode das Präsidium der Volkskammer.

(2) Das Präsidium besteht aus:

- dem Präsidenten
- sechs Stellvertretern
- weiteren von den Fraktionen zu benennenden Mitgliedern (entsprechend § 8).

(3) Der Präsident(in) wird ohne Aussprache geheim gewählt. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Abgeordneten der Volkskammer erhält. Ergibt sich im ersten Wahlgang keine Mehrheit, so kommen die beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl in die engere Wahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(4) Die Stellvertreter(innen) des Präsidenten werden in einem Wahlgang geheim ohne Aussprache gewählt. Für die Wahl benennt jede Fraktion zwei Kandidaten. Als gewählt gilt, wer von den beiden Kandidaten der

jeweiligen Fraktion die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit bestimmt die Fraktion. Gültig ist nur eine Stimme, die sich für je einen der Kandidaten der Fraktion entscheidet.“

Wahl des Volkskammerpräsidenten

10. WP 1990	<p>1. Tagung, 5. April 1990</p> <p><i>1. Wahlgang:</i></p> <p><i>Wahlvorschläge:</i> Dr. <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU), vorgeschlagen von der CDU-Fraktion, Dr. <i>Reinhard Höppner</i> (SPD), vorgeschlagen von der SPD-Fraktion, Dr. <i>Günther Maleuda</i> (DBD/DFD), vorgeschlagen von der DBD/DFD-Fraktion, Dr. <i>Hans Modrow</i> (PDS), vorgeschlagen von der PDS-Fraktion, Dr. <i>Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/Grüne), vorgeschlagen von der Fraktion Bündnis 90/Grüne.</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="padding-right: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">390</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">davon für Dr. <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU):</td> <td style="text-align: right;">188</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">für Dr. <i>Reinhard Höppner</i> (SPD):</td> <td style="text-align: right;">83</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">für Dr. <i>Hans Modrow</i> (PDS):</td> <td style="text-align: right;">65</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">für Dr. <i>Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/Grüne):</td> <td style="text-align: right;">31</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">für Dr. <i>Günther Maleuda</i> (DBD/DFD):</td> <td style="text-align: right;">22</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">ungültige Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">1</td> </tr> </table> <p>Damit wurde die Mehrheit der Abgeordneten der Volkskammer (201) nicht erreicht, so daß ein 2. Wahlgang erforderlich war zwischen den beiden Abgeordneten mit den meisten Stimmen, Dr. <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> und Dr. <i>Reinhard Höppner</i>.</p>	abgegebene Stimmen:	390	davon für Dr. <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU):	188	für Dr. <i>Reinhard Höppner</i> (SPD):	83	für Dr. <i>Hans Modrow</i> (PDS):	65	für Dr. <i>Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/Grüne):	31	für Dr. <i>Günther Maleuda</i> (DBD/DFD):	22	ungültige Stimmen:	1
abgegebene Stimmen:	390														
davon für Dr. <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU):	188														
für Dr. <i>Reinhard Höppner</i> (SPD):	83														
für Dr. <i>Hans Modrow</i> (PDS):	65														
für Dr. <i>Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/Grüne):	31														
für Dr. <i>Günther Maleuda</i> (DBD/DFD):	22														
ungültige Stimmen:	1														
	<p><i>2. Wahlgang:</i></p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="padding-right: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">390</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">davon für Dr. <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU):</td> <td style="text-align: right;">214</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">für Dr. <i>Reinhard Höppner</i> (SPD):</td> <td style="text-align: right;">171</td> </tr> <tr> <td style="padding-right: 20px;">ungültige Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">5</td> </tr> </table> <p>Präsidentin der Volkskammer der DDR: Dr. Sabine Bergmann-Pohl (CDU)¹⁾</p> <p>Amtszeit: 5. 4. 1990 bis 2. 10. 1990</p>	abgegebene Stimmen:	390	davon für Dr. <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU):	214	für Dr. <i>Reinhard Höppner</i> (SPD):	171	ungültige Stimmen:	5						
abgegebene Stimmen:	390														
davon für Dr. <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU):	214														
für Dr. <i>Reinhard Höppner</i> (SPD):	171														
ungültige Stimmen:	5														

¹⁾ *Sabine Bergmann-Pohl* (CDU) ist damit Nachfolgerin von *Günther Maleuda* (Demokratische Bauernpartei Deutschlands), der am 13. November 1989 von der Volkskammer im zweiten Wahlgang zu ihrem neuen Präsidenten gewählt worden war, nachdem der bisherige langjährige Volkskammerpräsident *Horst Sindermann* (SED) zu Beginn dieser Sitzung zurückgetreten war.

Hinweis

Ostdeutsche Politiker, die in der DDR nach der Wahl vom 18. März 1990 führende Positionen in der Volkskammer und im Ministerrat bekleideten, sind in folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

Wahl der Vizepräsidenten

Wahlperiode	Vizepräsidenten	Amtszeit
10. WP 1990	Stellvertreter der Präsidentin der Volkskammer: Dr. <i>Reinhard Höppner</i> (SPD) Weitere Stellvertreter der Präsidentin der Volkskammer: Dr. <i>Käte Niederkirchner</i> (PDS) Dr. <i>Stefan Gottschall</i> (DSU) Dr. <i>Jürgen Schmieder</i> (Die Liberalen) Dr. <i>Wolfgang Ullmann</i> (Bündnis 90/Grüne) <i>Dieter Helm</i> (DBD/DFD)	5. 4. 1990 bis 2. 10. 1990 5. 4. 1990 bis 2. 10. 1990 5. 4. 1990 bis 2. 10. 1990

28.4 Alters- und Sozialstruktur der Volkskammer-Abgeordneten

In diesem Abschnitt ist versucht worden, für die 10. Wahlperiode der Volkskammer einige der Angaben zur Alters- und Sozialstruktur der Abgeordneten zusammenzustellen, die das *Datenhandbuch* im Kapitel 3 regelmäßig für die Mitglieder des Bundestages enthält.

Auf mehrere Bereiche mußte jedoch verzichtet werden, weil die Volkskammer der 10. Wahlperiode ein Amtliches Handbuch, dem die biographischen Angaben hätten entnommen werden können, nicht mehr erstellt hat. Es liegt lediglich ein von der Verwaltung der Volkskammer herausgegebenes Mitgliederverzeichnis vor, das in Form und Inhalt der vorläufigen Ausgabe von „Kürschners Volks-handbuch“ gleicht, die zu Beginn einer Wahlperiode des Bundestages erstellt wird. *)

Das Verzeichnis der Volkskammer gibt zu jedem Abgeordneten akademische Titel, Parteizugehörigkeit, Geburtsdatum und Wohnort an. Es enthält ferner Berufsangaben, aber ohne weitere biographische Hinweise ist bei keinem Abgeordneten zu erkennen, ob es sich um den erlernten oder zur Zeit der Mandatsübernahme ausgeübten Beruf handelt. **)

Dieser Abschnitt des *Datenhandbuchs* beschränkt sich auf folgende Angaben:

- Anteil der Abgeordneten nach Altersgruppen
- Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahrgängen
- Weibliche Abgeordnete
- Berufs- und Bildungsstruktur
- Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer
- Frühere Mitgliedschaft im Ministerrat

*) Die Ähnlichkeit ist nicht zufällig: Das Volkskammer-Verzeichnis ist eine Gemeinschaftsausgabe des Staatsverlages der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, und der Neuen Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach (d. h. des „Kürschner-Verlages“).

**) Beispielsweise *Ibrahim Manfred Böhme*: Lehrer, Historiker; Dr. rer. oec. *Hans Modrow*: Diplomwirtschaftler, Diplomesellschaftswissenschaftler; *Ulrich Stockmann*: Diplomingenieur, Theologe; *Wolfgang Thierse*: Kulturwissenschaftler, Germanist.

Altersgliederung

*Anteil der Abgeordneten
nach Geburtsjahrgängen
(Anzahl und in %)*

Geburts- jahrgänge	Anzahl	in%
1925–1929	15	3,8
1930–1934	25	6,3
1935–1939	61	15,3
1940–1944	111	27,8
1945–1949	64	16,0
1950–1954	59	14,8
1955–1959	46	11,5
1960–1964	15	3,8
1965–1969	3	0,8
1970–1974	1	0,3
insgesamt	400	100,0

*Anteil der Abgeordneten
nach Altersgruppen
(Anzahl und in %)*

Alter von ... bis unter ... Jahren	Anzahl	in%
bis 25	4	1,0
25–30	13	3,3
30–35	42	10,5
35–40	55	13,8
40–45	69	17,3
45–50	107	26,8
50–55	69	17,3
55–60	25	6,3
60–65	16	4,0
insgesamt	400	100,0

*Anteil der Abgeordneten
nach Altersgruppen
(kumuliert in %)*

Alter	in % ¹⁾
unter 25	1,0
unter 30	4,3
unter 35	14,8
unter 40	28,6
unter 45	45,9
unter 50	72,7
unter 55	90,0
unter 60	96,3
unter 65	100,3 ¹⁾
unter 40	28,6
40 bis unter 60	67,7
mindestens 60	4,0

Im Vergleich zur Altersstruktur des Deutschen Bundestages war die Volkskammer in ihrer 10. Wahlperiode ein verhältnismäßig junges Parlament. Das zeigt sich u. a. im Durchschnittsalter:

- 10. Volkskammer: 41,8 Jahre
- 11. Bundestag: 49,3 Jahre.

Aus den Tabellen zur Altersstruktur geht beispielsweise hervor, daß der Anteil der Abgeordneten unter 40 Jahren in der Volkskammer 1990 28,6% betrug, im Bundestag 1987 zu Beginn der 11. Wahlperiode dagegen nur 11,4%. Die entsprechenden Prozentzahlen für den Anteil der unter 50jährigen Parlamentarier lauten für die Volkskammer 72,7% und für den Bundestag 51,8%.

¹⁾ Abweichungen von 100,0% infolge Aufrundungen.

Weibliche Abgeordnete

	Anzahl	in %
10. Volkskammer insgesamt	82	20,5
davon:		
CDU/DA	26	15,6
SPD	22	25,0
PDS	27	40,9
DSU	2	8,0
Die Liberalen	0	0,0
Bündnis 90/Grüne	4	20,0
DBD/DFD	1	10,0

Zum Vergleich:

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag betrug zu Beginn der 11. Wahlperiode (1987) 15,4% und schwankte zwischen 7,7% (CDU/CSU-Fraktion) und 56,8% (Fraktion der GRÜNEN).

Berufs- und Bildungsstruktur*)

Im folgenden ist versucht worden, eine Berufs- und Bildungsstruktur der Volkskammer-Abgeordneten der 10. Wahlperiode zu erstellen. Weil ein „Amtliches Handbuch“ mit mehr oder weniger ausführlichen Biographien in der kurzen Zeit der Volkskammer nicht erstellt werden konnte, war der Autor auf die wenigen, eingangs erwähnten Selbstauskünfte der Abgeordneten im offiziellen Mitgliederverzeichnis angewiesen. *Hans Michael Kloth* ist es trotz der ungenügenden Datenbasis gelungen, eine kombinierte Berufs- und Bildungsstatistik vorzulegen, indem er die Berufsangaben in akademische und nichtakademische Berufe aufgliedert hat.

Als interessante Ergebnisse werden vom Autor hervorgehoben:

- Keine Bestätigung der These vom „Parlament der Pfaffen“: Theologen rangieren mit einem Anteil von 6,6% an vorletzter Stelle unter den akademischen Berufen;
- Dominanz von naturwissenschaftlich-technischen Berufen (allein 27,5% Ingenieure!);
- hoher Akademikeranteil (85,1%);
- Konzentration der 21 Handwerker und Arbeiter bei den Parteien der „Allianz für Deutschland“ (CDU/DA und DSU) und nicht etwa bei SPD, PDS oder Bündnis 90/Grüne.

*) Quelle: *Hans Michael Kloth*, Einige Zahlen zur 10. Volkskammer. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 467–473; hier insbesondere Tabelle auf Seite 468. Die Statistik weist geringfügige Abweichungen bei der Gesamtzahl der Abgeordneten (397 statt 400) und bei der Mandatsstärke der Fraktionen auf. Die Fraktion DBD/DFD mit 10 Abgeordneten fehlt ganz.

Hinweis

In den Statistiken können außer Zahlen Symbole mit folgender Bedeutung erscheinen:

- = eine für den angegebenen Zeitraum nicht relevante Kategorie;
- = Zahl wurde nicht ermittelt;
- 0 = im angegebenen Zeitraum nicht vorgekommen.

Wie auch beim Statistischen Bundesamt üblich, ist bei Prozentzahlen nach dem Komma ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelprozentangaben geringfügige Abweichungen von der Endsumme 100,0% ergeben.

	CDU/DA		SPD		PDS		DSU		Liberales		Bündnis 90/ Grüne		insgesamt	
	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%								
Ärzte	20	11,2	8	9,6	8	11,8	2	8,3	3	13,0	0	–	41	10,4
Juristen	9	5,1	6	7,2	5	7,4	0	–	0	–	0	–	20	5,1
Theologen	7	3,9	13	15,7	0	–	2	8,3	1	4,3	3	15,0	26	6,6
Geistes- und Sozial- wissenschaftler	8	4,5	1	1,2	21	30,9	0	–	3	13,0	3	15,0	36	9,1
Naturwissenschaftler	11	6,2	17	20,5	6	8,8	4	16,7	2	8,7	6	30,0	46	11,6
Ingenieure	69	33,8	18	21,7	9	13,2	1	4,2	7	30,4	5	25,0	109	27,5
Lehrer	25	14,0	14	16,9	12	17,6	5	20,8	3	13,0	0	–	59	14,9
Akademische Berufe insgesamt	149	83,7	77	92,8	61	89,7	14	58,3	19	82,6	17	85,0	337	85,1
Journalisten	2	1,1	10	–	1	1,5	0	–	0	–	0	–	3	0,8
Kaufmännische Berufe	0	–	2	2,4	0	–	1	4,2	0	–	1	5,0	4	1,0
Technische Berufe	4	2,2	0	–	1	1,5	2	8,3	0	–	0	–	7	1,8
Handwerker	6	3,4	1	1,2	1	1,5	3	12,5	2	8,7	0	–	13	3,3
(Fach-)Arbeiter	4	2,2	1	1,2	0	–	3	12,5	0	–	0	–	8	2,0
Forst- u. Landwirte	4	2,2	0	–	1	1,5	0	–	0	–	1	5,0	6	1,5
Heilberufe/ soziale Berufe	5	2,8	0	–	2	2,9	0	–	0	–	1	5,0	8	2,0
Studenten	0	–	0	–	0	–	1	4,2	1	4,3	0	–	2	0,5
Sonstiges	4	2,2	2	2,4	1	1,5	0	–	1	4,3	0	–	8	2,0
Nichtakademische Berufe insgesamt	29	16,3	6	7,2	7	10,3	10	41,7	4	17,4	3	15,0	59	14,9

	Akademiker insgesamt ¹⁾		davon promoviert	
	Anzahl	in % ²⁾	Anzahl	in % ³⁾
Volkskammer der 10. Wahlperiode insgesamt	337	85,1	135	40,1
davon:				
- CDU/DA	149	83,7	48	32,2
- SPD	77	92,8	28	36,4
- PDS	61	89,7	38	62,3
- Liberale	19	82,6	8	42,1
- DSU	14	58,3	6	42,9
- Bündnis 90/Grüne	17	85,0	7	41,2
- DBD/DFD	•	•	•	•

- 1) Dabei wurden die folgenden akademischen Berufe berücksichtigt:
- Ärzte
 - Juristen
 - Theologen
 - Geistes-/Sozialwissenschaftler
 - Naturwissenschaftler
 - Ingenieure
 - Lehrer
- (Zu den nichtakademischen Berufen zählen in der Vorlage: Journalisten, kaufmännische Berufe, technische Berufe, Handwerker, [Fach-]Arbeiter, Forst-/Landwirte, Heilberufe/soziale Berufe sowie Studenten.)
- 2) in Prozent der Abgeordneten der Volkskammer (hier 396) bzw. des Mandatsanteils der einzelnen Fraktionen
- 3) in Prozent vom jeweiligen Akademiker-Anteil

Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer

Die nebenstehend genannten elf Mitglieder der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer (10. Wahlperiode) gehörten schon der vorangegangenen Volkskammer an.

Name	Fraktionszugehörigkeit in der Volkskammer der	
	9. Wahlperiode 1986-90	10. Wahlperiode 1990
<i>Bednarsky, Kerstin</i>	DFD	PDS
<i>Fischer, Klaus-Christian</i>	NDPD	NDPD → Die Liberalen
<i>Groß, Jurij</i>	SED	PDS
<i>Maleuda, Günther</i>	DBD	DBD → DBD/DFD
<i>Modrow, Hans</i>	SED	PDS
<i>Pohl, Gerhard</i>	CDU	CDU → CDU/DA
<i>Schneeweiß, Burkhard</i>	CDU	CDU → CDU/DA
<i>Schur, Gustav-Adolf</i>	SED	PDS
<i>Staegemann, Gerd</i>	NDPD	NDPD → Die Liberalen
<i>Watzek, Hans</i>	DBD	DBD → DBD/DFD
<i>Willerding, Hans-Joachim</i>	FDJ	PDS

Abkürzungen

- CDU Christlich-Demokratische Union Deutschlands
- DA Demokratischer Aufbruch
- DBD Demokratische Bauernpartei Deutschlands
- DFD Demokratischer Frauenbund Deutschlands
- FDJ Freie Deutsche Jugend
- NDPD National-Demokratische Partei Deutschlands
- PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
- SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Hinweis

Alle Parteien und Listenverbindungen aus den östlichen Bundesländern, die im Dezember 1990 an der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag teilgenommen haben, sind in Abschnitt 1.6 des vorliegenden **Datenhandbuchs** stichwortartig beschrieben.

Frühere Mitgliedschaft im Ministerrat der DDR

Folgende Mitglieder der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer (10. Wahlperiode) gehörten zuvor dem in der 12. Volkskammertagung vom 17./18. November 1989 gewählten Ministerrat an:

Datum der Wahl	Name, Partei	Ressort
17./18. 11. 1989	<i>Hans Modrow</i> (SED) <i>Christa Luft</i> (SED) <i>Lothar de Maizière</i> (CDU) <i>Hans Watzek</i> (DBD) <i>Dietmar Keller</i> (SED)	Vorsitzender des Ministerrates der DDR Stellvertreterin des Vorsitzenden des Ministerrates für Wirtschaft Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Kirchenfragen Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Minister für Kultur ¹⁾
5. 2. 1990	<i>Rainer Eppelmann</i> (DA) <i>Matthias Platzeck</i> (GP) <i>Gerd Poppe</i> (IFM) <i>Walter Romberg</i> (SPD) <i>Wolfgang Ullmann</i> (DJ)	} Minister ohne Geschäftsbereich

¹⁾ zuvor (seit 1984) Stellvertreter des Ministers für Kultur und Staatssekretär im Kulturministerium der DDR

28.5 Parlamentsverständnis der Volkskammer-Abgeordneten: Umfrage

Das Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) der Freien Universität Berlin unter der damaligen Leitung von *Dietrich Herzog* nahm unmittelbar nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 die Gelegenheit wahr, die neuen Mitglieder der Volkskammer der DDR in das seit 1988 laufende Forschungsprojekt „MdB – Rolle und Kommunikationsbeziehungen des Abgeordneten in der repräsentativen Demokratie“ einzubeziehen. Dieses Volkskammerprojekt stand unter der Leitung von *Helmut Müller-Enbergs* mit Unterstützung von *Bettina Scholz*.

Für die repräsentative Umfrage wurde im März 1990 ein Fragebogen entwickelt, den Ende August/Anfang September rund 52 Prozent der 400 Volkskammer-Abgeordneten schriftlich beantworteten.

Hinweis

Die letzten Tage in der Geschichte der DDR sind ausführlich im Abschnitt 28.1 des vorliegenden **Datenhandbuchs** dokumentiert. Für diese Chronik sind vor allem auch die Tagesordnungen, Aussprachen und Beschlüsse der Volkskammer (jeweils rechte Spalte) ausgewertet worden.

Der Fragebogen*)

Frage 1: „Vergegenwärtigen Sie sich bitte Ihre Situation vor der Wahl am 18. März. Welche politischen Motive führten zu Ihrer Kandidatur?“ (Kreuzen Sie bitte an; Antwortvorgaben: sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, unwichtig)

- Gegen Rückfall in alte Verhältnisse wirken
- Den Vereinigungsprozeß beschleunigen
- Ergebnisse der Revolution sichern
- Andere Motive / welche?

Frage 2: „Und welche eher persönlichen Motive sind für Ihre parlamentarische Arbeit von Bedeutung?“ (Kreuzen Sie bitte an; Antwortvorgaben wie in Frage 1)

- Persönliche politische Vorstellungen verwirklichen
- Politische Ziele meiner Partei/Bewegung durchsetzen
- Interesse an der parlamentarischen Arbeit allgemein
- Fachliche Kenntnisse einbringen
- An der öffentlichen Meinungsbildung mitwirken
- Intellektuelle Befriedigung, Freude am Debattieren
- Einfluß auf politische Entscheidung nehmen
- Im „Zentrum der Dinge“ sein
- Die Interessen der Bürger vertreten
- Auch um eine angemessene Vergütung für politisches Engagement zu erhalten
- Eine Position zu haben, aus der heraus es einfacher ist, andere politisch zu überzeugen
- Andere Motive / welche?

Frage 3: „Nun möchten wir gerne etwas darüber erfahren, wie Sie Ihre Arbeit als Volkskammerabgeordneter gestalten. Wir haben in dieser Liste verschiedene Aussagen über die Rolle von Abgeordneten notiert. Würden Sie bitte sagen, welche der vier Möglichkeiten Ihrem Verständnis am nächsten kommt?“ (Bitte nur ein Kreuz)

- Als Abgeordneter verstehe ich mich in erster Linie als Vertreter meiner Wähler
 - Als Abgeordneter verstehe ich mich in erster Linie als Repräsentant der Ziele meiner Partei/Bewegung
 - Als Abgeordneter fühle ich mich niemandem besonders verpflichtet, sondern handle in erster Linie nach meinem persönlichen Ermessen
 - Als Abgeordneter verstehe ich mich in erster Linie als Sprecher für die Belange bestimmter gesellschaftlicher Gruppen
- Bei Zustimmung, welcher?

Frage 4: „Wenn Sie an Ihre Abgeordneten-Tätigkeiten insgesamt denken, worauf liegt da bei Ihnen das Schwerk Gewicht Ihrer Arbeit? Welche der Tätigkeitsschwerpunkte würden Sie an erster, zweiter, dritter, vierter und fünfter Stelle nennen?“ (Rangfolge erstellen)

- Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Regierungskontrolle
- Artikulation bestimmter gesellschaftlicher Interessen
- Politische Grundsatzarbeit und Entwurf politischer Strategien
- Vertretung der Interessen einzelner Bürger
- Koordinations- und Vermittlertätigkeiten zwischen verschiedenen politischen Gruppen innerhalb und außerhalb des Parlaments

*) Auszug aus dem Fragebogen für die schriftliche Befragung der Abgeordneten der 10. Volkskammer der DDR (Teil A)

Frage 9: „In der Politik können nicht alle Ziele zugleich verfolgt werden. Wenn Sie zwischen diesen Zielen wählen müßten: Welches erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten? Und welches am zweitwichtigsten? Welches käme an dritter Stelle usw.?“

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Land
- Mehr Einfluß der Bürger auf Entscheidungen der Regierung
- Kampf gegen Arbeitslosigkeit
- Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung

Frage 14: „Neben den Kontakten zu Personen und Institutionen, die für Ihre politische Informationsgewinnung sicherlich von Bedeutung sind, gibt es noch zahlreiche andere Informationsmittel. Bitte nennen Sie anhand dieser Liste, ob und wie oft Sie die aufgeführten Medien nutzen.“ (Antwortvorgaben der Kontakthäufigkeit: regelmäßig, gelegentlich, selten, nie)

- Überregionale Tageszeitungen der DDR
- Überregionale Tageszeitungen der BR Deutschland
- DDR-Wochenzeitungen
- BRD-Wochenzeitungen
- Internationale Presse
- DDR-Fernsehsendungen
- BRD-Fernsehsendungen
- DDR-Radiosendungen
- BRD-Radiosendungen
- Veröffentlichungen anderer Parteien / Bewegungen
- Veröffentlichungen von Interessenorganisationen
- Wissenschaftliche Veröffentlichungen der DDR
- Wissenschaftliche Veröffentlichungen der BRD

Frage 18: „Wie wichtig sind Ihnen folgende parlamentsinterne Informationsmöglichkeiten?“ (Antwortvorgabe: 5er Skala von „sehr wichtig“ bis „nicht so wichtig“)

- Plenumsdebatten
- Ausschußsitzungen/-vorlagen
- Regierungsvorlagen
- Informationen aus den Fraktionsgremien
- Anfragen
- Informationsdienste der Volkskammer
- Aktuelle Stunde

Frage 19: „In der Öffentlichkeit, aber auch von Abgeordneten selbst, hört man immer wieder kritische Stimmen über die Probleme, mit denen Abgeordnete konfrontiert sind. Auf dieser Liste sind einige solcher Probleme notiert. Würden Sie uns bitte sagen, welche der folgenden Probleme für Sie wichtig oder eher nicht so wichtig sind?“ (Antwortvorgaben: wirklich wichtig; weniger wichtig)

- Der persönliche Einfluß der Abgeordneten ist zu gering
- Man hat zu wenig Zeit für das Privatleben
- Die Entschädigung ist unzulänglich
- Zu viel Büroarbeit
- Unzulängliche Möglichkeiten, sich in der Öffentlichkeit zu profilieren
- Der Einfluß des Abgeordneten auf die Ministerialverwaltung ist zu gering
- Die Repräsentationspflichten sind zu zahlreich
- Die Möglichkeit politischer Einflußnahme ist in der Opposition zu gering
- Zu wenig Zeit, sich umfassend zu informieren
- Die Partei/Bewegung übt einen zu großen Druck auf die Abgeordneten aus
- Durch die Arbeit im Parlament hat man zu wenig Zeit für Gespräche mit den Bürgern
- Die Aufgabe, den einzelnen Bürgern zu helfen, wird nur unzulänglich wahrgenommen
- Es fehlt unter den Abgeordneten an parlamentarischem Gemeinschaftsgefühl

- Man hat zu wenig Zeit, um vertiefend über politische Probleme nachzudenken
- Man hat für seine parlamentarische Arbeit zu wenig sachliche und personelle Hilfe
- Die Tätigkeit der Abgeordneten erscheint häufig sinnlos, da Probleme doch nur unzulänglich gelöst werden
- Der Verhaltensstil im Umgang miteinander läßt zu wünschen übrig
- Politische Ideale werden gar nicht mehr verfolgt, es regiert der Sachzwang
- Die Moral in der Politik zählt nicht mehr viel, Korruption, persönliche Angriffe und Demagogie sind an der Tagesordnung

Frage 20: „In der Öffentlichkeit gibt es verschiedene Sichtweisen über das Verhältnis von Parlament und Regierung. Welche entspricht heute am ehesten der Realität?“

- Die Regierung und die sie tragende Mehrheit verstehen sich als eine Einheit. Ihnen steht die Opposition gegenüber, die gegebenenfalls zur Regierungsbildung bereit ist.
- Das Gesamtparlament versteht sich als Gegenüber zur Exekutive.
- Die Koalitionsfraktionen, die Oppositionsfraktionen und die Regierung verstehen sich jeweils als eigenständige politische Gruppierungen.

Frage 21: „Welchem der drei Modelle würden Sie persönlich den Vorzug geben?“

Frage 22: „Die Volkskammer steht heute unter dem Einfluß vielfältiger politischer und gesellschaftlicher Gruppen. Wie würden Sie den Einfluß von Gruppen aus der BR Deutschland einschätzen?“ (Bitte vergeben Sie für jede Gruppe anhand der folgenden Skala einen Wert. –4 bedeutet, Sie halten den Einfluß für zu gering, +4 bedeutet, Sie halten den Einfluß für zu stark. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung differenzieren.)

- Außerparlamentarische Fachleute und Gutachter
- Bundespräsident
- Bundeskanzler
- Bundesregierung
- Ministerialbürokratie
- Regierungs-Parteien
- Oppositions-Parteien
- Kirchen
- Fernsehen
- Presse
- Bürgerbewegungen
- Gewerkschaften
- Interessenverbände der Wirtschaft
- Interessenverbände der Landwirtschaft
- Öffentliche Meinung
- Andere Verbände und Organisationen / welche?

Hinweis

Ostdeutsche Politiker, die in der DDR nach der Wahl vom 18. März 1990 führende Positionen in der Volkskammer und im Ministerrat bekleideten, sind in folgenden Abschnitten aufgeführt:

- 28.3 Präsident und Präsidium der Volkskammer
- 28.6 Fraktionen der Volkskammer
- 28.7 Ausschüsse der Volkskammer
- 28.8 Ministerrat der DDR

Ziel und Ergebnisse der Befragung

Studie Müller-Enbergs*)

Forschungsinteresse,
Ziel der Untersuchung:

„In die erste demokratische Volkskammer zogen durch ein rechtsstaatliches Wahlverfahren frei gewählte Abgeordnete ein, deren politisches Handeln in den folgenden sechs Monaten im Blickpunkt der Öffentlichkeit stand. Die meisten waren weithin unbekannt, desgleichen ihre politischen Vorstellungen. Sie hatten keine Parlamentserfahrung und mußten doch – gleichsam ‚aus dem Stand‘ und in einer schwierigen Umbruchphase – zu parlamentarischen Entscheidungen kommen, also auch die Funktionsfähigkeit eines parlamentarischen Regierungssystems versuchen glaubhaft zu machen. Ihre Reden und Initiativen, ihr Abstimmungsverhalten, ihre politische und berufliche Herkunft lassen sich leicht rekonstruieren. Was aber waren ihre Motive, was ihre Werte und politischen Zielvorstellungen, auf denen ihr parlamentarisches Handeln beruhte? Erst in diesem Kontext grundlegender Überzeugungen und politischer Einstellungen können die Konflikte und Kooperationen wie auch die konkreten Entscheidungen der Volkskammerabgeordneten verständlich werden.“ (a. a. O. S. 249)

Ergebnisse der Befragung:

„Für die Abgeordneten war der Grad der Bekanntheit in der Öffentlichkeit das entscheidende Motiv, als Kandidat für die Volkskammer aufgestellt zu werden. Erst an zweiter Stelle standen die Fachkenntnisse. Ein besonderer Wert wurde der moralischen Qualifikation beigemessen. Leitend war die Absicht, einem Rückfall in die alten Verhältnisse entgegenzuwirken.

Im Einstellungsprofil der Abgeordneten zeichnete sich ab, daß für die Wende in der DDR als wesentlich die Reformpolitik *Gorbatschows* angesehen wurde, die Abgeordneten selbst mehr oder weniger die Oppositionsbewegung in der DDR unterstützt haben wollen und ein erheblicher Teil unter ihnen war, der im persönlichen und/oder beruflichen Leben Nachteile hatte in Kauf nehmen müssen. Das Interesse, bestimmte Institutionen der DDR zu bewahren, war sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Abgeordneten der ehemaligen Blockparteien setzten sich im Zuge der Westorientierung deutlich von den DDR-Institutionen ab. Die Abgeordneten der PDS dagegen wollten sie konservieren. Die konsequente Abkehr durch die neue Partei DSU entsprach deren Selbstverständnis. Unter den SPD- und Bündnis 90/Grüne-Abgeordneten fanden sich, wenn auch in der Minderheit, durchaus starke Stimmen, die das Ergebnis des institutionell verfaßten sozialpolitischen Anspruchs der DDR erhalten wissen wollten.

Der Abgeordnete der Volkskammer war Kind der Revolutionszeit, er genügte weder den westlichen Ansprüchen noch der westlichen Zuordnung nach Fraktionen. Zuweilen wichen politische Einstellung und beschlossene Pragmatik voneinander ab. Die Volkskammerabgeordneten spalteten sich einmal in die Bewahrer der sogenannten DDR-Errungenschaften, zum anderen in diejenigen, die die westdeutschen Verhaltensweisen und Verhältnisse aneignen wollten.“ (a. a. O. S. 271)

*) *Helmut Müller-Enbergs*, Zwischen Bewahrung und Modernisierung. Politische Einstellungen in der letzten Volkskammer der DDR. In: *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie*. Hrsg. von *Dietrich Herzog*, *Hilke Rebenstorf* und *Bernhard Weßels*. Opladen 1993. S. 248–271.

Studie Scholz**)

Forschungsinteresse,
Ziel der Untersuchung:

„In einer kurzen historischen Phase, zwischen April und Oktober 1990, existierten in Deutschland zwei demokratisch gewählte Parlamente zur gleichen Zeit: der 11. Deutsche Bundestag und die 10. Volkskammer der DDR. Die Abgeordneten beider Parlamente agierten in einem im wesentlichen ähnlichen, nämlich *parlamentarischen* Regierungssystem. Beide Parlamente hatten die gleichen verfassungsmäßigen Aufgaben und Befugnisse: Regierungsbildung, Gesetzgebung, Repräsentation und Artikulation gesellschaftlicher Interessen, Exekutivkontrolle. Unterschiedlich dagegen war die parlamentarische Erfahrung der Abgeordneten. Während die Mitglieder des Deutschen Bundestages über einen Fundus langjähriger Kenntnisse der parlamentarischen Praxis in einem etablierten Regierungssystem verfügten, befanden sich die Volkskammerabgeordneten in einer für sie vollkommen neuen Situation, in die sie sich in kurzer Zeit unter schwierigen Bedingungen und angesichts erdrückender Entscheidungsanforderungen erst eingewöhnen mußten.

Daraus lassen sich zwei (gegensätzliche) Hypothesen ableiten: (a) Bei den Abgeordneten beider Parlamente schlagen ihre jeweiligen (unterschiedlichen) Erfahrungen auf ihr Rollenverständnis als Parlamentarier durch, und zwar einschließlich ihrer Motivationen und ihrer Tätigkeitsschwerpunkte. Generalisiert würde das bedeuten, daß die institutionellen Bedingungen des parlamentarischen Regierungssystems den Abgeordneten, je nach ihren jeweiligen Fähigkeiten oder politischen Interessen, einen weiten Rahmen der Ausgestaltung ihrer Rolle bieten.

Demgegenüber läßt sich die Hypothese (b) formulieren, wonach es gerade die institutionellen Bedingungen eines modernen parlamentarischen Regierungssystems sind, die auch den Handlungsrahmen (und die Handlungseinschränkungen) der Abgeordneten bestimmen, und zwar mehr oder weniger unabhängig von den persönlichen Optionen der jeweiligen Individuen. Um zu klären, ob sich die unterschiedliche Erfahrung der Abgeordneten auf ihre Rollenadaption auswirkt, werden in der folgenden Untersuchung die Ergebnisse zweier inhaltlich ähnlicher Abgeordnetenbefragungen, die für beide Parlamente vorliegen, systematisch miteinander verglichen...“ (a. a. O. S. 272f.)

Ergebnisse der Befragung:

„Der Vergleich zwischen dem 11. Deutschen Bundestag, einem etablierten Parlament mit geübten Akteuren, und der ersten demokratischen Volkskammer der DDR, einem neuen Parlament mit unerfahrenen Parlamentariern, hat gezeigt, daß sowohl die Arbeitsweise der Parlamente als auch die Arbeitsbedingungen und das Selbstverständnis ihrer Abgeordneten im großen und ganzen recht ähnlich sind. Somit hat sich die eingangs formulierte Hypothese (b) bestätigt, wonach es die institutionellen Bedingungen eines modernen parlamentarischen Regierungssystems sind, die diesen Handlungsrahmen vorgeben, und zwar verhältnismäßig unabhängig von den Erfahrungen und den persönlichen Optionen der darin handelnden Akteure. Wenngleich die (fehlende) parlamentarische Erfahrung offenbar kaum Einfluß auf die Handlungsweise und das Selbstverständnis der Abgeordneten hat, so wirkt der gesellschaftlich-politische Kontext, in dem ein Parlament agiert, natürlich auch auf dieses Parlament zurück. So stand die Volkskam-

***) Bettina Scholz, Bundestag und Volkskammer. Meinungsprofile von Abgeordneten im Vergleich. In: Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie. Hrsg. von Dietrich Herzog, Hilke Rebenstorf und Bernhard Weßels. Opladen 1993. S. 272–299.

mer als erstes demokratisches Parlament nach der Überwindung eines totalitären Systems naturgemäß sehr stark im Interesse der Öffentlichkeit. Dieser Umstand wirkte sich auf die Arbeitsweise der Parlamentarier insofern aus, als sie den öffentlichen Plenarsitzungen große Bedeutung beimaßen und zahlreiche Parlamentsreden auch bewußt an die Wähler gerichtet waren; das Parlament trug somit auch die Züge eines Redeparlamentes.

Das reale Machtverhältnis zwischen Regierung und Parlament beurteilten die Abgeordneten beider Parlamente recht unterschiedlich. Dies liegt vermutlich in der politischen Entwicklung, dem Auseinanderbrechen der Regierungskoalition in der Volkskammer, begründet, denn die weitgehende Übereinstimmung in den Präferenzen, wie diese Machtverhältnisse gestaltet sein sollten, deutet darauf hin, daß das Verständnis der generellen Strukturen eines parlamentarischen Regierungssystems recht ähnlich ist ...“ (a. a. O. S. 297f.)

Weitere Ergebnisse der schriftlichen repräsentativen Umfrage sind in folgenden Aufsätzen veröffentlicht:

Helmut Müller-Enbergs, Welchen Charakter hatte die Volkskammer nach den Wahlen am 18. März 1990? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 450–467.

Camilla Werner, Direktdemokratische Entscheidungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland? Zum Diskussionsstand und zu den Meinungen der Abgeordneten des 11. Deutschen Bundestages und der Volkskammer. In: *Politische Klasse und politische Institutionen. Probleme und Perspektiven der Elitenforschung*. Hrsg. von *Hans-Dieter Klingemann*, *Richard Stöss* und *Bernhard Weßels*. Opladen 1991. S. 405–433.

28.6 Fraktionen der Volkskammer

Die Volkskammer setzte sich zu Beginn ihrer 10. Wahlperiode – in der Reihenfolge der Fraktionsstärke – aus folgenden sieben Fraktionen zusammen:

- Christlich-Demokratische Union/Demokratischer Aufbruch (CDU/DA)
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)
- Deutsche Soziale Union (DSU)
- Die Liberalen
- Bündnis 90/Grüne
- Demokratische Bauernpartei Deutschlands/Demokratischer Frauenbund (DBD/DFD).

Mandatszahl und Vorstände der Fraktionen

Im folgenden sind für diese Fraktionen angegeben:

- Zusammensetzung nach Parteien und Mandatszahl
- evtl. Auflösungen und Fusionen sowie Mandatsveränderungen während der 10. Wahlperiode der Volkskammer

- Fraktionsvorstand (Fraktionsvorsitzende, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer).*)

Die Veränderungen der Fraktionsstärken im Verlauf der 10. Wahlperiode der Volkskammer sind in einer Tabelle auf den Seiten 3922–3923 dargestellt.

Christlich-Demokratische Union/Demokratischer Aufbruch (CDU/DA)

Die Fraktion der CDU/DA in der Volkskammer setzte sich zusammen aus den 163 Mandaten der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und den 4 Mandaten des Demokratischen Aufbruchs (DA), verfügte zusammen also über 167 Mandate.

Obwohl „CDU/DA“ die offizielle Bezeichnung der Fraktion in der Volkskammer war, findet man in der Berichterstattung häufig nur die Bezeichnung „CDU“. Seit der auf einem Sonderparteitag des Demokratischen Aufbruchs (DA) am 5. August 1990 beschlossenen Fusion mit der CDU war der Zusatz „DA“ ohnehin überflüssig.

Von den 163 CDU-Abgeordneten innerhalb der Fraktion der CDU/DA gehörten zwei Abgeordnete schon in der vorangegangenen Wahlperiode der Volkskammer an (vgl. Abschnitt 28.4 im vorliegenden *Datenhandbuch*).

Infolge von Fraktionswechslern aus der Deutschen Sozialen Union (DSU) und aus der aufgelösten Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) erhöhte sich die Zahl der Mandate bis zum Ende der Wahlperiode auf 174.

Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer
<i>Lothar de Maizière</i> (27. 3. 1990 – 10. 4. 1990)	27. 3. 1990 – 10. 4. 1990: 1) <i>Günther Krause</i> 2) <i>Klaus Reichenbach</i>	27. 3. 1990 – 10. 4. 1990: <i>Birgit Kayser</i>
<i>Günther Krause</i> (ab 10. 4. 1990)	10. 4. 1990 – 15. 5. 1990: 1) <i>Bertram Wieczorek</i> 2) <i>Rainer Jork</i>	10. 4. 1990 – 15. 5. 1990: 1) <i>Birgit Kayser</i> 2) <i>Udo Kamm</i>
	ab 15. 5. 1990: 1) <i>Udo Kamm</i> (1. Stellvertreter) 2) <i>Bertram Wieczorek</i> 3) <i>Roland Becker</i> 4) <i>Johannes Nitsch</i> 5) <i>Harald-Dietrich Kühne</i> 6) <i>Hans-Henning Axthelm</i> 7) <i>Hans-Dirk Bierling</i> 8) <i>Uwe Grüning</i> 3) bis 8) in der Eigenschaft als Vorsitzende der Arbeitskreise	ab 15. 5. 1990: 1) <i>Paul Krüger</i> (1. Parl. Geschäftsführer) 2) <i>Birgit Kayser</i> 3) <i>Michael Luther</i> 4) <i>Clemens Schwalbe</i> Fraktionsgeschäftsführer: <i>Adolf Niggemeier</i> (bis Ende April 1990) <i>Rainer Viererbe</i> (ab Ende April 1990)

*) Quelle: Auskünfte der Fraktionen der Volkskammer

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die SPD-Fraktion in der Volkskammer verfügte über 88 Mandate. Infolge Auflösung der Fraktion der DBD/DFD am 31. August 1990 erhöhte sich die Zahl der Mandate durch Fraktionswechsler auf 91.

Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer
<i>Richard Schröder</i> ¹⁾ (26. 3. 1990 – 21. 8. 1990) <i>Wolfgang Thierse</i> (ab 21. 8. 1990)	21. 3. 1990 – 17. 7. 1990: 1) <i>Christine Lucyga</i> 2) <i>Wolfgang Thierse</i> 3) <i>Gottfried Timm</i> ab 17. 7. 1990: 1) <i>Constanze Krehl</i> 2) <i>Volker Schemmel</i> 3) <i>Ulrich Stockmann</i>	<i>Martin Gutzeit</i> Fraktionsgeschäftsführer: <i>Alwin Ziel</i> (21. 3. 1990 – 18. 4. 1990) <i>Christian Schultze</i> (ab 18. 4. 1990)

¹⁾ Der ursprünglich am 21. März 1990 zum Fraktionsvorsitzenden gewählte SPD-Parteivorsitzende *Ibrahim Böhme* trat am 26. März 1990, d. h. noch vor der Konstituierung der Volkskammer, als Fraktionsvorsitzender wegen der damals noch andauernden Prüfung seiner Stasi-Akten zurück.

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Die PDS-Fraktion in der Volkskammer verfügte über 66 Mandate. Fünf der PDS-Abgeordneten gehörten schon in der vorangegangenen Wahlperiode der Volkskammer an, davon drei als SED-Abgeordnete (vgl. Abschnitt 28.4 im vorliegenden *Datenhandbuch*).¹⁾

Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender	Parlamentarische Geschäftsführer
<i>Gregor Gysi</i>	<i>Dietmar Keller</i>	1) <i>Bernd Meier</i> 2) <i>Dagmar Enkelmann</i>

¹⁾ Die Vorsitzenden der Volkskammerfraktion der SED bzw. SED-PDS bzw. PDS ab 1989 bis zum Ende der 9. Wahlperiode sind im Abschnitt 28.1 (rechte Spalte) erwähnt.

Deutsche Soziale Union (DSU)

Die DSU-Fraktion in der Volkskammer verfügte zu Beginn der Wahlperiode über 25 Mandate. Durch die Parteiaustritte des früheren Parteivorsitzenden *Hans-Wilhelm Ebeling*, des früheren stell-

Hinweis

Zu den zur Volkskammerwahl 1990 geschlossenen Wahlbündnissen siehe Abschnitt 28.2.

vertretenden und geschäftsführenden Parteivorsitzenden *Joachim Hubertus Nowack* und des früheren Generalsekretärs *Peter-Michael Diestel* während des DSU-Parteitages vom 30. Juni 1990 verringerte sich die Mandatszähl der DSU-Fraktion auf 22. Die genannten Abgeordneten traten später der CDU-Fraktion der Volkskammer bei.

Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer
<i>Hansjoachim Walther</i>	1) <i>Karsten Degner</i> 2) <i>Stefan Gottschall</i>	<i>Joachim Schmiele</i> Stellv. Geschäftsführer: <i>Timo Backofen</i>

Die Liberalen

Die Fraktion Die Liberalen in der Volkskammer (offizielle Bezeichnung auch „Bund Freier Demokraten [BFD] – Die Liberalen“) setzte sich zusammen aus den 21 Mandaten der Listenverbindung Bund Freier Demokraten – Die Liberalen und (aufgrund eines kooperativen Beitritts) den 2 Mandaten der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), verfügte zusammen also über 23 Mandate. Bei den 21 Mandaten der Listenverbindung Bund Freier Demokraten – Die Liberalen handelte es sich im einzelnen um die Kandidaten folgender Parteien: Liberal-Demokratische Partei (LDP): 10 Mandate, Deutsche Forumpartei (DFP): 7 Mandate, Freie Demokratische Partei (FDP): 4 Mandate.

Beide NDPD-Abgeordnete innerhalb der Fraktion Die Liberalen gehörten schon in der vorangegangenen Wahlperiode der Volkskammer an (vgl. Abschnitt 28.4 im vorliegenden *Datenhandbuch*).

Nach der Vereinigung der westdeutschen Freien Demokratischen Partei mit den drei liberalen Parteien der DDR am 11. August 1990 in Hannover wurde in der Volkskammer zunehmend die Bezeichnung „FDP-Fraktion“ verwendet.

Infolge der Auflösung der Fraktion der DBD/DFD Ende August 1990 erhöhte sich die Zahl der Mandate um zwei auf 25 (davon eine Abgeordnete als Gast).

Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer
<i>Rainer Ortleb</i>	1) <i>Dietmar Schicke</i> 2) <i>Dieter Wöstenberg</i>	<i>Conrad-Michael Lehment</i> Geschäftsführer der Fraktion: <i>Claus Möller</i>

Bündnis 90/Grüne

Die Fraktion bzw. Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Grüne“ in der Volkskammer setzte sich zusammen aus den 12 Mandaten der Listenverbindung „Bündnis 90“ und den 8 Mandaten der gemeinsam kandidierenden Grünen Partei (GP) und des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV), verfügte zusammen also über 20 Mandate. Bei den 12 Mandaten der Listenverbindung „Bündnis 90“ handelte es sich im einzelnen um die Kandidaten folgender Parteien bzw. politischer Vereinigungen: Neues Forum (NF): 7 Mandate, Demokratie Jetzt (DJ): 3 Mandate, Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM): 2 Mandate. Bei der Listenverbindung Grüne Partei (GP) und Unabhängiger

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 28 sind weitere Angaben zur politischen Wende in der DDR, zur Vereinigung Deutschlands, zu den neuen Bundesländern und zur Integration der ostdeutschen Politiker in Bundestag und Bundesrat u. a. in folgenden Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** zu finden:

- 7 Bundestag und innerdeutsche Entwicklung mit den Abschnitten
 - 7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin
 - 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
 - 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
 - 7.4 Chronik der deutschen Vereinigung
 - 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
 - 7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR
 - 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
 - 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik
- 8.1 Tagungsstätte der Plenarsitzungen (mit Aufzählung der Sitzungen, die im Gefolge der deutschen Vereinigung erstmals im Reichstagsgebäude in Berlin stattfinden konnten)
- 8.5 Sondersitzungen (mit Angaben zu den Plenarsitzungen, die 1990 außerhalb des ursprünglichen Zeitplans insbesondere zur Beratung der deutsch-deutschen Staatsverträge einberufen wurden)
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung (mit der Aufzählung der durchaus zahlreichen Erklärungen einzelner Abgeordneter zu den deutsch-deutschen Verträgen)
- 8.24 Gedenksitzungen im Plenarsaal (mit Angaben zu den Gedenksitzungen zum Tag der deutschen Einheit vor, während und nach der Vereinigung)
- 9.2 Verzeichnis der Ausschüsse (mit Angaben zum Ausschuß Deutsche Einheit in der 11. Wahlperiode)
- 9.10 Untersuchungsausschüsse (mit dem Wortlaut der Untersuchungsaufträge des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode zur Rolle des Arbeitskreises „Kommerzielle Koordinierung“ im System von SED-Führung, Staatsleitung und Volkswirtschaft der früheren DDR sowie des 2. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode zum Thema DDR-Vermögen)
- 9.11 Enquete-Kommissionen (mit dem Wortlaut der Untersuchungsaufträge der Enquete-Kommissionen der 12. Wahlperiode zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland und der 13. Wahlperiode zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit)
- 11.4 Anlässe zur Gesetzgebung (mit Beispielen von gesetzlichen Maßnahmen, die infolge der Vereinigung Deutschlands erforderlich wurden)
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens (mit der Aufzählung der Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer, wobei es sich in der 11. Wahlperiode um Gesetze im Zusammenhang mit der deutschen Einheit handelt)
- 11.8 Bundestag und Bundesrat (mit Angaben über die Veränderungen der Sitzverteilung und der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nach der Änderung der Stimmenanteile der Länder im Rahmen des Einigungsvertrages und nach dem Eintritt der fünf neuen Bundesländer)
- 11.12 Bundestag und Bundesverfassungsgericht (mit Angaben, zu welchen Verfahren im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands der Bundestag beigetreten ist und welche Verfahren durch Verfassungsklagen von Abgeordneten und Fraktionen des Bundestags ausgelöst wurden)
- 11.19 „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung seit 1949 (in der 12. Wahlperiode mit Gesetzen im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands)
- 12.2 Aktuelle Stunden (mit Angabe der hier behandelten „DDR-Themen“)
- 12.3 Regierungsbefragung (ebenfalls mit Angabe der hier behandelten „DDR-Themen“)
- 14.5 Empfehlungen zur Verfassungsreform (mit Angaben zur Einrichtung der im Einigungsvertrag vorgesehenen Gemeinsamen Verfassungskommission)
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht (u. a. mit der Verabschiedung des 14. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes betr. Überprüfung der Bundestagsabgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR)

Frauenverband (UFV) sind nur Kandidaten der GP zum Zuge gekommen, weswegen sich der UFV nach der Wahl aus dem Bündnis zurückzog.

Sprecher(in) der Fraktion	Parlamentarische Geschäftsführer
1) <i>Jens Reich</i> ¹⁾ 2) <i>Wolfgang Ullmann</i> , ab April 1990: <i>Marianne BIRTHLER</i> 3) <i>Vera Wollenberger</i>	<i>Matthias Platzeck</i> <i>Gerd Poppe</i> (stellv. Geschäftsführer)

¹⁾ zeitweise vertreten durch *Werner Schulz*

Demokratische Bauernpartei Deutschlands/ Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DBD/DFD)

Die Fraktion der DBD/DFD in der Volkskammer setzte sich zusammen aus den 9 Mandaten der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und dem einen Mandat des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), verfügte zusammen also über 10 Mandate.

Von den 9 DBD-Abgeordneten innerhalb der Fraktion der DBD/DFD gehörten zwei Abgeordnete schon in der vorangegangenen Wahlperiode der Volkskammer an (vgl. auch Abschnitt 28.4 im vorliegenden *Datenhandbuch*).

Im Zuge der Auflösung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) Ende August 1990 löste sich auch die Fraktion der DBD/DFD in der Volkskammer auf: Vier Abgeordnete wechselten zur CDU-Fraktion, drei zur SPD-Fraktion, zwei zur FDP-Fraktion (davon eine Abgeordnete als Gast); der frühere Vorsitzende der DBD, *Günther Maleuda*, blieb fraktionslos.

Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer
<i>Günther Maleuda</i>	1) <i>Karin Bencze</i> 2) <i>Werner Meyer-Bodemann</i>	<i>Per-René Seeger</i>

Fraktionsstärken und Fraktionswechsel

Die folgende Tabelle enthält Angaben über

- die Mandatsverteilung aufgrund des Ergebnisses der Volkskammerwahl vom 18. März 1990,
- die Fraktionsstärken zu Beginn der 10. Wahlperiode der Volkskammer,
- die Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter,
- die Mandatsveränderungen infolge der Auflösung der DBD/DFD-Fraktion.

Wie in der entsprechenden Tabelle für die Bundestagsfraktionen (vgl. Abschnitt 5.4 des vorliegenden *Datenhandbuchs*) werden die Mandatszahlen der einzelnen Fraktionen nur einmal angegeben – in der Zeile „Fraktionen der 10. Wahlperiode“ – und danach nur noch, falls sich im Verlauf der Wahlperiode diese Zahl geändert hat.

Fraktionsstärken und Fraktionswechsel in der Volkskammer (10. Wahlperiode)

Datum	Bemerkungen	bei Fraktionswechsel (FrW):		Veränderungen der Fraktionsstärken											
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU	SPD	PDS	DSU	Libe-rale	B 90	DBD	GP/UFV	DA	NDPD	DFD	AVL
18. 3. 1990	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses			163	88	66	25	21	12	9	8	4	2	1	1
				CDU/DA	SPD	PDS	DSU	Libe-rale (FDP)	B 90/Grüne	DBD/DFD	Frtl.				
	Fraktionen der 10. WP			167	88	66	25	23	20	10	1 ¹⁾				
30. 6./ 3. 7. 1990	FrW: <i>Peter-Michael Diestel / Hans-Wilhelm Ebeling / Joachim Hubertus Nowack</i>	DSU	frtl.				22				4				
August 1990 ²⁾	FrW: <i>Peter-Michael Diestel / Hans-Wilhelm Ebeling / Joachim Hubertus Nowack</i>	frtl.	CDU/DA	170							1				

29. 8./ 1. 9. 1990	FrW: <i>Lutz Goepel / Dieter Helm / Joachim Holz / Werner Meyer- Bodemann</i>	DBD/ DFD	CDU/ DA	174	91			25		0	2				
	FrW: <i>Werner Marusch / Per-René Seeger / Hans Watzek</i>	DBD/ DFD	SPD												
	FrW: <i>Georg Zschornack</i>	DBD/ DFD	FDP												
	FrW: <i>Karin Bencze</i>	DBD/ DFD	FDP (Gast)												
	FrW: <i>Günther Maleuda</i>	DBD/ DFD	frtl.												

¹⁾ *Thomas Klein* (Vereinigte Linke)

²⁾ Ein offizielles Beitrittsdatum der ehemaligen DSU-Abgeordneten in die CDU/DA-Fraktion bzw. einen entsprechenden Aufnahmebeschluß der Fraktion gibt es nicht. Ein Fraktionswechsel in der Volkskammer der 10. Wahlperiode war im übrigen bis Ende Juli unmöglich aufgrund von § 41 Abs. 2 des Gesetzes über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 vom 20. Februar 1990: „Während der Legislaturperiode erlischt das Mandat eines Abgeordneten ... bei Wechsel der Partei oder anderen politischen Vereinigung ...“ Diese Bestimmung entfiel mit dem am 20. Juli 1990 von der Volkskammer beschlossenen Gesetz zur Änderung des Gesetzes vom 31. Mai 1990 über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (in DSU-Kreisen kritisch: „Lex Diestel“).

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 28 sind weitere Angaben zu Parteien und Fraktionen in folgenden Abschnitten des vorliegenden **Datenhandbuchs** zu finden:

- 1.6 Die kandidierenden Parteien in Stichworten (mit Angaben insbesondere auch zu den in der DDR gegründeten Parteien und Bürgerbewegungen, die an der gesamtdeutschen Wahl teilgenommen haben)
- 1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern (mit Angaben zu den einzelnen neuen Bundesländern und einer Gegenüberstellung der Wahlergebnisse von 1990 in den westlichen und östlichen Bundesländern)
- 5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen (mit Angabe der den beiden Gruppen PDS bzw. PDS/LL und Bündnis 90/Grüne im Bundestag eingeräumten Rechte)
- 5.4 Fraktionsspaltungen und Fusionen: Chronik (mit der Angabe der Veränderungen, die der Eintritt der von der Volkskammer in den Bundestag gewählten Abgeordneten im Oktober 1990 bewirkt hat)

Fraktionen der Volkskammer zwischen 1950 und 1990

Bis zur ersten frei gewählten Volkskammer im März 1990 gab es für die einzelnen Fraktionen (Parteien und Massenorganisationen) einen festen Verteilerschlüssel, der in den 40 Jahren seit 1950 lediglich dreimal verändert wurde. Die Einzelheiten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.¹⁾

Wahlperiode	SED	CDU	LDPD	NDPD	DBD	FDGB	FDJ	DFD	VVN ²⁾	KB	VdgB	SPD ³⁾
1. WP 1950–54	110	67	66	35	33	49	25	20	19	24	12	6
2. WP 1954–58	117	52	52	52	52	55	29	29	–	18	12	–
3. WP 1958–63	117	52	52	52	52	55	29	29	–	18	12	–
4. WP 1963–67	127	52	52	52	52	68	40	35	–	22	–	–
5. WP 1967–71	127	52	52	52	52	68	40	35	–	22	–	–
6. WP 1971–76	127	52	52	52	52	68	40	35	–	22	–	–
7. WP 1976–81	127	52	52	52	52	68	40	35	–	22	–	–
8. WP 1981–86	127	52	52	52	52	68	40	35	–	22	–	–
9. WP 1986–90	127	52	52	52	52	61	37	32	–	21	14	–

¹⁾ Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR, zusammengestellt bei *Eckhard Jesse*. Die Volkskammer der DDR: Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1821–1844, hier: S. 1836.

- 2) Verlust des Mandatsanteils wegen Selbstaflösung
- 3) Mandate nur in Berlin (Ost)

Abkürzungen:

- SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- CDU = Christlich-Demokratische Union Deutschlands
- LDPD = Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
- NDPD = National-Demokratische Partei Deutschlands
- DBD = Demokratische Bauernpartei Deutschlands
- FDGB = Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
- FDJ = Freie Deutsche Jugend
- DFD = Demokratischer Frauenbund Deutschlands
- VVN = Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
- KB = Kulturbund der DDR
- VdgB = Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
- SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Hinweis

In folgenden Abschnitten, die Einzelaspekte der Gesetzgebung des Bundestages behandeln, kommen Auswirkungen der Wiedervereinigung Deutschlands zum Ausdruck:

- 1.1 Wahlgesetze (mit den Wahlrechtsregelungen bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990)
- 8.5 Sondersitzungen (mit Angaben zu den Plenarsitzungen, die 1990 außerhalb des ursprünglichen Zeitplans insbesondere zur Beratung der deutsch-deutschen Staatsverträge einberufen wurden)
- 8.16 Erklärungen zur Abstimmung (mit der Aufzählung der durchaus zahlreichen Erklärungen einzelner Abgeordneter zu den deutsch-deutschen Verträgen)
- 11.4 Anlässe zur Gesetzgebung (mit Beispielen von gesetzlichen Maßnahmen, die infolge der Vereinigung Deutschlands erforderlich wurden)
- 11.7 Dauer des Gesetzgebungsverfahrens (mit der Aufzählung der Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer, wobei es sich in der 11. Wahlperiode um Gesetze im Zusammenhang mit der deutschen Einheit handelt)
- 14.3 Geänderte Grundgesetz-Artikel (mit der Erläuterung der im Einigungsvertrag enthaltenen Grundgesetzänderungen)
- 15.1 Gesetzgebung zum Parlamentsrecht (u. a. mit der Verabschiedung des 14. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes betr. Überprüfung der Bundestagsabgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR)

28.7 Ausschüsse der Volkskammer

Verzeichnis der Ausschüsse

Das folgende Verzeichnis*) enthält für die 10. Wahlperiode der Volkskammer Angaben über

- die eingesetzten Ausschüsse,
- die Zahl der Ausschußmitglieder,
- die Namen der Ausschußvorsitzenden und deren Stellvertreter mit Partei- bzw. Fraktionsangabe.

Ausschüsse	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung, Geschäftsordnung, Immunität	13	a) <i>Rudolf Essler</i> (CDU) b) <i>Heinrich Douffet</i> (CDU)
2.) Petitionsausschuß	21	a) <i>Martin Götsching</i> (CDU) b) <i>Luise Morgenstern</i> (SPD)
3.) Auswärtiger Ausschuß	21	a) <i>Harald Schreiber</i> (CDU) b) <i>Hans-Joachim Willerding</i> (PDS)
4.) Innenausschuß	21	a) <i>Dankward Brinksmeier</i> (SPD) b) <i>Maria Michalk</i> (CDU)
5.) Rechtsausschuß	21	a) <i>Hans-Joachim Hacker</i> (SPD) b) <i>Uwe-Jens Heuer</i> (PDS)
6.) Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform	21	a) <i>Roland Becker</i> (CDU) b) <i>Brigitta Charlotte Kögler</i> (DA)
7.) Wirtschaftsausschuß	21	a) <i>Jochen Steinecke</i> (Die Liberalen) b) <i>Frank Bogisch</i> (SPD)
8.) Finanzausschuß	21	a) <i>Harald-Dietrich Kühne</i> (CDU) b) <i>Thomas von Ryssel</i> (Die Liberalen)
9.) Haushaltsausschuß	21	a) <i>Christa Luft</i> (PDS) b) <i>Joachim Schmiele</i> (DSU), ab 15. 5. 1990: <i>Karsten Degner</i> (DSU), ab 20. 7. 1990: <i>Peter Franke</i> (DSU)
10.) Ausschuß für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	19	a) <i>Hans Watzek</i> (DBD/DFD) b) <i>Hans-Ulrich Lubk</i> (CDU)
11.) Ausschuß für Arbeit und Soziales	21	a) <i>Thomas Brick</i> (CDU), ab 23. 5. 1990: <i>Eckhard Altmann</i> (CDU) b) <i>Erdmann Kröger</i> (PDS)

*) Quelle: Sekretariat der Volkskammer

Ausschüsse	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
12.) Ausschuß für Abrüstung und Verteidigung	17	a) <i>Karl-August Kamilli</i> (SPD) b) <i>Vera Wollenberger</i> (Bündnis 90/Grüne)
13.) Ausschuß für Jugend und Sport	13	a) <i>Ruth Fuchs</i> (PDS) b) <i>Reinhard Anders</i> (CDU)
14.) Ausschuß für Familie und Frauen	19	a) <i>Angelika Barbe</i> (SPD) b) <i>Karin Bencze</i> (DBD/DFD)
15.) Ausschuß für das Gesundheitswesen	17	a) <i>Martina Schönebeck</i> (PDS) b) <i>Bernd Donaubauer</i> (SPD)
16.) Verkehrsausschuß	13	a) <i>Andreas Lindenlaub</i> (DSU) b) <i>Dieter Frönicke</i> (CDU)
17.) Ausschuß für Umwelt, Naturschutz, Energie, Reaktorschutz	19	a) <i>Ernst Dörfler</i> (Bündnis 90/Grüne) b) <i>Reinhard Weis</i> (SPD)
18.) Ausschuß für Post- und Fernmeldewesen	13	a) <i>Gerhard Masuch</i> (CDU) b) <i>Michael Luther</i> (CDU)
19.) Ausschuß für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft	13	a) <i>Wolfgang König</i> (CDU) b) <i>Ulrich Stockmann</i> (SPD)
20.) Ausschuß für Forschung und Technologie	13	a) <i>Ernst-Hinrich Weber</i> (CDU) b) <i>Reinhard Mocek</i> (PDS)
21.) Ausschuß für Bildung	17	a) <i>Konrad Elmer</i> (SPD) b) <i>Rainer Jork</i> (CDU)
22.) Ausschuß für Kultur	13	a) <i>Dietmar Keller</i> (PDS) b) <i>Uwe Grüning</i> (CDU)
23.) Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit	13	a) <i>Anne-Karin Glase</i> (CDU) b) <i>Rüdiger Natzius</i> (SPD)
24.) Ausschuß für Presse und Medien	13	a) <i>Jürgen Schwarz</i> (DSU) b) <i>Peter-Klaus Mugay</i> (CDU)
25.) Koordinierungsausschuß für Deutsche Einheit	19	a) <i>Edelbert Richter</i> (SPD) b) <i>Norbert Koch</i> (DSU)
ab 9. 5. 1990: Ausschuß Deutsche Einheit	39	a) <i>Sabine Bergmann-Pohl</i> (CDU) b) <i>Edelbert Richter</i> (SPD)
26.) Ausschuß für Handel und Tourismus	13	a) <i>Gabriele Noack</i> (CDU) b) <i>Jürgen Seidel</i> (CDU)
Zeitweiliger Prüfungsausschuß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik¹⁾	7	a) <i>Dankward Brinksmeier</i> (SPD) (bis 22. 8. 1990) <i>Peter Hildebrand</i> (Bündnis 90/Grüne) (ab 28. 8. 1990) b) <i>Rolf Schwanitz</i> (SPD)

¹⁾ hinsichtlich früherer Mitarbeit von Abgeordneten der Volkskammer für das ehemalige MfS/AFNS (Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit)

Ausschüsse	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
Sonderausschuß zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AFNS (ab 20. 6. 1990)	11	a) <i>Joachim Gauck</i> (Bündnis 90/ Grüne) b) <i>Ralf Geisthardt</i> (CDU)
Sonderausschuß zur Untersuchung der Vorgänge um die psychiatrische Klinik in Waldheim sowie ähnlich gelagerter Fälle (ab 6. 7. 1990)		

Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen

Die Zusammensetzung der Ausschüsse und Gremien der Volkammer war – wie im Deutschen Bundestag – im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen vorzunehmen (§ 8 der vorl. GO der VK). Als Berechnungsverfahren wandte die Volkammer das im Deutschen Bundestag seit der 9. Wahlperiode gebräuchliche Verfahren nach *Sainte Laguë/Schepers* (vgl. Abschnitt 9.3) an. Die Einzelheiten der Sitzverteilung sind der folgenden Übersicht zu entnehmen.)*

Sitzzahl	CDU	SPD	PDS	DSU	Liberales	Bündnis 90/ Grüne	DBD/DFD
5	3	1	1	0	0	0	0
7	3	2	1	1	0	0	0
9	4	2	1	1	1	0	0
11	4	2	2	1	1	1	0
13	5	3	2	1	1	1	0
15	6	3	3	1	1	1	0
17	7	4	3	1	1	1	0
19	8	4	3	1	1	1	1
21	9	5	3	1	1	1	1
23	10	5	4	1	1	1	1
25	10	6	4	2	1	1	1
27	11	6	4	2	2	1	1
29	12	6	5	2	2	1	1

*) Quelle: Gruppe Datenverarbeitung des Deutschen Bundestages

28.8 Ministerrat der DDR

*Vorbemerkung**)

Wie der Staatsrat war auch der Ministerrat nach Art. 76 Abs.1 Satz 1 der DDR-Verfassung ein Organ der Volkskammer der DDR. Als solches leitete er im Auftrag der Volkskammer „die einheitliche Durchführung der Staatspolitik und organisiert(e) die Erfüllung der politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen sowie der ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben“ (Art. 76 Abs. 1 Satz 2 DDR-Verfassung). Für seine Tätigkeit war er nach Art. 76 Abs. 1 Satz 3 DDR-Verfassung der Volkskammer verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Der Ministerrat bestand als Regierung der DDR (Art. 76 Abs. 1 Satz 1 DDR-Verfassung) aus dem Vorsitzenden, den Stellvertretern des Vorsitzenden und den Ministern. Der Vorsitzende des Ministerrats wurde von der stärksten Fraktion der Volkskammer vorgeschlagen und von der Volkskammer mit der Bildung des Ministerrats beauftragt. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Ministerrats wurden nach der Neuwahl der Volkskammer von dieser für die Dauer einer Wahlperiode – vor 1990 fünf Jahre – gewählt (Art. 79 DDR-Verfassung).

Der Ministerrat war bisher, d. h. vor der „Wende“, lediglich juristisch das mächtigste Organ innerhalb der Staatsorganisation der DDR, in Wirklichkeit aber von der Suprematie der SED beherrscht. Das ergab sich aus dem Gesetz über den Ministerrat der DDR vom 16. Oktober 1972 (GBl. I S. 253). Danach arbeitete der Ministerrat „unter Führung der Partei der Arbeiterklasse“ (§ 1). Die Volkswirtschaft und die Außenpolitik der DDR leitete er entsprechend den Direktiven oder Beschlüssen der SED (§ 3 Abs. 1 Satz 1 und § 5 Abs. 1 Satz 1 Ministerratsgesetz). Nach § 14 dieses Gesetzes waren die Minister und die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane verpflichtet, „die Durchführung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse ... zu sichern“.

Diese einseitige Abhängigkeit des Ministerrats von einer Partei begann seit den ersten Tagen der „Wende“ brüchig zu werden. Schon in seiner Regierungserklärung vom 17. November 1989 hatte der neue Vorsitzende des Ministerrats, *Hans Modrow* (SED, später PDS), „die volle Kompetenz der Regierung der DDR“ beansprucht; diese solle nur der Volkskammer verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein. Mit der ersten demokratischen Wahl in der DDR am 18. März 1990 und der Bildung einer Großen Koalition ist der Funktionswandel des Ministerrats offenkundig geworden.

*) entnommen aus: Der Aktuelle Begriff Nr. 37/89 vom 13. Dezember 1989 „Die wichtigsten Verfassungsorgane der DDR“, Bearbeiter: *Michael Fuchs*

Hinweis

Im vorliegenden *Datenhandbuch* wird Kapitel 7 „Bundestag und innerdeutsche Entwicklung“ mit folgenden Abschnitten fortgeschrieben:

- 7.1 Entschließungen zur Hauptstadt Berlin
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.3 Präsenz des Bundestages in Berlin
- 7.4 Chronik der deutschen Vereinigung
- 7.5 Ausschuß Deutsche Einheit
- 7.6 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR
- 7.7 Ostdeutsche Abgeordnete in führenden Positionen des Bundestages und der Bundesregierung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik

Wahl des Ministerrates nach der Wende

9. Wahlperiode (1989)

Nachdem der bisherige, seit dem 16. Juni 1986 amtierende Ministerrat mit seinem Vorsitzenden *Willi Stoph* (SED) am 7. November 1989 seinen Rücktritt beschlossen hatte, vollzog sich die Bildung des neuen Ministerrates nach den in der Verfassung der DDR vorgesehenen Etappen:

- In der 11. Tagung der Volkskammer am 13. November 1989 – nach der Neuwahl des Präsidiums und nach einer „Aussprache zur politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ mit über 40 Wortmeldungen – verliert Volkskammerpräsident *Günther Maleuda* als Tagesordnungspunkt 4 den Antrag von *Willi Stoph* „auf Abberufung des Vorsitzenden und der Mitglieder des Ministerrates“. Die Volkskammer stimmt dem Antrag ohne Aussprache offensichtlich einstimmig zu. Auf die Respektbezeugung „für Ihren Dienst für die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger“ unterbleibt jegliche Beifallsbekundung.
- Anschließend verliert Volkskammerpräsident *Maleuda* als Tagesordnungspunkt 5 den Antrag des SED-Fraktionsvorsitzenden *Werner Jarowinsky*, wonach „im Namen der Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und auf der Grundlage des Beschlusses des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ vorgeschlagen wird, „den Abgeordneten *Hans Modrow* zum Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zu wählen“. Die Volkskammer stimmt dem Antrag wiederum ohne Aussprache bei einer Gegenstimme zu.
- Als Tagesordnungspunkt 6 beauftragt die Volkskammer den neuen Vorsitzenden des Ministerrates einstimmig mit der Regierungsbildung, wobei vorgeschlagen wird, die 12. Tagung der Volkskammer mit der Regierungserklärung und der Entgegennahme der Ministerliste am 17. und 18. November 1989 einzuberufen.
- Die 12. Tagung der Volkskammer am 17. November 1989 behandelt als Tagesordnungspunkte 5 bis 7 die Regierungserklärung des Vorsitzenden des Ministerrates *Hans Modrow* mit der Vorstellung der Ministerliste, die Aussprache dazu und den „Beschluß über die Regierungserklärung“ (einstimmige Bestätigung).
- Erst am 2. Sitzungstag der 12. Tagung der Volkskammer am 18. November 1989 wird die Wahl der Mitglieder des Ministerrates der DDR vollzogen, wobei dem Vorschlag gefolgt wird, en bloc abzustimmen. Das Wahlergebnis: Zustimmung zum Wahlvorschlag bei fünf Gegenstimmen und sechs Enthaltungen.

10. Wahlperiode (1990)

Die Regierungsbildung im Anschluß an die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 vollzog sich nach den in der Verfassung der DDR vorgesehenen Etappen:

- In der 1. Tagung der Volkskammer am 5. April 1990 beantragt die stärkste Fraktion der Volkskammer, nunmehr die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), den Abgeordneten *Lothar de Maizière* mit der Bildung des Ministerrates zu beauftragen. Der Beauftragung stimmt die Mehrheit der Volkskammer bei 62 Gegenstimmen und 31 Enthaltungen zu (Ja-Stimmen im Protokoll nicht angegeben, vermutlich 297).
- In der 2. Tagung der Volkskammer am 12. April 1990 teilt *Lothar de Maizière* mit, daß sich die Fraktionen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Deutschen Sozialen Union (DSU), des Demokratischen Aufbruchs (DA), der Liberalen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) auf die Bildung einer Großen Koalition verständigt haben. Zugleich stellt *Lothar de Maizière* die Kandidaten für die Mitglieder des Ministerrates vor.
- Anschließend folgen die Wahl des Ministerpräsidenten und die Wahl der übrigen Mitglieder des Ministerrates.

10. WP 1990	<p><i>Wahl des Vorsitzenden des Ministerrates: 2. Tagung, 12. April 1990</i></p> <p><i>Ergebnis der Abstimmung:</i></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="padding-left: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">382</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">davon Ja-Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">265</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">Nein-Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">108</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">Stimmenthaltungen:</td> <td style="text-align: right;">9</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Mehrheit der Mitglieder:</td> <td style="text-align: right;">201</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Stimmenzahl der Koalition:</td> <td style="text-align: right;">303</td> </tr> </table> <p>Ministerpräsident: Lothar de Maizière (CDU)</p> <p>Tag der Vereidigung: 2. Tagung am 12. April 1990</p> <p>Amtszeit: 12. 4. 1990 – 2. 10. 1990</p>	abgegebene Stimmen:	382	davon Ja-Stimmen:	265	Nein-Stimmen:	108	Stimmenthaltungen:	9	Mehrheit der Mitglieder:	201	Stimmenzahl der Koalition:	303
abgegebene Stimmen:	382												
davon Ja-Stimmen:	265												
Nein-Stimmen:	108												
Stimmenthaltungen:	9												
Mehrheit der Mitglieder:	201												
Stimmenzahl der Koalition:	303												

Über die übrigen Mitglieder des Ministerrats (Minister) stimmt die Volkskammer en bloc ab. Das Wahlergebnis: 247 Ja-Stimmen, 109 Nein-Stimmen, 23 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme.

Zusammensetzung des Ministerrates unter Vorsitz von *Hans Modrow*

Ressort	Regierungsmitglied	Partei
Vorsitzender des Ministerrates der DDR	<i>Hans Modrow</i>	SED ¹⁾
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Wirtschaft	<i>Christa Luft</i>	SED
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für örtliche Staatsorgane	<i>Peter Moreth</i>	LDPD
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Kirchenfragen	<i>Lothar de Maizière</i>	CDU
Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission ²⁾	<i>Gerhard Schürer</i> (bis 11. 1. 1990)	SED
Vorsitzender des Wirtschaftskomitees der DDR ²⁾	<i>Karl Grünheid</i> (ab 11. 1. 1990)	SED
Minister für Schwerindustrie	<i>Kurt Singhuber</i>	SED
Minister für Maschinenbau	<i>Karl Grünheid</i> (bis 11. 1. 1990) <i>Hans-Joachim Lauck</i> (ab 11. 1. 1990)	SED
Minister für Leichtindustrie	<i>Gunter Halm</i>	NDPD
Minister für Post- und Fernmeldewesen	<i>Klaus Wolf</i>	CDU
Minister für Verkehrswesen	<i>Heinrich Scholz</i>	SED

^{1), 2)} Fußnoten siehe auf der folgenden Seite

Ressort	Regierungsmitglied	Partei
Minister für Handel und Versorgung	<i>Manfred Flegel</i>	NDPD
Minister für Bauwesen und Wohnungswirtschaft	<i>Gerhard Baumgärtel</i>	CDU
Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	<i>Hans Watzek</i>	DBD
Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft	<i>Hans Reichelt</i> (bis 11. 1. 1990) <i>Peter Diederich</i> (ab 11. 1. 1990)	DBD
Minister für Wissenschaft und Technik	<i>Peter-Klaus Budig</i>	LDPD
Minister der Finanzen und Preise	<i>Uta Nickel</i> (bis 24. 1. 1990) <i>Walter Sieger³⁾</i> (ab 24. 1. 1990)	SED
Minister für Arbeit und Löhne	<i>Hannelore Mensch</i>	SED
Minister für Außenwirtschaft	<i>Gerhard Beil</i>	SED
Minister für Auswärtige Angelegenheiten	<i>Oskar Fischer</i>	SED
Minister für Nationale Verteidigung	<i>Theodor Hoffmann</i>	SED
Minister der Justiz	<i>Hans-Joachim Heusinger</i> (bis 11. 1. 1990) <i>Kurt Wünsche</i> (ab 11. 1. 1990)	LDPD
Minister für Bildung und Jugend	<i>Hans-Heinz Emons</i>	SED
Minister für Kultur	<i>Dietmar Keller</i>	SED
Minister für Innere Angelegenheiten	<i>Lothar Ahrendt</i>	SED
Minister für Gesundheits- und Sozialwesen	<i>Klaus Thielmann</i>	SED
Minister für Tourismus	<i>Bruno Benthien</i>	LDPD
Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit ⁴⁾	<i>Wolfgang Schwanitz</i> (bis 11. 1. 1990 ⁴⁾)	SED
Regierungssprecher und Leiter des Presseamtes	<i>Wolfgang Meyer</i>	SED
Mitglied des Ministerrates ohne Geschäftsbereich (ab 5. 2. 1990)	<i>Tatjana Böhm</i> <i>Rainer Eppelmann</i> <i>Sebastian Pflugbeil</i> <i>Matthias Platzeck</i> <i>Gerd Poppe</i> <i>Walter Romberg</i> <i>Klaus Schlüter</i> <i>Wolfgang Ullmann</i>	UFV DA NF GP IFM SPD GL DJ

1) Die zweimalige Umbenennung der SED – ab Dezember 1989 „SED-PDS“ und ab Februar 1990 „PDS“ – wird hier nicht berücksichtigt.

2) An die Stelle der Staatlichen Planungskommission tritt ab 11. Januar 1990 ein „Wirtschaftskomitee der DDR“.

3) Staatssekretär im Ministerium der Finanzen und Preise, mit der Wahrnehmung der Funktion des Ministers der Finanzen und Preise beauftragt

4) im Zusammenhang mit der am 14. Dezember 1989 vom Ministerrat beschlossenen Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit

Zusammensetzung des Ministerrates unter Vorsitz von *Lothar de Maizière**)

Ressort	Regierungsmitglied	Partei
Ministerpräsident	<i>Lothar de Maizière</i> ⁴⁾	CDU
Minister im Amt des Ministerpräsidenten	<i>Klaus Reichenbach</i>	CDU
Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Innere Angelegenheiten	<i>Peter-Michael Diestel</i>	DSU ¹⁰⁾
Minister für Auswärtige Angelegenheiten	<i>Markus Meckel</i> (bis 20. 8. 1990)	SPD
	<i>Lothar de Maizière</i> (ab 22. 8. 1990)	CDU
Minister für Regionale und Kommunale Angelegenheiten	<i>Manfred Preiß</i> ⁵⁾	Die Liberalen ¹⁾
Minister für Wirtschaft	<i>Gerhard Pohl</i> (bis 16. 8. 1990) ¹³⁾	CDU
Minister für Finanzen	<i>Walter Romberg</i> ⁶⁾ (bis 16. 8. 1990) ¹⁴⁾	SPD
Minister für Handel und Tourismus	<i>Sybille Reider</i> (bis 20. 8. 1990) ¹⁵⁾	SPD
Minister der Justiz	<i>Kurt Wünsche</i> ⁷⁾ (bis 16. 8. 1990) ¹⁶⁾	Die Liberalen ¹⁾ ¹²⁾
Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	<i>Peter Pollack</i> (bis 16. 8. 1990) ¹⁷⁾	parteilos ¹⁾ ²⁾

Fußnoten für die Seiten 3919 bis 3920:

- 1) nicht Mitglied der Volkskammer der 10. Wahlperiode
- 2) von SPD benannt
- 3) von CDU benannt
- 4) Zuvor seit November 1989 in der Regierung von *Hans Modrow* als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Kirchenfragen.
- 5) Zuvor seit Februar 1990 Staatssekretär beim Ministerrat.
- 6) Zuvor seit Februar 1990 in der Regierung von *Hans Modrow* als Minister ohne Geschäftsbereich.
- 7) Zuvor zwischen 1965 und 1972 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz; seit Januar 1990 Minister der Justiz in der Regierung von *Hans Modrow*.
- 8) Zuvor seit Februar 1990 in der Regierung von *Hans Modrow* als Minister ohne Geschäftsbereich.
- 9) Zuvor seit November 1989 in der Regierung von *Hans Modrow* stellvertretender Minister für Schwerindustrie.
- 10) Ab 30. Juni 1990 parteilos.
- 11) Ab 2. Juli 1990 parteilos; damit ist die DSU nicht mehr in der Regierung von *Lothar de Maizière* vertreten.
- 12) Ab 3. Juli parteilos.
- 13) anschließend m. d. W. d. G. b.: StS *Gunter Halm*
- 14) anschließend m. d. W. d. G. b.: StS *Werner H. Skowron*
- 15) anschließend m. d. W. d. G. b.: StS *Lothar Engel*
- 16) anschließend m. d. W. d. G. b.: StS *Manfred Walther*
- 17) anschließend m. d. W. d. G. b.: PStS *Gottfried Haschke*
- 18) anschließend m. d. W. d. G. b.: StS *Hans-Jürgen Niehof*

*) Die Angaben zur Wahl und zur Zusammensetzung des Ministerrates sind entnommen aus: Der Aktuelle Begriff Nr. 14/90 vom 25. Mai 1990 „Ministerrat der DDR“, Bearbeiter: *Peter Schindler*; vgl. auch: Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik 1990. Redaktion: *Klaus-J. Holzapfel* und *Andreas Holzapfel*. Rheinbreitbach 1990.

Ressort	Regierungsmitglied	Partei
Minister für Arbeit und Soziales	<i>Regine Hildebrandt</i> (bis 20. 8. 1990)	SPD
	<i>Jürgen Kleditzsch</i> (ab 22. 8. 1990; mdWdGb)	CDU
Minister für Abrüstung und Verteidigung	<i>Rainer Eppelmann</i> ⁸⁾	DA
Minister für Jugend und Sport	<i>Cordula Schubert</i>	CDU
Minister für Familie und Frauen	<i>Christa Schmidt</i>	CDU
Minister für Gesundheitswesen	<i>Jürgen Kleditzsch</i>	CDU
Minister für Verkehr	<i>Horst Gibtner</i>	CDU ¹⁾
Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit	<i>Karl-Hermann Steinberg</i> ⁹⁾	CDU ¹⁾
Minister für Post- und Fernmeldewesen	<i>Emil Schnell</i> (bis 20. 8. 1990) ¹⁸⁾	SPD
Minister für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft	<i>Axel Viehweger</i> (bis 28. 9. 1990)	Die Liberalen ¹⁾
Minister für Forschung und Technologie	<i>Frank Terpe</i> (bis 20. 8. 1990)	SPD
	<i>Hans Joachim Meyer</i> (ab 22. 8. 1990; mdWdGb)	parteilos ¹⁾³⁾
Minister für Bildung und Wissenschaft	<i>Hans Joachim Meyer</i>	parteilos ¹⁾³⁾
Minister für Kultur	<i>Herbert Schirmer</i>	CDU
Minister für Medienpolitik	<i>Gottfried Müller</i>	CDU ¹⁾
Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit	<i>Hans-Wilhelm Ebeling</i>	DSU ¹⁾

^{8), 9)} usw.: Fußnoten siehe Seite 3920

Hinweis

Namentlich genannt sind im *Datenhandbuch* die Mitglieder des Bundestages, die

- als Wahlkreisabgeordnete einen Erststimmenanteil von mindestens 55,0 Prozent erringen konnten (Abschnitt 1.17),
- während der Wahlperiode auf ihr Mandat verzichtet haben, um ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Funktion zu übernehmen (Abschnitt 2.8),
- zeitweise auch Mitglied einer Landesregierung waren (Abschnitt 2.10),
- zeitweise auch Mitglied eines Landtages waren (Abschnitt 2.11),
- Bücher oder Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlamentsverständnis veröffentlicht haben (Abschnitt 2.13),
- zuvor Mitglied der Volkammer der DDR waren (Abschnitt 7.6),
- als ostdeutsche Abgeordnete Führungspositionen im Bundestag und in der Bundesregierung übernommen haben (Abschnitt 7.7),
- bei den Beratungen des Bundestagshaushalts oder in den „Selbstverständnis-Debatten“ Vorschläge zur Parlamentsreform vorgetragen haben (Abschnitte 13.4 bzw. 13.5).

Parlamentarische Staatssekretäre

Bei einer Reihe von Ministerien wurden während der 10. Wahlperiode der Volkskammer neben den sonstigen Staatssekretären auch Parlamentarische Staatssekretäre bestellt, und zwar

beim Ministerpräsidenten:	<i>Günther Krause</i> (CDU/DA)
beim Minister für Abrüstung und Verteidigung:	<i>Bertram Wiczorek</i> (CDU/DA)
beim Minister für Auswärtige Angelegenheiten:	<i>Hans-Jürgen Misselwitz</i> (SPD)
beim Minister für Arbeit und Soziales:	<i>Alwin Ziel</i> (SPD)
beim Minister für Bildung und Wissenschaft:	<i>Rainer Jork</i> (CDU/DA)
beim Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft:	<i>Peter Kauffold</i> (SPD), ab August 1990: <i>Gottfried Haschke</i> (CDU/DA)
beim Minister für Familie und Frauen:	<i>Hans Geisler</i> (CDU/DA)
beim Minister der Finanzen:	<i>Dieter Rudorf</i> (SPD)
beim Minister für Forschung und Technologie:	<i>Ernst-Hinrich Weber</i> (CDU/DA)
beim Minister für Gesundheitswesen:	<i>Thomas Schmidt</i> (DSU)
beim Minister für Medienpolitik:	<i>Horst Schulz</i> (CDU/DA)
beim Minister für Post- und Fernmeldewesen:	<i>Hans-Jürgen Niehof</i> ¹⁾
beim Minister für Verkehr:	<i>Manfred Dott</i> (DSU)
beim Minister für Wirtschaft:	<i>Stefan Körber</i> (SPD)
beim Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit:	<i>Oswald Wutzke</i> (CDU/DA)
beim Minister der Justiz:	<i>Rolf Schwanitz</i> (SPD) (ab 23. 7. 1990)

¹⁾ nicht Mitglied der Volkskammer

Hinweis

Bibliographien zu Spezialfragen enthalten die folgenden Abschnitte:

- 1.14 Wahlanalysen
- 2.13 Parlamentsverständnis der Abgeordneten
- 3.20 Parlamentssoziologie
- 6.7 Regierungsbildungen (Chroniken oder chronologische Darstellungen der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildungen)
- 8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag
- 9.7 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse
- 11.11 Gesetzes-Dokumentationen
- 11.15 Einzelfallstudien zur Gesetzgebung
- 11.16 Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 15.2 Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur
- 16.3 Kommentare zur Geschäftsordnung
- 22.5 Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung
- 23.5 Unterrichtsmodelle „Bundestag“

Koalitionen und Opposition während der 10. Wahlperiode

Die folgende Aufstellung enthält alle Angaben zur Zusammensetzung von Koalition und Opposition zu Beginn der 10. Wahlperiode der Volkskammer mit den Änderungen bis zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990. Aus ihr ist insbesondere die schrittweise Auflösung der Regierungskoalition zu entnehmen, die am 12. April 1990 als Große Koalition begann und seit dem 19. August 1990 als Minderheitsregierung amtierte.

Stand	Parteien und Mandatszahl der Regierungskoalition	Zahl der Mitglieder des Ministerrats	Parteien und Mandatszahl der Opposition	Bemerkungen
12. 4. 1990	CDU/DA 167 DSU 25 Liberale 23 SPD 88 <hr/> 303	CDU 10 DSU 2 DA 1 Liberale 3 SPD 6 parteilos 2 <hr/> 24	PDS 66 Bündnis 90/ Grüne 20 DBD/DFD 10 Frtl. 1 <hr/> 97	Von den zwei parteilosen Ministern wird je einer von der CDU (<i>Hans Joachim Meyer</i>) und von der SPD (<i>Peter Pollack</i>) benannt.
30. 6./2. 7./ 3. 7. 1990	CDU/DA 167 DSU 22 Liberale 23 SPD 88 Frtl. 3 <hr/> 303	CDU 10 DA 1 Liberale 2 SPD 6 parteilos 5 <hr/> 24	(wie zuvor)	Partei- und Fraktionsaustritt der Minister <i>Peter-Michael Diestel</i> und <i>Hans-Wilhelm Ebeling</i> sowie eines weiteren MdVk aus der DSU; Parteiaustritt des Ministers <i>Kurt Wünsche</i> (bisher: Die Liberalen)
24. 7. 1990	CDU/DA 167 DSU 22 SPD 88 Frtl. 3 <hr/> 280	(wie zuvor)	PDS 66 Liberale 23 Bündnis 90/ Grüne 20 DBD/DFD 10 Frtl. 1 <hr/> 120	Austritt der Liberalen aus der Koalition; die von ihnen gestellten Minister verbleiben im Ministerrat.
5. 8. 1990	CDU 167 DSU 22 SPD 88 Frtl. 3 <hr/> 280	CDU 11 Liberale 2 SPD 6 parteilos 5 <hr/> 24	(wie zuvor)	Fusion des Demokratischen Aufbruchs (DA) mit der CDU
16. 8. 1990	(wie zuvor)	CDU 10 Liberale 2 SPD 5 parteilos 3 <hr/> 20	(wie zuvor)	Entlassung der Minister <i>Peter Pollack</i> (parteilos) und <i>Walter Romberg</i> (SPD); Rücktritt der Minister <i>Gerhard Pohl</i> (CDU) und <i>Kurt Wünsche</i> (parteilos)

Hinweis

Zu Einzelheiten der Fraktionen der Volkskammer siehe Abschnitt 28.6.

Stand	Parteien und Mandatszahl der Regierungskoalition	Zahl der Mitglieder des Ministerrats	Parteien und Mandatszahl der Opposition	Bemerkungen
19. 8. 1990	CDU 167 DSU 22 Frtl. 3 $\overline{192}$	(wie zuvor)	SPD 88 PDS 66 Liberale 23 Bündnis 90/ Grüne 20 DBD/DFD 10 Frtl. 1 $\overline{208}$	Austritt der SPD aus der Koalition
20. 8. 1990	(wie zuvor)	CDU 10 Liberale 2 parteilos 3 $\overline{15}$	(wie zuvor)	Rücktritt der restlichen fünf von der SPD gestellten Minister
29. 8. 1990	CDU ¹⁾ 171 DSU 22 Frtl. ¹⁾ 3 $\overline{196}$	(wie zuvor)	SPD 91 PDS 66 Liberale 25 Bündnis 90/ Grüne 20 Frtl. 2 $\overline{204}$	Fraktionswechsel aufgrund der Auflösung der Fraktion der DBD/DFD
28. 9. 1990	(wie zuvor)	CDU 10 Liberale 1 parteilos 3 $\overline{14}$	(wie zuvor)	Rücktritt von Minister <i>Axel Viehweger</i> (Die Liberalen)

¹⁾ Bei den drei fraktionslosen Abgeordneten handelt es sich um die ehemaligen DSU-Abgeordneten *Peter-Michael Diestel*, *Hans-Wilhelm Ebeling* und *Joachim Hubertus Nowack*, die zwischen Juli und September 1990 der CDU-Fraktion beigetreten sind, so daß deren Mitgliederzahl kurz vor Auflösung der Volkskammer 174 betrug.

Hinweis

Außerhalb des Kapitels 28 sind weitere Angaben zu Parteien und Fraktionen in folgenden Abschnitten des vorliegenden *Datenhandbuchs* zu finden:

- 1.6 Die kandidierenden Parteien in Stichworten (mit Angaben insbesondere auch zu den in der DDR gegründeten Parteien und Bürgerbewegungen, die an der gesamtdeutschen Wahl teilgenommen haben)
- 1.13 Wahlergebnisse nach Bundesländern (mit Angaben zu den einzelnen neuen Bundesländern und einer Gegenüberstellung der Wahlergebnisse von 1990 in den westlichen und östlichen Bundesländern)
- 5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen (mit Angabe der den beiden Gruppen PDS bzw. PDS/LL und Bündnis 90/Grüne im Bundestag eingeräumten Rechte)
- 5.4 Fraktionsspaltungen und Fusionen: Chronik (mit der Angabe der Veränderungen, die der Eintritt der von der Volkskammer in den Bundestag gewählten Abgeordneten im Oktober 1990 bewirkt hat)

29 Literatur über den Deutschen Bundestag

Überblick		Seite
29.1	Bibliographien	3924
29.2	Literaturführer und Fortschrittsberichte	3926

Vorbemerkung

Da eine Bibliographie der Literatur über den Deutschen Bundestag den Umfang dieses Handbuches sprengen würde, beschränkt sich dieses Kapitel auf zwei weiterführende Spezialverzeichnisse:

- auf eine „Bibliographie der Bibliographien“ der Bundestagsliteratur (Abschnitt 29.1) und
- auf ein Verzeichnis der einschlägigen Literaturführer und Literaturberichte, auch „Fortschrittsberichte“ genannt (Abschnitt 29.2).

Die Titel beider Bibliographien sind nach dem sogenannten „Berichtsjahr“ (nicht Erscheinungsjahr!) geordnet, d. h. nach dem Jahr des Berichtsstandes.

29.1 Bibliographien

Folgende Bibliographien der Literatur über den Deutschen Bundestag liegen vor:

„Berichtsjahr“	Titel der Bibliographie
1963	Bibliographie zur Stellung und zum Recht Parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Bonn 1963 (= Bibliographien Nr. 3; Wissenschaftliche Abteilung des Deutschen Bundestages).
1965	Der Deutsche Bundestag. Auswahlbibliographie. Bearb.: <i>Peter Schindler</i> . Bonn 1966 (= Bibliographien Nr. 6; Deutscher Bundestag: Wissenschaftliche Abteilung).
1968	Bibliographie des Schrifttums zum Deutschen Bundestag, zusammengestellt von <i>Heinz Matthes</i> und <i>Peter Schindler</i> . In: <i>Gerhard Loewenberg</i> , Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. S. 519–551.

„Berichtsjahr“	Titel der Bibliographie
1969	Bibliographie: Parlamentarismus in der BRD. Bearb.: <i>Michael Otto</i> . In: <i>Michael Hereth</i> , Die Reform des Deutschen Bundestages. Opladen 1971. S. 75–130. Parlamentsreform. Auswahlbibliographie. Bearb.: <i>Peter Schindler</i> und <i>Wilfried Skupnik</i> . Bonn 1969 (= Bibliographien Nr. 19; Deutscher Bundestag: Wissenschaftliche Abteilung).
1970	Hamburger Bibliographie zum Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970. Hrsg. von <i>Udo Bermbach</i> . Wissenschaftliche Redaktion <i>Falk Esche, Franz Grube</i> und <i>Rolf Lange</i> . Opladen 1973.
1972	Hamburger Bibliographie zum Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. 1. Ergänzungslieferung: 1971–1972. Hrsg. von <i>Udo Bermbach</i> . Wissenschaftliche Redaktion <i>Falk Esche, Frank Grube</i> und <i>Rolf Lange</i> . Opladen 1975.
1973	Das Abgeordnetenmandat in der parteienstaatlichen Demokratie. Auswahlbibliographie. Bearb.: <i>Joachim Henkel</i> . Bonn 1973 (= Bibliographien Nr. 33; Deutscher Bundestag: Wissenschaftliche Dienste).
1974	Hamburger Bibliographie zum Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. 2. Ergänzungslieferung: 1973–1974. Hrsg. und bearb. von <i>Udo Bermbach, Falk Esche</i> und <i>Frank Grube</i> . Opladen 1975.
1976	Hamburger Bibliographie zum Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. 3. Ergänzungslieferung: 1975–1976. Hrsg. und bearb. von <i>Udo Bermbach, Falk Esche</i> und <i>Frank Grube</i> . Opladen 1978.
1978	Hamburger Bibliographie zum Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. 4. Ergänzungslieferung: 1977–1978. Hrsg. und bearb. von <i>Udo Bermbach</i> und <i>Falk Esche</i> . Opladen 1980.
1979	Parlamentarismus – Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestag, Bundesrat, Länderparlamente. Eine methodisch-didaktische Literatúrauswahl von <i>Hartmut Klatt</i> . Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Bonner Lehrerseminare. Mainz 1980.
1980	Hamburger Bibliographie zum Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. 5. Ergänzungslieferung: 1979–1980. Hrsg. und bearb. von <i>Udo Bermbach</i> und <i>Falk Esche</i> . Opladen 1982.
1982	Abgeordnete des Deutschen Bundestages über Parlament und parlamentarische Demokratie. Bearb.: <i>Peter Schindler</i> unter Mitarbeit von <i>Lydia Lang</i> . Bonn 1983 (= Bibliographien Nr. 55; Deutscher Bundestag: Wissenschaftliche Dienste).
1983	Bibliographie zur Stellung und zum Recht parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Auswahlbibliographie. Bearb.: <i>Horst Müller</i> . Bonn 1983 (= Bibliographien Nr. 56; Deutscher Bundestag: Wissenschaftliche Dienste).
1984	Hamburger Bibliographie zum Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. 6. Ergänzungslieferung: 1981–1984. Hrsg. und bearb. von <i>Udo Bermbach</i> und <i>Falk Esche</i> . Opladen 1993.

„Berichtsjahr“	Titel der Bibliographie
1987	Bibliographie. Ausgewählt und zusammengestellt von <i>Suzanne S. Schüttemeyer</i> . In: <i>Recht und Organisation der Parlamente</i> . Hrsg. im Auftrage der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft von <i>Wolfgang E. Burhenne</i> ... Loseblattsammlung Bielefeld 1958 ff. 5. Band. Letzte Lieferung: 2/87.
1993	Parlamentslehre. Das parlamentarische Regierungssystem im technischen Zeitalter. Hrsg. von <i>Raban Graf von Westphalen</i> . München, Wien 1993. (Hierin: Abschnitte „Hilfsmittel“ und „Gesamtbibliographie“, S. 537–592.)
1996	Petitionsrecht und Ombudsmann in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: <i>Martin Winkler</i> . Bonn 1996 (= Aktuelle Bibliographien der Bibliothek Nr.2; Deutscher Bundestag: Wissenschaftliche Dienste).

29.2 Literaturführer und Fortschrittsberichte

In diesem Abschnitt sind die – gemessen an der inzwischen erreichten Fülle der parlamentswissenschaftlichen Literatur – relativ seltenen Literaturführer und „Fortschrittsberichte“ in der Reihenfolge des Berichtsjahres zusammengestellt.

So rar Fortschrittsberichte sind, so wenig geläufig ist auch dieser in der Bibliotheks- und Dokumentationswissenschaft verwendete Begriff. Gebräuchlicher sind überwiegend synonyme Ausdrücke wie Literaturberichte, Sammelbesprechungen und Forschungsberichte. Der Begriff „Fortschrittsberichte“ leitet sich von ihrer Funktion ab: „Sie sollen den Fortschritt in der jeweiligen Disziplin dokumentieren“, und bewußt allgemein läßt sich definieren: „Unter Fortschrittsberichten werden Arbeiten verstanden, die einen bewertenden Überblick zur Forschung auf einem bestimmten Gebiet anhand neuerer Literatur geben.“*)

Um die Katalogisierung der Fortschrittsberichte auf geisteswissenschaftlichem Gebiet bemüht sich insbesondere die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, die über einen entsprechenden Zettelkatalog verfügt und die die zwischen 1965 und 1975 erschienenen Titel auch in Buchform veröffentlicht hat.**)

*) *Eckhard Jesse*. Literaturführer: Parlamentarische Demokratie. Opladen 1981, S. 15. *Jesse* behandelt an dieser Stelle (S. 14–28) ausführlich und engagiert Sinn und Funktion der Fortschrittsberichte im Bereich der Politikwissenschaft und schlägt eine Reihe von Verbesserungen vor.

**) Geisteswissenschaftliche Fortschrittsberichte. Titelnachweis 1965–1975. Hrsg. von der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz. Redaktion *Ursula Jentzsch*. Frankfurt am Main 1977. Die von der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz erfaßten Titel wurden auch für die vorliegende Bibliographie ausgewertet.

Hinweis

Aktuelle Ergänzungen zu dieser Spezialbibliographie finden sich in den beiden regelmäßig erscheinenden Auswahlverzeichnissen der Bibliothek des Bundestages „Neuerwerbungen der Bibliothek“ und „Neue Aufsätze in der Bibliothek“.

„Berichtsjahr“	Titel des Fortschrittsberichts
1965	<i>Schumann, Hans-Gerd</i> , Die Opposition – Stiefkind der deutschen Forschung? In: Der Staat. Jg. 5. 1966. H. 1. S. 81–95.
1966	<i>Rausch, Heinz</i> , Parlamentsreform. Tendenzen und Richtungen. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 14. 1967. H. 3. S. 259–289.
1967	<i>Rausch, Heinz</i> , Der Deutsche Bundestag. In: Neue Politische Literatur. Jg. 13. 1968. H. 1. S. 10–21.
1968	<i>Euchner, Walter</i> , Der Parlamentarismus der Bundesrepublik als Gegenstand politikwissenschaftlicher Untersuchungen. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 10. 1969. H. 2/3. S. 388–414. <i>Thaysen, Uwe</i> , Der Bundestag im politischen System der Bundesrepublik. In: Gegenwartskunde. Jg. 18. 1969. H. 3. S. 331–338.
1969	<i>Albertin, Lothar</i> , Parlamentarismus-Forschung zwischen Theorie und Praxis. In: Neue Politische Literatur. Jg. 15. 1970. H. 3. S. 332–342. <i>Rausch, Heinz</i> , Parlament in der Krise? In: Neue Politische Literatur. Jg. 15. 1970. H. 4. S. 471–484.
1973	<i>Weber, Jürgen</i> , Opposition als Institution und Funktion. In: Neue Politische Literatur. Jg. 19. 1974. H. 1. S. 1–29.
1974	<i>Steffani, Winfried</i> , Neuere Abhandlungen zur Opposition. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 6. 1975. H. 1. S. 114–121.
1975	<i>Klatt, Hartmut</i> , Parlamentarismus in der Bundesrepublik – ein Literaturüberblick. In: Der Bürger im Staat. Jg. 26. 1976. H. 4. S. 287–294.
1976	<i>Jesse, Eckhard</i> , Parlamentarismus in Deutschland. In: Neue Politische Literatur. Jg. 22. 1977. H. 3. S. 281–308.
1977	<i>Klatt, Hartmut</i> , Bundestag und Landtage in der Diskussion. Neue Literatur zum Thema Parlamentarismus. In: Der Bürger im Staat. Jg. 28. 1978. H. 4. S. 345–351.
1978	<i>Kimmel, Adolf</i> , Parlamentarische Opposition und parlamentarische Kontrolle. In: Neue Politische Literatur. Jg. 24. 1979. H. 3. S. 345–357.
1980	<i>Jesse, Eckhard</i> , Literaturführer: Parlamentarische Demokratie. Opladen 1981.
1981	<i>Klatt, Hartmut</i> , Parlamentarismus und Föderalismus. Zwei Verfassungsprinzipien im Spiegel der wissenschaftlichen Literatur. In: Politische Bildung in Bundestag und Bundesrat. Mainz 1982. S. 131–164. <i>Oberreuter, Heinrich</i> , Parlamentarismusforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Entwicklungslinien der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Melle 1982. S. 100–138.

„Berichtsjahr“	Titel des Fortschrittsberichts
1983	<i>Oberreuter, Heinrich</i> , Legitimation durch Kommunikation. Zur Parlamentarismusforschung in der Bundesrepublik. In: Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Hrsg. v. <i>Jürgen W. Falter, Christian Fenner</i> und <i>Michael Th. Greven</i> . Opladen 1984. S. 228–253.
1990	<i>Patzelt, Werner J.</i> , Der Abgeordnete – ein unbekanntes Wesen? Bericht über das Schrifttum zur Abgeordnetenforschung. In: Neue politische Literatur. Jg. 36. 1991. H. 1. S. 76–118.

Hinweis

Weitere Chroniken oder chronologische Darstellungen zu Einzelbereichen der Parlamentsgeschichte finden sich außerhalb des Kapitels 26 in folgenden Abschnitten:

- 1.2 Wahlrechtsdiskussion
- 1.29 Staatliche Parteienfinanzierung
- 2.7 Verstorbene Politiker
- 5.5 Fraktionsspaltungen und Fusion
- 6.6 Bemühungen um eine Große Koalition
- 6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte
- 6.13 Kanzlerwechsel während der Wahlperiode
- 6.14 Konstruktives Mißtrauensvotum
- 6.15 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
- 7.2 Parlamentarische Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und DDR-Volkskammer
- 7.4 Deutsche Vereinigung
- 7.8 Umzug des Bundestages nach Berlin
- 9.10 Bemühungen um ein Untersuchungsausschußgesetz
- 12.8 Technologie-Bewertung
- 13.2 Parlamentsreformen seit 1949
- 13.3 Erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren
- 16.1 Änderungen der Geschäftsordnung
- 17.1 Reform des Petitionswesens
- 20.2 Entwicklung der Diätengesetzgebung
- 20.6 Altersversorgung der Abgeordneten
- 21.2 Baugeschichte des Bundeshauskomplexes in Bonn
- 21.6 Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands
- 21.7 Verhüllung des Reichstagsgebäudes (1994)
- 22.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung
- 22.2 Wissenschaftliche Dienste
- 23.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages
- 23.3 Parlamentsberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen
- 24.4 Europäisches Parlament
- 28.1 Chronik der „Wende“ in der Volkskammer

30 Quellenverzeichnis

Für die Angaben im vorliegenden *Datenhandbuch* wurden folgende Quellen benutzt:

- Ausarbeitungen und Unterlagen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, u. a. des Parlamentsarchivs, des Fachbereichs Parlament, des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, des Tagungsbüros, des Sach- und Sprechregisters, der Zentralstelle für Petitionen und Eingaben sowie des Referats Datenbanken, Programmentwicklung (früher: Gruppe Datenverarbeitung) des Deutschen Bundestages,
- Ausarbeitungen, Unterlagen und Auskünfte des Arbeitsbereichs Dokumentation und Datenverarbeitung des Bundesrates, des Sekretariats der ehemaligen Volkskammer der DDR und des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation,
- Auskünfte des Bundespräsidialamtes, der Bundesministerien, Parteien, Bundestagsfraktionen und anderer Organisationen und Einrichtungen,
- Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (vgl. Abschnitt 30.1),
- Handbücher des Deutschen Bundestages (vgl. Abschnitt 30.2),
- Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Abschnitt 30.3),
- sonstige Literatur (vgl. Abschnitt 30.4).

30.1 Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages

Abgeordnete des Deutschen Bundestages über Parlament und parlamentarische Demokratie. Bearbeiter: *Peter Schindler* und *Lydia Lang*. Bonn 1983. (Bibliographien Nr. 55)

Das **Abgeordnetenmandat** in der parteienstaatlichen Demokratie. Bearbeiter: *Joachim Henkel*. Bonn 1973. (Bibliographien Nr. 33)

Die **Änderungen** des Grundgesetzes (Nr. 1 bis 31). Mit Übersichtstabelle nach Artikeln, Änderungsgesetzen und kurzen Inhaltsangaben. Stand: 27. Februar 1973. Bearbeiter: *Helmut Koch*. Bonn 1973. (Materialien Nr. 31)

Anzahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Bearbeiter: *Thomas Schotten*. Bonn 1992. (Der Aktuelle Begriff Nr. 18/92)

Die **Ausschüsse** des Deutschen Bundestages. 1.–9. Wahlperiode. Stand: 1. September 1981. Bearbeiter: *Günther J. Weller* und *Christa Pampel*. Bonn 1981. (Materialien Nr. 69)

Die **Ausschüsse** des Deutschen Bundestages. 9.–10. Wahlperiode. Stand: 30. September 1985. Bearbeiter: *Günther J. Weller* und *Christa Pampel*. Bonn 1986. (Materialien Nr. 96)

Die **Beamteten** und die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bund 1949–1979. Bearbeiter: *Adalbert Hess*. Bonn 1979. (Materialien Nr. 56)

Beobachter aus den neuen Bundesländern beim Europäischen Parlament. Bearbeiter: *Joachim Henkel*. Bonn 1991. (Der Aktuelle Begriff Nr. 9/91)

- Der **Deutsche Bundestag**. Bearbeiter: *Peter Schindler*. Bonn 1966. (Bibliographien Nr. 6)
- Einheitliches** Verfahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Bearbeiter: *Thomas Schotten*. Bonn 1993. (Der Aktuelle Begriff Nr. 7/93)
- Die **Erweiterung** der Europäischen Union um Finnland, Österreich und Schweden zum 1.1.1995. Bearbeiter: *Thomas Schotten* und *Matthias Schrök*. Bonn 1995. (Der Aktuelle Begriff Nr. 1/95)
- Die **Fraktionen** im Europäischen Parlament. Bearbeiter: *Sven Hölscheidt* und *Evelyn Fitz*. Bonn 1994. (Der Aktuelle Begriff Nr. 26/94)
- Gemeinsame** Grundsätze für die Europawahlen. Bearbeiter: *Sven Hölscheidt*. Bonn 1998. (Der Aktuelle Begriff Nr. 18/98)
- Die **Gesetzgebung** des Deutschen Bundestages in der ... Wahlperiode. Bonn 1967 ff. (Materialien Nr. 5, 7, 16, 19, 20, 32)
- Konferenz** der Europaausschüsse – COSAC. Bearbeiter: *Eberhard Schoof*. Bonn 1997. (Der Aktuelle Begriff Nr. 17/97)
- Maastricht**. Auf dem Wege zur Politischen Union. Themenschwerpunkte. Bearbeiter: *Thomas Schotten* [u. a.]. Bonn 1992. (Materialien Nr. 120)
- Ministerrat** der DDR. Bearbeiter: *Peter Schindler*. Bonn 1990. (Der Aktuelle Begriff Nr. 14/90)
- Die **Mitglieder** des Deutschen Bundestages. 1.–9. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis. Stand: 15. Mai 1981. Bearbeiter: *Dieter Adam*, *Werner Güth*, *Margit Aßhoff*. Bonn 1981. (Materialien Nr. 66)
- Die **Mitglieder** des Deutschen Bundestages. 1.–13. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis. Stand: 28. Februar 1998. Bearbeiter: *Günther J. Weller*, *Dieter Adam*, *Dagmar Kalder*. Bonn 1998. (Materialien Nr. 127)
- Mitgliederstruktur** des Deutschen Bundestages 1.–7. Wahlperiode. Materialzusammenstellung und Auswahlbibliographie. Bearbeiter: *Edith Dalades* und *Helene Groß*. Bonn 1975. (Materialien Nr. 40)
- Mitgliederzahlen** von Parlamenten. Bearbeiter: *Michael L. Wilhelmer*. Bonn 1992. (Der Aktuelle Begriff Nr. 12/92)
- Die **Neuregelung** der staatlichen Parteienfinanzierung. Bearbeiterin: *Gesa Breidenbach*. Bonn 1994. (Der Aktuelle Begriff Nr. 19/94)
- Parlamentarierinnen** im Deutschen Bundestag 1949–1993. Bearbeiter: *Günther J. Weller*, *Karin Watermann*, *Frauke Burg*, *Dagmar Kalder*, *Anita Thelen* und *Dieter Adam*. Bonn 1993. (Materialien Nr. 122)
- Parlamentarierinnen** in deutschen Parlamenten 1919–1983. Bearbeiter: *Günther J. Weller*, *Helene Groß* und *Christa Pampel*. Bonn 1983. (Materialien Nr. 82)
- Die **Parlamentarische** Versammlung des Europarates. Bearbeiter: *Joachim Kehrhahn*. Bonn 1996. (Der Aktuelle Begriff Nr. 16/96)
- Politisches Geschehen** ... Chronik der wichtigsten Ereignisse. Bonn 1980 ff. (Materialien Nr. 63, 68, 76, 83, 87, 92, 97, 101, 103, 108 und 113)
- Die **Regierungen** der Bundesrepublik Deutschland (1949–1969). Bearbeiter: *Lutz Roemheld*. Bonn 1969. (Materialien Nr. 13)
- Repräsentativität** des Europäischen Parlaments. Bearbeiter: *Peter Jung*. Bonn 1991. (Der Aktuelle Begriff Nr. 10/91)
- Repräsentativität** des Europäischen Parlaments. Bearbeiter: *Detlef Möller*. Bonn 1996. (Der Aktuelle Begriff Nr. 12/96)
- Übersicht** über die vom Bundesverfassungsgericht für nichtig und die mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Gesetze. Bearbeiter: *Lothar Kolbe* und *Helene Groß*. Bonn 1982. (Materialien Nr. 73)
- Verzeichnis** der ganz oder teilweise für nichtig erklärten Bundesgesetze. Stand: 31. Dezember 1969 bzw. 31. Dezember 1973. Bonn 1970 bzw. 1974. (Materialien Nr. 14 bzw. 37)
- 40 Jahre Deutscher Bundestag**. Daten – Namen – Statistik. Bearbeiter: *Peter Schindler*. Bonn 1989. (Materialien Nr. 105)
- Volkskammer** der DDR: Präsidium, Ausschüsse, Fraktionen. Bearbeiter: *Peter Schindler*. Bonn 1990. (Der Aktuelle Begriff Nr. 11/90)
- Volkskammerwahlen**: Kandidierende Parteien und Wahlbündnisse. Bearbeiter: *Andreas Kaernbach*. Bonn 1990. (Der Aktuelle Begriff Nr. 8/90)
- Das **Wahlgesetz** der DDR. Bearbeiter: *Lothar Kolbe*. Bonn 1990. (Der Aktuelle Begriff Nr. 7/90)
- Wahlssystem** und Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland. Bearbeiter: *Peter Schindler*. Bonn 1967. (Bibliographien Nr. 8)

Die **wichtigsten** Verfassungsorgane der DDR. Bearbeiter: *Michael Fuchs*. Bonn 1989. (Der Aktuelle Begriff Nr. 37/89)

Die **Wissenschaftlichen Dienste** des Deutschen Bundestages. (7. überarb. Auflage). Bonn 1987. (Materialien Nr. 99)

30.2 Handbücher des Deutschen Bundestages

Amtliche Ausgaben:

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, hrsg. vom Deutschen Bundestag, bearbeitet von der Bundstagsverwaltung. Neue Darmstädter Verlagsanstalt.

- | | |
|----------------|---|
| Gebunden: | 2. Wahlperiode. 1953 (+ 5 Nachträge) |
| | 3. Wahlperiode. 1957 (+ 4 Nachträge) |
| | 4. Wahlperiode. 1961 (+ 4 Nachträge) |
| | 5. Wahlperiode. 1965 (+ 3 Nachträge) |
| Loseblattform: | 3. Wahlperiode. 1957 (+ 7 Ergänzungslieferungen) |
| | 4. Wahlperiode. 1961 (+ 7 Ergänzungslieferungen) |
| | 5. Wahlperiode. 1965 (+ 6 Ergänzungslieferungen) |
| | 6. Wahlperiode. 1969 (+ 5 Ergänzungslieferungen) |
| | 7. Wahlperiode. 1972 (+ 5 Ergänzungslieferungen) |
| | 8. Wahlperiode. 1976 (+ 5 Ergänzungslieferungen) |
| | 9. Wahlperiode. 1980 (+ 4 Ergänzungslieferungen) |
| | 10. Wahlperiode. 1983 (+ 7 Ergänzungslieferungen) |
| | 11. Wahlperiode. Teil 1. 1987 (+ 7 Ergänzungslieferungen) ¹⁾ |
| | 11. Wahlperiode. Teil 2. 1988 (+ 5 Ergänzungslieferungen) ¹⁾ |
| | 12. Wahlperiode. 1991 (+ 6 Ergänzungslieferungen) |
| | 13. Wahlperiode. 1994 |

Nichtamtliche Ausgaben:

a) Handbuch des Deutschen Bundestages, hrsg. von *Fritz Sänger*, Stuttgart (Cotta, ab 1957: Klett):

1. Wahlperiode. 1949 (mit Obertitel: „Die Volksvertretung“), 2. Aufl. 1952²⁾
2. Wahlperiode. 1953
3. Wahlperiode. 1957 (danach Erscheinen eingestellt)

b) „Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag“, Rheinbreitbach (Neue Darmstädter Verlagsanstalt):

2. Wahlperiode. 1953/57
3. Wahlperiode. 1957
4. Wahlperiode. 1961 (= 24. Auflage)
5. Wahlperiode. 1965 (= 25. Auflage)
6. Wahlperiode. 1969 (= 26. Auflage)

¹⁾ Im Zusammenhang mit der Neufassung der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bundestages ist in der 11. Wahlperiode das Amtliche Handbuch in zwei getrennten Teilen erschienen.

²⁾ Ein unveränderter Nachdruck der 1. Auflage von 1949 ist 1985 bei der Neuen Darmstädter Verlagsanstalt erschienen.

7. Wahlperiode. 1972 (= 27.–29. Auflage)
8. Wahlperiode. 1976 (= 30.–32. Auflage)
9. Wahlperiode. 1980 (= 33.–35. Auflage)
10. Wahlperiode. 1983 (= 36.–47. Auflage)
11. Wahlperiode. 1987 (= 48.–61. Auflage)
12. Wahlperiode. 1991 (= 62.–74. Auflage)
13. Wahlperiode. 1994 (= ab 75. Auflage)

30.3 Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

Die Wahlergebnisse sind folgenden Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes entnommen:

- Für 1949: Die Bundestagswahl am 14. August 1949. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Band 10. Stuttgart, Köln 1952.
- Für 1953: Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953. Hefte 1 und 2. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Band 100. Stuttgart, Köln 1954 und 1955.
- Für 1957: Die Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957. Hefte 1 bis 4. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Band 200. Stuttgart 1957–1959.
- Für 1961: Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 4. Stuttgart, Mainz 1962–1964.
- Für 1965: Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 9. Stuttgart, Mainz 1964–1967.
- Für 1969: Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 8. Stuttgart, Mainz 1969–1971.
- Für 1972: Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 9. Stuttgart, Mainz 1972–1975.
- Für 1976: Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976. In: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 8. Hefte 1 bis 6. Stuttgart, Mainz 1976; Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 7 bis 9. Stuttgart, Mainz 1977–1978.
- Für 1980: Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 9 und Sonderheft. Stuttgart, Mainz 1980–1982.
- Für 1983: Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 5. Stuttgart, Mainz 1983–1984.
- Für 1987: Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 5 und Sonderheft. Stuttgart, Mainz 1987.
- Für 1990: Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 5 und Sonderheft. Stuttgart 1990–1991.
- Für 1994: Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. In: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hefte 1 bis 3 und Heft 5. Stuttgart 1994–1995. (Heft 4 – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter – erscheint nicht wegen der Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1994 durch die Gesetzgebungsorgane.)

Hinweis

Eine Aufstellung über die Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste findet sich unter Abschnitt 22.3.

30.4 Sonstige Literatur

- Achterberg, Norbert**, Grundzüge des Parlamentsrechts. München 1971.
- Alt, Franz**, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer. Eine monographische Untersuchung der Bildung der ersten Bundesregierung 1949. Eichholz 1970.
- Analysen**, Dokumentationen und Chronik zur Entwicklung in der DDR von September bis Dezember 1989. Hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut. Bonn 1990.
- Anderson, Christopher**, The Composition of the German Bundestag since 1949: Long-Term Trends and Institutional Effects. In: *Historical Social Research*. Vol. 18. 1993. H. 1. S. 3–25.
- Apel, Hans**, Aufgaben der Parlamentsreform. In: *Das Parlament* vom 30. 8. 1969.
- , Die Willensbildung in den Bundestagsfraktionen. Die Rolle der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 223–232.
- Armbruster, Frank**, Ressort-Rotationen in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland. Minister: Fachmann oder Politiker? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 95–110.
- Armingeon, Klaus**, Die Bundesregierungen zwischen 1949 und 1985. Eine Forschungsnotiz über Ausbildung und Berufe der Mitglieder der Bundeskabinette in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 17. 1986. H. 1. S. 25–40.
- Arndt, Adolf**, Das nicht erfüllte Grundgesetz. Vortrag. Tübingen 1960.
- , Das zeitgerechte Parlamentsgebäude. In: *Bauwelt*. Jg. 55. 1964. H. 9. S. 246–248.
- Arndt, Claus**, 25 Jahre Post- und Telefonkontrolle. Die G 10-Kommission des Deutschen Bundestages. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 24. 1993. H. 4. S. 621–634.
- , Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1369–1392.
- Arndt, Uwe, Werner Mackenbach, Willi Pohl** und **Bertold Scheller**, Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei. Frankfurt am Main 1990.
- Arnim, Hans Herbert von**, Entschädigung und Amtsausstattung. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 523–553.
- , Staatliche Fraktionsfinanzierung ohne Kontrolle? Wiesbaden 1987.
- Bach, Wolfgang**, Geschichte als politisches Argument. Eine Untersuchung an ausgewählten Debatten des Deutschen Bundestages. Stuttgart 1977.
- Backes, Uwe**, Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1990. B 46–47. S. 3–14.
- Baddenhausen-Lange, Heike**, Die „Question Period“ im kanadischen Unterhaus, die Befragung der Bundesregierung im Deutschen Bundestag und die „Questions au Gouvernement“ in der französischen Nationalversammlung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 28. 1997. H. 1. S. 29–45.
- Badura, Bernhard** und **Jürgen Reese**, Jungparlamentarier in Bonn – ihre Sozialisation im Deutschen Bundestag. Stuttgart-Bad Cannstatt 1976.
- Bagehot, Walter**, Die englische Verfassung. Neuwied, Berlin 1971.
- Bahrman, Hannes** und **Christoph Links**, Wir sind das Volk. Die DDR im Aufbruch. Eine Chronik. Berlin, Weimar, Wuppertal 1990.
- Banse, Werner**, Chronik der Bestrebungen um eine Reform des Petitionswesens im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 2. S. 171–174.
- Baring, Arnulf**, Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel. Stuttgart 1982.
- Barzel, Rainer** (Hrsg.), Sternstunden des Parlaments. Heidelberg 1989.
- Becker, Jörg**, Parlamentarismus und parlamentarische Rede. Eine Analyse der politischen Sprache im Deutschen Bundestag seit 1949. In: *Die Mitarbeit*. Jg. 28. 1979. H. 2/3. S. 216–233.
- und **Klaus Jürgen Gantzel**, Feindbilder in Regierungserklärungen und Bundestagsreden. In: *Friedensanalysen*. Jg. 1975. H. 1. S. 63–85.
- und **Klaus Jürgen Gantzel**, Freund-Feind-Bilder in Regierungserklärungen und Bundestagsreden. (= Bände 5–9 von: *Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik 1949–1971*.) Frankfurt a.M. 1976.
- Behn, Hans Ulrich** und **Erhardt Eisenacher**, Politische Zeittafel 1949–1979. Drei Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1981.
- Berg, Hans-Joachim**, Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages als Untersuchungsausschuß. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1984. B 18. S. 26–36.

- Berger, Manfred, Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth und Wolfgang Schulte**, Bundestagswahl 1976: Politik und Sozialstruktur. Oder: Wider die falsche Einheit der Wahlforschung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 197–231.
- , **Wolfgang G. Gibowski, Matthias Jung, Dieter Roth und Wolfgang Schulte**, Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 253–284.
- , **Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth und Wolfgang Schulte** (Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim), Regierungswechsel und politische Einstellungen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 556–582.
- Bericht** zur Neuordnung der Parteienfinanzierung. Vorschläge der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigen-Kommission. Köln 1983.
- Berbach, Udo**, Artikel „Koalition“. In: *Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Kurt Sontheimer* und *Hans-H. Röhring*. München 1977. S. 319–324.
- , Artikel „Regierungserklärung“. In: *Handbuch des deutschen Parlamentarismus*. Hrsg. von *Hans-Helmut Röhring* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 421–422.
- , Stationen der Regierungsbildung 1969. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 1. S. 5–23.
- , Stationen der Regierungs- und Oppositionsbildung 1976. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 159–182.
- , Stationen der Regierungs- und Oppositionsbildung 1980. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 12. 1981. H. 1. S. 58–83.
- Besch, Johann Christoph**, Rederecht und Redeordnung. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 939–959.
- Bethusy-Huc, Viola Gräfin von**, Die soziologische Struktur deutscher Parlamente. Ein Beitrag zur Theorie der politischen Elitenbildung. Bonn 1958.
- Beyme, Klaus von**, Funktionen der Regierungserklärung im Parlamentarismus der Bundesrepublik. In: *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt*. München, Wien 1979. S. 7–50.
- , Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum. Opladen 1997.
- , Regierungswechsel 1969. Zum Wandel der Karrieremuster der politischen Führung. In: *Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik*. [Festschrift für *Theodor Eschenburg*.] Hrsg. von *Gerhard Lehbruch*, *Klaus von Beyme*, *Iring Fetscher*. München 1971. S. 255–286.
- , Wirtschafts- und Sozialpolitik im Deutschen Bundestag. In: *US-Kongreß und Deutscher Bundestag*. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 342–365.
- Billerbeck, Rudolf**, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus. Düsseldorf 1971.
- Blank, Michael, Helmut Fangmann und Ulrich Hammer**, Grundgesetz. Basiskommentar. 2. Aufl. Köln 1996.
- Blischke, Werner**, Technologiefolgenabschätzung im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 10. 1979. H. 2. S. 260–261.
- , Ungeschriebene Regeln im Deutschen Bundestag. In: *Parlamentarische Demokratie. Bewährung und Verteidigung*. Festschrift für *Helmut Schellknecht* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 55–74.
- , Verfahrensfragen des Bundestages im Jahre 1972. Bericht über erstmals angewandte parlamentarische Verfahren. In: *Der Staat*. Jg. 12. 1973. H. 1. S. 65–84.
- und **Peter Scholz**, So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise. Die Gesetzgebung des Bundes. Geschäftsordnung. Rheinbreitbach 1981.
- Bock, Johannes**, Zur Inhalts- und Funktionsanalyse der Politikerrede. Ein Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Staatsbürger und Politiker. Frankfurt/Main 1982.
- Bögeholz, Hartwig**, Die Deutschen nach dem Krieg. Eine Chronik. Befreit, geteilt, vereint: Deutschland 1945 bis 1995. Reinbek bei Hamburg 1995.
- Böhm, Walter**, Gewerkschafter im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 5. 1974. H. 1. S. 17–23.
- Böhret, Carl und Peter Franz**, Die Technologiefolgenabschätzung (technology assessment) als Instrument der politischen Steuerung des technischen Wandels? In: *Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Wolfgang Bruder*. Opladen 1986. S. 349–390.
- und **Werner Hugger**, Test und Prüfung von Gesetzentwürfen. Anleitungen zur Vorabkontrolle und Verbesserung von Rechtsvorschriften. Köln, Bonn 1980.
- Böhringer, Anton**, Die Konferenzen der Präsidenten der deutschen Landesparlamente. In: *Parlamentarische Demokratie. Bewährung und Verteidigung*. Festschrift für *Helmut Schellknecht* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 153–177.
- Bohnsack, Klaus**, Bildung von Regierungskoalitionen, dargestellt am Beispiel der Koalitionsentscheidung der F.D.P. von 1969. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 7. 1976. H. 3. S. 400–425.

- , Die Koalitionskrise 1981/82 und der Regierungswechsel 1982. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 1. S. 5–32.
- , Regierungsbildung und Oppositionsformierung 1983. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 476–486.
- Bonn 1949–1974.** Ein Vierteljahrhundert Bundeshauptstadt. In: Bonner Geschichtsblätter. J. 26. 1974.
- Das **Bonner Grundgesetz**. Erl. von *Hermann von Mangoldt*. 2. neubearb. u. verm. Aufl. von *Friedrich Klein*. Bd. 1–3. Berlin [usw.] 1957, 1964, 1974; ab 1985 3., vollständig neubearb. Aufl. von *Christian Starck* u.a.
- Bonner Kommentar zum Grundgesetz.** Gesamtherausgeber: *Rudolf Dolzer*. Hamburg 1950 ff., ab 1988 Heidelberg.
- Boynton, G. Robert** und **Gerhard Loewenberg**, Der Bundestag im Bewußtsein der Öffentlichkeit 1951–1959. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 14. 1973. H. 1. S. 3–25.
- Braß, Heiko**, Enquete-Kommissionen im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit. In: Das wohlberatene Parlament. Orte und Prozesse der Politikberatung beim Deutschen Bundestag. Hrsg. von *Thomas Petermann*. Berlin 1990. S. 65–95.
- Brauswetter, Hartmut H.**, Kanzlerprinzip, Ressortprinzip und Kabinettsprinzip in der ersten Regierung Brandts 1969–1972. Bonn 1976.
- Bredthauer, Rüdiger**, Das Wahlsystem als Objekt von Politik und Wissenschaft. Die Wahlsystemdiskussion in der BRD 1967/68 als politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung. Meisenheim am Glan 1973.
- Breitbach, Michael**, Die Banneile als Ort von Versammlungen. Gesetzgebungsgeschichte, verfassungsrechtliche Voraussetzungen und ihre verfahrens- und materielle rechtlichen Folgen. Baden-Baden 1994.
- Breitling, Rupert**, Der Beruf des Bundestagsabgeordneten. Das Parlament im Kräftespiel von Organisationen und Wirtschaftsgruppen. In: Der Wähler. Jg. 5. 1955. H. 10. S. 462–470.
- Bremme, Gabriele**, Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament. Göttingen 1956.
- Brettschneider, Frank**, Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990. Opladen 1995.
- Brinneck, Alexander von**, Die Budgetkontrolle des Bundestages. Ein Beitrag zum praktischen Wirken der Demokratie. In: Gegenwartskunde. Jg. 15. 1966. H. 4. S. 313–325.
- Bryde, Brun-Otto**, Stationen, Entscheidungen und Beteiligte im Gesetzgebungsverfahren. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 859–881.
- Bücker, Joseph**, Der Abgeordnete hat das Wort. Gedanken zum Rederecht im Deutschen Bundestag. In: Parlamentarische Demokratie. Bewährung und Verteidigung. Festschrift für *Helmut Schellknecht* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 39–54.
- , Geschäftsordnungskorrekturen – Die Revision 1980. In: Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Passau 1981. S. 173–181.
- , Das parlamentarische Ordnungsrecht. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 961–974.
- , Präsident und Präsidium. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 795–807.
- und **Helmut Schlimbach**, Die Wende in Bonn. Deutsche Politik auf dem Prüfstand. Heidelberg 1983.
- Der **Bundesrat** als Verfassungsorgan und politische Kraft. Beiträge zum fünfundsingzigjährigen Bestehen des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Bundesrat. Wiss. Redaktion *Dieter H. Scheuing*. Bad Honnef, Darmstadt 1974.
- Bundestagswahl 1990.** Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Mannheim 1990 (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 61).
- Bundestagswahl 1994.** Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestags am 16. Oktober 1994. Mannheim 1994 (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 76).
- Burhenne, Wolfgang E.** (Hrsg.), Recht und Organisation der Parlamente (ROP). Hrsg. im Auftrage der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft. Loseblattsammlung. Berlin, Bielefeld, München 1958 ff.
- und **Jochim Kehrhahn**, Neue Formen parlamentarischer Zusammenarbeit. In: Die Freiheit des Anderen. Festschrift für *Martin Hirsch*. Baden-Baden 1981, S. 311–323.
- Burkhardt, Armin**, Ein Parlament sucht(e) seine Sprache. Zur Sprache der Volkskammer. In: Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“. Hrsg. von *Armin Burkhardt* und *K. Peter Fritzsche*. Berlin, New York 1992. S. 115–197.
- , Zwischen Diskussions- und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und Kritik parlamentarischer Kommunikation – am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen. In: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Hrsg. von *Andreas Dörner* und *Ludgera Vogt*. Berlin, New York 1995. S. 73–106.

- Busch, Eckart** (Hrsg.), *Parlamentarische Demokratie. Bewährung und Verteidigung*. Festschrift für *Helmut Schell-knecht* zum 65. Geburtstag. Heidelberg 1984.
- , *Parlamentarische Kontrolle. Ausgestaltung und Wirkung*. Heidelberg, Hamburg 1983.
 - , *Die Parlamentsauflösung 1972. Verfassungsgeschichtliche und verfassungsrechtliche Würdigung*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 2. S. 213–246.
 - , *Der Wehrbeauftragte des Bundestages*. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1393–1419.
- Busse, Volker**, *Bundeskanzleramt und Bundesregierung. Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise – mit Blick auf Vergangenheit und Zukunft*. Heidelberg, 2. überarb. Aufl. 1997.
- , *Umzugsplanung Berlin/Bonn aus staatsorganisatorischer Sicht*. In: *Hauptstadt BERLIN*. Band 2: Berlin im vereinten Deutschland. Hrsg. von *Werner Süß*. Berlin 1995. S. 93–115.
 - , *Umzugsplanung Bonn – Berlin. Kooperation und Koordination des Umzugs von Parlament und Regierung nach Berlin*. In: *Die Öffentliche Verwaltung*. Jg. 47. 1994. H. 12. S. 497–504.
- Butzer, Hermann**, *Immunität im demokratischen Rechtsstaat. Verfassungsgrundlagen und Parlamentspraxis des Deutschen Bundestages*. Berlin 1991.
- Collet, Hugo**, *Parlamentsreform – Selbstverständlichkeit, Notwendigkeit, Aufgabe?* In: *Der Bundestag von innen gesehen*. Hrsg. von *Emil Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch*. München 1969. S. 273–285.
- Conze, Werner** und **Volker Hentschel** (Hrsg.), *PLOETZ. Deutsche Geschichte. Epochen und Daten*. 6. Aufl. Freiburg, Würzburg 1996.
- Criegee, Jürgen**, *Ersuchen des Parlaments an die Regierung. Grundlagen im Verfassungsrecht, Zulässigkeit und Verbindlichkeit*. o.O. 1965.
- Cullen, Michael S.**, *Parlamentsbauten zwischen Zweckmäßigkeit, Repräsentationsanspruch und Denkmalpflege*. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1845–1889.
- , *Der Reichstag. Die Geschichte eines Monuments*. Berlin 1983.
 - , *Der Reichstag. Parlament – Denkmal – Symbol*. Berlin 1995.
 - und **Uwe Kieling**, *Der deutsche Reichstag. Geschichte eines Parlaments*. Berlin 1992.
- Czerwick, Edwin**, *Debattenordnung und Debattenstil. Überlegungen zur Reform des Deutschen Bundestages*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1985. B 24–25. S. 17–31.
- , *Parlamentarische Kommunikation im Wahlkampf. Strukturen zwischenparteilicher Kommunikation und Interaktion im Deutschen Bundestag während des Bundeswahlkampfes 1979/80*. Koblenz 1983. (= Analysen und Berichte Nr. 7 der Forschungsgruppe Parteiendemokratie, hrsg. von *Heino Kaack* und *Reinhold Roth*.)
- Dach, R. Peter**, *Das Ausschußverfahren nach der Geschäftsordnung und in der Praxis*. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1103–1130.
- , *Verwaltungs-, Aufsichts- und Mitwirkungsgremien mit parlamentarischer Beteiligung*. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1695–1703.
- Dahl, Robert A.**, *Patterns of Opposition*. In: ders. (Hrsg.), *Political Oppositions in Western Democracies*. New Haven, London 1967. S. 332 ff.
- Dechamps, Bruno**, *Macht und Arbeit der Ausschüsse. Der Wandel der parlamentarischen Willensbildung*. Meisenheim am Glan 1954.
- Decker, Frank**, *Die Hamburger STATT Partei. Ursprünge und Entwicklung einer bürgerlichen Wählerbewegung*. In: *Jahrbuch für Politik*. Jg. 4. 1994. 2. Halbband. S. 249–293.
- , *STATT Reform: Protest PARTEI. Aufstieg und Fall der Hamburger STATT Partei*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 27. 1996. H. 2. S. 229–242.
- Demeter, Karl**, *Die soziale Schichtung des Deutschen Parlamentes seit 1848, ein Spiegelbild der Strukturwandlung des Volkes*. In: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*. Bd. 39. 1952. H. 1. S. 1–29.
- Derlien, Hans-Ulrich**, *Das Berichtswesen der Bundesregierung – Ein Mittel der Kontrolle und Planung*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 1. S. 42–47.
- und **Stefan Lock**, *Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 25. 1994. H. 1. S. 61–94.

- und **Renate Mayntz**, Einstellungen der politisch-administrativen Elite des Bundes 1987. Bamberg 1988 (= Universität Bamberg, Verwaltungswissenschaftliche Beiträge Nr. 25).
- Der **Deutsche Bundestag** zu Berlin seit 1949. Dokumentation zur Hauptstadtfrage. In: Juristische Rundschau. Jg. 1991. H. 1. S. 1–5.
- Dexheimer, Wolfgang F.**, Die CSU-Landesgruppe. Ihre organisatorische Stellung in der CDU/CSU-Fraktion. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 3. 1972. H. 3. S. 307–313.
- , Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961, 1965, 1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen. Bonn 1973.
- , Die Mitwirkung der Bundestagsfraktionen bei der Besetzung der Ausschüsse. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 259–278.
- und **Max Hartmann**, Zur Geschichte und Struktur der Arbeitskreise und -gruppen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 232–236.
- Dierkes, Meinolf, Thomas Petermann und Volker von Thienen** (Hrsg.), Technik und Parlament. Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen. Berlin 1986.
- Dietlein, Max**, Vermittlung zwischen Bundestag und Bundesrat. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1565–1578.
- Dinkel, Reiner**, Landtagswahlen unter dem Einfluß der Bundespolitik: Die Erfahrung der letzten Legislaturperioden. In: Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Jürgen W. Falter, Hans Rattinger* und *Klaus G. Troitzsch*. Frankfurt am Main 1989. S. 253–262.
- , Zur Gesetzmäßigkeit der Trendverschiebungen zwischen Landtags- und Bundestagswahlen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 1. S. 135–139.
- , Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 18. 1977. H. 2/3. S. 348–359.
- Ditberner, Jürgen**, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen 1987.
- Dörner, Andreas und Ludgera Vogt** (Hrsg.), Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin, New York 1995.
- Domes, Jürgen**, Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer. Köln, Opladen 1964.
- Drodt, Philipp**, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der sechsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: Bundesanzeiger. Jg. 29. Nr. 42 vom 2. 3. 1977. S. 5–11.
- , Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der siebten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: Bundesanzeiger. Jg. 31. Nr. 107 v. 12. 6. 1979, S. 7–27 u. Nr. 113 v. 22. 6. 1979, S. 6.
- Eickenboom, Peter**, Haushaltsausschuß und Haushaltsverfahren. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1183–1220.
- Edinger, Florian**, Wahl und Besetzung parlamentarischer Gremien. Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse. Berlin 1992.
- Ellwein, Thomas und Axel Görnitz** in Zusammenarbeit mit *Andreas Schröder*, Parlament und Verwaltung. 1. Teil: Gesetzgebung und politische Kontrolle. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967.
- und **Joachim Jens Hesse**, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. 6., neubearbeitete und erweiterte Aufl. Opladen 1987
- Engels, Dieter**, Parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Grundlagen und Praxis im Deutschen Bundestag. Heidelberg 1989.
- Eschenburg, Theodor**, Die Affäre. Eine Analyse. Hamburg 1962.
- Fabritius, Georg**, Der Bundesrat: Transmissionsriemen für die Unitarisierung der Bundesrepublik? Geschichte der Koalitionsbildung in den Bundesländern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 7. 1976. H. 4. S. 448–460.
- , Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik. Meisenheim am Glan 1978.
- Falter, Jürgen W.**, Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen. In: Die Gestaltung der deutschen Einheit. Hrsg. von *Eckhard Jesse* und *Armin Mitter*. Bonn, Berlin 1992. S. 163–188.
- Faul, Erwin** (Hrsg.), Wahlen und Wähler in Westdeutschland. Villingen 1960.
- Fengler, Jörg und Hans Dieter Schmidt**, Versuch der Inhaltsanalyse einer Bundestagsdebatte. In: Psychologische Rundschau. Bd. 18. 1967. H. 3. S. 185–200.

- Ferdinand, Horst** (Hrsg.), Beginn in Bonn. Erinnerungen an den ersten Deutschen Bundestag. Freiburg im Breisgau 1985.
- , Der Deutsche Bundestag und die interparlamentarischen Versammlungen. Ein Beitrag zum 40jährigen Bestehen des Deutschen Bundestages und zum 100. Jahrestag der Gründung der Interparlamentarischen Union. o.O. o.J. [Bonn 1989].
- , EG-Vorlagen im Plenum. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 145–163.
- , Die Interparlamentarische Union. In: *Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung*. Jg. 17. 1978. H. 9. S. 225–229.
- Der **Fischer Weltalmanach**. Sonderband DDR. Autoren: *Eleonore Baumann* [u.a.]. Frankfurt am Main 1990.
- Fogt, Helmut**, Die Grünen in den Parlamenten der Bundesrepublik. Ein Soziogramm. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 500–517.
- , Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell. Opladen 1982.
- Die **Fraktion** der SPD im Deutschen Bundestag 1949–1981. Eine Chronik. Bonn 1981.
- Frank, Henning**, Der Wahlausschuß für die Verfassungsrichterwahlen. In: *Recht und Staat*. Festschrift für *Herbert Helmrich* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Klaus Letzgus* [u.a.]. München 1994. S. 207–215.
- Fricke, Peter**, Modelle zur Institutionalisierung einer Gesetzeskontrolle. Darstellung und vergleichende Bewertung. Frankfurt am Main, Bern 1983.
- Friedrich, Manfred**, Opposition im Deutschen Bundestag. Phasen oppositionellen Verhaltens 1949 bis 1972. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 3. S. 392–406.
- Friesenhahn, Ernst**, Die Rechtsentwicklung hinsichtlich der Zustimmungsbefähigung von Gesetzen und Verordnungen des Bundes. In: *Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft*. Bad Honnef, Darmstadt 1974. S. 251–276.
- Fromme, Friedrich Karl**, Die Parlamentarischen Staatssekretäre. Entwicklung in der 6. Wahlperiode. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 1. S. 53–83.
- Fülles, Mechtild**, Frauen in Partei und Parlament. Köln 1969.
- Fuhr, Eckhard**, Geschichte der Deutschen 1949–1990. Eine Chronik zu Politik, Wirtschaft und Kultur. Frankfurt am Main 1990.
- Funcke, Liselotte**, Abgeordnete in entscheidend veränderter Lage. Die Entschädigungsregeln sollen weiter reformiert werden. In: *Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn 1980. S. 93–96.
- Gallois, Franz Peter**, Rechtsstellung und Aufgaben des Parlamentarischen Staatssekretärs. Diss. Mainz 1983.
- Gallus, Alexander**, Der 17. Juni im Deutschen Bundestag von 1954 bis 1990. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1993. B 25. S. 12–21.
- Das **geistige** Rüstzeug des Deutschen Bundestages. Mit Beiträgen von *Wilhelm Gülich*, *Richard Muckermann*, *Kurt Georg Wernicke* und *Gerhard Zwoch*. In: *Das Parlament*. Hamburg. Jg. 4. 1954. Nr. 51.
- Gerber, Helmut**, Koalitionsabkommen im Bund. Tübingen 1964.
- Gerner, Manfred**, Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS. München 1993.
- Gerstein, Hannelore** und **Hartmut Schellhoss**, Die Bonner Exekutive. Eine Sozialstatistik der Bundeskabinette 1949–63. In: *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*. Bearb. und hrsg. von *Wolfgang Zapf*. Tübingen 1964. S. 71–100.
- Die **Geschäftsordnungen** deutscher Parlamente seit 1848. Eine synoptische Darstellung. Mit einer Einführung von *Norbert Lammert*. Bearbeitung: *Werner Güth* und *Gerald Kretschmer*. Bonn 1986.
- Gibowski, Wolfgang G.**, Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 21. 1990. H. 1. S. 5–22.
- und **Max Kaase**, Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1991. B 11–12. S. 3–20.
- Glaeßner, Gert-Joachim**, Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit. 2., durchgesehene Aufl. Opladen 1992.
- Glückert, Jürgen**, Die Hilfsdienste der Fraktionen im 5. Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 0. 1969. H. 0. S. 28–36.
- Grabitz, Eberhard, Otto Schmuck, Sabine Steppat** und **Wolfgang Wessels**, Direktwahl und Demokratisierung. Eine Funktionenbilanz des Europäischen Parlaments nach der ersten Wahlperiode. Bonn 1988.
- Graeff, Robert**, Bibliographie zu Unterrichtseinheiten der politischen Bildung. Veröffentlichungen in Zeitschriften 1975–1991. Ergänzungslieferung 1. Bonn 1993. (= Schriftenreihe [der Bundeszentrale für politische Bildung]. Bd. 315.)
- , Bibliographie zu Unterrichtseinheiten der politischen Bildung. Veröffentlichungen in der Buchliteratur 1974–1993. Ergänzungslieferung 2. Bonn 1994. (= Schriftenreihe [der Bundeszentrale für politische Bildung]. Bd. 322.)

- , **Gabriele Graeff** und **Alfred Kurz**, Bibliographie zu Unterrichtseinheiten der politischen Bildung. Veröffentlichungen in der Buchliteratur 1960–1983. Bonn 1984. (= Schriftenreihe [der Bundeszentrale für politische Bildung], Bd. 219.)
- Die **großen** Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. Eingeleitet und kommentiert von *Klaus von Beyme*. München, Wien 1979.
- Grube, Frank, Gerhard Richter** und **Uwe Thaysen**, Das Management des 6. Deutschen Bundestages. Eine Dokumentation parlamentarischer Karrieren. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 152–161.
- Grünhagen, Jürgen**, Vor der Wahl: Parteien und Bürgerbewegungen in der DDR. Teil I: Neuanfang nach 40 Jahren SED-Alleinherrschaft. In: *dpa Hintergrund*. Jg. 1990. Nr. 3322.
- Grundgesetz**. Kommentar. Von *Theodor Maunz, Günter Dürig, Roman Herzog, Rupert Scholz*. 4 Bde. München 1958 ff.
- Grundgesetz**. Kommentar. Hrsg. von *Horst Dreier*. Bd. I. Tübingen 1996.
- Grundgesetz**. Kommentar. Hrsg. von *Michael Sachs*. München 1996.
- Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar von *Hans D. Jarass* und *Bodo Pieroth*. 4. Aufl. München 1997.
- Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland. Taschenkommentar. Hrsg. von *Dieter Hömig*, mitbegründet von *Karl-Heinz Seifert*. 5. Aufl. Baden-Baden 1995.
- Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar an Hand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Von *Gerhard Leibholz* und *Hans-Justus Rinck* unter Mitw. von *Dieter Hesselberger*. 6. Aufl. Köln 1979 ff.
- Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland. Taschenkommentar für Studium und Praxis. Begr. von *Otto Model*, fortgef. von *Klaus Müller*. 11. Aufl. Köln [usw.] 1996.
- Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland. Vom 23. Mai 1949. Erl. von *Friedrich Giese*, neu bearb. von *Egon Schunck*. 9. Aufl. Frankfurt/M. 1976.
- Das **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis. Begr. von *Andreas Hamann*, fortgef. von *Andreas Hamann jr.* und *Helmut Lenz*. 3., völlig Neubearb. u. wesentl. erw. Aufl. Neuwied, Berlin 1970.
- Grundgesetz-Kommentar**. Begr. von *Ingo von Münch*. Hrsg. von *Philip Kunig*. 3 Bände, zuletzt 3. Neubearb. Aufl. Bd. 3. München 1996.
- Günther, Klaus**, Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik. Adenauer – Erhard – Kiesinger. Eine Analyse zum Problem der intraparteilichen De-Nominierung des Kanzlers und der Nominierung eines Kanzlerkandidaten am Beispiel des Streits um Adenauers und Erhards Nachfolge. Hannover 1970.
- Gusy, Christoph**, Das Parlament als Wahlorgan, Gesetzgeber und Prozeßpartei im Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1619–1656.
- Gotzeit, Martin**, Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der „Opposition“ im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR. In: *Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich*. Hrsg. von *Walter Euchner*. Göttingen 1993. S. 84–114.
- Gutzler, Karl**, Die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages in der 3. und 4. Wahlperiode. In: *Neue Stenographische Praxis*. Jg. 15. 1967. H. 4. S. 83–86.
- , Wie die Parlamente tagen. In: *Neue Stenographische Praxis*. Jg. 8. 1960. H. 2. S. 33–38.
- Handschuh, Ekkehard**, Gesetzgebung. Programm und Verfahren. Heidelberg, Hamburg 1982.
- Hartwich, Hans-Hermann**, Die Bundesregierung im Prozeß der deutschen Vereinigung (1989/90). Skizze zu einer kategorial geleiteten Analyse des Regierungshandelns. In: *Regieren in der Bundesrepublik III*. Hrsg. von *Hans-Hermann Hartwich* und *Götrik Wewer*. Opladen 1991. S. 237–273.
- Heinrich, Gudrun**, Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung auf Bundesebene 1994 im Spiegel der Presse. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 26. 1995. H. 2. S. 193–204.
- Heinze, Helmut**, Gesprochenes und geschriebenes Deutsch. Vergleichende Untersuchungen von Bundestagsreden und deren schriftlich aufgezeichneter Version. Düsseldorf 1979.
- Hellstern, Gerd-Michael** und **Hellmut Wollmann**, Bilanz – Reformexperimente, wissenschaftliche Begleitung und politische Realität. In: dies. (Hrsg.), *Experimentelle Politik – Reformstrohfeuer oder Lernstrategie*. Bestandsaufnahme und Evaluierung. Opladen 1983. S. 19–77.
- Hellwig, Renate**, Die Europa-Institutionen des Bundestages und seine großen Europa-Initiativen. In: *Der Deutsche Bundestag und Europa*. Hrsg. von *Renate Hellwig*. München 1993. S. 21–48.
- Henkel, Joachim**, Das Abgeordnetengesetz des Bundestages. Kritische Anmerkungen und Ausblick auf die Landtage. In: *Die Öffentliche Verwaltung*. Jg. 30. 1977. H. 10. S. 350–356.
- Hennis, Wilhelm**, Der Deutsche Bundestag 1949–1965. Leistung und Reformaufgaben. In: *Der Monat*. Jg. 18. 1966. H. 215. S. 26–36.

- Herdegen, Gerhard**, Demokratie-Verankerung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung zum 30jährigen Bestehen der Bundesrepublik. Allensbach 1979.
- Hereth, Michael**, Die parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. München 1969.
- Herles, Helmut** und **Ewald Rose** (Hrsg.), Vom Runden Tisch zum Parlament. Bonn 1990.
- Hertle, Hans-Hermann**, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. Opladen, Wiesbaden 1996.
- , Der 9. November 1989 in Berlin. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995. Band VII/1. S. 787–872.
- Herzog, Dietrich**, Elitensoziologische Aspekte der Bundestagswahl 1980. In: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Hrsg. von *Max Kaase* und *Hans-Dieter Klingemann*. Opladen 1983. S. 101–120.
- , Politische Führungsgruppen. Darmstadt 1982.
- , Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen 1975.
- , **Hilke Rebenstorff**, **Camilla Werner**, **Bernhard Weßels** u.a., Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Opladen 1990.
- , **Hilke Rebenstorff** und **Bernhard Weßels** (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie. Opladen 1993.
- Hess, Adalbert**, Berufsstatistik der Mitglieder des 10. Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 486–489.
- , Daten und Aspekte zur Sozialstruktur des 12. Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 23. 1992. H. 2. S. 201–216.
- , Politikerberufe und Politiker – Betrachtungen zur Parlamentssoziologie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 16. 1985. H. 4. S. 581–587.
- , Reflexionen über den Debattenstil. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 63–80.
- , Sozialstruktur des 13. Deutschen Bundestages: Berufliche und fachliche Entwicklungslinien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 4. S. 567–585.
- , Statistische Daten und Trends zur „Verbeamtung der Parlamente“ in Bund und Ländern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 7. 1976. H. 1. S. 34–42.
- , Zur Parlamentsmitgliedschaft der Minister in Bund und Ländern (1946–1971). In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 2. 1971. H. 3. S. 262–276.
- , Zusammensetzung und Sozialstruktur des Bundestages. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 727–756.
- Hesselberger, Dieter**, Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung. 10. überarb. Aufl. Neuwied 1996.
- Hill, Hermann**, Einführung in die Gesetzgebungslehre. Heidelberg 1982.
- , Impulse zum Erlaß eines Gesetzes. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 34. 1981. H. 13/14. S. 481–497.
- Hillner, Hans Christian** und **Christa Pampel**, Juristenmonopol – auch in den Bundesregierungen? Eine statistische Dokumentation 1949–1983. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 1. S. 5–6.
- Hindrichs, Günter**, Der Ausschuß Deutsche Einheit. In: Der Deutsche Bundestag. Parlament der deutschen Einheit. Hrsg. von *Rita Süßmuth*. Stuttgart, München 1991. S. 59–64.
- Hirche, Kurt**, Gewerkschafter im Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 8. 1957. H. 12. S. 705–710.
- , Gewerkschafter im Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 12. 1961. H. 11. S. 641–651.
- , Gewerkschafter im 5. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 16. 1965. H. 12. S. 705–712.
- , Gewerkschafter im VI. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 20. 1969. H. 12. S. 716–722.
- , Gewerkschafter im 7. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 24. 1973. H. 2. S. 83–90.
- Hirsch, Heide-Karen**, Die persönlichen parlamentarischen Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 203–223.
- Hirsch-Weber, Wolfgang** und **Klaus Schütz**, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. Berlin, Frankfurt a.M. 1957.
- Hoecker, Beate**, Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen 1987.
- , Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1990. Ein Postskriptum zur Abgeordnetensoziologie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 25. 1994. H. 4. S. 556–581.
- Hölscheidt, Sven**, Frage und Antwort im Parlament. Rheinbreitbach 1992.
- , Parlamentarische Mitwirkung bei der europäischen Rechtssetzung. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Jg. 77. 1994. H. 4. S. 405–429.
- Höroldt, Dietrich**, 25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn. Bonn 1974.
- Hoffmann, Siegfried**, Die Kontrolle der Regierung durch parlamentarische Rechnungsprüfung im Deutschen Bundestag. Göttingen 1970.

- Hoffmann-Riem, Wolfgang** und **Udo Ramcke**, Enquete-Kommissionen. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1261–1292.
- Hofmann-Göttig, Joachim**, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Bonn 1986.
- , Die jungen Wähler. Zur Interpretation der Jungwählerdaten der „Repräsentativen Wahlstatistik“ für Bundestag, Landtage und Europaparlament 1953–1984. Frankfurt, New York 1984.
- Hopen, Peter**, Das Konstruktive Mißtrauensvotum 1972. In: Sternstunden des Parlaments. Hrsg. von *Rainer Barzel*. Heidelberg 1989. S. 383–408.
- Hoppenkamps, Hermann**, Information oder Manipulation? Untersuchungen zur Zeitungsberichterstattung über eine Debatte des Deutschen Bundestages. Tübingen 1977.
- Hucke, Jochen** und **Hellmut Wollmann**, Wirkungsforschung und Folgenabschätzung – ein Weg zu besseren Gesetzen? In: Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik. Hrsg. von *Hans-Hermann Hartwich*. Opladen 1983. S. 247–260.
- Hübner, Emil**, Die Beziehungen zwischen Bundestag und Bundesregierung im Selbstverständnis der Abgeordneten des V. Deutschen Bundestages. München 1980.
- , Parlament und Regierung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1995.
- , Wahlsysteme und ihre möglichen Wirkungen unter spezieller Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland. 6. Aufl. München 1984.
- und **Heinrich Oberreuter**, Parlament und Regierung. Ein Vergleich dreier Regierungssysteme. München 1977.
- , **Heinrich Oberreuter** und **Heinz Rausch** (Hrsg.), Der Bundestag von innen gesehen. 24 Beiträge. München 1969.
- und **Horst-Hennek Rohlf**, Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1984 ff. München 1984 ff.
- Huth, Ronald**, Die Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente. Eine Studie über ihre Geschichte und Funktion unter besonderer Berücksichtigung ihres Beitrages zur Stärkung landesparlamentarischer Kompetenzen. Wiesbaden 1988.
- Ismayr, Wolfgang**, Berichte der Bundesregierung im Prozeß parlamentarischer Willensbildung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 4. S. 553–559.
- , Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze. Opladen 1992.
- , Parlamentarische Kommunikation und Abgeordnetenfreiheit. Praxis im 9. Deutschen Bundestag und Perspektiven einer Parlamentsreform. Frankfurt/Main 1982.
- , Selbständige Anträge und Entschließungsanträge: Vielfältig genutzte Mittel öffentlicher Kontrolle und Initiative. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 2. S. 197–204.
- Jaeger, Dirk**, Ein langer Weg im „Hohen Haus“. Die Diskussion über ein Beratungsgremium für den Bundestag. In: Das Parlament Nr. 36–37 vom 31. August/7. September 1990.
- und **Peter Scholz**, Wissenschafts- und Technikpolitik im Deutschen Bundestag. Am Beispiel des Ausschusses für Forschung und Technologie. In: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 458–476.
- Jaschke, Hans-Gerd**, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei. Bonn 1990.
- Jekewitz, Jürgen**, Das Geld der Parlamentsfraktionen. Zur rechtlichen Verortung der Fraktionen an Hand ihrer finanziellen Ausstattung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 3. S. 314–338.
- , Landesregierungsamt und Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament. Ein altes verfassungsrechtliches Problem mit einer neuen Variante. Bonn 1978 [im Selbstverlag].
- , Die Mitwirkung des Deutschen Bundestages an Rechtsverordnungen der Bundesregierung. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982, S. 111–143.
- , Das Personal der Parlamentsfraktionen: Funktion und Status zwischen Politik und Verwaltung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 3. S. 395–423.
- , Politische Bedeutung, Rechtsstellung und Verfahren der Bundestagsfraktionen. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1021–1053.
- Jesse, Eckhard**, Die Bundestagswahlen von 1953 bis 1972 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. Zur Bedeutung eines Schlüsselinstrumentes der Wahlforschung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 6. 1975. H. 3. S. 310–322.
- , Die Bundestagswahlen von 1972 bis 1987 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 232–242.
- , Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung in das politische System. Berlin 1978.

- , Die Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Von den vierziger Jahren bis in die neunziger Jahre. In: *Emil Hübner* und *Heinrich Oberreuter* (Hrsg.), *Parteien in Deutschland zwischen Kontinuität und Wandel*. München 1992. S. 11–87.
- , Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1992. B 3–4. S. 31–39.
- , Literaturführer: Parlamentarische Demokratie. Opladen 1981.
- , Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland und das Wahlrecht. Wahlrechtsausgestaltung zwischen politischer Opportunität und demokratischer Legitimität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1977. B 51. S. 3–23.
- , Die Volkskammer der DDR: Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1821–1844.
- , Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983. Düsseldorf 1985.
- und **Armin Mitter** (Hrsg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit*. Geschichte, Politik, Gesellschaft. Bonn, Berlin 1992.
- Jun, Uwe**, Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949. Opladen 1994.
- Jung, Matthias**, Parteiensystem und Wahlen in der DDR. Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1990. B 27/90. S. 3–15.
- Just, Dieter** und **Peter Röhrig** (Hrsg.), *Entscheidung ohne Klarheit*. Anmerkungen und Materialien zur Bundestagswahl 1976. Bonn 1978.

- Kaack, Heino**, Fraktions- und Parteiwechsler im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 3. 1972. H. 1. S. 3–27.
- , Fraktionswechsel und Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 3. 1972. H. 2. S. 131–139.
- , *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*. Opladen 1971.
- , Personalselektion und Bundestagswahl – eine kommentierende Datendokumentation. In: *Parteien-Jahrbuch 1976*. Hrsg. von *Heino Kaack* und *Reinhold Roth*. Meisenheim am Glan 1979. S. 427–448.
- , Personelle Mobilität des Deutschen Bundestages 1949–1969. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 2. 1971. H. 4. S. 387–418.
- , Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages – ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 165–203.
- , Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. In: *US-Kongreß und Deutscher Bundestag*. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 128–149.
- , Vom Einstieg in die Abgeordneten-Laufbahn. Zur sozialen Zusammensetzung des Bundestages. In: *Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland*. Beiträge zum dreißigjährigen Bestehen des Deutschen Bundestages. Hrsg. von *Hartmut Klatt*. Bonn 1980. S. 55–62.
- , *Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese*. Köln, Opladen 1969.
- , Zur Abgeordnetensoziologie des Deutschen Bundestages: Zugehörigkeitsdauer und Altersschichtung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 169–187.
- und **Reinhold Roth** (Hrsg.), *Handbuch des deutschen Parteiensystems*. Struktur und Politik in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre. Bd. 1: *Parteistrukturen und Legitimation des Parteiensystems*. Opladen 1980.
- und **Reinhold Roth** (Hrsg.), *Parteien-Jahrbuch 1976*. Dokumentation und Analyse der Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland im Bundestagswahljahr 1976. Meisenheim am Glan 1979.
- Kaase, Max**, Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Jg. 14. 1973. H. 2. S. 145–190.
- und **Hans-Dieter Klingemann** (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß*. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahlen 1983. Opladen 1986.
- Kabel, Rudolf**, *Ältestenrat*. Wie er agiert und funktioniert. Bonn 1973. (= Bundestag von a–z Nr. 4.)
- , Die Behandlung der Anträge im Bundestag: Rechte, Formen und Verfahren. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 883–916.
- , Das neue Abgeordnetengesetz vom Dezember 1976. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 8. 1977. H. 1. S. 3–10.
- Kamm, Volker**, Von Hans-Jochen Vogel zu Hans-Ulrich Klose. Die aktuelle Strukturreform der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 24. 1993. H. 4. S. 553–565.

- Karehnke, Helmut**, Die Einschränkung des parlamentarischen Budgetrechts bei finanzwirksamen Gesetzen durch Artikel 113 des Grundgesetzes. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 87. 1972. H. 20. S. 811–817.
- Keim, Walther** (Hrsg.), Der Deutsche Bundestag 1949–1969. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt, Bonn 1969.
- Kepplinger, Hans Mathias und Jürgen Fritsch**, Unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Abgeordnete des 8. Deutschen Bundestages berichten über ihre Erfahrungen im Umgang mit Journalisten. In: Publizistik. Jg. 26. 1981. H. 1. S. 33–55.
- Kessel, Wolfgang**, Die Bundesversammlung. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1599–1618.
- Kevenhörster, Paul und Wulf Schönbohm**, Zeitökonomie im Management. Opladen 1974. (= Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 2443.)
- und **Wulf Schönbohm**, Zur Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 18–37.
- Kieling, Uwe**, Der Deutsche Reichstag. Geschichte des Parlamentshauses. Berlin 1995.
- Kirchheimer, Otto**, The Composition of the German Bundestag, 1950. In: The Western Political Quarterly. Vol. 3. 1950. No. 3. S. 590–605.
- Kirst, Wolf-Dieter**, Kurt Schumacher als Redner. Eine rhetorische Analyse. Gießen 1981.
- Kißler, Leo**, Der Deutsche Bundestag. Eine verfassungssystematische, verfassungsrechtliche und verfassungsinstitutionelle Untersuchung. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Bd. 26. 1977. S. 39–144.
- , Parlamentsöffentlichkeit: Transparenz und Artikulation. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 993–1020.
- , Die Öffentlichkeitsfunktion des Deutschen Bundestages. Theorie, Empirie, Reform. Berlin 1976.
- Kitzinger, U.**, Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957. Göttingen 1960.
- Klatt, Hartmut**, Die Altersversorgung der Abgeordneten. Ein Beitrag zur Problematik des Abgeordnetenstatus und der Parlamentsstruktur. Tübingen 1972.
- , Bundesstaatliche Ordnung und parlamentarisches System im Unterricht. Eine Übersicht über Unterrichtsmaterialien und -modelle. In: Politische Bildung in Bundestag und Bundesrat. Mainz 1982. S. 165–168.
- (Hrsg.), Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum dreißigjährigen Bestehen des Deutschen Bundestages. Bonn 1980.
- , Bundestag und Landesparlamente. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1777–1820.
- , Die finanzielle Stellung der Abgeordneten. Bestandsaufnahme und Anmerkungen zu einem umstrittenen Thema. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1971. H. 3. S. 344–364.
- , Das Sozialprofil des Deutschen Bundestages 1949–1976. Das parlamentarische Personal kommt aus der Mittelschicht. In: Gegenwartskunde. Jg. 28. 1979. Sonderheft 1. S. 65–80.
- , Technologiefolgenbewertung im Bereich des Bundestages – Ein Modell zur Optimierung der parlamentarischen Kontrolle. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 4. S. 510–523.
- , Wahlkampfführung und Wahlkostenbegrenzung. Möglichkeiten und Grenzen des Wahlkampfabkommens 1980. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 1. S. 21–34.
- Klein, Hans Hugo**, Aufgaben des Bundestages. In: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Josef Isensee* und *Paul Kirchhof*. Bd. II. Heidelberg 1987. S. 341–366.
- , Verfassungskontinuität im revolutionären Umbruch? Die Verfassung der DDR zwischen dem 7. Oktober 1989 und dem 3. Oktober 1990. In: Wege und Verfahren des Verfassungslebens. Festschrift für *Peter Lerche* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Peter Badura* und *Rupert Scholz*. München 1993. S. 459–474.
- Kleinert, Hubert**, Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei. Bonn 1992.
- Kleuker, Mathias**, Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts. Berlin 1993.
- Klocksinn, Jens Ulrich**, Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945–1956). 2. Aufl. Bonn 1994.
- Kloth, Hans Michael**, Einige Zahlen zur 10. Volkskammer. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 467–473.
- Knopp, Gisbert**, Das Bundeshaus in Bonn. In: Bonner Geschichtsblätter. Jg. 35. 1984. S. 262–276.
- , Der Plenarsaal des Deutschen Bundestages. In: Vierzig Jahre Bundeshauptstadt Bonn 1949–1989. Karlsruhe 1989. S. 44–66.
- Knorr, Heribert**, Die Große Koalition in der parlamentarischen Diskussion der Bundesrepublik von 1949 bis 1965. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 24. 1974. B 33. S. 24–47.
- , Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition. Meisenheim am Glan 1975.
- Köhler, Gerd Michael**, Die Rechtsstellung des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 2. S. 177–188.

- König, Thomas** und **Thomas Bräuninger**, Wie wichtig sind die Länder für die Politik der Bundesregierung bei Ein-spruchs- und Zustimmungsgesetzen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 28. 1997. H. 4. S. 605–628.
- Koerfer, Daniel**, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987.
- Körner, Klaus**, Art. „Die Wiedervereinigungspolitik“ und „Die innerdeutschen Beziehungen“. In: Handbuch der deut-schen Außenpolitik. Hrsg. von *Hans-Peter Schwarz*. München, Zürich 1975. S. 587–646.
- Kommentar** zum Grundgesetz. Von *Bruno Schmidt-Bleibtreu*, *Franz Klein* unter Mitarbeit von *Hans Bernhard Brock-meyer*. 8. Aufl. Neuwied, Berlin 1995.
- Kommentar** zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Bearb. v. *Axel Azzola* u.a. Bd. 1 u. 2. 2. Aufl. Neu-wied, Frankfurt am Main 1989. (= Reihe Alternativkommentare.)
- Konegen, Norbert**, Sachverstand und politische Entscheidung im Deutschen Bundestag. Köln, Diss. 1970.
- Korfmacher, Norbert**, Mitgliederverzeichnis der Bremischen Bürgerschaft 1946 bis 1996. Münster 1997.
- Krawlewski, Wolfgang** und **Karlheinz Neunreither**, Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag (1949–1953). Köln und Opladen 1963.
- Kremer, Klemens** (Hrsg.), Parlamentsauflösung. Praxis, Theorie, Ausblick. Köln, Berlin, Bonn, München 1974.
- , Der Weg ins Parlament. Kandidatur zum Bundestag. Heidelberg, Hamburg 1982.
- Krenz, Egon**, Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte, Ablauf, Auswirkungen. Unter Mitarkeit von *Hartmut König* und *Gunter Rettner*. Wien 1990.
- Kretschmer, Gerald**, Fraktionen. Parteien im Parlament. Heidelberg 1984 [inzwischen 2. Aufl. 1991].
- , Wahlprüfung. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 441–465.
- Kröger, Klaus**, Die Ministerverantwortlichkeit in der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Frank-furt/M. 1972.
- Küchenhoff, Erich**, Mißtrauensantrag und Vertrauensfrage-Ersuchen. Zwei zulässige Mittel parlamentarischer Regie-rungskontrolle mit unterschiedlichen Funktionen. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 20. 1967. H. 4. S. 116–124.
- Kühne, Jörg-Detlef**, Replik i.S. Hauptstadt: Nicht nur Papier und Sonntagsreden. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 3. S. 515–524.
- Kühnel, Wolfgang, Jan Wielgoths** und **Marianne Schulz**, Die neuen politischen Gruppierungen auf dem Wege vom poli-tischen Protest zur parlamentarischen Interessenvertretung. Soziale Bewegungen im Umbruch der DDR-Gesell-schaft. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 1. S. 22–37.
- Küpper, Jost**, Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer. Frankfurt am Main 1985.
- Kuppe, Johannes** und **Thomas Ammer**, Von der SED zur PDS. Bonn 1991. (= Gesamtdeutsches Institut, Analysen und Berichte Nr. 3/1991.)
- Kurz, Alfred** und **Robert Graeff**, Bibliographie zu Unterrichtseinheiten der politischen Bildung. Veröffentlichungen in Zeitschriften 1960–1979. 2. Aufl. Bonn 1981. (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 141.)
- Lange, Erhard H. M.**, Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz. Hei-delberg 1993.
- Lange, Rolf** und **Gerhard Richter**, Erste vorzeitige Auflösung des Bundestages. Stationen vom konstruktiven Mißtrau-ensvotum bis zur Vereidigung der zweiten Regierung Brandt/Scheel. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 38–75.
- Lange, Rolf-Peter**, Auslesestrukturen bei der Besetzung von Regierungsämtern. In: Parteiensystem in der Legitimi-tionskrise. Hrsg. von *Jürgen Dittberner* und *Rolf Ebbighausen*. Opladen 1973. S. 132–171.
- Lapp, Peter Joachim**, Anspruch und Alltag der Volkskammer vor dem Umbruch 1989/90. In: Zeitschrift für Parlaments-fragen. Jg. 21. 1990. H. 1. S. 115–125.
- Lauffer, Heinz**, Der Bundesrat als Instrument der Opposition? Eine Funktionsanalyse der Länderkammer unter den Bedingungen divergierender Mehrheitskonstellationen in Bundestag und Bundesrat. In: Zeitschrift für Parlaments-fragen. Jg. 1. 1970. H. 3. S. 318–341.
- , Der Parlamentarische Staatssekretär. Eine Studie über ein neues Amt in der Bundesregierung. München 1969.
- Leggewie, Claus**, Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten. Berlin 1989.
- , Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an. Völlig überarb. u. erw. Neuausg. Berlin 1990.
- Lehmann, Hans Georg**, Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1981. München 1981.
- , Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis heute. Dritte, aktualisierte Aufl. München 1989.
- , Deutschland-Chronik 1945 bis 1995. Bonn 1995.
- Lehnguth, Gerold** und **Klaus Vogelgesang**, Die Organisationserlasse der Bundeskanzler seit Bestehen der Bundesrepu-blik Deutschland im Lichte der politischen Entwicklung. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Bd. 113. 1988. H. 4. S. 531–582.

- Lemke-Müller, Sabine**, Zur Parlamentsreform im Deutschen Bundestag: Mehr Transparenz, Öffentlichkeit und Effektivität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1996. B 27. S. 3–19.
- und **Ingrid Matthäi**, Emanzipatorisches Modell oder strukturiertes Chaos? Meinungsbilder zur Organisationsreform der SPD-Bundestagsfraktion. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. J. 24. 1993. H. 4. S. 566–587.
- Lengemann, Jochen**, Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags 1.-11. Wahlperiode. Frankfurt am Main 1986.
- Ley, Richard**, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Ihre Wahl, Zugehörigkeit zu Parlamenten und Regierungen. Eine Bilanz nach 25 Jahren. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 3. S. 373–391.
- , Organisation und Geschäftsordnung des Parlamentarischen Rates. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 2. S. 192–202.
- , Die Wahl der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes. Eine Dokumentation anlässlich des 40jährigen Bestehens. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 420–449.
- Lieser, Erika**, Die Beratungen zum Einigungsvertrag. In: *Der Deutsche Bundestag. Parlament der deutschen Einheit*. Hrsg. von *Rita Süßmuth*. Stuttgart, München 1991. S. 92–101.
- Limberger, Gerhard**, Die Kompetenzen des Bundesrates und ihre Inanspruchnahme. Eine empirische Untersuchung. Berlin 1982.
- Linck, Joachim**, Berichte der Regierung an das Parlament. In: *Die Öffentliche Verwaltung*. Jg. 32. 1979. H. 4. S. 116–124.
- Lösche, Peter** und **Franz Walter**, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996.
- und **Franz Walter**, Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Darmstadt 1992.
- Loewenberg, Gerhard**, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Mit einer Bibliographie des Schrifttums zum Deutschen Bundestag zusammengest. von *Heinz Matthes* und *Peter Schindler*. Tübingen 1969.
- Loewenstein, Karl**, The Government and Politics of Germany. In: *Governments of Continental Europe*. Hrsg. von *James T. Shotwell*. Rev. Aufl. New York 1952. S. 387–664.
- Lohmar, Ulrich**, Das Hohe Haus. Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit. Stuttgart 1975.
- Lohmeier, Martin**, Bundestag A bis Z. Bonn 1983.
- Lüth, Erich**, Die Hamburger Bürgerschaft 1946–1971. Wiederaufbau und Neubau. Hamburg 1971.
- Lütken, Charlotte**, Die Familienverhältnisse der weiblichen Bundestagsabgeordneten. In: *Zeitschrift für Politik*. Jg. 6. N.F. 1959. H. 1. S. 58–61.
- Maier, Hans**, Strauß als Rhetor. Redekunst und Parlamentarismus heute. In: *Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß*. Hrsg. von *Friedrich Zimmermann*. Stuttgart 1980. S. 261–280.
- , **Heinz Rausch**, **Emil Hübner** und **Heinrich Oberreuter**, Parlament und Parlamentsreform. Zum Selbstverständnis des fünften Deutschen Bundestages. 2. korrigierte Auflage. München 1979.
- Maiwald, Christian**, Berichtspflichten gegenüber dem Deutschen Bundestag. Frankfurt am Main [u.a.] 1993.
- Maleuda, Günther**, Entdeckter Parlamentarismus. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik im Prozeß der „Wende“. In: *Die kurze Zeit der Utopie*. Hrsg. von *Siegfried Prokop*. Berlin 1994. S. 140–154.
- Markmann, Heinz**, Das Abstimmungsverhalten der Parteifractionen in deutschen Parlamenten. Meisenheim am Glan 1955.
- Marschall, Stefan**, Die Reform des Bundestages 1995: Inhalte, Hintergründe, Konsequenzen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 27. 1996. H. 3. S. 365–376.
- , TV-Berichterstattung aus dem Parlament: in neuer Form, auch mit neuem Format? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 28. 1997. H. 2. S. 279–295.
- Matthes, Heinz**, Die Dokumentations- und Informationseinrichtungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. In: *Bibliotheksarbeit für Parlamente und Behörden*. München 1980. S. 78–87.
- und **Erdmute Rebhan**, Dokumentation der Parlamentsmaterialien im Sach- und Sprechregister. In: *Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 249–258.
- Mausberg, Wolfgang**, Informationsgewinnung aus Datenbanken bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. In: *Informationsgewinn aus Datenbanken*. Bonn 1988. S. 75–82. (= Band 5 der Schriften der Akademie des Deutschen Beamtenbundes.)
- Mayntz, Gregor**, Zwischen Volk und Volksvertretung. Entwicklung, Probleme und Perspektiven der Parlamentsberichterstattung unter besonderer Berücksichtigung von Fernsehen und Deutschem Bundestag. Bonn Diss. 1992.
- Mayntz, Renate** und **Friedhelm Neidhardt**, Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirische explorative Studie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 20. 1989. H. 3. S. 370–387.

- Mehl, Peter**, Die Europa-Kommission des Deutschen Bundestages. Eine neue Einrichtung interparlamentarischer Zusammenarbeit. Kehl [usw.] 1987.
- Mehl-Lippert, Heidi** und **Doris Maria Peckhaus** (Bearb.), Abgeordnete in Rheinland-Pfalz 1946–1987. Biographisches Handbuch. Koblenz 1991.
- Merck, Johannes**, „Klar zur Wende?“ – Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980–1982. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 28. 1987. H. 4. S. 384–402.
- Mersch, Wolf**, Volksvertreter in West und Ost. Das Sozialprofil von Bundestagsabgeordneten und Volkskammerdelegierten. Notizen zu einer Erhebung. In: Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht. Bearb. und hrsg. von *Wolfgang Zapf*. Tübingen 1964. S. 33–70.
- Mertz, Carl**, Der Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes. In: Der Reichstag. Hrsg. von *Ernst Deuerlein*. Bonn 1963. S. 303–307.
- Meyer, Andreas**, Parlamentsverfassungsrecht – Anstöße für eine Reform. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1993. B 52–53. S. 44–48.
- Meyer, Hans**, Die Stellung der Parlamente in der Verfassungsordnung des Grundgesetzes. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989, S. 117–163.
- , Der Überhang und anderes Unterhaltsame aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Jg. 9. 1994. H. 4. S. 312–362.
- , Wahlgrundsätze und Wahlverfahren. In: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Josef Isensee* und *Paul Kirchhof*. Bd. 3. Heidelberg 1987. S. 269–311.
- Meyer-Waldeck, Wera**, Das Bundesparlament in Bonn. In: Architektur und Wohnform. Jg. 58. 1950. H. 5. S. 99–109.
- Mintzel, Alf**, Der Fraktionszusammenschluß nach Kreuth: Ende einer Entwicklung? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 1. S. 58–76.
- , Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977.
- und **Heinrich Oberreuter** (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Zweite, aktual. u. erw. Aufl. Bonn 1992.
- Mitter, Armin** und **Stefan Wolle** (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. 3. Aufl. Berlin 1990.
- Moersch, Karl**, Physionomie du troisième Bundestag. In: Documents. Jg. 13. 1958. H. 3. S. 326–333.
- Moreau, Patrick**, Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1990. B 46–47. S. 38–53.
- , Die PDS: eine postkommunistische Partei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1992. B 5. S. 35–44.
- (in Zusammenarbeit mit *Jürgen Lang* und *Viola Neu*), Was will die PDS? Frankfurt am Main, Berlin 1994.
- Morlok, Martin**, Gesetzliche Regelung des Rechtsstatus und der Finanzierung der Bundestagsfraktionen. In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 48. 1995. H. 1. S. 29–31.
- Morsey, Rudolf**, Die Bildung der ersten Regierungskoalition 1949. Adenauers Entscheidungen von Frankfurt und Rhöndorf am 20. und 21. August 1949. In: Historisches Jahrbuch. Jg. 97/98. 1978. S. 418–438; Vorabdruck in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1978. B 34. S. 3–14.
- Müller, Emil-Peter**, Arbeitnehmerinteressen im IX. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 12. 1981. H. 4. S. 508–516.
- , Der Bundestag ist gebildeter geworden. Zur Entwicklung des Bildungsstandes der Bundestagsabgeordneten seit 1949. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 200–219.
- , Daten zur Struktur des XI. Deutschen Bundestages. Köln 1988. (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 132.)
- , Gewerkschafter im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 14. 1983. H. 4. S. 490–499.
- , Interessen der Sozialpartner im XI. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 19. 1988. H. 2. S. 187–199.
- , Der neunte Deutsche Bundestag: Strukturen des Parlaments. Köln 1981. (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 70.)
- , Plädoyer für Kontinuität der parlamentssoziologischen Statistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 2. S. 312–315.
- , Soziale Strukturen im X. Deutschen Bundestag. Köln 1983. (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 92/93.)
- , Die sozio-ökonomische und verbandliche Struktur des VIII. Deutschen Bundestages. Köln 1977. (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 19.)
- , Strukturen des XII. Deutschen Bundestages. Köln 1992. (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 171.)
- , Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen im 8. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 2. S. 184–188.
- , „Die Wirtschaft“ im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 2. S. 187–196.

- , Wirtschaftliche und soziale Interessen im XII. Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 23. 1992. H. 1. S. 5–16.
- Müller, Hanswerner**, Der Anlaß zur Gesetzgebung. In: *Die Öffentliche Verwaltung*. Jg. 17. 1974. H. 7/8. S. 226–231.
- Müller, Martin**, Fraktionswechsel im Parteienstaat. *Parlamentsreform und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen 1974.
- , Das konstruktive Mißtrauensvotum. Chronik und Anmerkungen zum ersten Anwendungsfall nach Art. 67 GG. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 3. 1972. H. 3. S. 275–291.
- Müller-Enbergs, Helmut**, Welchen Charakter hatte die Volkskammer nach den Wahlen am 18. März 1990? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 450–467.
- , Zwischen Bewahrung und Modernisierung. Politische Einstellungen in der letzten Volkskammer der DDR. In: *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie*. Hrsg. von *Dietrich Herzog, Heike Rebenstorf* und *Bernhard Weßels*. Opladen 1993. S. 248–271.
- Müller-Rommel, Ferdinand**, Interessengruppenvertretung im Deutschen Bundestag. In: *US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich*. Hrsg. von *Uwe Thaysen, Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 300–323.
- Müller-Wigley, Ute**, Die Entwicklung der staatlichen Parteienfinanzierung seit 1949. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 147–151.
- Neue Chronik DDR**. Berichte, Fotos, Dokumente. Recherchiert und zusammengestellt von *Zeno* und *Sabine Zimmerling*. 8 Folgen. Berlin 1990.
- Nickl, Michael M.**, Zur Rhetorik parlamentarischer Mißtrauensvoten in Deutschem Reichstag (1931/32) und Bundestag (1972). Eine sprechwissenschaftliche Analyse sprachlich öffentlicher Kommunikation. München 1976.
- Niedermayer, Oskar** und **Richard Stöss** (Hrsg.), Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen 1994.
- Nienhaus, Volker**, Konsensuale Gesetzgebung im Deutschen Bundestag: Zahlen und Anmerkungen zur 7. bis 9. Wahlperiode. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 16. 1985. H. 2. S. 163–169.
- Noelle, Elisabeth** und **Erich Peter Neumann** (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung. Bände 1 bis 10 [ab Band VI: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. Hrsg. von *Elisabeth Noelle-Neumann*, Band VIII hrsg. von *Elisabeth Noelle-Neumann* und *Edgar Piel*, Band 9 und 10 hrsg. von *Elisabeth Noelle-Neumann* und *Renate Köcher*]. Allensbach 1956 ff.
- Norpoth, Helmut**, Kanzlerkandidaten. Wie sie vom Wähler bewertet werden und seine Wahlentscheidung beeinflussen. In: *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*. Hrsg. von *Max Kaase*. *Politische Vierteljahresschrift*. Jg. 18. 1977. H. 2/3. S. 551–572.
- Nuscheler, Franz** und **Winfried Steffani**, Umfrage zum Selbstverständnis der Parlamentarischen Staatssekretäre (PStS). In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 1. S. 25–35.
- Obermann, Emil**, Alter und Konstanz von Fraktionen. Veränderungen in deutschen Parlamentsfraktionen seit dem Jahre 1920. Meisenheim am Glan 1956.
- Oberreuter, Heinrich**, Artikel „Hinterbänkler“ und „Sitzordnung“. In: *Handbuch des deutschen Parlamentarismus*. Hrsg. von *Hans-Helmut Röhring* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 194–197 sowie 446–448.
- , Führungsschwäche in der Kanzlerdemokratie: Ludwig Erhard. In: *Normative und institutionelle Ordnungsprobleme des modernen Staates. Festschrift zum 65. Geburtstag von Manfred Hättich* am 12. Oktober 1990. Hrsg. von *Manfred Mols, Hans-Otto Mühleisen, Theo Stammen, Bernhard Vogel*. Paderborn, München, Wien, Zürich 1990. S. 214–234.
- , Institutionalisierung der Opposition? Opposition und Parlamentsreform. In: *ders.* (Hrsg.), *Parlamentarische Opposition*. Hamburg 1975. S. 266–291.
- (Hrsg.), *Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich*. Hamburg 1975.
- (Hrsg.), *Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien*. Passau 1981.
- Oertel, Julius**, Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und sein Verhältnis zum Parlament. Darstellung und Analyse der Entwicklung der Organisationsstruktur und der Interaktionsprozesse von 1959 bis 1978. Ein Beitrag zur demokratischen Institutionenkunde. Bonn o.J. (1978).

- Pappi, Franz Urban**, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 14. 1973. H. 1. S. 191–213.
- Ein **Parlament** in voller Entfaltung. 36 Jahre Europäisches Parlament, Generaldirektion Wissenschaft und Dokumentation. 3. Aufl. Luxemburg 1989.
- Parteien** in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953. Mit Beiträgen von *Max Gustav Lange* u.a. Stuttgart, Düsseldorf 1955.
- Partsch, Karl Josef** und **Walter Erich Genzer**, Inkompatibilität der Mitglieder in Bundestag und Bundesrat. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Bd. 76. 1950/51. S. 186 ff.
- Patzelt, Werner J.**, Der Abgeordnete – ein unbekanntes Wesen? Bericht über das Schrifttum zur Abgeordnetenforschung. In: Neue politische Literatur. Jg. 36. 1991. H. 1. S. 76–118.
- , Das Amtsverständnis der Abgeordneten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1991. B 21–22. S. 25–37.
- , Deutschlands Abgeordnete: Profil eines Berufsstands, der weit besser ist als sein Ruf. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 27. 1996. H. 3. S. 462–502.
- , Ist der Souverän unaufgeklärt? Die Ansichten der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Dresden 1996.
- , Repräsentation, Repräsentanten, Repräsentieren: Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit der bayerischen Abgeordneten. Passau 1990.
- , Das Wissen der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Indizien für Aufgaben politischer Bildung. In: Gegenwartskunde. Jg. 45. 1996. H. 3. S. 309–322.
- Pelster, Theodor**, Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Vergleichende Stiluntersuchungen mit beigefügten Texten. Düsseldorf 1966.
- Petermann, Thomas**, Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag: Innovation oder Störfaktor? In: Regieren und Politikberatung. Hrsg. von *Axel Murswiek*. Opladen 1994. S. 79–99.
- (Hrsg.), Das wohlberatene Parlament. Orte und Prozesse der Politikberatung beim Deutschen Bundestag. Berlin 1990.
- Pfitzer, Albert**, Position und Verantwortung des Bundestagsdirektors. In: Parlamentarische Demokratie. Bewahrung und Verteidigung. Festschrift für *Helmut Schellknecht* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 77–83.
- Plöhn, Jürgen**, Ehemalige Bundestagsabgeordnete als Ministerpräsidenten der Länder – ein etabliertes Karrieremuster. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 15. 1984. H. 2. S. 176–186.
- Pöhle, Klaus**, Neuere Entwicklungen bei der Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 1. S. 82–93.
- Pommerin, Reiner**, Von Berlin nach Bonn. Köln und Wien 1989.
- Prokop, Siegfried** (Hrsg.), Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite“ DDR im vergessenen Jahr 1989/1990. Berlin 1994.
- Puhe, Henry** und **H. Gerd Würzburg**, Lust & Frust. Das Informationsverhalten des deutschen Abgeordneten. Eine Untersuchung. Köln 1989.
- Purwin, Hilde** und **Helmut Herles**, Eine Villa am Rhein. Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft in Bonn. Baden-Baden 1986.
- Quaritsch, Helmut**, Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. In: Festschrift für *Ernst Forsthoff* zum 70. Geburtstag. München 1972. S. 303–324.
- Quick, Heinz Joachim**, Organisationsformen der wissenschaftlichen Beratung des Parlaments. Eine Untersuchung zur institutionellen Verankerung einer Technologiebewertungseinrichtung beim Deutschen Bundestag. Berlin 1976.
- Quix, Helmut**, Vor der Wahl: Parteien und Bürgerbewegungen in der DDR. Teil II: Organisationen, Ziele, Repräsentanten in Stichworten. In: dpa Hintergrund. Jg. 1990. Nr. 3322.
- Raack, Heinz**, Das Reichstagsgebäude in Berlin. Berlin 1978.
- Radunski, Peter**, Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation. München 1980.
- Rangol, Alfred-Johannes**, Die Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages nach Geschlecht und Alter, Herkunft und Beruf. In: Wirtschaft und Statistik. Jg. 1969. H. 11. S. 609–612.
- Raschke, Joachim**, Der Bundestag im parlamentarischen Regierungssystem. Darstellung und Dokumentation. Berlin 1968.
- , Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn. Marburg 1991.
- , Wie wählen wir morgen? Verhältnis- oder Mehrheitswahl in der Bundesrepublik. Berlin 1967.

- Rattinger, Hans**, Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953–1990. In: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Hrsg. von *Hans-Dieter Klingemann* und *Max Kaase*. Opladen 1994. S. 73–122.
- Rausch, Heinz**, Parlamentsbewußtsein und Abgeordnetenverhalten während der Großen Koalition. In: Politische Studien. Jg. 21. 1970. H. 191. S. 313–333.
- , Die wissenschaftliche Beratung des fünften Deutschen Bundestages. In: Politik und Wissenschaft. München 1971. S. 537–560.
- und **Heinrich Oberreuter**, Parlamentsreform in der Dunkelkammer? Zum Selbstverständnis der Bundestagsabgeordneten. In: *Winfried Steffani* (Hrsg.), Parlamentarismus ohne Transparenz. Opladen 1971. S. 141–164.
- Rebenstorf, Hilke**, Gesellschaftliche Interessenrepräsentation und politische Integration. In: Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie. Hrsg. von *Dietrich Herzog*, *Hilke Rebenstorf* und *Bernhard Weßels*. Opladen 1993. S. 53–98.
- Reckzeh, Wolf-Hartmut**, Die parlamentarische Petition als Rechtsschutzmöglichkeit des Soldaten. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 98. 1983. H. 2. S. 70–77.
- Repkewitz, Ulrich**, Berlin: Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und eines vereinigten Deutschlands? Rechtliche Aspekte der Hauptstadtfrage. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 3. S. 505–515.
- Reuter, Konrad**, Der Bundesrat als Parlament der Länderregierungen. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1523–1563.
- Reuter, Ute** und **Thomas Schulte**, Dokumentation zur Entwicklung der neuen Parteien und Bürgerrechtsgruppen in der DDR (November 1989–Februar 1990). Hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut. Bonn 1990.
- Ritter, Gerhard A.** und **Merith Niehuss**, Wahlen in Deutschland 1946–1991. München 1991.
- und **Merith Niehuss**, Wahlen in Deutschland 1990–1994. München 1995.
- Ritzel/Bücker**, Handbuch für die Parlamentarische Praxis mit Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Von *Joseph Bücker* unter Mitarbeit von *Ingeborg Renner* und *Volker Schumann*. Frankfurt/M. 1970 ff. (Loseblattausgabe).
- , Handbuch für Parlamentarische Praxis mit Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Von *Joseph Bücker* unter Mitarbeit von *Ingeborg Renner*, *Günter Hirschal*, *Hermann Josef Schreiner* und *Udo Ahrens*. Frankfurt a.M. 1981ff. (Loseblattausgabe).
- Ritzel/Koch**, Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, beschlossen am 6. Dezember 1951. Text und Kommentar von *Heinrich G. Ritzel* und *Helmuth Koch*. Frankfurt/Main 1952.
- Röhring, Hans-Helmut** und **Kurt Sontheimer** (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Das Regierungssystem der Bundesrepublik in 270 Stichworten. München 1970.
- Roeskens, Heribert**, Die Verwaltung des Deutschen Bundestages. In: Parlamentarische Demokratie. Bewährung und Verteidigung. Festschrift für *Helmuth Schellknecht* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Eckart Busch*. Heidelberg 1984. S. 85–113.
- Roll, Hans-Achim**, Der Ältestenrat. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 809–828.
- , Geschäftsordnungspraxis im 10. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1986. H. 3. S. 313–324.
- (Hrsg.), Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Berlin 1982.
- und **Annemarie Rüttger**, Zur Neufassung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 11. 1980. H. 4. S. 484–493.
- Rose, Ewald** und **Joachim Hofmann-Göttig**, Selbstverständnis und politische Wertungen der Bundestagsabgeordneten. Ergebnisse repräsentativer Umfragen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 1. S. 62–84.
- Rossig, Johannes**, Neubau eines Bürohauses für den Deutschen Bundestag. In: Die Bauverwaltung. Jg. 15. 1966. H. 7. S. 394–399.
- Roth, Dieter**, Die Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990. Rationales Wahlverhalten beim ersten demokratischen Urnengang. In: Die Politik zur deutschen Einheit. Hrsg. von *Ulrike Liebert* und *Wolfgang Merkel*. Opladen 1991. S. 115–138.
- , Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 31. 1990. H. 3. S. 369–393.
- Rowold, Manfred**, Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik. Düsseldorf 1974.
- Rudzio, Wolfgang**, Informelle Entscheidungsmuster in Bonner Koalitionsregierungen. In: Regieren in der Bundesrepublik II. Formale und informale Komponenten des Regierens in den Bereichen Führung, Entscheidung, Personal und Organisation. Hrsg. von *Hans-Hermann Hartwich* und *Göttrik Wewer*. Opladen 1991. S. 125–141.
- , Mit Koalitionsausschüssen leben? Zum Unbehagen an einem Phänomen parteienstaatlicher Demokratie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 206–222.

- , Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 2. aktualisierte Aufl. Opladen 1987; inzwischen 4. völlig überarbeitete Aufl. Opladen 1996.
- Rüttger, Annemarie**, Der zeitliche Ablauf der Haushaltsberatungen 1949–1982. In: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für *Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 165–192.
- Saalfeld, Thomas**, Parteisoldaten und Rebellen. Eine Untersuchung zur Geschlossenheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag (1949–1990). Opladen 1995.
- , The West German Bundestag after 40 Years: The Role of Parliament in a „Party Democracy“. In: *West European Politics*. Vol. 13. 1990. H. 3. S. 68–89.
- Säcker, Horst**, Das Bundesverfassungsgericht. Mit Anhang: Der Bayerische Verfassungsgerichtshof. 3. Aufl. München 1981.
- Sandow, Jürgen**, Die Rhetorik im Deutschen Bundestag. Eine Studie zur Publizistik der parlamentarischen Rede. Diss. Berlin; Auszug veröffentlicht in: *Publizistik*. Jg. 7. 1962. H. 5. S. 278–292.
- Sandschneider, Eberhard**, Regierungsbildung 1987: Koalitionsverhandlungen und Personalentscheidungen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 203–221.
- Sandtner, Walter**, Entwicklung, Wesen und Befugnisse des Ständigen Ausschusses. In: *Parlamentsauflösung. Praxis, Theorie, Ausblick*. Hrsg. von *Klemens Kremer*. Köln [usw.] 1974. S. 63–77.
- Sannwald, Rüdiger**, Die Beratungen zur Reform des Parlamentsrechts in der Gemeinsamen Verfassungskommission. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 25. 1994. H. 1. S. 15–32.
- , Die Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen und des Gesetzgebungsverfahrens im Bundesstaat. Einführung, Erläuterungen, Materialien. Köln 1995.
- Sauer, Karl**, Das Interpellationsrecht in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Bayern. München 1968.
- Schabowski, Günter**, Der Absturz. Berlin 1991.
- Schade, Peter**, Grundgesetz mit Kommentierung. 4. aktualisierte Aufl. Regensburg, Bonn 1997.
- Schäfer, Friedrich**, Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise. 2., neubearb. und erwei. Aufl. Opladen 1975.
- , Enquete-Kommissionen. Stellung, Aufgaben, Arbeitsweise. Bonn 1976. (Bundestag von a–z Nr. 15)
- und **Jürgen Jekewitz**, Die Wahlprüfung zum 5. Deutschen Bundestag. In: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*. Bd. 3. Jahrbuch 1968. Teil 2. S. 237–256.
- Schäfer, Hans**, Der Vermittlungsausschuß. In: *Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft*. Bad Honnef, Darmstadt 1974. S. 277–297.
- Schäuble, Wolfgang**, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Hrsg. und mit einem Vorwort von *Dirk Koch* und *Klaus Wirtgen*. Stuttgart 1991.
- Schatz, Heribert**, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag. Meisenheim am Glan 1970.
- Schaub, Stefan**, Der verfassungsändernde Gesetzgeber 1949–1980. Parlament und Verfassung im Spiegel der Anträge, Beratungen und Gesetzesbeschlüsse zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1984.
- Schenke, Wolf-Rüdiger**, Gesetzgebung zwischen Parlamentarismus und Föderalismus. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1485–1521.
- Scheuner, Ulrich**, Zur Entwicklung des parlamentarischen Verfahrens im Deutschen Bundestag. In: *Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik*. [Festschrift für *Theodor Eschenburg*.] Hrsg. von *Gerhard Lehmbrecht*, *Klaus von Beyme*, *Iring Fetscher*. München 1971. S. 143–160.
- Schick, Rupert** (Hrsg.), Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen. 12., aktualisierte Aufl. Stuttgart 1991.
- , Der Gemeinsame Ausschuß. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1579–1597.
- und **Wolfgang Zeh**, So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise. Die Gesetzgebung des Bundes. 5. Aufl. Rheinbreitbach 1991 und 8. überarb. Aufl. Rheinbreitbach 1995.
- Schindler, Peter**, Die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages. Realitäten und Tendenzen. In: *Der Deutsche Bundestag 1949–1969*. Eine Bestandsaufnahme. Hrsg. von *Walther Keim*. Frankfurt/Main, Bonn 1969. S. 57–68.
- , Daten zur Tätigkeit und zur Zusammensetzung des 1. bis 6. Deutschen Bundestages. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 1. S. 3–9.
- , Deutscher Bundestag 1949–1987: Parlaments- und Wahlstatistik. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 185–202.
- , Deutscher Bundestag 1972–1990/91: Parlaments- und Wahlstatistik. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 344–357.

- , Deutscher Bundestag 1976–1994: Parlaments- und Wahlstatistik. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 26. 1995. H. 4. S. 551–566.
- , 30 Jahre Deutscher Bundestag. Dokumentation, Statistik, Daten. Bonn 1979.
- , Einzelfallstudien zum Zustandekommen von Bundesgesetzen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 12. 1981. H. 3. S. 451–457.
- , Einzelfallstudien zur Gesetzgebung des Bundes – eine Bibliographie und ein Hinweis auf ein Katalogisierungsproblem. In: *Parlament und Bibliothek. Internationale Festschrift für Wolfgang Dietz zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von *Gerhard Hahn* und *Hildebert Kirchner*. München 1986. S. 432–449.
- , Entwicklung der Diäten für Bundestagsabgeordnete seit 1949. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 4. 1973. H. 3. S. 353–354.
- , Die Fragestunde des Deutschen Bundestages. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Jg. 7. 1966. H. 3. S. 407–443.
- , Die Gesetzgebung des 7. Bundestages auf dem Gebiet des Parlamentsrechts. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 8. 1977. H. 4. S. 395–403.
- , Rücktritte von Regierungsmitgliedern im Bund und in den Ländern seit 1970. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 11. 1980. H. 4. S. 481–484.
- , Die Verwaltung des Bundestages. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch* hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 829–858.
- Schleth, Uwe**, Analyse der Rechenschaftsberichte der Parteien für 1968. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 1. 1970. H. 2. S. 128–140.
- Schmädeke, Jürgen**, *Der Deutsche Reichstag. Geschichte und Gegenwart des Bauwerkes*. Überarb. Neuausgabe. München, Zürich 1994.
- Schmidt, Hannelore**, Die deutsche Exekutive 1949–1960. In: *Archives Européennes de Sociologie*. Jg. 4. 1963. Nr. 1. S. 166–176.
- Schmidt, Ute**, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*. Opladen 1987.
- Schmidt-Jortzig, Edzard**, Die Bundestagszugehörigkeit der Bonner Minister. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 5. 1974. H. 3. S. 313–315.
- Schmieg, Günter**, Artikel „Schattenkabinet““. In: *Handbuch des deutschen Parlamentarismus*. Hrsg. von *Hans-Helmut Röhring* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 442–443.
- Schmölders, Günter**, *Die Politiker und die Währung. Bericht über eine demoskopische Untersuchung der Meinungsbildung in Finanz- und Währungsfragen im Dritten Deutschen Bundestag*. Frankfurt/ Main 1959.
- Schneider, Franz**, *Große Koalition. Ende oder Neubeginn?* München 1969.
- Schneider, Hans**, *Gesetzgebung. Ein Lehrbuch*. Heidelberg 1982.
- Schneider, Hans-Peter**, *Verfassungsrechtliche Bedeutung und politische Praxis der parlamentarischen Opposition*. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch* hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1055–1086.
- und **Wolfgang Zeh**, *Koalitionen, Kanzlerwahl und Kabinettsumbildung*. In: dies. (Hrsg.), *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, New York 1989. S. 1297–1324.
- und **Wolfgang Zeh** (Hrsg.), *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*. Berlin, New York 1989.
- Schöndube, Claus**, *Europa-Taschenbuch*. 8. Aufl. Bonn 1981.
- Scholz, Bettina**, *Bundestag und Volkskammer. Meinungsprofile von Abgeordneten im Vergleich*. In: *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie*. Hrsg. von *Dietrich Herzog*, *Hilke Rebenstorff* und *Bernhard Weßels*. Opladen 1993. S. 273–299.
- Scholz, Peter**, *Bilanz der Parlamentsreform* ©69In: *Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien*. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Passau 1981. S. 157–171.
- , *Parlamentsreform seit 1969. Eine Bilanz ihrer Wirkungen im Deutschen Bundestag*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 12. 1981. H. 2. S. 273–286.
- , *Rederecht und Redezeit*. In: *Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für Werner Blischke*. Hrsg. von *Hans-Achim Roll*. Berlin 1982. S. 81–91.
- Scholz, Rupert**, *Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Auftrag, Verfahrensgang und Ergebnisse*. In: *Zeitschrift für Gesetzgebung*. Jg. 9. 1994. H. 1. S. 1–34.
- Schoof, Eberhard**, *Bundestag und Europäisches Parlament. Zur Neugestaltung der Beziehungen seit der Direktwahl*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 13. 1982. H. 2. S. 199–204.
- , *EG-Ausschuß. Der Deutsche Bundestag und die Europäische Gemeinschaft*. Bonn 1993.
- Schramm, Friedrich** und **Burkhard Dobiey**, *Ausschüsse. Organe parlamentarischer Kontrolle*. Bonn 1977. (Bundestag von a–z)
- Schreckenberger, Waldemar**, *Informelle Verfahren der Entscheidungsvorbereitung zwischen der Bundesregierung und den Mehrheitsfraktionen: Koalitionsgespräche und Koalitionsrunden*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 25. 1994. H. 3. S. 329–346.

- Schreiber, Wolfgang**, Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz. 4. Aufl. Köln, Berlin, Bonn, München 1990.
- , Wahlkampf, Wahlrecht und Wahlverfahren. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 401–440.
- Schreiner, Hermann-Josef**, Geschäftsordnungsrechtliche Befugnisse des Abgeordneten. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 592–606.
- Schröder, Meinhard**, Untersuchungsausschüsse. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1245–1259.
- , Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen – zu einigen Problemen ihrer Abgrenzung. In: Rechtsstaat zwischen Sozialgestaltung und Rechtsschutz. Festschrift für *Konrad Redeker* zum 70. Geburtstag. Hrsg. von *Bernd Bender* [u.a.]. München 1993. S. 173–185.
- Schürmann, Martin**, Die Umgehung des Bundesrates im sog. „Ersten Durchgang“ einer Gesetzesvorlage. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 115. 1990. S. 45–63.
- Schüttemeyer, Suzanne S.**, Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismusperzeption in der Bundesrepublik. Opladen 1986.
- , Funktionsverluste des Bundestages durch die europäische Integration? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 9. 1978. H. 2. S. 261–278.
- , Öffentliche Anhörungen. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1145–1159.
- , Vergleichende Parlamentarismusforschung. In: Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch. Hrsg. von *Dirk Berg-Schlosser* und *Ferdinand Müller-Rommel*. 2. aktual. Aufl. Opladen 1992. S. 179–195.
- Schulze-Fielitz, Helmuth**, Fallstricke der Gesetzgebungsstatistik. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 1. 1986. H. 4. S. 364–368.
- , Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung – besonders des 9. Deutschen Bundestages (1980–1983). Berlin 1988.
- Schumacher, Martin** (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. 3., erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994.
- Schumann, Frank** (Hrsg.), 100 Tage, die die DDR erschütterten. Berlin 1990.
- Schumann, Hans-Gerd**, Wahlrecht – Wahlkampf – Wahlanalyse in der Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 15. 1968. H. 3. S. 353–382.
- Schweitzer, Michael**, Europarat, WEU, NATO, Europäisches Parlament. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1657–1693.
- Sebaldt, Martin**, Innovation durch Opposition: Das Beispiel des Deutschen Bundestages 1949–1987. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 23. 1992. H. 2. S. 238–265.
- , Interessengruppen und ihre bundespolitische Präsenz in Deutschland: Verbandsarbeit vor Ort. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 27. 1996. H. 4. S. 658–696.
- , Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen. Opladen 1997.
- , Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestags als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main [u.a.] 1992.
- Seidel, Harald**, Das Petitionsrecht. Grundlagen, Verfahren, Reformen. Frankfurt am Main 1972.
- Sellmann, Klaus-Albrecht**, Der schlichte Parlamentsbeschluß. Berlin 1966.
- Simmler, Franz**, Die politische Rede im Deutschen Bundestag. Bestimmung ihrer Textsorten und Redesorten. Göttingen 1978.
- Simon, Barbara** (Bearb.), Abgeordnete in Niedersachsen 1946–1994. Biographisches Handbuch. Hannover 1996.
- Søe, Christian**, Politische Kontrolle und Verantwortlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland am Ende der Adenauer-Ära. Eine Verlaufsanalyse der SPIEGEL-Affäre. Berlin Diss. 1972.
- Sontheimer, Kurt** und **Hans H. Röhring** (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München, Zürich 1977.
- Spahn, Thomas**, Merkmale politischer Karrieren von Mitgliedern der Bundesregierung seit 1969. Bonn, Magisterarbeit [um 1985].
- Spittmann, Ilse** und **Gisela Helwig** (Hrsg.), Chronik der Ereignisse in der DDR. 4. erweiterte Aufl. Köln 1990.
- Staab, Joachim Friedrich**, Direktkandidaten in den Bundestagswahlkämpfen 1969–1983. Erfahrungen im Umgang mit der lokalen und regionalen Tagespresse. In: Publizistik. Jg. 31. 1986. H. 3–4. S. 296–314.
- Stand** der Gesetzgebung des Bundes. Verkündete Gesetze und anderweitig erledigte Gesetzentwürfe. Gesamtband zur 7. Wahlperiode 1972–1976. Baden-Baden 1977.

- , Verkündete Gesetze und anderweitig erledigte Gesetzentwürfe. Gesamtband zur 8. Wahlperiode 1976–1980. Baden-Baden 1981.
- , Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Gesamtband zur 9. Wahlperiode 1980–1983. Baden-Baden 1983.
- , Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Abschlußband 10. Wahlperiode 1983–1987. Baden-Baden 1987.
- , Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Abschlußband 11. Wahlperiode 1987–1990. Baden-Baden 1991.
- , Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Abschlußband 12. Wahlperiode 1990–1994. Baden-Baden 1995.
- , 13. Wahlperiode [Fortsetzungswerk in Loseblattform]. Baden-Baden 1994ff.
- Steffani, Winfried**, Dreißig Jahre Deutscher Bundestag. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1979. B 32/33. S. 3–18.
- , Formen, Verfahren und Wirkungen der parlamentarischen Kontrolle. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1325–1367.
- , Gründung, Grundgedanke und Geschichte der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und ihrer Zeitschrift für Parlamentsfragen. In: *Parlamente und ihr Umfeld*. Hrsg. von *Winfried Steffani* und *Uwe Thaysen*. Opladen 1997. S. 1–6.
- , Opposition. In: *Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von *Kurt Sontheimer* und *Hans H. Röhring*. München 1977. S. 427–433.
- , Parlamentarische Demokratie. Zur Problematik von Effizienz, Transparenz und Partizipation. In: ders. (Hrsg.), *Parlamentarismus ohne Transparenz*. Opladen 1971. S. 17–47.
- (Hrsg.), *Parlamentarismus ohne Transparenz*. Opladen 1971.
- , Das präsidentielle System der USA und die parlamentarischen Systeme Großbritanniens und Deutschlands im Vergleich. In: ders., *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien*. Opladen 1979. S. 61–104.
- Steiger, Heinhart**, Kreationaufgaben und Wahlverfahren. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 773–793.
- , Organisatorische Grundlagen des parlamentarischen Regierungssystems. Eine Untersuchung zur rechtlichen Stellung des Deutschen Bundestages. Berlin 1973.
- , Selbstorganisation und Ämterbesetzung. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 763–771.
- Steinberg, Rudolf**, Parlament und organisierte Interessen. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 217–259.
- Stephan, Gerd-Rüdiger** (Hrsg.) unter Mitarbeit von *Daniel Küchenmeister*. *Zerfall der SED und DDR 1988/89*. Berlin 1994.
- Stern, Klaus**, Der Gesetzgebungsnotstand. Eine vergessene Verfassungsnorm. In: *Politik als gelebte Verfassung*. Festschrift für *Friedrich Schäfer*. Hrsg. von *Jürgen Jekewitz*, *Michael Melzer*, *Wolfgang Zeh*. Opladen 1980, S. 129–146.
- , *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*. Bd. II. München 1980.
- Sternberger, Dolf**, Berufs-Politiker und Politiker-Berufe. Zur Soziologie des Deutschen Bundestages. In: *Die Gegenwart*. Jg. 5. 1950. Nr. 22. S. 9–11.
- , *Die große Wahlreform. Zeugnisse einer Bemühung*. Köln und Opladen 1964.
- Stöss, Richard**, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen. Opladen 1989.
- (Hrsg.), *Parteien-Handbuch*. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Band I: AUD bis EFP. Opladen 1983. Band II: FDP bis WAV. Opladen 1984.
- Stolterfoth, Barbara**, Artikel „Banmeile“. In: *Handbuch des deutschen Parlamentarismus*. Hrsg. von *Hans-Helmut Röhring* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 48.
- Storbeck, Anna Christine**, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. München, Wien 1970.
- , Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945. Ergänzungsband 1969 bis 1973. Bearbeitet von *Jürgen Jekewitz*. München, Wien 1973.
- Stüwe, Klaus**, Der „Gang nach Karlsruhe“. Die Opposition im Bundestag als Antragstellerin vor dem Bundesverfassungsgericht. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 28. 1997. H. 4. S. 545–557.
- , Die Opposition im Bundestag und das Bundesverfassungsgericht. Das verfassungsgerichtliche Verfahren als Kontrollinstrument der parlamentarischen Minderheit. Baden-Baden 1997.
- Sturm, Roland**, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Haushaltspolitik. Zum Selbstverständnis des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Jg. 26. 1985. H. 3. S. 247–269.

Süssmuth, Rita (Hrsg.), *Der Deutsche Bundestag. Parlament der deutschen Einheit.* Stuttgart, München 1991.

- , Die deutsche Frage in der parlamentarischen Praxis. In: *Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes.* Hrsg. von *Dieter Haack* [u.a.]. Köln 1989. S. 135–145.

Teltschik, Horst, *329 Tage. Innenansichten der Einigung.* Berlin 1991.

Tenhaef, Rainer, *Öffentliche Anhörungen der Fachausschüsse des Deutschen Bundestages im parlamentarischen Entscheidungsprozeß bis zur 10. Wahlperiode.* Bonn 1992.

Tetzner, Reiner, *Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten Oktober 1989 bis 1. Mai 1990.* Frankfurt am Main 1990.

Thaysen, Uwe, *Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Daten, Fakten und Urteile für eine Zwischenbilanz über den Deutschen Bundestag.* Hamburg 1975.

- , *Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Daten – Fakten – Urteile im Grundriß.* Opladen 1976.

- , *Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems. Eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag.* Opladen 1972.

- , *Repräsentativ-Erhebung: Richten sich die Bundestagsabgeordneten nach ihrem Gewissen?* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen.* Jg. 5. 1974. H. 1. S. 3–13.

- , *Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie.* Opladen 1990.

- , *Zur Praxis eines grundlegenden parlamentarischen Kontrollrechts: Die Herbeirufung von Regierungsmitgliedern durch das Parlament.* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen.* Jg. 5. 1974. H. 4. S. 459–469.

- , **Roger H. Davidson** und **Robert G. Livingston** (Hrsg.), *US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich.* Opladen 1988.

Thienen, Volker von, *Technology Assessment: Das randständige Thema. Die parlamentarische TA-Diskussion und der erste Bericht der Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung“.* In: *Technik und Parlament. Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen.* Hrsg. von *Meinolf Dierkes, Thomas Petermann* und *Volker von Thienen.* Berlin 1986. S. 297–363.

Töller, Annette Elisabeth, *Europapolitik im Bundestag. Eine empirische Untersuchung zur europapolitischen Willensbildung im EG-Ausschuß des 12. Deutschen Bundestages.* Frankfurt am Main [usw.] 1995.

Toman-Banke, Monika, *Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949–1994.* Wiesbaden 1996.

Triesch, Günter, *Struktur eines Parlaments.* Der 4. Deutsche Bundestag. In: *Die Politische Meinung.* Jg. 6. 1961. H. 66. S. 3–10.

Troßmann, Hans, *Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit.* In: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart.* Bd. 28. N.F. 1979. S. 1–304.

- , *Der Deutsche Bundestag. Vorgeschichte und Leistungen, Organisation und Arbeitsweise.* Darmstadt 1971.

- , *Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages. Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung des Verfassungsrechts.* [Hauptband.] München 1977.

- , *Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Kommentar in alphabetischer Ordnung zu der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, den einschlägigen Artikeln des Grundgesetzes und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nach dem Stand vom 1. Januar 1967.* Bonn 1967.

- , *Der zweite Deutsche Bundestag. Seine Vorgeschichte, sein Aufbau und sein Wirken.* Bonn 1954.

- und **Hans-Achim Roll**, *Parlamentsrecht des deutschen Bundestages. Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung des Verfassungsrechts. Ergänzungsband.* München 1981.

Tsatsos, Dimitris Th., *Unvereinbarkeiten zwischen Bundestagsmandat und anderen Funktionen.* In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch* hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh.* Berlin, New York 1989. S. 701–726.

Uhlig, Eckart, *Studien zu Grammatik und Syntax der gesprochenen politischen Sprache des Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zur deutschen Sprache der Gegenwart.* Marburg 1972.

Veen, Hans-Joachim, *Die CDU/CSU-Opposition im parlamentarischen Entscheidungsprozeß. Zur Strategie und zum Einfluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Gesetzgebungsarbeit des 6. Deutschen Bundestages (1969–1972).* München 1973.

- , Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionelle Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969–1972. Bonn 1976.
- Versteyl, Ludger-Anselm**, Beginn und Ende der Wahlperiode, Erwerb und Verlust des Mandats. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 467–487.
- , Der Deutsche Bundestag in der verfassungsrechtlichen Kommentarliteratur und in den Reformvorschlägen der Enquete-Kommission Verfassungsreform. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 9. 1978. H. 1. S. 126–131.
- , Plädoyer zur Vereinheitlichung der Berufsbezeichnung der Abgeordneten. Ein Beitrag zur Parlamentssoziologie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 3. 1972. H. 1. S. 27–43.
- Virchow, Martin**, Die Zusammensetzung der Bundestagsfraktionen. In: *Wolfgang Hirsch-Weber* und *Klaus Schütz*, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. Berlin, Frankfurt a.M. 1957. S. 351–392.
- Vitzthum, Wolfgang Graf** und **Wolfgang März**, Der Petitionsausschuß. In: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1221–1244.
- Völk, Josef Anton**, Regierungskoalitionen auf Bundesebene. Dokumentation und Analyse des Koalitionswesens von 1949 bis 1987. Regensburg 1989.
- Vom Runden Tisch** zum Parlament. Hrsg. und mit einem Einleitungssatz von *Helmut Herles* und *Ewald Rose*. Bonn 1990.
- Vonderbeck, Hans-Josef**, Die Minderheitenrechte im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 2. S. 150–153.
- , Parlamentarische Informations- und Redebefugnisse. Berlin 1981.
- , Die Rechte eines Mitglieds des Deutschen Bundestages. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 14. 1983. H. 3. S. 311–356.
- , Redemöglichkeit vor dem Deutschen Bundestag für den Bundesbeauftragten für den Datenschutz. In: ders., *Parlamentarische Informations- und Redebefugnisse*. Berlin 1981. S. 69–75.
- , Regelung der Debattendauer im Deutschen Bundestag. 1. bis 8. Wahlperiode. In: ders., *Parlamentarische Informations- und Redebefugnisse*. Berlin 1981. S. 47–60.
- , Zur Entwicklung des parlamentarischen Petitionsrechts von den Anfängen bis zur jüngsten Neuregelung für den Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 6. 1975. H. 2. S. 178–187.
- Vorbeck, Antje**, Regierungsbildung 1990/1991: Koalitions- und Personalentscheidungen im Spiegel der Presse. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 377–389.
- Voss, Everhard A.**, *Parlamentarische Dienste*. Die Bundestagsverwaltung. Heidelberg, Hamburg 1983.
- Vring, Thomas von der**, *Reform oder Manipulation? Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts*. Frankfurt am Main 1968.
- Wagner, Reinhard**, *Die Zulässigkeit des parlamentarischen Doppelmandats*. Berlin 1986.
- Wandersleb, Hermann**, Die Berufung Bonns zur vorläufigen Bundeshauptstadt. In: *Bonner Geschichtsblätter*. Jg. 23. 1969. S. 310–336.
- Warbeck, Hans Joachim**, *Die deutsche Revolution 1989/1990. Die Herstellung der staatlichen Einheit*. Berlin 1991.
- Weber, Hermann**, *DDR. Grundriß der Geschichte*. Vollst. überarb. u. erg. Neuauf. Hannover 1991.
- , *Die DDR 1945–1990*. 2., überarb. und erweiterte Aufl. München 1993.
- Weber, Jürgen**, *Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1977 (2. überarb. u. erw. Aufl. München 1981).
- Wefing, Heinrich**, *Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses*. Berlin 1995.
- Weik, Josef**, *Der Landtag von Baden-Württemberg und seine Abgeordneten von 1952 bis 1988 mit einem Verzeichnis der Abgeordneten von Baden, Württemberg und der Hohenzollerischen Lande 1919–1933 und der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1946–1952*. Stuttgart, 4. ergänzte Aufl. 1988.
- Weiland, Severin, Michaela Wimmer** und **Bernhard Michalowski**, 9. November. Das Jahr danach. Vom Fall der Mauer bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl. Eine Chronik in Dokumenten und Bildern. München 1990.
- Wengst, Udo**, *Adenauers erste Koalitions- und Regierungsbildung im Spätsommer 1949*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Jg. 1985. B 18. S. 3–14.
- (Bearb.), *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*. Düsseldorf 1985 (= *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Bd. 3).
- , *Ministerverantwortlichkeit in der parlamentarischen Praxis der Bundesrepublik Deutschland. Eine historische Bestandsaufnahme*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 15. 1984. H. 4. S. 539–551.
- , *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland*. Düsseldorf 1984.

- , Wer stimmte für Bonn, wer für Berlin? Die Entscheidung über den Parlaments- und Regierungssitz im Bundestag am 20. Juni 1991. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 339–343.
- Wermser, Jürgen**, Der Bundestagspräsident. Funktion und reale Ausformung eines Amtes im Deutschen Bundestag. Opladen 1984.
- Werner, Camilla**, Wer sind die Rebellen im Parlament? Die Interfraktionelle Initiative Parlamentsreform im 11. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 21. 1990. H. 3. S. 404–418.
- Wernicke, Kurt Georg**, Wie die „Wissenschaftliche Abteilung“ entstanden ist und heute aussieht. In: Das Parlament v. 15. 12. 1954.
- Weßels, Bernhard**, Kommunikationspotentiale zwischen Bundestag und Gesellschaft: Öffentliche Anhörungen, informelle Kontakte und innere Lobby in wirtschafts- und sozialpolitischen Parlamentsausschüssen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 2. S. 285–311.
- Westphalen, Raban Graf von** (Hrsg.), Parlamentslehre. Das parlamentarische Regierungssystem im technischen Zeitalter. München, Wien 1993.
- Wewer, Göttrik**, Zur Problematik von Wahlkampfabkommen: Das Beispiel der Vereinbarungen von 19. März 1980. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 11. 1980. H. 2. S. 264–271.
- Wielgohs, Jan**, Bündnis 90 – zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. In: Parteien und Wähler im Umbruch. Hrsg. von *Oskar Niedermayer* und *Richard Stöss*. Opladen 1994. S. 143–168.
- Wildenmann, Rudolf**, Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik. Frankfurt am Main, Bonn 1963.
- Wilke, Dieter** und **Bernd Schulte**, Der Bundestag als Forum des Bundesrates. Bemerkungen zum Rederecht nach Art. 43 Abs. 2 GG. In: Gedächtnisschrift für *Friedrich Klein*. Hrsg. von *Dieter Wilke* und *Harald Weber*. München 1977. S. 574–612.
- und **Bernd Schulte**, Zum Rederecht von Bundesratsmitgliedern im Bundestag: Rechtstatsachen aus der Staatspraxis. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 8. 1977. H. 4. S. 413–421.
- Wilke, Manfred**, Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1990. B 46–47. S. 27–37.
- , **Hans-Peter Müller** und **Marion Brabant**, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik. Köln 1990.
- Witte-Wegmann, Gertrud**, Recht und Kontrollfunktion der Großen, Kleinen und Mündlichen Anfragen im Deutschen Bundestag. Berlin 1972.
- Württemberg, Thomas**, Massenpetitionen als Ausdruck politischer Diskrepanzen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 18. 1987. H. 3. S. 383–394.
- Zapf, Wolfgang**, Sozialstruktur deutscher Parlamente. In: Wahlhandbuch 1965. Hrsg. von *Fritz Sängler* und *Klaus Liepelt*. Frankfurt a.M. 1965. Abschnitt 3.45.
- Zeh, Wolfgang**, Das Ausschußsystem im Bundestag. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1087–1102.
- , Bundestagsverwaltung. In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hrsg. von *Kurt G.A. Jeserich*, *Hans Pohl*, *Georg-Christoph von Unruh*. Band V: Die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1987. S. 160–166.
- , Kalendarium der Ereignisse auf dem Weg zur Auflösung des Bundestages am 22. September 1972. In: Parlamentsauflösung. Hrsg. von *Klemens Kremer*. Köln, Berlin, Bonn, München 1974. S. 151–158.
- , Theorie und Praxis der Parlamentsdebatte. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 917–937.
- , Wille und Wirkung der Gesetze. Verwaltungswissenschaftliche Untersuchung am Beispiel des Städtebauförderungsgesetzes, Bundesimmissionsschutzgesetzes, Fluglärmsgesetzes und Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Heidelberg 1984.
- Ziller, Gebhard**, Die Arbeit von Bundestag und Bundesrat in acht Legislaturperioden. Ein statistischer Überblick. In: Das Parlament. Nr. 46 v. 15. November 1980. S. 4–5.
- , Der Bundesrat. 6. überarb. u. erw. Aufl. Düsseldorf 1982.
- Zimmermann, Hans Dieter**, Die politische Rede. Der Sprachgebrauch Bonner Politiker. Stuttgart [usw.] 1969.
- Zwahr, Hartmut**, Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen 1993.
- Zweigert, Konrad**, Das Wahlkampfabkommen und seine Schiedsstelle. Einige Gedanken und Erfahrungen. In: Die moderne Demokratie und ihr Recht. Bd. 2. Tübingen 1966. S. 367–374.
- Zwoch, Gerhard**, Die Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation des Deutschen Bundestages. In: Information und Dokumentation im behördlichen Bereich. *Kurt Georg Wernicke* zum 65. Geburtstag. Karlsruhe 1974. S. 207–222.
- und **Jürgen Lorenz**, Koalition. Analytisches und Dokumentarisches. Bonn 1984. (= Bundestag von a–z Nr. 9.)

30.5 Autorenverzeichnis

Das folgende Verzeichnis faßt alle Namen zusammen, die in den Quellen- und Literaturhinweisen der vorliegenden drei Bände der Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs* aufgeführt sind. Dabei beziehen sich die Zeichen vor den Seitenzahlen

- > ① auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > ② auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > ③ auf den Band III (Kapitel 14 bis 36; hier ausgewertet bis Kapitel 29).

Alle Mitglieder des Bundestages, die seit 1949 während oder nach ihrer Mandatszeit Bücher und Zeitschriftenaufsätze über ihr Parlaments- und Demokratieverständnis veröffentlicht haben, sind in einem Autorenverzeichnis auf den Seiten 470–472 nochmals gesondert zusammengestellt.

- Abelein, Manfred** > ① 472
Abendroth, Wolfgang > ① 215
Achenbach, Hans > ② 2534
Achterberg, Norbert > ② 2836, 2839 • ③ 3053, 3057, 3060
Ackermann, Paul > ② 2522
Adam, Dieter > ① 556, 570
Adam, Hermann > ② 2525, 2528
Adamsen, Heiner R. > ② 2515, 2548
Adenauer, Konrad > ① 473
Aerssen, Jochen van > ① 473
Ahrens, Udo > ③ 3122
Ahrens, Wilfried > ② 2567
Albertin, Lothar > ③ 3927
Albrecht, Hans-Jörg > ② 2525, 2534, 2549, 2571, 2573–2574, 2580
Albrecht, Peter-Alexis > ② 2571
Albrecht, Ulrich > ② 2537
Alemann, Ulrich von > ① 215, 513
Alex, Laszlo > ② 2556
Alt, Franz > ① 1145
Althammer, Walter > ① 473
Althoff, Heinrich > ② 2525
Ammer, Thomas > ① 126 • ③ 3718
Andel, Rüdiger > ① 220
Andersen, Hanfried > ② 2523
Anderson, Christopher > ① 213, 727
Antoni, Michael > ③ 3058
Apel, Hans > ① 473, 989 • ② 2836, 2838
Arend, Peter > ① 207
Argast, Michael > ② 2552
Armbruster, Frank > ① 1162
Armingeon, Klaus > ① 1165
Arndt, Adolf > ① 473–474 • ② 2334 • ③ 3272
Arndt, Claus > ① 474–475, 632 • ② 2810, 2812 • ③ 3440
Arndt, Klaus Dieter > ① 486
Arndt, Uwe > ① 95
Arnim, Hans Herbert von > ① 1009 • ③ 3060, 3240, 3243
Arnold, Michael > ② 2516
Aufderheide, Herbert > ③ 3504–3505
- Austermann, Dietrich** > ① 475 • ② 2119
Autzen, Rainer > ② 2562
Avenarius, Hermann > ② 2570
Averkorn, Syra > ① 222
- Baal-Teshuva, Jacob** > ③ 3386
Bach, Wolfgang > ② 1997, 2000
Bacia, Jürgen > ① 119–120
Backes, Uwe > ① 129
Baddenhausen-Lange, Heike > ② 2742
Bading, Harri > ① 475
Badura, Bernhard > ① 534
Badura, Peter > ① 517 • ③ 3056, 3718
Bäcker, Gerhard > ② 2562–2563, 2569
Baer, Chr.-Claus > ① 205
Baerwald, Friedrich > ② 2547
Bagehot, Walter > ② 2834, 2836, 2838–2839, 2841–2843, 2845
Bahr, Egon > ① 475
Bahrman, Hannes > ③ 3718
Baier, Horst > ① 477, 498
Ballerstedt, Kurt > ① 492
Banse, Werner > ③ 3124
Barche, Hermann > ① 476 • ③ 3440
Baring, Arnulf > ① 1226 • ② 2517
Barschel, Uwe > ② 2294 • ③ 3454
Bartholomäi, Reinhart > ① 478
Barzel, Rainer > ① 476, 1229
Bauer, Hartmut > ③ 3058
Bauer, Rudolph > ② 2120
Baum, Gerhart [Rudolf] > ① 476
Baumann, Eleonore > ③ 3718
Bausch, Paul > ① 476
Becher, Walter > ① 476
Beck, Ernst-Reinhard > ③ 3504
Beck-Oberdorf, Marieluise > ① 476
Becker, Bernd > ① 538
Becker, Christoph > ② 2558
Becker, Curt > ① 476 • ③ 3439
Becker, Heidede > ② 2561–2562
Becker, Helmuth > ① 477
Becker, Jörg > ② 2005

- Becker, Karl** > [1] 477 • [3] 3440
Becker, Martin > [2] 2582
Beckmann, Klaus > [1] 477
Beger, Bernhard > [1] 206
Behaghel, Katrin > [2] 2578, 2582, 2585, 2588
Behn, Hans Ulrich > [1] 1030 • [3] 3633
Behnke, Margret > [2] 2296
Behnke, Renate > [2] 2557, 2564, 2566–2567, 2578
Beichelt, Bernd > [2] 2118
Bell, Wolf J. > [3] 3480
Benda, Ernst > [1] 477, 504, 524
Bender, Bernd > [2] 2249
Berg, Hans-Joachim > [2] 2120, 2231
Berg, Heinz > [2] 2578
Berg, Malte von > [2] 2552
Berg, Wilfried > [3] 3056
Berg-Schlosser, Dirk > [1] 219
Berger, Lieselotte > [1] 477
Berger, Manfred > [1] 156, 208–211, 213, 232, 1028
Bergmann, Reinhard > [3] 3058, 3062
Bergsdorf, Wolfgang > [1] 211–212
Bergstraesser, Ludwig > [1] 477
Berkhan, Karl Wilhelm > [1] 477–478
Berlit, Uwe > [2] 2528–2529, 2531
Bernbach, Udo > [1] 1146, 1166, 1170 • [3] 3925
Bernhardt, Walter > [3] 3454
Bernrath, Hans Gottfried > [1] 478 • [2] 2118
Besch, Johann Christoph > [2] 1671
Besch, Michael > [2] 2523–2524
Besson, Waldemar > [2] 1998
Bethusy-Huc, Viola Gräfin von > [1] 721, 728 •
[2] 2518–2519, 2523–2524
Beyer, Hannelore > [3] 3457
Beyme, Klaus von > [1] 212, 221, 1164, 1170 • [2] 2319,
2595–2596
Bick, Wolfgang > [1] 217
Bickerich, Wolfram > [1] 510
Biedenkopf, Kurt H. > [1] 478
Bieker, Rolf > [2] 2556
Biester, Elke > [1] 515
Billerbeck, Rudolf > [1] 605
Bingenheimer, Gaby > [1] 538
Blacher, Andrej > [2] 2577
Blank, Michael > [3] 3055, 3059, 3063
Blankenburg, Erhard > [1] 217 • [2] 2524, 2548, 2565,
2568, 2576, 2581
Blatt, Hanspeter > [1] 523
Bleek, Wilhelm > [1] 490
Blischke, Werner > [1] 1229, 1238 • [2] 1671, 2809, 2817 •
[3] 3453, 3479
Bluck, Carsten > [1] 222
Blücher, Franz > [1] 478
Blücher, Viggo Graf > [2] 2547–2548
Blüm, Norbert > [1] 478
Blume, Otto > [2] 2547–2548, 2550
Blumenthal, W. Michael > [2] 2546
Blumenwitz, Dieter > [1] 505
Bock, Johannes > [2] 2001
Bock, Petra > [2] 2297
Bock-Rosenthal, Erika > [2] 2564
Bocker, Uwe > [2] 2536
Böckenförde, Ernst-Wolfgang > [2] 2294
Bögeholz, Hartwig > [2] 1485
Böhm, Ellen > [2] 2577
Böhm, Monika > [2] 2576, 2584
Böhm, Walter > [1] 722, 730
Böhr, Christoph > [2] 2296
Böhret, Carl > [1] 483 • [2] 2539–2542, 2544–2545, 2553–
2554, 2563, 2566, 2569–2570, 2575, 2578–2579, 2581,
2586, 2817
Böhringer, Anton > [2] 2939
Böltling, Horst M. > [2] 2558–2559
Börner, Holger > [1] 478
Bötsch, Wolfgang > [1] 478
Bohne, Eberhard > [2] 2567–2568, 2586
Bohnsack, Klaus > [1] 1146, 1232, 1242
Bolanz, Max > [2] 2547
Boldt, Hans > [2] 2119
Borchert, Jochen > [1] 478
Borgmann, Annemarie > [1] 478
Borgmann, Wolfgang > [2] 2565
Borm, William > [1] 479
Borsdorf, Ulrich > [2] 2518
Bothe, Michael > [3] 3058, 3061
Bothmer, Lenelotte von > [1] 479
Bott, Hans > [1] 484
Boventer, Hermann > [1] 523
Boynton, G. Robert > [3] 3509
Boysen, Sönke > [2] 2524
Brabant, Marion > [1] 97
Bracher, Karl Dietrich > [1] 488
Bräuninger, Thomas > [2] 2439
Brand, Christoph-Matthias > [2] 2537
Brand, Karl-Werner > [1] 210
Brandt, Hugo > [1] 477, 479, 485, 490, 493, 498–499,
505, 515, 517, 521, 529
Brandt, Peter > [1] 116
Braß, Heiko > [2] 2292
Brauer, Angela > [2] 2530
Braun, Siegfried > [2] 2546
Braunthal, Gerard > [2] 2517, 2519
Brauswetter, Hartmut H. > [1] 1146
Bredthauer, Rüdiger > [1] 48
Breidenbach, Gesa > [1] 314
Breitbach, Michael > [3] 3396
Breitling, Rupert > [1] 212, 728
Bremme, Gabriele > [1] 634
Brese, Wilhelm > [1] 479
Brettschneider, Frank > [3] 3502
Brezinski, Horst > [2] 2586
Brill, Hermann L. > [1] 479
Brinkmann-Herz, Dorothea > [2] 2547
Brockhausen, Jürgen > [2] 2522
Brockmeyer, Hans Bernhard > [3] 3054
Broda, Christian > [1] 517
Brökelschen, Else > [1] 479
Bruche, Gert > [2] 2555, 2582
Bruder, Wolfgang > [2] 2817

- Brück, Alwin** > [1] 480 • [3] 3615
Brückner, Uli > [1] 542, 544
Brüggemann, Wolfgang > [3] 3503
Brühl, Peter > [2] 2534
Brünneck, Alexander von > [2] 2783
Brun, Rudolf > [1] 487
Brusten, Manfred > [2] 2533, 2556, 2564, 2580–2581
Bryde, Brun-Otto > [2] 2319, 2511 • [3] 3061
Bucerius, Gerd > [1] 480
Bucher, Ewald > [1] 480 • [3] 3440
Buchhaas, Dorothee > [2] 2516
Buchwald, Manfred > [1] 483, 493
Bücker, Joseph > [1] 61, 861, 1146, 1232, 1242 • [2] 1671, 1727, 1974, 1988, 2886 • [3] 3121–3122
Büllingen, Franz > [2] 2296
Bürklin, Wilhelm > [1] 211
Büssgen, Hans Rico > [2] 2546
Bugl, Josef > [1] 480 • [2] 2296
Bunde, Jürgen > [2] 2568
Burger, Alexander > [1] 221
Burgmann, Dieter > [1] 480
Burhenne, Wolfgang E. > [3] 3628, 3926
Buri, Heinz > [2] 2003
Burkhardt, Armin > [2] 1685, 1692–1693, 2003 • [3] 3715
Busch, Eckart > [1] 478, 510, 527, 1238 • [2] 1671, 2296, 2536, 2809, 2939 • [3] 3056, 3157, 3427, 3453, 3456, 3461
Busch, Rainer > [3] 3501
Busch, Susanne > [2] 2585, 2588
Busse, Hermann > [1] 480
Busse, Volker > [1] 1030 • [2] 1601
Bußmann, Bernhard > [1] 480 • [2] 2119 • [3] 3479
Butzer, Hermann > [1] 392 • [3] 3501
- Campenhausen, Axel Frhr. von** > [3] 3053
Carstens, Karl > [1] 481, 508, 510 • [3] 3480
Catenhusen, Wolf-Michael > [1] 481
Cerny, Karl H. > [1] 208, 211
Coester-Waltjen, Dagmar > [2] 2577
Collet, Hugo > [1] 481 • [2] 2936
Comes, Stefan > [2] 2558
Conradi, Peter > [1] 481–482
Conradt, David P. > [1] 206–208
Conze, Werner > [1] 592
Coombes, David > [2] 2518
Corellou, Carol > [1] 222
Craemer, Dieter > [2] 2540, 2577
Cramer, Johann > [1] 482 • [3] 3439
Cramer, Jost > [3] 3505
Criegee, Jürgen > [1] 1378
Cullen, Michael S. > [3] 3272, 3341, 3386
Czerwick, Edwin > [2] 2002–2003
- Dach, R. Peter** > [2] 2020, 2093, 2309 • [3] 3056
Dadzio, Werner > [2] 2579
Däubler-Gmelin, Herta > [1] 493, 497, 522
Dagtoglou, Prodromos > [3] 3056
Dahl, Robert A. > [2] 2758
- Dahrendorf, Ralf** > [1] 482
Dalton, Russell J. > [1] 212
Damaschke, Kurt > [2] 2532
Davidson, Roger H. > [1] 477, 514, 592, 678, 718, 731, 834 • [2] 2109, 2120, 2595
Dechamps, Bruno > [2] 2020, 2034
Decker, Frank > [1] 132
Degenhart, Christoph > [3] 3060, 3062
Dehler, Thomas > [1] 482
Dellmann, Hansjörg > [3] 3062
Demeter, Karl > [1] 727
Demmler, Wolfgang > [3] 3502
Dennert, Jürgen > [2] 2120
Derlien, Hans-Ulrich > [1] 539, 1266 • [2] 1592, 2525, 2567
Dettling, Warnfried > [1] 210
Deuerlein, Ernst > [1] 511 • [3] 3341
Deutsch, Erwin > [1] 517 • [2] 2296
Dexheimer, Wolfgang F. > [1] 981, 989, 1145–1146, 1221 • [2] 2305 • [3] 3455
Dichgans, Hans > [1] 482–483 • [3] 3439
Dicke, Hugo > [2] 2583–2584
Dieckerhoff, Willi > [3] 3504
Dieckmann, Franziska > [3] 3551
Dieckmann, Jens > [2] 2516, 2520
Diederich, Nils > [1] 483
Diefenbacher, Hans > [2] 2565, 2572
Dieckershoff, Karl-Heinz > [1] 206 • [2] 2517
Diekwisch, Stefan > [1] 524
Dierkes, Meinolf > [1] 480 • [2] 2296–2297, 2817
Dieterich, Hartmut > [2] 2561
Dietlein, Max > [2] 2449
Dietrich, Jochen > [1] 211
Dietz, Wolfgang > [3] 3449, 3456–3458
Dingel, Frank > [1] 93, 95
Dinkel, Reiner > [1] 303
Dippel, Frank > [3] 3505
Dishaw, Frank H. > [2] 1781
Dittberner, Jürgen > [1] 107, 1163, 1165
Dobiey, Burkhard > [3] 3479
Dörner, Andreas > [2] 1685, 2004
Dohmen, Ludwig > [3] 3502
Dohnanyi, Klaus von > [1] 483
Dollinger, Werner > [1] 483
Dolzer, Rudolf > [3] 3053
Dombois, Rainer > [2] 2583
Domes, Jürgen [Otto] > [1] 1142, 1145, 1166, 1221 • [2] 1781, 2517, 2520
Dorn, Wolfram > [1] 483 • [3] 3440
Dose, Nicolai > [2] 2568, 2583
Dowell, Jack D. > [2] 2515
Drabiniok, Dieter > [1] 484
Dreher, Burkhard > [2] 2554, 2562
Dreier, Horst > [2] 2528–2529, 2531 • [3] 3054
Dreyfus, François-Georges > [1] 212–213
Driehaus, Hans-Joachim > [2] 2121
Drodt, Philipp > [2] 2449
Dübber, Ulrich > [1] 484
Dückert, Thea > [2] 2555

- Dünkel, Frieder** > [2] 2564, 2571, 2581
Dürig, Günter > [3] 3053, 3057
Dürr, Hermann > [1] 484
Duve, Freimut > [1] 479, 484
Duvernell, Helmut > [2] 2547, 2550
Dyson, Kenneth > [1] 211
- Ebbighausen, Rolf** > [1] 1163, 1165 • [2] 2524
Eberlein, Klaus D. > [1] 206
Ebert, Frank > [2] 2572
Eckartsberg, Dieter > [2] 2571
Eckhardt, Otto > [1] 981
Eckhardt, Walter > [1] 484
Edinger, Florian > [2] 2301
Edinger, Lewis J. > [1] 206, 217–219
Ehlers, Hermann > [1] 484–485
Ehmann, Christoph > [2] 2575
Ehmke, Horst > [1] 485, 516
Eichhorn, Peter > [2] 2543, 2563
Eichler, Willi > [1] 485
Eickelpasch, Alexander > [2] 2582
Eickenboom, Peter > [2] 2119, 2783
Eickmeyer, Horst > [2] 2549
Eisenacher, Erhardt > [1] 1030 • [3] 3633
Eisfeld, Rainer > [1] 210
Eith, Ulrich > [1] 213, 217, 220, 222
Elbe, Frank > [2] 2537
Elben, Wolfgang > [3] 3504
Ellwardt, Michael > [2] 2527
Ellwein, Thomas > [2] 1715
Elsner, Ilse > [1] 485 • [3] 3439
Emmert, Thomas > [1] 213
Enck, Paul > [2] 2563
Engel, Andreas > [1] 216, 218–219
Engelbrech, Gerhard > [2] 2557
Engels, Dieter > [1] 494 • [2] 2242
Engholm, Björn > [1] 485
Eppe, Heinrich > [1] 523
Eppler, Erhard > [1] 485
Erbe, Friedrich > [1] 206
Erhard, Benno > [1] 485
Erhard, Ludwig > [1] 488, 492
Erhard, Ulrich > [2] 2548, 2551
Erler, Fritz > [1] 485–486
Ertl, Josef > [1] 486
Esche, Falk > [3] 3925
Eschenburg, Theodor > [1] 520 • [2] 2651
Essen, Ulrich van > [2] 2583, 2585
Euchner, Walter > [3] 3718, 3927
Ewringmann, D. > [2] 2571, 2576
Eyckers, Gerhard > [3] 3459
Eylmann, Horst > [1] 486 • [2] 2118
- Fackiner, Kurt** > [3] 3504
Falbisaner, Christiane > [1] 211–212
Falke, Josef > [2] 2565, 2579
Falter, Annegret > [2] 2296
Falter, Jürgen W. > [1] 205, 207, 209–213, 221, 303 • [3] 3887–3888, 3928
Faltlhauser, Kurt > [1] 218, 478, 487, 511, 518 • [2] 2119
Fangmann, Helmut > [3] 3055, 3059, 3063
Faul, Erwin > [1] 138, 205–206
Feest, Johannes > [2] 2571
Feist, Ursula > [1] 209–214
Felberg, Bruno > [2] 2553, 2560
Felder, Josef > [1] 486 • [3] 3439
Feldkamp, Michael E. > [3] 3481
Fengler, Jörg > [2] 1999
Fenner, Christian > [1] 209–210 • [2] 2530 • [3] 3928
Ferdinand, Horst > [1] 500, 505, 518 • [2] 2591, 2887, 2892 • [3] 3460, 3481, 3544, 3604, 3606
Fessel, Susanne > [2] 2536
Fetscher, Iring > [1] 1164
Fibich, Holger > [3] 3013
Fichter, Michael > [1] 104, 128
Fiederle, Xaver > [3] 3504
Fink, Margit > [2] 2586
Finkel, Steven E. > [1] 212
Fischer, Joschka [Joseph] > [1] 486
Fitz, Evelyn > [3] 3588
Flach, Karl-Hermann > [1] 486
Fleck, Florian H. > [1] 492, 495, 525
Floerecke, Peter > [2] 2524–2525, 2528, 2534, 2556, 2567
Förschler, Frank Peter > [2] 2534, 2584
Först, Walter > [2] 2515
Fogt, Helmut > [1] 592, 732
Frandsen, Dorothea > [1] 490
Frank, Götz > [3] 3058
Frank, Henning > [2] 2303
Franke, Gisela > [2] 2573
Franz, Günther > [1] 216
Franz, Peter > [2] 2817
Frenz, Wilhelm > [1] 219
Freund, Ulrich > [2] 2559
Fricke, Peter > [2] 2817
Friderichs, Hans > [1] 486
Friedmann, Bernhard > [1] 487
Friedrichs, Karl > [3] 3504
Fritsch, Jürgen > [1] 536
Fritz, Helmut > [3] 3503
Fritz, Rudolf > [2] 2515–2516
Fritzche, K. Peter > [3] 3715
Fröhlich, Manuel > [2] 2003–2004
Fromme, Friedrich Karl > [1] 1109 • [2] 1711, 2525, 2560
Frühauf, Wolf > [1] 510
Fuchs, Anke > [1] 487
Fuchs, Michael > [3] 3544, 3714, 3915
Fülgraff, Georges > [2] 2296
Füllenkemper, Horst > [2] 2550, 2552, 2575, 2579, 2581
Fülles, Mechtild > [1] 634
Füßlein, Peter > [3] 3058
- Faber, Joachim** > [2] 2550
Fabio, Udo Di > [3] 3501
Fabricius-Brand, Margarete > [1] 518
Fabritius, Georg > [1] 303, 1439 • [2] 2437–2438

- Fuhr, Eckhard** > [3] 3718
Funcke, Liselotte > [1] 487 • [3] 3198
Furler, Hans > [1] 487
- Gabert, Volkmar** > [1] 481, 510, 522
Gabriel, Herwig > [2] 2562
Gagel, Walter > [1] 212
Gallois, Franz Peter > [1] 1109
Gallus, Alexander > [2] 2011
Gansel, Norbert > [1] 487, 495, 521
Ganser, Karl > [1] 221
Gante, Michael > [2] 2528–2529
Gantzel, Klaus Jürgen > [2] 2005
Garlichs, Dietrich > [2] 2526, 2555, 2579
Gattermann, Hans H. > [1] 487 • [2] 2118
Gawel, Erik > [2] 2536, 2586
Gayl, Johannes Frhr. von > [2] 2297
Gege, Maximilian > [2] 2564
Geginat, Volker > [3] 3461
Geisler, Jürgen > [1] 205
Geißler, Clemens > [2] 2557
Geißler, Heiner > [1] 487
Geißler, Ulrich > [2] 2556, 2560, 2577
Geißner, Hellmut > [2] 2002
Geldern, Wolfgang von > [1] 487
Gellner, Winand > [1] 212
Gemmecke, Vera > [1] 218
Genscher, Hans-Dietrich > [1] 488
Genzer, Walter Erich > [1] 441
Georg, Walter > [2] 2572
Geraedts, Friedhelm > [1] 460
Gerber, Helmut > [1] 1169
Gerber, Horst > [2] 2548, 2551
Gerner, Manfred > [1] 126
Gerstein, Hannelore > [1] 1164
Gerstenmaier, Eugen > [1] 488
Gerster, Johannes > [1] 488
Gewandt, Heinrich > [1] 488 • [3] 3440
Gibowski, Wolfgang G. > [1] 156, 208–211, 213–214, 232, 1028 • [3] 3887
Giese, Friedrich > [3] 3055
Gith, Engelbert > [2] 2556
Giulini, Udo > [1] 488
Glaebner, Gert-Joachim > [3] 3718
Glaubitz, Jürgen > [2] 2558
Gleumes, Karl > [3] 3481
Glötzner, Josef > [3] 3504
Glogger, Helmut Maria > [2] 2552
Glutz, Peter > [1] 488–489
Glück, Horst > [1] 220
Glückert, Jürgen > [1] 1007
Glüsing, Hermann > [1] 489
Gnädinger, Fritz-Joachim > [1] 489
Göbel, Michael > [2] 2584
Gölter, Georg > [1] 501
Göppinger, Hans > [2] 2570, 2572
Görgen, Thomas > [2] 2580
Görlitz, Axel > [2] 1715
- Götting, Ulrike** > [2] 2537
Götz, Volkmar > [1] 496
Goetzendorff, Günter > [1] 489
Goldmann, Botho > [2] 2549
Gorzel, Hans-Peter > [1] 218
Graba, Hans-Ulrich > [2] 2577
Gradowski, Marion > [2] 2587
Graeff, Gabriele > [3] 3503
Graeff, Robert > [3] 3503
Gräble, W. Dieter > [2] 2578
Graf, Hans > [1] 218
Grande, Edgar > [1] 220
Green, Simon > [1] 214
Greger, Reinhard > [2] 2577
Greif, Martin > [2] 2575
Greiffenhagen, Martin > [1] 482, 509
Greven, Michael Th. > [1] 209–210 • [3] 3928
Grimm, Dieter > [1] 504 • [2] 2295
Grochla, Erwin > [2] 2577
Groebel, Eberhard > [2] 2524, 2529
Gröbl, Wolf-Rüdiger > [3] 3505
Groos, Hartmut > [2] 2536–2537 • [3] 3551
Gros, Jürgen > [2] 2536
Grosch, Klaus > [2] 2296
Groß, Helene > [2] 2495
Grosser, Alfred > [1] 206
Grossner, Claus > [1] 516
Grottian, Peter > [2] 2523, 2527
Grotz, Claus-Peter > [1] 220
Grube, Frank > [1] 730, 836 • [3] 3925
Grünauer, Karl-Hans > [3] 3505
Grüner, Martin > [1] 489
Grünewald, Markus > [2] 2536, 2586
Grünhagen, Jürgen > [1] 79
Gruhl, Herbert > [1] 489
Grundmann, Anne > [2] 2573
Güllner, Manfred > [1] 210, 212
Günther, Franz > [1] 216
Günther, Klaus > [1] 1221, 1224
Günther, Wolfgang > [1] 216
Güth, Werner > [1] 500
Gusy, Christoph > [2] 2466
Gutzeit, Martin > [3] 3718
Gutzler, Karl > [2] 1641
- Haack, Dieter** > [1] 523 • [2] 1485
Haag, Fritz > [2] 2564
Haas, Heinz > [1] 501
Hachmann, Erwin > [2] 2581
Hachmeister, Heiner > [2] 2564
Häfele, Hansjörg > [1] 489
Hänsch, Klaus > [2] 2591
Häußler[-Sczepan], Monika > [2] 2574
Häußling, Josef M. > [2] 2533, 2564, 2580–2581
Haferkamp, Hans > [2] 2533–2534
Hagger, Mark > [2] 2531
Hahn, Gerhard > [1] 477 • [2] 2458, 2460, 2512 • [3] 3455–3459, 3481

- Hahn, Helmut** > [1] 217
Hamann, Andreas > [3] 3054
Hamann jr., Andreas > [3] 3058, 3061
Hamm-Brücher, Hildegard > [1] 489–490, 516 • [2] 2938
Hammelrath, Fro > [2] 2546
Hammer, Ulrich > [3] 3055, 3063
Hampe, Peter > [2] 2296
Hampele, Anne > [1] 80
Hansen, Dirk > [2] 2297
Hansen, Harald > [3] 3505
Hansen, Hermann-Josef > [2] 2585
Hansen, Karl-Heinz > [1] 490–491
Hansen, Klaus > [1] 499, 503
Hansis, Jörg > [3] 3460
Hansmeyer, Karl-Heinrich > [2] 2518, 2546, 2566, 2576
Hantelmann, Heiner > [2] 2558–2559
Hanz, August > [1] 491
Harders, Wolfgang > [2] 2566
Hare, Thomas > [2] 2081–2082, 2084, 2086–2087, 2089 • [3] 3884
Hartmann, Max > [1] 989
Hartmann, Peter > [2] 2576
Hartung, Hans > [2] 2583–2584
Hartwich, Hans-Hermann > [1] 1166 • [3] 3455, 3718
Haselberger, Stefan > [3] 3502
Haseloff, Wolfgang > [1] 219
Hassel, Kai-Uwe von > [1] 491
Hasselfeldt, Gerda > [1] 491
Hassemer, Winfried > [2] 2564
Hauck, Rudolf > [1] 491
Hauff, Volker > [1] 491
Haungs, Peter > [1] 206–207, 211, 220
Hauser, Hansheinz > [1] 492
Heberle, Rudolf > [1] 215
Heck, Bruno > [1] 492
Heide, Hans-Jürgen von der > [2] 2520
Heilmann, Martin > [2] 2522, 2569
Heimann, Siegfried > [1] 83, 97, 112, 131
Heine, Günter > [2] 2580
Heinemann, Gustav W. > [1] 492
Heinl, A. > [2] 2573
Heinrich, Gudrun > [1] 1146
Heinz, Wolfgang > [1] 504 • [2] 2556, 2567
Heinze, Helmut > [2] 2001
Heinze, Rolf G. > [1] 513
Held, Martin > [2] 2297
Hellstern, Gerd-Michael > [1] 473 • [2] 2561, 2563, 2574
Hellwig, Renate > [1] 478, 486, 492, 523 • [2] 2118 • [3] 3616
Helmrich, Herbert > [1] 492–493 • [2] 2118
Helms, Ludger > [2] 2534–2535
Helwig, Gisela > [3] 3719
Hembach, Klaus > [2] 2559
Hendel-Kramer, Anneliese > [2] 2574
Henke, Wilhelm > [3] 3056
Henkel, Joachim > [1] 388 • [3] 3594, 3925
Hennis, Wilhelm > [1] 520, 1171 • [2] 1715, 2773, 2836
Hensel, Horst > [1] 516, 519
Henseler, Paul > [2] 2533
Henson, Penny > [1] 214
Hentschel, Volker > [1] 592
Herberger, Lothar > [1] 209
Herbert, Klaus-Jürgen > [2] 2566
Herdegen, Gerhard > [3] 3509
Hereth, Michael > [1] 507 • [2] 2773 • [3] 3925
Herles, Helmut > [3] 3626, 3719
Herman, Valentine > [2] 2531
Hernekamp, Karl-Andreas > [3] 3057
Herrfahrdt, Heinrich > [3] 3060
Herrgesell, Gerhard > [3] 3460
Hertle, Hans-Hermann > [3] 3718
Herzog, Dietrich > [1] 542–544, 547, 581, 632, 1165 • [3] 3509, 3511, 3896, 3900–3901
Herzog, Roman > [3] 3053, 3057, 3060
Hess, Adalbert > [1] 588–589, 591, 605, 608, 675–676, 679–680, 714, 727–728, 730–733, 1060, 1109, 1147 • [2] 1996
Hess, Bernhard > [2] 2569
Hesse, Beate > [2] 2564
Hesse, Joachim Jens > [2] 2531
Hesselberger, Dieter > [3] 3053, 3055, 3057, 3059–3060, 3062
Heuer, Uwe-Jens > [1] 493, 511
Heuser, Heinrich > [2] 2556
Heuss, Theodor > [1] 520
Heyder, Ulrich > [2] 2530
Hilden, Hartmut Erich > [2] 2554, 2564
Hill, Hermann > [1] 493 • [2] 2374
Hillner, Hans Christian > [1] 1154 • [3] 3459
Hinderfeld, Heribert > [2] 2549
Hindrichs, Günter > [2] 1566, 2121, 2294
Hinrichs, Karl > [2] 2537
Hirche, Kurt > [1] 722, 729–730
Hirner, Manfred > [1] 542, 544, 547
Hirnschal, Günter > [3] 3122
Hirsch, Alexander > [1] 493
Hirsch, Burkhard > [1] 493
Hirsch, Heide-Karen > [3] 3260
Hirsch, Martin > [1] 493
Hirsch-Weber, Wolfgang > [1] 205, 630, 728 • [2] 2516–2517
Hirscher, Gerhard > [1] 214
Hoch, Hans [J.] > [2] 2580–2581
Hockerts, Hans Günter > [2] 2519
Höcherl, Hermann > [1] 493, 506 • [3] 3479
Hoecker, Beate > [1] 634, 637–640, 642, 644–647
Höland, Armin > [2] 2565, 2579
Hölscheidt, Sven > [2] 2119, 2121, 2589, 2591, 2638, 2641, 2643 • [3] 3551, 3567, 3588
Hömig, Dieter > [3] 3054, 3058, 3062
Hönig, Günter > [2] 2518
Höppner, Reinhard > [3] 3838
Höroidt, Dietrich > [3] 3272
Hofbauer, Hans > [2] 2555, 2579
Hofemann, Klaus > [2] 2543, 2562–2563
Hoffmann, Inge > [3] 3505
Hoffmann, Siegfried > [2] 2807
Hoffmann V. > [2] 2576

- Hoffmann-Riem, Wolfgang** > [2] 2250, 2295, 2564
Hofmann, Michael > [2] 2586
Hofmann-Göttig, Joachim > [1] 205, 537
Hohgräwe, Uwe > [2] 2529, 2575, 2584–2586
Hohlfeld, Rainer > [2] 2296
Holla, Michael > [2] 2554, 2557–2559, 2566
Holzappel, Andreas > [3] 3919
Holzappel, Klaus-J. > [3] 3919
Holzauer, Brigitte > [2] 2574
Hondt, Viktor d© > [2] 2081–2083, 2085–2088
Honolka, Harro > [1] 210
Hopen, Peter > [1] 1229
Hoppenkamps, Hermann > [2] 2001
Horn, Erwin > [1] 493
Horst, Patrick > [3] 3502
Horstmann, Kurt > [1] 206
Horten, Alphons > [1] 493
Hoschka, Peter > [2] 2562
Hoss, Willi > [1] 494
Hrbek, Rudolf > [1] 492 • [2] 2531
Hucke, Jochen > [2] 2567
Hübner, Emil > [1] 48, 80, 213, 472–473, 479, 481, 483, 486, 489, 491, 493, 498, 504, 506–509, 512, 516, 519, 531–533 • [2] 2117, 2835–2836, 2843–2844, 2847, 2936 • [3] 3454, 3633, 3718
Hüms-Krusche, Margret > [2] 2580
Hüttenberger, Peter > [2] 2519
Hugger, Werner > [2] 2539–2542, 2544–2545, 2553–2554, 2563, 2566, 2569–2570, 2575, 2578, 2581
Hujer, Reinhard > [2] 2585
Huth, Ronald > [2] 2939
- Ipsen, Detlev** > [2] 2569
Ipsen, Hans Peter > [2] 2294
Ipsen, Jörn > [3] 3059
Irving, R[oland] E[ckford] M[ill] > [1] 208–209, 212–213
Isbary, Gerhard > [1] 215
Isensee, Josef > [1] 288, 496 • [2] 2845
Isermann, Edgar > [1] 518
Ismayr, Wolfgang > [1] 631, 1266–1267 • [2] 1682, 1722–1723, 2002, 2113, 2590, 2741–2742 • [3] 3501
- Jacobi, Maria** > [1] 494 • [3] 3440
Jäckel, Hartmut > [2] 2117
Jäckering, Werner > [2] 2527
Jäger, Bernd > [2] 2536
Jäger, Brigitte > [1] 478, 480, 484, 486, 494–495, 504, 508, 512, 518
Jaeger, Dirk > [2] 2120
Jaeger, Richard > [1] 494 • [2] 2120
Jahn, Gerhard > [1] 494
Jann, Werner > [3] 3501
Jansen, Wolfgang > [3] 3479
Janssen, Dietrich > [2] 2549
Janssen, Helmut > [2] 2573
Jarass, Hans D. > [3] 3054, 3059
- Jaschke, Hans-Gerd** > [1] 129
Jass, Marietta > [2] 2576
Jauß, Dorothee > [2] 2581
Jeffery, Charlie > [1] 214
Jekewitz, Jürgen > [1] 297, 441, 474, 501, 506, 510, 513, 524, 896, 1006, 1010, 1030, 1060, 1439 • [2] 2511, 2592 • [3] 3061, 3243, 3453
Jena, Kai von > [1] 481
Jenninger, Philipp > [1] 492, 494–495, 510, 525
Jentzsch, Ursula > [3] 3926
Jeserich, Kurt G. A. > [1] 514 • [3] 3454
Jesse, Eckhard > [1] 29, 48, 56, 80, 153, 208, 211–212, 223 • [2] 1486, 2836, 2844 • [3] 3504, 3714, 3718, 3887–3888, 3910, 3926–3927
Jettenberger, Lothar > [1] 488
Judith, Rudolf > [2] 2518
Jun, Uwe > [1] 1439
Jung, Ernst > [3] 3503
Jung, Helmut > [1] 214
Jung, Karl > [2] 2588
Jung, Matthias > [1] 211, 213–214, 232, 1028 • [3] 3887
Jung, Peter > [3] 3595
Jungermann, Helmut > [2] 2573
Jungmann, Horst > [1] 487, 495, 521
Just, Dieter > [1] 208–209
- Kaack, Heino** > [1] 208, 239, 556, 570, 592, 604, 640, 646, 678–679, 727, 730–732, 834, 907 • [2] 2 002, 2113
Kaase, Max > [1] 153, 205–211, 213, 223, 1028, 1165 • [3] 3511
Kabel, Rudolf > [1] 388 • [2] 1721 • [3] 3198, 3454, 3479
Kaernbach, Andreas > [3] 3885
Kahn-Ackermann, Georg > [1] 495 • [3] 3440
Kaiser, Carl-Christian > [3] 3480–3481
Kaiser, Günther > [2] 2525, 2534, 2549, 2571, 2573–2574, 2580, 2584
Kaiser, Helmut > [2] 2583, 2585
Kaiser, Michael > [2] 2573, 2584
Kalbhen, Uwe > [2] 2562
Kalinowsky, Harry Hugo > [2] 2526
Kalteleiter, Werner > [1] 56, 206–213 • [2] 2294
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus > [1] 505
Kalveram, Heribert > [3] 3453
Kamm, Volker > [1] 972
Kanz, Franz-Josef > [2] 2573
Kappmeier, Walter > [1] 221
Karehnke, Helmut > [2] 2805
Karpf, Hugo > [1] 495 • [3] 3439
Kaspar, K. > [2] 2295
Kast, Herbert > [2] 2534
Kastendiek, H.-D. > [2] 2523, 2525
Kauermann, Karl > [2] 2522
Kaufmann, Karlheinz > [1] 218, 220
Kehrhahn, Joachim > [3] 3544, 3628
Keil, Siegfried > [2] 2573
Keim, Walther > [1] 472, 502, 507 • [2] 1993 • [3] 3459
Keller, Bernhard > [1] 220
Keller, Horst > [2] 2120

- Kelly, Petra** > [1] 495
Kemper, Franz-Joseph > [1] 217
Kempf, Udo > [1] 478 • [3] 3504
Kepplinger, Hans Mathias > [1] 477, 536, 538
Kerner, Hans-Jürgen > [2] 2570, 2572–2573
Kessel, Wolfgang > [3] 3185, 3479, 3481
Kessler, Uwe > [2] 2118
Kevenhörster, Paul > [1] 207, 535, 547 • [2] 2540, 2575
Kibat, Klaus-Dieter > [2] 2571, 2576
Kieling, Uwe > [3] 3341
Kiep, Walther Leisler > [1] 495
Kiep-Altenloh, Emilie > [1] 495 • [3] 3439
Kiesinger, Kurt Georg > [1] 495
Kiessler, Richard > [2] 2537
Kimmel, Adolf > [3] 3927
Kinzig, Jörg > [2] 2556
Kipke, Rüdiger > [2] 2184, 2242, 2532
Kirchbach, Eckart von > [2] 2518
Kirchheimer, Otto > [1] 605–606, 727
Kirchhof, Paul > [1] 288, 496, 512 • [2] 2845
Kirchhoff, Gerd Ferdinand > [2] 2573
Kirchner, Hildebert > [1] 477 • [2] 2512 • [3] 3455–3459
Kirschner, Wolf > [2] 2588
Kirst, Victor > [1] 495
Kirst, Wolf-Dieter > [2] 1997, 2004
Kißler, Leo > [2] 1993, 2565, 2572, 2638 • [3] 3505
Kitschelt, Herbert P. > [1] 213
Kitzel, Karl-Heinz > [3] 3503
Kitzinger, U[we] W[ebster] > [1] 206, 216–217, 221
Klatt, Hartmut > [1] 141, 143, 472, 484, 487, 494, 497, 500–501, 510–511, 513, 517, 519, 521, 526, 528, 727, 730, 733 • [2] 2816–2817 • [3] 3235–3236, 3238, 3240, 3453, 3472, 3503, 3505, 3925, 3927
Kleff, Michael > [1] 518
Klein, Eberhard > [2] 2585
Klein, Eckart > [1] 514 • [3] 3060
Klein, Franz > [1] 485, 498 • [2] 2118 • [3] 3054, 3058, 3062
Klein, Friedrich > [3] 3053, 3057, 3060
Klein, Friedrich-Ludwig > [3] 3461
Klein, Hans Hugo > [1] 496–497 • [2] 2836, 2845–2846 • [3] 3718
Klein, Hans-Joachim > [2] 2557
Klein, Josef > [1] 497
Klein, Markus > [1] 213
Klein, Richard R. > [2] 2531
Kleinert, Detlef > [1] 497
Kleinert, Hubert > [1] 114, 497
Klemm, Kristiane > [2] 2558
Klepsch, Egon > [1] 497
Kleuker, Mathias > [2] 2492
Kliemt, Gundolf > [2] 2548
Klingemann, Hans-Dieter > [1] 153, 207–211, 213, 220, 223, 544, 1165 • [3] 3902
Klocksinn, Jens Ulrich > [1] 970
Kloepfer, Michael > [2] 2532
Kloten, Norbert > [2] 2554
Kloth, Hans Michael > [1] 523 • [3] 3893
Klotzsch, Lilian > [1] 113–114, 124
Kluge, Michael > [2] 2565
Knauß, Erwin > [1] 219
Kneer, Ursula > [2] 2565
Kneten, Götz > [2] 2521–2522
Knight, Maxwell E. > [1] 1163–1164
Knopp, Gisbert > [3] 3272
Knorr, Heribert > [1] 1135–1136, 1146, 1169 • [3] 3504
Knuth, Matthias > [2] 2565
Koch, Dirk > [3] 3719
Koch, Hans-Joachim > [2] 2568
Koch, Helmut > [1] 511 • [3] 2977, 3121
Köcher, Renate > [3] 3511
Kögler, Alfred > [2] 2561
Köhler, Gerd Michael > [1] 893
Köhler, Herbert W. > [1] 497 • [3] 3440
Köhler, Volkmar > [1] 498
König, Hartmut > [3] 3718
Koenig, Peter-Michael > [1] 498
König, Thomas > [2] 2439, 2534
Köpcke, Horst > [1] 727
Köppler, Heinrich > [1] 498
Koerfer, Daniel > [1] 1145–1146
Körner, Klaus > [2] 1486
Köser, Helmut > [1] 220
Kohl, Ernst > [3] 3449, 3458–3459
Kohl, Helmut > [1] 218, 220, 498
Kohli, Martin > [2] 2583
Kohlsche, Andreas > [1] 215
Kohrs, Ekkehard > [3] 3502
Kolbe, Lothar > [2] 2495 • [3] 3884
Kollewe, Wolfgang > [2] 2519, 2522, 2527
Konegen, Norbert > [1] 1007
Konrad, Christoph Werner > [2] 2532
Konrad, Klaus > [1] 498
Kontner, Walter > [2] 2572
Kopf, Hermann > [1] 498
Koppitz, Hans-Joachim > [3] 3459
Korfmacher, Norbert > [1] 460
Koschnick, Hans > [1] 498
Kotthoff, Hermann > [2] 2548, 2565
Krawleski, Wolfgang > [2] 1953–1955, 1957, 2514, 2516, 2761, 2774
Krause, Dieter > [2] 2543, 2569
Krause, Joachim > [2] 2528
Krauß, Fritz > [1] 209
Kreikebaum, Hartmut > [2] 2566
Kreikenbom, Henry > [1] 222
Kreile, Reinhold > [1] 498 • [2] 2118
Kremer, Klemens > [1] 285, 1229 • [2] 2298
Kremp, Herbert > [1] 492, 495, 525
Krems, Burkhardt > [2] 2545, 2578
Krenz, Egon > [3] 3718
Kretschmer, Gerald > [1] 296, 500–501, 896 • [2] 2295, 2530 • [3] 3056, 3243, 3453, 3455–3456
Kreutzmann, Heinz > [1] 499 • [3] 3440
Krieger, Hubert > [1] 210–211
Krieger, Ludwig > [3] 3461
Krockert, Horst > [1] 499
Krohn, Maren > [2] 2523

- Krüger, Hartmut** > [3] 3059
Krüger, Ralf > [2] 2587
Krusche, Matthias > [2] 2580
Kübler, Paul > [1] 499
Küchenhoff, Erich > [1] 1246
Küchenmeister, Daniel > [3] 3719
Küchler, Manfred > [1] 211
Kühlewind, Gerhard > [2] 2582
Kühn, Heinz > [1] 499
Kühn, Markus > [2] 2547
Kühne, Hans-Heiner > [2] 2580
Kühne, Jörg-Detlef > [2] 1476
Kühne, Thomas > [3] 3501
Kühnel, Wolfgang > [1] 80
Kühr, Herbert > [1] 216–217
Küpper, Jost > [1] 1166
Küppers, Georg > [2] 2557
Küstern, Hanns Jürgen > [2] 2519
Kuhn, Gisbert > [3] 3480
Kuhn, Stefan > [3] 3502
Kuls, Wolfgang > [1] 218
Kunig, Philip > [3] 3054, 3061
Kunz, Reinhard > [2] 2119
Kuppe, Johannes > [1] 126 • [3] 3718
Kurlbaum, Georg > [1] 499 • [3] 3440
Kurlbaum-Beyer, Lucie > [1] 499 • [3] 3440
Kurt, Alfred > [1] 219
Kury, Helmut > [2] 2525, 2534, 2549, 2571, 2573–2574, 2580, 2584
Kurz, Alfred > [3] 3503
Kurze, Martin > [2] 2532
Kussau, Jürgen > [2] 2523, 2525
- Labahn, Thomas** > [2] 2526
Lachmann, Günter > [3] 3455, 3480
Laermann, Karl-Hans > [1] 499
Lambert, Dwight > [1] 207
Lambrecht, Claus > [2] 2567
Lammert, Norbert > [1] 500
Landfried, Christine > [2] 2528–2530, 2533
Lang, Jürgen > [1] 126
Lang, Lydia > [3] 3925
Lange, Erhard H. M. > [1] 624, 626 • [2] 2513, 2516, 2518
Lange, Erwin > [1] 500
Lange, Rolf > [1] 1146, 1224, 1238 • [3] 3925
Lange, Rolf-Peter > [1] 1163, 1165
Langendorf, Ursula > [2] 2586
Langguth, Gerd > [1] 500
Langhorst, Wolfgang > [2] 2514
Langner, Georg > [2] 2457
Lansky, Ralph > [3] 3457
Lapp, Peter Joachim > [3] 3718
Lattmann, Dieter > [1] 500
Lau, Ulrich > [2] 2561
Lauber, Heinz > [3] 3505
Lauber, Klaus > [2] 2569
Laubinger, Hans-Werner > [2] 2543, 2569
- Laue, Sabine** > [2] 2536–2537
Laufer, Heinz > [1] 1109 • [2] 2437, 2514
Leber, Georg > [1] 500
Lechelt, Rainer > [2] 2568
Leder, Gottfried > [3] 3504
Leggewie, Claus > [1] 129
Lehmann, Hans Georg > [3] 3633
Lehmbruch, Gerhard > [1] 206, 513, 1164 • [2] 2438
Lehnguth, Gerold > [1] 1030
Lehr, Ursula > [1] 212
Leibholz, Gerhard > [2] 2560 • [3] 3053, 3055, 3057, 3060
Leicht, Albert > [1] 500
Leif, Thomas > [1] 514, 524–525, 527
Leins, Hermann > [1] 484
Leisenheimer, Gerhard > [3] 3505
Leisi, Ernst > [2] 2004
Lemke-Müller, Sabine > [1] 546, 972 • [2] 2887
Lemmer, Ernst > [1] 500
Lemp, Hans > [1] 501
Lengemann, Jochen > [1] 460
Lenk, Klaus > [2] 2548, 2565, 2568
Lennartz, Hans-Albert > [2] 2294
Lensing, Eduard > [1] 501
Lenz, Carl Otto > [1] 501, 632 • [2] 2295, 2530
Lenz, Helmut > [3] 3054, 3058, 3061
Lenzer, Christian > [1] 501
Lepsius, M. Rainer > [1] 207
Letzgas, Klaus > [1] 496, 506 • [2] 2118, 2303, 2513
Ley, Richard > [1] 624 • [2] 2309, 2493
Lichtenthal, Ludwig > [1] 538
Lichterfeld, Frank > [2] 2119
Liebert, Ulrike > [3] 3887
Liebl, Karlhans > [2] 2574
Liedtke, Werner > [2] 2530
Liepelt, Klaus > [1] 209–210, 212, 589, 729
Liesegang, Helmuth C. F. > [3] 3061
Lieser, Erika > [2] 1553
Limbach, Jutta > [2] 2564
Limberger, Gerhard > [2] 2438
Limpert, Martin > [1] 507
Linck, Joachim > [1] 1266
Lindner, Heinrich > [2] 2551, 2557, 2560
Link, Wolfgang > [2] 2580
Links, Christoph > [3] 3718
Linn, Astrid > [2] 2004
Litsch, Martin > [2] 2585
Livingston, Robert G. > [1] 477, 514, 592, 678, 718, 731, 834 • [2] 2109, 2120, 2595
Loch, Werner > [3] 3505
Lock, Stefan > [2] 1592
Lodge, Juliet > [2] 2531
Löbe, Paul > [1] 501–502 • [2] 1727
Löffler, Lothar > [1] 502 • [3] 3440
Lösche, Peter > [1] 107, 131
Löw, Konrad > [1] 483
Loewenberg, Gerhard > [1] 208, 605, 718, 728, 1145, 1162 • [2] 1680, 1781, 2095, 2109, 2517–2518, 2520–2521, 2761, 2836, 2838 • [3] 3509, 3924

- Loewenstein, Karl** > [1] 605
Lohann, Gerhard > [2] 2552
Lohmar, Ulrich > [1] 502–503 • [2] 2836, 2841
Lohmeier, Martin > [1] 392 • [2] 1727, 2809 • [3] 3479
Lompe, Klaus > [1] 499
Lorenz, Jürgen > [1] 1133 • [3] 3479–3480
Luda, Manfred > [1] 503 • [3] 3440
Lübcke, Barbara > [1] 213
Luebke jr., Paul > [1] 217–219
Lück, Wilhelm G. van > [2] 2582
Lücke, Jörg > [3] 3062
Lücke, Paul > [1] 503
Lüdemann, Christian > [2] 2533
Lüders, Marie-Elisabeth > [1] 503
Lüth, Erich > [1] 460
Lütkens, Charlotte > [1] 728
Lütkens, Gerhard > [1] 503
Lutterbeck, Ernst > [3] 3456–3457, 3459
Lutz, Burkart > [2] 2546
Lutz, Egon > [1] 503
- Maas, Christof** > [2] 2584
Mackenbach, Werner > [1] 95
Mäding, Heinrich > [2] 2119
Männle, Ursula > [1] 503
März, Wolfgang > [2] 2117 • [3] 3131
Magiera, Siegfried > [3] 3056, 3059, 3062
Mahler, Michael > [2] 2555–2556
Mai, Manfred > [1] 480, 491, 509
Maier, Friederike > [2] 2555, 2579
Maier, Hans > [1] 531 • [2] 2005, 2556
Maier, Hans E. > [2] 2579
Maihofer, Werner > [1] 503–504 • [2] 2295
Maiwald, Christian > [1] 1266
Majonica, Ernst > [1] 504
Maleck, Bernhard > [1] 523
Maleuda, Günther > [3] 3718
Malinowski, Peter > [2] 2533, 2564, 2580–2581
Mangoldt, Hermann von > [3] 3053
Mann, Hans-Joachim > [3] 3504
Mann, Norbert > [1] 504
Mann, Siegfried > [2] 2535
Marciniak, Friedhelm > [1] 217
Markmann, Heinz > [2] 1781
Marschall, Stefan > [2] 2887 • [3] 3495
Martens, Dirk > [1] 542
Martiny, Anke > [1] 504
Marx, Franz > [1] 504 • [3] 3439
Mattern, Karl-Heinz > [3] 3453
Matthäi, Ingrid > [1] 546, 972
Matthes, Heinz > [2] 2456 • [3] 3428, 3456, 3459–3460, 3924
Matthes, Joachim > [2] 2520–2521
Matthöfer, Hans > [1] 504
Mauil, Hanns > [1] 490
Maunz, Theodor > [3] 3053, 3057, 3060
Maur, Gerda > [2] 2548
Mausberg, Wolfgang > [3] 3450, 3460
- Maydell, Bernd Baron von** > [1] 493 • [2] 2535
Mayer, Hans-Ludwig > [1] 213
Mayer, Marion > [1] 490
Mayntz, Gregor > [3] 3482, 3486
Mayntz, Renate > [1] 539–541 • [2] 2567
Meder, Walter > [3] 3060
Meermann, Hedwig > [1] 504
Mehl, Peter > [1] 468 • [3] 3614
Mehl-Lippert, Heidi > [1] 460
Mehrens, Klaus > [2] 2562
Meinberg, Volker > [2] 2580
Meinike, Erich > [1] 505
Melzer, Michael > [1] 474, 501, 506, 510, 524 • [2] 2511
Mende, Erich > [1] 505
Menzel, Walter > [1] 505–506
Merck, Johannes > [1] 1146, 1232
Merkatz, Hans-Joachim von > [1] 506
Merkel, Wolfgang > [3] 3887
Mersch, Wolf > [1] 729
Mertes, Werner > [1] 493, 506 • [3] 3479
Mertz, C. > [3] 3341
Mettler-Maibom, Barbara > [2] 2296
Metz, Horst > [2] 2530
Meyer, Albert > [2] 2569
Meyer, Andreas > [3] 3018
Meyer, Hans > [1] 288 • [2] 2836, 2846–2847
Meyer, Jürgen > [1] 506 • [2] 2118
Meyer, Rolf > [2] 2296
Meyer, Thomas > [1] 514
Meyer-Waldeck, Wera > [3] 3272
Michaelis, Hans > [2] 2295
Michalowski, Bernhard > [3] 3719
Mickel, Wolfgang > [3] 3503
Mielke, Gerd > [1] 213, 217, 220, 222
Mielke, Siegfried > [2] 2120
Mikat, Paul > [1] 506
Milatz, Alfred > [1] 216
Miltner, Karl > [1] 506
Mintzel, Alf > [1] 80, 84, 91–92, 221, 981
Minz, Hubert > [3] 3062
Mischnick, Wolfgang > [1] 506
Mittelstraß, Jürgen > [2] 2003
Mitter, Armin > [1] 212 • [3] 3718–3719, 3887–3888
Mock, Annette > [2] 2582
Model, Otto > [3] 3055
Möller, Alex > [1] 493, 506 • [3] 3479
Möller, Detlef > [3] 3595
Möller, Franz > [1] 507
Möllhoff, Gerhard > [2] 2572
Moersch, Karl > [1] 507, 728
Mols, Manfred > [1] 503, 1224
Molt, Peter > [1] 206, 218, 220
Mommer, Karl > [1] 507
Moreau, Patrick > [1] 80, 126
Morlok, Jürgen > [1] 495
Morlok, Martin > [3] 3243
Morsey, Rudolf > [1] 1145
Mückenberger, Ulrich > [2] 2535
Mühleisen, Hans-Otto > [1] 221, 503, 1224

- Müller, Albert** > [2] 2520, 2522
Müller, Axel > [2] 2567
Müller, Edda > [2] 2528, 2530, 2532–2533
Müller, Emil-Peter > [1] 647, 668, 679–681, 722, 727, 731–733
Müller, Günther > [1] 507
Müller, Hans-Peter > [1] 97
Müller, Hanswerner > [2] 2374
Müller, Henning > [2] 2555
Müller, Horst > [3] 3925
Müller, Klaus > [3] 3055, 3059, 3062
Müller, Martin > [1] 931, 1229
Müller-Enbergs, Helmut > [1] 80, 542, 544 • [3] 3719, 3896, 3900, 3902
Müller-Hermann, Ernst > [1] 507 • [3] 3440
Müller-List, Gabriele > [2] 2515
Müller-Rommel, Ferdinand > [1] 718 • [2] 2109
Müller-Wigley, Ute > [1] 314
Müller-Witt, Harald > [2] 2568
Münch, Ingo von > [2] 2355–2356 • [3] 3054, 3057
Münke, Stephanie > [1] 215
Müthling, Hans > [1] 508
Mulert, Friederike > [1] 508 • [3] 3440
Murswieck, Axel > [2] 2523, 2833
- Naegele, Gerhard** > [2] 2582–2583
Narzi, Heiderose > [2] 2569
Naschold, Frieder > [2] 2521
Naßmacher, Karl-Heinz > [1] 56, 216
Neidhardt, Friedhelm > [1] 540
Nelles, Arnold Paul > [2] 2552
Netzger, Hans-Joachim > [1] 515
Neu, Viola > [1] 126
Neuhausen, Friedrich > [1] 508
Neuloh, Otto > [2] 2547
Neumaier, Eduard > [3] 3479–3480
Neumann, Erich > [3] 3511
Neumann, Franz > [1] 209
Neumann, Karl-Heinz > [2] 2582
Neunreither, Karlheinz > [2] 1953–1955, 1957, 2514, 2516–2518, 2761, 2774
Neuschäfer, Dietrich > [3] 3503
Neusüß-Hunkel, Ermenhild > [1] 219
Nickels, Christa > [1] 508
Nickl, Michael M. > [2] 2000
Niclaß, Karlheinz > [2] 2527
Niedenhoff, Horst-Udo > [2] 2565
Niederberger, Rolfph > [2] 2569
Niedermayer, Oskar > [1] 80, 86, 222
Niehuss, Merith > [1] 156
Niemann, Ursula > [1] 484
Niemeyer, Horst > [2] 2081–2082, 2084, 2086–2087, 2089 • [3] 3884
Nienhaus, Volker > [2] 1954–1955, 2412–2413
Noack, Paul > [1] 208
Nocke, Joachim > [2] 2564
Noelle[-Neumann], Elisabeth > [1] 207–208, 212 • [3] 3511
- Nohlen, Dieter** > [1] 207
Nolte, Detlef > [2] 2118
Norpoth, Helmuth > [1] 205, 1028
Nowka, Harry > [2] 2523
Nuhn, Heinrich > [1] 219
Nuppnau, Heino > [2] 2562
Nuscheler, Franz > [1] 533
Nutzinger, Hans G. > [2] 2565, 2572
- Obermann, Emil** > [1] 941–942
Oberndorfer, Dieter > [1] 205, 208, 211, 213, 217, 220, 222
Oberreuter, Heinrich > [1] 80, 213–214, 472–473, 479, 481, 483, 486, 489, 491, 493, 498, 501, 504, 506–509, 512, 516, 519, 526, 531, 533, 1224 • [2] 1634, 1636, 2117, 2295, 2523, 2757, 2836, 2843–2844, 2886, 2936 • [3] 3454, 3505, 3927–3928
Oertel, Julius > [3] 3167–3168
Oertel, Lutz > [2] 2523, 2525
Özdemir, Cem > [1] 508
Offe, Claus > [2] 2525
Oldiges, Martin > [3] 3062
Ollesch, Alfred > [1] 481, 508, 510 • [3] 3480
Oppermann, Erich > [2] 2549
Orgaß, Gerhard > [1] 508 • [2] 2114
Osterwald, Egbert > [2] 2522
Ostman von der Leye, Wilderich Freiherr > [1] 509 • [3] 3439
Oswald, Katharina > [2] 2587–2588
Otto, Michael > [3] 3925
- Pampel, Christa** > [1] 1154 • [2] 2034
Panknin, Eva-Maria > [1] 538
Panter-Brick, Keith > [1] 221
Pape, Susanne > [3] 3504
Pappenheim, Anne > [2] 2761, 2773
Pappi, Franz Urban > [1] 207, 213, 232
Parpart, Thomas > [1] 215
Partsch, Karl Josef > [1] 441
Paterson, W[illiam] E. > [1] 208–209, 212–213
Patz, Günther > [2] 2118, 2521
Patzelt, Werner J. > [1] 544–546 • [2] 2003 • [3] 3501, 3509, 3511, 3928
Paul, Ernst > [1] 509 • [3] 3439
Paul, Günter > [2] 2572
Paulssen, Uwe > [2] 2558
Pawelka, Peter > [1] 221
Peckhaus, Doris Maria > [1] 460
Pelster, Theodor > [2] 1997–1999
Perschke-Hartmann, Christiane > [2] 2535–2537, 2585
Pestalozza, Christian > [3] 3053, 3060
Peter, Horst > [1] 509
Petermann, Thomas > [1] 480 • [2] 2292, 2296–2297, 2817, 2833
Petersen, Peter > [1] 215
Pfaff, Anita B. > [2] 2585, 2588
Pfitzer, Albert > [3] 3427

- Philipp, Andrea** > [2] 2584
Philipp, Peter Alexander > [2] 2519, 2522, 2527
Philipp, Udo > [2] 2120
Picht-Hemken, Ruth > [2] 2457
Piel, Edgar > [3] 3511
Pieroth, Bodo > [3] 3054, 3059, 3062
Pieroth, Elmar > [1] 501
Pietzner, Rainer > [2] 2117
Pilz, Roland > [3] 3503
Pinl, Claudia > [1] 478, 480, 484, 486, 494–495, 504, 508, 512, 518
Pirker, Theo > [2] 2546
Pitz-Savelsberg, Elisabeth > [1] 509 • [3] 3439
Plemper, Burkhard > [2] 2583
Plöhn, Jürgen > [1] 856 • [2] 2296
Podlech, Adalbert > [2] 2523, 2554
Pöhle, Klaus > [3] 3544, 3598, 3614
Pohl, Hans > [1] 514 • [3] 3454
Pohl, Hans-Joachim > [2] 2564, 2571
Pohl, Klaus-Peter > [1] 509 • [2] 2589
Pohl, Willi > [1] 95
Pommerin, Reiner > [3] 3272
Potthoff, Erich > [2] 2518, 2547, 2550
Presch, Gunter > [1] 497
Preusker, Uwe Karl > [2] 2528
Preuß, Ulrich K. > [3] 3058
Pridham, Geoffrey > [1] 209
Priebe, Hermann > [2] 2549
Priewe, Jan > [2] 2558
Probst, Albert > [1] 509
Prokop, Siegfried > [3] 3718–3719
Prosi, Gerhard > [2] 2571
Pütz, Peter > [1] 970
Puhe, Henry > [1] 541–542
Pulzer, Peter > [1] 220
Purwin, Hilde > [3] 3479, 3626
Puvogel, Curt > [2] 2518
Pyzalla, Georg > [3] 3504
- Quaritsch, Helmut** > [3] 3428, 3454
Quick, Heinz Joachim > [2] 2817
Quix, Helmut > [1] 80
- Raack, Heinz** > [3] 3341
Radtke, Günter > [1] 207
Radunski, Peter > [1] 145
Rahmsdorf, Peter > [2] 2573
Raiser, Thomas > [2] 2570, 2577
Ramcke, Udo > [2] 2250
Ramsauer, Ulrich > [3] 3061
Ranft, Norbert > [2] 2547
Rangol, Alfred-Johannes > [1] 589, 730
Rapp, Friedrich > [1] 480, 491, 509
Rapp, Heinz > [1] 509
Rappe, Hermann > [1] 509
Raschke, Joachim > [1] 48, 114, 517 • [2] 2836–2837
Rasner, Will > [1] 509
- Rath-Hörburger, Fritz** > [2] 2571
Rathgeber, Richard > [2] 2569
Rattinger, Hans > [1] 153, 208–211, 213, 223, 303
Rauball, Reinhard > [3] 3057, 3061
Rausch, Heinz > [1] 472–473, 479, 481, 483, 486, 489, 491, 493, 498, 504, 506–509, 512, 516, 519, 531, 533 • [2] 2117, 2936 • [3] 3454, 3504, 3927
Rausch-Schicketanz, Sibille > [3] 3504
Rauscher, Theodor > [3] 3503
Rayley, Jörg > [2] 2572
Rebe, Bernd > [1] 499
Rebenstorf, Hilke > [1] 542, 544, 547, 581 • [3] 3509, 3511, 3900–3901
Rebhan, Erdmute > [2] 2456 • [3] 3459
Rechenberg, Hermann > [3] 3056
Rechmann, Bernhard > [1] 217
Recker, Engelbert > [2] 2558
Reckzeh, Wolf-Hartmut > [2] 2117 • [3] 3165
Reents, Jürgen > [1] 510
Reese, Jürgen > [1] 534–535
Rehfeld, Dieter > [2] 2295
Reichelt, Herbert > [2] 2585
Reif, Hans > [1] 510
Reimer, Klaus > [1] 130
Reimers, Stephan > [1] 510
Reinhardt, Helga > [2] 2556
Reischl, Gerhard > [2] 2523
Reissert, Bernd > [2] 2555, 2582
Renger, Annemarie > [1] 481, 508, 510–511 • [3] 3480
Renner, Ingeborg > [3] 3121–3122
Renzsch, Wolfgang > [2] 2534–2535
Repkewitz, Ulrich > [2] 1476
Rettner, Gunter > [3] 3718
Reuband, Karl-Heinz > [1] 211
Reumann, Kurt > [1] 477
Reuschenbach, Peter > [2] 2295
Reuter, Konrad > [2] 2427
Reuter, Ute > [1] 80
Rhode, Barbara > [2] 2565, 2579
Richter, Gerhard > [1] 730, 836, 1146, 1229, 1238
Richter, Maike > [2] 2587
Richter, Max > [2] 2520, 2522
Richter, Ulrich > [2] 2527
Ridder, Helmut > [3] 3058
Riedel, Wolfgang > [2] 2530
Rieder, Werner > [2] 2532
Riege, Gerhard > [1] 493, 511
Riehl-Heyse, Herbert > [3] 3501
Riess, Peter > [2] 2513
Rinck, Hans-Justus > [3] 3053, 3055, 3057, 3060
Rindsfüßer, Christian > [2] 2585, 2588
Ring, Peter > [2] 2560, 2582
Ritter, Gerhard A. > [1] 156
Ritzel, Heinrich G[eorg] > [1] 511 • [2] 1727, 1974 • [3] 3121–3122
Robert, Rüdiger > [2] 2519
Roberts, Geoffrey K. > [1] 212
Robinson, Hans > [1] 521
Rödiger, Jürgen > [2] 2540, 2556, 2560, 2577 • [3] 3455

- Röhner, Paul** > [1] 511
Röhrig, Peter > [1] 208
Röhring, Hans H[elmut] > [1] 1170 • [2] 1634, 1636, 2117–2120, 2757, 2771
Roemheld, Lutz > [1] 1030, 1060
Röper, Erich > [3] 3055
Roeskens, Heribert > [3] 3453
Rogowsky, Jochen > [2] 2546
Rohe, Karl > [1] 217
Rohe, Rainer > [2] 2555, 2582, 2585
Rohlf, Dietwalt > [2] 2117
Rohlf, Horst-Hennek > [3] 3633, 3718
Roll, Hans-Achim > [1] 882 • [2] 1671, 1723, 1728, 1788–1789, 1996, 2082, 2117, 2305, 2456, 2591–2592, 2775, 2786, 2886 • [3] 3122, 3152, 3459, 3461
Rollmann, Dietrich-Wilhelm > [1] 476, 489, 511 • [3] 3439
Rommerskirchen, Klaus > [3] 3502
Rose, Ewald > [1] 537 • [3] 3719
Rose, Klaus > [1] 478, 487, 511–512, 518 • [2] 2119–2120
Rosenbauer, Heinz > [1] 481, 510, 522
Roser, Hans > [1] 512
Rosewitz, Bernd > [2] 2525, 2531
Rossig, Johannes > [3] 3272
Roth, Dieter > [1] 156, 208–211, 213–214, 232, 1028 • [3] 3887
Roth, Rainer A. > [3] 3504
Roth, Reinhold > [1] 208, 215, 730 • [2] 2002, 2526
Roth, Wolfgang > [2] 2295
Rottleuthner, Hubert > [2] 2570, 2577
Rottleuthner-Lutter, Margret > [2] 2576–2577
Rowold, Manfred > [1] 80
Rudzio, Wolfgang > [1] 1166
Rueckert, George L. > [2] 1781
Rüger, Carola > [1] 518
Rüping, Stefan > [1] 218
Rüther, Günther > [1] 497
Rüther, Werner > [2] 2532, 2580
Rüthers, Bernd > [1] 524
Rüttger, Annemarie > [2] 2786, 2886 • [3] 3122
Rüttgers, Jürgen > [1] 512
Ruf, Thomas > [1] 512 • [3] 3440
Ruhl, Klaus-Jörg > [2] 2519
Rummel, Alois > [3] 3480
Rummel, Christoph > [2] 2564
Rump, Paul > [2] 2548
Rusche, Herbert > [1] 512
Ruwenstock, Gunter > [2] 2570
- Saalfeld, Thomas** > [2] 1781–1783
Sachs, Michael > [3] 3055, 3059
Sack, Fritz > [2] 2528, 2531
Säcker, Franz Jürgen > [2] 2572
Säcker, Horst > [2] 2466
Sänger, Fritz > [1] 512, 589, 605–606, 729
Safran, William > [2] 2521
Sahner, Heinz > [1] 215
Sainte-Laguë, André > [2] 2081–2083, 2085–2087, 2090–2092 • [3] 3914
- Sakowsky, Dietrich** > [2] 2554, 2557–2559
Sallmon-Metzner, Carola > [1] 80
Salmuth, Wigand Frhr. von > [1] 488
Sander, Joseph > [3] 3503
Sandow, Jürgen > [2] 1998
Sandschneider, Eberhard > [1] 1146
Sandtner, Walter > [2] 2295, 2298
Sannwald, Rüdiger > [2] 2319
Sarcinelli, Ulrich > [1] 218, 545 • [3] 3503, 3505
Sauer, Birgit > [2] 2004
Sauer, Karl > [2] 2638
Sauter, Alfred > [1] 512
Savelsberg, Joachim J. > [2] 2534
Scammon, Richard M. > [1] 208
Schabowski, Günter > [3] 3719
Schacht, Konrad > [1] 219
Schade, Peter > [3] 3055, 3059, 3062
Schäfer, Friedrich > [1] 297, 512–515, 945, 1255 • [2] 2095, 2119, 2806, 2836, 2842 • [3] 3440, 3479
Schäfer, Hans > [2] 2449
Schäfer, Helmut > [1] 514
Schäfer, Rudolf > [2] 2540, 2552, 2562, 2575, 2579, 2584
Schäfers, Bernhard > [2] 2549, 2552
Schäffer, Heinz > [3] 3456
Schäuble, Wolfgang > [1] 514 • [3] 3719
Schafhausen, F. J. > [2] 2571, 2576
Scharmer, Eckart > [2] 2552, 2584
Scharoun, Hans > [1] 516
Scharpf, Fritz W. > [2] 2523, 2555, 2579
Schasse, Ulrich > [2] 2565, 2572
Schatz, Heribert > [1] 530–531 • [2] 2526, 2528–2530
Schatz-Bergfeld, Marianne > [2] 2530
Schaub, Stefan > [3] 2960
Scheel, Walter > [1] 514
Scheer, Hermann > [1] 514–515
Scheerer, Sebastian > [2] 2526
Scheller, Bertold > [1] 95
Schellhoss, Hartmut > [1] 1164
Schellknecht, Helmut > [3] 3453–3454
Schenck, Guntram von > [2] 2528
Schenk, Christina > [1] 515
Schenke, Wolf-Rüdiger > [2] 2427 • [3] 3060
Schepers, Hans > [2] 2081–2083, 2085–2087, 2089–2092, 2449 • [3] 3460, 3914
Scheuch, Erwin K. > [1] 205, 219–220
Schick, Rupert > [1] 476, 481, 491, 494, 510, 522, 861 • [2] 1723, 2120, 2307, 2809 • [3] 3455–3456, 3472, 3481
Schierenbeck, Bernhard > [2] 2570
Schiffers, Reinhard > [2] 2514–2415
Schillinger, Reinhold > [2] 2516
Schily, Otto > [1] 515
Schindler, Peter > [1] 680 • [2] 1993, 2459, 2461, 2512, 2651 • [3] 2964, 3020, 3402, 3438–3439, 3448, 3453–3454, 3472, 3633, 3919, 3924–3925
Schissler, Jakob > [1] 219
Schlaga, Georg > [1] 515
Schlei, Marie > [1] 515
Schlieper, Inge > [3] 3198, 3272, 3341, 3386, 3495
Schlimbach, Helmut > [1] 61, 1146, 1232, 1242

- Schlosser, Peter** > [2] 2577
Schlote, A. > [2] 2294
Schmädeke, Jürgen > [3] 3341
Schmähl, Winfried > [2] 2582
Schmid, Carlo > [1] 488, 515–516
Schmid, Günther > [2] 2524–2525, 2527, 2554
Schmid, Heinrich > [2] 2524
Schmid, Klaus Peter > [3] 3501
Schmid-Burgk, Sonja > [1] 480, 494, 505, 522
Schmidhuber, Peter M. > [1] 516, 526
Schmidt, Adolf > [1] 516
Schmidt, Alfred > [2] 2518
Schmidt, Eberhard > [2] 2516, 2561
Schmidt, Elfriede > [2] 2562
Schmidt, Georg > [2] 2572
Schmidt, Hannelore > [1] 1163
Schmidt, Hans Dieter > [2] 1999
Schmidt, Helmut > [1] 490, 510, 516
Schmidt, Joachim > [2] 2296
Schmidt, Kurt > [2] 2576
Schmidt, Stephan > [1] 517
Schmidt, Theodor > [1] 216
Schmidt, Ute > [1] 90, 103
Schmidt-Bleibtreu, Bruno > [3] 3054, 3058, 3062
Schmidt-Eichstaedt, Gerd > [2] 2552, 2575, 2579, 2584
Schmidt-Jortzig, Edzard > [1] 516, 1147 • [3] 3060
Schmieg, Günter > [2] 2771
Schmitt, Karl > [1] 211
Schmitt-Vockenhausen, Hermann > [1] 516–517
Schmitt-Vockenhausen, Monika > [2] 2117
Schmittner, Konrad > [2] 2294
Schmölders, Günter > [1] 529–530
Schmollinger, Horst W. > [1] 99–100, 121–122, 130, 135
Schmude, Jürgen > [1] 517
Schnabel, Fritz > [2] 2566
Schnabel, Rudolf K. Fr. > [1] 488, 498, 516, 522, 528
Schnapp, Friedrich E. > [2] 2355 • [3] 3057
Schneider, Albrecht > [2] 2532
Schneider, Bernhard > [2] 2573
Schneider, Franz > [1] 1135
Schneider, Gerd-Peter > [2] 2565
Schneider, Hans > [1] 1378 • [2] 2374
Schneider, Hans-Peter > [1] 28, 296, 434, 475, 490, 494, 496, 519, 605, 608, 676, 718, 728, 732, 861, 882, 896, 1237–1238 • [2] 1486, 1671, 1714, 1721, 1988, 1993, 2020, 2093, 2109, 2117, 2119, 2122, 2180, 2184, 2250, 2301, 2306–2307, 2309, 2316, 2319, 2427, 2449, 2466, 2511, 2637, 2757, 2775, 2783, 2810, 2846, 2938 • [3] 3058, 3061, 3131, 3157, 3185, 3240, 3272, 3402, 3454, 3461, 3544, 3714, 3910
Schneider, Michael > [2] 2523
Schneider, Norbert > [1] 219
Schneider, Peter J. > [3] 3504
Schneider, Rolf > [3] 3056, 3060
Schneider, Volker > [2] 2532
Schnur, Roman > [3] 3454
Schöffberger, Rudolf > [1] 517
Schoeler, Andreas von > [1] 517
Schönbach, Klaus > [1] 208
Schönbauer, Günther > [2] 2529
Schönbaum, David > [1] 219
Schönbohm, Wulf > [1] 535, 547
Schöndube, Claus > [3] 3553
Schönfeldt, Rolf > [1] 96
Schöninger, Karl-Eugen > [2] 2554
Schoettle, Erwin > [1] 517
Scholten, Udo > [2] 2572
Scholz, Bettina > [1] 544 • [3] 3896, 3901
Scholz, Peter > [2] 1671, 2120, 2809, 2886 • [3] 3456, 3480
Scholz, Rupert > [1] 517–518 • [3] 3018, 3053, 3718
Schoof, Eberhard > [2] 2121 • [3] 3481, 3612, 3616, 3618
Schoppe, Waltraud > [1] 518
Schotten, Thomas > [2] 2121 • [3] 3551, 3567, 3595
Schramm, Friedrich > [3] 3456, 3479
Schreckenberger, Waldemar > [1] 1166
Schreiber, Hans-Ludwig > [1] 517
Schreiber, Norbert > [1] 490, 516
Schreiber, Wolfgang > [1] 28, 58
Schreiner, Hermann Josef > [2] 2775 • [3] 3122
Schreiterer, Ulrich > [2] 2570
Schröder, Andreas > [2] 1715
Schroeder, Conrad > [1] 518
Schröder, Gerhard [BMin] > [1] 518
Schröder, Gerhard [MPräs] > [1] 518
Schröder, Herbert > [2] 2526, 2532
Schröder, Meinhard > [2] 2184, 2249 • [3] 3056
Schröder, Michael > [2] 2529
Schröder, Richard > [1] 518
Schrott, Peter > [1] 212
Schuchardt, Helga > [1] 518
Schuckmann, Gunnar von > [1] 217
Schürmann, Martin > [2] 2389 • [3] 3060
Schütt-Wetschky, Eberhard > [2] 2535
Schüttemeyer, Suzanne S. > [2] 2122, 2180, 2384, 2589 • [3] 3508–3509, 3511, 3926
Schütz, Hans > [1] 518 • [3] 3439
Schütz, Klaus > [1] 205, 217, 630, 728
Schütz, Walter J. > [1] 538
Schulte, Bernd > [2] 1711
Schulte, Manfred > [1] 519 • [2] 2117
Schulte, Martin > [3] 3053, 3057, 3060
Schulte, Thomas > [1] 80
Schulte, Wolfgang > [1] 156, 208–211, 213, 232, 1028
Schultz, Fritz-Rudolf > [1] 519
Schultz, Uwe > [1] 500
Schultze, Rainer-Olaf > [1] 207, 211–214
Schulz, Bernhard > [2] 2544, 2562
Schulz, Ekkehard M. > [2] 2556, 2567
Schulz, Günther > [2] 2513, 2517–2518
Schulz, Klaus-Peter > [1] 519
Schulz, Marianne > [1] 80
Schulz zur Wiesch, Jochen > [2] 2561
Schulze, Gerhard > [1] 519 • [3] 3440
Schulze-Fielitz, Helmuth > [2] 2319, 2383, 2390, 2411–2412, 2568
Schumacher, Martin > [1] 605, 609
Schumann, Frank > [3] 3719

- Schumann, Hans-Gerd** > [1] 215 • [3] 3927
Schumann, Siegfried > [1] 211
Schumann, Silke > [2] 2537
Schumann, Volker > [3] 3121
Schunck, Egon > [3] 3055, 3059, 3062
Schwarz, Hans-Peter > [1] 504 • [2] 1486
Schwarz, Karl > [1] 206
Schwarzhaupt, Elisabeth > [1] 519 • [3] 3439
Schwebler, Robert > [1] 522
Schweitzer, Carl-Christoph > [1] 483, 519–520 • [2] 2118
Schweitzer, Michael > [2] 2316 • [3] 3544
Schwencke, Olaf > [1] 520
Sebaldt, Martin > [2] 2183, 2513–2515, 2520–2521, 2526, 2529, 2531, 2533, 2764, 2766
Seeliger, Rolf > [1] 517, 521, 525
Seibert, Gerhard > [2] 2554
Seibt, Peter > [1] 216, 221
Seidel, Harald > [3] 3124
Seidel, Heinz > [2] 2547
Seifert, Jürgen > [1] 518
Seifert, Karl-Heinz > [1] 297 • [3] 3054
Selke, Gisbert W. > [2] 2585
Selling, Peter > [2] 2571
Sellmann, Klaus-Albrecht > [1] 1378
Semlinger, Klaus > [2] 2554
Seuffert, Walter > [1] 520
Shotwell, James T. > [1] 605
Siemer, J. Hermann > [1] 520 • [3] 3439
Silberkuhl, Peter > [3] 3058
Simmler, Franz > [2] 2000–2001
Simon, Barbara > [1] 460
Simon, Helmut > [2] 2523, 2554
Simonis, Heide > [1] 487, 495, 521
Skarpelis, Constantin > [1] 521
Skarpelis-Sperk, Sigrid > [1] 521
Skupnik, Wilfried > [3] 3925
Slotta, Günter > [1] 521
Smid, Menno > [1] 209–210
Søe, Christian > [2] 1999, 2651
Sonntag, Joachim > [2] 2557
Sontheimer, Kurt > [1] 208, 1170 • [2] 1634, 1636, 2117–2120, 2757, 2771
Sorge, Arndt > [2] 2564
Spahn, P. Bernd > [2] 2583, 2585
Spahn, Thomas > [1] 1165
Spanner, Hans > [2] 2560
Spary, Peter > [1] 483
Specht, Uwe > [2] 2548, 2551, 2553–2554
Sperling, Dietrich > [1] 521
Spiekermann, Bernd > [2] 2559
Spillecke, Hermann > [1] 521
Spittmann, Ilse > [3] 3719
Spitzmüller, Kurt > [1] 521
Spitznagel, Eugen > [2] 2555
Spitznagel, Peter > [1] 221
Spo, Eckart > [1] 518
Staab, Joachim Friedrich > [1] 538–539
Staigs, Armin > [2] 2117
Staisch, Peter > [1] 221
Stammen, Theo > [1] 221, 503, 1224
Stammer, Otto > [2] 2517
Starck, Christian > [1] 496 • [3] 3053
Staritz, Dietrich > [1] 118
Stark, Birgit > [2] 2588
Stechow, Christian von > [1] 514
Steffan, E. R. > [2] 2523
Steffani, Winfried > [1] 533 • [2] 1993, 2637, 2757, 2836, 2845 • [3] 3630, 3927
Steger, Ulrich > [1] 521
Steiger, Heinhard > [2] 2301, 2306, 2836, 2839–2840
Stein, Ekkehart > [3] 3058
Steinberg, Heinz Günther > [1] 217
Steinberg, Rudolf > [1] 718 • [2] 2109
Steinert, Heinz > [2] 2528, 2531
Steinhilper, Gernot > [2] 2570
Steiniger, Christian > [2] 2540, 2578
Steininger, Rolf > [2] 2520
Steinke, Rudolf > [1] 116
Steinwedel, Ulrich > [2] 2552
Stephan, Gerd-Rüdiger > [3] 3719
Stern, Klaus > [1] 524 • [2] 2294–2295, 2325, 2511
Sternberger, Dolf > [1] 48, 205–206, 218, 220, 727
Stöhr, Claudia > [2] 2117
Stöss, Richard > [1] 79–80, 83, 86, 96–97, 101, 105, 110–114, 124, 129–130, 133, 137, 222, 544 • [3] 3902
Stöbel, Ulrich > [2] 2573–2574
Stoffregen, Albert > [1] 216
Stoffregen, Matthias > [1] 99
Stoltenberg, Gerhard > [1] 489, 522 • [2] 2518
Stoltenberg, Gudrun > [2] 2513
Stolterfoth, Barbara > [3] 3396
Storbeck, Anna Christine > [1] 441, 1030, 1060, 1439
Storch, Anton > [1] 522 • [3] 3439
Sträter, Ludwig > [2] 2118
Strasser, Johano > [2] 2530
Strauß, Franz Josef > [1] 522
Streng, Franz > [2] 2570, 2572
Striebel, Dieter > [2] 2296
Strube-Edelmann, Birgit > [2] 1476
Struck, Peter > [1] 522
Struff, Richard > [2] 2558–2559
Stuckert, Gerd > [3] 3505
Studentkowski, Heinrich > [3] 3504
Stücklen, Richard > [1] 522
Stüer, Bernhard > [2] 2561
Stüwe, Klaus > [2] 2490
Sturm, Roland > [1] 537–538 • [2] 2119, 2783
Süß, Werner > [2] 1601
Süssmuth, Rita > [1] 523 • [2] 1485, 1501, 1553, 1566, 2121, 2536
Szmula, Volker > [2] 2117
Tegtmeier, Werner > [2] 2547, 2550
Teichert, Volker > [2] 2565, 2572
Teltschik, Horst > [3] 3719
Templin, Wolfgang > [1] 80
Tenhaef, Rainer > [2] 2122, 2180

- Tennstädt, Friedrich** > [1] 207
Tetzner, Reiner > [3] 3719
Thadden, Rudolf von > [1] 499
Thaysen, Uwe > [1] 80, 477, 492, 514, 523, 592, 678, 718, 730–731, 834, 836, 1255 • [2] 2109, 2118, 2120, 2525, 2595, 2836, 2843, 2886, 2935 • [3] 3124, 3511, 3630, 3719, 3927
Theisen, Manuel René > [2] 2572
Thevessen, Elmar > [3] 3501
Thieme, Werner > [1] 525
Thienen, Volker von > [1] 480 • [2] 2296–2297, 2817
Thierse, Wolfgang > [1] 523
Thöne, Michael > [2] 2536, 2586
Thoma, Gerhard > [1] 484
Thränhardt, Dietrich > [1] 221
Thum, Horst > [2] 2515–2516
Töller, Annette Elisabeth > [2] 2121, 2384, 2386, 2589, 2591 • [3] 3616
Toman-Banke, Monika > [1] 145
Treiber, Hubert > [2] 2524–2525
Triesch, Günter > [1] 527, 728–729
Triffterer, Otto > [3] 3456
Troitzsch, Klaus G. > [1] 215–216, 218–219, 303, 556, 570
Troschke, Jürgen von > [2] 2574
Troßmann, Hans > [1] 301–302, 626, 862, 879, 895, 898, 1170–1171 • [2] 1788, 2021, 2250, 2334, 2355, 2775 • [3] 3121–3122, 3152, 3633
Tsatsos, Dimitris Th. > [1] 434
Tudyka, Kurt P. > [2] 2120, 2515–2516
Türk, Hans Joachim > [1] 521
- Uhlig, Eckart** > [2] 2000
Ulbrich, Rudi > [2] 2550, 2552
Ullmann, Arie H. A. > [2] 2562, 2568, 2570–2571, 2576
Ullmann, Wolfgang > [1] 523
Unruh, Georg-Christoph von > [1] 514 • [3] 3454
Uppendahl, Herbert > [1] 478
Urban, Dieter > [1] 217
Uttitz, Pavel > [1] 210
Utz, Arthur F. > [1] 492
- Varain, Heinz Josef** > [1] 215
Veen, Hans-Joachim > [1] 212–213 • [2] 1954, 2638, 2651, 2758–2759, 2761, 2774–2775
Veiders, Wolfgang W. > [1] 217
Verheugen, Günter > [1] 523 • [2] 2121
Verheyen, Hans > [1] 523
Versteyl, Ludger-Anselm > [1] 727 • [3] 3052, 3057
Villmow, Bernhard > [2] 2573, 2583
Virchow, Martin > [1] 630, 728
Vitzthum, Wolfgang Graf > [2] 2117, 2586 • [3] 3128–3129, 3131
Voegeli, Wolfgang > [2] 2563
Völk, Josef Anton > [1] 1439
Völker, Peter > [1] 216
Vogel, Bernhard > [1] 220, 503, 524, 1224
- Vogel, Friedrich** > [1] 524
Vogel, Hans-Jochen > [1] 474, 517, 524–525 • [2] 2523, 2554
Vogel, Klaus > [1] 485, 498 • [2] 2118
Vogel, Rudolf > [1] 525 • [3] 3440
Vogelgesang, Klaus > [1] 1030
Voges, Wolfgang > [2] 2583
Vogt, Ludgera > [2] 1685, 2004
Voigt, Fritz > [2] 2547–2548, 2550
Voigt, Rüdiger > [2] 2570, 2577
Vollmer, Antje > [1] 525
Volmert, Johannes > [2] 2001–2002
Volz, Wolfgang > [3] 3386
Vonderbeck, Hans-Josef > [1] 386 • [2] 1671, 1723, 2117, 2775 • [3] 3124
Vorbeck, Antje > [1] 1146
Vorwerk, Erich > [3] 3460
Voss, Everhard A. > [3] 3453
Vowe, Gerhard > [2] 2295–2296
Vring, Thomas von der > [1] 48
- Waffenschmidt, Horst** > [1] 525
Wagner, Baldur > [1] 209
Wagner, Hardy R. H. > [2] 2548
Wagner, Reinhard > [1] 459–460
Wahl, Rainer > [2] 2295
Waigel, Theodor > [1] 525, 527
Walchshöfer, Alfred > [2] 2576
Walkhoff, Karl-Heinz > [1] 525
Waller-Albrecht, Ulrike > [1] 219
Wallmann, Walter > [1] 525–526
Wallner, Ernst M. > [1] 220
Wallow, Hans > [1] 514, 526
Walter, Franz > [1] 107, 131
Walther, Rudi > [1] 526 • [2] 2119
Walz, Dieter > [2] 2117
Wandersleb, Hermann > [1] 505, 515 • [3] 3272
Wangler, W. > [2] 2520–2521
Warbeck, Hans Joachim > [3] 3719
Warlo, Franz > [2] 2457, 2460 • [3] 3459–3460
Warrikoff, Alexander > [1] 526
Wasem, Jürgen > [2] 2535
Wassener, Dietmar > [2] 2588
Wassermann, Rudolf > [3] 3054
Wassermeyer, Franz > [2] 2565
Webber, Douglas > [2] 2525, 2531, 2535
Weber, Adolf > [2] 2524
Weber, Detlef W. > [2] 2457, 2460 • [3] 3460
Weber, Harald > [2] 1711
Weber, Heinrich > [3] 3503
Weber, Helmut > [2] 2577
Weber, Hermann > [3] 3719
Weber, Jürgen > [1] 718 • [2] 2110–2112 • [3] 3927
Weber, Willi > [1] 209
Weber-Panariello, Philippe A. > [3] 3502
Webler, Wolff-Dietrich > [2] 2563
Weddigen, Walter > [2] 2547, 2550
Wefing, Heinrich > [3] 3272

- Wegehenkel, Peter** > [2] 2551, 2553–2554
Wehland, Gerhard > [2] 2575
Wehling, Hans-Georg > [1] 211, 213 • [2] 2524
Wehner, Herbert > [1] 526
Weichert, Jürgen C. > [2] 2118
Weik, Josef > [1] 460
Weiland, Severin > [3] 3719
Weimer, Stephanie > [2] 2578
Weingarten, Joe > [2] 2585
Weintraud, Ulrike > [2] 2572
Weiskirch, Willi > [1] 526 • [3] 3440
Weißhuhn, Reinhard > [1] 80
Weizsäcker, Richard von > [1] 526
Weller, Günther J. > [1] 634 • [2] 2034 • [3] 3459
Welz, Wolfgang > [2] 2297
Wendt, Hans > [3] 3480
Wengst, Udo > [1] 626, 1145, 1247 • [2] 1483, 2513–2514, 2516
Werhahn, Thomas > [2] 2577
Wermser, Jürgen > [1] 861
Werner, Camilla > [1] 542, 544, 547 • [2] 2936, 2938 • [3] 3509, 3511, 3902
Werner, Ekkehard > [2] 2574
Wernicke, Kurt Georg > [3] 3056, 3428, 3454, 3456–3457, 3459
Wernitz, Axel > [1] 526
Weßels, Bernhard > [1] 542, 544, 547, 581, 718 • [2] 2115, 2179 • [3] 3509, 3511, 3900–3902
Westermann, Harry > [2] 2520
Westphal, Eckhardt > [2] 2529
Westphal, Heinz > [1] 526–527
Westphalen, Raban Graf von > [1] 523 • [2] 2297 • [3] 3926
Wettig, Gerhard > [2] 2517
Wettig, Klaus > [1] 216
Wettig-Danielmeier, Inge > [1] 527
Wewer, Göttrik > [1] 141, 1166 • [3] 3718
Wichard, Rudolf > [1] 216 • [3] 3504
Wiebecke, Ferdinand > [2] 2295
Wieczorek, Norbert > [1] 527
Wieczorek-Zeul, Heidemarie > [1] 527
Wiegand, Günther > [3] 3458
Wielgohs, Jan > [1] 80, 86
Wienand, Karl > [1] 527
Wiesenthal, Helmut > [2] 2531
Wilbers, Joachim > [1] 212
Wild, Peter > [2] 2549
Wildenmann, Rudolf > [1] 205, 208, 219–220, 513 • [3] 3511
Wilhelmer, Michael L. > [1] 384
Wilke, Dieter > [2] 1711
Wilke, Manfred > [1] 97
Wilker, Lothar > [2] 2118, 2120
Wilpert, Bernhard > [2] 2572
Wilstacke, Ludger > [2] 2558–2559
Wilz, Bernd > [1] 527
Wimmer, Michaela > [3] 3719
Windelen, Heinrich > [1] 527 • [2] 2119
Windhoff-Héritier, Adrienne > [2] 2566
Winkelheide, Bernhard > [1] 527 • [3] 3440
Winkler, Martin > [3] 3926
Winter, Thomas von > [2] 2535
Wirtgen, Klaus > [3] 3719
Wischermann, Else Maria > [3] 3458
Wisser, Richard > [1] 524
With, Hans de > [1] 527
Witte, Eberhard > [2] 2565
Witte, Klaus > [2] 2549–2551
Wittrock, Karl > [1] 528
Wörner, Manfred > [1] 528
Wokittel, Astrid > [1] 216
Wolf, Peter > [2] 2120
Wolf, Rainer > [2] 2568
Wolfgramm, Torsten > [1] 528
Wolle, Stefan > [3] 3719
Woller, Hans > [1] 137
Wollmann, Hellmut > [1] 473 • [2] 2539–2540, 2552, 2561, 2563, 2574–2575
Wrangel, Olaf von > [1] 528 • [3] 3440
Württemberg, Thomas > [3] 3056, 3142
Würzburg, H. Gerd > [1] 541–542
Wurbs, Richard > [1] 528
Zabel, Gerhard > [2] 2559
Zander, Ernst > [2] 2572
Zander, Fred > [1] 529
Zapf, Wolfgang > [1] 589, 729, 1164
Zavelberg, Heinz Günter > [1] 487, 526 • [2] 2119
Zeh, Wolfgang > [1] 28, 296, 434, 474–475, 490, 494, 496, 501, 506, 510, 519, 524, 605, 608, 676, 718, 728, 732, 861, 882, 896, 1229, 1231, 1237–1238 • [2] 1486, 1671, 1714, 1721, 1723, 1988, 1993, 2020, 2093, 2109, 2117, 2119, 2122, 2180, 2184, 2250, 2295, 2301, 2306–2307, 2309, 2316, 2319, 2427, 2449, 2466, 2511, 2540, 2560–2561, 2563, 2568, 2637, 2757, 2775, 2783, 2809–2810, 2846, 2938 • [3] 3131, 3157, 3185, 3240, 3272, 3402, 3453–3455, 3457, 3461, 3544, 3714, 3910
Zelle, Carsten > [1] 214
Ziegler, Jörg > [2] 2587
Zierlein, Karl-Georg > [2] 2560
Ziller, Gebhard > [2] 2428
Zimmerling, Sabine > [3] 3719
Zimmerling, Zeno > [3] 3719
Zimmermann, Friedrich > [1] 522 • [2] 2005
Zimmermann, Gabriele > [2] 2565, 2579
Zimmermann, Hans Dieter > [2] 1999
Zimmermann, Klaus > [2] 2562
Zindel, Manfred > [3] 3504
Zinn, Georg-August > [1] 520
Zöpel, Christoph > [1] 481
Zollmann, Günther > [3] 3505
Zülch, Rüdiger > [1] 207
Zumpfort, Wolf-Dieter > [1] 529
Zwahr, Hartmut > [3] 3719
Zweigert, Konrad > [1] 141
Zwoch, Gerhard > [1] 1133 • [3] 3428, 3455–3457, 3459, 3480

31 Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister

Vorbemerkung

Das folgende Verzeichnis mit **Stand 30. April 1999** enthält in alphabetischer Reihenfolge

- in **halbfetter Schrift** die Namen sämtlicher Mitglieder des Bundestages („MdB“) seit seiner Konstituierung am 7. September 1949,*)
- in *Kursivschrift* die Namen der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich seines Vorläufers, der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („MdEP“**), die Namen der Mitglieder der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik („MdVk“***) sowie die Namen sonstiger Personen, die im vorliegenden **Datenhandbuch** erwähnt sind (mit Ausnahme innerhalb der Quellen- und Literaturhinweise).

Bei den **Mitgliedern des Deutschen Bundestages** ist angegeben

- die Dauer ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag, z. B. MdB 3.–11. WP oder MdB 5. WP ab 8. 12. 1966 oder MdB 1.–4. WP, 5. WP bis †,
- ihre Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit sowie ein evtl. Fraktionswechsel, z. B. MdB 1.–5. WP (SPD) oder MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU) oder 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP [FVP]), 3. WP (CDU),
- ein evtl. geographischer Namenszusatz, der im Parlamentsbereich bei Abgeordneten mit gleichem oder ähnlichem Familiennamen zwecks Vermeidung von Verwechslungen üblich ist, z. B. *Carstens* (Emstek), *Manfred*; ist der Namenszusatz nicht in allen Wahlperioden verwendet worden, wird dies durch ein Dreieck vermerkt, z. B. *Schulte* (△Unna), *Manfred*; ein Wechsel des Namenszusatzes ist durch Schrägstrich gekennzeichnet, z. B. *Vogel* (Warendorf/Ennepetal), *Friedrich*,
- der Sterbetag (bei Abgeordneten, die nach Beendigung ihrer Mitgliedschaft verstorben sind, und bei allen sonstigen Personen: soweit die Bundestagsverwaltung davon Kenntnis erhalten hat).

Außer den schon genannten Abkürzungen „MdB“, „MdEP“ und „MdVk“ wird innerhalb des Personenregisters auf wichtige Ämter und Funktionen, die die betreffende Person ausgeübt hat oder ausübt, mit folgenden Abkürzungen hingewiesen:

*) Quelle: Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages

Vgl. auch: Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.–13. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis. Stand: 28. Februar 1998. Bearbeiter: *Josef Weller*, *Dieter Adam* und *Dagmar Kalder*. Bonn 1998 (= Reihe „Materialien“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 127)

***) Quelle: Generaldirektion Wissenschaft und Dokumentation des Europäischen Parlaments

****) Quelle: Sekretariat der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

- BPräs = Bundespräsident
 BTPräs = Bundestagspräsident
 VPräs = Vizepräsident des Deutschen Bundestages
 BRPräs = Bundesratspräsident
 BK = Bundeskanzler
 BMin = Bundesminister
 MPräs = Ministerpräsident eines Bundeslandes (einschließlich Regierender Bürgermeister von Berlin, Bürgermeister von Bremen, Erster Bürgermeister von Hamburg)
 PStS = Parlamentarischer Staatssekretär (einschließlich „Staatsminister“)
 StS = (Beamteter) Staatssekretär
 FrVst = Mitglied des engeren Fraktions- oder Gruppenvorstandes (Vorsitzender, Stellvertreter der Vorsitzender, Parlamentarischer Geschäftsführer, Vorstandsmitglied kraft Amtes, außerdem die Vorsitzenden der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen oder Gruppen)
 AVst = Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender eines Bundestagsausschusses (einschließlich eines Sonderausschusses, Untersuchungsausschusses, einer Enquete-Kommission oder eines anderen parlamentarischen Gremiums)
 MdPR = Mitglied des Parlamentarischen Rates
 WehrB = Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
 BTDiR = Direktor beim Deutschen Bundestag
 Bibl. = Hinweis auf Veröffentlichungen innerhalb der Bibliographie „Parlamentsverständnis der Abgeordneten“ (Abschnitt 2.12)
 Eur = Inhaber von Funktionen innerhalb europäischer parlamentarischer Gremien
 DDR = Inhaber von staatlichen Ämtern und Funktionen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR), d. h. insbesondere im Ministerrat und in der Volkskammer, bis zur „Wende“, aber auch Inhaber von Ämtern und Funktionen innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), d. h. insbesondere Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) und des Politbüros der SED

Auf alle sonstigen Funktionen oder Erwähnungen der betreffenden Person wird mit der Abkürzung „Sonst.“ verwiesen.

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs*, d. h.

- > ① auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > ② auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > ③ auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

Für das Kapitel 36, das aktuelle NACHTRÄGE zu ausgewählten Ausschnitten enthält, wird keine Seitenzahl angegeben, sondern die Bezeichnung des Abschnitts, z. B. N (für „Nachtrag“) 1.1.

Halbfett gesetzt sind bei den Personen bestimmte **Seitenzahlen** innerhalb der Funktionsbezeichnung BPräs, BTPräs, VPräs, BK, BMin, PStS, FrVst und WehrB. Sie weisen auf zentrale Eintragungen zur Wahl und Amtszeit dieser Funktionsinhaber hin, bei FrVst beschränkt auf die Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen.

Hinweis

Die hier verwendeten Abkürzungen der Parteien und Fraktionen sind im anschließenden Sachregister zu finden.

A

Abelein, Manfred

MdB 5.–11. WP (CDU)

Eur > [3] 3604

Bibl. > [1] 472

Sonst. > [1] 247, 249, 253, 258, 586 • [2] 2483, 2485, 2910 • [3] 3079

Abreß, Hubert

StS > [1] 1096

Achenbach, Ernst († 2. 12. 1991)

MdB 3.–7. WP (FDP)

FrVst > [1] 735, 963, 1001

MdEP 16. 10. 1964 – 19. 1. 1977 (FDP)

Eur > [3] 3593

Sonst. > [1] 418, 464

Achenbach, Klaus

StS > [3] N 6.3

Achterberg, Herwart

Sonst. > [1] 95

Ackermann, Annemarie († 18. 2. 1994)

MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 16. 1. 1965 (CDU)

Ackermann, Else

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP ab 22. 10. 1991 (CDU)

MdVsk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1577, 1916

Adam, Ulrich

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1883

Adam-Schwaetzer, Irmgard

siehe Schwaetzer, Irmgard

Adams, Rudi

MdB 5. WP ab 8. 12. 1966, 6.–8. WP (SPD)

MdEP 21. 1. 1970–16. 7. 1979 (SPD)

Eur > [3] 3590

Adelmann, Raban Graf († 25. 1. 1992)

MdB 3. WP (CDU)

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Adenauer, Konrad († 19. 4. 1967)

MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (CDU)

BK > [1] 51, 108, 112, 146–147, 594–597, 604, 735, 842, 883, **1019–1020**, 1025–1026, 1028–1032, 1034–1037, 1039, 1118–1119, 1123–1124, 1126, 1128, 1133, 1137–1139, 1145, 1152, 1154–1156, 1158, 1160–1161, 1164, 1166, 1170, 1174–1175, 1189–1192, 1213–1214, 1221–1223, 1250, 1442, 1444, 1446, 1448 • [2] 1486–1491, 1662, 1682, 1735, 1737, 1740, 1742, 1782, 1989, 1997–2000, 2010–2012, 2515, 2517, 2520, 2764, 2803, 2806, 2810, 2890, 2892–2893 • [3] 3189–3190, 3345, 3485, 3635–3636, 3638, 3642, 3644–3645BMin > [1] 735, **1031–1032**, 1068, 1124–1125, 1158, 1160–1161, 1213 • [3] 3639FrVst > [1] 735, 863, **948**, 950

MdPR > [1] 611, 614, 625

Bibl. > [1] 473

Sonst. > [1] 53, 90–91, 108, 112, 146, 241, 243, 245, 247, 286, 408, 461, 499, 505, 560, 566–567, 614, 894, 984, 1118–1119, 1136–1137, 1139, 1145, 1160–1161, 1221 • [2] 1986, 2016, 2657, 2889 • [3] 3068, 3189, 3275, 3277, 3634, 3646–3648

Adler, Brigitte

MdB 11.–14. WP (SPD)

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [2] 1867, 2931

Adorno, Eduard

MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 21. 8. 1972 (CDU)

PStS > [1] 735, **1085** • [3] 3169–3170

FrVst > [1] 735, 950

Sonst. > [1] 246–247, 249, 427, 452

Aerssen, Jochen van († 9. 1. 1992)

MdB 8.–9. WP (CDU)

MdEP 19. 1. 1977–24. 7. 1989 (CDU)

Bibl. > [1] 473

Sonst. > [1] 253, 255, 469

Agartz, Viktor († 9. 12. 1964)

Sonst. > [1] 620–621

Agatz, Willi († 29. 8. 1957)

MdB 1. WP (KPD)

Sonst. > [1] 611, 1174 • [2] 1793

Agsten, Rudolf

DDR > [2] 1497 • [3] 3781

Ahlers, Conrad († 19. 12. 1980)

MdB 7. WP, 8. WP bis 7. 3. 1980 (SPD)

StS > [1] 932–933, 1063

Sonst. > [1] 413, 429 • [2] 2651–2653 • [3] 3644

Ahnfeld, Lutz

DDR > [3] 3756

Ahrendt, Lothar

DDR > [3] 3782, 3918

Ahrens, Adolf († 21. 1. 1957)

MdB 1. WP (DP)

Sonst. > [1](#) 566**Ahrens (Salzgitter), Hermann** († 14. 7. 1975)

MdB 5. WP (SPD-Gast)

Sonst. > [1](#) 111**Ahrens, Karl**

MdB 6.–11. WP (SPD)

Eur > [3](#) 3546–3547, 3549Sonst. > [1](#) 252 • [2](#) 1817**Aigner, Heinrich** († 24. 3. 1988)

MdB 3.–8. WP (CSU)

MdEP 29. 11. 1961 bis † (CSU)

Eur > [3](#) 3593Sonst. > [1](#) 244, 246, 248–249, 251, 254, 416, 469**Aigner, Ilse**

MdB 14. WP (CSU)

Alber, Siegbert

MdB 6.–8. WP (CDU)

MdEP ab 19. 1. 1977 (CDU)

Eur > [3](#) 3547, 3549, 3590, 3594**Albers, Johannes** († 8. 3. 1963)

MdB 1.–2. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 735, 948AVst > [1](#) 735 • [2](#) 2037Sonst. > [1](#) 407, 461**Albertz, Heinrich** († 18. 5. 1993)MPPräs > [1](#) 1450Sonst. > [1](#) 419 • [2](#) 2891**Albertz, Luise** († 1. 2. 1979)

MdB 1.–5. WP (SPD)

AVst > [1](#) 649, 735 • [2](#) 2035, 2041, 2046 • [3](#) 3123Sonst. > [1](#) 412, 461, 614**Albowitz, Ina**

MdB 12.–13. WP (FDP)

FrVst > [1](#) 654, 656, 735, 965 • [2](#) 2756AVst > [1](#) 891–892 • [3](#) 3436Sonst. > [2](#) 2920 • [3](#) 3391**Albrecht (Hamburg), Ernst** († 1. 12. 1991)

MdB 2. WP ab 11. 5. 1956 (CDU)

Sonst. > [1](#) 463, 917*Albrecht, Ernst*BRPräs > [3](#) 3193MPPräs > [1](#) 1454, 1456, 1458 • [3](#) 3656*Albrecht, Karl*Sonst. > [1](#) 620**Albrecht, Lisa** († 16. 5. 1958)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)

Albrecht, Michael

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1577*Albrecht, Petra*

MdVk 10. WP (PDS)

*Albrecht, Susanne*Sonst. > [3](#) 3832*Alemann, Mechthild von*

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 und 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (FDP)

Alltschekow, Peter

MdB 12. WP ab 3. 8. 1994 (SPD)

*Altenburg, Wolfgang*Sonst. > [2](#) 2238*Altenhain, Gustav*Sonst. > [1](#) 620**Alten-Nordheim, Odal von**

MdB 6.–7. WP (CDU)

Althammer, Walter

MdB 4.–9. WP, 10. WP bis 14. 4.1985 (CSU)

FrVst > [1](#) 735, 953, 955, 982AVst > [1](#) 735 • [2](#) 2054, 2193Bibl. > [1](#) 473Sonst. > [1](#) 246, 248, 250–251, 254, 256, 259, 431, 567, 585, 1176, 1184 • [2](#) 2914–2915**Altherr, Walter Franz**

MdB 12. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2076Sonst. > [2](#) 1930**Altmaier, Jakob** († 8. 2. 1963)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)

Altmaier, Peter

MdB 13.–14. WP (CDU)

Sonst. > [3](#) 3225*Altmann, Beate*Sonst. > [1](#) 117*Altmann, Eckhard*

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3](#) 3912**Altmann (Pommelsbrunn), Elisabeth**

MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1](#) 1188*Hinweis*Bei **Namen in Fettdruck** handelt es sich um **Mitglieder des Bundestages**.

Altman (Aurich), **Gila**

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 PStS > [3](#) N 6.3
 Sonst. > [1](#) 1188

Altmeier, Peter († 28. 8. 1977)

BRPräs > [3](#) 3190, 3192
 MPräs > [1](#) 1441, 1445, 1447, 1449, 1451
 Sonst. > [1](#) 412

Altwater, Wilhelm

MdB 3. WP ab 22. 9. 1960 (SPD)

Altwein, Erich F. W.

Sonst. > [1](#) 621

Amberg, Werner

MdEP 13. 2. 1987–24. 7. 1989 (SPD)

Amelunxen, Rudolf († 21. 4. 1969)

MdB 1. WP bis 7. 10. 1949 (Z)
 MPräs > [1](#) 444, 857, 1441
 Sonst. > [1](#) 409, 422, 444, 614 • [3](#) 3186

Amende, Andreas

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVtk 10. WP (SPD)
 Sonst. > [2](#) 1577

Amling, Max

MdB 7.–11. WP (SPD)
 Sonst. > [2](#) 1856, 1863

Amrehn, Franz († 4. 10. 1981)

MdB 6.–8. WP, 9. WP bis † (CDU)
 Eur > [3](#) 3546, 3548–3549
 Sonst. > [1](#) 413, 560 • [2](#) 1803

Anbuhl, Jürgen

MdB 6. WP ab 3. 11. 1970, 7. WP (SPD)

Anders, Artur († 13. 7. 1976)

MdB 4. WP ab 17. 4. 1963 (SPD)

Anders, Georg († 24. 5. 1972)

StS > [1](#) 1071

Anders, Reinhard

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3](#) 3913

Andrae, Alexander

Sonst. > [1](#) 100

Andre, Joseph

Sonst. > [1](#) 620

Andrée, Ernst

Sonst. > [1](#) 620

Andres, Bernhard

Sonst. > [1](#) 89

Andres, Gerd

MdB 11.–14. WP (SPD)
 PStS > [3](#) N 6.3
 FrVst > [1](#) 736, 1000
 Sonst. > [2](#) 1863, 1896

Angermeyer, Joachim († 8. 5. 1997)

MdB 8. WP (FDP)

Annies, Dieter

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
 MdVtk 10. WP (FDP → Die Liberalen)
 Sonst. > [2](#) 1577

Ansorge, Maria († 11. 7. 1955)

MdB 1. WP ab 17. 11. 1951 (SPD)
 Sonst. > [1](#) 611

Antretter, Robert

MdB 9.–13. WP (SPD)
 AVst > [3](#) 3615
 Eur > [3](#) 3546, 3548
 Sonst. > [2](#) 1909, 1952

Antwerpes, Franz Josef

Sonst. > [3](#) 3308

Anys, Lothar

MdVtk 10. WP (DSU)

Apel, Hans

MdB 5.–11. WP (SPD)
 BMin > [1](#) 736, 843, **1047–1048**, **1050**, 1076, 1086,
 1115, 1181–1182, 1196, 1217–1218 • [2](#) 1674 •
[3](#) 3172, 3655
 PStS > [1](#) 736, **1069**, 1115
 FrVst > [1](#) 736, 975–977, 998
 AVst > [1](#) 736, 840 • [2](#) 2057
 MdEP 9. 12. 1965–21. 1. 1970 (SPD)
 Bibl. > [1](#) 473
 Sonst. > [1](#) 250, 252, 567, 586, 1178–1179, 1183–1185
 • [2](#) 1674, 2772, 2912, 2915 • [3](#) 3260, 3631

Apel, Wilhelm

Sonst. > [1](#) 620

Appel, Reinhard

Sonst. > [3](#) 3495

Ardenne, Manfred von († 26. 5. 1997)

Sonst. > [3](#) 3757

Arendt ([^]Wattenscheid), **Walter**

MdB 4.–8. WP (SPD)
 BMin > [1](#) 736, **1044**, **1046–1047**, 1083, 1178–1180
 FrVst > [1](#) 736, 975
 MdEP 29. 11. 1961–21. 1. 1970 (SPD)
 Sonst. > [1](#) 253, 255

Aretin, Anton Freiherr von († 12. 6. 1981)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
 Sonst. > [1](#) 461, 566, 911 • [2](#) 1794

Arndgen, Josef († 20. 9. 1966)

MdB 1.–4. WP (CDU)
 FrVst > [1] 736, 949
 AVst > [1] 736 • [2] 2037, 2039, 2044, 2048
 Sonst. > [1] 244, 408, 444 • [2] 2240 • [3] 3237

Arndt (^ΔBerlin/Köln), **Adolf** († 13. 2. 1974)

MdB 1.–5. WP (SPD)
 FrVst > [1] 736, 974, 996, 1008, 1010 • [2] 2894
 AVst > [2] 2038, 2043, 2189
 Bibl. > [1] 473–474
 Sonst. > [1] 411, 450, 516, 614, 623, 633 • [2] 1794, 1977, 2467, 2469, 2471, 2482 • [3] 3073, 3289, 3345

Arndt (Hamburg), **Claus**

MdB 5. WP ab 4. 6. 1968, 6. WP, 7. WP ab 20. 5. 1974 (SPD)
 AVst > [2] 2056, 2193, 2254
 Bibl. > [1] 474–475 • [3] 3440
 Sonst. > [1] 633 • [2] 1802, 1805, 1809

Arndt (Berlin), **Klaus Dieter** († 29. 1. 1974)

MdB 5.–6. WP, 7. WP bis † (SPD)
 PStS > [1] 736, 1078, 1178
 FrVst > [1] 401, 736, 975
 MdEP 2. 2. 1971 bis † (SPD)
 Sonst. > [1] 411, 1177, 1179 • [2] 1801

Arndt, Matthias

Sonst. > [1] 95

Arndt, Rudi

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)
 AVst > [3] 3614
 Eur > [3] 3591

Arnholz, Otto († 7. 10. 1988)

MdB 1.–2. WP (SPD)
 AVst > [2] 2038
 Sonst. > [2] 1977

Arnim, Hans Herbert von

Sonst. > [1] 318 • [3] 3209, 3211

Arnold, Gottfried

MdB 4.–9. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 567, 633

Arnold, Karl († 29. 6. 1958)

MdB 3. WP bis † (CDU)
 BRPräs > [3] 3190
 MPräs > [1] 51, 108–109, 857, 1136, 1441, 1445 • [2] 1986 • [3] 3273, 3275, 3640
 FrVst > [1] 406, 736, 949
 Sonst. > [1] 243, 406, 464, 633, 1136 • [3] 3186

Arnold, Rainer

MdB 14. WP (SPD)

Arnold, Thea († 26. 1. 1966)

MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU; 9. 12. 1952 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 112, 911, 913, 1012

Arnoul, Wilhelm

Sonst. > [1] 620

Artzinger, Helmut († 2. 10. 1996)

MdB 4.–7. WP (CDU)
 MdEP 9. 12. 1965–19. 1. 1977 (CDU)
 Sonst. > [1] 247, 249

Aschoff, Albrecht († 11. 8. 1972)

MdB 4. WP (FDP)
 AVst > [1] 736 • [2] 2051
 MdEP 29. 11. 1961–16. 1. 1963 (FDP)

Assmann, Heinz

MdB 9. WP ab 24. 2. 1983 (SPD)

Atzenroth, Karl († 18. 6. 1995)

MdB 1.–4. WP (FDP)
 FrVst > [1] 737, 1001
 AVst > [1] 737 • [2] 2042, 2052
 Sonst. > [1] 420, 1175 • [2] 1793, 1795, 1797–1798, 1799

Auch, Dieter

MdB 9. WP (SPD)

Auerbach, Walter († 23. 3. 1975)

StS > [1] 1083

Auge, Heinrich († 21. 2. 1977)

MdB 3.–5. WP (SPD)

Augstein, Hans-Jürgen

MdB 7.–8. WP (SPD)
 Sonst. > [1] 253

Augstein (Hamburg), **Rudolf**

MdB 7. WP bis 24. 1. 1973 (FDP)
 Sonst. > [1] 427 • [2] 2470 • [3] 3210–3211, 3644

Augustin, Anneliese

MdB 10. WP ab 13. 1. 1984, 11. WP ab 6. 12. 1989, 12.–13. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1890, 1931

Augustinowitz, Jürgen

MdB 12.–13. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 569 • [2] 1881, 1889, 1901, 1909, 1921, 1930, 1938, 1950 • [3] 3177–3178

Auhagen, Hendrik

MdB 10. WP ab 17. 4. 1985 (GRÜNE)

Aumer, Hermann († 30. 5. 1955)

MdB 1. WP (BP; 8. 9. 1950 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 909

Aurich, Eberhard

DDR > [2] 1494

Aust, Ernst († 25. 8. 1985)

Sonst. > [1] 119

Austermann, Dietrich

MdB 9. WP ab 16. 4. 1982, 10.–14. WP (CDU)

Bibl. > [1] 475

Sonst. > [2] 1865, 1872, 1883, 2195

Axen, Hermann († 15. 2. 1992)

DDR > [2] 1492, 1495–1496 • [3] 3751

Sonst. > [3] 3758, 3769

Axthelm, Hans-Henning

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3903

B**Baack, Herbert**

MdB 6.–9. WP (SPD)

AVst > [2] 2065

Sonst. > [1] 250, 253, 255, 257

Baade, Fritz († 15. 5. 1974)

MdB 1.–4. WP (SPD)

AVst > [2] 2037

Sonst. > [1] 411, 611

Baake, Rainer

StS > [3] N 6.3

Babel, Gisela

MdB 12.–13. WP (FDP)

FrVst > [1] 654, 656, 737, 1003

Sonst. > [1] 1187 • [2] 1885, 1902

Bach, Franz Josef

MdB 6. WP (CDU)

Bach, Robert († 10. 6. 1976)

MdB 3. WP ab 27. 10. 1959 (SPD)

Bachmaier, Hermann

MdB 10.–14. WP (SPD)

AVst > [1] 737 • [2] 2198 • [3] N 9.2

Sonst. > [2] 1886, 1899

Bachmann, Kurt († 13. 2. 1997)

Sonst. > [1] 98

Backhaus, Till

MdVvk 10. WP (SPD)

Backofen, Timo

MdVvk 10. WP (DSU)

DDR > [3] 3905

Baden, Eberhard

Sonst. > [2] 2473–2474

Baden, Manfred

StS > [1] 1084

Baden, Prinz Max von († 6. 11. 1929)

Sonst. > [1] 597–598

Bading, Harri († 12. 6. 1981)

MdB 3.–5. WP (SPD)

MdEP 4. 6. 1964–21. 1. 1970 (SPD)

Bibl. > [1] 475

Sonst. > [2] 2182, 2243

Badura, Peter

Sonst. > [2] 2478–2479

Bärsch, Siegfried

MdB 1.–3. WP (SPD)

Sonst. > [1] 566

Baeuchle, Hans-Joachim

MdB 6. WP (SPD)

Bäuerle, Willi († 1. 2. 1996)

MdB 4. WP ab 31. 5. 1963, 5.–7. WP (SPD)

Bäumer, Rudolf († 25. 9. 1973)

MdB 3.–4. WP (SPD)

Bahlburg, Wilhelm († 17. 2. 1958)

MdB 1. WP (DP; 7. 9. 1951 → fraktionslos; 23. 1. 1952 → DP-Gast; 4. 9. 1952 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 461, 910–911, 913 • [2] 2903–2904

Bahner, Dietrich

MdB 8. WP ab 12. 9. 1979, 9. WP (CDU)

Bahner, Dietrich († 11. 3. 1987)

Sonst. > [1] 83, 102

Bahr, Egon

MdB 7.–11. WP (SPD)

BMin > [1] 737, 1046, 1048, 1064, 1103, 1106, 1179, 1197, 1216 • [2] 2710 • [3] 3654

StS > [1] 1063

Bibl. > [1] 475

Sonst. > [1] 1063–1064, 1182 • [2] 1492–1493, 2014, 2772

Bahr, Ernst

MdB 13.–14. WP (SPD)

Baier (^ΔBuchen/Mosbach), **Fritz**

MdB 2. WP ab 26. 6. 1956, 3.–7. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1803, 1806, 2913

Baldauf, Albert († 25. 10. 1991)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1] 246

Balke, Siegfried († 11. 6. 1984)

MdB 3.–5. WP (CSU)

BMin > [1] 737, 1033, 1035–1036, 1091, 1100, 1124, 1142, 1147, 1213–1214 • [3] 3645

Sonst. > [1] 414

Balkenhol, Bernhard

MdB 3.–6. WP (CDU)

Sonst. > [1] 244, 246–247, 249

Ballof, Walter († 7. 10. 1957)

Sonst. > [1] 621

Bals, Hans

MdB 2.–6. WP (SPD)

Balser, Frolinde

MdB 8. WP ab 14. 8. 1979 (SPD)

Balt, Monika

MdB 14. WP (PDS)

Baltes, Andreas

MdB 5. WP ab 15. 12. 1967 (SPD)

Bamberg, Georg

MdB 9. WP ab 2. 2. 1981, 10.–11. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1828, 1856, 1867, 2924

Bangemann, Martin

MdB 7.–8. WP, 11. WP bis 5. 1. 1989 (FDP)

BMin > [1] 737, 1053–1054, 1079, 1149, 1161–1162, 1185, 1201–1202, 1219, 1261 • [2] 2216, 2720, 2722 • [3] 3661–3662, 3665

FrVst > [1] 737, 1002

MdEP 14. 2. 1973–27. 6. 1984 (FDP)

Eur > [3] 3591

Sonst. > [1] 108, 431, 986, 1161–1162, 1179, 1181 • [3] 3662

Banse, Wilhelm († 16. 4. 1965)

MdB 2. WP (SPD)

Barbe, Angelika

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12. WP (SPD)

MdVsk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1577 • [3] 3913

Sonst. > [2] 1577, 1907, 1939, 1944–1945 • [3] 3155

Barche, Hermann

MdB 5. WP ab 14. 4. 1967, 6.–7. WP (SPD)

Bibl. > [1] 476 • [3] 3440

Bard, Sabine

MdB 10. WP bis 31. 3. 1985 (GRÜNE)

FrVst > [1] 737, 968, 987

AVst > [1] 652, 737, 841 • [2] 2070

Sonst. > [2] 1819, 2820

Bardens, Hans

MdB 5.–9. WP (SPD)

Sonst. > [1] 253 • [2] 1748

Bardong, Otto

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 und ab 19. 7. 1994 (CDU)

Bargatzky, Walter († 4. 11. 1998)

StS > [1] 1090

Bargfrede, Heinz-Günter

MdB 12.–13. WP (CDU)

Baring, Arnulf

Sonst. > [3] 3203

Barlage, Heinrich († 18. 4. 1968)

MdB 2. WP (CDU)

Sonst. > [1] 241

Barnett, Doris

MdB 13.–14. WP (SPD)

AVst > [3] N 9.2

Barón Crespo, Enrique

Eur > [3] 3560

Barschel, Uwe († 11. 10. 1987)

MPräs > [1] 1456, 1459 • [2] 2721

Sonst. > [1] 415 • [3] 3673

Bartels, Albert

Sonst. > [1] 110

Bartels, Hans-Peter

MdB 14. WP (SPD)

Bartels, Wolfgang († 13. 12. 1975)

MdB 3. WP (CDU)

Barth, Heinrich

StS > [1] 1088

Barthel (Berlin), **Eckhardt**

MdB 14. WP (SPD)

Barthel (^ΔStarnberg), **Klaus**

MdB 13.–14. WP (SPD)

AVst > [3] N 9.2

Barthel, Lothar

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVsk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1577

Barthle, Norbert

MdB 14. WP (CDU)

Bartning, Otto

Sonst. > [3] 3345

Bartoszewski, Wladisław

Sonst. > [2] 1672, 2018

Bartram, Walter († 29. 9. 1971)

MdB 1. WP ab 13. 5. 1952, 2. WP (CDU)

MPräs > [1] 857, 1444

Sonst. > [1] 295, 410

Bartsch, Dietmar

MdB 14. WP (PDS)

Bartsch, Holger

MdB 12. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1932

Bartsch, René

Sonst. > [1] 117

Bartsch, Willy († 9. 6. 1988)

MdB 4. WP ab 23. 10. 1963, 5.–6. WP (SPD)

Sonst. > [1] 932

Barzel, Rainer

MdB 3.–10. WP (CDU)

BTPräs > [1] 737, 867, 869, 889–890 • [2] 1493, 1694, 1702–1703, 1754, 2070, 2921–2922, 2947 • [3] 3188, 3193, 3202, 3218, 3308, 3388, 3660–3661

BMin > [1] 737, 842, 1038, 1052, 1099, 1214

FrVst > [1] 737, 838, 865–866, 931, 949–952, 953, 983–984, 1119–1120, 1168, 1229–1231, 1240 • [3] 3646, 3653

AVst > [1] 737, 889–890 • [2] 2063, 2065, 2070

Bibl. > [1] 476

Sonst. > [1] 53, 91, 147, 244–245, 247, 249, 251, 253, 585, 600, 983–984, 1025, 1028, 1119–1120, 1175–1181, 1225, 1229–1231, 1236, 1238 • [2] 1999, 2013, 2772, 2899 • [3] 3188, 3651

Bashford, Mike

Sonst. > [1] 132

Basten, Franz Peter

MdB 13. WP (CDU)

Bastian, Gert (1. 10. 1992 für † erklärt)

MdB 10. WP (GRÜNE; 10. 2. 1984 → fraktionslos; 18. 3. 1986 → GRÜNE)

Sonst. > [1] 418, 927, 1184 • [2] 1818, 2712 • [3] 3175, 3661–3662

Batz, Hans († 25. 9. 1986)

MdB 6.–8. WP (SPD)

AVst > [2] 2064

Batz, Richard

Sonst. > [1] 110, 128

Bauer, Gerd

MdB 13. WP ab 4. 6. 1998 (SPD)

Bauer (Würzburg), **Hanns Heinz**

MdB 2.–6. WP (SPD)

AVst > [1] 737 • [3] 2053

MdPR > [1] 611, 614

Eur > [3] 3546–3547

Sonst. > [2] 2911, 2913

Bauer, Harald

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1577

Bauer (Wasserburg), **Josef** († 15. 7. 1989)

MdB 2.–5. WP (CSU)

FrVst > [1] 982

Sonst. > [1] 244, 246, 248, 465, 1177

Bauer, Reinhard

Sonst. [1] 105

Bauer, Wolf

MdB 11.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1839

Bauereisen, Friedrich († 14. 1. 1965)

MdB 1.–3. WP (CSU)

Sonst. > [1] 245 • [3] 2990

Bauknecht, Bernhard († 23. 10. 1985)

MdB 1.–5. WP (CDU)

AVst > [1] 738 • [2] 2044, 2048, 2051, 2054

Sonst. > [1] 241–242, 244, 246–247, 415, 461

Baum, Gerhart Rudolf

MdB 7.–12. WP (FDP)

BMin > [1] 738, 1048, 1050, 1072, 1115, 1182, 1218, 1234, 1252 • [2] 1674 • [3] 3153, 3656, 3658

PStS > [1] 738, 884, 1071–1072, 1115 • [2] 1674

Bibl. > [1] 476

Sonst. > [1] 1185–1186, 1236 • [2] 1605, 1674, 1676–1677, 1842, 1849, 1852, 1881, 1885, 1889, 1897

Baumann, Günter

MdB 14. WP (CDU)

Baumeister, Brigitte

MdB 12.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 654–655, 738, 957–958 • [2] 2756–2757 • [3] N 5.7

AVst > [1] 891–892

Sonst. > [2] 1881

Baumgärtel, Gerhard

DDR > [2] 1521 • [3] 3918

Baumgarten, Paul († 9. 10. 1984)

Sonst. > [3] 3289, 3346–3348, 3360

Baumgartner, Josef († 21. 1. 1964)

MdB 1. WP bis 1. 1. 1951 (BP)

Sonst. > [1] 85, 106, 407, 422, 461, 983 • [2] 1976

Baur (Württemberg), **Georg** († 1. 4. 1975)

MdB 1. WP (CDU)

Sonst. > [1] 614

Baur (Augsburg), **Valentin** († 25. 6. 1971)

MdB 1.–3. WP (SPD)

Sonst. > [1] 614

Baurichter, Kurt († 13. 9. 1974)

Sonst. > [1] 621

Bausch, Paul († 1. 9. 1981)

MdB 1.–4. WP (CDU)

AVst > [1] 738 • [2] 2042

Bibl. > [1] 476

Sonst. > [1] 413, 461, 611, 614 • [2] 1984, 2904

Bay, Hans

MdB 3. WP ab 20. 12. 1960, 6. WP (SPD)

Hinweis

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

Bayer, Alfred

StS > [1](#) 1094

Bayerl, Alfons

MdB 5. WP ab 27. 10. 1967, 6.–8. WP (SPD)

PStS > [1](#) 738, **1074**

AVst > [2](#) 2193

MdEP 18. 9. 1974–16. 7. 1979 (SPD)

Bayern, Konstantin Prinz von († 30. 7. 1969)

MdB 5. WP bis † (CSU)

Sonst. > [1](#) 409

Bayha, Richard († 3. 11. 1993)

MdB 8.–11. WP, 12. WP bis † (CDU)

Bazille, Helmut († 5. 5. 1973)

MdB 1.–5. WP (SPD)

AVst > [1](#) 738 • [2](#) 2052

Sonst. > [1](#) 410, 566

Bebel, August († 13. 8. 1913)

Sonst. > [1](#) 131

Becher, Johannes R. († 11. 10. 1958)

Sonst. > [3](#) 3789

Becher (Pullach), **Walter**

MdB 5.–8. WP (CSU)

Bibl. > [1](#) 476

Sonst. > [1](#) 111 • [2](#) 1803, 1806, 1811

Bechert ([^]Gau-Algesheim), **Karl** († 2. 4. 1981)

MdB 3.–6. WP (SPD)

AVst > [1](#) 738 • [2](#) 2052

Sonst. > [1](#) 413, 567

Bechstein, Gunter

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Beck, Kurt

MPräs > [1](#) 1461

Beck (Bremen), **Marieluise**

(während der 10. und 11. WP Beck-Oberdorf, Marieluise)

MdB 10. WP bis 14. 4. 1985, 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1](#) 652, 656, 738, 839, 968, 1004 • [3](#) 3083

Avst > [2](#) 2074

Bibl. > [1](#) 476

Sonst. > [1](#) 569, 1184, 1187

Beck (Köln), **Volker**

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1](#) 1010

Beck-Oberdorf, Marieluise

siehe Beck, Marieluise

Becker (Mönchengladbach), **Curt** († 27. 2. 1987)

MdB 3. WP, 4. WP ab 11. 6. 1964, 6.–7. WP (CDU)

Bibl. > [1](#) 476 • [3](#) 3439

Sonst. > [1](#) 249, 568 • [2](#) 1748, 1809

Becker (Hamburg), **Fritz** († 22. 6. 1983)

MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

AVst > [2](#) 2042

Becker (Nienberge), **Helmuth**

MdB 6.–12. WP (SPD)

VPräs > [1](#) 739, **873**, 877, 891, 978 • [2](#) 1609, 1705–1707, 1769, 2947 • [3](#) 3206–3207, 3670

PStS > [1](#) 739, **1092**

FrVst > [1](#) 739, 975–978

AVst > [1](#) 891 • [2](#) 1609

Bibl. > [1](#) 477

Sonst. > [1](#) 586 • [2](#) 1847, 1859 • [3](#) 3632

Becker ([^]Pirmasens), **Josef** († 19. 10. 1996)

MdB 1.–6. WP (CDU)

Becker (Frankfurt), **Karl**

MdB 8. WP, 9. WP ab 13. 9. 1982, 10.–11. WP (CDU)

Bibl. > [1](#) 477 • [3](#) 3440

Sonst. > [2](#) 1872 • [3](#) 3153

Becker, Kurt († 10. 5. 1987)

StS > [1](#) 1065

Becker, Ludwig († 21. 7. 1973)

Sonst. > [1](#) 621–622

Becker (Hersfeld), **Max** († 29. 7. 1960)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (FDP)

VPräs > [1](#) 407, 739, **871**, 962 • [2](#) 1699 • [3](#) 3640, 3642–3643

FrVst > [1](#) 739, **962**, 986

AVst > [1](#) 739 • [2](#) 2189

MdPR > [1](#) 611, 614, 625

Sonst. > [1](#) 407, 1175 • [2](#) 1685, 1997–1999, 2895, 2904–2905 • [3](#) 3186

Becker, Richard († 11. 4. 1969)

Sonst. > [1](#) 95

Becker (Leipzig), **Roland**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2](#) 1577 • [3](#) 3903, 3912

Sonst. > [2](#) 1577

Becker-Inglau, Ingrid

MdB 11.–14. WP (SPD)

FrVst > [1](#) 654, 739, 978, 999

Sonst. > [1](#) 1186

Hinweis

Es bedeutet:

[1](#) Band I,

[2](#) Band II und

[3](#) Band III des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Beckerath, Erwin von

Sonst. > [1] 50

Beckmann, Hans-Joachim

MdEP 15. 8. 1988–24. 7. 1989 (SPD)

Beckmann, Klaus († 27. 5. 1994)

MdB 9.–11. WP, 12. WP bis † (FDP)

PSSt > [1] 739, 1079, 1263 • [2] 1677

FrVst > [1] 739, 964 • [2] 1676–1677

AVst > [1] 889–890 • [2] 3436

Bibl. > [1] 477

Sonst. > [1] 419 • [2] 1676–1677 • [3] 3311

Beckmann, Lukas

Sonst. > [1] 116, 987

Bednarsky, Kerstin

MdVk 10. WP (PDS)

Sonst. > [3] 3895

Beer, Angelika

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1] 569 • [2] 1677, 1852, 1877, 2933

Beermann, Friedrich († 24. 11. 1975)

MdB 6. WP, 7. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 411, 1010 • [2] 1803

Behnisch, Günter

Sonst. > [2] 2877 • [3] 3298–3300, 3302–3303, 3305, 3307–3310, 3315–3316, 3322–3324, 3326

Behrendt, Walter († 23. 7. 1997)

MdB 3.–7. WP (SPD)

AVst > [2] 2051, 2055

MdEP 26. 1. 1967–19. 1. 1977 (SPD)

Eur > [3] 3590

Sonst. > [1] 248, 250, 253

Behrendt, Wolfgang

MdB 13.–14. WP (SPD)

Behrich, Arno († 16. 9. 1989)

MdB 1.–2. WP (SPD), 3. WP (SPD; 24. 2. 1961 → fraktionslos [DFU])

Sonst. > [1] 97, 921, 1013

Beil, Gerhard

DDR > [3] 3918

Belle, Meinrad

MdB 12.–14. WP (CDU)

Bencze, Karin

MdVk 10. WP (DFD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → FDP [Gast])

DDR > [3] 3907, 3913

Sonst. > [3] 3909

Benda, Ernst

MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 8. 12. 1971 (CDU)

BMin > [1] 739, 1042, 1071, 1115, 1193 • [3] 3648

PSSt > [1] 739, 1071, 1115

FrVst > [1] 739, 950–951, 990–991

AVst > [2] 2253

Bibl. > [1] 477

Sonst. > [1] 427, 514, 1176, 1178 • [2] 2469–2471, 2494

Bender, Reinhold F. († 11. 11. 1977)

MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU)

AVst > [1] 739 • [2] 2044

Sonst. > [1] 916

Benedix, Ursula

siehe Benedix-Engler, Ursula

Benedix-Engler, Ursula

(bis Juli 1979: Benedix, Ursula)

MdB 7.–9. WP (CDU)

AVst > [2] 2067

Bennemann, Franziska († 26. 8. 1986)

MdB 2.–3. WP (SPD)

Benthien, Bruno

DDR > [3] 3918

Benz, Gerold († 23. 7. 1987)

MdB 7.–8. WP (CDU)

Berberich, August († 12. 12. 1982)

MdB 3.–6. WP (CDU)

Sonst. > [1] 244, 246–247

Berding, Franz

MdB 6. WP (CDU)

Berend, Rolf

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Berendsen, Fritz († 1. 10. 1974)

MdB 2. WP, 3. WP bis 15. 9. 1959, 5. WP (CDU)

Eur > [3] 3604

Sonst. > [1] 424 • [2] 2231

Berg, Axel

MdB 14. WP (SPD)

Berg, Hermann († 21. 10. 1982)

MdB 2. WP ab 27. 6. 1955 (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

Sonst. > [1] 917–919

Bergemann, Günther († 1968)

StS > [1] 1093

Berger, Georg († 5. 1. 1967)

Sonst. > [1] 621, 623

Berger, Hans

MdB 12.–13. WP (SPD)

Berger ([^]Berlin), **Lieselotte** († 26. 9. 1989)

MdB 6. WP ab 26. 8. 1971, 7.–10. WP, 11. WP bis † (CDU)

PStS > [1](#) 416, 653, 739, 884, **1067** • [3](#) 3666AVst > [1](#) 650–652, 739 • [2](#) 2059, 2062, 2065, 2068 • [3](#) 3123, 3126, 3128Bibl. > [1](#) 477Sonst. > [1](#) 416, 569, 1067 • [2](#) 2928 • [3](#) 3153–3154**Berger** ([^]Lahnstein), **Markus**

MdB 8. WP ab 25. 10. 1977, 9. WP ab 19. 6. 1981, 10. WP (CDU)

Berger (Herne), **Ulrich**

MdB 3. WP, 4. WP ab 22. 12. 1964, 5.–8. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2056, 2059, 2062Sonst. > [1](#) 464**Berger-Heise, Margarete** († 27. 3. 1981)

(während der 2. WP Heise, Margarete)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Bergerowski, Wolfram

MdB 9. WP (FDP)

*Berghofer, Wolfgang*DDR > [3](#) 3742, 3748, 3785, 3823Sonst. > [2](#) 1527*Bergmann, Christine*BMin > [3](#) N 6.2, N 6.3Sonst. > [2](#) 2773**Bergmann, Karl** († 21. 8. 1979)

MdB 1.–6. WP (SPD)

MdEP 27. 2. 1958–21. 1. 1970 (SPD)

Sonst. > [1](#) 248, 250, 461**Bergmann-Pohl, Sabine**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)

BMin > [1](#) 653, 739, **1055**, 1107 • [2](#) 1563, 1600PStS > [1](#) 654–655, 739, **1090** • [2](#) 1600

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2](#) 1497–1498, 1529–1530, 1533, 1544, 1563, 1570–1571, 1577, 2015, 2947 • [3](#) 3667, 3814–3816, 3823, 3825, 3827, 3838, 3841, 3862, 3864, 3876, 3878, 3880, 3882, 3890, 3913Sonst. > [2](#) 1577, 2015**Bergmeyer, Bernhard Gerhard** († 2. 3. 1987)

MdB 2.–3. WP (CDU)

*Bergner, Christoph*MPräs > [1](#) 1462*Bergstraesser, Arnold* († 24. 2. 1964)Sonst. > [1](#) 50**Bergstraesser, Ludwig** († 23. 3. 1960)

MdB 1. WP (SPD)

AVst > [2](#) 2040MdPR > [1](#) 611, 614Bibl. > [1](#) 477Sonst. > [1](#) 407, 611*Bergt, Günter*

MdVtk 10. WP (PDS)

Berkhan, Karl Wilhelm († 9. 3. 1994)

MdB 3.–6. WP, 7. WP bis 19. 3. 1975 (SPD)

PStS > [1](#) 740, **1086**, 1180 • [3](#) 3160, 3170–3171FrVst > [1](#) 740, 996AVst > [2](#) 2053WehrB > [1](#) 428, 740 • [2](#) 1749, 1752 • [3](#) **3160–3161**, 3162, 3171–3174, 3654, 3656, 3662

MdEP 11. 11. 1959–29. 11. 1961 (SPD)

Bibl. > [1](#) 477–478Sonst. > [1](#) 250, 252, 419, 428 • [3](#) 3674**Berlin, August** († 11. 7. 1981)

MdB 1.–6. WP (SPD)

Berners, Franz-Josef

MdB 10. WP ab 17. 1. 1986 (CDU)

Bernhardt, Otto

MdB 14. WP (CDU)

Berninger, Matthias

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1](#) 560, 570**Bernrath, Hans Gottfried**

MdB 9.–12. WP, 13. WP bis 31. 12. 1994 (SPD)

AVst > [1](#) 740 • [2](#) 2071, 2075, 2079Bibl. > [1](#) 478Sonst. > [1](#) 433, 570**Bersch, Walter**

MdB 12. WP ab 22. 8. 1994 (SPD)

Sonst. > [1](#) 1010**Berschkeit, Erich**

MdB 9.–10. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1817*Bertele, Franz*StS > [1](#) 1067 • [3](#) 3731Sonst. > [1](#) 1067**Bertl, Hans-Werner**

MdB 13.–14. WP (SPD)

Bertram, Helmut († 27. 1. 1981)

MdB 1. WP ab 3. 11. 1949 (Z; 14. 12. 1951 → FU)

MdEP 16. 7. 1952–10. 12. 1953 (FU)

Sonst. > [1](#) 614, 911, 1256 • [2](#) 1978**Besch, Johann Christoph**

MdB 8. WP ab 3. 7. 1979 (CDU)

Sonst. > [2](#) 2947

Besold, Anton († 20. 9. 1991)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU), 3.–5. WP (CSU)

FrVst > [1] 740, 960

Sonst. > [1] 85, 248, 417, 911, 1174 • [2] 1794 • [3] 2986

Bethmann Hollweg, Theobald von († 2. 1. 1921)

Sonst. > [1] 595–598

Bettgenhäuser, Emil († 9. 11. 1982)

MdB 1.–3. WP (SPD)

Beucher, Friedhelm Julius

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [2] 1907, 1923, 1944

Beuster, Willi († 9. 7. 1981)

MdB 4.–5. WP (SPD)

Sonst. > [1] 248

Bewerunge, Karl († 26. 8. 1993)

MdB 4.–7. WP (CDU)

AVst > [2] 2057, 2060

Beyer (^ΔFrankfurt), **Lucie**

siehe Kurlbaum-Beyer, Lucie

Bickhardt, Stephan

Sonst. > [1] 94

Biechele, Hermann († 15. 4. 1999)

MdB 4.–8. WP (CDU)

Sonst. > [1] 247, 254

Biedenkopf, Kurt H.

MdB 8. WP, 11. WP bis 9. 11. 1990 (CDU)

FrVst > [1] 952–953

AVst > [1] 740 • [2] 2063

MPräs > [1] 432, 457, 859–860, 1186, 1462

Bibl. > [1] 478

Sonst. > [1] 432, 457, 465, 952–953, 1181, 1185 • [2] 2772, 2933

Bieganowski, Anna Maria († 16. 3. 1986)

MdB 1. WP ab 21. 3. 1952 (fraktionslos [WAV]; 23. 4. 1952 → DP/DPB; 9. 12. 1952 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 912–913

Biegler, Curt

MdB 4. WP (SPD)

Biehle, Alfred

MdB 6.–10. WP, 11. WP bis 27. 4. 1990 (CSU)

AVst > [1] 740 • [2] 2066, 2069, 2072

WehrB > [1] 432, 740 • [2] 1767 • [3] 3162, 3176–3177, 3667, 3675

Sonst. > [1] 250–251, 254, 256, 259, 261, 432 • [2] 1767, 1814 • [3] 3158, 3161, 3174

Bielig, Karl († 13. 6. 1991)

MdB 1. WP (SPD)

Bieringer, Adolf († 12. 2. 1988)

MdB 4. WP (CDU)

Sonst. > [1] 246, 567

Bierling, Hans-Dirk

MdB 12.–14. WP (CDU)

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1577 • [3] 3903

Sonst. > [2] 1577, 1899, 1926

Biermann, Günter († 2. 11. 1997)

MdB 4.–9. WP (SPD)

Sonst. > [1] 252, 567

Biernat, Hubert

Sonst. > [1] 620

Bierstedt, Wolfgang

MdB 13. WP (PDS)

Bierwirth, Petra

MdB 14. WP (SPD)

Binder, Paul († 25. 3. 1981)

MdPR > [1] 621, 625

Bindig, Rudolf

MdB 8.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1810, 1834, 1949, 2925, 2932

Binding (Heidelberg), **Lothar**

MdB 14. WP (SPD)

Bingener, Ingeborg

Sonst. > [1] 133

Binus, Karl-Heinz

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Birckholtz, Johannes

StS > [1] 1086

Birkelbach, Willi

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 30. 9. 1964 (SPD)

MdEP 16. 7. 1952–15. 6. 1964 (SPD)

Eur > [3] 3591

Sonst. > [1] 425

Birrenbach, Kurt († 26. 12. 1987)

MdB 3.–7. WP (CDU)

MdEP 29. 10. 1957–29. 11. 1961 (CDU)

Sonst. > [1] 416

Hinweis

Ausführliche biographische Angaben über die Abgeordneten enthalten die Handbücher des Deutschen Bundestages. In Abschnitt 30.2 ist zusammengestellt, welche Handbücher für die einzelnen Wahlperioden vorliegen.

Birthler, Marianne

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)

FrVst > [1] 740, 769, 987 • [2] 1597

MdVvk 10. WP (IFM → Bündnis 90/Grüne)

DDR > [2] 1577 • [3] 3907

Sonst. > [1] 86–87, 117, 457, 937, 985, 1014 • [2] 1577 • [3] 3673, 3820

Bischoff, Josef Maria

MdVvk 10. WP (SPD)

Bisky, Lothar

MdVvk 10. WP (PDS)

Sonst. > [1] 127 • [3] N 5.8

Bismarck, Otto Fürst von († 24. 12. 1975)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Eur > [3] 3546

Sonst. > [1] 411, 611 • [3] 3626

Bismarck, Otto von († 30. 7. 1898)

Sonst. > [2] 2016

Bismarck, Philipp von

MdB 6.–7. WP, 8. WP bis 6. 9. 1979 (CDU)

MdEP 21. 11. 1978–24. 7. 1989 (CDU)

Sonst. > [1] 429, 469, 1180 • [2] 1803, 1808

Bittelmann, Otto

MdB 6. WP (CDU)

Bittner, Ingrid

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdVvk 10. WP (PDS)

Sonst. > [2] 1578, 2474

Blachstein, Peter († 4. 10. 1977)

MdB 1.–4. WP, 5. WP bis 31. 5. 1968 (SPD)

Sonst. > [1] 412, 426

Bläss, Petra

MdB 12. WP (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)

VPräs > [3] N 4.2, N 26

FrVst > [1] 654, 740, 1005 • [2] 1598, 1678

DDR > [3] 3801

Sonst. > [1] 569, 1186 • [2] 1678, 1922, 2474

Blank, Bertram († 23. 5. 1978)

MdB 7. WP, 8. WP bis † (SPD)

Blank, Joseph-Theodor

MdB 10.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 741, 958

Sonst. > [2] 1839, 1904, 2924

Blank (Oberhausen), **Martin** († 11. 3. 1972)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

FrVst > [1] 741, 962, 966

AVst > [2] 2036, 2043

MdEP 16. 7. 1952–29. 10. 1957 (FDP → FVP → DP/FVP)

Sonst. > [1] 410, 917–919 • [2] 2231, 2905

Blank, Renate

MdB 12.–14. WP (CSU)

Sonst. > [2] 1888, 1926, 1937

Blank ([^]Dortmund), **Theodor** († 14. 5. 1972)

MdB 1.–5. WP, 6. WP bis 21. 4. 1972 (CDU)

BMin > [1] 741, 1033–1034, 1036–1037, 1039, 1083, 1085, 1125–1126, 1213 • [2] 2897 • [3] 3639, 3641

FrVst > [1] 741, 950

Sonst. > [1] 49, 241, 243, 245, 247, 410, 422, 614, 1032, 1174 • [2] 1821, 2660 • [3] 3636

Bleek, Karl-Theodor († 1969)

StS > [1] 1071

Bleif, Paul († 17. 4. 1996)

MdB 1.–4. WP (SPD)

AVst > [1] 741 • [2] 2048, 2052

Sonst. > [1] 420, 614

Blens, Heribert

MdB 10.–14. WP (CDU)

AVst > [2] 2452

Sonst. > [2] 1821

Bleser, Peter

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1930

Bleyler ([^]Freiburg), **Hildegard** († 6. 2. 1984)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Bloch von Blottnitz, Undine[-Uta]

(ab 1994 gen. Blottnitz, Undine von)

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 und ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)

Blöcker, Hans († 15. 6. 1988)

MdB 2. WP ab 8. 11. 1954, 3.–5. WP (CDU)

Sonst. > [1] 463–464

Blohm, Irma († 29. 1. 1997)

MdB 3.–5. WP (CDU)

FrVst > [1] 650, 741, 950

Sonst. > [1] 421

Hinweis

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

Blomeyer, Adolf († 5. 3. 1969)

MdPR > [1](#) 621

Blottnitz, Undine von

siehe Bloch von Blottnitz, Undine-Uta

Blücher, Franz († 26. 3. 1959)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP bis 28. 2. 1958 (DP)

BMin > [1](#) 741, 935, **1031**, 1032, **1033**, 1080, 1125, 1160, 1189 • [2](#) 2011, 2904 • [3](#) 3640

Bibl. > [1](#) 478

Sonst. > [1](#) 108, 146, 406, 424, 614, 622–623, 917–919, 935, 986, 1125, 1160

Blügel, Rudolf († 7. 8. 1997)

MdB 8. WP ab 20. 7. 1979 (CDU)

Blüm, Norbert

MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 15. 6. 1981, 10.–14. WP (CDU)

BMin > [1](#) 741, **1052–1054**, **1057**, **1059**, 1084–1085, 1149, 1157–1158, 1183–1187, 1201, 1203–1204, 1208 • [2](#) 1676–1677, 2535, 2537, 2745 • [3](#) N 12.2

FrVst > [1](#) 741, 954

Bibl. > [1](#) 478

Sonst. > [1](#) 430, 455, 1182 • [2](#) 1605, 1676–1677, 1748, 1769, 1804

Blume, Friedrich († 20. 5. 1979)

MdB 5. WP (SPD)

Blume, Heinz

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Blumenfeld, Erik [Bernhard] († 10. 4. 1997)

MdB 4.–8. WP (CDU)

MdEP 14. 2. 1973–24. 7. 1989 (CDU)

Eur > [3](#) 3547, 3549, 3604

Sonst. > [1](#) 421, 465 • [2](#) 2914

Blunck ([^]Uetersen), **Lieselott [Lilo]**

MdB 9. WP ab 30. 1. 1981, 10.–13. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1820, 1829, 1908, 1924, 2484

Blunk (Lübeck), **Michaela**

MdB 12. WP ab 7. 8. 1992 (FDP)

Sonst. > [2](#) 1905–1906, 1909, 1919, 1921, 1931

Bock, Lorenz († 3. 8. 1948)

MPräs > [1](#) 1443

Bock, Paul († 23. 3. 1968)

MdB 2. WP (CDU)

Bock, Thea

MdB 12. WP ab 4. 7. 1991 (SPD)

Bockelberg, Helmut von († 29. 3. 1996)

MdB 6.–7. WP (CDU)

Bocklet, Reinhold

MdEP 17. 7. 1979–24. 6. 1993 (CSU)

Eur > [3](#) 3594

Bode, Wolfgang († 1. 11. 1964)

Sonst. > [1](#) 621

Bodelschwingh, Ernst von († 2. 4. 1993)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Boden, Wilhelm († 18. 10. 1961)

MPräs > [1](#) 1441

Sonst. > [1](#) 407

Bodensteiner, Hans († 8. 4. 1995)

MdB 1. WP (CSU; 14. 11. 1952 → fraktionslos [GVP])

Sonst. > [1](#) 112, 913, 1012 • [2](#) 1795

Bodewig, Kurt

MdB 14. WP (SPD)

Böck, Willibald

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Böckler, Hans († 16. 2. 1951)

Sonst. > [1](#) 620

Böge, Reimer

MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Böger, Rolf († 17. 1. 1995)

MdB 7. WP ab 25. 1. 1973 (FDP)

Böhm ([^]Frankfurt), **Franz** († 26. 9. 1977)

MdB 2.–4. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2045, 2047, 2050

Sonst. > [1](#) 412 • [2](#) 2011

Böhm, Franz

Sonst. > [1](#) 620

Böhm, Fritz

MdB 5.–6. WP (SPD)

Böhm ([^]Düsseldorf), **Hans** († 18. 7. 1957)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1](#) 461, 614, 863 • [2](#) 2889

Böhm, Tatjana

DDR > [1](#) 134 • [3](#) 3793, 3918

Sonst. > [3](#) 3790

Böhm (Melsungen), **Wilfried**

MdB 7.–12. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2067

Eur > [3](#) 3547

Sonst. > [2](#) 1866, 1869, 1872, 1884, 1895, 1933

Böhme, Georg

MdB 4. WP (CDU)

Böhme, Günter

MdB 6. WP (CDU)

Böhme, Hans-Joachim († 11. 5. 1995)

Sonst. > [3] 3785

Böhme, Ibrahim [Manfred]

MdVk 10. WP bis 4. 9. 1990 (SPD)

DDR > [3] 3811, 3813, 3904

Sonst. > [1] 131 • [3] 3727, 3734, 3741, 3770, 3782, 3801, 3808, 3811–3813, 3834, 3863, 3886, 3891

Böhme (Freiburg), **Rolf**

MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 2. 12. 1982 (SPD)

PStS > [1] 741, 1076

Sonst. > [1] 430

Böhme (Unna), **Ulrich** († 7. 2. 1996)

MdB 11.–12. WP, 13. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 261, 264

Böhmer, Maria

MdB 12.–14. WP (CDU)

Böhner, Franz († 8. 1. 1954)

MdB 2. WP bis † (Z; 6. 10. 1953 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 463

Bölling, Klaus

StS > [1] 1064–1065

Sonst. > [1] 1065

Böning, Eberhard († 20. 3. 1988)

StS > [1] 1101

Boenisch, Peter

StS > [1] 1066

Sonst. > [2] 2717

Bönnemann, Otto

Sonst. > [1] 134

Börner, Holger

MdB 3.–6. WP, 7. WP bis 22. 10. 1976 (SPD)

PStS > [1] 741, 844, 1093

AVst > [1] 741, 840 • [2] 2055, 2061

BRPräs > [3] 3193

MPräs > [1] 428, 453, 858, 1184, 1454–1455, 1457

Bibl. > [1] 478

Sonst. > [1] 250, 253, 403, 428, 453, 566–567, 1227 • [2] 2469, 2482 • [3] 3073

Börner, Rainer

MdVk 10. WP (PDS)

Sonst. > [3] 3878

Börnsen ([^]Ritterhude), **Arne**

MdB 9. WP, 11.–12. WP, 13. WP bis 6. 1. 1998 (SPD)

FrVst > [1] 741, 999

AVst > [1] 741 • [2] 2080 • [3] N 9.2

Börnsen (Bönstrup), **Wolfgang**

MdB 11.–14. WP (CDU)

AVst > [1] 891

Sonst. > [2] 1841, 1860, 1901, 1946, 1950

Bötsch, Wolfgang

MdB 8.–14. WP (CSU)

BMin > [1] 742, 1057, 1059, 1092 • [3] 3672, N 6.2, N 6.12, N 26

FrVst > [1] 742, 954–957, 982–983 • [3] 3311

AVst > [2] 2065, 2196

Bibl. > [1] 478

Sonst. > [1] 254, 256, 259, 261 • [2] 1605, 1848, 1866, 1981, 2476

Böttcher, Maritta

MdB 13.–14. WP (PDS)

Böx, Heinrich

Sonst. > [1] 1063

Bogisch, Frank

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1578 • [3] 3912

Sonst. > [2] 1578

Bohl, Friedrich

MdB 9.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 742, 884, 1058–1059, 1067, 1107 • [2] 1615 • [3] 7.8

FrVst > [1] 742, 955–957, 1261, 1263 • [2] 1677 • [3] 3311

AVst > [1] 889–890

Sonst. > [1] 1187 • [2] 1677, 1844, 1847, 1860, 1864, 1982, 2927, 2929, 2931 • [3] 3320

Bohley, Bärbel

Sonst. > [1] 123–124 • [3] 3732–3733, 3885

Bohlsen, Wilfried

MdB 10.–12. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1839, 1933

Bohn, Jürgen

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)

MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

Sonst. > [2] 1578

Bonitz, Sylvia

MdB 14. WP (CDU)

Borchert, Jochen

MdB 9.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 742, 1057, 1059, 1082, 1187, 1208 • [3] 3672

FrVst > [1] 742, 993–994

Bibl. > [1] 478

Sonst. > [2] 1821, 2919

Hinweis

Die hier verwendeten Abkürzungen der Parteien und Fraktionen sind im anschließenden Sachregister zu finden.

Borgmann, Annemarie

MdB 10. WP ab 1. 4. 1985 (GRÜNE)
 FrVst > [1] 652, 742, 968, 987 • [2] 1596 • [3] 3082
 Bibl. > [1] 478

Borm, William († 2. 9. 1987)

MdB 5.–6. WP (FDP)
 FrVst > [1] 742, 963
 MdEP 16. 12. 1970–14. 2. 1973 (FDP)
 Bibl. > [1] 479
 Sonst. > [1] 415, 465, 567, 894, 1178 • [3] 3650

Bormann, Katharina

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Bornemann, Helmut

StS > [1] 1091

Boroffka, Peter

MdB 9. WP ab 6. 10. 1981, 10. WP (CDU)

Borowski, Richard

Sonst. > [1] 620

Bosbach, Horst

Sonst. > [1] 134

Bosbach, Wolfgang

MdB 13.–14. WP (CDU)

Bote, Albert

Sonst. > [1] 620

Bothmer, Lenelotte von († 19. 6. 1997)

MdB 6.–8. WP (SPD)
 Eur > [3] 3547, 3549
 Bibl. > [1] 479

Botz, Gerhard

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVk 10. WP (SPD)
 MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)
 Sonst. > [2] 1578

Bourdin, Paul († 24. 10. 1955)

Sonst. > [1] 1063

Boysen, Georg-Wilhelm

Sonst. > [1] 621

Braband, Jutta

MdB 12. WP bis 2. 5. 1992 (PDS/LL)
 Sonst. > [1] 136, 877, 1185 • [2] 1769, 1887

Bracher, Karl Dietrich

Sonst. > [3] 3628

Brähmig, Klaus

MdB 12.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 262–263 • [2] 1899

Bräutigam, Hans-Otto

StS > [1] 1065–1067
 Sonst. > [1] 1065–1067

Brahmst-Rock, Helga

siehe Rock, Helga

Brand, Hans-Jürgen

MdEP ab 16. 11. 1993 (CSU)

Brand (Pinneberg), **Hans-Ulrich**

MdB 6. WP bis 3. 11. 1970 (SPD)

Brand, Heinrich († 28. 1. 1971)

Sonst. > [1] 1063

Brand ([^]Remscheid), **Peter Wilhelm** († 1. 8. 1978)

MdB 2.–5. WP (CDU)
 FrVst > [1] 742, 949–950, 990
 AVst > [2] 2051, 2054
 Sonst. > [1] 243, 412

Brand, Werner

Sonst. > [1] 132

Brandes, Bruno († 21. 6. 1985)

MdB 6. WP bis 29. 10. 1969 (CDU)
 Sonst. > [1] 427

Brandes, Dieter

Sonst. > [1] 132

Brandner, Klaus

MdB 14. WP (SPD)

Brandt, Christoph

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Brandt (Grolsheim), **Hugo** († 12. 9. 1989)

MdB 6.–9. WP (SPD)
 FrVst > [1] 742, 998
 Bibl. > [1] 479
 Sonst. > [1] 416, 1183

Brandt ([^]Berlin), **Willy** († 8. 10. 1992)

MdB 1.–2. WP, 4. WP bis 27. 12. 1961, 6.–11. WP, 12. WP bis † (SPD)
 BK > [1] 147, 598–601, 742, 843, 857, 933, **1021–1022**, 1025–1026, 1028–1030, 1043–1047, 1052, 1119–1120, 1129–1130, 1146, 1151–1154, 1156–1157, 1161, 1178–1180, 1193–1195, 1216, 1221, 1226–1231, 1238–1241, 1243, 1450, 1452 • [2] 1491, 1745, 1747, 1782, 2000, 2013, 2298, 2710, 2804, 2899 • [3] 3192, 3650–3653
 BMin > [1] 742, 857, **1042**, 1068, 1140, 1148, 1161, 1168, 1177, 1193, 1226 • [2] 2013 • [3] 3647
 BRPräs > [3] 3190
 MPräs > [1] 425, 448, 450, 857, 1446, 1448
 MdEP 17. 7. 1979–1. 3. 1983 (SPD)
 Sonst. > [1] 131, 147, 418, 425, 448, 450, 461, 463, 465, 469, 568–569, 583–586, 675, 894, 988, 1028, 1119–1121, 1137–1139, 1161, 1175, 1181–1184, 1228, 1236–1237, 1243–1244 • [2] 1477, 1495, 1507, 1605, 1675, 1769, 1997–1999, 2017, 2736, 2771 • [3] 3343, 3345, 3387, 3643, 3660, 3663–3664, 3670, 3672, 3755, 3801–3802, 3834

Brandt-Elsweier, Anni

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [2] 2200

Brase, Willi

MdB 14. WP (SPD)

Brauer, Hans-JochimMdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)**Brauer, Max** († 2. 2. 1973)

MdB 4. WP (SPD)

MPPräs > [1] 857, 1440, 1442, 1446

Sonst. > [1] 410, 567 • [2] 2771

Brauksiepe, Aenne († 1. 1. 1997)

MdB 1.–6. WP (CDU)

BMin > [1] 650, 743, 1043, 1088 • [3] 3649

FrVst > [1] 650, 743, 950

Sonst. > [1] 243, 421

Brauksiepe, Ralf

MdB 14. WP (CDU)

Braun, Gerhard

MdB 7.–10. WP (CDU)

FrVst > [1] 743, 954–955

Braun (Augsburg), Hildebrecht

MdB 13.–14. WP (FDP)

Braun, Josef († 17. 7. 1966)

MdB 4. WP, 5. WP bis † (SPD)

Braun, Josef († 31. 7. 1955)

Sonst. > [1] 621

Braun (Auerbach), Rudolf

MdB 13. WP (CDU)

Braun, Sigismund Frhr. von († 13. 7. 1998)

StS > [1] 1068–1069

Braun, Wolfgang F.

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

*Braun-Moser, Ursula*MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 und 15. 1. 1990–19. 7.
1994 (CDU)**Braun-Stützer, Carola von**

MdB 9. WP (FDP)

Sonst. > [1] 1183

Braune, Tilo

MdB 13. WP (SPD)

Braunfels, Stephan

Sonst. > [3] 3366, 3370

Braunschweig, Herzog Ernst August von

(† 30. 1. 1953)

Sonst. > [3] 3189

Brecht, Eberhard

MdB 12.–14. WP (SPD)

MdVk 10. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1578, 1909, 1927 • [3] 3225

Brecht, Julius († 10. 7. 1962)

MdB 3. WP, 4. WP bis † (SPD)

AVst > [2] 2048, 2052

Bredhorn, Günther

MdB 9.–13. WP (FDP)

Sonst. > [2] 1935

Bredl, Wenzel

MdB 6.–7. WP (SPD)

Breidbach, Ferdinand

MdB 6.–8. WP (CDU)

Sonst. > [1] 567

Breit, Ernst

Sonst. > [1] 318 • [3] 3203

Bremer, Rolf († 5. 5. 1991)

MdB 5.–7. WP (CDU)

Bremm, Klaus

MdB 6.–7. WP (CDU)

Sonst. > [1] 249, 251

Brenck, Heinz († 14. 10. 1983)

MdB 4.–5. WP (CSU)

Sonst. > [1] 246, 248

Brenner, Josef († 3. 5. 1967)

MdB 2. WP ab 5. 5. 1957 (CDU)

Brentano, Heinrich von († 14. 11. 1964)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)

BMin > [1] 743, 1032, 1034, 1068, 1125, 1127, 1191 •
[3] 3639, 3644FrVst > [1] 408, 743, 863–864, 948–949, 984, 1118–
1119, 1213, 1223 • [2] 2016, 2653 • [3] 3068,
3646

AVst > [2] 2035

MdPR > [1] 611, 614, 625

MdEP 16. 7. 1952–1. 7. 1955 (CDU)

Eur > [3] 3546

Sonst. > [1] 49, 408, 614, 1174–1175, 1223 • [2] 1984–
1985*Breschnew, Leonid* († 10. 11. 1982)

Sonst. > [1] 1195, 1197, 1199 • [2] 2710

Brese, Wilhelm († 9. 3. 1994)

MdB 1.–5. WP (CDU)

Bibl. > [1] 479

Sonst. > [1] 567, 614 • [2] 2904, 2906, 2908–2911 •
[3] 3285**Breuer, Paul**

MdB 9.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 743, 994–995

Sonst. > [1] 568 • [2] 1879 • [3] 3174–3178

Breyer, Franz Josef

Sonst. > [1](#) 96

Breyer, Hiltrud

MdEP ab 25. 7. 1989 (GRÜNE)

Sonst. > [2](#) 2477

Brick, Thomas

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3](#) 3912

Briefs, Ulrich

MdB 11. WP (GRÜNE; ab 1. 10. 1990 → fraktionslos), 12. WP (PDS/LL; ab 19. 12. 1991 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 928–929, 1186 • [2](#) 1593, 1678, 1680, 1865, 1890, 1909, 2920 • [3](#) 3391, 3669

Brill, Hermann Louis († 22. 6. 1959)

MdB 1. WP (SPD)

Bibl. > [1](#) 479

Sonst. > [1](#) 611

Brinckmeier, Jürgen Georg († 28. 11. 1984)

MdEP 24. 7. 1984 bis † (SPD)

Brinkmann (Hildesheim), Bernhard

MdB 14. WP (SPD)

Brinkmann (Detmold), Rainer

MdB 14. WP (SPD)

Brinkmeier, Burghardt

Sonst. > [1](#) 86

Brinksmeier, Dankward

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > [3](#) 3912–3913

Brochnow, Jörg

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Brockmann (Rinkerode), Johannes († 14. 12. 1975)

MdB 2. WP (Z; 6. 10. 1953 → fraktionslos)

MdPR > [1](#) 611, 614, 625

Sonst. > [1](#) 103, 141, 411, 463

Brökelschen, Else († 22. 10. 1976)

MdB 1.–3. WP (CDU)

Bibl. > [1](#) 479

Brönner, Josef († 21. 1. 1958)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (CDU)

Sonst. > [1](#) 566

Brösdorf, Bernd

MdVk 10. WP (SPD)

Brok, Elmar

MdEP ab 17. 6. 1980 (CDU)

Broll, Werner

MdB 8.–10. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 743, 993

AVst > [2](#) 2065, 2068

Bromme, Paul († 2. 2. 1975)

MdB 1. WP (SPD)

Brookmann ([^]Kiel), **Walter** († 31. 8. 1957)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)

AVst > [2](#) 2036, 2045

Sonst. > [1](#) 241

Brosi, Gerhard († 3. 4. 1984)

MdB 10. WP bis † (SPD)

Bruckmann, Hans-Günter

MdB 14. WP (SPD)

Brudlewsky, Monika

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1578, 1770, 1937

Brück ([^]Holz), **Alwin**

MdB 5.–11. WP (SPD)

PStS > [1](#) 743, **1103–1104**

AVst > [1](#) 743 • [2](#) 2058, 2061 • [3](#) 3615

Bibl. > [1](#) 480

Sonst. > [1](#) 586, 1179

Brück ([^]Köln), **Valentin** († 20. 7. 1980)

MdB 2. WP bis 17. 9. 1957, 3.–5. WP, 6. WP ab 14. 8. 1970 (CDU)

Brückner, Christoph

DDR > [2](#) 1497

Brüderle, Rainer

MdB 14. WP (FDP)

FrVst > [3](#) N 5.7

Brühler, Ernst-Christoph († 30. 8. 1961)

MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

FrVst > [1](#) 743, **959, 985**

Brünen, Eberhard († 30. 10. 1980)

MdB 1. WP, 4.–6. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 248, 250, 461

Brüning, Heinrich († 30. 3. 1970)

Sonst. > [1](#) 599–603

Brüns, Johannes († 7. 5. 1965)

MdB 3. WP ab 26. 10. 1959 bis 28. 11. 1960 (CDU)

Bruijn, Pi de

Sonst. > [3](#) 3357, 3359–3360, 3371–3372, 3390

Brunner, Guido († 2. 12. 1997)

MdB 9. WP bis 28. 1. 1981 (FDP)

Sonst. > [1](#) 429, 455

Brunner, Josef Adalbert

MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 5. 5. 1990 (CSU)

Sonst. > [2](#) 1831

Brunner, Karl († 13. 11. 1951)

MdB 1. WP bis † (SPD)

AVst > [2](#) 2040

Brunner, Manfred

Sonst. > [1](#) 108 • [2](#) 2477

Brunnhuber, Georg

MdB 12.–14. WP (CDU)

Brunnstein, Klaus

MdB 9. WP ab 11. 2. 1983 (FDP)

Sonst. > [1](#) 926

Bruse, August († 27. 8. 1984)

MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 16. 7. 1962 (SPD)

Brusis, Ilse

Sonst. > [2](#) 2773

Bryde, Brun-Otto

Sonst. > [2](#) 2477

Bucerius, Gerd († 29. 9. 1995)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 22. 3. 1962 (CDU)

AVst > [1](#) 743, [2](#) 2036, 2190

Bibl. > [1](#) 480

Sonst. > [1](#) 420, 425, 614, 623

Bucher, Ewald († 31. 10. 1991)

MdB 2.–5. WP (FDP)

BMin > [1](#) 743, [1037–1038](#), [1041](#), 1073, 1096, 1128, [1214–1215](#) • [3](#) 3646–3647

FrVst > [1](#) 743, 962

AVst > [2](#) 2047, 2050

Bibl. > [1](#) 480 • [3](#) 3440

Sonst. > [1](#) 417 • [2](#) 2469, 2482, 2907–2908 • [3](#) 3073, 3186

Buchka, Karl von († 11. 2. 1960)

MdB 2. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2045

Sonst. > [3](#) 3629

Buchmann, Albert

Sonst. > [1](#) 620

Buchstaller, Werner († 19. 10. 1989)

MdB 4.–8. WP (SPD)

FrVst > [1](#) 744, 947

AVst > [1](#) 744 • [2](#) 2060, 2063

Sonst. > [1](#) 417, 1180 • [2](#) 1749 • [3](#) 3160, 3169–3171

Buck, Manfred

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Buckpesch, Walter

MdB 10. WP (SPD)

Budde, Heinz († 14. 9. 1991)

MdB 5. WP (CDU)

Budig, Peter-Klaus

DDR > [3](#) 3918

Bueb, Eberhard

MdB 10. WP ab 1. 4. 1985 (GRÜNE)

FrVst > [1](#) 744, 968

Sonst. > [2](#) 1982, 2928

Büchler (Ebersbach/Hof), **Hans**

MdB 6. WP ab 9. 12. 1971, 7.–12. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 1184 • [2](#) 1493, 1856

Büchner (Speyer), **Peter**

MdB 6. WP ab 12. 10. 1971, 7.–11. WP, 12. WP ab 10. 6. 1991 (SPD)

Eur > [3](#) 3547

Sonst. > [1](#) 568 • [2](#) 1843

Bücker, Joseph

BTDDir > [2](#) 2947 • [3](#) 3428

Bühler, Karl August († 7. 1. 1984)

MdB 3.–5. WP (CDU)

AVst > [1](#) 886 • [3](#) 3435

Bühler (Bruchsal), **Klaus**

MdB 8.–14. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2069, 2073

Eur > [3](#) 3548

Sonst. > [1](#) 254, 258, 260 • [2](#) 1839, 1891, 1927, 1938

Bühling, Reinhard

MdB 5.–8. WP, 9. WP ab 6. 7. 1981 (SPD)

Bülow, Andreas von

MdB 6.–12. WP (SPD)

BMin > [1](#) 744, [1051](#), 1102, 1115, 1218

PStS > [1](#) 744, [1086](#), 1115 • [3](#) 3172

AVst > [2](#) 2060

Sonst. > [1](#) 586 • [2](#) 1868

Bülow, Arthur († 4. 5. 1988)

StS > [1](#) 1073

Bülow, Bernhard Fürst von († 28. 10. 1929)

Sonst. > [1](#) 593–595

Büniger, Klaus

StS > [1](#) 1080

Bürger, Willi

Sonst. > [1](#) 620

Bürkel, Dietrich († 25. 12. 1986)

MdB 2. WP (CDU)

Bürsch, Michael

MdB 13. WP ab 17. 6. 1997, 14. WP (SPD)

Büttner, Fritz († 29. 10. 1983)

MdB 3.–5. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 248 • [2](#) 1798

Büttner (Ingolstadt), **Hans**

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1896, 1913, 1921, 1923, 1943, 1949 • [3](#) 3155

Büttner (Schönebeck), Hartmut

MdB 12.–14. WP (CDU)
 AVst > [2] 1599, 2079 • [3] N 9.2
 Sonst. > [2] 1593–1594, 1889, 1891, 1898

Bugl, Josef

MdB 9.–10. WP (CDU)
 AVst > [1] 744 • [2] 2259, 2821, 2823
 Bibl. > [1] 480
 Sonst. > [2] 2820, 2822

Bulla, Gisela

Sonst. > [1] 133

Bulling-Schröter, Eva

MdB 13.–14. WP (PDS)
 Sonst. > [3] 3156

Bulmahn, Edelgard

MdB 11.–14. WP (SPD)
 BMin > [3] N 6.2, N 6.3
 FrVst > [1] 655, 744, 1000
 AVst > [1] 655, 744 • [2] 2080, 2263, 2824
 Sonst. > [2] 2826 • [3] 3154

Bungartz, Everhard († 19. 1. 1984)

Sonst. > [1] 621, 623

Buntenbach, Annelie

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Burchardt, Ursula [Ulla]

MdB 12.–14. WP (SPD)
 AVst > [3] N 9.2
 Sonst. > [2] 1900

Burckardt, Richard († 14. 11. 1981)

MdB 4. WP (FDP)
 AVst > [2] 2051

Burgbacher, Ernst

MdB 14. WP (FDP)

Burgbacher, Fritz († 29. 7. 1978)

MdB 3.–7. WP (CDU)
 AVst > [2] 2052
 MdEP 27. 2. 1958–19. 1. 1977 (CDU)
 Eur > [3] 3590, 3592, 3604
 Sonst. > [1] 245, 247, 249, 412, 567–568, 1176, 1178 •
 [2] 1803

Burgemeister, Alfred († 23. 4. 1970)

MdB 2.–5. WP, 6. WP bis † (CDU)
 FrVst > [1] 744, 949–950, 990
 Sonst. > [1] 409

Burger, Albert († 10. 10. 1981)

MdB 5.–8. WP, 9. WP bis † (CDU)
 Sonst. > [1] 247, 249, 251, 254

Burghartz, Arnold († 25. 6. 1963)

Sonst. > [1] 621

Burgmann, Dieter

MdB 10. WP bis 15. 3. 1985 (GRÜNE)
 Bibl. > [1] 480
 Sonst. > [1] 116 • [2] 1818, 1822, 2925

Burhenne, Wolfgang E.

Sonst. > [3] 3629

Bursche, Herbert

Sonst. > [1] 102

Bury, Hans Martin

MdB 12.–14. WP (SPD)
 FrVst > [1] 744, 1000
 Sonst. > [1] 560, 569–570 • [2] 1613, 1616, 1620–
 1621, 1916, 1928–1929

Busch, Arthur H. († 7. 5. 1982)

MdB 4. WP ab 26. 1. 1962 (SPD)

Busch, Hans († 1972)

StS > [1] 1080, 1083

Buschbom, Helmut

MdB 9. WP ab 16. 6. 1981, 10.–11. WP (CDU)
 AVst > [2] 2071, 2074
 Sonst. > [2] 2925, 2933

Buschfort, Hermann

MdB 5.–11. WP (SPD)
 PStS > [1] 744, 1083–1084
 Sonst. > [1] 586

Bush, George

Sonst. > [2] 1523, 2730

Busmann, Peter

Sonst. > [3] 3371

Busse, Friedhelm

Sonst. > [1] 109

Busse ([^]Herford), **Hermann** († 27. 1. 1970)

MdB 4.–5. WP (FDP)
 Bibl. > [1] 480
 Sonst. > [1] 1176

Bußmann, Bernhard

MdB 6.–8. WP (SPD)
 AVst > [2] 2063
 Bibl. > [1] 480
 Sonst. > [1] 1010 • [2] 2916

Butscher, Johannes

Sonst. > [1] 132

Butz, Wolfgang († 10. 5. 1971)

Sonst. > [1] 621

Buwitt, Dankward

MdB 12.–14. WP (CDU)
 AVst > [2] 2075

C

Caesar, Cajus J.

MdB 14. WP (CDU)

Caffier, Lorenz

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Cahn-Garnier, Fritz († 8. 6. 1949)

Sonst. > [1] 621

Calatrava, Santiago

Sonst. > [3] 3357–3359, 3372, 3374, 3390

Campe, Carl von († 8. 9. 1977)

MdB 1. WP ab 23. 1. 1950 bis 8. 1. 1952 (DP)

Sonst. > [1] 412, 423, 615

Campenhausen, Johannes Freiherr von

Sonst. > [1] 100

Cantzer, Roland

MdB 6. WP ab 7. 6. 1972 (CSU)

Carl, Karl-Heinz

StS > [1] 1087

Carstens (Fehmarn), Karl († 30. 5. 1992)

MdB 7. WP, 8. WP bis 29. 6. 1979 (CDU)

BPräs > [1] 315, 429, 601–602, 745, 1234, 1237, 1244, 1246 • [2] 2014, 2064, 2947 • [3] 3081, 3187, 3188, 3192, 3388, 3656, 3658–3659, 3661

BTPräs > [1] 745, 866, 869, 888, 953 • [2] 1694, 1701–1702, 1750, 2917 • [3] 3192, 3202, 3217, 3387, 3464, 3655–3656

FrVst > [1] 745, 952, 953, 984, 1120 • [3] 3653

AVst > [1] 888 • [2] 2064

StS > [1] 1063, 1068, 1085

Bibl. > [1] 481

Sonst. > [1] 418, 429, 1180 • [2] 2013, 2015, 2772, 2918 • [3] 3672

Carstens (Emstek), Manfred

MdB 7.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 745, 1073, 1077, 1094–1095 • [2] 1529, 1549

FrVst > [1] 745, 992–993

Sonst. > [1] 251, 253, 255, 257, 260–261, 263, 568, 587, 1185 • [2] 1748, 1870, 1937, 2918

Carstensen (Nordstrand), Peter H[arry]

MdB 10.–14. WP (CDU)

AVst > [1] 745 • [2] 2079 • [3] N 9.2

Sonst. > [2] 1821, 1839, 1872

Cartellieri, Wolfgang († 6. 7. 1969)

StS > [1] 1100

Caspers, Johannes († 20. 9. 1986)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Caspers-Merk, Marion

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [1] 655, 745 • [2] 2267

Sonst. > [2] 1917

Catenhusen, Wolf-Michael

MdB 9.–14. WP (SPD)

PStS > [3] N 6.3

FrVst > [1] 745, 978

AVst > [1] 745 • [2] 2058, 2073, 2077

Bibl. > [1] 481

Sonst. > [2] 1819, 1829, 1835, 1847, 1886, 1889, 1947

Chapeaurouge, Paul de († 5. 10. 1952)

MdPR > [1] 621

Chory, Werner († 24. 8. 1991)

StS > [1] 1088–1089

Christ, Herbert

MdB 7. WP (FDP)

Christann, Monika

Sonst. > [1] 107

Christo

siehe Javacheff, Christo

Cillien, Adolf († 29. 4. 1960)

MdB 2. WP, 3. WP bis † (CDU)

FrVst > [1] 407, 745, 948–949

Sonst. > [1] 407

Claus, Roland

MdB 14. WP (PDS)

FrVst > [3] N 5.7

MdVvk 10. WP (PDS)

Clausen, Hermann († 12. 4. 1962)

MdB 1. WP (fraktionslos [SSW]; 23. 1. 1952 → FU-Gast; 3. 7. 1953 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 133, 461, 911, 914, 1174 • [2] 1795

Claussen, Wilhelm († 4. 4. 1980)

StS > [1] 1083

Clay, Lucius D. († 16. 4. 1978)

Sonst. > [3] 3633

Clemens, Joachim

MdB 9.–12. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1821, 1900, 1902, 1933

Clemens, Martin

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Clement, Wolfgang

MPräs > [3] N 6.21

Sonst. > [2] 1618

Cohn-Bendit, Daniel

MdEP ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)

Collet, Hugo († 19. 12. 1993)

MdB 5.–10. WP (SPD)

AVst > [1] 887–889

Bibl. > [1] 481

Sonst. > [1] 419 • [2] 1812, 1820, 1833, 2866, 2913–2916, 2928, 2935 • [3] 3260

Confurius, Hans-Willem

Sonst. > [1] 110

Conrad (Riegelsberg), Franz Josef († 12. 9. 1985)

MdB 8.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)

Conrad, Kurt († 16. 7. 1982)

MdB 3. WP bis 20. 7. 1959 (SPD)

MdEP 29. 10. 1957–25. 2. 1959 (SPD)

Sonst. > [1] 424, 449

Conrad, Margit

MdB 11. WP bis 31. 5. 1990 (SPD)

Sonst. > [1] 432, 465 • [2] 1838, 1843

Conradi, Peter

MdB 7.–13. WP (SPD)

AVst > [2] 2067, 2070, 2073

Bibl. > [1] 481–482

Sonst. > [1] 587 • [2] 1605, 1769, 1810, 1812, 1814, 1829, 1835, 1849, 1862, 1870, 1890, 1910, 1923, 1952, 2917–2918, 2923, 2927, 2933 • [3] 3211, 3225, 3326, 3389, 3391

Conring, Hermann († 9. 2. 1989)

MdB 2.–5. WP (CDU)

AVst > [2] 2051, 2054

Sonst. > [1] 241, 463, 567 • [2] 2909–2910

Conze, Werner († 28. 4. 1986)

Sonst. > [2] 2012 • [3] 3628

Coppik, Manfred

MdB 7.–8. WP (SPD), 9. WP (SPD; 27. 1. 1982 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 95, 110, 568, 926, 1013, 1243 • [2] 1810–1811, 1814–1815, 2022 • [3] 3658

Cortier, Fritz († 27. 4. 1991)

MdB 2.–5. WP (SPD)

MdEP 4. 10. 1967–21. 1. 1970 (SPD)

Sonst. > [1] 633

Cortier, Peter

MdB 6.–9. WP, 10. WP ab 13. 6. 1984 (SPD)

PStS > [1] 745, 1069

FrVst > [1] 745, 998

AVst > [2] 2062

MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (SPD)

Eur > [3] 3604

Sonst. > [1] 633

Cramer, Johann († 14. 1. 1987)

MdB 1. WP, 3.–6. WP (SPD)

AVst > [1] 745 • [2] 2039

Bibl. > [1] 482 • [3] 3439

Sonst. > [1] 415, 615

Cramm, Wilhelm-Ernst von

Sonst. > [1] 99–100

Cramon Daiber, Birgit

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (GRÜNE)

Cremer, Sir William Randal († 1908)

Sonst. > [3] 3606

Creter, Klaus-Peter

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1578

Cronenberg ([△] Arnsberg), **Dieter-Julius**

MdB 8.–12. WP (FDP)

VPräs > [1] 746, 872–873, 876–877, 964–965, 1263 • [2] 1614, 1676, 1703–1707, 1756, 1761, 1769, 1974, 1982 • [3] 3661, 3663, 3670

FrVst > [1] 746, 964–965, 1002–1003 • [2] 1674–1676

Sonst. > [1] 1182–1186 • [2] 1674–1676, 1873, 1877, 1899, 1923, 1925, 1931, 1936 • [3] 3320

Cullen, Michael S.

Sonst. > [3] 3386–3388

Curdt, Lothar

MdB 8.–10. WP (SPD)

AVst > [2] 2067, 2069

Czaja, Herbert († 18. 4. 1997)

MdB 2.–11. WP (CDU)

FrVst > [1] 746, 954–956

Sonst. > [1] 421, 568–569, 585–586, 1181 • [2] 1803, 1851–1852, 1860, 1862–1863, 1869, 1873, 1878, 2474, 2924 • [3] 3087

Czasche, Hedda

siehe Meseke, Hedda

Czasche-Meseke, Hedda

siehe Meseke, Hedda

Czempel, Christa

MdB 8. WP ab 22. 1. 1979, 10. WP bis 5. 7. 1984 (SPD)

Sonst. > [1] 430

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Czermak, Fritz († 9. 4. 1966)
MdB 2. WP (GB/BHE; 14. 7. 1955 → FDP)
Sonst. > [1](#) 463, 916

D

Däke, Karl Heinz
Sonst. > [3](#) 3209, 3366–3367

Däubler-Gmelin, Herta
MdB 7.–14. WP (SPD)
BMin > [3](#) N 6.2, N 6.3
FrVst > [1](#) 652–655, 746, 976–978, 998–1000
AVst > [1](#) 651, 746 • [2](#) 2063, 2065, 2074
Sonst. > [1](#) 568, 587, 642, 1185–1187 • [2](#) 1807,
1810, 1850, 2472, 2772–2773

Dahlgrün, Rolf († 19. 12. 1969)
MdB 3.–5. WP (FDP)
BMin > [1](#) 746, **1037, 1039–1040**, 1075, 1176, 1215 •
[3](#) 3647
AVst > [1](#) 746 • [2](#) 2051
Sonst. > [1](#) 409 • [2](#) 2469

Dahlhaus, Renate
Sonst. > [1](#) 132

Dahrendorf, Gustav († 13. 10. 1954)
Sonst. > [1](#) 621–623

Dahrendorf, Ralf
MdB 6. WP bis 25. 8. 1970 (FDP)
PStS > [1](#) 746, **1068**
Bibl. > [1](#) 482
Sonst. > [1](#) 427

Dallmeyer, Harm († 11. 4. 1983)
MdB 9. WP, 10. WP bis † (CDU)

Damm, Carl († 8. 12. 1993)
MdB 5.–8. WP (CDU)
Sonst. > [1](#) 465 • [3](#) 3170

Damus, Renate († 18. 10. 1992)
Sonst. > [1](#) 115, 987 • [3](#) 3088

Danckert, Peter Wilhelm
MdB 14. WP (SPD)

Daniels ([^]Bonn), **Hans**
MdB 10.–11. WP (CDU)
Sonst. > [1](#) 257 • [2](#) 1613, 1618, 1841, 1846, 1924 •
[3](#) 3306, 3321

Daniels, Wilhelm († 4. 5. 1977)
Sonst. > [1](#) 71, 286, 315 • [2](#) 2870 • [3](#) 3077

Daniels (Regensburg), **Wolfgang**
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)
Sonst. > [2](#) 1838, 1862

Dankert, Piet
Eur > [3](#) 3558

Dann, Heidemarie
MdB 10. WP ab 2. 3. 1985 (GRÜNE)
FrVst > [1](#) 746, 968
Sonst. > [2](#) 1827

Dannebom, Otto († 5. 11. 1975)
MdB 1.–2. WP (SPD)

Dannemann, Robert († 28. 9. 1965)
MdB 1. WP, 2. WP bis 1. 7. 1955 (FDP)
Sonst. > [1](#) 243, 423

Danz, Werner († 18. 3. 1999)
MdB 4. WP (FDP)

Dasch, Valentin († 2. 8. 1981)
MdB 6. WP bis 15. 9. 1972 (CSU)
Sonst. > [1](#) 249

Daubertshäuser, Klaus
MdB 8.–12. WP (SPD)
FrVst > [1](#) 746, 999
Sonst. > [2](#) 2745

Hinweis

Die Wahlperioden (WP) umfassen folgenden Zeitraum:

1. WP:	7. 9. 1949 – 7. 9. 1953	8. WP:	14. 12. 1976 – 4. 11. 1980
2. WP:	6. 10. 1953 – 6. 10. 1957	9. WP:	4. 11. 1980 – 29. 3. 1983
3. WP:	15. 10. 1957 – 15. 10. 1961	10. WP:	29. 3. 1983 – 18. 2. 1987
4. WP:	17. 10. 1961 – 17. 10. 1965	11. WP:	18. 2. 1987 – 20. 12. 1990
5. WP:	19. 10. 1965 – 19. 10. 1969	12. WP:	20. 12. 1990 – 10. 11. 1994
6. WP:	20. 10. 1969 – 22. 9. 1972	13. WP:	10. 11. 1994 – 20. 10. 1998
7. WP:	13. 12. 1972 – 13. 12. 1976	14. WP:	20. 10. 1998 –*)

*) Das vorliegende **Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages** ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Daum, Robert († 6. 5. 1962)

MdB 2. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 611, 615**Dautzenberg, Leo**

MdB 14. WP (CDU)

Daweke, Klaus

MdB 8.–11. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 746, 992–993AVst > [1](#) 890Sonst. > [1](#) 1183 • [2](#) 1828*Decker, Albert*Sonst. > [1](#) 50**Decker, Hugo** († 2. 10. 1985)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)

FrVst > [1](#) 747, **960**AVst > [2](#) 2035Sonst. > [1](#) 415, 911 • [2](#) 1794*Deckert, Günter*Sonst. > [1](#) 122**Degener, Johannes** († 13. 2. 1959)

MdB 1. WP bis 31. 12. 1951 (CDU)

Sonst. > [1](#) 423, 446*Degenhart, Christoph*Sonst. > [2](#) 2473*Degkwitz, Rudolf*Sonst. > [1](#) 620*Degner, Karsten*

MdVk 10. WP (DSU)

DDR > [3](#) 3905, 3912**Dehler, Thomas** († 21. 7. 1967)

MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (FDP)

VPräs > [1](#) 408, 747, **871–872**, 962–963 • [2](#) 1699–1700, 1980 • [3](#) 3643–3644, 3646, 3648BMin > [1](#) 747, **1031**, 1073, 1250 • [2](#) 2657, 2894FrVst > [1](#) 747, **962**, 983, 986, 1001AVst > [1](#) 747 • [2](#) 2049, 2052, 2055MdPR > [1](#) 611Bibl. > [1](#) 482Sonst. > [1](#) 53, 108, 408, 615, 983, 986, 1142, 1160, 1174, 1176–1177 • [2](#) 2469, 2895**Dehm-Desoi, Diether**

MdB 12. WP ab 16. 8. 1994 (SPD)

Dehnel, Wolfgang

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [1](#) 262–263 • [2](#) 1578, 1899 • [3](#) 3155–3156*Dehmkamp, Willy* († 12. 11. 1985)MPräs > [1](#) 1450Sonst. > [1](#) 415*Dehousse, Fernand*Sonst. > [3](#) 3554**Deichmann, Christel**

MdB 13.–14. WP (SPD)

Sonst. > [3](#) 3156**Deist, Heinrich** († 7. 3. 1964)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)

FrVst > [1](#) 408, 747, 974, 996AVst > [1](#) 747 • [2](#) 2044

MdEP 10. 12. 1953 bis † (SPD)

Eur > [3](#) 3592Sonst. > [1](#) 408, 1175 • [2](#) 2771**Deittert, Hubert**

MdB 13.–14. WP (CDU)

Delden, Rembert van († 5. 2. 1999)

MdB 4.–7. WP (CDU)

Deligöz, Ekin

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Delorme, Karl

MdB 10. WP (SPD)

*Demba, Judith*Sonst. > [1](#) 114*Demloff, Jürgen*

MdVk 10. WP (PDS)

Demmelmeier, Hans († 5. 9. 1973)

MdB 2.–3. WP (CSU)

Sonst. > [1](#) 244**Dempwolf, Gertrud**

MdB 10. WP ab 22. 3. 1984, 11.–13. WP (CDU)

PStS > [1](#) 655, 747, **1089**Sonst. > [2](#) 1851, 1903 • [3](#) 3154–3155**Deneke, J. F. Volrad**

MdB 4. WP ab 26. 7. 1963 (FDP)

Deneke, Marlies

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdVk 10. WP (PDS)

Sonst. > [2](#) 1578*Dengler, Fritz*Sonst. > [1](#) 621*Denninger, Erhard*Sonst. > [2](#) 2472, 2476**Deres, Karl**

MdB 9.–12. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2072, 2076Sonst. > [1](#) 255, 258, 260

Deringer, Arved

MdB 3.–5. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–21. 1. 1970 (CDU)
Eur > [3] 3592

Deß, Albert

MdB 12.–14. WP (CSU)
Sonst. > [2] 1615, 1933, 1937 • [3] 3155

Determann, Gregor († 14. 1. 1993)

MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. > [1] 911

Detjen, Jörg

Sonst. > [1] 90

Dewald, Georg († 11. 11. 1970)

MdB 2.–3. WP (SPD)

Dewitz, Gerhard

MdB 11. WP ab 20. 2. 1990 (CDU)
Sonst. > [2] 1862–1863, 1869, 1873, 1878, 2474 • [3] 3087

Dichgans, Hans († 21. 3. 1980)

MdB 4.–6. WP (CDU)
MdEP 29. 11. 1961–21. 1. 1970 (CDU)
Bibl. > [1] 482–483 • [3] 3439
Sonst. > [1] 413, 1177–1178 • [2] 1799–1801, 2910–2911, 2915

Dickel, Friedrich († 23. 10. 1993)

DDR > [3] 3746–3747
Sonst. > [3] 3758

Diebäcker, Hermann († 16. 4. 1982)

MdB 3.–5. WP (CDU)
Sonst. > [1] 245, 247

Dieckmann, Bärbel

Sonst. > [2] 1626

Dieckmann, Johannes († 22. 2. 1969)

DDR > [2] 1490

Diederich (Berlin), Nils

MdB 8.–10. WP, 11. WP ab 12. 5. 1989, 12. WP (SPD)
AVst > [2] 2067
Bibl. > [1] 483
Sonst. > [2] 1593

Diederich, Peter

DDR > [3] 3918

Diederichs, Georg († 19. 6. 1983)

BRPräs > [3] 3192
MPräs > [1] 1448, 1450
MdPR > [1] 621, 625
Sonst. > [1] 414

Diedrichsen, Karl († 9. 7. 1959)

MdB 2. WP (CDU)

Diehl, Günter

StS > [1] 1063

Diekmann, Bruno († 11. 1. 1982)

MdB 2.–5. WP (SPD)
AVst > [1] 747 • [2] 2044, 2055
MPräs > [1] 857, 1442
Sonst. > [1] 413, 463

Diel ([^]Horressen), **Anton** († 6. 4. 1959)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)

Diel (Burg Leyen), **Jakob** († 26. 12. 1969)

MdB 3. WP (CDU)
Sonst. > [1] 566

Diemer-Nicolaus, Emmy

MdB 3.–6. WP (FDP)
AVst > [2] 2050
Sonst. > [1] 1177–1178

Diemers, Renate

MdB 12.–14. WP (CDU)
Sonst. > [2] 1950

Dieppen, Eberhard

MdB 9. WP bis 3. 2. 1981 (CDU)
MPräs > [1] 857, 1185, 1456, 1458, 1460 • [2] 1614–1615, 1618, 1625 • [3] 3373
Sonst. > [1] 429

Dierich, Peter

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Diessel, Peter Michael

MdVk 10. WP (DSU; Juli 1990 → fraktionslos; August 1990 → CDU/DA)
DDR > [2] 1530, 1545 • [3] 3818, 3826–3830, 3844–3845, 3848–3849, 3857, 3871–3873, 3875–3876, 3919, 3922
Sonst. > [1] 101 • [3] 3852, 3905, 3908–3909, 3923

Dietert-Scheuer, Amke

MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
Sonst. > [3] 3156

Dietrich, Frank

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Dietz, Maria († 12. 4. 1980)

MdB 1.–2. WP (CDU)

Dietzel, Wilhelm

MdB 13. WP, 14. WP bis 12. 4. 1999 (CDU)

Diller, Karl

MdB 11.–14. WP (SPD)
PStS > [3] N 6.3
FrVst > [1] 747, 1000
Sonst. > [2] 1917

Dirscherl, Hans († 16. 4. 1962)

MdB 1. WP (FDP)
Sonst. > [1] 611

Ditfurth, Jutta

Sonst. > [1](#) 115–116, 987

Dittrich, Stefan († 5. 2. 1988)

MdB 2.–6. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 747, 949, 990

AVst > [2](#) 2041, 2046, 2049, 2053

MdEP 9. 12. 1965–14. 2. 1973 (CSU)

Eur > [3](#) 3592

Sonst. > [1](#) 244, 246, 248–249, 416

Dobbert, Alfred († 1975)

Sonst. > [1](#) 620

Dobberthien, Marliese

MdB 11. WP ab 1. 7. 1987 bis 29. 8. 1988, 12.–13. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 431

Döhring ([^]Stuttgart), **Clara** († 7. 6. 1987)

MdB 1.–4. WP (SPD)

Dönitz, Karl († 24. 12. 1980)

Sonst. > [3](#) 3189

Dörfler, Ernst

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)

MdVrk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

DDR > [2](#) 1578 • [3](#) 3913

Sonst. > [1](#) 937, 1014 • [2](#) 1578

Dörflinger, Thomas

MdB 14. WP (CDU)

Dörflinger, Werner

MdB 9.–13. WP (CDU)

AVst > [1](#) 747 • [2](#) 1616, 2077, 2080 • [3](#) 3361

Sonst. > [1](#) 258, 260–261 • [2](#) 1915

Döring (Düsseldorf), **Wolfgang** († 17. 1. 1963)

MdB 3. WP, 4. WP bis † (FDP)

FrVst > [1](#) 407, 747, 962

Sonst. > [1](#) 407, 464, 1175

Dörinkel, Wolfram († 26. 11. 1975)

MdB 4. WP (FDP)

Dörr, Burkhard

MdVrk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

Dött, Marie-Luise

MdB 14. WP (CDU)

Dohmann, Friedhelm († 20. 2. 1970)

MdB 6. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1](#) 250

Dohnanyi, Klaus von

MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 26. 6. 1981 (SPD)

BMin > [1](#) 747, 842, 857, **1045–1046**, 1100–1101, 1115, 1129, 1179, 1216 • [3](#) 3651

PStS > [1](#) 747, 844, **1069, 1100**, 1115 • [3](#) 3658

StS > [1](#) 1078

MPräs > [1](#) 430, 455, 857, 1183, 1456, 1458 • [3](#) 3658

Bibl. > [1](#) 483

Sonst. > [1](#) 430, 455 • [2](#) 2018

Dolata, Werner

MdB 9. WP ab 16. 6. 1981, 10. WP (CDU)

Dollinger, Werner

MdB 2.–11. WP (CSU)

BMin > [1](#) 748, **1038–1039, 1041–1042, 1052–1053**, 1080–1081, 1091, 1094, 1103, 1159, 1201 • [2](#) 2745 • [3](#) 3347

FrVst > [1](#) 748, 949, 953, 981–982, 990–991

AVst > [1](#) 748 • [2](#) 2066

MdEP 3. 5. 1956–19. 3. 1958 (CSU)

Bibl. > [1](#) 483

Sonst. > [1](#) 245, 259, 569, 585–586, 1175, 1181 • [2](#) 2772

Domke, Klaus

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Donaubauer, Bernd

MdVrk 10. WP (SPD)

DDR > [3](#) 3913

Donhauser, Anton († 10. 2. 1987)

MdB 1. WP (BP; 8. 9. 1950 → fraktionslos; 17. 9. 1952 → CDU/CSU), 2. WP (CSU)

Sonst. > [1](#) 242, 909, 913 • [2](#) 1793–1794

Dopatka, Wilhelm († 23. 7. 1979)

MdB 2. WP ab 21. 11. 1955, 3.–4. WP (SPD)

Doppmeier, Hubert († 8. 3. 1992)

MdB 12. WP bis † (CDU)

Dorendorf, Hans-Georg

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1578

Dorias, Hans-Wolf

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Dorls, Fritz († 25. 1. 1995)

MdB 1. WP bis 23. 10. 1952 (Mandatsverlust) (DRP/NR; 2. 10. 1949 → fraktionslos; 27. 4. 1950 → fraktionslos [SRP]; 13. 12. 1950 → WAV-Gast; 17. 1. 1951 → WAV; 26. 9. 1951 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 130, 380, 404, 461, 908, 910, 913, 1011 • [2](#) 1978, 2895

Dorn, Hubert

Sonst. > [1](#) 85

Hinweis

Bei **Namen in Fettdruck** handelt es sich um **Mitglieder des Bundestages**.

Dorn, Wolfram

MdB 4.–6. WP (FDP)
 PStS > [1] 748, 1071
 FrVst > [1] 748, 963, 1001
 Bibl. > [1] 483 • [3] 3440
 Sonst. > [1] 1178 • [2] 1980, 2909–2911, 2915

Dortans, Hermann († 8. 8. 1976)

MdB 5. WP ab 30. 6. 1969 (SPD)

Doss, Hansjürgen

MdB 9. WP ab 20. 7. 1981, 10.–14. WP (CDU)
 FrVst > [1] 748, 957–958

Dott, Manfred

MdVk 10. WP (DSU)
 DDR > [3] 3921

Douffet, Heinrich

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3] 3912

Dowidat, Otto († 4. 7. 1975)

MdB 3. WP (FDP)

Drabiniok, Dieter

MdB 10. WP bis 31. 3. 1985 (GRÜNE)
 Bibl. > [1] 484
 Sonst. > [1] 569 • [2] 1818

Drachsler, Hans († 18. 10. 1996)

MdB 3.–4. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 244, 246

Dräger, Heidrun

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVk 10. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1578

Draeger, Heinrich († 6. 4. 1991)

MdB 3.–6. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1801

Drake, Heinrich († 12. 6. 1970)

MPräs > [1] 1441

Drasch, Rudolf

Sonst. > [1] 85

Drechsel, Walter († 20. 12. 1977)

MdB 2. WP (FDP)

Dregger, Alfred

MdB 7.–13. WP (CDU)
 FrVst > [1] 748, 867–868, 947, 953, 954–957, 984, 1120–1121 • [2] 1495 • [3] 3671
 Sonst. > [1] 253, 255, 258, 260–261, 263, 569–570, 587, 1179, 1181–1187 • [2] 2438, 2485–2486, 2772 • [3] 3320

Drenkmann, Günter von († 10. 11. 1974)

Sonst. > [1] 1196

Dresbach, August († 4. 10. 1968)

MdB 1.–4. WP (CDU)
 AVst > [2] 2038
 Sonst. > [1] 243, 409, 864

Dreßen, Peter

MdB 13.–14. WP (SPD)

Drefler, Rudolf

MdB 9.–14. WP (SPD)
 PStS > [1] 748, 1084
 FrVst > [1] 748, 977–978, 998–999 • [3] N 5.7
 Sonst. > [1] 1186–1187 • [2] 1843, 1845, 1896, 1902, 2773

Dreyer, Nicolaus

MdB 7.–8. WP (CDU)

Dröscher, Wilhelm († 18. 11. 1977)

MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 12. 10. 1971 (SPD)
 MdEP 9. 12. 1965–12. 10. 1971 (SPD)
 Sonst. > [1] 412, 427, 465

Duchač, Josef

MPräs > [1] 1462 • [2] 1610
 AVst > [2] 1610

Duckwitz, Georg Ferdinand († 16. 2. 1973)

StS > [1] 1068

Dübber, Ulrich († 8. 5. 1985)

MdB 6. WP ab 16. 7. 1971, 7.–9. WP (SPD)
 Bibl. > [1] 484

Dückert, Thea

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Durig, Günter († 22. 11. 1996)

Sonst. > [1] 53–54

Dürr, Hermann

MdB 3.–4. WP (FDP), 6.–8. WP (SPD)
 FrVst > [1] 748, 838, 962, 997
 Bibl. > [1] 484
 Sonst. > [2] 1748, 2908–2909 • [3] 3629

Dufhues, Josef Hermann († 26. 3. 1971)

Sonst. > [1] 53–54, 409, 1223

Dutschke, Rudi († 24. 12. 1979)

Sonst. > [3] 3649

Hinweis

Es bedeutet:

- [1] Band I,
- [2] Band II und
- [3] Band III des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Duve, Freimut

MdB 9.–13. WP (SPD)
 Eur > [3](#) 3604
 Bibl. > [1](#) 484
 Sonst. > [1](#) 256 • [2](#) 1679, 1835, 1849, 1855, 1886,
 1915, 1946, 2002 • [3](#) 3391

Duwe, Kurt

Sonst. > [1](#) 105

Dzembitzki, Detlef

MdB 14. WP (SPD)

Dzewas, Dieter

MdB 14. WP (SPD)

E

Ebel, Manfred Artur

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Ebeling, Hans-Wilhelm

MdVk 10. WP (DSU; Juli 1990 → fraktionslos; August
 1990 → CDU/DA)

DDR > [2](#) 1543 • [3](#) 3845, 3920, 3922

Sonst. > [1](#) 101–102 • [2](#) 1528 • [3](#) 3785, 3791,
 3793, 3798, 3811, 3844, 3886, 3904, 3908, 3923

Eberhard, Anton († 3. 6. 1967)

MdB 1. WP ab 3. 10. 1952, 2. WP, 3. WP ab 4. 11.
 1959 (FDP)

Sonst. > [1](#) 461

Eberhard, Fritz († 30. 3. 1982)

MdPR > [1](#) 621

Eberle, Paul

DDR > [3](#) 3780–3781

Ebermann, Thomas

MdB 11. WP bis 18. 2. 1989 (GRÜNE)

FrVst > [1](#) 748, 969, 987

Sonst. > [1](#) 1185

Ebert, Eike

MdB 12. WP (SPD)

Sonst. > [3](#) 3392

Ebert, Friedrich († 28. 2. 1925)

Sonst. > [1](#) 597–599 • [2](#) 2015–2016

Hinweis

Ausführliche biographische Angaben über die Abgeordneten enthalten die Handbücher des Deutschen Bundestages. In Abschnitt 30.2 ist zusammengestellt, welche Handbücher für die einzelnen Wahlperioden vorliegen.

Echternach, Jürgen

MdB 9.–12. WP (CDU)

PStS > [1](#) 748, **1077**, **1097**

Sonst. > [1](#) 465

Eckardt, Felix von († 11. 5. 1979)

MdB 5.–6. WP (CDU)

StS > [1](#) 1062

AVst > [2](#) 2053

Sonst. > [1](#) 412, 1062–1063

Eckardt, Peter

MdB 12. WP, 14. WP (SPD)

AVst > [3](#) N 9.2

Sonst. > [2](#) 1947 • [3](#) 3155

Eckerland, Günther († 6. 11. 1998)

MdB 5.–7. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 252

Eckhardt, Walter († 1. 1. 1994)

MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos;
 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7.
 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 →
 CDU/CSU), 3. WP ab 27. 12. 1957, 4. WP ab
 21. 7. 1964, 5. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 749, 966

MdEP 1. 7. 1954–1. 7. 1956 (GB/BHE → CSU)

Bibl. > [1](#) 484

Sonst. > [1](#) 419, 916, 1174

Eckstein, Heinrich († 6. 8. 1992)

MdB 1.–2. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 241

Eckstein, Manfred

MdVk 10. WP ab 1. 8. 1990 (SPD)

Edathy, Sebastian

MdB 14. WP (SPD)

Edert, Eduard († 27. 8. 1967)

MdB 1. WP (CDU/CSU-Gast)

Sonst. > [1](#) 284–285, 566, 908, 1174

Eckhoff, Johann

StS > [1](#) 1079

Effertz, Josef († 31. 5. 1984)

MdB 4. WP, 5. WP bis 4. 3. 1968 (FDP)

FrVst > [1](#) 749, 1001

Sonst. > [1](#) 414, 426

Egert, Jürgen († 16. 12. 1992)

MdB 7.–11. WP (SPD)

PStS > [1](#) 749, 844, **1084**

AVst > [1](#) 749 • [2](#) 2072

Sonst. > [1](#) 418

Ehard, Hans († 18. 10. 1980)

BRPräs > [3](#) 3190

MPräs > [1](#) 1441, 1445, 1449

Sonst. > [1](#) 92, 413, 620, 984, 1118, 1160

Ehlers, Adolf († 20. 5. 1978)

MdPR > [1](#) 621

Ehlers, Hermann († 29. 10. 1954)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)

BTPPräs > [1](#) 405, 749, **863**, 868–869 • [2](#) 1489–1490, 1685, 1693–1698, 1735, 1737, 1978–1979, 1990, 1997–1999, 2010–2011, 2015, 2894, 2896, 2905–2906, 2947 • [3](#) 3186, 3190, 3429, 3463, 3482–3483, 3636, 3638–3639

Bibl. > [1](#) 484–485

Sonst. > [1](#) 405 • [2](#) 2904 • [3](#) 3186

Ehlers, Wolfgang

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1578, 1933

Ehlert, Heidemarie

MdB 14. WP (PDS)

Ehmke ([^]Bonn), **Horst**

MdB 6.–12. WP (SPD)

BMin > [1](#) 749, 884, **1042**, **1045–1046**, 1063, 1073, 1102, 1106, 1148, 1178–1179, 1216, 1240 • [2](#) 2817, 2865 • [3](#) 3649

StS > [1](#) 1073

FrVst > [1](#) 749, 975–977, 998 • [2](#) 1494, 1675

Bibl. > [1](#) 485

Sonst. > [1](#) 52, 586, 1008, 1010, 1181–1185, 1236 • [2](#) 1495, 1497, 1605, 1675, 1769, 1836, 1845, 1854, 1859, 2472, 2772, 2915 • [3](#) 3735

Ehmke (Ettlingen), **Wolfgang**

MdB 10. WP bis 28. 3. 1985 (GRÜNE)

Sonst. > [1](#) 1184 • [2](#) 1819

Ehnes, Georg († 27. 4. 1991)

MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 19. 9. 1972 (CSU)

Sonst. > [1](#) 246, 427

Ehrbar, Udo

MdB 10.–12. WP (CDU)

Sonst. > [2](#) 1839 • [3](#) 3174

Ehre, Ida († 16. 2. 1989)

Sonst. > [2](#) 2017

Ehren, Hermann († 30. 11. 1964)

MdB 1.–3. WP, 4. WP ab 4. 10. 1962 bis † (CDU)

Sonst. > [1](#) 241, 615 • [2](#) 1796

Ehrenberg, Herbert

MdB 7.–11. WP (SPD)

BMin > [1](#) 749, **1048**, **1050**, 1083–1084, 1181–1182, 1217, 1232 • [2](#) 1674–1675 • [3](#) 3658

FrVst > [1](#) 749, 975

AVst > [2](#) 2060

StS > [1](#) 1083

Sonst. > [1](#) 252, 1180 • [2](#) 1674–1675

Eich, Ludwig

MdB 12.–14. WP (SPD)

Eich, Tay

MdB 11. WP ab 20. 2. 1989 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Eichel, Hans

BMin > [3](#) N 3.25, N 6.2, N 6.3, N 6.8, N 26

BRPräs > [3](#) N 19.3

MPräs > [1](#) 1459, 1461 • [3](#) N 3.25

Eichelbaum, Ernst Theodor († 16. 4. 1991)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Eicher, Heinz

StS > [1](#) 1083

Eichhorn, Maria

MdB 12.–14. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 655, 749, 995

Sonst. > [1](#) 1187 • [2](#) 1615, 1933

Eichler, Willi († 17. 10. 1971)

MdB 1. WP (SPD)

AVst > [2](#) 2040

Bibl. > [1](#) 485

Sonst. > [1](#) 410, 615

Eichner, Josef († 9. 8. 1979)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)

Sonst. > [1](#) 911 • [2](#) 1794

Eichstädt-Bohlig, Franziska

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1](#) 656, 749, 1004

Sonst. > [1](#) 1188 • [3](#) 3378

Eickhoff, Ilse

Sonst. > [1](#) 123

Eickhoff, Rudolf († 6. 9. 1983)

MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

FrVst > [1](#) 749, 959

AVst > [2](#) 2044

Sonst. > [1](#) 414

Eickmeyer, Karl-Arnold

MdB 8. WP ab 23. 5. 1977, 9. WP (SPD), 10. WP ab 23. 8. 1985 (SPD; 27. 10. 1986 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 927 • [2](#) 1826 • [3](#) 3663

Eid, Ursula [Uschi]

MdB 10. WP ab 17. 4. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

PStS > [3](#) N 6.3

FrVst > [1](#) 652, 749, 968

AVst > [2](#) 2080

Sonst. > [2](#) 1850, 2196

Eiermann, Egon († 19. 7. 1970)

Sonst. > [3](#) 3289, 3292

Eigen, Karl

MdB 7. WP, 9.–11. WP (CDU)
 AVst > [2] 2069, 2072
 Sonst. > [2] 2474 • [3] 3087, 3153

Eilers ([^]Bielefeld), **Elfriede**

MdB 3.–8. WP (SPD)
 FrVst > [1] 651, 750, 975
 Sonst. > [1] 1179

Eilers (Oldenburg/Wilhelmshaven), **Jan**

MdB 3. WP (FDP), 7. WP (CDU)
 FrVst > [1] 750, 962

Eimer (Fürth), **Norbert**

MdB 8.–12. WP (FDP)
 AVst > [2] 2074
 Sonst. > [2] 1674, 1676, 1810, 1824, 1855, 1905, 1922,
 1926, 2934

Einert, Günther

AVst > [2] 2074
 Sonst. > [2] 2074

Einsiedel, Heinrich Graf von

MdB 13. WP (PDS)
 Sonst. > [1] 570, 1187 • [2] 1594 • [3] 3178

Eisenkrämer, Kurt

StS > [1] 1082

Eisenmann, Otto

MdB 3. WP (DP; 3. 6. 1958 → FDP), 4. WP, 5. WP
 bis 1. 6. 1967 (FDP)
 Sonst. > [1] 426, 451, 920

Ekstrand, Hans († 5. 3. 1969)

MdB 1. WP (SPD)

Elbrächter, Alexander († 10. 5. 1995)

MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP
 (DP; 20. 6. 1958 → fraktionslos; 24. 6. 1958 →
 CDU/CSU), 4.–5. WP (CDU)
 MdEP 27. 2. 1958–8. 10. 1958 (DP → CDU)
 Sonst. > [1] 920

Elchlepp, Dietrich

MdB 7. WP ab 4. 6. 1976 (SPD)
 MdEP ab 6. 2. 1996 (SPD)
 Sonst. > [1] 1010

Elfes, Wilhelm († 22. 11. 1969)

Sonst. > [1] 88

Elias, Dietrich

StS > [1] 1092–1094, 1102

Ellenberger, Irene

MdVtk 10. WP (SPD)

Ellwein, Thomas († 6. 1. 1998)

Sonst. > [1] 53–54

Elm, Ludwig

MdB 13. WP (PDS)
 FrVst > [1] 750, 1005 • [2] 1598
 Sonst. > [1] 1188

Elmer, Konrad

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12. WP (SPD)
 MdVtk 10. WP (SPD)
 DDR > [2] 1578 • [3] 3913
 Sonst. > [2] 1578, 1773, 1944–1945, 1947, 1950

Elsen, Franz-Michael († 23. 2. 1980)

Sonst. > [1] 621

Elser, Marga

MdB 14. WP (SPD)

Elsner, Ilse († 15. 12. 1996)

MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 14. 5. 1970 (SPD)
 MdEP 29. 11. 1961–26. 5. 1970 (SPD)
 Eur > [3] 3592
 Bibl. > [1] 485 • [3] 3439
 Sonst. > [1] 250, 421, 427, 452

Elsner, Martin († 1. 12. 1971)

MdB 2. WP (GB/BHE)

Emde, Hans Georg

MdB 4.–5. WP (FDP)
 StS > [1] 1075, 1078
 FrVst > [1] 750, 962
 Sonst. > [1] 1176 • [2] 2910

Emeis, Hans-Uwe

MdB 7. WP ab 8. 12. 1975 (fraktionslos)
 Sonst. > [1] 924

Emmerlich, Alfred

MdB 7.–11. WP (SPD)
 FrVst > [1] 750, 976, 998
 AVst > [2] 2063
 Sonst. > [1] 1183–1184 • [2] 2472–2473

Emons, Hans-Heinz

DDR > [3] 3918

Enderle, Irmgard

Sonst. > [1] 621

Enders, Peter

MdB 13.–14. WP (SPD)

Enders, Wendelin

MdB 5. WP ab 9. 5. 1967, 6.–10. WP (SPD)
 Sonst. > [1] 253 • [2] 1828

Endruweit, Toralf

Sonst. > [1] 132

Engel, Eva Sibylle

MdB 9. WP ab 26. 6. 1981 (FDP)
 Sonst. > [2] 1816

Engel, Lothar

DDR > [3] 3919

Engel, Stefan

Sonst. > [1] 121

Engelbrecht-Greve, Ernst († 10. 1. 1990)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 7. 12. 1962 (CDU)

MdEP 27. 2. 1958–14. 12. 1962 (CDU)

Sonst. > [1] 425, 450

Engelhard, Hans A[rnold]

MdB 7.–12. WP (FDP)

BMin > [1] 750, 1051, 1053–1054, 1074, 1183–1184, 1204, 1252 • [2] 1519, 1675–1677, 1754, 2900

FrVSt > [1] 750, 964 • [2] 1674–1675

Sonst. > [2] 1674–1677, 1811, 2245, 2472, 2916

Engell, Hans-Egon († 16. 8. 1974)

MdB 2. WP (GB/BHE)

AVst > [2] 2042

Sonst. > [3] 2988

Engelmann, Wolfgang

MdB 12.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1897, 1899

Engels, Dieter

Sonst. > [2] 2308

Engels, Friedrich († 5. 8. 1895)

Sonst. > [1] 89

Engelsberger, Matthias

MdB 6.–11. WP (CSU)

Sonst. > [1] 249, 251, 254, 256, 258, 260 • [2] 1860, 1863, 1873, 2474 • [3] 3087

Engholm, Björn

MdB 6.–9. WP (SPD)

BMin > [1] 750, 857, 1050–1051, 1082, 1101, 1115, 1218, 1235 • [3] 3657–3658

PStS > [1] 750, 1101, 1115

BRPräs > [2] 2017–2018 • [3] 3193, 3666

MPräs > [1] 857, 1458, 1460 • [3] 3670, 3673

Bibl. > [1] 485

Sonst. > [1] 131, 252, 256, 567, 988, 1121, 1183 • [2] 1495 • [3] 3670, 3673

Engländer, Margarete († 8. 5. 1984)

MdB 3. WP, 4. WP ab 1. 8. 1962 (CDU)

Enk, Arthur († 24. 4. 1976)

MdB 3. WP, 5. WP (CDU)

Sonst. > [1] 567

Enkelmann, Dagmar

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL), 13. WP (PDS)

FrVst > [1] 654, 656, 750, 980–981 • [2] 1598, 1678

MdVsk 10. WP (PDS)

DDR > [2] 1578 • [3] 3904

Sonst. > [1] 877–878, 1188 • [2] 1578, 1678, 1781, 1878, 1887, 1890, 1922, 1931 • [3] 3155

Ensling, Elisabeth († 5. 1. 1998)

MdB 5. WP ab 28. 4. 1966 (CDU)

Entrup, Otto

MdB 7. WP (CDU)

Sonst. > [1] 251

Eplée, Hermann A. († 30. 4. 1973)

MdB 1. WP ab 16. 1. 1953, 3. WP ab 8. 9. 1958 (CDU)

Sonst. > [1] 615 • [2] 1796

Eppelmann, Rainer

MdB 12.–14. WP (CDU)

AVst > [1] 750 • [2] 1599, 2076, 2265, 2267

MdVsk 10. WP (DA → CDU/DA)

DDR > [2] 1579 • [3] 3793, 3875, 3896, 3918, 3920

Sonst. > [2] 1509, 1528, 1579, 1898 • [3] 3724, 3726, 3738, 3797, 3807, 3809, 3811, 3820, 3885

Eppler, Erhard

MdB 4.–6. WP, 7. WP bis 3. 6. 1976 (SPD)

BMin > [1] 751, 1043, 1045–1046, 1048, 1103, 1179, 1216 • [3] 3649, 3654

Bibl. > [1] 485

Sonst. > [1] 428 • [2] 1502, 1805, 2014

Erdmann, Ernst Gerhard

Sonst. > [3] 3203

Erdmann, Karl Dietrich († 23. 6. 1990)

Sonst. > [2] 2012

Erhard (Bad Schwalbach), Benno

MdB 5.–10. WP (CDU)

PStS > [1] 751, 1074 • [2] 2720

FrVst > [1] 751, 953–955, 991–992

AVst > [2] 2071

Bibl. > [1] 485

Sonst. > [1] 1183–1184 • [2] 1799

Erhard, Ludwig († 5. 5. 1977)

MdB 1.–7. WP, 8. WP bis † (CDU)

BK > [1] 52, 597–599, 751, 842, 1020–1021, 1026, 1028–1030, 1037–1038, 1040, 1042–1044, 1052, 1119, 1128–1129, 1139–1140, 1152, 1154, 1156, 1158, 1161, 1175–1176, 1192, 1214–1215, 1221, 1223–1226, 1238, 1246, 1251, 1448, 1450 • [2] 1639, 1683, 1732, 1742–1743, 1782, 1999, 2012, 2803, 2898 • [3] 3192, 3485, 3645, 3647

BMin > [1] 147, 751, 1031–1032, 1034, 1035, 1036–1037, 1077–1078, 1158, 1175, 1191–1192, 1221, 1223, 1250 • [2] 2012, 2893 • [3] 3645

FrVst > [1] 950–953

Sonst. > [1] 53, 91, 242, 244, 247, 411, 567–568, 584–585, 894, 951, 984, 1119, 1145, 1161, 1221, 1223 • [2] 2016 • [3] 3653, 3655

Erkel, Günther († 5. 12. 1993)

StS > [1] 1074

Erler, Brigitte

MdB 8. WP, 9. WP ab 6. 12. 1982 (SPD)

Erler, Fritz († 22. 2. 1967)

MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)
 FrVst > [1] 408, 751, 974, 988, 996, 1119 • [2] 2016 • [3] 3645, 3648
 AVst > [2] 2040, 2042, 2188
 Eur > [3] 3549
 Bibl. > [1] 485–486
 Sonst. > [1] 408, 1175–1176, 1256 • [2] 1796, 1999, 2652, 2771

Erler, Gernot

MdB 11.–14. WP (SPD)
 FrVst > [3] N 5.7

Erler (Waldbrunn), Wolfgang

MdB 12. WP ab 6. 9. 1993 (CDU)

Ermisch, Günter

StS > [1] 1086–1087

Ernesti, Leo († 19. 11. 1996)

MdB 5. WP ab 9. 3. 1967, 6.–8. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 251, 253 • [3] 3160, 3170–3172

Ernst, Karin

Sonst. > [1] 107

Ernst, Werner

StS > [1] 55, 1071, 1096

Ernstberger, Petra

MdB 13.–14. WP (SPD)

Erpenbeck, Ferdinand

MdB 5.–6. WP, 8. WP ab 10. 9. 1979 (CDU)

Ertl, Josef

MdB 4.–10. WP (FDP)
 BMin > [1] 751, 1044, 1046–1048, 1050–1051, 1081–1082, 1158, 1178, 1218, 1234 • [2] 2915 • [3] 3658
 FrVst > [1] 751, 963
 Bibl. > [1] 486
 Sonst. > [1] 148, 585 • [2] 2911, 2924

Erzberger, Matthias († 26. 8. 1921)

Sonst. > [1] 598–599

Eschenburg, Theodor

Sonst. > [1] 50, 53–54, 513, 1164 • [2] 2243

Eschmann, Fritz († 22. 2. 1997)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Essen, Hans-Joachim von

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Essen, Jörg van

MdB 12.–14. WP (FDP)
 FrVst > [1] 751, 965 • [3] N 5.7

Esser, Otto

Sonst. > [1] 319

Essler, Rudolf

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3] 3912

Eßmann, Heinz Dieter

MdB 13. WP (CDU)

Esters, Helmut

MdB 5. WP ab 15. 1. 1969, 6.–12. WP (SPD)
 AVst > [1] 751 • [2] 2063, 2065–2066
 Sonst. > [1] 586 • [2] 2918–2919

Etzel (^ΔDuisburg), **Franz** († 9. 5. 1970)

MdB 1. WP bis 4. 1. 1953, 3.–4. WP (CDU)
 BMin > [1] 751, 1034, 1075, 1221
 FrVst > [1] 751, 949, 990
 AVst > [1] 751 • [2] 2036, 2040
 Sonst. > [1] 409, 423, 1221

Etzel (Bamberg), **Hermann** († 14. 4. 1978)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU; 3. 12. 1952 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 112, 461, 911, 913, 1012, 1174 • [3] 2985–2986

Etzenbach, Peter († 12. 6. 1976)

MdB 1.–3. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 241, 243

Euler, August-Martin († 4. 2. 1966)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP bis 10. 9. 1958 (DP)
 FrVst > [1] 751, 961, 962, 986
 AVst > [1] 751 • [2] 2039, 2045
 Sonst. > [1] 408, 424, 615, 917–919, 935, 1174

Even (^ΔDüsseldorf), **Bert**

MdB 3.–5. WP (CDU)
 FrVst > [1] 751, 950, 990
 AVst > [2] 2053
 Sonst. > [1] 247, 1177

Even (^ΔKöln), **Johannes** († 24. 11. 1964)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
 Sonst. > [1] 241, 243, 245, 408, 461

Everling, Henry

Sonst. > [1] 620

Evers, Hans († 3. 3. 1999)

MdB 6.–8. WP (CDU)
 AVst > [1] 752 • [2] 2059, 2063
 Sonst. > [3] N 2.7

Ewen, Carl

MdB 7.–12. WP (SPD)
 FrVst > [1] 752, 976, 999
 AVst > [1] 889
 Sonst. > [1] 252, 255, 257, 259, 261–262 • [2] 1910

Ewers, Hans († 29. 12. 1968)

MdB 1. WP (DP)
 FrVst > [1](#) 752, 959
 AVst > [2](#) 2189
 Sonst. > [1](#) 1174 • [2](#) 2947

Exner, Karl-Heinz († 22. 3. 1999)

MdB 4. WP ab 30. 11. 1964, 5. WP (CDU)

Ey, Richard († 4. 4. 1990)

MdB 7.–8. WP (CDU)

Eyck, Matthias

Sonst. > [1](#) 117

Eylmann, Horst

MdB 10.–13. WP (CDU)
 AVst > [1](#) 752 • [2](#) 2075, 2079, 2196, 2199
 Bibl. > [1](#) 486
 Sonst. > [2](#) 1821, 1910, 1932, 1936, 2248, 2925, 2933

Eymer ([△]Lübeck), **Anke**

MdB 12.–14. WP (CDU)
 AVst > [2](#) 2079 • [3](#) N 9.2

Eymer (Lübeck), **Ekkehart**

MdB 8. WP, 9. WP ab 14. 1. 1981 (CDU)
 Sonst. > [1](#) 568 • [2](#) 1816, 2819

Eyrich, Heinz

MdB 6.–7. WP, 8. WP bis 16. 10. 1978 (CDU)
 FrVst > [1](#) 752, 953, 991
 AVst > [2](#) 2061
 Sonst. > [1](#) 429, 453

F*Fabius, Laurent*

Sonst. > [3](#) 3619

Fache, Sabine

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
 MdVtk 10. WP (PDS)
 Sonst. > [2](#) 1579

Falk, Ilse

MdB 12.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [1](#) 1187

Falke, Franz († 9. 12. 1994)

MdB 4. WP, 5. WP ab 27. 7. 1967 (CDU)
 Sonst. > [1](#) 245

Falkner, Ernst († 27. 10. 1950)

MdB 1. WP bis † (BP)
 FrVst > [1](#) 405, 752, 944
 AVst > [1](#) 405, 752 • [2](#) 2038
 Sonst. > [1](#) 405 • [3](#) 2986

Faller, Walter

MdB 1. WP ab 4. 12. 1951, 2.–6. WP (SPD)
 MdEP 29. 11. 1961–14. 2. 1973 (SPD)

Faltlhauser, Kurt

MdB 9.–12. WP, 13. WP bis 20. 11. 1995 (CSU)
 PStS > [1](#) 752, **1077**
 FrVst > [1](#) 752, 957, 994
 Sonst. > [1](#) 433, 459, 1185 • [2](#) 1823, 1825, 1832, 1862, 1899

Farke, Ernst August († 10. 5. 1975)

MdB 1. WP (DP)
 Sonst. > [1](#) 461

Farny, Oskar († 20. 6. 1983)

MdB 2. WP bis 11. 11. 1953 (CDU)
 Sonst. > [1](#) 447, 611

Farthmann, Friedhelm

MdB 6. WP ab 26. 1. 1971, 7. WP bis 5. 6. 1975 (SPD)
 Sonst. > [1](#) 428, 453 • [2](#) 2718

Fassbender, Heinrich († 22. 6. 1971)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 18. 11. 1955 → DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
 Sonst. > [1](#) 615, 916

Faße, Annette

MdB 11. WP, 13.–14. WP (SPD)

Faust, Hans Georg

MdB 14. WP (CDU)

Fecht, Hermann († 4. 2. 1952)

MdPR > [1](#) 621

Federspiel, Per

Sonst. > [2](#) 1672

Feige, Klaus-Dieter

MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne)
 FrVst > [1](#) 752, 979 • [2](#) 1597, 1678
 Sonst. > [1](#) 114, 116, 1014–1015, 1186 • [2](#) 1678, 1917, 1940–1941, 1950

Feilcke, Jochen

MdB 10.–13. WP (CDU)
 Sonst. > [2](#) 1497, 1851 • [3](#) 3323

Feile, Peter

MdB 9. WP (SPD)

Feinendegen, Wolfgang

MdB 8.–9. WP (CDU)

Feitenhansl, Karl

Sonst. > [1](#) 135

Feiter, Franz-Josef

StS > [1](#) 1082

Felber, Konrad

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
 MdVtk 10. WP (DFP → Die Liberalen)
 Sonst. > [2](#) 1579

Felder, Josef

MdB 3.–5. WP (SPD)
 Bibl. > [1](#) 486 • [3](#) 3439
 Sonst. > [1](#) 611 • [3](#) 3170

Feldmann, Aloys († 9. 10. 1965)

MdB 1.–2. WP (CDU)
 Sonst. > [1](#) 242, 461

Feldmann, Olaf

MdB 9. WP ab 29. 1. 1981, 10.–13. WP (FDP)
 FrVst > [2](#) 1497
 AVst > [1](#) 752 • [2](#) 2077, 2079
 Sonst. > [2](#) 1856, 1866, 1903, 2925, 2930 • [3](#) 3174–3175

Fell, Hans-Josef

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Fell, Karl H. († 4./5. 12. 1996)

MdB 11.–12. WP, 13. WP bis † (CDU)
 Sonst. > [1](#) 260–261 • [2](#) 1873, 1922, 1933, 1949

Feller, Erwin († 29. 11. 1991)

MdB 2. WP (GB/BHE)
 FrVst > [1](#) 753, 966, 986
 AVst > [2](#) 2042
 Sonst. > [1](#) 418

Fellnermaier, Ludwig († 11. 3. 1996)

MdB 5.–8. WP (SPD)
 MdEP 19. 1. 1968–24. 7. 1989 (SPD)
 Eur > [3](#) 3591

Fellner, Hermann

MdB 9.–11. WP (CSU)
 Sonst. > [1](#) 256, 259–260, 568–569 • [2](#) 1831

Ferber, Markus

MdEP ab 19. 7. 1994 (CSU)

Ferner, Elke

MdB 12. WP, 13. WP ab 21. 11. 1994 (SPD)
 StS > [3](#) N 6.3
 FrVst > [1](#) 655, 753, 1000
 Sonst. > [1](#) 1188 • [2](#) 1942

Ferrang, Werner († 31. 5. 1974)

MdB 7. WP bis † (CDU)

Feuring, Adolf († 7. 6. 1998)

MdB 5. WP ab 2. 1. 1967 (SPD)

Feury, Otto Freiherr von

MdB 3. WP bis 10. 12. 1957 (CSU)

Ficker, Ludwig († 10. 12. 1947)

Sonst. > [1](#) 621

Fiebig, Udo

MdB 6.–10. WP (SPD)
 Sonst. > [2](#) 1816

Fiedler, Eduard († 12. 6. 1963)

MdB 2. WP bis 13. 10. 1953 (GB/BHE)
 Sonst. > [1](#) 423, 447

Fiedler, Walter

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
 MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [2](#) 1579

Fiedler, Wolfgang

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Figgen, Werner († 12. 4. 1991)

MdB 4. WP, 5. WP bis 6. 12. 1966 (SPD)
 Sonst. > [1](#) 417, 426

Fikentscher, Rüdiger

MdVk 10. WP (SPD)

Filbinger, Hans

BRPräs > [3](#) 3192
 MPräs > [1](#) 1451, 1453, 1455

Finck, Albert († 3. 8. 1956)

MdPR > [1](#) 621

Finckenstein, Eva Gräfin († 13. 3. 1994)

MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU)
 Sonst. > [1](#) 916

Finckh, Hermann († 28. 4. 1962)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
 Sonst. > [1](#) 463

Fingerhut, Helmut

StS > [1](#) 1084, 1086 • [2](#) 2235

Fink, Conrad († 25. 7. 1981)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU; 5. 1. 1952 → CDU/CSU)
 FrVst > [1](#) 753, 960
 Sonst. > [1](#) 911 • [2](#) 2905

Fink, Heinrich

MdB 14. WP (PDS)

Fink, Ulf

MdB 13.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [2](#) 1594

Finselberger, Erni († 24. 5. 1993)

MdB 2. WP (GB/BHE)

Fircks, Otto Freiherr von († 17. 11. 1989)

MdB 6.–7. WP (CDU)
 Sonst. > [2](#) 1803

Fisch, Walter († 21. 12. 1966)

MdB 1. WP (KPD)
 Sonst. > [1](#) 615, 1174 • [2](#) 1990

Fischbach, Ingrid

MdB 14. WP (CDU)

*Fischbacher, Jakob*Sonst. > [1](#) 85*Fischbeck, Hans-Jürgen*Sonst. > [1](#) 94 • [3](#) 3728, 3733, 3786, 3885**Fischer (Berlin), Andrea**

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

BMin > [3](#) N 6.2, N 6.3FrVst > [1](#) 656, 753, 1004**Fischer (Karlsruhe-Land), Axel E.**

MdB 14. WP (CDU)

Fischer (Hamburg), Dirk [Erik]

MdB 9.–14. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 753, 993–995Sonst. > [1](#) 465**Fischer (Gräfenhainichen), Evelin**

MdB 12. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1947**Fischer (Osthofen), Gernot**

MdB 9.–10. WP (SPD)

AVst > [2](#) 2195**Fischer (Frankfurt), Joseph [Joschka]**

MdB 10. WP bis 29. 3. 1985 (GRÜNE), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

BMin > [3](#) N 6.2, N 6.3, N 6.11FrVst > [1](#) 753, 945, 968, 985 • [3](#) N 5.8Bibl. > [1](#) 486Sonst. > [1](#) 1184, 1187 • [2](#) 1991*Fischer, Klaus-Christian*

MdVst 10. WP (NDPD → Die Liberalen)

Sonst. > [3](#) 3895**Fischer ([^]Unna), Leni**

MdB 8.–13. WP (CDU)

Eur > [3](#) 3546–3547Sonst. > [3](#) 3177**Fischer (Homburg), Lothar**

MdB 9.–14. WP (SPD)

Fischer, Michael

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVst 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1579*Fischer, Oskar*DDR > [2](#) 1504, 1508 • [3](#) 3730, 3737, 3760, 3918*Fischer, Ralf*Sonst. > [1](#) 95**Fischer (Bad Hersfeld), Ulrich**

MdB 10. WP ab 20. 1. 1986 (GRÜNE)

Fischer, Ursula

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL)

FrVst > [1](#) 654, 753, 980 • [2](#) 1598, 1678

MdVst 10. WP (PDS)

Sonst. > [2](#) 1579, 1678*Fischer, Werner*Sonst. > [1](#) 117 • [3](#) 3749**Fischer, Willi († 2. 9. 1991)**

MdB 6.–8. WP (SPD)

Fischer, Willy († 21. 10. 1951)

MdB 1. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1](#) 294**Flach, Karl-Hermann († 25. 8. 1973)**

MdB 7. WP bis † (FDP)

FrVst > [1](#) 410, 753, 963Bibl. > [1](#) 486Sonst. > [1](#) 410, 1179, 1230**Flach, Ulrike**

MdB 14. WP (FDP)

Flämig, Gerhard

MdB 4. WP ab 15. 2. 1963, 5.–8. WP (SPD)

MdEP 21. 1. 1970–16. 7. 1979 (SPD)

*Flassbeck, Heiner*StS > [3](#) N 6.3*Flegel, Manfred*DDR > [3](#) 3918**Flinner, Dora**

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Sonst. > [2](#) 1870**Flitz (Wilhelmshaven), Hedi († 19. 10. 1994)**

MdB 4. WP (FDP)

*Flörl, Fritz († 28. 10. 1953)*Sonst. > [1](#) 621*Florenz, Karl-Heinz*

MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

*Florian, Walther*StS > [1](#) 1082*Florian, Winfried*StS > [1](#) 1092**Focke, Katharina**

MdB 6.–8. WP (SPD)

BMin > [1](#) 650, 753, 1046–1047, 1088, 1115, 1179, 1196PStS > [1](#) 650, 753, 1063, 1115

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Eur > [3](#) 3593

Fockenberg, Winfried

MdB 12. WP (CDU)

Förster, Alfred

MdV 10. WP (SPD)

Förtsch, Eva-Maria

MdV 10. WP (PDS)

Fograscher, Gabriele

MdB 13.–14. WP (SPD)

Folger, Erwin († 2. 3. 1993)

MdB 3. WP ab 19. 5. 1958, 4.–6. WP (SPD)

AVst > [2] 2055

Follak, Iris

MdB 13.–14. WP (SPD)

Folta, Eva

MdB 13. WP ab 9. 1. 1998 (SPD)

Folz-Steinacker, Sigrid

MdB 11. WP (FDP)

Sonst. > [2] 1839, 1844, 1846

Forck, Gottfried († 24. 12. 1996)

Sonst. > [2] 1509 • [3] 3742, 3761

Formanski, Norbert

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [1] 263–264

Fornahl, Rainer

MdB 14. WP (SPD)

Forschbach, Edmund († 23. 3. 1988)

Sonst. > [1] 1063

Forster, Hans

MdB 14. WP (SPD)

Forsthoff, Ernst († 13. 8. 1974)

Sonst. > [3] 3428, 3454

Foster, Sir Norman

Sonst. > [3] 3357–3358, 3361–3362, 3364–3366, 3368–3369, 3372, 3374, 3376, 3390, N 21.6, N 26

Francke (Hamburg), **Klaus**

MdB 8.–13. WP (CDU)

Sonst. > [1] 465

Frank, Charlotte

Sonst. > [3] 3357

Frank, Paul

StS > [1] 1068–1069

Franke ([^]Hannover), **Egon** († 26. 4. 1995)

MdB 1. WP ab 17. 5. 1951, 2.–10. WP (SPD)

BMin > [1] 753, 1045–1047, 1049, 1051, 1099, 1158, 1179, 1194, 1198, 1218

FrVst > [1] 753, 974

AVst > [1] 753 • [2] 2053

Sonst. > [1] 250, 252, 293, 420, 568–569, 584–585, 894 • [2] 1817

Franke ([^]Osnabrück), **Heinrich**

MdB 5.–9. WP, 10. WP bis 9. 4. 1984 (CDU)

PStS > [1] 754, 1084

FrVst > [1] 754, 953, 991–992

Sonst. > [1] 430, 1181 • [2] 2914

Franke, Peter

MdV 10. WP (DSU)

DDR > [3] 3912

Frankenhauser, Herbert

MdB 12.–14. WP (CSU)

Sonst. > [2] 1615

Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich

(† 28. 6. 1914)

Sonst. > [1] 595–596

Franz, Ludwig († 2. 7. 1990)

MdB 2.–7. WP (CSU)

Sonst. > [1] 246, 248–249, 251, 566

Franz, Otmar

MdEP 30. 1. 1981–24. 7. 1989 (CDU)

Franzen, Jakob († 21. 12. 1988)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 8. 10. 1965, 5. WP (CDU)

Frede, Günter († 23. 11. 1967)

MdB 3.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)

Fredersdorf, Hermann

Sonst. > [1] 88

Frehsee, Heinz

MdB 2.–7. WP (SPD)

FrVst > [1] 754, 974–975

AVst > [1] 886–887

MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (SPD)

Sonst. > [2] 2910

Freiberger, Herbert

Sonst. > [1] 100

Freidhof, Rudolf († 25. 12. 1983)

MdB 1.–2. WP (SPD)

Freitag, Dagmar

MdB 13.–14. WP (SPD)

Freitag, Walter († 7. 6. 1958)

MdB 1. WP (SPD)

Sonst. > [1] 406, 461

Hinweis

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

Freiwald, Friedrich Wilhelm († 26. 10. 1974)

MdB 5.–6. WP, 7. WP bis † (CDU)

Frenzel, Alfred († 23. 7. 1968)MdB 2. WP (SPD), 3. WP bis 4. 11. 1960 (SPD);
21. 10. 1960 → SPD-Ausschluß)

AVst > [1] 754 • [2] 2047

Frerichs, Göke D.

MdB 5.–6. WP, 7. WP bis 15. 1. 1975 (CDU)

Sonst. > [1] 428 • [2] 1799

Freudenberg, Richard († 21. 11. 1975)MdB 1. WP (FDP; 1. 7. 1952 → FDP-Gast; 5. 12.
1952 → fraktionslos)

AVst > [2] 2037, 2040

Sonst. > [1] 52, 284–285, 908, 913

Frey, Gerhard

Sonst. > [1] 122, 129

Frey, Martin († 5. 11. 1971)

MdB 1. WP, 3.–5. WP (CDU)

Sonst. > [1] 241, 1174

Freybe, Carl

Sonst. > [1] 135

Freyh, Brigitte

MdB 4. WP ab 22. 12. 1961, 5.–6. WP (SPD)

PStS > [1] 650, 754, 1103

Frick, Gisela

MdB 13.–14. WP (FDP)

Fricke, Hans-Joachim († 24. 9. 1974)

MdB 1. WP ab 22. 3. 1952 (DP)

Sonst. > [1] 294

Friderichs, Hans

MdB 5. WP, 8. WP bis 8. 11. 1977 (FDP)

BMin > [1] 754, 843, 1046–1048, 1078–1079, 1148,
1179–1181, 1195, 1197, 1217 • [3] 3655

Bibl. > [1] 486

Sonst. > [1] 148, 429, 1177 • [2] 2947

Friebe, Rainer

Sonst. > [1] 128

Friedensburg, Ferdinand († 11. 3. 1972)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–4. WP (CDU)

AVst > [1] 754 • [2] 2042, 2049

MPräs > [1] 1442

MdEP 27. 2. 1958–21. 12. 1965 (CDU)

Sonst. > [1] 410, 566–567 • [2] 2909

Friedhoff, Paul K.

MdB 12.–14. WP (FDP)

FrVst > [1] 754, 1003

Sonst. > [2] 1938

Friedmann, Bernhard

MdB 8.–10. WP, 11. WP bis 5. 2. 1990 (CDU)

AVst > [2] 2066, 2069, 2072

Bibl. > [1] 487

Sonst. > [1] 254, 256, 258, 260, 432 • [2] 1849

Friedrich (^ΔWürzburg), **Bruno** († 20. 6. 1987)

MdB 7.–8. WP (SPD)

FrVst > [1] 754, 975

MdEP 17. 7. 1979 bis † (SPD)

Eur > [3] 3590

Sonst. > [1] 415, 1180–1181

Friedrich (^ΔErlangen), **Gerhard**

MdB 11.–14. WP (CSU)

FrVst > [1] 755, 958

AVst > [1] 755 • [2] 2200–2201

Friedrich, HansMdB 1. WP (FDP; 5. 10. 1950 → fraktionslos; 16. 11.
1950 → BHE/DG; 21. 3. 1952 → fraktionslos;
2. 4. 1952 → FDP-Gast)

Sonst. > [1] 909, 912 • [2] 1796

Friedrich (Hof), Hans-Peter

MdB 14. WP (CSU)

Friedrich (^ΔBayreuth), **Horst**

MdB 12.–14. WP (FDP)

Sonst. > [1] 1188 • [2] 1905, 1938

Friedrich, Ingo

MdEP ab 17. 7. 1979 (CSU)

Friedrich (Mettmann), Lilo

MdB 14. WP (SPD)

Friedrich (Delitzsch), Michael

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdVk 10. WP (PDS)

Sonst. > [2] 1579

Friedrich (Altenburg), Peter

MdB 14. WP (SPD)

Frieler, Heinz († 4. 8. 1990)

MdB 5. WP (CDU)

Friese, Harald

MdB 14. WP (SPD)

Friese, Hermann († 5. 1. 1996)

MdB 2. WP (CDU)

Friese-Korn, Lotte († 14. 10. 1963)

MdB 2.–3. WP (FDP)

FrVst > [1] 649, 755, 1001

Sonst. > [1] 463

Frief, SieglindeMdB 11. WP ab 21. 2. 1989 (AL Berlin → GRÜNE;
4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Sonst. > [1] 1013 • [2] 1857

Fritsch, Christina

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVk 10. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1579

Fritsch, Horst

MdB 10. WP ab 14. 3. 1986 (GRÜNE)
 Sonst. > [3] 3154

Fritsch ([^]Deggendorf), **Walter** († 7. 1. 1991)

MdB 4.–6. WP (SPD)
 AVst > [2] 2056
 Sonst. > [3] 3126

Fritz, Erich G.

MdB 12.–14. WP (CDU)
 AVst > [2] 2265, 2267

Fritz (Welzheim), **Friedrich** († 24. 2. 1979)

MdB 3. WP, 5. WP (CDU)

Fritz (Ludwigshafen), **Gerhard** († 19. 9. 1984)

MdB 3. WP, 4. WP bis 5. 1. 1965 (CDU)
 AVst > [2] 2052
 Sonst. > [1] 425

Fritz (Wiesbaden), **Karl-Walter**

MdB 5. WP (SPD)

Fröhlich, Hans-Gerd († 14. 9. 1995)

MdB 1. WP (WAV; 13. 10. 1950 → BHE/DG; 21. 3. 1952 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 909, 912, 1012

Fröhlich, Siegfried

StS > [1] 1071–1072

Fröncke, Dieter

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3] 3913

Frohne, Edmund († 1971)

StS > [1] 1093

Frohnweiler, Anne

Sonst. > [1] 98

Fromm, Kurt-Wilhelm († 8. 1. 1953)

Sonst. > [1] 621

Fromm, Rita

MdB 9. WP (FDP)

Fromme, Jochen-Konrad

MdB 14. WP (CDU)

Frommhold, Heinz († 24. 10. 1979)

MdB 1. WP (DRP/NR; 5. 10. 1950 → fraktionslos; 26. 3. 1952 → DP/DPB-Gast; 11. 2. 1953 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 909, 912, 914

Früh, Isidor

MdB 6.–8. WP (CDU)
 MdEP 14. 2. 1973–24. 7. 1989 (CDU)
 Sonst. > [1] 254

Frühwald, Konrad († 19. 4. 1970)

MdB 1.–2. WP (FDP)

Fuchs ([^]Köln), **Anke**

MdB 9.–14. WP (SPD)
 VPräs > [3] N 4.2, N 26
 BMin > [1] 651, 755, 1050, 1088, 1115, 1218 • [3] 3658
 PStS > [1] 651, 755, 1084, 1115
 FrVst > [1] 652–655, 755, 976–978, 998
 AVst > [1] 654, 755 • [2] 2266
 StS > [1] 1083
 Bibl. > [1] 487
 Sonst. > [1] 632, 878, 1183–1185, 1187 • [2] 1781, 1951, 2772–2773

Fuchs, Gustav († 21. 3. 1969)

MdB 1.–3. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 243, 245

Fuchs, Karl († 31. 3. 1989)

MdB 6.–8. WP (CSU)
 MdEP 19. 1. 1977–23. 7. 1984 (CSU)
 Sonst. 251, 254

Fuchs (Verl), **Katrin**

MdB 10.–13. WP (SPD)
 FrVst > [1] 655, 755, 978
 Sonst. > [2] 1829, 1910

Fuchs, Ruth

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP ab 11. 3. 1992 (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)
 MdVk 10. WP (PDS)
 FrVst > [1] 656, 755, 981 • [2] 1598 • [3] N 5.7
 DDR > [2] 1579 • [3] 3913
 Sonst. > [1] 1187 • [2] 1579 • [3] 3155–3156, 3177

Fuchtel, Hans-Joachim

MdB 11.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1840, 1921 • [3] 3154–3155

Fücks, Ralf

Sonst. > [1] 116, 987

Fülgraff, Georges Michael

StS > [1] 1088

Fürst, Walther

Sonst. > [1] 315

Hinweis

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

Fürstenberg, Elimar Freiherr von († 10. 7. 1981)

MdB 1. WP (BP; 7. 11. 1950 → fraktionslos; 19. 1. 1951 → CDU/CSU)
 Sonst. > [1] 909–910

Fugger von Glött, Josef-Ernst Fürst († 13. 5. 1981)

MdB 1. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 413 • [3] 3629

Fuhrmann, Arne

MdB 12.–14. WP (SPD)
 AVst > [1] 755 • [2] 2266
 Sonst. > [2] 1926

Funcke, Liselotte

MdB 4.–7. WP, 8. WP bis 23. 11. 1979 (FDP)
 VPräs > [1] 650–651, 755, 872, 963–964 • [2] 1980 • [3] 3188, 3650, 3653, 3655–3656
 FrVst > [1] 963–964
 AVst > [1] 648, 650–651, 755 • [2] 2054, 2060, 2063
 Bibl. > [1] 487
 Sonst. > [1] 429, 454, 633, 660, 1179 • [2] 1811, 2472 • [3] 3188

Funcke, Oscar († 6. 7. 1965)

MdB 1. WP ab 14. 9. 1951 (FDP)
 AVst > [2] 2040
 Sonst. > [1] 633

Funk ([^]Neuses am Sand), **Friedrich** († 5. 8. 1963)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)
 FrVst > [1] 982
 AVst > [2] 2046, 2049
 Sonst. > [1] 243, 245–246, 407

Funk ([^]Gutenzell), **Honor**

MdB 9. WP ab 16. 10. 1981, 10. WP ab 14. 10. 1985, 11. WP ab 20. 5. 1988 bis 24. 8. 1989 (CDU)
 MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)
 Sonst. > [1] 432, 469 • [2] 1840

Funke, Christiane

MdV 10. WP (SPD)

Funke, Karl-Heinz

BMin > [3] N 6.2, N 6.3, N 6.8

Funke, Rainer

MdB 9. WP, 11.–14. WP (FDP)
 PStS > [1] 755, 1074–1075
 Sonst. > [2] 1677, 1837, 1839 • [3] 3153, 3155

Funke-Schmitt-Rink, Margret

MdB 12. WP (FDP)

Furler, Hans († 29. 6. 1975)

MdB 2.–6. WP (CDU)
 FrVst > [1] 950
 AVst > [1] 755 • [2] 2043, 2045–2046
 MdEP 1. 7. 1955–19. 3. 1958 und 19. 12. 1961–14. 2. 1973 (CDU)
 Eur > [1] 950 • [3] 3590
 Bibl. > [1] 487
 Sonst. > [1] 244, 247, 249, 411

G*Gabert, Volkmar*

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)

Gabrysch, Gunter

Sonst. > [3] 3631

Gärtner, Klaus

MdB 8.–9. WP (FDP)
 FrVst > [1] 755, 839, 964 • [2] 1675
 AVst > [1] 889 • [3] 3436
 Sonst. > [1] 568 • [2] 1675, 1812, 1815

Galinski, Heinz († 19. 7. 1992)

Sonst. > [2] 1563

Gallus, Georg

MdB 6. WP ab 10. 9. 1970, 7.–12. WP (FDP)
 PStS > [1] 756, 1081–1082
 Sonst. > [2] 1929, 1952, 2932

Ganschow, Jörg Wolfgang

MdB 12. WP (FDP)
 Sonst. > [2] 1889, 1906

Ganseforth, Monika

MdB 11.–14. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1944

Gansel, Norbert

MdB 7.–12. WP, 13. WP bis 16. 6. 1997 (SPD)
 FrVst > [1] 756, 978, 999
 AVst > [2] 2078
 Bibl. > [1] 487
 Sonst. > [1] 252, 255–256, 433, 587, 1186 • [2] 1807, 1809, 1812, 1816, 1848, 1879–1880, 2591, 2916, 2926 • [3] 3211, 3225–3227, 3496

Ganswindt, Elisabeth († 27. 8. 1983)

MdB 2. WP ab 9. 11. 1955 (CDU)

Gantenberg, Mathilde († 29. 10. 1975)

MdB 2. WP ab 8. 10. 1956, 3. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 463

Ganz (St. Wendel), **Johannes**

MdB 9.–12. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1831, 1840

Garbe, Charlotte

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
 FrVst > [1] 653, 756, 969 • [2] 1677
 Sonst. > [1] 1185 • [2] 1677, 1864, 1871, 2931 • [3] 3155

Gase, Walther Ernst († 8. 2. 1991)

StS > [1] 1080

Gaßmann, Walter († 9. 1. 1979)

MdB 3.–4. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 244

Gattermann, Hans H. († 27. 1. 1994)

MdB 8.–11. WP, 12. WP bis † (FDP)

FrVst > [1](#) 756, 1022 • [2](#) 1675AVst > [1](#) 419, 756 • [2](#) 2069, 2072, 2075Bibl. > [1](#) 487Sonst. > [1](#) 419, 1183 • [2](#) 1674–1675, 1828, 1856, 1862, 1873**Gatzen, Karl** († 15. 8. 1975)

MdB 6. WP (CDU)

Gauck, Joachim

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 bis 4. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)

MdVkl 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)

DDR > [2](#) 1579 • [3](#) 3851, 3876, 3879, 3914Sonst. > [1](#) 114, 382, 432, 635, 937 • [2](#) 1575, 1579, 1776, 2308**Gaul, Karl** († 17. 1. 1972)

MdB 1.–2. WP (FDP)

AVst > [1](#) 756 • [2](#) 2040, 2042Sonst. > [1](#) 410, 461*Gaule, Charles de* († 9. 11. 1970)Sonst. > [2](#) 2708*Gaus, Günter*StS > [1](#) 1064–1065 • [2](#) 2711Sonst. > [1](#) 1064–1065**Gautier, Fritz**

MdB 11.–12. WP (SPD)

MdEP 18. 1. 1980–12. 2. 1987 (SPD)

Sonst. > [2](#) 1917*Gayk, Andreas* († 1. 10. 1954)MdPR > [1](#) 621, 625*Gebhardt, Evelyne*

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Gebhardt, Fred

MdB 14. WP (PDS)

Sonst. > [3](#) N 4.8, N 26**Gedat, Gustav-Adolf** († 6. 4. 1971)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Gefeller, Wilhelm († 25. 3. 1983)

MdB 2. WP (SPD)

Gehb, Jürgen

MdB 14. WP (CDU)

*Gehlhoff, Walter*StS > [1](#) 1069**Gehrcke, Wolfgang**

MdB 14. WP (PDS)

FrVst > [3](#) N 5.7**Gehring, Albrecht** († 7. 3. 1985)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 615**Geier, Erna-Maria** († 18. 10. 1994)

MdB 7. WP ab 5. 3. 1976, 8.–9. WP (CDU)

Geiger ([△]Aalen), **Hans** († 20. 2. 1986)

MdB 2. WP ab 1. 1. 1954, 3.–7. WP (SPD)

*Geiger, Hansjörg*StS > [3](#) N 6.3**Geiger, Helmut**

MdB 4. WP ab 8. 6. 1965 (CSU)

Geiger (München), **Hugo** († 8. 7. 1984)

MdB 2.–3. WP (CSU)

AVst > [1](#) 756 • [2](#) 2045, 2049

MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (CSU)

Eur > [3](#) 3592Sonst. > [1](#) 245, 414**Geiger, Michaela** († 30. 12. 1998)

MdB 9.–13. WP, 14. WP bis † (CSU)

PStS > [1](#) 653–654, 756, 1087, 1104 • [3](#) 3178VPräs. > [1](#) 654, 756, 873, 878 • [2](#) 1779 • [3](#) 3676FrVst > [1](#) 653, 756, 993AVst > [3](#) N 9.2Sonst. > [1](#) 260, 262, 264 • [2](#) 1851, 2922, 2927 • [3](#) N 2.7, N 4.2**Geiger** (Darmstadt), **Sissy**

MdB 12. WP ab 29. 9. 1992 (CDU)

*Geil, Rudi*StS > [1](#) 1080*Geiler, Karl* († 14. 9. 1953)MPräs > [1](#) 1441Sonst. > [1](#) 405, 620**Geis, Norbert**

MdB 11.–14. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 756, 994–995Sonst. > [1](#) 260, 262, 1186 • [2](#) 1873, 1908, 1937, 2934 • [3](#) 3496**Geisendörfer, Ingeborg**

MdB 2.–6. WP (CSU)

AVst > [2](#) 2052–2053Sonst. > [2](#) 1800**Geisenhofer, Franz Xaver**

MdB 5. WP ab 3. 5. 1967, 6.–8. WP (CSU)

AVst > [2](#) 2064*Hinweis*Bei **Namen in Fettdruck** handelt es sich um **Mitglieder des Bundestages**.

Geisler (Radeberg), Hans

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP bis 12. 2. 1991 (CDU)
 MdV 10. WP (DA → CDU/DA)
 DDR > [2] 1579 • [3] 3921
 Sonst. > [1] 432, 457–458 • [2] 1579, 1591

Geißler, Heinrich [Heiner]

MdB 5. WP bis 11. 10. 1967, 9.–14. WP (CDU)
 BMin > [1] 757, 1052–1053, 1088–1089, 1219, 1252 • [2] 1754, 2227 • [3] 3662
 FrVst > [1] 757, 953, 957–958
 Bibl. > [1] 487
 Sonst. > [1] 144, 258, 426, 451, 953, 1177, 1186–1187, 1236 • [2] 1605, 1769, 2772

Geisthardt, Ralf

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3] 3914

Geldern, Wolfgang von

MdB 8.–12. WP (CDU)
 PStS > [1] 757, 844, 1082
 AVst > [1] 757 • [2] 2076
 Bibl. > [1] 487

Geldner, Karl

MdB 5. WP, 6. WP ab 26. 1. 1970, 7. WP (FDP)
 Sonst. > [2] 1804 • [3] 3651

Gemein, Heinz († 29. 12. 1958)

MdB 2. WP (GB/BHE)

Gemmingen-Hornberg, Gustav Freiherr von

MdB 5. WP ab 11. 10. 1967 (FDP)
 AVst > [2] 2054

Gengler, Karl († 9. 10. 1974)

MdB 1.–2. WP (CDU)
 AVst > [2] 2035, 2041
 Sonst. > [1] 242, 461

Genrich, Helga

Sonst. > [1] 110

Genscher, Hans-Dietrich

MdB 5.–13. WP (FDP)
 BMin > [1] 757, 884, 1044, 1046–1048, 1049, 1050–1051, 1053–1054, 1056, 1069–1071, 1155, 1157–1158, 1161, 1178–1186, 1194–1196, 1198–1202, 1204–1205, 1216, 1218, 1220, 1227, 1231–1234, 1244, 1263 • [2] 1504, 1507, 1510, 1519, 1531, 1534–1535, 1546–1547, 1556, 1559, 1565, 1675–1676, 2014, 2298, 2731 • [3] 3658, 3672, 3737, 3755, 3771, 3792, 3821
 FrVst > [1] 757, 962–963
 Bibl. > [1] 488
 Sonst. > [1] 53, 108, 148, 150, 570, 586–587, 986, 1010, 1161, 1177, 1186, 1235, 1237, 1258 • [2] 1675–1676, 1980, 2910, 2912 • [3] 3662

George, Haimo († 5. 10. 1985)

MdB 8.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)
 FrVst > [1] 415, 757, 992–993
 Sonst. > [1] 254, 256, 258, 415, 1184 • [2] 1813

Gereke, Günter

Sonst. > [1] 620

Gerhardt, Wolfgang

MdB 13.–14. WP (FDP)
 FrVst > [1] 757, 1003 • [3] N 5.7, N 5.8
 Sonst. > [1] 108, 986, 1162, 1188 • [3] 3675, N 5.8

Geritzmann, Robert († 12. 9. 1969)

MdB 1.–3. WP (SPD)

Gerkan, Meinhard von

Sonst. > [3] 3371

Gerlach (^ΔEmsland), **Horst** († 16. 12. 1990)

MdB 4.–7. WP (SPD)
 MdEP 9. 12. 1965–19. 1. 1977 (SPD)

Gerlach, Johannes

MdV 10. WP (SPD)

Gerlach, Manfred

DDR > [3] 3751, 3767, 3774–3775, 3778, 3787, 3812, 3816
 Sonst. > [3] 3736, 3738, 3743, 3756, 3767, 3795, 3885

Gerlach (Obernau), Paul

MdB 6.–10. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 250, 254, 256, 259

Gerlach, Simon Peter

Sonst. > [1] 97

Gerlich, Walter Richard († 21. 3. 1981)

MdB 4. WP ab 24. 8. 1963 (CDU)

Gerns, Heinrich († 20. 8. 1963)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
 Eur > [3] 3547
 Sonst. > [1] 611

Gerstein, Ludwig († 30. 10. 1994)

MdB 8.–11. WP (CDU)
 AVst > [1] 757 • [2] 2067
 Sonst. > [1] 420 • [2] 1861

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden **Datenhandbuchs** synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Gerstenmaier, Eugen († 13. 3. 1986)

MdB 1.–5. WP (CDU)

BTPräs > [1] 757, 864–865, 868–869, 886, 950, 1138, 1225 • [2] 1490, 1693–1694, 1698–1700, 1738, 1740, 1742–1743, 1788, 1979, 1986–1987, 1990, 1997–1999, 2011, 2652, 2896, 2907, 2911 • [3] 3159, 3186, 3190, 3192, 3236, 3238–3240, 3286–3288, 3290–3292, 3345–3347, 3482, 3484–3485, 3613–3614, 3639, 3642–3644, 3646, 3649

FrVst > [1] 950

AVst > [1] 757, 886 • [2] 2035, 2041 • [3] 3614

MdEP 16. 7. 1952–3. 12. 1954 (CDU)

Bibl. > [1] 488

Sonst. > [1] 143, 415, 1139, 1174, 1225 • [2] 1738, 1984, 2017, 2947 • [3] 3186, 3632, 3662

Gerster (Worms), Florian

MdB 11. WP, 12. WP bis 7. 6. 1991 (SPD)

Sonst. > [1] 432, 458

Gerster (Mainz), Johannes

MdB 7. WP, 8. WP ab 13. 8. 1977, 9.–12. WP (CDU)

FrVst > [1] 757, 957, 993–994

Bibl. > [1] 488

Sonst. > [1] 1186 • [2] 1833, 1858, 1926–1928, 1930, 1945 • [3] 3391

Gerstl (Passau), Friedrich

MdB 7.–10. WP (SPD)

AVst > [2] 2069

Sonst. > [2] 1817

Gertzen, Hans

MdB 5.–8. WP (SPD)

Sonst. > [1] 248, 250, 252, 255

Gesell, Silvio († 11. 3. 1930)

Sonst. > [1] 110, 128

Geßner, Manfred Achim

MdB 6.–9. WP (SPD)

Eur > [3] 3546, 3548

Sonst. > [1] 1179 • [3] 3172

Gewandt, Heinrich

MdB 3.–7. WP (CDU)

Bibl. > [1] 488 • [3] 3440

Sonst. > [1] 566, 1177–1178

Geyer, Gerhard

Sonst. > [2] 1625

Gibbert, Paul († 30. 12. 1967)

MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (CDU)

Sonst. > [1] 241–242, 244, 246–247, 461, 611

Gibtner, Horst

MdB 12. WP (CDU)

DDR > [2] 1579 • [3] 3920

Sonst. > [2] 1579, 1883

Giencke, Christian († 19. 5. 1967)

MdB 1.–4. WP (CDU)

Gierenstein, Karl Heinz

MdB 5.–8. WP (CSU)

Sonst. > [1] 248–249, 251, 254

Gies, Gerd

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

MPräs > [1] 1462

Gies, Ludwig († 27. 1. 1966)

Sonst. > [3] 3284, 3326

Giese, Friedrich

Sonst. > [1] 50

Gil-Robles Gil-Delgado, José María

Eur > [3] 3564–3565

Gilges, Konrad

MdB 9.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1886, 1896

Gille, Alfred († 18. 2. 1971)

MdB 2. WP (GB/BHE)

AVst > [2] 2042

Sonst. > [1] 463, 1174

Ginnuttis, Horst

MdB 9. WP (SPD)

Sonst. > [3] 3153

Ginsberg, Matthias

MdB 9. WP ab 9. 12. 1982 (FDP)

Sonst. > [1] 926

Girisch, Georg

MdB 14. WP (CSU)

Giscard d'Estaing, Valéry

Sonst. > [1] 1195

Giulini, Udo († 5. 8. 1995)

MdB 5.–6. WP (CDU)

Bibl. > [1] 488

Gladenbeck, Friedrich († 13. 9. 1987)

StS > [1] 1091

Glaeser, Wolfgang

Sonst. > [3] 3786–3787, 3795, 3886

Glahn, Fritz († 29. 9. 1977)

MdB 3. WP bis 2. 11. 1959 (FDP)

Sonst. > [1] 424, 449

Glante, Norbert

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Glase, Anne-Karin

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3913

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Glasmeyer, Heinrich († 2. 1. 1974)

MdB 1. WP (Z; 23. 11. 1951 → CDU/CSU), 2. WP (CDU)

Sonst. > [1] 910

Gleicke, Iris

MdB 12.–14. WP (SPD)

FrVst > [3](#) N 5.7Sonst. > [1](#) 569*Gleisberg, Dieter*

MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

Gleisner ([^]Unna), **Alfred** († 15. 2. 1991)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis 17. 3. 1959 (SPD)

Sonst. > [1](#) 424, 461, 516, 519**Gleissner** ([^]München), **Franz** († 28. 12. 1992)

MdB 2.–6. WP (CSU)

Globke, Hans († 13. 2. 1973)StS > [1](#) 1062*Glogowski, Gerhard*MPräs > [3](#) N 6.21**Glombig, Eugen**

MdB 4. WP ab 25. 1. 1962, 5.–8. WP, 9. WP ab 18. 12. 1980, 10. WP (SPD)

FrVst > [1](#) 757, 997–998AVst > [1](#) 757 • [2](#) 2069Sonst. > [1](#) 250, 252, 255, 1183**Glos, Michael**

MdB 8.–14. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 757, 957–958, 983, 993 • [2](#) 1618, 1628 • [3](#) N 5.7Sonst. > [1](#) 254, 256, 259, 261–262, 264, 1186–1187 • [2](#) 1605, 1831, 1845, 1946**Gloser, Günter**

MdB 13.–14. WP (SPD)

Glutz, Peter

MdB 7. WP, 8. WP bis 16. 5. 1977, 10.–12. WP, 13. WP bis 24. 9. 1996 (SPD)

PStS > [1](#) 758, **1101**FrVst > [1](#) 758, 1000Bibl. > [1](#) 488–489Sonst. > [1](#) 428, 433, 453, 1188 • [2](#) 1947, 2773 • [3](#) 3497*Glück, Hans-Gerd*

MdVk 10. WP (PDS)

Glücklich, Wilma

MdB 13. WP (CDU)

Sonst. > [3](#) 3156**Glüsing** ([^]Dithmarschen), **Hermann** († 25. 9. 1981)

MdB 1.–6. WP (CDU)

Bibl. > [1](#) 489Sonst. > [1](#) 247**Gnädinger, Fritz-Joachim**

MdB 6.–7. WP, 9. WP (SPD)

AVst > [2](#) 2059Bibl. > [1](#) 489Sonst. > [1](#) 567*Gnoß, Ernst*Sonst. > [1](#) 620**Gobrecht, Horst**

MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 29. 6. 1984 (SPD)

Sonst. > [1](#) 430, 456**Gockeln, Josef** († 6. 12. 1958)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (CDU)

Sonst. > [1](#) 241, 243, 406, 461, 463–464 • [3](#) 3236–3237**Göhner, Reinhard**

MdB 10.–14. WP (CDU)

PStS > [1](#) 758, 844, **1074, 1079**FrVst > [1](#) 758, 958AVst > [1](#) 758, 841 • [2](#) 2070, 2073Sonst. > [1](#) 569 • [2](#) 1821, 1825, 1828–1829, 1838, 1843 • [3](#) 3153**Göllner, Uwe**

MdB 13. WP ab 12. 2. 1996, 14. WP (SPD)

Gölter, Georg

MdB 6.–7. WP, 8. WP bis 8. 7. 1977 (CDU)

Sonst. > [1](#) 429, 453, 567*Goepel, Lutz*

MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → CDU)

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Sonst. > [3](#) 3909**Görgen, Hermann Mathias** († 3. 5. 1994)

MdB 3. WP (CSU-Saar)

Göring-Eckardt, Katrin Dagmar

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [3](#) N 5.7Sonst. > [1](#) 86*Görlach, Willi*

MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Görlinger, Robert († 10. 2. 1954)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1](#) 405, 615*Görts, Frerich*StS > [1](#) 1092**Götte, Rose**

MdB 11. WP, 12. WP bis 7. 6. 1991 (SPD)

Sonst. > [1](#) 432, 458 • [2](#) 2930, 2933*Hinweis*

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

Göttig, Horst

Sonst. > [1] 109

Götting, Gerald

DDR > [2] 1492, 1494 • [3] 3756, 3759

Sonst. > [3] 3743, 3751, 3755, 3800, 3885

Göttsching, Martin

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)

MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1537, 1579 • [3] 3912

Sonst. > [2] 1579, 1950 • [3] 3155–3156

Götz, Eicke

MdB 9. WP bis 8. 3. 1983, 10.–11. WP (CSU)

Sonst. > [1] 256, 258, 260 • [2] 1831, 1874, 2474, 2824
• [3] 3087

Götz, Hermann († 21. 4. 1987)

MdB 1.–7. WP (CDU)

FrVst > [1] 758, 950–952, 990–991

AVst > [1] 886

Sonst. > [1] 244, 249, 251, 415, 584 • [2] 1796, 1803,
1806, 2908–2910 • [3] 3291

Götz, Peter

MdB 12.–14. WP (CDU)

Goetzendorff, Günter

MdB 1. WP (WAV; 28. 3. 1950 → DRP-Gast; 5. 10. 1950 → fraktionslos [DRP]; 12. 9. 1951 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)

Bibl. > [1] 489

Sonst. > [1] 566, 908–910, 914, 1011, 1174 • [2] 1792–1796, 1989

Götzer, Wolfgang

MdB 10. WP ab 4. 6. 1984, 12.–14. WP (CSU)

Sonst. > [1] 262, 264 • [2] 1831, 1891

Goldhagen, Wilhelm († 7. 1. 1964)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)

Goldhahn, Eberhard

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1579

Goldmann, Hans-Michael

MdB 14. WP (FDP)

Golitschek, Hubertus von († 17. 1. 1969)

MdB 1. WP, 2. WP ab 18. 4. 1956 (FDP)

Sonst. > [2] 1796

Gomolka, Alfred

MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)

BRPräs > [3] 3193

MPräs > [1] 1462

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Gontrum, Wilhelm († 13. 10. 1969)

MdB 2.–3. WP (CDU), 4. WP (CDU; 20. 9. 1962 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 922 • [3] 2988

Goppel, Alfons († 24. 12. 1991)

BRPräs > [3] 3192

MPräs > [1] 1449, 1451, 1453

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CSU)

Sonst. > [1] 418

Gorbatschow, Michail

Sonst. > [1] 98, 126, 1203–1205, 1253 • [2] 1505, 1510, 1519, 1522, 1546, 1556, 1666, 2718–2719, 2730 • [3] 3740, 3750, 3791, 3804, 3806, 3900

Gossel, Karl († 24. 8. 1966)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Gottberg, Hans-Wittich von

Sonst. > [1] 105

Gothardt, Marion

Sonst. > [1] 92

Gottesleben, Leo († 9. 7. 1983)

MdB 3.–6. WP (CDU)

Sonst. > [1] 246 • [2] 1801

Gottschall, Stefan

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])

MdVkl 10. WP (DSU)

DDR > [2] 1580 • [3] 3891, 3905

Sonst. > [2] 1580

Gottwald, Gabriele

MdB 10. WP bis 31. 3. 1985 (GRÜNE)

Sonst. > [1] 569

Graaff ([^]Elze), **Carlo** († 9. 12. 1975)

MdB 2. WP ab 4. 7. 1955, 3. WP bis 8. 5. 1959, 5.–6. WP, 7. WP bis † (FDP)

AVst > [1] 758 • [2] 2057

Sonst. > [1] 424 • [3] 3171

Grabe, Christine

MdVkl 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

Sonst. > [3] 3873

Grabert, Horst

StS > [1] 1064, 1227

Gradistanac, Renate

MdB 14. WP (SPD)

Gratl, Johann Baptist († 2. 7. 1988)

MdB 3.–8. WP (CDU)

BMin > [1] 758, 1041, 1098–1099, 1176, 1215

AVst > [1] 758 • [2] 2046, 2049, 2058

Sonst. > [1] 416, 568, 1175, 1178 • [2] 2014, 2909

Graebe, Kurt

Sonst. > [1] 97

Graefe zu Baringdorf, Friedrich-Wilhelm

MdEP 24. 7. 1984–4. 11. 1987 und ab 25. 7. 1989
(GRÜNE)

Eur > [3](#) 3591

Sonst. > [2](#) 2477

Graf (Rosenheim), Angelika

MdB 13.–14. WP (SPD)

Graf, Benno († 20. 5. 1977)

MdB 2. WP (CSU); 26. 10. 1956 → FVP; 14. 3. 1957
→ DP/FVP)

Sonst. > [1](#) 918–919 • [2](#) 1891

Graf ([†]Friesoythe), **Günter**

MdB 11.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1907, 1910

Graf, Otto († 1. 9. 1971)

MdB 1. WP (SPD)

Grantze, Fritz († 13. 12. 1966)

MdB 2. WP ab 17. 11. 1955 (CDU)

Sonst. > [1](#) 463

Granzow, Hermann

StS > [1](#) 1101

Grasedieck, Dieter

MdB 13.–14. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 264

Graß, Karl Martin

MdB 7. WP ab 13. 4. 1976 (CDU)

Green, Theodore Francis

Sonst. > [2](#) 1672

Grehn, Juliane

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Grehn, Klaus

MdB 14. WP (PDS)

Gres, Joachim

MdB 12.–13. WP (CDU)

Greve, Otto Heinrich († 11. 6. 1968)

MdB 1.–3. WP (SPD)

AVst > [1](#) 758 • [2](#) 2045, 2047, 2190

MdPR > [1](#) 611, 615

Sonst. > [1](#) 409, 461

Grewe, Wilhelm

Sonst. > [1](#) 50 • [2](#) 2709

Griefahn, Monika

MdB 14. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 2773

Griem, Hans († 7. 11. 1955)

MdB 2. WP bis † (CDU)

Griep, Franz Gerhard

Sonst. > [1](#) 84

Gries, Ekkehard

MdB 11.–12. WP (FDP)

Sonst. > [2](#) 1839

Gries (Mühlhausen), Gundolf

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1580

Griesau, Hans († 28. 12. 1978)

StS > [1](#) 1081

Griesinger, Annemarie

MdB 4. WP ab 23. 11. 1964, 5. WP, 6. WP bis 6. 9.
1972 (CDU)

FrVst > [1](#) 650, 758, 951

Sonst. > [1](#) 427, 452

Griebhaber, Rita

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1](#) 1187

Grill, Kurt-Dieter

MdB 13.–14. WP (CDU)

Grimme, Adolf († 27. 8. 1963)

Sonst. > [1](#) 620

Grimming, Jürgen

MdB 7. WP ab 18. 6. 1975 (SPD)

Grobecker, Claus

MdB 6. WP ab 8. 1. 1970, 7.–9. WP, 10. WP bis
14. 11. 1983 (SPD)

PStS > [1](#) 759, 1088

AVst > [2](#) 2065

Sonst. > [1](#) 252, 255, 257, 259, 430, 455 • [2](#) 1806

Grochtmann, Elisabeth

MdB 12. WP (CDU)

Gröbl, Wolfgang

MdB 11.–13. WP (CSU)

PStS > [1](#) 759, 1082, 1094–1095 • [3](#) N 6.3

Sonst. > [1](#) 260, 262, 264 • [2](#) 1933

Gröger, Rolf

MdVk 10. WP (DSU)

Gröhe, Hermann

MdB 13.–14. WP (CDU)

Gröner, Lissy

MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Gröwel, Margarete († 20. 1. 1979)

MdB 1. WP (CDU)

AVst > [1](#) 649, 759, 885 • [2](#) 2040 • [3](#) 3435

Grolman, Helmuth von († 18. 1. 1977)

WehrB > [1](#) 759 • [2](#) 1741, 2896 • [3](#) 3159, 3162,
3642–3643

Sonst. > [1](#) 411

Groß, Emil

Sonst. > [1](#) 620

Groß, Jurij

MdVsk 10. WP (PDS)

Sonst. > [3](#) 3895**Groß, Rötger**

MdB 7. WP bis 5. 7. 1974 (FDP)

Sonst. > [1](#) 427**Großmann, Achim**

MdB 11.–14. WP (SPD)

PStS > [3](#) N 6.3FrVst > [1](#) 759, 999–1000AVst > [2](#) 2260Sonst. > [1](#) 1188*Grotewohl, Otto* († 21. 9. 1964)DDR > [2](#) 1487–1488, 1491*Groth, Hubert*Sonst. > [1](#) 620**Grotthaus, Wolfgang**

MdB 14. WP (SPD)

Grotz, Claus-Peter

MdB 12.–13. WP (CDU)

Grünbeck, Josef

MdB 10.–12. WP (FDP)

Sonst. > [1](#) 468, 569 • [2](#) 1877, 1931**Grüner, Martin**

MdB 6.–12. WP (FDP)

PStS > [1](#) 759, 1078–1079, 1095Bibl. > [1](#) 489Sonst. > [1](#) 586 • [2](#) 1614, 1893, 1905, 1927, 1929, 2476, 2487**Grünewald, Joachim**

MdB 11.–12. WP (CDU)

PStS > [1](#) 759, 1077Sonst. > [1](#) 260–261 • [3](#) 3154–3155*Grünheid, Karl*DDR > [3](#) 3917*Grüning, Uwe*

MdVsk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3](#) 3903, 3913**Grützmann, Angela**

MdB 7. WP ab 2. 2. 1974 (SPD)

Gruhl, Herbert († 26. 6. 1993)

MdB 6.–7. WP (CDU), 8. WP (CDU; 11. 7. 1978 → fraktionslos)

Bibl. > [1](#) 489Sonst. > [1](#) 113, 116, 124, 419, 925, 1013 • [2](#) 1803, 1808 • [3](#) 3656*Grund, Johanna-Christina*

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (REP; ab Nov. 1990 parteilos)

Sonst. > [1](#) 129**Grund, Manfred**

MdB 13.–14. WP (CDU)

FrVst > [3](#) N 5.7*Grund, Walter* († 2. 10. 1986)StS > [1](#) 1075**Grundmann, Arthur** († 16. 8. 1987)

MdB 1. WP (FDP)

Sonst. > [1](#) 566**Grunenberg, Horst**

MdB 7.–11. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 252, 255, 257 • [2](#) 1806, 1817, 1826, 1843**Grunner, Josef** († 27. 11. 1984)

MdB 2. WP ab 11. 6. 1957 bis 21. 6. 1957 (SPD)

Sonst. > [1](#) 424**Gscheidle, Kurt**

MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 7. 11. 1969, 8. WP (SPD)

BMin > [1](#) 759, 1047–1048, 1050, 1092–1094, 1148–1149, 1217 • [3](#) 3658StS > [1](#) 427, 1093, 1102Sonst. > [1](#) 427, 1177**Güde, Max** († 29. 1. 1984)

MdB 4.–5. WP (CDU)

AVst > [1](#) 759 • [2](#) 2052, 2055Sonst. > [1](#) 414*Gügel, Lothar*Sonst. > [1](#) 105**Gülich, Wilhelm** († 15. 4. 1960)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)

AVst > [2](#) 2043Sonst. > [1](#) 407, 445, 461, 1256 • [2](#) 2905, 2907 • [3](#) 3429**Günther, Bernhard** († 31. 10. 1981)

MdB 1.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 241, 243, 245, 615 • [2](#) 1797*Günther, Herbert*AVst > [2](#) 2068, 2070Sonst. > [2](#) 2068, 2070**Günther** ([^]Duisburg), **Horst**

MdB 9.–13. WP (CDU)

PStS > [1](#) 759, 1084–1085FrVst > [1](#) 759, 993Sonst. > [2](#) 1869**Günther** (Plauen), **Joachim**

MdB 12.–14. WP (FDP)

PStS > [1](#) 760, 1097 • [2](#) 1600FrVst > [1](#) 760, 965 • [2](#) 1597*Günther, Maren*

MdEP ab 31. 8. 1993 (CSU)

*Güntsche, Erika*Sonst. > [1](#) 107

Gürth, Detlef

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Guillaume, Günter († 10. 4. 1995)

Sonst. > [1] 600–601, 1046, 1226–1227, 1325 • [2] 2193, 2210, 2711 • [3] 3653

Guillebon, Jeanne-Claude de

(genannt *Jeanne-Claude*)

Sonst. > [3] 3361, 3363, 3367, 3370, 3372, 3386–3393, 3675

Gumbel, Karl († 21. 5. 1984)

StS > [1] 1071, 1085

Gumrum, Otto († 3. 10. 1966)

MdB 2. WP (CSU; 26. 10. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

Sonst. > [1] 918–919

Gundelach, Gustav († 8. 7. 1962)

MdB 1. WP (KPD)

Sonst. > [1] 615 • [2] 2904–2905

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu

(† 4. 10. 1972)

MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 6. 6. 1972 (CSU)

PStS > [1] 760, 1063

Sonst. > [1] 245–246, 248, 410, 422, 1138, 1178 • [2] 1803, 1998 • [3] 3644

Gutmacher, Karlheinz

MdB 12.–14. WP (FDP)

AVst > [2] 1599, 2080

Sonst. > [2] 1905 • [3] 3155–3156

Gutzeit, Martin

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1580 • [3] 3904

Sonst. > [2] 1580 • [3] 3727, 3734

Gutzler, Karl

Sonst. > [3] 3630

Gysi, Andrea

(bis 13. 5. 1996 Lederer, Andrea)

MdB 12. WP (PDS/LL), 13. WP (PDS)

FrVst > [1] 654, 656, 760, 980, 1005 • [2] 1679

Sonst. > [1] 120, 656, 1186–1187 • [2] 1593, 1595, 1679, 1887–1888, 1897, 1940 • [3] 3088, 3391

Gysi, Gregor

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)

FrVst > [1] 760, 980–981 • [2] 1598, 1678 • [3] N 5.7, N 5.8

MdVk 10. WP (PDS)

DDR > [2] 1580 • [3] 3812, 3852, 3904

Sonst. > [1] 127, 150, 397, 871, 1187 • [2] 1564, 1580, 1678, 1887, 1890, 1951, 2477, 2479–2480, 2487, 2489 • [3] 3092, 3753, 3766, 3769, 3771, 3775, 3777, 3824–3826, 3828, 3830, 3856, 3859–3860, 3864–3865, 3880–3881, 3886, N 5.8

H

Haack, Dieter

MdB 6.–11. WP (SPD)

BMin > [1] 760, 1049, 1051, 1096–1097, 1115, 1218 • [3] 3655

PStS > [1] 760, 1096, 1115

Sonst. > [2] 1817, 1855

Haack (Extertal), **Karl Hermann**

MdB 11.–14. WP (SPD)

Haage ([^]München), **Hermann** († 21. 12. 1970)

MdB 3.–5. WP, 6. WP bis † (SPD)

MdEP 21. 1. 1970 bis † (SPD)

Haake, Ferdinand

Sonst. > [1] 620

Haar ([^]Stuttgart), **Ernst**

MdB 5.–11. WP (SPD)

PStS > [1] 760, 1093–1094

Sonst. > [1] 586

Haas, Centa († 20. 7. 1976)

MdB 4. WP ab 9. 8. 1963 (CSU)

Haas, Christian Albrecht († 20. 1. 1970)

MdB 5. WP, 6. WP bis † (FDP)

Sonst. > [1] 1178

Haase (Kellinghusen), **Detlef** († 11. 12. 1997)

MdB 4. WP ab 10. 11. 1961, 5.–7. WP (SPD)

MdEP 10. 6. 1976–19. 1. 1977 (SPD)

Haase (Fürth), **Horst**

MdB 7.–10. WP (SPD)

MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (SPD)

Sonst. > [2] 1817

Haase (Kassel), **Lothar**

MdB 4.–9. WP, 10. WP bis 5. 12. 1983 (CDU)

AVst > [1] 760 • [2] 2065–2066, 2069

Sonst. > [1] 430 • [2] 2914 • [3] 3203

Haasler, Horst († 20. 5. 1969)

MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU)

FrVst > [1] 760, 966, 986

Sonst. > [1] 409, 463, 916, 1174

Haberer, Godfrid

Sonst. > [3] 3371

Haberl, Fritz

MdB 8. WP (CSU)

Habermann, Michael

MdB 12. WP (SPD)

Habsburg-Lothringen, Otto von

MdEP ab 17. 7. 1979 (CSU)

Hackel, Heinz Dieter

MdB 12. WP (FDP; 20. 3. 1994 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 929

Hackel, Wolfgang

MdB 9. WP, 10. WP bis 1. 12. 1985 (CDU)

MdEP 2. 12. 1985–24. 7. 1989 (CDU)

Sonst. > [1](#) 431

Hacker, Hans-Joachim

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > [2](#) 1580 • [3](#) 3912

Sonst. > [2](#) 1580

Hackethal, Karl († 10. 12. 1990)

MdB 3. WP (CDU)

Häckel, Ingeborg

MdB 7. WP ab 28. 9. 1976 (CDU)

Häfele, Hansjörg

MdB 5.–11. WP (CDU)

PStS > [1](#) 761, [1076–1077](#)

FrVst > [1](#) 761, [953, 991–992](#)

Bibl. > [1](#) 489

Sonst. > [1](#) 247, 251, 254, 256, 258, 260, 567, 586

Häfner, Gerald

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90), 13. WP (BÜNDNIS 90/
GRÜNE)

Sonst. > [1](#) 569, 1187 • [2](#) 1559, 1569, 1677, 2248,
2474, 2900, 2930, 2932 • [3](#) 3088

Häfner, Hans-Peter

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Haehser, Karl

MdB 5.–10. WP (SPD)

PStS > [1](#) 761, [1076](#)

AVst > [2](#) 2057, 2060

Sonst. > [2](#) 1826

Hämmerle, Gerlinde

MdB 11. WP, 12. WP bis 31. 7. 1994

FrVst > [1](#) 654, 761, 978

AVst > [2](#) 1610

Sonst. > [1](#) 433 • [2](#) 1917 • [3](#) 3155

Hänsch, Klaus

MdEP ab 17. 7. 1979 (SPD)

AVst > [3](#) 3614

Eur > [3](#) 3563–3564, 3590

Sonst. > [2](#) 2591

Haenschke, Frank

MdB 7. WP (SPD)

Härdtl, Wighard

StS > [1](#) 1104

Härlin, Benedikt

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Härzschel, Kurt

MdB 4. WP ab 28. 10. 1963, 5. WP ab 19. 10. 1967, 6.
WP, 7. WP bis 23. 9. 1976 (CDU)

MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (CDU)

Sonst. > [1](#) 428

Häuser, Gerd Jürgen

MdB 11. WP ab 2. 1. 1990 (SPD)

Häussler, Erwin († 11. 1. 1981)

MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 20. 4. 1964, 5.–6. WP
(CDU)

AVst > [2](#) 2055

Sonst. > [1](#) 463

Haffner, Alexander

Sonst. > [1](#) 621, 623

Hagedorn, August

Sonst. > [1](#) 620

Hagemann, Karl

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hagemann, Klaus

MdB 13.–14. WP (SPD)

Hinweis

Die Wahlperioden (WP) umfassen folgenden Zeitraum:

1. WP: 7. 9. 1949 – 7. 9. 1953

2. WP: 6. 10. 1953 – 6. 10. 1957

3. WP: 15. 10. 1957 – 15. 10. 1961

4. WP: 17. 10. 1961 – 17. 10. 1965

5. WP: 19. 10. 1965 – 19. 10. 1969

6. WP: 20. 10. 1969 – 22. 9. 1972

7. WP: 13. 12. 1972 – 13. 12. 1976

8. WP: 14. 12. 1976 – 4. 11. 1980

9. WP: 4. 11. 1980 – 29. 3. 1983

10. WP: 29. 3. 1983 – 18. 2. 1987

11. WP: 18. 2. 1987 – 20. 12. 1990

12. WP: 20. 12. 1990 – 10. 11. 1994

13. WP: 10. 11. 1994 – 20. 10. 1998

14. WP: 20. 10. 1998 –*)

*) Das vorliegende **Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages** ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Hagen, Georg

Sonst. > [1](#) 620

Hagen, Ingrid von

Sonst. > [3](#) 3627

Hagen, Marlis Gräfin vom

MdB 4. WP ab 20. 1. 1964 (CDU)

Hager, Kurt († 18. 9. 1998)

DDR > [3](#) 3723, 3751, 3759

Sonst. > [3](#) 3758, 3777, 3785, 3788

Hagge, Johannes († 10. 1. 1964)

MdB 1. WP (CDU; 24. 6. 1953 → FDP)

Sonst. > [1](#) 461, 914 • [2](#) 1792

Hahn, Andreas

MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hahn, Hans-Jürgen

MdVkl 10. WP bis 27. 8. 1990 (PDS)

Hahn (^ΔBielefeld), **Karl** († 6. 3. 1982)

MdB 2.–5. WP (CDU)

MdEP 27. 2. 1958–21. 1. 1970 (CDU)

Hahn, Karl

Sonst. > [1](#) 105

Hahn (Heidelberg), **Wilhelm** († 9. 12. 1996)

MdB 4. WP ab 9. 5. 1962 bis 16. 11. 1964 (CDU)

MdEP 17. 7. 1979–3. 10. 1987 (CDU)

Sonst. > [1](#) 421, 425, 451

Hahne, Dietrich († 5. 8. 1974)

MdB 3. WP ab 7. 12. 1959 (CDU)

Haider, Jörg

Sonst. > [1](#) 108

Hajek, Rosemarie

MdVkl 10. WP (SPD)

Halbritter, Walter

DDR > [3](#) 3777

Halfmeier, Friedhelm († 11. 10. 1977)

MdB 6.–7. WP (SPD)

Haller, Gert

StS > [1](#) 1077

Haller, Heinz

StS > [1](#) 1075, 1078

Haller von Hallerstein, Helga

MdEP 27. 12. 1993–19. 7. 1994 (CDU)

Hallstein, Walter († 29. 3. 1982)

MdB 6. WP (CDU)

StS > [1](#) 1062, 1068, 1191 • [2](#) 2659

Sonst. > [1](#) 413, 567, 1178, 1225

Halm, Gunter

DDR > [3](#) 3917, 3919

Hamacher, Heinrich († 19. 7. 1974)

MdB 3.–5. WP (SPD)

Hamacher, Wilhelm († 19. 7. 1951)

MdB 1. WP bis † (Z)

Sonst. > [1](#) 103

Hamelbeck, Elfriede

siehe Klemmert, Elfriede

Hamm (Kaiserslautern), **Ludwig**

MdB 4. WP, 5. WP bis 12. 5. 1966 (FDP)

AVst > [1](#) 761 • [2](#) 2050

Sonst. > [1](#) 426

Hamm-Brücher, Hildegard

MdB 8.–11. WP (FDP)

PStS > [1](#) 651, 761, 1069

StS > [1](#) 1100

Bibl. > [1](#) 489–490

Sonst. > [1](#) 876, 1236 • [2](#) 1676–1677, 1789, 1816, 1821, 1824, 1834, 1836–1837, 1842–1844, 1847, 1850, 1852–1853, 1860, 2002, 2718, 2744–2745, 2900, 2921–2922, 2927, 2929–2932, 2935–2936 • [3](#) 3154, 3189

Hamman, Hugo

MdB 5.–8. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 247, 249 • [2](#) 1813 • [3](#) 3632

Hammer, Richard († 3. 10. 1969)

MdB 1.–2. WP (FDP)

AVst > [1](#) 761 • [2](#) 2039, 2042

Sonst. > [1](#) 461

Hammerbacher, Ruth

Sonst. > [1](#) 116, 987

Hammersen, Walter († 10. 10. 1990)

MdB 4. WP (FDP)

Hammerstein, Carl-Detlev Freiherr von

MdB 10. WP ab 9. 4. 1984, 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2](#) 1933

Hampel, Manfred [Eugen]

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [3](#) N 9.2

Hanauer, Rudolf († 29. 12. 1992)

Sonst. > [1](#) 143, 481, 510, 522

Handlos, Franz

MdB 7.–9. WP (CSU), 10. WP (CSU; 8. 7. 1983 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 75, 129, 251, 254, 256, 258, 927, 1013 • [3](#) 3660

Handsack, Lothar

MdB 12. WP ab 1. 7. 1994 (CDU)

MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1580

Handschumacher, Johannes († 31. 10. 1957)

MdB 1. WP ab 21. 1. 1953 (CDU)

Hanewinkel, Christel

MdB 12.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 654–655, 761, 999–1000 • [2] 1596

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [1] 1187 • [3] 3156

Haniel-Niethammer, Fritz von († 24. 5. 1977)

MdB 3.–4. WP (CSU)

Hannig, Wolf-Peter

MdVk 10. WP (PDS)

Hansen, Dirk

MdB 12. WP (FDP)

Hansen, Karl-Heinz

MdB 6.–8. WP (SPD), 9. WP (SPD; 14. 12. 1981 → fraktionslos)

AVst > [2] 2059

Bibl. > [1] 490–491

Sonst. > [1] 95, 110, 926, 1013, 1236, 1243 • [2] 1810–1811, 1814–1815, 2002 • [3] 3658

Hansen (Hamburg), Uwe

MdB 10. WP ab 29. 6. 1984 (SPD)

Sonst. > [3] 3154

Hansen (Köln), Werner († 15. 6. 1972)

MdB 2. WP (SPD)

Hansing (^ΔBremen), **Hermann** († 25. 11. 1977)

MdB 2.–6. WP (SPD)

Hansjakob, Gottfried

Sonst. > [3] 3303

Hanz (^ΔDahlen), **August**

MdB 5.–6. WP, 8.–10. WP (CDU)

Bibl. > [1] 491

Happe, Heinrich († 12. 1. 1979)

MdB 1. WP (SPD)

Hare, Thomas († 1891)

Sonst. > [2] 2084

Harig, Paul († 24. 5. 1977)

MdB 1. WP (KPD)

Harkort, Günther († 3. 10. 1986)

StS > [1] 1068

Harm (^ΔHamburg), **Walter** († 10. 8. 1964)

MdB 3. WP bis 22. 9. 1961, 4. WP bis † (SPD)

Harnischfeger, Johann († 15. 3. 1984)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Harries, Klaus

MdB 11.–12. WP (CDU)

Harrland, Harri

Sonst. > [3] 3781

Hartenbach, Alfred

MdB 13.–14. WP (SPD)

Hartenstein, Liesel

MdB 8.–13. WP (SPD)

AVst > [2] 2070, 2073, 2076, 2261, 2264

Sonst. > [1] 570 • [2] 1836, 1899, 1901, 2924, 2927, 2931–2932

Hartkopf, Günter († 19. 9. 1989)

StS > [1] 1071–1072

Hartling, Poul

Sonst. > [2] 2713

Hartmann, Alfred († 27. 8. 1967)

StS > [1] 1075

Hartmann, Gert

MdVk 10. WP (SPD)

Hartmann, Günter

Sonst. > [3] 3753, 3786, 3886

Hartmann, Hanns-Peter

MdB 13. WP ab 25. 11. 1995 (PDS)

Hartmann, Klaus († 14. 12. 1995)

MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 4. 6. 1984 (CSU)

Avst > [2] 2066

Sonst. > [1] 430

Hartmann, Peter

StS > [1] 1070

Hartnack, Heinz († 1. 1. 1990)

MdB 6. WP ab 14. 9. 1972 (CDU)

Hartnagel, Anke

MdB 14. WP (SPD)

Haschke (Großhennersdorf), **Gottfried**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 761, 1082 • [2] 1600

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1580 • [3] 3919, 3921

Sonst. > [1] 262–263 • [2] 1580, 1883, 1897, 1924

Haschke (Jena-West), **Jürgen**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])

MdVk 10. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1580

Haschke (Jena-Ost/Jena), **Udo**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1580, 1881, 1887, 1915

Hase, Karl-Günther von

StS > [1] 1062–1063, 1085

Hasemann, Walther († 20. 11. 1976)

MdB 1. WP (FDP)

AVst > [1] 761 • [2] 2188

Hasenfratz, Klaus

MdB 11.–14. WP (SPD)
 AVst > [3] N 9.2
 Sonst. > [1] 261, 264 • [2] 1863

Hasinger, Albrecht († 21. 2. 1994)

MdB 8. WP (CDU)
 StS > [1] 1089
 Sonst. > [1] 419

Hassel, Kai-Uwe von († 8. 5. 1997)

MdB 2. WP bis 4. 11. 1954, 5.–8. WP (CDU)
 BTPPräs > [1] 761, **865–866**, 869, 887, 950–951, 1215, 1230–1231, 1241 • [2] 1694, 1700–1701, 1744–1745, 2013, 2058, 2298, 2865, 2913–2914, 2947 • [3] 3187, 3192, 3199, 3296, 3404, 3464, 3482, 3649–3651
 VPräs > [1] 761, **872**, 887, 952 • [2] 1701 • [3] 3653
 BRPräs > [3] 3190
 MPräs > [1] 423, 448, 857, 1444, 1446, 1448
 BMin > [1] 761, 857, **1037, 1039, 1041–1042**, 1085, 1098, 1148, 1215, 1251 • [2] 1743 • [3] 3169, 3649
 FrVst > [1] 950–953
 AVst > [1] 887 • [2] 2058, 2298 • [3] 3435
 MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)
 Eur > [3] 3546, 3548
 Bibl. > [1] 491
 Sonst. > [1] 421, 423, 448, 463, 492, 510, 525 • [2] 2017 • [3] 3187, 3454, 3677

Hasselfeldt, Gerda

(geb. Rainer, Gerda)

MdB 11. WP ab 24. 3. 1987, 12.–14. WP (CSU)
 BMin > [1] 653–654, 762, 843, **1055, 1057**, 1090, 1097, 1220 • [3] 3322, 3665, 3672
 FrVst > [1] 655, 762, 995
 Bibl. > [1] 491
 Sonst. > [1] 264, 633

Hassemer, Winfried

Sonst. > [2] 2476 • [3] 3356

Hauchler, Ingomar

MdB 10.–13. WP (SPD)
 FrVst > [1] 762, 999–1000
 Sonst. > [2] 1834

Hauck, Christian

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hauck, Rudolf

MdB 5.–10. WP (SPD)
 AVst > [1] 762 • [2] 2057, 2060, 2064, 2066, 2069, 2256
 Bibl. > [1] 491
 Sonst. > [2] 1823, 1827

Hauenschild, Karl

MdEP 17. 7. 1979–14. 1. 1980 (SPD)

Hauer, Nina

MdB 14. WP (SPD)

Hauff, Volker

MdB 6.–10. WP, 11. WP bis 14. 6. 1989 (SPD)
 BMin > [1] 762, 843, **1049–1050**, 1094, 1102, 1115, 1218 • [3] 3655
 PStS > [1] 762, 844, **1102**, 1115
 FrVst > [1] 762, 976–977, 998
 Bibl. > [1] 491
 Sonst. > [1] 431, 567, 1185 • [2] 2772

Hauffe, Herbert († 21. 5. 1997)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Haug, Jutta

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Haungs, Rainer († 18. 1. 1996)

MdB 10.–12. WP, 13. WP bis † (CDU)
 FrVst > [1] 420, 762, 994–995
 Sonst. > [1] 258, 420 • [2] 1841, 1851 • [3] 3153–3155

Haunschild, Hans-Hilger

StS > [1] 1100, 1102–1103

Haupt, Klaus

MdB 14. WP (FDP)

Haupt, Peter

StS > [3] N 6.3

Hauschild, Hannelore

DDR > [3] 3781

Hauser (Bad Godesberg/Bonn-Bad Godesberg), **Alo**

(† 29. 10. 1997)

MdB 5.–9. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 286

Hauser (Rednitzhembach), **Hansgeorg**

MdB 12.–14. WP (CSU)
 PStS > [1] 762, **1077**
 FrVst > [1] 762, 994–995 • [3] N 5.7

Hauser (Krefeld), **Hansheinz**

MdB 7.–11. WP (CDU)
 FrVst > [1] 762, 954–956
 Bibl. > [1] 492
 Sonst. > [1] 1183–1185 • [2] 1813, 1831, 1840

Hauser (Sasbach), **Hugo** († 9. 6. 1980)

MdB 3. WP ab 11. 3. 1960, 4.–7. WP (CDU)
 AVst > [1] 762, 887 • [2] 2062 • [3] 3435
 Sonst. > [1] 246–247, 249, 251

Hauser (Bonn), **Norbert**

MdB 14. WP (CDU)

Hauser (Esslingen), **Otto**

MdB 10.–13. WP (CDU)
 PStS > [3] N 6.3, N 12.2
 Sonst. > [1] 569 • [2] 1851, 1921, 1939, 2745

Hausmann, Peter

StS > [1] 1067 • [3] N 6.3

Hausmann, Willi

StS > [1] 1089

Haußleiter, August († 8. 7. 1989)

Sonst. > [1] 83, 93, 97, 116

Hausmann, Helmut

MdB 8.–14. WP (FDP)

BMin > [1] 763, 1054, 1079 • [2] 1512–1513, 1516, 1551 • [3] 3665

FrVst > [1] 763, 1002–1003

Sonst. > [1] 144, 1182–1184 • [2] 1675, 1831

Haußmann, Wolfgang († 6. 3. 1989)

Sonst. > [1] 107, 495, 620

Havel, Václav

Sonst. > [2] 1672

Havemann, Katja

Sonst. > [1] 123 • [3] 3732

Havemann, Robert († 9. 4. 1982)

Sonst. > [3] 3732

Heck ([^]Rottweil), **Bruno** († 16. 9. 1989)

MdB 3.–7. WP (CDU)

BMin > [1] 763, 884, 1038–1039, 1041, 1043, 1088, 1096, 1215 • [3] 3649

FrVst > [1] 763, 949, 951

AVst > [1] 763 • [2] 2047

Bibl. > [1] 492

Sonst. > [1] 53, 244, 247, 249, 251, 416, 951 • [2] 1748, 1805 • [3] 3649

Hecker, Klaus

MdB 10. WP bis 31. 8. 1983 (GRÜNE)

AVst > [1] 763 • [2] 2070

Hecker, Wilhelm

StS > [1] 1085

Hedler, Wolfgang († 26. 2. 1986)

MdB 1. WP (DP; 19. 1. 1950 → fraktionslos; 28. 3. 1950 → DRP-Gast; 16. 9. 1950 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)

Sonst. > [1] 908–909, 914 • [2] 1796, 1989

Hedrich, Klaus-Jürgen

MdB 10.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 763, 1104

Sonst. > [2] 1903, 1933, 1946

Hinweis

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

Heereman von Zuydtwyck, Constantin Freiherr

MdB 10.–11. WP (CDU)

Hegewald, Helmar

MdVk 10. WP (PDS)

Heide, Johann Karl († 3. 5. 1974)

MdB 2.–4. WP (SPD)

Heiderich, Helmut

MdB 13. WP ab 26. 2. 1996 (CDU)

Heil, Hubertus

MdB 14. WP (SPD)

Heiland, Rudolf-Ernst († 6. 5. 1965)

MdB 1.–3. WP; 4. WP bis † (SPD)

MdPR > [1] 611, 615

Sonst. > [2] 1989

Heile, Wilhelm († 17. 8. 1969)

MdPR > [1] 621

Sonst. > [1] 620

Heiler, Anne Marie († 17. 12. 1979)

MdB 1. WP (CDU)

Heilmann, Friedrich

Sonst. > [1] 114

Heimann, Gerhard

MdB 10.–11. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1822

Heimerich, Hermann († 5. 1. 1963)

Sonst. > [1] 621, 623

Heimsberg, Bruno

Sonst. > [1] 620

Hein (Salzgitter-Lebenstedt), **Alfred** († 18. 4. 1971)

MdB 6. WP ab 27. 4. 1970 bis † (CDU)

Hein, Udo († 19. 1. 1971)

MdB 5. WP bis 22. 12. 1966, 6. WP bis † (SPD)

StS > [1] 426, 1103

MdEP 21. 1. 1970 bis † (SPD)

Sonst. > [1] 409, 426

Heinemann, Gustav W. († 7. 7. 1976)

MdB 3.–4. WP, 5. WP bis 24. 6. 1969 (SPD)

BPräs > [1] 55, 426, 599–600, 763, 1215, 1227, 1230, 1240 • [2] 2017, 2454, 2899 • [3] 3187, 3192, 3649

BMin > [1] 112, 763, 883, 1031, 1042, 1071, 1073, 1147, 1177, 1213, 1215 • [3] 3636, 3649

AVst > [1] 763 • [2] 2052

Bibl. > [1] 492

Sonst. > [1] 55, 112, 248, 411, 426, 989, 1176 • [2] 2016, 2469, 2482, 2771 • [3] 3073, 3637, 3641, 3654

Heinemann, Hermann

MdEP 11. 3. 1983–23. 7. 1984 (SPD)

Heinen, Franz († 22. 9. 1963)

MdB 1. WP ab 24. 7. 1953 (SPD)

Sonst. > [1](#) 615**Heinen, Ursula**

MdB 14. WP (CDU)

Heinisch, Renate

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Heinrich, Brigitte († 29. 12. 1987)

MdEP 24. 7. 1984 bis † (GRÜNE)

Eur > [3](#) 3591**Heinrich, Fritz** († 7. 3. 1959)

MdB 2. WP, 3. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1](#) 566**Heinrich, Ulrich**

MdB 11.–14. WP (FDP)

FrVst > [1](#) 763, 965 • [3](#) N 5.7Sonst. > [2](#) 1677, 1839*Heintzen, Markus*Sonst. > [2](#) 2480**Heinzig, Jens**

MdB 13. WP ab 13. 5. 1998 (SPD)

*Heinzmann, Gerhard M.*Sonst. > [1](#) 125**Heise, Manfred**

MdB 12.–14. WP (CDU)

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1580, 1897**Heise, Margarete**

siehe Berger-Heise, Margarete

Heise-Schirdewan, Rosemarie

MdVrk 10. WP (PDS)

*Heisig, Bernhard*Sonst. > [3](#) N 21.6**Heistermann, Dieter**

MdB 9.–13. WP (SPD)

AVst > [2](#) 2079Sonst. > [3](#) 3173–3178*Heitkamp, Willi*Sonst. > [1](#) 620**Heix, Martin** († 24. 4. 1977)

MdB 1. WP (CDU), 2. WP (Z; 23. 9. 1953 → CDU/CSU), 3.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 141, 915**Held, Fritz** († 15. 8. 1968)

MdB 2. WP ab 13. 9. 1954 (FDP)

*Helfferrich, Sibylle*Sonst. > [1](#) 107**Helias, Siegfried**

MdB 14. WP (CDU)

Hellenbrock, Josef († 7. 4. 1977)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Hellige, Walther († 23. 3. 1984)

MdB 4. WP (FDP), 5. WP (FDP; 13. 10. 1967 → fraktionslos; 24. 10. 1967 → CDU/CSU), 6. WP ab 19. 4. 1971 (CDU)

AVst > [2](#) 2054Sonst. > [1](#) 922**Helling, Detlef**

MdB 13. WP ab 11. 12. 1996 (CDU)

*Hellmann, Herbert*AVst > [2](#) 2058Sonst. > [2](#) 2058**Hellwege, Heinrich** († 4. 10. 1991)

MdB 1. WP, 2. WP bis 27. 5. 1955 (DP)

BMin > [1](#) 763, 842, 857, **1031, 1033**, 1105, 1160, 1213 • [3](#) 3639FrVst > [1](#) 763, **959**, 985MPräs > [1](#) 423, 448, 857, 1213, 1446 • [3](#) 3639Sonst. > [1](#) 100, 146, 243, 417, 423, 448, 461, 615, 985, 1160**Hellwig, Fritz**

MdB 2. WP, 3. WP bis 30. 11. 1959 (CDU)

AVst > [1](#) 763 • [2](#) 2043, 2048

MdEP 25. 2. 1959–14. 9. 1959 (CDU)

Sonst. > [1](#) 243, 424, 864, 1175**Hellwig, Renate**

MdB 9.–13. WP (CDU)

AVst > [1](#) 652, 654, 763 • [2](#) 2077–2078 • [3](#) 3614–3616Bibl. > [1](#) 492Sonst. > [2](#) 1616, 1910, 2924, 2933*Helm, Dieter*

MdVrk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → CDU)

DDR > [3](#) 3891Sonst. > [3](#) 3909**Helmrich, Herbert**

MdB 8.–11. WP, 12. WP bis 21. 5. 1992 (CDU)

AVst > [1](#) 763 • [2](#) 2069, 2071, 2075Bibl. > [1](#) 492–493Sonst. > [1](#) 432, 458, 496, 506 • [2](#) 2118, 2303, 2473**Helms, Wilhelm**

MdB 6. WP (FDP; 23. 4. 1972 → fraktionslos; 5. 5. 1972 → CDU/CSU-Gast)

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)

Sonst. > [1](#) 923–924, 933, 1025, 1027, 1230–1231, 1239 • [2](#) 2898 • [3](#) 3651

Heltzig, Frank

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVk 10. WP (SPD)
 Sonst. > [2](#) 1580

Helwin, Peter

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Hemker, Reinhold

MdB 13.–14. WP (SPD)

Hempel, Frank

MdB 14. WP (SPD)

Hempelmann, Rolf

MdB 13.–14. WP (SPD)
 Sonst. > [1](#) 264

Hemsath, Heinrich († 14. 4. 1978)

Sonst. > [1](#) 621

Henckel von Donnersmarck, Georg Graf († 2. 5. 1973)

MdB 2. WP, 3. WP ab 5. 9. 1959 (CSU)

Hendricks, Barbara

MdB 13.–14. WP (SPD)
 PStS > [3](#) N 6.3
 Sonst. > [1](#) 1010

Henke, Erich

MdB 6.–8. WP (SPD)
 AVst > [2](#) 2064
 Sonst. > [1](#) 250, 252

Henke, Hans Jochen

MdB 14. WP (CDU)
 StS > [1](#) 1095

Henle, Günther († 13. 4. 1979)

MdB 1. WP (CDU)
 MdEP 16. 7. 1952–10. 12. 1953 (CDU)
 Sonst. > [1](#) 615, 1174

Henn, Bernd

MdB 12. WP (PDS/LL; 21. 10. 1991 → fraktionslos;
 1. 1. 1993 → PDS/LL)
 FrVst > [1](#) 764, 980 • [2](#) 1598
 Sonst. > [1](#) 929 • [2](#) 1593, 1887

Henn, Hans († 26. 8. 1958)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952 (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2.
 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6.
 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
 Sonst. > [1](#) 917–919

Hennig, Arno († 26. 7. 1963)

MdB 1. WP (SPD)
 AVst > [2](#) 2040

Hennig, Otfried

MdB 8.–11. WP, 12. WP bis 31. 5. 1992 (CDU)
 PStS > [1](#) 764, 1087, 1099–1100 • [2](#) 1504, 1517,
 1524, 1528
 Sonst. > [1](#) 258, 432 • [2](#) 1812

Henning, Werner

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hennis, Wilhelm

Sonst. > [1](#) 53, 1008

Henrich, Rolf

Sonst. > [1](#) 123 • [3](#) 3732, 3885

Henschel, Johann-Friedrich

Sonst. > [2](#) 2494

Hensel, Karitas Dagmar

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
 BÜNDNIS 90)
 FrVst > [1](#) 653, 764, 969
 AVst > [2](#) 2073

Henßler, Fritz († 4. 12. 1953)

MdB 1. WP (SPD)
 AVst > [1](#) 764 • [2](#) 2040
 MdEP 16. 7. 1952 bis † (SPD)
 Sonst. > [1](#) 461, 611, 615

Henze, Maria († 10. 4. 1972)

MdB 6. WP bis † (CDU)

Hepp, Karl († 3. 1. 1970)

MdB 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3.
 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 →
 DP/FVP)
 Sonst. > [1](#) 612, 917–919

Heppe, Hans von († 2. 4. 1982)

StS > [1](#) 1100

Herberholz, Ralph

MdB 9. WP, 11. WP ab 1. 9. 1990 (SPD)

Herbers, Rudolf

MdB 7. WP ab 12. 5. 1976 (SPD)

Herberts, Hermann († 25. 12. 1995)

MdB 4. WP ab 12. 3. 1964, 5. WP (SPD)
 Sonst. > [1](#) 615

Herbig, Gustav († 9. 10. 1965)

MdB 1. WP bis 1. 12. 1951 (SPD)
 Sonst. > [1](#) 422

Herbst, Erika

Sonst. > [1](#) 121

Herkenrath, Adolf

MdB 9.–12. WP (CDU)
 FrVst > [1](#) 764, 956–957

Herklotz, Luise

MdB 2. WP ab 24. 9. 1956, 3.–6. WP (SPD)
 MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)
 Sonst. > [1](#) 463

Herles, Helmut

Sonst. > [3](#) 3501

Hermann, Winfried

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

AVst > ③ N 9.2

Hermans, Hubert († 28. 12. 1989)

MdPR > ① 622

Hermenau, Antje

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Hermens, Ferdinand A.

Sonst. > ① 50–54, 513

Hermes, Andreas († 4. 1. 1964)

Sonst. > ① 621, 623

Hermes, Peter

StS > ① 1069

Hermesdorf (Schleiden), Herbert

MdB 6. WP (CDU)

Sonst. > ① 249

Hermesdorf ([^]Cuxhaven), Hans

MdB 2.–6. WP, 7. WP bis 30. 5. 1974 (SPD)

PStS > ① 764, 1076, 1078

FrVst > ① 764, 997

AVst > ② 2047, 2051, 2057

Sonst. > ① 427, 1010 • ② 2908, 2911, 2913–2914

Herold, Karl († 1. 9. 1977)

MdB 2.–7. WP (SPD)

PStS > ① 764, 1099

Sonst. > ① 412, 566

Herr, Norbert

MdB 12. WP ab 11. 11. 1993 (CDU)

Herrgesell, Gerhard

Sonst. > ③ 3630

Herrmann, Alfred (†)

Sonst. > ③ 3628

Herrmann, Joachim († 30. 7. 1992)

DDR > ③ 3745, 3754

Sonst. > ③ 3758, 3785, 3788, 3812

Herrmann, Matthäus († 29. 9. 1959)

MdB 1. WP (SPD)

Sonst. > ① 566

Hertel, Guido

Sonst. > ② 2807

Herterich, Günter

MdB 9.–10. WP (SPD)

Sonst. > ② 1817

Herz, Karl († 11. 7. 1970)

StS > ① 1091

Herzog, Gustav

MdB 14. WP (SPD)

Herzog, Roman

BPräs > ① 319 • ② 2018 • ③ 3187, 3189, 3193, 3674, N 26

Sonst. > ② 1604, 2014, 2018, 2494 • ③ 3328

Hesberg, Carl († 29. 6. 1977)

MdB 2.–5. WP (CDU)

AVst > ① 764 • ② 2048, 2052–2053

Sonst. > ① 412

Hesemann, Clemens († 26. 12. 1981)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Sonst. > ① 243, 245

Hettlage, Karl Maria († 3. 9. 1995)

StS > ① 1075

Hettling, Ludwig

MdB 10. WP ab 15. 11. 1983 (SPD)

Heubaum, Monika

MdB 13.–14. WP (SPD)

Heuer, Ernst († 13. 4. 1996)

Sonst. > ② 1758, 2308

Heuer, Uwe-Jens

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL), 13. WP (PDS)

MdVkl 10. WP (PDS)

FrVst > ① 1005 • ② 1598, 1678

DDR > ② 1580 • ③ 3912

Bibl. > ① 493

Sonst. > ① 570, 1186–1187 • ② 1580, 1592, 1678, 1878, 1887, 1939

Heukelum, Gerhard van († 5. 5. 1969)

Sonst. > ① 621

Heurich, Fridolin

Sonst. > ① 620

Heuser, Hedda

MdB 4. WP ab 6. 12. 1962, 5. WP ab 11. 3. 1968 (FDP)

Heusinger, Hans-Joachim

DDR > ③ 3918

Heuss, Theodor († 12. 12. 1963)

MdB 1. WP bis 15. 9. 1949 (FDP)

BPräs > ① 422, 594–596, 765, 1142, 1221 • ② 2010–2011, 2453, 2889 • ③ 3186, 3187, 3190, 3349, 3635, 3638, 3642

FrVst > ① 765, 961, 983, 986

MdPR > ① 612, 615, 625

Sonst. > ① 107–108, 147, 407, 422, 484, 612, 635, 983, 986 • ② 2016–2017 • ③ 3645

Hewusch, Franz

Sonst. > ① 620–621

Heydt Freiherr von Massenbach, Peter von der

MdB 8.–9. WP (CDU)

Heye, Hellmuth Guido Alexander († 10. 11. 1970)

MdB 2.–3. WP (CDU)

WehrB > [1] 765 • [2] 2898 • [3] 3159, 3162, 3168, 3644–3645

Sonst. > [1] 409

Heye, Uwe-Karsten

StS > [3] N 6.3

Heyen, Roelf († 5. 6. 1975)

MdB 6. WP, 7. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 567

Heyenn, Günther

MdB 8.–12. WP (SPD)

AVst > [1] 765 • [2] 2076

Sonst. > [2] 1820, 1829, 1894, 1896, 1900

Heyl, Wolfgang

DDR > [3] 3758

Heyl zu Herrnsheim, Marie-Elisabeth Freiin von
siehe Klee, Marie-Elisabeth

Heym, Stefan

MdB 13. WP bis 31. 10. 1995 (PDS)

Sonst. > [1] 560, 570, 894 • [3] 3674, 3752, 3763, 3787

Heyne, Kristin

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1] 656, 765, 1004 • [3] N 5.7

Hickel, Erika

MdB 10. WP bis 9. 3. 1985 (GRÜNE)

FrVst > [1] 652, 765, 968

Sonst. > [2] 1819

Hiebing, Maria Anna

MdB 12. WP ab 8. 12. 1993 (CDU)

Hiehle, Joachim

StS > [1] 1076, 1086

Hielscher, Günter

MdVk 10. WP ab 11. 6. 1990 (Die Liberalen)

Hiksch, Uwe

MdB 13.–14. WP (SPD)

Hilbert, Anton († 16. 2. 1986)

MdB 1.–5. WP (CDU)

FrVst > [1] 765, 948

AVst > [1] 765 • [2] 2039

MdPR > [1] 612, 615

Sonst. > [1] 242, 244, 246–247, 415, 461, 463

Hildebrand, Peter

MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

DDR > [3] 3876, 3879, 3882, 3912

Hildebrandt, Regine

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > [3] 3920

Hillebrecht, Rudolf

Sonst. > [3] 3303, 3307–3308

Hiller (Lübeck), **Reinhold**

MdB 10.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1910, 1924 • [3] 3153–3154

Hillerich, Imma

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)

FrVst > [1] 653, 765, 969

Sonst. > [1] 569 • [2] 1862

Hilpert, Werner († 24. 2. 1957)

MdB 1. WP bis 10. 10. 1949 (CDU)

Sonst. > [1] 422, 444

Hilsberg, Stephan

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)

MdVk 10. WP (SPD)

Sonst. > [1] 131 • [2] 1581, 1910

Hindenburg, Paul von († 2. 8. 1934)

Sonst. > [1] 596, 599–604

Hinrichs, Wolfgang

MdB 10.–11. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1822, 1829, 1851

Hinsken, Ernst

MdB 9.–14. WP (CSU)

PStS > [3] N 6.3

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [1] 258, 260, 262, 264 • [2] 1820, 1829, 1831, 1840, 1846, 1853, 1857, 1891, 1933, 1936, 1938, 1941

Hintze, Peter

MdB 12.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 765, 1089

Hirche, Walter

MdB 13.–14. WP (FDP)

PStS > [1] 765, 1095

FrVst > [3] N 5.7

Hirsch, Burkhard

MdB 7. WP bis 5. 6. 1975, 9.–13. WP (FDP)

VPräs > [1] 765, 873, 878, 965 • [2] 1708–1709, 1774 • [3] 3398, 3674

FrVst > [1] 965

Bibl. > [1] 493

Sonst. > [1] 428, 453, 1179, 1181–1185 • [2] 1605, 1675–1678, 1815, 1817, 1826, 1834, 1842, 1849, 1852–1853, 1881, 1885, 1889, 1897, 1906, 1908, 1919, 1945 • [3] 3391

Hirsch, Martin († 12. 4. 1992)

MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 8. 12. 1971 (SPD)

FrVst > [1] 766, 974–975, 996–997

AVst > [1] 766 • [2] 2050, 2053, 2192

Bibl. > [1] 493

Sonst. > [1] 418, 427, 474 • [2] 2243, 2472 • [3] 3628–3629

Hirzel, Hans

Sonst. > [3](#) 3189

Hitler, Adolf († 30. 4. 1945)

Sonst. > [1](#) 106, 593–594, 599–604 • [3](#) 3342, 3350

Hitschler, Walter

MdB 11. WP ab 7. 8. 1987, 12. WP (FDP)

Sonst. > [2](#) 1905, 1935, 1938, 2826

Hitzgrath, Rüdiger

MdB 9. WP ab 6. 11. 1981 (SPD)

MdEP ab 18. 12. 1984 (SPD)

Hoch, Fritz († 20. 10. 1984)

MdPR > [1](#) 622

Höcherl, Hans

Sonst. > [1](#) 85

Höcherl, Hermann († 18. 5. 1989)

MdB 2.–7. WP (CSU)

BMin > [1](#) 766, 1035, 1037–1038, 1041–1042, 1071, 1081 • [2](#) 2652

FrVst > [1](#) 766, 949, 951–952, 982, 991

AVst > [2](#) 2452

Bibl. > [1](#) 493

Sonst. > [1](#) 242, 244, 246, 248–249, 251, 416, 1175, 1178

Höchst, Josef († 11. 11. 1996)

MdB 4. WP (CDU)

Höck ([^]Salzgitter), **Wilhelm** († 4. 3. 1983)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Höcker, Heinrich († 25. 2. 1962)

MdB 1.–3. WP (SPD)

AVst > [1](#) 766 • [2](#) 2035, 2041

Sonst. > [1](#) 461, 566, 615

Höcker, Karl

Sonst. > [1](#) 620

Höfer, Gerd

MdB 13.–14. WP (SPD)

Sonst. > [3](#) 3178

Höffkes, Peter Wilhelm

MdB 8.–11. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 766, 956, 982–983

Höfken, Ulrike

(bis 15. 3. 1995 Höfken-Deipenbrock, Ulrike)

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

AVst > [3](#) N 9.2

Höfken-Deipenbrock, Ulrike

siehe Höfken, Ulrike

Höfler, Heinrich († 21. 10. 1963)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)

Sonst. > [1](#) 242, 244

Hoegner, Wilhelm († 5. 3. 1980)

MdB 4. WP bis 4. 1. 1962 (SPD)

MPräs > [1](#) 858, 1441, 1445

Sonst. > [1](#) 413, 425, 567, 612, 615

Höhm ([^]Hessisch Lichtenau), **Egon** († 19. 1. 1979)

MdB 3.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)

PStS > [1](#) 412, 766, 1099

AVst > [2](#) 2058, 2061

Sonst. > [1](#) 248, 250, 253, 255, 412, 566

Höhn, Michael

Sonst. > [1](#) 97

Höhne, Franz († 16. 11. 1980)

MdB 1.–5. WP (SPD)

Hölkeskamp, Walter

Sonst. > [1](#) 621

Höll, Barbara

MdB 12. WP (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)

FrVst > [1](#) 654, 656, 766, 980–981 • [2](#) 1598, 1678 • [3](#) N 5.7

Sonst. > [1](#) 1186 • [2](#) 1678, 1894, 1897, 1902, 1905, 1908, 1911, 1916, 1919, 1932, 1946, 1952

Höllerer, Julius

Sonst. > [1](#) 137

Hölscher, Friedrich

MdB 7.–8. WP (FDP), 9. WP (FDP; 23. 11. 1982 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 926, 1183 • [2](#) 1674, 1810

Hölzl, Josef († 30. 9. 1975)

StS > [1](#) 1071

Hölzle, Ernst († 1. 6. 1970)

MdB 5. WP ab 20. 2. 1967 (SPD)

Hönes, Hannegret

MdB 10. WP ab 13. 4. 1985 (GRÜNE)

FrVst > [1](#) 652, 766, 968, 987 • [2](#) 1496

Sonst. > [2](#) 1825, 1827, 2240

Hoenicke, Bertram

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1581

Hönle, Ludwig

Sonst. > [3](#) 3203

Höntsches, Michael

Sonst. > [1](#) 95

Hinweis

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

Höpcke, Klaus

MdVk 10. WP (PDS)

DDR > ③ 3736

Höpfinger, Stefan

MdB 8.–11. WP (CSU)

PStS > ① 767, 1084

FrVst > ① 982

AVst > ① 767 • ② 2066, 2069

Sonst. > ① 259, 261 • ② 1870, 1875

Höpker-Aschoff, Hermann († 15. 1. 1954)

MdB 1. WP bis 9. 9. 1951 (FDP)

AVst > ① 767 • ② 2036

MdPR > ① 612, 615

Sonst. > ① 405, 422, 612 • ② 2015, 2494 • ③ 3636

Höppner, Reinhard

MPräs > ① 1462 • ③ N 6.21

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > ③ 3715, 3815, 3891

Sonst. > ③ 3890

Hörauf, Fritz Wilhelm († 24. 4. 1991)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Hörmann (Freiburg), Hans

MdB 4.–6. WP (SPD)

Hörnemann (Gescher), Heinrich († 29. 9. 1977)

MdB 4.–5. WP (CDU)

Sonst. > ① 245, 247

Hörning, Günter

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hörsken, Heinz-Adolf († 23. 2. 1996)

MdB 12. WP, 13. WP bis † (CDU)

FrVst > ① 420, 767, 958

Sonst. > ① 420 • ② 1905

Hörster, Joachim

MdB 11.–14. WP (CDU)

FrVst > ① 767, 957–958 • ③ N 5.7

AVst > ① 891 • ② 2075

Sonst. > ② 1940 • ③ 3631

Hösl, Alex († 20. 3. 1977)

MdB 4.–7. WP, 8. WP bis † (CSU)

Sonst. > ① 246, 248, 250–251, 254

Höfelbarth, Yvonne

Sonst. > ① 78, 107

Hofbauer, Klaus

MdB 14. WP (CSU)

Hoff, Magdalene

MdEP ab 17. 7. 1979 (SPD)

Eur > ③ 3590

Hoffacker, Paul

MdB 8. WP, 9. WP ab 21. 12. 1982, 10.–12. WP (CDU)

FrVst > ① 767, 993–994

AVst > ① 767 • ② 2069, 2261

Hoffie, Klaus-Jürgen

MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 25. 6. 1981, 10. WP (FDP)

Sonst. > ① 430, 455 • ② 1674, 1811, 2745, 2817

Hoffmann (Lübeck), Curt († 29. 11. 1961)

MdB 1. WP ab 15. 6. 1951 (FDP)

Sonst. > ① 461

Hoffmann, Erich

Sonst. > ① 620

Hoffmann (Saarbrücken), Hans-Joachim

MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 11. 4. 1985 (SPD)

MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (SPD)

Sonst. > ① 431, 456, 568, 1184

Hoffmann (Hoya/Soltau), Ingeborg

MdB 8.–11. WP (CDU)

Sonst. > ② 1856

Hoffmann (Wismar), Iris

MdB 14. WP (SPD)

Hoffmann (Chemnitz), Jelena

MdB 13.–14. WP (SPD)

Hoffmann (Lindlar), Johannes († 15. 2. 1960)

MdB 1. WP ab 7. 8. 1951 (Z; 14. 12. 1951 → FU)

Sonst. > ① 911

Hoffmann, Johannes († 21. 9. 1967)

MPräs > ① 1441, 1445

Sonst. > ① 93, 408

Hoffmann (Schönau), Karl († 17. 7. 1981)

MdB 1.–2. WP (FDP)

Hoffmann, Karl-Heinz

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (CDU)

Hoffmann, Theodor

DDR > ③ 3802, 3918

Hoffmann (Darmstadt), Walter

MdB 14. WP (SPD)

Hofmann, Dieter

MdVk 10. WP bis 11. 6. 1990 (DFP → Die Liberalen)

Hofmann (Volkach), Frank

MdB 13.–14. WP (SPD)

Hinweis

Ausführliche biographische Angaben über die Abgeordneten enthalten die Handbücher des Deutschen Bundestages. In Abschnitt 30.2 ist zusammengestellt, welche Handbücher für die einzelnen Wahlperioden vorliegen.

Hofmann (Mainz), Josef

MdB 5. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1799

Hofmann ([^]Kronach), Karl

MdB 5.–8. WP (SPD), 9. WP (SPD; 1. 4. 1982 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 926 • [2] 2484 • [3] 3081

Hofmeister, Werner († 21. 9. 1984)

MdPR > [1] 621

Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand von

(† 25. 9. 1994)

Sonst. > [3] 3189

Hohl, Heinrich († 29. 12. 1968)

MdB 1. WP ab 3. 11. 1949 (CDU)

Sonst. > [1] 616 • [2] 2903

Hohmann, Martin

MdB 14. WP (CDU)

Holetschek, Klaus

MdB 14. WP (CSU)

Holkenbrink, Heinrich († 29. 11. 1998)

MdB 4. WP, 5. WP bis 17. 7. 1967 (CDU)

Sonst. > [1] 247, 426

Holl, Matthias

Sonst. > [1] 117

Holla, Ernst († 18. 3. 1963)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Hollerith, Josef

MdB 12.–14. WP (CSU)

Sonst. > [1] 264 • [2] 1883

Holsteg, Erwin

MdB 9. WP (FDP)

Holtz, Uwe

MdB 7.–12. WP (SPD)

AVst > [1] 767, 840–841 • [2] 2061, 2064, 2067, 2070, 2073, 2077

Eur > [3] 3547

Sonst. > [1] 568, 1182 • [2] 1663, 1929

Holz, Joachim

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVtk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → CDU)

Sonst. > [2] 1581 • [3] 3909

Holzappel, Elke

MdB 13. WP ab 5. 11. 1997 (CDU)

Holzappel, Friedrich († 15. 11. 1969)

MdB 1. WP bis 20. 1. 1953 (CDU)

FrVst > [1] 767, 948

Sonst. > [1] 409, 423, 616, 622–623 • [2] 1976, 2208

Holzfuß, Martin

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (FDP)

Holzhüter, Ingrid

MdB 13.–14. WP (SPD)

Holzmeister, Lieselotte († 28./29. 6. 1994)

MdB 5. WP ab 5. 2. 1968 (CDU)

Homann, Heinrich

DDR > [3] 3759

Sonst. > [3] 3743, 3751, 3753, 3770, 3886

Hombach, Bodo

BMin > [3] N 6.2, N 6.3, N 6.8

Homburger, Birgit

MdB 12.–14. WP (FDP)

Sonst. > [1] 569–570, 1187 • [2] 1613, 1616, 1620, 1895, 1911, 1920–1921, 1927, 1929 • [3] 3155–3156

Honecker, Erich († 29. 5. 1994)

DDR > [1] 126, 402, 603 • [2] 1492–1493, 1496, 1505 • [3] 3664, 3666, 3720–3721, 3724, 3729–3731, 3736–3738, 3740–3745, 3747, 3756–3757, 3805, 3886

Sonst. > [1] 118, 126 • [2] 1511 • [3] 3674, 3758, 3762, 3765, 3767, 3769, 3783, 3789–3790, 3797, 3805, 3812, 3814, 3832, 3834, 3843, 3868

Honecker, Margot

DDR > [3] 3726, 3751

Sonst. > [3] 3758, 3773

Hoogen, Matthias († 13. 7. 1985)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 11. 12. 1964 (CDU)

AVst > [1] 767 • [2] 2037, 2043, 2047, 2050, 2189–2191

WehrB > [1] 425, 767 • [2] 1742, 2898, 2947 • [3] 3159, 3162, 3169–3170, 3646

Sonst. > [1] 241, 243, 245, 415, 425, 616 • [2] 2468–2469, 2947

Hopf, Volkmar († 22. 3. 1997)

StS > [1] 1085 • [2] 2653

Sonst. > [2] 2807

Hoppe, Anton († 11. 8. 1968)

MdB 1. WP (CDU)

AVst > [2] 2038

Sonst. > [1] 461

Hoppe, Hans-Günter

MdB 7.–11. WP (FDP)

FrVst > [1] 768, 963–964, 1003 • [3] 1493, 1674–1675

AVst > [1] 768 • [2] 2073

Sonst. > [1] 465, 1181–1182, 1184 • [2] 1674–1675, 2014

Hoppenstedt, Karsten [Friedrich]

MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Horacek, Milan

MdB 10. WP ab 2. 9. 1983 bis 3. 10. 1985 (GRÜNE)
 Sonst. > [2] 1818

Horlacher, Michael († 12. 10. 1957)

MdB 1.–2. WP (CSU)
 AVst > [2] 2190
 Sonst. > [1] 243, 406, 461, 612, 616, 863 • [2] 1978 •
 [3] 2985

Horn, Erwin

MdB 6.–13. WP (SPD)
 AVst > [2] 2066
 Eur > [3] 3604
 Bibl. > [1] 493
 Sonst. > [1] 586–587 • [2] 1859 • [3] 3172–3173

Horn, Peter († 26. 6. 1967)

MdB 1. WP ab 10. 6. 1950, 2.–4. WP (CDU)
 FrVst > [1] 768, 948–949, 990
 AVst > [2] 2048, 2051
 Sonst. > [1] 408, 616, 623

Horn, Ricarda

Sonst. > [1] 86

Hornhues, Karl-Heinz

MdB 7.–14. WP (CDU)
 FrVst > [1] 768, 956–957
 AVst > [1] 768 • [2] 2078
 Sonst. > [1] 587, 1243 • [2] 1605, 1804, 2926

Hornung, Siegfried

MdB 10. WP, 11. WP ab 6. 2. 1990, 12.–14. WP (CDU)
 AVst > [1] 768 • [2] 2076
 Sonst. > [1] 261 • [2] 1934, 1936 • [3] 3154

Horstmeier, Martin

MdB 5.–9. WP, 10. WP ab 3. 12. 1986 (CDU)

Horten, Alphons

MdB 5.–6. WP (CDU)
 Bibl. > [1] 493
 Sonst. > [1] 1176

Hospes, Gisela

Sonst. > [1] 107

Hoss, Willi

MdB 10. WP bis 12. 4. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
 FrVst > [1] 768, 968–969, 987
 Bibl. > [1] 494
 Sonst. > [1] 1184–1185 • [2] 1569, 1819, 1837

Hoth, Sigrid

MdB 12. WP (FDP)
 Sonst. > [1] 569

Hotz, Wolfgang

MdV 10. WP (PDS)

Hoven, Viktor († 10. 10. 1968)

MdB 3.–4. WP (FDP)
 Sonst. > [1] 464

Hovermann, Eike

MdB 13. WP ab 13. 1. 1995, 14. WP (SPD)

Hoyer, Werner

MdB 11.–14. WP (FDP)
 PStS > [1] 768, 1070
 FrVst > [1] 768, 839, 964–965
 Sonst. > [2] 1839, 1861

Huber, Antje

MdB 6.–10. WP (SPD)
 BMin > [1] 651, 768, 1048, 1050, 1088, 1182, 1217 •
 [2] 1674 • [3] 3658
 AVst > [2] 2060, 2068
 Sonst. > [2] 1674, 1805

Hubert, Elinor († 25. 1. 1973)

MdB 1.–5. WP (SPD)
 AVst > [1] 650, 768 • [2] 2054
 Eur > [3] 3549
 Sonst. > [1] 616

Hubrig, Hans († 25. 3. 1982)

MdB 6. WP, 8. WP, 9. WP bis † (CDU)

Hudak, Adalbert († 27. 3. 1986)

MdB 5. WP (CSU)

Hübner, Carsten

MdB 14. WP (PDS)

Hübner, Heinz [Werner]

MdB 12. WP bis 12. 5. 1992 (FDP)
 FrVst > [1] 768, 965 • [2] 1597
 AVst > [1] 891 • [3] 3436

Hübner, Karl († 20. 12. 1965)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952 (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (FDV; 9. 10. 1957 → CDU [Gast]; 1. 1. 1959 → CDU/CSU), 4. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 917–920

Hübner, Klaus

MdB 4. WP ab 13. 5. 1965, 5. WP ab 6. 12. 1966 bis 14. 1. 1969 (SPD)
 Sonst. > [1] 426

Hülsmann, Wolfgang

Sonst. > [1] 134

Hüppe, Hubert

MdB 12. WP ab 1. 2. 1991, 13.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1905, 1920, 1936

Hürland, Agnes

siehe Hürland-Büning, Agnes

Hürland-Büning, Agnes

(bis 26. 11. 1986 Hürland, Agnes)

MdB 7.–11. WP (CDU)

PStS > [1] 653, 769, 1087

FrVst > [1] 651–652, 769, 954–955

AVst > [1] 889

Sonst. > [2] 1830, 1981

Hüsch, Heinz Günther

MdB 8.–11. WP (CDU)

AVst > [1] 769 • [2] 2067, 2070, 2195, 2452

Sonst. > [2] 1869

Hüser, UweMdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)

FrVst > [1] 769, 839, 969 • [2] 1677

AVst > [2] 2072

Sonst. > [1] 569 • [2] 1569, 1677, 1859, 1865, 1879

Hüttebräuker, Rudolf († 28. 1. 1996)

StS > [1] 1081

Hütter, MargareteMdB 1. WP ab 15. 9. 1949, 2. WP ab 29. 9. 1955
(FDP)

Sonst. > [1] 635

Hufnagel, Josef († 9. 2. 1982)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Humme, Christel

MdB 14. WP (SPD)

Hundhammer, Alois († 1. 8. 1974)

Sonst. > [1] 620

Huonker, Gunter

MdB 7.–12. WP (SPD)

PStS > [1] 769, 884, 1064–1065, 1076

Hupka, HerbertMdB 6. WP (SPD; 29. 2. 1972 → fraktionslos; 3. 3.
1972 → CDU/CSU), 7.–10. WP (CDU)

FrVst > [1] 769, 997

Sonst. > [1] 568–569, 923, 932–933, 1229 • [2] 1803 •
[3] 3651**Hussing, Dieter**

MdB 6. WP, 7. WP ab 16. 11. 1973 (CDU)

Hussong, Rudolf († 10. 12. 1967)

MdB 4. WP, 5. WP bis † (SPD)

Hustedt, Michaele

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1] 656, 769, 1004

Sonst. > [1] 1187

Huth, Eugen († 3. 7. 1976)

MdB 1.–3. WP (CDU)

Sonst. > [1] 2906–2907

Huthmacher, Eugen († 29. 5. 1967)

MdB 4. WP bis 13. 2. 1962 (CDU)

Sonst. > [1] 425, 450

Huyn, Hans Graf

MdB 8.–10. WP, 11. WP ab 2. 8. 1988 (CSU)

AVst > [2] 2196

Sonst. > [1] 254, 256, 258 • [2] 1866, 1874, 2474 • [3]
3087**Huys, Lambert** († 26. 5. 1992)

MdB 3.–6. WP (CDU)

I**Ibrügger, Lothar**

MdB 8.–14. WP (SPD)

PStS > [3] N 6.3

AVst > [2] 2080

MdEP 23. 2. 1978–16. 7. 1979 (SPD)

Eur > [3] 3604

Sonst. > [2] 1891, 1929

Ilk, Herta († 29. 8. 1972)

MdB 1. WP ab 3. 11. 1949, 2. WP (FDP)

Illerhaus, Joseph († 22. 12. 1973)

MdB 2.–5. WP (CDU)

FrVst > [1] 950

MdEP 27. 2. 1958–21. 1. 1970 (CDU)

Eur > [1] 950 • [3] 3591–3592

Sonst. > [1] 241, 243, 245, 247, 1176

Ilz, Hans († 25. 3. 1988)

MdB 5. WP (SPD)

Ilte, Wolfgang

MdB 13. WP (SPD)

Imhof, Barbara

MdB 13.–14. WP (SPD)

Imig, Heinrich († 24. 2. 1956)

MdB 1. WP (SPD)

AVst > [1] 769 • [2] 2189

MdEP 16. 7. 1952–10. 12. 1953 (SPD)

Imle, WolfgangMdB 3. WP ab 29. 6. 1960, 4. WP, 5. WP ab 2. 6.
1967 (FDP)

FrVst > [1] 769, 1001

AVst > [2] 2051

Immer (Altenkirchen), Klaus

MdB 7.–10. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1804, 1813, 1816, 1820, 1828

Ipsen, Knut

Sonst. > [2] 2474, 2476, 2479

Irber, Brunhilde [Theresia]

MdB 13.–14. WP (SPD)

Irmer, Ulrich

MdB 11.–14. WP (FDP)

FrVst > [1] 313, 400, 769, 965, 1003 • [2] 1679

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (FDP)

Sonst. > [2] 1677, 1679, 1842, 1851, 2931

Ischinger, Wolfgang

StS > [3] N 6.3

Ittenbach, Margret

Sonst. > [1] 107

Iven ([^]Düren), **Hans** († 15. 4. 1997)

MdB 3.–5. WP (SPD)

Sonst. > [1] 566–567

Iwersen, Gabriele

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [2] 2267

J*Jacob, Joachim[-Wolfgang]*

Sonst. > [2] 1772, 2308

Jacob, Joseph

Sonst. > [1] 621

Jacob, Willibald

MdB 13. WP (PDS)

Jacobi (Marl), **Maria** († 16. 9. 1994)

MdB 4.–6. WP (CDU)

AVst > [1] 650, 770 • [2] 2053, 2056 • [3] 3123

Bibl. > [1] 494 • [3] 3440

Sonst. > [1] 419 • [2] 1803, 2911, 2913 • [3] 3125–3126

Jacobi ([^]Köln/Iserlohn), **Werner** († 5. 3. 1970)

MdB 1.–5. WP, 6. WP bis † (SPD)

AVst > [1] 770 • [2] 2040, 2045, 2052, 2058

Sonst. > [1] 409, 461, 616, 1174 • [3] 2988

Jacobs, Paul

MdV 10. WP (SPD)

Jacobs, Peter († 10. 1. 1967)

MdB 1.–4. WP (SPD)

AVst > [2] 2045

Jacoby, Peter

MdB 13.–14. WP (CDU)

Jäger ([^]Wangen), **Claus**

MdB 7.–10. WP, 11. WP ab 1. 7. 1988, 12. WP (CDU)

Sonst. > [1] 251, 254, 256 • [2] 1770, 1812, 1815, 1828, 1851, 1853, 1859, 1863, 1866, 1869, 1874, 1878–1879, 1884, 1888, 1902, 1920, 1922, 1924, 1930–1931, 1934, 1936

Jaeger (Hannover), **Elfriede** († 10. 5. 1964)

MdB 1. WP ab 29. 2. 1952 (fraktionslos)

Jaeger (Essen), **Paul Hans** († 30. 4. 1958)

MdB 1. WP ab 22. 1. 1953 (FDP)

Sonst. > [1] 404

Jäger, Renate

MdB 12.–14. WP (SPD)

MdV 10. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1581, 1896, 1900

Jaeger ([^]Bayern), **Richard** († 14. 5. 1998)

MdB 1.–8. WP (CSU)

VPräs > [1] 770, 871–872, 885, 950 • [2] 1697–1701, 1979 • [3] 3484, 3638, 3642, 3644, 3646–3548, 3650, 3653

BMin > [1] 770, 1040, 1073, 1215 • [3] 3647

FrVst > [1] 950

AVst > [1] 770, 885 • [2] 2035, 2042, 2046, 2050

MdEP 10. 12. 1953–1. 7. 1954 (CSU)

Bibl. > [1] 494

Sonst. > [1] 49–50, 53, 246, 248, 254, 584, 1174 • [2] 1695, 1793–1794, 1796, 1798, 1978 • [3] 2988, 2990, 3632, N 2.7, N 26

Jaeger, Wilhelm

Sonst. > [1] 99

Jaffé, Robert († 21. 2. 1968)

MdB 1. WP ab 9. 1. 1952 (DP)

Sonst. > [2] 2905

Jaffke, Susanne

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1581, 1883, 1916, 1934

Jagoda, Bernhard

MdB 9.–10. WP, 12. WP bis 7. 2. 1993 (CDU)

FrVst > [1] 770, 993

StS > [1] 1084

Sonst. > [1] 433 • [2] 1884, 1888

Jahn (Stuttgart), **Artur** († 16. 10. 1983)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Hinweis

Das vorliegende Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages ist auf dem Stand vom 30. April 1999.

Jahn (Münster), Friedrich-Adolf

MdB 7.–12. WP (CDU)
 PStS > [1] 770, 1074, 1097 • [3] 3154
 FrVst > [1] 770, 992, 994
 AVst > [1] 770 • [2] 2077
 Sonst. > [2] 1748

Jahn ([♠]Marburg), **Gerhard** († 20. 10. 1998)

MdB 3.–11. WP (SPD)
 BMin > [1] 770, 842, 1044, 1046, 1074, 1115, 1178, 1216, 1226
 PStS > [1] 770, 1068, 1115
 FrVst > [1] 770, 838, 974–977, 996 • [2] 2248
 AVst > [1] 770, 840 • [2] 2047, 2059, 2191, 2195
 Bibl. > [1] 494
 Sonst. > [1] 566, 585–586, 1257 • [2] 1535, 1815, 1821, 1847, 1850, 1853–1854, 1864, 1870, 1872, 2469, 2929, 2934 • [3] N 2.7

Jahn ([♠]Frankfurt), **Hans** († 10. 7. 1960)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)
 Sonst. > [1] 566

Jahn (Braunschweig), Hans Edgar

MdB 5.–8. WP (CDU)
 MdEP 21. 1. 1970–16. 7. 1979 (CDU)
 Sonst. > [2] 1803, 2233

Jahnen, Lutz

Sonst. > [1] 117

Jaksch, Ewald

Sonst. > [1] 92

Jaksch, Wenzel († 27. 11. 1966)

MdB 2.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)
 Sonst. > [1] 408, 567 • [2] 2771

Janka, Wolfgang

MdVk 10. WP ab 30. 8. 1990 (CDU)

Jannsen, Gert

MdB 10. WP bis 1. 3. 1985 (GRÜNE)
 Sonst. > [2] 1818, 1823

Janovsky, Georg

MdB 12.–14. WP (CDU)
 MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [1] 262–263 • [2] 1581, 1883, 1899

Jansen, Günther

MdB 9.–10. WP, 11. WP bis 16. 6. 1988 (SPD)
 Sonst. > [1] 431, 456 • [2] 1825

Jansen, Mechtild

Sonst. > [1] 110

Janssen, Jann-Peter

MdB 13.–14. WP (SPD)
 AVst > [3] N 9.2
 Sonst. > [1] 264

Janz, Ilse

MdB 12.–14. WP (SPD)
 FrVst > [3] N 5.7
 Sonst. > [2] 1911

Janzen, Ulrich

MdB 12. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1925

Jarowinsky, Werner († 22. 10. 1990)

DDR > [3] 3756–3757, 3778, 3781, 3916
 Sonst. > [3] 3778, 3785

Jarzebowski, Georg

MdEP ab 5. 9. 1991 (CDU)

Jaschke, Günter († 23. 8. 1985)

MdB 5.–7. WP (SPD)

Jauch, Frank

MdVk 10. WP (SPD)

Jauck, Erhard

StS > [1] 1095

Jaunich, Horst

MdB 7.–12. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1911

*Javacheff, Christo**(genannt Christo)*

Sonst. > [3] 3361, 3363, 3366–3367, 3370, 3372, 3386–3393, 3673, 3675

Jawurek, Helmut

MdB 13. WP (CSU)

Hinweis

Die Wahlperioden (WP) umfassen folgenden Zeitraum:

1. WP:	7. 9. 1949 – 7. 9. 1953
2. WP:	6. 10. 1953 – 6. 10. 1957
3. WP:	15. 10. 1957 – 15. 10. 1961
4. WP:	17. 10. 1961 – 17. 10. 1965
5. WP:	19. 10. 1965 – 19. 10. 1969
6. WP:	20. 10. 1969 – 22. 9. 1972
7. WP:	13. 12. 1972 – 13. 12. 1976
8. WP:	14. 12. 1976 – 4. 11. 1980
9. WP:	4. 11. 1980 – 29. 3. 1983
10. WP:	29. 3. 1983 – 18. 2. 1987
11. WP:	18. 2. 1987 – 20. 12. 1990
12. WP:	20. 12. 1990 – 10. 11. 1994
13. WP:	10. 11. 1994 – 20. 10. 1998
14. WP:	20. 10. 1998 –*)

*) Das vorliegende **Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages** ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Jeanne-Claude

siehe *Guillebon, Jeanne-Claude* de

Jelen, Frieder

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)

Jellinek, Walter († 9. 6. 1955)

Sonst. > [1] 50

Jelpke, Ulla

MdB 12. WP (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)

FrVst > [1] 1005 • [2] 1678

Sonst. > [1] 120, 1186–1187 • [2] 1678, 1909, 1911

Jeltsch, Karin

MdB 12. WP (CDU)

Jenninger, Philipp

MdB 6.–11. WP (CDU)

BTPräs > [1] 144, 770, **867**, 869, 889–890 • [2] 1494–1497, 1694, 1703, 1756, 1761, 1991, 2004, 2017, 2070, 2074, 2745, 2823, 2926, 2947 • [3] 3154, 3174–3175, 3193, 3218–3220, 3309, 3314, 3316, 3318–3321, 3388–3389, 3465, 3495–3496, 3661, 3663, 3665

PStS > [1] 770, 884, **1066** • [3] 3661

FrVst > [1] 770, 952–954

AVst > [1] 889–890 • [2] 2070, 2074

Bibl. > [1] 494–495

Sonst. > [1] 253, 258 • [2] 1730, 2919

Jens, Uwe

MdB 7.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 771, 999–1000

Sonst. > [1] 252, 255, 587, 1010 • [2] 1901

Jentsch (Wiesbaden), Hans-Joachim

MdB 8. WP, 9. WP bis 8. 9. 1982 (CDU)

AVst > [1] 771 • [2] 2194

Sonst. > [1] 430

Jentsch, Margit

MdV 10. WP (PDS)

Jentsch, Wilhelm († 21. 7. 1989)

MdB 2. WP (FDP)

Jobst, Dionys

MdB 6.–13. WP (CSU)

FrVst > [1] 982–983

AVst > [1] 771 • [2] 2072, 2076, 2080

Sonst. > [1] 249, 251, 254, 256, 259–260, 262, 570, 586–587 • [2] 1825

Jochimsen, Reimut

StS > [1] 1101

Jochmus, Hedwig († 25. 7. 1993)

MdB 2. WP (CDU)

Jöns, Karin

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Johannsen, Svend († 16. 2. 1978)

Sonst. > [1] 133

John, Otto († 26. 3. 1997)

Sonst. > [1] 420 • [2] 2190, 2205, 2662 • [3] 3483, 3638

Jordan, Erwin

StS > [3] N 6.3

Jordan, Jens

MdB 12. WP ab 8. 6. 1994 (FDP)

Jordan, Pascual († 31. 7. 1980)

MdB 3. WP (CDU)

Sonst. > [1] 413

Jork, Rainer

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1581 • [3] 3903, 3913, 3921

Sonst. > [1] 262–263 • [2] 1581, 1894, 1898–1899, 1926

Joseph, Hans-Jürgen

DDR > [3] 3779, 3790, 3837

Josten, Johann Peter

MdB 2.–8. WP (CDU)

Sonst. > [1] 244, 246–247, 249, 251, 253, 585

Jünger, Sabine

MdB 14. WP (PDS)

Jürgens, Heinrich

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (FDP)

Jürgensen, Nikolaus († 17. 3. 1971)

MdB 3.–5. WP (SPD)

AVst > [2] 2054

Jüttemann, Gerhard

MdB 13.–14. WP (PDS)

Jüttner, Egon

MdB 12.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1883, 1898

Juncker, Albert Ludwig († 8. 3. 1987)

MdB 1. WP (FDP)

Jung, Karl

StS > [1] 1085

Jung ([△]Kandel), **Kurt** († 23. 4. 1989)

MdB 5. WP ab 17. 5. 1966, 6.–9. WP (FDP)

PStS > [1] 771, **1071, 1086, 1093**

FrVst > [1] 771, 964, 1002

MdEP 14. 6. 1977–16. 7. 1979 (FDP)

Sonst. > [1] 416, 1180–1181 • [2] 2915 • [3] 3169–3172

Jung (Limburg), Michael

MdB 11.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1840, 1859 • [3] 3154–3155

Jung (Düsseldorf), Volker
MdB 10.–14. WP (SPD)

Jung (Lörrach), Wilhelm
MdB 9.–11. WP (CDU)
Sonst. > [2] 1831

Junghans, Hartmut
MdVk 10. WP ab 27. 8. 1990 (PDS)

Junghanns, Ulrich
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. > [2] 1926

Junghans, Hans-Jürgen
MdB 3.–10. WP (SPD)
FrVst > [1] 771, 975, 997–998
AVst > [1] 771 • [2] 2052, 2055
Sonst. > [1] 252, 255, 585, 1178–1179 • [2] 2855, 2897 • [3] 3430

Jungherz, Hubert († 21. 3. 1975)
MdB 3. WP ab 19. 1. 1960 (SPD)

Junglas, Johann († 8. 11. 1963)
MdB 1. WP (CDU)
Sonst. > [1] 241, 445, 461

Jungmann, Erich
Sonst. > [1] 620

Jungmann, Gerhard († 26. 1. 1981)
MdB 4.–6. WP (CDU)
AVst > [2] 2050, 2054, 2057

Jungmann ([^]Wittmoldt), **Horst**
MdB 8.–12. WP (SPD)
Bibl. > [1] 495
Sonst. > [2] 1767, 1812, 1924, 1983, 2745 • [3] 3161–3162, 3226

Jungmann, Hugo
Sonst. > [1] 100

Junker, Heinrich
MdB 4.–8. WP (SPD)

Junker, Karin
MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Junker, Wolfgang († 9. 4. 1990)
Sonst. > [3] 3816

K

Kaack, Heino (†)
Sonst. > [1] 315

Kabel, Rudolf
BTDir > [2] 1622, 2947 • [3] 3428

Kafka, Rudolf († 30. 1. 1985)
MdB 4.–8. WP (SPD)
Sonst. > [1] 253

Kahl, Harald
MdB 12.–14. WP (CDU)
Sonst. > [2] 1897–1898

Kahn, Karl († 16. 7. 1966)
MdB 1.–2. WP (CSU)
AVst > [2] 2035, 2041
Sonst. > [1] 242, 863 • [2] 1976, 2893, 2947

Kahn-Ackermann, Georg
MdB 2. WP, 4. WP ab 10. 1. 1962, 5. WP, 6. WP ab 28. 12. 1970, 7. WP bis 18. 9. 1974 (SPD)
Eur > [1] 428 • [3] 3546–3549
Bibl. > [1] 495 • [3] 3440
Sonst. > [1] 428

Kahnwald, Brigitte
Sonst. > [3] 3782

Kahrs, Johannes
MdB 14. WP (SPD)

Kaisen, Wilhelm († 19. 12. 1979)
BRPräs > [3] 3190
MPPräs > [1] 1440, 1442, 1444, 1446, 1448
Sonst. > [1] 412, 620

Kaiser, Ewald
Sonst. > [1] 620

Kaiser, Harald
Sonst. > [1] 132

Kaiser, Jakob († 7. 5. 1961)
MdB 1.–2. WP (CDU)
BMin > [1] 771, 883, 1031, 1033, 1098, 1137
FrVst > [1] 948
MdPR > [1] 612, 616
Sonst. > [1] 407, 612, 1136 • [3] 3343, 3885

Kaiser (Schwäbisch Gmünd), **Pia** († 7. 6. 1968)
MdB 2. WP ab 17. 9. 1956 (CDU)

Kalb, Bartholomäus
MdB 11.–14. WP (CSU)
AVst > [2] 2079
Sonst. > [1] 260, 262, 264

Kalbfell, Oskar († 5. 11. 1979)
MdB 1. WP (SPD)
Sonst. > [1] 461

Kalbitzer, Hellmut
MdB 1.–4. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–22. 1. 1964 (SPD)
Eur. > [3] 3590

Kaldenkerken, Karl-Heinz van
Sonst. > [3] 3306

Kalinke, Margot († 25. 11. 1981)

MdB 1. WP (DP), 2. WP ab 3. 6. 1955 (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4.–6. WP (CDU)

FrVst > [1] 649, 771, 959

AVst > [1] 771 • [2] 2042

Sonst. > [1] 413, 616, 920–921, 1174 • [2] 1797, 1803

Kalisch, Joachim

MdB 9.–11. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1851, 1863, 1869, 1874

Kalkbrenner, Helmut

Sonst. > [1] 85

Kaltefleiter, Werner († 17. 3. 1998)

Sonst. > [1] 51–52

Kalz, Manfred

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVtk 10. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1581

Kamilli, Karl-August

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVtk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1581 • [3] 3913

Sonst. > [2] 1581

Kamm, Udo

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3903

Kammerer, Hans

Sonst. > [3] 3298–3299, 3302, 3308

Kampeter, Steffen

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [1] 569 • [2] 1925, 1950 • [3] 3155

Kanka, Karl († 20. 7. 1974)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1] 464 • [2] 2469

Kansy, Dietmar

MdB 9.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 771, 992–995

AVst > [1] 891–892 • [2] 1609, 1612–1613, 1616–1617, 1628 • [3] 3331–3332, 3354, 3356, 3361, 3366, 3369–3370, 3373–3374, 3377–3379, 3385

Sonst. > [1] 1188 • [2] 1840, 1915, 1934

Kanther, Manfred

MdB 13.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 109, 771, 1056, 1059, 1072–1073, 1187, 1209 • [2] 1667 • [3] 3673, N 12.2

Kapp, Wolfgang († 12. 6. 1922)

Sonst. > [1] 598

Kappes, Franz-Hermann († 24. 8. 1992)

MdB 11. WP, 12. WP bis † (CDU)

Sonst. > [2] 1840, 1855, 1860, 1863, 1869, 1874

Karius, Friedrich († 4. 4. 1973)

MdB 5. WP ab 18. 8. 1969 (SPD)

Karl, Albin

Sonst. > [1] 620

Karpen, Ulrich

Sonst. > [3] 3632

Karpf, Hugo († 19. 7. 1994)

MdB 1.–2. WP (CSU)

Bibl. > [1] 495 • [3] 3439

Sonst. > [1] 612, 616

Kartte, Wolfgang

Sonst. > [1] 318

Karwatzki, Irmgard

MdB 8.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 651–653, 655, 771, 1077, 1088–1089, 1101

Sonst. > [2] 1949

Kasparick, Ulrich

MdB 14. WP (SPD)

Kaspereit, Sabine

MdB 13.–14. WP (SPD)

FrVst > [3] N 5.7

Kassner, Kerstin

MdVtk 10. WP (PDS)

Kastner, Susanne

MdB 11. WP ab 22. 5. 1989, 12.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 655, 771, 1000 • [3] N 5.7

Sonst. > [2] 1856, 1882, 1907, 1911

Kastning, Ernst

MdB 10.–13. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1947

Kastrup, Dieter

StS > [1] 1070

Kater, Helmut

MdB 6.–7. WP (SPD)

MdEP 14. 2. 1973–16. 1. 1975 (SPD)

Sonst. > [1] 253

Kather, Linus († 10. 3. 1983)

MdB 1. WP (CDU), 2. WP (CDU; 15. 6. 1954 → GB/BHE)

FrVst > [1] 772, 966

AVst > [1] 772 • [2] 2038, 2045

Sonst. > [1] 414, 616, 915, 1174 • [2] 1796

Kattenstroth, Ludwig († 31. 8. 1971)

StS > [1] 1080, 1083

Katz, Rudolf († 23. 7. 1961)

MdPR > [1] 622, 625

Sonst. > [2] 2494

Katzer, Hans († 18. 7. 1996)

MdB 3.–8. WP (CDU)

BMin > [1] 772, 1041–1042, 1083, 1176

FrVst > [1] 772, 951–953

AVst > [1] 772 • [2] 2052

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)

Eur > [3] 3590

Sonst. > [1] 243, 420, 1178–1181 • [2] 2772

Kauder, Volker

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1921

Kauffmann, Horst

MdVrk 10. WP (DFP → Die Liberalen)

Kauffold, Peter

MdVrk 10. WP (SPD)

DDR > [3] 3921

Kaufmann, Erich († 1980)

Sonst. > [1] 134

Kaufmann, [Heinrich] Theophil († 22. 8. 1961)

MdPR > [1] 622, 625

Sonst. > [1] 621, 623

Kaufmann, Sylvia-Yvonne

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdVrk 10. WP (PDS)

Sonst. > [2] 1581

Kayser, Birgit

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3903

Keil, Wilhelm († 4. 4. 1968)

Sonst. > [1] 620

Keilhack, Irma

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 19. 1. 1962 (SPD)

Sonst. > [1] 425, 450 • [2] 2907

Keller, Dietmar

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL)

FrVst > [1] 772, 980, 1005 • [2] 1598, 1678

MdVrk 10. WP (PDS)

DDR > [2] 1581 • [3] 3896, 3904, 3913, 3918

Sonst. > [1] 399–400 • [2] 1581, 1678, 1887–1888

Keller, Ernst († 21. 7. 1963)

MdB 3. WP, 4. WP bis † (FDP)

AVst > [2] 2051

Keller, Peter

MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 23. 2. 1990, 12.–13. WP (CSU)

Sonst. > [2] 1870, 1875

Keller, Reinhard

Sonst. > [1] 102

Keller, Wilfried

MdB 1. WP ab 24. 4. 1952 (fraktionslos [WAV]),
2. WP (GB/BHE)

Sonst. > [1] 461, 912 • [2] 1794–1795

Kelly, Petra [Karin] (1. 10. 1992 für † erklärt)

MdB 10.–11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)

FrVst > [1] 652, 772, 968, 987 • [3] 3083

Bibl. > [1] 495

Sonst. > [1] 116, 418, 1184 • [2] 1819, 1822, 1827,
1852, 1877

Kemmer (^ΔBamberg), **Emil** († 26. 11. 1965)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 7. 10. 1964 (CSU)

AVst > [1] 772 • [2] 2039, 2043, 2047

Sonst. > [1] 245–246, 408, 425

Kemper, Hans-Peter

MdB 12. WP ab 3. 5. 1993, 13.–14. WP (SPD)

Kemper (^ΔTrier), **Heinrich** († 23. 8. 1962)

MdB 1.–2. WP (CDU)

AVst > [1] 772 • [2] 2039, 2045

Sonst. > [1] 241–242

Kempfer, Friedrich [Fritz] († 18. 10. 1985)

MdB 3.–7. WP (CSU)

Eur > [3] 3549

Sonst. > [1] 244, 246, 248–249, 251, 568 • [2] 1800,
1805, 2472

Kennedy, John F. († 22. 11. 1963)

Sonst. > [1] 1191

Kenzler, Evelyn

MdB 14. WP (PDS)

Keppelhoff-Wiechert, Hedwig

MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Kern, Karl († 14. 10. 1974)

MdB 1. WP (CDU)

Kern, Karl-Hans

MdB 5. WP ab 27. 2. 1967, 6.–7. WP (SPD)

AVst > [2] 2192, 2252–2253

Sonst. > [2] 2817

Kertscher, Norbert

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdVrk 10. WP (PDS)

Sonst. > [2] 1581

Kessel, Friedrich von

Sonst. > [1] 112, 986

Keßler, Heinz

Sonst. > [3] 3778, 3785

Keßler, Kurt

Sonst. > [1] 110

Keßler, Uwe

MdVvk 10. WP bis 21. 8. 1990 (CDU → CDU/DA)

Ketels, Max Detlef († 29. 8. 1968)

Sonst. > [1] 621

Kettig, Alma († 5. 8. 1997)

MdB 2.–4. WP (SPD)

Keuning, Dietrich († 23. 3. 1980)

MdB 1.–3. WP (SPD)

Kewenig, Marianne

Sonst. > [3] 3389

Kiechle, Brigitte

Sonst. > [1] 95

Kiechle, Ignaz

MdB 6.–12. WP (CSU)

BMin > [1] 772, **1053–1054**, **1057**, 1082, 1220 • [2] 1759 • [3] 3672

FrVst > [1] 772, 954, 992

Sonst. > [1] 252, 254, 256, 259, 261–262, 586 • [2] 1934

Kiehm, Günter

MdB 9.–11. WP (SPD)

Kienbaum, Gerhard († 24. 2. 1998)

MdB 6. WP bis 2. 5. 1972 (FDP)

AVst > [1] 772 • [2] 2057

Sonst. > [1] 427, 933, 1178, 1231 • [2] 2899 • [3] N 2.7

Kiep, Walther Leisler

MdB 5.–6. WP, 7. WP bis 24. 2. 1976, 9. WP bis 26. 4. 1982 (CDU)

FrVst > [1] 773, 951, 954

AVst > [1] 773 • [2] 2054

Bibl. > [1] 495

Sonst. > [1] 428, 430, 951, 1179, 1182 • [2] 1800, 1804, 2772

Kiep-Altenloh, Emilie († 22. 2. 1985)

MdB 4. WP (FDP)

Bibl. > [1] 495 • [3] 3439

Sonst. > [1] 450, 567, 612

Kiesel, Wilhelm († 27. 8. 1956)

Sonst. > [1] 621, 623

Hinweis

Ausführliche biographische Angaben über die Abgeordneten enthalten die Handbücher des Deutschen Bundestages. In Abschnitt 30.2 ist zusammengestellt, welche Handbücher für die einzelnen Wahlperioden vorliegen.

Kiesinger, Kurt Georg († 9. 3. 1988)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis 19. 2. 1959, 6.–8. WP (CDU)

BK > [1] 52, 55–56, 147, 597–599, 773, 842, 858, **1021**, 1025–1026, 1028–1030, 1040, 1042, 1119, 1129, 1140, 1148, 1152, 1154, 1156, 1161, 1168–1169, 1177, 1192–1193, 1215, 1221, 1224, 1226, 1450 • [2] 1491, 1639, 1743, 2000, 2012–2013, 2708, 2803 • [3] 3192, 3647

BRPräs > [3] 3190

MPräs > [1] 424, 449, 858, 1225, 1447, 1449

FrVst > [1] 773, 948–949, 951–953, 990

AVst > [1] 773 • [2] 2035, 2041, 2046, 2452

MdEP 1. 7. 1956–19. 3. 1958 (CDU)

Eur > [3] 3546, 3549

Bibl. > [1] 495

Sonst. > [1] 49, 91, 241–242, 244, 249, 251, 416, 424, 449, 568, 863–864, 951, 984, 1119, 1140, 1161, 1174, 1178, 1225, 1231 • [2] 1977, 1997–1998, 2000, 2467 • [3] 3626, 3647, 3664

Kießling, Günter

Sonst. > [2] 2233, 2238–2239, 2713 • [3] 3660

Kihn (Würzburg), **Karl Alfred** († 10. 5. 1976)

MdB 2. WP (CSU)

FrVst > [1] 773, 948, 990

Kilias, Günter

MdVvk 10. WP (SPD)

Killat (^ΔUnterbach), **Arthur**

siehe Killat-von Coreth, Arthur

Killat-von Coreth, Arthur

(bis 1970 Killat, Arthur)

MdB 3. WP ab 19. 3. 1959, 4.–6. WP (SPD)

Kiltz, Elke

Sonst. > [3] 3088

Kinat, Georg Richard († 2. 7. 1973)

MdB 1.–2. WP (SPD), 3. WP (SPD; 18. 8. 1961 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 921

Kindermann, Heinz

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Kinkel, Klaus

MdB 13.–14. WP (FDP)

BMin > [1] 773, **1056**, **1059**, 1070, 1074, 1149, 1155, 1162, 1186–1187, 1206–1209, 1220 • [2] 1615, 1667, 1678, 1680, 2737, 2739 • [3] 3672, N 6.11

StS > [1] 1074

FrVst > [3] N 5.7

Sonst. > [1] 108, 986, 1162 • [2] 1678 • [3] 3675

Kiper, Manuel

MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1] 1188

Kipp-Kaule, Liesel († 10. 7. 1992)

MdB 1.–4. WP (SPD)

Kirchhoff, Peterheinrich († 16. 6. 1973)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Sonst. > [1] 566

Kirchner, Martin

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [3] 3824

Kirschner, Klaus

MdB 8.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 773, 999–1000

AVst > [1] 773 • [2] 2261 • [3] N 9.2

Sonst. > [1] 1187 • [2] 1886, 1916 • [3] 3153

Kirst, Victor († 29. 5. 1997)

MdB 6.–7. WP (FDP)

FrVst > [1] 773, 963

Bibl. > [1] 495

Sonst. > [1] 421, 465, 1180 • [2] 2914–2915

Kissel, Otto Rudolf

Sonst. > [3] 3206–3208

Kisslinger, Karl

MdB 10.–11. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1856

Kisters, Gerhard († 2. 2. 1996)

MdB 3. WP ab 21. 9. 1959 (CDU)

Kittel, Walter

StS > [1] 1082

Kittelmann, Peter

MdB 8.–12. WP (CDU)

FrVst > [1] 773, 994

AVst > [2] 2071

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Eur > [3] 3549

Sonst. > [1] 469 • [3] 3391

Klabunde, Erich († 21. 11. 1950)

MdB 1. WP bis † (SPD)

AVst > [1] 405, 773 • [2] 2037, 2040

Sonst. > [1] 405, 616

Klaeden, Eckart von

MdB 13.–14. WP (CDU)

Sonst. > [1] 570

Klamt, Hermann

Sonst. > [1] 130

Klappert, Marianne

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [2] 2079

Klaß, Christa

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Klausner, Wolfgang († 17. 4. 1958)

MdB 2. WP, 3. WP bis † (CSU)

Sonst. > [1] 244

Klaufner, Bernd

MdB 13. WP (CDU)

Kleditzsch, Jürgen

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3920

Sonst. > [2] 1581

Klee, Marie-Elisabeth

(zuvor Heyl zu Herrnsheim, Marie-Elisabeth Freiin von)

MdB 4.–6. WP (CDU)

Eur > [3] 3548

Sonst. > [1] 676

Kleiber, Günther

Sonst. > [3] 3758

Klein, Friedrich-Ludwig († 21. 2. 1992)

Sonst. > [3] 3630

Klein (Berlin), **Günter** († 22. 10. 1963)

MdB 4. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 450

Klein (Bremen), **Günter** († 15. 12. 1998)

MdB 12. WP (CDU)

Klein, Günther

Sonst. > [3] 3362

Klein (München), **Hans** († 26. 11. 1996)

MdB 8.–12. WP, 13. WP bis † (CSU)

BMin > [1] 773, **1055**, 1067, 1104, 1107, 1131, 1219, 1253 • [2] 1852 • [3] 3665VPräs > [1] 421, 773, **873**, 877–878, 1219 • [2] 1615, 1705–1710, 1769, 1774, 1923, 2017, 2947 • [3] 3670, 3674, 3676

FrVst > [1] 773, 992–993

Sonst. > [1] 421, 1184 • [2] 1825, 2923

Klein (Göttingen), **Hans Hugo**

MdB 7.–9. WP, 10. WP bis 20. 12. 1983 (CDU)

PStS > [1] 773, **1074**

Bibl. > [1] 496–497

Sonst. > [1] 430 • [2] 2256

Klein (Dieburg), **Heinrich** († 18. 12. 1989)

MdB 8.–10. WP, 11. WP bis † (SPD)

AVst > [2] 2065, 2068, 2071

Klein ([^]Saarbrücken), **Johann** († 25. 5. 1976)

MdB 4.–5. WP (CDU)

Klein (Stolberg), **Josef**

MdB 7. WP (CDU)

Bibl. > [1] 497

Sonst. > [2] 1804

Klein, Kurt

Sonst. > [1](#) 95

Klein, Lothar

MdVk 10. WP (DSU)

Klein, Thomas

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdVk 10. WP (VL)

Sonst. > [1](#) 136, 937 • [2](#) 1582 • [3](#) 3721, 3909

Klein, Udo

Sonst. > [1](#) 94

Kleinau, Armin

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Kleindinst, Josef Ferdinand († 8. 9. 1962)

MdB 1.–2. WP (CSU)

AVst > [1](#) 774 • [2](#) 2038, 2040, 2042, 2046

MdPR > [1](#) 612, 616

Sonst. > [1](#) 407, 566

Kleinert (^ΔHannover), **Detlef**

MdB 6.–13. WP (FDP)

FrVst > [1](#) 774, 1001–1003 • [2](#) 1674–1677

Bibl. > [1](#) 497

Sonst. > [1](#) 586–587, 1183–1184, 1187 • [2](#) 1674–1677, 1952, 2002, 2247–2248, 2472, 2923, 2928, 2930

Kleinert (Marburg), **Hubert**

MdB 10. WP bis 19. 1. 1986 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

FrVst > [1](#) 774, 839, 969 • [2](#) 1677

Bibl. > [1](#) 497

Sonst. > [1](#) 569, 1184–1185 • [2](#) 1677, 1819, 1837, 1846–1847, 1853, 1858, 2473, 2484, 2814, 2919, 2930 • [3](#) 3083–3084

Kleinert, Ingeborg († 4. 6. 1989)

MdB 4. WP ab 13. 11. 1964, 5. WP ab 14. 12. 1967 (SPD)

Klejdzinski, Karl-Heinz

MdB 9.–11. WP, 12. WP ab 30. 10. 1992 (SPD)

Eur > [3](#) 3549

Sonst. > [3](#) 3173–3174

Klemm, Peter

StS > [1](#) 1077

Klemmer, Siegrun

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [3](#) 3155

Klemmert, Elfriede

(bis 1959 Hamelbeck, Elfriede)

MdB 3. WP (CDU)

Klepsch, Egon Alfred

MdB 5.–8. WP (CDU)

MdEP 14. 2. 1973–19. 7. 1994 (CDU)

Eur > [3](#) 3560, 3590–3591

Bibl. > [1](#) 497

Sonst. > [1](#) 247 • [2](#) 1803, 1806, 2911–2912, 2935 • [3](#) 3169–3170

Kley, Gerry

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)

MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

Sonst. > [2](#) 1582

Kley, Gisbert

MdB 6. WP (CSU)

Sonst. > [2](#) 1801, 1803

Kliese, Erhard

Sonst. > [1](#) 134

Kliesing (^ΔHonnepf), **Georg** († 19. 7. 1992)

MdB 2.–7. WP (CDU)

Eur > [3](#) 3546, 3549, 3604

Sonst. > [1](#) 245, 247, 249, 418

Klimmt, Reinhard

MPräs > [3](#) N 6.21

Klinge, Friedrich († 21. 12. 1949)

MdB 1. WP bis † (DP)

FrVst > [1](#) 405, 774, 959, 985

Sonst. > [1](#) 405

Klingelhöfer, Gustav († 16. 1. 1961)

MdB 2. WP (SPD)

Klingspor, Hermann

Sonst. > [1](#) 99

Klinkenborg, Jan († 28. 7. 1988)

MdEP 17. 7. 1979 bis † (SPD)

Klinker, Hans-Jürgen († 1. 8. 1988)

MdB 4. WP ab 10. 12. 1962, 5.–6. WP, 8. WP (CDU)

MdEP 14. 12. 1962–14. 2. 1973 und 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (CDU)

Sonst. > [1](#) 1178

Klinkert, Ulrich

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)

PStS > [1](#) 774, 845, 1095 • [2](#) 1600

FrVst > [1](#) 774, 994 • [2](#) 1596

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1582, 1898–1899, 1946

Klößner, Michael

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Hinweis

Bei **Namen in Fettdruck** handelt es sich um **Mitglieder des Bundestages**.

Klötzer, Otto († 22. 5. 1976)

MdB 2. WP (GB/BHE)

FrVst > [1] 774, 966

AVst > [2] 2043

Klose, Hans-Ulrich

MdB 10.–14. WP (SPD)

VPräs > [1] 774, 873, 877, 892, 978 • [2] 1708–1710, 1774, 2947 • [3] 3208–3209, 3211, 3213, 3674

FrVst > [1] 546, 774, 972, 978, 988, 1121 • [2] 1615 • [3] 3671

AVst > [1] 384, 892 • [3] N 9.2

BRPräs > [3] 3192

MPräs > [1] 857, 1452, 1454

Sonst. > [1] 259 • [2] 2772

Klüver, Wilhelm

Sonst. > [1] 133

Knaape, Hans-Hinrich

MdB 12.–13. WP (SPD)

Knabe, Wilhelm

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Sonst. > [1] 116, 987 • [2] 1845, 1858, 1864, 1871, 2931

Knake-Werner, Heidi

MdB 13.–14. WP (PDS)

FrVst > [1] 656, 774, 981, 1005 • [3] N 5.7

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [1] 1187 • [2] 1595

Knapp, Oskar († 6. 6. 1967)

MdB 2. WP (CDU)

Kneipp, Otto († 5. 5. 1965)

MdB 1. WP (FDP)

Kney, Johannes

MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

Knickrehm, Uwe

Sonst. > [1] 110

Knieper, Werner († 17. 7. 1977)

StS > [1] 1063

Knies, Wolfgang

Sonst. > [2] 2475

Knittel, Wilhelm

StS > [1] 1094–1095

Knobloch, Ludwig († 22. 11. 1995)

MdB 2.–4. WP, 5. WP ab 24. 7. 1967 (CDU)

Knoche, Monika

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1] 1187

Knoeringen, Waldemar von († 2. 7. 1971)

MdB 1. WP bis 3. 4. 1951 (SPD)

Sonst. > [1] 410, 422, 462 • [2] 2771

Knoop, Hugo

Sonst. > [1] 620

Knop, Jutta

MdVk 10. WP bis 30. 8. 1990 (CDU → CDU/DA)

Knorr, Friedrich († 1. 4. 1978)

MdB 3.–4. WP (CSU)

AVst > [1] 886 • [3] 3435

Knorr, Lorenz

Sonst. > [1] 97

Knothe, Willy († 20. 2. 1952)

MdB 1. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 295

Kober, Horst

MdVk 10. WP (PDS)

Kober, Ingo

StS > [1] 1074–1075

Kober, Manfred

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Koblitz, Kurt († 13. 10. 1979)

MdB 7. WP, 8. WP bis † (SPD)

Koch, Dieter-Lebrecht

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Sonst. > [2] 1582

Koch, Gerhard († 22. 1. 1983)

MdB 4.–6. WP (SPD)

MdEP 21. 1. 1970–14. 2. 1973 (SPD)

Koch, Hans

Sonst. > [1] 130

Koch, Harald († 18. 9. 1992)

MdB 1. WP (SPD)

AVst > [2] 2036

Sonst. > [1] 445

Koch, Hermann († 10. 2. 1984)

MdB 3. WP (CDU)

Koch, Horst-Dieter

Sonst. > [1] 119

Koch, Norbert

MdVk 10. WP (DSU)

DDR > [3] 3913

Hinweis

Das vorliegende Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages ist auf dem Stand vom 30. April 1999.

Koch, Peter

Sonst. > [3](#) 3777

Koch, Roland

BRPräs > [3](#) N 19.3

MPräs > [3](#) N 6.21

Koch, Willi

Sonst. > [1](#) 620

Koch-Weser, Caio

StS > [3](#) 6.3

Kögler, Brigitta Charlotte

MdVk 10. WP (DA → CDU/DA)

DDR > [3](#) 3912

Köhler, Anton († 23. 10. 1958)

Sonst. > [1](#) 621

Köhler, Erich († 23. 10. 1958)

MdB 1.–2. WP (CDU)

BTPräs > [1](#) 775, **863**, 869 • [2](#) 1694–1695, 1727, 1735, 1976–1977, 1989–1990, 2889–2890, 2892–2893 • [3](#) 3186, 3190, 3635–3636

AVst > [2](#) 2189

Sonst. > [1](#) 406, 616, 622 • [3](#) 3186

Köhler ([^]Hainspitz), **Hans-Ulrich**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1582, 1934

Köhler, Heinrich

Sonst. > [1](#) 620

Köhler, Heinz

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (SPD)

Köhler (Duisburg), **Herbert W.**

MdB 7.–10. WP (CDU)

MdEP 17. 7. 1979–16. 1. 1981 (CDU)

Bibl. > [1](#) 497 • [3](#) 3440

Sonst. > [1](#) 469 • [2](#) 1806–1807, 1809, 1813

Köhler, Horst

StS > [1](#) 1077

Köhler, Johanna

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Köhler, Klaus-Peter

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (REP/ER, später parteilos)

Köhler, Otto († 27. 6. 1960)

MdB 3. WP bis † (FDP)

Köhler (Wolfsburg), **Volkmär**

MdB 7.–12. WP (CDU)

PStS > [1](#) 775, **1104**

FrVst > [1](#) 775, 992

AVst > [2](#) 2064

Bibl. > [1](#) 498

Sonst. > [2](#) 1933

Köhne, Rolf

MdB 13. WP (PDS)

Koenen (Lippstadt), **Jakob** († 16. 1. 1974)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Könen (Düsseldorf), **Willy** († 28. 6. 1980)

MdB 2.–5. WP (SPD)

AVst > [2](#) 2042, 2047, 2050, 2053

König, Martin

Sonst. > [1](#) 94

Koenig, Peter-Michael

MdB 6. WP (SPD)

Bibl. > [1](#) 498

Koenig, Pierre († 2. 9. 1970)

Sonst. > [3](#) 3633

König, Wolfgang

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3](#) 3913

Königshofen, Norbert

MdB 13.–14. WP (CDU)

Königswarter, Wilhelm († 12. 12. 1966)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP (SPD)

Köppe, Ingrid

MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne)

FrVst > [1](#) 775

Sonst. > [1](#) 124, 1015, 1186

Köppler, Heinrich († 20. 4. 1980)

MdB 5. WP, 6. WP bis 8. 8. 1970 (CDU)

PStS > [1](#) 775, **1071**

FrVst > [1](#) 775, 951

Bibl. > [1](#) 498

Sonst. > [1](#) 413, 427

Körber, Stefan

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > [3](#) 3921

Köring, Heinz

Sonst. > [1](#) 621

Körner, Georg

MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

Sonst. > [1](#) 916–919

Körper, Fritz Rudolf

MdB 12.–14. WP (SPD)

PStS > [3](#) N 6.3

FrVst > [1](#) 775, 1000

Köster, Gottfried

MdB 6.–9. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 249, 251, 253 • [2](#) 1748

Köster-Loßack, Angelika

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1] 1187

Kohl (Heilbronn), Georg († 31. 1. 1952)

MdB 1. WP bis † (FDP)

Sonst. > [1] 295

Kohl, Helmut

MdB 8.–14. WP (CDU)

BK > [1] 87, 149–150, 592, 602–603, 775, 843, 858, 1023–1024, 1025–1026, 1028–1030, 1049, 1051–1054, 1056, 1058–1059, 1120–1121, 1130–1132, 1151, 1153–1155, 1157–1158, 1161–1162, 1166, 1183–1187, 1199–1209, 1218–1221, 1237–1238, 1244–1245, 1252–1254, 1259, 1456, 1458, 1460 • [2] 1495, 1506–1511, 1513–1514, 1516–1517, 1519–1520, 1522–1523, 1526, 1528, 1530–1531, 1535–1538, 1543, 1546–1552, 1561–1564, 1566–1568, 1604–1605, 1608, 1612–1615, 1617, 1619–1620, 1624, 1639, 1675–1676, 1680, 1683, 1754, 1757, 1759, 1761, 1769, 1775, 1782, 1816, 1866, 2003–2004, 2015, 2017, 2219–2220, 2382, 2720–2721, 2726, 2729, 2737–2738, 2899 • [3] 3193, 3326, 3352–3353, 3373, 3390–3391, 3519, 3619, 3659–3661, 3663, 3665–3666, 3668–3670, 3672, 3675, 3748, 3755, 3763, 3772–3773, 3783, 3791, 3793, 3796–3797, 3799, 3801, 3803, 3806, 3810–3811, 3821, 3826, 3828, 3838, 3844, 3849, 3857, 3860, 3865, 3868, 3882, 3885, N 6.1, N 6.2, N 6.11, N 7.8, N 19.3

FrVst > [1] 775, 866–867, 875, 952, 953–954, 983–984, 1120–1121, 1233–1234 • [2] 1674–1675

AVst > [2] 2452

MPräs > [1] 858, 1451, 1453 • [2] 1711, 2452

Bibl. > [1] 498

Sonst. > [1] 91, 148, 952, 983–984, 1028, 1120, 1161–1162, 1181–1182, 1235–1236, 1243 • [2] 1561, 1674–1676, 1680, 2014, 2472–2473, 2483, 2772 • [3] 3085, 3658–3659, 3803, N 5.8, N 26

Kohl (Stuttgart), Rudolf († 8. 8. 1964)

MdB 1. WP ab 26. 1. 1950 (KPD)

Kohlberger, Richard († 2. 1. 1990)

MdB 4.–6. WP (SPD)

Kohn, Roland

MdB 10.–13. WP (FDP)

Sonst. > [2] 1921, 2820

Kohut, Oswald Adolph († 23. 7. 1977)

MdB 3.–4. WP (FDP)

Sonst. > [3] 3237

Kolb, Elmar

MdB 8. WP ab 10. 6. 1977, 9.–11. WP (CDU)

Sonst. > [1] 258, 260 • [2] 1812, 1845, 1851

Kolb, Heinrich Leonhard

MdB 12.–14. WP (FDP)

PStS > [1] 775, 1079–1080

Sonst. > [2] 1882, 1911

Kolbe, Manfred

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [1] 222, 263 • [2] 1592–1593, 1595, 1899, 1922, 1934, 1950

Kolbe, Regina

MdB 12. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1896, 1916, 1946

Kolbe, Walther († 25. 12. 1953)

MdB 2. WP bis † (CDU)

Kolbow, Walter

MdB 9.–14. WP (SPD)

PStS > [3] N 6.3

FrVst > [1] 775, 999–1000

AVst > [2] 2069, 2072

Sonst. > [2] 1856, 1882, 1907, 1911, 1942 • [3] 3174–3176, 3178

Kollatz, Udo Walter

StS > [1] 1103–1104

Koltzsch, Rolf

MdB 11.–12. WP (SPD)

Konow, Gerhard († 27. 5. 1997)

StS > [1] 1065, 1094

Konrad, Christoph

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Konrad, Klaus

MdB 6.–8. WP (SPD)

Bibl. > [1] 498

Koops, Willi († 11. 1. 1972)

MdB 2. WP (CDU)

Kopf, Hermann († 5. 5. 1991)

MdB 1.–5. WP (CDU)

AVst > [1] 775 • [2] 2046, 2049, 2053

MdEP 16. 7. 1952–29. 11. 1961 (CDU)

Bibl. > [1] 498

Sonst. > [1] 242, 244, 417 • [2] 2468, 2907

Kopf, Hinrich Wilhelm († 21. 12. 1961)

BRPräs > [3] 3190

MPräs > [1] 407, 1440, 1444, 1446 • [2] 2452

AVst > [2] 2452

Sonst. > [1] 407, 620

Kopp, Gudrun

MdB 14. WP (FDP)

Koppelin, Jürgen

MdB 12.–14. WP (FDP)

FrVst > [3] N 5.7

Sonst. > [2] 1903, 1906, 1911, 1915, 1921, 1931, 1939 • [3] 3176

Korber, Horst († 2. 7. 1981)

MdB 9. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 413

Kors, Eva-Maria

MdB 12.–14. WP (CDU)

Korspeter, Lisa († 8. 10. 1992)

MdB 1.–5. WP (SPD)

AVst > [1] 650, 775 • [2] 2053, 2055

Sonst. > [1] 418, 616

Kortmann, Johannes († 2. 11. 1965)

MdB 2. WP (CDU)

Kortmann, Karin

MdB 14. WP (SPD)

Kosche, Horst-Günther

Sonst. > [1] 100

Koschnick, Hans

MdB 11.–12. WP (SPD)

BRPräs > [3] 3192–3193

MPräs > [1] 857, 1450, 1452, 1454, 1456 • [2] 2452

AVst > [2] 2075, 2452

Bibl. > [1] 498

Sonst. > [1] 261 • [2] 1912

Koschyk, Hartmut

MdB 12.–14. WP (CSU)

FrVSt > [1] 776, 957–958

Sonst. > [2] 1883, 1898, 1927

Kosler, Albert

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Koslowski, Manfred

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 13. WP (CDU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1582

Kossendey, Thomas

MdB 11.–14. WP (CDU)

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [2] 1840

Kotowski, Georg

MdB 6. WP (CDU)

Kottwitz, Almut

MdB 11. WP ab 8. 11. 1989 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Kozian, Bärbel

MdVk 10. WP (PDS)

Krack, Erhard

DDR > [3] 3749

Krämer, Alfred

Sonst. > [1] 621

Kraft, Waldemar († 12. 7. 1977)

MdB 2. WP (GB/BHE; 11. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU), 3. WP (CDU)

BMin > [1] 776, 883, 935, 1033, 1106, 1125–1126, 1160, 1213, 1251 • [2] 1739, 2663 • [3] 3639, 3641

AVst > [1] 776 • [2] 2048

Sonst. > [1] 112, 412, 447, 916, 935, 986, 1125, 1160

Krahnstöver, Anni († 27. 7. 1961)

MdB 1. WP (SPD)

Sonst. > [1] 616

Krall, Lothar

MdB 6. WP ab 16. 3. 1970, 7. WP (FDP)

MdEP 14. 2. 1973–14. 6. 1977 (FDP)

Sonst. > [1] 1180 • [3] 3171

Kramel, Angelo († 30. 6. 1975)

MdB 2.–3. WP (CSU)

Kramme, Anette

MdB 14. WP (SPD)

Krammig, Karl († 16. 6. 1991)

MdB 2.–3. WP; 5.–6. WP (CDU)

Sonst. > [1] 449, 464, 1258 • [2] 1799, 1803

Kramp-Karrenbauer, Annegret

MdB 13. WP ab 1. 3. 1998 (CDU)

Krampe, Wilhelm († 12. 2. 1986)

MdB 5. WP ab 11. 10. 1966, 6.–8. WP (CDU)

Krappe, Edith

MdB 3.–6. WP (SPD)

Sonst. > [2] 2911

Kraske, Konrad

MdB 5.–8. WP (CDU)

FrVst > [1] 951–952

AVst > [1] 776 • [2] 2058

Sonst. > [1] 951–952 • [2] 1807

Kratz, Paul († 4. 6. 1994)

MdB 7.–8. WP (SPD)

Kratz, Wilhelm († 30. 4. 1986)

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 bis 11. 4. 1957 (CDU)

Sonst. > [1] 424, 463

Kraus, Friedrich († 21. 2. 1969)

MdB 3.–4. WP (SPD)

Kraus, Rudolf

MdB 8.–14. WP (CSU)

PStS > [1] 776, 1084–1085

FrVst > [1] 776, 956–957, 983

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [1] 262, 264, 1015 • [2] 1825

Hinweis

Die hier verwendeten Abkürzungen der Parteien und Fraktionen sind im anschließenden Sachregister zu finden.

Krause ([^]Bürgerende), **Günther**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)

BMin > [1] 776, 843, **1055, 1057**, 1094, 1107, 1186, 1205, 1220 • [2] 1563, 1600 • [3] 3673

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1533, 1538, 1548–1549, 1554, 1557, 1582, 1601 • [3] 3325, 3351, 3668, 3822, 3825, 3829, 3840, 3847–3848, 3856–3857, 3870, 3876, 3880, 3903, 3921

Sonst. > [1] 1186 • [2] 1582, 1605, 1892, 1925

Krause, Helmut

MdVtk 10. WP (DFP → Die Liberalen)

Krause, Paul († 18. 10. 1950)

MdB 1. WP bis † (Z)

Krause (Bonese), **Rudolf Karl**

MdB 12. WP (CDU); 25. 5. 1993 → fraktionslos

Sonst. > [1] 129, 929 • [2] 1678, 1680, 1883, 1898, 1915, 1918 • [3] 3673

Krause, Walter

Sonst. > [1] 54

Krause ([^]Dessau), **Wolfgang**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1582, 1925

Krautscheid, Andreas

MdB 13. WP (CDU)

Krautwig, Carl († 18. 12. 1981)

StS > [1] 1063, 1099

Sonst. > [1] 1063

Krehl, Constanze

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVtk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1582 • [3] 3904

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Sonst. > [2] 1582

Kreibaum, Friedrich († 21. 8. 1983)

MdB 7. WP ab 15. 12. 1975 (FDP)

Kreile, Reinhold

MdB 6.–10. WP, 11. WP ab 11. 7. 1988 bis 22. 2. 1990 (CSU)

FrVst > [1] 776, 952–954, 992–993

Bibl. > [1] 498

Sonst. > [1] 432

Kreis, Rüdiger

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Kreissl-Dörfler, Wolfgang

MdEP ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)

Kreitmeyer, Reinhold († 16. 2. 1996)

MdB 3.–4. WP (FDP)

Krenz, Egon

DDR > [1] 126 • [2] 1496, 1505–1506, 1508, 1511, 2223 • [3] 3666, 3721, 3723, 3741, 3744–3748, 3750–3751, 3753–3758, 3760–3761, 3763, 3765–3767, 3778, 3886

Sonst. > [2] 1514 • [3] 3778, 3785–3786

Kressl, Nicolette

MdB 13.–14. WP (SPD)

Kretkowski, Volkmar

MdB 8.–12. WP (SPD)

AVst > [2] 2072

Kreutzmann, Heinz

MdB 5. WP (SPD-Gast; 1. 2. 1967 → SPD), 6.–9. WP (SPD)

PStS > [1] 776, **1099**

AVst > [1] 776 • [2] 2067

Bibl. > [1] 499 • [3] 3440

Sonst. > [1] 111, 1181

Kreuz, Bärbel

MdVtk 10. WP (PDS)

Kreuzeder, Matthias

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Sonst. > [2] 1862

Krey, Franz Heinrich

MdB 8.–12. WP (CDU)

AVst > [2] 2068, 2071

Sonst. > [1] 257

Kreyssig, Gerhard († 14. 10. 1982)

MdB 1. WP ab 4. 4. 1951, 2.–4. WP (SPD)

MdEP 16. 7. 1952–21. 12. 1965 (SPD)

Eur > [3] 3590

Sonst. > [1] 616

Kriedemann, Herbert († 20. 1. 1977)

MdB 1.–6. WP (SPD)

AVst > [1] 776 • [2] 2037, 2040, 2044, 2048, 2188, 2190

MdEP 29. 11. 1961–14. 2. 1973 (SPD)

Sonst. > [1] 250, 411, 616

Kriedner, Arnulf

MdB 12.–13. WP (CDU)

AVst > [1] 776 • [2] 1599, 2077

Eur > [3] 3549

Sonst. > [2] 1593, 1595, 1883

Krieger, Verena

MdB 11. WP bis 4. 4. 1989 (GRÜNE)

Sonst. > [1] 116, 431, 569, 987

Krips, Ursula

MdB 5. WP bis 31. 1. 1969 (SPD)

Sonst. > [1] 426, 567

Krizsan, Julius H.

MdB 10. WP bis 13. 3. 1985 (GRÜNE)

FrVst > [1] 777, 968

AVst > [2] 2069

Sonst. > [2] 1817

Krockert, Horst

MdB 6.–8. WP (SPD)

Bibl. > [1] 499

Kröger, Erdmann

MdVrk 10. WP (PDS)

DDR > [3] 3912

Kröning, Volker

MdB 13.–14. WP (SPD)

Krogmann, Martina

MdB 14. WP (CDU)

Kroker, Herbert

DDR > [3] 3765

Krolikowski, Werner

DDR > [3] 3730, 3759

Sonst. > [3] 3758

Kroll, Gerhard († 10. 11. 1963)

MdPR > [1] 622

Kroll, Ludwig († 14. 9. 1989)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Sonst. > [1] 244

Kroll-Schlüter, Hermann

MdB 7.–11. WP (CDU)

FrVst > [1] 777, 992–993

Sonst. > [1] 251, 253, 258, 1183 • [2] 1813, 1840

Krollmann, Hans

Sonst. > [1] 1185

Kronberg, Heinz-Jürgen

MdB 12.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1613, 1616, 1620, 1882, 1897, 1905

Krone, Heinrich († 15. 8. 1989)

MdB 1.–5. WP (CDU)

BMin > [1] 777, 1036, 1038–1039, 1041, 1105–1106, 1215

FrVst > [1] 777, 864–865, 948–949, 984, 1118–1119, 1222 • [3] 3237, 3639

Sonst. > [1] 49, 53, 416, 567, 612, 632, 1175, 1223 • [2] 2240, 2908 • [3] 3666

Krone-Appuhn, Ursula († 17. 12. 1988)

MdB 8.–10. WP (CSU)

Sonst. > [1] 632 • [3] 3172–3175

Kronenberg, Friedrich

MdB 10.–11. WP (CDU)

AVst > [1] 777 • [2] 2263

Sonst. > [2] 2826

Kroppenstedt, Franz

StS > [1] 1072–1073 • [2] 1607, 1609, 1616

Kroth, Alfred

Sonst. > [1] 621

Krüger (Neheim), **Caspar** († 30. 6. 1984)

MdB 3. WP ab 15. 12. 1958 (CDU)

Krüger, Hans († 3. 11. 1971)

MdB 3.–4. WP (CDU)

BMin > [1] 777, 1039, 1098, 1214 • [3] 3645

AVst > [2] 2052

Sonst. > [1] 410

Krüger, Hans Joachim

Sonst. > [1] 105

Krüger, Paul

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 777, 1058, 1103 • [2] 1600 • [3] 3673

FrVst > [1] 777, 958, 994 • [2] 1596

AVst > [3] N 9.2

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1582 • [3] 3903

Sonst. > [1] 1187 • [2] 1582, 1881

Krüger, Thomas

MdB 13. WP (SPD)

MdVrk 10. WP bis 1. 8. 1990 (SPD)

Sonst. > [2] 1582

Krüger-Leißner, Angelika

MdB 14. WP (SPD)

Krümmer, Ewald († 9. 10. 1968)

MdB 4. WP ab 24. 1. 1963 (FDP)

Krug, Georg († 2. 12. 1989)

MdB 3.–5. WP (CSU)

Sonst. > [1] 245–246, 248

Krupp, Hans-Jürgen

Sonst. > [2] 2772

Krziskewitz, Reiner

MdB 12.–13. WP (CDU)

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1582, 1881

Kschenka, Susanne

(zuvor Seils, Susanne)

MdVrk 10. WP (SPD)

Kubatschka, Horst

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1913, 1923, 1943, 1949

Kubel, Alfred

BRPräs > [3] 3192

MPräs > [1] 1440, 1452

Sonst. > [1] 499

Kubicki, Wolfgang

MdB 12. WP bis 2. 8. 1992 (FDP)

Sonst. > [1] 433

Kubitza, Werner († 2. 11. 1995)

MdB 4.–5. WP (FDP)

Sonst. > [1] 1177

Kuchtner, Edeltraud

MdB 2.–6. WP (CSU)

Kuckelkorn, Wilfried

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Kübler, Klaus

MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 15. 6. 1989, 12. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1891, 1895, 1912

Kübler, Paul († 9. 8. 1969)

MdB 4. WP, 5. WP bis † (SPD)

Bibl. > [1] 499

Sonst. > [2] 2913

Küchler, Ernst

MdB 14. WP (SPD)

Küchler, Siegfried

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Kühbacher, Klaus-Dieter

MdB 8.–11. WP (SPD)

AVst > [2] 2066, 2069, 2072

Sonst. > [1] 457, 1186 • [2] 1814, 1832–1833, 1858 • [3] 3154

Kühling, Georg († 12. 3. 1963)

MdB 1. WP (CDU)

Kühlmann, Mira von

Sonst. > [1] 97

Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von († 19. 1. 1977)

MdB 3. WP ab 8. 8. 1960, 4.–5. WP, 6. WP bis 30. 5. 1972 (FDP), 7. WP (CDU)

FrVst > [1] 777, 962–963, 986

Sonst. > [1] 411, 933, 1175–1176, 1231 • [2] 1802, 2899

Kühlthau, Walter († 27. 11. 1978)

MdB 2.–3. WP (CDU)

AVst > [2] 2046

Sonst. > [1] 463

Kühn, Adolf († 23. 4. 1968)

MdPR > [1] 622

Kühn (Hildesheim), **Friedrich** († 12. 6. 1979)

MdB 4.–5. WP (CDU)

AVst > [2] 2055

Sonst. > [2] 2914 • [3] 2991, 3632

Kühn (Köln), **Heinz** († 12. 3. 1992)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 9. 4. 1963 (SPD)

BRPräs > [3] 3192

MPPräs > [1] 857, 1451, 1453

AVst > [2] 2042, 2047

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)

Eur > [3] 3546, 3549

Bibl. > [1] 499

Sonst. > [1] 53, 418, 425, 463, 465, 1227, 1257

Kühn (^ΔBonn), **Walther** († 4. 12. 1962)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (FDP)

FrVst > [1] 777, 961, 1001

AVst > [2] 2042

Sonst. > [1] 407 • [2] 1796 • [3] 3237

Kühn-Mengel, Helga

MdB 13. WP ab 23. 12. 1996, 14. WP (SPD)

Kühne, Erich

Sonst. > [1] 137, 621

Kühne, Harald-Dietrich

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3903, 3912

Kühnen, Michael († 25. 4. 1991)

Sonst. > [1] 109

Künstler, Max

MdB 8. WP ab 11. 9. 1980 (CDU)

Kues, Hermann

MdB 13.–14. WP (CDU)

FrVst > [3] N 5.7

Sonst. > [1] 263

Kuessner, Hinrich

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12. WP (SPD)

MdVk 10. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1582, 1912

Küster, Uwe

MdB 12.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 777, 978 • [2] 1596, 2756–2757 • [3] N 5.7

AVst > [1] 892

Sonst. > [2] 1894

Kufner, Gerhard

Sonst. > [1] 117

Kugelberg, Robert

Sonst. > [1] 620

Kugler, Ursula

MdB 11. WP ab 1. 6. 1990 (SPD)

Kuhlemann, Christian († 3. 9. 1964)

MdB 1. WP (DP)

AVst > [1] 778 • [2] 2037, 2040

Sonst. > [1] 616

Kuhlwein, Eckart

MdB 8.–13. WP (SPD)
 PStS > [1] 778, 1101
 AVst > [1] 778 • [2] 2077, 2263
 Sonst. > [1] 1182–1183 • [2] 1810, 1820, 1900, 1924,
 1938, 1947, 2924

Kuhn, Annemarie

MdEP ab 22. 12. 1990 (SPD)

Kuhn, Karl († 18. 10. 1986)

MdPR > [1] 622

Kuhn, Werner

MdB 13. WP (CDU)

Kuhne, Helmut

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Kulawig, Alwin

MdB 4.–7. WP (SPD)
 AVst > [2] 2060
 MdEP 22. 1. 1964–21. 1. 1970 (SPD)

Kummert, Angela

MdVtk 10. WP (PDS)

Kumpf, Ute

MdB 14. WP (SPD)

Kunckel, Karl-Heinz

MdVtk 10. WP (SPD)

Kunert, Wolfgang

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Kunert, Wolfgang

MdVtk 10. WP (PDS)

Kunick, Konrad

MdB 13.–14. WP (SPD)

Kunst, August († 23. 5. 1981)

MdB 3. WP (CDU)

Kunst, Hermann

Sonst. > [1] 143 • [3] 3657

Kunstmann, Heinrich († 2. 3. 1964)

Sonst. > [1] 100

Kuntscher, Ernst († 10. 10. 1971)

MdB 1.–5. WP (CDU)
 AVst > [1] 778 • [2] 2045, 2049, 2051
 Sonst. > [1] 410 • [2] 1796

Kunz, Eva

MdVtk 10. WP bis ... (SPD)

Kunz ([^]Berlin), **Gerhard**

MdB 6. WP ab 13. 12. 1971, 7.–8. WP, 9. WP bis
 15. 6. 1981 (CDU)
 FrVst > [1] 778, 839, 953–954
 AVst > [1] 888–889
 MdEP 19. 1. 1977–1. 1. 1978 (CDU)
 Sonst. > [1] 430, 455 • [2] 1806

Kunz (Schwalbach), **Lothar** († 19. 2. 1972)

MdB 2. WP (GB/BHE)

Kunz (Weiden), **Max**

MdB 7.–11. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 251, 254, 256, 259, 260 • [2] 1831

Kunze ([^]Bielefeld), **Johannes** († 11. 10. 1959)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (CDU)
 FrVst > [1] 778, 863, 948
 AVst > [1] 406, 778 • [2] 2037, 2043, 2048
 Sonst. > [1] 406

Kunze, Werner († 19. 5. 1986)

MdB 5. WP (SPD)

Kuppe, Gerlinde

MdVtk 10. WP (SPD)

Kurlbaum, Georg († 23. 12. 1988)

MdB 1.–5. WP (SPD)
 FrVst > [1] 778, 996
 AVst > [2] 2048
 Bibl. > [1] 499 • [3] 3440
 Sonst. > [1] 416

Kurlbaum-Beyer, Lucie

(bis Oktober 1965 Beyer, Lucie)

MdB 2.–5. WP (SPD)
 Bibl. > [1] 499 • [3] 3440

Kurtz, Josef († 29. 8. 1970)

MdB 4. WP ab 12. 10. 1964 (CDU)
 Sonst. > [1] 93

Kurz, Ingrid

Sonst. > [1] 97

Kurzhaus, Christine († 4. 5. 1998)

MdB 13. WP bis † (SPD)

Kutschera, Walter

MdB 2. WP (GB/BHE)

Kutzmutz, Rolf

MdB 13.–14. WP (PDS)
 Sonst. > [2] 2479, 2489

Hinweis

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

L

Laage, Gerhart

Sonst. > [3] 3303, 3308, 3366

Labsch, Werner

MdB 13.–14. WP (SPD)

Ladebeck, Artur († 12. 10. 1963)

MdB 2. WP (SPD)

Laermann, Karl-Hans

MdB 7. WP ab 28. 6. 1974, 8.–13. WP (FDP)

BMin > [1] 778, 1058, 1101 • [3] 3673

FrVst > [1] 778, 1002–1003

AVst > [2] 2064, 2067, 2070, 2073, 2077

Bibl. > [1] 499

Sonst. > [2] 1674, 1853, 2818, 2822, 2824

Lafontaine, Oskar

MdB 13. WP bis 17. 11. 1994, 14. WP bis 16. 3. 1999 (SPD)

BMin > [3] N 3.25, N 6.2, N 6.3, N 6.12, N 12.2, N 26

BRPräs > [3] 3193

AVst > [2] 2452

MPräs > [1] 433, 443, 459, 858, 1187, 1457, 1459, 1461 • [2] 1495, 1548, 2452 • [3] N 3.25

Sonst. > [1] 263, 433, 459, 988, 1028, 1121 • [2] 1537–1538, 1541, 1543, 1548, 1551, 1559, 1564, 1626, 2772–2773 • [3] 3676, 3801, 3829, 3865, N 5.8, N 26

Laforet, Wilhelm († 14. 9. 1959)

MdB 1. WP (CSU)

AVst > [1] 778 • [2] 2038, 2041

MdPR > [1] 612, 616

Sonst. > [1] 131, 150, 406, 566, 1174

Lagershausen, Karl-Hans († 31. 8. 1988)

MdB 7.–8. WP, 9. WP ab 29. 3. 1982 (CDU)

Sonst. > [2] 2484 • [3] 3081

Lahnstein, Manfred

MdB 10. WP bis 31. 8. 1983 (SPD)

BMin > [1] 779, 1050, 1076, 1079, 1149, 1218, 1232, 1235 • [3] 3658

StS > [1] 1065, 1076

Sonst. > [1] 430 • [2] 2772

Lahr, Karl († 5. 12. 1974)

MdB 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

Sonst. > [1] 917–919

Lahr, Rolf († 14. 9. 1985)

StS > [1] 1068

Lambinus, Uwe

MdB 7. WP, 8. WP ab 20. 5. 1977, 9.–12. WP (SPD)

AVst > [2] 2075

Sonst. > [2] 1816, 1821, 1823, 1825, 1832, 1835, 1856, 1882, 1886, 1913, 1923, 1931

Lambrecht, Christine

MdB 14. WP (SPD)

Lambsdorff, Otto Graf

MdB 7.–13. WP (FDP)

BMin > [1] 779, 1048, 1050–1051, 1053, 1079, 1182–1184, 1198, 1218–1219, 1233–1234, 1252 • [2] 1674–1676, 1755 • [3] 3655, 3658, 3661

FrVst > [1] 779, 1001–1003 • [2] 1674, 1676

Sonst. > [1] 108, 570, 587, 986, 1162, 1179–1181, 1185–1186 • [2] 1530, 1550, 1674–1676, 1837, 1880, 1892, 1931, 1938, 2745 • [3] 3792, 3847

Lamers, Karl [Franz]

MdB 9.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 779, 994–995

Sonst. > [2] 1851

Lamers (Heidelberg), Karl A.

MdB 13.–14. WP (CDU)

Lammert, Norbert

MdB 9.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 779, 1080, 1095, 1101

AVst > [2] 2068, 2071

Bibl. > [1] 500

Sonst. > [1] 568 • [2] 1821, 1882, 1927, 1949, 2247, 2923, 2927, 2930, 2933

Lamp, Helmut

MdB 12.–13. WP (CDU)

Lampersbach, Egon († 16. 12. 1982)

MdB 5.–8. WP, 9. WP bis † (CDU)

Sonst. > [2] 1813

Lampl, Roman († 17. 4. 1965)

MdB 1. WP ab 10. 11. 1950 (BP; 14. 12. 1951 → FU)

Sonst. > [1] 911 • [2] 1794

Landgraf (Großstorkwitz), Katharina

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1582

Landgraf (Remse), Sabine

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])

MdVk 10. WP (DSU)

Sonst. > [2] 1583

Landré, Heinz F.

MdB 8.–10. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1828, 1831

Lanfermann, Heinz

MdB 13. WP bis 7. 2. 1996 (FDP)

StS > [1] 433, 1075

Sonst. > [1] 433

Lang (München), Georg († 1. 6. 1965)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)

Lang-Brumann, Thusnelda († 10. 6. 1953)Sonst. > [1](#) 621*Lange, Bernd*

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

*Lange, Bernd Lutz*Sonst. > [3](#) 3742**Lange, Brigitte**

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [3](#) 3156**Lange (Backnang), Christian**

MdB 14. WP (SPD)

Lange ([^]Essen), **Erwin** († 30. 10. 1991)

MdB 1.–8. WP (SPD)

AVst > [1](#) 779 • [2](#) 2048, 2051, 2055

MdEP 21. 1. 1970–23. 7. 1984 (SPD)

Eur > [3](#) 3593, 3604Bibl. > [1](#) 500Sonst. > [1](#) 250, 252, 255, 417, 584–585**Lange, Torsten**

MdB 10. WP ab 17. 4. 1985 (GRÜNE)

Sonst. > [3](#) 3174**Langebeck, Walter**

MdB 4.–6. WP (SPD)

Langen, Werner

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Langendörfer, Johannes († 18. 7. 1985)Sonst. > [3](#) 3275*Langenhagen, Brigitte*

MdEP ab 25. 11. 1990 (CDU)

Langer, Erich († 21. 5. 1958)

MdB 1. WP (FDP; 10. 6. 1952 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)

Sonst. > [1](#) 913–914*Langer, Wolfram*StS > [1](#) 1078, 1081*Langes, Horst*

MdEP 17. 7. 1979–19. 7. 1994 (CDU)

Langguth, Gerd

MdB 8. WP (CDU)

Bibl. > [1](#) 500Sonst. > [1](#) 568**Langner, Manfred**

MdB 8.–11. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 779, 956AVst > [1](#) 779 • [2](#) 2194, 2452Sonst. > [2](#) 2247, 2473, 2922, 2928**Lantermann, Wilhelm** († 11. 5. 1973)

MdB 3. WP (SPD)

*Lappas, Alfons*Sonst. > [3](#) 3084*Lappas, Günther*Sonst. > [2](#) 2719**Larcher, Detlev von**

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1896, 1919, 1944*LaRouche, Lyndon H.*Sonst. > [1](#) 104**Laschet, Armin**

MdB 13. WP (CDU)

Lassalle, Ferdinand († 31. 8. 1864)Sonst. > [1](#) 131*Lassowsky, Heinz*

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Lattmann, Dieter

MdB 7.–8. WP (SPD)

Bibl. > [1](#) 500Sonst. > [2](#) 1807, 1821**Lattmann, Herbert**

MdB 9. WP ab 27. 4. 1982, 10.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2](#) 1845, 1857, 1891, 1947*Latussek, Paul*

MdVrk 10. WP (DSU)

*Lauck, Hans-Joachim*DDR > [3](#) 3917**Laufs, Paul**

MdB 8.–14. WP (CDU)

PStS > [1](#) 779, 1092, 1095FrVst > [1](#) 779, 956–957, 993Sonst. > [1](#) 1185–1186 • [2](#) 1605, 1813, 1983**Laumann, Karl-Josef**

MdB 12.–14. WP (CDU)

*Laurien, Hanna-Renate*Sonst. > [2](#) 1614–1615, 2772**Lauritzen, Lauritz** († 5. 6. 1980)

MdB 6.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)

BMin > [1](#) 779, 1042, 1045–1046, 1093, 1096, 1148, 1178, 1216, 1240 • [3](#) 3652Sonst. > [1](#) 413, 568**Lausen, Willi** († 18. 4. 1972)

MdB 1. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 462**Lautenschlager, Hans**

MdB 3. WP ab 9. 11. 1960, 4.–7. WP (SPD)

MdEP 19. 1. 1968–19. 1. 1977 (SPD)

Lautenschlager, Hans Werner

StS > [1] 1069–1070

Lauterbach, Ellen

MdB 6. WP (SPD)

Leber, Georg

MdB 3.–9. WP (SPD)

BMin > [1] 779, **1042**, **1044–1048**, 1086, 1093, 1157, 1159, 1181, 1195, 1216–1217, 1240, 1251–1252 • [2] 1750 • [3] 3652, 3655

VPräs > [1] 779, **872**, 975 • [3] 3656–3657

FrVst > [1] 975–976

MdEP 27. 2. 1958–25. 2. 1959 (SPD)

Bibl. > [1] 500

Sonst. > [1] 250, 585 • [2] 2014 • [3] 3203

Leddin, Bruno († 25. 3. 1951)

MdB 1. WP bis † (SPD)

AVst > [1] 779 • [2] 2039

Sonst. > [1] 293, 405, 616

Lederer, Andrea

siehe Gysi, Andrea

Leeb, Hermann

Sonst. > [3] 3629

Legge, Stephan

Sonst. > [3] 3297

Legge-Suwelack, Ursula

Sonst. > [3] 3297

Lehder, Christine

MdB 14. WP (SPD)

Lehmann, Uwe

Sonst. > [1] 86

Lehment, Conrad-Michael

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)

MdVkl 10. WP (LDP → Die Liberalen)

DDR > [2] 1583 • [3] 3905

Sonst. > [1] 457 • [2] 1583

Lehn, Waltraud

MdB 13.–14. WP (SPD)

Lehne, Klaus-Heiner

MdB 12. WP ab 12. 3. 1992 (CDU)

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Sonst. > [1] 469 • [2] 1898

Lehr, Robert († 13. 10. 1956)

MdB 1. WP (CDU)

BMin > [1] 49, 780, **1031**, 1071 • [3] 3636

AVst > [2] 2038

MdPR > [1] 612, 617, 625

Sonst. > [1] 406, 462, 617

Lehr, Ursula [Maria]

MdB 12. WP (CDU)

BMin > [1] 653, 780, **1054**, 1089, 1149 • [2] 2227 • [3] 3665

AVst > [2] 2266

Leibbrand, Robert († 25. 1. 1963)

MdB 1. WP bis 26. 1. 1950 (KPD)

Sonst. > [1] 462

Leibfried, Eugen († 12. 10. 1978)

MdB 1. WP, 2. WP bis 21. 6. 1956 (CDU)

Sonst. > [1] 424, 447

Leibholz, Gerhard († 19. 2. 1982)

Sonst. > [1] 50, 488

Leibing, Christian

MdB 2. WP ab 8. 8. 1955 (CDU)

Leich, Werner

Sonst. > [3] 3761

Leicht, Albert († 2. 10. 1994)

Mdb 3.–7. WP, 8. WP bis 24. 10. 1977 (CDU)

PStS > [1] 780, **1075** • [2] 2913, 2915

AVst > [1] 780 • [2] 2047, 2051, 2057, 2060, 2063

Eur > [1] 429

Bibl. > [1] 500

Sonst. > [1] 244, 419, 429

Leidinger, Robert

MdB 11.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1856 • [3] 3175

Leiske, Walter († 22. 10. 1971)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Leister, Klaus Dieter

StS > [1] 1086

Leitow, Erich

MdB 2. WP ab 3. 8. 1956 (SPD)

Leja, Michael

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1583, 1879

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Lemke, Helmut († 15. 4. 1990)

BRPräs > [3] 3190
 MPräs > [1] 1448, 1450
 AVst > [2] 2252, 2254
 Sonst. > [1] 417 • [2] 2294

Lemke, Steffi

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 FrVst > [3] N 5.7
 Sonst. > [1] 570

Lemmer, Ernst († 18. 8. 1970)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–5. WP, 6. WP bis † (CDU)
 BMin > [1] 780, **1033–1034, 1036, 1039**, 1091, 1098–1099, 1126, 1214 • [2] 2012 • [3] 3645
 FrVst > [1] 780, 949
 Bibl. > [1] 500
 Sonst. > [1] 409, 462–465, 567, 612, 864, 1177 • [3] 3885

Lemmer, Gerd [Ludwig]

StS > [1] 1091, 1098
 MdEP 17. 7. 1979–19. 7. 1994 (CDU)

Lemmrich, Karl Heinz

MdB 4.–10. WP, 11. WP bis 28. 7. 1988 (CSU)
 FrVst > [1] 982
 AVst > [1] 780 • [2] 2061, 2064, 2067, 2069, 2072
 Sonst. > [1] 248, 250–251, 254, 256, 259, 261, 431, 585–586

Lemp, Hans

MdB 5. WP ab 29. 11. 1967, 6.–8. WP (SPD)
 MdEP 26. 5. 1977–16. 7. 1979 (SPD)
 Bibl. > [1] 501

Lemper, Hubert († 19. 10. 1990)

MdB 4.–6. WP (SPD)

Lenders, Helmut

MdB 5.–8. WP (SPD)
 FrVst > [1] 780, 875
 AVst > [2] 2058
 Sonst. > [1] 252

Lengl, Siegfried

StS > [1] 1104

Lengsfeld, Vera

(bis 1. 11. 1994 Wollenberger, Vera)
 MdB 11. WP ab 5. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90), 12. WP (Bündnis 90/Grüne), 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE; 17. 12. 1996 → CDU/CSU), 14. WP (CDU)
 FrVst > [1] 654, 780, 979 • [2] 1597, 1678
 MdVkl 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)
 DDR > [2] 1590 • [3] 3907, 3913
 Sonst. > [1] 114, 116, 635, 930, 937, 1014–1015 • [2] 1575, 1583, 1590–1591, 1599, 1678 • [3] 3176–3177, 3677

Lenin, Wladimir Iljitsch († 24. 1. 1924)

Sonst. > [1] 89, 132

Lenke, Ina

MdB 14. WP (FDP)

Lennartz, Klaus

MdB 9.–14. WP (SPD)
 AVst > [2] 2261
 Sonst. > [2] 1843, 1920

Lenzing, Eduard

MdB 6. WP (CDU)
 Bibl. > [1] 501

Lenzing, Lambert († 25. 4. 1965)

MdPR > [1] 622

Lenzing, Werner

MdB 13.–14. WP (CDU)

Lenz ([△]Brühl), **Aloys** († 1. 3. 1976)

MdB 1.–5. WP (CDU)
 AVst > [2] 2189
 MdEP 10. 2. 1953–21. 1. 1970 (CDU)
 Sonst. > [1] 243, 462 • [2] 1793

Lenz (Bergstraße), **Carl Otto**

MdB 5.–9. WP, 10. WP bis 13. 1. 1984 (CDU)
 AVst > [1] 781 • [2] 2056, 2059, 2063, 2252–2254 • [3] 3614
 Bibl. > [1] 501
 Sonst. > [1] 430, 633 • [2] 1805, 1811, 1813, 2245, 2252, 2914, 2916–2917 • [3] 3631

Lenz (Trossingen), **Hans** († 28. 8. 1968)

MdB 2.–4. WP, 5. WP bis 5. 10. 1967 (FDP)
 BMin > [1] 781, **1036, 1038–1039**, 1080, 1100, 1214 • [3] 3644
 FrVst > [1] 781, 962
 Sonst. > [1] 409

Lenz, Marlene

MdEP ab 17. 7. 1979 (CDU)
 Eur > [3] 3593

Lenz (Godesberg), **Otto** († 2. 5. 1957)

MdB 2. WP bis † (CDU)
 StS > [1] 1062
 Sonst. > [1] 242, 406, 633

Lenz (Bremerhaven), **Werner**

MdB 4. WP (SPD)

Lenze (Attendorn), **Franz**

MdB 2.–6. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 242, 244–245, 247, 249

Lenzer, Christian

MdB 6.–13. WP (CDU)
 FrVst > [1] 781, 992–995
 Eur > [3] 3547, 3549
 Bibl. > [1] 501
 Sonst. > [1] 587 • [2] 2255, 2817

Leonhard, Elke

(während der 12. WP Leonhard-Schmid, Elke)

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [2] 1917 • [3] 3629

Leonhard, Gottfried († 7. 10. 1983)

MdB 1.–4. WP (CDU)

AVst > [2] 2039

Sonst. > [1] 462

Leonhard-Schmid, Elke

siehe Leonhard, Elke

Leonhart, Günther

MdB 9.–11. WP (SPD)

Lepsius, Renate

MdB 7.–9. WP, 10. WP ab 12. 4. 1984 (SPD)

Sonst. > [2] 1825

Lerche, Peter

Sonst. > [2] 2473–2474

Lerner, Josef († 15. 7. 1964)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)

Sonst. > [1] 244, 246

Leskien, Jürgen

MdVtk 10. WP (PDS)

Lessmann, Horst

Sonst. > [1] 620

Letzgas, Peter

MdB 13.–14. WP (CDU)

Leuchtgens, Heinrich († 21. 3. 1959)

MdB 1. WP (FDP; 11. 9. 1949 → DRP/NR; 6. 12. 1950 → DP; 16. 1. 1952 → DP/DPB; 27. 7. 1953 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 121–122, 566, 908–909, 914, 1011, 1174 • [2] 2903–2904

Leukert, Edmund († 10. 5. 1983)

MdB 2. WP, 3. WP ab 21. 4. 1958, 4. WP ab 27. 6. 1962, 5. WP (CSU)

Leuschner, Kurt († 19. 11. 1996)

MdB 8. WP ab 9. 6. 1980, 9. WP (SPD)

Leussink, Hans

BMin > [1] 781, 1045, 1100, 1129, 1148, 1178, 1216 • [2] 2133 • [3] 3651

Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine

MdB 12.–14. WP (FDP)

BMin > [1] 654–655, 781, 1056, 1059, 1074–1075, 1187, 1220 • [2] 1924 • [3] 3672, 3676

Sonst. > [1] 108

Leuze, Eduard († 23. 10. 1973)

MdB 1. WP ab 21. 3. 1952 (FDP)

Leverenz, Bernhard († 4. 6. 1987)

Sonst. > [1] 143

Leverkuehn, Paul († 1. 3. 1960)

MdB 2. WP, 3. WP bis † (CDU)

MdEP 27. 2. 1958–4. 11. 1959 (CDU)

Eur > [3] 3547

Lewering, Eckhart

MdB 14. WP (SPD)

Lex, Hans Ritter von († 26. 2. 1970)

StS > [1] 1071

Leyk, Günther

Sonst. > [1] 83

Lieberoth, Immo

MdB 12. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1893, 1928, 1934

Liebknrecht, Karl († 15. 1. 1919)

Sonst. > [1] 89, 118, 132, 597–598 • [3] 3720, 3782, 3791

Liebknrecht, Wilhelm († 7. 8. 1900)

Sonst. > [1] 131

Liebrenz, Viktor

Sonst. > [1] 114

Liedtke, Karl

MdB 5.–10. WP (SPD)

FrVst > [1] 781, 975–976, 997

AVst > [1] 781 • [2] 2069

Sonst. > [1] 248, 250, 253, 255, 257, 259, 1181–1182

Liehr, Harry

MdB 4. WP ab 11. 1. 1962, 5. WP, 6. WP bis 16. 7. 1971 (SPD)

Sonst. > [1] 427, 452

Liepelt, Klaus

Sonst. > [1] 55

Liese, Hans-Peter

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Lietz, Heiko

Sonst. > [1] 86

Lietz, Ursula

MdB 14. WP (CDU)

Limbach, Editha

MdB 11.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1605, 1841, 1912, 1922, 1928, 2494 • [3] 3154

Linde, Erdmann

MdEP 17. 7. 1979–30. 9. 1981 (SPD)

Linde, Jürgen

MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 10. 11. 1983 (SPD)

FrVst > [1] 781, 976

Sonst. > [1] 430

Lindeiner, Hanns-Gero von († 5. 1. 1984),

gen. Wildau, Hanns-Gero von

MdB 3. WP ab 8. 9. 1959 (CDU)

Lindemann, Elke

MdVkl 10. WP (SPD)

Linden, Elly

Sonst. > [1] 620

Lindenberg, Heinrich († 17. 11. 1982)

MdB 2.–3. WP, 5. WP ab 29. 9. 1967 (CDU)

MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (CDU)

Lindenlaub, Andreas

MdVkl 10. WP (DSU)

DDR > [3] 3913

Lindrath, Hermann († 27. 2. 1960)

MdB 2. WP, 3. WP bis † (CDU)

BMin > [1] 406, 781, **1035**, 1080, 1127 • [3] 3643

Sonst. > [1] 406

Lingemann, Heinrich

Sonst. > [1] 620

Linhardt, Hanns († 10. 5. 1989)

Sonst. > [1] 404

Link ([♠]Frankfurt), **Helmut**

MdB 6.–11. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1879

Link (Diepholz), **Walter**

MdB 10.–14. WP (CDU)

AVst > [1] 781 • [2] 2076, 2267

Sonst. > [2] 1841, 1879, 1903

Linkohr, Rolf

MdEP ab 17. 7. 1979 (SPD)

Linnert, Fritz († 27. 10. 1949)

MdB 1. WP bis † (FDP)

AVst > [1] 405, 781 • [2] 2039

Sonst. > [1] 405

Linsmeier, Josef

MdB 9.–11. WP (CSU)

AVst > [1] 781 • [2] 2256

Lintner, Eduard

MdB 8.–14. WP (CSU)

PStS > [1] 782, **1072–1073**

FrVst > [1] 782, 992–993

Sonst. > [1] 256, 259–260, 262, 264, 1184 • [2] 1493

Lippelt ([♠]Hannover), **Helmut**MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/
GRÜNE)

FrVst > [1] 782, 969, 987, 1004 • [2] 1677

Sonst. > [1] 1185 • [2] 1677, 1853–1854, 1857, 1860,
1880*Lippmann, Frieder*

MdVkl 10. WP (SPD)

Lippmann, Heidi

(bis April 1999 Lippmann-Kasten, Heidi)

MdB 14. WP (PDS)

Lippmann-Kasten, Heidi

siehe Lippmann, Heidi

Lippold ([♠]Offenbach), **Klaus W.**

MdB 10.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 782, 994–995

AVst > [1] 782 • [2] 2264

Sonst. > [1] 1187

Lischewski, Manfred

MdB 12.–14. WP (CDU)

AVst > [1] 782 • [2] 1599, 2080

Litt, Theodor († 16. 7. 1962)

Sonst. > [2] 2011

Ljustina, Helga

siehe Zepp-LaRouche, Helga

Lockmann, Gertrud († 10. 9. 1962)

MdB 1. WP ab 28. 11. 1950, 2. WP (SPD)

Loderer, Eugen († 9. 2. 1995)

MdEP 17. 7. 1979–14. 1. 1980 (SPD)

Löbbert, Josef († 22. 2. 1996)

MdB 5.–7. WP (SPD)

Sonst. > [1] 248, 250, 252

Löbe, Karl († 24. 2. 1993)

MdB 4. WP (FDP)

Löbe, Paul († 3. 8. 1967)

MdB 1. WP (SPD)

MdPR > [1] 612, 617, 625

Bibl. > [1] 501–502

Sonst. > [1] 408, 566, 612, 894 • [2] 1560, 1695, 2889,
2947 • [3] 3350, 3635, 3648*Löbel, Hans*

MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)

Löfflad, Hans († 25. 10. 1997)

MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB)

AVst > [2] 2039

Sonst. > [1] 566, 911, 1174 • [2] 1976

Löffler, Heinrich

Sonst. > [1] 620

Hinweis

Es bedeutet:

[1] Band I,

[2] Band II und

[3] Band III des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Löffler, Lothar

MdB 6.–10. WP (SPD)
 FrVst > [1] 782, 976
 AVst > [2] 2065, 2070
 Bibl. > [1] 502 • [3] 3440
 Sonst. > [2] 1817, 1822

Löher (^ΔDortmund), **Paul** († 27. 2. 1995)

MdB 6. WP ab 23. 4. 1972, 7.–10. WP (CDU)

Löhr, Walter († 4. 10. 1976)

MdB 2.–6. WP (CDU)
 MdEP 5. 11. 1959–14. 2. 1973 (CDU)

Löper, Irmgard

Sonst. > [1] 107

Lörcher, Christa

MdB 12. WP ab 3. 9. 1993, 13.–14. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1947

Lösche, Dorothea († 22. 11. 1985)

MdB 4. WP ab 18. 4. 1963, 5. WP ab 29. 7. 1966 (SPD)

Lötzer, Ursula

MdB 14. WP (PDS)

Loewenich, Gerhard von

StS > [1] 1097

Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Hubertus Prinz zu
(† 28. 11. 1984)

MdB 2. WP (FDP; 6. 6. 1957 → fraktionslos; 25. 6. 1957 → DP/FVP)
 Sonst. > [1] 919

Löwenthal, Fritz († 28. 8. 1956)

MdPR > [1] 622

Löwer, Wolfgang

Sonst. > [2] 2477, 2479–2480

Löwisch, Sigrun

MdB 12. WP ab 21. 10. 1991, 13. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1922 • [3] 3155

Logemann, Fritz († 24. 9. 1993)

MdB 3. WP (DP; 25. 4. 1961 → FDP), 4.–7. WP (FDP)
 PStS > [1] 782, 1081, 1194
 FrVst > [1] 782, 1001
 Sonst. > [1] 419, 921, 1178

Lohmann (Neubrandenburg), **Götz-Peter**

MdB 14. WP (SPD)

Lohmann, Karl

Sonst. > [1] 136

Lohmann (Witten), **Klaus**

MdB 10.–13. WP (SPD)
 FrVst > [1] 782, 1000
 Sonst. > [1] 259, 261, 263–264

Lohmann (Lüdenscheid), **Wolfgang**

MdB 10. WP, 11. WP ab 12. 11. 1990, 12.–14. WP (CDU)
 FrVst > [1] 782, 995
 Sonst. > [1] 1187 • [2] 1933

Lohmar, Ulrich († 28. 11. 1991)

MdB 3.–7. WP (SPD)
 AVst > [1] 783, 840 • [2] 2050, 2053, 2058, 2061
 Bibl. > [1] 502–503
 Sonst. > [1] 418, 566–567, 1177–1178

Lohmüller, Bernhard († 2. 3. 1952)

MdB 1. WP bis † (SPD)
 Sonst. > [1] 295

Loibl, Alfons († 23. 4. 1969)

Sonst. > [1] 621

Loibl, Martin († 16. 4. 1951)

MdB 1. WP bis † (CSU)
 Sonst. > [1] 294

Lojewski, Günter von

Sonst. > [3] 3497

Looft, Uwe

MdB 6. WP ab 15. 10. 1971 (CDU)

Lorenz, Peter († 6. 12. 1987)

MdB 8. WP bis 23. 2. 1977, 9.–10. WP, 11. WP bis † (CDU)
 PStS > [1] 783, 884, 1066
 FrVst > [1] 783, 992
 Sonst. > [1] 416, 428, 1066, 1181 • [2] 2772

Loritz, Alfred († 14. 4. 1979)

MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)
 FrVst > [1] 783, 979, 989
 Sonst. > [1] 137, 412, 462, 617, 863, 911, 914, 989, 1174 • [2] 1792, 1984, 1990, 2903 • [3] 3186

Loske, Reinhard

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Lotz, Erika

MdB 13.–14. WP (SPD)

Lotze, Rudi († 17. 10. 1971)

MdB 5. WP, 6. WP bis † (SPD)

Lotze, Wilhelm († 2. 6. 1983)

MdB 2. WP ab 1. 11. 1954 (CDU)

Hinweis

Die hier verwendeten Abkürzungen der Parteien und Fraktionen sind im anschließenden Sachregister zu finden.

Louven, Julius

MdB 9.–14. WP (CDU)
 FrVst > [1] 783, 994–995
 Sonst. > [1] 257 • [2] 1841

Lowack, Ortwin

MdB 9.–11. WP (CSU), 12. WP (CSU; 22. 4. 1991 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 107, 256, 259–260, 929, 1015 • [2] 1614, 1678, 1680, 1823–1824, 1826, 1838, 1851, 1860, 1862–1863, 1866, 1869, 1875, 1893, 1896, 1906–1907, 1951, 2474, 2476, 2478, 2487–2489, 2926 • [3] 3087, 3670

Lubk, Hans-Ulrich

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3] 3912

Luchtenberg, Paul († 7. 4. 1973)

MdB 1. WP ab 30. 10. 1950, 2. WP ab 18. 9. 1954 bis 9. 4. 1956 (FDP)
 Sonst. > [1] 423, 448

Lucyga, Christine

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)
 MdVk 10. WP (SPD)
 DDR > [2] 1583 • [3] 3904
 Sonst. > [2] 1583

Luda, Manfred

MdB 4.–8. WP (CDU)
 Bibl. > [1] 503 • [3] 3440
 Sonst. > [1] 1176–1177 • [2] 1804, 1810

Ludendorff, Erich († 20. 12. 1937)

Sonst. > [1] 596

Ludewig, Johannes

StS > [1] 1080

Ludewig, Walther

MdB 8. WP (FDP)
 Sonst. > [3] 3172

Ludwig, Adolf († 18. 2. 1962)

MdB 1.–3. WP, 4. WP ab 6. 1. 1962 bis † (SPD)

Lübke, Friedrich-Wilhelm († 16. 10. 1954)

MPräs > [1] 1444
 Sonst. > [1] 405, 620

Lübke, Heinrich († 6. 4. 1972)

MdB 1. WP bis 30. 9. 1950, 2. WP, 3. WP bis 2. 9. 1959 (CDU)
 BPräs > [1] 424, 596–599, 783, 1139, 1213 • [2] 2453 • [3] 3186, 3187, 3189–3190, 3192, 3642, 3645, 3649
 BMin > [1] 783, 1032, 1034, 1081, 1213 • [3] 3642
 AVst > [1] 783 • [2] 2037
 Sonst. > [1] 293, 410, 422, 424, 445, 462–463 • [2] 2016 • [3] 3651

Lücke (Osnabrück), **Johannes** († 19. 12. 1968)

MdB 3.–4. WP (SPD)

Lücke ([^]Engelskirchen/Bensberg), **Paul** († 10. 8. 1976)

MdB 1.–6. WP (CDU)
 BMin > [1] 55, 783, 1034, 1036–1037, 1039–1040, 1042, 1071, 1096, 1138, 1159, 1192–1193, 1215 • [3] 3648
 AVst > [1] 783 • [2] 2037, 2045
 Bibl. > [1] 503
 Sonst. > [1] 49–50, 53, 241, 243, 245, 247, 411, 1223 • [2] 2805 • [3] 2988, 3644

Lücker ([^]München), **Hans August**

MdB 2.–8. WP (CSU)
 MdEP 19. 3. 1958–23. 7. 1984 (CSU)
 Eur > [3] 3590–3591
 Sonst. > [1] 243, 245–246, 248, 250, 252, 254, 585

Lücker, Willi

Sonst. > [1] 621

Lüdecke, Andreas

Sonst. > [1] 125

Lüdemann, Barbara († 20. 2. 1992)

MdB 7. WP ab 4. 9. 1973 (FDP)

Lüdemann, Hermann († 27. 5. 1959)

MPräs > [1] 1440
 Sonst. > [1] 406

Hinweis

Die Wahlperioden (WP) umfassen folgenden Zeitraum:

1. WP:	7. 9. 1949 – 7. 9. 1953	8. WP:	14. 12. 1976 – 4. 11. 1980
2. WP:	6. 10. 1953 – 6. 10. 1957	9. WP:	4. 11. 1980 – 29. 3. 1983
3. WP:	15. 10. 1957 – 15. 10. 1961	10. WP:	29. 3. 1983 – 18. 2. 1987
4. WP:	17. 10. 1961 – 17. 10. 1965	11. WP:	18. 2. 1987 – 20. 12. 1990
5. WP:	19. 10. 1965 – 19. 10. 1969	12. WP:	20. 12. 1990 – 10. 11. 1994
6. WP:	20. 10. 1969 – 22. 9. 1972	13. WP:	10. 11. 1994 – 20. 10. 1998
7. WP:	13. 12. 1972 – 13. 12. 1976	14. WP:	20. 10. 1998 –*)

*) Das vorliegende **Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages** ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Lüder, Wolfgang

MdB 11.–12. WP (FDP)
 AVst > [2] 2075
 Sonst. > [2] 1677, 1842, 1849–1850, 1852, 1856, 1858, 1881, 1885, 1887, 1889, 1896, 1905–1906, 1919–1921, 1931, 1940–1941

Lüders, Marie-Elisabeth († 23. 3. 1966)

MdB 2.–3. WP (FDP)
 Bibl. > [1] 503
 Sonst. > [1] 408, 566, 612, 894 • [2] 2906–2907 • [3] 3189, 3638, 3642

Lühr, Uwe-Bernd

MdB 12.–13. WP (FDP)
 FrVst > [1] 783, 965 • [2] 1597
 AVst > [1] 891 • [3] 3436
 Sonst. > [3] 3391

Lünenstraß, Karl-Heinz († 16. 5. 1963)

MdB 3. WP, 4. WP bis † (SPD)

Lüth, Heidemarie

MdB 13.–14. WP (PDS)
 AVst > [3] N 9.2
 Sonst. > [3] 3156

Lüth, Peter

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Lütkens, Gerhard († 17. 11. 1955)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)
 Eur > [3] 3548
 Bibl. > [1] 503

Lüttge, Günter

MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Lützeler, Heinrich († 13. 6. 1988)

Sonst. > [3] 3281

Luft, Christa

MdB 13.–14. WP (PDS)
 FrVst > [1] 656, 783, 981, 1005 • [2] 1598 • [3] N 5.7
 MdVk 10. WP (PDS)
 DDR > [2] 1512–1513, 1583 • [3] 3773, 3776, 3793, 3896, 3912, 3917
 Sonst. > [1] 1187 • [2] 1583, 2480, 2920

Lukaschek, Hans († 26. 1. 1960)

BMin > [1] 783, 1031, 1097, 1147
 Sonst. > [1] 406

Lulay, Wilhelm Adam († 26. 1. 1974)

MdB 2. WP, 3. WP ab 23. 2. 1959 (CDU)

Lummer, Heinrich

MdB 11.–13. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 465, 468 • [2] 1869, 1883, 1912

Luster, Rudolf

MdB 8. WP (CDU)
 MdEP 1. 1. 1978–19. 7. 1994 (CDU)
 Sonst. > [2] 1811

Luster-Haggeney, Franz

Sonst. > [1] 620

Luther, Hans († 11. 5. 1962)

Sonst. > [1] 50

Luther, Michael

MdB 12.–14. WP (CDU)
 FrVst > [3] N 5.7
 MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [2] 1583 • [3] 3903, 3913
 Sonst. > [2] 1583, 1898–1899

Lutz, Egon

MdB 7.–11. WP (SPD)
 Bibl. > [1] 503
 Sonst. > [1] 253, 1183–1184 • [2] 1816, 1824, 1830, 1833, 1835, 1855–1856, 2931

Luuk, Dagmar

MdB 9.–11. WP (SPD)

Luxemburg, Rosa († 15. 1. 1919)

Sonst. > [1] 89, 118, 132, 597–598 • [3] 3720, 3782, 3791

M

Maaß (Herne), Dieter

MdB 12.–14. WP (SPD)
 Sonst. > [1] 263–264 • [3] 3153

Maaß (^ΔWilhelmshaven), **Erich**

MdB 9.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 2928

Maassen, Hermann

StS > [1] 1073–1074
 Sonst. > [1] 315

Machnig, Matthias

StS > [3] N 6.3

Mäder, Jürgen

MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

Mälzig, Konrad († 2. 11. 1981)

MdB 4. WP (FDP)

Männing, Peter

MdB 7. WP ab 19. 6. 1975, 8.–9. WP (SPD)

Männle, Ursula

MdB 8. WP ab 4. 10. 1979, 9. WP ab 17. 3. 1983, 10.–12. WP (CSU)
 FrVst > [1] 652–654, 783, 955–957, 994
 AVst > [1] 654, 783 • [2] 2072, 2077
 Bibl. > [1] 503
 Sonst. > [1] 458

Maerkl, Heinrich († 15. 2. 1983)

MdB 1. WP ab 1. 9. 1952 (FU)

Magin, Theo

MdB 9.–12. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1930 • [3] 3629

Mahlo, Dietrich

MdB 11. WP ab 9. 12. 1987, 12.–13. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1863, 1874, 1885, 1895, 1926

Mahne, Erhard

MdB 7.–9. WP (SPD)
 PStS > [1] 784, 1094

Mahrenholz, Ernst Gottfried

Sonst. > [1] 493 • [2] 2494

Maibaum, Gepa

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (SPD)

Maibaum, Wilhelm († 14. 7. 1994)

MdB 4. WP ab 22. 5. 1963, 5.–6. WP (SPD)

Maier (Freiburg), **Friedrich** († 14. 12. 1960)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)
 FrVst > [1] 784, 996
 AVst > [1] 407, 784 • [2] 2038, 2040, 2042, 2046
 MdPR > [1] 612
 Sonst. > [1] 407, 462, 617

Maier, Hans

Sonst. > [2] 2772

Maier (Mannheim), **Josef** († 13. 11. 1985)

MdB 2. WP ab 20. 11. 1953, 3.–4. WP (CDU)

Maier (Stuttgart), **Reinhold** († 19. 8. 1971)

MdB 2. WP bis 14. 5. 1956, 3. WP bis 30. 9. 1959 (FDP)
 BRPräs > [3] 3190
 MPRäs > [1] 447, 858, 1442, 1445
 Sonst. > [1] 107–108, 146, 410, 424, 447, 463–464, 612, 617, 986

Maier-Bode, Martin

Sonst. > [1] 95

Maihofer, Werner

MdB 7.–8. WP (FDP)
 BMin > [1] 784, 1046–1048, 1071–1072, 1106, 1181, 1196–1197, 1216–1217 • [3] 3656
 Bibl. > [1] 503–504
 Sonst. > [1] 148 • [2] 1811

Hinweis

Ausführliche biographische Angaben über die Abgeordneten enthalten die Handbücher des Deutschen Bundestages. In Abschnitt 30.2 ist zusammengestellt, welche Handbücher für die einzelnen Wahlperioden vorliegen.

Maizière, Lothar de

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP bis 15. 10. 1991 (CDU)
 BMin > [1] 784, 1055, 1107, 1131, 1219 • [2] 1563, 1600 • [3] 3670
 MdVsk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [2] 1483, 1530–1531, 1536–1537, 1548–1550, 1562, 1579–1581, 1583–1584, 1586–1587, 2015, 2223 • [3] 3667, 3669, 3713, 3763, 3812–3813, 3815–3821, 3823, 3825–3830, 3833–3835, 3838, 3840–3841, 3844–3850, 3852, 3855–3857, 3860–3864, 3870–3871, 3875–3877, 3879–3880, 3882, 3896, 3903, 3916–3917, 3919
 Sonst. > [1] 90, 399 • [2] 1527–1528, 1561, 1583, 1591, 1605 • [3] 3667, 3671, 3755, 3760, 3763, 3771, 3775, 3791, 3793, 3802, 3810–3811, 3813, 3882, 3885, 3916

Majonica, Ernst († 21. 7. 1997)

MdB 1. WP ab 19. 11. 1950, 2.–6. WP (CDU)
 FrVst > [1] 784, 949–950, 990
 MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)
 Bibl. > [1] 504
 Sonst. > [1] 242, 244–245, 247, 293, 421, 566 • [3] 3626

Malangré, Kurt

MdEP ab 17. 7. 1979 (CDU)

Maleuda, Günther

MdB 13. WP (PDS)
 MdVsk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → fraktionslos)
 DDR > [2] 1584 • [3] 3756, 3758, 3774–3775, 3780–3781, 3785, 3788, 3893, 3807, 3812, 3890, 3907, 3916
 Sonst. > [2] 1576, 1584 • [3] 3743, 3788, 3812, 3842, 3868, 3885, 3890, 3895, 3907, 3909

Mandela, Nelson

Sonst. > [2] 1672

Manger-Koenig, Ludwig von († 2. 6. 1983)

StS > [1] 1088, 1090

Mangold, Hans

Sonst. > [1] 124

Mangoldt, Hermann von († 24. 2. 1953)

MdPR > [1] 622, 625

Manhenke, Volker

MdVsk 10. WP (SPD)

Mann, Erika

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Mann, Norbert

MdB 10. WP ab 1. 4. 1985 (GRÜNE)
 Bibl. > [1] 504
 Sonst. > [1] 116 • [2] 1676, 1825, 1827, 1830, 2927 • [3] 3154

*Mann, Siegfried*StS > [1](#) 1086Sonst. > [1](#) 318*Mann, Thomas*

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

*Mann, Ulrich*Sonst. > [2](#) 2012*Mansholt, Sicco*Eur > [3](#) 3555**Mante, Winfried**

MdB 13.–14. WP (SPD)

Manteuffel (Neuß), Hasso von († 24. 9. 1978)

MdB 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

FrVst > [1](#) 784, 966Sonst. > [1](#) 412, 917–919 • [2](#) 2231**Manteuffel-Szoegge, Georg Baron** († 8. 6. 1962)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)

Sonst. > [1](#) 407, 567**Manzewski, Dirk**

MdB 14. WP (SPD)

Mao Tse-tung († 9. 9. 1976)Sonst. > [1](#) 119, 121*Maren-Griesebach, Manon*Sonst. > [1](#) 116*Marg, Volkwin*Sonst. > [3](#) 3371**Margulies, Robert** († 31. 12. 1974)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 27. 8. 1964 (FDP)

AVst > [1](#) 784 • [2](#) 2037, 2044, 2048, 2052

MdEP 27. 2. 1958–21. 8. 1964 (FDP)

Eur > [3](#) 3592Sonst. > [1](#) 411, 425, 1175**Marhold, Tobias**

MdB 14. WP (SPD)

Marienfeld, Claire

MdB 12. WP, 13. WP bis 28. 4. 1995 (CDU)

WehrB > [1](#) 433, 656, 784 • [2](#) 1775 • [3](#) 3162, 3178, 3675Sonst. > [1](#) 433 • [3](#) 3176–3177**Mark, Lothar**

MdB 14. WP (SPD)

Marquardt, Angela

MdB 14. WP (PDS)

Marquardt, Werner

MdB 4.–8. WP (SPD)

AVst > [1](#) 887–888Sonst. > [1](#) 252**Marschall, Manfred**

MdB 7.–9. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1810**Marschewski, Erwin**

MdB 10.–14. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 785, 994–995Sonst. > [2](#) 1841, 1867, 1875, 1883, 1951**Marten, Günter**

MdB 12.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2](#) 1594–1595*Marth, Anton K.*Sonst. > [1](#) 84**Martin, Berthold** († 12. 11. 1973)

MdB 3.–6. WP, 7. WP bis † (CDU)

FrVst > [1](#) 785, 950–951, 990–991AVst > [1](#) 410, 785 • [2](#) 2050, 2252–2253Sonst. > [1](#) 410, 1176, 1179*Martin, Joseph W.*Sonst. > [2](#) 1672**Martini zum Berge, Dörte**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1584**Martiny-Glotz, Anke, gen. Anke Martiny**

(vgl. Riedel-Martiny, Anke)

MdB 7.–10. WP, 11. WP bis 22. 5. 1989 (SPD)

Bibl. > [1](#) 504Sonst. > [1](#) 431, 456 • [2](#) 1844, 2931*Marusch, Werner*

MdVkl 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → SPD)

Sonst. > [3](#) 3909**Marx, Dorle**

MdB 12.–13. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1923**Marx** (^ΔMünchen), **Franz** († 25. 12. 1985)

MdB 1.–6. WP (SPD)

Bibl. > [1](#) 504 • [3](#) 3439*Marx, Karl* († 14. 3. 1883)Sonst. > [1](#) 89, 104**Marx** (^ΔKaiserslautern), **Werner** († 12. 7. 1985)

MdB 5.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)

FrVst > [1](#) 785, 951–953, 991AVst > [1](#) 415, 785 • [2](#) 2065–2066, 2068Sonst. > [1](#) 415, 1179, 1181**Mascher, Ulrike**

MdB 12.–14. WP (SPD)

PStS > [3](#) N 6.3AVst > [1](#) 655, 785 • [2](#) 2079Sonst. > [2](#) 1896, 1900, 1913, 1943

Massoth, Willy († 21. 11. 1978)

MdB 1.–2. WP (CDU)

Masuch, Gerhard

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3913

Masur, Kurt

Sonst. > [3] 3742, 3882

Matern, Hermann († 24. 1. 1971)

DDR > [2] 1489

Matschie, Christoph

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [3] N 9,2

Sonst. > [1] 569

Matterne, Dietmar

MdB 12. WP (SPD)

MdVvk 10. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1584

Matthäus-Maier, Ingrid

MdB 8. WP (FDP), 9. WP bis 2. 12. 1982 (FDP; 9. 11. 1982 → fraktionslos), 10.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 653–655, 785, 977–978, 998–999 • [2] 1615 • [3] N 5,7

AVst > [1] 651, 653, 785, 841 • [2] 1674–1675, 2063, 2065, 2198

Sonst. > [1] 422, 568, 926, 1182–1183, 1186 • [2] 1529, 1605, 1674–1675, 1810–1812, 1820, 1851, 1896, 1923, 1928, 2772 • [3] 3153

Matthes, Heinz († 2. 7. 1976)

MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 3. 5. 1961 → fraktionslos)

FrVst > [1] 785, 959

Sonst. > [1] 411, 921, 1013 • [2] 2903–2904 • [3] 2988

Matthes, Kurt

MdB 5.–6. WP (SPD)

Matthöfer, Hans

MdB 4.–10. WP (SPD)

BMin > [1] 785, 1047–1050, 1076, 1092, 1102, 1115, 1182, 1217–1218, 1232 • [2] 1674–1675 • [3] 3655, 3658

PStS > [1] 785, 1103, 1115

AVst > [2] 2259, 2821

Bibl. > [1] 504

Sonst. > [1] 585 • [2] 1674–1675, 1817, 1822, 2820

Mattick, Kurt († 6. 1. 1986)

MdB 2.–8. WP (SPD)

FrVst > [1] 785, 997

AVst > [1] 785 • [2] 2045, 2053, 2056, 2059, 2064

Sonst. > [1] 415, 568, 585, 1178–1179, 1181

Mattischek, Heide

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1913, 1917, 1943

Matzat, Gotthilf

MdVvk 10. WP ab 1. 8. 1990 (Bündnis 90/Grüne)

Matzner, Oskar († 29. 12. 1980)

MdB 1.–4. WP (SPD)

AVst > [1] 885–886

Sonst. > [2] 2907

Maucher, Eugen († 4. 12. 1991)

MdB 2. WP bis 16. 9. 1956, 3. WP ab 30. 1. 1958, 4.–7. WP (CDU)

Sonst. > [1] 249, 251, 463–464

Mauk, Adolf († 24. 1. 1983)

MdB 1. WP ab 7. 4. 1952, 2.–5. WP (FDP)

FrVst > [1] 785, 1001

MdEP 29. 11. 1961–21. 1. 1970 (FDP)

Sonst. > [1] 295, 414

Maurer, Ulrich

Sonst. > [2] 2773

Mausbach, Hans

Sonst. > [1] 110

Maxsein, Agnes Katharina († 31. 10. 1991)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–5. WP (CDU)

Mayer (Stuttgart), **Ernst** († 18. 12. 1952)

MdB 1. WP bis † (FDP)

FrVst > [1] 786, 961

Mayer (Rheinland-Pfalz/Birkenfeld), **Hugo**

(† 22. 8. 1968)

MdB 1.–2. WP (CDU)

Mayer, Josef

Sonst. > [2] 2807

Mayer (Siegertsbrunn), **Martin**

MdB 12.–14. WP (CSU)

Mayer, Xaver

MdEP ab 19. 7. 1994 (CSU)

Mayerhofer, Georg († 17. 12. 1966)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)

Sonst. > [1] 911 • [2] 1794

Mayr, Karl-Sigmund († 19. 7. 1978)

MdPR > [1] 622

Mazowiecki, Tadeusz

Sonst. > [1] 1205 • [2] 1666, 1866

Hinweis

Es bedeutet:

[1] Band I,

[2] Band II und

[3] Band III des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Mechtersheimer, Alfred

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)
Sonst. > [1] 1185 • [2] 1865, 2934 • [3] 3175–3176

Meckel, Dietmar

Sonst. > [1] 117

Meckel, Markus

MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst > [2] 2078
MdVtk 10. WP (SPD)
DDR > [2] 1531, 1584 • [3] 3821, 3826, 3873, 3919
Sonst. > [2] 1584 • [3] 3727, 3730, 3734, 3812, 3826,
3886

Meckelburg, Wolfgang

MdB 12. WP, 13. WP ab 2. 5. 1995, 14. WP (CDU)

Mecklinger, Ludwig

DDR > [2] 1497

Meermann, Hedwig

MdB 4.–7. WP (SPD)
AVst > [2] 2058
Bibl. > [1] 504
Sonst. > [3] 3626, 3632

Mehl, Ulrike

MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. > [2] 1900, 1924

Mehs, Matthias Joseph († 7. 4. 1976)

MdB 1. WP (CDU)
Sonst. > [1] 241

Meier, Bernd

MdVtk 10. WP (PDS)
DDR > [3] 3904

Meier, Lothar

MdVtk 10. WP (PDS)

Meinberg, Wilhelm († 8. 2. 1973)

Sonst. > [1] 100

Meinecke († Hamburg), **Rolf** († 27. 3. 1984)

MdB 5.–8. WP (SPD)
AVst > [1] 786 • [2] 2061, 2064
Sonst. > [1] 250, 252, 255, 414, 465, 1178–1179

Meinhof, Ulrike († 9. 5. 1976)

Sonst. > [1] 601

Meinike (Oberhausen), **Erich**

MdB 6.–9. WP (SPD)
AVst > [2] 2063
Bibl. > [1] 505
Sonst. > [1] 252, 255, 257 • [2] 1808, 1810–1811

Meininghaus, Alfred

MdB 8.–10. WP (SPD)
AVst > [2] 2068
Sonst. > [1] 255, 257, 259 • [3] 3153–3154

Meinl, Rudolf

MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. > [2] 1899

Meis, Hans († 8. 12. 1984)

MdB 3. WP ab 2. 7. 1958, 4.–5. WP (CDU)

Meisel, Hanns-Ulrich

MdVtk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)

Meißner, Gert

MdVtk 10. WP (FDP → Die Liberalen)

Meißner, Herbert

MdB 12.–13. WP (SPD)

Meißner, Karl

Sonst. > [1] 93, 137

Meister, Michael

MdB 13.–14. WP (CDU)
AVst > [2] 2268

Meister, Siegfried († 31. 10. 1982)

MdB 5.–6. WP (CDU)
MdEP 21. 1. 1970–14. 2. 1973 (CDU)

Meitinger, Franz Xaver († 25. 7. 1966)

MdB 1. WP ab 26. 9. 1951 (BP; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. > [1] 911

Meitmann, Karl († 17. 2. 1971)

MdB 1.–3. WP (SPD)
Sonst. > [1] 617

Mellies, Wilhelm († 19. 5. 1958)

MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)
FrVst > [1] 786, 974
AVst > [2] 2036
Sosnt. > [1] 406, 617, 1256 • [2] 1976–1977, 1979,
1984, 2655, 2905

Memmel, Linus

MdB 3.–7. WP (CSU)
AVst > [1] 786 • [2] 2050
MdEP 9. 12. 1965–19. 1. 1977 (CSU)
Sonst. > [1] 245–246 • [2] 1799–1800, 1802, 1805,
1809, 2469, 2471 • [3] 2990

Mende, Erich († 6. 5. 1998)

MdB 1.–5. WP (FDP), 6. WP (FDP; 9. 10. 1970 →
CDU/CSU), 7.–8. WP (CDU)
BMin > [1] 786, 1038, 1039, 1040, 1041, 1099, 1161,
1215 • [3] 3647
FrVst > [1] 786, 837, 961, 962, 983, 986
Bibl. > [1] 505
Sonst. > [1] 108, 147, 584–585, 923, 931–932, 983,
986, 1161, 1175, 1177, 1222, 1224, 1229 • [2]
1695, 1803, 2906, 2912, 2947 • [3] 3483, 3651,
N 2.7, N 26

Meneses Vogl, German

MdB 11. WP ab 21. 2. 1989 (AL Berlin → GRÜNE;
4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. > [1] 1013 • [2] 1857, 1879, 1991

Mengelkamp, Theodor († 21. 7. 1967)

MdB 3.–4. WP, 5. WP bis † (CDU)

Menke, Josef († 6. 5. 1975)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1] 242, 244–245

Menne (Frankfurt), W. Alexander († 13. 3. 1993)

MdB 4.–5. WP, 6. WP ab 31. 5. 1972 (FDP)

AVst > [1] 786 • [2] 2054

Sonst. > [1] 419, 1177

Menrad, Winfried

MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Mensch, Hannelore

DDR > [3] 3918

Mensing, Fritz († 2. 11. 1978)

MdB 1.–3. WP (CDU)

Sonst. > [2] 2903

Menth (Rittershausen), Otto († 31. 1. 1979)

MdB 6. WP ab 19. 9. 1972 (CSU)

Menzel, Bruno († 13. 9. 1996)

MdB 12. WP (FDP)

FrVst > [1] 786, 965 • [2] 1597

Sonst. > [1] 108, 421 • [3] 3792, 3885

Menzel, Heinz

MdB 8.–11. WP (SPD)

Sonst. > [1] 255, 257, 259, 261 • [2] 1863

Menzel, Walter († 24. 9. 1963)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)

FrVst > [1] 786, 974

AVst > [1] 786 • [2] 2035, 2042, 2189

MdPR > [1] 612, 617, 625

Bibl. > [1] 505–506

Sonst. > [1] 407, 444, 462–463, 617 • [2] 1979, 1985, 2906

Mercker, Reinhold († 26. 3. 1996)

StS > [1] 1081, 1105

Merk, Hans Günther

Sonst. > [1] 319

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Merkatz, Hans-Joachim von († 25. 2. 1982)

MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4.–5. WP (CDU)

BMin > [1] 787, 883–884, 935, 1032–1036, 1073, 1098, 1105, 1127, 1214 • [3] 3643, 3645

FrVst > [1] 787, 959, 985

AVst > [1] 787 • [2] 2192

MdEP 16. 7. 1952–19. 3. 1958 (DP)

Bibl. > [1] 506

Sonst. > [1] 413, 920–921, 935, 1127, 1174 • [2] 1793, 2468

Merkel, Angela [Dorothea]

MdB 12.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 654–655, 787, 843, 1057, 1059, 1089, 1095, 1155, 1187, 1207–1208, 1264 • [2] 1600 • [3] N 6.11

Sonst. > [1] 90, 1186 • [2] 1592, 1934

Merker, Rolf

MdB 8. WP ab 20. 4. 1978, 9. WP (FDP)

Merten, Hans († 12. 12. 1967)

MdB 1. WP ab 23. 4. 1951, 2.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)

AVst > [2] 2046, 2050

MdEP 12. 3. 1965 bis † (SPD)

Sonst. > [1] 293

Merten, Ulrike

MdB 14. WP (SPD)

Mertens, Angelika

MdB 13.–14. WP (SPD)

Mertens (Bottrop), Franz-Josef

MdB 9.–12. WP (SPD)

Sonst. > [1] 257, 259, 261, 263

Mertens, Meinolf

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (CDU)

Mertensacker, Adelgunde

Sonst. > [1] 93, 103

Mertes (Gerolstein), Alois († 16. 6. 1985)

MdB 7.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)

PStS > [1] 415, 787, 1069–1070

FrVst > [1] 787, 992

Sonst. > [1] 251, 253, 256, 258, 415 • [2] 1809

Mertes (Stuttgart), Werner († 6. 4. 1985)

MdB 4.–7. WP (FDP)

FrVst > [1] 787, 962–963, 1001

AVst > [2] 2056

Bibl. > [1] 506

Sonst. > [1] 415, 1177, 1181 • [2] 2182, 2243, 2913

Mertins, Arthur († 9. 12. 1979)

MdB 1. WP (SPD)

Sonst. > [1] 612

Merz, Friedrich

MdB 13.–14. WP (CDU)

FrVst > [3] N 5.7

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (CDU)

Meseke, Hedda

(nach Mandatsniederlegung Namenswechsel: ab 19. 11. 1993 Czasche-Meseke, Hedda; ab 22. 6. 1995 Czasche, Hedda; ab 20. 9. 1996 Wedel, Hedda von)

MdB 12. WP bis 6. 12. 1993 (CDU)

AVst > [2] 2075

Sonst. > [1] 319, 433 • [2] 1772, 2308, 2807

Metter, Rudolf († 1. 8. 1972)

MdB 3.–4. WP (SPD)

Metz, Reinhard

MdB 8.–10. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1822

Metzger, Günther

MdB 6.–7. WP (SPD)

FrVst > [1] 787, 975

AVst > [2] 2059

Sonst. > [1] 253, 633 • [2] 2772

Metzger, Ludwig († 13. 1. 1993)

MdB 2.–5. WP (SPD)

MdEP 29. 10. 1957–21. 1. 1970 (SPD)

Eur. > [3] 3590

Sonst. > [1] 419, 447, 463, 633

Metzger, Oswald

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [2] 2920

Metzroth, Alfred

Sonst. > [1] 130

Meyer (Hagen/Wanne-Eickel), Erich († 9. 5. 1968)

MdB 1.–4. WP (SPD)

Meyer (Frankfurt), Ernst Wilhelm († 15. 5. 1969)

MdB 3.–4. WP (SPD)

Meyer, Hans

Sonst. > [1] 288

Meyer, Hans Joachim

DDR > [3] 3920, 3922

Meyer (Bremen), Heinz († 14. 10. 1959)

MdB 1. WP (SPD)

AVst > [1] 787 • [2] 2040

Sonst. > [1] 617 • [2] 1978

Meyer, Heinz-Werner († 9. 5. 1994)

MdB 11. WP (SPD)

Sonst. > [1] 419

Meyer (Ulm), Jürgen

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [3] N 9.2

Bibl. > [1] 506

Sonst. > [2] 1945

Meyer, Karl Otto

Sonst. > [1] 133

Meyer (Oppertshofen), Philipp († 29. 1. 1962)

MdB 2.–3. WP; 4. WP bis † (CSU)

Sonst. > [1] 243, 245–246

Meyer (Winsen), Rudolf

MdB 13. WP (CDU)

Meyer (Dortmund), Trudel († 12. 11. 1989)

MdB 2. WP (SPD)

Sonst. > [1] 566

Meyer, Wolfgang

DDR > [3] 3763, 3918

Meyer zu Bentrup, Reinhard

MdB 8.–12. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1882, 1903, 1921

Meyer-Abich, Klaus Michael

Sonst. > [2] 2772

Meyer-Bodemann, Werner

MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → CDU)

DDR > [3] 3907

Sonst. > [3] 3909

Meyer-Landrut, Andreas

StS > [1] 1070

Meyer-Laule, Emmy († 15. 3. 1985)

MdB 1.–3. WP (SPD)

AVst > [2] 2041

Meyer-Ravenstein, Adolf

Sonst. > [1] 200

Meyer-Ronnenberg, Rudolf († 28. 10. 1973)

MdB 2. WP (GB/BHE; 20. 8. 1954 → CDU/CSU)

Sonst. > [1] 915

Meysers (Aachen), Franz

MdB 3. WP bis 4. 9. 1958 (CDU)

BRPräs > [3] 3130

MPräs > [1] 424, 449, 857, 1447, 1449, 1451

AVst > [2] 2452

Sonst. > [1] 243, 424, 449, 464

Michalik, Regina

Sonst. > [1] 116, 987

Michalk, Maria

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP ab 13. 2. 1991 (CDU)

FrVst > [1] 654, 787, 839, 957 • [2] 1596

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1584 • [3] 3912

Sonst. > [1] 659 • [2] 1584, 1605 • [2] 1898, 1926, 1947

Michelbach, Hans [Georg]

MdB 13.–14. WP (CSU)

Michels, Meinolf

MdB 9.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 258 • [2] 1934

Michels, Wilhelm

MdB 4.–6. WP (SPD)
 MdEP 29. 11. 1961–22. 1. 1964 (SPD)
 Sonst. > [1] 250

Mick, Josef († 24. 7. 1978)

MdB 3.–7. WP (CDU)
 AVst > [1] 787 • [2] 2053, 2058
 Sonst. > [1] 412

Middelhaue, Friedrich († 14. 7. 1966)

MdB 1. WP bis 17. 10. 1950, 2. WP bis 10. 9. 1954 (FDP)
 Sonst. > [1] 408, 422–423, 447, 462–463

Mielke, Erich

DDR > [1] 126 • [3] 3724–3726, 3730, 3736, 3741, 3746–3747, 3751, 3757, 3805
 Sonst. > [3] 3758, 3765, 3767, 3769, 3783, 3805, 3812, 3832, 3856

Mies, Herbert

Sonst. > [1] 98

Miessner, Herwart

MdB 1. WP (DRP/NR; 5. 10. 1950 → FDP-Gast; 20. 12. 1950 → FDP), 2. WP, 3. WP ab 21. 5. 1959, 4.–5. WP (FDP)
 AVst > [1] 787 • [2] 2045, 2055
 Sonst. > [1] 909, 1011, 1174 • [2] 1798–1799

Mihr, Karl-Heinz

MdEP 16. 1. 1980–19. 7. 1994 (SPD)

Mikat, Paul

MdB 6.–10. WP (CDU)
 FrVst > [1] 787, 952–955
 AVst > [2] 2071
 Bibl. > [1] 506
 Sonst. > [1] 1178–1179

Milatz, Alfred

Sonst. > [3] 3628

Mildner, Klaus

MdB 12. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1915

Miller (Ingolstadt), **Anton** († 26. 6. 1988)

MdB 2. WP (CSU)

Miltner, Karl

MdB 6.–10. WP, 11. WP bis 20. 5. 1988 (CDU)
 FrVst > [1] 788, 955–956, 992–993
 AVst > [2] 2062
 Bibl. > [1] 506
 Sonst. > [1] 249, 251, 254, 256, 258, 260, 431, 1183–1185 • [3] 3629

Milz, Peter († 26. 11. 1986)

MdB 7.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)
 Sonst. > [1] 257 • [2] 1831

Mischnick, Wolfgang

MdB 3.–12. WP (FDP)
 BMin > [1] 788, 842, 1036–1037, 1098, 1214 • [3] 3644
 FrVst > [1] 788, 838, 962, 963–964, 965, 986, 1227, 1236 • [2] 1492, 1495–1496, 1506, 1599 • [3] 3792
 AVst > [2] 2058–2059, 2063–2065, 2068
 Bibl. > [1] 506
 Sonst. > [1] 53, 569, 585–587, 591, 965, 1176–1181, 1183–1185, 1231, 1237, 1243 • [2] 1592, 1594, 1599, 1764, 1836, 2002, 2013, 2925 • [3] 3320

Missbach, Artur († 4. 9. 1988)

MdB 4.–5. WP (CDU)

Misselwitz, Hans-Jürgen

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVk 10. WP (SPD)
 DDR > [2] 1584 • [3] 3921
 Sonst. > [2] 1584

Missmahl, Friedhelm († 7. 12. 1967)

MdB 1. WP, 2. WP ab 1. 9. 1954 (SPD)

Mittag, Günter († 18. 3. 1994)

DDR > [3] 3730, 3745, 3754, 3757
 Sonst. > [3] 3758, 3762, 3766, 3812

Mitterrand, François († 8. 1. 1996)

Sonst. > [2] 1672 • [3] 3659

Mitscherling, Peter († 28. 12. 1996)

MdB 9.–10. WP, 11. WP bis 10. 5. 1989 (SPD)
 AVst > [2] 2071
 Sonst. > [3] 431, 456, 1185

Mocek, Reinhard

MdVk 10. WP (PDS)
 DDR > [3] 3913

Mocker, Karl († 17. 7. 1996)

MdB 2. WP (GB/BHE)
 FrVst > [1] 788, 966, 986
 Sonst. > [1] 420, 463

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Modrow, Hans

- MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL)
 FrVst > [1] 788, 1005 • [2] 1598
 MdVtk 10. WP (PDS)
 DDR > [1] 94, 114, 117, 123, 126, 134, 136, 1204 • [2] 1507–1509, 1511, 1513–1514, 1516, 1519–1522, 1579, 1581, 1583–1585, 1589, 2223 • [3] 3666–3667, 3713, 3743, 3748, 3753, 3757, 3759, 3763, 3767, 3772–3778, 3780–3784, 3786, 3788–3789, 3791–3794, 3796–3799, 3802, 3804, 3806–3807, 3816, 3820, 3822, 3886, 3896, 3915–3917, 3919
 Sonst. > [1] 127, 400–402, 1186 • [2] 1576, 1584, 1887, 1906 • [3] 3802, 3881, 3890–3891, 3895

Möbus, Walter

- MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Möhring, Helmuth

- MdB 6.–9. WP, 10. WP ab 8. 7. 1986 (SPD)

Möllemann, Jürgen W.

- MdB 7.–14. WP (FDP)
 BMin > [1] 788, 843, 1055–1057, 1079, 1101, 1116, 1186, 1220, 1255 • [2] 1524, 2729 • [3] 3672
 PStS > [1] 788, 844, 1069–1070, 1116 • [2] 1675–1676
 FrVst > [1] 788, 1002 • [2] 1674–1675
 AVst > [3] N 9.2
 Sonst. > [1] 568, 587, 1180–1183, 1186 • [2] 1674–1676, 1880 • [3] 3171–3173

Möller, Alex († 2. 10. 1985)

- MdB 4.–7. WP (SPD)
 BMin > [1] 788, 931, 1044, 1075, 1129, 1178, 1216, 1251 • [2] 1745 • [3] 3651
 FrVst > [1] 788, 974–975, 996–997
 AVst > [2] 2452
 Bibl. > [1] 506
 Sonst. > [1] 143, 415, 522, 568, 617, 619, 1176–1177, 1179 • [2] 2771

Möller, Claus

- DDR > [3] 3905

Möller, Franz

- MdB 8.–12. WP (CDU)
 FrVst > [1] 788, 957
 AVst > [1] 788 • [2] 2067, 2070, 2073
 Bibl. > [1] 507
 Sonst. > [1] 253, 257, 260, 1183 • [2] 1605, 1932, 2476

Möller (Lübeck), Heiner

- MdB 7. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 568

Möller, Jes Albert

- MdVtk 10. WP (SPD)

Mönikes, Anna († 22. 5. 1995)

- MdB 5. WP ab 12. 10. 1967 (CDU)

Moerchel, Siegfried

- MdB 2. WP (CDU)

Moersch, Karl

- MdB 4. WP ab 1. 9. 1964, 5.–7. WP (FDP)
 PStS > [1] 788, 1068–1069
 FrVst > [1] 788, 1001
 Bibl. > [1] 507
 Sonst. > [1] 1176–1178 • [2] 2909, 2913–2914

Mogg, Ursula

- MdB 13.–14. WP (SPD)

Moldt, Ewald

- DDR > [2] 1495

Moll, Matthias († 30. 9. 1958)

- MdB 2. WP (SPD)

Molnar, Thomas

- MdB 12. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1594, 1915

Mombaur, Peter-Michael

- MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Mommer, Karl († 3. 9. 1990)

- MdB 1.–5. WP (SPD)
 VPräs > [1] 788, 872 • [2] 1700 • [3] 3647
 FrVst > [1] 788, 874, 974
 AVst > [1] 788 • [2] 2035, 2045 • [3] 3429
 Eur > [3] 3547, 3549
 Bibl. > [1] 507
 Sonst. > [1] 417, 617, 1176–1177, 1257 • [2] 1980, 1987, 2904, 2906, 2908–2909, 2911 • [3] 3287, 3293

Mommsen, Ernst Wolf († 23. 1. 1979)

- StS > [1] 1078, 1086 • [2] 2298

Mommsen, Friedrich († 21. 9. 1965)

- Sonst. > [1] 133

Momper, Walter

- BRPräs > [2] 2015 • [3] 3193
 MPräs > [1] 1458 • [2] 1502, 1507, 1509, 1563, 2015 • [3] 3755

Moosbauer, Christoph

- MdB 14. WP (SPD)

Moosdorf, Kurt († 24. 4. 1956)

- MdB 1. WP ab 4. 5. 1952 (SPD)
 Sonst. > [1] 295

Morawe, Petra

- Sonst. > [1] 86

Moreth, Peter

- DDR > [3] 3759, 3917

Morgenstern, Heinz († 3. 9. 1980)
 MdB 4. WP, 5. WP bis 14. 9. 1966 (SPD)
 StS > [1](#) 1099
 Sonst. > [1](#) 413, 426

Morgenstern, Luise

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVsk 10. WP (SPD)
 DDR > [2](#) 1584 • [3](#) 3912
 Sonst. > [2](#) 1584

Morgenstern, Marion

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
 MdVsk 10. WP (PDS)
 Sonst. > [2](#) 1584

Morgenthaler, Wendelin († 22. 4. 1963)

MdB 1.–2. WP (CDU)
 Sonst. > [1](#) 241–242

Morlok, Martin

Sonst. > [2](#) 2477, 2480–2481

Morsey, Rudolf

Sonst. > [3](#) 3501, 3628

Mosdorf, Siegmund

MdB 12.–14. WP (SPD)
 PStS > [3](#) N 6.3
 AVst > [1](#) 789 • [2](#) 2268 • [3](#) 3468
 Sonst. > [2](#) 1920

Mosiek-Urbahn, Marlies

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Muckermann, Richard († 2. 2. 1981)

MdB 1.–3. WP (CDU)
 AVst > [1](#) 885–886 • [3](#) 3435
 Sonst. > [1](#) 241, 243, 462

Mücke, Willibald († 25. 11. 1984)

MdB 1. WP (SPD)
 MdPR > [1](#) 612, 617
 Sonst. > [2](#) 2947

Mückenberger, Erich († 10. 2. 1998)

DDR > [3](#) 3751, 3756
 Sonst. > [3](#) 3758

Mühlen, Klaus Freiherr von († 12. 7. 1985)

MdB 3. WP ab 6. 10. 1959, 4. WP (FDP)

Mühlenberg, Franz († 16. 2. 1976)

MdB 1.–3. WP (CDU)
 Sonst. > [1](#) 241, 243

Mühlenfeld, Hans († 14. 10. 1969)

MdB 1. WP bis 15. 5. 1953 (DP)
 FrVst > [1](#) 789, 959, 985 • [3](#) 3068
 Sonst. > [1](#) 409, 423, 617, 623, 1174

Mühlhan, Bernhard († 11. 10. 1972)

MdB 5. WP (FDP)
 Sonst. > [1](#) 1177

Mühlmann, Manfred

DDR > [3](#) 3780

Müller (Remscheid), Adolf

MdB 4.–10. WP (CDU)
 FrVst > [1](#) 789, 954–955
 AVst > [1](#) 789 • [2](#) 2055, 2057, 2060, 2063, 2066
 Sonst. > [1](#) 568–569, 585

Müller (Pleisweiler), Albrecht

MdB 11.–12. WP (SPD)
 Sonst. > [2](#) 1868, 1901, 2931

Müller (Wesseling), Alfons

MdB 9.–12. WP (CDU)
 AVst > [2](#) 2072
 Sonst. > [2](#) 1843, 1870, 1875, 1879

Müller (Jena), Bernhard

MdB 14. WP (CDU)

Müller (Zittau), Christian

MdB 12.–14. WP (SPD)
 AVst > [2](#) 1599, 2079 • [3](#) N 9.2
 Sonst. > [2](#) 1894, 1947

Müller, Edith

MdEP ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)

Müller (Kirchheim), Elmar

MdB 12.–14. WP (CDU)
 FrVst > [1](#) 789, 994–995
 AVst > [2](#) 2077

Müller, Erhard O.

Sonst. > [1](#) 86

Müller (Ludwigsburg), Gebhard († 7. 8. 1990)

MdB 2. WP bis 11. 11. 1953 (CDU)
 MPräs > [1](#) 423, 447, 858, 1443, 1445, 1447
 Sonst. > [1](#) 242, 417, 423, 447 • [2](#) 2494

Müller, Gerd

MdB 13.–14. WP (CSU)
 AVst > [2](#) 2080
 MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (CSU)
 Sonst. > [1](#) 264

Müller, Gottfried

DDR > [3](#) 3920

Müller ([^]München), Günther († 27. 2. 1997)

MdB 5. WP (SPD), 6. WP (SPD); 17. 5. 1972 → fraktionslos; 19. 9. 1972 → CDU/CSU), 7.–12. WP (CSU)
 AVst > [2](#) 2064
 MdEP 1. 4. 1988–24. 7. 1989 und 4. 12. 1992–6. 11. 1993
 Eur > [3](#) 3547
 Bibl. > [1](#) 507
 Sonst. > [1](#) 254, 256, 258, 260, 262, 469, 567, 586–587, 924, 933, 1239–1240 • [2](#) 1614, 1828, 1851, 1857, 1875, 2476, 2487, 2911, 2926 • [3](#) 3652

Müller (Erbendorf), **Hans** († 11. 3. 1974)
MdB 2.–4. WP (SPD)

Müller (Wadern), **Hans-Werner**

MdB 8.–12. WP (CDU)
MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (CDU)
Sonst. > [2] 1831, 1841

Müller (Hessen), **Heinrich** († 6. 5. 1966)

MdB 1. WP (SPD)

Müller (Nordenham), **Heinrich**

MdB 4. WP, 6.–8. WP (SPD)
Sonst. > [1] 252

Müller (Bremen), **Joachim**

MdB 10. WP ab 13. 3. 1985 (GRÜNE)
Sonst. > [2] 1676, 1833, 2195–2196, 2240, 2822

Müller (Berlin), **Johannes** († 15. 5. 1992)

MdB 4.–8. WP (CDU)
Sonst. > [1] 568 • [2] 1813

Müller (Aachen-Land), **Josef**

MdB 4.–6. WP (CDU)
MdEP 9. 12. 1965–14. 2. 1973 (CDU)
Eur > [3] 3592
Sonst. > [1] 245

Müller, Josef († 12. 9. 1979)

Sonst. > [1] 91–92, 412, 620, 984 • [3] 3186

Müller (Völklingen), **Jutta**

MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst > [2] 2078 • [3] N 9.2
Sonst. > [3] 3155–3156

Müller (Bonn), **Karl** († 18. 4. 1964)

MdB 1.–2. WP (CDU)
FrVst > [1] 789, 948, 990
AVst > [1] 789 • [2] 2037
Sonst. > [1] 241, 462, 566, 617

Müller (Ravensburg), **Karl** († 21. 7. 1982)

MdB 3.–5. WP (SPD)

Müller (Wehdel), **Karl** († 5. 10. 1966)

MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

Müller (Köln), **Kerstin**

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
FrVst > [1] 656, 789, 945, 985 • [3] N 5.7, N 5.8
Sonst. > [1] 1187

Müller (Kiel), **Klaus Wolfgang**

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Müller (Hannover), **Kurt** († 21. 8. 1990)

MdB 1. WP (KPD; März 1950 Verschleppung in die DDR; briefliche Mandatsniederlegung vom 6. 5. 1950 nicht anerkannt; ab 10. 5. 1950 als fraktionslos geführt)
Sonst. > [1] 403–404, 617, 908, 934, 970 • [3] 3689

Müller (Berlin), **Manfred**

MdB 13.–14. WP (PDS)
FrVst > [1] 789, 981
Sonst. > [1] 1187

Müller, Manfred

Sonst. > [1] 95

Müller (Düsseldorf), **Michael**

MdB 10.–14. WP (SPD)
FrVst > [1] 789, 999–1000 • [3] N 5.7
AVst > [1] 789 • [2] 2265
Sonst. > [1] 1187 • [2] 1835, 1843, 1886, 1912, 1944

Müller (Frankfurt), **Oskar** († 14. 1. 1970)

MdB 1. WP (KPD)
Sonst. > [2] 1990

Müller (Bayreuth), **Richard** († 13. 7. 1986)

MdB 7.–9. WP (SPD)
AVst > [2] 2062, 2065

Müller (Niederfischbach), **Rudolf** († 20. 4. 1987)

MdB 6. WP (CDU)

Müller (Schweinfurt), **Rudolf**

MdB 7.–12. WP (SPD)
AVst > [1] 789 • [2] 2072, 2076
Sonst. > [2] 1856

Müller, Werner

BMin > [3] N 6.2, N 6.3, N 6.8, N 26

Müller, Werner

Sonst. > [3] 3752

Müller (Mülheim), **Willi**

MdB 5.–8. WP (SPD)
MdEP 14. 2. 1973–16. 7. 1979 (SPD)
Sonst. > [1] 250, 252, 255

Müller (Worms), **Willy** († 19. 9. 1976)

MdB 1.–5. WP (SPD)

Müller-Armack, Alfred († 16. 3. 1978)

StS > [1] 1077–1078

Müller-Emmert, Adolf

MdB 4.–10. WP (SPD)
AVst > [1] 789 • [2] 2052, 2055, 2058, 2061, 2068
Sonst. > [1] 253, 586 • [2] 1748, 1805, 1817

Müller-Hermann, Ernst († 19. 7. 1994)

MdB 1. WP ab 1. 1. 1952, 2.–8. WP (CDU)
FrVst > [1] 789, 950–952, 991
AVst > [2] 2048, 2052, 2055
MdEP 27. 2. 1958–21. 12. 1965 und 19. 1. 1977–23. 7. 1984 (CDU)
Bibl. > [1] 507 • [3] 3440
Sonst. > [1] 419, 584–585, 1177–1178 • [2] 1796, 1800

Münch, Werner

MPräs > [1] 859, 1462

MdEP 24. 7. 1984–16. 11. 1990 (CDU)

Münchow, Samuel († 23. 9. 1976)

Sonst. > [1](#) 133

Müntefering, Franz

MdB 7. WP ab 10. 6. 1975, 8.–11. WP, 12. WP bis 8. 12. 1992, 14. WP (SPD)

BMin > [3](#) N 6.2, N 6.3, N 7.8, N 21.6

FrVst > [1](#) 790, 978

Sonst. > [1](#) 433, 1010 • [3](#) 3153, N 7.8

Müser, Franzjosef († 27. 6. 1976)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Müser, Willi

MdB 5. WP (CDU)

Müthling, Hans († 5. 2. 1976)

MdB 5.–6. WP (SPD)

Bibl. > [1](#) 508

Sonst. > [1](#) 567

Mugay, Peter-Klaus

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3](#) 3913

Mulert, Friederike († 5. 4. 1991)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952 (FDP)

Bibl. > [1](#) 508 • [3](#) 3440

Munzinger, Oskar († 6. 9. 1983)

MdB 3. WP ab 20. 4. 1959 bis 1. 10. 1959 (SPD)

Sonst. > [1](#) 424

Murr, Leonhard († 2. 10. 1967)

MdB 3.–4. WP (FDP)

Mursch (Soltau-Harburg), **Karl-Heinz**

MdB 6.–7. WP (CDU)

MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (CDU)

Sonst. > [2](#) 1803

Mußnug, Martin († 2. 2. 1997)

Sonst. > [1](#) 122

N

Nachtwei, Winfried

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [3](#) 3178

Nadig, Frieda († 14. 8. 1970)

MdB 1.–3. WP (SPD)

MdPR > [1](#) 612, 617

Sonst. > [1](#) 462, 617

Naegel, Wilhelm († 24. 5. 1956)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)

AVst > [1](#) 406, 790 • [2](#) 2036, 2043

Sonst. > [1](#) 406, 617, 623

Nagel, Heinz-Joachim

Sonst. > [1](#) 97

Nagel, Werner († 12. 7. 1993)

MdB 7.–11. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 253, 257 • [2](#) 1826, 1856 • [3](#) 3172

Nahles, Andrea

MdB 14. WP (SPD)

Nahm, Peter-Paul († 1981)

StS > [1](#) 1097–1098

Nann, Alfred

MdB 5. WP ab 17. 2. 1969 (SPD)

Narjes, Karl-Heinz

MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 9. 1. 1981 (CDU)

AVst > [1](#) 790 • [2](#) 2060

Sonst. > [1](#) 429, 452, 1179, 1230

Nassauer, Hartmut

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Naßmacher, Karl-Heinz

Sonst. > [1](#) 319

Natzius, Rüdiger

MdVrk 10. WP (SPD)

DDR > [3](#) 3913

Nau, Alfred († 18. 5. 1983)

Sonst. > [1](#) 414

Naumann, Kersten

MdB 14. WP (PDS)

Naumann, Manfred

MdVrk 10. WP (SPD)

Naumann, Michael

PStS > [3](#) N 6.3

Neber, Jakob († 23. 6. 1968)

MdB 1. WP (CDU)

Neddermeyer, Helmut

Sonst. > [1](#) 116

Neef, Fritz († 29. 8. 1979)

StS > [1](#) 1078, 1081

Neemann, Georg († 6. 2. 1993)

MdB 5.–6. WP (SPD)

Nehm, Albert

MdB 8. WP ab 13. 9. 1978, 9.–11. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 257

Nelle, Engelbert

MdB 9.–13. WP (CDU)

AVst > [1](#) 790 • [2](#) 2070, 2073, 2077, 2079

Sonst. > [2](#) 1869

Nellen, Peter († 29. 12. 1969)

MdB 1.–2. WP (CDU), 3. WP (CDU; 8. 11. 1960 → SPD), 4.–5. WP (SPD)

AVst > [2](#) 2035

Sonst. > [1](#) 242, 244, 409, 921 • [3](#) 3643

Nessing-Stranz, Dorit

Sonst. > [1](#) 114

Neubauer, Harald

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (REP)

Sonst. > [1](#) 129

Neubauer, Kurt

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP, 4. WP bis 16. 4. 1963 (SPD)

Sonst. > [1](#) 425, 451, 566

Neuburger, August († 2. 2. 1999)

MdB 1.–3. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 790, 948, 990

AVst > [1](#) 790 • [2](#) 2040, 2048

Sonst. > [1](#) 242, 244 • [3](#) N 2.7

Neugebauer, Lore

MdEP 3. 7. 1987–24. 7. 1989 (SPD)

Neuhäuser, Rosel

MdB 13.–14. WP (PDS)

FrVst > [1](#) 656, 790, 981

Neuhaus, Alfred Hubertus

MdB 8.–9. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2067

Neuhausen, Friedrich († 6. 12. 1994)

MdB 9.–11. WP (FDP)

AVst > [2](#) 2073

Bibl. > [1](#) 508

Sonst. > [3](#) 3153–3154

Neuling, Christian

MdB 11.–12. WP (CDU)

Neumann, Alfred

DDR > [3](#) 3751

Neumann (Bremen), Bernd

MdB 11.–14. WP (CDU)

PStS > [1](#) 790, **1102–1103**

Sonst. > [1](#) 465 • [3](#) 3497

Neumann (Allensbach), Erich Peter († 12. 6. 1973)

MdB 4. WP (CDU)

Neumann (⁶Berlin), **Franz** († 9. 10. 1974)

MdB 1.–5. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 411, 462–464 • [2](#) 1990

Neumann (Gotha), Gerhard

MdB 12.–14. WP (SPD)

MdV 10. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1584 • [3](#) 3177

Neumann (Berlin), Kurt

MdB 13. WP (SPD; 8. 10. 1996 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 930

Neumann (⁶Stelle), **Paul**

MdB 5.–9. WP (SPD)

Neumann (Bramsche), Volker

MdB 8. WP ab 20. 6. 1978, 9. WP, 10. WP ab 11. 11. 1983, 12.–14. WP (SPD)

AVst > [1](#) 790 • [2](#) 2199, 2202

Neumayer, Fritz († 12. 4. 1973)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

BMin > [1](#) 790, 935, **1031–1032**, 1073, 1096, 1123, 1125–1126, 1213 • [3](#) 3637, 3640–3641

Sonst. > [1](#) 410, 462, 566, 917–919, 935, 1125

Neumeister, Günter

MdV 10. WP (SPD)

Neumeister, Hanna

MdB 7.–10. WP (CDU)

AVst > [2](#) 2258

Sonst. > [2](#) 1809

Neusel, Hans

StS > [1](#) 1072

Nevermann, Paul († 21. 3. 1979)

MPräs > [1](#) 632, 1448

Sonst. > [1](#) 53, 412, 632

Ney, Hubert († 3. 2. 1984)

MPräs > [1](#) 1447

Sonst. > [1](#) 414

Nickel, Uta

DDR > [3](#) 3787, 3789, 3918

Nickels, Christa

MdB 10. WP bis 30. 3. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

PStS > [3](#) N 6.3

FrVst > [1](#) 652, 791, 839, 968

AVst > [1](#) 655, 791 • [2](#) 2078 • [3](#) 3123

Bibl. > [1](#) 508

Sonst. > [1](#) 569, 876 • [2](#) 1761, 1821, 1861, 1871, 2918, 2922, 2929 • [3](#) 3153–3156

Nickl, Christof († 14. 11. 1967)

MdB 1. WP (CSU)

Niebel, Dirk

MdB 14. WP (FDP)

Nieberg, Wilhelm († 27. 3. 1970)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 567

Niebergall, Otto († 13. 2. 1977)

MdB 1. WP (KPD)

Niebes, Heinrich († 25. 9. 1966)

MdB 1. WP ab 10. 7. 1952 (KPD)

Sonst. > [1](#) 617

Niedenthal, Erhard

MdB 12. WP ab 8. 2. 1993 (CDU)

Niederalt, Alois

MdB 2.–5. WP (CSU)
 BMin > [1] 791, 884, 1038–1039, 1041, 1105, 1215
 FrVst > [1] 982
 Sonst. > [1] 242, 244, 246, 248 • [2] 2895

Niederkirchner, Käte

MdVtk 10. WP (PDS)
 DDR > [3] 3778, 3781, 3891

Niegel, Lorenz

MdB 6.–11. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 250–251, 254, 256, 259–260 • [2] 1806, 1808, 1812, 1815, 1839, 1863, 1869, 1875, 2474 • [3] 3087

Niehof, Hans-Jürgen

DDR > [3] 3919, 3921

Niehuis, Edith

MdB 11.–14. WP (SPD)
 PStS > [3] N 6.3
 AVst > [1] 654–655, 791, 841 • [2] 2076, 2079

Niemeyer, Gisela

Sonst. > [3] 3203

Niemeyer, Horst

Sonst. > [2] 2084

Nierade, Ilse Renate († 17. 6. 1990)

MdVtk 10. WP bis † (NF → Bündnis 90/Grüne)

Niese, Rolf

MdB 11.–14. WP (SPD)

Nietan, Dietmar

MdB 14. WP (SPD)

Niggemeier, Adolf

DDR > [3] 3758, 3903

Niggemeier, Horst

MdB 11.–12. WP (SPD)

Niggemeyer, Heike

MdB 12. WP ab 22. 10. 1992 bis 29. 10. 1992 (SPD)

Niggemeyer, Maria († 27. 9. 1968)

MdB 1.–3. WP (CDU)
 AVst > [1] 649, 791 • [2] 2039, 2042
 Sonst. > [1] 242, 617

Niklas, Wilhelm († 12. 4. 1957)

MdB 1. WP ab 30. 5. 1951 (CSU)
 BMin > [1] 791, 1031, 1081, 1147
 Sonst. > [1] 294, 406

Nissen, Uwe-Jens († 27. 11. 1991)

MdB 4. WP bis 1. 10. 1964 (SPD)

Nitsch (Rendsburg), **Egbert**

MdB 13. WP ab 4. 6. 1996 (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 MdEP 11. 1. 1988–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Nitsch, Johannes

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
 PStS > [1] 791, 1095 • [2] 1600
 FrVSt > [1] 791, 957 • [2] 1596
 MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [2] 1584 • [3] 3903
 Sonst. > [1] 1186 • [2] 1584, 1930

Nixon, Richard M. († 22. 4. 1994)

Sonst. > [2] 1672 • [3] 3649

Noack, Arndt

Sonst. > [3] 3727, 3734

Noack, Gabriele

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3] 3913

Noack, Ludwig

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Noé, Claus

StS > [3] N 6.3

Nöbel, Wilhelm

MdB 8.–11. WP (SPD)

Nöll von der Nahmer, Robert Philipp († 24. 5. 1986)

MdB 1. WP (FDP)
 AVst > [2] 2036
 Sonst. > [2] 1792

Nölling, Wilhelm

MdB 6. WP, 7. WP bis 20. 5. 1974 (SPD)
 Sonst. > [1] 250, 252, 427, 453

Nölting, Erik († 15. 7. 1953)

MdB 1. WP bis † (SPD)
 Sonst. > [1] 405, 445, 462

Nolte, Claudia

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)
 BMin > [1] 655, 791, 843, 1059, 1089, 1187 • [2] 1600, 2901
 FrVst > [1] 654, 791, 994 • [2] 1596
 MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [1] 560, 569–570 • [2] 1584, 1892, 1897

Nolting, Günther Friedrich

MdB 11.–14. WP (FDP)
 Sonst. > [2] 1839, 1843, 1925 • [3] 3155–3156, 3175–3178

Nooke, Günter

MdB 14. WP (CDU)
 MdVtk 10. WP (DJ → Bündnis 90/Grüne)

Nordenskjöld, Günter von († 13. 3. 1997)

MdB 5.–6. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1803

Nordlohne, Franz-Josef († 29. 1. 1981)

MdB 7. WP, 8. WP bis 4. 9. 1979 (CDU)

MdEP 17. 7. 1979 bis † (CDU)

Sonst. > [1] 429, 469 • [2] 1748

Nostitz, Wolfgang von

MdEP 28. 2. 1987–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Noth, Erke

MdB 9. WP (FDP)

Nothhelfer, Norbert

MdB 8. WP bis 6. 6. 1977 (CDU)

Sonst. > [1] 254, 428

Nowack (Harburg), Friedrich († 13. 4. 1959)

MdB 1. WP (SPD)

Sonst. > [1] 612

Nowack, Joachim Hubertus

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVkl 10. WP (DSU; 1. 7. 1990 → fraktionslos; 5. 9. 1990 → CDU)

Sonst. > [2] 1585 • [3] 3844, 3905, 3908, 3923

Nowack (Rheinland-Pfalz), Wilhelm († 31. 7. 1990)

MdB 1. WP bis 30. 9. 1952 (FDP)

Sonst. > [1] 423, 446, 462 • [2] 2904

Nuding, Hermann († 31. 12. 1966)

MdB 1. WP bis 20. 4. 1951 (KPD)

Sonst. > [1] 462

Nuschke, Otto († 27. 12. 1957)

DDR > [2] 1489

O**Oberländer, Theodor** († 4. 5. 1998)

MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU), 3. WP, 4. WP ab 9. 5. 1963 (CDU)

BMin > [1] 791, 935, 1033–1034, 1097–1098, 1125, 1127, 1160, 1174, 1213, 1247, 1251 • [2] 1739, 2240, 2663 • [3] 3639, 3643

Sonst. > [1] 112, 916, 936, 986, 1125, 1160 • [2] 2240 • [3] N 2.7

Obermeier, Franz

MdB 14. WP (CSU)

Oberndörfer, Dieter

Sonst. > [1] 142

Oberreuter, Heinrich

Sonst. > [3] 3495

Obert, Günter

StS > [1] 1076–1077

Odendahl, Doris

MdB 10.–13. WP (SPD)

FrVst > [1] 654, 791, 999

AVst > [1] 655, 791 • [2] 2080

Sonst. > [2] 1829, 1947

Odenthal, Willy († 12. 1. 1962)

MdB 1. WP ab 28. 9. 1951, 2.–3. WP (SPD)

FrVst > [1] 791, 996

AVst > [2] 2044, 2048

MdEP 25. 2. 1959–29. 11. 1961 (SPD)

Sonst. > [1] 294

Oeftering, Heinz Maria

Sonst. > [2] 2807

Oehler, Bernd

Sonst. > [1] 117

Oellers, Fritz († 4. 12. 1977)

MdB 1. WP bis 5. 6. 1951 (FDP)

Sonst. > [1] 422, 617 • [2] 2904

Oesinghaus, Günter

MdB 11.–14. WP (SPD)

Oesterle, Josef († 31. 8. 1959)

MdB 1.–2. WP; 3. WP bis † (CSU)

MdEP 1. 7. 1954 bis † (CSU)

Sonst. > [1] 243, 245

Oesterle-Schwerin, Jutta

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

FrVst > [1] 653, 791, 969, 987

Sonst. > [1] 77 • [2] 1991

Oetting, Hermann

MdB 6. WP ab 19. 10. 1971, 7. WP (SPD)

Sonst. > [1] 252

Oettingen-Wallerstein, Eugen Fürst zu († 3. 10. 1969)

MdB 1. WP ab 8. 1. 1951 bis 1. 9. 1952 (BP; 14. 12. 1951 → FU)

AVst > [2] 2037

Sonst. > [1] 911

Oetzel, Richard († 9. 3. 1985)

MdB 1. WP ab 24. 1. 1953, 2.–4. WP (CDU)

Özdemir, Cem

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1] 792, 1004

Bibl. > [1] 508

Sonst. > [1] 570

Offergeld, Rainer

MdB 6.–9. WP; 10. WP bis 1. 6. 1984 (SPD)

BMin > [1] 792, 1049, 1051, 1104, 1115, 1218 • [3] 3655

PStS > [1] 792, 844, 1076, 1078, 1115

AVst > [2] 2060

Sonst. > [1] 430, 567

Ohl, Eckhard

MdB 14. WP (SPD)

Ohlemeyer, Wilhelm

MdB 4. WP ab 14. 6. 1965 (SPD)

Ohlig, Fritz († 27. 6. 1971)

MdB 1.–2. WP (SPD)

Oldenstädt, Martin

MdB 7. WP, 8. WP ab 11. 9. 1979, 9. WP ab 5. 12. 1980, 10. WP (CDU)

Sonst. > [3](#) 3173**Olderog, Rolf**

MdB 9.–13. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 792, 994–995AVst > [2](#) 2195Sonst. > [2](#) 1821*Oleikiewitz, Peter*

MdVtk 10. WP (SPD)

Ollenhauer, Erich († 14. 12. 1963)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)

FrVst > [1](#) 407, 792, **974**, 983, 988, 1010, 1118–1119
• [2](#) 2016 • [3](#) 3637, 3645MdPR > [1](#) 612, 617

MdEP 16. 7. 1952–19. 3. 1958 (SPD)

Sonst. > [1](#) 131, 146, 407, 983, 988, 1010, 1118–1119,
1137–1138, 1174–1175 • [2](#) 1984, 2016, 2771 •
[3](#) 3281, 3645**Olesch, Alfred** († 16. 4. 1978)

MdB 4.–7. WP, 8. WP bis † (FDP)

FrVst > [1](#) 412, 792, 963–964AVst > [1](#) 888 • [3](#) 3435Bibl. > [1](#) 508Sonst. > [1](#) 412 • [2](#) 1804, 2917 • [3](#) 3170**Olms, Ellen**

MdB 11. WP bis 20. 2. 1989 (AL Berlin → GRÜNE)

FrVst > [1](#) 653, 792, 969Sonst. > [1](#) 1013 • [2](#) 1848**Onnen, Alfred** († 16. 5. 1966)

MdB 1.–2. WP (FDP)

AVst > [2](#) 2045**Onur, Leyla**

MdB 13.–14. WP (SPD)

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (SPD)

Oostergetelo, Jan († 9. 7. 1996)

MdB 8.–12. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1816, 1820, 1846, 1868, 1881, 1945**Op den Orth, Franz** († 10. 3. 1970)

MdB 2. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 463**Opel, Manfred**

MdB 11. WP ab 20. 6. 1988, 12.–14. WP (SPD)

Opitz, Bernhardt

MdVtk 10. WP (DFP → Die Liberalen)

*Opitz, Erich*Sonst. > [1](#) 130**Opitz, Rudolf** († 25. 9. 1997)

MdB 4.–5. WP, 6. WP ab 2. 5. 1972, 7. WP (FDP)

Sonst. > [1](#) 1177, 1179**Orgaß, Gerhard**

MdB 5.–7. WP (CDU)

Bibl. > [1](#) 508Sonst. > [1](#) 465, 1177**Ortel, Holger**

MdB 14. WP (SPD)

Orth, Eduard († 31. 3. 1968)

MdB 1. WP, 2. WP bis 7. 10. 1956 (CDU)

Sonst. > [1](#) 424, 448**Orth, Elisabeth** († 10. 5. 1976)

MdB 6. WP, 7. WP bis † (SPD)

MdEP 21. 1. 1970 bis † (SPD)

Ortleb, Rainer

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–13. WP (FDP)

BMin > [1](#) 792, **1055**, **1058**, 1101, 1107, 1186, 1220 •
[2](#) 1563, 1600 • [3](#) 3673

MdVtk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

DDR > [2](#) 1585 • [3](#) 3814, 3850, 3852, 3855, 3905Sonst. > [1](#) 108 • [2](#) 1585, 1605, 1934 • [3](#) 3795,
3855, 3885*Ossenbroich-Oepen, Anne-Marie*Sonst. > [1](#) 96*Ossietsky, Carl von* († 4. 5. 1938)Sonst. > [3](#) 3738*Osswald, Albert* († 16. 8. 1996)BRPräs > [3](#) 3192MPräs > [1](#) 1451, 1453 • [2](#) 2452AVst > [2](#) 2452Sonst. > [1](#) 420, 1176**Osswald, Klaus-Dieter**

MdB 9. WP, 11. WP ab 6. 6. 1988 (SPD)

Ost, Friedhelm

MdB 12.–14. WP (CDU)

AVst > [1](#) 792 • [2](#) 2076, 2079StS > [1](#) 1066–1067Sonst. > [1](#) 261, 263**Ostertag, Adolf**

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1896, 1900**Ostman von der Leye, Wilderich Freiherr**

(† 30. 5. 1990)

MdB 6.–7. WP (SPD)

Bibl. > [1](#) 509 • [3](#) 3439Sonst. > [2](#) 1807–1808

Ostrowski, Christine

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 14. WP (PDS)

MdVvk 10. WP (PDS)

Sonst. > [2] 1585

Ostrowski, Otto († 21. 6. 1963)

MPräs > [1] 1440

Oswald, Eduard

MdB 11.–14. WP (CSU)

BMin > [3] N 6.2, N 6.3, N 26

FrVst > [1] 793, 957–958, 983 • [2] 1617 • [3] N 5.7

AVst > [1] 892 • [3] 3436, N 9.2

Sonst. > [1] 262, 264

Ott, Anton

MdB 5.–6. WP (CSU)

Ott, Franz

MdB 1. WP (parteilos; 4. 5. 1950 → WAV-Gast; 13. 10. 1950 → BHE/DG; 21. 3. 1952 → fraktionslos; 26. 3. 1952 → DP/DPB-Gast; 26. 6. 1952 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 284, 286, 908–909, 912–913, 1012, 1174 • [2] 2903

Otto (Frankfurt), Hans-Joachim

MdB 12. WP, 14. WP (FDP)

Sonst. > [2] 1882, 1905 • [3] 3498

Otto, Helga

MdB 12. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1915, 1920, 1932

Otto, Irmtrud

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Otto (Erfurt), Norbert

MdB 12.–14. WP (CDU)

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1585, 1897

Otto, Paul († 24. 1. 1979)

Sonst. > [1] 620–621

Overhaus, Manfred

StS > [1] 1077 • [3] N 6.3

P**Paar, Gisbert**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1585

Pack, Doris

MdB 7. WP ab 1. 6. 1974, 8.–9. WP, 10. WP ab 1. 10. 1985, 11. WP bis 8. 9. 1989 (CDU)

MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Sonst. > [1] 432, 469 • [2] 1844, 1851

Päsel, Gerhard

MdB 12.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1883

Pagel, Paul

Sonst. > [1] 620

Paintner, Hans [Johann]

MdB 8.–12. WP (FDP)

Sonst. > [2] 1839, 1935

Palis, Kurt

MdB 12. WP ab 12. 7. 1993, 13.–14. WP (SPD)

Palleske, Hagen

Sonst. > [1] 94

Panholzer, Joseph

Sonst. > [1] 85

Pannenbecker, Otto († 19. 5. 1956)

MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU)

FrVst > [1] 793, 960

AVst > [2] 2039

Sonst. > [1] 406, 566, 911

Pannhoff, Maria († 31. 7. 1989)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Pape, Martin

Sonst. > [1] 109

Papen, Franz von († 2. 5. 1969)

Sonst. > [1] 599–603

Papenroth, Albrecht

MdB 13.–14. WP (SPD)

Parr, Detlef

MdB 12. WP ab 1. 2. 1994, 14. WP (FDP)

Parra, Lucas

Sonst. > [1] 117

Partsch, Karl

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (parteilos [GRÜNE])

Partsch, Karl Josef († 30. 12. 1996)

AVst > [2] 2253

Parzinger, Sepp († 28. 6. 1979)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)

Sonst. > [1] 911

Paschek, Wilhelm († 22. 4. 1952)

MdB 1. WP bis † (WAV; 28. 3. 1950 → DRP-Gast; 5. 10. 1950 → fraktionslos [DRP]; 30. 1. 1951 → WAV; 6. 12. 1951 → DPB)

Sonst. > [1] 908-911, 1011

Paschen, Herbert

Sonst. > [2] 2827

Passy, Frédéric († 1912)

Sonst. > [3] 3606

Paterna, Peter

MdB 8.–12. WP (SPD)
 AVst > [1] 793 • [2] 2073, 2077, 2256
 Sonst. > [2] 2826

Patijn, Schelto

Sonst. > [3] 3555

Patzig, Uwe

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
 MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [2] 1585

Pau, Petra

MdB 14. WP (PDS)

Paul ([♠]Württemberg), **Ernst** († 11. 6. 1978)

MdB 1.–5. WP (SPD)
 Eur > [3] 3547
 Bibl. > [1] 509 • [3] 3439
 Sonst. > [3] 3169

Paul (Düsseldorf), Hugo († 12. 10. 1962)

MdB 1. WP (KPD)
 MdPR > [1] 613, 617
 Sonst. > [1] 621, 613, 617

Pauli, Günter

MdB 9.–11. WP (SPD)

Paulinski, Silvina

MdVtk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Pausch, Hans

StS > [1] 1091, 1093, 1102

Pawelczyk, Alfons

MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 18. 12. 1980 (SPD)
 Sonst. > [1] 252, 429, 454, 1181

Paziorek, Peter

MdB 12.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1901, 1935

Peiter, Willi († 26. 7. 1989)

MdB 4. WP ab 22. 2. 1962, 5. WP ab 19. 9. 1967, 6.–8. WP (SPD)

Pelster, Georg († 25. 6. 1963)

MdB 1.–3. WP (CDU)
 MdEP 16. 7. 1952–19. 3. 1958 (CDU)
 Sonst. > [1] 241, 244

Peltsch, Steffen

MdVtk 10. WP (PDS)

Penner, Willfried

MdB 7.–14. WP (SPD)
 PStS > [1] 793, 1086
 FrVst > [1] 793, 976–978, 997–999
 AVst > [1] 793 • [2] 2079, 2194, 2196 • [3] N 9.2
 Sonst. > [1] 587, 1185–1186 • [2] 1811 • [3] 3082

Pensky, Heinz

MdB 6.–9. WP (SPD)

Pernoll, Ernst († 15. 7. 1959)

MdB 3. WP bis † (CDU)

Perschau, Hartmut

MdEP 25. 7. 1989–5. 9. 1991 (CDU)

Pesch, Hans-Wilhelm

MdB 10.–13. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1947

Peschel, Kurt († 7. 8. 1993)

Sonst. > [3] 3630

Peter, Helwin

MdB 7. WP ab 10. 6. 1974, 8. WP (SPD)
 MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Peter (Kassel), Horst

MdB 9.–12. WP (SPD)
 FrVst > [1] 793, 999
 Bibl. > [1] 509
 Sonst. > [2] 1829, 1886, 1943–1944, 2933 • [3] 3153–3156

Peter, Luise († 16. 6. 1979)

MdB 2. WP ab 24. 7. 1957 (SPD)

Peters ([♠]Norden), **Georg** († 3. 8. 1992)

MdB 1.–6. WP (SPD)

Peters, Hans

Sonst. > [1] 50 • [2] 2012

Peters, Johannes Wilhelm [Hans]

MdEP 17. 7. 1979–19. 7. 1994 (SPD)
 Eur > [3] 3590

Peters, Lisa

MdB 12.–13. WP (FDP)
 Sonst. > [2] 1917

Peters (Poppenbüll), Walter († 8. 4. 1979)

MdB 4.–6. WP, 7. WP ab 13. 6. 1975, 8. WP bis † (FDP)
 Sonst. > [1] 1178

Petersen, Helmut († 26. 7. 1982)

MdB 2. WP (GB/BHE)
 FrVst > [1] 793, 966
 AVst > [1] 413, 793 • [2] 2044

Petersen, Peter

MdB 5.–6. WP, 8.–11. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 258 • [2] 1859

Petersen, Rudolf H. († 10. 9. 1962)

MPräs > [1] 1440
 Sonst. > [1] 620

Petzold, Ulrich

MdB 12.–13. WP (CDU)

Peus, Gabriele

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Pfaff, Martin

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1913

Pfahls, Ludwig-Holger

StS > [1] 1087

Pffannenstein, Georg

MdB 13.–14. WP (SPD)

Pfeffermann, Gerhard O.

MdB 7.–11. WP, 12. WP bis 6. 9. 1993 (CDU)

StS > [1] 433, 1092

FrVst > [1] 793, 992–994

AVst > [2] 2061

Sonst. > [1] 433 • [2] 1812, 1841

Pfeifer, Anton

MdB 6.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 793, 884, 1067, 1089, 1101 • [2] 1518 • [3] 3498

FrVst > [1] 793, 952–953, 991–992

Sonst. > [1] 258, 587

Pfeiffer, Angelika Sabine

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)

AVst > [2] 1599, 2079

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1585, 1899, 1922

Pfeiffer, Anton († 20. 7. 1957)

MdPR > [1] 622, 625

Pfender, Franz († 9. 7. 1972)

MdB 1. WP (CDU)

Sonst. > [1] 462 • [2] 1796

Pfennig, Gero

MdB 8. WP ab 24. 2. 1977, 10. WP ab 2. 12. 1985, 11.–13. WP (CDU)

FrVst > [1] 793, 995

AVst > [1] 793 • [2] 2071, 2075 • [3] 3123

MdEP 17. 7. 1979–2. 12. 1985 (CDU)

Sonst. > [3] 3154–3156

Pferdmenges, Robert († 28. 9. 1962)

MdB 1. WP ab 12. 1. 1950, 2.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)

AVst > [1] 793 • [2] 2052

Sonst. > [1] 407, 560, 566–567, 617, 623, 894 • [2] 2240 • [3] 3644

Pflaumbaum, Walter († 3.11. 1974)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Pfleiderer, Karl Georg († 8. 10. 1957)

MdB 1. WP, 2. WP bis 20. 9. 1955 (FDP)

Sonst. > [1] 286, 406, 423 • [3] 3626

Pflimlin, Pierre

Eur > [3] 3559

Pflüger, Friedbert

MdB 12.–14. WP (CDU)

AVst > [3] N 9.2

Sonst. > [3] 3389

Pflug, Johannes Andreas

MdB 14. WP (SPD)

Pflugbeil, Sebastian

DDR > [1] 123 • [3] 3793, 3918

Sonst. > [1] 124 • [3] 3721

Pfuhl, Albert

MdB 10.–12. WP (SPD)

Sonst. > [1] 465

Philipp, Beatrix

MdB 13.–14. WP (CDU)

Philipp, Gerhard († 20. 4. 1966)

MdB 3.–4. WP, 5. WP bis † (CDU)

MdEP 29. 10. 1957–19. 3. 1958 und 5. 11. 1959 bis † (CDU)

Philipp, Ingeborg

MdB 12. WP ab 21. 5. 1992 (PDS/LL)

Sonst. > [2] 1939

Piazolo, Paul Harro

StS > [1] 1101

Picard, Walter

MdB 5.–9. WP (CDU)

Sonst. > [2] 2911

Piche, Lothar

MdVk 10. WP (DSU)

Sonst. > [3] 3814

Pick, Eckhart

MdB 11.–14. WP (SPD)

PStS > [3] N 6.3

Sonst. > [2] 2931

Pieczyk, Wilhelm

MdEP ab 8. 5. 1992 (SPD)

Pieper, Cornelia

MdB 14. WP (FDP)

FrVst > [3] N 5.7

Piermont, Dorothee

MdEP 24. 7. 1984–28. 2. 1987 und 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (GRÜNE)

Pieroth, Elmar

MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 16. 7. 1981 (CDU)

FrVst > [1] 794, 953, 992

Sonst. > [1] 430, 455, 1182

Pieser, Liselotte († 24. 11. 1998)

MdB 5. WP ab 26. 6. 1968, 6.–8. WP (CDU)

AVst > [2] 2060, 2063

Sonst. > [2] 1803

Pietsch, Rainer

MdVk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)

Pietscher, Carl († 20. 12. 1973)

MdB 3. WP (CDU)

Pietzcker, Jost

Sonst. > [2] 2476

Pinger, Winfried

MdB 6. WP, 8.–13. WP (CDU)

FrVst > [1] 794, 992–995

Sonst. > [2] 1854

Pirkl, Fritz († 19. 8. 1993)

MdEP 24. 7. 1984 bis † (CSU)

Pitz-Savelsberg, Elisabeth († 13. 10. 1996)

MdB 2.–5. WP (CDU)

Bibl. > [1] 509 • [3] 3439

Platner, Eduard († 2. 8. 1980)

MdB 2. WP (CDU; 12. 12. 1956 → DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

Sonst. > [1] 918 • [3] 2988

Platzeck, Matthias

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)

MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

DDR > [1] 114 • [2] 1585 • [3] 3793, 3896, 3907, 3918

Sonst. > [1] 86, 114, 457, 937, 1014 • [2] 1585

Pleitgen, Fritz

Sonst. > [3] 3497–3498

Plötz, Hans-Friedrich von

StS > [1] 1070 • [3] 3619, N 6.3

Plumb, Sir Henry

Eur > [3] 3559

Pöhl, Karl Otto

StS > [1] 1076

Sonst. > [2] 1517, 1524 • [3] 3794

Pöhler (^ΔEckernförde), **Heinz** († 21. 9. 1989)

MdB 2.–6. WP (SPD)

Eur > [3] 3547, 3604

Poepke, Arnold († 14. 7. 1989)

MdB 4. WP (CDU)

Pöppl, Ernst Josef

MdB 10. WP ab 15. 4. 1985 (CSU)

Sonst. > [3] 3154

Poetschki, Hans

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Pöttering, Hans-Gert

MdEP ab 17. 7. 1979 (CDU)

Pofalla, Ronald

MdB 12.–14. WP (CDU)

AVst > [2] 2076

Sonst. > [2] 1905, 1950

Pohl, Eva

MdB 12. WP (FDP)

Pohl, Gerhard

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3836, 3861, 3919, 3922

Sonst. > [3] 3895

Pohl, Wolfgang

MdVk 10. WP (PDS)

Pohle (^ΔEckernförde), **Kurt** († 3. 11. 1961)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)

AVst > [1] 794 • [2] 2039, 2044, 2048, 2190

Sonst. > [1] 407, 462, 613

Pohle (^ΔDüsseldorf), **Wolfgang** († 27. 8. 1971)

MdB 2. WP (CDU), 5. WP, 6. WP bis † (CSU)

FrVst > [1] 410, 794, 950–951, 990–991

MdEP 10. 12. 1953–29. 10. 1957 (CDU)

Sonst. > [1] 250, 410, 1176–1177

Pohlenz, Hans-Jürgen

MdB 4. WP ab 30. 9. 1963 bis 10. 6. 1965 (SPD)

Pohler, Hermann

MdB 12.–13. WP (CDU)

FrVst > [1] 794, 994 • [2] 1596

AVst > [2] 2080

Sonst. > [2] 1899

Pohlmann, Eberhard

MdB 6. WP ab 4. 11. 1969, 7.–10. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1813

Pohlmeier, Heinrich

MdB 9.–11. WP (CDU)

AVst > [2] 2073

Sonst. > [1] 255, 258, 260

Polenz, Ruprecht

MdB 13.–14. WP (CDU)

Polkehn, Walter († 16. 8. 1985)

MdB 7.–9. WP, 10. WP bis † (SPD)

Pollack, Peter

DDR > [3] 3850, 3861, 3919, 3922

Polte, Wilhelm

MdVk 10. WP bis 24. 8. 1990 (SPD)

Ponto, Jürgen († 30. 7. 1977)

Sonst. > [3] 3655

Popp, Karl-Heinz

MdB 9. WP (FDP)

Sonst. > [3] 3173

Poppe, Gerd

- MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne), 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 FrVst > [1] 794
 MdVsk 10. WP (IFM → Bündnis 90/Grüne)
 DDR > [1] 117 • [2] 1585 • [3] 3793, 3896, 3907, 3918
 Sonst. > [1] 86, 117, 1015 • [2] 1585, 1678, 1886, 1940 • [3] 3721, 3749, 3881

Poppe, Ulrike

- Sonst. > [1] 94 • [3] 3721, 3733, 3885

Porsch, Werner

- MdB 5. WP ab 27. 7. 1967 (FDP)
 Sonst. > [3] 3170

Porten, Josef († 19. 1. 1978)

- MdB 4.–5. WP (CDU)

Porzner, Konrad

- MdB 4. WP ab 21. 5. 1962, 5.–8. WP, 9. WP bis 28. 1. 1981, 10. WP, 11. WP bis 2. 10. 1990 (SPD)
 PStS > [1] 794, 1076
 FrVst > [1] 794, 839, 975–976
 AVst > [1] 794 • [2] 2056, 2071, 2247
 StS > [1] 1104
 Sonst. > [1] 429, 432, 454, 567, 586 • [2] 1981, 2247, 2473, 2929, 2932 • [3] 3631

Poß, Joachim

- MdB 9.–14. WP (SPD)
 FrVst > [1] 794, 999–1000 • [3] N 5.7
 Sonst. > [1] 257, 259, 261, 263–264, 568

Posselt, Bernd

- MdEP ab 19. 7. 1994 (CSU)

Posser, Diether

- AVst > [2] 2452
 Sonst. > [1] 112

Potthast, Gabriele

- MdB 10. WP bis 3. 4. 1985 (GRÜNE)
 FrVst > [1] 652, 795, 968
 Sonst. > [1] 569 • [2] 1818

Pothoff, Erich

- Sonst. > [1] 621

Povel, Bernardus († 21. 10. 1952)

- MdB 1. WP bis † (CDU)

Praetorius, Gisela († 3. 2. 1981)

- MdB 2. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 463

Prangenberg, Heinz-Jürgen

- MdB 8.–9. WP (CDU)

Prassler, Helmut († 30. 3. 1987)

- MdB 5.–6. WP, 7. WP bis 3. 11. 1975 (CDU)
 Sonst. > [1] 428

Preiß, Ludwig († 14. 5. 1996)

- MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4. WP ab 24. 11. 1964, 5.–6. WP (CDU)
 FrVst > [1] 795, 959
 AVst > [2] 2048
 Sonst. > [1] 420, 917–921

Preiß, Manfred

- DDR > [3] 3822, 3855, 3919

Preller, Ludwig († 29. 11. 1974)

- MdB 1. WP ab 16. 3. 1951, 2. WP (SPD)
 Sonst. > [1] 293

Prennel, Carl († 14. 1. 1968)

- MdB 2. WP ab 9. 11. 1955, 3. WP (SPD)

Pretzlaff, Marlies

- MdB 13.–14. WP (CDU)

Preusker, Victor-Emanuel († 13. 5. 1991)

- MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU)
 VPräs > [1] 795, 871, 874, 935 • [2] 1699, 1740 • [3] 3642–3643
 BMin > [1] 795, 935, 1033, 1096, 1125, 1160, 1174 • [3] 3640
 MdEP 16. 7. 1952–1. 7. 1954 (FDP)
 Sonst. > [1] 109, 417, 917–921, 935, 985, 1125, 1160 • [2] 1793

Priebe, Moritz-Ernst († 26. 1. 1990)

- MdB 1.–4. WP (SPD)

Priebus, Rosemarie

- MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)
 MdVsk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [2] 1585, 1906, 1916

Priemer, Rolf-Jürgen

- Sonst. > [1] 98

Priesnitz, Walter

- StS > [1] 1072–1073, 1100 • [2] 1505

Priester, Heinz

- Sonst. > [1] 93

Hinweis

Die hier verwendeten Abkürzungen der Parteien und Fraktionen sind im anschließenden Sachregister zu finden.

Probst, Albert

MdB 6.–13. WP (CSU)
 PStS > [1] 795, **1102–1103**
 AVst > [1] 795 • [2] 2061, 2064, 2067, 2818
 Bibl. > [1] 509
 Sonst. > [1] 254, 256, 258, 260, 262, 264, 587

Probst, Maria († 1. 5. 1967)

MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (CSU)
 VPräs > [1] 408, 648, 650, 795, **872**, 950 • [2] 1700,
 2016 • [3] 3612, 3614, 3647–3648
 FrVst > [1] 950
 AVst > [1] 649, 795 • [2] 2048, 2052, 2190 • [3]
 3612, 3614
 MdEP 27. 2. 1958–21. 12. 1965 (CSU)
 Sonst. > [1] 243, 245–246, 248, 408 • [3] 2991

Probst, Simone

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 PStS > [3] N 6.3
 FrVst > [1] 656, 795, 839, 945
 Sonst. > [1] 570

Probst (Freiburg), Wilhelm († 22. 1. 1979)

MdB 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9.
 1960 → CDU/CSU)
 Sonst. > [1] 920–921

Prochazka, Herbert

MdB 5. WP, 6. WP ab 18. 9. 1972 (CSU)
 Sonst. > [1] 111

Protzner, Bernd

MdB 12.–14. WP (CSU)
 FrVst > [3] N 5.7
 Sonst. > [1] 262 • [2] 1615

Pünder, Hermann († 3. 10. 1976)

MdB 1.–2. WP (CDU)
 AVst > [1] 795 • [2] 2037, 2040
 MdEP 16. 7. 1952–1. 7. 1956 (CDU)
 Eur. > [3] 3547
 Sonst. > [1] 411, 462

Pürsten, Albert

MdEP 17. 7. 1979–10. 6. 1980 (CDU)

Pütz, Severin Fritz († 16. 11. 1988)

MdB 3. WP (SPD)

Pützhofen, Dieter

MdB 12.–14. WP (CDU)
 AVst > [2] 2079
 Sonst. > [2] 1883

Purps, Rudolf

MdB 9.–13. WP (SPD)
 AVst > [2] 2076, 2079
 Sonst. > [2] 1817, 2920

Pusch, Rudolf

Sonst. > [1] 103

Pusch, Werner († 16. 9. 1988)

MdB 2.–3. WP (SPD)

Putzig, Paul († 12. 7. 1975)

MdB 2. WP ab 13. 2. 1954 (SPD)

Q*Qualen, Hans-Hellmuth*

StS > [1] 1080

Quien, Hermann

MdVk 10. WP (SPD)

Quilling, Karl

Sonst. > [1] 621

Quisthoudt-Rowohl, Godelieve

MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Quistorp, Eva-Maria

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (GRÜNE)

R*Rabbethge, Renate-Charlotte*

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (CDU)

Rachel, Thomas

MdB 13.–14. WP (CDU)

Radbruch, Gustav († 23. 11. 1949)

Sonst. > [3] 3428

Radcke, Antje

Sonst. > [3] N 5.8

Radecke, Wilhelm († 26. 7. 1978)

Sonst. > [1] 110

Rademacher, Willy Max († 22. 7. 1971)

MdB 1.–4. WP (FDP)
 AVst > [1] 795 • [2] 2039, 2044
 MdEP 29. 11. 1961–21. 12. 1965 (FDP)
 Sonst. > [1] 410

Raestrup, Bernhard († 20. 7. 1959)

MdB 1.–2. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 241, 566

Raffert, Joachim

MdB 5.–6. WP (SPD)
 PStS > [1] 795, **1100**

Rahardt-Vahldieck, Susanne

MdB 12. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1944–1945

Rahn, Wilhelm († 16. 9. 1960)

MdB 1. WP ab 14. 1. 1950 (BP; 8. 9. 1950 → fraktionslos; 17. 10. 1950 → WAV-Gast; 14. 2. 1951 → CDU/CSU)
 Sonst. > [1] 909–910

Raidel, Hans

MdB 12.–14. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 262, 264

Rainer, Alois

MdB 5.–9. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 248–249, 251, 254, 256, 633

Rainer, Gerda

siehe Hasselfeldt, Gerda

Raiser, Thomas

Sonst. > [2] 2472

Ramminger, August († 29. 11. 1975)

MdB 4. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 246

Ramms, Egon Wilhelm Theodor († 6. 2. 1993)

MdB 3.–5. WP (FDP)
 Sonst. > [1] 464

Ramsauer, Peter

MdB 12.–14. WP (CSU)
 FrVst > [3] N 5.7
 Sonst. > [1] 262, 264 • [2] 1883, 1935

Randzio-Plath, Christa

MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Ranke-Heinemann, Uta

Sonst. > [3] N 26

Ranker, Fred

MdB 10. WP ab 11. 4. 1985 (SPD)

Rapkay, Bernhard

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Rapp (Göppingen), **Heinz**

MdB 7.–10. WP (SPD)
 Bibl. > [1] 509
 Sonst. > [2] 1805

Rappe (Hildesheim), **Hermann**

MdB 7.–13. WP (SPD)
 AVst > [1] 796 • [2] 2063, 2066
 Bibl. > [1] 509
 Sonst. > [1] 587 • [2] 1826

Rasch, Hugo († 15. 9. 1960)

MdB 2. WP, 3. WP bis † (SPD)

Rasner, Will († 15. 10. 1971)

MdB 2.–5. WP, 6. WP bis † (CDU)
 FrVst > [1] 410, 796, 837–838, 874, 948–951
 Bibl. > [1] 509
 Sonst. > [1] 241, 410

Rath, Eva

Sonst. > [1] 106–107

Rath, Wilhelm († 31. 5. 1967)

MdB 1. WP (FDP)

Rathenau, Walther († 24. 6. 1922)

Sonst. > [1] 598–599

Rattenhuber, Ernst († 16. 11. 1951)

Sonst. > [1] 621

Ratzel, Ludwig († 6. 2. 1996)

MdB 2. WP ab 15. 9. 1955, 3. WP bis 21. 6. 1960 (SPD)
 AVst > [2] 2045
 MdEP 27. 2. 1958–6. 11. 1959 (SPD)
 Sonst. > [1] 424

Rau, Friedrich

MdB 5. WP (SPD)

Rau, Johannes

BPräs > [3] N 26
 BRPräs > [2] 2018 • [3] 3193
 MPräs > [1] 1455, 1457, 1459, 1461 • [2] 2452
 AVst > [2] 2452
 Sonst. > [1] 149, 1028, 1121 • [2] 2772 • [3] 3189, N 26

Rau, Rolf

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
 MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [2] 1585, 1881, 1899, 1915

Rauber, Helmut

MdB 13.–14. WP (CDU)

Rauber, Klaus

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
 MdVkl 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [2] 1585, 1879 • [3] 3178

Rauen, Peter [Harald]

MdB 11.–14. WP (CDU)
 AVst > [2] 2079
 Sonst. > [1] 260–261, 263

Rauhaus, Hans († 28. 1. 1998)

MdB 4. WP (CDU)

Rauls, Wolfgang

Sonst. > [3] 3795, 3886

Ravens, Karl

MdB 4.–7. WP, 8. WP bis 15. 6. 1978 (SPD)
 BMin > [1] 796, 1047, 1049, 1096, 1115, 1217 • [3] 3655
 PStS > [1] 796, 884, 1064, 1096, 1115
 Sonst. > [1] 429

Rawe, Wilhelm

MdB 5.–12. WP (CDU)
 PStS > [1] 796, 1092, 1094, 1095
 FrVst > [1] 796, 951–954
 AVst > [1] 796 • [2] 2192
 Sonst. > [1] 247, 249, 255, 257, 260–261, 586–587, 1258 • [2] 1932, 1942, 1949, 2912–2914 • [3] 3293

Rayer, Wolfgang († 27. 5. 1996)

MdB 9. WP (SPD)
 Sonst. > [1] 568

Reagan, Ronald

Sonst. > [1] 1201 • [2] 1672, 1757, 2719 • [3] 3658

Reber, Stephan

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Rechenberg, Hans Albrecht Freiherr von

(† 19. 1. 1953)

MdB 1. WP bis † (FDP)
 Sonst. > [1] 404

Recktenwald, Rudolf

MdB 3. WP ab 11. 8. 1959 bis 20. 10. 1959 (SPD)

Reddemann, Gerhard

MdB 6.–12. WP (CDU)
 FrVst > [1] 796, 952
 AVst > [1] 796 • [2] 1494, 2061, 2070
 Eur > [3] 3546–3549
 Sonst. > [1] 262, 587 • [2] 1592, 1594, 1897, 2925

Redeker, Konrad

Sonst. > [2] 2473

Reents, Jürgen

MdB 10. WP bis 19. 3. 1985 (GRÜNE)
 Bibl. > [1] 510
 Sonst. > [2] 1756, 1817, 1991

Reetz, Christa

MdB 10. WP bis 16. 4. 1985 (GRÜNE)
 Sonst. > [1] 875–876 • [2] 1761, 1818

Regensburger, Otto

MdB 8.–13. WP (CSU)
 FrVst > [1] 983
 Sonst. > [1] 259 • [2] 1875 • [3] 3153

Regling, Karl

MdB 2.–5. WP (SPD)

Rehbock-Zureich, Karin

MdB 13.–14. WP (SPD)

Rehder, Klaus

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Rehlen, Wiltrud († 8. 5. 1984)

MdB 7. WP ab 14. 11. 1974 (SPD)

Rehling, Luise († 29. 5. 1964)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
 FrVst > [1] 650, 796, 949

Rehlinger, Ludwig A.

StS > [1] 1099–1100

Rehm, Georg-Wilhelm

StS > [1] 1094

Rehm, Stefanie

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
 MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [1] 457 • [2] 1585

Rehs, Reinhold († 4. 12. 1971)

MdB 2.–4. WP (SPD), 5. WP (SPD; 13. 5. 1969 → CDU/CSU)
 FrVst > [1] 796, 996
 AVst > [1] 796 • [2] 2049, 2052, 2055, 2190
 Sonst. > [1] 410, 922, 1177, 1256 • [3] 3650

Reich, Jens

MdVk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)
 DDR > [2] 1587 • [3] 3907
 Sonst. > [1] 123 • [3] 3189, 3732–3733, 3885

Reichard (Dresden), Christa

MdB 13.–14. WP (CDU)

Reichardt (Mannheim), Klaus Dieter

MdB 13. WP (CDU)
 Sonst. > [3] 3156

Reiche, Katherina

MdB 14. WP (CDU)

Reiche, Klaus

MdVk 10. WP ab ... (SPD)

Reiche, Steffen

MdVk 10. WP (SPD)

Reichelt, Bernd

MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

Reichelt, Hans

DDR > [2] 1496, 1512 • [3] 3918

Reichenbach, Jürgen

Sonst. > [1] 84

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Reichenbach, Klaus

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1586 • [3] 3903, 3919

Sonst. > [2] 1586, 1899

Reichhardt, Gerhard († 18. 4. 1969)

MdB 4. WP ab 5. 10. 1964 (SPD)

Reichmann, Martin

MdB 4.–5. WP (FDP)

Reichold, Heinrich († 2. 10. 1979)

MdB 8. WP ab 4. 12. 1978 bis † (CSU)

Reichstein, Willy († 22. 8. 1978)

MdB 2. WP (GB/BHE)

FrVst > [1] 797, 966

Reider, Sybille

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > [3] 3919

Reif, Hans († 11. 11. 1984)

MdB 1.–2. WP (FDP)

FrVst > [1] 864

MdPR > [1] 613, 617

Bibl. > [1] 510

Sonst. > [1] 414, 462 • [2] 2906

Reigrotzki, Erich († 11. 1. 1995)

Sonst. > [3] 3125

Reimann, Kay

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Reimann, Manfred

MdB 10.–12. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1896, 2925, 2930

Reimann, Max († 18. 1. 1977)

MdB 1. WP (KPD)

FrVst > [1] 797, 863, 970, 987

MdPR > [1] 613, 617, 625

Sonst. > [1] 98, 118, 411, 462, 617, 987, 1174 • [2] 1989, 2889

Reimers, Stephan

MdB 8. WP (CDU)

Bibl. > [1] 510

Sonst. > [1] 465

Reinartz, Bertold Mathias

MdB 12.–13. WP (CDU)

AVst > [2] 2075, 2078, 2202

Reindl, Otto († 1. 9. 1994)

MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB; 9. 12. 1952 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)

FrVst > [1] 797, 979

Sonst. > [1] 419, 911, 913–914

Reinert, Egon († 23. 4. 1959)

MPräs > [1] 406, 1447

Sonst. > [1] 406

Reinhard, Carl († 13. 2. 1992)

MdB 3.–6. WP (CDU)

Reinhardt, Erika

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1950

Reinholz, Hermann Alexander († 7. 10. 1967)

MdB 5. WP ab 24. 7. 1967 bis † (CDU)

Reischl, Gerhard († 16. 4. 1998)

MdB 4.–6. WP (SPD)

PStS > [1] 797, 1075

AVst > [2] 2054

MdEP 13. 10. 1971–14. 2. 1973 (SPD)

Sonst. > [3] N 2.7

Reiser, Hermann P.

MdB 7. WP (SPD)

Reismann, Bernhard († 13. 1. 1982)

MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU)

FrVst > [1] 797, 960

AVst > [2] 2189

Sonst. > [1] 413, 462, 911, 1174 • [2] 1794, 1978, 2904

Reiter, Heinrich

Sonst. > [3] 3203

Reith, Eckhard

MdB 3. WP (CDU)

Reitz, Wilhelm († 25. 7. 1980)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Reitzner, Richard († 11. 5. 1962)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)

FrVst > [1] 407, 797, 996

AVst > [2] 2038, 2045

Sonst. > [1] 407, 1247

Remmele, Adam († 9. 9. 1951)

Sonst. > [1] 621

Rempe, Walter († 22. 4. 1993)

MdB 12. WP bis † (SPD)

Renesse, Margot von

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [2] 2265

Sonst. > [2] 1912

Hinweis

Das vorliegende Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages ist auf dem Stand vom 30. April 1999.

Renger, Annemarie

- MdB 2.–11. WP (SPD)
 BTPräs > [1] 648, 650, 797, 866, 869, 887–888, 975 •
 [2] 1492, 1694, 1701, 1747, 2013, 2017, 2062,
 2915–2916, 2947 • [3] 3188, 3192, 3199–3200,
 3299, 3348, 3653
 VPräs > [1] 651–653, 797, 872–873, 875–876, 888–
 890, 975–977 • [2] 1493, 1499, 1507, 1530,
 1562, 1702–1704, 1754, 1761, 1983, 2929, 2933,
 2947 • [3] 3306, 3387, 3655, 3657, 3660, 3663,
 3882
 FrVst > [1] 648, 650, 797, 975–977
 AVst > [1] 887–890 • [2] 2062, 2065 • [3] 3306
 Bibl. > [1] 510–511
 Sonst. > [1] 569, 585–586, 642 • [2] 1817, 2917 • [3]
 3188, 3632

Rennebach, Renate

- MdB 12.–14. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1896, 1900

Renner, Heinz († 11. 1. 1964)

- MdB 1. WP (KPD)
 FrVst > [1] 797, 970
 MdPR > [1] 613, 617
 Sonst. > [1] 407 • [2] 1792, 1797, 1979, 1990, 2890–
 2891, 2904

Rentrop, Friedhelm

- MdB 9. WP (FDP)
 AVst > [1] 797 • [2] 2065
 Sonst. > [2] 2484 • [3] 3081

Repnik, Hans-Peter

- MdB 9.–14. WP (CDU)
 PStS > [1] 797, 1104
 FrVst > [1] 797, 958 • [3] N 5.7
 Sonst. > [1] 258, 1187

Reschke, Otto

- MdB 9.–13. WP (SPD)
 AVst > [2] 2077, 2080
 Sonst. > [1] 257, 259, 261, 264 • [2] 1843

Reuss, Georg

- Sonst. > [2] 2473

Reuschenbach, Peter W.

- MdB 7.–12. WP (SPD)
 AVst > [2] 2063, 2066, 2069, 2072, 2076
 Sonst. > [1] 252, 255, 257, 259, 261–262, 1184 • [2]
 1826, 1912

Reuter, Bernd

- MdB 9.–14. WP (SPD)
 FrVst > [1] 798, 1000
 AVst > [2] 2075
 Sonst. > [2] 1856, 1943 • [3] 3153–3156

Reuter, Ernst († 29. 9. 1953)

- MPräs > [1] 405, 1440, 1442, 1444
 MdPR > [1] 622
 Sonst. > [1] 405, 1440, 1442 • [3] 3343

Reuter, Georg († 28. 1. 1969)

- Sonst. > [1] 621

Revenstorff, Hans († 8. 8. 1978)

- MdB 1. WP (FDP)

Rexrodt, Günter

- MdB 13.–14. WP (FDP)
 BMin > [1] 798, 1057, 1059, 1079–1080, 1149, 1187,
 1207–1209, 1264 • [2] 2736 • [3] 3619, 3672,
 N 6.11

Ribbeheger, Gerhard

- MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU)
 Sonst. > [1] 103, 566, 911, 1174

Richarts, Hans († 12. 6. 1979)

- MdB 2.–4. WP, 5. WP bis 16. 9. 1969, 6. WP (CDU)
 MdEP 27. 2. 1958–14. 2. 1973 (CDU)
 Sonst. > [1] 242, 244, 246–247, 249

Richter, Bernd

- Sonst. > [1] 124

Richter ([^]Weimar), **Edelbert**

- MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 13.–14. WP (SPD)
 MdVrk 10. WP (SPD)
 DDR > [2] 1586 • [3] 3913
 Sonst. > [2] 1586

Richter (Niedersachsen), **Franz** (alias **Rössler, Fritz**)
(† 11. 10. 1987)

- MdB 1. WP bis 21. 2. 1952 (DRP/NR; 6. 9. 1950 →
 fraktionslos; 13. 12. 1950 → WAV-Gast; 17. 1.
 1951 → WAV; 26. 9. 1951 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 100, 909–910, 1011, 1174 • [2] 1978,
 1990 • [3] 3637

Richter, Herbert

- MdVrk 10. WP (PDS)

Richter, Joachim

- MdVrk 10. WP (SPD)

Richter, Klaus

- MdB 5.–7. WP (SPD)
 Eur > [3] 3546–3547

Richter (Bremerhaven), **Manfred**

- MdB 11.–12. WP (FDP)
 FrVst > [1] 798, 965
 Sonst. > [2] 1839, 1849, 1861, 1944, 2933 • [3] 3391

Richter, Marlene

- Sonst. > [1] 107

Richter, Roland

- MdB 13. WP (CDU)

Richter (Frankfurt), **Willi** († 27. 11. 1972)

- MdB 1.–2. WP (SPD)
 AVst > [1] 798 • [2] 2037, 2044
 Sonst. > [1] 410, 617, 623 • [2] 1793, 2771

Richwien, Roland

MdB 13. WP bis 4. 11. 1997 (CDU)

Riebensahm, Dietrich

MdB 9. WP ab 13. 12. 1982 (FDP)

Sonst. > [1] 926

Riede (Oeffingen), Paula

MdB 7. WP, 8. WP ab 9. 5. 1977 (CDU)

Sonst. > [3] 3153

Riedel (Frankfurt), Clemens

MdB 3.–6. WP (CDU)

MdEP 9. 12. 1965–14. 2. 1973 (CDU)

Sonst. > [2] 1803

Riedel-Martiny, Anke

siehe Martiny-Glotz, Anke

Rieder, Norbert

MdB 12.–13. WP (CDU)

Riederer von Paar, Freiherr Max († 4. 1. 1964)

MdB 2. WP (CSU)

Riedl (München), Erich

MdB 6.–13. WP (CSU)

PStS > [1] 798, 1079, 1254 • [2] 1518, 2901

AVst > [2] 2065, 2069

Sonst. > [1] 587 • [2] 1806, 1825, 1828–1829, 1888, 1936

Riege, Gerhard († 15. 2. 1992)

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP bis † (PDS/LL)

FrVst > [1] 418, 798, 980, 1005 • [2] 1598

MdVsk 10. WP (PDS)

Bibl. > [1] 511

Sonst. > [1] 418, 1187 • [2] 1586, 1591 • [3] 3819

Riegel (Göppingen), Karl

MdB 4.–5. WP (SPD)

Rieger, Helmut Martin

MdEP 13. 11. 1980–23. 7. 1984 (SPD)

Rieger (Köln), Walter († 1. 8. 1989)

MdB 4. WP (FDP)

Riegert, Klaus

MdB 12. WP ab 10. 6. 1992, 13.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1891, 1903

Riemeck, Renate

Sonst. > [1] 97

Riemer, Horst-Ludwig

MdB 9. WP (FDP)

Riesenhuber, Heinz

MdB 8.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 798, 843, 1052–1053, 1055, 1058, 1102–1103, 1159, 1220 • [2] 2826 • [3] 3672

FrVst > [1] 798, 992

Sonst. > [2] 2255, 2257, 2818

Riester, Walter

BMin > [3] N 6.2, N 6.3, N 6.8, N 12.2

Sonst. > [3] N 12.2

Rimmelspacher, Hugo († 6. 11. 1986)

MdB 3. WP ab 27. 6. 1960 (SPD)

Rind, Hermann

MdB 11.–12. WP (FDP)

FrVst > [1] 798, 965

AVst > [1] 798 • [2] 2075

Sonst. > [2] 1839

Rinderspacher, Fritz († 8. 7. 1998)

MdB 4.–6. WP (SPD)

Ringkamp, Werner

MdB 12. WP ab 1. 6. 1992 (CDU)

Ringleb, Ortwin

MdVsk 10. WP ab 24. 8. 1990 (SPD)

Ringstorff, Harald

MPräs > [3] N 6.21

MdVsk 10. WP (SPD)

Rink, Roberto

Sonst. > [1] 102

Rinke, Walter († 21. 5. 1983)

MdB 2. WP (CSU)

Rinsche, Günter

MdB 5.–6. WP (CDU)

AVst > [2] 2058

MdEP ab 17. 7. 1979 (CDU)

Rinser, Luise

Sonst. > [3] 3188

Ripken, Georg († 26. 10. 1962)

MdB 3. WP ab 10. 3. 1958 (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU)

StS > [1] 1105

Sonst. > [1] 407, 920–921

Rippert, Ulrich

Sonst. > [1] 89

Ripsam, Josef

Sonst. > [1] 92

Rische, Friedrich

MdB 1. WP (KPD)

Sonst. > [1] 618, 622 • [2] 1990

Ritgen, Gerd († 7. 7. 1998)

MdB 5.–7. WP (CDU)

Sonst. > [1] 249

Ritter, Gerhard

Sonst. > [2] 2011

Ritter, Hans-Joachim

Sonst. > [1] 124

Ritz, Burkhard

MdB 5.–8. WP, 9. WP bis 2. 12. 1980 (CDU)
 FrVst > [1] 798, 952–953
 Sonst. > [1] 247, 249, 251, 253, 429 • [3] 3626

Ritzel, Heinrich Georg († 19. 6. 1971)

MdB 1.–4. WP (SPD)
 AVst > [1] 799 • [2] 2035, 2041, 2046, 2049, 2895
 Bibl. > [1] 511
 Sonst. > [1] 410, 613 • [2] 1978, 2903–2905, 2907–2908, 2910, 2947

Rixe, Günter

MdB 11.–13. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1947

Robbe, Reinhold

MdB 13.–14. WP (SPD)

Robertson, Brian

Sonst. > [3] 3633

Rochlitz, Jürgen

MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 AVst > [2] 2080

Rock, Edelhard († 7. 3. 1985)

MdB 5.–6. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1803

Rock, Helga

(bis Mai 1988 Brahmst-Rock, Helga)
 MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
 BÜNDNIS 90)

Rode (Wietzen), Helmut

MdB 10. WP, 12. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1821, 1903, 1935

Rodiek, Ernst († 20. 12. 1980)

MdB 3. WP ab 15. 7. 1960 (SPD)

Röder, Franz Josef († 26. 6. 1979)

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (CDU)
 BRPräs > [3] 3190, 3192
 MPräs > [1] 412, 858, 1447, 1449, 1451, 1453
 Sonst. > [1] 412, 463

Röhl, Klaus

MdB 12.–13. WP (FDP)
 AVst > [2] 1599, 2076
 Sonst. > [2] 1895

Röhlig, Siegfried

MdB 7. WP ab 19. 3. 1975 (SPD)

Röhm, Ernst († 1. 7. 1934)

Sonst. > [1] 601–602, 604

Röhner, Paul

MdB 5.–8. WP, 9. WP bis 11. 5. 1982 (CSU)
 FrVst > [1] 799, 952–954, 982
 AVst > [2] 2057, 2060
 Bibl. > [1] 511
 Sonst. > [1] 248–249, 251, 254, 256, 430

Roemheld, Lutz

Sonst. > [1] 105

Rönneburg, Heinrich († 1. 9. 1949)

MdPR > [1] 622, 625

Rönsch (Wiesbaden), Hannelore

MdB 10.–14. WP (CDU)
 BMin > [1] 654, 799, 1057, 1089, 1155, 1186
 FrVst > [1] 655, 799, 948 • [3] N 5.7
 Sonst. > [1] 1188 • [2] 1859, 1879

Roesch, Carl († 23. 12. 1984)

MdB 4. WP (SPD)

Rösch, Julie († 13. 5. 1984)

MdB 1.–3. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 2905–2908

Rösch, Klaus

MdB 9. WP (FDP)

Rösing, Josef († 7. 6. 1983)

MdB 2. WP ab 14. 1. 1954 (fraktionslos [Z]; 25. 6. 1954 → CDU/CSU-Gast; 6. 6. 1955 → CDU/CSU), 3. WP, 4. WP ab 30. 6. 1965, 5.–6. WP (CDU)
 FrVst > [1] 799, 948–951
 Sonst. > [1] 414, 915, 1012

Roeskens, Heribert

Sonst. > [2] 2947

Rösler, Johannes Baptist

MdB 5. WP ab 24. 9. 1969 (CDU)

Röspel, René

MdB 14. WP (SPD)

Rössel, Uwe-Jens

MdB 13.–14. WP (PDS)
 Sonst. > [1] 1187

Rössler, Fritz

siehe Richter, Franz

Röstel, Gunda

Sonst. > [1] 87 • [3] N 5.8

Röttgen, Norbert

MdB 13.–14. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 570

Rogalla, Dieter

MdEP 30. 9. 1981–19. 7. 1994 (SPD)
 Eur > [3] 3593

Rohde (Hannover), **Helmut**

MdB 3.–10. WP (SPD)
 BMin > [1] 799, 1047, 1049, 1101, 1115, 1180, 1217 • [3] 3655
 PStS > [1] 799, 1083, 1115
 FrVst > [1] 799, 975–976
 MdEP 22. 1. 1964–21. 12. 1965 (SPD)
 Sonst. > [1] 250, 252, 585–586, 1182

Rohmann, Eva

DDR > [3] 3781

Sonst. > [3] 3758

Rohr, Hans-Jürgen

StS > [1] 1081–1082

Rohrer, Berndt W.

Sonst. > [3] 3362

Rohwedder, Detlev Karsten († 1. 4. 1991)

StS > [1] 1078–1079

Sonst. > [3] 3873

Roitzsch ([^]Quickborn), **Ingrid**

MdB 9.–12. WP (CDU)

PStS > [1] 654, 799, **1087**

FrVst > [1] 653–654, 799, 956–957 • [2] 2248

AVst > [1] 890–891

Sonst. > [2] 1982, 2926

Rollmann, Dietrich-Wilhelm

MdB 3. WP ab 7. 3. 1960, 4.–7. WP (CDU)

AVst > [2] 2061

Bibl. > [1] 511 • [3] 3439

Sonst. > [1] 52, 567

Romberg, Walter

MdVsk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1536–1537 • [3] 3667, 3793, 3800, 3808,
3825–3826, 3828, 3857, 3861, 3896, 3918–3919,
3922**Romer, Franz**

MdB 12. WP, 13. WP ab 1. 2. 1996, 14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1891 • [3] 3156

Rommerskirchen, Josef

MdB 3. WP ab 12. 12. 1960, 4.–7. WP (CDU)

Sonst. > [1] 245, 247 • [3] 3169, 3171

Ronneburger, Uwe

MdB 7. WP bis 12. 6. 1975, 9.–11. WP (FDP)

FrVst > [1] 799, 963–964 • [2] 1676

AVst > [1] 799 • [2] 1493, 1542, 2067, 2072

Sonst. > [1] 428, 569, 1179, 1184 • [2] 1494, 1676,
2745 • [3] 3173–3174**Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm**

MdB 13.–14. WP (CDU)

Roos, Gudrun

MdB 14. WP ab 29. 3. 1999 (SPD)

Rose, Klaus

MdB 8. WP ab 24. 3. 1977, 9.–14. WP (CSU)

PStS > [1] 799, **1087**

AVst > [1] 799 • [2] 2072, 2076, 2079 • [3] N 9.2

Bibl. > [1] 511–512

Sonst. > [1] 256, 258, 260, 262, 264 • [2] 1831, 1883 •
[3] 3178*Rosenberg, Helga*

Sonst. > [1] 98

Rosenberg, Ludwig († 23. 10. 1977)

AVst > [1] 888

Sonst. > [3] 3200

Rosenthal, Philip

MdB 6.–9. WP (SPD)

PStS > [1] 799, **1078**

Sonst. > [1] 252, 1236 • [2] 1815

Roser, Hans

MdB 6.–7. WP (CSU)

Bibl. > [1] 512

Roske, NorbertMdB 11. WP ab 22. 6. 1990 (GRÜNE; 4. 10. 1990 →
GRÜNE/BÜNDNIS 90)**Ross, Kurt**MdB 4. WP ab 18. 8. 1964, 5. WP ab 21. 9. 1966,
6. WP (SPD)*Rosshaupter, Albert* († 14. 12. 1949)

MdPR > [1] 622

Rossig, Johannes

Sonst. > [3] 3345

Rossmann, Kurt J.

MdB 9.–14. WP (CSU)

FrVst > [1] 983

AVst > [1] 799 • [2] 2079

Sonst. > [1] 256, 259, 261–262, 264 • [2] 1860, 1863,
1869, 1876, 1883, 1888, 1891, 1936**Rossmann, Ernst Dieter**

MdB 14. WP (SPD)

Rossov, Walter

Sonst. > [3] 3303–3304, 3308

Rost (Berlin), **Gabriele**

MdB 11. WP ab 26. 9. 1989 bis 16. 2. 1990 (CDU)

Sonst. > [1] 432

Roth (Gießen), **Adolf**

MdB 10.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 800, 994–995

AVst > [3] N 9.2

Roth (Speyer), **Birgit**

MdB 14. WP (SPD)

Roth (Augsburg), **Claudia**

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

AVst > [3] N 9.2

MdEP 25. 7. 1989–26. 10. 1998 (GRÜNE)

Eur > [3] 3591

Sonst. > [2] 2477

Roth, Ernst († 14. 5. 1951)

MdB 1. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 294, 613

Roth (Heringen), Michael

MdB 14. WP (SPD)

Roth, Wolfgang

MdB 8.–11. WP, 12. WP bis 2. 9. 1993 (SPD)

FrVst > [1] 800, 976–978, 998–999

Sonst. > [1] 433, 1182–1186 • [2] 1830

Roth-Behrendt, Dagmar

MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Rothe, Mechthild

MdEP ab 24. 7. 1984 (SPD)

Rother, Heinz

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)

MdVst 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1586

Rothley, Willi

MdEP ab 24. 7. 1984 (SPD)

Royeck, Henry

Sonst. > [1] 95

Ruban, Ernst

Sonst. > [1] 105

Ruck, Christian

MdB 12.–14. WP (CSU)

Ruden, Gerhard

Sonst. > [1] 117

Rudoll, Margarete († 15. 9. 1979)

MdB 2.–5. WP (SPD)

Rudolph, Christine

MdVst 10. WP (SPD)

Rudolph, Thomas

Sonst. > [1] 117 • [3] 3749

Rudorf, Dieter

MdVst 10. WP (SPD)

DDR > [3] 3921

Rübenkönig, Gerhard

MdB 13.–14. WP (SPD)

Rüdel (Kiel), Hans-Carl († 27. 6. 1976)

MdB 3. WP (CDU)

Rüdiger, Karl († 20. 2. 1951)

MdB 1. WP bis † (FDP)

Sonst. > [1] 293, 1174

Rühe, Volker

MdB 8.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 800, 1057, 1059, 1087 • [2] 1666 • [3] 3177–3178, 3671, N 12.2

FrVst > [1] 800, 954–956 • [3] N 5.7

Sonst. > [1] 465, 1184–1186 • [2] 1527, 1605

Rühl, Lothar

StS > [1] 1086–1087

Rühle, Heide

Sonst. > [1] 116, 987

Rühmkorf, Eva

Sonst. > [2] 2772

Rümmele, Oskar († 29. 6. 1975)

MdB 1.–2. WP (CDU)

AVst > [1] 800 • [2] 2039, 2044

Sonst. > [1] 242

Rüstow, Alexander († 30. 6. 1963)

Sonst. > [1] 50

Rüttgers, Jürgen

MdB 11.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 800, 1059, 1102, 1187

FrVst > [1] 800, 956–957 • [3] N 5.7

AVst > [1] 800, 890–891 • [2] 2263, 2824

Bibl. > [1] 512

Sonst. > [2] 1891, 1920, 1925, 2826, 2919, 2932 • [3] 3631

Ruf, Rudolf

MdB 9.–11. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1831

Ruf, Sep († 29. 7. 1982)

Sonst. > [3] 3289

Ruf, Thomas († 5. 1. 1996)

MdB 2.–6. WP (CDU)

AVst > [1] 880

Bibl. > [1] 512 • [3] 3440

Sonst. > [1] 420 • [2] 2910

Ruhfus, Jürgen

StS > [1] 1070

Ruhnau, Heinz

StS > [1] 1093–1094

Ruhnke, Heinrich-Wilhelm († 21. 3. 1963)

MdB 1.–3. WP (SPD)

AVst > [1] 800 • [2] 2045

Ruland, Franz († 28. 9. 1964)

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (fraktionslos [CVP]; 23. 5. 1957 → CDU/CSU-Gast), 3. WP, 4. WP ab 19. 2. 1962 bis † (CDU)

Sonst. > [1] 93, 463–464, 919, 1012

Rumpf, Wolfgang

MdB 9.–10. WP, 11. WP bis 6. 8. 1987 (FDP)

Sonst. > [1] 431 • [2] 1676, 1829

Runde, Ortwin

MPräs > [3] N 6.21

Runge, Hermann († 3. 6. 1975)

MdB 1.–2. WP (SPD)

MdPR > [1] 613, 618

Rupprecht, Fritz

Sonst. > [1] 621

Rupprecht, Marlene

MdB 13. WP ab 25. 9. 1996, 14. WP (SPD)

Rusche, Herbert

MdB 10. WP ab 4. 10. 1985 (GRÜNE)

Bibl. > [1] 512

Sonst. > [2] 1827

Russe ([^]Bochum), **Hermann Josef**

MdB 5.–8. WP (CDU)

Rust, Bärbel

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)

FrVst > [1] 653, 800, 839, 969, 987

Sonst. > [1] 569, 1185 • [2] 2826

Rust, Josef († 5. 7. 1997)

StS > [1] 1085

Rutschke, Wolfgang († 12. 8. 1996)

MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 7. 1. 1971 (FDP)

FrVst > [1] 890, 963

StS > [1] 1071

Sonst. > [1] 420, 427, 1178 • [2] 1798, 2909, 2911 •
[3] 3126

Ryssel, Thomas von

MdVk 10. WP (DFP → Die Liberalen)

DDR > [3] 3912

S

Saam Hermann

MdB 5. WP (FDP)

Sabaß, Wilmar († 15. 4. 1980)

MdB 2. WP (CDU)

MdEP 4. 5. 1955–29. 10. 1957 (CDU)

Sabel, Anton († 5. 1. 1983)

MdB 1. WP, 2. WP bis 16. 9. 1957 (CDU)

AVst > [1] 801 • [2] 2037, 2044

Sonst. > [1] 414, 424 • [2] 2907

Sachs, Hans-Georg († 10. 7. 1975)

StS > [1] 1069

Säckl, Peter

MdB 6. WP ab 10. 11. 1969 (SPD)

Sälzer, Bernhard († 18. 12. 1993)

MdEP 17. 7. 1979 bis † (CDU)

Sänger, Fritz († 30. 7. 1984)

MdB 4.–5. WP (SPD)

Bibl. > [1] 512

Sonst. > [1] 414

Sager, Krista

Sonst. > [1] 87, 985 • [3] N 5.8

Saibold, Hannelore [Halo]

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90), 13. WP (BÜNDNIS 90/
GRÜNE)

AVst > [1] 655, 801 • [2] 2080

Sonst. > [1] 1010 • [2] 1861, 1877, 1879

Sakellariou, Jannis

MdEP ab 24. 7. 1984 (SPD)

Salisch, Heinke

MdEP 17. 7. 1979–31. 1. 1996 (SPD)

Salzwedel, Jürgen

Sonst. > [3] 3317

Samland, Detlev

MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Eur > [3] 3594

Samwer, Adolf Franz († 30. 9. 1958)

MdB 2. WP ab 15. 10. 1953 (GB/BHE; 12. 7. 1955 →
fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/
Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast;
20. 3. 1956 → CDU/CSU)

FrVst > [1] 801, 966

Sonst. > [1] 916

Sander, Engelbert

MdB 6.–7. WP, 8. WP ab 26. 5. 1978, 9.–10. WP
(SPD)

Sonst. > [2] 1817, 1826 • [3] 3632

Sander, Gustav († 29. 11. 1955)

MdB 1. WP (SPD)

Sander, Heinrich († 19. 9. 1982)

MdB 3.–5. WP (FDP)

Sanne, Carl-Werner († 4. 7. 1981)

StS > [1] 1104

Santer, Jacques

Eur > [3] 3563

Sarge, Günter

DDR > [3] 3781, 3784, 3789

Sassnick, Walter († 6. 11. 1955)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)

Sauer (Salzgitter), Helmut

MdB 7.–12. WP (CDU)

Sonst. > [1] 568 • [2] 1854, 1857, 1863, 1869, 1876,
1885, 1888, 1903, 1933, 1941

Sauer (Stuttgart), Roland

MdB 9.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1841

Sauer, Thomas

MdB 14. WP (SPD)

Sauerborn, Maximilian († 17. 5. 1963)

StS > [1] 1083 • [2] 2892

Sauermilch, Walter

MdB 10. WP bis 16. 4. 1985 (GRÜNE)

Sonst. > [2] 1817, 1822

Saurin, Wolfgang

MdB 10. WP ab 19. 4. 1983 (CDU)

Sauter (Ichenhausen), **Alfred**

MdB 9.–10. WP, 11. WP bis 6. 7. 1988 (CSU)

FrVst > [1] 801, 956

Bibl. > [1] 512

Sonst. > [1] 431, 568–569

Sauter (°Epfendorf), **Franz**

MdB 6. WP ab 29. 8. 1972, 7.–11. WP (CDU)

Sonst. > [1] 254, 256, 258, 260 • [2] 1874

Saxowski, Karl-Heinz († 9. 4. 1981)

MdB 4.–8. WP (SPD)

Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Casimir J. Prinz zu

MdEP 19. 7. 1979–1. 1. 1984 (CDU)

Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Botho Prinz zu

MdB 5.–8. WP (CDU)

AVst > [2] 2060

Sonst. > [3] 3629

Sbrzesny, Klaus

Sonst. > [1] 118 • [3] 3791

Schabowski, Günter

DDR > [2] 1507 • [3] 3741, 3744, 3749, 3753–3754

Sonst. > [3] 3778, 3785

Schachtschabel, Hans Georg († 29. 10. 1993)

MdB 6.–9. WP (SPD)

AVst > [2] 2061, 2064

MdEP 20. 2. 1974–18. 9. 1974 (SPD)

Sonst. > [1] 568

Schäfer, Anita

MdB 14. WP (CDU)

Schäfer, Axel

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Schäfer (°Tübingen), **Friedrich** († 31. 8. 1988)

MdB 3.–4. WP, 5. WP bis 14. 2. 1967, 6.–8. WP (SPD)

StS > [1] 55, 426, 1104

FrVst > [1] 801, 974–975

AVst > [1] 801 • [2] 2053, 2056, 2059, 2193, 2252, 2254

Bibl. > [1] 512–514 • [3] 3440

Sonst. > [1] 53, 416, 426, 474, 501, 506, 510, 524, 1179, 1257 • [2] 2245, 2908, 2914, 2917 • [3] 3171

Schäfer, Hans († 6. 5. 1980)

StS > [1] 53, 1071

Sonst. > [2] 2807

Schäfer, Hansjörg

MdB 13.–14. WP (SPD)

Schäfer (Appenweier/Offenburg), **Harald B.**

MdB 7.–11. WP, 12. WP bis 27. 6. 1992 (SPD)

FrVst > [1] 801, 977–978, 998–999

AVst > [1] 801 • [2] 2257

Sonst. > [1] 432, 458, 1184, 1186 • [2] 1810, 1821, 1823, 1827, 1837

Schäfer (Mainz), **Helmut**

MdB 8. WP ab 9. 11. 1977, 9.–13. WP (FDP)

PStS > [1] 801, 1070 • [2] 1677

FrVst > [1] 801, 1002 • [2] 1676

Bibl. > [1] 514

Sonst. > [1] 1184 • [2] 1494, 1676–1677, 1898

Schäfer, Hermann († 26. 5. 1966)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP); 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

VPPräs > [1] 801, 871, 961–962 • [2] 1696–1697, 1978, 1984, 1990, 2891 • [3] 3635, 3638

BMin > [1] 801, 935, 1033, 1106, 1125–1126, 1213 • [3] 3638, 3640–3641

FrVst > [1] 801, 961, 962, 986 • [3] 3068

MdPR > [1] 613, 618, 625

Sonst. > [1] 408, 618, 917–919, 935, 1125, 1174 • [3] 3278

Hinweis

Die Wahlperioden (WP) umfassen folgenden Zeitraum:

1. WP:	7. 9. 1949 – 7. 9. 1953	8. WP:	14. 12. 1976 – 4. 11. 1980
2. WP:	6. 10. 1953 – 6. 10. 1957	9. WP:	4. 11. 1980 – 29. 3. 1983
3. WP:	15. 10. 1957 – 15. 10. 1961	10. WP:	29. 3. 1983 – 18. 2. 1987
4. WP:	17. 10. 1961 – 17. 10. 1965	11. WP:	18. 2. 1987 – 20. 12. 1990
5. WP:	19. 10. 1965 – 19. 10. 1969	12. WP:	20. 12. 1990 – 10. 11. 1994
6. WP:	20. 10. 1969 – 22. 9. 1972	13. WP:	10. 11. 1994 – 20. 10. 1998
7. WP:	13. 12. 1972 – 13. 12. 1976	14. WP:	20. 10. 1998 –*)

*) Das vorliegende **Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages** ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Schäfer, Karl

Sonst. > [1] 100

Schäfer (Saarbrücken), Manfred

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (CDU)

Sonst. > [1] 448, 463

Schäffer, Fritz († 29. 3. 1967)

MdB 1.–3. WP (CSU)

BMin > [1] 801, 858, 883, **1031–1032, 1034, 1073, 1075, 1158, 1190, 1250** • [2] 1476, 2895, 2906

FrVst > [1] 801, 948, 981

MPräs > [1] 858, 1441

Sonst. > [1] 91, 242, 244, 408

Schätz, Hermann

MdB 9. WP (SPD)

Schätze, Michael

MdVvk 10. WP ab 21. 8. 1990 (CDU)

Schätzle, Ortrun

MdB 11. WP ab 25. 8. 1989, 12.–13. WP (CDU)

AVst > [1] 656, 802 • [2] 2269

Sonst. > [1] 1187 • [2] 1923

Schäuble, Wolfgang

MdB 7.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 802, 843, 884, **1053–1056, 1066–1067, 1072, 1107, 1131, 1186, 1201, 1203, 1219–1220, 1263** • [2] 1495, 1507, 1519, 1530, 1536, 1538, 1545, 1548–1550, 1552, 1554, 1557, 1559, 1561, 1601 • [3] 3325, 3351, 3661, 3665, 3668, 3798, 3818, 3829, 3845, 3847, 3856–3857, 3870, 3876

FrVst > [1] 802, 868, 954–955, **957–958, 984, 1121, 1220** • [2] 1615–1617, 1625, 1627 • [3] 3364, 3390–3391, 3661, 3671, N 5.7, N 5.8

AVst > [1] 889

Bibl. > [1] 514

Sonst. > [1] 254, 256, 258, 260–261, 263, 587, 1187 • [2] 1605, 1769, 1981, 2476, 2487, 2489 • [3] 3391, N 5.8, N 26

Schaich-Walch, Gudrun

MdB 12.–14. WP (SPD)

Schalck-Golodkowski, Alexander

DDR > [2] 1508, 2223–2224 • [3] 3670

Sonst. > [2] 1514–1515, 2199 • [3] 3766–3767

Schalfejew, Eduard († Dez. 1962)

StS > [1] 1077

Schall, Wolfgang († 28. 8. 1997)

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)

Schanz, Dieter

MdB 10.–13. WP (SPD)

Sonst. > [1] 259, 261–262, 264

Schanzenbach, Marta († 3. 6. 1997)

MdB 1.–6. WP (SPD)

AVst > [2] 2039, 2043, 2047, 2050, 2054

Schapper, Claus Henning

StS > [3] N 6.3

Scharf, Albert

Sonst. > [3] 3499

Scharf, Eberhard

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1586

Scharnagl, Wilfried

Sonst. > [2] 2211–2213

Scharnberg, Hugo († 30. 4. 1979)

MdB 1.–3. WP (CDU)

AVst > [1] 802 • [2] 2036, 2040, 2044–2045, 2188

Sonst. > [1] 241, 412, 618

Scharnowski, Ernst († 9. 3. 1985)

MdB 3. WP (SPD)

Scharoun, Hans

Sonst. > [3] 3345–3346

Scharping, Rudolf

MdB 13.–14. WP (SPD)

BMin > [3] N 3.25, N 6.2, N 6.3

FrVst > [1] 802, **978, 983, 988, 1121** • [3] 3211, N 5.8

MPräs > [1] 858, 1459 • [3] 3673

Sonst. > [1] 131, 983, 988, 1028, 1121, 1187 • [2] 1620, 2773 • [3] 3676

Scharrenbroich, Heribert

MdB 10. WP ab 19. 6. 1985, 11. WP, 12. WP bis 23. 3. 1994 (CDU)

FrVst > [1] 802, 956–957

StS > [1] 433, 1089

Sonst. > [1] 433, 1186 • [2] 1837, 1841, 1857, 1879, 1891, 1922, 1926–1928 • [3] 3391

Schartz (Trier), Günther

MdB 8.–12. WP (CDU)

Sonst. > [1] 253, 258 • [2] 1848, 1930

Schatz, Josef († 3. 10. 1993)

MdB 1. WP (CSU)

Schauerte, Hartmut

MdB 13.–14. WP (CDU)

Schaumann, Fritz

StS > [1] 1101–1102

Schedl, Albert

MdB 6. WP ab 7. 1. 1971, 7.–8. WP (CSU)

Sonst. > [1] 254

Hinweis

Bei **Namen in Fettdruck** handelt es sich um **Mitglieder des Bundestages**.

Scheel, Christine

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 AVst > ③ N 9.2

Scheel, Walter

MdB 2.–6. WP, 7. WP bis 27. 6. 1974 (FDP)
 BPräs > ① 427, 600–601, 802, 1216, 1228 • ② 2013, 2454 • ③ 3187, 3188, 3192, 3653
 VPräs > ① 802, 872, 963 • ② 1701 • ③ 3648
 BMin > ① 802, 933, 1036, 1038–1039, 1041, 1044, 1046, 1068–1069, 1103, 1146, 1156–1157, 1161, 1178–1179, 1194–1195, 1214–1216, 1227, 1231, 1239 • ③ 3644, 3647, 3653
 FrVst > ① 963
 MdEP 1. 7. 1956–20. 11. 1961 (FDP)
 Eur > ③ 3592
 Bibl. > ① 514
 Sonst. > ① 108, 147, 427, 463, 986, 1161, 1230, 1238 • ② 2013–2014

Scheelen, Bernd

MdB 13.–14. WP (SPD)

Scheer, Hermann

MdB 9.–14. WP (SPD)
 Eur > ③ 3547
 Bibl. > ① 514–515
 Sonst. > ② 1824, 1830, 1868, 1913, 1944

Scheffer, Hans-Heinrich

Sonst. > ① 100

Scheffler, Hermann († 11. 1. 1983)

MdB 7.–8. WP (SPD)

Scheffler, Siegfried

MdB 12.–14. WP (SPD)
 PStS > ③ N 6.3
 Sonst. > ② 1908, 1913

Scheidemann, Philipp († 29. 11. 1939)

Sonst. > ① 597–598

Schell, Manfred

MdB 12. WP ab 22. 7. 1993 (CDU)

Schellenberg, Ernst († 6. 6. 1984)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–7. WP (SPD)
 FrVst > ① 802, 974–975, 996–997
 AVst > ① 802 • ② 2048, 2051, 2055, 2057, 2060
 Sonst. > ① 414, 478, 568, 584, 1176–1179, 1256–1257 • ② 2771

Schellknecht, Helmut († 1. 10. 1994)

BTDDir > ② 2947 • ③ 3428
 Sonst. > ① 478, 510, 528 • ② 2939 • ③ 3427, 3453, 3456

Schelter, Kurt

StS > ① 1072–1073 • ③ 3619

Schemken, Heinz

MdB 10.–14. WP (CDU)
 AVst > ② 2076, 2079
 Sonst. > ② 1831, 1876, 1882–1883, 1937, 1947

Schemmel, Volker

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVkr 10. WP (SPD)
 DDR > ② 1586 • ③ 3904
 Sonst. > ② 1586

Schenk, Christina

MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne; 10. 5. 1994 → fraktionslos), 13.–14. WP (PDS)
 FrVst > ① 654, 656, 803, 979, 1005 • ② 1597–1598, 1678
 Bibl. > ① 515
 Sonst. > ① 134, 929, 1015, 1186–1187 • ② 1613, 1616, 1620, 1678

Schepmann, Heinrich († 28. 9. 1968)

MdB 2.–4. WP (CDU)
 AVst > ① 803 • ② 2048, 2051

Scherf, Henning

MPräs > ① 1460
 Sonst. > ② 2236

Scherhag, Karl-Heinz

MdB 13.–14. WP (CDU)

Scheringer, Johann

MdVkr 10. WP (PDS)

Scherrer, Manfred

MdB 11. WP bis 31. 8. 1990 (SPD)
 Sonst. > ① 432

Scherpenberg, Hilger van († 13. 9. 1969)

StS > ① 1068

Schetter, Martin

MdB 7. WP ab 3. 11. 1975, 8. WP ab 17. 10. 1978 (CDU)

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Scheu, Adolf († 20. 12. 1978)

MdB 6.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 112, 568 • [2] 1807

Scheu, Gerhard

MdB 10.–14. WP (CSU)

FrVst > [1] 803, 958

AVst > [1] 803 • [2] 2200

Sonst. > [1] 259–260, 262, 264 • [2] 1614, 1805, 1836, 1897, 1937

Scheuch, Erwin K.

Sonst. > [1] 51, 53–54

Scheuner, Ulrich († 25. 2. 1981)

Sonst. > [1] 50, 53 • [2] 2471

Scheuren, Josef († 24. 6. 1972)

MdB 2. WP, 3. WP ab 20. 3. 1959, 4. WP (SPD)

Schewardnadse, Eduard

Sonst. > [2] 1556

Schewe-Gerigk, Irmingard

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [2] 1780

Schicke, Dietmar

MdVrk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

DDR > [3] 3905

Schieder, Theodor († 8. 10. 1984)

Sonst. > [2] 2012

Schiedermeier, Edgar

MdEP ab 28. 6. 1993 (CSU)

Schieler, Rudolf

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)

Schierholz, Henning

MdB 10. WP ab 14. 3. 1985 (GRÜNE)

AVst > [1] 803, 841 • [2] 2070

Sonst. > [2] 1825, 1827, 1830–1831, 1833, 2745

Schiffner, Eberhard

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Schild (^ΔDüsseldorf), **Heinrich** († 18. 2. 1978)

MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU)

MdEP 15. 12. 1958–29. 11. 1961 (DP)

Sonst. > [1] 920–921 • [3] 2988

Schild, Horst

MdB 13.–14. WP (SPD)

Schill (^ΔFreiburg), **Lambert** († 13. 12. 1976)

MdB 1.–2. WP (CDU)

Sonst. > [1] 242

Schiller (Bayreuth), Christoph († 4. 11. 1994)

MdB 6. WP (SPD)

Schiller, Karl († 26. 12. 1994)

MdB 5.–6. WP (SPD)

BMin > [1] 803, 1042, 1044, 1078, 1129, 1177–1178, 1194, 1216, 1240 • [3] 3651–3652

FrVst > [1] 803, 974

Sonst. > [1] 147, 250, 420, 451, 1176, 1240 • [2] 1999, 2771

Schilling, Gertrud

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Sonst. > [2] 2931 • [3] 3175

Schily, Otto

MdB 10. WP bis 13. 3. 1986, 11. WP bis 7. 11. 1989 (GRÜNE), 12.–14. WP (SPD)

BMin > [3] N 6.2, N 6.3, N 6.11

FrVst > [1] 803, 968, 978, 987 • [3] 3083

AVst > [1] 803 • [2] 2200

Bibl. > [1] 515

Sonst. > [1] 422, 1184, 1187 • [2] 1605, 1769, 1817, 1819, 1836, 1853, 1886, 1945, 2195, 2247, 2918 • [3] 3082, 3666

Schimschok, Hildegard

MdB 5.–7. WP (SPD)

Schindler, Norbert

MdB 13.–14. WP (CDU)

Schindler, Peter

Sonst. > [3] 3631

Schinzel, Dieter

MdB 7. WP, 8. WP ab 5. 5. 1980 (SPD)

MdEP 17. 7. 1979–19. 7. 1994 (SPD)

Sonst. > [1] 469 • [2] 1807

Schipanski, Dagmar

Sonst. > [3] N 26

Schirmer, Friedel

MdB 6.–9. WP (SPD)

AVst > [2] 2058

Sonst. > [1] 252

Schirmer, Herbert

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3920

Schlack, Peter († 4. 2. 1957)

Sonst. > [1] 620–621

Schlaga, Georg

MdB 6.–10. WP (SPD)

Bibl. > [1] 515

Sonst. > [3] 3171

Schlager, Manfred

MdB 5. WP (CSU)

Schlaich, Jörg

Sonst. > [3] 3315

Schlange-Schöninghen, Hans († 20. 7. 1960)

MdB 1. WP bis 9. 6. 1950 (CDU)

Sonst. > [1] 407, 422, 613, 618 • [3] 3186

Schlatter, Günter

MdB 9.–10. WP (SPD)

Schlauch, Rezzo

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1] 803, 1004 • [3] N 5.7, N 5.8

Schlecht, Otto

StS > [1] 1078–1079

Schlee, Albrecht († 14. 6. 1990)

MdB 3. WP, 4. WP ab 15. 2. 1963, 5.–6. WP (CSU)

AVst > [1] 2058

Sonst. > [3] 2990

Schlee, Dietmar

MdB 13.–14. WP (CDU)

Sonst. > [1] 263

Schlee, Emil

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (REP, später parteilos)

Schlegelberger, Hartwig († 6. 10. 1997)

AVst > [2] 2058

Sonst. > [2] 2058

Schlei, Marie († 21. 5. 1983)

MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 3. 11. 1981 (SPD)

BMin > [1] 648, 651, 803, 1049, 1104, 1115, 1217 • [3] 3655

PStS > [1] 650, 803, 884, 1064, 1115

FrVst > [1] 651, 803, 976, 997

Bibl. > [1] 515

Sonst. > [1] 414, 422

Schleicher, Kurt von († 30. 6. 1934)

Sonst. > [1] 599–603

Schleicher, Ursula

MdB 7.–8. WP (CSU)

AVst > [1] 651, 803 • [2] 2064, 2254–2255

MdEP ab 17. 7. 1979 (CSU)

Eur > [3] 3590

Schleifenbaum, Eckhard († 13. 12. 1981)

MdB 7. WP ab 5. 6. 1975, 8. WP ab 26. 11. 1979 (FDP)

Sonst. > [2] 1809

Schleth, Uwe

Sonst. > [1] 51

Schleyer, Hanns-Martin († 18. 10. 1977)

Sonst. > [1] 601, 1197, 1326 • [2] 2001, 2422 • [3] 3656

Schlichting-von Rönn, Günter († 1. 4. 1976)

MdB 6. WP ab 17. 4. 1972 (CDU)

Schlick, Josef († 16. 2. 1977)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1] 463

Schlierer, Rolf

Sonst. > [1] 129

Schliestedt, Alfred († 22. 4. 1963)

MdB 3. WP ab 29. 9. 1961 (SPD)

Schlör, Kaspar Gottfried († 15. 10. 1964)

MdPR > [1] 622

Schloß, Hanns († 6. 1. 1986)

MdB 2. WP (FDP)

Schloten, Dieter

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [2] 2077 • [3] 3616

Schlottmann, Norbert

MdB 10. WP (CDU)

Sonst. > [3] 3153–3154

Schluckebier, Günter

MdB 7.–13. WP (SPD)

Sonst. > [1] 252, 255, 257, 259, 261–262, 264, 587

Schlüter, Helmut († 7. 4. 1967)

MdB 4. WP ab 11. 9. 1964, 5. WP bis † (SPD)

Schlüter, Klaus

DDR > [3] 3793, 3918

Schmalz, Ulrich

MdB 12.–13. WP (CDU)

Schmalz-Jacobsen, Cornelia

MdB 12.–13. WP (FDP)

Sonst. > [1] 1187 • [2] 1889, 1913

Schmedt (Lengerich), **Helga**

MdB 9. WP, 10. WP ab 1. 9. 1983 (SPD)

Schmid, Albert

StS > [1] 1096–1097 • [3] 3304

Schmid (Tübingen/Frankfurt), **Carlo** († 11. 12. 1979)

MdB 1.–6. WP (SPD)

VPräs > [1] 804, 871–872, 886, 974–975 • [2] 1490, 1700, 1977–1979, 2897 • [3] 3169, 3237, 3429, 3635, 3638, 3642, 3644, 3646–3647, 3650

BMin > [1] 804, 858, 884, 1043, 1105 • [3] 3647

FrVst > [1] 804, 974–975

AVst > [1] 804, 886 • [2] 2035, 2041, 2046, 2049, 2053

MPräs > [1] 858, 1443

MdPR > [1] 613, 618, 625

Eur > [3] 3548

Bibl. > [1] 515–516

Sonst. > [1] 53, 250, 412, 444, 462, 520, 567, 863–864, 1175–1176 • [2] 1997, 2000, 2016, 2298, 2764, 2771, 2903, 2908 • [3] 3186, 3237, 3287, 3444, 3656

Schmid, Gerhard

MdB 11. WP ab 17. 7. 1979 (SPD)

Schmid-Burgk, Klaus († 8. 3. 1984)

MdB 5.–6. WP (CDU)

Sonst. > [1] 465

Schmidbauer, Barbara

MdB 3. 3. 1987 (SPD)

Schmidbauer, Bernd

MdB 10.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 804, 884, 1067, 1095

FrVst > [1] 804, 993

AVst > [1] 804 • [2] 2261

Sonst. > [1] 258 • [2] 1676

Schmidbauer (Nürnberg), Horst

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1913

Schmidhuber, Peter M.

MdB 5. WP, 7. WP, 8. WP bis 6. 12. 1978 (CSU)

AVst > [2] 2074

Bibl. > [1] 516

Sonst. > [1] 429, 454

Schmidt (Wattenscheid), Adolf

MdB 7.–10. WP (SPD)

FrVst > [1] 804, 975

Bibl. > [1] 516

Sonst. > [1] 319

Schmidt (Hitzhofen), Albert

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Schmidt (Mülheim), Andreas

MdB 12.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 804, 958

Schmidt (Dresden), Arno

MdB 12. WP (FDP)

Sonst. > [2] 1938

Schmidt, Christa

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP ab 1. 2. 1994 (CDU)

MdB 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [2] 1586 • [3] 3920

Sonst. > [2] 1586

Schmidt (Fürth), Christian

MdB 12.–14. WP (CSU)

Sonst. > [2] 1927, 1935

Schmidt (Hamburg-Neustadt), Christian

MdB 10. WP ab 22. 3. 1985 (GRÜNE)

FrVst > [1] 804, 968, 987

Sonst. > [1] 116, 987 • [2] 2240

Schmidt (Meschede), Dagmar

MdB 13.–14. WP (SPD)

Schmidt (Krefeld), Ferdinand († 3. 2. 1980)

MdB 6. WP (SPD)

Schmidt (Dresden), Frank

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdB 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1586

Schmidt, Hanno († 20. 11. 1972)

Sonst. > [1] 621

Schmidt (Kempten), Hansheinrich († 12. 3. 1994)

MdB 4.–9. WP (FDP)

FrVst > [1] 804, 963, 1001–1002

Sonst. > [1] 419, 1178, 1181 • [2] 1804, 1810, 2484, 2935 • [3] 3081

Schmidt (Hamburg), Helmut

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 19. 1. 1962, 5.–10. WP (SPD)

BK > [1] 131, 148, 600–602, 804, 843, 1022–1023, 1025–1030, 1045, 1047–1049, 1051, 1120, 1130, 1149, 1153–1155, 1157–1158, 1170, 1180–1182, 1195–1199, 1216–1218, 1221, 1227–1228, 1232–1238, 1242–1243, 1252, 1452, 1454 • [2] 1493, 1639, 1674–1675, 1682, 1716, 1732, 1748, 1750, 1752–1753, 1782, 1815, 2001–2002, 2013–2014, 2712, 2804, 2899 • [3] 3192, 3519, 3653, 3655, 3657–3659

BMin > [1] 804, 1044, 1046, 1050, 1069, 1076, 1078, 1086, 1158, 1178, 1194–1195, 1216, 1218, 1227, 1240, 1252 • [2] 1663, 1750, 2743, 2899 • [3] 3170, 3652, 3658

FrVst > [1] 804, 974, 988, 996, 1011, 1119, 1168 • [3] 3648

MdB 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (SPD)

Bibl. > [1] 516

Sonst. > [1] 53, 56, 147, 250, 252, 255–256, 259, 425, 450–451, 569, 585–586, 1120, 1176–1177, 1227, 1237 • [2] 1674–1675, 2013, 2233, 2771 • [3] 3174

Schmidt (Würgendorf), Hermann († 10. 2. 1983)

MdB 4.–8. WP, 9. WP bis † (SPD)

PStS > [1] 805, 1086 • [3] 3171

AVst > [1] 805 • [2] 2057, 2060

Sonst. > [1] 414, 1180

Schmidt (Offenbach), Horst († 4. 10. 1976)

MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 3. 11. 1969 (SPD)

Sonst. > [1] 427, 452

Schmidt (Halsbrücke), Joachim

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [1] 262–263 • [2] 1770, 1899

Schmidt (München), Manfred

MdB 6.–11. WP (SPD)

MdB 14. 2. 1973–16. 7. 1979 (SPD)

Schmidt (Wuppertal), Manfred

MdB 7. WP ab 17. 1. 1975, 8. WP (CDU)

Schmidt (Hamburg), Marie-Luise

MdB 11. WP ab 20. 2. 1989 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Schmidt, Martin

siehe Schmidt, R. Martin

Schmidt (Wuppertal), Otto († 12. 12. 1984)

MdB 3.–6. WP (CDU)

AVst > [1] 805 • [2] 2051, 2054, 2056, 2059, 2452

Sonst. > [1] 414, 464 • [2] 2182, 2243, 2913, 2947 • [3] 3629

Schmidt, Rebekka

Sonst. > [1] 116, 987

Schmidt (Niedersachsen/Gellersen), R[einhold] Martin

MdB 1.–10. WP (SPD)

AVst > [1] 805 • [2] 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069

MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (SPD)

Sonst. > [1] 252, 568–569, 584–586, 1178 • [2] 1799

Schmidt (Nürnberg), Renate

MdB 9.–12. WP (SPD)

VPräs > [1] 694, 805, 873, 877, 978 • [2] 1705–1708, 1769 • [3] 3670

FrVst > [1] 653, 805, 977–978, 998

Sonst. > [1] 1185 • [2] 1821, 1824, 1827, 1829, 1832, 1835, 1855, 1861, 1901, 1917, 1932, 1942, 2925

Schmidt (Eisleben), Silvia

MdB 14. WP (SPD)

Schmidt (Hohen Neuendorf), Thomas

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])

MdVk 10. WP (DSU)

DDR > [2] 1586 • [3] 3921

Sonst. > [2] 1586

Schmidt (Spiesen), Trudi

MdB 11. WP ab 9. 9. 1989, 12. WP (CDU)

Schmidt (Aachen), Ulla

MdB 12.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 654–655, 805, 999–1000 • [3] N 5.7

Sonst. > [1] 1187 • [2] 1778, 1780, 1920, 1947

Schmidt (Braunschweig), Walter († 17. 10. 1997)

MdB 4.–6. WP (SPD)

Sonst. > [1] 618

Schmidt (Bayern), Wilhelm († 6. 4. 1962)

MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB; 9. 12. 1952 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 911, 913

Schmidt (Salzgitter), Wilhelm

MdB 11.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 805, 978, 999 • [2] 1626–1627 • [3] 3398, N 5.7

AVst > [2] 2074

Sonst. > [2] 1863, 1868, 1892, 1901, 1913, 1924, 1932, 1947, 2934

Schmidt (Niederselters), Wolfgang

MdB 6.–7. WP, 8. WP ab 9. 1. 1978 (SPD)

Schmidt-Bott, Regula

MdB 11. WP bis 18. 2. 1989 (GRÜNE)

FrVst > [1] 653, 805, 969, 987

Schmidt-Jortzig, Edzard

MdB 13.–14. WP (FDP)

BMin > [1] 805, 1059, 1075 • [3] 3676

Bibl. > [1] 516

Schmidt-Wittmack, Karlfranz

MdB 2. WP bis 23. 2. 1955 (Mandatsverlust) (CDU; 22. 8. 1954 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 404, 915, 917 • [2] 2468 • [3] 3069

Schmidt-Zadel, Regina

MdB 12.–14. WP (SPD)

Schmiedeberg, Hans-Otto

MdB 13. WP (CDU)

Schmieder, Jürgen

MdB 12. WP (FDP)

MdVk 10. WP (DFP → Die Liberalen)

DDR > [2] 1586 • [3] 3891

Sonst. > [1] 108 • [2] 1586 • [3] 3788, 3885

Schmiele, Joachim

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])

MdVk 10. WP (DSU)

DDR > [2] 1587 • [3] 3905, 3912

Sonst. > [2] 1587

Schmierer, Hans-Gerhart

Sonst. > [1] 120

Schmitt (Fulda), Cläre

MdB 3. WP (CDU)

Schmitt (Berg), Heinz

MdB 13.–14. WP (SPD)

Schmitt, Heinz

MdEP 17. 7. 1979–30. 10. 1980 (SPD)

Schmitt (Vockenhausen), Hermann

siehe Schmitt-Vockenhausen, Hermann

Schmitt (Lockweiler), Josef († 19. 3. 1996)

MdB 5.–7. WP (CDU)

AVst > [2] 2057

Schmitt (Mainz), Joseph († 25. 7. 1967)

MdB 1. WP (CDU)

Schmitt (Wiesbaden), Rudi

MdB 9.–10. WP (SPD)

Schmitt (Langenfeld), Wolfgang

MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Schmitt-Vockenhausen, Hermann († 2. 8. 1979)

(bis 1960 Schmitt [Vockenhausen], Hermann)

MdB 2.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)

VPräs > [1] 412, 805, **872**, 887–888, 975 • [2] 1701, 1729–1730, 2743, 2947 • [3] 3188, 3650, 3653, 3655–3656

FrVst > [1] 805, 975, 996–997

AVst > [1] 805, 840, 887–888 • [2] 2046, 2050, 2053, 2061, 2191

Bibl. > [1] 516–517

Sonst. > [1] 53, 253, 412, 566, 585, 1176–1177, 1256 • [2] 1804, 2913, 2947 • [3] 3188, 3653

Schmitz, Hans († 8. 1. 1986)

MdB 1. WP (CDU)

Schmitz (Baesweiler), Hans Peter

MdB 7.–14. WP (CDU)

FrVst > [1] 805, 957

AVst > [1] 805 • [2] 2080

Sonst. > [1] 587

Schmitz (Berlin), Karl-Heinz

MdB 6. WP ab 20. 8. 1970 bis 25. 8. 1971 (CDU)

Sonst. > [1] 465

Schmöle, Hans Werner

MdB 7.–9. WP (CDU)

Schmude, Jürgen

MdB 6.–12. WP (SPD)

BMin > [1] 806, **1049–1051**, 1072, 1074, 1101, 1115, 1198, 1217–1218, 1235 • [2] 1675 • [3] 3655, 3657–3658PStS > [1] 806, **1071**, 1115

FrVst > [1] 806, 976, 997–998 • [2] 2715

Bibl. > [1] 517

Sonst. > [1] 250, 252, 255, 257, 259, 261, 587, 1184 • [2] 1675, 1838, 1944–1945, 2013, 2772

Schmude, Michael von

MdB 10.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1841, 1876, 1883, 1935

Schmücker, Kurt († 6. 1. 1996)

MdB 1.–6. WP (CDU)

BMin > [1] 806, 842, **1039–1041**, **1043**, 1075, 1078, 1081, 1176–1177

FrVst > [1] 806, 949, 951, 990

AVst > [1] 806 • [2] 2048

Sonst. > [1] 241, 243, 245, 247, 249, 420, 566, 951 • [2] 1793, 1797, 1999

Schmülling, Herbert

StS > [1] 1097

Schmuhl, Boje

MdB 10. WP (CDU → CDU/DA)

Schneble, Eugen

Sonst. > [3] 3298–3299, 3302–3303, 3305, 3307

Schneeweiß, Burkhard

MdB 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [3] 3895

Schneider, Angela

MdB 10. WP (PDS)

Schneider, Carsten

MdB 14. WP (SPD)

Schneider (Berlin), Dirk

MdB 10. WP bis 30. 3. 1985 (AL Berlin → GRÜNE)

Sonst. > [1] 1013, 1184 • [2] 1818

Schneider (Brottdorf), Franz († 22. 4. 1985)

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (fraktionslos [CVP]; 23. 5. 1957 → CDU/CSU-Gast)

Sonst. > [1] 93, 463, 919, 1012

Schneider (Hamburg), Georg († 1. 6. 1977)

MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 27. 3. 1962 (CDU)

Schneider, Hans-Peter

Sonst. > [1] 94

Schneider, Hans-Peter

Sonst. > [1] 315, 318 • [2] 2473 • [3] 3203

Schneider (^ΔSaarbrücken), Heinrich († 12. 1. 1974)

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (fraktionslos [DPS]; 8. 1. 1957 → FDP-Gast), 3.–4. WP (FDP)

Sonst. > [1] 95, 411, 448, 464–465, 918, 1012

Schneider (Bremerhaven/Königswinter), Herbert

(† 12. 12. 1995)

MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 2. 7. 1960 → Gruppe DP; 3. 5. 1961 → fraktionslos), 6. WP (CDU)

FrVst > [1] 806, 874, **959**, 985

Sonst. > [1] 100, 111, 420, 464, 921, 1013, 1175

Schneider, Karl

Sonst. > [1] 620

Schneider, Karl-Heinz

Sonst. > [3] 3200

Schneider, Karl Richard Gustav († 2. 4. 1969)

StS > [1] 1090

Schneider (^ΔLollar), Ludwig († 23. 4. 1978)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP ab 10. 9. 1958 (DP; 3. 5. 1961 → CDU/CSU)

VPräs > [1] 806, **871**, 885, 935, 962 • [2] 1698 • [3] 3236, 3638, 3640FrVst > [1] 806, **959**, 962, **966**, 985

AVst > [1] 806, 885 • [2] 2035, 2041

Sonst. > [1] 412, 917–919, 921, 935 • [2] 2468 • [3] 3237, 3643

Schneider (Idar-Oberstein), Manfred

MdB 10. WP, 11. WP ab 8. 2. 1990 (CDU)

Sonst. > [3] 3154

Schneider (⁶Nürnberg), **Oscar**

MdB 6.–12. WP (CSU)

BMin > [1] 806, **1052–1053, 1055**, 1097, 1183, 1219 •
[3] 3308–3309, 3314–3315, 3318, 3320, 3364,
3665

AVst > [1] 806 • [2] 2061, 2064, 2067

Sonst. > [1] 587 • [2] 1605, 1844, 2917

Schneider (Crimmitschau), **Reiner**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1587

Schneider, Renate

MdVvk 10. WP (DSU)

Schneider, Rudibert († 7. 1. 1978)

Sonst. > [1] 111

Schnell, Emil

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)

MdVvk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1587 • [3] 3920

Sonst. > [2] 1587

Schnell, Karl

StS > [1] 1086

Schnellhardt, Horst

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Schnieber-Jastram, Birgit

MdB 13.–14. WP (CDU)

Schnippenkötter, Swidbert

Sonst. > [2] 2709

Schnitker, Paul

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)

Sonst. > [3] 3203

Schnittler, Christoph

MdB 12. WP ab 22. 5. 1992 (FDP)

Sonst. > [2] 1913, 1915, 1935, 1937

Schnitzler, Karl-Eduard von

Sonst. > [3] 3750

Schnoor, Herbert

Sonst. > [1] 1183

*Schnur, Wolfgang*Sonst. > [2] 1509 • [3] 3750, 3771, 3782, 3791, 3793,
3807, 3809, 3820, 3885**Hinweis**

Ausführliche biographische Angaben über die Abgeordneten enthalten die Handbücher des Deutschen Bundestages. In Abschnitt 30.2 ist zusammengestellt, welche Handbücher für die einzelnen Wahlperioden vorliegen.

Schober, Kurt

MdB 5.–6. WP (CDU)

AVst > [2] 2058

Sonst. > [1] 1177

Schockenhoff, Andreas

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1882, 1891

Schodrunch, Hans-Günter

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (REP, später parteilos)

Schöfberger, Rudolf

MdB 7.–12. WP (SPD)

Bibl. > [1] 517

Sonst. > [2] 1810, 1814–1816, 1820, 1835, 1856, 1913,
1943, 2002, 2924, 2928**Schoeler, Andreas von**MdB 7.–8. WP (FDP), 9. WP bis 8. 12. 1982 (FDP;
23. 11. 1982 → fraktionslos)PStS > [1] 806, 844, 884, **1072** • [2] 1675

Bibl. > [1] 517

Sonst. > [1] 422, 560, 568, 926 • [2] 1675

Schöler, Walter

MdB 12. WP ab 8. 12. 1992, 13.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1929

Schöllhorn, Johann Baptist

StS > [1] 1078

Schön, Karl E. († 6. 6. 1994)

MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)

Schön, Konrad

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (CDU)

Eur > [3] 3593

Schönauer, Friedrich († 2. 4. 1950)

MdB 1. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 293

Schönbeck, Otto F.

Sonst. > [1] 111

Schönberger, Ursula

MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Schönbohm, Jörg

StS > [1] 1087

Sonst. > [3] 3400

Schönburg-Glauchau, Joachim Graf von († 2. 10. 1998)

MdB 12. WP bis 30. 6. 1994 (CDU)

AVst > [2] 1599, 2077

Sonst. > [1] 1186 • [2] 1591–1592, 1594, 1889, 1899,
1932**Schöne, Joachim** († 13. 7. 1967)

MdB 1.–2. WP (SPD)

FrVst > [1] 806, 996

AVst > [2] 2036, 2043

MdEP 16. 7. 1952–29. 10. 1957 (SPD)

Sonst. > [1] 618, 1174 • [2] 2468

Schönebeck, Martina

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdV 10. WP (PDS)

DDR > [2] 1587 • [3] 3913

Sonst. > [2] 1587

Schönfeld, Karsten

MdB 14. WP (SPD)

Schönfelder, Adolph († 3. 5. 1966)

MdPR > [1] 622, 625

Schönhuber, Franz

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (REP, ab Dez. 1990 fraktionslos)

Sonst. > [1] 129 • [3] 3088, 3819

Schösser, Fritz

MdB 14. WP (SPD)

Schoettle, Erwin († 25. 1. 1976)

MdB 1.–6. WP (SPD)

VPräs > [1] 807, 871–872, 886, 974 • [2] 1699–1701 • [3] 3644, 3646

FrVst > [1] 807, 974, 996

AVst > [1] 807, 886 • [2] 2036, 2043, 2047, 2051, 2054, 2056

Bibl. > [1] 517

Sonst. > [1] 411, 512, 515, 567, 618, 622–623, 874, 1177, 1257 • [2] 2119, 2905–2906, 2908, 2914

Scholl, Robert

Sonst. > [1] 112

Schollmeyer, Wolfgang

MdB 6. WP (SPD)

Scholz, Christiane

MdV 10. WP (PDS)

Scholz, Heinrich

DDR > [3] 3917

Scholz, Helmut

StS > [1] 1082

Scholz, Olaf

MdB 14. WP (SPD)

Scholz, Peter († 26. 9. 1986)

Sonst. > [3] 3631

Scholz, Rupert

MdB 12.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 807, 1054, 1087, 1149, 1219 • [2] 2723 • [3] 3175, 3664–3665

FrVst > [1] 807, 958 • [2] 1625

AVst > [2] 2078 • [3] 3015, 3671, N 9.2

Bibl. > [1] 517–518

Sonst. > [1] 262, 1187 • [2] 1941, 1944

Schomerus, Lorenz

StS > [1] 1080

Schonhofen, Friedrich († 3. 7. 1984)

MdB 5.–7. WP (SPD)

Schoppe, Waltraud

MdB 10. WP bis 31. 3. 1985, 11. WP bis 21. 6. 1990 (GRÜNE), 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1] 652–653, 807, 968–969, 987 • [3] 3082

AVst > [2] 2074

Bibl. > [1] 518

Sonst. > [1] 432, 457, 1184–1185 • [2] 1569, 1819, 2934

Schorlemer, Reinhard Freiherr von

MdB 9.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1904, 1933 • [3] 3626

Schorlemmer, Friedrich

Sonst. > [3] 3776, 3885

Schorstein, Johannes († 30. 1. 1976)

StS > [1] 1096

Schrader, Rudolf († 1. 4. 1991)

MdB 2. WP (CDU)

Schrage, Josef († 27. 11. 1953)

MdPR > [1] 622

Schramm, Andreas

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)

Schramm, Heinrich

Sonst. > [1] 620

Schramm, Henry

Sonst. > [1] 114 • [3] 3878

Schranz, Helmuth († 7. 5. 1968)

MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 2. 7. 1960 → Gruppe DP; 3. 5. 1961 → fraktionslos)

AVst > [2] 2047

Sonst. > [1] 921, 1013 • [3] 2988

Schreckenberger, Waldemar

StS > [1] 1066–1067

Schreiber, Harald († 16. 7. 1996)

MdB 12. WP bis 30. 6. 1993 (CDU)

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)

AVst > [2] 1599, 2077

DDR > [2] 1587 • [3] 3912

Sonst. > [2] 1587

Schreiber (^aSolingen), **Heinz**

MdB 7.–9. WP (SPD)

MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 und 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (SPD)

Sonst. > [1] 568

Schreiber, Ottomar († 6. 2. 1955)

StS > [1] 1097

Schreiber, Walter († 30. 6. 1958)

MPräs > [1] 1444

Sonst. > [1] 406

Schreiber, Werner

MdB 10.–11. WP (CDU)

Sonst. > [1] 457 • [2] 1821, 1842

Schreiner, Nikolaus

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957, 3. WP bis 31. 8. 1958 (SPD)

Sonst. > [1] 424, 464

Schreiner, Ottmar

MdB 9.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 807, 978, 999–1000

Sonst. > [2] 1864, 1883, 1896, 1900, 2823–2824, 2826, 2926

Schroeder (Detmold), Christa († 15. 2. 1988)

MdB 4.–7. WP (CDU)

Schroeder (Freiburg), Conrad

MdB 9.–11. WP, 12. WP bis 20. 10. 1991 (CDU)

Bibl. > [1] 518

Sonst. > [1] 432 • [2] 1842 • [3] 3323

Schröder (Wilhelminenhof), Dietrich

MdB 6.–9. WP (CDU)

AVst > [2] 2063, 2066

Schröder, Ernst

Sonst. > [1] 110

Schröder (Düsseldorf), Gerhard († 31. 12. 1989)

MdB 1.–8. WP (CDU)

BMin > [1] 807, 1032, 1034–1035, 1037–1038, 1040, 1042, 1068, 1071, 1085, 1156, 1158, 1190–1193, 1251 • [2] 1738, 2653, 2907

FrVst > [1] 807, 948

AVst > [1] 807 • [2] 2056, 2059, 2062, 2188

Bibl. > [1] 518

Sonst. > [1] 49, 53, 417, 568, 584–585, 1179, 1223, 1225, 1231 • [2] 1793, 1984–1985, 2014, 2016, 2772 • [3] 3187, 3666

Schröder ([^]Hannover), **Gerhard**

MdB 9. WP, 10. WP bis 1. 7. 1986, 14. WP (SPD)

BK > [3] N 3.25, N 6.1, N 6.2, N 6.11, N 6.21, N 19.3, N 21.6, N 26

BRPräs > [3] N 12.2, N 19.3

MPräs > [1] 288, 757, 1187, 1458, 1460 • [3] N 3.25, N 6.21, N 7.8, N 26

Bibl. > [1] 518

Sonst. > [1] 431 • [2] 2772 • [3] 3082, N 5.9, N 26

Schroeder, Hans-Julius

MdVc 10. WP (CDU → CDU/DA)

Schröder (Sellstedt), Heinrich († 28. 2. 1989)

MdB 5. WP, 6. WP bis 12. 9. 1972 (CDU)

Schröder (Lüneburg), Horst

MdB 7.–9. WP, 10. WP bis 22. 3. 1984 (CDU)

Sonst. > [1] 430 • [2] 1807, 1813

Schröder, Jürgen

MdVc 10. WP (CDU → CDU/DA)

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Schröder (Osterode), Kurt († 6. 9. 1964)

MdB 3. WP, 4. WP bis † (SPD)

Schroeder (Berlin), Louise († 4. 6. 1957)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)

MPräs > [1] 445, 1442

Sonst. > [1] 406, 445, 462, 613

Schröder (Blankenfelde), Richard

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVc 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1587 • [3] 3813, 3835, 3838, 3860, 3862–3863, 3904

Bibl. > [1] 518

Sonst. > [2] 1587 • [3] 3819

Schroedter, Elisabeth

MdEP ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)

Schröer (Mülheim), Thomas

MdB 9.–11. WP (SPD)

Sonst. > [1] 257 • [2] 1849

Schröter, Carl († 25. 2. 1952)

MdB 1. WP bis † (CDU)

FrVst > [1] 405, 807, 948

MdPR > [1] 613

Sonst. > [1] 295, 405, 462, 618

Schröter, Gisela

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [2] 2269

Schröter, Karl Heinz

MdB 12. WP (SPD)

Schröter ([^]Wilmersdorf/Berlin), **Richard**

(† 19. 2. 1977)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP (SPD)

Schubert, Cordula

MdVc 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3920

Schubert, Ina

MdVc 10. WP (PDS)

Schubert, Mathias

MdB 13.–14. WP (SPD)

*Hinweis*Das vorliegende Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Schuberth, Hans († 2. 9. 1976)

MdB 2. WP (CSU)

BMin > [1] 807, **1031, 1033**, 1090–1091, 1142, 1147, 1213

Sonst. > [1] 411, 1142 • [3] 2988

Schuchardt, Erika

MdB 13.–14. WP (CDU)

Schuchardt, Helga

MdB 7.–8. WP (FDP), 9. WP bis 10. 2. 1983 (FDP; 23. 11. 1982 → fraktionslos)

FrVst > [1] 650–651, 807, 1001–1002 • [2] 1674

Bibl. > [1] 518

Sonst. > [1] 422, 926, 1179 • [2] 1674, 1810–1811

Schuchart, Gerhard

Sonst. > [1] 110

Schüler, Manfred

StS > [1] 1064–1065, 1076

Schüller, Heidi

Sonst. > [2] 2773

Schüneman, Bernd

Sonst. > [1] 132

Schürer, Gerhard

DDR > [3] 3917

Sonst. > [3] 3788

Schürmann, Joachim

Sonst. > [2] 2877, 2919 • [3] 3308, 3311, 3318

Schübler, Gerhard

MdB 12. WP, 14. WP (FDP)

Schüttler, Josef († 7. 10. 1972)

MdB 1.–3. WP (CDU)

Sonst. > [1] 242, 244, 449, 462

Schütz ([^]Oldenburg), **Dieter**

MdB 11.–14. WP (SPD)

Schütz ([^]München), **Hans** († 24. 1. 1982)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 5. 2. 1963 (CSU)

FrVst > [1] 807, 949, 982, 990

Bibl. > [1] 518 • [3] 3439

Sonst. > [1] 245–246, 413, 425, 618, 623 • [2] 1796

Schütz (Berlin), **Klaus**

MdB 3. WP, 4. WP bis 9. 1. 1962 (SPD)

BRPräs > [3] 3192

MPPräs > [1] 857, 1450, 1452 • [3] 3349

StS > [1] 1068

Sonst. > [1] 425, 450, 566

Schütze (Berlin), **Diethard**

MdB 13.–14. WP (CDU)

Sonst. > [1] 468

Schuhmann (Delitzsch), **Richard**

MdB 13.–14. WP (SPD)

Schuler, Fritz († 30. 7. 1955)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)

Sonst. > [1] 566

Schulhoff, Georg († 5. 6. 1990)

MdB 4.–6. WP (CDU)

Sonst. > [1] 465, 567, 633, 1177

Schulhoff, Wolfgang

MdB 10.–14. WP (CDU)

Sonst. > [1] 633 • [2] 1801, 1842–1843, 1901, 1904, 1925

Schulmann, Horst

StS > [1] 1076

Schult, Reinhard

Sonst. > [1] 123–124 • [3] 3721, 3732

Schulte (Hameln), **Brigitte**

(bis 5. 5. 1989 Traupe, Brigitte)

MdB 8.–14. WP (SPD)

PStS > [3] N 6.3

FrVst > [1] 653, 808, 977

AVst > [1] 889, 891

Eur > [3] 3604

Sonst. > [1] 653 • [2] 1832 • [3] 3178

Schulte (Schwäbisch Gmünd), **Dieter**

MdB 6.–13. WP (CDU)

PStS > [1] 808, **1094** • [2] 1511

FrVst > [1] 808, 992

Sonst. > [1] 253, 258, 567, 587

Schulte ([^]Unna), **Manfred** († 19. 9. 1998)

MdB 5.–10. WP (SPD)

FrVst > [1] 808, 838, 974–975

AVst > [1] 808 • [2] 2059, 2062, 2065, 2068, 2246 • [3] 3495

Eur > [3] 3549

Bibl. > [1] 519

Sonst. > [1] 250, 253, 255, 257, 259 • [2] 1817, 2913, 2917, 2926 • [3] 3632, N 2.7

Schulte (Menden), **Stefan**

MdB 10. WP ab 13. 4. 1985 (GRÜNE)

Schultes, Axel

Sonst. > [3] 3357, 3366

Schultz ([^]Gau-Bischofsheim), **Fritz-Rudolf**

MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 11. 3. 1970 (FDP)

FrVst > [1] 808, 962, 1001

WehrB > [1] 427, 808 • [2] 1745 • [3] **3160**, 3162, 3168, 3170, 3650

Bibl. > [1] 519

Sonst. > [1] 427, 1178 • [3] 3169–3171

Schultz (Wörrstadt), **Helmut**

MdB 10. WP ab 22. 7. 1985 (CDU)

Schultz (Everswinkel), **Reinhard**

MdB 13.–14. WP (SPD)

Schultz (Köln), Volkmar

MdB 13.–14. WP (SPD)

Schultze, Christian Friedrich

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

FrVst > [1] 808, 977 • [2] 1596

MdVvk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1587 • [3] 3904

Sonst. > [2] 1587

Schulz (Leipzig), Gerhard

MdB 12.–13. WP (CDU)

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [1] 945 • [2] 1587, 1892, 1899

Schulz, Horst

MdVvk 10. WP (DA → CDU/DA)

DDR > [3] 3921

Schulz (Berlin), Klaus-Peter

MdB 5. WP (SPD), 6. WP (SPD; 14. 10. 1971 → fraktionslos; 19. 10. 1971 → CDU/CSU), 7. WP (CDU)

MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (CDU)

Eur > [3] 3546, 3549

Bibl. > [1] 519

Sonst. > [1] 923, 932, 1186–1187, 1229 • [2] 1800, 1804 • [3] 3651

Schulz, Martin

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Schulz, Peter

MPräs > [1] 1452

Schulz (Berlin/Leipzig), Werner

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90), 12. WP (Bündnis 90/Grüne), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1] 808, 979 • [2] 1597, 1678

MdVvk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)

DDR > [2] 1587

Sonst. > [1] 86, 123–124, 937, 1014–1015 • [2] 1587, 1678, 1941 • [3] 3391, 3732

Schulze (Sangerhausen), Frederick

MdB 13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1595 • [3] 3156

Schulze, Friedrich

Sonst. > [1] 620

Schulze (Berlin), Gerhard

MdB 9. WP ab 4. 2. 1981, 10–11. WP (CDU)

Bibl. > [1] 519 • [3] 3440

Sonst. > [1] 569 • [2] 1869, 1874

Schulze, Karl

Sonst. > [1] 621

Schulze, Oskar († 9. 6. 1968)

Sonst. > [1] 621

Schulze (Berlin), Waldemar

MdB 8. WP (SPD)

Schulze-Pellengahr, Hubert († 23. 6. 1985)

MdB 1.–3. WP (CDU)

Sonst. > [1] 242, 244

Schulze-Vorberg, Max

MdB 5.–7. WP (CSU)

AVst > [1] 808 • [2] 2253

Sonst. > [1] 248, 250–251

Schumacher, Kurt († 20. 8. 1952)

MdB 1. WP bis † (SPD)

FrVst > [1] 405, 808, 974, 983, 988, 1118 • [2] 2015, 2764, 2892 • [3] 3066, 3637

Sonst. > [1] 131, 146, 241, 295, 405, 499, 613, 618, 983, 988, 1118, 1137, 1174 • [2] 1989, 1997, 2015 • [3] 3186, 3635, 3637

Schumacher, Martin

Sonst. > [3] 3628

Schuman, Robert († 4. 9. 1963)

Eur > [3] 3553

Sonst. > [3] 3553

Schumann (Kroppenstedt), Fritz

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL)

FrVst > [1] 809, 980, 1005 • [2] 1598, 1679

MdVvk 10. WP (PDS)

Sonst. > [1] 1186 • [2] 1587, 1679

Schumann, Ilse

MdB 13.–14. WP (SPD)

Schumann (Potsdam), Michael

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdVvk 10. WP (PDS)

Sonst. > [2] 1587

Schur, Gustav-Adolf

MdB 14. WP (PDS)

MdVvk 10. WP (PDS)

Sonst. > [3] 3895

Schurer, Ewald

MdB 14. WP (SPD)

Schuster, Hans Paul Hermann

MdB 12. WP (FDP)

Schuster, Johann († 9. 1. 1975)

MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB)

Sonst. > [1] 911

Schuster, R. Werner

MdB 12.–14. WP (SPD)

Schwabe, Wolfgang († 4. 1. 1978)

MdB 4.–7. WP; 8. WP bis † (SPD)

MdEP 5. 2. 1970 bis † (SPD)

Sonst. > [1] 568

Schwaetzer, Irmgard

(bis 27. 9. 1991 Adam-Schwaetzer, Irmgard)
 MdB 9.–14. WP (FDP)
 BMin > [1] 654, 809, **1057**, 1097, 1116, 1155, 1186,
 1207 • [2] 1622 • [3] 3326, 3361, 3365
 PStS > [1] 653, 809, **1070**, 1116
 FrVst > [1] 652, 809, 1002 • [2] 1676
 Sonst. > [1] 654, 1056, 1097, 1182 • [2] 1676, 1847

Schwaiger, Konrad

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Schwalba-Hoth, Frank

MdEP 24. 7. 1984–18. 2. 1987 (GRÜNE)

Schwalbe, Clemens

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14.
 (CDU)
 FrVst > [1] 809, 956–958 • [2] 1596
 MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [2] 1588 • [3] 3903
 Sonst. > [2] 1588

Schwalber, Josef († 16. 8. 1969)

MdPR > [1] 622

Schwall-Düren, Angelica

MdB 13.–14. WP (SPD)
 FrVst > [3] N 5.7

Schwamberger, Emil

Sonst. > [1] 621

Schwanhold, Ernst

MdB 12.–14. WP (SPD)
 FrVst > [1] 809, 1000
 AVst > [1] 809 • [2] 2079, 2265, 2267

Schwanitz, Rolf

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)
 PStS > [3] N 6.3
 FrVst > [1] 809, 999–1000 • [2] 1596 • [3] N 5.7
 MdVvk 10. WP (SPD)
 DDR > [2] 1588 • [3] 3913, 3918, 3921
 Sonst. > [1] 1187 • [2] 1588, 1896, 1916

Schwanitz, Wolfgang

DDR > [3] 3779

Schwann, Hermann († 15. 1. 1977)

MdB 2. WP (FDP)
 Sonst. > [1] 83 • [2] 1797

Schwarz, Heinz

MdB 8.–11. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 633, 1181 • [2] 2925, 2930–2931

Schwarz, Henning M. († 13. 4. 1993)

MPräs > [1] 1458
 AVst > [2] 2068, 2070
 Sonst. > [1] 419 • [2] 2068, 2070

Schwarz, Jürgen

MdVvk 10. WP (DSU)
 DDR > [3] 3913

Schwarz, Stefan

MdB 12. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 633 • [2] 1905, 1928, 1930, 1948

Schwarz, Werner († 2. 9. 1982)

MdB 2.–4. WP (CDU)
 BMin > [1] 809, **1034**, **1036–1037**, **1039**, 1081, 1192 •
 [3] 3642
 Sonst. > [1] 413

Schwarz-Schilling, Christian

MdB 8.–14. WP (CDU)
 BMin > [1] 809, **1052–1053**, **1055**, **1057**, 1092, 1095,
 1159, 1220 • [2] 1512, 2714–2715 • [3] 3672
 AVst > [1] 809 • [2] 2256 • [3] N 9.2
 Sonst. > [2] 1930, 1942

Schwarzhaupt, Elisabeth († 29. 10. 1986)

MdB 2.–5. WP (CDU)
 BMin > [1] 648, 650 809, **1036**, **1038–1039**, **1041**,
 1090, 1215
 FrVst > [1] 649, 809, 949
 Bibl. > [1] 519 • [3] 3439
 Sonst. > [1] 415

Schwedler, Rolf († 13. 2. 1981)

MdB 7. WP (SPD)
 AVst > [2] 2061
 Sonst. > [3] 3344

Schweiger, Peter

Sonst. > [3] 3371

Schweitzer, Carl-Christoph

MdB 7. WP, 8. WP ab 11. 3. 1980 (SPD)
 Bibl. > [1] 519–520
 Sonst. > [2] 1805, 1807–1808

Schwencke ([^]Nienburg), **Olaf**

MdB 7.–8. WP (SPD)
 MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)
 Bibl. > [1] 520
 Sonst. > [2] 1810

Schwenk (Stade), **Wolfgang**

MdB 7. WP ab 3. 6. 1974, 8.–10. WP (SPD)
 AVst > [2] 2069
 Sonst. > [2] 2928

Schwenninger, Walter

MdB 10. WP bis 16. 4. 1985 (GRÜNE)
 Sonst. > [2] 1818, 1982

Schwering, Leo († 7. 5. 1971)

Sonst. > [1] 621

Schwertner, Erich († 9. 1. 1965)

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (fraktionslos [DPS]; 8. 1.
 1957 → FDP-Gast)
 Sonst. > [1] 95, 448, 464, 918, 1012

Schwippert, Hans († 18. 10. 1973)

Sonst. > [3] 3276–3277, 3279–3281, 3283, 3326

Schwörer, Hermann

MdB 3. WP ab 21. 10. 1958, 4.–12. WP (CDU)

MdEP 21. 1. 1970–16. 7. 1979 (CDU)

Sonst. > [1] 247, 249, 251, 254, 256, 258, 260, 262, 569, 585–587, 1177 • [2] 1876, 1882, 1892

Sebastian, Wilhelm Josef

MdB 13.–14. WP (CDU)

Seeböhm, Hans-Christoph († 17. 9. 1967)

MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4. WP, 5. WP bis † (CDU)

BMin > [1] 809, 935, 1031, 1033–1034, 1036–1037, 1039–1041, 1093, 1127, 1156, 1158, 1215 • [2] 2659 • [3] 3643

MdPR > [1] 613, 618, 625

Sonst. > [1] 408, 462, 920–921, 935, 985, 1127 • [2] 1796

Seefeld, Horst

MdB 6.–8. WP (SPD)

MdEP 21. 1. 1970–24. 7. 1989 (SPD)

Eur > [3] 3590, 3593

Seeger, Per-René

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVrk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → SPD)

DDR > [2] 1588 • [3] 3907

Sonst. > [2] 1588 • [3] 3909

Seehofer, Horst [Lorenz]

MdB 9.–14. WP (CSU)

BMin > [1] 809, 1057, 1059, 1090, 1116, 1187, 1207 • [2] 2537, 2738 • [3] 3672, N 12.2

PStS > [1] 809, 844, 1084, 1116

FrVst > [3] N 5.7

AVst > [2] 2261

Sonst. > [1] 256, 258, 260, 262, 264, 568

Seeler, Hans-Joachim

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Seelig, Marion

Sonst. > [1] 136

Seeling, Otto († 28. 2. 1955)

Sonst. > [1] 621, 623

Seelos, Gebhard († 18. 12. 1984)

MdB 1. WP bis 25. 9. 1951 (BP)

FrVst > [1] 810, 944, 983

Sonst. > [1] 414, 422, 1174

Seesing, Heinrich

MdB 10.–12. WP (CDU)

Sonst. > [1] 257, 260 • [2] 1821, 1854, 1862

Seffrin, Roland († 10. 2. 1985)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Sonst. > [3] 3169

Segall, Inge

MdB 10. WP ab 13. 12. 1984, 11. WP (FDP)

Sonst. > [2] 1677, 1839, 1849 • [3] 3154

Segitz, Johann-Adam († 19. 5. 1963)

MdB 1. WP ab 4. 12. 1951 (SPD)

Sonst. > [1] 294

Sehn, Marita

MdB 12. WP, 14. WP (FDP)

Sonst. > [2] 1931

Seib, Marion

MdB 13. WP ab 27. 11. 1996 (CSU)

Seibel, Wilfried

MdB 12.–13. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1904

Seibel-Emmerling, Lieselotte

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Seibert, Philipp († 20. 11. 1987)

MdB 4.–7. WP (SPD)

Seibold, Kaspar († 15. 10. 1995)

MdPR > [1] 622

Seiboth, Frank († 4. 7. 1994)

MdB 2. WP (GB/BHE)

FrVst > [1] 810, 966

Sonst. > [1] 111–112, 419

Seidel, Christine

Sonst. > [1] 107

Seidel, Hanns († 5. 8. 1961)

MPräs > [1] 1447 • [2] 2012

Sonst. > [1] 92, 407, 984, 1118, 1160

Seidel, Jürgen

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

DDR > [3] 3913

Seidel (⁶Fürth), **Max** († 21. 3. 1983)

MdB 2.–6. WP (SPD)

AVst > [2] 2057–2058

Sonst. > [1] 414

Seidel, Otto

Sonst. > [2] 2494

Seidenthal, Bodo

MdB 11.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1917, 1920

Seidl (Dorfen/München), **Franz** († 2. 6. 1992)

MdB 2.–4. WP (CSU)

Sonst. > [1] 244, 246

Seiermann, Ludwig († 9. 1. 1979)

StS > [1] 1093

Seifert, Ilja

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL), 14. WP (PDS)
 MdV 10. WP (PDS)
 Sonst. > [1] 400–401, 1186 • [2] 1588, 1678, 1879, 1907, 1950

Seiffert, Heinz

MdB 13.–14. WP (CDU)

Seifried, Josef († 9. 7. 1962)

MdPR > [1] 622

Seifriz, Hans Stefan

MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 6. 1. 1970 (SPD)

AVst > [1] 810 • [2] 2055

MdEP 29. 11. 1961–1. 10. 1967 (SPD)

Sonst. > [1] 246, 250, 427, 452

Seiler-Albring, Ursula

MdB 10.–12. WP (FDP)

PStS > [1] 654, 810, 1070

FrVst > [1] 653, 810, 964

AVst > [1] 890 • [3] 3436

Sonst. > [2] 1839, 2919

Seils, Susanne

siehe Kschenka, Susanne

Seite, Berndt

BRPräs > [3] 3193

MPräs > [1] 1462

Seiters, Rudolf

MdB 6.–14. WP (CDU)

VPräs > [3] N 4.2, N 26

BMin > [1] 810, 884, 1055–1056, 1058, 1067, 1072, 1107, 1204, 1220, 1262–1263 • [2] 1503–1505, 1507–1509, 1511, 1515, 1517, 1533, 1549, 1611 • [3] 3155, 3665–3666, 3673, 3729, 3736–3737, 3761, 3767

FrVst > [1] 810, 838, 951–952, 954–956, 958 • [2] 1676, 1789

AVst > [1] 887–889

Sonst. > [1] 249, 251, 253, 257, 261, 263, 567, 587, 1184, 1187 • [2] 1676, 1982, 2918

Seither, Max

MdB 2.–5. WP (SPD)

Selbert, Elisabeth († 9. 6. 1986)

MdPR > [1] 622

Selke, Karl-Ernst

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1588

Selle, Johannes

MdB 13. WP (CDU)

Sellin, Peter

MdB 11. WP bis 20. 2. 1989 (AL Berlin → GRÜNE)

Sonst. > [1] 1013, 1185

Semler, Christian

Sonst. > [1] 119

Semler, Johannes († 31. 1. 1973)

MdB 1. WP ab 14. 5. 1950 (CSU)

AVst > [1] 810 • [2] 2189

Sonst. > [1] 293, 618

Semper, Sigrid

MdB 12. WP (FDP)

Sendler, Horst

Sonst. > [1] 318

Senfft, Hans-Werner

MdB 10. WP ab 3. 4. 1985 (GRÜNE)

FrVst > [1] 810, 968

Sonst. > [2] 1830, 1982, 2745

Senninger, Erhard

Sonst. > [3] 3203

Seppi, Elfriede († 14. 6. 1976)

MdB 3. WP ab 13. 10. 1959, 4.–6. WP (SPD)

Sept-Hubrich, Gisela

MdV 10. WP (SPD)

Serres, Günther († 26. 12. 1981)

MdB 1.–5. WP (CDU)

AVst > [1] 810 • [2] 2045, 2048–2049, 2051–2052

Eur > [3] 3547

Sonst. > [1] 241, 243, 413

Seuffert, Walter († 28. 12. 1989)

MdB 1.–4. WP, 5. WP bis 18. 10. 1967 (SPD)

AVst > [2] 2036, 2044, 2048

MdEP 4. 6. 1964–13. 10. 1967 (SPD)

Bibl. > [1] 520

Sonst. > [1] 417, 426, 618 • [2] 1792, 1989, 2494

Seume, Franz († 29. 9. 1982)

MdB 3.–5. WP (SPD), 6. WP (SPD; 2. 3. 1972 → fraktionslos; 17. 3. 1972 → CDU/CSU-Gast)

Sonst. > [1] 923, 932, 1229–1230 • [3] 3651

Seuster, Lisa

MdB 11.–13. WP (SPD)

AVst > [2] 2076

Sonst. > [3] 3154–3156

Sewald, Günther († 25. 11. 1949)

MdB 1. WP bis † (CDU)

Siara, Walter († 18. 6. 1959)

Sonst. > [1] 621

Sick, Willi-Peter

MdB 7.–9. WP (CDU)

Siebel, Theodor († 14. 9. 1975)

MdB 1.–3. WP (CDU)

AVst > [2] 2044

Siebert, Bernd

MdB 13.–14. WP (CDU)

Sonst. > [3](#) 3178*Siegert, Walter*DDR > [3](#) 3918**Sieglerschmidt, Hellmut** († 1. 3. 1992)

MdB 5. WP ab 4. 6. 1969, 6.–8. WP (SPD)

MdEP 19. 1. 1977–23. 7. 1984 (SPD)

Eur > [3](#) 3549**Sielaff, Horst**

MdB 9.–13. WP (SPD)

FrVst > [1](#) 811, 999–1000Sonst. > [2](#) 1816, 1820, 1823, 2925**Sieler** ([^]Amberg), **Wolfgang**

MdB 8.–11. WP (SPD)

AVst > [1](#) 890Sonst. > [2](#) 1856*Siemann, Johann*Sonst. > [1](#) 621**Siemann, Werner**

MdB 14. WP (CDU)

Siemer, J. Hermann († 7. 7. 1996)

MdB 2.–6. WP (CDU)

Bibl. > [1](#) 520 • [3](#) 3439Sonst. > [1](#) 618*Sieveking, Kurt* († 16. 3. 1986)BRPräs > [3](#) 3190MPräs > [1](#) 1444Sonst. > [1](#) 415**Sikora, Jürgen**

MdB 12. WP ab 22. 5. 1992, 13. WP (CDU)

Simm, Erika

MdB 12.–14. WP (SPD)

AVst > [2](#) 2201 • [3](#) N 9.2Sonst. > [2](#) 1913**Simmert, Christian**

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

*Simon, Gunnar*StS > [1](#) 1087**Simon, Paul Heinrich** († 26. 10. 1978)

MdB 6.–7. WP (SPD)

Simonis, Heide

MdB 8.–10. WP, 11. WP bis 8. 6. 1988 (SPD)

MPräs > [1](#) 857, 1460Eur > [3](#) 3604Bibl. > [1](#) 521Sonst. > [1](#) 431, 456 • [2](#) 1810, 1812, 1832 • [3](#) 3226*Simons, Barbara*

MdEP 24. 7. 1984–19. 7. 1994 (SPD)

Simpfendorfer, Hansmartin

MdB 7.–8. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1810**Simpfendorfer, Karl** († 25. 12. 1984)

MdB 3. WP (CDU)

Sindermann, Horst († 20. 4. 1990)DDR > [1](#) 126 • [2](#) 1486, 1492, 1494–1497, 1503 • [3](#) 3730, 3735, 3743, 3747, 3749, 3756–3757, 3759, 3890Sonst. > [3](#) 3758, 3765, 3786, 3795, 3820**Singer, Johannes**

MdB 11.–13. WP (SPD)

FrVst > [1](#) 811, 999–1000 • [2](#) 1887**Singhammer, Johannes**

MdB 13.–14. WP (CSU)

*Singhuber, Kurt*DDR > [3](#) 3917**Sinn, Edmund** († 26. 3. 1978)

MdB 4.–5. WP (CDU)

Sitte, Fritz Moritz († 19. 12. 1994)Sonst. > [3](#) 3322*Six, Bruno*Sonst. > [1](#) 621**Skarpelis-Sperk, Sigrid**

MdB 9.–14. WP (SPD)

AVst > [1](#) 890Bibl. > [1](#) 521Sonst. > [2](#) 1856, 1913, 1943, 2923, 2928*Skopp, Paulus*Sonst. > [3](#) 3629**Skowron, Werner H.**

MdB 12. WP (CDU)

DDR > [3](#) 3919*Skubiszewski, Krzysztof*Sonst. > [2](#) 1546**Slotta, Günter** († 9. 6. 1974)

MdB 6. WP, 7. WP bis † (SPD)

Bibl. > [1](#) 521*Sobetzko, Werner*

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

*Söderman, Jacob N.*Eur > [3](#) 3564**Soell, Hartmut**

MdB 9.–12. WP (SPD)

Eur > [3](#) 3548AVst > [2](#) 2075Sonst. > [1](#) 1011 • [2](#) 1855**Soetebier, Friedrich** († 20. 3. 1973)

MdB 4. WP (FDP)

Sohn, Karl-Heinz

StS > [1](#) 1103

Solke, Emil

MdB 2.–3. WP, 6.–7. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 241, 243, 249, 251

Solleder, Max († 23. 1. 1966)

MdB 1. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 981

Solms, Hermann Otto

MdB 9.–14. WP (FDP)

VPräs > [3](#) N 4.2, N 26

FrVst > [1](#) 811, 964, 965, 986 • [3](#) N 5.8

Sonst. > [1](#) 676, 1185–1187 • [2](#) 1605, 1625, 1627, 1769, 1873

Soltwedel-Schäfer, Irene

MdEP ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)

Sonnemann, Theodor († 6. 9. 1987)

StS > [1](#) 1081

Sonntag, Franz

Sonst. > [1](#) 99

Sonntag-Wolgast, Cornelia

MdB 11. WP ab 14. 6. 1988, 12.–14. WP (SPD)

PStS > [3](#) N 6.3

Sonst. > [2](#) 1849, 1924

Sopart, Hans-Joachim

MdB 12. WP bis 3. 1. 1993 (CDU)

Sorge, Wieland

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)

MdVst 10. WP (SPD)

AVst > [2](#) 1599, 2077

Sonst. > [2](#) 1588, 1918

Sornik, Paul († 21. 3. 1982)

MdB 2. WP (GB/BHE)

Sothmann, Bärbel

MdB 12.–14. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 655, 811, 958

Spaak, Paul-Henri († 31. 7. 1972)

Eur > [3](#) 3553

Späte, Margarete

MdB 13.–14. WP (CDU)

AVst > [3](#) N 9.2

Späth, Leopold

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Späth, Lothar

BRPräs > [3](#) 3193

MPPräs > [1](#) 1455, 1457, 1459 • [3](#) 3721

Spangenberg, Dietrich († 3. 8. 1990)

StS > [1](#) 1064–1065, 1099

Sonst. > [1](#) 1064–1065

Spanier, Wolfgang

MdB 13.–14. WP (SPD)

Specker, Roland

Sonst. > [3](#) 3388–3389, 3391

Spénale, Georges

Sonst. > [3](#) 3555

Spengelin, Friedrich

Sonst. > [3](#) 3297–3299, 3302, 3304, 3308

Sperling, Dietrich

MdB 6.–13. WP (SPD)

PStS > [1](#) 811, 1096–1097

Bibl. > [1](#) 521

Sonst. > [1](#) 587 • [2](#) 2915–2916

Sperling, Fritz

Sonst. > [1](#) 621

Spiecker, Carl († 16. 11. 1953)

Sonst. > [1](#) 103, 621

Spielmann, Margrit

MdB 14. WP (SPD)

Spies (Brücken), **August** († 30. 6. 1972)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Spies (Emmenhausen), **Josef** († 14. 3. 1985)

MdB 1.–4. WP, 5. WP ab 4. 8. 1969 (CSU)

AVst > [2](#) 2049

Sonst. > [1](#) 243, 245–246

Spies von Büllenheim, Adolf Freiherr

MdB 7.–10. WP (CDU)

Eur > [3](#) 3547

Sonst. > [1](#) 251, 253, 255, 257

Spilker, Karl-Heinz

MdB 6.–12. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 811, 954–957

Sonst. > [1](#) 251, 254, 256, 258, 260, 262, 569, 587, 1185 • [2](#) 1859, 2476

Spillecke, Hermann († 5. 5. 1977)

MdB 5.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)

MdEP 19. 1. 1977 bis † (SPD)

Bibl. > [1](#) 521

Sonst. > [1](#) 250, 252, 255 • [2](#) 2914

Spiller, Jörg-Otto

MdB 13.–14. WP (SPD)

Spitzmüller, Kurt

MdB 3.–5. WP, 6. WP ab 12. 1. 1971, 7.–8. WP (FDP)

FrVst > [1](#) 811, 963–964, 1001 • [2](#) 1674

AVst > [1](#) 888 • [3](#) 3436

Bibl. > [1](#) 521

Sonst. > [1](#) 1177, 1181 • [2](#) 1674, 2915

Spliedt, Franz

Sonst. > [1](#) 621

Spöri, Dieter

MdB 8.–10. WP, 11. WP bis 5. 6. 1988 (SPD)

Sonst. > [1](#) 431, 1185 • [3](#) 3082**Spörl, Max** († 9. 7. 1997)

MdB 2. WP (CSU)

*Sponheimer, Franz*Sonst. > [1](#) 85**Spranger, Carl-Dieter**

MdB 7.–14. WP (CSU)

BMin > [1](#) 811, **1058–1059**, 1104, 1116, 1155PStS > [1](#) 811, **1072**, 1116, 1254 • [2](#) 2216, 2713, 2716FrVst > [1](#) 811, 992AVst > [3](#) N 9.2Sonst. > [1](#) 254, 256, 259–260, 262, 587*Spranger, Eduard* († 17. 9. 1963)Sonst. > [2](#) 2010**Spreti, Karl Graf von** († 5. 4. 1970)

MdB 1. WP, 2. WP bis 5. 3. 1956 (CSU)

Sonst. > [1](#) 243, 409, 423, 1286 • [2](#) 1796, 2016*Springmann, Baldur*Sonst. > [1](#) 124**Springorum, Gerd** († 11. 11. 1995)

MdB 5.–7. WP (CDU)

MdEP 18. 5. 1966–19. 1. 1977 (CDU)

Eur > [3](#) 3593**Sprung, Rudolf**

MdB 6.–12. WP (CDU)

PStS > [1](#) 811, **1079**FrVst > [1](#) 811, 992AVst > [2](#) 2065Sonst. > [1](#) 569, 587 • [2](#) 1933**Srock, Ernst**

MdB 2. WP (GB/BHE)

Staak (Hamburg), Werner

MdB 6. WP ab 21. 5. 1970, 7. WP bis 13. 11. 1974 (SPD)

Sonst. > [1](#) 428, 453**Stachowa, Angela**

MdB 12. WP (PDS/LL; 15. 6. 1994 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 929 • [2](#) 1906*Staden, Berndt von*StS > [1](#) 1069–1070*Stadermann, Peter*

MdVk 10. WP (PDS)

Stadler, Max

MdB 13.–14. WP (FDP)

Staegemann, Gerd

MdVk 10. WP (NDPD → Die Liberalen)

Sonst. > [3](#) 3895**Staffelt, Ditmar**

MdB 14. WP (SPD)

*Stahl, Alexander von*Sonst. > [1](#) 108**Stahl (Kempen), Erwin**

MdB 7.–11. WP (SPD)

PStS > [1](#) 811, **1102**Sonst. > [2](#) 1817, 1826, 1852, 2818*Stahl, Helmut*StS > [1](#) 1102**Stahl, Willy** († 6. 10. 1989)

MdB 1.–3. WP (FDP)

Sonst. > [1](#) 462, 495**Stahlberg, Hermann**

MdB 5.–6. WP; 7. WP ab 1. 11. 1974, 8. WP (CDU)

Sonst. > [2](#) 1803 • [3](#) 3171*Stalin, Josef* († 5. 3. 1953)Sonst. > [2](#) 1488*Stamm, Michael*Sonst. > [1](#) 120**Stammberger, Wolfgang** († 1. 5. 1982)

MdB 2.–3. WP (FDP), 4. WP (FDP; 3. 6. 1964 → SPD), 5. WP (SPD)

BMin > [1](#) 811, **1034**, 1073, 1214 • [2](#) 2651–2652 • [3](#) 3644AVst > [1](#) 811, 840 • [2](#) 2047Sonst. > [1](#) 413, 566, 922*Stange, Carmen*

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Staratzke, Hans-Werner

MdB 5. WP (FDP)

FrVst > [1](#) 812, 1001**Stark (Stuttgart/Nürtingen), Anton**

MdB 5.–11. WP (CDU)

AVst > [1](#) 812 • [2](#) 2059, 2065, 2069Sonst. > [1](#) 258, 586 • [2](#) 1808, 1813, 2915, 2934*Stark, Jürgen*StS > [1](#) 1077**Starke** (⁶Franken), **Heinz**

MdB 2.–5. WP (FDP), 6. WP (FDP; 9. 10. 1970 → CDU/CSU), 7.–8. WP (CSU)

BMin > [1](#) 812, **1036**, 1075, 1214 • [3](#) 3644FrVst > [1](#) 812, 963

MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (FDP) und 25. 1. 1963–16. 7. 1979 (FDP → CSU)

Sonst. > [1](#) 254, 585, 923, 931–932, 1176–1177, 1229 • [3](#) 3651**Starnick, Jürgen**

MdB 12. WP (FDP)

Sonst. > [2](#) 1887, 1889

Stather, Erich

StS > [3] N 6.3

Stauch, Robert († 1. 5. 1981)

MdB 1.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1] 244

Staudt, Reinhold († 11. 9. 1978)

MdB 8. WP bis † (SPD)

Stauffenberg, Franz Ludwig Schenk Graf von

MdB 7.–9. WP, 10. WP bis 20. 11. 1984 (CSU)

MdEP 24. 7. 1984–30. 11. 1992 (CSU)

Eur > [3] 3594

Sonst. > [1] 254, 256, 258, 431, 469, 1181

Stavenhagen, Lutz G. († 31. 5. 1992)

MdB 7.–11. WP, 12. WP bis † (CDU)

PStS > [1] 812, 884, 1067, 1070 • [2] 2731

AVst > [2] 2255, 2257

Sonst. > [1] 418

Stech, Paul († 30. 9. 1956)

MdB 1. WP (SPD)

Stecker, Josef

MdB 3.–5. WP (CDU)

Sonst. > [1] 243, 245, 247

Steen, Antje-Marie

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1900, 1904, 1914, 1924

Steenblock, Rainer

MdB 13. WP bis 1. 6. 1996 (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1] 433, 459

Steger, Ulrich

MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 9. 7. 1984 (SPD)

Bibl. > [1] 521

Sonst. > [1] 430, 456 • [2] 2819

Stegner, Artur († 5. 8. 1986)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 13. 1. 1954 → fraktionslos; 6. 2. 1957 → GB/BHE)

Sonst. > [1] 462, 915, 918 • [3] 2987

Stehle, German Otto († 5. 6. 1987)

MdB 6. WP ab 7. 9. 1972 (CDU)

Stehr, Heinz

Sonst. > [1] 98

Steiger, Wolfgang

MdB 13. WP, 14. WP ab 15. 4. 1999 (CDU)

Stein (Mainz), Franz († 14. 9. 1967)

MdB 5. WP bis † (SPD)

Stein ([△]Honrath), **Gustav** († 21. 10. 1979)

MdB 4.–6. WP (CDU)

AVst > [2] 2057

Sonst. > [1] 412, 1177

Steinbach, Erika

(während der 12. WP Steinbach-Hermann, Erika)

MdB 12.–14. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1883 • [3] 3177

Steinbach-Hermann, Erika

siehe Steinbach, Erika

Steinberg, Karl-Hermann

DDR > [2] 1540 • [3] 3843, 3876, 3882, 3920

Steinberger, Helmut

Sonst. > [2] 2475–2476

Steinbiß, Viktoria († 11. 2. 1971)

MdB 1.–3. WP (CDU)

AVst > [2] 2042, 2047

Sonst. > [1] 618

Steindor, Marina

MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Steinecke, Jochen

MdV 10. WP (LDP → Die Liberalen)

DDR > [3] 3912

Steiner (Oelsnitz), Andreas

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])

MdV 10. WP (DSU)

Sonst. > [2] 1588

Steiner, Heinz-Alfred

MdB 9.–12. WP (SPD)

AVst > [2] 2076

Eur > [3] 3548

Sonst. > [3] 3174–3177

Steiner, Julius

MdB 6. WP (CDU)

Sonst. > [1] 1231 • [2] 2209, 2244 • [3] 3653

Steinhauer, Karl († 13. 3. 1981)

MdB 2. WP ab 12. 4. 1957 (CDU)

Sonst. > [1] 464

Steinhauer, Waltraud

MdB 7. WP ab 9. 12. 1974, 8.–11. WP (SPD)

AVst > [1] 889–890 • [2] 2071

Sonst. > [2] 1824, 1863

Steinhörster, Willi († 26. 11. 1978)

MdB 1. WP (SPD)

AVst > [2] 2039

Sonst. > [1] 462, 618

Steinhoff, Fritz († 22. 10. 1969)

MdB 4.–5. WP (SPD)

MPräs > [1] 51, 857, 1447 • [3] 3640

Sonst. > [1] 409 • [2] 2771

Steinitz, Klaus

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdV 10. WP (PDS)

Sonst. > [2] 1588

Steinmann, Joachim

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Steinmeier, Frank-Walter

StS > [3](#) N 6.3

Steinmetz, Hans († 17. 10. 1987)

StS > [1](#) 1091

Steinmetz, Willy († 20. 12. 1969)

MdB 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4.–5. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 920–921

Steltzer, Theodor († 27. 10. 1967)

MPräs > [1](#) 1440

Sonst. > [1](#) 408, 621

Stempell, Kurt

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Stenger, Carl († 29. 6. 1982)

MdB 3. WP (SPD)

Stephan, Heinrich († 1. 9. 1990)

MdB 4.–5. WP (SPD)

Stephan, Volker

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVvk 10. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1588

Stercken, Hans

MdB 8.–12. WP (CDU)

AVst > [1](#) 812 • [2](#) 2068, 2071, 2075

Eur > [3](#) 3606

Sonst. > [1](#) 569

Stern, Fritz

Sonst. > [2](#) 2014

Stern, Klaus

Sonst. > [1](#) 318

Sternberger, Dolf († 27. 7. 1989)

Sonst. > [1](#) 48–49, 52, 54

Sterzing, Christian

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sterzinsky, Georg

Sonst. > [2](#) 1509 • [3](#) 3761

Stetefeld, Georg

Sonst. > [1](#) 620

Stetten, Wolfgang [Hermann] Freiherr von

MdB 12.–14. WP (CDU)

AVst > [3](#) N 9.2

Sonst. > [2](#) 1883, 1895, 1908, 1919, 1927, 1936

Stetter, Inge

MdVvk 10. WP (SPD)

Stief, Eberhard

DDR > [3](#) 3875

Stiegler, Ludwig

MdB 9.–14. WP (SPD)

FrVst > [3](#) N 5.7

AVst > [2](#) 2071, 2075, 2079

Sonst. > [2](#) 1832, 1856, 1913, 2926

Stieler, Georg

Sonst. > [1](#) 620

Stienen, Karl-Heinz

MdB 7. WP (SPD; 8. 12. 1976 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 924

Stierle, Georg († 26. 5. 1979)

MdB 1.–3. WP (SPD)

Stiller, Georg († 11. 3. 1992)

MdB 2.–5. WP (CSU)

FrVst > [1](#) 982

Sonst. > [1](#) 418

Stingl, Josef

MdB 2.–4. WP; 5. WP bis 15. 6. 1968 (CDU)

FrVst > [1](#) 812, 949–950, 990

AVst > [2](#) 2055

Sonst. > [1](#) 426, 1177

Stobbe, Dietrich

MdB 10.–11. WP (SPD)

BRPräs > [3](#) 3192

MPräs > [1](#) 857, 1454 • [3](#) 3387

AVst > [2](#) 2196

Sonst. > [1](#) 857

Stock, Christian († 13. 4. 1967)

MPräs > [1](#) 1441

Sonst. > [1](#) 408, 620

Stock, Jean († 13. 1. 1965)

MdPR > [1](#) 622, 625

Sonst. > [1](#) 620

Stockhausen, Karl

MdB 10. WP ab 6. 12. 1983, 12. WP (CDU)

Stockleben, Adolf

MdB 8.–10. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 2818

Stockmann, Ulrich

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

MdVvk 10. WP (SPD)

DDR > [2](#) 1588 • [3](#) 3904, 3913

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Sonst. > [2](#) 1588 • [3](#) 3891

Stöckel, Rolf

MdB 14. WP (SPD)

Stöckl, Wilhelm

MdB 8.–9. WP (SPD)

Störr-Ritter, Dorothea

MdB 14. WP (CDU)

Stoiber, Edmund

MPräs > [1] 1188, 1461 • [2] 1624 • [3] 3193, N 6.21,
N 26
FrVst > [1] 953
Sonst. > [1] 953 • [3] N 5.8, N 26

Stolfa, Roswitha

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. > [2] 1588

Stolpe, Manfred

MPräs > [1] 1462 • [2] 1614
Sonst. > [2] 2015 • [3] 3667, 3725, 3838

Stoltenberg, Gerhard

MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 3. 6. 1971, 10.–13. WP
(CDU)
BMin > [1] 812, 842, 857, **1041, 1043, 1051, 1053–
1054, 1057**, 1076–1077, 1087, 1100, 1149, 1157–
1158, 1176–1177, 1183–1185, 1200, 1202–1204,
1219–1220, 1253, 1261, 1263 • [2] 1556, 1666,
1676–1677, 1983, 2745 • [3] 3176, 3665, 3671
FrVst > [1] 812, 951
BRPräs > [3] 3192
MPräs > [1] 427, 452, 857, 1181–1182, 1452, 1454
Bibl. > [1] 522
Sonst. > [1] 427, 452, 566–567, 587–588, 1179 • [2]
1676–1677, 2772

Stolze, Diether († 24. 10. 1990)

StS > [1] 1066

Stommel, Maria († 19. 3. 1990)

MdB 4. WP ab 4. 12. 1964, 5.–7. WP (CDU)

Stommel, Wilhelm Peter

MdB 8. WP, 10. WP ab 21. 3. 1985 (CDU)

Stoß, Heinrich († 19. 5. 1971)

MdB 4.–5. WP (CDU)
Sonst. > [1] 247, 567

Stoph, Willi († 13. 4. 1999)

DDR > [1] 126, 599, 1193 • [2] 1491, 1506, 2708 •
[3] 3666, 3731, 3744–3745, 3751, 3753, 3757,
3759–3760, 3916
Sonst. > [3] 3758, 3765, 3769

Stopperich, Hermann († 6. 1. 1952)

MdB 1. WP bis † (SPD)
Sonst. > [1] 294

Storch, Anton († 26. 11. 1975)

MdB 1.–4. WP (CDU)
BMin > [1] 812, **1031–1032**, 1083, 1189
MdEP 27. 2. 1958–21. 12. 1965 (CDU)
Eur > [3] 3592
Bibl. > [1] 522 • [3] 3439
Sonst. > [1] 411, 618

Storck, Dieter

Sonst. > [1] 95

Storck, Louis

StS > [1] 1096

Storm, Andreas

MdB 13.–14. WP (CDU)

Storm ([^]Meischenstorf), **Friedrich-Karl** († 19. 4. 1987)

MdB 3.–6. WP (CDU)
AVst > [2] 2052, 2055
Sonst. > [2] 1803

Storm ([^]Duisburg), **Leo** († 27. 12. 1981)

MdB 2.–3. WP (CDU)

Sträter, Artur

Sonst. > [1] 621

Sträter, Heinrich († 11. 4. 1968)

MdB 2.–3. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (SPD)
Sonst. > [1] 464

Strasser, Otto († 27. 8. 1974)

Sonst. > [1] 106, 133

Strahinger, Wilhelm

Sonst. > [1] 621, 623

Straßmeir, Günter

MdB 7.–11. WP (CDU)
PStS > [1] 812, 884, **1067**
FrVst > [1] 812, 992–993
Sonst. > [1] 1067 • [2] 2745

Stratenwerth, Günther

Sonst. > [2] 2472

Stratmann, Eckhard

siehe Stratmann-Mertens, Eckhard

Stratmann-Mertens, Eckhard

(bis 20. 4. 1990 Stratmann, Eckhard)
MdB 10. WP bis 31. 3. 1985 (GRÜNE), 11. WP
(GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS
90)
Sonst. > [2] 1677, 1818, 1822, 1857, 1865, 1878, 1981,
1991, 2923, 2930

Straubinger, Max

MdB 13.–14. WP (CSU)
Sonst. > [1] 264 • [3] 3156

Strauß, Franz

siehe Strauß, Franz Josef

Hinweis

Es bedeutet:

[1] Band I,

[2] Band II und

[3] Band III des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Strauß, Franz Josef († 3. 10. 1988)

(während der 1. WP Strauß, Franz)

MdB 1.–7. WP, 8. WP bis 29. 11. 1978, 11. WP bis 19. 3. 1987 (CSU)

BMin > [1] 813, 842, 858, **1033–1034**, **1036–1037**, **1042**, 1075, 1085, 1100, 1106, 1133, 1159–1161, 1177, 1213–1214, 1222–1223, 1251 • [2] 2191, 2206, 2651–2653, 2722 • [3] 3639, 3641, 3644–3645

FrVst > [1] 813, 948–953, 981–982

AVst > [1] 813, 840 • [2] 2039–2040

BRPräs > [3] 3193

MPräs > [1] 416, 429, 431, 443, 454, 456, 858, 1183, 1455, 1457, 1459 • [2] 2219–2220, 2719, 2918 • [3] 3656, 3665

MdEP 16. 7. 1952–2. 5. 1956 (CSU)

Bibl. > [1] 522

Sonst. > [1] 49, 53, 90–92, 129, 148, 244, 246, 248–249, 251, 254, 256, 258, 416, 429, 431, 454, 456, 522, 569, 584–586, 618–619, 951–953, 984, 1028, 1118–1121, 1139–1140, 1160–1162, 1176, 1178–1181, 1222–1223, 1230, 1235 • [2] 1764, 1794–1795, 2005, 2193, 2211–2213, 2470, 2722, 2772, 2915 • [3] 3655

Strauß, Walter († 1. 1. 1976)

StS > [1] 1073

MdPR > [1] 622, 625

Streb-Hesse, Rita

MdB 14. WP (SPD)

Strebl, Matthäus

MdB 13. WP ab 20. 11. 1995, 14. WP ab 12. 1. 1999 (CSU)

Sonst. > [3] 3156

Strehlke, Reinhard

StS > [1] 1083

Streibl, Max († 11. 12. 1998)

MPräs > [1] 1459

Sonst. > [3] N 2.7

Strelitz, Johannes E. († 7. 3. 1991)

AVst > [2] 2058

Sonst. > [2] 2058

Hinweis

Die parlamentarische Laufbahn aller Mitglieder des Bundestages, die bestimmte Führungspositionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung innehatten oder -haben, ist in Abschnitt 3.21 des vorliegenden *Datenhandbuchs* synoptisch dargestellt. Dieser Abschnitt enthält auch die Geburtsdaten der dort aufgeführten Parlamentarier.

Stresemann, Gustav († 3. 10. 1929)

Sonst. > [3] 3350

Stricker, Fritz († 9. 7. 1949)

Sonst. > [1] 103, 621–622

Striebeck, Otto († 1. 2. 1972)

MdB 1. WP, 3. WP ab 27. 5. 1958, 4. WP (SPD)

Strobel, Käte († 26. 3. 1996)

MdB 1.–6. WP (SPD)

BMin > [1] 650, 813, **1043**, **1045**, 1088, 1090

MdEP 27. 2. 1958–26. 1. 1967 (SPD)

Eur > [3] 3590–3591

Sonst. > [1] 420 • [2] 2771

Strobl, Thomas

MdB 14. WP (CDU)

Strobele, Hans-Christian

MdB 10. WP ab 31. 3. 1985 (AL Berlin → GRÜNE), 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Sonst. > [1] 116, 987, 1013 • [2] 1676, 1827–1828, 1831, 1834–1835, 2195, 2241

Stroetmann, Clemens

StS > [1] 1095

Strohbach, Gertrud

MdB 1. WP ab 16. 5. 1951 (KPD)

Strohmayer, Alois († 27. 2. 1993)

MdB 4.–6. WP (SPD)

Strosche, Johannes-Helmut († 26. 5. 1996)

MdB 2. WP (GB/BHE)

Sonst. > [1] 464

Strube, Hans-Gerd

MdB 10.–12. WP (CDU)

Sonst. > [1] 257, 261

Struck, Peter

MdB 9.–14. WP (SPD)

FrVst > [1] 813, 978 • [2] 1617 • [3] N 4.1, N 5.7, N 5.8

AVst > [2] 2196

Bibl. > [1] 522

Sonst. > [2] 1835, 1846–1847, 1926, 1949, 1983 • [3] 3082, 3391

Strunk, Heinrich († 5. 3. 1952)

Sonst. > [1] 621

Struve, Detlef († 24. 5. 1987)

MdB 1.–6. WP (CDU)

FrVst > [1] 813, 949–951

Sonst. > [1] 241, 415, 618 • [2] 2240

Stübgen, Michael

MdB 12.–14. WP (CDU)

AVst > [2] 1599, 2080 • [3] 3618

Sonst. > [2] 1883

Stücklen, Richard

MdB 1.–11. WP (CSU)

BTPräs > [1] 144, 813, **866–867**, 868–869, 875, 888–889, 953, 1237, 1242 • [2] 1694, 1702, 1752, 2064, 2068, 2917, 2947 • [3] 3192, 3202, 3217, 3306, 3388, 3465, 3656–3657VPPräs > [1] 813, **872–873**, 875–876, 889, 953 • [2] 1499, 1562, 1701–1704, 1754, 1761, 1991 • [3] 3188, 3655–3656, 3660, 3663, 3882BMin > [1] 813, 842, **1034, 1036–1037, 1039, 1041**, 1091, 1215

FrVst > [1] 813, 948, 950–953, 982

AVst > [1] 813, 840, 888–889 • [2] 2044, 2064, 2068, 2192 • [3] 3311

Bibl. > [1] 522

Sonst. > [1] 50, 53, 243, 245–246, 248, 250–251, 254, 256, 259–260, 568–569, 584–586, 1238, 1258 • [2] 2772, 2915 • [3] 2988, 3188, 3320, 3626

Stümer, Ferdinand

MdB 2. WP ab 30. 3. 1954 (SPD)

Stünker, Joachim

MdB 14. WP (SPD)

Stütze, Walther

StS > [3] N 6.3

Stutzer, Hans-Jürgen

MdB 8.–10. WP (CDU)

Sonst. > [2] 1829

Such, Manfred

MdB 11. WP ab 4. 4. 1989 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

FrVst > [1] 813, 969

Suck, Walter († 11. 11. 1983)

MdB 6.–7. WP (SPD)

MdEP 16. 1. 1975–19. 1. 1977 (SPD)

Sonst. > [1] 252

Sudhoff, Jürgen

StS > [1] 1070

Sühler, Gustav († 3. 7. 1998)

MdB 3.–4. WP (CSU)

Süssmuth, Rita

MdB 11.–14. WP (CDU)

BTPräs > [1] 317, 648, 653–655, 813, **868**, 869–870, 890–891, 1219 • [2] 1497–1498, 1502, 1512, 1521, 1529, 1533, 1536, 1544, 1546, 1557, 1563–1564, 1567–1568, 1570, 1575, 1602, 1604, 1608–1610, 1612–1617, 1622, 1625–1628, 1665, 1693–1694, 1704–1710, 1765, 1769, 1774, 2015, 2017–2018, 2074, 2078, 2080, 2757, 2920, 2932, 2947 • [3] 3086, 3188–3189, 3193, 3203, 3205–3209, 3211–3213, 3220–3223, 3322–3323, 3325, 3328, 3332, 3351–3352, 3354, 3356, 3360–3361, 3367–3370, 3372–3374, 3376, 3379, 3383–3385, 3389–3393, 3435, 3466–3467, 3497–3499, 3624, 3665–3666, 3670, 3674, 3771, 3823, 3838, 3841, N 4.1, N 7.8, N 19.3, N 21.6BMin > [1] 652–653, 813, **1053–1054**, 1089, 1149, 1185, 1219 • [2] 2227 • [3] 3662, 3665

AVst > [1] 653, 813, 890–891 • [2] 1536, 1557, 1567, 1609, 2074, 2078, 2080

Eur > [3] 3605

Bibl. > [1] 523

Sonst. > [2] 1914 • [3] 3188–3189

Süsterhenn, Adolf († 24. 11. 1974)

MdB 4.–5. WP (CDU)

AVst > [2] 2191

MdPR > [1] 613, 619, 625

Sonst. > [1] 411 • [3] 2991

Suhr, Heinz

MdB 10. WP ab 1. 4. 1985 (GRÜNE)

Sonst. > [2] 1831, 1833

Suhr, Otto († 30. 8. 1957)

MdB 1. WP bis 31. 1. 1952 (SPD)

BRPräs > [3] 3190

MPräs > [1] 406, 857, 1446 • [3] 3345

MdPR > [1] 613, 619

Sonst. > [1] 406, 423, 462

Hinweis

Die Wahlperioden (WP) umfassen folgenden Zeitraum:

1. WP:	7. 9. 1949 – 7. 9. 1953	8. WP:	14. 12. 1976 – 4. 11. 1980
2. WP:	6. 10. 1953 – 6. 10. 1957	9. WP:	4. 11. 1980 – 29. 3. 1983
3. WP:	15. 10. 1957 – 15. 10. 1961	10. WP:	29. 3. 1983 – 18. 2. 1987
4. WP:	17. 10. 1961 – 17. 10. 1965	11. WP:	18. 2. 1987 – 20. 12. 1990
5. WP:	19. 10. 1965 – 19. 10. 1969	12. WP:	20. 12. 1990 – 10. 11. 1994
6. WP:	20. 10. 1969 – 22. 9. 1972	13. WP:	10. 11. 1994 – 20. 10. 1998
7. WP:	13. 12. 1972 – 13. 12. 1976	14. WP:	20. 10. 1998 –*)

*) Das vorliegende **Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages** ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Sund, Olaf

MdB 7. WP, 8. WP bis 17. 5. 1977 (SPD)

FrVst > [1](#) 813, 975Sonst. > [1](#) 428, 453, 1181**Supf, Ernst** († 24. 3. 1970)

MdB 4. WP (FDP)

Susset, Egon

MdB 6.–13. WP (CDU)

FrVst > [1](#) 813, 992–995Sonst. > [1](#) 587–588, 1187 • [2](#) 1881, 1935**Sybertz, Manfred**

MdB 8. WP (SPD)

Szwed, Dorothea

MdB 12. WP ab 24. 3. 1994 (CDU)

T*Tacke, Alfred*StS > [3](#) N 6.3*Täschner, Uwe*

MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

Tallert, Harry († 29. 11. 1997)

MdB 5.–6. WP (SPD)

Tamblé, Richard († 11. 6. 1982)

MdB 3. WP ab 25. 4. 1960, 4.–6. WP (SPD)

Tamm, Ingeborg

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1588, 1879*Tandler, Gerold*FrVst > [1](#) 952–953Sonst. > [1](#) 952–953*Tannert, Christof*

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Tantzen, Theodor († 11. 1. 1947)MPPräs > [1](#) 1440Sonst. > [1](#) 621**Tappe, Joachim**

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1914**Tatge, Willi**

MdB 10. WP ab 18. 6. 1985 (GRÜNE)

Sonst. > [2](#) 1826, 2831, 1834**Tausch-Tremel, Franz** († 30. 7. 1986)

MdB 2. WP ab 25. 6. 1957 (SPD)

Tauss, Jörg

MdB 13.–14. WP (SPD)

*Tegtmeier, Werner*StS > [1](#) 1084–1985 • [3](#) N 6.3**Teichman, Cornelia Christiane von**

MdB 12. WP (FDP)

Sonst. > [2](#) 1900, 1904, 1909, 1914**Teichmann, Bodo**

MdB 13. WP (SPD)

Teiser, Michael

MdB 13. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 468*Telkämper, Wilfried*

MdEP ab 18. 2. 1987 (GRÜNE)

Eur > [3](#) 3590–3591Sonst. > [2](#) 2477**Temmen, Johann** († 7. 8. 1959)

MdB 1. WP (SPD)

*Templin, Regina*Sonst. > [1](#) 117*Templin, Wolfgang*Sonst. > [1](#) 86, 117**Tenhagen, Wilhelm** († 22. 8. 1954)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)

AVst > [2](#) 2042**Terborg, Margitta**

MdB 9.–13. WP (SPD)

FrVst > [2](#) 1494, 1496Sonst. > [2](#) 1943, 2930**Teriete, Theodor** († 15. 2. 1971)

MdB 2.–5. WP (CDU)

Terpe, Frank

MdVk 10. WP (SPD)

DDR > [3](#) 3920**Terra, Hans-Adolf de** († 19. 1. 1994)

MdB 7.–8. WP (CDU)

Teubner, Maria LuiseMdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)FrVst > [1](#) 653, 814, 969Sonst. > [2](#) 1836**Teuchner, Jella**

MdB 13.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2](#) 1626*Hinweis*

Ausführliche biographische Angaben über die Abgeordneten enthalten die Handbücher des Deutschen Bundestages. In Abschnitt 30.2 ist zusammengestellt, welche Handbücher für die einzelnen Wahlperioden vorliegen.

Teufel, Erwin

BRPräs > [3](#) 3193

MPräs > [1](#) 56, 1459, 1461

Thadden, Adolf von († 17. 7. 1996)

MdB 1. WP (DRP/NR; 24. 10. 1951 → fraktionslos)

Sonst. > [1](#) 100, 122, 420, 566, 910 • [2](#) 1801

Thadden, Franz-Lorenz von (23. 4. 1979 für † erklärt)

MdB 6. WP (CDU)

Sonst. > [1](#) 1011 • [2](#) 2904

Thalheim, Gerald

MdB 12.–14. WP (SPD)

PStS > [3](#) N 6.3

Sonst. > [1](#) 1187

Thatcher, Margaret

Eur > [3](#) 3558

Sonst. > [2](#) 2723

Theato, Diemut R.

MdEP ab 5. 10. 1987 (CDU)

Eur > [3](#) 3594

Thedieck, Franz († 20. 11. 1995)

StS > [1](#) 1098–1099

Thees, Olaf

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1589

Theil (Bremen), Emil († 27. 12. 1968)

MdB 3. WP ab 6. 3. 1960 (SPD)

Sonst. > [1](#) 464

Theis, Hanns

MdB 3.–4. WP (SPD)

Thelen, Holger

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Thiele, Carl-Ludwig

MdB 12.–14. WP (FDP)

AVst > [1](#) 814, 841 • [2](#) 2079 • [3](#) N 9.2

Thiele, Grete († 29. 12. 1993)

MdB 1. WP (KPD)

Thiele, Ilse

Sonst. > [3](#) 3758

Thielen, Friedrich [Fritz]

Sonst. > [1](#) 99–100, 122

Thielen, Peter († 4. 9. 1957)

Sonst. > [1](#) 110, 128

Thielicke, Helmut († 5. 3. 1986)

Sonst. > [2](#) 2012

Thielmann, Klaus

DDR > [3](#) 3918

Thieme, Willy († 17. 10. 1979)

MdB 2. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 464

Thierse, Wolfgang

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)

BTPräs > [3](#) N 4.1, N 7.8, N 19.3, N 21.6, N 26

FrVst > [1](#) 814, 977–978, 999 • [2](#) 1596, 1615

MdVrk 10. WP (SPD)

DDR > [2](#) 1589 • [3](#) 3863, 3904

Bibl. > [1](#) 523

Sonst. > [1](#) 131, 1186, 1188 • [2](#) 1589, 1605, 2773 •
[3](#) 3820, 3834, 3839, 3841, 3847–3848, 3863,
3879, 3891

Thies, Johann († 12. 11. 1969)

MdB 2. WP ab 30. 5. 1956 (CDU)

Thieser, Dietmar

MdB 13. WP bis 19. 12. 1996 (SPD)

Sonst. > [1](#) 433

Thiessen, Rolf († 1970)

StS > [1](#) 1081

Thietz, Peter

MdVrk 10. WP (FDP → Die Liberalen)

Thoben, Christa

StS > [1](#) 1097

Thönnies, Franz

MdB 13.–14. WP (SPD)

Thomae, Dieter

MdB 11.–14. WP (FDP)

AVst > [1](#) 814 • [2](#) 2076, 2079

Sonst. > [1](#) 1187 • [2](#) 1839

Thomas, Uwe

StS > [3](#) N 6.3

Thürk, Kurt

MdB 7. WP (CDU)

Thüsing, Klaus

MdB 8. WP ab 9. 5. 1977, 9. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 1011 • [2](#) 1814–1815

Tichi, Hans († 22. 7. 1955)

MdB 1. WP (WAV; 13. 10. 1950 → BHE/DG; 21. 3.
1952 → fraktionslos)

AVst > [2](#) 2035

Sonst. > [1](#) 863, 909, 912, 1012

Tiemann, Susanne

MdB 13.–14. WP (CDU)

Tiesler, Frank

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])

MdVrk 10. WP (DSU)

Sonst. > [2](#) 1589

Tietjen, Günther († 7. 7. 1993)

MdB 7. WP ab 12. 9. 1974, 9.–11. WP, 12. WP bis †
(SPD)

Sonst. > [2] 1843

Tietmeyer, Hans

StS > [1] 1076–1077

Sonst. > [2] 1533 • [3] 3822

Tillich, Stanislaw

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Tillmann, Ferdinand

MdB 7.–12. WP (CDU)

AVst > [1] 814 • [2] 2065, 2068, 2071, 2075

Sonst. > [1] 255, 258, 260, 261 • [2] 1851, 1935, 1937

Tillmanns, Robert († 12. 11. 1955)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)

BMin > [1] 406, 814, 883, 1033, 1106, 1125 • [3] 3639

Sonst. > [1] 406

Timm, Gottfried

MdVvk 10. WP (SPD)

DDR > [3] 3904

Timm, Helga

MdB 6.–11. WP (SPD)

FrVst > [1] 650–652, 814, 975–976

AVst > [1] 650, 814 • [2] 2254–2255

Timm, Jürgen

MdB 9. WP, 11.–12. WP (FDP)

FrVst > [1] 814, 1003

Sonst. > [2] 1924, 2077, 2819, 2826

Timmermann, Manfred

StS > [1] 1086–1087

Tindemans, Leo

Sonst. > [3] 3556

Tippach, Steffen

MdB 13. WP (PDS)

Sonst. > [1] 570

Tisch, Harry († 18. 6. 1995)

DDR > [1] 126 • [3] 3744, 3751, 3759

Sonst. > [3] 3758, 3765–3766, 3800

Tischer, Udo († 4. 2. 1992)

MdB 10. WP ab 3. 4. 1985 (GRÜNE; 2. 12. 1986 →
fraktionslos)

Sonst. > [1] 927 • [3] 3663

Titzck, Rudolf

AVst > [2] 2058, 2064

Sonst. > [2] 2058, 2064

Titze, Uta

siehe Titze-Stecher, Uta

Titze-Stecher, Uta

(in der 12. WP Titze, Uta)

MdB 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1913, 1943

Tobaben, Peter († 17. 12. 1972)

MdB 1. WP (DP), 3. WP (DP; 3. 5. 1961 → CDU/
CSU), 4.–6. WP (CDU)

Sonst. > [1] 247, 921, 935 • [3] 3643

Todenhöfer, Jürgen [Gerhard]

MdB 7.–11. WP (CDU)

Sonst. > [1] 258 • [2] 1842, 1848, 1852, 1867, 1877

Tönjes, Albert († 25. 4. 1980)

MdB 5.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)

Töpfer, Edeltraut

MdB 14. WP (CDU)

Töpfer, Klaus

MdB 12. WP, 13. WP bis 28. 2. 1998 (CDU)

BMin > [1] 814, 1055, 1057, 1059, 1095, 1097, 1149,
1159, 1186, 1188, 1203, 1261, 1263 • [2] 1512,
1518, 1623–1629, 1677, 1680, 2724, 2730 • [3]
3367–3368, 3382, 3619, 3664, N 6.2, N 6.3,
N 6.12, N 26

Sonst. > [2] 1677

Toeplitz, Heinrich

DDR > [3] 3764

Toetemeyer, Hans-Günther

MdB 10.–12. WP (SPD)

Sonst. > [2] 2926

Topmann, Günter

MdB 8.–9. WP (SPD)

MdEP 24. 7. 1984–19. 7. 1994 (SPD)

Toscher, Willibald

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2] 1589

Toussaint, Hans († 12. 6. 1977)

MdB 3.–5. WP (CDU)

Sonst. > [1] 243, 464

Trampert, Rainer

Sonst. > [1] 116, 987

Trapp, Horst

Sonst. > [1] 110

Traub, Wilhelm († 3. 9. 1998)

MdB 2. WP bis 8. 9. 1955 (SPD)

Sonst. > [1] 423

Traube, Klaus

Sonst. > [1] 1197 • [3] 3656

Traupe, Brigitte

siehe Schulte, Brigitte

Trenz, Erika

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)
Sonst. > [2] 1837

Treviranus, Gottfried Reinhold († 7. 6. 1971)
Sonst. > [2] 2207

Trischler, Josef († 18. 12. 1975)

MdB 1. WP (FDP)
Sonst. > [2] 1796

Tritteltitz, Hermann († 11. 1. 1970)

MdB 2. WP bis 12. 9. 1956 (SPD)
Sonst. > [1] 424

Trittin, Jürgen

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
BMin > [3] N 6.2, N 6.3
Sonst. > [1] 87, 985 • [3] N 5.8

Tröger, Gottfried

MdB 13. WP (CDU)

Tröschler, Adelheid

MdB 13.–14. WP (SPD)
FrVst > [1] 655, 815, 1000

Troppenz, Hermann († 10. 3. 1964)

MdB 1. WP (SPD)

Troßmann, Hans († 2. 11. 1993)
BTDir > [2] 2947 • [3] 3428
Sonst. > [3] 3296

Trotzki, Leo († 21. 8. 1940)

Sonst. > [1] 89

Trumpf, Jürgen

StS > [1] 1070

Tschalamoff, Nikolaj Klaus

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)

Tschiche, Hans-Jochen

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS
90)
MdV 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)
Sonst. > [1] 123–124, 937, 1014 • [2] 1589 • [3]
3721, 3732

Tübler, Irma († 25. 6. 1992)

MdB 6.–8. WP (CDU)
Sonst. > [3] 3172

Türk, Jürgen

MdB 12.–14. WP (FDP)
Sonst. > [2] 1907, 1928

Tumay, Muhlis

Sonst. > [2] 1672

Twardowski, Fritz († 21. 9. 1970)

Sonst. > [1] 1063

U

Ueberhorst, Reinhard

MdB 8. WP, 9. WP bis 28. 1. 1981 (SPD)
AVst > [1] 815 • [2] 2255
Sonst. > [1] 429, 454, 568

Ueberschär, Kurt

MdB 9. WP ab 2. 2. 1981 (SPD)

Uecker, Sabine

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdV 10. WP (SPD)
Sonst. > [2] 1589

Uelhoff, Klaus-Dieter

MdB 11.–13. WP (CDU)
Sonst. > [2] 1842, 1882–1883, 1930, 1937

Uexküll, Jakob von

MdEP 5. 11. 1987–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Uhl, Hans-Peter

MdB 14. WP (CSU)

Uhlmann, Ekkehard

Sonst. > [1] 118

Ulbricht, Hartmut

MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)

Ulbricht, Walter († 1. 8. 1973)

DDR > [2] 1491

Uldall, Gunnar

MdB 10.–14. WP (CDU)
FrVst > [1] 815, 995
Sonst. > [2] 2745

Ullmann, Wolfgang

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS
90), 12. WP (Bündnis 90/Grüne)
MdV 10. WP (DJ → Bündnis 90/Grüne)
DDR > [1] 94 • [2] 1589 • [3] 3891, 3895, 3907,
3918
MdEP ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)
Bibl. > [1] 523
Sonst. > [1] 86, 94, 469, 877, 937, 1014–1015, 1186 •
[2] 1589, 1605, 1678, 1769, 1880, 1886, 1940–
1941, 1951 • [3] 3733, 3786, 3790, 3793, 3835,
3885, 3891

Unertl, Franz Xaver († 31. 12. 1970)

MdB 2.–5. WP, 6. WP bis † (CSU)
Sonst. > [1] 244, 246, 248–249, 409 • [3] 2990

Unger, August

Sonst. > [1] 125

Unger, Dietmar-Richard

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdV 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. > [2] 1589

Unkelbach, Helmut († 17. 1. 1968)

Sonst. > [1] 50–52

Unland, Hermann Josef

MdB 6.–11. WP (CDU)

AVst > [1] 815 • [2] 2069, 2072

Eur > [3] 3548

Sonst. > [1] 249, 251, 253, 255, 257, 260 • [2] 1748, 1804, 1845, 1847

Unruh, Gertrud [Trude]

MdB 11. WP (GRÜNE; 13. 9. 1989 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 113, 928, 1013, 1185 • [2] 1677, 1837, 2934 • [3] 3666

Urban, Wilhelm († 8. 2. 1973)

MdB 4.–5. WP (SPD)

Urbanik, Hans-Eberhard

MdB 6. WP ab 9. 3. 1970, 7.–14. WP (SPD)

Sonst. > [1] 253, 255, 257, 588 • [2] 1823, 1863, 1896, 1900

V

Vaatz, Arnold

MdB 14. WP (CDU)

Vagts, Erich

MPräs > [1] 1440

Vahlberg, Jürgen

MdB 7. WP, 10.–11. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1834–1835, 1856, 2822 • [3] 3153

Valentyn, Thomas van den

Sonst. > [3] 3371, 3384

Varelmann, Franz († 17. 10. 1978)

MdB 2.–6. WP (CDU)

Vedel, Georges

Sonst. > [3] 3555

Vehar, Max († 25. 9. 1992)

MdB 3. WP, 6.–7. WP (CDU)

Veil, Simone

Eur > [3] 3557

Veit, Hermann († 15. 3. 1973)

MdB 1. WP, 2. WP bis 10. 12. 1953 (SPD)

AVst > [2] 2036

Sonst. > [1] 423, 446, 619

Veit, Rüdiger

MdB 14. WP (SPD)

Vennegerts, Christa

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

FrVst > [1] 653, 815, 969, 987

Sonst. > [1] 1185 • [2] 1858, 1865, 1879

Verbeek, Hans († 13. 12. 1966)

MdB 5. WP bis † (CDU)

Sonst. > [1] 347

Vergin, Siegfried

MdB 12.–13. WP (SPD)

AVst > [2] 2267

Sonst. > [2] 1947

Verheugen, Günter

MdB 10.–14. WP (SPD)

PStS > [3] N 6.3

FrVst > [1] 815, 978

AVst > [1] 815 • [2] 2078

Bibl. > [1] 523

Sonst. > [1] 144, 1187, 1236 • [2] 1886, 1892, 1917, 2773

Verheyen (Bielefeld), Hans

MdB 10. WP bis 30. 3. 1985 (GRÜNE)

Bibl. > [1] 523

Sonst. > [2] 1819

Verhoeven, Arnold († 2. 8. 1998)

MdB 4. WP (CDU)

Verhülsdonk, Roswitha

MdB 7.–12. WP (CDU)

PStS > [1] 654, 815, 1089

FrVst > [1] 651–653, 815, 954–956

Sonst. > [1] 1185 • [2] 1844

Vesper, Michael

Sonst. > [1] 968–969

Vesper, Walter († 17. 12. 1978)

MdB 1. WP bis 30. 6. 1952 (KPD)

Sonst. > [2] 1990

Vetter, Heinz Oskar († 18. 10. 1990)

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Vialon, Friedrich Karl

StS > [1] 1103

Viehweger, Axel

DDR > [3] 3855, 3875, 3880, 3920, 3923

Sonst. > [3] 3875, 3880

Viererbe, Rainer

DDR > [3] 3903

Vietje, Elisabeth († 2. 5. 1963)

MdB 2. WP, 3. WP ab 6. 5. 1960, 4. WP bis † (CDU)

Violka, Simone

MdB 14. WP (SPD)

Hinweis

Die Abkürzungen der im Personenregister verwendeten Funktions- und Amtsbezeichnungen werden auf Seite 3975 erklärt.

Vit, Franz

MdB 5.–7. WP (SPD)

Vittinghoff, Kurt

MdEP 24. 7. 1984–19. 7. 1994 (SPD)

Vittinghoff-Schell, Felix Freiherr von († 13. 11. 1992)

MdB 4.–5. WP (CDU)

Eur > [3] 3547

Sonst. > [1] 245, 247

Vitzthum, Wolfgang Graf

Sonst. > [3] 3128–3129

Vockel, Heinrich

Sonst. > [1] 1063

Vöcking, Johannes

StS > [1] 1072

Völkl, Herbert

Sonst. > [1] 92

Vogel (München), Axel

MdB 10. WP ab 16. 3. 1985 (GRÜNE)

FrVst > [1] 816, 839, 968

AVst > [2] 2069

Sonst. > [2] 1826, 1830, 1835, 2745

Vogel (Speyer), Bernhard

MdB 5. WP bis 17. 7. 1967 (CDU)

BRPräs > [3] 3192–3193, 3319

MPräs > [1] 858–860, 1455, 1457, 1459, 1462

Bibl. > [1] 524

Sonst. > [1] 426, 451, 567, 632

Vogel, Dieter

StS > [1] 1067 • [2] 1530, 1618

Vogel (^ΔWarendorf/Ennepetal), **Friedrich**

MdB 5. WP bis 6. 10. 1966, 6.–12. WP (CDU)

PStS > [1] 816, 884, 1066

FrVst > [1] 816, 951–953, 991

AVst > [1] 816 • [2] 2193, 2198–2199, 2452

Bibl. > [1] 524

Sonst. > [1] 426, 451, 587, 1178 • [2] 1853

Vogel (^ΔMünchen), **Hans-Jochen**

MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 28. 1. 1981, 10.–12. WP (SPD)

BMin > [1] 816, 857, 1046–1048, 1050, 1074, 1096, 1179–1180, 1196, 1216–1217 • [2] 1674 • [3] 3657

FrVst > [1] 546, 816, 972, 976–978, 983, 988, 1120–1121 • [2] 1499, 1543, 1562, 1566, 1676, 1680 • [3] 3082, 3671, 3882

AVst > [2] 2070, 2074

MPräs > [1] 429, 454, 857, 1456 • [3] 3657

Bibl. > [1] 524–525

Sonst. > [1] 131, 149, 429, 454, 497, 522, 569, 632, 983, 988, 1028, 1120–1121, 1184–1186 • [2] 1494–1495, 1497, 1522, 1530, 1544, 1560, 1605, 1674, 1676, 1914, 1918, 2485–2486, 2772, 2923 • [3] 3664, 3670, 3735, 3770, 3782, 3828, 3879

Vogel, Horst

Sonst. > [1] 315

Vogel, Rudolf († 5. 6. 1991)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 15. 4. 1964 (CDU)

StS > [1] 1081

AVst > [1] 816 • [2] 2040, 2047, 2051

Bibl. > [1] 525 • [3] 3440

Sonst. > [1] 242, 244, 417, 425, 619 • [2] 1796, 2907

Vogel, Werner

Sonst. > [1] 894

Vogel, Wolfgang

Sonst. > [3] 3736–3737

Vogelsang, Bernhard

Sonst. > [1] 620

Vogelsang, Kurt

MdB 7.–10. WP (SPD)

AVst > [1] 816 • [2] 2067, 2070

Sonst. > [2] 1817

Vogt, Karl-Heinz († 1. 3. 1988)

MdB 3.–5. WP (CSU)

AVst > [1] 816 • [2] 2054

Sonst. > [1] 245–246, 248, 416

Vogt (Kaiserslautern), Roland

MdB 10. WP bis 18. 6. 1985 (GRÜNE)

Sonst. > [2] 1819, 1823, 2925 • [3] 3174

Vogt (Pforzheim), Ute

MdB 13.–14. WP (SPD)

Vogt (^ΔDüren), **Wolfgang**

MdB 6.–13. WP (CDU)

PStS > [1] 816, 1084

FrVst > [1] 816, 954, 958

Sonst. > [1] 587–588 • [2] 1899, 1902, 1905

Vohrer, Manfred

MdB 7.–9. WP (FDP)

FrVst > [1] 816, 1002

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (FDP)

Eur > [3] 3546, 3549

Sonst. > [1] 1182–1183 • [2] 1808, 1811

Vogt (Sonthofen), Ekkehard

MdB 8. WP ab 8. 12. 1978, 9. WP ab 14. 5. 1982 (CSU), 10. WP (CSU; 28. 10. 1983 → fraktionslos)

Sonst. > [1] 129, 927, 1013 • [3] 3173–3175, 3660

Voigt, Gisela

MdVk 10. WP (PDS)

Voigt, Gotthard († 10. 6. 1991)

MdVk 10. WP (DSU)

Voigt (Northeim), Hans-Peter

MdB 10. WP ab 21. 12. 1983, 11.–12. WP (CDU)

AVst > [1] 817 • [2] 2260

Sonst. > [2] 1842, 1904, 1935

Voigt (Frankfurt), Karsten D.

MdB 7. WP ab 28. 10. 1976, 8.–13. WP (SPD)
 FrVst > [1] 817, 998–1000
 Eur > [3] 3604
 Sonst. > [1] 1184 • [2] 1814, 1853, 1908

Voigt, Udo

Sonst. > [1] 122

Voigtländer, Bernd

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
 MdVk 10. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1589

Volkholz, Ludwig († 20. 5. 1994)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
 Sonst. > [1] 72, 92, 462, 566, 911

Vollbrecht, Ursula

MdVk 10. WP (SPD)

Vollmer, Antje

MdB 10. WP bis 2. 4. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 VPräs > [1] 655, 817, 873, 878 • [2] 1708–1710, 1774 • [3] 3674, N 4.2, N 26
 FrVst > [1] 652–653, 817, 968–969, 987 • [3] 3082
 Bibl. > [1] 525
 Sonst. > [1] 1184 • [2] 1569, 1818, 1858, 1871, 2930

Volmer, Günter

MdB 6.–9. WP (CDU)
 AVst > [2] 2065
 Sonst. > [1] 633

Volmer, Ludger

MdB 10. WP ab 10. 4. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 PStS > [3] N 6.3, N 12.2
 FrVst > [1] 817, 968, 987
 Sonst. > [1] 87, 116, 633, 985, 987, 1187 • [2] 1626, 1830, 1851 • [3] 3673

Volquartz, Angelika

MdB 14. WP (CDU)

Volz, Sylvia

Sonst. > [3] 3390

Volz, Wolfgang

Sonst. > [3] 3390, 3392

Vondran, Ruprecht

MdB 11.–12. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1839, 1867, 1882, 1892, 1900, 1920–1921

Voscherau, Henning

BRPräs > [2] 1604 • [3] 3193
 MPräs > [1] 1458, 1460 • [2] 2078, 2452 • [3] 3671
 AVst > [2] 2078, 2452 • [3] 3015, 3671

Vosen, Josef

MdB 8. WP ab 18. 10. 1979, 9.–12. WP, 13. WP bis 3. 6. 1998 (SPD)
 FrVst > [1] 817, 999
 Sonst. > [2] 1920, 1938

Voss, Friedrich

MdB 8.–11. WP (CSU)
 PStS > [1] 817, 1076–1077, 1263

Voß, Heinrich († 22. 3. 1982)

MdB 2. WP (CDU)

Voß, Otto

Sonst. > [1] 621

Voß, Sylvia

MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Voßhoff, Andrea Astrid

MdB 14. WP (CDU)

Vries, Axel de († 24. 1. 1963)

MdB 1. WP ab 5. 1. 1953 (FDP)

Vring, Thomas von der

MdEP 17. 7. 1979–19. 7. 1994 (SPD)
 Eur > [3] 3594

W

Wacher (Hof), Gerhard († 27. 10. 1990)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 26. 3. 1963 (CSU)
 FrVst > [1] 817, 948–949, 982
 Sonst. > [1] 417, 425

Wacker ([^]Buchen), Oskar († 26. 8. 1972)

MdB 1.–2. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 242, 462

Wackerzapp, Oskar († 8. 8. 1965)

MdB 1. WP (CDU)
 Sonst. > [2] 1796

Wächter, Gerold († 10. 9. 1992)

MdB 4.–5. WP (FDP)

Waffenschmidt, Horst

MdB 7.–13. WP (CDU)
 PStS > [1] 817, 1072–1073
 FrVst > [1] 817, 954
 Bibl. > [1] 525
 Sonst. > [1] 257, 588

Wagner, Albert

Sonst. > [1] 620

Wagner, Balduz

StS > [1] 1090

Wagner (Trier), Carl-Ludwig

MdB 6. WP, 7. WP bis 8. 4. 1976 (CDU)
 MPräs > [1] 858, 1459
 Sonst. > [1] 249, 428

Wagner, Christean

StS > [1] 1095

Wagner (^ΔLudwigshafen), Friedrich Wilhelm

(† 17. 3. 1971)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 19. 12. 1961 (SPD)
 AVst > [1] 817 • [2] 2037, 2043
 MdPR > [1] 613, 619, 625
 Sonst. > [1] 409, 425, 462, 613 • [2] 2494

Wagner, Hans Georg

MdB 12.–14. WP (SPD)

Wagner, Heinz

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
 MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [2] 1589

Wagner (Deggenau), Josef († 2. 1. 1979)

MdB 2. WP (SPD)

Wagner (^ΔGünzburg), Leo

MdB 4.–7. WP (CSU)
 FrVst > [1] 818, 949–952, 982
 Sonst. > [1] 248, 250, 252 • [2] 1980

Wagner, Manfred W.

MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Wagner, Marita

MdB 10. WP ab 3. 4. 1985 (GRÜNE)

Wahl, Eduard († 6. 2. 1985)

MdB 1.–5. WP (CDU)
 AVst > [1] 818 • [2] 2041
 Eur > [3] 3546
 Sonst. > [1] 414 • [2] 2470 • [3] 2991

Waigel, Theodor

MdB 7.–14. WP (CSU)
 BMin > [1] 818, 1054, 1057, 1059, 1077, 1162, 1186–1187, 1205–1206, 1208–1209, 1254 • [2] 1521, 1528, 1536–1537, 1546, 1552, 1615, 1617, 1776, 1780, 2738–2739, 2804 • [3] 3665, 3667, 3798, 3811, 3828
 FrVst > [1] 818, 954–956, 982–983, 992 • [2] 1495
 Bibl. > [1] 525
 Sonst. > [1] 92, 101, 150, 254, 256, 259, 261–262, 264, 588, 984, 1121, 1162, 1183–1185 • [2] 1494 • [3] 3320, 3785, 3798, N 5.8, N 26

Waldburg-Zeil, Alois Graf von

MdB 9.–13. WP (CDU)
 FrVst > [1] 818, 994
 AVst > [2] 2263
 Sonst. > [1] 256, 258, 260, 262–263 • [2] 1824, 1904, 1914, 1930, 1935, 1937–1938, 2933

Waldenfels, Georg von

AVst > [2] 2074
 Sonst. > [2] 2074

Walkhoff, Karl-Heinz

MdB 6.–7. WP, 8. WP ab 31. 12. 1978 (SPD)
 MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (SPD)
 Bibl. > [1] 525

Wallmann, Walter

MdB 7. WP, 8. WP bis 14. 6. 1977, 11. WP bis 29. 4. 1987 (CDU)
 BMin > [1] 818, 858, 1053, 1055, 1095, 1131, 1149, 1185, 1202, 1219 • [3] 3662, 3664
 FrVst > [1] 818, 953
 AVst > [1] 818 • [2] 2193
 BRPräs > [3] 3193
 MPräs > [1] 431, 456, 858, 1459
 Bibl. > [1] 525–526
 Sonst. > [1] 428, 431, 456 • [2] 2717

Wallner, Josef

MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB; 9. 12. 1952 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 911, 913

Wallot, Paul († 10. 8. 1912)

Sonst. > [3] 3341–3342, 3358, 3360, 3373, 3384

Wallow, Hans

MdB 9. WP ab 29. 6. 1981, 12.–13. WP (SPD)
 Bibl. > [1] 526
 Sonst. > [2] 1625, 1914

Walpert, Otto († 11. 3. 1979)

MdB 3. WP bis 12. 1. 1960 (SPD)
 Sonst. > [1] 424

Waltemathe, Ernst († 9. 6. 1997)

MdB 7.–12. WP (SPD)
 Sonst. > [1] 252, 1183 • [2] 1806, 1810, 1814, 1816, 1938, 2922

Walter, Albert († 14. 2. 1980)

MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
 Sonst. > [2] 1795

Walter, Felix († 17. 2. 1949)

MdPR > [1] 622

Walter, Fritz († 1. 4. 1977)

MdB 3.–5. WP (FDP)
 Sonst. > [1] 567

Walter, Gerd

MdEP 17. 7. 1979–7. 5. 1992 (SPD)

Walter (Cochem), Ralf

MdB 12. WP ab 10. 6. 1991 bis 21. 8. 1994 (SPD)
 MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)
 Sonst. > [1] 433, 469 • [2] 1917

Walther, Hansjoachim

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
 BMin > [1] 818, 1055, 1107 • [2] 1563, 1600
 MdVsk 10. WP (DSU)
 DDR > [2] 1589 • [3] 3820, 3844, 3858, 3905
 Sonst. > [1] 102 • [2] 1589 • [3] 3844–3845, 3858

Walther, Katrin

Sonst. > [1] 117

Walther, Manfred

DDR > [3] 3919

Walther ([^]Zierenberg), **Rudi**

MdB 7.–12. WP (SPD)
 FrVst > [1] 818, 998
 AVst > [1] 818 • [2] 2069, 2072, 2076
 Bibl. > [1] 526
 Sonst. > [2] 1843

Walz, Hanna († 17. 12. 1997)

MdB 6.–8. WP (CDU)
 MdEP 14. 2. 1973–23. 7. 1984 (CDU)
 Eur > [3] 3593

Walz, Ingrid

MdB 11. WP ab 6. 1. 1989, 12. WP (FDP)
 Sonst. > [2] 1905

Walz, Karl († 17. 4. 1990)

MdB 2. WP (CDU)

Wandel, Karl-Heinz

Sonst. > [1] 110

Wandersleb, Hermann († 19. 5. 1977)

StS > [1] 1096
 Sonst. > [3] 3273

Warnick, Klaus-Jürgen

MdB 13. WP (PDS)
 Sonst. > [1] 1188

Warnke, Jürgen

MdB 6.–13. WP (CSU)
 BMin > [1] 818, 1052–1053, 1055, 1094, 1104, 1183,
 1219 • [2] 2715 • [3] 3665
 FrVst > [1] 982
 AVst > [1] 818 • [2] 2058, 2061, 2064
 Sonst. > [1] 465, 587–588

Warrikoff, Alexander

MdB 10.–12. WP (CDU)
 Bibl. > [1] 526
 Sonst. > [2] 1851, 2925

Wartenberg (Berlin), **Gerd**

MdB 9.–12. WP (SPD)
 FrVst > [1] 819, 999
 Sonst. > [2] 1815, 1899, 1928 • [3] 3153

Wartenberg, Ludolf-Georg von

MdB 8.–11. WP (CDU)
 PStS > [1] 819, 1079

Wartner, Johann († 13. 1. 1963)

MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
 AVst > [2] 2037
 Sonst. > [1] 911 • [2] 1794

Waschnewski, Eckhard

MdVsk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Watzek, Hans

MdVsk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 →
 SPD)
 DDR > [3] 3896, 3912, 3918
 Sonst. > [3] 3895, 3909

Wawrzik, Kurt

MdB 6.–8. WP (CDU)
 MdEP 19. 1. 1977–24. 7. 1989 (CDU)

Weber, Alfred († 2. 5. 1958)

Sonst. > [3] 3186

Weber, Beate

MdEP 17. 7. 1979–14. 12. 1990 (SPD)
 Eur > [3] 3593

Weber, Ernst-Hinrich

MdVsk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3] 3913, 3921

Weber, Franz († 1955)

StS > [1] 1091

Weber (Untersontheim/Georgenau), **Fritz** († 1. 5. 1998)

MdB 2. WP ab 15. 5. 1956, 3.–4. WP (FDP)

Weber (Essen/Aachen), **Helene** († 25. 7. 1962)

MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
 MdPR > [1] 613, 619, 625
 Sonst. > [1] 241, 407, 560, 566–567, 613, 619

Weber (Köln), **Hubert**

MdB 6.–8. WP (SPD)
 Sonst. > [1] 252

Weber, Josef († 22. 8. 1985)

Sonst. > [1] 88, 97

Weber (Koblenz), **Karl** († 21. 5. 1985)

MdB 1.–4. WP (CDU)
 BMin > [1] 819, 1038, 1073, 1128 • [3] 3646
 FrVst > [1] 819, 949, 990
 Sonst. > [1] 241–242, 244, 246, 415 • [2] 2469

Weber (Heidelberg), **Karl**

MdB 6.–8. WP (CDU)
 AVst > [2] 2061
 Sonst. > [1] 465

Weber, Werner

Sonst. > [2] 2012

Wechmar, Rüdiger Freiherr von

MdEP 25. 7. 1989–19. 7. 1994 (FDP)
 StS > [1] 1064 • [2] 2743

Wedekind, Rudolf P.

MdEP 13. 2. 1981–24. 7. 1989 (CDU)

Wedel, Fritz († 30. 12. 1964)

MdB 2. WP ab 5. 1. 1957 (fraktionslos [DPS]; 8. 1. 1957 → FDP-Gast)

Sonst. > [1] 95, 464, 918, 1012

Wedel, Hedda von

siehe Meseke, Hedda

Wedemeier, Klaus

BRPräs > [3] 3193

MPräs > [1] 1456, 1458

Wedepohl, Edgar

Sonst. > [3] 3345

Wegener, Hedi

MdB 14. WP (SPD)

Wegener, Heinz

MdB 3.–4. WP (SPD)

Wegener, Solveig

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)

MdVrk 10. WP (PDS)

Sonst. > [2] 1589, 1878

Wegera, Lydia

Sonst. > [1] 107

Wegner, Konstanze

MdB 11. WP ab 31. 8. 1988, 12.–14. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1915

Wegner, Markus

Sonst. > [1] 132

Wehgartner, Robert

Sonst. > [1] 85

Wehking, Heinrich († 18. 6. 1984)

MdB 2.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1] 464

Wehlitz, Gerhard

Sonst. > [1] 133

Wehner, Herbert († 19. 1. 1990)

MdB 1.–9. WP (SPD)

BMin > [1] 819, 1043, 1099, 1177

FrVst > [1] 819, 866, 932, 970, 974, 975–976, 988, 996, 1119–1120, 1227, 1236 • [2] 1492, 1495, 1674, 2712

AVst > [1] 819 • [2] 1490, 2036, 2041, 2045–2046, 2049, 2053, 2058, 2298

MdEP 16. 7. 1952–19. 3. 1958 (SPD)

Bibl. > [1] 526

Sonst. > [1] 53, 250, 252, 255, 257, 417, 568, 584–585, 894, 1137–1138, 1140, 1176, 1178–1181, 1223, 1225, 1227, 1231 • [2] 1674, 1729–1730, 1792, 1806, 1811, 1980–1981, 1989, 1997–1999, 2013, 2015, 2771, 2915 • [3] 3643–3644, 3657, 3666

Wehr, Philipp († 20. 2. 1960)

MdB 1. WP ab 21. 5. 1952, 2. WP, 3. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 295

Weichmann, Herbert († 9. 10. 1983)

BRPräs > [3] 3192

MPräs > [1] 1450, 1452

Sonst. > [1] 414 • [2] 2014

Weickert, Stephan († 16. 3. 1952)

MdB 1. WP bis † (WAV; 13. 10. 1950 → BHE/DG)

AVst > [1] 819 • [2] 2039

Sonst. > [1] 909, 1012

Weiermann, Wolfgang

MdB 11.–14. WP (SPD)

Sonst. > [1] 261, 263, 264, 1185 • [2] 1863

Weigel, Siegfried

MdVrk 10. WP (SPD)

Weigl, Franz († 21. 8. 1996)

MdB 4.–6. WP (CSU)

Sonst. > [1] 246, 248–249, 567 • [2] 1802

Weil, Karl

Sonst. > [1] 95

Weiland, Erich († 8. 12. 1992)

MdB 5. WP ab 14. 12. 1966 (CDU)

Weiler, Barbara

MdB 11. WP, 12. WP bis 14. 8. 1994 (SPD)

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Sonst. > [1] 433, 469 • [2] 1896, 1900

Weimer, August († 20. 1. 1980)

MdB 3. WP, 5. WP (CDU)

Weinhofer, Karl

MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

Weinhold, August († 18. 5. 1961)

MdB 1. WP (SPD)

Weinkamm, Otto († 27. 1. 1968)

MdB 3.–4. WP (CSU)

MdEP 5. 11. 1959–21. 12. 1965 (CSU)

Eur > [3] 3592

Sonst. > [1] 619, 623

Weinzierl, Paul († 8. 9. 1979)

MdB 4. WP (CSU)

Sonst. > [1] 246

Weirich, Dieter

MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 29. 4. 1987 bis 5. 12. 1989 (CDU)

Sonst. > [1] 432

Weis (Stendal), Reinhard

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)

MdVrk 10. WP (SPD)

DDR > [2] 1589 • [3] 3913

Sonst. > [2] 1589

Weisheit, Matthias

MdB 12. WP ab 29. 6. 1992, 13.–14. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1943

Weiske, Christine

Sonst. > [1] 114, 116, 987

Weiskirch (Olpe), Willi († 11. 9. 1996)

MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 20. 3. 1985 (CDU)

FrVst > [1] 819, 992–993

WehrB > [1] 431, 819 • [2] 1524, 1756 • [3] 3158, 3161, 3162, 3174–4176, 3662, 3667

Bibl. > [1] 526 • [3] 3440

Sonst. > [1] 253, 258, 420, 431 • [3] 3172–3173

Weiß, Franz († 2. 10. 1974)

MdB 1. WP (CDU)

Sonst. > [1] 241, 445

Weiß (Groß-Gerau), Gerald

MdB 14. WP (CDU)

Weiß, German

Sonst. > [1] 102

Weiß (Berlin), Konrad

MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne)

MdVk 10. WP (DJ → Bündnis 90/Grüne)

Sonst. > [1] 86, 94, 1015 • [2] 1590, 1678, 1890, 1893, 1900, 1919, 1924, 1940 • [3] 3155–3156, 3733, 3783, 3786, 3790, 3835, 3885

Weiss (München), Michael

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Sonst. > [1] 569

Weiß (Emmendingen), Peter

MdB 14. WP (CDU)

Weiß, Rosel

Sonst. > [1] 621

Weiß (Kaiserslautern), Werner († 6. 2. 1990)

MdB 9.–10. WP, 11. WP bis † (CDU)

Weißgerber, Gunter

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)

MdVk 10. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1590, 1894, 1939, 1948

Weißhuhn, Reinhard

Sonst. > [1] 117

Hinweis

Es bedeutet:

[1] Band I,

[2] Band II und

[3] Band III des vorliegenden *Datenhandbuchs*.

Weiskirchen (Wiesloch), Gert

MdB 8.–14. WP (SPD)

Eur > [3] 3605

Sonst. > [2] 1855, 1878, 1947

Weizmann, Ezer

Sonst. > [2] 1672

Weizsäcker, Ernst Ulrich von

MdB 14. WP (SPD)

Weizsäcker, Richard von

MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 15. 6. 1981 (CDU)

BPräs > [1] 318–319, 602–603, 819, 857 • [2] 1545, 1550, 1555, 1562–1564, 1603–1604, 2015, 2017, 2455 • [3] 3187, 3188, 3193, 3205, 3390, 3661, 3665, 3668, 3674, 3843, 3871

VPräs > [1] 819, 872, 875, 953 • [2] 1702, 1752 • [3] 3656–3657

FrVst > [1] 819, 952–953

MPräs > [1] 429, 455, 857, 1456 • [3] 3388

Bibl. > [1] 526

Sonst. > [1] 429, 455, 465, 1179, 1181, 1231 • [2] 2014, 2772 • [3] 3188, 3657

Welke, Erwin († 28. 5. 1989)

MdB 1.–5. WP (SPD)

Sonst. > [1] 462

Well, Günther van († 14. 8. 1993)

StS > [1] 1069

Wellhausen, Hans († 3. 9. 1964)

MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 23. 6. 1956 → CDU/CSU)

FrVst > [1] 819, 961

AVst > [1] 819 • [2] 2036, 2040, 2043

Sonst. > [1] 408, 619, 623, 917, 1174 • [2] 1797

Wellmann, Hans († 30. 5. 1969)

MdB 4. WP ab 1. 1. 1962, 5. WP bis † (SPD)

Wellner, Thomas

Sonst. > [1] 95

Welsch, Heinrich († 22. 11. 1976)

MPräs > [1] 1447

Welskop, Friedrich († 20. 10. 1977)

MdB 2. WP (CDU)

Welslau, Heinrich († 31. 10. 1991)

MdB 3.–5. WP, 6. WP ab 26. 2. 1970 (SPD)

Welt, Jochen

MdB 12.–14. WP (SPD)

Welter (Aachen), Emmi († 10. 3. 1971)

MdB 2. WP ab 4. 1. 1954, 3.–4. WP (CDU)

Sonst. > [1] 567 • [3] 2991

Weltner (Rinteln), Ernst († 21. 6. 1969)

MdB 1.–4. WP (SPD)

Wemheuer, Rosemarie
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Wend, Rainer
MdB 14. WP (SPD)

Wende, Manfred
MdB 6.–7. WP (SPD)

Wendelborn, Helmut
MdB 3.–5. WP, 6. WP ab 11. 6. 1971 (CDU)
Sonst. > [1](#) 566

Wendig, Friedrich
MdB 7.–9. WP (FDP)
Sonst. > [1](#) 1181 • [2](#) 1674

Wendland, Günter
DDR > [3](#) 3755, 3760, 3767, 3779

Wendorff, Claus-Heinrich von
Sonst. > [1](#) 102

Wendt, Martin
MdB 5.–8. WP (SPD)
Sonst. > [1](#) 567

Weng (Gerlingen), Wolfgang
MdB 10.–13. WP (FDP)
FrVst > [1](#) 819, 964–965, 1186–1187
Sonst. > [2](#) 1925, 2920 • [3](#) 3312

Wenke, Hans
Sonst. > [2](#) 2012

Wenzel, Fritz († 25. 6. 1976)
MdB 1.–2. WP (SPD)

Werber, Friedrich († 4. 1. 1981)
MdB 2.–3. WP (CDU)
Sonst. > [1](#) 464

Werner, Arthur († 27. 7. 1967)
MPräs > [1](#) 1440
Sonst. > [1](#) 408

Werner, Frieder
MdVk 10. WP (PDS)

Werner (Westerland), Gerd Peter
MdB 10. WP ab 16. 4. 1985 (GRÜNE)
Sonst. > [2](#) 1826, 2195

Werner, Heinrich
Sonst. > [1](#) 97

Werner (Dierstorf), Helmut
MdB 10. WP ab 2. 4. 1985 (GRÜNE)

Werner ([^]Ulm), Herbert
MdB 7.–12. WP (CDU)
AVst > [2](#) 2074
Sonst. > [1](#) 258 • [2](#) 1770, 1806, 1845, 1860, 1867, 1871, 1891–1892, 1920, 1922, 1930, 1936, 2924, 2934

Werner, Monika
Sonst. > [3](#) 3726

Werner, Rudolf († 7. 5. 1996)
MdB 3. WP ab 24. 7. 1959, 4. WP, 6. WP (CDU)
MdEP 21. 1. 1970–14. 2. 1973 (CDU)
AVst > [2](#) 2052

Wernicke, Kurt Georg († 8. 11. 1997)
Sonst. > [2](#) 2947

Wernitz, Axel
MdB 7.–12. WP (SPD)
AVst > [1](#) 820 • [2](#) 2062, 2065, 2068, 2199
Bibl. > [1](#) 526
Sonst. > [2](#) 1807, 1817, 1826, 1856

Werthebach, Eckart
StS > [1](#) 1073

Werthern, Elisabeth Gräfin
Sonst. > [3](#) 3627

Wessel, Helene († 13. 10. 1969)
MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU; 13. 11. 1952 → fraktionslos), 3.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)
FrVst > [1](#) 648–649, 820, 960, 979, 989
AVst > [1](#) 649–650, 820 • [2](#) 2039, 2046, 2049, 2053 • [3](#) 3123
MdPR > [1](#) 613, 619, 625
Sonst. > [1](#) 103, 112, 409, 462, 619, 662, 911, 913, 989, 1012, 1174 • [2](#) 2908 • [3](#) 3125, 3637, 3641

Wester, Hildegard
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. > [2](#) 1900, 1947 • [3](#) 3156

Westerwelle, Guido
MdB 13. WP ab 8. 2. 1996, 14. WP (FDP)
Sonst. > [3](#) 3211

Westphal, Heinz († 30. 10. 1998)
MdB 5.–11. WP (SPD)
VPräs > [1](#) 820, 872–873, 875–876, 976–977 • [2](#) 1499, 1560, 1562, 1702–1705, 1754, 1761, 2932, 2947 • [3](#) 3660, 3663, 3882
BMin > [1](#) 820, 1050, 1084, 1115, 1218, 1232 • [2](#) 1675 • [3](#) 3658
PStS > [1](#) 820, 1088, 1115
FrVst > [1](#) 820, 976–977, 997–998 • [2](#) 1675
Bibl. > [1](#) 526–527
Sonst. > [1](#) 248, 250, 252, 255, 257, 259, 261, 523, 586, 1181–1183 • [2](#) 1675, 1863, 2772 • [3](#) N 2.7

Westphal, Hilde
Sonst. > [1](#) 97

Westphalen, Karl Graf von († 18. 10. 1975)
Sonst. > [1](#) 97

Westrich, Lydia
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. > [2](#) 1918

Westrick, Ludger († 31. 7. 1990)

BMin > [1] 1039, 1041, 1062–1063, 1106, 1128, 1148,
1215, 1224 • [3] 3645
StS > [1] 1062, 1077–1078, 1128 • [3] 3645
Sonst. > [1] 417

Wettig, Klaus

MdEP 17. 7. 1979–19. 7. 1994 (SPD)

Wettig-Danielmeier, Inge

MdB 12.–14. WP (SPD)
Bibl. > [1] 527
Sonst. > [2] 1770

Wetzel, Dietrich

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)
AVst > [1] 820 • [2] 2073
Sonst. > [2] 2824

Wetzel, Günter

StS > [1] 1086, 1099

Wetzel ([^]Langenorla), **Kersten**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13.
WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. > [2] 1590, 1897, 1905

Wetzel, Margrit

MdB 12. WP, 14. WP (SPD)

Wetzel, Siegfried

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wex, Helga († 9. 1. 1986)

MdB 5. WP ab 28. 4. 1967, 7.–9. WP, 10. WP bis †
(CDU)
FrVst > [1] 415, 650–652, 820, 952–955
Sonst. > [1] 415, 1179, 1182 • [2] 2772

Weyel, Gudrun

MdB 9.–12. WP (SPD)
FrVst > [1] 653–654, 820, 977–978
AVst > [1] 891

Weyer, Hans Hermann

Sonst. > [1] 96

Weyer, Willi († 25. 8. 1987)

MdB 2. WP bis 17. 9. 1954 (FDP)
Sonst. > [1] 108, 415, 423, 447, 464

Wichert, Günter

MdB 6. WP, 7. WP bis 10. 9. 1974 (SPD)
Sonst. > [1] 428

Wichert, Peter

StS > [1] 1087 • [3] N 6.3

Widmann-Mauz, Annette

MdB 14. WP (CDU)

Wiebke, Karsten

MdVk 10. WP (SPD)

Wiechatzek, Gabriele

MdB 12. WP (CDU)

Wieczorek (Auerbach), **Bertram**

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP bis
31. 1. 1994 (CDU)
PStS > [1] 820, 1095 • [2] 1600
FrVst > [1] 820, 956 • [2] 1596
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR > [2] 1590 • [3] 3903, 3921
Sonst. > [1] 433 • [2] 1590–1591

Wieczorek (Duisburg), **Helmut**

MdB 9.–14. WP (SPD)
FrVst > [1] 820, 999
AVst > [1] 820 • [2] 2065, 2079 • [3] N 9.2
Sonst. > [1] 257, 259, 261, 264 • [2] 1832, 2745

Wieczorek (Böhlen), **Jürgen**

MdB 14. WP (SPD)

Wieczorek, Norbert

MdB 9. WP, 10. WP ab 11. 7. 1984, 11.–14. WP
(SPD)
AVst > [1] 821 • [2] 2080 • [3] 3618
Bibl. > [1] 527

Wieczorek-Zeul, Heidemarie

MdB 11.–14. WP (SPD)
BMin > [3] N 6.2, N 6.3
FrVst > [1] 654–655, 821, 999–1000
MdEP 17. 7. 1979–1. 3. 1987 (SPD)
Bibl. > [1] 527
Sonst. > [1] 469, 631, 662, 1187 • [2] 1852, 1865,
1880, 1892, 1915, 1943, 1948, 2773

Wiedeck, Hugo († 21. 12. 1973)

MdB 2. WP (CDU)

Wiefel, Bruno

MdB 5.–10. WP (SPD)
Sonst. > [1] 252 • [2] 1817

Wiefelspütz, Dieter

MdB 11.–14. WP (SPD)
AVst > [1] 821 • [2] 2075, 2078 • [3] 3496
Sonst. > [2] 1890, 2247, 2933

Hinweis

Ausführliche biographische Angaben über die Abgeordneten enthalten die Handbücher des Deutschen Bundestages. In Abschnitt 30.2 ist zusammengestellt, welche Handbücher für die einzelnen Wahlperioden vorliegen.

Wieland, Joachim

Sonst. > [2] 2478

Wienand, Karl

MdB 2.–6. WP, 7. WP bis 3. 12. 1974 (SPD)

FrVst > [1] 821, 974–975, 996, 1231

AVst > [2] 2050, 2053

Bibl. > [1] 527

Sonst. > [1] 566 • [2] 2209, 2244, 2736 • [3] 3653

Wienecke, Ernst

Sonst. > [1] 621

Wieninger, Karl

MdB 2.–5. WP (CSU)

AVst > [1] 821 • [2] 2048, 2051

Wiesche, Eugen von der

MdB 9.–11. WP (SPD)

AVst > [2] 2071

Sonst. > [2] 1823, 1829, 1863 • [3] 3153–3155

Wiese (Hannover), Heino

MdB 14. WP (SPD)

Wiese (Ehingen), Heinz

MdB 14. WP (CDU)

Wiesehügel, Klaus

MdB 14. WP (SPD)

Wietschel, Frank

MdVk 10. WP (SPD)

Wildau, Hanns-Gero von

siehe Lindeiner, Hanns-Gero von

Wildenmann, Rudolf († 14. 7. 1993)

Sonst. > [1] 51–52

Wildermuth, Eberhard († 9. 3. 1952)

MdB 1. WP bis † (FDP)

BMin > [1] 405, 821, 1031, 1096, 1123 • [3] 3637

Sonst. > [1] 405, 444, 462

Wilhelm I. († 9. 3. 1888)

Sonst. > [3] 3350

Wilhelm II. († 4. 6. 1941)

Sonst. > [1] 593–598

Wilhelm (Mainz), Hans-Otto

MdB 13.–14. WP (CDU)

Wilhelm (Amberg), Helmut

MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Wilhelm, Werner

MdB 3. WP ab 5. 9. 1958, 4.–8. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1801

Wilhelmi, Hans († 5. 6. 1970)

MdB 3.–5. WP (CDU)

BMin > [1] 821, 1034, 1080, 1127 • [3] 3643

AVst > [1] 821 • [2] 2050, 2054–2055

Sonst. > [1] 409

Will (Saarbrücken), Hans-Peter († 3. 2. 1990)

MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (SPD)

Sonst. > [1] 464

Will, Rudolf († 10. 1. 1963)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP (FDP)

AVst > [2] 2045

Sonst. > [3] 2988

Will-Feld, Waltrud

MdB 7.–11. WP (CDU)

Sonst. > [1] 253, 255, 258, 260 • [3] 3153

Wille, Martin

StS > [3] N 6.3

Willeke, Friedrich Wilhelm († 24. 6. 1965)

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)

AVst > [1] 408, 821 • [2] 2042, 2047, 2050

Sonst. > [1] 244, 408

Willenberg, Alex († 2. 1. 1974)

MdB 1. WP ab 26. 10. 1950 (Z; 14. 12. 1951 → FU)

Sonst. > [1] 911

Willerding, Hans-Joachim [Jochen]

MdVk 10. WP (PDS)

DDR > [2] 1495–1497 • [3] 3756, 3912

Sonst. > [3] 3895

Willms, Karl

AVst > [2] 2064

Sonst. > [2] 2064

Willner, Gert

MdB 13.–14. WP (CDU)

Willsch, Klaus-Peter

MdB 14. WP (CDU)

Wilms, Dorothee

MdB 8.–12. WP (CDU)

BMin > [1] 651–653, 821, 1052–1054, 1100–1101, 1183–1184 • [2] 1503, 1507

FrVst > [1] 651, 821, 954

Sonst. > [2] 1898, 2772

Wilms-Kegel, Heike

MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

AVst > [1] 653, 821 • [2] 1497, 2072

Sonst. > [1] 1185

Wilper, Heinrich († 3. 3. 1967)

MdB 5. WP bis † (CDU)

Sonst. > [1] 247

Wilz, Bernd

MdB 10.–13. WP (CDU)

PStS > [1] 822, 1087

FrVst > [1] 822, 993–994

Bibl. > [1] 527

Sonst. > [2] 1860

Wimmer (Karlsruhe), Brigitte

MdB 14. WP (SPD)

Wimmer (Neuötting), Hermann

MdB 8.–12. WP (SPD)

Sonst. > [2] 1856, 1918

Wimmer (Eggenfelden), Manfred († 5. 1. 1993)

(ab 10. 12. 1991 Wimmer-Hauser, Manfred)

MdB 7. WP ab 18. 9. 1974, 9. WP (SPD)

Sonst. > [3] 3153

Wimmer (Mönchengladbach/Neuss), Willy

MdB 8.–14. WP (CDU)

PStS > [1] 822, 1087

FrVst > [1] 822, 993

Eur > [3] 3605

Sonst. > [1] 257

Windelen, Heinrich

MdB 2. WP ab 28. 9. 1957, 3.–11. WP (CDU)

BMin > [1] 822, 1042, 1053, 1098, 1100 • [3] 3649

VPräs > [1] 822, 872 • [3] 3657

FrVst > [1] 822, 951–953

AVst > [1] 822 • [2] 2054, 2063, 2065

Bibl. > [1] 527

Sonst. > [1] 244–245, 247, 249, 257, 585–586, 1179 • [2] 1803, 1851, 1863, 1869, 1877 • [3] 3239–3240

Winkelheide, Bernhard († 25. 11. 1988)

MdB 1.–6. WP (CDU)

Bibl. > [1] 527 • [3] 3440

Sonst. > [1] 619

Winneke, Stefan

Sonst. > [1] 95

Winter, Ernst († 7. 3. 1954)

MdB 1. WP ab 9. 11. 1952, 2. WP bis † (SPD)

Sonst. > [1] 295

Winter, Friedrich († 10. 6. 1982)

MdB 2. WP ab 6. 3. 1956, 3. WP, 4. WP ab 2. 2. 1962 (CSU)

Winter, Johannes

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Winterstein, Ladislaus († 2. 11. 1964)

MdB 4. WP ab 26. 10. 1964 bis † (SPD)

Wintrich, Josef († 19. 10. 1958)

Sonst. > [2] 2015, 2494

Wirmer, Ernst († 19. 8. 1981)

MdPR > [1] 622

Wirth, Joseph († 3. 1. 1956)

Sonst. > [1] 88

Wirths, Carl († 16. 6. 1955)

MdB 1. WP, 2. WP bis † (FDP)

AVst > [2] 2037, 2040, 2045

Wischnewski, Hans-Jürgen

MdB 3.–11. WP (SPD)

BMin > [1] 822, 1043, 1103, 1215 • [3] 3649

PStS > [1] 822, 884, 1064–1065, 1069

FrVst > [1] 822, 976, 998

AVst > [2] 2068, 2071, 2194

MdEP 29. 11. 1961–12. 3. 1965 (SPD)

Sonst. > [1] 252, 585–586, 1065, 1178–1179 • [2] 2772 • [3] 3649

Wisniewski, Roswitha

MdB 8.–12. WP (CDU)

Sonst. > [1] 569 • [2] 1853, 1885, 1898, 1926, 1939, 1952

Wissebach, Hans († 13. 8. 1983)

MdB 6.–7. WP, 8. WP ab 15. 6. 1977 (CDU)

Wissmann, Matthias

MdB 8.–14. WP (CDU)

BMin > [1] 822, 1057–1059, 1094–1095, 1103, 1188, 1220, 1253 • [3] 3672–3673

FrVst > [1] 822, 993–994

AVst > [1] 822 • [2] 2256 • [3] N 9.2

Sonst. > [1] 258, 568, 1243

Wistuba, Engelbert

MdB 14. WP (SPD)

Witek, Lothar

MdB 9. WP, 10. WP ab 16. 7. 1984 (SPD)

With, Hans de

MdB 6.–12. WP (SPD)

PStS > [1] 822, 1074

FrVst > [1] 822, 999

AVst > [1] 822, 840 • [2] 2059, 2077, 2192

Bibl. > [1] 527

Sonst. > [1] 587 • [2] 1770, 1817, 1838, 1847, 1893, 1918–1919, 1923

Witte, Martin († 10. 11. 1930)

Sonst. > [3] 3271

Witte, Otto

Sonst. > [1] 620

Wittenburg, Otto († 1. 12. 1976)

MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

Sonst. > [1] 446

Wittich, Berthold

MdB 11.–13. WP (SPD)

Wittig, Barbara

MdB 14. WP (SPD)

Wittlich, Werner

MdB 14. WP (CDU)

Wittmann, Franz († 24. 12. 1975)

MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 26. 10. 1964 (CSU)

Wittmann ([△]München), **Fritz**

MdB 6. WP ab 6. 9. 1971, 7.–12. WP, 13. WP ab 22. 8. 1996 (CSU)
 FrVst > [1] 822, 992–993
 AVst > [1] 822 • [2] 2076
 Sonst. > [1] 588 • [2] 1803, 1806, 1825, 1863, 1869, 1933

Wittmann, Konrad († 8. 2. 1981)

MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB; 9. 5. 1952 → fraktionslos; 5. 7. 1952 → CDU/CSU-Gast)
 Sonst. > [1] 911–913 • [2] 1796

Wittmann ([△]Straubing), **Otto**

MdB 6.–8. WP (SPD)

Wittmann (Tännesberg), **Simon [Georg]**

MdB 10. WP ab 20. 11. 1984, 12. WP, 13. WP bis 21. 8. 1996 (CSU)
 AVst > [2] 2077, 2080
 Sonst. > [1] 262, 433 • [2] 1615, 1620, 1831, 1928–1929 • [3] 3154

Wittmer-Eigenbrodt, Kurt († 24. 10. 1975)

MdB 3.–4. WP (CDU)

Wittrock, Karl

MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 8. 5. 1963 (SPD)
 StS > [1] 1093
 FrVst > [1] 823, 996
 Bibl. > [1] 528
 Sonst. > [1] 425 • [2] 1990, 2651, 2807 • [3] 3662

Wodarg, Wolfgang

MdB 13.–14. WP (SPD)

Wöhrl, Dagmar

MdB 13.–14. WP (CSU)

Wönner, Max († 22. 11. 1960)

MdB 1. WP (SPD)

Wörner, Manfred († 13. 8. 1994)

MdB 5.–10. WP, 11. WP bis 30. 6. 1988 (CDU)
 BMin > [1] 823, 1052–1054, 1086–1087, 1219, 1252, 1259 • [2] 2233, 2238, 2745 • [3] 3174–3175, 3660, 3664
 FrVst > [1] 823, 838, 951, 954
 AVst > [1] 823 • [2] 2060, 2063
 Bibl. > [1] 528
 Sonst. > [1] 419, 431, 567, 586, 1180–1182 • [2] 1806, 2772, 2912 • [3] 3171–3172

Wöstenberg, Dieter

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
 MdVk 10. WP (FDP → Die Liberalen)
 DDR > [2] 1590 • [3] 3905
 Sonst. > [2] 1590

Wogau, Karl von

MdEP ab 17. 7. 1979 (CDU)
 Eur > [3] 3594

Wohleb, Leo († 17. 3. 1955)

MPräs > [1] 1443
 Sonst. > [1] 406

Wohlers, Hannelore

Sonst. > [1] 107

Wohlers, Robert

Sonst. > [1] 621

Wohleben, Verena [Ingeburg]

MdB 12.–14. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1911, 1924

Wohlrabe, Jürgen († 19. 10. 1995)

MdB 6.–7. WP, 8. WP bis 11. 9. 1979, 12. WP ab 5. 1. 1993 (CDU)
 Sonst. > [1] 420, 429, 465, 568 • [2] 2915–2916

Woitzik, Gerhard

Sonst. > [1] 103

Wolf (Stuttgart), **Albert** († 5. 2. 1986)

MdB 2. WP ab 13. 11. 1953 (CDU)

Wolf, Aribert

MdB 14. WP (CSU)

Wolf, Bernd

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wolf, Christa

Sonst. > [3] 3752, 3763, 3787

Wolf, Christoph Heinrich

Sonst. > [1] 621

Wolf, Erika

MdB 5.–7. WP (CDU)
 AVst > [2] 2061

Wolf, Friedrich Otto

MdEP ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)

Wolf ([△]München), **Hanna**

MdB 12.–14. WP (SPD)
 FrVst > [1] 654, 823, 999
 Sonst. > [2] 1915, 1943

Wolf, Ingrid

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wolf, Klaus

DDR > [3] 3917

Wolf (Frankfurt), **Margareta**

(bis 24. 3. 1995 Wolf-Mayer, Margareta)
 MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)
 FrVst > [1] 656, 823, 945
 Sonst. > [1] 656, 1187

Wolf, Markus

Sonst. > [3] 3826, 3828

Wolf, Willi

MdB 4. WP ab 19. 12. 1963, 5.–7. WP (SPD)

Wolf, Winfried Maria

MdB 13.–14. WP (PDS)

Wolf-Mayer, Margareta

siehe Wolf, Margareta

*Wolff, Friederike von*Sonst. > [3](#) 3298–3299, 3302–3303, 3305, 3307*Wolff, Friedrich († 13. 12. 1976)*MdPR > [1](#) 622**Wolff (Denzlingen), Herbert († 15. 10. 1958)**

MdB 3. WP bis † (CDU)

Wolff ([^]Berlin), Jeanette († 19. 5. 1976)

MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP (SPD)

Sonst. > [1](#) 411**Wolff (Zielitz), Waltraud**

MdB 14. WP (SPD)

*Wolff, Wilhelm von*Sonst. > [3](#) 3298–3300, 3302–3303, 3305, 3307**Wolfgramm (Göttingen), Torsten**

MdB 7. WP ab 5. 7. 1974, 8.–12. WP (FDP)

PStS > [1](#) 823, **1101**FrVst > [1](#) 823, 964 • [2](#) 1674–1676Bibl. > [1](#) 528Sonst. > [2](#) 1674–1676, 2917–2918, 2928 • [3](#) 3320**Wolfram ([^]Recklinghausen), Erich**

MdB 6.–10. WP (SPD)

MdEP 26. 5. 1970–14. 2. 1973 (SPD)

Sonst. > [1](#) 252, 255, 257 • [2](#) 1826**Hinweis**

Die Wahlperioden (WP) umfassen folgenden Zeitraum:

1. WP:	7. 9. 1949 – 7. 9. 1953
2. WP:	6. 10. 1953 – 6. 10. 1957
3. WP:	15. 10. 1957 – 15. 10. 1961
4. WP:	17. 10. 1961 – 17. 10. 1965
5. WP:	19. 10. 1965 – 19. 10. 1969
6. WP:	20. 10. 1969 – 22. 9. 1972
7. WP:	13. 12. 1972 – 13. 12. 1976
8. WP:	14. 12. 1976 – 4. 11. 1980
9. WP:	4. 11. 1980 – 29. 3. 1983
10. WP:	29. 3. 1983 – 18. 2. 1987
11. WP:	18. 2. 1987 – 20. 12. 1990
12. WP:	20. 12. 1990 – 10. 11. 1994
13. WP:	10. 11. 1994 – 20. 10. 1998
14. WP:	20. 10. 1998 –*)

*) Das vorliegende **Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages** ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Wollenberger, Vera

siehe Lengsfeld, Vera

Wollny, LieselotteMdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/
BÜNDNIS 90)FrVst > [1](#) 653, 823, 969*Wolters, Hans-Georg*StS > [1](#) 1088**Woltje, Ernst († 22. 7. 1965)**

MdB 1. WP ab 30. 5. 1953 (DP)

Wonneberger, MichaelMdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13.
WP (CDU)

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Sonst. > [2](#) 1590, 1881, 1916**Worms, Bernhard**

MdB 12. WP bis 31. 1. 1991 (CDU)

StS > [1](#) 432, 1084–1085Sonst. > [1](#) 432**Worms, Josef († 3. 7. 1985)**

MdB 3. WP (CDU)

*Wrage, Ernst G.*Sonst. > [1](#) 55**Wrangel, Olaf Baron von**

MdB 5.–8. WP, 9. WP bis 3. 4. 1982 (CDU)

FrVst > [1](#) 823, 951–952AVst > [1](#) 823 • [2](#) 2061, 2064, 2067Bibl. > [1](#) 528 • [3](#) 3440Sonst. > [1](#) 430**Wrede, Lothar**

MdB 6.–9. WP (SPD)

PStS > [1](#) 823, **1094, 1099**AVst > [1](#) 823 • [2](#) 2067**Wright, Heidi**

MdB 13.–14. WP (SPD)

Wülfing, Elke

MdB 12.–14. WP (CDU)

PStS > [1](#) 655, 823, **1102**Sonst. > [1](#) 261, 263 • [2](#) 1891*Wülker, Gabriele*StS > [1](#) 1088*Wünsche, Kurt*DDR > [3](#) 3779, 3794, 3821, 3827, 3830, 3835–3836,
3845, 3861, 3918–3919Sonst. > [3](#) 3845, 3922*Wünschmann, Martin*

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wüppesahl, Thomas

MdB 11. WP (GRÜNE; 26. 1. 1988 → fraktionslos)
 Sonst. > [1] 569, 928, 1185, 1262 • [2] 1677, 1680, 1845, 1849, 1877, 2473–2474, 2486, 2761, 2919, 2933 • [3] 3086, 3664–3665

Wüffel, Uta

MdB 11.–12. WP (FDP)
 FrVst > [1] 654, 824, 965
 Sonst. > [2] 1770, 1842, 1931

Wuermeling, Franz-Josef († 7. 3. 1986)

MdB 1.–5. WP (CDU)
 BMin > [1] 824, 883–884, 1033, 1035–1036, 1088, 1214 • [2] 2661 • [3] 3645
 Sonst. > [1] 49, 242, 244, 415, 462, 1062 • [2] 1984–1985 • [3] 3189

Würtz, Peter

MdB 6.–11. WP (SPD)
 MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (SPD)
 Sonst. > [1] 567 • [2] 1817

Würzbach, Peter Kurt

MdB 8.–14. WP (CDU)
 PStS > [1] 824, 1086–1087 • [3] 3173–3174
 FrVst > [1] 824, 992
 Sonst. > [2] 1842 • [3] 3172–3173

Würzen, Dieter von

StS > [1] 1079–1080

Würzner, Alexander

MdVk 10. WP ab 4. 9. 1990 (SPD)

Wüster, Kurt

MdB 6.–8. WP (SPD)

Wulff, Otto

MdB 6.–11. WP (CDU)
 Sonst. > [1] 1179 • [3] 3626

Wullenhaupt, Heinrich († 13. 2. 1985)

MdB 2.–5. WP (CDU)

Wunderlich, Gert

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wunderlich, Hans († 26. 12. 1977)

MdPR > [1] 622

Wurbs, Richard

MdB 5.–9. WP, 10. WP bis 13. 12. 1984 (FDP)
 VPräs > [1] 824, 872, 876, 964, 1002 • [2] 1702, 1754 • [3] 3656–3657, 3660–3661
 FrVst > [1] 824, 964
 Bibl. > [1] 528

Wurche, Gottfried

MdB 7. WP bis 3. 6. 1975 (SPD)
 Sonst. > [1] 428

Wuttke, Günther

MdB 6.–9. WP (SPD)

Wutzke, Oswald

MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 DDR > [3] 3921

Wuwer, Johann

MdB 5.–8. WP (SPD)
 Sonst. > [1] 250, 252, 255

Y

Yzer, Cornelia

MdB 12.–13. WP (CDU)
 PStS > [1] 654–655, 824, 844–845, 1089, 1102
 Sonst. > [1] 569

Z

Zaborowski, Horst

Sonst. > [1] 89

Zahorka, Hans-Jürgen

MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Zander, [Karl] Fred

MdB 6. WP ab 3. 11. 1969, 7.–11. WP (SPD)
 PStS > [1] 824, 1088, 1101
 Bibl. > [1] 529
 Sonst. > [2] 1833

Zapf, Uta

MdB 12.–14. WP (SPD)
 Sonst. > [2] 1948

Zarges, Axel N. († 29. 12. 1989)

MdEP 1. 1. 1984 bis † (CDU)

Zavelberg, Heinz Günter

Sonst. > [2] 1758, 2308, 2807 • [3] 3322, 3662

Zawadil, Walter († 28. 2. 1960)

MdB 1. WP (FDP; 26. 11. 1952 → DP/DPB)
 Sonst. > [1] 913, 1174 • [2] 1796

Zebisch, Franz Josef († 24. 2. 1988)

MdB 5.–8. WP (SPD)

Zeidler, Wolfgang († 31. 12. 1987)

Sonst. > [2] 2494

Zeitel, Gerhard († 26. 1. 1991)

MdB 7. WP, 8. WP bis 3. 9. 1980 (CDU)
 Sonst. > [1] 417, 429, 454 • [2] 1806

Zeitler, Franz-Christoph

StS > [1] 1077

Zeitler, Karin

MdB 10. WP ab 3. 4. 1985 (GRÜNE)

Zeitler, Werner

MdB 7.–11. WP (SPD)
 FrVst > [1] 824, 976
 Sonst. > [1] 253, 255, 257, 259

Zeitmann, Wolfgang

MdB 11.–14. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 260, 262, 264 • [2] 1605 • [3] 3154

Zepp-LaRouche, Helga

(zuvor: Ljustina, Helga)
 Sonst. > [1] 88, 105, 128

Zerbe, Edwin († 13. 10. 1992)

MdB 5. WP bis 2. 5. 1967 (SPD)
 Sonst. > [1] 426

Zeyer, Werner

MdB 7. WP, 8. WP bis 10. 7. 1979 (CDU)
 BRPräs > [3] 3192
 MPräs > [1] 429, 454, 858, 1455
 MdEP 19. 1. 1977–21. 11. 1978 (CDU)
 Sonst. > [1] 429, 454

Ziegler, Erich († 19. 3. 1995)

MdB 4. WP ab 1. 4. 1963, 5.–8. WP (CSU)

Ziegler, Franz († 27. 12. 1949)

MdB 1. WP bis † (BP)
 Sonst. > [1] 462

Ziegler, Martin

Sonst. > [3] 3808

Ziegler, Otto († 27. 7. 1956)

MdB 2. WP bis † (SPD)

Ziel, Alwin

MdVrk 10. WP (SPD)
 DDR > [3] 3904, 3921

Zierenberg, Fred

Sonst. > [1] 132

Zierer, Benno

MdB 9.–14. WP (CSU)
 Sonst. > [1] 256, 259–260, 262, 264 • [2] 1831, 1883, 1892

Zierl, Max

Sonst. > [1] 85

Zill, Hans-Bernhard

Sonst. > [1] 110

Ziller, Christiane

Sonst. > [1] 86, 94

Ziller, Gebhard

StS > [1] 1102–1103

Zimmer, Alois († 11. 4. 1973)

MdB 3.–4. WP (CDU)
 FrVst > [1] 824, 949, 990
 AVst > [2] 2050
 Eur > [3] 3547
 Sonst. > [1] 244, 246 • [3] 2991

Zimmermann (Brackwede), **Else** († 21. 6. 1995)

MdB 4. WP (SPD)

Zimmermann (München), **Friedrich**

MdB 3.–4. WP, 5. WP bis 15. 10. 1969, 6.–11. WP (CSU)
 BMin > [1] 825, 1051, 1053–1055, 1072, 1094, 1183–1185, 1199–1201, 1219, 1252–1253, 1259 • [2] 1664, 1754, 1757, 1759, 2195, 2216, 2721 • [3] 3665
 FrVst > [1] 825, 953–954, 982, 1236
 AVst > [1] 825 • [2] 2053, 2057, 2061
 Sonst. > [1] 244, 246, 248–249, 251, 254, 256, 258, 260, 585–586, 1178, 1180, 1182, 1237 • [2] 2013, 2472–2473, 2483, 2772 • [3] 3085, 3170

Zimmermann, Gustav († 1. 8. 1949)

MdPR > [1] 622, 625

Zimmermann, Hans

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
 MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)
 Sonst. > [2] 1590

Zimmermann, Heinrich († 4. 7. 1963)

MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
 Sonst. > [1] 464, 619

Zimmermann, Maria

MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Zimmermann, Rolf

MdVrk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Zink, Otto

MdB 5.–11. WP (CDU)
 FrVst > [1] 825, 954–956
 AVst > [2] 2066, 2069
 Sonst. > [1] 586 • [2] 1859

Zinn, Georg-August († 27. 3. 1976)

MdB 1. WP bis 21. 1. 1951, 4. WP bis 13. 12. 1961 (SPD)
 BRPräs > [3] 3190, 3192
 MPräs > [1] 422, 425, 446, 450, 858, 1445, 1447, 1449, 1451 • [2] 2452
 AVst > [1] 825 • [2] 2035, 2452
 MdPR > [1] 613, 619
 Sonst. > [1] 293, 411, 422, 425, 444, 446, 450, 619, 622–623, 625 • [2] 2771

Hinweis

Das vorliegende Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages ist auf dem **Stand vom 30. April 1999**.

Zirkler, Klaus-Otto

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
 MdVvk 10. WP (LDP → Die Liberalen)
 Sonst. > [2] 1590

Zitzelsberger, Heribert

StS > [3] N 6.3

Zlonicky, Peter

Sonst. > [3] 3303

Zocher, Lothar

MdVvk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Zöller, Wolfgang

MdB 12.–14. WP (CSU)
 AVst > [3] N 9.2
 Sonst. > [1] 262, 264 • [2] 1933, 1939

Zöpel, Christoph

MdB 12.–14. WP (SPD)
 AVst > [2] 2077 • [3] 3616
 Sonst. > [3] 3309, 3316–3318

Zoglmann, Siegfried

MdB 3.–5. WP (FDP), 6. WP (FDP; 9. 10. 1970 →
 CDU/CSU-Gast; 13. 12. 1972 → CDU/CSU),
 7. WP (CSU)
 FrVst > [1] 825, 962–963
 Sonst. > [1] 102, 464, 923, 931–932, 1229 • [2] 1803,
 1806 • [3] 3651

Zschoche, Irma Brigitte

MdVvk 10. WP (PDS)

Zschornack, Georg

MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
 MdVvk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 →
 FDP)
 Sonst. > [2] 1590 • [3] 3909

Zühlke, Ernst († 9. 6. 1976)

MdB 1.–4. WP (SPD)
 AVst > [2] 2048, 2051

Zumkley, Peter

MdB 11. WP, 12. WP bis 3. 7. 1991, 13.–14. WP
 (SPD)
 Sonst. > [1] 432, 458 • [2] 1848 • [3] 3154

Zumpfort, Wolf-Dieter

MdB 8. WP ab 30. 4. 1979, 9. WP (FDP)
 Bibl. > [1] 529
 Sonst. > [2] 1675, 1811 • [3] 3153

Zurheide, Burkhard

MdB 12. WP (FDP)
 Sonst. > [2] 1904

Zutt, Ruth († 29. 6. 1987)

MdB 9.–10. WP, 11. WP bis † (SPD)

Zweigert, Konrad († 12. 2. 1996)

Sonst. > [1] 142

Zwerenz, Gerhard

MdB 13. WP (PDS)
 Sonst. > [1] 570, 1187 • [3] 3178

Zwicknagl, Max († 10. 1. 1969)

Sonst. > [1] 621

Zworowsky, Wolf von

Sonst. > [1] 100

Zypries, Brigitte

StS > [3] N 6.3

Zywiets, Werner

MdB 7.–9. WP, 11.–12. WP (FDP)
 MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (FDP)
 Sonst. > [2] 1849

Hinweis

Die Namen von Politikern, die im Bereich des Parlaments, der Regierung und der Parteien herausragende Positionen eingenommen haben, sind im *Datenhandbuch* in folgenden Abschnitten zu finden:

- 1.6 die Vorsitzenden aller Parteien, die bei den Bundestagswahlen kandidiert haben,
- 4.1 die Bundestagspräsidenten,
- 4.2 die Vizepräsidenten des Bundestages,
- 5.7 die Vorstandsmitglieder der Fraktionen,
- 5.9 die Vorsitzenden der Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen der Fraktionen,
- 6.1 die Bundeskanzler,
- 6.2 die Mitglieder des Bundeskabinetts,
- 6.3 die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister der einzelnen Ressorts,
- 9.2 die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und der Sonderausschüsse des Bundestages,
- 18.1 die Wehrbeauftragten des Bundestages,
- 19.2 die Bundespräsidenten,
- 19.3 die Bundespräsidenten, Bundestagspräsidenten, Bundesratspräsidenten und Bundeskanzler.

32 Sachregister

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs*, d. h.

- > ① auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > ② auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > ③ auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

Für das Kapitel 36, das aktuelle NACHTRÄGE zu ausgewählten Abschnitten enthält, wird keine Seitenzahl angegeben, sondern die Bezeichnung des Abschnitts, z. B. N (für „Nachtrag“) 1.1.

Abjetzt ... Bündnis für Deutschland > ③ N 1.5, N 1.11

AB 2000 > Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschland (AB 2000)

Aberkennung von Mandaten (Bundestag) > ① 32, 130, 380–381, 402–404, 913, 917, 1124 • ② 2895 • ③ 2984, 3006, 3067, 3069, 3688–3689, N 2.6

Abgeordnete

- Deutscher Bundestag > Mitglieder des Bundestages
- Europäisches Parlament > Mitglieder des Europäischen Parlaments
- Landtage > Mitglieder der Landtage
- Reichstag > Mitglieder des Reichstages
- Volkskammer der DDR > Mitglieder der Volkskammer

Abgeordnete mit Adelsnamen > ① 676–677

Abgeordneten-Assistenten > Mitarbeiter der Mitglieder des Bundestages

Abgeordneten-Bestechung > ① 386 • ② 2883 • ③ 3031, 3043, 3045

Abgeordnetengesetz

- Deutscher Bundestag > ① 386, 388–391, 437–439 • ② 2061, 2868, 2870, 2874–2876, 2883, 2885 • ③ 3031–3032, 3034–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3198, 3201–3206, 3208–3213, 3216–3221, 3223, 3228, 3233, 3243, 3654, 3657, 3660, 3671, 3673, 3675–3676 (vgl. auch Kapitel 33: Gesetzesregister)
- Europäisches Parlament > ③ 3032, 3034–3035, 3037–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3557, 3656–3657
- Volkskammer der DDR > ③ 3827, 3831, 3852, 3909

Abgeordnetenhauswahlen Berlin > ① 129

- Doppelmandat Bundestag > ① 460, 466–467
- Termine > ① 304–312
- Wahlergebnisse von CDU und SPD > ① 304–312, 1223

Abgeordneten-Pension > ② 2858, 2865, 2868, 2876 • ③ 3026, 3036, 3038, 3075, 3198

- Chronik > ③ 3199, 3201–3204, 3207–3210, 3212–3213, 3235–3240, 3648
- Höhe > ③ 3231–3233, 3240–3242

Abgeordnetensoziologie

- Bundestag > ① 554–860 • ③ 3684–3687, N 3.1, N 3.2, N 3.4, N 3.11, N 3.12, N 3.13, N 3.14
- Volkskammer der DDR (1990) > ③ 3891–3896

Abgeordnetenzahl/Bevölkerungszahl: Ausland

- Europäisches Parlament > ③ 3597
- nationale Parlamente > ① 384–385

Abgeordnetenzahl/Bevölkerungszahl: Deutschland

- Bundestag > ① 384–385
- Europäisches Parlament > ③ 3597

Abgrenzungsmerkmale Untersuchungsausschüsse/Enquete-Kommissionen

> ② 2249

Abkommen

- Debattendauer im Bundestag > ① 1723–1726 • ② 2786–2804, 2865, 2867
- Koalitionsvereinbarungen > ① 1166–1169
- Verträge > Staatsverträge
- Wahlkampf-Abkommen > ① 141–144 • ③ 3646, 3650, 3657

Abkürzungen (vgl. auch Kap. 35: Abkürzungen)

- Bundesministerien > [1] 1108–1109
- Bundestagsfraktionen > Kap. 32: Sachregister
- kandidierende Parteien (Bundestagswahlen) > [1] 69–78 • [3] N 1.5 (vgl. auch Kap. 32: Sachregister)
- kandidierende Parteien (Volkskammerwahl 1990) > [3] 3885–3886
- Volkskammerfraktionen > [3] 3895, 3911

Ablauf der Wahlperiode des Bundestages > [1] 56, 300–301, 1141–1142 • [3] 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, N 2.6

Abrüstungsbericht der Bundesregierung > [1] 1287

Abschätzung der Technologiefolgen beim Bundestag > [2] 2816–2833, 2874, 2878

- Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung > [2] 1542, 2032–2033, 2073, 2077, 2080, 2104–2106, 2126–2128, 2154, 2162, 2164, 2166, 2169, 2293, 2825–2828 • [3] 3105, 3478
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) > [2] 2816, 2826–2828, 2878
- Chronik > [2] 2817–2828
- Enquete-Kommission „Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“ > [2] 2148, 2157, 2259, 2263, 2273, 2275, 2291, 2296–2297, 2820–2826, 2874 • [3] 3476–3478, 3662, 3664
- Projekte des TAB > [2] 2833
- Veröffentlichungen des TAB > [2] 2828–2832

Absolute Mehrheit > [2] 1730–1733

Absolute Mehrheitswahl > [1] 49

Absolute Minderheitenrechte > [2] 2776–2782

Abstimmungen im Bundestag

- Abstimmungsanlage im Plenarsaal > [1] 887 • [2] 1727, 1729–1730, 2848, 2860, 2864, 2903, 2907, 2912–2913 • [3] 3321
- Arten > [2] 1726–1727
- Auszählung der Stimmen > [2] 1726–1728, 1734–1781, 1974, 1976, 2864 • [3] 3690–3691, N 8.12
- Berliner Abgeordnete > [2] 1973–1975
- durch „Hammelsprung“ > [2] 1726–1728, 1734–1781, 1974, 1976, 2864 • [3] 3690–3691, N 8.12
- Ergebnisse > Abstimmungsergebnisse im Bundestag
- Erklärungen zur Abstimmung > [2] 1788–1952, 2777, 2855, 2863, 2878, 2927–2928, 2931 • [3] 3101, 3104, 3115, 3690–3691, 3707
- erforderliche Abstimmungsmehrheiten > Abstimmungsmehrheiten
- Geschäftsordnung > [2] 1726–1727, 1730, 1732–1734, 1974, 2779–2780, 2850, 2860, 2864 • [3] 3095–3096, 3098
- geheime > [2] 1734
- namentliche > [2] 1726–1728, 1734–1787, 1974, 2396–2397, 2779, 2850, 2860, 2864, 2884, 2893 • [3] 3095–3096, 3098, 3107, 3690–3691, 3708, 3711, N 8.12
- Rechtsgrundlagen > [2] 1726–1727, 1730, 1731–1734, 1974, 2779, 2850, 2860, 2864 • [3] 3052, 3056–3059, 3095–3096, 3098

- Statistik > [2] 1728, 2396–2397 • [3] 3690–3691, 3708, 3711, N 8.12
- Stimmergebnisse > Abstimmungsergebnisse im Bundestag

Abstimmungsergebnisse im Bundestag > [2] 1477–1483, 1735–1781, 1958–1973

- Ergebnisse von Wahlen > [1] 863–868, 874–878, 1019–1024 • [2] 1735–1781 • [3] 3159–3162, N 4.1, N 6.1

Abstimmungsmehrheiten > [2] 1730–1734

- absolute Mehrheit > [2] 1730–1733
- Berechnungsgrundlage > [1] 379–381 • [2] 1730–1731
- Drittel der Mitglieder > [2] 1734
- einfache Mehrheit > [2] 1732
- „Geschäftsordnungsmehrheit“ > [2] 1732
- gesetzliche Mitgliederzahl > Gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages
- Mehrheit der Mitglieder > [2] 1730–1733
- relative Mehrheit > [2] 1732
- Viertel der Mitglieder > [2] 1734, 2186–2187
- Zweidrittelmehrheit > [2] 1730–1733

Abstimmverhalten bei der Wahl des Bundespräsidenten > [3] 3186–3189

Abstimmverhalten bei Wahlen in der Volkskammer

- Ministerrat der DDR > [3] 3757, 3760, 3817–3818, 3917
- Staatsratsvorsitzender der DDR > [3] 3748
- Volkskammerpräsident > [3] 3756, 3814, 3890

Abstimmverhalten im Bundestag

- Wahl Bundeskanzler > [1] 1025–1027 • [3] N 6.1
- Wahl Bundestagspräsident > [1] 868–869 • [3] N 4.1
- Entscheidung Bonn/Berlin (1991) > [2] 1483–1485
- Gesetzgebung > [2] 1954–1956, 2396–2397
- Wahl Wehrbeauftragter > [3] 3162

Abstrakte Normenkontrolle > [2] 2466, 2490–2491

Abwahl des Bundeskanzlers > Konstruktives Mißtrauensvotum

Abweichung von der Geschäftsordnung > [1] 1242–1243 • [2] 1733, 2776 • [3] 3096

Adel > Abgeordnete mit Adelsnamen

ADF > Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs*, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform > [1] 890 • [2] 2744, 2875, 2921, 2926–2927, 2929–2931 • [3] 3495, 3661–3662

Ägypten

– Deutsch-ägyptische Parlamentariergruppe > [3] 3608

Älteste und jüngste Mitglieder des Bundestages > [1] 566–570

Ältestenrat des Bundestages > [1] 882–884

- Aufgaben und Funktionen > [1] 882–883 • [2] 1723–1726, 2006, 2093–2095, 2305, 2912 • [3] 3099
- Berlin-Sitzungen > [2] 1500 • [3] 3347, 3696–3697, N 7.3
- Besetzung des Ausschuß-Vorsitzes > [1] 883 • [2] 2093–2095
- Einberufung > [2] 2778, 2780, 2878 • [3] 3104
- Geschäftsordnung > [1] 882–883 • [2] 2081, 2305, 2778, 2780, 2860, 2878 • [3] 3099, 3104
- Integrations-Ältestenrat > [2] 2857 • [3] 3612–3614
- Kommissionen > [1] 883, 885, 889–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Mitgliederzahl > [1] 552–553, 882 • [2] 2305
- Regelungen zur Debattendauer > [2] 1723–1726
- Sitzungen > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Umzugskommissionen > [2] 1609, 1611–1614, 1620–1621, 1624, 1628
- Umzugsplanung > [2] 1602–1604, 1606–1615, 1620, 1625, 1627–1629 • [3] N 7.8
- Unterkommissionen > [1] 883, 885, 887–888, 893 • [2] 1994–1995
- Vertreter des Bundeskabinetts > [1] 883–884
- Vorsitz > [1] 861–862 • [3] 3104
- Vorstand des Bundestages > [1] 882 • [2] 2860
- Zahl der Sitzungen > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Zusammensetzung > [1] 882 • [2] 2305

Änderungen

- Abgeordnetengesetz des Bundestages > [1] 388–391 • [2] 2336, 2870, 2874–2876, 2883, 2885 • [3] 3032, 3034–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3203, 3205, 3208–3209, 3211, 3217–3221, 3657, 3660, 3671, 3673, 3675–3676 (vgl. auch Kapitel 33: Gesetzesregister)
- Geschäftsordnung der Volkskammer > [3] 3760, 3815, 3848
- Geschäftsordnung des Bundestages > [2] 2850–2851, 2853–2865, 2867, 2869–2872, 2875–2881, 2883–2885, 2896, 2904, 2911, 2913 • [3] 3093–3120, 3637, 3649, 3657
- Gesetzesvorlagen im Bundestag > [2] 2396–2397
- Grundgesetz > [2] 1733, 2851, 2853–2855, 2859, 2864–2865, 2867–2868, 2894 • [3] 2959–3019, 3638, 3640, 3649–3651, 3654, 3660, 3674–3675, 3702–3703, 3708

– Verfassung der DDR > [1] 126 • [2] 1487, 1510 • [3] 3714–3715, 3751, 3757, 3760–3761, 3764, 3768, 3780–3781, 3784, 3790, 3799–3800, 3804, 3808, 3810, 3814–3815, 3817–3820, 3822, 3824, 3827, 3838–3839

AFD > Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten (AFD)

AfN > Amt für Nationale Sicherheit der DDR (AfN)

AFP > Autofahrer Partei (AFP)

Afrika

– Deutsch-afrikanische Parlamentariergruppen > [1] 1308, 1311

AGÖP > Arbeitsgemeinschaft Ökologische Politik (AGÖP)

Agrarbericht der Bundesregierung > [1] 1299

AJL > Alternative Jugendliste (AJL)

Akademische Ausbildung der Mitglieder des Bundestages > [1] 645, 668–675, 846, 848, 850, 852, 854–856 • [3] 3686–3687, N 3.14

– Studienfächer > [1] 674–675

– weibliche MdB > [1] 645, 668–669

Akademische Berufe der Mitglieder der Volkskammer > [3] 3893–3895

Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)

– Parteigeschichte > [1] 83, 98, 102

– Rechenschaftsberichte über Einnahmen > [1] 330

– Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 71, 83, 97–98

– Wahlergebnisse > [1] 83, 160–161, 167, 174

Aktion Widerstand > [1] 122

Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL) > [1] 136 • [3] 3802, 3885

– Mandatszähl/Volkskammer > [1] 136 • [3] 3887, 3908

– Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 136 • [3] 3885

– Wahlergebnis > [1] 136 • [3] 3887, 3889

Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivistinnen (ANS/NA) > [1] 109

Aktionsgemeinschaft „Deutscher Ombudsman“ > [3] 3125

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)

– Parteigeschichte > [1] 83, 97, 113–114

– Parteivorsitzende > [1] 83

– Rechenschaftsberichte über Einnahmen > [1] 330

– Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 71–72, 83, 97

– Wahlergebnisse > [1] 83, 158–159, 167–168, 174

Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP)

– Parteigeschichte > [1] 83, 91, 101–102

– Parteivorsitzende > [1] 83

– Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72, 84

– Wahlergebnisse > [1] 84, 158–159, 168, 174

Aktives Wahlrecht

- Bundestagswahl > [1] 27, 29–30, 33–36, 38–41, 43–44, 68, 150 • [2] 2336, 2348 • [3] 2971, 2978, 3001, 3005, 3027, 3043, 3566–3567, 3651–3652
- Europawahl > [3] 3566–3567
- Volkskammerwahl (1990) > [3] 3884

„Der Aktuelle Begriff“ > [3] 3434, 3448

Aktuelle Stunden

- Bundestag > Aktuelle Stunden im Bundestag
- Volkskammer der DDR > [3] 3819, 3822, 3825, 3833–3834, 3836, 3843, 3846, 3848–3849, 3851, 3866, 3868, 3871, 3877

Aktuelle Stunden im Bundestag > [2] 2705–2742 • [3] N 12.2

- Antragsteller > [2] 2706–2707 • [3] N 12.2
- Daten und Themen > [2] 2708–2741 • [3] N 12.2
- DDR-Themen > [2] 1502, 1517, 1524, 1539, 1556, 2708, 2710–2712, 2718, 2722, 2724, 2726–2728
- Einführung > [2] 2705, 2857, 2897, 2909 • [3] 3098, 3646
- Fragestunde > [2] 2705–2707, 2780, 2871 • [3] 3120, 3704–3705
- Geschäftsordnung > [2] 1724, 2705, 2780, 2857, 2862, 2871, 2881 • [3] 3098, 3100, 3106, 3120
- Opposition > [2] 2758, 2762 • [3] 3704–3705
- Plenardebatten zur Reform > [2] 2909, 2926–2927, 2931
- Statistik > [2] 1717, 2639, 2706–2707, 2741, 2762 • [3] 3690–3691, 3704–3705, 3709–3711, N 12.2
- thematische Schwerpunkte > [2] 2741–2742
- Verfahren > [2] 1724, 2705, 2862, 2871 • [3] 3100, 3106, 3120
- Verzeichnis > [2] 2708–2741 • [3] N 12.2

AL > Alternative Liste (AL)

A-Länder im Bundesrat > [2] 2438

Algerien

- Deutsch-algerische Parlamentariergruppe > [3] 3608, 3610–3611

Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)

- Parteigeschichte > [1] 84
- Parteivorsitzende > [1] 84
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 331, 362
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74, 84
- Wahlergebnisse > [1] 84, 162–163, 170, 174

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein > [1] 131

Allianz für Deutschland > [1] 101 • [2] 1526–1528 • [3] 3087, 3793, 3803, 3810–3811, 3824, 3885–3886

Alliierte Hohe Kommission > [3] 3635

Alliiertes Vorbehalten zum Grundgesetz > [2] 1499, 1973–1974, 2880

Allparteienkoalition > [1] 1133, 1135

Asenblock > Reichstagsgebäude in Berlin, hier: Neubauten

Alte/neue Bundesländer im Vergleich

- Bundestagswahlergebnisse > [2] 203–205, 224–225, 238–239
- Geburtsorte der MdB > [1] 591
- Petenten-Anteil > [3] 3149

Altenbericht der Bundesregierung > [1] 1338

Alter

- Besetzung von Führungspositionen im Bundestag > [1] 834–837
- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3892
- Mitglieder des Bundestages > [1] 556–565, 639–641, 847, 849, 851, 853, 855 • [3] 3684–3687, 3708–3709, 3892, N 3.1, N 3.2
- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 223, 226–229, 231
- Stimmabgabe bei Europawahlen > [3] 3578–3579
- Wahlalter > [1] 33–34, 39–40, 43–44, 68, 150, 556, 560 • [2] 2336, 2864, 2866 • [3] 2971, 3001, 3005, 3027, 3566, 3651–3652
- Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen > [1] 152–154

Alternative Jugendliste (AJL) > [3] 3803, 3885

- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3885
- Wahlergebnis > [3] 3887

Alternative Liste (AL) [Berlin] > [1] 75, 169, 927–928, 1013, 1458 • [3] 3184–3185

Alternative Listen > [1] 114

Alters- und Hinterbliebenenversorgung der MdB > [1] 390 • [2] 2858, 2865–2866, 2868, 2876, 2885 • [3] 3024, 3026, 3029–3031, 3036, 3038–3039, 3048–3049, 3051, 3075, 3198, 3201–3204, 3207–3210, 3212–3213

- Chronik > [2] 2858 • [3] 3199, 3201, 3235–3240, 3648
- Höhe > [3] 3231–3234, 3240–3242

Alters- und Sozialstruktur

- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3891–3896
- Mitglieder des Bundestages > [1] 554–860 • [3] 3684–3687, N 3.1, N 3.2, N 3.4, N 3.11, N 3.12, N 3.13, N 3.14

Altersgliederung der Mitglieder der Volkskammer > [3] 3892

Altersgliederung der Mitglieder des Bundestages > [1] 556–563, 639–641 • [3] 3686–3687, N 3.1

- nach Altersgruppen > [1] 560–563 • [3] 3686–3687, 3709–3711, N 3.1
- nach Geburtsjahrgängen > [1] 557–559, 640–641 • [3] 3686–3687, N 3.1
- nach Geschlecht > [1] 640–641

Hinweis

In das vorliegende Sachregister sind die Abkürzungen von Parteien, Fraktionen, Gremien usw. eingearbeitet.

Alterspräsidenten

- Bundestag > [1] 893–894 • [3] 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3672, 3674, N 4.8, N 26
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Volkskammer der DDR > [3] 3814

Altersicherungsbericht der Bundesregierung > [1] 1275**Altersynopse der Bundeskanzler** > [1] 1029**Altes Hochhaus (Bundeshaus Bonn)** > [2] 2850 • [3] 3283, 3290, 3637**Amerika (USA)** > Vereinigte Staaten von Amerika (USA)**Amerikanische Besatzungszone**

- Länderrat > [1] 614–620, 626–627
- Parlamentarischer Rat > [1] 624

Amt für Nationale Sicherheit der DDR (AfN) > Deutsche Demokratische Republik (DDR)**Amt zur Bewertung technologischer Entwicklungen** > [2] 2817 (vgl. *Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag*)**„Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages“** > [2] 2876 • [3] 3437, 3931**Amtsbonus des Bundeskanzlers** > [1] 1028**Amtseid**

- Bundeskanzler > [1] 1018–1024 • [2] 2306 • [3] 3191
- Bundesminister > [2] 2309
- Bundespräsident > [3] 3191
- Ministerpräsident der DDR > [3] 3760, 3817–3818, 3917

Amtsniederlegung von Parlamentspräsidenten

- Bundestagspräsident > [1] 863, 865–867 • [2] 2889 • [3] 3190–3193, 3388, 3636, 3649, 3656, 3661, 3665
- Vizepräsidenten des Bundestages > [1] 871–872, 876
- Volkskammerpräsident > [3] 3753, 3756

Amtszeit

- Beamtete Staatssekretäre > [1] 1062–1107 • [3] N 6.3
- Bundesbeauftragter für den Datenschutz > [2] 2308
- Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen > [2] 2308
- Bundeskabinette > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Bundeskanzler > [1] 1018–1024, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460, 1462 • [2] 2306 • [3] 3190–3193, N 6.1
- Bundesminister > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Bundespräsident > [3] 2989, 3179, 3186–3193
- Bundesratspräsident > [3] 3190–3193
- Bundesrechnungshofpräsident > [2] 2308, 2806–2807 • [3] 3034
- Bundestagspräsident > [1] 862–868 • [2] 2301 • [3] 3190–3193, N 4.1
- Bundesverfassungsgerichtspräsident > [2] 2493–2494
- Ministerpräsident der DDR > [3] 3917

- Ministerpräsidenten der Bundesländer > [1] 1439–1462 • [3] N 6.21
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1062–1107 • [3] N 6.3
- Vizepräsidenten der Volkskammer > [3] 3889, 3891
- Vizepräsidenten des Bundestages > [1] 862, 871–873 • [2] 2301 • [3] N 4.2
- Volkskammerpräsident > [3] 3889–3890
- Wehrbeauftragter > [2] 2302 • [3] 3158–3162

Analysen > Untersuchungen**Analysen der einzelnen Bundestagswahlen (Bibliographie)** > [1] 205–214**Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD)** > [3] N 1.5, N 1.11**Anciennitätsgruppen der Mitglieder des Bundestages** > [1] 573–579 • [3] 3648–3649**Anfragen im Bundestag** > [2] 2638–2705 • [3] N 12.1

- Dringliche Anfragen > [2] 2638–2639, 2645–2646, 2651, 2879, 2897 • [3] 3105, 3704–3705, 3708, 3710, N 12.1
- Fragesteller > [2] 2640–2644, 2759–2760 • [3] N 12.1
- Fragestunde > [1] 1109 • [2] 1505, 1511–1512, 1514–1515, 1517, 1519, 1521, 1524, 1528, 1532, 1535, 1539–1540, 1556, 1715, 1717, 2638–2639, 2644–2646, 2651–2653, 2705–2707, 2758, 2780, 2786–2804, 2851, 2853, 2855–2856, 2859, 2869, 2871, 2879, 2884, 2894–2895, 2897, 2912 • [3] 3096–3097, 3100, 3102, 3105, 3107, 3120, 3637, 3644, 3704–3708, 3710, N 12.1
- Geschäftsordnung > [2] 2638, 2644–2645, 2705–2707, 2778–2780, 2850–2851, 2855–2856, 2858, 2869, 2871, 2879, 2882, 2884, 2895, 2897, 2912 • [3] 3096–3098, 3100–3102, 3105, 3107
- Große Anfragen > [1] 1434–1438 • [2] 1717, 2638–2641, 2646–2650, 2758–2760, 2774, 2779, 2858, 2882 • [3] 3098, 3100, 3704–3705, 3709, 3711, N 12.1
- Kleine Anfragen > [1] 1434–1438 • [2] 1617–1619, 2638–2639, 2642–2643, 2646–2650, 2759–2760, 2774, 2779, 2850, 2882 • [3] 3096, 3101, 3704–3705, 3708, 3710–3711, N 12.1
- Mündliche Anfragen > [1] 1434–1438 • [2] 2638–2639, 2644–2651, 2759–2760, 2774, 2778, 2855, 2879, 2897 • [3] 3096–3097, 3105, 3704–3707, 3709–3710, N 12.1
- Opposition > [2] 2758–2760
- Ressort-Gliederung > [1] 1434–1438 • [2] 2646–2650
- Schriftliche Anfragen > [1] 1434–1438 • [2] 2638–2639, 2644, 2647–2650, 2778, 2855, 2871 • [3] 3097, 3105, 3704–3705, 3709, 3712, N 12.1
- Statistik > [1] 1434–1438 • [2] 1715, 1717, 2639–2644, 2646–2650, 2759–2760 • [3] 3704–3711, N 12.1

Angehörige des öffentlichen Dienstes

- Rechtsstellungsgesetze der in den Bundestag gewählten > [3] 3021, 3031, 3636, 3638 (vgl. auch Kap. 33: *Gesetzesregister*)
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 435–439

- Unvereinbarkeit mit Landtagsmandat > [3] 3032
- Wählbarkeit > [1] 435–439 • [2] 2363, 2366 • [3] 2983

Angehörige freier Berufe

- Mitglieder des Bundestages > [1] 680–687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 847, 849, 851, 853, 855

Angemessenheit der Diäten > [3] 3003, 3203–3205, 3207

- Berichte des Bundestagspräsidenten > [1] 391 • [2] 2868, 2874 • [3] 3034, 3049, 3202, 3205–3206, 3216–3223

Angestellte des öffentlichen Dienstes

- Mitglieder des Bundestages > [1] 646–647, 680–688, 690, 692–694, 696, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 847, 849, 851, 853–856 • [2] 2114 • [3] 3021
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435, 438

Angestellte in der Bundestagsverwaltung > [3] 3426–3427

Angestellte in der Wirtschaft

- Mitglieder des Bundestages > [1] 646–647, 680–687, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 847, 849, 851, 853–854 • [2] 2114

Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen

- Mitglieder des Bundestages > [1] 646–647, 680–688, 690, 692, 694–696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 847, 849, 851, 853–854 • [2] 2114

Angestellte und Beamte

- Stimmabgabe bei Bundestagswahl > [1] 235

Anhörungen der Ausschüsse > Öffentliche Anhörungen der Bundestagsausschüsse

Anlässe zur Gesetzgebung > [2] 2374–2386

- aktuelle Geschehnisse > [2] 2381
- Anpassungsgesetze > [2] 2378, 2412
- Aufhebung eines Gesetzes > [2] 2379
- Beschlüsse anlässlich internationaler Konsultationen > [2] 2375
- Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen > [2] 2376–2377, 2384, 2492–2493
- Einführungsgesetze > [2] 2380
- Empfehlungen durch Kommissionen, Gremien usw. > [2] 2382–2383
- Entgegenwirken von Richterrecht > [2] 2377
- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs > [1] 1378–1432 • [2] 2382, 2388 • [3] 3704–3706, 3709
- europäische Impulse > [2] 2384–2386
- Folgegesetze > [2] 2378
- Fortschreibungsgesetze > [2] 2378
- Gerichtsentscheidungen > [2] 2376–2377
- Gesetzbücher > [2] 2380
- Gesetzeslücken > [2] 2377

- Gesetzesvorbehalte aufgrund Gerichtsentscheidungen > [2] 2376
- Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes > [2] 2354–2373, 2375
- Gesetzgebungsaufträge aufgrund EG/EU-Mitgliedschaft > [2] 2377, 2384–2385
- Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts > [2] 2376–2377, 2384, 2492–2493, 2495
- Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes > [2] 2334–2354, 2374–2375
- Gesetzgebungsaufträge in bestehenden Gesetzen > [2] 2378
- Harmonisierung des Rechts > [2] 2377–2378
- industriestaatliche Entwicklungen > [2] 2380
- internationale Verpflichtungen > [2] 2375, 2377
- konjunkturelle und sozialpolitische Entwicklungen > [2] 2380
- Nichtigkeit oder Verfassungswidrigkeit von Gesetzen > [2] 2376, 2495–2511
- Parteitagsbeschlüsse > [2] 2381
- Petitionen > [2] 2383
- Planungsgesetze > [2] 2378
- Programmgesetze > [2] 2378
- Ratifizierungsgesetze > [2] 2375
- Rechtsgrundlage zum Erlass von Rechtsverordnungen > [2] 2376
- Rechtsstaatsprinzip > [2] 2374
- Regelungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts > [2] 2376–2377, 2384, 2492–2493
- Vereinheitlichung des Rechts > [2] 2377, 2380
- Vereinigung Deutschlands > [2] 2380
- Verfassungswidrigkeit oder Nichtigkeit von Gesetzen > [2] 2376, 2495–2511
- Versprechungen in Regierungserklärungen > [2] 2382
- Vorschaltgesetze > [2] 2379
- Wahlprogramme der Parteien > [2] 2381
- Wünsche und Forderungen von Interessenverbänden usw. > [2] 2383–2384
- Zustimmungsgesetze zu völkerrechtlichen Verträgen > [2] 2375

Annex-Kompetenz > [2] 2322

Anordnungen des Wahltermins

- Bundestag > [1] 56, 58, 1241, 1246 • [2] 1550 • [3] 3007, 3079–3081, 3659, 3668
- Europawahl > [3] 3556–3559
- Volkskammer der DDR > [3] 3793–3794

Anpassungsgesetze > [2] 2378, 2412

Anrufung des Vermittlungsausschusses > [2] 2396–2401, 2428, 2448–2451 • [3] 3702–3703, 3709, 3711, N 11.9

ANS/NA > Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)

Ansprüche der Abgeordneten > Entschädigung der Mitglieder des Bundestages

Anti-Doping-Bericht der Bundesregierung > [1] 1329

Anträge im Bundestag > [2] 1721–1722

- Einberufung des Bundestages > [1] 387 • [2] 1660–1661, 1734, 2777 • [3] 3094, N 8.5
- Einsetzung einer Enquete-Kommission > [2] 2250, 2252–2269, 2293–2294, 2898
- Einsetzung eines Untersuchungsausschusses > [1] 387 • [2] 1734, 2186–2202, 2231–2233, 2240–2242, 2762, 2777, 2893
- Entlassung eines Bundesministers > [1] 1247–1254 • [2] 2760–2761, 2893 • [3] 3698–3699, 3704–3705, 3711
- Entlassung eines Parlamentarischen Staatssekretärs > [1] 1248–1249, 1254 • [2] 2901 • [3] 3698–3699
- Entschließungsanträge > [2] 1721–1723
- Geschäftsordnung > [2] 1721–1722, 2778 • [3] 3099–3100, 3117
- Herbeirufung eines Regierungmitgliedes > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1741–1742, 1756–1757, 1759, 1975, 2760–2761, 2872, 2894 • [3] 3116, 3696, 3704–3705, 3710–3711
- Mißbilligung von Parlamentarischen Staatssekretären > [1] 1248–1249, 1254 • [3] 3698–3699
- Mißbilligung von Regierungmitgliedern > [1] 1247–1254 • [2] 2760–2761, 2894 • [3] 3698–3699, 3704–3706
- namentliche Abstimmung > [2] 1726–1727, 2779, 2850, 2860 • [3] 3095–3096, 3098
- selbständige politische Anträge > [2] 1721–1723, 2778 • [3] 3099–3100, 3117
- Sondersitzung > [2] 1661–1669 • [3] N 8.5

Antragsberechtigte Mehrheit > Minderheitenrechte im Bundestag

Anzahl > Statistik

APD > Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands (APD)

APO > Außerparlamentarische Opposition (APO)

APPD > Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD)

Arbeiter

- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3893–3894
- Mitglieder des Bundestages > [1] 646, 680–686, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713 • [2] 2114
- Stimmabgabe bei Bundestagswahl > [1] 232, 234, 238–239

Arbeiter in der Bundestagsverwaltung > [3] 3426–3427

Arbeitsaufwand der Mitglieder des Bundestages > [1] 535, 547–553

Arbeitsförderungsbericht der Bundesregierung > [1] 1276

Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise > [2] 2233

Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten (AFD) > [1] 109, 935, 965, 1012, 1125 • [3] 3640

Arbeitsgemeinschaft Nationale Rechte > [1] 122

Arbeitsgemeinschaft Ökologische Politik (AGÖP) > [1] 124

Arbeitsgemeinschaft Parlamentsreform im Bundestag > [2] 2935–2936

Arbeitsgemeinschaften zwischen Fraktionen (Bundestag) > [1] 934–935

Arbeitsgruppe der CDU für Wahlrechtsfragen > [1] 52

Arbeitsgruppen

- Ausschüsse des Bundestages > [2] 2034–2080
- Fraktionen des Bundestages > Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen und Gruppen im Bundestag

Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen und Gruppen im Bundestag > [1] 989–1005 • [2] 2852

– Vorsitzende > [1] 990–1005

Arbeitsminister in der Bundesregierung > [1] 1083–1085, 1149, 1189, 1201, 1203–1204, 1208, 1217–1218 • [2] 1674–1677 • [3] 3658, N 6.3, N 6.8

Arbeitsrhythmus des Bundestages > [2] 2006–2009

– Plenardebatten zur Reform > [2] 2905, 2907, 2911, 2912, 2922–2923, 2925–2927, 2935

Arbeitsweise und Organisation einzelner Ausschüsse und Enquete-Kommissionen des Bundestages (Bibliographie)

- Ausschüsse > [2] 2116–2121
- Enquete-Kommissionen > [2] 2294–2297

Archiv des Bundestages > [2] 2849, 2869 • [3] 3428–3429, 3431, 3433, 3446–3447, 3459

Argentinien

– Deutsch-argentinische Parlamentariergruppe > [3] 3608

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des **Datenhandbuchs**, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

Artikulationsfunktion des Parlaments > [2] 2837–2838, 2842–2844, 2848

ASD > Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)

ASEAN

– Deutsch-ASEAN-Parlamentariergruppe > [3] 3608–3609, 3611

Asylrecht > [1] 2351, 2372 • [3] 2975, 2977

Atomkraftwerk-Gegner > [1] 114

Atomminister in der Bundesregierung > [1] 842, 1100, 1147, 1213–1214 • [3] 3639, 3641

AUD > Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)

Aufbruch 89 – Neues Forum > [1] 123 • [3] 3732

Aufhebung der Immunität > [1] 392–395 • [2] 1663, 2850, 2856, 2859, 2877, 2941, 2943 • [3] 3094, 3104, 3688–3689, 3706, 3710, 3712, N 2.4

Aufhebung der Plenarsitzung des Bundestages

- wegen Beschlußfähigkeit > [1] 1258–1259, 1265 • [2] 1976–1987 • [3] 3115, 3690–3691, 3706, 3709–3710
- wegen störender Unruhe > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20

Aufhebung eines Gesetzes > [2] 2379

Aufhebungsverordnungen > [2] 2592

Auflösung der Volkammer der DDR > [2] 1563 • [3] 3716, 3882–3883

Auflösung des Bundestages > [1] 56–57, 59, 61, 300–302, 1018, 1231, 1234, 1238, 1241, 1244–1246 • [2] 1548, 2297–2298, 2484, 2804, 2868, 2899 • [3] 3006–3007, 3019, 3052, 3060–3063, 3079–3081, 3652, 3659

„**Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken**“ > [2] 2856 • [3] 3430, 3446

Aufwandsentschädigung/Entschädigung der Abgeordneten

- Bundestag > [1] 390 • [2] 2336, 2855 • [3] 3021–3024, 3026, 3031, 3034, 3037–3038, 3041, 3043, 3048–3051, 3198–3223, 3228, 3660
- Europäisches Parlament > [3] 3032, 3034–3035, 3037–3039, 3041, 3043, 3048–3051
- Volkammer der DDR > [3] 3827, 3831, 3876

„**Aufzeichnungen und Erinnerungen von Abgeordneten**“ > [2] 2910 • [3] 3439–3440

Ausbürgerung > [2] 2357

Ausführung der Bundesgesetze > [2] 2358 • [3] 2961, 3011

Ausgaben

- Bundeshaushalt > [3] 3196–3197
- Einzelplan 02 (Deutscher Bundestag) > Ausgaben des Bundestages
- Fraktionen des Bundestages > [3] 3258–3259

– mandatsbedingte Ausgaben der Abgeordneten > [3] 3223–3227

– Parteien > [1] 323, 362–377

– über- und außerplanmäßige > [1] 1306 • [2] 2370, 2982 • [3] 3033, 3077–3078

– Verteilung Bund/Länder > [2] 2369 • [3] 2982

Ausgaben des Bundestages > [3] 3196–3197

- Auslandsdienstreisen der Abgeordneten > [3] 3624
- Fraktionszuschüsse > [3] 3243–3259
- Mieten Bundestag in Bonn > [3] 3334
- Mitarbeiter der Abgeordneten > [3] 3266–3269
- Mitglieder des Bundestages > [3] 3266–3269
- Neubauten in Berlin nach 1991 > [2] 1610 • [3] 3353, 3356, 3363, 3368, 3373, 3375–3376, 3379, 3382–3383, 3386
- Neubauten in Bonn > [2] 2119 • [3] 3277, 3290–3291, 3313–3314, 3316, 3319, 3321–3322, 3324, 3326, 3328, 3330
- Personal der Bundestagsverwaltung > [3] 3266–3269
- Personal der Fraktionen > [1] 1009 • [3] 3266–3269
- Personalausgaben insgesamt > [3] 3266–3269
- Umbau Reichstagsgebäude nach 1991 > [2] 1610 • [3] 3354, 3363–3364, 3366–3370, N 21.6
- Umzug nach Berlin > [2] 1610, 1613, 1619–1621, 1629 • [3] 3044, N 7.8
- Wiederaufbau Reichstagsgebäude nach 1945 > [3] 3344–3345, 3348

Ausländer-Wahlrecht > [1] 38–40 • [2] 2486 • [3] 3001, 3005, 3019, 3572–3573, 3721

Ausländische Gäste vor dem Bundestag > [2] 1671–1672 • [3] 3649, 3658–3659

Ausland

– Petenten-Anteil beim Bundestag > [3] 3149, 3151

Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Bundestages > [3] 3623–3625

– Ziele und Kosten > [3] 3623–3624

Auslegung der Geschäftsordnung > [3] 3119

Auslesefunktion des Parlaments > [2] 2837, 2845

Ausnahmegerichte > [2] 2360

Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes > [2] 2319–2320, 2323–2332, 2358, 2851, 2853, 2854, 2865 • [3] 2965, 2979, 3052, 3060–3063

Ausschluß der Öffentlichkeit

- Bundestagssitzungen > [1] 387 • [2] 1638–1639, 1733 • [3] 3692–3693, N 8.3
- Volkammer-sitzungen > [3] 3880

Ausschluß von Mitgliedern des Bundestages

- Bundestag > [2] 1733
- Bundestagssitzungen > [2] 1988–1992, 2892 • [3] 3095, 3635, 3661, 3692–3693, 3706, N 8.20

Ausschüsse

- Bundestag > Ausschüsse des Bundestages, Ausschuß ...
- Europäisches Parlament > [3] 3592–3594

noch: **Ausschüsse**

- Koalitionsausschüsse > Koalitionen (Bund)
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Volkskammer der DDR > [2] 1495–1496, 1537–1543, 1547, 1555, 1558, 1568, 1570–1571 • [3] 3714, 3753, 3757, 3760, 3764, 3780, 3805, 3815, 3817–3818, 3821, 3827, 3829, 3833, 3835, 3839, 3846–3847, 3851, 3855, 3866, 3872–3873, 3876–3877, 3879–3882, 3912–3914
- Wirtschaftsrat > [1] 623

Ausschüsse des Bundestages > [2] 2019–2298

- Anhörungen > Öffentliche Anhörungen der Bundestagsausschüsse
- Arbeitsgruppen > [2] 2034–2080
- Arbeitsweise und Organisation einzelner Ausschüsse (Bibliographie) > [2] 2116–2121
- Aufgaben > [2] 2020–2021, 2861 • [3] 3096, 3099
- Ausschußsitz pro Abgeordneten > [2] 2107–2109
- Ausschußsitzungen > Ausschußsitzungen des Bundestages
- Ausschußüberweisung > [2] 2878, 2881 • [3] 3103, 3105–3107, 3118
- Ausschußvorsitzende > Ausschußvorsitzende des Bundestages
- Berechnungen der Stellenanteile der Fraktionen und Gruppen > [1] 898–901 • [2] 2081–2092, 2864, 2872 • [3] 3914
- Berichte > [2] 2779, 2850, 2861, 2867 • [3] 3099, 3102–3103, 3117
- Berlin-Sitzungen > [2] 1499–1500 • [3] 3350, 3696–3697, N 7.3
- berufliche Zusammensetzung > [2] 2109, 2113–2114
- Besetzung des Ausschußvorsitzes > [2] 2093–2095, 2305
- Bundesministerien > [2] 2863
- Delegationsreisen > [3] 3623–3624
- Ersuchen an Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs > [1] 1432
- erweiterte öffentliche Ausschußberatungen > [2] 2781–2782, 2884 • [3] 3010, N 8.21, N 9.1
- Fachausschüsse > [2] 2021, 2034–2080 • [3] 3119, N 9.2
- Fraktion im Ausschuß > [2] 2782, 2871 • [3] 3114
- gemeinsame Unterausschüsse mit Bundesrat > [2] 2036–2037, 2041
- Geschäftsordnung > [2] 2020–2021, 2081, 2781–2782, 2861, 2867, 2871, 2879–2881, 2884 • [3] 3096, 3098–3099, 3102, 3105, 3114, 3116–3117

- Gesetzesänderungen > [2] 2396–2397 • [3] 3702–3703
- Grundmandat für Gruppen > [1] 898–901 • [2] 2091
- Hearings > Öffentliche Anhörungen der Bundestagsausschüsse
- Interessenverbände > [2] 2109–2113, 2115–2116 • [3] 3099
- Koalitionsausschüsse > Koalitionen (Bund)
- Kommissionen > [2] 2034–2080
- kommunale Spitzenverbände > [2] 2867 • [3] 3102, 3113
- Kontakte zur Volkskammer der DDR > [2] 1494
- Mehrheitsverhältnisse > [2] 2081–2092
- Minderheitenrechte > [2] 2781–2782, 2879
- Mitgliederbenennung > [2] 2305, 2781
- Mitgliederzahl > [1] 552–553 • [2] 2020, 2034–2080, 2096–2106, 2305
- Mitgliedschaft > [1] 898–901 • [2] 2091, 2781 • [3] 3088
- Mitgliedschaft fraktionsloser Abgeordneter > [2] 2879, 2881 • [3] 3096, 3105
- Numerierung > [2] 2056, 2863
- Obmann > [2] 2782
- öffentliche Informationssitzungen (Anhörungen) > Öffentliche Anhörungen der Bundestagsausschüsse
- öffentliche Sitzungen > [2] 2121, 2861, 2884, 2912, 2926, 2928, 2930, 2932–2934, 2938 • [3] 3010, 3096, 3099, 3107, N 8.21, N 9.1
- Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse (Bibliographie) > [2] 2116–2121
- Plenardebatten zur Reform > [2] 2905, 2909, 2911–2914, 2923, 2926–2934, 2938
- Protokolle > [2] 2867 • [3] 3102
- Selbstbefassungsrecht > [2] 2021, 2861, 2871, 2912 • [3] 3099
- Sitzungen > Ausschußsitzungen
- Sonderausschüsse > Sonderausschüsse des Bundestages (*einzelne Sonderausschüsse* > *Sonderausschuß*...)
- ständige > [2] 2021, 2034–2080 • [3] N 9.1, N 9.2
- Statistik > [2] 2021–2033 • [3] 3692–3694, 3706, 3709–3710, N 9.1
- Stellenanteile der Fraktionen > [1] 934 • [2] 2081–2092
- Stellenanteile der Gruppen > [1] 898–901 • [2] 2091
- Stellung > [2] 2020–2021
- Unterausschüsse > [2] 2022–2023, 2034–2080, 2096, 2781–2782, 2871 • [3] 3116 (*einzelne Unterausschüsse* > *Unterausschuß*...)
- Untersuchungsausschüsse > Untersuchungsausschüsse des Bundestages
- Verbandsdichte > [2] 2109–2110
- Verbandsfärbung > [2] 2109, 2111–2113
- Verzeichnis > [2] 2034–2080 • [3] N 9.2
- Vorsitzende und Stellvertreter > Ausschußvorsitzende des Bundestages
- Zahl > [2] 2022–2023, 2305, 2854, 2863, 2912–2913 • [3] 3692–3693, 3706, 3709, N 9.1

Hinweis

Für Eintragungen im Kapitel 36, das aktuelle NACHTRÄGE enthält, wird keine Seitenzahl angegeben, sondern die Bezeichnung des Abschnitts, z. B. N 1.1.

- Zahl der Ausschußsitze > [1] 552–553 • [2] 2107–2109
- Zusammensetzung > [2] 2020, 2081, 2109–2116 • [3] 3086, 3088

Ausschuß ...

(Im folgenden sind die einzelnen Ausschüsse des Bundestages alphabetisch mit der Bezeichnung aufgeführt, die sie in den einzelnen Wahlperioden offiziell gehabt haben; einige Ausschüsse sind im Sachregister nochmals unter ihrer – zum Teil umgangssprachlichen – Kurzbezeichnung aufgeführt, z. B. Innenausschuß; zusammenfassende Nachweise siehe dort.)

- Außenhandelsausschuß > [2] 2027, 2048, 2051, 2099, 2120
- Auswärtiger Ausschuß > [1] 1291 • [2] 1506, 2025, 2034, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078, 2095, 2100–2106, 2110, 2114, 2118, 2124, 2126, 2135–2136, 2138, 2140, 2148, 2152, 2157–2158, 2169, 2252–2253, 2874 • [3] 2978, 3052, 3056–3059, 3475, 3477–3478, 3543, 3613, 3615, N 9.2
- Deutsche Einheit > [2] 1498, 1533, 1535–1536, 1538–1542, 1546–1547, 1549, 1551, 1553, 1555–1557, 1559, 1566–1575, 2074, 2104, 2121 • [3] 3667–3668, 3697, 3823, 3829, 3839, 3855
- EG-Ausschuß > [2] 2027, 2077, 2121, 2129, 2167, 2882 • [3] 3613, 3616
- Europa-Ausschuß > [3] 3612
- Finanzausschuß > [2] 1521, 1531, 1534, 1539, 2026, 2048, 2051, 2054, 2056, 2060, 2063, 2065, 2069, 2072, 2075, 2079, 2095, 2099–2106, 2110, 2114–2115, 2118, 2125–2127, 2131–2132, 2134, 2136, 2138, 2142–2143, 2150–2151, 2160–2162, 2171–2172, 2179, 2293
- für [die] Angelegenheiten der Europäischen Union > [2] 2034, 2080, 2106, 2121, 2171, 2176–2177, 2478, 2488, 2589–2590, 2883, 2933 • [3] 2975, 2978, 3016, 3042, 3052, 3056–3059, 3106, 3613, 3617–3618, 3675, N 9.2
- für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge > [2] 2028, 2055, 2100
- für Angelegenheiten der inneren Verwaltung > [2] 2025, 2038, 2042, 2097–2098
- für Angelegenheiten der neuen Länder > [3] N 9.2
- für Arbeit > [2] 2028, 2037, 2044, 2048, 2051, 2055, 2095, 2097–2100, 2126, 2131
- für Arbeit und Sozialordnung > [2] 1515, 1528, 1532, 1534, 1537, 1539, 1549, 2028, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2100–2106, 2110–2111, 2113–2115, 2120, 2125–2126, 2132, 2134, 2136, 2139, 2144–2146, 2152–2153, 2159–2160, 2162–2163, 2172–2174, 2179, 2293–2294, 2823 • [3] 3476–3477, N 9.2
- für Atomfragen > [2] 2032, 2045, 2098
- für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft > [2] 2032, 2049, 2052, 2095, 2099
- für Außenhandelsfragen > [2] 2027, 2037, 2044, 2095, 2097–2098
- für auswärtige Angelegenheiten > [2] 2025, 2034–2035, 2041, 2046, 2049, 2097–2099
- für Bau- und Bodenrecht > [2] 2030, 2040, 2045, 2097–2098

- für Beamtenrecht > [2] 2025, 2038, 2042, 2097–2098
- für Berlin > [2] 2031, 2036, 2097
- für Besatzungsfolgen > [2] 2025, 2041, 2098
- für Besatzungsfragen > [2] 2025, 2041, 2098
- für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten > [2] 2025, 2035, 2097, 2240
- für Bildung und Forschung > [3] N 9.2
- für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung > [3] N 9.2
- für Bildung und Wissenschaft > [2] 1497, 1524, 1527, 2032, 2058, 2061, 2064, 2067, 2070, 2073, 2077, 2100–2105, 2110, 2113–2114, 2128, 2133, 2135, 2137, 2140, 2147, 2154–2155, 2166, 2177, 2263 • [3] 3477
- für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung > [2] 2080, 2106, 2169, 2293
- für Bücherei > [2] 2024, 2040, 2097, 2849 • [3] 3429, 3435
- für das Bundesvermögen > [2] 2026, 2055, 2095, 2100, 2125, 2131
- für die Frage des Sitzes der Bundesorgane (Hauptstadtausschuß) > [2] 2024, 2040
- für Entwicklungshilfe > [2] 2032, 2052, 2054, 2095, 2099–2100
- für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten > [1] 1311 • [2] 1516, 1529, 1534, 1537, 2027, 2037, 2044, 2048, 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2095, 2097–2106, 2110–2111, 2113–2114, 2124, 2126, 2132, 2134, 2136, 2139, 2143, 2152, 2162, 2172 • [3] 3473, N 9.2
- für ERP-Fragen > [2] 2027, 2037, 2097
- für Familie, Senioren, Frauen und Jugend > [2] 2079, 2106, 2170, 2174, 2293 • [3] N 9.2
- für Familie und Senioren > [2] 2029, 2076, 2105, 2127, 2163
- für Familien- und Jugendfragen > [2] 2029, 2047, 2050, 2054, 2095, 2099–2100, 2126
- für Finanz- und Steuerfragen > [2] 2026, 2036, 2043, 2097–2098
- für Forschung und Technologie > [2] 1511, 2032, 2061, 2064, 2067, 2070, 2073, 2101–2104, 2110, 2114, 2120, 2127–2128, 2135, 2137, 2140, 2147, 2153–2154, 2250, 2255, 2257–2259, 2263, 2293, 2817–2820, 2822–2826, 2878 • [3] 3475–3476
- für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung > [2] 1542, 2032–2033, 2073, 2077, 2104–2105, 2126–2128, 2154, 2162, 2164, 2166, 2169, 2293, 2825–2828, 2878, 2881 • [3] 3105, 3478
- für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen > [2] 2032, 2061, 2101
- für Fragen der europäischen Sicherheit > [2] 2029, 2040, 2042, 2097–2098
- für Fragen der öffentlichen Fürsorge > [2] 2028, 2039, 2042, 2097–2098
- für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films > [2] 2032, 2040, 2042, 2097–2098 • [3] 3482
- für Fragen der Wiedergutmachung > [2] 2029, 2045, 2098

noch: **Ausschuß ...**

- für Fragen des Gesundheitswesens > [2] 2029, 2039, 2042, 2097–2098
- für Frauen und Jugend > [2] 2030, 2076, 2105, 2127, 2163–2164 • [3] 3477–3478
- für Fremdenverkehr > [2] 2027, 2077, 2105
- für Fremdenverkehr und Tourismus > [2] 2027, 2077, 2080, 2106, 2125, 2128, 2161, 2167, 2177 • [3] N 9.2
- für Geld und Kredit > [2] 2027, 2036, 2044, 2097–2098
- für gesamtdeutsche Fragen > [2] 1487, 2031, 2036, 2095, 2097
- für gesamtdeutsche und Berliner Fragen > [2] 1479, 1490, 2031, 2045–2046, 2049, 2053, 2098–2099 • [3] 3344
- für Geschäftsordnung > [2] 2024, 2041, 2095, 2098
- für Geschäftsordnung und Immunität > [2] 2024, 2035, 2097, 2850
- für Gesundheit > [2] 2029, 2076, 2079, 2105–2106, 2127–2128, 2164–2166, 2169, 2174–2175, 2200, 2260–2261, 2293 • [3] N 9.2
- für Gesundheitswesen > [2] 2029, 2047, 2050, 2054, 2095, 2099–2100, 2126–2127, 2130
- für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht > [2] 2026, 2043, 2098
- für Grenzlandfragen > [2] 2031, 2039, 2045, 2097–2098
- für Heimatvertriebene > [2] 2028, 2038, 2045, 2049, 2052, 2095, 2097–2099
- für innerdeutsche Beziehungen > [2] 1476, 1494, 1503–1507, 1510–1512, 1518, 1524, 1527–1528, 1531, 1536, 2031, 2058, 2061, 2064, 2067, 2070, 2073, 2100–2104, 2110, 2114, 2128, 2137, 2139, 2147 • [3] 3474–3475
- für Inneres > [2] 2025, 2046, 2050, 2099, 2130
- für innergebietliche Neuordnung > [2] 2025, 2033, 2097
- für Jugend, Familie und Gesundheit > [2] 2030, 2057, 2060, 2064, 2066, 2069, 2100–2103, 2110, 2112, 2126–2127, 2131–2134, 2137, 2139, 2141, 2143–2144, 2146, 2254, 2256, 2293 • [3] 3473
- für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit > [2] 1497, 1518, 1529, 1537, 1558, 2030–2031, 2069, 2072, 2103–2104, 2114, 2126–2128, 2146, 2153–2154, 2260, 2823 • [3] 3476
- für Jugendfragen > [2] 2029, 2043, 2098
- für Jugendfürsorge > [2] 2029, 2039, 2097
- für Kommunalpolitik > [2] 2028, 2040, 2042, 2095, 2097–2098, 2122, 2126, 2129, 2896
- für Kommunalpolitik, Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen > [2] 2031, 2053, 2100
- für Kommunalpolitik und öffentliche Fürsorge > [2] 2028, 2047, 2099
- für Kommunalpolitik und Sozialhilfe > [2] 2028, 2050, 2099
- für Kriegs- und Verfolgungsschäden > [2] 2029, 2053, 2100
- für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen > [2] 2028, 2044, 2048, 2052, 2095, 2098–2099
- für Kriegsoffer- und Kriegsgefangenenfragen > [2] 2028, 2039, 2097
- für Kultur und Medien > [3] N 9.2
- für Kulturpolitik > [2] 2032, 2040, 2042, 2095, 2097–2098, 2120
- für Kulturpolitik und Publizistik > [2] 2032, 2047, 2050, 2099, 2130
- für [den] Lastenausgleich > [2] 2028, 2037, 2043, 2048, 2051, 2095, 2097–2099
- für Menschenrechte und humanitäre Hilfe > [3] N 9.2
- für Mittelstandsfragen > [2] 2027, 2048, 2051, 2095, 2099
- für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutz > [2] 2026, 2037, 2043, 2097–2098
- für Petitionen > [2] 2024, 2035, 2041, 2046, 2049, 2097–2099
- für [das] Post- und Fernmeldewesen > [2] 2030, 2039, 2044, 2067, 2069, 2073, 2097–2098, 2102–2104, 2114, 2154
- für Post und Telekommunikation > [2] 1512, 1539, 2030–2031, 2073, 2077, 2080, 2104–2106, 2126–2128, 2154, 2162, 2165–2166, 2176 • [3] 3478, N 9.2
- für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau > [2] 1515, 1521, 1529, 1532, 1558, 1616, 2031, 2061, 2064, 2067, 2070, 2073, 2077, 2080, 2101–2106, 2110, 2114, 2128, 2134, 2137–2139, 2147, 2154, 2166, 2176–2177, 2293 • [3] 3361, 3474–3476
- für Rechtswesen und Verfassungsrecht > [2] 2026, 2038, 2043, 2097–2098
- für Sonderfragen des Mittelstandes > [2] 2027, 2044, 2098
- für Sozialpolitik > [2] 2028, 2037, 2044, 2048, 2051, 2055, 2095, 2097–2100, 2126, 2131
- für Städtebau und Wohnungswesen > [2] 2031, 2058, 2100, 2132–2133

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des **Datenhandbuchs**, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

- für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit > [2] 1537, 1540, 1558, 2033, 2070, 2073, 2076, 2080, 2103–2106, 2128, 2148, 2155, 2165–2166, 2176, 2261, 2264–2265, 2823, 2875 • [3] 3475, 3663, N 9.2
- für Verkehr > [2] 1511, 1524, 1526, 1541, 1558, 2030, 2061, 2067, 2069, 2072, 2076, 2080, 2101–2106, 2114, 2125, 2127, 2147, 2154, 2159, 2165, 2175
- für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen > [3] N 9.2
- für Verkehr, [und für das] Post- und Fernmeldewesen > [2] 2030, 2048, 2052, 2057, 2061, 2064, 2099–2101, 2110, 2127, 2129, 2132, 2135–2136
- für Verkehrswesen > [2] 2030, 2039, 2044, 2097–2098
- für Verteidigung > [2] 2029, 2034, 2042, 2046, 2050, 2098–2099, 2146 • [3] 2978, 3052, 3056–3059
- für Wahlprüfung und Immunität > [2] 2024, 2041, 2098
- für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung > [1] 296, 393, 395–402 • [2] 1789, 2024, 2034, 2046, 2049, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078, 2099–2106, 2110, 2114, 2117, 2124, 2140, 2169, 2201–2202, 2244–2248, 2268–2269, 2294, 2822–2823, 2827 • [3] 3041, 3104, 3119, 3400, 3495–3496, 3615, N 9.2
- für Wiederaufbau und Wohnungswesen > [2] 2030, 2037, 2045, 2095, 2097–2098
- für Wiedergutmachung > [2] 2047, 2050, 2099
- für Wirtschaft > [2] 1513, 1516, 1521, 1524, 1526, 1528, 1542, 1544, 1551, 2026, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2100–2106, 2110, 2112, 2114–2115, 2120, 2125–2128, 2132, 2134–2137, 2143, 2151–2152, 2159, 2162, 2166, 2172, 2176 • [3] 3476, 3478
- für Wirtschaft und Mittelstandsfragen > [2] 2026, 2054, 2100, 2131
- für Wirtschaft und Technologie > [3] N 9.2
- für wirtschaftliche Zusammenarbeit > [2] 1526, 1532, 1542–1543, 1558, 2032, 2058, 2061, 2064, 2067, 2070, 2073, 2077, 2100–2105, 2110, 2114, 2120, 2126, 2128, 2133, 2135, 2137, 2140, 2147–2148, 2155, 2167, 2177 • [3] 3475
- für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung > [2] 2080, 2106 • [3] N 9.2
- für wirtschaftlichen Besitz des Bundes > [2] 2026, 2052, 2099
- für Wirtschaftspolitik > [2] 2026, 2036, 2043, 2097–2098
- für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik > [2] 2032, 2053, 2100, 2126, 2130
- für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht > [2] 2031, 2048, 2052, 2099
- für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung > [2] 2031, 2052, 2099
- für Wohnungswesen und Bodenrecht > [2] 2031, 2048, 2099
- gemäß Artikel 15 GG > [2] 2025, 2040, 2044, 2097–2098
- Gemeinsamer Ausschuss > Gemeinsamer Ausschuss gemäß Artikel 53a GG
- Hauptstadtausschuss > [2] 2024, 2040, 2097 • [3] 3282
- Haushaltsausschuss > [1] 537–538 • [2] 1518, 1521, 1524, 1526, 1528, 1539, 1549, 1557, 1602, 1610, 1621–1622, 1625, 1627, 1629, 2026, 2034, 2036, 2043, 2047, 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2065, 2069, 2072, 2076–2077, 2079, 2093, 2095, 2097–2106, 2110, 2113–2114, 2119, 2125, 2132, 2134, 2139, 2143, 2151, 2172, 2179, 2304, 2783–2786, 2807, 2813–2815, 2818, 2822, 2853, 2862, 2875, 2885 • [3] 3101, 3118, 3286, 3291, 3293, 3311, 3316, 3320–3321, 3324, 3326, 3332, 3346, 3351, 3353–3354, 3356, 3376, 3475, N 7.8, N 9.2
- Innenausschuss > [2] 1518, 1524, 1526, 1536, 1539, 1542, 2025, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2079, 2095, 2100–2106, 2110, 2118, 2124–2125, 2127–2128, 2130–2133, 2135, 2138, 2141, 2148–2149, 2157–2158, 2160–2161, 2169, 2176, 2241, 2256, 2266, 2293 • [3] 3015, 3040, 3473–3477, N 9.2
- Organisationsausschuss > [2] 2024, 2035, 2097
- Petitionsausschuss > [1] 388 • [2] 1537, 2024, 2034, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078, 2093, 2095, 2100–2106, 2110, 2113–2114, 2117, 2124, 2244, 2348, 2778, 2780, 2867, 2871–2873, 2878 • [3] 2973, 2978, 2993–2994, 3005, 3028, 3030–3031, 3039, 3051–3052, 3056–3059, 3096, 3119, 3124–3133, 3142, 3149, 3152, 3158, 3165, 3474–3478, 3654, 3665, N 9.2
- Postausschuss > [2] 2030, 2055, 2100
- Rechnungsprüfungsausschuss > [2] 2034, 2036, 2043, 2047, 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2807–2809, 2853
- Rechtsausschuss > [2] 1521, 1555, 1557, 2026, 2047, 2050, 2052, 2054, 2056, 2059, 2063, 2065, 2069, 2071, 2075, 2079, 2095, 2099–2106, 2110, 2113–2114, 2118, 2122, 2124–2130, 2132, 2134–2135, 2138, 2142, 2149–2150, 2158–2163, 2165, 2167, 2169–2171, 2176–2177, 2243–2245, 2248, 2250, 2252 • [3] 3015, 3050, 3473, 3475, 3835, N 9.2
- Sportausschuss > [1] 1326 • [2] 1511, 1525, 1558, 2026, 2059, 2063, 2065, 2068, 2071, 2075, 2079, 2101–2106, 2110, 2114, 2124, 2133, 2135, 2138, 2142, 2149, 2159, 2169 • [3] 3475, 3478, N 9.2
- Treuhandanstalt > [2] 2027, 2076–2077, 2129
- Verkehrsausschuss > [2] 2030, 2055, 2095, 2100, 2125, 2131
- Vermittlungsausschuss > Vermittlungsausschuss
- Verteidigungsausschuss > [1] 1365 • [2] 1525, 1542, 1556, 2029, 2053, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2095, 2098, 2100–2106, 2110, 2114, 2120, 2126, 2140, 2153, 2184–2185, 2231–2239, 2244, 2777, 2780, 2854, 2896–2897 • [3] 2966, 3119, 3158–3159, 3166–3178, 3476, 3640, 3657, 3660, 3664, 3694–3695, N 9.2, N 9.10, N 26
- Wahlmännerausschuss > Wahlmännerausschuss
- Wahlprüfungsausschuss > [1] 296 • [2] 2021, 2024, 2034–2035, 2041, 2046, 2049, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078, 2097, 2302 • [3] 3047, 3094
- Wahlrechtsausschuss > [1] 50 • [2] 2025, 2040, 2045, 2097

noch: **Ausschuß ...**

- Wirtschaftsausschuß > [2] 2026, 2048, 2051, 2095, 2099, 2293
- zum Schutz der Verfassung > [2] 2025, 2035, 2042, 2097, 2098
- zur Beratung des Personalvertretungsgesetzes > [2] 2025, 2040, 2097
- zur Mitberatung des EVG-Vertrages und der damit zusammenhängenden Abmachungen > [2] 2029, 2040, 2097
- zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Art. 45 GG [Ständiger Ausschuß] > [1] 302 • [2] 1994–1995, 2021–2023, 2035, 2046, 2049, 2052, 2055, 2058, 2061, 2297–2298 • [3] 2978, 3052, 3056–3059, 3652, 3694–3695

Ausschuß Deutsche Einheit

- Bundestag > [2] 1498, 1533, 1535–1536, 1538–1542, 1546–1547, 1549, 1551, 1553, 1555–1557, 1559, 1566–1575, 2074, 2104, 2121 • [3] 3667–3668, 3697, 3823, 3829, 3839, 3853, 3855
- Volkskammer der DDR > [2] 1498, 1533, 1538, 1542, 1547, 1568, 1570–1571 • [3] 3668, 3697, 3823, 3827, 3829, 3839, 3853, 3855, 3913

Ausschußmitglieder (Bundestag)

- Benennung und Abberufung > [2] 2305, 2781, 2879
- fraktionslose Abgeordnete > [2] 2879, 2881 • [3] 3006, 3105
- Interessenvertreter > [2] 2109–2113, 2115–2116 • [3] 3099

Ausschußsitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl (Bundestag) > [2] 2107–2109

Ausschußsitzungen des Bundestages

- Berlin-Sitzungen > [2] 1499–1500 • [3] 3350, 3696–3697, N 7.3
- DDR-Themen > [2] 1503–1507, 1510–1513, 1515–1516, 1517, 1521, 1524–1529, 1531–1532, 1534–1542, 1544, 1546–1547, 1549, 1551, 1555–1558, 1566–1575
- erweiterte öffentliche Ausschlußberatungen > [2] 2781–2782, 2884 • [3] 3010, 3107, N 8.21, N 9.1
- gemeinsame Sitzungen mit Volkskammer-Ausschüssen > [2] 1537–1538, 1540–1543, 1547, 1558, 1566, 1568, 1570–1571 • [3] 3829, 3835, 3839, 3855
- Geschäftsordnung > [2] 2782, 2879, 2884 • [3] 3096, 3098–3099, 3102, 3105, 3116–3117
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern > [1] 1255
- öffentliche Informationssitzungen (Anhörungen) > Öffentliche Anhörungen der Bundestagsausschüsse
- Öffentlichkeit > [2] 2121, 2861, 2884, 2912, 2926, 2928, 2930, 2932–2934, 2938 • [3] 3010, 3096, 3099, 3107, N 8.21, N 9.1
- Protokolle > [2] 2867 • [3] 3102
- Sonderausschüsse > [2] 1994–1995, 2021–2023 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.1
- Stimmrecht der Berliner Abgeordneten > [2] 1975
- Teilnahme > [2] 2871, 2879 • [3] 3105, 3117
- Unterausschüsse > [2] 1994–1995, 2021–2023 • [3] 3694–3695, N 9.1

- Untersuchungsausschüsse > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2188–2202 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.1, N 9.10
- Zahl > [2] 1994–1995, 2021–2023 • [3] 3694–3695, 3706, 3710, N 8.21, N 9.1
- Zeitplan > [2] 2006–2009
- Zutrittsrecht > [2] 2871, 2879 • [3] 3105, 3117

Ausschußvorsitzende

- Bundestag > Ausschlußvorsitzende im Bundestag
- Europäisches Parlament > [3] 3592–3594
- Nordatlantische Versammlung > [3] 3604
- Parlamentarische Versammlung der OSZE > [3] 3605
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [3] 3547
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Vermittlungsausschuß > [2] 2451–2452
- Versammlung der Westeuropäischen Union > [3] 3549
- Volkskammer der DDR > [3] 3912–3914
- Wirtschaftsrat > [1] 623

Ausschußvorsitzende im Bundestag

- Besetzung durch Fraktionen > [2] 2093–2095, 2305
- Geschäftsordnung > [2] 2093, 2305, 2871 • [3] 3116
- Interessenbindung > [2] 2109, 2115–2116
- jüngste Vorsitzende > [1] 840–841
- ostdeutsche Vorsitzende > [2] 1599
- stellvertretende Vorsitzende > [2] 2034–2080 • [3] N 9.2
- Verzeichnis > [2] 2034–2080 • [3] N 9.2
- weibliche Vorsitzende > [1] 648–656
- Zugreifverfahren > [2] 2094–2095

Außenhandelsausschuß > [2] 2027, 2048, 2051, 2099, 2120

Außenminister in der Bundesregierung > [1] 1068–1070, 1148–1149, 1191–1196, 1198–1202, 1204–1209, 1213, 1216, 1218, 1220 • [2] 1675–1676, 1678 • [3] 3636, 3639, 3653, 3672, 3675, N 6.3, N 6.11

Außenparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung > [2] 2309–2316

Außenparlamentarische Opposition (APO) > [1] 83, 96, 110

Außenplanmäßige Ausgaben > [1] 1306 • [2] 2370, 2982 • [3] 3033, 3077–3078

Aussprachen im Bundestag

- Haushaltsberatungen > [2] 1715, 1717, 2786–2804 • [3] 3690–3691
- Inhalte > Inhalte der Plenarsitzungen
- mit Kurzbeiträgen > [2] 1725, 2781, 2869, 2875, 2880 • [3] 3103
- Rednerlisten > Rednerliste bei Aussprachen
- Regelungen zur Debattendauer > [2] 1723–1726, 2786–2804, 2865, 2867
- über Berichte des Petitionsausschusses > [3] 3152–3156
- über Berichte des Wehrbeauftragten > [3] 3168–3178

- über Regierungserklärung > [1] 1171–1188 • [2] 1638–1639, 1683–1684, 1716–1717, 2763 • [3] 3690–3691
- Untersuchungen zur Rhetorik (Bibliographie) > [2] 1996–2005
- „Vereinbarte Debatten“ > [2] 1716–1721 • [3] 3690–3691
- Zahl der politischen Aussprachen > [2] 1716–1717 • [3] 3690–3691

Aussprachen zu Fragen von allgemeinem aktuellem Interesse > Aktuelle Stunden im Bundestag

Ausstellung im Reichstagsgebäude/Deutschen Dom Berlin > [2] 2916 • [3] 3350, 3356, 3379, 3386, 3468, 3470, 3472

Australien

- Deutsch-australische Parlamentariergruppe > [3] 3607–3608, 3610–3611

Auswärtige Beziehungen und europäische Integration > [3] 3542–3625

Auswärtiger Ausschuß des Bundestages > [1] 1291 • [2] 2874

- DDR-Themen > [2] 1506
- Grundgesetz > [2] 2034 • [3] 2978, 3052, 3056–3059, 3543
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- öffentliche Anhörungen > [2] 2124, 2135, 2138, 2140, 2148, 2157, 2169 • [3] 3475, 3477–3478
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [2] 2118
- Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle > [2] 1492, 2157
- Unterausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaft > [2] 2071, 2874 • [3] 3613, 3615
- Unterausschuß für kulturelle Außenpolitik > [2] 2138
- Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe > [2] 1506, 2118, 2148, 2157 • [3] 3477
- Unterausschuß Vereinte Nationen/Weltweite Organisationen > [2] 2157
- Verzeichnis > [2] 2035, 2041, 2046, 2049, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078 • [3] N 9.2
- Zahl der Sitzungen > [2] 2025
- Zusammensetzung > [2] 2106, 2110

Auswärtiges Amt > [1] 1031, 1068–1070, 1108, 1110–1111, 1123, 1191–1196, 1198–1202, 1204–1209, 1268, 1285–1291, 1339, 1434–1438 • [2] 1611, 2205, 2208, 2408, 2647–2650, 2659 • [3] 3140–3141, 3636, N 6.3

Auswahlfunktion des Parlaments > [2] 2837, 2845

Auswahlverzeichnisse der Bibliothek des Bundestages > [2] 2855, 2865 • [3] 3430–3431, 3446

Ausweich-Plenarsaal Wasserwerk (Bonn) > [2] 1546, 1565, 1632–1633, 1635, 2877, 2882, 2918 • [3] 3307–3309, 3312–3314, 3326–3327, 3330, 3663

Auszählung der Stimmen (durch „Hammelsprung“) > [2] 1726–1728, 1974, 1976, 2864 • [3] 3690–3691, N 8.12

- Auszählergebnisse > [2] 1734–1781

Auszüge aus den Rechenschaftsberichten der Parteien > [1] 330–377

Autofahrer Partei (AFP) > [1] 84

Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands (APD)

- Parteigeschichte > [1] 84
- Parteivorsitzende > [1] 84
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 331, 362
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 76, 84 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Wahlergebnisse > [1] 84, 162–163, 172, 174 • [3] 3577, N 1.11

Autonome Liste > Die Unregierbaren – Autonome Liste

Autorenverzeichnis

- Mitglieder des Bundestages zum Parlamentsverständnis > [1] 470–472
- Quellen für *Datenhandbuch* > [3] 3957–3973

AVL > Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL)

AVP > Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP)

B 90/Gr > Bündnis 90/Grüne

Baden

- Bundestagswahlergebnis 1949 > [1] 181, 184, 200–202, 304
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahl 1949 > [1] 184
- Landtagswahlergebnis (BCSV und SPD) > [1] 304
- Mandatszählung bei Bundestagswahl 1949 > [1] 181
- Ministerpräsidenten > [1] 1443
- Neugliederung > [2] 2339, 2992
- Regierungskoalitionen > [1] 1443
- Überhangmandat bei Bundestagswahl 1949 > [1] 287
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahl 1949 > [1] 184
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahl 1949 > [1] 181

Baden-Württemberg

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–183, 186–196, 198, 200–202, 305–312
- Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467
- Gründung > [1] 1442–1443 • [3] 3637
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 186–196, 198
- Landtagswahlen > [1] 305–312
- Landtagswahlergebnisse (CDU und SPD) > [1] 305–312, 1230
- Mandatszählung bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183

noch: Baden-Württemberg

- Ministerpräsidenten > [1] 858, 860, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461
- Petenten-Anteil > [3] 3150
- Regierungskoalitionen > [1] 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 220–221
- Stimmzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Überhangmandate bei Bundestagswahlen > [1] 287–288
- Verfassungsgebende Landesversammlung > [1] 305
- Volksbefragung/Volksentscheid > [2] 2339, 2597 • [3] 2992–2993, 3637
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 186–196, 198
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV) > [1] 90, 304, 1443**Bahnstrukturreform > [3] 2975****Baltische Länder**

- Deutsch-baltische Parlamentariergruppe > [3] 3608, 3611

Bannmeile > [3] 3396

- Bannkreisverletzung > [3] 3396
- Bundeshaus Bonn > Bannmeile Bundeshaus (Bonn)
- Reichstagsgebäude Berlin > [3] 3398, 3400

Bannmeile Bundeshaus (Bonn)

- Bannmeilengesetz > [2] 2853, 2860 • [3] 3022, 3027, 3046, 3050, 3396–3398, 3639, 3649 (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)
- Lageplan > [3] 3399
- Verlauf > [3] 3397–3399

Baugeschichte

- Bundeshaus-Komplex in Bonn > [2] 1608, 2850, 2852, 2855, 2857, 2877, 2882 • [3] 3271–3333, 3637, 3647, 3649, 3664
- Reichstagsgebäude Berlin nach 1945 > [3] 3341–3348, 3645, 3653
- Reichstags-Komplex nach der Vereinigung Deutschlands > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26

Baukommission des Bundestages > [1] 885–889, 891–892 • [3] 3294, 3296, 3298–3299, 3302, 3304, 3306–3314, 3331, 3354–3356, 3361–3362, 3366, 3369–3379, 3385**Bayerische Demokratische Union > [1] 84****Bayerische Patriotenbewegung > Christliche Bayerische Volkspartei (CBV)****Bayerische Staatspartei (BSP) > [1] 85 • [3] 3075****Bayerische Volkspartei (BVP) > [1] 91****Bayerischer Rundfunk**

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3488

Bayern

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–184, 186–196, 199–202, 304–312
- Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467

- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 199
- Landtagswahlen > [1] 304–312
- Landtagswahlergebnisse (CSU und SPD) > [1] 304–312
- Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183
- Ministerpräsidenten > [1] 858, 860, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461 • [3] 3656, 3665, N 6.21
- Parteigeschichte > [1] 84–85, 91–92, 107
- Petentenanteil > [3] 3148–3150
- Regierungskoalitionen > [1] 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461 • [3] N 6.21
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 221
- Selbstverständnis der Abgeordneten (Umfrage) > [1] 544–546
- Stimmzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Verfassungsgebende Landesversammlung > [1] 304
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 199
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Bayernpartei (BP) [Partei]

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 85, 156, 162–165, 167, 170–172, 174, 185, 293–294 • [3] 3638, 3680–3681, N 1.11
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Direktmandate > [1] 184–185, 240 • [3] 3680–3681
- Europawahlergebnisse > [3] 3575–3577
- Hochburgen > [1] 266
- Koalitionen > [1] 1445
- Parteigeschichte > [1] 84–85, 90–92, 103, 106
- Parteivorsitzende > [1] 85, 106, 983
- Rechenschaftsbericht über Finanzen > [1] 331, 362
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–71, 74–76, 103, 106 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3575–3577
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2468, 2470–2471 • [3] 3070
- Wahlergebnisse > [1] 86, 156, 162–165, 167, 170–172, 174, 185, 293–294 • [3] 3575–3577, 3680–3681, N 1.11
- Wahlkreis-Absprachen > [1] 139–140
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 266
- Wahlkreissitze > [1] 184–185, 240 • [3] 3680–3681

Bayernpartei (BP) [Fraktion]

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 676–677
- Ausschußvorsitzende > [2] 2094
- Berufsstruktur der MdB > [1] 688–689
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 658, 827
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Fraktionschronik > [1] 106, 934, 944, 979
- Fraktionseigenschaft > [1] 934, 944, 960 • [2] 2851 • [3] 3637
- Fraktionsvorstand > [1] 944, 983
- Fusion > [1] 106, 934, 941, 944, 960, 979 • [3] 3637
- Mandatszahl > [1] 85, 164, 185, 903–904, 908–911 • [3] 3682–3683

- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291 • [3] 3680–3681
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 607
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 637, 658

BCSV > Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV)

BdD > Bund der Deutschen (BdD)

BDV > Bremer Demokratische Volkspartei (BDV)

Beamte

- Mitglieder des Bundestages > [1] 646–647, 680–688, 690, 692–694, 696, 698–700, 702–706, 708, 710, 712, 714–717, 847, 849, 851, 853, 855 • [2] 2113–2114, 2868 • [3] 3021, 3076, 3201
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–439

Beamte des Bundesrechnungshofes > [2] 2806

- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 436

Beamte in der Bundestagsverwaltung > [3] 3426–3427

Beamte und Angestellte

- Stimmabgabe bei Bundestagswahl > [1] 235

Beamtete Staatssekretäre > [1] 1062–1107 • [3] N 6.3

Beauftragter des Bundestages für die Kriegswaffenkontrolle > [3] 3036, 3040

Befehls- und Kommandogewalt > [3] 2979, 2993

Befragung der Bundesregierung > Regierungsbefragung des Bundestages

Befriedeter Bannkreis > Bannmeile

Befugnisgesetz

- Enquete-Kommissionen > [2] 2250 • [3] 3009, 3028–3029
- Petitionsausschuß > [1] 388 • [2] 2867 • [3] 3028, 3030–3031, 3039, 3051, 3125–3130, 3132, 3654

Beginn der Wahlperiode > Tag der Konstituierung des Bundestages

Beginn des Rechnungsjahres > [2] 2787–2802

Begrenzung der Wahlkampfkosten > Wahlkampfabkommen der Parteien

Behinderungsverbot der Mandatsausübung > [1] 386–387

Beifall im Bundestag > [2] 2889

Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR > [2] 2314

Beirat [des Bundestages] für handelspolitische Vereinbarungen > [2] 2040, 2045, 2049, 2052, 2055, 2058, 2061, 2064, 2071, 2121, 2853

Beirat für Entschädigungsfragen > [1] 888 • [3] 3200–3201

Beirat für Fragen der Wahlrechtsreform > [1] 53–54

Beirat nach § 39 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes > [2] 2314

Beisitzer für den Spruchsenat beim Hauptamt für Soforthilfe > [2] 2309

„Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ > [3] 3627

Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes > Vereinigung Deutschlands

Beitritt des Saarlandes > Eingliederung des Saarlandes

Beitritt zu internationalen und supranationalen Organisationen > [2] 2357

Bekanntheit der Abgeordneten (Umfragen) > [3] 3519–3520, 3536, 3540

Beleidigungen des Bundestages > Verunglimpfungen des Bundestages

Belgien

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-belgisch-luxemburgische Parlamentariergruppe > [3] 3608
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3553
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3582–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlssystem > [3] 3566

Bemerkungen des Bundesrechnungshofs > [2] 2806–2809, 2859 • [3] 2970

Bemühungen um eine Große Koalition: Chronik > [1] 1135–1140

Beobachter aus den neuen Bundesländern beim Europäischen Parlament > [3] 3560, 3594–3596

Beratende Versammlung des Europarates > Parlamentarische Versammlung des Europarates

Beraterverträge von Mitgliedern des Bundestages > [3] 3076, 3651 (siehe auch unter Verhaltensregeln für Mitglieder des Bundestages)

Beratung von Gesetzentwürfen > [2] 1715, 2778–2779, 2862, 2871 • [3] 3040, 3065, 3100, 3105, 3118

Berechnungsverfahren der Mandatzuteilung > [1] 28, 31, 36, 46–47

- Vergleich Höchstzahlverfahren (nach *d'Hondt*) und mathematisches Proportionsverfahren (nach *Hare/Niemeyer*) > [1] 47

Berechnungsverfahren der Stellenanteile der Fraktionen > [2] 2081–2092, 2864, 2872 • [3] 3914

- Höchstzahlverfahren (nach *d'Hondt*) > [2] 2081–2083, 2086–2088, 2864
- Mathematisches Proportionsverfahren (nach *Hare/Niemeyer*) > [2] 2081, 2084, 2086–2087, 2089, 2864, 2872

noch: **Berechnungsverfahren der Stellenanteile der Fraktionen**

- Proportionalverfahren (nach *Sainte-Laguë/Schepers*) > [2] 2081–2083, 2086–2087, 2090–2091, 2864, 2872
- Rangmaßzahlverfahren (nach *Schepers*) > [2] 2081–2083, 2089–2090, 2864, 2872

Bereinigung des Bundesrechts > [2] 2190, 2206 • [3] 3033

Bericht zur Lage der Nation > [1] 1171, 1193–1204, 1233, 1236, 1316 • [2] 1491, 1494, 1496, 1503, 1506 • [3] 3476

Berichte

- Bundesrechnungshof > [2] 2806–2809, 2859 • [3] 2970
- Bundesregierung > Berichte der Bundesregierung an den Bundestag
- Bundestagspräsident zur Angemessenheit der Diäten > [1] 391 • [2] 2868, 2874 • [3] 3034, 3049, 3202, 3205–3206, 3216–3223
- Parteien > Rechenschaftsberichte der Parteien
- Petitionsausschuß > [2] 2871 • [3] 3096, 3119, 3124, 3128, 3152–3156
- Wahlkreiskommission > [1] 1317
- Wehrbeauftragter > [1] 1363–1365 • [2] 2780, 2897 • [3] 3152, 3168–3178

Berichte der Bundesregierung an den Bundestag > [1] 1266–1377, 1433–1438

- Abrüstungsbericht > [1] 1287
- Agrarbericht > [1] 1299
- Altenbericht > [1] 1338
- Alterssicherungsbericht > [1] 1275
- Anti-Doping-Bericht > [1] 1329
- Arbeitsförderungsbericht > [1] 1276
- Berufsbildungsbericht > [1] 1294
- Bundesbericht Forschung > [1] 1312
- Bundesraumordnungsprogramm > [1] 1347
- Dorferneuerungsbericht > [1] 1347
- Energiebericht > [1] 1373
- Energieprogramm > [1] 1371
- Entsorgungsbericht > [1] 1326, 1351
- Familienbericht > [1] 1332
- Finanzbericht > [1] 1307
- Finanzplan > [1] 1306
- Forschungsbericht > [1] 1312
- Gesamtberichte > [1] 1266
- Gesundheitsbericht > [1] 1332
- Großsiedlungsbericht > [1] 1348
- Grüner Bericht > [1] 1299
- Grunderwerbsteuerbericht > [1] 1308
- Immissionsschutzbericht > [1] 1326, 1351
- Investitionsprogramm > [1] 1307
- Jahresabrüstungsbericht > [1] 1287
- Jahreswirtschaftsbericht > [1] 1369
- Jugendbericht > [1] 1331
- Krebsbericht > [1] 1334
- Kriegs- und Wehrdienstopferbericht > [1] 1274
- Künstlerbericht > [1] 1278

- Lage der Nation > [1] 1171, 1193–1204, 1233, 1266, 1316 • [2] 1491, 1494, 1496, 1503, 1506 • [3] 3476
- Maßnahmeberichte > [1] 1266–1267
- Medienbericht > [1] 1322
- Menschenrechtsbericht > [1] 1288
- Mietenbericht > [1] 1346
- Mittelstandsbericht > [1] 1370
- Politikbereichsberichte > [1] 1266–1267
- Raumordnungsbericht > [1] 1346
- Rentenanpassungsbericht > [1] 1275, 1284
- Rentenversicherungsbericht > [1] 1275
- Rheumabericht > [1] 1336
- Soltau-Lüneburg-Abkommen > [1] 1285
- Sozialbericht > [1] 1272, 1275, 1285
- Sozialbudget > [1] 1277
- Sozialenquete > [1] 1274
- Sportbericht > [1] 1321
- Städtebaubericht > [1] 1346
- Statistik > [1] 1266–1269, 1434–1438 • [3] 3704–3705
- Straßenbaubericht > [1] 1359
- Strukturbericht > [1] 1370
- Subsidiaritätsbericht > [1] 1375
- Subventionsbericht > [1] 1306
- Tarifbericht > [1] 1307
- Tierschutzbericht > [1] 1301
- Tropenwaldbericht > [1] 1301
- Typen der Berichte > [1] 1266–1267
- Umweltbericht > [1] 1323, 1325, 1354–1355
- Unfallverhütungsbericht > [1] 1273, 1279
- Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr > [1] 1359
- Verfassungsschutzbericht > [1] 1330
- Verkehrsbericht > [1] 1358
- Versorgungsbericht > [1] 1329
- Waldbericht > [1] 1302
- Waldzustandsbericht > [1] 1301
- Weißbuch zur Verteidigungspolitik > [1] 1363
- Weißbuch zur zivilen Verteidigung > [1] 1324
- Winterbaubericht > [1] 1277, 1285
- Wirtschaftsbericht > [1] 1368
- Wohngeld- und Mietenbericht > [1] 1347
- Wohngeldbericht > [1] 1346

Berlin

- Abgeordnetenhauswahlen > [1] 304–312
- Bannmeile > [3] 3398, 3400
- Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung > [2] 1601–1629 • [3] 3351–3386, N 21.6
- Berlin/Bonn-Gesetz > [2] 1482–1483, 1621 • [3] 3044
- Bevollmächtigter der Bundesregierung > [1] 1062–1067
- Bonn > [2] 1483–1485, 1601, 1605–1606, 2909, 2917
- Bundesversammlung > [3] 3024, 3186–3187, 3189
- Bundestagsabgeordnete > Berliner Abgeordnete
- Bundestagswahlergebnisse > [1] 182–183, 196, 199–202, 311–312
- Geburtsort der MdB > [1] 589–591
- Grenzöffnung > [2] 1507, 1510, 1513, 1544–1545 • [3] 3666, 3753–3756, 3760–3761, 3773–3774, 3787, 3799, 3841

- Hauptstadtbeschlüsse des Bundestages > [2] 1476–1485, 1518, 1546, 1601–1602, 1605–1606 • [3] 3044, 3671
- Hauptstadtplanung > [2] 1478–1479, 1545, 1601–1629, 2919 • [3] 3344–3346, 3353–3360, 3830, 3841, 3843, 3849, 3857
- Hauptstadtvertrag > [2] 1606, 1614
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 196, 199
- Mandatszählung bei Bundestagswahlen > [1] 182–183
- Parlaments- und Regierungssitz > [2] 1476–1485, 1601–1629 • [3] 3273–3274, 3671, 3830, 3841, 3849, 3857
- Petenten-Anteil > [3] 3148–3150
- Präsenz des Bundestages > [2] 1476, 1499–1501, 1564, 1632–1633, 2916 • [3] 3349–3350, 3639, 3641–3642, 3646, 3669–3670, 3696–3697, N 7.3, N 26
- Regierende Bürgermeister [Oberbürgermeister] > [1] 857, 860, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460 • [3] 3657
- Regierungskoalitionen > [1] 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460
- Reichstagsgebäude > [3] 3341–3348, 3351–3395, 3645, 3653, 3675, N 21.6, N 26
- Stadtverordnetenversammlung > [1] 304
- Stimmzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2439, 2445, 2447
- Umgestaltung des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26
- Umzug des Bundestages: Chronik > [2] 1601–1629 • [3] N 7.8, N 21.6, N 26
- Unterbringung des Bundestages > [2] 1602–1629 • [3] 3351–3386, N 21.6, N 26
- Verhüllung des Reichstagsgebäudes > [3] 3363, 3370, 3372, 3386–3395, 3675
- Viermächte-Abkommen > [1] 1194 • [2] 1491, 1499
- Volkskammerwahlergebnis (Ost-Berlin) > [3] 3888
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 196, 199
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 38, 182–183
- Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes nach 1945 > [3] 3341–3348, 3645, 3653

Berliner Abgeordnete

- Abstimmungsmehrheit > [2] 1730–1731
- Alliierte Vorbehalte > [2] 1531, 1540, 1543 • [3] 3551, 3667
- Bundesversammlung > [3] 3184–3185
- Direktwahl > [1] 37–38, 379 • [2] 1509, 1528, 1531, 1535, 1538, 1540 • [3] 3667
- Doppelmandat Abgeordnetenhaus/Bundestag > [1] 460, 466–467
- Europaparlament > [3] 3551, 3574–3576
- Stimmabgabe bei Bundeskanzlerwahl > [1] 1019–1024, 1974
- Stimmrecht > [1] 381, 624, 862, 907, 928, 1019, 1122, 1131 • [2] 1509, 1540, 1543, 1730, 1973–1975, 2445, 2880, 3634, 3667, 3682–3683

- Wahlgesetz zum Bundestag > [1] 27, 30–31, 37–38, 42, 379 • [2] 1528, 1535, 1538 • [3] 3667
- Zahl im Bundestag > [1] 27, 30–31, 37–38, 42, 164–170, 196, 199, 379, 381, 903 • [2] 1731, 2851 • [3] 3637, 3667, 3682–3683

Berufe

- Fraktionen des Bundestages > [1] 845–856
- Mitglieder der Ausschüsse des Bundestages > [2] 2109, 2113–2114
- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3893–3894
- Mitglieder des Bundestages > [1] 646–647, 678–717, 846–847 • [3] 3686–3687
- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 232–239

Berufsbeamtentum > [2] 2336

Berufsbildungsbericht der Bundesregierung > [1] 1294

Berufsfreiheit > [2] 2356, 2367 • [3] 2977

Berufssoldaten

- Mitglieder des Bundestages > [1] 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 715–717
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435, 438–439

Berufsstruktur der Mitglieder des Bundestages > Berufe

Besatzungskosten und Kriegsfolgen > [2] 2339, 2343 • [3] 2983

Besatzungsstatut > [1] 628–629, 1031 • [2] 1489 • [3] 3634–3636, 3639

Beschlußfähigkeit des Bundestages > [2] 1974–1987 • [3] 3077

- Bezweiflung > [2] 1976–1983, 1986–1987, 2762, 2778, 2780, 2872, 2892 • [3] 3107, 3116, 3690–3691, 3704–3705
- Geschäftsordnung > [2] 1975–1976, 2778, 2780, 2872 • [3] 3095, 3116

Beschlußfähigkeit des Bundestages

- Feststellung > [1] 1258–1259, 1265 • [2] 1976–1987, 2884, 2893 • [3] 3115, 3690–3691, 3696–3697, 3706, 3709–3710
- Herbeiführung > [2] 1983–1987 • [3] 3690–3691

Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses > [2] 2356, 2367, 2859 • [3] 2969, 2991, 2996 • [3] 3041

- parlamentarische Kontrolle > [2] 2303–2304, 2367, 2809, 2812–2813, 2815, 2859, 2882 • [3] 2969, 3027, 3041–3042

Beschwerdefunktion des Parlaments > [2] 2836

Besetzungen parlamentarischer Führungspositionen im Bundestag > [1] 656–658, 826–836

- Alter und Mandatsdauer > [1] 834–837
- Anteil der Fraktionen > [1] 658–662, 826–832, 836
- Anteil der weiblichen Abgeordneten > [1] 656–662
- Ausschuß-Vorsitz > [2] 2093–2095, 2305
- Chancen der Abgeordneten > [1] 832–834

noch: Besetzungen parlamentarischer Führungspositionen im Bundestag

- jüngste Funktionsinhaber > [1] 837–845
- ostdeutsche Abgeordnete > [2] 1592, 1596–1600
- weibliche Abgeordnete (Namensliste) > [1] 648–656

Bestände der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages > [3] 3433**Bestechung von Mitgliedern des Bundestages > [1] 386 • [3] 3031, 3043, 3045****Besteuerung der Diäten im Bundestag > [1] 388 • [2] 2868, 2914–2917 • [3] 3031, 3076, 3198–3201, 3654****Besucher**

- Bundeshaus > [2] 2851, 2870, 2922, 2924 • [3] 3463–3465, 3468–3469
- Reichstagsgebäude > [3] 3350, 3464, 3470

Beteiligung an Plenardebatten > [2] 1680–1681**Bevölkerungszahl/Abgeordnetenzahl**

- Europäisches Parlament > [3] 3597
- nationale Parlamente > [1] 384–385

Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland / der Bundesregierung in Berlin > [1] 1062–1067**Bewertung der Technologiefolgen beim Bundestag > [2] 2816–2833, 2874, 2878**

- Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung > [2] 1542, 2032–2033, 2073, 2077, 2104–2105, 2126–2128, 2154, 2162, 2166, 2169, 2293, 2825–2828, 2878, 2881 • [3] 3105
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) > [2] 2816, 2826–2828, 2878
- Chronik > [2] 2817–2828
- Enquete-Kommission > [2] 2148, 2157, 2259, 2263, 2273, 2275, 2291, 2296–2297, 2820, 2826, 2874 • [3] 3662, 3664
- Projekte des TAB > [2] 2833
- Veröffentlichungen des TAB > [2] 2828–2832

Bewußtsein > Neues Bewußtsein – die ganzheitlich-esoterische Partei Deutschlands (Bewußtsein)**Bezweiflung der Beschlußfähigkeit des Bundestages > [2] 1975–1987, 2762, 2778, 2780, 2872, 2893 • [3] 3095, 3107, 3116, 3690–3691, 3704–3705****BFB > Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland (BFB)****BFD > Bund Freier Demokraten (BFD)****BGD > Bund für Gesamtdeutschland (BGD)***Hinweis*

Für Eintragungen im Kapitel 36, das aktuelle NACHTRÄGE enthält, wird keine Seitenzahl angegeben, sondern die Bezeichnung des Abschnitts, z. B. N 1.1.

BGL > Bremer Grüne Liste (BGL)**BHE, BHE/DG > Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)****Bibliographien**

- Analysen der einzelnen Bundestagswahlen > [1] 205–214
- Analysen einzelner Bundestagsdebatten > [2] 1996–2005
- Chronologische Darstellungen zur Regierungsbildung > [1] 1145–1146
- Einzelfallstudien zur Gesetzgebung > [2] 2512–2537
- Geschäftsordnungs-Kommentare > [3] 3121–3122
- Gesetzes-Dokumentationen > [2] 2456–2465
- Grundgesetz-Kommentare > [3] 3053–3055
- Literatur über den Bundestag > [3] 3924–3928
- Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse > [2] 2116–2121
- Organisation und Arbeitsweise einzelner Enquete-Kommissionen > [2] 2294–2297
- Parlamentsreformen seit 1949 > [2] 2886–2887
- Parlamentssoziologie > [1] 727–733
- Parlamentsverständnis der Abgeordneten > [1] 470–529
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 214–222
- Rhetorik im Bundestag > [2] 1996–2005
- Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung > [3] 3453–3461
- soziale Zusammensetzung der Bundeskabinette > [1] 1162–1165
- Tests und Wirkungsanalysen von Gesetzen > [2] 2546–2588
- Unterrichtsmodelle „Bundestag“ > [3] 3503–3505
- Wahlanalysen > [1] 205–222

„Bibliographien“ > [2] 2856 • [3] 3430, 3440, 3444–3446**„Bibliographien zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ > [3] 3627****Bibliothek des Bundestages > [2] 2869**

- Aufbau > [2] 2849, 2851, 2855, 2903–2904 • [3] 3403, 3428–3432, 3434–3435
- Auswahlverzeichnisse > [2] 2855–2856, 2865 • [3] 3430–3431, 3446
- Bestände > [3] 3428, 3433, 3435
- Büchereibeirat > [1] 885–886 • [2] 2024–2025, 2040, 2097, 2849 • [3] 3429, 3435
- Selbstdarstellungen (Bibliographie) > [3] 3457–3459

Bibliotheken mit Stenographischen Berichten und Drucksachen des Bundestages > [2] 2868 • [3] 3506–3508**Bilaterale Parlamentariergruppen > [2] 2855 • [3] 3606–3612**

- Auslandsreisen > [3] 3623–3624
- Liste der Parlamentariergruppen > [3] 3608–3612
- Zahl der Parlamentariergruppen > [2] 2855 • [3] 3607

Bildschirmtext > [2] 2870 • [3] 3432

Bildungsminister in der Bundesregierung > [1] 651–652, 842–843, 1100–1102, 1148, 1216–1218, 1220 • [2] 1600 • [3] 3655, 3657, 3673

Bildungsstruktur

– Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3893–3894
 – Mitglieder des Bundestages > [1] 645, 668–675, 846, 848, 850, 852, 854–856 • [3] 3686–3687, N 3.14

Bitten und Beschwerden an den Bundestag > Petitionen

B-Länder im Bundesrat > [2] 2438

Blitzgesetz > [2] 2416

Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) > Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)

Blockparteien der DDR > [1] 108, 126 • [3] 3715, 3736, 3743, 3763–3764, 3766–3769, 3885–3886
 – Demokratischer Block > [3] 3763, 3766–3767, 3769

Bonn

– Banneile Bundeshaus > [3] 3397–3399
 – Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes > [2] 2850, 2852, 2855, 2857, 2877, 2882 • [3] 3271–3333, 3637, 3647, 3649, 3664
 – Berlin > [2] 1483–1485, 1601, 1605–1606, 2909, 2917
 – Berlin/Bonn-Gesetz > [2] 1482–1483, 1621 • [3] 3044
 – Bundeshaus > Bundeshaus in Bonn
 – Bundeshausgelände (Lageplan) > [3] 3294–3295
 – Hauptstadtbeschlüsse/Hauptstadtfrage > [2] 1483–1485, 1601, 1604–1606, 2040, 2189, 2204, 2909, 2917, 2919 • [3] 3274–3276, 3278–3279, 3282, 3291, 3323, 3325, 3634–3635
 – Hauptstadtplanung > [2] 2909, 2915, 2917 • [3] 3288, 3292, 3296–3297, 3303–3306, 3321, 3654
 – Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik > [2] 1601–1629 • [3] N 7.8
 – Unterbringung der Bundestagsverwaltung > [3] 3334–3340

„**Bonner Stunde**“ > [2] 1725–1726

BP > Bayernpartei

BPA-DOK > Zentrales Dokumentationssystem des Bundespresseamtes (BPA-DOK)

Brandenburg

– Bundestagswahlergebnisse > [1] 182–183, 197, 199–202, 311–312
 – Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
 – Landtagswahlen > [1] 310–311 • [2] 1565
 – Landtagswahlergebnisse (CDU und SPD) > [1] 310–311
 – Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183
 – Ministerpräsidenten > [1] 860, 1462
 – Petenten-Anteil > [3] 3149, 3151
 – Regierungskoalitionen > [1] 1462
 – Stimmzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447

– Überhangmandate bei Bundestagswahl > [1] 288 • [3] N 1.19
 – Volkskammerwahlergebnis > [3] 3888
 – Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
 – Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183

Brasilien

– Deutsch-brasilianische Parlamentariergruppe > [3] 3608

Braunschweig

– Regierung > [1] 1440

Bremen

– Bürgermeister > [1] 857, 860, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460
 – Bürgerschaftswahlen > [1] 304–312
 – Bürgerschaftswahlergebnisse (CDU und SPD) > [1] 304–312
 – Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–184, 186–196, 198, 200–202, 304–312
 – Doppelmandat Bundestag/Bürgerschaft > [1] 460, 466–467
 – Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
 – Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183
 – Petenten-Anteil > [3] 3150
 – Regierungskoalitionen > [1] 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460
 – regionale und lokale Wahlstudien > [1] 216
 – Stimmzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
 – Überhangmandate bei Bundestagswahlen > [1] 287–288
 – Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
 – Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Bremer Demokratische Volkspartei (BDV) > [1] 295, 1440, 1442 • [3] 3182

Bremer Grüne Liste (BGL) > [1] 115, 124

Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis > [2] 2356, 2367 • [3] 2977

– Beschränkung > [2] 2356, 2367, 2859 • [3] 2969, 2991, 2996 • [3] 3041
 – parlamentarische Kontrolle von Beschränkungsmaßnahmen > [2] 2303–2304, 2367, 2809, 2812–2813, 2815, 2859, 2882 • [3] 2969, 3027, 3041–3042

Briefwahl

– Bundestagswahlen > Briefwahl (Bundestagswahlen)
 – Volkskammerwahl > [3] 3884

Briefwahl (Bundestagswahlen)

– Fristen bei der Wahlvorbereitung > [1] 64, 68
 – Wahlgesetz > [1] 28, 32, 51 • [2] 2854 • [3] 3640
 – Zahl der Briefwähler > [1] 289 • [3] 3680–3681

Britische Besatzungszone

– Parlamentarischer Rat > [1] 624
 – Zonenbeirat > [1] 610, 614–621, 626–627

Brüsseler Vertrag > [2] 2600 • [3] 2966, 3640

BSA > Bund Sozialistischer Arbeiter – Deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA)

BSP > Bayerische Staatspartei (BSP)

Budgetrecht > [2] 2783–2809 • [3] 3077–3078

– Änderungen des Bundestages am Haushaltsplan > [2] 2783–2786

– Finanzwirksame Gesetze > [2] 2805–2806

– Haushaltsberatungen > [1] 1171 • [2] 2786–2804

– Rechnungsprüfung > [2] 2339, 2346, 2806–2809, 2982

Büchereibeirat > [1] 885–886 • [2] 2024–2025, 2040, 2097, 2849 • [3] 3429, 3435

Bündnis 90 [DDR]

– Fraktion > Bündnis 90/Grüne [DDR]

– Mandatzahl/Volkskammer > [1] 86–87 • [3] 3887, 3905, 3908

– Organisationsgeschichte > [1] 85–87, 94, 114 • [3] 3794, 3811, 3885

– Teilnahme an Bundestagswahl > Die Grünen/Bündnis 90 [Wahlbündnis]

– Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 85, 94, 117, 124 • [3] 3885, 3905

– Wahlbündnis > [1] 85–86, 94, 114, 117, 124 • [2] 1560 • [3] 3794, 3848, 3858, 3862, 3868, 3885

– Wahlergebnis > [3] 3810, 3887–3889

Bündnis 90 [Partei]

– Fusion mit Grünen > [1] 86–87, 115–116, 157, 967, 1014 • [3] 3673

– Koalition > [1] 1462

– Mandatzahl/Bundestag > [1] 86, 1015

– Parteigeschichte > [1] 85–86, 94, 115–117, 124 • [3] 3671

– Parteivorsitzende > [1] 86

– Rechenschaftsbericht über Finanzen > [1] 332, 363

– Vertretung im Bundestag > [1] 86, 1014–1015

Bündnis 90/Grüne [DDR]

– Fraktion/Volkskammer > [1] 86–87, 115 • [3] 3811–3812, 3832, 3905, 3907

– Mandatzahl/Volkskammer > [1] 86–87 • [3] 3905, 3907–3908

– Sozialstruktur/Volkskammerfraktion > [3] 3893–3895

– Stellenanteile in Volkskammer-Ausschüssen > [3] 3914

– Wahl in Bundestag > [1] 87, 115, 124, 898, 928, 937 • [2] 1564

Bündnis 90/Grüne (B90/Gr) [Listenvereinigung]

– Bundestagswahlergebnisse > [1] 87, 159, 171, 174, 197, 204 • [3] 3670, 3681

– Mandatzahl/Bundestag > [1] 87, 114, 116, 171, 197, 903, 929, 1014–1015 • [3] 3683

– Organisationsgeschichte > [1] 86–87, 134, 1014–1015 • [2] 1560

– Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 225, 229, 231

– Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 238

– Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 292 • [3] 3680–3681

– Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 86–87, 114, 116, 124, 134

– Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 266

– Wahlkampfkostenerstattung > [1] 321

– Wahlkampf-Slogans > [1] 150

Bündnis 90/Grüne [Gruppe im Bundestag]

– Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646, 2759–2760

– Arbeitskreise der Gruppe > [1] 1004

– Berufsstruktur der MdB > [1] 710–711, 717

– Dauer der Mitgliedschaft > [1] 579

– Durchschnittsalter der MdB > [1] 564

– Familienstand der MdB > [1] 665

– frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR > [2] 1576

– Gewerkschaftsmitgliedschaft der MdB > [1] 724, 726

– Gruppenbildung > [1] 87, 898–899, 967

– Gruppenrechte > [1] 898–900 • [2] 2882 • [3] 3670

– Gruppenvorstand > [1] 979 • [2] 1597

– Hilfsdienst der Gruppe > [1] 1009

– Hochschulbildung der MdB > [1] 669, 671, 673

– Interessenvertreter > [1] 719–720

– Konfession der MdB > [1] 667

– Mandatzahl > [1] 86–87, 114, 116, 171, 197, 903, 929, 1014–1015 • [3] 3682–3683

– Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 979

– Parlamentsneulinge > [1] 580–581

– Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 671, 673

– Sitzordnung im Plenum > [2] 1635

– Stellenanteile in den Ausschüssen > [1] 899 • [2] 2091, 2882

– Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 292 • [3] 3680–3681

– weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636–637

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE) [Partei]

– Ausgaben > [1] 363

– Bundestagswahlergebnisse > [1] 87, 157–159, 172–174, 198–199, 204 • [3] 3674, 3681, N.1.11, N.26

– Bundesversammlung > [3] 3184–3185

– Einnahmen > [1] 327–329, 332

– Europawahlergebnisse > [3] 3577

– Fraktions- und Parteisprecher > [1] 985 • [3] N.5.8

– Hochburgen > [1] 267

– Koalitionen > [1] 1460–1462 • [3] N.6.21

– Mandatzahl/Bundestag > [1] 172, 198–199, 903, 905, 930 • [3] 3682–3683, N.1.11, N.5.3

– Mandatzahl/Europaparlament > [3] 3577

– Partei- und Fraktionssprecher > [1] 985 • [3] N.5.8

– Parteigeschichte > [1] 86–87, 115–116, 967

– Parteisprecher > [1] 87, 985 • [3] N.5.8

– Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 332, 363

– Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 225, 229, 231

- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 233–237, 239
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 87 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2479–2480, 2491
- Wahlergebnisse > [1] 87, 157–159, 172, 174, 198–199, 204 • [3] 3577, 3674, 3681, N 1.11, N 26
- Wahlkampf-Slogans > [1] 150
- Wahlkreise mit höchstem und niedrigstem Stimmenanteil > [1] 267

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE) [Fraktion]

- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646, 2759–2760 • [3] N 12.1
- Arbeitskreise der Fraktion > [1] 1004
- Arbeitskreisvorsitzende > [1] 656, 1004
- Ausgaben > [1] 1009 • [3] 3259
- Ausschußvorsitzende > [1] 832 • [2] 2094
- Beamte > [1] 712, 717, 855–856
- Berufsstruktur der MdB > [1] 712–713, 717, 855–856
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 658, 832–833, 881
- Bundesversammlung > [3] 3184–3185
- Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 579, 855
- Durchschnittsalter der MdB > [1] 564–565, 855 • [3] N 3.2
- Familienstand des MdB > [1] 663, 665, 854–855
- Fraktions- und Parteisprecher > [1] 905 • [3] N 5.8
- Fraktionsmitarbeiter > [1] 1009
- Fraktionsvorstand > [1] 832, 944–945 • [2] 1597 • [3] N 5.7
- Fraktionswechsel > [1] 930 • [3] 3677
- frühere Mitglieder der Volkskammer > [2] 1576
- Geschäftsordnung > [1] 944–945
- Gewerkschaftsmitgliedschaft der MdB > [1] 724, 726, 855
- Hilfsdienst der Fraktion > [1] 1009
- Hochschulbildung der MdB > [1] 669, 671, 673, 854 • [3] N 3.14
- Konfession der MdB > [1] 667 • [3] N 3.13
- Mandatsdauer der MdB > [1] 579, 855
- Mandatszähl > [1] 172, 198–199, 903, 905, 930 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- ostdeutsche Mitglieder in Führungspositionen > [2] 1597
- Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 944–945 • [3] N 5.7
- Parlamentsneulinge > [1] 580–581, 854 • [3] N 3.4

- Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 671, 854
- Sitzordnung mit Plenum > [2] 1635–1636
- Sozialprofil der Fraktion > [1] 854–856
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [2] 2092
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- ununterbrochene Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 579
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2489
- Vizepräsident des Bundestages > [1] 832, 873–874, 878 • [3] 3674
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636–637, 854–855 • [3] N 3.11
- weibliche Mitglieder in Führungsfunktionen > [1] 656, 658, 662

Bürgerbeauftragte[r] (Ombudsman) > [2] 2941 • [3] 3051, 3125–3126, 3130

Bürgerinitiativen > [1] 83, 114 • [2] 2383

Bürgerpartei

- Parteigeschichte > [1] 88
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 73, 88
- Wahlergebnisse > [1] 88, 162–163, 169, 174

Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)

- Parteigeschichte > [1] 88, 128
- Parteivorsitzende > [1] 88
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 333, 364
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 88 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Wahlergebnisse > [1] 88, 158–159, 172, 179 • [3] 3577, N 1.11

Bürgerschaftswahlen (Hamburg, Bremen)

- Termine > [1] 303–312
- Wahlergebnisse von CDU und SPD > [1] 303–312

Bürgertelefon zum Bundestag > [3] 3466

Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag (TAB)

- Einrichtung > [2] 2816, 2826–2828, 2878
- Projekte > [2] 2827, 2833
- Veröffentlichungen > [2] 2828–2832

BüSo > Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)

Bulgarien

- Deutsch-bulgarische Parlamentariergruppe > [3] 3608

Bund

- ausschließliche Gesetzgebung > [2] 2319–2320, 2323–2332, 2358 • [3] 2979, 3052, 3060–3063

Hinweis

In das vorliegende Sachregister sind die Abkürzungen von Parteien, Fraktionen, Gremien usw. eingearbeitet.

noch: Bund

- bundeseigene Verwaltung > [3] 2980
- erweiterte Gesetzgebungszuständigkeit > [2] 2368 • [3] 2982
- Gesetzgebungs[zuständigkeiten] > [2] 2319–2332 • [3] 2961, 2963, 2965–2967, 2970–2973, 2976, 2979–2983, 3011, 3016–3017, 3052, 3060–3063
- Haushaltsplan und Haushaltsgesetz > [3] 2982
- konkurrierende Gesetzgebung > [2] 2319–2321, 2323–2332, 2373, 2378, 2855, 2859, 2864–2865, 2868 • [3] 2966–2967, 2972, 2976, 2979–2980, 3016–3017, 3052, 3060–3063
- Mitwirkung aufgrund von Bundesgesetzen > [3] 2981
- oberste Gerichtshöfe > [2] 2337, 2344 • [3] 2968, 2981–2982
- Rahmengesetzgebung > [2] 2319, 2321, 2323–2332, 2378, 2859 • [3] 2976, 2980, 3011, 3017, 3052, 3060–3063
- Regierungskoalitionen Bund/Länder > [1] 1440–1462 • [3] N 6.21
- Verwaltungskompetenzen > [3] 2963

Bund der Deutschen (BdD)

- Parteigeschichte > [1] 83, 88, 112
- Parteivorsitzende > [1] 88
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 70, 88, 97, 112
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2471 • [3] 3074
- Wahlergebnisse > [1] 88, 160–161, 166, 174

Bund der Deutschen Demokraten (DDD)

- Parteigeschichte > [1] 89
- Parteivorsitzende > [1] 89
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 89
- Wahlergebnisse > [1] 89, 160–161, 171, 174

Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit > [1] 88**Bund der Freiwirte > [1] 110****Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) > Gesamtdeutscher Block/BHE****Bund Freier Bürger**

- Parteigeschichte > [1] 108
- Teilnahme an Bundestagswahl > [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Wahlergebnisse > [3] 3577, N 1.11

Bund Freier Demokraten (BFD) [DDR]

- FDP-Unterstützung > [3] 3885
- Fraktion/Volkskammer > Die Liberalen [DDR]
- Koalition/Ministerrat > [3] 3813, 3817, 3850, 3855, 3916, 3922–3923
- Mandatszähl/Volkskammer > [3] 3905
- Parteigeschichte > [1] 108 • [2] 1550 • [3] 3796, 3812, 3860, 3885
- Parteivorsitzende > [1] 108
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3796, 3811, 3885
- Vereinigung mit West-Partei > [1] 108 • [2] 1550 • [3] 3860

- Wahlbündnis > [3] 3796, 3811, 3885
- Wahlergebnisse > [3] 3824, 3887–3889

Bund Freier Demokraten (BFD) – Die Liberalen [DDR] > Die Liberalen**Bund für Gesamtdeutschland (BGD)**

- Parteigeschichte > [1] 89
- Parteivorsitzende > [1] 89
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 76, 89
- Wahlergebnisse > [1] 89, 172

Bund Sozialistischer Arbeiter – Deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA)

- Parteigeschichte > [1] 89
- Parteivorsitzende > [1] 89
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 334, 364
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75–76, 89
- Teilnahme an Europawahl > [1] 89 • [3] 3576–3577
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 89 • [3] 3885
- Wahlergebnisse > [1] 89, 161, 171–172, 174 • [3] 3576–3577, 3887

Bund und Länder > [3] 2761, 2981

- Gesetzgebungskompetenzen > [3] 3052, 3060–3063
- Synopse der Regierungen > [1] 1439–1462 • [3] N 6.21
- Synopse der Wahlen > [1] 303–312

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

- Parteigeschichte > [1] 90, 119–120
- Parteivorsitzender > [1] 90
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 73, 90
- Wahlergebnisse > [1] 90, 161, 169, 175

Bundesamt für Verfassungsschutz > [2] 2191, 2205, 2207, 2216, 2230, 2236**Bundesausgleichsamt**

- Kontrollausschuß > [2] 2310

Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei > [1] 97**Bundesbank > [2] 2337 • [3] 2981****Bundesbaugesellschaft Berlin > [3] 3355–3356, 3361–3363, 3372****Bundesbeauftragter für Datenschutz**

- Bericht > [3] 3474
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 440 • [2] 2308
- Wahl > [2] 1772, 2308, 2880 • [3] 2998–2999, 3039–3040

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik > [3] 3879

- Beirat > [2] 2314
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 440 • [2] 2308
- Wahl > [2] 1776, 2308 • [3] 3041

Bundesbericht Forschung > [1] 1312**Bundeseigene Verwaltung > [2] 2358–2359 • [3] 2980**

Bundesgebiet

- Beitritt der DDR > Vereinigung Deutschlands
- Eingliederung des Saarlandes > [1] 42, 379, 1012, 1443, 1445 • [2] 2602, 2852 • [3] 3023, 3640–3641
- Neugliederung > [1] 1317 • [2] 1733, 2324, 2335, 2339, 2347–2349, 2353, 2362, 2371 • [3] 2971, 2973, 2976, 2978, 2983, 2991–2993, 2996, 3016, 3065
- östliche („neue“) Bundesländer > Östliche Bundesländer
- Südweststaat > [2] 2339, 2362 • [3] 2992–2993, 3065
- Volksbegehren/Volksentscheide bei Neugliederung > [2] 2335, 2339, 2347–2349, 2353, 2362, 2371 • [3] 2973, 2991–2993, 2996
- Wiedervereinigung > Vereinigung Deutschlands

Bundesgerichte > [2] 2338, 2344 • [3] 2981**Bundesgesetze** > Gesetze

- Ausführung > [2] 2358 • [3] 2961, 3011
- Zustandekommen > [3] 3052, 3060–3063

Bundeshaus in Bonn

- Anmietungen > [3] 3334
- Arbeitssituation > [2] 2903, 2906–2908, 2910–2911, 2914, 2916, 2919, 2923, 2930
- Bannmeile > [3] 3397–3399
- Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes > [2] 1608, 2850, 2852, 2855, 2857, 2877, 2882 • [3] 3271–3333, 3637, 3647, 3649, 3664
- Baukosten > [3] 3275–3277, 3286–3287, 3290–3291, 3302, 3313–3314, 3316, 3319–3322, 3324, 3326, 3328, 3330
- Beschäftigtenzahl > [3] 3270–3271
- Besucher(zahl) > [2] 2851, 2870, 2922, 2924 • [3] 3463–3465, 3468–3469
- Denkmalschutz > [3] 3209–3213, 3216–3218, 3220
- Ersatzplenarsaal Wasserwerk > [2] 1546, 1565, 1632–1633, 1635, 2877, 2918 • [3] 3307–3309, 3312–3314, 3326–3327, 3330, 3663
- Hauptstadtdeschluß Berlin > [2] 1476–1485, 1518, 1546, 1601–1602, 1605–1606 • [3] 3044, 3325, 3671
- Hauptstadtdeschluß Bonn > Bonn
- Hausrecht > [1] 861
- Lageplan > [3] 3294–3295
- Liegenschaften > [2] 2919 • [3] 3334–3340
- Mietkosten > [2] 2919 • [3] 3334
- Neubau(planung) > Baugeschichte des Bundeshaus-Komplexes
- Plenardebatten zur Bauplanung > [2] 2906–2910, 2912, 2915–2919, 2922, 2930, 2933 • [3] 3286–3287, 3292, 3307, 3311, 3316, 3321–3323
- Plenarsaal-Umbau > [2] 1632–1633, 2852, 2877, 2882 • [3] 3272, 3275–3281, 3283–3332, 3664
- Raumsituation, -bedarf > [2] 2909–2910, 2930 • [3] 3270–3271, 3283, 3285, 3287
- Tagungsstätte der Plenarsitzungen > [2] 1546, 1632–1633 • [3] 3284, 3314, 3327, 3330–3332, 3663
- Unterbringung der Bundestagsverwaltung > [3] 3278, 3334–3340

- Wasserwerksgebäude > [2] 1546, 1565, 1632–1633, 1635, 2877, 2918 • [3] 3308–3309, 3312–3314, 3326–3327, 3330, 3663

Bundeshaushalt

- Änderungen durch Bundestag > [2] 2783–2786
- Bundestagshaushalt > [1] 882–883 • [2] 2902–2920 • [3] 3195–3269
- Berichterstatter für Einzelpläne > [2] 2852
- finanzwirksame Gesetze > [2] 2805–2806 • [3] 2970, 2982
- Haushaltsausschuß > Haushaltsausschuß des Bundestages
- Haushaltsberatungen > [1] 1171 • [2] 2786–2804, 2862
- Haushaltsgesetze > [2] 2361, 2786–2804 • [3] 2982, 3077–3078, 3100–3101
- Haushaltsgrundsätze > [2] 2321–2322, 2366, 2370, 2858–2859 • [3] 2968, 2970
- Haushaltsjahr > [2] 2808–2809 • [3] 3196–3197
- Haushaltskommission > Haushaltskommission des Bundestages
- Haushaltskontrolle des Bundestages > [2] 2783–2809
- Haushaltsplan > [3] 2982
- Haushaltspolitik > [1] 537–538
- Haushaltsvorlagen > [2] 2862 • [3] 3100–3101, 3118
- Ist-Ausgaben > [3] 3196–3197
- Rechnungsprüfung > [2] 2339, 2346, 2806–2809 • [3] 2982
- über- und außerplanmäßige Ausgaben > [1] 1306 • [2] 2370 • [3] 2982, 3033, 3077–3078
- Überrollungshaushalt > [2] 2803
- Verkündung > [2] 2786–2804

Bundeskabinett

- Anteil der Juristen > [1] 1154
- Arbeitsstab Bonn/Berlin > [2] 1607, 1609, 1611–1612, 1618–1619
- Dauer der Amtszeit > [1] 1156–1157
- jüngste Mitglieder > [1] 842–843
- Kabinettsausschuß „Deutsche Einheit“ > [2] 1517, 1524 • [3] 3667
- Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung > [2] 1717, 2742–2757, 2866, 2876, 2877–2878, 2881, 2900, 2922, 2927 • [3] 3106, 3653, 3662, 3665, 3690–3691
- Mitglieder > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Mitgliederanteil/Mandatsanteil > [1] 1143–1145
- Mitgliederzahl > [1] 552–553, 1112–1113, 1122–1132, 1143–1145, 1152–1153, 1156–1157 • [3] 3696–3697
- Namensliste > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- ostdeutsche Mitglieder > [2] 1563–1564, 1600
- Ressortgliederung > [1] 1031–1032, 1034–1035, 1037–1038, 1040, 1042–1045, 1047–1049, 1051–1052, 1054, 1056, 1058 • [3] N 6.2
- soziale Zusammensetzung (Bibliographie) > [1] 1162–1165
- Strukturdaten > [1] 1150–1165

noch: **Bundeskabinett**

- Strukturveränderungen > [1] 1031–1032, 1034–1035, 1037–1038, 1040, 1042–1049, 1051–1052, 1054, 1056, 1058–1059 • [3] N 6.2
- Umbildungen > [1] 1030–1059, 1126, 1131, 1152–1153, 1192, 1212–1220, 1232, 1240 • [3] 3639, 3641, 3645, 3652, 3655, 3658, 3665, 3672
- Verteidigung > [1] 1141–1142
- Vertreter im Ältestenrat > [1] 883–884
- weibliche Mitglieder > [1] 648–656
- Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden > [1] 1160–1162
- Zusammensetzung: Namensliste > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Zusammensetzung: Strukturdaten > [1] 1150–1165

Bundeskanzler

- Abgabe von Regierungserklärungen > [1] 1189–1220 • [2] 1682 • [3] N 6.11
- Abstimmverhalten bei Wahl > [1] 1025–1027 • [3] N 6.1
- Abwahl > Konstruktives Mißtrauensvotum
- Alterssynopse > [1] 1029
- Amtsbonus > [1] 1028
- Amtseid > [1] 1018–1024 • [2] 2306 • [3] 3191
- Amtszeit > [1] 1018–1024, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460, 1462 • [2] 2306 • [3] 3190–3193, N 6.1
- Anträge auf Entlassung eines Bundesministers > [1] 1247–1254 • [2] 1739, 1743, 1754–1755, 1757, 1780, 2663, 2760–2761, 2893 • [3] 3698–3699, 3704–3705, 3711
- Auflösung des Bundestages > [1] 1018, 1234, 1238, 1241, 1244–1245 • [2] 1548, 2899 • [3] 3079–3081, 3652, 3659
- Bundespräsident / Bundestagspräsident / Bundesratspräsident > [3] 3190–3194, N 19.3
- Einberufung des Bundestages > [2] 1661, 1663, 1666–1667 • [3] 3094, N 8.5
- Ernennung > [1] 1018–1019
- Gesetzgebungsnotstand > [2] 2511–2512
- gewünschte Kandidaten > [1] 1028
- Herbeirufung zu Plenarsitzungen > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1741–1742, 1756–1757, 1759, 2760–2761, 2872, 2894 • [3] 3052, 3056–3059, 3116, 3696–3697, 3704–3705, 3710–3711
- Kanzlerkandidaten > [1] 1028, 1117–1121, 1137–1138, 1140, 1221, 1223, 1225, 1227, 1229, 1235 • [2] 2771–2773 • [3] 3643, 3645, 3647, 3651, 3656, 3659, N 6.5, N 26
- Kanzlerkandidatur/Partei- und Fraktionsvorsitz > [1] 1117–1121 • [3] N 6.5
- Kanzlerwechsel während der Wahlperiode > [1] 1221–1228
- konstruktives Mißtrauensvotum > [1] 131, 387, 1019, 1023, 1025, 1027, 1049, 1130, 1194, 1199, 1212, 1218, 1228–1238, 1247–1249 • [2] 1733, 1754, 1975, 2193, 2209, 2804, 2898–2899, 2915 • [3] 3052, 3060–3063, 3095, 3191–3192, 3651, 3658–3659, 3698–3699

- Mißbilligungsanträge gegen > [1] 1247–1250, 1253 • [2] 2760–2761 • [3] 3698–3699
- Namensliste > [1] 1019–1024 • [3] 3190, 3192–3193
- ohne Bundestagsmandat > [1] 1147–1149 • [3] N 6.8
- Parteivorsitzender > [1] 1117–1121, 1160–1162
- Regierungserklärungen > [1] 1141–1142, 1174–1209 • [2] 1506, 1508, 1522, 1535, 1551, 1564 • [3] N 6.11
- Rücktritte > [1] 1019–1022, 1037, 1040, 1046, 1128–1130, 1140, 1212–1228, 1233–1234, 1239, 1245, 1448, 1450, 1452 • [3] 3190, 3192, 3644–3645, 3647, 3653
- Stellvertreter > [1] 1031–1032, 1034–1035, 1037–1038, 1040, 1042, 1044, 1046–1049, 1051, 1053–1054, 1056, 1059, 1160–1162, 1175, 1189, 1191–1192 • [3] 3191
- Verteidigung > [1] 1019–1024
- Vertrauensfrage > [1] 302, 387, 1231–1234, 1237–1249 • [2] 1733, 1747, 1753–1754, 1975, 2511, 2899 • [3] 3007, 3052, 3060–3063, 3079–3081, 3095, 3652, 3658–3659, 3698–3699
- Vertrauensfrage-Ersuchen > [1] 1225, 1246–1249, 1251 • [2] 1743, 2898 • [3] 3647, 3698–3699
- Wahl > [1] 302, 387, 1018–1027, 1140–1142, 1172–1173, 1223, 1226, 1228–1229, 1237 • [2] 1732–1733, 1974–1975, 2306, 2890 • [3] 3052, 3060–3063, 3094, 3191, 3635, 3638, 3642, 3644–3645, 3647, 3650, 3653, 3655, 3657, 3659–3660, 3663, 3670, 3675, 3696–3697, N 6.1, N 26

Bundeskanzleramt > [1] 1062–1067 • [3] N 6.3

- Berichte an den Bundestag > [1] 1270
- Chef des Bundeskanzleramtes > [1] 1038, 1044, 1052, 1062–1067, 1106–1107 • [3] N 6.3
- parlamentarische Beanspruchung > [1] 1434–1438 • [2] 2647–2650 • [3] 3140–3141
- Parlamentarische Staatssekretäre (Staatsminister) > [1] 1063–1067, 1110–1111 • [3] N 6.3, N 15.1
- Umzug nach Berlin > [2] 1609, 1611–1612, 1621–1622
- Untersuchungsausschüsse > [2] 2189, 2193, 2204, 2210, 2235 • [3] 3634

Bundesländer

- A-/B-Länder im Bundesrat > [2] 2438
- Ergebnisse von Bundestagswahlen, Wahlkreis- und Landeslistenmandate > [1] 180–204
- Ergebnisse von Landtagswahlen (CDU, CSU und SPD) > [1] 303–312
- Finanzausgleich, Finanzhilfen > [2] 2338, 2342, 2345, 2364, 2369 • [3] 2982
- Gesetzgebungszuständigkeiten > [2] 2319–2322 • [3] 3011
- Föderalismuskommission > [2] 1606, 1610, 1614
- Ministerpräsidenten > [1] 856–860, 1439–1462 • [3] N 3.25, N 6.21
- Neugliederung > Bundesgebiet
- östliche („neue“) Bundesländer > Östliche Bundesländer
- Petenten-Anteil > [3] 3148–3151
- Regierungskoalitionen > [1] 1439–1462 • [3] N 6.21
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447

- Wahltermine > [1] 303–312
- Zahl der Wahlkreise > [1] 181–183

Bundesminister

- Abgabe von Regierungserklärungen > [1] 1189–1220 • [2] 1682 • [3] N 6.11
- Amtszeiten > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Dienstalter > [1] 1155–1157
- Dienstaltersliste > [1] 1155–1157
- einzelne Bundesminister > Bundesministerium
- Entlassungsanträge gegen > [1] 1247–1254 • [2] 1739, 1743, 1754–1755, 1757, 1780, 2663, 2760–2761, 2893 • [3] 3698–3699, 3704–3705, 3711
- Ernennung > [2] 2309
- für besondere Aufgaben > [1] 653, 1044, 1052, 1062–1064, 1066–1067, 1106–1107, 1201, 1203–1204 • [2] 1563–1564, 1600
- häufigste Redner im Plenum > [2] 1673–1679
- Herbeirufung durch Bundestag > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1741–1742, 1756–1757, 1759, 1975, 2760–2761, 2872, 2894 • [3] 3052, 3056–3059, 3116, 3696–3697, 3704–3705, 3710–3711
- Informationspflicht > [2] 2924–2925
- jüngste Amtsinhaber > [1] 843–843
- Mißbilligungsanträge gegen > [1] 1247–1254 • [2] 1738, 1745, 1750, 2760–2761, 2894 • [3] 3698–3699, 3704–3706
- Namensliste > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- ohne Bundestagsmandat > [1] 1147–1149 • [3] 3696–3697, N 6.8
- ostdeutsche Amtsinhaber > [2] 1563–1564, 1600
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1109–1116
- Parteizugehörigkeit > [1] 1112–1113, 1123–1132, 1143–1145
- Regierungserklärungen > [1] 1172–1209 • [2] 1519, 1533, 1535, 1559, 1682 • [3] 3688–3689, N 6.11
- Rücktritte, Entlassungen > [1] 55, 1152–1153, 1193, 1212–1220, 1222–1224, 1234, 1237 • [3] 3636, 3639–3640, 3643–3649, 3651–3652, 3654–3658, 3661, 3670–3672, 3676, N 6.12, N 26
- Sonderminister > [1] 653, 842–843, 1106–1107, 1201, 1203–1204, 1213, 1216, 1219, 1251, 1253 • [2] 1564, 1600 • [3] 3639, N 6.3
- Streichung der Bezüge > [1] 1247
- Tadelanträge gegen > [1] 1247–1254 • [2] 1738, 1745, 1750, 2760–2761, 2894 • [3] 3698–3699, 3704–3706
- Todesfälle während der Amtszeit > [1] 1152–1153
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435
- Verzeichnis > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Vizekanzler > [1] 1031–1032, 1034–1035, 1037–1038, 1040, 1042, 1044, 1046–1049, 1051, 1053–1054, 1056, 1059, 1160–1162, 1175, 1189, 1191–1192 • [3] 3191
- Wechsel Parlamentarischer Staatssekretär / Bundesminister > [1] 1114–1116
- weibliche Amtsinhaber > [1] 648–656
- Zahl > [1] 552–553, 1112–1113, 1123–1132, 1150–1153, 1156–1157
- zehnjährige Amtszeit > [1] 1158–1159

Bundesministerien

- Abkürzungen > [1] 1108–1109
- Anfragen > [1] 1433–1438 • [2] 2647–2650
- Berichte an Bundestag > [1] 1266–1377, 1433–1438 • [3] 3704–3705
- Gesetzentwürfe > [1] 1433–1438 • [2] 2408–2410
- Minister und Staatssekretäre > [1] 1060–1107 • [3] N 6.3
- parlamentarische Beanspruchung > [1] 1433–1438 • [2] 2647–2650
- Umzug nach Berlin > [2] 1606, 1611, 1618, 1621 • [3] N 7.8
- Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre > [1] 1110–1111
- Zuständigkeit für Petitionen > [3] 3140–3141

Bundesministerium

(Im folgenden sind die einzelnen Bundesministerien alphabetisch mit der Bezeichnung aufgeführt, die sie in den einzelnen Wahlperioden offiziell gehabt haben; einige Minister sind im Sachregister nochmals unter ihrer – zum Teil umgangssprachlichen – Kurzbezeichnung aufgeführt, z. B. Außenminister.)

- Auswärtiges Amt > [1] 1031, 1068–1070, 1108, 1110–1111, 1123, 1191–1196, 1198–1202, 1204–1209, 1268, 1285–1291, 1339, 1434–1438 • [2] 1611, 2205, 2208, 2408, 2647–2650, 2659 • [3] 3140–3141, 3636, N 6.3
- Bundeskanzleramt > [1] 1031, 1038, 1044, 1052, 1062–1067, 1106–1107, 1110–1111, 1270, 1434–1438 • [2] 1609, 1611–1612, 1621–1622, 2189, 2193, 2204, 2210, 2235, 2647–2650 • [3] 3140–3141, 3634, N 6.3, N 15.1
- für Angelegenheiten des Bundesrates > [1] 1034, 1105, 1108
- für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder > [1] 1034, 1043, 1105, 1110–1111
- für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates > [1] 1040, 1042, 1105
- für Angelegenheiten des Fernmeldewesens > [1] 1031, 1090
- für Angelegenheiten des Marshallplans > [1] 1032, 1080, 1108
- für Angelegenheiten der Vertriebenen > [1] 1032, 1097
- für Arbeit > [1] 1034, 1083, 1108, 1189

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des **Datenhandbuchs**, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

noch: **Bundesministerium**

- für Arbeit und Sozialordnung > [1] 1034, 1056, 1083–1085, 1108, 1110–1111, 1201, 1203–1204, 1208, 1268, 1271–1285, 1433–1438 • [2] 1611, 2385, 2409, 2647–2650, 2897 • [3] 3140–3141, N 6.3
- für Atomfragen > [1] 1032, 1034, 1100, 1108
- für Atomkernenergie > [1] 1035, 1037, 1100
- für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft > [1] 1034–1035, 1100, 1108
- des Auswärtigen > Auswärtiges Amt
- für Bildung und Forschung > [3] N 6.2, N 6.3
- für Bildung und Wissenschaft > [1] 651–652, 1044–1045, 1058, 1100–1101, 1108, 1110–1111, 1268, 1292–1298, 1315, 1434–1438 • [2] 1600, 1611, 2385, 2409, 2647–2650 • [3] 3140–3141
- für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie > [1] 1058, 1102–1103, 1108, 1110–1111 • [3] N 6.2
- für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten > [1] 1052, 1081–1082, 1108, 1110–1111, 1192, 1194, 1208, 1268, 1299–1302, 1434–1438 • [2] 1611, 2206, 2385, 2408, 2647–2650 • [3] 3140–3141, N 6.3
- für [europäische] wirtschaftliche Zusammenarbeit > [1] 1032, 1034, 1080
- für Familie und Jugend > [1] 650, 1038, 1043, 1088, 1108, 1110–1111 • [2] 1600 • [3] 3140–3141
- für Familie und Senioren > [1] 654, 1056, 1058–1059, 1089, 1108, 1110–1111, 1438 • [2] 1611, 2650
- für Familie, Senioren, Frauen und Jugend > [1] 655, 1058, 1089, 1108, 1110–1111 • [2] 1600 • [3] N 6.3
- für Familien- und Jugendfragen > [1] 1034, 1038, 1088, 1108
- für Familienfragen > [1] 1032, 1034, 1088, 1108
- der Finanzen > [1] 1043–1045, 1075–1077, 1108, 1110–1111, 1190, 1195–1197, 1200, 1202–1203, 1205–1206, 1208–1209, 1268, 1302–1311, 1433–1439 • [2] 1602, 1611, 2385, 2408, 2646–2650 • [3] 3077–3078, 3082, 3140–3141, 3351, N 6.3
- für Forschung und Technologie > [1] 1045, 1047, 1058, 1102–1103, 1108, 1110–1111, 1268, 1312–1315, 1434–1438 • [2] 1600, 1611, 2410, 2647–2650, 2816–2817, 2826 • [3] 3140–3141
- für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen > [1] 1045, 1047, 1092–1093, 1102, 1110–1111
- für Frauen und Jugend > [1] 654, 1056, 1058, 1089, 1108, 1110–1111, 1438 • [2] 1611, 2650 • [3] 3140–3141
- für gesamtdeutsche Fragen > [1] 1044, 1098–1099, 1108, 1110–1111, 1316 • [2] 2410
- für Gesundheit(swesen) > [1] 650, 654, 1035, 1043, 1056, 1059, 1090, 1108, 1110–1111, 1207, 1438 • [2] 1611, 2226–2227, 2293, 2409, 2650 • [3] 3140–3141, N 6.3
- für innerdeutsche Beziehungen > [1] 653, 1044, 1056, 1099–1100, 1108, 1110–1111, 1194, 1198, 1268, 1316, 1434–1437 • [2] 1503, 2410, 2647–2649 • [3] 3140–3141
- des Innern > [1] 1032, 1034–1035, 1040, 1043–1045, 1052, 1071–1073, 1108, 1110–1111, 1190–1194, 1196–1197, 1199–1201, 1209, 1268, 1298, 1315–1330, 1339, 1350, 1355, 1366, 1434–1438 • [2] 1607, 1609, 1611, 2205, 2210, 2216, 2385, 2408, 2647–2650 • [3] 3022, 3140–3141, 3648, N 6.3
- für Jugend, Familie und Gesundheit > [1] 650–651, 1043, 1052, 1088–1090, 1108, 1110–1111, 1196, 1286, 1315, 1330–1339, 1434–1436 • [2] 2409, 2647–2549 • [3] 3140–3141
- für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit > [1] 653, 1052, 1056, 1089–1090, 1108, 1110–1111, 1268, 1330–1339, 1436–1437 • [2] 2385, 2647–2649 • [3] 3140–3141
- der Justiz > [1] 395, 654–655, 1073–1075, 1108, 1110–1111, 1196, 1198, 1204, 1268, 1340–1343, 1434–1438 • [2] 1611, 2212, 2385, 2408, 2647–2650 • [3] 3140–3141, N 6.3
- für parlamentarische Technikberatung > [2] 2824–2825 (vgl. *Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag*)
- für das Post- und Fernmeldewesen > [1] 1031, 1044–1045, 1047, 1049, 1054, 1090–1092, 1108, 1110–1111, 1344, 1435–1437 • [2] 2385, 2409, 2648–2649 • [3] 3140–3141
- für Post und Telekommunikation > [1] 1054, 1092, 1095, 1108, 1110–1111, 1268, 1344, 1437–1438 • [2] 1611, 2313, 2315, 2409, 2648–2650 • [3] 3140–3141, 3666, N 6.2, N 6.3, N 6.12
- für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau > [1] 653–654, 1045, 1096–1097, 1108, 1110–1111, 1207, 1269, 1345, 1434–1438 • [2] 1602, 1611, 2385, 2409, 2647–2650 • [3] 3140–3141, 3297, 3303–3304, 3309, 3313–3315, 3318, N 6.2, N 6.3
- für Städtebau und Wohnungswesen > [1] 1044–1045, 1096, 1108
- für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit > [1] 655, 1052, 1095, 1108, 1110–1111, 1202–1203, 1207–1208, 1269, 1330, 1350–1355, 1436–1438 • [2] 1512, 1600, 1611, 2385, 2410, 2648–2650, 2845 • [3] 3140–3141, 3662, N 6.3
- für Verkehr > [1] 1044–1045, 1047, 1049, 1092–1095, 1108, 1110–1111, 1201, 1205, 1269, 1355–1362, 1435–1438 • [2] 1600, 1611, 2192, 2208, 2409, 2646, 2648–2650 • [3] 3140–3141, N 6.2
- für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen > [3] N 6.2, N 6.3
- für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen > [1] 1044–1045, 1047, 1049, 1092–1094, 1110–1111, 1434 • [2] 2385, 2409, 2647
- für/der Verteidigung > [1] 1032, 1035, 1085–1087, 1108, 1110–1111, 1193–1195, 1204, 1269, 1362–1365, 1434–1438 • [2] 1611, 2234–2235, 2237–2239, 2409, 2647–2650 • [3] 3140–3141, N 6.3
- für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte > [1] 1032, 1043, 1097–1098, 1108, 1110–1111, 1269, 1365–1366 • [2] 2409

- für Wirtschaft > [1] 1043–1045, 1077–1080, 1109, 1110–1111, 1191, 1194–1195, 1198, 1201–1202, 1207–1209, 1269, 1366–1375, 1434–1438 • [2] 1512–1513, 1611, 2214–2215, 2385, 2408, 2647–2650 • [3] 3082, 3140–3141, N 6.2
- für Wirtschaft und Finanzen > [1] 1044–1045, 1075, 1078, 1109, 1194
- für Wirtschaft und Technologie > [3] N 6.2, N 6.3
- für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes > [1] 1034–1035, 1080, 1108 • [2] 2408 • [3] 3346
- für wirtschaftliche Zusammenarbeit > [1] 651, 1035, 1056, 1103–1104, 1109–1111, 1197, 1269, 1376–1377, 1434–1438 • [2] 1611, 2408, 2647–2650 • [3] 3140–3141
- für [europäische] wirtschaftliche Zusammenarbeit > [1] 1032, 1034, 1080
- für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung > [1] 1056, 1104, 1109–1111 • [2] 2650 • [3] 3140–3141, N 6.3
- für wissenschaftliche Forschung > [1] 1037, 1044, 1100, 1109–1111, 1316
- für Wohnungsbau > [1] 1035, 1096, 1109
- für Wohnungswesen und Städtebau > [1] 1040, 1044, 1096
- für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung > [1] 1035, 1040, 1096, 1109
- Bundesschatzministerium > [1] 1035, 1043, 1080–1081, 1108, 1110–1111, 1311 • [2] 2408 • [3] 3289–3290

Bundesnachrichtendienst > [2] 2224, 2230 • [3] 3675

Bundespost > Deutsche Bundespost

Bundespräsident

- Abstimmverhalten bei Wahl > [3] 3186–3189
- Amtseid > [3] 3191
- Amtsenthebung > [1] 387, 1733–1734 • [2] 2467 • [3] 3191, 3194
- Amtszeit > [3] 2989, 3179, 3186–3193
- Anklage vor Bundesverfassungsgericht > Präsidentenanklage
- Anordnung des Wahltermins > [1] 56, 58, 1241, 1246 • [2] 1550 • [3] 3007, 3079–3081, 3659, 3668
- Ausfertigung von Gesetzen > [2] 2453
- Bundestagsauflösung > [1] 302, 1018, 1237, 1241, 1244–1246 • [2] 2899 • [3] 3006–3007, 3079–3081, 3652, 3659
- Bundestagspräsident / Bundesratspräsident / Bundeskanzler > [3] 3190–3193, N 19.3
- Bundesversammlung > Bundesversammlung
- Direktwahl > [3] 3001–3002, 3006
- Gesetzgebung > [2] 2396–2397, 2453–2455
- Gesetzgebungsnotstand > [2] 2511–2512
- Grundgesetz > [1] 435 • [2] 2337 • [3] 2951, 3191
- materielles Prüfungsrecht > [2] 2453–2455
- Namensliste > [3] 3186–3190, 3192–3193
- Präsidentenanklage > [1] 387 • [2] 1733–1734, 2467 • [3] 3191, 3194
- Rücktritt > [3] 3186, 3189, 3192, 3649
- Sachverständigen-Kommission Parteienfinanzierung > [1] 315, 317–319
- Stellung > [1] 861

- Stellvertreter > [3] 3191
- Umzug nach Berlin > [2] 1603–1604, 1606
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435
- Wahl > [1] 55, 387, 1221 • [2] 2309, 2337 • [3] 2989, 3006, 3179, 3185–3189, 3191, 3635, 3638, 3642, 3645, 3649, 3653, 3656, 3661, 3665, 3674
- Wahlgesetz > [1] 29–31 • [2] 2337 • [3] 3024, 3179, 3191, 3638, 3642 (vgl. auch Kap. 33 Gesetzesregister)

Bundespräsidialamt > [2] 1603 • [3] 3140–3141

Bundespresseamt > [1] 1062–1067, 1434–1438 • [2] 1611, 2647–2650, 2868 • [3] 3452, N 6.3

Bundesrat

- A-/B-Länder > [2] 2438
- Anrufung des Vermittlungsausschusses > [2] 2398–2399, 2428, 2448–2451 • [3] 3702–3703, N 11.9
- Aufgaben > [3] 3010–3011, 3016
- Berlin-Sitzungen > [2] 1501 • [3] 3349
- Bonn/Berlin-Entscheidung > [2] 1607 • [3] 3671
- Bundespräsident > [3] 3191
- Bundestag > [2] 2427–2447 • [3] N 11.8
- Einsprüche > [2] 2396–2399, 2428–2431, 2433–2437, 2449, 2859 • [3] 2969, 3095, 3700–3701, N 11.8
- Europakammer > [3] 2975, 3016
- Föderalismuskommission > [2] 1606, 1610, 1614
- Geschäftsordnung > [1] 435, 441 • [3] 2978
- Gesetzgebung > [2] 2387–2402, 2428–2437, 2859–2860 • [3] 2969–2970, 2976, 3700–3703, N 11.5, N 11.8
- Grundgesetz > [3] 2961, 2978, 3010–3011
- Kommission Verfassungsreform > [3] 3014
- Mehrheitsvergleich Bundestag > [2] 2437–2446
- Mitglieder > Mitglieder des Bundesrates
- Mitwirkung bei Rechtsverordnungen > [2] 2592 • [3] 2976
- Mitwirkung in EU-Angelegenheiten > [2] 2350 • [3] 3042
- Neubauplanung > [3] 3285–3288, 3297, 3302–3305, 3324
- Oppositionsfunktion > [2] 2437–2438
- Petitionen > [3] 3132, 3140–3141
- Präsident > Bundesratspräsident
- Präsidentenanklage > [2] 2467 • [3] 3191, 3194
- Stimmenzahl der Bundesländer > [2] 1712, 2447 • [3] 2974, 2978, 3010–3011
- Umzug nach Berlin > [2] 1604, 1606–1607, 1624, 1626, 2448–2451, 2859 • [3] 3324, 3676
- Vermittlungsausschuß > [2] 2398–2399, 2428, 2448–2451 • [3] 3702–3703, N 11.9
- Vermittlungsverfahren > [2] 2396–2401, 2428–2431, 2448–2451 • [3] 2969, 3700–3703, N 11.8, N 11.9
- Wahl Bundesverfassungsrichter > [2] 2493–2494
- Zusammensetzung > [2] 1712, 2447 • [3] 2974, 2978, 3010–3011
- Zustimmungen > [2] 2398–2399
- zustimmungsbedürftige Gesetze > [2] 2320, 2396–2399, 2428, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zustimmungsversagungen > [2] 2396–2399, 2428–2431, 2433–2437, 2448–2449 • [3] 3700–3701, N 11.8

Bundesratsminister > [1] 1034, 1043, 1105, 1108

Bundesratspräsident > [3] 2978

- Amtszeit > [3] 3190–3193
- Bundespräsident / Bundestagspräsident / Bundeskanzler > [3] 3190, 3192–3193, N 19.3
- Stellvertreter > [3] 3191
- Vertreter des Bundespräsidenten > [3] 3191
- Wahl > [3] 3191

Bundesraumordnungsprogramm der Bundesregierung
> [1] 1347

Bundesrechnungshof

- Berichte („Bemerkungen“) > [2] 2806–2809, 2859 • [3] 2970
- Funktionen > [3] 2970, 3029, 3043
- Gesetz > [2] 2339, 2346, 2806, 2875 • [3] 3029, 3034, 3036, 3636 (vgl. auch Kap. 33: *Gesetzesregister*)
- Gutachten über Bundestag > [2] 2905 • [3] 3403, 3429
- Präsident > Bundesrechnungshofpräsident

Bundesrechnungshof-Beamte > [2] 2806

- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 436

Bundesrechnungshofpräsident

- Amtszeit > [2] 2308, 2806–2807 • [3] 3034
- Stellvertreter > [2] 1758, 2308, 2804, 2806, 2875 • [3] 3029, 3034, 3036, 3662
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [2] 2308
- Wahl > [1] 387 • [2] 1758, 1772, 2308, 2804, 2806–2807, 2875, 2922 • [3] 3029, 3034, 3036, 3662

Bundesrecht

- Bereinigung > [2] 2190, 2206 • [3] 3033
- Landesrecht > [2] 1734, 2321, 2373

Bundesregierung

- Anrufung des Vermittlungsausschusses > [2] 2398–2399, 2428, 2448–2451 • [3] 3702–3703, N 11.9
- Berichte an Bundestag > [1] 1266–1377, 1433–1438
- Bevollmächtigter in Berlin > [1] 1062–1067
- Bundeskanzler > Bundeskanzler
- Bundesminister > Bundesminister
- Bundesratsmehrheit > [2] 2437–2446
- Bundestag > [1] 1016–1462
- Debattendauer-Regelungen im Bundestag > [2] 1723–1726, 2786–2804
- Dienstalster der Regierungsmitglieder > [1] 1155–1157
- Entlastung > [2] 2806–2809

- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzesentwurfs > [1] 1378–1432 • [2] 2382, 2388, 2891 • [3] 3704–3706, 3709
- finanzwirksame Gesetze > [2] 2805–2806 • [3] 2970, 2982
- Fraktionswechsel > [1] 931–933
- Gesamtzahl der Regierungsmitglieder seit 1949 > [1] 1150–1153 • [3] 3696–3697
- Gesetzentwürfe > [2] 2387–2395, 2400–2402, 2408–2410, 2892 • [3] 3700–3701, N 11.5
- Gesetzgebung > [2] 2387–2402, 2408–2410 • [3] 3700–3701, N 11.5
- Gesetzgebungsnotstand > [2] 2511–2512
- Grundgesetz > [3] 2961
- Haushaltsentwurf-Vorlage > [2] 2786–2804, 2922
- Herbeiführung durch Bundestag > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1975, 2760–2761, 2872, 2894 • [3] 3052, 3056–3059, 3116, 3686–3697, 3704–3705, 3710–3711
- Informationspflicht > [2] 2924
- Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung > [2] 1717, 2742–2757, 2778, 2866, 2875, 2877, 2881, 2900, 2927 • [3] 3106, 3653, 3662, 3665, 3690–3691
- Kabinettsausschuß „Deutsche Einheit“ > [2] 1517, 1524 • [3] 3667
- Kabinettsmitglieder > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Kabinettsumbildungen > [1] 1030–1059, 1126, 1131, 1152–1153, 1192, 1212–1220, 1232, 1240 • [3] 3639, 3641, 3645, 3652, 3655, 3658, 3665, 3672
- Kabinettsvertreter im Ältestenrat > [1] 883–884
- Koalitionen > Koalitionen
- Minderheitsregierungen > [1] 1129–1130, 1133–1134, 1224 • [2] 1732 • [3] 3006–3007
- Mitglieder > Bundesminister, Regierungsmitglieder (Bundesregierung)
- Parlaments- und Regierungssitz > [2] 1476–1485, 1601–1629 • [3] 3044, 3830, 3841, 3849
- Presse- und Informationsamt > [1] 1062–1067, 1434–1438 • [2] 1611, 2647–2650, 2868 • [3] 3452, N 6.3
- Rederecht > [2] 1670–1671 • [3] 3072
- Regierungsbefragung > [2] 1717, 2742–2757, 2778, 2866, 2875, 2877, 2881, 2900, 2927 • [3] 3106, 3653, 3662, 3665, 3690–3691
- Regierungsbildung > [1] 1141–1146
- Regierungserklärungen > [2] 1170–1211 • [3] 3688–3689, 3707, 3711, N 6.11
- Regierungsmitglieder > Regierungsmitglieder (Bundesregierung)
- Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat > [1] 1147–1149 • [3] 3696–3697, N 6.8
- Sprecher > [1] 1062–1067 • [3] N 6.3
- Strukturdaten > [1] 1150–1165
- über- und außerplanmäßige Ausgaben > [1] 1306 • [2] 2370 • [3] 2982, 3033, 3077–3078
- Umzug nach Berlin > [2] 1601–1629 • [3] 3671, N 7.8
- Umzugsbeauftragter > [2] 1623–1625, 1627–1629
- Verfassungsrechtsstreit > [3] 3066–3068, 3070–3072, 3078, 3082–3083, 3087, 3089–3091

Hinweis

In das vorliegende Sachregister sind die Abkürzungen von Parteien, Fraktionen, Gremien usw. eingearbeitet.

- Vermittlungsausschuß > [2] 2398–2399, 2428, 2448–2451 • [3] 3702–3703, N 11.9
- Vizekanzler > Vizekanzler
- Wahlrechtskommissionen > [1] 50, 53
- Zusammensetzung der Kabinette: Namensliste > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Zusammensetzung der Kabinette: Strukturdaten > [1] 1150–1165

Bundesrepublik Deutschland

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 384–385 • [3] 3597
- Alleinvertretungsanspruch gegenüber DDR > [2] 1486–1487, 1490–1491, 1495
- Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) > Vereinigung Deutschlands
- Beziehungen zur DDR > [2] 1485–1499, 1501–1562 • [3] 3664, 3666–3669, 3721–3723, 3729, 3731, 3735–3737, 3739, 3748, 3757, 3759–3763, 3767, 3771–3775, 3777–3779, 3786, 3791–3883
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3551, 3553, 3566
- Eingliederung des Saarlandes > [1] 42, 93, 95, 379, 1012, 1443, 1445 • [2] 2602, 2852 • [3] 3023, 3640–3641
- Mandatzahl Europaparlament > [3] 3551, 3561–3562, 3566, 3570, 3572, 3574–3577, 3582–3588, 3595–3598
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3574–3577, 3582–3588
- Souveränität > [2] 1556, 1561, 1565 • [3] 3635–3636, 3639, 3668
- Ständige Vertretung bei der DDR > [1] 1064–1067 • [2] 1506, 1562 • [3] 3720, 3728, 3731–3732, 3882
- Wiedervereinigung > Vereinigung Deutschlands
- Wohnbevölkerung/Wahlberechtigte > [1] 151–152

Bundesrichter > [2] 2338

- Wahl > [2] 2309

Bundesschuldenverwaltung

- Schuldenausschuß > [2] 2310

Bundestag

- Abgeordnete > Mitglieder des Bundestages
- Abstimmungen > Abstimmungen im Bundestag
- Ältestenrat > Ältestenrat des Bundestages
- Aktenvorlage/Untersuchungsausschuß > [2] 2195–2196, 2243, 2483–2485, 2491 • [3] 3008, 3081–3082, 3661, 3663
- Aktuelle Stunden > Aktuelle Stunden im Bundestag
- Alters- und Sozialstruktur > [1] 554–860 • [3] 3684–3687, N 3.1, N 3.2, N 3.4, N 3.11, N 3.12, N 3.13, N 3.14
- Alterspräsidenten > [1] 893–894 • [3] 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 4.8, N 26
- Amtliche Handbücher > [3] 3437, 3931–3932
- Anrufung des Vermittlungsausschusses > [2] 2398–2399, 2428, 2448–2451 • [3] 3702–3703, N 11.9
- Arbeitsplan > [2] 2006–2009, 2905, 2907, 2911–2912, 2922–2923, 2925–2927, 2935
- Arbeitsrhythmus > [2] 2006–2009

- Auflösung > [1] 56–57, 59, 61, 300–302, 1018, 1231, 1234, 1238, 1241, 1244–1246 • [2] 1548, 2297–2298, 2484, 2804, 2868, 2899 • [3] 3006–3007, 3019, 3052, 3060–3063, 3079–3081, 3652, 3659
- Auslandsdienstreisen > [3] 3623–3625
- Ausschuß der Öffentlichkeit > [1] 387 • [2] 1638–1639, 1733 • [3] 3692–3693, N 8.3
- Ausschüsse > Ausschüsse des Bundestages
- Ausschusssitzungen > Ausschusssitzungen des Bundestages
- Außenpolitik > [3] 3082–3083, 3543–3544
- Bannmeile > [3] 3396–3400
- Behandlung von EG-Vorlagen > [2] 2589–2591
- Beifall > [2] 2889
- Beitritt ostdeutscher Abgeordneter (1990) > [1] 379, 889, 907, 928, 936–937, 1131 • [2] 1561, 1564, 1575 • [3] 3689, 3870–3871, 3881
- Beitritt saarländischer Abgeordneter (1957) > [1] 42, 379, 918, 1012, 1126 • [2] 2852 • [3] 3023, 3641, 3682–3683
- Beleidigungen > Verunglimpfungen des Bundestages
- Beratungskapazität für Technologie-Bewertung > [2] 2816–2833, 2874
- Bericht-Ersuchen an Bundesregierung > [1] 1266–1377
- Berlin-Sitzungen > [2] 1499–1501, 1632–1633 • [3] 3696–3697, N 7.3
- Berufsstruktur > [1] 646–647, 678–717, 846–847 • [3] 3686–3687
- Beschluß(un)fähigkeit > [2] 1975–1987 • [3] 3690–3691, 3706, 3709–3710
- Beziehungen zur Volkskammer (Chronik) > [2] 1485–1499, 1503, 1527, 1533, 1537–1562
- Bildschirmtext > [2] 2870 • [3] 3432
- Budgetrecht > [2] 2783–2809 • [3] 3077–3078
- Bundeshaus > Bundeshaus in Bonn
- Bundeskanzlerwahl > [1] 302, 1018–1027, 1140–1142, 1172–1173, 1223, 1226, 1228–1229, 1237 • [2] 1732–1733, 1974–1975, 2306, 2890 • [3] 3052, 3060–3063, 3094, 3191, 3635, 3638, 3642, 3644–3645, 3647, 3650, 3653, 3655, 3657, 3659–3660, 3663, 3670, 3675, 3696–3697, N 6.1, N 26
- Bundespräsident > Bundesversammlung, Präsidentenanfrage
- Bundesrat > [2] 2427–2447 • [3] N 11.8
- Bundesrechnungshof > [3] 2970, 3029 (siehe auch unter Rechnungsprüfung)
- Bundesregierung > [1] 1016–1462
- Bundestagspräsident > Bundestagspräsident
- Bundesverfassungsgericht > [2] 2466–2494
- Dienststelle Berlin > [2] 1605 • [3] 3408–3409
- Direktor > [2] 2905, 2914 • [3] 3402, 3405, 3416, 3420, 3427–3428, 3607
- Drucksachen > [2] 2388–2389, 2863, 2868, 2911, 2913–2915, 2925, 2928, 2935 • [3] 3506–3508, 3700–3701, 3707, 3710, 3712
- EG-Vorlagen > [2] 2589–2591

noch: **Bundestag**

- Einberufung > [1] 387 • [2] 1660–1669, 1734, 2777 • [3] 3052, 3056–3059, 3094, 3101, 3115, 3634, N 8.5
- Einschätzung (Umfragen) > [3] 3513–3514, 3532–3535
- Einstellung gegenüber (Umfragen) > [3] 3510–3512, 3539
- Enquete-Kommissionen > Enquete-Kommissionen des Bundestages
- Entlastung der Bundesregierung > [2] 2807–2809
- Entscheidungsprozesse > Politische Willensbildung
- erste Sitzung der Wahlperiode > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3052, 3056–3059, 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26
- Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs > [1] 1378–1432 • [2] 2382, 2388, 2891 • [3] 3704–3706, 3709
- europäische und internationale Beziehungen > [3] 3542–3625
- Europäisches Parlament > [1] 468–469, 631, 888–889 • [2] 2299, 2317, 2857, 2874 • [3] 3553, 3556–3558, 3570–3572, 3612–3618, 3660, 3688–3689
- Feststellung des Verteidigungsfalls > [2] 1733, 2839 • [3] 2968–2969
- Finanzpolitik > [2] 2783–2809
- Föderalismuskommission > [2] 1606, 1610, 1614
- Fragestunde > Fragestunde des Bundestages
- Fraktionen > Fraktionen des Bundestages
- Fraktionsvorstände > Fraktionsvorstände im Bundestag
- Funktionen > [2] 2834–2848
- Gebäude > Bundeshaus in Bonn, Parlamentsgebäude in Bonn und Berlin, Reichstagsgebäude in Berlin
- Gedenksitzungen > [2] 2010–2018
- Geheimschutzordnung > [2] 2857, 2867 • [3] 3097–3098, 3102
- geplante Verkleinerung > [1] 40, 383–384 • [3] 3675
- Gesetzentwürfe > [2] 2387–2395, 2400–2402, 2760–2761, 2890 • [3] 3700–3701, 3704–3705, 3707, 3709
- Gesetzgebung > Gesetzgebung
- Gesetzgebungsfunktion > [2] 2835–2848
- Gesetzgebungsnotstand > [2] 2511–2512
- Gesetzgebungstatistik > [2] 2386–2410, 2450–2451, 2760–2761, 2764–2765 • [3] 3700–3707, 3709–3712, N 11.5, N 11.18, N 11.19
- Grundgesetz > [3] 2961
- Gruppen > Gruppen im Bundestag
- Handbücher > [3] 3434, 3438, 3472, 3931–3932
- Hauptstadtfrage > Hauptstadtfrage im Bundestag
- Haushalt > Bundestagshaushalt
- Haushaltsberatungen > [1] 1171 • [2] 1715, 1717, 2786–2804 • [3] 3690–3691
- Haushaltspolitik > [1] 537–538
- Hausrecht > [1] 861
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1975, 2760–2761, 2872, 2894 • [3] 3052, 3056–3059, 3116, 3696–3697, 3704–3705, 3710–3711
- Informationsanspruch > [1] 388
- innerdeutsche Entwicklung > [1] 1473–1629
- interfraktionelle Reformgremien > [2] 2935–2938
- Internet-Präsenz > [3] 3467–3468
- jüngste Funktionsinhaber > [1] 837–845
- Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung > [2] 1717, 2742–2757, 2778, 2866, 2875, 2877, 2881, 2900, 2927 • [3] 3106, 3653, 3662, 3665, 3690–3691
- Kenntnis (Umfragen) > [3] 3510, 3535
- Kenntnisse über den Bundestag (Umfragen) > [3] 3515–3518, 3536, 3538–3539
- Klagen beim Bundesverfassungsgericht > [1] 387 • [2] 2466–2467, 2481–2489, 2491
- Koalitionen > Koalitionen (Bund)
- Konstituierung > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3052, 3056–3059, 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26
- konstruktives Mißtrauensvotum > [1] 131, 387, 1019, 1023, 1025, 1027, 1049, 1130, 1194, 1199, 1212, 1218, 1228–1238, 1247–1249 • [2] 1733, 1754, 1975, 2193, 2209, 2804, 2889–2899, 2915 • [3] 3052, 3060–3063, 3095, 3192, 3651, 3659, 3698–3699
- Kontakte zur DDR-Volkskammer > [2] 1485–1499, 1503, 1527, 1529, 1533, 1537–1562 • [3] 3667–3668, 3823, 3829, 3835, 3839, 3855, 3882
- Kontrolle der Finanzpolitik > [2] 2783–2809
- Kontrolle der Nachrichtendienste > [1] 1318 • [2] 2303, 2809–2815, 2869, 2882, 2914 • [3] 2993, 3009, 3032, 3042, 3655
- Kontrollrechte > Kontrollrechte des Bundestages
- Kontrolltätigkeit > Kontrollrechte des Bundestages
- Kosten > [3] 3196–3197 (*Einzelheiten siehe unter Ausgaben des Bundestages*)
- leeres Plenum > [2] 2907, 2912–2914, 2922–2926, 2928–2930, 2933

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des **Datenhandbuchs**, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

- letzte Sitzung der Wahlperiode > [1] 301–302, 1241 • [3] 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3669, 3674, N 26 (vgl. auch Abschnitt 8.4: *Daten der Plenarsitzungen sowie Kap. 34: Plenarsitzungsregister*)
- Meinungsumfragen > [3] 3508–3540
- Mehrheitsvergleich Bundesrat > [2] 2437–2446
- Minderheitenrechte > [2] 2775–2782
- Mitglieder > Mitglieder des Bundestages
- Mitgliederzahl > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–381, 383–384 • [2] 1730–1731 • [3] 3682–3683, 3706, 3712, N 2.1
- Mitwirkung bei EU-Angelegenheiten > [2] 2350, 2883 • [3] 3042 (siehe auch *Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union*)
- Mitwirkung in Gremien > [2] 2309–2316
- Mitwirkungsvorbehalt bei Rechtsverordnungen > [2] 2592–2595
- Neubau[planung] Berlin > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26
- Neubau[planung] Bonn > [2] 1608, 2850, 2852, 2855, 2857, 2877, 2882 • [3] 3271–3333, 3637, 3647, 3649, 3664
- Nutzung der Datenbanken > [2] 2456–2465, 2866, 2868, 2870, 2872–2873, 2875, 2912–2914, 2919, 2923–2924, 2928, 2931 • [3] 3431–3432, 3434, 3438–3439, 3450–3452, 3459–3460
- öffentliche Meinung > [2] 2922–2925, 2930–2931 • [3] 3508–3540
- Öffentlichkeit > [3] 3462–3541
- Öffentlichkeit der Verhandlungen > [2] 1637–1642, 1993–1996 • [3] 3094, 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21
- Öffentlichkeitsarbeit > [2] 2863, 2905, 2907, 2912–2916, 2930, 2933 • [3] 3461, 3463–3481
- Opposition > Opposition (Bund)
- Organklagen > [1] 387 • [2] 2466–2467, 2481–2489, 2491
- ostdeutsche Abgeordnete in Führungspositionen > [2] 1592, 1596–1600
- parlamentarische Beziehungen zur Volkskammer > [2] 1485–1499, 1527, 1533, 1537–1562
- Parlaments- und Regierungssitz > [2] 1476–1485, 1601–1629 • [3] 3273–3274, 3671, 3830, 3841, 3849
- parlamentseigene Datenbanken > [2] 2456–2465, 2866, 2870, 2873, 2875 • [3] 3431–3432, 3434, 3438–3439, 3450–3451
- parlamentslose Zeiten > [1] 301–302, 862 • [2] 2868, 2916–2917 • [3] 2978, 3692–3693
- Parlamentsverständnis der Abgeordneten > [1] 470–546
- Plenarsaal > Plenarsaal im Bundeshaus Bonn
- Plenarsitzungen > Plenarsitzungen des Bundestages
- Polizeigewalt > [1] 861
- Präsenz in Berlin > [2] 1476, 1499–1501, 1632–1633 • [3] 3349–3350, 3696–3697, N 7.3, N 26
- Präsident > Bundestagspräsident
- Präsidentenanklage > [1] 387 • [2] 1733–1734, 2467 • [3] 3191, 3194
- Präsidium > Präsidium des Bundestages
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit > [2] 2863, 2905, 2907, 2912–2916, 2930, 2933 • [3] 3463–3481
- Presseberichterstattung > [2] 2912–2913, 2924–2926
- Publizität der Verhandlungen > [2] 1637–1642, 1993–1996 • [3] 3094, 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21
- Raumbedarf > [3] 3270–3271
- Rechnungsprüfung > [2] 2339, 2346, 2806–2809, 2932
- Rederecht > [2] 1670–1672
- Regierungsbefragung > [2] 1717, 2742–2757, 2778, 2866, 2875, 2877, 2881, 2900, 2927 • [3] 3106, 3653, 3662, 3665, 3690–3691
- Schriftführer > [1] 387, 553, 882 • [2] 2302, 2305
- Selbstauflösungsrecht > [3] 3019
- Sitzungen > Plenarsitzungen des Bundestages
- sitzungsfreie Wochen > [1] 301–302 • [2] 2006–2009 • [3] 3692–3693, 3709–3710
- Sitzungswochen > [2] 1643–1660, 2006–2009
- Sondersitzungen > [1] 387 • [2] 1660–1670, 2929 • [3] 3645, 3649, 3661, 3670, 3674, 3688–3689, N 8.5
- Stenographische Berichte > [2] 1637–1640, 2853, 2868, 2870, 2905–2906 • [3] 3506–3508, 3688–3689, N 9.3
- Tag der Konstituierung > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3052, 3056–3059, 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26
- Umzug nach Berlin (Chronik) > [2] 1601–1629 • [3] N 7.8, N 26
- Unterbringung in Berlin > [2] 1601–1629 • [3] N 21.6
- Unterrichtsmodelle (Bibliographie) > [3] 3503–3505
- Untersuchungen zur Rhetorik (Bibliographie) > [2] 1996–2005
- Untersuchungsausschüsse > Untersuchungsausschüsse des Bundestages
- Verfahrensbeitritte vor Bundesverfassungsgericht > [2] 2467–2481
- Verhandlungen > [3] 3052, 3056–3059
- Verkleinerung > [1] 40, 383–384 • [3] 3675
- Vermittlungsausschuß > [2] 2398–2399, 2428, 2448–2452 • [3] 3702–3703, N 11.9
- Verunglimpfungen > [3] 3541
- Verteidigungsfall > [2] 1733, 2368, 2839, 2859 • [3] 2961, 2968, 2978, 2982
- Verteidigungspolitik > [1] 530–531
- Vertrauensfrage-Ersuchen an Bundeskanzler > [1] 1225, 1246–1249, 1251 • [2] 1743, 2898 • [3] 3647, 3698–3699
- Verwaltung > Bundestagsverwaltung
- Vizepräsidenten > Vizepräsidenten des Bundestages
- Vorstand > Vorstand des Bundestages
- vorzeitige Einberufung > Sondersitzungen des Bundestages
- Wahlen > Wahlen im Deutschen Bundestag bzw. Wahlen zum Deutschen Bundestag
- Wahlperiode > Wahlperiode
- Wehrbeauftragter > Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
- Willensbildung > Politische Willensbildung

noch: **Bundestag**

- Zeitplan (Arbeitsrhythmus) > [2] 2006–2009, 2905, 2907, 2911–2912, 2922–2923, 2925–2927, 2935
- Zugang zu externen Datenbanken > [2] 2868, 2872–2873 • [3] 3431–3432, 3450, 3452
- Zurückweisung von Bundesrat-Einsprüchen > [2] 1733, 1735, 1737–1738, 1741, 1743–1744, 1746, 1748–1753, 1769–1772, 1774–1775, 1778, 1780–1781, 2398–2399, 2428–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zuständigkeit für Petitionen > [3] 3131–3132, 3140–3141
- Zwischenfragen > Zwischenfragen im Bundestag
- Zwischenrufe > [2] 2889

„**Bundestag Report**“ > [3] 3465, 3472

„**bundestag von a-z**“ > [3] 3472, 3479–3480

Bundestagsdirektor > [2] 2905, 2914 • [3] 3402, 3405, 3416, 3420, 3427–3428, 3607

Bundestagsdrucksachen

- Verfügbarkeit in öffentlichen Bibliotheken > [3] 3506–3508
- Vorblätter > [2] 2863, 2911, 2913–2915, 2928, 2935
- Zahl > [2] 2388–2389 • [3] 3700–3701, 3710, 3712

Bundestagshandbücher > [3] 3434, 3438, 3931–3932

Bundestagshaushalt > [1] 882–883 • [3] 3195–3269

- Ausgaben Einzelplan 02 > [3] 3196–3197 (*Einzelheiten siehe unter Ausgaben des Bundestages*)
- Beratungen im Plenum > [2] 2902–2920

Bundestagsmandat/Landtagsmandat > [1] 434, 459–468, 630 • [3] 3688–3689

Bundestagspräsident

- Abstimmverhalten bei Wahl > [1] 868–869 • [3] N 4.1
- Ältestenrat > [1] 861–862, 882 • [2] 2305
- Amtsniederlegung > [1] 863, 865–867 • [2] 2889 • [3] 3190–3193, 3388, 3636, 3649, 3656, 3661, 3665
- Amtszeit > [1] 862–868 • [2] 2301 • [3] 3190–3193, N 4.9
- Aufgaben > [1] 861–862 • [2] 2863 • [3] 3101, 3103
- Berichte über Angemessenheit der Diäten > [1] 391 • [2] 2868, 2874 • [3] 3034, 3049, 3202, 3205–3206, 3216–3223
- Bundespräsident / Bundesratspräsident / Bundeskanzler > [3] 3190–3193, N 19.3
- Bundestagsverwaltung > [1] 861 • [2] 2863 • [3] 3101, 3103, 3402, 3427
- Bundestagsvorstand > [1] 861–862, 882
- Einberufung des Bundestages > [2] 1661, 1663 • [3] 3094, 3101, 3115
- Fraktionszugehörigkeit > [1] 879–881
- Geschäftsordnung > [1] 861–862 • [2] 2863 • [3] 3098, 3101, 3103, 3191
- Hausrecht > [1] 861
- Kontakte zur Volkskammer > [2] 1489–1490, 1492–1493, 1495, 1497–1498, 1529, 1533
- Namensliste > [1] 863–868 • [3] 3190, 3192–3193, N 4.1

- Ordnungsmaßnahmen > [2] 1988–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Präsidium > [1] 861–862, 879–881
- Redner in der Aussprache > [2] 1693–1710, 2894
- Sitzungsleitung > [1] 861 • [2] 1693
- Stellung und Funktionen > [1] 861–862 • [2] 1693, 2863 • [3] 3052, 3056–3059
- Stellvertreter > [1] 862, 870–878 • [2] 2860 • [3] 3098, 3191, 3674, N 4.2
- Vertretung vor Bundesverfassungsgericht > [3] 3065
- Vorsitzender der Bundesversammlung > [3] 3024, 3179, 3186–3189
- Vorsitzender des Ständigen Ausschusses gemäß Art. 45 GG > [2] 2298
- Vorstand des Bundestages > [1] 882 • [2] 2305
- Wahl > [1] 387, 862–868 • [2] 1732–1733, 1975, 2301, 2889 • [3] 3191, 3635–3636, 3638–3639, 3642, 3644, 3646, 3649–3650, 3653, 3655–3657, 3660–3661, 3663, 3665, 3670, 3674, N 4.1, N 26
- weibliche Amtsinhaber > [1] 648–656
- Wortmeldungen im Plenum > [2] 1693–1710, 2894 • [3] 3690–3691

Bundestagspräsidium > Präsidium des Bundestages

Bundestagssitzungen > Plenarsitzungen des Bundestages

Bundestagsverwaltung > [3] 3401–3461

- Abwicklungsstelle Volkskammer > [3] 3407
- Allgemeine Dienstweisungen > [2] 2869 • [3] 3405
- Angestellte > [3] 3426–3427
- Arbeiter > [3] 3426–3427
- Aufbau und Entwicklung > [2] 2849–2850, 2863 • [3] 3402–3428
- Ausgaben für Beschäftigte > [3] 3266–3269
- Beamte > [3] 3426–3427
- Bereich Wehrbeauftragter > [2] 2873 • [3] 3103, 3158, 3405, 3408, 3461
- Berliner Dienststellen > [2] 1605 • [3] 3408–3409
- Bundesrechnungshof-Gutachten > [2] 2905 • [3] 3403, 3429
- Bundestagsdirektor > [2] 2905, 2914 • [3] 3402, 3405, 3416, 3420, 3427–3428, 3607
- Bundestagspräsident > [1] 861 • [2] 2863 • [3] 3101, 3103, 3402, 3427
- Chronik > [3] 3402–3409
- Organisationspläne > [3] 3403–3404, 3409–3424
- Personalausgaben > [3] 3266–3269
- Plenardebatten zum Ausbau/Kritik > [2] 2903–2905, 2907–2908, 2910, 2913–2914, 2916, 2919, 2922, 2924, 2932 (*siehe auch unter Wissenschaftliche Dienste des Bundestages*)
- Pressezentrum > [3] 3404, 3406, 3464–3465
- Selbstdarstellungen: Bibliographie > [3] 3453–3461
- Stellenpläne > [2] 2849 • [3] 3426–3427
- Umzug nach Berlin > [2] 1607–1608, 1610, 1622, 1624 • [3] N 7.8
- Unterbringung in Berlin > [3] N 7.8
- Unterbringung in Bonn > [3] 3278, 3434–3440

- Wahlen > Wahlen im Bundestag
- „Wegweiser für Abgeordnete“ > [3] 3448
- Wissenschaftliche Dienste > [3] 3428–3449 (*Untergliederung siehe unter Wissenschaftliche Dienste des Bundestages*)
- Zahl der Beschäftigten > [2] 2849 • [3] 3271, 3426–3427
- Zentralstelle für Petitionen und Eingaben > [2] 2863

Bundestagsvizepräsidenten > Vizepräsidenten des Bundestages

Bundestagsvorstand > Vorstand des Bundestages

Bundestagswahlen > Wahlen zum Deutschen Bundestag

Bundestagswahlen/Landtagswahlen

- Trendverschiebungen bei CDU/CSU und SPD > [1] 303–312

Bundesverfassungsgericht > [3] 3636

- Arten der Verfahren > [2] 2466–2467
- Bundestag > [2] 2466–2494
- Bundesverfassungsgerichtsgesetz > [2] 2337, 2359
- Entscheidungen > Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen
- Erfolg von Oppositionsklagen > [2] 2490–2491
- Mitglieder > Richter des Bundesverfassungsgerichts
- Normenkontrollverfahren > [2] 2466, 2490
- Opposition als Kläger > [2] 2490–2491
- Organklagen aus Bundestag > [1] 387 • [2] 2466–2467, 2481–2489, 2491
- Organstreitigkeiten > [2] 2466, 2491
- Parteiverbote > [2] 2467
- Präsident > Bundesverfassungsgerichtspräsident
- Präsidentenanlage (Bundespräsident) > [2] 2467 • [3] 3191, 3194
- Richteranklage > [2] 2467
- Richterwahl > Richter des Bundesverfassungsgerichts
- Verfahrensbeitritte des Bundestages > [2] 2467–2481
- Wahlprüfverfahren > [1] 386 • [2] 2467
- Zusammensetzung > [3] 2981
- Zuständigkeit > [2] 2466–2467 • [3] 2981, 3018

Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen (Auswahl) > [3] 3064–3092

- Aktenvorlage/Untersuchungsausschuß > [2] 2194, 2483–2485, 2491 • [3] 3081–3082, 3661, 3663
- Auflösung des Bundestags > [1] 1246 • [2] 2484 • [3] 3079–3080, 3659
- Beratung geheimer Wirtschaftspläne > [2] 2473, 2484–2485, 2814 • [3] 3083–3084, 3662
- Berlin-Umzug > [2] 1614, 2476, 2487
- Bundeswehr-Einsätze > [2] 2487–2488 • [3] 3089–3091
- deutsch-deutscher Wahlvertrag > [1] 38, 86–87, 114–115, 120, 127 • [2] 1557, 1561, 1564, 2474 • [3] 3087–3088, 3669

- „Diäten-Urteil“ > [1] 388 • [2] 2918 • [3] 3076, 3200–3201, 3654
- Einigungsvertrag > [2] 1555, 1557, 2474, 2486 • [3] 3087
- Entschädigung der Abgeordneten > [1] 388 • [3] 3075–3076, 3200–3201, 3654
- Erlass von Rechtsverordnungen > [3] 3024, 3064–3065
- Europäische Union/Maastrichter Vertrag > [2] 2477–2478
- Finanzvorlagen > [3] 3097
- Fraktionsstatus > [1] 899–900, 980 • [2] 2474, 2479, 2487–2488 • [3] 3088, 3671, 3675, N 26
- Gesetzesvorbehalt > [2] 2355, 2376 • [3] 3078–3079
- Gesetzgebung > [3] 3068
- Gesetzgebungsaufträge > [2] 2376–2377, 2384, 2492–2493
- Gesetzgebungsauftrag Nichtehelehenrecht > [2] 2492–2493
- Gesetzgebungszuständigkeit > [2] 2322
- Gruppenrechte im Bundestag > [1] 899–900 • [3] 3088
- Haushaltsrecht > [2] 2482–2484, 2489, 2491 • [3] 3077–3078, 3085, 3665
- KPD-Verbot > [3] 3069–3070
- Mandatsaberkennung > [1] 404 • [2] 2468 • [3] 3069
- nichtig oder teilnichtig erklärte Bundesgesetze > [2] 2376, 2483, 2487, 2491, 2495–2511 • [3] 3064–3065, 3072
- Nichtigkeit eines Gesetzes > [3] 3064–3065
- Normenkontrollverfahren > [2] 2490–2491
- Parlamentsrecht > [3] 3064–3092
- Parteien > [3] 3068–3069, 3074
- Parteienfinanzierung > [1] 314–315, 317–318 • [2] 2482 • [3] 3027, 3043, 3071, 3073–3074, 3647, 3672
- Parteiverbote > [1] 97, 109, 118, 380, 402, 404, 970, 988 • [2] 2895 • [3] 3025–3026, 3066–3067, 3069–3070, 3637, 3640
- Petitionen > [2] 2489 • [3] 3071, 3124–3125
- Raketen-Ausrüstung > [2] 2484 • [3] 3082
- Rechtsstellung des (fraktionslosen) Abgeordneten > [2] 2473–2474, 2486, 2489, 2933 • [3] 3085–3086, 3665
- Rechtsverordnungen > [3] 3024, 3064–3065
- Redezeitbegrenzung im Bundestag > [2] 1724, 2469 • [3] 3072–3073, 3086
- SRP-Verbot > [3] 3066–3067
- Überhangmandate > [1] 288 • [3] 3073, 3677
- Überprüfung der Abgeordneten auf Stasi-Tätigkeit > [1] 397 • [2] 2477, 2479, 2487, 2489 • [3] 3092
- Untersuchungsausschuß > [2] 2194, 2483–2486, 2489, 2491 • [3] 3081–3082, 3084–3085, 3661, 3663
- verfassungswidrig erklärte Bundesgesetze > [2] 2376, 2483, 2491, 2495–2511 • [3] 3064–3065
- Verträge > [3] 3066–3068, 3082, 3087
- Volksbefragungen > [3] 3071–3072, 3642
- Wahlkampfkostenerstattung > [1] 314–315 • [3] 3071, 3074–3075, 3077, 3648
- Wahlprüfung > [1] 296–297 • [2] 2468 • [3] 3068–3069, 3073

noch: **Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen (Auswahl)**

- Wahlrecht > [1] 38 • [3] 3070–3071, 3073, 3076–3077, 3087, 3641 (siehe auch unter *Deutsch-deutscher Wahlvertrag*)
- zustimmungsbedürftige Gesetze > [3] 3068, 3075

Bundesverfassungsgerichtspräsident

- Amtszeiten > [2] 2494
- Stellvertreter > [2] 2494
- Wahl > [2] 2493

Bundesversammlung > [3] 3179–3189

- Abstimmverhalten > [3] 3186–3189
- Aufgabe > [2] 2337 • [3] 3179
- Berlin > [3] 3024, 3186–3187, 3189, 3373, N 26
- Daten > [3] 3186–3189, 3635, 3638, 3642, 3645, 3649, 3653, 3656, 3661, 3665, 3674, N 26
- Präsident > [3] 3024, 3179, 3186–3189
- Wahl des Bundespräsidenten > [2] 2309, 2337 • [3] 3179, 3185–3189, 3191, 3635, 3638, 3642, 3645, 3649, 3653, 3656, 3661, 3665, 3674
- Wahlgesetze > [1] 29–31 • [2] 2337 • [3] 3024, 3179, 3191, 3638, 3642
- Zusammensetzung > [2] 2337 • [3] 3179
- Zusammensetzung nach Parteien > [3] 3180–3185

„Die Bundesversammlungen“ > [3] 3185

Bundesverteidigungsrat > [1] 1040, 1042, 1105

Bundesverwaltung > [3] 3011

Bundeswahlausschuß > [1] 28, 32–33, 39

Bundeswahlgesetze > [1] 27–41 • [3] N 1.1 (vgl. auch Kap. 33: *Gesetzesregister*)

Bundeswasserstraßen > [2] 2337

Bundeswehrverwaltung > [2] 2365 • [3] 2980

Bundeswirtschafts- und Sozialrat > [3] 3011, 3030

Bundeszentrale für politische Bildung

- Kuratorium > [2] 2316

Bunte Listen > [1] 114

BVP > Bayerische Volkspartei (BVP)

BWK > Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

CBV > Christliche Bayerische Volkspartei (CBV)

CDP > Christlich-Demokratische Partei (CDP)

CDU > Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) bzw. Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) [DDR]

CDU/DA > Christlich-Demokratische Union/Demokratischer Aufbruch (CDU/DA)

CDU-S > Christlich-Demokratische Union Saar (CDU-S)

CELEX > [2] 2873 • [3] 3434, 3451

CHANCE 2000 > [3] N 1.5, N 1.11

Chancen der Mitglieder des Bundestages bei der Besetzung von Führungspositionen > [1] 832–833

Chancengleichheit bei Parteienfinanzierung > [1] 316–319, 329, 331–337, 339–360 • [3] 3034, 3037, 3043

Chef des Bundeskanzleramtes > [1] 1038, 1044, 1052, 1062–1067, 1106–1107 • [3] N 6.3

Chile

- Deutsch-chilenische Parlamentariergruppe > [3] 3609–3611

China

- Deutsch-chinesische Parlamentariergruppe > [3] 3609

Christlich-Demokratische Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3580–3587, 3591

Christlich-Demokratische Partei (CDP) > [1] 90

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) [Partei]

- Ausgaben > [1] 364–365
- Bundesminister > [1] 1112–1113, 1123–1132, 1143–1145
- Bundestagswahlergebnisse > [1] 91, 158–159, 175, 184, 186–200, 203–204, 293–295, 303–312 (siehe im übrigen unter *Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union [CDU/CSU]*)
- Dauer der Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Direktmandate > [1] 184, 186–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- Einnahmen > [1] 325, 327–329, 334–335
- erfolgreiche Wahljahre für CDU/CSU > [1] 312–313
- Europawahlergebnisse > [3] 3574–3577
- Fraktionsvorstand 1976 > [1] 953
- Generalsekretär > [1] 946–947, 951–953
- Gründung > [1] 90 • [3] 3636
- Hochburgen > [1] 240–247, 249, 251, 253–258, 260–263, 268–271 • [3] 3682–3683, N 1.17
- Kabinettsmitglieder > [1] 1112–1113, 1123–1132, 1143–1145
- Kanzlerkandidat > [1] 1028, 1117–1121, 1137, 1140, 1221, 1223, 1225, 1229, 1235 • [2] 2772 • [3] 3645, 3647, 3651, 3659, N 6.5
- Koalitionen > [1] 52–53, 55, 90, 108–109, 131, 1123–1136, 1221, 1223, 1440–1462 • [3] N 6.21
- Kontakte mit Ost-Partei(en) > [1] 90, 335 • [2] 1528 • [3] 3791, 3793, 3798, 3885 (siehe im übrigen unter *Allianz für Deutschland*)
- Landtagswahlergebnisse > [1] 303–312, 1223–1224, 1232, 1235
- Mandatsanteil/Kabinettsmitgliederanteil > [1] 1143–1145
- Mandatszähl/Bundestag > [1] 184, 186–199, 906 (siehe im übrigen unter *Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union [CDU/CSU]*)
- Mandatszähl/Europaparlament > [3] 3574–3577
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1112–1113
- Parlamentarischer Rat > [1] 624–625

- Parteigeschichte > [1] 83, 90–91, 93, 99, 103, 131 • [3] 3636
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 983–984, 1117–1121 • [3] N 5.8, N 6.5
- Parteivorsitzende > [1] 90–91, 946–947, 951–953, 984, 1117–1121, 1160–1162 • [2] 1561 • [3] 3882, N 5.8, N 26
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 334–335, 364–365
- Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- saarländischer Landesverband > [1] 93
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 228 • [3] 3578
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–76, 91 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3574–3577
- Überhangmandate bei Bundestagswahlen > [1] 287–288 • [3] 3682–3683
- Vereinigung mit Ost-Partei > [1] 90, 335 • [2] 1561 • [3] 3669, 3882
- verlustreiche Wahljahre für CDU/CSU > [1] 312–313
- Wahlabsprachen > [1] 100, 103, 138–141, 156 • [3] 3638, 3641
- Wahlergebnisse > [1] 91, 158–159, 175, 184, 186–200, 203–204, 293–295, 303–312, 1223–1224, 1232, 1235 • [3] 3574–3577
- Wahlkampfkostenerstattungen > [1] 321
- Wahlkampf-Slogans > [1] 145–150, 1222
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 268–271
- Wahlkreissitze > [1] 184, 186–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- Wahlrechtskommission > [1] 52, 54–55
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) [DDR]

- Blockpartei > [3] 3743, 3763, 3766, 3885
- Fraktion/Volkskammer > [3] 3751, 3758, 3764, 3811–3813, 3819, 3829, 3835, 3903, 3914
- Fraktionsvorsitzende/Volkskammer > [3] 3758, 3812–3813, 3903
- Fusion > [3] 3819, 3842, 3855, 3858, 3875, 3903, 3922
- Koalitionen > [3] 3759, 3781, 3784, 3788–3789, 3793, 3810–3811, 3813, 3817, 3916, 3922–3923
- Kontakte mit West-Partei > [1] 90, 335 • [2] 1528 • [3] 3391, 3793, 3798, 3885 (siehe im übrigen unter *Allianz für Deutschland*)
- Mandatszähl/Volkskammer > [3] 3887, 3903, 3908–3910
- Ministerrat > [3] 3781, 3784, 3788–3789, 3793, 3813, 3817, 3916, 3922–3923
- Parteigeschichte > [1] 90 • [2] 1528, 1561 • [3] 3743, 3762, 3766, 3771, 3802, 3842, 3882, 3885
- Parteivorsitzende > [1] 90 • [2] 1528 • [3] 3743, 3751, 3755, 3760, 3763, 3771, 3775, 3885
- Sozialstruktur/Volkskammerfraktion > [3] 3893–3895

- Stellenanteile in Volkskammer-Ausschüssen > [3] 3914
- Teilnahme am Runden Tisch > [3] 3768
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3885
- Vereinigung mit West-Partei > [1] 90 • [2] 1561 • [3] 3669, 3882
- Wahl in Bundestag > [1] 898, 928, 936
- Wahlbündnis > [1] 101 • [3] 3791, 3793, 3885 (vgl. im übrigen *Allianz für Deutschland*)
- Wahlergebnisse > [3] 3810, 3824, 3887–3889

Christlich-Demokratische Union/Demokratischer Aufbruch (CDU/DA) [DDR] > Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) [DDR], Fraktion/Volkskammer

Christlich Demokratische Union Deutschlands / Christlich-Soziale Union (CDU/CSU) [Fraktion bzw. Koalition]

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 677
- absolute Mehrheit > [2] 1133
- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646, 2759 • [3] N 12.1
- Angehörige freier Berufe > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 849, 854
- Angestellte des öffentlichen Dienstes > [1] 682–683, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 849, 854
- Angestellte in der Wirtschaft > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 849, 854
- Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen > [1] 682–683, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 849, 854
- Arbeiter > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Arbeitsgruppen der Fraktion > [1] 992–995 • [2] 2872
- Arbeitsgruppenvorsitzende > [1] 992–995
- Arbeitskreise der Fraktion > [1] 990–991 • [2] 2852
- Arbeitskreisvorsitzende > [1] 945–953, 990–991
- Arbeitsordnung > [1] 945–947
- Ausgaben > [1] 1009 • [3] 3259
- Ausschußvorsitzende > [1] 827–832 • [2] 2094–2095
- Beamte > [1] 682–683, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700–702, 704, 706, 708, 710, 712, 715, 849, 854
- Beitritt ostdeutscher Abgeordneter > [1] 102, 928, 936, 947
- Beitritt saarländischer Abgeordneter > [1] 918–919, 1012
- Berufsstruktur der MdB > [1] 682–683, 686–713, 849–854
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 658–659, 827–833, 836
- Bundeskanzler > [1] 1117–1121
- Bundestagswahlergebnisse > [1] 155–159, 164–173, 175, 184, 186–200, 1222 • [3] 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, 3680–3681, N 1.11, N 26

noch: **Christlich Demokratische Union Deutschlands / Christlich-Soziale Union (CDU/CSU) [Fraktion bzw. Koalition]**

- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- CDU-Fraktionsvorstand 1976 > [1] 953
- CSU-Landesgruppe > [1] 91, 906, 936, 953, 957–958, 981–983 • [3] N 5.7
- Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 572, 575–576, 849, 854
- Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467
- DSU-Beitritt > [1] 102, 937, 1014
- Durchschnittsalter der MdB > [1] 564, 849, 854 • [3] N 3.2
- erfolgreiche Wahljahre > [1] 312–313
- Familienstand der MdB > [1] 663–664, 848, 854
- Fraktionsausschluß > [3] 3673
- Fraktions- und Parteivorsitzende > [1] 983–984, 1117–1121 • [3] N 5.8, N 6.5
- Fraktionsbildung > [2] 2860
- Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU > [1] 90–91, 936, 953, 981 • [3] 3654
- Fraktionsmitarbeiter > [1] 1008–1009
- Fraktionsvorstand > [1] 827–832, 945–958 • [2] 1596 • [3] 3639, 3646, 3653, 3671, N 5.7
- Fraktionswechsel > [1] 908, 910–911, 913–925, 927, 929–933, 938–939, 1229–1230, 1239 • [3] 3639, 3643
- frühere Mitglieder der Volkskammer > [2] 1576
- Fusionen > [1] 935–936 • [3] 3639
- Geschlossenheit bei namentlichen Abstimmungen > [2] 1781–1785
- Gesetzesinitiativen > [2] 2390–2395, 2400–2401
- Gewerkschaftsmitgliedschaft der MdB > [1] 723, 726, 849, 854
- Gruppenvorsitzende > [1] 954–958
- Hausfrauen > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Hilfsdienst der Fraktion > [1] 1006, 1008
- Hochschulbildung der MdB > [1] 669–670, 672, 848, 854 • [3] N 3.14
- Interessenvertreter > [1] 719–721, 849
- Justitiare > [1] 946–947, 952–958
- Kabinettsmitglieder > [1] 827–832, 1112–1113, 1123–1132, 1143–1145
- Kanzlerkandidat > [1] 1028, 1117–1121, 1137, 1140, 1221, 1223, 1225, 1229, 1235 • [2] 2772 • [3] 3645, 3647, 3651, 3656, 3659, N 6.5
- Koalitionen > [1] 52–53, 55, 90, 108–109, 131, 12123–1140, 1222–1223, 1234–1236, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1456, 1458, 1460 • [2] 2772 • [3] 3639, 3659, N 6.21
- Konfession der MdB > [1] 665–666 • [3] N 3.13
- Konstanz > [1] 942
- Kontakte zur Volkskammer der DDR > [2] 1486, 1493–1495 • [3] 3829
- Kreuther Beschluß > [1] 91, 936 • [3] 3654
- Mandatsanteil/Stimmenanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Mandatsdauer der MdB > [1] 572, 575–576, 849, 854
- Mandatszahl > [1] 164–172, 184, 186–199, 903–906, 908–930, 1229 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- ostdeutsche Mitglieder in Führungspositionen > [2] 1596
- Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 946–958 • [3] N 5.7
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 829–832, 1112–1113
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Parlamentsneulinge > [1] 580–581, 848 • [3] N 3.4
- Pfarrer (evangelisch) > [1] 682–683, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712
- Präsidium des Bundestages > [1] 827–832, 880–881
- Regierungsmannschaft > [2] 2771–2772
- Regierungsmitglieder > [1] 682–683, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712
- Schattenkabinett > [2] 2771–2772
- Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 670, 848, 854
- Selbständige > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 849, 854
- Sitzordnung im Plenum > [2] 1634–1637
- Sozialprofil der Fraktion > [1] 848–849, 854
- Spaltung > [1] 91, 936 • [3] 3654
- Stellenanteil in den Ausschüssen > [2] 2088–2092
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 224, 226–228, 231 • [3] 3578
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 232–239
- Stimmenanteil / Mandatsanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 606–608
- ununterbrochene Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 575–576
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2472–2473, 2476, 2483, 2486–2487, 2489, 2491 • [3] 3068, 3078, 3085
- verlustreiche Wahljahre > [1] 312–313
- Wahlkampfmannschaft > [2] 2771–2772
- Wahlkampf-Slogans > [1] 145–150, 1222
- Wahlrechtskommission > [1] 52, 54–55
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636, 848, 854 • [3] N 3.11
- weibliche Mitglieder in Führungspositionen > [1] 649–655, 658–659, 662
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Christlich-Demokratische Union Saar (CDU-S) > [1] 93

Christlich Soziale Partei Deutschlands (CSPD) [DDR] > [1] 101

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) [Partei]

- Ausgaben > [1] 365
- Bundesminister > [1] 1112–1113
- Bundestagswahlergebnisse > [1] 92, 158–159, 175, 184, 186–196, 199, 204, 271–273, 293–294, 303–312
- Dauer der Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697

- Direktmandate > [1] 184, 186–196, 199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- DSU-Unterstützung > [1] 91, 101–102 • [3] 3785, 3798
- Einnahmen > [1] 325, 327–329, 336–337
- Europawahlergebnisse > [3] 3574–3577
- Freundeskreise > [1] 83, 91
- Generalsekretär > [1] 946–947, 952–953
- Hochburgen > [1] 240, 242–246, 248–252, 254, 256, 258–262, 264, 271–273 • [3] 3682–3683, N 1.17
- Kabinettsmitglieder > [1] 1112–1113, 1123–1132, 1143–1145
- Kanzlerkandidat > [1] 1112–1113, 1123–1132
- Koalitionen > [1] 52–53, 55, 90, 108–109, 131, 1123–1135, 1441, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459
- Kreuther Beschluß > [1] 91, 936 • [3] 3654
- Landesgruppe im Bundestag > [1] 91, 906, 936, 953, 957–958, 981–983 • [3] N 5.7
- Landesverband Saar > [1] 91, 93, 1447
- Landtagswahlergebnisse > [1] 303–312
- Mandatsanteil/Kabinettsmitgliederanteil > [1] 1143–1145
- Mandatszahl/Bundestag > [1] 184, 186–196, 199, 906 (siehe im übrigen unter *Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union [CDU/CSU]*)
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3574–3577
- ostdeutsche Bundesländer > [1] 91, 101
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1112–1113
- Parlamentarischer Rat > [1] 624
- Parteigeschichte > [1] 83–85, 90–91, 101, 111, 131, 936 • [3] 3654
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 984, 1117–1121 • [3] N 5.8
- Parteivorsitzende > [1] 92, 946–947, 951–953, 984, 1117–1121 • [3] 3665, N 5.8, N 6.5, N 26
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 336–337, 365
- Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 228 • [3] 3578
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–76, 92 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3574–3577
- Wahlergebnisse > [1] 92, 158–159, 175, 184, 186–196, 199, 204, 271–273, 303–312 • [3] 3574–3577
- Wahlkampfkostenerstattungen > [1] 321
- Wahlkampf-Slogans > [1] 145–150
- Wahlkreis-Absprachen > [1] 139–140
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 271–273
- Wahlkreissitze > [1] 184, 186–196, 199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Christlich-Soziale Union (CSU) [DDR] > [1] 101

Christlich Soziale Vereinigung [DDR] > [1] 101

Christlich Bayerische Volkspartei (CBV)

- Parteigeschichte > [1] 85, 92

- Parteivorsitzender > [1] 92
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72–74, 92
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3574
- Wahlergebnisse > [1] 92, 163, 168–170, 175 • [3] 3574

Christliche Gewerkschaften > [1] 90, 1136

Christliche Liga (LIGA)

- Parteigeschichte > [1] 92
- Parteivorsitzende > [1] 92
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 77, 92
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576–3577
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3885
- Wahlergebnisse > [1] 92, 163, 171–172, 175 • [3] 3576–3577, 3887

Christliche Mitte (CM)

- Parteigeschichte > [1] 93, 103
- Parteivorsitzende > [1] 93, 103
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75–76, 93 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576–3577
- Wahlergebnisse > [1] 93, 163, 171–172, 175 • [3] 3576–3577, N 1.11

Christliche Partei für das Leben (CLP) > [1] 92

Christliche Volkspartei (CVP)

- Koalitionen > [1] 1441, 1445, 1447
- Parteigeschichte > [1] 93, 103
- Parteivorsitzende > [1] 93
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 71, 93, 103
- Vertretung im Bundestag > [1] 93, 919, 1012
- Wahlergebnisse > [1] 93, 162, 167, 175

Chronik

- Änderungen der Geschäftsordnung > [3] 3094–3107
- Altersversorgung der Mitglieder des Bundestages > [3] 3199, 3201–3204, 3207–3210, 3212–3213, 3235–3240, 3648
- Bemühungen um Große Koalition > [1] 1195–1140
- Bemühungen um Untersuchungsausschußgesetz > [2] 2242–2248
- Beziehungen Bundestag/Volkskammer > [2] 1485–1499, 1501–1565 • [3] 3718–3883
- Bundestagsverwaltung, Aufbau und Entwicklung > [3] 3402–3409
- Europäisches Parlament > [3] 3553–3565
- deutsche Vereinigung > [2] 1501–1565 • [3] 3666–3669, 3718–3883
- Diäten-Gesetzgebung > [3] 3198–3213
- Direktwahl des Europäischen Parlaments > [3] 3551, 3554–3560
- Einführung einer Abgeordnetenpension > [3] 3235–3240
- Einführung eines Parlamentsfernsehens > [3] 3495–3500
- erstmalige Anwendung bestimmter Parlamentseinrichtungen und -verfahren > [2] 2887–2901
- Europäisches Parlament > [3] 3553–3565
- Fraktionsspaltungen und Fusionen > [1] 934–937
- Fraktionswechsel 6. Wahlperiode > [1] 931–933

noch: **Chronik**

- Gemeinsame Versammlung der Montanunion > [3] 3550
- Gesetzbefugungsauftrag Nichtehelichenrecht > [2] 2492-2493
- Große Koalition > [1] 1135-1140
- Hörfunk- und Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen > [3] 3482-3486
- Kanzlerwechsel während der Wahlperiode > [1] 1221-1228
- Koalitionsbildungen (Bibliographie) > [1] 1145-1146
- konstruktives Mißtrauensvotum von 1972 > [1] 1229-1231
- konstruktives Mißtrauensvotum von 1982 > [1] 1232-1237
- Kurzchronik 1948-1999 > [3] 3633-3677, N 26
- Länderrat > [1] 626-627
- Neubauplanung Bundeshaus (Bonn) > [3] 3271-3333, 3637, 3647, 3649, 3664
- parlamentarische Beziehungen Bundestag/Volkskammer > [2] 1485-1499, 1501-1565 • [3] 3718-3883
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [3] 3545-3546
- Parlamentsbauten in Berlin > [3] 3351-3386, N 21.6, N 26
- Parlamentarischer Rat > [1] 628-629 • [3] 3633-3634
- Parlamentsfernsehen > [3] 3495-3500
- Parlamentsreformen seit 1949 > [2] 2848-2885
- Parteienfinanzierung > [1] 314-319
- Petitionswesen > [3] 3124-3130
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit > [3] 3463-3468
- Reform des parlamentarischen Untersuchungsrechts > [2] 2242-2248
- Reform des Petitionswesens > [3] 3124-3130
- Regierungsbildungen (Bibliographie) > [1] 1145-1146
- staatliche Parteienfinanzierung > [1] 314-319
- Technologie-Bewertung > [2] 2817-2828
- Umgestaltung des Reichstagsgebäudes nach der Vereinigung Deutschlands > [3] 3351-3386, N 21.6, N 26
- Umzug des Bundestages nach Berlin > [2] 1601-1629 • [3] N 7.8
- Untersuchungsausschußgesetz > [2] 2242-2248
- Verhüllung des Reichstagsgebäudes > [3] 3363, 3370, 3372, 3386-3395, 3673, 3675
- verstorbene Politiker > [1] 405-421 • [3] N 2.7
- Vertrauensfragen der Bundeskanzler von 1972 und 1982 > [1] 1238-1246
- Volkskammer der DDR > [3] 3718-3883
- Wahlrechtsdiskussion > [1] 48-56 • [3] 3639, 3648
- „Wende“ in der Volkskammer > [3] 3718-3883
- Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes nach 1945 > [3] 3341-3348, 3645, 3653
- Wiedervereinigung Deutschlands > [2] 1501-1565 • [3] 3666-3669, 3718-3883
- Wirtschaftsrat > [1] 627-628

- Wissenschaftliche Dienste des Bundestages > [3] 3428-3435
- Zonenbeirat > [1] 626-627

„**Chronik**“ – **Der Deutsche Bundestag** > [2] 2459, 2461, 2463, 2465 • [3] 3439, 3472

CLP > Christliche Partei für das Leben (CLP)

CM > Christliche Mitte (CM)

Computersimulationen zu Gesetzentwürfen > [2] 2541

COSAC > Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)

CSPD > Christlich Soziale Partei Deutschlands (CSPD) [DDR]

CSU > Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) bzw. Christlich-Soziale Union (CSU) [DDR]

CSU-Freundeskreise > [1] 83, 91

CSU-Landesgruppe > Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union in Bayern

CVP > Christliche Volkspartei (CVP)

DA > Demokratische Arbeitsgemeinschaft (DA) bzw. Demokratischer Aufbruch (DA)

Dachverband der Nationalen Sammlung (DNS)

- Parteigeschichte > [1] 93, 97
- Parteivorsitzende > [1] 93
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 93, 97
- Wahlergebnisse > [1] 93, 158, 165, 178

Dänemark

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3555, 3581
- Mandatszahl Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3582-3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlssystem > [3] 3566

DAP > Deutsche Aufbaupartei (DAP)

„**Das Parlament**“ > alphabetisch unter P

Daten

- Abgabe der Regierungserklärungen > [1] 1141-1142, 1171-1220 • [3] N 6.11
- Ablauf der Wahlperiode > [1] 56, 300-301, 1141-1142 • [3] 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, N 26
- Aktuelle Stunden > [2] 2708-2741 • [3] N 11.2
- Beginn und Abschluß der Koalitionsverhandlungen > [1] 1141-1142
- Bundestagswahlen > [1] 56-58, 300, 304-312, 1141-1142 • [3] 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26
- Bundesversammlung > [3] 3185-3189, 3635, 3638, 3642, 3645, 3649, 3653, 3656, 3661, 3665, 3674, N 26
- Europawahlen > [3] 3557-3560, 3562, 3656, 3661, 3666, 3674

- Geburtstage von Mitgliedern des Bundestages > [1] 566–570, 735–825, 837–845
 - Gedenksitzungen im Bundeshaus > [2] 2010–2018 • [3] 3642, 3665–3666
 - Einsetzung von Enquete-Kommissionen > [2] 2252–2269 • [3] 3650–3651, 3653, 3655–3656, 3658, 3661–3662, 3664, 3670–3672, 3675–3676
 - Einsetzung von Untersuchungsausschüssen > [2] 2188–2202, 2231–2233, 2983 • [3] 3635–3640, 3644–3645, 3648–3649, 3651, 3653, 3655, 3657–3658, 3660, 3662–3664, 3670, 3675, N 9.10
 - Entlastung der Bundesregierung > [2] 2808–2809
 - Haushaltsberatungen > [2] 2786–2804
 - Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung > [2] 2743, 2745–2756
 - Koalitionsverhandlungen > [1] 1141–1142
 - Konferenzen der Europaausschüsse (COSAC) > [3] 3618–3623
 - Konferenzen der europäischen Parlamentspräsidenten > [3] 3599–3603
 - Konferenzen der Landtagspräsidenten > [2] 2939–2947
 - konstituierende Sitzung des Bundestages > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26 (vgl. auch Kapitel 34: Plenarsitzungs-Register)
 - Landtagswahlen > [1] 303–312
 - letzte Plenarsitzung der Wahlperiode > [1] 301, 1241 • [3] 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3669, 3674, N 26 (vgl. auch Kapitel 34: Plenarsitzungs-Register)
 - öffentliche Anhörungen der Bundestagsausschüsse > [2] 2129–2178
 - Parteigeschichte > [1] 79–137
 - Plenarsitzungen > [2] 1643–1660
 - Plenarsitzungen außerhalb des Plenarsaals im Bundeshaus Bonn > [2] 1632–1633
 - Rechnungsjahr-Beginn > [2] 2787–2804
 - Rechnungsprüfung > [2] 2808–2809
 - Regierungsbefragungen > [2] 2743, 2745–2756
 - Regierungsbildung > [1] 1141–1142
 - Regierungserklärungen > [1] 1141–1142, 1171–1220 • [3] N 6.11
 - Sondersitzungen des Bundestages > [2] 1662–1669, 2893 • [3] N 8.5
 - Todestage von Mitgliedern des Bundestages > [1] 405–421 • [3] N 2.7 (vgl. auch Kap. 31: Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages und Personenregister)
 - Vereidigung des Bundeskanzlers > [1] 1019–1024
 - Vereidigung des Kabinetts > [1] 1141–1142
 - vereinbarte Debatten > [2] 1718–1721
 - Vereinigung Deutschlands > [2] 1562–1563 • [3] 3669, 3882–3883
 - verstorbene Politiker > [1] 405–421 • [3] N 2.7
 - Vorlage[frist] für Haushaltsentwurf > [2] 2787–2804
 - Wahl des Bundeskanzlers > [1] 1019–1024, 1141–1142
 - Wahl des Bundespräsidenten > [3] 3186–3189, 3635, 3638, 3642, 3645, 3649, 3653, 3656, 3661, 3665, 3674, N 26
 - Wahl des Bundestagspräsidenten > Konstituierende Sitzung des Bundestages
 - Wahl zur Volkskammer der DDR (1990) > [3] 3768, 3779, 3789, 3793–3794, 3810
 - Wahlen zum Deutschen Bundestag > [1] 56–58, 300, 304–312, 1141–1142 • [3] 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26
 - Wahlen zum Europäischen Parlament > [3] 3557–3560, 3562, 3656, 3661, 3666, 3674
- Datenbanken im Parlamentsbereich** > [3] 3450–3452, 3459–3460
- „Datenbankführer“ > [3] 3452
 - parlamentseigene Datenbanken > [2] 2456–2465, 2866, 2870, 2873, 2875 • [3] 3431–3432, 3434, 3438–3439, 3450–3451
 - Plenardebatten zur Anwendung > [2] 2912–2914, 2919, 2923–2924, 2928, 2931
 - Zugang zu externen Datenbanken > [2] 2868, 2872–2873 • [3] 3431–3432, 3450, 3452
- „Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages“** > [3] 3434, 3438
- Datenschutzbeauftragter**
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 440
 - Wahl > [2] 1772, 2308 • [3] 2998, 3039–3040
- Datenverarbeitung** > Elektronische Datenverarbeitung
- Dauer**
- Amtszeit der Bundeskabinette > [1] 1156–1157
 - Aussprachen über Regierungserklärung > [2] 1683–1684
 - Doppelmitgliedschaften Bundestag/Landesregierung > [1] 442–443

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des **Datenhandbuchs**, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

noch: **Dauer**

- Gesetzgebung > Dauer des Gesetzgebungsverfahrens
- Haushaltsberatungen > [2] 2787–2804
- Koalitionsbildung > [1] 1141–1142 • [3] 3696, 3708–3709, 3711
- Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 570–588, 642, 834–837, 847, 849, 851, 853–855 • [3] 3686–3687, 3711
- parlamentslose Zeit > [1] 301–302 • [3] 3692–3693
- Plenarsitzungen > [2] 1637–1642 • [3] 3688–3689, 3706, 3708–3709, 3712, N 8.3
- plenarsitzungsfreie Zeit > [1] 301–302 • [2] 2006–2009 • [3] 3692–3693, 3709–3710
- Rechnungsprüfung > [2] 2807–2809
- Rededauer > Rededauer, Redezeit
- Regierungsbildung > [1] 1141–1142 • [3] 3696, 3708–3709, 3711
- Regierungsbeteiligung der Parteien > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Regierungserklärung und Aussprache > [1] 1171–1188 • [2] 1638, 1683–1684
- Sondersitzungen > [2] 1662–1669
- Wahlperioden > [1] 56, 300–301, 1141–1142 • [2] 2297–2298 • [3] 2973, 3006–3007, 3019, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, 3709–3710, N 1.25, N 26
- Zugehörigkeit zum Bundestag > [1] 570–588, 642, 834–837, 847, 849, 851, 853–855 • [3] 3686–3687, 3711

Dauer des Gesetzgebungsverfahrens > [2] 2413–2427

- Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer > [2] 2416–2427
- Statistik > [2] 2413–2415 • [3] 3702–3703, 3709–3710

DAV > Deutsche Aufbau-Vereinigung (DAV)

DB > Deutscher Block (DB)

DBB > Deutscher Beamtenbund (DBB)

DBD > Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)

DBU > Deutsche Biertrinker Union (DBU)

DDD > Bund der Deutschen Demokraten (DDD)

DDP > Deutsche Demokratische Partei (DDP)

DDR > Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Debattendauer-Regelungen im Bundestag > [2] 1723–1726, 2786–2804, 2865, 2867

Delegationsreisen des Bundestages > [3] 3623–3624

DIE DEMOKRATEN

- Parteigeschichte > [1] 94
- Parteivorsitzende > [1] 94
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 94
- Wahlergebnisse > [1] 94, 172

Demokratie Jetzt (DJ)

- Fusion > [1] 86, 94, 117 • [3] 3671
- Mandatszahl/Bundestag > [1] 87, 94, 937, 1014–1015
- Mandatszahl/Volkskammer > [3] 3905

- Organisationsgeschichte > [1] 85–87, 94, 117, 126 • [3] 3671, 3733, 3738, 3751, 3761, 3770, 3786, 3794–3795, 3868, 3885
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 337, 365
- Regierungsbeteiligung/DDR > [1] 94 • [3] 3793
- Teilnahme am Runden Tisch > [1] 94 • [3] 3768
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 87, 94
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 85, 94, 117, 124 • [3] 3885
- Vertretung im Bundestag > [1] 94, 937, 1014–1015
- Vorsitzende (Sprecher) > [1] 94 • [3] 3786
- Wahl in Bundestag > [1] 94, 937
- Wahlbündnis > [1] 85, 94, 115, 117, 124 • [3] 3776, 3794, 3868, 3885

„**Demokratie leben**“ > Parlamentsseminare

Demokratische Arbeitsgemeinschaft (DA) > [1] 109, 917–918, 935, 965, 1012, 1125–1126, 1446 • [3] 3640

Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) [DDR]

- Blockpartei > [3] 3743, 3763, 3767, 3885
- Fraktion/Volkskammer > [3] 3781, 3812, 3868, 3885, 3903, 3907, 3914
- Fraktionsvorsitzender/Volkskammer > [3] 3812, 3907
- Koalition > [3] 3759, 3793
- Mandatszahl/Volkskammer > [3] 3887, 3907–3908, 3910–3911
- Parteigeschichte > [3] 3743, 3767, 3788, 3842, 3875, 3885, 3907
- Parteivorsitzender > [3] 3743, 3788, 3812, 3842, 3885, 3907
- Stellenanteile in Volkskammer-Ausschüssen > [3] 3914
- Teilnahme am Runden Tisch > [3] 3768
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3885
- Wahlergebnis > [3] 3887, 3889

Demokratische Bauernpartei Deutschlands/Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DBD/DFD) [DDR] > Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), Fraktion/Volkskammer

Demokratische Linke

- Rechenschaftsbericht über Einnahmen > [1] 337

Demokratische Mitte > Freisoziale Union

Demokratische Partei (DP) > [1] 1443

Demokratische Partei Deutschlands (DPD) > [3] N 1.5, N 1.11

Demokratische Partei Saar (DPS)

- Bundesversammlung > [3] 3182–3183
- FDP-Landesverband > [1] 95
- Koalitionen > [1] 1447
- Parteigeschichte > [1] 95
- Parteivorsitzende > [1] 95
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 70, 72–73, 95
- Vertretung im Bundestag > [1] 95, 918, 1012
- Wahlergebnisse > Freie Demokratische Partei

Demokratische Sozialisten (DS)

- Mandatzahl/Bundestag > [1] 95, 1013
- Parteigeschichte > [1] 95, 110
- Parteivorsitzende > [1] 95
- Teilnahme an Europawahl > [1] 95, 110
- Vertretung im Bundestag > [1] 95, 1013

Demokratische Union > [1] 84**Demokratische Volkspartei (DVP)** > [1] 96

- Parteigeschichte > [1] 107
- Koalitionen > [1] 1442–1443
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–73
- Wahlergebnisse > Freie Demokratische Partei

Demokratischer Aufbruch (DA) [DDR]

- Fraktion/Volkskammer > Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) [DDR]
- Fusion > [3] 3858, 3922
- Koalitionen > [3] 3813, 3817, 3916
- Mandatzahl/Volkskammer > [3] 3887, 3903, 3908
- Ministerrat > [3] 3793, 3817, 3918–3920
- Parteigeschichte > [1] 85, 101 • [3] 3734, 3738–3739, 3747, 3750–3751, 3768, 3771, 3776, 3791, 3809, 3811, 3817, 3820, 3858, 3885, 3903
- Teilnahme am Runden Tisch > [3] 3768
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3885
- Vorsitzender > [3] 3740, 3771, 3782, 3791, 3793, 3807, 3809, 3811, 3820, 3885
- Wahlergebnis > [3] 3808, 3887, 3889
- Wahlbündnis > [1] 85, 101 • [3] 3776, 3791, 3793, 3885 (vgl. *im übrigen Allianz für Deutschland*)

Demokratischer Block [DDR] > Blockparteien der DDR**Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD) [DDR]** > [1] 134 • [3] 3781

- Fraktion/Volkskammer > Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) [DDR], Fraktion/Volkskammer
- Mandate/Volkskammer > [3] 3887, 3907–3908, 3910–3911
- Parteivorsitzende > [3] 3758
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3886
- Wahlergebnis > [3] 3887, 3889

Demoskopie > Umfragen**Denkmalschutz für Bundeshaus Bonn** > [3] 3209–3213, 3216–3218, 3220**Depositärbibliotheken** > [2] 2868 • [3] 3432, 3506–3508**„Der Aktuelle Begriff“** > alphabetisch unter A**Deutsch-ausländische Parlamentariergruppen** > [2] 2855 • [3] 3606–3612, 3623–3624**Deutsch-deutscher Wahlvertrag** > Gesamtdeutsche Wahl (1990)**Deutsch-Hannoversche Partei (DHP)** > [1] 99**Deutsch-Soziale Union (DSU)** > [1] 133**Deutsche Allianz** > [1] 122, 129**Deutsche Aufbauarbeit (DAP)** > [1] 99**Deutsche Aufbau-Vereinigung (DAV)** > [1] 137**Deutsche Ausgleichsbank**

- Verwaltungsrat > [2] 2313

Deutsche Biertrinker Union (DBU)

- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3886
- Wahlergebnis > [3] 3887

Deutsche Bundespost > [1] 1031, 1044–1045, 1054

- Bildschirmtext > [2] 2870 • [3] 3432
- Kunstbeirat > [2] 2312
- Programmbeirat > [2] 2312
- Verwaltungsrat > [2] 2310, 2313

Deutsche Demokratische Partei (DDP) > [1] 107**Deutsche Demokratische Republik (DDR)**

- Amt für Nationale Sicherheit > [1] 396–398, 401 • [3] 3759, 3768, 3770–3771, 3774, 3777–3779, 3783, 3807, 3833, 3846, 3851, 3873, 3918
- Anerkennung durch Bundesrepublik > [2] 1495, 1504, 1508 • [3] 3759
- Ausreisewelle > [1] 126 • [2] 1503–1505, 1507 • [3] 3720, 3727–3734, 3736–3740, 3744–3746, 3748–3749, 3751, 3755, 3809, 3811, 3823
- Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes > Vereinigung Deutschlands
- Beziehungen zur BRD > [2] 1485–1499, 1501–1562 • [3] 3664, 3666–3669, 3721–3723, 3729, 3731, 3735–3737, 3739, 3748–3749, 3757, 3759–3763, 3767, 3771–3775, 3777–3779, 3786, 3791–3883
- Blockparteien > Parteien: Deutsche Demokratische Republik
- Bürger(rechts)bewegungen > [1] 85, 87, 94, 123, 126 • [2] 1504
- Chronik der Auflösung > [1] 126 • [2] 1501–1565 • [3] 3718–3883
- Chronik der „Wende“ in der Volkskammer > [3] 3718–3883
- Demokratischer Block > [3] 3763, 3766–3767, 3769
- Demonstrationen, Protestkundgebungen, Warnstreiks u. ä. > [1] 85, 123, 126 • [3] 3720, 3722–3723, 3725–3727, 3731, 3736, 3739–3744, 3746–3753, 3756, 3760–3762, 3765–3766, 3770, 3773, 3784–3786, 3825 (siehe auch unter *Montagsdemonstrationen in Leipzig*)
- Deutscher Volksrat > [2] 1487
- ehemalige DDR > Östliche Bundesländer
- Enquete-Kommission „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ > [2] 2168, 2178, 2265–2268, 2280–2281, 2285–2286, 2291, 2297 • [3] 3671, 3675
- Europäische Gemeinschaft > [2] 1512, 1530, 1533
- Evangelische Kirche > [1] 94, 113, 126 • [3] 3721, 3725–3726, 3728, 3730, 3734–3735, 3738, 3740–3742, 3761, 3764
- Forderungen nach deutscher Einheit > [3] 3762, 3766, 3770, 3778, 3783, 3785, 3787, 3789, 3792, 3795–3796, 3798, 3803

noch: **Deutsche Demokratische Republik (DDR)**

- Forderungen nach Erhalt der DDR > [3] 3757, 3759, 3763, 3769–3770, 3773, 3775, 3787, 3802
- Forderungen nach freien Wahlen > [2] 1506, 1509–1510 • [3] 3727, 3734, 3739, 3742, 3746, 3751–3752, 3756–3757, 3760
- Friedensbewegung > [1] 123
- Führungsanspruch der SED > [1] 126 • [3] 3715, 3745–3747, 3751, 3756, 3760–3761, 3774, 3915
- Generalstaatsanwalt(schaft) > [3] 3714, 3755, 3760, 3767, 3769, 3779, 3783, 3790, 3811–3812, 3837, 3843, 3868
- Gesetzgebung > [3] 3714
- Grenzöffnung > [1] 126, 1204 • [2] 1508–1510 • [3] 3666, 3733, 3749, 3753–3756, 3759–3760, 3774, 3841, 3845
- Hymne > [3] 3789
- Jahrestag der Staatsgründung > [3] 3740, 3760, 3790
- Kommunalwahl 1989/Fälschung > [1] 126 • [3] 3721, 3723–3725, 3727, 3731, 3747, 3786, 3797–3798, 3804, 3823
- Kommunalwahl 1990 > [3] 3789, 3824
- Ländereinführung(sgesetz) > [3] 3668–3669, 3819, 3823, 3841, 3853, 3864, 3871, 3873
- Lageberichte > [2] 1503 • [3] 3722, 3724, 3727, 3730, 3732, 3735–3736, 3741, 3744, 3747, 3750, 3752
- Landtagswahl(termin) > [2] 1565 • [3] 3822, 3824, 3842, 3845, 3847, 3853, 3858, 3864, 3866, 3868–3869
- Massenorganisationen > [3] 3714, 3910–3911
- Mauerbau > [2] 1487 • [3] 3720
- Medienkontrollrat > [3] 3793, 3796
- Ministerium für Staatssicherheit > Ministerrat der DDR
- Ministerrat > Ministerrat der DDR
- Montagsdemonstrationen in Leipzig > [1] 126 • [3] 3722, 3731, 3733, 3735, 3737–3738, 3742, 3744, 3746, 3750, 3752, 3756, 3761–3762, 3766, 3770, 3772, 3778, 3783, 3787, 3789, 3793, 3796, 3799, 3802–3804, 3808
- Nationale Front > [3] 3715, 3723, 3750
- Nationale Volksarmee > [2] 1524, 1556 • [3] 3740, 3754, 3802, 3882
- Nationaler Verteidigungsrat > [3] 3714–3715, 3745, 3748, 3766–3767
- „Neues Deutschland“ > [3] 3722, 3731, 3738, 3758, 3761
- Oppositionsbewegung > [1] 113, 117, 126 • [3] 3721–3725, 3737–3728, 3731, 3733, 3735, 3737, 3740, 3745–3747, 3749–3750, 3752
- Parteigründungen > Parteien: Deutsche Demokratische Republik
- Petenten-Anteil im Bundestag > [3] 3151
- Polizeimaßnahmen gegen Demonstranten usw. > [2] 1506 • [3] 3720, 3722–3723, 3725, 3727, 3730–3731, 3733, 3735, 3737–3742, 3746, 3752, 3760, 3764, 3790, 3821
- Reiseverordnungen/Reisegesetze > [2] 1502, 1507–1508, 1511, 1513, 1537, 1544–1545 • [3] 3722, 3728, 3731–3732, 3734, 3746, 3749, 3751–3755, 3761, 3764, 3774, 3779, 3791, 3818, 3827, 3831, 3842, 3845

- Runder Tisch > Runder Tisch (DDR)
- Schriftstellerverband > [3] 3743
- Staatsrat > [3] 3714–3715, 3749, 3767, 3794, 3797, 3813–3814
- Staatsratsvorsitzender > [3] 3714–3715, 3745, 3747–3748, 3760, 3766–3767, 3774, 3787, 3812, 3814, 3816, 3878
- Staatswappen > [3] 3830–3831
- Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland > [1] 1064–1067 • [2] 1506, 1562 • [3] 3720, 3728, 3732, 3882
- Überprüfung/Verdacht auf Stasi-Mitarbeit > [2] 1555 • [3] 3668, 3807, 3809, 3811–3813, 3815, 3817, 3848–3849, 3871–3873, 3875–3882
- Verfassung(sänderung) > [1] 126 • [2] 1487, 1510 • [3] 3714–3715, 3751, 3757, 3760–3761, 3764, 3768, 3780–3781, 3784, 3790, 3799–3800, 3804, 3808, 3810, 3814–3815, 3817–3820, 3822, 3824, 3827, 3831–3832, 3838–3839
- Verkehrsvertrag > [2] 1492
- Verträge zur Vereinigung Deutschlands > Staatsverträge zur Vereinigung Deutschlands
- Volksaufstand vom 17. Juni 1953 > [2] 1487, 1490, 1502, 1541 • [3] 3667, 3730, 3741–3742, 3838
- Volkskammer > Volkskammer der DDR
- Volkskammerwahl > Wahl zur Volkskammer der DDR (1990)
- Wahlgesetz zu Kommunalwahlen > [3] 3786, 3793, 3804
- Wahlgesetz zur Volkskammerwahl 1990 > Wahl zur Volkskammer der DDR (1990)
- Wahlkommission > [3] 3721, 3786, 3800, 3807
- Warschauer Pakt > [2] 1527 • [3] 3727, 3809, 3878

Deutsche Einheit > Vereinigung Deutschlands**Deutsche Familien-Partei (FAMILIE)** (siehe auch *Familienpartei Deutschlands*)

- Parteigeschichte > [1] 96
- Parteivorsitzende > [1] 96
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74, 96 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Wahlergebnisse > [1] 96, 170 • [3] 3577, N 1.11

Deutsche Forumpartei (DFP) [DDR]

- Fraktion/Volkskammer > Die Liberalen [DDR]
- Parteigeschichte > [1] 108, 123 • [3] 3788, 3796, 3811, 3860, 3885
- Parteivorsitzende > [1] 108 • [3] 3788, 3885
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3796, 3811, 3885
- Vereinigung mit West-Partei > [1] 108 • [2] 1550 • [3] 3860
- Wahlbündnis > [3] 3796, 3811, 3885

Deutsche Freiheits Partei (DFP) > [1] 73, 96, 169**Deutsche Freiheits-Partei (DFP)** > [1] 83, 100**Deutsche Freiheitsunion [DDR]** > [1] 101

Deutsche Friedens-Union (DFU)

- Mandatszahl/Bundestag > [1] 97
- Parteigeschichte > [1] 83, 88, 96, 98, 110 • [3] 3643
- Parteivorstand > [1] 88, 97
- Rechenschaftsberichte über Einnahmen > [1] 338
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 70–71, 97–98
- Teilnahme an Europawahl > [1] 110
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2470–2472
- Vertretung im Bundestag > [1] 97, 921, 1013
- Wahlergebnisse > [1] 97, 160, 166–167, 175

Deutsche Friedens-Wahlgemeinschaft (DFWG) > [1] 70**Deutsche Gemeinschaft (DG)**

- Parteigeschichte > [1] 83, 93, 97, 100
- Parteivorsitzende > [1] 93, 97, 116
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 70, 97
- Wahlergebnisse > [1] 97, 158, 166, 176, 294

Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung e. V. > [3] 3632**Deutsche Jugendpartei (DJP)** > [3] 3803, 3885**Deutsche Kommission für technischen und strukturellen Wandel** > [3] 3028**Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**

- Bruderparteien > [1] 98
- Parteigeschichte > [1] 83, 96–98, 110, 118–120, 127 • [3] 3649
- Parteivorsitzende > [1] 98
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 338–339, 366
- SED-Abhängigkeit > [1] 98
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72–73, 77, 97–98 • [3] N.1.5
- Teilnahme an Europawahl > [1] 98, 110 • [3] 3574–3575
- Wahlergebnisse > [1] 98, 160–161, 168–169, 172, 176 • [3] 3574, 3576, N.1.11

Deutsche Konservative Partei (DKP)

- Parteigeschichte > [1] 99
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 99
- Wahlergebnisse > [1] 164, 176

Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP–DRP)

- Mandate > [1] 164, 185
- Parteigeschichte > [1] 99–100, 122–123, 130
- Parteivorsitzende > [1] 99
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 99, 130
- Wahlergebnisse > [1] 99, 160, 164, 176

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DL) > [1] 122, 129 • [3] 3184–3185**Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e. V.** > [3] 3626–3627**Deutsche Partei (DP) [Partei]**

- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Dauer der Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697

- Direktmandate > [1] 184–187, 240 • [3] 3680–3681
- Fusionen > [1] 99–100, 109, 111–112, 157, 934–935, 959, 1012 • [3] 3641, 3643
- Hochburgen > [1] 243, 273–274
- Kabinettsmitglieder > [1] 99, 1143
- Koalitionen > [1] 1123–1127, 1133, 1137, 1160, 1440–1442, 1444, 1446
- Parlamentarischer Rat > [1] 624–625
- Parteigeschichte > [1] 90, 99–100, 109, 111–112, 934–935
- Parteivorsitzende > [1] 100, 985, 1160
- Regierungsbeteiligung > [1] 99, 1135 • [3] 3696–3697
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291 • [3] 3680–3681
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–70, 100, 109
- Überhangmandat bei Bundestagswahl > [1] 287 • [3] 3682–3683
- Wahlabsprachen > [1] 100, 139–140, 156 • [3] 3641
- Wahlergebnisse > [1] 100, 156, 158, 164–166, 176, 185–187, 293–295 • [3] 3638, 3641, 3680
- Wahlkampf-Slogans > [1] 145–146
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 273–274
- Wahlkreissitze > [1] 184–187, 240 • [3] 3680–3681
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Deutsche Partei (DP) [Fraktion/Gruppe]

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 676–677
- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644
- Angehörige freier Berufe > [1] 684, 689, 691, 693
- Angestellte des öffentlichen Dienstes > [1] 684, 688, 690, 692
- Angestellte in der Wirtschaft > [1] 684, 689, 691, 693
- Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen > [1] 684, 688, 690, 692
- Arbeiter > [1] 684, 689, 691, 693
- Beamte > [1] 684, 688, 690, 692
- Berufsstruktur der MdB > [1] 684, 688–693
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 659, 827–828, 880 • [2] 2094
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Familienstand der MdB > [1] 665
- Fraktionschronik > [1] 935, 959 • [3] 3643
- Fraktionseigenschaft > [1] 935, 959 • [3] 3643
- Fraktionsvorstand > [1] 959, 985
- Fraktionswechsel > [1] 935, 941 • [3] 3643
- Fusionen > [1] 109, 934–935, 959, 965, 979, 1012 • [3] 3637, 3640, 3643
- Geschlossenheit bei Abstimmungen > [2] 1784
- Gruppe im Bundestag > [1] 935, 959
- Hochschulbildung der MdB > [1] 673
- Kabinettsmitglieder > [1] 1123–1127, 1143
- Koalitionen > [1] 1123–1127, 1133, 1137
- Konfession der MdB > [1] 667
- Mandatszahl > [1] 164–166, 185–187, 903–904, 908–921, 1143 • [3] 3682–3683
- Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 959
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 985

noch: Deutsche Partei (DP) [Fraktion/Gruppe]

- Regierungsmitglieder > [1] 684, 688, 690, 692
- Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 671, 673
- Selbständige > [1] 684, 689, 691, 693
- Spaltung > [1] 935, 1127 • [3] 3643
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [2] 2088
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291 • [3] 3680–3681
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 606–608
- Überhangmandat > [1] 287 • [3] 3682–3683
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2482 • [3] 3068
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636
- weibliche Mitglieder in Führungspositionen > [1] 656, 659
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Deutsche Partei (DP/FVP) > [1] 70, 99, 109, 146, 158, 919, 959, 965, 1126

Deutsche Partei Bayern (DP/DPB) > [1] 137, 911–914, 934, 959, 979 • [3] 3637

Deutsche Partei Bremen (DPB) > [1] 99–100 • [3] 3646

Deutsche Rechtspartei (DRP)

- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69
- Wahlergebnisse > [1] 164, 176

Deutsche Reichspartei (DRP) [Partei]

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 676–677
- Bundesversammlung > [3] 3180
- Gruppe im Bundestag > [1] 934 • [3] 3643
- Mandatszahl > [1] 99, 101, 908, 1011
- Parteigeschichte > [1] 97, 99–100, 122, 130, 934 • [3] 3646
- Parteivorsitzende > [1] 100
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–70, 101
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2469–2470
- Wahlergebnisse > [1] 101, 160, 165–166, 176, 293, 295

Deutsche Reichspartei (DRP) [Gruppe] > [1] 123, 934

Deutsche Sammlung für Einheit, Frieden und Freiheit > [1] 88

Deutsche Sektion der Vierten Internationale > [1] 89, 116

Hinweis

Für Eintragungen im Kapitel 36, das aktuelle NACHTRÄGE enthält, wird keine Seitenzahl angegeben, sondern die Bezeichnung des Abschnitts, z. B. N 1.1.

Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz (ÖKO-UNION)

- Parteigeschichte > [1] 101
- Parteivorsitzende > [1] 101
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 340, 366
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74–75, 101
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576
- Wahlergebnisse > [1] 101, 163, 170–171, 176 • [3] 3576

Deutsche Soziale Bewegung (DSB) > [1] 93, 97, 106

Deutsche Soziale Union (DSU)

- Bundeskabinett > [1] 1113, 1131, 1133, 1143
- CSU-Unterstützung > [1] 91, 101–102 • [3] 3785, 3798, 3886
- Fraktion / Volkskammer > [3] 3811, 3829–3830, 3838, 3858, 3903–3905, 3914
- Fraktionsvorsitzender / Volkskammer > [3] 3858, 3905
- Koalitionen > [1] 1131, 1133 • [3] 3810, 3813, 3817, 3916, 3922–3923
- Mandatszahl / Bundestag > [1] 102, 928, 937, 1014, 1144
- Mandatszahl / Volkskammer > [3] 3887, 3904–3905, 3908–3909, 3922
- Ministerrat der DDR > [3] 3811, 3845, 3922–3923
- Parteigeschichte > [1] 91, 101–102, 937 • [3] 3785, 3795, 3798, 3844–3845, 3886
- Parteivorsitzende > [1] 102 • [3] 3785, 3811, 3844–3845, 3858, 3886
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 340, 367
- Sozialstruktur/Volkskammerfraktion > [3] 3893–3895
- Stellenanteile in Volkskammer-Ausschüssen > [3] 3914
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 76–77, 102 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3886
- Volkskammerwahlergebnis > [3] 3887–3889
- Wahl in Bundestag > [1] 102, 928, 937, 1014, 1131
- Wahlbündnis > [1] 101 • [3] 3791, 3793, 3885–3886 (vgl. im übrigen *Allianz für Deutschland*)
- Wahlergebnisse > [1] 91, 102, 159, 171–172, 176, 204 • [3] 3577, 3824, 3887–3889, N 1.11

Deutsche Sozialisten > Unabhängige Arbeiterpartei (UAP)

Deutsche Staatspartei (DSP) > [1] 107

Deutsche Steuergewerkschaft > [1] 88

Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung

- Kuratorium > [2] 2315

Deutsche Union (DU)

- Parteigeschichte > [1] 102
- Parteivorsitzende > [1] 102
- Rechenschaftsberichte über Einnahmen > [1] 340
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 238
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 73, 102
- Wahlergebnisse > [1] 102, 169

Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. > [3] 3630–3631

Deutsche-Völkische Gemeinschaft (DVG) > [1] 70

Deutsche Volkspartei (DV) > [1] 71, 102, 167

Deutsche Volkspartei (DVP) [vor 1933] > [1] 107

Deutsche Volkspartei (DVP)

- Parteigeschichte > [1] 102–103
- Parteivorsitzender > [1] 103
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 103
- Wahlergebnisse > [1] 172

Deutsche Volksumion – Liste D (DVU) > [1] 129

- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 341, 367
- Teilnahme an Bundestagswahl > [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [1] 122 • [3] 3576
- Wahlergebnisse > [3] 3576, N 1.11

Deutsche Wählergesellschaft > [1] 48–49, 53

Deutsche Welle

- Rundfunkrat > [2] 2082, 2311
- Verwaltungsrat > [2] 2314

Deutsche Wiedervereinigung > Vereinigung Deutschlands

Deutsche Zentrumsparlei > Zentrum

Deutscher Beamtenbund (DBB)

- Mitglieder im Bundestag > [1] 726

Deutscher Block (DB) > [1] 93, 97, 137

Deutscher Bundestag > Bundestag

Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE/DG) > [1] 909, 912, 936 • [3] 3636

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

- Mitglieder im Bundestag > [1] 722–726

Deutscher Mittelstand (UDM) > Union Deutscher Mittelstandsparteien (UDM)

Deutscher Volksrat [DDR] > [2] 1487

Deutschlandfunk

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3488–3489
- Rundfunkrat > [2] 2082, 2311
- Verwaltungsrat > [2] 2314

Deutschlandvertrag > [2] 2599, 2708

Deutschnationale Volkspartei (DNVP) > [1] 99, 121 • [3] 3646

Deutschvölkische Freiheitsparlei (DVFP) > [1] 99

DFD > Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)

DFP > Deutsche Freiheits Partei (DFP), Deutsche Freiheits-Partei (DFP) bzw. Deutsche Forum-Partei (DFP) [DDR]

DFU > Deutsche Friedens-Union (DFU)

DFWG > Deutsche Friedens-Wahlgemeinschaft (DFWG)

DG > Deutsche Gemeinschaft (DG)

DGB > Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

DHP > Deutsch-Hannoversche Partei (DHP)

Diäten

- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3827, 3831, 3876
- Mitglieder des Bundestages > Diäten der Mitglieder des Bundestages
- Mitglieder des Europäischen Parlaments > [3] 3032, 3034–3035, 3037–3039, 3041, 3043, 3048–3051

Diäten der Mitglieder des Bundestages

- Alters- und Hinterbliebenenversorgung > [1] 390 • [2] 2858, 2865–2866, 2868, 2876, 2885 • [3] 3024, 3026, 3029–3031, 3036, 3038–3039, 3048–3049, 3051, 3075, 3198–3199, 3201–3204, 3207–3210, 3212–3213, 3231–3242, 3648
- Angemessenheit > [3] 3003, 3203–3205, 3207
- Anspruch auf Entschädigung > [1] 386–387, 390 • [2] 2336 • [3] 3052, 3060–3063, 3198, 3228
- Aufwandsentschädigung > [1] 390 • [2] 2336, 2855 • [3] 3021–3024, 3026, 3031, 3034, 3037–3038, 3041, 3043, 3048–3051, 3198–3223, 3228, 3660
- Beirat für Entschädigungsfragen > [1] 888 • [3] 3200–3201
- Berichte über Angemessenheit > [1] 391 • [2] 2868, 2874 • [3] 3034, 3049, 3202, 3205–3206, 3216–3223
- Besteuerung > [1] 388 • [2] 2868, 2914–2917 • [3] 3031, 3076, 3198–3204, 3654
- Chronik der Diätengesetzgebung > [2] 2855 • [3] 3198–3213
- Entwicklung > [3] 3075–3076, 3198–3216
- Gesamtausgaben > [3] 3266–3269
- Gesetze > [1] 388–390 • [2] 2336, 2853, 2856, 2858, 2865–2866, 2868, 2874, 2876, 2885 • [3] 3021–3026, 3029–3032, 3034–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3198–3223, 3238, 3240, 3636, 3638, 3642, 3645, 3648, 3652, 3654, 3657, 3660, 3675–3676
- Höhe > [3] 3021–3023, 3026, 3031, 3034–3035, 3037–3039, 3041, 3043, 3048–3051, 3198–3199, 3201–3202, 3205–3206, 3211–3216, 3218–3221, 3228, N 20.3
- Kommissionen zur Überprüfung > [2] 2911, 2916 • [3] 3019, 3027, 3199–3200, 3203–3207, 3210–3211
- Kostenpauschale > [2] 2914, 2916 • [3] 3022–3023, 3026, 3034–3039, 3041, 3043, 3048–3049, 3051, 3198–3199, 3201–3210, 3212–3216, 3218–3224, 3228–3229, 3660, N 20.3
- Plenardebatten > [2] 2903, 2905, 2914–2920, 2924
- Rechtsnatur > [3] 3075–3076, 3199–3201
- Reisekostenersatz > [3] 3198–3199, 3201, 3214–3215, 3223–3224, 3229–3230
- Ruhegeld > Alters- und Hinterbliebenenversorgung
- Sperrung der Bezüge > [1] 32
- Tagegeld(pauschale) > [2] 2856 • [3] 3021–3023, 3025–3026, 3198–3199, 3214–3216, 3223

noch: **Diäten der Mitglieder des Bundestages**

– Übergangsgeld > [1] 390 • [2] 2853, 2876, 2885 • [3] 3025, 3031, 3036, 3048–3049, 3051, 3198, 3202, 3209–3210, 3238

– Unkostensatz > Kostenpauschale

Diätenbesteuerungskommission > [1] 887 • [3] 3198–3200

Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts > [1] 388 • [2] 2918 • [3] 3076, 3200–3201, 3654

Die Friedensliste > alphabetisch unter F

Die Grauen > alphabetisch unter G

Die Grünen (GRÜNE) > alphabetisch unter G

Die Liberalen > alphabetisch unter L

Die MittelstandsPartei (DMP) > alphabetisch unter M

Die Mündigen Bürger > alphabetisch unter M

Die Nelken > alphabetisch unter N

Die Republikaner (REP) > alphabetisch unter R

Dienstalter der Mitglieder der Bundesregierung > [1] 1155–1157

Dienststelle Blank > [1] 1032 • [2] 2660 • [3] 3636, 3639

Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten > [1] 1031

DIP > Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien (DIP)

Direktmandate bei Bundestagswahlen > [1] 183–199, 240 • [3] 3680–3681, N.1.17

Direktor beim Deutschen Bundestag > [2] 2905, 2914 • [3] 3402, 3405, 3416, 3420, 3427–3428, 3607

Direktübertragungen von Plenarsitzungen durch Hörfunk und Fernsehen > [2] 2922, 2927, 2933 • [3] 3488, 3494

– Chronik > [3] 3463, 3482–3486, 3495–3500

– „Parlamentskanal“ > [2] 2933–2934 • [3] 3495–3500

– Statistik > [3] 3486–3487

Direktwahl

– Berliner Abgeordnete > [1] 37–38, 379 • [2] 1509, 1528, 1531, 1535, 1538, 1540 • [3] 3667

– Europäisches Parlament > [2] 2299, 2869, 2917 • [3] 3551, 3554–3560, 3562, 3570–3571, 3581, 3555–3656, 3661, 3666, 3674

DJ > Demokratie Jetzt (DJ)

DJP > Deutsche Jugendpartei (DJP)

DKP > Deutsche Konservative Partei (DKP) bzw. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

DKP-DRP > Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP)

DL > Deutsche Liga für Volk und Heimat (DL)

DMP > Die MittelstandsPartei (DMP)

DNS > Dachverband der Nationalen Sammlung (DNS)

DNVP > Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

Dokumentationen zur Gesetzgebung: Bibliographie > [2] 2456–2465

Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien (DIP) > [2] 2456, 2866, 2942 • [3] 3451

Dokumentationsdienst > Wissenschaftliche Dienste des Bundestages

Doppelmandate

– Bundestag / Europäisches Parlament > [1] 468–469, 631 • [3] 3612, 3688–3689

– Bundestag / Landtage > [1] 434, 459–468 • [3] 3688–3689

Doppelmitgliedschaft Landesregierung/Bundestag > [1] 435, 441–459

– Namensliste > [1] 444–459

– Statistik > [1] 442–443 • [3] 3688–3689

Dorferneuerungsbericht der Bundesregierung > [1] 1347

Dorotheenblöcke > Reichstagsgebäude in Berlin, hier: Neubauten

DP > Deutsche Partei (DP); Demokratische Partei (DP)

DP-BHE > Gesamtdeutsche Partei [DP-BHE] (GDP)

DP/DPB > Deutsche Partei / Deutsche Partei Bayern (DP/DPB)

DP/FVP > Deutsche Partei (DV/FVP)

DPB > Deutsche Partei Bremen (DPB)

DPD > Demokratische Partei Deutschlands (DPD)

DPS > Demokratische Partei Saar

DRP > Deutsche Rechtspartei bzw. Deutsche Reichspartei (DRP)

Dringliche Anfragen (Fragestunde) im Bundestag > [2] 2638, 2641, 2897

– Geschäftsordnung > [2] 2645, 2879 • [3] 3105

– Statistik > [2] 2639, 2646 • [3] 3704–3705, 3708, 3710, N.12.1

Dringliche Gesetzesvorlagen > [2] 2511 • [3] 3095

Drucksachen des Bundestages > [2] 2925

– Verfügbarkeit in öffentlichen Bibliotheken > [2] 2868 • [3] 3506–3508

– Vorblätter > [2] 2863, 2911, 2913–2915, 2928, 2935

– Zahl > [2] 2388–2389 • [3] 3700–3701, 3707, 3710, 3712

DS > Demokratische Sozialisten (DS)

DSB > Deutsche Soziale Bewegung (DSB)

DSP > Deutsche Staatspartei (DSP)

DSU > Deutsch-Soziale Union (DSU) bzw. Deutsche Soziale Union (DSU)

DU > Deutsche Union (DU)

Durchschnittsalter

- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3892
- Mitglieder des Bundestages > [1] 563–565, 639–640, 847, 849, 851, 853, 855 • [3] 3684–3685, 3708–3709, 3892, N 3.2

DV > Deutsche Volkspartei (DV)

DVFP > Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP)

DVG > Deutsche-Völkische Gemeinschaft (DVG)

DVP > Demokratische Volkspartei (DVP) bzw. Deutsche Volkspartei (DVP)

DVU > Deutsche Volksunion (DVU)

DZP > Zentrum

EAG > Europäische Atomgemeinschaft (EAG)

EAP > Europäische Arbeiterpartei (EAP)

EFP > Europäische Föderalistische Partei (EFP)

EG > Europäische Gemeinschaften (EG)

EG-Ausschuß des Bundestages > [2] 2027, 2077, 2121, 2129, 2167, 2882 • [3] 3613, 3616

EG/EU-Mitgliedschaft

- Gesetzgebung > [2] 2377, 2384–2386

EG/EU-Vorlagen > [2] 2589–2591

- Behandlung im Bundestag > [2] 2589–2691, 2869, 2883 • [3] 3042, 3103, 3106, 3118
- Statistik > [2] 2590 • [3] 3700–3701, 3707, 3711

Ehemalige DDR > Östliche Bundesländer

Ehrenordnung für Mitglieder des Bundestages > [3] 3651

Eigentum und Erbrecht > [2] 2357

Einberufung des Bundestages > [1] 387 • [2] 1660–1669, 1734, 2777 • [3] 3052, 3056–3059, 3094, 3101, 3115, N 8.5

Einfache Gesetze > [2] 2428

Einfache Mehrheit > [2] 1732

Einführungsgesetze > [2] 2380

Eingaben

- an Bundestag > Petitionen
- an Wehrbeauftragten > [3] 3163–3166, N 18.2

Eingebrachte Gesetzentwürfe > [2] 2387–2395, 2400–2410, 2413–2415, 2760–2761 • [3] 3700–3705, 3707, 3709–3710, N 11.5

Eingliederung des Saarlandes > [1] 42, 93, 95, 379, 1012, 1443, 1445 • [2] 2602, 2852 • [3] 3023, 3640–3641

Eingriffsvorbehalt > [2] 2354–2355

Einheit jetzt > [3] 3886–3887

Einheit Deutschlands > Vereinigung Deutschlands

Einheitliche Europäische Akte > [1] 1289 • [3] 3559

Einigungsvertrag > Vereinigung Deutschlands

Einnahmen der Parteien > [1] 322–361

Einschätzung (Umfragen)

- Bundestag > [3] 3513–3514, 3532–3535
- Mitglieder des Bundestages > [3] 3524–3530, 3536–3537, 3539–3540
- parlamentarische Arbeit > [3] 3514–3515, 3537

Einschränkung von Grundrechten > [2] 2355, 2365 • [3] 2977

Einspruch

- gegen Bundestagswahlen > [1] 297–299 • [3] 3682–3683, 3707, 3712
- gegen Ordnungsruf > [2] 1992 • [3] 3692–3693
- gegen Sitzungsausschluß > [2] 1989–1992 • [3] 3692–3693

Einsprüche des Bundesrates > [2] 2428–2431, 2433–2437, 2449, 2859 • [3] 2969, 3095, 3700–3701, N 11.8

– Anteil der Einspruchsgesetze > [2] 2396–2397, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8

– Statistik > [2] 2396–2399, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8

– Zurückweisung durch Bundestag > [2] 1733, 1735, 1737–1738, 1741, 1743–1744, 1746, 1748–1753, 1769–1772, 1774–1775, 1778, 1780–1781, 2398–2399, 2428–2431, 2433–2437, 2449 • [3] 3700–3701, N 11.8

Einstellung gegenüber dem Bundestag (Umfragen) > [3] 3510–3512, 3539

Einstimmig und kontrovers verabschiedete Gesetze > [2] 1953–1973

– Statistik > [2] 1954–1956, 2396–2397 • [3] 3702–3703

Einteilung der Wahlkreise (Bundestagswahl) > [1] 33–35, 37, 39–40, 42, 384, 1317 • [3] 3073

Einwilligungsverordnungen > [2] 2592

Einwohnerzahl / Abgeordnetenzahl: Ausland

- Europäisches Parlament > [3] 3597
- nationale Parlamente > [1] 384–385

Einwohnerzahl / Abgeordnetenzahl: Deutschland

- Bundestag > [1] 384–385
- Europäisches Parlament > [3] 3597

Einzelfallstudien zur Gesetzgebung (Bibliographie) > [2] 2512–2537

Einzelgewerkschaften des DGB

- Mitglieder im Bundestag > [1] 724–726

Einzelplan 02 (Haushalt des Bundestages) > [1] 882–883 • [3] 3195–3269

- Beratungen im Plenum > [2] 2902–2920
- Ist-Ausgaben > [3] 3196–3197 (*Einzelheiten siehe unter Ausgaben des Bundestages*)

Eisenbahnneuordnung > [2] 2351–2352, 2372 • [3] 2975, 2981

Elektronische Datenverarbeitung

– Anwendung im Bundestag > [2] 2456–2465, 2866, 2868, 2870, 2872–2873, 2875, 2912–2914, 2919, 2923–2924, 2928, 2931 • [3] 3431–3432, 3434, 3438–3439, 3450–3452, 3459–3460

Empfehlungen zur Verfassungsreform > [3] 3006–3019

– Enquete-Kommission Verfassungsreform > [2] 2382 • [3] 3006–3013
– Gemeinsame Verfassungskommission > [3] 3013–3019

Energieprogramm / Energiebericht der Bundesregierung > [1] 1371, 1373

Enquete-Kommission ...

– Auswärtige Kulturpolitik > [2] 2252–2253, 2270, 2290, 2294, 2861, 2898 • [3] 3650, 3653
– Chancen und Risiken der Gentechnologie > [2] 2148, 2258–2259, 2272, 2291, 2296 • [3] 3475–3476, 3661
– Demographischer Wandel > [2] 2169, 2178, 2266–2267, 2281–2282, 2284–2285, 2292 • [3] 3478, 3672, 3675, N 9.11
– Frau und Gesellschaft > [2] 2137, 2254–2255, 2270–2271, 2290 • [3] 3474–3475, 3653, 3655
– Gefahren von AIDS ... > [2] 2155–2156, 2260, 2273, 2291, 2297, 2692 • [3] 3475–3476, 3664
– Gentechnologie > [1] 1337
– Geschichte und Folgen der SED-Diktatur > [2] 2168, 2178, 2265–2268, 2280–2281, 2285–2286, 2291, 2297 • [3] 3478, 3671, 3675, N 9.11
– Jugendprotest im demokratischen Staat > [2] 2140, 2256, 2271, 2291, 2296 • [3] 3475, 3658
– Neue Informations- und Kommunikationstechniken > [2] 2140, 2256, 2271, 2290, 2295–2296 • [3] 3658
– Schutz der Erdatmosphäre > [1] 1302 • [2] 2156–2157, 2167, 2261–2262, 2264, 2274–2278, 2291, 2694 • [3] 3475–3477, 3670
– Schutz des Menschen und der Umwelt > [2] 2167–2168, 2178, 2265, 2267, 2278–2279, 2282–2284, 2291, 2297, 2703 • [3] 3478, 3664, 3671, 3675, N 9.11
– Sekten- und Psychogruppen > [2] 2178, 2269, 2289, 2292 • [3] 3478, 3676, N 9.11
– Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung > [2] 2156, 2261, 2274, 2291 • [3] 3476, 3664
– Technikfolgenabschätzung und -bewertung > [2] 2148, 2157, 2259, 2263, 2273, 2275, 2291, 2296–2297, 2820–2826, 2874 • [3] 3476–3478, 3662, 3664
– Verfassungsreform > [2] 2245, 2252–2254, 2270, 2290, 2294–2295, 2332, 2914, 2942 • [3] 3006–3013, 3474, 3651, 3653–3654

– Zukünftige Bildungspolitik ... > [2] 1514, 2157, 2263, 2275–2276, 2291 • [3] 3476–3477, 3664
– Zukünftige Kernenergiepolitik > [2] 2137, 2140, 2255, 2257, 2271–2272, 2290, 2295, 2818 • [3] 3474, 3656, 3658
– Zukunft der Medien > [2] 2174, 2178, 2268–2269, 2286–2288, 2292 • [3] 3676, N 9.11

Enquete-Kommissionen des Bundestages > [2] 2250–2297

– Abgrenzungsmerkmale zu Untersuchungsausschüssen > [2] 2249
– Anträge auf Einsetzung > [2] 2252–2269, 2293–2294, 2781
– antragsberechtigte Mehrheit > [2] 2250
– Arbeitsgruppen > [2] 2252–2256, 2258–2259
– Arbeitsweise und Organisation einzelner Enquete-Kommissionen (Bibliographie) > [2] 2294–2297
– Aufgaben > [2] 2249–2250
– Befugnisgesetz > [2] 2250 • [3] 3009, 3028–3029
– Befugnisse > [2] 2249–2250 • [3] 3009
– Berichte > [2] 2879 • [3] 3105
– Daten der Einsetzung > [2] 2252–2269 • [3] 3650–3651, 3653, 3655–3656, 3658, 3661–3662, 3664, 3670–3672, 3675–3676
– Einführung > [2] 2250, 2861, 2898 • [3] 3100, 3650
– Geschäftsordnung > [2] 2250, 2781, 2861, 2879 • [3] 3100, 3105, 3116
– Gesetzgebung > [2] 2382
– Mitgliederzahl > [1] 552–553 • [2] 2290–2292
– Mitgliedschaft > [2] 2781
– Öffentliche Anhörungen > [2] 2123, 2137, 2140, 2148, 2155–2157, 2167–2169, 2174, 2178 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.6
– Organisation und Arbeitsweise einzelner Enquete-Kommissionen (Bibliographie) > [2] 2294–2297
– ostdeutsche Mitglieder als Vorsitzende > [2] 1599
– Sitzungen > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2252–2269 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.1
– Statistik > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2123, 2251 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.1, N 9.11
– Stellung > [2] 2249–2250 • [3] 3009
– Unterkommissionen > [2] 2253–2254, 2256–2257
– Untersuchungsaufträge > [2] 2270–2289
– Untersuchungsausschüsse > [2] 2249–2250
– Verzeichnis > [2] 2251–2269 • [3] N 9.11
– Vorsitzende > [2] 2252–2269
– Zahl > [2] 2021–2023, 2251 • [3] 3694–3695, 3711, N 9.1
– Zusammensetzung > [2] 2249–2250, 2290–2292, 2781

Entlassungen von Bundesministern > Rücktritte

Hinweis

In das vorliegende Sachregister sind die Abkürzungen von Parteien, Fraktionen, Gremien usw. eingearbeitet.

Entlassungsanträge des Bundestages

- gegen Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1248–1249, 1254 • [3] 3698–3699
- gegen Regierungsmitglieder > [1] 1247–1254 • [2] 1739, 1743, 1754–1755, 1757, 1780, 2663, 2760–2761, 2893 • [3] 3698–3699, 3704–3705, 3711

Entlastung der Bundesregierung > [2] 2806–2809**Entschädigung [Aufwandsentschädigung] der Mitglieder des Bundestages > [1] 386–387, 390 • [2] 2336, 2855 • [3] 3021–3024, 3026, 3031, 3034, 3037–3038, 3041, 3043, 3052, 3060–3063, 3198–3223, 3228, 3660, N 20.3**

- Berichte über Angemessenheit > [1] 391 • [2] 2868, 2874 • [3] 3034, 3049, 3202, 3205–3206, 3216–3223
- Besteuerung > [1] 388 • [2] 2868, 2914–2917 • [3] 3031, 3076, 3198–3201, 3654
- Chronik der Diätengesetzgebung > [3] 3198–3213
- Entwicklung > [3] 3075–3076, 3198–3216
- Rechtsnatur > [3] 3075–3076, 3199–3201

(weitere Untergliederungen vgl. unter dem Stichwort *Diäten*)

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts > Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen**Entscheidungsbaum, Entscheidungstabellentechnik**

- Wirkungsanalyse von Gesetzen > [2] 2542, 2545

Entscheidungsprozesse > Politische Willensbildung**Entschließungen zur Hauptstadt Berlin > [2] 1476–1486, 1518, 1546, 1601–1602, 1605–1606 • [3] 3044, 3671****Entschließungsanträge > [2] 1721–1722, 2779, 2871 • [3] 3101****Entsorgungsbericht der Bundesregierung > [1] 1326, 1351****Entstehung des Bundeshaus-Komplexes in Bonn > [3] 3271–3333, 3637, 3647, 3649, 3664****Entstehung von Gesetzen (Einzelfalluntersuchungen) > [2] 2512–2537****Entwicklungshilfeminister in der Bundesregierung > [1] 651, 1103–1104, 1197, 1214–1219 • [3] 3649, 3654–3655, 3665****EP > Europa Partei (EP)****Erfolgreiche Gesetzesinitiativen der Opposition > [2] 2764–2771**

- Liste der Gesetze > [2] 2766–2771
- Statistik > [2] 2764–2765

Erfolgreiche parteilose Wahlkreisbewerber > [1] 284–286**Erfolgreiche Wahljahre für CDU/CSU und SPD > [1] 312–313****Erforderliche Abstimmungsmehrheiten im Bundestag > [2] 1730–1734****Erklärungen zur Abstimmung im Bundestag > [2] 1788–1952**

- Daten und Gegenstand > [2] 1792–1952

- Geschäftsordnung > [2] 1788–1789, 2777, 2855, 2863, 2878, 2927–2928, 2931 • [3] 3101, 3104, 3115
- Statistik > [2] 1790–1791 • [3] 3690–3691, 3707

Erlaß von Rechtsverordnungen

- Gesetzesvorbehalt > [2] 2355, 2376 • [3] 3064–3065
- Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages > [2] 2592–2595 • [3] 3031–3032, 3097

Erlöschen der Mitgliedschaft im Bundestag > Aberkennung von Mandaten**Ernährungsminister in der Bundesregierung > [1] 1081–1082, 1147, 1192, 1208, 1213, 1218, 1220 • [3] 3642, 3672, N 6.3****Ernennung der Bundesminister > [2] 2309****Erprobung von Gesetzentwürfen > [2] 2538–2588****Ersatzparlament im Verteidigungsfall > Gemeinsamer Ausschuß nach Art. 53a GG****Ersatzparlament zwischen zwei Wahlperioden > [2] 2298–2299****Ersatzplenarsaal Wasserwerk in Bonn > [2] 1546, 1565, 1632–1633, 1635, 2877, 2882, 2918 • [3] 3307–3309, 3312–3314, 3326–3327, 3330, 3663****Erste Sitzung des Bundestages > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3052, 3056–3059, 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26****Erster Bürgermeister [Hamburg] > [1] 857, 860, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460****Erstes Deutsches Fernsehen (ARD)**

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3494
- Übertragung von Plenarsitzungen > [3] 3483–3487

Erstmalige Anwendung von Parlamentseinrichtungen und -verfahren > [2] 2887–2901

- Aktuelle Stunde > [2] 2705, 2857, 2897, 2909 • [3] 3098, 3646
- Antrag auf Entlassung eines Bundesministers > [2] 2893
- Antrag auf Entlassung eines Parlamentarischen Staatssekretärs > [2] 2901
- Antrag auf Mißbilligung des Verhaltens eines Bundesministers > [2] 2894
- Auflösung des Bundestages > [2] 2899
- Beifall > [2] 2889
- Bezweiflung der Beschlußfähigkeit > [2] 2893
- Dringliche Anfrage > [2] 2897
- Einbringung eines Gesetzentwurfs > [2] 2890
- Enquete-Kommission > [2] 2250, 2861, 2898 • [3] 3650
- Ersuchen um Gesetzentwurf-Vorlage > [2] 2891
- Fragestunde > [2] 2638, 2644, 2851, 2894–2895 • [3] 3096, 3637
- Geschäftsordnungs-Änderung > [2] 2896
- Große Anfrage (Einreichung) > [2] 2892
- Große Anfrage (Beantwortung) > [2] 2892

noch: Erstmalige Anwendung von Parlamentseinrichtungen und -verfahren

- Grundgesetz-Änderung > [2] 2894 • [3] 2964
- Herbeirufung eines Regierungsglieders > [1] 1256 • [2] 2894
- Jahresbericht des Wehrbeauftragten > [2] 2897
- Kabinetinformation > [2] 2742, 2866, 2875, 2899–2900 • [3] 3653
- „Kernzeit-Debatte“ > [2] 2901
- Konstruktives Mißtrauensvotum > [2] 2898–2899
- Kurzintervention > [2] 2900
- Mandatsaberkennung > [2] 2895
- Mandatsverzicht > [2] 2889
- namentliche Abstimmung > [2] 2893
- Öffentliche Anhörung > [2] 2121, 2850, 2896
- Ordnungsruf > [2] 2890
- Redner > [2] 2889
- Regierungsbefragung > [2] 2742, 2745–2746, 2866, 2875, 2877, 2900 • [3] 3653, 3662, 3665
- Sitzungsausschuß > [2] 2892
- Sondersitzung > [2] 2893
- Untersuchungsausschuß > [2] 2188, 2893
- Verabschiedung eines Gesetzes > [2] 2892
- Verkündung eines Gesetzes > [2] 2892
- Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß > [2] 2896
- Vertrauensfrage des Bundeskanzlers > [2] 2899
- Vertrauensfrage-Ersuchen > [1] 1246 • [2] 2898
- Wahl des Bundeskanzlers > [1] 1019 • [2] 2890
- Wahl des Bundestagspräsidenten > [1] 863 • [2] 2889
- Wahl des Wehrbeauftragten > [2] 2896 • [3] 3159
- Wortentziehung > [2] 2890–2891
- Worterteilung an den Wehrbeauftragten > [2] 2898
- Wortmeldung des Bundestagspräsidenten > [2] 2894
- Wortmeldung eines Bundesratsmitgliedes > [2] 2891
- Zwischenfrage > [2] 1685, 2853, 2895–2896 • [3] 3638
- Zwischenruf > [2] 2889

Erststimme bei Bundestagswahl > [1] 28, 31, 44

- Abgeordnete mit Erststimmenanteil über 55% > [1] 241–264
- ungültige Stimmen > [1] 289–290

Erstwählerverhalten

- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 226–229
- Stimmabgabe bei Europawahlen > [3] 3578–3579
- Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen > [1] 153–154

Ersuchen des Bundestages an die Bundesregierung

- Vorlage eines Berichts > [1] 1266–1377
- Vorlage eines Gesetzentwurfs > [1] 1378–1432 • [2] 2382, 2388, 2891 • [3] 3704–3706, 3709

Erweiterte Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes > [2] 2368 • [3] 2982**Erweiterte öffentliche Ausschlußberatungen > [2] 2781–2782, 2884 • [3] 3010, 3107, 3675, N 8.21, N 9.1****Erziehungsfunktion des Parlaments > [2] 2836, 2842****Estland > Baltische Länder**

EU > Europäische Union (EU) bzw. Europa-Union der DDR (EU)

Europaausschüsse

- Bundestag > [3] 3612, 3615 (siehe im übrigen Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Kommission)
- Konferenz (COSAC) > [3] 3618–3623

Europakammer des Bundesrates > [3] 2975, 3016

Europa-Kommission des Bundestages > [1] 553 • [2] 1995, 2022–2023, 2123, 2148, 2874 • [3] 3558, 3613–3615, 3660, 3694–3695

Europa-Partei (EP)

- Parteigeschichte > [1] 105
- Parteivorsitzende > [1] 105
- Rechenschaftsberichte über Einnahmen > [1] 342, 368
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 71, 105
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2471
- Wahlergebnisse > [1] 105, 162–163, 167, 176

Europa-Union der DDR (EU)

- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3886

Europäische Arbeiterpartei (EAP)

- Parteigeschichte > [1] 88, 104–105, 128
- Parteivorsitzende > [1] 105
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72–73, 105
- Teilnahme an Europawahlen > [3] 3574–3575
- Wahlergebnisse > [1] 105, 159, 168–169, 176 • [3] 3574–3575

Europäische Atomgemeinschaft (EAG) > [3] 3553–3554**Europäische Demokraten**

- Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3580–3586

Europäische Demokraten für den Fortschritt

- Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3580–3582

Europäische Föderalistische Partei (EFP)

- Parteigeschichte > [1] 105
- Parteivorsitzende > [1] 105
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 342, 368
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 71–72, 75, 105
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3575
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3886
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2471 • [3] 3075
- Wahlergebnisse > [1] 105, 162–163, 167–168, 171, 176 • [3] 3575, 3887

Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei (EFP) > Europäische Föderalistische Partei (EFP)**Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) > [3] 3550, 3553–3554**

- Gemeinsame Versammlung > [1] 552–553 • [2] 2317, 2851 • [3] 3550, 3553

Europäische Impulse zur Gesetzgebung > [2] 2384–2386

Europäische Parlamentspräsidenten

– Konferenzen > [2] 2867 • [3] 3598–3603, 3654

Europäische Rechte

– Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3583–3584

Europäische Soziale Bewegung in Deutschland > [1] 106

Europäische und internationale Beziehungen > [3] 3542–3625

– Koordinierungsgremien beim Bundestag > [3] 3612–3618

Europäische Union (EU) > [3] 2975, 2977, 3042, 3361–3365, 3556, 3558

– Mitwirkung Bundestag/Bundesrat > [2] 2350 • [3] 2997, 3015–3016, 3042

– Übertragung von Hoheitsrechten > [2] 2372

– Verfassungsentwurf > [3] 3562

Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) > [2] 1488–1489, 1736, 2040, 2482, 2517, 2599 • [3] 2983, 3067–3068

Europäische Volksbewegung Deutschlands (EVD)

– Parteigeschichte > [1] 106

– Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 106

– Wahlergebnisse > [1] 106, 160, 164, 176

Europäische Volkspartei (EVP)

– Fraktion im Europäischen Parlament (Christlichdemokratische Fraktion) > [3] 3580–3587, 3591

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) > [2] 2603 • [3] 3553–3554

Europäischer Rat > [3] 3555

Europäischer Rechnungshof > [3] 3556

Europäisches Parlament > [3] 3551–3598

– Abgeordnetengesetz > [3] 3032, 3034–3035, 3037–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3557, 3656–3657

– Ablehnung des Haushaltsplans der Gemeinschaft > [3] 3557–3559, 3562

– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland > [3] 3589–3594

– Ausschußsitzungen > [3] 3551, 3557

– Befugnisse > [1] 1288–1289 • [3] 3042, 3551–3552, 3554–3565

– Beobachter aus den neuen Bundesländern > [3] 3560, 3594–3596

– Berliner Abgeordnete > [3] 3551, 3574–3576

– Bürgerbeauftragter > [3] 3562, 3564

– Chronik > [2] 2855 • [3] 3550, 3553–3565

– deutsche Ausschußvorsitzende > [3] 3592–3594

– deutsche Fraktionsvorsitzende > [3] 3591

– deutsche Präsidenten > [3] 3560, 3563, 3590

– deutsche Vizepräsidenten > [3] 3590

– Deutscher Bundestag > [1] 468–469, 631, 888–889 • [2] 2299, 2317, 2857, 2874 • [3] 3553, 3556–3558, 3570–3572, 3612–3618, 3660, 3688–3689

– Direktwahl > [2] 2869, 2917 • [3] 3551, 3554–3560, 3562, 3567, 3570–3571, 3581, 3655–3656, 3661, 3666, 3674

– Doppelmandate > [3] 3560

– Doppelmandate Bundestag > [1] 468–469, 631 • [3] 3612, 3688–3689

– Entschließungen > [3] 3554, 3556–3564

– Fraktionen > [3] 3588–3589, 3591

– Fraktionsstärken > [3] 3581–3587

– Gemeinsame Versammlung der Montanunion > [1] 552–553 • [2] 2317, 2851 • [3] 3550, 3553

– Kommission > [3] 3563–3565

– Konstituierung > [2] 2855 • [3] 3553, 3555, 3557, 3559–3560, 3563

– Mandatsverteilung > [3] 3574–3577, 3581–3587

– Mandatszahlen der einzelnen Mitgliedsländer > [3] 3561–3562, 3566–3567, 3582–3587, 3595, 3597

– Mißtrauensanträge gegen Kommission > [3] 3555

– Mißtrauensanträge gegen Ministerrat > [3] 3558–3559

– Mitglieder > Mitglieder des Europäischen Parlaments

– Mitgliedsländer > [3] 3553, 3555, 3557, 3559, 3563, 3565–3567

– Parlamentssitz > [3] 3551, 3557, 3562

– Plenarsitzungen > [3] 3551, 3557, 3562

– Präsidenten > [3] 3553, 3557–3560, 3563–3564

– Repräsentativität > [3] 3595–3598

– Sitzverteilung > [3] 3581–3587

– Untersuchungsausschüsse > [3] 3558, 3561

– Vereinigung Deutschlands > [3] 3560–3561, 3594–3596

– Wahl > Wahlen zum Europäischen Parlament, Europawahlen

– Wahlgesetze > [2] 2869 • [3] 3554–3556, 3558, 3565–3573, 3673

– Zahl der Abgeordneten > [1] 552–553 • [3] 3551, 3553, 3555–3557, 3559, 3561–3563, 3565, 3581–3587, 3595–3598

– Zusammensetzung > [3] 3581–3587

Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation > [2] 2869 • [3] 3432, 3599–3601

Europarat > [3] 3544–3545

– Chronik > [3] 3544–3546, 3636

– Parlamentarische [Beratende] Versammlung > [1] 552–553 • [2] 2316, 2849 • [3] 3544–3545, 3636

– Tätigkeitsbericht > [1] 1286

– Wahlgesetze > [2] 2316, 2849 • [3] 3545–3546, 3636

Europawahlen > [3] 3565–3580

– Daten > [3] 3557–3560, 3562, 3656, 3661, 3666, 3674

– repräsentative Wahlstatistik > [3] 3578–3579

– Sitzverteilung > [3] 3581–3587

– Wahlbeteiligung > [3] 3580

noch: **Europawahlen**

- Wahlergebnis Bundesrepublik Deutschland > [3] 3574–3579
- Wahlkampfkostenerstattung > [1] 316, 330–361 • [3] 3034

Europawahlgesetz > Wahlgesetze/Europäisches Parlament**Evaluierung** > Wirkungsanalyse von Gesetzen**Evangelische Kirche in der DDR** > Deutsche Demokratische Republik**EVD** > Europäische Volksbewegung Deutschlands (EVD)**EVG** > Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)**EVP** > Europäische Volkspartei (EVP)**EWG** > Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)**Exekutive**

- Rechtsetzungsbefugnisse > [3] 3010

Exodus > [2] 1983–1987 • [3] 3690–3691**Fachausschüsse des Bundestages** > [2] 2021, 2034–2080 • [3] 3119, N 9.2**Fairneßabkommen für Wahlkampf** > Wahlkampfabkommen der Parteien**Fallstudien zur Gesetzgebung** > [2] 2512–2537**Faltblatt „Weg der Gesetzgebung“** > [3] 3472**FAMILIE** > Deutsche Familien-Partei (FAMILIE), Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE)**Familienbericht der Bundesregierung** > [1] 1332**Familienminister in der Bundesregierung** > [1] 650–651, 653–655, 843, 1088–1089, 1149, 1196, 1214–1215, 1217–1219, 1252 • [2] 1600, 1674 • [3] 3649, 3658, 3662, 3665, N 6.3**Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE)** > [3] N 1.5, N 1.11 (siehe im übrigen *Deutsche Familien-Partei*)**Familienstand der Mitglieder des Bundestages** > [1] 643–644, 662–665, 846, 848, 850, 852, 854–855 • [3] N 3.12**FAP** > Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)**FBU** > Freie Bürger Union (FBU)**FDGB** > Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)**FDJ** > Freie Deutsche Jugend (FDJ)**FDP** > Freie Demokratische Partei (FDP)**FDU** > Freie Deutsche Union (FDU) [DDR]**FDUD** > Freie Demokratische Union Deutschlands (FDUD) [DDR]**FDV** > Freie Deutsche Volkspartei Berlin (FDV)**Feministische Partei DIE FRAUEN** > [1] 107 • [3] N 1.5, N 1.11**Fernsehen (1. und 2. Programm)**

- Sendungen mit Parlamentsberichterstattung > [3] 3494
- Übertragungen von Plenarsitzungen > [2] 2858 • [3] 3482–3487

Feststellung der Beschlußfähigkeit im Bundestag > [1] 1258–1259, 1265 • [2] 1976–1987 • [3] 3115, 3690–3691, 3706, 3709–3710**Feststellung des Verteidigungsfalles** > [2] 1733, 2839 • [3] 2968–2969**FI** > Föderalistische Internationale [FI] der Europäischen Föderalistischen Parteien**FIBAG-Ausschuß** > [2] 2191, 2206 • [3] 3644**Filmförderungsanstalt**

- Verwaltungsrat > [2] 2312

Finanzausgleich > [2] 2338, 2342, 2364, 2369 • [3] 2982**Finanzausschuß des Bundestages** > [2] 2095, 2293

- DDR-Themen > [2] 1521, 1531, 1534, 1539
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- Öffentliche Anhörungen > [2] 2125–2127, 2131–2132, 2134, 2136, 2138, 2142–2143, 2150–2151, 2160–2162, 2171–2172, 2179
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [2] 2118
- Verbandsfärbung > [2] 2110, 2179
- Verzeichnis > [2] 2036, 2043–2044, 2048, 2051, 2054, 2056, 2060, 2063, 2065, 2069, 2072, 2075, 2079
- Zahl der Sitzungen > [2] 2026–2027
- Zusammensetzung > [2] 2114

Finanzbericht der Bundesregierung > [1] 1307**Finanzgerichtsbarkeit** > [2] 2339**Finanzierung der Parteien** > Einnahmen der Parteien**Finanzkontrolle** > [2] 2783–2809**Finanzminister in der Bundesregierung** > [1] 843, 1075–1077, 1149, 1190, 1195–1197, 1200, 1202–1203, 1205–1206, 1208–1209, 1214–1219, 1250–1252, 1254 • [2] 1674–1677 • [3] 3651–3652, 3655, 3658, 3665, 3667, N 6.12, N 26**Finanzplan** > [1] 1306 • [2] 2803**Finanzplanung** > [2] 2858 • [3] 2968**Finanzpolitik**

- Kontrolle des Bundestages > [2] 2783–2809

Finanzverfassung[sreform] > [2] 2859 • [3] 2966, 2970, 3012–3013, 3649**Finanzverwaltung** > [2] 2339, 2346, 2361, 2370 • [3] 2982**Finanzvorlagen** > [2] 2854, 2862, 2913 • [3] 3096–3097, 3100–3101, 3118**Finanzwesen** > [3] 2961

Finanzwirksame Gesetze > [2] 2805–2806 • [3] 2970, 2982

Finnland

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [3] 3597
- Deutsch-finnische Parlamentariergruppe > [3] 3609–3611
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3551, 3563, 3587
- Mandatzahl/Europaparlament > [3] 3567, 3597
- Sitzverteilung/Europaparlament > [3] 3587
- Wahlrecht/Wahlsystem > [3] 3567

Flußdiagramm

- Wirkungsanalyse von Gesetzen > [2] 2544

Föderalismuskommission > [2] 1606, 1610, 1614

Föderalistische Internationale [FI] der Europäischen Föderalistischen Parteien > [1] 105

Föderalistische Union (FU) [Partei]

- Parteigeschichte > [1] 85, 103, 106
- Parteivorsitzender > [1] 106
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 70, 85, 103, 106
- Wahlergebnisse > [1] 106, 162, 166, 176
- Wahlkreis-Absprachen > [1] 140

Föderalistische Union (FU) [Fraktion]

- Anfragen-Statistik > [2] 2642–2644
- Fraktionsvorstand > [1] 649, 960
- Fraktionswechsel > [1] 941
- Fusion > [1] 103, 106, 934, 944, 960 • [3] 3637
- Mandatzahl > [1] 911–914

Förderpreise für Arbeiten zum Parlamentarismus > [3] 3500–3502

- Preisträger > [3] 3501–3502

Folgegesetze > [2] 2378

Forschungsbericht der Bundesregierung > [1] 1312

Forschungsminister in der Bundesregierung > [1] 842–843, 1100, 1102–1103, 1217–1218, 1220 • [2] 1600, 1674 • [3] 3655, 3672–3673

Fortschreibungsgesetze > [2] 2378

Fortschrittliche Volkspartei (FVP) [DDR] > [1] 101

Fortschrittsberichte zur Literatur über den Bundestag > [3] 3926–3928

FORUM > Neues Forum

„Forum Demokratie leben“ > Parlamentsseminare

Forum Demokratische Sozialisten > [1] 95

„Forum Parlament“ (Wandzeitung) > [3] 3472

Forums-Partei Thüringen > [1] 101

„Fragen an die deutsche Geschichte“ (Ausstellung/Katalog) > [2] 2916 • [3] 3350, 3468, 3470, 3472

Fragesteller der Anfragen im Bundestag > [2] 2640–2644, 2759–2760 • [3] N 12.1

Fragestunde

- Bundestag > Fragestunde des Bundestages
- Volkskammer der DDR > [3] 3764, 3830, 3833–3834, 3836, 3841, 3846–3849, 3851, 3868, 3871, 3877

Fragestunde des Bundestages > [2] 2638

- Aktuelle Stunde > [2] 2705–2707, 2780, 2871 • [3] 3120, 3704–3705
- DDR-Themen > [2] 1505, 1511–1512, 1514–1515, 1517, 1519, 1521, 1524, 1528, 1532, 1535, 1539–1540, 1556
- Einführung > [2] 2638, 2644, 2851, 2894–2895 • [3] 3096, 3637
- dringliche Anfragen > [2] 2638, 2645–2646, 2651, 2879, 2897 • [3] 3105, 3120, 3704–3705, 3710, N 12.1
- Geschäftsordnung > [2] 2644–2645, 2705–2707, 2780, 2851, 2855–2856, 2869, 2871, 2879, 2884, 2895, 2897, 2912 • [3] 3096–3097, 3100, 3102, 3105, 3107, 3120
- Haushaltsberatungen > [2] 2786–2804, 2859
- Mündliche Anfragen > Mündliche Anfragen im Bundestag
- Opposition > [2] 2651–2653, 2758
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1109
- Plenardebatten zur Reform > [2] 2912–2913, 2922, 2931, 2934, 2936
- SPIEGEL-Fragestunde > [2] 2651–2653, 2895 • [3] 3644
- Statistik > [2] 1715, 1717, 2639, 2644, 2646 • [3] 3690–3691, 3704–3708, 3710, N 12.1
- Zusatzfragen > [2] 2651–2653, 2853, 2855 • [3] 3097

Fraktion im Ausschuß (Obmann) > [2] 2782, 2871 • [3] 3114

Fraktion Unabhängiger Abgeordneter (FUA) > [3] 3184–3185

Fraktionen

- Bundestag > Fraktionen des Bundestages
- Europäisches Parlament > [3] 3580–3589, 3591
- Parlamentarischer Rat > [1] 624–625
- Volkskammer der DDR > [3] 3715, 3815, 3902–3911, 3914
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Fraktionen des Bundestages > [1] 895–1015

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 676–677
- Abkürzungen > Kap. 32: Sachregister
- Absprachen zur Debattendauer > [2] 1723–1726, 2786–2804, 2865, 2867
- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646 • [3] N 12.1
- Arbeitsgemeinschaften > [1] 934–935
- Arbeitsgruppen > [1] 989–1005
- Arbeitsgruppenvorsitzende > [1] 992–995, 999–1000
- Arbeitskreise > [1] 998–1005 • [2] 2852
- Arbeitskreisvorsitzende > [1] 990–991, 996–998, 1001–1005
- Ausgaben > [3] 3258–3259
- Begriffsbestimmung > [1] 895–896

noch: **Fractionen des Bundestages**

- Benennung der Ausschuß- und Kommissionsmitglieder > [2] 2781, 2814
- Berechnung der Stellenanteile in den Ausschüssen > [2] 2081–2092
- Berlin-Sitzungen > [2] 1499–1501 • [3] 3696–3697, N 7.3
- Besetzung der Ausschußvorsitze > [2] 2093–2095, 2305
- Besetzung des Bundestagspräsidiums > [1] 827–832, 879–881 • [2] 2780, 2883 • [3] 3106
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 658–662, 826–832, 836 • [2] 2300
- Bildung > [1] 896–897, 934, 944, 970, 979 • [2] 2851, 2860 • [3] 3095, 3098
- Dauer der Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Debattendauer-Regelungen > [2] 1723–1726 • [2] 2786–2804, 2865, 2867
- Durchschnittsalter der MdB > [1] 564–565, 849, 851, 853, 855 • [3] N 3.2
- Erklärungen zur Abstimmung > [2] 1788–1952
- Ersuchen an Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzesentwurfs > [1] 1432
- Finanzierung > [1] 391, 1009 • [2] 2853, 2855–2856, 2869, 2914, 2919 • [3] 3030, 3043, 3046, 3243–3259
- Fractionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden > [1] 902–905 • [3] N 5.3
- Fraktionsgesetz > [1] 391 • [2] 2883 • [3] 3030, 3043, 3046, 3243, 3673
- Fraktionsstatus > [1] 899–900, 980 • [2] 2474, 2479, 2487, 2489 • [3] 3088, 3671, 3675, N 26
- Fraktionswechsel > Fraktionswechsel im Bundestag
- Funktionen > [1] 895–896
- Fusionen > [1] 907, 911, 913, 916, 921, 928, 934–939 • [3] 3688–3689
- Geschäftsführer > [1] 943–979
- Geschäftsordnung > einzelne Fractionen innerhalb Abschnitt 5.7
- Geschlossenheit bei Abstimmungen > [2] 1781–1787
- Gesetzesinitiativen > [2] 2389–2395, 2400–2401
- Graphik > [1] 904–905
- Hilfsdienste > [1] 1006–1011 • [2] 2852–2853, 2856 • [3] 3243, 3258–3259, 3266–3269, 3271
- jüngste Abgeordnete in Führungspositionen > [1] 837–839
- Klagen beim Bundesverfassungsgericht > [2] 2466–2467, 2481–2489
- Koalitionen > Koalitionen (Bund)
- Konstanz > [1] 941–942
- Mandatszahlen > [1] 164–172, 183–199, 902–930 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3 (siehe auch unter den einzelnen Parteien und Fractionen)
- Minderheitenrechte > [2] 2780–2781, 2872 • [3] 3114
- Mindeststärke > [1] 896–897, 934, 944, 979 • [2] 2851, 2860 • [3] 3095, 3098, 3637, 3649
- Mitarbeiter > Mitarbeiter der Fractionen im Bundestag

- Mitglieder > Mitglieder des Bundestages
- Obmann im Ausschuß > [2] 2782
- ostdeutsche Abgeordnete in Führungspositionen > [2] 1596–1598
- Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 943–979 • [3] N 5.7
- Personalausgaben für Mitarbeiter > [1] 1009 • [3] 3266–3269
- Präsidium des Bundestages > [1] 827–832, 879–881 • [2] 2780, 2883 • [3] 3106
- Rechnungslegung > [3] 3043, 3046, 3258–3259
- Rechtsstellung > [1] 391, 895–896 • [2] 2883 (siehe auch unter Fraktionsgesetz)
- Rederecht > [2] 2780–2781 • [3] 3116
- Redezeit > [2] 1723–1726, 2780–2781 • [3] 3116
- Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Sitzordnung im Plenum > [2] 1634–1637
- Sitzungen > Fraktionsitzungen im Bundestag
- Sozialprofil > [1] 845–856
- Spaltungen > [1] 907, 934–939 • [3] 3688–3689
- Statistik > [1] 900–901 • [2] 1994–1995 • [3] 3688–3689, 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [1] 934 • [2] 2081–2092
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2466, 2481–2489
- Voraussetzungen zur Bildung > [1] 896–897, 934, 944, 979 • [2] 2851, 2860 • [3] 3095, 3098, 3637, 3649
- Vorsitzende / Parteivorsitzende > [1] 983–989, 1117–1121 • [3] N 5.8
- Vorstände > [1] 837–839, 943–983, 1117–1121 • [3] N 5.7
- Vorstandssitzungen > [1] 900–901 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- weibliche Abgeordnete > [1] 636–637, 848, 850, 852, 854–855 • [3] N 3.11
- Wechsel > Fraktionswechsel im Bundestag
- weibliche Abgeordnete in Führungspositionen > [1] 648–662, 967, 972
- Zahl der Angestellten > [1] 1007–1009 • [3] 3271
- Zahl der Fractionen > [1] 900–901 • [3] 3692–3693, 3706, N 5.2
- Zugreifverfahren bei Ausschuß-Vorsitz > [2] 2094–2095
- Zusammenhalt > [1] 941–942
- Zuschüsse > [1] 391, 1009 • [2] 2853, 2855–2856, 2869, 2914, 2919 • [3] 3030, 3043, 3046, 3243–3259

Fractionenlose Abgeordnete im Bundestag

- Ausschußmitgliedschaft > [2] 2879, 2881 • [3] 3085–3086, 3105
- Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung > [2] 2473–2474, 2486, 2933 • [3] 3085–3086, 3665
- parteilose Wahlkreisabgeordnete > [1] 164, 284–286
- Zahl > [1] 552–553, 903, 908–930 • [3] 3682–3683

Fractionenlose Abgeordnete im Europäischen Parlament

- > [3] 3580–3587

- Fractionenmindeststärke im Bundestag** > [1] 896–897, 934, 944, 979 • [2] 2851, 2860 • [3] 3095, 3098, 3637, 3649

Fraktionsmitarbeiter > Mitarbeiter der Fraktionen im Bundestag

Fraktionsmitgliederbeiträge an Parteien > [1] 330–361
•[3] 3226–3227

Fraktionssitzungen im Bundestag

- Berlin-Sitzungen > [2] 1499–1501 • [3] 3696–3697
- öffentliche Sitzungen > [2] 1994–1995
- Statistik > [1] 900–901 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- Zeitplan > [2] 2006–2009

Fraktionsspaltungen und Fusionen im Bundestag > [1] 907

- Chronik > [1] 934–937
- Statistik > [1] 938–939 • [3] 3688–3689

Fraktionsvorstände, -vorsitzende

- Bundestag > Fraktionsvorstände im Bundestag
- Europäisches Parlament > [3] 3591
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [3] 3546
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Versammlung der Westeuropäischen Union > [3] 3549
- Volkskammer der DDR > [3] 3902–3907
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Fraktionsvorstände im Bundestag > [1] 943–983, 1117–1121 • [3] N 5.7

- Frauenquote > [1] 967, 972
- jüngste Mitglieder > [1] 837–839
- Mitgliederzahl > [1] 552–553
- ostdeutsche Mitglieder > [2] 1596–1598
- Parteivorsitz > [1] 983–989 • [3] N 5.8
- Parteivorsitz/Kanzlerkandidatur > [1] 1117–1121
- Wahl und Zusammensetzung > [1] 943–983
- weibliche Mitglieder > [1] 648–656, 967, 972
- Zahl der Sitzungen > [1] 900–901 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21

Fraktionswechsel im Bundestag > [1] 907–942

- Bilanz für Fraktionen > [1] 938–941
- Chronik > [1] 934–937 • [3] 3639, 3643, 3650–3651, 3658, 3660–3663, 3669, 3671
- Chronik 6. Wahlperiode > [1] 931–933, 1229–1230, 1239–1240
- Fraktionsstärken > [1] 907–930 • [3] N 5.4
- Mandatsstärke Regierungskoalition/Opposition > [1] 931–933, 1122–1132, 1229–1230
- Statistik > [1] 937–941 • [3] 3688–3689, 3706, 3709–3710, N 5.6
- Untersuchungsausschuß > [2] 2209

Fraktionswechsel in der Volkskammer > [3] 3852, 3855, 3868, 3884, 3903–3905, 3907–3909, 3922–3923

Fraktionszugehörigkeit (Bundestag)

- Ausschußvorsitzende > [2] 2094
- Bundestagspräsident > [1] 879–881
- Kabinettsmitglieder > [1] 1112–1113, 1123–1132, 1143–1145

- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1112–1113
- Vizepräsidenten > [1] 879–881

„Frankfurter Dokumente“ > [1] 628 • [3] 3633

Frankreich

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3587
- Deutsch-französische Parlamentariergruppe > [3] 3609
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3553
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3582–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlssystem > [3] 3566

Französische Besatzungszone

- Parlamentarischer Rat > [1] 624

Frauen

- Kandidatenanteil bei Bundestagswahlen > [1] 637 • [3] 3680–3681
- Mitglieder der Volkskammer > [3] 3893
- Mitglieder des Bundestages > Weibliche Mitglieder des Bundestages
- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 223–231
- Stimmabgabe bei Europawahlen > [3] 3578–3579
- Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen > [1] 152–154

FRAUEN > Frauenpartei (FRAUEN), Feministische Partei DIE FRAUEN

Frauenpartei (FRAUEN)

- Parteigeschichte > [1] 106–107
- Parteivorsitzende > [1] 107
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 342–343, 368
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74–75, 107
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3575
- Wahlergebnisse > [1] 107, 163, 170–171, 177 • [3] 3575

Frauenquote > Quotenregelungen für Fraktionsvorstandsmitglieder

Freiburger Kreis > [1] 108

Freie Berufe > Angehörige freier Berufe

Freie Bürger Union (FBU)

- Parteigeschichte > [1] 107
- Parteivorsitzende > [1] 107
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 343, 368
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 107
- Wahlergebnisse > [1] 107, 172
- Vertretung im Bundestag > [1] 1015

Freie Demokratische Partei (FDP) [Partei]

- Ausgaben > [1] 369
- Bundesminister > [1] 109, 1112–1113, 1123–1125, 1128–1132, 1143–1145
- Bundestagswahlergebnisse > [1] 108, 155–159, 164–173, 177, 184, 186–199, 202–204, 293–295 • [3] 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, 3680–3681, N 1.11, N 26

noch: **Freie Demokratische Partei (FDP) [Partei]**

- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Dauer der Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Direktmandate > [1] 184, 186–187, 240 • [3] 3680–3681
- Einnahmen > [1] 325, 327–329, 344–345
- Europawahlergebnisse > [1] 108 • [3] 3574–3577
- Fraktions- und Parteivorsitzende > [1] 983, 986
- Fusion > [1] 95, 108, 934
- Hochburgen > [1] 243, 274–277
- Jungtürken > [1] 108–109
- Kabinettsmitglieder > [1] 109, 1112–1113, 1123–1125, 1128–1132, 1143–1145
- Koalitionen > [1] 51–52, 55–56, 108–109, 1123–1125, 1128–1134, 1136–1140, 1223–1224, 1232–1237, 1242, 1440–1442, 1444–1456, 1458–1462 • [3] 3640, 3658–3659, N 6.21
- Kontakte zu Ost-Parteien > [3] 3792, 3796, 3885
- Landesverband Baden-Württemberg > [1] 96
- Landesverband Hessen > [1] 121–122
- Landesverband Saarland > [1] 95
- Landtagswahlergebnisse > [1] 1232, 1235
- Mandatsanteil/Kabinettsmitgliederanteil > [1] 1143–1145
- Mandatszahl/Bundestag > [1] 164–172, 184, 186–199, 903–905, 908–930, 1143–1145, 1229 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3574, 3576
- Parteigeschichte > [1] 95, 99, 102, 107–109, 115, 121 • [2] 1544, 1550 • [3] 3668, 3841, 3860
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 983, 986 • [3] N 5.8
- Parteivorsitzende > [1] 108, 986, 1160–1162 • [2] 1550 • [3] 3662, 3675
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 344–345, 369
- Regierungsbeteiligung > [1] 108, 1135 • [3] 3696–3697
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 225–227, 229, 231 • [3] 3579
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 232–239
- Stimmenanteil / Mandatsanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–75, 77, 108 • [3] N 1.5

- Teilnahme an Europawahl > [1] 108 • [3] 3574–3577
- Vereinigung mit Ost-Parteien > [1] 108, 345 • [2] 1544, 1550 • [3] 3668, 3841, 3860
- Wahlergebnisse > [1] 108, 155–159, 164–173, 177, 184, 186–199, 202–204, 293–295 • [3] 3574–3577, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, 3680–3681, N 1.11, N 26
- Wahlkampfkostenerstattungen > [1] 321
- Wahlkampf-Slogans > [1] 145–150
- Wahlkreis-Absprachen > [1] 138–140
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 274–277
- Wahlkreissitze > [1] 184, 186–187, 240 • [3] 3680–3681
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Freie Demokratische Partei (FDP) [Fraktion]

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 676–677
- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646 • [3] N 12.1
- Angehörige freier Berufe > [1] 684–685, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 853, 855
- Angestellte des öffentlichen Dienstes > [1] 684–685, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 853, 855
- Angestellte in der Wirtschaft > [1] 684–685, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 853
- Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen > [1] 684–685, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 853
- Arbeiter > [1] 684–685, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Arbeitskreise der Fraktion > [1] 1001–1003 • [2] 2852
- Arbeitskreisvorsitzende > [1] 1001–1003
- Ausgaben > [1] 1009 • [3] 3259
- Ausschußvorsitzende > [1] 827–832 • [2] 2094–2095
- Beamte > [1] 684–685, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 716, 853, 855
- Beitritt ostdeutscher Abgeordneter > [1] 928, 936
- Beitritt saarländischer Abgeordneter > [1] 918, 1012
- Berufsstruktur der MdB > [1] 684–713, 853, 855
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 660, 827–834, 836
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 572, 578, 853
- Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467
- Durchschnittsalter der MdB > [1] 564–565, 853, 855 • [3] N 3.2
- Familienstand der MdB > [1] 663, 665, 852, 855
- Fragesteller (Anfragen) > [2] 2640–2644, 2646 • [3] N 12.1
- Fraktions- und Parteivorsitzende > [1] 983, 986 • [3] N 5.8
- Fraktionsmitarbeiter > [1] 1008–1009
- Fraktionsvorstand > [1] 827–832, 960–965 • [2] 1597 • [3] N 5.7

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs*, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

- Fraktionswechsel > [1] 908–909, 912, 914–915, 917–923, 926, 929, 931–933, 935, 938, 940, 1229–1230
- frühere Mitglieder der Volkskammer > [2] 1576
- Fusionen > [1] 934
- Geschäftsordnung der Fraktion > [1] 960
- Geschlossenheit bei namentlichen Abstimmungen > [2] 1781–1782, 1784, 1787
- Gesetzesinitiativen > [2] 2761
- Gewerkschaftsmitgliedschaft der MdB > [1] 724, 726, 853, 855
- Hausfrauen > [1] 684–685, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Hilfsdienst der Fraktion > [1] 1008–1009
- Hochschulbildung der MdB > [1] 669, 671, 673, 852, 855 • [3] N 3.14
- Interessenvertreter > [1] 719–721, 853
- Kabinettsmitglieder > [1] 827–832, 1112–1113, 1123–1125, 1128–1132, 1143–1145
- Koalitionen > [1] 1123–1125, 1128–1134, 1136–1140, 1223–1224, 1232–1237, 1242, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460 • [3] 3640, 3658–3659, N 6.21
- Konfession der MdB > [1] 666–667 • [3] 3.13
- Konstanz > [1] 942
- Kontakte zur Volkskammer der DDR > [2] 1486, 1493–1497
- Mandatsanteil / Kabinettsmitgliederanteil > [1] 1143–1145
- Mandatsanteil / Stimmenanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Mandatsdauer der MdB > [1] 572, 578, 853
- Mandatszähl > [1] 164–172, 184, 186–199, 903–905, 908–930, 1143–1145, 1229 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- ostdeutsche Mitglieder in Führungspositionen > [2] 1597
- Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 960–965 • [3] N 5.7
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 829–932, 1112–1113
- Parlamentarische Rat > [1] 625
- Parlamentsneulinge > [1] 580–581, 852 • [3] N 3.4
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 983, 986
- Pfarrer (evangelisch) > [1] 684–685
- Präsidium des Bundestages > [1] 827–832, 880–881
- Regierungsmitglieder > [1] 684–685, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712
- Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 671, 852, 855
- Selbständige > [1] 684–685, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 853, 855
- Sitzordnung im Plenum > [2] 1634–1637
- Sozialprofil der Fraktion > [1] 852–853, 855

- Spaltung > [1] 51, 108–109, 935, 965, 1012, 1125 • [3] 3640
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [2] 2088–2092
- Stimmenanteil / Mandatsanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 606–608
- ununterbrochene Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 578
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2482, 2488, 2491 • [3] 3068, 3090
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636, 852, 855 • [3] N 3.11
- weibliche Mitglieder in Führungspositionen > [1] 649–654, 656, 660, 662
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Freie Demokratische Partei (FDP) [DDR]

- Fraktion / Volkskammer > Die Liberalen [DDR]
- Parteigeschichte > [1] 108 • [2] 1550 • [3] 3788, 3792, 3796, 3811, 3885
- Parteivorsitzende > [1] 108 • [3] 3792, 3860, 3885
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3796, 3811, 3885
- Vereinigung mit West-Partei > [1] 108 • [2] 1550 • [3] 3860
- Wahlbündnis > [3] 3796, 3811, 3885

Freie Demokratische Union Deutschlands (FDUD) [DDR] > [1] 101

Freie Deutsche Jugend (FDJ) > [3] 3724

- Fraktion / Volkskammer > [3] 3748–3749, 3756–3757, 3910–3911
- Fraktionsvorsitzender > [2] 1495–1497 • [3] 3756
- Kontakte zum Bundestag > [2] 1495–1497
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3803, 3885
- Wahlbündnis > [3] 3803, 3885

Freie Deutsche Union (FDU) [DDR] > [1] 101

Freie Deutsche Volkspartei Berlin (FDV) > [1] 920

Freie Grüne Union > Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz (ÖKO-UNION)

Freie Rede > Reden im Bundestag

Freie Volkspartei (FVP) [Partei]

- Fusion > [1] 99, 109, 935, 959 • [3] 3641
- Parteigeschichte > [1] 99, 108–109, 935 • [3] 3640–3641
- Parteivorsitzender > [1] 109, 985
- Regierungsbeteiligung > [1] 109, 1135 • [3] 3696–3697
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 109

Hinweis

Für Eintragungen im Kapitel 36, das aktuelle NACHTRÄGE enthält, wird keine Seitenzahl angegeben, sondern die Bezeichnung des Abschnitts, z. B. N 1.1.

Freie Volkspartei (FVP) [Fraktion]

- Anfragen-Statistik > [2] 2642–2644
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 660, 827, 880
- Fraktionsbildung > [1] 109, 935, 965, 1012
- Fraktionschronik > [1] 109, 935, 959, 965 • [3] 3640–3641
- Fraktionsvorstand > [1] 966
- Fusion > [1] 935, 941, 965, 1012 • [3] 3640–3641
- Kabinettsmitglieder > [1] 1126, 1143
- Koalitionen > [1] 1126, 1133, 1446
- Mandatszahl > [1] 109, 918–919, 1143
- Partei- und Fraktionsvorsitz > [1] 985

Freie Volkspartei (neu) > [1] 129**Freie Wählergemeinschaft Stuttgart (FWS) > [1] 69****Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) > [3]**

3714, 3781, 3801, 3825, 3875

- Fraktion / Volkskammer > [3] 3910–3911
- Teilnahme am Runden Tisch > [3] 3768
- Vorsitzender > [3] 3744, 3751, 3800

Freiheit der Person > [2] 2356**Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)**

- Parteigeschichte > [1] 109
- Parteivorsitzende > [1] 109
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74, 109
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576
- Verbot > [1] 109
- Wahlergebnisse > [1] 109, 161, 170, 177 • [3] 3576

Freiheitliche Partei Deutschlands > [3] N.1.5, N.1.11**Freiheitsentziehung > [2] 2338, 2360****Freisoziale Union (FSU)**

- Parteigeschichte > [1] 110, 128
- Parteivorsitzende > [1] 110, 128
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 346, 369
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 71, 74, 77, 110 • [3] N.1.5
- Wahlergebnisse > [1] 110, 162–163, 167–168, 172, 177 • [3] N.1.11

Freisoziale Union – Demokratische Mitte (FSU) > Freisoziale Union (FSU)**Freiwillige Soldaten auf Zeit**

- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435, 438

Freizügigkeit > [2] 2356, 2367 • [3] 2977**Freundeskreise der CSU > [1] 83, 91****FRIEDEN > Die Friedensliste (FRIEDEN)****Friedensbewegung > [1] 110, 115****Die Friedensliste (FRIEDEN)**

- Parteigeschichte > [1] 95, 98, 110
- Parteivorsitzende > [1] 110
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 345, 370
- Sonstige Politische Vereinigung > [1] 110
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74, 98, 110–111

- Teilnahme an Europawahl > [1] 95, 98, 100 • [3] 3575

- Wahlergebnisse > [1] 111 • [3] 3575

Die Friedensliste NRW > [1] 110, 345, 370**Friedensschluß > [2] 2368****Fristen**

- Vorbereitung und Durchführung von Bundestagswahlen > [1] 37, 58–68

Fristenberechnung > [3] 3096, 3114**Frühere Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen > [1] 610–619, 630–631**

- Länderrat > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685
- Nationalversammlung 1919/20 > [1] 610–613 • [3] 3684–3685
- Parlamentarischer Rat > [1] 610–619 • [3] 3684–3685
- Reichstag > [1] 610–613, 630 • [3] 3684–3685
- Volkskammer der DDR > [2] 1575–1591 • [3] 3684–3685
- Wirtschaftsrat > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685
- Zonenbeirat > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685

FSU > Freisoziale Union (FSU)**FU > Föderalistische Union (FU)****FUA > Fraktion Unabhängiger Abgeordneter (FUA)****Führungsauslese als Parlamentsfunktion > [2] 2837, 2845****Führungspositionen im Bundestag**

- Alter und Mandatsdauer > [1] 834–837
- Besetzung durch Fraktionen > [1] 658–662, 826–832, 836 • [2] 2300–2304
- Besetzung durch jüngste Abgeordnete > [1] 837–845
- Besetzung durch ostdeutsche Abgeordnete > [1] 1592, 1596–1600
- Besetzung durch weibliche Abgeordnete > [1] 648–662
- Chance der Abgeordneten > [1] 832–834
- Synopse parlamentarischer Laufbahnen > [1] 734–825
- Zahl > [1] 657, 827–832

5%-Block-Partei

- Parteigeschichte > [1] 111
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72, 111
- Wahlergebnisse > [1] 111, 159, 168, 177

Fünfprozentklausel bei Bundestagswahlen > [2] 27–28, 31–32, 38–40, 45, 138 • [3] 3087–3088, 3641

- gesamtdeutsche Wahl (1990) > [1] 38, 45 • [2] 1544, 1547, 1557, 1561, 1565 • [3] 3087–3088, 3669, 3841, 3847, 3855–3856

25jährige Mandatszeit im Bundestag > [1] 584–588, 642

Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie

- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576
- Wahlergebnis > [3] 3576

Fundamentalisten („Fundis“) > [1] 115**„Fundstellennachweise zu den Gesetzesmaterialien der Bundesgesetze“ > [3] 3448****Fundstellenverzeichnisse**

- Lobbyisten-Liste > [2] 2183
- Rechenschaftsberichte der Parteien > [1] 326
- Wahleinsprüche > [1] 298–299

Funktionales Wahlrecht > [1] 52**Funktionen des Parlaments > [2] 2834–2848**

- Artikulationsfunktion > [2] 2837–2838, 2842–2844, 2848
- Auswahl der Regierungsmitglieder > [2] 2838
- Beschwerdefunktion > [2] 2836
- Erziehungsfunktion > [2] 2836, 2842
- Feststellung des Verteidigungsfalles > [2] 2839
- Filtrung und Integration von Verbandsinteressen > [2] 2837
- Forum > [2] 2842
- Führungsauslese > [2] 2837, 2845
- Funktion der Meinungsäußerung > [2] 2836
- Garant einer Regierung > [2] 2846
- Geldbewilligungsfunktion > [2] 2844–2845
- Gesetzgebungsfunktion > [2] 2835–2848
- Haushaltsbestimmung > [2] 2844
- Informationsfunktion > [2] 2836–2837, 2841–2842
- Initiativfunktion > [2] 2843
- Integrationsfunktion > [2] 2837, 2845
- Interessenartikulationsfunktion > [2] 2845
- Kataloge > [2] 2834–2847
- Kommunikationsfunktion > [2] 2838, 2845
- Kontrollfunktion > [2] 2835–2848
- Kreationenfunktion > [2] 2299, 2839–2840, 2844–2846
- Legitimationsfunktion staatlichen Handelns > [2] 2845, 2847
- Lehrfunktion > [2] 2836
- Mitwirkung bei Regierungsfunktion > [2] 2840
- Mobilisierungsfunktion > [2] 2844
- Öffentlichkeitsfunktion > [2] 2840, 2845–2846
- Rechtsetzungsfunktion > [2] 2839
- Regierungsbildung > [2] 2299, 2835, 2841–2846
- Rekrutierungsfunktion > [2] 2840, 2845
- Repräsentationsfunktion > [2] 2841, 2844–2846
- Sicherung der Bürgerrechte > [2] 2838
- Umfrage > [2] 2847–2848
- Untersuchungsfunktion > [2] 2840
- Vertretung der Volksmeinung > [2] 2838, 2841, 2845–2846
- Wahl und Abwahl der Regierung > [2] 2837–2838, 2841, 2845
- Wahlfunktion > [2] 2299, 2836, 2838–2844, 2848
- Wahrnehmung des Petitionsrechts > [1] 2838
- Willensbildungsfunktion > [2] 2841, 2844–2846, 2848

Funktionendiagramm

- Wirkungsanalyse von Gesetzen > [2] 2544

Fusionen von Fraktionen im Bundestag

- Chronik > [1] 934–937
- Mandatsstärken > [1] 907, 911, 913, 916, 921, 928
- Statistik > [1] 938–939 • [3] 3688–3689

FVP > Fortschrittliche Volkspartei (FVP) bzw. Freie Volkspartei (FVP)**FWS > Freie Wählergemeinschaft Stuttgart****GAL > Grün-Alternative Liste (GAL)****Gang der Gesetzgebung (Graphik) > [2] 2333****GAZ > Grüne Aktion Zukunft (GAZ)****GB/BHE > Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)****GDP > Gesamtdeutsche Partei (GDP)****Geänderte Grundgesetzartikel > [3] 2977–2983****Gebrauch der Zwischenfrage im Bundestag > [2] 1685–1693****„Gebundene“ Abgeordnete im Bundestag > [1] 721****Geburtsdaten von Mitgliedern des Bundestages**

- älteste und jüngste Abgeordnete > [1] 566–570
- Funktionsinhaber > [1] 735–825
- Gliederung nach Geburtsjahrgängen > [1] 557–559 • [3] 3686–3687, N 3.1
- jüngste Funktionsinhaber > [1] 837–845

Geburtsorte der Mitglieder des Bundestages > [1] 588–591**Gedenksitzungen im Plenarsaal des Bundestages > [2] 2010–2018**

- aus besonderen Anlässen > [2] 2017–2018 • [3] 3665–3666, N 26
- für die jüdischen Opfer der Nazidiktatur > [2] 2017 • [3] 3046, 3665
- für verstorbene Politiker > [2] 2015–2017
- zum „Nationalen Gedenktag“ > [2] 2010
- zum Tag der deutschen Einheit > [2] 1502, 2010–2015

„Gegenstimmen“ > [1] 135**Geheimdienste > Nachrichtendienste****Geheime Abstimmungen > [2] 1734****Geheime Wahlen > [2] 1734, 2859 • [3] 3098****Geheimschutzordnung > [2] 2857, 2867 • [3] 3097–3098, 3102****Geldbewilligungsfunktion des Parlaments > [2] 2845****Geltungsbereich des Grundgesetzes > [3] 2974, 2977, 3015–3016****Gemeinden und Gemeindeverbände > [3] 3013**

Gemeinsame Verfassungskommission > [1] 553 • [2] 2158, 2300

- Einsetzung > [3] 3013–3015, 3671
- Empfehlungen > [3] 3015–3019, 3478
- Verzeichnis > [2] 2078
- Zusammensetzung > [3] 3014–3015

Gemeinsame Versammlung der Montanunion > [1] 552–553 • [2] 2317, 2851 • [3] 3550–3551, 3553

Gemeinsamer Ausschuß nach Artikel 53a GG > [2] 2859 • [3] 2961, 2968, 2978, 2983, 2993, 3018, 3649–3651

- Funktion > [2] 2859
- Mitglieder > [1] 434–435, 552–553 • [2] 2307
- Verzeichnis > [2] 2021, 2055, 2058, 2062, 2064, 2068, 2070, 2074, 2078, 2080

Gemeinschaftsaufgaben > [2] 2321, 2344, 2941 • [3] 2961, 2970, 3649

Genehmigungsverordnungen > [2] 2592

Generalsekretär der SED der DDR > [1] 126 • [3] 3666, 3715, 3745, 3747, 3753, 3756, 3765, 3805, 3886

Geplante Verkleinerung des Bundestages > [1] 383–384 • [3] 3675–3676

Gerichtsorganisation > [3] 2981–2982

Gesamtdeutsche Nationalversammlung

- Wahlgesetz > [1] 31

Gesamtdeutsche Partei [DP-BHE] (GDP)

- Koalitionen > [1] 1449
- Mandatszahl/Bundestag > [1] 111, 1012
- Parteigeschichte > [1] 99, 111–112 • [3] 3643
- Parteivorsitzende > [1] 111
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 70–71, 100, 111
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2469, 2471
- Wahlergebnisse > [1] 100, 111, 157–159, 166–167, 177 • [3] 3643

Gesamtdeutsche Solidarität – ÖKO-Union > Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz

Gesamtdeutsche Verfassung > [3] 2974, 3801, 3820, 3834

Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)

- Mandatszahl/Bundestag > [1] 112, 913, 1012
- Parteigeschichte > [1] 112 • [3] 3637, 3641
- Parteivorsitzende > [1] 112
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 88, 112
- Verfassungsbeschwerde > [2] 2468 • [3] 3069
- Wahlergebnisse > [1] 112, 160, 165, 177

Gesamtdeutsche Wahl (1990)

- Beitrittstermin der DDR > [2] 1541, 1548 • [3] 3847, 3850, 3852, 3857, 3859, 3862
- Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung > [1] 38, 86–87, 114–115, 120, 127 • [2] 1557, 1561, 1564 • [3] 3087–3088, 3669
- deutsch-deutscher Wahlvertrag > [1] 37–38, 379–380 • [2] 1536, 1544, 1547–1552, 1557, 1561, 1571–1572, 2629 • [3] 3087–3088, 3477, 3668–3669, 3855–3860, 3863, 3865

- Wahlergebnisse > [1] 157, 171, 196–197, 203–204, 212–213, 224–225, 238 • [3] 3670

- Wahlrechtsregelungen (u. a. getrenntes Wahlgebiet, Sperrklausel) > [1] 38, 42–43, 45, 64–65 • [2] 1544, 1547, 1557, 1561, 1565 • [3] 3087–3088, 3669, 3841, 3847–3848, 3855–3857, 3863

- Wahltermin > [1] 64–65, 68 • [2] 1530, 1536, 1538, 1541, 1545–1551, 1561, 1565 • [3] 3667–3668, 3670, 3826–3827, 3829, 3835, 3839, 3841, 3845, 3847, 3850, 3852–3853, 3855–3860, 3862

- Wahlvorbereitungsfristen > [1] 37, 59, 64–68 • [2] 1561

Gesamtdeutsche Wahlen > [1] 31 • [2] 1487–1490

Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) [Partei]

- Bundesversammlung > [3] 3182–3183
- Dauer der Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Fusion > [1] 99–100, 112, 934 • [3] 3643
- Hochburgen > [1] 278
- Kabinettsmitglieder > [1] 112, 1124–1125, 1143
- Koalitionen > [1] 112, 1124–1125, 1444–1447, 1449 • [3] 3638–3639
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 986
- Parteigeschichte > [1] 90, 97, 99, 111–112, 137
- Parteivorsitzende > [1] 112, 986, 1160
- Regierungsbeteiligung > [1] 112, 1135 • [3] 3696–3697
- Stimmenanteil / Mandatsanteil > [1] 291 • [3] 3680–3681
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–70, 100, 112
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2469
- Wahlergebnisse > [1] 112, 156–158, 165–166, 177, 185–186, 293–295 • [3] 3638, 3641, 3680

Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) [Fraktion]

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 677
- Anfragen-Statistik > [2] 2642–2644
- Berufsstruktur der MdB > [1] 690–691
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 660, 827
- Bundesversammlung > [3] 3182–3183
- Fraktionschronik > [1] 112, 934–935, 1012 • [3] 3639
- Fraktionsvorstand > [1] 966
- Fraktionswechsel > [1] 915–916, 918, 935, 941 • [3] 3639
- Geschlossenheit bei Abstimmungen > [2] 1784
- Interessenvertreter > [1] 721
- Kabinettsmitglieder > [1] 112, 1124–1125, 1143 • [3] 3639
- Koalitionen > [1] 1124–1125, 1144–1147 • [3] 3639
- Mandatszahl > [1] 165, 185–186, 903–904, 909–919, 935, 1012, 1143 • [3] 3682–3683
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 986
- Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 671, 673
- Spaltung > [1] 112, 935, 1125 • [3] 3639
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [2] 2088

- Stimmenanteil / Mandatsanteil > [1] 291 • [3] 3680–3681
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 637, 660

Gesamtzahl > Statistik

- Gesamtdeutscher Konstituierender Rat** > [2] 1487–1488

Geschäftsordnung

- Bundesrat > Geschäftsordnung des Bundesrates
- Bundestag > Geschäftsordnung des Bundestages
- Fraktionen des Bundestages > einzelne Fraktion
- Reichstag > [3] 3094, 3635
- Vermittlungsausschuß > [2] 2448
- Volkskammer der DDR > [3] 3714–3715, 3760, 3815, 3848

Geschäftsordnung des Bundesrates > [3] 2978

- Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 435, 441
- Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuß > [2] 2448

Geschäftsordnung des Bundestages

- Abstimmungen > [2] 1726–1727, 1730, 1732–1734, 1974, 2779–2780, 2850, 2860, 2864 • [3] 3095–3096, 3098
- Abstimmungsanlage > [2] 2860, 2864
- Abstimmungsmehrheiten > [2] 1730, 1732–1734
- Abweichung > [1] 1242–1243 • [2] 1733, 2776 • [3] 3096
- Ältestenrat > [1] 882–883 • [2] 2081, 2305, 2778, 2780, 2860, 2878 • [3] 3099, 3104
- Änderungen > [2] 2850–2851, 2853–2865, 2867, 2869–2872, 2875–2881, 2883–2885, 2896, 2904, 2911, 2913 • [3] 3093–3120, 3477, 3637, 3649–3650, 3657
- Akteneinsicht > [3] 3102
- Aktuelle Stunden > [2] 1724, 2705, 2780, 2857, 2862, 2871, 2881 • [3] 3098, 3100, 3106, 3120
- Alterspräsident > [1] 893
- Amtszeit des Bundestagspräsidenten > [1] 862
- Anfragen > [2] 2638, 2644–2645, 2705–2707, 2778–2780, 2850–2851, 2855–2856, 2858, 2869, 2871, 2879, 2882, 2884, 2895, 2897, 2912 • [3] 3096–3098, 3100–3102, 3105, 3107
- Anhörungen der Ausschüsse > [2] 2121, 2182, 2782, 2850, 2861, 2871 • [3] 3096, 3099, 3117, 3124
- Anträge > [2] 1721–1722 • [3] 3099–3100, 3117
- Aufhebung von Sitzungen > [2] 1989
- Auslegung > [3] 3119
- Ausschüsse > [2] 2020–2021, 2081, 2781–2782, 2861, 2867, 2871, 2879–2881, 2884 • [3] 3096, 3098–3099, 3102, 3105, 3114, 3116–3117
- Ausschlußberichte > [2] 2779, 2850, 2861, 2867 • [3] 3099, 3102–3103, 3117
- Ausschlußmitgliedschaft > [2] 2781, 2879, 2881 • [3] 3105
- Ausschlußüberweisung > [2] 2878, 2881 • [3] 3103, 3105–3107, 3118
- Aussprache mit Kurzbeiträgen > [3] 3103
- Auszählung der Stimmen > [2] 1727
- Beratung von Gesetzentwürfen > [2] 2778–2779, 2862, 2871 • [3] 3065, 3100, 3105, 3118

- Berechnung der Stellenanteile der Fraktionen > [2] 2081
- Berichte des Wehrbeauftragten > [2] 2780 • [3] 3098, 3119
- Bezweiflung der Beschlußfähigkeit > [2] 1975–1976, 2778, 2780, 2872 • [3] 3095, 3116
- Beschluß[un]fähigkeit > [2] 2778, 2780 • [3] 3077, 3101, 3107, 3115
- Bundeskanzlerwahl > [1] 1018 • [3] 3094, 3191
- Bundestagspräsident > [1] 861–862 • [2] 2860, 2863 • [3] 3098, 3101, 3103–3104
- Chronik der Änderungen > [3] 3094–3107
- Debattendauer > [2] 1723
- dringliche Anfragen > [2] 2645, 2879 • [3] 3105
- dringliche Gesetzesvorlagen > [3] 3095
- EG-Vorlagen > [2] 2589–2590, 2869, 2883 • [3] 3103, 3106, 3118
- Einberufung des Bundestages > [2] 1661, 2777 • [3] 3094, 3101, 3115
- Einspruch des Bundesrates > [3] 3095
- Enquete-Kommissionen > [2] 2250, 2781, 2861, 2879 • [3] 3100, 3105, 3116
- Entschließungsanträge > [2] 1721–1722, 2779, 2871 • [3] 3101
- erforderliche Abstimmungsmehrheiten > [2] 1730, 1732–1733
- Erklärungen > [3] 3115
- Erklärungen zur Abstimmung > [2] 1788–1789, 2777, 2855, 2863, 2878 • [3] 3101, 3104, 3115
- erweiterte öffentliche Ausschlußberatungen > [2] 2781–2782, 2884 • [3] 3107
- Finanzvorlagen > [2] 2854, 2862 • [3] 3096–3097, 3100–3101, 3118
- Fragestunde > [2] 2644–2645, 2705–2707, 2780, 2851, 2855–2856, 2869, 2871, 2879, 2884, 2895, 2897, 2912 • [3] 3096–3097, 3100, 3102, 3105, 3107, 3120
- Fraktionsbildung > [1] 896, 934, 944, 970, 979 • [2] 2851, 2860 • [3] 3095, 3098
- fraktionslose Abgeordnete > [2] 2879, 2881 • [3] 3105
- Fraktionsmindeststärke > Fraktionsbildung
- Fristen(berechnung) > [1] 1242 • [2] 1733, 2778 • [3] 3096, 3114
- geheime Wahlen > [2] 2859 • [3] 3098
- Geheimschutzordnung > [2] 2857, 2867 • [3] 3097–3098, 3102
- Geschäftsordnungsantrag > [2] 2777 • [3] 3115
- Gesetzgebungsnotstand > [3] 3095
- Große Anfragen > [2] 2638, 2779, 2858, 2882 • [3] 3098, 3100
- Grundgesetz > [3] 3052, 3056–3059
- Gruppenbildung > [1] 897 • [3] 3095
- Hammelsprung > [2] 1727
- Haushaltsvorlagen > [2] 2862 • [3] 3100–3101, 3118
- Hearing > Anhörungen der Ausschüsse
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern > [1] 1255 • [2] 2872 • [3] 3116
- Immunität[saufhebung] > [1] 386, 393 • [2] 2859, 2877 • [3] 3094, 3104

noch: **Geschäftsordnung des Bundestages**

- Kabinettsberichterstattung / Regierungsbefragung > [2] 2742–2744, 2746, 2778, 2877, 2881 • [3] 3106
- Kernzeit-Debatten > [2] 2884 • [3] 3107
- Kleine Anfragen > [2] 2638, 2779, 2850, 2882 • [3] 3096, 3101, 3118–3119
- Kommentare (Bibliographie) > [3] 3121–3122
- kommunale Spitzenverbände > [3] 3102
- konstruktives Mißtrauensvotum > [3] 3095
- Kurzinterventionen > [2] 1725, 2879, 2881, 2884, 2900 • [3] 3107
- Minderheitenrechte > [2] 2775–2782, 2872 • [3] 3114
- Mündliche [und Schriftliche] Anfragen > [2] 2638, 2645, 2778, 2855, 2879, 2897 • [3] 3096–3097
- Mitgliederzahl des Präsidiums > [1] 870–871, 879 • [2] 2780, 2883 • [3] 3106
- namentliche Abstimmung > [2] 1726–1727, 1974, 2779, 2850, 2860, 2864, 2884 • [3] 3095–3096, 3098, 3107
- Neufassung 1980 > [2] 2870–2872 • [3] 3103, 3108–3120, 3657
- Numerierung der Paragraphen > [2] 2870 • [3] 3101, 3108–3114
- öffentliche Ausschusssitzungen > [2] 2861, 2884 • [3] 3096, 3099, 3107
- öffentliche Informationssitzungen der Ausschüsse (Anhörungen) > [2] 2121, 2182, 2782, 2850, 2861, 2871 • [3] 3096, 3099, 3117, 3124
- Öffentlichkeit der Verhandlungen > [3] 3094
- Ordnungsmaßnahmen > [2] 1988–1989 • [3] 3095
- Ordnungsruf > [2] 1988 • [3] 3101
- Paragraphenfolge > [2] 2870 • [3] 3101, 3108–3114
- Petitionen, Petitionsausschuß > [2] 2778, 2780, 2871 • [3] 3096, 3124–3125, 3127–3129, 3132, 3152
- Pflichten der Abgeordneten > [2] 2876, 2878 • [3] 3103–3104
- Präsidium > [1] 870–871 • [2] 2883 • [3] 3106
- Rechtsgrundlage > [3] 3052, 3056–3059, 3094
- Rechtsverordnungen > [3] 3097, 3118
- Rededauer > [2] 1723, 1988, 2780–2781, 2861, 2869–2870, 2875 • [3] 3095, 3099, 3103, 3116
- Redeordnung > [2] 2861, 2870 • [3] 3099, 3115–3116
- Rederecht > [2] 1671, 2777, 2779–2781
- Regierungsbefragung > [2] 2742–2744, 2746, 2778, 2877, 2881 • [3] 3106
- Registrierung von Verbänden > [2] 2182, 2865 • [3] 3102
- Rüge > [2] 1988
- Sachrufe > [2] 1988 • [3] 3101
- schriftliche Anfragen > [2] 2778
- selbständige Anträge von Abgeordneten > [2] 1721–1722, 2778 • [3] 3099–3100, 3117
- Sitzungsausschuß > [2] 1988 • [3] 3095
- Sondersitzung > [2] 1660, 2929
- Stabilitätsvorlagen > [3] 3118
- Synopse zu den Änderungen 1980 > [3] 3108–3114
- Tagesordnung > [2] 2778–2780 • [3] 3097, 3099, 3107, 3115
- Technologie-Bewertung > [2] 2821, 2827, 2881

- Unionsvorlagen > [2] 2590, 2885 • [3] 3106–3107
- Unterausschüsse > [2] 2781–2782, 2871 • [3] 3116
- Unterbrechung oder Aufhebung der Plenarsitzung > [2] 1989 • [3] 3095
- Untersuchungsausschüsse > [3] 3094
- vereinbarte Debatten > [2] 1716
- vereinfachtes Verfahren der Ausschußüberweisung > [2] 2881 • [3] 3105–3106
- Verhaltensregeln für Mitglieder des Bundestages > [1] 718 • [2] 2865, 2870–2871, 2875–2876, 2885 • [3] 3032, 3035, 3102, 3104, 3107, 3115, 3119
- Vermittlungsausschuß > [3] 3095
- Vertrauensantrag des Bundeskanzlers > [3] 3095
- Verweisung zur Sache > [2] 1988
- vorläufige > [3] 3094, 3121, 3635
- Vorlagen > [3] 3114, 3117
- Vorstand des Bundestages > [1] 882 • [2] 2856, 2860 • [3] 3097, 3099
- Wahl der Ältestenratsmitglieder > [2] 2305
- Wahl der Ausschußmitglieder > [2] 2305
- Wahl der Ausschußvorsitzenden > [2] 2093, 2305
- Wahl der Schriftführer > [2] 2302
- Wahl der Vizepräsidenten > [1] 873 • [2] 2301
- Wahl des Bundeskanzlers > [1] 1018 • [2] 2306 • [3] 3191
- Wahl des Bundestagspräsidenten > [1] 862 • [2] 2301 • [3] 3191
- Wahlprüfungsausschuß > [3] 3094
- Wehrbeauftragter > [2] 1671, 2780, 2857, 2898 • [3] 3098, 3119
- Wortentziehung > [2] 1988 • [3] 3101, 3116
- Worterteilung > [2] 1673
- Zahl der Vizepräsidenten > [1] 870–871, 879 • [2] 2301, 2780, 2883 • [3] 3106, 3674
- Zollvorlagen > [2] 2853 • [3] 3097
- Zwischenbemerkungen („Kurzinterventionen“) > [2] 1725, 2879, 2881, 2884, 2900 • [3] 3107
- Zwischenfragen > [2] 2853, 2875, 2896, 2926 • [3] 3097, 3105, 3115

- Geschäftsausschuß des Bundestages** > [2] 2034, 2095, 2201–2202, 2244–2248, 2268–2269, 2294, 2822–2823, 2827 • [3] 3104, 3119, 3400, 3615
- Immunitätsverfahren > [1] 393, 395
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- öffentliche Anhörungen > [2] 2124, 2140, 2169
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [2] 2117
- Überprüfung der Abgeordneten auf Stasi-Tätigkeit > [1] 396–402 • [3] 3041
- Verbandsfärbung > [2] 2110
- Verzeichnis > [2] 2035, 2041, 2046, 2049, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078 • [3] N 9.2
- Wahlprüfungsausschuß > [1] 296 • [2] 2021, 2024, 2034–2035, 2041, 2046, 2049, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078, 2097, 2302 • [3] 3047, 3094
- Zahl der Sitzungen > [2] 2024
- Zusammensetzung > [2] 2114

Geschäftsordnungskommentare (Bibliographie) > [3] 3121–3122

Geschäftsordnungsmehrheit > [2] 1732

Gescheiterte Gesetze

- Einsprüche des Bundesrates > [2] 2396–2397, 2430–2431, 2433–2437 • [3] 3700–3701
- Liste der Gesetze > [2] 1958, 1963–1964, 1966, 1971–1973, 2433–2437, 2453–2455
- Nichtausfertigung durch Bundespräsidenten > [2] 2453–2455
- Statistik > [2] 2396–2397, 2400–2401, 2430–2431, 2450–2451 • [3] 3700–3701
- Zustimmungsversagungen des Bundesrates > [2] 2396–2397, 2430–2431, 2433–2437 • [3] 3700–3701

Geschlecht

- Mitglieder der Volkskammer > [3] 3893
- Mitglieder des Bundestages > [1] 634–662, 846 • [3] 3686–3687, N 3.11
- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 223–231
- Stimmabgabe bei Europawahlen > [3] 3578–3579
- Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen > [1] 152–154

Geschlossenheit der Fraktionen bei Abstimmungen > [2] 1781–1787

Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) [DDR] > [1] 113–114

Gesetzbücher > [2] 2380

Gesetze (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)

- Anpassungsgesetze > [2] 2378, 2412
- Ausführung > [2] 2358 • [3] 2961, 3011
- Diätengesetze/Abgeordnetengesetze > [1] 388–390 • [2] 2336, 2853, 2856, 2858, 2865–2866, 2868, 2874, 2876, 2885 • [3] 3021–3026, 3029–3032, 3034–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3198–3223, 3238, 3240, 3636, 3638, 3642, 3645, 3648, 3652, 3654, 3657, 3660, 3675–3676
- einfache > [2] 2428
- Einführungsgesetze > [2] 2380
- Einzelfallstudien zur Entstehung > [2] 2512–2537
- erfolgreiche Oppositions-Initiativen > [2] 2766–2771
- finanzwirksame > [2] 2805–2806 • [3] 2970, 2982
- Folgegesetze > [2] 2378
- Fortschreibungsgesetze > [2] 2378
- Gesetzbücher > [2] 2380
- Grundgesetzänderungs-Gesetze > [3] 2964–2976, N 14.2
- Haushaltsgesetze > [2] 2361, 2786–2804 • [3] 2982, 3077–3078, 3100–3101
- Kodifikationsgesetze > [2] 2412
- kontrovers und einstimmig verabschiedete > [2] 1953–1973, 2396–2397 • [3] 3702–3703
- Kooperationsgesetze > [2] 2411–2412
- mit Berichtspflichten der Bundesregierung > [1] 1266–1267
- mit kürzester Beratungsdauer > [2] 2416–2427

- nicht verabschiedete > [1] 31–33, 35, 38–41 • [2] 2388–2389, 2394–2395, 2400–2401, 2408–2410 • [3] 2984–3005, 3021–3025, 3027–3031, 3033, 3036–3037, 3039–3040, 3044–3051, 3700–3701, 3710, 3712, N 11.5
- nicht verkündete > [2] 1958, 1963–1964, 1966, 1971–1973, 2395–2397, 2400–2401, 2430–2431, 2433–2437, 2450–2451, 2453–2455 • [3] 3700–3701
- nichtig oder teilnichtig erklärte Gesetze > [2] 2376, 2483, 2487, 2491, 2495–2511 • [3] 3064–3065, 3072
- Nichtigkeit > [3] 3064–3065
- parlamentsrechtliche Gesetze > [3] 3020–3051, N 15.1
- Planungsgesetze > [2] 2378
- Programmgesetze > [2] 2378
- Ratifizierungsgesetze > [2] 2358, 2375, 2411–2412, 2764–2765
- Testverfahren > [2] 2539–2545
- Typologie > [2] 2411–2413
- verabschiedete > [2] 2387–2389, 2392–2410, 2892 • [3] 3700–3701, 3706, 3710–3711, N 11.5
- verfassungswidrig erklärte Gesetze > [2] 2376, 2483, 2491, 2495–2511 • [3] 3064–3065
- verkündete > [2] 2394–2397, 2595–2635, 2766–2771, 2892
- Vertragsgesetze > [2] 2358, 2375, 2411–2412, 2764–2765
- Vorschaltgesetze > [2] 2379
- Wahlgesetze > Wahlgesetze
- Wichtigkeit > [2] 1956–1957, 2411–2412
- Wirkungsanalysen > [2] 2538–2588
- Zeitgesetze > [2] 2539
- zustimmungsbedürftige > [2] 2320, 2396–2399, 2428, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zustimmungsgesetze (Vertragsgesetze) > [2] 2358, 2375, 2411–2412, 2764–2765

Gesetzentwürfe, Gesetzesvorlagen > [2] 2890, 2980 • [3] 3017, 3052, 3060–3063

- Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage > [1] 1378–1432 • [2] 2382, 2388, 2891 • [3] 3704–3706, 3709
- Getestete Entwürfe (Bibliographie) > [2] 2546–2588
- Initiatoren > [1] 1434–1438 • [2] 2387–2395, 2400–2402, 2408–2410, 2760–2761, 2890–2892 • [3] 3700–3701, 3704–3705, N 11.5
- öffentliche Anhörungen > [2] 2180–2181 • [3] 3494–3495
- Referenten-Entwürfe > [2] 2865
- Ressort-Gliederung > [1] 1434–1438 • [2] 2408–2410
- Statistik > [2] 2181, 2387–2393, 2402–2410, 2760–2761, 2764–2765 • [3] 3700–3705, 3707, 3709–3710, N 11.5
- Testverfahren > [2] 2539–2545

Gesetzesbindung der Verwaltung > [2] 2355, 2374

Gesetzes-Dokumentationen: Bibliographie > [2] 2456–2465

Gesetzesflut > [2] 2374, 2387

Gesetzeslücken > [2] 2377

„Gesetzesmaterialien“ > [3] 3446–3447

Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen >

- ② 2538–2588
- Computer-Planspiel > ② 2540
- Entscheidungsbaum > ② 2542
- Entscheidungstabellentechnik > ② 2545
- Evaluierung > ② 2543
- Flußdiagramm > ② 2544
- Funktionendiagramm > ② 2544
- Inhaltsanalyse > ② 2545
- Interdependenzanalyse > ② 2541
- Kostenanalyse > ② 2543
- Kosten/Nutzen-Untersuchung > ② 2544
- Methoden > ② 2539–2545
- Modellsimulation > ② 2541
- Modellversuch > ② 2539
- Netzplan > ② 2544
- Nutzwertanalyse > ② 2542
- Personalaufwandsschätzung > ② 2543
- Planspiel > ② 2540
- Praxistest > ② 2540
- Prognose > ② 2542
- sprachliche Prüfung > ② 2545
- Systemanalyse > ② 2541
- untersuchte Gesetze (Bibliographie) > ② 2546–2588
- Verwaltungsplanspiel > ② 2540
- Wirkungsanalyse > ② 2543
- Zeitgesetz > ② 2539

Gesetzesvorbehalte > ② 2354, 2847

- Eingriffsvorbehalt > ② 2354–2355
- Einschränkung von Grundrechten > ② 2355, 2365
- Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts > ② 2355, 2376 • ③ 3078–3079
- Erlaß von Rechtsverordnungen > ② 2355, 2358, 2376
- Gesetzesbindung der Verwaltung > ② 2355
- Gesetzgebungsanlässe > ② 2375–2386
- Gesetzgebungsauftrag > ② 2354, 2375
- Gesetzgebungskompetenz > ② 2334, 2354
- Grundgesetz > ② 2354–2373, 2375
- Grundgesetz-Änderungen > ② 2358
- Grundrechtseinschränkungen > ② 2355, 2365
- Totalvorbehalt > ② 2355
- Verzeichnis > ② 2356–2373

Gesetzesvorlagen > Gesetzentwürfe**Gesetzgebung** > ② 2318–2635

- Abstimmungsergebnisse > ② 1735–1781, 1958–1973
- Abstimmverhalten > ② 1954–1956, 2396–2397
- Änderungen während des Gesetzgebungsverfahrens > ② 2396–2397 • ③ 3702–3703
- Änderungsanträge > ③ 3100
- Anlässe > ② 2374–2386
- Annex-Kompetenz > ② 2322
- Aufhebung eines Gesetzes > ② 2379
- Ausfertigung der Gesetze > ② 2453
- ausschließliche des Bundes > ② 2319–2320, 2323–2332, 2358 • ③ 3052, 3060–3063

- Beratung von Gesetzentwürfen > ② 1715, 2778–2779, 2862, 2871 • ③ 3010, 3065, 3100, 3105, 3118
- Bundespräsident > ② 2396–2397, 2453–2455
- Bundesrat > ② 2387–2402, 2428–2437, 2859–2860 • ③ 2969–2970, 2976, 3700–3703, N 11.5, N 11.8
- Bundesregierung > ② 2387, 2402, 2408–2410, 2892 • ③ 3700–3701, N 11.5
- Bundestag > ② 2318–2635, 2835–2848, 2890 • ③ 3700–3701, 3704–3705, N 11.5
- Dauer > ② 2413–2427 • ③ 3702–3703, 3709–3710
- Diätenrecht > ① 388–390 • ② 2336, 2853, 2856, 2858, 2865–2866, 2868, 2874, 2876, 2885 • ③ 3021–3026, 3029–3032, 3034–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3198–3223, 3238, 3240, 3636, 3638, 3642, 3645, 3648, 3652, 3654, 3657, 3660, 3676
- dringliche Gesetzesvorlagen > ② 2511 • ③ 3095
- eingebrachte Gesetzentwürfe > ② 2387–2395, 2400–2410, 2413–2415, 2760–2761 • ③ 3700–3705, 3707, 3709–3710, N 11.5
- Einsprüche des Bundesrates > ② 2396–2399, 2428–2431, 2433–2437, 2449, 2858 • ③ 3095, 3700–3701, N 11.8
- einstimmig verabschiedete Gesetze > ② 1953–1956, 2396–2397 • ③ 3702–3703
- Einzelfallstudien (Bibliographie) > ② 2512–2537
- europäische Impulse > ② 2384–2386
- Fristen > ② 2859–2860 • ③ 2969–2970, 3017
- Gesetzesinitiatoren > ① 1378–1432 • ② 2387–2395, 2400–2402, 2408–2410, 2760–2761, 2890–2892 • ③ 3700–3701, 3704–3705, N 11.5
- Gesetzesvorbehalte > Gesetzesvorbehalte
- Gesetzesvorlagen > ③ 2980
- Gesetzgebungsaufträge aufgrund EG/EU-Mitgliedschaft > ② 2377
- Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts > ② 2376–2377, 2384, 2492–2493, 2495
- Gesetzgebungsaufträge des Grundgesetzes > ② 2334–2354, 2374–2375
- Gesetzgebungsaufträge in bestehenden Gesetzen > ② 2378
- Grundgesetzänderungen > ③ 2959–3005, 3702–3703
- Grundsätze-Gesetzgebung des Bundes > ② 2321–2322
- im Verteidigungsfall > ③ 2968–2969
- Impulse > ② 2383–2386
- konkurrierende des Bundes > ② 2319–2321, 2323–2332, 2373, 2378, 2855, 2859, 2864–2865, 2868 • ③ 2966–2967, 2972, 2976, 2979–2980, 3016–3017, 3052, 3060–3063
- kontrovers verabschiedete Gesetze > ② 1953–1955, 1957–1973, 2396–2397 • ③ 3702–3703
- materielles Prüfungsrecht des Bundespräsidenten > ② 2453–2455
- namentliche Abstimmungen > ② 2396–2397
- Nichtausfertigung durch Bundespräsidenten > ② 2396–2397, 2453–2455
- Opposition > ② 1953, 2387, 2389–2395, 2400–2401, 2758, 2760–2761, 2764–2771, 2774 • ③ 3704–3705

- Parlamentsrecht > [3] 3020–3051 • [3] N 15.1
- Rahmengesetzgebung des Bundes > [2] 2319, 2321, 2323–2332, 2378, 2859 • [3] 2976, 2980, 3011, 3017
- Schaubild > [2] 2333
- „Schlüsselentscheidungen“ > [2] 2595–2635
- Stand (GESTA) > [2] 2457–2458, 2460, 2462, 2464, 2858, 2866, 2914–2915, 2935 • [3] 3431–3432, 3438–3439, 3451
- Statistik > [2] 2386–2410, 2430–2431, 2450–2451, 2760–2761, 2764–2765 • [3] 3700–3707, 3709–3712, N 11.5, N 11.8, N 11.9
- Statusrecht des Abgeordneten > [1] 387
- Stimmrecht der Berliner Abgeordneten > [2] 1975
- verabschiedete Gesetzentwürfe > [2] 2387–2389, 2392–2410, 2892 • [3] 3700–3701, 3706, 3710–3711, N 11.5
- Verfahren > [3] 2980, 3017, 3052, 3060–3063
- Verkündung > [2] 2453
- Verlaufsstatistik > [2] 2403–2407
- Vermittlungsverfahren > [2] 1670, 2396–2401, 2428–2429, 2448–2452 • [3] 3700–3703, N 11.9
- Volksgesetzgebung > [3] 3046
- Wahlrecht Bundestag > [1] 27–41 • [3] N 1.1
- Wahlrecht Europäisches Parlament > [3] 3569–3573
- Zurückweisung von Einsprüchen des Bundesrates > [2] 1733, 1735, 1737–1738, 1741, 1743–1744, 1746, 1748–1753, 1769–1772, 1774–1775, 1778, 1780–1781, 2398–2399, 2428–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zuständigkeit des Bundes > [2] 2319–2332 • [3] 2963, 2979–2980, 2982–2983, 3011, 3052, 3060–3063
- Zustimmungspflichtigkeit des Bundesrates > [2] 2320, 2396–2399, 2428, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zustimmungsversagungen des Bundesrates > [2] 2396–2399, 2428–2431, 2433–2437, 2448–2449 • [3] 3700–3701, N 11.8

Gesetzgebungsanlässe > Anlässe zur Gesetzgebung

Gesetzgebungsaufträge

- aufgrund EG/EU-Mitgliedschaft > [2] 2377
- des Bundesverfassungsgerichts > [2] 2376–2377, 2384, 2492–2493
- des Grundgesetzes > [2] 2334–2354, 2374–2375
- Gesetzesvorbehalte > [2] 2354
- in bestehenden Gesetzen > [2] 2378

Gesetzgebungsenquête > [2] 2190

Gesetzgebungsfunktion des Parlaments > [2] 2334, 2354, 2835–2848

Gesetzgebungshilfsdienst > [2] 2904–2906, 2930 • [3] 3430

Gesetzgebungslehre > [2] 2374

Gesetzgebungsnotstand > [2] 2511–2512 • [3] 3006–3007, 3052, 3060–3063, 3095

Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes > [2] 2319–2332 • [3] 2963, 2979–2980, 2982–2983, 3011, 3052, 3060–3063

- Annex-Kompetenz > [2] 2322

- ausschließliche > [2] 2319–2320, 2323–2332, 2358 • [3] 3052, 3060–3063
- erweiterte > [2] 2368 • [3] 2982
- Gesetzesvorbehalt > [2] 2354
- Gesetzgebungsauftrag > [2] 2334
- Grundsätze-Gesetzgebung > [2] 2321–2322
- konkurrierende > [2] 2319–2321, 2323–2332, 2373, 2378, 2855, 2859, 2864–2865, 2868 • [3] 2966–2967, 2972, 2976, 2979–2980, 3016–3017, 3052, 3060–3063
- kraft Natur der Sache > [2] 2320, 2322
- kraft Sachzusammenhangs > [2] 2320, 2322
- Rahmengesetzgebung > [2] 2319, 2321, 2323–2332, 2378, 2859 • [3] 2976, 2980, 3011, 3017, 3052, 3060–3063
- ungeschriebene > [2] 2320, 2322

Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder > [2] 2319–2322, 2373 • [3] 3011

Gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–381, 383–384 • [2] 1730–1731 • [3] 3682–3683, N 2.1

Gesetzmäßigkeit der Verwaltung > [2] 2374

GESTA > Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)

Gesundheitsausschuß des Bundestages > [2] 1497, 1518, 1529, 1537, 1558, 2029–2031, 2039, 2042, 2047, 2050, 2054, 2057, 2060, 2064, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2095, 2097–2106, 2110, 2112, 2114, 2126–2128, 2130–2134, 2137, 2139, 2141, 2143–2144, 2146, 2153–2154, 2164–2166, 2169, 2174–2175, 2200, 2254, 2256, 2260–2261, 2293, 2823 • [3] 3476, N 9.2

Gesundheitsbericht der Bundesregierung > [1] 1332

Gesundheitsminister in der Bundesregierung > [1] 650–651, 653–654, 1088–1090, 1149, 1207, 1215, 1217–1220, 1252 • [2] 1674 • [3] 3658, 3662, 3672

Gewerkschaftlich organisierte Mitglieder des Bundestages > [1] 647, 722–726, 843, 849, 851, 853–855 • [3] 3688–3689

- Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund > [1] 726
- Mitgliedschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund > [1] 722–726
- Mitgliedschaft in den Einzelgewerkschaften des DGB > [1] 724–726
- Vorstandsmitglieder > [1] 718 • [2] 2116

Gewissensfreiheit > [2] 2334

Gewünschte Bundeskanzler (Umfragen) > [1] 1028

GF > Grüne Föderation (GF)

GIM > Gruppe Internationale Marxisten (GIM)

GJ > Grüne Jugend (GJ)

Gleichzeitige Mitgliedschaft

- Bundestag/Europäisches Parlament > [1] 468–469, 631 • [3] 3612, 3688–3689

noch: Gleichzeitige Mitgliedschaft

- Bundestag/Landesregierung > [1] 435, 441–459 • [3] 3688–3689
- Bundestag/Landtag > [1] 434, 459–468 • [3] 3688–3689

GLB > Grüne Liste Berlin (GLB)**GLSH** > Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH)**GLU** > Grüne Liste Umweltschutz (GLU)**GNU** > Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) [DDR]**GP** > Grüne Partei (GP) [DDR]**Grabenwahlsystem** > [1] 50–51 • [3] 3639**Graphiken**

- Altersstruktur der MdB > [1] 563
- Ausschußsitzungen > [2] 2022
- Berufsstruktur der MdB > [1] 687
- Bundestagswahlen > [1] 173
- Durchschnittsalter der MdB > [1] 565
- Eingaben an den Wehrbeauftragten > [3] 3164
- eingebrachte und verabschiedete Gesetze > [2] 2402
- einstimmig und kontrovers verabschiedete Gesetze > [2] 1955
- Familienstand der männlichen und weiblichen MdB > [1] 663
- Fraktionen im Bundestag > [1] 904–905
- Fraktionszuschüsse > [3] 3258
- Gang der Gesetzgebung > [2] 2333
- Gesetzgebungsstatistik > [2] 2402
- Gesetzgebungsverlauf > [2] 2407
- kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze > [2] 1955
- Mandatsdauer > [1] 581
- öffentliche Anhörungen > [2] 2122
- öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen im Bundestag > [2] 1996
- Parlamentsneulinge > [1] 581
- Personalausgaben im Bundestag > [3] 3269
- Petitionen > [3] 3133
- Plenarsitzungen > [2] 1640
- Sitzordnung der Fraktionen und Gruppen im Bundestag > [2] 1634–1636
- Sitzzahl der Fraktionen im Bundestag > [1] 904–905
- Stimmenanteil der Parteien bei Bundestagswahlen > [1] 173
- ungültige Stimmen bei Bundestagswahlen > [1] 290
- Wahlberechtigte und Wähler > [1] 152
- weibliche Abgeordnete > [1] 634
- weibliche Abgeordnete in Führungspositionen > [1] 658
- Zahl der Petitionen > [3] 3133
- Zahl der verabschiedeten Gesetze > [2] 2402
- Zahl und Dauer der Plenarsitzungen > [2] 1640
- Zeitbudget der Abgeordneten > [1] 549
- Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten zum Bundestag > [1] 581

Graue Panther > [1] 113**Die Grauen**

- Mandatszahl/Bundestag > [1] 113, 1013 • [3] 3666
- Parteigeschichte > [1] 113, 1013 • [3] 3666
- Parteivorsitzende > [1] 113, 1013 • [3] 3666
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 347, 370
- Vertretung im Bundestag > [1] 113, 1013
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 77, 113 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Wahlergebnisse > [1] 113, 159, 171–172, 177 • [3] 3577, N 1.11

Gremien

- Mitwirkung des Bundestages > [2] 2299, 2309–2316

Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl > [1] 551–553**Gremium gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz)** > [2] 2303, 2812–2813, 2859 • [3] 3027**Gremium gemäß § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes** > [2] 2304, 2815, 2882 • [3] 3041, 3047**Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium) gemäß § 10a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung** > [2] 2304, 2814–2815 • [3] 3083–3084**Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste** > [2] 2304, 2473, 2484–2485, 2813–2814, 2874 • [3] 3035, 3083–3084, 3661–3662**Griechenland**

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-griechische Parlamentariergruppe > [3] 3609
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3557
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3583–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlsystem > [3] 3566

Großbritannien

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-britische Parlamentariergruppe > [3] 3608
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3555, 3581
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3582–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlsystem > [3] 3566

Große Anfragen im Bundestag > [2] 2638, 2640, 2892

- Aussprachen > [2] 1717, 2638, 2779
- Fragesteller > [2] 2640–2641, 2759–2760 • [3] N 12.1
- Geschäftsordnung > [2] 2638, 2779, 2858, 2882 • [3] 3098, 3100
- Opposition > [2] 2758–2760, 2774 • [3] 3704–3705
- Ressort-Gliederung > [1] 1434–1438 • [2] 2646–2650

- Statistik > [1] 1434–1438 • [2] 2639–2641, 2647–2650, 2759–2760 • [3] 3704–3705, 3709, 3711, N 12.1
- Themen > [2] 2654–2705, 2892

Große Koalition > [1] 90, 131, 1129, 1133–1134

- Chronik > [1] 51–52, 55, 1135–1140, 1223, 1225–1226 • [3] 3644, 3647

Großsiedlungsbericht der Bundesregierung > [1] 1348

Großspenden an Parteien > [1] 316–317 • [3] 3034, 3037, 3660

Grün-Alternative Liste (GAL) > [1] 75, 77, 120 • [3] 3184–3185, N 6.21

GRÜNE > Die Grünen, Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Grüne Aktion Zukunft (GAZ)

- Mandatszahl/Bundestag > [1] 113, 1013
- Parteigeschichte > [1] 113–115, 124 • [3] 3656
- Parteivorsitzender > [1] 113, 116
- Vertretung im Bundestag > [1] 113, 1013

Grüne Föderation (GF) > [1] 113, 115, 124

Grüne Jugend (GJ) > [3] 3803, 3885

Grüne Liga [DDR] > [1] 113–114 • [3] 3762, 3772, 3792–3793, 3918

Grüne Liste Berlin (GLB) > [1] 124

Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH) > [1] 113, 115, 124, 347

Grüne Liste Umweltschutz (GLU) > [1] 113–114, 124, 348

Grüne Partei (GP) [DDR]

- Fraktion/Volkskammer > [1] 86–87 • [3] 3811–3812, 3905
- Mandatszahl/Bundestag > [1] 114, 937, 1014
- Mandatszahl/Volkskammer > [1] 86–87 • [3] 3887, 3905, 3908
- Parteigeschichte > [1] 86–87, 113–114, 134 • [3] 3752, 3762, 3793, 3795, 3797, 3872
- Parteivorsitzende > [1] 114
- Regierungsbeteiligung/Ministerrat > [1] 114 • [3] 3793, 3918
- Teilnahme am Runden Tisch > [1] 114 • [3] 3768
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 114
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 87, 114 • [3] 3797, 3886
- Umbenennung > [1] 87, 114 • [3] 3872
- Vereinigung mit West-Partei > [1] 114–115 • [2] 1560 • [3] 3839, 3872
- Wahl in Bundestag > [1] 114, 937
- Wahlbündnis > [1] 87, 114–115, 134 • [3] 3797–3798, 3858, 3868, 3886
- Wahlergebnis > [3] 3887, 3889

Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband (GRÜNE-UFV) [DDR]

- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 114, 134 • [3] 3886

- Wahlbündnis > [1] 114, 134 • [3] 3886
- Wahlergebnis > [1] 114 • [3] 3887, 3889

GRÜNE-UFV > Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband (GRÜNE-UFV)

Die Grünen (GRÜNE) [Partei]

- Ausgaben > [1] 371
- Bundestagswahlergebnisse > [1] 116, 157, 159, 169–171, 173, 177, 194–195, 204 • [3] 3659, 3663, 3670, 3681
- Bundesversammlung > [3] 3184–3185
- Einnahmen > [1] 325, 327–329, 348–349
- Europawahlergebnisse > [3] 3575–3576
- Fraktions- und Parteisprecher > [1] 987
- Fusion mit Bündnis 90 > [1] 86–87, 115–116, 157, 967, 1014 • [3] 3673
- Hochburgen > [1] 278
- Koalitionen > [1] 116, 1454, 1457–1462 • [2] 2923
- Mandatszahl/Bundestag > [1] 169–170, 194–195, 903–905, 927–928 • [3] 3682–3683
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3575–3576
- Parlamentsverständnis > [2] 2922–2923, 2925
- Parteigeschichte > [1] 83, 86–87, 108, 113–116, 124 • [2] 1560 • [3] 3656, 3666, 3673
- Partei- und Fraktionssprecher > [1] 987
- Parteivorsitzende (Parteisprecher) > [1] 116, 987
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 348–349, 371
- Rotation > [1] 115, 403, 422
- Sonstige Politische Vereinigung (SPV) > [1] 113–114, 116, 325
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 225, 229, 231 • [3] 3579
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 232–237
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 292 • [3] 3680–3681
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 73–75, 114, 116
- Teilnahme an Europawahl > [1] 113–114 • [3] 3574–3576
- Vereinigung mit Ost-Partei > [1] 114–115 • [2] 1560 • [3] 3839, 3872
- Verfassungsrechtsstreit > [1] 316–317 • [2] 2473–2474 • [3] 3087–3088, 3672
- Wahlbündnis > [1] 86–87, 110, 114–115 • [3] 3848, 3858, 3868
- Wahlergebnisse > [1] 116, 157, 159, 169–171, 173, 177, 194–195, 204 • [3] 3575–3576, 3659, 3663, 3670, 3681
- Wahlkampfkostenerstattungen > [1] 321
- Wahlkampf-Slogans > [1] 149–150
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 278
- Wahlkreissitze > [1] 240

Die Grünen (GRÜNE) [Fraktion im Bundestag]

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 677
- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646, 2759–2760
- Angehörige freier Berufe > [1] 685, 855

- noch: **Die Grünen (GRÜNE) [Fraktion im Bundestag]**
- Angestellte des öffentlichen Dienstes > [1] 685, 706, 708, 855–856
 - Angestellte in der Wirtschaft > [1] 685, 707, 709, 855
 - Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen > [1] 685, 706, 708, 855
 - Arbeiter > [1] 685
 - Arbeitskreise der Fraktion > [1] 1004
 - Ausschußvorsitzende > [1] 830–831 • [2] 2094–2095
 - Beamte > [1] 685, 706, 708, 717, 855–856
 - Beitritt ostdeutscher Abgeordneter > [1] 87, 115, 928, 937, 966, 1014 • [3] 3669
 - Berufsstruktur der MdB > [1] 685, 706–709, 854–856
 - Besetzung von Führungspositionen > [1] 661, 830–831, 881
 - Bundesversammlung > [3] 3184–3185
 - Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 572, 579, 855
 - Durchschnittsalter der MdB > [1] 564–565, 855
 - Erklärungen zur Abstimmung > [2] 1789
 - Familienstand der MdB > [1] 663, 665, 854–855
 - Fraktions- und Parteisprecher > [1] 987
 - Fraktionsausschluß > [3] 3664, 3666
 - Fraktionschronik > [1] 966–967 • [3] 3666
 - Fraktionsmitarbeiter > [1] 1009
 - Fraktionssitzungen > [2] 1994–1995
 - Fraktionsvorstand > [1] 830–831, 966–969 • [2] 1597
 - Fraktionswechsel > [1] 927–928, 941 • [3] 3669
 - frühere Mitglieder der Volkskammer > [2] 1576
 - Geschäftsordnung > [1] 967
 - Geschlossenheit bei Abstimmungen > [2] 1782, 1784
 - Gesetzesinitiativen > [2] 2390–2393, 2400–2401, 2760–2761
 - Gewerkschaftsmitgliedschaft der MdB > [1] 724, 726, 855
 - Hausfrauen > [1] 685, 707, 709
 - Hilfsdienst der Fraktion > [1] 1009
 - Hochschulbildung der MdB > [1] 669, 671, 673, 854, 856
 - Interessenvertreter > [1] 719–720, 855
 - Konfession der MdB > [1] 667
 - Kontakte zur Volkskammer > [2] 1495–1496
 - Mandatsdauer der MdB > [1] 572, 579, 855
 - Mandatszahl > [1] 169–170, 194–195, 903–905, 927–928 • [3] 3682–3683
 - ostdeutsche Mitglieder des Bundestages > [1] 87, 115, 928, 937, 966, 1014 • [3] 3669
 - ostdeutsche Mitglieder in Führungspositionen > [2] 1597
 - Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 967–969
 - Parlamentsneulinge > [1] 580–581, 854
 - Partei- und Fraktionsprecher > [1] 987
 - Quotenregelung für weibliche Fraktionsvorstandsmitglieder > [1] 967
 - Rotation der MdB > [1] 115, 403, 422 • [3] 3711
 - Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 671, 854, 856
 - Selbständige > [1] 685, 707, 709, 855–856

- Sitzordnung im Plenum > [2] 1635, 1637
- Sozialprofil der Fraktion > [1] 854–856
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [2] 2086–2087, 2090
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 292 • [3] 3680–3681
- Umbenennung > [1] 87, 115, 928, 937, 966, 1131 • [2] 1564 • [3] 3669
- ununterbrochene Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 579
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2473, 2484–2485, 2491, 2814, 2874 • [3] 3082–3084, 3086, 3662
- Vizepräsidenten des Bundestages > [1] 870, 875–876, 881 • [3] 3660, 3663
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636–637, 854–855
- weibliche Mitglieder in Führungsfunktionen > [1] 652–653, 661–662

Die Grünen [Fraktion im Europäischen Parlament] > [3] 3585–3587, 3591

Die Grünen [Partei/neue Bundesländer]

- Mandatszahl/Bundestag > [1] 87, 116
- Parteigeschichte > [1] 86–87, 114 • [3] 3872
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 87, 115
- Vereinigung mit Westpartei > [1] 114–115 • [2] 1560 • [3] 3872
- Wahlbündnis > [1] 86–87, 115
- Wahlergebnis > Bündnis 90/Grüne [Listenvereinigung]

Die Grünen/Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (GRÜNE/AL) > [1] 75

Die Grünen/Bündnis 90 [Wahlbündnis] > [1] 86–87, 114–115 • [2] 1560 • [3] 3858, 3862, 3868

Die Grünen/Bündnis 90 [Fraktion] > [1] 87, 115, 928, 937, 966, 1014, 1131 • [2] 1564, 1597 • [3] 3669

Die Grünen/Grün-Alternative Liste (GRÜNE/GAL) > [1] 77 • [3] N 1.5

Grüner Aufbruch > [1] 115

Grüner Bericht der Bundesregierung > [1] 1299

Grünes Bündnis > [1] 115

Grünes Netzwerk Arche > [1] 135 • [3] 3751

Grunderwerbsteuerbericht der Bundesregierung > [1] 1308

Grundgesetz > [3] 3634 (vgl. auch *Grundgesetz-Register innerhalb Kap. 33: Gesetzesregister*)

- Abstimmungsmehrheiten > [2] 1730, 1732–1734
- Abweichungen in den neuen Bundesländern > [3] 2983
- Änderungsgesetze > [2] 2358, 2851, 2853–2855, 2858–2860, 2864–2865, 2867, 2894 • [3] 2964–2976, 3638, 3640, 3649, 3651, 3660, 3675
- alliierte Vorbehalte > [2] 1499, 1973–1974
- Auflösung des Bundestages > [1] 302 • [3] 3006–3007, 3019, 3052, 3060–3063

- ausschließliche Gesetzgebung des Bundes > [2] 2319–2320, 2323–2332 • [3] 2979, 3052, 3060–3063
- Ausschluß der Öffentlichkeit von Bundestagssitzungen > [2] 1639
- Ausschüsse des Bundestages > [2] 2034
- Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union > [2] 2034 • [3] 3617
- Auswärtige Beziehungen > [3] 3543
- Auswärtiger Ausschuß > [2] 2034 • [3] 2978, 3052, 3056–3059, 3543
- Behinderungsverbot der Mandatsausübung > [1] 386–387
- Beitritt der DDR > Vereinigung Deutschlands
- Bund und Länder > [3] 2961, 2981–2982, 3052, 3060–3063
- Bundeskanzlerwahl > [1] 302, 1018 • [2] 2306 • [3] 3052, 3060–3063, 3191
- Bundespräsident > [3] 2961
- Bundespräsidentenwahl > [2] 2309, 2337 • [3] 3179, 3191
- Bundesrat > [3] 2961, 2978, 3010–3011
- Bundesrechnungshof > [2] 2339, 2346, 2806 • [3] 2970, 2982
- Bundesregierung > [3] 2961
- Bundestag > [3] 2961, 3052, 3056–3063
- Bundesverfassungsgericht > [2] 2337
- Bundesversammlung > [2] 2337 • [3] 3179
- Chronik zur Entstehung > Parlamentarischer Rat
- Dauer der Wahlperiode > [1] 300–301
- Einberufung des Bundestages > [1] 387 • [2] 1660–1661, 1734, 2777 • [3] 3052, 3056–3059
- Entschädigungsanspruch der MdB > [1] 386–387, 390 • [2] 2336 • [3] 3003, 3052, 3060–3063, 3198, 3208, 3210–3211, 3228
- Finanzverfassung(sreform) > [2] 2859 • [3] 2966, 2970, 3012–3013
- finanzwirksame Gesetze > [2] 2805
- geänderte Artikel > [3] 2977–2983
- Geltungsbereich > [3] 2974, 2977, 3015–3016
- Geltungsdauer > [3] 2983
- Gemeinsamer Ausschuß nach Art. 53a GG > [3] 2961, 2968, 2978, 2983, 3649
- Gemeinschaftsaufgaben > [3] 2961, 3649
- gesamtdeutsche Verfassung > [3] 2974, 3002, 3013–3014
- Geschäftsordnung des Bundestages > [3] 3052, 3056–3059, 3094
- Gesetzesvorbehalte > [2] 2354–2373, 2375
- Gesetzgebung > [1] 387 • [2] 2319–2332, 2453 • [3] 2961, 2969–2970, 2980, 3010, 3052, 3060–3063
- Gesetzgebungsaufträge an Bundestag > [2] 2334–2354, 2374–2375
- Gesetzgebungsnotstand > [2] 2511–2512 • [3] 3006–3007, 3052, 3060–3063
- Gesetzgebungszuständigkeiten > [2] 2319–2332 • [3] 2963, 2966–2967, 2972, 2976, 2979–2980, 2982–2983, 3011, 3052, 3060–3063
- Grundgesetzänderungen > [2] 1733 • [3] 2959, 2980
- Haushaltsreform > [2] 2859 • [3] 2970
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern > [1] 378, 1255 • [3] 3052, 3056–3059
- Immunitätsrecht > [1] 386, 392–393 • [3] 3052, 3056–3059
- Indemnität > [1] 386, 392 • [3] 3052, 3056–3059
- Inkompatibilitäten > [1] 434–435
- Kommentare > [3] 3053–3055
- konkurrierende Gesetzgebung > [2] 2319–2321, 2323–2332, 2373, 2855, 2859, 2864–2865, 2868 • [3] 2966–2967, 2972, 2976, 2979–2980, 3016–3017, 3052, 3060–3063
- Konstituierung des Bundestages > [1] 300 • [3] 3052, 3056–3059
- konstruktives Mißtrauensvotum > [1] 387, 1019, 1228 • [3] 3052, 3060–3063
- Luftverkehrsverwaltung > [2] 2349, 2366 • [3] 2967, 2974, 2981, 3018
- materielles Prüfungsrecht des Bundespräsidenten > [2] 2453
- Mehrheitsprinzip > [2] 2776
- Minderheitenrechte im Bundestag > [1] 386–388 • [2] 2775–2777
- Neugliederung des Bundesgebietes > [2] 2324, 2335, 2339, 2347–2349, 2353, 2362, 2371 • [3] 2971, 2973, 2976, 2978, 2983, 2991–2993, 2996, 3016
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe > [3] 2984–3005
- Parlamentarischer Rat > [1] 628–629 • [3] 3633–3634
- Parlamentsauflösung > [1] 302 • [3] 3006–3007, 3019, 3052, 3060–3063
- Parteien, Parteienfinanzierung > [1] 316, 322 • [2] 2335, 2349 • [3] 2974, 2977, 3052, 3056–3059
- Petitionsausschuß > [2] 2034, 2348, 2867 • [3] 2973, 2978, 2993–2994, 3005, 3052, 3056–3059, 3124–3128, 3130–3133, 3654
- Petitionsrecht > [2] 2867 • [3] 3052, 3056–3059, 3124–3132
- Präambel > [3] 2974, 2977
- Präsidentenanklage > [2] 1733–1734 • [3] 3191, 3194
- Rahmengesetzgebung des Bundes > [2] 2319, 2321, 2323–2332, 2378, 2859 • [3] 2976, 2980, 3011, 3017, 3052, 3060–3063
- Rechnungsprüfung > [2] 2339, 2346, 2806 • [3] 2970, 2982
- Rechtsprechung > [3] 2961, 2963
- Rechtsstaatsprinzip > [2] 2374
- Rederecht im Bundestag > [2] 1671, 1711
- Ständiger Ausschuß nach Art. 45 > [1] 302 • [2] 2297–2298
- Statusrechte der MdB > [1] 386–388
- Umweltschutz > [3] 2976–2977, 2995–2997
- Untersuchungsausschüsse > [1] 387 • [2] 1734, 2184, 2231, 2243–2245, 2777 • [3] 2993, 2995, 3009, 3052, 3056–3059
- Unvereinbarkeiten mit Bundestagsmandat > [1] 434–435
- Vereinigung Deutschlands > [3] 3013–3014
- Vermittlungsausschuß > [2] 2306, 2448–2449

noch: Grundgesetz

- Vermittlungsverfahren > [2] 2448–2449
- Verteidigungsausschuß > [2] 2034, 2184, 2854 • [3] 2966, 2978, 3052, 3056–3059, 3640
- Verteidigungsfall > [2] 1733, 2368 • [3] 2961, 2968, 2978, 2982
- Vertrauensfrage des Bundeskanzlers > [1] 302, 387, 1237 • [3] 3052, 3060–3063
- Wahl > [2] 2336 • [3] 3052, 3056–3059
- Wahlalter > [1] 43–44, 68 • [2] 2336, 2348 • [3] 2971, 2978
- Wahlperiode > [1] 56, 300–301 • [3] 2973, 2978, 3052, 3056–3059
- Wahlprüfung > [1] 296–297, 386 • [3] 3052, 3056–3058
- Wahlsystem > [1] 27, 49
- Wahltermin > [1] 56–58 • [3] N 14.2
- Wehrbeauftragter > [2] 2343, 2854 • [3] 2966, 2978, 3052, 3056–3059, 3157
- Wehrstrafgerichte > [2] 2343 • [3] 2966–2967, 2996
- Widerstandsrecht > [3] 2969, 2977, 3052, 3056–3059
- Zeugnisverweigerungsrecht des Abgeordneten > [1] 386–387 • [3] 3052, 3060–3063
- zustimmungsbedürftige Gesetze > [2] 2432

Grundgesetzänderungen > [3] 2959–3019

- Abstimmungsergebnisse > [2] 1735–1747, 1749–1750, 1755, 1758, 1760, 1769–1776
- Abstimmungsmehrheit > [2] 1733, 2776
- Änderungsgesetze: Dokumentation > [3] 2964–2976, N 14.2
- Änderungsgesetze betr. Parlamentsreform > [2] 2851, 2853–2855, 2859, 2864–2865, 2867–2868
- Einigungsvertrag > [2] 1553 • [3] 2974, 3013–3014, 3087
- Empfehlungen zur Verfassungsreform > [3] 3006–3019
- Grundgesetz > [2] 2358
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe > [3] 2984–3005
- Statistik > [3] 2960–2963, 3702–3703, 3708

Grundgesetz-Artikel, geänderte > [3] 2977–2983**Grundgesetz-Kommentare > [3] 3053–3055****Grundgesetzwidrige Gesetze > [2] 2376, 2483, 2491, 2495–2511 • [3] 3064–3065****Grundrechte > [3] 2961, 2963**

- Einschränkung > [2] 2355, 2365 • [3] 2977
- Verwirkung > [2] 2467 • [3] 2977

Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt > [3] 2977**Grundsatzgesetzgebung des Bundes > [2] 2321–2322****Gruppe Demokratische SozialistInnen > [3] 3739****Gruppe der 20 > [3] 3742****Gruppe Internationale Marxisten (GIM)**

- Parteigeschichte > [1] 116
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72, 116
- Wahlergebnisse > [1] 116, 161, 168, 177

Gruppe Kraft/Oberländer > [1] 112, 916, 935, 1125–1126 • [3] 3639**Gruppen im Bundestag**

- Arbeitskreise > [1] 1004–1005
- Arbeitskreisvorsitzende > [1] 1004–1005
- Bildung > [1] 897–900 • [3] 3095
- CDU/CSU-Fraktion > [1] 954–958
- CSU-Landesgruppe > [1] 91, 906, 936, 953, 957–958, 981–983 • [3] N 5.7
- Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden > [1] 902–905
- Fraktionswechsel > [1] 908–921, 929
- Fusionen > [1] 934–935
- Gruppenrechte > [1] 897–901 • [2] 2880, 2882 • [3] 3088
- Hilfsdienste > [1] 1006, 1009
- Klagen beim Bundesverfassungsgericht > [1] 899–900, 980 • [2] 2474–2477, 2479–2481, 2487, 2489 • [3] 3087–3088, 3671, 3675, N 26
- Mandatszahl > [1] 897, 903, 906, 908–914, 920–921, 928–930
- Minderheitenrechte > [1] 897–901
- Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 979–983
- Rechtsstellung > [1] 897–901
- Rederecht/Redezeit > [1] 898–901 • [2] 1725–1726
- Sitzungen > [1] 900–901 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- Spaltungen > [1] 934–935
- Statistik > [1] 900–901 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [1] 898–901 • [2] 2091
- Verfassungsklagen wegen Fraktionsstatus > [1] 899–900, 980 • [2] 2474, 2479, 2487, 2489 • [3] 3088, 3671, 3675, N 26
- Voraussetzungen zur Bildung > [1] 897–898 • [3] 3095
- Vorstände > [1] 900–901, 979–983
- weibliche Abgeordnete > [1] 637
- Zahl der Gruppen > [1] 900–901 • [3] 3692–3693, N 5.2
- Zuschüsse > [1] 898–901 • [2] 2880, 2882 • [3] 3243

Gültige Stimmen bei Bundestagswahlen > [1] 289–290**GUS-Länder**

- Deutsch-GUS Parlamentariergruppe > [3] 3609–3610

GVP > Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)**Häufigste Redner im Bundestagsplenum**

- Namensliste > [2] 1673–1679
- Statistik > [2] 1679–1680

Hamburg

- Bürgerschaftswahlen > [1] 132, 304–311, 1232
- Bürgerschaftswahlergebnisse > [1] 304–311, 1232
- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–184, 186–196, 198, 200–202, 304–312

- Doppelmandate Bundestag / Bürgerschaft > [1] 460, 466–467
- Erste Bürgermeister > [1] 857, 860, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460 • [3] 3658, N 6.21
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183
- Petenten-Anteil > [3] 3150
- Regierungskoalitionen > [1] 132, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460 • [3] N 6.21
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 215
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Überhangmandate bei Bundestagswahl > [1] 287 • [3] N 1.19
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Hamburg-Block > [1] 305, 1444 • [3] 3182

„**Hamburger Bibliographie zum Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland**“ > [3] 3925

Hammelsprung > [2] 1726–1728, 1974, 1976, 2864 • [3] 3690–3691, N 8.12

– Auswählergebnisse > [2] 1734–1781

„**Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus**“ > [3] 3627

„**Handbuch für die Parlamentarische Praxis**“ > [3] 3121–3122

Handbücher des Deutschen Bundestages

- Amtliches Handbuch > [2] 2876 • [3] 3434, 3931
- *Datenhandbuch* > [3] 3438
- Kürschners Volkshandbuch > [3] 3472, 3931–3932

„**Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien**“ > [3] 3627

Handwerker

- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3893–3894
- Mitglieder des Bundestages > [1] 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711

Hannover > [1] 1441

– Regierung > [1] 1440

Hauptamt für Soforthilfe

- Kontrollausschuß > [2] 2310
- Spruchsenat > [2] 2309

Hauptstadtbeschuß durch Volksentscheid > [3] 3002, 3045

Hauptstadtfrage im Bundestag

- Hauptstadtausschuß > [2] 2024, 2040, 2097 • [3] 3282
- Hauptstadtbeschlüsse Berlin > [2] 1476–1485, 1518, 1546, 1601–1602, 1605–1606 • [3] 3044, 3671

- Hauptstadtfrage Bonn/Berlin > [2] 1483–1485, 1601, 1604–1606, 2909, 2917, 2919
- Hauptstadtplanung > Hauptstadtplanung
- Hauptstadtvertrag > [2] 1606, 1614
- Parlaments- und Regierungssitz > [2] 1476–1485, 1601–1629 • [3] 3045, 3273–3274, 3671, 3830, 3841, 3849
- Umzug nach Berlin: Chronik > [2] 1601–1629 • [3] N 7.8
- Untersuchungsausschuß > [2] 2189, 2204

Hauptstadtplanung

- Berlin > [2] 1478–1479, 1545, 1601–1629, 2919 • [3] 3353–3360, 3830, 3841, 3849
- Bonn > [2] 2909, 2915, 2917 • [3] 3292, 3296–3297, 3303–3306, 3321

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

– Kuratorium der Stiftung > [2] 2313

Hausfrauen

– Mitglieder des Bundestages > [1] 646, 680–686, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711

Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02) > [1] 882–883 • [3] 3195–3269

- Beratungen im Plenum > [2] 2902–2920
- Ist-Ausgaben > [3] 3196–3197 (*Einzelheiten siehe unter Ausgaben des Bundestages*)

Haushaltsausschuß des Bundestages > [2] 2034

- Änderungen am Haushaltsplan > [2] 2783–2786
- Ausgabenbeschlüsse für Parlamentsbauten u. a. > [2] 1602, 1610, 1621–1622, 1625, 1627, 1629, 2818, 2822 • [3] 3286, 3291, 3293, 3311, 3316, 3320–3321, 3324, 3326, 3332, 3346, 3351, 3353–3354, 3356, 3376
- Berichterstatter für Einzelpläne > [2] 2852
- Besetzung des Ausschuß-Vorsitzes > [2] 2093, 2095
- DDR-Themen > [2] 1518, 1521, 1524, 1526, 1528, 1539, 1549, 1557
- Geschäftsordnung > [2] 2862, 2885 • [3] 3101, 3118
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- Öffentliche Anhörungen > [2] 2115, 2132, 2139, 2143, 2151, 2172, 2179 • [3] 3475
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [1] 537–538 • [2] 2119
- Rechnungsprüfungsausschuß > [2] 2034, 2036, 2043, 2047, 2051, 2054, 2057, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2807–2809, 2853
- Umzug nach Berlin > [2] 1602, 1610, 1621–1622, 1625, 1627, 1629
- Verbandsfärbung > [2] 2110, 2113–2114, 2179
- Vertrauensgremium > [2] 2304, 2813–2815 • [3] 3083–3084
- Verzeichnis > [2] 2036, 2043, 2047, 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2065, 2069, 2072, 2076–2077, 2079 • [3] N 9.2
- Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste > [2] 2304, 2813–2814
- Zahl der Sitzungen > [2] 2026
- Zusammensetzung > [2] 2110, 2113–2114

Haushaltsberatungen des Bundestages > [2] 2786–2804

- Abstimmungsergebnisse > [2] 1734–1735, 1737, 1740–1742, 1745–1746, 1748–1756, 1758, 1760, 1763, 1765–1769, 1771–1772, 1775–1776, 1779
- Dauer und Verlauf > [2] 2786–2804
- Einzelplan 02 > [2] 2902–2920
- Fragestunden > [2] 2786–2804, 2859
- Funktion > [1] 1171 • [2] 2786
- Geschäftsordnung > [2] 2862
- Statistik > [2] 1715, 1717 • [3] 3690–3691
- Vorschläge zur Parlamentsreform > [2] 2902–2920

Haushaltsgesetz > Bundeshaushalt**Haushaltsgrundsätze des Bundes** > [2] 2321–2322, 2366, 2370, 2858–2859 • [3] 2968, 2970**Haushaltsjahr des Bundes** > [2] 2808–2809 • [3] 3196–3197**Haushaltskommission des Bundestages** > [1] 885–892**Haushaltsplan des Bundes** > [3] 2982

- Änderungen des Bundestages > [2] 2783–2786
- Beratung > [1] 1171 • [2] 2786–2804
- Gesetzesvorbehalt > [2] 2361

Haushaltspolitik > [1] 537–538**Haushaltsreform** > [2] 2859 • [3] 2970**Haushaltsvorlagen** > [2] 2862 • [3] 3100–3101, 3118**Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern** > [3] 2982**Hausrecht des Bundestages** > [1] 861**Hearings** > Öffentliche Anhörungen der Ausschüsse**Herabsetzung des Wahlalters** > [1] 33–34, 39–40, 68, 150, 556, 560 • [2] 2864, 2866 • [3] 2971, 3001, 3005, 3027, 3651–3652**Herbeiführung der Beschlussfähigkeit im Bundestag** > [2] 1983–1987 • [3] 3690–3691**Herbeirufung von Regierungsmitgliedern** > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1741–1742, 1756–1757, 1759, 1975, 2760–2761, 2872, 2894 • [3] 3052, 3056–3059, 3116, 3696–3697, 3704–3705, 3710–3711**Herkunft der Mitglieder des Bundestages** > [1] 588–591**Herrenchiemseer Konvent** > [3] 3633**Hessen**

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–184, 186–196, 198, 200–202, 304–312
- Doppelmandat Bundestag/Landtag > [1] 466–467
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Landtagswahlen > [1] 304–312, 1235
- Mandatszähl bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183
- Ministerpräsidenten > [1] 858, 860, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453–1455, 1457, 1459, 1461 • [3] N 3.25, N 6.21

- Petenten-Anteil > [3] 3150
- Regierungskoalitionen > [1] 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453–1455, 1457, 1459, 1461 • [3] N 6.21
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 219
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2446–2447
- Verfassungsgebende Landesversammlung > [1] 304
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Hessischer Landbund > [1] 121**Hessischer Rundfunk**

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3489

„heute im bundestag“ (hib) > [2] 2863 • [3] 3464, 3471–3472, 3651**„heute im pz-Fernsehdienst“** > [3] 3471–3472**hib** > „heute im bundestag“ (hib)**Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen im Bundestag**

- > [1] 1006–1011 • [2] 2852–2853, 2856 • [3] 3243
- Ausgaben > [1] 1009 • [3] 3259, 3266–3269
- Mitglied des Bundestages > [1] 1010–1011
- Zahl der Fraktionsmitarbeiter > [1] 1007–1009 • [3] 3271

Hinterbänkler > [2] 1636, 1680–1681**Hochburgen bei Bundestagswahlen** > [1] 239–240, 265–284 • [3] 3682–3683

- und Wahlkreisabgeordnete > [1] 239–264

Hochschulbildung der Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3893–3894**Hochschulbildung der Mitglieder des Bundestages** >

- [1] 645, 668–669, 672–675, 846, 848, 850, 852, 854–856 • [3] 3686–3687, N 3.14
- Studienfächer > [1] 674–675
- weibliche MdB > [1] 645, 668–669 • [3] 3686–3687, N 3.14

Hochverrat > [2] 2341, 2894 • [3] 2964, 2983**Höchstzahlverfahren (nach d'Hondt)**

- Berechnungsverfahren > [2] 2083
- Mandatzuteilung bei Bundestagswahl > [1] 28, 36, 45–47
- Sitzzuteilung in Bundestagsgremien > [2] 2081–2083, 2086–2088, 2864

Höhe der Diäten

- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3827, 3831, 3876
- Mitglieder des Bundestages > [2] 3021–3023, 3026, 3031, 3034–3035, 3037–3039, 3041, 3043, 3048–3051, 3198–3199, 3201–3202, 3205–3206, 3211–3216, 3218–3221, 3228
- Mitglieder des Europäischen Parlaments > [3] 3032, 3034–3035, 3037–3039, 3041, 3043, 3048–3051

Hörfunk (1.–3. Programme)

- Sendungen mit Parlamentsberichterstattung > [3] 3488–3494
- Übertragungen von Plenarsitzungen > [2] 2858 • [3] 3463, 3482–3484, 3494

HP > Humanistische Partei (HP)**Humanistische Partei (HP)**

- Parteigeschichte > [1] 117
- Parteivorsitzende > [1] 117
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74, 76, 114 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576
- Wahlergebnisse > [1] 117, 170 • [3] 3576, N 1.11

IFM > Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)**IKD** > Internationale Deutsche Kommunisten (IKD)**„Im Plenarsaal“** > [3] 3472**Immissionsschutzbericht der Bundesregierung** > [1] 1326, 1351**Immunität der Mitglieder des Bundestages**

- Aufhebung(verfahren) > [1] 392–395 • [2] 1663, 2850, 2856, 2859, 2877, 2941, 2943 • [3] 3094, 3104
- Ausschuß > [1] 393, 395 • [2] 2024, 2035, 2041, 2046, 2049, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078, 2117 • [3] 3104
- Rechtsgrundlagen > [1] 386–387, 392–393 • [3] 3052, 3056–3059
- Statistik > [1] 393–395 • [3] 3688–3689, 3706, 3710, 3712, N 2.4
- Statusrecht > [1] 386–387

Impulse zur Gesetzgebung > [2] 2383–2386**Indemnität der Mitglieder des Bundestages** > [1] 386, 392 • [3] 3052, 3056–3059**Indien**

- Deutsch-indische Parlamentariergruppe > [3] 3609

Indonesien

- Deutsch-indonesische Parlamentariergruppe > [3] 3608–3609, 3611

Informations- und Kommunikationssystem für Mitglieder des Bundestages (PARLAKOM) > [2] 2875–2876, 2919, 2923–2924, 2928, 2931 • [3] 3036, 3434, 3452

- Kommission des Ältestenrates > [1] 890–892

Informationsfunktion des Parlaments > [2] 2836–2837, 2841–2842**Informationssitzungen, öffentliche (Anhörungen)** > Öffentliche Anhörungen**Informierung über den Bundestag (Umfrage)** > [3] 3531**Infrastrukturrat beim Bundesminister für Post und Telekommunikation** > [2] 2313, 2315**Inhalte der Plenarsitzungen des Bundestages** > [2] 1714–1723

- Aktuelle Stunden: Themen > [2] 2708–2742 • [3] N 12.2
- Behandlung selbständiger politischer Anträge > [2] 1721–1723
- DDR-Themen > [1] 1189–1191, 1193, 1198–1199, 1204–1205 • [2] 1502–1503, 1505–1512, 1515–1517, 1519, 1521–1522, 1524–1526, 1528–1529, 1531–1533, 1535, 1538–1540, 1542–1543, 1549, 1551, 1554–1556, 1559–1560, 1564–1565, 2708, 2710–2712, 2718, 2722, 2724, 2726–2728
- Gesetzesberatungen > [2] 1715
- Große Anfragen: Themen > [2] 2654–2705, 2892
- Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragungen: Themen > [2] 2743, 2745–2756
- Plenardebatten-Inhalte: Statistik > [2] 1714–1715
- Politische Aussprachen: Statistik > [2] 1716–1717
- Regierungserklärungen: Themen > [2] 1189–1211 • [3] N 6.11
- Statistik > [2] 1714–1717
- „Vereinbarte Debatten“: Themen > [2] 1716, 1718–1721

Inhaltsanalyse zu Gesetzentwürfen > [2] 2545**Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)**

- Fusion > [1] 86, 94, 117, 124 • [3] 3671
- Mandatszähl/Bundestag > [1] 87, 117, 937, 1014–1015
- Mandatszähl/Volkskammer > [3] 3905
- Organisationsgeschichte > [1] 85–87, 94 • [3] 3671, 3722, 3724, 3739, 3747, 3749, 3751, 3776, 3885
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 349, 371
- Regierungsbeteiligung/DDR > [1] 117 • [3] 3793
- Sprecher > [1] 117 • [3] 3749
- Teilnahme am Runden Tisch > [1] 117 • [3] 3768
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 87, 117
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 85, 117, 124 • [3] 3885
- Vertretung im Bundestag > [1] 117, 937, 1014–1015
- Vorsitzende (Sprecher) > [1] 117 • [3] 3749
- Wahlbündnis > [1] 85, 94, 115, 117, 124 • [3] 3776, 3794, 3868, 3885

Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei (Pro DM) > [3] N 1.5, N 1.11**Initiativfunktion des Parlaments** > [2] 2843**Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR** > [2] 1504 • [3] 3727, 3730, 3734, 3739**Initiativkreis „Gegen Prinzip und Praxis der Abgrenzung“ [DDR]** > [1] 94 • [3] 3727**Initiatoren der Gesetzesvorlagen** > [1] 1434–1438 • [2] 2387–2395, 2400–2402, 2408–2410, 2760–2761, 2890–2892 • [3] 3700–3701, 3704–3705, N 11.5**Inkompatibilitäten** > [1] 421, 434–441

- Mandatsniederlegungen > [1] 403, 421

Innenausschuß des Bundestages

- DDR-Themen > [2] 1518, 1524, 1526, 1536, 1539, 1542
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- Öffentliche Anhörungen > [2] 2124, 2130–2131, 2133, 2135, 2138, 2141, 2148–2149, 2158, 2169 • [3] 3473–3477
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [2] 2118
- Verbandsfärbung > [2] 2110, 2114
- Verzeichnis > [2] 2046, 2050, 2053, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2079 • [3] N 9.2
- Zahl der Sitzungen > [2] 2025
- Zusammensetzung > [2] 2110, 2114

Innenminister in der Bundesregierung > [1] 55, 1071–1073, 1147, 1190–1194, 1196–1197, 1199–1201, 1204, 1213, 1215–1220, 1251–1253 • [2] 1674 • [3] 3636, 3648, 3656, 3665, 3668, 3673, N 6.3, N 6.11

Innerdeutsche Entwicklung und Bundestag > [2] 1473–1629

- Ausschuß Deutsche Einheit > [2] 1498, 1533, 1535–1536, 1538–1542, 1546–1547, 1549, 1551, 1553, 1555–1557, 1559, 1566–1575, 2074, 2104, 2121 • [3] 3667–3668, 3823, 3829, 3839, 3855
- Chronik der deutschen Vereinigung > [2] 1501–1565 • [3] 3718–3883
- Entschließungen zur Hauptstadt Berlin > [2] 1476–1485, 1518, 1546, 1601–1602, 1605–1606 • [3] 3044
- parlamentarische Beziehungen Bundestag/Volkskammer > [2] 1485–1499, 1527, 1538, 1537–1562
- Präsenz des Bundestages in Berlin > [2] 1476, 1499–1501, 1564, 1632–1633, 2916 • [3] 3349–3350, 3639, 3641–3642, 3636, 3669–3670, 3696–3697, N 7.3, N 26
- Umgestaltung des Reichstagsgebäudes in Berlin > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26
- Umzug des Bundestages nach Berlin > [2] 1601–1629 • [3] N 7.8

Innerer Notstand > [3] 2981, 2983

Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) > [1] 55

Integrations-Ältestenrat > [2] 2857 • [3] 3612–3614

Integrationsfunktion des Parlaments > [2] 2837, 2845

Interdependenzanalyse

- Wirkungsanalyse von Gesetzen > [2] 2541

Interessenartikulationsfunktion des Parlaments > [2] 2845

Interessenverbände

- Anhörung > [2] 2121–2182 • [3] 3099
- Ausschußbericht > [3] 3099
- Einflußnahme (Einzelfallstudien) > [2] 2512–2537
- Gesetzgebung > [3] 3011
- Registrierung > [2] 2182–2183, 2865 • [3] 3102, 3652

- Vertreter im Bundestag > [1] 718–721, 847, 849, 851, 853, 855
- Vertreter in den Bundestagsausschüssen > [2] 2109–2113, 2115–2116

Interessenvertreter

- Anhörung > [2] 2121–2182
- Mitglieder der Ausschüsse des Bundestages > [2] 2109–2113, 2115–2116
- Mitglieder des Bundestages > [1] 718–721, 847, 849, 851, 853, 855
- Registrierung > [2] 2182–2183, 2865 • [3] 3102, 3652

Interfraktionelle Initiative Parlamentsreform > [2] 2921–2922, 2927, 2929, 2932, 2936–2938

Interfraktionelle Reformgremien im Bundestag > [2] 2935–2938

Internationale Beziehungen > [3] 3013, 3542–3625

Internationale Deutsche Kommunisten (IKD) > [1] 116

Internationale interparlamentarische Versammlungen > [3] 2316–2317

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) > [1] 89, 132 • [3] 3786, 3886

Internet-Präsenz des Bundestages > [3] 3467–3468

Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA) > [3] 3628–3629

- IPA-Empfehlung zum Petitionsverfahren > [3] 3125
- IPA-Regeln für Untersuchungsausschüsse > [2] 2243–2244, 2246–2247
- IPA-Vorschlag für Lobbyisten-Liste > [2] 2182

Interparlamentarische Union (IPU) > [2] 2855 • [3] 3606–3607

- Interparlamentarischer Rat > [3] 3606
- Konferenzen der IPU > [2] 1492, 2317 • [3] 3606, 3656

Interpellationen > Große Anfragen

Investitionsfinanzierung > [3] 3012

Investitionsprogramm der Bundesregierung > [1] 1307

IPA > Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA)

IPU > Interparlamentarische Union (IPU)

Iran

- Deutsch-iranische Parlamentariergruppe > [3] 3609

Irland

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-irische Parlamentariergruppe > [3] 3609
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3555, 3581
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3582–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlssystem > [3] 3566

Israel

- Deutsch-israelische Parlamentariergruppe > [3] 3609

Ist-Ausgaben

- Bundeshaushalt/Bundestagshaushalt > [3] 3196–3197
- Bundestag > Ausgaben des Bundestages

Italien

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-italienische Parlamentariergruppe > [3] 3609
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3553
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3582–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlsystem > [3] 3566

Jahresberichte

- des Petitionsausschusses > [2] 2871 • [3] 3119, 3128, 3152–3156
- des Wehrbeauftragten > [1] 1363–1365 • [2] 2780, 2897 • [3] 3152, 3168–3178

Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung > [1] 1368**Jahreswirtschaftsbericht > [1] 1369 • [2] 1516****Jakob-Kaiser-Haus [Bundestag Berlin] > [3] N 21.6****Japan**

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385
- Deutsch-japanische Parlamentariergruppe > [3] 3609

Jüngste Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung > [1] 837–845

- Ausschußvorsitzende > [1] 840–841
- Fraktionsvorstandsmitglieder > [1] 837–839
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 844–845
- Regierungsmitglieder > [1] 842–843

Jüngste Mitglieder des Bundestages

- Geburtsdaten > [1] 566–570
- Inhaber von Führungspositionen > [1] 837–845
- politische Sozialisation > [1] 592–604
- Sozialisation (Umfrage) > [1] 534–535

Jüngste und älteste Mitglieder des Bundestages > [1] 566–570**„Jugend und Parlament“ > Parlamentsseminare****Jugendbericht der Bundesregierung > [1] 1331****Jugend-Fragestunde im Bundestag > [3] 3465–3466****Jugoslawien**

- Deutsch-jugoslawische Parlamentariergruppe > [3] 3609

Junge Linke > Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke“ (MJV)**Jungtürken > [1] 108–109****Jungwählerverhalten**

- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 226–229
- Stimmabgabe bei Europawahlen > [3] 3578–3579
- Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen > [1] 153–154

JURIS > Juristisches Informationssystem (JURIS)**Juristen-Anteil**

- Bundeskabinett > [1] 1154
- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3894
- Mitglieder des Bundestages > [1] 674

Juristisches Informationssystem (JURIS) > [2] 2872 • [3] 3432, 3434, 3452**Justizminister in der Bundesregierung > [1] 654–655, 842, 1073–1075, 1148–1149, 1196, 1198, 1204, 1213–1218, 1220, 1250, 1252 • [2] 1674–1678 • [3] 3646, 3649, 3657, 3672, 3676****K-Gruppen > [1] 114****KABD > Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)****Kabinett > Bundeskabinett****Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung > Regierungsbefragung/Kabinettsberichterstattung****Kabinetts-Informationen > [2] 2742–2744, 2922 (vgl. *inzwischen* Regierungsbefragung/Kabinettsberichterstattung)**

- Einführung > [2] 2742, 2866, 2875, 2899–2900, 2922 • [3] 3653
- Geschäftsordnung > [2] 2742–2743
- Statistik > [2] 1717, 2743 • [3] 3690–3691
- Verfahren > [2] 2742–2743
- Verzeichnis > [2] 2743

Kabinettsbildung > Regierungsbildung**Kabinettsmitglieder (Bundesregierung)**

- Dienstalter > [1] 1155–1157
- Juristen-Anteil > [1] 1154
- Mandatsanteil der Koalitionsparteien > [1] 1143–1145
- Namensliste > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Zahl > [1] 552–553, 1112–1113, 1122–1132, 1143–1145, 1152–1153, 1156–1157 • [3] 3696–3697

Kanada

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385
- Deutsch-kanadische Parlamentariergruppe > [3] 3609

Kandidaten bei Bundestagswahlen

- Frauenanteil > [1] 637 • [3] 3680–3681
- Zahl > [1] 637 • [3] 3680–3681

Kandidierende Parteien

- Bundestagswahlen > Kandidierende Parteien bei Bundestagswahlen
- Europawahlen > ③ 3574–3577
- Volkskammerwahl 1990 > ③ 3885–3886

Kandidierende Parteien bei Bundestagswahlen

- Kurzbeschreibung > ① 79–137
- Verzeichnis > ① 69–78
- Zahl > ① 78 • ③ 3680–3681

Kanzler > Bundeskanzler**Kanzleramt > Bundeskanzleramt****Kanzleramtsminister > ① 1063–1064, 1066–1067, 1148, 1215, 1219–1220 • ③ 3645, 3661, 3665–3666****Kanzlerkandidatur**

- gewünschte Bundeskanzler (Umfrage) > ① 1028
- Kanzlerkandidaten > ① 1028, 1117–1121, 1137–1138, 1140, 1221, 1223, 1225, 1227, 1229, 1235 • ② 2771–2773 • ③ 3643, 3645, 3647, 3651, 3656, 3659, N 6.5, N 26
- Partei- und Fraktionsvorsitz > ① 1117–1121 • ③ N 6.5
- Schattenkabinette > ② 2771–2773
- Wahlkampfmannschaft > ② 2771–2773

Kanzlerwechsel während der Wahlperiode > ① 1221–1228

- Chronik 1963 > ① 1221–1223
- Chronik 1966 > ① 1224–1226
- Chronik 1974 > ① 1226–1228

Karrieren von Mitgliedern des Bundestages > ① 421–433, 734–825**Katalog der Parlamentsfunktionen > ② 2834–2847****Katholiken**

- Mitglieder des Bundestages > ① 644, 665–667 • ③ N 3.13
- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > ① 232–238

Kaukasus

- Deutsch-kaukasische Parlamentariergruppe > ③ 3609

KB > Kulturbund der DDR (KB)**KBW > Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)****Kenntnis des Bundestages (Umfragen) > ③ 3510, 3535****Kenntnisse über den Bundestag (Umfragen) > ③ 3515–3518, 3536, 3538–3539****Kernforschungszentrum Karlsruhe > ② 2826–2828****Kernzeit-Debatten im Bundestag**

- Einführung > ② 2884, 2901 • ③ 3675
- Geschäftsordnung > ② 2884 • ③ 3107

Kinderkommission des Bundestages > ② 2074, 2076, 2079, 2877, 2934 • ③ 3472, N 9.6**Kleine Anfragen im Bundestag > ② 2638, 2642**

- Fragesteller > ② 2642–2643, 2759–2760 • ③ N 12.1
- Geschäftsordnung > ② 2638, 2779, 2850, 2882 • ③ 3096, 3101
- Opposition > ② 2759–2760, 2774 • ③ 3704–3705
- Ressort-Gliederung > ① 1434–1438 • ② 2646–2650
- Statistik > ① 1434–1438 • ② 2639, 2642–2643, 2647–2650, 2759–2760 • ③ 3704–3705, 3708, 3710–3711, N 12.1
- Themen > ② 1617–1619

Kleine Koalition > ① 1133–1134 • ② 1732**Koalitionen**

- Bundesregierung > Koalitionen (Bund)
- Landesregierungen > Landesregierungen
- Regierung der DDR > Ministerrat der DDR

Koalitionen (Bund)

- Abkommen > ① 1166–1169
- Abstimmungsmehrheiten > ② 1732
- Allparteienkoalition > ① 1133
- Auflösungen > ① 52, 1125, 1129–1130, 1133, 1139–1140, 1199, 1212, 1215, 1218, 1224, 1234 • ③ 3639–3640, 3647, 3658
- Bund/Länder > ① 1439–1462 • ② 2437–2446
- Bundeskanzlerwahl > ① 1019–1027
- Bundesratsmehrheit > ② 2437–2446
- Bundesregierung > Zusammensetzung
- Dauer der Koalitionsbildungen > ① 1141–1142 • ③ 3696, 3708–3709, 3711
- Debattendauer-Regelungen > ② 1723–1726
- Formen > ① 1133
- Fraktionswechsel > ① 1122–1132
- Gesetzentwürfe der Koalitionsfraktionen > ② 2390–2395, 2400–2401
- große > ① 51–52, 55, 90, 131, 1129, 1133–1140, 1223, 1225–1226 • ③ 3644, 3647
- kleine > ① 1133–1134 • ② 1732
- Koalitionsausschüsse > ① 1166–1169
- Koalitionsbildungen > ① 1141–1142
- Koalitionsverträge > ① 1166–1169
- Mandatsanteil / Anteil der Kabinettsmitglieder > ① 1143–1145
- Mandatszahl > ① 288, 931–933, 1019–1027, 1123–1132, 1229–1230, 1239–1240, 1242 • ② 1732
- Mehrheitsverhältnis > ① 1133–1134
- Mehrheitsverhältnis Bundestag/Bundesrat > ② 2437–2446
- und Opposition im Bund > ① 931–933, 1122–1132
- Redezeit > ② 1723–1726
- Typologie > ① 1133
- Überhangmandate > ① 288
- Vereinbarungen > ① 1166–1169
- Wortmeldungen bei Aussprache zur Regierungserklärung > ① 1172–1188
- Zusammensetzung > ① 1122–1134, 1439–1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460 • ③ 3635, 3638–3640, 3642, 3544–3645, 3647, 3650, 3653, 3655, 3657–3660, 3663, 3670, 3675, N 26

Koalitionsparteien

- Anteil der Kabinettsmitglieder > [1] 1143–1145
- Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden zum Bundeskabinett > [1] 1160–1162

Koalitionsregierungen > Koalitionen**Kodifikationsgesetz** > [2] 2412

„Kölner Wahlstudie“ > [1] 51, 55

Kommentare

- zum Grundgesetz > [3] 3053–3055
- zur Geschäftsordnung des Bundestages > [3] 3121–3122

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V. > [3] 3627–3628**Kommission für Technologiefolgenabschätzung** > [2] 2817 (vgl. *Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag*)

- Enquete-Kommission > [2] 2148, 2157, 2259, 2263, 2273, 2275, 2291, 2296–2297, 2820–2826, 2874 • [3] 3662, 3664

Kommission nach dem Gesetz zu Artikel 10 GG > [2] 2057, 2060, 2063, 2303 • [3] 3027, 3047, 3128**Kommission Verfassungsreform** > [3] 3014**Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)** > [2] 2074, 2076, 2079, 2877, 2934 • [3] 3472, N 9.6**Kommissionen des Bundestages**

- Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform > [1] 890 • [2] 2744, 2875, 2926–2927, 2929–2931 • [3] 3661–3662
- Ältestenrat > [1] 883, 885, 889–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Ausschüsse > [2] 2034–2080
- Enquete-Kommissionen > Enquete-Kommissionen des Bundestages
- Europa-Kommission > [1] 553 • [2] 1995, 2022–2023, 2123, 2148, 2874 • [3] 3558, 3613–3614, 3660, 3694–3695
- Kinderkommission > [2] 2074, 2076, 2079, 2877, 2934 • [3] 3472, N 9.6
- Kontrollkommissionen des Parlaments > [2] 2809–2815
- Vorstand des Bundestages > Unterkommissionen

Kommunale Selbstverwaltung > [3] 3016**Kommunale Spitzenverbände**

- Anhörung durch Ausschüsse > [2] 2867 • [3] 3102, 3113

Kommunale Wahlbeamte

- Mitglieder des Bundestages > [1] 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 715–717

Kommunalparlament

- Mitglieder/Mitglieder des Bundestages > [1] 631

Kommunalwahlen in der DDR > Deutsche Demokratische-Republik (DDR)**Kommunisten**

- Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3580–3584

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [Partei]

- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Hochburgen > [1] 279
- Koalitionen > [1] 1440–1442
- Parlamentarischer Rat > [1] 624–625
- Parteigeschichte > [1] 97, 118–119, 126, 131
- Parteivorsitzender > [1] 118, 988
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 118
- Verbindung zur SED > [1] 118
- Verbot > [1] 97–98, 118, 970, 988 • [3] 3069–3070, 3640, 3649
- Wahlergebnisse > [1] 118, 156, 160, 164–165, 178, 185, 293–295 • [3] 3638, 3680
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [Fraktion]

- Anfragen-Statistik > [2] 2642–2644
- Berufsstruktur der MdB > [1] 686
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 661, 827
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Fraktions- und Parteivorsitzende > [1] 988
- Fraktionseigenschaft > [1] 934, 970 • [2] 2851 • [3] 3637
- Fraktionsvorstand > [1] 970, 988
- Fraktionswechsel > [1] 941
- Mandatszahl > [1] 164, 185, 903, 908–914, 934 • [3] 3682–3683
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Stimmenanteil / Mandatsanteil > [1] 291
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 606–608
- Verbot > [1] 970
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 637
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [neu]

- Parteigeschichte > [1] 119–120 • [3] 3657
- Parteivorsitzender > [1] 119
- Rechenschaftsberichte über Einnahmen > [1] 349
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72, 119
- Wahlergebnisse > [1] 119, 161, 168, 178

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [neu/DDR]

- Parteigeschichte > [1] 118 • [3] 3783, 3791, 3886
- Parteivorsitzende > [1] 118 • [3] 3791
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 350, 372
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 77, 118
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 118 • [3] 3886
- Wahlergebnisse > [1] 118, 161, 171–172, 178 • [3] 3887

Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO) > [1] 119

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

- Parteigeschichte > [1] 98, 116, 118–121, 136
- Parteivorsitzender > [1] 119
- Rechenschaftsberichte über Einnahmen > [1] 350
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 73, 119
- Wahlergebnisse > [1] 119, 161, 169, 178

Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)
> [1] 121**Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)**

- Parteigeschichte > [1] 90, 119–120 • [3] 3662
- Parteivorsitzende > [1] 120
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72–73, 120
- Wahlergebnisse > [1] 120, 161, 168–169, 178

Kompetitive Oppositionsstrategie > [2] 2758–2759**Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)** > [3] 3618–3623**Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten** > [2] 2867 • [3] 3598–3599

- Daten und Themen > [3] 3599–3603

Konferenz der Interparlamentarischen Union (IPU) > [2] 2317**Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente** > [2] 2939

- Daten und Beschlüsse > [2] 2243–2244, 2246–2248, 2870, 2939–2947 • [3] 3125

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) > Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**Konfession**

- Mitglieder des Bundestages > [1] 644, 665–667 • [3] N 3.13
- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 232–238

Konkrete Normenkontrolle > [3] 2982**Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes** > [2] 2319–2321, 2323–2332, 2373, 2378, 2855, 2859, 2864–2865, 2868 • [3] 2966–2967, 2972, 2976, 2979–2980, 3016–3017, 3052, 3060–3063**Konstanz der Fraktionen** > [1] 941–942**Konstituierende Sitzungen des Bundestages** > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3052, 3056–3059, 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26**Konstruktives Mißtrauensvotum** > [1] 131, 387, 1019, 1023, 1025, 1027, 1049, 1130, 1194, 1199, 1212, 1218, 1228–1238, 1247–1249 • [2] 1733, 1754, 1975, 2193, 2209, 2804, 2898–2899, 2915 • [3] 3052, 3060–3063, 3095, 3191–3192, 3640, 3651, 3658–3659, 3698–3699**Kontaktgruppen** > Parlamentariergruppen**Kontrollausschuß**

- Bundesausgleichsamt > [2] 2310
- Hauptamt für Soforthilfe > [2] 2310

Kontrollfunktion des Parlaments > [2] 2835–2848**Kontrollkommission (Nachrichtendienste)** > Parlamentarische Kontrollkommission (PKK)**Kontrollkommissionen des Bundestages** > [2] 2809–2815 (*Untergliederung siehe unter Parlamentarische Kontrollkommissionen des Bundestages*)**Kontrollrechte des Bundestages** > [1] 387–388 • [2] 2636–2833 • [3] 3007–3009

- Aktenvorlage/Untersuchungsausschuß > [3] 3081–3082
- Aktuelle Stunden > [2] 2705–2742 • [3] N 11.2
- Anfragen > [2] 2638–2705 • [3] N 11.1
- Berichte der Bundesregierung an den Bundestag > [1] 1266–1377
- Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses > [2] 2303–2304, 2367, 2809, 2812–2813, 2815, 2859, 2882 • [3] 2969, 3027, 3041–3042
- Enquete-Kommissionen > [2] 2250–2297
- Entlassungsanträge gegen Bundesminister/Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1247–1254 • [2] 1739, 1743, 1754–1755, 1757, 1780, 2663, 2760–2761, 2893 • [3] 3698–3699, 3704–3705, 3711
- Finanzpolitik > [2] 2783–2809
- Haushaltsberatungen > [2] 2786–2804
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1975, 2760–2761 • [3] 3052, 3056–3059, 3116, 3696–3697, 3704–3705, 3710–3711
- Immunitätsangelegenheiten > [1] 386–387, 392–395 • [3] 3052, 3056–3059, 3688–3689, 3706, 3710, 3712, N 2.4
- Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragung > [2] 2742–2757 • [3] 3690–3691
- konstruktives Mißtrauensvotum > [1] 131, 387, 1019, 1023, 1025, 1027, 1049, 1130, 1194, 1199, 1212, 1218, 1228–1238, 1247–1249 • [2] 1733, 1754, 1975, 2193, 2209, 2804, 2898–2899, 2915 • [3] 3052, 3060–3063, 3095, 3191–3192, 3640, 3651, 3658–3659, 3698–3699
- kontrovers verabschiedete Gesetze > [2] 1953–1973, 2396–2397 • [3] 3702–3703
- Minderheitenrechte > [2] 2775–2782 • [3] 3114
- Mißbilligungsanträge gegen Regierungsmitglieder/Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1247–1254 • [2] 1738, 1745, 1750, 2760–2761, 2894 • [3] 3698–3699, 3704–3706
- Mitwirkung des Bundestages in außerparlamentarischen Gremien > [2] 2309–2316
- Nachrichtendienste > [1] 1318 • [2] 2303, 2809–2815, 2869, 2882, 2914 • [3] 2993, 3009, 3032, 3042, 3655
- öffentliche Anhörungen > [2] 2121–2181 • [3] 3694–3695, 3706–3707, 3712, N 8.21, N 9.6
- Petitionswesen > [3] 3123–3156
- Rechenschaftsberichte der Parteien > [1] 316, 322–377 • [3] 2974, 3025–3026, 3034
- Rechnungsprüfung > [2] 2339, 2346, 2806–2809 • [3] 2982
- Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages > [2] 2592–2595

- Regierungsbefragung > [2] 2742–2757 • [3] 3690–3691
- Regierungserklärungen > [1] 1170–1211
- Registrierung von Interessenverbänden > [2] 2182–2183, 2865 • [3] 3102, 3652
- Sondersitzungen > [2] 1660–1670, 2893, 2929 • [3] 3645, 3649, 3661, 3670, 3674, 3688–3689, N 8.5
- Statusrechte des Abgeordneten > [1] 386–388
- Technologie-Bewertung > [2] 2816–2833
- Untersuchungsausschüsse > [2] 2184–2249
- Vermittlungsverfahren > [2] 1670, 2396–2401, 2428–2429, 2448–2452 • [3] 3700–3703, N 11.9
- Vertrauensfrage des Bundeskanzlers > [1] 302, 387, 1231–1234, 1237–1249 • [2] 1733, 1747, 1753–1754, 1975, 2511, 2899 • [3] 3007, 3052, 3060–3063, 3079–3081, 3095, 3652, 3658–3659, 3698–3699
- Vertrauensfrage-Ersuchen an Bundeskanzler > [1] 1225, 1246–1249, 1251 • [2] 1743, 2898 • [3] 3647, 3698–3699
- Wahlprüfung > [1] 296–299
- Wehrbeauftragter > [3] 3157–3178
- Wirtschaftspläne der Geheimdienste > [2] 2304, 2473, 2484–2485, 2809, 2813–2814, 2874 • [3] 3035, 3083–3084, 3661–3662

Kontrolltätigkeit des Bundestages > [2] 2636–2833
(*Untergliederung siehe unter Kontrollrechte des Bundestages*)

Kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze > [2] 1953–1973
– Statistik > [2] 1954–1956, 2396–2397 • [3] 3702–3703

Konzeptkommission des Bundestages > Umzug des Bundestages nach Berlin

Kooperationsgesetze > [2] 2411–2412

Kooperative Oppositionsstrategie > [2] 2758–2759

Koordinierungsgremien der europäischen Beziehungen beim Bundestag > [3] 3612–3618

- Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union > [2] 2034, 2080, 2106, 2121, 2171, 2176–2177, 2478, 2488, 2589–2590, 2883, 2933 • [3] 2975, 2978, 3016, 3042, 3052, 3056–3059, 3106, 3613, 3617–3618, 3675, N 9.2
- EG-Ausschuß > [2] 2027, 2077, 2121, 2129, 2167, 2882 • [3] 3613, 3616
- Europaausschuß > [3] 3612, 3615
- Europa-Kommission > [1] 553 • [2] 1995, 2022–2023, 2123, 2148, 2874 • [3] 3558, 3613–3615, 3660, 3694–3695
- Unterausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaft > [2] 2071, 2874 • [3] 3613, 3615
- Unterkommission des Ältestenrats > [1] 888–889 • [3] 3612

Korea > Südkorea

Kosten des Bundestages > [2] 2904 • [3] 3196–3197
– Baukosten > Ausgaben des Bundestages
– Personalkosten > [3] 3266–3269

Kostenanalyse zu Gesetzentwürfen > [2] 2543

Kosten/Nutzen-Untersuchung zu Gesetzentwürfen > [2] 2544

Kostenpauschale für Mitglieder des Bundestages > [2] 2914, 2916 • [3] 3022–3023, 3026, 3034–3039, 3041, 3043, 3048–3049, 3051, 3198–3199, 3201–3210, 3212–3216, 3218–3224, 3228–3229, 3660, N 20.3

KPD > Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

KPD/AO > Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO)

KPD/ML > Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Kreationsfunktion des Parlaments > [2] 2299, 2839–2840, 2844–2846

Krebsbericht der Bundesregierung > [1] 1334

Kreditbeschaffung > [2] 2346, 2361, 2370 • [3] 2982, 3085

Kredite der Parteien > [1] 330–361

Kressbronner Kreis > [1] 55, 1168–1169

Kriegs- und Wehrdienstopferbericht der Bundesregierung > [1] 1274

Kriegswaffenkontrolle > [2] 2335 • [3] 3036, 3040

KSZE/OSZE > Konferenz über/Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE/OSZE)

Kubikwahlgesetz (Kubusystem) > [1] 54

Künstlerbericht der Bundesregierung > [1] 1278

„Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag“ > [3] 3472, 3931–3932

Kulturausschuß des Bundestages > [2] 2032, 2040, 2042, 2047, 2050, 2053, 2095, 2097–2100, 2120, 2126, 2130 • [3] N 9.2

Kulturbund der DDR (KB) > [3] 3750, 3752, 3757, 3910–3911

Kunstbeirat der Deutschen Bundespost > [2] 2312

Kuratorium

- Bundeszentrale für politische Bildung > [2] 2316
- Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung > [2] 2315
- Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR > [2] 2315 • [3] 3048
- Stiftung „Haus der Geschichte“ > [2] 2313 • [3] 3048

Kurzbeschreibung der kandidierenden Parteien

- Bundestagswahlen > [1] 79–137
- Volkskammerwahl 1990 > [3] 3885–3886

Kurzinterventionen bei Plenardebatten > [2] 1725, 2875, 2879–2881, 2884, 2900 • [3] 3107

Kurzchronik 1948–1997 > [3] 3633–3677, N 26

Länder > Bundesländer, Östliche Bundesländer

Länderfinanzausgleich > [2] 2338, 2342, 2364, 2369 • [3] 2982

Länderrat der amerikanischen Besatzungszone

- Chronik > [1] 626–627
- Mitgliedschaft > Mitglieder des Länderrates
- Parlamentarischer Rat > [1] 626

Länderrat (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) > [1] 628

Lage der Nation > Bericht zur Lage der Nation

Lageplan

- Bannmeile Bundeshaus Bonn > [3] 3399
- Bundeshaus Bonn > [3] 3294–3295
- Reichstagsgelände Berlin > [3] 3380–3381

Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) > [1] 91, 936, 953, 981

- Mandatsanteil > [1] 906
- Vorstand > [1] 957–958, 981–983 • [3] N 5.7

Landeslistenmandate > [1] 38, 183–199

Landesminister(präsident)

- Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 441–459
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435, 441
- Wechsel ins Bundeskabinett > [1] 856–860 • [3] N 3.25

Landesrecht / Bundesrecht > [2] 1734, 2321

Landesregierungen > [1] 1439–1462

- Koalitionen > [1] 1135–1136, 1439–1462 • [2] 2437–2446

Landesverfassungen

- Mitgliedschaft Landesregierung/Bundestag > [1] 435

Landtagsmandat / Bundestagsmandat > [1] 434, 459–468, 630 • [3] 3688–3689

Landtagspräsidenten-Konferenz > [2] 2939

- Daten und Beschlüsse > [2] 2940–2947 • [3] 3236

Landtagswahlen

- östliche Bundesländer > [1] 311–312 • [2] 1565 • [3] 3822–3823, 3842, 3845, 3847, 3853, 3864, 3866, 3868–3869
- Termine > [1] 303–312 • [3] 3007, 3019
- Wahlergebnisse von CDU, CSU und SPD > [1] 303–312

Landtagswahlen/Bundestagswahlen

- Trendverschiebungen bei CDU/CSU und SPD > [1] 303–312

Landwirte

- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3894
- Mitglieder des Bundestages > [1] 646, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Stimmabgabe bei Bundestagswahl > [1] 237

Landwirtschaftsminister in der Bundesregierung > [1] 1081–1082, 1147, 1192, 1208, 1213, 1218, 1220 • [3] 3642, 3672, N 6.3

Lastenausgleich > [2] 2598

- Durchführung > [2] 2851 • [3] 2965, 2983

Lastenausgleichsbank

- Verwaltungsrat > [2] 2311

Lateinamerika

- Deutsch-lateinamerikanische Parlamentariergruppe > [3] 3609–3611

LD > Liberale Demokraten (LD)

LDP > Liberal-Demokratische Partei (LDP) [DDR]

LDPD > Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) [DDR]

Lebensdaten der Mitglieder des Bundestages

- Geburtsdaten > [1] 566–570, 735–825, 837–845
- Todesdaten > [1] 405–421, 735–825 • [3] N 2.7 (vgl. auch Kap. 31: Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages und Personenregister)

Leeres Plenum des Bundestages > [2] 2907, 2912–2914, 2922–2926, 2928–2930, 2933

Legislaturperiode > Wahlperiode

Legitimationsfunktion des Parlaments > [2] 2845, 2847

Lehrer

- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3894
- Mitglieder des Bundestages > [1] 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 715–717

Lehrfunktion des Parlaments > [2] 2836

Leistungen an die Mitglieder des Bundestages > [1] 390 • [3] 3228–3235

Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR > [1] 1064–1067

Lettland > Baltische Länder

Letzte Plenarsitzung der Wahlperiode > [1] 301–302, 1241 • [3] 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3669, 3674, N 26 (vgl. auch Abschnitt 8.4: Daten der Plenarsitzungen sowie Kap. 34: Plenarsitzungsregister)

Liberal-Demokratische Partei (LDP) [DDR] > Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) [DDR]

Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) [DDR]

- Blockpartei > [1] 108 • [3] 3736, 3743, 3763, 3767, 3811, 3885
- Fraktion/Volkskammer > [3] 3751, 3811, 3910–3911 (vgl. im übrigen Die Liberalen [DDR])
- Fraktionsvorsitzende/Volkskammer > [3] 3781
- Koalition > [3] 3759, 3781, 3784, 3793
- Mandatszähl/Volkskammer > [3] 3905, 3910–3911

- Ministerrat > [3] 3781, 3784
- Parteigeschichte > [1] 108 • [3] 3736, 3742–3743, 3751, 3767, 3772, 3795–3796, 3885
- Parteivorsitzende > [3] 3736, 3738, 3743, 3751, 3756, 3795, 3885
- Teilnahme am Runden Tisch > [3] 3768
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3796, 3885
- Umbenennung > [1] 108 • [3] 3795, 3812, 3885
- Wahlbündnis > [3] 3796, 3812, 3885
- Wahlergebnis > Bund Freier Demokraten (BFD)

Liberalen Demokraten (LD) > [1] 77, 108, 172

Liberaler Offensive > [1] 108

Liberaler Partei Deutschlands (LPD) > [1] 1440–1442

Liberaler und Demokratischer Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3580–3585, 3591

Liberaler und Demokratischer Partei Europas

- Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3586–3587

Die Liberalen [DDR]

- Fraktion/Volkskammer > [3] 3811, 3835, 3848, 3850, 3852–3853, 3855, 3887, 3905, 3908–3909, 3914
- Fraktionsvorsitzende/Volkskammer > [3] 3814, 3905
- Parteigeschichte > Bund Freier Demokraten (BFD) [DDR]
- Sozialstruktur/Volkskammerfraktion > [3] 3893–3895
- Wahlergebnisse > [3] 3824, 3887, 3889

LIGA > Christliche Liga (LIGA)

Linke Liste/PDS (vgl. auch *Partei des Demokratischen Sozialismus*)

- Mandatszahl/Bundestag > [1] 120
- Parteigeschichte > [1] 98, 120, 127 • [3] 3858, 3875
- Parteivorsitzende > [1] 120
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 98, 120, 127

Linkes Forum > [1] 115

Lippe (Land) > [1] 1441

Liste der kontrovers verabschiedeten Gesetze > [2] 1957–1973

Litauen > Baltische Länder

Literatur über den Bundestag > [3] 3924–3928

- Bibliographien > [3] 3924–3926
- Literaturführer und Fortschrittsberichte > [3] 3926–3928

Literaturverzeichnisse > Bibliographien

Live-Übertragungen von Bundestagssitzungen durch Hörfunk/Fernsehen > [2] 2922, 2927, 2933 • [3] 3488, 3494

- Chronik > [3] 3463, 3482–3486, 3495–3500
- „Parlamentskanal“ > [2] 2933–2934 • [3] 3495–3500
- Statistik > [3] 3486–3487

Lobbyismus im Bundestag > Interessenverbände

Lobbyistenliste > [2] 2182–2183, 2865 • [3] 3102, 3451, 3652

Lokale und regionale Wahlstudien > [1] 214–222

LPD > Liberale Partei Deutschlands (LPD)

Luftverkehrsverwaltung > [2] 2349, 2366 • [3] 2967, 2974, 2981, 3018

Luisenblock > Reichstagsgebäude in Berlin, hier: Neubauten

Luxemburg

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-belgisch-luxemburgische Parlamentariergruppe > [3] 3608
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3553
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3582–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlssystem > [3] 3566

Maastrichter Vertrag > [2] 2632 • [3] 2975, 3042, 3045, 3551–3552, 3561–3565, 3672–3673, 3677

Männer

- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 223–231
- Stimmabgabe bei Europawahlen > [3] 3578–3579
- Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen > [1] 152–154

Mandat > [3] 3076

Mandatsaberkennungen im Bundestag > [1] 32, 130, 380–381, 402–404, 913, 917, 1124 • [3] 2895, 2984, 3006, 3067, 3069, 3688–3689, N 2.1, N 2.6

Mandatsanteil im Bundestag

- Anteil der Kabinettsmitglieder > [1] 1143–1145
- Stimmenanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22

Mandatsausübung

- Behinderungsverbot > [1] 386–387

Mandatsbedingte Ausgaben der Mitglieder des Bundestages > [3] 3223–3227

Mandatsdauer der Mitglieder des Bundestages > [1] 570–588, 642, 834–837, 847, 849, 851, 853–855 • [3] 3686–3687, 3711

- Besetzung von Führungspositionen > [1] 834–837

Mandatsniederlegungen > Mandatsverzicht (Bundestag)

Hinweis

In das vorliegende Sachregister sind die Abkürzungen von Parteien, Fraktionen, Gremien usw. eingearbeitet.

Mandatsverlust > Mandatsaberkennungen im Bundestag

Mandatsverzichte

- Bundestag > Mandatsverzichte (Bundestag)
- Volkskammer der DDR > [3] 3748–3759, 3778, 3780

Mandatsverzichte (Bundestag) > [1] 380, 402–403 • [2] 2889

- Namensliste > [1] 421–433, 444–459
- Rotation > [1] 115, 403, 422 • [3] 3711
- Statistik > [1] 403, 442–443 • [3] 3688–3689, 3711, N 2.6
- Übernahme von Ämtern > [1] 402–403, 421–433, 442–459

Mandatszahl

- Bevölkerungszahl > [1] 384–385 • [3] 3595–3598
- Bundestag > Mandatszahl (Bundestag)
- Europäisches Parlament > [1] 552–553 • [3] 3551, 3553, 3555–3557, 3559, 3561–3563, 3565, 3581–3587, 3595–3598
- Volkskammer der DDR > [3] 3714, 3884

Mandatszahl (Bundestag)

- Bevölkerungszahl > [1] 384–385
- Bundesländer > [1] 180–199
- Fraktionen > [1] 164–172, 183–199, 902–930 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- Gruppen > [1] 897, 903, 906, 908–914, 920–921, 928–930
- Opposition > [1] 931–933, 1123–1132
- Regierungskoalition > [1] 288, 931–933, 1019–1027, 1123–1132, 1229–1230, 1239–1240, 1242 • [2] 1732
- Veränderungen während der Wahlperiode > [1] 293–296, 379–381, 907–930
- Wahlgesetz > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–380, 383–384

Mandatszuteilung > [1] 27–28, 31, 36, 45

- Vergleich Verfahren *d'Hondt* und *Hare/Niemeyer* > [1] 46–47

Marokko

- Deutsch-marokkanische Parlamentariergruppe > [3] 3610

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

- Parteigeschichte > [1] 119, 121
- Parteivorsitzende > [1] 121
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74, 77, 121 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576
- Wahlergebnisse > [1] 121, 161, 170, 172, 178 • [3] 3576, N 1.11

Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke“ (MJV) > [3] 3792, 3803, 3885

Masseneingaben (Petitionen) > [2] 2878, 2922 • [3] 3129–3130

- Zahl und Themen > [2] 1619 • [3] 3142–3148, 3706–3707

„Materialien“ > [2] 2857 • [3] 3430, 3440–3444

Materielles Prüfungsrecht des Bundespräsidenten > [2] 2453–2455

Mathematisches Proportionsverfahren (nach Hare/Niemeyer)

- Berechnungsverfahren > [2] 2084
- Mandatszuteilung bei Bundestagswahl > [1] 46–47
- Sitzzuteilung in Bundestagsgremien > [2] 2081–2082, 2084, 2086–2087, 2089, 2864, 2872

Mecklenburg-Vorpommern

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 182–183, 197, 199–202, 311–312
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Landtagswahlen > [1] 310, 312 • [2] 1565
- Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183
- Ministerpräsidenten > [1] 860, 1462 • [3] N 6.21
- Petenten-Anteil > [3] 3149, 3151
- Regierungskoalitionen > [1] 1462 • [3] N 6.21
- Stimmzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Überhangmandate bei Bundestagswahlen > [1] 287–288 • [3] N 1.19
- Volkammerwahlergebnis > [3] 3888
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183

Medienbericht der Bundesregierung > [1] 1322

Medienpreis für Arbeiten zum Parlamentarismus > [3] 3500–3502

Mehrheit

- absolute > [2] 1730–1733
- Berechnungsgrundlage > [1] 379–381 • [2] 1730–1731
- der Mitglieder > [2] 1730–1733
- einfache > [2] 1732
- relative > [2] 1732
- Zweidrittelmehrheit > [2] 1730–1733, 2776

Mehrheitsprinzip > [2] 2776

Mehrheitsverhältnisse Bundestag/Bundesrat > [1] 51 • [2] 2437–2446

Mehrheitsverhältnisse Koalition / Opposition im Bundestag > [1] 931–933, 1122–1132

- Plenum / Ausschüsse > [2] 2081–2082

Mehrheitswahl > [1] 27, 41, 48, 50–56

- absolute Mehrheitswahl > [1] 49
- relative Mehrheitswahl > [1] 27–28, 48–52, 54–55

Mehrjährige Finanzplanung > [2] 2858 • [3] 2968

Meinungsumfragen > Umfragen

Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)

- Parteigeschichte > [1] 133
- Parteivorsitzende > [1] 133
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 350–351, 372

– Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 133 • [3] N 1.5

– Wahlergebnisse > [1] 133, 163, 172, 178 • [3] N 1.11

Menschenrechtsbericht der Bundesregierung > [1] 1288

Methoden der Gesetzestests und Wirkungsanalysen > [2] 2539–2545

Mexiko

– Deutsch-mexikanische Parlamentariergruppe > [3] 3610

Mietenbericht der Bundesregierung > [1] 1346

Mietkosten Bundeshaus > [3] 3334

Minderheitenrechte im Bundestag > [1] 386 • [2] 2775–2782

– absolute Minderheitenrechte > [2] 2776–2782

– antragsberechtigte Mehrheit bei Untersuchungsausschüssen > [2] 2186–2187, 2777

– Ausschußbereich > [2] 2781–2782

– Geschäftsordnung > [2] 2775–2782, 2872 • [3] 3114

– Grundgesetz > [2] 2777

– Gruppenrechte > [1] 897–901 • [2] 2880, 2882 • [3] 3088

– Opposition > [2] 2242

– Statusrechte des Abgeordneten > [1] 386–388

– Verzeichnis der absoluten Minderheitenrechte > [2] 2777–2782

– Wahlprüfungsgesetz > [2] 2777

Minderheitsregierungen > [1] 1129–1130, 1133–1134, 1224 • [2] 1732, 2512 • [3] 3006–3007

Mindeststärke der Fraktionen im Bundestag > [1] 896–897, 934, 944, 979 • [2] 2851, 2860 • [3] 3095, 3098, 3637, 3649

Minister > Bundesminister bzw. Ministerrat der DDR

Ministerpräsidenten

– Bundesländer > Ministerpräsidenten der Bundesländer

– Deutsche Demokratische Republik > Ministerrat der DDR

Ministerpräsidenten der Bundesländer > [1] 1439–1462 • [3] N 3.25, N 6.21

– Mitglieder der Bundesregierung > [1] 856–860 • [3] N 3.25

– Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 446–459, 856–860 • [3] N 3.25

– Parlamentarischer Rat > [1] 628–629

– Rederecht im Bundestag > [2] 1671, 1711–1713

– Wortmeldungen im Bundestag > [2] 1711–1713

Ministerrat der DDR > [3] 3915–3923

– Abhängigkeit von SED > [3] 3757, 3915–3916

– Auflösung der Staatssicherheit > [3] 3768, 3770–3771, 3774, 3776–3778, 3781, 3783, 3807–3808, 3811, 3828, 3833, 3846, 3851, 3873, 3875–3876, 3879

– Auftrag zur Regierungsbildung > [3] 3758, 3815, 3916

– Bonn-Besuch (1990) > [2] 1520–1521

– Funktionswandel > [3] 3816, 3915

– Gesetzgebung > [3] 3714

– Koalitionen > [1] 127 • [2] 1527, 1550 • [3] 3667, 3759, 3781, 3784, 3788, 3793, 3808, 3810–3813, 3816–3817, 3820, 3855, 3860–3862, 3915–3916, 3922–3923

– letzte Sitzung > [3] 3879

– Ministerium für Staatssicherheit > [1] 127, 396–398, 400–402 • [2] 2224, 2229–2230 • [3] 3721–3727, 3730, 3732, 3734–3736, 3741, 3744, 3746–3747, 3750, 3752, 3757, 3759, 3805, 3807, 3866, 3868–3869 (*siehe auch unter Auflösung der Staatssicherheit*)

– Mitglieder (Minister) > [3] 3714, 3760, 3793, 3818, 3896, 3917–3920

– Mitgliederzahl > [3] 3760, 3818, 3922–3923

– Parlamentarische Staatssekretäre > [3] 3921

– Regierungsbeteiligung der Opposition > [3] 3778, 3782–3784, 3786, 3788–3789, 3793, 3918

– Regierungsbildung > [2] 1528 • [3] 3667, 3758, 3760, 3810–3811, 3815–3818, 3915–3916

– Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten > [2] 1508 • [3] 3759–3760, 3778–3779, 3781, 3789, 3799–3800, 3806, 3818–3820, 3822, 3846

– Rücktritt/Abberufung > [1] 126 • [3] 3666, 3714, 3751, 3753, 3757, 3916

– Rücktritte/Abberufungen einzelner Mitglieder > [2] 1550 • [3] 3751, 3779, 3787, 3789, 3828–3830, 3835, 3844–3845, 3855, 3861–3862, 3880, 3917–3920, 3922–3923

– Runder Tisch > [3] 3773–3778, 3782–3784, 3786, 3789–3790, 3793, 3796, 3798–3799, 3808, 3816

– Staatssekretäre > [3] 3862, 3919

– Stellvertreter des Vorsitzenden > [3] 3915, 3917, 3919

– Umbildung > [1] 127 • [3] 3779, 3793

– Untersuchungsabteilung für Fälle von Amtsmissbrauch und Korruption > [3] 3772

– Vereidigung > [3] 3760, 3817–3818

– Verordnungen > [3] 3715

– verfassungsrechtliche Stellung > [3] 3714, 3915

– Volkskammer > [3] 3714–3715, 3915

– Vorsitzender (Ministerpräsident) > [1] 126 • [3] 3666–3667, 3757, 3817, 3882, 3915–3917

– Wahl > [3] 3667, 3714, 3757–3758, 3760, 3779, 3793, 3815, 3817–3818, 3916–3917

– Zusammensetzung > [1] 127 • [3] 3917–3920

Mischwahlsystem > [1] 41, 51

Mißbilligungsanträge des Bundestages

– gegen Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1248–1249, 1254 • [3] 3698–3699

– gegen Regierungsmitglieder > [1] 1247–1254 • [2] 1738, 1745, 1750, 2760–2761, 2894 • [3] 3698–3699, 3704–3706

Mißtrauensvotum, konstruktives > [1] 131, 387, 1019, 1023, 1025, 1027, 1049, 1130, 1194, 1199, 1212, 1218, 1228–1238, 1247–1249 • [2] 1733, 1754, 1975, 2193, 2209, 2804, 2898–2899, 2915 • [3] 3052, 3060–3063, 3095, 3192, 3640, 3651, 3658–3659, 3698–3699

Mitarbeiter der Fraktionen des Bundestages

- Ausgaben > [1] 1009 • [3] 3229, 3266–3269
- Mitglied des Bundestages > [1] 1010–1011
- Zahl > [1] 1007–1009 • [3] 3271

Mitarbeiter der Mitglieder des Bundestages > [3] 3260–3266

- Aufwendungen > [3] 3266–3269
- Einführung > [2] 2860, 2911–2913, 2918, 2925–2926, 2929–2930, 2935 • [3] 3199, 3260, 3650
- Leistungen > [3] 3260–3262
- Sozialstruktur > [3] 3265–3266
- Zahl > [3] 3263–3264, 3271

Mitglieder

- Ältestenrat des Bundestages > [1] 552–553, 882 • [2] 2305
- Ausschüsse des Bundestages > [1] 898–901 • [2] 2091, 2109–2116, 2305, 2781, 2879–2881 • [3] 3088, 3105
- Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR > [2] 2314
- Beratende [Parlamentarische] Versammlung des Europarates > [1] 552–553 • [2] 2316 • [3] 3544
- Bundeskabinett > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Bundesrat > Mitglieder des Bundesrates
- Bundesregierung > Regierungsmitglieder
- Bundestag > Mitglieder des Bundestages
- Bundesverfassungsgericht > Richter des Bundesverfassungsgerichts
- Bundesversammlung > [3] 3179–3185
- Deutscher Gewerkschaftsbund > Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- Enquete-Kommissionen des Bundestages > [2] 2249–2250, 2290–2292, 2781
- Europa-Kommission des Bundestages > [3] 3614
- Europäisches Parlament > Mitglieder des Europäischen Parlaments
- Föderalismuskommission > [2] 1610
- Gemeinsame Verfassungskommission > [3] 3014
- Gemeinsame Versammlung der Montanunion > [1] 552–553 • [2] 2317 • [3] 3550
- Gemeinsamer Ausschuß nach Artikel 53a GG > [1] 434–435, 552–553 • [2] 2307
- Gewerkschaft > Mitglieder der Gewerkschaft
- Gremium gemäß § 9 Abs.1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses > [2] 2303, 2813
- Gremium gemäß § 41 des Außenwirtschaftsgesetzes > [2] 2304, 2815
- Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste > [2] 2304, 2814
- Infrastrukturrat beim Bundesminister für Post und Telekommunikation > [2] 2313, 2315
- Integrations-Ältestenrat > [3] 3613
- Kommission nach dem Gesetz zu Artikel 10 GG > [2] 2303
- Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt > [2] 2310

- Kontrollausschuß beim Hauptamt für Soforthilfe > [2] 2310
- Kunstbeirat der Deutschen Bundespost > [2] 2312
- Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung > [2] 2316
- Kuratorium der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung > [2] 2315
- Kuratorium der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ > [2] 2315
- Kuratorium der Stiftung „Haus der Geschichte“ > [2] 2313
- Länderrat > Mitglieder des Länderrates
- Landtage > Mitglieder der Landtage
- Ministerrat der DDR > Ministerrat der DDR
- Nationalversammlung 1919/20 > Mitglieder der Nationalversammlung 1919/20
- Nordatlantische Versammlung > [2] 2317
- Parlamentarische Kontrollkommission > [2] 2303, 2812
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [1] 552–553 • [2] 2316 • [3] 3544
- Parlamentarischer Beirat der „Stiftung für das sorbische Volk“ > [2] 2314
- Parlamentarischer Rat > Mitglieder des Parlamentarischen Rates
- Präsidium des Bundestages > [1] 552–553, 870–871, 879–881 • [2] 2301, 2883 • [3] 3106, 3692–3693
- Programmbeirat der Deutschen Bundespost > [2] 2312
- Regulierungsrat beim Bundesministerium für Post und Telekommunikation > [2] 2315
- Reichstag > Mitglieder des Reichstages
- Richterwahlausschuß > [2] 2307
- Rundfunkrat der Deutschen Welle > [2] 2311
- Rundfunkrat des Deutschlandfunks > [2] 2311
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung > [1] 434, 437
- Schuldenausschuß bei der Bundesschuldenverwaltung > [2] 2310
- Stiftungsrat „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ > [2] 2315
- Vermittlungsausschuß > [1] 552–553 • [2] 2082, 2306, 2449
- Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) > [3] 3547–3548
- Vertrauensgremium > [2] 2304, 2815
- Verwaltungsrat der Deutschen Ausgleichsbank > [2] 2313
- Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost > [2] 2310, 2313
- Verwaltungsrat der Deutschen Welle > [2] 2314
- Verwaltungsrat der Filmförderungsanstalt > [2] 2312
- Verwaltungsrat der Lastenausgleichsbank > [2] 2311
- Verwaltungsrat des Deutschlandfunks > [2] 2314
- Volkskammer der DDR > Mitglieder der Volkskammer (10. WP)

- Vorstand des Bundestages > [1] 882 • [2] 2305, 2856 • [3] 3097
- Wahlmännerausschuß/Wahlausschuß > [2] 2303
- Wahlprüfungsausschuß > [2] 2302
- Wirtschaftsrat > Mitglieder des Wirtschaftsrates
- Zonenbeirat > Mitglieder des Zonenbeirates

Mitglieder der Bundesregierung > Bundesminister, Regierungsmitglieder (Bundesregierung)

Mitglieder der Gewerkschaft

- Mitglieder des Bundestages > [1] 647, 722–726, 847, 849, 851, 853–855

Mitglieder der Landesregierungen

- Mitglieder des Bundestages > [1] 441–459
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435, 441

Mitglieder der Landtage

- Doppelmandat Bundestag > [1] 434, 459–468, 630

Mitglieder der Nationalversammlung 1919/20

- Mitglieder des Bundestages > [1] 610–613

Mitglieder der Volkskammer (10. WP)

- Abgeordnetengesetz > [3] 3827, 3831, 3852, 3909
- Akademiker > [3] 3893–3895
- Alters- und Sozialstruktur > [3] 3891–3896
- Arbeiter > [3] 3893–3894
- Aufwandsentschädigung > [3] 3827, 3831, 3876
- Ausschußvorsitzende > [3] 3821, 3912–3914
- Berufs- und Bildungsstruktur > [3] 3893–3895
- Durchschnittsalter > [3] 3892
- Fraktionslose > [3] 3907–3909
- Fraktionsvorsitzende > [3] 3756, 3758, 3781, 3811–3814, 3863, 3903–3907
- Fraktionsvorstandsmitglieder > [3] 3903–3907
- Fraktionswechsel > [3] 3852, 3855, 3868, 3884, 3903–3905, 3907–3909, 3922–3923
- frühere Mitgliedschaft im Ministerrat > [3] 3896
- frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer > [3] 3895, 3903–3909
- Höhe der Diäten > [3] 3831
- Kritik der Öffentlichkeit > [3] 3862
- Mandatsdauer > [3] 3714
- Mandatsniederlegungen > [3] 3758–3759, 3778, 3780
- Mandatsverlust > [3] 3852, 3884
- Mandatszähl nach Fraktionen > [3] 3907–3911
- Mitglieder des Ministerrates > [3] 3917–3920
- Mitgliederverzeichnis > [3] 3891
- Parlamentarische Staatssekretäre > [3] 3921
- Parlamentsverständnis (Umfrage) > [3] 3896–3902
- Parteiwahl > [3] 3852, 3884
- spätere Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 631 • [2] 1575–1591
- Theologen > [3] 3893–3894
- Übergangsregelung > [3] 3876
- Überprüfung/Verdacht auf Stasi-Mitarbeit > [2] 1555 • [3] 3668, 3807, 3809, 3811–3813, 3815, 3817, 3848–3849, 3871–3873, 3875–3882
- Umfrage zum Parlamentsverständnis > [3] 3896–3902

- Verzeichnis > [3] Kap. 31 („MdVK“)
- Wahl/Eintritt in den Bundestag > [1] 42, 379, 898, 907, 928, 936–937, 980, 1014, 1131 • [2] 1498, 1561, 1564, 1575 • [3] 3668–3669, 3870–3871, 3873, 3881
- weibliche > [3] 3893
- Zahl > [3] 3714, 3884

Mitglieder des Bundesrates

- Mehrheitsvergleich zu Bundestag > [1] 51 • [2] 2437–2446
- Rederecht im Bundestag > [2] 1671, 1711–1713 • [3] 3690–3691
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435, 441
- Stimmzahl > [2] 1712, 2447 • [3] 2974, 2978, 3010–3011
- Wortmeldungen im Bundestag > [2] 1711–1713, 2891 • [3] 3690–3691, 3707, 3709, 3712

Mitglieder des Bundestages > [1] 378–553

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 676–677
- Abgeordnetengesetz > [1] 386, 388–391, 437–439 • [2] 2061, 2868, 2870, 2874–2876, 2883, 2885 • [3] 3031–3032, 3034–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3198, 3201–3206, 3208–3213, 3216–3221, 3223, 3228, 3233, 3243, 3654, 3657, 3660, 3671, 3673, 3675–3676 (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)
- Abstimmverhalten > [1] 863–869, 874–878, 1019–1024 • [2] 1483–1485, 1735–1781, 1958–1973 • [3] 3159–3162
- älteste und jüngste Mitglieder > [1] 566–570
- Änderungsanträge zu Gesetzentwürfen > [2] 2776, 2884
- Akademiker > [1] 645, 668–675, 846, 848, 850, 852, 854–856
- Akteneinsicht > [2] 2924–2925
- Alters- und Hinterbliebenenversorgung > [1] 390 • [2] 2858, 2865–2866, 2868, 2876, 2885 • [3] 3024, 3026, 3029–3031, 3036, 3038–3039, 3048–3049, 3051, 3075, 3199, 3201–3204, 3207–3210, 3212–3213, 3231–3242, 3648
- Alters- und Sozialstruktur > [1] 554–860 • [3] 3684–3687, N 3.1, N 3.2, N 3.4, N 3.11, N 3.12, N 3.13, N 3.14
- Altersgliederung > [1] 556–563, 639–641, 847, 849, 851, 853, 855 • [3] 3684–3687, 3708–3709, 3892, N 3.1, N 3.2
- Alterspräsidenten > [1] 893–894 • [3] 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 4.8, N 26
- Amtsausstattung > [1] 390 • [3] 3229–3230, 3235
- Anciennitätsgruppen > [1] 573–579 • [3] 3684–3685
- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646 • [3] N 12.1
- Angehörige freier Berufe > [1] 680–687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 847, 849, 851, 853, 855
- Angestellte der Fraktionen > [1] 1010–1011
- Angestellte des öffentlichen Dienstes > [1] 646–647, 680–688, 690, 692–694, 696, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 847, 849, 851, 853–856 • [3] 3021

noch: **Mitglieder des Bundestages**

- Angestellte in der Wirtschaft > [1] 646–647, 680–687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 847, 849, 851, 853–854
- Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen > [1] 646–647, 680–688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 847, 849, 851, 853–854
- Ansprüche > Entschädigung(sanspruch)
- Arbeiter > [1] 646, 680–686, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Arbeitsaufwand > [1] 535, 547–553
- Arbeitssituation im Bundeshaus > [2] 2903, 2906–2908, 2910–2911, 2914, 2916, 2919, 2923, 2930
- Assistenten > Mitarbeiter der Mitglieder des Bundestages
- Aufwandsentschädigung > [1] 390 • [2] 2336, 2855 • [3] 3021–3024, 3026, 3031, 3034, 3037–3038, 3041, 3043, 3048–3051, 3198–3223, 3228, 3660, N 20.3
- „Aufzeichnungen und Erinnerungen“ > [2] 2910 • [3] 3439–3440
- Ausgaben > [3] 3223–3227
- Auskunftsrecht bei Petitionen > [1] 388
- Auslandsdienstreisen > [2] 2916 • [3] 3623–3625
- Ausschluß > [2] 1733
- Ausschluß von Plenarsitzungen > [2] 1988–1992, 2892 • [3] 3095, 3635, 3661, 3692–3693, 3706, N 8.20
- Ausschlußberatungen > [2] 2781–2782
- Ausschlußmitgliedschaft > [2] 2879, 2881 • [3] 3085–3086, 3105
- Ausschußsitz im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl > [2] 2107–2109
- Ausschußvorsitzende > [1] 648–656, 840–841 • [2] 1599, 2034–2080, 2093–2095, 2305 • [3] N 9.2
- Beamte > [1] 646–647, 680–688, 690, 692–694, 696, 698–700, 702–706, 708, 710, 712, 714–717, 847, 849, 851, 853, 855 • [2] 2113–2114, 2868 • [3] 3021, 3076, 3201
- Behinderungsverbot > [1] 386–387
- Beitritt ostdeutscher Abgeordneter (1990) > [1] 379, 898, 907, 928, 936–937, 1131 • [2] 1561, 1564, 1575 • [3] 3668–3669, 3870–3871, 3873, 3881
- Beitritt saarländischer Abgeordneter (1957) > [1] 42, 379, 918, 1012, 1126 • [2] 2852 • [3] 3023, 3641, 3682–3683
- Bekanntheit (Umfragen) > [3] 3519–3520, 3536, 3540
- Beraterverträge > [3] 3076, 3651
- Berliner Abgeordnete > [1] 30–31, 37–38, 42, 164–170, 196–199, 379, 381, 460, 466–467, 624, 862, 903, 907, 928, 1019–1024, 1122, 1131 • [2] 1509, 1531, 1535, 1538, 1540, 1543, 1730–1731, 1973–1975, 2445, 2851, 2880 • [3] 3184–3185, 3667
- Berufsstruktur > [1] 646–647, 678–717, 845–856 • [3] 3686–3687
- Bestechung > [1] 386 • [3] 3031, 3043, 3045
- Beteiligung an Debatten > [2] 1680–1681
- Bundesratsmitglied > [1] 435, 441
- Chancen bei der Besetzung von Führungspositionen > [1] 832–833
- Datenbank MdB-STAMM > [3] 3451
- Dauer der Mitgliedschaft > [1] 570–588, 642, 834–837, 847, 849, 851, 853–855 • [3] 3686–3687, 3711
- Diäten > Diäten der Mitglieder des Bundestages
- Doppelmandat Europäisches Parlament > [1] 468–469, 631 • [3] 3688–3689
- Doppelmandat Landtag > [1] 459–468 • [3] 3688–3689
- Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung > [1] 434–435, 441–459 • [3] 3688–3689
- Durchschnittsalter > [1] 563–565, 639–640, 847, 849, 851, 853, 855 • [3] 3686–3687, 3708–3709, 3892, N 3.2
- Ehrenordnung > [3] 3651
- Einschätzung der Abgeordneten (Umfragen) > [3] 3524–3530, 3536–3537, 3539–3540
- Einspruch gegen Ordnungsruf > [2] 1992 • [3] 3692–3693
- Einspruch gegen Sitzungsausschluß > [2] 1989–1992 • [3] 3692–3693
- Entschädigung(sanspruch) > [1] 386–387, 390 • [2] 2336, 2855 • [3] 3021–3024, 3026, 3034, 3037–3038, 3041, 3043, 3048–3052, 3060–3063, 3198–3223, 3228, 3660, N 20.3
- Entschädigungsgesetze > Diätengesetze, Abgeordnetengesetz (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)
- Erfahrungen mit Presse (Umfrage) > [1] 536–538, 539
- erfolgreiche parteilose Wahlkreisbewerber > [1] 284–286
- Erststimmenanteil über 55% > [1] 241–264
- Erklärungen > [3] 3115
- Erklärungen zur Abstimmung > [2] 1788–1952, 2777, 2855, 2863, 2878, 2927–2928, 2931 • [3] 3101, 3104, 3115, 3690–3691
- Erwerb der Mitgliedschaft > [1] 390
- Erwartungen gegenüber Abgeordneten (Umfragen) > [3] 3521–3523
- evangelische Pfarrer > [1] 680–686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712
- Familienstand > [1] 643–644, 662–665, 846, 848, 850, 852, 854–855 • [3] N 3.12
- Fragerecht > [2] 2778–2779
- Fraktion > [2] 2923, 2925, 2933
- Fraktionsbildung > [1] 896–897
- Fraktionslose > [1] 164, 284–286, 552–553, 903, 908–930 • [2] 2473–2474, 2486, 2879, 2881, 2933 • [3] 3085–3086, 3105, 3665, 3682–3683
- Fraktionsmitgliederbeiträge an Parteien > [1] 330–361 • [3] 3226–3227
- Fraktionswechsel > [1] 907–942, 1122–1132, 1229–1230, 1239–1240 • [3] 3639, 3643, 3650–3651, 3658, 3660–3663, 3669, 3671, 3688–3689, 3706, 3709–3710, N 5.4, N 5.6
- frühere Fraktionsmitarbeiter > [1] 1010–1011
- frühere Mitgliedschaft im Reichstag > [1] 610–613, 630 • [3] 3684–3685

- frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR > [2] 1575–1591 • [3] 3684–3685
- frühere Mitgliedschaft in parlamentarischen Versammlungen > [1] 610–619, 630–631 • [3] 3684–3685
- 25jährige Mandatszeit > [1] 584–588, 642
- „gebundene“ Abgeordnete > [1] 721
- Geburtsdaten > [1] 566–570, 735–825, 837–845
- Geburtsorte > [1] 588–591
- Gesamtzahl seit 1949 > [1] 382
- Gesamtzahl seit 1949/Gesamtzahl Regierungsmitglieder > [1] 1150–1151
- Geschäftsordnungsantrag > [2] 2777
- Gesetzesinitiativen > [1] 387
- gesetzliche Mitgliederzahl > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–381, 383–384 • [2] 1730–1731 • [3] 3682–3683, N 2.1
- Gewerkschaftsmitglieder > [1] 647, 722–726, 847, 849, 851, 853–855
- Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenanzahl > [1] 551–553
- Gruppenbildung > [1] 897–900 • [3] 3095
- häufigste Redner > [2] 1673–1680
- Hausfrauen > [1] 646, 680–686, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711
- Herkunft > [1] 588–591
- Hinterbänkler > [2] 1636, 1680–1681
- Hochschulbildung > [1] 645, 668–669, 672–675, 846, 848, 850, 852, 854–856 • [3] 3686–3687, N 3.14
- Höhe der Diäten > Diäten der Mitglieder des Bundestages
- Immunität > [1] 386–387, 392–393 • [3] 3052, 3056–3059
- Immunitätsaufhebung > [1] 392–395 • [2] 1663, 2850, 2856, 2859, 2877, 2941, 2943 • [3] 3094, 3104, 3688–3689, 3706, 3710, 3712, N 2.4
- in erster und zweiter Generation > [1] 632–633
- Indemnität > [1] 386, 392 • [3] 3052, 3060–3063
- Informationsmöglichkeiten > [1] 388 • [2] 2921–2934
- Informationsverhalten > [1] 541–542
- Inkompatibilitäten > [1] 421, 434–441
- Interesse an Abgeordneten (Umfragen) > [3] 3520
- Interessenvertreter > [1] 718–721, 847, 849, 851, 853, 855
- Interessenvertreter in den Ausschüssen > [2] 2109–2113, 2115–2116
- jüngste Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung > [1] 837–845
- jüngste und älteste Mitglieder > [1] 566–570
- Karrieren > [1] 421–433, 734–825
- Klagen beim Bundesverfassungsgericht > [1] 387 • [2] 2468–2469, 2473–2474, 2476–2479, 2482–2484, 2486–2489 • [3] 3069, 3072–3073, 3079–3081, 3085–3087, 3092
- Konfession > [1] 644, 665–667 • [3] N 3.13
- Kontrollrechte > [1] 387–388
- Kostenpauschale > [2] 2914, 2916 • [3] 3022–3023, 3026, 3034–3039, 3041, 3043, 3048–3049, 3051, 3198–3199, 3201–3210, 3212–3216, 3218–3224, 3228–3229, 3660, N 20.3
- Landtagsmandat > [1] 434, 459–468, 630 • [3] 3688–3689
- Leistungen an Abgeordnete > [1] 390 • [3] 3228–3235
- Mandatsaberkennungen > [1] 32, 130, 380–381, 390, 402–404, 913, 917, 1124 • [2] 2895 • [3] 2984, 3006, 3067, 3069, 3688–3689, N 2.1, N 2.6
- mandatsbedingte Ausgaben > [3] 3223–3227
- Mandatsdauer > [1] 570–588, 642, 834–837, 847, 849, 851, 853–855 • [2] 2870 • [3] 3686–3687, 3711
- Mandatsniederlegungen, -verzichte > [1] 380, 402–403, 421–433, 442–459 • [2] 2889 • [3] 3688–3689, 3711, N 2.6
- Mandatszählung nach Fraktionen > [1] 164–172, 183–199, 902–930 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3 (siehe auch unter den einzelnen Parteien und Fraktionen)
- Mehrheitsvergleich zu Bundesrat > [1] 51 • [2] 2437–2446
- Minderheitenrechte > [1] 386 • [2] 2775–2782
- Ministerpräsident > [1] 446–459, 856–860 • [3] N 3.25
- Mitarbeiter > Mitarbeiter der Mitglieder des Bundestages
- Mitglieder der Nationalversammlung 1919/20 > [1] 610–613 • [3] 3684–3685
- Mitglieder der Volkskammer > [1] 379, 631, 898, 907, 928, 936–937, 1131 • [2] 1561, 1564, 1575–1591 • [3] 3668–3669, 3870–3871, 3873, 3881 (vgl. auch Kap. 31: Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister [„MdV“])
- Mitglieder des Europäischen Parlaments > [1] 468–469, 552–553, 631 • [2] 2317 • [3] 3032, 3688–3689 (vgl. auch Kap. 31: Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister [„MdEP“])
- Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses nach Art. 53a GG > [1] 434–435, 552–553 • [2] 2307
- Mitglieder des Länderrates > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685
- Mitglieder des Parlamentarischen Rates > [1] 610–619 • [3] 3684–3685
- Mitglieder des Reichstages > [1] 609–614, 630 • [3] 3684–3685
- Mitglieder des Sachverständigenrates > [1] 434, 437
- Mitglieder des Vermittlungsausschusses > [1] 552–553 • [2] 2082, 2306
- Mitglieder des Wirtschaftsrates > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685
- Mitglieder des Zonenbeirates > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685
- Mitglieder einer Landesregierung > [1] 435, 441–459
- Mitgliedschaft seit 1. Wahlperiode > [1] 583–584
- monatliche Ausgaben > [3] 3223–3227
- Neulinge > [1] 534–535, 579–583, 642, 846, 848, 850, 852, 854 • [3] 3684–3685, 3711, N 3.4
- Niederlegung des Mandats > [1] 380, 402–403, 421–433, 442–459 • [2] 2889 • [3] 3688–3689, 3711, N 2.6

noch: **Mitglieder des Bundestages**

- öffentliche Meinung > [3] 3508–3540
- Ordnungsrufe > [2] 1988, 1991–1992, 2890 • [3] 3101, 3692–3693, 3706, 3709, N 8.20
- Organklage > [1] 387 • [3] 3079
- ostdeutsche MdB aus Westdeutschland > [2] 1592–1595
- ostdeutsche MdB in Führungspositionen > [2] 1592, 1596–1600
- parlamentarische Laufbahnen (Synopsis) > [1] 734–825
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1109–1116 • [3] 3696–3697, N 15.1
- Parlamentsreform-Vorschläge > [1] 470–529, 531–533, 542–544 • [2] 2902–2934
- Parlamentsverständnis (Bibliographie) > [1] 470–529
- Parlamentsverständnis (Debatten) > [2] 2902, 2921–2934 • [3] 3661
- Parlamentsverständnis (Umfragen) > [1] 529–546
- Parteibeiträge > [1] 330–361 • [3] 3226–3227
- Parteilose > [1] 164, 284–286
- Petitionen > [1] 388 • [2] 2778
- Pfarrer (evangelisch) > [1] 680–686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712
- Pflichten > [2] 2876, 2878 • [3] 3103–3104
- politische Erfahrungen > [1] 629–631
- politische Familientraditionen > [1] 632–633
- politische Generationen > [1] 592–604
- politische Karrieren > [1] 421–433, 734–825
- politische Willensbildung > [1] 529–531, 537–538
- Recht auf Immunität > [1] 386–387, 392–393 • [3] 3052, 3056–3059
- Recht auf Indemnität > [1] 386, 392 • [3] 3052, 3060–3063
- Recht auf Zeugnisverweigerung > [1] 386–387, 392–393 • [3] 3052, 3060–3063
- Rechtsanwälte und Notare > [1] 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Rechtsstellung > Abgeordnetengesetz
- Rechtsstellung Fraktionsloser > [2] 2473–2474, 2486, 2933 • [3] 3085–3086, 3665
- Rederecht > [1] 387 • [2] 1670–1671, 2777, 2779, 2933, 2936 • [3] 3072–3073, 3079, 3086
- Redner im Plenum > [1] 1172–1220 • [2] 1672–1713, 2010–2014, 2017–2018, 2763, 2780, 2857, 2898 • [3] 3098, 3119, 3168, 3646, 3649, 3658–3659
- Regierungsmitglied > [1] 434, 647, 680–686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 1147
- Reisekostensatz > [3] 3198–3199, 3201, 3214–3215, 3223–3224, 3229–3230
- Richter > [1] 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 715–717 • [3] 3021
- Rotation > [1] 115, 403, 422 • [2] 2922 • [3] 3711
- Rügen > [2] 1988, 1991–1992 • [2] 2483 • [3] 3079, 3692–3693, N 8.20
- Ruhegeld > Alters- und Hinterbliebenenversorgung
- saarländische Abgeordnete > [1] 42, 379, 918, 1012, 1126 • [2] 2852 • [3] 3023, 3641, 3682–3683
- Sachrufe > [2] 1988, 1991–1992 • [3] 3101, 3692–3693, N 8.20
- Schriftführer > [1] 387, 553, 882 • [2] 2302, 2305
- Schulabschluß und Hochschulbildung > [1] 645, 668–675, 846, 848, 850, 852, 854–856
- Selbständige > [1] 646–647, 680–687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 847, 849, 851, 853, 855–856
- selbständige Anträge > [2] 1721–1723
- Selbstverständnis (Bibliographie) > [1] 470–529
- Selbstverständnis (Debatten) > [2] 2902, 2921–2934 • [3] 3661
- Selbstverständnis (Umfragen) > [1] 529–546
- Sitzungsausschlüsse > [2] 1988–1992, 2892 • [3] 3095, 3635, 3661, 3692–3693, 3706, N 8.20
- Sozial- und Altersstruktur > [1] 554–860 • [3] 3684–3687, N 3.1, N 3.2, N 3.4, N 3.11, N 3.12, N 3.13, N 3.14
- Sozialisation (Umfrage) > [1] 534–535
- Sperrung der Bezüge > [1] 32
- Stasi-Mitarbeit in der DDR > [1] 391, 396–402 • [3] 3092
- Statusrechte > [1] 386–388 • [3] 3072–3073
- Stimmrecht der Berliner Abgeordneten > [1] 381, 624, 862, 907, 928, 1019, 1122, 1131 • [2] 1509, 1540, 1543, 1730, 1973–1975, 2445, 2880 • [3] 3667
- Studienfächer > [1] 674–675
- Tätigkeit im „Dritten Reich“ > [1] 605–608
- Tagegeld (pauschale) > [2] 2856 • [3] 3021–3023, 3025–3026, 3198–3199, 3214–3216, 3232
- Todesfälle während der Mandatszeit > [1] 403 • [3] 3688–3689, 3708, 3711, N 2.6
- Übergangsgeld > [1] 390 • [2] 2853, 2876, 2885 • [3] 3025, 3031, 3036, 3048–3049, 3051, 3198, 3202, 3231
- Überhangmandate > [1] 40, 46, 287–288, 291–292, 299, 380–381 • [3] 3677, 3682–3683, 3708, 3712, N 1.19, N 1.22, N 2.1
- Überprüfung auf Stasi-Mitarbeit > [1] 391, 396–402 • [2] 2919 • [3] 3041, 3045, 3092, 3671
- Umfragen zum Parlamentsverständnis > [1] 529–546 • [2] 2847–2848
- „ungebundene“ Abgeordnete > [1] 721
- Unkostensatz > Kostenpauschale
- Untersuchungen zur Rhetorik > [2] 1996–2005
- ununterbrochene Mitgliedschaft > [1] 573–579 • [3] 3684–3685
- Unvereinbarkeiten mit Bundestagsmandat > [1] 403, 421, 434–441
- Verbandsvertreter > [1] 718–721, 847, 849, 851, 853, 855 • [2] 2109–2113, 2115–2116
- Vereinigung ehemaliger MdB > [3] 3631–3632
- Verfassungsrechtsstreitfälle > [1] 387 • [2] 2468–2469, 2473–2474, 2476–2479, 2482–2484, 2486–2489 • [3] 3069, 3072–3073, 3079–3081, 3085–3087, 3092
- Verfolgung im „Dritten Reich“ > [1] 605–609
- Verhaltensregeln > [1] 391, 718 • [2] 2865, 2870–2871, 2875–2876, 2885, 2925, 2927 • [3] 3032, 3035, 3102, 3104, 3107, 3115, 3119

- Verlust der Mitgliedschaft > [1] 32, 130, 380–381, 390, 402–404, 913, 917, 1124 • [3] 2895, 2984, 3006, 3067, 3069, 3688–3689, N 2.1, N 2.6
- Verschwiegenheitspflicht > [1] 391
- verstorbene Politiker > [1] 402–421 • [3] N 2.6, N 2.7 (vgl. auch Kap. 31: Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister)
- Vertriebene und Flüchtlinge > [1] 588
- Verweisungen zur Sache > [2] 1988, 1991–1992 • [3] 3101, 3692–3693, N 8.20
- Verzeichnis > [3] Kap. 31 („MdB“ und Fettdruck)
- Vorschläge zur Parlamentsreform > [1] 470–529, 531–533, 542–544 • [2] 2902–2934
- Vorstandsmitglieder von Verbänden > [1] 718–721, 847, 849, 851, 853, 855
- vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft > [1] 402–404 • [3] 3688–3689, N 2.6
- während der Mandatszeit verstorben > [1] 402–404 • [3] 3688–3689, N 2.6
- Wahlkampf/Presse > [1] 538–539
- Wahlkreisabgeordnete > [1] 184–199, 239–264, 548–539, 638
- Wahlmännerausschuß/Wahlausschuß > [2] 2303
- Wahlmitwirkungsrecht > [1] 387
- Wechsel auf Ministerpräsidentenamt > [1] 856–860 • [3] N 3.25
- „Wegweiser für Abgeordnete“ > [3] 3448
- Wehrdienst > [1] 675
- weibliche > [1] 563–565, 634–662, 846, 848, 850, 852, 854–855, 967, 972 • [3] 3680–3681, 3684–3687, 3709, 3712, N 3.2, N 3.11, N 3.12 (Untergliederung siehe unter Weibliche Mitglieder des Bundestages)
- weibliche in Führungspositionen > [1] 648–662
- Westdeutsche als MdB in Ostdeutschland > [2] 1592–1595
- Wiederwahlquote > [1] 582–583
- Willensbildung > Politische Willensbildung
- Wortentziehungen > [2] 1988, 1991–1992, 2890–2891 • [3] 3101, 3116, 3692–3693, 3706, N 8.20
- Worterteilung > [2] 1673
- Zahl > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–381, 383–385 • [2] 1730–1731, 2852, 2885 • [3] 3271, 3682–3683, 3706, 3708, 3712, N 2.1
- Zahl seit 1949 > [1] 382 • [3] 3682–3683
- Zahl seit 1949/Regierungsmitglieder > [1] 1150–1151
- Zeitbudget > [1] 535, 547–550

- Zeugnisverweigerungsrecht > [1] 386–387, 392–393 • [3] 3052, 3060–3063
- Zugehörigkeitsdauer zum Bundestag > [1] 570–588, 642, 834–837, 847, 849, 851, 853–855 • [3] 3686–3687, 3711

Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts > Richter des Bundesverfassungsgerichts

Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes

- Mitglieder des Bundestages > [1] 722–726

Mitglieder des Europäischen Parlaments

- Abgeordnetengesetz > [3] 3032, 3034–3035, 3037–3039, 3041, 3043–3044, 3048–3051, 3557, 3656–3657
- Direktwahl > [2] 2299, 2869, 2917 • [3] 3551, 3554–3560, 3562, 3570–3571, 3581, 3656, 3661, 3666, 3674
- Fraktionslose > [3] 3580–3587
- Mitglieder des Bundestages > [1] 468–469, 552–553, 631 • [2] 2317 • [3] 3032, 3688–3689
- Vereinigung ehemaliger MdEP > [3] 3631–3632
- Verzeichnis > [3] Kap. 31 („MdEP“)
- Wahl durch Bundestag > [2] 2299, 2317, 2851, 2855 • [3] 3553
- Zahl > [1] 552–553 • [3] 3551, 3553, 3555–3557, 3559, 3561–3563, 3565, 3581–3587, 3595–3598

Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses nach Art. 53a GG > [1] 434–435

Mitglieder des Länderrates > [1] 626

- Mitglieder des Bundestages > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685
- Nichtmitglieder des Bundestages > [1] 620
- Verzeichnis > [1] 614–620

Mitglieder des Parlamentarischen Rates > [1] 624

- Mitglieder des Bundestages > [1] 610–619 • [3] 3684–3685
- Nichtmitglieder des Bundestages > [1] 621–622
- Verzeichnis > [1] 611–619, 621–622
- Zusammensetzung > [1] 624

Mitglieder des Reichstages

- Mitglieder des Bundestages > [1] 610–613, 630 • [3] 3684–3685
- Verfolgung im „Dritten Reich“ > [1] 609

Mitglieder des Vermittlungsausschusses > [2] 2306, 2449

- Mitglieder des Bundestages > [1] 552–553 • [2] 2082, 2306

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des **Datenhandbuchs**, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

Mitglieder des Wirtschaftsrates > [1] 627–628

- Mitglieder des Bundestages > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685
- Nichtmitglieder des Bundestages > [1] 621
- Verzeichnis > [1] 614–619, 621

Mitglieder des Zonenbeirates > [1] 626–627

- Mitglieder des Bundestages > [1] 610, 614–619 • [3] 3684–3685
- Nichtmitglieder des Bundestages > [1] 620–621
- Verzeichnis > [1] 614–621

Mitglieder in Kommunalparlamenten

- Mitglieder des Bundestages > [1] 631

Mitgliederverzeichnisse

- Bundesregierung > [1] 1030–1059
- Bundestag > [3] Kap. 31 („MdB“ und **Fettdruck**)
- Europäisches Parlament > [3] Kap. 31 („MdEP“)
- Länderrat > [1] 614–620
- Parlamentarischer Rat > [1] 611–619, 621–622
- Volkskammer der DDR (10. WP) > [3] Kap. 31 („MdV“)
- Wirtschaftsrat > [1] 614–619, 621
- Zonenbeirat > [1] 614–621

Mitgliederzahl

- Ältestenrat des Bundestages > [1] 552–553, 882 • [2] 2305
- ausländische Parlamente > [1] 384–385
- Ausschüsse der Volkskammer > [3] 3912–3914
- Ausschüsse des Bundestages > [1] 552–553 • [2] 2020, 2034–2080, 2096–2106, 2305
- Bundeskabinett > [1] 552–553, 1112–1113, 1122–1132, 1143–1145, 1152–1153, 1156–1157 • [3] 3696–3697
- Bundestag > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–381, 383–385 • [2] 1730–1731, 2852, 2885 • [3] 3682–3683, 3706, 3708, 3712, N 2.1
- Enquete-Kommissionen des Bundestages > [1] 552–553 • [2] 2290–2292
- Europäisches Parlament > [1] 552–553 • [3] 3551, 3553, 3555–3557, 3559, 3561–3563, 3565, 3581–3587, 3595–3598
- Fraktionen im Bundestag > [1] 164–172, 183–199, 902–930 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3 (vgl. auch unter den einzelnen Parteien und Fraktionen)
- gesetzliche > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–381, 383–384 • [2] 1730–1731 • [3] 3682–3683, N 2.1
- Gremien des Bundestages > [1] 551–553

- Gruppen im Bundestag > [1] 897, 903, 906, 908–914, 920–921, 928–930
- Parlamentarischer Rat > [1] 624
- Präsidium des Bundestages > [1] 552–553, 870–871, 879–881 • [2] 2780, 2883 • [3] 3106, 3674, 3692–3693
- Vermittlungsausschuß > [1] 552–553 • [2] 2306
- Volkskammer der DDR > [3] 3714, 3884
- Vorstand des Bundestages > [1] 552–553 • [2] 2305

Mitgliedsbeiträge der Parteien > [1] 327, 330–361**Mitgliedschaft im Bundestag** > Mitglieder des Bundestages**Mitgliedstaaten der EG/EU** > [3] 3553, 3555, 3557, 3559, 3563, 3565–3567**„Mitteilungen aus dem Bundestag“** > [3] 3471–3472**Mittelamerika**

- Deutsch-mittelamerikanische Parlamentariergruppe > [3] 3610

Mittelstand > Union Deutscher Mittelstandsparteien (UDM)**Mittelstandsbericht der Bundesregierung** > [1] 1370**Die MittelstandsPartei (DMP)** > [3] N 1.5, N 1.11**Mitwirkung des Bundestages in Gremien** > [2] 2309–2316**Mitwirkungsrechte der Bürger**

- Empfehlungen zur Verfassungsreform > [3] 3006

Mitwirkungsvorbehalte des Bundestages bei Rechtsverordnungen > [2] 2592–2595**MJV** > Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke“ (MJV)**MLPD** > Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**Mobilisierungsfunktion des Parlaments** > [2] 2844**Modellsimulation zu Gesetzentwürfen** > [2] 2541**Modellversuch „PARLAKOM“** > Informations- und Kommunikationssystem für Mitglieder des Bundestages**Modellversuche zu Gesetzentwürfen** > [2] 2539**Monatliche Ausgaben der Abgeordneten** > [3] 3223–3227**Montagsdemonstrationen in Leipzig** > Deutsche Demokratische Republik (DDR)**Montanunion** > [3] 3550, 3553

- Gemeinsame Versammlung > [1] 552–553 • [2] 2317, 2851 • [3] 3550

Die Mündigen Bürger

- Parteigeschichte > [1] 121
- Parteivorsitzende > [1] 121
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 351, 372
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74–75, 121

Hinweis

Für Eintragungen im Kapitel 36, das aktuelle NACHTRÄGE enthält, wird keine Seitenzahl angegeben, sondern die Bezeichnung des Abschnitts, z. B. N 1.1.

- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576 (vgl. auch: *Wählergemeinschaft Mündige Bürger*)
- Wahlergebnisse > [1] 121, 163, 170–171, 178 • [3] 3576

Mündliche Anfragen (Fragestunde) im Bundestag

- dringliche Anfragen > [2] 2638, 2645–2646, 2651, 2879, 2897 • [3] 3105, 3704–3705, 3710, N 12.1
- Fragesteller > [2] 2644, 2546, 2759–2760 • [3] N 12.1
- Geschäftsordnung > [2] 2638, 2645, 2778, 2855, 2879, 2897 • [3] 3096–3097
- Opposition > [2] 2759–2760, 2774 • [3] 3704–3705
- Ressort-Gliederung > [1] 1433–1438 • [2] 2646–2650
- Statistik > [1] 1434–1438 • [2] 2639, 2644, 2646–2650, 2759–2760 • [3] 3704–3707, 3709–3710, N 12.1

- Multilaterale Parlamentariergruppen** > [2] 2855 • [3] 3606–3612

Nachrichtendienste

- Genehmigung der Wirtschaftspläne > [2] 2304, 2473, 2484–2485, 2809, 2813–2814, 2874 • [3] 3035, 3083–3084, 3661–3662
- parlamentarische Kontrolle > [1] 1318 • [2] 2303, 2809–2815, 2869, 2882, 2914 • [3] 2993, 3009, 3032, 3042, 3655

Nachwahlen zum Bundestag > [1] 292–296

- Statistik > [3] 3682–3683
- Veränderungen der Mandatsverteilung > [1] 293–296, 909–910, 912, 1123–1124
- Wahlergebnisse > [1] 293–295
- Wahlgesetz > [1] 27, 30, 46, 292, 296 • [2] 2851

Namensliste

- Abgeordnete als frühere Fraktionsmitarbeiter > [1] 1010–1011
- Abgeordnete mit Erststimmenanteil über 55% > [1] 240–264
- Abgeordnete mit 25jähriger Mandatszeit > [1] 584–588
- Abgeordnete seit der 1. Wahlperiode > [1] 583–584
- älteste und jüngste MdB > [1] 566–570
- Arbeitsgruppenvorsitzende der Fraktionen > [1] 992–995, 999–1000
- Arbeitskreisvorsitzende der Fraktionen und Gruppen > [1] 948–953, 990–991, 996–998, 1001–1003
- Ausschußvorsitzende (Bundestag) > [2] 2034–2080 • [3] N 9.2
- Ausschußvorsitzende (Volkskammer) > [3] 3912–3914
- beamtete Staatssekretäre > [1] 1062–1107 • [3] N 6.3
- Bundeskabinette > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Bundeskanzler > [1] 1019–1024 • [3] 3190, 3192–3193, N 6.1, N 19.3
- Bundesminister > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2, N 6.3
- Bundesminister / Staatssekretäre > [1] 1060–1107 • [3] N 6.3
- Bundespräsidenten > [3] 3186–3190, 3192–3193

- Bundesratspräsidenten > [3] 3190, 3192–3193, N 19.3
- Bundesrechnungshofpräsidenten > [2] 2807
- Bundestagsdirektoren > [3] 3428
- Bundestagspräsidenten > [1] 863–868 • [3] 3190, 3192–3193, N 19.3
- Bundestagsvizepräsidenten > [1] 871–873 • [3] N 4.2
- Bundesverfassungsgerichtspräsidenten > [2] 2494
- Chefs des Bundeskanzleramtes > [1] 1062–1067
- Direktoren beim Bundestag > [3] 3428
- Doppelmandat Bundestag / Europäisches Parlament > [1] 469
- Doppelmandat Bundestag / Landtag > [1] 461–465, 468
- Doppelmitgliedschaft Bundestag / Landesregierung > [1] 444–459
- Fraktionsvorsitzende (Bundestag) und Parteivorsitzende > [1] 983–989 • [3] N 5.8
- Fraktionsvorstandsmitglieder (Bundestag) > [1] 943–979 • [3] N 5.7
- Fraktionsvorstandsmitglieder (Volkskammer) > [3] 3902–3907
- Fraktionswechsler (Bundestag) > [1] 907–930
- Fraktionswechsler (Volkskammer) > [3] 3908–3909
- frühere Mitglieder der Volkskammer / Mitglieder des Bundestages > [2] 1576–1591
- 25jährige Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 584–588
- Gruppenvorstandsmitglieder (Bundestag) > [1] 979–983
- häufigste Redner im Bundestagsplenium > [2] 1673–1679
- jüngste MdB in Führungspositionen > [1] 837–845
- jüngste und älteste MdB > [1] 566–570
- Kanzlerrücktritte > [1] 1212–1220
- Mandatsverzichte (Bundestag) > [1] 421–433, 444–459
- Ministerpräsidenten der Bundesländer > [1] 1440–1462
- Ministerrat der DDR > [3] 3917–3920
- Ministerrücktritte > [1] 1212–1220 • [3] N 6.12
- Mitglied der Nationalversammlung 1919/20 / Mitglied des Bundestages > [1] 611–613
- Mitglied der Volkskammer der DDR / Mitglied des Bundestages > [2] 1576–1591
- Mitglied des Länderrates / Mitglied des Bundestages > [1] 614–619
- Mitglied des Länderrates / Nichtmitglied des Bundestages > [1] 620
- Mitglied des Parlamentarischen Rates / Mitglied des Bundestages > [1] 611–619
- Mitglied des Parlamentarischen Rates / Nichtmitglied des Bundestages > [1] 621–622
- Mitglied des Reichstages / Mitglied des Bundestages > [1] 611–613
- Mitglied des Wirtschaftsrates / Mitglied des Bundestages > [1] 614–619
- Mitglied des Wirtschaftsrates / Nichtmitglied des Bundestages > [1] 621

noch: **Namensliste**

- Mitglied des Zonenbeirates / Mitglied des Bundestages > [1] 614–619
- Mitglied des Zonenbeirates / Nichtmitglied des Bundestages > [1] 620–621
- Mitglied eines Landtages / Mitglied des Bundestages > [1] 461–465, 468
- Mitglieder der Volkskammer der DDR (1990) > [3] Kap. 31 („MdV“)
- Mitglieder des Bundeskabinetts > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Mitglieder des Bundestages 1949–1999 > [3] Kap. 31 („MdB“ und **Fettdruck**)
- Mitglieder des Bundestages als frühere Fraktionsmitarbeiter > [1] 1010–1011
- Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland > [3] Kap. 31 („MdEP“)
- ostdeutsche MdB aus Westdeutschland > [2] 1593–1595
- ostdeutsche MdB in Führungspositionen > [2] 1596–1600
- Parlamentarische Staatssekretäre (Bundesregierung) > [1] 1060–1107 • [3] N 6.3
- Parlamentarische Staatssekretäre (Ministerrat der DDR) > [3] 3921
- Parlamentarische Staatssekretäre / Bundesminister > [1] 1115–1116
- Partei- und Fraktionsvorsitzende (Bundestag) > [1] 983–989 • [3] N 5.8
- parteilose Abgeordnete > [1] 284–286
- Parteivorsitzende im Bundeskabinetts > [1] 1160–1162
- Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts > [2] 2494
- Regierungsmitglieder (Bundesregierung) > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Regierungsmitglieder mit 10jähriger Amtszeit > [1] 1158–1159
- Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat > [1] 1147–1149 • [3] N 6.8
- Sitzungsausschlüsse von Abgeordneten > [2] 1989–1991 • [3] N 8.20
- Sonderminister (Bundesregierung) > [1] 1106–1107 • [3] N 6.3
- Sprecher der Bundesregierung > [1] 1062–1067, N 6.3
- Staatsminister > [1] 1063–1067 • [3] N 6.3
- Staatssekretäre > [1] 1060–1107 • [3] N 6.3
- Stellvertreter des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten > [2] 2494
- verstorbene Politiker > [1] 405–421 • [3] N 2.7
- Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat > [1] 883–884
- Vizekanzler > [1] 871–873 • [3] N 4.2
- Vizepräsidenten des Bundestages > [1] 871–873 • [3] N 4.2
- Volkskammerpräsidium > [3] 3890–3891

- Wahlkampfmannschaft der Opposition > [2] 2771–2773
- Wahlkreisabgeordnete mit über 55,0% Stimmenanteil > [1] 240–264
- Wehrbeauftragte des Bundestages > [3] 3159–3162
- weibliche MdB in Führungspositionen > [1] 648–656
- westdeutsche als MdB in Ostdeutschland > [2] 1593–1595
- zehnjährige Mitgliedschaft im Bundeskabinetts > [1] 1158–1159

Namentliche Abstimmungen im Bundestag

- Geschäftsordnung > [2] 1726–1727, 1974, 2779, 2850, 2860, 2864, 2884, 2893 • [3] 3095–3096, 3098, 3107
- Geschlossenheit der Fraktionen > [2] 1781–1787
- Statistik > [2] 1728, 2396–2397 • [3] 3690–3691, 3708, 3711, N 8.12
- Stimmresultate > [1] 462 • [2] 1734–1781, 1958–1973

Nationaldemokratische Partei (NDP)

- Parteigeschichte > [1] 99–100, 121–123, 934 • [3] 3635
- Parteivorsitzender > [1] 122
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 122

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

- Bundesversammlung > [3] 3182–3183
- Parteigeschichte > [1] 83, 100, 122, 129, 134–135 • [3] 3646
- Parteivorsitzender > [1] 99, 122
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 352–353, 373
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 71–75, 122 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3575, 3577
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2470–2471 • [3] 3075
- Wahlergebnisse > [1] 122, 161, 167–171, 178 • [3] 3575, 3577, N 1.11
- Wahlkampfkostenerstattungen > [1] 321 • [3] 3074–3075

National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) [DDR]

- Blockpartei > [1] 108 • [3] 3743, 3763, 3769, 3812
- Fraktion / Volkskammer > [3] 3910–3911
- Koalition > [3] 3759, 3793
- Kontakt zur West-Partei > [3] 3795
- Mandatszahl/Volkskammer > [3] 3887, 3905, 3908, 3910–3911
- Parteigeschichte > [1] 108 • [3] 3743, 3769–3770, 3775, 3786, 3795, 3812, 3886, 3905
- Parteivorsitzende > [3] 3743, 3751, 3753, 3770, 3786–3787, 3795, 3886
- Teilnahme am Runden Tisch > [3] 3768
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3886
- Wahlergebnis > [3] 3887, 3889

Nationale Rechte (NR) [Partei] > [1] 123**Nationale Rechte (NR) [Fraktion/Gruppe]**

- Fraktionschronik > [1] 99, 122–123, 934 • [3] 3635

- Mandatszahl > [1] 99, 123, 903, 908–911 • [3] 3682–3683
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 607–608

Nationale Sammlung (DNS) > Dachverband der Nationalen Sammlung (DNS)

Nationale Sammlung (N.S.) > [1] 109

Nationaler Gedenktag

- Gedenksitzungen im Plenarsaal > [2] 2010

Nationaler Verteidigungsrat der DDR > Deutsche Demokratische Republik (DDR)

National-Liberale Aktion (NLA) > [1] 102, 108

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) > [1] 106, 109, 599–604

Nationalversammlung 1919/20

- Mitgliedschaft/Mitglieder des Bundestages > [1] 610–613 • [3] 3684–3685

NATO-Parlamentarierkonferenz > [3] 3603

NATURGESETZ PARTEI

- Parteigeschichte > [1] 123
- Parteivorsitzende > [1] 123
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 123 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Wahlergebnisse > [1] 123, 163, 172, 178 • [3] 3577, N 1.11

NBayG > Notgemeinschaft Bayerisches Grenzland (NBayG)

NDP > Nationaldemokratische Partei (NDP)

NDPD > National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) [DDR]

Die Nelken > [1] 118, 136 • [3] 3782, 3801–3802, 3885

Netzplan

- Wirkungsanalyse von Gesetzen > [2] 2544

Netzwerk Arche > [1] 113, 135 • [3] 3751

Neubau(planung) Bundeshaus Bonn

- Baugeschichte > [2] 2850, 2852, 2855, 2857, 2877, 2882 • [3] 3271–3333, 3637, 3647, 3649, 3664
- Baukosten > Ausgaben des Bundestages
- Plenardebatten > [2] 2906–2910, 2912, 2915–2919, 2922, 2930, 2933

Neubürgerbund > [1] 137

„**Neue Aufsätze in der Bibliothek**“ > [3] 3430, 3446

Neue Bundesländer > Östliche Bundesländer

DIE NEUE DEUTSCHE MITTE > Bund für Gesamtdeutschland (BGD)

„**Neue Stenographische Praxis**“ > [3] 3630

„**Neuerwerbungen der Bibliothek**“ > [2] 2855 • [3] 3430, 3446

Neues Bewußtsein – die ganzheitlich-esoterische Partei Deutschlands (Bewußtsein)

- Teilnahme an Europawahl > [3] 3576
- Wahlergebnis > [3] 3576

„**Neues Deutschland**“ > [3] 3722, 3731, 3738, 3758, 3761

Neues Forum (NF)

- Fraktion/Volkskammer > Bündnis 90/Grüne [DDR]
- Fusion > [1] 86, 94, 115, 117, 124 • [3] 3671
- Mandatszahl / Bundestag > [1] 87, 124, 937, 1014–1015
- Mandatszahl / Volkskammer > [3] 3905
- Organisationsgeschichte > [1] 85–87, 94, 108, 115, 117, 123–124, 126 • [3] 3671, 3732–3733, 3735–3739, 3742, 3744–3745, 3747, 3750–3751, 3753, 3760, 3766, 3768, 3774, 3776–3777, 3783, 3788, 3793–3794, 3801, 3885
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 353, 373
- Regierungsbeteiligung / DDR > [1] 123–124 • [3] 3793
- Teilnahme am Runden Tisch > [1] 123 • [3] 3768, 3774
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 123 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 85, 117, 124 • [3] 3885
- Vertretung im Bundestag > [1] 937, 1014–1015
- Vorsitzende > [1] 124
- Wahlbündnis > [1] 85, 94, 115, 117, 124 • [3] 3676, 3794, 3868, 3885
- Wahlergebnisse > [3] 3577, 3808, 3824, N 1.11

Neues Hochhaus (Bundeshaus Bonn) > [2] 2857 • [3] 3271, 3288–3294, 3306, 3647, 3649

Neugliederung des Bundesgebietes > [1] 1317 • [2] 1733, 2324, 2335, 2339, 2347–2349, 2353, 2362, 2371 • [3] 2971, 2973, 2976, 2978, 2983, 2991–2993, 2996, 3016, 3065

- Volksbegehren/Volksentscheide > [2] 2335, 2339, 2347–2349, 2353, 2362, 2371 • [3] 2973, 2991–2993, 2996

Neulinge im Bundestag > [1] 534–535, 579–583, 642, 846, 848, 850, 852, 854 • [3] 3684–3685, 3711, N 3.4

Neuseeland

- Deutsch-neuseeländische Parlamentariergruppe > [3] 3610

Neuwahlen, vorzeitige > [1] 1229, 1231, 1234–1241, 1244, 1246 • [2] 2484 • [3] 3006–3007, 3079–3080, 3652

- Bundestagsauflösung > [1] 56–57, 59, 1231, 1234, 1238, 1240–1241, 1244–1246 • [2] 2484 • [3] 3079–3080, 3652, 3659

- Wahltermin > [1] 56–57, 59, 61–64, 1241–1242, 1244, 1246 • [3] 3006–3007, 3652, 3659

Neuwahltermin > Wahltermin

NF > Neues Forum (NF)

Nicht verabschiedete Gesetzentwürfe

- Grundgesetz-Änderungsgesetze > [3] 2984–3005
- parlamentsrechtliche Gesetze > [3] 3021–3025, 3027–3031, 3033, 3036–3037, 3039–3040, 3044–3051
- Statistik > [2] 2388–2389, 2394–2395, 2400–2401, 2408–2410 • [3] 3700–3701, 3710, 3712, N 11.5
- Wahlgesetze > [1] 31–33, 35, 38–41

Nicht verkündete Gesetze

- Liste der Gesetze > [2] 1958, 1963–1964, 1966, 1971–1973, 2433–2437, 2453–2455
- Statistik > [2] 2396–2397, 2400–2401, 2430–2431, 2450–2451 • [3] 3700–3701

Nichtig oder teilnichtig erklärte Gesetze > [2] 2376, 2483, 2487, 2491, 2495–2511 • [3] 3064–3065, 3072

Nichteheliche Kinder > [2] 2334, 2492–2493

Nichtöffentliche / öffentliche Sitzungen des Bundestages > [2] 1993–1996 • [3] 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21

Nichtparlamentarier

- Rederecht im Bundestag > [2] 1670–1671

Niederdeutsche Union (NU) > [1] 305

Niederlande

- Abgeordnetenzahl / Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-niederländische Parlamentariergruppe > [3] 3610
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3553
- Mandatszahl / Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3582–3587
- Wahlbeteiligung / Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht / Wahlsystem > [3] 3566

Niederlegungen des Bundestagsmandats > [1] 380, 402–403, 421–433, 442–459 • [2] 2889 • [3] 3688–3689, 3711, N 2.6

Niedersachsen

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–184, 186–196, 198, 200–202, 304–312
- Doppelmandate Bundestag / Landtag > [1] 466–467
- Gründung > [1] 1440–1441
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Landtagswahlen > [1] 304–311
- Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183
- Ministerpräsidenten > [1] 857, 860, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460 • [3] 3639, N 3.25, N 6.21
- Petenten-Anteil > [3] 3150
- Regierungskoalitionen > [1] 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460 • [3] N 6.21
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 216
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Verfassung > [1] 435
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Niedersächsische Landespartei (NLP) > [1] 99, 1440–1441

NLA > National-Liberale Aktion (NLA)

NLP > Niedersächsische Landespartei (NLP)

Nordatlantikvertrag > [3] 2966, 3603, 3640

Nordatlantische Versammlung > [3] 3603–3604

- Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland > [3] 3604
- deutsche Delegationsmitglieder > [2] 2317

Norddeutscher Rundfunk

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3489–3490

Nordirland > Großbritannien

Nordrhein-Westfalen > [1] 1441

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–184, 186–196, 198, 200–202, 304–312
- Doppelmandate Bundestag / Landtag > [1] 466–467
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Landtagswahlen > [1] 304–310, 312, 1224
- Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183
- Ministerpräsidenten > [1] 51, 108–109, 857, 860, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1457, 1459, 1461 • [3] 3640, N 6.21
- Petenten-Anteil > [3] 3150
- Regierungskoalitionen > [1] 51, 935, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461 • [3] 3640
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 217–218
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Verfassung > [1] 435
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Normenkontrolle > [2] 2466, 2490–2491 • [3] 2982

Norwegen

- Abgeordnetenzahl / Einwohner > [1] 385
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3563

Notare und Rechtsanwälte

- Mitglieder des Bundestages > [1] 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Mitglieder von Bundestagsausschüssen > [2] 2114–2115

Notgemeinschaft Bayerisches Grenzland (NBayG) > [1] 69

Notgemeinschaft für den Frieden Europas > [1] 112

Notgemeinschaften > [1] 112

Notparlament > Gemeinsamer Ausschuß gemäß Artikel 53a GG

Notstandsverfassung > [2] 2859 • [3] 2968–2969, 2990, 2993, 2996–2997, 3649

NPD > Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

NR > Nationale Rechte (NR)

N.S. > Nationale Sammlung (N.S.)

NSDAP > Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)

NU > Niederdeutsche Union (NU)

Nutzung des Reichstagsgebäudes bis 1990 > [2] 2915–2916 • [3] 3349–3350

Nutzwertanalyse bei Gesetzentwürfen > [2] 2542

Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien

– Wahlen im Bundestag > [2] 2306–2308

Oberste Gerichtshöfe des Bundes > [2] 2337–2338, 2344 • [3] 2968, 2981–2982

– Richterwahl > [2] 2309

Oberstes Bundesgericht > [2] 2337, 2359

Obmann im Ausschuß > [2] 2782

ÖDP > Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Öffentliche Anhörungen der Bundestagsausschüsse > [2] 2121–2181

– Anhörungen zu Gesetzentwürfen > [2] 2180–2181 • [3] 3694–3695

– Daten und Themen > [2] 2129–2178 • [3] 3648

– Einführung > [2] 2121, 2850, 2896, 2912, 2927 • [3] 3096

– einzelne Ausschüsse > [2] 2124–2129

– Enquete-Kommissionen > [2] 2123, 2137, 2140, 2148, 2155–2157, 2167–2169, 2174, 2178 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.6

– Geschäftsordnung > [2] 2121, 2182, 2782, 2850, 2861, 2871 • [3] 3096, 3099, 3117, 3124

– Registrierung der Interessenvertreter > [2] 2182–2183

– Statistik > [2] 1994–1995, 2123–2129, 2181 • [3] 3694–3695, 3706–3707, 3712, N 8.21, N 9.6

– Themen und Daten > [2] 2129–2178 • [3] 3648

– Verbandszugehörigkeit der geladenen Interessenvertreter > [2] 2179–2180

Öffentliche Bibliotheken

– Verfügbarkeit von Stenographischen Berichten und Drucksachen des Bundestages > [2] 2868 • [3] 3432, 3506–3508

Öffentliche Informationssitzungen der Ausschüsse > Öffentliche Anhörungen der Ausschüsse

Öffentliche Meinung über den Bundestag > [3] 3508–3540

– Ergebnisse von Repräsentativumfragen > [3] 3532–3540

– Verzeichnis der Repräsentativumfragen > [3] 3509–3531

Öffentliche / nichtöffentliche Sitzungen des Bundestages > [2] 1993–1996 • [3] 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21

Öffentlichkeit

– Ausschluß von Bundestagssitzungen > [1] 387 • [2] 1638–1639, 1733 • [3] 3692–3693, N 8.3

– Ausschußsitzungen > [2] 2121, 2861, 2884, 2912, 2926, 2928, 2930, 2932–2934, 2938 • [3] 3010, 3096, 3099, 3107, N 8.21, N 9.1

– Verhandlungen des Bundestages > [2] 1637–1642, 1993–1996 • [3] 3694–3695, 3707, 3711, N 8.3, N 8.21

Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages > [3] 3461

– Chronik > [2] 2863 • [3] 3463–3468

– Plenardebatten zum Ausbau > [2] 2905, 2907, 2912–2916, 2930, 2933

– Statistik > [3] 3468–3471

– Veröffentlichungen > [3] 3472–3481

Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments > [2] 2840, 2845–2846

ÖkoLi > Ökologische Linke (ÖkoLi)

ÖKO-UNION > Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz (ÖKO-UNION)

Ökologiebewegung > Umweltschutzbewegung

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

– Parteigeschichte > [1] 113, 115, 124

– Parteivorsitzende > [1] 124

– Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 354, 374

– Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74–75, 77, 124 • [3] N 1.5

– Teilnahme an Europawahl > [3] 3575–3577

– Wahlergebnisse > [1] 124, 159, 169–172, 179 • [3] 3575–3577, N 1.11

Ökologische Linke (ÖkoLi) > [1] 115

Österreich

– Abgeordnetenzahl / Einwohner > [1] 385 • [3] 3597

– Deutsch-österreichische Parlamentariergruppe > [3] 3610

– EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3551, 3563

– Mandatzahl/Europaparlament > [3] 3567, 3597

– Sitzverteilung/Europaparlament > [3] 3587

– Wahlrecht/Wahlssystem > [3] 3567

Östliche Bundesländer

– Abgeordnete aus Westdeutschland > [2] 1592–1595

– Abweichungen vom Grundgesetz > [3] 2983

– Beobachter beim Europäischen Parlament > [3] 3560, 3594–3596

– Bundestagswahlergebnisse > [1] 91, 108, 182–183, 196–204, 224–225, 238–239, 311–312

– Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199

– Ländereinführung(sgesetz) > [3] 3668–3669, 3819, 3823, 3841, 3853, 3864, 3871, 3873

– Landtagswahlen > [1] 311–312 • [2] 1565 • [3] 3669, 3822–3823, 3842, 3845, 3847, 3853, 3864, 3866, 3868–3869

– Mandatzahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183

– Ministerpräsidenten > [1] 1462 • [3] N 6.21

– Petenten-Anteil > [3] 3149, 3151

noch: Östliche Bundesländer

- Regierungskoalitionen > [1] 1462 • [3] N 6.21
- Rolle der PDS > [1] 127
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 238–239
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183

Östliche/westliche Bundesländer im Vergleich

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 203–204, 224–225, 238–239
- Geburtsorte der MdB > [1] 591
- Petenten-Anteil > [3] 3149–3151

Offenlegung von Interessenverknüpfungen > Verhaltensregeln für Mitglieder des Bundestages**Oldenburg**

- Regierung > [1] 1440

Ombudsman (Bürgerbeauftragter) > [2] 2941 • [3] 3051, 3125–3126, 3130**Opposition**

- Bundestag > Opposition im Bundestag
- Volkskammer der DDR (1990) > [3] 3922–3923

Opposition im Bundestag

- Aktuelle Stunden > [2] 2758, 2762 • [3] 3704–3705
- Anfragen > [2] 2758–2760
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 834
- Bezweiflung der Beschlussfähigkeit > [2] 2762 • [3] 3704–3705
- Debattendauer-Regelungen > [2] 1723–1726, 2865, 2867
- Entlassungsanträge gegen Bundesminister > [2] 2760–2761 • [3] 3704–3705
- erfolgreiche Gesetzesinitiativen > [2] 2764–2773
- erfolgreiche Klagen vor Bundesverfassungsgericht > [2] 2490–2491
- Fraktionshilfsdienste > [1] 1006
- Fraktionswechsel > [1] 931–933, 1122–1132, 1229–1230
- Fraktionszuschüsse > [2] 2869 • [3] 3243, 3250–3257
- Funktionen > [2] 2757
- Gesetzgebung > [2] 1953, 2387, 2389–2395, 2400–2401, 2758, 2760–2761, 2764–2771, 2774 • [3] 3704–3705
- Große Anfragen > [2] 2758–2760, 2774 • [3] 3704–3705
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern > [2] 2760–2761 • [3] 3704–3705
- Hilfsdienste der Fraktion > [1] 1006
- Kabinett-Informationen > [2] 2742
- Klagen vor Bundesverfassungsgericht > [2] 2490–2491
- Kleine Anfragen > [2] 2759–2760, 2774 • [3] 3704–3705
- und Koalitionen im Bund > [1] 1122–1132
- Kontrolltätigkeit > [2] 2636–2833

- kontrovers verabschiedete Gesetze > [2] 1953–1973, 2396–2397 • [3] 3702–3703
- Mandatsstärke > [1] 931–933, 1123–1132, 1229–1230
- Mißbilligungsanträge gegen Regierungsmitglieder > [2] 2760–2761 • [3] 3704–3705
- Minderheitenrechte > [2] 2242
- Mündliche Anfragen > [2] 2759–2760, 2774 • [3] 3704–3705
- Redezeit > [2] 1723–1726, 2781
- Regierungsbildung > [2] 2757–2758, 2771–2773
- Regierungserklärungen > [1] 1172–1188 • [2] 2763
- Schattenkabinett > [2] 2758, 2771–2773
- Strategien > [2] 2758
- Untersuchungsausschüsse > [2] 2242, 2758, 2762 • [3] 3704–3705
- Wahlkampfmannschaft > [2] 2771–2773
- Wortmeldungen bei Aussprache zur Regierungserklärung > [1] 1172–1188 • [2] 2763
- Zusammensetzung > [1] 1123–1132

Oppositionelles Verhalten > [2] 2757–2775 • [3] 3704–3705 (*Untergliederungen siehe Opposition im Bundestag*)

- Untersuchungen > [2] 2773–2775

Oppositionsbonus bei Fraktionszuschüssen > [2] 2869 • [3] 3243, 3250–3257**Oppositionsfunktion des Bundesrates** > [2] 2437–2438**Ordnungsmaßnahmen im Bundestag** > [2] 1988–1992 • [3] 3095

- Aufhebung der Plenarsitzung > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Ordnungsrufe > [2] 1988, 1991–1992, 2890 • [3] 3101, 3692–3693, 3706, 3709, N 8.20
- Rügen > [2] 1988, 1991–1992 • [2] 2483 • [3] 3079, 3692–3693, N 8.20
- Sachrufe > [2] 1988, 1991–1992 • [3] 3101, 3692–3693, N 8.20
- Sitzungsausschlüsse > [2] 1988–1992, 2892 • [3] 3095, 3635, 3661, 3692–3693, 3706, N 8.20
- Statistik > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Unterbrechung der Plenarsitzung > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3095, 3692–3693, N 8.20
- Wortentziehungen > [2] 1988, 1991–1992, 2890–2891 • [3] 3101, 3116, 3692–3693, 3706, N 8.20

Ordnungsrufe im Bundestag > [2] 2890

- Einsprüche > [2] 1992 • [3] 3692–3693
- Geschäftsordnung > [2] 1988 • [3] 3101
- Statistik > [2] 1991–1992 > [3] 3692–3693, 3706, 3709, N 8.20

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) > [3] 3605

- Parlamentarische Versammlung > [3] 3605

Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse und Enquete-Kommissionen (Bibliographie)

- Ausschüsse > [2] 2116–2121
- Enquete-Kommissionen > [2] 2294–2297

Organisationsausschuß des Bundestages > [2] 2024, 2035, 2097

Organisationspläne der Bundestagsverwaltung > [3] 3409–3424

Organklagen > [2] 2466

– Bundestag > [1] 387 • [2] 2481–2489, 2491

Ost-CDU > Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) [DDR]

Ostdeutsche Abgeordnete in Führungspositionen von Bundestag und Bundesregierung > [2] 1592, 1596–1600

OSZE > Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Ozeanien

– Deutsch-ozeanische Parlamentariergruppe > [3] 3607–3608, 3610–3611

Pairing > [2] 2914

Pakistan

– Deutsch-pakistanische Parlamentariergruppe > [3] 3610

Paragrafenfolge der Geschäftsordnung 1980 > [2] 2870 • [3] 3101, 3108–3114

Pariser Verträge > [3] 2965, 3639

PARLAKOM > Informations- und Kommunikationssystem für Mitglieder des Bundestages

„Das Parlament“ > [2] 2913, 2922, 2925

„Parlament aktuell“ > [3] 3464

„Parlament im Dialog“ > Parlamentsseminare

Parlament und Öffentlichkeit > [2] 1637–1642, 1993–1996 • [3] 3462–3541, 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21

Parlament und Regierung > [1] 1016–1462

„Parlament – Werkstatt der Demokratie“ > Parlamentsseminare

Parlamentariergruppen > [2] 2855 • [3] 3606–3612

– Auslandsreisen > [3] 3623–3624

– Liste > [3] 3608–3612

– Zahl > [3] 3607

Parlamentarische Beanspruchung der Bundesministerien > [1] 1433–1438

Parlamentarische Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer > [2] 1485–1499, 1527, 1533, 1537–1562

Parlamentarische Führungspositionen

– Besetzung durch Fraktionen > [1] 658–662, 826–832, 836 • [2] 2300

– Besetzung durch ostdeutsche Abgeordnete > [2] 1592, 1596–1600

– Besetzung durch weibliche Abgeordnete > [1] 648–662

– Chancen der Abgeordneten bei der Besetzung > [1] 832–833

– jüngste Funktionsinhaber > [1] 837–845

– Synopse > [1] 734–825

Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktionen > [1] 943–979

Parlamentarische Kontrolle > Kontrollrechte, Kontrolltätigkeit

Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste > [1] 1318 • [2] 2303–2304, 2809–2815, 2869, 2914 • [3] 2993, 3009, 3032, 3042, 3655

– Wirtschaftspläne > [2] 2304, 2473, 2484–2485, 2809, 2813–2814, 2874 • [3] 3035, 3083–3084, 3661–3662

Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) [Nachrichtendienste] > [2] 2303, 2810–2812, 2869, 2882 • [3] 3032, 3042, 3128, 3655

Parlamentarische Kontrollkommissionen des Bundestages > [2] 2809–2815

– Gremium nach dem Gesetz zu Artikel 10 GG > [2] 2303, 2812–2813, 2859 • [3] 3027

– Gremium nach § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes > [2] 2304, 2815, 2882 • [3] 3041, 3047

– Gremien von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium) gemäß § 10a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung > [2] 2304, 2814–2815 • [3] 3083–3084

– Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste > [2] 2304, 2473, 2484–2485, 2813–2814, 2874 • [3] 3083–3084, 3661–3662

– Kommission nach dem Gesetz zu Artikel 10 GG > [2] 2057, 2060, 2063, 2303 • [3] 3027, 3047, 3128

– Parlamentarische Kontrollkommission > [2] 2303, 2810–2812, 2869, 2882 • [3] 3032, 3042, 3128, 3655

– Parlamentarisches Vertrauensmännergremium > [2] 2810, 2869 • [3] 3009

– Vertrauensgremium > [2] 2304, 2813–2815 • [3] 3083–3084

Parlamentarische Laufbahnen: Synopse > [1] 734–825

Parlamentarische Opposition > Opposition bzw. Opposition im Bundestag

Parlamentarische Sozialisation (Umfrage) > [1] 534–535

Parlamentarische Staatssekretäre

– Bundesregierung > Parlamentarische Staatssekretäre (Bundesregierung)

– Ministerrat der DDR > [3] 3921

Parlamentarische Staatssekretäre (Bundesregierung)

– Amtszeiten > [1] 1062–1104 • [3] N 6.3

– Bundesminister > [1] 1109, 1114–1116, 1147 • [3] 3026

– Einführung > [1] 1109 • [2] 2858 • [3] 3026, 3648

– Fragestunde > [1] 1109

– Funktion > [1] 1109 • [2] 2922 • [3] 3026

– Gesetz > [1] 1109 • [2] 2866 • [3] 3026, 3030, 3047, 3648, N 15.1 (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)

noch: Parlamentarische Staatssekretäre (Bundesregierung)

- jüngste Amtsinhaber > [1] 844–845
- Mißbilligungs- und Entlassungsanträge gegen > [1] 1248–1249, 1254 • [2] 2901 • [3] 3698–3699
- ostdeutsche Amtsinhaber > [2] 1600
- Parteizugehörigkeit > [1] 1112–1113
- Rechtsverhältnisse > [1] 1109 • [2] 2866 • [3] 3026, 3030, 3047, 3648, N 15.1
- Selbstverständnis (Umfrage) > [1] 533
- Staatsminister > [1] 1064–1067, 1069–1070, 1109 • [2] 2866 • [3] 3030, N 6.3, N 15.1
- Statistik > [1] 1110–1113, 1115–1116 • [3] 3696–3697
- Verzeichnis > [1] 1062–1107 • [3] N 6.3
- Wechsel zum Bundesminister > [1] 1109, 1114–1116, 1147
- weibliche Amtsinhaber > [1] 648–656
- Zahl > [1] 552–553, 1110–1113, 1115–1116 • [2] 2858 • [3] 3696–3697

Parlamentarische Vereinigungen > [3] 3626–3632**Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE > [3] 3605****Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Euro-Parates > [3] 3544–3547**

- Chronik > [3] 3545–3546, 3636
- deutsche Ausschußvorsitzende > [3] 3547
- deutsche Fraktionsvorsitzende > [3] 3546
- deutsche Präsidiumsmitglieder > [3] 3546
- Mitgliederzahl > [1] 552–553 • [3] 3544, 3546
- Vertreter der Bundesrepublik Deutschland > [2] 2316
- Wahl[gesetz] > [2] 2316, 2849 • [3] 3645–3546, 3569, 3636

Parlamentarischer Beirat der „Stiftung für das sorbische Volk“ > [2] 2314**Parlamentarischer Entscheidungsprozeß > Politische Willensbildung****Parlamentarischer Rat**

- Ausschüsse, Ausschußvorsitzende > [1] 625
- Chronik > [1] 628–629 • [3] 3273–3274, 3633–3634
- Fraktionen, Fraktionsvorsitzende > [1] 624–625
- Gesetzgebung zum Wahlrecht > [1] 29, 49 • [3] 3634
- Mitgliedschaft > Mitglieder des Parlamentarischen Rates
- Präsidium > [1] 625
- Zusammensetzung > [1] 624 • [3] 3634

Parlamentarischer Rat des Länderrates > [1] 626**Parlamentarischer Stil > [2] 2921–2934****Parlamentarisches Vertrauensmännergremium > [2] 2810, 2869 • [3] 3009****Parlaments- und Regierungssitz > Hauptstadtfrage im Bundestag, Hauptstadtplanung****Parlamentsarchiv des Bundestages > [2] 2849, 2869 • [3] 3428–3429, 3431, 3433, 3446–3447, 3459****Parlamentsberichterstattung durch Hörfunk und Fernsehen > [3] 3482–3500**

- Einführung eines Parlamentsfernsehens (Chronik) > [2] 2933–2934 • [3] 3495–3500
- Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen: Statistik > [3] 3486–3487
- Sendungen mit Parlamentsberichterstattung > [3] 3488–3494
- Übertragungen von Plenarsitzungen: Chronik > [2] 2858, 2922, 2927, 2933 • [3] 3463, 3482, 3486

Parlamenteigene Datenbanken des Bundestages > [3] 3450–3451**Parlamentsfernsehen**

- Chronik > [2] 2933–2934 • [3] 3495–3500

Parlamentsfunktionen > Funktionen des Parlaments**Parlamentsgebäude in Bonn und Berlin > [3] 3270–3400**

- Bannmeile > [2] 2853, 2860 • [3] 3022, 3027, 3046, 3050, 3396–3400, 3639, 3649
- Baukosten in Bonn/Berlin > Ausgaben des Bundestages
- Bundeshaus Bonn: Baugeschichte > [2] 1608, 2850, 2852, 2855, 2857, 2877, 2882 • [3] 3271–3333, 3637, 3647, 3649, 3664
- Ersatzplenarsaal Wasserwerk in Bonn > [2] 1546, 1565, 1632–1633, 1635, 2877, 2882, 2918 • [3] 3307–3309, 3312–3314, 3326–3327, 3330, 3663
- Mietkosten in Bonn > [2] 2919 • [3] 3334
- Raumbedarf > [2] 2909–2910, 2930 • [3] 3270–3271, 3283, 3285, 3287
- Reichstagsgebäude Berlin: Wiederaufbau nach 1945 • [3] 3341–3348, 3645, 3653
- Reichstagsgebäude Berlin: Nutzung bis 1990 > [2] 2915–2916 • [3] 3349–3350
- Reichstagsgebäude Berlin: Baugeschichte ab 1990 > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26
- Reichstagsgebäude Berlin: Verhüllung > [3] 3361, 3363, 3365, 3370, 3372, 3386–3395, 3673, 3675
- Tagungsstätte der Plenarsitzungen > [2] 1500–1501, 1546, 1564–1565, 1612, 1632–1633 • [3] 3284, 3314, 3327, 3330, 3352, 3355, N 21.6, N 26
- Unterbringung der Bundestagsverwaltung in Bonn > [3] 3278, 3334–3340

Parlamentsinformationssystem (PARLIS) > [2] 2431, 2434, 2858, 2866, 2942**Parlamentskanal > Parlamentsfernsehen****Parlamentskontrolle der Finanzpolitik > [2] 2783–2809****Parlamentskorrespondenz > [2] 2863 • [3] 3404, 3464, 3471–3472, 3651****Parlamentskritik > [1] 470–529 • [2] 2902–2934****Parlamentslose Zeiten > [1] 301–302, 862 • [2] 2868, 2916–2917 • [3] 2978, 3052, 3060–3063, 3692–3693**

- Ersatzparlament > [2] 2297–2298 (*siehe im übrigen Ständiger Ausschuß gemäß Art. 45 GG*)

Parlamentsneulinge im Bundestag > [1] 534–535, 579–583, 642, 846, 848, 850, 852, 854 • [3] 3684–3685, 3711, N 3.4

Parlamentspräsidenten > Präsidium

Parlamentsrecht > [3] 3020–3092
 – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts > [3] 3064–3092
 – Gesetzgebung > [3] 3020–3051, N 15.1
 – Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur > [3] 3052–3063

„**Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages**“ > [3] 3121–3122

Parlamentsreform im Bundestag > [2] 2834–2947 • [3] 2963

– Bibliographie > [2] 2886–2887
 – interfraktionelle Reformgremien > [2] 2935–2938
 – Kommission > [1] 888, 890 • [2] 2744, 2875, 2921, 2926–2927, 2929–2931 • [3] 3661–3662
 – Liste der Reformen seit 1949 > [2] 2848–2886
 – Plenardebatten > [2] 2902–2934
 – Selbstverständnis der Abgeordneten > [1] 531–533, 537 • [2] 2921–2934
 – Vorschläge > [1] 470–529, 531–533, 542–544 • [2] 2902–2934

Parlamentsseminare > [3] 3464–3467, 3469

Parlamentssoziologie: Bundestag > [1] 554–860 • [3] 3684–3687, N 3.1, N 3.2, N 3.4, N 3.11, N 3.12, N 3.13, N 3.14

– Bibliographie > [1] 727–733

Parlamentssoziologie: Volkammer der DDR (1990) > [3] 3891–3896

„**Parlamentsspiegel**“ > [2] 2456

Parlamentsverständnis der Mitglieder der Volkammer (Umfrage) > [3] 3896–3902

Parlamentsverständnis der Mitglieder des Bundestages

– Bibliographie > [1] 470–529
 – Selbstverständnis-Debatten des Bundestages > [2] 2921–2934
 – Umfragen > [1] 529–546

Parlamentsverständnis der Öffentlichkeit (Umfragen) > [3] 3508–3540

PARLIS > Parlamentsinformationssystem (PARLIS)

Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschland (AB 2000) > [3] N 1.5, N 1.11

Partei Bibeltreuer Christen (PBC)

– Parteigeschichte > [1] 125
 – Parteivorsitzende > [1] 125
 – Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 355, 374
 – Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 125 • [3] N 1.5
 – Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
 – Wahlergebnisse > [1] 125, 163, 172, 179 • [3] 3577, N 1.11

Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)

– Parteigeschichte > [1] 125
 – Parteivorsitzende > [1] 125
 – Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 125 • [3] N 1.5
 – Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
 – Wahlergebnisse > [1] 125, 163, 172, 179 • [3] 3577, N 1.11

Partei der guten Deutschen (PdGD)

– Parteigeschichte > [1] 125
 – Parteivorsitzender > [1] 125
 – Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–70, 125
 – Wahlergebnisse > [1] 125, 165–166

Partei der Nichtwähler > [3] N 1.5, N 1.11

Partei der Steuerzahler > Bürgerpartei

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) [Partei] (siehe auch Sozialistische Einheitspartei Deutschlands [SED])

– Bundestagswahlergebnisse > [1] 127, 157, 161, 171–173, 179, 197–198, 204, 980 • [3] 3670, 3674, 3681, N 1.11, N 26
 – Bundesversammlung > [3] 3184–3185
 – Direktmandate/Bundestag > [1] 196–199, 240, 898 • [3] 3674, 3680–3681, N 1.17
 – Europawahlergebnis > [3] 3577
 – Fraktion/Volkammer > [1] 980 • [3] 3812, 3904, 3914
 – Fraktionsvorsitzende/Volkammer > [3] 3781, 3812, 3904
 – Gruppe bzw. Fraktion/Bundestag > Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL) [Gruppe/Fraktion im Bundestag]
 – Hochburgen > [1] 279–280 • [3] 3889
 – Koalitionen > [3] 3793, N 6.21
 – Kommunalwahlergebnis (1990/DDR) > [3] 3824
 – Kontakte zu Westparteien > [3] 3856
 – Mandatszahl/Bundestag > [1] 120, 127, 171–172, 197–199, 903, 928–930, 980, 1014 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
 – Mandatszahl/Volkammer > [1] 127 • [3] 3887, 3904, 3908–3909, 3922–3923
 – Ministerrat > [3] 3793
 – Partei- und Fraktionsvorsitzende > [3] N 5.8
 – Parteigeschichte > [1] 98, 120, 126–127, 980 • [3] 3785, 3792, 3796, 3802, 3809, 3824, 3826, 3852, 3856, 3858, 3872, 3875, 3886
 – Parteivermögen > [3] 3832
 – Parteivorsitzender > [1] 127 • [3] 3886, N 5.8
 – Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 356, 375
 – SED-Vorgeschichte > [1] 126–127 (vgl. im übrigen Sozialistische Einheitspartei Deutschlands [SED])
 – Sozialstruktur/Volkammerfraktion > [3] 3983–3895
 – Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 225
 – Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 238–239

noch: **Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) [Partei]**

- Stimmenanteil / Mandatsanteil Bundestag > [1] 292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 77, 98, 120, 127 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 127 • [3] 3886
- Umbenennung > [3] 3802
- Verfassungsrechtsstreit > [1] 397 • [2] 2474–2477, 2480–2481, 2487 • [3] 3087–3088, N 26
- Volkskammerwahlergebnis > [1] 127 • [3] 3810, 3887–3889
- Wahl in Bundestag > [1] 127, 889, 928, 937
- Wahlbündnisse > [1] 120, 127 • [3] 3856
- Wahlergebnisse > [1] 127, 157, 161, 171–173, 179, 197–198, 204, 980 • [3] 3577, 3670, 3674, 3681, 3810, 3824, 3887–3889, N 1.11, N 26
- Wahlkampfkostenerstattung > [1] 321
- Wahlkampf-Slogans > [1] 150
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 279–280 • [3] 3889
- Wahlkreissitze/Bundestag > [1] 196–199, 240 • [3] 3674, 3680–3681, N 1.17

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) [Gruppe/Fraktion im Bundestag] > Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL) [Gruppe/Fraktion im Bundestag]

Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL) [Wahlbündnis] > Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) [Partei]

Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL) [Gruppe/Fraktion im Bundestag] > [1] 127, 937, 980

- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646, 2759–2760 • [3] N 12.1
- Arbeitskreise der Gruppe > [1] 1005
- Arbeitskreisvorsitzende > [1] 1005
- Ausgaben > [1] 1009 • [3] 3259
- Berufsstruktur der MdB > [1] 710–713, 717
- Bundesversammlung > [3] 3184–3185
- Chronik > [1] 980
- Dauer der Mitgliedschaft > [1] 579
- Durchschnittsalter der MdB > [1] 564 • [3] N 3.2
- Familienstand der MdB > [1] 665
- Fraktions- und Parteivorsitzende > [3] N 5.8
- Fraktionsstatus > [1] 899–900, 980 • [2] 2479, 2487, 2489 • [3] 3088, 3671, 3675, N 26
- Fraktionsvorstand > [3] N 5.7
- Fraktionswechsel > [1] 929, 941
- frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR > [1] 127, 898, 928, 937 • [2] 1575–1591
- Gesetzesinitiativen > [2] 2390–2393, 2400–2401
- Gewerkschaftsmitgliedschaft der MdB > [1] 724, 726
- Gruppenbildung > [1] 127, 898–901, 937, 980 • [3] 3669

- Gruppenrechte > [1] 898–900 • [2] 2880, 2882 • [3] 3670
- Gruppenvorstand > [1] 980–981 • [2] 1598
- Hilfsdienst der Gruppe > [1] 1009
- Hochschulbildung der MdB > [1] 669, 671, 673 • [3] N 3.14
- Interessenvertreter > [1] 719–720
- Konfession der MdB > [1] 667 • [3] N 3.13
- Mandatszahl > [1] 120, 127, 171–172, 197–199, 903, 905, 928–930, 980, 1014 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- ostdeutsche Mitglieder in Führungspositionen > [2] 1598
- Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 980–981
- Parlamentsneulinge > [1] 580–581 • [3] N 3.4
- Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 669, 671, 673
- Sitzordnung im Plenum > [2] 1635–1636
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [2] 2091–2092, 2880, 2882
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2474, 2476, 2479–2481, 2487, 2489, 2491 • [3] 3088
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636–637 • [3] N 3.11

Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit > Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)

Partei für Soziale Gleichheit (PSG) > [3] N 1.5, N 1.11

Parteien: Bundesrepublik Deutschland (siehe auch unter den einzelnen Parteien)

- Abkürzungen > [1] 69–78 (vgl. auch unter der Abkürzung im Sachregister)
- Ausgaben > [1] 316, 322–323, 362–377 • [2] 2349 • [3] 3034, 3660
- Beteiligungsanzeige für Bundestagswahl > [1] 37, 59, 61, 65
- Chancenausgleich bei Parteienfinanzierung > [1] 316–319, 329, 331–337, 339–360 • [3] 3034, 3037, 3043
- Daten aus der Parteiengeschichte > [1] 79–137
- Dauer der Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Direktmandate > [1] 183–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- Einnahmen > [1] 322–361
- Finanzierung > Parteienfinanzierung
- Fraktionsbildung > [1] 896–897, 934, 944, 970, 979 • [2] 2851, 2860 • [3] 3095, 3098
- Gesetz > Parteiengesetz
- Großspenden > [1] 316–317 • [3] 3034, 3037, 3660
- Grundgesetz(-Änderung) > [1] 316, 322 • [2] 2335, 2349 • [3] 2974, 2977, 3052, 3056–3059
- Hochburgen > [1] 239–284 • [3] 3682–3683
- kandidierende Parteien in Stichworten > [1] 79–137
- Koalitionen > Koalitionen
- Kontakte zu Ost-Parteien > [1] 90–91, 101, 108, 114–115 • [2] 1512, 1528, 1544, 1560 • [3] 3770, 3782, 3785, 3791–3793, 3796, 3798, 3801, 3811, 3834, 3841, 3848, 3858, 3862, 3885

- Kredite > [1] 330–361
- Lizenzzwang > [3] 3635
- Mandatszahlen im Bundestag > [1] 164–172, 183–199, 902–930 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3 (siehe auch unter den einzelnen Fraktionen)
- Mitgliedsbeiträge > [1] 327, 330–361
- Parteigeschichte > [1] 79–137
- Parteinamen > [3] 3022
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 316, 322–377 • [3] 2974, 3025–3026, 3034
- Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Sitzordnung im Bundestag > [2] 1634–1637
- sonstige im Bundestag vertretene Parteien > [1] 1011–1015
- Spenden > [1] 314, 316–319, 322–323, 328, 330–361
- Sperrklausel bei Bundestagswahl > [1] 27–28, 31–32, 38–40, 45, 50–51, 138 • [2] 2852, 2854 • [3] 3087–3088
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 223–231
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 232–239
- Stimmenanteil / Mandatsanteil > [1] 291–292
- Teilnahme an Bundestagswahlen > [1] 69–137 • [3] 3068–3069, 3074, 3680–3681, N 1.5
- Teilnahme an Europawahlen > [3] 3574–3577
- Überhangmandate > [1] 40, 46, 287–288, 291–292, 299, 380–381 • [3] 3073, 3677, 3682–3683, N 1.19, N 1.22, N 2.1
- Verbot > [1] 97, 109, 118, 130, 380, 402, 404, 913, 970, 988, 1011 • [2] 2467, 2895 • [3] 3025–3026, 3066–3067, 3069–3070, 3637, 3640, 3682–3683
- Vereinigungen mit Ost-Parteien > [1] 86, 90, 108, 114–116, 131, 335, 345 • [2] 1544, 1550, 1560–1561 • [3] 3668–3669, 3834, 3841, 3848, 3860, 3872, 3879, 3882
- Vermögen > [1] 316, 322–324, 330–361 • [2] 2349 • [3] 2974, 3034, 3660
- Verzeichnis > [1] 69–78 • [3] N 1.5
- Vorsitzende > [1] 79–137
- Vorsitzende / Fraktionsvorsitzende > [1] 983–989 • [3] N 5.8
- Vorsitzende / Regierungsmitglied > [1] 1160–1162
- Wahlergebnisse > Wahlstatistik, Wahlstatistik: Bundestagswahlen
- Wahlkampf-Abkommen > [1] 141–144 • [3] 3646, 3650, 3657
- Wahlkampfkosten-Erstattungen > [1] 314–317, 319, 321, 330–361 • [2] 2860, 2870 • [3] 3026–3027, 3030, 3034, 3037, 3043, 3071, 3074–3077, 3660
- Wahlkampfmannschaft > [2] 2771–2773
- Wahlkampf-Slogans > [1] 145–150
- Wahlkreis-Absprachen > [1] 100, 103, 138–141, 156, 265, 268, 271–274, 278, 280–281, 284–286, 292–296 • [3] 3638, 3641
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 265–284
- Wahlkreissitze > [1] 183–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- Wahlprogramme/Gesetzgebung > [2] 2381

- Wahlrechtskommissionen > [1] 52, 54–55
- Zahl der kandidierenden Parteien > [1] 78 • [3] 3680–3681
- Zulassung > [3] 3068–3069, 3635
- Zweiparteiensystem > [1] 52

Parteien: Deutsche Demokratische Republik (siehe auch unter den einzelnen Parteien)

- Abkürzungen > [3] 3885–3886 (vgl. auch unter der Abkürzung im vorliegenden Sachregister)
- Blockparteien > [1] 108, 126 • [3] 3715, 3736, 3743, 3763–3764, 3766–3769, 3885–3886
- Demokratischer Block > [3] 3763, 3766–3767, 3769
- Fraktionen / Volkskammer > [3] 3715, 3815, 3902–3911
- Fraktionsstärken / Volkskammer > [3] 3907–3911
- Fraktionsvorstände / Volkskammer > [3] 3902–3907
- Gründung neuer Parteien > [2] 1506 • [3] 3734, 3741, 3750, 3762, 3771, 3777, 3782–3783, 3785–3786, 3788, 3792, 3798, 3885–3886
- Hochburgen > [3] 3889
- kandidierende Parteien und politische Vereinigungen > [3] 3885–3886
- Kontakte zu West-Parteien > [1] 90–91, 101, 108, 114–115 • [2] 1512, 1528, 1544, 1560 • [3] 3770, 3782, 3785, 3791–3793, 3796, 3798, 3801, 3811, 3834, 3841, 3848, 3858, 3862, 3885
- Mandatszahl / Volkskammer > [3] 3907–3911
- Parteiengesetz > [3] 3796, 3800, 3830, 3854
- Parteigeschichte > einzelne Parteien
- Parteivermögen > [1] 1329 • [3] 3830, 3832
- Teilnahme an Volkskammerwahl 1990 > [3] 3885–3886
- Vereinigungen mit West-Parteien > [1] 86, 90, 108, 114–116, 131, 335, 345 • [2] 1544, 1550, 1560–1561 • [3] 3668–3669, 3834, 3841, 3848, 3860, 3872, 3879, 3882
- Vorsitzende > einzelne Parteien
- Wahlbündnisse > [1] 85–87, 94, 101, 114–115, 117, 124, 134 • [3] 3776–3777, 3791–3798, 3803, 3807, 3858, 3862, 3868, 3885–3886 (siehe auch unter Allianz für Deutschland und unter den einzelnen Parteien)
- Wahlergebnisse > [2] 1527 • [3] 3810, 3824, 3887–3889

Parteien: Europäische Union > [3] 3588

Parteienfinanzierung > [1] 314–321

- Ausgaben der Parteien > [1] 323, 362–377
- Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen > [1] 314–315, 317–318 • [2] 2482 • [3] 3027, 3043, 3071, 3073–3074, 3647, 3672
- Einnahmen der Parteien > [1] 322–361
- Entwicklung der Rechtslage > [1] 314–319 • [3] 2974, 3026–3027, 3030, 3034, 3037, 3648, 3653, 3660, 3673, N 15.1
- Erstattungsbeträge > [1] 319–320, 325 • [3] N 15.1
- Erstattungsbeträge für Wahlkampfkosten > [1] 314–317, 321 • [2] 2860, 2870 • [3] 3026, 3030, 3034, 3037
- Neuordnung > [1] 315, 318–319, 322

noch: Parteienfinanzierung

- Rechenschaftsberichte der Parteien > [1] 316, 322–377 • [3] 2974, 3025–3026, 3034
- Sachverständigen-Kommission > [1] 315, 317–319 • [3] 3658, 3660, 3672

Parteiengesetz > [1] 314–319, 322 • [2] 2335, 2349 • [3] 3025–3027, 3030, 3032, 3034, 3037, 3043, 3648, 3650, 3653, 3660, 3673, N 15.1 (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)

„Parteien-Handbuch“ > [1] 79

Parteilose Wählergemeinschaft „parteilos“ (PWGp)
> [1] 69

Parteilose Wahlkreisbewerber im Bundestag > [1] 164, 284–286

Parteispenden-Affäre > [1] 315–317 • [2] 2194–2195, 2214–2215, 2240–2241 • [3] 3081–3082, 3660–3661

Parteitagsbeschlüsse

- Gesetzgebung > [2] 2381

Parteiverbote > [1] 97, 109, 118, 130, 380, 402, 404, 913, 970, 988, 1011 • [2] 2467 • [3] 3066–3067, 3069–3070, 3637, 3640, 3682–3683

Parteivorsitz > [1] 79–137

- Fraktionsvorsitz > [1] 983–989 • [3] N 5.8
- Fraktionsvorsitz / Kanzlerkandidatur > [1] 1117–1121 • [3] N 6.5
- Zugehörigkeit zum Bundeskabinett > [1] 1160–1162

Parteizugehörigkeit > Fraktionszugehörigkeit

PARTHES > [3] 3450–3451

PASS > Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)

Passives Wahlrecht (Bundestag) > [1] 29, 33–34, 38–40, 44, 68, 556, 560 • [2] 2336, 2348, 2864, 2866, 2971 • [3] 3001, 3005, 3027, 3043, 3566

- Unvereinbarkeiten mit Bundestagsmandat > Inkompatibilitäten

PATRIOTEN > Patrioten für Deutschland (PATRIOTEN)

Patrioten für Deutschland (PATRIOTEN)

- Parteigeschichte > [1] 88, 105, 128
- Parteivorsitzende > [1] 128
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 356, 375
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74–75, 128
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3676
- Wahlergebnisse > [1] 128, 158, 170–171 • [3] 3576

Patt-Situation > [1] 933, 1129, 1230 • [3] 3652

Paulskirchen-Bewegung > [1] 112

PBC > Partei Bibeltreuer Christen (PBC)

PdgD > Partei der guten Deutschen (PdgD)

PDS > Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

PDS/LL > Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL)

Perestroika > [1] 98, 126

Personalaufwandsschätzung zu Gesetzentwürfen > [2] 2543

Personalausgaben des Bundestages > [3] 3266–3269

Personalisierte Verhältniswahl > [1] 48–51

Personenwahl > [1] 41, 48, 50

Petersberger Abkommen > [1] 1189 • [2] 2481 • [3] 3066, 3635

Petitionen > [3] 3123–3156

- Anlaß zur Gesetzgebung > [2] 2383
- Aufgliederung nach Art der Erledigung > [3] 3135–3137
- Aufgliederung nach Herkunftsländern > [3] 3148–3151
- Aufgliederung nach Petenten > [3] 3134
- Aufgliederung nach Sachgebieten > [3] 3138–3139
- Aufgliederung nach Zuständigkeit (Ressorts) > [3] 3140–3141
- Ausschuß > Petitionsausschuß
- Grundsätze über die Behandlung der Petitionen > [2] 2872–2873, 2878, 2941 • [3] 3128–3129
- Masseneingaben > [2] 2878, 2922 • [3] 3129–3130, 3142–3148, 3706–3707
- Petitionsrecht > [3] 3052, 3056–3059, 3124, 3128, 3131
- Petitionsverfahren > [3] 3132–3133
- Reform des Petitionswesens: Chronik > [3] 3124–3130
- Reform des Petitionswesens: Plenardebatten > [2] 2908, 2913, 2915, 2922, 2938, 2930, 2933
- Sammelpetitionen > [3] 3134
- Statistik > [3] 3133–3151, 3706–3709, 3711–3712, N 17.3
- Zentralstelle für Petitionen und Eingaben > [2] 2863
- Zuständigkeit des Bundestages > [3] 3131–3132, 3140

Petitionsausschuß des Bundestages > [2] 2093, 2095, 2244

- Berichte > [2] 2871 • [3] 3096, 3119, 3124, 3128, 3152
- Befugnisgesetz, Befugnisse > [1] 388 • [2] 2867 • [3] 2973, 3005, 3028, 3030–3031, 3039, 3051, 3125–3130, 3132, 3158, 3654
- Beratung der Berichte > [2] 2780 • [3] 3152–3156
- Bürgerbeauftragte > [3] 3051, 3130
- DDR-Themen > [2] 1537
- Geschäftsordnung > [2] 2778, 2780, 2871 • [3] 3096, 3124–3125, 3127–3129, 3132, 3152
- Grundgesetz > [2] 2034, 2348, 2867 • [3] 2973, 2978, 2993–2994, 3005, 3052, 3056–3059, 3124–3128, 3130–3133, 3654
- Jahresberichte > [2] 2871 • [3] 3119, 3128, 3149, 3152–3156, 3474–3478
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106

- öffentliche Anhörungen > [2] 2124 • [3] 3124
- Ombudsman > [2] 2941 • [3] 3125–3126
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [2] 2117
- Reform: Chronik > [3] 3124–3130
- Sammelübersichten > [3] 3096, 3128, 3152
- Verfahrensgrundsätze > [2] 2872–2873, 2878 • [3] 3128–3129, 3132, 3665
- Verbandsfärbung > [2] 2110, 2113
- Verzeichnis > [2] 2035, 2041, 2046, 2049, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078 • [3] N 9.2
- Zahl der Sitzungen > [2] 2024
- Zusammensetzung > [2] 2114

Pfarrer (evangelisch)

- Mitglieder des Bundestages > [1] 680–686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712

PKK > Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) [Nachrichtendienste]

Planspiele zu Gesetzentwürfen > [2] 2540

Planungsgesetze > [2] 2378, 2943

Platow-Ausschuß > [2] 2189 • [3] 3636

Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie > [3] 3577

Plenarprotokolle des Bundestages

- Seitenzahl > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, N 8.3
- Verfügbarkeit in öffentlichen Bibliotheken > [2] 2868 • [3] 3506–3508

Plenarreden > Reden im Bundestag

Plenarsaal im Bundeshaus Bonn

- Abstimmungsanlage > [1] 887 • [2] 1727, 1729–1730, 2848, 2860, 2864, 2907, 2912–2913 • [3] 3321
- Ausweich-Plenarsaal Wasserwerk > [2] 1546, 1565, 1632–1633, 1635, 2877, 2882, 2918 • [3] 3308–3309, 3312–3314, 3326–3327, 3330, 3663
- Mikrofonanlage > [3] 3330–3332
- Gedenksitzungen > [2] 2010–2018
- Plenarsitzungen > Plenarsitzungen des Bundestages
- Saalmikrofone > [2] 2853, 2896
- Sitzordnung > [2] 1634–1637, 2877 • [3] 3307–3309, 3316–3317, 3319–3321
- Tagungsstätte der Plenarsitzungen > [2] 1546, 1632–1633 • [3] 3284, 3314, 3327, 3330–3332, 3663
- Umbau/Neubau(-Pläne) > [2] 1632–1633, 2852, 2877, 2882 • [3] 3272, 3275–3281, 3283–3332, 3664

Plenarsaal im Reichstagsgebäude Berlin

- Neubau/Umbau > [3] 3347–3350, 3358, 3360, 3368–3369, 3385, N 21.6
- Sitzordnung > [3] 3358, 3360–3361, 3368
- Tagungsstätte der Plenarsitzungen > [2] 1500–1501, 1564–1565, 1612, 1632–1633 • [3] 3352, 3355, N 21.6

Plenarsitzungen

- Deutscher Bundestag > Plenarsitzungen des Bundestages
- Europäisches Parlament > [3] 3551, 3557, 3562
- Volkskammer der DDR > Volkskammer der DDR

Plenarsitzungen des Bundestages > [2] 1630–2018 (vgl. auch Kap. 34: Plenarsitzungsregister)

- Aktuelle Stunden > Aktuelle Stunden im Bundestag
- Aufhebung der Sitzung wegen Beschlußfähigkeit > [1] 1258–1259, 1265 • [2] 1976–1987 • [3] 3115, 3690–3691, 3696–3697, 3706, 3709–3710
- Aufhebung der Sitzung wegen störender Unruhe > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- ausländische Gäste als Redner > [2] 1671–1672
- Ausschluß der Öffentlichkeit > [1] 387 • [2] 1638–1639, 1733 • [3] 3692–3693, N 8.3
- Ausschluß von Abgeordneten > [2] 1988–1992, 2892 • [3] 3095, 3635, 3661, 3692–3693, 3706, N 8.20
- Befragungen der Bundesregierung > Regierungsbefragung/Kabinettsberichterstattung
- Beifall > [2] 2889
- Beratungen von Gesetzentwürfen > [2] 1715, 2778–2779, 2862, 2871 • [3] 3010, 3065, 3100, 3105, 3118
- Berlin-Sitzungen > [2] 1499–1501, 1564, 1632–1633, 2916 • [3] 3349–3350, 3641–3642, 3646, 3669–3670, 3696–3697, N 7.3, N 21.8, N 26
- Beschlußfähigkeit > [1] 1258–1259, 1265 • [2] 1976–1987, 2884, 2893 • [3] 3115, 3690–3691, 3706, 3709–3710
- Daten der Sitzungen > [2] 1643–1660
- Dauer der Sitzungen > [2] 1637–1642 • [3] 3688–3689, 3706, 3708–3709, 3712, N 8.3
- DDR-Themen > [1] 1189–1191, 1193, 1198–1199, 1204–1205 • [2] 1502–1503, 1505–1512, 1515–1517, 1519, 1521–1522, 1524–1526, 1528–1529, 1531–1533, 1535, 1538–1540, 1542–1543, 1549, 1551, 1554–1556, 1559–1560, 1564–1565, 2708, 2710–2712, 2718, 2722, 2724, 2726–2728
- Debattendauer > [2] 1683–1684
- Debattendauer-Regelungen > [2] 1723–1726, 2786–2804
- Direktübertragungen durch Hörfunk/Fernsehen > [2] 2922, 2927, 2933–2934 • [3] 3463, 3482–3487, 3495–3500
- Einberufung > [1] 387 • [2] 1660–1669, 1734, 2777 • [3] 3052, 3056–3059, 3094, 3101, 3115, N 8.5
- erste Sitzung der Wahlperiode > konstituierende Sitzungen
- Fragestunden > Fragestunde des Bundestages
- Gebrauch der Zwischenfrage > [2] 1685–1693
- Gedenksitzungen > [2] 2010–2018
- Gesetzesberatungen > [2] 1715, 2778–2779, 2862, 2871 • [3] 3010, 3065, 3100, 3105, 3118
- Haushaltsberatungen > [1] 1171 • [2] 1715, 1717, 2786–2804, 2902–2920 • [3] 3690–3691

Hinweis

In das vorliegende Sachregister sind die Abkürzungen von Parteien, Fraktionen, Gremien usw. eingearbeitet.

noch: **Plenarsitzungen des Bundestages**

- häufigste Redner > [2] 1673–1680
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1741–1742, 1756–1757, 1759, 1975, 2760–2761, 2872, 2894 • [3] 3052, 3056–3059, 3116, 3696–3697, 3704–3705, 3710–3711
- Inhalte > Inhalte der Plenarsitzungen des Bundestages
- konstituierende Sitzungen > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3052, 3056–3059, 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26
- Kurzinterventionen > [2] 1725, 2875, 2879–2881, 2884, 2900 • [3] 3107
- leere Bänke > [2] 2907, 2912–2914, 2922–2926, 2928–2930, 2933 (siehe auch unter *Beschlußunfähigkeit*)
- letzte Sitzung der Wahlperiode > [1] 301–302, 1241 • [3] 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3669, 3674, N 26
- Ordnungsmaßnahmen > [2] 1988–1992 • [3] 3962–3963, N 8.20
- plenarsitzungsfreie Wochen > [2] 2006–2009
- plenarsitzungsfreie Zeit zwischen Wahlperioden > [1] 301–302 • [3] 3692–3693, 3709–3710
- politische Aussprachen > [2] 1716–1717
- Redeordnung > [2] 2776, 2870, 2880 • [3] 3099, 3115–3116
- Rederecht > [1] 387 • [2] 1670–1672, 1711–1713, 1723, 2777, 2779–2781, 2857, 2898, 2923–2925, 2928, 2933, 2936 • [3] 3072–3073, 3079, 3086, 3098, 3116, 3119, 3168, 3646
- Redner > [1] 1172–1220 • [2] 1672–1713, 2010–2014, 2017–2018, 2763, 2780, 2857, 2898 • [3] 3098, 3119, 3168, 3646, 3649, 3658–3659
- Rednerlisten > Rednerliste bei Aussprachen
- Regelungen zur Debattendauer > [2] 1723–1726, 2786–2804
- Regierungserklärungen > Regierungserklärungen im Bundestag
- Seitenzahl der Stenographischen Berichte > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, N 8.3
- Sitzordnung > [2] 1634–1637
- Sitzungen während der Sommerpause > [2] 1670
- Sitzungsdauer > [2] 1637–1642 • [3] 3688–3689, 3706, 3708–3709, 3712, N 8.3
- Sitzungswochen > [2] 1643–1660, 2006–2009
- Sitzungszeit insgesamt > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, 3708–3709, 3712, N 8.3
- Sondersitzungen > [1] 387 • [2] 1660–1670, 2929 • [3] 3645, 3649, 3661, 3670, 3674, 3688–3689, 3712, N 8.5
- Statistik > [2] 1637–1642, 1994–1995 • [3] 3688–3689, 3706–3710, 3712, N 8.3, N 8.21
- Stenographische Berichte (Seitenzahl) > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, N 8.3
- Tag der deutschen Einheit > [2] 1502, 2010–2015
- Tagesordnung > Tagesordnung (Bundestag)

- Tagungsstätte > [2] 1499–1501, 1546, 1564, 1632–1633 • [3] 3314, 3327–3332
- Übertragungen durch Hörfunk/Fernsehen > [2] 2858 • [3] 3463–3464, 3482–3488, 3494
- Unterbrechung der Sitzung wegen störender Unruhe > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3095, 3692–3693, N 8.20
- Untersuchungen zur Rhetorik (Bibliographie) > [2] 1996–2005
- vereinbarte Debatten > [2] 1716–1721
- Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten > [2] 1693–1710
- Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern > [2] 1711–1713, 2891 • [3] 3690–3691
- Zahl > [2] 1637–1640, 1994–1995 • [3] 3688–3689, 3706–3707, 3710, 3712
- Zahl der Reden > [2] 1673 • [3] 3688–3689
- Zeitplan (Arbeitsrhythmus) > [2] 2006–2009
- Zwischenfragen > [2] 1685–1692, 2853, 2875, 2926 • [3] 3097, 3105, 3115, 3638
- Zwischenrufe > [2] 2889

Polen

- Anerkennung der Westgrenze > [2] 1506, 1514–1515, 1523, 1525, 1533, 1542–1544, 1546–1547, 1555–1557, 1570 • [3] 3668, 3785, 3799, 3817, 3839–3840, 3850
- Deutsch-polnische Parlamentariergruppe > [3] 3610

Politbüro des ZK der SED > Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)

Politische Aussprachen im Bundestagsplenum > [2] 1716–1717 • [2] 2880

Politische Erfahrungen der Mitglieder des Bundestages > [1] 629–631

- Europäisches Parlament > [1] 469, 631
- Kommunalparlament > [1] 631
- Landtag > [1] 459–468, 630
- Reichstag > [1] 609–614, 630 • [3] 3684–3685
- Volkskammer der DDR > [1] 631 • [2] 1575–1591 • [3] 3684–3685

Politische Familientraditionen > [1] 632–633

Politische Generationen > [1] 592–604

Politische Karrieren > [1] 421–433, 734–825

Politische Sozialisation > [1] 592–604

Politische Willensbildung

- Einzelfallstudien (Bibliographie) > [2] 2512–2537
- Finanz- und Währungsfragen > [1] 529–530
- Haushaltspolitik > [1] 537–538
- Parlamentsfunktion > [2] 2841, 2844–2846, 2848
- Verteidigungspolitik > [1] 530–531

Portugal

- Abgeordnetenzahl / Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-portugiesische Parlamentariergruppe > [3] 3610
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3559, 3584
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 2597

- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3584–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlsystem > [3] 3566

Postausschuß des Bundestages

- DDR-Themen > [2] 1512, 1539
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- Öffentliche Anhörungen > [2] 2126–2129, 2132, 2135–2136, 2154, 2162, 2165–2166, 2176 • [3] 3478
- Verzeichnis > [2] 2039, 2044, 2048, 2052, 2055, 2057, 2061, 2064, 2067, 2069, 2073, 2077, 2080 • [3] N 9.2
- Zahl der Sitzungen > [2] 2030, 2032
- Zusammensetzung > [2] 2110, 2114

Postminister in der Bundesregierung > [1] 842, 1090–1092, 1147, 1149, 1213, 1215–1218, 1220 • [3] 3652, 3658, 3665, 3672, N 6.12, N 26

Postneuordnung > [2] 2352–2353, 2373 • [3] 2976, 2981

Präsenz des Bundestages in Berlin > [2] 1476, 1499–1501, 1564, 1632–1633, 2916 • [3] 3349–3350, 3641–3642, 3646, 3669–3670, 3696–3697, N 7.3, N 26

Präsident

- Bundesrat > Bundesratspräsident
- Bundesrechnungshof > Bundesrechnungshofpräsident
- Bundestag > Bundestagspräsident
- Bundesverfassungsgericht > [2] 2494
- Bundesversammlung > [3] 3186–3189
- Europäisches Parlament > [3] 3553, 3557–3560, 3563–3564
- Volkskammer der DDR > [3] 3889–3891

Präsidentenanklage (Bundespräsident) > [1] 387 • [2] 1733–1734, 2467 • [3] 3191, 3194

Präsidium

- Bundestag > Präsidium des Bundestages
- Europäisches Parlament > [3] 3590
- Nordatlantische Versammlung > [3] 3604
- Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE > [3] 3605
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [3] 3546
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) > [3] 3548
- Volkskammer der DDR > [3] 3889, 3891
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Präsidium des Bundestages > [1] 879–881

- Berlin-Sitzungen > [2] 1498, 1500, 1533 • [3] 3396–3397, 3823, N 7.3
- Besetzung durch Fraktionen > [1] 827–832, 879–881 • [2] 2780, 2883 • [3] 3106
- Mitgliederzahl > [1] 552–553, 870–871, 879–881 • [2] 2780, 2883 • [3] 3106, 3674, 3692–3693
- Funktionen > [1] 879
- ostdeutsche Mitglieder > [2] 1596
- Präsident > Bundestagspräsident
- Vizepräsidenten > Vizepräsidenten des Bundestages
- weibliche Mitglieder > [1] 648–656

- Zahl der Sitzungen > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Zusammensetzung > [1] 879–881 • [2] 2780, 2883 • [3] 3106, 3635–3636, 3638, 3642–3644, 3646–3650, 3653, 3655–3657, 3660–3661, 3663, 3665, 3670, 3674, 3676, N 4.1, N 4.2, N 26

Praxistests von Gesetzentwürfen > [2] 2540

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung > [1] 1062–1067, 1434–1438 • [2] 1611, 2647–2650, 2868 • [3] 3452, N 6.3

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages > [3] 3463–3471

- Besucherdienst > [3] 3463–3466, 3468–3469
- Bildschirmtext > [2] 2870
- Chronik > [2] 2849, 2863 • [3] 3463–3468
- Internet > [3] 3467–3468
- Neukonzeption der Öffentlichkeitsarbeit > [3] 3466–3467
- Parlamentsbesucher: Statistik > [3] 3468–3470
- Parlamentskorrespondenzen > [2] 2863 • [3] 3464, 3471–3472, 3651
- Plenardebatten zum Ausbau > [2] 2905, 2907, 2912–2916, 2930, 2933
- Statistik > [3] 3468–3471
- Veröffentlichungen von Pressezentrum und Öffentlichkeitsarbeit > [3] 3464–3465, 3468, 3472–3481
- Videotext-Dienst > [3] 3465–3466

Pressedokumentation des Bundestages > [2] 2849, 2869 • [3] 3406, 3428, 3430–3431, 3433–3434, 3459, 3465

Pressezentrum des Bundestages > [2] 2849, 2863 • [3] 3404, 3406, 3464–3465

Pro DM > Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei (Pro DM)

Professoren

- Mitglieder des Bundestages > [1] 391, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 715–717 • [3] 3032, 3036, 3202
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 438 • [2] 2876

Prognose

- Wirkungsanalyse von Gesetzen > [2] 2542

Programmbeirat der Deutschen Bundespost > [2] 2312

Programmgesetze > [2] 2378

Proportionalverfahren (nach *Sainte-Laguë/Schepers*)

- Berechnungsverfahren > [2] 2085
- Sitzzuteilung in Bundestagsgremien > [2] 2081–2084, 2086–2087, 2090–2091, 2864, 2872

Protestanten

- Mitglieder des Bundestages > [1] 644, 665–667 • [3] N 3.13
- Pfarrer als Mitglieder des Bundestages > [1] 680–686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712
- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 232–238

Prüfungsrecht des Bundespräsidenten > [2] 2453–2455

PSG > Partei für Soziale Gleichheit (PSG)

Publikationen des Bundestages

- Pressezentrum/Öffentlichkeitsarbeit > [2] 2863 • [3] 3464–3465, 3468, 3472–3481, 3651
- Wissenschaftliche Dienste > [3] 3436–3449

Publizität der Verhandlungen des Bundestages > [2] 1637–1642, 1993–1996 • [3] 3094, 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21

„**Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien**“ > [3] 3627

Quickborner Team > [3] 3296

Quoren bei Abstimmungen im Bundestag > [2] 1730–1734

Quotenregelungen für weibliche Fraktionsvorstandsmitglieder > [1] 967, 972

Radikal-Ökologen > [1] 115

Radikale Europäische Allianz

- Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3586–3587

Radikalsoziale Freiheitspartei (RSF)

- Parteigeschichte > [1] 110, 128
- Parteivorsitzende > [1] 128
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 128
- Wahlergebnisse > [1] 128, 162, 164, 179, 295

Radio Bremen

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3490

Rahmengesetzgebung des Bundes > [2] 2319, 2321, 2323–2332, 2378, 2859 • [3] 2976, 2980, 3011, 3017, 3052, 3060–3063

Rahmenplanung Bund/Länder > [3] 3012

Rangmaßzahlverfahren (nach Schepers) > [2] 2081–2083, 2089–2090, 2864, 2872

Rat der Ministerpräsidenten > [1] 626

Ratifizierungsgesetze > [2] 2358, 2375, 2411–2412, 2764–2765

Raumbedarf des Bundestages > [2] 2909–2910, 2930 • [3] 3270–3271

Raumkommission des Bundestages > [1] 885–887, 889–892

Raumordnungsbericht der Bundesregierung > [1] 1346

Realpolitiker („Realos“) > [1] 115

Rechenschaftsberichte der Parteien > [1] 316, 322–377 • [3] 2974, 3025–3026, 3034

- Auszüge: Ausgaben > [1] 362–377
- Auszüge: Einnahmen > [1] 330–361
- Fundstellenverzeichnis > [1] 326

Rechnungshof > Bundesrechnungshof

Rechnungsjahr-Beginn > [2] 2787–2802

Rechnungslegung > [2] 2339, 2806 • [3] 2982

Rechnungsprüfung > [2] 2339, 2346, 2806–2809 • [3] 2970, 2982

Rechnungsprüfungsausschuß des Bundestages > [2] 2034, 2036, 2043, 2047, 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2807–2809, 2853

Recht und Freiheit Partei (RFP) > [1] 72, 128, 168

„**Recht und Organisation der Parlamente**“ > [3] 3629

Rechts- und Amtshilfe > [3] 2978

Rechts-Links-Schema

- Sitzordnung im Parlament > [2] 1634

Rechtsanwälte und Notare

- Mitglieder der Bundestagsausschüsse > [2] 2113–2115
- Mitglieder des Bundestages > [1] 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713

Rechtsausschuß des Bundestages > [2] 2095, 2243–2245, 2248, 2250, 2252 • [3] 3015, 3050

- DDR-Themen > [2] 1521, 1555, 1557 • [3] 3835
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- Öffentliche Anhörungen > [2] 2122, 2124–2130, 2132, 2134–2135, 2138, 2142, 2149–2150, 2158–2163, 2165, 2167, 2169–2171, 2176–2177 • [3] 3473, 3475
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [2] 2118
- Verbandsfärbung > [2] 2110
- Verzeichnis > [2] 2038, 2043, 2047, 2050, 2052, 2054, 2056, 2059, 2063, 2065, 2069, 2071, 2075, 2079 • [3] N 9.2
- Zahl der Sitzungen > [2] 2026
- Zusammensetzung > [2] 2113–2114

Rechtsetzungsbefugnisse der Exekutive > [3] 3010

Rechtsetzungsfunktion des Parlaments > [2] 2839

Rechtsnachfolge in das Reichsvermögen > [2] 2340

Rechtsprechung > [3] 2961, 2963

Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes > [2] 2374

Rechtsstellung fraktionsloser Mitglieder des Bundestages > [2] 1680, 2473–2474, 2486, 2879, 2881, 2933 • [3] 3085–3086, 3105, 3665

Rechtsstellungsgesetze (vgl. auch Kap. 33: *Gesetzesregister*)

- Angehörige des öffentlichen Dienstes/Abgeordnete > [3] 3021
- Fraktionen > [1] 391 • [2] 2883 • [3] 3030, 3043, 3046, 3243
- Mitglieder der Volkskammer > Abgeordnetengesetz
- Mitglieder des Bundestages > Abgeordnetengesetz
- Mitglieder des Europäischen Parlaments > Abgeordnetengesetz

- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1109 • [2] 2866 • [3] 3026, 3030, 3047, 3648, N 1.1
- Wehrbeauftragter > [1] 436 • [2] 2302, 2343, 2854, 2873, 2880 • [3] 3023, 3033, 3038, 3157–3159, 3166, 3641, 3658

Rechtsverhältnisse ehemaliger Angehöriger des öffentlichen Dienstes > [2] 2340

Rechtsverordnungen > [3] 2980, 3010, 3018, 3024, 3064–3065

- Aufhebungsverordnungen > [2] 2592
- Einwilligungsverordnungen > [2] 2592
- Genehmigungsverordnungen > [2] 2592
- Gesetzesvorbehalt bei Erlass > [2] 2355, 2358, 2376
- Mitwirkungsvorbehalt des Bundestages > [2] 2592–2595 • [3] 3031–3032, 3097
- Zahl > [2] 2388–2389
- Zollvorlagen > [2] 2853 • [3] 3097

Rededauer, Redezeit > Reden im Bundestag

Reden im Bundestag

- Plenardebatten zur Redeordnung > [2] 2912, 2915–2917, 2922–2927, 2929–2931
- Rededauer > [2] 1723–1726, 2780–2781, 2861, 2869–2870, 2875, 2880 • [3] 3095, 3099, 3103, 3116
- Rededauer bei Regierungserklärungen und Aussprache > [2] 1683–1684
- Redeordnung > [2] 2776, 2870, 2880 • [3] 3099, 3115–3116
- Rederecht > Rederecht im Bundestag
- Redezeit > [2] 1723–1726, 1988
- Redezeitbegrenzungen und -vereinbarungen > [2] 1723–1726, 2469, 2786–2804, 2865 • [3] 3072–3073
- Statistik > [2] 1673 • [3] 3688–3689

Redeordnung > Reden im Bundestag

Rederecht im Bundestag > [2] 1670–1671

- ausländische Gäste > [2] 1672
- Fraktion > [2] 2780–2781 • [3] 3116
- Mitglieder der Bundesregierung > [2] 1670–1671, 1723 • [3] 3072
- Mitglieder des Bundesrates > [2] 1670–1671, 1711–1713
- Mitglieder des Bundestages > [1] 387 • [2] 1670–1671, 2777, 2779, 2933, 2936 • [3] 3072–3073, 3079, 3086
- Plenardebatten zum Rederecht > [2] 2923–2925, 2928
- sonstige Personen > [2] 1671
- Wehrbeauftragter > [2] 1671, 2780, 2857, 2898 • [3] 3098, 3119, 3168, 3646

Redezeitbegrenzungen und -vereinbarungen > Reden im Bundestag

Redner im Bundestag[splenium] > [2] 1672–1693, 2889

- Abgabe der Regierungserklärung > [1] 1189–1220 • [2] 1682
- ausländische Gäste > [2] 1672 • [3] 3649, 3658–3659
- Bundeskanzler > [1] 1189–1220 • [2] 1682
- Bundesminister > [1] 1189–1220 • [2] 1682

- Bundesratsmitglieder > [2] 1711–1713
- Bundestagspräsidenten > [2] 1693–1710
- fraktionslose Abgeordnete > [2] 1679–1680
- führende Abgeordnete > [2] 1679–1681
- Gedenksitzungen > [2] 2010–2014, 2017–2018
- häufigste Redner > [2] 1673–1680
- Hinterbänkler > [2] 1681
- Ministerpräsidenten > [2] 1711–1713
- oppositionelle Abgeordnete > [1] 1172–1188 • [2] 1681, 2763
- Personenkreis > [2] 1670–1672
- Statistik > [2] 1673
- Wehrbeauftragter > [2] 1671, 2780, 2857, 2898 • [3] 3098, 3119, 3168, 3646

Rednerliste bei Aussprachen im Bundestag

- zu den Berichten des Petitionsausschusses > [3] 3153–3156
- zu den Berichten des Wehrbeauftragten > [3] 3169–3178
- zum Bundestagshaushalt > [2] 2902–2920
- zur Regierungserklärung > [1] 1174–1188
- zum Selbstverständnis des Bundestages > [2] 2922–2934

Reform des Petitionswesens: Chronik > [3] 3124–3130

Reformen und Funktionen des Bundestages > [2] 2834–2947

Reformkommission zur Größe des Bundestages > [1] 383–384 • [2] 2885 • [3] 3676

Regelungen zur Debattendauer im Bundestag > [2] 1723–1726, 2786–2804

- Haushaltsberatungen > [2] 2786–2804

Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament > [3] 3583–3585, 3591

Regierende Bürgermeister von Berlin > [1] 857, 860, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460

Regierungen

- Bund/Länder > [1] 1439–1462 • [3] N 6.21
- Bundesländer > Landesregierungen
- Bundesrepublik Deutschland > Bundesregierung
- Deutsche Demokratische Republik > Ministerrat der DDR

Regierungsbefragung/Kabinettsberichterstattung > [2] 2742–2757, 2881 (vgl. zuvor *Kabinetts-Informationen*)

- DDR-Themen > [2] 1507, 1514, 1517, 1521, 1526, 1528, 1531, 1539
- Einführung/Erprobungsphase > [2] 2742, 2745–2746, 2866, 2875, 2877, 2900, 2927 • [3] 3653, 3662, 3665
- Geschäftsordnung > [2] 2744, 2746, 2778, 2877, 2881 • [3] 3106
- Kabinetts-Informationen > Kabinetts-Informationen
- Reformdebatte > [2] 2744–2745, 2912, 2922, 2924, 2927–2928, 2930–2932
- Statistik > [2] 1717, 2756 • [3] 3690–3691

noch: **Regierungsbefragung/Kabinettsberichterstattung**

- Verfahren > [2] 2742–2746, 2877
- Verzeichnis > [2] 2743, 2745–2756

Regierungsbeteiligung der Bundestagsfraktionen > [1] 1135 • [3] 3696–3697

Regierungsbildung

- Bundesregierung > Regierungsbildung (Bundesregierung)
- Ministerrat der DDR > [2] 1528 • [3] 3758, 3760, 3810–3811, 3815–3818, 3915–3916

Regierungsbildung (Bundesregierung) > [1] 1141–1146

- Anteil der Juristen > [1] 1154
- Chroniken (Bibliographie) > [1] 1145–1146
- Dauer > [1] 1141–1142 • [3] 3696, 3708–3709, 3711
- Mandatsanteil/Anteil der Kabinettsmitglieder > [1] 1143–1145
- soziale Zusammensetzung der Bundeskabinette (Bibliographie) > [1] 1162–1165
- Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden zum Bundeskabinett > [1] 1160–1162

Regierungserklärungen

- Bundestag > Regierungserklärungen im Bundestag
- Volkskammer der DDR > [2] 1508 • [3] 3759–3760, 3778–3779, 3781, 3789, 3799–3800, 3806, 3819–3820, 3822, 3846

Regierungserklärungen im Bundestag > [1] 1170–1211

- Abgabe durch > [1] 1189–1220 • [2] 1682 • [3] N 6.11
- Anlässe zur Gesetzgebung > [2] 2382
- Antrittserklärungen (Regierungsprogramm) > [1] 1141–1142, 1170–1193, 1195, 1197–1199, 1202, 1205, 1207, 1210 • [2] 1683–1684
- Aussprache über > [1] 1171–1188 • [2] 1638–1639, 1683–1684, 1716–1717, 2763 • [3] 3690–3691
- Daten > [1] 1141–1142, 1171–1220 • [3] N 6.11
- Dauer einschließlich Aussprache > [1] 1171–1188 • [2] 1638, 1683–1684
- DDR-Themen > [1] 1189–1191, 1193–1204 • [2] 1490–1491, 1506, 1508, 1519, 1522, 1533, 1535, 1543, 1551, 1559, 1564
- Funktion > [1] 1170–1171
- Gesetzgebung > [2] 2382
- Lage der Nation > [1] 1171, 1193–1204, 1233, 1236, 1316 • [2] 1491, 1494, 1496, 1503, 1506
- Rednerliste bei Aussprache > [1] 1174–1188
- Regierungsprogramm > [1] 1141–1142, 1170–1193, 1195, 1197–1199, 1202, 1205, 1207, 1210 • [2] 1638–1639, 1682–1684
- Statistik > [1] 1172–1173, 1210–1211 • [2] 1638–1639, 1682–1684, 1717, 2763 • [3] 3688–3691, 3707, 3711
- Themen > [1] 52–53, 1189–1211 • [2] 1490–1491, 1506, 1508, 1519, 1522, 1533, 1535, 1543, 1551, 1559, 1564 • [3] 3797, N 6.11
- Untersuchungen zur Rhetorik (Bibliographie) > [2] 1996–2005
- Wortmeldungen bei Aussprache > [1] 1172–1188 • [2] 1683–1684, 2763

Regierungskoalitionen > Koalitionen

Regierungsmannschaft der Opposition > [2] 2771–2773

Regierungsmitglieder (Bundesregierung)

- Anteil der Juristen > [1] 1154
- Beteiligung an Plenardebatten > [2] 1680–1681
- Dienstalter > [1] 1155–1157
- Entlassungen > Rücktritte, Entlassungen
- Entlassungsanträge gegen > [1] 1247–1254 • [2] 1739, 1743, 1754–1755, 1757, 1780, 2663, 2760–2761, 2893 • [3] 3698–3699, 3704–3705, 3711
- Gesamtzahl seit 1949 > [1] 1150–1153 • [3] 3696–3697
- häufigste Redner im Bundestagsplenium > [2] 1673–1679
- Herbeirufung durch Bundestag > [1] 387, 1255–1265 • [2] 1741–1742, 1756–1757, 1759, 1975, 2760–2761, 2872, 2894 • [3] 3052, 3056–3059, 3116, 3696–3697, 3704–3705, 3710–3711
- jüngste Mitglieder > [1] 842–843
- Ministerpräsident > [1] 856–860 • [3] N 3.25
- Mißbilligungsanträge gegen > [1] 1247–1254 • [2] 1738, 1745, 1750, 2760–2761, 2894 • [3] 3698–3699, 3704–3706
- Mitglieder des Bundestages > [1] 434–435, 647, 680–686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 1147
- Namensliste > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- ohne Bundestagsmandat > [1] 1147–1149 • [3] 3696–3697, N 6.8
- ostdeutsche Mitglieder > [2] 1600
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1109, 1114–1116, 1147 • [3] 3026
- Parteivorsitzende > [1] 1160–1162
- Parteizugehörigkeit > [1] 1112–1113, 1123–1132, 1143–1145
- Rederecht im Bundestag > [2] 1670–1671, 1723 • [3] 3072
- Redezeit > [2] 1723–1726
- Regierungserklärungen > [1] 1172–1209
- Rücktritte, Entlassungen > [1] 55, 1152–1153, 1193, 1212–1220, 1222–1224, 1234, 1237 • [3] 3636, 3639–3640, 3643–3649, 3651–3652, 3654–3658, 3661, 3670–3672, 3676, N 6.12, N 26
- soziale Zusammensetzung (Bibliographie) > [1] 1162–1165
- Tadelanträge > [1] 1247–1254 • [2] 1738, 1745, 1750, 2760–2761, 2894 • [3] 3698–3699, 3704–3706
- Todesfälle während der Amtszeit > [1] 1152–1153
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435
- Verzeichnis > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- weibliche Mitglieder > [1] 648–656
- Zahl > [1] 552–553, 1112–1113, 1122–1132, 1143–1145, 1152–1153, 1156–1157 • [3] 3696–3697
- Zahl/Mitglieder des Bundestages > [1] 1150–1151
- zehnjährige Amtszeit > [1] 1158–1159

Regierungssprecher (Bundesregierung) > [1] 1062–1067 • [3] N 6.3

Regionale und lokale Wahlstudien > [1] 214–222

„**Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages [und des Bundesrates]**“ > [2] 2458, 2461, 2463, 2465, 2858, 2866 • [3] 3431–3432, 3438, 3451 (siehe auch unter *Sach- und Sprechregister*)

Registrierung von Verbänden und deren Vertreter > [2] 2182–2183, 2865 • [3] 3102, 3652

Regulierungsrat beim Bundesministerium für Post und Telekommunikation > [2] 2315

Reichstag

- Gebäude > Reichstagsgebäude in Berlin
- Geschäftsordnung > [3] 3094, 3635
- Mitgliedschaft > Mitglieder des Reichstags

Reichstagsgebäude in Berlin

- Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ > [2] 2916 • [3] 3350, 3356, 3379, 3386, 3468, 3470, 3472
- Bannmeile > [3] 3398, 3400
- Berlin-Sitzungen > [2] 1500–1501, 1564–1565, 1612, 1632–1633 • [3] 3349–3350, 3352, 3355, 3669–3670, 3674, N 21.6
- Besucher > [3] 3350, 3464, 3470, N 21.6
- Chronik des Umbaus nach der Vereinigung Deutschlands > [2] 1612–1629 • [3] 3351–3368, N 21.6, N 26
- Chronik des Wiederaufbaus nach 1945 • [3] 3341–3348, 3645, 3653
- Einzug des Bundestages > [2] 1564–1565, 1601–1629 • [3] 3353–3354, 3362, 3365–3366, 3368, N 21.6, N 26
- Kuppel-Wiederaufbau > [2] 1622 • [3] 3344–3345, 3348, 3358, 3362, 3364–3366, 3369, 3372–3374, 3385
- Lageplan > [3] 3380–3381
- Namensgebung > [3] 3372, N 21.6
- Neubauten > [2] 1603 • [3] 3354–3355, 3362–3363, 3366, 3368, 3370–3380, 3382
- Nutzung bis 1990 > [2] 2915–2916 • [3] 3349–3350
- Plenarsaal-Gestaltung > [3] 3358, 3360–3361, 3368
- Raumbedarf > [2] 1603, 1612–1613, 1619 • [3] 3351, 3354–3355, 3361, 3374
- Tagungsstätte der Plenarsitzungen > [2] 1500–1501, 1564–1565, 1612, 1632–1633 • [3] 3352, 3355, 3669–3670, 3674, N 21.6
- Umgestaltung nach der Vereinigung Deutschlands > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26
- Unterbringung des Bundestages > [2] 1602–1629 • [3] 3368, 3371, 3382–3383
- Verhüllung > [3] 3361, 3363, 3365, 3370, 3372, 3386–3395, 3673, 3675
- Wiederaufbau nach 1945 • [3] 3341–3348, 3645, 3653

Reichstagspräsidentenpalais > [3] 3351–3352, 3355, 3370–3371, 3382, 3384

Reihenfolge der Redner > Reden im Bundestag, hier: Redeordnung

- Rednerliste > Rednerliste bei Aussprachen im Bundestag

Reisekostensatz für Mitglieder des Bundestages > [3] 3198–3199, 3201, 3214–3215, 3223–3224, 3229–3230

Rekrutierungsfunktion des Parlaments > [2] 2840, 2845

Relative Mehrheit > [2] 1732

Relative Mehrheitswahl > [1] 27–28, 48–52, 54–55

Renten Anpassungsbericht der Bundesregierung > [1] 1275, 1285

Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung > [1] 1275

Rentnerpartei > Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei) (ASD)

REP > Die Republikaner (REP)

Repräsentationsfunktion des Parlaments > [2] 2841, 2844–2846

Repräsentative Wahlstatistik > [1] 152, 223, 230–231

- Aussetzung > [1] 39, 223 • [3] N 1.1
- Ergebnisse > [1] 153–154, 223–229 • [3] 3578–3579

Repräsentativität des Europäischen Parlaments > [3] 3595–3598

Repräsentativumfragen > Umfragen

Die Republikaner (REP)

- Bundesversammlung > [3] 3184–3185
- DDR-Aktivitäten > [3] 3791, 3794–3795, 3819, 3855, 3860
- Mandatszahl/Bundestag > [1] 129, 1013, 1015
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3576
- Parteigeschichte > [1] 89, 122, 129 • [3] 3660, 3662, 3791, 3794–3795, 3855, 3860
- Parteivorsitzender > [1] 129
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 357, 376
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 238
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 77, 129 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [1] 129 • [3] 3576–3577
- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2474, 2478
- Vertretung im Bundestag > [1] 129, 1013, 1015 • [3] 3673
- Wahlergebnisse > [1] 129, 160, 171–172, 179, 204 • [3] 3576–3577, N 1.11

Ressorts > Bundesministerien

RFP > Recht und Freiheit Partei (RFP)

Rheinisch-Westfälische Volkspartei (RWVP)

- Parteigeschichte > [1] 130
- Parteivorsitzende > [1] 130
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 130
- Wahlergebnisse > [1] 130, 162, 164, 179

Rheinische Volkspartei > [1] 130

Rheinland-Bewegung > [1] 130

Rheinland-Pfalz

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–184, 186–196, 198, 200–202, 304–312
- Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467

noch: Rheinland-Pfalz

- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Landtagswahlen > [1] 304–312, 1223
- Mandatzahl bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183
- Ministerpräsidenten > [1] 858–860, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461 • [3] N 3.25
- Petenten-Anteil > [3] 3150
- Regierungskoalitionen > [1] 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 218–219
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Rhetorik im Bundestag

- Bibliographie der Untersuchungen > [2] 1996–2005
- Kritik am Debattenstil > [2] 2903, 2905, 2913, 2917, 2922, 2924–2932

Rhetorik in der Volkskammer > [3] 3715–3718**Rheumabericht der Bundesregierung > [1] 1336****RIAS Berlin**

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3491

Richter

- Bundesverfassungsgericht > Richter des Bundesverfassungsgerichts
- Mitglieder des Bundestages > [1] 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 715–717 • [3] 3021
- oberste Gerichtshöfe des Bundes > [2] 2309
- Rechtsstellung in Bund und Ländern > [3] 2981
- Unabhängigkeit > [2] 2360
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–436, 438, 440
- Wahl > [2] 2309 • [3] 3036

Richter des Bundesverfassungsgerichts

- Präsident des Bundesverfassungsgerichts > [2] 2494
- Stellvertreter des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten > [2] 2494
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–436
- Wahl > [1] 435 • [2] 2309, 2493 • [3] 2994, 3039, 3046, 3049–3050
- Wahlmännerausschuß/Wahlausschuß > Wahlmännerausschuß/Wahlausschuß des Bundestages

Richteranklage > [2] 2467**Richterwahlausschuß > [2] 2021, 2082, 2307, 2309****„Röhren-Embargo“ > [2] 1662, 1987 • [3] 3645****Römische Verträge > [2] 2589, 2603 • [3] 3550, 3553****Rotation der Abgeordneten im Bundestag > [1] 115, 403, 422 • [2] 2922 • [3] 3711****RSF > Radikalsoziale Freiheitspartei (RSF)****Rücktritte**

- Bundeskanzler > [1] 1019–1022, 1037, 1040, 1046, 1128–1130, 1140, 1212–1228, 1233–1234, 1239, 1245, 1448, 1450, 1452 • [3] 3190, 3192, 3644–3645, 3647, 3653
- Bundesminister > [1] 55, 1152–1153, 1193, 1212–1220, 1222–1224, 1234, 1237 • [3] 3636, 3639–3640, 3643–3649, 3651–3652, 3654–3658, 3661, 3670–3672, 3676, N 6.12, N 26
- Bundespräsident > [3] 3186, 3189, 3192, 3649
- Bundestagspräsident > [1] 863, 865–867 • [2] 2889 • [3] 3190–3193, 3388, 3636, 3649, 3556, 3661, 3665
- Ministerpräsidenten der Bundesländer > [1] 857–859, 1440–1462 • [3] N 3.25, N 6.21
- Ministerrat der DDR > Ministerrat der DDR
- Vizepräsidenten des Bundestages > [1] 871–872, 876 • [3] 3643, 3657, 3661
- Volkskammerpräsident der DDR > [3] 3753, 3756
- Wehrbeauftragter > [2] 2898 • [3] 3159, 3643, 3645

Rügen im Bundestag > [2] 1988, 1991–1992 • [2] 2483 • [3] 3079, 3692–3693, N 8.20**Ruf zur Sache > Sachrufe im Bundestag****Ruhegeld für Mitglieder des Bundestages > Alters- und Hinterbliebenenversorgung der MdB****Rumänien**

- Deutsch-rumänische Parlamentariergruppe > [3] 3640

Runder Tisch (DDR)

- Ministerrat > [3] 3773–3778, 3782–3784, 3786, 3789–3790, 3793, 3796, 3798–3799, 3808, 3816
- Selbstverständnis > [3] 3768, 3808
- Tagesordnung der Sitzungen/Beschlüsse > [3] 3768, 3772–3774, 3776, 3783–3784, 3786–3787, 3789, 3793, 3796, 3798–3799, 3802–3803, 3808
- Teilnehmer > [1] 94, 114, 117, 123, 127 • [3] 3768, 3772
- Verfassungsentwurf > [3] 3047, 3768, 3808, 3814, 3819, 3827
- Volkskammer > [3] 3717, 3719, 3773–3774, 3779–3780, 3784, 3789–3790, 3793, 3799, 3808, 3814
- Vorgeschichte > [3] 3739, 3750, 3755, 3761, 3763–3764, 3768

Rundfunk

- Sendungen mit Parlamentsberichterstattung > [3] 3488–3494
- Übertragungen von Plenarsitzungen > [2] 2858 • [3] 3463–3464, 3482–3488, 3494

Rundfunkrat

- Deutsche Welle > [2] 2082, 2311
- Deutschlandfunk > [2] 2082, 2311

Rußland (Russische Föderation)

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385
- Deutsch-russische Parlamentariergruppe > [3] 3609–3610

RWVP > Rheinisch-Westfälische Volkspartei (RWVP)

Saarländische Abgeordnete

- Eintritt in Bundestag (1957) > [1] 42, 379, 918, 1012, 1126 • [2] 2852 • [3] 3023, 3641, 3682–3683

Saarländische Volkspartei (SVP) > [1] 103 • [3] 3182**Saarländischer Rundfunk**

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3491

Saarland

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–183, 187–196, 199–202, 305–312
 - Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467
 - Eingliederung > [1] 42, 379, 1012, 1443, 1445 • [2] 2602, 2852 • [3] 3023, 3640–3641
 - Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 187–196, 199
 - Landtagswahlen > [1] 305–310, 312
 - Mandatzahl bei Bundestagswahlen > [1] 42, 47, 181–183
 - Ministerpräsidenten > [1] 858, 860, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461 • [3] N 3.25, N 6.21
 - Mitglieder des Bundestages > Saarländische Abgeordnete
 - Parteiengeschichte > [1] 93, 95, 103
 - Petenten-Anteil > [3] 3148, 3150
 - Regierungskoalitionen > [1] 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461
 - regionale und lokale Wahlstudien > [1] 221
 - Saarstatut > Saarstatut
 - Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
 - Überhandmandat bei Bundestagswahl > [1] 287
 - Volksabstimmung über Saarstatut > [1] 93, 95 • [2] 2600 • [3] 3639
 - Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 187–196, 199
 - Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183
- Saarstatut** > [1] 93, 95, 112 • [2] 2482, 2600, 2663
- Volksabstimmung > [1] 93, 95 • [2] 2600 • [3] 3639

Sach- und Sprechregister des Bundestages

- Gesetzes-Dokumentation > [2] 2456, 2458, 2461, 2463, 2465
- Organisationseinheit > [2] 2456, 2849 • [3] 3428–3429, 3433, 3437, 3459
- Reisterbände > [2] 2456, 2458, 2461, 2463, 2465, 2858, 2866 • [3] 3431–3432, 3438, 3451

Sachrufe im Bundestag > [2] 1988, 1991–1992 • [3] 3101, 3692–3693, N 8.20**Sachsen**

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 182–183, 197, 199–202, 311–312
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Landtagswahlen > [1] 310–311 • [2] 1565
- Mandatzahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183
- Ministerpräsidenten > [1] 859–860, 1462
- Petenten-Anteil > [3] 3151
- Regierungskoalitionen > [1] 1462

- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 222
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Überhandmandate bei Bundestagswahl > [1] 288
- Volkskammerwahlergebnis > [3] 3888
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183

Sachsen-Anhalt

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 182–183, 197, 199–202, 311–312
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Landtagswahlen > [1] 310–311 • [2] 1565
- Mandatzahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183
- Ministerpräsidenten > [1] 859–860 • [3] N 6.21
- Petenten-Anteil > [3] 3151
- Regierungskoalitionen > [1] 1462 • [3] N 6.21
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 222
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Überhandmandate bei Bundestagswahlen > [1] 287–288 • [3] N 1.19
- Volkskammerwahlergebnis > [3] 3888
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183

Sachverständige

- Anhörung > [2] 2121–2181
- Gesetzgebung > [2] 2382–2383
- Mitglieder in Enquete-Kommissionen > [2] 2249–2250, 2290–2292

Sachverständigen-Kommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung > [1] 315, 317–319 • [3] 3660**Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

- Jahresgutachten > [1] 1368
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 437

Sammlung zur Tat (SzT) > [1] 106**Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten**

- Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3585–3586

SAPD > Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)**Schattenkabinette der Opposition** > [2] 2758, 2771–2773**Schatzminister in der Bundesregierung** > [1] 1035, 1043, 1080–1081, 1108, 1110–1111, 1311 • [2] 2408 • [3] 3289–3290**Schaubild zum Gesetzgebungsverfahren** > [2] 2332**Schaumburg-Lippe** > [1] 1441**Schiedsstelle (Wahlkampf-Abkommen)** > [1] 142–144**Schiller-Institut** > [1] 105

Schleswig-Holstein

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 181–184, 186–196, 198, 200–202, 304–312
- Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Landtagswahlen > [1] 304–312
- Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 47, 181–183
- Ministerpräsidenten > [1] 857, 860, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458–1460 • [3] 3673
- Petenten-Anteil > [3] 3151
- Regierungskoalitionen > [1] 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458–1460
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 215
- Stimmenzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Überhangmandate bei Bundestagswahlen > [1] 287
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 184, 186–196, 198
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 181–183

Schleswig-Holsteinische Landespartei (SHLP) > [1] 70, 165

„**Schlüsselerkenntnisse**“ der Gesetzgebung > [2] 2595–2635

„**Schnellinformationen der Bibliothek**“ > [2] 2865 • [3] 3431, 3446

Schriftführer des Bundestages > [1] 387, 882 • [2] 2305
 – Wahl > [2] 2302
 – Zahl > [1] 553 • [2] 2302

Schriftliche Anfragen im Bundestag > [1] 1434–1438 • [2] 2638–2639, 2644, 2647–2650, 2778, 2855, 2871 • [3] 3097, 3105, 3704–3705, 3709, N 1.1

Schulabschluss und Hochschulbildung der Mitglieder des Bundestages > [1] 645, 668–675, 846, 848, 850, 852, 854–856
 – Studienfächer > [1] 674–675
 – weibliche MdB > [1] 645, 668–669

Schuldenausschuß bei der Bundesschuldenverwaltung > [2] 2310

Schuman-Plan > [2] 2598 • [3] 3550, 3553

Schweden

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3551, 3563, 3584
- Mandatszahl/Europaparlament > [3] 3567, 3597
- Sitzverteilung/Europaparlament > [3] 3587
- Wahlrecht/Wahlssystem > [3] 3567

Schweiz

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385

SDAP > Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP)

SDP > Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP)

SED > Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)

SED-PDS > Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)

Seitenzahl der Plenarprotokolle des Bundestages > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, N 8.3

Sekretariat zur Bewertung technologischer Entwicklungen > [2] 2817 (vgl. *Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag*)

Selbständige

- Mitglieder des Bundestages > [1] 646–647, 680–687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 847, 849, 851, 853, 855–856 • [2] 2114
- Stimmabgabe bei Bundestagswahl > [1] 232, 236, 238

Selbständige politische Anträge von Mitgliedern des Bundestages > [2] 1721–1723

- Geschäftsordnung > [2] 1721–1722, 2778 • [3] 3099–3100, 3117
- Statistik > [2] 1722–1723

Selbstbefassungsrecht der Bundestagsausschüsse > [2] 2021, 2861, 2871, 2912 • [3] 3099

Selbstdarstellungen der Bundestagsverwaltung: Bibliographie > [3] 3453–3461

Selbstorganisation des Parlaments > [2] 2299

Selbstverständnis der Mitglieder der Volkskammer (Umfrage) > [3] 3896–3902

Selbstverständnis der Mitglieder des Bundestages

- Bibliographie > [1] 470–529
- Debatten im Bundestag > [2] 2902, 2921–2934 • [3] 3661
- Umfragen > [1] 529–546

Selbstverständnis der Parlamentarischen Staatssekretäre (Umfrage) > [1] 533

Selbstverständnis-Debatten des Bundestages > [2] 2902, 2921–2934 • [3] 3661

Senat für Parlamentsfragen > [2] 2911, 2916 • [3] 3027, 3199

Sender Freies Berlin

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3492

Seniorenpartei „Die Grauen“ > Die Grauen

Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther“ > Graue Panther

SEW > Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW)

SHLP > Schleswig-Holsteinische Landespartei (SHLP)

Sitzordnung im Plenum des Bundestages > [2] 1634–1637, 2877

- Neubauplanung Bundeshaus > [3] 3286–3287, 3307–3309, 3316–3317, 3319–3321
- Neubauplanung Reichstagsgebäude > [3] 3358, 3360–3361, 3368

Sitzungen der Volkskammer > Volkskammer der DDR**Sitzungen im Bundestag**

- Abstimmungen > Abstimmungen im Bundestag
- Ältestenrat > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Ältestenratskommissionen > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Aufhebung wegen Beschlußfähigkeit > [1] 1258–1259, 1265 • [2] 1976–1987 • [3] 3115, 3690–3691, 3706, 3709–3710
- Aufhebung wegen störender Unruhe > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Ausschluß der Öffentlichkeit > [1] 387 • [2] 1638–1639, 1733 • [3] 3692–3693, N 8.3
- Ausschluß von Abgeordneten > [2] 1988–1992, 2892 • [3] 3095, 3635, 3661, 3692–3693, 3706, N 8.20
- Ausschüsse > [2] 1994–1995, 2021–2033 • [3] 3694–3695, 3706, 3710, N 8.21, N 9.1
- Aussetzen der Sitzung > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3095, 3692–3693, N 8.20
- Berlin-Sitzungen > [2] 1499–1501, 1632–1633 • [3] 3696–3697, N 7.3
- Enquete-Kommissionen > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2252–2269 • [3] 3694–3695, 3711, N 8.21, N 9.1, N 9.11
- Fraktionen > [1] 900–901 • [2] 1499–1501, 1994–1995, 2006–2009 • [3] 3692–3693, 3696–3697, N 5.2, N 8.21
- Fraktionsvorstände > [1] 900–901 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- Gruppen > [1] 900–901 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- Kommissionen des Ältestenrates > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- konstituierende Plenarsitzung > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3052, 3056–3059, 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26
- Öffentliche Informationssitzungen (Anhörungen) der Ausschüsse > [2] 1994–1995, 2123–2129, 2181 • [3] 3694–3695, 3706–3707, 3712, N 8.21, N 9.6
- öffentliche/nichtöffentliche Sitzungen > [2] 1993–1996 • [3] 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21
- Ordnungsmaßnahmen > [2] 1988–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Plenum > Plenarsitzungen des Bundestages
- Präsidium > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Sitzungsdauer > Plenarsitzungen des Bundestages
- Sitzungswochen > Sitzungswochen des Bundestages

- Sonderausschüsse > [2] 1994–1995, 2021–2023 • [3] 3694–3695, N 9.1
- Sondersitzungen > [2] 1660–1670, 2893, 2929 • [3] 3645, 3649, 3661, 3670, 3674, 3688–3689, N 8.5
- Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2298 • [3] 3694–3695, N 8.21
- Statistik > [1] 892–893, 900–901 • [2] 1499–1501, 1994–1995, 2006–2009, 2021–2033, 2188–2202, 2252–2269 • [3] 3692–3697, 3706, 3710, N 4.7, N 5.2, N 8.21, N 9.1, N 9.10, N 9.11
- Stenographische Berichte > [2] 1637–1640, 2853, 2868, 2870, 2905–2906 • [3] 3506–3508, 3688–3689, N 8.3
- Unterausschüsse > [2] 1994–1995, 2022–2023 • [3] 3694–3695
- Unterbrechung > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3095, 3692–3693, N 8.20
- Unterkommissionen des Bundestagsvorstandes > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693
- Untersuchungsausschüsse > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2188–2202 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.10
- Vorstand des Bundestages > [1] 892–893 • [2] 1500, 1994–1995 • [3] 3692–3693
- Zahl > [1] 892–893, 900–901 • [2] 1499–1501, 1994–1995, 2006–2009, 2021–2033, 2188–2202, 2252–2269 • [3] 3692–3697, 3706, 3710, N 4.7, N 5.2, N 8.21, N 9.1, N 9.10, N 9.11

Sitzungsausschlüsse von Mitgliedern des Bundestages

- Chronik > [2] 1989–1991, 2892 • [3] 3635, 3661
- Einsprüche > [2] 1989–1992 • [3] 3692–3693
- Geschäftsordnung > [2] 1988 • [3] 3095
- Statistik > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, 3706, N 8.20

Sitzungsfreie Wochen des Bundestages

- Arbeitsrhythmus des Bundestages > [2] 2006–2009
- plenarsitzungsfreie Zeit zwischen Wahlperioden > [1] 301–302 • [3] 3692–3693, 3709–3710
- Zeitbudget der Abgeordneten > [1] 547–550
- Zeitplan > [2] 2006–2009

Sitzungsperiode > Wahlperiode**Sitzungswochen des Bundestages**

- Arbeitsrhythmus des Bundestages > [2] 2006–2009
- Daten der Plenarsitzungen > [2] 1643–1660
- Zeitbudget der Abgeordneten > [1] 547–550
- Zeitplan > [2] 2006–2009

Sitzungszeit des Plenums > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, 3708–3709, 3712, N 8.3**Sitzverteilung im Plenum** > Sitzordnung im Plenum des Bundestages**Sitzverteilung in Gremien nach den verschiedenen Berechnungsmethoden** > [2] 2087–2088**Skandinavien**

- Deutsch-skandinavische Parlamentariergruppe > [3] 3609–3610

Slogans im Wahlkampf > Wahlkampf-Slogans der Parteien

Slowakei

- Deutsch-slowakische Parlamentariergruppe > [3] 3610–3611

SLP > Sozial-Liberale Deutsche Partei (SLP)

Soldaten

- Eingaben an Wehrbeauftragten > [3] 3163–3166
- Mitglieder des Bundestages > [1] 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 715–717
- Petitionen > [3] 2966, 3131, 3165
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434–435, 438–439

SOLIDARITÄT > Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz; Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Soltau-Lüneburg-Abkommen > [1] 1285

Sonderausschüsse

- Bundestag > Sonderausschüsse des Bundestages, Sonderausschuß ...
- Volkskammer der DDR > [3] 3757, 3760, 3773, 3777, 3780, 3805, 3815, 3817, 3822, 3833, 3844, 3846–3847, 3851, 3866, 3871, 3873, 3876–3877, 3879–3882, 3913–3914

Sonderausschüsse des Bundestages

- Funktion > [2] 2021
- Mitgliederzahl > [1] 552–553
- öffentliche Anhörungen > [2] 2129, 2131, 2133, 2135, 2167
- Sitzungen > [2] 1994–1995, 2021–2023 • [3] 3694–3695, N 9.1
- Verzeichnis > Sonderausschuß ...
- Zahl > [2] 2022–2023 • [3] 3692–3693, N 9.1

Sonderausschuß ...

- Abgeordnetengesetz > [2] 2061
- Deutsche Einheit > Ausschuß Deutsche Einheit
- Europäische Union (Vertrag von Maastricht) > [2] 2078, 2121, 2129
- Gemeinsamer Markt/Euratom > [2] 2045
- Gesetze über deutsche Auslandsschulden „Londoner Schuldenabkommen“ > [2] 2040
- Gesetz zur Ausführung des Artikels 48 GG [Abgeordnetengesetz] > [2] 2061 • [3] 3201
- Londoner Schuldenabkommen > [2] 2040
- Parteiengesetz > [2] 2052
- Schutz des ungeborenen Lebens > [2] 2077, 2129, 2167 • [3] 3477, 3671
- Sport und Olympische Spiele > [2] 2058, 2133
- Strafrecht[sreform] > [2] 2052, 2055, 2058, 2061, 2129, 2131, 2133, 2135, 2293 • [3] 3474
- Vertrag von Maastricht > [2] 2078, 2121
- Wahlrecht > [2] 2045
- Wasserhaushaltsgesetz > [2] 2045

Sonderminister in der Bundesregierung > [1] 653, 842–843, 1106–1107, 1201, 1203–1204, 1213, 1216, 1219, 1251, 1253 • [2] 1564, 1600 • [3] 3639, N 6.3

Sondersitzungen des Bundestages > [1] 387 • [2] 1660–1670, 2893, 2929 • [3] 3645, 3649, 3661, 3670, 3674

- Zahl > [2] 1661 • [3] 3688–3689, 3712
- Zusammenstellungen der Sitzungen > [2] 1662–1669 • [3] N 8.5

Sonstige im Bundestag vertretene Parteien > [1] 1011–1015

Sonstige Politische Vereinigungen (SPV)

- Die Friedensliste > [1] 110
- Die Grünen > [1] 114, 325

Souveränität der Bundesrepublik Deutschland > [2] 1556, 1561, 1565 • [3] 3635–3636, 3639

Sowjetunion

- Deutsch-sowjetische Parlamentariergruppe > [3] 3609–3610

Sozialbericht der Bundesregierung > [1] 1272, 1275, 1285

Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) > [1] 131

Sozialdemokratische Partei des Saarlandes (SPS) > [1] 1441, 1445

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) [Partei]

- Ausgaben > [1] 376–377
- Bundestagswahlergebnisse > [1] 131, 155–159, 164–173, 179, 184, 186–199, 201, 203–204, 293–295, 304–312 • [3] 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, 3680–3681, N 1.11, N 26
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Dauer der Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Direktmandate > [1] 184, 186–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag > [1] 466–467
- Einnahmen > [1] 325, 327–329, 358–359
- erfolgreiche Wahljahre > [1] 312–313
- Europawahlergebnisse > [3] 3574–3577
- Fraktions- und Parteivorsitzende > [1] 983, 988, 1117–1121 • [3] N 5.8, N 6.5
- Godesberger Programm > [1] 131, 1137 • [3] 3643
- Hochburgen > [1] 240–241, 243, 245–246, 248, 250, 252–253, 255–257, 259, 261–264, 280–283 • [3] 3682–3683, N 1.17
- Kabinettsmitglieder > [1] 1112–1113, 1129–1130, 1143–1144
- Kanzlerkandidat > [1] 1028, 1117–1121, 1138, 1227 • [2] 2771–2773 • [3] 3643, N 6.5, N 26
- Koalitionen > [1] 51–53, 55–56, 90, 108–109, 131, 1129–1130, 1133–1140, 1223, 1225–1226, 1232–1234, 1440–1462 • [3] 3647, N 6.21

- Kontakte mit Ost-Partei > [1] 131 • [2] 1512, 1560 • [3] 3770, 3782, 3801, 3834, 3879, 3886
- Landtagswahlergebnisse > [1] 304–312, 1224, 1232, 1235 • [3] N 26
- Mandatsanteil/Kabinettsmitgliederanteil > [1] 1143–1144
- Mandatszähl/Bundestag > [1] 164–172, 184, 186–199, 903–905, 908–930, 1143–1144, 1229 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- Mandatszähl/Europaparlament > [3] 3574–3577
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 829–830, 1112–1113
- Parlamentarischer Rat > [1] 624–625
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 983, 988, 1117–1121 • [3] N 5.8, N 6.5
- Parteiausschluß > [3] 3658
- Parteigeschichte > [1] 111–112, 126, 131 • [2] 1560 • [3] 3643, 3668
- Parteivorsitzende > [1] 131, 988, 1117–1121 • [2] 1560 • [3] 3637, 3645, 3664, 3670, 3673, 3676, 3879, N 5.8, N 6.5, N 26
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 358–359, 376–377
- Regierungsbeteiligung > [1] 1135 • [3] 3696–3697
- Regierungsmannschaft > [2] 2771–2773
- Schattenkabinett > [2] 2771–2773
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 224, 226–228, 231
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 232–239
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–74, 76–77, 131 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [2] 3574–3577
- Überhangmandate > [1] 287–288 • [3] 3682–3683, N 1.19
- Vereinigung mit Ost-Partei > [1] 131 • [2] 1560 • [3] 3668, 3834, 3879
- verlustreiche Wahljahre > [1] 312–313
- Wahlabsprachen > [1] 103, 112, 140–141
- Wahlergebnisse > [1] 131, 155–159, 164–173, 179, 184, 186–199, 201, 203–204, 293–295, 1224, 1232, 1235 • [3] 3574–3577, 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, 3680–3681, N 1.11, N 26
- Wahlkampfkostenerstattungen > [1] 321
- Wahlkampfmannschaft > [2] 2771–2773
- Wahlkampf-Slogans > [1] 145–150
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 280–283
- Wahlkreissitze > [1] 184, 186–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- Wahlrechtskommission > [1] 52, 54–55
- Wirtschaftsrat > [1] 622
- Zwangsvereinigung mit KPD zur SED > [1] 126, 131 • [3] 3785, 3879, 3886

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) [Fraktion]

- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 677
- Anfragen-Statistik > [2] 2640–2644, 2646, 2759–2760 • [3] N 12.1
- Angehörige freier Berufe > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 851, 855
- Angestellte des öffentlichen Dienstes > [1] 682–683, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 851, 854
- Angestellte in der Wirtschaft > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 854
- Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen > [1] 682–683, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 851, 854
- Arbeiter > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Arbeitsgruppen der Fraktion > [1] 973, 999–1000
- Arbeitsgruppenvorsitzende > [1] 999–1000
- Arbeitskreise der Fraktion > [1] 973, 989, 996–998 • [2] 2852
- Arbeitskreisvorsitzende > [1] 996–998 • [2] 2873
- Ausgaben > [1] 1009 • [3] 3259
- Ausschußvorsitzende > [1] 827–832 • [2] 2094–2095
- Beamte > [1] 682–683, 686–688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702–704, 706, 708, 710, 712, 716, 851, 854
- Beitritt ostdeutscher Abgeordneter > [1] 928, 936
- Beitritt saarländischer Abgeordneter > [1] 918
- Berufsstruktur der MdB > [1] 682–683, 686–713, 851, 854–855
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 661–662, 827–833, 836
- Bundeskanzler > [1] 1117–1121
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 572, 577, 851, 854
- Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467
- Durchschnittsalter der MdB > [1] 564–565, 855 • [3] N 3.2
- Familienstand der MdB > [1] 663–664, 850, 854
- Fragesteller (Anfragen) > [2] 2640–2644, 2646, 2759–2770 • [3] N 12.1
- Fraktions- und Parteivorsitzende > [1] 983, 988, 1117–1121 • [3] N 5.8, N 6.5
- Fraktionsausschlüsse > [3] 3652, 3658
- Fraktionsmitarbeiter > [1] 1008–1009
- Fraktionsvorstand > [1] 827–832, 970–978 • [2] 1596, 2873 • [3] 3637, 3645, 3648, 3671, N 5.7, N 6.5
- Fraktionswechsel > [1] 921–924, 926–927, 930, 932–933, 939–940, 1229 • [3] 3643, 3650–3651, 3658, 3662
- frühere Mitglieder der Volkskammer > [2] 1576
- Geschäftsordnung > [1] 970–973
- Geschlossenheit bei Abstimmungen > [2] 1781–1782, 1784, 1786
- Gesetzesinitiativen > [2] 2390–2395, 2400–2401
- Gewerkschaftsmitgliedschaft der MdB > [1] 723, 726, 851, 855

noch: **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**
[Fraktion]

- Hausfrauen > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713
- Hilfsdienst der Fraktion > [1] 1006, 1008
- Hochschulbildung der MdB > [1] 669, 671, 673, 850, 854 • [3] N 3.14
- Interessenvertreter > [1] 719–721, 851
- Kabinettsmitglieder > [1] 829–830, 1129–1130, 1143–1144
- Koalitionen > [1] 51–53, 55–56, 90, 108–109, 131, 1129–1130, 1133–1140, 1223, 1225–1226, 1232–1234, 1450, 1452, 1454, 1456 • [3] N 6.21
- Konfession der MdB > [1] 666–667 • [3] N 3.13
- Konstanz > [1] 942
- Kontakte zur Volkskammer der DDR > [2] 1486, 1492–1497, 1503 • [3] 3724, 3735
- Mandatsanteil/Stimmenanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Mandatsanteil/Kabinettsmitgliederanteil > [1] 1143–1144
- Mandatsdauer der MdB > [1] 572, 577, 851, 854
- Mandatszähl > [1] 164–172, 184, 186–199, 903–905, 908–930, 1143–1144, 1229 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- Organisationsreform > [1] 546, 972–973 • [2] 2873 • [3] 3671
- ostdeutsche Mitglieder in Führungspositionen > [1] 972–973 • [2] 1596
- Parlamentarische Geschäftsführer > [1] 970–978 • [3] N 5.7
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 829–830, 1112–1113
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Parlamentsneulinge > [1] 580–581, 850 • [3] N 3.4
- Pfarrer (evangelisch) > [1] 682–683, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712
- Präsidium des Bundestages > [1] 827–832, 880–881
- Querschnittsgruppen > [1] 973, 999–1000
- Quotenregelung für weibliche Fraktionsvorstandsmitglieder > [1] 972
- Regierungsmitglieder > [1] 682–683, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712
- Schulabschluß und Hochschulbildung der MdB > [1] 671, 850, 854
- Selbständige > [1] 682–683, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 851, 855
- Sitzordnung im Plenum > [2] 1634–1637
- Sozialprofil der Fraktion > [1] 850–851, 854–855
- Stellenanteile in den Ausschüssen > [2] 2088–2092
- Strukturreform > [1] 546, 972–973
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 606–608
- Überhangmandate > [1] 287–288 • [3] 3682–3683, N 1.19
- ununterbrochene Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 577

- Verfassungsrechtsstreit > [2] 2480–2482, 2484–2489, 2491 • [3] 3065–3066, 3068, 3089–3091
- Wahlkreissitze > [1] 184, 186–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636, 850, 854 • [3] N 3.11
- weibliche Mitglieder in Führungspositionen > [1] 650–655, 661–662, 850
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
[DDR]

- Fraktion/Volkskammer > [3] 3811–3813, 3855, 3904, 3914
- Fraktionsvorsitzende/Volkskammer > [3] 3811–3813, 3863, 3904
- Koalition > [2] 1527, 1550 • [3] 3808, 3810–3813, 3834, 3855–3858, 3860–3862, 3916, 3922–3923
- Kommunalwahlergebnis (1990) > [3] 3824
- Kontakte mit West-Partei > [1] 131 • [2] 1512 • [3] 3770, 3782, 3792, 3801
- Mandatszähl/Volkskammer > [3] 3887, 3904, 3908–3909
- Ministerrat > [3] 3793, 3834, 3848, 3855, 3857, 3860–3862, 3916–3918
- Parteigeschichte > [1] 85, 126, 131 • [2] 1504, 1512, 1560 • [3] 3730, 3734, 3739, 3741, 3768, 3770, 3776, 3782, 3801, 3808, 3834, 3879, 3886
- Parteivorsitzende > [1] 131 • [3] 3801, 3811–3813, 3834, 3886
- Sozialstruktur/Volkskammerfraktion > [3] 3893–3895
- Stellenanteile in Volkskammer-Ausschüssen > [3] 3914
- Teilnahme am Runden Tisch > [3] 3768
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3776, 3886
- Vereinigung mit West-Partei > [1] 131 • [2] 1560 • [3] 3668, 3834, 3879
- Vorgeschichte > Initiativegruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR bzw. Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP)
- Wahl in Bundestag > [1] 928, 936
- Wahlbündnis > [1] 85, 126 • [3] 3776
- Wahlergebnisse > [3] 3810, 3824, 3887–3889

Sozialdemokratische Partei Europas

- Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3586–3587

Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) > [1] 85, 126, 131 • [2] 1504, 1512 • [3] 3727, 3730, 3734, 3739, 3741, 3747, 3751, 3768, 3770, 3776, 3782, 3886 (vgl. im übrigen *Sozialdemokratische Partei Deutschlands [SPD] [DDR]*)

Soziale Bürgerliche Union [DDR] > [1] 101

Soziale Demokraten 72 > [1] 933

Soziale Zusammensetzung > Sozialstruktur

Sozialenquete der Bundesregierung > [1] 1274

Sozialisierung > [2] 2357

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) > [1] 131

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) (*siehe Fortsetzung unter Partei des Demokratischen Sozialismus [PDS]*)

- Bruderparteien > [1] 98
- Enquete-Kommission zur SED-Diktatur > [2] 2168, 2178, 2265–2268, 2280–2281, 2285–2286, 2291, 2297 • [3] 3671, 3675, N 9.11
- Fraktion/Volkskammer > [3] 3715, 3725, 3746–3747, 3756, 3758–3759
- Fraktionsvorsitzende/Volkskammer > [3] 3756, 3781
- Führungsanspruch > [1] 126 • [3] 3715, 3727, 3745–3747, 3751, 3756, 3760–3761, 3764, 3915
- Generalsekretär > [1] 126 • [3] 3666, 3715, 3745, 3747, 3753, 3756, 3765, 3805, 3886
- Koalitionen > [1] 1440 • [3] 3759
- Mandatsniederlegungen/Volkskammer > [3] 3758–3759
- Mandatszähl/Volkskammer > [3] 3910–3911
- Ministerrat > Ministerrat der DDR
- Parteiausschlüsse > [1] 126 • [3] 3754, 3765, 3785, 3886
- Parteigeschichte > [1] 98, 126–127, 131 • [3] 3743–3745, 3747, 3751, 3753–3756, 3761–3762, 3765–3769, 3771, 3777–3778, 3782, 3785–3787, 3791–3792, 3886
- Parteivorsitzender > [1] 126 • [3] 3769
- Politbüro > [1] 126 • [3] 3723, 3730, 3743–3745, 3747, 3751, 3753–3754, 3756–3757, 3762, 3764–3765, 3769, 3805, 3886
- Staatsratsvorsitzender > [3] 3715
- Teilnahme am Runden Tisch > [1] 126–127 • [3] 3764, 3768
- Umbenennung > [1] 126 • [3] 3769, 3771, 3785, 3792, 3886
- Verbindung zur KPD > [1] 118
- Zentralkomitee > [1] 126 • [3] 3715, 3745, 3753–3754, 3756, 3766, 3769, 3809, 3886
- Zerfall der Herrschaftsstruktur > [1] 98, 126–127 • [3] 3764
- Zwangsvereinigung SPD/KPD > [1] 126, 131 • [3] 3785, 3879, 3886

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED–PDS) > [1] 126 • [3] 3771, 3776–3778, 3781, 3785–3787, 3792, 3886

Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) > [1] 98

Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3580–3585, 3591

Sozialistische Reichspartei (SRP)

- Mandatsaberkennung > [1] 130, 380, 404, 913
- Mandatszähl > [1] 130, 910, 1011
- Parteigeschichte > [1] 100, 122, 130, 137
- Parteivorsitzender > [1] 130
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 130
- Verbot > [1] 130, 380, 404, 913, 1011 • [2] 2895 • [3] 3066–3067, 3637, 3682–3683
- Wahlergebnisse > [1] 130, 293–295

Sozialistisches Forum > [1] 98, 120, 127

Sozial-Liberale Deutsche Partei (SLP) > [1] 109

Sozialminister in der Bundesregierung > [1] 1083–1085, 1149, 1189, 1201, 1203–1204, 1208, 1217–1218 • [2] 1674–1677 • [3] 3658, N 6.3, N 6.8

Sozialprofil der Fraktionen des Bundestages > [1] 845–856

Sozialstruktur

- Abgeordneten-Mitarbeiter (Bundestag) > [3] 3265–3266
- Bundeskabinette > [1] 1150–1165
- Mitglieder der Volkskammer (1990) > [3] 3891–3896
- Mitglieder des Bundestages > [1] 554–860 • [3] 3684–3687, N 3.1, N 3.2, N 3.4, N 3.11, N 3.12, N 3.13, N 3.14

SpAD > Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)

Spaltungen und Fusionen von Fraktionen

- Bundestag > [1] 907, 911, 913, 916, 921, 928, 934–939 • [3] 3688–3689
- Volkskammer der DDR > [3] 3903, 3905, 3907

Spanien

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385 • [3] 3597
- Deutsch-spanische Parlamentariergruppe > [3] 3610
- EG/EU-Mitgliedschaft > [3] 3559, 3584
- Mandatszähl/Europaparlament > [3] 3562, 3566, 3595, 3597
- Sitzverteilung Europaparlament > [3] 3584–3587
- Wahlbeteiligung/Europawahl > [3] 3580
- Wahlrecht/Wahlssystem > [3] 3566

Spannungsfall > [2] 1733 • [3] 2980

Spartacus > [1] 116

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)

- Parteigeschichte > [1] 132 • [3] 3786, 3886
- Parteivorsitzende > [1] 132
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 132
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 132 • [3] 3886
- Wahlergebnisse > [1] 132, 161, 171, 179 • [3] 3887

Spartakusbund > [1] 118

SPD > Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Spenden an Parteien > [1] 314, 316–319, 322–323, 328, 330–361

Sperrklausel bei Bundestagswahl > [1] 27–28, 31–32, 38–40, 45, 50–51, 138 • [2] 2852, 2854

- gesamtdeutsche Wahl (1990) > [1] 38, 45 • [2] 1544, 1547, 1557, 1561, 1565 • [3] 3087–3088, 3669, 3841, 3847–3848, 3855–3857, 3863

Sperrminorität > [2] 2776

- „Spiegel“-Affäre > [1] 51, 1140 • [2] 2470 • [3] 3644
 – Fragestunde > [2] 2651–2653, 2895 • [3] 3644
 – Regierungsumbildung > [1] 1035–1036, 1133, 1138, 1168–1169, 1222–1223 • [3] 3644

„Spiegel“-Ausschuß > [2] 2189 • [3] 3636

Spitzenfunktionen in Bundestag/Bundesregierung > Führungspositionen im Bundestag

- Sportausschuß des Bundestages** > [1] 1326
 – DDR-Themen > [2] 1511, 1525, 1558
 – Mitgliederzahl > [2] 2101–2106
 – Öffentliche Anhörungen > [2] 2124, 2133, 2135, 2138, 2142, 2149, 2159, 2169
 – Verbandsfärbung > [2] 2110
 – Verzeichnis > [2] 2059, 2063, 2065, 2068, 2071, 2075, 2079 • [3] N 9.2
 – Zahl der Sitzungen > [2] 2026
 – Zusammensetzung > [2] 2114

Sportbericht der Bundesregierung > [1] 1321

Sprache der Volkskammer > [3] 3715–3718

Sprachliche Prüfung von Gesetzentwürfen > [2] 2545

Sprecher der Bundesregierung > [1] 1062–1067 • [3] N 6.3

Spruchsenat beim Hauptamt für Soforthilfe

- Beisitzer > [2] 2309

SPS > Sozialdemokratische Partei des Saarlandes (SPS)

SPV > Sonstige Politische Vereinigungen (SPV)

SRP > Sozialistische Reichspartei (SRP)

SSV > Südschleswigscher Verein (SSV)

SSW > Südschleswigscher Wählerverband (SSW)

- Staatliche Parteienfinanzierung** > [1] 314–321
 – Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen > [1] 314–315, 317–318 • [2] 2482 • [3] 3027, 3043, 3071, 3073–3074, 3647, 3672
 – Entwicklung der Rechtslage > [1] 314–319 • [3] 2974, 3026–3027, 3030, 3034, 3037, 3648, 3653, 3660, 3673, N 15.1
 – Wahlkampfkostenerstattungen > [1] 314–317, 319, 321, 330–361 • [2] 2860, 2870 • [3] 3026–3027, 3030, 3034, 3037, 3043, 3071, 3074–3077, 3660

Staatsakte im Plenarsaal des Bundestages > [2] 2010–2018 • [3] N 26

- aus besonderen Anlässen > [2] 2017–2018
 – für verstorbene Politiker > [2] 2015–2017
 – zum Tag der deutschen Einheit > [2] 2010–2015

Staatshaftung > [3] 2995

Staatsminister > Parlamentarische Staatssekretäre (Bundesregierung), Landesminister(präsident)

Staatsrat der DDR > Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Staatssekretäre

- Bundesregierung > Staatssekretäre (Bundesregierung)
 – Ministerrat der DDR > Ministerrat der DDR

Staatssekretäre (Bundesregierung)

- beamtete > [1] 1060–1107 • [3] N 6.3
 – Parlamentarische > [1] 1060–1107, 1109–1116
 – Staatsminister > [1] 1064–1067, 1069–1070, 1109 • [2] 2866 • [3] 3030, N 6.3, N 15.1

Staatsverträge

- Ratifizierungsgesetze > [2] 2358, 2375, 2411–2412, 2764–2765

Staatsverträge zur Vereinigung Deutschlands

- deutsch-deutscher Wahlvertrag > Gesamtdeutsche Wahl (1990)
 – Einigungsvertrag > [1] 379 • [2] 1476, 1480, 1538, 1545–1557, 1559–1561, 1563, 1571–1575, 1601, 2447, 2474, 2486, 2929, 2937 • [3] 3477, 3668, 3801, 3829, 3845, 3847–3849, 3857–3862, 3864–3866, 3868–3871, 3873, 3876–3877, 3881
 – Wirtschafts- und Währungsunion > [2] 1517–1518, 1520–1521, 1523–1524, 1526–1531, 1533–1545, 1553, 1567–1570, 1665, 2629 • [3] 3476, 3667–3668, 3792–3794, 3796, 3798–3800, 3803–3804, 3806, 3808, 3810, 3814, 3819–3831, 3835, 3838, 3840, 3844–3845, 3866
 – Zwei-plus-Vier-Vertrag > [2] 1499, 1520, 1526, 1534–1535, 1544, 1546, 1556, 1564–1565, 1573, 2630 • [3] 3668–3669, 3797, 3824, 3841, 3850, 3859, 3864, 3872, 3877

Staatszielbestimmung Umweltschutz > [3] 2976–2977, 2995–2997

Stabile Wahlkreise > [1] 240–264 • [3] 3682–3683

Stabilitätsvorlagen > [3] 3118

Städtebaubericht der Bundesregierung > [1] 1346

Ständige Ausschüsse des Bundestages > [2] 2021, 2034–2080, 2297 • [3] N 9.1, N 9.2

Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR > [1] 1064–1067 • [2] 1506, 1562 • [3] 3720, 3728, 3732, 3882

- Auflösung > [1] 1067 • [2] 1562 • [3] 3882
 – Leiter > [1] 1064–1067 • [2] 1506 • [3] 3731

Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG > [1] 302 • [2] 1994–1995, 2021–2023, 2035, 2046, 2049, 2052, 2055, 2061, 2297–2298, 2978, 3052, 3056–3059, 3562, 3694–3695

- Sitzung (Tagesordnung) > [2] 2298

„Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA) > [2] 2457–2458, 2460, 2462, 2464, 2858, 2866, 2914–2915, 2935 • [3] 3431–3432, 3438–3439, 3451

Stasi-Mitarbeit > Überprüfung auf Mitarbeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst

Statistik > [3] 3678–3712

- Aberkennung von Mandaten > [1] 381, 403 • [3] 3688–3689, N 2.1, N 2.6
- Abgeordnete mit Adelsnamen > [1] 677
- Abgeordnete seit 1949 > [1] 382 • [3] 3682–3683
- Abgeordnete seit 1949/Regierungsmitglieder > [1] 1150–1151
- Abgeordnetenzahl/Bevölkerungszahl > [1] 384–385 • [3] 3597
- Abstimmungen > [2] 1728, 2396–2397 • [3] 3690–3691, 3708, 3711, N 8.12
- Abstimmungsergebnisse > [1] 863–868, 874–878, 1019–1024 • [2] 1477–1483, 1735–1781, 1958–1973 • [3] 3159–3162, N 4.1, N 6.1
- Ältestenratssitzungen > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Aktuelle Stunden > [2] 1717, 2639, 2706–2707, 2741, 2762 • [3] 3704–3705, 3709–3711, N 12.2
- Anhörungen > [2] 1994–1995, 2123–2129, 2181 • [3] 3694–3695, 3706–3707, N 8.21, N 9.6
- Anfragen > [1] 1434–1438 • [2] 1715, 1717, 2639–2644, 2646–2650, 2759–2760 • [3] 3704–3711, N 12.1
- Anrufungen des Vermittlungsausschusses > [2] 2396–2401, 2450–2451 • [3] 3702–3703, 3709, 3711, N 11.9
- Aufhebung der Immunität > [1] 393–395 • [3] 3688–3689, 3706, 3710, 3712, N 2.4
- Aufhebung der Plenarsitzung wegen Beschlußunfähigkeit > [1] 1265 • [2] 1986–1987 • [3] 3690–3691, 3696–3697, 3706, 3709–3710
- Aufhebung der Plenarsitzung wegen störender Unruhe > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Ausschüsse > [2] 2021–2033 • [3] 3692–3693, 3706, 3709, N 9.1
- Ausschußsitzungen > [2] 2107–2109
- Ausschußsitzungen > [2] 1994–1995, 2021–2033 • [3] 3694–3695, 3706, 3710, N 8.21, N 9.1
- Aussprachen zu Großen Anfragen > [2] 1717 • [3] 3690–3691
- Auszählungen der Stimmen > [2] 1728 • [3] 3690–3691, N 8.12
- Beleidigungen (Verunglimpfungen) des Bundestages > [3] 3541
- Beratung von Gesetzentwürfen > [2] 1715
- Berichte der Bundesregierung an den Bundestag > [1] 1266–1269, 1433–1438 • [3] 3704–3705
- Berlin-Sitzungen > [2] 1500 • [3] 3696–3697, N 7.3
- Beschäftigte im Bundeshaus in Bonn > [3] 3270–3271
- Beschlußunfähigkeit > [1] 1265 • [2] 1986–1987 • [3] 3690–3691, 3696–3697, 3706, 3709–3710
- Besonderheiten der Wahlperioden > [3] 3706–3712
- Besucher des Bundeshauses > [3] 3468–3469
- Besucher des Reichstagsgebäudes in Berlin > [3] 3470
- Bestände der Wissenschaftlichen Dienste > [3] 3433
- Beteiligung an Plenardebatten > [2] 1680–1681
- Bezweiflung der Beschlußfähigkeit > [2] 1986–1987 • [3] 3690–3691

- Briefwähler > [1] 289 • [3] 3680–3681
- Bundesminister/Parlamentarische Staatssekretäre > [2] 1109–1116
- Bundestagsdrucksachen > [2] 2388–2389 • [3] 3700–3701, 3707, 3710, 3712
- Bundestagsvorstands-Sitzungen > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693
- Dauer der Plenarsitzungen > [2] 1637–1642 • [3] 3688–3689, 3708–3709, 3712, N 8.3
- Dauer des Gesetzgebungsverfahrens > [2] 2413–2415 • [3] 3702–3703, 3709–3710
- Doppelmandate Bundestag/Europäisches Parlament > [1] 469 • [3] 3688–3689
- Doppelmandate Bundestag/Landtag > [1] 466–467 • [3] 3688–3689
- Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung > [1] 442–443 • [3] 3688–3689
- dringliche Anfragen > [2] 2639, 2646 • [3] 3704–3705, 3708, 3710, N 12.1
- Drucksachen des Bundestages > [2] 2388–2389 • [3] 3700–3701, 3707, 3710, 3712
- EG-Vorlagen > [2] 2590 • [3] 3700–3701, 3707, 3711
- Eingaben an den Wehrbeauftragten > [3] 3163–3166
- Einspruchsgesetze > [2] 2396–2397, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Einsprüche des Bundesrates > [2] 2396–2399, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- einstimmig verabschiedete Gesetze > [2] 1954–1956, 2396–2397 • [3] 3702–3703
- Enquete-Kommissionen > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2123, 2251 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.1, N 9.11
- Entlassungen/Rücktritte von Bundesministern > [1] 1152–1153
- Entlassungsanträge gegen Bundesminister und Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1248–1249 • [3] 3698–3699
- Entschließungsanträge > [2] 1722
- erfolgreiche Gesetzesinitiativen der Opposition > [2] 2764–2765
- Ergebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen im Bundestag > [1] 863–868, 874–878, 1019–1024 • [2] 1477–1483, 1735–1781, 1958–1973 • [3] 3159–3162, N 4.1, N 6.1
- Erklärungen zur Abstimmung > [2] 1790–1791 • [3] 3690–3691, 3707
- Erledigung der Petitionen > [3] 3135–3137, 3706–3707
- Ersuchen an die Bundesregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs > [1] 1432 • [3] 3704–3706, 3709
- europäische Impulse zur Gesetzgebung > [2] 2385
- Fernseh-Übertragungen von Plenarsitzungen > [3] 3486–3487
- Fragestunden > [2] 1715, 1717, 2639, 2644, 2646 • [3] 3704–3708, 3710, N 12.1
- Fraktionen > [1] 900–901 • [3] 3692–3693, 3706, N 5.2
- Fraktionsmitarbeiter > [1] 1007–1009 • [3] 3271
- Fraktionssitzungen > [1] 900–901 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21

noch: **Statistik**

- Fraktionswechsel > [1] 937–941 • [3] 3688–3689, 3706, 3709–3710, N 5.6
- frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR > [2] 1575–1576 • [3] 3684–3685
- frühere Mitgliedschaft in Parlamenten oder parlamentarischen Versammlungen > [1] 610 • [3] 3684–3685
- Führungspositionen im Bundestag > [1] 657, 827–832
- Geburtsorte der MdB > [1] 589–591
- Gesamtübersicht > [3] 3678–3712
- Gesetzesberatungen > [2] 1715
- Gesetzentwürfe > [2] 2181, 2387–2393, 2402–2410, 2760–2761, 2764–2765 • [3] 3700–3705, 3707, 3709–3710, N 11.5
- Gesetzesinitiatoren > [1] 1434–1438 • [2] 2387–2395, 2400–2402, 2408–2410, 2760–2761 • [3] 3700–3701, 3704–3705, N 11.5
- Gesetzstypen > [2] 2412–2413
- Gesetzgebung > [2] 2386–2410, 2430–2431, 2450–2451, 2760–2761, 2764–2765 • [3] 3700–3707, 3709–3712, N 11.5, N 11.8, N 11.9
- gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete > [1] 647, 723–726, 847, 849, 851, 853–855 • [3] 3688–3689
- Große Anfragen > [1] 1434–1438 • [2] 2639–2641, 2647–2650, 2759–2760 • [3] 3704–3705, 3709, 3711, N 12.1
- Grundgesetzänderungen > [3] 2960–2963, 3702–3703, 3708
- Gruppen im Bundestag > [1] 900–901 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- Gruppensitzungen > [1] 900–901 • [3] 3692–3693, N 5.2, N 8.21
- gültige Stimmen bei Bundestagswahlen > [1] 290
- häufigste Redner im Plenum > [2] 1679–1680
- Hammelsprung > [2] 1728 • [3] 3690–3691, N 8.12
- Haushaltsberatungen > [2] 1717
- Hearings > [2] 1994–1995, 2123–2129, 2181 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.6
- Herbeiführung der Beschlußfähigkeit > [2] 1996–1997 • [3] 3690–3691
- Herbeirufung von Regierungsmitgliedern > [1] 1265 • [3] 3696–3697, 3704–3705, 3710–3711
- Herkunft der MdB > [1] 589–591
- Herkunftsländer der Petitionen > [3] 3148–3151
- Höhe der Diäten > [3] 3214–3216 (*weitere Nachweise unter Diäten der Mitglieder des Bundestages*)
- Hochburgen > [1] 240 • [3] 3682–3683, N 1.17
- Immunitätsfälle > [1] 393–395 • [3] 3688–3689, 3706, 3710, 3712, N 2.4
- Inhalte der Plenardebatten > [2] 1714–1717
- Interessenvertreter im Bundestag > [1] 719–720, 847, 849, 851, 853, 855
- Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragungen > [2] 1717, 2756 • [3] 3690–3691
- Kabinettsmitglieder > [1] 552–553, 1112–1113, 1122–1132, 1143–1145, 1152–1153, 1156–1157 • [3] 3696–3697
- kandidierende Parteien > [1] 78 • [3] 3680–3681
- Kanzlerwahl > [1] 1026–1027 • [3] 3696–3697
- Kleine Anfragen > [2] 1434–1438 • [2] 2639, 2642–2643, 2647–2650, 2759–2760 • [3] 3704–3705, 3708, 3710–3711, N 12.1
- Kommissionsitzungen des Ältestenrates > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- konstruktives Mißtrauensvotum > [1] 1248–1249 • [3] 3697–3699
- kontrovers und einstimmig verabschiedete Gesetze > [2] 1954–1956, 2396–2397 • [3] 3702–3703
- Mandatsaberkennungen > [1] 381, 403 • [3] 3688–3689, N 2.1
- Mandatsniederlegungen > [1] 403, 442–443 • [3] 3688–3689, 3711, N 2.6
- Mandatszähl der Fraktionen > [1] 164–172, 183–199, 902–930 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3
- Masseneingaben > [3] 3142–3148, 3706–3707
- Mißbilligungsanträge gegen Regierungsmitglieder und Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1248–1249 • [3] 3698–3699
- Mitarbeiter der Abgeordneten > [3] 3263–3264, 3271
- Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung > [2] 2849 • [3] 3271, 3426–3427
- Mitarbeiter der Fraktionen > [1] 1007–1009 • [3] 3271
- Mitgliederzahl von Parlamenten und Gremien > Mitgliederzahl
- Mündliche Anfragen > [1] 1434–1438 • [3] 2639, 2644, 2646–2650, 2759–2760 • [3] 3704–3707, 3709–3710, N 12.1
- Nachwahlen > [1] 293–295 • [3] 3682–3683
- namentliche Abstimmungen > [2] 1728, 2396–2397 • [3] 3690–3691, 3708, 3711, N 8.12
- nicht verabschiedete Gesetzentwürfe > [2] 2388–2389, 2394–2395, 2400–2401, 2408–2410 • [3] 3700–3701, 3710, 3712, N 11.5
- nicht verkündete Gesetze > [2] 2396–2397, 2400–2401, 2430–2431, 2450–2451 • [3] 3700–3701
- öffentliche Informationssitzungen (Anhörungen) der Ausschüsse > [2] 1994–1995, 2123–2129, 2181 • [3] 3694–3695, N 8.21, N 9.6
- öffentliche/nichtöffentliche Sitzungen > [2] 1994–1996 • [3] 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21
- oppositionelles Verhalten > [2] 2759–2765 • [3] 3704–3705
- Ordnungsmaßnahmen > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Ordnungsrufe > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, 3706, 3709, N 8.20
- Parlamentariergruppen > [3] 3607
- parlamentarische Beanspruchung der Bundesministerien > [1] 1434–1438
- Parlamentarische Staatssekretäre > [1] 1110–1113, 1115–1116 • [3] 3696–3697
- Parlamentskorrespondenzen > [3] 3471
- Parlamentsbesucher > [3] 3468–3470

- Petitionen > [3] 3133–3151, 3706–3709, 3711–3712, N 17.3
- Plenarreden > [2] 1673 • [3] 3688–3689
- Plenarsitzungen > [2] 1637–1642, 1994–1995 • [3] 3688–3689, 3706–3710, 3712, N 8.3, N 8.21
- politische Aussprachen im Bundestag > [2] 1717
- Präsidiumssitzungen des Bundestages > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693, N 4.7, N 8.21
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit > [3] 3468–3471
- Rechtsverordnungen > [2] 2388–2389
- Reden im Bundestagsplenum > [2] 1673 • [3] 3689
- Redner bei Regierungserklärungen > [2] 1682
- Regierungsbefragungen > [2] 1717, 2756 • [3] 3690–3691
- Regierungserklärungen > [1] 1172–1173, 1210–1211 • [2] 1638–1639, 1682–1684, 1717, 2763 • [3] 3688–3691, 3707, 3711
- Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat > [1] 1147
- Regierungsmitglieder seit 1949 > [1] 1151–1153 • [3] 3696–3697
- Regierungsmitglieder seit 1949/Abgeordnete > [1] 1150–1151
- registrierte Interessenvertreter > [2] 2182–2183
- repräsentative Wahlstatistik > [1] 39, 152–154, 223–231 • [3] 3578–3579, N 1.1
- Rotation von Abgeordneten > [1] 403 • [3] 3711
- Rücktritte / Entlassungen von Bundesministern > [1] 1152–1153
- Rügen > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Sachrufe > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Schriftliche Anfragen > [1] 1434–1438 • [2] 2639, 2644, 2647–2650 • [3] 3704–3705, 3709, N 12.1
- Seitenzahl der Stenographischen Berichte > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, N 8.3
- selbständige Anträge von Abgeordneten > [2] 1722–1723
- Sitzungsausschlüsse > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, 3706, N 8.20
- Sitzungsstatistik > Sitzungen des Bundestages
- Sitzungszeit des Plenums > [2] 1638–1640
- Sonderausschüsse > [1] 552–553 • [2] 1994–1995, 2021–2023 • [3] 3692–3695, N 9.1
- Sondersitzungen > Sitzungen des Bundestages
- Sozialstatistik der Abgeordneten > einzelne Merkmale
- stabile Wahlkreise > [1] 240 • [3] 3682–3683
- Ständiger Ausschuß gemäß Artikel 45 GG > [2] 1994–1995, 2021–2023 • [3] 3694–3695, N 8.21
- Stellenpläne der Bundestagsverwaltung > [3] 3426–3427
- Stenographische Berichte (Seitenzahl) > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, N 8.3
- Tätigkeit der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 607–608
- Themen der Aktuellen Stunden > [2] 2741–2742
- Themen der Regierungserklärungen > [1] 1210–1211
- Todesfälle während der Mandatszeit > [1] 403 • [3] 3688–3689, 3708, 3711, N 2.6
- Überhangmandate bei Bundestagswahlen > [1] 287–288, 381 • [3] 3682–3683, N 1.19
- Überprüfung der MdB auf Stasi-Tätigkeit in der DDR > [1] 398
- ungültige Stimmen bei Bundestagswahlen > [1] 290 • [3] 3680–3681
- Unterausschußsitzungen > [2] 2022–2023 • [3] 3694–3695
- Unterbrechung der Plenarsitzung wegen störender Unruhe > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Unterkommissionssitzungen des Bundestagsvorstandes und des Ältestenrates > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693
- Untersuchungsausschüsse > [2] 1994–1995, 2022–2023, 2185, 2762 • [3] 3694–3695, 3704–3707, N 8.21, N 9.1
- Untersuchungsausschuß-Sitzungen > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2188–2202 • [3] 3694–3695, 3712, N 8.21, N 9.11
- vereinbarte Debatten > [2] 1717
- Verfolgung von Abgeordneten im „Dritten Reich“ > [1] 607–608
- Vermittlungsausschuß > [2] 2450–2451
- Vermittlungsverfahren > [2] 2396–2401, 2450–2451 • [3] 3700–3703, N 11.9
- verschiedene Regierungsmitglieder seit 1949 > [1] 1150–1153 • [3] 3696–3697
- verschiedene Mitglieder des Bundestages seit 1949 > [1] 382, 1150–1151 • [3] 3682–3683
- Vertrauensfrage des Bundeskanzlers > [1] 1248–1249 • [3] 3698–3699
- Vertrauensfrage-Ersuchen an Bundeskanzler > [1] 1248–1249 • [3] 3698–3699
- Verunglimpfungen des Bundestages > [3] 3541
- Verweisungen zur Sache > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, N 8.20
- Vorstandssitzungen des Bundestages > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693
- vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 403 • [3] 3688–3689, N 2.6
- Wahlberechtigte (Bundestagswahl) > [1] 151
- Wahlkreise jedes Bundeslandes > [1] 182–183
- Wahlkreissitze und Hochburgen > [1] 240 • [3] 3682–3683
- Wahlprüfung > [1] 297–299 • [3] 3682–3683
- Wahlstatistik Bundestag > [1] 156–204 • [3] 3680–3681, N 1.11
- Wahlstatistik Europäisches Parlament > [1] 303–312 • [3] 3574–3579
- Wahlstatistik Landtage > [1] 303–312
- Wahlstatistik Volkskammer (1990) > [2] 1527 • [3] 3810, 3887–3889
- Wechsel Bundestagsmandat/Ministerpräsidentenamt > [1] 856, 859–860
- Wechsel Parlamentarische Staatssekretäre/Bundesminister > [1] 1115–1116

noch: Statistik

- weibliche Abgeordnete > [1] 634–635, 846, 848, 850, 852, 854–855 • [3] 3686–3687, N 3.11
- Wohnbevölkerung > [1] 151, 385 • [3] 3597
- Wortentziehungen im Bundestag > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, 3706, N 8.20
- Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten > [2] 1693–1694
- Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern > [2] 1712–1713 • [3] 3690–3691, 3707, 3709, 3712
- Zahl der Mitglieder ausländischer Parlamente > [1] 384–385
- Zahl der Mitglieder der Volkskammer > [3] 3714, 3757
- Zahl der Mitglieder des Bundestages > [1] 27–31, 37, 40, 379–385 • [2] 1730–1731, 2852, 2885 • [3] 3271, 3682–3683, 3706, 3712, N 2.1
- Zahl der Mitglieder des Bundestages seit 1949/Regierungsmitglieder > [1] 1150–1151
- Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments > [1] 552–553 • [3] 3551, 3553, 3555–3557, 3559, 3561–3563, 3565, 3581–3587, 3595–3598
- Zurückweisung von Bundesrat-Einsprüchen > [2] 2398–2399, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zustimmungsgesetze (Bundesrat) > [2] 2396–2399, 2428, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zustimmungsgesetze (Ratifikationsgesetze) > [2] 2412, 2765
- Zustimmungsverzagungen des Bundesrates > [2] 2396–2399, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zwischenfragen > [2] 1692

Statistische Gesamtübersicht > [3] 3678–3712**STATT Partei**

- Koalition > [1] 1460
- Parteigeschichte > [1] 132 • [3] 3673
- Parteivorsitzende > [1] 132
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 359, 377
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 77, 132 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [3] 3577
- Wahlergebnisse > [1] 132, 163, 172, 179 • [3] 3577, N 1.11

Statusrechte der Mitglieder des Bundestages > [1] 386–388

- Minderheitenrechte > [1] 386–387

Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen

- Bundestag > Stellenanteile in den Ausschüssen des Bundestages
- Volkskammer der DDR > [3] 3914

Stellenanteile in den Ausschüssen des Bundestages

- Berechnungsverfahren > [2] 2081–2092, 2864, 2872 • [3] 3914
- Fraktionen > [2] 2081–2092
- Gruppen > [1] 898–901 • [2] 2091

Stellenpläne der Bundestagsverwaltung > [2] 2849 • [3] 3426–3427**Stellvertretende Vorsitzende (Bundestag)**

- Ausschüsse > [2] 2034–2080 • [3] N 9.2
- Enquete-Kommissionen > [2] 2251–2269 • [3] N 9.11
- Fraktionen > [1] 943–979
- Gruppen > [1] 979–983
- Untersuchungsausschüsse > [2] 2188–2202

Stellvertreter

- Bundeskanzler: Vizekanzler > [1] 1031–1032, 1034–1035, 1037–1038, 1040, 1042, 1044, 1046–1049, 1051, 1053–1054, 1056, 1059, 1160–1162, 1189, 1191–1192 • [3] 3191, N 6.2
- Bundespräsident > [3] 3191
- Bundesratspräsident > [3] 3191
- Bundestagspräsident: Vizepräsidenten > [1] 862, 870–878 • [2] 2860 • [3] 3098, 3191, N 4.2

Stenographische Berichte des Bundestages > [2] 2870

- Erscheinungstermin > [2] 2853, 2905–2906
- Seitenzahl > [2] 1637–1640 • [3] 3688–3689, N 8.3
- Stenographischer Dienst > [3] 3460–3461
- Verfügbarkeit in öffentlichen Bibliotheken > [2] 2868 • [3] 3506–3508

Steuer[aufkommen]verteilung > [2] 2338, 2342, 2345, 2354, 2361, 2364, 2369 • [3] 2963, 2965–2966, 2970, 2982**„Stichwort“ (Schriftenreihe) > [3] 3472, 3481****Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR**

- Kuratorium > [2] 2315 • [3] 3048

Stiftung für das sorbische Volk

- Parlamentarischer Beirat > [2] 2314

Stiftung „Haus der Geschichte“

- Kuratorium > [2] 2313 • [3] 3048

Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“

- Stiftungsrat > [2] 2315

Stiftung „Technologiefolgenabschätzung“ > [2] 2819, 2825–2826 (vgl. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag)**Stimmabgabe bei Bundestagswahlen**

- nach Alter > [1] 223, 226–231
- nach Beruf > [1] 232–239
- nach Geschlecht > [1] 223–231
- nach Konfession > [1] 232–238
- ungültige Stimmen > [1] 289–290 • [3] 3680–3681
- westliche/östliche Bundesländer > [1] 203–204, 224–225, 238–239

Stimmabgabe bei Europawahlen

- nach Alter und Geschlecht > [3] 3578–3579

Stimmenanteil der Länder im Bundesrat > [2] 1712, 2447**Stimmenanteil der Parteien bei Bundestagswahlen**

- in Prozent der Wähler > [1] 156–172
- in Prozent der Wahlberechtigten > [1] 154–155
- Mandatsanteil > [1] 291–292 • [3] 3680–3681, N 1.22

Stimmenkauf bei Wahlen > Abgeordneten-Bestechung

Stimmergebnisse von einzelnen Abstimmungen und Wahlen im Bundestag > [1] 863–868, 874–878, 1019–1024 • [2] 1477–1483, 1735–1781, 1958–1973 • [3] 3159–3162, N 4.1, N 6.1

Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Bundestag > [1] 381, 624, 862, 907, 928, 1019, 1122, 1131 • [2] 1509, 1540, 1543, 1730, 1973–1975, 2445, 2880 • [3] 3667

Stimmverrechnungsverfahren bei Bundestagswahl > [1] 28, 31, 36, 46–47

Strafbarkeit des Stimmenkaufs > Abgeordneten-Bestechung

Strafverfolgung von Verunglimpfungen des Bundestages > [3] 3541

Straßenbaubericht der Bundesregierung > [1] 1359

Streitkräfte > [3] 2980

Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht

- Entscheidungen (Auswahl) > [3] 3064–3092
- Klagen aus dem Bundestag > [1] 387 • [2] 2466–2467, 2481–2491
- Verfahrensbeitritte des Bundestages > [2] 2467–2481

Strukturbericht der Bundesregierung > [1] 1370

Studienfächer der Mitglieder des Bundestages > [1] 674–675

Stuttgarter Länderrat > [1] 626

Subsidiaritätsbericht der Bundesregierung > [1] 1375

Subventionsbericht der Bundesregierung > [1] 1306 • [3] 3475

Südamerika > Lateinamerika

Südasien

- Deutsch-südasiatische Parlamentariergruppe > [3] 3610

Süddeutscher Rundfunk

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3492–3493

Südkorea

- Deutsch-koreanische Parlamentariergruppe > [3] 3610

Südosteuropa

- Deutsch-südosteuropäische Parlamentariergruppe > [3] 3609, 3611

Südschleswigscher Verein (SSV) > [1] 133

Südschleswigscher Wählerverband (SSW)

- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Mandatzahl/Bundestag > [1] 133, 164, 185, 903, 908, 911 • [3] 3682–3683
- Parteigeschichte > [1] 133
- Parteivorsitzende > [1] 133
- Rechenschaftsberichte über Finanzen > [1] 360–361, 377

- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–70, 133, 285
- Wahlergebnisse > [1] 133, 162, 164–166, 180, 185

Südwestfunk

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3493–3494

Südweststaat

- Neugliederung > [2] 2339, 2362, 2597 • [3] 2992–2993, 3065

SVP > Saarländische Volkspartei (SVP)

Synopse

- Gesetzes-Dokumentationen > [2] 2456–2465
- parlamentarische Laufbahnen > [1] 734–825
- Regelungen im Abgeordnetengesetz (Bundestag) > [1] 388–391
- Regierungen Bund/Länder > [1] 1439–1462 • [3] N 6.21
- Wahlrechtsregelungen (Bundestag) > [1] 41–46

Systemanalyse

- Wirkungsanalyse von Gesetzen > [2] 2541

SzT > Sammlung zur Tat (SzT)

TAB > Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag

Tadelsanträge gegen Regierungsmitglieder > [1] 1247–1254 • [2] 1738, 1745, 1750, 2760–2761, 2894 • [3] 3698–3699, 3704–3706

Tätigkeit von Mitgliedern des Bundestages im „Dritten Reich“ > [1] 605–609

Tag der deutschen Einheit

- Gedenksitzungen im Plenarsaal des Bundestages > [2] 1502, 2010–2015
- Tag der Vereinigung Deutschlands > [2] 1562–1563, 2010–2011, 2015 • [3] 3669, 3882–3883

Tag der Konstituierung des Bundestages > [1] 300–301, 1141–1142 • [3] 3635, 3638, 3642, 3644, 3646, 3650, 3653, 3655, 3657, 3660, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 26 (vgl. auch Kapitel 34: Plenarsitzungs-Register)

Tagegeld(pauschale) der Mitglieder des Bundestages > [2] 2856 • [3] 3021–3023, 3025–3026, 3198–3199, 3214–3216, 3232

Tagesordnung

- Bundestag > Tagesordnung (Bundestag)
- Runder Tisch der DDR > Runder Tisch DDR
- Volkskammer der DDR > Volkskammer der DDR

Tagesordnung (Bundestag)

- Ausschuß Deutsche Einheit > [2] 1566–1575
- Ausschußsitzungen mit DDR-Themen > [2] 1503–1507, 1510–1513, 1515–1516, 1518, 1521, 1524–1529, 1531–1532, 1534–1544, 1546–1547, 1549, 1551, 1555–1558, 1566–1575
- Geschäftsordnung > [2] 2778–2780 • [3] 3097, 3099, 3107, 3115
- Gliederung nach Sachgebieten > [2] 2861

noch: Tagesordnung (Bundestag)

- Plenarsitzungen mit DDR-Themen > [1] 1189–1191, 1193, 1198–1199, 1204–1205 • [2] 1502–1503, 1505–1512, 1515–1517, 1519, 1521–1522, 1524–1526, 1528–1529, 1531–1533, 1535, 1538–1540, 1542–1543, 1549, 1551, 1554–1556, 1559–1560, 1564–1565, 2708, 2710–2712, 2718, 2722, 2724, 2726–2728
- Sondersitzungen > [2] 1662–1669 • [3] N 8.6
- Ständiger Ausschuß gemäß Art. 45 GG > [2] 2298

Tagungen > Sitzungen

Tagungsstätte der Plenarsitzungen des Bundestages > [2] 1499–1501, 1546, 1564, 1632–1633 • [3] 3314, 3327–3332

Tarifbericht der Bundesregierung > [1] 1307

Technologie(folgen)-Bewertung > [2] 2816–2833

- Ausschuß > [2] 1542, 2032–2033, 2073, 2077, 2104–2105, 2126–2128, 2154, 2162, 2164, 2166, 2169, 2293, 2825–2828, 2878, 2881 • [3] 3105, 3478
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag > [2] 2816, 2826–2828, 2878
- Chronik der Einrichtung einer Beratungskapazität beim Bundestag > [2] 2817–2828, 2878, 2881
- Enquete-Kommission > [2] 2148, 2157, 2259, 2263, 2273, 2275, 2291, 2296–2297, 2820–2826, 2874 • [3] 3476–3478, 3662, 3664
- Projekte des Büros für Technikfolgen-Abschätzung > [2] 2827, 2833
- Veröffentlichungen des Büros für Technikfolgen-Abschätzung > [2] 2828–2832

Teilnahme von Parteien an Parlamentswahlen

- Bundestagswahlen > [1] 67–137 • [3] 3068–3069, 3074, 3680–3681, N 1.5
- Europawahlen > [3] 3574–3577
- Volkskammerwahl 1990 > [3] 3885–3886

Termine > Daten

Terminplan für 60-Tage-Frist bei Neuwahl > [1] 61–64

Testverfahren von Gesetzentwürfen > [2] 2539–2545

Themen

- Aktuelle Stunden des Bundestages > [2] 2708–2741 • [3] N 12.2
- DDR-Themen > Tagesordnung (Bundestag)
- Große Anfragen des Bundestages > [2] 2654–2705
- Kabinettsberichterstattung/Regierungsbefragungen > Regierungsbefragungen
- Konferenzen der europäischen Parlamentspräsidenten > [3] 3599–3603
- Masseneingaben > [3] 3142–3148
- Öffentliche Anhörungen im Bundestag > [2] 2129–2178
- Regierungsbefragungen des Bundestages > [2] 1507, 1514, 1517, 1521, 1526, 1528, 1531, 1539, 2743, 2745–2756

- Regierungserklärungen im Bundestag > [1] 52–53, 1189–1211 • [2] 1490–1491, 1506, 1508, 1519, 1522, 1533, 1535, 1543, 1551, 1559, 1564 • [3] 3797, N 6.11
- vereinbarte Debatten > [2] 1718–1721

Thüringen

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 182–183, 197, 199–202, 311–312
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Landtagswahlen > [1] 310, 312 • [2] 1565
- Mandatszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183
- Ministerpräsidenten > [1] 858–860, 1462
- Petenten-Anteil > [3] 3151
- Regierungskoalitionen > [1] 1462
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 222
- Stimmzahl im Bundesrat > [2] 1712, 2447
- Überhangmandate bei Bundestagswahl > [1] 287–288 • [3] N 1.19
- Volkskammerwahlergebnis > [3] 3888
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahlen > [1] 197, 199
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahlen > [1] 182–183

Tierschutzbericht der Bundesregierung > [1] 1301

Tierschutz[partei] > Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei)

Todesdaten

- verstorbene Mitglieder des Bundestages > [1] 405–421 • [3] N 2.7 (vgl. auch Kap. 31: Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages und Personenregister)
- verstorbene Politiker > [1] 405–421 • [3] N 2.7

Todesfälle während der Amtszeit/Mandatszeit

- Mitglieder der Bundesregierung > [1] 1152–1153
- Mitglieder des Bundestages > [1] 403 • [3] 3688–3689, 3708, 3711, N 2.6

Todesstrafe

- Wiedereinführung > [3] 2985, 2988–2990

Totalvorbehalt des Gesetzes > [2] 2355

Transparenz der parlamentarischen Arbeit > [2] 1637–1642, 1993–1996 • [3] 3094, 3694–3695, 3707, 3711, N 8.3, N 8.21

Trendverschiebungen Bundestags-/Landtagswahlen > [1] 303–312

Treuhandanstalt > [3] 3822, 3833, 3836, 3854

- parlamentarische Kontrolle durch Bundestag > [2] 2027, 2076–2077, 2129, 2200, 2223–2226, 2229–2230 • [3] 3673
- parlamentarische Kontrolle durch Volkskammer > [3] 3822, 3839, 3844, 3846, 3873, 3881

Tropenwaldbericht der Bundesregierung > [1] 1301

Trotzkistische Bewegung > [1] 89, 116

Tschechien

- Deutsch-tschechische Parlamentariergruppe > [3] 3611

Tschechoslowakei

- Deutsch-tschechoslowakische Parlamentariergruppe > [3] 3610–3611

Türkei

- Deutsch-türkische Parlamentariergruppe > [3] 3611

Tunesien

- Deutsch-tunesische Parlamentariergruppe > [3] 3611–3612

Typologie der Gesetze > [2] 2411–2413

- nach formalen Kriterien > [2] 2411–2412
- nach Wichtigkeit > [2] 2412–2413

Typologie der Zwischenfragen im Bundestag > [2] 1686–1692**UAP** > Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP)**UDM** > Union Deutscher Mittelstandsparteien (UDM)**UdSSR** > Sowjetunion**UDU** > Universal Demokratische Union (UDU)**Über- und außerplanmäßige Ausgaben** > [1] 1306 • [2] 2370, 2982 • [3] 3033, 3077–3078**Übergangsgeld für ausgeschiedene Mitglieder des Bundestages** > [1] 390 • [2] 2853, 2876, 2885 • [3] 3025, 3031, 3036, 3048–3049, 3051, 3198, 3202, 3209–3210, 3238**Überhangmandate bei Bundestagswahlen** > [1] 40, 46, 287–288, 291–292, 299, 380–381 • [3] 3073, 3677, 3682–3683, 3708, 3712, N 1.19, N 1.22, N 2.1**Überprüfung auf Mitarbeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst**

- Mitglieder der Volkskammer > [2] 1555 • [3] 3668, 3807, 3809, 3811–3813, 3815, 3817, 3848–3849, 3871–3873, 3875–3882
- Mitglieder des Bundestages > [1] 391, 396–402 • [2] 2919 • [3] 3041, 3045, 3092, 3671

Übertragungen von Plenarsitzungen durch Hörfunk und Fernsehen > [2] 2922, 2927, 2933 • [3] 3488, 3494

- Chronik > [3] 3463, 3482–3486, 3495–3500
- „Parlamentskanal“ > [2] 2933–2934 • [3] 3495–3500
- Statistik > [3] 3486–3487

UFV > Unabhängiger Frauenverband (UFV)**Ukraine**

- Deutsch-ukrainische Parlamentariergruppe > [3] 3609, 3612

Umfragen

- gewünschte Bundeskanzler > [1] 1028
- Parlamentsverständnis der Mitglieder der Volkskammer > [3] 3896–3902
- Parlamentsverständnis der Mitglieder des Bundestages > [1] 529–546 • [2] 2847–2848
- Parlamentsverständnis der Öffentlichkeit > Umfragen über den Bundestag

- Stimmabgabe bei Bundestagswahlen > [1] 232–239
- Wählerbefragungen > [1] 35
- Zeitbudget der Abgeordneten > [1] 535, 547–550

Umfragen über den Bundestag > [3] 3508–3540

- Bekanntheit der Abgeordneten > [3] 3519–3520, 3536, 3540
- bevorzugtes Regierungssystem > [3] 3510
- Einschätzung der Abgeordneten > [3] 3524–3530, 3536–3537, 3539–3540
- Einschätzung der parlamentarischen Arbeit > [3] 3514–3515, 3537
- Einschätzung des Bundestages > [3] 3513–3514, 3532–3535
- Einstellung gegenüber dem Bundestag > [3] 3510–3512, 3539
- Einstellung zur parlamentarischen Opposition > [3] 3513
- Erwartungen gegenüber Abgeordneten > [3] 3521–3523
- Funktionen des Parlaments > [2] 2847–2848
- Informierung über den Bundestag > [3] 3531
- Interesse am Bundestag > [3] 3518–3519, 3539
- Interesse an Abgeordneten > [3] 3520
- Kenntnis des Bundestages > [3] 3510, 3535
- Kenntnisse über den Bundestag > [3] 3515–3518, 3536, 3538–3539
- politisches Engagement > [3] 3530

Umgestaltung des Reichstagsgebäudes nach 1990 > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26**Umweltausschuß des Bundestages** > [2] 1537, 1540, 1558, 2033, 2070, 2073, 2076, 2080, 2103–2106, 2128, 2148, 2155, 2165–2166, 2176, 2261, 2264–2265, 2823, 2875 • [3] 3475, 3663, N 9.2**Umweltbericht der Bundesregierung** > [1] 1323, 1325, 1354–1355**Umweltbibliothek Berlin (Ost)** > [1] 113, 135 • [3] 3724**Umweltminister in der Bundesregierung** > [1] 655, 1095, 1149, 1202–1203, 1207–1208, 1219 • [2] 1600, 1677 • [3] 3663–3664, N 6.11**Umweltschutz als Staatsziel** > [3] 2976–2977, 2995–2997**Umweltschutzbewegung**

- Bundesrepublik Deutschland > [1] 83, 110, 114–115, 124
- Deutsche Demokratische Republik > [1] 114

Umzug des Bundestages nach Berlin

- Berlin/Bonn-Gesetz > [2] 1482–1483, 1614, 1616, 1619–1621 • [3] 3044, 3674
- Chronik > [2] 1601–1629
- Kommissionen des Ältestenrates > [2] 1609, 1611–1614, 1620–1621, 1624, 1628
- Kosten > [2] 1610, 1613, 1616–1621, 1625, 1627–1629 • [3] 3044, N 7.8

noch: Umzug des Bundestages nach Berlin

- Umzugsbeauftragter der Bundesregierung > [2] 1623
- Umzugsbeschluß > [2] 1481–1483, 1605–1614, 1619–1621, 1624 (siehe auch unter Berlin, hier: Hauptstadtschlüsse des Bundestages)
- Umzugstermin > [2] 1607, 1612–1629 • [3] 3044, N 7.8
- Volksabstimmung > [2] 1621

Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP)

- Parteigeschichte > [1] 133–134
- Parteivorsitzende > [1] 134
- Rechenschaftsberichte über Einnahmen > [1] 361
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 71–74, 77, 134
- Wahlergebnisse > [1] 134, 158–159, 167–170, 172, 180

Unabhängige Demokraten > [1] 71, 83**Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts > [3] 3205–3207****Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR > [1] 1329 • [2] 2229****Unabhängige (parteilose oder fraktionslose) Mitglieder des Bundestages**

- Ausschußmitgliedschaft > [2] 2879, 2881 • [3] 3085–3086, 3105
- Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung > [2] 2473–2474, 2486 • [3] 2993, 3085–3086, 3665
- parteilose Wahlkreisabgeordnete > [1] 164, 284–286
- Zahl > [1] 552–553, 903, 908–930 • [3] 3682–3683

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)

- Parteigeschichte > [3] 3798, 3886
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3886
- Wahlergebnisse > [3] 3887

Unabhängige Soziale Demokraten (USD)

- Parteigeschichte > [1] 134
- Parteivorsitzender > [1] 134
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 74, 134
- Wahlergebnisse > [1] 134, 159, 169, 180

Unabhängige Volkspartei (UVP)

- Teilnahme an Volkskammerwahl > [3] 3886
- Wahlergebnis > [3] 3887

Unabhängiger Frauenverband (UFV)

- Mandatzahl/Bundestag > [1] 87, 134, 1015
- Mandatzahl/Volkskammer > [1] 114, 134 • [3] 3811, 3907
- Organisationsgeschichte > [1] 87, 114, 134 • [3] 3766, 3795, 3797–3798, 3801, 3811
- Regierungsbeteiligung/Ministerrat > [1] 134 • [2] 3793
- Teilnahme am Runden Tisch > [1] 134 • [3] 3768
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 75, 87, 134
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 114, 134 • [3] 3797, 3886, 3905, 3907

- Vertretung im Bundestag > [1] 134, 1015
- Vorsitzende > [1] 134
- Wahlbündnis > [1] 87, 114–115, 134 • [3] 3797–3798, 3811, 3868, 3886, 3905, 3907

Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung > [1] 1273, 1279**Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr der Bundesregierung > [1] 1359****Ungarn**

- Deutsch-ungarische Parlamentariergruppe > [3] 3612

Ungültige Stimmen bei Wahlen

- Bundestagswahlen > [1] 289–290 • [3] 3680–3681
- Europawahlen > [3] 3574–3577
- Volkskammerwahl (1990) > [3] 3888

Union Deutscher Mittelstandsparteien (UDM)

- Parteigeschichte > [1] 135
- Parteivorsitzender > [1] 135
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 70, 135
- Wahlergebnisse > [1] 135, 158, 166, 176

Union für Umwelt- und Lebensschutz > Deutsche Solidarität – Union für Umwelt- und Lebensschutz (ÖKO-UNION)**Union Sozialer Arbeiter Christi Deutschlands (USACD) > [1] 70****Unionsparteien > Christlich Demokratische Partei Deutschlands / Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)****Unionsvorlagen > EG-Vorlagen****Universal Demokratische Union (UDU) > [1] 295****Unkostenersatz für Mitglieder des Bundestages > Kostenpauschale für Mitglieder des Bundestages****Die Unregierbaren – Autonome Liste > [3] 3577****Unterausschüsse des Bundestages**

- Geschäftsordnung > [2] 2781–2782, 2871 • [3] 3116
- Sitzungen > [2] 2022–2023 • [3] 3694–3695
- Verzeichnis > [2] 2034–2080

Unterausschuß...

- des Bundestages und des Bundesrates zur Beratung einer Geschäftsordnung gemäß Artikel 77 des Grundgesetzes > [2] 2041
- für Fragen der Europäischen Gemeinschaft > [2] 2071, 2874 • [3] 3613, 3615
- Rechnungsprüfungsausschuß > [2] 2034, 2036, 2043, 2047, 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079, 2807–2808, 2853

Unterbrechung der Plenarsitzung wegen störender Unruhe > [2] 1989, 1991–1992 • [3] 3095, 3692–3693, N 8.20**Unterbringung der Bundestagsverwaltung**

- Berlin > [3] N 7.8
- Bonn > [3] 3278, 3434–3440

Unterkommissionen des Bundestages (siehe auch unter *Kommissionen des Bundestages*)

- Ältestenrat > [1] 883, 885, 887–888
- Ausschüsse > [2] 2034–2080
- Enquete-Kommissionen > [2] 2253–2254, 2256–2257
- Vorstand des Bundestages > [1] 882, 885–886, 893

Unternehmer

- Mitglieder des Bundestages > [1] 646, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713 • [2] 2115–2116

Unterrichtsmodelle „Bundestag“ (Bibliographie) > [3] 3503–3505**Unterrichtungen der Bundesregierung** > Berichte der Bundesregierung an den Bundestag**Untersuchungen**

- Analysen der einzelnen Bundestagswahlen > [1] 205–214
- Einzelfallstudien zur Gesetzgebung > [2] 2512–2537
- Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen > [2] 2538–2588
- Koalitions- und Regierungsbildungen > [1] 1145–1146
- oppositionelles Verhalten in einzelnen Wahlperioden des Bundestages > [2] 2773–2775
- Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse > [2] 2116–2121
- Organisation und Arbeitsweise einzelner Enquete-Kommissionen > [2] 2294–2297
- Parlamentsverständnis der Abgeordneten > [1] 529–546
- Parlamentssoziologie > [1] 727–733
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 214–222
- Rhetorik im Bundestag > [2] 1996–2005
- Sozialstruktur der Bundeskabinette > [1] 1162–1165
- Sozialstruktur des Bundestages > [1] 727–733
- Wahlanalysen > [1] 205–222
- Wahlprüfungspraxis > [1] 297

Untersuchungsaufträge

- Enquete-Kommissionen > [2] 2270–2289
- Untersuchungsausschüsse > [2] 2203–2230
- Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß > [2] 2233–2239

Untersuchungsausschüsse des Bundestages > [2] 2184–2249

- Abgrenzungsmerkmale zu Enquete-Kommissionen > [2] 2249
- Aktenvorlage > [2] 2194, 2196, 2243, 2483–2485, 2491 • [3] 3008, 3081–3082, 3661, 3663
- Anträge auf Einsetzung > [1] 387 • [2] 1734, 2186–2202, 2231–2233, 2240–2242, 2762, 2777, 2893
- Antragsberechtigte Mehrheit > [2] 2184, 2186–2187, 2777
- Aufgaben > [2] 2249–2250
- Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen > [2] 2194, 2483–2486, 2489, 2491 • [3] 3081–3082, 3084–3085, 3661, 3663

- Daten der Einsetzung > [2] 2188–2202, 2231–2233, 2893 • [3] 3635–3640, 3644–3645, 3648–3649, 3651, 3653, 3655, 3657–3658, 3660, 3662–3664, 3670, 3675, N 9.10
- einzelne Untersuchungsausschüsse > Untersuchungsausschuß ...
- Enquete-Kommissionen > [2] 2249–2250
- Gesetzgebungs-Empfehlungen > [2] 2382
- Grundgesetz(änderung) > [1] 387 • [2] 1734, 2184, 2231, 2243–2245, 2777 • [3] 2993, 2995, 3009, 3052, 3056–3059
- IPA-Regeln > [2] 2243–2244, 2246–2247
- Minderheitenrecht > [2] 2242–2243, 2249 • [3] 3007–3008
- Mitgliederzahl > [1] 552–553
- Opposition > [2] 2242, 2758, 2762 • [3] 3704–3705
- Rechtsgrundlage > [2] 2184 • [3] 3052, 3056–3059
- Reform des Untersuchungsverfahrens > [2] 2242–2248, 2912–2914, 2923, 2927–2928 • [3] 3007–3009, 3013
- Sitzungen > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2188–2202 • [3] 3694–3695, 3712, N 8.21, N 9.11
- Ständiger Ausschuß als Untersuchungsausschuß > [2] 2297
- Statistik > [2] 1994–1995, 2021–2023, 2185, 2762 • [3] 3694–3695, 3704–3707, N 8.21, N 9.1
- Stellung > [2] 2184, 2249 • [3] 3052, 3056–3059
- Untersuchungsaufträge > [2] 2203–2230, 2233–2239, 2893, 2896
- Untersuchungsausschußgesetz > [2] 2242–2248 • [3] 3008–3009, 3019, 3029, 3033, 3037, 3039–3040, 3044–3045
- Verfahrensrichtlinien > [2] 2940, 2942–2944
- Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß > [2] 2184–2185, 2231–2239, 2244, 2777, 2854, 2896 • [3] 2966, 2978, 3476, 3657, 3660, 3664, 3694–3695, N 9.10, N 26
- Verzeichnis > [2] 2188–2202, 2231–2233 • [3] N 9.10
- Vorsitzende > [2] 2188–2202
- Zahl > [2] 2022–2023, 2185, 2762 • [3] 3694–3695, 3704–3707, N 8.21, N 9.1

Untersuchungsausschuß ... (Im folgenden sind die Untersuchungsausschüsse mit ihrem offiziellen Kurztitel oder mit einem Stichwort alphabetisch aufgeführt):

- Abhörvorfall eines Telefongesprächs mit Franz Josef Strauß > [2] 2193, 2211–2213 • [3] 3655
- Affäre Kießling > [2] 2233 • [3] 3475, 3660
- Bereinigung des Reichs- und Bundesrechts > [2] 2190, 2206 • [3] 3639
- DDR-Vermögen > [2] 2202 • [3] 3675, N 9.10
- Dokumentenaffäre (Spiegel) > [2] 2232, 2234
- Dokumentendiebstahl Bundeskanzleramt > [2] 2189, 2204 • [3] 3636
- Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette > [2] 2190, 2206, 2893 • [3] 3640
- Einstellung von Schwerbeschädigten bei den Bundesdienststellen > [2] 2190, 2205 • [3] 3637
- Fall John > [2] 2190, 2205 • [3] 3638
- Fall Rauschenbach > [2] 2194, 2213–2214 • [3] 3658

noch: **Untersuchungsausschuß...**

- FIBAG-Ausschuß > [2] 2191, 2206 • [3] 3644
- Finanzierungsprobleme Tornado > [2] 2232, 2237 • [3] 3657
- Flick-Spenden-Affäre > [2] 2194–2195, 2214–2215 • [3] 3081–3082, 3660
- Flugtage von Ramstein und Nörvenich > [2] 2233 • [3] 3476, 3664
- Gesetzgebungsenquête > [2] 2190
- Grubenkatastrophe auf der Zeche „Dahlbusch“ > [2] 2189, 2203–2204 • [3] 3636
- Guillaume-Ausschuß > [2] 2193, 2210 • [3] 3653
- Hauptstadtfrage > [2] 2189, 2204, 2243 • [3] 3636
- HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte > [2] 2200, 2226–2228 • [3] 3478, 3673
- HS-30-Ausschuß > [2] 2192, 2207–2208 • [3] 3648
- Kommerzielle Koordinierung (KoKo) > [2] 2199, 2223–2224, 2229–2230 • [3] 3478, 3670
- Korruptionsfälle bei der Bundeswehr > [2] 2231
- Mißstände im Auswärtigen Dienst > [2] 2189, 2205 • [3] 3637
- Mißstände in der Bundesverwaltung > [2] 2189, 2204–2205 • [3] 3636
- Nachrichtendienste > [2] 2192 • [3] 3649
- Neue Heimat > [2] 2195, 2216–2219, 2246 • [3] 3663
- Öffentliches Gelöbniß in Bremen > [2] 2232, 2235–2236
- Pan International-Ausschuß > [2] 2192, 2208, 2244 • [3] 3651
- Plutow-Ausschuß > [2] 2189 • [3] 3636
- Plutonium-Schmuggel > [2] 2201, 2228–2229 • [3] 3675, N 9.10
- Rechtsextremismus in der Bundeswehr > [3] N 9.10, N 26
- Spiegel-Ausschuß > [2] 2189 • [3] 3636
- Spionageabwehr > [2] 2195, 2216 • [3] 3662
- Spionagefall *Lutze/Wiegel* > [2] 2232, 2234–2235 • [3] 3655
- Steiner/Wienand-Ausschuß > [2] 2193, 2209, 2244 • [3] 3653
- Telefon-Abhöraffaires > [2] 2191, 2193, 2207, 2211–2213 • [3] 3645, 3655
- Transnuklear/Atomskandal > [2] 2198, 2221–2223 • [3] 3477, 3664
- Treuhandanstalt > [2] 2200, 2224–2226 • [3] 3478, 3673
- U-Boot-Pläne > [2] 2196–2197, 2219–2220 • [3] 3663–3664
- Überprüfung der Einfuhren > [2] 2188, 2203 • [3] 3635
- Überprüfung der im Raume Bonn vergebenen Aufträge > [2] 2188, 2203 • [3] 3635

Ununterbrochene Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 573–579 • [3] 3684–3685

Unvereinbarkeiten mit dem Bundestagsmandat > [1] 421, 434–440

– Mandatsniederlegungen > [1] 403, 421

Unverletzlichkeit der Wohnung > [2] 2357

USA > Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

USACD > Union Sozialer Arbeiter Christi Deutschlands (USACD)

USD > Unabhängige Soziale Demokraten (USD)

USPD > Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)

UVP > Unabhängige Volkspartei (UVP)

V > Volksfront (V)

VAA > Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie (VAA)

Vaterländische Union (VU)

– Parteigeschichte > [1] 135

– Parteivorsitzender > [1] 135

– Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 70, 135

– Wahlergebnisse > [1] 135, 160, 165–166, 180

Vaterländischer Bund Hamburg (VBH) > [1] 304

VBH > Vaterländischer Bund Hamburg (VBH)

VdgB > Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) [DDR]

VDNV > Vereinigung Deutsche Nationalversammlung (VDNV)

Venezuela

– Deutsch-venezolanische Parlamentariergruppe > [3] 3612

Verabschiedete Bundesgesetze > [2] 2892

– einstimmig und kontrovers verabschiedete > [2] 1953–1973, 2396–2397 • [3] 3702–3703

– Statistik > [2] 2387–2389, 2392–2410 • [3] 3700–3701, 3706, 3710–3711, N 11.5

Verbände > Interessenverbände

Verband der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e. V. > [3] 3630

Verbandsfärbung der Ausschüsse des Bundestages > [2] 2109–2113

Verbote von Parteien > [1] 97, 109, 118, 130, 380, 402, 404, 913, 970, 988, 1011 • [2] 2467, 2895 • [3] 3025–3026, 3066–3067, 3069–3070, 3637, 3640, 3682–3683

Verdacht auf Stasi-Mitarbeit > Überprüfung auf Mitarbeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst

Vereidigung

– Bundeskabinett > [1] 1141–1142

– Bundeskanzler > [1] 1019–1024

„Vereinbarte Debatten“ im Bundestag > [2] 1716–1721

Vereinigte Europäische Linke

– Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3585

Vereinigte Linke (VL)

- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 72, 135
- Wahlergebnisse > [1] 135, 161, 168, 180

Vereinigte Linke (VL) [neu/DDR]

- Mandatzahl/Bundestag > [1] 136, 937
- Mandatzahl/Volkskammer > [1] 136 • [3] 3908–3909
- Organisationsgeschichte > [1] 85, 118, 126, 135–136 • [3] 3731, 3751, 3792, 3795, 3801–3802, 3885
- Parteivorsitzende > [1] 136
- Teilnahme am Runden Tisch > [1] 135 • [3] 3768, 3774
- Teilnahme an Volkskammerwahl > Aktionsbündnis Vereinigte Linke
- Wahlbündnis > [1] 85, 118 • [3] 3776–3777, 3802, 3868, 3885
- Wahlergebnis > [1] 136 (vgl. im übrigen Aktionsbündnis Vereinigte Linke)

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) > [1] 116, 119–120**Vereinigte Staaten von Amerika (USA)**

- Abgeordnetenzahl/Einwohner > [1] 385
- Deutsch-amerikanische Parlamentariergruppe > [3] 3608

Vereinigtes Königreich > Großbritannien**Vereinigtes Wirtschaftsgebiet**

- Länderrat > [1] 628
- Wirtschaftsrat > [1] 610, 614–619, 621–623, 627–628

Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie (VAA)

- Parteigeschichte > [1] 136
- Parteivorsitzende > [1] 136
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 76, 136
- Teilnahme an Volkskammerwahl > [1] 136 • [3] 3886
- Wahlergebnisse > [1] 136, 163, 171, 180 • [3] 3887

Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren > [2] 2939**Vereinigung der Europäischen Demokraten**

- Fraktion im Europäischen Parlament > [3] 3583–3584

Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) [DDR] > [3] 3772, 3910–3911**Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente > [3] 3607****Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) > [3] 3910–3911****Vereinigung Deutsche Nationalversammlung (VDNV) > [1] 83****Vereinigung Deutschlands**

- ablehnende Äußerungen > [2] 1510, 1517 • [3] 3750, 3757, 3759, 3763, 3769–3770, 3773, 3775, 3792, 3800
- Ausschuß Deutsche Einheit > Ausschuß Deutsche Einheit
- Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes > [2] 1562 • [3] 3669, 3882–3883
- Beitrittsbeschluß der Volkskammer > [2] 1547, 1551 • [3] 3668, 3838, 3848, 3850, 3852–3853, 3856, 3858–3859, 3862–3865
- Beitrittstermin > [2] 1541, 1547–1550, 1562–1563 • [3] 3835, 3838–3839, 3847–3848, 3850, 3852–3853, 3856–3857, 3859–3860, 3862–3865
- Chronik > [1] 126 • [2] 1501–1565 • [3] 3666–3669, 3718–3883
- deutsch-deutscher Wahlvertrag > Gesamtdeutsche Wahl (1990)
- Einigungsvertrag > [1] 379 • [2] 1476, 1480, 1538, 1545–1557, 1559–1561, 1563, 1571–1575, 1601, 2447, 2474, 2486, 2929, 2937 • [3] 3477, 3668, 3801, 3829, 3845, 3847–3849, 3857–3862, 3864–3866, 3868, 3870–3871, 3873, 3876–3877, 3881
- gesamtdeutsche Verfassung > [3] 2974, 3002, 3013–3014
- gesamtdeutsche Wahl > Gesamtdeutsche Wahl (1990)
- Hauptstadtfrage > Hauptstadtfrage im Bundestag
- Konföderationspläne > [2] 1509, 1517, 1522, 1527 • [3] 3762–3763, 3770, 3795, 3777, 3791
- parlamentarische Beteiligung > [2] 1532–1533, 1535, 1566
- Reichstag-Umgestaltung nach der Vereinigung: Chronik > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26
- Tag der Vereinigung Deutschlands > [2] 1562–1563, 2010–2011, 2015 • [3] 3669, 3882–3883
- Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik > [2] 1601–1629 • [3] N 7.8
- Verantwortungsgemeinschaft > [2] 1503
- Vereinigung der Parteien > [1] 86, 90, 108, 114–116, 131, 335, 345 • [2] 1544, 1550, 1560–1561 • [3] 3668–3669, 3834, 3841, 3848, 3860, 3872, 3879, 3882
- Vereinigung nach Art. 23 oder Art. 146 GG > [2] 1532, 1536, 1541, 1547 • [3] 3786, 3798, 3803, 3810, 3815, 3817, 3819, 3838–3839, 3848, 3850, 3852–3853, 3864
- Vertragsgemeinschaft > [2] 1508–1509, 1513 • [3] 3759–3760, 3772, 3775, 3796
- Volksbefragung / Volksentscheid > [2] 1517, 1527, 1530, 1532–1533 • [3] 3788, 3793, 3795
- Wahl / Eintritt der ostdeutschen Abgeordneten in den Bundestag > [1] 379, 898, 907, 928, 936–937, 1131 • [2] 1561, 1564, 1575 • [3] 3668–3669, 3870–3871, 3881
- Wirtschafts- und Währungsunion > Staatsverträge zur Vereinigung Deutschlands

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages [und des Europäischen Parlaments] e. V. > [3] 3631–3632

Vereinigungen im Parlamentsbereich > [3] 3626–3632**Vereinigungsfreiheit** > [3] 2977**Verfahrensgesetz für Untersuchungsausschüsse** > [2] 2242–2248 • [3] 3008–3009, 3019, 3029, 3033, 3037, 3039–3040, 3044–3045**Verfassung**

- Bundesrepublik Deutschland > Grundgesetz
- Deutsche Demokratische Republik > [1] 126 • [2] 1487, 1510 • [3] 3714–3715, 3751, 3757, 3760–3761, 3764, 3768, 3780–3781, 3784, 3790, 3799–3800, 3804, 3808, 3810, 3814–3815, 3817–3820, 3822, 3824, 3827, 3831–3832, 3838–3839

Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung

- Wahlgesetz > [1] 31 • [2] 1477, 1488

Verfassunggebende Landesversammlungen > [1] 303–305**Verfassungsänderung** > Grundgesetzänderung**Verfassungsbeschwerde** > [3] 2969, 3124**Verfassungsklagen aus dem Bundestag** > [1] 387 • [2] 2466–2467, 2481–2491 • [3] N 26**Verfassungsrat** > [3] 3014**Verfassungsrechtliche Kommentarliteratur** > [3] 3052–3055**Verfassungsreform-Empfehlungen** > [3] 3006–3019

- Enquete-Kommission Verfassungsreform > [2] 2382 • [3] 3006–3013
- Gemeinsame Verfassungskommission > [3] 3013–3019

Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung > [1] 1330**Verfassungsstreitigkeiten** > [2] 2467–2489, 2491 • [3] 3064–3092**Verfassungswidrig erklärte Gesetze** > [2] 2376, 2483, 2491, 2495–2511 • [3] 3064–3065**Verfolgung im „Dritten Reich“**

- Mitglieder des Bundestages > [1] 605–608
- Mitglieder des Reichstages > [1] 605, 609

Verhältnis

- Ausschußsitze im Bundestag / Abgeordnetenzahl > [2] 2107–2109
- Einwohnerzahl / Abgeordnetenzahl > [1] 384–385 • [3] 3597
- Gesamtzahl Abgeordnete/Regierungsmitglieder seit 1949 > [1] 1150–1151
- Gremiensitze im Bundestag / Abgeordnetenzahl > [1] 551–553
- Mandatsanteil/Kabinettsmitgliederanteil im Bundestag > [1] 1143–1145
- Mandatszahl Regierungskoalition/Opposition > [1] 931–933, 1122–1132
- öffentliche / nichtöffentliche Sitzungen des Bundestages > [2] 1994–1996 • [3] 3694–3695, 3707, 3711, N 8.21

- Stimmenanteil / Mandatsanteil im Bundestag > [1] 291–292
- Stimmenmehrheit Bundestag/Bundesrat > [2] 2437–2446
- Wahlberechtigte/Wähler > Wahlbeteiligung

Verhältnswahl > [1] 27–28, 41, 48, 52

- personalisierte Verhältnswahl > [1] 48–51

Verhaltensregeln für Mitglieder des Bundestages > [1] 391, 718 • [2] 2865, 2870–2871, 2875–2876, 2885, 2925, 2927 • [3] 3032, 3035, 3102, 3104, 3107, 3115, 3119**Verhüllung des Reichstagsgebäudes** > [3] 3361, 3363, 3365, 3370, 3372, 3386–3395, 3673, 3675**Verkehrsausschuß des Bundestages** > [2] 2095

- DDR-Themen > [2] 1511, 1524, 1526, 1541, 1558
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- Öffentliche Anhörungen > [2] 2125, 2127, 2129, 2131–2132, 2135–2136, 2147, 2154, 2165, 2175
- Verbandsfärbung > [2] 2110
- Verzeichnis > [2] 2039, 2044, 2048, 2052, 2055, 2057, 2061, 2064, 2067, 2069, 2072, 2076, 2080
- Zahl der Sitzungen > [2] 2030
- Zusammensetzung > [2] 2114

Verkehrsbericht der Bundesregierung > [1] 1358**Verkehrsminister in der Bundesregierung** > [1] 843, 1093–1095, 1148, 1201, 1205, 1215–1216, 1218–1220, 1253 • [2] 1600 • [3] 3652, 3665, 3672**Verkleinerung des Bundestages** > [1] 383–384 • [3] 3675–3676**Verkündete Gesetze** > [2] 2892

- Oppositionsinitiativen > [2] 2766–2771
- „Schlüsselentscheidungen“ > [2] 2595–2635
- Statistik > [2] 2394–2397

Verlauf der Bannmeile Bundeshaus in Bonn > [3] 3397–3399**Verlaufsstatistik zur Gesetzgebung** > [2] 2403–2407**Verlustreiche Wahljahre für CDU/CSU und SPD** > [1] 312–313**Vermittlungsausschuß** > [2] 1670, 2021, 2448–2452 • [3] 3095

- Anrufungen > [2] 2396–2401, 2428, 2448–2451 • [3] 2969, 3702–3703, 3709, 3711, N 11.9
- Geschäftsordnung > [2] 2041, 2306
- Mitgliederzahl > [1] 552–553 • [2] 2306
- Vorsitzende > [2] 2451–2452
- Wahl der Mitglieder > [2] 2306
- Zahl der Sitzungen > [2] 2450–2451 • [3] N 11.9
- Zusammensetzung > [2] 2082, 2306, 2449

Vermittlungsverfahren > [2] 1670, 2398–2401, 2428–2429, 2448–2452 • [3] N 11.9

- Änderung von Gesetzen > [2] 2396–2397 • [3] 3702–3703

- Scheitern von Gesetzen > [2] 2398–2401 • [3] 3700–3701
- Statistik > [2] 2396–2401, 2450–2451 • [3] 3700–3703, N 11.9

Vermögen der Parteien > [1] 316, 322–324, 330–361 • [2] 2349 • [3] 2974, 3034, 3660

Veröffentlichung von Wählerbefragungen > [1] 35

Veröffentlichungen des Bundestages

- Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag > [2] 2828–2832
- Pressezentrum/Öffentlichkeitsarbeit > [3] 3464–3465, 3468, 3472–3481, 3651
- Wissenschaftliche Dienste > [2] 2855–2857, 2865 • [3] 3430–3432, 3434, 3436–3449

„Veröffentlichte Gesetzmateriale zu Bundesgesetzen“ > [3] 3446–3447

Versagung der Zustimmung des Bundesrates > Zustimmung des Bundesrates

Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) > [3] 3547–3549

- deutsche Ausschußvorsitzende > [3] 3549
- deutsche Fraktionsvorsitzende > [3] 3549
- deutsche Präsidenten und Vizepräsidenten > [3] 3548
- Wahl der Mitglieder > [2] 2316

Versammlungsfreiheit > [2] 2356 • [3] 3396

Versorgungsbericht der Bundesregierung > [1] 1329

Verstorbene Mitglieder des Bundestages

- Statistik > [1] 403 • [3] 3688–3689, N 2.6
- Todesdaten > [3] Kap. 31

Verstorbene Politiker

- Gedenksitzungen im Plenarsaal des Bundestages > [2] 2015–2017
- Todesdaten > [1] 405–421 • [3] N 2.7 (vgl. auch Kap. 31: *Verzeichnis der Mitglieder des Bundestages und Personenregister*)

Verteidigungsausschuß des Bundestages > [2] 2095

- Berichte des Wehrbeauftragten > [1] 1365 • [2] 2780, 2897 • [3] 3119, 3169–3178
- DDR-Themen > [2] 1525, 1542, 1556
- Grundgesetz > [2] 2034, 2184, 2854 • [3] 2966, 2978, 3052, 3056–3059, 3640
- Konstituierung als Untersuchungsausschuß > [2] 2184–2185, 2231–2239, 2244, 2777, 2854, 2896 • [3] 2966, 2978, 3476, 3657, 3660, 3664, 3694–3695, N 9.10, N 26
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- Öffentliche Anhörungen > [2] 2126, 2140, 2146, 2153
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [2] 2120
- Verbandsfärbung > [2] 2110
- Verzeichnis > [2] 2040, 2042, 2046, 2050, 2053, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079 • [3] N 9.2
- Wehrbeauftragter > [3] 3158–3159, 3166–3168

- Zahl der Sitzungen > [2] 2029
- Zusammensetzung > [2] 2114

Verteidigungsfall > [2] 2368, 2859 • [3] 2961, 2968, 2978, 2982

– Feststellung > [2] 1733, 2839

Verteidigungsminister in der Bundesregierung > [1] 842, 1085–1087, 1148–1149, 1193–1195, 1204, 1213–1214, 1216–1220, 1251–1253 • [2] 1674, 1677 • [3] 3639, 3641, 3644, 3652, 3655, 3660, 3664–3665, 3671

Verteilung des Steueraufkommens > [2] 2338

Vertrauensfrage des Bundeskanzlers > [1] 302, 387, 1231–1234, 1237–1249 • [2] 1733, 1747, 1753–1754, 1975, 2511, 2899 • [3] 3007, 3052, 3060–3063, 3079–3081, 3095, 3652, 3658–3659, 3698–3699

Vertrauensfrage-Ersuchen an Bundeskanzler > [1] 1225, 1246–1249, 1251 • [2] 1743, 2898 • [3] 3647, 3698–3699

Vertrauensgremium des Bundestages > [2] 2304, 2813–2815 • [3] 3083–3084

Vertrauensmännergremium > Parlamentarisches Vertrauensmännergremium

Vertreter von Interessenverbänden > Interessenvertreter

Vertriebenminister in der Bundesregierung > [1] 842, 1097–1098, 1147, 1213–1215, 1251 • [3] 3643, 3645, 3649

Verunglimpfungen des Bundestages > [3] 3541

Verwaltung

- Auftragsverwaltung auf dem Gebiet der Kernenergie > [3] 2981
- bundeseigene > [2] 2358–2359 • [3] 2980
- Bundesschuldenverwaltung > [2] 2310
- Bundestagsverwaltung > Bundestagsverwaltung
- Bundeswehrverwaltung > [2] 2365 • [3] 2980
- Finanzverwaltung > [2] 2339, 2346, 2361, 2370 • [3] 2982
- Gegenstände bundeseigener Verwaltung > [3] 2980
- Gesetzesbindung > [2] 2355, 2374
- Gesetzmäßigkeit > [2] 2374
- Luftverkehrsverwaltung > [2] 2349, 2366 • [3] 2967, 2974, 2981, 3018
- Verwaltungskompetenzen > [3] 2963

Verwaltungsplanspiele zu Gesetzentwürfen > [2] 2540

Verwaltungsrat

- Deutsche Ausgleichsbank > [2] 2313
- Deutsche Bundespost > [2] 2310, 2313
- Deutsche Welle > [2] 2314
- Deutschlandfunk > [2] 2314
- Filmförderungsanstalt > [2] 2312
- Lastenausgleichsbank > [2] 2311

Verweisungen zur Sache > Sachrufe im Bundestag

Verwirkung von Grundrechten > [2] 2467

Verzeichnis der Ausschüsse

- Bundestag > [2] 2034–2080 • [3] N 9.2
- Volkskammer der DDR (10. WP) > [3] 3912–3914

Verzeichnis der kandidierenden Parteien und Wählergruppen

- Bundestagswahlen > [1] 69–78 • [3] N 1.5
- Volkskammerwahl 1990 > [3] 3885–3886

Verzeichnis der Repräsentativumfragen über den Bundestag > [3] 3508–3540 (Untergliederung > Umfragen über den Bundestag)**Verzicht auf das Mandat > Mandatsverzichte****Videotext-Dienst des Bundestages > [3] 3465–3466****Viermächte-Abkommen über Berlin > [1] 1194 • [2] 1491, 1499****Vierte Internationale > [1] 89, 132 • [3] 3786, 3886****Die Vierte/Deutsche Partei > Deutsche Soziale Union (DSU)****Vierte Partei Deutschlands (VPD) > [1] 101****Vizekanzler > [1] 1031–1032, 1034–1035, 1037–1038, 1040, 1042, 1044, 1046–1049, 1051, 1053–1054, 1056, 1059, 1160–1162, 1189, 1191–1192 • [3] 3191, N 6.2****Vizepräsidenten**

- Bundesrechnungshof > [2] 1758, 2308, 2804, 2806, 2875 • [3] 3029, 3034, 3036, 3662
- Bundestag > Vizepräsidenten des Bundestages
- Europäisches Parlament > [3] 3590
- Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE > [3] 3605
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [3] 3546
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Versammlung der Westeuropäischen Union > [3] 3548
- Volkskammer der DDR > [3] 3756, 3778, 3815, 3889, 3891
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Vizepräsidenten des Bundestages > [1] 870–878

- Amtsniederlegung > [1] 871–872, 876 • [3] 3643, 3657, 3661
- Amtszeit > [1] 862, 871–873 • [2] 2301 • [3] N 4.2
- Aufgaben > [1] 862
- Fraktionszugehörigkeit > [1] 879–881
- Namensliste > [1] 871–873 • [3] N 4.2
- Wahl > [1] 387, 873–878 • [2] 1732–1734, 1975, 2301 • [3] 3635, 3638, 3640, 3642–3644, 3646–3648, 3650, 3653, 3655–3657, 3660–3661, 3663, 3670, 3674, 3676, N 4.2, N 26
- weibliche Amtsinhaber > [1] 648–656
- Zahl > [1] 870–871, 879 • [2] 2301, 2780, 2883 • [3] 3106, 3663, 3674

VL > Vereinigte Linke (VL) bzw. Vereinigte Linke (VL) [DDR]**Völkerrechtliche Verträge**

- Ratifizierungsgesetze > [2] 2358, 2375, 2411–2412, 2764–2765

Volksabstimmung

- Saarstatut > [1] 93, 95 • [2] 2600 • [3] 3639

Volksbefragung

- atomare Ausrüstung der Bundeswehr > [2] 1741, 2460–2469 • [3] 3024, 3071–3072, 3642
- Neugliederung der Länder im Südwesten > [2] 2339, 2362, 2371, 2597 • [3] 2992–2993, 3065
- Stationierung von Atomraketen > [3] 3036

Volksbegehren, Volksentscheide > [3] 3002–3003, 3046

- EU-Mitgliedschaft > [3] 3045
- Gesetzesinitiativen > [3] 3002–3003
- Hauptstadtbeschluss > [3] 3002, 3045
- Neugliederung des Bundesgebietes > [2] 2335, 2339, 2347–2349, 2353, 2362, 2371 • [3] 2973, 2991–2993, 2996
- Umzug nach Berlin > [2] 1621
- Vereinigung Deutschlands > [2] 1517, 1527, 1530, 1532–1533 • [3] 3788, 3793, 3795
- Verfassung nach Vereinigung > [2] 1554 • [3] 3047, 3801

Volksfront (V)

- Parteigeschichte > [1] 119, 136
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 73, 119, 136
- Wahlergebnisse > [1] 136, 161, 169, 180

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden > Volksfront (V)**Volksgesetzgebung > [3] 3046****Volkskammer der DDR > [3] 3713–3923**

- Abberufungen (Ministerrat, Staatsrat u.a.) > [3] 3747, 3757, 3759, 3779, 3789, 3837, 3861, 3873, 3875–3876, 3880, 3882
- Abgeordnete > Mitglieder der Volkskammer
- Abwicklung > [2] 1563
- Aktuelle Stunden > [3] 3819, 3822, 3825, 3833–3834, 3836, 3843, 3846, 3848–3849, 3851, 3866, 3868, 3871, 3877
- Alters- und Sozialstruktur > [3] 3891–3896
- Alterspräsident > [3] 3814
- Auflösung > [2] 1563 • [3] 3669, 3716, 3720, 3882–3883
- Auftrag zur Regierungsbildung > [3] 3758, 3815, 3916
- Ausschluß der Öffentlichkeit > [3] 3880
- Ausschüsse > [2] 1495–1496, 1537–1543, 1547, 1555, 1558, 1568, 1570–1571 • [3] 3714, 3753, 3757, 3760, 3764, 3780, 3805, 3815, 3817–3818, 3821, 3827, 3829, 3833, 3835, 3839, 3846–3847, 3851, 3855, 3866, 3872–3873, 3876–3877, 3879–3882, 3912–3914
- Ausschuß Deutsche Einheit > [2] 1498, 1533, 1538, 1542, 1547, 1566, 1568, 1570–1571 • [3] 3823, 3827, 3829, 3839, 3855, 3913

- Ausschußsitzungen gemeinsam mit Bundestagsausschüssen > [2] 1537–1538, 1540–1543, 1547, 1558, 1566, 1568, 1570–1571 • [3] 3829, 3835, 3839, 3855
- Ausschußvorsitzende > [3] 3912–3914
- Beitrittsbeschluß > [2] 1547, 1551 • [3] 3668, 3838, 3848, 3850, 3852–3853, 3856, 3858–3859, 3862–3865
- Berufs- und Bildungsstruktur > [3] 3893–3895
- Beziehungen zum Bundestag > [2] 1485–1499, 1503, 1527, 1533, 1537–1562 • [3] 3814, 3823, 3829, 3835, 3839, 3855, 3882
- Bürgerbewegungen > [3] 3780
- China-Erklärung > [3] 3725, 3765, 3833
- Chronik der „Wende“ > [3] 3718–3883
- Demonstrationen vor der Volkskammer > [3] 3778, 3781, 3817, 3820, 3822, 3833, 3848–3849
- deutsch-deutscher Wahlvertrag > Gesamtdeutsche Wahl (1990)
- Einberufung(sforderungen) > [3] 3743, 3748–3749, 3751–3753, 3757, 3813, 3860–3861
- Fragestunde > [3] 3764, 3830, 3833–3834, 3836, 3841, 3846–3849, 3851, 3868, 3871, 3877
- Fraktionen > [3] 3715, 3815, 3902–3911
- Fraktionsstärken > [3] 3907–3911
- Fraktionsvorstände > [3] 3902–3907
- Fraktionswechsel > [3] 3852, 3855, 3868, 3884, 3903–3905, 3907–3909
- Funktionswandel > [3] 3714–3720, 3758, 3807
- Generalstaatsanwalt > [3] 3714, 3760, 3779
- Geschäftsordnung(sänderung) > [3] 3714–3715, 3760, 3815, 3848
- Gesetzgebung > [3] 3714–3715, 3719, 3882
- Haus der Parlamentarier (zuvor Gebäude des ZK der SED) > [3] 3809, 3813, 3876
- Haushaltsrechnung / Haushaltsfeststellung > [3] 3726, 3849–3850, 3853–3854
- Koalitionen und Opposition > [3] 3922–3923
- Kontakte zum Bundestag > [2] 1485–1499, 1503, 1527, 1529, 1533, 1537–1562 • [3] 3667–3668, 3823, 3829, 3835, 3839, 3855, 3882
- Konstituierung > [2] 1487, 1529 • [3] 3667, 3813–3815
- letzte Sitzung > [2] 1499, 1562 • [3] 3668–3669, 3806–3807, 3856, 3879–3883
- Mandatsniederlegungen > Mitglieder der Volkskammer
- Ministerrat > [3] 3714–3715, 3757–3758, 3760, 3807, 3815, 3817–3818, 3915–3917
- Ministerratsvorsitzender > [3] 3714, 3757
- Mitglieder > Mitglieder der Volkskammer
- Mitgliederzahl > [3] 3714, 3884
- Nationaler Verteidigungsrat > [3] 3714, 3748
- Opposition > [3] 3922–3923
- Palast der Republik > [3] 3876
- parlamentarische Beziehungen zum Bundestag > [2] 1485–1499, 1503, 1527, 1533, 1537–1562 • [3] 3814, 3823, 3829, 3835, 3839, 3855, 3882
- Parteiengesetz > [3] 3800, 3830, 3854
- Petitionen > [3] 3851
- Plenarsitzungen > [3] 3715, 3719
- Präsident > Volkskammerpräsident
- Präsidium > [3] 3889, 3891
- provisorische Volkskammer > [2] 1487 • [3] 3715
- Prüfungsausschuß hinsichtlich Stasi-Mitarbeit > [3] 3815, 3817, 3872–3873, 3876–3877, 3879–3880, 3882, 3913
- Prüfung(sausschuß) von Fällen des Amtsmißbrauchs und der Korruption > [3] 3755, 3757, 3764–3765, 3773, 3777, 3781, 3790, 3805
- Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten einschl. Aussprache > [2] 1508 • [3] 3759–3760, 3778–3779, 3781, 3789, 3799–3800, 3806, 3819–3820, 3822, 3846
- Rhetorik > [3] 3715–3718
- Richter des Obersten Gerichts > [3] 3714, 3789
- Runder Tisch > [3] 3717, 3719, 3773–3774, 3779–3780, 3784, 3789–3790, 3793, 3799, 3808, 3814
- SED-Abhängigkeit > [3] 3715, 3743, 3745
- Sonderausschüsse > [3] 3757, 3760, 3764–3765, 3780, 3805, 3815, 3817, 3833, 3846–3847, 3851, 3872–3873, 3876–3877, 3879–3882, 3913–3914
- Sonderbeauftragter für die Unterlagen der DDR-Staatsicherheit > [2] 2308 • [3] 3876
- Sondertagungen > [3] 3730, 3825, 3828–3829, 3838–3839, 3844, 3863–3865, 3882
- Staatsrat > [3] 3714–3815, 3759, 3781, 3793, 3814
- Staatsratsvorsitzender > [3] 3714, 3745, 3747–3748, 3778, 3814
- Tagesordnung der Sitzungen / Beschlüsse > [2] 1487–1489, 1491, 1498–1499, 1543, 1549, 1551, 1555–1556, 1559 • [3] 3667–3668, 3721, 3725, 3730, 3747–3748, 3756–3760, 3764–3765, 3778–3781, 3789–3790, 3793–3794, 3799–3801, 3804–3807, 3814–3815, 3817–3820, 3822, 3825, 3827–3831, 3833–3834, 3836–3844, 3846–3855, 3859–3860, 3863–3869, 3871–3874, 3877–3883
- Treuhandanstalt > [3] 3822, 3839, 3844, 3846, 3873, 3881
- Untersuchungsausschüsse > Prüfungsausschuß ..., Sonderausschüsse
- verfassungsrechtliche Stellung > [2] 1486–1487 • [3] 3714–3715
- Vizepräsidenten > [3] 3756, 3778, 3815, 3889, 3891
- Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates > [3] 3714, 3748
- Wahl in den Bundestag > [1] 42, 379, 898, 907, 928, 936–937, 980, 1014, 1131 • [2] 1498, 1561, 1564, 1575 • [3] 3668–3669, 3870–3871, 3873, 3881
- Wahl (1990) > Wahl zur Volkskammer der DDR (1990)
- Wahlen in der Volkskammer (Ministerrat, Staatsrat u. a.) > [3] 3667, 3714, 3748, 3753, 3756–3758, 3760, 3778–3779, 3793, 3814–3815, 3817–3818, 3889–3891, 3916–3917
- Wahlgesetz > [3] 3667, 3760–3761, 3768, 3780, 3786, 3790, 3799, 3884
- Wahlperiode > [3] 3714, 3779, 3793, 3815, 3884, 3910–3911

noch: Volkskammer der DDR

- Wahltermin > [2] 1527 • [3] 3667, 3768, 3779, 3789, 3793–3794, 3810
- „Wende“-Chronik > [3] 3718–3883

Volkskammerpräsident > [3] 3889–3891

- Amtszeit > [3] 3889–3890
- Kontakte zum Bundestag > [2] 1486, 1492, 1494–1498, 1503, 1527, 1529, 1533, 1537, 1562 • [3] 3667–3668, 3823, 3829, 3835, 3839, 3855, 3882
- Rücktritt > [3] 3751, 3753, 3756, 3876
- Staatsratsvorsitzender > [3] 3814, 3816, 3878
- Stellvertreter > [3] 3756, 3778, 3815, 3889, 3891
- Wahl > [2] 1529 • [3] 3667, 3751, 3753, 3756, 3814–3815, 3889–3890

Volkskammerwahlen

- bis 1990 > [2] 1487, 1490
- 1990 > Wahl zur Volkskammer der DDR (1990)

Volkunion [DDR] > [1] 101**Volljährigkeit/Wahlalter > [1] 34, 43–44, 68 • [2] 2348, 2864, 2866****Vorbehalt des Gesetzes > [2] 2354**

- Vorbehalte im einzelnen > Gesetzesvorbehalte

Vorblätter zu Bundestags-Drucksachen > [2] 2863, 2911, 2913–2915, 2928, 2935**Vorläufige Geschäftsordnung des Bundestages > [3] 3094, 3121, 3635****Vorlage eines Gesetzesentwurfs**

- Ersuchen des Bundestages an Bundesregierung > [1] 1378–1432 • [2] 2382, 2388, 2891 • [3] 3704–3706, 3709

Vorlagefrist für Haushaltsentwurf > [2] 2786–2804**Vorpommern > Mecklenburg-Vorpommern****Vorschaltgesetze > [2] 2379****Vorschläge zur Parlamentsreform > [1] 470–529, 531–533, 542–544 • [2] 2902–2934**

- Vorschläge zur Verfassungsreform > [3] 3006–3019**
- Enquete-Kommission Verfassungsreform > [2] 2382 • [3] 3006–3013
- Gemeinsame Verfassungskommission > [3] 3013–3019

Vorsitzende (Bundestag)

- Ältestenrat > [1] 861–862 • [3] 3104
- Ältestenrats-Kommissionen > [1] 887–892 • [3] 3435–3436
- Arbeitsgruppen der Fraktionen > [1] 992–995, 999–1000
- Arbeitskreise der Fraktionen und Gruppen > [1] 990–991, 996–998, 1001–1005
- Ausschüsse > [2] 2034–2080 • [3] N 9.2
- Büchereibeirat > [1] 885–886 • [3] 3435
- Enquete-Kommissionen > [2] 2252–2269
- Europa-Kommission > [3] 3614
- Fraktionen > [1] 943–979, 983–989 • [3] N 5.7, N 5.8

- Gruppen > [1] 979–983
- Rechnungsprüfungsausschuss > [2] 2043, 2047, 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079
- Ständiger Ausschuss gemäß Art. 45 GG > [2] 2298
- Unterkommissionen des Vorstands > [1] 885–886
- Untersuchungsausschüsse > [2] 2188–2202

Vorsitzende (Parlamentarischer Rat)

- Präsidium, Ausschüsse, Fraktionen > [1] 624–625

Vorsitzende (Volkskammer der DDR)

- Ausschüsse > [3] 3912–3914
- Fraktionen > [3] 3902–3907

Vorsitzende (Wirtschaftsrat)

- Präsidium, Ausschüsse, Fraktionen > [1] 622–623

Vorsitzende aus der Bundesrepublik Deutschland

- Europäisches Parlament > [3] 3590–3594
- Nordatlantische Versammlung > [3] 3604
- Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE > [3] 3605
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [3] 3546–3547
- Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) > [3] 3548–3549

Vorsitzende der Ausschüsse

- Bundestag > [2] 2034–2080 • [3] N 9.2
- Europäisches Parlament > [3] 3592–3594
- Nordatlantische Versammlung > [3] 3604
- Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE > [3] 3605
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [3] 3547
- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Vermittlungsausschuss > [2] 2451–2452
- Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) > [3] 3549
- Volkskammer der DDR > [3] 3912–3914
- Wirtschaftsrat > [1] 623

Vorsitzende der Fraktionen

- Bundestag > [1] 943–979, 983–989, 1117–1121 • [3] N 5.7, N 5.8
- Europäisches Parlament > [3] 3591
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [3] 3546
- Parlamentarischer Rat > [1] 624–625
- Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) > [3] 3549
- Volkskammer der DDR > [3] 3902–3907 (*siehe auch unter den einzelnen Fraktionen*)
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Vorstand des Bundestages > [1] 882 • [2] 2860

- Ältestenrat > [1] 882 • [2] 2860
- Berlin-Sitzungen > [2] 1500 • [3] 3696–3697
- Funktionen > [1] 882, 885
- Mitgliederzahl > [1] 552–553 • [2] 2305
- Unterkommissionen > [1] 882, 885–886, 893 • [3] 3692–3693

- Zahl der Sitzungen > [1] 892–893 • [2] 1994–1995 • [3] 3692–3693
- Zusammensetzung > [1] 882 • [2] 2305, 2856 • [3] 3097

Vorstand der Fraktionen

- Bundestag > [1] 943–979, 1117–1121 • [3] N 5.7
- Parlamentarischer Rat > [1] 624–625
- Volkskammer der DDR > [3] 3902–3907
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Vorstand der Gruppen im Bundestag > [1] 979–983

Vorstandsmitglieder von Verbänden

- Mitglieder des Bundestages > [1] 718–721, 847, 849, 851, 853, 855

Vorwahlen > [1] 54 • [3] 3006

Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag > [1] 402–404 • [3] 3688–3689, N 2.6

Vorzeitige Einberufung des Bundestages > Sondersitzungen

Vorzeitige Neuwahlen zum Bundestag > [1] 1229, 1231, 1234–1241, 1244, 1246 • [2] 2484 • [3] 3006–3007, 3079–3080, 3652

- Bundestagsauflösung > [1] 56–57, 59, 1231, 1234, 1238, 1240–1241, 1244–1246 • [2] 2484 • [3] 3079–3080, 3652, 3659
- Wahltermin > [1] 56–57, 59, 61–64, 1241–1242, 1244, 1246 • [3] 3006–3007, 3652, 3659

VPD > Vierte Partei Deutschlands (VPD)

VSP > Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

VU > Vaterländische Union

VVN > Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)

Wählbarkeit (passives Wahlrecht zum Bundestag) > [1] 29, 33–34, 38–40, 44, 68, 556, 560 • [2] 2336, 2348, 2864, 2866 • [3] 2971, 3001, 3005, 3027, 3043, 3566

- Unvereinbarkeiten mit Bundestagsmandat > Inkompatibilitäten

Wählerbefragungen

- Verbot der Veröffentlichung > [1] 35

Wählergemeinschaft Freudenberg parteilos > [1] 70, 285

Wählergemeinschaft Mündige Bürger > [3] 3575

Wählergemeinschaften, Wählergruppen

- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–78
- Wahlergebnisse > [1] 165–172

Wahl

- Bundeskanzler > Wahlen im Bundestag
- Bundespräsident > [1] 55, 387, 1221 • [2] 2309, 2337 • [3] 2989, 3006, 3179, 3185–3189, 3191, 3635, 3638, 3642, 3645, 3649, 3653, 3656, 3661, 3665, 3674
- Bundesratspräsident > [3] 3191

- Bundesrechnungshofpräsident > Wahlen im Bundestag
- Bundestagspräsident > Wahlen im Bundestag
- Bundesverfassungsrichter > [1] 435 • [2] 2309, 2493 • [3] 2994, 3039, 3046, 3049–3050
- Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung > [1] 31
- Vizepräsidenten des Bundestages > Wahlen im Bundestag
- Wehrbeauftragter > Wahlen im Bundestag

Wahl zur Volkskammer der DDR (1990) > [3] 3884–3889

- Forderungen nach freien Wahlen > [2] 1506, 1509–1510 • [3] 3727, 3734, 3739, 3742, 3746, 3751–3752, 3756–3757, 3760, 3768
- kandidierende Parteien und politische Vereinigungen > [3] 3807, 3885–3886
- regionale Abweichungen der Stimmenanteile > [3] 3888
- Wahlbeteiligung > [3] 3888
- Wahlbündnisse > Parteien: Deutsche Demokratische Republik
- Wahlergebnis > [2] 1527 • [3] 3810, 3887–3889
- Wahlgesetz > [3] 3667, 3760–3761, 3768, 3780, 3786, 3790, 3799, 3884
- Wahlkommission > [3] 3747, 3786, 3800–3801, 3807
- Wahlprognose > [3] 3808
- Wahlrechtsregelungen > [3] 3884
- Wahlredner aus der BRD > [3] 3793–3794, 3799, 3803, 3807
- Wahltermin > [2] 1527 • [3] 3667, 3768, 3779, 3789, 3793–3794, 3810

Wahlalter

- Stimmabgabe > [1] 223–231 • [3] 3578–2579
- Wahlrecht > [1] 33–34, 39–40, 43–44, 68, 150, 556, 560 • [2] 2336, 2348, 2864, 2866 • [3] 2971, 3001, 3005, 3027, 3566, 3651–3662

Wahlanalysen: Bibliographie > [1] 205–222

- Analysen der einzelnen Bundestagswahlen > [1] 205–214
- regionale und lokale Wahlstudien > [1] 214–222

Wahlausschuß/Wahlmännerausschuß des Bundestages > [2] 2021, 2034, 2041, 2046, 2049, 2052, 2055, 2059, 2062, 2064, 2068, 2071, 2074, 2082, 2303, 2309, 2493

Wahlbeamte auf Zeit

- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 439

Wahlberechtigung zum Bundestag > [1] 27, 29–30, 33–36, 38–41, 43–44, 68 • [2] 2348 • [3] 2971, 2978, 3027, 3566–3567, 3651–3652

Wahlbeteiligung

- Bundestagswahlen > Wahlbeteiligung (Bundestagswahlen)
- Europawahlen > [3] 3557, 3559, 3574–3577, 3580
- Volkskammerwahl 1990 > [3] 3888

Wahlbeteiligung (Bundestagswahlen)

- Beteiligung > [1] 150–152 • [3] 3680–3681, N 1.10
- Beteiligung nach Alter und Geschlecht > [1] 152–154
- Wahlberechtigte > [1] 150–152
- Wahlergebnis > [1] 154–156

Wahlbündnis 90 [DDR] > [1] 85 • [3] 3776

Wahlbündnisse > Koalitionen, Parteien bzw. Wahlkreis-Absprachen der Parteien

Wahleinspruch > Wahlprüfung**Wahlen im Bundestag** > [2] 2299–2315

- außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung > [2] 2299, 2309–2316
- Bundesbeauftragter für Datenschutz > [2] 1772, 2308, 2880 • [3] 2998–2999, 3039–3040
- Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen > [2] 1776, 2308 • [3] 3041
- Bundeskanzler > [1] 302, 387, 1018–1027, 1140–1142, 1172–1173, 1223, 1226, 1228–1229, 1237 • [2] 1732–1733, 1974–1975, 2306, 2890 • [3] 3052, 3060–3063, 3094, 3191, 3635, 3638, 3642, 3644–3645, 3647, 3650, 3653, 3655, 3657, 3659–3660, 3663, 3670, 3675, 3696–3697, N 6.1, N 26
- Bundesrechnungshofpräsident/Stellvertreter > [1] 387 • [2] 1758, 1772, 2308, 2804, 2806–2807, 2875, 2922 • [3] 3029, 3034, 3036, 3662
- Bundestagspräsident > [1] 387, 862–868 • [2] 1732–1733, 1975, 2301, 2889 • [3] 3191, 3635–3636, 3638–3639, 3642, 3644, 3646, 3649–3650, 3653, 3655–3657, 3660–3661, 3663, 3665, 3670, 3674, N 4.1, N 26
- Bundesverfassungsgericht > [1] 435 • [2] 2309, 2493–2494 • [3] 2994, 3039, 3046, 3049–3050
- erforderliche Abstimmungsmehrheiten > [2] 1730–1733, 2301–2315
- geheime Wahlen > [2] 1734, 2859 • [3] 3098
- internationale interparlamentarische Versammlungen > [2] 2299, 2316–2317, 2849, 2851
- Mitglieder des Europäischen Parlaments > [2] 2299, 2317, 2851, 2855 • [3] 3553
- oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien > [2] 2299, 2306–2309
- parlamentarische Ämter und Gremien > [2] 2299, 2301–2305
- Schriftführer > [2] 2302
- Statusrecht des Abgeordneten > [1] 387
- Stimmergebnisse einzelner Wahlen > [1] 863–868, 874–878, 1019–1024 • [2] 1735–1781 • [3] 3159–3162, N 4.1, N 6.1
- Stimmrecht der Berliner Abgeordneten > [1] 381, 624, 862, 907, 928, 1019, 1122, 1131 • [2] 1509, 1540, 1543, 1730, 1973–1975, 2445, 2880 • [3] 3667
- Vizepräsidenten des Bundestages > [1] 387, 873–878 • [2] 1732–1734, 1975, 2301 • [3] 3635, 3638, 3640, 3642–3644, 3646–3648, 3650, 3653, 3655–3657, 3660–3661, 3663, 3670, 3674, 3676, N 4.2, N 26
- Wahlberechtigte > [1] 387 • [2] 1974–1975

- Wahlergebnisse > [1] 863–868, 874–878, 1019–1024 • [2] 1735–1781 • [3] 3159–3162, N 4.1, N 6.1
- Wahlfunktion des Parlaments > [2] 2299, 2836, 2838–2844, 2848
- Wehrbeauftragter > [1] 387 • [2] 1733, 1975, 2302, 2854, 2880, 2896 • [3] 3023, 3038, 3098, 3158–3162, 3170, 3174, 3642, 3644, 3646, 3650, 3654, 3656, 3662, 3667, 3675

Wahlen in der Volkskammer > [3] 3714

- Generalstaatsanwalt > [3] 3714, 3779
- Präsident der Volkskammer und Stellvertreter > [3] 3753, 3756, 3814–3815, 3889–3891
- Präsident und Richter des Obersten Gerichts > [3] 3714
- Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates > [3] 3714, 3748
- Vorsitzende und Mitglieder des Ministerrates > [3] 3667, 3714, 3757–3758, 3760, 3779, 3793, 3817–3818, 3916–3917
- Vorsitzende und Mitglieder des Staatsrates > [3] 3714, 3748, 3778

Wahlen zu den Landtagen > Landtagswahlen**Wahlen zu den Parlamenten der EG-Mitgliedstaaten** > [3] 3565–3567**Wahlen zu den Verfassungsgebenden Landesversammlungen** > [1] 303–305**Wahlen zum Deutschen Bundestag** > [1] 25–377

- Abgeordnetenzahl > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–381, 383–384 • [2] 1730–1731 • [3] 3682–3683, N 2.1
- aktives Wahlrecht > [1] 27, 29–30, 33–36, 38–41, 43–44, 68 • [2] 2348 • [3] 2971, 2978, 3027, 3566–3567, 3651–3652
- Anordnung des Wahltermins > [1] 56, 58, 1241, 1246 • [2] 1550 • [3] 3007, 3079–3081, 3659, 3668
- Ausländer-Wahlrecht > [1] 38–40 • [3] 3001, 3005, 3019, 3721
- Berechnungsverfahren für Mandatzuteilung > [1] 27–28, 31, 36, 45–47
- Bericht der Wahlkreiskommission > [1] 37, 1317
- Berliner Abgeordnete > [1] 27, 30–31, 37–38, 42, 164–170, 196, 199, 379, 381, 903 • [2] 1509, 1528, 1531, 1535, 1538, 1540, 1731 • [3] 3637, 3667, 3682–3683
- Beteiligungsanzeige der Parteien > [1] 37, 59, 61, 65
- Briefwähler > [1] 289 • [3] 3680–3681
- Briefwahl > [1] 28, 32, 51, 64, 68, 289
- Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung zum deutsch-deutschen Wahlvertrag > [1] 38, 86–87, 114–115, 120, 127 • [2] 1557, 1561, 1564, 2474 • [3] 3087–3088, 3669
- Bundeswahlausschuß > [1] 28, 32–33, 39, 59–63, 65–66
- Daten > Wahltermin
- deutsch-deutscher Wahlvertrag > [1] 37–38, 379–380 • [2] 1536, 1544, 1547–1552, 1557, 1561, 1571–1572, 2629 • [3] 3087–3088, 3477, 3668–3669, 3855–3860, 3863, 3865
- Direktwahl der Berliner Abgeordneten > [1] 37–38, 379 • [2] 1509, 1528, 1531, 1535, 1538, 1540 • [3] 3667

- Durchführungsfristen > [1] 37, 58–68
- Erststimme > [1] 28, 31, 44
- Erstwählerverhalten > [1] 153–154, 226–229
- Fristen bei der Wahlvorbereitung > [1] 37, 58–68
- Fünfprozentklausel > [1] 27–28, 31–32, 38–40, 45, 138
- gesamtdeutsche Wahl > Gesamtdeutsche Wahl (1990)
- Gesetzgebung zum Wahlrecht > [1] 27–41 • [3] N 1.1 (*siehe auch unter deutsch-deutscher Wahlvertrag*)
- gültige Stimmen > [1] 289–290
- Grundgesetz > [2] 2336 • [3] 2978, 3052, 3056–3059
- Hochburgen > [1] 239–284 • [3] 3682–3683
- Jungwählerverhalten > [1] 153–154, 226–229
- Kandidatenauswahl > [1] 37–39 • [3] 3006
- kandidierende Parteien in Stichworten > [1] 79–137
- Landeslistenmandate > [1] 38, 183–199
- Listenverbindungen > [1] 37–38, 43 • [3] 3087–3088
- Mandatsverlust > [1] 32, 130, 380–381, 402–404, 913, 917, 1124 • [3] 2895, 2984, 3006, 3067, 3069, 3688–3689, N 2.1, N 2.6
- Mandatsverteilung > [1] 164–172, 183–199, 902–930 • [3] 3682–3683, N 1.11, N 5.3 (*siehe auch unter den einzelnen Fraktionen*)
- Mandatzuteilung > [1] 27–28, 31, 36, 45–47
- Mehrheitswahl > [1] 27, 41, 48, 50–56
- Nachwahlen > [1] 27, 30, 46, 292–296 • [2] 2851 • [3] 3682–3683
- Neuwahltermin > Wahltermin
- passives Wahlrecht > [1] 29, 33–34, 38–40, 44, 68, 556, 560 • [2] 2336, 2348, 2864, 2866 • [3] 2971, 3001, 3005, 3027, 3043, 3566
- repräsentative Wahlstatistik > [1] 39, 152, 223, 230–231 • [3] N 1.1
- Sperrklausel > [1] 27–28, 31–32, 38–40, 45, 50–51, 138 • [2] 2852, 2854
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [1] 223–231
- Stimmabgabe nach Beruf und Konfession > [1] 232–239
- Stimmenanteil / Mandatsanteil > [1] 291–292
- Stimmenanteil in Prozent der Wahlberechtigten > [1] 154–155
- Stimmenanzahl der Wähler > [1] 28, 44
- Stimmenverrechnungsverfahren > [1] 27–28, 31, 36, 45–47
- Strafbarkeit des Stimmenkaufs > [2] 2883 • [3] 3031, 3043, 3045
- Trendverschiebungen zu Landtagswahlen > [1] 303–312
- Überhangmandate > [1] 40, 46, 287–288, 291–292, 299, 380–381 • [3] 3073, 3677, 3682–3683, 3708, 3712, N 1.19, N 1.22, N 2.1
- ungültige Stimmen > [1] 289–290 • [3] 3680–3681
- Verhältniswahl > [1] 27–28, 41, 48, 52
- Veröffentlichung von Wählerbefragungen > [1] 35
- Verzeichnis der Parteien und Wählergruppen > [1] 69–78 • [3] N 1.5
- Vorbereitungsfristen > [1] 37, 58–68
- Vorwahlen > [1] 54 • [3] 3006
- vorzeitige Neuwahlen > [1] 56–57, 59, 61–64, 1229, 1231, 1234–1241, 1244–1246 • [2] 2484 • [3] 3006–3007, 3079–3080, 3652, 3659
- Wählbarkeit > passives Wahlrecht
- Wählerbefragungen > [1] 35
- Wählerverhalten > [1] 205–239
- Wahlabsprachen der Parteien > [1] 100, 103, 138–140, 156, 265, 268, 271–274, 278, 280–281, 284–286, 292–296, 1012 • [3] 3638, 3641
- Wahlalter > [1] 33–34, 39–40, 43–44, 68, 150, 556, 560 • [2] 2336, 2348, 2864, 2866 • [3] 2971, 3001, 3005, 3027, 3566, 3651–3652
- Wahlanalysen (Bibliographie) > [1] 205–222
- Wahlberechtigte (Statistik) > [1] 150–152
- Wahlberechtigung > aktives Wahlrecht
- Wahlbeteiligung > [1] 150–154 • [3] 3680–3681, N 1.10
- Wahlbeteiligung / Wahlergebnis > [1] 154–156
- Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht > [1] 152–154
- Wahlergebnisse: Graphik > [1] 173
- Wahlergebnisse alphabetisch nach Parteien > [1] 173–180
- Wahlergebnisse auf Bundesebene > [1] 156–173 • [3] 3680–3681
- Wahlergebnisse im Überblick > [1] 156–157 • [3] 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, N 26
- Wahlergebnisse nach Bundesländern > [1] 180–204
- Wahlergebnisse von Nachwahlen (1. WP) > [1] 293–295
- Wahlgesetze > [1] 27–41, 49–55 • [2] 1561, 1564–1565, 2336, 2348 • [3] 3634, 3637, 3640, 3645, 3662, 3667, 3676, N 1.1 (*vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister und unter deutsch-deutscher Wahlvertrag*)
- Wahlkampf-Abkommen > [1] 141–144 • [3] 3646, 3650, 3657
- Wahlkampfmannschaft der Opposition > [2] 2771–2773
- Wahlkampf-Slogans der Parteien > [1] 145–150
- Wahlkreisabgeordnete > [1] 184–199, 239–264, 292–295, 538–539, 638 • [3] 3519–3520, 3536, 3540
- Wahlkreis-Absprachen der Parteien > [1] 100, 103, 138–141, 156, 265, 268, 271–274, 278, 280–281, 284–286, 292–296, 1012 • [3] 3638, 3641
- Wahlkreiseinteilung > [1] 33–35, 37, 39–40, 42, 384, 1317 • [3] 3073
- Wahlkreiskommission > [1] 28, 32, 37, 42, 51, 1317 • [2] 2854
- Wahlkreismandate > [1] 183–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17
- Wahlprüfung > [1] 296–299 • [2] 2336, 2467–2468, 2777, 2850, 2857 • [3] 3021, 3025, 3052, 3056–3059, 3068–3069, 3073, 3094, 3636, 3646, 3682–3683
- Wahlrecht für Ausländer > [1] 38–40
- Wahlrechtsgrundsätze > [1] 41
- Wahlrechtsreform: Chronik > [1] 48–56, 108, 1321, 1324 • [3] 3006, 3639, 3648

noch: Wahlen zum Deutschen Bundestag

- Wahlrechtsregelungen (Synopsis) > [1] 41–46
- Wahlstatistik > Wahlstatistik: Bundestagswahlen
- Wahlsystem > Wahlsystem
- Wahltermin > [1] 56–58, 300–301, 304–312, 1141–1142 • [2] 2868 • [3] 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 14.2, N 26
- Wahlvorbereitung(sfristen) > [1] 37, 58–68
- Wahlzulassung der Parteien > [1] 60, 62–63, 66–67
- weibliche Kandidaten > [1] 637 • [3] 3680–3681
- weibliche Wahlkreisabgeordnete > [1] 638
- Wiederwahlquote der Abgeordneten > [1] 582–583
- Zahl der Abgeordneten > [1] 27–31, 37, 40, 42, 379–381, 383–384 • [2] 1730–1731 • [3] 3682–3683, N 2.1
- Zahl der kandidierenden Parteien > [1] 78 • [3] 3680–3681
- Zahl der Wähler > [1] 151 • [3] N 1.10
- Zeitspanne für Wahltermin > [1] 57–58, 61
- Zweitstimme > [1] 28, 31, 38, 44, 50, 289–290 • [3] 3638, 3680–3681

Wahlen zum Europäischen Parlament

- Direktwahl > [2] 2299, 2869, 2917 • [3] 3551, 3554–3560, 3562, 3570–3571, 3581, 3656, 3661, 3666, 3674
- Mandatsverteilung > [3] 3574–3577, 3581–3587
- Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht > [3] 3578–3579
- Wahl durch Bundestag > [2] 2299, 2317, 2851, 2855 • [3] 3553
- Wahlbeteiligung > [3] 3574–3577, 3580
- Wahlergebnis Bundesrepublik Deutschland > [3] 3574–3579
- Wahlgesetz > Wahlgesetze
- Wahlkampfkostenerstattung > [1] 316, 319, 330–361 • [3] 3034
- Wahltermine > [3] 3557–3560, 3562, 3656, 3661, 3666, 3674

Wahlergebnisse

- gesamtdeutsche Wahl (1990) > [1] 157, 171, 196–197, 203–204, 212–213, 224–225, 238 • [3] 3670
- Landtagswahlen (CDU, CSU, SPD) > [1] 303–312
- Wahl zur Volkskammer der DDR (1990) > [2] 1527 • [3] 3810, 3887–3889
- Wahlen zum Deutschen Bundestag > [1] 156–204 • [3] 3680–3681, N 1.11
- Wahlen zum Europäischen Parlament > [1] 303–312 • [3] 3574–3579

Wahlfinanzierung > Wahlkampfkostenerstattung an Parteien

Wahlfristen > Wahlvorbereitungsfristen (Bundestag)

Wahlfunktion des Parlaments > [2] 2299, 2836, 2838–2844, 2848

Wahlgesetze (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)

- Bundespräsident > Bundesversammlung
- Bundesversammlung > [1] 29–31 • [2] 2337 • [3] 3024, 3179, 3191, 3638, 3642

- deutsch-deutscher Wahlvertrag > [1] 37–38, 379–380 • [2] 1536, 1544, 1547–1552, 1557, 1561, 1571–1572, 2629 • [3] 3087–3088, 3477, 3668–3669, 3855–3860, 3863, 3865
- Deutscher Bundestag > [1] 27–41, 49–55 • [2] 1561, 1564–1565, 2336, 2348 • [3] 3634, 3637, 3640, 3645, 3662, 3667, 3676, N 1.1
- Europäisches Parlament > [2] 2869 • [3] 3553–3556, 3561, 3565, 3567–3573, 3655
- Parlamentarische [Beratende] Versammlung des Europarates > [2] 2316, 2849 • [3] 3545–3546, 3569, 3636
- Parlamente der EG-Mitgliedstaaten > [3] 3565–3567
- Volkskammer der DDR (1990) > [3] 3667, 3760–3761, 3768, 3780, 3786, 3790, 3799, 3884

Wahlkampfabkommen der Parteien > [1] 141–144 • [3] 3646, 3650, 3657

Wahlkampfkostenbegrenzung > [1] 141–144

Wahlkampfkostenerstattung an Parteien

- Bundestagswahlen > [1] 314–317, 321, 330–361 • [2] 2860 • [3] 3026, 3030, 3034, 3037, 3071, 3076–3077, 3648, 3660
- Europawahlen > [1] 316, 319, 330–361 • [3] 3034

Wahlkampfkostenerstattung an parteiunabhängige Bewerber > [1] 286 • [2] 2870 • [3] 3032, 3077

Wahlkampfmannschaft der Opposition > [2] 2771–2773

Wahlkampf-Slogans der Parteien > [1] 145–150

Wahlkreisabgeordnete > [1] 183–199, 239–240

- Bekanntheit (Umfragen) > [3] 3519–3520, 3536, 3540
- in Hochburgen > [1] 239–264
- Nachwahlen > [1] 292–295
- Wahlkampf/Presse > [1] 538–539
- weibliche > [1] 638

Wahlkreis-Absprachen der Parteien > [1] 100, 103, 138–141, 156, 265, 268, 271–274, 278, 280–281, 284–286, 292–296, 1012 • [3] 3638, 3641

Wahlkreisbewerber ohne Parteizugehörigkeit > [1] 284–286

Wahlkreise mit höchstem und niedrigstem Stimmenanteil für einzelne Parteien

- Bundestagswahlen > [1] 265–284
- Volkskammerwahl 1990 > [3] 3889

Wahlkreiseinteilung > [1] 33–35, 37, 39–40, 42, 384, 1317 • [3] 3073

Wahlkreiskommission > [1] 28, 32, 42, 51 • [2] 2854

- Bericht > [1] 37, 1317

Wahlkreismandate > [1] 183–199, 240 • [3] 3680–3681, N 1.17

Wahlkreissitze und Hochburgen > [1] 240

Wahlmännerausschuß/Wahlausschuß des Bundestages

> [2] 2021, 2034, 2041, 2046, 2049, 2052, 2055, 2059, 2062, 2064, 2068, 2071, 2074, 2082, 2303, 2309, 2493

Wahlperioden

– Bundestag > Wahlperioden des Bundestages
 – Volkskammer der DDR > [3] 3714, 3779, 3793, 3815, 3884, 3910–3911

Wahlperioden des Bundestages

– Dauer > [1] 56, 300–301, 1141–1142 • [2] 2297–2298 • [3] 2973, 3006–3007, 3019, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, 3709–3710, N 1.25, N 26
 – Grundgesetz(änderung) > [1] 56, 300–301 • [3] 2973, 2978, 3006–3007, 3019, 3052, 3056–3059
 – parlamentslose Zeit zwischen den Wahlperioden > [1] 301–302, 862 • [2] 2297–2298, 2868, 2916–2917 • [3] 2978, 3052, 3060–3063, 3692–3693
 – plenarsitzungsfreie Zeit zwischen den Wahlperioden > [1] 301–302 • [3] 3692–3693, 3709–3710
 – statistische Besonderheiten der einzelnen Wahlperioden > [3] 3706–3712

Wahlprogramme

– Gesetzgebung > [2] 2381, 2384

Wahlprüfung > [1] 296–299 • [2] 2850

– Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen > [1] 296–297 • [2] 2467–2468 • [3] 3068–3069, 3073
 – Einspruchsgründe > [1] 297–299
 – Minderheitenrecht > [2] 2777
 – Rechtsgrundlage > [1] 296–297, 386 • [2] 2336, 2777, 2850, 2857 • [3] 3021, 3025, 3052, 3056–3059, 3094, 3636, 3646
 – Statistik > [1] 297–299 • [3] 3682–3683
 – Überhangmandate > [1] 299 • [3] 3683
 – Übersichten über Wahleinsprüche > [1] 298–299
 – Untersuchung zur Wahlprüfungspraxis > [1] 297
 – Wahlprüfungsausschuß > [1] 296 • [2] 2021, 2024, 2034–2035, 2041, 2046, 2049, 2053, 2056, 2059, 2062, 2065, 2068, 2071, 2075, 2078, 2097, 2302 • [3] 3047, 3094
 – Wahlprüfungsgesetze > [1] 296 • [2] 2336, 2850, 2857 • [3] 3021, 3025, 3094, 3636, 3646 (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)

Wahlprüfungsausschuß des Bundestages > Wahlprüfung

Wahlrecht > Wahlgesetze, Aktives Wahlrecht, Passives Wahlrecht, Wahlberechtigung zum Bundestag

Wahlrechtsausschuß des Bundestages > [1] 50 • [2] 2025, 2040, 2045, 2097

Wahlrechtsdiskussion: Chronik > [1] 48–56 • [3] 3639, 3648

Wahlrechtsgrundsätze > [1] 27, 41 • [3] 3070–3071, 3073, 3076–3077, 3087–3088

Wahlrechtskommissionen

– der Bundesregierung > [1] 50, 53 • [3] 3648
 – der Parteien > [1] 52, 54–55

Wahl-Slogans der Parteien > [1] 145–150

Wahlstatistik

– Bundestagswahlen > Wahlstatistik: Bundestagswahlen
 – Europawahlen > [1] 303–312 • [3] 3574–3579
 – Landtagswahlen > [1] 303–312
 – repräsentative > [1] 39, 152–154, 223–231 • [3] 3578–3579, N 1.1
 – Volkskammerwahl 1990 > [3] 3887–3889

Wahlstatistik: Bundestagswahlen

– Ergebnisse alphabetisch nach Parteien > [1] 173–180
 – Ergebnisse auf Bundesebene: einzelne Wahljahre > [1] 164–172 • [3] 3680–3681
 – Ergebnisse auf Bundesebene: Gesamtübersicht > [1] 158–163
 – Ergebnisse auf Bundesebene: wichtigste Veränderungen > [1] 156–157 • [3] 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, N 26
 – Ergebnisse nach Bundesländern > [1] 180–199
 – Ergebnisse nach Bundesländern: Abweichungen vom Bundesdurchschnitt > [1] 199–203
 – Ergebnisse nach westlichen und östlichen Bundesländern > [1] 203–204
 – Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung > [1] 150–152

Wahlstudien (Bibliographie) > [1] 205–222

Wahlsystem > [1] 27, 41, 48–56 • [3] 3565–3567

– absolute Mehrheitswahl > [1] 49
 – funktionales Wahlrecht > [1] 52
 – Grabensystem > [1] 50–51 • [3] 3639
 – Kubikwahlsystem > [1] 54
 – Mehrheitswahl > [1] 27, 41, 48, 50–56
 – Mischwahlsystem > [1] 41, 51
 – Parteiensystem > [1] 52–53
 – personalisierte Verhältniswahl > [1] 48–51
 – Personenwahl > [1] 41, 48, 50
 – relative Mehrheitswahl > [1] 27–28, 48–52, 54–55
 – Verhältniswahl > [1] 27–28, 41, 48, 52
 – Wahlrechtsdiskussion > [1] 48–56

Wahltermine

– Bundestagswahlen > Wahltermine (Bundestag)
 – Europawahlen > [3] 3557–3560, 3562, 3656, 3661, 3666, 3674
 – Landtagswahlen > [1] 303–312 • [3] 3007, 3019
 – Volkskammerwahl 1990 > [2] 1527 • [3] 3667, 3768, 3779, 3789, 3793–3794, 3810

Wahltermine (Bundestag) > [1] 56–58, 300–301, 304–312, 1141–1142 • [2] 2868 • [3] 3634, 3638, 3641, 3643, 3646, 3650, 3652, 3654, 3657, 3659, 3663, 3670, 3674, N 1.25, N 14.2, N 26

– Anordnung > [1] 56, 58, 1241, 1246 • [2] 1550 • [3] 3007, 3079–3081, 3659, 3668

noch: Wahltermine (Bundestag)

- gesamtdeutsche Wahl (1990) > [1] 64–65, 68 • [2] 1530, 1536, 1538, 1541, 1545–1551, 1561, 1565 • [3] 3667–3668, 3670, 3826–3827, 3829, 3835, 3839, 3841, 3845, 3847, 3850, 3852–3853, 3855–3860, 3862
- Terminplan für 60-Tage-Frist bei Neuwahl > [1] 61–64

Wahlvorbereitungsfristen (Bundestag) > [1] 58–68

- Änderung > [1] 37, 59–61
- gesamtdeutsche Wahl 1990 > [1] 37, 59, 64–68
- Neuwahl 1983 > [1] 59, 61–64

Waldbericht der Bundesregierung > [1] 1302**Waldzustandsbericht der Bundesregierung** > [1] 1301**Wanderausstellung des Bundestages** > [3] 3466**Wandzeitung „Forum Parlament“** > [3] 3472**Wasserwerksgebäude (Ersatzplenarsaal)** > Bundeshaus in Bonn**WAV** > Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV)**Wechsel**

- Bundestagsmandat / Ministerpräsidentenamt > [1] 856–860 • [3] N 3.25
- Parlamentarischer Staatssekretär / Bundesminister > [1] 1114–1116

„Weg der Gesetzgebung“ (Faltblatt) > [3] 3472**„Wegweiser für Abgeordnete“** > [3] 3448**Wehr- und Dienstpflicht** > [2] 2367 • [3] 2977**Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages** > [3] 3157–3178

- Abstimmverhalten bei Wahl > [3] 3162
- Amtszeit > [2] 2302 • [3] 3158–3162
- Befugnisse > [2] 2854, 2873 • [3] 3033, 3157–3158
- Beratung der Berichte > [2] 2780, 2897–2898 • [3] 3098, 3119, 3168–3178
- Berichte > [1] 1363–1365 • [2] 2780, 2897 • [3] 3152, 3168–3178
- Dienststelle > [2] 2873 • [3] 3103, 3158, 3405, 3408, 3461
- Eingaben an > [3] 3163–3166, N 18.2
- Geschäftsordnung > [2] 1671, 2780, 2857, 2898 • [3] 3098, 3119
- Gesetz über > [1] 436 • [2] 2302, 2343, 2854, 2873, 2880 • [3] 3023, 3033, 3038, 3157–3159, 3166, 3641, 3658 (vgl. auch Kap. 33: Gesetzesregister)
- Grundgesetz(änderung) > [2] 2343, 2854 • [3] 2966, 2978, 3052, 3056–3059, 3157, 3640
- Jahresberichte > [1] 1363–1365 • [2] 2780, 2897 • [3] 3152, 3168–3178, 3473–3474
- Rederecht / Redepflicht im Bundestag > [2] 1671, 2780, 2857, 2898 • [3] 3098, 3119, 3168, 3646
- Rücktritt > [2] 2898 • [3] 3159, 3643, 3645
- Unvereinbarkeit mit Bundestagsmandat > [1] 434, 436 • [2] 2302
- Verteidigungsausschuß > [1] 1363–1365 • [2] 1525 • [3] 3158–3159, 3166–3178

- Verwaltung > [2] 2873 • [3] 3103, 3158, 3405
- Wahl > [1] 387 • [2] 1733, 1975, 2302, 2854, 2880, 2896 • [3] 3023, 3038, 3098, 3158–3162, 3170, 3174, 3642, 3644, 3646, 3650, 3654, 3656, 3662, 3667, 3675
- Weisungen des Bundestages > [3] 3158, 3166–3168

Wehrdienst der Mitglieder des Bundestages > [1] 675**Wehrstrafgerichte** > [2] 2343 • [3] 2966–2967, 2996**Weibliche Abgeordnete**

- Bundestag > Weibliche Mitglieder des Bundestages
- Volkskammer der DDR > [3] 3893

Weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 634–662 • [3] N 3.11

- Altersgliederung > [1] 639–641
- Anteil in Führungspositionen > [1] 656–662 • [3] 3686–3687
- Anteil nach Fraktionen > [1] 636–637, 846, 848, 850, 852, 854–855 • [3] N 3.11
- Beamtinnen > [1] 646–647
- Berufsstruktur > [1] 646–647
- Besetzung von Führungspositionen (Namensliste) > [1] 648–656
- Dauer der Mitgliedschaft > [1] 642
- Durchschnittsalter > [1] 563–565, 640 • [3] 3684–3685, N 3.2
- Familienstand > [1] 643–644, 662–665 • [3] N 3.12
- frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR > [1] 635
- Gewerkschaftsmitglieder > [1] 647
- Hochschulbildung > [1] 645, 668–669 • [3] 3686–3689, N 3.14
- Hausfrauen > [1] 646, 680–686, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711
- Kandidaten bei Bundestagswahlen > [1] 637 • [3] 3680–3681
- Konfession > [1] 644
- Mandatsdauer > [1] 642
- Quotenregelungen für Fraktionsvorstandsmitglieder > [1] 967, 972
- Parlamentsneulinge > [1] 642
- Schulabschluß und Hochschulbildung > [1] 645, 668–669
- soziologische Abweichungen > [1] 638–647
- Wahlkreisabgeordnete/Listenabgeordnete > [1] 637–638
- Zahl > [1] 634–635, 846, 848, 850, 852, 854–855 • [3] 3686–3687, N 3.11

Weißbuch zur Verteidigungspolitik > [1] 1363**Weißbuch zur zivilen Verteidigung** > [1] 1324**Weißrußland**

- Deutsch-belarussische Parlamentariergruppe > [3] 3608–3609

Weisungen an den Wehrbeauftragten > [3] 3158, 3166–3168**Welfen-Bewegung** > [1] 99**Weltpartei der sozialistischen Revolution** > [1] 116

Westdeutsche als Abgeordnete in Ostdeutschland > [2] 1593–1595

Westdeutscher Rundfunk

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3494
- Übertragungen von Plenarsitzungen > [3] 3488, 3494

Westeuropäische Union (WEU) > [3] 3547–3548, 3603

- Tätigkeitsbericht > [1] 1286
- Versammlung der WEU > [2] 2316 • [3] 3547–3549

Westfalen > Nordrhein-Westfalen

Westliche/östliche Bundesländer im Vergleich

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 203–204, 224–225, 238–239
- Geburtsorte der MdB > [1] 591
- Petenten-Anteil > [3] 3149, 3151

wib > „woche im bundestag“ (wib)

Widerspruch > Einspruch

Widerstandsrecht > [3] 2969, 2977, 3052, 3056–3059

Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes > [3] 3341–3348, 3645, 3653

- Umgestaltung nach der deutschen Vereinigung > [3] 3351–3386, N 21.6, N 26

Wiedervereinigung Deutschlands > Vereinigung Deutschlands

Wiederwahlquote der Mitglieder des Bundestages > [1] 582–583

Willensbildungsfunktion des Parlaments > [2] 2841, 2844–2846, 2848

Winterbaubericht der Bundesregierung > [1] 1277, 1285

Wirkungsanalysen von Gesetzen > [2] 2538–2588

- Methoden > [2] 2539–2545 (*Untergliederung siehe unter Gesetzestests und Wirkungsanalysen von Gesetzen*)
- untersuchte Gesetze (Bibliographie) > [2] 2546–2588

Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) [Partei]

- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Hochburgen > [1] 284
- Koalition > [1] 1441
- Parteigeschichte > [1] 137
- Partei- und Fraktionsvorsitzender > [1] 989
- Parteivorsitzende > [1] 137, 989
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69, 137
- Wahlbündnis > [1] 137
- Wahlergebnisse > [1] 137, 158, 164, 180, 185, 293–294 • [3] 3680
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 284

Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) [Fraktion/Gruppe]

- Berufsstruktur der MdB > [1] 686

- Besetzung von Führungspositionen > [1] 662, 827 • [2] 2094
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Fraktionschronik > [1] 137, 934, 959, 979 • [3] 3636–3637
- Fraktionsvorstand > [1] 979
- Fraktionswechsel > [1] 908–912, 941–942, 979
- Fusionen > [1] 934, 979 • [3] 3636–3637
- Gruppe im Bundestag > [1] 979
- Mandatszahl > [1] 164, 185, 903, 908–914, 979 • [3] 3682–3683
- Partei- und Fraktionsvorsitzender > [1] 989
- Spaltungen > [1] 137, 934, 979
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 607
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 637

Wirtschaftsausschuß des Bundestages

- DDR-Themen > [2] 1513, 1516, 1521, 1524, 1526, 1528, 1542, 1544, 1551
- Mitgliederzahl > [2] 2097–2106
- Öffentliche Anhörungen > [2] 2125–2128, 2131–2132, 2134–2137, 2143, 2151–2152, 2159, 2162, 2166, 2172, 2176
- Organisation und Arbeitsweise (Bibliographie) > [2] 2120
- Verbandsfärbung > [2] 2110, 2112
- Verzeichnis > [2] 2036, 2043, 2048, 2051, 2054, 2057, 2060, 2063, 2066, 2069, 2072, 2076, 2079 • [3] N 9.2
- Zahl der Sitzungen > [2] 2026
- Zusammensetzung > [2] 2114–2115

Wirtschaftsbericht der Bundesregierung > [1] 1368

Wirtschaftsminister in der Bundesregierung > [1] 842–843, 1077–1080, 1148–1149, 1191, 1194–1195, 1198, 1201–1202, 1207–1209, 1216–1220, 1250, 1252 • [2] 1675–1676 • [3] 3645, 3651–3652, 3655, 3661–3662, 3665, 3672

Wirtschaftspläne der Geheimdienste

- parlamentarische Kontrolle > [2] 2304, 2473, 2484–2485, 2809, 2813–2814, 2874 • [3] 3035, 3042, 3083–3084, 3661–3662

Wirtschaftsrat (für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet)

- Ausschüsse, Ausschußvorsitzende > [1] 623
- Chronik > [1] 627–628
- Fraktionen, Fraktionsvorsitzende > [1] 622
- Länderrat > [1] 628
- Mitgliedschaft > Mitglieder des Wirtschaftsrates
- Präsidium > [1] 622

Wissenschaftliche Dienste des Bundestages

- Ausbau > [2] 2849, 2863, 2935 • [3] 3404, 3428–3435
- Ausschußsekretariate > [2] 2863 • [3] 3431
- Beratungskapazität für Technologie-Bewertung > [2] 2818
- Bestände > [3] 3433
- Bibliothek > [2] 2849, 2851, 2855–2856, 2865, 2869, 2903–2904 • [3] 3403, 3428–3436, 3444, 3446, 3457–3459

noch: Wissenschaftliche Dienste des Bundestages

- Büchereibeirat > [1] 885–886 • [2] 2024–2025, 2040, 2097, 2849 • [3] 3429, 3435
- Chronik > [3] 3428–3435
- Dokumentationsdienst > [2] 2849, 2856, 2903–2904 • [3] 3429–3430, 3456
- Elektronische Datenverarbeitung > [2] 2456–2465, 2866, 2868, 2870, 2872–2873, 2875, 2912–2914, 2919, 2923–2924, 2928, 2931 • [3] 3431–3432, 3434, 3438–3439, 3450–3452, 3459–3460
- Fachbereiche > [2] 2863, 2867 • [3] 3431–3432, 3456
- Gesetzgebungshilfsdienst > [2] 2904–2906, 2930 • [3] 3430
- Gutachtergruppen > [2] 2863 • [3] 3431, 3456
- Organisation > [2] 2849–2850, 2856, 2863 • [3] 3404, 3429–3432, 3434–3435
- Parlamentsarchiv > [2] 2849, 2869 • [3] 3428–3429, 3431, 3433, 3446–3447, 3459
- Parlamentarische Beratungsgremien > [2] 2849 • [3] 3429, 3435–3436
- Parlamentsinformationsdienst (PARLIS) > [2] 2858, 2866 • [3] 3431, 3459
- Plenardebatten zum Ausbau > [2] 2903–2906, 2908–2909, 2912, 2914, 2916, 2919, 2922, 2924–2926, 2930 • [3] 3429–3430
- Pressedokumentation > [2] 2849, 2869 • [3] 3406, 3428, 3430–3431, 3433–3434, 3459
- Sach- und Sprechregister > [2] 2456, 2849, 2858, 2866 • [3] 3428–3429, 3433, 3437–3438, 3459
- Selbstdarstellungen: Bibliographie > [3] 3454–3460
- Veröffentlichungen > [2] 2855–2857, 2865 • [3] 3430–3432, 3434, 3436–3449

Wissenschaftsminister in der Bundesregierung > [1] 651–652, 842–843, 1100–1102, 1148, 1216–1218, 1220 • [2] 1600 • [3] 3651, 3655, 3673, N 6.3

Wissenschaftspreis für Arbeiten zum Parlamentarismus > [3] 3500–3502

„woche im bundestag“ (wib) > [2] 2863 • [3] 3471–3472

Wohnbevölkerung Ausland > [1] 384–385 • [3] 3597

- Abgeordnetenzahl Europaparlament > [3] 3597
- Abgeordnetenzahl nationaler Parlamente > [3] 384–385

Wohnbevölkerung Deutschland > [1] 150–152, 385 • [3] 3597

- Abgeordnetenzahl im Bundestag > [1] 384–385
- Abgeordnetenzahl im Europaparlament > [3] 3597
- Wahlberechtigte > [1] 150–152

Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung > [1] 1347

Wohngeldbericht der Bundesregierung > [1] 1346

Wohnungsbauminister in der Bundesregierung > [1] 653–654, 843, 1096–1097, 1148, 1207, 1215–1219 • [3] 3655, 3665, N 6.3, N 6.12

Wortentziehungen im Bundestagsplenium > [2] 2890–2891

- Geschäftsordnung > [2] 1988 • [3] 3101, 3116
- Statistik > [2] 1991–1992 • [3] 3692–3693, 3706, N 8.20

Wortmeldungen im Bundestagsplenium

- Aussprache zur Regierungserklärung > [1] 1172–1188 • [2] 1683–1684, 2763
- Bundesratsmitglieder > [2] 1711–1713, 2891 • [3] 3690–3691, 3707, 3709, 3712
- Bundestagspräsidenten > [2] 1693–1710, 2894 • [3] 3690–3691
- häufigste Redner > [2] 1673–1680
- Rednerlisten > Rednerliste bei Aussprachen
- Zahl der Plenarreden > [2] 1673 • [3] 3688–3689

Württemberg-Baden

- Bundestagswahlergebnis 1949 > [1] 181, 184, 200–202, 304
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahl 1949 > [1] 184
- Landtagswahlergebnisse (CDU und SPD) > [1] 304
- Mandatszahl bei Bundestagswahl 1949 > [1] 181
- Ministerpräsident > [1] 858, 1442
- Neugliederung > [2] 2339, 2362 • [3] 2992–2993, 3065
- Regierungskoalitionen > [1] 1442
- Verfassunggebende Landesversammlung > [1] 304
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahl 1949 > [1] 184
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahl 1949 > [1] 181

Württemberg-Hohenzollern

- Bundestagswahlergebnis 1949 > [1] 181, 184, 200–202, 304
- Landeslistenmandate bei Bundestagswahl 1949 > [1] 184
- Landtagswahlergebnisse (CDU und SPD) > [1] 304
- Mandatszahl bei Bundestagswahl 1949 > [1] 181
- Neugliederung > [2] 2339, 2362 • [3] 2992–2993, 3065
- Regierungskoalition > [1] 1443
- Staatspräsident > [1] 858, 1443
- Wahlkreismandate bei Bundestagswahl 1949 > [1] 184
- Wahlkreiszahl bei Bundestagswahl 1949 > [1] 181

Zählung der Stimmen (durch „Hammelsprung“) > [2] 1726–1728, 1974, 1976, 2864 • [3] 3690–3691, N 8.12
– Stimmergebnisse > [2] 1734–1781

Zahlen > Statistik

ZDF > Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)

Zehnjährige Mitgliedschaft im Bundeskabinett > [1] 1158–1159

Zeitbudget der Mitglieder des Bundestages > [1] 535, 547–550

Zeitgesetz > [2] 2539

Zeitplan (Arbeitsrhythmus) des Bundestages > [2] 2006–2009

„**Zeitschrift für Gesetzgebung**“ (ZG) > [3] 3632

„**Zeitschrift für Parlamentsfragen**“ (ZParl) > [3] 3631

„**Zeitschriftenaufsätze**“ > [2] 2855–2856 • [3] 3430, 3446

Zeitspanne für Wahltermin zum Bundestag > [1] 57–58, 61

Zentralasiatische Staaten

– Deutsch-zentralasiatische Parlamentariergruppe [3] 3609, 3612

Zentrales Dokumentationssystem des Bundespresseamtes (BPA-DOK) > [3] 3452

Zentrum (Deutsche Zentrumspartei) [Partei]

- Bundestagswahlergebnisse > [1] 103, 156, 162–165, 167, 170, 172, 176, 185, 293 • [3] 3638, 3680–3681, N 1.11
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Europawahlergebnisse > [3] 3674–3576
- Fusionen > [1] 103, 106
- Hochburgen > [1] 284
- Koalitionen > [1] 1440–1445, 1447
- Parlamentarischer Rat > [1] 624–625
- Parteigeschichte > [1] 90, 93, 103, 106
- Parteivorsitzende > [1] 103, 989
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291 • [3] 3680–3681
- Teilnahme an Bundestagswahl > [1] 69–71, 74, 77, 85, 103, 106 • [3] N 1.5
- Teilnahme an Europawahl > [1] 103 • [3] 3574–3576
- Wahlabsprachen > [1] 103, 139–141, 156, 1012 • [3] 3638
- Wahlergebnisse > [1] 103, 156, 162–165, 167, 170, 172, 176, 185, 293 • [3] 3574–3576, 3638, 3680–3681, N 1.1
- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil > [1] 284
- Wahlkreissitze > [1] 240
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Zentrum (Deutsche Zentrumspartei) [Fraktion]

- Berufsstruktur der MdB > [1] 686
- Besetzung von Führungspositionen > [1] 662, 827 • [2] 2094
- Bundesversammlung > [3] 3180–3181
- Fraktionschronik > [1] 106, 934, 944, 979 • [3] 3637
- Fraktionseigenschaft > [1] 103, 934, 944, 960, 979 • [2] 2851 • [3] 3637
- Fraktionsvorsitzende > [1] 649, 979, 989
- Fraktionswechsel > [1] 941
- Fusionen > [1] 106, 934, 944, 960, 979 • [3] 3637
- Mandatszahl > [1] 164–165, 185–186, 903, 908–911, 915–919, 1012 • [3] 3682–3683

- Parlamentarischer Rat > [1] 625
- Partei- und Fraktionsvorsitzende > [1] 989
- Stimmenanteil/Mandatsanteil > [1] 291 • [3] 3680–3681
- Tätigkeit und Verfolgung der MdB im „Dritten Reich“ > [1] 607
- weibliche Mitglieder des Bundestages > [1] 636
- weibliche Mitglieder in Führungspositionen > [1] 649, 662
- Wirtschaftsrat > [1] 622

Zentrumspartei (ZP) > Zentrum

Zeugnisverweigerungsrecht der Mitglieder des Bundestages > [1] 386–387, 392–393 • [3] 3052, 3060–3063

ZG > „Zeitschrift für Gesetzgebung“

Ziviler Ersatzdienst > [2] 2343–2344

Zollvorlagen > [2] 2853 • [3] 3097

Zonenbeirat der britischen Besatzungszone

- Chronik > [1] 626–627
- Mitgliedschaft > Mitglieder des Zonenbeirates

ZP > Zentrum

ZParl > „Zeitschrift für Parlamentsfragen“

Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden zum Bundeskabinett > [1] 1160–1162

Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten zum Bundestag > [1] 570–588, 642, 834–837, 847, 849, 851, 853–855 • [3] 3686–3687, 3711

Zugreifverfahren beim Ausschuß-Vorsitz > [2] 2094–2095

„**Zur Sache**“ > [3] 3152–3155, 3472–3478

„**Zur Tagesordnung**“ > [3] 3471–3472

Zurückweisung von Einsprüchen des Bundesrates > [2] 1733, 2428–2431

- Abstimmergebnisse > [2] 1735, 1737–1738, 1741, 1743–1744, 1746, 1748–1753, 1769–1772, 1774–1775, 1778, 1780–1781
- Statistik > [2] 2398–2399, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8

Zusammensetzung des Bundeskabinetts

- Namensliste > [1] 1030–1059 • [3] N 6.2
- Sozialstruktur > [1] 1150–1165

Zusammensetzung von Gremien usw. > Mitglieder

Zusammentritt des Bundestages > Konstituierende Sitzungen des Bundestages

Zuschüsse

- Fraktionen im Bundestag > [1] 391, 1009 • [2] 2853, 2855–2856, 2869, 2914, 2919 • [3] 3030, 3043, 3046, 3243–3259
- Gruppen im Bundestag > [1] 898–901 • [3] 3243
- Parteien > Parteienfinanzierung

Zustimmung des Bundesrates > [2] 2398–2399

- zustimmungsbedürftige Gesetze > [2] 2320, 2396–2399, 2428, 2430–2431 • [3] 3700–3701, N 11.8
- Zustimmungsklauseln (Übersicht) > [2] 2432
- Zustimmungversagungen > [2] 2396–2399, 2428–2431, 2433–2437, 2448–2449 • [3] 3700–3701, N 11.8

Zustimmungsgesetze

- Bundesrat > Zustimmung des Bundesrates
- Ratifizierungsgesetze > [2] 2358, 2375, 2411–2412, 2764–2765

Zwei-plus-Vier-Verhandlungen bzw. -Vertrag > [1] 1449 • [2] 1520, 1526, 1534–1535, 1544, 1546, 1556, 1564–1565, 1573, 2630 • [3] 3668–3669, 3797, 3824, 3841, 3850, 3859, 3864, 3872, 3877**Zweidrittelmehrheit** > [2] 1730–1733, 2776**Zweiparteiensystem** > [1] 52**Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)**

- Parlamentsberichterstattung > [3] 3488, 3494
- Übertragung von Plenarsitzungen > [3] 3485–3487

Zweitstimme bei Bundestagswahl > [1] 28, 31, 38, 44, 50 • [3] 3638

- ungültige Zweitstimmen > [1] 289–290 • [3] 3680–3681

Zwischenbemerkungen („Kurzinterventionen“) im Bundestag > [2] 1725, 2875, 2879–2881, 2884, 2900 • [3] 3107**Zwischenfragen im Bundestag**

- Einführung > [2] 1685, 2853, 2895–2896 • [3] 3638
- Geschäftsordnung > [2] 2853, 2875, 2896, 2926 • [3] 3097, 3105, 3115
- Typologie und Gebrauch > [2] 1685–1692

Zwischenrufe im Bundestag > [2] 2889**Zwischenstaatliche Einrichtungen** > [3] 3016**Zypern**

- Deutsch-zypriotische Parlamentariergruppe > [3] 3612

33 Gesetzesregister

Das folgende Register enthält die im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnten Gesetze, unabhängig davon, ob sie verabschiedet und in Kraft getreten sind oder nicht. Es handelt sich dabei in der Reihenfolge der Abschnitte im wesentlichen um folgende Gesetze:

- Wahlgesetze (Abschnitt 1.1),
- die einzelnen Abgeordnetengesetze mit ihrem Inhalt (Abschnitt 2.3),
- Gesetze, die Inkompatibilitätsvorschriften enthalten (Abschnitt 2.9),
- Gesetze, die eine Berichtspflicht der Bundesregierung enthalten (Abschnitt 6.18),
- Ersuchen des Bundestages um Vorlage eines Gesetzentwurfs (Abschnitt 6.19),
- Gesetze, über die namentlich abgestimmt wurde (Abschnitt 8.14),
- Gesetze, zu denen von Mitgliedern des Bundestages Erklärungen zur Abstimmung abgegeben wurden (Abschnitt 8.16),
- Gesetze, die kontrovers verabschiedet wurden (Abschnitt 8.17),
- Gesetze, zu deren Beratung Unterausschüsse, Arbeitsgruppen oder Sonderausschüsse eingesetzt wurden (Abschnitt 9.2),
- Gesetze, zu denen öffentliche Anhörungen durchgeführt wurden (Abschnitt 9.8),
- Gesetze, die aufgrund eines Grundgesetz-Auftrages verabschiedet wurden (Abschnitt 11.2),
- Gesetze mit der kürzesten Beratungsdauer in jeder Wahlperiode (Abschnitt 11.7),
- Gesetze, die infolge von Zustimmungsversagungen oder Einsprüchen des Bundesrates gescheitert sind (Abschnitt 11.8),
- Gesetze, die der Bundespräsident nicht verkündet hat (Abschnitt 11.10),
- Gesetze, die das Bundesverfassungsgericht für nichtig oder verfassungswidrig erklärt hat (Abschnitt 11.13),
- Gesetze, zu deren Zustandekommen Einzelfallstudien angefertigt wurden (Abschnitt 11.15),
- Gesetze, die im Entwurf getestet wurden und deren Wirkung analysiert wurde (Abschnitt 11.16),
- Gesetze, die Rechtsverordnungen mit Mitwirkungsvorbehalten des Bundestages vorsehen (Abschnitt 11.18),
- 150 Gesetze, die zu den „Schlüsselentscheidungen“ der Gesetzgebung gezählt werden (Abschnitt 11.19),
- Gesetze, die die Opposition im Bundestag mit Erfolg initiiert hat (Abschnitt 12.4),
- Gesetze, in denen Regelungen zur Parlamentsreform enthalten sind (Abschnitt 13.2),
- Grundgesetz-Änderungsgesetze (Abschnitt 14.2),
- nicht verabschiedete Änderungsentwürfe zu Grundgesetz-Artikeln (Abschnitt 14.4),
- parlamentsrechtliche Gesetze (Abschnitt 15.1),
- die Diätengesetze (Abschnitt 20.2),
- Gesetze, zu denen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Gesetzesmaterialien“ veröffentlicht haben (Abschnitt 22.3),
- Gesetze, die die Mitwirkung des Bundestages im europäischen oder internationalen Bereich vorsehen (Kapitel 24).

Die Gesetze oder Gesetzentwürfe sind entsprechend den Wahlperioden des Bundestages geordnet, in denen sie eingebracht, beraten und/oder verabschiedet wurden. Innerhalb der Wahlperioden werden die Gesetze alphabetisch mit ihrem offiziellen Kurztitel oder in einer anderen Kurzform aufgeführt.

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs*, d. h.

- > ① auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > ② auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > ③ auf den Band III (Kapitel 14 bis 36, hier ausgewertet bis Kapitel 28).

Parlamentarischer Rat (1948–49)

Wahlgesetz 1. Bundestag > ① 27, 29, 49, 56, 292, 379 •
② 2336–2337, 2513 •③ 3179, 3634

Wahlgesetz 1. Bundestag/Änd. > ① 27, 29, 46

1. Wahlperiode (1949–53)

Abgeordnete/Freistellung von Haftpflichtansprüchen
> ③ 3021

Altspargengesetz > ② 2516, 2766

Angestelltenversicherungsrecht/Vereinheitlichung >
① 1389

Anleihegesetz 1950 > ② 2036

Apothekengesetz > ② 2496

Apothekengesetz/Änd. > ② 2496

Arbeitsgerichtsgesetz > ① 1387 •② 1796

Arbeitsschutzgesetz für Jugendliche/Änd. > ② 2766

Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung/Änd.
> ② 2766

Artikel 108-Ausführungsgesetz > ② 2453

Artikel 131-Gesetz > ① 1383 •② 1957, 2340, 2498,
2514, 2655

Artikel 131-Gesetz/Änd. > ② 1735, 2038

Artikel 131-Gesetz/1. Änd. > ② 2496, 2516

Artikel 131-Gesetz/Fassung 1953 > ② 2469, 2498

Artikel 131-Gesetz/Sofortmaßnahmen > ② 2514

Artikel 131-Gesetz/vorläufige Regelung > ② 2513

Ausfuhrförderungsgesetz > ① 1386 •② 2515

Ausfuhrförderungsgesetz/Änd. > ② 1737, 2516

Auslandsschulden Frankreich > ② 1737

Baulandbeschaffungsgesetz > ② 2038

Beförderungsteuergesetz/Änd. > ② 1957, 2547

Bergarbeiterwohnungsbauförderungsgesetz > ② 2548

Besoldungsgesetz/2. Änd. > ② 2038

Besoldungsgesetz/3. Änd. > ② 2038

Betriebsverfassungsgesetz > ① 1380 •② 1736, 1793,
1958, 1984, 2516, 2548, 2598, 2715 •③ 3473

Bewirtschaftungsnotengesetz/Änd. > ② 2593

Branntweinmonopolgesetz/Änd. > ② 2766

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-
versicherung > ② 2433

Bundesautobahnvermögen > ② 2340

Bundesbahngesetz > ② 2501, 2655

Bundesbahnvermögen > ② 2340

Bundesbankgesetz > ② 2482 •③ 3068

Bundesbaugesetz > ① 1387

Bundesbeamtengesetz > ② 2038, 2336, 2497, 2516,
2599

Bundesfinanzhof-Gesetz > ② 2346

Bundesgrenzschutzgesetz > ② 2514

Bundesjagdgesetz > ① 1381

Bundesrechnungshofgesetz > ① 436 •② 2339, 2813–
2814 •③ 3636

Bundesverfassungsgerichtsgesetz > ① 288 •② 2041,
2046, 2049, 2052, 2055, 2059, 2303, 2337, 2359, 2375,
2495, 2514 •③ 3064–3069, 3636

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte > ① 1388

Bundesversorgungsgesetz > ① 1272–1273, 1276 •②
1978, 2498, 2597

Bundesversorgungsgesetz/Verfahren > ① 1385

Bundesversorgungsgesetz/Änd. > ② 2766

Bundesversorgungsgesetz/2. Änd. > ① 1389

Bundesvertriebenengesetz > ① 1381 •② 1794–1796,
2036, 2038, 2599

Bundeswahlgesetz > Wahlgesetz 2. Bundestag

Deutsch-französisches Wirtschaftsabkommen > ①
1384 •② 1737, 2481, 2654

Deutsch-israelisches Abkommen > ② 1795, 2549,
2599 •③ 3068

Deutschlandvertrag > ② 1489, 1736, 1958 •② 1973,
2482, 2517, 2599 •③ 3068

Diätengesetz 1950 > ② 2336 •③ 3021, 3198, 3636

DM-Bilanzergänzungsgesetz > ② 2036

2. DM-Bilanzergänzungsgesetz > ② 2036

Einkommensteuergesetz 1951 > ② 2496, 2499

Einkommensteuergesetz 1953 > ② 2499

Einkommensteuergesetz/Änd. > ② 1794, 1957, 1976–
1977, 2433, 2497, 2500, 2546

Einkommensteuervereinfachungsgesetz > ② 1957,
2036

Erbschaftsteuergesetz/Änd. > ② 2766

Erfindungen von Arbeitnehmern und Beamten > ①
1386

- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl** > [2] 1792, 1957, 2317, 2357, 2598 • [3] 3550–3551, 3553
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)** > [1] 1190 • [2] 1488, 1662, 1695–1696, 1736, 1958, 2040, 2097, 2482, 2517, 2599 • [3] 3068
- Europarat-Beitritt** > [2] 1662, 1736, 1957, 2893 • [3] 3545, 3636
- Europarat/Wahlgesetz zur Beratenden Versammlung** > [2] 2316, 2849 • [3] 3545, 3636
- Europarat/Wahlgesetz zur Beratenden Versammlung/Änd.** > [3] 3546
- Evakuierten-Rückführung** > [1] 1386, 1388
- EVG-Vertrag** > Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)
- Familienausgleichskassen** > [1] 1383
- Familienrechtsgesetz** > [2] 2038
- Feinde der Demokratie** > [3] 3022
- Feststellungsgesetz** > [2] 1792, 2037, 2499, 2515, 2662
- Finanzausgleich des Bundes 1951** > [2] 1957
- Finanzausgleich des Bundes 1952** > [2] 1735, 1957
- Finanzhilfe Schleswig-Holstein 1950** > [2] 2433
- Finanzverwaltungsgesetz** > [2] 2339, 2346, 2361, 2453
- Flurbereinigungsgesetz** > [1] 1384 • [2] 2549
- Fürsorgekosten-Erstattung** > [1] 1382
- Gartenbauwirtschaftsordnung** > [1] 1386
- GATT-Abkommen** > [2] 1957
- Genossenschaftsrecht/Neuregelung** > [1] 1387, 1391
- Gerichtsverfassungsgesetz** > [2] 2038
- Geschlechtskrankheiten-Bekämpfung** > [1] 1382
- Getreidepreisgesetz 1951/52** > [2] 1735, 2416
- Getreidepreisgesetz 1952/53** > [2] 1957
- Gewerbeordnung/Änd.** > [2] 1797, 2766
- Gewerbesteuerertragsgesetz/Fassung 1952** > [2] 2498
- Gewerbesteuerrecht/Änd.** > [2] 2433
- Grundgesetz/1. Änd.** > Strafrechtsänderungsgesetz
- Grundgesetz/2. Änd.** [Art. 120 a] > [2] 1735, 2326, 2433, 2851 • [3] 2965
- Grundgesetz/3. Änd.** [Art. 107] > [2] 1793, 2338, 2342 • [3] 2965
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 19 a] > [3] 2984
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 46 a] > [3] 2984
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 74 u. 87] > [3] 2984
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 82] > [3] 2984
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 83 a] > [3] 2984
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 87] > [3] 2985
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 102] > [2] 1736 • [3] 2985
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 105] > [3] 2985
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 108] > [2] 1736–1737, 2453 • [3] 2986
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 117] > [2] 1697 • [3] 2986
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 120 a] > [3] 2986
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 131] > [3] 2986
- Grundgesetz/Durchführungsgesetz Art. 108** > [2] 2433
- Grundgesetz/Verwirklichung Art. 3** > [1] 1381
- Handelsgesetzbuch** > [2] 2508
- Handwerk-Alterversorgung/Änd.** > [1] 1385
- Handwerker/Kaufmannseigenschaft** > [2] 2767
- Haushaltsführung 1949** > [2] 1957, 1984
- Haushaltsführung 1950** > [2] 1957, 2803
- Haushaltsführung 1950/3. Änd.** > [1] 1957
- Haushaltsführung 1951** > [2] 2803
- Haushaltsgesetz 1949** > [2] 1957, 1984, 2784, 2787, 2903
- Haushaltsgesetz 1949/Ergänzungsgesetz** > [2] 1957
- Haushaltsgesetz 1950** > [2] 1695, 1957, 1978, 2784, 2787, 2803, 2894, 2904 • [3] 3463
- Haushaltsgesetz 1951** > [2] 1695, 1735, 1957, 2784, 2787, 2803, 2904
- Haushaltsgesetz 1952** > [2] 1735, 1957, 2784, 2788, 2905
- Haushaltsgesetz 1953** > [2] 1737, 1958, 2784, 2788, 2905
- Hebammenwesengesetz** > [1] 1389
- Heilpraktikergesetz** > [1] 1385 • [2] 2660
- Heimarbeitsgesetz** > [1] 1380 • [2] 2382, 2514, 2655, 2891
- Heimatvertriebenen-Umsiedlung** > [2] 2766
- Heimkehrergesetz** > [2] 2597
- 2. Heimkehrergesetz** > [2] 2039
- Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft** > [2] 1792, 1957, 2515, 2548, 2593
- Investitionshilfegesetz/Änd.** > [2] 1795
- Jugendarbeitsschutzgesetz** > [1] 1386
- Jugendgefährdende Schriften** > Vertrieb jugendgefährdender Schriften
- Jugendgerichtsgesetz** > [2] 2038, 2549
- Jugendschutzgesetz** > [2] 2597
- Kaffeesteuerertragsgesetz** > [2] 2766
- Kapitalverkehrsteuergesetz/Änd.** > [2] 2766
- Kartellgesetz** > [1] 1383
- Knappschaftliche Rentenversicherung** > [1] 1273 • [2] 1736, 2766
- Knappschaftsversicherungs-Anpassungsgesetz/Änd.** > [2] 2766
- Körperschaftsteuergesetz/Änd.** > [2] 2433, 2497, 2500, 2546
- Kohlenbergbau-Eigentumsverhältnisse/Neuordnung** > [1] 1382
- Kommission der Vereinten Nationen in Deutschland** > [2] 1793
- Konzessionsabgabe** > [1] 1388
- Kriegsfolgelasten/1. Überleitungsgesetz** > [2] 2339
- Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz** > [2] 2654, 2766, 2892
- Kriegsopfer-Leistungsgesetz** > [1] 1380 • [2] 2654, 2766, 2892
- Kündigungsschutzgesetz** > [1] 1380 • [2] 2891
- Länderfinanzausgleichsgesetz 1950** > [2] 2338, 2361
- Landeszentralbankengesetz/2. Änd.** > [2] 1737
- Landpachtgesetz** > [1] 1382
- Landwirtschaftliche Selbstverwaltung** > [1] 1385
- Lastenausgleichsgesetz** > [1] 1304 • [2] 1735–1736, 1957, 2310, 2499, 2516, 2596, 2598
- Lastenausgleichsgesetz/Änd.** > [2] 2766
- Lastenausgleichsgesetz/2. Änd.** > [2] 2766
- Lastenausgleichsgesetz/Teuerungszuschläge** > [1] 1388 • [2] 1736, 2433
- Lohnstopaufhebung/Änd.** > [2] 2766

- Lohnzahlung an Feiertagen** > [2] 2766
Londoner Schuldenabkommen > [2] 1958, 2040
Masseuren- und Krankengymnastikerinnengesetz > [1] 1390
Medizinisch-technische Assistenten > [1] 1390
Milch- und Fettgesetz > [2] 2496
Milch- und Fettgesetz/Änd. > [2] 2496–2497, 2500
Mindestarbeitsbedingungen > [2] 2598, 2766
Mineralöl-Abgabengesetz/Änd. > [2] 2549, 2593
Mineralölsteuergesetz > [2] 2036
Mineralölsteuergesetz/Änd. > [2] 1957
Mitbestimmungsgesetz/Bergbau, Eisen und Stahl > [2] 2515, 2546–2547, 2597
Montanmitbestimmung > Mitbestimmungsgesetz/Bergbau, Eisen und Stahl
Mutterschutzgesetz > [1] 1283, 1380 • [2] 2037, 2515, 2598, 2766, 2891
1. Nachtragshaushaltsgesetz 1951 > [2] 1696, 1958, 2905
Nachtragshaushaltsgesetz 1952 > [2] 1958, 2803
Nahrungs- und Genußmittelfälschung > [1] 1383
Nationaler Gedenktag > [2] 2766
Neugliederung Baden-Württemberg/1. Gesetz > [2] 2362, 2416, 2495 • [3] 3065
Neugliederung Baden-Württemberg/2. Gesetz > [2] 1695, 1978, 2339, 2362, 2467, 2495, 2597 • [3] 3065
Neugliederung/Volksbegehren und Volksentscheid > [1] 1381
Niederlande/Restitution und Reichsmark-Wertpapier-Freigabe > [2] 1794, 2036
Notaufnahme > [2] 2513, 2766
Notopfer Berlin > [2] 2892
Notstandsgebiete > [2] 2656
Öffentlicher Dienst/vorläufige Regelung > [2] 2513
Ordnungswidrigkeitengesetz > [2] 2498
Pariser Vertrag > Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)
Parteiengesetz > [1] 1384
Parteinamengesetz > [3] 3022
Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen > [1] 1388
Personalvertretungsgesetz > [2] 2040, 2097
Personenstandsgesetz > [2] 2663
Petersberger Abkommen > [2] 2481 • [3] 3066, 3635
Postverwaltungsgesetz > [1] 1387 • [2] 2310, 2356, 2501
Preisgesetz > [2] 1735, 2433, 2593
Preisgesetz/Änd. > [2] 2593
Pressegesetz > [2] 2035
Rechtseinheit > [2] 2513
Rechtsstellung der in den 1. Bundestag gewählten Beamten > [1] 436 • [2] 2363, 2514 • [3] 3021, 3636
Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Beamten > [1] 388, 436 • [2] 2363 • [3] 3021, 3638
Rechtsverhältnis der unter Art. 131 GG fallenden Personen > Artikel 131-Gesetz
Rechtsverordnungen-Verkündung > [2] 2892
Reichsabgabenordnung/Änd. > [2] 2501
Reichsautobahngesetz/Änd. > [2] 2766
Reichseigenes Filmvermögen/Abwicklungsgesetz > [2] 1976
Reichsvermögen/vorläufige Regelung > [2] 2340, 2379
Reichsversicherungsordnung/Änd. > [2] 2766
Rentenversicherungen/Höherversicherungen > [2] 2766
Renten- und Pensionsversicherungen > [2] 2657
Rentenzulagengesetz/Deckung 1953–1955 > [2] 1736–1737
Richterwahlgesetz > [2] 2307
Schadensfeststellungsgesetz > [2] 2037
Schwarzarbeit-Bekämpfung > [1] 1389
Schwerbeschädigten-Betriebe/Sicherung > [1] 1384
Schwerbeschädigtengesetz > [1] 1387 • [2] 2039, 2599
Soforthilfegesetz > [2] 2309–2310
Sozialgerichtsgesetz > [2] 1796–1797 • [3] 3448
Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz/Änd. > [2] 2766
Sozialversicherung-Selbstverwaltung > [2] 1957
Sozialversicherung-Selbstverwaltung/Änd. > [2] 1958
Speditionswesengesetz > [1] 1390
Steueränderungsgesetz > [2] 1958
Straffreiheitsgesetz > [2] 2038, 2890
Strafgesetzbuch/Fassung 1953 > [2] 2497
Strafrechtsänderungsgesetz [Hochverrat] > [2] 1979, 2341, 2515, 2894 • [3] 2964
Tabaksteuergesetz > [1] 1383 • [2] 2656
Tag der deutschen Einheit > [2] 1997–1999, 2010
Tarifvertragsgesetz > [2] 2037
Teesteuergesetz > [2] 2766
1. Überleitungsgesetz > [2] 2339
1. Überleitungsgesetz/Änd. > [2] 1736
3. Überleitungsgesetz > [2] 1476, 1478, 2659
Umsatzsteuergesetz/Änd. > [2] 1957, 2498, 2547
Umsatzsteuergesetz/2. Änd. > [2] 2766
Umsatzsteuergesetz/Fassung 1951 > [2] 2496, 2498
Umsatzsteuergesetz/Wohlfahrtspflegeverbände > [1] 1384
Umstellungsergänzungsgesetz > [2] 2036
Unfallversicherungsrecht Berlin/Änd. > [2] 2416
Unterhaltsbeihilfe für Kriegsgefangenen-Angehörige/Änd. > [2] 1792
Verbindlichkeiten des Deutschen Reiches > [1] 1389
Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung/Wahlgesetz > [1] 31 • [2] 1477, 1488
Verfassungsschutz/Bund-Länder-Zusammenarbeit > [2] 2216
Verkehrsgesetz/Straßenverkehrsordnung > [1] 1387
Versammlungsgesetz > [2] 2035, 2356, 2662 • [3] 3396
Vertrieb jugendgefährdender Schriften > [1] 1381 • [2] 1736, 2496, 2516, 2598
Viehzählungsgesetz/2. Änd. > [2] 2805–2806
Währungsreform-Härten > [2] 2766
Wahlgesetz 1. Bundestag/1. Änd. 1952 > [1] 27, 30, 42, 379 • [2] 2767, 2851 • [3] 3637
Wahlgesetz 1. Bundestag/2. Änd. 1952 > [1] 27, 30
Wahlgesetz 1. Bundestag/Änd. 1953 > [1] 27, 30, 46, 296 • [2] 2851
Wahlgesetz 1. Bundestag/3. Änd. > [2] 1794

Wahlgesetz 1. Bundestag/5. Änd. > [1] 31
Wahlgesetz 2. Bundestag > [1] 27–28, 31, 49–50, 379 •
 [2] 1697, 1736, 1796, 2336–2337, 2495, 2516, 2850,
 2852 • [3] 3179, 3284, 3638
Wahlgesetz/Änd. > [1] 49
Wahlprüfungsgesetz > [1] 296, 299 • [2] 2302, 2336 •
 [3] 3021, 3636
Wehrpflichtgesetz > [2] 2481
Wettbewerbsbeschränkungen > Kartellgesetz
Wiedergutmachung/Bundesergänzungsgesetz > [1]
 1389
**Wiedergutmachung für Angehörige des öffentlichen
 Dienstes** > [2] 2658, 2766
**Wiedergutmachung für Angehörige des öffentlichen
 Dienstes/2. Änd.** > [2] 2766

Wiedergutmachungsgesetz > [2] 2514, 2657
Wirtschaftsstrafgesetz/Verlängerung > [2] 1793
Wohnraumbewirtschaftungsgesetz > [2] 2037
Wohnungsbauförderung > [2] 2656
1. Wohnungsbaugesetz > [1] 1381 • [2] 2513, 2597
1. Wohnungsbaugesetz/Änd. > [2] 1737, 1985, 2517,
 2767
Wohnungsbau-Prämiengesetz > [2] 2037, 2548, 2598
Wohnungseigentumsgesetz > [2] 2037, 2597
Zahnheilkunde-Ausübung > [1] 1385
Zollbegünstigungsgesetz > [2] 2655
Zolltarifgesetz > [2] 2593
Zolltarifgesetz/Änd. > [2] 2593
Zwangseinweisung geisteskranker Personen > [1] 1387
Zwangsvollstreckungsgesetz > [2] 2038

2. Wahlperiode (1953–57)

Agrarstatistikgesetz > [2] 2433
Allgemeines Kriegsfolgendesetz > [1] 1304 • [2] 2043–
 2044, 2340
Allgemeines Siedlungsgesetz > [1] 1395
Altersgrenze der Bundesrichter > [2] 1738
Altershilfe für Landwirte > [2] 2602
Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz > [2]
 1740, 1959, 2498–2499, 2501, 2503, 2518–2519, 2602
Apothekengesetz/2. Änd. > [2] 2496
2. Apothekengesetz > [2] 2496
Arbeiterkrankenversicherung > [2] 2767
Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz >
 [1] 1272 • [2] 1740, 2498, 2502, 2518–2519, 2602
**Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungs-
 gesetz/Änd.** > [2] 1740, 1959, 2044, 2499–2500, 2767
Artikel 131-Gesetz/2. Änd. > [2] 2042
Arzneimittelgesetz > [1] 1393
Atomgesetz > [2] 1740, 2044
Ausfuhrzollliste > [2] 1986
Bannmeilengesetz > [2] 2356, 2853 • [3] 3022, 3396–
 3397, 3639
Beamtenrechtsrahmengesetz > [2] 2042, 2336, 2602
Beendigung des Besatzungsregimes > [2] 1738, 2600
Bergmannsprämiengesetz > [2] 2551
Berlinhilfegesetz/3. Änd. > [2] 2767
Berufsausübung im Einzelhandel > [1] 1257 • [2] 1740,
 1959, 2499, 2502
Besatzungsschädengesetz > [2] 2041
Binnenschiffahrtsgesetz > [2] 2337
Brüsseler Verträge > [2] 1738, 2041, 2316, 2357 • [3]
 2966, 3640
Bürgerliches Gesetzbuch/Fassung 1957 > [2] 2506
Bundesbankgesetz > [2] 1480, 2044, 2337, 2519
Bundesentschädigungsgesetz > [2] 2497, 2661
Bundesentschädigungsgesetz/3. Änd. [Ergänzung] >
 [2] 2767
Bundesknappschaftsgesetz > [1] 1395
Bundesleistungsgesetz > [2] 2518
1. Bundesmietengesetz > [2] 2601

Bundesrückerstattungsgesetz > [2] 2500
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Änd. > [2] 1739,
 1959, 2049, 2052, 2055, 2059
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Fassung 1956 > [2]
 2049
Bundesversorgungsgesetz/Änd. > [1] 1392
Bundesversorgungsgesetz/Fassung 1956 > [2] 2499,
 2767
Bundesversorgungsgesetz/Fassung 1957 > [2] 2767
Bundesversorgungsgesetz/3. Änd. > [1] 1392
Bundestwahlgesetz > [1] 28, 32, 50–51, 292, 296, 379,
 1241 • [2] 2336, 2468, 2474, 2508, 2518, 2767, 2854 •
 [3] 3070–3071, 3640
Bundestwahlgesetz/Änd. > [1] 32
Deutsch-jugoslawischer Wirtschaftsvertrag > [2] 1739,
 1959
Deutschlandvertrag/Fassung 1954 > [2] 1973
Diätengesetz 1954 > [2] 2853 • [3] 3022, 3198, 3638
Diätengesetz 1954/Änd. > [1] 32
Eierwirtschaftsförderungsgesetz > [2] 2767
Einkommensteuer- und Körperschaftsteuergesetz/Änd.
 > [2] 1739, 1797, 1959
Einkommensteuergesetz/Fassung 1954 > [3] 3071
Einkommensteuergesetz 1955 > [2] 2496, 2499
Einkommensteuergesetz 1957 > [2] 2496
Energiewirtschaftsgesetz > [1] 1393, 1395
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsgesetz/Änd.
 > [1] 1391
Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) > [2]
 2317, 2519, 2589, 2593, 2603 • [3] 3550, 3553, 3613
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft > [1] 1274,
 1283, 1286 • [2] 2317, 2377, 2519, 2589, 2593, 2603 •
 [3] 3550, 3553, 3613
Familienrechtsgesetz > [2] 2043
Finanzanpassungsgesetz > [2] 2043–2044
Finanzgerichtsbarkeitsgesetz > [2] 2043, 2339
Finanzstatistikgesetz > [2] 2433
Finanzverfassungsgesetz > [2] 2342, 2374, 2518, 2600
Freiwilligengesetz > [2] 2042, 2517, 2601 • [3] 2966

- Fremdrentengesetz** > [2] 2044
Fremdrentengesetz/Änd. > [2] 2767
Genossenschaftsrecht/Neuordnung > [1] 1391
Geschäftsraummietengesetz/Änd. > [2] 2767
Getreidepreisgesetz 1954/55 > [1] 1391
Gewerbsteuergesetz/Fassung 1954 > [2] 2497
Gewerbliche Wirtschaft/Sicherstellungsgesetz > [2] 2593
Gleichberechtigungsgesetz > [2] 2122, 2129, 2339, 2497, 2500, 2519, 2602
Grundgesetz/4. Änd. [Wiederbewaffnung] > [2] 1737, 1958, 2184, 2231, 2326, 2365–2366, 2853 • [3] 2965, 3638
Grundgesetz/5. Änd. [2. Änd. Art. 107] > [2] 2342, 2364, 2374, 2417 • [3] 2965
Grundgesetz/6. Änd. [Finanzverfassung] > [2] 2327, 2342 • [3] 2966
Grundgesetz/7. Änd. [Wehrrergänzung] > [1] 435 • [2] 1739, 2184, 2327, 2343, 2601, 2854, 2896 • [3] 2966, 3157, 3640
Grundgesetz/8. Änd. [Art. 106] > [2] 1739, 2327 • [3] 2966
Grundgesetz/9. Änd. [Art. 135 a] > [2] 1740, 1959, 2327, 2854 • [3] 2966
Grundgesetz/Änd. [Art. 12 a] > [3] 2986
Grundgesetz/Änd. [Art. 15] > [3] 2987
Grundgesetz/Änd. [Art. 74] > [2] 1979 • [3] 2987
Grundgesetz/Änd. [Art. 74 u. 75] > [3] 2987
Grundgesetz/Änd. [Art. 74 u. 87 c] > [3] 2987–2988
Grundgesetz/Änd. [Art. 87] > [3] 2988
Grundgesetz/Änd. [Art. 102] > [3] 2988
Grundgesetz/Änd. [Art. 105 u. 106] > [3] 2988
Grundgesetz/Änd. [Art. 107] > [2] 1738, 2122, 2129, 2307 • [3] 2988
Grundgesetz/Änd. [Art. 117] > [3] 2989
Grundgesetz/Änd. [Art. 120 a] > [3] 2989
Grundgesetz/Änd. [Art. 139 a] > [2] 1740 • [3] 2989
Güterkraftverkehrsgesetz > [2] 2661
Haushaltsgesetz 1954 > [2] 1697, 1737, 2784, 2788, 2895, 2905–2906
Haushaltsgesetz 1955 > [2] 2784, 2789, 2853, 2906
Haushaltsgesetz 1956 > [2] 1478, 2784, 2789, 2907
Haushaltsgesetz 1957 > [2] 1476, 1740, 2784, 2789, 2907
Hilfsmaßnahmen für politische Häftlinge > [1] 1392
Ingenieurgesetz > [2] 2433
Internationale Arbeitsorganisation > [2] 2767
Kartellgesetz > Wettbewerbsbeschränkungsgesetz
Kassenarztrecht > [2] 2497
Kindergeldanpassungsgesetz > [2] 1958
Kindergeldergänzungsgesetz > [1] 1394 • [2] 1739–1740, 1959, 2044
Kindergeldgesetz > [2] 1738, 1958, 2600, 2767
Kindergeldgesetz/Änd. > [2] 1959
Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz > [2] 2551
Körperschaftsteuergesetz/Fassung 1954 > [3] 3071
Körperschaftsteuergesetz/Fassung 1957 > [2] 2496
Kraffahrzeugsteuergesetz/Änd. > [2] 2433
Kriegsfolgenschlußgesetz > [2] 2044
Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz > [2] 2496
Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz/Fassung 1956 > [2] 2498, 2767
Ladenschlußgesetz > [2] 1739, 1959, 1979
Ladenschlußgesetz/Änd. > [2] 2498
Länderfinanzausgleichsgesetz > [2] 2600
Landpachtgesetz/Änd. > [2] 1739
Landwirtschaftsgesetz > [1] 1299 • [2] 1797, 2518, 2601
Lastenausgleichsbankgesetz > [2] 2311
Lastenausgleichsgesetz/Änd. > [2] 1797
Lastwagenverkehrsbeschränkung an Sonn- und Feiertagen > [1] 1393
Lebensmittelgesetz/Änd. > [1] 1394
Montan-Mitbestimmungsgesetz > [2] 2518, 2550
NATO-Beitritt > [2] 1738, 1958, 2600 • [3] 2966, 3640
Neugliederung Bundesgebiet [Gesetz nach Art. 29 Abs. 2–6 GG] > [2] 2335
Oberstes Bundesgericht gem. Art. 95 GG > [1] 1394
Ordensgesetz > [2] 2042
Pariser Verträge > [2] 1738, 1997, 2000 • [3] 3483
Personalgutachterausschuß-Gesetz > [2] 2417
Personalvertretungsgesetz > [2] 1739, 1958, 2517, 2550, 2601
Personenbeförderungsgesetz > [2] 2497
Rabattgesetz/Fassung 1954 > [2] 2500
Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz > [2] 2044
Renten- und Pensionsversicherungen/2. Gesetz > [1] 1257 • [2] 1797, 2497
Rentenversicherungs-Sonderzulagengesetz > [2] 2767
Saarland-Eingliederungsgesetz > [1] 32, 42 • [2] 2602 • [3] 3023, 3641
Saarstatut > [2] 1738, 1958, 2482, 2600
Schutzbereichsgesetz > [2] 2042, 2363
Soldatengesetz > [2] 2365 • [3] 2966, 3640
Soldatenversorgungsgesetz > [2] 2042, 2044
Sonntagsarbeitsbeschränkung > [2] 2664
Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz/3. Änd. > [2] 2767
Sozial- und Arbeitslosenversicherung/Änd. > [2] 2767
Steuern-Neuordnungsgesetz > [1] 314
Steuerstrafrechtsreform > [1] 1394
Steuerverwaltungskosten der Länder > [2] 2433
Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ > [2] 2362
Straffreiheitsgesetz > [2] 2661
Strafgesetzbuch/Änd. > [3] 3023
Strafentlastungsgesetz > [2] 2519
Tabaksteuergesetz/3. Änd. > [1] 1393
Teuerungszulagengesetz/Aufhebung > [2] 1739, 1959
Tilgung von Ausgleichsforderungen > [2] 2496
Truppenstatut > [2] 1738, 1958
Truppenvertrag > [2] 1738, 1958
Truppenvertrag/Änd. > [2] 1739
Tuberkulosenhilfegesetz > [1] 1393 • [2] 2433
3. Überleitungsgesetz/3. Änd. > [2] 1478, 2043, 2767
2. Umstellungsergänzungsgesetz > [2] 2497
Unfallversicherung/Anpassung > [2] 2767
Unterhaltshilfenzulagen-Gesetz > [2] 2767
Verfahren bei Freiheitsentziehung > [2] 2338, 2356

Verkaufsoffene Sonntage vor Weihnachten > [2] 1739, 1958
Verkehrsfinanzgesetz 1955 > [1] 1303 • [2] 2497, 2499, 2517, 2550
Völkermord-Bestrafung > [2] 2335
Wahlgesetz 2. Bundestag/Änd. > [1] 32
Wasserhaushaltsgesetz > [1] 1392 • [2] 2045
Wehrbeauftragtengesetz > [1] 436 • [2] 2306, 2343, 2602, 2767, 2854 • [3] 3023, 3157–3159, 3641
Wehrpflichtgesetz > [1] 1256 • [2] 1739, 1959, 2334, 2343, 2363, 2602

Wettbewerbsbeschränkungsgesetz > [1] 1367, 1371–1372 • [2] 2043–2044, 2500, 2519, 2603
Wirtschaftsstrafgesetz 1954/Änd. > [2] 1739, 1959
2. Wohnungsbaugesetz > [2] 2518, 2550, 2601
Zivilprozeßordnung/Fassung 1957 > [2] 2506
Zollgesetz/5. Änd. > [2] 2593
Zolltarifgesetz/6. Änd. > [2] 2593
Zolltarifgesetz/12. Änd. > [2] 2551
Zündwarensteuergesetz/Änd. > [1] 1393

3. Wahlperiode (1957–61)

Aktiengesetz > [1] 1397
Altershilfe für Landwirte/Änd. > [2] 2520
Angestelltenversicherungsgesetz/Fassung 1960 > [2] 2504
Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz/3. Änd. > [2] 2418, 2768
Arbeiterkrankenversicherung/Änd. > [2] 2520, 2605
Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz/2. Änd. > [1] 1273 • [2] 2665
Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz/4. Änd. > [2] 2767
Artikel 131-Gesetz/3. Änd. > [2] 2046
Artikel 131-Gesetz/Schlußnovelle > [1] 1396
Arzneimittelgesetz > [2] 2499, 2605
Atomgesetz > [2] 2380, 2596, 2603 • [3] 3079, 3642
Außenwirtschaftsgesetz > [2] 2604, 2815
Bausparkassen-Aufsicht > [1] 1399
Beförderungssteuergesetz/Fassung 1958 > [2] 2768
Beförderungssteuergesetz/Fassung 1959 > [2] 2768
Beförderungssteuergesetz/Fassung 1961 > [2] 2520, 2768
Berufsausbildungs- und Erziehungsbeihilfen > [1] 1397
Berufsordnungsgesetz > [2] 2048
Betriebs- und Belegschaftshandel > [2] 2453
Beweissicherungsgesetz > [2] 1741, 2434
Bürgerliches Gesetzbuch/Fassung 1961 > [2] 2508
Bundesbaugesetz > [2] 2048, 2520, 2552, 2604, 2666 • [3] 3303–3305, 3307
Bundesbesoldungsgesetz/Änd. > [1] 1399–1400
Bundesentschädigungsgesetz/Fassung 1959 > [2] 2502
Bundesevakuierungsgesetz/2. Änd. > [2] 2767
Bundesleistungsgesetz/Fassung 1961 > [2] 2365, 2593
Bundespräsident-Wahlgesetz > [2] 2309, 2337 • [3] 3024, 3179, 3191, 3642
Bundespräsident-Wahlgesetz/Änd. > [3] 3024
Bundesrecht-Sammlung > [1] 1340
Bundesrechtsanwaltsordnung > [2] 2047, 2506
Bundessozialhilfegesetz > [2] 1741, 1960, 2500, 2520, 2552, 2605 • [3] 3448
Bundesverfassungsgericht/Umwandlung > [1] 1397
Bundesversorgungsgesetz/Änd. > [2] 2665
Bundesversorgungsgesetz/Fassung 1960 > [2] 2498

Bundesvertriebenengesetz/3. Änd. > [2] 2768
Bundesvertriebenengesetz/4. Änd. > [2] 2768
Deutsches Arbeitsgesetzbuch > [1] 1398
Deutsches Richtergesetz > [1] 1340 • [2] 2338
Diätengesetz 1958 > [2] 1699, 2855 • [3] 3023, 3198–3199, 3236, 3642
Diätengesetz 1958/Änd. > [3] 3024, 3237–3238
Dienstrechtliche Vorschriften/Änd. > [1] 1399
Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz > [2] 2502
Eigentums- und Familienheimbauförderung > [1] 1399
Einfuhr- und Vorratsstellen/Neuordnung > [1] 1397
Einkommensteuergesetz 1958 > [2] 2499, 2501
Einkommensteuergesetz/Fassung 1960 > [2] 2768
Einkommensteuergesetz/Fassung 1961 > [2] 2506
Einreise- und Ausreisegesetz > [2] 2521
Europäische Versammlungen/Wahlgesetz > [3] 3569
Familiennamengesetz/Änd. > [2] 1741, 1960
Familienrechtsänderungsgesetz > [2] 2047, 2510
Fristablauf > [2] 1741
Gaststättengesetz/Änd. > [2] 2768
Gerichtskostengesetz/Änd. > [2] 2520
Geschäftsraummiengesetz Berlin > [2] 2048
Getreidegesetz/4. Änd. > [2] 2768
Getreidepreisgesetz 1960/61 > [1] 1397
Gewerbliche Wirtschaft/Sicherstellungsgesetz > [2] 2593
Grundgesetz/10. Änd. [Kernenergie] > [2] 1741, 2327 • [3] 2967
Grundgesetz/11. Änd. [Luftverkehrsverwaltung] > [2] 1741, 2327, 2366 • [3] 2967
Grundgesetz/12. Änd. [Bundesgerichtsbarkeit] > [2] 1741 • [3] 2967
Grundgesetz/Änd. [Art. 15] > [3] 2989
Grundgesetz/Änd. [Art. 54] > [3] 2989
Grundgesetz/Änd. [Art. 60] > [3] 2989
Grundgesetz/Änd. [Art. 74] > [2] 2768, 2855 • [3] 2990
Grundgesetz/Änd. [Art. 102] > [3] 2989–2990
Grundgesetz/Änd. [Art. 115 a; Notstandsrecht] > [3] 2990
Grundgesetz/Änd. [Art. 120] > [3] 2990
Handwerkerversicherungsgesetz > [1] 1257
Haushaltsgesetz 1958 > [2] 2784, 2789, 2907

Haushaltsgesetz 1959 > [2] 1699, 2469, 2784, 2790, 2855, 2907
Haushaltsgesetz 1960 > [2] 2469, 2784, 2790, 2907
Haushaltsgesetz 1961 > [2] 1699, 1741, 2784, 2790, 2908
Jagdgesetz > [2] 2048
Jugendarbeitsschutzgesetz > [2] 2604
Jugendwohlfahrtsgesetz > [1] 1331 • [2] 1741, 1960, 2356, 2500, 2521
Kapitalverkehrsteuergesetz/Fassung 1959 > [2] 2501
Kapitalverkehrsteuergesetz/Fassung 1960 > [2] 2767
Kindergeldkassengesetz > [2] 2500, 2521, 2605
Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz > [2] 2521, 2665
Kreditwesengesetz > [1] 1369 • [2] 1741, 2048, 2469, 2520
Kriegsopferrecht/1. Neuordnungsgesetz > [2] 2499
Kriegswaffen-Kontrollgesetz > [2] 2335
Ladenschlußgesetz/2. Änd. > [2] 2498
Länderfinanzausgleichsgesetz 1958 > [2] 2342
Landwirtschaftszählungsgesetz 1959 > [2] 1741, 2434
Lastenausgleichsgesetz/Änd. > [1] 1396
Lastenausgleichsgesetz/9. Änd. > [1] 1304
Lastenausgleichsgesetz/11. Änd. > [2] 2768
Lastenausgleichsgesetz/14. Änd. > [2] 2768
Lebensmittelrechtsreform > [1] 1396
Liquidation der Deutschen Reichsbank > [2] 1741, 1960
Luftverkehrsverwaltungsgesetz > [2] 2366
Mieterschutzgesetz/Änd. > [1] 1398
Mineralölsteuergesetz/Änd. > [2] 1741, 2551
Parteiengesetz > [1] 1396 • [3] 3025
Personenbeförderungsgesetz > [2] 2499
Raumordnungsgesetz > [1] 1346
Rechnungsjahrpassung an Kalenderjahr > [1] 1397
Rechtsverordnungen/Ermächtigungen > [3] 3024
Rechtsverordnungen/Gerichtsbarkeit > [2] 2417 • [3] 3024
Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz > [2] 2048

Reichsvermögensgesetz > [2] 2340–2341, 2379
2. Rentenanpassungsgesetz > [1] 1257
Revisionszulassung bei Bundesgerichten > [1] 1397
Rundfunkanstalten des Bundesrechts > [2] 2311, 2520, 2604
Saarland/Einführung Bundesrecht > [1] 1257
Schiffsbankgesetz/Änd. > [2] 2767
Seemannsgesetz/Änd. > [2] 2521
Soltau-Lüneburg-Abkommen > [1] 1285
Spar-Prämienengesetz > [2] 2048, 2552, 2603
Steueränderungsgesetz 1961 > [2] 2593
Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ > [2] 2468
Straßenbaufinanzierungsgesetz > [2] 2551
Tierschutzgesetz/Änd. > [2] 2768
Umsatzsteuergesetz/11. Änd. > [2] 2768
Unfallversicherung/2. Änd. > [2] 2768
Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden > [1] 1357
Verbreitung jugendgefährdender Schriften/Fassung 1961 > [2] 2502
Vermögensbildungsgesetz > [2] 2520, 2605
Verwaltungsgerichtsordnung > [3] 3448
Volksbefragung/Atomare Ausrüstung der Bundeswehr > [2] 1741 • [3] 3024, 3642
Volkswagenwerk/Privatisierung > [2] 2604
Wasserstraßenreinigungsgesetz > [2] 2049, 2469, 2498
Wirtschaftsförderungsgesetz Berlin/5. Änd. > [2] 2418
Wirtschaftskonzentration-Enquete > [1] 1368, 1397
Wirtschaftssicherungsgesetz > [2] 2593
2. Wohnungsbaugesetz/Änd. > [2] 2767
Wohnungsbau-Prämienengesetz/Änd. > [2] 2551
Wohnungszwangswirtschaftsabbau > [2] 1741, 1960, 2604
Ziviler Ersatzdienst > [2] 2334, 2343, 2363, 2603
Zollgesetz > [2] 2048, 2593
Zolltarifgesetz 1958 > [2] 2593
Zolltarifgesetz 1960 > [2] 2593

4. Wahlperiode (1961–65)

Abschöpfungserhebungsgesetz > [1] 1400
Altershilfe für Landwirte/Änd. > [2] 2521
Altershilfe für Landwirte/3. Änd. > [1] 1403 • [2] 2768
Angestelltenversicherungsgesetz/Fassung 1965 > [2] 2505
Artikel 26/Ausführungsgesetz > [1] 1403
Artikel 131-Gesetz/4. Änd. > [1] 1319, 1402
Atomwaffensperrvertrag > [2] 2606
Ausländergesetz > [2] 2607 • [3] 3448
Baulärmschutzgesetz > [1] 1321
Bautätigkeit-Einschränkung/Änd. > [2] 1742, 1960
Beamtenrecht/2. Änd. > [2] 1742, 2050
Beamtenrecht/3. Änd. > [2] 2050
Berlinhilfegesetz/Änd. 1964 > [1] 1305
Berlinhilfegesetz/Änd. 1965 > [1] 1305

Berufsausbildungsgesetz > [1] 1257 • [2] 2667
Bestechung und Geheimnisverrat > [1] 1405
Bundesbeamtengesetz/Änd. > [2] 2768
Bundesbesoldungsgesetz/Änd. 1965 > [1] 1319 • [2] 2050
Bundesentschädigungsgesetz/2. Änd. > [2] 1700, 2050
Bundesforstgesetz > [1] 1404
Bundeskindergeldgesetz > [1] 1257 • [2] 2501, 2606
Bundesrückerstattungsgesetz > [2] 2050
Bundesurlaubsgesetz > [2] 2768
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Änd. > [2] 2059
Bundesversorgungsgesetz/Änd. > [1] 1401
Bundesversorgungsgesetz/Fassung 1964 > [2] 2501, 2503
Bundeswahlgesetz/Änd. > [1] 33, 42, 379 • [3] 3645

Deutsch-französische Zusammenarbeit > [2] 2521, 2606
Diätengesetz 1964 > [2] 1699, 2856 • [3] 3025, 3199, 3238, 3645
Eier- und Geflügelwirtschafts-Förderungsgesetz/Änd. > [2] 2593
Eier- und Geflügelwirtschafts-Förderungsgesetz/Fassung 1963 > [2] 2593
Einkommensteuergesetz 1964 > [2] 2768
Einkommensteuergesetz 1965 > [2] 2502–2504
Eisenbahnkreuzungsgesetz > [2] 2501, 2504
Entwicklungshilfe-Steuerergesetz > [1] 1304–1305 • [2] 2521
Erkennungsmarkengesetz > [2] 2130
Ernährungssicherstellungsgesetz > [2] 1743, 2593
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft > [2] 2470
Europäisches Parlament/Wahlgesetz > [3] 3554, 3570
EWG-Anpassungsgesetz > [2] 2383, 2522, 2607
Festlandsockel-Abgrenzung > [1] 1404
Filmförderungsgesetz > [2] 2130
Finanzgerichtsordnung > [2] 2051, 2339, 2346
Förderung der wissenschaftlichen Forschung > [1] 1403
Gebäudeabnutzung/Absetzungsneuregelung > [1] 1402
Gebietsbestandsänderungen [Gesetz nach Art. 29 Abs. 7 GG] > [1] 33 • [2] 2335
Geflügelhygienengesetz > [1] 1339, 1403
Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen/Änd. > [1] 1405
Genfer Übereinkommen 1958 > [1] 1404
Getreide-Verordnung der EWG > [2] 2593
Gewerbsteuergesetz/Fassung 1965 > [2] 2500
Gewerbliche Wirtschaft/Sicherstellungsgesetz/3. Änd. > [2] 2593
Grundgesetz/13. Änd. [Kriegsgräber] > [2] 1742, 2328 • [3] 2967
Grundgesetz/14. Änd. [Art. 120] > [2] 1742, 2343 • [3] 2968
Grundgesetz/Änd. [Art. 5] > [3] 2991
Grundgesetz/Änd. [Art. 10] > [3] 2991
Grundgesetz/Änd. [Art. 29] > [3] 2991
Grundgesetz/Änd. [Art. 75] > [2] 1742, 1799 • [3] 2991
Grundgesetz/Änd. [Art. 76 u. 77] > [3] 2991
Grundgesetz/Änd. [Art. 95 bis 100] > [3] 2992
Grundgesetz/Änd. [Art. 102 a] > [3] 2992
Grundgesetz/Änd. [Art. 115 a–m; Notstandsrecht] > [2] 1742 • [3] 2992
Grundgesetz/Änd. [Art. 118] > [3] 2992
Haushaltsgesetz 1962 > [2] 1742, 2469, 2471, 2784, 2791, 2908
Haushaltsgesetz 1963 > [2] 1799, 2784, 2791, 2856, 2908
Haushaltsgesetz 1964 > [2] 1699, 1742, 2469–2471, 2784, 2791 • [3] 3169, 3290
Haushaltsgesetz 1965 > [1] 1192 • [2] 1700, 1742, 2470, 2500, 2784, 2791, 2909–2910 • [3] 3074
Ingenieurgesetz > [2] 2501
Jugendarbeitsschutzgesetz/2. Änd. > [2] 2768

Jugendwohlfahrtsgesetz >
Jugendzahnpflegegesetz > [2] 2434
Kaffeesteuergesetz/Aufhebung > [1] 1257
Kaffee-Übereinkommen 1962 > [1] 1368
1. Knappschaftsrentenversicherungs-Änderungsgesetz > [2] 1798
Krankenpflegegesetz > [1] 1404
Kriegsopfer-Überbrückungszulage > [2] 2768
2. Kriegsopferversorgung-Neuordnungsgesetz > [1] 1401, 2667
Landwirtschaftliche Unfallversicherung > [1] 1402
Lastenausgleichsgesetz/16. Änd. > [2] 2768
Lebens- und Rentenversicherungsansprüche/2. Änd. > [2] 2521
Maß- und Gewichtsgesetz/Änd. > [2] 2434
Milch-Verordnung der EWG > [2] 2593
Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen > [2] 2502
Mutterschutzgesetz/Änd. > [2] 1662, 2522, 2768
Nachtragshaushaltsgesetz 1964 > [2] 2419
Notstandsrecht > [2] 1742 • [3] 2992
Parteiengesetz > [2] 2052 • [3] 3025
Personalvertretungsgesetz/Änd. > [2] 2768
Personalvertretungsgesetz/Bundesgrenzschutz > [2] 2050
Raumordnungsgesetz > [1] 1346 • [2] 2607
Rechtsträger-Abwicklungsgesetz > [2] 2341, 2362
Rehabilitationsgesetz > [1] 1403
Reichsknappschaftsgesetz/1. Änd. > [2] 2768
Reichsversicherungsordnung/Fassung 1967 > [2] 2593
4. Rentenanpassungsgesetz > [2] 2419
Reparationsschädengesetz > [2] 2051
Rindfleisch-Verordnung der EWG > [2] 2593
Sachverständigenratgesetz > [1] 437, 1368 • [2] 2606
Sammlungsgesetz > [2] 2469, 2471
Schutzbaugesetz > [2] 2051, 2130
Schweinefleisch-/Eier-/Geflügelfleisch-Verordnung der EWG > [2] 2593
Seeschiffahrtsgesetz > [2] 2337
Selbstschutzgesetz > [2] 2130
Sicherheitsbeauftragte/Unfallversicherung > [1] 1401
Spar-Prämienengesetz/Änd. > [2] 2552
Steinkohlebergbau/Rationalisierungsförderung > [2] 2553
Steinkohleverwendung in Kraftwerken/Förderung > [2] 2553
Steueränderungsgesetz 1964 > [2] 2768
Strafgesetzbuch/Neufassung § 128 > [1] 1340, 1404
Teesteuergesetz/Aufhebung > [1] 1257
Umsatzsteuergesetz > [2] 2553, 2667
4. Umstellungsergänzungsgesetz > [2] 2418
Unfallversicherung und knappschaftliche Rentenversicherung/Änd. > [2] 2553
Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz > [1] 1273, 1401 • [2] 1798, 2503, 2606
Unlauterer Wettbewerb/Änd. > [2] 2768
Urheberrechtsgesetz > [2] 2502, 2504 • [3] 3143
Verbot von Kernwaffen > Atomwaffensperrvertrag
Verjährungsfristen/Strafverfahren > [2] 1742, 1960, 2607

Verkehrssicherstellungsgesetz > [2] 1743, 2593
2. Vermögensbildungsgesetz > [2] 2607
Vermögenswirksame Leistungen für Beamte > [1] 1405
Viehseuchengesetz/Änd. > [1] 1404
Wahlprüfungsgesetz/Änd. > [1] 296 • [2] 2850, 2857 • [3] 3025, 3646
Wasserhaushaltsgesetz/3. Änd. > [2] 2434
Wassersicherstellungsgesetz > [2] 2593
Wehrsoldgesetz/Änd. > [2] 2768
Weinggesetz > [1] 1405 • [2] 2050

Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/Änd. > [2] 2522, 2768
Wirtschaftssicherstellungsgesetz > [2] 1743, 1960, 2593
Wirtschaftssicherstellungsgesetz/3. Änd. > [2] 2593
Wohnbeihilfengesetz > [2] 2552
Wohnbeihilfengesetz/Änd. > [2] 2552, 2768
Wohngeldgesetz > [1] 1346 • [2] 2501, 2553, 2606
Wohngeldgesetz/Änd. > [1] 1346
Wohngeldgesetz/Fassung 1965 > [2] 2501, 2553
Wohnungsbauförderung für Umsiedler/2. Änd. > [2] 2768
Wohnungszwangswirtschaft/Änd. > [2] 2768

5. Wahlperiode (1965–69)

Absatzfondsgesetz > [2] 2524, 2768
Absicherungsgesetz > [2] 2420, 2523
Allgemeines Kriegsfolgenrechtsgesetz/2. Änd. > [2] 2343
Altölggesetz > [1] 1371
Arbeitsförderungsgesetz > [1] 1276–1277, 1283 • [2] 2131, 2503, 2506, 2524, 2554–2555, 2609
Arbeitsmarkt-Anpassungsgesetz > [2] 2131
Arbeitsrechtsbereinigungsgesetz > [2] 2055
Arbeitssicherstellungsgesetz > [2] 2594
Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz/Änd. > [1] 1406 • [2] 2769
Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz/Fassung 1967 > [2] 2594
Arbeitszeit/Bäckereien und Konditoreien > [2] 2524
Architektengesetz > [2] 2434, 2454
Artikel 10-Gesetz > [2] 2211, 2303, 2367, 2375, 2501, 2812, 2859 • [3] 3027
Atomwaffensperrvertrag > [2] 2668
Ausbildungsförderungsgesetz > [2] 2055, 2609, 2768
Bannmeilengesetz/Änd. > [2] 2853, 2860 • [3] 3027, 3396–3398, 3649
Beamtenrechtsrahmengesetz/Änd. > [1] 1406
Befugnisgesetz/Enquete-Kommissionen > [2] 2250 • [3] 3028
Befugnisgesetz/Petitionsausschuß > [3] 3028, 3125–3126
Bergarbeiterwohnungsbaugesetz > [1] 1408
Berlinhilfegesetz/2. Änd. > [1] 1407
Berlinhilfegesetz/3. Änd. > [2] 1799
Berufs[aus]bildungsgesetz > [2] 2055, 2131, 2507, 2525, 2556, 2609
Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses > Artikel 10-Gesetz
1. Besoldungsneuregelungsgesetz > [2] 2053
2. Besoldungsneuregelungsgesetz > [1] 1409 • [2] 2053
Betriebsärztegesetz > [1] 1409
Betriebsverfassungsgesetz/Änd. > [2] 2131
Beurkundungsgesetz > [2] 1980
Bürgerliches Gesetzbuch/Fassung 1969 > [2] 2505, 2507–2508
Bundes-Apothekenordnung > [2] 2130
Bundesbesoldungsgesetz/4. Änd. > [1] 1406

Bundesbesoldungsgesetz/6. Änd. > [3] 3170
Bundesdisziplinarrecht/Neuordnung > [1] 1322, 1407
Bundesentschädigungsgesetz/3. Änd. > [2] 2768
Bundeshaushaltsordnung > [1] 1306–1307 • [2] 2131, 2304, 2370, 2803, 2814, 3302–3303
Bundeskriminalamt/Änd. > [1] 1319 • [2] 2768
Bundesrechnungshofgesetz/Änd. > [3] 3029
Bundessozialhilfegesetz/2. Änd. > [1] 1333, 1408 • [2] 2055
Bundessozialhilfegesetz/Fassung 1969 > [2] 2503
Bundesstatistikgesetz > [1] 1407
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/4. Änd. > [2] 2525
Bundesversorgungsgesetz/Fassung 1967 > [1] 1274 • [2] 2503
Bundeswahlgesetz/Änd. > [1] 33, 1407
Bundeswasserstraßengesetz > [2] 1799, 2359
Diätengesetz 1968 > [2] 2858 • [3] 3026, 3199, 3239–3240, 3648
Einheitlichkeit der Rechtsprechung > [2] 2344
Einkommensteuergesetz 1968 > [2] 2502
Enquete-Kommissionen/Befugnisgesetz > [2] 2250 • [3] 3028
Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen/Fassung 1969 > [3] 3127
Entwicklungshelfergesetz > [1] 1407
Entwicklungshilfe-Steuer/Änd. > [2] 2522
Erbrechtsreform > [1] 1410
Ernährungssicherstellungsgesetz/Fassung 1968 > [2] 2594
Familienlastenausgleichsreform > [1] 1408, 1410
Fette-Verordnung der EWG > [2] 2594
Filmförderungsgesetz > [2] 1743, 1980, 2130, 2312, 2554, 2562
Finanzplanungsgesetz > [2] 1799
Finanzreformgesetz > [2] 2131, 2523
Fleischhygienegesetz > [1] 1409
Fusionskontrolle > [1] 1411
Gasöl-Verwendungsgesetz/Änd. > [2] 2768
Gemeindefinanzreformgesetz > [2] 2345
Gemeinsame Marktorganisationen Getreide, Reis usw. > [2] 2594

- Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen“** > Hochschulbauförderungsgesetz
- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** > [1] 1300 • [2] 2344, 2558
- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** > [1] 1371 • [2] 2344, 2558–2559
- Gerichtsbarkeit-Befreiung** > [2] 1799
- Gerichtskostenordnung** > [2] 2503
- Gesetzliche Rentenversicherung/Selbständige** > [1] 1408
- Grenzschutzdienstpflichtgesetz** > [1] 1409
- Grundgesetz/15. Änd.** [Art. 109] > [2] 1743, 2321, 2328, 2344, 2366, 2858 • [3] 2968
- Grundgesetz/16. Änd.** [Art. 95] > [2] 1743, 2337, 2344 • [3] 2968
- Grundgesetz/17. Änd.** [Notstandsrecht] > [1] 435 • [2] 1744, 1960, 2130, 2328, 2344, 2367–2368, 2523, 2608, 2859 • [3] 2968–2969, 3649
- Grundgesetz/18. Änd.** [Art. 76 u. 77] > [2] 2859 • [3] 2969, 3649
- Grundgesetz/19. Änd.** [Verfassungsbeschwerde] > [2] 1744, 2554, 2608 • [3] 2969
- Grundgesetz/20. Änd.** [Haushaltsreform] > [2] 1744, 1960, 2328, 2344–2346, 2369–2370, 2859 • [3] 2970
- Grundgesetz/21. Änd.** [Finanzreform] > [2] 2328–2329, 2344–2346, 2453, 2608 • [3] 2970, 3649
- Grundgesetz/22. Änd.** [Finanzverfassung] > [2] 2328, 2859 • [3] 2970, 3649
- Grundgesetz/23. Änd.** [Art. 76] > [2] 1744, 2860 • [3] 2970
- Grundgesetz/24. Änd.** [Art. 120] > [2] 1744 • [3] 2971
- Grundgesetz/25. Änd.** [Art. 29] > [2] 2329, 2347 • [3] 2971, 3650
- Grundgesetz/26. Änd.** [Art. 96] > [2] 1744 • [3] 2971
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 43, 44 u. 45 a] > [2] 1744, 2243–2244 • [3] 2993
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 45 c] > [3] 3125–3126
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 65 a u. 115 b] > [3] 2993
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 115 a; Notstandsrecht] > [2] 2307 • [3] 2993
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 118] > [3] 2993
- Güterkraftverkehrsgesetz/Fassung 1969** > [2] 2503
- Häftlingshilfegesetz** > [2] 2053
- Handelszählungsgesetz 1968** > [2] 1743, 1799
- Haushaltsgesetz 1966** > [2] 1700, 2784, 2792, 2910
- Haushaltsgesetz 1967** > [1] 1274 • [2] 2784, 2792, 2910
- Haushaltsgesetz 1968** > [1] 1359 • [2] 2784, 2792, 2911 • [3] 3240
- Haushaltsgesetz 1969** > [2] 1700, 2784, 2793, 2860, 2912 • [3] 3199, 3464
- Haushaltsgrundsatzegesetz** > [1] 1307 • [2] 2131, 2366, 2370, 2912–2914
- Haushaltsreformgesetz** > [2] 1744
- Hochschulbauförderungsgesetz** > [2] 2344, 2557
- Huckepackverkehr/Kraftfahrzeugsteuerbefreiung** > [1] 1411
- Ingenieurgesetz/Änd.** > [2] 2454
- Jugendwohlfahrtsgesetz/Änd.** > [1] 1410
- Katastrophenschutzgesetz** > [1] 1322
- Kleingartenrechtliche Vorschriften/Änd.** > [2] 2504
- Kommission für technischen und strukturellen Wandel** > [3] 3028
- Länderfinanzausgleichsgesetz** > [1] 1257 • [2] 2369
- Lastenausgleichsgesetz/21. Änd.** > [1] 1324
- Lebensmittelgesetz/Änd.** > [1] 1410
- Lohnfortzahlungsgesetz** > [2] 1744, 1960, 2131, 2504, 2609
- Marktstrukturgesetz** > [2] 2523–2524
- Medizinisch-technische Assistenten [MTA-Gesetz]** > [2] 2130
- Mehrwertsteuer/Umsatzsteuer** > [2] 2131, 2502, 2522, 2607
- Mietrechtliche Vorschriften/3. Änd.** > [2] 2554
- Montan-Mitbestimmungsgesetz/Änd.** > [2] 2472
- Mutterschutzgesetz/Fassung 1968** > [2] 2503–2504
- Olympiagroschen** > [1] 1406
- Ordnungswidrigkeitengesetz/Einführung** > [1] 33 • [2] 2054
- Parlamentarische Staatssekretäre** > [1] 1109 • [2] 2858, 2901 • [3] 3026, 3648
- Parteiengesetz** > [1] 314, 321–323 • [2] 2130, 2335, 2467, 2471–2473, 2608 • [3] 3026, 3074–3075, 3077, 3448, 3648
- Parteiengesetz/Änd.** > [1] 315 • [2] 2860 • [3] 3027, 3077, 3650
- Personenbeförderungsgesetz/2. Änd.** > [1] 1358
- Petitionsausschuss/Befugnisgesetz** > [1] 388 • [3] 3028, 3126
- Pflanzenschutzgesetz** > [2] 2054
- Pharmazeutisch-technischer Assistent** > [2] 2502
- Rechtspflegengesetz** > [1] 1411
- Rechtsstellung der Geschäftsführer der Sozialversicherungsträger** > [1] 1408
- Reichsversicherungsordnung/Fassung 1967** > [2] 2593
- 3. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz** > [1] 1275–1276 • [2] 2556
- Reparationschädengesetz** > [1] 1307 • [2] 2340
- Richterwahlgesetz/Änd.** > [2] 2307
- Sachverständigenratgesetz/Änd.** > [1] 437, 1368
- Selbstverwaltungsgesetz/Fassung 1967** > [2] 2501
- Senat für Parlamentsfragen** > [3] 3027, 3199
- Sicherheitsbeauftragter/Unfallverhütung** > [1] 1409
- Soldatengesetz/7. Änd.** > [1] 1322
- Spar-Prämienengesetz** > [2] 2369, 2542, 2554
- Staatsschutzkammern/Abschaffung** > [1] 1409
- Staatsschutz-Strafsachen/2. Rechtszug** > [1] 1408
- Stabilitätsgesetz** > [1] 1306, 1369–1370 • [2] 2131, 2139, 2366, 2522, 2554, 2594, 2608
- Stabilitätsgesetz/Änd.** > [1] 1257 • [2] 2769
- 2. Steueränderungsgesetz 1967** > [2] 1799, 2131, 2522
- Steueränderungsgesetz 1969** > [2] 2557
- Steuerstatistikgesetz** > [2] 1744, 2434
- Steinkohlenbergbauanpassung** > [2] 2554
- Steinkohlenbergwerksstilllegungen** > [2] 2553

Stinkkohleneinsatz in der Elektrizitätswirtschaft > [2] 2553
Strafgesetzbuch/Einführungsgesetz > [1] 1410
8. Strafrechtsänderungsgesetz/Änd. > [1] 1316 • [2] 2420
9. Strafrechtsänderungsgesetz [Verjährung von Völkermord] > [2] 2609 • [3] 3143
1. Strafrechtsreformgesetz > [1] 33 • [2] 1744, 1960, 2556, 2608
2. Strafrechtsreformgesetz > [2] 1744, 2524, 2556
Strafvollzugsgesetz > [1] 1410
Straßengüterverkehrsbesteuerungsgesetz > [2] 2503, 2523
Studentenförderung/Neuregelung > [1] 1411
Tierschutzgesetz > [1] 1411
Umsatzsteuergesetz/Mehrwertsteuer > [2] 2131, 2502, 2522, 2607
Uneheliche Kinder > [2] 2054, 2334, 2492–2493, 2609
Unfallversicherungsschutz für Schulweg > [1] 1409
Untersuchungsausschüsse/Verfahren > [2] 2243–2244 • [3] 3029

Verkehrssicherstellungsgesetz/Fassung 1968 > [2] 2594
Versicherungsvertragsgesetz/Änd. > [2] 2768
Vermögensbildungsgesetz > [2] 2055
2. Vermögensbildungsgesetz/Änd. > [2] 2557–2558
Wahlalter-Herabsetzung > [1] 33 • [3] 3027
Wasserhaushaltsgesetz/3. Änd. > [2] 2569
Wehrdisziplinarordnung/Änd. > [2] 2053
Wehrpflichtgesetz/Änd. > [3] 3170
Wehrpflichtgesetz/8. Änd. > [3] 3170
Wehrpflichtgesetz/Fassung 1969 > [2] 2365
Wehrgesetz/4. Änd. > [3] 3170
Weingesez > [1] 1300, 1333 • [2] 2054, 2130, 2524
Wirtschaftssicherstellungsgesetz/Fassung 1968 > [2] 2594
Wohnungsbauänderungsgesetz 1968 > [1] 1407
Wohnungsbaugesetz > [2] 2053
Wohnungsbau-Prämien-gesetz/Fassung 1969 > [2] 2369, 2551
Ziviler Ersatzdienst/2. Änd. > [2] 2344, 2367
Zollgesetz/8. Änd. > [2] 2594

6. Wahlperiode (1969–72)

Abfallbeseitigungsgesetz > [1] 1324 • [2] 2056, 2611
Abzahlungsgesetz/Änd. > [2] 2132
Adoptionsrecht/Änd. > [1] 1416
Arbeitsförderungsgesetz/1. Änd. > [2] 2768
Arbeitsförderungsgesetz/2. Änd. > [1] 1277
Arbeitnehmerüberlassungsgesetz > [1] 1277
Arzneimittelgesetz/Änd. > [1] 1334, 2132
Atomwaffensperrvertrag > [2] 2670
Aufwertungsausgleichsgesetz > [2] 1961
Außensteuergesetz > [2] 2056, 2507, 2566
Außenwirtschaftsgesetz > [1] 1415
Baden-Württemberg/Volksentscheidgesetz > [2] 2347
Beamtenbesoldung/Änd. > [1] 1413
Beamtenrechtsrahmengesetz/Änd. > [3] 3029
Befugnisgesetz/Enquete-Kommissionen > [2] 2250 • [3] 3029
Benzinbleigesetz > [1] 1323 • [2] 2544, 2562, 2610
Berlin-Abkommen > [1] 1194
Berlinförderungsgesetz > [1] 1308 • [2] 2560
Berlinverkehrsgesetz > [2] 1962
Besamungsgesetz > [2] 2057
1. Besoldungsvereinheitlichungsgesetz > [1] 1324 • [2] 2769
Betriebsräte/Amtszeitverlängerung > [2] 1961
Betriebsverfassungsgesetz > [2] 1745, 1961, 2132, 2564–2566, 2610
Binnenschiffsverkehrsgesetz > [1] 1415
Branntweinmonopolgesetz/Änd. > [2] 1961
Brennstoffkontingentierungsgesetz > [2] 2594
Bundesanstalt für Flugsicherung > [2] 2056
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) > [1] 1292–1293, 1296–1297 • [2] 2132, 2369, 2506, 2543, 2562–2563, 2610

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)/Wohnkosten von Lehrlingen > [1] 1412
Bundesbahngesetz/Änd. > [1] 1414
1. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz > [2] 2056
Bundesbesoldungsgesetz/7. Änd. > [2] 1800
Bundesfernstraßenausbaugesetz > [1] 1359 • [2] 2378, 2525–2526
Bundesgerichtshofgesetz/Änd. > [2] 2769
7. Bundesmietengesetz/Änd. > [2] 2769
Bundespersonalvertretungsgesetz > [1] 1412
Bundespolizeibeamten-gesetz/Änd. > [2] 2056
Bundessozialhilfegesetz/Behindertenhilfe > [1] 1416
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/4. Änd. > [2] 2132, 2560
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Fassung 1971 > [2] 2059, 2062, 2068, 2071
Bundesversorgungsgesetz/1. Anpassungsgesetz > [2] 1961
Bundesversorgungsgesetz/4. Anpassungsgesetz > [1] 1279
Bundesvertriebenengesetz > [1] 1325
Bundeswahlgesetz/Änd. > [1] 34, 1414 • [2] 2056 • [3] 3652
Bundeswahlgesetz/Neufassung > [1] 34, 1241
Bundeswirtschafts- und Sozialrat > [3] 3030
Deutsch-deutscher Verkehrsvertrag > [2] 1492
Deutsch-polnischer Vertrag > [1] 932, 1239 • [2] 1491, 1746, 1802–1803, 1962, 1997, 2000, 2526, 2611 • [3] 3652
Deutsch-sowjetischer Vertrag > [1] 932, 1239 • [2] 1491, 1746, 1802, 1962, 1997, 2000, 2526, 2611 • [3] 3652

- Deutsches Richtergesetz/Änd.** > [1] 1340 • [2] 1800, 1962, 2132, 2539, 2563–2564, 2769
- Deutsches Richtergesetz/Fassung 1972** > [1] 440 • [2] 2366
- Diätengesetz 1968/Änd.** > [2] 2865 • [3] 3029, 3652
- Doppelbesteuerungsabkommen/Schweiz** > [2] 2507
- Einkommensteuergesetz/Änd.** > [1] 1258 • [2] 2769
- Einkommensteuergesetz/Fassung 1971** > [2] 2505–2506, 2594
- Enquete-Kommissionen/Befugnisgesetz** > [2] 2250 • [3] 3029
- ERP-Wirtschaftsplangesetz 1971** > [1] 1413
- ERP-Wirtschaftsplangesetz 1972** > [1] 1415
- Europäisches Parlament/Wahlggesetz** > [3] 3555
- Fahrlehrergesetz/Änd.** > [2] 2769
- Filmförderungsgesetz/Änd.** > [2] 2554, 2562
- Finanzanpassungsgesetz** > [2] 2345
- Finanzausgleichsgesetz/Änd.** > [2] 1745
- Finanzverwaltungsgesetz/Fassung 1971** > [2] 2370
- Fleischmarkthallengesetz/Änd.** > [2] 2769
- Flüchtlingshilfegesetz/Aufhebung** > [1] 1414
- Fluglärmenschutzgesetz** > [1] 1324 • [2] 2560, 2610
- Fluglärmenschutzgesetz/Änd.** > [1] 1413
- Fraktionen-Rechtsstellung** > [3] 3030
- Gaststättengesetz** > [2] 2769
- Gebietsbestandsänderungen** [Gesetz nach Art. 29 Abs. 7 GG] > [2] 2347
- Gemeindefinanzreformgesetz/Änd.** > [2] 2769
- Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** > [2] 2132, 2345
- Gerichtsbarkheitsfreistellungsgesetz/Aufhebung** > [2] 1961
- Gerichtsverfassungsgesetz/Änd.** > [2] 1802, 2132, 2503, 2769
- Gewerbeordnung/Änd.** > [2] 2769
- Gewerbesteuergesetz/Änd.** > [2] 2769
- Graduiertenförderungsgesetz** > [2] 2541–2542, 2563, 2570, 2610, 2769
- Grundgesetz/27. Änd.** [Wahlalter] > [1] 44, 68 • [2] 1745, 1800, 2348, 2769, 2864 • [3] 2971, 3651
- Grundgesetz/28. Änd.** [Art. 74 a] > [2] 1745, 2329, 2864 • [3] 2972
- Grundgesetz/29. Änd.** [Tierschutz] > [2] 1745, 1801, 2864 • [3] 2972
- Grundgesetz/30. Änd.** [Art. 74] > [2] 1746, 2329, 2865 • [3] 2972
- Grundgesetz/31. Änd.** > [2] 1747, 2330, 2865 • [3] 2972
- Grundgesetz/Änd.** [Art. 45 c] > [3] 2994, 3126
- Güterkraftverkehrsgesetz/2. Änd.** > [1] 1415 • [2] 1961
- Härtefall-Stiftung für Vertriebene und Kriegssachgeschädigte** > [2] 2769
- Haushaltsgesetz 1970** > [2] 1701, 1745, 1800, 1961, 2784, 2793, 2914
- Haushaltsgesetz 1971** > [2] 1745, 1961, 2784, 2793, 2914
- Haushaltsgesetz 1972** > [1] 1231, 1238–1240 • [2] 1746, 2000, 2710, 2784, 2794, 2804, 2914–2915 (vgl. auch 7. Wahlperiode)
- Hochschulbauförderungsgesetz/Änd.** > [2] 2769
- Hochschulrahmengesetz** > [2] 2133
- Hochschulstatistikgesetz** > [1] 1293 • [2] 2543, 2563
- Hüttenknappschaftliches Zusatzversicherungs-Gesetz** > [2] 1801
- Hypothekbankgesetz/Änd.** > [2] 2132
- Immissionsschutzgesetz** > [2] 2056
- Körperschaftsteuergesetz** > [2] 2566
- Konjunkturzuschlag** > [2] 1663, 1800, 1961, 2421
- Krankenhausfinanzierungsgesetz** > [1] 1333 • [2] 1746, 1962, 2345, 2611 • [3] 3473
- Krankenhausgesetz** > [2] 2132, 2566
- Krankenpflegegesetz/3. Änd.** > [2] 2132
- Krankenversicherung für Landwirte** > [1] 1414
- 2. Krankenversicherungs-Änderungsgesetz** > [1] 1276 • [2] 2525, 2560
- Kreditwesengesetz/Änd.** > [2] 2769
- Kriegsschadensrente/Schlussregelung** > [1] 1413
- Lastenausgleichsfonds Saarland** > [2] 2769
- Lebensmittelrecht/Gesamtreform** > [2] 2057, 2132
- Mietpreisbindung/2. Änd.** > [2] 2769
- Mietrechtverbesserung sowie Ingenieur- und Architektenleistungen** > [2] 1745, 1961, 2564
- Mitbestimmung/Fortgeltung** > [2] 1801
- Mitbestimmungsgesetz** > [2] 2132
- MTA-Gesetz** > [2] 2057
- Opiumgesetz** > [2] 2526, 2564 • [3] 3473
- Ostverträge** > [1] 932–933, 1229–1231, 1238–1239 • [2] 1491, 1724, 1803, 2209, 2526, 2924 • [3] 3143, 3473, 3652
- Personalvertretungsgesetz/Änd.** > [1] 1412
- Petitionsausschuss/Befugnisgesetz** > [3] 3030, 3126
- Pfändbarkeit von Sozialleistungen** > [1] 1416
- Pflanzenschutzgesetz/Änd.** > [2] 2057
- Postverfassungsgesetz** > [2] 2132
- Reichsknappschaftsgesetz/Änd.** > [2] 2421
- Reichsversicherungsordnung/Änd. 1971** > [2] 1801
- 14. Renten Anpassungsgesetz** > [2] 1961
- 15. Renten Anpassungsgesetz** > [2] 1747
- Rentenreformgesetz** > [1] 1240, 1277, 1415 • [2] 1747, 2132, 2612
- Schlachthaus-Gebühren/Änd.** > [2] 2769
- Seefischereigesetz** > [1] 1415
- Sicherheitsingenieure, Betriebsärzte und Sicherheitsbeauftragte** > [1] 1414
- Soldatenversorgungsgesetz/Änd.** > [2] 2056–2057
- Soziale Hilfsdienste** > [2] 2611, 2769
- Sparförderungsgesetz** > [1] 1412
- Spar-Prämienengesetz/Fassung 1970** > [2] 2552
- Spar-Prämienengesetz/Fassung 1972** > [2] 2769
- Städtebauförderung/Sanierungs- und Entwicklungsgemeinschaften** > [1] 1414 • [2] 2562
- Städtebauförderungsgesetz** > [2] 2056–2058, 2133, 2345, 2526, 2541, 2561–2562, 2610
- 2. Steueränderungsgesetz** > [1] 1258
- Steuerberatungsgesetz/2. Änd.** > [2] 2132
- 2. Steuerreformgesetz** > [2] 2566
- Strafgesetzbuch/Einführungsgesetz** > [2] 2058
- Straffreiheitsgesetz 1970** > [2] 1745, 1961
- Strafprozeßordnung/Änd.** > [2] 2769

12. Strafrechtsänderungsgesetz > [2] 2526, 2769
 3. Strafrechtsreformgesetz > [2] 1745, 1800, 1961, 2133, 2525
 4. Strafrechtsreformgesetz > [2] 2133
 5. Strafrechtsreformgesetz [§ 218 StGB] > [1] 1334 • [2] 2133
 Straßenverkehrsgesetz/Änd. > [2] 2132, 2769
 Tabaksteuergesetz/11. Änd. > [2] 1962
 Teilzeitbeschäftigung von Beamten > [1] 1416
 Tierschutzgesetz > [2] 2132, 2502, 2504, 2611
 Urheberrechtsgesetz/Änd. > [2] 2133, 2769
 Verkehrsfinanzgesetz 1971 > [2] 1961
 2. Vermögensbildungsgesetz/Änd. > [2] 2560
 Vermögenswirksame Leistungen/Beamte usw. > [1] 1412
 Verwaltungsverfahrensgesetz > [1] 1412
 Waffengesetz > [1] 1326 • [2] 2056, 2611
 Wasserhaushaltsgesetz/4. Änd. > [2] 2056

- Wehrrechtliche und ersatzdienstrechtliche Vorschriften/Änd. > [2] 1803
 Wehrgesetz/5. Änd. > [2] 2769
 Wehrgesetz/6. Änd. > [2] 2769
 Weinggesetz > [2] 2057, 2504
 Weinggesetz/Änd. > [2] 2769
 Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/Änd. > [2] 2132
 2. Wohngeldgesetz > [1] 1346 • [2] 2058, 2560
 2. Wohngeldgesetz/Änd. > [2] 2768
 Wohnraumkündigungsschutzgesetz > [2] 1746, 2526, 2564
 Wohnungsbauänderungsgesetz 1971 > [2] 2610
 Zerlegungsgesetz/Fassung 1971 > [2] 2507
 Zivildienstgesetz/3. Änd. > [2] 1747, 2434
 Zivilprozessordnung/Änd. > [2] 2132
 Zollgesetz/Fassung 1970 > [2] 2594
 Zollkontingent für feste Brennstoffe > [2] 2594
 Zonenrandförderungsgesetz > [2] 2013, 2562

7. Wahlperiode (1972–76)

- Abfallbeseitigungsgesetz/Änd. > [2] 2059
 Abgabenordnung/Einführungsgesetz > [2] 2060, 2594
 Abgeordnetengesetz > [1] 388–391 • [2] 1701, 1809, 2061, 2336, 2366, 2472, 2475, 2489, 2530, 2868 • [3] 3031, 3198, 3201–3203, 3216, 3223–3224, 3228, 3447, 3654
 Abwasserabgabengesetz > [2] 1808, 2576, 2616
 Abzahlungsgesetz/2. Änd. > [1] 1341 • [2] 1804
 AGB-Gesetz > Allgemeine Geschäftsbedingungen
 AKP-EWG-Abkommen von Lomé > [1] 1372
 Allgemeine Geschäftsbedingungen > [2] 2530, 2577, 2618, 2769 • [3] 3447
 Apothekenwesengesetz/Änd. > [2] 1964, 2435
 Arbeitssicherheitsgesetz > [1] 1279 • [2] 2134, 2566
 Artikel 45 c-Gesetz > Petitionsausschuß-Befugnisgesetz
 Arzneimittelgesetz > [2] 2060
 Arzneimittelrechtneuordnungsgesetz > [2] 2134, 2529, 2575, 2616
 Atomgesetz/4. Änd. > [2] 2486
 Atomgesetz/Fassung 1976 > [3] 3079
 Atomwaffensperrvertrag > [2] 1748
 Ausbildungsplatzförderungsgesetz > [2] 2135, 2435, 2504, 2575, 2618 • [3] 3441
 Außenwirtschaftsgesetz/2. Änd. > [2] 2422
 Beamtenrechtliche Vorschriften/Änd. [Mehrarbeitsschädigung] > [2] 2769
 Beamtenversorgungsgesetz > [2] 1964, 2059, 2473, 2505
 Befugnisgesetz/Petitionsausschuß > [2] 2348, 2867 • [3] 3031, 3126–3128, 3132, 3654
 Berufsbildungsgesetz > [2] 1749, 1964, 2434, 2530 • [3] 3441
 Berufsbildungsgesetz/Änd. > [2] 2135
 2. Besoldungsvereinheitlichungs- und Neuregelungsgesetz > [2] 2059, 2133, 2504–2505

- Betriebliche Altersversorgung > [1] 1279 • [2] 2134
 Betriebsärztegesetz > [2] 2134
 Branntweinmonopolgesetz/Änd. > [2] 1804
 Bürgerliches Gesetzbuch/Änd. [§ 313] > [2] 2769
 Bürgerliches Gesetzbuch/Fassung 1976 > [2] 2505, 2508, 2510
 Bundesausbildungsförderungsgesetz/Änd. > [1] 1293
 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)/2. Änd. > [1] 1292
 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)/Neufassung 1976 > [1] 1292
 Bundesbaugesetz/Änd. > [2] 1749, 1808, 1964, 2061, 2134, 2540, 2575
 Bundesberggesetz > [2] 2578
 5. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz > [2] 2505
 Bundesbesoldungsgesetz/Fassung 1975 > [2] 2506
 Bundes-Datenschutzgesetz > [1] 440 • [2] 2059, 2133, 2530, 2540, 2577, 2617 • [3] 3447–3448
 Bundesfernstraßenausbaugesetz/Änd. > [2] 1808, 2378
 Bundesfinanzhof/Entlastungsgesetz > [1] 1341
 Bundesgrenzschutz-Personalstruktur > [2] 1981
 Bundes-Immissionsschutzgesetz > [1] 1326, 1350, 1352 • [2] 2380, 2528, 2567–2568, 2596, 2613 • [3] 3474
 Bundesjagdgesetz/2. Änd. > [2] 2504
 Bundeskriminalamt-Gesetz/2. Änd. > [2] 2059
 Bundesnaturschutzgesetz > [2] 2530, 2594, 2617, 2769
 Bundespersonalvertretungsgesetz > [2] 2133
 Bundesrechnungshofgesetz/Änd. > [1] 436
 Bundesseechengesetz/Änd. > [2] 2769
 Bundessozialhilfegesetz/3. Änd. > [2] 2770
 Bundesversorgungsgesetz > [2] 2505
 Bundesversorgungsgesetz/5. Änd. > [2] 2769
 Bundeswahlgesetz/Änd. > [1] 34
 Bundeswahlgesetz/Neufassung > [1] 34, 1317

Bundeswaldgesetz > [1] 1299 • [2] 2134
DDR-Grundvertrag > [2] 1486, 1492, 1747, 1804, 1962, 2527, 2612, 2673, 2710
Deutsch-tschechoslowakischer Vertrag > [2] 1670, 1748, 1806, 1963, 2614
Diätengesetz 1968/2. Änd. > [2] 2866 • [3] 3030
Diätengesetz 1968/3. Änd. > [3] 3031, 3201, 3654
Dienstrechtliche Vorschriften/Änd. > [2] 1963, 2434
1. Eherechtsreformgesetz > [2] 1749, 1964, 2059, 2134, 2376, 2472, 2504, 2615
Einkommensteuergesetz/Fassung 1974 > [2] 2510
Einkommensteuerreformgesetz > [1] 1307 • [2] 2528, 2569, 2613 • [3] 3200, 3261
Energiesicherungsgesetz > [2] 2421, 2594
ERP-Wirtschaftsplangesetz 1975 > [2] 2060
ERP-Wirtschaftsplangesetz 1976 > [2] 2060
Europäisches Parlament/Wahlggesetz > [3] 3555, 3570
Fernunterrichtsschutzgesetz > [2] 2135, 2575
Fleischbeschaugesetz > [1] 1333
Flurbereinigungsgesetz/Änd. > [2] 2528, 2570
Gerichtskosten gesetz > [2] 2059
Gerichtsverfassungsgesetz/Änd. > [2] 2770
Gewerbeordnung/Änd. > [2] 2060
Graduiertenförderungsgesetz/1. Änd. > [2] 2135, 2541, 2570
Grundgesetz/32. Änd. [Art. 45 c] > [2] 1749, 2348, 2867 • [3] 2973, 3126, 3654
Grundgesetz/33. Änd. [Art. 29, 39 u. 45] > [1] 56, 300–301, 862 • [2] 1750, 2021, 2023, 2061, 2298, 2330, 2348–2349, 2371, 2382, 2868 • [3] 2973, 3006–3007, 3654
Grundgesetz/34. Änd. [Art. 74 Nr. 4 a] > [2] 1750, 2330, 2868 • [3] 2973
Grundgesetz/Änd. [Art. 74] > [3] 2994
Grundgesetz/Änd. [Art. 94] > [3] 2994
Grundlagenvertrag > DDR-Grundvertrag
Grundvertrag > DDR-Grundvertrag
Güterkraftverkehrsgesetz/Änd. > [2] 2135
Häftlingshilfegesetz/6. Änd. > [2] 2770
Haushaltsgesetz 1972 > [1] 1231, 1238–1240 • [2] 1962, 2784, 2794, 2804, 2914–2915 (vgl. auch 6. Wahlperiode)
Haushaltsgesetz 1973 > [2] 1701, 1748, 1804, 1963, 2784, 2795, 2915
Haushaltsgesetz 1974 > [2] 1701, 1748, 1963, 2784, 2795, 2916
Haushaltsgesetz 1975 > [1] 1258 • [2] 1749, 1807, 2784, 2795, 2916
Haushaltsgesetz 1976 > [2] 1749, 1964, 2784, 2795, 2916–2917
Haushaltsstrukturgesetz > [1] 1294 • [2] 1749, 1963, 2136, 2541–2542, 2563, 2570, 2615
Heimarbeitsänderungsgesetz > [1] 1279
Heimgesetz > [1] 1333 • [2] 2545, 2569
Hochschulrahmengesetz > [2] 1806, 1963, 2135, 2503, 2505, 2528, 2570, 2614 • [3] 3447–3448
Hypothekenbank- und Schiffsbankgesetz/Änd. > [1] 1307
Inflationseutlastungsgesetz > [2] 1748

Jugendarbeitsschutzgesetz > [1] 1280, 1283 • [2] 2134, 2529, 2571, 2615
Jugendhilfegesetz > [2] 2539–2540, 2578
Jugendwohlfahrtsgesetz/Änd. > [2] 2770
Kapitalverkehrssteuergesetz/Änd. > [2] 1980
Kernwaffennichtverbreitungsvertrag > [2] 1748, 1963
Körperschaftsteuerreform/Berlin-Darlehen > [1] 1308
Körperschaftsteuerreform/Besteuerung von Stiftungen > [1] 1308, 1417
Körperschaftsteuerreformgesetz > [2] 2530, 2566, 2575, 2618
Krafffahrzeugsteuergesetz 1975 > [2] 2542, 2544, 2578
Krankenversicherung der Landwirte > [1] 1277
Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz > [2] 1964, 2577
Kreditwesengesetz/Änd. > [2] 2060, 2134
Kündigungsschutzgesetz/Änd. > [2] 2770
Landeszugehörigkeitsgesetz Oldenburg und Schaumburg-Lippe > [2] 1749, 1964, 2133
Lastenrichtentlastungsgesetz > [2] 2770
Lastenausgleichsbankgesetz > [2] 2311
Lastenausgleichsgesetz/27. Änd. > [2] 2770
Lebensmittelrecht-Gesamtreform > [1] 1333 • [2] 2060, 2614
Mineralölsteuergesetz 1964/Änd. > [2] 1804, 1963
Mitbestimmungsgesetz > [2] 1749, 1807–1808, 2134, 2472, 2529, 2571–2572, 2616, 2743 • [3] 3447–3448
Naturschutz und Landschaftspflege > [2] 2769
Opferentschädigungsgesetz > [2] 2572–2573
Parlamentarische Staatssekretäre/Änd. > [2] 2866 • [3] 3030, 3654
Parteiengesetz/Änd. > [1] 315 • [3] 3030, 3653
Partnerschaftsgesetz > [2] 1809, 2435
Patentgebührengesetz > [2] 2134
Petitionsausschuß-Befugnisgesetz > [2] 2348, 2867 • [3] 3031, 3126–3127, 3654
Pressestatistikgesetz > [2] 1963
Raumordnungsgesetz/Änd. > [1] 1346, 1350
Rechts- und Amtshilfegesetz/Änd. > [2] 2770
Rehabilitationsangleichungsgesetz > [1] 1278 • [2] 2134
Renten- und Unfallversicherungsabkommen mit Polen > [2] 1749, 1807, 1964, 2528
16. Renten Anpassungsgesetz > [2] 1962
19. Renten Anpassungsgesetz > [2] 2504
4. Rentenversicherungsänderungsgesetz > [2] 1962 • [3] 3075
Sanierungs- und Entwicklungsgemeinschaftengesetz > [2] 2134
Schwerbeschädigtengesetz/Änd. > [2] 2134, 2543, 2569
Soldatengesetz/Fassung 1975 > [1] 439 • [2] 2366
Soziale Hilfsdienste/Verlängerung > [2] 2770
Sozialgesetzbuch/Allgemeiner Teil > [1] 1280 • [2] 2380, 2615 • [3] 3447–3448
Sozialgesetzbuch/Sozialversicherungsvorschriften > [3] 3447–3448
Sozialversicherungsgesetz für Behinderte > [1] 1281
Städtebauförderungsgesetz/Fassung 1976 > [2] 2541
Steueränderungsgesetz 1973 > [2] 1748, 1962, 2594

2. Steueränderungsgesetz 1973 > [2] 1963
Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz/Änd. > [2] 2529
Steuerberatungsgesetz/Fassung 1975 > [2] 2504–2506
3. Steuerreformgesetz > [1] 1806, 1808 • [2] 2134
Strafgesetzbuch/Fassung 1975 > [3] 3396
Strafgesetzbuch-Einführungsgesetz > [1] 34 • [2] 2380, 2528, 2567
Strafprozeßordnung/Änd. > [1] 1341 • [2] 2134
14. Strafrechtsänderungsgesetz [Gemeinschaftsfrieden] > [2] 1749, 1807, 2529
15. Strafrechtsänderungsgesetz [§ 218 StGB] > [2] 1749, 1808, 1964, 2529, 2573–2574 • [3] 3474
... Strafrechtsänderungsgesetz [Abgeordnetenbestechung] > [3] 3031
Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz > [2] 1963
4. Strafrechtsreformgesetz > [2] 1748, 1963, 2613
5. Strafrechtsreformgesetz [§ 218 StGB] > [1] 1279 • [2] 1748, 1805, 1963, 2503, 2528, 2613, 2674 • [3] 3143
5. Strafrechtsreformgesetz/Änd. [§ 218 StGB] > [2] 1807, 2472, 2483
1. Strafverfahrensrechtsreformgesetz/Ergänzung > [2] 1748, 2428
Strafvollzugsgesetz > [2] 1963, 2570–2571, 2615 • [3] 3447
Straßenverkehrsgesetz/Änd. > [2] 2434–2435, 2530 • [3] 3031
Terroristenbekämpfungsgesetz > [2] 1964, 2617
Umsatzsteuergesetz/Änd. > [2] 2134, 2434, 2770
Umsatzsteuergesetz 1973 > [2] 2503
UNO-Beitritt > [2] 1747, 1804, 1962, 2612
Vereinfachungsnovelle/Zivilprozeßordnung > [1] 1341 • [2] 2059, 2576–2577
Verkehrsversuchsanlagengesetz > [2] 1807
Vermögensbeteiligungsgesetz > [2] 2743
Vermögenssteuerreformgesetz > [2] 1963

3. Verstromungsgesetz > [2] 2594
Verwaltungsreform-Erleichterung in den Ländern > [2] 2770
Verwaltungsverfahrensgesetz > [3] 3446–3447
Verwaltungsverfahrenrecht/Vereinheitlichung > [1] 1417
Volljährigkeitsneuregelungsgesetz > [1] 44, 68 • [2] 1804–1805, 2134, 2348, 2569, 2613, 2866 • [3] 3474
Waschmittelgesetz > [1] 1352 • [2] 2570
Wasserhaushaltsgesetz/4. Änd. > [2] 2571
Wasserhaushaltsgesetz/Fassung 1974 > [2] 2569
Wehrpflichtgesetz und Zivildienstgesetz/Änd. > [1] 1258 • [2] 1807, 2435, 2454
Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/2. Änd. > [1] 1371 • [2] 2134, 2527
Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/3. Änd. > [2] 1750
Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/Fassung 1974 > [1] 1372 • [2] 2569
1. Wirtschaftskriminalitätsgesetz > [2] 2135, 2617
Wohneigentumsförderungsgesetz > [2] 1963, 2134
Wohnungseigentumsgesetz/Änd. > [2] 2770
2. Wohngeldgesetz/3. Änd. > [1] 1346 • [2] 2566
2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz > [1] 1341 • [2] 1806, 2134, 2528, 2569, 2614, 2743
Wohnungsbauänderungsgesetz 1973 > [2] 2567
Wohnungsmodernisierungsgesetz > [2] 2061, 2134, 2575
Zivilprozeßordnung/Änd. [Geschäftsbedingungen] > [2] 2770
Zivilprozeßordnung/Vereinfachungsnovelle > [2] 2570
Zollgesetz/14. Änd. > [2] 2594
Zollkontingent für feste Brennstoffe > [2] 2594
Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Landwirtschaft > [1] 1301 • [2] 2060
Zuständigkeitslockerungsgesetz > [2] 2770

8. Wahlperiode (1976–80)

Abgabenordnung/Änd. [Gemeinnützigkeit] > [2] 2770
Abgeordneten- und Europaabgeordnetengesetz/Änd. > [1] 389–391, 437–438 • [2] 2870 • [3] 3032, 3657
Agrarmarktorganisationen/Änd. > [2] 2435
Altölgesetz/Fassung 1979 > [1] 1371
Arbeitsförderungsgesetz/5. Änd. > [2] 2136, 2579
Arbeitsförderungsgesetz/Fassung 1981 > [2] 2507
Arbeitsgerichtsgesetz > [1] 1281
Arbeitsgerichtsgesetz/Verfahrensbeschleunigung > [2] 2579
Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz > [1] 1281 • [2] 1813, 2136, 2621
Artikel 10-Gesetz/Änd. > [2] 2770
Artikel 10-Gesetz/Fassung 1978 > [2] 2620
Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz > [2] 2381, 2621
2. Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz > [2] 1966, 2381
Atomgesetz/Kostenvorschriften > [2] 1966

Ausbildungsplatzförderungsgesetz/Einzugsverfahren > [2] 2619
Beamtenrechtsrahmengesetz/Änd. > [2] 2378
Beamtenrechtsrahmengesetz/Fassung 1977 > [1] 439 • [2] 2366, 2378
Behindertenrecht/Weiterentwicklung > [1] 1418
Beratungshilfegesetz > [2] 2509, 2581 • [3] 3447
Bereinigung des Bundesrechts > [3] 3033
Besoldungsstrukturgesetz 1980 > [2] 2062
Betäubungsmittelgesetz/Neuordnung > [2] 2002, 2137
Bürgerliches Gesetzbuch/Fassung 1979 > [2] 2505–2506, 2509
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)/5. Änd. > [1] 1294 • [2] 2770
Bundesbeamtengesetz/Fassung 1977 > [2] 2366
Bundesberggesetz > [2] 2063, 2545, 2578
6. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz > [2] 2062, 2378

- 7. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz** > [2] 2068, 2071, 2508
- Bundesfamiliengeldgesetz** > [2] 1752
- Bundesfernstraßengesetz/Änd.** > [2] 1812, 2378
- Bundeshaushaltsordnung/2. Änd.** > [3] 3033
- Bundes-Immissionsschutzgesetz/2. Änd.** > [2] 2135, 2532
- Bundesmittelstandsförderungsgesetz** > [2] 2063, 2136, 2532
- Bundespersonalvertretungsgesetz/Fassung 1980** > [2] 2506
- Bundessozialhilfegesetz/4. Änd.** > [2] 2435
- Bundesversorgungsgesetz/10. Anpassungsgesetz** > [2] 1751, 1966, 2136
- Bundeswahlgesetz/Änd.** > [1] 35
- Bundeswahlgesetz/5. Änd.** > [1] 35, 1317 • [2] 2868
- Chemikaliengesetz** > [1] 1335 • [2] 1813, 2064, 2137, 2532, 2621
- Denkmalschutzgesetz** > [2] 2594
- Deutsches Richtergesetz/2. Änd.** > [2] 2378
- Dienstrechtliche Vorschriften/3. Änd.** > [2] 2770
- Dienstrechtliche Vorschriften/Änd.** > [2] 2062 • [3] 3032
- Düngemittelgesetz** > [2] 2594
- Ehenamenänderungsgesetz** > [2] 1965, 2376
- Einkommensteuergesetz/§ 7b** > [1] 1308
- Einkommensteuergesetz/Fassung 1977** > [2] 2594
- Elterliches Sorgerecht** > [2] 1751–1752, 1966, 2135 • [3] 3447
- Energierechtliche Vorschriften/Änd.** > [2] 2594
- Entwicklungsländer-Steuergesetz** > [2] 2064
- Erdgasleitungsförderungsgesetz** > [2] 2770
- ERP-Wirtschaftsplangesetz 1977** > [2] 2063
- ERP-Wirtschaftsplangesetz 1978** > [2] 2063
- ERP-Wirtschaftsplangesetz 1979** > [2] 2063
- ERP-Wirtschaftsplangesetz 1980** > [2] 2063
- Europaabgeordnetengesetz** > [2] 1811 • [3] 3032, 3557, 3656
- Europäisches Patentübereinkommen** > [2] 2377
- Europawahlbeschluß** > [3] 3556, 3571, 3655
- Europawahlgesetz** > [2] 2531, 2869 • [3] 3556, 3571, 3655
- Fernmeldeanlagengesetz/Neufassung** > [2] 2508
- Filmförderungsgesetz/Änd.** > [2] 1752, 2063, 2312
- Fleischbeschauengesetz und Geflügelfleischhygiene-gesetz/Änd.** > [2] 1966
- Fluglärmsgesetz/Änd.** > [1] 1418
- Gebietsbestandsänderungen** [Gesetz nach Art. 29 Abs. 7 GG] > [2] 2348
- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** > [2] 2136
- Gemeinschaftspatentgesetz** > [2] 2377
- Gerichtsverfassungsgesetz/Änd. Einführungsgesetz** > [2] 1751, 1810–1811, 2381, 2422, 2531, 2619
- Gesellschaftsrechtsgesetz** > [2] 2377
- GmbH-Gesetz/Änd.** > [3] 3447
- Grundgesetz/Änd./Staatshaftung** > [2] 2435 • [3] 2995
- Grundgesetz/Änd. [Art. 44]** > [2] 2245–2246 • [3] 2995
- Güterkraftverkehrsgesetz/2. Änd.** > [2] 2376
- Haushaltsgesetz 1977** > [2] 1701, 1750, 1810, 1965, 2785, 2796, 2869, 2917
- Haushaltsgesetz 1978** > [2] 1751, 1965, 2785, 2796, 2917
- Haushaltsgesetz 1979** > [2] 1751, 1965, 2785, 2796, 2917
- Haushaltsgesetz 1980** > [2] 1752, 1965, 2002, 2785, 2797, 2917
- Hochschulrahmengesetz/Änd.** > [2] 2770
- Hochschulstatistikgesetz/Neufassung 1980** > [1] 1298
- Hypothekendarlehenbankgesetz/Änd.** > [2] 2770
- Investitionszulagengesetz/Änd.** > [2] 2770
- Jugendhilfegesetz** > [2] 1966, 2540, 2578, 2581
- Kontaktperreresetz** > Gerichtsverfassungsgesetz/Änd. Einführungsgesetz
- Krankenhausfinanzierungsgesetz/Änd.** > [2] 2136, 2435, 2581
- Krankenpflege- und Hebammengesetz** > [2] 2137
- Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz** > [1] 1281 • [2] 1750, 1965, 2380, 2531, 2578, 2619
- Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz** > [2] 1752, 1813, 2136, 2376
- Kündigungsschutzgesetz/2. Änd.** > [2] 2579
- Künstlersozialversicherungsgesetz** > [1] 1283 • [2] 2136, 2381, 2435
- Landesversicherungsanstalten Niedersachsen/Zuständigkeitsänderung** > [2] 2770
- Lastenausgleichsgesetz/Änd.** > [2] 1811
- Logopädengesetz** > [2] 1811, 2770
- Lohnsteuer-Jahresausgleichsgesetz** > [2] 2770
- Melderechtsrahmengesetz** > [1] 1417 • [2] 2062
- Mietrechtliche Vorschriften/3. Änd.** > [2] 2770
- Mutterschaftsurlaubsgesetz** > [2] 1751, 1966, 2541, 2579, 2621
- Nachrichtendienstkontrollgesetz** > [2] 2063, 2303–2304, 2810–2811, 2813–2815, 2869 • [3] 3032, 3655
- Nachtragshaushaltsgesetz 1979** > [2] 2423
- Neugliederungsverfahrensgesetz** [Gesetz nach Art. 29 Abs. 6 GG] > [2] 2348
- Parteiengesetz/3. Änd.** > [1] 315 • [2] 2870 • [3] 3032
- Personalausweisgesetz/Änd.** > [2] 2379
- Personalausweisgesetz und Meldepflichtgesetz/Änd.** > [2] 1751, 1966, 2770
- Prozefbkostenhilfegesetz** > [3] 3447
- Rechtsberatungsgesetz/Fassung 1980** > [2] 2507
- 20. Rentenanpassungsgesetz** > [2] 1750, 1965, 2136, 2506
- 21. Rentenanpassungsgesetz** > [2] 1751, 1965, 2136
- 5. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz** > [2] 1751
- Schwerbehindertenaltersrentengesetz** > [2] 1751
- Sozialgesetzbuch/Jugendhilfegesetz** > [2] 2137
- Sozialgesetzbuch/Verwaltungsverfahren** > [3] 3447
- Staatshaftungsgesetz** > [2] 2135, 2383, 2435, 2532, 2581 • [3] 3447
- Stadtkernschutzgesetz** > [2] 2770
- Städtebauförderung/Vereinfachung** > [1] 1417 • [2] 2579
- Steuer- und Familienentlastungsgesetz 1981** > [2] 2136

Steueränderungsgesetz 1977 > [2] 1750, 1810, 1965, 2136
Steueränderungsgesetz 1979 > [2] 1965, 2531
Steuerentlastungsgesetz 1980 > [2] 2136
Steuerentlastungsgesetz 1981 > [2] 1812, 1965, 2136
Steuerentlastungsgesetz/Investitionsförderung > [2] 1751, 1965, 2619
Strafgesetzbuch/Änd. > [2] 2002
Strafprozeßordnung/Änd. > [2] 1751, 1811, 1964, 2531, 2620, 2770
... **Strafrechtsänderungsgesetz** > [2] 2435
16. Strafrechtsänderungsgesetz [Unverjährbarkeit von Mord] > [2] 1811, 1964, 2135
18. Strafrechtsänderungsgesetz [Umweltkriminalität] > [2] 1752, 2135, 2532, 2580–2581
19. Strafrechtsänderungsgesetz > [2] 2435
Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 > [2] 2531
1. Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz > [2] 2435
Straßenverkehrsgesetz/Änd. > [2] 1811 • [3] 3033
Straßenverkehrsgesetz/Änd. Kraftfahrzeugkennzeichen > [2] 2579
Technische Arbeitsmittel > [2] 2770
Transplantationsgesetz > [2] 2135
Transsexuellengesetz > [2] 2505, 2510
1. Überleitungsgesetz > [2] 2770
Umsatzsteuergesetz 1979 > [2] 2136

Umsatzsteuergesetz/Änd. > [2] 1965
Unlauterer Wettbewerb/Änd. > [2] 2135
Untersuchungsverfahrensgesetz > [2] 2245–2246 • [3] 3033
Vereinsbesteuerungsgesetz > [2] 2770
Verkehrslärmschutzgesetz > [2] 1752, 1812, 2062, 2064, 2136, 2435
Versammlungsgesetz/Änd. > [2] 1964, 2002, 2770
3. Verstromungsgesetz/Neufassung > [2] 2510, 2594
Volkszählungsgesetz 1981 > [2] 2435
Waffengesetz > [1] 1326
Wehrpflichtgesetz und Zivildienstgesetz/Änd. > [2] 1750, 1965, 2376, 2454, 2472, 2483, 2503, 2619
Weinwirtschaftsgesetz/Änd. > [2] 2770
Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/4. Änd. > [2] 2063, 2136, 2532, 2569 • [3] 3447
Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/Fassung 1980 > [1] 1367
Wohngeldgesetz/5. Änd. > [2] 2581
2. Wohngeldgesetz/4. Änd. > [2] 2578
Wohnungsbauänderungsgesetz 1978 > [2] 2137
Wohnungsbauänderungsgesetz 1980 > [2] 1966
Wohnungsmodernisierungsgesetz/1. Änd. > [2] 1811, 2579
Zeitgesetz > [2] 1811

9. Wahlperiode (1980–83)

Absatzfondsgesetz/Fassung 1981 > [2] 2508
Altershilfe für Landwirte > [1] 1419
Arbeitnehmerüberlassungsgesetz/Illegale Beschäftigung > [1] 1282
Arbeitsförderungsgesetz/Fassung 1981 > [2] 2506
Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz > [1] 1283 • [2] 2139, 2582
Artikel 45b-Gesetz > Wehrbeauftragtengesetz/Änd.
2. Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz > [2] 2381
2. Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz/Änd. > [2] 2138
Asylverfahrensgesetz > [2] 1815, 2138, 2381, 2622 • [3] 3447
B-Waffen-Übereinkommen > [1] 1418
Behindertenrecht/Weiterentwicklung > [1] 1418
Bekämpfung der illegalen Beschäftigung > [1] 1282 • [2] 2139
Berlinförderungsgesetz/3. Änd. > [2] 2582
Berufsbildungsförderungsgesetz > [1] 1294 • [2] 2622
Beschäftigungsförderungsgesetz > [1] 1282 • [2] 1815, 2138, 2380
Besoldungsrechtliche Vorschriften/Unteroffizier > [2] 2424
Betäubungsmittelgesetz > [1] 1335–1336 • [2] 2532, 2581–2582 • [3] 3447
Betäubungsmittelrecht/Neuordnung > Betäubungsmittelgesetz
Bundesausbildungsförderungsgesetz/7. Änd. > [2] 2510

Bundesausbildungsförderungsgesetz/Änd. > [2] 2140
Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982 > [2] 2138
Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1983 > [2] 2138
Bundeskindergeldgesetz/9. Änd. > [2] 1752, 1967
Bundeskindergeldgesetz/Fassung 1982 > [2] 2508
Bundeskleingartengesetz > [2] 1815, 2509
Bundesnaturschutzgesetz/Änd. > [2] 2533
Bundeswahlgesetz/6. Änd. > [1] 35–36
Bundeswahlgesetz/Änd. > [1] 35–36
Einkommensteueränderungsgesetz 1983 > [2] 2138, 2507
Einkommensteuergesetz/Fassungen 1981 > [2] 2594
Einkommensteuergesetz/Fassung 1982 > [2] 2508
Einkommensteuergesetz/Fassung 1983 > [2] 2507–2509
Ergänzungsabgabengesetz > [2] 2138
Fehlsubventionierung im Wohnungswesen > [2] 2139
Grunderwerbsteuergesetz > [2] 2138, 2771
Haushaltsbegleitgesetz 1983 > [1] 1232, 1244, 1309 • [2] 2138–2140, 2143, 2423
Haushaltsgesetz 1981 > [1] 1258 • [2] 1702, 1753, 1966, 2002, 2473, 2483, 2785, 2797, 2917 • [3] 3085
Haushaltsgesetz 1982 > [1] 1198 • [2] 1753, 1814, 1967, 2785, 2797, 2917
Haushaltsgesetz 1983 > [1] 1233–1234, 1244 • [2] 1754, 1816, 1967, 2785, 2797, 2917
2. Haushaltsstrukturgesetz > [2] 1814, 1966, 2533

Investitionshilfegesetz > [2] 2138, 2506
Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz > [2] 2139, 2582
Krankenhausfinanzierungsgesetz/Änd. > [2] 2139
Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz > [2] 2139, 2582
Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz > [1] 1335 • [2] 1754, 1816, 1967, 2139, 2146, 2376, 2484, 2533, 2622, 2681 • [3] 3447
Künstlersozialversicherungsgesetz > [2] 2381, 2507, 2532, 2621
Mietpreisrechtliche Vorschriften Berlin/3. Änd. > [2] 1815, 2771
Mietrechtsänderungsgesetz 1981 > [2] 1815, 2138
Mietrechtsänderungsgesetz 1982 > [2] 2436
Mietspiegelgesetz > [2] 1815, 2138, 2436
Mietwohnungsgesetz > [2] 1754, 1967, 2138, 2582
Mineralöl- und Branntweinsteuergesetz/Änd. 1981 > [2] 1753, 1966, 2138
Mineralölsteuergesetz/2. Änd. > [2] 1753, 1967
Mitbestimmungsergänzungsgesetz/Änd. > [2] 1753, 1966, 2139
Montan-Mitbestimmungsgesetz/Änd. > [2] 1753, 1813, 1966, 2139
Nachtragshaushaltsgesetz 1982 > [1] 1233 • [2] 1967
2. Nachtragshaushaltsgesetz 1982 > [1] 1244
Personalausweisgesetz/Änd. > [2] 2379
Personalausweisgesetz/4. Änd. > [2] 2379
Personenbeförderungsgesetz/5. Änd. > [2] 2771

Pockenschutzimpfungsgesetz/Aufhebung > [1] 1334 • [2] 2379
Reichsversicherungsordnung/Änd. > [2] 2139
Reichsversicherungsordnung/Fassung 1981 > [2] 2508
Rentenanpassungsgesetz 1982 > [2] 2139
Rentenanpassungsgesetz 1983 > [2] 2139
6. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz > [2] 2139
Schriftzeichengesetz > [2] 2375
Sozialgesetzbuch/10. Buch > [1] 1283 • [3] 3447
Sozialrechtliche Vorschriften/Änd. > [2] 2139
Staatshaftungsgesetz > [2] 2383, 2472, 2505
19. Strafrechtsänderungsgesetz > [2] 1753
20. Strafrechtsänderungsgesetz > [2] 1753, 2533
Straßenverkehrsgesetz/Änd. > [2] 2424
Subventionsabbaugesetz > [2] 2138, 2382
Teilhauptfeststellungsgesetz 1983 > [2] 2436
Tierschutzgesetz/Änd. > [2] 2139
Verbrauchssteueränderungsgesetz 1982 > [2] 1753, 1967
Versorgungsausgleichsergänzungsgesetz > [2] 1967, 2506
Volkszählungsgesetz 1983 > [2] 2065, 2506, 2622
Vollstreckungsabkommen mit Norwegen > [2] 2375
Wehrbeauftragtengesetz/Änd. > [2] 2302, 2873 • [3] 3033, 3157–3158, 3166–3167, 3173, 3405, 3658
Wehrbeauftragtengesetz/Fassung 1982 > [2] 2873
Weingeseztz/Fassung 1982 > [2] 2507
Wohnungsbauänderungsgesetz 1981 > [2] 2139
Zerlegungsgesetz/2. Änd. > [2] 2771

10. Wahlperiode (1983–87)

Abfallbeseitigungsgesetz/4. Änd. > [2] 2141
Abfallgesetz > [1] 1351 • [2] 2584, 2624
Abgeordneten- und Europaabgeordnetengesetz/2. Änd. > [1] 389–391 • [2] 1702, 2874 • [3] 3034, 3202, 3216–3217, 3218, 3660
Abgeordneten- und Europaabgeordnetengesetz/3. Änd. > [1] 389–391 • [3] 3034, 3218
Abgeordneten- und Europaabgeordnetengesetz/4. Änd. > [1] 389–391 • [2] 1825 • [3] 3035, 3218
Abgeordneten- und Europaabgeordnetengesetz/5. Änd. > [1] 389–391 • [2] 1830 • [3] 3035, 3219
Abgeordnetengesetz/6. Änd. (Verhaltensregeln) > [1] 389–391 • [2] 1834–1835, 2140, 2875 • [3] 3035, 3663
Abgeordnetengesetz/7. Änd. > [1] 389–391, 438 • [2] 2876 • [3] 3036, 3202
Abwasserabgabengesetz/Änd. > [2] 2068, 2771
Abwasserabgabengesetz/2. Änd. > [1] 1353 • [2] 1760, 1968, 2148, 2584
Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen > [2] 2146
Arbeitsförderungsgesetz/7. Änd. > [2] 2145, 2509
Arbeitsförderungsgesetz/§ 116 > [2] 1664, 1759, 1968, 2145, 2485, 2535, 2624, 2717 • [3] 3144
Arbeitsförderungsgesetz/Einstufige Ausbildungsgänge > [2] 2145

Arbeitsförderungsgesetz/Fassung 1984 > [2] 2508
Arbeitsförderungs- und Rentenversicherungs-Änderungsgesetz > [2] 2144
Arbeitslose/Eingliederungsförderung > [2] 2145
Arbeitslosenhilfe/Einstufige Ausbildungsgänge > [2] 2145
Arbeitszeitgesetz > [2] 2144
Arzneimittelgesetz/2. Änd. > [1] 1338, 1419 • [2] 2146, 2584
Arzneimittelversorgungsgesetz > [2] 2145
Asylverfahrensgesetz/Änd. > [2] 2141–2142
Asylverfahrensgesetz/2. Änd. > [2] 1760, 1832, 2141
Atomgesetz/Fassung 1985 > [2] 2486
Ausbildungsförderungsgesetz/10. Änd. > [2] 2147
Ausbildungsplatzfinanzierungsgesetz > [2] 2147
Ausgleichsbankgesetz > [2] 2313
Ausländer-Rückkehrhilfegesetz > [2] 2144
Aussperrungsverbotsgesetz > [2] 2146
Baugesetzbuch > [2] 2147, 2584, 2624 • [3] 3475
Befristete Arbeitsverträge/Hochschulen und Forschungseinrichtungen > [2] 1968, 2144
Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 > [2] 1756, 1824, 1967, 2144, 2534, 2583, 2623, 2718
Betriebsverfassungsgesetz/Änd. > [2] 2715
Bewertungsgesetz > [1] 1309

- Bilanzrichtlinien-Gesetz** > [2] 2069, 2142, 2583, 2594
Bildungsbeihilfengesetz/Änd. > [2] 2771
Börsenzulassungsgesetz > [2] 2143
Bundesärzteordnung/4. Änd. > [2] 1823, 2146
Bundesanstalt für Arbeit/Neutralität > Arbeitsförderungs-gesetz/§ 116
Bundesarchivgesetz > [2] 2141
Bundesbahn/Schienenwegengesetz-Ausbaugesetz > [2] 2147
Bundesbahngesetz/Änd. > [2] 2147
Bundesbahnsanierungsgesetz > [2] 1757, 1824
Bundesbeamten-gesetz/Fassung 1985 > [1] 439
Bundesbesoldungsgesetz/Änd. > [2] 1834
Bundesdatenschutzgesetz/Änd. > [1] 1419–1420 • [2] 2141
Bundeserziehungsgeldgesetz > [1] 1337 • [2] 1758, 1827, 1968, 2146, 2697 • [3] 3447
Bundeserziehungsgeldgesetz/Änd. > [1] 1420
Bundesfernstraßenausbaugesetz/3. Änd. > [1] 1260 • [2] 1728, 1759, 1827–1828, 1968
Bundeshaushaltsordnung/3. Änd. > [2] 2814–2815, 2874 • [3] 3035
Bundes-Immissionsschutzgesetz/2. Änd. > [2] 2141, 2583, 2771
Bundes-Immissionsschutzgesetz/Änd. > [2] 2141
Bundes-Immissionsschutzgesetz/Fassung 1986 > [2] 2583
Bundeskindergeldgesetz/10. Änd. > [2] 1823, 2383
Bundeskindergeldgesetz/11. Änd. > [2] 1824, 2143
Bundesnaturschutzgesetz/Änd. > [2] 2143
Bundesnaturschutzgesetz/1. Änd. > [2] 2143
Bundesrechnungshofgesetz > [1] 436, 1419 • [2] 2308, 2806, 2875 • [3] 3034, 3036, 3662
Bundessozialhilfengesetz/Änd. > [2] 2146
Bundesstatistikgesetz > [1] 1328 • [2] 2141
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Fassung 1985 > [1] 436
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/5. Änd. > [2] 1826
Bundesverfassungsschutzgesetz/Änd. > [2] 2141
Bundeswahlgesetz/7. Änd. > [1] 36, 46 • [2] 2382 • [3] 3662
Deutsches Richtergesetz/3. Änd. > [1] 440 • [2] 2142 • [3] 3447
Diskriminierungsbeseitigung/Übereinkommen > [2] 2144
Einkommensteuer- und Körperschaftsteuergesetz/Änd. betr. Geldstrafe und Bußgeld > [1] 316 • [2] 2377
Elternurlaubsgesetz > [2] 2146
Entwicklungshelfergesetz/2. Änd. > [2] 2375, 2377
Ergänzungsabgabengesetz > [1] 1259 • [2] 1756
Europäische Union > [2] 2140
Filmförderungsgesetz/1. Änd. > [2] 2143
Filmförderungsgesetz/Fassung 1986 > [2] 2312
Finanzhilfen des Bundes/Bremen > [2] 1822
Finanzhilfen des Bundes/Saarland > [2] 1822
Flurbereinigungsgesetz/Änd. > [2] 2682
Forstschäden-Ausgleichsgesetz/Änd. > [2] 2069
Gebietsbestandsänderungsgesetz > [2] 2142
Gemeindefinanzen/Sofortmaßnahmen > [2] 2143
Gemeindefinanzreform/3. Änd. > [2] 2143
Gerichtsverfassungsgesetz/Änd. Einführungsgesetz (Kontaktsperre-Lockerung) > [2] 1981
Gleichbehandlungssicherungsgesetz > [2] 2144
Grenzgänger-Besteuerung > [1] 1420
Grundgesetz/35. Änd. [Art. 21] > [1] 316, 322 • [2] 1755, 2349, 2623 • [3] 2974, 3660
Grundgesetz/Änd. [Art. 2 u. 37 a] > [3] 2995
Grundgesetz/Änd. [Art. 20 a u. 28] > [3] 2995
Grundgesetz/Änd. [Art. 29] > [2] 1760, 1831, 2142 • [3] 2996
Grundgesetz/Änd. [Art. 96] > [3] 2996
Grundgesetz/Änd. [Umweltschutz] > [2] 1757
Handelsgesetzbuch/Fassung 1985 > [2] 2594
Hausärzte-Weiterbildungsgesetz > [2] 2146
Haushaltsbegleitgesetz 1984 > [1] 1283 • [2] 2143–2144, 2146, 2874, 2918 • [3] 3144
Haushaltsgesetz 1984 > [2] 1755, 1820, 1967, 2143, 2304, 2473, 2484–2485, 2785, 2798, 2813, 2918 • [3] 3083–3084
Haushaltsgesetz 1985 > [2] 1702, 1756, 1822–1823, 1967, 2484, 2785, 2798, 2918 • [3] 3083
Haushaltsgesetz 1986 > [2] 1757, 1827, 1968, 2148, 2785, 2798, 2918
Haushaltsgesetz 1987 > [2] 1760, 1832–1833, 1968, 2785, 2799, 2918
Haustürwiderrufsgesetz > [2] 2534, 2584
Hebammengesetz > [2] 2146
Heimgesetz/Änd. > [1] 1419
Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz > [2] 1825, 2144–2145, 2511, 2623
Hochschulrahmengesetz/2. Änd. > [2] 2147
Hochschulrahmengesetz/3. Änd. > [2] 2147
Internationale Rechtshilfe in Strafsachen > [2] 2142
Jugendarbeitsschutz- und Berufsbildungsgesetz/Änd. > [2] 2144 • [3] 3144
Jugendarbeitsschutzgesetz/1. Änd. > [2] 1756, 1967, 2144 • [3] 3144
Jugendgerichtsgesetz/Änd. > [1] 1420
Jugendschutzgesetz/Neuregelung > [2] 1823, 2146
Jugendwohlfahrtsgesetz/Änd. > [1] 1331
Kapitalanlagenförderung/Institutionelle Anleger > [2] 2143
Konkursordnung/Änd. > [2] 1823, 2142
Kooperationsvertrag Ems-Dollart > [2] 1757
Krankenhausfinanzierungsgesetz/Neuordnung > [2] 1823, 2144
Krankenpflegegesetz > [2] 2146
Kreditwesengesetz/3. Änd. > [2] 2143
Kriegsdienstverweigerung-Neuordnungsgesetz/Änd. > [2] 2677, 2745
Kriegsopferversorgung/14. Anpassungsgesetz > [2] 2145
Kriegswaffenkontrollgesetz > [2] 1834 • [3] 3036
Länderfinanzausgleichsgesetz/7. Änd. > [2] 2534
Länderfinanzausgleichsgesetz/Fassung 1985 > [2] 2507
Landbeschaffungsgesetz/Aufhebung > [2] 1833
Landpachtverkehrsgesetz > [2] 1825

- Lastenausgleichsbankgesetz/Änd.** > [2] 2313
MAD-Gesetz > [2] 2141, 2811
Mikrozensusgesetz > [1] 1328 • [2] 2141
Minderheitenrechtsgesetz > [2] 2145
Mineralölsteuergesetz/3. Änd. > [2] 2143, 2533
Mitbestimmungsausbaugesetz > [2] 2145
Montan-Mitbestimmung/Weitergeltung > [2] 1760
Opferentschädigungsgesetz/1. Änd. > [2] 2583
Opferschutzgesetz > [2] 2142, 2584, 2625
Parteienfinanzierung/Steuerstrafverfahren-Einstellung
 > [1] 316
Parteienfinanzierungsgesetz > Parteiengesetz/Änd.
Parteiengesetz/Änd. > [1] 316–317, 322–323 • [2] 1755,
 1820, 1967, 1981, 2068, 2141, 2349, 2382, 2455, 2623 •
 [3] 3034, 3660
Paßgesetz > [2] 1759, 1828, 1968, 2141
Personalausweisgesetz > [2] 2677
Personalausweisgesetz/5. Änd. > [2] 1759, 1828, 2141
Personalausweisrechtliche Vorschriften/Änd. > [2]
 2425
Personalstrukturgesetz/Streitkräfte > [2] 1757, 1824,
 1968
Personenbeförderungsgesetz/6. Änd. > [2] 2147
Pflanzenschutzgesetz > [2] 2143
Preisangabengesetz > [1] 1375 • [2] 2376–2377
Psychisch Kranke/Versorgungsverbesserung > [2]
 2145
**Reichsversicherungsordnung/Kassenärztliche Bedarfs-
 planung** > [2] 1832, 2145
Rentenanpassungsgesetz 1985 > [2] 2145
Rentenanpassungsgesetz 1986 > [2] 1664
Rentenreformgesetz 1985 > [2] 2144
Rentenversicherungsfinanzgrundlagen-Gesetz > [2]
 1756, 1968, 1982, 2145
Rheinschutz/Chloridübereinkommen > [2] 1822
Richterwahlgesetz/Änd. > [3] 3036
**Rohstoffübereinkommen/Gründung des Gemeinsamen
 Fonds** > [1] 1375
**Schadstoffarme Personenkraftwagen / Steuerliche Maß-
 nahmen** > [2] 1756, 1968, 2143
Schwerbehindertengesetz/1. Änd. > [2] 2145
Schwerbehindertengesetz/Weiterentwicklung > [2]
 2145
Selbstbeteiligungs-Aufhebungsgesetz > [2] 2144
Sonstige Hilfen/Änd. > [2] 1981
Städtebauförderungsgesetz/Änd. > [2] 2147
2. Statistikbereinigungsgesetz > [1] 1328
Steuerbereinigungsgesetz 1985 > [2] 2143
Steuerentlastungsgesetz 1984 > [1] 1309 • [2] 2142,
 2144
Steuersenkungsgesetz > [2] 1824, 2143, 2583
**Stiftung „Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstät-
 te“** > [2] 1834
Strafrechtsänderungsgesetz (§ 125 StGB) > [2] 1825,
 2142
Strafrechtsänderungsgesetz (§ 168 StGB) > [2] 2142
Strafrechtsänderungsgesetz (§§ 177–179 StGB) > [2]
 2142
Strafrechtsänderungsgesetz/Landfriedensbruch > [2]
 1757, 1968, 2534
21. Strafrechtsänderungsgesetz/„Auschwitz-Lüge“ >
 [2] 1824
Strafvollzugsgesetz/Änd. > [2] 1823, 2142, 2771
Strahlenschutzvorsorgegesetz > [1] 1350 • [2] 1761,
 1835, 1968, 2148
Straßenverkehrsgesetz/Änd. > [2] 2141
Straßenverkehrsrechtliche Vorschriften/Änd. > [2]
 2147
Teilzeitbeschäftigten-Schutz > [2] 2144
Terrorismusbekämpfungsgesetz > [2] 2142, 2535, 2625
Tierschutzgesetz/1. Änd. > [1] 1260 • [2] 1759, 1828–
 1829, 1968, 2143 • [3] 3144
Tierschutzgesetz/Fassung 1986 > [1] 1301
Tierversuchsdatenbank > [1] 1420
Tierversuchverringerung > [2] 2143
Umsatzsteuergesetz/1. Änd. > [2] 2143, 2424
Unlauterer Wettbewerb/Änd. > [2] 2142
Unterhaltsrechtliche Vorschriften/Änd. > [1] 1420 •
 [2] 2142
Unternehmensbeteiligungsgesellschaftengesetz > [2]
 2143
Untersuchungsausschußgesetz > [2] 2246 • [3] 3037
Urheberrechtsgesetz/Änd. > [1] 1342–1343 • [2]
 2583
Verbreitung jugendgefährdender Schriften/Neufassung
 > [2] 2508
Vermögensbeteiligungsgesetz > [2] 2144
2. Vermögensbeteiligungsgesetz > [2] 2146
Verwaltungsgerichtsordnung/Änd. > [2] 2142
Verwaltungsverfahrensgesetz/Änd. > • [1] 1419 [2]
 2141
**Volksbefragung/Stationierung von Mittelstreckenrake-
 ten** > [3] 3036
Volkszählungsgesetz 1987 > [1] 1259 • [2] 2141, 2624
**Vorruhestandsgeld/Arbeitsförderung gesetzliche Ren-
 tenversicherung** > [2] 1755, 2144 • [3] 3447

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs*, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

Vorruhestandsgeldgesetz > [2] 1755, 1820, 1967, 2144, 2582–2583 • [3] 3447
Waschmittelgesetz/1. Änd. > [1] 1352 • [2] 2147
Wasserhaushaltsgesetz/Änd. > [2] 2141
Wasserhaushaltsgesetz/5. Änd. > [1] 1352, 1419 • [2] 2141
Wehrgerechtigkeit/Verlängerung des Grundwehrdienstes > [2] 2146
Wehrsoldgesetz/11. Änd. > [2] 1821
Wirtschafts- und verbraucherrechtliche Vorschriften/Änd. > [1] 1342 • [2] 1664, 1760, 1829, 1968, 2142

2. Wirtschaftskriminalitätsbekämpfungsgesetz > [2] 2142, 2534
Wohneigentum/Steuerliche Förderung > [2] 2143, 2584
Wohngeldgesetz/6. Änd. > [2] 1825
Wohngeldgesetz/Fassung 1985 > [1] 1347
Zentrales Verkehrsinformationssystem > [2] 2141
Zivildienstgesetz/Fassung 1986 > [2] 2507

11. Wahlperiode (1987–90)

Abgeordnetengesetz/8. Änd. und Europaabgeordneten-gesetz/6. Änd. > [1] 389–391 • [3] 3037, 3219
Abgeordnetengesetz/9. Änd. und Europaabgeordneten-gesetz/7. Änd. > [1] 389–391 • [3] 3037, 3202, 3220
Abgeordnetengesetz/10. Änd. und Europaabgeordne-tengesetz/9. Änd. > [1] 389–391 • [2] 1855 • [3] 3038, 3220
Abgeordnetengesetz/11. Änd., Europaabgeordnetenge-sets/10. Änd. und Einkommensteuergesetz/Änd. > [1] 389–391, 1422 • [3] 3038, 3202–3203
Abgeordnetengesetz/12. Änd. und Europaabgeordne-tengesetz/11. Änd. > [1] 389–391, 437 • [3] 3039, 3205, 3217, 3221
Abwasserabgabengesetz/3. Änd. > [1] 1353 • [2] 2155
4. Agrarsoziales Ergänzungsgesetz > [2] 2153
Altenpflegegesetz > [2] 2153
Amnestiegesetz > [2] 1554, 1557
Antidiskriminierungsgesetz > [2] 2153
Arbeitsförderungsgesetz/8. Änd. > [2] 1763, 1969, 2152, 2585
Arbeitsförderungsgesetz/Änd. (Flexible Altersgrenze) > [2] 1765, 1846, 1969, 2152
Arbeitsförderungsgesetz/Neufassung (geschlechtsneu-rale Bezeichnungen) > [1] 1421
Arbeitsgerichtsgesetz-Änderungsgesetz > [2] 2153
Arbeitslosigkeit/Versicherungsschutz > [2] 2152
Artikel 45 b-Gesetz/Änd. > Wehrbeauftragtengesetz/Änd.
Artikel 45 c-Gesetz/Änd. > Petitionsausschuß-Befug-nisgesetz/Änd.
Arzneimittelgesetz/3. Änd. > [2] 2585
Arzneimittelgesetz/4. Änd. > [2] 2153, 2586
Asylverfahrensgesetz/Änd. > [2] 2149
Aufnahmegesetz/Aufhebung > [2] 1540
Ausgleichsbankengesetz/Änd. > [2] 2313
Ausländerrecht-Neuregelungsgesetz > [2] 1767, 1862, 1970, 2147, 2595, 2627, 2748
Außenwirtschaftsgesetz/5. Änd. > [2] 2151, 2595
Außenwirtschaftsgesetz/6. Änd. > [2] 2151, 2627
Außenwirtschaftsverkehrsgesetz/Verbot von ABC-Waf-fen > [2] 1869, 2151
Aussiedler/Wohnsitz > [2] 2748

Aussiedleraufnahmegesetz > [2] 1862
Auswärtiger Dienst > [1] 1421
Bausparkengesetz/Änd. > [2] 2151
Beamtenversorgungsgesetz/Änd. > [1] 1329 • [2] 2149
Beschäftigungsförderungsgesetz 1990 > [2] 1857, 2152
Besoldungsrechtliche Vorschriften/5. Änd. > [2] 2748
Beteiligungsgesetz > [2] 1879
Betreuungsgesetz > [1] 1343 • [2] 1862, 2149
Betriebsverfassungsgesetz 1988 > [2] 2153
Betriebsverfassungsgesetz 1989 > [2] 2153
Betriebsverfassungsgesetz/Änd. (Sicherung der Mon-tan-Mitbestimmung) > [2] 2152
Börsengesetz/Änd. > [1] 1423 • [2] 2151
Bundesamt für Strahlenschutz > [2] 1766, 1852, 1970, 2155, 2747
Bundesarchivgesetz > [3] 3447
Bundesausbildungsförderungsgesetz/11. Änd. > [1] 1292 • [2] 2154
Bundesausbildungsförderungsgesetz/12. Änd. > [2] 1527, 2155
Bundesbahngesetz/4. Änd. > [1] 1261
Bundesbesoldungsgesetz/Fassung 1990 > [2] 2510
Bundesdatenschutzgesetz/Änd. > [1] 440 • [2] 2149 • [3] 3040
Bundeserziehungsgeldgesetz/Änd. > [1] 1336 • [2] 1853
Bundeserziehungsgeldgesetz/1. Änd. > [1] 1423
Bundesfernstraßen-Benutzungsgebührengesetz > [2] 1862
Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte/Änd. > [2] 1863
Bundes-Immissionsschutzgesetz/3. Änd. > [1] 1263 • [2] 1861, 2155, 2747
Bundes-Immissionsschutzgesetz/Fassung 1990 > [2] 2594
Bundes-Immissionsschutzgesetz [Luftreinhaltepläne] > [1] 1422
Bundes-Informationsschutzgesetz > [2] 2149 • [3] 3040
Bundeskindergeldgesetz/12. Änd. > [1] 1336
Bundespersönalvertretungsgesetz/Änd. > [2] 2148
Bundessozialhilfegesetz/Änd. und Länderfinanzaus-gleichsgesetz/Änd. > [2] 1846–1847

- Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Änd.** > [2] 1982, 2149 • [3] 3039
- Bundeswahlgesetz/8. Änd.** > [1] 37, 58–59, 64–65
- Bundeswahlgesetz/9. Änd.** > [1] 37, 379 • [2] 1528, 1535, 1538 • [3] 3667
- Bundeswahlgesetz/10. Änd. und Parteiengesetz/Änd.** > [1] 38, 65, 1317 • [2] 1561, 1564–1565, 1878, 2425, 2537 • [3] 3669
- Bundeswahlgesetz/Änd.** > [1] 38
- Bundeswahlgesetz/Gesamtdeutsche Wahl** > [1] 37, 42, 65, 379–380 • [2] 1475, 1548–1549, 1551–1552, 1557, 1561, 1571–1572, 1665–1666, 1869, 2474, 2508, 2536, 2629 • [3] 3088, 3477, 3668–3669, 3859–3860, 3863, 3865
- Bundeswahlgesetz/Neufassung** > [1] 1317
- Chemikaliengesetz/1. Änd.** > [2] 2155
- Datenschutz/Fortentwicklung** > [2] 1767, 1970, 2149, 2308, 2627, 2880 • [3] 3039
- DDR-Investitionsgesetz** > [2] 1535, 1540, 2587, 2627
- Deutsch-deutscher Wahlvertrag** > Bundeswahlgesetz/
Gesamtdeutsche Wahl
- Deutsch-französischer Vertrag** > [2] 1765, 1845, 1969
- Deutsch-ungarisches Umweltabkommen** > [2] 2747
- Dienstleistungsabend** > [2] 1766, 1851, 1969, 2152
- Doppelbesteuerungsabkommen/Simbabwe** > [2] 1850
- Eingliederungsanpassungsgesetz** > [2] 1503
- Einigungsvertrag(sgesetz)** > [1] 42, 379, 936 • [2] 1475–1476, 1480, 1553–1557, 1559–1561, 1563, 1571–1575, 1601–1602, 1713, 1768, 1870–1877, 1970, 2010, 2310, 2313, 2331, 2447, 2474–2475, 2486, 2509, 2537, 2629, 2697, 2728–2729 • [3] 2974, 2983, 3013–3014, 3087, 3325, 3351, 3407, 3477, 3595, 3668, 3845, 3847, 3851, 3857–3858, 3861, 3865, 3868–3871, 3873, 3876–3877, 3881
- Embryonenschutzgesetz** > [2] 1878, 2150, 2630
- Energiewirtschaftsgesetz/Änd.** > [1] 1424
- Ernährungsvorsorgegesetz** > [2] 2595
- ERP-Wirtschaftsplangesetz 1990** > [2] 2747–2748
- Europaabgeordnetengesetz** > Abgeordnetengesetz
- Europaabgeordnetengesetz/8. Änd.** > [3] 3038
- Europarat-Wahlgesetz/Änd.** > [3] 3546
- Europarat-Wahlgesetz [Neufassung]** > [2] 2316 • [3] 3546
- Europawahlgesetz/1. Änd.** > [3] 3571
- Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung** > [1] 1425
- Finanzhilfen des Bundes gemäß Artikel 104 a Abs. 4 GG** > [2] 2746, 2900
- Flaggenrechtsgesetz/Neufassung** > [2] 2510
- Forstabsatzfondsgesetz** > [2] 1878
- Fortpflanzungsmedizinengesetz** > [2] 2150
- Gemeinnützigkeitsrecht** > [2] 2151
- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“/Änd.** > [2] 1764, 1838, 1969
- Gentechnikgesetz** > [1] 1338, 1424 • [2] 1767, 1861, 1970, 2072, 2153, 2166, 2586, 2594, 2596, 2627
- Gesamtdeutsche Wahl (1990)** > Bundeswahlgesetz/
Gesamtdeutsche Wahl
- Gesundheits-Reformgesetz** > [1] 1337–1338 • [2] 1765, 1845, 1849, 1969, 2152, 2535–2536, 2585, 2625, 2726, 2732
- Gleichberechtigung von Mann und Frau/Schadenersatz bei geschlechtsbedingter beruflicher Benachteiligung** > [2] 2153, 2748
- Gleichstellungsgesetz** > [2] 2153
- Grundgesetz/Änd. [Art. 2, 14, 20, 28]** > [3] 2996
- Grundgesetz/Änd. [Art. 2 a u. 14]** > [3] 2996
- Grundgesetz/Änd. [Art. 10, 19]** > [3] 2996
- Grundgesetz/Änd. [Art. 12 a, 80]** > [3] 2997
- Grundgesetz/Änd. [Art. 20 a u. 28]** > [3] 2997
- Grundgesetz/Änd. [Art. 20 a]** > [3] 2997
- Grundgesetz/Änd. [Art. 24]** > [3] 2997
- Grundgesetz/Änd. [Art. 26]** > [3] 2998
- Grundgesetz/Änd. [Art. 45 c]** > [3] 2998, 3154
- Grundgesetz/Änd. [Art. 45 d]** > [3] 2998
- Grundgesetz/Änd. [Art. 74 Nr. 19 a]** > [2] 2150 • [3] 2998
- Grundgesetz/Änd. [Atomwaffenverzicht]** > [3] 2998
- Grundgesetz/Änd. [Bundesbeauftragter für den Datenschutz]** > [3] 2998
- Grundgesetz/Änd. [Umweltschutz]** > [2] 2149
- Haushaltsbegleitgesetz 1989** > [2] 1969, 2150–2151
- Haushaltsgesetz 1988** > [2] 1763, 1837, 1969, 2722, 2785, 2799, 2918
- Haushaltsgesetz 1989** > [2] 1765, 1843–1846, 1848, 2785, 2799, 2919
- Haushaltsgesetz 1990** > [2] 1509–1510, 1766–1767, 1857–1858, 1970, 2726, 2785, 2799, 2919
- Heimgesetz/1. Änd.** > [2] 2153
- Hochschulrahmengesetz/4. Änd.** > [2] 2748
- Internationales Seeschiffregister** > [2] 2154
- Investment-Richtlinie-Gesetz** > [2] 2151
- Jugend- und Auszubildendenvertretung** > [2] 2152
- Jugendgerichtsgesetz/1. Änd.** > [2] 2150
- Jugendgerichtsgesetz/2. Änd.** > [1] 1425
- Jugendvertreter in Betrieben/Amtszeit** > [2] 2152
- Jugendwohlfahrtsgesetz/Änd.** > [1] 1421
- Katastrophenschutzergänzungsgesetz** > [2] 1856, 2149, 2747
- Kernenergieabwicklungsgesetz** > [2] 2155
- Kinder- und Jugendhilfegesetz** > [1] 1331 • [2] 1861, 2153, 2748
- Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz/2. Änd.** > [2] 2153
- Kriegsfolgenrecht/Archivierung von Unterlagen** > [3] 3447
- Kriegsopferversorgung/16. Anpassungsgesetz** > [2] 2152
- Kriegsopferversorgung/Strukturgesetz 1990** > [2] 2152
- Kriegswaffenkontrollgesetz** > [2] 1860 • [3] 3040
- Künstliche Befruchtung beim Menschen** > [2] 2150
- Kulturgut-Schutzgesetz** > [1] 1426
- Länderfinanzausgleich/8. Änd.** > [2] 1763–1764, 1837, 1969
- Länderfinanzausgleich/Neufassung** > [2] 2509
- Landwirtschaftsförderungsgesetz** > [1] 1421 • [2] 1766, 1970

- Lastenausgleichsbankgesetz/Änd.** > Ausgleichsbankgesetz
- Luftverkehrsgesetz/10. Änd.** > [1] 1423 • [2] 2455
- Masseur- und Krankengymnastengesetz** > [2] 2153 • [3] 3145
- Menschenrechtskonvention/Abschaffung der Todesstrafe** > [2] 1838
- Mitbestimmung im öffentlichen Dienst** > [2] 2148
- Montan-Mitbestimmung/Sicherung** > [2] 1845, 2152
- Nachtragshaushaltsgesetz 1988** > [2] 2804
- Nachtragshaushaltsgesetz 1989** > [2] 1766, 1969
- Nachtragshaushaltsgesetz 1990** > [2] 1521, 1525–1526, 1528–1529, 1767, 1970, 2748
- 2. Nachtragshaushaltsgesetz 1990** > [2] 1543, 1767
- 3. Nachtragshaushaltsgesetz 1990** > [2] 1768, 1878, 1970
- Nichtehelichen-Umgangsgesetz** > [2] 2150
- NS-Opfer-Versorgungsgesetz** > [2] 1763, 1837, 2148
- Orthoptistengesetz** > [2] 2747
- Parteiengesetz/5. Änd.** > [1] 317–318 • [2] 1765, 1847, 1969, 2473 • [3] 3037, 3672
- Parteiengesetz/Änd.** > [2] 2149
- Petitionsausschuß-Befugnisgesetz/Änd.** > [3] 3039
- Poststrukturgesetz** > [1] 1054 • [2] 1766, 1969, 2154, 2313, 2536, 2626
- Postverfassungsgesetz** > Poststrukturgesetz
- Produkthaftungsgesetz** > [2] 2149
- Produktpirateriebekämpfungsgesetz** > [1] 1343 • [2] 1859
- Rauschgifthandelbekämpfung** > [2] 2150
- Reichsversicherungsordnung/Fassung 1989** > [2] 2510
- Renten Anpassungsgesetz 1990** > [2] 2748
- Rentenreformgesetz 1992** > [2] 1855–1856, 2152, 2626, 2747
- 8. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz** > [2] 2072
- Rettungsassistentengesetz** > [2] 2153
- Rundfunkanstalten des Bundesrechts/1. Änd.** > [2] 2311, 2314, 2747
- Schadstoffarme Personenkraftwagen/Verbesserung der steuerlichen Förderung** > [2] 2151
- Seeschiffsregister** > [2] 2154
- Sicherheitsüberprüfung-Regelung** > [1] 1425
- Sozialversicherungsausweis/Einführung** > [2] 2152
- Sozialversicherungswahl/Änd.** > [2] 1869, 2436
- Stationierungsländer-Übereinkommen** > [2] 1838
- Steuerreformgesetz 1990** > [2] 1764, 1838–1843, 2150–2151, 2535, 2585, 2748
- Steuerreformgesetz 1990/Änd.** > [2] 2151
- Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988** > [2] 1762, 1969
- Stiftung „Deutsche Stiftung Umwelt“** > [2] 1863
- Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“** > [2] 1837, 2148
- Stiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“** > [2] 2149
- Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“** > [2] 2313
- Straffreiheit für DDR-Agenten** > Amnestiegesetz
- Strafgesetzbuch/Fassung 1992** > [2] 2510
- Strafrechtsänderungsgesetz** > [1] 1423 • [2] 2150
- 25. Strafrechtsänderungsgesetz/Lauschoperation** > [2] 2628
- Strafrechtsänderungsgesetz/Kronzeugenregelung** > [2] 1766, 1849–1850, 1969, 2149, 2536, 2626
- Strafrechtsänderungsgesetz/2. Umweltkriminalitäts-Bekämpfungsgesetz** > [2] 2150
- Strafvollzugsgesetz/Änd.** > [2] 2150
- Streitkräfte-Aufenthalt/Deutsche Einheit** > [2] 1554–1555, 1559, 1573
- Stromeinspeisungsgesetz** > [1] 1375, 1425
- Strukturgesetz 1990** > Besoldungsrechtliche Vorschriften/5. Änd.
- Strukturhilfegesetz** > [2] 2535
- THW-Helferrechtsgesetz** > [2] 2149
- Tierschutz/Errichtung einer zentralen Datenbank** > [1] 1421
- Tierschutzgesetz/Änd.** > [3] 3145
- Tierzuchtgesetz** > [2] 2747
- 6. Überleitungsgesetz** > [2] 1557, 1559, 1574
- Umwelthaftungsgesetz** > [2] 1877, 2150, 2595
- Umwelthaftungsgesetz/Umweltschadensfondsgesetz** > [2] 2150, 2595
- Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz** > [1] 1352 • [2] 2155, 2586
- Unabhängige Wählervereinigungen/steuerbegünstigte Zuwendungen** > [1] 1310
- Untersuchungsausschußgesetz** > [2] 2247–2248 • [3] 3039–3040
- Untersuchungshaft/Reform** > [2] 2150
- Urheberrechtsgesetz/Änd.** > [1] 1425
- Verbraucherkreditgesetz** > [2] 2150
- Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988** > [2] 1844, 2151
- Verinsförderungsgesetz** > [2] 1507, 1856, 2151, 2747
- Versicherungsaufsichtsgesetz / Zweites Durchführungsgesetz/EWG** > [2] 2151
- 3. Verstromungsgesetz/2. Änd.** > [2] 1857
- 3. Verstromungsgesetz/Fassung 1990** > [2] 2594
- VN-Übereinkommen gegen Folter** > [1] 1422
- Vorruhestandsgeld/Landwirte** > [2] 1765, 1848, 1969
- Vorruhestandsgeldgesetz** > [2] 2152, 2722
- Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit DDR** > [1] 1204 • [2] 1517–1518, 1521, 1523–1524, 1526–1531, 1537–1545, 1568–1570, 1665, 1704, 1767, 1863–1865, 1867–1868, 1970, 2153, 2474, 2536, 2586, 2629 • [3] 3476, 3668, 3825, 3828–3829, 3835, 3840, 3844–3845
- Waffengesetz/3. Änd.** > [2] 2148
- Wasserhaushaltsgesetz/Änd.** > [1] 1425
- Wehrbeauftragtengesetz/Änd.** > [1] 436 • [2] 2302, 2536, 2880 • [3] 3038, 3158
- Wehrdienst und Zivildienst/Aussetzung der Verlängerung** > [2] 1851
- Wehrdienst und Zivildienst/Dauer** > [2] 1768
- Weingesetz/6. Änd.** > [2] 2153
- Wertpapier-Verkaufsprospekte** > [2] 2151
- Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/5. Änd.** > [2] 2151, 2536

Wettbewerbsbeschränkungsgesetz/Fassung 1990 > [1] 1372
Wohngeldgesetz/8. Änd. > [1] 1421 • [2] 1767, 1862, 2749
Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz > [1] 1348–1349 • [2] 1862, 2154
Wohnungsbauförderungsgesetz > [2] 1859
Wohnungsbindungs-Änderungsgesetz > [2] 2511, 2748

Zeugnisverweigerungsrecht/Erweiterung für Beratungsstellen > [2] 2150
Zeugnisverweigerungsrecht/Erweiterung für Journalisten > [2] 2150
Zwei-plus-Vier-Vertrag > [1] 1204 • [2] 1499, 1520, 1544, 1556, 1559, 1564–1565, 1573, 1877–1878, 2426, 2537, 2630 • [3] 3668–3669, 3872

12. Wahlperiode (1990–94)

Abfallbeseitigungsgesetz/Änd. > [2] 2165, 2595 • [3] 3478
Abgeordnetenbestechung > 28. Strafrechtsänderungsgesetz
Abgeordnetengesetz/13. Änd. und Europaabgeordnetengesetz/12. Änd. > [1] 384, 389–391 • [3] 3041, 3205, 3221
Abgeordnetengesetz/14. Änd. (Stasi-Überprüfung) > [1] 389–391, 396–397, 401 • [2] 1475, 1886 • [3] 3041, 3045, 3671
Abgeordnetengesetz/15. Änd. und Europaabgeordnetengesetz/13. Änd. > [1] 389–391 • [2] 1907–1908 • [3] 3043, 3206
Abgeordnetengesetz/16. Änd. (Fraktionsgesetz) > [1] 389–391, 1009 • [2] 2488, 2883 • [3] 3043, 3243, 3257–3258, 3673
Abgeordnetengesetz/17. Änd. und Europaabgeordnetengesetz/14. Änd. > [1] 389–391 • [3] 3044
Abgeordnetengesetz/Neuregelung der Rechtsstellung > [2] 2885
Abwasserabgabengesetz/Änd. > [1] 1429 • [2] 2165, 2752
Agrarsozialreformgesetz 1995 > [2] 2163
Aktiengesetz/Deregulierung des Aktienrechts > [2] 2161
Altschuldenhilfe-Gesetz > [1] 1349
Arbeitsförderungsgesetz/10. Änd. > [2] 2163
Arbeitsförderungsgesetz/Änd. [Bereich Baugewerbe] > [1] 1430 • [2] 1773–1774, 1950
Arbeitsförderungsgesetz/Änderung von Fördervoraussetzungen > [2] 1771, 1897, 1902, 2163, 2588
Arbeitsförderungsrechtliche und andere sozialrechtliche Vorschriften/Änd. > [2] 2162
Arbeitsschutzrahmengesetz > [2] 2163
Arbeits- und Strukturförderungsgesetz > [2] 2163
Arbeitszeitrechtsgesetz > [2] 1929–1930, 2163
Artenschutz/Änd. von Vorschriften > Bundesamt für Naturschutz
Artikel 10-Gesetz/Änd. > [2] 2812–2813, 2882
Artikel 146-Gesetz > [2] 1881, 2159 • [3] 3045–3046
Arzneimittelgesetz/5. Änd. > [2] 1932, 2164
Asylbewerberleistungsgesetz > [2] 1772, 1909–1915, 1971, 2163
Asylverfahrensgesetz/Änd. > [2] 1772, 1909–1915, 1971, 2158, 2351, 2372

Asylverfahrensgesetz/Neuregelung > [2] 1889, 2158, 2631
Auslandsverwendungsgesetz > [3] 3177
Außenwirtschaftsgesetz/ 7. Änd. [Strafbestimmungen bei Rüstungsexporten] > [2] 1881, 2159, 2162, 2304, 2436, 2882 • [3] 3041
Außenwirtschaftsgesetz/8. Änd. > [2] 2162
Bannmeilengesetz/Aufhebung > [3] 3046, 3396, 3400
Bauhandwerkergesetz > [2] 2160
Beitrittsvertrag zur Europäischen Union (Norwegen, Österreich, Schweden, Finnland) > [2] 2753
Berlin/Bonn-Gesetz > [2] 1482–1483, 1614, 1616, 1619–1621, 1626–1628, 1707, 1928–1930, 2635, 2753 • [3] 3044, 3364, 3674
Berufsbildungsförderungsgesetz/2. Änd. > [2] 2166
Berufsrechtsneuordnung der Rechtsanwälte und Patentanwälte > [1] 1427 • [2] 2160, 2752
Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 > [2] 2163, 2436
Betäubungsmittelgesetz/Änd. > [2] 2164–2165
Binnenschiffahrtsgesetz/Änd. > [2] 1925
Biologische Vielfalt/Übereinkommen > [1] 1354 • [2] 2751
Bürgerliches Gesetzbuch/Änd. [Bauhandwerkergesetz] > [2] 1908
Bundesamt für Naturschutz > [2] 1918
Bundesarchivgesetz/Änd. > [2] 2158
Bundesausbildungsförderungsgesetz/14. Änd. > [1] 1296
Bundesausbildungsförderungsgesetz/15. Änd. > [1] 1297 • [2] 2166
Bundesausbildungsförderungsgesetz/17. Änd. > [2] 2436, 2753
Bundesbankgesetz/4. Änd. > [2] 1770, 1887
Bundesbauverwaltung/Zuständigkeitsanpassungsgesetz > [3] 3356
Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1991 > [2] 2749
Bundeserziehungsgeldgesetz/Änd. > [1] 1426
Bundesfernstraßengesetz/3. Änd. > [2] 1925
Bundesfernstraßenausbaugesetz/4. Änd. > [1] 1359 • [2] 1917–1918
Bundshaushaltsordnung/5. Änd. > [2] 2304, 2814
Bundesnaturschutzgesetz/Änd. > [2] 2165
Bundesnaturschutzgesetz/2. Änd. > [2] 2165

- Bundesschienenwegebautbaugesetz** > [1] 1362 • [2] 1917–1918
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/5. Änd. > [1] 296
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Änd. > [3] 3046
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Fassung 1993 > [2] 2303
Bundesvertriebenengesetz/Neufassung > [1] 1325
Bundeswahlgesetz/11. Änd. > [1] 39
Bundeswahlgesetz/12. Änd. > [1] 39
Bundeswahlgesetz/13. Änd. > [2] 2885
Bundeswahlgesetz/Änd. > [1] 39
Bundeswahlgesetz/Aussetzung repräsentative Wahlstatistik > [1] 39, 152, 223
Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetz > [1] 1364
Deregulierung des Aktienrechts > Aktiengesetz
DDR-Unrechtstaten/Verjährung > Verjährungsgesetz
Deutsch-polnischer Vertrag: Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze > [2] 1666, 1883–1885 • [3] 3476
Deutsch-polnischer Vertrag: Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag > [2] 1883–1885
Deutsch-sowjetisches Abkommen über die Seeschifffahrt > [2] 2749
Deutsch-tschechischer und slowakischer Vertrag: Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag > [2] 1888–1889, 2731
Doppelstaatsangehörigkeit > [2] 2158
Dubliner Übereinkommen > [2] 2633
3. Durchführungsgesetz/EWG zum VAG > [2] 2162
Einwanderungsgesetz > [2] 2158, 2160
Eisenbahnneuordnungsgesetz > [2] 2351–2352, 2372, 2634
Eisenbahnstrecke [„Südumfahrung Stendal“] > [2] 1917
Elterliches Sorgerecht/Änd. > [1] 1427
Energiegesetz/Änd. > [2] 2162
Energiewirtschaftsgesetz/Änd. > [1] 1426
Entgeltfortzahlungsgesetz > [2] 1772, 1920, 1971, 2163, 2437
Entlastungsgesetz > [2] 1899, 2159
Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz > [1] 1428 • [2] 1773, 1932–1935, 1971, 2159–2160, 2162, 2635
Entwicklungspolitik-Gesetz > [2] 2077, 2167
Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuergesetz > [2] 2510
Erholungsnutzungsrechtsgesetz > [2] 2161
EWR-Abkommen > [1] 1301
EWR-Ausführungsgesetz > [2] 2312
Europa-Abstimmungsgesetz > [3] 3045
Europäische Union/Vertrag > Maastrichter Vertrag
Europäische Union/Vertrag über den Beitritt Norwegens, Österreichs, Finnlands und Schwedens > [2] 1773, 1943, 2753
Europäische Union/Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag > [2] 2350, 2883 • [3] 3042, 3617–3618
Europäische Union/Zusammenarbeit von Bund und Ländern > [2] 2350 • [3] 3042
Europawahlgesetz/3. Änd. > [3] 3673
Europawahlgesetz/Änd. > [3] 3573
Familiennamensrechtsgesetz > [2] 1923, 2160
Familiennamensrechtsreformgesetz > [2] 2160
Familien- und Schwangerenhilfegesetz > Schwangeren- und Familienhilfegesetz
Filmförderungsgesetz/2. Änd. > [1] 1375 • [2] 2162
Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern/Änd. > [2] 2751
2. Finanzmarktförderungsgesetz > [2] 2162
Flüchtlingsgesetz > [2] 2158, 2160
Föderales Konsolidierungsprogramm > [2] 1915–1916, 2633
Fraktionsfinanzierungsgesetz > [3] 3046
Frauenbeauftragte in öffentlicher Verwaltung > [1] 1426
Freiwilliges ökologisches Jahr > [2] 2751
Gedenktag für jüdische Opfer des Naziregimes > [3] 3046
Geldwäschegesetz > [2] 1919, 2588
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz/Änd. > [2] 1916
Gentechnikgesetz/1. Änd. > [1] 1428 • [2] 1920, 2164, 2596, 2634
Gesundheitseinrichtungen-Neuordnungs-Gesetz > [2] 2165
Gesundheitsstrukturgesetz > [2] 1771, 1902–1905, 1971, 2164, 2537, 2588, 2633 • [3] 3146
Gewerbeordnung/Änd. > [2] 1941
GKV-Anpassungsgesetz > [2] 2165, 2437
2. Gleichberechtigungsgesetz > [1] 1426 • [2] 1773, 1931, 1971, 2164, 2752
Gleichstellungsgesetz > [2] 2164
Grundgesetz/37. Änd. [Flugsicherung] > [2] 1770, 2331, 2349, 2455 • [3] 2974
Grundgesetz/38. Änd. [Europäische Union] > [2] 1771, 1906, 2331, 2350, 2372, 2478, 2488 • [3] 2975, 3617–3618
Grundgesetz/39. Änd. [Art. 16, 18] > [2] 1707, 1772, 1909–1915, 1971, 2158, 2160, 2331, 2351, 2372, 2633 • [3] 2975, 3145
Grundgesetz/40. Änd. [Bahnstrukturreform] > [2] 1772, 2331, 2351–2352, 2372 • [3] 2975
Grundgesetz/41. Änd. [Postneuordnung] > [2] 1773, 1942–1943, 1971, 2166, 2332, 2352–2353, 2373 • [3] 2976
Grundgesetz/42. Änd. [Art. 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a, 125a] > [2] 1774, 2320–2321, 2332, 2353, 2635 • [3] 2976, 3674
Grundgesetz/Änd. [Verfassungsreform u. a.] > [2] 1667, 1769, 1773, 1881, 1944–1950, 2159–2161, 2320–2321, 2332, 2635 • [3] 2999–3003, 3046, 3130
Handwerksordnung/Änd. > [2] 1925
Haushaltsbegleitgesetz 1991 > [2] 1881
Haushaltsgesetz 1991 > [2] 1769, 1881, 1898, 1970, 2785, 2800, 2804, 2919–2920
Haushaltsgesetz 1992 > [1] 1253 • [2] 1769, 1885, 1970, 2785, 2800, 2920
Haushaltsgesetz 1993 > [2] 1771, 1898–1899, 1916, 1971, 2477, 2785, 2800, 2920

Haushaltsgesetz 1994 > [2] 1772, 1924, 1971, 2785, 2801, 2920
Haushaltsgrundsatzgesetz/2. Änd. > [1] 1427
Heilberufsänderungsgesetz > [2] 2164
Hochschulrahmengesetz/4. Änd. > [2] 2166
Insolvenzordnung > [2] 2160
Insolvenzordnung/Einführungsgesetz > [2] 2160
Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz > [2] 1908, 2165–2166
Katastrophenhilfeabkommen mit Rußland > [2] 2753
Kinderrecht/Übereinkommen > [1] 1342
Klimarahmenübereinkommen > [1] 1354 • [2] 2751
Krebsregistergesetz > [2] 2165
Kreditwesengesetz/Änd. > [2] 2161, 2595
Kriegsfolgenbereinigungsgesetz > [2] 1898, 1906
Kronzeugen-Verlängerungsgesetz > [2] 1906, 2159
Kündigung eines Arbeitsverhältnisses [Einigungsvertrag] > [2] 1896, 2436
Kündigungsfristengesetz > [2] 1772, 2163
Kündigungsschutz für Mieter > [2] 1898
Kündigungsschutz in den neuen Bundesländern/Verlängerung > [2] 1776
Kultur- und Stiftungsförderungsgesetz > [1] 1310
Landwirtschaftsanpassungsgesetz > [2] 1881
Landwirtschaftsförderungsgesetz/Änd. > [2] 1771, 1898, 2750
Landwirtschaftsförderungsgesetz/2. Änd. > [2] 1950
Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetz/2. Änd. > [2] 2165
Lehrerbesoldung/Änd. > [2] 1941
Lohndumpingbekämpfung > [2] 2163
Luftverkehrsgesetz/10. Änd. > [2] 2349, 2455
Maastrichter Vertrag > [2] 1706, 1771, 1900–1901, 1906, 2078, 2121, 2129, 2140, 2477, 2632 • [3] 3042, 3544, 3551–3552, 3561–3564, 3617–3619, 3672–3673
Magnetschwebbahnplanungsgesetz > [2] 1938–1939
Markenrechtsreformgesetz > [2] 2752
Masseur- und Physiotherapeutengesetz > [1] 1339 • [2] 2164
Medizinproduktegesetz > [2] 2165
Mietpreisbindung für Altbauten in Berlin > [2] 1887
4. Mietrechtsänderungsgesetz > [2] 2160
Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz > [2] 1923
Mitbestimmungs-Beibehaltungsgesetz > [1] 1427 • [2] 1938
MTA-Gesetz > [2] 2164
Nachrichtendienstkontrollgesetz/Änd. > [2] 2303, 2811, 2882 • [3] 3042
Nachtragshaushaltsgesetz 1991 > [2] 2750
Nachtragshaushaltsgesetz 1993 > [2] 1772, 1971
Namensrechtsreformgesetz > [2] 2160
Organisierte Kriminalität > [2] 1889, 2158–2159, 2161, 2587, 2631
Parlamentarische Staatssekretäre/Gesetzesaufhebung > [3] 3047
Parteiengesetz/6. Änd. > [1] 314, 319, 321, 323–324 • [2] 1923–1924, 2158, 2455, 2478–2479 • [3] 3043, 3673

Parteiengesetz/Gleichstellung der Listenvereinigungen bei der Parteienfinanzierung > [3] 3043
Partnerschaftsgesellschaften/Einführung > [1] 1428
Pauschalreisegesetz/Durchführung der Richtlinie des Rates vom 13. 6. 1990 > [1] 1375 • [2] 1931, 2161, 2166
Personalstärkengesetz > [1] 1364
Pflanzenschutzgesetz > [1] 1430
Pflegeversicherungsgesetz > [2] 1772, 1921, 1925, 1931, 1971, 2160, 2163, 2537, 2588, 2634, 2734, 2736 • [3] 3447, 3477
Postneuordnungsgesetz > [1] 1092 • [2] 1942–1943, 2166, 2315, 2352–2353
Postverfassungsgesetz/Änd. > [2] 1942–1943, 2166
Privatisierung und Investitionsförderung/Neue Bundesländer > [2] 2159, 2426, 2630
Psychotherapeutengesetz > [2] 2164, 2437
Rabattgesetzaufhebungsgesetz > Rabattderegulierungsgesetz
Rabattderegulierungsgesetz > [1] 1430 • [2] 1773, 1937–1939, 1971, 2162
Rechtspflege-Entlastungsgesetz > [2] 2159
Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz > [2] 1915–1916 • [3] 3148
Rentenüberleitungsgesetz > [2] 1882–1883, 2162, 2731 • [3] 3147–3148
Rentenversicherungsbeitragsätze/Änd. > [2] 2162
Sachenrechtsänderungsgesetz > [1] 1428 • [2] 1931, 2161
Säuglingsnahrungswerbegesetz > [1] 1339 • [2] 2165
Schengener Abkommen > [2] 2750
Schlepperorganisation/Bekämpfung > [2] 2158, 2161
Schuldrechtsänderungsgesetz > [2] 1940–1941, 2161
Schutz des ungeborenen Lebens > Schwangeren- und Familienhilfegesetz
Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz > [2] 1773, 1936–1937, 1971, 2437
Schwangeren- und Familienhilfegesetz > [2] 1705–1706, 1708, 1770, 1890–1892, 1970, 2004, 2077, 2129, 2166, 2476, 2487, 2631 • [3] 3146, 3477
Schwangerschaftsabbruch > Schwangeren- und Familienhilfegesetz
Schwarzarbeit-Bekämpfung/Änd. > [1] 1429
SED-Unrechtstaten/Verjährung > [2] 2159
1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz > [2] 1889, 2159 • [3] 3146
2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz > [2] 1930, 2160, 2163, 2752
Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen > [2] 2753
Sexualstrafrecht/Änd. [§§ 175, 176a, 182] > [2] 2160
Sexualstrafrecht/Änd. [Streichung §§ 175 und 182 StGB, § 149 StGB/DDR] > [2] 2160
Sicherheitsüberprüfungsgesetz > [2] 1924, 2752
Solidaritätsgesetz > [2] 2161, 2631
Soziales Mietrecht > [2] 2160
Sozialgesetzbuch/5. Buch/Änd. > [2] 2164
Sozialgesetzbuch/5. Buch/1. Änd. > [2] 2164
Sozialgesetzbuch/5. Buch/2. Änd. > [2] 1769, 2164

Sozialgesetzbuch/5. Buch/3. Änd. > [2] 2164
 Sozialgesetzbuch/8. Buch/1. Änd. > [2] 2164
 Sozialhilfeleistungen an Ausländer > [2] 1909–1915
 Sozialversicherungsvermögen/Neue Bundesländer > [2] 2380
 Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm/1. Umsetzungsgesetz > [2] 1772, 1921–1923, 1926, 1971, 2163
 Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm/2. Umsetzungsgesetz > [2] 1772, 1926, 1971, 2163
 Standortsicherungsgesetz > [2] 1919, 2162, 2588, 2751
 Stasi-Überprüfungsgesetz > Abgeordnetengesetz/14. Änd. (Stasi-Überprüfung)
 Stasi-Unterlagen-Gesetz > [1] 440 • [2] 2158, 2308, 2314, 2380, 2537 • [3] 3041, 3447
 Stasi-Unterlagen-Gesetz/2. Änd. > [2] 1944
 Steinkohleverstromung > [2] 1932, 2753
 Steueränderungsgesetz 1991 > [2] 1769, 2161, 2587
 Steueränderungsgesetz 1992 > [2] 1770, 2161
 Steuerberatungsgesetz/6. Änd. > [2] 2162
 28. Strafrechtsänderungsgesetz [Abgeordnetenbestechung] > [2] 2160, 2883 • [3] 3043, 3045
 29. Strafrechtsänderungsgesetz [§§ 175, 182] > [2] 2160 • [3] 3146
 31. Strafrechtsänderungsgesetz [Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität] > [2] 2159
 ... Strafrechtsänderungsgesetz [Abgeordnetenbestechung] > [3] 3045, 3673
 ... Strafrechtsänderungsgesetz [Verjährung von Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen] > [2] 1931–1932, 2160
 Strafrechtsreform (Sanktionssystem) [2] 2158, 2161
 Straßenbenutzungsgebührengesetz > [2] 1773, 1938
 Straßenverkehrsgesetz/Änd. > [2] 2160
 Straßenverkehrszulassungsverordnung/Änd. > [2] 2158, 2161
 Stromeinspeisungsgesetz/1. Änd. > [2] 2162
 Strukturhilfegesetz/Aufhebung > [2] 1770
 Suchtstoffübereinkommen 1988/Ausführungsgesetz > [2] 2751
 Suchtstoffübereinkommen 1988/Vertragsgesetz > [2] 2751
 Tarifaufhebungsgesetz > [2] 1925, 2751 • [3] 3147
 Tierschutzgesetz/Änd. > [2] 1932, 2162, 2436
 Tierschutz/Europäisches Übereinkommen > [2] 2752

Treuhandanstalt/Erfüllung verbliebener Aufgaben > [2] 2753
 Treuhandanstalt/Unternehmensspaltung > [2] 2159
 Überstellungsausführungsgesetz > [1] 1343
 Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz > [2] 1892, 2161
 Umwandlungsrecht-Bereinigungsgesetz > [1] 1429 • [2] 2161
 Umweltinformationsgesetz > [1] 1354 • [2] 2165, 2752
 Umweltschutzprotokoll zum Antarktisvertrag > [2] 2749
 Untersuchungsausschußgesetz > [2] 2248 • [3] 3044–3045
 Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetz > [2] 2161, 2588
 Verbrechensbekämpfungsgesetz > [2] 1668, 1951–1952, 2158, 2161
 Verjährungsgesetz > [2] 2159
 2. Verjährungsgesetz > [2] 1919
 Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz > [2] 2159, 2165, 2380, 2751 • [3] 3145, 3147
 Vermögensschädigung in den neuen Bundesländern > Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz
 Vermögensgesetz/Nutzungsrecht Grundeigentum neue Bundesländer > [2] 2159
 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz > [2] 1894–1895, 2159
 Vermögenssteuergesetz/Fassung 1994 > [2] 2510
 Vertrag zur Gründung der Europäischen Union > Maastrichter Vertrag
 Verwaltungshilfe für die neuen Bundesländer > [2] 2427
 Verwendungsförderungsgesetz > [1] 1427
 Volksentscheid nach Artikel 146 GG > [2] 1881, 2159 • [3] 3045, 3047
 Volksgesetzgebung > [2] 3046
 Wahlstatistik für die Wahl zum 13. BT/Aussetzung > Bundeswahlgesetz/Aussetzung repräsentative Wahlstatistik
 Weingesetz > [2] 1930
 Welthandelsorganisation > [2] 1944
 Wohngeldsondergesetz > [1] 1348
 Wohnungsbauänderungsgesetz 1993 > [2] 2166
 Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 > [2] 2166
 Zinsabschlaggesetz > [2] 1896, 2161
 Zugabeverordnung/Aufhebung > [1] 1430
 Zuständigkeitsanpassungsgesetz > [3] 3356

13. Wahlperiode (1994–¹⁾)

Abgeordnetengesetz/18. Änd. und Europaabgeordnetengesetz/15. Änd. > [1] 389–391 • [3] 3048–3049, 3051, 3208–3211, 3217
 Abgeordnetengesetz/19. Änd. und Europaabgeordnetengesetz/16. Änd. > [2] 2489 • [3] 3051
 Abgeordnetengesetz/20. Änd. und Europaabgeordnetengesetz/17. Änd. > [1] 389–391 • [3] 3048, 3212–3213, 3228

¹⁾ Stand: 31. August 1997

Abgeordnetengesetz/Änd. [Neuregelung der Abgeordnetenbezüge] > [1] 389–391 • [2] 1710, 1777, 1972 • [3] 3048, 3211–3212, 3676
 Abgeordnetengesetz/Änd. [Aussetzung der Diätenerhöhung] > [3] 3051, 3212
 Abgeordnetengesetz/Änd. [Neuregelung der Diäten] > [3] 3050
 Allgemeines Magnetschwebbahngesetz > [2] 2175
 Altenpflegegesetz > [2] 2174

- Alterssicherung der Landwirte/Änd.** > [2] 2173
Altersteilzeitgesetz > [2] 2173, 2755
Anlagenzulassung/Beschleunigungsverfahren > [2] 2176
Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz > [1] 1431
Antirassismugesetz > [3] 3004
Arbeitnehmer-Entsendegesetz > [2] 1777, 2173
Arbeits- und Strukturförderungsgesetz > [2] 2163, 2173
Arbeitsentgelt/Beitragspflicht für Einmalzahlungen > [2] 2173
Arbeitsförderungsgesetz/Änd. > [2] 2173
Arbeitsförderungsgesetz/Änd. [Schlechtwettergeld] > [2] 2172
Arbeitsförderungs-Reformgesetz > [2] 1778–1780, 1973, 2173, 2755
Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz > [2] 1777–1778, 1972, 2173
Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz > [2] 1669, 1720, 1778, 1972, 2173
Artikel 10-Gesetz/Änd. > [2] 2303, 2812
Asylbewerberleistungsgesetz/1. Änd. > [2] 1777, 2174
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz > [2] 1777, 2176, 2754
Ausländer- und asylrechtliche Vorschriften/Änd. > [2] 1778, 1973
Ausländergesetz/Änd. > [2] 1779, 1781
Auslandrundfunkgesetz > [2] 2169
Außenwirtschaftsgesetz/9. Änd. > [2] 2304, 2815
Bank- und Wertpapieraufsichtsrechtliche Vorschriften/Umsetzung von EG-Richtlinien > [2] 2171
Bank- und Wertpapieraufsichtsrechtliche Vorschriften/Begleitgesetz zur Umsetzung von EG-Richtlinien > [2] 2171
Bannmeilengesetz/Aufhebung > [3] 3050, 3396, 3398–3400
Bau- und Raumordnungsgesetz 1996 > [2] 2177
Beitragsentlastungsgesetz > [2] 1669, 1720, 1778, 1972, 2175
Betreuungsrechtsänderungsgesetz > [2] 2171
Bezügefortzahlungsbegrenzung bei Krankheit > [2] 1669, 1720
Bodenschutzgesetz > [2] 2176, 2755
Bürgerbeauftragtengesetz > [3] 3051
Bundesausbildungsförderungsgesetz/17. Änd. > [2] 2176
Bundesausbildungsförderungsgesetz/18. Änd. > [2] 2176
Bundesbankgesetz/6. Änd. > [2] 2756
Bundes-Immissionsschutz/Änd. > [2] 1775, 1972, 2176
Bundeskriminalamtgesetz > [2] 2754
Bundesnaturschutzgesetz/Änd. [Umsetzung der FFH-Richtlinie/EWG] > 2176
Bundesnaturschutzgesetz/2. Änd. [Umsetzung der FFH-Richtlinie/EWG] > [2] 2176
Bundesnotarordnung/3. Änd. > [2] 2171
Bundesschienenwegeausbaugesetz > [1] 1253
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/Änd. > [3] 3049
Bundesverfassungsgerichtsgesetz/6. Änd. > [3] 3050
Bundeswahlgesetz/13. Änd. > [1] 40, 384 • [3] 3676
Bundeswahlgesetz/14. Änd. > [1] 41
Bundeswahlgesetz/Änd. > [1] 40–41
Bundeswahlgesetz/Überhangmandate-Kompensation > [1] 40
Diätenerhöhung/Aussetzung > [3] 3051
Dienstrecht/Reformgesetz > [2] 2169
Dopingbekämpfungsgesetz > [2] 2169
Eheschließung/Zulassung gleichgeschlechtlicher Eheschließungen > [2] 2171
Energiewirtschaftsgesetz/Änd. > [2] 2172
Entsendegesetz > Arbeitnehmer-Entsendegesetz
Erblastentilgungsfonds-Gesetz/Änd. > [2] 1778, 2172
Europäisches Betriebsräte-Gesetz > [2] 2173
Europawahlgesetz/4. Änd. > [3] 3573
Filmförderungsgesetz/Änd. > [2] 2172
Futtermittelgesetz/2. Änd. > [2] 1775, 1972
Genehmigungsverfahrenbeschleunigungsgesetz > [2] 2176
Gerichtsverfassungsgesetz/Änd. [Abschaffung Gerichtsferien] > [2] 2169
Gesundheitsstruktur-Konsolidierungsgesetz > [2] 2175
2. Gesundheitsstrukturgesetz > [2] 2175
Girokonto/Recht auf Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr > [2] 2171
1. GKV-Neuordnungsgesetz > [2] 1780, 1973, 2175
2. GKV-Neuordnungsgesetz > [2] 1780, 1973, 2175, 2755
GKV-Weiterentwicklungsgesetz > [2] 1669, 1720, 2175
Gremienbesetzung/Änd. > [3] 3048
Grundgesetz/43. Änd. [Art. 106] > [2] 1775–1776, 1972, 2169, 2354 • [3] 2976, 3004
Grundgesetz/Änd. [Art. 2] > [3] 3003
Grundgesetz/Änd. [Art. 6] > [3] 3005
Grundgesetz/Änd. [Art. 20b] > [3] 3005
Grundgesetz/Änd. [Art. 26] > [3] 3004
Grundgesetz/Änd. [Art. 28] > [2] 1669
Grundgesetz/Änd. [Art. 28 u. 106] > [3] 3004
Grundgesetz/Änd. [Art. 33] > [3] 3005
Grundgesetz/Änd. [Art. 38] > [3] 3005
Grundgesetz/Änd. [Art. 45c] > [3] 3005, 3130
Grundgesetz/Änd. [Art. 48] > [2] 1709, 1776, 1972 • [3] 3003, 3208–3211, 3217
Grundgesetz/Änd. > Antirassismugesetz
Haushaltsgesetz 1995 > [2] 1775, 1972, 2480, 2785, 2801, 2804, 2920
Haushaltsgesetz 1996 > [2] 1776, 1972, 2480, 2489, 2785, 2801, 2920
Haushaltsgesetz 1997 > [2] 1779, 1973, 2481, 2785, 2802, 2920
Haushaltsgesetz 1998 > [2] 2802
Heimgesetz/Änd. > [2] 2174
HIV-Hilfegesetz > [2] 2174, 2315
Hochschulbaufinanzierungsgesetz/2. Änd. > [2] 2176
Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren > [2] 2176
Industrie- und Handelskammer-Gesetz/Änd. > [2] 2172

- Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz** > [2] 2176, 2756
- Jahressteuergesetz 1996** > [2] 1668, 1720, 1775, 1779, 1972, 2171
- Jahressteuergesetz 1997** > [2] 1778, 1972, 2171, 2755
- Jugendarbeitsschutzgesetz/2. Änd.** > 2173
- Kindesunterhaltsgesetz** > [2] 2756
- Kindschaftsrechtsreformgesetz** > [2] 2170, 2755
- KonTra-Gesetz** > [2] 2170
- Korruptionsbekämpfungsgesetz** > [2] 2171
- Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz 1997** > [2] 2171, 2755
- Krankenhausaussgaben 1996/Stabilisierung** > [2] 2175
- Krankenhausfinanzierungsgesetz/Änd.** > [2] 2175
- Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997** [2] 1669, 1720, 2175
- 2. Kronzeugen-Verlängerungsgesetz** > [2] 2169
- Ladenschlußgesetz/Änd.** > [2] 1778, 1972, 2173
- Landwirtschaftsanpassungsgesetz/4. Änd.** > [2] 1778, 1973
- Magnetschwebebahnbedarfsgesetz (Transrapid)** > [2] 1777, 1972, 2175
- Menschenrechtskonvention** > [2] 2754
- Mietenüberleitungsgesetz** > [2] 1775, 1972, 2176, 2754
- Mieterschutzgesetz/Neue Bundesländer** > [2] 2169
- Nachrichtendienstkontrollgesetz/Änd.** > [2] 2303
- Notarverordnung der ehemaligen DDR/Anpassung an die Bundesnotarordnung** > [2] 2171
- Nutzerschutzgesetz** > [2] 2170
- Öffentliches Dienstrecht/Reform** > [2] 2169
- Ordnungswidrigkeitengesetz/Änd.** > [2] 2171
- Organisierte Kriminalität/Bekämpfung** > [2] 2755
- Ozonkonzentration-Bekämpfung** > [2] 2176
- Parlamentarische Gremien/Änd.** > [2] 2302–2303, 2815 • [3] 3047
- Petitionsausschuß-Befugnisgesetz/Änd.** > [3] 3005, 3051, 3130
- Pflege-Versicherungsgesetz/Ergänzung** > [2] 2172
- Produktsicherheitsgesetz** > [2] 2754
- Rechtsstellung der Abgeordneten/Neuregelung** > Abgeordnetengesetz/19. Änd.
- Rentenreformgesetz 1999** > [2] 2174
- Rentenüberleitungs-Korrekturgesetz** > [2] 2172
- Scheinselbständigkeit** > [2] 2174
- Schutz des ungeborenen Lebens** > Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz
- Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz** > [2] 1709, 1775–1778, 1972, 2079, 2174
- Schwangerschaftsabbrüche/Hilfe für Frauen in besonderen Fällen** > Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz
- Sexualaufklärung, Verhütung, Prävention vor ungewollten Schwangerschaften** > Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz
- Sexualstrafrecht/Änd.** > [2] 2170, 2756
- Sozialgesetzbuch/5. Buch/4. Änd.** [Hausarztvergütung] > [2] 1776, 1972, 2174
- Sozialgesetzbuch/5. Buch/5. Änd.** > [2] 2174
- Sozialgesetzbuch/5. Buch/6. Änd.** > [2] 2175
- Sozialgesetzbuch/5. Buch/8. Änd.** > [2] 1669, 1720, 1778, 2175
- Sozialgesetzbuch/6. Buch/2. Änd.** > 2173
- Sozialgesetzbuch/11. Buch/1. Änd.** [Pflegefachkräfte] > [2] 1777, 1972, 2173
- Sozialhilfrechtsreformgesetz** > [2] 2175, 2901
- Steuerliches Korruptionsbekämpfungsgesetz** > [2] 2171
- Steuerreformgesetz 1998** > [2] 1781, 1973, 2172, 2756
- Steuerreformgesetz 1999** > [2] 1781, 1973, 2172, 2756
- Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“/1. Änd.** > [2] 2313
- Strafgesetzbuch/Änd.** [sog. Schwarzfahren] > [2] 2170
- Strafgesetzbuch/Änd.** [Verunglimpfung der Bundeswehr] > [2] 2170
- Strafprozeßordnung/Änd.** > [2] 1781, 2170
- 33. Strafrechtsänderungsgesetz** [Vergewaltigung, sexuelle Nötigung] > [2] 2170
- Strafrechtsänderungsgesetz** [Organhandel] > [2] 2175
- Strafrechtsänderungsgesetz** [§§ 177–179, 184c StGB] > [2] 1708, 1777–1778, 1780, 1972, 2170
- 6. Strafrechtsreformgesetz** [Strafrahmenharmonisierung] > [2] 2171, 2756
- Strafverfahrensänderungsgesetz – DNA-Analyse** [Genetischer Fingerabdruck] > [2] 2170
- Straßenverkehrsgesetz/Änd.** [Drogen im Straßenverkehr] > [2] 2175
- Straßenverkehrsgesetz/Änd.** [Umsetzung der 2. EU-Führerscheinrichtlinie] > [2] 2755
- Telekommunikationsgesetz** > [2] 2176, 2595
- Tierschutzgesetz/Änd.** > [2] 2172, 2755–2756
- Transparenz- und Wettbewerbsgesetz** > [2] 2170
- Transplantationsgesetz** > [2] 1710, 1781, 1973, 2170, 2174–2175
- Umweltauditgesetz** > [2] 2176
- Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz** > [1] 1284 • [2] 2172
- Unternehmensteuerreform/Fortsetzung** > [2] 1779, 1973
- Vergleichsmieten/Neue Bundesländer** > Mietenüberleitungsgesetz
- Verwaltungsgerichtsordnung/Änd.** > [2] 2170
- Verwaltungsgerichtsordnung/6. Änd.** > [2] 2176
- Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz** > [2] 1668, 1720, 2173
- Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-Ergänzungsgesetz** > [2] 1720, 1778, 2173
- Wasserhaushaltsgesetz/6. Änd.** > [2] 2176
- Wasserhaushaltsgesetz/Fassung 1996** > [2] 2595
- Wehrrechtsänderungsgesetz** > [2] 2754
- Wirtschaftliche Förderung/Neue Bundesländer** > [2] 2172
- Wohneigentum/Neuregelung steuerliche Förderung** > [2] 2171
- Zwangsvollstreckungsgesetz/2. Änd.** > [2] 2170

Grundgesetz-Register

- Präambel** > [3] 2974, 2977, 3003
- Art. 1** > [3] 2959, 2966, 2977
- Art. 2** > [2] 1776, 2174, 2356, 2482 • [3] 2995, 2996, 2999, 3003, 3079
- Art. 2a** > [2] 1773, 1944–1945 • [3] 2996, 2999, 3003
- Art. 3** > [2] 1381, 1424 • [2] 1773–1774, 1915, 2469–2473, 2475, 2477–2481, 2635 • [3] 2976–2977, 2986, 3003, 3070
- Art. 4** > [2] 2178, 2324, 2334 • [3] 2983, 3003
- Art. 5** > [2] 2365, 2467 • [3] 2991, 3003, 3069, 3072, 3079
- Art. 6** > [2] 1945, 2334, 2356, 2492–2493 • [3] 2999, 3003, 3005
- Art. 8** > [2] 2356, 2365 • [3] 3396
- Art. 9** > [3] 2969, 2977, 3066
- Art. 10** > [2] 2057, 2060, 2063, 2303, 2356, 2367, 2375, 2810–2813, 2859 • [3] 2969, 2977, 2991, 2996, 3027, 3047, 3128
- Art. 11** > [2] 2365, 2367 • [3] 2969, 2977, 2986
- Art. 12** > [2] 2334, 2343–2344, 2356, 2367, 2453 • [3] 2966, 2969, 2977
- Art. 12a** > [2] 2343–2344, 2367–2368 • [3] 2969, 2977, 2986, 2997, 3003
- Art. 13** > [2] 2357, 2365 • [3] 3000
- Art. 14** > [2] 1932, 2357, 2368, 2475 • [3] 2996, 3000
- Art. 15** > [2] 2025, 2040, 2044, 2097–2098, 2357 • [3] 2987, 2989
- Art. 16** > [2] 1707, 1772, 1909–1915, 1971, 2035, 2158, 2160, 2357, 2633 • [3] 2975, 2977, 3145
- Art. 16a** > [2] 2331, 2351, 2357, 2372, 2432 • [3] 2975, 2977
- Art. 17** > [1] 388 • [2] 2348, 2365 • [3] 3052, 3056–3059, 3124, 3126–3129, 3131–3132, 3143
- Art. 17a** > [1] 388 • [2] 2365 • [3] 2966, 2977
- Art. 18** > [1] 393 • [2] 1707, 1772, 1909–1915, 1971, 2158, 2160, 2467, 2633 • [3] 2975, 2977
- Art. 19** > [2] 2355 • [3] 2969, 2977, 2996, 3131
- Art. 19a** > [3] 2984
- Art. 20** > [1] 388 • [2] 1915, 2355, 2374, 2477, 2843, 2847 • [3] 2959, 2969, 2977, 2996, 3019, 3052, 3056–3059, 3073, 3076, 3082, 3085, 3090, 3132
- Art. 20a** > [2] 1773–1774, 2635, 2843 • [3] 2976–2977, 2995, 2997, 3000, 3003
- Art. 20b** > [2] 1773, 1946–1947 • [3] 3000, 3003, 3005
- Art. 20c** > [3] 3003
- Art. 20d** > [3] 3003
- Art. 20e** > [3] 3003
- Art. 20f** > [3] 3003
- Art. 21** > [1] 31, 109, 316, 319–320, 322, 1384 • [2] 2324, 2335, 2349, 2467, 2469–2471, 2473, 2475–2481, 2623, 2927 • [3] 2974, 2977, 3019, 3025–3026, 3052, 3056–3059, 3066–3070, 3073–3076
- Art. 23** > [1] 1067 • [2] 1536, 1541, 1547, 1551, 1553, 1973, 2432 • [3] 2974, 2977, 3013, 3389, 3798, 3810, 3817, 3838–3839, 3850, 3852–3853, 3856, 3859, 3864
- Art. 23 [neu]** > [2] 1771, 2331, 2350, 2372, 2478 • [3] 2975, 2977, 3015–3018, 3042, 3106, 3617
- Art. 24** > [2] 1667, 2160, 2357 • [3] 2975, 2977, 2997, 3000–3001, 3011–3013, 3016–3018, 3082, 3089–3090
- Art. 25** > [3] 3082
- Art. 26** > [1] 1403 • [2] 2324, 2335 • [3] 2998, 3003–3004
- Art. 28** > [2] 1669, 1773–1774, 2374, 2473, 2475, 2635, 2843 • [3] 2975–2977, 2995–2997, 3004, 3013, 3016, 3019
- Art. 28a** > [3] 3012–3013
- Art. 29** > [1] 33, 1381 • [2] 1733, 1749–1750, 1760, 1773–1774, 1831, 1964, 2133, 2142, 2324, 2329, 2335–2339, 2347–2349, 2353, 2362, 2371, 2382, 2432, 2635 • [3] 2971, 2973, 2976, 2978, 2991, 2996, 3016, 3018, 3045, 3654
- Art. 31** > [2] 2321
- Art. 32** > [3] 3013, 3068, 3543
- Art. 33** > [2] 2336, 2455, 2655 • [3] 3005
- Art. 35** > [3] 2969, 2972, 2978
- Art. 36** > [3] 2966, 2978
- Art. 37** > [2] 2432
- Art. 37a** > [3] 2995
- Art. 38** > [1] 27, 41, 43–44, 68, 386, 403, 490, 899 • [2] 1671, 1800, 2324, 2336, 2348, 2469, 2473, 2475–2479, 2775, 2921–2922, 2925, 2927, 2933, 2936 • [3] 2971, 2978, 3001, 3005–3006, 3052, 3056–3059, 3068, 3070, 3072–3073, 3075–3077, 3079, 3081, 3083, 3085–3086, 3088, 3092, 3103
- Art. 39** > [1] 34, 56–58, 300–301, 387, 862 • [2] 1660–1661, 1670, 1716, 1734, 1750, 2061, 2298, 2382, 2777, 2868 • [3] 2973, 2978, 3006–3007, 3052, 3056–3059, 3079, 3094, 3654, 3689
- Art. 40** > [1] 387 • [2] 2301–2302, 2480 • [3] 3052, 3056–3059, 3077, 3086, 3094, 3191
- Art. 41** > [1] 296, 386 • [2] 2324, 2336, 2467 • [3] 3052, 3056–3059, 3094
- Art. 42** > [1] 387 • [2] 1639, 1732–1733, 2476, 2776, 2840, 2843, 2846 • [3] 3052, 3056–3059, 3067–3068, 3083, 3094
- Art. 43** > [1] 387, 1255 • [2] 1671, 1711–1713, 1724, 1744, 1975, 1978, 2243, 2776, 2925 • [3] 2993, 3009, 3052, 3056–3059, 3072, 3100, 3124, 3132, 3690–3691
- Art. 44** > [1] 387 • [2] 1668, 1734, 1744, 2184, 2186, 2194, 2204, 2216, 2231, 2243, 2245, 2480, 2483–2484, 2488, 2777 • [3] 2993, 2995, 3009, 3037, 3039–3040, 3044–3045, 3052, 3056–3059, 3081–3082, 3094
- Art. 44a** > [3] 3009
- Art. 45** > [1] 302, 1117 • [2] 1994, 2021–2023, 2035, 2046, 2049, 2052, 2055, 2058, 2061, 2297–2298, 2478 • [3] 2973, 2978, 3007, 3052, 3057–3058, 3652, 3694–3695
- Art. 45 [neu]** > [2] 2034, 2488 • [3] 2975, 2978, 3016, 3019, 3052, 3058–3059, 3106, 3613, 3617, 3620–3621, 3675

- Art. 45a** > [1] 387 • [2] 1744, 2034, 2184, 2231, 2238, 2777, 2896 • [3] 2966, 2973, 2978, 2993, 3007, 3052, 3056, 3543
- Art. 45b** > [1] 387 • [2] 2302, 2327, 2343, 2536, 2854, 2873, 2880 • [3] 2966, 2978, 3023, 3033, 3038, 3052, 3056, 3157
- Art. 45c** > [1] 388 • [2] 1749, 2034, 2334, 2348, 2867 • [3] 2973, 2978, 2994, 2998, 3003, 3005, 3031, 3039, 3052, 3056, 3119, 3125–3128, 3130, 3132–3133, 3143, 3154
- Art. 45d** > [3] 2998–2999, 3003
- Art. 46** > [1] 386, 392–393 • [3] 3052, 3056–3059, 3094, 3104
- Art. 46a** > [3] 2984
- Art. 47** > [1] 386 • [3] 3052, 3056–3059
- Art. 48** > [1] 386 • [2] 1776, 1972, 2061, 2324, 2336, 2475–2476, 2920 • [3] 3003, 3019, 3049, 3052, 3060–3063, 3075–3076, 3198–3199, 3201, 3208, 3216–3217, 3228, 3675
- Art. 49** > [3] 2966, 2973, 2978, 3007, 3019, 3052, 3060–3062
- Art. 50** > [3] 2975, 2978, 3016
- Art. 51** > [2] 1713, 2437, 2445, 2447, 2449 • [3] 2974, 2978, 3010, 3016
- Art. 52** > [3] 2975, 2978, 3016, 3191
- Art. 53a** > [1] 434–435, 552 • [2] 2021, 2055, 2058, 2062, 2064, 2068, 2070, 2074, 2078, 2080, 2307, 2432 • [3] 2969, 2978
- Art. 54** > [1] 387 • [2] 2309, 2324, 2337 • [3] 2989, 3001, 3179, 3191
- Art. 55** > [1] 435 • [2] 2889
- Art. 56** > [3] 3189, 3191
- Art. 57** > [3] 3191
- Art. 58** > [1] 1241 • [3] 3007
- Art. 59** > [2] 1943, 2358, 2375, 2411–2412 • [3] 2924, 3066, 3068, 3082, 3087, 3089–3090, 3100, 3543
- Art. 59a** > [3] 2966, 2969, 2978
- Art. 60** > [3] 2966, 2978, 2989
- Art. 61** > [1] 387 • [2] 1733–1734, 2245, 2467 • [3] 3009, 3191, 3194
- Art. 63** > [1] 302, 387, 1018 • [2] 1732–1733, 2306 • [3] 3007, 3019, 3052, 3060–3063, 3094, 3191
- Art. 64** > [2] 2306, 2309 • [3] 3191
- Art. 65a** > [3] 2966, 2969, 2979, 2993
- Art. 67** > [1] 387, 1019, 1023, 1025, 1049, 1130, 1199, 1212, 1218, 1228–1230, 1236–1237, 1248–1249 • [2] 1733, 1754, 2000, 2002, 2306, 2512, 2804, 2898–2899 • [3] 3052, 3060–3063, 3095, 3112, 3191, 3651, 3659
- Art. 68** > [1] 302, 387, 1232, 1234, 1237–1238, 1240, 1242–1248, 1254 • [2] 1733, 1747, 1753–1754, 1816, 1975, 2511–2512, 2899 • [3] 3007, 3019, 3052, 3060–3063, 3079–3081, 3095, 3652, 3658–3659
- Art. 69** > [1] 1019 • [2] 2306 • [3] 3191
- Art. 70** > [2] 2319 • [3] 3052, 3060–3063, 3131
- Art. 71** > [2] 2319–2320, 2358 • [3] 3052, 3060–3063
- Art. 72** > [2] 1774, 1942, 2319–2321, 2373, 2378, 2635 • [3] 2976, 2979, 3011, 3016–3018, 3052, 3060–3063
- Art. 73** > [2] 2319–2320, 2323–2332 • [3] 2965, 2969, 2972, 2975–2976, 2979, 3000, 3011, 3052, 3060–3063
- Art. 74** > [1] 1403 • [2] 1744, 1746–1747, 1750, 1773–1774, 1801, 2150, 2319–2321, 2323–2332, 2373, 2432, 2611, 2635 • [3] 2967, 2970, 2972–2973, 2975–2976, 2979, 2984, 2987–2988, 2990, 2994, 2998, 3011, 3017, 3052, 3060–3063
- Art. 74a** > [2] 1745, 2320–2321, 2323–2332, 2432 • [3] 2972, 2980, 3011, 3052, 3060–3063
- Art. 75** > [2] 1742, 1744, 1773–1774, 1799, 1947, 2319, 2321, 2323–2332, 2373, 2378, 2635 • [3] 2970, 2972, 2976, 2980, 2987, 2991, 2994, 3002, 3011, 3017, 3052, 3060–3063
- Art. 76** > [1] 387 • [2] 1773–1774, 2388, 2635 • [3] 2969–2970, 2976, 2980, 2991, 3003, 3011, 3017, 3052, 3060–3063, 3065–3066, 3068
- Art. 77** > [2] 1727, 1733, 1773–1774, 2041, 2306, 2428, 2432, 2448–2449, 2476, 2635, 2846 • [3] 2969, 2976, 2980, 2991, 3011, 3017, 3052, 3060–3063, 3068, 3095
- Art. 78** > [2] 2468 • [3] 3052, 3060–3063
- Art. 79** > [2] 1733, 2350, 2358, 2372, 2432, 2776 • [3] 2959, 2965, 2980, 3015, 3019, 3068, 3082, 3090
- Art. 80** > [2] 1733, 1773–1774, 2355, 2358, 2376, 2432 • [3] 2975–2976, 2980, 2997, 3010, 3018, 3064
- Art. 80a** > [2] 2368, 2635 • [3] 2969, 2980, 2997
- Art. 81** > [1] 302, 1237 • [2] 2432, 2511–2512 • [3] 3007, 3052, 3060–3063, 3095, 3112
- Art. 82** > [2] 2453 • [3] 2984
- Art. 82a** > [3] 3002–3003
- Art. 83** > [2] 2805 • [3] 3131
- Art. 83a** > [3] 2984
- Art. 84** > [2] 2324, 2358, 2432, 2468 • [3] 3075, 3131
- Art. 85** > [2] 2358, 2365, 2432 • [3] 3131
- Art. 86** > [2] 2358 • [3] 3131
- Art. 87** > [2] 1733, 1842, 1773–1774, 2325, 2330, 2359, 2432, 2635 • [3] 2972, 2975–2976, 2980, 2984–2985, 2988, 3011, 3131
- Art. 87a** > [2] 1667, 2160 • [3] 2966, 2969, 2980, 3001, 3011, 3089–3090
- Art. 87b** > [2] 2327, 2365, 2432 • [3] 2966, 2980, 3131
- Art. 87c** > [2] 2432 • [3] 2967, 2981, 2987–2988
- Art. 87d** > [2] 1770, 2327, 2331, 2349, 2366, 2432, 2455 • [3] 2967, 2974, 2981, 3018
- Art. 87e** > [2] 2331, 2351–2352, 2372, 2432 • [3] 2975, 2981
- Art. 87f** > [2] 2332, 2352, 2432 • [3] 2976, 2981
- Art. 88** > [2] 2337 • [3] 2975, 2981
- Art. 89** > [2] 2337, 2359
- Art. 90** > [3] 3132
- Art. 90a** > [2] 2329 • [3] 3011
- Art. 91** > [3] 2969, 2981, 2990
- Art. 91a** > [2] 1800, 2321, 2344, 2432, 2941 • [3] 2970–2971, 2981, 3012
- Art. 91b** > [3] 2970, 2981, 3012
- Art. 92** > [2] 2968, 2981, 3132
- Art. 93** > [1] 387 • [2] 1734, 1774, 2325, 2466, 2490, 2635 • [3] 2969, 2976, 2981, 3018, 3067, 3073, 3081
- Art. 94** > [1] 387, 435 • [2] 2325, 2337, 2359, 2375 • [3] 2969, 2981, 2994
- Art. 95** > [1] 387, 1394 • [2] 1743, 2337–2338, 2344, 2359 • [3] 2968, 2981, 2992

- Art. 96** > [2] 1744, 2325, 2338, 2432 • [3] 2966–2968, 2970–2971, 2981, 2992
- Art. 96 [neu]** > [2] 2343 • [3] 2981, 2996
- Art. 96a** > [2] 2343 • [3] 2966–2968, 2981, 2992
- Art. 97** > [2] 2360 • [3] 2992, 3132
- Art. 98** > [2] 2323, 2325, 2338, 2467 • [3] 2972, 2981, 2992
- Art. 99** > [3] 2968, 2982, 2992
- Art. 100** > [3] 2968, 2982, 2992
- Art. 101** > [2] 2360
- Art. 102** > [2] 1736 • [3] 2985, 2988–2990
- Art. 102a** > [3] 2992
- Art. 103** > [1] 1390
- Art. 104** > [2] 2338, 2360, 2368
- Art. 104a** > [2] 2345, 2369, 2432, 2746, 2900 • [3] 2970, 2982, 3012
- Art. 104b** > [3] 3012–3013
- Art. 105** > [2] 2325, 2432, 2468 • [3] 2970, 2982, 2985, 2988
- Art. 106** > [2] 1739, 1775–1776, 1972, 2169, 2325, 2327–2328, 2338, 2342, 2345, 2354, 2361, 2364, 2369, 2432 • [3] 2966, 2970, 2976, 2982, 2988, 3004, 3013
- Art. 106a** > [2] 2352, 2432 • [3] 2975, 2982
- Art. 107** > [2] 1738, 1793, 2122, 2129, 2325, 2327–2328, 2338, 2342, 2352, 2364, 2369, 2374, 2417, 2432, 2896 • [3] 2965–2966, 2970, 2982, 2988
- Art. 108** > [2] 1736–1737, 2325, 2328, 2339, 2346, 2361, 2370, 2432–2433, 2453 • [3] 2970, 2982, 2986, 3132
- Art. 109** > [2] 1743, 2321, 2328, 2366, 2370, 2432, 2805 • [3] 2968, 2970, 2982, 3085
- Art. 110** > [2] 2325, 2328, 2361, 2489, 2491, 2786 • [3] 2970, 2982, 3073, 3077–3078, 3083
- Art. 111** > [2] 2813 • [3] 3077–3078
- Art. 112** > [2] 2328, 2370, 2491 • [3] 2970, 2982, 3077–3078
- Art. 113** > [2] 2805–2806 • [3] 2970, 2982, 3100–3101, 3111
- Art. 114** > [2] 2326, 2328, 2339, 2346, 2806 • [3] 2970, 2982, 3077
- Art. 115** > [2] 2326, 2329, 2346, 2361, 2370, 2473, 2489 • [3] 2970, 2982, 3085
- Art. 115a** > [2] 1733, 2432 • [3] 2969, 2982, 2990, 2992–2993, 3001, 3090
- Art. 115b** > [3] 2969, 2982, 2992–2993
- Art. 115c** > [2] 2368, 2432 • [3] 2969–2970, 2982, 2992
- Art. 115d** > [2] 2432 • [3] 2969, 2982, 2992
- Art. 115e** > [3] 2969, 2975, 2982–2983, 2992, 3018
- Art. 115f** > [3] 2969, 2982, 2992
- Art. 115g** > [3] 2969, 2982, 2992
- Art. 115h** > [3] 2969, 2982, 2992, 3007
- Art. 115i** > [3] 2969, 2982, 2992
- Art. 115k** > [2] 2432 • [3] 2969–2970, 2982–2983, 2992
- Art. 115l** > [2] 2368, 2432 • [3] 2969, 2982, 2992
- Art. 115m** > [3] 2992
- Art. 116** > [1] 27, 30, 39, 44, 1424 • [3] 3002
- Art. 117** > [2] 1697, 2326, 2339 • [3] 2986, 2988
- Art. 118** > [1] 1381 • [2] 2326, 2339, 2362, 2416, 2495 • [3] 2992–2993, 3065
- Art. 118a** > [2] 1773–1774, 2635 • [3] 2976, 2983
- Art. 119** > [2] 2432
- Art. 120** > [2] 1742, 2339, 2343 • [3] 2968, 2971, 2983, 2990, 3132
- Art. 120a** > [2] 1735, 2326, 2432, 2851 • [3] 2965, 2983, 2986, 2988
- Art. 121** > [1] 1229 • [2] 1730, 1733
- Art. 123** > [2]
- Art. 125a** > [2] 1773–1774, 2635 • [3] 2976, 2983, 3018
- Art. 125b** > [2] 1773
- Art. 126** > [2] 2466
- Art. 130** > [2] 2432
- Art. 131** > [1] 1383, 1396, 1402 • [2] 1735, 2038, 2042, 2046, 2050, 2056, 2326, 2340, 2469, 2496, 2498, 2514, 2516, 2655 • [3] 2986
- Art. 132** > [2] 2432
- Art. 134** > [2] 2326, 2340, 2432
- Art. 135** > [2] 2326, 2341, 2362, 2432, 2468
- Art. 135a** > [2] 1740, 1959, 2327, 2331, 2854 • [3] 2966, 2974, 2983
- Art. 137** > [1] 435 • [2] 2363, 2366 • [3] 2966, 2983
- Art. 139a** > [2] 1740 • [3] 2988
- Art. 142a** > [3] 2965, 2969, 2983
- Art. 143** > [2] 2341, 2894 • [3] 2964, 2983
- Art. 143 [neu]/1956** > [3] 2966, 2969, 2983
- Art. 143 [neu]/1990** > [2] 1876 • [3] 2974, 2983
- Art. 143a** > [2] 2331, 2352, 2372, 2432 • [3] 2975, 2983
- Art. 143b** > [2] 2332, 2353, 2373, 2432 • [3] 2976, 2983
- Art. 144** > [2] 1973
- Art. 146** > [2] 1532, 1554, 1769, 1874, 1881, 1947–1948, 2159 • [3] 2974, 2983, 3002, 3014, 3045, 3047, 3815

Hinweis

Die Zeichen vor den Seitenzahlen beziehen sich auf die Bandzahl der vorliegenden Gesamtausgabe des *Datenhandbuchs*, d. h.

- > [1] auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > [2] auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > [3] auf den Band III (Kapitel 14 bis 36).

34 Plenarsitzungs-Register

In diesem Register sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind. Dabei beziehen sich die Zeichen vor den Seitenzahlen

- > ① auf den Band I (Kapitel 1 bis 6),
- > ② auf den Band II (Kapitel 7 bis 13) und
- > ③ auf den Band III (Kapitel 14 bis 36; hier ausgewertet bis Kapitel 29).

Lesbeispiel für die Angabe der Plenarsitzungen:

1. / 7. 9. 1949 = 1. Sitzung vom 7. September 1949.

1. Wahlperiode (1949–53)

- | | | |
|---|--|--|
| 1. / 7. 9. 1949 > ① 300–301, 863, 981, 1141 • ② 1487, 1560, 1735, 2803, 2889 • ③ 3280–3282, 3402, 3463, 3482, 3635 | 19. / 2. 12. 1949 > ② 1989, 2787, 2892 | 46. / 10. 3. 1950 > ① 1189 • ② 1989 |
| 3. / 15. 9. 1949 > ① 1019, 1141, 1172 • ② 1735, 2889–2890 • ③ 3635 | 20. / 2. 12. 1949 > ① 1381 • ② 1976, 2892 | 48. / 17. 3. 1950 > ② 1977 |
| 5. / 20. 9. 1949 > ① 882, 1019, 1141, 1172, 1174, 1189 • ② 1683, 2890 • ③ 3094, 3121, 3282, 3635 | 21. / 2. 12. 1949 > ② 1976, 2892 | 49. / 22. 3. 1950 > ② 1978, 1984, 1989, 2787, 2903 |
| 6. / 21. 9. 1949 > ① 1172, 1174, 1189 • ② 1683, 1997, 2764 | 22. / 9. 12. 1949 > ② 2890, 2893 | 50. / 23. 3. 1950 > ② 2787 |
| 7. / 22. – 23. 9. 1949 > ① 1174, 1189 • ② 1683 | 24. / 16. 12. 1949 > ① 1381 • ② 2893 | 51. / 24. 3. 1950 > ② 1989, 2787 |
| 8. / 27. 9. 1949 > ① 1174, 1189 • ② 1683 | 25. / 16. 12. 1949 > ① 1380 • ② 2654 | 52. / 27. 3. 1950 > ③ 2985 |
| 9. / 28. 9. 1949 > ① 1174, 1189 • ② 1683 | 26. / 11. 1. 1950 > ② 2654 | 53. / 28. 3. 1950 > ① 1381–1382 • ② 2597, 2654 |
| 10. / 29. 9. 1949 > ① 1189 | 27. / 11. 1. 1950 > ② 2654 | 54. / 29. 3. 1950 > ② 2787 |
| 11. / 30. 9. 1949 > ② 1477, 2890–2891 • ③ 3282 | 31. / 26. 1. 1950 > ② 1989 | 55. / 30. 3. 1950 > ② 2787, 2903 |
| 12. / 20. 10. 1949 > ① 1380 • ② 2382, 2891 | 32. / 27. 1. 1950 > ① 1381 • ② 1976, 2654 | 56. / 31. 3. 1950 > ① 1383 • ② 2654–2655 • ③ 3021, 3198, 3636 |
| 13. / 21. 10. 1949 > ① 1189, 1355 | 33. / 1. 2. 1950 > ① 1382 • ② 1989 | 59. / 27. 4. 1950 > ② 2597 |
| 14. / 3. 11. 1949 > ② 1477 • ③ 3282, 3635 | 34. / 2. 2. 1950 > ① 1380 • ② 2188, 2893 • ③ 3635 | 60. / 28. 4. 1950 > ① 1383 • ② 2655 |
| 15. / 4. 11. 1949 > ① 1271, 1380–1381 • ② 2205 | 35. / 8. 2. 1950 > ① 1382 | 62. / 5. 5. 1950 > ① 1189 |
| 17. / 15. 11. 1949 > ① 1189 | 37. / 10. 2. 1950 > ② 2188 • ③ 3635 | 64. / 12. 5. 1950 > ② 2654 |
| 18. / 24.–25. 11. 1949 > ① 1189 • ② 1989, 2654, 2892 • ③ 3635 | 38. / 15. 2. 1950 > ② 2654 | 66. / 2. 6. 1950 > ① 1383 • ② 2655 |
| | 39. / 16. 2. 1950 > ② 2654 | 67. / 6. 6. 1950 > ② 1662, 2893 |
| | 40. / 23. 2. 1950 > ② 2654 | 68. / 13. 6. 1950 > ② 1989 |
| | 41. / 24. 2. 1950 > ② 1976, 1989 | 69. / 15. 6. 1950 > ② 1735, 1989–1990, 2893 • ③ 3545, 3636 |
| | 42. / 24. 2. 1950 > ② 1976–1977, 1989 | 70. / 21. 6. 1950 > ② 1990 |
| | – / 28. 2. 1950 > ② 2015 | 71. / 22. 6. 1950 > ① 1383 • ② 2189, 2655 • ③ 3636 |
| | 43. / 1. 3. 1950 > ① 1382 | 72. / 23. 6. 1950 > ② 2655 |
| | 44. / 2. 3. 1950 > ② 1977, 2188, 2654 • ③ 3635 | 73. / 12. 7. 1950 > ② 2655 |
| | 45. / 3. 3. 1950 > ② 1989, 2654 | 75. / 14. 7. 1950 > ② 2655 |
| | | 77. / 19. 7. 1950 > ② 2655 |

- 78. / 21. 7. 1950** > [1] 1189, 1384 •
 [2] 2655
79. / 26. 7. 1950 > [2] 2655, 2849 •
 [3] 3545
80. / 27. 7. 1950 > [2] 1990
81. / 28. 7. 1950 > [1] 1250, 1384 •
 [2] 2655, 2893
82. / 8. 9. 1950 > [2] 1990
83. / 12. 9. 1950 > [2] 2655
84. / 13. 9. 1950 > [1] 1383 •
 [2] 1978, 2655
85. / 14. 9. 1950 > [1] 1189 •
 [2] 1487
86. / 15. 9. 1950 > [3] 3636
87. / 21. 9. 1950 > [1] 1250 •
 [2] 2655
89. / 5. 10. 1950 > [2] 2189 •
 [3] 3636
90. / 6. 10. 1950 > [1] 1189
91. / 13. 10. 1950 > [1] 1384 •
 [2] 2655
92. / 18. 10. 1950 > [1] 1384 •
 [2] 2655–2656
93. / 19. 10. 1950 > [1] 863 •
 [2] 1735, 2597 • [3] 3636
94. / 26. 10. 1950 > [1] 1189
95. / 26. 10. 1950 > [1] 1385 •
 [3] 2985
96. / 27. 10. 1950 > [2] 2656
97. / 7. 11. 1950 > [2] 2656 •
 [3] 2984
98. / 8. 11. 1950 > [1] 1189 •
 [2] 1997
99. / 9. 11. 1950 > [2] 2787
100. / 10. 11. 1950 > [2] 2787
101. / 14. 11. 1950 > [2] 2656
102. / 15. 11. 1950 > [2] 2656
103. / 16. 11. 1950 > [2] 2656
104. / 6. 12. 1950 > [2] 2656
105. / 7. 12. 1950 > [1] 1380, 1382 •
 [2] 2382, 2656
106. / 13. 12. 1950 > [2] 2188, 2656,
 2893
107. / 14. 12. 1950 > [2] 2656
108. / 15. 12. 1950 > [1] 1385 •
 [2] 2656
109. / 10. 1. 1951 > [2] 2656
110. / 11. 1. 1951 > [1] 1385
111. / 17. 1. 1951 > [1] 1385
112. / 18. 1. 1951 > [2] 2850
113. / 24. 1. 1951 > [2] 1488, 2657,
 2850 • [3] 3021, 3636
114. / 25. 1. 1951 > [2] 2656
115. / 31. 1. 1951 > [2] 2597
116. / 1. 2. 1951 > [2] 2656
117. / 14. 2. 1951 > [1] 1386
118. / 15. 2. 1951 > [2] 2657
119. / 21. 2. 1951 > [2] 1695, 2657,
 2787, 2894, 2904 • [3] 3429
120. / 22. 2. 1951 > [2] 2657, 2787
122. / 1. 3. 1951 > [2] 1735, 2657,
 2787
123. / 7. 3. 1951 > [2] 2657
124. / 8. 3. 1951 > [1] 1386
125. / 9. 3. 1951 > [1] 1189 •
 [2] 1488
126. / 14. 3. 1951 > [2] 2787
127. / 15. 3. 1951 > [2] 2416
129. / 4. 4. 1951 > [2] 2657, 2787
130. / 5. 4. 1951 > [2] 2787
131. / 6. 4. 1951 > [2] 2787
132. / 10. 4. 1951 > [1] 1383 •
 [2] 2597 • [3] 2986
133. / 11. 4. 1951 > [2] 2787, 2849 •
 [3] 3021, 3545, 3636
134. / 12. 4. 1951 > [2] 2787
135. / 18. 4. 1951 > [2] 1978, 2787
136. / 19. 4. 1951 > [2] 1695, 1978,
 2787
137. / 20. 4. 1951 > [2] 2787
138. / 25. 4. 1951 > [2] 2597 •
 [3] 2985
139. / 26. 4. 1951 > [1] 1386 •
 [2] 2657, 2787
140. / 9. 5. 1951 > [1] 1256 •
 [2] 2657, 2894
141. / 10. 5. 1951 > [2] 2657
142. / 22. 5. 1951 > [1] 1386
144. / 30. 5. 1951 > [1] 1189 •
 [2] 2657
145. / 31. 5. 1951 > [1] 1256 •
 [2] 1978, 2787
146. / 1. 6. 1951 > [1] 1386 •
 [2] 2787
148. / 7. 6. 1951 > [2] 2189, 2850
149. / 8. 6. 1951 > [1] 1250 •
 [2] 1979, 2189, 2657
151. / 13. 6. 1951 > [1] 1256, 1317 •
 [2] 2240, 2787
152. / 14. 6. 1951 > [2] 2188, 2657
153. / 15. 6. 1951 > [2] 1979, 2657
154. / 20. 6. 1951 > [2] 1477, 2658 •
 [3] 3343
155. / 21. 6. 1951 > [1] 1272 •
 [2] 1735, 2416 • [3] 2984
156. / 5. 7. 1951 > [1] 1387 •
 [2] 2657
157. / 6. 7. 1951 > [2] 2787
158. / 9. 7. 1951 > [2] 1979
159. / 10. 7. 1951 > [1] 1189, 1380
160. / 11. 7. 1951 > [2] 2597, 2657,
 2894 • [3] 2964
162. / 13. 9. 1951 > [1] 1387 •
 [2] 2240
163. / 18. 9. 1951 > [2] 1672, 2658
164. / 26. 9. 1951 > [2] 2658
165. / 27. 9. 1951 > [1] 1189–1190 •
 [2] 1488, 1735, 2787, 2904
166. / 10. 10. 1951 > [1] 1256 •
 [2] 1695, 2658, 2787
167. / 11. 10. 1951 > [2] 2189, 2658,
 2787 • [3] 3636
168. / 16. 10. 1951 > [1] 1190 •
 [2] 2787
169. / 17. 10. 1951 > [2] 2597
170. / 24. 10. 1951 > [1] 1387 •
 [2] 2189, 2240, 2658 • [3] 3637
171. / 25. 10. 1951 > [1] 1387 •
 [2] 2787
174. / 14. 11. 1951 > [1] 1387 •
 [2] 1672, 2658
175. / 15. 11. 1951 > [1] 1387 •
 [2] 2658
176. / 22. 11. 1951 > [2] 1735, 2658
177. / 23. 11. 1951 > [2] 2598, 2658
179. / 6. 12. 1951 > [1] 882, 896,
 934, 944, 970, 979 • [2] 2645,
 2850–2851 • [3] 3065, 3094–3096,
 3121, 3402, 3637, 3949
180. / 12. 12. 1951 > [1] 1250, 1365,
 1380 • [2] 1672, 2598, 2894
181. / 13. 12. 1951 > [1] 30, 1387 •
 [2] 1792, 2851 • [3] 2985–2986,
 3637
183. / 10. 1. 1952 > [2] 1792, 1990
184. / 11. 1. 1952 > [2] 2598
185. / 16. 1. 1952 > [1] 896, 1285 •
 [2] 1990, 2658–2659, 2851
186. / 17. 1. 1952 > [2] 2659
187. / 23. 1. 1952 > [2] 2639, 2644,
 2851, 2894–2895 • [3] 3637, 3705
188. / 24. 1. 1952 > [2] 2598
189. / 6. 2. 1952 > [2] 1477, 1488,
 1735, 2659
190. / 7. 2. 1952 > [1] 1190 •
 [3] 3483
191. / 8. 2. 1952 > [2] 1695, 1735,
 1792 • [3] 3483
192. / 13. 2. 1952 > [2] 1792, 2659
193. / 14. 2. 1952 > [1] 1385
194. / 20. 2. 1952 > [2] 1792, 2189
195. / 21. 2. 1952 > [2] 2240, 2658
196. / 28. 2. 1952 > [2] 2658
198. / 12. 3. 1952 > [2] 2659
199. / 19. 3. 1952 > [1] 1385 •
 [2] 2659
200. / 20. 3. 1952 > [1] 1385 •
 [2] 1792, 2659
201. / 26. 3. 1952 > [2] 1793, 2658
203. / 2. 4. 1952 > [1] 1382 •
 [2] 2788
204. / 3.–4. 4. 1952 > [2] 2659 •
 [3] 2984
205. / 23. 4. 1952 > [2] 1735, 2659 •
 [3] 3545
206. / 24. 4. 1952 > [1] 1388 •
 [2] 1735, 2416

- 211. / 14. 5. 1952** > [2] 1990
212. / 15. 5. 1952 > [2] 1735, 2851 •
 [3] 2965
213. / 16. 5. 1952 > [1] 1388 •
 [2] 1696, 1735, 1990, 2598
214. / 23. 5. 1952 > [2] 1662, 1793
216. / 29. 5. 1952 > [1] 1381–1382 •
 [2] 1735, 2659, 2788
217. / 10. 6. 1952 > [2] 2659
218. / 11. 6. 1952 > [2] 2659
219. / 18. 6. 1952 > [1] 1388 •
 [2] 2659
220. / 26. 6. 1952 > [1] 1388 •
 [2] 2659
221. / 9. 7. 1952 > [2] 1735
222. / 10. 7. 1952 > [2] 1736, 2598
223. / 16. 7. 1952 > [2] 1984, 2659,
 2851 • [3] 3550
224. / 16. 7. 1952 > [2] 1984 •
 [3] 3550
225. / 17. 7. 1952 > [2] 1696, 2905
226. / 18. 7. 1952 > [2] 2598
227. / 19. 7. 1952 > [1] 1380 •
 [2] 1736, 1793
228. / 10. 9. 1952 > [2] 2188, 2190 •
 [3] 3637
229. / 11. 9. 1952 > [1] 1389
230. / 17. 9. 1952 > [1] 1381 •
 [2] 1736, 2598, 2659
231. / 1. 10. 1952 > [2] 2659
233. / 9. 10. 1952 > [1] 30
234. / 22. 10. 1952 > [2] 2189, 2659
235. / 23. 10. 1952 > [2] 2660, 2895
236. / 30. 10. 1952 > [1] 1381 •
 [2] 1736, 2660 • [3] 2985
237. / 18. 11. 1952 > [1] 1190
238. / 26. 11. 1952 > [1] 1389 •
 [2] 2660, 2803
239. / 27. 11. 1952 > [2] 1793, 2803
242. / 5. 12. 1952 > [2] 1696, 1990
244. / 11. 12. 1952 > [1] 30, 1190 •
 [2] 1793–1794, 2660, 2851 •
 [3] 2965
245. / 21. 1. 1953 > [1] 1190 •
 [2] 2660
246. / 22. 1. 1953 > [2] 1794, 2660
247. / 28. 1. 1953 > [2] 2660, 2788
248. / 29. 1. 1953 > [1] 1389 •
 [2] 2660, 2788
249. / 4. 2. 1953 > [2] 1736
250. / 25. 2. 1953 > [2] 2660
252. / 4. 3. 1953 > [1] 1250 •
 [2] 1990
253. / 5. 3. 1953 > [1] 1250, 1390 •
 [2] 1794, 2660
254. / 18. 3. 1953 > [2] 1697, 1736,
 1794–1795, 2598
255. / 19. 3. 1953 > [2] 1736, 1795,
 2599 • [3] 3483
256. / 20. 3. 1953 > [1] 1390 •
 [2] 1795, 2660
257. / 25. 3. 1953 > [1] 1381, 1390 •
 [2] 1796, 2599, 2803, 2805
258. / 26. 3. 1953 > [2] 1697
259. / 15. 4. 1953 > [1] 1383
260. / 16. 4. 1953 > [2] 1736, 2660
261. / 28. 4. 1953 > [1] 1387 •
 [2] 2660
262. / 29. 4. 1953 > [1] 1385 •
 [2] 2660
263. / 5. 5. 1953 > [1] 1387 •
 [2] 2599
264. / 6. 5. 1953 > [2] 1736
265. / 12. 5. 1953 > [1] 1381 •
 [2] 2598
267. / 2. 6. 1953 > [2] 1736, 2599,
 2660 • [3] 3021, 3638
269. / 10. 6. 1953 > [1] 1190 •
 [2] 1490
270. / 11. 6. 1953 > [1] 1250, 1384,
 1387 • [3] 3546
271. / 12. 6. 1953 > [1] 1382, 1389
272. / 17. 6. 1953 > [1] 1190, 1387 •
 [2] 1490, 1796, 2011
273. / 18. 6. 1953 > [1] 1256 •
 [2] 2011
274. / 19. 6. 1953 > [1] 1390 •
 [2] 1736–1737 • [3] 2986
275. / 24. 6. 1953 > [2] 2788, 2905
276. / 25. 6. 1953 > [1] 31, 50 •
 [2] 1737, 1796, 1990, 2788, 2852 •
 [3] 3638
277. / 26. 6. 1953 > [2] 1737, 2788
278. / 1. 7. 1953 > [1] 1190 •
 [2] 1796, 1997, 2788
279. / 2. 7. 1953 > [1] 1389 •
 [2] 2660
280. / 3. 7. 1953 > [1] 1386–1388 •
 [2] 1737, 1796–1797, 1985–1986,
 1997, 2190
281. / 3. 7. 1953 > [2] 1796–1797,
 1985–1986, 2660
282. / 29. 7. 1953 > [1] 301, 1389 •
 [2] 1632, 1670, 1737, 1797 •
 [3] 3284, 3638

2. Wahlperiode (1953–57)

- 1. / 6. 10. 1953** > [1] 300–301, 863,
 1141 • [2] 1737 • [3] 3463, 3483,
 3638
2. / 9. 10. 1953 > [1] 1019, 1141,
 1172 • [2] 1737 • [3] 3638
3. / 20. 10. 1953 > [1] 1019, 1141,
 1172, 1174, 1190 • [2] 1683 •
 [3] 3638
4. / 28. 10. 1953 > [1] 1172, 1174,
 1190 • [2] 1683 • [3] 3483, 3638
5. / 29. 10. 1953 > [1] 1174, 1190 •
 [2] 1672, 1683
8. / 10. 12. 1953 > [1] 1391 •
 [2] 1685, 1697, 2661, 2853, 2896 •
 [3] 3638
9. / 14. 1. 1954 > [2] 1797
11. / 22. 1. 1954 > [2] 2788
12. / 4. 2. 1954 > [2] 2661, 2788
13. / 5. 2. 1954 > [1] 1391 • [2] 1685,
 2788, 2895–2896
14. / 11. 2. 1954 > [2] 2661
16. / 25. 2. 1954 > [1] 1190
17. / 26. 2. 1954 > [2] 1737, 1958,
 2661, 2853 • [3] 2965, 3638
18. / 11. 3. 1954 > [1] 1190
19. / 12. 3. 1954 > [2] 2661
22. / 2. 4. 1954 > [2] 1697, 2661
23. / 7. 4. 1954 > [1] 1190 • [2] 2788
24. / 8. 4. 1954 > [2] 1697, 2788,
 2905
25. / 9. 4. 1954 > [2] 2788
26. / 29. 4. 1954 > [2] 2661
27. / 30. 4. 1954 > [2] 1737, 2661,
 2788
28. / 6. 5. 1954 > [2] 1697, 1737,
 2788, 2853, 2906 • [3] 3285, 3430
30. / 21. 5. 1954 > [1] 1257 •
 [2] 2661
31. / 26. 5. 1954 > [2] 2661
32. / 28. 5. 1954 > [2] 2468, 2661 •
 [3] 3022, 3069, 3198, 3638
– / 16. 6. 1954 > [2] 2011
33. / 18. 6. 1954 > [1] 1391
34. / 19. 6. 1954 > [1] 1391 •
 [2] 2661
35. / 24. 6. 1954 > [2] 2661
36. / 25. 6. 1954 > [2] 2661
37. / 8. 7. 1954 > [1] 1190 • [2] 2661
38. / 9. 7. 1954 > [2] 2661
40. / 14. 7. 1954 > [1] 1302–1303,
 1392 • [2] 2808
41. / 15. 7. 1954 > [2] 2661
42. / 16. 9. 1954 > [2] 2190 •
 [3] 3483

- 43. / 17. 9. 1954** > [1] 1251 •
 [2] 1738, 2190 • [3] 3483, 3638
44. / 23. 9. 1954 > [2] 2662
46. / 5. 10. 1954 > [1] 1190 •
 [2] 1997 • [3] 3483
47. / 7. 10. 1954 > [1] 1190 •
 [2] 1698, 1997 • [3] 3483
48. / 14. 10. 1954 > [2] 1738, 1958,
 2600
49. / 15. 10. 1954 > [2] 1490, 1698,
 2661
51. / 21. 10. 1954 > [2] 2662
 - / 2. 11. 1954 > [2] 2015
54. / 5. 11. 1954 > [2] 2662
55. / 16. 11. 1954 > [1] 864 •
 [2] 1738 • [3] 3639
57. / 19. 11. 1954 > [2] 2600 •
 [3] 2966
58. / 8. 12. 1954 > [1] 1345 •
 [2] 1738, 1958, 2662, 2789
59. / 9. 12. 1954 > [2] 2662, 2789
60. / 10. 12. 1954 > [1] 1257 •
 [2] 2662
61. / 15. 12. 1954 > [1] 1392 •
 [2] 1738, 1997, 2417, 2662 •
 [3] 2965
62. / 16. 12. 1954 > [2] 1738, 1997
63. / 17. 12. 1954 > [2] 1738
64. / 27. 1. 1955 > [2] 2661
65. / 28. 1. 1955 > [2] 2190 •
 [3] 3639
66. / 17. 2. 1955 > [1] 1392 •
 [2] 2662
67. / 18. 2. 1955 > [2] 2662
68. / 23. 2. 1955 > [1] 1303 •
 [2] 2468 • [3] 3069
72. / 27. 2. 1955 > [2] 1738, 1958,
 1997, 2600
75. / 23. 3. 1955 > [1] 1366, 1393
76. / 24. 3. 1955 > [1] 1362, 1393 •
 [2] 2600 • [3] 3344
77. / 31. 3. 1955 > [1] 1393
79. / 4. 5. 1955 > [2] 1739 • [3] 3022
80. / 5. 5. 1955 > [2] 2662
81. / 6. 5. 1955 > [1] 2662
82. / 25. 5. 1955 > [1] 1393
83. / 26. 5. 1955 > [2] 2662, 2853 •
 [3] 3097
84. / 27. 5. 1955 > [2] 1739, 1998,
 2662
85. / 8. 6. 1955 > [2] 1478, 1739,
 1958, 2601
86. / 14. 6. 1955 > [2] 2601, 2789,
 2906–2907
87. / 15. 6. 1955 > [2] 2789
88. / 16. 6. 1955 > [2] 2789
 - / 17. 6. 1955 > [2] 2011
89. / 21. 6. 1955 > [2] 2789
90. / 22. 6. 1955 > [2] 2789
91. / 23. 6. 1955 > [2] 2789, 2853
95. / 7. 7. 1955 > [2] 2853 • [3] 3022,
 3639
96. / 8. 7. 1955 > [2] 1797, 2601
97. / 13. 7. 1955 > [2] 2417
98. / 14. 7. 1955 > [1] 1392–1393 •
 [2] 2601, 2662
99. / 15. 7. 1955 > [2] 2417, 2662
100. / 16. 7. 1955 > [1] 1190 •
 [2] 2601
101. / 22. 9. 1955 > [1] 1191 •
 [2] 2662
102. / 23. 9. 1955 > [1] 1191
104. / 30. 9. 1955 > [2] 2662
105. / 12. 10. 1955 > [1] 1393 •
 [2] 2663
106. / 19. 10. 1955 > [1] 1191 •
 [2] 1500, 1632 • [3] 3639
107. / 20. 10. 1955 > [1] 1191 •
 [2] 1500, 1632 • [3] 3639
108. / 26. 10. 1955 > [2] 1478, 2662
 • [3] 3344–3345
109. / 27. 10. 1955 > [2] 2854 •
 [3] 3097
111. / 10. 11. 1955 > [2] 2663
112. / 11. 11. 1955 > [2] 1739, 1958
114. / 1. 12. 1955 > [1] 1191, 1251,
 1393 • [2] 1739, 1959, 2663
115. / 2. 12. 1955 > [1] 1191
116. / 7. 12. 1955 > [2] 2663
117. / 8. 12. 1955 > [2] 2663, 2789
118. / 9. 12. 1955 > [2] 2789
119. / 14. 12. 1955 > [2] 2808 •
 [3] 3639
120. / 15. 12. 1955 > [1] 1394 •
 [2] 1739, 1959, 2600 • [3] 2988
121. / 16. 12. 1955 > [2] 2663 •
 [3] 2986
122. / 12. 1. 1956 > [1] 1393 •
 [2] 2663
123. / 13. 1. 1956 > [1] 1366
124. / 19. 1. 1956 > [2] 2663
125. / 20. 1. 1956 > [1] 1317
127. / 3. 2. 1956 > [2] 2663
128. / 9. 2. 1956 > [2] 2663
129. / 10. 2. 1956 > [2] 2662–2663
130. / 23. 2. 1956 > [2] 2190, 2663 •
 [3] 3640
132. / 6. 3. 1956 > [2] 1739, 2601,
 2854 • [3] 2966, 3640
133. / 8. 3. 1956 > [2] 1739
134. / 15. 3. 1956 > [1] 32, 51, 935 •
 [2] 2854 • [3] 3640
136. / 21. 3. 1956 > [1] 1394 •
 [2] 1478
137. / 22. 3. 1956 > [2] 2663
138. / 12. 4. 1956 > [1] 1317 •
 [2] 2663
140. / 18. 4. 1956 > [2] 2663
141. / 19. 4. 1956 > [2] 2663
142. / 3. 5. 1956 > [2] 2663
143. / 4. 5. 1956 > [2] 2601
144. / 8. 5. 1956 > [2] 2663
145. / 9. 5. 1956 > [2] 2663
146. / 30. 5. 1956 > [2] 2664
147. / 6. 6. 1956 > [2] 2664
148. / 7. 6. 1956 > [2] 2663–2664
149. / 8. 6. 1956 > [1] 1303, 1394 •
 [2] 1739, 2601
 - / 17. 6. 1956 > [2] 2011
150. / 20. 6. 1956 > [2] 1739, 1959,
 2789
151. / 21. 6. 1956 > [1] 1256 •
 [2] 2789, 2907
152. / 22. 6. 1956 > [1] 1191, 1256 •
 [2] 2664, 2789
153. / 26. 6. 1956 > [1] 1191 •
 [2] 2664
155. / 28. 6. 1956 > [1] 1191, 1317,
 1345, 1394 • [2] 2789
156. / 29. 6. 1956 > [1] 1191 •
 [2] 1739
157. / 4. 7. 1956 > [1] 1256 •
 [3] 3640
159. / 6. 7. 1956 > [2] 1739, 1959,
 2602 • [3] 3483
160. / 27. 9. 1956 > [2] 1739, 1959
161. / 28. 9. 1956 > [1] 1355
162. / 3. 10. 1956 > [2] 2664 •
 [3] 2989, 3286
163. / 10. 10. 1956 > [2] 1500, 1632
 • [3] 3641
164. / 11. 10. 1956 > [2] 1500, 1632
 • [3] 3641
168. / 8. 11. 1956 > [1] 1191
170. / 9. 11. 1956 > [2] 1739, 1959,
 1979
171. / 14. 11. 1956 > [2] 2664
173. / 16. 11. 1956 > [1] 1365–1366
174. / 29. 11. 1956 > [1] 1394 •
 [2] 2663
175. / 30. 11. 1956 > [2] 1739, 1797,
 1959
176. / 5. 12. 1956 > [1] 1303
177. / 6. 12. 1956 > [1] 1393 •
 [2] 2664
178. / 7. 12. 1956 > [2] 1476, 1797,
 2789
179. / 12. 12. 1956 > [2] 2789
180. / 13. 12. 1956 > [2] 1739 •
 [3] 2966
181. / 14. 12. 1956 > [1] 1330, 1355
 • [2] 2602 • [3] 3023, 3641
182. / 10. 1. 1957 > [1] 1316 •
 [2] 2664
183. / 11. 1. 1957 > [1] 1272 •
 [2] 2808

187. / 21. 1. 1957 > [2] 1740, 1959, 2602
 188. / 31. 1. 1957 > [1] 1191 •
 [3] 3484
 189. / 1. 2. 1957 > [2] 2233
 190. / 6. 2. 1957 > [1] 1303 •
 [2] 1479 • [3] 2988, 3345
 193. / 21. 2. 1957 > [1] 1303, 1355
 194. / 22. 2. 1957 > [2] 2663
 197. / 14. 3. 1957 > [1] 935, 959,
 965 • [2] 2664 • [3] 3641
 200. / 21. 3. 1957 > [1] 1191 •
 [2] 2664
 203. / 10. 4. 1957 > [2] 2664
 204. / 11. 4. 1957 > [1] 1395 •
 [2] 2602, 2854 • [3] 3023, 3157,
 3641

206. / 3. 5. 1957 > [1] 1395 •
 [2] 2602
 207. / 8. 5. 1957 > [1] 1257 •
 [2] 2789
 208. / 9. 5. 1957 > [2] 2664, 2789
 209. / 10. 5. 1957 > [2] 1698, 2664 •
 [3] 3484
 210. / 22. 5. 1957 > [2] 1740, 2789
 211. / 23. 5. 1957 > [2] 2789, 2907
 212. / 24. 5. 1957 > [2] 2789
 213. / 29. 5. 1957 > [1] 1303 •
 [2] 2789, 2854 • [3] 3023
 214. / 31. 5. 1957 > [3] 2987
 - / 17. 6. 1957 > [2] 2011
 215. / 26. 6. 1957 > [1] 1393 •
 [3] 2987
 216. / 27. 6. 1957 > [1] 1392 •
 [2] 1740, 1959 • [3] 2987

219. / 29. 6. 1957 > [1] 1303 •
 [2] 1986
 220. / 29. 6. 1957 > [2] 1986
 221. / 2. 7. 1957 > [1] 1394 •
 [2] 1740, 1959 • [3] 2987
 222. / 3. 7. 1957 > [2] 2602
 223. / 4. 7. 1957 > [1] 1395 •
 [2] 1480, 1740, 2603 • [3] 2989
 224. / 5. 7. 1957 > [1] 1257 •
 [2] 1740, 1959, 2603
 225. / 6. 7. 1957 > [1] 1395 •
 [2] 1979 • [3] 2987
 226. / 6. 7. 1957 > [2] 1979
 227. / 29. 8. 1957 > [1] 301, 1304 •
 [2] 1670, 1740, 1959, 2190, 2808,
 2854 • [3] 2966, 3641

3. Wahlperiode (1957–61)

1. / 15. 10. 1957 > [1] 300–301, 865,
 1141 • [2] 1500, 1632, 1740 •
 [3] 3484, 3642
 2. / 22. 10. 1957 > [1] 1020, 1141,
 1172 • [2] 1740 • [3] 3484, 3642
 3. / 29. 10. 1957 > [1] 1020, 1141,
 1172, 1175, 1191 • [2] 1683 •
 [3] 3484, 3642
 4. / 5. 11. 1957 > [1] 1172, 1175,
 1191 • [2] 1683 • [3] 3484
 5. / 28. 11. 1957 > [2] 2665
 6. / 12. 12. 1957 > [2] 1491
 9. / 23. 1. 1958 > [1] 1191 • [2] 2665
 10. / 12. 2. 1958 > [1] 1356 •
 [2] 2665
 11. / 13. 2. 1958 > [2] 2665
 13. / 26. 2. 1958 > [1] 1345 •
 [2] 2665
 14. / 27. 2. 1958 > [2] 2855 •
 [3] 3553
 15. / 28. 2. 1958 > [2] 2665
 18. / 20. 3. 1958 > [2] 2665
 19. / 21. 3. 1958 > [2] 2665
 20. / 22. 3. 1958 > [2] 2665
 21. / 25. 3. 1958 > [2] 1698, 1724,
 2469, 2665 • [3] 3073
 22. / 16. 4. 1958 > [2] 2789
 23. / 18. 4. 1958 > [2] 1699, 2665 •
 [3] 3236
 24. / 23. 4. 1958 > [1] 874 • [2] 1740,
 2665 • [3] 3642
 25. / 24. 4. 1958 > [2] 2665
 27. / 7. 5. 1958 > [2] 2855 • [3] 3023,
 3198–3199, 3642
 28. / 8. 5. 1958 > [2] 2789
 29. / 9. 5. 1958 > [3] 2990

30. / 12. 6. 1958 > [1] 1317 •
 [2] 2665
 31. / 13. 6. 1958 > [2] 1741
 - / 17. 6. 1958 > [2] 2012 • [3] 3484
 33. / 20. 6. 1958 > [1] 1396
 34. / 25. 6. 1958 > [2] 2789, 2907
 35. / 26. 6. 1958 > [2] 2789
 36. / 27. 6. 1958 > [2] 2789
 37. / 1. 7. 1958 > [2] 2789
 38. / 2. 7. 1958 > [2] 2789
 39. / 3. 7. 1958 > [2] 2789
 40. / 4. 7. 1958 > [1] 1272, 1304,
 1356, 1396 • [2] 2789
 41. / 1. 10. 1958 > [2] 1500, 1632,
 2665 • [3] 3642
 42. / 2. 10. 1958 > [2] 1500, 1632,
 2665 • [3] 3642
 43. / 3. 10. 1958 > [2] 1500, 1632 •
 [3] 2990 • [3] 3642
 45. / 16. 10. 1958 > [1] 1367 •
 [2] 2665
 46. / 17. 10. 1958 > [2] 2665
 48. / 6. 11. 1958 > [1] 1331, 1396 •
 [2] 2665
 51. / 27. 11. 1958 > [1] 1367 •
 [2] 2665
 52. / 9. 12. 1958 > [2] 2665, 2790
 53. / 11. 12. 1958 > [1] 1304, 1396,
 2790
 55. / 21. 1. 1959 > [2] 2665
 56. / 22. 1. 1959 > [2] 2665
 59. / 29. 1. 1959 > [2] 2665
 60. / 30. 1. 1959 > [2] 2665
 62. / 19. 2. 1959 > [2] 1741, 2854,
 2856 • [3] 3159, 3642
 63. / 20. 2. 1959 > [2] 2665

64. / 25. 2. 1959 > [1] 1304 •
 [2] 2808
 65. / 26. 2. 1959 > [1] 1396
 66. / 18. 3. 1959 > [2] 2418 •
 [3] 3024, 3642
 67. / 19. 3. 1959 > [2] 2418, 2603
 68. / 8. 4. 1959 > [1] 1271, 1396–
 1397 • [2] 2665
 69. / 22. 4. 1959 > [1] 1356
 70. / 3. 6. 1959 > [1] 1397 • [2] 1741,
 2790
 71. / 4. 6. 1959 > [2] 2790
 72. / 5. 6. 1959 > [2] 2790
 73. / 10. 6. 1959 > [2] 2790
 74. / 11. 6. 1959 > [2] 1699, 2790
 75. / 12. 6. 1959 > [1] 1363, 1367,
 1397 • [2] 2790, 2855
 - / 17. 6. 1959 > [2] 2012
 76. / 18. 6. 1959 > [2] 2603, 2665
 78. / 24. 6. 1959 > [1] 1257
 79. / 25. 6. 1959 > [1] 1299, 1317
 80. / 15. 9. 1959 > [3] 3642
 81. / 14. 10. 1959 > [2] 1741
 82. / 15. 10. 1959 > [1] 1397 •
 [2] 2665
 86. / 4. 11. 1959 > [2] 2666
 87. / 5. 11. 1959 > [1] 1191 •
 [2] 2665
 88. / 6. 11. 1959 > [1] 1257 •
 [2] 1741
 91. / 2. 12. 1959 > [1] 1397–1398 •
 [2] 2603
 92. / 3. 12. 1959 > [2] 1741, 2603,
 2855 • [3] 2967, 2990
 93. / 10. 12. 1959 > [1] 1397 •
 [2] 2790

94. / 11. 12. 1959 > [2] 2666
95. / 20. 1. 1960 > [1] 1367
96. / 22. 1. 1960 > [1] 1398
98. / 27. 1. 1960 > [2] 2808
99. / 10. 2. 1960 > [2] 2666
101. / 12. 2. 1960 > [2] 2666 •
 [3] 3237
102. / 17. 2. 1960 > [2] 2665
103. / 18. 2. 1960 > [1] 1191
105. / 9. 3. 1960 > [1] 1356 •
 [2] 2666
107. / 16. 3. 1960 > [1] 1312 •
 [2] 2604
108. / 6. 4. 1960 > [2] 2666, 2790
109. / 7. 4. 1960 > [2] 1741, 2790
110. / 8. 4. 1960 > [2] 2790
111. / 4. 5. 1960 > [2] 2666
112. / 5. 5. 1960 > [1] 1247, 1318 •
 [2] 2240, 2790
116. / 20. 5. 1960 > [1] 1397–1398 •
 [2] 2604
117. / 24. 5. 1960 > [1] 1191, 1398 •
 [2] 1741, 1960, 2604
 –/ **17. 6. 1960** > [2] 2012
118. / 22. 6. 1960 > [3] 2989
119. / 23. 6. 1960 > [2] 2666

121. / 29. 6. 1960 > [1] 1257 •
 [2] 1741, 2417, 2604, 2645, 2851,
 2855, 2897 • [3] 3024, 3097
122. / 30. 6. 1960 > [1] 1137, 1191 •
 [2] 1998 • [3] 3643
123. / 1. 7. 1960 > [2] 2604
124. / 28. 9. 1960 > [1] 897 •
 [2] 1741 • [3] 2967, 2990, 3643
126. / 30. 9. 1960 > [2] 2790
127. / 5. 10. 1960 > [2] 2790
128. / 21. 10. 1960 > [2] 2897
129. / 26. 10. 1960 > [2] 2604
130. / 28. 10. 1960 > [2] 1788, 2666,
 2855
131. / 9. 11. 1960 > [1] 1397
132. / 11. 11. 1960 > [2] 2666
135. / 9. 12. 1960 > [1] 1299
136. / 14. 12. 1960 > [2] 2666
139. / 20. 1. 1961 > [2] 2808
140. / 25. 1. 1961 > [2] 1741 •
 [3] 2967
142. / 8. 2. 1961 > [2] 2604–2605
144. / 22. 2. 1961 > [1] 1399
147. / 8. 3. 1961 > [2] 1699, 2790,
 2908 • [3] 3287
148. / 9. 3. 1961 > [2] 2790
149. / 10. 3. 1961 > [2] 2790
150. / 14. 3. 1961 > [2] 1990, 2790

151. / 15. 3. 1961 > [2] 1741, 1990,
 2790
152. / 16. 3. 1961 > [1] 1369, 1399 •
 [2] 2604, 2790
153. / 17. 3. 1961 > [1] 1299, 1356,
 1398–1399 • [2] 2605, 2790
156. / 21. 4. 1961 > [1] 1191
158. / 4. 5. 1961 > [1] 1286, 1356 •
 [2] 1741, 1960, 2605 • [3] 3024,
 3238
159. / 5. 5. 1961 > [2] 2666
160. / 30. 5. 1961 > [3] 3024
161. / 31. 5. 1961 > [2] 2605
162. / 14. 6. 1961 > [1] 1340 •
 [2] 1741, 1960
163. / 16. 6. 1961 > [2] 2666
 –/ **17. 6. 1961** > [2] 2012
164. / 28.–29. 6. 1961 > [2] 1741,
 1960, 2605 • [3] 2990
165. / 29. 6. 1961 > [1] 1318, 1356–
 1357, 1367, 1399–1400 • [2] 1741,
 1960, 2240, 2605, 2808 • [3] 3169
166. / 30. 6. 1961 > [2] 2666
167. / 18. 8. 1961 > [1] 1191 •
 [2] 1491, 1662, 1998
168. / 22. 8. 1961 > [1] 301 •
 [2] 1670 • [3] 3643

4. Wahlperiode (1961–65)

1. / 17. 10. 1961 > [1] 300–301, 865,
 1141 • [2] 1742 • [3] 3484, 3644
2. / 7. 11. 1961 > [1] 1020, 1141,
 1172 • [2] 1742 • [3] 3644
3. / 8. 11. 1961 > [2] 1798 • [3] 3159,
 3644
4. / 14. 11. 1961 > [1] 1020, 1141
5. / 29. 11. 1961 > [1] 1141, 1172,
 1175, 1191 • [2] 1683, 1999, 2419
 • [3] 3644
6. / 6. 12. 1961 > [1] 1172, 1175,
 1191 • [2] 1683
8. / 13. 12. 1961 > [1] 882, 1272 •
 [2] 2419, 2856 • [3] 3097
9. / 17. 1. 1962 > [1] 1191, 1257
12. / 24. 1. 1962 > [1] 1192 •
 [2] 2666
13. / 31. 1. 1962 > [1] 1192, 1272,
 1367, 1400
14. / 14. 2. 1962 > [2] 1672
15. / 16. 2. 1962 > [1] 1367
16. / 22. 2. 1962 > [1] 1192 •
 [2] 2666
18. / 13. 3. 1962 > [2] 2791
19. / 14. 3. 1962 > [2] 2791
20. / 15. 3. 1962 > [2] 2666–2667

21. / 21. 3. 1962 > [2] 2191 •
 [3] 3644
23. / 5. 4. 1962 > [2] 2791
24. / 6. 4. 1962 > [2] 1742, 2791
25. / 10. 4. 1962 > [2] 2791
26. / 12. 4. 1962 > [1] 1305, 1357 •
 [2] 2791
30. / 16. 5. 1962 > [2] 2667
31. / 18. 5. 1962 > [1] 1304, 1345 •
 [2] 1980, 2666
32. / 22. 5. 1962 > [1] 1323, 1331,
 1350 • [2] 1742
35. / 15. 6. 1962 > [2] 2667
 –/ **17. 6. 1962** > [2] 2012
36. / 27. 6. 1962 > [1] 1257, 1273,
 1362 • [2] 1742, 1798, 2850, 2856
 • [3] 3073, 3169
37. / 28. 6. 1962 > [2] 1742, 2191
38. / 29. 6. 1962 > [1] 1400
39. / 9. 10. 1962 > [1] 1192
40. / 11. 10. 1962 > [1] 1192
41. / 12. 10. 1962 > [1] 1192
42. / 24. 10. 1962 > [1] 1401
43. / 25. 10. 1962 > [2] 2191
44. / 26. 10. 1962 > [1] 1331

45. / 7. 11. 1962 > [2] 1999, 2651–
 2653, 2791 • [3] 3644
46. / 8. 11. 1962 > [2] 1999, 2651–
 2653, 2791
47. / 9. 11. 1962 > [2] 1999, 2651–
 2653 • [3] 3644
48. / 14. 11. 1962 > [2] 1742
49. / 16. 11. 1962 > [2] 2667
51. / 7. 12. 1962 > [1] 1318
52. / 12. 12. 1962 > [1] 1285, 1368
53. / 14. 12. 1962 > [1] 1192
54. / 16. 1. 1963 > [1] 1251
57. / 6. 2. 1963 > [1] 1192
58. / 7. 2. 1963 > [1] 1192
60. / 13. 2. 1963 > [2] 2667
61. / 15. 2. 1963 > [2] 2667
62. / 6. 3. 1963 > [1] 1346, 1401–
 1402 • [2] 1798, 2606
63. / 8. 3. 1963 > [1] 1402 • [2] 2667
64. / 13. 3. 1963 > [1] 1402
67. / 15. 3. 1963 > [2] 2667
68. / 18. 3. 1963 > [2] 1662, 1987 •
 [3] 3645
70. / 28. 3. 1963 > [1] 1403 •
 [2] 1798
71. / 29. 3. 1963 > [2] 2667

- 72. / 24. 4. 1963** > [2] 2667
74. / 8. 5. 1963 > [2] 2791, 2908
75. / 9. 5. 1963 > [2] 1799, 2791
76. / 15. 5. 1963 > [1] 1304, 1312, 1403 • [2] 2791
77. / 16. 5. 1963 > [2] 2606
 –/ **17. 6. 1963** > [2] 2012
78. / 19. 6. 1963 > [1] 1368
79. / 20. 6. 1963 > [2] 1742, 1960
81. / 26. 6. 1963 > [1] 1370 • [2] 2606, 2667
82. / 27. 6. 1963 > [1] 1346 • [2] 2606
83. / 28. 6. 1963 > [1] 1299, 1305, 1318, 1403 • [2] 1480, 1742, 1799 • [3] 2991
86. / 15. 10. 1963 > [3] 3485
87. / 16. 10. 1963 > [1] 1020, 1172, 1223 • [2] 1742, 2803 • [3] 3645
88. / 16. 10. 1963 > [1] 1020
90. / 18. 10. 1963 > [1] 1172, 1175, 1192 • [2] 1683 • [3] 3485, 3645
91. / 23. 10. 1963 > [2] 2191 • [3] 3645
92. / 24. 10. 1963 > [1] 1172, 1175, 1192 • [2] 1683 • [3] 3485
94. / 6. 11. 1963 > [1] 1318–1319 • [2] 1742
96. / 14. 11. 1963 > [1] 1368
97. / 15. 11. 1963 > [2] 1742
98. / 4. 12. 1963 > [1] 1305 • [2] 2667
101. / 11. 12. 1963 > [1] 33, 1300, 1304–1305, 1357 • [2] 2667 • [3] 3645
104. / 7. 1. 1964 > [2] 2016
105. / 7. 1. 1964 > [2] 2791
106. / 9. 1. 1964 > [2] 2791
107. / 22. 1. 1964 > [1] 1273, 1401, 1403
110. / 5. 2. 1964 > [1] 1300 • [2] 2667
112. / 7. 2. 1964 > [2] 1699, 2667
113. / 7. 2. 1964 > [2] 1699 • [3] 3238
117. / 21. 2. 1964 > [2] 2897 • [3] 2991, 3169
118. / 4. 3. 1964 > [1] 1257, 1403 • [2] 2667
120. / 6. 3. 1964 > [2] 2606, 2667, 2856 • [3] 3025, 3199, 3238, 3645
121. / 19. 3. 1964 > [2] 2667
122. / 15. 4. 1964 > [2] 1699, 1742, 2790 • [3] 3290
123. / 16. 4. 1964 > [2] 2790
124. / 29. 4. 1964 > [1] 1318, 1320, 1403 • [2] 2191
125. / 30. 4. 1964 > [1] 1357, 1402
128. / 4. 6. 1964 > [1] 1340, 1404
129. / 5. 6. 1964 > [2] 2606
130. / 10. 6. 1964 > [2] 2667
131. / 12. 6. 1964 > [1] 1402, 1404 • [2] 2667
 –/ **17. 6. 1964** > [2] 2012
132. / 24. 6. 1964 > [1] 1318, 1331, 1404 • [2] 1742, 2857 • [3] 3097–3098
133. / 25. 6. 1964 > [3] 3159
134. / 26. 6. 1964 > [1] 1305 • [2] 2470
135. / 29. 7. 1964 > [2] 1662 • [3] 3645
136. / 13. 10. 1964 > [2] 2790
137. / 15. 10. 1964 > [1] 1192 • [2] 2790
138. / 16. 10. 1964 > [1] 1192, 1271 • [2] 2790
139. / 21. 10. 1964 > [2] 2791
141. / 23. 10. 1964 > [2] 2808
147. / 13. 11. 1964 > [2] 2667
148. / 2. 12. 1964 > [1] 1192 • [2] 2419, 2667
150. / 4. 12. 1964 > [2] 2667
151. / 9. 12. 1964 > [1] 1273, 1320, 1331–1332, 1340 • [2] 2418, 2667 • [3] 2992
152. / 10. 12. 1964 > [1] 1192 • [2] 1742, 2418–2419
153. / 11. 12. 1964 > [2] 1742, 2667 • [3] 3159, 3169, 3646
156. / 20. 1. 1965 > [2] 2667 • [3] 3169
157. / 21. 1. 1965 > [2] 2667 • [3] 3169
158. / 22. 1. 1965 > [1] 1300, 1305, 1404
159. / 27. 1. 1965 > [1] 1404 • [2] 2705, 2857, 2897–2898 • [3] 3098, 3646
161. / 10. 2. 1965 > [2] 2708, 2857, 2897 • [3] 3646
163. / 12. 2. 1965 > [1] 1346 • [2] 2607
164. / 17. 2. 1965 > [2] 1700, 2791, 2857, 2909–2910 • [3] 3290–3291
165. / 18. 2. 1965 > [2] 2791
166. / 19. 2. 1965 > [2] 2791
167. / 24. 2. 1965 > [1] 1285–1286 • [2] 1742, 2791
169. / 26. 2. 1965 > [1] 1366 • [2] 2791
172. / 12. 3. 1965 > [2] 2667
174. / 19. 3. 1965 > [2] 2607
175. / 25. 3. 1965 > [1] 1332 • [2] 1742, 1960, 2607 • [3] 2992
178. / 7. 4. 1965 > [2] 1499–1500, 1632, 1742 • [3] 2967, 3646
179. / 5. 5. 1965 > [1] 1404 • [2] 2607
181. / 12. 5. 1965 > [1] 1319 • [2] 2708
183. / 14. 5. 1965 > [2] 2668
185. / 20. 5. 1965 > [3] 3554
186. / 21. 5. 1965 > [2] 2668
187. / 25. 5. 1965 > [1] 1340
188. / 26. 5. 1965 > [2] 1700, 1742 • [3] 2968
 –/ **17. 6. 1965** > [2] 2012
191. / 23. 6. 1965 > [1] 1273, 1321, 1332, 1344, 1404–1405 • [2] 2857 • [3] 3025, 3646
192. / 24. 6. 1965 > [2] 1742 • [3] 2991–2992
193. / 25. 6. 1965 > [1] 1403, 1405, 1743 • [2] 1960, 1980, 2191
194. / 30. 6. 1965 > [1] 1319, 1331, 1357–1358, 1405 • [2] 2191, 2607, 2808
195. / 1. 7. 1965 > [1] 1273, 1319, 1358, 1402, 1405
197. / 6. 7. 1965 > [2] 1662
198. / 23. 7. 1965 > [1] 301, 1404 • [2] 1670 • [3] 3646

5. Wahlperiode (1965–69)

- 1. / 19. 10. 1965** > [1] 300–301, 865, 1141 • [2] 1743 • [3] 3485, 3646
2. / 20. 10. 1965 > [1] 1021, 1141, 1172 • [2] 1743 • [3] 3647
3. / 26. 10. 1965 > [1] 1141
4. / 10. 11. 1965 > [1] 1141, 1172, 1176, 1192 • [2] 1683 • [3] 3647
7. / 29. 11. 1965 > [1] 1172, 1176, 1192 • [2] 1683, 1999
8. / 30. 11. 1965 > [1] 1176, 1192 • [2] 1683, 1999
9. / 1. 12. 1965 > [1] 1176, 1192 • [2] 1683, 1999

- 10. / 2. 12. 1965** > [1] 1176, 1192 •
 [2] 1683, 1999
12. / 9. 12. 1965 > [3] 3647
13. / 12. 1. 1966 > [1] 1192
17. / 27. 1. 1966 > [1] 1192
19. / 10. 2. 1966 > [2] 2668
24. / 2. 3. 1966 > [2] 2792
25. / 3. 3. 1966 > [2] 2792
30. / 16. 3. 1966 > [2] 2668
31. / 17. 3. 1966 > [1] 1192
33. / 24. 3. 1966 > [1] 1251, 1319 •
 [2] 2668
34. / 25. 3. 1966 > [1] 1192
36. / 21. 4. 1966 > [1] 1320, 1406
38. / 4. 5. 1966 > [1] 1257
39. / 5. 5. 1966 > [2] 2708
41. / 17. 5. 1966 > [2] 1700, 2792,
 2910 • [3] 3291–3292
42. / 18. 5. 1966 > [2] 2792
43. / 25. 5. 1966 > [1] 1192, 1305 •
 [2] 2792
44. / 26. 5. 1966 > [2] 2792
45. / 27. 5. 1966 > [1] 1305 •
 [2] 2792, 2910
46. / 15. 6. 1966 > [2] 2668
 – / **17. 6. 1966** > [2] 2012
49. / 22. 6. 1966 > [2] 2668
50. / 23. 6. 1966 > [2] 1799
52. / 29. 6. 1966 > [1] 1319, 1344,
 1406 • [2] 2708
53. / 30. 6. 1966 > [1] 1369
54. / 1. 7. 1966 > [1] 1332, 1406
56. / 15. 9. 1966 > [1] 1257 •
 [2] 2708
57. / 21. 9. 1966 > [1] 1192, 1251 •
 [2] 1743
59. / 23. 9. 1966 > [2] 2668
60. / 5. 10. 1966 > [1] 1192
62. / 7. 10. 1966 > [1] 1320, 1406
64. / 12. 10. 1966 > [2] 2668, 2708
66. / 14. 10. 1966 > [1] 1305
67. / 26. 10. 1966 > [1] 1192, 1320
69. / 28. 10. 1966 > [1] 1321
70. / 8. 11. 1966 > [1] 1140, 1225,
 1246, 1251 • [2] 1743, 2792, 2898
 • [3] 3647
71. / 10. 11. 1966 > [2] 2792
74. / 24. 11. 1966 > [1] 1300
75. / 25. 11. 1966 > [2] 2708
77. / 1. 12. 1966 > [1] 1021, 1140,
 1172, 1226 • [2] 1743, 2803 •
 [3] 3647
78. / 8. 12. 1966 > [1] 1274, 1304–
 1305, 1358, 1407
80. / 13. 12. 1966 > [1] 52–53, 1172,
 1177, 1192 • [2] 1683 • [3] 3647
81. / 14. 12. 1966 > [1] 1332 •
 [3] 3647
82. / 15. 12. 1966 > [1] 53, 1172,
 1177, 1192 • [2] 1683, 2000
83. / 16. 12. 1966 > [1] 53, 1177,
 1192 • [2] 1683
84. / 18. 1. 1967 > [1] 1192, 1292 •
 [2] 2708
86. / 20. 1. 1967 > [1] 1193
88. / 26. 1. 1967 > [1] 1193
90. / 1. 2. 1967 > [1] 1193
96. / 22. 2. 1967 > [1] 1286, 1306,
 1320, 1370 • [2] 2668
97. / 23. 2. 1967 > [1] 1321, 1407 •
 [2] 2232
98. / 15. 3. 1967 > [1] 1321, 1369 •
 [2] 2708, 2858 • [3] 3026, 3648
99. / 16. 3. 1967 > [2] 2192 •
 [3] 3648
101. / 12. 4. 1967 > [1] 1193
103. / 14. 4. 1967 > [2] 2808
105. / 26. 4. 1967 > [1] 1306, 1407 •
 [2] 2607
106. / 27. 4. 1967 > [2] 2668
107. / 28. 4. 1967 > [1] 1286, 1370
108. / 10. 5. 1967 > [1] 1370 •
 [2] 1743, 2016, 2608, 2708 •
 [3] 2968
109. / 11. 5. 1967 > [1] 1321, 1332,
 1346 • [3] 3169, 3648
110. / 12. 5. 1967 > [1] 1319–1320,
 1322, 1407
111. / 7. 6. 1967 > [3] 2792
112. / 8. 6. 1967 > [2] 2792
113. / 9. 6. 1967 > [2] 2792
114. / 13. 6. 1967 > [1] 1320 •
 [2] 2792
115. / 14. 6. 1967 > [1] 1193, 1274,
 1407–1408 • [2] 2792
 – / **17. 6. 1967** > [2] 2012
116. / 28. 6. 1967 > [1] 1274, 1286,
 1316, 1320, 1358, 1370 • [2] 2608
 • [3] 3026, 3648
117. / 29. 6. 1967 > [2] 2857, 2898 •
 [3] 3169
118. / 30. 6. 1967 > [1] 1408
119. / 6. 9. 1967 > [2] 1663
120. / 8. 9. 1967 > [1] 1369 •
 [2] 1663 • [3] 3648
124. / 11. 10. 1967 > [2] 2668–2669
126. / 13. 10. 1967 > [1] 1193
127. / 24. 10. 1967 > [3] 2792
128. / 25. 10. 1967 > [2] 2792
129. / 26. 10. 1967 > [1] 1193 •
 [2] 2792
131. / 8. 11. 1967 > [2] 1799
133. / 10. 11. 1967 > [2] 2668
134. / 15. 11. 1967 > [1] 1407 •
 [2] 2669
136. / 17. 11. 1967 > [2] 2668–2669
139. / 1. 12. 1967 > [2] 1743, 1980,
 2668–2669
140. / 6. 12. 1967 > [2] 2669
141. / 7. 12. 1967 > [2] 1799, 2669
142. / 8. 12. 1967 > [1] 1274, 1408
143. / 13. 12. 1967 > [1] 1321 •
 [2] 2708
146. / 17. 1. 1968 > [2] 2668, 2709
148. / 19. 1. 1968 > [2] 2668
152. / 7. 2. 1968 > [1] 1319–1320 •
 [2] 2669
153. / 8. 2. 1968 > [2] 1799
154. / 9. 2. 1968 > [2] 2709
156. / 14. 2. 1968 > [2] 1743
157. / 16. 2. 1968 > [1] 1344
158. / 11. 3. 1968 > [1] 1193 •
 [2] 1491
160. / 14. 3. 1968 > [1] 1193
161. / 27. 3. 1968 > [1] 1193, 1258 •
 [2] 2803, 2858–2859 • [3] 3026,
 3098, 3199, 3240, 3648
164. / 29. 3. 1968 > [2] 2192, 2808
165. / 2. 4. 1968 > [1] 1359 •
 [2] 2792, 2803
166. / 3. 4. 1968 > [2] 2792, 2911
167. / 4. 4. 1968 > [2] 2792
168. / 5. 4. 1968 > [1] 1370, 1408 •
 [2] 2792
169. / 30. 4. 1968 > [1] 1193 •
 [2] 1663 • [3] 3649
170. / 7. 5. 1968 > [1] 1193 •
 [2] 2669
171. / 8. 5. 1968 > [1] 1321, 1407–
 1408 • [2] 1743, 2243 • [3] 2968
173. / 10. 5. 1968 > [2] 2709
174. / 15. 5. 1968 > [2] 1744
176. / 17. 5. 1968 > [1] 1316
177. / 29. 5. 1968 > [1] 1408–1409
178. / 30. 5. 1968 > [1] 1321–1322 •
 [2] 1744, 1960, 2608, 2859 •
 [3] 2968–2969, 2993, 3027, 3649
180. / 20. 6. 1968 > [2] 2669
181. / 21. 6. 1968 > [1] 1406, 1409
183. / 26. 6. 1968 > [1] 1292, 1300,
 1319, 1322, 1370, 1407, 1409 •
 [2] 1799, 2669, 2709
184. / 28. 6. 1968 > [1] 1286, 1320,
 1366
185. / 25. 9. 1968 > [1] 1193
186. / 26. 9. 1968 > [1] 1193
188. / 16. 10. 1968 > [1] 1193 •
 [2] 2793
189. / 17. 10. 1968 > [1] 1193 •
 [2] 2793
190. / 18. 10. 1968 > [1] 1193 •
 [2] 2709, 2793
191. / 23. 10. 1968 > [2] 2859 •
 [3] 2969, 3649

194. / 13. 11. 1968 > [2] 2192, 2669
 • [3] 3649
196. / 15. 11. 1968 > [2] 2669
197. / 26. 11. 1968 > [2] 2420
198. / 27. 11. 1968 > [1] 1409
199. / 28. 11. 1968 > [2] 2420
200. / 29. 11. 1968 > [1] 1193
201. / 4. 12. 1968 > [1] 1193 •
 [2] 1744, 2608 • [3] 2969
203. / 6. 12. 1968 > [1] 1320, 1409
204. / 11. 12. 1968 > [1] 1357 •
 [2] 1744, 1960, 2608, 2859 •
 [3] 2970, 2993, 3649
205. / 12. 12. 1968 > [2] 2709
206. / 13. 12. 1968 > [1] 33
207. / 15. 1. 1969 > [3] 3170
208. / 16. 1. 1969 > [2] 2859
210. / 22. 1. 1969 > [1] 1358
212. / 5. 2. 1969 > [1] 865, 1322 •
 [2] 1744 • [3] 3649
214. / 7. 2. 1969 > [2] 2709
215. / 12. 2. 1969 > [1] 1323 •
 [2] 2669
218. / 26. 2. 1969 > [2] 1672, 2669,
 2859 • [3] 3649

220. / 28. 2. 1969 > [1] 1324, 1407,
 1409 • [2] 2859 • [3] 3098
221. / 19. 3. 1969 > [2] 2793
222. / 20. 3. 1969 > [2] 1744, 2793
223. / 21. 3. 1969 > [2] 2420, 2793
224. / 26. 3. 1969 > [1] 1358 •
 [2] 2420, 2793
225. / 27. 3. 1969 > [1] 896 •
 [2] 1700, 2793, 2803, 2860, 2912–
 2914 • [3] 3027, 3098, 3292–3293,
 3649
226. / 28. 3. 1969 > [1] 1409–1410 •
 [2] 2793, 2860 • [3] 3199
227. / 23. 4. 1969 > [1] 33, 1300,
 1333, 1407 • [2] 1744, 2524, 2608
229. / 25. 4. 1969 > [2] 2669
232. / 9. 5. 1969 > [1] 1410 •
 [2] 1744, 1960, 1980, 2608
233. / 12. 5. 1969 > [2] 2321
234. / 13. 5. 1969 > [1] 1277, 1312,
 1316 • [2] 2609, 2669
235. / 14. 5. 1969 > [1] 1410 •
 [2] 1744, 2609, 2709 • [3] 2971

236. / 11. 6. 1969 > [1] 1408 •
 [2] 1744, 2244, 2860 • [3] 2970–
 2971
237. / 12. 6. 1969 > [1] 1276 •
 [2] 1744, 1960, 2609
238. / 13. 6. 1969 > [1] 1411 •
 [2] 2860 • [3] 3027, 3650
239. / 17. 6. 1969 > [1] 1193 •
 [2] 2011, 2013
240. / 18. 6. 1969 > [1] 1371 •
 [2] 1701, 2669, 2860–2862, 2921 •
 [3] 3099–3100, 3121, 3650
241. / 19. 6. 1969 > [1] 1344, 1358
243. / 26. 6. 1969 > [1] 1319, 1359,
 1408, 1411 • [2] 2192, 2609
244. / 27. 6. 1969 > [3] 3170
245. / 1. 7. 1969 > [2] 2493
246. / 2. 7. 1969 > [1] 1275–1276,
 1287, 1319–1322, 1411 • [2] 1744,
 2192, 2244, 2609, 2808 • [3] 2971,
 2993, 3100–3101, 3126, 3464,
 3650
247. / 3. 7. 1969 > [1] 301, 1305,
 1321, 1347 • [2] 2669 • [3] 3650

6. Wahlperiode (1969–72)

1. / 20. 10. 1969 > [1] 300–301, 866,
 1141, 1229 • [2] 1745 • [3] 3650
2. / 21. 10. 1969 > [1] 1021, 1141,
 1172, 1229 • [2] 1745 • [3] 3650
3. / 21. 10. 1969 > [1] 1021
4. / 22. 10. 1969 > [1] 1141
5. / 28. 10. 1969 > [1] 1141, 1172,
 1178, 1193 • [2] 1491, 1684 •
 [3] 3650
6. / 29. 10. 1969 > [1] 1172, 1178,
 1193 • [2] 1684, 1745, 2000
7. / 30. 10. 1969 > [1] 1178, 1193 •
 [2] 1684
8. / 5. 11. 1969 > [2] 1745, 2863 •
 [3] 3101
9. / 6. 11. 1969 > [2] 2056, 2863
10. / 12. 11. 1969 > [2] 2670
15. / 28. 11. 1969 > [2] 2252
16. / 3. 12. 1969 > [1] 1193
19. / 10. 12. 1969 > [3] 3101
21. / 12. 12. 1969 > [1] 1412
22. / 14. 1. 1970 > [1] 1193
23. / 15. 1. 1970 > [1] 1193
24. / 16. 1. 1970 > [1] 1193
25. / 21. 1. 1970 > [2] 2670
28. / 30. 1. 1970 > [1] 1322, 1340
30. / 18. 2. 1970 > [2] 2793
31. / 19. 2. 1970 > [2] 2793
32. / 20. 2. 1970 > [2] 2793

33. / 25. 2. 1970 > [2] 2793
35. / 27. 2. 1970 > [1] 1324, 1412 •
 [2] 1800
36. / 11. 3. 1970 > [2] 1745 •
 [3] 3160, 3170, 3650
37. / 12. 3. 1970 > [3] 3473
38. / 13. 3. 1970 > [2] 1745, 2710
39. / 18. 3. 1970 > [1] 1292 •
 [2] 1745, 1800, 2252, 2861, 2898 •
 [3] 3650
41. / 20. 3. 1970 > [1] 1193 •
 [2] 1491
42. / 15. 4. 1970 > [1] 1193, 1412
47. / 24. 4. 1970 > [2] 2710, 2859
50. / 6. 5. 1970 > [1] 1321, 1323 •
 [2] 1788, 2855, 2863 • [3] 3101
51. / 8. 5. 1970 > [1] 1194
52. / 26. 5. 1970 > [2] 2670
53. / 27. 5. 1970 > [2] 2670 •
 [3] 3473
54. / 2. 6. 1970 > [3] 3170
55. / 3. 6. 1970 > [2] 1701, 2670,
 2793, 2914
56. / 4. 6. 1970 > [1] 1276, 1320,
 1412 • [2] 1745, 1800, 2252, 2793
57. / 5. 6. 1970 > [2] 2793
59. / 17. 6. 1970 > [1] 1184 •
 [2] 2013, 2670 • [3] 3473

60. / 18. 6. 1970 > [1] 1332 •
 [2] 1745, 1800, 2670, 2793, 2864 •
 [3] 2971, 3473, 3651
62. / 10. 7. 1970 > [1] 1194 •
 [2] 1663, 2421
63. / 11. 7. 1970 > [2] 1663, 1800,
 2421
64. / 16. 9. 1970 > [2] 2670
66. / 18. 9. 1970 > [1] 1194 •
 [3] 3473
67. / 23. 9. 1970 > [1] 931 • [2] 2794
68. / 24. 9. 1970 > [2] 2794
69. / 7. 10. 1970 > [2] 2670
70. / 8. 10. 1970 > [1] 931, 1251 •
 [2] 1745, 2252, 2670, 2794 •
 [3] 3651
71. / 9. 10. 1970 > [1] 1194
72. / 14. 10. 1970 > [1] 1293 •
 [2] 2710 • [3] 2994
73. / 15. 10. 1970 > [3] 3473
75. / 4. 11. 1970 > [1] 1276, 1346,
 1412 • [2] 2082, 2670, 2864
78. / 11. 11. 1970 > [1] 1300, 1413 •
 [2] 2670
87. / 16. 12. 1970 > [1] 1324, 1413 •
 [2] 2610, 2670
90. / 20. 1. 1971 > [2] 1801 •
 [3] 3029

93. / 28. 1. 1971 > [1] 1194 •
 [2] 2670
94. / 29. 1. 1971 > [1] 1194 •
 [2] 2670
96. / 3. 2. 1971 > [1] 1276, 1324 •
 [2] 2794, 2914
97. / 4. 2. 1971 > [2] 2794
98. / 5. 2. 1971 > [2] 2794
99. / 9. 2. 1971 > [2] 2794
100. / 10. 2. 1971 > [2] 1745, 2794 •
 [3] 3473
102. / 12. 2. 1971 > [2] 1745, 2610,
 2794
103. / 3. 3. 1971 > [1] 1324, 1413–
 1414 • [2] 1745, 1801, 2864 •
 [3] 2972
106. / 10. 3. 1971 > [1] 1414
109. / 24. 3. 1971 > [1] 1194 •
 [2] 2670
111. / 26. 3. 1971 > [1] 1194 •
 [2] 2670
112. / 31. 3. 1971 > [1] 1414 •
 [2] 2710
115. / 28. 4. 1971 > [1] 1359, 1376 •
 [2] 2670
117. / 30. 4. 1971 > [1] 1278
121. / 11. 5. 1971 > [1] 1194
122. / 12. 5. 1971 > [2] 2670 •
 [3] 3170
123. / 13. 5. 1971 > [1] 1194, 1321
125. / 8. 6. 1971 > [1] 1414 •
 [2] 2864
126. / 9. 6. 1971 > [1] 1292–1293 •
 [2] 2670, 2710
127. / 16. 6. 1971 > [1] 1414 •
 [2] 2610
128. / 17. 6. 1971 > [2] 2013
129. / 18. 6. 1971 > [1] 1359, 1413–
 1415 • [2] 2864
130. / 23. 6. 1971 > [1] 1333, 1415 •
 [2] 2671

131. / 24. 6. 1971 > [1] 1194, 1258,
 1323, 1340 • [2] 2610
133. / 19. 7. 1971 > [1] 1194 •
 [2] 1670, 1745, 1801, 2610
134. / 22. 9. 1971 > [2] 1801, 2864
135. / 23. 9. 1971 > [2] 2710
137. / 29. 9. 1971 > [2] 1745
139. / 1. 10. 1971 > [2] 2192, 2244 •
 [3] 3651
143. / 19. 10. 1971 > [2] 2794
144. / 20. 10. 1971 > [2] 1745, 2794
 • [3] 3651
145. / 21. 10. 1971 > [1] 1300, 2794
146. / 22. 10. 1971 > [1] 1358
147. / 3. 11. 1971 > [2] 2671
148. / 4. 11. 1971 > [1] 1278, 1320,
 1358, 1416 • [2] 2671
150. / 10. 11. 1971 > [2] 1746, 2610
151. / 11. 11. 1971 > [2] 2610
153. / 1. 12. 1971 > [2] 2671
154. / 2. 12. 1971 > [1] 1287, 1319,
 1323, 1359 • [2] 2671, 2808
155. / 3. 12. 1971 > [1] 1416
156. / 8. 12. 1971 > [2] 2421, 2671
157. / 9. 12. 1971 > [2] 1801
158. / 10. 12. 1971 > [2] 2421
159. / 15. 12. 1971 > [1] 1194, 1415
 • [2] 1802, 2671
162. / 19. 1. 1972 > [1] 1194
165. / 26. 1. 1972 > [2] 2611
168. / 2. 2. 1972 > [1] 1416
171. / 23. 2. 1972 > [1] 1194, 1229 •
 [2] 1724, 2000, 2671
172. / 24. 2. 1972 > [1] 1194, 1229 •
 [2] 1724, 2000, 2671
173. / 25. 2. 1972 > [1] 1194, 1229 •
 [2] 1724, 2000, 2671
174. / 1. 3. 1972 > [1] 1304, 1333,
 1415 • [2] 2611

175. / 2. 3. 1972 > [1] 1258, 1324 •
 [2] 1746, 2611, 2710, 2865 •
 [3] 2972
180. / 12. 4. 1972 > [2] 2671
181. / 14. 4. 1972 > [1] 1277 •
 [3] 3171
182. / 26. 4. 1972 > [1] 1231 •
 [2] 2000, 2794, 2914–2915
183. / 27. 4. 1972 > [1] 1231, 1238 •
 [2] 2000, 2209, 2794, 2804, 2898–
 2899 • [3] 3651
184. / 28. 4. 1972 > [1] 1194, 1238–
 1239 • [2] 1746, 2794 • [3] 3652
185. / 4. 5. 1972 > [2] 2865 •
 [3] 3029, 3652
186. / 10. 5. 1972 > [1] 1239 •
 [2] 1746, 2000, 2611
187. / 17. 5. 1972 > [1] 1239 •
 [2] 1491, 1746, 1802–1803, 2000,
 2611 • [3] 3652
188. / 7. 6. 1972 > [1] 1194 •
 [2] 2794
189. / 8. 6. 1972 > [2] 2710
190. / 9. 6. 1972 > [1] 34, 1324,
 1414 • [3] 3652
193. / 16. 6. 1972 > [2] 2013
194. / 21. 6. 1972 > [1] 1277, 1279,
 1414 • [2] 1747, 2611
195. / 22. 6. 1972 > [1] 1325 •
 [2] 1747, 2611, 2865 • [3] 2972
196. / 23. 6. 1972 > [1] 1195 •
 [2] 1803 • [3] 3171
197. / 20. 9. 1972 > [1] 1240
198. / 21. 9. 1972 > [1] 1415 •
 [2] 1747, 2182, 2612, 2865 •
 [3] 3102, 3652
199. / 22. 9. 1972 > [1] 301, 1241 •
 [2] 1492, 1747, 2298, 2804, 2899 •
 [3] 3652

7. Wahlperiode (1972–76)

1. / 13. 12. 1972 > [1] 300–301, 866,
 1142 • [2] 1747, 2298 • [3] 3653
2. / 14. 12. 1972 > [1] 1022, 1142,
 1172 • [2] 1747 • [3] 3653
3. / 14. 12. 1972 > [1] 1022
4. / 15. 12. 1972 > [1] 1142, 1172,
 1179, 1195 • [2] 1684, 2794 •
 [3] 3653
5. / 19. 12. 1972 > [2] 2794
6. / 20. 12. 1972 > [1] 1277 •
 [2] 2794
7. / 18. 1. 1973 > [1] 1172, 1179,
 1195 • [2] 1684 • [3] 3653

8. / 24. 1. 1973 > [1] 1179, 1195 •
 [2] 1684
9. / 25. 1. 1973 > [1] 1179, 1195 •
 [2] 1684
10. / 26. 1. 1973 > [1] 1179–1180,
 1195 • [2] 1684
13. / 14. 2. 1973 > [1] 1195 •
 [2] 2422, 2859
17. / 22. 2. 1973 > [1] 1277 •
 [2] 2253–2254, 2422, 2710 •
 [3] 3653
19. / 14. 3. 1973 > [2] 2742–2743,
 2866, 2899–2900 • [3] 3653

20. / 15. 3. 1973 > [2] 2710
21. / 16. 3. 1973 > [1] 393
22. / 21. 3. 1973 > [2] 2743
24. / 23. 3. 1973 > [2] 2710
25. / 3. 4. 1973 > [2] 2795
26. / 4. 4. 1973 > [2] 2795
27. / 5. 4. 1973 > [2] 2795
28. / 6. 4. 1973 > [2] 2795
29. / 9. 5. 1973 > [2] 1492
30. / 10. 5. 1973 > [1] 1195 •
 [2] 1492
31. / 11. 5. 1973 > [1] 1333 •
 [2] 1492, 1747, 1804, 2612

- 32. / 16. 5. 1973** > [2] 2743
33. / 17. 5. 1973 > [2] 2293
34. / 18. 5. 1973 > [2] 2254, 2817
35. / 23. 5. 1973 > [1] 1195 •
 [2] 1748, 1804
38. / 6. 6. 1973 > [2] 2743
39. / 7. 6. 1973 > [1] 1277–1278 •
 [2] 1748, 2613
41. / 13. 6. 1973 > [2] 2743
42. / 14. 6. 1973 > [1] 1292, 1324,
 1371–1372 • [2] 2808
43. / 15. 6. 1973 > [2] 2193 •
 [3] 3653
44. / 18. 6. 1973 > [2] 1701, 1748,
 1804, 2795, 2915
45. / 19. 6. 1973 > [2] 2795
46. / 20. 6. 1973 > [1] 1359 •
 [2] 1748, 2671, 2795
48. / 13. 9. 1973 > [1] 1195
51. / 20. 9. 1973 > [2] 2710
53. / 3. 10. 1973 > [1] 1195
54. / 4. 10. 1973 > [1] 1293 •
 [2] 2671
57. / 18. 10. 1973 > [1] 1340 •
 [3] 2994
58. / 19. 10. 1973 > [1] 1279
59. / 23. 10. 1973 > [2] 2795
60. / 24. 10. 1973 > [2] 1748
61. / 25. 10. 1973 > [2] 2795
62. / 26. 10. 1973 > [2] 2795
63. / 7. 11. 1973 > [2] 2421
64. / 8. 11. 1973 > [2] 1727, 1729–
 1730, 2254, 2710, 2864 • [3] 2994,
 3653
65. / 9. 11. 1973 > [2] 2421
67. / 29. 11. 1973 > [1] 1195, 1344 •
 [3] 3171
69. / 6. 12. 1973 > [2] 2591, 2671,
 2710
70. / 12. 12. 1973 > [1] 1307, 1341 •
 [2] 1804
71. / 13. 12. 1973 > [1] 1372, 2710
73. / 17. 1. 1974 > [1] 1195 •
 [2] 2671
74. / 18. 1. 1974 > [2] 2613
75. / 23. 1. 1974 > [2] 2743
76. / 24. 1. 1974 > [1] 1195 •
 [2] 2711
81. / 20. 2. 1974 > [2] 1748, 2711,
 2743
84. / 13. 3. 1974 > [2] 2743
85. / 14. 3. 1974 > [2] 2671, 2743
86. / 15. 3. 1974 > [1] 1278
88. / 21. 3. 1974 > [1] 1279 •
 [2] 1748, 1804, 2293, 2671, 2711
89. / 22. 3. 1974 > [2] 1804–1805,
 2613, 2866
90. / 27. 3. 1974 > [2] 2193
92. / 29. 3. 1974 > [1] 1258 •
 [2] 1663
93. / 2. 4. 1974 > [1] 1347 • [2] 1663
95. / 25. 4. 1974 > [2] 1748, 1805
96. / 26. 4. 1974 > [1] 1226 •
 [2] 1748, 1805, 2613, 2711
97. / 16. 5. 1974 > [1] 1022, 1172,
 1228 • [2] 1748 • [3] 3653
98. / 16. 5. 1974 > [1] 1022 •
 [2] 2804
100. / 17. 5. 1974 > [1] 1172, 1180,
 1195 • [2] 1684
101. / 20. 5. 1974 > [1] 1172, 1180,
 1195 • [2] 1684 • [3] 3653
102. / 21. 5. 1974 > [1] 1180, 1195 •
 [2] 1684, 1701, 1748, 2795, 2916
103. / 22. 5. 1974 > [2] 1748, 2705 •
 [3] 3030, 3653
104. / 5. 6. 1974 > [1] 1301 •
 [2] 1748, 1805–1806, 2613 •
 [3] 3200
105. / 6. 6. 1974 > [1] 1195 •
 [2] 2193 • [3] 3653
106. / 11. 6. 1974 > [1] 1279, 1293,
 1333
108. / 18. 6. 1974 > [1] 1333 •
 [2] 2614
110. / 20. 6. 1974 > [1] 1195, 1278 •
 [2] 1748, 1806, 2614, 2866 •
 [3] 3030, 3654
111. / 21. 6. 1974 > [1] 1293
113. / 10. 7. 1974 > [2] 1670, 1748,
 2614
114. / 25. 7. 1974 > [2] 1670, 2613
115. / 18. 9. 1974 > [1] 1195 •
 [2] 2795
116. / 19. 9. 1974 > [1] 1359 •
 [2] 2795, 2808
117. / 20. 9. 1974 > [2] 2795
119. / 26. 9. 1974 > [2] 2671, 2711
122. / 10. 10. 1974 > [1] 1323 •
 [2] 1725, 2671
125. / 17. 10. 1974 > [1] 1258, 1341
 • [2] 1806, 2614, 2671
127. / 6. 11. 1974 > [1] 1196
128. / 7. 11. 1974 > [2] 2671
130. / 13. 11. 1974 > [1] 1196
131. / 14. 11. 1974 > [1] 1359 •
 [2] 2671, 2711
134. / 5. 12. 1974 > [1] 1279 •
 [3] 3171
135. / 11. 12. 1974 > [1] 1196
136. / 12. 12. 1974 > [1] 1307 •
 [2] 1806, 2614, 2671
137. / 13. 12. 1974 > [1] 1196
139. / 19. 12. 1974 > [1] 1196 •
 [2] 2711
143. / 23. 1. 1975 > [1] 1196
146. / 30. 1. 1975 > [1] 1196 •
 [2] 2672
147. / 31. 1. 1975 > [1] 1196 •
 [2] 2293, 2672
152. / 27. 2. 1975 > [1] 1325 •
 [2] 1749, 1806, 2193, 2867 •
 [3] 2973, 3031, 3102, 3126–3127,
 3654
154. / 12. 3. 1975 > [1] 1196
155. / 13. 3. 1975 > [1] 1196 •
 [2] 1749, 2001 • [3] 3160
156. / 14. 3. 1975 > [1] 1323, 1350
158. / 19. 3. 1975 > [2] 1749, 1807,
 2795, 2916 • [3] 3160, 3654
159. / 20. 3. 1975 > [2] 1749, 2795
160. / 21. 3. 1975 > [1] 1258, 1334 •
 [2] 2795
161. / 9. 4. 1975 > [1] 1196
162. / 10. 4. 1975 > [1] 34, 1196,
 1325 • [2] 2867 • [3] 3102
164. / 17. 4. 1975 > [1] 1324 •
 [2] 2711
165. / 18. 4. 1975 > [3] 3171
168. / 25. 4. 1975 > [1] 1196
170. / 15. 5. 1975 > [2] 2672 •
 [3] 3031
173. / 22. 5. 1975 > [2] 2671
175. / 4. 6. 1975 > [1] 1196
176. / 5. 6. 1975 > [1] 1341 •
 [2] 2671
178. / 12. 6. 1975 > [2] 2711
179. / 17. 6. 1975 > [2] 2013
181. / 19. 6. 1975 > [1] 1280 •
 [2] 2615, 2867 • [3] 3102
182. / 20. 6. 1975 > [1] 1258 •
 [2] 1807
183. / 25. 7. 1975 > [1] 1196 •
 [2] 1663, 1749
184. / 17. 9. 1975 > [1] 1196, 1360
187. / 25. 9. 1975 > [1] 1307
191. / 3. 10. 1975 > [2] 2615
197. / 24. 10. 1975 > [2] 2818
198. / 4. 11. 1975 > [2] 2795
199. / 5. 11. 1975 > [2] 2795
200. / 6. 11. 1975 > [2] 1749, 2615
201. / 7. 11. 1975 > [1] 1359
203. / 27. 11. 1975 > [1] 1307 •
 [2] 1807
204. / 28. 11. 1975 > [2] 2672 •
 [3] 3201
208. / 10. 12. 1975 > [1] 1372 •
 [2] 1749
209. / 11. 12. 1975 > [2] 1749, 2615
210. / 12. 12. 1975 > [2] 2614
212. / 15. 1. 1976 > [1] 1417 •
 [2] 2672
213. / 16. 1. 1976 > [2] 1749, 1807
215. / 22. 1. 1976 > [2] 2672

216. / 23. 1. 1976 > [1] 1280, 1346 •
[2] 2615
218. / 29. 1. 1976 > [1] 1197
219. / 30. 1. 1976 > [2] 1725, 1980
221. / 12. 2. 1976 > [1] 1334 •
[2] 1725, 1749, 1807, 2615
222. / 13. 2. 1976 > [1] 1360
224. / 19. 2. 1976 > [2] 1725, 1749,
1807
227. / 11. 3. 1976 > [2] 1749
228. / 12. 3. 1976 > [1] 1322, 1372
229. / 17. 3. 1976 > [2] 2711
230. / 18. 3. 1976 > [1] 1749, 1807-
1808, 2616
233. / 1. 4. 1976 > [1] 1287 •
[2] 2615, 2711
235. / 8. 4. 1976 > [2] 1197 •
[2] 1981, 2615 • [3] 3171

236. / 9. 4. 1976 > [2] 1749, 1808
238. / 6. 5. 1976 > [1] 1334, 1341 •
[2] 1749, 1808, 2616
239. / 7. 5. 1976 > [2] 2253
240. / 11. 5. 1976 > [2] 1749, 2795,
2916–2917
241. / 12. 5. 1976 > [2] 2795
242. / 13. 5. 1976 > [2] 2795
243. / 14. 5. 1976 > [2] 1749, 2795
245. / 20. 5. 1976 > [2] 1749–1750,
1808, 2616, 2795
246. / 2. 6. 1976 > [1] 1197
247. / 3. 6. 1976 > [1] 1341 •
[2] 1725, 2617
250. / 10. 6. 1976 > [1] 1308, 1360,
1417 • [2] 1808, 2617, 2711
251. / 11. 6. 1976 > [2] 2672

252. / 23. 6. 1976 > [1] 1293, 1312,
1359
253. / 24. 6. 1976 > [2] 2616–2618,
2711, 2808 • [3] 3031, 3201, 3654
254. / 25. 6. 1976 > [3] 3171
255. / 30. 6. 1976 > [1] 1197, 1293,
1308 • [2] 2618, 2672
256. / 1. 7. 1976 > [1] 1278–1279,
1325–1326, 1334, 1371 • [2] 1750,
1809, 2868 • [3] 2973, 3031, 3201,
3654
257. / 2. 7. 1976 > [2] 2672
258. / 10. 11. 1976 > [1] 1251 •
[2] 2617–2618
259. / 8. 12. 1976 > [1] 301, 388 •
[2] 1701, 1809, 2868 • [3] 3031,
3201, 3654

8. Wahlperiode (1976–80)

1. / 14. 12. 1976 > [1] 57, 300–301,
866, 1142 • [2] 1750, 2803 •
[3] 3655
2. / 15. 12. 1976 > [1] 1022, 1142,
1172 • [2] 1750 • [3] 3655
3. / 15. 12. 1976 > [1] 1022
4. / 16. 12. 1976 > [1] 1142 •
[3] 3655
5. / 16. 12. 1976 > [1] 1142, 1172,
1181, 1197 • [2] 1684
6. / 17. 12. 1976 > [1] 1172, 1181,
1197 • [2] 1684
7. / 19. 1. 1977 > [1] 1181, 1197 •
[2] 1684
8. / 20. 1. 1977 > [1] 1181, 1197 •
[2] 1684
9. / 21. 1. 1977 > [1] 1181, 1197 •
[2] 1684
10. / 2. 2. 1977 > [2] 2869 • [3] 3102
11. / 3. 2. 1977 > [1] 1252 • [2] 1750
14. / 10. 2. 1977 > [2] 2711
15. / 2. 3. 1977 > [2] 2796
16. / 3. 3. 1977 > [2] 2796
17. / 16. 3. 1977 > [1] 1197
22. / 20. 4. 1977 > [1] 1197
25. / 5. 5. 1977 > [2] 2255 • [3] 3655
26. / 12. 5. 1977 > [1] 1197
27. / 13. 5. 1977 > [1] 1280, 1308 •
[2] 1750, 2619
29. / 26. 5. 1977 > [2] 2672
30. / 27. 5. 1977 > [1] 1308 •
[2] 1750, 2619
31. / 15. 6. 1977 > [3] 2672
32. / 16. 6. 1977 > [2] 1750, 1810 •
[3] 3556, 3571, 3655

33. / 17. 6. 1977 > [1] 1197 •
[2] 2013
34. / 21. 6. 1977 > [1] 1252 •
[2] 1701, 1750, 1810, 2796, 2917
35. / 22. 6. 1977 > [2] 2796
36. / 23. 6. 1977 > [2] 1750, 2619,
2796
37. / 24. 6. 1977 > [2] 1750, 2796,
2869
39. / 8. 9. 1977 > [2] 2672
42. / 15. 9. 1977 > [1] 1197 •
[2] 2001
43. / 28. 9. 1977 > [2] 2422
44. / 29. 9. 1977 > [2] 1751, 1810–
1811, 2422, 2619
45. / 4. 10. 1977 > [2] 2796
46. / 5. 10. 1977 > [2] 2796
47. / 6. 10. 1977 > [2] 1751, 2619,
2796
48. / 7. 10. 1977 > [2] 2619
50. / 20. 10. 1977 > [1] 1197 •
[3] 3172
51. / 26. 10. 1977 > [2] 2253, 2672
52. / 27. 10. 1977 > [1] 1274 •
[2] 1751, 2619, 2672
54. / 9. 11. 1977 > [2] 2711
56. / 11. 11. 1977 > [2] 1702, 1725,
2672, 2869
58. / 24. 11. 1977 > [1] 1294 •
[2] 2672
61. / 8. 12. 1977 > [2] 2619, 2711
63. / 15. 12. 1977 > [2] 2245–2246,
2818, 2869 • [3] 2995, 3103
65. / 19. 1. 1978 > [1] 1197
67. / 24. 1. 1978 > [2] 1751, 2796
68. / 25. 1. 1978 > [2] 1751, 2796

69. / 26. 1. 1978 > [2] 1751, 2193,
2796 • [3] 3655
70. / 27. 1. 1978 > [2] 1751, 2796
72. / 16. 2. 1978 > [1] 1341 •
[2] 1751, 2620
73. / 17. 2. 1978 > [2] 2254
75. / 23. 2. 1978 > [1] 1279, 1294
78. / 9. 3. 1978 > [1] 1197 • [2] 2869
• [3] 3032, 3655
79. / 10. 3. 1978 > [2] 2672
81. / 16. 3. 1978 > [2] 2869 •
[3] 3556, 3571, 3655
83. / 13. 4. 1978 > [1] 1197, 1325 •
[2] 1751, 1811
88. / 27. 4. 1978 > [2] 2673
90. / 11. 5. 1978 > [1] 1197 •
[2] 2673
91. / 12. 5. 1978 > [2] 1811, 2673
93. / 1. 6. 1978 > [1] 1198
95. / 8. 6. 1978 > [2] 1751, 2620
96. / 9. 6. 1978 > [2] 2673
97. / 14. 6. 1978 > [1] 1372 •
[2] 2254
99. / 21. 6. 1978 > [1] 1280, 1283 •
[2] 2673, 2808
100. / 22. 6. 1978 > [1] 1326, 1372 •
[2] 1811
101. / 23. 6. 1978 > [2] 1811, 2621
102. / 1. 9. 1978 > [2] 1663
103. / 20. 9. 1978 > [2] 2796
104. / 21. 9. 1978 > [2] 2796
105. / 22. 9. 1978 > [2] 2796
107. / 28. 9. 1978 > [3] 2995
109. / 5. 10. 1978 > [2] 1751, 2781,
2869 • [3] 3103
111. / 19. 10. 1978 > [1] 1308

- 112. / 20. 10. 1978** > [1] 1281 •
 [2] 1751
114. / 9. 11. 1978 > [2] 2673
117. / 16. 11. 1978 > [1] 1198 •
 [2] 2673 • [3] 3033
118. / 17. 11. 1978 > [2] 1981 •
 [3] 3172
120. / 30. 11. 1978 > [1] 1334
122. / 6. 12. 1978 > [1] 1198, 1293
123. / 7. 12. 1978 > [1] 1308 •
 [2] 1811, 2232 • [3] 3172
125. / 14. 12. 1978 > [1] 1326 •
 [2] 1751, 2255
127. / 17. 1. 1979 > [1] 1281
130. / 23. 1. 1979 > [2] 2796
131. / 24. 1. 1979 > [2] 1751, 2796
132. / 25. 1. 1979 > [2] 2796
133. / 26. 1. 1979 > [2] 1751, 2796
135. / 8. 2. 1979 > [2] 2712
136. / 9. 2. 1979 > [2] 2673
138. / 15. 2. 1979 > [2] 2673, 2712
141. / 8. 3. 1979 > [2] 2673
145. / 29. 3. 1979 > [2] 1811, 2255,
 2818 • [3] 3032, 3557, 3656
146. / 30. 3. 1979 > [2] 2712
147. / 25. 4. 1979 > [1] 1281
148. / 26. 4. 1979 > [2] 2673, 2712
151. / 10. 5. 1979 > [1] 1360 •
 [2] 1751–1752, 2621
154. / 17. 5. 1979 > [1] 1198
155. / 18. 5. 1979 > [1] 1294 •
 [3] 3172
157. / 31. 5. 1979 > [1] 35, 866,
 1417 • [2] 1752, 2673 • [3] 3656
158. / 1. 6. 1979 > [1] 1282
159. / 13. 6. 1979 > [2] 2423
160. / 20. 6. 1979 > [1] 1252 •
 [2] 1752
161. / 21. 6. 1979 > [1] 875 •
 [2] 1752 • [3] 3032, 3656
162. / 22. 6. 1979 > [2] 1752, 2781
163. / 27. 6. 1979 > [2] 2423, 2808 •
 [3] 3172
164. / 28. 6. 1979 > [2] 2712
166. / 3. 7. 1979 > [2] 1752, 1811
167. / 4. 7. 1979 > [1] 1198
168. / 12. 9. 1979 > [2] 2797 •
 [3] 3656
169. / 13. 9. 1979 > [2] 2797
170. / 14. 9. 1979 > [2] 2797
178. / 12. 10. 1979 > [3] 3153
179. / 17. 10. 1979 > [1] 1344
180. / 18. 10. 1979 > [1] 1313
181. / 19. 10. 1979 > [1] 1321, 1326
182. / 7. 11. 1979 > [2] 2712
183. / 8. 11. 1979 > [2] 2002
186. / 15. 11. 1979 > [2] 2673
187. / 16. 11. 1979 > [2] 2573
188. / 28. 11. 1979 > [2] 2674 •
 [3] 3656
189. / 29. 11. 1979 > [1] 1323, 1350
 • [2] 2870 • [3] 3032
191. / 11. 12. 1979 > [2] 1752, 2002,
 2797
192. / 12. 12. 1979 > [2] 2797
193. / 13. 12. 1979 > [2] 2792
194. / 14. 12. 1979 > [1] 1198 •
 [2] 1752, 2797
196. / 17. 1. 1980 > [1] 1198, 1417 •
 [2] 1752 • [3] 3161, 3656
197. / 18. 1. 1980 > [2] 2673
199. / 24. 1. 1980 > [1] 1281 •
 [2] 1811
200. / 25. 1. 1980 > [2] 2002
203. / 28. 2. 1980 > [1] 1198
205. / 6. 3. 1980 > [2] 1812, 2674
208. / 20. 3. 1980 > [1] 1198 •
 [2] 2581
211. / 17. 4. 1980 > [1] 1344, 1360 •
 [2] 2002
212. / 18. 4. 1980 > [2] 2193
213. / 23. 4. 1980 > [2] 1752, 1812
214. / 24. 4. 1980 > [1] 1360 •
 [2] 2674
215. / 25. 4. 1980 > [1] 1376 •
 [2] 2674
216. / 13. 5. 1980 > [2] 2002
217. / 14. 5. 1980 > [2] 2674
218. / 22. 5. 1980 > [2] 1812
219. / 23. 5. 1980 > [2] 2578, 2581
220. / 12. 6. 1980 > [1] 1326, 1372 •
 [2] 2581
221. / 13. 6. 1980 > [1] 1313 •
 [2] 1812
222. / 17. 6. 1980 > [1] 1198 •
 [2] 2014
223. / 18. 6. 1980 > [1] 1347 •
 [3] 3153
224. / 19. 6. 1980 > [2] 2674
225. / 25. 6. 1980 > [1] 1281, 1335 •
 [2] 1702, 1788, 1813, 2621, 2674,
 2870–2872 • [3] 3032, 3103,
 3108–3120, 3122, 3127–3128,
 3657
226. / 26. 6. 1980 > [1] 1282, 1334,
 1344, 1418 • [3] 3172
227. / 27. 6. 1980 > [2] 2674
228. / 2. 7. 1980 > [1] 1288, 1335–
 1336 • [2] 2674
229. / 3. 7. 1980 > [1] 1198, 1373 •
 [2] 1752, 1813, 2255 • [3] 3172
230. / 4. 7. 1980 > [1] 301, 1325,
 1418 • [2] 1752, 2808 • [3] 3657
37. / 14. 5. 1981 > [2] 2712 •
 [3] 3173
38. / 26. 5. 1981 > [1] 1198, 1283,
 1335 • [2] 1753, 1814, 2255–2257,
 2621 • [3] 3658
40. / 2. 6. 1981 > [2] 2797
41. / 3. 6. 1981 > [1] 1258 • [2] 1753,
 2002, 2797
42. / 4. 6. 1981 > [2] 2797
43. / 5. 6. 1981 > [1] 1287 • [2] 1702,
 1753, 2797, 2917 • [3] 3307, 3312
 – / 17. 6. 1981 > [2] 2011, 2014
45. / 24. 6. 1981 > [1] 1278
46. / 25. 6. 1981 > [1] 1287, 1294,
 1360 • [2] 1753, 2712
47. / 26. 6. 1981 > [1] 1360

9. Wahlperiode (1980–83)

- 1. / 4. 11. 1980** > [1] 300–301, 867,
 1142 • [2] 1752, 2803 • [3] 3657
2. / 5. 11. 1980 > [1] 1023, 1142,
 1173 • [2] 1752 • [3] 3657
3. / 5. 11. 1980 > [1] 1023
4. / 6. 11. 1980 > [1] 1142 • [2] 2872
5. / 24. 11. 1980 > [1] 1142, 1173,
 1182, 1198 • [2] 1684 • [3] 3657
6. / 26. 11. 1980 > [1] 1173, 1182,
 1198 • [2] 1684
7. / 27. 11. 1980 > [1] 1182, 1198 •
 [2] 1684
8. / 28. 11. 1980 > [1] 1182, 1198 •
 [2] 1684
15. / 23. 1. 1981 > [2] 2797
16. / 27. 1. 1981 > [2] 2797
17. / 28. 1. 1981 > [2] 2797
18. / 29. 1. 1981 > [2] 2797
19. / 30. 1. 1981 > [2] 2255, 2797
23. / 19. 2. 1981 > [2] 1753
25. / 18. 3. 1981 > [2] 1753
26. / 19. 3. 1981 > [1] 1198 •
 [2] 2255
27. / 20. 3. 1981 > [2] 2256
28. / 1. 4. 1981 > [2] 2712
29. / 2. 4. 1981 > [2] 2712 • [3] 3657
30. / 8. 4. 1981 > [2] 1753, 1813
31. / 9. 4. 1981 > [1] 1198 • [2] 2256
 • [3] 3658
32. / 10. 4. 1981 > [2] 2256
34. / 7. 5. 1981 > [1] 1198

49. / 10. 9. 1981 > [2] 2675, 2819 •
 [3] 3658
 50. / 11. 9. 1981 > [1] 1326
 51. / 16. 9. 1981 > [2] 2797
 52. / 17. 9. 1981 > [2] 2797
 53. / 18. 9. 1981 > [2] 2797
 55. / 1. 10. 1981 > [1] 1294 •
 [2] 2622
 56. / 8. 10. 1981 > [2] 2675
 57. / 9. 10. 1981 > [2] 1753, 2194
 60. / 23. 10. 1981 > [1] 1283
 62. / 29. 10. 1981 > [1] 1198 •
 [2] 2256
 63. / 11. 11. 1981 > [2] 2712
 64. / 12. 11. 1981 > [1] 1282 •
 [2] 1753
 67. / 26. 11. 1981 > [2] 2675
 68. / 27. 11. 1981 > [2] 2675
 69. / 2. 12. 1981 > [2] 2622
 70. / 3. 12. 1981 > [1] 1199, 1418
 73. / 10. 12. 1981 > [1] 1313 •
 [2] 1753, 1814, 2257
 74. / 18. 12. 1981 > [1] 1199 •
 [2] 1753
 76. / 14. 1. 1982 > [1] 1199, 1287
 78. / 19. 1. 1982 > [2] 1753, 1814,
 2797, 2804 • [3] 3079
 79. / 20. 1. 1982 > [2] 2797
 80. / 21. 1. 1982 > [2] 2797, 2804
 81. / 22. 1. 1982 > [2] 1753, 2797
 82. / 3. 2. 1982 > [3] 3658
 83. / 4. 2. 1982 > [1] 1242–1243,
 1309 • [2] 2675
 84. / 5. 2. 1982 > [1] 1232, 1238,
 1243 • [2] 1753, 2675 • [3] 3658
 86. / 11. 2. 1982 > [1] 1301 •
 [2] 2675
 88. / 4. 3. 1982 > [2] 2622

89. / 5. 3. 1982 > [1] 1376
 91. / 11. 3. 1982 > [1] 1199
 92. / 12. 3. 1982 > [2] 2873 •
 [3] 3033, 3103, 3157, 3173, 3658
 94. / 25. 3. 1982 > [1] 1287 •
 [2] 2232
 97. / 29. 4. 1982 > [1] 1296, 1313 •
 [2] 2256–2257, 2675
 98. / 30. 4. 1982 > [1] 1288
 99. / 12. 5. 1982 > [1] 1295 •
 [2] 2712
 100. / 13. 5. 1982 > [2] 2675
 101. / 14. 5. 1982 > [2] 2622
 103. / 27. 5. 1982 > [2] 1815
 104. / 28. 5. 1982 > [2] 2256
 105. / 9. 6. 1982 > [2] 1672, 1754 •
 [3] 3173, 3658
 – / 17. 6. 1982 > [2] 2014
 108. / 24. 6. 1982 > [1] 1199 •
 [2] 1815
 109. / 25. 6. 1982 > [1] 1282–1283,
 1418 • [2] 1815, 2622
 110. / 8. 9. 1982 > [1] 1233
 111. / 9. 9. 1982 > [1] 1199, 1233 •
 [3] 3658
 113. / 15. 9. 1982 > [2] 2797
 114. / 16. 9. 1982 > [1] 1234 •
 [2] 2797
 115. / 17. 9. 1982 > [1] 1199, 1234–
 1235 • [2] 2808
 117. / 30. 9. 1982 > [1] 1334 •
 [2] 2257 • [3] 3153
 118. / 1. 10. 1982 > [1] 1023, 1130,
 1173, 1199, 1218, 1236–1237 •
 [2] 1754, 1815, 2002, 2899
 119. / 1. 10. 1982 > [1] 1023 •
 [2] 2804 • [3] 3659

121. / 13. 10. 1982 > [1] 1173, 1183,
 1199, 1244 • [2] 1684 • [3] 3659
 122. / 14. 10. 1982 > [1] 1183, 1199
 • [2] 1684
 123. / 15. 10. 1982 > [1] 1183, 1199
 • [2] 1684
 125. / 28. 10. 1982 > [1] 1313 •
 [2] 2675, 2712
 126. / 10. 11. 1982 > [2] 2712, 2797
 127. / 11. 11. 1982 > [2] 2797
 128. / 12. 11. 1982 > [1] 35
 129. / 24. 11. 1982 > [2] 2676, 2712
 130. / 25. 11. 1982 > [1] 1199 •
 [2] 2675 • [3] 3034
 131. / 26. 11. 1982 > [2] 2424
 132. / 1. 12. 1982 > [2] 2712 •
 [3] 3034
 134. / 3. 12. 1982 > [1] 1358 •
 [2] 1815, 2257, 2423–2424, 2675,
 2712
 135. / 8. 12. 1982 > [2] 2712
 136. / 9. 12. 1982 > [1] 1295, 1313 •
 [2] 1815, 2675–2676
 137. / 10. 12. 1982 > [1] 1332, 1335,
 1418 • [2] 1754
 138. / 14. 12. 1982 > [1] 1244 •
 [2] 2797
 139. / 15. 12. 1982 > [1] 1244, 1323,
 1326, 1328, 1344, 1350 •
 [2] 2423–2424, 2797
 140. / 16. 12. 1982 > [1] 1244, 1282,
 1295, 1309, 1419 • [2] 1754, 1816,
 2423, 2622, 2797
 141. / 17. 12. 1982 > [1] 1244–1245,
 1334 • [2] 1754, 1816 • [3] 3659
 142. / 20. 1. 1983 > [1] 301 •
 [2] 1672 • [3] 3659

10. Wahlperiode (1983–87)

1. / 29. 3. 1983 > [1] 57, 300–301,
 867, 875–876, 1142, 1173 •
 [2] 1754 • [3] 3659–3660
 2. / 29. 3. 1983 > [1] 1023, 1142 •
 [2] 1754
 3. / 30. 3. 1983 > [1] 1142 • [2] 2713
 4. / 4. 5. 1983 > [1] 1142, 1173,
 1184, 1199 • [2] 1684, 2382 •
 [3] 3660
 5. / 5. 5. 1983 > [1] 1184, 1199 •
 [2] 1684
 6. / 6. 5. 1983 > [1] 1184, 1199 •
 [2] 1684
 7. / 18. 5. 1983 > [3] 3173
 8. / 19. 5. 1983 > [2] 2194, 2215,
 2256 • [3] 3660

11. / 9. 6. 1983 > [1] 1199 • [2] 2003
 12. / 10. 6. 1983 > [2] 2713
 13. / 15. 6. 1983 > [1] 1199
 14. / 16. 6. 1983 > [2] 2257, 2874 •
 [3] 3082, 3558, 3614, 3660
 – / 17. 6. 1983 > [2] 2014
 15. / 22. 6. 1983 > [1] 1199
 16. / 23. 6. 1983 > [1] 1199, 1252 •
 [2] 1754, 1817, 2003
 17. / 24. 6. 1983 > [2] 1981, 2256,
 2713 • [3] 3153
 18. / 7. 9. 1983 > [2] 2798
 19. / 8. 9. 1983 > [1] 1252 • [2] 1754,
 2798
 20. / 9. 9. 1983 > [2] 2798
 21. / 14. 9. 1983 > [2] 2713

22. / 15. 9. 1983 > [1] 1199 •
 [2] 2713
 23. / 16. 9. 1983 > [1] 1199 •
 [2] 2676
 25. / 29. 9. 1983 > [1] 1363 •
 [2] 2713 • [3] 3173
 26. / 30. 9. 1983 > [2] 2809
 27. / 12. 10. 1983 > [2] 2713
 28. / 13. 10. 1983 > [1] 1312 •
 [2] 2676
 29. / 14. 10. 1983 > [2] 1702, 2677
 31. / 27. 10. 1983 > [2] 2194, 2713
 33. / 10. 11. 1983 > [2] 2676, 2713
 34. / 11. 11. 1983 > [2] 2676–2677
 35. / 21. 11. 1983 > [1] 1200 •
 [2] 2003

- 36. / 22. 11. 1983** > [2] 1754–1755, 1788, 1817–1820, 2003
38. / 25. 11. 1983 > [1] 1327 •
 [2] 2868, 2874 • [3] 3034, 3202, 3218, 3660
40. / 1. 12. 1983 > [1] 316 • [2] 1755, 1820, 1967, 2623, 2713 • [3] 2974, 3034, 3660
42. / 6. 12. 1983 > [2] 1755, 2798, 2918
43. / 7. 12. 1983 > [2] 1755, 2798
44. / 8. 12. 1983 > [1] 1283 •
 [2] 1755, 1820, 2798
45. / 9. 12. 1983 > [1] 1252, 1283, 1309 • [2] 1755, 1967, 2798, 2874
48. / 20. 1. 1984 > [1] 1200 •
 [2] 2713
50. / 26. 1. 1984 > [1] 1314 •
 [2] 2677
51. / 27. 1. 1984 > [2] 2677, 2713
53. / 9. 2. 1984 > [1] 1200, 1327, 1351, 1360, 1419 • [2] 2677
54. / 10. 2. 1984 > [2] 2677
56. / 23. 2. 1984 > [2] 1755
57. / 24. 2. 1984 > [2] 1820, 1981, 2713
58. / 14. 3. 1984 > [2] 2713
59. / 15. 3. 1984 > [1] 1200 •
 [2] 1494, 2003
60. / 28. 3. 1984 > [1] 1200
61. / 29. 3. 1984 > [2] 1755, 1820, 1967
62. / 30. 3. 1984 > [2] 2713 •
 [3] 3174
64. / 5. 4. 1984 > [1] 1360 • [2] 1820, 2676
65. / 6. 4. 1984 > [1] 1347
67. / 12. 4. 1984 > [1] 1288 •
 [2] 2677
69. / 3. 5. 1984 > [1] 1301 • [2] 1981 • [3] 3128, 3153
70. / 4. 5. 1984 > [2] 2713
71. / 24. 5. 1984 > [1] 316–317, 1342 • [2] 1755, 1821, 2424
72. / 25. 5. 1984 > [2] 2258, 2677, 2714
73. / 6. 6. 1984 > [1] 1200, 1314, 1376, 1419 • [2] 2809
74. / 7. 6. 1984 > [1] 1295 • [2] 2714
75. / 8. 6. 1984 > [2] 2714
 – / **16. 6. 1984** > [2] 2014
76. / 27. 6. 1984 > [1] 1309, 1325 •
 [2] 2424
77. / 28. 6. 1984 > [1] 1200 •
 [2] 1755, 1821, 2233, 2714
78. / 29. 6. 1984 > [2] 2258, 2713 •
 [3] 3661
80. / 31. 7. 1984 > [1] 1200 •
 [2] 1664, 1718, 1755 • [3] 3661
81. / 12. 9. 1984 > [2] 1702, 2798
82. / 13. 9. 1984 > [2] 2798
83. / 14. 9. 1984 > [2] 2798
84. / 19. 9. 1984 > [2] 2714
85. / 20. 9. 1984 > [1] 1419 •
 [2] 1703, 1718, 2677, 2714, 2744, 2902, 2918, 2921, 2926 • [3] 3661
86. / 21. 9. 1984 > [2] 1756, 1967
87. / 3. 10. 1984 > [1] 1200 •
 [2] 2425, 2678, 2714
88. / 4. 10. 1984 > [1] 1200, 1363, 1373 • [2] 1821, 2714 • [3] 3174
89. / 5. 10. 1984 > [2] 2678, 2714
90. / 17. 10. 1984 > [1] 1259, 2714
91. / 18. 10. 1984 > [1] 1200, 1376 •
 [2] 1756, 1991, 2714 • [3] 3661
92. / 19. 10. 1984 > [2] 1756, 1991, 2714
93. / 24. 10. 1984 > [2] 2714
94. / 25. 10. 1984 > [1] 1327 •
 [2] 2425, 2677–2678, 2714
95. / 26. 10. 1984 > [2] 1756, 1821–1822, 2714
96. / 5. 11. 1984 > [1] 867 • [2] 1756 • [3] 3661
98. / 8. 11. 1984 > [1] 1200 •
 [2] 1822, 2714
99. / 9. 11. 1984 > [2] 2677, 2714
101. / 15. 11. 1984 > [1] 1200, 1295 • [2] 2677
102. / 16. 11. 1984 > [1] 317 •
 [2] 1718, 1756, 2715
103. / 27. 11. 1984 > [2] 1756, 1822, 2798, 2918
104. / 28. 11. 1984 > [2] 1822, 2798
105. / 29. 11. 1984 > [2] 1822–1823, 2798
106. / 30. 11. 1984 > [2] 1756, 1823, 1967, 2798
107. / 5. 12. 1984 > [2] 2715
108. / 6. 12. 1984 > [2] 1823, 2259, 2677, 2715, 2820
109. / 7. 12. 1984 > [1] 1200 •
 [2] 1823, 2715
110. / 12. 12. 1984 > [2] 2715
111. / 13. 12. 1984 > [1] 1259, 1336, 1419 • [2] 1756, 1823, 2678, 2715
112. / 14. 12. 1984 > [1] 876 •
 [2] 1756 • [3] 3661
114. / 17. 1. 1985 > [2] 2258
117. / 24. 1. 1985 > [2] 1823, 2678, 2715 • [3] 3034, 3218, 3661
118. / 25. 1. 1985 > [2] 2715
119. / 6. 2. 1985 > [2] 2715
120. / 7. 2. 1985 > [1] 36, 1336 •
 [2] 2715 • [3] 3662
121. / 8. 2. 1985 > [1] 1296 •
 [2] 2678
122. / 27. 2. 1985 > [1] 1200 •
 [2] 2003
123. / 28. 2. 1985 > [2] 2678
125. / 13. 3. 1985 > [2] 2715
126. / 14. 3. 1985 > [1] 1373 •
 [2] 1716, 1756, 2259, 2820–2821 •
 [3] 3161, 3174, 3662
127. / 15. 3. 1985 > [2] 2874
128. / 27. 3. 1985 > [2] 2712
129. / 28. 3. 1985 > [1] 1200 •
 [2] 2677–2678
130. / 29. 3. 1985 > [1] 1376 •
 [2] 2678, 2715
131. / 17. 4. 1985 > [2] 2715
132. / 18. 4. 1985 > [1] 1201 •
 [2] 1756, 1823, 2678, 2680
133. / 19. 4. 1985 > [2] 1756, 1824, 1967–1968, 1982, 2623
135. / 25. 4. 1985 > [1] 1201 •
 [2] 1756–1757, 1824, 2680
137. / 14. 5. 1985 > [1] 1201, 1296, 1328 • [2] 1757, 1824
139. / 22. 5. 1985 > [2] 2715
140. / 23. 5. 1985 > [1] 1342 •
 [2] 2679, 2715, 2875 • [3] 3154
141. / 24. 5. 1985 > [2] 1824, 2715
142. / 12. 6. 1985 > [1] 1259 •
 [2] 1757, 2716
143. / 13. 6. 1985 > [1] 1301 •
 [2] 1757, 1824–1825, 1968
144. / 14. 6. 1985 > [2] 2716
 – / **17. 6. 1985** > [2] 2014
145. / 19. 6. 1985 > [2] 2716
146. / 20. 6. 1985 > [1] 1287, 1347 •
 [2] 1825, 2679, 2716
147. / 21. 6. 1985 > [2] 1825, 2623
148. / 26. 6. 1985 > [1] 1335–1336, 1361, 1419 • [2] 1757, 2716, 2806, 2809, 2875 • [3] 3034, 3662
149. / 27. 6. 1985 > [1] 1201, 1335 •
 [2] 1825, 2082, 2680, 2716 •
 [3] 3035, 3218
150. / 28. 6. 1985 > [1] 1201 •
 [2] 1757, 1825, 1968, 2716
151. / 3. 9. 1985 > [1] 1253 •
 [2] 1664, 1757
152. / 4. 9. 1985 > [2] 2798
153. / 5. 9. 1985 > [2] 2798
154. / 6. 9. 1985 > [2] 2798
155. / 11. 9. 1985 > [2] 2716, 2745, 2875 • [3] 3662
156. / 12. 9. 1985 > [2] 1757, 2194, 2241, 2716
157. / 13. 9. 1985 > [2] 2716
158. / 25. 9. 1985 > [2] 2716, 2745
159. / 26. 9. 1985 > [1] 1259 •
 [2] 1757, 2624, 2679, 2716
160. / 27. 9. 1985 > [1] 1363 •
 [2] 1825 • [3] 3174

- 161. / 2. 10. 1985** > [2] 2745, 2875
162. / 3. 10. 1985 > [2] 1757, 1825–1826, 2195, 2216, 2679, 2681, 2716 • [3] 3662
163. / 4. 10. 1985 > [2] 2716
164. / 16. 10. 1985 > [1] 1201 • [2] 1758
165. / 17. 10. 1985 > [1] 1294–1296 • [2] 1758, 2716
166. / 18. 10. 1985 > [1] 1419 • [2] 1758
167. / 23. 10. 1985 > [2] 2716
168. / 24. 10. 1985 > [2] 1826, 2678, 2716
169. / 25. 10. 1985 > [2] 2716
171. / 7. 11. 1985 > [2] 1718, 1758, 1826, 2679, 2717
172. / 8. 11. 1985 > [1] 1201 • [2] 2680, 2717
174. / 14. 11. 1985 > [1] 1201, 1328, 1420 • [2] 1758, 1826–1827, 1968, 2679, 2717
175. / 15. 11. 1985 > [1] 1201 • [2] 1827, 2233, 2679, 2717
176. / 26. 11. 1985 > [2] 1758, 2798
177. / 27. 11. 1985 > [2] 1758, 2308, 2798, 2807, 2875, 2895 • [3] 3662
178. / 28. 11. 1985 > [2] 1827, 2798
179. / 29. 11. 1985 > [2] 1758, 1968, 2798
180. / 4. 12. 1985 > [1] 2717
181. / 5. 12. 1985 > [1] 1201, 1342, 1420, 2717
183. / 11. 12. 1985 > [1] 1259 • [2] 2717
184. / 12. 12. 1985 > [1] 1201, 1420 • [2] 1758
186. / 15. 1. 1986 > [2] 2717
187. / 16. 1. 1986 > [1] 1314 • [2] 1758, 2258, 2680–2681, 2717 • [3] 2995
188. / 17. 1. 1986 > [2] 2717
190. / 23. 1. 1986 > [1] 1259 • [2] 1982, 2717
191. / 23. 1. 1986 > [1] 1259 • [2] 2681, 2717
192. / 24. 1. 1986 > [2] 2195, 2680, 2717
194. / 30. 1. 1986 > [1] 1260 • [2] 1703, 1728, 1759, 1782, 1789, 1827–1828, 1968, 1982, 2679, 2717, 2921, 2926–2929 • [3] 3662
196. / 5. 2. 1986 > [2] 1664
197. / 19. 2. 1986 > [2] 2718
198. / 20. 2. 1986 > [1] 1201, 1253 • [2] 1759, 1982, 2681
200. / 26. 2. 1986 > [2] 2718
201. / 27. 2. 1986 > [2] 2679, 2718, 2875
202. / 28. 2. 1986 > [2] 1759, 1828, 1968
203. / 12. 3. 1986 > [2] 2718
204. / 13. 3. 1986 > [2] 1703, 2194–2195, 2680, 2718
205. / 14. 3. 1986 > [1] 1201 • [2] 2003, 2718
207. / 20. 3. 1986 > [1] 1201, 1361 • [2] 1759, 1968, 2624, 2680–2681
208. / 21. 3. 1986 > [2] 2718
209. / 16. 4. 1986 > [1] 1201
210. / 17. 4. 1986 > [1] 1201, 1260, 1301, 1420 • [2] 1759, 1828, 1968
211. / 18. 4. 1986 > [2] 2680–2681, 2718
212. / 23. 4. 1986 > [2] 2718
213. / 24. 4. 1986 > [1] 1201 • [2] 1759, 2679–2680, 2718
214. / 25. 4. 1986 > [2] 2718
215. / 14. 5. 1986 > [1] 1202 • [2] 1759, 1829
216. / 15. 5. 1986 > [1] 1296 • [2] 2680, 2682, 2718 • [3] 3175
217. / 16. 5. 1986 > [1] 1283, 1376
218. / 4. 6. 1986 > [2] 2718
219. / 5. 6. 1986 > [1] 1351 • [2] 1760, 1829, 2195, 2241, 2680, 2719 • [3] 3663
220. / 6. 6. 1986 > [2] 2719, 2875 • [3] 3663
– / 17. 6. 1986 > [2] 2014
221. / 18. 6. 1986 > [1] 1351 • [2] 2624 • [3] 3475
222. / 19. 6. 1986 > [2] 1829, 2681, 2809, 2814, 2874 • [3] 3035, 3154
223. / 20. 6. 1986 > [2] 2679, 2719
224. / 25. 6. 1986 > [2] 2719
225. / 26. 6. 1986 > [1] 1260, 1309, 1336, 1338, 1347, 1364, 1419, 2719 • [3] 3175
226. / 27. 6. 1986 > [1] 1352, 1419 • [2] 1760, 1829, 1968, 2719 • [3] 3314
227. / 9. 9. 1986 > [2] 1632, 2799, 2877 • [3] 3314, 3663
228. / 10. 9. 1986 > [2] 2799
229. / 11. 9. 1986 > [2] 2799
230. / 12. 9. 1986 > [2] 2799
231. / 24. 9. 1986 > [2] 2719
232. / 25. 9. 1986 > [1] 1202 • [2] 1760, 1829–1830
233. / 26. 9. 1986 > [2] 2719, 2814
235. / 2. 10. 1986 > [1] 1202 • [2] 1830, 2719 • [3] 3035, 3219
236. / 3. 10. 1986 > [2] 2719
238. / 16. 10. 1986 > [1] 1202, 1314, 1331, 1373–1374 • [2] 1830, 2680–2682, 2719
239. / 17. 10. 1986 > [2] 2683, 2719
240. / 22. 10. 1986 > [2] 2719
241. / 23. 10. 1986 > [1] 1325, 1347 • [2] 1830–1831, 2624, 2680, 2682–2683, 2720
242. / 5. 11. 1986 > [2] 2720
243. / 6. 11. 1986 > [1] 1202, 1253 • [2] 1760, 1831, 2680
244. / 7. 11. 1986 > [2] 2195, 2625, 2720
246. / 13. 11. 1986 > [1] 1202, 1328, 1343, 1352, 1358 • [2] 1760, 1764, 1831–1832, 1838, 2683, 2720, 2822 • [3] 2996
247. / 14. 11. 1986 > [2] 1832, 2684, 2720
248. / 25. 11. 1986 > [2] 1832, 2799
249. / 26. 11. 1986 > [2] 1760, 1832, 2799
250. / 27. 11. 1986 > [2] 1833, 2799
251. / 28. 11. 1986 > [1] 1420 • [2] 1760, 1833, 1968, 2799
253. / 4. 12. 1986 > [1] 1202, 1282, 1328, 1344, 1351 • [2] 1833–1834, 2681–2682, 2684, 2720 • [3] 2996
254. / 5. 12. 1986 > [1] 1351, 1353, 1361 • [2] 1760, 1968, 2625, 2720
255. / 10. 12. 1986 > [1] 1275, 1282, 1287–1288, 1336–1337, 1360, 1420 • [2] 1760–1761, 1834–1835, 2196, 2259, 2681–2684, 2720, 2822, 2875–2876 • [3] 3035–3036, 3103–3104, 3202, 3315, 3663
256. / 11. 12. 1986 > [1] 301 • [2] 1761, 1835, 1968, 2682, 2720 • [3] 3663

Hinweis

In diesem Register sind alle Plenarsitzungen mit Sitzungsnummer und Datum aufgeführt, die wegen bestimmter Vorkommnisse im vorliegenden *Datenhandbuch* erwähnt sind.

11. Wahlperiode (1987–90)

- 1. / 18. 2. 1987** > [1] 58, 300–301, 867, 876, 1142 • [2] 1633, 1761, 1836 • [3] 3663
2. / 11. 3. 1987 > [1] 1024, 1142, 1173 • [2] 1761 • [3] 3663
3. / 12. 3. 1987 > [1] 1142 • [2] 1991, 2720
4. / 18. 3. 1987 > [1] 1142, 1173, 1185, 1202 • [2] 1684, 1991 • [3] 3663
5. / 19. 3. 1987 > [1] 1185, 1202 • [2] 1684, 1761
6. / 20. 3. 1987 > [1] 1185, 1202 • [2] 1684
7. / 1. 4. 1987 > [2] 1761, 2720
8. / 2. 4. 1987 > [2] 1766, 1836, 2196, 2260, 2720 • [3] 3664
10. / 7. 5. 1987 > [1] 1202 • [2] 1761–1762, 1836, 2720
11. / 8. 5. 1987 > [2] 2260, 2720 • [3] 3664
12. / 20. 5. 1987 > [2] 1762
13. / 21. 5. 1987 > [2] 2721, 2815
14. / 22. 5. 1987 > [2] 2721
15. / 3. 6. 1987 > [2] 2721
16. / 4. 6. 1987 > [1] 1202 • [2] 1762, 1836, 2258–2259, 2261, 2263, 2721, 2823 • [3] 3664
17. / 5. 6. 1987 > [1] 1202 • [2] 1703, 1762, 1836, 2877 • [3] 3316, 3320, 3664
18. / 16. 6. 1987 > [3] 3154
 – / **17. 6. 1987** > [2] 2014
19. / 24. 6. 1987 > [2] 2721
20. / 25. 6. 1987 > [2] 2721
21. / 26. 6. 1987 > [2] 1762, 1969, 2585, 2721 • [3] 3037, 3219
22. / 2. 9. 1987 > [2] 1665, 2929
23. / 9. 9. 1987 > [2] 2799
24. / 10. 9. 1987 > [2] 2799
25. / 11. 9. 1987 > [2] 2799
27. / 17. 9. 1987 > [2] 1762, 2261, 2263, 2685
28. / 18. 9. 1987 > [2] 2721, 2744–2745, 2921, 2929–2932 • [3] 3664
30. / 8. 10. 1987 > [2] 1762, 2721
31. / 9. 10. 1987 > [2] 2685, 2721, 2809
32. / 14. 10. 1987 > [2] 2721
33. / 15. 10. 1987 > [1] 1202 • [2] 1763, 2004, 2721
34. / 16. 10. 1987 > [1] 1202, 1260 • [2] 1982, 2261, 2721 • [3] 3664
35. / 4. 11. 1987 > [2] 2722
36. / 5. 11. 1987 > [1] 1342 • [2] 1718, 1763, 2263, 2824, 2874 • [3] 3664
37. / 6. 11. 1987 > [2] 2722
38. / 11. 11. 1987 > [2] 2722
39. / 12. 11. 1987 > [1] 1421 • [2] 1763, 1969, 2685
41. / 24. 11. 1987 > [2] 2799
42. / 25. 11. 1987 > [2] 2799
43. / 26. 11. 1987 > [2] 1837, 2799
44. / 27. 11. 1987 > [2] 1763, 1837, 1969, 2261, 2799
45. / 2. 12. 1987 > [2] 2722
46. / 3. 12. 1987 > [1] 393, 1346 • [2] 1763, 1837, 2722 • [3] 3104
47. / 4. 12. 1987 > [2] 1718, 1763–1764, 1837, 1969
48. / 9. 12. 1987 > [2] 1718, 2196, 2263, 2722 • [3] 3664
49. / 10. 12. 1987 > [1] 1202, 1364 • [2] 1764 • [3] 3175
50. / 11. 12. 1987 > [2] 1718, 2722
51. / 13. 1. 1988 > [1] 1203, 1261 • [2] 1764, 1837, 2198
52. / 14. 1. 1988 > [2] 2722
53. / 15. 1. 1988 > [2] 1718, 2722
55. / 21. 1. 1988 > [1] 1347 • [2] 2198, 2722 • [3] 3664
57. / 3. 2. 1988 > [1] 1764 • [2] 2722
58. / 4. 2. 1988 > [1] 1203 • [2] 2196–2197, 2260, 2722
59. / 5. 2. 1988 > [2] 2722
61. / 25. 2. 1988 > [1] 1203, 1288, 1421 • [2] 1764, 2685
62. / 26. 2. 1988 > [1] 1421 • [2] 2722
63. / 2. 3. 1988 > [1] 1261 • [2] 2723
64. / 3. 3. 1988 > [2] 2685 • [2] 2723 • [3] 3571
65. / 4. 3. 1988 > [1] 1261
66. / 9. 3. 1988 > [2] 2723
67. / 10. 3. 1988 > [1] 1261 • [2] 1764, 1982
68. / 10. 3. 1988 > [2] 1982
69. / 11. 3. 1988 > [2] 1718
70. / 13. 3. 1988 > [2] 2723
71. / 14. 4. 1988 > [2] 1764, 1838, 2260, 2685, 2723
72. / 15. 4. 1988 > [2] 2685
73. / 20. 4. 1988 > [2] 2723
74. / 21. 4. 1988 > [2] 1838, 2685, 2723 • [3] 3175
75. / 22. 4. 1988 > [1] 1421 • [2] 2723
76. / 4. 5. 1988 > [2] 2723
77. / 5. 5. 1988 > [1] 1347, 1358 • [2] 2685, 2723
78. / 6. 5. 1988 > [2] 2877
79. / 18. 5. 1988 > [3] 3664
80. / 19. 5. 1988 > [2] 1838
81. / 20. 5. 1988 > [2] 2723
82. / 8. 6. 1988 > [2] 2723
83. / 9. 6. 1988 > [1] 1347, 1421 • [2] 2723, 2809
84. / 10. 6. 1988 > [1] 1351–1352 • [2] 1764, 1838, 1969
85. / 16. 6. 1988 > [1] 393 • [3] 2998, 3154, 3475
 – / **17. 6. 1988** > [2] 2014
86. / 22. 6. 1988 > [2] 2723
87. / 23. 6. 1988 > [1] 1310, 1364 • [2] 1703, 1764, 1838–1842, 1969 • [3] 3037, 3175, 3220
88. / 24. 6. 1988 > [1] 1203 • [2] 1843, 2723
89. / 6. 9. 1988 > [2] 2799
90. / 7. 9. 1988 > [2] 2799
91. / 8. 9. 1988 > [2] 2799
92. / 9. 9. 1988 > [2] 2799
93. / 21. 9. 1988 > [2] 1843, 2724
94. / 22. 9. 1988 > [2] 1843, 2724
95. / 23. 9. 1988 > [2] 2247
96. / 28. 9. 1988 > [2] 2724
97. / 29. 9. 1988 > [1] 1328 • [2] 1718, 1843, 2686, 2724
99. / 12. 10. 1988 > [2] 2724, 2745–2746, 2877, 2900 • [3] 3665
100. / 13. 10. 1988 > [1] 1203 • [2] 1764, 1843, 2724, 2878 • [3] 3321
101. / 14. 10. 1988 > [2] 2724
102. / 26. 10. 1988 > [1] 1261 • [2] 1983, 2724, 2746
103. / 27. 10. 1988 > [1] 1373 • [2] 1765, 1843, 2260–2261, 2724
104. / 28. 10. 1988 > [1] 1344
105. / 9. 11. 1988 > [2] 2724
 – / **10. 11. 1988** > [2] 2004, 2017
106. / 10. 11. 1988 > [1] 1203, 1296 • [3] 3665
107. / 11. 11. 1988 > [2] 2724
108. / 22. 11. 1988 > [2] 1765, 2799
109. / 23. 11. 1988 > [2] 1765, 1848, 2799
110. / 24. 11. 1988 > [1] 1421 • [2] 1765, 1843–1844, 1969, 2799, 2919
111. / 25. 11. 1988 > [1] 868, 870, 1338, 1422 • [2] 1765, 1844–1845, 1849, 1969, 2625 • [3] 3665
112. / 30. 11. 1988 > [2] 2724, 2747

- 113. / 1. 12. 1988** > [1] 37, 59, 64, 1203 • [2] 1765, 1845, 1969, 2004, 2685, 2687
114. / 2. 12. 1988 > [2] 1765, 1845–1846, 1969, 2724
115. / 7. 12. 1988 > [1] 1352–1353 • [2] 1846, 2260–2261, 2292, 2724, 2747
116. / 8. 12. 1988 > [2] 1846–1847, 2685, 2724
117. / 9. 12. 1988 > [1] 317, 1203, 1422 • [2] 1765, 1847, 1969 • [3] 3037, 3477
118. / 18. 1. 1989 > [2] 1718, 1847–1848, 2724, 2747
119. / 19. 1. 1989 > [1] 1274, 1288 • [2] 1848, 2687, 2724
120. / 20. 1. 1989 > [2] 1765, 1848, 1969, 2198
121. / 25. 1. 1989 > [2] 1765–1766, 1848, 2197–2198, 2686, 2747
122. / 26. 1. 1989 > [2] 2686, 2725 • [3] 2998
123. / 27. 1. 1989 > [1] 1262, 1376 • [2] 1848
124. / 15. 2. 1989 > [2] 1848–1849, 2747
125. / 16. 2. 1989 > [2] 2725
126. / 17. 2. 1989 > [1] 1203 • [2] 2725
127. / 22. 2. 1989 > [2] 2747
128. / 23. 2. 1989 > [1] 1337 • [2] 2241, 2685–2687, 2725
129. / 24. 2. 1989 > [2] 1849, 2725
130. / 8. 3. 1989 > [2] 1849, 2725, 2747
131. / 9. 3. 1989 > [1] 1352, 1422 • [2] 2261, 2725
132. / 10. 3. 1989 > [3] 3722
133. / 15. 3. 1989 > [2] 2735, 2747 • [3] 3665
134. / 16. 3. 1989 > [2] 1849, 2686 • [3] 3176
135. / 17. 3. 1989 > [2] 2725
136. / 19. 4. 1989 > [2] 2725, 2747
137. / 20. 4. 1989 > [1] 1254, 1262, 1373, 1423 • [2] 1766, 1849, 1969, 2626, 2725
138. / 21. 4. 1989 > [2] 1766, 1849–1850, 1969, 2626, 2725
139. / 26. 4. 1989 > [2] 2725, 2747
140. / 27. 4. 1989 > [1] 1203, 1262, 1289 • [2] 1766, 1850
141. / 28. 4. 1989 > [2] 2725
142. / 10. 5. 1989 > [2] 1850, 2725, 2748
143. / 11. 5. 1989 > [1] 1423 • [2] 1850–1851, 2686, 2688, 2725
144. / 12. 5. 1989 > [2] 2687, 2726
145. / 31. 5. 1989 > [2] 2726
146. / 1. 6. 1989 > [1] 1203 • [2] 1766, 1851, 2687–2688, 2726 • [3] 3038
147. / 2. 6. 1989 > [1] 1203 • [2] 1766, 1851, 1969
148. / 14. 6. 1989 > [2] 2726, 2748
149. / 15. 6. 1989 > [1] 1253, 1288, 1376, 1423 • [2] 1718, 1851–1852, 2261, 2688–2689
150. / 16. 6. 1989 > [1] 1203, 1336, 1421, 1423 • [2] 1766, 1852–1853, 1970, 2686, 2726
– / 17. 6. 1989 > [2] 1501–1502, 2014
151. / 21. 6. 1989 > [1] 1262 • [2] 1502, 1853, 2687, 2726, 2748, 2809 • [3] 2997, 3155, 3476
152. / 22. 6. 1989 > [1] 1364 • [2] 1503, 1853, 2263, 2688, 2726, 2826 • [3] 3175
153. / 23. 6. 1989 > [2] 2686
154. / 1. 9. 1989 > [1] 1203 • [2] 1766, 1853–1854, 2017
155. / 4. 9. 1989 > [2] 2799
156. / 5. 9. 1989 > [2] 2799
157. / 6. 9. 1989 > [2] 2799
– / 7. 9. 1989 > [2] 2018 • [3] 3606
158. / 14. 9. 1989 > [2] 1503, 1718, 2748
159. / 15. 9. 1989 > [1] 1376 • [2] 1718, 2726
160. / 27. 9. 1989 > [2] 2726, 2748
161. / 28. 9. 1989 > [1] 1203, 1309, 1347, 1349, 1361 • [2] 2686, 2688–2689
163. / 4. 10. 1989 > [2] 1505, 2726, 2748
164. / 5. 10. 1989 > [1] 1325 • [2] 2688, 2726
165. / 6. 10. 1989 > [2] 2689
166. / 18. 10. 1989 > [2] 2726, 2748
167. / 19. 10. 1989 > [2] 1505, 1854, 2685, 2726
168. / 20. 10. 1989 > [1] 1338 • [2] 2726
169. / 24. 10. 1989 > [2] 2748
170. / 25. 10. 1989 > [2] 2726
171. / 26. 10. 1989 > [1] 1321, 1337, 1424 • [2] 2258, 2686, 2688, 2726
172. / 27. 10. 1989 > [2] 2727
173. / 8. 11. 1989 > [1] 1204 • [2] 1506, 1766, 1854–1855, 2004, 2727 • [3] 3476
174. / 9. 11. 1989 > [1] 1204, 1329, 1337 • [2] 1507, 1855–1856, 2626, 2727, 2748 • [3] 3038, 3202–3203, 3476, 3666
175. / 15. 11. 1989 > [2] 1856–1857, 2727
176. / 16. 11. 1989 > [1] 1204, 1352, 1424 • [2] 1508, 1857, 2263, 2826, 2878 • [3] 3476
177. / 28. 11. 1989 > [2] 1509–1510, 1566, 1766, 1857, 2799 • [3] 3476, 3666, 3763
178. / 29. 11. 1989 > [2] 1857–1858, 2799 • [3] 3220
179. / 30. 11. 1989 > [2] 1858, 2799
180. / 1. 12. 1989 > [2] 1510, 1767, 1858, 1970, 2799
181. / 6. 12. 1989 > [2] 1511, 1858
182. / 7. 12. 1989 > [1] 1204, 1262, 1348 • [2] 1858, 2687, 2727
183. / 8. 12. 1989 > [2] 1512 • [3] 2998
184. / 13. 12. 1989 > [2] 1512, 1704, 1789, 2250, 2748, 2778, 2780, 2878–2880, 2900, 2921, 2932–2934 • [3] 3104–3105, 3122, 3496, 3666
185. / 14. 12. 1989 > [1] 1343 • [2] 1858, 2685, 2727
186. / 15. 12. 1989 > [1] 1283 • [2] 2687
187. / 17. 1. 1990 > [2] 1514, 2727, 2748
188. / 18. 1. 1990 > [1] 1204 • [2] 1515, 2686
189. / 19. 1. 1990 > [1] 1289
190. / 24. 1. 1990 > [2] 1515, 2263, 2727
191. / 25. 1. 1990 > [1] 1289, 1424 • [2] 1858, 2263, 2689, 2727 • [3] 3476
192. / 26. 1. 1990 > [2] 1516
193. / 7. 2. 1990 > [2] 1517, 2748
194. / 8. 2. 1990 > [1] 1204, 1343, 1422, 1425 • [2] 1519, 2690, 2879, 2900 • [3] 2996, 2998
195. / 9. 2. 1990 > [2] 2690, 2727
196. / 14. 2. 1990 > [2] 1521, 2748
197. / 15. 2. 1990 > [1] 1204 • [2] 1522, 1859, 2137, 2689 • [3] 3797
199. / 7. 3. 1990 > [1] 1289–1290 • [2] 1524, 1860, 2727, 2748, 2880 • [3] 3038
200. / 8. 3. 1990 > [2] 1523, 1525, 1860–1861, 2196–2197, 2727 • [3] 3476
201. / 14. 3. 1990 > [1] 1352, 1360 • [2] 1526, 2688, 2727, 2749
202. / 15. 3. 1990 > [1] 1263, 1348–1349 • [2] 1861, 2689, 2727 • [3] 2998

- 203. / 28. 3. 1990** > [2] 1528, 1861, 2727, 2749
- 204. / 29. 3. 1990** > [1] 1424 •
[2] 1767, 1861–1862, 1970, 2627, 2687, 2690 • [3] 3161
- 205. / 30. 3. 1990** > [1] 1363 •
[2] 1529, 1767, 1970 • [3] 3476
- 206. / 25. 4. 1990** > [1] 1296, 1343 •
[2] 1531, 1862, 2728, 2749
- 207. / 26. 4. 1990** > [2] 1532, 1728, 1767, 1862, 1970, 1991, 2627, 2688, 2691, 2728
- 208. / 27. 4. 1990** > [1] 1204 •
[2] 1533, 1767, 1991, 2728 •
[3] 3162, 3667
- 209. / 9. 5. 1990** > [2] 2728
- 210. / 10. 5. 1990** > [1] 1204, 1376 •
[2] 1535, 1862, 2689–2690, 2728 •
[3] 3476, 3667
- 211. / 11. 5. 1990** > [1] 1337, 1342 •
[2] 1665, 2690
- 212. / 23. 5. 1990** > [1] 37 • [2] 1538, 1665 • [3] 3476, 3667
- 213. / 30. 5. 1990** > [2] 1539, 2728, 2749
- 214. / 31. 5. 1990** > [1] 1337, 1353, 1421, 1423, 1425 • [2] 1540, 1718, 1767, 1862, 1970, 2627, 2689, 2880 • [3] 3039
- 215. / 1. 6. 1990** > [2] 1767, 2627, 2689
- 216. / 20. 6. 1990** > [1] 1263, 1314, 1425 • [2] 1542, 1862–1863, 1983, 2241, 2628, 2689, 2691, 2809 •
[3] 3155, 3476
- 217. / 21. 6. 1990** > [1] 1204 •
[2] 1543, 1704, 1767, 1863–1868, 1970, 1974, 2474, 2629, 2880 •
[3] 3476, 3668
- 218. / 22. 6. 1990** > [1] 1337 •
[2] 2261–2262
- 219. / 8. 8. 1990** > [2] 1549, 1665 •
[3] 3477
- 220. / 9. 8. 1990** > [2] 1549, 1665, 1718, 1768, 1869, 2804, 2880 •
[3] 3860
- 221. / 23. 8. 1990** > [1] 37, 1204 •
[2] 1551, 1665–1666, 1718, 2629 •
[3] 3477, 3668, 3865
- 222. / 5. 9. 1990** > [2] 1554–1555, 1869 • [3] 3087, 3477
- 223. / 12. 9. 1990** > [2] 1556, 2728, 2749
- 224. / 13. 9. 1990** > [1] 1364 •
[2] 1556, 2261, 2688, 2691, 2728 •
[3] 3039, 3176, 3205, 3221
- 225. / 19. 9. 1990** > [1] 1364, 1425 •
[2] 1869, 2627, 2728
- 226. / 20. 9. 1990** > [1] 1204, 1289, 1329, 1480 • [2] 1559, 1601, 1768, 1870–1877, 1970, 2474, 2629 •
[3] 2974, 3351, 3477, 3668, 3877
- 227. / 21. 9. 1990** > [2] 1560, 2690, 2728 • [3] 2996–2997
- 228. / 4. 10. 1990** > [1] 870, 936–937, 1204 • [2] 1498, 1501, 1564, 1632–1633, 2425–2426 • [3] 3669
- 229. / 5. 10. 1990** > [1] 38, 1425 •
[2] 1499, 1565, 1633, 1768, 1877–1878, 2425–2426, 2630 • [3] 2997, 3669
- 230. / 24. 10. 1990** > [1] 898, 1423 •
[2] 1705, 1878, 2630, 2728, 2880 •
[3] 3257, 3669
- 231. / 25. 10. 1990** > [1] 1344, 1364 •
[2] 1768, 1878, 1970, 2687, 2689–2690, 2728
- 232. / 26. 10. 1990** > [1] 1301, 1353 • [2] 2196, 2262–2263 • [3] 3477
- 233. / 30. 10. 1990** > [1] 1289, 1297, 1329, 1376–1377 • [2] 1879, 2198, 2690–2691, 2728, 2877–2878
- 234. / 31. 10. 1990** > [1] 396, 1309–1310, 1337–1338, 1425–1426 •
[2] 1879, 2248, 2261–2262, 2691, 2728, 2746, 2749, 2778, 2827, 2879, 2881, 2900 • [3] 3105–3106
- 235. / 15. 11. 1990** > [1] 1205 •
[2] 1666, 1718
- 236. / 22. 11. 1990** > [1] 301, 1205 •
[2] 1718, 1880 • [3] 3669

12. Wahlperiode (1990–94)

- 1. / 20. 12. 1990** > [1] 58, 300–301, 396, 399–400, 868, 877, 1062, 1142 • [2] 1565, 1633, 1769 •
[3] 3389, 3670
- 2. / 14. 1. 1991** > [1] 1205 • [2] 1633, 1666, 1769, 1880 • [3] 3670
- 3. / 17. 1. 1991** > [1] 1024, 1062, 1142, 1145, 1173, 1205 • [2] 1769 • [3] 3670
- 4. / 18. 1. 1991** > [1] 1062, 1142, 1145
- 5. / 30. 1. 1991** > [1] 1142, 1173, 1186, 1205 • [2] 1684, 2091, 2105, 2108, 2241 • [3] 3670
- 6. / 31. 1. 1991** > [1] 1173, 1186, 1205 • [2] 1684
- 7. / 1. 2. 1991** > [1] 1186–1187, 1205, 1373 • [2] 1684, 1880
- 8. / 20. 2. 1991** > [2] 2729
- 9. / 21. 2. 1991** > [1] 899, 1205 •
[2] 2091, 2108, 2476, 2729, 2882 •
[3] 3257, 3670
- 10. / 22. 2. 1991** > [1] 1205
- 11. / 27. 2. 1991** > [2] 2729, 2749
- 12. / 28. 2. 1991** > [1] 1329 •
[2] 2259–2260, 2729
- 13. / 12. 3. 1991** > [2] 2262, 2426, 2800
- 14. / 13. 3. 1991** > [2] 2800
- 15. / 14. 3. 1991** > [2] 2800
- 16. / 15. 3. 1991** > [2] 2426, 2630
- 17. / 20. 3. 1991** > [2] 2749
- 18. / 21. 3. 1991** > [1] 1263 •
[2] 2263, 2729
- 19. / 22. 3. 1991** > [2] 1881
- 20. / 17. 4. 1991** > [1] 1205 •
[2] 2729, 2749
- 21. / 18. 4. 1991** > [2] 2729
- 23. / 25. 4. 1991** > [2] 1881, 2264, 2729 • [3] 3670
- 24. / 26. 4. 1991** > [2] 2729
- 25. / 14. 5. 1991** > [1] 1348 •
[2] 1633, 1769, 1881, 2631, 2729 •
[3] 3014, 3670
- 26. / 4. 6. 1991** > [2] 1633, 2800, 2919–2920
- 27. / 5. 6. 1991** > [2] 2800
- 28. / 6. 6. 1991** > [2] 1769, 2199, 2800 • [3] 3670
- 29. / 7. 6. 1991** > [2] 1769, 1881, 1970, 2800
- 30. / 12. 6. 1991** > [2] 2729, 2749
- 31. / 13. 6. 1991** > [1] 1296, 1343 •
[2] 1705, 2692, 2729, 2882 •
[3] 3616
- 32. / 14. 6. 1991** > [2] 2729
- 33. / 19. 6. 1991** > [2] 1718, 1769, 1881, 2730 • [3] 3002, 3155, 3477
- 34. / 20. 6. 1991** > [1] 1476, 1481–1485 • [2] 1602, 1604–1607, 1609, 1611–1614, 1616, 1619–1622, 1705–1706, 1769, 1881–1882, 1893–1895, 1928–1929 • [3] 3325, 3351–3352, 3364, 3389, 3671
- 35. / 21. 6. 1991** > [2] 1882–1883, 2730
- 36. / 3. 9. 1991** > [2] 2800
- 37. / 4. 9. 1991** > [1] 1205 • [2] 2800
- 38. / 5. 9. 1991** > [2] 2800

- 39. / 6. 9. 1991** > [1] 1205
40. / 18. 9. 1991 > [2] 2730, 2749
41. / 19. 9. 1991 > [2] 2241 •
 [3] 3176
42. / 20. 9. 1991 > [2] 2730
43. / 25. 9. 1991 > [2] 1718, 2730, 2749
44. / 26. 9. 1991 > [2] 1705 •
 [3] 3671
45. / 27. 9. 1991 > [1] 1426 •
 [2] 2262
46. / 9. 10. 1991 > [2] 2730, 2749
47. / 10. 10. 1991 > [2] 2730
48. / 11. 10. 1991 > [1] 1336, 1426
49. / 16. 10. 1991 > [2] 2730, 2750
50. / 17. 10. 1991 > [2] 1883–1885, 2692, 2730
51. / 18. 10. 1991 > [2] 1718
52. / 30. 10. 1991 > [1] 1426 •
 [2] 1719, 2265, 2730
53. / 6. 11. 1991 > [1] 1205 •
 [2] 2730
54. / 7. 11. 1991 > [2] 2692, 2730 •
 [3] 3041, 3205, 3221
55. / 8. 11. 1991 > [1] 1427
56. / 13. 11. 1991 > [2] 2730
57. / 14. 11. 1991 > [1] 1342, 1427 •
 [2] 1719, 2242, 2730, 2750 •
 [3] 3041
58. / 15. 11. 1991 > [1] 1364, 1427
59. / 26. 11. 1991 > [2] 2800
60. / 27. 11. 1991 > [2] 1769, 1885, 2800
61. / 28. 11. 1991 > [2] 2800 •
 [3] 3014, 3671
62. / 29. 11. 1991 > [2] 1610, 1769, 2800 • [3] 3353
63. / 4. 12. 1991 > [2] 2731, 2750
64. / 5. 12. 1991 > [1] 396 • [2] 1719, 1769, 1886, 2692, 2731 • [3] 3000, 3041, 3671
65. / 6. 12. 1991 > [1] 1288 •
 [2] 1719, 2731
66. / 11. 12. 1991 > [2] 2731, 2750
67. / 12. 12. 1991 > [1] 1331 •
 [2] 1887, 2248, 2693, 2809
68. / 13. 12. 1991 > [1] 1205
69. / 15. 1. 1992 > [2] 2731
70. / 16. 1. 1992 > [2] 1719, 2731
71. / 17. 1. 1992 > [2] 2692
72. / 22. 1. 1992 > [2] 2731, 2750
73. / 23. 1. 1992 > [1] 1374, 1427 •
 [2] 2693, 2882 • [3] 3041
74. / 24. 1. 1992 > [1] 1374
75. / 12. 2. 1992 > [2] 2731, 2750
76. / 13. 2. 1992 > [2] 1770
77. / 14. 2. 1992 > [2] 2265 •
 [3] 3671
78. / 19. 2. 1992 > [2] 2731, 2750
79. / 20. 2. 1992 > [1] 1282 •
 [2] 2731
80. / 21. 2. 1992 > [2] 2731
81. / 11. 3. 1992 > [2] 2731, 2750
82. / 12. 3. 1992 > [2] 1887, 2265, 2693, 2731, 2882 • [3] 3042, 3671
83. / 13. 3. 1992 > [1] 1348 •
 [2] 2731
84. / 18. 3. 1992 > [2] 2732, 2750
85. / 19. 3. 1992 > [1] 1205 •
 [2] 1719, 1887, 2732
86. / 20. 3. 1992 > [2] 1887, 2693
87. / 2. 4. 1992 > [1] 1205, 1666
88. / 29. 4. 1992 > [2] 2750
89. / 30. 4. 1992 > [2] 1770 •
 [3] 2974, 3002
91. / 7. 5. 1992 > [1] 1296–1297 •
 [2] 2732
92. / 8. 5. 1992 > [2] 2692
93. / 20. 5. 1992 > [1] 1205, 1427 •
 [2] 1633, 1887–1889, 2264, 2266, 2693, 2732
94. / 3. 6. 1992 > [1] 1428 • [2] 1633, 2732, 2750
95. / 4. 6. 1992 > [2] 1889, 2631
96. / 5. 6. 1992 > [2] 1889, 2631, 2693
97. / 17. 6. 1992 > [1] 1206, 1346 •
 [2] 1770, 1889, 2427, 2693 •
 [3] 3155, 3477
98. / 24. 6. 1992 > [2] 1770, 1890, 2427, 2751, 2809 • [3] 3155
99. / 25. 6. 1992 > [2] 1706, 1770, 1890–1892, 1970, 2004, 2631 •
 [3] 2999
100. / 26. 6. 1992 > [1] 1343, 1374, 1428 • [2] 1614, 1619, 1706, 1770, 1892–1896, 2004, 2732
101. / 22. 7. 1992 > [1] 1206 •
 [2] 1667, 1719 • [3] 3001
102. / 8. 9. 1992 > [2] 2800
103. / 9. 9. 1992 > [2] 1896, 2800
104. / 10. 9. 1992 > [2] 2800
106. / 23. 9. 1992 > [2] 2732, 2751
107. / 24. 9. 1992 > [2] 1896
108. / 25. 9. 1992 > [1] 1206
109. / 7. 10. 1992 > [2] 2751
110. / 8. 10. 1992 > [1] 1365 •
 [2] 1706, 1719, 1771 • [3] 3177
111. / 9. 10. 1992 > [2] 2694, 2732
112. / 14. 10. 1992 > [2] 2732
113. / 15. 10. 1992 > [2] 1719, 1771, 1896–1897
114. / 16. 10. 1992 > [2] 2266, 2693 •
 [3] 3672
115. / 29. 10. 1992 > [1] 1254 •
 [2] 1633, 1897, 2901 • [3] 3327
- / 30. 10. 1992 > [2] 2018, 2882 •
 [3] 3328–3329
116. / 4. 11. 1992 > [1] 1263 •
 [2] 1633, 2693, 2732, 2751 •
 [3] 3330
117. / 5. 11. 1992 > [1] 1290, 1347 •
 [2] 1898, 2693, 2732
118. / 6. 11. 1992 > [2] 1898, 2693, 2732 • [3] 3623
119. / 11. 11. 1992 > [2] 1707, 2732
120. / 12. 11. 1992 > [1] 1338, 1375, 1427–1428 • [2] 2259, 2694, 2751
121. / 13. 11. 1992 > [2] 2732
122. / 24. 11. 1992 > [2] 1633, 2800, 2882 • [3] 3330
123. / 25. 11. 1992 > [2] 1771, 1898, 2477, 2800
124. / 26. 11. 1992 > [2] 1898, 2800
125. / 27. 11. 1992 > [2] 1771, 1899, 1971, 2800
126. / 2. 12. 1992 > [1] 1311 •
 [2] 1771, 1900–1901, 2267, 2477, 2632, 2883 • [3] 2975, 3042, 3672
127. / 9. 12. 1992 > [2] 1771, 1902–1905, 1971, 2261, 2633, 2733, 2751
128. / 10. 12. 1992 > [1] 1206, 1314 •
 [2] 1719, 1771, 1905–1906, 2693–2694
129. / 11. 12. 1992 > [2] 1906, 2733 • [3] 3356
130. / 13. 1. 1993 > [2] 1906, 2733, 2751
131. / 14. 1. 1993 > [1] 1290–1291, 1376 • [2] 1771, 1906–1907, 2694, 2733
132. / 15. 1. 1993 > [2] 1907–1908, 2733 • [3] 3001, 3043, 3206
133. / 20. 1. 1993 > [2] 2751
134. / 21. 1. 1993 > [2] 1719, 2733
135. / 22. 1. 1993 > [1] 1329 •
 [2] 2199, 2693
136. / 3. 2. 1993 > [2] 2733, 2752
137. / 4. 2. 1993 > [2] 1908, 2693
138. / 5. 2. 1993 > [1] 1429 •
 [2] 2694
139. / 10. 2. 1993 > [2] 2733, 2751
140. / 11. 2. 1993 > [1] 1297, 1315 •
 [2] 2694, 2733 • [3] 3129–3130
141. / 12. 2. 1993 > [1] 1348–1349, 1353 • [2] 1771, 1908, 2733
142. / 3. 3. 1993 > [2] 2733
143. / 4. 3. 1993 > [2] 2828
145. / 10. 3. 1993 > [2] 2733
146. / 11. 3. 1993 > [2] 1908
147. / 12. 3. 1993 > [2] 2260, 2692, 2694
148. / 24. 3. 1993 > [2] 2733, 2752
149. / 25. 3. 1993 > [1] 1206, 1361 •
 [2] 2694, 2733
150. / 26. 3. 1993 > [2] 1719, 1908

- 151. / 21. 4. 1993** > [1] 1206 •
 [2] 1771–1772, 1908–1909, 2752
152. / 22. 4. 1993 > [1] 1429 •
 [2] 2694, 2733
153. / 23. 4. 1993 > [2] 2694
154. / 28. 4. 1993 > [2] 2752
155. / 29. 4. 1993 > [1] 39, 1348 •
 [2] 1909, 2733
158. / 13. 5. 1993 > [2] 2734
159. / 14. 5. 1993 > [2] 2694
160. / 26. 5. 1993 > [2] 1707, 1772,
 1909–1915, 1971, 2633 • [3] 2975
161. / 27. 5. 1993 > [1] 1297 •
 [2] 1772, 1915–1916, 1971, 2633
162. / 16. 6. 1993 > [1] 1206 •
 [2] 1916, 2734, 2752
163. / 17. 6. 1993 > [2] 1719, 1916–
 1917, 2199, 2694
164. / 18. 6. 1993 > [2] 1772, 2308,
 2695 • [3] 3177
165. / 23. 6. 1993 > [1] 1284, 1365,
 1376 • [2] 2734
166. / 24. 6. 1993 > [2] 2809 •
 [3] 3478
167. / 30. 6. 1993 > [2] 1917–1918,
 2695, 2734, 2756–2757
168. / 1. 7. 1993 > [1] 1427 •
 [2] 1918, 2734
169. / 2. 7. 1993 > [2] 1772, 1919,
 2734 • [3] 3043, 3090, 3572
170. / 12. 7. 1993 > [2] 1667, 1719,
 2242
171. / 7. 9. 1993 > [2] 2801
172. / 8. 9. 1993 > [2] 2801
173. / 9. 9. 1993 > [2] 2801
174. / 10. 9. 1993 > [2] 1633, 2801
175. / 22. 9. 1993 > [2] 1633, 2734,
 2752, 2882 • [3] 3332
176. / 23. 9. 1993 > [1] 1206, 1284,
 1301–1302 • [2] 1719, 1919, 2695,
 2734
177. / 24. 9. 1993 > [2] 1919, 2694,
 2734
178. / 29. 9. 1993 > [2] 2734, 2752
179. / 30. 9. 1993 > [1] 1291 •
 [2] 1772, 1920, 2200, 2308 •
 [3] 3673
180. / 1. 10. 1993 > [1] 1428 •
 [2] 1772, 1920, 1971, 2634
181. / 20. 10. 1993 > [2] 2734, 2752
182. / 21. 10. 1993 > [1] 1206 •
 [2] 2694–2695, 2734
183. / 22. 10. 1993 > [2] 1772,
 1921–1923, 1971, 2634
184. / 27. 10. 1993 > [2] 2734, 2752
185. / 28. 10. 1993 > [2] 1719, 1923,
 2200, 2694–2695, 2734
186. / 29. 10. 1993 > [2] 1719, 2200,
 2696, 2735 • [3] 3673
187. / 9. 11. 1993 > [2] 2018
188. / 10. 11. 1993 > [2] 2735, 2753
189. / 11. 11. 1993 > [1] 1206, 1310,
 1329, 1331 • [2] 1923, 2696, 2735
190. / 12. 11. 1993 > [1] 319 •
 [2] 1923–1924, 2735, 2883 •
 [3] 3043, 3673
191. / 23. 11. 1993 > [2] 1924, 2801
192. / 24. 11. 1993 > [2] 1772, 2801
193. / 25. 11. 1993 > [2] 1924, 2634,
 2801
194. / 26. 11. 1993 > [1] 1338 •
 [2] 1772, 1924, 1971, 2801
195. / 1. 12. 1993 > [2] 2696, 2735
196. / 2. 12. 1993 > [1] 1429 •
 [2] 1772, 1924–1925, 2634, 2695,
 2735 • [3] 2975
197. / 3. 12. 1993 > [1] 1206, 1361 •
 [2] 1925, 2695
198. / 8. 12. 1993 > [2] 1925, 2753
199. / 9. 12. 1993 > [2] 1925, 2265
200. / 10. 12. 1993 > [1] 1290 •
 [2] 1719, 1772, 1925–1926, 2695
201. / 12. 1. 1994 > [2] 2735
202. / 13. 1. 1994 > [1] 1206 •
 [2] 2693, 2735
203. / 14. 1. 1994 > [2] 2695, 2735
205. / 20. 1. 1994 > [1] 1206, 1311,
 1429–1430 • [2] 1707, 1926, 2695
 • [3] 3001
207. / 2. 2. 1994 > [2] 2200, 2735,
 2753
208. / 3. 2. 1994 > [1] 1376 •
 [2] 2694–2695
209. / 4. 2. 1994 > [2] 2200 •
 [3] 3572, 3673
210. / 24. 2. 1994 > [1] 1311, 1361
211. / 25. 2. 1994 > [2] 1773, 1926–
 1928 • [3] 3363, 3391–3392, 3673
212. / 2. 3. 1994 > [2] 2753
213. / 3. 3. 1994 > [2] 1719, 2695–
 2696, 2735
214. / 4. 3. 1994 > [2] 2695
215. / 9. 3. 1994 > [2] 2735, 2753
216. / 10. 3. 1994 > [1] 39, 1206,
 1339, 1343 • [2] 1482–1483, 1621,
 1707, 1928–1930, 2635, 2696 •
 [3] 3044, 3364, 3674
217. / 11. 3. 1994 > [2] 1719, 1930,
 2696
218. / 13. 4. 1994 > [1] 1206 •
 [2] 2735, 2753
219. / 14. 4. 1994 > [1] 1206, 1302,
 1430 • [2] 1708, 1930, 2736
220. / 15. 4. 1994 > [1] 1430 •
 [3] 3177
222. / 21. 4. 1994 > [1] 1361, 1375,
 1426 • [2] 1773, 1931, 1971, 2736
223. / 22. 4. 1994 > [1] 1207 •
 [2] 1931
224. / 27. 4. 1994 > [2] 1931
225. / 28. 4. 1994 > [1] 1297, 1428,
 1431 • [2] 1719, 1931–1932,
 2695–2696
226. / 29. 4. 1994 > [2] 1932, 2634
227. / 18. 5. 1994 > [2] 2736 •
 [3] 3156, 3478
228. / 19. 5. 1994 > [1] 1302, 1311 •
 [2] 1932, 2753
229. / 20. 5. 1994 > [1] 1428 •
 [2] 1773, 1932–1935, 1971, 2635 •
 [3] 3000
230. / 26. 5. 1994 > [1] 1376–1377,
 1427–1428 • [2] 1708, 1773,
 1936–1937, 1971, 2695–2697 •
 [3] 2999
231. / 27. 5. 1994 > [1] 1207, 1429–
 1430
232. / 15. 6. 1994 > [1] 1291, 1315 •
 [2] 2753
233. / 16. 6. 1994 > [1] 1207, 1297,
 1302, 1349, 1427, 1429–1430 •
 [2] 1773, 1937–1939, 1971
234. / 17. 6. 1994 > [2] 1939, 2265–
 2266
235. / 23. 6. 1994 > [1] 1282, 1284,
 1288 • [2] 1940–1941, 2199, 2693,
 2695–2697, 2736
236. / 24. 6. 1994 > [2] 1773, 2266,
 2695, 2697 • [3] 3044
237. / 29. 6. 1994 > [1] 39, 1207,
 1275, 1284, 1310, 1329–1330,
 1339 • [2] 1773, 1942–1944, 1971,
 2635, 2695, 2697, 2809 • [3] 2976,
 3400
238. / 30. 6. 1994 > [2] 1633, 1773,
 1944–1948 • [3] 2999–3003, 3130,
 3674
239. / 1. 7. 1994 > [2] 1633
240. / 22. 7. 1994 > [1] 1207 •
 [2] 1667, 1773–1774, 1948–1949
241. / 6. 9. 1994 > [2] 1774, 1949–
 1950, 2635, 2801 • [3] 2976,
 2999–3002, 3674
242. / 7. 9. 1994 > [2] 1668, 1983,
 2801
243. / 21. 9. 1994 > [1] 301, 1207,
 1365 • [2] 1668, 1719, 1951–1952,
 2200, 2264–2265, 2696–2697 •
 [3] 3177, 3674

13. Wahlperiode (1994⁻¹)

- 1. / 10. 11. 1994** > [1] 300–301, 868, 871, 877–879, 1142 • [2] 1633, 1774, 2780, 2883 • [3] 3106, 3674
2. / 15. 11. 1994 > [1] 1024, 1142, 1173 • [2] 1775 • [3] 3502
3. / 15. 11. 1994 > [1] 1024 • [3] 3675
4. / 17. 11. 1994 > [1] 1142
5. / 23. 11. 1994 > [1] 1142, 1173, 1187, 1207 • [2] 1684 • [3] 3675
6. / 24. 11. 1994 > [1] 1187, 1207 • [2] 1684, 1775
7. / 25. 11. 1994 > [1] 1187–1188, 1207 • [2] 1684
8. / 14. 12. 1994 > [2] 2801
9. / 15. 12. 1994 > [2] 1775, 2589, 2801 • [3] 3106, 3675
10. / 16. 12. 1994 > [2] 2801, 2883
11. / 18. 1. 1995 > [2] 2736, 2754
12. / 19. 1. 1995 > [1] 1207 • [2] 1720, 2736
13. / 20. 1. 1995 > [2] 2200
14. / 25. 1. 1995 > [2] 2736, 2754
15. / 26. 1. 1995 > [2] 2736
17. / 8. 2. 1995 > [2] 1720, 2754
18. / 9. 2. 1995 > [1] 1207
20. / 15. 2. 1995 > [2] 2754
21. / 16. 2. 1995 > [1] 1207 • [2] 1775, 2082
22. / 17. 2. 1995 > [2] 1708
23. / 8. 3. 1995 > [2] 1708, 1720, 2736, 2754
24. / 9. 3. 1995 > [1] 900 • [2] 2264, 2736 • [3] 3047, 3368, 3675
26. / 15. 3. 1995 > [2] 2754
27. / 16. 3. 1995 > [1] 1207 • [2] 2697
28. / 17. 3. 1995 > [1] 1207 • [2] 1775
29. / 28. 3. 1995 > [2] 2801
30. / 29. 3. 1995 > [2] 2480, 2801
31. / 30. 3. 1995 > [2] 1775, 2801 • [3] 3162, 3675
32. / 31. 3. 1995 > [2] 1775, 1972, 2801
33. / 26. 4. 1995 > [1] 1207 • [2] 1720, 1775, 2201, 2736, 2754 • [3] 3497
 – / **28. 4. 1995** > [2] 2018
35. / 11. 5. 1995 > [2] 2201, 2293 • [3] 3675
36. / 12. 5. 1995 > [2] 1775 • [3] 3004
37. / 17. 5. 1995 > [2] 2736, 2754
38. / 18. 5. 1995 > [1] 1208, 1264 • [2] 1775, 1972, 2736
39. / 19. 5. 1995 > [2] 1775
40. / 31. 5. 1995 > [2] 2736, 2754
41. / 1. 6. 1995 > [1] 1208 • [2] 1720, 2267–2268, 2697 • [3] 3675
42. / 2. 6. 1995 > [2] 1775, 1972, 2480, 2804 • [3] 3092
43. / 21. 6. 1995 > [1] 1349 • [2] 2737, 2754 • [3] 3004
44. / 22. 6. 1995 > [1] 1208 • [2] 1720, 2267–2268, 2737 • [3] 3675
45. / 23. 6. 1995 > [2] 1775, 1972, 2737 • [3] 3156, 3478
47. / 29. 6. 1995 > [1] 1343, 1349, 1375 • [2] 1709, 1775–1776, 1972, 2202 • [3] 3003
48. / 30. 6. 1995 > [2] 1776
49. / 13. 7. 1995 > [2] 1668, 1720, 2737
50. / 5. 9. 1995 > [2] 2801
51. / 6. 9. 1995 > [2] 2801
52. / 7. 9. 1995 > [2] 2801
53. / 8. 9. 1995 > [2] 2801
55. / 21. 9. 1995 > [1] 383 • [2] 1709, 1776, 1972, 2308, 2698, 2754, 2781, 2884–2885, 2901 • [3] 2976, 3049, 3107, 3210–3211, 3217, 3675
56. / 22. 9. 1995 > [1] 1208
57. / 27. 9. 1995 > [2] 2737, 2754
58. / 28. 9. 1995 > [2] 1720, 2202, 2230, 2884, 2901 • [3] 3675
59. / 29. 9. 1995 > [3] 3004
60. / 11. 10. 1995 > [2] 2754
61. / 12. 10. 1995 > [1] 1208, 1264, 1375 • [2] 2698
62. / 13. 10. 1995 > [2] 1776, 1972
63. / 25. 10. 1995 > [1] 1208 • [2] 2737
64. / 26. 10. 1995 > [2] 1709, 1720, 2268, 2698
65. / 27. 10. 1995 > [1] 1208, 1350 • [2] 2737
66. / 7. 11. 1995 > [2] 2801, 2920
67. / 8. 11. 1995 > [1] 1375 • [2] 1776, 2480, 2801
68. / 9. 11. 1995 > [2] 2801
69. / 10. 11. 1995 > [2] 1776, 1972, 2480, 2801
70. / 22. 11. 1995 > [2] 2737
71. / 23. 11. 1995 > [2] 2293, 2698, 2737
72. / 24. 11. 1995 > [2] 2698
73. / 29. 11. 1995 > [2] 2737, 2754
74. / 30. 11. 1995 > [1] 1208 • [2] 1776–1777
75. / 1. 12. 1995 > [1] 1291 • [2] 1710 • [3] 3212
76. / 6. 12. 1995 > [1] 1208 • [2] 1777
77. / 7. 12. 1995 > [1] 1208 • [2] 1720, 2268–2269, 2699, 2737 • [3] 3676
78. / 8. 12. 1995 > [2] 1777, 1972, 2294, 2737, 2885 • [3] 3048, 3212, 3676
79. / 17. 1. 1996 > [2] 2737
80. / 18. 1. 1996 > [2] 2698, 2738, 2809
 – / **19. 1. 1996** > [2] 2018
82. / 31. 1. 1996 > [1] 1264 • [2] 2738
83. / 1. 2. 1996 > [1] 1301 • [2] 1777, 2697–2700
84. / 2. 2. 1996 > [1] 1208
85. / 7. 2. 1996 > [2] 2738, 2755
86. / 8. 2. 1996 > [1] 1208 • [2] 1777
87. / 9. 2. 1996 > [2] 1777, 1972
88. / 28. 2. 1996 > [2] 1720, 2738, 2755
89. / 29. 2. 1996 > [2] 2699 • [3] 3178
91. / 6. 3. 1996 > [2] 2738, 2755
92. / 7. 3. 1996 > [2] 2738
93. / 8. 3. 1996 > [2] 2700
95. / 14. 3. 1996 > [2] 1720, 2269, 2294
96. / 15. 3. 1996 > [2] 1777, 1972, 2698
97. / 17. 4. 1996 > [2] 2738, 2755
98. / 18. 4. 1996 > [1] 1338 • [2] 1710
99. / 19. 4. 1996 > [1] 1325 • [2] 1710
100. / 24. 4. 1996 > [2] 2738
101. / 25. 4. 1996 > [1] 1208 • [2] 2699
102. / 26. 4. 1996 > [1] 1209
103. / 8. 5. 1996 > [2] 2738
104. / 9. 5. 1996 > [1] 1330 • [2] 1710, 1720, 1777, 1972, 2269, 2699, 2738 • [3] 3676
105. / 10. 5. 1996 > [1] 1291
106. / 22. 5. 1996 > [2] 2755
107. / 23. 5. 1996 > [2] 2202, 2242, 2699
108. / 24. 5. 1996 > [1] 1431 • [2] 2699
109. / 12. 6. 1996 > [2] 1720, 2755

1) Stand: 31. August 1997

- 110. / 13. 6. 1996** > [1] 1209 •
 [2] 1777–1778, 2699, 2702, 2738 •
 [3] 3048, 3212–3213
- 111. / 14. 6. 1996** > [2] 2739
- 112. / 19. 6. 1996** > [2] 2739, 2755
- 113. / 20. 6. 1996** > [1] 1315, 1346 •
 [2] 2698, 2701, 2739
- 114. / 21. 6. 1996** > [2] 1778, 1972
- 115. / 26. 6. 1996** > [2] 2739
- 116. / 27. 6. 1996** > [1] 1298 •
 [2] 1778, 2739 • [3] 3005
- 117. / 28. 6. 1996** > [2] 1778, 1972
- 118. / 9. 7. 1996** > [2] 1668, 2202
- 119. / 29. 8. 1996** > [2] 1669, 1720
- 120. / 10. 9. 1996** > [2] 2802
- 121. / 11. 9. 1996** > [2] 2802
- 122. / 12. 9. 1996** > [2] 2802
- 123. / 13. 9. 1996** > [2] 1720, 1778,
 2802
- 124. / 25. 9. 1996** > [2] 2739, 2755
- 125. / 26. 9. 1996** > [2] 2739
- 126. / 27. 9. 1996** > [1] 1431 •
 [2] 2293, 2699
- 128. / 10. 10. 1996** > [1] 1209 •
 [2] 1720, 1778, 2698, 2739
- 129. / 11. 10. 1996** > [1] 40 •
 [2] 2293, 2739, 2885 • [3] 3156,
 3478, 3676
- 130. / 16. 10. 1996** > [2] 2755
- 131. / 17. 10. 1996** > [2] 2699–2701,
 2739
- 132. / 18. 10. 1996** > [2] 2202, 2739
- 133. / 30. 10. 1996** > [2] 1669
- 134. / 6. 11. 1996** > [2] 2739, 2755
- 135. / 7. 11. 1996** > [2] 1778, 1972–
 1973, 2699, 2702–2701 • [3] 3178
- 136. / 8. 11. 1996** > [2] 1778, 1973
- 137. / 13. 11. 1996** > [2] 2739
- 138. / 14. 11. 1996** > [2] 1627,
 1778–1779, 1973, 2699–2702
- 139. / 15. 11. 1996** > [1] 384, 1339 •
 [2] 1779, 1973, 2701
- 140. / 26. 11. 1996** > [2] 2802
- 141. / 27. 11. 1996** > [2] 1779, 2481,
 2802
- 142. / 28. 11. 1996** > [2] 2802
- 143. / 29. 11. 1996** > [2] 1779, 1973,
 2802
- 144. / 4. 12. 1996** > [2] 2739, 2755
- 145. / 5. 12. 1996** > [1] 1209, 1284,
 1291 • [2] 2700, 2740
- 147. / 11. 12. 1996** > [2] 2740, 2756
- 148. / 12. 12. 1996** > [1] 1209 •
 [2] 1720, 2308 • [3] 3400
- 149. / 13. 12. 1996** > [2] 1720, 1779
- 150. / 15. 1. 1997** > [2] 2740
- 151. / 16. 1. 1997** > [1] 878 •
 [2] 1779, 2698–2702, 2740
- 152. / 17. 1. 1997** > [2] 2740
 – / **27. 1. 1997** > [2] 2018
- 154. / 30. 1. 1997** > [1] 1209 •
 [2] 1629, 1779, 2701–2702, 2740
- 155. / 31. 1. 1997** > [1] 1209 •
 [2] 1720, 1779, 1973
- 156. / 19. 2. 1997** > [2] 2740, 2756
- 157. / 20. 2. 1997** > [1] 1209 •
 [2] 2701–2702, 2740
- 158. / 21. 2. 1997** > [2] 2701
- 159. / 26. 2. 1997** > [2] 2740
- 160. / 27. 2. 1997** > [1] 1209 •
 [2] 1779, 2740 • [3] 3004
- 161. / 28. 2. 1997** > [2] 1779, 1973,
 2701
- 162. / 12. 3. 1997** > [2] 2740, 2756
- 163. / 13. 3. 1997** > [2] 1779–1790,
 2700–2701, 2885 • [3] 3005, 3107
- 164. / 14. 3. 1997** > [2] 1721
- 165. / 19. 3. 1997** > [2] 2740, 2756
- 166. / 20. 3. 1997** > [2] 1780, 1973,
 2701, 2703, 2740
- 167. / 21. 3. 1997** > [1] 1315 •
 [2] 2740 • [3] 3005, 3130
- 168. / 16. 4. 1997** > [2] 2741, 2756
- 169. / 17. 4. 1997** > [2] 1721, 2294,
 2698, 2702, 2741
- 170. / 18. 4. 1997** > [2] 2702
- 171. / 23. 4. 1997** > [2] 2741, 2756
- 172. / 24. 4. 1997** > [1] 1253 •
 [2] 1780
- 173. / 25. 4. 1997** > [2] 2741
- 174. / 14. 5. 1997** > [2] 2741, 2756
- 175. / 15. 5. 1997** > [1] 1264 •
 [2] 1780, 2700–2701, 2741
- 176. / 16. 5. 1997** > [2] 1669, 1721,
 2704
- 177. / 4. 6. 1997** > [1] 1209, 1254 •
 [2] 1780
- 179. / 6. 6. 1997** > [2] 2700
- 180. / 11. 6. 1997** > [1] 1209 •
 [2] 2741
- 181. / 12. 6. 1997** > [1] 1209 •
 [2] 1721, 1780–1781, 2702 •
 [3] 3213
- 183. / 25. 6. 1997** > [2] 1781, 1973
- 184. / 26. 6. 1997** > [1] 1362 •
 [2] 1781, 1973, 2700
- 185. / 27. 6. 1997** > [1] 1209 •
 [2] 2741
- 186. / 5. 8. 1997** > [1] 1209 •
 [2] 1669, 1721

35 Abkürzungen

A	= Ausschuß	Bd.	= Band
AA	= Auswärtiges Amt	Bek.	= Bekanntmachung
a.a.O.	= am angegebenen Ort	Ber.	= Bericht
Abg.	= Abgeordnete(r)	betr.	= betreffend
Abl.	= Ablehnung	BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
Abs.	= Absatz	BGBI. I	= Bundesgesetzblatt Teil I
abs.	= absolut	BGBI. II	= Bundesgesetzblatt Teil II
a.D.	= außer Dienst	BHO	= Bundeshaushaltsordnung
ÄndG	= Änderungsgesetz	BK	= Bundeskanzler
ÄR	= Ältestenrat	BKA	= Bundeskanzleramt
a.F.	= alte Fassung	BM, BMin	= Bundesminister(-ium)
AK	= Arbeitskreis der Fraktion	BPA	= Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Anl.	= Anlage	BPräs	= Bundespräsident
Ann.	= Annahme	BR, BRat	= Bundesrat
Antr.	= Antrag	BRD	= Bundesrepublik Deutschland
Antw.	= Antwort	BReg	= Bundesregierung
Art.	= Artikel des Grundgesetzes	BRH	= Bundesrechnungshof
Aufl.	= Auflage	BT	= Deutscher Bundestag
A, Aussch.	= Ausschuß	BTDDir	= Direktor beim Deutschen Bundestag
B	= Beilage	BT-Drs.	= Bundestags-Drucksache
BAnz	= Bundesanzeiger		

Hinweis

Wegen weiterer Abkürzungen siehe im vorliegenden **Datenhandbuch** außerdem:

- Abkürzungen der Bundesministerien auf Seite 1107–1108,
- Abkürzungen der für die Bundestagswahlen kandidierenden Parteien auf den Seiten 69–78.

Außerdem führt das Sachregister (Kapitel 32) an der entsprechenden alphabetischen Stelle sämtliche im **Datenhandbuch** vorkommenden Abkürzungen von Parteien, Fraktionen, Gremien, Institutionen usw. auf.

BTPräs	= Bundestagspräsident	GGÄndG	= Grundgesetz-Änderungsgesetz
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht	GGO	= Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
BVerfGE	= Entscheidung (auch: Entscheidungssammlung) des Bundesverfassungsgerichts	GO	= Geschäftsordnung
BWG	= Bundeswahlgesetz	GO BR	= Geschäftsordnung des Bundesrates
DDR	= Deutsche Demokratische Republik	GO BT	= Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
Diss.	= Dissertation	GO BT a.F.	= alte Fassung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (d. h. in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1970 [BGBl. I S. 628], zuletzt geändert durch Beschluß vom 19. Juni 1975 – Bekanntmachung vom 24. Juni 1974 [BGBl. I S. 1848])
DM	= Deutsche Mark	GO BT 1980	= Neufassung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (d. h. in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1980 [BGBl. I S. 1237])
Drs.	= Drucksache	GO VA	= Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses
EG	= Europäische Gemeinschaft	H	= Heft
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union)	Hrsg.; hrsg.	= Herausgeber; herausgegeben
Entw.	= Entwurf	i.d.F.d.Bek.	= in der Fassung der Bekanntmachung
EP	= Europäisches Parlament	IG	= Industrie-Gewerkschaft
Epl.	= Einzelplan (im Haushaltsplan)	IPA	= Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft
Erl.	= Erledigung	i.S.	= im Sinne
EStG	= Einkommensteuergesetz	Jg.	= Jahrgang
e.V.	= eingetragener Verein	Kap.	= Kapitel (im Haushaltsplan)
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	lfd. Nr.	= laufende Nummer
(f.)	= federführend	LL	= Landeslistenitze bzw. -mandate
f.	= folgende Seite	LT	= Landtag
FB	= Fachbereich	MdB	= Mitglied des Bundestages
Fn.	= Fußnote	MdEP	= Mitglied des Europäischen Parlaments
Fr	= Fraktion	MdL	= Mitglied des Landtages
Forts.	= Fortsetzung	Mdl. Ber.	= Mündlicher Bericht
Frtl.	= Fraktionslose(r)	MdPR	= Mitglied des Parlamentarischen Rates
frtl.	= fraktionslos		
FrVst	= Fraktionsvorstand		
FrW	= Fraktionswechsel		
G	= Gesetz		
GBL	= Gesetzblatt		
gem.	= gemäß		
GESTA	= Informationssystem „Stand der Gesetzgebung“		
GG	= Grundgesetz		

MdR	= Mitglied des Reichstages	Std.	= Stunde(n)
MdVk	= Mitglied der Volkskammer der DDR	StenBer	= Stenographischer Bericht/ Plenarprotokoll
mdWdGb	= mit der Wahrnehmung (auch: Weiterführung) der Geschäfte beauftragt	StGB	= Strafgesetzbuch
Mill./Mio.	= Million(en)	StS	= Staatssekretär
MPräs	= Ministerpräsident	stv. Vors.	= stellvertretender Vorsitzender
Mrd.	= Milliarde(n)	Tit.	= Titel (im Haushaltsplan)
n.F., NF	= neue Fassung; neue Folge	TO	= Tagesordnung
Nr.	= Nummer	TOP	= Tagesordnungspunkt
o.J.	= ohne Jahr	Überw.	= Überweisung
o.O.	= ohne Ort	UK	= Unterkommission
PR	= Parlamentarischer Rat	Umdr.	= Umdruck
Präs	= Präsident	VA	= Vermittlungsausschuß
PStS	= Parlamentarischer Staatssekretär	Verf.	= Verfassung
Ref.	= Referat	vgl.	= vergleiche
RGBL.	= Reichsgesetzblatt	Vors.	= Vorsitzender
RT	= Reichstag	VR	= Volksrepublik
RTPräs	= Reichstagspräsident	Vst	= Vorstand
s.	= siehe	WEU	= Westeuropäische Union
S.	= Seite	WiGBL	= Gesetzblatt für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
SBZ	= Sowjetische Besatzungszone	WK	= Wahlkreis, Wahlkreissitze bzw. -mandate
Sitz.	= Sitzung	WP	= Wahlperiode
Sitz-Nr.	= Sitzungs-Nummer	ZDF	= Zweites Deutsches Fernsehen
sog.	= sogenannt	ZK	= Zentralkomitee
Sp.	= Spalte		

36 NACHTRÄGE

Dieses Kapitel enthält Nachträge zu den im folgenden genannten Abschnitten. Während die Abschnitte im vorliegenden *Datenhandbuch* generell mit dem 31. August 1997 abbrechen, wurde eine Auswahl von wichtigen Themenbereichen getroffen, die ab September 1997 entweder bis zum Ende der 13. Wahlperiode oder bis kurz vor Drucklegung des dritten Bandes im Jahre 1999 fortgeschrieben werden. Es handelt sich um folgende Abschnitte:

	Seite	
1.1	Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen	4341
1.5	Verzeichnis der Parteien und Wählergruppen	4342
1.10	Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	4343
1.11	Wahlergebnisse auf Bundesebene.	4343
1.17	Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete	4345
1.19	Überhangmandate	4345
1.22	Stimmenanteil/Mandatsanteil	4345
1.25	Tag der Konstituierung	4346
2.1	Zahl der Abgeordneten	4346
2.4	Immunität und Indemnität	4346
2.6	Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft	4347
2.7	Verstorbene Politiker	4347
3.1	Altersgliederung	4348
3.2	Durchschnittsalter	4349
3.4	Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag	4349
3.11	Weibliche Abgeordnete	4349
3.12	Familienstand	4350
3.13	Konfession	4350
3.14	Schulabschluß und Hochschulbildung	4351
3.25	Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt	4352
4.1	Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten	4352
4.2	Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten	4353
4.7	Zahl der Sitzungen	4353
4.8	Alterspräsidenten	4353
5.2	Fraktionen und Gruppen: Statistik	4354
5.3	Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden.	4354
5.4	Fraktionswechsel und Fraktionsstärken	4354
5.6	Fraktionswechsel: Statistik	4354
5.7	Vorstände der Fraktionen und Gruppen.	4355
5.8	Partei- und Fraktionsvorsitzende	4357
6.1	Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler	4359
6.2	Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste.	4360
6.3	Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre	4361
6.5	Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz	4364
6.8	Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat	4365
6.11	Regierungserklärungen	4365
6.12	Kanzler- und Ministerrücktritte	4366

	Seite	
6.21	Regierungen in Bund und Ländern nach 1945	4367
7.3	Präsenz des Bundestages in Berlin	4367
7.8	Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik	4368
8.3	Plenarsitzungen: Statistik	4370
8.5	Sondersitzungen	4370
8.12	Arten der Abstimmung	4370
8.20	Ordnungsmaßnahmen	4371
8.21	Publizität der Verhandlungen	4371
9.1	Ausschüsse: Statistik	4372
9.2	Verzeichnis der Ausschüsse	4372
9.6	Öffentliche Anhörungen	4374
9.10	Untersuchungsausschüsse	4375
9.11	Enquete-Kommissionen	4375
11.5	Statistik zur Gesetzgebung	4377
11.8	Bundestag und Bundesrat	4377
11.9	Vermittlungsverfahren	4378
12.1	Anfragen	4378
12.2	Aktuelle Stunden	4379
14.2	Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation	4384
15.1	Gesetzgebung zum Parlamentsrecht	4385
17.3	Petitionen: Statistik	4386
18.2	Eingaben an den Wehrbeauftragten	4386
19.3	Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/Bundeskanzler	4387
20.3	Höhe der Diäten	4387
21.6	Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands	4387
26	Kurzchronik	4390

Nachtrag zu Abschnitt 1.1: Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen

Bis Ende der **13. Wahlperiode** wurden noch die folgenden beiden Wahlgesetze verabschiedet:

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes ¹⁾	a) B 90/GRÜNE b) 5. 6. 1997 c) 13/7854	Gewährung des aktiven Wahlrechts an alle Staatsbürger, sofern sie sich mindestens drei Monate ununterbrochen im Bundesgebiet aufgehalten haben.	a) 5. 3. 1998 b) 23. 4. 1998 BGBl. I S. 706

¹⁾ eingebracht als: Gesetz zur Aufhebung der Begrenzung des aktiven Wahlrechts für Deutsche, die nicht in den Gebieten der Mitgliedstaaten des Europarates leben

Gesetzes-Titel	eingebra- cht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag ²⁾	a) CDU/CSU und FDP b) 28. 4. 1998 c) 13/10533	Abschaffung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament. <i>Änderungen in der 2. Beratung:</i> Titeländerung; Aussetzung der Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag.	a) 25. 6. 1998 b) 28. 8. 1998 BGBl. I S. 2430

²⁾ eingebracht als: Gesetz zur Aufhebung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikaufhebungsgesetz)

Nachtrag zu Abschnitt 1.5: Verzeichnis der Parteien und Wählergruppen

Folgende Parteien sind bei der Bundestagswahl **1998** aufgetreten:

AB 2000	Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschland
APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
APPD	Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands
BFB	BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND – Die Freiheitlichen
BP	Bayernpartei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CHANCE 2000	CHANCE 2000
CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
Deutschland	Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DMP	Die MittelstandsPartei
DPD	DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DSU	Deutsche Soziale Union
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP ¹⁾	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
F.D.P./DPS ²⁾	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar
FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
FORUM	NEUES FORUM
FP Deutsch.	Freiheitliche Partei Deutschlands

¹⁾ Landesverband Baden-Württemberg der F.D.P.

²⁾ Landesverband Saarland der F.D.P.

FSU	FREISOZIALE UNION – Demokratische Mitte
GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GRÜNE/GAL	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grün-Alternative Liste
GRÜNE Saar	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Saarland der GRÜNEN
GRÜNE/B 90	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Brandenburg der GRÜNEN
HP	Humanistische Partei
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NATURGESETZ	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
Nichtwähler	Partei der Nichtwähler
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
PASS	Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit/Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pro DM	Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei
PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
REP	DIE REPUBLIKANER
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STATT Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
Tierschutz	Mensch Umwelt Tierschutz
ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei

In einigen Fällen ist aus technischen Gründen die Schreibweise der Abkürzungen nicht identisch mit der satzungsgemäßen Kurzbezeichnung, in anderen Fällen war aus gleichen Gründen die Bildung einer Kurzbezeichnung notwendig.

Nachtrag zu Abschnitt 1.10: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Die Tabelle auf Seite 151 ist für das **Wahljahr 1998** folgendermaßen zu ergänzen:

Wahlberechtigte:	60 762 751
Wähler:	49 947 087
Wahlbeteiligung:	82,2%

Nachtrag zu Abschnitt 1.11: Wahlergebnisse auf Bundesebene

Wesentliches Ergebnis **der Wahl von 1998**: Gegenüber 1994 starke Stimmengewinne bei der **SPD** (von 36,4% auf 40,9%), die damit stärkste Fraktion wird, und Stimmengewinne bei der **PDS** (von 4,4% auf 5,1%), die damit erstmals Fraktionsstatus erhält; starke Stimmenverluste bei der **CDU/CSU** (von 41,4% auf 35,1%), die damit nicht mehr stärkste Fraktion ist, ferner Stimmenverluste bei **Bündnis 90/Die Grünen** (von 7,3% auf 6,7%) und bei der **FDP** (von 6,9% auf 6,2%).

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
SPD	21 535 893	43,8	20 181 269	40,9	298
CDU/CSU	19 456 687	39,5	17 329 388	35,1	245
GRÜNE	2 448 162	5,0	3 301 624	6,7	47
FDP	1 486 433	3,0	3 080 955	6,2	43
PDS	2 416 781	4,9	2 515 454	5,1	36
REP	1 115 664	2,3	906 383	1,8	–
DVU	–	–	601 192	1,2	–
Pro DM	–	–	430 099	0,9	–
GRAUE	141 763	0,3	152 557	0,3	–
Tierschutz	1 734	0,0	133 832	0,3	–
NPD	45 043	0,1	126 571	0,3	–
BFB	134 795	0,3	121 196	0,2	–
ödp	145 308	0,3	98 257	0,2	–
PBC	46 379	0,1	71 941	0,1	–
APPD	1 676	0,0	35 242	0,1	–
NATURGESETZ	35 132	0,1	30 619	0,1	–
DIE FRAUEN	3 966	0,0	30 094	0,1	–
CHANCE 2000	3 206	0,0	28 566	0,1	–
BP	1 772	0,0	28 107	0,1	–
FAMILIE	8 134	0,0	24 825	0,1	–
CM	9 023	0,0	23 619	0,0	–
BüSo	10 260	0,0	9 662	0,0	–
Nichtwähler	–	–	6 827	0,0	–
APD	1 458	0,0	6 759	0,0	–
PSG	–	–	6 226	0,0	–
Deutschland	1 946	0,0	6 196	0,0	–
PASS	10 449	0,0	5 556	0,0	–
MLPD	7 208	0,0	4 731	0,0	–
FORUM	6 296	0,0	4 543	0,0	–
AB 2000	4 097	0,0	3 355	0,0	–
DPD	1 172	0,0	2 432	0,0	–
HP	532	0,0	435	0,0	–
DSU	8 180	0,0	–	–	–
STATT Partei	4 406	0,0	–	–	–
DKP	2 105	0,0	–	–	–
ZENTRUM	2 076	0,0	–	–	–
DMP	1 924	0,0	–	–	–
FSU	763	0,0	–	–	–
FP Deutschland	131	0,0	–	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	66 026	0,1	–	–	–

Nachtrag zu Abschnitt 1.17: Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete

Die Tabelle über die Aufteilung der Wahlkreissitze und – in Klammern angegeben – der Hochburgen (d. h. Wahlkreise ab 55,0% Zweitstimmenanteil) ist für das **Wahljahr 1998** folgendermaßen fortzuschreiben:

- SPD: 212 (19)
- CDU: 74 (1)
- CSU: 38 (2)
- FDP: 0
- PDS: 4

Nachtrag zu Abschnitt 1.19: Überhangmandate

Bei der **Bundestagswahl von 1998** sind 13 Überhangmandate angefallen, davon

- 4 im Bundesland Sachsen-Anhalt,
- 3 im Bundesland Brandenburg,
- 3 im Bundesland Thüringen,
- 2 im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und
- 1 im Bundesland Hamburg,

sämtliche zugunsten der SPD.

Nachtrag zu Abschnitt 1.22: Stimmenanteil/Mandatsanteil

Für die **14. Wahlperiode** lauten die Vergleichszahlen folgendermaßen:

Wahlperiode (Wahljahr)	Partei	Anteil der (Zweit-)Stimmen in %	Anteil der Mandate in %
14. WP (1998)	SPD	40,9	44,5 ¹⁾
	CDU/CSU	35,1	36,6
	B90/GR	6,7	7,0
	FDP	6,2	6,4
	PDS	5,1	5,4

¹⁾ Hierin Überhangmandate enthalten (vgl. Nachtrag zu Abschnitt 1.19)

Nachtrag zu Abschnitt 1.25: Tag der Konstituierung

Für die **14. Wahlperiode** ist die Tabelle auf Seite 300 folgendermaßen zu ergänzen:

Ende der vorhergehenden Wahlperiode:	26. 10. 1998
Tag der Wahl:	27. 9. 1998
Tag der Konstituierung:	26. 10. 1998

Nachtrag zu Abschnitt 2.1: Zahl der Abgeordneten

Die gesetzliche Mitgliederzahl zu Beginn der **14. Wahlperiode (1998)** beträgt 669.

Sie setzt sich zusammen aus 656 Mitgliedern des Bundestages gemäß Wahlgesetz zuzüglich 13 Übergangmandaten.

Nachtrag zu Abschnitt 2.4: Immunität und Indemnität

Die Statistik auf Seite 394–395 ist für die **13. Wahlperiode** folgendermaßen fortzuschreiben:

Immunitätsfälle insgesamt	22
– davon genehmigt	19
– davon nicht genehmigt	2
– davon nicht behandelt bzw. eingestellt	1
Äußerungsdelikte (§ 185 ff. StGB)	2
– davon nicht genehmigt	2
Verkehrsdelikte	2
– davon genehmigt	2
Allgemeine Kriminalität	11
– davon genehmigt	11
Disziplinarverfahren (Ehrengerichtsverfahren)	2
– davon genehmigt	2
Haft zur Erzwingung der Ableistung des Offenbarungseides	1
– davon gegenstandslos	1
Zeugenvernehmungen	1
– davon genehmigt	1
Sonstige	3
– davon genehmigt	3
Zahl der betroffenen Abgeordneten	15

Nachtrag zu Abschnitt 2.6: Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft

Die in Band I auf Seite 403 veröffentlichte Statistik ist für die **13. Wahlperiode (1994–98)** folgendermaßen zu ergänzen:

- während der Mandatszeit verstorben: 6 Abgeordnete
- Mandatsniederlegungen: 15 Abgeordnete
- Mandatsaberkennungen: kein Abgeordneter

Nachtrag zu Abschnitt 2.7: Verstorbene Politiker

Die Liste der verstorbenen Politiker ist für die Zeit ab September 1997 folgendermaßen zu ergänzen:

1998

- | | |
|---------------|---|
| 24. Februar | der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft Gerhard Kienbaum (FDP) |
| 16. April | der ehem. Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Dr. Gerhard Reischl (SPD) |
| 4. Mai | der ehem. Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Dr. Dr. Theodor Oberländer (GB/BHE, später CDU) |
| 6. Mai | der ehem. Partei- und Fraktionsvorsitzende der FDP, Minister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler Dr. Erich Mende (später CDU) |
| 14. Mai | der ehem. Bundestagsvizepräsident, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und Bundesminister der Justiz Dr. Richard Jaeger (CSU) |
| 19. September | der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion und Vorsitzende des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Manfred Schulte |
| 20. Oktober | der ehem. Bundesminister der Justiz, zuvor Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, zuvor und danach Vorsitzender verschiedener Ausschüsse und hauptsächlich Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion Gerhard Jahn |
| 30. Oktober | der ehem. Vizepräsident des Deutschen Bundestages, zuvor Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend und Gesundheit und kurzzeitig Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Heinz Westphal (SPD) |
| 11. Dezember | der ehem. Bayerische Ministerpräsident Dr. h.c. Max Streibl (CSU) |
| 30. Dezember | die ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Michaela Geiger (CSU), zuvor Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und danach beim Bundesminister der Verteidigung |

1999¹⁾)

2. Februar der ehem. Arbeitskreisvorsitzende „Finanzen und Steuerfragen“ der CDU/CSU-Fraktion sowie Vorsitzende zunächst des Hauptstadtausschusses und später des Finanzausschusses **August Neuburger**

3. März der ehem. Vorsitzende des Sportausschusses Dr. **Hans Evers** (CDU)

¹⁾ Stand: 30. April 1999

Nachtrag zu Abschnitt 3.1: Altersgliederung

In der **14. Wahlperiode** ergibt die Aufgliederung der Abgeordneten nach Altersgruppen (Anzahl und in %) folgendes Ergebnis (Quelle: Statistisches Bundesamt):

- bis 30 Jahre: 15 (= 2,2%)
- 30–34 Jahre: 32 (= 4,8%)
- 35–39 Jahre: 33 (= 4,9%)
- 40–44 Jahre: 78 (= 11,7%)
- 45–49 Jahre: 122 (= 18,2%)
- 50–54 Jahre: 155 (= 23,2%)
- 55–59 Jahre: 167 (= 25,0%)
- 60–64 Jahre: 56 (= 8,4%)
- 65–69 Jahre: 10 (= 1,5%)
- 70–75 Jahre: 1 (= 0,1%)

Nach Geburtsjahrgängen gegliedert zeigt sich folgende Verteilung:

- 1925–1929 2 (= 0,3%)
- 1930–1934 11 (= 1,6%)
- 1935–1939 85 (= 12,7%)
- 1940–1944 167 (= 25,0%)
- 1945–1949 159 (= 23,8%)
- 1950–1954 110 (= 16,4%)
- 1955–1959 67 (= 10,0%)
- 1960–1964 33 (= 4,9%)
- 1965–1969 24 (= 3,6%)
- 1970–1974 10 (= 1,5%)
- 1975–1979 1 (= 0,1%)

Kumuliert und in Prozentzahlen ausgedrückt weist der 14. Bundestag folgende Altersgliederung auf:

- unter 30 Jahren 2,2%
- unter 35 Jahren 7,0%
- unter 40 Jahren 11,9%
- unter 45 Jahren 23,6%
- unter 50 Jahren 41,8%
- unter 55 Jahren 65,0%
- unter 60 Jahren 90,0%
- unter 65 Jahren 98,4%
- unter 70 Jahren 99,9%
- unter 75 Jahren 100,0%

Nachtrag zu Abschnitt 3.2: Durchschnittsalter

Die Tabelle auf Seite 564 ist für die **14. Wahlperiode** folgendermaßen zu ergänzen (Quelle der Angaben: Statistisches Bundesamt):

Durchschnittsalter aller Abgeordneten:	49,8 Jahre
Von diesem Durchschnittsalter weichen ab:	
– die Abgeordneten der SPD-Fraktion	um +0,5 Jahre
– die CDU-Abgeordneten	um +1,4 Jahre
– die CSU-Abgeordneten	um –1,1 Jahre
– die Abgeordneten der Fraktion der GRÜNEN	um –6,5 Jahre
– die Abgeordneten der FDP-Fraktion	um +0,9 Jahre
– die Abgeordneten der PDS-Fraktion	um –2,9 Jahre
– die männlichen Abgeordneten	um +1,1 Jahre
– die weiblichen Abgeordneten	um –2,1 Jahre

Nachtrag zu Abschnitt 3.4: Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag

Der Nachtrag beschränkt sich auf Angaben zur Zahl und zum Anteil der neuen Abgeordneten zu Beginn der **14. Wahlperiode**:

Zahl der neuen Abgeordneten insgesamt	166 (= 100,0%)
– davon Abgeordnete der SPD	83 (= 50,0%)
– davon Abgeordnete der CDU/CSU	46 (= 27,7%)
– davon Abgeordnete der GRÜNEN	11 (= 6,6%)
– davon Abgeordnete der FDP	9 (= 5,4%)
– davon Abgeordnete der PDS	17 (= 10,2%)

Nachtrag zu Abschnitt 3.11: Weibliche Abgeordnete

Statistische Übersicht

Die Tabelle auf Seite 635 ist folgendermaßen zu ergänzen:

Weibliche Abgeordnete am **Ende der 13. WP** insgesamt

– Anzahl	181
– in %	26,9

Weibliche Abgeordnete zu **Beginn der 14. WP** insgesamt

– Anzahl	207
– in %	30,9

Die 207 weiblichen Abgeordneten verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Fraktionen:

– SPD	105 (= 35,2%)
– CDU/CSU	45 (= 18,4%)
– GRÜNE	27 (= 57,4%)
– FDP	9 (= 20,9%)
– PDS	21 (= 58,3%)

Nachtrag zu Abschnitt 3.12: Familienstand

Zu Beginn der **14. Wahlperiode (1998)** lassen sich die Angaben der Abgeordneten zu ihrem Familienstand statistisch folgendermaßen aufgliedern (Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode. Rheinbreitbach 1999. S. 303; dort weitere Aufgliederungen auch nach Fraktionen):

ledig, verwitwet, geschieden bzw. ohne Angaben

– männliche Abgeordnete	13,9%
– weibliche Abgeordnete	40,1%
– alle Abgeordneten	22,0%

verheiratet, ohne Kinder bzw. ohne Angaben

– männliche Abgeordnete	9,5%
– weibliche Abgeordnete	11,1%
– alle Abgeordneten	10,0%

verheiratet, mit Kind(ern)

– männliche Abgeordnete	76,6%
– weibliche Abgeordnete	48,8%
– alle Abgeordneten	68,0%

Nachtrag zu Abschnitt 3.13: Konfession

Die Angaben auf Seite 666–667 können für die **14. Wahlperiode** folgendermaßen ergänzt werden (Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode. Rheinbreitbach 1999. S. 304):

Bundestag insgesamt

– katholisch	202 (= 30,2%)
– evangelisch	221 (= 33,0%)
– sonstige Konfession	5 (= 0,7%)
– konfessionslos	18 (= 2,7%)
– ohne Angaben	223 Abgeordnete

CDU/CSU-Fraktion

– katholisch	145 (= 59,2%)
– evangelisch	90 (= 36,7%)
– ohne Angaben	10 Abgeordnete

SPD-Fraktion

– katholisch	39 (= 13,1%)
– evangelisch	106 (= 35,6%)
– sonstige Konfession	2 (= 0,7%)
– konfessionslos	3 (= 1,0%)
– ohne Angaben	148 Abgeordnete

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

– katholisch	7 (= 14,9%)
– evangelisch	9 (= 19,1%)
– sonstige Konfession	1 (= 2,1%)
– konfessionslos	1 (= 2,1%)
– ohne Angaben	29 Abgeordnete

FDP-Fraktion

– katholisch	10 (= 23,2%)
– evangelisch	14 (= 32,6%)
– ohne Angaben	19 Abgeordnete

PDS-Fraktion

– katholisch	1 (= 2,8%)
– evangelisch	2 (= 5,6%)
– sonstige Konfession	2 (= 5,6%)
– konfessionslos	14 (= 38,9%)
– ohne Angaben	17 Abgeordnete

Nachtrag zu Abschnitt 3.14: Schulabschluß und Hochschulbildung

Von den verschiedenen Statistiken auf den Seiten 668–675 wird hier für die **14. Wahlperiode** der Anteil der männlichen und weiblichen Abgeordneten mit Hochschulbildung fortgeschrieben (Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. Rheinbreitbach 1999. S. 305):

	männliche MdB	weibliche MdB	MdB insgesamt
Bundestag insgesamt	378 (= 81,8%)	158 (= 76,3%)	536 (=80,1%)
davon			
– SPD	151 (= 78,2%)	84 (= 80,0%)	235 (= 78,9%)
– CDU/CSU	164 (= 82,0%)	31 (= 68,9%)	195 (= 79,6%)
– GRÜNE	18 (= 90,0%)	21 (= 77,8%)	39 (= 83,0%)
– FDP	32 (= 94,1%)	6 (= 66,7%)	38 (= 88,4%)
– PDS	13 (= 86,7%)	16 (= 76,2%)	29 (= 80,6%)

Nachtrag zu Abschnitt 3.25: Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt

In vier Bundesländern sind für die Zeit von Ende August 1997 bis Ende April 1999 Nachträge erforderlich:

Niedersachsen

Bei *Gerhard Schröder* ist die Amtszeit als Ministerpräsident in „1990–1998“ zu ändern; die Spalte „Mitglied a) des Bundestages und b) der Bundesregierung“ ist mit „a) seit 1998“ und „b) seit 1998“ zu ergänzen.

Rheinland-Pfalz

Bei *Rudolf Scharping* ist in der rechten Spalte „Mitglied der Bundesregierung seit 1998“ anzufügen.

Hessen

Nachzutragen ist „*Hans Eichel* (SPD): Ministerpräsident von 1991 bis 1999, Mitglied der Bundesregierung seit 1999“.

Saarland

Bei *Oskar Lafontaine* ist die Amtszeit als Ministerpräsident in „1985–1998“ zu ändern; die Spalte „Mitglied a) des Bundestages und b) der Bundesregierung“ ist mit „a) 1994 sowie 1998–1999“ und „b) 1998-1999“ zu ergänzen.

Nachtrag zu Abschnitt 4.1: Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten

13. WP 1994–98	Als <i>Amtszeit</i> von Prof. Dr. <i>Rita Süßmuth</i> (CDU/CSU) ist 10. 11. 1994 bis 26. 10. 1998 nachzutragen.								
14. WP 1998– ¹⁾	<p>1. Sitzung, 26. Oktober 1998</p> <p><i>Wahlvorschlag:</i> <i>Wolfgang Thierse</i> (SPD), vorgeschlagen durch Dr. <i>Peter Struck</i> (SPD) namens der Fraktion der SPD</p> <p><i>Wahlergebnis:</i></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="padding-left: 20px;">abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">666</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">davon für <i>Wolfgang Thierse</i> (SPD):</td> <td style="text-align: right;">512</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Nein-Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">109</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Enthaltungen:</td> <td style="text-align: right;">45</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Wolfgang Thierse (SPD)</p> <p><i>Amtszeit:</i> ab 26.10.1998</p>	abgegebene Stimmen:	666	davon für <i>Wolfgang Thierse</i> (SPD):	512	Nein-Stimmen:	109	Enthaltungen:	45
abgegebene Stimmen:	666								
davon für <i>Wolfgang Thierse</i> (SPD):	512								
Nein-Stimmen:	109								
Enthaltungen:	45								

¹⁾ Stand: 30. April 1999

Die 512 Ja-Stimmen für *Wolfgang Thierse* entsprechen einem Anteil von 76,9% der abgegebenen Stimmen. Somit haben bei den inzwischen 20 Wahlen eines Bundestagspräsidenten in 15 Fällen die vorgeschlagenen Kandidaten einen Stimmenanteil von über 75% erhalten.

Nachtrag zu Abschnitt 4.2: Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten

Die Amtszeit der auf Seite 873 aufgeführten Vizepräsidenten der **13. Wahlperiode** endete am 26. Oktober 1998.

Als Vizepräsidenten der **14. Wahlperiode** wurden in der 1. Plenarsitzung am 26. Oktober 1998 in fünf Wahlgängen gewählt:

- 1) *Anke Fuchs* (SPD) mit 486 Stimmen,
- 2) *Rudolf Seiters* (CDU) mit 445 Stimmen,
- 3) *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit 421 Stimmen,
- 4) *Hermann Otto Solms* (FDP) mit 423 Stimmen,
- 5) *Petra Bläss* (PDS) mit 355 Stimmen (die Gegenkandidatin *Michaela Geiger* [CDU/CSU] erhielt 285 Stimmen).

Ihre Amtszeit begann am 26. Oktober 1998.

Nachtrag zu Abschnitt 4.7: Zahl der Sitzungen

Die Abschlußzahlen für die **13. Wahlperiode (1994–98)** zur Ergänzung der Statistik auf Seite 893 lauten:

- Sitzungen des Präsidiums 94
- Sitzungen des Ältestenrates 84
- Kommissionssitzungen des Ältestenrates 202

Nachtrag zu Abschnitt 4.8: Alterspräsidenten

In der **14. Wahlperiode** übernahm das älteste Mitglied des Bundestages, *Fred Gebhardt* (PDS), geboren am 27. Februar 1928, das Amt des Alterspräsidenten.

Nachtrag zu Abschnitt 5.2: Fraktionen und Gruppen: Statistik

Die Statistik auf Seite 900–901 ist mit den folgenden Daten zur **13. Wahlperiode (1994–98)** zu ergänzen:

– Zahl der Fraktionen (zu Beginn und am Ende der Wahlperiode)	4
– Zahl der Gruppen (zu Beginn und am Ende der Wahlperiode)	1
– Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen	777
– Gruppen- und Gruppenvorstandssitzungen	198

Die Zahl der Fraktionen zu Beginn der **14. Wahlperiode (1998)** beträgt 5.

Nachtrag zu Abschnitt 5.3: Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden

In die Statistik auf Seite 903 können zur Sitzverteilung zu Beginn der **14. Wahlperiode (1998)** folgende Mandatszahlen nachgetragen werden:

– Fraktion CDU/CSU	245 Abgeordnete
– Fraktion SPD	298 Abgeordnete
– Fraktion FDP	43 Abgeordnete
– Fraktion GRÜNE	47 Abgeordnete
– Fraktion PDS	36 Abgeordnete

Nachtrag zu Abschnitt 5.4: Fraktionswechsel und Fraktionsstärken

Die auf Seite 930 veröffentlichte Tabelle mit Stand 31. August 1997 entspricht auch dem Stand bei Ende der **13. Wahlperiode**.

Nachtrag zu Abschnitt 5.6: Fraktionswechsel: Statistik

Da die Aufstellung auf Seite 930 dem Stand vom Ende der **13. Wahlperiode** entspricht, läßt sich daraus folgende Gesamtstatistik ableiten:

Zahl der Fraktionswechsel	2
– davon Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter	1
– davon Fraktionswechsel infolge Spaltungen und Fusionen	0
– davon Fraktionsaustritte	1
– davon Fraktionsaustritte bzw. -beitritte als Gast	0
Zahl der am Fraktionswechsel beteiligten Abgeordneten	2

Nachtrag zu Abschnitt 5.7: Vorstände der Fraktionen und Gruppen

Zwischen Ende August 1997, dem Stand der Bearbeitung des Abschnitts im Band I, und Ende April 1999 sind bei den einzelnen Fraktionen und Gruppen folgende personelle Veränderungen eingetreten:

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Bis zum Ende der **13. Wahlperiode (1994–98)** keine Veränderung gegenüber den Angaben auf Seite 945 mit Stand 31. August 1997.

Zu Beginn der **14. Wahlperiode** Wahl des folgenden Fraktionsvorstandes:

Fraktionssprecherin:	<i>Kerstin Müller</i>
Fraktionssprecher:	<i>Rezzo Schlauch</i>
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin:	<i>Kristin Heyne</i>
Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführer:	1) <i>Katrin Göring-Eckardt</i> 2) <i>Steffi Lemke</i>

Christlich Demokratische Union Deutschlands/ Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)

Bis zum Ende der **13. Wahlperiode (1994–98)** folgende Veränderung gegenüber den Angaben auf Seite 958 mit Stand 31. August 1997:

Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers:	<i>Eduard Oswald</i> (CSU) (bis 15. 1. 1998) <i>Peter Ramsauer</i> (CSU) (ab 15. 1. 1998)
---	--

Zu Beginn der **14. Wahlperiode** Wahl des folgenden Fraktionsvorstandes:

Vorsitzender:	<i>Wolfgang Schäuble</i> (CDU)
Erster Stellvertretender Vorsitzender (zugleich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe):	<i>Michael Glos</i> (CSU)
Weitere Stellvertretende Vorsitzende:	1) <i>Hermann Kues</i> (CDU) 2) <i>Michael Luther</i> (CDU) 3) <i>Friedrich Merz</i> (CDU) 4) <i>Hannelore Rönsch</i> (CDU) 5) <i>Volker Rühe</i> (CDU) 6) <i>Jürgen Rüttgers</i> (CDU) 7) <i>Horst Seehofer</i> (CSU)
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer:	<i>Hans-Peter Reppnik</i> (CDU)
Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers:	<i>Peter Ramsauer</i> (CSU)
Weitere Parlamentarische Geschäftsführer:	1) <i>Brigitte Baumeister</i> (CDU) 2) <i>Manfred Grund</i> (CDU) 3) <i>Joachim Hörster</i> (CDU)

Freie Demokratische Partei (FDP)

Bis zum Ende der **13. Wahlperiode (1994–98)** keine Veränderung gegenüber den Angaben auf Seite 965 mit Stand 31. August 1997.

Zu Beginn der **14. Wahlperiode** Wahl des folgenden Fraktionsvorstandes:

Vorsitzender:	<i>Wolfgang Gerhardt</i>
Stellvertretende Vorsitzende:	1) <i>Klaus Kinkel</i> 2) <i>Rainer Brüderle</i> 3) <i>Cornelia Pieper</i> 4) <i>Walter Hirche</i>
Parlamentarische Geschäftsführer:	1) <i>Jörg van Essen</i> 2) <i>Ulrich Heinrich</i> 3) <i>Jürgen Koppelin</i>

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Bis zum Ende der **13. Wahlperiode (1994–98)** keine Veränderung gegenüber den Angaben auf Seite 981 mit Stand 31. August 1997.

Zu Beginn der **14. Wahlperiode** Wahl des folgenden Fraktionsvorstandes:

Vorsitzender:	<i>Gregor Gysi</i>
Stellvertretende Vorsitzende:	1) <i>Christa Luft</i> 2) <i>Heidi Knake-Werner</i> 3) <i>Wolfgang Gehrcke</i>
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer:	<i>Roland Claus</i>
Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerinnen:	1) <i>Barbara Höll</i> 2) <i>Ruth Fuchs</i>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Bis zum Ende der **13. Wahlperiode (1994–98)** keine Veränderung gegenüber den Angaben auf Seite 978 mit Stand 31. August 1997.

Zu Beginn der **14. Wahlperiode** Wahl des folgenden Fraktionsvorstandes (einschließlich einer Veränderung Ende April/Anfang Mai 1999):

Fraktionsvorsitzender:	<i>Peter Struck</i>
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:	1) <i>Rudolf Dreßler</i> 2) <i>Gernot Erler</i> 3) <i>Iris Gleicke</i> 4) <i>Sabine Kaspereit</i> 5) <i>Ingrid Matthäus-Maier</i> (bis 30. 4. 1999) <i>Joachim Poß</i> (ab 3. 5. 1999) 6) <i>Michael Müller</i> 7) <i>Ulla Schmidt</i> 8) <i>Ernst Schwanhold</i> 9) <i>Ludwig Stiegler</i>

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer:	<i>Wilhelm Schmidt</i>
Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführer:	1) <i>Angelica Schwall-Düren</i> 2) <i>Ilse Janz</i> 3) <i>Susanne Kastner</i> 4) <i>Uwe Küster</i>

Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU-Landesgruppe)

Bis zum Ende der **13. Wahlperiode (1994–98)** folgende Veränderung gegenüber den Angaben auf Seite 983 mit Stand 31. August 1997:

Parlamentarischer Geschäftsführer:	<i>Eduard Oswald</i> (bis 15. 1. 1998) <i>Peter Ramsauer</i> (ab 15. 1. 1998)
------------------------------------	--

Zu Beginn der **14. Wahlperiode** Wahl des folgenden Gruppenvorstandes:

Vorsitzender:	<i>Michael Glos</i>
Stellvertretende Vorsitzende:	1) <i>Hansgeorg Hauser</i> 2) <i>Bernd Protzner</i>
Parlamentarischer Geschäftsführer:	<i>Peter Ramsauer</i>

Nachtrag zu Abschnitt 5.8: Partei- und Fraktionsvorsitzende

Nach August 1997 sind bei allen im Bundestag vertretenen Parteien personelle Änderungen eingetreten. Die Tabellen auf Seite 983–989 sind deshalb folgendermaßen zu ergänzen:

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE) (S. 985)

Fraktionssprecher(innen):	
13. Wahlperiode: 1994–98	<i>Joseph Fischer</i> <i>Kerstin Müller</i>
14. Wahlperiode: ab 1998	<i>Kerstin Müller</i> <i>Rezzo Schlauch</i>
Parteisprecher(innen):	
1994–1996	<i>Krista Sager</i> <i>Jürgen Trittin</i>
1996–1998	<i>Gunda Röstel</i> <i>Jürgen Trittin</i>
ab 1998	<i>Antje Radcke</i> <i>Gunda Röstel</i>

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU) (S. 984)

Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU:

13. Wahlperiode: 1994–98	<i>Wolfgang Schäuble</i>
14. Wahlperiode: ab 1998	<i>Wolfgang Schäuble</i>

Parteivorsitzender der CDU:

1973–1998	<i>Helmut Kohl</i>
ab 1998	<i>Wolfgang Schäuble</i>

Parteivorsitzender der CSU:

1988–1999	<i>Theodor Waigel</i>
ab 1999	<i>Edmund Stoiber</i>

Freie Demokratische Partei (FDP) (S. 986)

Fraktionsvorsitzender:

13. Wahlperiode: 1994–98	<i>Hermann Otto Solms</i>
14. Wahlperiode: ab 1998	<i>Wolfgang Gerhardt</i>

Parteivorsitzender:

ab 1995	<i>Wolfgang Gerhardt</i>
---------	--------------------------

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Fraktionsvorsitzender:

14. Wahlperiode: ab 1998	<i>Gregor Gysi</i>
--------------------------	--------------------

Parteivorsitzender:

1990–1993	<i>Gregor Gysi</i>
ab 1993	<i>Lothar Bisky</i>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (S. 988)

Fraktionsvorsitzender:

13. Wahlperiode: 1994–98	<i>Rudolf Scharping</i>
14. Wahlperiode: ab 1998	<i>Peter Struck</i>

Parteivorsitzender:

1995–1999	<i>Oskar Lafontaine</i>
ab 1999	<i>Gerhard Schröder</i>

Nachtrag zu Abschnitt 6.1: Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler

13. WP 1994–98	Als <i>Amtszeit</i> von Dr. <i>Helmut Kohl</i> (CDU/CSU) ist 15. 11. 1994 bis 27. 10. 1998 nachzutragen.														
14. WP 1998– ¹⁾	<p>2. Sitzung, 27. Oktober 1998</p> <p>Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: <i>Gerhard Schröder</i> (SPD)</p> <p><i>Wahlergebnis (1. Wahlgang):</i></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">666</td> </tr> <tr> <td>davon Ja-Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">351</td> </tr> <tr> <td> Nein-Stimmen:</td> <td style="text-align: right;">287</td> </tr> <tr> <td> Stimmenthaltungen:</td> <td style="text-align: right;">27</td> </tr> <tr> <td> ungültige Stimme:</td> <td style="text-align: right;">1</td> </tr> <tr> <td>Mehrheit der Mitglieder:</td> <td style="text-align: right;">335</td> </tr> <tr> <td>Stimmzahl der Koalition:</td> <td style="text-align: right;">345</td> </tr> </table> <p>Bundeskanzler: Gerhard Schröder (SPD)</p> <p>Tag der Vereidigung: 2. Sitzung, 27. 10. 1998 <i>Amtszeit:</i> ab 27. 10. 1998</p>	abgegebene Stimmen:	666	davon Ja-Stimmen:	351	Nein-Stimmen:	287	Stimmenthaltungen:	27	ungültige Stimme:	1	Mehrheit der Mitglieder:	335	Stimmzahl der Koalition:	345
abgegebene Stimmen:	666														
davon Ja-Stimmen:	351														
Nein-Stimmen:	287														
Stimmenthaltungen:	27														
ungültige Stimme:	1														
Mehrheit der Mitglieder:	335														
Stimmzahl der Koalition:	345														

¹⁾ Stand: 30. April 1999

Eine Besonderheit ist beim Abstimmverhalten bei der Wahl von *Gerhard Schröder* festzustellen:

Während bisher noch nie ein Bundeskanzler einstimmig von allen Abgeordneten der jeweiligen Regierungskoalition gewählt worden ist (vgl. Seite 1025), erhielt *Gerhard Schröder* mindestens sieben Stimmen aus den Reihen der Opposition.

Die Zahlen zur Ergänzung der Tabelle zum Abstimmverhalten bei den Kanzlerwahlen auf Seite 1026–1027 lauten:

Zahl der stimmberechtigten Abgeordneten:	669
abgegebene Stimmen:	666
Stimmzahl der Koalition:	345
Ja-Stimmen für <i>Gerhard Schröder</i> :	351
beurlaubte Abgeordnete:	3
davon Abgeordnete der Koalition:	1

Wenn alle 344 anwesenden Abgeordneten der Regierungskoalition für *Schröder* gestimmt haben, müssen erstmals auch sieben Abgeordnete aus den Oppositionsfraktionen Ja-Stimmen abgegeben haben.

Nachtrag zu Abschnitt 6.2: Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste

13. Wahlperiode (1994–98): 5. Kabinett *Kohl*

In die Namensliste auf Seite 1058–1059 mit Stand 31. August 1997 müssen bis Stand Ende der 13. Wahlperiode folgende Eintragungen eingefügt werden:

Bundesminister für Post und Telekommunikation:	<i>Wolfgang Bötsch</i> (CSU) (bis 17. 12. 1997, mdWdGb bis 31. 12. 1997)
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:	<i>Klaus Töpfer</i> (CDU) (bis 14. 1. 1998) <i>Eduard Oswald</i> (CSU) (ab 14. 1. 1998)

14. Wahlperiode (1998–¹): 1. Kabinett *Schröder*

Das 1., ab Oktober 1998 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* besteht zu Beginn der Wahlperiode nur noch aus 14 Ressorts, d. h. einem weniger als das 5. Kabinett *Kohl*, nachdem schon im Dezember 1997 das Ressort Post und Telekommunikation aufgelöst worden war.

Folgende Veränderungen treten mit Wirkung vom 27. Oktober 1998 in Kraft: (1) Das bisherige Bundesministerium für Verkehr und das bisherige Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau werden zu einem neuen Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zusammengelegt. (2) Das Bundesministerium für Wirtschaft wird in Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie umbenannt. (3) Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie erhält die Bezeichnung Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	<i>Gerhard Schröder</i>	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	<i>Joseph Fischer</i>	GRÜNE
Bundesminister des Auswärtigen	<i>Joseph Fischer</i>	GRÜNE
Bundesminister des Innern	<i>Otto Schily</i>	SPD
Bundesminister der Justiz	<i>Herta Däubler-Gmelin</i>	SPD
Bundesminister der Finanzen	<i>Oskar Lafontaine</i> (bis 18. 3. 1999) ³⁾ <i>Werner Müller</i> (BMin für Wirtschaft und Technologie; 18. 3. 1999–12. 4. 1999 mdWdGb) <i>Hans Eichel</i> (ab 12. 4. 1999)	SPD parteilos ²⁾ SPD ²⁾

^{1) 2) 3)} Fußnoten auf Seite 4361

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie	<i>Werner Müller</i>	parteilos ²⁾
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<i>Karl-Heinz Funke</i>	SPD ²⁾
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	<i>Walter Riester</i>	SPD ²⁾
Bundesminister der Verteidigung	<i>Rudolf Scharping</i>	SPD
Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	<i>Christine Bergmann</i>	SPD ²⁾
Bundesminister für Gesundheit	<i>Andrea Fischer</i>	GRÜNE
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	<i>Franz Müntefering</i>	SPD
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	<i>Jürgen Trittin</i>	GRÜNE
Bundesminister für Bildung und Forschung	<i>Edelgard Bulmahn</i>	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	<i>Heidemarie Wieczorek-Zeul</i>	SPD
Bundesminister für besondere Aufgaben	<i>Bodo Hombach</i>	SPD ²⁾

¹⁾ Stand: 30. April 1999

²⁾ während dieser Wahlperiode nicht MdB

³⁾ Rücktrittserklärung am 11. 3. 1999

Nachtrag zu Abschnitt 6.3: Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre

Die Besetzung der Ämter der Bundesminister (BMin) und Staatssekretäre (PStS bzw. StS) hat sich in der **13. Wahlperiode** nach dem Stichtag 31. August 1997 bis zum Beginn der 14. Wahlperiode in folgender Weise geändert:

Bundeskanzleramt/Bundespresseamt

PStS: Sprecher der Bundesregierung *Otto Hauser* (CDU) (ab 26. 5. 1998)

StS: Sprecher der Bundesregierung *Peter Hausmann* (bis 25. 5. 1998)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

PStS: *Wolfgang Gröbl* (CSU) (bis 15. 1. 1998)

Ernst Hinsken (CSU) (ab 15. 1. 1998)

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

BMin: *Klaus Töpfer* (CDU) (bis 14. 1. 1998)

Eduard Oswald (CSU) (ab 14. 1. 1998)

In der **14. Wahlperiode** ab 1998 bis zum Stand April 1999 waren in den Bundesministerien die Ämter der Minister (BMin), der Parlamentarischen Staatssekretäre (PStS) und der beamteten Staatssekretäre (StS) folgendermaßen besetzt:

Bundeskanzleramt/Bundespresseamt

- BMin: *Bodo Hombach* (SPD) (BMin für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes)
- PStS: 1) *Rolf Schwanitz* (SPD) (Staatsminister) (Beauftragter der BReg für Angelegenheiten der neuen Länder)
2) *Michael Naumann* (Staatsminister erst ab 3. 3. 1999 nach Änderung des Gesetzes über die Parlamentarischen Staatssekretäre; kein MdB) (Beauftragter der BReg für Angelegenheiten der Kultur und der Medien)
- StS: 1) *Frank-Walter Steinmeier*
2) *Uwe-Karsten Heye* (Sprecher der Bundesregierung)

Auswärtiges Amt

- BMin: *Joseph Fischer* (GRÜNE)
- PStS: 1) *Günter Verheugen* (SPD) (Staatsminister)
2) *Ludger Volmer* (GRÜNE) (Staatsminister)
- StS: 1) *Wolfgang Ischinger*
2) *Hans-Friedrich von Ploetz*

Bundesministerium des Innern

- BMin: *Otto Schily* (SPD)
- PStS: 1) *Fritz Rudolf Körper* (SPD)
2) *Cornelie Sonntag-Wolgast* (SPD)
- StS: 1) *Claus Henning Schapper*
2) *Brigitte Zypries*

Bundesministerium der Justiz

- BMin: *Herta Däubler-Gmelin* (SPD)
- PStS: *Eckhart Pick* (SPD)
- StS: *Hansjörg Geiger*

Bundesministerium der Finanzen

- BMin: *Oskar Lafontaine* (SPD) (bis 18. 3. 1999; Rücktrittserklärung am 11. 3. 1999) in der Zwischenzeit mdWdGb:
Werner Müller (parteilos) (BMin für Wirtschaft und Technologie)
Hans Eichel (SPD) (ab 12. 4. 1999)
- PStS: 1) *Karl Diller* (SPD)
2) *Barbara Hendricks* (SPD)
- StS: 1) *Heiner Flassbeck* (bis 30. 4. 1999)
Caio Koch-Weser (ab 3. 5. 1999)
2) *Claus Noé* (bis 30. 4. 1999)
Heribert Zitzelsberger (ab 3. 5. 1999)
3) *Manfred Overhaus*

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

BMin: *Werner Müller* (parteilos)
PStS: *Siegmar Mosdorf* (SPD)
StS: *Alfred Tacke*

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

BMin: *Karl-Heinz Funke* (SPD)
PStS: *Gerald Thalheim* (SPD)
StS: *Martin Wille*

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

BMin: *Walter Riester* (SPD)
PStS: 1) *Gerd Andres* (SPD)
2) *Ulrike Mascher* (SPD)
StS: 1) *Klaus Achenbach*
2) *Werner Tegtmeier*

Bundesministerium der Verteidigung

BMin: *Rudolf Scharping* (SPD)
PStS: 1) *Walter Kolbow* (SPD)
2) *Brigitte Schulte* (SPD)
StS: 1) *Walther Stützle*
2) *Peter Wichert*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

BMin: *Christine Bergmann* (SPD)
PStS: *Edith Niehuis* (SPD)
StS: *Peter Haupt*

Bundesministerium für Gesundheit

BMin: *Andrea Fischer* (GRÜNE)
PStS: *Christa Nickels* (GRÜNE)
StS: *Erwin Jordan*

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

BMin: *Franz Müntefering* (SPD)
PStS: 1) *Achim Großmann* (SPD)
2) *Lothar Ibrügger* (SPD)
3) *Siegfried Scheffler* (SPD)
StS: 1) *Elke Ferner*
2) *Matthias Machnig*

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

BMin: *Jürgen Trittin* (GRÜNE)
PStS: 1) *Gila Altmann* (GRÜNE)
2) *Simone Probst* (GRÜNE)
StS: *Rainer Baake*

Bundesministerium für Bildung und Forschung

BMin: *Edelgard Bulmahn* (SPD)
 PStS: *Wolf-Michael Catenhusen* (SPD)
 StS: *Uwe Thomas*

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

BMin: *Heidemarie Wieceorek-Zeul* (SPD)
 PStS: *Ursula Eid* (GRÜNE)
 StS: *Erich Stather*

Nachtrag zu Abschnitt 6.5: Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz

Zur Vervollständigung der Tabelle für das **Wahljahr 1998** auf Seite 1121 sind folgende Angaben erforderlich:

Parteivorsitzende CDU und CSU:

vor der Wahl: CDU: *Helmut Kohl*
 CSU: *Theodor Waigel*
 nach der Wahl: CDU: *Wolfgang Schäuble*
 CSU: *Edmund Stoiber*

Kanzlerkandidat CDU/CSU:

vor der Wahl: *Helmut Kohl*

Fraktionsvorsitzender CDU/CSU:

vor der Wahl: *Wolfgang Schäuble*
 nach der Wahl: *Wolfgang Schäuble*

Parteivorsitzender SPD:

vor der Wahl: *Oskar Lafontaine*
 nach der Wahl: *Oskar Lafontaine* (bis 1999)
Gerhard Schröder (ab 1999)

Kanzlerkandidat SPD:

vor der Wahl: *Gerhard Schröder*

Fraktionsvorsitzender SPD:

vor der Wahl: *Rudolf Scharping*
 nach der Wahl: *Peter Struck*

Bundeskanzler:

vor der Wahl: *Helmut Kohl*
 nach der Wahl: *Gerhard Schröder*

Nachtrag zu Abschnitt 6.8: Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat

Auch im weiteren Verlauf der **13. Wahlperiode** nach dem 31. August 1997 hat es kein Regierungsmitglied ohne Bundestagsmandat gegeben.

Zu Beginn der **14. Wahlperiode** (einschließlich Veränderungen bis zum 30. April 1999) waren ohne Bundestagsmandat:

- *Werner Müller* (parteilos), Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
- *Karl-Heinz Funke* (SPD), Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- *Walter Riester* (SPD), Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
- *Bodo Hombach* (SPD), Bundesminister für besondere Aufgaben
- *Hans Eichel* (SPD), Bundesminister der Finanzen (ab 12. 4. 1999)

Nachtrag zu Abschnitt 6.11: Regierungserklärungen

In der **13. Wahlperiode** ab September 1997 und in der **14. Wahlperiode** bis Stand April 1999 wurden folgende Erklärungen durch die Bundesregierung abgegeben:

Wahlperiode	Ifd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 13. WP	37	186.	5. 8. 1997	Die Hochwasserkatastrophe an der Oder und die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung	BKanzler <i>Kohl</i>
	38	197.	9. 10. 1997	Wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern	BMin <i>Rexrodt</i> (Wirtschaft)
	39	203.	13. 11. 1997	Vorschau auf die Sondertagung des Europäischen Rates über Beschäftigung in Luxemburg am 20./21. November 1997	BKanzler <i>Kohl</i>
	40	210.	11. 12. 1997	Vertrag von Amsterdam und bevorstehender Europäischer Rat in Luxemburg am 12./13. Dezember 1997	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	41	213.	15. 1. 1998	Kioto – Erfolg und weitere Verpflichtung im weltweiten Klimaschutz	BMin <i>Merkel</i> (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	42	224.	26. 3. 1998	Öffnung der Atlantischen Allianz für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
	43	225.	27. 3. 1998	Jahreswirtschaftsbericht 1998 der Bundesregierung „Den Aufschwung voranbringen – Arbeitsplätze schaffen“	BMin <i>Rexrodt</i> (Wirtschaft)
	44	227.	2. 4. 1998	Festlegung des Teilnehmerkreises an der Europäischen Währungsunion	BKanzler <i>Kohl</i>
	45	241.	18. 6. 1998	Europäischer Rat in Cardiff am 15. und 16. Juni 1998	BKanzler <i>Kohl</i>

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch: 13. WP	46	248.	16. 10. 1998	Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt	BMin <i>Kinkel</i> (Auswärtiges)
14. WP 1998– ¹⁾	1	3.	10. 11. 1998	Regierungsprogramm	BKanzler <i>Schröder</i>
		4.	11. 11. 1998		
		5.	12. 11. 1998		
		6.	13. 11. 1998		
	2	14.	10. 12. 1998	Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999 ...	BKanzler <i>Schröder</i>
	3	20.	23. 2. 1999	Gewalttätige Aktionen aus Anlaß der Verhaftung des PKK-Vorsitzenden <i>Abdullah Öcalan</i>	BMin. <i>Schily</i> (Inneres)
4	27.	18. 3. 1999	Stand der Agenda 2000 nach dem Rücktritt der Europäischen Kommission	BMin <i>Fischer</i> (Auswärtiges)	
5	31.	26. 3. 1999	Aktuelle Lage im Kosovo nach dem Eingreifen der NATO und die Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin	BKanzler <i>Schröder</i>	
6	32.	15. 4. 1999	Aktuelle Lage im Kosovo	BKanzler <i>Schröder</i>	
7	33.	19. 4. 1999	Vollendung der Einheit Deutschlands	BKanzler <i>Schröder</i>	
8	35.	22. 4. 1999	50. Jahrestag der Gründung der Nordatlantikpakt-Organisation	BKanzler <i>Schröder</i>	

¹⁾ Stand: 30. April 1999

Nachtrag zu Abschnitt 6.12: Kanzler- und Ministerrücktritte

Von Anfang September 1997 bis zum Ende der **13. Wahlperiode** sind folgende zwei Minister zurückgetreten:

- am 17. 12. 1997 *Wolfgang Bötsch* (CSU), Bundesminister für Post und Telekommunikation, mdWdGb bis 31. 12. 1997
- am 14. 1. 1998 *Klaus Töpfer* (CDU), Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

In der **14. Wahlperiode** bis zum Stand Ende April 1999 ist zurückgetreten:

- am 11. 3. 1999 (Rücktrittserklärung; Entlassung am 18. 3. 1999) *Oskar Lafontaine*, Bundesminister der Finanzen

Nachtrag zu Abschnitt 6.21: Regierungen in Bund und Ländern nach 1945

In die Tabellen auf Seite 1460–1462, die mit dem 31. August 1997 abbrechen, sind bis zum Stand Ende April 1999 folgende Daten nachzutragen:

Bund: im Jahr 1998 Wahl im September; ab Oktober Koalition aus **SPD** und **Bündnis 90/Grüne**; Bundeskanzler: **Gerhard Schröder** (SPD).

Hamburg: im Jahr 1997 Wahl im September; ab November Koalition aus **SPD** und **GAL**; Erster Bürgermeister: **Ortwin Runde** (SPD).

Niedersachsen: im Jahr 1998 Wahl im März; ab März Regierung der **SPD**; Ministerpräsident: **Gerhard Schröder** (SPD); ab Oktober Ministerpräsident: **Gerhard Glogowski** (SPD).

Nordrhein-Westfalen: im Jahr 1998 ab Mai; Ministerpräsident: **Wolfgang Clement** (SPD).

Hessen: im Jahr 1999 Wahl im Februar; ab April Koalition aus **CDU** und **FDP**; Ministerpräsident: **Roland Koch** (CDU).

Bayern: im Jahr 1998 Wahl im September; ab Oktober Regierung der **CSU**; Ministerpräsident: **Edmund Stoiber** (CSU).

Saarland: im Jahr 1998 ab Oktober; Ministerpräsident: **Reinhard Klimmt** (SPD).

Mecklenburg-Vorpommern: im Jahr 1998 Wahl im September; ab November Koalition aus **SPD** und **PDS**; Ministerpräsident: **Harald Ringstorff** (SPD).

Sachsen-Anhalt: im Jahr 1998 Wahl im April; ab Mai Minderheitsregierung der **SPD** mit Tolerierung durch die **PDS**; Ministerpräsident: **Reinhard Höppner** (SPD).

Nachtrag zu Abschnitt 7.3: Präsenz des Bundestages in Berlin

Für die **13. Wahlperiode (1994–98)** können zu den in Berlin durchgeführten Sitzungen des Bundestages sowie seiner Gremien und Fraktionen folgende Zahlen nachgetragen werden:

– Plenarsitzungen	1 ¹⁾
– Ältestenratssitzungen	0
– Vorstands-/Präsidiumssitzungen	0
– Ausschuß-, Unterausschußsitzungen	36
– Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen	56 ²⁾
– Arbeitskreis- und Arbeitsgruppensitzungen der Fraktionen	156
Sitzungen insgesamt	249

1) Konstituierende Sitzung des 13. Bundestages; zugleich letzte Sitzung bis zur Eröffnung des umgebauten Reichstagsgebäudes am 19. April 1999.

2) davon CDU/CSU 9, SPD 16, FDP 14, Bündnis 90/Die Grünen 6, Gruppe der PDS 11

Nachtrag zu Abschnitt 7.8: Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik

14. Oktober 1997 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* legt den vom Haushaltsausschuß erbetenen Bericht zur Vorbereitung des Umzuges des Deutschen Bundestages vor. Danach übersiedeln die Abgeordneten und das Gros der Beschäftigten in der Sommerpause 1999 nach Berlin, die letzten Mitarbeiter der Verwaltung folgen ab Juni 2001.
- Um den Umzugstermin Sommer 1999 einhalten zu können, muß der Bundestag Übergangslösungen akzeptieren, da die Büro Neubauten um das Reichstagsgebäude erst nach der Jahrtausendwende zur Verfügung stehen werden. Für eine Übergangszeit von etwa einem Jahr werden 1 800 Räume gebraucht, für deren Renovierung und technische Ausstattung der Haushaltsausschuß noch etwa 40 Mio. DM bereitstellen muß.
29. Oktober 1997 Der Haushaltsausschuß nimmt den Bericht der Bundestagspräsidentin einmütig zustimmend zur Kenntnis.
30. Oktober 1997 Auch der Ältestenrat stimmt der Terminplanung zu. Entgegen früheren Plänen verständigt sich das Gremium aber darauf, den Beschluß dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Abgeordnete hatten die Absicht, in Provisorien zu ziehen, kritisiert und eine Entscheidung im Plenum gefordert, weil der neue Beschluß des Ältestenrates gegen den Parlamentsbeschluß vom 10. März 1994 verstoße, in dem „provisorische Lösungen, die zu Doppelinvestitionen führen“, abgelehnt wurden.
- Der Ältestenrat beschließt außerdem, daß das Parlament mit Beginn der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause 1999 seine laufende parlamentarische Arbeit in Berlin aufnimmt. Bereits früher, im April 1999, wird das Parlament das fertiggestellte Reichstagsgebäude in einem öffentlichen Akt übernehmen.
- Zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme des Bundestages in Berlin sollen den Abgeordneten, Fraktionen und Ausschüssen insgesamt 1 800 Büros zur Verfügung stehen. Damit verfügt dann jeder Abgeordnete über mindestens 1,5 Räume. Um die bis zur Fertigstellung der Neubauten erforderlichen Büroflächen sicherzustellen, soll das bundeseigene Gebäude Mauerstraße I und III hergerichtet und der darüber hinaus bestehende Bedarf durch gemietete Räume gedeckt werden. Die Teile der Bundestagsverwaltung, die für die parlamentarische Arbeit unmittelbar in Berlin gebraucht werden, sollen nach dem Ältestenratsbeschluß vorübergehend in den für ihre Zwecke nutzbar gemachten Liegenschaften Bunsenstraße 2 und Dorotheenstraße 97/Wilhelmstraße 65 untergebracht werden.
- Der Ältestenrat beschließt gleichzeitig, daß der Deutsche Bundestag im Zusammenhang mit der Übernahme von Liegenschaften in Berlin in Bonn genutzte Liegenschaften aufgibt.
25. November 1997 Im Rahmen der Haushaltsdebatte befaßt sich der Bundestag mit der Beschlußempfehlung des Ältestenrates „Umzug des Deutschen Bundestages nach Berlin“ (Drs. 13/9046). Die Empfehlung wird mit der Mehrheit der Stimmen aus CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ange-

nommen. Damit steht offiziell und verbindlich fest: „Der Deutsche Bundestag bezieht das Reichstagsgebäude im April 1999 und nimmt mit Beginn der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause 1999 seine parlamentarische Arbeit in Berlin auf.“

Zahlreiche Abgeordnete aller Fraktionen geben ihren Unmut über die Abweichung vom Beschluß des Jahres 1994 zu Protokoll, vor allem wegen der durch die Übergangslösungen entstehenden Kosten.

22. Dezember 1997 In ihrer Antwort (Drs. 13/9537) auf eine Kleine Anfrage von SPD-Abgeordneten zum Bonn-Berlin-Umzug (Drs. 13/9334) teilt die Bundesregierung mit, daß die Abgeordneten und Fraktionen sowie 860 Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung im Juli und August 1999 ihre Unterkünfte in Berlin beziehen werden. Die letzten Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung sollen ab Juni 2001 nach Berlin ziehen.
3. Februar 1998 Eine scharfe Replik seitens des Kanzleramtsministers *Friedrich Bohl* (CDU) ruft das Versprechen des niedersächsischen Ministerpräsidenten *Gerhard Schröder* (SPD) hervor, den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin zu beschleunigen, sollte er im September zum Bundeskanzler gewählt werden. Bundeskanzler *Kohl* Belehrungen über den Umzug erteilen zu wollen, sei „albern und lächerlich“ – so *Bohl*. Die Bundesregierung werde parallel zum Bundestag im Sommer 1999 nach Berlin umziehen.
15. April 1998 Das Projektteam Flughafen München GmbH nimmt seine Arbeit auf. Es war in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren ausgewählt worden, den Umzug des Bundestages zu planen und zu steuern und die verwaltungsinterne Projektgruppe „Steuerung Umzug Berlin“ zu unterstützen.
24. Juni 1998 Der Ältestenrat nimmt den vorgesehenen Zeitraum – 5. bis 31. Juli 1999 – für den Umzug zur Kenntnis.
18. November 1998 Der neue Umzugsbeauftragte der Bundesregierung, Bundesbauminister *Franz Müntefering* (SPD), versichert, der Umzug des Bundestages und der Bundesregierung werde trotz „punktueller Probleme“ nicht wesentlich verzögert und insgesamt nicht teurer. *Müntefering* hält die Daten und Zahlen für weit weniger dramatisch, als einige Medien, die seit Tagen über erhebliche Verzögerungen beim Umzug nach Berlin spekulieren.
- Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* teilt ergänzend mit, das Reichstagsgebäude werde „wie geplant“ im April kommenden Jahres übernommen, von September an werde der Bundestag dort regelmäßig tagen und die Baukosten von 600 Mio. DM könnten eingehalten werden.
24. November 1998 Die Bundesregierung hält ihre erste Kabinettsitzung in Berlin im ehemaligen Staatsratgebäude der DDR ab.
20. Januar 1999 Die Raumkommission des Ältestenrates beschließt über die Verteilung der Zielliegenschaften in Berlin.
28. Januar 1999 Auf Beschluß des Ältestenrates wird der Bundestag das umgebaute Reichstagsgebäude am 19. April 1999 mit einer Plenardebatte über die Lage der Nation eröffnen.

Nachtrag zu Abschnitt 8.3: Plenarsitzungen: Statistik

Die Statistik zur Zahl und Dauer der Plenarsitzungen auf Seite 1638 ist mit den folgenden Schlußdaten zur **13. Wahlperiode** zu ergänzen:

– Zahl der Plenarsitzungen	248
– Gesamtsitzungszeit (in Stunden : Minuten)	1863 : 37
– Sitzungszeit abzügl. Unterbrechungen (in Stunden : Minuten)	1833 : 20
– Durchschnittliche Dauer pro Sitzung (in Stunden : Minuten)	7 : 24
– Durchschnittliche Sitzungszeit pro Arbeitsjahr (in Stunden : Minuten)	458 : 20
– Seitenzahl der Stenographischen Berichte	23 176
– Ausschluß der Öffentlichkeit (Zahl der Fälle)	0

Nachtrag zu Abschnitt 8.5: Sondersitzungen

In die Liste der Sondersitzungen, die auf Seite 1669 beim Stand vom 31. August 1997 abbricht, sind folgende zwei Sitzungen nachzutragen:

noch in der **13. Wahlperiode (1994–98)**:

die 248. Sitzung vom 16. Oktober 1998

Tagesordnung: Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung in Verbindung mit dem Antrag der Bundesregierung betr. Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt

Antragsteller: Bundeskanzler

in der **14. Wahlperiode** bis zum Stand 30. April 1999:

die 32. Sitzung vom 15. April 1999

Tagesordnung: Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Aktuellen Lage im Kosovo

Antragsteller: SPD

Nachtrag zu Abschnitt 8.12: Arten der Abstimmung

In die Statistik zu den Arten der Abstimmungen auf Seite 1728 sind für die **13. Wahlperiode (1994–98)** folgende Angaben nachzutragen:

– namentliche Abstimmungen	177
– Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)	6

Nachtrag zu Abschnitt 8.20: Ordnungsmaßnahmen

Die Abschlußzahlen zu den Ordnungsmaßnahmen in der **13. Wahlperiode (1994–98)** lauten:

– Rügen	3
– Verweisungen zur Sache	12
– Ordnungsrufe	32
– Wortentziehungen	9
– Sitzungsausschlüsse	0
– Unterbrechung der Sitzung wegen störender Unruhe	0
– Aufhebung der Sitzung wegen störender Unruhe	0

Nachtrag zu Abschnitt 8.21: Publizität der Verhandlungen

Die Statistik der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen im Bundestag von Seite 1994–1995 ist für die **13. Wahlperiode (1994–98)** mit den folgenden Sitzungszahlen zu ergänzen:

Plenarsitzungen	248
Erweiterte öffentliche Ausschlußberatungen	2
Öffentliche Informationssitzungen (Anhörungen) von Ausschüssen	220
Öffentliche Ausschuß- und Unterausschußsitzungen	44
Öffentliche Untersuchungsausschuß-Sitzungen	88
Öffentliche Enquete-Kommissions-Sitzungen ¹⁾	71
Fraktionssitzungen	0
<hr/>	
öffentliche Sitzungen insgesamt	673
<hr/>	
Präsidiumssitzungen	94
Ältestenratssitzungen	84
Kommissionssitzungen des Ältestenrates ²⁾	212
Fraktions- und Fraktionsvorstands-Sitzungen	777
Gruppen- und Gruppenvorstands-Sitzungen	198
Ausschuß- und Unterausschuß-Sitzungen ³⁾	2 215
Untersuchungsausschuß-Sitzungen ³⁾	88
Enquete-Kommissions-Sitzungen ³⁾	172
<hr/>	
nichtöffentliche Sitzungen insgesamt	3 840
<hr/>	
Verhältnis von öffentlichen zu nichtöffentlichen Sitzungen	1 : 5,7

¹⁾ einschließlich 51 öffentliche Anhörungssitzungen

²⁾ einschließlich Sitzungen der Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages

³⁾ ohne öffentliche Sitzungen (siehe oben)

Für den gesamten Zeitraum der 1. bis zur 13. Wahlperiode ergeben sich 5 588 öffentliche und 48 443 nichtöffentliche Sitzungen, was einem Verhältnis von **1 : 8,7** entspricht.

Nachtrag zu Abschnitt 9.1: Ausschüsse: Statistik

Die statistische Übersicht auf Seite 2022–2023 ist für die **13. Wahlperiode (1994–98)** folgendermaßen zu ergänzen:

– Zahl der ständigen Ausschüsse (zu Beginn und am Ende der Wahlperiode)	22
– Ausschuß- und Unterausschußsitzungen	2 479
davon Ausschußsitzungen	2 058
davon Unterausschußsitzungen	421
– Zahl der Sonderausschüsse	0
– Sonderausschuß-Sitzungen	0
– Zahl der Untersuchungsausschüsse	2
– Untersuchungsausschuß-Sitzungen	176
– Zahl der Enquete-Kommissionen	5
– Enquete-Kommissions-Sitzungen	243
– Sitzungen insgesamt	2 898

Erstmals hat das Tagungsbüro des Bundestages für die 13. Wahlperiode nicht nur die öffentlichen Anhörungssitzungen ausgezählt (siehe Nachtrag zu Abschnitt 9.6), sondern auch die sonstigen öffentlich durchgeführten Sitzungen: Es handelt sich um 214 der insgesamt 2 058 Ausschußsitzungen.

Von der Möglichkeit, sogenannte „Erweiterte öffentliche Ausschußberatungen“ anstelle von Aussprachen im Plenum anzusetzen (vgl. den am 21. September 1995 in die Geschäftsordnung des Bundestages eingefügten § 69a), wurde nur zweimal Gebrauch gemacht.

Zu Beginn der **14. Wahlperiode (1998)** setzte der Bundestag 23 Ausschüsse ein.

Nachtrag zu Abschnitt 9.2: Verzeichnis der Ausschüsse

13. Wahlperiode (1994–98)

Das bis zum Stand 31. August 1997 reichende Verzeichnis in Band II auf den Seiten 2078–2080 ist bis zum Stand Ende der 13. Wahlperiode lediglich um folgende Eintragung zu ergänzen:

Vorsitzender des Ausschusses für Post und Telekommunikation: *Arne Börnsen* (SPD),
ab 11. Februar 1998:
Klaus Barthel (SPD)

Eventuelle Veränderungen im Bereich der Unterausschüsse, Arbeitsgruppen und Kommissionen sind für diesen Nachtrag nicht ermittelt worden.

14. Wahlperiode (1998–)

Zu Beginn der 14. Wahlperiode wurden die folgenden 23 ständigen Ausschüsse eingesetzt. Unter a) und b) werden die Vorsitzenden bzw. die stellvertretenden Vorsitzenden aufgeführt. Die Aufstellung reicht in der Bearbeitung bis zum Stand 30. April 1999.

-
- | | |
|---|---------------|
| 1. Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung | 15 Mitglieder |
| a) <i>Erika Simm</i> (SPD) | |
| b) <i>Wolfgang Freiherr von Stetten</i> (CDU/CSU) | |
| 2. Petitionsausschuß | 29 Mitglieder |
| a) <i>Heidemarie Lüth</i> (PDS) | |
| b) <i>Jutta Müller</i> (SPD) | |
| 3. Auswärtiger Ausschuß | 40 Mitglieder |
| a) <i>Hans-Ulrich Klose</i> (SPD) | |
| b) <i>Michaela Geiger</i> (CDU/CSU) (bis † 30. 12. 1998)
<i>Carl-Dieter Spranger</i> (CDU/CSU) (ab 3. 3. 1999) | |
| 4. Innenausschuß | 40 Mitglieder |
| a) <i>Willfried Penner</i> (SPD) | |
| b) <i>Hartmut Büttner</i> (CDU/CSU) | |
| 5. Sportausschuß | 15 Mitglieder |
| a) <i>Friedhelm Julius Beucher</i> (SPD) | |
| b) <i>Klaus Rose</i> (CDU/CSU) | |
| 6. Rechtsausschuß | 31 Mitglieder |
| a) <i>Rupert Scholz</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Hermann Bachmaier</i> (SPD) | |
| 7. Finanzausschuß | 40 Mitglieder |
| a) <i>Christine Scheel</i> (B 90/GRÜNE) | |
| b) <i>Carl-Ludwig Thiele</i> (FDP) | |
| 8. Haushaltsausschuß | 42 Mitglieder |
| a) <i>Adolf Roth</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Manfred Hampel</i> (SPD) | |
| 9. Ausschuß für Wirtschaft und Technologie | 40 Mitglieder |
| a) <i>Matthias Wissmann</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Christian Müller</i> (SPD) | |
| 10. Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 26 Mitglieder |
| a) <i>Peter H. Carstensen</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Ulrike Höfken</i> (B 90/GRÜNE) | |
| 11. Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung | 40 Mitglieder |
| a) <i>Doris Barnett</i> (SPD) | |
| b) <i>Heidi Knake-Werner</i> (PDS) | |
| 12. Verteidigungsausschuß | 38 Mitglieder |
| a) <i>Helmut Wieczorek</i> (SPD) | |
| b) <i>Thomas Kossendey</i> (CDU/CSU) | |
| 13. Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 31 Mitglieder |
| a) <i>Christel Hanewinckel</i> (SPD) | |
| b) <i>Anke Eymer</i> (CDU/CSU) | |
| 14. Ausschuß für Gesundheit | 31 Mitglieder |
| a) <i>Klaus Kirschner</i> (SPD) | |
| b) <i>Wolfgang Zöller</i> (CDU/CSU) | |

- | | |
|--|---------------|
| 15. Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen | 42 Mitglieder |
| a) <i>Eduard Oswald</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Klaus Hasenfratz</i> (SPD) | |
| 16. Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | 38 Mitglieder |
| a) <i>Christoph Matschie</i> (SPD) | |
| b) <i>Winfried Hermann</i> (B 90/GRÜNE) | |
| 17. Ausschuß für Angelegenheiten der neuen Länder | 15 Mitglieder |
| a) <i>Paul Krüger</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Peter Eckardt</i> (SPD) | |
| 18. Ausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe | 15 Mitglieder |
| a) <i>Claudia Roth</i> (B 90/GRÜNE) | |
| b) <i>Christian Schwarz-Schilling</i> (CDU/CSU) | |
| 19. Ausschuß für Bildung und Forschung, | 38 Mitglieder |
| ab 3.12.1998: | |
| Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung | |
| a) <i>Jürgen W. Möllemann</i> (FDP) | |
| b) <i>Ulla Burchardt</i> (SPD) | |
| 20. Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 26 Mitglieder |
| a) <i>Rudolf Kraus</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Brigitte Adler</i> (SPD) | |
| 21. Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus | 15 Mitglieder |
| a) <i>Ernst Hinsken</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Jann-Peter Janssen</i> (SPD) | |
| 22. Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union | 36 Mitglieder |
| a) <i>Friedbert Pflüger</i> (CDU/CSU) | |
| b) <i>Jürgen Meyer</i> (SPD) | |
| 23. Ausschuß für Kultur und Medien | 15 Mitglieder |
| a) <i>Elke Leonhard</i> (SPD) | |
| b) <i>Margarete Späte</i> (CDU/CSU) | |

Nachtrag zu Abschnitt 9.6: Öffentliche Anhörungen

Für die Statistik auf Seite 2123 liegt bei Manuskriptschluß zumindest die Zahl der Sitzungen von Ausschüssen und Enquete-Kommissionen vor, in denen in der **13. Wahlperiode (1994–98)** öffentliche Anhörungen stattgefunden haben:

- | | |
|---------------------------------|-----|
| – Ausschuß-Sitzungen | 222 |
| – Enquete-Kommissions-Sitzungen | 51 |

In der Zahl der 222 Ausschuß-Sitzungen sind 6 Sitzungen der Kinderkommission mit öffentlichen Anhörungen enthalten.

Mit insgesamt 273 Anhörungen ist die Zahl in der 13. Wahlperiode erstmals rückläufig.

Die Zahl der in den öffentlichen Anhörungen behandelten Themen war bei Manuskriptschluß noch nicht ausgezählt.

Nachtrag zu Abschnitt 9.10: Untersuchungsausschüsse

Die bis zum 31. August 1997 reichende tabellarische Darstellung der beiden Untersuchungsausschüsse der **13. Wahlperiode** auf Seite 2201–2202 ist für die restliche Zeit der Wahlperiode in der vierten und fünften Spalte folgendermaßen zu ergänzen (d. h. in den übrigen Spalten ändert sich nichts mehr):

1. Untersuchungsausschuß („Plutonium-Schmuggel“)

- letzte Sitzung am 17. 6. 1998, insgesamt 80 Sitzungen
- Beschlußempfehlung und Bericht (Drs. 13/10800),
zweite Beschlußempfehlung und zusätzlicher abweichender Bericht (Drs. 13/10852),
dritte Beschlußempfehlung und weiterer abweichender Bericht (Drs. 13/10909):
Annahme in der 244. Sitz. vom 24. 6. 1998

2. Untersuchungsausschuß („DDR-Vermögen“)

- letzte Sitzung am 28. 5. 1998, insgesamt 96 Sitzungen
- Beschlußempfehlung und Bericht (Drs. 13/10900):
Annahme in der 241. Sitz. vom 18. 6. 1998

Zu einem dritten Untersuchungsverfahren während der 13. Wahlperiode konstituierte sich der **Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß** gemäß Art. 45 GG. In die tabellarische Zusammenstellung auf Seite 2231–2233 ist somit folgende Ergänzung aufzunehmen:

- laufende Nr.: 12
- erste Sitzung am 14. 1. 1998, letzte Sitzung am 17. 6. 1998, insgesamt 19 Sitzungen
- Untersuchungsgegenstand: Rechtsextremistische Vorkommnisse an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und an anderen Standorten der Bundeswehr
- Antragsteller: SPD
- Bemerkungen: Ausschlußbericht: BT-Drs. 13/11005, Annahme in der 244. Sitzung des BT am 24. 6. 1998 (Kenntnisnahme)

Nachtrag zu Abschnitt 9.11: Enquete-Kommissionen

Die bis zum 31. August 1997 reichende tabellarische Darstellung der fünf Enquete-Kommissionen der **13. Wahlperiode** auf Seite 2267–2269 ist für die restliche Zeit der Wahlperiode in den letzten drei Spalten folgendermaßen zu ergänzen (d. h. in den ersten drei Spalten ändert sich nichts mehr):

Lfd. Nr. 1: Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“

- letzte Sitzung am 25. 5. 1998; 65 Sitzungen insgesamt
- Zwischenbericht auf Drs. 13/7400, Annahme in der 243. Sitz. vom 23. 6. 1998, Schlußbericht auf Drs. 13/11200, bis zum Ende der 13. Wahlperiode keine Behandlung im Plenum
- Siehe auch:
Berichtigung zum Zwischenbericht auf Drs. 13/7415;
Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drs. 13/8545;
Ausschußüberweisung des Zwischenberichts und des Entschließungsantrages in der 193. Sitz. vom 26. 9. 1997;
Beschlüßempfehlung und Bericht des 16. Ausschusses (Drs. 13/10168): Annahme des Zwischenberichts und Ablehnung des Entschließungsantrages in der 243. Sitz. vom 23. 6. 1998

Lfd. Nr. 2: Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“

- letzte Sitzung am 29. 9. 1998; 28 Sitzungen insgesamt
- Zwischenbericht auf Drs. 13/11460, bis zum Ende der 13. Wahlperiode keine Behandlung im Plenum
- Siehe auch:
Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Vorlage eines Zwischenberichts und Empfehlung auf Fortsetzung der Arbeit der Enquete-Kommission in der 14. WP (Drs. 13/11133); Annahme in der 244. Sitz. vom 24. 6. 1998

Lfd. Nr. 3: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

- letzte Sitzung am 3. 6. 1998; 53 Sitzungen insgesamt
- Zwischenbericht auf Drs. 13/8700, Annahme in der 227. Sitz. vom 2. 4. 1998, Schlußbericht auf Drs. 13/11000, Annahme in der 240. Sitz. vom 17. 6. 1998
- Siehe auch:
Interfraktioneller Gesetzentwurf betr. Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Drs. 13/9870) aufgrund einer Empfehlung im Zwischenbericht: Verabschiedung in der 227. Sitz. vom 2. 4. 1998;
Entschließungsantrag der PDS (Drs. 13/10974): Ablehnung in der 240. Sitz. vom 17. 6. 1998

Lfd. Nr. 4: Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“

- letzte Sitzung am 22. 6. 1998; 46 Sitzungen insgesamt
- Zweiter Zwischenbericht (Drs. 13/8110): Ausschußüberweisung in der 219. Sitz. vom 12. 2. 1998; Erster, Dritter, Viertes, Fünftes Zwischenbericht und Schlußbericht (Drs. 13/6000, 13/11001, 13/11002, 13/11003, 13/11004): Ausschußüberweisung in der 244. Sitz. vom 24. 6. 1998

Lfd. Nr. 5: Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“

- letzte Sitzung am 28. 5. 1998; 49 Sitzungen insgesamt
- Schlußbericht (Drs. 13/10950): Annahme in der 242. Sitz. vom 19. 6. 1998
- Siehe auch:
Zwischenbericht (Drs. 13/8170): Ausschußüberweisung in der 193. Sitz. vom 26. 9. 1997; 236. Sitz. vom 8. 5. 1998: Mitteilung des 13. Ausschusses gem. § 80 Abs. 3 Satz 2 GO, von einer Berichterstattung zum Zwischenbericht abzusehen

Nachtrag zu Abschnitt 11.5: Statistik zur Gesetzgebung

Die statistische Gesamtübersicht auf Seite 2388–2389 ist für die abgeschlossene **13. Wahlperiode (1994–98)** folgendermaßen zu ergänzen:

Eingebrachte Gesetzentwürfe (insges.)	923
davon Bundesregierung (abs.)	443
davon Bundestag (abs.)	329
davon Bundesrat (abs.)	151
davon Bundesregierung (in %)	48,0
davon Bundestag (in %)	35,6
davon Bundesrat (in %)	16,4
Verabschiedete Gesetzentwürfe (insges.)	565
davon Bundesregierung (abs.)	402
davon Bundestag (abs.)	102
davon Bundesrat (abs.)	36
davon Vereinigung von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR) (abs.)	25
davon Bundesregierung (in %)	71,1
davon Bundestag (in %)	18,1
davon Bundesrat (in %)	6,4
davon Vereinigung von Initiativen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR) (in %)	4,4
Anderweitig erledigte Gesetzentwürfe (insges.)	256
Nicht mehr erledigte Gesetzentwürfe (insges.)	102
Zahl der durchnummerierten BT-Drucksachen	11 472

Nachtrag zu Abschnitt 11.8: Bundestag und Bundesrat

Die Statistik über den Anteil der Zustimmungsgesetze und Einspruchsgesetze (Seite 2430–2431) ist bei den 551 verkündeten Gesetzen für die **13. Wahlperiode (1994–98)** folgendermaßen fortzuschreiben:

Anteil der Zustimmungsgesetze	59,2%
Anteil der Einspruchsgesetze	40,8%

Für die Statistik der Zustimmungsversagungen und Einsprüche des Bundesrates in der **13. Wahlperiode** lauten die Zahlen:

Versagungen der Zustimmung	21
Einsprüche des Bundesrates	15
– davon vom Bundestag zurückgewiesen	14
Nicht verkündete Gesetze (= 2,7% der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze)	15

Nachtrag zu Abschnitt 11.9: Vermittlungsverfahren

Für die **13. Wahlperiode (1994–98)** ist die Statistik auf Seite 2450–2451 folgendermaßen zu ergänzen:

Anzahl der Sitzungen des Vermittlungsausschusses	36
Anrufungen des Vermittlungsausschusses insgesamt	92
– davon durch Bundesrat	74
– davon durch Bundesregierung	10
– davon durch Bundestag	8
davon bei einem Gesetz	
– zwei Anrufungen	7
– drei Anrufungen	1
davon schließlich als Gesetz	
– verkündet	73
– nicht verkündet	10
Zahl der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze	565
Anrufungen des Vermittlungsausschusses in % der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze	16,3
Als Gesetz nicht verkündete Gesetzesvorlagen in % der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze	1,8

Nachtrag zu Abschnitt 12.1: Anfragen

Aufgrund der abschließenden Statistik der **13. Wahlperiode (1994–98)** wurden folgende Anfragen eingebracht bzw. beantwortet:

Große Anfragen insgesamt	156 ¹⁾
davon eingebracht von (Anzahl und in %):	
– CDU/CSU	0 (= 0,0%)
– SPD	80 (= 51,3%)
– GRÜNE	47 (= 30,1%)
– FDP	0 (= 0,0%)
– PDS	13 (= 8,3%)
– CDU/CSU und FDP	15 (= 9,6%)
– CDU/CSU, SPD, GRÜNE und FDP	1 (= 0,6%)

¹⁾ Davon wurden drei Anfragen nicht beantwortet.

Kleine Anfragen insgesamt	2 070 ¹⁾
davon eingebracht von (Anzahl und in %):	
– CDU/CSU	6 (= 0,3%)
– SPD	336 (= 16,2%)
– GRÜNE	926 (= 44,7%)
– FDP	1 (= 0,1%)
– PDS	783 (= 37,8%)
– CDU/CSU und FDP	13 (= 0,6%)
– CDU/CSU, SPD und GRÜNE	1 (= 0,1%)
– CDU/CSU, SPD, GRÜNE und FDP	4 (= 0,2%)

Mündliche/Schriftliche Anfragen insgesamt 18 477²⁾

davon wurden eingereicht als	
– Mündliche Fragen (Fragestunde)	3 571
– Schriftliche Einzelfragen	14 906

davon wurden eingereicht von Abgeordneten der	
– CDU/CSU	17,9%
– SPD	62,8%
– GRÜNE	12,0%
– FDP	2,8%
– PDS	4,1%
– fraktionslosen Abgeordneten	0,4%

Zahl der Fragestunden: 67³⁾

Zahl der dringlichen Anfragen: 34⁴⁾

1) Davon wurden fünf Anfragen nicht beantwortet.

2) Davon wurden 124 Anfragen nicht beantwortet.

3) Rückgang der Zahl, weil ab September 1995 nur noch eine Fragestunde pro Woche (am Mittwoch) stattfindet.

4) In den 3 571 Mündlichen Fragen mitgezählt.

Nachtrag zu Abschnitt 12.2: Aktuelle Stunden

Statistische Übersicht

In der **13. Wahlperiode** haben insgesamt 103 Aktuelle Stunden stattgefunden.

Die Aktuellen Stunden waren verlangt bzw. beantragt worden von:

– CDU/CSU	2
– SPD	34
– FDP	8
– B 90/GRÜNE	36
– PDS	15
– CDU/CSU, FDP	4
– CDU/CSU, SPD, FDP, B 90/GRÜNE	1
– SPD, B 90/GRÜNE	1
– SPD, B 90/GRÜNE, PDS	2

Von den 103 Aktuellen Stunden waren

- eine im Ältestenrat vereinbart,
- 9 aus der Fragestunde verlangt und
- 93 unabhängig von einer Fragestunde verlangt worden.

Tabellarische Übersicht

In der **13. Wahlperiode** ab September 1997 und in der **14. Wahlperiode** bis Stand Ende April 1999 fanden folgende Aktuelle Stunden statt:

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 13. WP	72	191.	24. 9. 1997	Haltung der Bundesregierung zu dem Vorschlag, eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten durch eine Erhöhung der Mineralöl- und Mehrwertsteuer zu ermöglichen	B 90/ GRÜNE
	73	194.	1. 10. 1997	Haltung der Bundesregierung angesichts ständig steigender Arbeitslosenzahl zu geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen	SPD
	74	195.	2. 10. 1997	Konsequenzen für die Drogenpolitik in der Bundesrepublik nach der Schweizer Volksabstimmung	B 90/ GRÜNE
	75	199.	29. 10. 1997	Haltung der Bundesregierung zu Umfang und Ausmaß sogenannter geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse	SPD
	76	200.	30. 10. 1997	Zukunft des Stromeinspeisungsgesetzes	B 90/ GRÜNE
	77	201.	31. 10. 1997	Haltung der Bundesregierung zu den Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten	PDS
	78	202.	12. 11. 1997	Haltung der Bundesregierung zu Finanzproblemen bei der staatlichen Rentenversicherung	B 90/ GRÜNE
	79	203.	13. 11. 1997	Haltung der Bundesregierung zu in der Presse zitierten Äußerungen des Bundesverteidigungsministers <i>Volker Rühe</i> zum Konflikt am Golf	PDS
	80	209.	10. 12. 1997	Haltung der Bundesregierung zur Beschäftigungssituation im Kur- und Rehabereich	SPD
	81	210.	11. 12. 1997	Haltung der Bundesregierung zu Reaktionen in der Öffentlichkeit zum Eintreffen der Bescheide zum Krankenhausnotopfer	PDS
	82	211.	12. 12. 1997	Lage der Beschäftigungsinitiative für Ostdeutschland	B 90/ GRÜNE
	83	212.	14. 1. 1998	Zu den Forderungen nach einer verschärften Abschottung der Grenzen gegen kurdische Flüchtlinge	B 90/ GRÜNE

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 13. WP	84	213.	15. 1. 1998	Erklärung des Bundeskanzlers, daß eine Halbierung der Arbeitslosenzahl bis zum Jahre 2000 nicht mehr zu erreichen sei	SPD
	85	214.	16. 1. 1998	Haltung der Bundesregierung zur Privatisierung von Flächen in den Nationalparks der neuen Bundesländer	PDS
	86	215.	4. 2. 1998	Haltung der Bundesregierung zur Übernahme von 51% des Aktienkapitals der Preussag Stahl AG durch das Land Niedersachsen	FDP
	87	216.	5. 2. 1998	Haltung der Bundesregierung zur Eignung des Termins 13. August 1998 für ein öffentliches Gelöbnis	SPD
	88	217.	6. 2. 1998	Haltung der Bundesregierung zu der vom Bundesrat geplanten Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes	B 90/ GRÜNE
	89	219.	12. 2. 1998	Haltung des Bundestages zum Schwangerschaftskonfliktgesetz und zur beabsichtigten Neuordnung der kirchlichen Beratungstätigkeit	SPD
	90	221.	4. 3. 1998	Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Rückerwerb von Bodenreformland durch Alteigentümer	PDS
	91	224.	26. 3. 1998	Vorstellungen der Bundesregierung zur Rücknahme der 4. Verordnung über die personellen Anforderungen für Heime (Heimpersonalverordnung)	SPD
	92	226.	1. 4. 1998	Aktuelle Äußerungen von Mitgliedern des Bundestages zu künftigen Steuersätzen	CDU/CSU und FDP
	93	227.	2. 4. 1998	Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 1997 zur Verlängerung der Ausnahmeregelung für den sogenannten Duty-Free-Handel	SPD
	94	229.	22. 4. 1998	Haltung der Bundesregierung zu Forderungen, den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen	B 90/ GRÜNE
	95	230.	23. 4. 1998	Haltung der Bundesregierung zum Abrechnungsverhalten von Vertragszahnärzten	SPD
	96	233.	30. 4. 1998	Haltung der Bundesregierung zum Treffen des Bundesratspräsidenten <i>Gerhard Schröder</i> mit dem weißrussischen Präsidenten <i>Alexander Lukaschenko</i>	CDU/CSU
97	234.	6. 5. 1998	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen des von der Deutschen Post AG beabsichtigten neuen Filialkonzeptes für Kunden und Beschäftigte	SPD	

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 13. WP	98	235.	7. 5. 1998	Haltung der Bundesregierung zur Rentendiskussion in der SPD vor dem Hintergrund der jüngsten Äußerungen des stellvertretenden IG Metall-Vorsitzenden Walter Riester	CDU/CSU und FDP
	99	237.	27. 5. 1998	Haltung der Bundesregierung zu den ausländerpolitischen Beschlüssen der CSU	B 90/ GRÜNE
	100	238.	28. 5. 1998	Haltung der Bundesregierung zu Äußerungen des Bundesgesundheitsministers [<i>Horst Seehofer</i>] zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung auf dem Deutschen Ärztetag	SPD
	101	239.	29. 5. 1998	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen der Bundesminister <i>Norbert Blüm</i> und <i>Manfred Kanther</i> zum Abbau und zur Bezahlung von Überstunden	PDS
	102	240.	17. 6. 1998	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen der Brenner-Blockade auf den deutschen und europäischen Transitverkehr	B 90/ GRÜNE
	103	241.	18. 6. 1998	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen ihres Pressesprechers <i>Otto Hauser</i> , die Hilfe beim Aufbau im Osten mit Wahlergebnissen in den neuen Bundesländern in Verbindung zu bringen	PDS
14. WP 1998-1)	1	7.	18. 11. 1998	Erkenntnisse der Bundesregierung zur Entstehung des Unfalls der „Pallas“ vor der deutschen Nordseeküste und Maßnahmen der Bundesregierung zur Schadensbegrenzung und -beseitigung nach der Havarie	CDU/CSU
	2	8.	19. 11. 1998	Haltung der Bundesregierung zu einem Umfrageergebnis, nach dem nur 13% der Unternehmen die bisherigen 620/520-Mark-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse überführen, demgegenüber aber 20% der Firmen diese bisherigen geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse streichen und 23% lieber freie Mitarbeiter einstellen wollen, wenn die bisherigen rot-grünen Pläne zu einer Neuregelung verwirklicht werden	FDP
	3	10.	2. 12. 1998	Haltung der Bundesregierung zu der mit der beabsichtigten Veräußerung von Metro AG-Sparten verbundenen Gefährdung von über 34 000 Arbeitsplätzen sowie zu den Auswirkungen auf Mietverträge und Einnahmen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben ...	PDS

1) Stand: 30. April 1999

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 14. WP	4	11.	3. 12. 1998	Haltung der Bundesregierung zu den angekündigten Erhöhungen von Energiesteuern, insbesondere der Mineralölsteuer sowie der Mehrwertsteuer	FDP
	5	12.	4. 12. 1998	Zukunft der Bundeswehr vor dem Hintergrund von Äußerungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. <i>Ludger Volmer</i> , zur Entbehrlichkeit eines stehenden Heeres	CDU/CSU
	6	13.	9. 12. 1998	Pflicht zur Vorlage eines Bundeshaushalts 1999 in den verfassungsrechtlichen Fristen angesichts der widersprüchlichen Aussagen zur Finanz- und Haushaltspolitik in der Bundesregierung	CDU/CSU
	7	14.	10. 12. 1998	Haltung der Bundesregierung zur öffentlichen Verunsicherung in der Euro-Region Neißة infolge der Verurteilung von Taxifahrern und Haltung der Bundesregierung zum Vorgehen des Bundesgrenzschutzes in diesem Zusammenhang	PDS
	8	15.	20. 1. 1999	Haltung der Bundesregierung zu den Vorkommnissen in der Europäischen Kommission und deren Behandlung im Europaparlament	FDP
	9	16.	21. 1. 1999	Äußerungen des Bundesumweltministers <i>Jürgen Trittin</i> zu den Kernenergieausstiegsplänen der Bundesregierung und dem Verbot der Wiederaufarbeitung ohne Entschädigungsleistungen an Frankreich sowie der daraus entstehende außenpolitische Schaden und die großangelegten Rücktransporte bestrahlter Brennelemente nach Deutschland	CDU/CSU
	10	17.	22. 1. 1999	Haltung der Bundesregierung zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Januar 1999 zur steuerlichen Behandlung von Kinderbetreuungskosten und Haushaltsfreibetrag bei Ehepaaren im Zusammenhang mit der aktuellen Behandlung des Steuerentlastungsgesetzes und seiner haushalterischen Auswirkungen	PDS
	11	18.	27. 1. 1999	Haltung der Bundesregierung zum Notenwechsel mit Frankreich und Großbritannien zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und zu seiner rechtlichen Bindungswirkung	FDP
	12	19.	28. 1. 1999	Sich häufende Unfälle bei der Deutschen Bahn AG vor dem Hintergrund unterschiedlicher Zwischenergebnisse der Untersuchungen des Eschede-ICE-Unglücks	PDS
	13	24.	3. 3. 1999	Haltung der Bundesregierung zur Agenda 2000 nach dem informellen EU-Gipfel des Wochenendes und dem Scheitern der Vorschläge des EU-Agrarministerrates	CDU/CSU und FDP

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema	Beantragende Fraktion
noch: 14. WP	14	25.	4. 3. 1999	Haltung der Bundesregierung zu dem am 11. Februar 1999 veröffentlichten Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen zur Verletzung des internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch die Bundesrepublik Deutschland	PDS
	15	26.	17. 3. 1999	Äußerungen des Bundeskanzlers zum deutsch-tschechischen Verhältnis	CDU/CSU
	16	27.	18. 3. 1999	Rücktritt des Bundesfinanzministers <i>Oskar Lafontaine</i> und Festhalten der Bundesregierung an ihren Steuergesetzen	FDP
	17	28.	19. 3. 1999	Haltung der Bundesregierung zu den u. a. durch die ökologische Steuerreform bedingten Tarifierhöhungen der Deutschen Bahn AG unter besonderer Berücksichtigung der zusätzlichen Belastungen in den neuen Bundesländern	PDS
	18	29.	24. 3. 1999	Pläne der Bundesregierung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zur Besteuerung von Unternehmen	CDU/CSU
	19	30.	25. 3. 1999	Haltung der Bundesregierung auf die jüngste Kritik aus der BfA zur Praktikabilität der Neuregelungen der Scheinselbständigkeit	FDP
	20	34.	21. 4. 1999	Haltung der Bundesregierung zur sogenannten Scheinselbständigkeit und zum 630-Mark-Gesetz nach dem jüngsten Briefwechsel mit Bundesminister Riester	FDP
	21	35.	22. 4. 1999	Haltung der Bundesregierung als Bauherr zu Schwarzarbeit und außertariflicher Beschäftigung auf den Baustellen des Bundes in Berlin und zu den Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation im Baugewerbe Berlins und Brandenburgs sowie die ostdeutsche Bauwirtschaft insgesamt	PDS

Nachtrag zu Abschnitt 14.2: Grundgesetz-Änderungsgesetze: Dokumentation

In der **13. Wahlperiode** wurden ab September 1997 noch folgende Gesetze zur Änderung des Grundgesetzes verabschiedet und verkündet:

Titel: [44.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 und 106)**
Initiative: Regierungsvorlage (Drs. 13/1685)
Inhalt: Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen als Ausgleich für die durch eine Gewerbesteuerreform entstehenden Steuerausfälle.
Geänd. Art.: geändert: 28, 106
Gesetzgebung: Verabschiedet im BT: 11. 9. 1997; Gesetz vom 20. 10. 1997, verkündet am 24. 10. 1997, BGBl. I S. 2470, Inkrafttreten am 25. 10. 1997

Titel: [45.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 13)**
Initiative: Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 13/8650)
Inhalt: Schaffung einer verfassungsrechtlichen Grundlage für den Einsatz technischer Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen zum Zweck der Strafverfolgung; Bestimmung der Voraussetzungen für den Einsatz; Regelungen zum Schutz der bei einem polizeilichen Einsatz in Wohnungen tätigen Personen sowie Sicherstellung der parlamentarischen Kontrolle durch Berichtspflicht der Bundesregierung.
Geänd. Art.: geändert: 13
Gesetzgebung: Verabschiedet im BT: 16. 1. 1998; Gesetz vom 26. 3. 1998, verkündet am 31. 3. 1998, BGBl. I S. 610, Inkrafttreten am 1. 4. 1998

Titel: [46.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 39)**
Initiative: Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, GRÜNE und FDP (Drs. 13/9393)
Inhalt: Festlegung der Wahltermine zur Neuwahl des Bundestages für die kommenden Wahlperioden auf einen Zeitraum zwischen Mitte Oktober und Anfang November, beginnend mit der 14. Wahlperiode.
Geänd. Art.: geändert: 39
Gesetzgebung: Verabschiedet im BT: 28. 5. 1998; Gesetz vom 16. 7. 1998, verkündet am 22. 7. 1998, BGBl. I S. 1822, Inkrafttreten am 27. 10. 1998

In der **14. Wahlperiode** wurde bis Stand 30. April 1999 kein Grundgesetz-Änderungsgesetz verabschiedet und verkündet.

Nachtrag zu Abschnitt 15.1: Gesetzgebung zum Parlamentsrecht

Bis Ende der **13. Wahlperiode** wurden keine Gesetze verabschiedet, die nicht schon auf den Seiten 3047–3048 aufgeführt sind.

Für die **14. Wahlperiode** bis zum Stand 30. April 1999 sind die folgenden vom Bundestag verabschiedeten und verkündeten Gesetze nachzutragen:

Gesetzes-Titel	eingebraucht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre	a) SPD und B 90/ GRÜNE b) 11. 11. 1998 c) 14/30	Möglichkeit, beim Bundeskanzler einen Parlamentarischen Staatssekretär („Staatsminister“) zu ernennen, der nicht Mitglied des Bundestages ist.	a) 10. 12. 1998 b) 21. 1. 1999 BGBI. I S. 10
Siebtzes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes	a) SPD, CDU/CSU, B 90/GRÜNE und FDP b) 17. 11. 1998 c) 14/41	Anhebung des jährlichen Gesamtvolumens staatlicher Mittel, das allen Parteien ausgezahlt werden darf, auf 245 Mio. DM als absolute Obergrenze ab 1998.	a) 3. 12. 1998 b) 17. 2. 1999 BGBI. I S. 146

Nachtrag zu Abschnitt 17.3: Petitionen: Statistik

Die Gesamtzahl der Petitionen (ohne Masseneingaben) in der **13. Wahlperiode (1994–98)** betrug 76 134. Eine nähere Aufschlüsselung dieser Zahl lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Nachtrag zu Abschnitt 18.2: Eingaben an den Wehrbeauftragten: Statistik

Die Tabelle auf Seite 3165, die mit dem Berichtsjahr 1996 abbricht, kann für die Jahre 1997 und 1998 folgendermaßen fortgeschrieben werden:

	1997	1998
Gesamtzahl der eingegangenen Eingaben usw.	6 647	6 122
davon:		
– Eingaben, die den gesetzlichen Aufgabenbereich der Wehrbeauftragten nicht berühren	80	84
– anonyme und sonstige Eingaben	14	11
– Eingaben, die in die Zuständigkeit der Wehrbeauftragten fallen	6 509	5 985
– sonstige Vorgänge	44	42

Nachtrag zu Abschnitt 19.3: Bundespräsident/Bundestagspräsident/ Bundesratspräsident/Bundeskanzler

In die Tabelle auf Seite 3193 sind bis zum Stand Ende April 1999 folgende Namen und Daten nachzutragen:

in die Spalte **Bundestagspräsident:**

1994 zu *Rita Süßmuth*: Amtszeit bis 26. 10. 1998

1998 *Wolfgang Thierse* (26. 10. 1998 –)

in die Spalte **Bundesratspräsident:**

1997 *Gerhard Schröder* (1. 11. 1997 – 16. 10. 1998)

1998 *Hans Eichel* (16. 10. 1998 – 7. 4. 1999)

1999 *Roland Koch* (30. 4. 1999 –)

in die Spalte **Bundeskanzler:**

1994 zu *Helmut Kohl*: Amtszeit bis 27. 10. 1998

1998 *Gerhard Schröder* (27. 10. 1998 –)

Nachtrag zu Abschnitt 20.3: Höhe der Diäten

Nach dem 31. August 1997 hat sich die Entschädigung und die Kostenpauschale für die Mitglieder des Bundestages folgendermaßen entwickelt:

Zeitabschnitt	Entschädigung DM	Kostenpauschale DM
1. 7. 1997 – 31. 12. 1997	11 825,-	6 251,-
1. 1. 1998 – 31. 3. 1998	11 825,-	6 344,-
1. 4. 1998 – 31. 12. 1998	12 350,-	6 344,-
1. 1. 1999 – ¹⁾	12 875,-	6 459,-

¹⁾ Stand: 30. April 1999

Nachtrag zu Abschnitt 21.6: Baugeschichte des Reichstags-Komplexes nach der Vereinigung Deutschlands

11. September 1997

Trotz des um drei Monate verzögerten Baubeginns der Dorotheenblöcke sieht die Baukommission des Ältestenrates den Zeitplan für den Bundestagsumzug nicht als gefährdet an. Mit der Fertigstellung wird jetzt für Dezember 1999 gerechnet.

18. September 1997 Am Reichstagsgebäude, dem zukünftigen Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin, wird Richtfest gefeiert.
30. Oktober 1997 Der Ältestenrat des Bundestages faßt den Beschluß, daß das Parlament ab September 1999 im Reichstagsgebäude in Berlin tagen wird.
- November 1997 Die Meinungen darüber, wie das Reichstagsgebäude in Zukunft amtlich zu heißen habe, gehen auseinander. Die Palette reicht von dem Vorschlag, es beim „Reichstag“ zu belassen oder die Namensgebung dem Volksmund anzuvertrauen, bis hin zu der Forderung, angesichts der jüngeren deutschen Geschichte keinesfalls den Namen „Reichstag“ beizubehalten.
- Dezember 1997 Reichstagsarchitekt *Norman Foster* legt der Baukommission mehrere neue Entwürfe für das Wappentier im zukünftigen Plenarsaal vor. Sie ähneln alle dem derzeitigen Bonner Adler. Die ursprünglichen Vorstellungen *Fosters* von einem schlankeren Vogel waren bei den Abgeordneten auf Ablehnung gestoßen. Die Beibehaltung der gewohnten Wappenform soll die Kontinuität in der Arbeit des Parlaments verdeutlichen. Der Adler wird an einer Glaswand angebracht werden, von allen Seiten sichtbar, aber nur mit seiner Vorderseite zum Plenarsaal gewandt.
11. Dezember 1997 Der Ältestenrat des Bundestages beschließt für die im Bau befindlichen Bürokomplexe im Berliner Parlamentsviertel neue Bezeichnungen:
- für die Dorotheenblöcke „Jakob-Kaiser-Haus“,
 - für den Alsenblock „Paul-Löbe-Haus“ und
 - für den Luisenblock „Marie-Elisabeth-Lüders-Haus“.
2. Februar 1998 Im zukünftigen Berliner Regierungsviertel werden neue Straßenbezeichnungen rechtskräftig:
- Willy-Brandt-Straße (ehemals Moltkestraße),
 Heinrich-von-Gagern-Straße (ehemals Entlastungsstraße),
 Konrad-Adenauer-Straße (bisher ohne Straßenbezeichnung),
 Paul-Löbe-Allee (ehemals Paul-Löbe-Straße),
 Otto-von-Bismarck-Allee (ehemals Fürst-Bismarck-Straße).
3. Februar 1998 Der Zwischenbericht des Bundesrechnungshofes über die Berliner Baumaßnahmen beschäftigt den Haushaltsausschuß des Bundestages. Nach Meinung der Rechnungsprüfer läßt der Bund bei den meisten seiner Bauvorhaben in Berlin zuviel unkontrollierte Großzügigkeit walten, die mit den Kriterien der Wirtschaftlichkeit nicht in Einklang zu bringen sei. Auch beim Um- und Ausbau von Altbauten sieht der Rechnungshof die Gefahr von Verschwendung öffentlicher Gelder. Der Haushaltsausschuß hält die Vorwürfe des Bundesrechnungshofes für irrelevant.
3. März 1998 Die Bundesbaugesellschaft Berlin räumt ein, daß es Verzögerungen bei der Fertigstellung der Bundestagsneubauten in Berlin geben wird. Ursache: Schwierigkeiten bei der Fundamentierung des Jakob-Kaiser-Hauses. Als Termin für die Fertigstellung wird jetzt statt Jahresende 1999 die Jahresmitte 2000 genannt. Auch der Bau des Erschließungstunnels zwischen den Bundestagsgebäuden ist davon betroffen und wird sich voraussichtlich verzögern.

6. März 1998 Bei einer Besichtigung der Reichstagsbaustelle kündigt Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* an, das künftige Parlamentsgebäude werde in 44 Wochen fertiggestellt sein. Die veranschlagten Kosten von 600 Mio. DM könnten nach derzeitigem Stand unterschritten werden.
24. März 1998 Der Kunstbeirat des Bundestages beschließt in einer Sitzung in Berlin, an der Nominierung des Malers *Bernhard Heisig* als einem der künstlerischen Ausstatter des Reichstagsgebäudes festzuhalten. Ausschlaggebend ist neben dem formalen und inhaltlichen Niveau seiner Malerei seine engagierte Auseinandersetzung mit Themen der deutschen Geschichte.
12. Mai 1998 Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* nimmt den symbolischen ersten Spatenstich für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus vor, das jenseits der Spree den östlichen Abschluß der städtebaulichen Gesamtanlage „Band des Bundes“ bilden soll. Damit ist jetzt auch das letzte Neubauvorhaben des Bundestages in Berlin in Angriff genommen.
2. September 1998 Der Streit um die künstlerische Gestaltung des Bundesadlers für den Plenarsaal des Berliner Reichstagsgebäudes ist entschieden. Auf Beschluß des Ältestenrates des Bundestages wird das Berliner Exemplar des Bundestagsadlers seinem Bonner Pendant entsprechen. Die modern gestylten Entwürfe des Architekten Sir *Norman Foster* sind damit endgültig vom Tisch.
27. Oktober 1998 Das Parlamentsgebäude in Berlin soll nach den Vorstellungen des neuen Bundestagspräsidenten *Wolfgang Thierse* nicht „Reichstag“, sondern „Bundestag“ heißen. Es sei wichtig, daß sich der neue Name rasch durchsetze, denn „es gibt kein Reich, sondern den föderalen Bundesstaat“.
18. November 1998 Nach Aussage von Bundesbauminister *Franz Müntefering* werden Bundesregierung und Bundestag trotz einiger Verzögerungen bei den Baumaßnahmen pünktlich im September 1999 ihre Arbeit in Berlin aufnehmen.
Zuvor hatten verschiedene Zeitungen berichtet, die Arbeiten beim Umbau des Reichstagsgebäudes seien drei Monate in Verzug und die Neubauten für den Bundestag würden erst Ende des Jahres 2000 oder später fertiggestellt.
Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* bekräftigt, daß das Parlament das Reichstagsgebäude wie geplant im April 1999 feierlich übernehmen werde. Ab September nächsten Jahres werde der Bundestag dann voll von Berlin aus arbeiten.
17. Dezember 1998 Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* enthüllt im Reichstagsgebäude den neuen Parlamentsadler.
8. Januar 1999 Der Sprecher des Bundestages bestätigt einen Zeitungsbericht, wonach der Bundestag weitere Grundstücke in Berlin Mitte für zusätzliche Büroflächen erworben hat. Am 20. Januar 1999 billigt der Haushaltsausschuß einstimmig den Kauf.
28. Januar 1999 Der Ältestenrat beschließt: Der Bundestag wird das umgebaute Reichstagsgebäude in Berlin mit einer Debatte über die Lage der Nation am 19. April 1999 eröffnen.

25. Februar 1999 1 100 Bundeswehrsoldaten testen im neuen Plenarsaal des Bundestages die Mikrofonanlage bei voller Besetzung. Man will damit eine ähnliche Panne wie den Ausfall der Tonanlage im neuen Plenarsaal in Bonn im November 1992 und die anschließende zehnmönatige Schließung vermeiden.
17. März 1999 Die Bundesbaugesellschaft Berlin räumt in einer Sitzung der Raumkommission des Bundestages ein, daß sich die Fertigstellung des Jakob-Kaiser-Hauses östlich vom Reichstagsgebäude um mindestens ein weiteres halbes Jahr verzögert. Ursache sei ein Baugrundschaden. Mit dem Bezug der rund 2 000 Büros für die Abgeordneten wird jetzt zu Ostern 2001 gerechnet. Gleichzeitig werden Mehrkosten von bis zu 20 Millionen DM angekündigt.
18. März 1999 Der Ältestenrat des Bundestages legt für das umgebaute Plenargebäude in Berlin die Bezeichnung „Plenarbereich Reichstagsgebäude“ fest.
19. April 1999 Eröffnung des umgebauten Reichstagsgebäudes in Berlin.
Im Rahmen einer Einweihungsfeier auf der Freitreppe des Westportals übergibt der Architekt Sir *Norman Foster* den symbolischen Schlüssel an Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse*. „Das ist ein großer Moment für Deutschland, für Berlin, für den Bundestag“, erklärt *Thierse*.
Anschließend findet die erste Sitzung des Deutschen Bundestages – die 33. der 14. Wahlperiode – im neuen Plenarsaal statt mit einer Ansprache des Bundestagspräsidenten und einer Regierungserklärung von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* zur Vollendung der Einheit Deutschlands.
- 21.–25. April 1999 Trotz stundenlanger Wartezeit nutzen 151 000 Besucher die „Tage der Einblicke und Ausblicke“ zu einer ersten Besichtigung des umgebauten Reichstagsgebäudes.

Nachtrag zu Kapitel 26: Kurzchronik

13. November 1997 Das Bundesverfassungsgericht entscheidet gegen den Antrag der PDS auf Fraktionsstatus im Bundestag.
17. Dezember 1997 Entlassung des Bundesministers für Post und Telekommunikation *Wolfgang Bötsch* (CSU) wegen Auflösung des Ministeriums.
14. Januar 1998 Rücktritt des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau *Klaus Töpfer* (CDU), der die Leitung des Umweltsekretariats der Vereinten Nationen in Nairobi übernimmt; Nachfolger: *Eduard Oswald* (CDU).
Der Verteidigungsausschuß konstituiert sich als Untersuchungsausschuß aus Anlaß rechtsextremistischer Vorkommnisse an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und anderen Bundeswehr-Standorten.
2. März 1998 Nach dem Stimmengewinn der SPD bei den Landtagswahlen von Niedersachsen nominieren das SPD-Präsidium und der Bundesvorstand der Partei Ministerpräsident *Gerhard Schröder* als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl am 27. September 1998.

6. Mai 1998 Tod des früheren FDP-Vorsitzenden *Erich Mende*, der später aus Protest gegen die Ostverträge zur CDU wechselte.
14. Mai 1998 Tod des langjährigen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages *Richard Jaeger* (CSU).
27. September 1998 Wahl zum 14. Deutschen Bundestag: Gegenüber 1994 starke Stimmengewinne bei der SPD (von 36,4% auf 40,9%), die damit stärkste Fraktion wird, und Stimmengewinne bei der PDS (von 4,4% auf 5,1%), die damit erstmals Fraktionsstatus erhält; starke Stimmenverluste bei der CDU/CSU (von 41,4% auf 35,1%), die damit nicht mehr stärkste Fraktion ist, ferner Stimmenverluste bei Bündnis 90/Die Grünen (von 7,3% auf 6,7%) und bei der FDP (von 6,9% auf 6,2%).
16. Oktober 1998 Letzte Plenarsitzung der 13. Wahlperiode.
26. Oktober 1998 Mit Konstituierung des 14. Deutschen Bundestages Ablauf der 13. Wahlperiode.

14. Wahlperiode (1998–¹⁾)

26. Oktober 1998 Eröffnungssitzung des 14. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Fred Gebhardt*
Wahl von *Wolfgang Thierse* (SPD) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
Anke Fuchs (SPD)
Rudolf Seiters (CDU/CSU)
Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hermann Otto Solms (FDP)
Petra Bläss (PDS)
27. Oktober 1998 Wahl von *Gerhard Schröder* (SPD) zum Bundeskanzler
Regierung: Koalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
7. November 1998 Wahl von *Wolfgang Schäuble* zum Parteivorsitzenden der CDU als Nachfolger von *Helmut Kohl*.
10. November 1998 Regierungserklärung von Bundeskanzler *Gerhard Schröder*.
16. Januar 1999 Wahl von Bayerns Ministerpräsidenten *Edmund Stoiber* zum Parteivorsitzenden der CSU als Nachfolger von *Theodor Waigel*.
16. Februar 1999 Die SPD nominiert den früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten *Johannes Rau* offiziell für das Amt des Bundespräsidenten.
11. März 1999 Überraschend erklärt *Oskar Lafontaine* seinen Rücktritt als Bundesminister der Finanzen und als Parteivorsitzender der SPD. Die Entlassungsurkunde als Bundesminister erhält *Lafontaine* am 18. März. Sein Bundestagsmandat legt er am 16. März nieder.

¹⁾ Stand: 24. Mai 1999

12. April 1999 Ernennung von *Hans Eichel* (SPD) zum neuen Bundesminister der Finanzen. Für die Zwischenzeit war Bundeswirtschaftsminister *Werner Müller* mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt worden.
Wahl von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* zum Parteivorsitzenden der SPD als Nachfolger von *Oskar Lafontaine*.
19. April 1999 Eröffnung des umgebauten Reichstagsgebäudes in Berlin mit einer offiziellen Schlüsselübergabe auf der Freitreppe des Westportals und einer anschließenden ersten Plenarsitzung im neuen Plenarsaal mit einer Ansprache von Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* und einer Regierungserklärung von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* zur Vollendung der Einheit Deutschlands.
23. Mai 1999 Die Bundesversammlung wählt im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes im 2. Wahlgang mit 690 Stimmen *Johannes Rau* zum neuen Bundespräsidenten als Nachfolger von *Roman Herzog*. Die Kandidatin der CDU/CSU *Dagmar Schipanski* bekommt 572 Stimmen, die Kandidatin der PDS *Uta Ranke-Heinemann* 62 Stimmen.
24. Mai 1999 Staatsakt im Reichstagsgebäude anlässlich des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland.

